Digitized by Google

4° Epist. [illegible] 5, 1-6

Digitized by Google

<36607872330015

<36607872330015

Bayer. Staatsbibliothek

Digitized by Google

An die
k. Hof- und Staatsbibliothek
1 N. Würzb. Ztg. München.

Neue Würzburger Zeitung

für das Jahr

1865.

Zweiundsechzigster Jahrgang.

Würzburg.
Druck und Verlag der Stahel'schen Buch- und Kunsthandlung.

Digitized by Google

BIBLIOTHECA
REGIA
MONACENSIS

Digitized by Google

Bayerische Staatsbibliothek München

Neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht!

№ 1. | Vorausbezahlung: Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 2 fl. Bei Inseraten wird die dreispaltige Zeile in gewöhnlicher kleiner | 62. Jahrgang. | Schrift oder deren Raum im Hauptblatt mit 6 kr., im Anzeiger mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franco. | Sonntag, 1. Januar 1865.

Rückblick auf das Jahr 1864.

* Würzburg, 1. Januar. Wieder ist ein Jahr in den Strom der Ewigkeit hinabgesunken; an der Pforte des neuen Jahres ziemt es, auf das vergangene zurückzuschauen, die Activa und die Passiva zu vergleichen und die Aussichten zu erwägen, mit denen wir in das Jahr 1865 treten. Indem wir zurückblicken, welche Fülle von Begebenheiten, von freudigen und schmerzlichen Erfahrungen drängen sich in den verflossenen Zeitabschnitt zusammen! Welch' ein Abstand ist zwischen dem damaligen und dem heutigen Stande unserer äußeren und inneren Lage! Vor einem Jahre stand die Nation vor einer großen Aufgabe, deren Lösung zahlreiche äußere und innere Schwierigkeiten im Wege standen. Der erste und schwierigste Theil der nationalen Aufgabe ist durch die Einmüthigkeit und die Ausdauer des deutschen Volkes, durch die Kraft seines Schwerts und das Blut seiner Söhne gelöst. Nachdem lange Zeit nicht Gelegenheit gegeben war, deutsche Waffen der Feuerprobe zu unterwerfen, welch' erhebendes Bild bot es, wie deutsche Truppen den alten, vaterländischen Ruf der Kriegstüchtigkeit glänzend bewährten, wie sie in fröhlichem Schlachtenmuth der ehernen Phalanx blitzender Bajonetten, den Tod und Verderben speienden Donnerschlünden heldenkühn sich entgegenwarfen und über dem niedergeschmetterten Feinde die Banner des Sieges entfalteten. Die dänischen Unterdrücker wurden auf's Haupt geschlagen und verdrängt. Die Herzogthümer sind jetzt deutsches Land und über die Gebiete, in welchen noch jüngst das Getöse der Schlacht tobte, hat sich der Friede gesenkt. In frischem Lorbeerschmuck sind vor wenigen Tagen jene tapfern Krieger heimgekehrt; ruhmesschwer rauschten die siegreichen Fahnen, und der innige Dank und der brausende Jubel des Vaterlandes empfing die Heimkehrenden.

Nachdem die Herzogthümer befreit sind, stehen wir vor dem zweiten Theile der nationalen Aufgabe, welche in dem unablässigen Wirken besteht, daß diesen Landen ihr volles Recht, daß ihnen die Freiheit der Selbstbestimmung gegeben werde. Es wäre eine schmachvolle Verkümmerung der Erfolge des Sieges, wenn man über Schleswig-Holstein wie über eine Sache verfügte, ohne daß man auf die Wünsche der Bevölkerung hörte. Das deutsche Volk muß wach und gerüstet bleiben, dann dürfen wir vertrauen, daß aus dem Herzblute mit dem Deutschlands Söhne die nordischen Schneegefilde gefärbt, und die Fluthen des Meeres geweiht, die holde Blume der Freiheit ersprieße, daß die Gebeine deutscher Krieger, welche in Schleswigs Boden modern, das Fundament geben für das Gebäude der Selbstständigkeit jener Lande.

Den Activa, welche dieses Jahr uns gebracht und die an sich einen unendlichen Werth haben, stellten sich aber ansehnliche Passiva gegenüber. Die letzte Autorität des Bundes wurde vernichtet, seine Bedeutung hat sich für die Gegenwart und die Zukunft als null gezeigt. Die Mittel- und Kleinstaaten, welche die reindeutschen Elemente repräsentiren und welche den idealen Mittelpunkt deutschen Culturlebens und nationaler Gesinnung bieten, haben ein klägliches Bild der Uneinigkeit, der Zerfahrenheit und der Ohnmacht geboten. Die Allianz der Großmächte hat im Laufe des Jahres ihre die Freiheit und die gleichberechtigte Stellung der übrigen deutschen Stämme bedrohende Gestalt bestimmter und greifbarer entwickelt. Es kann daher nicht Wunder nehmen, wenn man auf die Ergebnisse des verflossenen Jahres nur mit gemischter Empfindung sieht, und wenn die allgemeine Stimmung voll tieferuster Anklänge ist. Indem wir unsere Lage im Vaterlande betrachten, und die Blicke auf die Dinge richten, wie sie in Italien im Werden begriffen sind, auf die jüngste Demonstration in Rom und auf die Unergründlichkeit des Politikers an der Seine, so gesellt sich zu jener Stimmung noch das Vorgefühl einer bedeutsamen Zukunft, großartiger Wandlungen im innern Leben der europäischen Völker, denen gegenüber die Beschwörungskunststücke der alten Politik sich ohnmächtig erweisen werden. Doch indem wir auf unsere eigene Kraft vertrauen und auf den alten Gott, der ja die Deutschen nicht verläßt, hoffen wir, daß inmitten der zerbröckelnden Ruinen des Alten sich eine neue Zeit erbauen wird, deren Factoren geistiger und materieller Fortschritt, Bildung und Cultur des Rechts und vollkommene Achtung der Menschenwürde sein wird.

In dem Rückblicke auf das vergangene Jahr haben wir vornehmlich die Entwickelung der schleswig-holsteinischen Angelegenheit, welche das meiste Interesse beansprucht, zu behandeln. In dem Streben, die Uebersichtlichkeit zu erleichtern, greifen wir in Folgendem auf die Zeit zurück, in welcher diese Frage auf die politische Tagesordnung gekommen ist.

Nachdem Dänemark zehn Jahre lang mit der Ausführung der Friedensvereinbarungen von 1851/52 den Herzogthümern gegenüber ein loses Spiel getrieben, und den deutschen Bund an der Nase herumgeführt hatte, sagte es sich im Frühjahr 1863 von jenen, für Deutschland an sich so schmählichen Verträgen offen los, indem es durch eine „allerhöchste Bekanntmachung, betreffend die Verfassungsverhältnisse des Herzogthums Holstein" vom 30. März 1863 (das sogenannte Märzpatent) erklärte, daß Holstein definitiv aus dem Verfassungsverband mit Dänemark ausgesondert, Schleswig ebenso definitiv einverleibt sei. Der Bund, der auch in diesem so flagranten Falle jenes dänischen Uebermuths, der vor keiner Gewaltthätigkeit zurückscheut, seine historische Langmuth bewährte, erließ nach einem Vierteljahr, am 9. Juli, an Dänemark eine Aufforderung, das Märzpatent zurückzunehmen, widrigenfalls auf weitere Maßnahmen gedacht werden würde. Wie nicht anders zu erwarten war, kehrte sich Dänemark an diese Aufforderung nichts und betrachtete sie als gar nicht erfolgt. Da jedoch ausnahmsweise selbst die Geduld des Bundestages erschöpft werden kann, so wurde von Seite desselben endlich am 1. Oktober die Exekutionsandrohung beschlossen, wenn nicht Dänemark binnen drei Wochen Folge leiste. Doch Hannemann kannte seine Pappenheimer; er ließ sich die Mühe nicht verdrießen, mit neuen, natürlich nichtssagenden Versprechungen hervorzutreten, welche den Sinn des Märzpatentes mildern sollten; der Bundestag froh, wenigstens den Anstand gewahrt zu haben, war gern bereit, die Exekution noch einmal zu verschieben.

Auf diesem Punkte war im Anfang November die schleswig-holsteinische Sache angelangt. Sachsen und Hannover hatten sich inzwischen in Bereitschaft gesetzt, um die Exekution, sofern sie wirklich verfügt würde, sofort in Vollzug setzen zu können. Der Umstand, daß der Bundestag die Angelegenheit so bedächtig und mit so ersichtlicher Scheu vor jedem Schritt von einiger Tragweite betrieb, der Gedanke, daß auch eine Exekution an der allgemeinen Lage der Herzogthümer wenig ändere, und daß auch nach deren Vollzug die nordalbingischen Gebiete dänischer Gewissenlosigkeit und Gewaltthätigkeit nach wie vor überliefert seien, mußten zur Folge haben, daß die Nation die Sache nicht mit voller Theilnahme weil mit geringen Hoffnungen verfolgte. Ueberdies waren die politischen Kreise noch bewegt von den letzten Schwingungen, welche der überraschende Wurf des jüngsten Bundesreformversuchs hervorgerufen, Parteimiseren hatten mehr denn je die öffentliche Meinung gespalten, und andere Thatsachen hatten die Blicke des politisch-regsamen Bruchtheils der Nation auf sich gezogen. Während die letzten Strahlen jenes flüchtigen Meteors, des Frankfurter Fürstentags, den politischen Horizont noch umsäumten, war in Preußen gelegentlich der damaligen neuen Landtags-Session der Streit zwischen Regierung und Volk mit erneuter Heftigkeit und in immer bedenklicheren Dimensionen ausgebrochen; am 5. November bei der Eröffnung des französischen gesetzgebenden Körpers gab Louis Napoleon die Erklärung, daß die Verträge von 1815 aufgehört haben, wodurch der Aufstand in Polen eine weitere Perspective erhielt; unmittelbar darauf folgte der Vorschlag des Kaisers der Franzosen alle brennenden Fragen im Wege eines europäischen Congresses zu lösen, eine Idee, welche die politische Welt mit der Besorgniß vor einem europäischen Kriege erfüllte.

Die angeführten Verhältnisse und Thatsachen sind geeignet, die damalige Situation zu bezeichnen, und die politische Stimmung

Digitized by Google

anzudeuten. Im Osten die gewaltigen Todeszuckungen eines hingeschlachteten Volkes, im Norden ein verruchtes Spiel mit heiligen Landesrechten, ein Niedertreten der berechtigsten Lebensregungen, in der Luft jene einen Weltkrieg drohenden Ideen, im Volke getheilte Meinungen und bange Besorgnisse, das gibt die Signatur der Lage im Anfange des Monats November.

Am 16. November trugen die Telegraphendrähte die Kunde von dem Nachmittags zuvor erfolgten Tod des Königs von Dänemark durch ganz Deutschland. Wie ein Blitzstrahl wirkte diese Nachricht auf die Gemüther, überraschend und betäubend, so daß im ersten Augenblicke nur Wenigen die ganze Tragweite dieses Schicksalfalles klar war. Der nächste Gedanke war, ob nicht Deutschland in Anknüpfung an die eben damals schwebende Exekutionssache die beste Gelegenheit hätte, thatsächlich zur Erwerbung seines Rechtes auf Schleswig-Holstein vorzugehen. Doch es dauerte keinen Tag, und man raffte sich auf zu klarem Wollen und thatkräftigem Handeln, und die Angelegenheit entwickelte sich sofort zur praktischen, alle andere Interessen verschlingenden Frage. Von allen Seiten erfolgten die Aufrufe an das Volk, sich zu männlichem Entschluß zu erheben, und Aufforderungen ergingen an die Regierungen, alle Schwierigkeiten im Hinblick auf das einheitliche Wollen und die opferfreudige Stimmung des Volkes zu überwinden und die „jetzt oder nie“ vorhandene Gelegenheit zu benützen, Schleswig-Holstein zu befreien. Noch fehlt es an einem persönlichen Anknüpfungspunkt der Bewegung; doch war sofort ein Mittelpunkt gegeben und Plan und Ziel der Bewegung lag klar vor, als das Manifest des Herzogs Friedrich von Augustenburg erschien, welches vom 16. November datirt, am 18. auch in Süddeutschland bekannt wurde.

Dasselbe schloß mit den Worten: „Schleswig-Holsteiner! Von der Ueberzeugung durchdrungen, daß Mein Recht Eure Rettung ist, gelobe ich für Mich und Mein Haus zu Euch zu stehen, wie Ich in der Schlacht zu Euch gestanden, Mich nicht zu trennen von Euch und unserm Rechte. Und so gelobe ich und schwöre ich gemäß dem Staatsgrundgesetze: die Verfassung und die Gesetze der Herzogthümer Schleswig-Holstein zu beobachten und die Rechte des Volkes aufrecht zu halten. So wahr mir Gott helfe und sein heiliges Wort!“

Von hoher Bedeutsamkeit war es, daß sich Herzog Friedrich von Anfang an mit edler und fester Entschiedenheit auf sein Recht stützte und an seinen der Herzogthümer Rechten und Freiheiten festzuhalten öffentlich und feierlich gelobte. Eine Fluth der Begeisterung ging durch die deutschen Lande; das Nationalgefühl erhob sich zu einem allgemeinen und einheitlichen Aufschwung, wie er noch selten in der Geschichte dagewesen. An allen Orten gab es Versammlungen, in welchen berathen und beschlossen wurde, was zur Förderung der Angelegenheit am besten dienen konnte; in wenigen Tagen hatten sich über 600 Schleswig-Holsteinische Vereine in Deutschland organisirt; alle deutschen Volksvertretungen, die in dieser Zeit versammelt waren, erklärten sich für Schleswig-Holstein und deren angestammten Herzog Friedrich VIII. Die Majorität der preußischen zweiten Kammer wie die Minorität des österreichischen Reichsrathes erhoben ihre Stimmen laut für das Programm des deutschen Volkes und verpfändeten ihr Wort für dessen Erfüllung.

Unter der Wucht dieser allgemeinen Bewegung wurde am 28. November zu Frankfurt die Nichtzulassung des dänischen Gesandten am Bunde beschlossen. Indeß das kraftvolle Auftreten reizte den Widerstand der österreichischen und preußischen Regierung; in wirklicher oder geheuchelter Besorgniß vor einem Conflikt mit dem Auslande und festhaltend am Londoner Protokolle bemühten sie sich, der Bewegung entgegen zu wirken, und die einzelnen Bundesglieder durch verschiedene Pressionen und durch die Versicherung, der Erbfolgefrage nicht vorgreifen zu wollen, auf ihre Seite zu ziehen, was insoferne gelang, daß in der Bundestagssitzung vom 7. Dez. der widersinnige Beschluß gefaßt wurde, die Exekution gegen Dänemark, statt die Occupation des im deutschen Bunde stehenden Herzogthums Holstein zu vollziehen. Im deutschen Volke wurde die gefährliche Tragweite dieses Beschlusses sofort erkannt, und derselbe durch die Presse und durch die öffentliche Meinung einstimmig verdammt. Inzwischen hatte sich eine Anzahl deutscher Regierungen auf Seite des legitimen Herzogs Friedrich VIII. gestellt, und widerstrebten der Politik der Großmächte, welche wollten, daß nur zum Zwecke der Abwerfung der dänisch-schleswig'schen Novemberverfassung Schleswig besetzt würde. Von Anfang an hatte die bayerische Regierung am Bunde, wenn auch ohne Erfolg, die einzig richtige Politik in der schleswig-holsteinischen Frage vertreten. Am 17. Dezember erfolgte der Erlaß des Königs Max an den Minister des Aeußern, in welchem er erklärte, daß er den Stipulationen des Londoner Protokolls niemals zustimmen werde, sondern die Erbansprüche des Herzogs von Augustenburg für begründet erachte, und eine dem entsprechende Politik einschlagen wolle. — Wer erinnert sich nicht noch des Jubels und der Hoffnungen, welche diese königlichen Versicherungen zur Folge hatten. Man dachte, es werde nun unter der Führung Bayerns ein energisches Vorgehen der national gesinnten Bundesglieder, die sich auf das opferbereite Volk stützen würden, die erstrebten Ziele näher rücken. Es war die Schuld eines unfähigen Ministeriums, daß den hohen Intentionen des verewigten Königs Max, der von allen deutschen Fürsten die meiste Hingebung für die vaterländische Sache gezeigt, und zum Märtyrer derselben geworden ist, nicht genügt wurde. Wenn auch nicht alle Hoffnungen, die man an den königlichen Erlaß knüpfte, verwirklicht wurden, so brachte derselbe doch der nationalen Sache unberechenbaren Gewinn. In den Herzen wurde durch denselben der Muth belebt, die Zuversicht gestählt und der nationalen Strömung eine Kraft und Weihe gegeben, welche sie zur Wegräumung der schwierigsten Hindernisse befähigte.

Am 21. Dez. wurde zu Frankfurt von Volksvertretern aus allen deutschen Ständekammern ein Gelöbniß geleistet, um gemeinsam die vaterländische Sache zu betreiben. Die Bestrebungen des Volkes wurden durch den Willensausdruck seiner berufenen Vertreter in gewissem Sinne sanctionirt, was der Bewegung neue Stärke und immer größern Zufluß verschaffte.

Inzwischen waren die Executionstruppen nach dem Norden aufgebrochen. Ein heller Jubel ging durch alle deutschen Gauen, als die Kunde eintraf, daß am 23. Dezbr. zuerst der Flecken Wandsbeck von deutschen Truppen besetzt worden sei. Sofort nach dem Abmarsch der dänischen Truppen wurde von den dortigen Bewohnern Herzog Friedrich proklamirt. Am darauffolgenden Tage rückten die Sachsen in Altona ein, und alsbald wurde auch in dieser, der größten Stadt der Herzogthümer, Friedrich VIII. als Herrscher ausgerufen. So ging es fort Stadt für Stadt und Ort für Ort, bis ganz Holstein von seinen Unterdrückern erlöst war. Und Alles schwur im freigewordenen Holstein dem Herzog Friedrich zu, am 27. Dezember waren 20.000 Holsteiner in Elmshorn versammelt, ihrem Landesherrn Herzog Friedrich VIII. den Eid der Treue zu leisten. Am 30. Dezember betrat Herzog Friedrich zu Glückstadt sein Heimathsland. An demselben Tage erfolgte noch seine Ankunft in Kiel, der alten Hauptstadt der Herzogthümer.

Einen so erhebenden Abschluß dieses Jahr fand, mit so unerfreulichen Vorkommnissen begann das neue Jahr 1863. Am 2. Januar wurde eine außerordentliche Bundestagssitzung gehalten und in dieser vom Präsidium der Antrag gestellt, daß der in Kiel anwesende Herzog Friedrich aufzufordern sei, das Land zu verlassen. Doch wurde diese äußerste Selbstbeschimpfung, welche die beiden Großmächte dem deutschen Bunde zugemuthet hatten, von ihm abgewehrt. mit 9 gegen 7 Stimmen wurde der schandbare Antrag abgewiesen. Diese Niederlage reizte die beiden Großstaaten, welche jederzeit und bei jeder Gelegenheit ihr Festhalten an dem Londoner Protokoll erklärten, zu entschiedenerem Vorgehen auf ihr längst verabredetes Ziel, welches dahin ging, auch den deutschen Bund indirekt zur Anerkennung des Londoner Protokolls zu bringen, welche durch den Exekutionsbeschluß vom 7. Dez. bereits angebahnt war. Oesterreichs und Preußens Bestreben war darauf gerichtet, Dänemark zur Zurücknahme des Reichsgrundgesetzes, welches wie das Märzpatent die Einverleibung Schleswigs involvirte, zu bestimmen, und damit auf die Vereinbarungen von 1851/52 zurückzuführen. Sie stellten zu dem Zwecke am 14. Januar an die Bundesversammlung den Antrag, es solle Dänemark aufgefordert werden, das Grundgesetz vom 18. November nicht in Vollzug zu setzen, widrigenfalls das Herzogthum Schleswig durch militärische Besetzung in Pfand genommen würde. Nachdem eine Anzahl deutscher Fürsten das Recht des Herzogs Friedrich bereits anerkannt und das ganze deutsche Volk für die Durchführung dieses Rechtes seit zwei Monaten sich entschlossen erklärt hatte, mutheten die Großstaaten dem Bunde zu, einem Antrag seine Zustimmung zu geben, der die Anerkennung des Königs von Dänemark Christian IX. als Herzog von Schleswig-Holstein in sich geschlossen hätte, und der für die Herzogthümer nichts als eine beschränkte, auf den Abmachungen von 1851/52 beruhende Selbstständigkeit bezweckt hätte. Das war doch selbst dem Bundestage zu viel zugemuthet! Der Antrag wurde mit 11 gegen 5 Stimmen zurückgewiesen. Oesterreich und Preußen, die sich für diesen Fall schon vorher verständigt hatten, ließen nun durch ihre Gesandten folgende Erklärung abgeben: „Angesichts der eben erfolgten Ablehnung ihres gemeinsamen Antrags müssen die allerhöchsten Regierungen von Oesterreich und Preußen lebhaft bedauern, daß die gehoffte Verständigung über die von ihnen zur unverweilten Sicherung der Rechte des deutschen Bundes in Bezug auf Schleswig vorgeschlagenen Maßregeln nicht erzielt worden ist. Unter solchen Umständen glauben die beiden

Digitized by Google

Regierungen, in der ihnen, durch ihre Dazwischenkunft bei Herbeiführung der jene Rechte feststellenden Stipulationen von 1851/52 erwachsenden besonderen Stellung, sowie wegen der großen Dringlichkeit der Sache, sich der Pflicht nicht entziehen zu dürfen, die Geltendmachung jener Rechte in ihre eigene Hand zu nehmen."

So lautete die schmachvolle Erklärung Oesterreichs und Preußens, mit welchem sie die Nullifizirung des Bundes proklamirten. Mit diesem 14. Januar war ein Wendepunkt der schleswig-holsteinischen Geschicke gegeben. Daß es nicht zum absolut Schlimmen der Fall war, haben wir einem gütigen Geschicke und dem starren Trotze der Dänen zu verdanken. Versammlungen an allen Orten verdammten das eigenmächtige Verfahren der Vormächte. In den eben versammelten zweiten Kammern Würtembergs und Sachsens wurden Beschlüsse gefaßt, dahingehend, die Regierung zu bitten, dem Bund zur Sicherstellung der Herzogthümer sofort Truppen zur augenblicklichen Verfügung zu stellen, für die Mobilmachung des ganzen betreffenden Kontingents das Erforderliche vorzukehren und ähnliche Maßregeln von Seiten der bundestreuen Staaten durch einen Antrag am Bunde herbeizuführen. Auch das preußische Abgeordnetenhaus erklärte, daß es mit allen ihm zu Gebote stehenden gesetzlichen Mitteln dieser Politik entgegentreten werde.

Am 19. Januar erfolgte die beruhigende Erklärung der Großmächte, am 22. die Erklärung der Mittelstaaten, daß sie beruhigt seien, d. h. dem Einmarsch der Großmächte in Schleswig sich nicht widersetzen würden.

In jenen unwirthlichen Wintertagen, in welchen auch vom politischen Himmel düstere Wolkengebilde drohend und beängstigend herabhingen, unternahm die schleswig-holsteinische Landesdeputation, 186 Männer fast ausschließlich aus dem Bürger- und Bauernstande gewählt, den schweren Gang nach Frankfurt, um bei der Bundesversammlung für ihr und ihres Herzogs Recht zu petitioniren. Von dort aus entschlossen sie sich, auch noch nach München zu gehen, um dem König Max für seine Vertretung ihrer Interessen zu danken, und um seinen fernern Schutz zu bitten. Auf dem Zuge durch Bayern waren diese Männer von den Sympathien des Volkes umwogt und getragen, war es doch eine Herzensangelegenheit des ganzen Landes, denselben überall einen würdigen Empfang zu bereiten. Patriotische Versicherungen wurden ausgetauscht und Gelöbnisse der Treue gegeben. Wer erinnert sich nicht noch der hochgewachsenen, schlichten, ernsten Männer, welche wie die concreten Erscheinungen der abstracten Begriffe: Pflicht und Ueberzeugung erschienen. In München gab ihnen König Max tröstliche Versicherungen, was dieselben mit wärmstem Dank erfüllte. Wir erinnern nur noch als eines erschütternden Moments, wie diese Männer vor der Residenz in München mit ihren tiefen Stimmen brausende Hochs dem König Max zuriefen, der von einem Fenster herab die Hand auf dem Herz, Thränen in den Augen in bewegter Weise dankte. —

Während jene Männer die Heimath verließen, um bei den Bruderstämmen Schutz für ihr Recht zu suchen, zogen die Oesterreicher und Preußen in ihr Land ein, um jenes Recht zu vernichten. Doch Dänemark wies in seiner Verstocktheit, für die wir Gott danken müssen, die von Oesterreich und Preußen verlangte Zurücknahme der Verfassung vom 18. November zurück und setzte dem ersten alliirten Heere Widerstand entgegen. Am 1. Februar hatten die verbündeten Truppen Oesterreichs und Preußens die Eider überschritten. Am 2. Februar sind bei Missunde die ersten preußischen, und am 3. bei Jagel und dem Königsberg österreichische Krieger den Soldatentod gestorben. Mit diesem Blute wurde das Londoner Protokoll vernichtet. Bange Besorgnisse gaben sich noch in jenen Tagen in Deutschland kund, Befürchtungen wegen Einmischung des Auslandes, Personalunion, Zerreißung Schleswigs u. s. w. Das Blut und das Schwert braver österreichischer und preußischer Soldaten haben sie alle zu nichte gemacht. Am 6. Februar fiel das Danewerk, an demselben Tage fand noch das blutige Gefecht bei Oeversee statt, in welchem österreichische Truppen sich unvergeßlichen Ruhm erwarben; am 7. zogen die Preußen in Flensburg ein, worauf bald die Belagerung der Düppler Schanze durch die Preußen begann, während die österreichischen Truppen in Jütland einrückten.

Wie bei dem Einmarsch der Bundestruppen in Holstein die ganze Bevölkerung dem Herzog Friedrich huldigte, so erfolgte auch in ganz Schleswig von Ort zu Ort, von Kirchspiel zu Kirchspiel bis an die Grenze Jütlands, wo immer die feindlichen Truppen abgezogen waren, die feierliche Proklamation des Fürsten, und aus allen Theilen des Herzogthums, selbst von den Inseln, kamen Huldigungsdeputationen.

Während die alliirten Truppen in raschem Siegeszug Schleswig nahmen, setzte das deutsche Volk seine Thätigkeit rüstig fort. Täglich entstanden neue Vereine, regelmäßige Versammlungen wurden eingeführt, reichliche Beiträge flossen von allen Orten, die Begeisterung für die vaterländische Angelegenheit wuchs in allen Schichten der Bevölkerung und wurde immer allgemeiner.

Während die Nation in all' ihrem Sinnen und Trachten mit der vaterländischen Angelegenheit beschäftigt war, erschütterte sie der schwerste Trauerfall. Am 10. März schloß König Max seine Augen. Es war der erste Schmerz, den der verewigte Monarch seinem Volke bereitete. Was derselbe dem Vaterlande gewesen, das zeigte der Schreck, mit welchem die Trauerbotschaft das ganze Reich betäubte, das zeigten die Thränen, welche das ganze Land dem Verblichenen nachweinten. Was Bayern und Deutschland dem weisen und gerechten Könige verdanken, der nun in der Gruft seiner Ahnen ruht, können wir hier nicht zusammenfassen, aber es lebt in der dankbaren Erinnerung und in dem gesicherten Besitz des treuen Volkes. Von seinem Regierungsantritt datirt die große Reformperiode Bayerns. Während seiner 16jährigen Regierungszeit wurde eine solche Fülle von Thätigkeit entwickelt, wurde so tief eingegriffen in alle Einrichtungen und Verhältnisse des bayerischen Staates, es wurde so viel Altes umgebaut und so viel Neues geschaffen, wie dies keine andere Regierungszeit in viel längerer Periode in gleichem Maße aufzuweisen hat. Es gibt kaum eine Richtung, und eine Seite des Staats- und Volksleben, in welches der hohe Geist des besten Herrschers nicht segensreich eingegriffen hätte. Im Einklange mit seinem politischen Wahlspruch: „Freiheit und Gesetzmäßigkeit" hat er die in demselben aufgestellten Prinzipien des Rechtsstaates und der konstitutionellen Entwickelung Bayerns konsequent durchgeführt und ist denselben bis zum Tode treu geblieben. Er war ein begeisterter Förderer der Künste und Wissenschaften; rastlos beschäftigten die höchsten Probleme der Menschheit seine Gedanken, und wie er Alles, was er war, und was er in sich aufgenommen, in stete und lebendige Beziehung zu Seinem Lande zu bringen pflegte, so war er bemüht, die herrlichen Früchte seines Denkens und Dichtens in praktischen Maßnahmen seinem Volke zu Theil werden zu lassen. Eine solche Fülle des Segens ist von ihm ausgegangen, daß von der reichen Saat, die er ausgestreut hat, Vieles erst späteren Generationen reifen wird, die in dankbarster Anerkennung die reichen Vermächtnisse entgegennehmen werden. Sein hohes Königliches Wort: „Ich will Frieden haben mit meinem Volke" ist über den ganzen Erdkreis gedrungen; gedrückte Völker haben es begrüßt, indem es ihnen als trostvolle Verheißung für die Zukunft erklungen; durch alle Zeiten wird dieses Friedenswort als leuchtendes Motto glänzen.

Wie König Max lebte, so starb er. Auf die durchaus deutsche Auffassung der schleswig-holsteinischen Frage, auf die feste, von der Linie des Rechts auch um keine Linie weichende Haltung, auf die edle Hingebung an die vaterländische Sache von Seite des verewigten Königs Max haben wir schon bei der Schilderung der Entwicklung der schleswig-holsteinischen Frage Gelegenheit gehabt, hinzuweisen. Daß die Sache der Herzogthümer einen dem nationalen Willen und seinen hohen Intentionen widerstrebenden Gang nahm, das war es, was ihm den Genuß des Lebens verbitterte und den Schlummer der Nächte raubte. Wie mag die milde, weiche, empfängliche Seele des Königs bedrückt gewesen sein, wenn er, wie erzählt wird, zu jener Zeit oft in stillen Nächten die Gemächer der Residenz ruhelos durchwandelte. — Seine letzte Regierungshandlung war noch eine edle That, eine das Recht der Herzogthümer mahnende Verfügung. Den Tod schon im Herzen schrieb er noch an den Bundestagsgesandten, denselben anweisend, den Antrag auf dringendste Beschleunigung der Abstimmung in der schleswig-holsteinischen Erbfolgefrage zu stellen. Er legte die Feder weg, bestieg das Sterbelager, und die brechenden Augen noch nach Schleswig-Holstein gerichtet, hauchte er seinen Geist aus. — — —

Aus dem weitern Verlauf der Volksbewegung sind die Osterversammlung hervorzuheben. Diese Massendemonstration war eine großartige; 227 Schleswig-Holstein-Vereine hielten zu gleicher Zeit Versammlungen.

Mittlerweile war die Diplomatie thätig, um die Erfolge, welche die Waffen gewonnen, zu verkümmern. Mit Besorgniß sahen die Patrioten dem Zusammentreten der Londoner Conferenz entgegen. Ehe dieselbe noch am 25. April eröffnet wurde, haben die preußischen Krieger am 18. die Düppler Schanzen erstürmt. Diese glorreiche Waffenthat war geeignet, die Zuversicht der Vaterlandsfreunde zu heben, indem sie eine Bürgschaft mehr gab, daß der blutige Siegeslorbeer nicht durch Verrath an der schleswig-holsteinische Sache befleckt werden dürfe. — Am 29. April fiel Friedericia. — Wie das deutsche Volk jede Phase der Entwicklung in der schleswig-holsteinischen Sache mit Aufmerksamkeit verfolgte, so beeilte es sich gelegentlich der Londoner Conferenz, seinem einheitlichen Gesammtwillen bestimmten Ausdruck zu geben. Ueberall wurden Versammlungen gehalten und Resolutionen gefaßt, in welchem jede Entscheidung über Schleswig-Holstein gegen das Recht und den Willen der Nation für

Digitized by Google

null und nichtig erklärt wurde. Am 8. Mai erklärten 50,000 schleswig-holsteinische Männer zu Rendsburg noch einmal in feierlichster Weise ihre Treue zu ihrem und ihres Fürsten Recht. Dem Protest, welcher von dem Centralausschusse gegen allenfallsige rechtswidrige Beschlüsse der Conferenz veranlaßt wurde, schlossen sich 1400 deutsche Abgeordnete an, darunter manche Mitglieder aus den ersten Kammern. Welche Bedeutung die gewaltige Einsprache des deutschen Volkes hatte, das zeigt uns der günstige Gang der Verhandlung auf der Londoner Conferenz und wurde durch die Enthüllungen des englischen Blaubuchs klar gemacht. Bezüglich der Verhandlungen der Londoner Conferenz erinnern wir an die berüchtigten Theilungsprojekte und heben wir die am 28. Mai von Oesterreich und Preußen und dem Vertreter des deutschen Bundes gemeinsam abgegebenen Erklärung hervor, daß sie als ihr Ziel ein unabhängiges Schleswig-Holstein unter dem Prinzen von Augustenburg in Aussicht stellen, der das meiste Recht habe für den am deutschen Bunde die Anerkennung gesichert sei, eine Erklärung, die am 2. Juni am Bundestag gut geheißen wurde, und die bis zum Augenblick nicht eingelöst ist. Es ist bezeichnend für die Moral deutscher Staatsmänner und Staatslenker, daß, was sie damals feierlich erklärten, jetzt vergessen haben und nöthigenfalls gänzlich desavouiren.

Am 25. Juni ging die Londoner Conferenz ergebnißlos auseinander. Die bei Beginne derselben zu Stande gekommene Waffenruhe zwischen der alliirten und dänischen Armee lief am 26. Juni ab, schon am 29. hatten die Preußen die Insel Alsen genommen; Dänemark bat nun um Frieden.

Um jene Zeit traten auch die Oldenburger Prätentionen auf, die aber von der ganzen Nation zurückgewiesen wurden. Nachdem jetzt Rußland seine Protection dieser Ansprüche zurückgezogen und Preußen seine eigenen Erbansprüche entdeckt hat, ist es im Oldenburg jetzt stille geworden und die Geschichte scheint mählich zu verduften.

Vom 21. Juli datirt das Attentat der Preußen auf die Bundestruppen in Rendsburg. Ein Schrei der Entrüstung ging durch alle deutschen Lande. Wie die Geschichte wieder beigelegt wurde, ist bekannt. Preußen suchte den Vorfall auf ein Mißverständniß zurückzuführen, und zeigte sich sogar bereit, Satisfaction zu haben, die auch in der Weise gegeben wurde, daß man Sachsen und Hannoveraner mit hellem Spiel in Rendsburg wieder einziehen ließ, um sie drei Tage später ohne Sang und Klang allerdings auf dem Bundeswege hinauszuwerfen.

Am 20. Juli wurden zwischen der österreichisch-preußischen und der dänischen Armee Waffenruhe bis zum 31. Juli abgeschlossen. Aber ehe diese Frist ablief, bereits am 26. Juli hatten die Verhandlungen über Friedenspräliminarien begonnen, die schon am 1. August damit endeten, daß ganz Schleswig-Holstein von Dänemark an Oesterreich und Preußen abgetreten und ein dreimonatlicher Waffenstillstand abgeschlossen wurde. Am 30. Oktober fand dann in dem Ministerium des Aeußern in Wien die Unterzeichnung des Friedensinstrumentes statt, durch welches wie der Art. 3 besagt: „Seine Majestät der König von Dänemark auf die Herzogthümer Schleswig, Holstein und Lauenburg zu Gunsten Ihrer Majestäten des Kaisers von Oesterreich und des Königs von Preußen verzichtet.“

Wir nehmen hier Gelegenheit, den Inhalt des Friedensinstruments in Folgendem kurz zu resumiren. Dasselbe enthält 24 Artikel und mehrere Annexa.

In den vier ersten Artikeln ist das Dispositionsrecht der beiden Verbündeten über die abgetretenen drei Herzogthümer anerkannt.

Im fünften Artikel ist die Grenzlinie zwischen Nordschleswig und Dänemark festgestellt. Sie beginnt südlich vom Amt Ripen, wendet sich dann nördlich und zieht sich an der Ostgrenze wieder nach Süden hin. Der siebente Artikel enthält Bestimmungen über die Behandlung derjenigen Grundbesitzer, deren Territorien durch die Grenzlinie geschnitten werden, so daß ein Theil derselben zu Dänemark, ein anderer zu dem Herzogthum Schleswig geschlagen wird.

Die übrigen Artikel betreffen die Finanzfrage. Die Herzogthümer übernehmen 29 Mill. Thlr. dänische Reichsmünze als ihren Antheil an der Staatsschuld. Die Artikel enthalten die Anordnungen darüber, wie die übernommene Schuld getilgt werden soll. Außerdem verpflichtet sich Dänemark, die gekaperten Schiffe, soweit sie noch nicht verkauft sind, wieder herauszugeben und für die verkauften Schiffe Ersatz zu leisten.

Das große Fazit des Verlaufs der Angelegenheit ist wie wir an dieser Stelle mit gehobenem Gefühle aussprechen, daß Deutschland um werthvolle Provinzen reicher geworden ist; die tiefste Schmach, die seither auf Deutschland lag, war nun getilgt; die deutschen Waffen haben sich siegreich bewährt; das Ausland hatte sich gehütet, in eine Sache einzugreifen, welche durch den einmüthigen Willen der Nation geschützt war. Beklagt sei aber auch hier, daß dieser Sieg Deutschlands nicht von den Waffen des gesammten Vaterlandes errungen worden ist, daß 18 Millionen Deutsche, denen es am allermeisten um denselben zu thun war, von demselben ferne gehalten wurden. Endlich sei, so hoch wir die Resultate des Friedens schätzen, mit dem Stempel der Schmach gebrandmarkt, daß in dem Vertrage Rechte abgetreten werden, die der Abtretende nie besessen, daß durch denselben über ein Volk verfügt wird, ohne daß man es hörte, daß in demselben jene durchaus unsittliche Theorie des Rechts angewendet wird, wie sie sonst nur von gewissenlosen Eroberern adoptirt wurde.

In einer Versammlung des Erlanger Schleswig-Holstein-Vereins nannte einmal Herr Dr. Papellier sehr treffend den im Vorstehenden erwähnten Friedensvertrag, eine neue in Wien herausgekommene Auflage des Londoner Protokolls, die der gründlichsten Umarbeitung dringend bedürfe. Welche Aufgabe nun dem deutschen Volke auch nach Abschluß des Friedens gestellt sei, setzte das erwähnte Mitglied des Erlanger Schleswig-Holstein-Vereins in so präciser und eindringlicher Weise auseinander, daß wir aus dem betreffenden Vortrage folgende Sätze hier anführen: „Wir müssen darauf hinarbeiten, daß an die Stelle des Wiener Protokolls eine ächte deutsche Satzung kommt, die in dem Rechte wurzelnd und von der Ueberzeugung und dem Willen der Nation getragen, nicht bei veränderter europäischer Constellation von irgend einem Machthaber als ohnmächtiges Werk erklärt werden kann. Dies werden wir aber nur erreichen, wenn wir mit derselben Aufrichtigkeit und Einmüthigkeit, mit derselben Kraftanstrengung und Selbstverläugnung, mit derselben Ausschließlichkeit für die Selbstständigkeit Schleswig-Holsteins und seinen Herzog Friedrich VIII. arbeiten, wie wir für die Befreiung von Dänemark gekämpft haben. Wollten wir jetzt nachlassen, ermüdet bei Seite gehen oder unsere Aufmerksamkeit und Kraft anderen Zielen zuwenden, so würden wir nicht nur dem ganzen deutschen Volke ein schlimmes Beispiel geben, nicht nur allen Denjenigen, welche uns vertrauten, daß wir die nationale Unabhängigkeit, die deutsche Selbstständigkeit und die Verwirklichung des legitimen Fürstenrechtes mit gleicher Wahrheit und Kraft vertreten werden, eine schmerzliche Enttäuschung bereiten, sondern wir würden auch der Verdächtigung die Wege öffnen, daß bei der Agitation für Schleswig-Holstein die Bewegung die Hauptsache, das Ziel die Nebensache sei, ja daß man der Bewegung unvermerkt andere Ziele zu geben beabsichtige. Würden wir das Panier des Herzogs Friedrich fallen lassen, so würden wir nicht nur der im verflossenen Jahre glücklich angebahnten Einigung des deutschen Volkes die kräftigste Stütze wegreißen, sondern es auch alle unsere dem schleswig-holsteinischen Volke und seinem Fürsten geleisteten Gelöbnisse der Treue als Heuchelei, ja vor einem strengen Richter als noch Schlimmeres, und die Gebete, welche wir für Schleswig-Holsteins und seines Fürsten Rettung zum Himmel schickten und unsere Kinder lehrten, als Blasphemie erscheinen. Davor behüt' uns Gott!“

Da mit dem Abschluß des Friedens ein Abschnitt in dem Gange der schleswig-holsteinischen Angelegenheit bezeichnet ist, so nehmen wir hier Anlaß, andere europäische Vorgänge zu berühren und einen Blick jenseits des Oceans zu werfen.

In Bezug auf Italien war das wichtigste Ereigniß dieses Jahres der Abschluß der Convention vom 15. September; es war dies eine Thatsache, deren Folgen sich sofort nach allen Seiten spürbar machten und die eine Verschiebung der politischen Situation in Europa veranlaßte. Ueber ihren Charakter wurde viel gestritten, die Einen sahen darin eine Demüthigung Italiens, die Andern eine günstige Thatsache für dasselbe, die Andern eine Drohung für Oesterreich, die Dritten eine Mahnung für den Papst; die Einen eine Sicherung des Friedens, die Andern die nahe Aussicht auf den Krieg. Die Convention birgt wohl Alles dies in ihrem Schooße, die entscheidende Wendung aber, welche diese politische Thatsache noch nehmen wird, liegt mehr oder minder in dem Willen des französischen Kaisers. Die Convention ist von der Deputirtenkammer und dem Senate in Italien angenommen. Man sieht, die Italiener legen dem Vertrage eine günstige Bedeutung bei. Sie betrachten dieselbe als eine Abschlagszahlung und erwarten von den Ereignissen Günstigeres. Wenn wir von dem Streite über die letzte Tragweite der Convention absehen, so bietet der Vertrag für Italiener immerhin viel Verlockendes. Das Aufhören der Okkupation ist im italienischen Sinne denn doch eine Befreiung italienischen Bodens; und im Hintergrunde schwebt die Aussicht, daß die päpstlichen Unterthanen, wenn auch nicht unmittelbar der Krone unterworfen, so doch zum italienischen Staate in ein Verhältniß treten werden, mit welchem eine Stärkung der materiellen und geistigen Kräfte Italiens verbunden und eine Quelle der Schwäche und innern Zwietracht verstopft sein wird. Eine weitere Aussicht, die in's Auge gefaßt ist, ist die, daß

Digitized by Google

sich nach Abzug der Franzosen die weltliche Herrschaft des Papstes nicht mehr haltbar zeigen möchte, und daß dann Rom dem hoffenden Italien von selbst zufallen werde. Uebrigens bis zum Abzuge der Franzosen ist noch eine Frist und die Wege napoleonischer Politik sind unergründlich. Die bis jetzt vorliegenden praktischen Ergebnisse des Septembervertrages sind die, daß die italienische Politik wieder fester an die französische Politik geknüpft ist und daß Oesterreich um so geflissentlicher die Allianz mit Preußen pflegt. Oesterreich fühlt sich in Venetien bedroht, durch die Vorgänge in Friaul scheint das Gefühl der Unsicherheit in seinem dortigen Besitze sich gesteigert zu haben, es ist durch jene wunde Stelle an seinem Staatskörper in seiner äußeren Politik gehemmt, und sucht sich deshalb einen Halt in der Allianz mit Preußen.

Der franco-sardinischen Convention ist übrigens in diesen Tagen von Rom aus durch die päpstliche Encyclica eine Zurückweisung zu Theil geworden, wie sie entschiedener nicht hätte ausgesprochen werden können. Diese Tendenz der päpstlichen Encyclika, in welcher überhaupt Frankreich und Italien übel mitgespielt wird, leuchtet sehr deutlich hervor. Es wird für eine „Mißachtung der gewissesten Grundsätze der Vernunft" erklärt, daß der Volkswille, ausgesprochen durch die sogenannte öffentliche Meinung oder auf irgend eine andere Weise das höchste Gesetz sei, unabhängig von jedem göttlichen und menschlichen Rechte, und daß in der Politik die vollbrachten Thatsachen dadurch allein, daß sie vollbracht sind, Rechtskraft besitzen.

Das Erscheinen der päpstlichen Encyclica hat ein zu junges Datum, als daß wir schon, während wir dies schreiben, den Eindruck, den dieselbe nach verschiedenen Seiten macht, hier verzeichnen könnten. Von auswärtigen Stimmen liegen uns bis zu diesem Augenblick nur wenige vor, allein schon diese künden den Sturm, den die römische Demonstration in der gesammten liberalen europäischen Welt hervorzurufen nicht verfehlen wird. Bezeichnend ist, daß die „France", das französische Hoforgan, ein Blatt, in dem erst vor kurzer Zeit der Leiter desselben, Senator Laguerronière, seinen Sympathien für die Curie unverholen Ausdruck gab, daß selbst dieses Organ sich im höchsten Grade consternirt zeigt. „Selbst Jene," so sagt das imperialistische Blatt, „die der Sache des heiligen Stuhles am aufrichtigsten ergeben sind, fragen sich mit einem Gefühle der Ueberraschung und des Bedauerns, was denn der Zweck eines Actes sein konnte, der im 19. Jahrhundert, Angesichts des Aufschwunges, den die liberalen Anschauungen allenthalben genommen, die Doctrinen des Mittelalters über die Unterordnung der weltlichen Macht unter die Oberherrschaft der Päpste wieder ins Leben ruft und die erste und wesentlichste aller Freiheiten, die Religionsfreiheit verdammt."

Zur Vorgeschichte der päpstlichen Encyclica wird weiter mitgetheilt, daß der Grundgedanke schon vor zwei Jahren vorhanden war. Damals wollte man von den in Rom versammelten Bischöfen eine Erklärung in diesem Sinne, in Form einer Adresse an den Papst, erlangen. Daß die Bischöfe oder doch ein großer Theil derselben sich hiezu nicht herbeiließen, ist begreiflich, da sie sich hiedurch in Opposition gegen ihre Regierungen, gegen die Völker und die öffentliche Meinung gesetzt hätten.

Ueber die möglichen Folgen jenes früheren Planes sagt ein der französischen Regierung nahe stehendes Blatt:, Die Bischöfe hätten sich durch eine solche Manifestation die moralische Verpflichtung auferlegt, auf den Umsturz der öffentlichen Ordnung in den meisten Staaten Europa's hinzuarbeiten; sie hätten eine Menge aufgeklärte Männer verdrängt, die in das Dilemma gerathen wären zu wählen zwischen dem katholischen Glauben oder dem Opfer ihrer politischen Ueberzeugungen. Die päpstliche Encyclica muß nothwendigerweise den Religionsstreit entzünden und die Streitfrage über die Beziehungen des Katholizismus zu jenen Freiheiten, die man modern nennt, die aber von Anbeginn bestanden, auf die Tagesordnung setzen. — Wir nehmen von diesen Stimmen deshalb hier Notiz, da der Hinweis auf dieselben geeignet ist, die Tragweite der röm. Demonstration zu erkennen. Die amtlichen und halbamtlichen franz. Blätter eröffnen bereits den Krieg: Die „France" verspricht, daß sie jene päpstlichen Doctrinen, die dem öffentlichen Rechte widersprechen, mit aller Gewalt bekämpfen, aber nie vergessen wird, daß es sich darum handle, nicht zu trennen, sondern zu versöhnen. Der „Constitutionel" konstatirt die durch die päpstliche Encyclica hervorgerufene allgemeine Verwunderung und sagt, daß die praktische Anwendung solcher Theorien unmöglich sei. Wenn eine Gefahr existire, so sei es nur die einer Reaction, die durch derartige Unternehmungen herbeigeführt werden könnte. Frankreich werde den Principien treu bleiben, die an der Spitze seiner Constitution ständen. — —

Auch dieses Jahr hat im amerikanischen Krieg keine Entscheidung herbeigeführt. Der bedeutsamste Vorgang dort, an den sich eine bezeichnende Wendung in diesem Kriege knüpfen dürfte, ist der Zug des Unionisten-Generals Sherman von Atlanta im Herzen Georgiens nach dem Hafen Savannah, an der Küste des atlantischen Heeres, welcher lebhaft an die Rückkehr der zehntausend Hellenen unter Xenophon erinnert. Uebrigens soll der Zug nach den neuesten Nachrichten gelungen sein. Wohl mögen die Hinterwäldler Shermans gleich jenen alten Griechen in den entzückten Wonneruf „Thalatta, Thalatta!" ausgebrochen sein, als sie erst das Meer erblickten. Denn bis sie sich Savannahs bemächtigt und sich dadurch in der föderalistischen Flotte wieder eine Operationsbasis erworben hatten, standen diese Bakwoodsmen in Feindesland ohne allen Halt da, wie die Söldner des Atheneus, als sie nach der Schlacht von Kunara und Cyrus Tode aufs Gerathewohl quer durch Kleinasien marschiren mußten, bis sie sich durch die Perser und allerlei barbarische Stämme nach der See durchgeschlagen hatten. Zur Beurtheilung des Sherman'schen Zuges führen wir an, daß derselbe von Missisipi aus gute 100 Meilen ostwärts bis nach Atlanta vorgedrungen, dort konnte er sich, jedes Rückhaltes beraubt, auf die Dauer nicht halten. Ueberdies bedurfte Grant seiner nothwendig vor Richmond, da hier doch die eigentliche Entscheidung liegt und der nordstaatliche Kommandant gegen diese Stadt bisher nicht viel mehr als nichts ausgerichtet hat. Statt nun durch ein ausgesogenes Land und die feindlichen Guerilla's, die sich zwischen ihn und den Missisipi geschoben, die 100 Meilen bis New-Orleans zu ziehen und sich dort einzuschiffen, oder gar statt sich nordwärts eine noch größere Strecke direkt zu Lande durch einen Theil der feindlichen Hauptmacht bis Richmond durchzukämpfen, hat Sherman vorgezogen, durch das vom Kriege noch unberührte Georgien, in dem nur Milizen stehen, die 50 Meilen bis Savannah zurückzulegen.

Die neuesten Nachrichten gehen dahin, daß Sherman durch Eroberung des Forts Mac Allister die Verbindung mit der unionistischen Flotte erreicht habe, und daß Savannah erobert und 10,000 Mann gefangen worden seien. Gleichzeitig wird ein bedeutender Sieg des Generals Thomas in Tennessee über den südstaatlichen General Hood gemeldet, bei welchem 5,000 Gefangene und 40 Kanonen in die Hände des Siegers geriethen. Selbst Richmonder Journale sprachen früher die Befürchtung aus, daß, wenn es Sherman gelänge, eine Operationsbasis bei Savannah oder Hilton Head zu erringen, Charleston und Wilmington verloren wären, und daß die vereinigten Streitkräfte Sherman's und Grant's die Räumung Richmonds erzwingen würden. Es ist daher wichtigen Ereignissen für die nächste Zeit entgegenzusehen, für den Fall nämlich, daß sich die telegraphischen Nachrichten bestätigen.

Außer den Vorfällen im Kriege ist das wichtigste Ereigniß für Amerika die Wiederwahl des Präsidenten Lincoln, der nun auf abermals 4 Jahre die dortigen Geschicke zu leiten hat. Die Bedeutsamkeit dieser Wahl können wir am besten bezeichnen, wenn wir auf dessen politisches Programm hinweisen, wie er es in seiner am 6. Dez. erlassenen Botschaft entwickelte. Nach diesem wichtigen Staatsdokumente beharrt Lincoln mit aller Entschiedenheit bei seiner Emancipations-Proklamation, er verspricht alle durch dieselbe freigewordenen Schwarzen energisch in ihren Rechten zu schützen und fordert sogar den Congreß auf, das in seiner vorigen Sitzung verworfene Amendement zur Constitution, welches die Sklaverei im ganzen Gebiete der Vereinigten Staaten aufhebt, jetzt um so unverzüglicher anzunehmen, als seine Annahme durch den nächsten radicalen Congreß ganz gewiß sei. Interessant ist ein Vergleich dieser Botschaft mit der 1862 erlassenen, in welch' letzterer Lincoln die Emancipation auf das Jahr 1900 verschob. In dieser Beziehung hat die Auffassung einen starken Umschwung genommen. Von auswärtigen Staaten erwähnt die Botschaft nur die unbedeutenden süd- und mittelamerikanischen Staaten. Zu Mexiko, das mit ein paar Worten abgefertigt wird, haben die bisherigen Beziehungen keine Veränderungen erlitten, also Juarez ist nach wie vor als rechtmäßiges Staatsoberhaupt anerkannt und Maximilian gilt den Vereinigten Staaten als unberechtigter Eindringling, den man, so lange der amerikanische Krieg dauert, ignorirt. Die übrigen Punkte der Botschaft sind von untergeordneter Bedeutung und es mag nur nur noch die interessante Notiz hier Platz finden, daß der Präsident alle erlaubten Mittel in Bewegung gesetzt wissen will, daß mit der Union das Hineinfließen des Einwanderungsstromes auch in Zukunft gesichert bleibe. Ueber die Eröffnungen, welche über die Finanzlage gegeben werden, haben wir erst vor Kurzem ausführlicher berichtet.

Da wir uns gerade jenseits des Oceans befinden, so sei noch der Bildung des Kaiserthums Mexiko erwähnt. Kaiser Maximilian entfaltet eine umfassende Thätigkeit, um die Lage des Reiches zu consolidiren. Drei Monate lang hat der Regent seinen Staat bereist, um die Bedürfnisse des Landes kennen zu lernen. Er hat eine Reihe von Gesetzen erlassen, welche segensreich auf die Entwicklung des Staates wirken. Möge es den Bemühungen des Mo-

Digitized by Google

märchen gelingen, in Mexiko die Grundlagen eines geordneten Staatslebens herzustellen. — — —

Die weiteren Vorgänge in Deutschland nach dem Abschlusse des Friedensvertrags lassen sich kurz resumiren. Die angeblichen Rechte, welche der Vertrag den deutschen Großstaaten ertheilt, veranlaßten Preußen, die Bundestruppen aus Holstein zu verdrängen. Nachdem am 30. November dem Bundestage der Friedensvertrag vorgelegt war, stellte Preußen in Gemeinschaft mit Oesterreich am 1. Dez. beim Bunde den Antrag, die Executionstruppen aus den Herzogthümern zurückzuziehen und die Bundeskommissäre ihrer Funktionen zu entheben. In der Bundestagssitzung vom 5. Dez. wurde der Antrag mit 9 gegen 6 Stimmen angenommen. Oesterreich und Preußen erklärten zugleich, daß sie die Civilkommissäre von Schleswig mit der Verwaltung von Holstein und Lauenburg betraut hätten. Hannover hatte schon vor dieser Abstimmung erklärt, die Executionsregierungen seien nach Vorlage des Friedensinstrumentes verpflichtet, ihre Truppen zurückzuziehen, und hatte versprochen, diese „Pflicht" auf das schleunigste zu erfüllen. — In den nächsten Tagen zogen die Bundestruppen heim. Die weiteren diplomatischen Schritte der Vormächte in der schleswig-holsteinischen Sache deuten auf das Streben, die Erbfolgefrage zu verwirren und zu verschleppen. Um die Erbfolgefrage auf's vollständigste und nach allen Seiten zu ergründen, hat die preußische Regierung am 21. Dez. an die Kron-Syndici die Aufforderung gerichtet, über folgende Fragen ihr rechtliches Gutachten abzugeben: 1) Welche rechtliche Gültigkeit haben die von verschiedenen Seiten auf die drei Herzogthümer Schleswig, Holstein und Lauenburg erhobenen Ansprüche? 2) Welche etwaigen älteren Ansprüche auf Schleswig-Holstein stehen dem preußischen Königshause zu? 3) Welche Rechte auf die Herzogthümer ergeben sich für Preußen aus dem Friedensvertrage mit Dänemark vom 30. Oktober dieses Jahres? Ehe nun ein weiterer Schritt geschieht, wird wohl abzuwarten sein, bis jene Gutachten erfolgt sind.

Zu erwähnen sind noch aus jüngster Zeit die unter den Mittelstaaten gepflogenen Unterhandlungen um eine gemeinsame Politik herbeizuführen.

Schließlich ist es interessant, darauf hinzuweisen, welche Veränderungen im Laufe dieses Jahres in der öffentlichen Meinung Deutschlands vor sich gegangen und inwieweit diese Veränderungen zum Vortheile oder zum Nachtheile der verschiedenen praktisch-politischen Bestrebungen ausgefallen sind.

Zunächst haben wir die verschiedenen Richtungen dieser Bestrebungen klar zu machen. Auf der einen Seite steht die Bundespolitik mit ihrem föderativen Prinzip. Für die schleswig-holsteinische Frage bedingt dieser Standpunkt, das Streben nach einer solchen Lösung, daß Schleswig-Holstein seinem angestammten Fürsten zufalle, daß es in der Lage sei, über seine Kräfte und seine Stimme am Bundestag völlig souverän zu verfügen.

Dem gegenüber steht Preußen oder vielmehr die jetzige preußische Regierung, deren Politik, wie sie sich praktisch bereits in der schleswig-holsteinischen Frage bethätigte, dahin geht, für sich eine Machtvergrößerung auf alle Fälle und um jeden Preis durchzusetzen. Die sogenannte Annexionspolitik ist hievon die weitere, nächste und natürliche Folge. Bei gegenwärtiger Lage hat man eine solche zunächst für Schleswig-Holstein-Lauenburg im Auge; daß man, falls man dort Erfolg hat, auch nach anderer Seite vorgehen wird, steht außer aller Frage.

L'appetit vient en mangeant.

Wohin Oesterreich inmitten dieses Gegensatzes zwischen der preußischen und der mittelstaatlichen oder der Bundespolitik zu setzen ist, das ist nicht leicht zu definiren. Oesterreich scheint seine frühere Eifersucht gegen Preußen und vollends seines von den Wiener Offiziösen so häufig mit Emphase betonten Berufes einer hervorragenden Stelle in Deutschland als die Präsidialmacht, in welchem Bewußtsein es sich noch 1863 zur Inscenesetzung des Frankfurter Fürstentages angetrieben fühlte, so völlig vergessen zu haben, daß es die preußische Politik nicht blos gewähren läßt, sondern sogar gegen die Mittelstaaten unterstützt. Ob es wirklich, etwa gegen anderweite Abfindungen, jener Politik in Deutschland freie Hand lassen will, oder ob der letzte Gedanke der preußisch-österreichischen Allianz, eine Theilung Deutschlands, die sogenannte Mainlinie ist, läßt sich bis jetzt nicht klar absehen.

Eines von beiden muß man aber wohl annehmen, oder man müßte von den österreichischen Staatsmännern annehmen, daß ihr ganzes Bestreben im vollsten Sinne des Wortes nur auf ein travailler pour le roi de Prusse ausgehe.

Welche Fortschritte oder Rückschritte hat nun in der öffentlichen Meinung Deutschlands die eine oder die andere dieser Richtungen — die mittelstaatliche oder die preußische oder die österreichische in der jüngsten Zeit gemacht? Um mit der österreichischen anzufangen, so läßt sich kurz bemerken, daß die österreichische Politik, wie sie jetzt ist, und wie wir sie oben gekennzeichnet haben, als bloße Nachtreterin Preußens, ohne jedes ersichtlich selbstständige Ziel eigenen Handelns natürlicherweise nirgends Boden gefunden hat, weder bei den Völkern noch bei den Regierungen. Sie hat das Vertrauen ihrer alten, bewährten Freunde eingebüßt, sämmtliche Richtungen, die in der öffentlichen Meinung vertreten sind, haben sich von ihr abgewendet, ausgenommen etwa die preußische Junkerpartei — denn auch die Freunde der preußischen Vergrößerungspolitik, soweit sie nicht feudalaristokratisch sind, sehen die scheinbar unbedingte Unterstützung der Politik des Herrn von Bismark durch Oesterreich mit Mißtrauen und Besorgnissen, weil sie dahinter irgend welche Abmachungen vermuthen.

Wir kommen zu Preußen.

Daß eine Politik, die auf Vergrößerung der Macht, und in weiterer Linie geradezu des Länderumfangs Preußens ausgeht, im Lande selbst Beifall und Unterstützung findet, kann nicht überraschen. Wer die Intensität des ererbten preußischen Geistes kennt, den kann der Mangel jener politischen Voraussicht nicht Wunder nehmen, die dazu gehört, um über den Erfolgen des Augenblicks die größeren Gefahren nicht zu übersehen, welche die Politik der Machterweiterung um jeden Preis fast unausbleiblich im Gefolge haben muß. Denn pflegt die Menge nicht jenen höhern Grad sittlicher Charakterfestigkeit zu haben, der es verhüten würde, daß man über dem Gewinn an äußerer Größe und an Glanz des Staates die tiefen Wunden vergäße, welche die Art der Erwerbung jener Vortheile dem ganzen Volks- und Staatslebens Preußens schlägt.

Die große Menge — und darunter gehört leider in der Regel auch ein ziemlicher Theil der sogenannten Gebildeten — jauchzt allezeit dem Erfolg zu und beugt sich vor der Macht, auch wenn diese der höheren sittlichen Weihe entbehrt.

Was nun die mittelstaatliche, rein deutsche Richtung betrifft, so hat die Rechtsüberzeugung im Sinne jener Lösung der schleswig-holsteinischen Frage, wie sie das nationale Programm von Anfang an aufgestellt hat, während der ganzen Entwicklung der Angelegenheit trotz des Anschwellens anderer Strömungen an dem ursprünglich eingenommenen Standpunkte festgehalten, und hat an Stärke und Unerschütterlichkeit nichts eingebüßt. Und die Schleswig-Holsteiner selbst halten trotz aller Bedrohungen und Verletzungen an ihrem Rechte fest, und setzen allen Vergewaltigungsversuchen unbeugsamen Widerstand entgegen. Hat diese Richtung der öffentlichen Meinung, welche am meisten die allgemeine Stimmung im deutschen Volke repräsentirt und im Einklang mit dem Willen der schleswig-holsteinischen Bevölkerung steht, auch nichts an innerem Gehalte verloren, so ist doch die frühere Begeisterung einem begreiflichen Mißtrauen gewichen, der Glaube an einen erfolgreichen Widerstand der national-gesinnten Kleineren gegen die Großmächte erschüttert und die Zuversicht auf eine rasche und befriedigende Lösung der Sache sehr gesunken. Die Unfähigkeit und Ohnmacht der Mittelstaaten ist in der letzten Krise zu eclatant hervorgetreten, um nicht die anfangs so gehobene Stimmung auf's tiefste herabzudrücken. Sollten die mittelstaatlichen Bestrebungen, wie sie eben hervortreten, ihrer inneren Bedeutung und äußeren Entschiedenheit nach geeignet sein, die nationale Angelegenheit ihrem endgültigen und befriedigenden Abschlusse entgegen zu führen, und die Sympathien der Nation zu erwecken, so würde zweifellos der Muth sich bald heben und die Zuversicht steigen, und die Chancen des Sieges wären näher gerückt. Doch sehen wir auch ab von jenen Bestrebungen: das Gefühl des Rechts gibt der letzterwähnten Richtung eine solche Weihe, und der Zug der Pflicht eine so unbeugsame Kraft, daß ihr früher oder später doch der Sieg verbleiben muß.

An der Schwelle des neuen Jahres sehen wir der Lösung der Räthsel, die das alte hinterlassen, und den neuen, die es uns bringen wird, erwartungsvoll entgegen. Welche Stürme auch bevorstehen mögen, wir vertrauen, daß schließlich das Recht vor der Gewalt gehen wird!

* * *

Verantwortl. Redakteur: Aug. Hartmann.

Druck und Verlag der Stahel'schen Buch- und Kunsthandlung in Würzburg.

An die
k. Hof- und Staatsbibliothek
1 N. Würzb. Ztg. München.

Neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht!

№ 2.	Vorausbezahlung: Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 2 fl. Bei Inseraten wird die dreispaltige Zeile in gewöhnlicher kleiner	62. Jahrgang.	Schrift oder deren Raum im Hauptblatt mit 6 kr., im Anzeiger mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franco.	Montag, 2. Januar 1865.

Das neue Jahr

übernimmt vom geschiedenen eine traurige Erbschaft — die schleswig-holsteinische Frage. Wie viele Wandlungen dieselbe noch durchmachen wird, ehe eine Lösung ihr beschieden, wer möchte dies auch nur annähernd bestimmen wollen; — und doch dürfte sie ihre Lösung nach unserem Dafürhalten erst dann finden, wenn eine größere, seit Jahren oft und vergeblich ventilirte Frage einen befriedigenden Abschluß erhalten haben wird — die deutsche Frage.

Man giebt sich in Wien und Berlin und in andern Residenzen den Anschein, als befasse man sich mit dieser Angelegenheit gar nicht und ehe einige Wochen ins Land gehen werden, dürfte sie uns in ihrer ganzen Macht und Ohnmacht gegenüberstehen — diese leidige deutsche Frage.

Preußen wird seine Truppen erst dann aus Schleswig und und Holstein zurückziehen, wenn ihm die Häfen von Kiel und Eckernförde zur Verfügung gestellt sein werden; wenn ferner der Bau des Ostseekanales gesichert und mit dem künftigen Souverän der Elbe-Herzogthümer eine Konvention geschlossen sein wird, durch welche die Soldaten der Herzogthümer auf das Vollständigste in der preußischen Armee aufgehen. Das ist wohl das Mindeste, womit sich Preußen zu begnügen gedenkt.

Die erwähnten Forderungen stellen aber nicht nur die Souveränetätsrechte des Regenten von Schleswig-Holstein in Frage, sie widerstreiten auch der Bundeskriegsverfassung. Diese zu stürzen, sie aus dem Wege zu räumen, wird Preußen kein Mittel unversucht lassen; — es wird seinen deutschen Beruf vorschützen und doch nur sein eigenes Interesse im Auge haben.

Allein zur Beseitigung der Bundeskriegsverfassung reicht die gewöhnliche Majorität im Bundestage nicht aus; einstimmig muß man in Frankfurt votiren: der § 3 der Bundeskriegsverfassung hat zu gelten aufgehört. Dann erst hat Preußen seinen Wunsch erreicht. So lange sich in den Mittelstaaten noch ein Atom Kraft vorfindet, werden sie sich niemals in dieser Frage mit Preußen vereinigen, da sie damit ihr Todesurtheil unterschreiben würden. Mögen die Regierungen der letzteren Staaten bei Zeiten erkennen, wo sie die Wurzeln ihrer Kraft zu suchen, und wie sie dieselben zu pflegen haben.

(Amtliche Nachrichten.) **München,** 30. Dezbr. Se. Maj. der König hat dem geistlichen Rathe und Stadtpfarrer K. Danhauser in Aichach in Rücksicht auf seine fünfzigjährigen treu geleisteten Dienste das Ehrenkreuz des k bayer. Ludwigordens verliehen; dem k. Oberzollrath und Bevollmächtigten bei dem Zentralbureau des Zollvereins, M. v. Reichert, in Berlin unter Beibehaltung seiner Geschäftsstellung den Titel und Rang eines Ministerrathes tax- und stempelfrei verliehen; an die bei dem Archiv-Konservatorium in München, Fr. P. Fernbacher, versetzt und zum Offizianten am Archiv-Konservatorium München den Reichsarchivs-Praktikanten Dr. Franz Heinrich provisorisch ernannt.

Die kathol. Pfarrei Wartenfels, k. Bezirksamts Stadtsteinach, ist mit einem fassionsmäßigen Reinertrage von 872 fl. 53 kr. in Erledigung gekommen. (B. Z.)

(Militärdienstesnachrichten. **München,** 30. Dez. Se. Maj. der König hat dem Rittmeister Konst. Frhrn. v. Pedewils vom 2. Kür.-Reg. das Ritterkreuz 1. Klasse des Verdienstordens vom heil. Michael verliehen; den pens. Reg.-Quartiermeister Joh. Düßel wegen Verurtheilung zur Strafe eines gemeinen Verbrechens entlassen; den Hauptmann Grafen v. Ortenburg vom 13. Inf.-Reg. auf zwei Jahre, den Rechnungs-Registrator Sebastian Bernhard bleibend und den Unterquartiermeister K. Hahnemann auf ein Jahr in den Ruhestand versetzt; dem Regimentsarzt Dr. Emil Friedrich von der 1. San.-Komp. für den k. preuß. Kronenorden 3. Klasse und dem Bataillonsarzt Dr. Ant. Buchelmann vom 3. reitenden Art.-Reg. für denselben Orden 4. Klasse die Erlaubniß zum Tragen ertheilt; den Rittmeister A. Recher vom 2. Art.-Reg in den Ruhestand versetzt; den temporär pens. Oberlieutenant A. Hablitschek auf weitere zwei Jahre und den temporär pens. Hauptmann Ritter v. Welsch bleibend im Ruhestand belassen; dem Generalstabsarzt Dr. L. v. Feder das Ritterkreuz des Verdienstordens der bayer. Krone verliehen; dem Unterlieutenant à la suite Baptist v. Hofstetten die nachgesuchte Enthebung von seinem Militär-Charakter bewilligt; den Unterlieutenant A. Kepl vom 1. Uhl.-Reg. zum 13. Inf.-Reg

---

Feuilleton.

Ein Pariser Schauerstück.

Paris, 30. November.

Kennen Sie die englische Romanschriftstellerin Miß Braddon? Sie ist die fruchtbarste Pflegerin des Sensations-Romans, gegen den die englischen Bischöfe vergeblich von der Kanzel donnern. Diese Gattung findet auch diesseits des Kanals nicht wenig Anhänger. Wollen Sie einem Erfolge, wie er seit langem nicht in Paris vorgekommen, beiwohnen, so begleiten Sie mich in das Théâtre Ambigu-Comique. Sehen Sie diese drängende, stoßende, keuchende Menge, das Bild der Neugierde und des Erstaunens? Jünglinge, Greise, Kinder, selbst anständige Frauen und auch die „anderen“ strömen in Massen herbei, um sich an dem Opium der „Sensation“ — zu berauschen. Was ist's, das alle die hier Versammelten durch mehrere Stunden festbannt, und sie über den gewaltigen Schwingungen ihrer Nerven die körperliche Mühe und Qual vergessen macht? Sind's vielleicht die edlen und großen Thaten der Geschichte, an denen wir uns erbauen? Oder sollen wir uns an dem glühenden Pathos der Leidenschaft mit entzünden? Werden wir dem erhabenen Wettkampf zwischen Liebe, Ehre, Freiheit und „allem Hohen, was das Menschenherz erhebt“, als Kampfrichter beiwohnen? . . .

Nein, nein, nichts von allem dem; es handelt sich nicht um die Thaten eines Helden, nicht um Völker, die ihr Joch abschütteln, nicht um Könige, die vom Throne herab in's Elend gestoßen werden! — Nein! nichts als die abscheulichsten, vulgärsten Abenteuer, wie sie die Phantasie einer Frau ersinnen kann, die statt ellenlanger Strümpfe endlose Romane strickt und darin der blutigen Thaten so viel anhäuft, wie sonst der Maschen. Es ist die Geschichte aus „Tausend und Einer“ Ermordung, und diese füllt jeden Abend das Theater vom Parterre bis in die höchsten Räume. „Margarethe“, oder: „die Londoner Arbeiterin“, das ist ihr Titel. Die Heimath, der sie entstammt, der Sensations-Roman „Henry Dunbar“ von Miß Braddon.

Wir wollen den Leser, wenn er sich aufgelegt fühlt mit uns durch diese blutigen Labyrinthe zu wandeln, durch den „Plot“ dieses Schauer-Romans führen, in der Voraussetzung, daß uns nicht die Kräfte unterwegs verlassen. Wir machen vor allem die Bekanntschaft eines jungen Mannes, der, ein Gemälde in der Hand, die Straßen durchirrt und nach einem Käufer für sein Bild sucht. Die Dichterin stellt ihn mit folgenden Worten vor: „Er war sehr schön, so schön, daß selbst seine schäbigen Kleider die Eleganz seiner Erscheinung nicht zu zerstören vermochten. Aber es lag etwas in diesem blassen, gelblichen Gesichte, in den Tiefen dieser „violetten“ Augen, das nicht angenehm berührte. Dieses Etwas war die Verzweiflung.“

Als der junge Mann mit den violetten Augen sein Bild für eine halbe Krone einem Trödler verkauft hatte, kehrt er in den Keller zurück, den er bewohnte, um hier auf einem Strohlager liegend, in den Schlaf der Trunkenheit versunken seine Frau zu finden, die aus Elend und Verzweiflung zur Branntweinflasche gegriffen und unrettbar dem Laster der Trunksucht verfallen war. „Das graziöse junge Mädchen, das er geliebt, war in eine betrunkene Furie verwandelt, der zu nahen gefährlich war, oder in ein blödsinniges Geschöpf, das die Atmosphäre mit Branntweingeruch verpestete.“

Das war zu viel für den armen Gilbert Jocelyn, so hieß der arme Maler, und er benützte den Schlaf seiner Frau um zu entfliehen, mit seinem kleinen Kinde im Arm. Er war noch nicht sehr weit gewandert, als er eine Gesellschaft von Seiltänzern fand mit Fräulein Lamour, Frau Zephyrine, dem „Wirbel der Wüste“, und einem Clown „stumm und düster wie das Grab“. Der

versetzt; ferner nachstehende Orden verliehen und zwar: das Komthurkreuz des Verdienstordens vom h. Michael: dem Generallieutenant und General-Kommandanten von Nürnberg O. Frhrn. v. Zeller und dem General-Verwaltungs-Direktor K. Ritter v. Feinaigle vom Kriegsministerium; das Ritterkreuz 1. Klasse desselben Ordens: dem Major J. Riem vom Geniekorps-Kommando, dem Hauptmann B. Friedel von der 1. San.-Komp., dem Hauptmann Celsus Girl vom 4. Art.-Reg. und dem Oberlieutenant K. Fricker von der Zeughaus-Hauptdirektion; endlich den Divisions-Kommando-Sekretär A. Königer von der Militär-Fondskommission auf ein Jahr in den Ruhestand versetzt. (B. Z.)

— Aus **München**, 31. Dez., schreibt man der A. Z.: Der k. Staatsminister des k. Hauses und des Aeußern, Frhr. v. d. Pfordten, hat am k. Hof in Stuttgart die ausgezeichnetste Aufnahme gefunden. Der kurze Ausflug nach Frankfurt hat die beste Wirkung auf Wiederherstellung des Hrn. Ministers von seiner neulichen Erkrankung gehabt. Schon heute hat derselbe seine Amtsthätigkeit durch Uebernahme seines Portefeuille wieder begonnen. Der Staatsminister des Innern, Hr. v. Neumayr, der während der Abwesenheit des Frhrn. v. d. Pfordten das Portefeuille des k. Hauses und des Aeußern geführt hatte, wird von morgen an wieder das Portefeuille des Innern übernehmen. Demnächst werden unter seinem Vorsitz die kommissionellen Berathungen über die Entwürfe zur neuen Gesetzgebung Bayerns im Ministerium des Innern beginnen.

Aus dem gestern erwähnten Artikel der „Bayerischen Ztg." gegen die welfische Nordseezeitung heben wir noch Einiges hervor. Zu dem Satze des Platen'schen Organs: „Die schleswig-holsteinische Angelegenheit lag bei ihrem Beginne vollständig in der Hand des Bundestags, und sie konnte innerhalb desselben erledigt werden, wenn von allen Bundesstaaten mit Mäßigung und Umsicht verfahren worden wäre", bemerkt die „B. Ztg.", was folgt: „Ja, sie lag in der Hand des Bundestags, und sie wäre konsequent entwickelt worden, wenn nicht die hannöverische Regierung zwischen dem 5. und 7. Dezember 1863 von jener mittelstaatlichen Politik sich getrennt hätte, die nach der „Nordseezeitung" ohne Umsicht und für die Autorität des Bundes so schädlich gewesen sein soll. Am 7. Dezember 1863 wurde der Executionsbeschluß gefaßt, und die hannöverische Stimme gab leider den Ausschlag dahin, daß der Bund nicht die Okkupation beschloß. Wir wollen nicht fragen, ob die am 6. Dezember 1863 bei allen deutschen Bundesregierungen übergebenen bekannten identischen Noten Oesterreichs und Preußens eingewirkt; aber es ist eine Thatsache, welcher, wie wir auf unserem bescheidenen Standpunkte glauben, nicht widersprochen werden kann, daß der hannöverische Staatsminister Graf Platen noch am 5. Dez. seine Bereitwilligkeit, für die Okkupation des Bundeslandes Holstein die Stimme Hannovers abgeben zu lassen, erklärt hatte." — Zu dem folgenden Satze der hannöverischen „Nords.-Ztg.": „Durch die vom Nationalverein empfohlene und von Bayern und Sachsen adoptirte Politik wurde die schleswig-holsteinische Sache aus dem Kreise der bundesmäßigen Behandlung gedrängt und die Beziehungen zu Oesterreich und Preußen aufgelöst" wird gesagt: „Der geehrte Herr Kollega im deutschen Norden hat da ein tiefverkehrtes Wort gesprochen und scheint über die Vorgänge in dem deutschen Süden geschlafen zu haben. Der Nationalverein und die schleswig-holsteinischen Vereine, Generalversammlungen und Volksversammlungen waren es ja bei uns in Bayern, welche der Regierung fortwährend zur Last legten, daß sie ihre, der Vereine, Politik nicht adoptire und nicht vorschreite, nicht mit der Energie verfahre, die jetzt, mirabile dictu, Alles verschuldet haben soll, die Oesterreich und Preußen mit dem deutschen Bunde entzweite! Was die Entzweiung hervorrief, weiß die Welt, und es würde zu weit führen, hier darauf einzugehen; aber wir können mit gutem Gewissen die Gegenbehauptung aufstellen, daß es immer Hannover's Trennung von den Mittelstaaten war, die eine bundesmäßige Behandlung der schlesw.-holst. Sache in den Hintergrund drängte." Dem unwürdigen Hohne des welfischen Organs gegenüber, daß auf die Thätigkeit des Bundesbevollmächtigten zur Londoner Konferenz „bei einem Vergleiche der Kosten mit dem politischen Gewinne der juristische Einwand der Verletzung über die Hälfte zulässig erscheinen möchte", erinnert die „Bayer. Ztg." daran, daß die Bundesversammlung der Thätigkeit des Hrn. v. Beust in ihrer Sitzung vom 2. Juni ihre Anerkennung ausgesprochen hat und daß unter den Zustimmenden auch — die Krone Hannover war, und erkennt in der Aeußerung der „Nordd. Z." nur einen Beweis, „wie entschieden man sich dort der preußischen Richtung ergeben hat." Auf die Schlußsätze des hannover'schen offiziösen Organs, daß „diejenige Politik, welche für den Bund ohne allen Rechtsgrund und in der schroffsten Weise die ganze und alleinige Verwaltung der Herzogthümer forderte, es unmöglich machte, auch Das zu erreichen, was sonst im Interesse der Bundesautorität zu erreichen wünschenswerth und möglich gewesen wäre", erwiderte die Bayer. Zeitung: „Die Mittelstaaten

---

Prinzipal sagt von ihm: „Er ist äußerst geschickt in seinem Fache, ißt Feuer und verschlingt spitzige Säbel; aber er macht mich schaudern, wenn er das Publikum zum Lachen bringen will."

Doch lassen wir den jungen Mann bei den Seiltänzern und wenden wir uns einer neuen Bekanntschaft zu: Margarethe, eine arme Nähterin und Tochter eines entlassenen Sträflings, Joseph Wilmot, der vor vielen Jahren, angestiftet von seinem jungen Herrn, Henry Dunbar, dem Sohn eines Millionärs, eine Fälschung begangen hatte. Ihn, den Diener, verurtheilte das Gericht zu zwanzigjähriger Deportation, während sein Herr mit einer väterlichen Ermahnung und dem Aufenthalte in Indien davonkam. Die Arbeit war Margarethen keine Mühe, sie war ihr ein Vergnügen; das was ihr Schmerzen verursachte, war, daß ihr Vater das „Stigma der Verworfenheit auf der Stirne" trug. Doch den Vater rührte nicht die Tugend seines Kindes, er war und blieb der Verworfene, der nur von Einem Gedanken lebte, an Einem Feuer sich wärmte — dem Gedanken und dem Verlangen nach Rache an seinem treulosen Herrn. Zu dieser Zeit geschah Folgendes: Henry Dunbar kehrte aus Ostindien zurück mit den Schätzen eines Nabobs, und das Haus Dunbar und Komp. bereitete dem Ankömmling, dem Chef des Hauses, einen feierlichen Empfang vor. Joseph Wilmot befand sich damals in Southampton, als das Schiff, das seinen alten Herrn brachte, im Hafen ankam.

Er kleidete sich als Gentlemann, und seine Manieren waren mit seinen Kleidern geändert; „als Vagabund trat er um acht Uhr Morgens in einen Laden, und als vollendeter Gentleman, physisch und moralisch, verließ er ihn nach einer halben Stunde." Es dauerte nicht lange, so begegnete er Henry Dunbar, der unter den Blicken seines Dieners erschauerte. Die erste Bewegung ging vorüber, und der Millionär schloß Frieden mit dem entlassenen Sträfling, und Arm in Arm sah man sie in den Straßen der Stadt Winchester umherwandeln, die Sehenswürdigkeiten betrachten, unter andern auch die berühmte Kathedrale. Noch keine Stunde war vergangen, so sieht der Küster der Kathedrale Henry Dunbar in aller Eile zurückkehren; er erkundigt sich nach seinem Begleiter. „Was, zum Teufel, ist ihm passirt, daß er nicht zurückkommt?" fragt er mit jener vornehmen Nonchalance, die das Verschwinden eines Geringern nur insofern in Betracht zieht, als ihre eigene Bequemlichkeit darunter leidet. Er kehrt in sein Hotel zurück und nimmt die Schlüssel, um seine Kassette zu öffnen. „Habe ich denn heute so viel Bordeaux getrunken, daß ich den rechten Schlüssel nicht erkennen kann?" fragte er im Scherz den anwesenden Zimmerkellner. Endlich bringt ihm dieser Nachricht von seinem verschwundenen Diener. Man fand ihn erdrosselt, und zwar erdrosselt nach amerikanischer Sitte mit einem Lasso um den Hals. Die Jury wird versammelt, um Recht zu sprechen über den Schuldigen. Obwohl über allen Verdacht erhaben, wird der reiche Lord Dunbar doch bis auf weitere Aufklärung, die erfolgen muß, in Gewahrsam zurückgehalten, bis ihm der Advokat Arthur Lovel, der Geliebte seiner Tochter, Laura Dunbar, zu Hilfe kommt. Diese hat ihren Vater noch nie gesehen, denn gleich, nachdem sie zur Welt gekommen, mußte er nach Indien reisen, woher er erst jetzt zurückkehrte. Uebrigens befand sich Henry Dunbar nicht gar so übel im Gefängniß, und er trug große Sorge um den Sohn seines Vaters. Er ißt und trinkt sehr gut und erwartet mit der Seelenruhe, die nur ein gutes Gewissen geben kann, den Ausgang der Gerichtsverhandlung. Vor allem haßt er es, durch nervenaufregende Szenen gestört zu werden, und das ist auch der Grund, warum er sich weigert, die arme Margarethe, die Tochter seines ermordeten Dieners Wilmot, zu sehen.

Unser alter Bekannter Jocelyn wird durch eine Reihe von ebenso glücklichen, als unwahrscheinlichen Begebenheiten Besitzer eines großen Vermögens, zudem erhält er den Lordtitel als eine nicht zu verachtende Beigabe. Er findet sich sehr bald in seine neue Rolle.

Seine Güter grenzen an die Dunbar'schen Besitzungen, und beide — Dunbar und Jocelyn — leben in freundnachbarlichen Verhältnissen. Dunbar's Unschuld hat sich glänzend herausgestellt, oder vielmehr seine Schuld konnte nicht erwiesen werden; in jedem Falle verließ er rein und makellos das Gefängniß, und führt seit-

haben niemals die ganze und alleinige Verwaltung der schleswig-holsteinischen Lande gefordert, nur die Mitverwaltung des Bundes mit Oesterreich und Preußen, nur die Mitbesetzung der Bundesterritorien mit Oesterreich und Preußen verlangten sie. Dazu hatten sie und haben sie fortwährend gutes Recht und werden sich dasselbe nicht abstreiten lassen.

Wien, 31. Dez. Mit dem heutigen Tag ist der am 31. Dez. 1864 fällig gewordene Theil der Staatsschuld an die Nationalbank, nämlich die Jahresrate der Wiener Währungsschuld im Betrag von 9,136,900 fl. ö. W., in Banknoten an die Bank abgestattet worden.

Wien, 28. Dez. Die „Hamb. Börsenh." läßt sich von ihrem hiesigen offiziösen Korrespondenten in Beziehung auf die vom Kaiser zurückgewiesene Adresse aus den Herzogthümern schreiben: „Vielleicht hätte man einer Parteikundgebung gegenüber, die sich darauf beschränkt haben würde, die Vermittlung der augenblicklichen Possessoren der Herzogthümer wegen Beschleunigung der Herbeiführung eines Definitivums anzurufen, ein Auge zugedrückt, und es würde eine derartige Adresse ungeachtet der zivilkommissarischen Verpönung jeglicher Manifestation denn doch die Pforten der Hofburg nicht verschlossen gefunden haben. So aber bildete offenbar der Inhalt der fraglichen Adresse den Stein des Anstoßes und deswegen müssen wir die kaiserliche Ablehnung für mehr als einen lediglich nur auf die betreffende Angelegenheit Bezug habenden Zwischenfall, wir müssen sie für eine österreichische politische Kundgebung betrachten, die mit der Situation, so wie wir selbe bereits seit einigen Tagen, insoweit es sich um die gegenseitigen Stellungen Oesterreichs und Preußens handelt, zu charakterisiren streben, im innigsten Zusammenhange steht.

Stockholm, 20. Dez. Die finanzielle Lage ist in Schweden dauernd, höchst mißlich und namentlich scheinen die schwedischen Landwirthe unter den schwierigsten Geldverhältnissen zu leben. Die Landwirthe haben nämlich verschiedene Schritte gethan, um zur Abhilfe des augenblicklichen Drucks Vorkehrungen zu treffen. So waren die bedeutenderen Landwirthe der Provinz Schonen am Dinstag in Malmö versammelt, um die Errichtung einer landwirthschaftlichen Bank für Schonen zu beschließen. Unter den verschiedenen Propositionen, welche verworfen wurden, befand sich eine worin die Berufung eines außerordentlichen schwedischen Reichstags in Vorschlag gebracht wurde. Nicht minder groß ist ferner die Finanznoth in den Lehnschaften Gothenburg und Bohus, indem die dortigen Hypothekenvereine bewilligte Darlehen zum Betrag von mehreren Millionen Thalern nicht auszahlen konnten. Als man in Folge dessen den Beistand der Regierung anrief, ertheilte diese einen abschlägigen Bescheid. Endlich wandte man sich an die „Allgemeine Hypothekenbank" in Stockholm, welche jetzt Obligationen zu einem Betrag von 5 Mill. Thalern preußisch verkaufen wird, um wenigstens die nothwendigste Hilfe zu leisten. (Nat.-Z.)

Stockholm, 23. Dezbr. Das Reichsschuldenkomptoir hat gestern (wie wir schon gemeldet) mit der scandinavischen Creditaktiengesellschaft in Gothenburg über eine temporäre Staatsanleihe zum Betrag von 8 Mill. Mk. Hamr Bco. oder $10^{1}/_{4}$ Mill. Thlr. Rm. abgeschlossen. „Aftonbladet" hofft, daß der Abschluß dieser Anleihe einen günstigen Einfluß auf den gedrückten Zustand des Geldmarkts hier im Land ausüben wird.

Aus London, 28. Dez., schreibt man der „Allg. Ztg.": „Da der Christtag auf einen Sonntag fiel, so sah sich John Bull durch seine religiösen Grundsätze genöthigt, den geräuschvolleren Theil seiner Feier auf „Boxing-Dai" zu vertagen. Der Sonntag verlief daher in Ruhe. Wie wenig jedoch der Puritanismus der englischen Sonntagsfeier zur Beförderung der Sittlichkeit dient, zeigt sich so recht schlagend in den Polizeiberichten vom folgenden Morgen. Da John Bull von den herrschenden Gesetzen und Vorurtheilen verhindert wurde, seine Feiertagslaune in gewohnter lärmender Weise mit komischen Negergesängen, geräuschvollen Toasten, spaßhaften Tischreden und gelegentlichen Boxereien auszutoben, so scheint sich der gute Mann in Verzweiflung dem stillen Trank ergeben zu haben. Die massenhafte Trunkenheit wurde durch so zahlreiche Fälle vor den Polizeigerichtshöfen illustrirt wie nie zuvor, wenigstens nicht in der Erinnerung der ältesten Richter und Offizianten. Bezeichnend ist es, daß die verschiedenen Stadien der Trunkenheit von der englischen Strafrechtspflege genau beobachtet und klassifizirt worden sind. Der Berichterstatter am Polizeigerichtshof von Bowstreet erzählt: „Die Zellen und Privatzimmer des Gefangenwärters reichten nicht hin, um die große Anzahl von Personen zu fassen, welche merry Christmas im Stationshaus geendet hatten. Die Anklagen schwankten im Grad, und lauteten auf „betrunken und unordentlich — „betrunken und aufrührerisch" —

---

dem auf dem Stammschloß der Dunbars das behagliche Dasein eines reichen Lords.

Lord Jocelyn verliebt sich bei einem Festmahle in die schöne Laura Dunbar, die Tochter seines reichen Nachbars. Auch sie ist von seinen stillflehenden Blicken gerührt und wartet ungeduldig auf eine Erklärung. Doch da hat sie gut warten: Lord Jocelyn Graf von Haughton zögerte aus guten Gründen, seiner Liebe Worte zu leihen; er fürchtet das englische Gesetz, das die Bigamie bestraft, und er weiß, daß die Ströme Branntwein, die sie getrunken, nicht vermocht hatten das Lebenslicht seiner Frau zu verlöschen. Das englische Gesetz verbietet Bigamie, es sagt aber nichts darüber, wenn ein treuer Diener die Ergebenheit für seinen Herrn so weit treibt, um eine diesem verhaßte Person aus dem Wege zu räumen — kurz, Jocelyn wird Wittwer — man findet den Leichnam seiner Frau am Fuße eines Felsens, von dem sie in ihrer Trunkenheit wahrscheinlich gestürzt war — und zögert nicht, seine geliebte Laura heimzuführen. Es ginge nun alles vortrefflich, wenn der Clown, „düster und stumm wie das Grab", nicht urplötzlich auf dem Schauplatze erschiene. Er hat alles erfahren, weiß alles, und erräth leicht das übrige hinzu. Er benutzt seine Kenntnisse, um Jocelyn und Dunbar Summen herauszulocken, findet aber an dem letzteren einen so harten und unbeugsamen Charakter, daß er bald von ihm ablassen und sich nur auf den ersteren beschränken muß.

„Ich glaube," sagt sich der Clown, „daß Gilbert Jocelyn der Einträglichere von beiden sein wird."

Henry Dunbar scheint aber noch andere Feinde zu fürchten, und das macht ihm den Aufenthalt in dem gesegneten England verhaßt; er beschließt, nach dem Kontinent zu reisen, und da er weiß, daß Gold leichter zu transportiren sei, als Silber, und Diamanten noch leichter als Gold, verwandelt er sein gesammtes Vermögen von 2 Millionen Pfd. Sterl. in Diamanten, verwahrt dieses Gut in einem Gürtel, den er auf dem bloßen Leibe trägt, und besteigt einen Eisenbahnwaggon, der ihn an den nächsten Seehafen bringen soll, um von hier nach dem Kontinent zu reisen. Ein unglücklicher Zufall will aber, daß diesem Train ein Unglück passirt wie es in England nicht selten ist; es erfolgt ein Zusammenstoß zweier Eisenbahnzüge, und Henry Dunbar bricht ein Bein. Das Geschick bringt ihn nach dem Stammschloß seiner Väter zurück. Hier spielt die große Scene des Romans; die Katastrophe bricht in den altersgrauen Räumen aus. Sie ist schön, genial und wirkt um so überraschender, als sie sich lange erwarten läßt. finden wir plötzlich die Tochter des langvergessenen Vilmot wieder, die tugendhafte, arbeitseifrige Margarethe; ihre Versuche, Lord Dunbar, den sie für den Mörder ihres Vaters hält, zu sehen, sind bis nun an unüberwindlichen Hindernissen gescheitert. Endlich, als sie erfährt, der Millionär habe bei der Fahrt ein Bein gebrochen, und kann ihr nicht entfliehen, muß ihr Rede stehen, ihr, der Tochter, die da kömmt, von ihm Rechenschaft über seine blutige That zu verlangen, bringt sie in das schlechtgehütete Haus; ja sie gelangt bis an das Bett des kranken hilflosen Mannes, der da liegt, gequält von schlimmen Träumen, und sie erkennt . . . ihren Vater, ihren Vater Joseph Vilmot.

Vilmont, der bisher die Rolle Dunbar's gespielt, Vilmont den Mörder Dunbar's, den Dieb, den Fälscher . . . In dieser mächtig ergreifenden Scene erkennt man die Hand des Genies . . . wir legen dies Geständniß widerwillig ab, denn in der That, wir wünschten uns bis ans Ende kühl und ablehnend gegen diese Häufung von Schauerthaten, von Mord und Verbrechen zu verhalten, aber diese Scene ist mächtiger als wir; sie ergreift uns, reißt uns hin, und mit uns alle die athemlos Horchenden, deren Herzschlag man in der bangenden, ahnungsvollen Stille fast vernimmt.

Ist der Erfolg dieses Dramas nun begreiflich? Miß Braddon sündigt vielfach, aber Eines muß ihr der feindseligste Kritiker zugestehen: sie hats verstanden, diese blasirte für nichts mehr empfängliche Menge zu rühren, hinzureißen. Und der Erfolg, der heutzutage Alles ist, alle Sünden verhüllt, der Erfolg ist auf ihrer Seite. Mit welchen Mitteln er erzielt wird? Mit abscheulichen, von denen sich die Kunst betrübt abwendet, aber sie gesteht, er wird erzielt, und das ist das Einzige, was man heute verlangt.

„betrunken und sich thätlich an der Polizei vergreifend,“ und so durch die ganze Stufenleiter der strafrechtlich anerkannten Kategorien hindurch bis zu dem einfachen „unfähig,“ d. h. so vollständig hülf- und bewußtlos, daß die Betreffenden zu nichts mehr fähig waren, als in der Straßengosse zu liegen. Schon um 11 Uhr Morgens waren fünfundzwanzig zu der letzten Kategorie gehörige Individuen straffrei entlassen worden, da sie in ihrem hülflosen Zustand zerschlagen und ausgeplündert worden waren, ehe sie der mitleidigen Polizei in die Hände fielen, und nach Ansicht des Polizeirichters schon Strafe genug erduldet hatten. Im Ganzen standen an dem bezeichneten Tag einige dreißig Delinquenten dieser Art vor dem Polizeigerichtshof von Bow-Street, und darunter eine Dame „von Stellung und Vermögen,“ welche zu spät zum Gottesdienst gekommen, und um keine Störung zu verursachen, in eine benachbarte Taberne eingetreten war, wo sie den Beginn des Abendgottesdienstes abwarten wollte, sich aber so schnell und gründlich betrank, daß sie im Polizeigefängniß erst wieder zum Bewußtsein gelangte. In gleicher Weise waren alle zwölf Polizeigerichtshöfe der Hauptstadt beschäftigt. Dem Herkommen gemäß war die Sache am Dienstag, wo die Festopfer des Boxing-day vorgeführt wurden, noch viel schlimmer, und förmliche irische Straßenschlachten mußten unter der Kategorie „drunk and riotous“ abgeurtheilt werden. Nun, die Germanen sind Säufer von Haus aus; aber **eine** Seite dieses gemeinsamen Stammeslasters ist nur in England zur höchsten Vollkommenheit ausgebildet worden — die Trunkenheit des Weibes. Die Zahl der betrunkenen Weiber, die uns am Montag in den Straßen Londons und seiner Vorstädte begegneten, war größer als die der Männer. Die Frage: warum das weibliche Geschlecht in England so gesunken sei, empfehlen wir der ernsten Untersuchung des Social Science Kongreß.

Eine Nachricht aus **Rom** vom 28. Dec. meldet, der Papst habe an Weihnachten die officielle Beglückwünschung entgegengenommen. Auf die Anrede des Wortführers des heiligen Kollegiums habe er geäußert: Der Sieg der Kirche sei gewiß, nur der Tag noch nicht bestimmt. Wenn er (Pius) diesen Triumph erlebe, werde er ausrufen wie Simeon: „Herr, laß Deinen Diener nun sterben“.

Dreizehn der bedeutendsten Gelehrten und Professoren der Universität **Bologna**, worunter der Professor der Zoologie, Bianconi, und der Professor der Astronomie, Respighi, sind jetzt definitiv ihrer Aemter entsetzt, weil sie den Huldigungseid an Viktor Emanuel zu leisten verweigerten. Dieser Eid wurde nämlich vorher den Beamten der Universitäten nie abverlangt; allein man war jetzt genöthigt, ihn zu fordern, da namentlich in Bologna reaktionäre Tendenzen zum Vorschein kommen sollen.

Neapel. Der „Corriere mercantile“ veröffentlichte einen Bericht, über den feierlichen Besuch, den der Kardinal Andrea dem Prinzen Humbert im königl. Schlosse zu Neapel abgestattet hat. Die Wache stand unter den Waffen: die Ceremonienmeister empfingen den Kardinal unten an der Treppe und führten ihn durch eine Reihe glänzend erleuchteter Gemächer bis zu dem Saal, an dessen Schwelle der italienische Thronfolger ihn erwartete. Kardinal Andrea war schwarz gekleidet und trug als einziges Abzeichen seiner geistlichen Würde rothe Strümpfe. Die Unterhaltung zwischen dem Prinzen und dem Kardinal dauerte ungefähr fünf Viertelstunden, und es **sollen** bei dieser Gelegenheit die verschiedenartigsten politischen Fragen besprochen worden sein. Se. Eminenz **soll** über beinahe alle Punkte sich ziemlich weit eingelassen haben, ja es soll sogar von der Einverleibung Roms, ohne daß es jedoch Haupt- und Residenzstadt des italienischen Königreichs würde, gesprochen worden sein.

Aus **Mailand** schreibt man: Die Dinge in Venetien verdienen trotz der gegenwärtigen Stille die Aufmerksamkeit der Regierung, und Oesterreich beweist, daß es wirklich auf seiner Hut ist. Die Vorbereitungen zu einem größern Aufstand im kommenden Frühjahr werden emsig betrieben, wie aus manchen Fällen hervorgeht, in welchen es der Polizei gelang, Waffen und Munition abzufassen. Erst vor vier Tagen wurde auf dem untern Mincio wieder eine Barke mit zwei Pulverfässern konfiscirt; es ist aber offenkundig, daß von solchen Schmuggelreien von zehn Fällen nur einer zur Kenntniß der Polizei gelangt. So viel man munkeln hört, würde der nächste Aufstand in Venetien auch von einer Erhebung der Dalmatiner begleitet sein.

New-York, 17. Dez. Aus zwei Quellen treffen Berichte von Sherman ein, günstig lautend beide, aber dem Grade nach verschieden. Den Richmonder Blättern vom 16. ds. zufolge hätte der General am 14. eines der Savannah beschützenden Forts, M'Allister, welches jedoch noch 15 Meilen südwestlich von der Stadt und am Ogechee liege und eine Besatzung von nur 150 Mann gehabt habe, erobert, und sich dadurch mit der nordstaatlichen Flotte in Verbindung gesetzt. Die Verstärkung der Garnison Savannah's sei daher dringend geboten. In Charleston aber war, wie ein von der Barre des dortigen Hafens kommender Dampfer berichtet, am 14. schon unter Parlamentärflagge die Mittheilung gemacht worden, daß Sherman nach achtstündigem Kampfe Savannah erobert und 11,000 Mann der Besatzung gefangen genommen habe. In Savannah befehligte Hardee. Beauregard war in Charleston eingetroffen. Der kühne nordstaatliche Reitergeneral Kilpatrick soll auf den Tod verwundet sein.

Hiezu die Beilage: „Würzburger Anzeiger“.

Verantwortlicher Redakteur: A. Hartmann.
Druck und Verlag der Stahel'schen Buch- und Kunsthandlung in Würzburg

Ritterguts-Verkauf.

Ein Rittergut mit ca. 900 Morgen Feldern, Wiesen und Wald, herrlichem Schlosse, Schäferei rc. ist zu fl. 82,000 sofort zu verkaufen.

Mühlanwesen-Verkauf.

Ein Mühlanwesen in Unterfranken mit 45 Morg. Feld und Wiesen, 1 Gang geht ständig, jetzt mit voller Wasserkraft, ist sogleich zu fl. 9000 zu verkaufen.

Ferner sind viele Handelsgeschäfte, Gasthäuser, Brauereien, Apotheken, Badergeschäfte, Gerbereien, Bäckereien, Bäder, Ziegeleien, Waldungen, Güter in allen Größen, Höfe, ganze Ortschaften, Mühlen, Häuser rc. sehr billig zu verkaufen und zu verpachten, sowie Näheres zu erfahren bei **A. Müller junior in Haßfurt a. M.**

NB. Das jüngst von mir offerirte Gut von fl. 11,000 ist verkauft.

In der Stahel'schen Buch- und Kunsthandlung in Würzburg ist zu haben:

Stahel's
Notizzettel über Papiergeld,
Eilfte vermehrte Auflage.
Preis unaufgezogen 6 kr., cartonnirt 9 kr.

Hendschel's Telegraph,
Oktober-Lieferung,
ist angekommen. Preis 36 kr.

Stahel'sche Buch- und Kunsthandlung
in Würzburg.

Schuldverschreibungen von Standesherren und Privaten.

Frankfurter Börse.

4	pCt.	Herz. Lucca, alte b. Rothsch.	G.—P.	74
4	„	„ do. neue b. „	—	84
3¼	„	Landgräfl. H.-Homb. b. „	—	94
3½	„	Fürstl. Löwenst.-Werth. (bad.)	—	94
3½	„	do. (bayer.)	—	—
3½	„	„ Fürstenberg b. Rothsch.	—	94½
3½	„	„ „ „	—	—
3½	„	„ Leiningen P. N. Schm.	—	94
3	„	„ „ „	—	82
4	„	„ Oettingen-Wallerstein	—	99
4	„	„ Esterhazy P. Galantha	59	61
3½	„	„ Isenburg-Birstein b. R.	—	93
4	„	„ Schwarzenberg	—	72
4	„	„ Palffy b. Arnst. u. Eskel.	—	83
4	„	Gräfl. Erbach-Fürstenau b. S.	—	99
4	„	„ Palffy, Ferd. Leop., b. S.	—	62

4	pCt.	Gräflich St. Genois b. Schm.	G.—P.	72
4	„	„ Szapary b. Rothsch.	—	50
4	„	„ Schönborn b. Schm.	—	60
4	„	„ Sandor b. Rothsch.	—	58
4	„	„ Strachwitz b. Schm.	—	50
4	„	„ Hugo Eltz	—	85
4	„	„ Viczay b. Rothsch.	—	60
4	„	„ Nizky b. Rothsch.	—	60
4	„	„ Hunyady b. Rothsch.	—	60
4½	„	„ Batthyany Joh. Bapt.	—	76
4½	„	„ Batthyany Gustav	—	71
4½	„	„ Orczy b. Schmidt	—	72
4½	„	„ Sztaray	—	70
4½	„	„ Karoly bei Biedermann	—	70
4½	„	„ Pejacsevich b. Schuller & Co.	—	70

Anlehens-Loose.

Fürstl. Esterhazy 40 fl. Loose	—.——.——
„ Windisch-grätz 20 fl. Loose	18.75—19.25
„ Salm-Reifferscheid 40 fl. L.	31.25—31.75
„ Palffy 40 fl. Loose	29.75—30.25
„ Clary 40 fl. Loose	31.50—31.—
Gräflich Keglevich 10 fl. Loose	14.50—15.—
„ Waldstein-Wartenb. 20fl.L.	19.75—20.25
„ St. Genois 40 fl. Loose	29.50—30.—
Stadt Triester 100 fl. Loose	108.——109.—
Donau-Dampfschiff. 100 fl.L.	90.50—91.—
Dessauer 100 Thlr.-Loose	——.——

An die
Hof- und Staatsbibliothek
Würzb. Ztg. München.

Neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht!

№ 3. | Vorausbezahlung: Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 1 fl. 30 kr. Bei Inseraten wird die dreispaltige Zeile in gewöhnlicher kleiner | 62. Jahrgang. | Schrift oder deren Raum im Hauptblatte mit 6 kr., im Anzeiger mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franco. | Dinstag, 3. Januar 1865.

** Nachträgliches zur Jahreswende.

Nachdem wir vorgestern einen ausführlichen Rückblick auf das Jahr 1864 gebracht haben, nehmen wir heute Gelegenheit, noch einige Betrachtungen nachzutragen und auf weitere politische Momente hinzuweisen.

Das Jahr begann mit den blutigen Kämpfen in Schleswig und Jütland, welche vorerst das nicht völlig befriedigende Resultat lieferten, die Elbherzogthümer einer Herrschaft ledig zu machen, welche mit eherner Kraft das deutsche Element niederzuhalten strebte. Die Waffen entschieden bekanntlich zum Nachtheil Dänemarks; allein während man dort heute noch unter den Lasten seufzt, die ein unheilvoller Kampf nach sich ziehen mußte, hat in demselben Reiche der Konstitutionalismus durch Votirung eines liberalen Wahlgesetzes neue Lebenskraft erhalten. Es ist dies ein erfreuliches Moment, den Verfassungsstaat da durch die Macht des freien Wortes gedeihen zu sehen, wo das rauhe Schwert zu neigen eben geboten war.

Ob der Freiheit der Weg geebnet worden ist, indem für das Lostrennen der Herzogthümer so namhafte Opfer eingesetzt worden sind, das ist eine jener Fragen, welche zu beantworten die Mission des nächsten Jahres einschließt.

Zur Einigung Deutschlands dürften die Erfolge der Waffen in den Elbherzogthümern, so weit sich dieselben heute übersehen lassen, nur einen bescheidenen Bruchtheil, und zwar nur insoweit beigetragen haben, als das Volksbewußtsein auch diesmal die Ueberzeugung gewonnen hat, ihm vermöge sich keine Macht für die Dauer entgegenzustellen.

Es wäre schwer zu sagen, ob das verflossene Jahr mehr dunkle als lichte Seiten enthält. Zu letztern zählen wir die Sicherung des Fortbestandes des Zollvereins. Von dem französischen Handelsvertrage, dessen Annahme allerdings nicht im Sinne eines großen Bruchtheils der Motive erfolgte, wollen wir hoffen, daß er großen volkswirthschaftlichen Segen bringen werde. Manche wünschenswerthe Aenderungen des französischen Handelsvertrags sind nicht erfolgt, und ein großer deutscher Stamm fand in demselben keine Berücksichtigung. Seine handelspolitische Niederlage hat sich übrigens Oesterreich selbst zuzuschreiben.

Die Physiognomie Deutschlands in dessen Gesammtheit, wie in den einzelnen Theilen ist verzerrter denn je. In Oesterreich hat das konstitutionelle Element höchstens den bescheidenen Aufschwung genommen, daß durch den Mund der Volksvertreter über das System der halben Maßregeln und des Abwartens für alle Zeit der Stab gebrochen worden ist.

In Preußen droht der Streit zwischen der Gewalt der Regierung und dem Rechte des Volkes nicht nur im Innern mit alter Heftigkeit auszubrechen, sondern sich auch nach außen zu erweitern. Die Kammern sind zum 14. Januar einberufen. Die Session dürfte sich folgenschwer für Preußen und ganz Deutschland gestalten. Die Mittelstaaten büßen alte Sünden; — in einzelnen Kleinstaaten herrscht die Willkür und der Bundestag, welcher den Reif fest und innig schließen soll, liegt in voller Agonie. In diese Züge gefaßt, ist das Bild kein eben freundliches. Doch das Rad der Geschichte bewegt sich unaufhaltsam vorwärts und wir sind vorwärts geschritten ungeachtet großer Hindernisse, die nur erst theilweise besiegt sind.

Noch kurz vor Schluß des alten Jahres haben einzelne bayerische Schleswig-Holstein-Vereine Lebenszeichen von sich gegeben. Der Verein in Memmingen beschloß am 29. vor. Angesichts der Anforderungen, welche von den österreichisch-preußischen Zivilkommissären gestellt worden: „Von den vorhandenen Vereinsgeldern werden vorläufig 300 fl. dem Finanzdepartement des Herzogs Friedrich zur Unterstützung solcher Beamten und Geistlichen zur Verfügung gestellt, welche in Folge ihres Festhaltens am Landesrecht in die Lage kommen, entweder entlassen zu werden oder ihre Entlassung zu nehmen." In einer am 29. ds. stattgehabten Ver-

Feuilleton.

Die Bauchrednerkunst.

Die Kunst und Ausübung des Bauchredens hat in den letzten Jahren eine solche Vervollkommnung erlangt, daß sie wohl eine speziellere Beachtung verdient.

Diese Kunst ist sehr alt; die Eigenthümlichkeit des Stimmorgans, auf welcher sie beruht, hat sich wie so viele Geistes- und Körperanlagen von Zeit zu Zeit aufs Neue gezeigt. Andeutungen in der Bibel vom „Geiste der umhergeht und murrt" giebt's viele. In der ersten christlichen Periode war die Ausübung der Kunst gleichfalls bekannt, und man hat darüber eine Abhandlung in griechischer Sprache von Eustathius, Erzbischof von Antiochien, welche hauptsächlich die Beschwörung des Geistes Samuel's durch die Hexe von Endor bespricht. Das mosaische Gesetz verbot den Hebräern, Personen um Rath zu fragen, welche von Geistern besessen seien. Mittelst einer solchen aber soll die Hexe von Endor prophezeit haben, wenn sie nicht selbst besessen war. Wir lassen unsern Lesern die Wahl. Das Wort „ob" soll einen Besessenen, die Mehrzahl „oboth" die Bauchrednerkunst bezeichnen. Die griechische Uebersetzung der Septuaginta braucht geradezu das Wort Gastromantie, zu deutsch: das Wahrsagen mittelst des Bauches. Es gab sogenannte Zauberer, welche weissagten, ohne ihre Lippen zu bewegen, so daß der um Rath Fragende glaubte, er höre in Wirklichkeit die Stimme eines Geistes.

Den Israeliten sowohl als den Griechen, den Egyptern und Assyriern war die Bauchredekunst augenscheinlich bekannt. Durch Andeutungen im dritten Buch Moses wissen wir, wie schon gesagt, daß das Gesetz den Hebräern verbot, sich von Besessenen wahrsagen zu lassen.

Ueber die Beschaffenheit der Stimme, welche man in einem solchen Fall hörte, sagt der Prophet Jesaia (Kap. 29. V. 4): „Alsdann sollst Du geniedrigt werden und aus der Erde reden, und aus dem Staube mit Deiner Stimme murmeln, daß Deine Stimme sei wie eines Zauberers aus der Erde, und Deine Rede aus dem Staube wispele." Es ist eigenthümlich, daß die Mormonen diese Worte als eine Prophezeihung der Entdeckung ihrer heiligen Bücher anführen. In der Apostelgeschichte wird Paulus beschrieben, wie er einem jungen Weibe in der Stadt Philippi in Macedonien den Geist austrieb; und es heißt Kp. 16, V. 16: „Es geschah aber — — — daß eine Magd uns begegnete, die hatte einen Wahrsagergeist, und trug ihren Herren viel Genuß zu mit Wahrsagen." Ebensowohl bekannt ist die Geschichte des Plutarch, welche selbst noch heute so ergreifend auf unsere Einbildungskraft wirkt, — die Geschichte nämlich von Epitherses, welcher, nachdem er sich unter der Regierung des Tiberius nach Italien eingeschifft hatte, eines Abends, während das Schiff der Windstille halber vor den Paxus-Inseln, zwei kleinen, zwischen Corcyra und Leukadia liegenden Inseln, lag, vom Ufer her plötzlich eine Stimme hörte. Diese Stimme richtete sich an Thamus, einen Steuermann und Egyptier von Geburt, welcher nicht darauf achtete, bis er drei Aufforderungen erhalten hatte, worauf sie sagte: „Wenn du nach Palodes kommst, so rufe laut aus, der große Pan sei gestorben!" Es wird hinzugefügt, daß die Mitreisenden alle bestürzt waren; aber ihre Bestürzung sich in die heftigste Aufregung verwandelte, als sie an der bezeichneten Stelle anlangten, und Thamus am Steuerruder stand und das ausrief, was ihm zu thun befohlen war. — Der heilige Chrysostomus und die früheren

sammlung des Erlanger Vereins machte der Vorstand die erfreuliche Mittheilung, daß den vom Verein am 1. d. Monats gefaßten Resolutionen bisher nicht weniger als 28 andere Schleswig-Holstein-Vereine beigetreten sind. Es folgte dann ein sehr beifällig aufgenommener Vortrag des Hrn. Konsistorialraths Dr. Ebrard über die Bedeutung der politischen Eide, in welchem besonders die verdammliche Lehre der HH. Vilmar und Viktor v. Strauß von der Unverbindlichkeit des Verfassungseids für Fürst und Volk gebührend gekennzeichnet wurde.

Berlin. Die „Berliner Abdztg.", welche entschieden die Annexion der Herzogthümer befürwortet, kommt in ihrem Eifer zu folgenden Auslassungen: „Was die Herzogthümerfrage betrifft, so ist es nicht zu verkennen, daß die mittelstaatliche Strömung auf die Stimmung in den Herzogthümern einwirkt. Wenn ein Theil des schleswig-holsteinischen Volks eine unselige Antipathie gegen Einverleibung in Preußen hegt, so sind daran nicht zum kleinsten Theile die Mittelstaaten schuld, die mit ihrem Preußenhaß das Milchblut der edlen Holsten infiziren. Wir Preußen können zwar auf diesen Preußenhaß stolz sein; denn das Große und Starke wird vom Kleinen und Schwachen immer gehaßt. Auch ist der Preußenhaß das glücklichste Omin für das, wozu wir bestimmt sind. Denn die Macedonier wurden von den Athenern, die Römer von den Samnitern, die Piemontesen von den Neapolitanern gehaßt. Wir können also, wie gesagt, auf den Preußenhaß stolz sein; aber wenn die Mittelstaaten durch denselben sich auf ungehöriges Gebiet verleiten lassen, wenn sie durch denselben gar zu störend einwirken, so muß man ihnen mit Ernst in den Weg treten. Es genügt bald nicht mehr, daß man in aller Stille Anstalten dagegen trifft, damit in Schleswig-Holstein die politische Agitation nicht zu hoch gehe; es genügt bald nicht mehr, daß man die diplomatischen Agenten Preußens in Bereitschaft setzt, den Nachweis von dem überall korrekten Verfahren Preußens zu führen. Man muß dem kleinen Gernegroß in Dresden und dem etwas weniger kleinen Gernegroß in München ein Wort ins Ohr sprechen, ein Wort, das wie ein mene tekel auf sie wirkt. Wenn wir die Gesinnung des schleswig-holsteinischen Volks preußisch machen wollen, dann müssen wir die Hebel in Mittel-Deutschland ansetzen!"

Trier, 29. Dez. Soeben, 12 Uhr Mittags, verkünden die Glocken des Domes und aller Kirchen der Stadt, daß die Diözese Trier einen Bischof erhalten hat. Feierliches Glockengeläute in allen Kirchen hatte schon gestern Abend auf die heutige Bischofswahl hingewiesen. Heute Morgen um 8 Uhr begann im Dome die Wahlfeier, der viele Geistlichen, die Spitzen der Behörden, die Vertreter der Stadt und des Handels beiwohnten. Nach Beendigung des Hochamtes wurden die Prälaten, die wirklichen und Ehren-Canonici (im Ganzen 14 Wähler) in einem langen Zuge nach der Kapitelsstube am Domkreuzgange geleitet, wo hinter verschlossenen, militärisch besetzten Thüren der Wahlakt vor sich ging. Inzwischen wurde im Dome für den glücklichen Ausfall der Wahl eines Oberhirten stundenlang gebetet. Nach den früherhin vollzogenen Bischofswahlen glaubte man schließen zu können, daß die eigentliche Wahl höchstens eine Stunde dauern werde. Aber das Publikum in und vor dem Dome wurde auf eine harte Probe gestellt; denn das Conclave dauerte fast drei Stunden. Schon flüsterte man, daß allem Anscheine nach keine Wahl zu Stande kommen werde, als kurz vor 12 Uhr der Dompfarrer, zuerst im Chore des Domes in lateinischer, dann von der Kanzel herab in deutscher Sprache verkündete, daß die Bischofswahl glücklich beendet und allerhöchst bestätigt sei. Die Bestätigung erfolgte durch den nach der Wahl in die Kapitelsstube eingetretenen Repräsentanten des Königs. Als gewählter Bischof für die Trier'sche Diözese wurde der dichtgedrängten Menschenmenge proklamirt der hochwürdige Herr Dr. Pellram in Berlin, preußischer Armee-Propst, Ehren-Kanonikus in Breslau und Hausprälat des Papstes.

Glogau, 29. Dez. In der bekannten Kohlendampfgeschichte ist mitzutheilen, daß die königl. Regierung in Liegnitz dem Assistenzarzt Steuer eine Prämie von 10 Thlr. zuerkannt hat, weil er die Antonie Drogand vom Erstickungstode durch Kohlendampf gerettet hat. Ob die Regierung demselben die Prämie aus freien Stücken oder auf seine Anforderung bewilligt hat, ist nicht bekannt geworden; auch nicht ob Dr. Pollack und der Oberkrankenwärter Kuhfuß, die eben so viel, wie Herr Steuer geleistet, prämiirt worden sind. (B. B.-Ztg.)

Koburg, 31. Dez. Sowohl die „deutsche Arbeiterzeitung" als die „deutsche Wehrzeitung" (beide erscheinen im Verlage von (F. Streit hier) machen in ihren neuesten Nummern bekannt; daß sie es von dem Erfolg des nächsten Quartals abhängig machen müssen, ob sie weiter erscheinen können; dem Verleger (dessen Verlust bei der Arbeiterzeitung allein nahe an 6000 fl. bis jetzt beträgt) könnten weitere Opfer nicht zugemuthet werden.

Aus **Paris,** 31. Dez., schreibt man der „K. Z.": „Ueber das päpstliche Rundschreiben hat Herr Drouyn de Lhuys sich von seiner anfänglichen Bestürzung bereits ganz erholt, indem er sich keine glänzendere Rechtfertigung seiner an den Grafen Sartiges

---

Kirchenväter erwähnen auch des Wahrsagens durch Besessene, wie es zu ihren Zeiten stattfand; und der Glaube an dergleichen ist noch jetzt allgemein im Orient und — — — bei den Eskimos.

Im neunzehnten Jahrhundert ist, wie David Brewster bemerkt, die Bauchrednerkunst bedeutend vorangeschritten. — „Die Leistungen eines Fitzjames und Alexandre", sagt er, „stehen hoch über denen ihrer Vorgänger. Außer der Kunst, mit den Muskeln des Kehlkopfes und des Bauches zu sprechen, ohne dabei die Gesichtsmuskeln zu bewegen, hatten die Künstler nicht allein die Abstufungen (Modulationen), welche den Tönen aller Art durch Entfernung, Hindernisse oder andere Ursachen eigen sind, mit großem Fleiße und Erfolg studirt, sondern sie hatten auch die Fähigkeit erlangt, diese Tonschattirungen mit größter Vollkommenheit hervorzubringen. Diese Bauchredner vermochten daher eine Unterhaltung mit den verschiedensten Stimmen zu führen; sie konnten einen vor der Thüre sich befindenden, auf mannichfache Weise lärmenden und schreienden Volkshaufen hören lassen. Eine noch größere Wirkung erzielten sie bei ihrem Publikum durch die erstaunliche Macht, welche sie über die Muskeln ihres Körpers erlangt hatten. Fitzjames war im Stande, die entgegengesetzten, oder einander entsprechenden Muskeln seines Körpers auf ganz verschiedene Weise wirken zu lassen; so daß, während die eine Seite seines Gesichtes lustig war und lachte, die andere großen Kummer und Thränen zeigte. Das Einemal sah er lang, mager und melancholisch aus, dann aber, nachdem er kurze Zeit hinter einen Schirm getreten, erschien er wieder aufgedunsen vor Fettleibigkeit und wackelnd vor Körperumfang. Alexandre besaß dieselbe Macht über seine Züge und seinen Körper; und so auffallend war der Unterschied zwischen den zweien zu gleicher Zeit verschieden dargestellten Seiten seines Gesichts, daß ein berühmter Bildhauer (Joseph) sich veranlaßt fand, sie in Marmor zu verewigen. Die Vervollkommnung der Bauchrednerkunst im 19. Jahrhundert befähigte die beiden genannten Künstler mit ihrer Person, einzig und allein ein dramatisches Werk aufzuführen. Obgleich nur ein Charakter zur selben Zeit in dem Stücke sichtbar sein konnte, so erschienen doch alle Personen im Verlauf der Aufführung; und die Veränderung von Gesicht und Gestalt des Bauchredners war so vollkommen, daß seine persönliche Identität unter den Personen des Stückes unmöglich erkannt werden konnte."

— Einige Anekdoten, welche sich auf die Bauchrednerkunst beziehen, mögen hier folgen.

Herr St. Gille, ein französischer Bauchredner, war einmal genöthigt, wegen eines plötzlich ausbrechenden heftigen Gewitters in einem Kloster bei Avranche Schutz zu suchen. Die Mönche waren zur Zeit in tiefer Trauer über den Verlust eines geschätzten Mitgliedes ihres Ordens, welches kurz vorher beerdigt worden war. Während sie über dem Grab des geschiedenen Bruders klagten, hörten sie von dem Gewölbe der Kirche eine geheimnißvolle Stimme erschallen, welche den Zustand des Verstorbenen im Fegfeuer beklagte, und den Mönchen in melancholischem Tone ihren Mangel an Eifer und Verehrung für die Verdienste des Todten vorwarf. Die Nachricht über diesen Vorfall verbreitete sich bald außerhalb des Klosters und die Bewohner des Ortes strömten herbei. Die geheimnißvolle Stimme wiederholte nochmals ihre Klagen und Vorwürfe, worauf die Mönche auf ihr Angesicht niederfielen und gelobten, ihre Vernachlässigung zu sühnen. Dann sangen sie ein De profundis, während in den Pausen der Geist des verstorbenen Mönches seine Zufriedenheit ausdrückte. Natürlich war es Gille, der das Wunder bewirkt hatte. —

Louis Brabant, ein anderer Bauchredner, benutzte sein Talent, um Vortheil für sich daraus zu ziehen. Als er von den Eltern einer reichen Erbin mit seiner Werbung abgewiesen worden war, besuchte er nach dem bald darauf erfolgten Tode des Vaters die Wittwe und ließ plötzlich die Stimme des Ersteren also vernehmen: „Verlobe meine Tochter mit Louis Brabant; — er ist ein Mann von Vermögen und Charakter, und ich erleide die Qualen des Fegfeuers, weil ich sie ihm verweigert habe." Natürlicher Weise gab die Mutter ihre Einwilligung; aber Brabant's Verlegenheiten waren noch nicht alle überwunden. Es mangelte ihm an Geld, um die Hochzeitskosten zu bestreiten, und er beschloß

gerichteten Note wünschen könnte, als dieses Aktenstück aus der päpstlichen Kanzlei. Was nun den Grafen Sartiges betrifft, so muß ich, auf eine frühere Mittheilung zurückkommend, aus bester Quelle melden, daß dieser Diplomat nichts vom Inhalte des eben erschienenen päpstlichen Rundschreibens vorher wußte, ja, man hält es sogar für zweifelhaft, ob Kardinal Antonelli um das Rundschreiben vorher gewußt habe. Die Encyklica soll ihre Existenz lediglich der persönlichen Initiative des heil. Vaters verdanken und in der Kongregation der Riten ausgearbeitet worden sein. Ueberhaupt sei erlaubt, daran zu erinnern, daß seit dem Eintritte des Herrn v. Merode ins päpstliche Ministerium Kardinal Antonelli ausschließlich nur mit den diplomatischen und den auswärtigen Angelegenheiten beschäftigt ist."

Paris, 31. Dez. Wie verlautet, hat Hr. Duruy, französischer Unterrichtsminister, jetzt wirklich ein Projekt über die Einführung des obligatorischen Unterrichts ausgearbeitet und dasselbe bereits seinen Kollegen mitgetheilt. — Der Papst hat durch den Erlaß der Encyklica einen tüchtigen Kämpen verloren. Hr. Thiers wollte nämlich in der nächsten Session zu Gunsten der weltlichen Macht des Papstes auftreten, wird dies jedoch jetzt wahrscheinlich nicht thun. Zum wenigsten sagte er zum Grafen Montalembert: „Je suis dans le plus grand embarras; l'Encyclique m'enlève tous mes arguments."

Der Maire von Libourne, der sich schon dadurch ausgezeichnet hat, daß er den Verkauf von Champignons verboten, hat jetzt auch eine Verordnung erlassen, durch welche er die Metzger seiner Stadt in zwei Kategorien theilt, nämlich in solche, die Ochsen-, Kalb- und Hammelfleisch, und in solche, welche Kuh- und Schaffleisch verkaufen dürfen. Keiner der Metzger darf sein Geschäft niederlegen oder von der einen in die andere Kategorie übertreten, ohne ein Jahr vorher seine Absicht dem Maire kund gegeben zu haben. (K. Z.)

Paris, 2. Jan. Der „Moniteur" bringt die Antwort des Kaisers auf die Glückwunschrede des päpstlichen Nuntius. Dieselbe lautet: „Die Glückwünsche des diplomatischen Korps, deren Organ Sie zu sein die Güte haben, rühren mich tief. Meine Wünsche gehen dahin, daß fortwährend Einigkeit unter uns herrschen möge. Seien Sie überzeugt, daß ich Alles thun werde, was in meinen Kräften steht, damit meine Beziehungen zu den fremden Mächten stets von der Achtung des Rechts und von der Liebe zum Frieden und zur Gerechtigkeit beseelt seien." Der Erzbischof von Paris drückte seine Wünsche aus für den Kaiser, welcher die Aufrechthaltung und Entwicklung der moralischen und religiösen Interessen in Frankreich begünstige und die Fahne Frankreichs so hoch und fest emporhalte; für die Kaiserin, welche auf dem Throne mit Kraft und Gerechtigkeit Anmuth und Milde paare, und für den kaiserlichen Prinzen, welcher die edle Hoffnung (noble espoir) der Zukunft sei. Der Kaiser antwortete: „Ich danke für die im Namen des Pariser Klerus ausgedrückten Gefühle und für die Wünsche, die der Erzbischof von Paris für mich zum Himmel richtet. Ich bin erfreut, zu sehen, daß meine Anstrengungen für Aufrechthaltung der religiösen Interessen von dem an der Spitze der Pariser Diözese stehenden Prälaten gewürdigt werden. Ich bitte Sie, für mich, für die Kaiserin und den kaiserlichen Prinzen zu beten."

Paris, 2. Jan. Der „Moniteur" enthält ein Zirkular, welches der Justizminister unterm 1. Jan. an die Erzbischöfe und Bischöfe Frankreichs gerichtet hat. Dasselbe sagt: „Dem Staatsrath liege der Entwurf eines Dekrets zur Prüfung vor, welches ermächtigen soll, denjenigen Theil der päpstlichen Encyclica vom 8. Dez. v. J., der für das Jahr 1865 ein Jubiläum bewilligt, im Reiche zu veröffentlichen." Es fügt bei: „Was den ersten Theil der Encyclica und das Dokument Syllabus complectens praecipuos nostrae errores etc. betrifft, so werden Ew. Gnaden begreifen, daß es nicht gestattet werden kann, Aktenstücke zu empfangen und zu veröffentlichen, welche Sätze enthalten, die den Prinzipien, auf welchen die Verfassung des Kaiserreichs beruht, entgegen sind. Sie dürfen also in den Instruktionen, welche Sie wegen des Jubiläums oder aus anderen Anlässen Ihrer Geistlichkeit ertheilen, nicht gebraucht werden." Alsdann empfiehlt das Zirkular des Ministers den Bischöfen, daß sie der Geistlichkeit befehlen, in dieser Sache sich jeder Rede zu enthalten, welche zu bedauerlichen Auslegungen führen könnte.

Rom, 1. Jan. Beim heutigen Neujahrsempfang drückte der General Montebello dem Papste die Huldigung und die Ergebenheitsgefühle der französischen Armee aus. Der Papst antwortete, diese Gefühle seien ihm zu Gaeta kundgegeben worden durch einen General, der seitdem Marschall geworden, und dann durch alle andern Generale an der Spitze der zur Vertheidigung der ewigen Stadt großmüthig herbeigeeilten Armee. Er habe immer gebetet für diese Armee, für den Lenker der Geschicke Frankreichs, für dessen guten Klerus, für alle französischen Katholiken. Auch jetzt werde er nicht aufhören zu beten und die Katholiken, die Nation, den Kaiser, die Kaiserin und die kaiserliche Familie segnen, damit Gott Allen die nothwendige Erleuchtung zu Theil

---

daher — die Furchtsamkeit eines alten Wucherers, Namens ..., in Lyon, zu bearbeiten. Nachdem er eines Abends eine Zusammenkunft mit ihm erlangt hatte, suchte er die Unterhaltung auf die Geister der Gestorbenen und auf Gespenster zu lenken. Während einer Zwischenpause ließ sich plötzlich die Stimme des verstorbenen Vaters des Geizhalses hören, der seine Lage im Fegfeuer beklagte, und seinen Sohn eindringlich aufforderte, ihn von seinem Leiden dadurch zu erlösen, daß er Brabant die Mittel gebe, Christen freizukaufen, welche damals von den Türken in der Gefangenschaft gehalten wurden. Da Brabant jedoch beim ersten Male keinen Erfolg damit erzielte, so war er gezwungen, dem Geizhals einen zweiten Besuch abzustatten, wo er Sorge trug, außer dessen Vater auch noch alle seine verstorbenen Verwandten in die Klagen einstimmen zu lassen. Auf diese Weise kam er in Besitz von tausend Kronen.

Weibliche Bauchredner hat es nur wenige gegeben; dem weiblichen Sprechorgane scheint die dazu nöthige Kraft zu mangeln. Konrad Amman, ein holländischer Arzt, berichtet in einer lateinischen Abhandlung (Amsterdam 1700) über eine Frau, welche eine künstliche Stimme hatte, die sie durch eine Art von Verschlucken der Worte hervorbrachte, indem sie während des Einathmens und nicht, wie es beim Sprechen gewöhnlich ist, während des Ausathmens sprach.

Mehrere Professoren der Bauchrednerkunst haben über die Art und Weise berichtet, durch welche es ihnen gelang, sich ihre Fertigkeit anzueignen. Baron Mengen, ein Hofmann des Fürsten von Liechtenstein in Wien, sagt, er habe schon in früher Jugend die Leidenschaft gehabt, das Geschrei von Thieren und die Stimme verschiedener Menschen nachzuahmen. St. Gille führt den Anfang seiner Kunst auf die Lust zu scherzhaftem Nachahmen zurück.

Die wissenschaftlichen Lösungen dieser Kunst sind sehr verschiedenartig. Nicholson vermuthet, daß die Künstler durch fortgesetzte Uebung seit ihrer Kindheit die Fähigkeit erlangen, während des Einathmens mit eben so deutlicher Aussprache zu reden, als mit der gewöhnlichen Stimme, welche durch das Ausathmen gebildet wird. Richerand erklärt, daß jedesmal, wenn ein Künstler als Bauchredner spricht, er eine Ausdehnung in der epigastrischen (zum Oberleib gehörigen) Region erleidet, und er nimmt an, daß der Mechanismus der Kunst in einem langsamen, stufenweisen Ausathmen bestehe, in der Weise, daß der Künstler entweder den Einfluß benutze, den sein Wille über die Wände des Brustkastens besitzt, oder daß er das Zäpfchen durch den hinteren Theil der Zunge andrückt, die Zungenspitze aber nicht außerhalb der Zahnreihe bringt. Er bemerkt, daß die Bauchredner die Fähigkeit haben, vor dem längeren Ausathmen außerordentlich stark einzuathmen, und auf diese Weise eine sehr große Menge Luft in die Lunge führen; durch die künstliche Benutzung des Ausathmens üben sie dann die so erstaunliche Wirkung auf die Einbildungskraft ihrer Zuhörer aus.

Love versichert in seiner Selbstbiographie, daß sich schon in seinem zehnten Jahre eine natürliche Geschicklichkeit und Anlage des Stimmorgans entwickelt habe, und es sei diese nur durch Uebung und ohne irgend ein künstliches Studium vervollkommnet worden. Er sagt, nicht allein sein Bauchreden, sondern auch das Nachahmen verschiedener Töne habe er von ihm zuerst im Drang des Augenblicks und ohne allen Vorbedacht ausgeführt worden. Der Künstler müsse natürlich große Biegsamkeit des Kehlkopfes und der Zunge besitzen. Nach seiner Behauptung wird das Bauchreden durch Zusammenpressen der Brustmuskeln erzeugt, und es gebe keine Methode, um einen Bauchredner zu bilden. Die Natur müsse den Keim dazu gelegt und dem Stimmorgan eine gewisse Befähigung verliehen haben, so daß der Künstler nur das rohe Material zu bearbeiten brauche. Es gehe dabei wie mit dem feineren Gehör oder der Singstimme, und es sei ein guter Bauchredner eben so selten, wie jedes andere Talent in irgend einem Kunstzweig.

werden lasse, eingedenk der Worte Davids: „Justitia et judicium praeparatio sedis."

Turin, 1. Jan. Beim Empfang der Gratulations-Kommission des Parlaments empfahl der König dem Letzteren, seine Arbeiten zu beschleunigen, und drückte die Hoffnung aus, daß die Geschicke Italiens bald in Erfüllung gehen möchten.

Von der polnischen Grenze, 28. Dez. Wer zwischen den Zeilen zu lesen versteht, dem kann es nicht verborgen sein, daß alle neuern auf Polen bezüglichen Ukase, so wie alle Maßregeln der Landesregierung darauf abzielen, das Land zu entnationalisiren und allmählich zu russifiziren. In dem begonnenen Nationalitätskampfe steht Lithauen mit Murawieff an der Spitze, in vorderster Linie. Hier werden alle Entnationalisirungsversuche zuerst gemacht, und was gelingt, ist Vorbild für das Königreich. Lithauen hat schon aufgehört, polnisch zu sein, denn fast die halbe Bevölkerung ist jetzt russisch, da Jeder, dem es im Lande wohl sein soll, russisch werden muß. Jedermann lernt selbst die russische Sprache und schickt seine Kinder in die russischen Schulen. Selbst die Beamten polnischer Nationalität sprechen im Amte nur russisch, und die Bevölkerung tritt schaarenweise zur orthodoxen griechischen Kirche über; ja Murawieff geht bereits so weit, daß er fast in allen Kreisen des Landes vollständige russische Kolonien gründet, nachdem die bisherigen Einwohner ins Innere von Rußland übergesiedelt worden sind. Im Königreich Polen kann man freilich so willkührlich noch nicht verfahren, aber Graf Berg geht langsam und darum sicher auf sein Ziel los.

Konstantinopel, 24. Dez. Die Pforte hat eine strenge Ueberwachung der die Häfen des schwarzen Meeres verlassenden Schiffe anbefohlen. Abermals sind 40,000 tscherkessische Emigranten an der Küste des schwarzen Meeres angekommen. Fürst Michael von Abchasien unterhandelt mit der Pforte wegen seiner Einwanderung nach der Türkei mit 30—40,000 Anhängern. (Pr.)

New-York, 17. Dez. Der Süd-General Hood ist gestern dem Vernehmen nach abermals von Thomas aus allen seinen Verschanzungen mit einem Verluste von 3000 Gefangenen und 30 Kanonen herausgeschlagen worden. Savannah ist von dem Heere Sherman's umschlossen. Die ganze Einwohnerschaft ist bewaffnet. Die Flotte des Unions-Admirals Porter ist nach Wilmington abgesegelt. Präsident Lincoln hat den Befehl des Generals Dix in Betreff der Ueberschreitung der canadischen Grenze behufs der Verfolgung von konföderirten Invasionsschaaren desavouirt. Laut einer erneuerten Verfügung dürfen außer Einwanderern keine nicht mit Pässen versehene Personen das Unionsgebiet betreten.

Frankfurter Börse (vom 25. bis 31. Dezember).

Samstag. Die heutige Berichtswoche gehört noch ganz dem ablaufenden Jahre an und schliesst dasselbe. Möge der Aufschwung, den die Börse während der letzten Tage nahm, ein gutes Omen für das neue Jahr sein. Am politischen Horizont stehen zur Zeit keine drohenden Wolken; die Finanzkrisis scheint überwunden zu sein und es ist also Hoffnung da, dass in die Räume der Börsen nach langer Stagnation wieder einmal ein frisches, gesundes Leben einkehre.

Die Besserung, die in der abgelaufenen Woche sich namentlich für österr. Effekten zeigte, würde jedenfalls noch mehr zur Geltung gelangt sein, wenn nicht die unter sehr schwierigen Verhältnissen abgelaufene Ultimo-Liquidation hemmend gewirkt hätte. Es zeigte sich bei derselben, dass der hiesige Platz sehr belangreich à la hausse engagirt ist. Die Reports erreichten eine lange nicht gekannte Höhe und wurden österr. Spekulationspapiere zu vollen Zinsen, Amerikanische zu halben Zinsen prolongirt. Trotzdem schlossen österr. Fonds sämmtlich höher, namentlich Staatsloose, von denen 1860er um 1¼ pCt. besser auf 82 gingen. In 1864er Loosen war belangreiches Geschäft und hoben sich dieselben um fl. 2 auf 84½.

Süddeutsche Fonds preishaltend, einige um Bruchtheile höher gegangen, namentlich war für 4pCt. Bayern, 4½pCt. Württemberger, 4pCt. Badische und Darmstädter Frage. Von Pfandbriefen blieben bayerische gesucht. — Auf amerikanische Effekten wirkten die telegraphischen Nachrichten über die Erfolge der Unionstruppen und bessere Valutakurse günstig; 1882er schliessen zu 46⅜, neue 1½ pCt. höher als vor acht Tagen

Die gute Tendenz, welche sich zu Ende voriger Woche für österreich. Kreditaktien zeigte, hat weitere Fortschritte gemacht, sie erreichten heute 178½, um etwas niedriger zu 177½, immerhin fl. 4½ über vorwöchentlicher Notiz zu schliessen. Die Zweifel über die Couponszahlung, welche so lange die Spekulation peinigten, sind nunmehr definitiv gehoben. Auch in Darmstädter Kreditaktien kam in den letzten Tagen einiges Feuer und sie wurden bis 222 gehoben. — Von Zettelbankaktien gingen Frankfurter im Laufe der Woche bis 143⅛ und schliessen gesucht zu 142⅞. Die bayerische Hypotheken- und Wechselbank hat die Dividende für das 2. Semester auf fl. 24 festgesetzt, sie gewährt daher mit Einschluss der für das erste Semester bezahlten fl. 17 eine Jahresdividende von fl. 41 per Aktie, um fl. 3 mehr, als im Vorjahre. — In Aktien der Frankfurter Hypothekenbank fanden Umsätze zu 98½ statt, sie soll gute Geschäfte gemacht haben und für ihre Pfandbriefe willig Abnehmer finden.

Von Eisenbahnen Taunus gesucht und um weitere fl. 3 auf 345 gestiegen; wenn man den Kurs zu Anfang des Jahres (316) mit dem am Schlusse desselben vergleicht, so sieht man, dass die herangetretene Konkurrenz dem in festen, soliden Händen befindlichen Effekt keinen Nachtheil hat zufügen können. Die relativ günstigen Resultate des abgelaufenen Jahres haben auch gezeigt, dass das Unternehmen seine gesunde Basis in einem nachhaltigen, ausgiebigen Lokalverkehr hat, welchen die Konkurrenz nicht schädigen kann. Frankfurt-Hanauer höher und bis zu 98 bezahlt. Pfälzische Linien fest. Bayer. Ostbahnen gefragt; der Novemberausweis ist sehr günstig. Hessische Ludwigsbahn in guter Frage und um 2 pCt. auf 128½ gestiegen; wie man hört, soll die durch den Abgang Hrn Kempfs zur Erledigung gelangende Direktorstelle vorläufig nicht wieder besetzt, sondern die Direktorialgeschäfte unter verschiedene Oberbeamte vertheilt werden. — Von E.-B.-Prioritäten, böhmische und österr. Westbahn, so wie Galizische gefragt, auch in Livornesern ging etwas um.

Geld für Diskonten zu 4¾ willig zu haben, doch ist wenig Material am Platz. Fremde Devisen matter und zurückgegangen, nur Wien hat sich auf 101⅛ erhöht. (Akt.)

Verantwortlicher Redakteur: A. Hartmann.
Druck und Verlag der Stahel'schen Buch- und Kunsthandlung in Würzburg

Cours der Staatspapiere.

Oesterr.	5 pCt. Met. (Cp. 1. S. b. R.)	—
"	5 pCt. Lomb. dito. à 24	90¼ P.
"	5 pCt. Engl. Met. v. 1852	—
"	5 pCt. Engl. Met. v. 1859	79⅝ P.
"	5 pCt. Venet. Coupon b. R.	84⅞ P.
"	5 pCt. Nationalanl. v. 1854	67⅜—½ G.
"	5 pCt. Metall. Obligation.	60 G.
"	4½ pCt.	53⅝ P.
Preussen	3½ pCt. Staatsschuldsch.	90½ G.
Bayern	4½ pCt. Obl. 1jähr. dto.	101⅝ P.
"	4½ pCt. Obl. ½jähr. dto.	101⅝ G.
"	4 pCt. Obl. 1jähr. dto.	98⅔ G.
"	4 pCt. Obl. ½ jähr. dto.	98⅓ G.
"	4 pCt. Obl. Ab.-R. dto.	96½ G.
"	3½ pCt. Obl. dto.	—
Württemb.	4½ pCt. Obl. b. Rothsch.	105⅛ G.
"	3½ pCt. Obl. dto.	96¼ P.
Baden	4½ pCt. Obl.	—
"	3½ pCt. Obl. v. 1842	91⅝ P.
Gr. Hess.	4½ pCt. Obl.	—
"	4 pCt. Obl. b. Rothsch.	100¾ G.
"	3½ pCt. Obl. dto.	—
Nassau	4½ pCt. Obl. dto.	102½ P.
"	4 pCt. Obl. dto.	99½ P.
"	3½ pCt. Obl. dto.	91 P.
Frankfurt	3½ pCt. Obl.	93⅞ P.
"	3 pCt. Obl.	89 G.
Spanien	3 pCt. inl. Sch. P. à fl. 2. 30	—
"	2½ pCt.	—
Schweden	4½ pCt. Obl. à 105 Thlr.	93½ P.
N.Amerika	6 pCt. à 100Dr. 1881 D. 2½	—
"	6 pCt. ditto v. 1882	47¾ G.

Diverse Aktien.

Frankfurter Bank à fl. 500 . . .	142⅞ G.
K. K. Oesterr. National-Bankaktien	792 P.
Oesterr. Kreditbank-Aktien à fl. 200	178⅝—77 G.
Bayer. Hypothekenb. Pfandbriefe 4 pCt.	98⅝ P. ⅜ G.
Darmst. Bank 1. u. 2. Serie à fl. 250	222 P. 221 G.
Weimarische Bank à Thlr. 100 . .	99¼ P.
Mitteldeutsche Kreditaktien . . .	101 G.
Intern. Bank in Lux. à 250 Frs. à 28 kr.	—
Taunus-Eisenbahn à fl. 250 . . .	350 P. 345 G.
Frankfurt-Hanauer-Eisenbahn . . .	97⅞ P.
Oest. F.St.Eisb. 5pCt. 500 Fr. à 28 kr.	—
" Elisab.-Eisenbahn 5 pCt. . .	114⅓ P. 114 G.
Böhm. Westbahn-Aktien à fl. 200 6/7	70⅝ G.
Rhein-Nahe-Bahn 200 Thl. à 105 4pCt. Z.	25⅞—26 G.
Ludwigshafen-Bexbacher à 4 pCt. .	—
dto. dto. Prior. à 4 pCt.	98 P.
Pfälz. Maxb. b. Rothschild à 4½ pCt.	104⅜ P.
Oest. St.-Eisenb. Prior.-Oblig. à 3 pCt.	50⅝ P.
Elisab.-Bahn Prior. 5 pCt. 6/7	76⅓ P.
Südd. Bank-Akt., 30 pCt. Einz.	254 G.
Span. Handels- und Industrie . .	—
Bayr. Ostbahn à 4½ pCt. volleinbez.	112 G.
Bayer. Ostbahn mit 50 pCt. Einz.	112 P.

Wechsel
in süddeutscher Währung.

Amst. fl. 100 k. S.	100⅛ G.
Antwerp. Frs. 200 k.S.	93⅝ G.
Augsb. fl. 100 k. S.	100 P.
Berlin Th. 60 k. S.	104⅞ P.
Brem. 50 Th. Lsd. k. S.	96½ P.
Brüssel Frs. 200 k. S.	93⅝ G.
Cöln Thlr. 60 k. S.	104⅞ P.
Hamb. MB. 100 k. S.	88⅝ P.
Leipzig Th. 60 k. S.	105 P.
London Lst. 10 k. S.	118⅝ P.
Lyon Frs. 200 k. S.	—
Mail. Frs. 200 . .	94½ P.
München fl. 100 k. S.	100 P.
Paris Frs. 200 k. S.	93⅝ G.
Petersburg 60 S.-R.	—
Triest fl. 100 k. S.	—
Wien fl. 100 ö. W.	—
do. in öst. W. l. S.	101⅛ P.
Disconto	5 pCt. G.

Anlehens-Loose.

Oesterr. fl. 250 v. 1839	130¾ P.
" fl. 250 v. 1854 mit 4pCt.	—
" fl. 500 v. 1860 5/7	81⅞—82 G.
" fl. 100 Eisb. L. v. 1858.	—
do. v. 1864.	84¼ G.
Schwed. 10 Thlr. Loose	9⅝ P.
Badische fl. 50	—
Badische fl. 35	51⅝ G.
Kurhess. Thlr. 40 b. R.	58⅞ P.
Gr. Hessen fl. 50 b. R.	—
" fl. 25 do.	35½ P.
Nassau fl. 25 bei Rothsch.	35⅛ P.
Sardinische Fr. 36 b. B.	—
Neuchateler 10 Frs.-Loose	—
Freiburger 15 Frs.-Loose	—
Mailänder 45 Frs. L. b. R.	—
St. Lüttich mit 2½ pCt. Z.	—
Ansb.-Gunzenh. fl. 7-L.	11 P.

Frankfurt, 2. Jan. Die Börse war für österr. Sachen etwas matter gestimmt. Auch amerikanische Fonds waren, obgleich bedeutend besser als am letzten Börsentage, doch etwas niedriger als im gestrigen Privatverkehr, da die offiziellen Notirungen vom 18. Dezember nicht den Erwartungen entsprechen. Inzwischen werden die zwei überfälligen Steamer vom 19. und 21. Dezbr. mit Spannung erwartet. Der Geldstand war etwas besser als in den letzten Tagen der Vorwoche. (Synd.)

Digitized by Google

Neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht!

№ 4. | Vorausbezahlung: Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 1 fl. 30 kr. Bei Inseraten wird die dreispaltige Zeile in gewöhnlicher kleiner Schrift oder deren Raum im Hauptblatte mit 6 kr., im Anzeiger mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franco. | 62. Jahrgang. | Mittwoch, 4. Januar 1865.

München, 2. Jan. Paul Heyse veröffentlicht folgende Erklärung: „Verschiedene Zeitungen bringen die Notiz, daß ich aus dem Ausschuß des Münchner Schleswig-Holstein-Vereins ausgetreten bin, „weil ich nicht mittelstaatliche Politik treiben wolle.“ Ich sehe mich zu der Erklärung veranlaßt, daß diese Motivirung mir völlig fremd ist. So lange noch eine Aussicht war, von München aus mit den Mitteln unseres Vereins zu einer Lösung der Frage im Sinne des Rechtes mitzuwirken, habe ich mich der Sache mit redlichem Eifer hingegeben. An nachträglichen Demonstrationen und Resolutionen Theil zu nehmen, die neben unserm guten Willen nur immer wieder die Schwäche unserer deutschen Bundesverhältnisse konstatiren, fühle ich allerdings keinen Beruf. München, 1. Januar 1865.“

Die „Kemptener Zeitung“ schreibt: „Die vormächtlichen Civilkommissäre haben ihre Regierung der nun vereinigten Herzogthümer damit eröffnet, daß sie den holsteinischen Beamten, welche alle dem Herzog Friedrich VIII. als ihrem allein rechtmäßigen Fürsten und Herrn feierlich Gehorsam und Treue gelobt haben, eine Erklärung zumutheten, welche mit diesem eidlichen Treuversprechen im schnödesten Widerspruche steht. Der sofortige Widerstand der eidestreuen Beamten, voran der Universität Kiel, veranlaßte die Civilkommissäre, die Krallen etwas einzuziehen und die nun geforderte einfache Gehorsamserklärung mit wohlfeilen Redensarten, wie sie nicht gesonnen seien, dem Gewissen der einzelnen Beamten Zwang anzuthun und dergleichen, zu überzuckern. Man muß nach allen den Vorgängen der jüngsten Vergangenheit erwarten, daß die Krallen bald genug wieder zum Vorschein kommen und für manchen pflichttreuen Mann in Holstein verderblich werden. Die einfache Gehorsamserklärung in Verbindung mit der Macht zu jeder rechtlichen Gewaltthat bietet den beiden Vormächten genügenden Anhaltspunkt, um jeden Widerstand des einzelnen schutzlosen Beamten gegen widerrechtliche Zumuthungen zu brechen oder ihn wegen Ungehorsams ins Elend zu jagen. Hier eröffnet sich den Schleswig-Holstein-Vereinen ein weites praktisches Feld zu einer segensreichen Thätigkeit. Dürfen die holsteinischen Beamten mit Sicherheit darauf rechnen, daß sie, im Falle sie ein Opfer der Pflichttreue gegen ihr Land und ihren Herzog werden, thatkräftige und nachhaltige Unterstützung im übrigen Deutschland finden, so wird die Zahl der Widerstandleistenden viel größer und die Wirkung ihres Widerstandes erfolgreicher sein. Die meisten Schleswig-Holstein-Vereine besitzen noch bereite Geldmittel: im Interesse der Sache liegt es, daß dieselben schon jetzt förmlich und rechtsverbindlich erklären, diese Mittel seien zunächst zur Unterstützung der holsteinischen Beamten, Pfarrer und Lehrer bestimmt, welche in Folge ihrer Pflichttreue gegen ihr Land und gegen den Herzog Friedrich VIII. durch rechtlose Verfügung der vormächtlichen Zivil-Kommissäre ihre Stellen und damit ihr Brot verlieren sollten, daß dieselben schon jetzt ihre Bereitwilligkeit erklären, so weit es erforderlich ist, durch regelmäßige Beiträge den Unterhalt der Entlassenen in so lange nachhaltig zu sichern, bis sie eine anderweitige, ihre Existenz sichernde Stellung gefunden haben.

Wien. Die „Hamb. Börsenhalle“ schreibt unterm 31. Dez.: „Unsere Wiener Korrespondenz signalisirt eine dort eingetretene Wendung in der politischen Haltung des Kabinets, die mit der Bamberger Zusammenkunft in Verbindung steht. Man habe zur Zeit derselben mehreren mittelstaatlichen Höfen zu ihrer Beruhigung über die Politik Oesterreichs in der Herzogthümerfrage Winke von Wien aus zukommen lassen, doch sei damit durchaus nicht gesagt, daß nunmehr Oesterreich sich im vollen Zuge befinde, sich mit den Mittelstaaten gegen Preußen zu engagiren. Das Element seiner Politik sei, eine Vermittelung zwischen beiden Standpunkten zu versuchen, und Oesterreich werde dann erst eine entschiedene und feste Position annehmen, wenn sich alle Aussichten dieser Vermittlungspolitik als trügerisch erweisen sollten.“

Aus **Berlin,** 1. Jan., schreibt man dem „Nürnb. Korr.“: „In 14 Tagen wird also der Landtag wieder zusammentreten, den Hr. v. Bismarck vor acht Monaten mit den insolentesten Redensarten nach Hause geschickt hat. In der Lage unserer inneren Verhältnisse hat sich inzwischen nichts verändert. Der König sympathisirt aus voller Seele mit dem Ministerium Bismarck, dessen Chef er am Weihnachtsabend mit einem werthvollen, von einem gnädigen Handschreiben begleiteten Geschenk erfreute und an dessen Mitglieder er heute wieder bei der Neujahrs-Gratulation eine Ansprache richtete, in welcher er seine völlige Uebereinstimmung mit den Grundsätzen und Maßnahmen dieses Ministeriums betonte. Unter solchen Umständen ist natürlich nicht daran zu denken, daß die Regierung dem Abgeordnetenhause in der Militär- und der Verfassungsfrage diejenigen Zugeständnisse machen werde, welche eine Lösung des inneren Konflikts bedingt. Wie sollte auch das Ministerium sich zu einer solchen Nachgiebigkeit bewogen finden

Feuilleton.

Die Wohnungen des Elends in London.

London, im Dezember. Wie im frühern Paris die Stätte des Verbrechens in der unmittelbarsten Nähe des höchsten Gerichtshofs sich befand, so sind heute in London die entsetzlichen Wohnstätten der Armuth Nachbarn des ungeheuern Handelsreichthums der City. Nur eine breite Straße, Bishopsgate Street, trennt den unter dem Namen Bethnal Green bekannten Stadttheil von der City Londons, und ersterer ist es, dessen gesunkener Gesundheitszustand jetzt vor allem die Aufmerksamkeit der Behörden wie der Gesammtbevölkerung der Hauptstadt in Anspruch nimmt.

Jener Theil von London, in den einen Fuß zu setzen, man sich scheut, ist das wahre Zentrum der Pestilenz und der Herd aller kontagiösen Krankheiten, welche London von Zeit zu Zeit heimsuchen. Keine Sprache, welche in den Schranken gewöhnlicher Delikatesse bleiben will, ist im Stande, auch nur annähernd den schrecklichen Zustand der stinkenden Höfe, Gänge, Gassen und Winkel dieses Distrikts zu beschreiben, wo menschliche Wesen in Räumen hausen, die jeglicher Beschreibung spotten, und wo Kinder und Erwachsene jeden Alters und Geschlechts zusammengepfropft sind und vegetiren im niedrigsten Stadium menschlichen Jammers und Elends.

Möge ein Jeder, der dies bezweifelt, sich — wenn ihm nicht schon der erste Schritt verleitet wird — nach Shoreditch begeben und von dort aus in das Labyrinth von Gassen und Gäßchen sich verlieren, die um „Friarsmount“ herumliegen; möge er (wenn er dieselben überhaupt zu entdecken vermag, da die Namenschilder an den Ecken der Mehrzahl derselben nicht mehr lesbar und ihre Benennungen nur den „Eingeweihten“ bekannt) Old Nichols Street und Half Nichols Street durchschreiten und den Sackgassen, den stinkenden Winkeln, den verfaulten Schuppen und Ställen, fälschlich so genannten Häusern und finstern Löchern des Lasters und des Elends in seiner scheußlichsten Gestalt Trotz bieten, die sich hier zusammendrängen, um diese Heimath des Schmutzes, des Unraths und der Fäulniß, wo frische Luft sich fürchtet einzudringen, wo die Beamten der Polizei sich nicht hineinwagen, und die ein Riesenfeuer allein und am schnellsten von der Erde vertilgen und so die umgebende Atmosphäre reinigen könnte. Viele dieser „Wohnungen des Elends“ und dieser Gassen haben ihren Eingang durch enge, gewölbte, stets feuchte Passagen, hinter denen schichtenweise der Unrath seit Menschenaltern lagert. Viele derselben, ohne Abzugskanäle, ohne Höfe, scheinen in die Höfe anderer Häuser hineingebaut zu sein, durch welche allein sie Zugang haben. Andere sind jammervolle Reihen von Miethwohnungen, gestützt durch hölzernes, halbverfaultes Sparrenwerk, eins der Häuser mühsam durch das andere sich aufrecht erhaltend und innerlich wiederum nichts

Digitized by Google

nachdem die Massen ihm in der schleswig-holsteinischen Frage den lautesten Beifall gespendet haben, trotzdem wir auch auf diesem Gebiete nur Treulosigkeit und Brutalität gewahren.

Berlin, 2. Jan. Die „Norddeutsche Allg. Zeitung“ veröffentlicht die Note des Herrn v. Bismark an den preußischen Gesandten in München vom 13. Dezember, worin gegenüber der Bundesabstimmung vom 5. Dezember der preußische Standpunkt präzisirt wird. Im Wesentlichen besagt diese Note: Der Versuch, die Exekution durch eine Okkupation zu ersetzen, enthalte die Tendenz einer Ausdehnung der Bundeskompetenz, welche durch die Verträge nicht begründet und daher für das Bestehen des Bundes gefährlich sei. Der Bestand des Bundes sei darauf begründet, daß die Bundesglieder die vorsichtigst gezogenen Grenzen ihrer Kompetenz achten. Jeder Versuch einer willkürlichen Erweiterung derselben erschüttere die Grundlage des Bundes. Ein Majoritätsregiment, welches beanspruchen wollte, auf die preußische Politik über die Bestimmungen des Bundesvertrags hinaus einzuwirken, könnte Preußen nicht ertragen. Preußen sei nur Mitglied des bundesvertragsmäßigen Bundes. Eine Kompetenzüberschreitung coincidire mit einem Bundesbruche. Wäre am 5. Dez. die Majorität gegen Preußen gewesen, so würde dieses dem zu Unrecht gefaßten Beschlusse gegenüber in der Lage gewesen sein, von der aus der Vertragsverletzung erwachsenden Freiheit des Handelns zur Wahrung seiner Rechte vollen Gebrauch zu machen.

Stuttgart, 2. Jan. In den nächsten Tagen wird voraussichtlich die Antwortsnote veröffentlicht werden, welche Würtemberg auf die preußische Depesche, betreffend die Bundesabstimmung vom 5. Dez., nach Berlin gerichtet hat. In derselben ist der von der preußischen Auffassung abweichende bundesrechtliche Standpunkt der würtembergischen Regierung mit Entschiedenheit gewahrt. — Nach den jüngsten Beschlüssen der Abgeordneten-Kammer ist künftig die niederste Volksschullehrerbesoldung auf dem Lande auf 400, in den Städten von über 6000 Einwohner auf 600 Gulden festgesetzt.

Kassel, 1. Jan. Die Erlaubniß zum Fortbau des Wachenfeld'schen Reithauses ist gestern noch vor dem Jahresschluß ertheilt worden.

Koburg, 1. Jan. Die gestrige Nummer der „Koburger Zeitung,“ die letzte unter der Redaktion von Rudolf Genée, ist vor ihrer Ausgabe wegen eines darin enthaltenen Artikels unter der Ueberschrift: „Hört ihr Herrn und laßt euch sagen!“ in welchem der seitherige Redakteur Abschied von seinen Lesern nahm, mit Beschlag belegt worden, und durfte erst nach einigen Stunden mit Weglassung dieses Artikels ausgegeben werden. (A. Z.)

Bern, 2. Jan. Die badische Antwort an den Bundesrath begrüßt freudig die Aussicht auf einen Handelsvertrag mit der Schweiz und sagt, die badische Regierung werde im Einverständniß mit Württemberg und Bayern einen Zeitpunkt für die Eröffnung der Unterhandlungen vorschlagen.

London, 30. Dez. Welches unangenehme Aufsehen in der indobritischen Welt die russischen Eroberungen in Asien erregen, ist bekannt. In der englischen Presse lassen sich wieder Stimmen der Besorgniß hören. So sagt die „Morning Post“: „So sehr es heutzutage Mode geworden ist, den Argwohn gegen Rußland, der in frühern Zeiten bei den sogenannten „alten Indern“ eine Sache der Ueberlieferung war und vor einigen zwanzig Jahren zu den Unglücksfällen der britischen Armee in Afghanistan geführt hat, zu verschreien und sogar lächerlich zu machen, so bleibt es doch mindestens zweifelhaft, ob der Rückschlag in der öffentlichen Meinung nicht zu weit nach der entgegengesetzten Seite gegangen ist. Diejenigen, welche die in Dunkel gehüllten Angelegenheiten Centralasiens zu ihrem Studium machen, haben lange Zeit sich vergebens bemüht, die Aufmerksamkeit auf den stetigen Fortschritt der russischen Waffen in jener Weltgegend zu lenken. Die Hauptschwierigkeit, welche die Einziehung genauer Nachrichten aus jener Gegend verhindert, besteht in dem Fanatismus ihrer halbnomadischen Einwohner, die selbst den Türken und Afghanen für keinen echten und rechten Mohamedaner halten. Seit dem traurigen Schicksal Stoddart's und Conolly's sind Khiwa, Bokhara und Samarkand für den europäischen Reiseabenteurer, wenn er sich nicht verkleiden wollte, ein Buch mit sieben Siegeln geblieben. Jüngst aber sind authentische Nachrichten hieher gelangt und diese dürfen wohl die Aufmerksamkeit jedes englischen Staatsmannes fesseln. Bokhara ist jetzt von einem Khan regiert, der notorisch ein Freund Rußlands ist und daher lebhaft die Ansprüche des Sirdar Abdulrhaman-Khan auf Balkh unterstützt, wie er selbst gesteht, weil der jetzige Amir von Balkh die russische Allianz angenommen hat. Khiwa ist seit langer Zeit ein Nest russischen Agenten. Nun haben die Russen sich auch auf Khokand geworfen. Die Hauptstadt selbst ist gefallen und der Khan nur unter der Bedingung, daß er sich als russischen Vasallen bekannt, wieder in seiner Würde eingesetzt worden. So lange Afghanistan noch einige Elemente staatlichen Zusammenhangs besitzt, kann es gegen den russischen Fortschritt keinen besseren Damm als diese militärische Oligarchie geben. Aber seit dem Tode Dost Mahommed's, der in jedem Sinne des Worts der erste Mann seiner Zeit in Centralasien war, haben sich den Wühlereien russischer Agenten und dem Einfluß russischen Goldes Gelegenheiten eröffnet, die in Afghanistan in der Regel nicht vorhanden waren. Es ist für jetzt noch kein Grund zum Einschreiten vorhanden, aber wir sind nicht ganz gewiß, daß der Anlaß nicht früher kommen wird, als man im Allgemeinen anzunehmen pflegt.

Paris, 3. Jan. Der „Moniteur“ veröffentlicht ein Dekret vom 24. Dez., durch welches der Prinz Napoleon zum Mitglied und Vicepräsidenten des Geheimen Rathes ernannt wird. Ein Artikel im nichtamtlichen Theile des Blattes erinnert an einige Vorgänge bezüglich der Geheimrathsinstitution, um das neue Zeugniß von Vertrauen, das der Kaiser seinem Vetter gegeben, ins

---

als Schmutzhaufen, in Verwesung übergegangene Vegetabilien, Hunde, Katzen, und den seit Jahren angehäuften Unrath ihrer Uebervölkerung dem Auge darbietend. Alle diese tragen zwei schreckliche Eigenthümlichkeiten von Bethnal Green zur Schau: die zwei oder drei Retiraden, gemeinschaftlich für eine ganze Reihe Häuser oder einen ganzen „Platz,“ befinden sich paradirend in Fronte der Lokalität; unmittelbar daneben öffnet sich die gemeinschaftliche einzige Wasserleitung für den gleichen Häuserkomplex, welche, nur während einer halben Stunde im Laufe des Tags fließend, während dieser Zeit dicht umdrängt ist von einer Schaar halbnackter und mehr als halbverhungerter Mädchen, Weiber, Kinder und in Lumpen gehüllter, resignirt oder verzweifelt blickender Männer, welche mit Geschirren aller Art sich hier einfinden, um ihren Wasserbedarf für 24 Stunden sich zu sichern. Das so täglich vorbeifließende Wasser erzeugt einen nie trocknenden Koth und eine das Kontagium im höchsten Grade fördernde Feuchtigkeit in der dichten Atmosphäre, welche wie Blei auf diesen Revieren ruht. Man kann sich den Zustand des Wassers am Morgen vorstellen, nachdem es die Nacht hindurch in einem von zehn und mehr Personen bewohnten engen Raume gestanden, der weder der Scham noch der Reinlichkeit Rechnung trägt.

Diese Nachbarschaft ist ebenso moralisch der schlimmste Theil von Bethnal Green; Diebe und öffentliche Dirnen leben in vielen der Häuser, die meist alle jeden Augenblick über ihren Bewohnern zusammen- oder in die Straße hinausstürzen können. Wenig Unterschied ist in Verhältnissen und Lebensweise der Bewohner und ihrer Räume, ob dieselben halb leben und halb verhungern durch den Ertrag eines armseligen Handwerks, wie es eben hier betrieben werden kann, oder ob sie ihr Leben dem Verbrechen allein verdanken. Die steilen, dunkeln, gebrechlichen und schmutzigen Treppen, die schwarzen, bröckelnden Decken, die leeren, berstenden Wände zeigen keine Spuren von Reparatur oder auch nur das Bemühen, sie zusammenhaltend und bewohnbar zu machen. Ungelüftet, ungewaschen, kaum mit Wasser zur täglichen Nothdurft versehen, jedes einzelne Zimmer des Hauses eine meist zahlreiche Familie beherbergend, vom Keller zum Boden — ist es da ein Wunder, daß schädliche Luft in solchen Wohnungen herrscht und Epidemien erzeugt, gegen die Kunst und Wissenschaft vergeblich ankämpfen?

Die Gewerbe, welche hier getrieben werden, bestehen in der Anfertigung von Stöcken, Streichholzschachteln 2c. Wenige Pfuscher im Schneider- und Schuhmacherhandwerk haben sich ebenfalls dahin verirrt.

Wenn man mich nun fragt: Wie ist es möglich, daß Menschen so lange und so ununterbrochen in einem solchen Zustande physischen und moralischen Elends auszuharren im Stande sind? so entgegne ich: Es ist schwer, hierauf eine genügende und befriedigende Antwort zu geben; sicher jedoch ist, daß sie den höchsten Jammer, die bitterste Noth eher ertragen mögen, als ins Workhouse (Armenhaus) des Distrikts zu gehen, das sie gleich dem höllischen Feuer fürchten. Viele derselben können nicht mehr als 6—10 Sh. wöchentlich verdienen, und meist kommt auf jeden Shilling ein Kind. Aus was eigentlich die Nahrung dieser Klasse besteht, das ist eine andere, noch weit schwieriger zu lösende Frage, und es gehört dazu eine eingehende Untersuchung; hier nur so viel, daß gutgefütterte Hunde und Katzen sich mit Ekel von Dingen wegwenden würden, die dort als „Leckerbissen“ passiren. Und nun die Milch! und die Bestandtheile der warmen Würste!

rechte Licht zu setzen. — Der Kriegsminister hat die Dauer der Generalinspektion von 1864 bis zum 31. März 1865 erstreckt.

Aus **Paris**, 1. Jan, schreibt man der „Köln. Z.“: „Die Antwort des Kaisers auf den Neujahrsgruß des Nuncius ist so farblos ausgefallen, als die Thronrede in jeder Beziehung bedeutend zu werden verspricht. Die Wünsche des diplomatischen Corps rühren Se. Maj. lebhaft, indem sie die Ausdrücke jener Eintracht sind, die zwischen den Nationen herrschen soll. Auch der Kaiser wird in seinen Beziehungen zu den Nationen sich bestreben, den Eingebungen der Achtung vor dem Rechte und jenen der Friedens- und Gerechtigkeitsliebe zu gehorchen. Also all' die Hoffnungen, die man auf die heutige Rede gesetzt hatte, sind zu Wasser geworden. Es ist von keiner allgemeinen Entwaffnung die Rede, noch wird irgend eine Maßregel von Bedeutung in Aussicht gestellt. Der Empfang ist im Ganzen interessanter gewesen, indem man auf die Haltung des Nuntius und die Miene des Kaisers allgemein gespannt gewesen. Der Kaiser Napoleon benahm sich mit Freundlichkeit gegen den Nuntius, während er Herrn Nigra und Herrn Mon mit Herzlichkeit behandelte. Daß er sich in keine Polemik mit dem Papste einlassen werde, war vorauszusehen, weil der Kaiser Napoleon einen ausgesprochenen Widerwillen gegen jede religiöse Kontroverse hegt. Allein geschenkt wird der römischen Kurie die herausfordernde Encyklika nicht bleiben, und die Haltung der französischen Regierung Italien gegenüber gestaltet sich schon jetzt so herzlich, daß den hiesigen Freunden der weltlichen Gewalt des Papstes angst und bange wird. Die da aber geneigt sind, zu glauben, der Kaiser Napoleon werde die Dinge über das Knie brechen, täuschen sich gewaltig: die Entwickelung wird höchstens eine etwas raschere sein.“

In einer anderen Korrespondenz der „K. Ztg.“ aus Paris lesen wir zum Neujahrsempfang: „Nachdem der diplomatische Empfang zu Ende war, nahmen der Kaiser und die Kaiserin ihre Sitze auf dem Thron ein, der ganze Hof schaarte sich um sie, und der Vorbeimarsch der ganzen offiziellen Welt begann. Jede einzelne Körperschaft wurde von dem Zeremonienmeister, als sie vorbeidefilirte, namentlich aufgerufen. Nach beendetem Empfange zogen sich Ihre Majestäten in ihre Gemächer zurück. Die Pariser selbst feiern übrigens den heutigen Neujahrstag in ganz lustiger Stimmung, zum wenigsten dem äußeren Scheine nach, wenn auch vielleicht Mancher mit Angst und Schrecken an den 15. Jan. denken mag, wo die Hauseigenthümer ihre Quittungen und die Bank von Frankreich ihre verfallenen Wechsel präsentiren wird. Obgleich in Paris, wie die bösen Zungen behaupten, immer viel geküßt wird, so wird das Küssen in Paris doch wohl nie so stark getrieben, als bei Gelegenheit des neuen Jahres: denn an diesen Tagen herrscht in Paris Kußfreiheit, und jede Dame und jedes Mädchen reicht denen, welche ihnen mit oder ohne Zuckerzeug zum neuen Jahre Glück wünschen, ihre beiden Wangen zum Küssen dar. Auf den Mund darf jedoch nicht geküßt werden; diesen reserviren] unsere hiesigen Dämchen nur dem oder denen, mit welchen sie ganz intim stehen. Da ich gerade von Liebe spreche, so füge ich noch hinzu, daß die Heirath des Herrn A. Dumas Sohn mit Frau Narischkin gestern nicht stattgefunden hat: sie ist vertagt worden. Frau Narischkin ist von Geburt eine Schwedin. Durch ihre Heirath mit ihrem ersten Manne ist sie mit den ersten Familien Rußlands verwandt geworden.

Wie bekannt, gelang es der Polizei, im vorigen Sommer die leitenden Mitglieder des zu **Venedig** bestandenen Revolutions-Comité aufzuheben; im November wurden denn auch die Handlanger dieses Comité, meist Leute aus dem Arbeiterstand, die sich zum Werfen der Petarden ꝛc. hergaben, eingezogen. Im Ganzen sind 36 Personen verhaftet, die unter Anklage des Hochverraths vor Gericht gestellt sind und theilweise bereits ein Geständniß ihrer Schuld abgelegt haben.

Aus **Rom**, 26. Dez., wird geschrieben: „Ein Bannfluch gegen die russische Kirche und den Czaren wird hier vorbereitet und längstens im März veröffentlicht werden.“

Rom, 26. Dez. Der heilige Vater pontifizirte gestern in der St. Peterskirche bei dem großen solennen Hochamt, welches den Mittelpunkt der Weihnachtsfeierlichkeiten bildet; sein Aussehen und die Kraft, womit er die Gesänge intonirte, gaben Zeugniß von seinem Wohlbefinden. Unter den Festlichkeiten des heutigen, zweiten Weihnachtstages zieht die in der alten, auf dem kapitolinischen Hügel liegende Kirche der Franziskaner von Ara Celi stets die meisten Zuschauer an. Es werden hier die berühmten Kinderpredigten gehalten, dem in reich arrangirtem Präsepe oder Krippchen ausgestellten wunderthätigen Bambino (Christkind) zu Ehren. Auf einer rothbekleideten Tribüne erscheinen Kinder von 3. bis 10 Jahren, Mädchen wie Knaben, oft zwei zugleich, bald sonntäglich geputzt, bald im Spielkostüm der Gasse, sich ablösend in ununterbrochener Folge, und halten kürzere und längere Vorträge, meist mit unglaublicher Sicherheit, Festigkeit des Gedächtnisses und Geschick für mimischen Vortrag. Man kann diese kleinen, so oft die Heiterkeit ihrer Zuhörer hervorrufenden Kanzelredner und Rednerinnen nicht hören, ohne über die geistige Begabung dieser lieben Jugend zu erstaunen, der das Talent des mündlichen Vortrags sofort mit der Sprache gekommen zu sein scheint.

Turin, 30. Dez. Die „Turiner Zeitung“ erinnert daran, daß, als La Gala und seine Genossen den italienischen Behörden ausgeliefert wurden, das Gerücht sich verbreitete, die französische Regierung habe als Bedingung der Auslieferung verlangt, daß die Todesstrafe an ihnen nicht vollstreckt werde. Die „Turiner Zeitung“ fügt bei, daß diese Bedingung von dem vorigen Ministerium angenommen wurde.

Neapel, 25. Dez. Der Monstre-Prozeß gegen die Bande Pilone's ist am letzten Sonntag zu Ende gebracht worden, nachdem er 40 Tage gedauert hatte, da Hunderte von Zeugen zu vernehmen waren und 20 Advokaten zu sprechen hatten. Die

---

Das Vorhandensein der „Wohnungen des Elends“ in Bethnal Green ist unbedingt ein Nationalverbrechen für England; daß dieselben solange bereits existirt haben, ist ein Beweis, daß es eben einer direkten Parlamentsakte bedarf, um sie gänzlich auszurotten.

Unlängst beantragte ein Polizeiinspektor, der mit der besonderen Oberaufsicht über die sogenannten „Lodging Houses“ und baulich gefährlich erscheinenden Häuser beauftragt ist, vor einem der zahlreichen Polizei-Friedensrichter einen direkten Befehl zu gewaltsamer Räumung mehrerer Häuser in Bethnal Green, welche jeden Augenblick den Einsturz drohen und ungewöhnlich zahlreich bevölkert sind. Der Eigenthümer jener Häuser, die Richtigkeit dieser Angabe einsehend, hat deren Abbruch angeordnet; allein es war lange unmöglich, die Bewohner zum Verlassen ihrer Räumlichkeiten zu bewegen. Obgleich die sie bedrohende Gefahr evident, setzten sie ihr und ihrer Familie Leben lieber aufs Spiel, ehe sie sich dem Armenhause anvertrauten, welches — sind sie einmal aus ihren Schlupfwinkeln aufgescheucht — ihre einzige Zuflucht sein würde. Der Polizeiinspektor theilte dem Richter unter anderm mit, daß ein Haus folgendermaßen bewohnt sei: Mann, Frau und sieben Kinder im Alter von 5—17 Jahren im ersten Stock; ein Ehepaar mit acht Kindern im Alter von 4—18 Jahren in der zweiten Etage; im Parterre endlich ein Fabrikant von Kinderspielzeug mit Frau und sieben kleinern Kindern. Jede dieser Etagen bildet effektiv nur Eine Räumlichkeit. In einem andern Hause von gleicher Größe ist eine gleiche Bewohnerzahl; ebenso in einem dritten. In allen diesen Häusern sind die Keller gefüllt mit Kehricht, Schmutz, Ueberbleibseln und Unrath, welche dort seit länger denn 14 Jahren aufgeschichtet sind und eine fast undurchdringliche sumpfartige Masse bilden. Der Richter unterzeichnete natürlich den Befehl, der die Unglücklichen aus den Höhlen der Pest und der Fäulniß hinaus- und entweder in die Armenhäuser hineintreibt, oder, wenn sie diese zu sehr scheuen, zwingt, in den öffentlichen Parks ihr Nachtquartier aufzuschlagen. Dort werden sie dann gelegentlich von den patrouillirenden Polizeibeamten aufgehoben und — auf zwei Monate mit harter Arbeit ins Gefängniß geschafft, was sie gemeiniglich als einen Glücksfall betrachten.

Findet nun mitunter eine zeitweilige Auswanderung aus diesem berüchtigten Revier statt, das heißt können einige der jammervollen menschlichen Gestalten, welche dort hausen, nicht mehr das Unentbehrlichste für die elende tägliche Körpernahrung dort — sei es durch Arbeit, sei es durch Verbrechen — auftreiben, so sehen wir, zum Skandal der Menschheit im Allgemeinen und zum Vorwurf englischer Institutionen insbesondere, die mehr als halbnackten Figuren von Männern und Weibern, Mädchen, Jünglingen und zarten Kindern inmitten des luxuriösen Westend ihr Elend zur Schau tragen. Da stehen, sitzen, kauern, liegen sie an den Eisengittern der öffentlichen Plätze, der Paläste; sie betteln nicht, allein ihr Aussehen sagt genug. Da werden sie gesehen von Pairs von England, von Ministern und Räthen der Krone, von Mitgliedern des Parlaments und von jungen und alten, blondlockigen und schneegescheitelten Ladies. „Poor creature!“ (armes Geschöpf!) erklingt es dann wohl; doch kurz darauf ist im eleganten Salon oder in der Loge der italienischen Oper die „unangenehme Erscheinung“ vergessen, — und es bleibt eben alles beim Alten.

vom Präsidenten vorgelegten Fragen beliefen sich auf nicht weniger als 1443, zu deren Berathung die Geschworenen 30 Stunden nöthig hatten. Das Urtheil lautet auf Arbeitsstrafen von 3 bis 20 Jahren. — Auf Sizilien herrscht große Freude, daß die Regierung trotz der bedeutenden Schwierigkeit schließlich doch die Eisenbahnlinie Messina-Syrakus genehmigt hat; bereits arbeiten 15,000 Menschen unablässig an dieser wichtigen Verkehrsstraße.

Neapel, 26. Dez. Die niederen Klassen der hiesigen Bevölkerung, zumal die von Alt-Neapel, wurden durch einen Communalbeschluß, demzufolge am zweiten Weihnachtstage die bisher mit Pietät gepflogene Theilnahme der Gemeinderäthe am Fest in Santa Maria del Carmine zum erstenmal seit Jahrhunderten unterbleibt, empfindlich berührt. Zu den Mirakeln der Kirche del Carmine, die einen Grenzabschnitt des inmitten Alt-Neapels gelegenen historischen Platzes Mercato bildet, zählt nämlich auch ein hölzernes Bild des Gekreuzigten mit wachsendem Haupthaar, und dasselbe wird alljährlich am zweiten Weihnachtstage geschoren. Die Operation geschieht unter dem geheimnißvollen Schutz eines Vorhangs, der dann gelüftet wird, worauf das Volk, vom Wunderschauer ergriffen, in mehr oder weniger lärmende Aeußerungen der Befriedigung ausbricht. Das Bild zeigt übrigens heute noch ein ganz anderes Mirakel in dem seitlich und abwärts gedrehten Hals — einer Stellung, die es schon vor vierhundert Jahren bei Gelegenheit einer Belagerung Neapels durch König Alphons in eben dem Augenblick annahm, als eine Kanonenkugel durch die Kuppel der Kirche schlug und es, wäre nicht das Wunder der spontanen Bewegung erfolgt, unfehlbar hätte zertrümmern müssen. Die Kugel ist an einer Kette vor dem Hauptaltar aufgehängt.

Rußland. Die überaus günstigen Bedingungen, unter denen gegenwärtig in den litthauischen Gouvernements ländliche Grundstücke von jedem Umfange zu erwerben sind, haben die Aufmerksamkeit der wohlhabenderen Bauern im südlichen Kurland erregt und sie veranlaßt, einen Verein zum Ankauf von Gütern in den genannten Gouvernements zu bilden. Dieser Verein hat bereits über eine Summe von 300,000 Rubel zu verfügen.

Warschau, 27. Dez. Alle Mönche, die durch die Klösteraufhebung betroffen wurden, sind in die Städte Kalisz und Lodz und andere kleinere Ortschaften, die der preußischen Grenze nahe liegen, internirt worden und werden sehr strenge überwacht. 200 Mönche sind bereits in Rom angelangt.

New-York, 23. Dez. Der Finanzminister Fessenden wird 100 Millionen $^{10}/_{40}$ Bonds anbieten. Gold $220^{1}/_{2}$; Bonds $106^{1}/_{2}$; Wechselkurs 243; Baumwolle 126. — Die Unionsflotte ist vor Wilmington angelangt. Der Rebellengeneral Hood hat eine Brücke über den Tenessee geschlagen. Sherman steht noch vor Savannah. Lincoln hat eine neue Aushebung von 300,000 Mann angeordnet.

Aus Mexiko. Ein wichtiges Ereigniß ist Cortina's Uebergabe von Matamoros mit sehr ansehnlichem Kriegsmaterial, 21 Kanonen u. s. w. Mit Cortina ergaben sich etwa 1000 Republikaner dem kaiserl. General Mejia. Seit diesem Ereigniß herrscht Friede an den Ufern des Brava von Camargo an bis zum Golf und hat der Handel zwischen Matamoros, Texas und Europa einen neuen Aufschwung genommen. Eine weitere Folge der Unterwerfung Cortina's ist das von den amerikanischen Konföderirten dem General Mejia gemachte Anerbieten, ihm die Waffen auszuliefern, welche die Canales-Truppen, als sie auf konföderirtem Gebiet ein Asyl suchten, daselbst zurückließen. Gleichzeitig erbot sich auch der nordamerikanische Konsul zu Matamoros zur Herausgabe der drei gezogenen Geschütze und anderer Waffen, die behufs eines Angriffes auf Brownsville Cortina in das Lager der Unionstruppen sandte. Cortina unternahm nach seiner Erklärung für den Kaiser sofort eine Expedition gegen den Guerillero Piedras Negras und zur Deckung des rechten Ufers des Rio Grande gegen eine etwaige Rückkehr des Canales.

Der Kongreß von **Peru** hat fast einstimmig beschlossen, daß der Präsident der Republik die Spanier auffordern soll, die Chinchas-Inseln in acht Tagen zu räumen, und daß er im Fall der Weigerung sofort das spanische Geschwader angreifen lassen soll. Ein Abkommen mit Spanien zu schließen, wurde nur für den Fall zugelassen, daß zuvor die Inseln geräumt oder durch die peruanischen Streitkräfte genommen wären. Ferner hat der Kongreß an den Präsidenten das Ansinnen gestellt, er solle abtreten. Letzterer hat dazu sich noch nicht verstanden. Eine Revolution scheint bevorzustehen. Die Vernichtung des spanischen Admiralschiffs durch einen Brand ward von den Peruanern als eine gute Gelegenheit zum Angriffe auf die spanische Flotte betrachtet. — Die Revolution in Bolivia ist noch nicht zu Ende.

Hiezu die Beilage: „Würzburger Anzeiger".

Verantwortlicher Redakteur: A. Hartmann.
Druck und Verlag der Stahel'schen Buch- und Kunsthandlung in Würzburg

Cours der Staatspapiere.

Oesterr.	5 pCt. Met. (Op. 1. S. b. R.)	—
„	5 pCt. Lomb. ditto. à 24	—
„	5 pCt. Engl. Met. v. 1852	—
„	5 pCt. Engl. Met. v. 1859	$78^{1}/_{2}$ P.
„	5 pCt. Venet. Coupon b. R.	$84^{3}/_{8}$ P.
„	5 pCt. Nationalanl. v. 1854	$67^{1}/_{2}$ P.
„	5 pCt. Metall. Obligation.	$60^{1}/_{8}$ G.
„	$4^{1}/_{2}$ pCt.	$53^{1}/_{2}$ P.
Preussen	$3^{1}/_{2}$ pCt. Staatsschuldsch.	$90^{1}/_{2}$ G.
Bayern	$4^{1}/_{2}$ pCt. Obl. 1jähr. dto.	$101^{5}/_{8}$ P.
„	$4^{1}/_{2}$ pCt. Obl. $^{1}/_{2}$jähr. dto.	$101^{3}/_{8}$ G.
„	4 pCt. Obl. 1jähr. dto.	99 P.
„	4 pCt. Obl. $^{1}/_{2}$jähr. dto.	$98^{1}/_{2}$ P.
„	4 pCt. Obl. Ab.-R. dto.	$96^{1}/_{2}$ G.
„	$3^{1}/_{2}$ pCt. Obl. dto.	—
Württemb.	$4^{1}/_{2}$ pCt. Obl. b. Rothsch.	$105^{1}/_{8}$ G.
„	$3^{1}/_{2}$ pCt. Obl. dto.	$96^{1}/_{4}$ P.
Baden	$4^{1}/_{2}$ pCt. Obl.	—
„	$3^{1}/_{2}$ pCt. Obl. v. 1842	91 G.
Gr. Hess.	$4^{1}/_{2}$ pCt. Obl.	—
„	4 pCt. Obl. b. Rothsch.	$100^{3}/_{4}$ G.
„	$3^{1}/_{2}$ pCt. Obl. dto.	—
Nassau	$4^{1}/_{2}$ pCt. Obl. dto.	$102^{1}/_{2}$ P.
„	4 pCt. Obl. dto.	$99^{5}/_{8}$ P.
„	$3^{1}/_{2}$ pCt. Obl. dto.	$91^{1}/_{4}$ P.
Frankfurt	$3^{1}/_{2}$ pCt. Obl.	94 P. $93^{3}/_{4}$ G.
„	3 pCt. Obl.	86 G.
Spanien	3 pCt. inl. Sch. P. à fl. 2. 30	—
„	$2^{1}/_{2}$ pCt.	—
Schweden	$4^{1}/_{2}$ pCt. Obl. à 105 Thlr.	93 P.
N.Amerika	6 pCt. à 1000r. 1881 D. $2^{1}/_{2}$	—
„	6 pCt. ditto r. 1882	$46^{5}/_{8}$ G.

Diverse Aktien.

Frankfurter Bank à fl. 500	$142^{7}/_{8}$ G.
K. K. Oesterr. National-Bankaktien	790 P.
Oesterr. Kreditbank-Aktien à fl. 200	178—$77^{1}/_{2}$ G.
Bayer. Hypothekenb. Pfandbriefe 4 pCt.	$97^{7}/_{8}$ P. $^{5}/_{8}$ G.
Darmst. Bank 1. u. 2. Serie à fl. 250	$225^{1}/_{2}$ P. 225 G.
Weimarische Bank à Thlr. 100	$99^{3}/_{4}$ P.
Mitteldeutsche Kreditaktien	100 G.
Intern. Bank in Lux. à 250 Frs. à 28 kr.	—
Taunus-Eisenbahn à fl. 250	348 P.
Frankfurt-Hanauer-Eisenbahn	$97^{7}/_{8}$ P.
Oest. F.St.Eisb. 5pCt. 500 Fr. à 28 kr.	—
„ Elisab.-Eisenbahn 5 pCt.	$114^{1}/_{2}$ P. 114 G.
Böhm. Westbahn-Aktien à fl. 200 6/7	71 G.
Rhein-Nahe-Bahn 200 Thl. à 105 4pCt. Z.	$26^{1}/_{4}$ P.
Ludwigshafen-Bexbacher à 4 pCt.	—
dto. dto. Prior. à 4 pCt.	98 P.
Pfälz. Maxb. b. Rothschild à $4^{1}/_{2}$ pCt.	104 P. $103^{7}/_{8}$ G.
Oest. St.-Eisenb. Prior.-Oblig. à 3 pCt.	$50^{5}/_{8}$ P.
Elisab.-Bahn Prior. 5 pCt. 6/7	$75^{3}/_{4}$ G.
Südd. Bank-Akt., 30 pCt. Einz.	254 G.
Span. Handels- und Industrie	—
Bayr. Ostbahn à $4^{1}/_{2}$ pCt. volleinbez.	119 G.
Bayer. Ostbahn mit 50 pCt. Einz.	112 P.

Wechsel
in süddeutscher Währung.

Amst. fl. 100 k. S.	$100^{5}/_{8}$ G.
Antwerp. Frs. 200 k. S.	$93^{3}/_{4}$ G.
Augsb. fl. 100 k. S.	100 P.
Berlin Th. 60 k. S.	$104^{7}/_{8}$ P.
Brem. 50 Th. Ld. k. S.	$96^{1}/_{4}$ P.
Brüssel Frs. 200 k. S.	$93^{3}/_{4}$ G.
Cöln Thlr. 60 k. S.	$104^{7}/_{8}$ P.
Hamb. MB. 100 k. S.	$88^{7}/_{8}$ G.
Leipzig Th. 60 k. S.	$104^{7}/_{8}$ P.
London Lst. 10 k. S.	$118^{1}/_{8}$ P.
Lyon Frs. 200 k. S.	—
Mail. Frs. 200	$94^{7}/_{8}$ P.
München fl. 100 k. S.	100 P.
Paris Frs. 200 k. S.	$93^{3}/_{4}$ G.
Petersburg 60 S.-R.	—
Triest fl. 100 k. S.	—
Wien fl. 100 ö. W.	—
do. in öst. W. fl. S.	$100^{5}/_{8}$ G.
Disconto	5 pCt. G.

Anlehens-Loose.

Oesterr. fl. 250 v. 1839	$130^{3}/_{4}$ P.
„ fl. 250 v. 1854 mit 4pCt.	—
„ fl. 500 v. 1860 6/7	$89^{3}/_{4}$ P. 89 G.
„ fl. 100 Elisb. L. v. 1858.	—
„ do. v. 1864.	$84^{1}/_{2}$ P.
Schwed. 10 Thlr. Loose	$9^{3}/_{8}$ P.
Badische fl. 50	—
Badische fl. 35	59 G.
Kurhess. Thlr. 40 b. R.	$56^{1}/_{8}$ P.
Gr. Hessen fl. 50 b. R.	—
„ fl. 25 do.	$35^{5}/_{8}$ P.
Nassau fl. 25 bei Rothsch.	$35^{1}/_{2}$ P.
Sardinische Fr. 36 b. R.	—
Neuchateler 10 Frs.-Loose	—
Freiburger 15 Frs.-Loose	—
Mailänder 45 Frs. L. b. R.	—
St. Lüttich mit $2^{1}/_{2}$ pCt. Z.	—
Ansb.-Gunzenh. fl. 7-L.	11 P.

Frankfurt, 3. Jan. Die Börse war für Amerikanische schwächer auf die Nachricht von der Ausgabe einer neuen Emission der 5pCt. $^{10}/_{40}$er Anleihe. Da diese Emission schon längst vom Kongresse genehmigt ist und auch in unserem New-Yorker Börsenberichte vom 17. Dezember schon angekündigt war, so ist gewiß in der vorliegenden Maßregel kein Grund zur Beunruhigung gegeben. Oesterr. Werthe waren Anfangs höher, schließen jedoch matter. Die bedeutende Steigerung an der Pariser Börse ist somit an unserem Markt nahezu spurlos vorübergegangen. Der Geldmarkt war bedeutend abundanter und alle Prolongationen ohne Mühe zu bewerkstelligen. (Spnd.)

Digitized by Google

An die
k. Hof- und Staatsbibliothek
N. Würzb. Ztg.
München.

Neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht!

№ 5. | Vorausbezahlung: Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 1 fl. 30 kr. Bei Inseraten wird die dreispaltige Zeile in gewöhnlicher kleiner | 62. Jahrgang. | Schrift oder deren Raum im Hauptblatte mit 6 kr., im Anzeiger mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franco. | Donnerstag, 5. Januar 1865.

Preußische Note an Bayern.

Die (gestern unter Berlin in einem telegraphischen Auszug erwähnte) an den preußischen Gesandten in München gerichtete Depesche vom 13. v. M. lautet:

Berlin, 13. Dez. 1864.

Die Ergebnisse der Sitzung der Bundesversammlung vom 5. d. Mts. sind Ew. .... bekannt. Durch die Annahme des österreichisch-preußischen Antrags vom 1. Dezember hat die Bundesversammlung ausgesprochen, daß auch sie die Exekution in den Herzogthümern Holstein und Lauenburg als beendigt ansehe, und hat damit die Thatsache konstatirt, auf welche die k. Regierung sich bei ihrer nach Dresden und Hannover gerichteten Aufforderung gestützt hatte; durch das gleichzeitig beschlossene Ersuchen an die beiden Regierungen zur Zurückziehung ihrer Truppen hat sie die aus dieser Thatsache sich mit Nothwendigkeit ergebende Folgerung gezogen, und es der k. Regierung möglich gemacht, die in Dresden zu fassenden Entschlüsse abzuwarten.

Wir haben zu diesem Ausweg uns in bundesfreundlicher Gesinnung entschlossen, um die Gefahr einer ernsteren Verwicklung abzuwenden, welche aus einer fortgesetzten Weigerung Sachsens, die Vorschriften der Exekutions-Ordnung zur Ausführung zu bringen, nothwendiger Weise hätte entstehen müssen; und wir begrüßen mit Befriedigung diesen Erfolg einer bis zum letzten Augenblick bewahrten Mäßigung und Versöhnlichkeit.

Aber wir können uns auch nicht verhehlen, daß dieser Erfolg selbst in der gedachten Bundestagssitzung von Umständen begleitet gewesen ist, welche gerechte und ernste Bedenken hervorzurufen geeignet sind — Bedenken, auf welche wir auch die Aufmerksamkeit der anderen Regierungen hinzulenken uns verpflichtet fühlen.

Es hat uns in der That befremden müssen, daß bei einem Gegenstande, bei welchem die notorischen Thatsachen und der klare Buchstabe, wie der Geist des Bundesrechts so unzweideutig die Entscheidung an die Hand gaben, sich durch die Abstimmung der Minorität ein tiefer Zwiespalt in den Anschauungen der Bundesglieder kund geben konnte.

Wenn es uns allenfalls verständlich war, daß die k. sächsische Regierung, als unsere Aufforderung an sie gelangte, durch ihren Antrag vom 29. November eine Erklärung des Bundes über die Thatsache der Beendigung der Exekution hervorzurufen wünschte, so ist es uns schwer begreiflich, wie eine Anzahl deutscher Regierungen über diese Erklärung selbst hat im Zweifel sein und gegen den einfachen Ausspruch über die Beendigung der Exekution hat stimmen können. Die Motive und Erläuterungen, mit welchen dieselben ihre Abstimmung begleitet haben, konnten die Besorgniß nur erhöhen, mit der uns jede Verkennung des Charakters des deutschen Bundes für die Zukunft desselben erfüllen muß.

Die von der k. bayerischen Regierung am 1. Dez. bei ihrer Abstimmung abgegebene Erklärung ist zwar bereits veröffentlicht, aber der leichteren Uebersicht wegen lege ich eine Abschrift bei. Sie sieht vollständig von dem Charakter der bisherigen Besetzung Holsteins und Lauenburgs als einer Exekutions-Maßregel ab, und sieht in derselben eine faktische Beschlagnahme der beiden Herzogthümer, welche bis dahin fortzudauern habe, bis die letzteren dem rechtmäßigen Regenten übergeben werden könnten. Sie bemüht sich zugleich, zu beweisen, daß König Christian IX. den beiden deutschen Mächten keine Rechte habe cediren können, weil er selbst keine besessen; und indem sie vollständig vergißt, daß der Umfang dieser Rechte noch in keiner Weise, weder am Bunde, noch durch irgend eine andere Autorität geprüft worden, sondern mit allen anderen Ansprüchen künftiger Entscheidung vorbehalten ist, geht sie so weit, nicht einmal den formellen und vorläufigen Besitzstand gelten zu lassen, welcher am 1. Dez. vorigen Jahres unzweifelhaft vorhanden war und welcher, wenn er nicht an Preußen und Oesterreich abgetreten wäre, durch Erfüllung der Forderungen des Bundes-Exekutionsbeschlusses hätte wieder hergestellt werden können. Es ist evident, daß die k. bayerische Regierung sich durch dieses völlige Ignoriren des Charakters der Exekution in offenen Widerspruch mit denjenigen Bundesbeschlüssen selbst setzt, auf Grund deren die Truppen und Kommissäre sich in Holstein befanden. Wir können dieses Ignoriren nur dem richtigen Gefühle zuschreiben, daß für die Fortdauer der Exekution sich kein Argument anführen lassen würde; eben so sehr aber hat es die k. bayerische Regierung unterlassen, irgend ein Argument für die von ihr versuchte Substituirung einer Okkupation und gleichsamen Sequestration der Herzogthümer an die Stelle der Exekution anzuführen, was ihr allerdings innerhalb der sehr positiven Grenzen der Bundes-Kompetenz schwer geworden sein würde. Eben so wenig hat sie versucht, für die einfach hingestellte Behauptung, daß das Herzogthum Holstein jetzt „von der Bundesversammlung allein legal besessen werde," einen Titel, sei es in dem Buchstaben des Bundesrechtes oder in dem Geiste der völkerrechtlichen Institution des Bundes, nachzuweisen. Sie widerspricht so vollständig den Bundes-Verträgen und namentlich dem von der bayerischen Erklärung angezogenen Art. III. der Bundesakte, welche höchstens der damalige Besitzer der Herzogthümer, um in possessorio einstweilen geschützt zu werden, hätte anrufen können, daß wir vielmehr jeden Anspruch der Bundesversammlung auf den Besitz der Herzogthümer nur als vollkommen illegal bezeichnen können. Der Bund hat nur genau die Rechte, welche die Verträge ihm beilegen, und wir kennen keinen Artikel der letzteren, nach welchem der Bund ein Land, dessen Erbfolge streitig ist, zu sequestriren oder zu besetzen habe.

Wäre diese Verschiedenheit der Auffassung nur rein theoretischer Natur, so könnten wir uns damit begnügen, unsere Ansicht konstatirt zu haben. Wir dürfen aber nicht verhehlen, daß wir in derselben eine große praktische Gefahr erblicken, auf welche aufmerksam zu machen, wir für unsere Pflicht erachten müssen.

Es liegt in dem Versuch, an die Stelle der Exekution die Okkupation und Sequestration der Herzogthümer zu setzen und der Bundesversammlung die Besetzung und Verwaltung derselben bis zu dem Augenblick der definitiven Entscheidung über ihre Zukunft zu vindiziren, eine Tendenz zur Ausdehnung der Kompetenz der Bundesversammlung, welche in den Verträgen keinen Boden findet und wir daher als gefährlich für das Bestehen des Bundes selbst zu bezeichnen nicht umhin können. Der Bestand des Bundes ist auf der Achtung aller Bundesglieder vor den sehr vorsichtig gezogenen Gränzen dieser Kompetenz begründet; jeder Versuch willkürlicher Erweiterung derselben berührt und erschüttert die Grundlagen des Bundes selbst. Ein Regiment von Majoritäten, welches an die Stelle jener Achtung ein Prinzip des eigenen Beliebens setzen würde, und den Anspruch machen wollte, auf unsere Politik über die Bestimmungen der Bundesverträge hinaus leitend einzuwirken, könnte von uns nicht ertragen werden. Wir sind nur desjenigen Bundes Mitglieder, dessen Grundgesetze sich in den Bundesverträgen niedergelegt finden. Das Maß der Befugnisse, welche der Gesammtheit dem einzelnen Mitgliede gegenüber beiwohnen, ist durch diese Verträge bemessen, und die Ueberschreitung der damit gegebenen Kompetenz fällt mit dem Bruch des Bundes zusammen. Jede Regierung, welche Werth auf die Vortheile und die Sicherheit legt, die ihr das Fortbestehen des Bundes gewährt, sollte daher vor Kompetenz-Ueberschreitungen, durch welche das gemeinsame Band zerrissen werden kann, sorgfältig auf der Hut sein. Wir sind nicht gewillt, unsere politische Selbstständigkeit über das Maß unserer nachweisbaren Bundespflichten hinaus beeinträchtigen zu lassen; der Versuch dazu aber würde zur Thatsache geworden sein, wenn den sechs Stimmen der Minorität vom 5. ds. M. noch zwei andere hinzugetreten wären. Wir würden dann in den Fall gekommen sein, dem zu Unrecht gefaßten Beschlusse gegenüber von der uns aus der Verletzung der Verträge erwachsenden Freiheit des Handelns zur Wahrung unserer Rechte den vollen Gebrauch

zu machen. Wir können nur wünschen, daß der königlich sächsischen Regierung über diesen unsern Entschluß für ähnliche Fälle kein Zweifel bliebe, und darum habe ich es nicht für überflüssig erachtet, auch nachdem der augenblickliche Fall durch die Abstimmung vom 5. d. M. entschieden ist, auf die dabei in Frage gestellten Prinzipien zurückzukommen.

Ew. ꝛc. ersuche ich ergebenst, gegenwärtigen Erlaß dem dortigen Herrn Minister vorzulesen, und ermächtige Sie, ihm eine Abschrift davon zurückzulassen. v. Bismark.

(Amtliche Nachrichten.) **München,** 3. Januar. Se. Maj. der König hat dem k. Regierungsrathe Joh. H. Kaisenberg in München das Ritterkreuz 1. Klasse des Verdienstordens vom h. Michael verliehen; dem herzogl. sachsen-koburg-gotha'schen Hofrathe Dr. Wildberger in Bamberg die Bewilligung ertheilt, das von Ihrer Maj. der Königin von Spanien ihm verliehene Ritterkreuz des Isabellen-Ordens annehmen und tragen zu dürfen; den Archivdiener am k. Archivs-Konservatorium in Bamberg, Joh. Frank, in den Ruhestand treten lassen; den Landgerichtsschreiber Gg. Weicht in Obermoschel auf die Landgerichtsschreiberstelle in Pirmasens versetzt; den Bezirksgerichtsarzt am Bezirksgerichte München l/J., Dr. Jos. Hofmann für immer in den Ruhestand treten lassen.

Durch den Tod des k. Revierförsters Karl Bausewein ist das Kommunalrevier Kollenberg, Forstamts Stadtprozelten, erledigt. (B. Z.)

(Militärdienstesnachrichten.) **München,** 2. Jan. Pensionirt werden unter allergnädigster Anerkennung ihrer langjährigen treu geleisteten Dienste: die Generalmajore L. Graf v. Bentzel-Sternau, Kommandant der 5. und B. v. Herman, Kommandant der 6. Inf.-Brigade, beide mit dem Generallieutenants-Charakter, dann Fr. Zimmer, Kommandant der 3. Kavallerie-Brigade; ferner der charakt. Generalmajor With Caries, Stadtkommandant von Bayreuth.

Versetzt werden: die Obersten Karl Graf zu Pappenheim, bisher Flügel-Adjutant Sr. Maj. des Königs, zum 3. Chev.-Reg., und Konrad Rittmann, Kommandant der Veste Wülzburg, in gleicher Eigenschaft zur Kommandantschaft der Veste Rosenberg.

Ernannt werden: der Oberst M. Herdegen vom 4. Art.-Reg. zum Kommandanten der Bundesfestung Landau mit dem Charakter als Generalmajor, und der Oberstlieut. M. Brößler vom 14. Inf.-Reg. zum Stadtkommandanten von Speyer mit dem Charakter als Oberst.

Befördert werden: die Obersten W. Walther vom 1. Inf.-Reg. zum Generalmajor und Kommandanten der 6. Inf.-Brigade, Joseph v. Ribaupierre vom 11. Inf.-Reg. zum Generalmajor und Kommandanten der 5. Inf.-Brigade, L. Ritter v. Jenisch vom 3. Chev.-Reg. zum Generalmajor und Kommandanten der 3. Kav.-Brigade und der charakt. Oberst Ph. Busch, Stadtkommandant von Speyer, zum Obersten und Kommandanten der Veste Wülzburg.

Se. Maj. der König hat dem Regimentsarzt Dr. Hugo Schröder von der Kommandantschaft München die Erlaubniß zum Tragen des Ritterkreuzes 1. Klasse des großh. hessischen Ludwigordens ertheilt; die Hauptleute Fr. v. Gropper vom 13. Inf.-Reg. und August Gerstl vom 6. Inf.-Reg., Ersteren vorbehaltlich der Wiederverwendung, in den Ruhestand versetzt; dem Obersten à la suite W. Frhrn. v. Grainger den Charakter als Generalmajor verliehen; den temporär pens. Rittmeister Aug. Eck und den temporär pens. Unterlieutenant K. Schorn, beide auf weitere zwei Jahre, im Ruhestande belassen. (Mil.-V.-Bl.)

München, 2. Jan. Die Mittheilung, daß in den nächsten Tagen eine allerhöchste Verordnung erscheinen werde, wonach die höheren Offiziere vom Hauptmann erster Klasse anfangend, Gehaltszulagen bis zu 200 fl. erhalten sollen, wird von der „Augsb. Abdz." als mindestens verfrüht bezeichnet. Wie man hört, lag allerdings ein solcher Antrag vor; Se. Maj. soll jedoch sich dahin geäußert haben, daß auch die Subalternoffiziere, die vor einigen Jahren mit Gehaltszulagen von nur 100 fl. bedacht wurden, jetzt gleichzeitig aufgebessert werden. Es fragt sich also, ob die für Gehaltsaufbesserungen verfügbaren Mittel, die aus Ersparnissen in Folge unbesetzt gebliebener Vakaturen höherer Militärstellen herrühren dürften, zu einer weitergehenden, von Sr. Majestät als billig erkannten Gehaltsaufbesserung hinreichen werden, worüber das Kriegsministerium sich gutachtlich zu äußern hat.

Wien, 3. Jan. Die „Wiener Abendpost" schreibt: „An die Ersetzung des Frhrn. v. Lederer als Civilkommissär in den Herzogthümern durch Frhrn. v. Halbhuber sind von einigen Organen ganz willkürliche Konjekturen geknüpft worden. Man hat diese ausschließlich durch Rücksichten administrativer Natur herbeigeführte Verfügung zum Theil so aufgefaßt, als sei die Haltung des Frhrn. v. Lederer während seiner zeitweiligen Geschäftsführung in den Herzogthümern als eine zu wenig selbständige erschienen und als würde seitens seines Nachfolgers größere Entschiedenheit erwartet. Dieser Personenwechsel wurde sogar hie und da als Symptom eines in der Politik Oesterreichs bezüglich der schleswig-holsteinischen Frage sich vollziehenden Systemwechsels hingestellt. Alle diese Deutungen sind vollständig unberechtigt. Die Ueberzeugung, daß ein enges freundschaftliches Zusammengehen mit Preußen den realen Interessen nicht nur der deutschen Großmächte, sondern ganz Deutschlands und vor allem der Herzogthümer selbst auf's vollkommenste entspreche, ist hier in den maßgebenden Kreisen durch nichts erschüttert; es ist nichts in den Grundsätzen geändert worden, denen Graf Mensdorff kürzlich im Abgeordnetenhaus Ausdruck gegeben. Wie die Verhältnisse liegen, hat man alle Ursache, diese innige Verbindung als eine der wichtigsten Bedingungen zur Erreichung eines gedeihlichen Resultats in der nationalen Angelegenheit, die Deutschland seit Jahresfrist beschäftigt und zugleich als einen hochbedeutenden Faktor der heutigen Lage Europa's, als einen der Stützpunkte allgemeinen Friedens anzusehen. Wir geben uns der aufrichtigen Hoffnung hin, daß das Verhältniß zwischen Preußen und Oesterreich in diesem Sinn von der öffentlichen Meinung betrachtet und gewürdigt werden wird. Insbesondere erwarten wir, es werde der Einsicht begabter Staatsmänner der übrigen deutschen Staaten bei den vielfachen Beweisen bundestreuer Gesinnung, welche die österreichische Regierung eben gegeben (?), nicht entgehen, daß jenes Verhältniß mit in erster Linie auch den Interessen und Bedürfnissen der von ihnen vertretenen Länder zu gute kommen muß."

Wien. Der „Botschafter" schreibt unterm 2. Jan.: „Wie wir hören, ist dieser Tage die Antwort Oesterreichs auf jene Depesche des Frhrn. v. d. Pfordten nach München abgegangen, in welcher letzterer Staatsmann Aufklärungen über die österreichischen Absichten in Bezug auf die Lösung der schleswig-holsteinischen Angelegenheit erbittet. In dieser Depesche hatte es nicht an einem Hinweis auf die preußischen Annexionsbestrebungen gefehlt. Die

---

Feuilleton.

Ein untergehender Volksstamm.

Ein ähnliches Schicksal, wie es im äußersten südöstlichen Winkel der alten Welt die Ureinwohner von Vandiemensland getroffen hat, droht einem fast unter demselben Längengrade wohnenden und weder von asiatischer noch von europäischer Civilisation übertünchten Volksstamme im Nordosten. Wie die Tasmanier, sind die Eingeborenen der zu der japanischen Gruppe gehörigen Insel Jesso in den unfruchtbarsten Theil ihres Landes zurückgedrängt worden und scheinen, obwohl ihre Zahl noch 50,000 Menschen beträgt, zum gewissen Untergange verurtheilt. Den ergiebigeren südlichen Theil der Insel haben die Japaner in Besitz genommen. Die Eingeborenen nennen sich selbst Ainos, werden aber von den Japanern mit dem Namen Mosinos, „die Allbehaarten", bezeichnet, einem Ausdrucke, welcher die hervorragendste körperliche Eigenthümlichkeit der Ainos darstellt. Wie ein Mitglied des Londoner ethnologischen Vereins sie schildert, muß die Wildheit und Ungeschlachtheit ihrer äußeren Erscheinung einen Fremden beim ersten Anblicke mit Entsetzen und Widerwillen erfüllen. Esau selbst konnte keine mehr einem Pelze ähnelnde Haut haben, als diese Ainos. Ihr Haupthaar ist dick und mattenartig verflochten, einen ungeheuren Büschel bildend; und außer einem langen und dichten Barte bedecken dunkle Haare ihr Antlitz, wie auch Arme und Hände, ja, fast der ganze Körper in demselben zweifelhaften Schmucke prangen. Was diese Eigenthümlichkeit um so stärker hervortreten läßt, ist die unter dem dunkeln Haare an einzelnen Stellen vorscheinende hellere, obgleich durch fortwährenden Einfluß von Wind und Wetter etwas bronzirte Hautfarbe, welche einem weißen Teint viel näher steht, als die Farbe der Japaner. Sehr gemildert aber wird bei näherem Anblicke ihr wildes Aussehen durch ein sanftes, dunkles Auge und eine nicht unschöne Stirn. Die Weiber entbehren freilich den Haarreichthum ihrer Männer und suchen diesen Mangel, wie es ihnen scheint, durch eine dunkelblaue Färbung der Mund- und Augengegend zu ersetzen. In zarter Jugend sind die Kinder lebhaft und verrathen Intelligenz; heranwachsend nehmen sie aber bald die niedergeschlagene Haltung ihrer Eltern an. Denn trotz ihrer gedrungenen, festen Gestalt und physischen Stärke hat die langjährige Unterjochung und Isolirung den Ainos einen zaghaften, scheuen Charakter gegeben. Jährlich im Frühjahre müssen sie ihren Herren, den Japanern — unter des Taikun von Yeddo Lehnsoberhoheit herrscht auf Jesso der Fürst von Mats-mai — einen Tribut von Pelzen und getrockneten Fischen entrichten; und nur bei dieser Gelegenheit zeigen sich ihrer einige in den Städten Mats-mai und Hakodadi, um ihren Ueberschuß an Fischen und Pelzen, den einzigen Erzeugnissen ihrer jetzigen unwirthbaren Heimath, gegen Reis und Jagdgeräthe einzutauschen. Und dennoch haben diese Parias des Nordostens eine Geschichte und schwelgen mit melancholischer Freude in der Erinnerung, daß ihre Ahnen einst den Japanern gleich, wenn nicht deren Herren gewesen. Um das sechste Jahrhundert vor unserer Zeitrechnung, als auf Japan der erste Mikado herrschte, sollen die Ainos die unumschränkten Gebieter nicht nur Jesso's, sondern sogar des nördlichen Theiles

österreichische Antwort soll sehr beruhigend für die Mittelstaaten lauten. In derselben wird konstatirt, daß seinerzeit Differenzen „leider“ den Bund verhindert haben, an dem Kriege gegen Dänemark theilzunehmen, so daß die Aktion den beiden deutschen Großmächten allein zugefallen sei. Dies sei eine vollendete Thatsache. Wenn aber von diesem Standpunkte aus auch der Weg ein anderer sei, so sei doch Oesterreich über das anzustrebende Ziel mit den Mittelstaaten einig: es werde das Bundesrecht und die deutschen Interessen wahren.“

Wien, 3. Jan. Die „Presse“ schreibt: In der auswärtigen Politik ist die wichtigste Nachricht des Tages die, daß Prinz Friedrich Karl von Preußen in den nächsten Tagen hier in Wien erwartet wird. Die Berl. „Nat. Ztg.“ bemerkt zu dieser Mittheilung, der Prinz komme einer Einladung des Kaisers nach. Wir wissen nicht, ob man daran in Berlin glauben wird; uns scheint der Besuch des Prinzen ganz dieselbe Bedeutung zu haben, wie, zu ihrer Zeit, der des Generals Manteuffel und der des Fürsten v. Hohenzollern. Der Prinz soll die Differenzen zwischen Wien und Berlin in der Auffassung der schleswig-holsteinischen Frage ausgleichen, und diese Differenzen scheinen keine geringen zu sein, da man sich in Berlin veranlaßt fühlt, zur Behebung derselben den Kommandirenden der siegreichen alliirten Armee in Bewegung zu setzen. Bei den gastfreundlichsten Gesinnungen gegenüber dem Sieger von Alsen hoffen wir doch, daß es ihm nicht gelingen werde, Oesterreich zum Heraustreten aus der gegenwärtigen bundesfreundlichen Haltung zu bewegen; daß Oesterreich im Augenblicke an derselben noch entschieden festhält, beweist eine Nachricht des „Botschafter“, nach welcher unsere Regierung in einer an das Münchener Kabinet gerichteten Note versichert haben soll, in der Tagesfrage über das anzustrebende Ziel mit den Mittelstaaten einig zu sein; Oesterreich werde das Bundesrecht und die deutschen Interessen wahren.

Stuttgart, 8. Jan. Gestern Abend hielt die Abgeordneten-Kammer Sitzung. Auf Anfragen Mittnacht's äußerte Minister von Varnbüler: Es sei der Plan einer gemeinsamen Behandlung der indirekten Steuern in den benachbarten Staaten Baden, Bayern, Würtemberg, vorhanden. Er, der Minister des Aeußern, habe in diesen Tagen die Gelegenheit benützt, mit den Ministern des Aeußern von Baden und Bayern über den Gegenstand eingehend zu sprechen. Die beiden Herren haben sich durch die Sache sehr angezogen gefunden. Doch müsse er beifügen, daß die Ausführung der Sache zusammenhänge mit der Veränderung der Steuergesetzgebung der betreffenden Staaten, und daß die Steuergesetzgebung wieder zusammenhänge mit den Etatsperioden und Verhandlungen, so daß jedenfalls Jahre vergehen müssen, bis die Angelegenheit zu Ende gebracht werden könne. Hölder bemerkte, daß solche Steuerverträge an sich immerhin sich empfehlen mögen; daß sie aber das Bedenkliche haben, daß durch dieselben das ständige Steuerverwilligungsrecht beschränkt werde. — Die Finanzkommission der Abgeordnetenkammer stellt am Schluß ihres Berichts über den Geldbedarf des Kriegsdepartements folgende Anträge: „1) auf die Umgestaltung des bestehenden Systems der Kriegsdienstpflicht im Sinne der allgemeinen Wehrpflicht mit Beseitigung des Looses und des Rechtes, sich durch Einstehen vom persönlichen Dienste zu befreien, Bedacht zu nehmen und zu gleichmäßiger Behandlung dieses Gegenstandes mit den benachbarten Staaten in Unterhandlung zu treten; 2) schon jetzt die militärisch organisirten Jugendwehren durch allgemeine Bestimmungen über eine bei der Berufung zum Dienst im aktiven Heere in Friedenszeit eintretende Berücksichtigung der Mitglieder derselben, die sich über die erlangte entsprechende Ausbildung auszuweisen vermögen, zu fördern.“

Kopenhagen, 3. Jan. Die Wiener „Gen.-Corresp.“ bringt einen Brief aus Kopenhagen, der es in Abrede stellt, daß die Ankunft des Hrn. v. Plessen aus St. Petersburg mit einer Ministerkrisis zusammenhänge; derselbe sei bereits wieder abgereist. Die Nachricht, daß der König die Beseitigung Bluhme's und David's wünsche, sei eine tendenziöse Erfindung.

Der „Schwäb. Merkur“ schreibt: „Wer etwa auf die **Pariser** Neujahrsorakel gewartet hat, um sich zu vergewissern, was für Wetter das neue Jahr bringen wird, wird so klug sein als zuvor. Die Rede, welche L. Napoleon an den diplomatischen Körper hielt, hat gar keine politische Färbung. Der Neujahrsempfang, durch welchen nur einmal blitzesartig eine politische Phrase zuckte, ist längst wieder ein einfacher Höflichkeitsaustausch geworden. Der Kaiser hat sich die Eröffnungsreden der gesetzgebenden Session dazu ausersehen, seine politischen Ideen der Welt mitzutheilen. Eben in dem nichtpolitischen Charakter der Neujahrsszene kann man ein Friedenszeichen sehen. Wichtiger aber als alle Pariser Kundgebungen ist die allgemeine Lage der europäischen Dinge, und diese bildet allerdings einen auffallenden Gegensatz zu dem erschütternden Krieg auf der andern Halbkugel, ja noch zu den Erwartungen und Besorgnissen, mit welchen man in das nunmehr verflossene Jahr eingetreten war. Damals war Polen noch nicht ganz in die Ruhe der Erschöpfung zurückgesunken und der Aufstand beschäftigte noch die Kabinete und Parlamente. Plötzlich war die lange schleichende Krankheit der Herzogthümerfrage zu einer brennenden Krisis geworden, und noch wußte man nicht, ob nicht ein europäischer Krieg sich daran entzünden werde. Heute ist es in Polen und über Polen still geworden; die Herzogthümer sind durch einen glücklichen Krieg für Deutschland gewonnen, und die weitere Behandlung dieser Sache ist eine innerdeutsche Angelegenheit, die europäische Frage ein häuslicher Familienzwist geworden. Beide Fragen sind also von der europäischen Tagesordnung gestrichen, und eben so wenig ist die Lage in Italien heute gefahrdrohender als vor einem Jahre. Im Gegentheil. Durch die Aussicht auf eine friedliche Erwerbung Roms, wie sie durch den Septembervertrag eröffnet ist, ist Italien überhaupt für die nächste Zeit auf eine friedliche Bahn verwiesen. Es gewinnt Zeit, an seine Finanzen zu denken, es richtet sich in einem schicklicheren Hause wohnlich ein, es entwaffnet. Aber es ist doch wieder wesentlich L. Napoleon, dem man diese lachenden Friedensaussichten nach

---

von Nipon gewesen sein; aber die Japaner begannen sie zurückzudrängen, zuerst über die Straße von Sangar, dann nachrückend allmählich in den Norden Jesso's. Erst gegen Ende des 14. Jahrhunderts gelang ihre vollständige Besiegung und Unterwerfung. Die ethnologische Einreihung der Ainos unter die bekannteren Stämme bietet große Schwierigkeiten. Geographisch betrachtet, könnte man Jesso ebensowohl den Kurilen als der japanischen Inselgruppe zuweisen; und die gedrungene Statur, die Art und Weise, wie sie die Jagd und den Fischfang betreiben, möchte die Ainos zu den Kamtschadalen in Beziehung bringen lassen. Keiner der kamtschadalischen Stämme aber besitzt auch nur eine Annäherung an die Ueberfülle von Haar, welche die Ainos auszeichnet, und überdies lebt in diesen Bewohnern Jesso's die Tradition, daß ihre Urahnen aus dem Westen, also von dem asiatischen Festlande her, gekommen sind. Doch auch auf Korea oder in der Mandschurei ist kein Stamm aufzufinden, der mit den Ainos Aehnlichkeit hätte. Die Sprache bietet ebensowenig einen Aufschluß; sie scheint keine verwandten Elemente mit irgend einer der ostasiatischen Sprachen zu haben. Ihre Gottesverehrung ist sehr naturwüchsiger Art. Einige buddhistische Begriffe sind zwar zu ihnen gedrungen; doch haben sie sich über den Fetischdienst nicht erhoben. Ihre rohe Mythologie beruht auf einem dunkeln Prinzip, welches mit den Thieren der Jagd und den Ungeheuern der Tiefe in Verbindung steht. Ihre Hauptgottheit ist der Bär, obwohl sie diesen ihren Gott erschlagen, wo sie ihn nur antreffen können. Kosmogonischer Traditionen aber ermangelt auch selbst dieser Stamm nicht gänzlich; und darin verrathen die sonst aller Kultur baren, selbst der Schrift unkundigen „behaarten Männer von Jesso“ eine Geistesverwandtschaft mit Goethe, daß sie der neptunistischen Theorie huldigen. Aus dem Wasser ist ihnen die Welt entstanden. Der erste Mensch aber war ihnen ein Weib, welches das Glück eines paradiesischen Lebens dadurch verlor, daß es den Apfel der Erkenntniß von einem Manne annahm. Wie dieser Mann zu dem ersten Menschen gekommen, läßt die Mythologie der Ainos in Dunkel gehüllt. Der Uebertretung eines Verbotes, wie sie in den meisten Legenden existirt, wird zwar keine Erwähnung gethan; doch scheint ein Fehltritt irgend welcher Art angedeutet zu sein, der zu dem Verluste der Glückseligkeit und der Ausbreitung des Geschlechtes über die Erde im Causalverhältnisse steht. Was kann die Zukunft für das seltsame Volk aufbewahren? Es schwindet und schwindet hin unter dem drückenden Einflusse japanesischer Herrschaft, und doch ließe sich unter günstigeren Bedingungen ihre physische Stärke wohl zum Ackerbau verwerthen, natürlich auf ergiebigerem Boden, als ihre kalte und rauhe Heimath ihn bietet. Und daß sie besserer civilisatorischer Einwirkung nicht unzugänglich sein würden, beweist ihre Gastlichkeit. Der Fremde, welcher den Aino in seiner Hütte besucht, wird äußerst freundschaftlich aufgenommen und bewirthet; und hier, fern von ihren Gebietern, legen sie auch ihre ungemeine Scheu und Niedergeschlagenheit ab. Ob ein besseres Loos als unabweisbarer Untergang des armen Stammes wartet, wenn das japanische Reich der Auflösung entgegengeht? Das Verschwinden eines ganzen Volkes vom Erdboden, sei es auch höherer Bildung noch so fremd geblieben, hat immer einen tragischen Charakter.

allen Seiten zu verdanken hat. An seinem Widerstand scheiterte eine Einmischung zu Gunsten der Polen, seine berechnete Zurückhaltung war es zumeist, welche einen europäischen Krieg wegen Schleswig-Holsteins verhinderte und das Brüllen des britischen Löwen ohnmächtig und zum Gelächter machte. Seine Vorsorge schaffte sich und Italien wenigstens für die nächsten zwei Jahre die römische Frage vom Hals. Das Friedebedürfniß L. Napoleons ist noch in keinem Jahre so entschieden hervorgetreten, als im vergangenen. Beherrschte er sonst die Lage durch die gefürchtete Energie, der man in jedem Falle das Unberechenbarste zutraute, so blieb er dießmal, kann man sagen, durch die bloße vis inertiae, durch eine Zurückhaltung, die auch da, wo sie bloße Verlegenheit war, den Schein der Weisheit annahm, Herr der Lage. Und in diesem Friedebedürfniß wurde er von seinem Volke lebhaft sekundirt. Die Franzosen enthusiasmirten sich weder für die Polen, noch für die Dänen, noch für die Venetianer. Sie waren der Kriege müde, die fernen Expeditionen wurden in schärfster Weise mißbilligt, selbst über Algerien wurden bedenkliche Stimmen laut. Die Gründe für eine Friedenspolitik dauern aber ungeschwächt fort. Von persönlichen Gründen, die bei dem eben nicht mehr in erster Jugend stehenden Autor des Lebens Cäsars mitwirken mögen, abgesehen, so liegen gerade für die innere Politik Aufgaben in Menge und zwar dringliche vor, welche dem Ehrgeiz noch ein weites Feld offen lassen. Die Finanzlage, die Arbeiterverhältnisse, die oft versprochene Reorganisation der Verwaltung im Sinn der Dezentralisation, der Volksunterricht, dies sind lauter Gegenstände, deren Verbesserung allgemein als nothwendig gilt, aber nur bei dauerndem Frieden möglich ist.

Turin, 30. Dez. Ein Einnehmer aus einer der Provinzen der Aemilia hat den Andrang zur Vorausbezahlung der Grundsteuer für 1865 benutzt und sich mit einer Summe von 300,000 Fr. eingesammelter Steuern auf päpstliches Gebiet geflüchtet. — Seit einem Monat haben nicht weniger als drei Gefechte zwischen französischen Truppen und Räubern stattgehabt. Das letzte trug sich im Walde von Castro zu, wo die Räuber 2 Todte und 3 Gefangene zurückließen, und zwei von ihnen aufgegriffene Bürger befreit wurden.

Turin, 1. Jan. Aus der Rede, welche Viktor Emanuel heute an den parlamentarischen Ausschuß hielt, ist (nach Depeschen der „Indep. belge") noch nachzutragen, daß er auch äußerte, im Laufe des Monats Mai werde er sich an dem neuen Sitz der Regierung befinden. Beim Empfang der städtischen Behörden drückte der König seine Befriedigung über die ausgezeichnete Haltung der Turiner Bevölkerung und der Nationalgarde unter so manchen schwierigen Verhältnissen und insbesondere bei der Eröffnung des Parlaments aus. Man hatte das Gerücht verbreitet, der König werde es diesmal unterlassen, am Neujahrsabend im königl. Theater zu erscheinen. Er zürne, hatte man gesagt, den Turinern und wolle sich nicht ihren Insultationen aussetzen. Das Gerücht war falsch. Der König erschien heute Abend in der Galavorstellung und wurde wie immer vom Publikum aufs Wärmste begrüßt.

Amerika. Es ist nunmehr der Wortlaut des Berichtes von General Sherman vom 13. Dez. veröffentlicht. Es ergibt sich daraus u. A. die bezeichnende Thatsache, daß der General auf seinem ganzen, 300 engl. Meilen weiten und natürlich lange dauernden Marsche mitten durch das Herz des feindlichen Landes nicht einmal durch Guerillas irgendwie behelligt wurde. Die innere Schwäche der Feinde ist damit unzweideutig gekennzeichnet. So nur ist es auch erklärbar, daß Sherman dem Kriegsminister anzeigen kann, sein Heer, — dem die Secessionisten das Schicksal der Franzosen beim Moskauer Rückzuge prophezeit — befinde sich im besten Stande, fähig zu jeder militärischen Operation. In der ganzen Kriegsgeschichte wird man vergebens nach einem andern Beispiele dieser Art suchen. Die Truppen scheinen niemals Mangel gelitten zu haben, indem sie von den noch unangegriffenen Vorräthen, die in Georgien angesammelt waren, leben konnten, — von jenen Vorräthen, welche ohne diesen kühnen Zug Lee's und Hood's Truppen zu gut gekommen wären. Sherman berichtet noch weiter, er habe über 200 Meilen Eisenbahn zerstört, Savannah sei umzingelt und insbesondere habe er alle Schienenwege unterbrochen, welche nach der Stadt führen. Die Garnison von Savannah schätzt er auf 15,000, die Civilbevölkerung auf 25,550. Durch den Fall des Forts Mac Allister ist der Zugang zur Stadt ermöglicht. Sherman's linker Flügel ist derselben bereits bis auf eine Stunde nahe gerückt.

Ebenso günstig lauten die Nachrichten von General Thomas. Hood ist neuerdings geschlagen worden und befindet sich fortwährend auf dem Rückzuge. Sein Verlust an den beiden ersten Kampfstagen wird zu 5000 Mann und 50 Kanonen angegeben. Nach dem offiziellen Bericht des Generals Thomas ist die ganze südstaatliche Division unter Generalmajor Johnson sammt allen Brigadegeneralen gefangen; außerdem eine Kavalleriebrigade vernichtet, deren Befehlshaber, Brigadegeneral Rucker, gleichfalls persönlich in die Hände der Sieger fiel; das gleiche Loos traf den General Quarries. Auch ein Korps unter Lyons soll geschlagen worden sein. (N. Fr. Z.)

Hiezu die Beilage: „Würzburger Anzeiger".

Verantwortlicher Redakteur: A. Hartmann.
Druck und Verlag der Stahel'schen Buch- und Kunsthandlung in Würzburg.

Cours der Staatspapiere.

Oesterr.	5 pCt. Met. (Cp. i. S. b. R.)	—
„	5 pCt. Lomb. ditto. à 24	—
„	5 pCt. Engl. Met. v. 1852	—
„	5 pCt. Engl. Met. v. 1859	$79\frac{1}{8}$ P.
„	5 pCt. Venet. Coupon b. R.	$84\frac{3}{8}$ P.
„	5 pCt. Nationalanl. v. 1854	$67\frac{1}{8}$ G.
„	5 pCt. Metall. Obligation.	$60\frac{3}{8}$ P.
„	$4\frac{1}{2}$ pCt.	$53\frac{1}{8}$ P.
Preussen	$3\frac{1}{2}$ pCt. Staatsschuldsch.	$90\frac{1}{2}$ G.
Bayern	$4\frac{1}{2}$ pCt. Obl. 1jähr. dto.	$101\frac{5}{8}$ P.
„	$4\frac{1}{2}$ pCt. Obl. $\frac{1}{2}$jähr. dto.	$101\frac{3}{8}$ G.
„	4 pCt. Obl. 1jähr. dto.	$98\frac{3}{8}$ P.
„	4 pCt. Obl. $\frac{1}{2}$jähr. dto.	99 P.
„	4 pCt. Obl. Ab.-R. dto.	$98\frac{1}{2}$ P.
„	$3\frac{1}{2}$ pCt. Obl. dto.	—
Württemb.	$4\frac{1}{2}$ pCt. Obl. b. Rothsch.	$105\frac{1}{8}$ G.
„	$3\frac{1}{2}$ pCt. Obl. dto.	$96\frac{1}{4}$ P.
Baden	$4\frac{1}{2}$ pCt. Obl.	—
„	$3\frac{1}{2}$ pCt. Obl. v. 1842	$90\frac{7}{8}$ G.
Gr. Hess.	$4\frac{1}{2}$ pCt. Obl.	—
„	4 pCt. Obl. b. Rothsch.	$100\frac{7}{8}$ P.
„	$3\frac{1}{2}$ pCt. Obl. dto.	—
Nassau	$4\frac{1}{2}$ pCt. Obl. dto.	$102\frac{1}{4}$ P.
„	4 pCt. Obl. dto.	$99\frac{1}{2}$ P.
„	$3\frac{1}{2}$ pCt. Obl. dto.	$91\frac{1}{2}$ P.
Frankfurt	$3\frac{1}{2}$ pCt. Obl.	94 P. $93\frac{3}{4}$ G.
„	3 pCt. Obl.	89 G.
Spanien	3 pCt. inl. Sch. P. à fl. 2. 30	—
„	$2\frac{1}{4}$ pCt.	—
Schweden	$4\frac{1}{2}$ pCt. Obl. à 105 Thlr.	$93\frac{1}{8}$ P.
N.Amerika	6 pCt. à 100 Gr. 1881 D. $2\frac{1}{2}$	—
„	6 pCt. ditto r. 1882	$47\frac{3}{8}$ G.

Diverse Aktien.

Frankfurter Bank à fl. 500 . . .	$142\frac{7}{8}$ G.
K. K. Oesterr. National-Bankaktien	790 P.
Oesterr. Kreditbank-Aktien à fl. 200	$176\frac{1}{2}$—$77\frac{1}{2}$ G.
Bayer. Hypothekenb. Pfandbriefe 4 pCt.	$97\frac{7}{8}$ P. $\frac{3}{4}$ G.
Darmst. Bank 1. u. 2. Serie à fl. 250	$227\frac{1}{2}$ G.
Weimarische Bank à Thlr. 100 . .	$99\frac{1}{4}$ P.
Mitteldeutsche Kreditaktien . . .	100 G.
Intern. Bank in Lux. à 250 Frs. à 28 kr.	—
Taunus-Eisenbahn à fl. 250 . . .	348 P.
Frankfurt-Hanauer-Eisenbahn . . .	98 P.
Oest. F.St.Eisb. 5pCt. 500 Fr. à 28 kr.	—
„ Elisab.-Eisenbahn 5 pCt. . .	115 P. 114 G.
Böhm. Westbahn-Aktien à fl. 200 6/7	71 G.
Rhein-Nahe-Bahn 200 Thl. à 105 4pCt. Z.	$26\frac{1}{4}$ G.
Ludwigshafen-Bexbacher à 4 pCt. .	—
dto. dto. Prior. à 4 pCt.	98 G.
Pfälz. Maxb. b. Rothschild à $4\frac{1}{2}$ pCt.	104 G.
Oest. St.-Eisenb. Prior.-Oblig. à 3 pCt.	$50\frac{1}{4}$—$\frac{1}{8}$ G.
Elisab.-Bahn Prior. 5 pCt. 5/7	$75\frac{7}{8}$ G.
Südd. Bank-Akt., 30 pCt. Einz.	254 P. $253\frac{1}{2}$ G.
Span. Handels- und Industrie . .	—
Bayr. Ostbahn à $4\frac{1}{2}$ pCt. volleinbez.	$112\frac{1}{2}$ P.
Bayer. Ostbahn mit 50 pCt. Einz.	$111\frac{7}{8}$ G.

Wechsel
in süddeutscher Währung.

Amst. fl. 100 k. S.	$100\frac{7}{8}$ G.
Antwerp. Frs. 200 k. S.	$93\frac{3}{4}$ G.
Augsb. fl. 100 k. S.	100 P.
Berlin Th. 60 k. S.	$104\frac{7}{8}$ P.
Brem. 50 Th. Ld. k. S.	$96\frac{1}{2}$ P.
Brüssel Frs. 200 k. S.	$93\frac{5}{8}$ G.
Cöln Thlr. 60 k. S.	$104\frac{7}{8}$ P.
Hamb. MB. 100 k. S.	$88\frac{7}{8}$ G.
Leipzig Th. 60 k. S.	$104\frac{7}{8}$ P.
London Lst. 10 k. S.	$118\frac{1}{8}$ P.
Lyon Frs. 200 k. S.	—
Mail. Frs. 200 . .	$93\frac{1}{8}$ P.
München fl. 100 k. S.	100 P.
Paris Frs. 200 k. S.	$93\frac{3}{4}$ G
Petersburg 60 S.-R.	—
Triest fl. 100 k. S.	—
Wien fl. 100 ö. W.	—
do. in öst. W. l. S.	101 P.
Disconto	4 pCt. G.

Anlehens-Loose.

Oesterr. fl. 250 v. 1839	$130\frac{3}{4}$ P.
„ fl. 250 v. 1864 mit 4 pCt.	$75\frac{1}{2}$ G.
„ fl. 500 v. 1860 5/7	$81\frac{7}{8}$—82 G.
„ fl. 100 Kreditb. L. v. 1858.	$125\frac{1}{4}$ G.
„ do. v. 1864.	$84\frac{1}{2}$ P.
Schwed. 10 Thlr. Loose	$9\frac{3}{8}$ P.
Badische fl. 50	—
Badische fl. 35	$51\frac{7}{8}$ G.
Kurhess. Thlr. 40 b. R.	$54\frac{1}{4}$ P.
Gr. Hessen fl. 50 b. R.	—
„ fl. 25 do.	$38\frac{3}{8}$ P.
Nassau fl. 25 bei Rothsch.	$38\frac{1}{2}$ P.
Sardinische Fr. 36 b. B.	—
Neuchateler 10 Frs.-Loose	—
Freiburger 15 Frs.-Loose	—
Mailänder 45 Frs. L. b. R.	—
St. Lüttich mit $2\frac{1}{2}$ pCt. Z.	—
Ansb.-Gunzenh. fl. 7-L.	$10\frac{7}{8}$ P.

Frankfurt, 4. Jan. Die Börse war besonders für österr. Kreditaktien günstig gestimmt, während die österr. Loosgattungen ziemlich unverändert, aber fest waren. Amerikanische etwas besser, aber nicht ganz den günstigeren New-Yorker Notirungen entsprechend. Die Zögerung der Börse ist durch das Ausbleiben neuerer Nachrichten vom Kriegsschauplatze motivirt. Eine bedeutende Steigerung erfuhren Darmstädter Bankaktien. Von den Eisenbahnen waren Ostbahn sehr beliebt und höher. (Synd.)

An die
k. Hof- und Staatsbibliothek
1 N. Würzb. Ztg.
München.

Neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht!

№ 6. | Vorausbezahlung: Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 1 fl. 30 kr. Bei Inseraten wird die dreispaltige Zeile in gewöhnlicher Kleinschrift oder deren Raum im Hauptblatte mit 6 kr., im Anzeiger mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franco. | 62. Jahrgang. | Freitag, 6. Januar 1865.

Ein russisches Programm.

Bisher hat die russische Regierung sich mit der Aufhebung von Klöstern begnügt, welche nicht die kanonische Zahl von acht Mitgliedern besaßen, und welche sich auffällig und erwiesen am Aufstand betheiligt hatten. Es hat indessen bereits Einiges von anderweitigen Veränderungen auf römisch-katholisch-kirchlichem Gebiete verlautet, und, wie es allen Anschein hat, mit gutem Grund, nur daß diese nicht sofort, sondern erst in Folge analoger Vorgänge in weiter Ferne eintreten dürften. Wie man nämlich aus ziemlich verläßlichen Quellen vernimmt, will man in Rußland nur den Durchbruch des Gallicanismus in Frankreich abwarten, um die römisch-katholische Kirche vollkommen von Rom loszureißen, und in ihr Reformen vornehmen, die sie sehr wenig römisch, aber dafür viel mehr christlich machen dürften. An die Stelle des römischen Stuhls soll eine Synode treten, die Gewalt der Bischöfe soll sehr beschnitten werden, so daß sie die Pfründen nicht mehr besetzen und keine Kirchenstrafen mehr verhängen können ohne Intervention der weltlichen Behörden. Dagegen sollen die Gemeinden in kirchlichen Angelegenheiten den ihnen nach und nach von der Hierarchie abgerungenen Einfluß wieder erhalten und sich ihre Seelenhirten unter Bestätigung von Seiten der Regierung selbst wählen dürfen. Der Gottesdienst soll nicht mehr in der lateinischen, sondern in der allen Slaven ziemlich verständlichen alt- oder kirchenslavischen Sprache abgehalten werden, wie in der orthodoxen Kirche in Rußland. Den niedern Geistlichen soll freigestellt werden, ob sie das Cölibat halten wollen oder nicht. Die Actionspartei hält diese Maßregeln für eine sehr gefährliche Waffe, und ist voll Furcht und Aufregung in der Erwartung derselben. Ein besonderer Dorn im Auge ist ihr die Einführung des Altslavischen als Kirchensprache, da sie die dadurch erreichbare Annäherung ans Russenthum befürchtet. Vielleicht ist es verborgener russischer Einfluß, der in Kroatien den Wunsch nach dem Gebrauch des Altslavischen in der Kirche laut werden ließ. Die panslavistische Tendenz dieser Reformen macht die Behauptung der Polen, Wielopolski, der Sohn, habe den Plan dazu entworfen, sehr glaublich. Daß sie, wenn sie auch nicht ausgeführt werden, bei der russischen Regierung Beifall finden, ist, bei der Ausdauer und der Unermüdlichkeit, mit welcher diese unter allen Slaven sich Anhang zu verschaffen sucht, unzweifelhaft.

München, 4. Jan. Das k. Kultusministerium hat auf einen Bericht der Kreisregierung von Oberfranken erwidert, daß, nachdem in dem vom obersten Gerichtshofe als Kompetenz-Konflikt-Senat erlassenen Erkenntnisse vom 26. Juli 1864 die Gerichte lediglich zur exekutiven Beitreibung der rückständigen Schulgelder, nicht aber der Schulversäumnißstrafen als zuständig erklärt wurden, die Schulversäumnißstrafen auch nicht wie die Schulgelder zu den Gemeindeumlagen in irgend einer Beziehung stehen, vielmehr einen hievon wesentlich verschiedenen Charakter besitzen, somit auf dieselben auch nicht die in dem genannten oberstrichterlichen Erkenntniß in Bezug genommenen Bestimmungen des Art. 13 des Gemeinde-Umlagegesetzes Anwendung finden können — kein genügender Grund bestehe, die Ministerialentschließung vom 13. März 1863, insoweit dieselbe die Beitreibung der Schulversäumnißstrafen regelt, außer Anwendung treten zu lassen.

Wien. Die „Ostdeutsche Post" spricht unverholen ihre Besorgniß aus, daß das nun bald zusammentretende preußische Haus der Abgeordneten kaum den Muth und die Energie haben werde, dem Drängen nach Annexion zu widerstehen, und theilt als Beleg des inneren „Umschwungs" in Preußen eine Stelle mit aus dem Brief eines eifrigen und in seinen Kreisen einflußreichen Demokraten Altpreußens: „Ich muß sagen, daß ich mir durch Erfolge außerordentlich imponiren lasse; wenn Bismark eine Sache glücklich zu Ende führt, über die nun schon zwanzig Jahre vergebens geschwatzt ist, so halte ich ihn für einen gescheidten Kerl, und verzeihe es ihm ganz und gar, wenn er in richtiger Erkenntniß der

---

Feuilleton.

K. Die Amtsantrittsrede

des Rector magnificus, Herrn Dr. Karl Edel, bei der Stiftungsfeier der hiesigen Universität am 2. ds. geben wir in Folgendem dem wesentlichsten Inhalte nach:

Nachdem der Redner zuerst des hohen Stifters der Universität, des großen Fürstbischofs Julius Echter von Mespelbrunn gedacht, und sein energisches und erfolgreiches Wirken für Staat und Kirche, sowie für die Wissenschaft hervorgehoben hatte, konzentrirte sich der weitere Verlauf der Rede zu einem großen Geistesbilde des unvergeßlichen Regenten, dessen thatkräftiger Fürsorge auch die Universität Würzburg so viel zu verdanken habe, — des höchstsel. Königs Maximilian II.

Eine glanzvolle Regierungsperiode sei der seinigen vorangegangen. Der deutschgesinnte König Ludwig I. habe sich als Ordner des Staatshaushaltes und Schöpfer einer neuen Blüthezeit der deutschen Kunst hohen Ruhm erworben. Aber seine autokratischen Regierungs-Anschauungen gegenüber den sich offenbarenden Volkswünschen konnten der Sturmperiode von 1848 nicht widerstehen. „Da legte der letzte König der alten Ordnung die Krone nieder, welche Max II. aufnahm, um der erste König einer neuen Epoche zu werden." Durch ihn sei Friede und Vertrauen zwischen Fürst und Volk wieder hergestellt, unter ihm Bayern ein Rechtsstaat geworden. Die Rede gibt nun einen Gesammtüberblick der Grundlagen, auf welchen die durch Max II. theils vollendete, theils angebahnte Verfassungs- und Rechtsreformation ruht, und wodurch die Verfassung von 1818 ihre nothwendige Ergänzung gefunden habe. Hieher gehören namentlich seine Gesetze über Aufhebung der Privatgerichtsbarkeit und Entlastung des Grund und Bodens, die durch das Preßedikt von 1848 gewährte Preßfreiheit, das Wahlgesetz von 1848, die Verwirklichung der Gleichheit Aller vor dem Gesetz durch Aufhebung der Vorrechte des persönlich privilegirten Gerichtsstandes und der Siegelmäßigkeit, sowie durch Aufhebung der zum Nachtheile der israelit. Staatsbürger bestandenen Rechtsbeschränkungen; die Gesetze über Ministerverantwortlichkeit und Staatsgerichtshof, die Anerkennung des freien Versammlungs- und Vereinsrechts, sowie die den Kammern des Landes eingeräumte ständische Initiative; — weiter die Trennung der Rechtspflege von der Verwaltung und die damit verbundene verbesserte Gerichtsorganisation, die Umgestaltung des Strafprozesses, namentlich durch Aufnahme der Schwurgerichte in das System der Strafgerichte; — ebenso die Vereinbarung einer gemeinsamen deutschen Gesetzgebung über Handels- und Wechselrecht, ein neues Strafgesetzbuch, sowie das erste Zustandekommen eines Polizeistrafgesetzbuches. Neben der Sorge für die Fortbildung des Rechts und für die Bedürfnisse der Volkswirthschaft war aber auch auf dem Gebiete der Staatsverwaltung die Regierungsthätigkeit des Königs eine ungemein große. Hier sei als besonders hervorragend zu erwähnen die Aufrechthaltung der Gleichberechtigung der anerkannten Kirchengesellschaften und die volle Wahrung ihrer Gewissensfreiheit; ferner seine Fürsorge für das Loos fast aller gering besoldeten Klassen von Staatsdienern. Von seinem großen Wohlthätigkeitssinn zeuge insbesondere auch der von ihm gestiftete St. Johannis-Verein. — Aber auch eine Zeit des Stillstandes und der Reaktion habe Bayern unter Max II. Regierung zu bestehen gehabt, und verdanke es nur dem Rechtssinn, der Gewissenhaftigkeit und dem gesunden Verstande des Königs, daß noch zu rechter Zeit ein glücklicher Umschwung einge-

wahren Machtverhältniße den fortschrittlichen Abgeordneten mit ihren Drohungen ins Gesicht lacht. Was aber die Eroberungsgelüste anbetrifft, so denke ich mir, daß in Preußens Arrondirung oder Machterweiterung jeder Preuße einen persönlichen Vortheil erblickt, nämlich erhöhte Sicherheit und vermehrte Aussicht auf materielle Wohlfahrt." Bei dieser Stimmung, schließt die „Ostd. Post", hat Graf Mensdorff auf eine, wenn auch nur unwillkürliche Diversion von Seite des preußischen Abgeordnetenhauses kaum zu rechnen!

Zu dem gestern unter **Wien** mitgetheilten Artikel der „W. Abendpost" bemerkt der „Nürnb. Korresp.": „Die neueste Kundgebung der „W. Abendpost" ist gleichwohl noch nicht als sicheres Zeichen einer bereits eingetretenen neuen Frontveränderung des österreichischen Kabinets zu betrachten, ebenso wenig wie die Versicherungen, mit denen uns voraussichtlich die Berliner offiziöse Publizistik in den nächsten Tagen überschütten wird, daß die Differenz zwischen Wien und Berlin nur eine scheinbare, nur das lastige Erzeugniß einer der in Wien gehenden Strömungen gewesen sei. Der Artikel der „Abendpost" ist wohl zu notiren; allein er kann ebenso gut einer jener in dem Charakter der Mensdorff'schen Politik begründeten Versuche, äußeren Eclat zu verhüten und den Dingen vorsichtig die aggressive Spitze umzubiegen, als die Ankündigung eines bevorstehenden Rückzugs oder die Verleugnung eines geschehenen Vorschrittes sein. Erst die Thatsachen werden entscheiden — Thatsachen, auf die wir nicht allzu lange werden zu warten brauchen."

Wien. Von der österreichischen Antwort auf das Ersuchen des Hrn. v. d. Pfordten um Aufklärungen über die österreichischen Absichten in Bezug auf die Lösung der schleswig-holsteinischen Angelegenheit macht ein Wiener Korrespondent der „Allg. Z." nachstehende, mit der gestern mitgetheilten des „Botschafters" im Wesentlichen übereinstimmende Inhaltsangabe: „Die österreichische Regierung will einen Schleier über die Vergangenheit gezogen wissen, namentlich über jene Vorgänge, welche dem Beginn des Feldzugs vorangegangen und die Theilnahme des Bundes an demselben verhindert haben. Dies wird in der Depesche lebhaft bedauert. Diese Thatsache, die sich nicht ändern lasse, könne aber auf den weitern Verlauf der Lösung der schwebenden Frage keinen Einfluß ausüben. In Betreff dieser müsse das Bundesrecht und das Interesse Deutschlands gewahrt werden, und in diesem Punkte sei das Streben und dessen Ziel für Oesterreich und die Mittelstaaten ein gemeinsames."

Wien, 4. Jan. Der „Botschafter" meldet, daß die Herreise des wahrscheinlich die preußische Antwort überbringenden Prinzen Friedrich Karl in Folge hiesigen Ansuchens wegen der Hoftrauer um die Großherzogin von Toskana verschoben worden ist. Das spätere Kommen des Prinzen ist jedoch gewiß. Frhr. v. Lederer wird hier erwartet, um Bericht zu erstatten.

Berlin, 4. Januar. Die „Provinzialkorrespondenz" sagt: Zur vollen Gewähr für die Befriedigung der preußischen und der deutschen Interessen in Betreff der künftigen Stellung Schleswig-Holsteins finden zur Zeit Berathungen in verschiedenen Geschäftsbereichen, namentlich in Betreff der maritimen, der militärischen und der Handelsverhältnisse der Herzogthümer statt.

Berlin. Die „Zeidl. Korresp." schreibt: „Wie es scheint, wird man sich daran gewöhnen müssen, daß in gewissen Intervallen das Gerücht von einer Erkaltung der Beziehungen zwischen Oesterreich und Preußen mit eben so geheimnißvoller als zuversichtlicher Miene auftritt. Wir haben schon oft Recht behalten, indem wir jene Gerüchte widerlegten, und wir werden auch dieses Mal nicht durch die Thatsachen dementirt werden, indem wir erklären, daß die den Umständen entsprechende Meinungsverschiedenheit über die Wege, auf denen die organisatorische Vollmacht Preußens und Oesterreichs in den Herzogthümern sich geltend zu machen habe, im Laufe der Verhandlungen von einer vollständigen Uebereinstimmung abgelöst werden wird. Meinungsverschiedenheiten der erwähnten Art ergeben sich im Anfange jeder Negociation. Die Allianz Preußens und Oesterreichs wird dadurch nicht im Geringsten berührt."

Der **Berliner** (offiziöse) „Publizist" hatte in einem Artikel über die „Konföderation der Mittelstaaten" geäußert, bei dem jetzigen Aufschwung Preußens würde man, sollten die Ideen der Herren v. d. Pfordten und v. Beust über die Bedeutung diplomatischer Versuche hinausgehen, nicht mit kriegführenden Mächten in Deutschland, sondern nur noch mit Rebellen zu thun haben." Hieran knüpft das „Dresdener Journal" folgende Bemerkungen: „Daß ein Berliner Blatt so weit geht, die deutschen Mittelstaaten eventuell Rebellen zu nennen, nicht etwa, weil sie dem Bunde, sondern weil sie Preußen den Gehorsam verwehren, darf nicht Wunder nehmen. Wissen wir doch, daß in höheren Regionen als denen des „Publizisten" die Verwaltung der Bundeskommissäre in Holstein eine revolutionäre genannt worden ist. Und wenn es geschehen konnte, daß Bundesregierungen wegen eines am Bunde abgegebenen Votums zur Rede gestellt und vor ähnlichen Abstimmungen gewarnt wurden, wie sollte die freie Presse nicht zu Avertissements von noch drastischerer Wirkung gelangen? Nur

---

treten. — Wenn dem Könige in seinen Bestrebungen für die deutsche Sache das Uebermaaß der Schwierigkeiten keinen Erfolg vergönnt habe, so dürfen dennoch die redlichen Bemühungen des Verlebten nicht gering geachtet werden, der, so viel er konnte, die Gegensätze zu mildern und zu vermitteln suchte, und wenigstens durch materiell verbindende Beziehungen engere Einheitsbande für die deutschen Stämme und Staaten anzuknüpfen erstrebte. Wie sehr ihm Deutschland am Herzen lag, habe er in der Sache Schleswig-Holsteins bewiesen. „Es ist sein unsterbliches Verdienst, dem Londoner Protokoll vom 8. Mai 1852 seine Anerkennung versagt, dadurch die Anerkennung des Bundes gehindert und die Geltendmachung des Rechtes offen erhalten zu haben." Das jetzt zur Herrschaft gelangte Faustrecht zu erleben, habe der Tod ihm erspart. —

Aber noch mehr genial und selbstthätig erscheine er uns in seinen Entwürfen und Thaten für die Erhebung seines Volkes durch den Geist der **Wissenschaft.** Sein philosophisch angelegter Geist sei frühe von dem Geiste der deutschen Philosophie berührt und genährt worden. Einer der Großmeister der deutschen Denker, der Schöpfer der Idealphilosophie, **Schelling,** sei dazu berufen gewesen, in seinem Geiste die Grundlage zu jener idealen Richtung zu legen, welche seinen Standpunkt in der Welt der Erscheinung und Entwickelung bezeichne. Durchdrungen, daß der Geist der Wissenschaft ein Geist der Wahrheit und der Wahrheitsliebe, ebenso ein Geist der Freiheit sei, wollte der König in seinem Volke den Sinn für wissenschaftliche Bestrebung und Forschung wecken und nähren, nicht bloß zur Aufklärung des Verstandes, sondern auch zur Stärkung der sittlichen Kräfte. Redner verfolgt nun die großartige Fürsorge des Königs für die Wissenschaft, und zwar zunächst für die Akademie der Wissenschaften und die drei Landesuniversitäten, welche letztere er insbesondere von dem geistigen Drucke, den politischen Maßregelungen und dem engherzigen Sparsystem befreit habe, worunter sie vor seiner Regierung zu leiden gehabt. Mit der bedeutenden Mehrung ihrer Zuschüsse aus der Staatskasse (für Würzburg 50,000 fl. jährlich für die VIII. Finanzperiode 1861/67 gegenüber 21,000 fl. in der V. Finanzperiode) konnten die Universitäten ein neues Leben entwickeln und ihre Lehrmittel und Lehrkräfte auf einen achtbareren Stand erheben, was in der Rede spezieller an der Hochschule Würzburg dargelegt wird.

Rühmend erwähnt nun Redner die Berufung anerkannter ausländischer Gelehrter als eine uralte Sitte deutscher Universitäten. Während der politische Partikularismus Deutschland lähme, erkenne die deutsche Gelehrten-Republik auf dem Gebiete deutscher Wissenschaft keine trennende Gewalt der Landesgränzen an; Schlagbäume an. — Der König habe sich aber auch berufen gefühlt, außerhalb des Bereiches der akademischen Korporationen als eine lebendige Triebfeder in die Bestrebungen der gelehrten Welt einzugreifen. Die **Geschichte** war es, welche auf den König vermöge seiner philosophischen Grundanschauung und eigenthümlichen Geistesrichtung die meiste Anziehungskraft übte. Er sei der geistige Urheber der neuesten Fortschrittsperiode der Geschichtswissenschaft in Deutschland geworden, insbesondere durch die von ihm ins Leben gerufenen historischen Kommissionen. Nach einer Uebersicht seiner großen Leistungen für die Vaterlandskunde erwähnt Redner der reichen Unterstützungen des Königs an Gelehrte zu wissenschaftlichen Zwecken, der reichlichen Auszeichnung des wissenschaftlichen Verdienstes, sowie seiner Stiftung des Maximilians-Ordens für Wissenschaft und Kunst, und charakterisirt dann noch in trefflicher Weise des Königs Sinn und Liebe zur Natur und Kunst, besonders auch zur Poesie. Er gehöre zu den Männern, die einer wahren Begeisterung fähig, ihrem Ideale leben und für dessen Erreichung Alles hinzuopfern vermögen. Ein Fürst des Friedens und der Wissenschaft, habe er für sie nicht umsonst gelebt und gewirkt; sein Name werde in seinen Werken und deren Nachwirkung fortleben, sein Andenken gesegnet bleiben.

Mit einem zuversichtsvollen Aufblick auf seinen Sohn und würdigen Nachfolger, den jugendlichen **König Ludwig II.,** schloß die Festrede.

Eins ist bei dieser Erscheinung auffällig. Im deutschen Bunde nimmt Oesterreich die erste Stelle ein und führt den Vorsitz in der Bundesversammlung. Man hat dieses Verhältniß allerdings schon manchmal in Berlin als überwundenen Standpunkt behandelt. Allein die bei mehreren Gelegenheiten vorangestellte Parität, die sollte doch wenigstens in einem Augenblicke zur vollen Geltung kommen, wo zwischen Oesterreich und Preußen ein Allianzverhältniß besteht. Gleichwie nun aber ohne Oesterreichs Zustimmung Hannover und Sachsen zur Zurückziehung ihrer Truppen ohne vorgängigen Bundesbeschluß aufgefordert wurden, eben so sind den Minoritäts-Regierungen vom 5. Dezember, so viel uns bekannt, ohne Zustimmung Oesterreichs Auffassungen des Bundesrechts als solche zu erkennen gegeben worden, deren Nichtbeachtung eine Verletzung der Verträge sein und eine Auflösung des Bundes zur Folge haben würde. Wenn nun Oesterreich sich diese Auffassungen nicht zur Richtschnur nimmt, ihre Nichtbeachtung aber zu der angedrohten Folge führt, so kann es ja unter Umständen durch weitere publizistische Ausführungen ebenfalls in die Kategorie der Rebellen gestellt werden. Es wird, eben darin liegt die Beruhigung, nicht Alles so heiß gegessen, als es gekocht wird."

Berlin, 4. Jan. Der Handelsminister als Bankchef beruft eine Versammlung der an der Bank Meistbetheiligten auf den 3. Februar zum Behuf einer Beschlußfassung über Errichtung von Bankfilialen in anderen deutschen Staaten.

In einem Berliner Schreiben des „Fr. Pstz." findet der Widerspruch in den Nachrichten über das Einverständniß zwischen Oesterreich und Preußen folgende Lösung: „Ueber den Stand der Unterhandlungen zwischen den Höfen von Wien und Berlin über den modus procedendi in der schleswig-holsteinischen Frage sind Gerüchte in Umlauf, nach denen die entente zwischen den alliirten Mächten einigermaßen erschüttert und an deren Stelle eine gewisse Abkühlung getreten sein soll. Ich gehöre nicht zu den Optimisten, welche à tout prix an eine Verewigung der goldenen Eintracht glauben; aber ebensowenig scheint mir die Annahme gerechtfertigt, aus gewissen etwa vorliegenden Differenzen ein plötzliches Aufhören des guten Vernehmens folgern zu wollen. Soll ich einfach aus den mir zugänglichen authentischen Nachrichten meine Ansicht sagen, so liegt thatsächlich die Sache so, daß eine Verständigung zwischen den Höfen von Wien und Berlin zur Stunde noch nicht erzielt ist, daß dies aber auch nicht Wunder nehmen darf, weil eine ganze Reihe schwieriger Fragen zu erledigen ist. Dabei ist festzuhalten, daß auf beiden Seiten der Wunsch der Verständigung vorwaltet und daß die Aussichten zu dieser Verständigung in letzter Zeit in keiner Weise sich gemindert haben.

Schleswig-Holstein. Ueber die Art und Weise, wie man im Volk Zustimmungserklärungen zu der Plessen'schen Adresse zu erlangen sucht, wird der „Schleswig-Holsteinischen Zeitung" aus Tangstedt geschrieben: „Die 6 Lehrer und 6 Bauervögte des Gutes Tangstedt wurden am 30. Dezbr. zu ihrem Gutsherrn, dem Grafen C. Schimmelmann, beschieden und in sein Zimmer geführt, wo sie mit Butterbrod und Wein bewirthet wurden. Dabei erzählte ihnen der Graf, daß auf dem Gute seines Bruders (Ahrensburg) die Leute sehr loyal wären und gern Alles thäten, was der Graf wollte (mit Ausnahme von ca. 30 Leuten, die einen sogenannten Schleswig-Holstein-Verein hätten). Darin möchten sie (die Tangstedter) sich spiegeln und es eben so machen. Darauf liest er ihnen die Adresse vor und fordert sie auf, dieselbe zu unterschreiben; es entschließt sich aber nur Einer dazu, der Brennereibesitzer Heuer zu Langendamm; die Uebrigen erklären, der Inhalt der Adresse stimme nicht mit ihren politischen Anschauungen. Beschlossen wurde darauf, die Adresse in den einzelnen Dörfern kolportiren zu lassen. Dies der Thatbestand. Doch gewinnt der Vorgang noch durch folgende verbürgte Thatsache einen höchst komischen Beigeschmack. Während nämlich den Leuten in Tangstedt erzählt wird, wie „loyal" und willig zum Unterschreiben die Ahrensburger seien, geschieht in Ahrensburg das Gleiche, nur daß dort der Spieß umgekehrt wird. In Ahrensburg führt nämlich der Graf E. Schimmelmann seinen Gutsangehörigen die Tangstedter als Muster vor, um daran seinerseits die Aufforderung zu knüpfen, daß man in Ahrensburg das löbliche Beispiel von Tangstedt nachahmen und mit gleichem Eifer die Plessen'sche Adresse unterzeichnen möge."

Kiel, 31. Dez. In Altona soll es, wie der dortige „Merkur" schreibt, bei der Beleuchtung zur Jahresfeier der Ankunft des Herzogs Friedrich nicht an „scharf anspielenden" Transparenten gefehlt haben, welche große Aufmerksamkeit erregten. Auch hier in Kiel haben wir wenigstens ein solches bemerkt, das, nach der großen Menschenmenge, die es stets umdrängte, zu schließen, und nach den Aeußerungen, die uns darüber zu Ohren gekommen sind, den allgemeinen Sinn am besten getroffen hat. Es zeigte das Brustbild des Herzogs Friedrich, geschmückt mit dem eisernen Erinnerungskreuz für die Feldzüge von 1848/49, umstanden von vier Kriegern in der Uniform der schleswig-holsteinischen Armee von damals; über ihren Häuptern wallte eine schleswig-holsteinische Fahne mit der Inschrift: „Dein ganzes Volk steht zu dir!" während unter dem Brustbild die zwei bezeichnenden Sprüche standen: „Ein Geduldiger ist besser als ein Starker!" und „Recht muß doch Recht bleiben!"

Kopenhagen, 5. Jan. „Flyveposten" will wissen, die Reise des Hrn. Braestrup nach Berlin betreffe ein Arrangement wegen der auf die Augustenburgischen Güter noch zu zahlenden Restsumme. In der gestrigen Sitzung des Landsthings sprachen Lehmann, Krieger und mehrere Andere zu Gunsten der von der Regierung eingebrachten Vorschläge bezüglich der Revision des Grundgesetzes. Nur der Census für das Wahlrecht wurde zu hoch befunden.

Madrid, 29. Dez. Offiziellen Berichten entnehmen die spanische Blätter folgende Thatsachen: Der spanische Staatsschatz hatte Ende Oktober in St. Domingo die Summe von 280 Mill. Realen verausgabt. Von 30,000 Menschen, die nach dieser Insel geschickt worden, sind nur noch 14,000 unter den Waffen, und von denselben sind wiederum nur 4000 wirklich zu den Kriegsoperationen zu verwenden. Während der Monate Oktober und November haben die Fieber 1700 Mann der Armee von St. Domingo weggerafft. Die Quantität Trinkwassers, die man der spanischen Armee hat liefern müssen, ist ungeheuer. Dieser Transport kostet allein 24,000 Piaster monatlich.

Die „Bolsa" findet es unbegreiflich, wie der Ex-König Franz II. von Neapel noch in Spanien einen Geschäftsträger haben könne, der sich Geschäftsträger beider Sicilien nenne. „Wo ist denn", fragt sie, „das Königreich Franz' II. und steht er nicht heute auf derselben Stufe, wie alle anderen entthronten Fürsten? Wie können seine Repräsentanten noch in Spanien in offizieller Weise empfangen werden?"

Wie man aus **Rom** schreibt, werden die Herren Montalembert und Falloux daselbst erwartet, indem Beide sich persönlich dem Papste unterwerfen und Abbitte thun wollen. Die Beiden sind durch Artikel 80 getroffen, worin es als ein Irrthum erklärt wird, daß der Papst mit dem Fortschritte, mit dem Liberalismus und der modernen Gesittung sich versöhnen dürfe und könne. Herr Louis Veuillot soll auf die Aufnahme dieses Artikels durch die Mittheilungen, welche er dem h. Vater seit seiner Ankunft in Rom gemacht, Einfluß gewonnen haben.

Konstantinopel, 24. Dezember. Das neue Preßgesetz hat die großherrliche Sanktion erhalten und ist veröffentlicht worden. Inländer haben die Ermächtigung zur Herausgabe eines politischen Blattes bei dem Minister des öffentlichen Unterrichtes, Ausländer beim Minister der auswärtigen Angelegenheiten nachzusuchen. Der verantwortliche Herausgeber muß im Vollbesitz seiner politischen Rechte und dreißig Jahre alt sein. Die Verbreitung fremder, der türkischen Regierung feindlich gesinnter Blätter ist verboten. Aufforderung zum Hochverrath, Beleidigung des Sultans und der großherrlichen Familie und andere Uebertretungen des Preßgesetzes werden mit Geldstrafen von 100 bis 1500 Fres., Gefängnißstrafen bis zu drei Jahren und eventuell mit Unterdrückung des Blattes bestraft.

New-York, 24. Dez. Man hält es nicht für unwahrscheinlich, daß Porters Geschwader von Wilmington Sturmes halber nach Fort Monroe zurückkehren wird. Südliche Blätter schätzen die Besatzung Wilmington's auf 15,000 Mann. Bei Savannah ist die Lage unverändert. Der Süd-General Hood hat sich mit Forrest vereinigt und, lebhaft und hitzig verfolgt, Pulaski am 22. erreicht. Südlichen Blättern zufolge schlug der Süd-General Breckinridge den General Burbridge. Die Nachricht von der Zerstörung ungeheurer Quantitäten Baumwolle durch Sherman gilt bis zur Stunde noch nicht für beglaubigt. Everitt wird dem Vernehmen nach Daytons Nachfolger als Gesandter der Vereinigten Staaten in Paris. Seward's auf Canada bezügliche Note ist fest, aber versöhnlich gehalten. (K. Z.)

Hiezu die Beilage: „Würzburger Anzeiger".

Verantwortlicher Redakteur: A. Hartmann.
Druck und Verlag der Stahel'schen Buch- und Kunsthandlung in Würzburg

Nr. 7303.

Amortisations-Edikt.

Amortisation von Hypothekenforderungen betr.

Vom k. Landgericht Werneck.

In den Hypothekenbüchern für Wipfeld sind die nachbezeichneten Kaufschillinge nebst Eigenthumsvorbehalten eingetragen, welche jedoch längst abgetragen sein sollen.

Da die Löschungsberechtigten nicht mehr ermittelt werden können, so werden hiemit auf Antrag der jetzigen Besitzer in Anwendung des §. 82 des Hypothekengesetzes alle Diejenigen, welche etwa noch Rechte an diesen Einträgen zu haben glauben, zur gerichtlichen Geltendmachung derselben

binnen 6 Monaten

aufgefordert, widrigenfalls nach Ablauf dieser Frist die Forderungen für erloschen erklärt und im Hypothekenbuche gelöscht werden würden.

Werneck, den 30. August 1864.

Königliches Landgericht.

[3c] Huler. Meisner, Funktionär.

Notif. Nr.	Name des eingetragenen Schuldners.	Name des eingetragenen Gläubigers.	der Hypothek Betrag fl.	kr.	Rechtstitel 2c.	Hyp.-Buch Bd.	Seite.
1	Dusel, Johann, von Wipfeld,	Die Debitmasse des Kasp. Heckelmann in Wipfeld.	171		mit 5% verzinsl. Weihnachten 1828 mit 1832 zahlbarer Güterkaufschilling laut Strichsprotokoll vom 20. Okt. 1828 und Hypothekeneintrag vom 6. Aug. 1830.	I.	3.
2	Hümpfer, Franz, „	„	80		„	I.	189.
3	Kuhn, Johann, „	„	41		„	I.	191.
4	Pabst, Christoph, „	„	85		„	I.	193.
5	Kestler, Bartel, „	„	16		„	II.	143.
6	Pabst, Christoph, „	„	34		„	III.	81.
7	Schneider, Philipp, „	„	16	30	„	III.	83.
8	Pabst, Adam, Büttner, „	Die Debitmasse des Georg Adam Lamm in Wipfeld.	76		mit 5% verzinsl. Martini 1828 mit 1832 zahlbarer Güterkaufschilling laut Strichsprotokoll v. 20. Febr. 1828 und Hypothekeneintrag vom 4. Okt. 1831.	I.	301.
9	Büchs, Philipp, „	„	961		„	I.	283.
10	Derselbe,	„	236		„	I.	303.
11	Schneider, Georg, „	„	46		„	I.	297.
12	Pabst, Adam, „	„	100		„	I.	287.
13	Schneider, Georg, „	„	22		„	I.	291.
14	Schneider, Kaspar, „	Die Debitmasse des Johann Büchs von Wipfeld.	62		mit 5% verzinsl. Güterkaufschilling laut Zahlungsanweisung vom 19. Jan. 1831 und Hypothekeneintrag vom 3. Sept. 1831.	I.	119.
15	Straßer, Johann, ledig, „	„	60		„	I.	117.
16	Pabst, Adam, Wdr., „	Die Debitmasse des Georg Jäbt von Wipfeld resp. die eingewiesene Gläubigerin Martha Bonfig v. Bergrheinfeld.	124		Kaufschillingsrest laut Kaufprotokoll vom 9. Septbr. 1822 und Hypothekeneintrag vom 19. April 1825.	II.	171,173.
17	Pabst, Adam, Büttner, „	Martin Rohrs Wittib von Wipfeld.	130		Kaufschilling laut Strichsprotokoll vom 27. Dez. 1811 und Hyp.-Eintrag vom 19. April 1825.	II.	169.
18	Pfriem, Nikolaus, „	Die Debitmasse des Georg Jäbt in Wipfeld resp. der eingewiesene Gläubiger Sal. Rosenfelder in Theilheim.	9		Kaufschillingsrest laut Kaufprotokoll vom 9. Sept. 1822 und Hyp.-Eintrag vom 19. April 1825.	II.	199.
19	Waldhäuser, Jos., Wittiber, „	Lazarus Blau von Theilheim als Cessionar des Gg. Dürr von Wipfeld.	38		Kaufschillingsrest laut Strichsprotokoll vom 3. Okt. 1821 und Hyp.-Eintrag vom 19. April 1825.	II.	121.
20	Zeißner, Johanns Wittib, „	Simon Schasmin von Theilheim als Cessionar des Gg. Schmitt in Wipfeld.	59		ditto laut Strichsprotokoll vom 11. Mai 1820 und Hyp.-Eintrag vom 19. April 1825.	II.	155.
21	Pabst, Johann, „	Simon Schasmin als Cessionar des Georg Dürr von Wipfeld.	180	30	Wie ad Ziff. 19.	II.	217.
22	Heusel, Friedrich, Wittib, „	Sußmann Schasmin zu Theilheim als Cess. der Gebr. Kleemann in Werneck	60		Güterkaufschilling laut Cess.-Protokoll vom 6. April 1830 und Hyp.-Eintrag vom 26. Okt. 1830.	II.	289.
23	Volk, Andreas, „	Die Debitmasse des Kaspar Heckelmann in Wipfeld.	13 2		Wie ad Ziff. 1.	II. III.	445. 87.
24	Derefer, Johann, „	Debitmasse des Georg Adam Lamm.	76		Wie ad Ziff. 8.	III.	161.

Cours der Staatspapiere.

Oesterr.	5 pCt. Met. (Cp. l. S. b. R.)	—
„	5 pCt. Lomb. ditto. à 24	—
„	5 pCt. Engl. Met. v. 1852	79 3/4 G.
„	5 pCt. Engl. Met. v. 1859	78 5/8—6/8 G.
„	5 pCt. Venet. Coupon b. R.	84 3/8 P.
„	5 pCt. Nationalanl. v. 1854	67 1/2—5/8 G.
„	5 pCt. Metall. Obligation.	—
„	4 1/2 pCt.	54 P.
Preussen	3 1/2 pCt. Staatsschuldsch.	90 1/2 G.
Bayern	4 1/2 pCt. Obl. 1jähr. dto.	101 1/2 P. 3/8 G.
„	4 1/2 pCt. Obl. 1/2jähr. dto.	101 6/8 G.
„	4 pCt. Obl. 1jähr. dto.	98 5/8 P.
„	4 pCt. Obl. 1/2 jähr. dto.	98 1/8 P.
„	4 pCt. Obl. Ab.-R. dto.	98 1/8 G.
„	3 1/2 pCt. Obl. dto.	—
Württemb.	4 1/2 pCt. Obl. b. Rothsch.	105 1/2 G.
„	3 1/2 pCt. Obl. dto.	96 1/2 G.
Baden	4 1/2 pCt. Obl.	—
„	3 1/2 pCt. Obl. v. 1842	96 7/8 G.
Gr. Hess.	4 1/2 pCt. Obl.	—
„	4 pCt. Obl. b. Rothsch.	101 1/4 P.
„	3 1/2 pCt. Obl. dto.	—
Nassau	4 1/2 pCt. Obl. dto.	102 1/4 P.
„	4 pCt. Obl. dto.	99 1/2 P.
„	3 1/2 pCt. Obl. dto.	—
Frankfurt	3 1/2 pCt. Obl.	94 G.
„	3 pCt. Obl.	59 G.
Spanien	3 pCt. inl. Sch. P. à f. 2. 30	—
„	2 1/2 pCt. „ „ „	—
Schweden	4 1/2 pCt. Obl. à 105 Thlr.	98 1/8 P.
N.Amerika	6 pCt. à 1000r. 1881 D. 2 1/2	—
„	6 pCt. ditto r. 1882 „	47 3/8 G.

Diverse Aktien.

Frankfurter Bank à fl. 500 . . .	144 1/2 G.
K. K. Oesterr. National-Bankaktien	789 G.
Oesterr. Kreditbank-Aktien à fl. 200	179 G.
Bayer. Hypothekenb. Pfandbriefe 4 pCt.	98 1/8 P.
Darmst. Bank 1. u. 2. Serie à fl. 250	227 1/2—228 G.
Weimarische Bank à Thlr. 100 . .	99 1/4 P.
Mitteldeutsche Kreditaktien . . .	100 1/4 P.
Intern. Bank in Lux. à 250 Frs. à 28 kr.	—
Taunus-Eisenbahn à fl. 250 . . .	342 G.
Frankfurt-Hanauer-Eisenbahn . . .	98 P.
Oest. F.St.Eisb. 5pCt. 500 Fr. à 28 kr.	—
„ Elisab.-Eisenbahn 5 pCt. . .	115 P. 114 G.
Böhm. Westbahn-Aktien à fl. 200 6/7	71 G.
Rhein-Nahe-Bahn 200 Thl. à 105 4pCt. Z.	28 P. 27 5/8 G.
Ludwigshafen-Bexbacher à 4 pCt. .	—
dto. dto. Prior. à 4 pCt.	98 G.
Pfälz. Maxb. b. Rothschild à 4 1/2 pCt.	104 3/8 P.
Oest. St.-Eisenb. Prior.-Oblig. à 3 pCt.	50 1/4 G.
Elisab.-Bahn Prior. 5 pCt. 6/7	76 1/2 P.
Südd. Bank-Akt., 30 pCt. Einz.	254 P. 253 1/2 G.
Span. Handels- und Industrie . .	—
Bayr. Ostbahn à 4 1/2 pCt. volleinbez.	112 3/4—113 G.
Bayer. Ostbahn mit 50 pCt. Einz.	112 3/8 G.

Wechsel in süddeutscher Währung.

Amst. fl. 100 k. S.	101 G.
Antwerp. Frs. 200 k. S.	93 3/4 G.
Augsb. fl. 100 k. S.	100 P.
Berlin Th. 60 k. S.	104 7/8 P.
Brem. 50 Th. Lsd. k. S.	96 1/2 P.
Brüssel Frs. 200 k. S.	93 5/8 G.
Cöln Thlr. 60 k. S.	104 7/8 P.
Hamb. MB. 100 k. S.	88 7/8 G.
Leipzig Th. 60 k. S.	104 7/8 P.
London Lst. 10 k. S.	118 3/8 P.
Lyon Frs. 200 k. S.	—
Mail. Frs. 200 . .	94 1/8 P.
München fl. 100 k. S.	100 P.
Paris Frs. 200 k. S.	93 3/8 G
Petersburg 60 S.-R.	—
Triest fl. 100 k. S.	—
Wien fl. 100 ö. W.	—
do. in öst. W. l. S.	101—1/8 G.
Disconto	5 pCt. G.

Anlehens-Loose.

Oesterr. fl. 250 v. 1839	180 3/4 P.
„ fl. 250 v. 1854 mit 4pCt.	74 1/2 P.
„ fl. 500 v. 1860 6/7	82 1/2—5/8 G.
„ fl. 100 Eisb. L. v. 1858.	126 1/2 G.
„ do. v. 1864.	84 1/2 G.
Schwed. 10 Thlr. Loose	9 3/8 P.
Badische fl. 50	—
Badische fl. 35	52 1/8 P.
Kurhess. Thlr. 40 b. R.	54 1/4 P.
Gr. Hessen fl. 50 b. R.	136 P. 137 1/2 G.
„ fl. 25 do.	35 5/8 P.
Nassau fl. 25 bei Rothsch.	38 1/8 P.
Sardinische Fr. 36 b. B.	—
Neuchateler 10 Frs.-Loose	—
Freiburger 15 Frs.-Loose	—
Mailänder 45 Frs. L. b. R.	—
St. Lüttich mit 2 1/2 pCt. Z.	—
Ansb.-Gunzenh. fl. 7-L.	10 7/8 P.

Frankfurt, 5. Jan. Die Börse war für österr. Sachen günstig gestimmt, besonders für österr. Kreditaktien; auch Loose von 1860 wurden wesentlich höher bezahlt. (Synd.)

Digitized by Google

An die
. Hof- und Staatsbibliothek
. Würzb. Ztg. München.

Neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht!

№ 7.	Vorausbezahlung: Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 1 fl. 30 kr. Bei Inseraten wird die dreispaltige Zeile in gewöhnlicher kleiner	62. Jahrgang.	Schrift oder deren Raum im Hauptblatte mit 6 kr., im Anzeiger mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franco.	Samstag, 7. Januar 1865.

Bayerische Note an Preußen.

Die „Bayer. Ztg." veröffentlicht in ihrer Nr. vom 5. d. die Depesche, mit welcher der kgl. Staatsminister Frhr. v. d. Pfordten die preußische Depesche (s. Nr. 5 der N. W. Z.) unterm 18. v. Mts. erwidert hat.

Hochgeborner Graf!

Der königlich preußische Herr Gesandte, Prinz Reuß, hat mir gestern eine Depesche des Herrn Staatsministers v. Bismark vom 13. d. M. in Abschrift mitgetheilt, welche sich auf den Bundesbeschluß vom 5. d. Mts. über das Aufhören der Bundesexekution in Holstein und Lauenburg bezieht.

Indem ich Euer Hochgeboren anliegend eine Abschrift dieser Depesche übersende, sehe ich mich veranlaßt, folgende Betrachtungen daran zu knüpfen.

Die Depesche des königl. preußischen Herrn Staatsministers hat, wie mir scheint, den doppelten Zweck, eine Kritik der gegen den Bundesbeschluß vom 5. d. gerichteten Abstimmungen, insbesondere der Abstimmung der königl. bayerischn Regierung zu geben, und sodann auf die Gefahren hinzuweisen, welche aus solchen Bestrebungen nach Erweiterung der Kompetenz des Bundes hervorgehen müßten, wie sie nach Ansicht der königl. preußischen Regierung in den Abstimmungen derjenigen Regierungen enthalten sind, welche dem Beschlusse vom 5. Dezember nicht zugestimmt haben.

Was den ersten Punkt anlangt, so bedauere ich, daß es mir grundsätzlich unmöglich ist, hierauf einzugehen. Es liegt zwar in der Natur der Sache und ist immer geschehen, daß bei einem bevorstehenden Bundesbeschluß einzelne Bundesregierungen sich bemühten, andere für ihre Ansichten zu gewinnen. Aber es ist, wenn ich mich nicht täusche, bisher nicht gebräuchlich gewesen, nach gefaßten Beschlüssen eine Kritik abweichender Abstimmungen zu geben und hierüber in einen Schriftenwechsel außerhalb der Bundesversammlung zu treten. Jedenfalls sehe ich mich außer Stande, dies jetzt zu thun, um selbst den Schein zu vermeiden, als erkenne die kgl. Regierung irgend einer andern Bundesregierung die Berechtigung zu, sie wegen ihrer Abstimmungen zu Rede zu stellen. Diesem Bedenken gegenüber kann auch der Gedanke, daß eine solche nachträgliche Diskussion zu der gewiß wünschenswerthen Ausgleichung der Ansichten beitragen könn , kein Gewicht haben und zwar um so weniger, als erfahrungsgemäß eine retrospective Polemik fast nie zur Verständigung führt.

Insoferne dagegen die kgl. preußische Regierung auf Gefahren aufmerksam machen will, welche dem Fortbestande des Bundes drohen, sind wir gerne bereit, ihr auf dieses Feld der Betrachtung zu folgen; denn wir wünschen aufrichtig die Erhaltung dieses Bandes der gesammten deutschen Nation, und erkennen die Pflicht aller Bundesregierungen an, zur Beseitigung und Verhütung von Gefahren mitzuwirken, welche der Erhaltung des Bundes bereitet werden könnten.

Von diesem Standpunkte aus haben wir die Depesche des kgl. preußischen Herrn Staatsministers sehr genau erwogen und sind mit ihm zu der Ueberzeugung gekommen, daß allerdings bei Gelegenheit derjenigen Frage, welche durch den Bundesbeschluß vom 5. Dezember dieses Jahres entschieden worden ist, der Fortbestand des Bundes schwer bedroht war. Nur können wir leider in Bezug auf den Grund und den Ursprung dieser Gefahr nicht dieselbe Uebereinstimmung der Anschauungen bekennen.

Nicht in den Ansichten der Minorität vom 7. Dezember v. J. und 5. Dezember d. J. über die Berechtigung des Bundes zur Okkupation der Herzogthümer lag die Gefahr eines Bundesbruches, sondern in den Ansichten der kgl. preußischen Regierung über ihre Berechtigung zur Selbsthilfe.

Ueber die Kompetenz des Bundes hat, dies wird wohl nicht bestritten werden, nicht eine einzelne Regierung, sondern die Bundesversammlung selbst zu entscheiden und höchstens kann dann noch in Frage kommen, ob der Fall ein solcher ist, daß zu einem gültigen Beschlusse Einstimmigkeit gehört.

Auf der andern Seite ist es nach Art. XI. der Bundesakte

Feuilleton.

Gneisenau.

Von „dem Leben des Feldmarschalls Grafen Neithardt von Gneisenau von Pertz" ist der erste Band, welcher den Zeitraum von 1780—1810 umfaßt, im Verlage von Georg Reimer erschienen. Der berühmte Verfasser, hat für sein klassisches Werk nicht nur die Briefe und Papiere der Familie Gneisenau, sondern auch die auf seine Arbeit bezüglichen Schriftstücke des geheimen Staatsarchivs benutzen dürfen. Dagegen wurde ihm die Einsicht der in den Londoner Archiven beruhenden Verhandlungen Gneisenau's mit der englischen Regierung in den Jahren 1809—1812, trotz der dringendsten Empfehlungen, nicht von Lord Russel gestattet, ein neuer Beweis von der gerühmten englischen Liberalität und großherzigen Förderung der Wissenschaft. — Gneisenau selbst stammt aus einer alten österreichischen Familie, die in Folge der Religionsverfolgungen gegen Evangelische ihr Vaterland verlassen mußte und in immer größere Dürftigkeit gerieth. Ein Nachkomme derselben, der sächsische Artillerie-Lieutenant August Wilhelm v. Gneisenau heirathete zur Zeit des siebenjährigen Krieges die Tochter des Artillerie-Hauptmanns Müller, welche gegen den Willen ihrer katholischen Angehörigen dem armen Offizier die Hand reichte und sein unsicheres Loos theilte. Sie folgte ihrem Gatten auf seinen Kriegszügen und gebar in dem Städtchen „Schilda" unseren Helden am 27. Oktober 1760, der in der Taufe den Namen August Wilhelm Antonius empfing. Auf die Nachricht von dem Siege Friedrichs des Großen bei Torgau ergriffen die in Schilda vorhandenen Reichstruppen die eiligste Flucht. Auch die Wöchnerin blieb nicht zurück, sondern folgte dem Zuge auf einem offenen Bauerwagen. Als sie erschöpft in der kalten Novembernacht eingeschlafen war, entglitt der Säugling ihren Armen und fiel auf den Weg. Dort fand ihn ein Soldat der Bedeckung, hob ihn auf und brachte der verzweifelnden Mutter am Morgen das unversehrte Kind zurück. Bald darauf starb die arme Frau, der Vater mußte der Trommel folgen, und es blieb ihm daher nichts übrig, als sein Kind fremden Leuten zu übergeben, denen er für Pflege, Kost und Erziehung „siebzehn" schlechte Groschen als Ersatz ließ. Der Knabe verlebte seine Kinderjahre in Schilda in harter Noth und bitterer Dürftigkeit. Dort hat der künftige Feldmarschall die Gänse gehütet und ist barfuß gegangen, aber zugleich gewann er bei diesem Leben voll Entbehrungen den gesunden, kräftigen Leib, den genügsamen Sinn und die Unabhängigkeit von Bedürfnissen. So wuchs der Knabe heran, seine Zeit war zwischen der Schulstube und seinen Gänsen getheilt, sein einziger Besitz das Gebetbuch der verstorbenen Mutter, das ihn stets begleitete. Als er damit eines Tages auf dem Felde saß, sprach ihn ein wandernder Handwerksbursche um eine Gabe an. Das war ihm noch nie begegnet, und überrascht gab er ihm das Gebetbuch, ohne sich zu besinnen, hin. Dieser ging damit nach Schilda und bot es zum Verkauf. Ein Gastwirth erkannte und kaufte es, indem er die Pflegeeltern des Knaben davon benachrichtigte. Dieselben mißhandelten ihn deswegen, aber der Gastwirth nahm sich seiner an und wendete sich, da der Vater verschollen war, an die Großeltern des armen Knaben in Würzburg, von denen er früher gehört hatte, damit sie sich des verlassenen Enkels annehmen sollten. Eines Tages fuhr zum nicht geringen Erstaunen aller Schildaer eine prächtige Kutsche mit einem Bedienten im Staatsrocke vor dem Hause der Pflegeeltern vor, um Gneisenau abzuholen. Dieser scheute sich jedoch, sich in den herrlichen Wagen zu setzen, und

unbestreitbar, daß die Bundesregierungen unter sich unter keiner Voraussetzung das Recht der Selbsthilfe haben, sondern alle ihre Streitigkeiten in der Bundesversammlung zum Austrage zu bringen verpflichtet sind. Wir können daher auch bei dem besten Willen darin, daß die k. preußische Regierung sich entschlossen hat, den Beschluß der Bundesversammlung abzuwarten, nichts anderes erblicken, als die einfache Erfüllung der ersten und unerläßlichsten Bundespflicht, sowie wir umgekehrt in jedem thatsächlichen Vorgehen gegen die kgl. sächsische Regierung einen offenen Bundesbruch hätten erkennen müssen.

Die Frage der Okkupation ist übrigens nunmehr beseitigt. Der kgl. preußische Herr Staatsminister erachtet es aber gleichwohl nicht für überflüssig, uns über den Entschluß der kgl. preußischen Regierung nicht im Zweifel zu lassen, jedem zu Unrecht gefaßten Bundesbeschluß gegenüber von der ihr aus der Verletzung der Verträge erwachsenden Freiheit des Handelns zur Wahrung ihrer Rechte den vollen Gebrauch zu machen. Wir müssen hiernach beinahe glauben, daß der eigentliche Zweck der Depesche des Hrn. Staatsministers v. Bismarck darin besteht, die kgl. Regierung von jedem ferneren Votum in der Bundesversammlung abzuhalten, zu welchem die k. preußische Regierung die Berechtigung nicht anerkennt. Wenn dem so sein sollte, so müssen wir ebenfalls der kgl. preußischen Regierung keinen Zweifel darüber lassen, daß es unser fester Entschluß ist, wie bisher, so auch ferner unsere Abstimmungen nur aus unser eigenen Ueberzeugung zu schöpfen und über die Kompetenz der Bundesversammlung nur deren Grundgesetze und Beschlüsse, nicht aber das Belieben einer einzelnen Regierung entscheiden zu lassen.

Wir legen Werth auf die Fortdauer des Bundes, nicht etwa weil er uns mehr Vortheile oder Sicherheit brächte, als irgend einem der anderen Bundesglieder, sondern weil wir es, wie schon gesagt, für eine Pflicht halten, das politische Band der gesammten deutschen Nation zu erhalten. Wir sind aber nicht gewillt, den Charakter des Bundes als eines Vereines gleichberechtigter Staaten in der Art beeinträchtigen zu lassen, daß ein einzelnes Mitglied ihm das Maß seiner Thätigkeit vorzeichnen könnte.

Euer Hochgeboren ersuche ich, diesen Erlaß dem dortigen Herrn Staatsminister unter Zustellung einer Abschrift mitzutheilen und benütze auch diesen Anlaß zur erneuerten Versicherung meiner ausgezeichnetsten Hochachtung.

München den 18. Dezember 1864. gez. v. d. Pfordten.

(Amtliche Nachrichten.) **München,** 5. Januar. Se. Maj. der König hat die kathol. Pfarrei Egglkofen, Bezirksamts Pfarrkirchen, dem Priester J. B. Schmidbauer, Kurat in St. Salvator, Bezirksamts Griesbach, und die kathol. Pfarrei Hohenweißenberg, Bezirksamts Schongau, dem Priester Jos. Danzer, derzeitigen Verweser derselben, übertragen; genehmigt, daß die kathol. Pfarrei Herbolzheim, Bezirksamts Uffenheim, von dem Erzbischofe von Bamberg dem Priester Joh. Martin, Pfarrer in Kaltenbrunn, Bezirksamts Staffelstein, verliehen werde; die erledigte 3. protest. Pfarrstelle in Wunsiedel dem bisherigen Pfarrer in Jodiz, Dek. Hof, G. Fr. Wilh. Laubmann, verliehen; die von der freiherrl. v. Kreß'schen Patronatsherrschaft für den bisherigen Pfarrer zu Röthenbach bei St. Wolfgang, Dekanats Schwabach, J. G. Fischer, ausgestellte Präsentation auf die prot. Pfarrstelle in Kraftshof, Dek. Erlangen, bestätigt; die erledigte zweite Rathsstelle bei der Steuerkataster-Kommission dem dortigen dritten Rathe K. Jopp verliehen; dann genehmigt, daß der sohinige vierte Rath Fr. Weckmann in die dritte Rathsstelle vorrückt und daß die erledigte vierte Rathsstelle bis auf Weiteres unbesetzt bleibe, dagegen der Steuerkataster-Kommission einen zweiten Steuer-Assessor beigegeben und diese Stelle dem Obergeometer bei der k. Regierungs-Finanzkammer von Oberfranken, Ph. J. Cullmann, in prov. Eigenschaft verliehen.

Durch Entschließung des k. Staatsministeriums des Handels und der öffentlichen Arbeiten ist die Bildung eines Handelsrathes für die Landgerichtsbezirke Laufen, Tittmoning und Burghausen mit dem Sitze in Laufen genehmigt worden.

Die kathol. Pfarrei Lutzmannstein, k. Bezirksamts Velburg, ist mit einem Reinertrage von 700 fl. in Erledigung gekommen. (C. Z.)

Aus **München**, 4. Januar, schreibt man der „A. Z.“: „Morgen beginnen im Ministerium des Innern die kommissionellen Berathungen über die Entwürfe zur neuen sozialen Gesetzgebung. Staatsminister v. Neumayr führt bei denselben den Vorsitz, und außer dem Referenten, Ministerialrath Nar, nehmen daran noch die Ministerialräthe v. Schubert, Graf Hundt, v. Feder und von Oßberger Theil. Es werden wöchentlich drei Sitzungen, an jedem Montag, Mittwoch und Samstag, diesen Berathungen gewidmet werden.“

München. Die heutige Nummer des Pastoralblatts der Erzdiözese enthält, außer der päpstlichen Encyklica, ein Schreiben des Kardinals Antonelli an den Erzbischof Gregor, ein apostolisches Schreiben, in welchem ein allgemeines Jubiläum für das nächste Jahr angekündigt wird.

Die in der Versammlung zu **Nürnberg** am 26. Dezbr. aufgestellten Satzungen des Ausschusses der „Fortschrittspartei“ lauten, den Münchener „Neuesten Nachrichten“ zufolge: 1. Der Ausschuß hat die Aufgabe: a) die Ausführung des (bereits bekannten) Programms anzustreben, b) sich zu diesem Zweck mit Vertrauensmännern in den einzelnen Landestheilen zu verständigen und, wo es den Umständen entspricht, die Berufung von Ortsversammlungen und die Bildung von Vereinen anzuregen, c) für die Vertretung der Fortschrittspartei in der Presse Sorge zu tragen, d) allgemeine Versammlungen der Fortschrittspartei zu berufen. 2. Der Ausschuß hat seinen Sitz bis auf Weiteres in der Stadt Erlangen; er ergänzt sich nach Bedürfniß durch Cooptation. 3) Die in Erlangen, Doos, Nürnberg und Fürth wohnenden Ausschußmitglieder übernehmen die Geschäftsführung, sie erledigen die minder wichtigen und die unverschieblichen Geschäfte. Der Ausschuß selbst wird berufen oder zur schriftlichen Abstimmung aufgefordert, so oft zwei Mitglieder darauf antragen. 4. Die geschäftsführenden Mitglieder wählen aus ihrer Mitte einen Vorstand, welcher die Versammlungen des Ausschusses beruft und leitet.

Aus **Wien**, 3. Jan., berichtet die „Presse“: „Ein seit langer Zeit seltener Fall ereignete sich gestern. Es kamen nämlich mit dem gestern früh hier angelangten Oderberger Zuge 12 Mönche hier an, welche, da die Klöster in Warschau aufgehoben wurden, daselbst nicht länger verweilen konnten. Ihre Erscheinung wurde hier allenthalben Aufsehen erregend. Sie wurden im Laufe des Vormittags von dem Kardinal-Erzbischof v. Rauscher empfangen und traten mit dem gestern Abend nach Triest abgegangenen Postzug die Weiterreise nach Rom an.“

---

meinte, dahin gehöre der elegante Bediente, während für ihn der Sitz neben dem Kutscher noch zu gut sei. Mit Mühe ließ er sich zum Einsteigen überreden und trat seine erste größere Reise an, indem er das Alles nur zu träumen glaubte.

Wie durch einen Zauber sah sich der Knabe aus Noth und Armuth in wahrhaft glänzende Verhältnisse versetzt, da seine Großeltern in Würzburg ein ansehnliches Haus machten und mit den ersten Familien in Verbindung standen, zu denen auch bald der junge Gneisenau Zutritt erhielt.

Nun begann eine heitere Jugendzeit, auf welche noch später der gereifte Mann gern zurückblickte. Im großelterlichen Haus fanden sich neben den Angehörigen zahlreiche und gebildete Freunde vereinigt. Der Großvater hatte aus einer früheren Ehe eine Tochter und zwei Söhne; jene war an den Artilleriehauptmann Schwab verheirathet, diese beiden dem geistlichen Stand angehörig, einer Pfarrer, der andere Stiftsherr; aus zweiter Ehe lebten eine zweite Tochter und ein Sohn. Dieser stand in der würzburgischen Artillerie und ward später im bayerischen Dienst Oberst, die jüngere Tochter, Gneisenau's rechte Tante, Margarethe, war bei starkblondem Haar sehr hübsch, sehr lebhaft und sehr unterrichtet; sie sprach französisch, italienisch und englisch, las Gellerts und Wielands Schriften, die Geschichte des Fräuleins von Sternheim, und kannte die damaligen Entwicklungen der deutschen Literatur, galt daneben für wohlhabend und zog viele junge Männer in das Haus; sie heirathete später einen Hauptmann v. Storr vom schwäbischen Kriegsheer. Auch des Großvaters Bruder war Offizier, und stand zuletzt als Oberstlieutenant bei den würzburgischen Ingenieuren.

Es ragten aber in diesem soldatischen, geistlichen und schönwissenschaftlichen Kreis besonders der Domherr Oberthür und der Pfarrer Herwig hervor. „Daß der Hr. Domherr Oberthür noch lebt“, schrieb Gneisenau ein halbes Jahrhundert später der Gräfin Rheden, „erfüllt mich mit freudiger Theilnahme. Lebhaft steht das Bild des schönen jungen Mannes vor meiner Seele, wie er, ein Jüngling noch, bereits die Würde des geistlichen Raths gewonnen hatte. Frauen und Mädchen sahen mit Wohlgefallen auf den jungen Mann, der bessere Theil der studirenden Jugend mit Nacheiferung auf seine Bahn. Seine Manieren waren die eines Hofmanns und sein freundliches verbindliches Wesen gewann ihm alle Herzen. Wenn Würzburg ein Lichtpunkt des katholischen Deutschlands geworden ist, so ist dies vorzüglich Hrn. Domherrn Oberthür zu danken. Er knüpfte daselbst vorurtheilsfrei die katholische Gelehrsamkeit an die protestantische an, und sein Beispiel hat gute Früchte getragen. Es ist sehr tröstend für mich gewesen, aus Ihrem Schreiben zu vernehmen, daß er eine glänzende Jugend und geehrtes Mannesalter durch ein ehrwürdiges Alter krönt und er der Wohlthäter Würzburgs ist. Ich würde es nicht wagen, einem so gefeierten Mann mein Bildniß, das eines vom Glück begünstigten Soldaten, zu übersenden, wenn Sie es, verehrte Grä-

Die officiöse „Wiener Abendpost“ entnimmt dem neuen hannoverschen offiziösen Blatte, der „D. Nordsee-Z.“, sehr fleißig Artikel. So einen neusten über die politischen Aufgaben der Mittelstaaten, in welchem ausgeführt wird, daß die rechte Politik der Mittelstaaten sowohl in Rücksicht auf das Allgemeine wie auf sie selbst den engen Anschluß an Oesterreich fordere.

Zu dem schon mehrfach erwähnten Artikel der „W. Abdpst.“ bemerkt die „N. Fkr. Z.“: „Die konservativen deutschen Blätter sind ungehalten über die letzte Erklärung der „Wiener Abpst.“ in Beziehung auf das Verhältniß Oesterreichs zu Preußen; die Bismarck'schen Zeitungen ihrerseits jubeln darüber. Wie uns scheint, hat die reindeutsche Partei allen Grund, zufrieden zu sein mit der neuen Kundgabe des Wiener Kabinets. Wäre dieselbe nicht erfolgt, so hätte wahrscheinlich der alte Schwindel mit der Stütze, welche Oesterreich für die Mittelstaaten bilde, auf's Neue begonnen. Wir halten es für ganz gut, daß jede desfallsige Illusion sofort zerstört werde. Es darf in den Mittel- und Kleinstaaten kein Zweifel darüber fortdauern, daß man getäuscht ist, wenn man sich auf das Wiener Kabinet verläßt. Man muß sich klar machen, daß es nur ein Mittel der Rettung gibt, welches darin besteht: wahrhaft volksthümlich und ganz deutsch zu sein.“

Der „Frankf. Postz.“ schreibt ein offiziöser **Berliner** Korrespondent unterm 3. d. M.: „Als gewiß ist anzunehmen, daß man hier in keiner Weise den Bestrebungen hold ist, welche dem Erbprinzen von Augustenburg eine Rolle zutheilen, nach welcher man ihm ganz Holstein als Erbe zusprechen möchte. Ganz abgesehen von den eigenen Erbansprüchen des Hauses Hohenzollern auf den älteren Segeberger Antheil der Herzogthümer, weist man darauf hin, daß das jetzige Holstein in seiner dermaligen Gestalt eine Schöpfung des Jahres 1806 sei und daß die Ansprüche des Erbprinzen doch höchstens nur auf die Theile Holsteins sich beziehen können, welche bei Auflösung des deutschen Reiches Holstein bildeten, nicht auf diejenigen, welche von anderem Besitz zugeschlagen seien. Dazu gehöre Pinneberg und die Grafschaft Rantzau, welche allerdings starke Einschnitte in Holstein bilden.“

Würtemberg. In der Sitzung der 2. Kammer vom 5. Jan. antwortete der Minister des Aeußern, Frhr. v. Varnbüler, auf die erwähnte Interpellation der Abgg. Oesterlen und Wolbach in Bezug auf die schleswig-holsteinische Frage: „In Gemäßheit Bundesbeschlusses vom 5. v. Monats haben die Bundeskommissäre und Bundestruppen der Herzogthümer Holstein und Lauenburg verlassen und werden diese von Oesterreich und Preußen verwaltet. Ueber die definitive Regelung der Rechtsverhältnisse dieser Herzogthümer und insbesondere der Erbfolge in denselben werden zwischen den Kabineten der beiden Großmächte lebhafte Verhandlungen gepflogen. Ich halte es der Lage und den Interessen, welche ich zu vertreten habe und welche die Regierung in Uebereinstimmung mit den Ständen vertreten hat, entsprechend, vorerst abzuwarten, welche Anträge als Ergebniß der gedachten Verhandlungen beim Bunde werden gestellt werden. Ich habe zur Zeit keinen Grund, anzunehmen, daß dieselben nicht zu einer den nationalen Interessen und dem Rechte entsprechenden Lösung der schleswig-holsteinischen Frage führen werden. Vor Abschluß dieser Frage aber kann wohl die durch ruhige und einmüthige Verständigung bedingte Lösung tief eingreifender — namentlich organisatorischer — Fragen nicht erwartet werden. Immerhin halte ich die Einigung der deutschen Großmächte für eine Bedingung ihrer Lösung und überhaupt dem Interesse Deutschlands entsprechend. Eine Einigung der kleineren deutschen Bundesstaaten oder eines Theils derselben als Gegensatz gegen diejenige der deutschen Großstaaten hielte ich zur Zeit weder für nöthig noch für rathsam. Ein an deutsche Regierungen gerichtetes Zirkular des Freiherrn von der Pfordten, auf welches sich die Herren Antragsteller, unter Berufung auf öffentliche Blätter, beziehen, besteht nicht. Der Gedanke an eine Anlehnung an das Ausland zur Abwehr gegen Oesterreich und Preußen ist wohl allen deutschen Regierungen fremd, insbesondere weise ich denselben für mich, sowie im Namen des genannten bayerischen Staatsmannes, mit welchem ich vor einigen Tagen darüber mündlich verkehrt habe, mit allem Nachdruck zurück; wir rechnen bei Verwerfung dieser Idee auf die Zustimmung der ganzen deutschen Nation.“ Hölder erklärt sich insbesondere befriedigt durch die Schlußbemerkung des Ministers, mit welcher derselbe den Gedanken einer Anlehnung ans Ausland nicht nur für seine Person, sondern auch Namens des Ministers v. d. Pfordten so entschieden zurückgewiesen habe. Lieber das Aeußerste, sagte er, lieber Bürgerkrieg, als Hilfe vom Ausland! Die Antwort des Ministers nebst der Interpellation wurde der staatsrechtlichen Kommission zur Berichterstattung zugewiesen.

Kassel, 5. Jan. Das obergerichtliche Urtheil in der Anklagesache gegen den Obergerichtsanwalt Henkel wegen angeblicher Majestätsbeleidigung, begangen in Eingaben an den Kurfürsten in der bekannten Reithausangelegenheit, lautet auf 2 Monate Festungshaft und Tragung der Kosten.

Altona, 6. Jan. Die „Schleswig-Holsteinische Zeitung“ meldet, daß das Generalkommando der Alliirten (General v. Bittenfeld) heute nach Kiel verlegt wird.

London, 3. Jan. Die amtlichen Revenuen-Tabellen für das letzte Quartal, resp. Jahr, liegen jetzt vor. Die „Times“ bemerkt: „Der Finanzbericht über 1864 ist äußerst befriedigend. Er zeigt, daß der Stand unserer Staatseinkünfte ein gesunder und blühender ist und dies unter Umständen, die einen viel weniger günstigen Zustand hätten erwarten lassen. Vor drei Jahren wurde die Stockung der Baumwolleneinfuhr mit allgemeiner Besorgniß betrachtet; aber allmälig entdeckte man, daß die Nation in sich selbst eine ungeahnte Kraft besaß, dieser Trübsal zu widerstehen und sie zu mildern. Jetzt, im vierten Jahr dieses von einem unserer größten Manufakturzweige erlittenen Stoßes wird die Besorgniß kaum mehr gefühlt und wir haben gelernt, daß die Wohlfahrt Großbritanniens nicht von der Baumwolle allein abhängt. In diesen drei Jahren hat das Staatseinkommen, dieser Index des wirklichen Volkszustandes, kein Zeichen abnehmenden Gedeihens blicken lassen, sondern sich mehr als blos auf dem Niveau erhalten. Ueberdies hat es wiederholte Reduktionen von Steuern und Zöllen wohl ertragen, also eine doppelte Probe bestanden.“

In Dundee (Schottland) ereignete sich am Montag Abends ein großes Unglück. Es ward ein gymnastisches Schauspiel ge-

---

sin, nicht ausdrücklich wollten, und ich solchen Willen nicht als einen Befehl achtete. Diesem gemäß sollen daher die Bilder mit nächster fahrender Post folgen, nebst einem Schreiben von mir . . .“

Herwig, ein protestantischer Pfarrer, war in Würzburg zur katholischen Kirche übergetreten und als Professor angestellt; er wohnte in dem Müller'schen Hause, und der lernbegierige Neithardt schloß sich ihm und seinen Büchern an. Der Besitz von solchen war damals in Würzburg eine Seltenheit. Der Professor gab daraus, was er für nützlich hielt, unter andern auch den Homer in deutscher Uebersetzung. Da lernte der Knabe die Ilias und Odyssee kennen, und es erwachte in ihm die Liebe zum klassischen Alterthum und zu wissenschaftlichen Beschäftigungen, die ihn durchs ganze Leben begleitet hat. Diese Richtung ward durch die Tante Margarethe genährt, welcher er wohl auch die ersten Kenntnisse der französischen, englischen und italienischen Sprache verdankte, in deren Besitz, soweit es das Französische und das Verständniß der im Englischen und Italienischen geschriebenen Werke betrifft, wir den gereiften Mann finden; denn bis zum leichten und geläufigen Ausdruck in beiden letzteren hat er es nicht gebracht, und daher späterhin mit großem Nachdruck auf Abhülfe dieses Mangels bei dem Unterricht seiner Kinder in neueren Sprachen gewirkt.

Von den alten Sprachen ward das Lateinische gelehrt, worin er so weit kam, daß er in den besten Schriftstellern, namentlich Tacitus, heimisch wurde und sich sein ganzes Leben hindurch mit ihnen zu beschäftigen liebte. Eine vorzügliche Empfänglichkeit hatte er für Musik, und würde bei einigermaßen leidlichem Unterricht, wozu es an einem reichen Bischofssitz nicht an Gelegenheit fehlte, rasch fortgeschritten sein; aber ein Zufall brachte ihn um diesen Genuß. „Ich erinnere mich noch,“ schrieb er seiner Frau, „als ich als ein neunjähriger Knabe in eine Schule ging, die mehr als 400 Kinder besuchten, so wollten die Präceptoren eine Auswahl unter den Knaben treffen, um sie zu Sängern zu bilden, und die Chorschüler damit zu ergänzen. Das war eine Auszeichnung, die wohl meinen Ehrgeiz reizte, da ich überdies die Musik so sehr liebte. Ein Knabe um den andern ward an den Präceptorensitz gerufen und ihm dann ein Ton angegeben, den er treffen sollte. Die Reihe kam an mich: furchtsam trat ich heran. Der Präceptor gab seinen Ton an; ich, der ich, wie ich einige Jahre später erfuhr, eine schöne Discantstimme hatte, wollte den Ton nachangeben; aber Furcht, Hoffnung und falsche Scham machten, daß ich eine Art Baß grunzte, der einen solchen widrigen Eindruck auf den Präceptor machte, daß er mich mit Unwillen und verächtlich an der Schulter fortstieß. Mit Verzweiflung im Herzen und Thränen in den Augen, von Scham gepeinigt, kehrte ich nach meiner Bank zurück, und hielt mich selbst der hohen Bestimmung, Chorschüler zu werden, für unwürdig. Ungeachtet meiner Neigung zur Musik, wurde in meiner ferneren Erziehung nichts dafür gethan.“ (Forts. f.)

geben, und zwar sonderbarer Weise in einem großen Saal, der sich unter einem Dissenter-Bethaus befindet und zu welchem dreizehn Stufen hinabführen. Der Zudrang war so groß, daß die vordersten Hinabsteigenden von den Nachdrängenden über den Haufen geworfen und dabei zehn Männer und neun Frauen erdrückt oder todt getreten wurden. Außerdem sind sehr viele mehr oder weniger verletzt. Es ist wieder ein Stückchen Pöbelrohheit; der britische „Freiheitsflegel," um mit Heine zu reden, steht nur hinter dem amerikanischen zurück.

Paris, 4. Jan. Bisher vernimmt man nur noch wenig über das Verhalten, welches die französischen Bischöfe der Encyclica gegenüber einzunehmen gedenken. Mehrere derselben, sowie viele andere französische Geistliche, darunter auch der bekannte Pfarrer der hiesigen Kirche St. Thomas d'Aquin, befinden sich in Rom, um sich mit dem päpstlichen Hofe in näheres Einvernehmen zu setzen. Andere scheinen den weiteren Verlauf der Dinge ruhig abwarten zu wollen, während wieder Andere, und an deren Spitze steht der Erzbischof von Paris, geneigt sind, sich der Opposition anzuschließen, welche die Regierung dem päpstlichen Stuhle zu machen gedenkt. Der Kampf, der bevorsteht, wird jedenfalls ein heißer und schwieriger sein, weil die Regierung, mit Ausnahme des Anhanges des Prinzen Napoleon, auf die liberale Partei nicht zählen kann. Dieselbe wird zwar nicht Hand in Hand mit der klerikalen Partei gehen, aber auch nichts thun, um die Regierung zu stützen, und sich nur bemühen, den Kampf, der sich zwischen zwei alten Verbündeten entspinnen wird, zu ihren Gunsten auszubeuten. — Aufgefallen ist es hier allgemein, daß dieses Jahr der Empfang am 2. Januar, der den altmodischen Titel führt: La reception des Manteaux, ausgefallen ist. Man hatte behauptet, daß der Gesundheitszustand der Kaiserin eine so ermüdende Zeremonie nicht zugelassen. Dies mag auch eine der Ursachen gewesen sein, welche diese Feierlichkeit verhinderten, aber nicht die einzige. Der erste Ball in den Tuilerien findet nicht am 7., sondern erst am 17. Jan. statt. Bis dahin hofft man auf vollständige Wiederherstellung der Kaiserin. Der Gesundheitszustand der hohen Dame scheint übrigens keineswegs ein gefährlicher zu sein, denn sie besucht sehr häufig das Bois de Boulogne, um dort Schlittschuh zu laufen. Sie geht jedoch nun nicht mehr auf den großen See, wie dies in früheren Jahren der Fall war, sondern auf die für das größere Publikum abgeschlossene und für den Club der Schlittschuhläufer reservirte Bahn. Dort werden nur Solche zugelassen, die Karten (sie kosten 20 Franken für die Saison) gelöst haben. Natürlich erhält nicht Jeder solche Karten. Der Club der Schlittschuhläufer gab den letzten Montag ein Nachtfest. Dasselbe machte sich sehr hübsch. Die Eisbahn war mit elektrischem Feuer und Pechfackeln erleuchtet, und den Schluß bildete ein Feuerwerk, welches auf dem Eise abgebrannt wurde. Der Kaiser wurde erwartet, kam aber nicht. (K. Z.)

Paris, 5. Jan. Der heutige Wochenausweis der französischen Bank zeigt eine Zunahme des Portefeuilles von 94 Mill., des Notenumlaufs um 64⅓ Mill. und des Conto-Correnis der Privaten um 19⅛ Mill.; dagegen eine Abnahme des Baarvorraths um 29¼ Mill., der Vorschüsse um 18⅓ Mill. und des Guthabens des Staats um 32⅔ Millionen.

Paris, 6. Jan. Der „Moniteur" veröffentlicht das Dekret, durch welches der zweite, das Jubiläum betreffende Theil der päpstlichen Encyklica zugelassen und gestattet wird, denselben in der gewöhnlichen Form im ganzen Reich zu veröffentlichen; jedoch erfolgt diese Zulassung ohne irgend eine Billigung der Klauseln, Formeln und Ausdrücke des zugelassenen Theiles, welche den Gesetzen des Reichs sowie den Freiheiten und Grundsätzen der gallikanischen Kirche entgegen sind oder sein könnten.

Turin, 5. Jan. Der Kriegshafen von Neapel wird zu Zwecken des Seehandels abgetreten. Eine vom General Valfré präsidirte Kommission ist abgereist, um einen Platz für ein anderes Arsenal auszuwählen.

New-York, 24. Dez. Die „Tribune" versichert, daß der schlechte Zustand der nach Wilmington abgesandten Flotte die Expedition zur Rückkehr nach Monroe nöthigen wird, um daselbst neue Kohlenvorräthe einzunehmen. — Nachrichten aus Mexiko besagen, daß Kaiser Maximilian nächstens Veracruz und Matamoros besuchen werde. Der Finanzminister von Mexiko verlangt Vorschläge über die Errichtung eines Paketbootdienstes im mexikanischen Golf und an der Küste des stillen Weltmeeres. Die Packetboote beider Linien würden die mexikanische Flagge zu führen haben.

Hiezu die Beilage: „Würzburger Anzeiger".

Verantwortlicher Redakteur: A. Hartmann.
Druck und Verlag der Stahel'schen Buch- und Kunsthandlung in Würzburg

Cours der Staatspapiere.

Oesterr.	5 pCt. Met. (Cp. i. S. b. R.)	—
„	5 pCt. Lomb. ditto. à 24	—
„	5 pCt. Engl. Met. v. 1852	80½ P.
„	5 pCt. Engl. Met. v. 1859	79 P.
„	5 pCt. Venet. Coupon b. R.	83½ G.
„	5 pCt. Nationalanl. v. 1854	67½ G.
„	5 pCt. Metall. Obligation.	—
„	4½ pCt.	53¾ P.
Preussen	3½ pCt. Staatsschuldsch.	90½ G.
Bayern	4½ pCt. Obl. 1jähr. dto.	101⅛ P.
„	4½ pCt. Obl. ½jähr. dto.	101⅛ G.
„	4 pCt. Obl. 1jähr. dto.	98⅝ G.
„	4 pCt. Obl. ½ jähr. dto.	99½ P.
„	4 pCt. Obl. Ab.-R. dto.	98¼ G.
„	3½ pCt. Obl. dto.	—
Württemb.	4½ pCt. Obl. b. Rothsch.	105⅛ G.
„	3½ pCt. Obl. dto.	96½ G.
Baden	4½ pCt. Obl.	—
„	3½ pCt. Obl. v. 1842	90⅞ G.
Gr. Hess.	4½ pCt. Obl.	—
„	4 pCt. Obl. b. Rothsch.	101⅝ P.
„	3½ pCt. Obl. dto.	—
Nassau	4½ pCt. Obl. dto.	102¼ P.
„	4 pCt. Obl. dto.	99½ G.
„	3½ pCt. Obl. dto.	—
Frankfurt	3½ pCt. Obl.	94⅝ P.
„	3 pCt. Obl.	90 G.
Spanien	3 pCt. inl. Sch. P. à fl. 2. 30	—
„	2¼ pCt. . . .	—
Schweden	4½ pCt. Obl. à 105 Thlr.	93 P.
N.Amerika	6 pCt. à 1000r. 1881 D. 2½	—
„	6 pCt. ditto r. 1882 „	47⅛—¼ G.

Diverse Aktien.

Frankfurter Bank à fl. 500 . . .	145 P.
K. K. Oesterr. National-Bankaktien	789 P.
Oesterr. Kreditbank-Aktien à fl. 200	179 G.
Bayer. Hypothekenb. Pfandbriefe 4 pCt.	98½ P.
Darmst. Bank 1. u. 2. Serie à fl. 250	230 G.
Weimarische Bank à Thlr. 100 . .	99½ P.
Mitteldeutsche Kreditaktien . . .	99½ P.
Intern. Bank in Lux. à 250 Frs. à 28 kr.	—
Taunus-Eisenbahn à fl. 250 . . .	—
Frankfurt-Hanauer-Eisenbahn . . .	98 P.
Oest. F.St.Eisb. 5pCt. 500 Fr. à 28 kr.	—
„ Elisab.-Eisenbahn 5 pCt. . .	114 G.
Böhm. Westbahn-Aktien à fl. 200 6/7	71 G.
Rhein-Nahe-Bahn 200 Thl. à 105 4pCt. Z.	—
Ludwigshafen-Bexbacher à 4 pCt. .	—
dto. dto. Prior. à 4 pCt.	98 G.
Pfälz. Maxb. b. Rothschild à 4½ pCt.	104 P.
Oest. St.-Eisenb. Prior.-Oblig. à 3 pCt.	50⅝ P.
Elisab.-Bahn Prior. 5 pCt. 6/7	76⅜ P.
Südd. Bank-Akt., 30 pCt. Einz.	254 P. 253½ G.
Span. Handels- und Industrie . . .	—
Bayr. Ostbahn à 4½ pCt. volleinbez.	113⅛—¼ G.
Bayer. Ostbahn mit 50 pCt. Einz.	113¼ P.

Wechsel in süddeutscher Währung.

Amst. fl. 100 k. S.	101 G.
Antwerp. Frs. 200 k. S.	93¾ G.
Augsb. fl. 100 k. S.	99⅞ P.
Berlin Th. 60 k. S.	104⅞ P.
Brem. 50 Th. Lsd. k. S.	96½ P.
Brüssel Frs. 200 k. S.	93¾ G.
Cöln Thlr. 60 k. S.	104⅞ P.
Hamb. MB. 100 k. S.	88⅞ G.
Leipzig Th. 60 k. S.	104⅞ P.
London Lst. 10 k. S.	118 G.
Lyon Frs. 200 k. S.	—
Mail. Frs. 200 . .	94⅛ P.
München fl. 100 k. S.	100 P.
Paris Frs. 200 k. S.	93¾ G
Petersburg 60 S.-R.	—
Triest fl. 100 k. S.	—
Wien fl. 100 ö. W.	—
do. in öst. W. l. S.	101—⅛ G.
Disconto	5 pCt. G.

Anlehens-Loose.

Oesterr. fl. 250 v. 1839	132½ P. 32 G.
„ fl. 250 v. 1854 mit 4pCt.	74⅝ P.
„ fl. 500 v. 1860 6/7	82¼ G.
„ fl. 100 Eisb. L. v. 1858.	127⅜ P.
„ do. v. 1864.	84⅝ P.
Schwed. 10 Thlr. Loose	9⅝ P.
Badische fl. 50	—
Badische fl. 35	52⅜ P.
Kurhess. Thlr. 40 b. R.	54¼ P.
Gr. Hessen fl. 50 b. R.	138 P. 137½ G.
„ fl. 25 do.	39½ P.
Nassau fl. 25 bei Rothsch.	38 G.
Sardinische Fr. 36 b. B.	—
Neuchateler 10 Frs.-Loose	—
Freiburger 15 Frs.-Loose	—
Mailänder 45 Frs. L. b. R.	—
St. Lüttich mit 2½ pCt. Z.	—
Ansb.-Gunzenh. fl. 7-L.	11¼ P.

Frankfurt, 6. Jan. Die Börse eröffnete mit niedrigeren Kursen; die großen, um diese Zeit nicht ungewöhnlichen Veränderungen im Stand der französischen Bank (voriges Jahr zeigte der damals noch monatliche Bankausweis vom 12. Dezbr. bis 12. Jan. eine Abnahme des Baarvorraths um 44, und eine Vermehrung der Notencirkulation um 58, des Portefeuilles um 114 Millionen) veranlaßten Realisirungen von Seiten der Spekulation. In Wien feiert heute die Börse und da Geld am Fondsmarkte sich auch nicht flüssig zeigte, so fehlte es an jedem belebenden Impuls. Gegen Ende der Börse zeigte sich mehr Kauflust, so daß Kurse fest schließen. Süddeutsche Fonds aller Gattungen gesucht und mehrere fehlend. (Synd.)

K. Hof- und Staatsbibliothek
N. Würzb. Ztg. München

Neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht!

№ 8-9. | Vorausbezahlung: Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 1 fl. 30 kr. Bei Inseraten wird die dreispaltige Zeile in gewöhnlicher kleiner Schrift oder deren Raum im Hauptblatte mit 6 kr., im Anzeiger mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franco. | 62. Jahrgang. | Montag, 9. Januar 1865.

Politische Tagesgeschichte.

* **Würzburg**, 9. Januar.

Nachdem man in Süd- und Mitteldeutschland mit den Flügeln etwas zu schlagen versucht hatte, wird man dieselben allem Anscheine nach wieder sanft hängen lassen. Wie man dem „Schw. M." aus **Berlin** schreibt, hat die Zusammenkunft des bayerischen und sächsischen Ministers in Bamberg keine weiteren Folgen gehabt. Die Regierungen der übrigen Mittelstaaten und der größeren Kleinstaaten, welchen das Resultat der Bamberger Besprechung mit der Einladung zum Beitritt mitgetheilt worden ist, haben sämmtlich abgelehnt. Die **Form** der Ablehnung ist allerdings verschieden, aber schließlich läuft sie überall doch eben auf eine Ablehnung hinaus.

Die „Wiener Presse" erhält eine Mittheilung des „Mem. dipl." über angebliche Bamberger Beschlüsse telegraphirt. Das französische Blatt ist häufig schlecht unterrichtet, und die „Presse" nimmt die Nachricht auch nur „mit Vorsicht" auf. Ueber das Bamberger Programm will das Pariser Blatt wissen: Art. 10. Alle Anstrengungen zu machen, um am Bunde eine Mehrheit für den Herzog von Augustenburg zu erlangen. Art. 20. Bayern, Sachsen, Württemberg, Hessen-Darmstadt und Nassau werden ihre Heeres-Abtheilungen zu einer Art von besonderem Bunde vereinigen. Art. 30. Man wird die Bildung eines Volksparlaments in Nürnberg anstreben.

Die „Kreuzztg." vom 6. ds. bringt einen bezeichnenden Leitartikel, dessen Inhalt sich in Folgendem resumirt: „Die deutschen Großmächte sind die Beschützer und Führer des deutschen Bundes, nicht, weil sie das leisten, was die Bundespflicht ihnen auflegt, sondern weil sie „mehr leisten." Die Stellung derselben als Großmächte gewährt dem Bunde nach Außen die Sicherheit, welche „er allein" bei seinen jetzigen Einrichtungen sich nicht verschaffen kann. Die kleineren Staaten leben behaglich unter dem Schutze der großmächtlichen Waffen; die deutschen Großmächte dürfen deshalb bei einer Entscheidungsfrage eine ausschlaggebende Stimme fordern. In der Herzogthümerfrage kommt der wichtige Umstand in Betracht, daß es sich um die Aufnahme eines nach außen sehr exponirten neuen Staates in den Bund handelt." Wenn es nach dieser Auffassung geht, dann hat es mit dem Bund und der gleichberechtigten Stellung der einzelnen Glieder in demselben ein Ende. Das Argument, daß die Großstaaten zu Führern des Bundes berufen wären, weil sie mehr leisteten, als ihnen die Bundespflicht auferlegt, ist interessant, da die Mehrleistung bekanntlich darin besteht, daß man das Entgegengesetzte thut, was Bundespflicht erheischt; dasselbe ist aber auch belehrend, da es sich auch andern Bundesgliedern empfehlen möchte, einmal mehr zu leisten, als die Bundespflicht verlangt, was allerdings nicht in der vormächtlichen Weise zu geschehen hätte.

Die „A. Z." läßt sich aus Wien telegraphiren: „Ein Bericht des Frhrn. v. Hock entnimmt den bisherigen **handelspolitischen Verhandlungen** die Ueberzeugung, daß ein Vertragsabschluß auf den Grundlagen der Forderungen Oesterreichs gelingen werde." Wenn dies wahr ist, so kann es nicht anders sein, als daß Oesterreich sich zu nur nichtssagenden Forderungen bequemt hat. Alle Berliner Berichte stimmen darin überein, daß Oesterreich durch die neuen Verhandlungen nichts Nennenswerthes erlangen werde, und wie auch offiziöse Blätter betonen, nichts erlangen dürfte. In der vorhergehenden Nr. der „A. Z." hat noch ein offiziöser Wiener Korr. bestätigt, daß die handelspolitischen Verhandlungen, zu welchen Hr. v. Hock sich seit 4 Wochen in Berlin aufhält, vorläufig noch im Stadium der Aufsuchung von „Methode und Grundlage" verirren, und diese Thatsache mit folgenden bitteren Bemerkungen erläutert: „Die preußischerseits bei dieser Verbethung aufgestellten Anschauungen, sagt er, sind es, welche es dem österreichischen Bevollmächtigten erschweren, in die eigentliche Verhandlung einzutreten, während diese Anschauungen in einem seltsamen Widerspruch mit den Hoffnungen stehen, die das preußische Kabinet hier erweckt hat. Darüber allerdings konnte und kann man sich österreichischerseits keine Illusion machen, daß, nachdem einmal der

Feuilleton.

Gneisenau.

(Fortsetzung.)

Um so besser gelang es den gelehrten Vätern mit dem Schreiben. Ein etwas älterer, aber stets heiterer Jesuit, der eine sehr schöne Hand und sehr sprachrichtig schrieb, war dem jungen Neithardt sehr gewogen und wollte ihn zum Schön- und Rechtschreiber machen; er ließ ihm keine „Hühnerfüße" noch „Schreibschnitzer" durchgehen: „Die stehn ja — sagte er, auf den Geburtsort anspielend — wie die Schildbürger, und auch so schlecht kommandirt; du kannst ja nicht wissen, welche Befehlshaberstelle der Himmel dir vorbehalten hat, und wie vielleicht von der leichten und richtigen Lesung deiner Befehle gar Großes abhängt. Darum nimm dich hübsch zusammen, sonst muß ich dir einen Merks geben." Dieser Tadel wirkte. „Ich dank es dem guten Pater herzlich, daß ich doch ziemlich deutlich und orthographisch schreiben lernte!" fügte Gneisenau nach vielen Jahren dieser Erzählung bei. Und er hatte seine Schrift mit solchem Erfolg gebessert, daß wenig Geschäftshände ihr an Richtigkeit, Klarheit, Leichtigkeit und Gefälligkeit gleichstehen, wovon unter Tausenden von Briefen und Entwürfen nur wenige in größter Eile hingeworfene Seiten eine Ausnahme machen; und da dieser vollendeten Form auch der Inhalt entspricht, so gehören seine wie Niebuhrs Schreiben zu den anziehendsten und gehaltvollsten, die wir kennen.

Das großväterliche Haus, der Universität gegenüber, wird noch jetzt gezeigt; aber tief in des Knaben und Jünglings Seele wurzelte die Liebe zum Landleben, und seine Erholung war daher die Gegend der Stadt weiter mainaufwärts. Dort wohnte die Tante Schwab, deren Sohn, den späteren Pfarrer, er manchmal, jedoch nur selten, besuchen durfte. Da schwelgte er dann in dem Anblick der Veste, des Leistenbergs, der Kugel, des Flusses, der Schiffe, und sehnsuchtsvoll blickte er stromabwärts im Geiste nach Amerika und Indien, in Träumen von Kolonisation, Städtegründung und Kriegführen versunken. Aber neben dieser Richtung auf die Gegenwart und selbstthätiges Eingreifen in das Leben wohnte in ihm die Ehrfurcht vor dem klassischen Alterthum; Italien zu besuchen, die alten Denkmäler zu sehen, an denen große Männer und große Begebenheiten vorübergegangen sind, war der Traum seiner Jugend und der feste Vorsatz seines Mannesalters, den auszuführen ihm nur eine höhere Leitung seiner Schicksale versagt hat.

So war die Seele des siebzehnjährigen Jünglings in Blüthe getreten, er war der Schule entwachsen und sollte zu seiner wissenschaftlichen Ausbildung die Universität beziehen. Schon hatte der Großvater in hohem Alter die Augen geschlossen; er war noch im Tod, ohne es zu erfahren, zum Obersten ernannt; es blieb dem Enkel unvergeßlich, wie der Verstorbene mit ungewöhnlichen Ehren von drei Regimentern und vier Kanonen zur Ruhestätte begleitet worden. Aus seinem Nachlaß empfing der Enkel ein mäßiges Erbtheil, welches ihm die Mittel zu weiterem Fortkommen gewährte; er wendete sich damit nach Erfurt, und ward am 1. Oktober 1777 als Studiosus der Philosophie, Anton Neithardt, Torgauer, eingeschrieben, da sein Geburtsort zum Torgauer Kreis gehörte und der Stempel eines Schildbürgers den Studenten unvermeidlich in stete Reibereien verwickelt haben würde. Als sich übrigens einzelne berüchtigte Raufer an ihn zu machen versuchten, ging er ihnen als sehr geschickter und beherzter Fechter gleich scharf auf den Leib und setzte sich in Achtung.

französische Vertrag definitiv abgeschlossen ist, über Differentialzölle sich nicht mehr verhandeln lassen werde. Aber abgesehen von dem weiten Rahmen der Zolleinigung für die Zukunft durfte doch wohl Frhr. v. Hock hoffen, in Bezug auf zwei Punkte keinem Hinderniß zu begegnen: die Durchführung von Zollerleichterungen für den unmittelbaren Grenzverkehr wie auf größeren Strecken, wodurch immerhin einiger Ersatz für Differentialzölle geboten würde; dann ein Zollkartel. Nun lassen sich aber die preußischen Fachmänner sogar in Bezug auf diese Punkte sehr schwierig finden und sind nicht abgeneigt, insbesondere das Zollkartel als etwas so Werthvolles für Oesterreich hinzustellen, daß es durch Zugeständnisse erkauft werden müsse. Noch verwickelter gestaltet sich die Sachlage hinsichtlich der Tariffrage, wo es fast den Anschein gewinnt, als seien die preußischen Fachmänner darauf aus, Oesterreich alle Nachtheile des französischen Vertrags zuzuschieben, ohne an irgend welchem Vortheil desselben partizipiren zu lassen."

(Amtliche Nachrichten.) **München,** 6. Januar. Se. Maj. der König hat dem kathol. Stadtpfarrer Jak. Schwindl in Straubing, dem suspendirten Legitimationsschein-Expedienten Peter Lechner in Hohenau und dem Kanzleidiener der k. Regierung der Pfalz, H. Stenglein, in Rücksicht auf ihre 50jährigen treu geleisteten Dienste die Ehrenmünze des k. bayer. Ludwigordens verliehen; den Gerichtsdiener am Landg. Neustadt a/A., G. Adelph, aus dienstlichen Erwägungen des Dienstes entlassen; auf dessen Stelle den Gerichtsdiener am Landg. Feuchtwangen, M. Fuchs, versetzt und zum Gerichtsdiener am Landg. Feuchtwangen den dortigen Gerichtsdienergehilfen, Peter Voit, auf Ruf und Widerruf ernannt.

Durch Entschließung des k. Staatsministeriums des Handels und der öffentlichen Arbeiten ist die Bildung eines Handelsrathes für den Kanton Bergzabern genehmigt worden.

Se. Maj. der König hat zum Vollzuge der Allerhöchsten Verordnung vom 19. September 1864 mit der Vornahme von mikroskopischen Untersuchungen in strafrechtlichen Fällen für das Medizinal-Komité an der Universität München den ordentlichen Beisitzer desselben, Professor Dr. L. Buhl, — für das Medizinal-Komité an der Universität Erlangen den Suppleanten desselben, Professor Dr. J. Th. A. Förster, und für das Medizinal-Komité an der Universität Würzburg den Suppleanten desselben, Professor Dr. F. A. Zenker, betraut und zugleich Allerhöchst gestattet, daß im Behinderungsfalle der Bezeichneten der betreffende Komité-Vorstand ein anderweitiges geeignetes Mitglied mit der Ausführung mikroskopischer Untersuchungen beauftrage.

Die „Bayer. Ztg." erklärt die Nachricht, daß Hauptmann Frhr. v. Schleitheim zum Flügeladjutanten Sr. Maj. des Königs ernannt worden sei, für unrichtig. Veranlassung zu diesem Gerüchte dürfte vielleicht der Umstand gegeben haben, daß dieser Offizier kürzlich von Sr. Majestät in Audienz empfangen wurde. — Weiter berichtigt das halbamtliche Blatt, daß dem Regierungspräsidenten von Oberbayern Frhrn. v. Zurhein das Komthurkreuz des Verdienstordens der bayerischen Krone, nicht das Großkreuz des Verdienstordens vom heil. Michael verliehen worden sei.

Wien. Die „Neue Freie Presse" hat ein Exemplar des neuen türkischen Preßgesetzes erhalten, welches am 1. Januar in's Leben getreten ist. Sie sagt: „Wenn wir in Anschlag bringen, daß es am Ende doch die Türkei, ein nicht nur absolutistisch, sondern despotisch regierter Staat ist, dem dieses Preßgesetz verliehen wurde, so müssen wir gestehen, daß es in der That höchst liberal ist. Die französischen Journalisten haben alle Ursache, die türkischen Kollegen um ihr neues Preßgesetz zu beneiden. Was aber uns selber betrifft, so wollen wir davon nicht viel reden, aus Respekt vor unserer — Preßfreiheit."

Wien, 6. Jan. Der „Karlsr. Zeitung" zufolge soll die österreichische Regierung abermals mit einer Beruhigungsnote an die deutschen Mittelstaaten hervorgetreten sein, in welcher sie versichert, daß sie den in der Note des Hrn. v. Bismarck an das Münchener Kabinet entwickelten Ansichten über die Bundeskompetenz und die Pflichten der Bundesglieder nicht nur nicht beizutreten vermöge, sondern dieselben auch entschieden abweisen müsse.

Frankfurt, 4. Jan. Der jetzige bayerische Staatsminister Frhr. v. d. Pfordten, hat von München aus ein Abschiedsschreiben an die Bundesversammlung gerichtet, worin er sein Bedauern ausspricht, nicht persönlich von dieser Abschied haben nehmen zu können. In der letzten Bundestagssitzung des verflossenen Jahres war eine Erwiderung dieses Schreibens beschlossen worden, und Hr. v. Kübeck hat dieselbe nun Namens der Bundesversammlung bereits abgesandt. Es wird in ihr gesagt, daß die Bundesversammlung die Erinnerung an die ausgezeichnete Geschäftsthätigkeit, an die aufopfernde Hingebung und an den regen Eifer, mit welchem Herr v. d. Pfordten an den Verhandlungen derselben Theil nahm und insbesondere sich den mühevollsten Ausschußvorträgen unterzog (Herr v. d. Pfordten war Mitglied von 20 Ausschüssen) dankbar bewahren und denselben mit warmer Theilnahme auf seinen Lebenswegen und zunächst in der hohen Stellung begleiten werde, zu welcher ihn das Vertrauen seines Königs berufen habe. (N. K.)

Gr. Mecklenburg. Die neueste preußische Politik in der schleswig-holsteinischen Angelegenheit hat auch in den mecklenburgischen ministeriellen Kreisen unangenehm berührt, und man hält mit der Besorgniß nicht mehr zurück, daß der Bundesverfassung ernstliche Gefahr drohe. Ein Artikel des „Norddeutschen Korrespondenten" gibt dieser Stimmung einen offenen Ausdruck. Es sei, bemerkt derselbe, nicht zu verkennen, daß Preußen seit den Tagen des Dreikönigsbündnisses (dem indessen doch auch der Großherzog bereitwilligst sich anschloß) alles unterlassen habe, was den deutschen Bund hätte stärken können, dagegen vieles gethan habe,

---

Er trat in sein neues Verhältniß mit der mangelhaften Selbstkenntniß und den unbeschränkten Erwartungen so mancher jungen Leute, die sich über ihre Stellung, das Maß ihrer Kräfte und ihre Berechtigung täuschen, und zuletzt aus ihrem Wahn mit dem trostlosen Bewußtsein verlorener Jugend und oft selbst verscherzten Lebensglücks erwachen. Mit Scharfblick und großer Strenge gegen sich selbst urtheilte er später über seinen damaligen Bildungsstand, dessen Ursachen und schwere Folgen: „Die Stürme meines Lebens und meine Abweichungen aus der Bahn des Rechten und Guten leiteten sich lediglich aus meiner schlechten Erziehung ab. Ich habe wenig Löbliches und Gutes gesehen, und wenn das kindliche Herz sich nicht an schönen Beispielen erwärmt, so bleibt es erkaltet bis in das Alter hinab, wenn nicht andere Schutzengel sich dessen annehmen."

Schon im zweiten Studienjahre war jedoch die Kasse des Studenten vollständig erschöpft, und dies, sowie die eigene Neigung führte ihn zum Soldatenstande. Nachdem er kurze Zeit im kaiserlichen Heere gedient hatte, ließ sich Neithardt bei den Truppen des Markgrafen Alexander von Brandenburg-Anspach und Bayreuth anwerben, und im März 1782 erhielt er das Patent als Unterlieutenant bei dem zum Ausmarsch nach Amerika bestimmten Jägerregimente, das bekanntlich den Engländern im Kriege gegen die Kolonien, gleich den Hessen, miethweis überlassen war. Als sie zu Halifax ans Land stiegen, ging indeß der Krieg schon zu Ende und Neithardt benutzte die freie Muße eines ganzen Jahres zu eifrigen Studien. Der inhaltleere Garnisondienst in Bayreuth, zu welchem er zunächst zurückkehrte, konnte ihm auf die Länge keine Befriedigung versprechen; er wandte sich daher am 4. November 1785 unmittelbar mit der Bitte an Friedrich den Großen, ihm eine Stellung in seiner Suite zu geben. Bei der persönlichen Vorstellung in Potsdam, zu der ihn der Monarch veranlaßte, bestand er die Prüfung des königlichen Blickes so wohl, daß er sofort zum Premier-Lieutenant ernannt und in den Listen mit der Anciennetät vom 1. Januar 1786 geführt wurde.

Der Generalstab Friedrich's des Großen, in welchen Gneisenau jetzt eintrat, bestand damals aus drei Quartiermeistern und sechs Quartiermeister-Lieutenants nebst einigen zugetheilten Offizieren, die unter dem Namen „Offiziere aus der Suite des Königs," beschäftigt und ausgebildet wurden. Gneisenau wurde dem damaligen Hauptmann und späteren General v. Rüchel, einem Liebling des Königs, untergeordnet. Er blieb indeß nur wenige Monate in Potsdam, vielleicht, weil die Besoldung für die glänzende Garnison nicht ausreichte, und unter Friedrich Wilhelm II. finden wir Gneisenau zu Löwenberg in Schlesien bei einem der 20 Füsilier-Bataillone, zu denen die drei im Jahre 1785 errichteten Freiregimenter sich erweitert hatten. Die Festigkeit seines Charakters und der Ernst seines Strebens bewährten sich auch hier in der Beschränkung seiner äußeren Lage. Er ging so sparsam mit der Zeit wie mit dem Gelde um. Von einem sehr geringen monatlichen Gehalt, das 15 Thaler 16 gute Groschen betrug, verwandte er zwei Drittheile zur Bezahlung von Schulden, und während die übrigen Offiziere im Wirthshause tranken und spielten, studirte er unermüdlich, um sich so theoretisch wie praktisch vollkommen für den Dienst auszubilden. Sein Eifer blieb nicht unbemerkt, und damals schon ward ihm ein ehrenvoller Auftrag des Königs, die Offiziere und Junker des Bataillons während des Winterhalbjahres 1787—88 in den Kriegswissenschaften zu unterrichten. Sein Benehmen, das gegen Jedermann freundlich, doch fest war, verschaffte ihm immer das nöthige Ansehen. Mit der gewissenhaftesten Pflichttreue verband er das feinste Ehrgefühl, das seine Handlungsweise bestimmte. In solchem Geiste waren auch die Mahnungen, die er so dringend und wiederholt an seine Brüder richtete, die auf den Wunsch des Vaters, der inzwischen nach Schlesien übersiedelt war, gleichfalls in das preußische Heer eintreten sollten. (Forts. f.)

was ihn hätte schwächen müssen. Auf dieser Bahn liege auch die neueste Politik des Hrn. v. Bismark; dies sei aber nicht die gute preußische, die altpreußische, sondern eine neupreußische Politik. Wenn es preußische Staatsmänner gebe, welche der Ansicht huldigen, daß der Bund in Stücke gehen müsse, wenn Preußen neu erstehen solle, so ergriffen dieselben ein sehr verderbliches Mittel zu einem sehr unsichern Zweck, und schwerlich seien es diese Staatsmänner, denen Preußen eine künftige größere Machtstellung verdanken werde. Nichts könne weniger die Bundeszwecke fördern als einseitige, wenn auch geniale Rücksichtslosigkeit und die Erfahrung lehre, daß sie meistens dem Urheber selbst Verderben und Nachtheil bringe. Schließlich wird der lebhafte Wunsch ausgesprochen, daß die preußische Politik wieder einen rein konservativen Charakter sowohl in Bezug auf den deutschen Bund als auf den preußischen Staat annehmen möge.

Kiel, 4. Jan. Das rücksichtslose Auftreten der preußischen Regierung und die häufigen vexatorischen Maßregeln ihres Zivilkommissärs haben wenigstens die gute Folge gehabt, daß in den Herzogthümern die preußische Partei mehr und mehr zusammenschrumpft. In Altona bildeten vor einigen Tagen die entschieden patriotisch gesinnten Mitglieder des bisherigen Schleswig-Holstein-Vereins einen besonderen Verein, der die Bezeichnung „Schleswig-Holstein-Volks-Verein" führt; hier in Kiel wurden die beiden hervorragendsten Kämpfer für staatliche Selbstständigkeit der Herzogthümer, v. Neergardt und Zimmermeister Claus Riepen, zu Präsidenten des Schleswig-Holstein-Vereins gewählt, während gleichzeitig in Plön Dr. Joens, welcher die Scheel-Plessen'sche Adresse mitunterzeichnet hatte, unter scharfem Tadel aus dem Präsidium des dortigen Vereins entfernt wurde. Die Kundgebungen am Jahrestag des Einzuges des Herzogs Friedrich in Kiel sind zum Theil von der Polizei verhindert worden; ein ausdrückliches Verbot, das sich auf eine Verfügung der Zivilkommissäre stützte, erfolgte jedoch nur in Plön und Rendsburg. Welche besondere Gründe hier vorgelegen haben mögen, ist nicht erfindlich. Hier und in Altona fehlt es bei der Feier nicht an stark auf die Situation anspielenden Transparenten.

S. C. **Kiel**, 6. Jan. Durch die ganze Presse läuft die Nachricht, der Erbprinz Friedrich von Augustenburg sei zu den weitgehendsten Konzessionen an Preußen bereit, doch habe Hr. v. Bismark Namens der preußischen Regierung Alles von der Hand gewiesen. Wenn wir die Landespresse zu Rathe ziehen, so beständen diese Konzessionen wesentlich in Folgendem: 1) Militärkonvention mit Preußen; 2) Ueberlassung der Häfen als Stationen für die preußische Marine; 3) in dem Recht der Konskription für die preußische Marine; 4) in der diplomatischen Vertretung durch Preußen.

Für die Herzogthümer resultirte aus diesen, auf dem Standpunkt eines selbständigen Staatswesens allerdings „weitgehenden Konzessionen" Folgendes: ad 1) Mit einer preuß. Militärkonvention wäre die Einführung des preuß. Wehrsystems unzertrennlich verbunden, indem eine solche Konvention für den Militärstaat Preußen sonst werthlos wäre. — ad 2) Die Ueberlassung der Häfen zieht nothwendig das Recht nach sich, Territorien zur Disposition zu haben, behufs Anlegung von Arsenalen, Kommunikationen zu Wasser und zu Lande ꝛc. ꝛc. — ad 3) Die Marinekonskription gibt Preußen das Dispositionsrecht über einen Theil der schleswig-holsteinischen Landeskinder je nach Maßgabe der preuß. Marinebestimmungen. — ad 4) Durch die diplomatische Vertretung nach außen hin werden der künftige Herrscher und seine Regierung politisch unmündig.

Es bleiben mithin bei einem solchen Abkommen für Schleswig-Holstein nur die dem Lande zuerkannten Schulden, die, wenn wir nicht irren, innerhalb 2 Jahren zu liquidiren sind, die herzogliche Landesregierung sänke (und zwar auf Kosten des Landes) zu einem Vasallenthum herab. Die Herzogthümer hätten daher die vierfachen Nachtheile, aber nicht einen Vortheil einer preußischen Provinz. Dagegen hätte Preußen die undankbare Aufgabe, aus einem verschuldeten Lande Nutzen zu ziehen und von vornherein mit einem ganz natürlichen Malkontentismus zu kämpfen. Durch die Militär- und Marine-Konvention schwächte es die ohnehin überangestrengte Steuerkraft des Landes noch mehr, indem es ihm Steuerkräfte entzöge. Die Schulden der Herzogthümer aber übersteigen, nach der Kopfzahl repartirt, die preußische Staatsschuld um das fast Fünffache. Die Steuerkraft der Herzogthümer müßte also in demselben Verhältniß angestrengt werden und wir glauben, die preuß. Regierung mag ein solches Odium nicht auf sich laden.

Diese Fragen werden jetzt in allen Kreisen lebhaft erörtert und man ist der Meinung, ohne vorherige Ordnung der finanziellen Verhältnisse kann Preußen sich auf Nichts einlassen, wenn man auch alle Erbansprüche bei Seite lassen und gar nicht von den Pflichten gegen sich selbst reden wollte. —

Paris, 5. Jan. Man beschäftigt sich wieder mit den Angelegenheiten von Tunis auf dem auswärtigen Amte. Die Pforte würde gern dem Bey zu Hilfe kommen und sucht sich hier die Erlaubniß der Regierung dazu auszuwirken; es will ihr jedoch nicht gelingen, da man hier fest bei der bisher beobachteten Haltung bleibt. Es wäre nicht unmöglich, daß mit der Zeit sich die früher hie und da schon in der Presse berührten Möglichkeiten verwirklichen. Die Reise des Kaisers nach Algerien soll bis nach der Beendigung der gesetzgebenden Session aufgeschoben sein, vielleicht findet sie gar nicht statt. Allem Anscheine nach dürfte auch das Projekt einer Reise nach Nizza als aufgegeben zu betrachten sein. Der russische Thronfolger wird schon in den nächsten Tagen daselbst erwartet und man denkt, die Kaiserin werde Nizza vermeiden wollen, so lange die kaiserlich russische Familie sich daselbst aufhält.

Paris, 6. Jan. Die „France" dementirt die Gerüchte von der Reise des Kaisers nach Algier und der Reise der Kaiserin nach Nizza. Wie die „France" aus Turin erfährt, ist die Rede davon, der König Viktor Emmanuel werde im Laufe des Februar Paris besuchen. Wie es heißt, würde Prinz Napoleon seinem Schwiegervater, dem König, in Florenz einen Besuch abstatten, und von da würden sie zusammen nach Paris kommen.

Turin, 3. Jan. Das Gerücht, die spanische Regierung mache Miene, das Königreich Italien anzuerkennen, bedarf noch der Bestätigung. Viel wahrscheinlicher ist jenes der beabsichtigten Reise des Prinzen Napoleon nach Florenz.

New-York, 28. Dez. Der Unionsgeneral Sherman hat Savannah besetzt. Die Armee des Generals Hardee ist auf der Flucht. Sherman hat 30,000 Ballen Baumwolle weggenommen. Der Admiral Porter machte zu Land und zu Meer einen Angriff auf das Fort Fisher und Wilmington. Die Blätter melden, Porter und General Butler hätten sich von Wilmington nach Monroe zurückgezogen.

New-York, 28. Dez. Eine im Laufe des Tages veröffentlichte Depesche kündigte die Rückkehr der Expedition Porters an, wurde jedoch auf Befehl der Regierung unterdrückt. Das Bombardement dauert fort.

Hiezu die Beilage: „Würzburger Anzeiger".

Verantwortlicher Redakteur: A. Hartmann.
Druck und Verlag der Stabel'schen Buch- und Kunsthandlung in Würzburg

Schuldverschreibungen von Standesherren und Privaten.

Frankfurter Börse.

				G.	P.
4	pCt.	Herz.	Lucca, alte b. Rothsch.	—	74
4	„	„	do. neue b. „	—	84
3½	„	Landgräfl.	H.-Homb. b. „	—	94
3½	„	Fürstl.	Löwenst.-Werth. (bad.)	—	94
3½	„		do. (bayer.)	—	—
3½	„	„	Fürstenberg b. Rothsch.	—	94½
3½	„	„	„ „	—	—
3½	„	„	Leiningen P. N. Schm.	—	94
3	„	„	„ „	—	82
4	„	„	Oettingen-Wallerstein	—	99
4	„	„	Esterhazy P. Galantha	59	61
3½	„	„	Isenburg-Birstein b. R.	—	93
4	„	„	Schwarzenberg	—	72
4	„	„	Palffy b. Arnst. u. Eskel.	—	83
4	„	Gräfl.	Erbach-Fürstenau b. S.	—	99
4	„	„	Palffy, Ferd. Leop., b. S.	—	62

				G.	P.
4	pCt.	Gräflich	St. Genois b. Schm.	—	72
4	„	„	Szapary b. Rothsch.	—	50
4	„	„	Schönborn b. Schm.	—	60
4	„	„	Sandor b. Rothsch.	—	53
4	„	„	Strachwitz b. Schm.	—	50
4	„	„	Hugo Ritz	—	85
4	„	„	Viczay b. Rothsch.	—	60
4	„	„	Nizky b. Rothsch.	—	—
4	„	„	Hunyady b. Rothsch.	—	—
4½	„	„	Batthyany Joh. Bapt.	—	76
4½	„	„	Batthyany Gustav	—	71
4½	„	„	Orczy b. Schmidt	—	72
4½	„	„	Sztaray	—	70
4½	„	„	Karoly bei Biedermann	—	70
4½	„	„	Pejacsevich b. Schuller & Co.	—	70

Anlehens-Loose.

Fürstl.	Esterhazy 40 fl. Loose	—.——.—
„	Windischgrätz 20 fl. Loose	18.75—19.25
„	Salm-Reifferscheid 40 fl. L.	31.25—31.75
„	Palffy 40 fl. Loose	29.75—30.25
„	Clary 40 fl. Loose	31.50—31.—
Gräflich	Keglevich 10 fl. Loose	14.50—15.—
„	Waldstein-Wartenb. 20 fl. L.	19.75—20 25
„	St. Genois 40 fl. Loose	29.50—30.—
Stadt	Triester 100 fl. Loose	108.——109.—
	Donau-Dampfschiff. 100 fl. L.	90.50—91.—
	Dessauer 100 Thlr.-Loose	———

Nr. 7317.

Amortisations-Edikt.

Amortisation von Hypothekenforderungen betr.

Vom k. Landgericht Werneck.

In den Hypothekenbüchern für Theilheim sind die nachbezeichneten Forderungen eingetragen, welche jedoch schon längst abgetragen sein sollen.

Auf Antrag der derzeitigen Besitzer werden in Anwendung des §. 82 des Hypothekengesetzes alle Diejenigen, welche noch Rechte an diesen Einträgen zu haben glauben, anmit zur gerichtlichen Geltendmachung derselben

binnen 6 Monaten

aufgefordert, widrigenfalls nach Ablauf der Frist die Forderungen für erloschen erklärt und die Löschung im Hypothekenbuche vollzogen werden würde.

Werneck, den 31. August 1864.

Königliches Landgericht.

[Se] Huler. Meisner, Funktionär.

Fortl. Nr.	Name des eingetragenen Schuldners.	Gläubigers.	der Hypothek Betrag fl.	kr.	Rechtstitel ꝛc.	Hyp.-Buch Bd.	Seite.
1	Biener, Joseph, zu Theilheim,	Die Debitmasse des Michel Endres jung in Theilheim.	29		mit 4% verzinsl. Kaufschilling laut Strichspr. vom 26. Jan. 1832 u. Hypothekenpr. vom 26. Mai 1832.	I. II.	645. 103.
2	Friedrich, Georg, „	„	144		„	„	667.
3	Preger, Kilian, „	„	156		„	„	675.
4	Preß, Martin, „	„	66		„	„	679.
5	Kleemann, Pfeifer, „	„	130		„	„	665.
6	Preger, Andreas, „	„	20		„	„	95.
7	Rüttinger, Valentin, „	„	88		„	„	107.
8	Heß, Kilian, „	„	83		„	„	100.
9	Pfister, Adam, „	„	52		„	„	115.
10	Wahler, Adam, Wb., „	„	154		„	„	295.
11	Klau, Moses, „	„	167		„	„	89.
12	Wahler, Nikolaus, „	„	100		„	„	99.
13	Klau, Moses, „	„	280		„	„	299.
14	Preger, Kilian, „	„	78		„	„	301.
15	Rüttinger, Valentin, „	Kaspar Römmelt Wb. zu Dächheim.	78		Kaufschillingsrest laut Strichspr. vom 16. März 1823 und Hypothekeneintrag vom 20. April 1825.	I.	611.
16	Biener, Joseph, „	Verlassenschaft der Michel Kraus Wittib in Theilheim.	56	30	mit 5% verzinsl. Martini 1828 mit 1831 zahlbarer Güterkaufschilling laut Strichspr. vom 19. Jun. 1828 und Hypothekeneintrag vom 22. Januar 1829.	II.	435.
17	Grübert, Valentin, „	„	17		„	„	437.
18	Derselbe,	„	58		„	„	439.
19	Derselbe,	„	6		„	„	441.
20	Derselbe,	„	17	30	„	„	443.
21	Heuler, Karl,	„	12	30	„	„	455.
22	Bäß, Michel, „	„	34		„	„	465.
23	Derselbe,	„	6		„	„	467.
24	Leder, Salamon, „	„	17	30	„	„	471.
25	Preger, Andreas, „	„	25	30	„	„	477.
26	Derselbe,	„	75		„	„	479.
27	Endres, Georg, „	„	10	30	„	„	481.
28	Pfister, Adam, „	„	33		„	„	483.
29	Röll, Adam, „	„	12	15	„	„	501.
30	Wahler, Nikolaus, „	„	136		„	„	515.
31	Rüttinger, Valentin, „	„		30	„	„	487.
32	Derselbe,	„	3	30	„	„	489.
33	Heß, Kilian, „	„	15		„	„	495.
34	Derselbe,	„	7	30	„	„	497.
35	Freudenthal, Faust, „	„	20	30	„	„	507.
36	Röll, Adam, „	„	16		„	„	499.
37	Wahler, Barb., Wb. „	„	4	30	„	„	491.
38	Bauer, Michel, „	„	7	30	„	„	509.
39	Friedrich, Georg, „	„	144	30	„	„	413.
40	Bäß, Martin, „	„	22		„	„	485.
41	Preger, Kilian, „	„	24	30	„	„	505.
42	Präger, Kilian, „	Die Gantmasse des Bartel Häffner von Theilheim resp. die eingewiesenen Gläubiger Valentin und Adam Gutbrod von Eßleben.	48		mit 4% verzinsl. Kaufschilling laut Strichspr. vom 28. Jan. 1827 und Hyp.-Eintrag vom 7. Jan. 1831.	I.	197.
43	Drescher, Anna M., Wb. „	Die Verlassenschaftsmasse des Joh. Wieland von Theilheim.	22	30	mit 5% verzinsl. Güterkaufschilling laut Strichspr. v. 24. Mai 1830 und Hyp.-Eintrag vom 9. Aug. 1830.	III.	67.
44	Wahler, Nikolaus, „	„	17		„	„	93.
45	Krapf, Kaspar, „	„	21		„	„	79.
46	Baumblatt, Abraham, „	„	21		„	„	81.
47	Rosenthal, Samuel, „	„	91		„	„	97.
48	Präger, Andreas, „	„	16		„	„	89.
49	Grübert, Valentin, „	„	128		„	„	77.
50	Freudenthal, Faust, „	„	17		„	„	65.
51	Rosenfelder, Moses, „	„	25		„	„	87.
52	Präger, Adam, „	„	15		„	„	99.
53	Drescher, Stephan, „	„	9		„	„	105.
54	Sugenheimer, Wolf, „	„	30		„	„	91.
55	Pfister, Adam, „	„	61		„	„	95.
56	Endres, Georg, „	„	75		„	„	101.
57	Bauer, Johann, „	„	11		„	„	107.
58	Röll, Adam, „	„	4		„	„	111.
59	Heß, Kilian, „	„	11		„	„	115.
60	Männlein, Friedenhain, „	„	10		„	„	117.
61	Betz, Michel, „	„	1		„	„	119.
62	Wecklein, Barb., Wb. „	Nikolaus Schäffner von Theilheim.	21		Einnahms-Caution laut Hypothekeneintrag v. 19. Mai 1824.	I.	3.
63	Rudolph, Georg, von Zeuzleben,	Die Curatel über Adam und Margarethe Rudolph von Zeuzleben.	15		Voraus laut Hyp.-Eintrag vom 14. Mai 1824.	„	33.
64	Sugenheimer, Wolf, „	Moses Rosenthal in Unterzell.	100		Kaufschillingsrest laut Strichspr. vom 4. März 1821 und Hyp.-Eintrag vom 25. April 1826.	„	609.

Digitized by Google

An die
k. Hof- und Staatsbibliothek
München.
N. Würzb. Ztg.

Neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht!

№ 10.	Vorausbezahlung: Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 1 fl. 30 kr. Bei Inseraten wird die dreispaltige Zeile in gewöhnlicher kleiner	62. Jahrgang.	Schrift oder deren Raum im Hauptblatte mit 6 kr., im Anzeiger mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franco.	Dinstag, 10. Januar 1865.

(Amtliche Nachrichten.) **München,** 8. Januar. Se. Maj. der König hat die kathol. Pfarrei Günching, Bezirksamts Velburg, dem Priester Joh. Müllner, Pfarrer in Großhebing, Bezirksamts Beilngries, und die kathol. Pfarrei Hawangen, Bezirksamts Memmingen, dem Priester Karl Weiß, Pfarrer in Grünenbach, Bezirksamts Lindau, übertragen; die kathol. Pfarrei Altenbuch, Bezirksamts Landau a/J., dem Priester Jakob Gangkofer, Pfarrer in Roßbach, Bezirksamts Eggenfelden, übertragen; die kathol. Pfarrei Waltendorf, Bezirksamts Bogen, dem Priester G. Wolfersberger, Expositus in Huldsessen, Bezirksamts Eggenfelden, übertragen; genehmigt, daß das Gerhardinger'sche Benefizium in Vilshofen, Bezirksamts gl. Namens, von dem Bischofe von Passau, dem dortigen Cooperator, Priester A. Henneberger, verliehen werde; den Assessor der k. Regierungs-Finanzkammer von Oberbayern, L. Frhrn. v. Lobkowitz, in dieser seiner Dienstseigenschaft zur k. Regierungs-Finanzkammer von Niederbayern, dagegen den Rath der k. Regierungs-Finanzkammer von Schwaben und Neuburg, Ed. Schamberg, in dieser seiner Dienstseigenschaft zur k. Regierungs-Finanzkammer von Oberbayern versetzt. (B. Z.)

München, 7. Jan. Der Gesetzgebungsausschuß der Abgeordnetenkammer trat heute, nach der Pause während der Feiertage, wieder zur Fortsetzung seiner Berathungen zusammen. Der Justizminister v. Bomhard wohnte der Sitzung bei. Gegenstand der Verhandlungen waren zunächst die Einführung des Instituts der Gerichtsvollzieher (huissiers) und die hierauf bezüglichen Bestimmungen des Entwurfs (Art. 86 ff.) Die Sitzung erhielt dadurch eine ungewöhnliche Bedeutung, daß Justizminister v. Bomhard in Folge einer Anregung des Abg. Dr. Völk sich zu einer Erklärung veranlaßt sah: in wie weit er die Ansicht des Ministerialkommissärs theile, daß die Erlassung einer Anwaltsordnung durch Verordnung und nicht durch Gesetz nach der Bestimmung der Verfassungsurkunde (Tit. 7 §. 2) zu geschehen habe. Der Ausschuß, insbesondere Ausschußvorstand Dr. Pözl, Ausschußsekretär Dr. Barth und Dr. Völk, schien aus dieser Erklärung eine Verschiedenheit zwischen der Ansicht des Justizministers v. Bomhard und des Ministerialkommissärs Dr. Weis nicht zu erkennen. Der Ausschuß beschloß heute, in Uebereinstimmung mit seinem Beschluß vom 17. d. M. über die Anwaltsordnung, durch Stimmenmehrheit, nach Antrag des Abg. Umbscheiden, daß auch die Verhältnisse der Gerichtsvollzieher in Bezug auf dienstliche Stellung und Disziplin im Gesetzwege durch die zu erlassende Gerichtsvollzieherordnung zu regeln seien. (Allg. Z.)

München, 9. Januar. Se. Maj. der König haben dem kgl. Staatsminister der Finanzen, Hrn. v. Pfeufer, das Großkomthurkreuz des Verdienstordens der bayer. Krone allergnädigst zu verleihen geruht.

München, 9. Januar. Se. Maj. der König haben den Unterlieutenant im 2. Ulanen-Reg., Leopold Frhrn. v. Andrian-Werburg, den Unterlieutenant im 3. Kür.-Reg. und Hofkavalier Sr. k. Hoh. des Prinzen Karl Theodor, Graf August Pocci, und den Grafen Karl Drechsel zu Allerhöchstihren Kammerjunkern zu ernennen geruht. — Der diesmalige Schäfflertanz nahm gestern Nachmittag seinen Anfang, indem die geschmackvoll kostümirten Schäffler in festlicher Weise nach der kgl. Residenz zogen, begleitet von einer sehr großen Menschenmasse, um im Brunnenhofe zum ersten Male ihre Tänze aufzuführen. Bei der günstigen Witterung des gestrigen Tages war auch die Dult außerordentlich zahlreich besucht und dürften die Verkäufer wenigstens an diesem Tage gute Geschäfte gemacht haben. (B. Z.)

Wien, 6. Jan. Die „Ostdeutsche Post" veröffentlicht einen Brief aus Mexiko, worin das Unwesen der Räuberbanden als geradezu unerträglich dargestellt wird. Ferner hält der Korrespondent die indianische Bevölkerung für jeder Wiederbelebung abgestorben und baut seine Hoffnung nur auf Ersetzung derselben durch die kaukasische Race, mit anderen Worten: auf europäische Einwanderung, eine Hoffnung, die etwas weitaussehend ist. Ferner ist es durchaus nöthig, daß der Kaiser gegen das feige, faule Beamtenthum unerbittlich einschreite. Man sieht, das Feld seiner Thätigkeit ist groß; wenn dem Kaiser Maximilian nur nicht mittlerweile das — Geld ausgeht!

Wien. 8. Januar. In Rußland ist die Mittheilung der Encyklica der Geistlichkeit verboten worden. In Folge des befrie-

Feuilleton.

Gneisenau.

(Fortsetzung.)

Im Jahre 1790 rückte Gneisenau zum Stabskapitän vor. Die Theilnahme am polnischen Feldzuge gab ihm Gelegenheit, sich mit den Eigenthümlichkeiten des Landes und seiner Bewohner bekannt zu machen. Nach seiner Rückkehr kam er als Hauptmann zu einem in Jauer garnisonirenden Füsilier-Bataillon. Ein eigenthümlicher Zufall wurde nicht lange darauf für sein häusliches Leben entscheidend. Er ward beauftragt, der Braut eines im Zweikampfe gefallenen Kameraden die Todesbotschaft zu überbringen, und der tiefsinnige Schmerz, mit welchem die Verlobte, eine Freiin Karoline v. Kottwitz, die Nachricht empfing, machte auf ihn selbst einen so nachhaltigen Eindruck, daß Gneisenau mehrere Monate später um die Hand Karolinens anhielt. Sie gab ihr Jawort, nur die Mutter nahm Anstand, weil der Hauptmann so ganz ohne Vermögen sei. Als sie ein so motivirtes Bedenken gegen Gneisenau's Vorgesetzten, den Major v. Puttlitz aussprach, entgegnete dieser, der selbst ein Mann von ausgezeichneter Bildung war: „Das ist wahr, er besitzt nichts, aber er kommt doch durch die ganze Welt." Dies Zeugniß wirkte, und am 19. Okt. 1796 wurde die Hochzeit zu Wolmsdorf, dem Landsitze der Mutter, einer verwittweten Majorin v. Prittwitz, gefeiert.

Eine Reihe von Jahren vergingen in soldatischen, wissenschaftlichen und landwirthschaftlichen Beschäftigungen. Denn auch die letzteren waren nothwendig geworden, da Frau v. Gneisenau mit ihrem väterlichen Erbtheil das Gut Mittel-Kauffungen an der Katzbach, früher ein Eigenthum ihres Vaters, gekauft hatte. Zwei Söhne und drei Töchter, die bis zum Jahre 1805 geboren wurden, bildeten einen reichen Familienkreis, der freilich auch mit allen Sorgen der Erziehung an den Vater herantrat.

Inzwischen rollten sich seit Bonapartes Kaiserschaft am politischen Himmel die Wetter immer drohender. Das mitten in der kriegerischen Bewegung neutral gebliebene Preußen war nach dem Preßburger Frieden und dem von Haugwitz abgeschlossenen Pariser Vertrage vollständig isolirt der Willkür Napoleons preisgegeben. Als es zu spät und doch, was seine Kraft zum Widerstande betraf, zu früh, enttäuscht, nach langer Demüthigung die schon beschlossene Kriegserklärung Frankreichs herausforderte, war sein Zusammenbrechen nahezu entschieden. Am 4. Oktober 1806 stand Gneisenau zu Ilm in der Vorhut des preußischen Heeres, welche dem Prinzen Ludwig Ferdinand anvertraut war. Wie trüb und ahnungsvoll er die Verhältnisse ansah, bezeigt ein Brief von ihm, der, ein Jahr später, die damalige Lage mit folgenden Worten charakterisirt:

„Ich hatte es Dir, wohl von Stadt Ilm aus geschrieben, daß die letzte Stunde des preußischen Staats geschlagen habe. Wenn man den unsoldatischen Geist — ich meine hier nicht grade persönlichen Muth — der Offiziere und Gemeinen unserer Armee, ihre Kriegsungewohntheit und ihr Vertrauen auf sein ausgezirkelte Evolutionen, ihr Sträuben gegen neue wesentliche Einrichtungen, ihre Abgeneigtheit, dem Zeitgeiste nachzugeben und eine veraltete Taktik zu verlassen, und die Zusammensetzung der Führer so kannte als ich, so konnte man den Ausgang der Sache wohl ahnen."

In einem anderen Briefe nennt er den König Friedrich Wilhelm III. den Unterrichtetsten seiner ganzen Umgebung, nur habe derselbe unglücklicherweise fremde Meinungen befolgt und seine eigenen besseren hintenangesetzt.

bigenden Eindrucks der heutigen Mittheilung der „Wiener Ztg.“ in Betreff der Encyklica unterbleibt die beabsichtigte Interpellation Mühlfelds. Morgen wird die kaiserliche Antwort auf die Adresse erfolgen. (A. Z.)

Wien. Der Finanzausschuß des Abgeordnetenhauses hat am 7. d. die Budgetberathung begonnen. Bei dem Kapitel: kaiserlicher Hofstaat und Kabinetskanzlei Sr. Maj., wofür der Ausschuß die geforderten Summen von 7,421,144 und 63,482 fl. genehmigte, fragte der Abg. Skene den anwesenden Finanzminist.r, ob die Regierung den schon vor zwei Jahren angeregten Gedanken, für den kaiserlichen Hof eine Civilliste festzustellen, nicht in Erwägung gezogen habe? Hr. v. Plener erwiderte, diese Frage nicht sogleich beantworten zu können, sondern erst mit seinen Minister-Kollegen darüber konferiren zu müssen.

Aus **Berlin,** 7. Jan., schreibt man der „K. Z.“: „Daß, wie versichert wird, Preußen nicht die Aufhebung der schleswig-holsteinischen Verfassung von 1848 verlangt habe, ist um so glaubhafter, als man, wie bestimmt versichert wird, Seitens unseres Kabinets durchaus nicht anerkennt, daß diese Verfassung irgend zu Kraft bestehe. Diese Auffassung ergibt indeß Konsequenzen, die praktisch über die Forderung der Aufhebung jener Verfassung noch hinausgehen.“

Aus **Berlin,** 6. Jan., wird der „Köln. Ztg.“ offiziös geschrieben: „Das Wiener Kabinet hat bekanntlich den Wunsch wiederholt, daß Preußen seine Forderungen baldmöglichst formuliren möge. Preußen trifft die schon mehrfach erwähnten dahinzielenden Vorbereitungen, die aber noch einige Zeit in Anspruch nehmen werden. Was das Studium der Erbfolge angeht, so hat man berechnet, daß die Kronsyndici vor März oder April frühestens ihr Gutachten kaum beendigt haben werden. Das Herbeischaffen der Urkunden soll an und für sich einige Mühe verursachen und neuerdings auch auf das gottorp'sche Archiv das Dänemark zum Theil erst noch herausgeben muß, Rücksicht genommen werden. Aus Allem ist ersichtlich, wie weitaussehend die Angelegenheit noch ist.“ Dieselbe Korrespondenz sagt, mit der Berufung der schleswig-holsteinischen Stände werde man warten, „bis man glaubt, keine Demonstrationen zu Gunsten des Herzogs Friedrich mehr befürchten zu dürfen.“ Ein anderer Offiziöser in der „Köln. Z.“ hat entdeckt, daß die Sicherheit (!?) des preußischen Staates eine militärische und maritime Position desselben in den Herzogthümern fordere und, „wenn Oesterreich dies nicht zugestehe, hätte die Allianz mit Preußen ein Ende und die Hoffnung auf eine friedliche Lösung der schleswig-holsteinischen Frage wäre geschwunden.“

Berlin. Die „Kreuzzeitung“ druckt die bayerische Depesche vom 13. Dez. ab und schließt drohend: „Uebrigens wird sich die preußische Regierung, nachdem sie ihre Stellung zur Sache unumwunden und für Jedermann verständlich ausgesprochen, auf weiteres Für und Wider mit Worten schwerlich einlassen. Sollte es dagegen von irgend einer Seite unternommen werden, mit jenen Uebergriffen zur That zu schreiten, so würde die preußische Regierung sicherlich nicht zögern, von der Freiheit ihres Handelns in dem Sinne der neulichen Ankündigung Gebrauch zu machen.“

Hannover. Die „Ztg. für Nordd.“ theilt mit, daß sie harmloser Bemerkungen halber über die Wahl der abonnentenlosen reaktionären „Nordsee-Zeitung“ für Bekanntmachung der Eintragungen in die Handelsregister, eine Verwarnung erhalten habe.

London. Die „Britische Armee- und Flottenrevue“ klagt über den seit einiger Zeit wahrnehmbaren Verfall des freiwilligen Schützenwesens. „Das darf nicht sein,“ mahnt die „Revue“. „Wenn John Bull gefürchtet sein will, muß er seinen Institutionen getreu bleiben. Man verlasse sich darauf, die eingewurzelte Feindschaft gewisser Nachbarn, welche zuerst den Anstoß zur Freiwilligen-Bewegung gab, strebt noch immer darnach, sich Luft zu machen, und wenn sich je die Gelegenheit dazu bietet, werden wir von einer Bewegung hören, die Britannia zwingen wird, nach ihren Bollwerken zu sehen, und der Büchsenträger wird ein sine qua non unserer nationalen Unabhängigkeit werden. Und nicht nur unsere nächsten Nachbarn müssen wir mit wachsamen Augen beobachten; jenseits des atlantischen Oceans haben wir Feinde in Gestalt von 3 Mill. Irländern, die offen davon sprechen, 300,000 Streiter auszurüsten, um der britischen Krone die „erste Perle des Meeres“ zu entreißen, sobald der amerikanische Krieg ihnen die Hände freiläßt. Für diese wüthenden Ausgewanderten ist nichts zu verrückt, und da die Yankees keine besonderen Gründe haben, England zu lieben, werden sie sich nicht weigern, die erforderlichen Transportschiffe gegen angemessene Bezahlung zu liefern, und die Irländer jener Sorte sind reich genug, um für eine so geheiligte Sache, wie die Befreiung der grünen Insel ist, einige Dollars herzugeben.“

Aus **Paris,** 7. Januar, schreibt man der „Köln. Ztg.“: „Kardinal Antonelli soll Herrn v. Sartiges bedeutet haben, die Encyklica könne das Konkordat zwischen Frankreich und Rom nicht

---

Ein Zug, der sich aus dieser Zeit erhalten hat, stellt den Gegensatz zwischen Gneisenau und einer Menge der damaligen Offiziere ins schärfste Licht. Als die Truppen sich vor den Schlachten von Jena und Auerstädt in Gotha aufhielten, besuchten die Offiziere fleißig das damals erste Gasthaus „zum Mohren“ und hatten dort Gasttafel. Gneisenau aber, welcher den Wirth kannte, ersuchte diesen, mit ihm und seiner Familie speisen zu dürfen; es sei ihm zuwider, mit dieser Masse aufgeblasener prahlerischer Offiziere zusammen zu sein.

An dem Unglückstage bei Saalfeld (10. Oktober), der einen heldenmüthigen aber unbesonnenen Prinzen des preußischen Königshauses als erstes großes Opfer der schlimmen Zukunft vorausschickte, erhielt auch Gneisenau einen Schuß ins Bein, entkam jedoch mit mehreren hundert Füsilieren, die er dem Fürsten von Hohenlohe zuführte. Am 14. Oktober deckte Gneisenau nach der Schlacht von Jena mit seinen Füsilieren den Rückzug auf der Straße nach Weimar; im Uebrigen aber ging jeder gute Rath, den er dem Fürsten bei dieser Gelegenheit gab, zur Zeit, da die Verfolgung nachließ, die Truppen zu sammeln und zu retten, an Hohenlohe's geistiger Zerrüttung verloren. Als man noch einmal, auf dem Wege nach Nordhausen, dem Marschall Soult die Spitze bot, wohnte Gneisenau gleichfalls dem Kampfe bei. In Magdeburg, wohin ihn Hohenlohe voraussandte, fand er die beispielloseste Verwirrung; dann ging er mit dem Major von Knesebeck und dem Kriegsrath von Ribbentrop den Truppen voraus, um diesen, die insgesammt ihren Marsch nach Stettin nehmen sollten, Verpflegung und Unterkommen auf dem Wege dahin zu sichern. In Stettin untersuchte er den Zustand der Festung, und als auch hier „die Luft anfing, unrein zu werden,“ begab sich Gneisenau nach Danzig und von dort nach dem zum Sammelplatz bestimmten Graudenz, dem Hauptquartier des Königs, wo er zu Anfang Novembers eintraf.

In einer Denkschrift, welche Gneisenau bald nachher über den Krieg von 1806 niederschrieb, findet sich eine schlagende Kritik der auf preußischer Seite begangenen Fehler, sowie der allgemeinen Zustände in Preußen, die einem solchen unglücklichen Ausgang nothwendig vorarbeiteten. Als die hauptsächlichsten Ursachen desselben bezeichnet Gneisenau die Wahl des Herzogs von Braunschweig zum Oberfeldherrn, die Uneinigkeit der Koryphäen des Generalstabes, die Kriegentwöhnung der Armee, die während der Friedensjahre sich, nur zur Schaulust des Publikums, mit nichtswürdigen Kleinigkeiten der Elementartaktik beschäftigt habe, das Rekrutirungswesen mit all seinen Exemtionen, das nicht die ganze Nation zu den Waffen verpflichte, wodurch die Dienstzeit der Andern über Gebühr verlängert werde — u. s. w. Trotz der persönlichen Tapferkeit, die auch an jenen Unglückstagen einen Theil der Armee auszeichnete, sank doch der Muth unter den späteren Unfällen. Man hatte sich mit der Idee der Möglichkeit eines solchen Unglücks gar nicht vertraut gemacht. Man hatte es für so leicht gehalten, diesen Feind zu bewältigen, daß die Kavallerie nicht einmal vollzählig ins Feld rückte. Kein Artillerie-Train war angeordnet, und so kam es, daß mitten in der Schlacht Batterien abgefahren werden mußten, die keine Munition mehr hatten. Man hatte demjenigen, der die Alpen überstieg, nicht zugetraut, daß er die Schluchten der Saale durchgehen könne. Zwei verlorene Schlachten an einem Tage war auch für Preußen eine zu harte Prüfung. Was Europa auch davon glauben mochte, so war, sagt Gneisenau, diese Monarchie dennoch kein militärischer Staat, ungeachtet das System derselben, unter den ersten Mächten Europas einen Platz zu nehmen, solche in die Nothwendigkeit versetzt hatte, ein großes Heer durch starke Auflagen zu erhalten. Dies war aber auch nur die einzige militärische Seite desselben. Sonst war nichts zur Einheit organisirt. Die Trennung aller Gewaltzweige, das ungeheure Formenwesen und die besondere Verfassung einer jeden Provinz machten eine Umformung des Staatsgebäudes beinahe unausfühbar. So war mit dem vernichteten Heere auch die Hoffnung auf selbständige Rettung geschwunden, da die Aufstellung einer Reserve versäumt war, und nachher dadurch unmöglich wurde, daß der größte Theil der Armeebedürfnisse, angehäuft in einer ungünstig gelegenen Hauptstadt, mit dieser, und was gerettet wurde, dann mit den Festungen in Feindes Hände fiel.

(Schluß folgt.)

umstoßen, und es liege daher auf der Hand, daß dieses Dokument, obgleich es die Lehren der Kirche enthalte, doch keineswegs veröffentlicht worden sei, um die Lage der Dinge, wie sie in Frankreich sich gestaltet habe, zu treffen. Man habe einfach gewissen Gelüsten, die sich in anderen katholischen Ländern kundgeben, ein Ziel setzen wollen."

Paris, 7. Jan. In den gouvernementalen Kreisen ist die Rede davon, es stehe die Vervollständigung des Geheimenraths durch Ernennung zweier neuen Mitglieder bevor. Zu dieser Erhebung sollen der Erzbischof von Paris, Msgn. Darboy, und Hr. Rouher ausersehen sein. Hrn. Rouher schreibt man den Hauptantheil an den Kundgebungen der Regierung gegen die jüngste Manifestation des römischen Hofes zu.

Die „Patrie" meldet aus Tunis folgendes: „Die Nachrichten aus Tunis haben in diesem Augenblick eine schwere Bedeutung. Rustan-Bey, der die tunesische Armee befehligte, hat eine vollständige Niederlage erlitten; der Bey hat ihm alle Truppen zugeschickt, die er sammeln konnte, aber man fürchtete eine neue Niederlage, und in diesem Falle würden die Empörer gegen den Bardo marschiren, ohne daß irgend etwas sie aufhielte, und würden einen Einfall in die Wohnung des Bey thun. Wenn diese Thatsache zur Ausführung kommen sollte, so würde sie unberechenbare Folgen haben können. Der Bey hat sich von Neuem nach Konstantinopel gewandt, um Hilfe von der Türkei zu verlangen; aber auf die sehr lebhaften Bemerkungen Frankreichs hin hat die Pforte sich geweigert, in den Angelegenheiten des Bey von Tunis zu interveniren." (Es handelt sich hier im Grunde um einen Kampf zwischen englischem und französischem Einfluß. Frankreich trachtet nach der Besitzergreifung von Tunis und will daher die Schirmherrschaft der Pforte daselbst nicht anerkennen. Es könnte dort leicht ein Stück orientalische Frage zur Entscheidung kommen. Wahrscheinlich wird jedoch England einen Konflikt zu vermeiden suchen.)

Madrid, 7. Jan. Der Ministerpräsident, Marschall Narvaez, hat heute im Kongreß einen Gesetzentwurf eingebracht, demzufolge das Dekret vom Jahre 1861, welches das dominikanische Gebiet der spanischen Monarchie einverleibt, für aufgehoben erklärt wird. Die dem Gesetzentwurf beigegebenen Motive besagen: man habe in Spanien geglaubt, die Dominikaner wünschten sich unter den Schutz Spaniens zu begeben, der Widerstand derselben sei aber ein zu ernstlicher geworden, um sich länger einer solchen Täuschung hingeben zu können. Wie die Sachen liegen, würde es sich um eine Eroberung handeln, aber die Politik Spaniens sei keine Eroberungspolitik. (Allg. Z.)

Wie aus **Barcelona**, 4. Jan., gemeldet wird, hat der dortige Gerichtshof den Marchese Fontanellas zu zweijähriger Zwangsarbeit verurtheilt, und sechs Zeugen für meineidig erklärt. Der Verurtheilte hatte sich bekanntlich für einen plötzlich verschwundenen, verschollenen und dann wiedergekehrten Sohn des vor mehreren Jahren verstorbenen reichen Fontanellas ausgegeben und sein Erbtheil beansprucht. Das Gericht erklärte ihn für einen Betrüger, und verhängte demgemäß eine Strafe über ihn. Vor einigen Monaten wurde die Sache wieder aufgenommen, da neue Beweismittel aufgefunden sein sollten, durch welche der Verurtheilte seinen Ansprüchen Geltung zu verschaffen hoffte. Jetzt ist die Sache in demselben Sinn wie in erster Instanz entschieden worden.

Aus **Rom**, 31. Dez., schreibt der Korresp. der „Kreuzztg.": Gestern richtete General Graf Montebello offiziell an den Waffenminister Msgr. v. Merode folgenden Brief: „Da Sie sich im vorigen Jahr darüber beklagt haben, daß die päpstlichen Offiziere am Neujahrstage nicht von mir empfangen worden sind, so erachte ich es für meine Pflicht, Ew. Exc. anzuzeigen, daß ich dieselben nächsten Sonntag um 9 Uhr Morgens empfangen werde, wo dieselben im Parade-Anzug zu erscheinen haben. Gez. de Montebello." Die Antwort lautete: „Die päpstlichen Offiziere werden es stets als eine besondere Ehre betrachten, wenn sie Ew. Exc. vorgestellt werden; für diesmal aber können sie aus besonderm Grund von der ihnen gewährten Erlaubniß nicht Gebrauch machen. Gez. Merode." Die hier anwesenden französischen Beamten können ihre Irritation kaum noch verbergen. Im kommenden März wird hier in Folge des Jubiläums die höchste Begeisterung für Papst und Kirche herrschen. Dieselbe ist schon jetzt im Steigen, und ein besonderes Comité ist bereits eingesetzt, welches für die ersten Tage des künftigen Monats eine großartige Demonstration für den Papst und die Encyclika vorbereitet. An der Spitze dieses Comité's steht der englische Lord Stafford und der bayerische Graf Arco. Gegen den Kardinal d'Andrea, der in Neapel den Prinzen von Piemont besucht hat, gibt sich hier eine solche Entrüstung (auch in den liberalen Kreisen) kund, daß sich ihm nicht rathen möchte, hierher zu kommen. Es ist das erste Beispiel von Abfall eines Kardinals gegeben.

Dem russischen „Invaliden" wird aus **Warschau** geschrieben, daß dort vor einigen Tagen nun auch der in der letzten Zeit des Aufstandes funktionirende revolutionäre Stadtchef Alexander Waschkowski endlich nach langem Suchen verhaftet worden sei. Wie jetzt bekannt ist, war er der Hauptdirigent des Gelddiebstahls aus der polnischen Staatskasse. Drei Tage lang dauerte das Fortschaffen dieser Geldsummen (3,600,000 R. S.), welche später fast ganz ins Ausland remittirt wurden. Bis zur letzten Zeit wurden alle Tagesbefehle des Stadtchefs von Waschkowski ausgestellt und auf seinen Befehl in einer Typographie von Warschau gedruckt. Waschkowski, etwa 25 Jahre alt, war Student der St. Petersburger Universität, lebte fast immer in Warschau und entging, Namen und Kleider wechselnd, neun Monate lang den Nachsuchungen der Polizei. — Derselbe Korrespondent erzählt Folgendes: Der zur Zwangsarbeit nach Sibirien verschickte Leandowski hatte einen besonders eingerichteten Handschuh, auf dessen Handfläche ein ganz kleines, Gift enthaltendes Gläschen mit einer kleinen Oeffnung angebracht war. Dieser eines Borgia würdige Handschuh, war bestimmt, den Grafen Lüders im Vauxhall der mineralischen Wasser zu vergiften. Leandowski sollte zugleich mit dem Grafen einen Becher nehmen; durch das Biegen der Handfläche an das Gläschen drücken und dadurch das Gift in dessen Becher spritzen. Der Korrespondent fügt nicht hinzu, durch welchen Umstand dieser teuflische Anschlag nicht zur Ausführung gekommen ist.

Aus **Athen**, 31. Dez., schreibt man der „Ostd. Post": „Der König hat dem Minister des Innern sehr strenge Befehle bezüglich der Ausrottung der Räuber ertheilt und Herr Kommunduros hat diese Ordonnanz an alle Präfekten in den Provinzen mitgetheilt. Die Anführer der bestehenden Räuberbanden und ihre gefürchtetsten Genossen werden in die erste und zweite Räuber-Kategorie versetzt und alle Gemeinden und einzelnen Individuen, welche bei der Vertilgung der Räuber wirksame Dienste leisteten, werden die durch frühere Verordnungen festgesetzten Belohnungen erhalten. Seltsamer Weise hat gerade in diesem Augenblicke, wo die Exekutiv-Gewalt energische Maßregeln ergreift, um dieser unheilvollen Landesplage ein Ziel zu setzen, der oberste Gerichtshof seinerseits ein Dekret erlassen, kraft dessen keines der Individuen, welche vor der Oktober-Revolution im Gefängniß saßen und vom Volke befreit wurden, gerichtlich verfolgt werden soll. — Was die legislative Assimilirung der jonischen Inseln anbelangt, so scheint es, daß sie wirklich in Bälde stattfinden wird — nur die jetzige finanzielle Organisation der jonischen Inseln wird beibehalten werden. — Letzten Sonntag hat in Oegion eine ernstliche Rauferei zwischen der Nationalgarde und der Gendarmerie stattgefunden. Die Regierung sah sich veranlaßt, eine Truppenabtheilung und einen Instruktionsrichter hinzuschicken, um die Ordnung herzustellen und die Untersuchung einzuleiten. Letzten Donnerstag wurde vom hiesigen Assisenhof eine hochbejahrte Frau zum Tode verurtheilt, welche ihren ebenfalls sehr alten Mann vergiftet hatte, um ihn zu beerben! In unseren Gefängnissen befinden sich jetzt nicht weniger als 100 zum Tode verurtheilte Individuen, und zwar für Verbrechen, die sie nach der Revolution begangen hatten — also in zwei Jahren! Sie sehen, wir bleiben in dieser Hinsicht nicht hinter den zivilisirtesten Nationen zurück und sehen hundert Hinrichtungen entgegen! Die beiden berüchtigten Räuber Johann Bororas und sein Sohn Nikolaus wurden vor wenigen Tagen auf eine schauderhafte Weise umgebracht. Ein Bauer, Namens Praca, hatte sie in sein Haus gelockt unter dem Vorwande, ihnen eine Zufluchtsstätte zu gewähren, und erschlug sie, während sie schliefen, mit einem Beile. Dies geschah im Einverständniß mit dem Kommandanten der fliegenden Kolonne, die zur Verfolgung dieser Räuber ausgesandt war!

Aus **Konstantinopel** vom 4. Januar wird berichtet: „Das Budget ist nebst einem Berichte des Großveziers an den Sultan veröffentlicht worden. Der Bericht sagt, die letzte Anleihe sei nöthig gewesen wegen des Ausfalls in den Einnahmen. Ein großer Theil der Armee wird auf sechs Monate beurlaubt. Die Konskription wird eingestellt aus Sparsamkeitsgründen."

New-York, 28. Dez. Laut offizieller Anzeige hat Sherman am 22. d. Savannah eingenommen, wobei er 150 Kanonen und 30,000 Ballen Baumwolle erbeutete, jedoch nur 800 Gefangene machte. Hardee war nämlich mit seiner Armee, nach

Zerstörung der Panzerschiffe und der Werfte, in der Nacht entwichen; in der Stadt waren 20,000 Einwohner verblieben. Wie Korrespondenten melden, hatte Sherman nach Eroberung des Forts Lee und mehrerer Außenwerke am 21. Savannah zur Uebergabe aufgefordert; Hardee antwortete ablehnend, trat aber sofort den Rückzug über den Fluß nach Union Conseway an. Laut Depeschen von Beauregard vom 24. hat Hardee rapportirt, daß sich eine Truppe Nordstaatlicher von Savannah her dem Altamah-Flusse nähere, deren Zweck vermuthlich die Zerstörung der Savannah- und Albany-Gulf-Bahn sei; Hardee hatte Anstalten getroffen, der Streitmacht den Weg zu verlegen. — Die gegen Wilmington abgegangene Expedition unter Porter und Butler ist unverrichteter Sache nach Fort Monroe zurückgekehrt. Die Gründe des Abzuges sind nicht klar. Es scheint bei Fort Fisher eine glückliche Landung am 24. oder 25. bewerkstelligt worden zu sein. Richmonder Blätter selber sagen, daß 3 Brigaden oberhalb dieses Forts gelandet seien, und halten dies für eine sehr gefährliche Sache. Schließlich war das Fort selber, wie es scheint, durch Butler's Infanterie attakirt, diese aber mit Verlust zurückgeschlagen worden. Die Flotte half bei diesen Operationen mit und bombardirte Fort Fisher zwei Tage lang; angeblich war 600 Fuß vor dem Fort ein Pulverschiff in die Luft geflogen, doch ist nicht gesagt, daß dieses großen Schaden verursacht habe, und die Veranlassung zum Abzuge gewesen sei. Die Verfolgung Hood's durch General Thomas dauert fort, Letzterer stand am 25. zwanzig Meilen südlich von Columbia, Hood am 24. zwanzig Meilen nördlich vom Tennessee-Flusse; er hat vieles im Stiche gelassen, um seine Pontons zu retten, doch dürfte ihm des hohen Wasserstandes wegen der Uebergang über den Tennessee schwer werden. Bei Fort Branch am Roanoke-Fluß sind die Bundestruppen angeblich zurückgeschlagen worden; auch in Westvirginien sollen sie südstaatlichen Blättern zufolge Breckenridge gegenüber den kürzeren gezogen haben. — Von den St. Alban-Streifzüglern sind fünf verhaftet worden und werden im Gefängnisse von Montreal festgehalten; drei derselben hatten sich in Newhampshire anwerben lassen, und waren von den Unionstruppen gefangen genommen.

Frankfurter Börse (vom 1. bis 7. Januar).

Samstag. Der sonst so gefürchtete Neujahrsgruss ist glücklich vorüber; er war im Ganzen nichtssagend und brachte daher keinen Anlass, die gute Laune zu trüben, in welcher die Börsen das abgelaufene Jahr beschlossen. Die deutschen Börsen und auch die unsrige sind im neuen Jahr bedächtiger vorangegangen, und wenn auch die abgelaufene Woche sich durch eine feste und günstige Haltung auszeichnete, so hat doch die Kursaufbesserung im Allgemeinen nur bescheidene Fortschritte gemacht.

Oesterr. Fonds behaupteten sich auf den Notirungen zu Ende der Vorwoche und schlossen zum Theil eine Kleinigkeit höher. Für Kapitalanlagen wurden grössere Posten von 5pCt. neuen englischen Metalliques genommen, das Effekt hat ein sehr solides Publikum und ist namentlich auch in Norddeutschland eingebürgert. 1860er Loose beliebt und in regem Verkehr. Kreditloose verfolgten nach der Ziehung eine steigende Tendenz.

Süddeutsche Fonds aller Gattungen für die gewöhnlichen Kapitalanlagen am Jahreswechsel gesucht und theilweise höher bezahlt. Von ausländischen Fonds war einige Frage für 5pCt. neue Russen. Amerikaner verkehrten zu steigenden Kursen und 1862er gingen um $1\frac{1}{4}$ pCt. höher als in der Vorwoche auf $47\frac{5}{8}$.

Von Kreditaktien schlossen Oesterreichische die Woche zu $179\frac{1}{2}$ mit einer Kursavance von fl. 2; Darmstädter und Meininger folgten dem von Berlin aus gegebenen Impuls; erstere holten sich die Woche fl. 10 und steuern somit rüstig dem Parikurs zu, welchen die Meininger um eine Kleinigkeit überschritten haben. Sollte das Vorgehen der norddeutschen Bank, über welches unser Berliner Korrespondent berichtet, die andern in ähnlicher Lage befindlichen Kreditinstitute nicht zur Nachahmung aneifern. Freilich wird sich erst deutlich zeigen müssen, dass bei dem grösseren Publikum eine erneute nachhaltige Kauflust für derartige Werthpapiere sich wieder eingestellt hat; vorläufig scheint eine solche noch nicht in genügender Weise zum Durchbruch gekommen zu sein. — Von Zettelbanken Frankfurter Bank in andauernder Gunst und um weitere 2 pCt. gestiegen. Oesterr. Nationalbank fest zu wenig verändertem Kurse.

Von Eisenbahn-Aktien haben wir namentlich eines erheblichen Steigens der bayer. Ostbahnen zu gedenken; sie waren in der verflossenen Woche sehr gesucht und sind um fast 3 pCt. auf $114\frac{1}{2}$ gestiegen. Pfälzische Linien behauptet; Bexbacher ex Div. bis $146\frac{3}{4}$ bezahlt. Hess. Ludwigsbahn bleiben in steigender Tendenz. — Bereits mehrfach wurde in den öffentlichen Blättern des Verkaufs der schleswig'schen Bahnen an ein hiesiges Bankhaus erwähnt. Wir vernehmen jetzt über den Sachverhalt, dass die Civilkommissäre Oesterreichs und Preussens dem hiesigen Bankhause von Erlanger und Söhne die Genehmigung zur Bildung einer neuen Gesellschaft behufs Uebernahme der vorhandenen Bahnen und zur Vervollständigung des Bahnnetzes ertheilt haben. Das erforderliche Kapital von 10 Millionen Thaler wird zur Hälfte durch Emission von Aktien, zur Hälfte durch Ausgabe von Obligationen aufgebracht werden. — Von E.-B.-Prioritäten waren böhmische und österr. Westbahn II. Emission für Kapitalanlage gesucht und erhöhten sich im Kurse; auch in Südbahn und Livornesern fand lebhafter Umsatz statt; bei letzterer bewährt vorzüglich die vor Kurzem stattgehabte starke Ausloosung, durch welche mancher Besitzer einen schönen Kapitalgewinn gemacht hat, ihre Anziehungskraft.

Geldstand unverändert; der Diskont im Privatverkehr hält sich auf $4\frac{3}{4}$; es ist wenig erstes Papier am Markt. Von fremden Wechseln hält sich Amsterdam noch immer hoch auf 101; London kurze Sicht zu 118, Paris $93\frac{3}{4}$ bezahlt. (Akt.)

Hiezu die Beilage: „Würzburger Anzeiger“.

Verantwortlicher Redakteur: A. Hartmann.
Druck und Verlag der Stahel'schen Buch- und Kunsthandlung in Würzburg

Cours der Staatspapiere.

Oesterr.	5 pCt. Met. (Cp. i. S. b. R.)	—
„	5 pCt. Lomb. ditto. à 24	—
„	5 pCt. Engl. Met. v. 1852	$80\frac{1}{8}$ P.
„	5 pCt. Engl. Met. v. 1859	$78\frac{3}{4}$ P. $\frac{1}{2}$ G.
„	5 pCt. Venet. Coupon b. R.	$82\frac{3}{8}$ P.
„	5 pCt. Nationalanl. v. 1854	$67\frac{5}{8}$ G.
„	5 pCt. Metall. Obligation.	$60\frac{1}{4}$ G.
„	$4\frac{1}{2}$ pCt.	$53\frac{1}{4}$ P.
Preussen	$3\frac{1}{2}$ pCt. Staatsschuldsch.	$90\frac{1}{2}$ G.
Bayern	$4\frac{1}{2}$ pCt. Obl. 1jähr. dto.	101 G.
„	$4\frac{1}{2}$ pCt. Obl. $\frac{1}{2}$jähr. dto.	$101\frac{3}{8}$ G.
„	4 pCt. Obl. 1jähr. dto.	$98\frac{3}{4}$ G.
„	4 pCt. Obl. $\frac{1}{2}$ jähr. dto.	$98\frac{1}{4}$ P.
„	4 pCt. Obl. Ab.-R. dto.	$98\frac{1}{4}$ G.
„	$3\frac{1}{2}$ pCt. Obl. dto.	—
Württemb.	$4\frac{1}{2}$ pCt. Obl. b. Rothsch.	105 G.
„	$3\frac{1}{2}$ pCt. Obl. dto.	$96\frac{5}{8}$ G.
Baden	$4\frac{1}{2}$ pCt. Obl.	—
„	$3\frac{1}{2}$ pCt. Obl. v. 1842	91 G.
Gr. Hess.	$4\frac{1}{2}$ pCt. Obl.	—
„	4 pCt. Obl. b. Rothsch.	$101\frac{1}{4}$ P.
„	$3\frac{1}{2}$ pCt. Obl. dto.	$96\frac{1}{4}$ G.
Nassau	$4\frac{1}{2}$ pCt. Obl. dto.	$102\frac{1}{4}$ P.
„	4 pCt. Obl. dto.	$99\frac{3}{4}$ P.
„	$3\frac{1}{2}$ pCt. Obl. dto.	—
Frankfurt	$3\frac{1}{2}$ pCt. Obl.	$95\frac{1}{2}$—$\frac{1}{8}$ P.
„	3 pCt. Obl.	90 G.
Spanien	3 pCt. Inl. Sch. P. à fl. 2. 30	—
„	$2\frac{1}{4}$ pCt.	—
Schweden	$4\frac{1}{2}$ pCt. Obl. à 105 Thlr.	$93\frac{1}{8}$ P.
N.Amerika	6 pCt. à 100fl. 1881 D. $2\frac{1}{2}$	—
„	6 pCt. ditto r. 1882	$48\frac{5}{8}$—$\frac{1}{8}$ G.

Diverse Aktien.

Frankfurter Bank à fl. 500 . . .	146 G.
K. K. Oesterr. National-Bankaktien	795 G.
Oesterr. Kreditbank-Aktien à fl. 200	182—$81\frac{1}{2}$ G.
Bayer. Hypothekenb. Pfandbriefe 4 pCt.	98 P.
Darmst. Bank 1. u. 2. Serie à fl. 250	231 G.
Weimarische Bank à Thlr. 100 . .	$99\frac{1}{4}$ P.
Mitteldeutsche Kreditaktien . . .	100 P.
Intern. Bank in Lux. à 250 Frs. à 28 kr.	—
Taunus-Eisenbahn à fl. 250 . . .	347 G.
Frankfurt-Hanauer-Eisenbahn . . .	98 P.
Oest. F.St.Eisb. 5pCt. 500 Fr. à 28 kr.	—
„ Elisab.-Eisenbahn 5 pCt. . .	114 G.
Böhm. Westbahn-Aktien à fl. 200 6/7	71 G.
Rhein-Nahe-Bahn 200 Thl. à 105 4pCt. Z.	$27\frac{3}{8}$ G.
Ludwigshafen-Bexbacher à 4 pCt. .	—
dto. dto. Prior. à 4 pCt.	98 G.
Pfälz. Maxb. b. Rothschild à $4\frac{1}{2}$ pCt.	104 G.
Oest. St.-Eisenb. Prior.-Oblig. à 3 pCt.	$60\frac{5}{8}$ P.
Elisab.-Bahn Prior. 5 pCt. 6/7	76 G.
Südd. Bank-Akt., 30 pCt. Einz.	255 G.
Span. Handels- und Industrie . .	—
Bayr. Ostbahn à $4\frac{1}{2}$ pCt. volleinbez.	$114\frac{1}{8}$P. $113\frac{7}{8}$G.
Bayer. Ostbahn mit 60 pCt. Einz.	$114\frac{1}{2}$ G.

Wechsel
in süddeutscher Währung.

Amst. fl. 100 k. S.	101 G.
Antwerp. Frs. 200 k. S.	$93\frac{1}{4}$ G.
Augsb. fl. 100 k. S.	$99\frac{7}{8}$ P.
Berlin Th. 60 k. S.	$104\frac{7}{8}$ P.
Brem. 50 Th. Ld. k. S.	$96\frac{1}{2}$ P.
Brüssel Frs. 200 k. S.	93 G.
Cöln Thlr. 60 k. S.	$104\frac{7}{8}$ P.
Hamb. MB. 100 k. S.	$88\frac{5}{8}$ G.
Leipzig Th. 60 k. S.	$104\frac{7}{8}$ P.
London Lst. 10 k. S.	118 G.
Lyon Frs. 200 k. S.	—
Mail. Frs. 200 . .	$93\frac{1}{2}$ P.
München fl. 100 k. S.	100 P.
Paris Frs. 200 k. S.	$93\frac{5}{8}$ G.
Petersburg 60 S.-R.	—
Triest fl. 100 k. S.	—
Wien fl. 100 ö. W.	—
do. in öst. W. l. S.	$101\frac{1}{8}$ G.
Disconto	5 pCt. G.

Anlehens-Loose.

Oesterr. fl. 250 v. 1839	—
„ fl. 250 v. 1854 mit 4pCt.	74 P. $73\frac{1}{2}$ G.
„ fl. 500 v. 1860 6/7	$82\frac{7}{8}$—$\frac{5}{8}$ G.
„ fl. 100 Kisb. L. v. 1858.	127 G.
„ do. v. 1864.	$85\frac{3}{8}$ P.
Schwed. 10 Thlr. Loose	$9\frac{3}{8}$ P.
Badische fl. 50	—
Badische fl. 35	$52\frac{3}{4}$ P.
Kurhess. Thlr. 40 b. R.	$54\frac{3}{8}$ P.
Gr. Hessen fl. 50 b. R.	$139\frac{1}{2}$ P.
„ fl. 25 do.	$39\frac{1}{2}$ P.
Nassau fl. 25 bei Rothsch.	35 G.
Sardinische Fr. 36 b. R.	—
Neuchateler 10 Frs.-Loose	—
Freiburger 15 Frs.-Loose	—
Mailänder 45 Frs. L. b. R.	—
St. Lüttich mit $2\frac{1}{2}$ pCt. Z.	—
Ansb.-Gunzenh. fl. 7-L.	11 P. $10\frac{3}{4}$ G.

Frankfurt, 9. Jan. Die Börse eröffnete durch starke Käufe der Arbitrage mit höheren Kursen, die sich durch Realisationen für die Medioliquidation der nur nach einer Seite gerichteten Spekulation nicht ganz behaupteten. Geld für Wechsel, Diskonto und den Tagesbedarf sehr flüssig. (Synd.)

An die
Hof- und Staatsbibliothek
Würzb. Ztg. München.

Neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht!

№ 11. | Vorausbezahlung: Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 1 fl. 30 kr. Bei Inseraten wird die dreispaltige Zeile in gewöhnlicher kleiner | 62. Jahrgang. | Schrift oder deren Raum im Hauptblatte mit 6 kr., im Anzeiger mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franco. | Mittwoch, 11. Januar 1865.

Oesterreichs bester Freund.

Der „Publizist", eines der Leiborgane Bismarck's, hat die Aufgabe übernommen, den Oesterreichern, welche die Politik, die Ziele und Bestrebungen seines Brodherrn nicht genug anbetungswürdig finden, auf gut preußisch den Text zu lesen. Oesterreich möge Preußen in den Elbherzogthümern nur gewähren lassen, denn ändern könne es ja doch nichts und zudem wäre die Auflösung der Allianz für Oesterreichs Stellung in Deutschland und Italien sehr gefährlich. Ein verbreitetes österreichisches Blatt sieht sich durch diese Auslassungen zu folgenden bitteren Bemerkungen veranlaßt:

„Nachdem Oesterreich einen schweren und kostspieligen Krieg geführt, nachdem unsere Soldaten mit ihrem besten Herzblut geholfen haben, die Herzogthümer zu erobern, kommt Preußen, das gerne die Früchte des Sieges allein ernten möchte, und belehrt uns, daß wir eigentlich gar keine Ursache haben, um das zu fragen, was mit den eroberten Ländern geschehen werde. Mit einem Cynismus, der eben nur in der preußischen Junkerpartei zu finden ist, verlangt man von uns, alle Handlungen Preußens in den Herzogthümern zu gestatten, nachdem die preußischen Zwecke hinlänglich bekannt und gewürdigt sind. Man gibt sich nicht mehr die Mühe, seine Absichten irgendwie zu bemänteln, nein, ohne Versprechungen, ohne Garantien sollen wir dulden, was Preußen zu thun für gut finden wird.

„Aber nicht genug damit. Oesterreichs Nachgiebigkeit wird eigentlich als etwas ganz Natürliches gefordert, denn mit einer Unverschämtheit, die jedem ehrlichen Oesterreicher die Schamröthe in das Gesicht jagen muß, schleudert man uns die Behauptung zu, daß wir eigentlich doch nichts daran ändern könnten. Wir wissen nicht, wie man sich das in Preußen vorstellt; meint man dort im Ernst, daß Oesterreich nicht mehr stark genug sei, den preußischen Rechtsbruch zu hindern, oder baut man auf Oesterreichs Lage, die eines Alliirten bedürfe? So oder so genommen, bleibt es eine Beleidigung der stärksten Qualität; denn ob wir nicht im Stande seien, unser Miteigenthum an den Herzogthümern zu behaupten, oder ob wir uns in Aussicht auf künftige Hilfe jeden Fußtritt Preußens müssen gefallen lassen, — die eine Zumuthung ist so demüthigend, wie die andere.

„Ein eigenthümliches schmerzliches Gefühl muß jeden Patrioten durchzucken, wenn man liest, wie bei solchen Vorkommnissen die Organe unserer Regierung der preußischen Allianz Lobpsalmen singen. Ist es mit dem großen, mächtigen Oesterreich schon so weit gekommen, daß ein Bismark uns Solches zu bieten wagt und dennoch unser guter Freund bleibt?"

Das angeführte Blatt mag dies nicht glauben, aber bei der gegenwärtigen österreichischen Politik muß es dies doch glauben.

(Amtliche Nachrichten.) **München**, 9. Januar. Se. Maj. der König hat die kathol. Pfarrei Moosbach, Bezirksamts Viechtach, dem Priester W. Obermair, Benefiziat in Obereulenbach, Bezirksamts Kelheim, übertragen; die kathol. Pfarrei Thann, Bezirksamts Pfarrkirchen, dem Priester M. Gradl, Pfarrvikar in Beuerbach, Bezirksamts Griesbach, und das Frühmeß-Benefizium in Holzheim, Bezirksamts Neu-Ulm, dem Priester Jos. Jaeckle, Benefiziat in Weißenhorn, Bezirksamts Illertissen, übertragen. (B. Z.)

Berichtigung. In den vorgestern mitgetheilten Diensiesnachrichten, welche die mit der Vornahme von mikroskopischen Untersuchungen in strafrechtlichen Fällen Betrauten aufführen, sind zwei Namen unrichtig angegeben; man lese: für das Medizinal-Komite an der Universität Erlangen wurde der Suppleant desselben, Prof. Dr. Zenker, und für das Medizinal-Komite an der Universität Würzburg wurde Prof. Dr. Förster mit der Ausführung jener Untersuchungen betraut.

München, 7. Jan. Der Gesetzgebungsausschuß der Kammer der Abgeordneten nahm in der ersten Sitzung dieses Jahres, über die wir, nachdem wir schon gestern von derselben Notiz genommen, in Folgendem einen ausführlichen Bericht der „A. Z." bringen, nach der kurzen Unterbrechung über die Feiertage die Bestimmungen des Entwurfes über das Institut der Gerichtsvollzieher (Art. 86—89) mit den vom Ausschuß-Referenten v. Neumayr

---

Feuilleton.

Gneisenau.

(Schluß.)

Wenn ein so tief gebildeter, umsichtiger und besonnener Beobachter wie Gneisenau Preußens politische Machtstellung aufs Tiefste erschüttert, ja für den Augenblick fast rettungslos verloren sah, mit welchen mächtigen, noch kaum verstandenen, kaum geahnten Faktoren eines neuen Staatslebens mußte der Umbau und die Rettung vollbracht werden!

In dem noch frei gebliebenen Theile des Landes wurden die Rüstungen gegen Frankreich fortgesetzt und Gneisenau erhielt Befehl, in Königsberg ein Füsilier-Bataillon zu errichten. Zugleich ernannte ihn der König unterm 17. Dezember 1806 zum Major. Seltsamer Zufall! Mit der Ernennung Gneisenau's zum Stabs-Offizier erfolgte gleichzeitig durch Kabinetsordre die Abschaffung des Zopfes im preußischen Heere!

Zu Königsberg, wo Gneisenau im Hause der Prinzessin Louise Radziwill mit Stein, Hardenberg, Niebuhr, Humboldt, Clausewitz in freundschaftlichem Verkehr lebte, entwarf er den kühnen Plan eines großartigen Seeunternehmens. Durch die gemeinschaftliche Landung preußischer, englischer, schwedischer und russischer Truppen im Rücken des französischen Heeres sollte das letztere zu einem raschen Rückzuge aus Norddeutschland veranlaßt werden. Schon war man der englischen Zustimmung sicher, als General Zastrow, der zur französischen Partei hielt, das auswärtige Ministerium übernahm, den Plan fallen ließ und Gneisenau selbst, um ihn loszuwerden, als Brigadier mit vier neu errichteten Bataillonen nach Neuostpreußen schickte. Er hatte sein Standquartier dicht an der russischen Grenze. Die unwegsame, unwirthliche Gegend dieses Theiles von Polnisch-Lithauen war ein Asyl, welches der Feind noch nicht betreten hatte, und darum für die Neubildung des preußischen Truppenkörpers ausersehen. Von hier aus führte Gneisenau im März 1807 auf königlichen Befehl zwei pommersche Bataillone nach Danzig. Sie mußten, um in die Stadt zu gelangen, den Weg zur See nehmen; doch hatte Gneisenau, der ihnen vorangeeilt war, dem Könige vorher in Königsberg Bericht über die ihm anvertraute Brigade erstattet. Zu gleicher Zeit war dort ein Bote aus dem belagerten Colberg eingetroffen mit einem Briefe des alten Nettelbeck, der flehentlichst um einen braven Kommandanten bat. Da erkannte der König sofort in Gneisenau den Mann, den er bedurfte, um der bedrängten Festung den rechten Vertheidiger zu geben. Der Eindruck, welchen Gneisenau's Persönlichkeit erweckte, muß höchst bedeutend gewesen sein. Denn als der Kabinetsrath Beyme ihm auf der Treppe begegnete und dann im Vorzimmer den Colberger Abgeordneten traf und den Gegenstand seines Auftrages erfuhr, bemerkte er zum Könige: „Ich habe beim Herausgehen den Offizier gesehen, der diese Aufgabe übernehmen kann, die schwierigste in dieser Zeit."

Am 4. April rückte Gneisenau mit seiner Mannschaft in Danzig ein, doch schon am 19. berief ihn eine königliche Kabinetsordre sofort nach Colberg als Kommandanten, da der bisherige, Oberst v. Loucadou, weder die Kraft noch die Fähigkeit besaß, die Festung auf die Länge zu halten. Die Vertheidigung Colbergs war die erste große Waffenthat, die Gneisenau's Namen in der vaterländischen Kriegsgeschichte unsterblich macht, die seine höhere kriegerische Bestimmung, für die er rastlos in der Stille mehr als ein halbes Leben sich vorbereitet, auf das glänzendste nachwies, seine Kenntnisse, seinen Scharfblick, Muth und Ausdauer und —

vorgeschlagenen Modifikationen an. Der Referent hatte hiezu den Antrag eingebracht: die Verhältnisse der Gerichtsvollzieher in Bezug auf dienstliche Stellung und Disziplin durch die im Verordnungswege zu erlassende Gerichtsvollziehers-Ordnung zu regeln, und auch die Gebühren durch Verordnung festzusetzen. Abgeordneter Umbscheiden schlug dagegen vor, die Gerichtsvollzieher-Ordnung im Gesetzesweg zu regeln und nur die Gebühren durch Verordnung zu bestimmen. Der Zusammenhang dieser Frage mit der analogen Frage bezüglich der Anwaltsordnung, welche in der Sitzung vom 17. vor. Mts. eine wesentliche Meinungsverschiedenheit zwischen dem Vertreter der Staatsregierung und dem gesammten Ausschuß über das Hereingreifen der Verfassungbestimmung Tit. VII. § 2, wonach die Anwaltsordnung nach der einstimmigen Ansicht des Ausschusses nur im Gesetzesweg zu regeln sei, zu Tage förderte, gab dem Abg. Dr. Völk Gelegenheit, es dem anwesenden Justizminister v. Bomhard anheimzugeben, sich zu äußern: ob die Ansicht des Ministerialkommissärs Dr. Weis vom 17. v. M. von dem Minister gebilligt werde. Der Justizminister v. Bomhard erwiederte hierauf: er gehe von der Ansicht aus, daß es bei dem vorliegenden Gesetzgebungswerk jedenfalls förderlich sein werde, wenn das bei jedem derartigen Werk unentbehrliche Vertrauen von jeder Seite aufrecht zu erhalten gesucht werde. Um nun hiezu Seitens der Staatsregierung beizutragen, spreche er sich über den von Dr. Völk angeregten Gegenstand aus. Er glaube, daß der k. Ministerialkommissär nicht richtig verstanden worden sei, wenn man in seiner Aeußerung die Behauptung gefunden habe, als ob die Staatsregierung gesonnen sei, den Anwaltsstand gewissermaßen von den Garantien des Tit. VII. § 2 der Verfassungsurkunde zu eximiren. Die Staatsregierung sei weit entfernt, in Bezug auf die Ordnung der Verhältnisse der Anwälte, in der neuen Prozeßordnung von einem solchen Standpunkt auszugehen. Allein die Staatsregierung müsse doch in Bezug auf die Beurtheilung dieser Verhältnisse von der grammatischen Auslegung der Verfassung und von ihrer praktischen Auslegung ausgehen. In ersterer Beziehung erlaube er sich hervorzuheben, daß Tit. VII. § 2 der Verfassungsurkunde von einem allgemeinen Gesetz in Bezug auf Freiheit und Eigenthum der Staatsangehörigen spreche, und daß, wenn man das Wort „allgemein" nicht übersehe, dem gegenüber doch ein Gegensatz bestehen müsse. Dieser Gegensatz sei aber wohl darin zu finden, daß, wenn spezielle Verhältnisse zu regeln sind, die Staatsregierung keinesfalls einer Ermächtigung bedürfe, hierüber eine Verordnung zu erlassen, welche Freiheit und Eigenthum einzelner Klassen von Staatsbürgern betrifft. Was den zweiten Punkt, die bisherige praktische Uebung, betreffe, so erlaube er sich darauf hinzuweisen, ob denn bezweifelt werden könne, daß die dienstlichen Verhältnisse einzelner Klassen von Bediensteten in einer Weise geordnet werden können, die ihre Freiheit und ihr Eigenthum allerdings in einem gewissen Grad zu beeinträchtigen im Stande sei? Könne man bezweifeln, daß z. B. Eisenbahn- oder Postbedienstete Geldstrafen unterworfen werden könnten, wenn sie sich in ihren dienstlichen Verhältnissen Uebertretungen von Verordnungen zu Schulden kommen lassen, die ihre dienstlichen Funktionen regeln? Die Staatsregierung habe, was den Anwaltstand betreffe, keinen andern Gedanken gehabt, als daß die dienstlichen Verhältnisse, und namentlich die Disziplinarstrafen und das Disziplinarverfahren, im Wege der Verordnung geregelt werden sollen, und in dieser Beziehung verweise er auf die Vergangenheit; die Verordnung von 1822 sei als ein erheblicher Anhaltspunkt nicht bei Seite zu lassen. Sie spreche Geld- und Freiheitsstrafen gegen Anwälte aus, und bestehe seit 42 Jahren in anerkannter Wirksamkeit. Es beweise dies, daß man die Sache allgemein von der Seite aufgefaßt habe, wie sie die k. Staatsregierung ansehe. Uebrigens würde man sich sehr irren, wenn man glaubte, die Staatsregierung gehe von der Anschauung aus, dem Anwaltsstand eine untergeordnetere und weniger würdevolle Stellung zu geben, als er bis jetzt habe. Die Staatsregierung sei vielmehr der Ueberzeugung, daß dem Anwaltstand bei seiner Wirksamkeit in der neuen Prozeßordnung eine weit würdevollere und höhere Stellung eingeräumt werden müsse, als dies wenigstens in den diesseitigen Kreisen bisher der Fall gewesen. Die Staatsregierung sei allerdings der Ueberzeugung, daß hiezu von Seite der Anwälte selbst künftighin das meiste geschehen müsse; daß dies aber auch geschehen werde, sei im Hinblick auf das System des neuen Prozesses nicht zu bezweifeln. Die Staatsregierung sei aber der Ansicht, daß bezüglich der Erlassung einer solchen Verordnung für dienstliche Gegenstände und Disziplin die Nothwendigkeit der Ermächtigung für die Regierung aus Tit. VII. §. 2 der Verfassungsurkunde nicht geschöpft werden könne. Ausschußvorstand Dr. Pözl wies dagegen darauf hin, wie auch die dienstlichen Verhältnisse und die Disziplin der Staatsdiener durch ein Verfassungsgesetz (Beilage IX. der Verfassungsurkunde, die sogenannte Dienstespragmatik) und aus der neuesten Zeit die Dienstesverhältnisse ꝛc. der Notare durch das Notariatsgesetz vom 10. Nov. 1861 geregelt worden seien. Dr. Völk konstatirte, daß aus der Aeußerung des Staatsministers nicht zu entnehmen sei, daß der Ministerialkommissär Dr. Weis in der Sitzung vom 17. vor. Mts. irgendwie nicht verstanden worden. Man sei keineswegs der Ansicht gewesen, daß es sich darum handle, dem Anwaltsstand verfassungsmäßige Garantien der Freiheit und des Eigenthums zu entziehen, sondern darum, daß die Staatsregierung aus Tit. VII. § 2 der Verfassungsurkunde das formelle Recht nicht schöpfen könne, die Anwaltsordnung im Verordnungsweg zu erlassen. Eine im Verordnungsweg erlassene Anwaltsordnung biete eben nicht diejenigen Garantien, welche für die Sicherheit und Unabhängigkeit des Anwaltsstandes unumgänglich nöthig seien. Min.-Kommissär Dr. Weis bemerkte, daß er jedenfalls in der Sitzung vom 17. v. M. mißverstanden worden sei.

---

auch den Geist edler Menschlichkeit, der sich den hohen militärischen Eigenschaften Gneisenau's so wohlthuend verband, in das volle Licht stellte.

Nach dem traurigen Frieden von Tilsit wurde er nach Memel berufen, um an der nothwendigen Umbildung des Heeres unter dem genialen Scharnhorst theilzunehmen. Zu diesem Behufe stellte er folgende leitende Ideen auf: „Die Aufgabe ist, eine von andern Völkern beneidete Konstitution zu haben; dabei die Mittel vorbereitet, um zur entscheidenden Stunde gerüstet dazustehen, andere Staaten zu überleben. Dahin führt Wohlstand, Aufklärung, Sittlichkeit, bürgerliche Freiheit; ein Volk, arm, recht unwissend und sklavisch, wird es nie mit einem an Hilfsmitteln und Kenntnissen reichen aufnehmen können. Um ein ganzes Volk zu Soldaten zu machen, muß ihnen mitten im Frieden militärischer Geist eingeflößt werden." In diesem Sinne arbeitete Gneisenau, der indeß neue Beweise der königlichen Gnade empfangen hatte, theoretisch und auch praktisch an dem großen Werke der Neugestaltung. Das Joch der Fremdherrschaft wurde dabei mit jedem Tage drückender, da es Napoleon darauf abgesehen zu haben schien, den preußischen Staat zu vernichten. Vergebens drängten Stein und seine Freunde zu einem energischen Handeln; der König konnte zu keinem festen Entschlusse kommen, und außerdem lähmte die Gegenpartei die Thatkraft der Patrioten, welche, durch die Vorgänge in Spanien neu belebt, an einem Bündnisse mit Oesterreich und einer allgemeinen deutschen Erhebung im Stillen arbeiteten. Stein wurde gezwungen, abzutreten und von Napoleon geächtet. Gneisenau, der sich im Mittelpunkt der geheimen Pläne befand und den lebhaftesten Antheil daran nahm, erhielt den ehrenhaften Auftrag, Stein zu warnen und für seine Sicherheit Sorge zu tragen. Oesterreich begann den Krieg von 1809 auf eigene Hand und wurde trotz der tapfersten Gegenwehr besiegt.

In dieser Zeit hatte Gneisenau den Plan zu einer preußischen Legion gefaßt, welche in österreichische Dienste unter seiner Führung treten sollte. Sein Vorschlag wurde jedoch nicht angenommen; auch Blücher drang nach der Schlacht bei Aspern in den König, sich an dem Kampfe zu betheiligen und mit einem preußischen Corps über die Elbe zu rücken. Noch ehe ein Entschluß gefaßt wurde, hatte Oesterreich den übereilten Wiener Frieden geschlossen. In Folge desselben wurden auch die preußischen Verhältnisse immer trauriger, jede Hoffnung schien erloschen, die Aussicht auf Wirksamkeit den wahren Vaterlandsfreunden benommen. Unter diesen Umständen führte Gneisenau seinen längst gefaßten Entschluß aus und forderte seinen Abschied, um frei und ungehindert Verbindungen in England, Schweden und Rußland für die Zukunft anknüpfen zu können. Der König war mit diesem Schritte einverstanden, ertheilte ihm den verlangten Abschied mit einem Gnadengeschenk von 2000 Dukaten, worauf Gneisenau zunächst nach London ging. Seine Rathschläge wurden jedoch daselbst nicht gehört, und statt einer Landung an der Weser und Elbe die unglückliche Expedition nach Walchern unternommen. Auch in Schweden und Rußland fand er nicht die gehoffte Aufnahme, so daß er unverrichteter Sache, aber reich an neuen Erfahrungen und Erlebnissen in die Heimath zurückkehrte, wo er einstweilen in tiefster Verborgenheit und Zurückgezogenheit lebte, bis die kommenden Ereignisse, der Feldzug Napoleons gegen Rußland und der Brand von Moskau ihn von Neuem auf den Kriegsschauplatz riefen, um eine der bedeutendsten Rollen in dem Befreiungskampfe zu übernehmen. — Bis zu diesem wichtigen Punkte reicht der erste Theil des ausgezeichneten Werkes.

Digitized by Google

Wenn es sich um die Regelung allgemeiner Rechtsverhältnisse auch nur einer Person handle, so sei nach Tit. VII. § 2 der Verfassungsurkunde ein Gesetz nothwendig, sobald es sich um Freiheit und Eigenthum von Staatsangehörigen handle. Hier handle es sich nicht darum, die allgemeinen Rechtsverhaltnisse des Advokatenstandes zu regeln, sondern dessen dienstliche Verhältnisse zu normiren. Das sei seine Behauptung in der Sitzung vom 17. v. M. gewesen. Dr. M. Barth äußerte sich im versöhnlichen Sinn. Die Grenzen zwischen Gesetz und Verordnung seien schwierig festzustellen. Selbst in England, dem konstitutionellsten Lande, herrsche hierüber Unklarheit. Nur bestehe dort der wesentliche Unterschied, daß sich die Staatsregierung dem Wunsche der Volksvertretung, einen Gegenstand durch Gesetz zu regeln, nicht widersetze. Wohl unter dem Eindruck der Debatte wurde unter Verwerfung des Vorschlags des Referenten der Antrag des Abg. Umbscheiden, auch die Gerichtsvollzieher-Ordnung nur im Wege des Gesetzes zu erlassen, dagegen die Gebühren durch Verordnung festzusetzen, mit allen gegen drei Stimmen (v. Neumayr, Wiedenhofer und Dr. Schmitt) angenommen. Abg. Dr. Edel war in der Sitzung nicht anwesend. Den Schluß der Sitzung füllte die redaktionelle Feststellung der frühern Beschlüsse über die Bevollmächtigung theils nach den Vorschlägen des Referenten v. Neumayr, theils nach jenen des Ausschußsekretärs Dr. M. Barth.

München, 9. Jan. Das Erscheinen des Armeebefehls dürfte in weitere Ferne gerückt sein, als anfänglich beabsichtigt gewesen. Durch das längere Offenlassen erledigter Stellen werden übrigens jene Erübrigungen erzielt, welche eine Vorlage an den Landtag bezüglich einer Gageaufbesserung von 1200 fl. beginnend um so eher ermöglichen, als die Mittel hiezu dann auch schon parat liegen dürften. (M. N. N.)

Nürnberg, 10. Jan. Die Behufs Gründung eines Volksvereins gestern Abend im Saale eines hiesigen Kaffeehauses abgehaltene Versammlung hat, nachdem die Herren Advokat Dr. Frankenburger, Wilhelm Heinrichsen, Advokat Dr. Erhard und Landtagsabgeordneter K. Crämer gesprochen, mit Konstituirung des Vereins durch Annahme eines Statutenentwurfs, Einzeichnung vieler Anwesenden in eine Mitgliederliste und Wahl der Vorstände und des Ausschußes geschlossen. Als erster Vorsitzender wurde Herr K. Crämer, als zweiter Herr Dr. Erhard gewählt.

Wien, 9. Jan. Im Unterhaus wurde heute eine Mittheilung des Staatsministers verlesen, nach welcher der Kaiser Franz Joseph die Adresse des Abgeordnetenhauses entgegengenommen und den Staatsminister beauftragt hat, dies dem Hause mitzutheilen.

Berlin, 9. Jan. Das Kammergericht bestätigte in seiner heutigen Sitzung das Urtheil der ersten Instanz gegen Johann Jakoby und Wackernagel bezüglich sechs, resp. viermonatlichen Strafmaßes wegen Majestätsbeleidigung.

Darmstadt, 10. Jan. Bei der Berathung der Strafprozeßordnung in der ersten Kammer erfolgte von 24 anwesenden Mitgliedern einstimmig die Zustimmung zu den Beschlüssen der Minorität der zweiten Kammer und zum Regierungsentwurf, so daß bei der beabsichtigten Stimmendurchzählung die Annahme des Gesetzes gesichert ist.

Mainz, 10. Jan. Auf den Antrag unserer und der badischen Regierung wird in den nächsten Tagen eine amtliche, von den betreffenden Wasserbauverständigen sämmtlicher Rheinuferstaaten auszuführende Untersuchung des Fahrwassers von Unterwalluff bis Bingen stattfinden. Gleichzeitig wird die Rheinschifffahrts-Central-Kommission in einer außerordentlichen Zusammenkunft über die Mittel und Wege verhandeln, welche geeignet sind, dem unfahrbaren Zustande des Rheins auf der bezeichneten Strecke ein rasches Ende zu machen und dadurch die Schifffahrt von einem Hinderniß zu befreien, unter welchem nicht blos die Schifffahrt, sondern auch die Industrie und insbesondere die Kohlenkonsumtion in hohem Grade leiden. (Fr. J.)

Aus Holstein. Der Kaiser von Oesterreich hat bekanntlich die Annahme einer Adresse abgelehnt, welche von 17 schleswig-holsteinischen Grundbesitzern ausging und den Anschluß der Herzogthümer an Preußen erbat. Gegen jene Adresse ist nun von 127 schleswig-holsteinischen Gutsbesitzern eine Gegenadresse an den Kaiser von Oesterreich und den König von Preußen gerichtet worden, worin gesagt wird: „Allergnädigste Herren! Hören Sie nicht auf die Stimme jener 17 Männer, welche den von Ew. Majestäten herrlichen Truppen zu unserer Befreiung geführten Krieg mit Widerwillen betrachtet haben und nur zu bereit gewesen sind, hätte die Entscheidung bei ihnen geruht, uns unserem Erbfeinde wieder zu überliefern. Hören Sie vielmehr auf unsere Stimme; es ist die Stimme eines treuen Volkes, welches nichts will, als was es im tiefsten Herzen für sein Recht hält: das Recht, als ein Glied des großen deutschen Volkes unter seinem ihm von Gott gegebenen Fürsten zu leben. Vorenthalten Sie uns dieses Recht nicht länger; lassen Sie daher die von Ihnen angeordnete provisorische Verwaltung unseres Landes aufhören und übergeben Sie selbiges dem Herzoge Friedrich VIII. Dieser wird in Übereinstimmung mit der gesetzmäßigen Landesvertretung bestimmt gern Alles, was im wahren Interesse Deutschlands gefordert werden kann, einräumen." In Berlin, wo man die Siebzehner-Adresse sehr beifällig aufnahm, ist die der 127 natürlich sehr unwillkommen.

Kopenhagen, 9. Jan. Heute wurden die Sitzungen des Folkethings des Reichstags wieder eröffnet. Hansen und 16 andere Mitglieder der Partei der Bauernfreunde brachten einen Antrag ein, welcher die Aufhebung der in der königlichen Kundgebung vom 2. Oktober 1855 bekannt gemachten Beschränkungen des Grundgesetzes vom 5. Juni 1849, also die Wiederherstellung dieses Grundgesetzes, bezweckt.

Paris, 10. Jan. Der „Moniteur" bringt heute den Bericht des Hrn. Fould über die Finanzlage, dessen Inhalt folgender ist: „Die Decouverts des Jahres 1863 werden um 15 Millionen geringer sein, als vorgesehen war. Das Jahr 1864 wird sehr wahrscheinlich im Gleichgewicht der Einnahmen und Ausgaben abschließen. Im Jahr 1865 werden die Ausgaben des Kriegsbudgets um 21 Millionen, die des Marinebudgets um 23 Millionen sich vermindern. Endlich wird auf das Budget von 1866 aus den Ueberschüssen von 1865 eine Summe von 18 Millionen übertragen werden. Diese Summe würde sich beträchtlich höher stellen, wenn, wie zu hoffen, die außerordentlichen Ausgaben für Krieg und Marine, die im Budget von 1865 noch mit 65 Millionen figuriren, sich allmälig vermindern und endlich ganz verschwinden. Diese glücklichen Ergebnisse seien dem Vertrauen zu danken, welches die Regierung einflöße, und den friedfertigen Gesinnungen, von welchen Europa den Kaiser beseelt wisse. — Der „Moniteur" veröffentlicht außerdem noch den Bericht der Minister Behic und Fould über die Enquette wegen der französischen Bank."

Turin, 2. Januar. Die Folgen der Finanzgesetze Sella's, zumal hinsichtlich des Absatzes von Tabak und Salz, treten für die Regierung immer nachtheiliger hervor. Alle Pächter von Tabakdebits beklagen sich, daß seit dem erhöhten Preis für Cigarren der Verbrauch derselben im Vergleich zu dem frühern fast zur Hälfte herabgeschmolzen sei. Unter den Volksklassen, in welchen früher die Cigarre sehr häufig geraucht ward, ist gegenwärtig fast durchwegs die Pfeife eingeführt worden. Eine weitere Folge ist der Schmuggel, welcher in jüngster Zeit in gewissen Gränzgegenden — zumal nächst der Schweiz — außerordentlich überhand genommen. So kam es in dem Gränzflecken Cermenate vor einigen Tagen zu einem förmlichen Gefecht zwischen den Bewohnern und einer Abtheilung Zollwächter und Gendarmerie. Man läutete Sturm, wechselte Gewehrschüsse, warf Tabak- und Cigarrenballen durch die Fenster und von den Dächern, kurz, es gab eine unbeschreibliche Verwirrung, wobei man von den Bewohnern der Ortschaft die gröbsten Schmähungen und Verwünschungen gegen die Regierung hörte. (Ostd. P.)

Mailand, 4. Jan. Die hiesigen niedern Beamten erhielten erst mit dem 2. d. M. den Gehalt für November, während die höheren Beamten es sehr wohl verstehen, sich nach Verlauf eines jeden Monats denselben regelmäßig bezahlen zu lassen. Ich will nichts von dem Jammer und Elend sprechen, denen Wittwen und Waisen der Beamten ausgesetzt sind, welchen das zweite Quartal für 1864 bis heute noch nicht ausbezahlt wurde. Es sind dies meistens Individuen, welche von der karg ausgemessenen Pension den Hauszins und die unentbehrlichsten Lebensbedürfnisse zu bestreiten haben.

Man liest in der „Mailänder Ztg.": „Es heißt, daß man in Folge der angeordneten Armeereduktion mit dem Verkaufe eines Theiles der Trainpferde begonnen hat. Pferde, welche 800 Fr. gekostet, wurden zu 150 Fr. verkauft, und es soll Oesterreich deren viele angekauft haben. Wollte man sie gegenwärtig neu anschaffen, müßte man sie mit 1000 Fr. bezahlen. Es soll in der Armee eine ziemliche Unzufriedenheit wegen der Abdankung so vieler Offiziere herrschen."

Laut einer Depesche der „Times" aus **New-York**, 28. Dec., ist blos ein Depeschenschiff von Wilmington nach Monroe zurückgekehrt. Das Bombardement der Forts von Wilmington dauerte fort.

Hiezu die Beilage: „Würzburger Anzeiger".

Verantwortlicher Redakteur: A. Hartmann.
Druck und Verlag der Stabel'schen Buch- und Kunsthandlung in Würzburg.

Nr. 667.

Amortisations-Edikt.

Hypothekenbereinigung von Vasbühl betr.

Vom k. Landgericht Werneck.

In den Hypothekenbüchern für Vasbühl sind die nachverzeichneten Kaufschillinge nebst Eigenthumsvorbehalten eingetragen, bezüglich welcher Einträge die Nachforschungen nach den rechtmäßigen Inhabern fruchtlos geblieben und von dem Tage der letzten auf diese Einträge sich beziehenden Handlungen mehr denn 30 Jahre verflossen sind.

Auf Antrag der Besitzer werden anmit alle Diejenigen, welche Rechte an diesen Forderungen zu haben glauben, aufgefordert, solche

binnen 6 Monaten

bei Gericht geltend zu machen, widrigenfalls diese Einträge für erloschen erklärt und die Löschung im Hypothekenbuche vollzogen werden würde.

Werneck, den 10. November 1864.

Der königliche Landrichter.

Huler.

[35] Meisner, Funktionär.

Fortl. Nr.	Name des eingetragenen Schuldners.		Name des eingetragenen Gläubigers.	der Hypotheke Betrag fl.	kr.	Rechtstitel 2c.	Hyp.-Buch Bd.	Seite.
1	Merklein Georg	von Vasbühl.	Die Gläubiger des Andreas Bey in Vasbühl.	38		mit 5% verzinsl. Kaufschilling lt. Strichspr. vom 11. Jan. 1828 und Hypothekeneintrag vom 11. Juni 1828.	I.	389.
2	Willacker Adam	allda	Debitmasse des Nikolaus Willacker in Vasbühl.	8		desgleichen laut Zahlungsanweisung vom 25. Septbr. 1829 und Hypothekeneintrag vom 20. Sept. 1831.	"	475.
3	Dünchner Adam	"	"	20		"	"	459.
4	Willacker Adam	"	"	85		"	"	465.
5	Keller Georg Michel ld.	"	"	24		"	"	469.
6	Zeißner Sebastian	"	"	30		"	"	473.
7	Göpfert Margaretha Wittw.	"	"	43	30	"	"	461.
8	Bey Andreas	"	"	10		"	III.	597.
9	Willacker Adam	"	Die Gläubiger des Andreas Bey in Vasbühl.	35		Wie ad Ziff. 1.	II.	205.
10	Bey Georg	"	"	83		"	I.	361.
11	Schimmel Barbara Wittw.	"	"	70		"	"	363.
12	Bey Georg	"	Die Gläubiger des Kaspar Bey zu Vasbühl.	144		Güterkaufschilling laut Strichsprotokoll vom 24. Febr. 1827 und Hypothekeneintrag vom 26. Nov. 1827.	"	437.
13	Pfister Michael	"	Die Gläubiger des Anton Zeißner von Vasbühl.	130		mit 4% verzinsl. Martini 1826 mit 1830 zahlbarer Güterkaufschilling laut Strichspr. vom 19. Dez. 1825 und Hypothekeneintrag vom 7. Juni 1826.	II.	221.
14	Derselbe	"	"	68		"	"	223.
15	Pfister Michel	"	"	51		"	"	225.
16	Seubert Michel	"	"	83		"	"	227.
17	Derselbe	"	"	171		"	"	229.
18	Derselbe	"	"	130		"	"	231.
19	Derselbe	"	"	30		"	"	233,235.
20	Derselbe	"	"	28		"	"	237.
21	Zeißner Nikolaus	"	"	31		"	"	241.
22	Bey Georg	"	"	123	30	"	"	267.
23	Derselbe	"	"	81		"	"	269.
24	Hart Johann	"	"	75		"	"	243.
25	Walter Kaspar	"	"	40		"	"	271.
				42			"	273.
26	Spahn Johann	"	"	40		"	"	275.
27	Pfister Michael	"	"	65		"	"	277.
				23			"	279.
28	Fenn Georg	"	"	20		"	"	281.
29	Weiß Karl ld.	"	"	45		"	"	283.
				40			"	285.
30	Derselbe	"	"	30		"	"	287.
				22			"	289.

(Fortsetzung folgt.)

Cours der Staatspapiere.

Oesterr.	5 pCt. Met. (Cp. i. S. b. R.)	—
"	5 pCt. Lomb. ditto. à 24	—
"	5 pCt. Engl. Met. v. 1852	80 1/8 P.
"	5 pCt. Engl. Met. v. 1859	78 5/8 G.
"	5 pCt. Venet. Coupon b. R	84 1/2 P.
"	5 pCt. Nationalanl. v. 1854	67 7/8 G.
"	5 pCt. Metall. Obligation.	—
"	4 1/2 pCt.	—
Preussen	3 1/2 pCt. Staatsschuldsch.	91 P.
Bayern	4 1/2 pCt. Obl. 1jähr. dto.	101 1/8 P.
"	4 1/2 pCt. Obl. 1/2jähr. dto.	101 1/4 G.
"	4 pCt. Obl. 1jähr. dto.	98 3/4 G.
"	4 pCt. Obl. 1/2 jähr. dto.	99 1/4 P.
"	4 pCt. Obl. Ab.-B. dto.	98 3/4 P.
"	3 1/2 pCt. Obl. dto.	—
Württemb.	4 1/2 pCt. Obl. b. Rothsch.	105 G.
"	3 1/2 pCt. Obl. dto.	96 1/4 G.
Baden	4 1/2 pCt. Obl.	—
"	3 1/2 pCt. Obl. v. 1842	92 5/8 P. 92 G.
Gr. Hess.	4 1/2 pCt. Obl.	—
"	4 pCt. Obl. b. Rothsch.	101 1/4 P.
"	3 1/2 pCt. Obl. dto.	96 3/4 P.
Nassau	4 1/2 pCt. Obl. dto.	102 1/4 P.
"	4 pCt. Obl. dto.	99 3/4 P.
"	3 1/2 pCt. Obl. dto.	—
Frankfurt	3 1/2 pCt. Obl.	95 1/2 P.
"	3 pCt. Obl.	90 G.
Spanien	3 pCt. inl. Sch. P. à fl. 2. 30	—
"	2 1/4 pCt. " " "	—
Schweden	4 1/2 pCt. Obl. à 105 Thlr.	93 1/2 P.
N.Amerika	6 pCt. à 100Dr. 1861 D. 2 1/2	—
"	6 pCt. ditto r. 1882 "	48 5/8—1/2 G.

Diverse Aktien.

Frankfurter Bank à fl. 500 . . .	146 G.
K. K. Oesterr. National-Bankaktien	800 P. 797 G.
Oesterr. Kreditbank-Aktien à fl. 200	185—84 1/2 G.
Bayer. Hypothekenb. Pfandbriefe 4 pCt.	98 P.
Darmst. Bank 1. u. 2. Serie à fl. 250	232 1/2—231 1/2 G.
Weimarische Bank à Thlr. 100 . .	99 3/4 P.
Mitteldeutsche Kreditaktien . . .	100 P.
Intern. Bank in Lux. à 250 Frs. à 28 kr.	—
Taunus-Eisenbahn à fl. 250 . . .	348 G.
Frankfurt-Hanauer-Eisenbahn . . .	97 1/2 G.
Oest. F.St.Eisb. 5pCt. 500 Fr. à 28 kr.	—
" Elisab.-Eisenbahn 5 pCt. . .	114 G.
Böhm. Westbahn-Aktien à fl. 200 6/7	—
Rhein-Nahe-Bahn 200 Thl. à 105 4pCt. Z.	27 3/4 G.
Ludwigshafen-Bexbacher à 4 pCt. .	—
dto. dto. Prior. à 4 pCt	97 1/2 P. 1/8 G.
Pfälz. Maxb. b. Rothschild à 4 1/2 pCt.	104 1/4 P.
Oest. St.-Eisenb. Prior.-Oblig. à 3 pCt.	50 G.
Elisab.-Bahn Prior. 5 pCt. 6/7	77 P. 76 1/2 G.
Südd. Bank-Akt., 30 pCt. Einz.	256P. 255 1/2 G.
Span. Handels- und Industrie . .	—
Bayr. Ostbahn à 4 1/2 pCt. volleinbez.	114 3/4 P. 1/2 G.
Bayer. Ostbahn mit 50 pCt. Einz.	114 5/8 G.

Anlehens-Loose.

Oesterr. fl. 250 v. 1839	—
" fl. 250 v. 1854 mit 4pCt.	74 G.
" fl. 500 v. 1860 6/7	83 1/8—3/8 G.
" fl. 100 Elisb. L. v. 1858.	127 1/2 G.
" do. v. 1864.	85 7/8 P.
Schwed. 10 Thlr. Loose	9 3/8 P.
Badische fl. 50	122 G.
Badische fl. 35	52 3/4 P.

Kurhess. Thlr. 40 b. R.	54 1/4 P.
Gr. Hessen fl. 50 b. R.	—
" fl. 25 do.	—
Nassau fl. 25 bei Rothsch.	—
Sardinische Fr. 36 b. B.	—
Neuchateler 10 Frs.-Loose	—
Freiburger 15 Frs.-Loose	—
Mailänder 45 Frs. L. b. R.	32 1/4 P.
St. Lüttich mit 2 1/2 pCt. Z.	—
Ansb.-Gunzenh. fl. 7-L.	10 5/8 P.

Wechsel in süddeutscher Währung.

Amst. fl. 100 k. S.	101 G.
Antwerp. Frs. 200 k.S.	93 3/4 G.
Augsb. fl. 100 k. S.	99 7/8 P.
Berlin Th. 60 k. S.	104 7/8 P.
Brem. 50 Th. Ld. k. S.	96 1/2 P.
Brüssel Frs. 200 k. S.	93 G.
Cöln Thlr. 60 k. S.	104 7/8 P.
Hamb. MB. 100 k. S.	88 5/4 G.
Leipzig Th. 60 k. S.	104 7/8 P.
London Lst. 10 k. S.	118 3/8 P.
Lyon Frs. 200 k. S.	—
Mail. Frs. 200 . .	94 P.
München fl. 100 k. S.	100 P.
Paris Frs. 200 k. S.	93 3/4 G.
Petersburg 60 S.-R.	—
Triest fl. 100 k. S.	—
Wien fl. 100 ö. W.	—
do. in öst. W. l. S.	101 1/2 G.
Disconto	5 pCt. G.

Frankfurt, 10. Jan. Unter dem Eindrucke neuerdings günstiger, durch bedeutende Käufe der Arbitrage unterstützter Wiener Notirungen eröffnete die Börse mit stark hinaufgesetzten Kursen, die sich aber heute wie gestern durch Realisation der Spekulation für die bevorstehende Liquidation nicht ganz behaupteten. (Synd.)

Digitized by Google

An die
k. Hof- und Staatsbibliothek
1 N. Würzb. Ztg. München.

Neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht!

№ 12. | Vorausbezahlung: Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 1 fl. 30 kr. Bei Inseraten wird die dreispaltige Zeile in gewöhnlicher kleiner | 62. Jahrgang. | Schrift oder deren Raum im Hauptblatte mit 6 kr., im Anzeiger mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franco. | Donnerstag, 12. Januar 1865.

Zur Lage in Amerika.

Ueber die Expedition nach Wilmington meldet eine Depesche aus Washington vom 28. Dez.: „In dem Berichte, daß die Flotte von Nord-Carolina nach Fort Monroe zurückgekehrt sei, scheint ein Irrthum obzuwalten. Das Marine-Ministerium hat keine solche Nachricht erhalten, sondern nur erfahren, daß blos ein einziges Schiff, welches Depeschen des Admirals Porter überbrachte, an dem letzterwähnten Orte eingetroffen ist. Der Kurier hat Washington noch nicht erreicht. Man vernimmt jedoch aus authentischer Quelle, daß das Pulverschiff etwa um 2 Uhr Nachmittags am 24. Dez. 450 Schritt vom Fort Fisher explodirt ist. Später am Tage griff Admiral Porter das Fort und die anliegenden Werke an und erneuerte das Bombardement am ersten Weihnachtsfeiertage. Jedesmal vertrieben wir die Rebellen so von ihren Kanonen, daß sie Schutz unter ihren bombenfesten Gewölben suchten, und brachten ihr Feuer zum Schweigen. Ein paar Minuten später nahmen die Fregatten und schweren Schiffe Position. Am Sonntag Nachmittag landete eine Truppen-Abtheilung. Die Plänkler drangen unter dem Schutze unseres Feuers muthig bis zum Fort vor, ja einige der Verwegneren drangen sogar in die Werke selbst ein und erbeuteten die Flagge. Das Bombardement durch die Flotte dauerte am Montag (26. Dez.) fort. Die Mannschaft des Santiago de Cuba nahm in den Außenwerken eine Kompagnie von Soldaten aus Nord-Carolina gefangen und führte sie mit sich fort.“ Eine andere Depesche, gleichfalls aus Washington, 28. Dezember, berichtet weiter: „Der Evening Star meldete in seiner heutigen ersten Ausgabe die Rückkehr der von Porter und Butler befehligten Streitkräfte nach Fort Monroe und fügte hinzu, das Kriegsministerium habe diese Nachricht erhalten. Die solchergestalt angegebene Quelle verlieh dem Artikel den Schein der Wahrheit, und die Nachricht ward demgemäß nordwärts telegraphirt. Als man jedoch kurz darauf entdeckte, daß ein Irrthum in der Sache obwalte, ward die Unterdrückung der Depesche angeordnet; leider aber nicht rechtzeitig genug, da die Nachricht bereits in den Nachmittagsblättern erschienen war.“

Was die Bedeutung der Einnahme von Savannah betrifft, so kann Sherman jetzt ungehindert über den ganzen Südosten disponiren, denn dieser vermag ihm keinen Widerstand mehr zu bieten. Sogar der Geist seiner Bevölkerung scheint gebrochen zu sein; jedenfalls äußerte er sich nirgends, wohin die Armee kam, feindselig, und die Neger haben sich auch im Herzen von Georgia ganz gegen alle bisherige Erwartung als die ergebenen Freunde der Union bewährt; sie wußten überall, wohin nur ein Unionssoldat seinen Fuß setzte, daß es sich in diesem Kriege um die Sklaverei handelt. Voraussichtlich ist Charleston das nächste Ziel Sherman's, welches durch ihn bereits von seinen sämmtlichen Verbindungen, mit Ausnahme der nördlichen, abgeschnitten und von der Landseite so gut wie gar nicht befestigt ist.

Der bewaffnete Widerstand der Konföderirten beschränkt sich jetzt auf nur drei Punkte: Charleston, Wilmington und Richmond. Inzwischen mehren sich die Anzeichen einer lebensgefährlichen Krise im Süden. Davis' Feinde treten offen hervor. In voriger Woche hielt der Senator Foote eine donnernde Philippika gegen ihn und weissagte in wenig schmeichelhaften Ausdrücken für den Präsidenten der Konföderirten den Untergang der Konföderation. Im Richmonder Kongresse ist ein Antrag, wonach jeder Einzelstaat das Recht haben sollte, für sich Frieden zu schließen, zwar nur mit kleiner Majorität auf den Tisch gelegt worden; indessen würde vor 6 Wochen Niemand einen solchen Antrag zu stellen gewagt haben. Wie tief aber die innere Spaltung in's Volk, in den Kongreß und in die Armee des Südens gedrungen sein muß, beweist ein Artikel des Richmonder „Sentinel“ vom 17. Dez., des Organs von Jefferson Davis. Statt wie bisher zu drohen oder einzuschüchtern, statt einen noch straffer angezogenen Terrorismus in Aussicht zu stellen, jammert und wehklagt es über die täglich überhand nehmende Zwietracht, über den Mangel an Gemeinsinn, über die Leichtfertigkeit, mit welcher die Regierung für Alles, selbst für Dinge, welche außerhalb ihrer Kontrole liegen, verantwortlich gemacht werden. „Wenn wir nicht fest zusammenhalten,“ so schließt das Blatt, „sind wir für immer ruinirt. Wir sagen es dem Volke abermals, daß wir uns in großer Gefahr befinden.“ Täglich werden die Klagen allgemeiner, daß das Volk im Süden keine Steuern mehr zahlen und keine Soldaten mehr

Feuilleton.

Zwei Blaustrümpfe vor Gericht.

London, Ende Dezember.

Miß Travers, die Tochter eines distinguirten und hochgeschätzten Arztes in Dublin, hatte im Jahre 1856 die Bekanntschaft eines andern, gleichfalls allgemein geschätzten Arztes gemacht, der erst kürzlich geadelt worden und jetzt den Namen Sir William Wilde führt. Miß Travers machte Sir William häufige Besuche und ward von diesem sowohl als auch von Lady Wilde, dessen Gattin, stets mit besonderer Freundschaft und Aufmerksamkeit empfangen. Es herrschten also längere Zeit die herzlichsten Beziehungen zwischen Miß Travers und dem Hause Wilde. Plötzlich jedoch schien sich der Horizont zu trüben und, wie es hieß, in Folge einer Konversation, die zwischen der jungen Dame und dem verheiratheten Arzte im Oktober des Jahres 1863 stattgehabt und welche in dem Studirzimmer des Doktors stattgefunden hatte. Hatte sich der Doktor eine Indiskretion, mehr als das in Wort und That zu Schulden kommen lassen? Miß Travers wenigstens behauptete das im Laufe des Prozesses während des einfachen und des Kreuzverhöres. Sie fügte hinzu, daß sie in dem verhängnißvollen Momente durch zehn Minuten des Bewußtseins beraubt gewesen sei und sich nicht mehr erinnern könne, was in diesen Momenten, wo Traum und Wirklichkeit sich in so geheimnißvoller Weise verschwistern, mit ihr vorgegangen sei. Was wir von jener Begegnung indessen auch immer halten mögen — ihr Resultat waren Verdrießlichkeiten, eine merkliche Kälte und das grollende Gefühl über eine zugefügte Beleidigung, welche in den gegenseitigen Beziehungen vorherrschten. Es ist indessen konstatirt, daß Miß Travers auf Bitten des jungen Arztes sein Haus noch von Zeit zu Zeit mit Besuchen erfreute und sogar Karten zu Bällen und Konzerten von Herrn Wilde annahm.

Weniger geneigt, die früheren freundschaftlichen Beziehungen wieder in Fluß zu bringen, erschien Lady Wilde, welche gegen Miß Travers eine immer sichtlichere Kälte zur Schau trug und darin eines Tages so weit ging, ihre Gegnerin, als sie ihr auf der Stiege im eigenen Hause begegnete, nicht mehr zu erkennen und mit einem Blicke der stummen Verachtung an ihr vorüber zu gehen.

Das war für Miß Travers schon zu viel.... Wie! eine Insulte von der Frau, nachdem man kurz vorher eine solche von dem Manne erduldet und sie ihm verziehen hatte.... Ja, Miß Travers war im vollen Rechte, sich über ein solches Benehmen zu beklagen und gleichwohl gab es Leute, die ihre Entrüstung etwas unzeitig angebracht glaubten. Was Wunder, daß Miß Travers in einen so heftigen Zorn gerieth, daß sie sicherlich — wenn sie nur keine Krinoline getragen hätte — der stolzen Lady ein Duell proponirt haben würde? Aber sie wußte, daß sie sich rächen mußte — die Rache soll überdies süß sein und bei den Frauen insbesondere gehört sie zu den exquisitesten Genüssen dieses Lebens.

Miß Travers ist auch Volontär im zahlreichen Heere der englischen Blaustrümpfe. Sie nimmt also die Feder zur Hand, um ihre Feindin durch so und so viel gedruckte Bosheiten mora-

stellen will. Es ist nun zwar von untergeordneter Bedeutung, ob der südlichen Dollars 30 oder 40 auf einen Golddollar gehen, da erst der Zug Sherman's erwiesen hat, daß im Innern des Landes die Lebensmittel noch in Hülle und Fülle vorhanden sind, daß also die erwartete Aushungerung des Südens eine thörichte Hoffnung ist; indessen wächst eine Armee so leicht nicht wieder nach. Im günstigsten Falle hat der Süden noch 200,000 Mann auf den Beinen; allein unter den richtigen Führern können diese dem Norden noch einen ganzen Feldzug, wenn nicht länger zu schaffen machen. Woran die Konföderirten noch empfindlicheren Mangel als an Mannschaften leiden, das sind die unentbehrlichen Kriegsbedürfnisse, und vor Allem Blei und Eisen. Unter den Papieren des Generals Breckinridge fand man einen Befehl von Richmond, wonach die südlichen Soldaten nach der Schlacht das alte Blei suchen sollen; in Richmond selbst reißt man die eisernen Wasserröhren auf, um sie zu Bomben umzuarbeiten. Dazu kommt der Mangel an Salz.

(Amtliche Nachrichten.) **München,** 10. Januar. Se. Maj. der König hat den Bankierssohn Ernst Fürther von Pappenheim für großjährig erklärt. — Durch das Ableben des Revierförsters Klensch ist das Aerarial-Forstrevier Bobenthal, Forstamts Dahn in der Pfalz, in Erledigung gekommen. (B. Z.)

(Militärdienstesnachrichten.) **München,** 9. Jan. Se. Maj. der König hat den Unterarzt Fr. Köck vom Gouvernement Landau in den Ruhestand versetzt; dem temporär pensionirten Oberlieutenant L. Eger vorbehaltlich der Wiederverwendung bis auf Weiteres im Ruhestande belassen; den Referenten im Kriegsministerium Major Jos. Maillinger vom Generalquartiermeisterstab, 1. Adjutanten des Kriegsministers, zum Oberlieutenant befördert; den temporär pens. Hauptmann Cajetan Ritter v. Schmid-Kochheim auf weitere zwei Jahre im Ruhestande belassen; dem temporär pens. Unterlieutenant G. Frhrn. v. Süßkind die nachgesuchte Entlassung aus dem Heerverbande bewilligt und demselben den Charakter als Oberlieutenant à la suite verliehen. (M.-V.-Bl.)

Wien, 10. Jan. Der Finanzausschuß hat einstimmig beschlossen, das Budget an die Regierung zurückzuweisen, zur Einbringung von Vorschlägen zu solcher Herabminderung, welche sonst der Ausschuß zur Herstellung des Gleichgewichts vornehmen müßte. Der Finanzminister hat sich die Erklärung vorbehalten bis zum nächsten Ministerrath.

Wien. Der „Botschafter“ bringt unterm 9. folgende Mittheilungen: „Am 11. oder 12. d. M. wird der österreichische Gesandte am Berliner Hofe, Graf Karolyi, von Paris kommend, in Wien erwartet. Es ist kaum anzunehmen, daß die letzte österreich. Depesche von der preußischen Regierung früher beantwortet werden wird, als nachdem der Besuch des preußischen Prinzen in Wien stattgefunden hat. — Dem Vernehmen nach dürfte die Angelegenheit der ungarischen Justizorganisation der Entscheidung entgegengehen. Es soll beantragt sein, nur die dringendsten Uebelstände der Justiz im Wege der Verordnung zu beseitigen, dagegen die umfassende Justizreform dem ungarischen Landtage vorzubehalten. — Herr Major v. Popp, der Vertreter Oesterreichs bei der Grenzregulirungskommission, ist gestern an seinen Bestimmungsort abgegangen.

Berlin, 10. Jan. Bei der Frage, welche Stellung die preußische Regierung zu der schleswig-holsteinischen Verfassung von 1848 einnimmt, ist es von Bedeutung, daß die „N. A. Z.“ heut als Antwort für diejenigen, welche der Ansicht sind, man müsse auf das Staatsgrundgesetz von 1848 zurückgehen, auf folgende Auslassung des „Alt. M.“ hinweist: „Es ist in den Blättern von der beabsichtigten Aufhebung des sogenannten schleswig-holsteinischen Staatsgrundgesetzes die Rede, als ob solches überhaupt je in's Leben getreten und zur Geltung gekommen wäre. Daß es unter den gegenwärtigen Umständen nicht wieder so, wie es ist, in's Leben treten könne, davon müssen sich auch die hartnäckigsten Freunde desselben überzeugt haben, und das beständige Pochen darauf, scheint uns, das mindeste gesagt, unpolitisch.“

Berlin, 10. Jan. Die „Kreuzzeitung“ schreibt: „Gutem Vernehmen nach reist Prinz Friedrich Karl am Mittwoch (11.) Abends nach Wien ab und kehrt am 18. hieher zurück.“

Dresden, 10. Jan. Das „Dresdner Journal“ verkündigt, daß das neue bürgerliche Gesetzbuch mit dem 1. März d. J. in Kraft treten wird.

Baden. Die „Bad. Ldsztg.“ schreibt: „Der Vorstand des deutschen Protestanten-Vereins hat vor einigen Wochen ein Ausschreiben an die Mitglieder des Vereins erlassen, in welchem die kirchlichen Zeitverhältnisse besprochen, eine Vereins-Versammlung auf Pfingsten in Eisenach angekündigt und eine Tagesordnung jener Versammlung mitgetheilt wird.“

Die letzte Generalversammlung der Schiller-Stiftung hat bekanntlich die unbedingte Oeffentlichkeit der Unterstützungen und Ehrengaben beschlossen. Der „Augsb. Allg. Z.“ wird jetzt aus **Weimar** geschrieben: „Unter den Empfangenden, welche pflichtgemäß befragt wurden, ob sie auch unter den gegenwärtigen Bedingungen ihre Bezüge aus der Centralkasse fortsetzen wollten, ist nur einer gewesen, der aus persönlichen Gründen mit „Nein“ geantwortet; die meisten haben stillschweigend, einige ausdrücklich, einzelne freudig ihre Einwilligung zu der satzungsmäßigen Veröffentlichung ihrer Namen ertheilt. Somit steht nichts mehr im Wege, daß wir auch an dieser Stelle die Liste der Pensionäre der deutschen Schillerstiftung auflegen. Lebenslänglich sind zur Zeit in dieselbe eingetragen: Julius Mosen, Eduard Mörike, Wilibald Alexis, Otto Ludwig, Karl v. Holtei, ferner zwei Männer aus der alten Theatergarde: Töpfer und v. Jagthaas, der verdienstvolle Dramaturg Rötscher, der Popularhistoriker Burkhardt in Leipzig, unheilbar erblindet, und endlich ein Wittwen-Kleeblatt: de la Motte-Fouque's, Wilhelm Hauff's, Ludwig Bechstein's. Periodische Gewährungen, auf ein oder mehrere Jahre, beziehen: Karl Beck, Hermann Kurtz, Hermann

---

lisch todtzuschlagen. Der Anlaß zu dieser hochherzigen Ausbeutung der Buchdruckerkunst war nicht schwer zu finden. Lady Wilde — gleichfalls ausübende Schriftstellerin — hatte vor Kurzem ein Werkchen: „Die erste Versuchung“ erscheinen lassen und Miß Travers schreibt nun eine Kritik, die an Bitterkeiten und schonungsloser Schärfe nichts zu wünschen übrig ließ und besonders dadurch einen Anflug des Pikanten erhielt, daß darin vorwiegend auf die unmoralischen Prinzipien in dem besprochenen Buche hingewiesen wurde. Nicht zufrieden damit, auf die literarische Reinheit ihrer Gegnerin in solcher Weise einen unauslöschlichen Makel geworfen zu haben, versendet Miß Travers auch nach allen Richtungen eine Broschüre, in welcher sie von Sir William Wilde, dem sie einen fingirten aber leicht erkennbaren Namen gibt, Verbrechen erzählt, die dieser versucht und zum Theile auch vollbracht haben solle. In ihrem Grimm wieder der Gattin des Angegriffenen gedenkend, verfaßt sie ein anderes Pamphlet, das direkt an die Adresse dieser Dame gerichtet ist und läßt dasselbe in unzähligen Exemplaren zu Bray und den Umgebungen, ja sogar an der Thür von Lady Wilde verkaufen, indem sie, mit eben so viel strategischem als administrativem Geiste begabt, jene zahlreichen Galopins zur Hilfe nimmt, die sich mit dem Verkaufe der Tagesblätter befassen.

Man wird gestehen, daß die Situation für das Haus Wilde und besonders für die Lady keine allzu angenehme war. Die giftgetränkten Pfeile der unversöhnlichen Feindin flogen immer dichter und dichter nach dem häuslichen Herde des aristokratischen Ehepaares, man sah sie täglich, stündlich in stets bedrohlicherer Weise heranschwirren, man kannte die boshafte Hand, welche sie aus sicherem Arsenale unermüdlich versandte, aber was war gegen diesen unaufhörlichen Regen von wohlgezielten Geschossen anzufangen? Nachdem Lady Wilde einige Zeit stumm geduldet hatte, was über ihr Haupt erging, richtete sie endlich an den Vater ihrer Gegnerin, an den Doktor Travers ein Schreiben, um dessen Aufmerksamkeit auf die fortgesetzten Angriffe zu lenken, welche seine Tochter auszuführen für gut fand. Daß es in diesem Briefe nicht an einigen unverhüllten Anspielungen auf ein ehemals intimes Verhältniß der kampflustigen Miß zu Sir William fehlte, versteht sich bei dem Zustande der Aufgeregtheit, in welchem sich die Schreiberin der Klagepistel befand, wohl von selbst. Alsogleich bringt Miß Travers, die so ungerechter Weise gekränkte Tugendheldin, eine Anklage auf Verleumdung gegen Lady Wilde vor Gericht.

Man weiß, daß unsere Richter in solchen Dingen mit großer Strenge zu Werke gehen und in der Regel den Inkulpaten seine Verleumdungen theuer zahlen lassen. Der Prozeß nahm mehrere Sitzungen in Anspruch, und die Enthüllungen und Erklärungen, die dabei zu Tage traten, waren eben so umfassend als außergewöhnlich. Miß Travers, welche in die sogenannte „Witnessbox“ gesteckt wurde, das heißt, ein wahres Kreuzfeuer von Fragen und Gegenfragen aushalten mußte, benahm sich ziemlich tapfer, das Resultat ihres Verhöres jedoch war, daß in den Augen der öffentlichen Meinung ihre Tugend und die Reinheit ihrer Tendenzen in ziemlich defektem Zustande daraus hervorgingen. . . Ihr Advokat indessen hatte sie mit einer Macht der hinreißendsten, unwiderstehlichsten Beredsamkeit vertheidigt, welche einer — reineren Sache würdig gewesen wäre, und wenn man ihm zuhörte, so hätte Miß Travers den Saal nicht verlassen dürfen, ohne von dem Gerichtshofe und der Zuhörerschaft mit jener stürmischen Begeisterung,

Lingg, R. E. Prutz, Leopold Feldmann, Elise Schmidt, Ludwig Storch, Hermann Schiff, Julius Bacher, Alexander Jung, Melchior Meyr, Adolf Zeising, Braun v. Braunthal, Frau Pfannenschmidt (Burow), Frau Louise Otto; außerdem die nachstehende ansehnliche Reihe Hinterlassener: eine Enkelin Herder's, Leopold Schefer's Töchter, Musäus' Schwiegertochter, die Tochter Methusalem Müller's, die Wittwen resp. Waisen Eduard Duller's, Karl Haltaus', Karl Heintze's, Ludwig Köhler's, Reinold Köstlin's, Franz Kottenkamp's, Gustav Liebert's, Hermann Marggraff's, Theodor Mügge's, Otto Ruppius', Ludwig Seeger's, O. L. B. Wolff's. Die Beträge der obgenannten Pensionen bewegen sich in einer Scala von 150 bis 500 Thlrn. jährlich; in den vereinzelten Ausnahmefällen ist weniger als 150 Thlr. gegeben worden, und nur einmal mehr als 500, in der außerordentlichen Ehrengabe von 1000 Thlrn., welche die Dresdener Zweigstiftung ihrem ehemaligen Mitgliede Karl Gutzkow darbot und welche dieser aus freier Entschließung selbst veröffentlichte. Der Gesammtbetrag der zum 1. Januar 1865 fällig gewesenen Raten beläuft sich in runder Summe auf 3800 Thlr.

Altona, 10. Jan. Die „Schlesw.-Holst. Ztg." meldet: „Der Präsident der holsteinischen Landesregierung, Henrici, und die Räthe Baudissin und Jensen werden demnächst aus der Regierung ausscheiden und in ihre früheren Stellungen zurückkehren."

London, 9. Jan. Nach einem Gerüchte, dessen mehrere Blätter erwähnen, beabsichtigt die Regierung, vom Parlament 30,000 L. Zulage für den Prinzen von Wales zu verlangen, weil er, in Folge des zurückgezogenen Lebens, das die Königin führt, die Pflicht habe, eigenen Hof zu halten und die Honneurs des Landes zu machen, also auch größern Aufwand als bisher zu machen gezwungen sei.

Paris, 8. Jan. Der größte Theil der Presse befindet sich wieder in einem sehr erregten Zustand gegen Preußen, gerade wie zur Zeit des schleswig'schen Kriegs. Damals waren es die Dänen, deren sich die große Nation gegen die preußische Vergewaltigung annahm, heute sind es die deutschen Vaterländer, Sachsen, Bayern u. s. w., über deren Unterdrückung die französischen Humanitätsfreunde gewaltig entrüstet sind. Der „Siecle" meint, allzulange könne die Komödie nicht mehr dauern: „Die Sache muß sich überstürzen und die deutschen Länder müssen sich, aufs Aeußerste getrieben, unter irgend eine innere oder auswärtige Protektion stellen. Der letztere Gedanke, die Anlehnung an das Ausland, ist für die Franzosen natürlich von der Idee einer „dritten Gruppe" unzertrennlich; sie haben daher von jeher für dieses Programm geschwärmt. Doch ist bemerkenswerth, daß man sich wenig Erfolg mehr von den dahin gerichteten Bestrebungen zu versprechen scheint. Sie werden weit lauer als sonst gewöhnlich war, beurtheilt. Der „Constitutionnel" fällt folgendes Urtheil: „Die Ursache, warum diese Staaten nie etwas ausrichteten, liegt weniger in der materiellen Ueberlegenheit der beiden Großmächte, als in dem Umstande, daß sie selber nie die Sympathien ihrer Völker besaßen. Die deutschen Kleinstaaten zählen 17 Millionen Bewohner, mithin mehr als ein Drittel der Gesammtbevölkerung Deutschlands: sie haben also unzweifelhaft ein Recht, zu verlangen, daß ihre Wünsche gehört werden. So lange jedoch die Opposition der mittelstaatlichen Höfe keinen andern Zweck hat, als rein dynastischen Interessen Befriedigung zu gewähren, hält sich die öffentliche Meinung von ihr fern. Vielleicht würde dies anders werden von dem Tage an, an welchem die dynastischen Interessen der Höfe mit den allgemeinen Interessen ihrer Unterthanen zusammenfielen. Dann könnte vielleicht die Politik der sogenannten dritten Gruppe eine gewisse Rolle spielen." — Königin Marie Christine ist aus Spanien hier wieder angekommen.

Paris, 9. Jan. Die „Union de l'Ouest", eines der bedeutendsten Organe der klerikalen Partei in den Departements, ist wegen eines auf die Encyclika bezüglichen Artikels für zwei Monate suspendirt worden. Diese Maßregel, die durch die Beschuldigung des Versuchs der Aufreizung zum Hasse und zur Verachtung der Regierung motivirt wurde, hat selbst bei den Blättern, die, wie der „Temps" und die „Op. nationale", zu den eifrigsten Gegnern der von der „Union de l'Ouest" verfochtenen Tendenzen gehören, einen peinlichen Eindruck, dem sie offen Worte leihen, hervorgerufen. — Dem „Courrier de l'Algerien", der die Gesetzlichkeit einer Administrativmaßregel bezweifelt hatte, ist durch eine zweite Verwarnung die Lehre ertheilt worden, daß die französische Presse die Regierungshandlungen nur vom Nützlichkeitsstandpunkt aus besprechen darf. — Der Marschall Mac Mahon hat sich in Marseille eingeschifft, um wieder auf seinen Posten nach Algerien zu gehen.

Turin, 10. Jan. In der Deputirtenkammer beantwortete der Justizminister eine Interpellation dahin: Gala und Mitschuldige seien in Folge moralischer Verpflichtungen begnadigt; Frankreich habe keine Bedingungen gestellt, die italienische Regierung keinen Druck erlitten. Nach einigen Zwischenfällen wurde der Antrag Chiaves, unter Kenntnißnahme von dieser Erklärung Tagesordnung zu beschließen, verworfen.

New-York, 31. Dez. Der unionistische Flottenkommandant Porter setzt die Beschießung Wilmington's fort. General Butler ist, nachdem er einen Angriff zu Land für unmöglich gefunden, nach Monroe zurückgekehrt. Der konföderirte General Lee bereitet einen Angriff vor. General Hood wurde durch unionistische Kanonenboote verhindert, den Tennesseefluß zu überschreiten. Der Staatssekretär des Auswärtigen, Hr. Seward, hat der Regierung von Brasilien angezeigt, Präsident Lincoln mißbillige die Vorfälle in der Bucht von Bahia (Wegnahme der „Florida" durch den unionistischen Dampfer „Wachusetts") und werde den Kapitän Collins vor ein Kriegsgericht stellen.

---

wie man sie edlen, anbetungswürdigen Frauen zu zollen pflegt, im Triumphe nach Hause begleitet zu werden. Mit einer Geschicklichkeit, die nicht leicht ihres Gleichen finden dürfte, verstand es der Advokat ferner, auf die allerdings sehr befremdliche Stellung des Sir William in einer Weise anzuspielen, die diesen liebenswürdigen Herrn, der gleichfalls im Gerichtssaale erschienen war, zwar nicht direkt angriff, aber dennoch genügte, um ein eigenthümliches Licht auf sein ganzes Verhalten in dieser Angelegenheit zu werfen. . . . Dieser jedoch beschränkte sich darauf, in rein passiver Art bei dem Drama, das sich im Saale entwickelte, mitzuwirken und hütete sich wohl, in die heiße Arena hinabzusteigen, wo ihm nur die Wahl blieb, sich selbst fleckenlos erscheinen zu lassen, indem er eine Frau gänzlich kompromittirte — eine Vertheidigungsweise, die ihm wahrscheinlich denn doch etwas zu wenig ritterlich erschienen sein mochte. Um die Sache abzukürzen — für eine ausführlichere Darstellung der Verhandlungen eignen sich englische Blätter unstreitig besser — erzählen wir noch, daß nach Beendigung der Plaidoyers der Präsident ein sehr unparteiisches Resume der Verhandlungen abgab und sich die Richter hierauf in das Berathungszimmer zurückzogen. Wie es scheint, waren dort die Debatten weder sehr eingehend noch lebhaft, denn nach kurzer Pause kehrte der Gerichtshof zurück, wo die Betheiligten zunächst wie die zahlreiche Zuhörerschaft mit Spannung des Urtheils harrten. Es brachte ein Verdikt zu Gunsten von Miß Travers und sprach der Letztern die Entschädigung von einem — Farthing (1/4 Penny) zu! Ihr Advokat hatte, wenn wir nicht irren, über 2500 Pfd. Sterling als Entschädigung beansprucht. Solchergestalt war die endliche Lösung einer Angelegenheit, welche noch jetzt Dublin in Athem erhält und der englischen Gesellschaft einen unerschöpflichen Stoff für malitiöse Kommentare und Spöttereien abgegeben hat. Der neugeadelte Sir William kommt dabei nicht am glimpflichsten weg und besonders nachsichtslos hat ihn ein hiesiges Wochenblatt, das ihn witzig als „Lord-Lieutenant" bezeichnet, mitgenommen und dem Staate zu dieser neuentdeckten „moralischen" und politischen Kapazität gratulirt. Miß Travers ihrerseits mag ihre racheerfüllten Rezensionen und Pamphlete wohl schon längst bitter bereut haben, denn die skandalöse Berühmtheit, welche sie durch die veröffentlichten Debatten in dem Prozesse erlangt hat, muß ihr immerhin als eine der unangenehmsten Konsequenzen ihrer schriftstellerischen Thätigkeit erschienen sein. Sie mag seit einiger Zeit gar kein Journal mehr zur Hand nehmen, nachdem sie längere Zeit in großen und kleinen, in witzigen und albernen Leaders förmlich Spießruthen in der Oeffentlichkeit hat laufen müssen. Am tiefsten hat sie indessen ein Schlag getroffen, den ein hämischer Paperwriter gegen sie ausführte. Der Mann verkündete ganz England, daß sie — schon über 29 Jahre alt sei. Das ist allerdings eine Grausamkeit, welche direkt im Auftrage der rächenden Nemesis geschehen sein mußte, und wenn man hier schon längst des seltsamen Streites der beiden schriftstellernden Damen vergessen haben wird, so wird Miß Travers noch immer schmerzlich das gedankenvolle Haupt in den Händen wiegen und in dumpfer Trauer durch die Zähne murmeln: Neunundzwanzig Jahre, hat er gesagt; neunundzwanzig Jahre . . .

Verantwortlicher Redakteur: A. Hartmann.
Druck und Verlag der Stahel'schen Buch- und Kunsthandlung in Würzburg

Fortl. Nr.	Name des eingetragenen Schuldners.	Name des eingetragenen Gläubigers.	der Hypothek Betrag fl.	kr.	der Hypothek Rechtstitel 2c.	Hyp.-Buch Bd.	Seite.
31	Heuler Adam aus Badbühl.	Die Gläubiger des Anton Zeißner von Badbühl.	68	[illegible]	mit 4% verzinsl. Martini 1826 mit 1830 zahlbarer Güterkaufschilling laut Strichspr. vom 19. Dez. 1825 und Hyp.-Eintrag vom 7. Juni 1826.	II.	293.
			5				
32	Christ Adam	"	62		"	"	295.
33	Derselbe	"	53		"	"	297.
			43		"	"	299.
34	Zeißner Sebastian	"	60		"	"	301.
35	Lehrer Reppenbacher	"	50		"	"	303.
36	Zeißner Michel	"	29		"	"	305.
37	Werth Adam	"	49		"	"	307.
38	Zeißner Sebastian	"	40		mit 4% verzinsl. Martini 1828 mit 1832 zahlbarer Güterkaufschilling laut Strichprotokoll vom 7. Jan. 1828 und Hyp.-Eintrag vom 28. Februar 1828	"	321.
						"	387.
39	Derselbe "	"	76		"	"	329.
40	Bey Georg "	"	21		"	"	383.
41	Zeißner Sebastian "	"	71	30	"	"	353.
42	Derselbe "	"	117		"	"	393.
43	Derselbe "	"	49		"	"	349.
44	Seubert Michel "	"	2	30	"	"	355.
			22			"	395.
45	Pfister Adam "	"	46		"	"	361.
46	Pfister Nikolaus "	"	39		"	"	371.
47	Heuler Adam "	"	17	30	"	"	375.
48	Rumpel Kaspar "	"	20		"	"	377.
49	Christ Adam "	"	16		"	"	381.
50	Zeißner Sebastian "	"	61		"	"	369.
51	Seubert Michel "	"	39	30	"	"	391.
52	Göpfert Andreas Wittwe. "	"	50	30	"	"	401.
53	Christ Adam "	"	66		"	"	407, 409.
54	Pfister Adam "	"	236	30	"	"	411.
55	Derselbe "	"	69		"	"	423.
56	Lehmann Johann "	"	86		"	"	421.
57	Bey Georg "	"	22		"	"	415.
58	Pfister Nikolaus "	"	40		"	"	417.
59	Pfister Michael jg. "	"	98		"	"	427.
60	Heuler Adam "	"	19		"	"	367.
61	Walter Sebastian von Egenhausen.	"	21		"	"	379.
			12	30		III.	93.
62	Pfister Michael von Badbühl.	"	82		"	II.	429.
			24			III.	101.
63	Schuch Georg in Kaisten.	"	180		"	"	445.
64	Zeißner Sebastian von Badbühl.	"	46		"	"	85.
65	Willacker Adam allda	"	17		"	"	89.
66	Seubert Michel "	"	10		"	"	61.
67	Roth Michel "	"	25		"	"	53.
68	Werth Andreas "	"	32		"	"	111.
69	Werth Andreas "	"	23		"	"	129.
			26			"	127.
70	Heuler Adam "	"	46			"	141.
71	Popp Nikolaus "	Die Erbsinteressenten des Adam Popp von Badbühl.	101		mit 5% verzinsl. Martini 1831 mit 1832 zahlbarer Güterkaufschilling laut Strichprotokoll vom 9. Febr. 1831 und Hypothekeneintrag vom 13. August 1831.	"	167.
72	Pfister Michael "	Die Debitmasse des Jakob Metzger von Badbühl.	46		desgleichen Martini 1828 mit 1833 zahlbarer Güterkaufschilling laut Strichprotokoll vom 31. März 1828 und Hyp.-Eintrag vom 4. Sept. 1828.	"	205.

Cours der Staatspapiere.

Oesterr.	5 pCt. Met. (Cp. 1. S. b. R.)	—
"	5 pCt. Lomb. ditto. à 24	—
"	5 pCt. Engl. Met. v. 1852	$78\frac{7}{8}$ P.
"	5 pCt. Engl. Met. v. 1859	$78\frac{5}{8}$ G.
"	5 pCt. Venet. Coupon b. R.	$84\frac{1}{8}$ P.
"	5 pCt. Nationalanl. v. 1854	$67\frac{1}{8}$ G.
"	5 pCt. Metall. Obligation.	—
"	$4\frac{1}{2}$ pCt.	—
Preussen	$3\frac{1}{2}$ pCt. Staatsschuldsch.	91 P.
Bayern	$4\frac{1}{2}$ pCt. Obl. 1jähr. dto.	$101\frac{1}{2}$ P.
"	$4\frac{1}{2}$ pCt. Obl. $\frac{1}{2}$jähr. dto.	$101\frac{3}{4}$ G.
"	4 pCt. Obl. 1jähr. dto.	$98\frac{7}{8}$ P.
"	4 pCt. Obl. $\frac{1}{2}$ jähr. dto.	$98\frac{1}{4}$ P.
"	4 pCt. Obl. Ab.-R. dto.	$98\frac{3}{4}$ P.
"	$3\frac{1}{2}$ pCt. Obl. dto.	—
Württemb.	$4\frac{1}{2}$ pCt. Obl. b. Rothsch.	104 G.
"	$3\frac{1}{2}$ pCt. Obl. dto.	$96\frac{5}{8}$ P.
Baden	$4\frac{1}{2}$ pCt. Obl.	—
"	$3\frac{1}{2}$ pCt. Obl. v. 1842	$92\frac{3}{4}$ P. $\frac{1}{2}$ G.
Gr. Hess.	$4\frac{1}{2}$ pCt. Obl.	—
"	4 pCt. Obl. b. Rothsch.	$101\frac{1}{4}$ P.
"	$3\frac{1}{2}$ pCt. Obl. dto.	$96\frac{3}{4}$ P.
Nassau	$4\frac{1}{2}$ pCt. Obl. dto.	$101\frac{7}{8}$ G.
"	4 pCt. Obl. dto.	$99\frac{3}{8}$ P.
"	$3\frac{1}{2}$ pCt. Obl. dto.	$93\frac{1}{8}$ P.
Frankfurt	$3\frac{1}{2}$ pCt. Obl.	$93\frac{1}{2}$ P.
"	3[illegible] pCt. Obl.	80 G.
Spanien	3 pCt. inl. Sch. P. à fl. 2. 30	—
"	$2\frac{1}{4}$ pCt. " " "	—
Schweden	$4\frac{1}{2}$ pCt. Obl. à 105 Thlr.	$92\frac{3}{8}$ P.
N.Amerika	6 pCt. à 1000r. 1881 D. $2\frac{1}{2}$	$48\frac{3}{8}$ P.
"	6 pCt. ditto r. 1882	$47\frac{1}{4}$—$\frac{1}{2}$ G.

Diverse Aktien.

Frankfurter Bank à fl. 500 . . .	$165\frac{1}{4}$ P.
K. K. Oesterr. National-Bankaktien	795—797 G.
Oesterr. Kreditbank-Aktien à fl. 200	$182\frac{1}{2}$—83 G.
Bayer. Hypothekenb. Pfandbriefe 4 pCt.	98 P. $97\frac{1}{2}$ G.
Darmst. Bank 1. u. 2. Serie à fl. 250	230 G.
Weimarische Bank à Thlr. 100 . .	$99\frac{1}{4}$ P.
Mitteldeutsche Kreditaktien . . .	100 P.
Intern. Bank in Lux. à 250 Frs. à 28 kr.	—
Taunus-Eisenbahn à fl. 250 . . .	348 G.
Frankfurt-Hanauer-Eisenbahn . . .	98 P. $97\frac{1}{2}$ G.
Oest. F.St.Eisb. 5pCt. 500 Fr. à 28 kr.	—
" Elisab.-Eisenbahn 5 pCt. . .	$114\frac{3}{4}$ G.
Böhm. Westbahn-Aktien à fl. 200 6/7	—
Rhein-Nahe-Bahn 200 Thl. à 105 4pCt. Z.	$27\frac{5}{8}$ G.
Ludwigshafen-Bexbacher à 4 pCt. . .	$146\frac{1}{8}$ P.
dto. dto. Prior. à 4 pCt.	$97\frac{3}{4}$ P.
Pfälz. Maxb. b. Rothschild à $4\frac{1}{2}$ pCt.	$104\frac{1}{4}$ P.
Oest. St.-Eisenb. Prior.-Oblig. à 3 pCt.	$50\frac{1}{2}$ P.
Elisab.-Bahn Prior. 5 pCt. 6/7	$77\frac{1}{2}$ P.
Südd. Bank-Akt., 30 pCt. Einz.	256 P. 255 G.
Span. Handels- und Industrie . . .	—
Bayr. Ostbahn à $4\frac{1}{2}$ pCt. volleinbez.	113 G.
Bayer. Ostbahn mit 50 pCt. Einz.	$113\frac{3}{4}$ P.

Wechsel
in süddeutscher Währung.

Amst. fl. 100 k. S.	$101\frac{1}{4}$ P.
Antwerp. Frs. 200 k.S.	$93\frac{3}{4}$ G.
Augsb. fl. 100 k. S.	$99\frac{7}{8}$ P.
Berlin Th. 60 k. S.	$104\frac{7}{8}$ P.
Brem. 50 Th. Ld. k. S.	$96\frac{5}{8}$ P.
Brüssel Frs. 200 k. S.	$93\frac{3}{4}$ G.
Cöln Thlr. 60 k. S.	$104\frac{7}{8}$ P.
Hamb. MB. 100 k. S.	$88\frac{1}{4}$ P.
Leipzig Th. 60 k. S.	$104\frac{3}{4}$ G.
London Lst. 10 k. S.	$118\frac{3}{8}$ P.
Lyon Frs. 200 k. S.	—
Mail. Frs. 200 . .	94 P.
München fl. 100 k. S.	$99\frac{7}{8}$ P.
Paris Frs. 200 k. S.	94 P.
Petersburg 60 S.-R.	—
Triest fl. 100 k. S.	—
Wien fl. 100 ö. W.	—
do. in öst. W. l. S.	$101\frac{1}{4}$ P.
Disconto	5 pCt. G.

Anlehens-Loose.

Oesterr. fl. 250 v. 1839	—
" fl. 250 v. 1854 mit 4pCt.	$74\frac{1}{2}$ G.
" fl. 500 v. 1860 6/7	$82\frac{1}{8}$—83 G.
" fl. 100 Eisb. L. v. 1858.	—
" do. v. 1864.	$86\frac{1}{2}$ P. 85 G.
Schwed. 10 Thlr. Loose	[illegible] P.
Badische fl. 50 [illegible]	122 G.
Badische fl. 35 . . .	[illegible] G.
Kurhess. Thlr. 40 b. R.	$53\frac{7}{8}$ G.
Gr. Hessen fl. 50 b. R.	—
" fl. 25 do.	—
Nassau fl. 25 bei Rothsch.	—
Sardinische Fr. 36 b. B.	—
Neuchateler 10 Frs.-Loose	—
Freiburger 15 Frs.-Loose	—
Mailänder 45 Frs. L. b. R.	$32\frac{1}{8}$ P.
St. Lüttich mit $2\frac{1}{2}$ pCt. Z.	—
Ansb.-Gunzenh. fl. 7-L.	$10\frac{1}{4}$ P.

Frankfurt, 11. Jan. Das Börsengeschäft nahm auch heute ganz denselben Verlauf, wie an den vorhergegangenen Tagen; zu höheren Kursen eröffnet, konnten sich die Spekulationspapiere durch zahlreiche Realisirungen für die Medioliquidation nicht behaupten.

An die
k. Hof- und Staatsbibliothek
München.
1 N. Würzb. Ztg.

Neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht!

№ 13. | Vorausbezahlung: Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 1 fl. 30 kr. Bei Inseraten wird die dreispaltige Zeile in gewöhnlicher kleiner Schrift oder deren Raum im Hauptblatte mit 6 kr., im Anzeiger mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franco. | 62. Jahrgang. | Freitag, 13. Januar 1865.

Zum französischen Finanz-Bericht.

Der Pariser „Moniteur“ vom 10. ds. veröffentlicht den Fould'schen Finanzbericht. Wir haben gestern (nach einer telegraphischen Depesche unter Paris) bereits die Schlußstelle, die wichtigste des ganzen Aktenstückes, mitgetheilt. Fould's Bericht hat in der Finanzwelt nicht den Eindruck gemacht, der erwartet worden war (s. unten). Das Jahr 1863 ergibt, wie Fould zunächst bemerkt, ein besseres Resultat, als im vorigjährigen Finanzberichte angekündigt ward, statt eines Defizits von 43 Mill. wird es bei einem solchen von 28 Mill. bleiben, da die angedeutete Gesammtsumme nicht 972, sondern 960 Mill. betrug; mit Hülfe der Anleihe von 300 Mill. wird diese Summe auf 660 Millionen reducirt. Ueber die Bilanz von 1864 lasse sich mit Genauigkeit noch nichts vorher sagen. In Folge der neuen Zucker-Gesetzgebung wird in dieser Einnahme ein Ausfall von mindestens 50 Mill. erfolgen. Wenn die Mauthen eine Verminderung der Einnahmen ergeben, so haben sich dagegen die direkten Steuern, sowie die Einnahmen vom Stempel, von Getränken, Tabak und Post bedeutend gehoben. Die Nichtrealisirung der mexikanischen Schuld von 54 Mill., wovon 40,100,000 Frks. auf das Budget von 1864, der Rest auf das Budget von 1865 fällt, will Fould nicht als Deficit betrachtet wissen. Der Schatz kann günstigere Gelegenheiten für diese Anleihe abwarten. Der amerikanische Krieg hat auch auf Frankreich eingewirkt, doch, wenn hier momentan das Disconto auch auf 8 Prozent stieg, erreichte er in England doch wiederholt 9 Prozent und stand in England stets höher, als an der Bank von Frankreich; die französischen Geschäftsleute benahmen sich jedoch trotz dieser Geldklemme so klug, daß die Zahl und der Betrag der Bankerotte nur schwach gestiegen ist. In Betreff der Angriffe gegen die Bank von Frankreich bedient Fould sich der klugen, aber freilich nichtssagenden Phrase, aus der unpartheiischen Prüfung dieser Frage werde „eine nützliche Kundgebung erfolgen, um die Interessen zu sichern und die öffentliche Meinung aufzuklären.“ In Betreff Algeriens hofft Fould, daß trotz des Aufstandes ein Ergänzungskredit nicht nöthig, oder ein solcher doch gering sein dürfte.

Die „Köln. Ztg.“ schreibt: „Der finanzielle Bericht des Herrn Fould, von dem jetzt seit beinahe zwei Monaten ohne Unterlaß die Rede ist, hat nicht befriedigt. Nach den angeblichen Enthüllungen sollte derselbe äußerst glänzend ausfallen und einen bedeutenden Ueberschuß im Budget darthun. Nun stellt es sich aber heraus, daß von Ueberschuß im Budget eigentlich gar nicht die Rede ist, sondern Herr Fould nur hofft, daß Ende 1865 18 Mill. Ueberschuß da sein werden und daß, da 1866 die Marine- und Kriegsausgaben bedeutend vermindert werden, der Staatsschatz an 67 Mill. im Ganzen zu seiner Verfügung haben wird. Herrn Fould selbst scheint es nicht ganz klar zu sein, wie das fertig gebracht werden soll, wenigstens drückt er sich so undeutlich aus, daß man kaum errathen kann, was er sagen will, und es schlechterdings unmöglich ist, daraus zu ersehen, ob, wenn die betreffenden Ersparnisse, wie es ja auch kommen kann, nicht gemacht werden, das Budget dann ein Defizit ergeben wird. Die schwebende Schuld ist auch noch sehr bedeutend, über 800 Millionen, während man geglaubt hatte, daß sie nach Abschluß der letzten Anleihe nur noch 630 Millionen ungefähr betrage. Es ist daher natürlich, daß der Fould'sche Bericht keinen günstigen Eindruck auf die Börse machen konnte und die Renten und alle anderen Werthpapiere ziemlich bedeutend herunter gingen. An der Börse rief auch noch die Ernennung der Kommission, die sich mit der Prüfung der finanziellen Lage beschäftigen soll, eine vielfach unangenehme Stimmung hervor. Die Petition des Bank-Conseils an den Kaiser spricht sich ziemlich energisch gegen die zu großen und besonders gegen die auswärtigen Unternehmungen der anonymen Gesellschaften aus. Es versteht sich von selbst, daß damit der Credit Mobilier gemeint ist, dessen Direktoren, die Herren Pereire, sich bekanntlich wegen der Angelegenheit der Bank von Savoyen seit einiger Zeit mit der Bank in den Haaren liegen. Diese Petition bringt nun der heutige „Moniteur“ und zugleich mit ihr die Ernennung des Herrn Rouher, eines energischen Gegners des Credit mobilier, zum Präsidenten dieser Kommission. Man schließt daraus, daß die Absicht eines ernstlichen Einschreitens vorliegt. In ihrer Petition sucht sich die Bank gegen die ihr gemachten Vorwürfe der Habgier &c. zu wahren. Wie dem nun auch sein mag, so viel steht fest, daß die Bank in ihrer jetzigen Organisation viel zu wünschen übrig läßt. Sie leidet an demselben Fehler, wie der Credit Mobilier. Man hat beiden zu große Privilegien eingeräumt, und während die Bank den Handelsstand ganz in der Hand hat, benutzt das andere finanzielle Institut seine ihm von der Regierung eingeräumte Macht dazu, um die Börse und alles, was darum

Feuilleton.

Ein französisches Urtheil über Uhland.

Das Dezemberheft der „Revue Germanique“ bringt aus der Feder Challemel-Lacours, der auch einen interessanten Essay über Wilhelm v. Humboldt geschrieben hat, eine eingehende Würdigung L. Uhlands. Diese unparteiische und gehaltvolle Darstellung ist um so anerkennenswerther, je schwieriger ohne Zweifel die eigenthümliche Art des schwäbischen Liedermeisters für Franzosen verständlich zu machen ist.

Besonders interessant ist, was der Franzose über den öfters angestellten Vergleich Uhlands mit Beranger sagt. „Um Uhland zu begreifen,“ sagt er, „muß man darauf verzichten, etwas Analoges bei uns aufsinden zu wollen. Es ist ein gewaltiger Fehlgriff, ihn mit Beranger zusammenzustellen. Ihre Popularität hat weder denselben Ursprung, noch ist sie von derselben Art. Die Gesänge Berangers sind dazu gemacht, sich den Melodien des Pont-Neuf und dem Klirren der Gläser beizugesellen; nimm ihnen den Refrain des Chorgesangs und du hast ihnen die Flügel beschnitten, sie werden matt und fallen zu Boden.

Die Dichtungen Uhlands dagegen sind eine innere Melodie, welche den Lärm scheut, anstatt ihn herbeizurufen; sie laden zur Sammlung ein und regen die Träume der Nacht an, wie das undeutliche Murmeln des Abends; während umgekehrt die Gesänge Berangers sie verscheuchen, wie der Morgenstoß der Trompete. Gleichwohl haben die Lieder Uhlands die feinsten und ausgezeichnetsten Komponisten angezogen: Schumann, Mendelssohn, K. Kreutzer u. A. Denn das, was die Musik braucht, ist ein Einschlag von weiten Maschen, in welche der Komponist seine Variationen, entsprechend der Grundstimmung, in Freiheit einstreut; und eben dies ist eine der Eigenthümlichkeiten Uhlands; er begnügt sich, Stimmungen zu zeichnen, welche allen Entwicklungen des Musikers Raum lassen; er gibt Skizzen, keine ausgeführten Gemälde.

Ich sehe nur eine Aehnlichkeit zwischen Uhland und Beranger, das ist die kunstvolle, weise berechnete Kürze der Komposition, und die feine ausgeführte Handarbeit, jedoch mit gröberen Sprüngen und zahlreichen Makeln bei Beranger, mit einem weit plastischeren Styl bei dem deutschen Dichter. Die Herkunft der Gesänge Berangers führt direkt auf die Singgesellschaften, die der Uhlandischen Gedichte auf die alten Volkslieder, und dieser eine Unterschied ist ein Abgrund. Jene alten Lieder, in denen der poetische Geist Deutschlands weht, ist der Strom, in welchen er sein Talent getaucht hat. Er studirte sie zugleich als Gelehrter und als Dichter. Während er seine gelehrten Untersuchungen ansammelte, die er später herausgab, beobachtete er das, was den Regungen der deutschen Seele eigenthümlich ist, die Sprache, wie sie die Zeiten und das Volk geschaffen, befreite er von den hohlklingenden Schlacken

und daran hängt, zu dominiren und auszubeuten. Beide Institute nutzen nur ihren Inhabern, wie auch die kolossalen Vermögen, welche dieselben erworben haben, zur Genüge beweisen.

(Amtliche Nachrichten.) **München**, 11. Januar. Se. Maj. der König hat dem Ministerialdirektor des k. Staatsministeriums des Handels und der öffentlichen Arbeiten Ed. v. Wolfanger, das Komthurkreuz des Verdienstordens vom heil. Michael verliehen; den Landwehr-Auditor Karl Maier in Altdorf zum Landwehr-Oberstlieutenant und Distrikts-Inspektor des 5. Landwehr-Inspektions-Bezirkes von Mittelfranken ernannt; dem zweiten Staatsanwalte am Oberappellationsgerichte F. Haubenschmied, den Titel und Rang des Oberstaatsanwalts verliehen; auf die am Stadtgerichte München l/J. erledigte Stadtrichterstelle den Stadtrichter Wilh. Kastner in Regensburg berufen. (In Bezug auf letztere Berufung bringt die „B. Z.“ noch folgende amtliche Notiz: „In Anwendung des Art. 20 Abs. 2 des Gesetzes vom 10. Nov. 1861, die Gerichtsverfassung betr., wurde vom k. Staatsministerium der Justiz unterm 9. Januar 1865 als Vorstand des Stadtgerichts München l/J. der Stadtrichter Wilh. Kastner aufgestellt.“)

München, 11. Jan. Der Ausschuß des hiesigen Schleswig-Holstein-Vereines versammelte sich gestern Abend und kooptirte mehrere Mitglieder. Das wichtigere Ergebniß der Sitzung ist der Beschluß, daß nach dem Beispiele des Memminger Vereines und dem Vorgehen des 36-Ausschusses die noch verfügbaren Vereinsgelder (sie betragen 705 fl. und sind bei der Bank angelegt) verwendet werden sollen, um schleswig-holsteinische Beamte, welche unter dem gegenwärtig in den Herzogthümern eingenisteten Regime wegen ihrer Ueberzeugungstreue und Charakterfestigkeit gemaßregelt werden sollten, zu unterstützen. (Nürnb. Kor.)

München, 10. Jan. In der heutigen Sitzung beendigte der Gesetzgebungsausschuß das 4. Hauptstück des Entwurfes und begann die Berathung des 5., welches sich mit der Materie der Kosten, Entschädigungen, Sicherheitsleistung und Armenrecht beschäftigt. Bei Art. 90 wurde dem Vorschlage des Referates beigestimmt, wonach die Kosten, welche beide Parteien veranlassen, von diesen gemeinschaftlich zu bestreiten, und nicht wie der Entwurf wollte, von der betreibenden Partei vorzuschießen sind. — Der Art. 91, welcher von dem Kostenersatze handelt, war Gegenstand einer längeren Diskussion. Herr Ministerialkommissär bezeichnete als Grundgedanken des Art. 91: „Alle nothwendigen Kosten sollen ersetzt werden, zwecklose dagegen außer Ansatz bleiben“ und hielt dafür, daß die Regelung dieses Artikels, zu dessen richtigen Verständniß Art. 103 „Ersatz des außer den Prozeßkosten durch den Rechtsstreit verursachten Schadens“ kombinirt werden müsse, namentlich bezüglich jener Kosten Schwierigkeiten bereite, die durch Reisen und Versäumnisse der Parteien und Bevollmächtigten bei jenen Gerichten entstehen, wo ein Anwaltszwang nicht statthabe, nämlich bei den Stadt- und Landgerichten und den Handelsgerichten; eine vollständige Regulirung in dieser Beziehung lasse sich im Gesetz nicht geben und es könne nur in der Gebührenordnung bestimmt werden, in wie weit solche Kosten zu den Prozeßkosten gehören. In diesem Sinne schlug die Staatsregierung eine Formulirung vor, wozu von Seite des Hrn. Abg. Dr. Edel noch der Beisatz beantragt wurde, die Bestimmung solcher Kosten dem richterlichen Ermessen zu überlassen, wobei jedoch hinsichtlich des Maßes die in der Gebührenordnung enthaltenen Ansätze zu Grunde zu legen seien. Hiemit erklärte sich Herr Ministerialkommissär eventuell einverstanden. Das System, die Entscheidung über den Ersatz solcher Kosten dem richterlichen Ermessen anheimzugeben, erachtet auch Herr Ausschuß-Vorstand für das Zweckmäßigste. Herr Abgeordneter Dr. Schmitt drückte den Wunsch aus, es möge dann dem Richter eine Gebührenordnung, welche, wie die für Zeugen im Strafprozesse, eine Reise-Entschädigung per Stunde festsetze, zur Richtschnur geben werde. Hr. Referent beantragt (als Abs. 4 Art. 91) den Ersatz für Reisen und Versäumnisse der Parteien und ihrer Vertreter zu den Prozeßkosten zu rechnen, wenn der Betrag durch die bestehende Gebührenordnung geregelt ist, außerdem ihn als Entschädigungsanspruch (Art. 103) geltend zu machen. Er überläßt es im letzteren Falle dem richterlichen Ermessen, solche außergerichtliche Kosten als überflüssige oder zwecklose (Art. 91 Abs. 2 und 3) vom Ersatze auszuschließen. Für diesen Vorschlag sprachen sich auch die Abg. Dr. Völk und Wiedenhofer aus. Eine Fassung des Art. 91, welche die heute hervorgehobenen Momente, worüber jedoch keine Abstimmung stattfand, enthalten sollte, wird in nächster Sitzung zur Vorlage kommen. (A. Abdz.)

Ein Artikel „aus **Bayern**“ in der „Frkf. P.-Ztg.“ sagt: „So viel man bis jetzt über die Verhandlungen der Mittelstaaten vernimmt, herrscht zur Zeit in Betreff der einzuschlagenden gemeinsamen Politik blos zwischen Bayern, Sachsen, dem Großherzogthum Hessen und Nassau (?) vollkommene Uebereinstimmung. Würtemberg soll sich noch nicht hinlänglich ausgesprochen haben, aber wenig Neigung an den Tag legen, sich anzuschließen. Hannover und Kurhessen halten sich bei Seite, und man hat Grund, anzunehmen, daß sie in den meisten Fragen mit Preußen gehen werden. Baden ist zwar in der schleswig-holsteinischen Frage der Hauptsache nach mit Bayern und Sachsen einverstanden, weiter aber reicht die Gemeinsamkeit nicht, und es ist sogar noch zweifelhaft, ob die badische Politik in Sache der Herzogthümer im entscheidenden Augenblick nicht eine Schwenkung gegen Preußen machen wird (wie sie bereits am 5. Dezember gethan). Die kleineren Staaten stehen entweder ganz unter preußischem Einflusse, oder sie beobachten eine Zurückhaltung, welche es wenigstens ungewiß erscheinen läßt, nach welcher Seite sie sich hinneigen werden. Aus dieser Zusammenstellung geht zur Genüge hervor, wie wenig man sich auf ein gemeinsames Vorgehen der dritten Staatengruppe für die nächste Zeit Rechnung machen darf. Preußen strebt zunächst eine Umgestaltung des Bundes nach den Machtverhältnissen der einzelnen Staaten an, ein Plan, der auch für Oesterreich etwas Verlockendes hat. Mißlingt dieser, so ist die gänzliche Beseitigung des Bundes sein Ziel. Das Gelingen des einen oder andern dieser Projekte würde die Durchführung der hegemonistischen Bestrebungen Preußens jedenfalls sehr erleichtern.

Aus **Wien**, 9. Jan., schreibt man dem „Schw. M.“: „In Bezug auf die Erklärungen, welche das diesseitige Kabinet in den mittelstaatlichen Residenzen abgeben ließ, vernimmt man jetzt, daß die Ansichten des hiesigen Kabinets in so viele Sätze eingehüllt sind, daß sie für Niemanden recht erkennbar sind. Daß Oesterreich unter keinen Bedingungen die Annexion der Herzogthümer durch Preußen zulassen werde, soll darin nicht gesagt sein, sowie denn

---

und verwandelte sie in ein reines und tönendes Metall. An die Stelle jener Pflanzen mit unregelmäßigen und wilden Formen machte er sich, wie die alten Beherrscher Perus, einen Garten von in Gold nachgeahmten Bäumen und Blumen von vollendeter Arbeit. Alles ist Reinheit, Ebenmaß und Adel. Das Wunderbare ist nur, daß das Volk unter einer so vollendeten Kunst den Edelstein wieder erkannte, dessen Stoff es selbst geliefert.

Allein Frankreich kennt weder das Volkslied noch die Ballade. Wir, die wir zwei oder drei Jahrhunderte lang Europa mit unsern Heldengeschichten genährt, können heute, auf 600 Jahre zurück, keine eigene poetische Vergangenheit finden; wir können an nichts anknüpfen, so tief und vollständig ist der Bruch in unserer Geschichte. Bei Uhland dagegen findet sich ein Asyl, ein Ehrenplatz für alle Helden der Vergangenheit, er wird bewegt bei ihrer Liebe, bei ihren Kämpfen, ihren Verbrechen und ihrer Buße, etwa wie man beim Lesen einer Familienchronik bewegt wird. Uns fehlt die Vergangenheit, und so haben wir die Poesie in unserer individuellen Geschichte suchen müssen, und zuweilen ist es uns auch geglückt. Allein, so oft wir versuchten, das Mittelalter wieder zu beleben, haben wir uns mit einem Ungeschick benommen, über das wir selber zuerst lachen mußten.“

Auch den bürgerlichen Charakter unseres Dichters weiß der französische Beurtheiler fein zu würdigen. Bekanntlich hat Göthe, als Uhland seine Professur aufgab, um Volksabgeordneter bleiben zu können, diesen Schritt getadelt und gemeint, Abgeordnete wie Uhland finde man zu Dutzenden, aber auf einen Professor wie er könne man lange warten. „Dies ist ganz wahr,“ bemerkt Challemel-Lacour, „Uhland war kein Staatsmann, und ich glaube, er war viel zu aufrichtig gegen sich selbst, ein abgesagter Feind der Rhetorik, um auf der Tribüne sehr zu glänzen. Allein darum handelt es sich hier nicht.

Die politische Gleichgültigkeit Göthe's und jener praktische Geist, der vor Allem auf den positiven, berechenbaren, unmittelbaren Nutzen sieht, haben ihn hier irre geführt. Es gibt noch Selteneres, als einen ausgezeichneten Abgeordneten oder selbst Professor: das ist ein Mann, der, wo es darauf ankommt, sein Interesse dem, was er für das Recht hält, zu opfern weiß; es gibt etwas Nutzenschaffenderes als schöne Reden und gelehrte Vorlesungen: das ist die Uneigennützigkeit und prunklose Charakterfestigkeit, deren von Zeit zu Zeit wiederkehrendes Beispiel den Glauben an den Adel der menschlichen Natur aufrecht erhalten muß, welchen so viele Schwächen vom Morgen bis zum Abend erschüttern.“

Am Schlusse folgt noch eine Zusammenstellung von Uhland mit Heine, der als Dichter der Leidenschaft und der Schmerzen charakterisirt wird, worauf es weiter heißt: „Es gibt eine andere Art von Dichtern, welchen die Poesie keinen Fehltritt, keine Thräne kostet. Ihr Wesen ist einheitlich und wohlgeordnet, ihre Seele ruhig. Die Leidenschaft würde sie unfruchtbar machen, sie sind

überhaupt mit keiner Silbe der Annexion Erwähnung geschehen soll. Nur im Allgemeinen sei darauf hingewiesen, daß die Herzogthümerfrage in einer den deutschen Interessen entsprechenden Weise gelöst werden wird."

Aus Wien, 10. Jan. schreibt man der „A. Z.": „Die 127 Holsteiner, welche in ebensoviel Tagen, als Fehr. v. Scheel-Plessen Wochen an seine Siebzehner- oder Neunzehner-Adresse wandte, ihre Ergenadresse an die Monarchen von Oesterreich und Preußen zu Stande brachten, haben leider in ihrem Eifer sich den Weg zu — wie zu fürchten steht — beiden Thronen verschlossen. Sie haben nämlich den seltsamen Formfehler der Scheel-Plessenschen Adresse mit der Kollektivüberschreibung nachgeahmt. Da nun dieser Formfehler einer der Gründe war, weßhalb diese letztere Adresse in Wien zurückgewiesen wurde, so macht selbstverständlich der nämliche Formfehler auch die erstere Adresse unbestellbar. In Berlin aber wird man diese Handhabe jetzt voraussichtlich dazu benutzen, eine unbequeme Kundgebung abzuwehren."

Wien, 11. Jan. Der Ministerrath beschloß, nach Anleitung des Ausschußbeschlußes die einzelnen Ministerien zur Erwägung der Möglichkeit weiterer Budgetminderung zu veranlassen. — Die „Wiener Abendpost" dementirt die Verhandlungen mit Montenegro auf Grundlage seiner Souveränetät und Gebietserweiterung.

Wien, 12. Jan. In der heutigen Sitzung des Unterhauses wurden folgende vier Interpellationen eingebracht. Skene fragte, ob die Vorlage des Zolltarifs noch in dieser Session erfolgen werde? Herbst: wann und wie das Ministerium den Vorgang bezüglich der der Bodenkreditanstalt eingeräumten Begünstigungen vor dem Hause rechtfertigen werde? Schindler in Betreff der Vorlage der seit dem 26. Februar erfolgten Bewilligungen zur Errichtung von Fideikommissen; Mühlfeld in Betreff des dänischen Friedensvertrages. (Einzelne Punkte dieser Interpellation siehe unter Rundschau im Anzeiger.)

Von der Theiß, 8. Jan. Aus allen Gegenden hören wir Klagen über die zunehmende Stockung in Handel und Verkehr, und nicht minder über die Hand in Hand mit der Geschäfts- und Erwerbslosigkeit gehende Unsicherheit; die Angriffe auf die Sicherheit der Person und des Eigenthums greifen in bedenklicher Weise um sich. Vor einigen Tagen trat in Mezö-Tur das Statarialgericht zusammen, um über drei Raubanfälle zu urtheilen: die Verhandlung dauerte sechs Tage, und führte zu dem Resultate, daß drei Angeklagte zum Tode durch den Strang und der vierte zu fünfjährigem strengen Kerker verurtheilt wurde. (A. Z.)

Berlin, 11. Jan. Die „Provinzialkorresp." bemerkt über die österreichische Politik: „Oesterreich stimme mit Preußen darin überein, daß irgend ein Vernehmen mit den deutschen Regierungen nicht eher stattzufinden habe, als bis darüber eine Verständigung zwischen den deutschen Großmächten erzielt sei."

Berlin, 11. Jan. Die „Provinzialkorresp." sagt, die Regierung scheine davon auszugehen, daß die ruhmreichen Ereignisse der letzten Zeit dem Könige vergönnen, von den früheren Gegensätzen in der Hoffnung abzusehen, daß der Landtag nunmehr die Hand dazu bieten werde, den inneren Frieden wieder herzustellen. (Daher werde die Eröffnung des Landtags durch den König in Person geschehen.) Zur Herstellung des Friedens müsse vor Allem eine Verständigung über die Militärfrage und eine gesetzliche Feststellung derselben erfolgen. In diesem Fall werde die Feststellung des Staatshaushaltes für 1865, sowie die nachträgliche Erledigung der Staatshaushaltsfragen keine erheblichen Schwierigkeiten bieten. Als anderweitige Vorlagen an den Landtag bezeichnet die „Provinzialkorresp." eine Vorlage in Betreff der Kriegskosten, zu deren Deckung keine Anleihe erforderlich sei; einen Gesetzentwurf über die Versorgung der Militärinvaliden und Wittwen der Gebliebenen; Vorlagen bezüglich der Entwickelung der preußischen Seemacht, bestehend in einem Gründungsplan und verschiedenen Anträgen betreffs der Mittel zur Ausführung desselben; eine Vorlage betreffs der Verbindung der Nordsee mit der Ostsee durch einen Kanal; Vorlagen über die Erneuerung des Zollvereins, die Abänderung des französisch-preußischen Handelsvertrags u. s. w.

Darmstadt, 12. Jan. In der heutigen Sitzung der ersten Kammer verlas das Justizministerium die landesherrliche Verfügung, wonach die Strafprozeßordnung in ihren einzelnen Bestimmungen nach Maßgabe der Stimmendurchzählung angenommen ist und demnächst verkündigt werden wird. Die Vorlage in Betreff der Kosten ist zurückgezogen.

In einer aus **Frankfurt**, 10. Jan., datirten Mittheilung der „Allg. Ztg." wird von der letzten, bekanntlich bisher noch unbeantworteten österreichischen Depesche nach Berlin folgende Inhaltsangabe gemacht: „Der dispositive Theil der Depesche resumirt sich, anschließend an die, in der Bismarck'schen Depesche nach Wien vom 13. Dezember aufgestellten preußischen Forderungen (daß die Regelung des künftigen Verhältnisses Preußens zu den Herzogthümern der Entscheidung über die Erbfolge vorauszugehen habe; daß auf die Regelung dieses Verhältnisses der Bund keinen Einfluß nehmen dürfe und daß die Beseitigung der Verfassung von 1848 unerläßlich sei], in den folgenden drei Punkten: 1) Oesterreich muß nach wie vor darauf bestehen, daß die Entscheidung über die Erbfolge jeder andern Entscheidung vorauszugehen habe und ihre thunlichste Beschleunigung unerläßlich sei; 2) Oesterreich wird, nach erfolgter Entscheidung über die Erbfolge, allen billigen Wünschen Preußens bezüglich der ihm in den Herzogthümern einzuräumenden Stellung bereitwillig förderlich sein; es erachtet aber, daß auch den Festsetzungen über diese Stellung eine bundesmäßige Unterlage gegeben und also der Bund zur entsprechenden Mitwirkung herangezogen werden müsse; 3) Oesterreich ist völlig einverstanden, daß die Verfassung von 1848 nicht bleiben kann, wie sie ist, es glaubt aber bemerken zu sollen, daß die Nothwendigkeit einer theilweisen Abänderung auch in den Punkten, welche nicht durch die eingetretenen staatlichen Aenderungen ohnehin hinfällig, längst von allen Seiten zugestanden worden, daß die Abänderung sich am Einfachsten und Angemessensten im Wege einer Revision vollziehen lassen werde, daß aber allerdings eine solche Revision — und darin müsse ein weiteres Moment für die sub 1 vertretene Ansicht gefunden werden — erst dann sich als möglich darstelle, wenn die Erbfolgefrage gelöst und mithin ein Landesherr eingesetzt worden."

---

so zu sagen nur mit der Spitze ihres Geistes Dichter. Ihre Phantasie hat, um ihre Früchte zu reifen, nichts nöthig als Sammlung. Die gemäßigten Bewegungen, die mittleren Gefühle, bereichert mit den Erinnerungen, die man gefahrlos aus dem Studium der Vergangenheit schöpft, oder die im Laufe einer bescheidenen Existenz zuströmen, das sind die einfachen Materialien, welche sie verwenden und welche ihre Künstlerhand unsterblich macht. Es ist ihnen nicht gegeben, eine blasirte Epoche mächtig aufzuregen, aber sie üben, zumal auf ein Volk von verhältnißmäßiger Natürlichkeit, einen süßen Reiz der Erbauung aus. Ein solcher ist Uhland. In der friedlichen Sphäre einer deutschen Kleinstadt, in der Einförmigkeit eines Lebens ohne Ereignisse und ohne Leidenschaft, fern von der Welt und ihren Schauspielen, ist er gleichwohl durch seinen Charakter auf der Höhe der größten Pflichten gestanden, und hat er Mittel gefunden, Dichter zu sein. Aber um seine Poesie zu genießen, braucht es vielleicht eine Unschuld des Geistes, welche heut zu Tage weder pariserisch noch überhaupt französisch ist."

Ein Brautfahrer.

München, 10. Jan. Die „B. Z." erzählt: „Ein Landwirth von behäbigem Aeußern, bereits in „gesetzten" Jahren, von ruhiger sanfter Gemüthsart, hielt sich in jüngster Zeit hier auf, um sich um eine „Hochzeiterin" umzusehen; auf Geld brauchte der Brautfahrer bei seinem schuldenfreien Besitze eines 40,000 fl. werthen Anwesens nicht zu sehen, er suchte nur ein gesundes, christliches Dienstmädchen. Was Wunder, daß seitens unserer Haus- und Küchendragoner eine förmliche Parforcejagd auf das seltene Wild losging, zu welcher sogar aus dem entlegensten Theil der Oberpfalz eine Heirathskandidatin auf die ihr von einer Kamerädin „gethane Post" herbei reiste; daß der Bräutigam zu wenig Geld von Hause mitgenommen und deßhalb genöthigt war, bei jeder seiner Verehrerinnen Darlehen zu entnehmen, konnte das Liebesfeuer nicht kühlen; dies gelang erst der Polizei, als sie den wohlhabenden Landwirth als Gauner und blutarmen Dienstknecht aus dem Oberlande demaskirte. Ich vermag nicht genügend drastisch zu schildern, um die Wiedererkennungsscene zwischen den Bethörten und dem Pseudobräutigam in ihrer vollen Lebhaftigkeit zu beschreiben, und will deßhalb nur anführen, daß es mir eine grausame Strafe gedünkt hätte, den Betrüger mit seinen Bräuten auch nur 24 Stunden zusammen zu sperren. Namentlich die Oberpfälzerin war aus Rand und Band, mit aller ihrem Stamme eigenen Energie drang sie wenigstens auf Ersatz ihrer Reisekosten. Eitles Bemühen! Wußte ja der Entlarvte seine Rolle lediglich mit der Entschuldigung zu beschönigen, daß er im vorigen Sommer zu Augsburg „aufs Hirn" gefallen sei und seitdem an Wahnvorstellungen leide. Eine interessante psychiatrische Erscheinung! Nun, die Ruhe und Abgeschlossenheit seines gegenwärtigen Aufenthaltes wird wohl eines wohlthätigen Einflusses auf sein krankes Gemüth nicht verfehlen.

Kopenhagen, 9. Jan. Der „Nat.-Ztg." wird geschrieben: „Dem Reichstage wird in den nächsten Tagen ein Gesetzentwurf vorgelegt werden, betreffend die Verabschiedung von nahezu 100 Geistlichen aus Sparsamkeitsrücksichten. Unter den zum Abschiede Designirten soll sich der aus den Verhandlungen des Reichsraths-Folkethings als entschiedener Gegner des jetzigen Ministeriums bekannte Pastor Birkedal befinden. — Wie verlautet, hat die Direktion der dänischen Nationalbank dem früheren Bankkassirer Torm in Flensburg eine Gratifikation von 5000 Thlrn. zuerkannt, als Belohnung für den Diensteifer, welchen der Genannte zur Zeit des Vorrückens der deutschen Verbündeten im Schleswig'schen bekundet, indem er einen Silbervorrath von 200,000 Thlrn. in Papiergeld umsetzte und so der Nationalbank übermittelte."

London, 9. Jan. Heute wurden die Assisen des Central-Kriminalgerichtshofes eröffnet. Einer der ersten zur Verhandlung kommenden Fälle wird der des Deutschen Kohl sein, welcher angeklagt ist, den Mord in den Plaistow-Marshes (an der Themse) verübt zu haben. Die Anklage wird der Solicitor-General leiten, als Vertheidiger wird Hr. Best genannt. Beide haben eine große Anzahl Zeugen vorgeladen, so daß der Prozeß mehrere Tage währen wird. Der Angeklagte behauptet einstweilen seine Unschuld. — Aus mehreren Städten Deutschlands, so aus Düsseldorf, Wien und Berlin, ist die Zusicherung nach Dublin gelangt, daß viele Künstler ersten Ranges die dort im Werden begriffene große Ausstellung beschicken werden.

Die Nachricht vom Verbrennen des spanischen Admiralschiffes im stillen Ozean hat zu **Madrid** einen peinlichen Eindruck hervorgebracht. Der Brand wurde durch Entzünden von Terpentinöl in einem Gefäße veranlaßt. Der Mannschaft gelang es, sich zu retten. Der Madrider Zeitung „Bolsa" (Börse) zufolge besteht die peruanische Escadre aus neun kleinen Dampfschiffen, einer Fregatte, einem Monitor und einem Dampfpanzerschiffe. Ob diese Escadre wirklich mit dem Befehl ausgelaufen ist, die Spanier anzugreifen, ist noch immer ungewiß.

In den **Madrider** Hofkreisen herrscht großer Unmuth über den Skandal, welchen die Heirath des Herzogs von Frias, Granden erster Klasse, mit „Fräulein" Balfe, der geschiedenen Gattin Sir J. Crampton's, englischen Gesandten am spanischen Hofe, veranlaßt hat. Die Königin soll dem Herzog, in dessen Adern das reinste „sangre azul" (blaues Blut) fließt, zu wissen gethan haben, daß sie die Herzogin nicht empfangen könne, weil sie den Gesandten einer Großmacht nicht der Unannehmlichkeit aussetzen wolle, mit seiner ehemaligen Gattin zusammenzutreffen. Als der Herzog diese Mittheilung erhielt, schickte er der Königin sofort alle seine Orden, sowie seinen Kammerherrnschlüssel zurück. Fräulein Balfe, Tochter des berühmten Komponisten dieses Namens und eine der beliebtesten Sängerinnen der Oper in Petersburg, hatte sich mit Sir J. Crampton, damaligen Gesandten Englands beim Czar Alexander, vermählt. Nach zweijähriger Ehe, welche ihren berechtigten Erwartungen nicht entsprach, strengte Lady Crampton gegen ihren Mann einen Scheidungsprozeß an, bei dem es zu skandalösen Enthüllungen kam und den sie daher leicht gewann. Sir John Crampton blieb dessen ungeachtet in seiner diplomatischen Stellung, ohne zu ahnen, daß eine zweite Ehe seiner Frau mit einem spanischen Granden ihm neue Verdrießlichkeiten bereiten werde.

Turin, 11. Jan. Der Bericht der zur Untersuchung der Turiner Septemberereignisse niedergesetzten Kommission ist erschienen. Derselbe spricht aus: Aus den mitgetheilten Aktenstücken und den eingezogenen Erkundigungen gehe hervor, daß jene Ereignisse in Folge von Provokationen seitens der Agenten der öffentlichen Gewalt eingetreten seien, und daß die Minister beim Einschreiten dagegen sich von dem gesetzlichen Weg entfernt hätten. Der Bericht beklagt, daß die Regierung nicht jene Einheit der Handlung, jene Energie und Voraussicht entfaltet habe, welche die Bedeutung der Ereignisse erforderte, und daß die Nation dadurch über die wahre Natur der Turiner Vorfälle in Irrthum geführt worden sei.

Aus **Warschau** wird unterm 4. d. folgendes traurige Faktum gemeldet: Vergangenen Winter, als die Polizei die Illuminationen anzubefehlen den ersten Versuch machte, lebte hier ein geachteter reicher Bürger, Namens Losocki, ein überaus loyaler Mann, der fortwährend ein offener Gegner des Aufstandes war, zu dessen loyaler Gesinnung aber der Illuminationszwang einmal nicht passen wollte. Er beleuchtete seine Fenster nicht und bestritt dem Polizeibeamten, der am Illuminations-Abend in sein Haus kam, um ihm seine Unterlassungssünde vorzuhalten, das Recht dazu. Am folgenden Tage wurde Losocki nach der Polizei beschieden und ihm mitgetheilt, daß er in das Innere Rußlands internirt werde, da man solche „Widerspenstige" jetzt hier nicht dulden könne. Am selben Tage reiste der Mann ab, und am Abend darauf starb seine von der Nachricht erschreckte, plötzlich erkrankte und ihn zärtlich liebende Schwester. Gestern ist hier die telegraphische Nachricht angelangt, daß der Unglückliche in der Verbannung ebenfalls gestorben ist.

Hiezu die Beilage: „Würzburger Anzeiger".

Verantwortlicher Redakteur: A. Hartmann.
Druck und Verlag der Stahel'schen Buch- und Kunsthandlung in Würzburg

Cours der Staatspapiere.

Oesterr.	5 pCt. Met. (Cp. l. 8. b. R.)	—
„	5 pCt. Lomb. ditto. à 24	—
„	5 pCt. Engl. Met. v. 1852	79 3/8 G.
„	5 pCt. Engl. Met. v. 1859	78 5/8 G.
„	5 pCt. Venet. Coupon b. R.	84 1/4 P.
„	5 pCt. Nationalanl. v. 1854	68 P. 67 5/8 G.
„	5 pCt. Metall. Obligation	—
„	4 1/2 pCt.	—
Preussen	3 1/2 pCt. Staatsschuldsch.	91 P.
Bayern	4 1/2 pCt. Obl. 1jähr. dto.	101 5/8 P.
„	4 1/2 pCt. Obl. 1/2jähr. dto.	101 3/8 G.
„	4 pCt. Obl. 1jähr. dto.	95 7/8 P.
„	4 pCt. Obl. 1/2jähr. dto.	94 1/4 P.
„	4 pCt. Obl. Ab.-R. dto.	98 1/2 P.
„	3 1/2 pCt. Obl. dto.	—
Württemb.	4 1/2 pCt. Obl. b. Rothsch.	100 G.
„	3 1/2 pCt. Obl. dto.	96 P.
Baden	4 1/2 pCt. Obl.	—
„	3 1/2 pCt. Obl. v. 1842	92 3/4 P. 1/2 G.
Gr. Hess.	4 1/2 pCt. Obl.	—
„	4 pCt. Obl. b. Rothsch.	101 1/4 P.
„	3 1/2 pCt. Obl. dto.	96 3/4 P.
Nassau	4 1/2 pCt. Obl. dto.	102 1/4 P.
„	4 pCt. Obl. dto.	99 3/8 G.
„	3 1/2 pCt. Obl. dto.	—
Frankfurt	3 1/2 pCt. Obl.	95 3/8 P.
„	3 pCt. Obl.	90 G.
Spanien	3 pCt. inl. Sch. P. à fl. 2. 30	—
„	2 1/2 pCt.	—
Schweden	4 1/2 pCt. Obl. à 105 Thlr.	92 3/4 P.
N. Amerika	6 pCt. à 100 Dr. 1881 D. 2 1/2	—
	6 pCt. ditto r. 1882	47 1/2—7/8 G.

Diverse Aktien.

Frankfurter Bank à fl. 500	144 3/4 P.
K. K. Oesterr. National-Bankaktien	799 G.
Oesterr. Kreditbank-Aktien à fl. 200	183 1/2—85 G.
Bayer. Hypothekenb. Pfandbriefe 4 pCt.	98 P. 97 7/8 G.
Darmst. Bank 1. u. 2. Serie à fl. 250	231 P. 230 G.
Weimarische Bank à Thlr. 100	99 1/2 P.
Mitteldeutsche Kreditaktien	100 P.
Intern. Bank in Lux. à 250 Frs. à 25 kr.	—
Taunus-Eisenbahn à fl. 250	351 P.
Frankfurt-Hanauer-Eisenbahn	97 7/8 P.
Oest. F.St.Eisb. 5pCt. 500 Fr. à 25 kr.	—
„ Elisab.-Eisenbahn 5 pCt.	114 1/4 P.
Böhm. Westbahn-Aktien à fl. 200 6/7	—
Rhein-Nahe-Bahn 200 Thl. à 105 4pCt. Z.	28 1/4 P.
Ludwigshafen-Bexbacher à 4 pCt.	145 G.
dto. dto. Prior. à 4 pCt.	97 3/4 P.
Pfälz. Maxb. b. Rothschild à 4 1/2 pCt.	104 3/8 P.
Oest. St.-Eisenb. Prior.-Oblig. à 3 pCt.	50 G.
Elisab.-Bahn Prior. 5 pCt. 6/7	77 3/8 P.
Südd. Bank-Akt., 80 pCt. Einz.	234 G.
Span. Handels- und Industrie	—
Bayr. Ostbahn à 4 1/2 pCt. volleinbez.	114 1/4 P.
Bayr. Ostbahn mit 50 pCt. Einz.	112 P. 113 3/4 G.

Wechsel
in süddeutscher Währung.

Amst. fl. 100 k. S.	101 1/4 P.
Antwerp. Frs. 200 k. S.	93 7/8 P.
Augsb. fl. 100 k. S.	99 7/8 P.
Berlin Th. 60 k. S.	104 7/8 P.
Brem. 50 Th. Lst. k. S.	96 6/8 P.
Brüssel Frs. 200 k. S.	93 7/8 P.
Cöln Thlr. 60 k. S.	104 7/8 P.
Hamb. MB. 100 k. S.	89 1/8 P.
Leipzig Th. 60 k. S.	105 P.
London Lst. 10 k. S.	118 3/8 P.
Lyon Frs. 200 k. S.	—
Mail. Frs. 200	94 P.
München fl. 100 k. S.	99 7/8 P.
Paris Frs. 200 k. S.	94 P.
Petersburg 60 S.-R.	—
Triest fl. 100 k. S.	—
Wien fl. 100 ö. W.	—
do. in öst. W. l. S.	101 1/4 P.
Disconto	5 pCt. G.

Anlehens-Loose.

Oesterr. fl. 250 v.	1839	—
„ fl. 250 v. 1854 mit 4pCt.		76 5/8—75 G.
„ fl. 500 v. 1860 6/7		83—1/4 G.
„ fl. 100 Kisb. L. v. 1858		126 3/4 G.
„ do. v. 1864		85 5/8—3/4 G.
Schwed. 10 Thlr. Loose		9 3/8 P.
Badische fl. 50		122 G.
Badische fl. 35		52 5/8 P.

Kurhess. Thlr. 40 b. R.	53 7/8 G.
Gr. Hessen fl. 50 b. R.	—
„ „ fl. 25 do.	—
Nassau fl. 25 bei Rothsch.	—
Sardinische, Fr. 36 b. R.	—
Neuchateler 10 Frs.-Loose	—
Freiburger 15 Frs.-Loose	—
Mailänder 45 Frs. L. b. R.	32 3/4 P.
St. Lüttich mit 2 1/2 pCt. Z.	—
Ansb.-Gunzenh. fl. 7-L.	10 3/8 P.

Frankfurt, 12. Jan. Die Liquidation ging, nachdem die Engagements größtentheils schon in den letzten Tagen abgewickelt worden, sehr leicht von Statten. Die Reports stellten sich schließlich auf eine sehr mäßige Höhe. Die in den letzten zwei Tagen unterbrochene Haussebewegung wurde dadurch wieder animirter und es fanden sehr bedeutende neue Spekulationskäufe statt. Besonders animirt verkehrten österreichische Kreditaktien und Loose von 1860. Auch Amerikaner waren höher und beliebt. (Spnd.)

An die
k. Hof- und Staatsbibliothek
1 N. Würzb. Ztg. München.

Neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht!

№ 14. Vorausbezahlung: Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 1 fl. 30 kr. Bei Inseraten wird die dreispaltige Zeile in gewöhnlicher kleiner Schrift oder deren Raum im Hauptblatte mit 6 kr., im Anzeiger mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franco. 62. Jahrgang. Samstag, 14. Januar 1865.

(Amtliche Nachrichten.) **München**, 12. Januar. Se. Maj. der König hat dem Stationskommandanten M. Launer der Gend.-Komp. von Oberbayern das silberne Ehrenzeichen des Verdienstordens der bayer. Krone verliehen; genehmigt, daß die kathol. Pfarrei Kusel von dem Bischofe von Speyer dem Priester Jos. Lauer verliehen werde; auf die am Bezirksgerichte Amberg erledigte Rathsstelle den Bezirksgerichtsrath Aug. Hauneld in Bayreuth versetzt; zum Rathe am Bezirksgericht Bayreuth den dortigen Assessor Fr. Reiß befördert und zum Assessor am Bezirksgerichte Bayreuth den Vertreter der Staatsanwaltschaft am Landg. Frechheim, G. Mattenheimer, ernannt; die Stelle des 2. Staatsanwalts am Appell.-G. von Niederbayern dem Assessor A. Kühbacher verliehen; zum 2. Staatsanwalte am Appell.-G. der Oberpfalz den Bezirksgerichtsrath K. Jungermann zu Landshut, zum 2. Staatsanwalte am Bezirksgerichte Donauwörth den Bezirksgerichts-Assessor A. Edelmann zu Kronach, und zum 2. Staatsanwalt am Bezirksg. Neuburg a/D. den Bezirksg.-Assessor Fr. Holle daselbst befördert; auf die am Bezirksg. Landshut erledigte Rathsstelle den Bezirksgerichtsrath K. Oberhofer in Wasserburg versetzt; auf die Rathsstelle am Bezirksg. Wasserburg den Bezirksg.-Assessor Th. van Mecheln in Weilheim befördert und zum Assessor am Bezirksg Weilheim den Vertreter der Staatsanwaltschaft am Landg. Sulzbach, J. G. Stauber, ernannt; auf die am Bezirksg. Aichach erledigte Rathsstelle den Assessor des Bezirksg. München r/J., O. Harlander, befördert; auf die am Bezirksg. München r/J. in Erledigung kommende Assessorstelle den Assessor des Bezirksg. Freising, Fr. v. Schultes, versetzt und zum Assessor am Bezirksg. Freising den Vertreter der Staatsanwaltschaft am Landg. Friedberg, K. Kühlmann, ernannt; auf die Landrichterstelle in Mallersdorf den Landg.-Assessor A. Brockard in Miesbach befördert und die Assessorstelle am Landg. Miesbach dem Vertreter der Staatsanwaltschaft am Landg. Berchtesgaden, Jos. Klein, verliehen; auf die am Bezirksgerichte Pfarrkirchen erledigte Assessorstelle den Sekretär des Bezirksg. Regensburg, K. Schmidt, befördert und die Bezirksg.-Sekretärsstelle in Regensburg dem Vertreter der Staatsanwaltschaft am Stadtgerichte Straubing, G. Münz, provisorisch verliehen; zum 2 funkt. Staatsprokurator-Substituten am Bezirksg. Zweibrücken den geprüften Rechtspraktikanten L. Haas von Wolfstein ernannt; dem Landwehr-Feldwebel Fr. X. Heichlinger zu Burgau in Anerkennung seiner 50jährigen treuen Landwehrdienste das silberne Ehrenzeichen des Verdienstordens der bayer. Krone verliehen. (B. Z.)

(Militärdienstesnachrichten.) **München**, 11. Jan. Se. Maj. der König hat die nachstehenden Veränderungen im Stande der Stabsoffiziere des Heeres verfügt:

Pensionirt wird: der Oberst H. Häring vom Geniestab.

Versetzt werden: der Oberst S. Frhr. v. Prankh vom 3. Inf.-Reg. zum Inf.-Leib-Reg.; die Oberstlieutenants A. Schiber vom 11. zum 2. Inf.-Reg. und Fr. Herabam vom 2. Kür.-Reg. zum 2. Chev.-Reg.; dann die Majore Fr. Ritter v. Mann vom 1. Art.-Reg. zur Art.-Berathungs-Kommission, G. Frhr. v. Stengel von der Genie-Berathungs-Kommission als Vorstand zur 1. Genie-Direktion, und G. Regner vom Genie-Reg. zum Geniestab als Vorstand der Genie-Berathungs-Kommission.

Befördert werden: zu Obersten: die charakt. Obersten G. Göß, Kommandant des Invalidenhauses, X. v. Predl, Kommand. der Veteranen-Anstalt, J. Schmölzl, Art.-Direktor der Festung Germersheim, bei der Zeughaus-Hauptdirektion, K. Fortenbach, Referent im Kriegsministerium, im 1. Art.-Reg. und M. Schmauß, Vorstand der Lokal-Geniedirektion Ingolstadt, im Geniestab; dann die Oberstlieutenants L. Hößlinger vom 7. im 3. Inf.-Reg., G. Pesenecker im 1. Inf.-Reg., Ph. Straub vom 13. im 11. Inf.-Reg., E. Frhr. v. Brück im 3. Uhl.-Reg., Fr. Rosenstengel im 4. Art.-R. und M. v. Caspers, Vorstand des Haupt-Montur- und Rüstungs-Depots; zu Oberstlieutenants: die Majore H. Miller v. Thiereck vom 4. im 13. Inf.-Reg., A. Höggenstaller im 3. Jäger-Bat., E. Frhr. v. Andrian-Werburg vom 10. im 7., Th. Eichheim vom 8. im 11. Inf.-Reg., Heinr. Deßloch im 5. Jäger-Bat., Fr. S. v. Carneville im 1. Inf.-Reg., L. Graf v. Taltenbach im 6. Chev.-Reg., Chr. Müller bei der Zeughaus-Haupt-Direktion, L. Vezl vom 1. im 4. Art.-Reg., J. v. Pillement bei der Art.-Berathungs-Kommission und M. Limbach im Genie-Reg.; zu Majoren: die Hauptleute Th. Fries im Generalquartiermeisterstab, A. Bedall vom 10. im 2., J. Bredauer vom 13. im 10. Inf.-Reg., H. Frhr. v. Leoprechting vom 8. Jäger-Bat. im 4. Inf.-Reg., Fr. v. Lachemair vom 11. im 8. Inf.-Reg.; die Rittmeister Fr. Frhr. v. Esebeck im 2., und J. Frhr. v. Ruffin vom 2. im 1. Kür.-Reg.; dann die Hauptleute K. Frhr. v. Neubeck von der Art.-Berathungs-Kommission im 1., Fr. Frhr. v. Stengel im 1. Art.-Reg. und E. Windisch, bisher 1. Adjutant des Genie-Korps-Kommandanten Generalmajors Ritter v. Buz, im Genie-Regiment.

Charakterisirt werden: als Obersten: die pens. Oberstlieutenants Jak. Fuchs und R. Frhr. Weismann v. Weißenstein; als Majore: der Hauptmann A. Friedlein vom Geniestab; die pens. Hauptleute Joseph Oswald, F. v. Stockhammern und A. Schröder; dann der Hauptmann à la suite M. Schaller. (M.-V.-Bl.)

Aus München, 12. Jan., schreibt man der „A. Abdz.“: „Man glaubt jetzt, daß die Einberufung der Kammern erst im Monat März erfolgen werde. — Die Beförderungen ꝛc. in der Armee sollen von nun an nicht mehr vereint in Armeebefehlen, sondern getrennt durch k. Reskripte erfolgen, wie dies eben jetzt der Fall ist, wo der kürzlich erlassenen Beförderung in der Generalität heute jene der Stabsoffiziere folgt und sich diesen demnächst die Beförderung der Subalternoffiziere anschließen wird.

Aus Lindau, 12. Jan. schreibt man der „A. Z.“: „Die Regierung des Kantons St. Gallen beschloß wegen der Schwierigkeiten, welche zwischen der k. bayerischen und der k. würtembergischen Regierung wegen des Anschlusses beiderseitiger Bahnen be-

Feuilleton.

Pariser Briefe.

Paris, 8. Januar.

(Opernball und Christnachtmette. — Im Theater. — Eine delikate Szene für Photographen. — Die beiden Dumas. — Eine Anekdote.)

Im neuen Jahre lebt man so lustig und brausend weiter, wie man im alten begonnen. Die Opernbälle stehen in höchster Blüthe. Für das Unglück, daß am Christabend keiner stattfinden durfte, damit die Mette nicht gestört würde, sucht man eine extravagante Entschädigung. Ob durch das Verbot die Andacht der Kirchenbesucher größer war, kann man so leicht nicht entscheiden.

Schon 1783, schreibt Mercier in seinem „Tableau de Paris“, war dieser nächtliche Gottesdienst die Veranlassung einer Menge ärgerlicher Auftritte und Skandale, die sich in allen Kirchen wiederholten und man sah sich zuletzt genöthigt, zur Vermeidung derselben und zur Beruhigung der wahrhaft frommen Kirchenbesucher, Schildwachen in den Gotteshäusern aufzustellen.

Heutzutage versehen die Polizeiagenten diesen Posten, und es werden ihrer so viele für die Kirchen in Anspruch genommen, daß vielleicht keine mehr für den Opernball übrig blieben, weshalb er wahrscheinlich untersagt wurde.

Die Sittenpolizei mag auf den Opernbällen nicht ganz überflüssig sein, denn es geht hier wohl kaum noch so solid zu wie vor hundert Jahren, wo nach Mercier die Quadrille mit einem Ernst und einer Steifheit getanzt wurde, als ob man sich um eine Gerichtsverhandlung drehte. „Auf unseren Maskenbällen“, berichtet der Zeichner des Tableau's, „herrscht ein kaltes, gezwungenes Wesen, das den Fremden unangenehm berühren muß.“

Man muß heut die leichtgeschürzten Dämchen sehen, wie sie im Cancan die aufregendsten Bewegungen schautanzen und mit paradiesischer Naivetät ihre Reize bloßstellen, um es zu verstehen, was der Fremde jetzt damit meint, wenn er sagt, daß er auf dem Opernballe „unangenehm berührt“ worden sei.

Obgleich der Jahresschluß den Theatern insgemein nicht günstig ist, hat das Palais Royal, zu allen Zeiten vom Glück begünstigt, in diesen Tagen einen neuen Treffer gemacht. Die „Curieuses“ im Gymnase, die „schöne Helene“ im Variétés-Theater und nun der „Photograph“ im Palais Royal, das sind drei Kassenerfolge, welche mehr als einen Ministergehalt aufwiegen. Der Inhalt der letztgenannten Bluette ist Folgender: Ein Pariser Don Juan wird auf einem Wohlthätigkeitsballe einer vornehmen Dame als Photograph vorgestellt, und er hat gegen das Qui pro quo um so weniger einzuwenden, als die Baronin eben ihr Bild aufnehmen zu lassen wünscht. Ein Besuch wird sogleich verabredet, und wir sehen des andern Morgens unsern Freund darüber her, sein Appartement in ein photographisches Atelier umzuwandeln. Zur bestimmten Stunde erscheint die Dame, und nun entwickelt sich eine Szene, für welche meine tugendhafte Feder den Dienst versagt. Wie Herr Gardefeu dem schönen Original die Posse einstudirt; wie er die Dame lehrt, das Füßchen zu zeigen und ihm einen zärtlichen Blick zuzuwerfen; wie er endlich die Vorhänge schließt, da seine Apparate gerade auf das Dunkel berechnet wären,

stehen, eine Konferenz zwischen der Schweiz, Oesterreich und Bayern anzustreben, um die Herstellung der Bahn zwischen Rorschach, Bregenz und Lindau zu ermöglichen. Die andern Regierungen, so hofft man, werden dann wohl nachfolgen.

Aus **Wien,** 10. Jan., schreibt man der „D. Allg. Ztg.": „Wir hören aus zuverlässiger Quelle, daß der Großherzog von Oldenburg die russische Cessionsurkunde (bezüglich der schleswig-holsteinischen Erbrechte) als ihm nicht genügend definitiv nach Petersburg zurückgesandt hat, daß dieselbe durch eine Urkunde in der von ihm gewünschten Gestalt nicht ersetzt ist, und daß er mithin zur Zeit keinerlei Cessionsakt in Händen haben kann."

Aus **Wien,** 11. Jan., schreibt man dem „N. K.": „Der preußische Gesandte soll in Wien die neueste Kundgebung des Papstes zum Thema einer seiner Besprechungen mit dem Grafen Mensdorff genommen haben. Er soll geäußert haben, seine Regierung werde diese Angelegenheit als eine rein kirchliche betrachten, dem preußischen Kabinet (Episkopat?) aber einen Wink darüber zugehen lassen, daß es nunmehr der Einsicht und dem Takt der Bischöfe überlassen sei, einen Konflikt zwischen den von der römischen Kurie aufgestellten Sätzen und den Gesetzen und Einrichtungen des Staats zu vermeiden. Im Uebrigen sei die preußische Regierung nicht gewillt, die Gewissen ihrer katholischen Unterthanen zu bedrängen. Wenn Herr v. Bismarck — von dem übrigens schon längst bekannt ist, daß er bei der konservativ katholischen Partei in Preußen eine Stütze sucht — gemäß diesen Andeutungen handelt, so bestünde wenigstens in dieser Hinsicht Uebereinstimmung zwischen Oesterreich und Preußen.

Wien, 11. Jan. Die Studenten der Wiener Universität haben beschlossen, sich von der 500jährigen Jubiläumsfeier der Universität fern zu halten, da das Konsistorium nicht den Tag der wirklichen Gründung der Universität, sondern das Datum der päpstlichen Bestätigungsbulle dem Jubiläum zu Grunde legen will. Fünfzehn Vertreter der Studentenschaft veröffentlichen in dieser Beziehung heute eine Erklärung, in welcher am Schlusse gesagt wird: „Wir treten zurück mit der Ueberzeugung, daß die öffentliche Meinung in und außer Oesterreich uns und Jene richten wird, die da glauben, das Jubiläum feiere nichts Anderes, als das 500jährige geistliche Protektorat, die 500jährige Existenz des Stiftungsbriefes und der Bulle, und daß sie jene richten wird, die trotz alledem sich finden lassen werden, die Studenten Wiens im Juli oder August vertreten zu wollen.

Wien. Ueber die Nachricht, daß der Sechsunddreißiger-ausschuß in Frankfurt alle ihm zur Verfügung stehenden Mittel zur Unterstützung schleswig-holsteinischer Beamten, die ihr Amt in Folge des Festhaltens am Landesrecht verlieren sollten, bestimmt und dafür Sorge getragen habe, daß man hievon in den Herzogthümern rechtzeitig Kenntniß erhielt, ruft die „Wiener Abendpost" ganz entsetzt aus: „Das sieht einer Aufwiegelung oder mindestens Anleitung zum passiven Widerstand weit ähnlicher, als einer eventuellen Unterstützung." Der „N. Korr." bemerkt, daß nach den konstitutionellen Grundsätzen, welche die „Wiener Abendzeitung" vertritt, der ebenso sachgemäße als patriotische Schritt des Sechsunddreißiger-Ausschusses so gedeutet werden kann, ist möglich; daß aber die Aeußerung der „Wiener Abendpost" der Denunziation eines „Vertrauten" weit ähnlicher sieht als einer ehrenhaften journalistischen Kritik, ist sicher. Uebrigens ist der passive Widerstand in keinem bekannten Strafkodex — und hoffentlich auch in dem zedlitz-halbhuber'schen nicht — verpönt; folglich kann auch die „Anleitung" dazu nicht strafbar sein. Mögen nur die Herrn Zivilkommissarii und deren allerhöchste auftraggebende Regierungen dafür sorgen, daß es beim passiven Widerstand bleibt!

Berlin, 11. Jan. Vor Kurzem hieß es: der König habe dem Ministerpräsidenten ein besonderes Weihnachtsgeschenk bescheert, und die Vermuthung erging sich in Freiherrn- oder Grafenkrone, Landgut oder Kanzlerwürde. Nach der „Kreuzzeitung" besteht das Geschenk in einem Spazierstock, auf welchem sich — sehr kunstreich in Elfenbein geschnitzt — das Bildniß des Königs mit einem Lorbeerkranz befindet. „Se. Majestät", so sagt die „Kreuzzeitung" wörtlich, „soll bei Uebersendung desselben geschrieben haben: er sende dem Minister gerade diesen Stock, damit er beim Anblick jenes Kranzes sich stets erinnere, daß er es gewesen, welcher jene Lorbeeren gepflanzt habe."

Berlin, 12. Jan. Die „Zeidler'sche Korrespondenz" hört, daß sich unter den Vorlagen an den Landtag auch eine Novelle zum Militärgesetz finden wird. Dieselbe dementirt die Nachricht, wornach Oesterreich erklärt hätte, daß es vor Erledigung der Erbfolgefrage eine Erörterung des künftigen Verhältnisses der Herzogthümer zu Preußen nicht für rathsam erachte. Die Frage, wie Preußen im etwaigen Fall des Ausbruchs eines Konfliktes mit Italien Partei ergreife, habe Oesterreich in Berlin noch nicht angeregt.

Berlin, 11. Jan. Die neue Landtagssitzung, so lautet vollständig die im telegraphischen Auszug gebrachte Aeußerung der „Provinzial-Correspondenz", wird von dem Könige persönlich am 14. Januar, Mittags um 1 Uhr, im weißen Saale des königlichen Schlosses zu Berlin eröffnet werden. Es waren in letzter Zeit noch vielfach Zweifel geäußert worden, ob nach den betrübenden Vorgängen der letzten Session jetzt eine Eröffnung durch den König selbst stattfinden würde. Die Regierung aber scheint davon auszugehen, daß die großen und ruhmvollen Ereignisse der Zwischenzeit eine neue Lage der Dinge geschaffen haben, in welcher es dem König vergönnt ist, von den früheren Irrungen und Gegensätzen abzusehen und mit der erneuerten Hoffnung vor den Landtag zu treten, daß derselbe die Hand dazu bieten werde, aus den Erfolgen des Krieges nunmehr auch die Segnungen des inneren Friedens erwachsen zu lassen. Wenn dies gelingen soll, so muß vor Allem die endliche Verständigung über die Militärfrage, die gesetzliche Feststellung derselben unter Mitwirkung des Landtages erfolgen. Wer möchte nicht hoffen, daß die glänzende Bewährung unseres Heeres und seiner

---

das Alles läßt sich nur auf Französisch sagen, und ich beneide den deutschen Bearbeiter nicht, der diesen dramatisirten Paul de Kock mit den Grundsätzen der Wiener oder Berliner Theaterpolizei in Einklang bringen will.

Es fiel mir wirklich ein Stein vom Herzen, als im verhängnißvollen Augenblicke der Herr Baron erschien, den die Eifersucht nicht etwa auf seine Gemahlin, sondern auf seine Freundin, welche er in dem Atelier des Photographen verborgen glaubt, hierhergeführt hatte. Und zwar erscheint der Herr Baron, bis an die Zähne bewaffnet, in der Uniform eines preußischen Kürassier-Obersten, mit einer riesigen Pickelhaube, deren Zinke sich in den Theaterhimmel verliert, ganz wie der Charivari die Tapfern von Missunde zu glorificiren pflegt. Später, als der Junker seinen Helm abnahm, standen von der kahlen Schädelkuppe jene drei Härchen empor, welche durch den „Kladderadatsch" historisch geworden sind! Ich sah mich um, aber der Graf v. d. Goltz befand sich zum Glück nicht im Theater. Die Lösung der Bluette läßt natürlich den ingeniösen Photographen hoffen, daß er seine artistischen Studien in den Salons der Baronin mit Glück fortsetzen werde.

Alexander Dumas, Vater, setzt in Paris seine Vorlesungen fort. Daran ist wenig Merkwürdiges, aber daß sich Leute finden, die für 20 Franken per Sperrsitz seine Plaudereien anhören, ist sehr bezeichnend für Frankreich, daß ein beliebter Schriftsteller dort solche Spekulationen auf die Beutel seiner Mitbürger wagen darf. Der Vater präparirt sich auf die Vorlesungen und der Sohn auf die Ehe. Der geistreiche Spötter, der noch unlängst in seinem „Ami des femmes" die Frauen so hart mitgenommen, beugt nun selbst seinen Nacken unter das Joch des Ehestandes. Die schöne Fürstin Narischkin, eine Schwedin von Geburt, wird es ihm allerdings nicht schwer machen, und die verschiedenen Millionen, die sie dem Gerüchte nach besitzen soll, dürften ihm eine nicht ganz gering zu schätzende Zugabe bieten. Der muthwillige Autor der „Dame aux Camélias" erwiderte einst auf die Frage: Wo er die großen Damen kennen gelernt (er hatte sie nämlich nicht viel besser als seine Loretten gezeichnet), ganz unbefangen: „Die kommen zu mir." Und siehe da, nun ist eine große Dame alles Ernstes zu ihm gekommen.

Um Anekdoten ist man in Paris nie verlegen. Aus dem Jockeyklub kann ich folgende mittheilen: Ein ebenso durch seine hervorragende Stellung im Staatsdienste, wie durch die Vielseitigkeit seiner Talente bekannter Kavalier war einem der Garçons des Klubs dahintergekommen, daß dieser ihn bei seinen kleinen Noten für Konsommationen &c. regelmäßig übervortheilte. Erst kürzlich wieder hatte ihm der Bursche 8 Frcs. aufgeschrieben, während der Herzog nur 7 Frcs. verzehrt hatte. Da es hier zu Lande sehr vernünftigerweise nicht, wie anderwärts, zum guten Tone gehört, zu derartigen Mißbräuchen ein Auge zuzudrücken, so stellte unser Gentleman den Garçon zur Rede, und wies ihm, die Noten einiger Freunde zur Hand nehmend, eine ganze Reihe solcher kleiner Prellereien nach. „Und lassen Sie sich es ein- für allemal gesagt sein", schloß der sich immer mehr ereifernde Sportsman, „ich liebe nicht die kleinen Diebstähle". Die Spötter lachten und folgerten aus dieser negativen Liebhaberei eine positive Hinneigung des Beamten zu „ausgiebigen Aneignungen".

Einrichtungen dazu beitragen müsse, diese Verständigung erreichen zu lassen, obwohl die Wortführer der Parteien schon im Voraus darauf hinarbeiten, jede solche Aussicht zu verschließen. Im Falle der Verständigung über die Militärfrage würde die gesetzliche Feststellung des Staatshaushalts für 1865, so wie die nachträgliche Erledigung der Staatshaushaltsfragen überhaupt, erheblichen Schwierigkeiten nicht unterliegen. Außerdem werden den Landtag folgende Gegenstände vorzugsweise beschäftigen: eine Vorlage in Betreff der für den Krieg verausgabten Gelder (wozu eine Anleihe bekanntlich nicht erforderlich war und auch weiter nicht beantragt wird), sobald die Rechnungen darüber vollständig vorliegen werden, — ein Gesetz, betreffend die Fürsorge für die Militär-Invaliden und die Wittwen der im Kriege Gebliebenen, — eine Vorlage in Bezug auf die weitere Entwickelung der preußischen Seemacht, und zwar der vollständige Gründungsplan und die Anträge in Betreff der zur allmählichen Ausführung erforderlichen Mittel, — eine Vorlage in Betreff der Herstellung einer Kanalverbindung zwischen der Ost- und Nordsee durch Schleswig und Holstein und der Betheiligung Preußens daran, — die Verträge über die Erneuerung des deutschen Zollvereins, sowie die Abänderungen des Handelsvertrags mit Frankreich, — eine allgemeine Wegeordnung, — ein allgemeines Berggesetz, — ein Gesetz über die Gerichtsbarkeit der preußischen Consuln im Auslande, — Vorlagen in mehreren Eisenbahn-Angelegenheiten (zunächst in Betreff der Bahnen von Danzig nach Neufahrwasser, von Heppens nach Oldenburg, von Trier durch die Eifel nach Call, ferner wegen der Berlin-Küstriner, der Tilsit-Insterburger, der ostpreußischen Südbahn u. s. w.); endlich eine Anzahl Gesetzentwürfe von geringerer Bedeutung, namentlich aus dem Bereiche des Justiz- und Handelsministeriums. Hiernach wird es dem Landtage an Gelegenheit zu fruchtbringender Thätigkeit für die wirklichen Landesinteressen nicht fehlen. Möchten die Mitglieder beider Häuser, beseelt von dem Geiste wirklicher Vaterlandsliebe und von dem festen Willen, das Wohl des Landes in Gemeinschaft mit der Regierung des Königs zu fördern, an ihre ernsten und wichtigen Arbeiten herangehen und die trüben Vorzeichen Lügen strafen, welche hier und da in Bezug auf die Absichten des Parteiwesens bereits auftauchen.

Dresden, 11. Januar. Die Antwort des Herrn v. Beust auf die preußische Depesche vom 13. Dezember (im Wesentlichen übereinstimmend mit der an das Münchener Kabinet ergangenen Note) verwahrt sich gleich Herrn v. d. Pfordten dagegen, daß der preußischen Regierung das Recht zustehe, einzelne Bundesregierungen wegen ihrer Abstimmungen am Bundestage zur Rechenschaft zu ziehen, geht dann aber ausführlich auf die preußische Auffassungsweise ein, wonach es dem Bunde unter keiner Voraussetzung hätte gestattet sein dürfen, die gegenstandslos gewordene Exekution in eine Okkupation Holsteins umzuwandeln. Das sächsische Kabinet glaubt, daß diese Befugniß des Bundes aus seinem Wesen hervorgehe und nicht erst erwiesen zu werden brauche. Indessen habe gerade die sächsische Regierung es absichtlich vermieden, die Frage über die Begründung des auf den Wiener Frieden gestützten Besitztitels der beiden Großmächte anzuregen (!) und würde überhaupt sich hierüber nicht ausgesprochen haben, wenn nicht die Note des Herrn v. Bismark hierzu provozire. Das sächsische Kabinet kommt nach einer längeren Auseinandersetzung der in Betracht kommenden Rechtspunkte zu der bereits in ihrer Abstimmung in der Bundestagssitzung vom 5. Dezember ausgesprochenen Ansicht, daß dem König Christian von Dänemark überhaupt keine Rechte an den Herzogthümern zugestanden hätten und derselbe somit allenfalls nur Ansprüche, die niemals vom Bunde anerkannt seien, an die beiden Großmächte habe abtreten können. — Die Drohung, daß der Bund durch eine Kompetenzüberschreitung seine Existenz gefährdet haben würde, beantwortet Herr v. Beust in folgender Weise: „Ueber das Maß jeder Kompetenz hat da, wo über der beschlußfassenden Autorität eine höhere Instanz steht, diese im Zweifelsfall zu entscheiden. Wo sie nicht besteht, ist die beschlußfassende Autorität selbst Richter, nicht aber ein einzelnes Mitglied der Versammlung, welche dieselbe darstellt. Für die Bundesversammlung gibt dies Art. XVII. der Wiener Schlußakte überdies an die Hand. Die in dem Erlasse des Herrn Ministerpräsidenten v. Bismark empfohlene Achtung vor den Grundgesetzen des Bundes bedingt die Achtung und Ausführung jedes Majoritätsbeschlusses, der verfassungsmäßig zulässig ist, und verfassungsmäßig unzulässig sind Majoritätsbundesbeschlüsse nur in den Fällen, für welche die Bundesgrundgesetze die Einstimmigkeit ausdrücklich verlangen. Ein Bundesbruch kann daher durch einen verfassungsmäßigen Majoritätsbeschluß nie herbeigeführt werden, wohl aber würde dies der Fall sein, wenn ein Bundesglied sich weigerte, einem solchen Bundesbeschlusse Folge zu geben, oder wohl gar es unternehmen wollte, dessen Ausführung mit Gewalt zu verhindern." Der Schluß der Depesche enthält eine höfliche Einlenkung, daß das sächsische Kabinet niemals daran gedacht habe, die bevorzugte Stellung der beiden Großmächte am Bunde zu bestreiten, aber eine Vertretung des Bundes bei der ferneren Verwaltung der Herzogthümer bis zur Erledigung der Erbfolgefrage sei ein berechtigtes Verlangen gewesen.

Altona, 10. Jan. Nachdem schon am letzten Donnerstag Abend in Franschenhof eine Schlägerei zwischen den hier garnisonirenden preußischen und österreichischen Soldaten vorgefallen war, wovon die hiesigen Blätter indessen ihrer Unerheblichkeit wegen keine Notiz nahmen, hat sich diese Schlägerei gestern Abend in nicht unbedeutendem Maße erneuert und bis zur Anwendung der blanken Waffe geführt. Es sind Verwundungen und Verhaftungen vorgekommen; zahlreiche preußische und österreichische Patrouillen durchstreifen bis gegen 4 Uhr morgens die von Militärs vorzugsweise frequentirten Straßen. Trotzdem von den Militärbehörden Vorkehrung getroffen wurde, ähnlichen Reibungen für die Zukunft vorzubeugen, haben sich diese Exzesse leider am heutigen Tage wiederholt. (Alt. M.)

London, 10. Jan. In einem Theil der amerikanischen Zeitungspresse ist der Argwohn ausgesprochen, daß England wieder einmal von Napoleon gedrängt werde oder sich drängen lassen wolle, die Südstaaten anzuerkennen, wo nicht gar mit Waffengewalt zu unterstützen. Angesichts der Siege des Nordens wäre der Zeitpunkt zu einem so krassen Abfall von der wiederholt proklamirten Nichtinterventionspolitik seltsam gewählt. Die „Times" giebt als Antwort den Nordstaatlichen zu verstehen, daß ihr böses Gewissen ihnen zum Theil die Wahrheit sage, daß aber England trotzdem und alledem sich nicht in ihre Angelegenheiten mischen werde. — Die Nachricht, daß die französische Regierung mit dem Plan umgehe, die französischen Schifffahrtsgesetze abzuschaffen, macht hier einen angenehmen Eindruck. Die Aufhebung der Schifffahrtsakte, sagt die „Times", scheine immer der letzte Triumph des Freihandels zu sein, wie ihre Einführung die erste gesetzgeberische Anerkennung des Schutzzollprinzips gewesen sei.

Aus **Paris,** 10. Jan., wird geschrieben: „Der Bischof von Moulins hat die Scheiben eingeschlagen. Am vorigen Sonntage hat er die Kanzel seiner Kathedrale bestiegen und die apostolischen Briefe vom 8. Dez. vollständig vorgelesen, um, wie er ausrief, seine Unterwerfung unter jenes Wort zu bestätigen, welches bindet und löst, und dessen Kraft es ist, niemals gebunden zu sein. Wenn der Bischof sich auf die kirchliche Bekanntmachung der Encyclika beschränkt, so geschieht es nicht, weil die Regierung irgend etwas angeordnet hat, sondern weil die weltliche Tagespresse die Encyclika schon genugsam verbreitet hat. Nebendem behält er sich vor, die Gefahren der vom Papste bezeichneten Irrthümer seinen Gläubigen zu zeigen." (Nach einer telegraphirten Note im „Moniteur" vom 12. ds. ist gegen den Bischof ein Rekurs wegen Mißbrauch der Amtsgewalt beim Staatsrath anhängig gemacht.)

Paris, 12. Jan. Der heute veröffentlichte Ausweis der französischen Bank zeigt eine Zunahme des Notenumlaufs von $15\,^1/_5$ Mill., das Guthaben des Staatsschatzes von $1\,^2/_3$ Mill., der Vorschüsse auf Unterpfänder von 2 Mill., dagegen eine Abnahme des Baarvorraths von $15\,^1/_3$ Mill., des Portefeuilles von $11\,^2/_5$ Mill. und der Privatrechnungen von $37\,^1/_3$ Mill.

Aus **Turin,** 9. Jan., schreibt man: „Der König soll sich im letzten Ministerrath gegen die Entwaffnung ausgesprochen haben, weil der Eindruck auf die Massen und die Achtung des Auslands berücksichtigt werden müßten, und weil keine der andern Mächte entwaffne. — Die Beamten des Handelsministeriums wurden offiziell benachrichtigt, daß sie sich für die erste Hälfte des Monats Mai zur Abreise nach Florenz bereit zu halten hätten. Dabei wird es aber große Schwierigkeiten geben, und es steht zu befürchten, daß viele unserer Beamten sich förmlich werden flüchten müssen. Denn die meisten haben Miethkontrakte für mehrere Jahre abgeschlossen, und die hiesigen Hausbesitzer verlangen unerbittlich die Auszahlung des ganzen Betrags. Unvermögliche Beamte haben daher Beschlagnahme ihres Mobiliars zu gewärtigen, und einigen derselben ist diese ärgerliche Maßregel von Seite ihres Hausherrn schon für die nächste Zeit angedroht. — Die beiden hiesigen Bierbrauer richteten einen Nothschrei an den Gemeinderath, worin sie erklären, daß sie die übermäßige Abgabe von 140,000 Lire nun durchaus nicht mehr leisten können, namentlich wenn die Residenz verlegt werde. Alle übrigen Brauereien Turins sind eingegangen,

da sie es nicht erschwingen konnten, für den Hectoliter Bier 17 Lire 20 C. Abgaben zu zahlen, während sie selbst nur 35 Lire beim Verkauf erhielten, und außerdem den Wirthen noch 20 Prozent bewilligen mußten.

Polen. Die polnischen Blätter, selbst die der Emigration, sind in ihrem Urtheil über die Bulle sehr zurückhaltend und eher zum Loben als zum Tadeln geneigt. — Die jüngste polnische Emigration zeichnet sich von ihren Vorgängerinnen von 1831 und 1848 dadurch vortheilhaft aus, daß sie ihren jüngeren Mitgliedern zur Erlangung einer höheren Bildung aus allen Kräften behilflich ist. Ein großer Theil der von ihr aufgebrachten oder aus dem Lande erhaltenen Geldmittel wird zur Unterstützung derjenigen Emigranten verwandt, welche ihr durch den Aufstand unterbrochenes Studium fortsetzen wollen und zu diesem Zwecke eine französische oder schweizerische Universität oder andere höhere Unterrichtsanstalten besuchen. Die betreffenden Schulbehörden haben ihnen die Einschreibegebühren und zum Theil auch das Honorar für den Unterricht erlassen und gewähren ihnen alle möglichen Erleichterungen.

New-York, 31. Dezember. Von Savannah ist keine weitere Nachricht eingetroffen, als daß ein Versuch gemacht werde, dem flüchtigen Hardee den Rückzug abzuschneiden, ehe er den Broad River erreiche. — Hood's Infanterie, hieß es, habe auf Pontons den Tenessee überschritten; doch wiederholen spätere Depeschen aus Cincinnati die Angabe, daß die nordstaatlichen Kanonenboote Hood den Uebergang verwehrt hätten. Auch läuft ein, jedoch zweifelhaftes, Gerücht um, Hood's noch übrige Armee sei sammt und sonders gefangen genommen worden. — Burbridge berichtet, daß er auf seinem Streifzuge durch Westvirginien in mehreren Gefechten Vaughan, Duke und Breckinridge geschlagen und viele Geschütze erbeutet habe. — Die Expedition gegen Wilmington ist zur Hälfte aufgegeben worden. General Butler erklärte dem Admiral Porter, sein Angriff habe bewiesen, daß Fort Fisher nur durch regelmäßige Belagerung zu nehmen sei. Der Admiral war anderer Meinung und erklärte, das Bombardement fortsetzen zu wollen, während Butler inzwischen schon nach Monroe zurückgekehrt ist und seine Truppen, wie berichtet wird, gleichfalls auf dem Rückwege begriffen sind. — Hr. Fessenden will sein 10/40 Anlehen nach dem 7. Januar zurückziehen.

(**Die Verluste des Kriegs.**) Der Süd-Almanach für das Jahr 1865, der zu Lynchburg in Virginia erscheint, gibt eine Statistik über die Getödteten, Verwundeten und Gefangenen in den Kriegsjahren von 1861 bis 1864. Der Verfasser sagt, daß die Angaben für die drei ersten Jahre genau und aus amtlichen Quellen geschöpft seien. Diejenigen für 1864 sind annähernd bestimmt, da offizielle Nachweise noch fehlen. Man muß dabei im Auge behalten, daß sie eine südstaatliche Berechnung ist. Es ergiebt sich ein Gesammtverlust der Unionisten von 469,419 Menschen, wozu noch die Summe von 350,000 als Verlust durch Krankheiten u. s. w. kommt, also zusammen 819,419. Auf Seite der Rebellen ergiebt sich ein Gesammtverlust von 274,844 Menschen, wozu noch die Summe von 150,000 als Verlust durch Krankheiten u. s. w. kommt, also zusammen 424,844. Den Verlust der Unionisten und der Rebellen zusammengerechnet, ergiebt sich die enorme Summe von 1,244,263 Menschen, welche dieser Krieg bis jetzt gekostet hat!

Hiezu die Beilage: „Würzburger Anzeiger".

Verantwortlicher Redakteur: A. Hartmann.
Druck und Verlag der Stahel'schen Buch- und Kunsthandlung in Würzburg

Amortisations-Erkenntniß.

Vom k. Landgericht Werneck.

Hypothekenbereinigung für Kronungen und Oberwerrn.

Nachdem innerhalb der im Amortisations-Edikte vom 23. Juni 1864 — cfr. Neue Würzb. Ztg. Nr. 189, 245 und 294 — vorgesetzten Frist keinerlei Ansprüche auf die dortselbst sub Ziff. 1 mit 87 näher aufgeführten Hypothekeneinträge geltend gemacht wurden, wird anmit erkannt:

„es seien diese Forderungen in Anwendung des § 82 des Hypothekengesetzes und in Verwirklichung des angedrohten Präjudizes für erloschen zu erklären und die Löschungen im Hypothekenbuche zu bethätigen."

Werneck, den 11. Januar 1865.

Der königliche Landrichter.
Huler. Meisner, Funktionär.

Cours der Staatspapiere.

Oesterr.	5 pCt. Met. (Cp. l. S. b. R.)	—
„	5 pCt. Lomb. ditto. à 24	—
„	5 pCt. Engl. Met. v. 1852	$79\frac{1}{4}$ G.
„	5 pCt. Engl. Met. v. 1859	$78\frac{1}{2}$ G.
„	5 pCt. Venet. Coupon b. R.	$84\frac{3}{8}$ P. $\frac{1}{8}$ G.
„	5 pCt. Nationalanl. v. 1854	$67\frac{5}{8}$—$\frac{7}{8}$ G.
„	5 pCt. Metall. Obligation.	—
„	$4\frac{1}{2}$ pCt.	—
Preussen	$3\frac{1}{2}$ pCt. Staatsschuldsch.	91 P.
Bayern	$4\frac{1}{2}$ pCt. Obl. 1jähr. dto.	$101\frac{5}{8}$ G.
„	$4\frac{1}{2}$ pCt. Obl. $\frac{1}{2}$jähr. dto.	$101\frac{5}{8}$ P. $\frac{3}{8}$ G.
„	4 pCt. Obl. 1jähr. dto.	$98\frac{7}{8}$ P.
„	4 pCt. Obl. $\frac{1}{2}$jähr. dto.	$99\frac{1}{4}$ P.
„	4 pCt. Obl. Ab.-R. dto.	$98\frac{5}{8}$ P.
„	$3\frac{1}{2}$ pCt. Obl. dto.	$96\frac{3}{4}$ G.
Württemb.	$4\frac{1}{2}$ pCt. Obl. b. Rothsch.	105 G.
„	$3\frac{1}{2}$ pCt. Obl. dto.	96 P.
Baden	$4\frac{1}{2}$ pCt. Obl.	—
„	$3\frac{1}{2}$ pCt. Obl. v. 1842	$92\frac{3}{8}$ P.
Gr. Hess.	$4\frac{1}{2}$ pCt. Obl.	—
„	4 pCt. Obl. b. Rothsch.	$101\frac{1}{8}$ P.
„	$3\frac{1}{2}$ pCt. Obl. dto.	$96\frac{3}{4}$ G.
Nassau	$4\frac{1}{2}$ pCt. Obl. dto.	$102\frac{1}{4}$ P.
„	4 pCt. Obl. dto.	$99\frac{3}{8}$ P. $\frac{1}{8}$ G.
„	$3\frac{1}{2}$ pCt. Obl. dto.	—
Frankfurt	$3\frac{1}{2}$ pCt. Obl.	$95\frac{3}{8}$ P.
„	3 pCt. Obl.	90 G.
Spanien	3 pCt. inl. Sch. P. à fl. 2. 30	—
„	$2\frac{1}{4}$ pCt.	—
Schweden	$4\frac{1}{2}$ pCt. Obl. à 105 Thlr.	$92\frac{5}{8}$ P. $\frac{4}{8}$ G.
N. Amerika	6 pCt. à 1000r. 1881 D. $2\frac{1}{2}$	—
„	6 pCt. ditto r. 1882 „	$47\frac{7}{8}$ G.

Diverse Aktien.

Frankfurter Bank à fl. 500 . . .	$144\frac{1}{2}$ G.
K. K. Oesterr. National-Bankaktien	802—800 G.
Oesterr. Kreditbank-Aktien à fl. 200	$186\frac{1}{2}$—$85\frac{1}{2}$ G.
Bayer. Hypothekenb. Pfandbriefe 4 pCt.	98 P. $97\frac{7}{8}$ G.
Darmst. Bank 1. u. 2. Serie à fl. 250	231 G.
Weimarische Bank à Thlr. 100 . .	$99\frac{1}{4}$ P.
Mitteldeutsche Kreditaktien . . .	100 P.
Intern. Bank in Lux. à 250 Frs. à 28 kr.	—
Taunus-Eisenbahn à fl. 250 . . .	350 P. 349 G.
Frankfurt-Hanauer-Eisenbahn . . .	$97\frac{1}{4}$ G.
Oest. F. St. Eisb. 5 pCt. 500 Fr. à 28 kr.	—
„ Elisab.-Eisenbahn 5 pCt. . .	$114\frac{1}{4}$ P.
Böhm. Westbahn-Aktien à fl. 200 6/7	—
Rhein-Nahe-Bahn 200 Thl. à 105 4 pCt. Z.	$28\frac{1}{4}$ P.
Ludwigshafen-Bexbacher à 4 pCt. .	$145\frac{1}{4}$ G.
dto. dto. Prior. à 4 pCt.	$97\frac{3}{4}$ P.
Pfälz. Maxb. b. Rothschild à $4\frac{1}{2}$ pCt.	$104\frac{5}{8}$ P.
Oest. St.-Eisenb. Prior.-Oblig. à 3 pCt.	$50\frac{1}{8}$—$\frac{1}{8}$ G.
Elisab.-Bahn Prior. 5 pCt. 6/7 .	$77\frac{1}{8}$ P.
Südd. Bank-Akt., 30 pCt. Einz.	255 P.
Span. Handels- und Industrie . .	—
Bayr. Ostbahn à $4\frac{1}{2}$ pCt. volleinbez.	114 P. $113\frac{7}{8}$ G.
Bayer. Ostbahn mit 50 pCt. Einz.	114 P. $113\frac{3}{4}$ G.

Wechsel in süddeutscher Währung.

Amst. fl. 100 k. S.	101 G.
Antwerp. Frs. 200 k. S.	$93\frac{7}{8}$ P.
Augsb. fl. 100 k. S.	$99\frac{7}{8}$ P.
Berlin Th. 60 k. S.	$104\frac{7}{8}$ P.
Brem. 50 Th. Lsd. k. S.	$96\frac{4}{8}$ P.
Brüssel Frs. 200 k. S.	$93\frac{7}{8}$ P.
Cöln Thlr. 60 k. S.	$104\frac{7}{8}$ P.
Hamb. MB. 100 k. S.	$89\frac{1}{8}$ P.
Leipzig Th. 60 k. S.	105 P.
London Lst. 10 k. S.	$118\frac{5}{8}$ P.
Lyon Frs. 200 k. S.	—
Mail. Frs. 200 . .	94 P.
München fl. 100 k. S.	$99\frac{7}{8}$ P.
Paris Frs. 200 k. S.	94 P.
Petersburg 60 S.-R.	—
Triest fl. 100 k. S.	—
Wien fl. 100 ö. W.	—
do. in öst. W. l. S.	$101\frac{3}{8}$ P.
Discount	5 pCt. G.

Anlehens-Loose.

Oesterr.	fl. 250 v. 1839	—
„	fl. 250 v. 1854 mit 4 pCt.	$75\frac{1}{8}$ P.
„	fl. 500 v. 1860 6/7	$83\frac{3}{8}$—$\frac{5}{8}$ G.
„	fl. 100 Rthl. L. v. 1858.	$127\frac{1}{4}$ G.
„	do. v. 1864.	$85\frac{1}{2}$ G.
Schwed.	10 Thlr. Loose	$9\frac{3}{8}$ P.
Badische	fl. 50	122 G.
Badische	fl. 35	$52\frac{7}{8}$ G.

Kurhess. Thlr. 40 b. R.	$53\frac{7}{8}$ G.
Gr. Hessen fl. 50 b. R.	—
„ fl. 25 do.	—
Nassau fl. 25 bei Rothsch.	—
Sardinische Fr. 36 b. B.	—
Neuchateler 10 Frs.-Loose	—
Freiburger 15 Frs.-Loose	—
Mailänder 45 Frs. L. b. B.	$32\frac{3}{4}$ P.
St. Lüttich mit $2\frac{1}{2}$ pCt. Z.	—
Ansb.-Gunzenh. fl. 7-L.	—

Frankfurt, 13. Jan. Die Börse war durch einige bedeutende Spekulationskäufe in österr. Kreditaktien angeregt, welche jedoch nicht die erwartete Rückwirkung auf die übrigen Effekten hervorzubringen vermochten, die im Durchschnitt wie gestern verkehrten. Um $1\frac{1}{2}$ Uhr trat eine allgemeine Ermattung ein, welche auch Kreditaktien um nahezu 1 fl. gegen den höchsten Stand zurückwarf. (Sond.)

An die
k. Hof- und Staatsbibliothek
München.
N. Würzb. Ztg.

Neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht!

№ 15-16. | Vorausbezahlung: Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 1 fl. 30 kr. Bei Inseraten wird die dreispaltige Zeile in gewöhnlicher kleiner | 62. Jahrgang. | Schrift oder deren Raum im Hauptblatte mit 6 kr., im Anzeiger mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franco. | Montag, 16. Januar 1865.

Die preußische Thronrede,

mit welcher am 14. d. der preußische Landtag eröffnet wurde, lautet:

„Erlauchte, edle und liebe Herren von beiden Häusern des Landtags! Ein ereignißreiches Jahr liegt hinter uns. In demselben ist es mir gelungen, im Bunde mit Sr. Maj. dem Kaiser von Oesterreich, eine Ehrenschuld Deutschlands, deren Mahnungen wiederholt und mit tiefer Erregung des traditionellen Gefühls an das gesammte Vaterland herangetreten waren, durch die siegreiche Tapferkeit der vereinigten Heere vermittelst eines ehrenvollen Friedens einzulösen. Gehoben durch die Genugthuung, mit welcher unser Volk auf diesen Preußens würdigen Erfolg zurückblickt, wenden wir unsere Herzen in Demuth zu Gott, durch dessen Segen es mir vergönnt ist, meiner Kriegsmacht im Namen des Vaterlandes für Gaben zu danken, die sich der ruhmreichen Kriegsgeschichte Preußens ebenbürtig anreihen. Nach einer halbhundertjährigen nur durch ehrenvolle Kriegszüge von kürzerer Dauer unterbrochenen Friedensperiode hat sich die Ausbildung und Mannszucht meines Heeres, die Zweckmäßigkeit seiner Verfassung und seiner Ausrüstung in dem vorjährigen, durch Ungunst der Witterung und durch den tapfern Widerstand des Feindes denkwürdigen Kriege glänzend bewährt.

„Es ist der jetzigen Organisation des Heeres zu verdanken, daß der Krieg geführt werden konnte, ohne die Erwerbs- und Familienverhältnisse der Bevölkerung durch Aufbietung der Landwehr zu beeinträchtigen. Nach solchen Erfahrungen ist es um so mehr meine landesherrliche Pflicht, die bestehenden Einrichtungen aufrecht zu erhalten und auf der gegebenen Grundlage zu höherer Vollkommenheit auszubilden. Ich darf erwarten, daß beide Häuser des Landtags mich in dieser Pflicht durch ihre verfassungsmäßige Mitwirkung unterstützen werden.

„Besondere Pflichten erfordert die Entwickelung der Marine. Sie hat im Kriege durch ihre Leistungen sich einen gerechten Anspruch auf Anerkennung erworben und ihre hohe Bedeutung für das Land dargethan. Soll Preußen der ihm durch seine Lage und politische Stellung zugewiesenen Aufgabe genügen, so muß für eine entsprechende Ausbildung der Seemacht Sorge getragen werden und dürfen bedeutende Opfer für dieselbe nicht gescheut werden. In dieser Ueberzeugung will Ihnen meine Regierung einen Plan zur Erweiterung der Flotte vorlegen.

„Die Verpflichtung zur Fürsorge für die im Dienste und auf dem Felde der Ehre an Gesundheit und Leben beschädigten Krieger und für die Hinterbliebenen wird in der Vorlage eines Invaliden- und Pensionsgesetzes einen wohlberechtigten Ausdruck finden, und ich hoffe, daß Sie demselben eine bereitwillige Aufnahme zuwenden werden.

„Die Aufstellung von Truppen an der polnischen Grenze hat nach dem Erlöschen der Insurrektion im Nachbarlande wieder aufgehoben werden können. Durch die gemäßigte, aber feste Haltung meiner Regierung wurde Preußen gegen Uebergriffe des Aufstandes sichergestellt, während gegen einzelne Theilnehmer an Bestrebungen, welche die Losreißung eines Theils der Monarchie zum Endziel hatten, von den zuständigen Gerichten auf Strafe erkannt worden ist.

„Daß die günstige Finanzlage des Staates es gestattet hat, den dänischen Krieg ohne Anleihe durchzuführen, muß eine große Genugthuung gewähren. Es ist dies mit Hilfe einer sparsamen und umsichtigen Verwaltung, vornehmlich durch die beträchtlichen Ueberschüsse der Staatseinnahmen in den beiden letzten Jahren, möglich geworden. Ueber die durch den Krieg veranlaßten Kosten und die zu ihrer Bestreitung verwendeten Geldmittel wird Ihnen nach dem Finalabschluß für das verflossene Jahr meine Regierung vollständige Vorlage machen.

„Der Staatshaushaltsetat für das laufende Jahr wird Ihnen unverzüglich vorgelegt werden. In demselben sind die aus der neuen Grund- und Gewerbesteuer zu erwartenden Mehreinnahmen in Ansatz gebracht, und auch die sonstigen Einnahmen haben unter Festhaltung der bewährten Grundsätze einer vorsichtigen Veranschlagung zu erhöhten Beträgen eingenommen werden können. Es ergeben sich dadurch die Mittel, nicht allein das Gleichgewicht der Einnahmen und Ausgaben auch in dem Etat wieder herzustellen, sondern auch eine beträchtliche Summe zur Befriedigung neuer Bedürfnisse in allen Verwaltungszweigen zu bewilligen.

Außer den allgemeinen Rechnungen über den Staatshaushalt der drei Jahre von 1859 bis 1861, deren Vorlage von Neuem stattzufinden hat, wird Ihnen nunmehr auch die Rechnung für das Jahr 1862 zur Entlastung der Staatsregierung übergeben werden.

„Die Arbeiten zur anderweitigen Regelung der Grund-

Feuilleton.

Präsident Lincoln.

Ein ministerielles Diner im weißen Haus.

(Aus dem Englischen übertragen in der „Ostd. Post“.)

Wenige Tage nach meiner Ankunft in Washington, im März 1861, wurde ich dem Staatssekretär der Vereinigten Staaten, Mr. Seward, vorgestellt. Mr. Seward empfing mich mit wohlwollender Höflichkeit und sagte mir nach einer kurzen Unterhaltung, daß Mr. Lincoln an eben demselben Tage dem Gesandten des Königreichs Italien eine Audienz ertheilen und er diese Gelegenheit benutzen würde, mich dem Präsidenten vorzustellen. Einige Minuten später langte in der That der Minister Italiens an, und Mr. Seward übergab mich seinem Sohne, indem er denselben beauftragte, mich nach dem weißen Hause zu führen, woselbst wir ihn wieder antreffen würden. Wir zögerten nicht, in die bescheidene Residenz des amerikanischen Präsidenten zu dringen. Die Vorhalle, welche wir passirten, ähnelte in vielen Stücken dem Vorzimmer eines Bankgeschäfts oder eines öffentlichen Verwaltungsgebäudes; ringsum befanden sich Schiebefensterchen, denen gegenüber hölzerne Stühle und Bänke standen. Der dienstthuende Domestik trug bürgerliche Kleidung und schien vollständig indifferent für die hohe Stellung der Persönlichkeit, an welche sein Dienst ihn attachirte. Mr. Seward richtete an ihn die einfache Frage: „Wo ist der Präsident?“ Wir traten durch eine zur linken Hand gelegene Thüre der Vorhalle in einen großen, schönen, fast verschwenderisch dekorirten Salon, in welchem ein Zwielicht herrschte, das den Reichthum des Mobiliars und der Verzierungen noch erhöhte. Mr. Seward und der italienische Minister hielten sich in der Mitte des Salons, während sein Sohn und ich in einer Fenstervertiefung Posto faßten, „denn“ — sagte Mr. Seward zu mir — „Sie gelten hier nicht für anwesend.“.

Bald öffnete sich die Thüre und wir sahen einen mageren, hageren Mann eintreten, von enormer Statur, schwerfälligem, unsicherem, unregelmäßigem Gange. Von seinen gewölbten Schultern hingen lange Arme herab, die in Hände von außerordentlichen Dimensionen ausliefen, wenn gleich diese Dimensionen noch weit hinter denen der Füße zurückstanden. Der grobe nachlässige Schnitt seiner schwarzen Tracht erinnerte unwillkürlich an das Kostüm der Leichenträger. Sein zurückgeschlagener Hemdkragen ließ einen gewundenen, braunen, muskulösen Hals sehen, um den sich eine Art schwarzseidenen Strickes schlang, dessen Enden tiefer als der Rockkragen reichten.

Der durch die Dimensionen der Extremitäten und die wenig anmuthige Größe der Ohren hervorgerufene Eindruck verschwand in dem Ausdruck von Milde, Klugheit und tiefer Gutmüthigkeit,

steuer sind in der vorgeschriebenen Zeit und in befriedigender Weise zum Abschluß gebracht. Daß dieses Ziel erreicht worden, ist, wie ich gern anerkenne, lediglich wesentlich den eifrigen Bemühungen zu danken, mit welchen von allen Seiten die Lösung der schwierigen und mühsamen Aufgabe angestrebt wurde. Auch die Veranlagung der Gebäudesteuer ist soweit gediehen, daß sie nur noch der schließlichen Berichtigung bedarf.

„Meine Regierung ist unablässig bestrebt, die Fortschritte in den verschiedenen Zweigen der Landeskultur zu befördern und für Vermehrung und Verbesserung der Kommunikationsmittel Sorge zu tragen. Der Entwurf einer allgemeinen Wegeordnung wird von Neuem einen wichtigen Gegenstand Ihrer Berathung bilden. Auch wegen Erweiterung und Vervollständigung des Eisenbahnnetzes werden Ihnen mehrere Vorlagen übergeben werden. Zur Anlage einer für Handels- und Kriegsschiffe jeder Art nutzbaren Kanalverbindung zwischen der Ost- und Nordsee durch Schleswig und Holstein hat meine Regierung technische Vorarbeiten ausführen lassen. Bei der Wichtigkeit dieses großartigen Unternehmens für die Interessen des Handels und der preußischen Marine wird meine Regierung bemüht sein, die Ausführung durch eine angemessene Betheiligung des Staates sicher zu stellen und Ihnen nach Schluß der vorbereitenden Verhandlungen darüber nähere Mittheilungen machen. Der Bergbau, befreit von lästigen Beschränkungen, erleichtert in seinen Abgaben und gefördert durch die Vermehrung der Absatzwege, entwickelt sich zu einem erfreulichen Aufschwung. Sie werden den Entwurf eines allgemeinen Berggesetzes zur Prüfung empfangen, welches die Rechtsverhältnisse des Bergbaues zu ordnen bestimmt ist. Die im Interesse des Seehandels unserer Seehäfen für die Dauer des Krieges erlassene Verordnung in Betreff der extraordinären Flaggengelder wird Ihnen zu nachträglicher Genehmigung zugehen.

„Es ist meiner Regierung gelungen, die Hindernisse, welche den Fortbestand des deutschen Zollvereins nach Ablauf der Vertragsperiode zu gefährden drohten, zu beseitigen. Die mit der Regierung Sr. Majestät des Kaisers der Franzosen abgeschlossenen Verträge haben die Zustimmung der sämmtlichen Vereinsregierungen erhalten, und die Zollvereinsverträge sind mit einigen durch die Erfahrung gerechtfertigten Abänderungen erneuert worden. Diese Verträge sowie ein nachträglich mit Frankreich getroffenes Abkommen in Betreff einiger von unseren Zollverbündeten geltend gemachten Wünsche werden behufs Ihrer Zustimmung vorgelegt werden.

„Die in Folge jener Verträge in Gemeinschaft mit den Regierungen von Bayern und Sachsen eingeleiteten Verhandlungen mit Oesterreich zur Erleichterung und Beförderung der beiderseitigen Verkehrsbeziehungen lassen ein baldiges Ergebniß gewärtigen.

„Das Werk, welches durch die Verträge mit Frankreich im August 1862 eingeleitet und dessen Durchführung seitdem von meiner Regierung wie von der Sr. Majestät des Kaisers der Franzosen mit gleicher Beharrlichkeit gefördert wurde, nähert sich somit einem Abschlusse, welcher in weiten Gebieten dem Handel eine freie Bewegung gestatten und den freundschaftlichen Beziehungen benachbarter Nationen durch die Gemeinsamkeit der Entwickelung ihrer Wohlfahrt eine neue Bürgschaft verliehen wird.

„Ich habe der Thaten meines Kriegsheeres nicht gedenken können, ohne die gleiche freudige und herzliche Anerkennung für das österreichische Heer mit einzubegreifen. Wie die Krieger beider Heere in Waffenbrüderschaft den Lorbeer getheilt haben, so hat die beiden Höfe bei den eingetretenen Verwicklungen ein reges Bündniß verknüpft, welches seine feste und dauernde Grundlage in meinen und meines erhabenen Verbündeten deutschen Gesinnungen fand. In diesen Gesinnungen und in der Treue gegen die Verträge liegt die Bürgschaft für die Erhaltung des Bundes, welches die deutschen Staaten umschlingt und ihnen den Schutz des Bundes sichert. Der Friede mit Dänemark hat Deutschland seine bestrittenen Nordmarken und diesen die Möglichkeit der lebendigen Betheiligung an unserem nationalen Leben zurückgegeben. Es wird die Aufgabe meiner Politik sein, diese Errungenschaft durch Einrichtungen sicher zu stellen, welche uns die Ehrenpflicht des Schutzes jener Grenzen erleichtern und die Herzogthümer in den Stand setzen, ihre reichen Kräfte für die Entwickelung der Land- und Seemacht wie der materiellen Interessen des gemeinsamen Vaterlandes wirksam zu verwerthen. Unter Aufrechthaltung dieser berechtigten Forderungen werde ich die Erfüllung derselben mit allen begründeten Ansprüchen so des Landes wie der Fürsten in Einklang zu bringen suchen. Ich habe daher, um einen sicheren Anhalt für meine Beurtheilung der streitigen Rechtsfragen zu gewinnen, die Syndici meiner Krone, ihrem Berufe entsprechend, zu einem Rechtsgutachten aufgefordert. Meine rechtliche Ueberzeugung und die Pflichten gegen mein Land werden mich leiten bei dem Bestreben, mich mit meinem hohen Verbündeten zu verständigen, mit welchem ich inzwischen den Besitz und die Sorge für eine geordnete Verwaltung der Herzogthümer theile.

„Es gereicht mir zur lebhaften Befriedigung, daß die kriegerischen Verwicklungen auf den engsten Kreis beschränkt geblieben und die naheliegenden Gefahren, welche daraus für den europäischen Frieden hervorgehen konnten, abgewendet worden sind. Die Wiederherstellung der diplomatischen Verbindung mit Dänemark ist eingeleitet, und es werden sich, wie ich fest vertraue, die freundlichen und gegenseitig fördernden Verhältnisse ausbilden, welche so sehr dem natürlichen Interesse beider Länder entsprechen. Meine Beziehungen zu allen übrigen Mächten sind in keiner Weise gestört worden und fahren fort, die glücklichsten und erfreulichsten zu sein.

„Meine Herren! Es ist mein dringender Wunsch, daß der Gegensatz, welcher in den letzten Jahren zwischen meiner Regierung und dem Hause der Abgeordneten obgewaltet hat, seine Ausgleichung finde. Die bedeutungsvollen Ereignisse der jüngsten Vergangenheit werden dazu beigetragen haben, die Meinungen über das Bedürfniß der verbesserten Organisation des Heeres, die sich in einem siegreich geführten Kriege bewährt hat, aufzuklären. Die Rechte, welche der Landesvertretung durch die Verfassungsurkunde eingeräumt worden sind, bin ich auch ferner zu achten und zu wahren entschlossen. Soll aber Preußen seine Selbstständigkeit und die ihm unter den europäischen Staaten ge-

---

welcher auf dem Antlitz lagerte. Der Mund war von einer wahrhaft wunderbaren Größe, seine fast unausmeßbaren Lippen schienen sich in den Tiefen eines schwarzen Bartes zu verlieren und hatten zur sichtbaren Grenze nur zwei scharfgezeichnete Furchen, welche von den Nasenlöchern zum Kinn herabstiegen. Die Nase selbst schien aus dem Gesicht mit einer gewissen Bangigkeit hervorzuspringen und in der Luft unbekannte Ausströmungen zu suchen. Die schwarzen, durchdringenden, aber mit einem Ausdruck unglaublicher Innigkeit gefüllten Augen wurden von buschigen Augenbrauen und einer strengen Stirn überragt, deren Entwicklung man nicht gut bemessen konnte wegen des dichten, nachlässig gehaltenen Haares, das sie bedeckte und unter dem das bizarre Antlitz des Präsidenten Lincoln zum Vorschein kam.

Wer Mr. Lincoln auf der Straße sieht, wird in ihm nicht einen jener Menschen herauskennen, welche die europäische Gesellschaft mit dem Titel eines „Gentlemen" schmückt. Seit meiner Ankunft in den Vereinigten Staaten hatte ich von ihm in Ausdrücken sprechen gehört, die ich weit entfernt war, im Munde einfacher Republikaner zu gewärtigen. Was man aber auch sagen mag, der theilnahmloseste Vorbeigänger wird sich nicht dieser bizarren Physiognomie gegenüber befinden können, ohne sie zu bemerken und ohne davon betroffen zu werden.

Bei seinem Eintritt in den Saal lächelte Mr. Lincoln mit Leutseligkeit. Er schickte sich an, allen Umstehenden ohne Unterschied die Hand zu reichen *), als die ernste Miene Mr. Seward's und die weit übergebogenen diplomatischen Grüße des italienischen Ministers ihn zur Wirklichkeit zurückriefen. Er trat mit einem schnellen Ruck des Körpers einige Schritte zurück und stellte sich im Angesicht seines Staatssekretärs und des fremden Diplomaten auf, den Oberkörper leicht nach vorne geneigt, die Arme über den Rücken gekreuzt, die Knie aneinander und die Füße auseinander. Mr. Seward entledigte sich der offiziellen Vorstellung, welche der Präsident durch eine wunderbare Schwenkung des Körpers erwiderte, trocken und steif wie ein zurückprallender Peitschenstiel. Der italienische Minister überreichte seine Beglaubigungsschreiben und begann eine lange Adresse zu verlesen, welche der Präsident mit großer Aufmerksamkeit anhörte, indem er von Zeit zu Zeit seiner Befriedigung durch noch heftigere Körperschwenkungen, als die erste, Ausdruck gab. Als die Verlesung der Adresse beendigt war, wechselte Mr. Lincoln mit dem Gesandten des Königs Victor Emanuel

*) Ein anderer Augenzeuge hat den Modus, nach welchem Mr. Lincoln die Hand reicht, als Phänomen beschrieben. Der Blick des Präsidenten, erzählt dieser, heftet sich fix auf Denjenigen, auf welchen er es abgesehen. Plötzlich fährt, wie aus der Scheide ein Säbel, der Arm in wagrechte Parade, die Hand öffnet sich groß wie ein Hummer, der Scheeren und Beine weit ausstreckt, und schließt sich dann langsam und sicher über die gefangene Diminutivhand wie ein Schraubstock. Im Verlauf dieser Operationen öffnen sich die Lippen Mr. Lincolns zu einem unaussprechlich freundschaftlichen Lächeln, während sich die Lippen des Handgedrückten schmerzlauterstickend schließen.

Digitized by Google

bührende Machtstellung behaupten, so muß seine Regierung eine feste und starke sein, und kann sie das Einverständniß mit der Landesvertretung nicht anders als unter Aufrechthaltung der Heereseinrichtungen erstreben, welche die Wehrhaftigkeit und damit die Sicherheit des Vaterlandes verbürgen. Der Wohlfahrt Preußens und seiner Ehre ist mein ganzes Streben, mein Leben gewidmet. Mit dem gleichen Ziele vor Augen werden Sie, wie ich nicht zweifele, den Weg zur vollen Verständigung mit meiner Regierung zu finden wissen, und werden Ihre Arbeiten dem Vaterlande zum Segen gereichen."

(Amtliche Nachrichten.) **München**, 13. Januar. Se. Maj. der König hat dem k. Regierungs- und Forstrath Fr. v. Baldinger im Ministerial-Forstbureau das Ritterkreuz 1. Klasse des Verdienstordens vom heil. Michael verliehen; dem ersten Direktor des k. Appellationsgerichtes von Schwaben und Neuburg, Jul. Pepp, dem k. Oberappellationsgerichtsrath L. Weikard, dem k. Oberappellationsgerichtsrath J. G. Kalb, dem k. Bezirksgerichts-Präsidenten L. Molique zu Kaiserslautern, dem k. Bezirksgerichts-Direktor J. B. Schieber zu Amberg das Ritterkreuz 1. Klasse des Verdienstordens vom heil. Michael, dann dem k. Obergerichtsschreiber am Appellationsgerichte der Pfalz, August Thoma, das Ritterkreuz 2. Klasse des gedachten Ordens verliehen; die kathol. Pfarrei Weiler, Bezirksamts Lindau, dem Priester Fr. J. Schmid, Dechant und Pfarrer zu Burgberg, Bezirksamts Sonthofen, und die kathol. Pfarrei Wolfstein, Bezirksamts Kusel, dem derzeitigen Verweser derselben, Priester Dr. Ph. Hammer, übertragen. (B. Z.)

* Unter dem Titel „Schleswig-Holstein und das deutsche Volk" bringt die „B. Z." einen Leitartikel, in welchem sie darauf hinweist, daß, während das deutsche Volk in Süd- und Mitteldeutschland an dem Programm, welches ein freies Schleswig-Holstein unter seinem legitimen und erkorenen Fürsten verlangt, unerschütterlich festhält, man im nördlichen Deutschland annexionistisch gesinnt sei und daß derartige Bestrebungen in der Masse des preußischen Volkes Unterstützung finden dürften. Es sei einleuchtend, daß letzterer Umstand die Aufgabe der seit der letzten Abstimmung in der Bundesversammlung sogenannten Minoritätsregierungen erschwere, indem dieselben bei ihren Bestrebungen sich nicht auf die öffentliche Meinung von ganz Deutschland, sondern nur auf einen Theil der Nation stützen könnten. Der „B. Z." will es scheinen, daß die süddeutsche Presse in ihrer Begeisterung für die nationale Sache diesen Umstand nicht selten übersehe oder ihm zu geringes Gewicht beilege. Es sei aber unbedingt nothwendig, auch die entgegenstehenden Schwierigkeiten in Betracht zu nehmen ꝛc. Wir können nicht finden, daß die süddeutsche Presse den von der „B. Z." erwähnten Umstand übersieht. Im Gegentheile wird tagtäglich in derselben auf die wachsenden Annexionsbestrebungen in Preußen aufmerksam gemacht; dabei fehlt es aber auch nicht an dem Hinweise, daß es eine Zeit gab, in welcher die öffentliche Meinung in Deutschland ungetheilter war und die Annexionsideen noch schlummerten; und wir begegnen dem Ausdruck des Bedauerns, daß die mittelstaatlichen Regierungen jene günstigere Zeit ungenützt verstreichen ließen. Das Anschwellen der jetzigen Strömung in Preußen hat die süddeutsche Presse nicht „übersehen"; doch wenn auch das nicht, so hat sie doch diesem Umstand „zu geringes Gewicht" beigelegt, wie die „B. Z." meint. Wie sich zwischen den Zeilen lesen läßt, meint dies die „B. Z." deshalb, weil die warme Begeisterung durch Erwägung jenes Umstandes nicht mehr „kaltblütig" geworden ist; wäre dies die Folge gewesen, so wäre wenig Hoffnung vorhanden, daß man in Süddeutschland, falls auch die preußische Kammer die Annexionsbestrebungen unterstützen sollte, mit um so mehr Entschiedenheit an dem Programm eines freien Schleswig-Holsteins unter seinem legitimen Fürsten festhalten würde, wie die „B. Z." an einer anderen Stelle als geboten bezeichnet. Oder legt die süddeutsche Presse jenem Umstand deshalb zu wenig Gewicht bei, weil sie den Regierungen, die sich jene Thatsache besser zu überlegen scheinen, immer mit Forderungen zum Handeln anliegt? Der Umstand, daß sich die öffentliche Meinung immer mehr theilt, muß es um so dringlicher erscheinen lassen, sich zu rühren. Wenn die mittelstaatlichen Regierungen der nationalen Sache genug gethan haben (und daß dies bis jetzt der Fall gewesen, glaubt wohl die „B. Z." selbst nicht), wird die Presse die Regierungen mit Forderungen verschonen. Der ganze Artikel scheint uns der Ausfluß einer offiziösen Stimmung zu sein, welche die Politik des „ruhig Abwartens", die uns einen Tag früher der offiziöse Münchener Korrespondent der „Allg. Z." verkündete, zur Grundlage hat. Und wenn die „B. Z." schließlich versichert, die bayerische Regierung werde unbeirrt durch die Ungunst der Verhältnisse, an dem Ziel festhalten, so läßt sich jene Politik, wie man bereits erfahren hat, recht wohl damit vereinen.

Preußen betont bekanntlich fortwährend die Separatvortheile, welche es in den Herzogthümern erwerben müsse und welche es sich durch seine tapferen Truppen verdient habe. Wie man dem „Wiener Botschafter" von **München** aus versichert, anerkennt die bayerische Regierung die Berechtigung des preußischen Verlangens nach Vortheilen für den preußischen Staat; jedoch dürfen diese Vortheile nicht aus dem Rahmen des Bundesrechtes heraustreten. Hr. v. d. Pfordten soll auch Veranlassung genommen haben, die bayerische Auffassung zur Kenntniß der österreichischen Regierung zu bringen.

Aus **Berlin** schreibt man der „K. Z." vom 13. ds.: „Trotz des von Wien aus geäußerten Zweifels hat man bestimmte Anzeichen dafür, daß Oesterreich einen Handelsvertrag mit Frankreich im Sinne habe, sobald die Verhandlungen mit dem Zollvereine zu einem günstigen Abschlusse geführt haben werden."

Frankfurt, 12. Jan. In der heutigen Bundestagssitzung erklärte die großh. badische Regierung ihre Bereitwilligkeit, dem Gesetzentwurf gegen den Nachdruck beizutreten, falls ein Gleiches von Seiten der übrigen Bundesglieder geschehe, und ward von der Hansestadt Bremen die Standesliste des Bundeskontingents überreicht.

Hamburg, 14. Jan. Die heute hier eingetroffene Stockholmer offizielle „Posttidning" sagt: „Die dänische Regierung habe im Jahre 1861 die Gleichberechtigung der dänischen und schwedischen Unterthanen bezüglich der Erwerbung des Bürgerrechts in den beiderseitigen Staaten vorgeschlagen; die schwedische Regierung habe aber den Vorschlag abgelehnt. Am 28. November 1864 habe alsdann der dänische Gesandte denselben erneuert, worauf jetzt eine zweite Entschließung des Königs erschienen sei, wonach

---

einige der üblichen Komplimente aus und drückte demselben im Augenblick, wo er sich zurückzog, zärtlich die Hand.

Meine Reihe war gekommen. Mr. Seward nahm mich bei der Hand und stellte mich dem Präsidenten vor; die Unterhaltung war sofort im Gange und wurde von seiner Seite in einem leutseligen familiären Ton geführt. Ich verabschiedete mich von Mr. Lincoln, bezaubert durch seinen Scharfsinn, seine Feinheit, seinen Humor. Als ich des Abends in mein Hotel zurückkehrte, fand ich für den folgenden Tag eine Einladung zum Diner im weißen Hause.

Zur vorgeschriebenen Stunde begab ich mich am folgenden Tage in die Wohnung des Präsidenten. Der Domestik, welcher meinen Hut und Paletot in Empfang nahm, unterzog sich der Aufgabe, mich mit großer Umständlichkeit über meinen Namen und meine soziale Stellung zu befragen; als er erfuhr, daß ich nicht Minister war, machte er Miene, mich nicht weiter vordringen lassen zuwollen; „denn, sagte er zu mir, heute diniren hier nur die Minister und ihre Frauen." Dieses Mißtrauen verschwand jedoch bei Vorzeigung meines Einladungsbriefes. Er zeigte mir, wie ich meinen Hut hinstellen müsse, um ihn nicht einem Zufalle auszusetzen, und setzte mich in Kenntniß, daß ich auf dem Sprunge stand, einem gastronomischen Feste von ganz ungewöhnlichem Charakter beizuwohnen. Ich bemerkte übrigens eine Abwesenheit allen Ceremoniells, keine vergoldeten Treppen, keine uniformirten Galabedienten, um die Eingeladenen anzumelden. Ich durchschritt ein überaus einfaches Vorzimmer, einen geräumigen Saal, welcher sich hinter diesem Vorzimmer befand, und gelangte in einen Salon, welchen ich für denjenigen erkannte, in dem ich Tags vorher Mr. Lincoln vorgestellt worden war.

Mrs. Lincoln war bereits auf ihrem Platze installirt, um die Eingeladenen zu empfangen. Sie ist eine Dame von gewissem Alter und gewöhnlicher Statur, welche die den Frauen ihres Alters eigene Fülle hat. Ihre Züge weisen nichts Bemerkenswerthes auf. Ihre Haltung läßt, ohne etwas Affektirtes zu haben, dennoch ahnen, daß sie die Anforderungen ihrer gegenwärtigen Stellung begreift und daß sie, freiwillig oder gezwungen, sich bemüht, etwas mehr zu sein als Mrs. Lincoln, die Frau des ehemaligen Advokaten in Illinois. Ich will nicht versuchen, ihre Toilette zu beschreiben, welche kostbar war und in der die grellen Farben überwogen. Sie hielt in der Hand einen Fächer, den sie mit Lebhaftigkeit spielen ließ, wobei sie einen runden, wohlproportionirten und mit sehr einfachen Edelsteinen geschmückten Arm sehen ließ. Ich wurde von ihrem Bemühen, sich angenehm zu machen, so wie von ihrer natürlichen Leutseligkeit frappirt und vermochte nicht, die Erbitterung zu begreifen, mit welcher die secessionistischen Damen von Washington sich angelegen sein ließen, die Gemahlin des Präsidenten zu bespötteln.

Die Gesellschaft war bald vollzählig. Mr. Seward stellte mich den Ministern vor, ihren Frauen und ihren Töchtern.

(Schluß folgt.)

auch die erneuerte dänische Proposition schwedischerseits keine Berücksichtigung gefunden. Diese Willensäußerung beweise, daß der König den neueren skandinavischen Demonstrationen fern stehe.

London, 11. Jan. Die Assisenverhandlungen gegen den des Mordes angeklagten Ferdinand Eduard Karl Köhl haben heute im Centralkriminalgerichtshofe ihren Anfang genommen. Als Richter fungiren der Lord-Oberrichter Pollock und Richter Blackburn, als Ankläger der Sollicitor-General, Sergeant Ballantine und Hr. Hannan, als Vertheidiger des Angeklagten Hr. Best und Hr. C. C. Palmer. Von Seiten der Krone war Hr. Albert als Dolmetsch angestellt worden. Der Angeklagte erklärte sich „Nichtschuldig" und verlangte, von einer gemischten (aus Engländern und Ausländern zusammengesetzten) Jury gerichtet zu werden. In der Anklagerede faßte der Solicitor-General kurz die wesentlichen Momente der Zeugenaussagen, welche die Anklage unterstützen würden, zusammen. Der Angeklagte sei ein Deutscher und habe hier in einer Zuckerraffinerie gearbeitet. Gegen Mitte September sei er nach Deutschland gegangen und am 2. Okt. nach England zurückgekehrt. Er habe sich hier verheirathet und ein Haus in Hoy-Street in der Nähe der plaistower Marschen bezogen, von welchem er einzelne Räume vermiethet habe. Aus Deutschland habe er einen jungen Mann, Johann, alias Christian Fuhrhop, mit sich gebracht, welchen er anfangs bei einer Frau Warren eingemiethet, später aber zu sich ins Haus genommen habe. Die Anklage werde beweisen, daß dieser junge Mann ermordet worden sei. Am 8. Nov. sei der Leichnam des Fuhrhop an einem schilfbewachsenen Platze am Gestade der Themse gefunden worden, aber ohne Kopf. Von Kleidungsstücken waren ihm nur noch Stiefel und Hosen gelassen, und kein Anzeichen habe darauf hingedeutet, daß ein Kampf stattgefunden habe. Wahrscheinlich sei der Verstorbene mit einem Schlage hingestreckt worden, doch wolle er (Redner) sich über diesen Punkt doch nicht weitläufig verbreiten, denn man werde gegenwärtig wohl nicht behaupten wollen, daß der Verstorbene Selbstmord begangen habe. Der Solicitor-General beleuchtet nun die Zeugenaussagen, die auf den Schluß hinführen, daß der Angeklagte der Mörder sei. Er erzählt, wie der Angeklagte und der Verstorbene bei verschiedenen Gelegenheiten in Gesellschaft gesehen worden waren, und stellte die verschiedenen Gänge zusammen, die der Angeklagte nach dem Verschwinden des Verstorbenen gemacht habe. Er hob den Umstand hervor, daß der Angeklagte einen falschen Bericht über sein Thun und Lassen abgestattet habe, daß er am Tage der Mordthat in einer Zuckerraffinerie in Whitechapel gewesen sein wolle, während der Beweis geliefert werden würde, daß er in den Plaistower Marschen gewesen sei, wo der Leichnam sich gefunden. Auf den Kleidern des Angeklagten habe Dr. Letheby Blutflecken gefunden; auf einem Hackemesser, das im Besitz des Angeklagten gewesen, habe derselbe Chemiker kleine Stückchen Baumwollefasern und auch ein sehr kleines Stückchen Menschenhaut entdeckt. (Nach einem weitern Berichte aus London wurde die Assisenverhandlung noch am 11. d. beendet. Köhl wurde für schuldig befunden und das Todesurtheil über ihn ausgesprochen.)

Paris, 13. Jan. Der „Moniteur" hat folgende Nachrichten aus Mexiko vom 14. Dez.: Am 10. Dez. hat der Kaiser Max den päpstlichen Nuntius empfangen. In seiner Anrede an den Kaiser sagt der Nuntius: Der Papst bezweifele nicht, daß die Religion, die fruchtbare Quelle des Gedeihens der Nationen und die kräftigste Stütze der Regierungen, der Gegenstand eines beständigen Schutzes von Seite des Kaisers sein werde. Darauf erwiderte der Kaiser: Er nehme es mit Dank an, daß die Kirche die nöthige definitive Regelung der schwierigen, zwischen Mexiko und dem Papst schwebenden Angelegenheiten wolle. Die mexikanische Regierung sei katholisch und loyal und auf wahre Freiheit gegründet, und werde nicht ermangeln, ihre Pflichten zu erfüllen. Mit diesen Gefühlen empfange der Kaiser den Repräsentanten des Stellvertreters Christi, und er habe die volle Zuversicht, daß dessen Ankunft ein erster Schritt zu einer dauernden Regelung sei, die Gott segnen werde.

Turin, 9. Jan. Die ungünstigen Gerüchte, welche mit Bestimmtheit die schreckliche Nähe des Staatsbankerotts ankündigten, verstummen mehr und mehr beim Anblick des Anschwellens des italienischen Staatsschatzes. Der amtliche Nachweis zeigt, daß von 124 Millionen schon 98 vorausbezahlt worden sind, eine Thatsache, welche freilich die Pessimisten dem Umstande zuschreiben, daß die Zögernden 6 Prozent Strafe zahlen müssen. Hervorzuheben ist, daß die südlichen Landestheile zu den eifrigsten gehörten. Das Geschäft zwischen dem Finanzministerium und den Nationalkreditanstalten hat eine dreimal größere Ausdehnung angenommen, als man ursprünglich in Aussicht genommen hatte. Statt um 50 handelt es sich jetzt um 150 Mill., die in Obligationen zu 505 Francs, verzinsbar vom 1. Oktober 1864 an, ausgegeben werden und innerhalb 15 Jahren mit Hilfe des Verkaufs der Nationalgüter heimgezahlt werden sollen. Dieser letztere geht unter dem Donner der päpstlichen Bulle vortrefflich von statten, besonders im Königreich Neapel. Freilich haben auch die Kreditanstalten im November während der größten Finanznoth sehr günstige Bedingungen erhalten.

Turin, 11. Jan. Der Bericht der parlamentarischen Kommission über die Septemberereignisse zu Turin kommt nach einer eingehenden Schilderung der Vorgänge zu folgenden Schlußfolgerungen: 1) die Kommission, indem sie der zuständigen Gerichtsbehörde es überläßt, die Haltung der Agenten der öffentlichen Gewalt zu richten und nöthigenfalls zu bestrafen, ist der Ansicht, daß aus den mitgetheilten Beweisstücken und den eingezogenen Erkundigungen nicht hervorgeht, daß diese Ereignisse die Folge von Herausforderungen waren, durch welche sie gerechtfertigt oder entschuldigt sein könnten; 2) die Kommission ist der Ansicht, daß die Minister in ihren Anordnungen, wie sie durch die mitgetheilten Aktenstücke konstatirt sind, sich von der Beobachtung des Gesetzes nicht entfernt haben; 3) die Kommission beklagt, daß bei dieser Gelegenheit die Regierung nicht die Einheit der Aktion, die Energie und die Vorsicht entwickelt hat, welche der Ernst der Ereignisse erforderte, und daß die Nation über den wahren Charakter der Turiner Vorgänge in Irrthum geführt worden ist.

St. Petersburg, 9. Jan. Es gilt nun als bestimmt, daß Großfürst Konstantin mit Neujahr wieder die Präsidentschaft des Reichsraths übernimmt. Er hat auch in der jüngsten Sitzung dieser Versammlung zum ersten Male seit seiner Rückkehr das Wort ergriffen. Ferner werden die Herren Milutine und Butkow, letzterer Reichssekretär und als solcher bei der letzten Justizreform hervorragend betheiligt, als Mitglieder in den Reichsrath und so ein gewissermaßen modernes praktisches Leben in diese bisher aus alten Generalen und unfähigen Exministern zusammengesetzte Körperschaft kommen, wozu auch der neue Präsident Vieles beitragen wird. An Stelle des Admirals Krabbe wird nicht, wie es anfangs hieß, Admiral Glasenap, sondern General Greigh Marineminister; er war bisher Kanzleidirektor dieses Departements, und es ist auffallend, daß er, der gar nicht zur Marine gehört, als der Befähigtste für den Posten gewählt wird. Alle diese Ernennungen und noch andere erwartet man zu Neujahr (a. St.)

Hiezu die Beilage: „Würzb. Anzeiger" und eine Extra-Beilage.

Verantwortlicher Redakteur: A. Hartmann.
Druck und Verlag der Stabel'schen Buch- und Kunsthandlung in Würzburg

Schuldverschreibungen von Standesherren und Privaten.

Frankfurter Börse.

				G.	P.
4	pCt.	Herz.	Lucca, alte b. Rothsch.	—	74
4	"	"	do. neue b. "	—	84
3½	"		Landgräfl. H.-Homb. b. "	—	94
3½	"	Fürstl.	Löwenst.-Werth. (bad.)	—	94
3½	"		do. (bayer.)	—	—
3½	"	"	Fürstenberg b. Rothsch.	—	94½
3½	"	"	" "	—	—
3½	"	"	Leiningen P. N. Schm.	—	94
3	"	"	" "	—	82
4	"	"	Oettingen-Wallerstein	—	99
4	"	"	Esterhazy P. Galantha	59	61
3½	"	"	Isenburg-Birstein b. R.	—	93
4	"	"	Schwarzenberg	—	72
4	"	"	Palffy b. Arnst. u. Kahel.	—	83
4	"	Gräfl.	Erbach-Fürstenau b. S.	—	99
4	"	"	Palffy, Ferd. Leop., b. S.	—	62

				G.	P.
4	pCt.	Gräflich	St. Genois b. Schm.	—	72
4	"	"	Szapary b. Rothsch.	—	50
4	"	"	Schönborn b. Schm.	—	60
4	"	"	Sandor b. Rothsch.	—	58
4	"	"	Strachwitz b. Schm.	—	50
4	"	"	Hugo Eltz	—	85
4	"	"	Viczay b. Rothsch.	—	60
4	"	"	Nizky b. Rothsch.	—	—
4	"	"	Hunyady b. Rothsch.	—	—
4½	"	"	Batthyany Joh. Bapt.	—	76
4½	"	"	Batthyany Gustav	—	71
4½	"	"	Orczy b. Schmidt	—	72
4½	"	"	Sztaray "	—	70
4½	"	"	Karoly bei Biedermann	—	70
4½	"	"	Pejacsevich b. Schuller & Co.	—	70

Anlehens-Loose.

Fürstl.	Esterhazy 40 fl. Loose	—.——.—
"	Windischgrätz 20 fl. Loose	18.75—19.25
"	Salm-Reifferscheid 40 fl. L.	31.25—31.75
"	Palffy 40 fl. Loose	29.75—30.25
"	Clary 40 fl. Loose	31.50—31.—
Gräflich	Keglevich 10 fl. Loose	14.50—15.—
"	Waldstein-Wartenb. 20 fl. L.	19.75—20.25
"	St. Genois 40 fl. Loose	29.50—30.—
Stadt	Triester 100 fl. Loose	108.——109.—
	Donau-Dampfschiff. 100 fl. L.	90.50—91.—
	Dessauer 100 Thlr.-Loose	—.——.—

Extra-Beilage zur N. Würzb. Zeitung Nr. 15-16.

Nro. 511.

Amortisations-Edikt.

Amortisation von Hypothekenforderungen betr.

Vom k. Landgerichte Werneck.

In den Hypothekenbüchern von Schwanfeld sind die nachbezeichneten Forderungen nebst Eigenthumsvorbehalte eingetragen, bezüglich welcher die Nachforschungen nach den rechtmäßigen Inhabern fruchtlos geblieben und von dem Tage der letzten auf diese Forderungen bezüglichen Handlungen an gerechnet mehr als 30 Jahre verflossen sind.

Im Hinblick auf § 82 des Hypothekengesetzes werden daher auf Antrag der Besitzer alle diejenigen, welche noch Rechte auf diese Forderungen zu haben glauben, zur gerichtlichen Geltendmachung derselben

binnen 6 Monaten

andurch aufgefordert, widrigenfalls nach Ablauf der Frist die sämmtlichen Forderungen für erloschen erklärt und die Löschung im Hypothekenbuche vollzogen werden würde.

Werneck, den 1. November 1864.

Der k. Landrichter.

[36] Haler. Meißner, Funktionär.

Fortl. Nr.	Name des eingetragenen Schuldners.	Name des eingetragenen Gläubigers.	der Hypothek Betrag fl.	kr.	Rechtstitel rc.	Hyp.-Buch Bd.	S.
1	Firsching Joseph von Schwanfeld.	Debitmasse der Barbara Göpfert Wittwe in Schwanfeld.	126		mit 5 % verzinsl. Kaufschilling laut Strichsprotokoll vom 27. Jan. 1827 und Hyp.-Eintrag vom 7. April 1827.	I.	606.
2	Fröhr Andreas allda.	"	103		"	I.	601.
3	Neumark Maier "	"	65		"	I.	609.
4	Weidinger Andreas "	"	7		"	V.	483.
5	Römmelt Georg "	"	12		"	V.	493.
6	Schloß Havum "	"	4	30	"	V.	477.
7	Reder Georg "	"	10	30	"	V.	487.
8	Bretzel Valentin "	"	37		"	V.	481.
9	Bretzel Valentin "	Die 7 Gerber'sche Curatel in Schwanfeld.	202		Kaufschillingsrest laut Stricherprotokoll vom 7. Febr. 1826 und Hypothekeneintrag vom gleichen Datum.	I.	367.
10	Römmelt Georg "	Die Margaretha Gerber'sche Curatel in Schwanfeld.	93		mit 5 % verzinsl. Güterkaufschilling lt. Strichsprotokoll vom 16. Jan. 1828 u. Hyp.-Eintr. vom 28. Febr. 1828.	I.	427.
11	Popp Georg jg. "	"	87	30	"	I.	375.
12	Frankenthal Joseph "	"	25		"	I.	387.
13	Iff Peter "	"	6	30	"	I.	423.
14	Kunzmann Georg Adam "	"	13	30	"	I.	381.
15	Heuler Valentin "	"	28		"	I.	361.
16	Hofmann Joseph "	"	10	30	"	I.	393.
17	Neumark Maier "	"	60		"	I.	411.
18	Saal Georg "	"	20		"	I.	413.
19	Rüttinger Andreas "	Die 7 Gerber'sche Curatel in Schwanfeld.	61		Kaufschillingsrest laut Stricherprotokoll vom 7. Febr. 1826 und Hypothekeneintrag vom gleichen Datum.	I.	377.
20	Kunzmann Johann "	"	80		"	I.	367.
21	Reder Sebastian "	"	17		"	I.	371.
22	Frankenthal Joseph "	"	134		"	I.	407.
23	Fröhr Michel "	"	24		"	I.	355.
24	Jonas Georg "	"	50		"	I.	385.
25	Manger Nikolaus "	"	6		"	I.	401.
26	Frankenthal Joseph "	Die Debitmasse des Georg Zink in Schwanfeld.	50		Güterkaufschilling laut Strichsprotokoll vom 13. Mai 1830 und Hyp.-Eintrag vom 11. Januar 1831.	I.	31.
27	Römmelt Andreas "	"	30		"	III.	309.
28	Heuler Valentin jg. "	"	24	30	ditto laut Strichsprotokoll vom 3. Januar 1828 und Hyp.-Eintrag vom 27. März 1828.	"	319.
29	Barth Johann "	"	106		"	"	321.
30	Popp Valtin "	"	27		Wie ad Ziff. 26.	"	313.
31	Manger Nikolaus "	"	62		Wie ad Ziff. 28.	"	323.
32	Löschigk Wilhelm "	"	60		Wie ad Ziff. 26.	"	613.
33	Kempf Nikolaus "	"	5		"	"	331.
34	Stumpf Andreas "	"	28		"	"	311.
35	Popp Georg "	"	26		Wie ad Ziff. 28.	"	293.
36	Manger Nikolaus "	"	107		Wie ad Ziff. 26.	"	305.
37	Bügner Johann "	"	17		Wie ad Ziff. 28.	VI.	115.
38	Löschigk Wilhelm "	"	49		Wie ad Ziff. 26.	VII.	123.
39	Bartelmä Jörg "	"	40		"	"	136.
40	Römmelt Andreas "	"	36		"	"	133.
41	Albert Jörg "	"	16		"	"	121.
42	Frankenthal Joseph "	"	70		"	V.	619.
43	Stäblein Georg "	Die Gläubiger der Martin Achtmann'schen Verlassenschaftsmasse in Schwanfeld.	332		Güterkaufschilling mit 5 % verzinsl. lt. Strichsprotokoll vom 28. Juli 1826 und Hyp.-Eintr. vom 1. Sept. 1826.	I.	127.
44	Adelmann Michel von Mitfeld	"	105		"	I.	129.
45	Schloß Moses von Schwanfeld.	"	101		"	V.	283.
46	Blättner Aron ledig allda.	Die Debitmasse des Nikolaus Dürr in Schwanfeld.	64		mit 5 % verzinsl. Güterkaufschilling laut Hyp.-Eintrag vom 7. April 1827.	I.	437.
47	Adelmann Valentin "	"	50		"	I.	435.
48	Reder Franz "	"	15		"	I.	443.
49	Schloß [illegible] "	"	900		"	I.	441.
50	Neumark Maier "	"	41		"	I.	431.
51	[illegible] "	"	42		"	I.	433.
52	Schmitt Georg "	"	71		"	I.	439.
53	Derselbe "	"	45		"	IV.	175.
54	Adelmann Valentin "	"	15		"	V.	497.
55	Firsching Joseph "	"	72		"	"	509.
56	Siebert Joseph "	"	32		"	"	515.
57	Popp Georg jg. "	"	3		"	"	513.
58	Schloß Havum "	"	900		"	"	519.
59	Reichert Conrad "	"	10		"	"	503.

Fortl. Nr.	Name des eingetragenen Schuldners	Name des eingetragenen Gläubigers	der Hypothek Betrag fl.	kr.	Rechtstitel rc.	Hyp.-Buch Bd.	S.
60	Manger Jakob von Schwanfeld.	Die Gläubigerschaft des Friedrich Gehring von Schwanfeld.	111		Kaufschillingsrest laut Strichsprotokoll vom 20. Nov. 1825 und Hyp.-Eintr. vom 31. Jänner 1826.	I.	563.
61	Iff Michel „	„	34		„	I.	577.
62	Haymann Isak „	Die Gläubigerschaft des Alexander Heuler in Schwanfeld.	155		mit 5 % verzinsl. Kaufschilling lt. Strichsprotokoll vom 27. März 1827 u. Hyp.-Eintrag v. 14. August 1827.	„	645.
63	Fröhr Michel „	„	46	30	„	„	651.
64	Zimmermann Nikolaus „	„	100		„	„	649.
65	Dittmann Johann jg. „	„	640		„	„	655.
66	Römmelt Andreas „	„	85		„	„	647.
67	Rosenbusch Hona „	„	2		Desgl. laut Strichsprotokoll vom 3. Juni 1829 und Hyp.-Eintr. vom 13. März 1832.	IV.	21.
68	Bartelmä Georg „	„	58		„	III.	477.
69	Reichmann Joseph „	„	160		„	„	487.
70	Schäfer Isak „	„	78		„	„	484.
71	Popp Georg „	„	53		„	IV.	375.
72	Bartelmä Georg „	„	41	30	„	„	377.
73	Neumark Maier „	„	61		„	„	379.
74	Manger Nikolaus alt „	„	11	30	„	„	383.
75	Heuler Andreas ledig „	„	21	30	„	V.	35.
76	Jonas Andreas „	„	103		„	IV.	387.
77	Schloß Hayum „	„	80	30	„	IV.	395.
78	Adelmann Valentin „	Die Gläubigerschaft der Kaspar Fröhr's Wtw. von Schwanfeld.	48		mit 5 % verzinsl. Güterkaufschilling lt. Strichsprotokoll v. 13. April 1830 u. Hyp.-Eintr. v. 30. Juli 1830.	I.	535.
79	Schloß Maier „	„	39		„	V.	643.
80	Edelmann Kaspar „	„	24		„	„	645.
81	Bartelmä Adam „	„	71		„	„	658.
82	Precht Jörg „	„	52		„	VI.	669.
83	Bartelmä Adam „	„	41		„	„	671.
84	Köhler Martin „	„	26		„	„	673.
85	Jonas Andreas „	„	35		„	V.	649.
86	Dorrmann Lehrer „	„	69		„	VI.	675.
87	Fröhr Kaspar „	„	48		„	V.	647.
88	Saar Michel „	Die Debitmasse des Mathes Stumpf von Schwanfeld.	23		mit 5 % verzinsl. Kaufschilling lt. Strichsprotokoll v. 15. Juli 1829 und Hyp.-Eintr. vom 3. August 1830.	III.	49.
89	Jonas Georg jg. „	„	81		„	„	65.
90	Freudenthal Joseph „	„	35		„	„	75.
91	Adelmann Valentin „	„	63		„	„	51.
92	Heuler Valentin jg. „	„	57		„	„	117.
93	Bartelmä Georg „	„	61		„	„	93.
94	Stumpf Andreas „	„	23		„	„	123.
95	Bartelmä Georg „	„	64		„	„	125.
96	Derselbe „	„	40		„	„	129.
97	Jonas Georg „	„	35		„	„	103.
98	Neder Sebastian „	„	1400		„	„	113.
99	Adelmann Michel „	„	86		„	„	127.
100	Bartelmä Georg „	„	43		„	„	111.
101	Firsching Joseph „	„	136		„	„	121.
102	Jonas Andreas „	„	89		„	VI.	683.
103	Bartelmä Georg „	„	189		„	„	677.
104	Revierförster Schmitt „	„	89		„	„	679.
105	Firsching Joseph „	Die Debitmasse der Katharina Kunzmann Wtw. von Schwanfeld.	131		mit 5 % verzinsl. Güterkaufschilling lt. Strichsprotokoll v. 19. Juni 1830 u. Hyp.-Eintr. v. 17. März 1832.	II.	199.
106	Heuler Valentin jg. „	„	11		„	„	207.
107	Rosenbusch Hona „	„	38		„	„	181.
108	Ditterich Nikolaus „	„	22		„	„	223.
109	Popp Valentin „	„	40		„	„	183.
110	Schmitt Georg „	„	22		„	„	215.
111	Haymann Aron „	„	32		„	„	189.
112	Frankenthal Joseph „	„	15		„	„	203.
113	Göb Franz „	„	56		„	„	231.
114	Alin Johann jg. „	„	19		„	V.	203.
115	Löschigk Wilhelm „	„	49		„	„	207.
116	Dittmann Johann jg. „	„	35		„	„	631.
117	Haymann Isak „	„	32		„	„	205.
118	Adelmann Valentin „	„	49		„	„	489.
119	Prözel Peter „	Die Debitmasse der Magdalena Schmitt Wtw. von Schwanfeld.	26		mit 5 % verzinsl. Güterkaufschilling lt. Strichsprotokoll v. 23. März 1829 u. Hyp.-Eintr. v. 2. Nov. 1830.	II.	635.
120	Blättner Männlein „	„	100		„	„	605.
121	Bartelmä Georg „	„	63	30	„	„	611.
122	Derselbe „	„	50		„	„	613.
123	Derselbe „	„	22		„	„	617.
124	Alin Johann jg. „	„	15		„	IV.	349.
125	Adelmann Valentin „	„	2		„	„	355.
126	Blättner Männlein ledig „	„	27		„	VII.	71.
127	Haymann Isak „	„	192	30	„	„	73.
128	Adelmann Valentin „	„	5		„	„	77.
129	Popp Georg jg. „	Rosenthal Samuel von Schwanfeld als Cessionar des Michel Iff allda.	6		mit 5 % verzinslichen Kaufschilling lt. Hyp.-Eintr. vom 24. April 1827.	II.	249.
130	Firsching Joseph „	Die Debitmasse des Johann Kuhn von Schwanfeld.	61		mit 5 % verzinsl. Güterkaufschilling lt. Strichsprotokoll v. 17. Mai 1830 u. Hyp.-Eintr. v. 15. März 1832.	„	161.
131	Fröhr Verstcher „	„	36		„	„	163.
132	Rosenbusch Hona „	„	38		„	„	141.
133	Haymann Isak „	Stumpf Mathes von Schwanfeld.	44	30	Kaufschillingsrest lt. Strichsprotokoll vom 12. Januar 1826 u. Hyp.-Eintr. vom 3. August 1826.	III.	59.
134	Büttner Valentin „	„	10		„	„	71.
135	Jonas Georg jg. „	„	32	30	„	V.	267.
136	Köhler Anton „	„	16		„	„	275.
137	Kempf Nikolaus „	„	12		„	„	279.
138	Firsching Joseph „	Debitmasse des Christof Saar von Schwanfeld.	146	20	mit 5 % verzinsl. Güterkaufschilling laut Hyp.-Eintr. vom 17. März 1831.	II.	563.
139	Fröhr Andreas „	Die Debitmasse der Magdalena Schmitt Wtw. von Schwanfeld.	52		Desgl. laut Strichsprotokoll vom 23. März 1829 u. Hyp.-Eintr. vom 2. November 1830.	„	623.
140	Bartelmä Jörg „	„	274	30	„	VII.	60.

Digitized by Google

Fortl. Nr.	Name des eingetragenen Schuldners.	Gläubigers.	der Hypotheke Betrag fl.	kr.	Rechtstitel rc.	Hyp.-Buch Bd.	S.
141	Wölflein Joseph von Schwanfeld.	Die Debitmasse des Johann Kuhn in Schwanfeld.	17		Desgl. laut Strichsprotokoll vom 17. Mai 18[illegible] u. Hyp.-Eintr. vom 15. März 1832.	II.	147.
142	Pfriem Johann „	„	30		„	„	155.
143	Blättner Männlein „	„	36		„	„	165.
144	Löschigk Wilhelm „	„	59		„	„	135.
145	Jonas Andreas „	Achtmann Martin led. v. Schwanfeld.	30		Kaufschillingsrest laut Strichsprotokoll vom 2. März 1822 u. Hyp.-Eintr. vom 11. Mai 1825.	IV.	81.
146	Greb Andreas „	Schmitt Georg von Schwanfeld.	21		Desgl. laut Strichsprotokoll vom 5. März 1821 u. Hyp.-Eintr. vom 11. Mai 1825.	III.	669.
147	Zimmermann Nikolaus „	„	20		„	IV.	71.
148	Weidinger Georg „	„	237		„	„	23.
149	Dürr Nikolaus alt „	„	76		„	III.	661.
150	Stumpf Mathes „	„	21		„	IV.	5.
151	Jonas Georg „	„	65		„	„	35.
152	Stumpf Mathes „	„	85		„	„	13.
153	Derselbe „	„	70		„	„	11.
154	Reder Georg „	„	61		„	„	1.
155	Barth Elisabetha Wtw. „	„	162		„	„	45.
156	Köhler Anton „	„	51		„	„	15.
157	Kempf Johann „	„	100		„	„	65.
158	Bleimann Georg „	„	59		„	„	3.
159	Stumpf Mathes „	„	154		„	„	9.
160	Weidinger Nikolaus „	„	80		„	„	25.
161	Pfriem Johann „	„	81		„	„	39.
162	Heuler Johann „	„	30		„	„	49.
163	Iff Peter „	„	63		„	„	47.
164	Albert Michel „	Die ? Dittmann'sche Curatel in Schwanfeld.	155	10	Güterkaufschilling laut Strichsprotokoll v. 17. Nov. 1818 und Hyp.-Eintr. vom 11. Mai 1825.	„	87,89.
165	Dürr Nikolaus „	„	149	10	„	„	91.
166	Derselbe „	Schmitt Georg von Schwanfeld.	4		mit 5 % verzinsl. Kaufschilling lt. Strichsprotokoll v. 5. März 1821 und Hyp.-Eintr. vom 11. Mai 1825.	III.	663.
167	Derselbe „	„	73		„	„	665.
168	Rosenbusch Hona „	Die Debitmasse des Andreas Sauer von Schwanfeld.	117		Desgl. laut Strichsprotokoll vom 30. Juni 1829 und Hyp.-Eintr. vom 30. März 1832.	IV.	53.
169	Fröhr Valentin „	„	61		„	„	253.
170	Schäler Moses „	„	17		„	„	265.
171	Adelmann Michel „	„	91		„	„	271.
172	Bartelmä Georg „	„	70		„	„	255.
173	Derselbe „	„	83		„	„	259.
174	Büguer Nikolaus „	„	70	30	„	„	671.
175	Fröhr Anna Maria Wtw. „	Die Georg Bartelmä'sche Curatel in Schwanfeld.	34		Kaufschillingsrest laut Strichsprotokoll vom 1. Sept. 1814 und Hyp.-Eintr. vom 11. Mai 1825.	„	133.
176	Albert Michel „	„			Eigenthumsvorbehalt bis zur Zahlung des Kaufschillings d. d. eodem.	„	115.
177	Derselbe „	„	178		Wie ad Ziffer 181.	III.	571.
178	Heuler Andreas „	„	10		„	„	575.
179	Prötzel Peter „	„	55		„	„	577.
180	Edelmann Kaspar „	„	6	30	mit 5 % verzinsl. Güterkaufschilling lt. Strichsprotokoll v. 10. Mai 1827 u. Hyp.-Eintr. v. 23. März 1832.	„	361.
181	Heuler Barbara „	„	13		„	„	377.
182	Kempf Andreas „	Die Gläubiger des Conrad Kunzmann in Schwanfeld.	5		Desgl. laut Distributionsplan vom 24. Sept. 1831 und Hyp.-Eintr. vom 22. Oktober 1831.	„	419.
183	Alin Johann jg. „	„	52		„	V.	49.
184	Schäler Isak „	„	27		„	„	53.
185	Bartelmä Adam „	„	31	30	„	VII.	329.
186	Stumpf Mathes „	„	15		„	„	331.
187	Stäblein Georg „	„	21		„	„	333.
188	Zink Georg „	Die Curatel des Valentin Ziegler von Schwanfeld.	88	55	Kaufschillingsrest laut Strichsprotokoll vom 3. Febr. 1814 und Hyp.-Eint. vom 11. Mai 1825.	III.	647.
189	Saar Georg „	Anna Maria Püttmann'sche Curatel von Schwanfeld.	10		Vormunds-Caution lt. Hyp.-Eintr. v. 23. März 1825.	„	345.
190	Derselbe „	Die Michel Ziegler'sche Curatel in Schwanfeld.	12		Cautionsleistung lt. Hyp.-Eintr. v. 23. März 1825.	„	347.
191	Schloß Hayum „	Die Gläubiger des Conrad Kunzmann in Schwanfeld.	114		mit 5 % verzinsl. Güterkaufschilling lt. gerichtlicher Zahlungsanweisung v. 13. Okt. 1831 u. Hyp.-Eintr. vom 22. Oktober 1831.	„	413.
192	Seitz Kaspar „	Schmitt Georg von Schwanfeld.	36		Kaufschillingsrest lt. Strichsprotokoll vom 5. März 1821 und Hyp.-Eintr. vom 11. Mai 1825.	„	657.
193	Gattmann Jakob „	Maier Fälklein Leo in Würzburg.	64	10	Desgl. laut Strichsprotokoll v. 18. November 1821 und Hyp.-Eintr. vom 31. Mai 1826.	V.	197.
194	Derselbe „	„	40		„	„	201.
195	Derselbe „	„	240		„	„	199.
196	Adelmann Valentin „	Die Gläubigerschaft des Alexander Heuler in Schwanfeld.	8		mit 5 % verzinsl. Kaufschilling laut Strichsprotokoll v. 3. Juni 1829 u. Hyp.-Eintrag v. 13. März 1832.	IV.	391.
197	Büguer Valentin u. Iff Peter „	„	43		„	„	393.
198	Ditterich Nikolaus „	Die ? Dittmann'sche Curatel in Schwanfeld.	26		mit 5 % verzinsl. Kapital laut Hyp.-Eintr. vom 10. Juli 1826.	V.	243 u. 245.
199	Bartelmä Georg „	Die Debitmasse des Mathes Stumpf in Schwanfeld.	38	30	Desgl. laut Strichsprotokoll vom 15. Juli 1829 und Hyp.-Eintr. vom 3. August 1830.	IV.	505.
200	Gattmann Riem „	Die Gläubigerschaft der Gebrüder ? Trapp von Schwanfeld.	54	24	Kaufschillingsrest lt. Strichsprotokoll vom 3. August 1825 und Hyp.-Eintr. v. 20. September 1825.	„	607.
201	Derselbe „	„	51	36	„	„	605.
202	Kunzmann Johann „	„	13		„	„	647.
203	Stumpf Mathes „	„	24		„	„	611.
204	Adelmann Valentin „	„	12	54	„	„	669.
205	Stumpf Andreas „	„	22	59	„	„	591.
206	Albert Michel „	„	[illegible]		„	„	[illegible]
207	Saar Michel „	„	56		„	„	629.
208	Wegner Michel „	„	10		„	„	609.
209	Kunzmann Georg „	„	70		„	„	603.
210	Büguer Georg „	„	19		„	„	615.
211	Wiederer Karl „	„	27		„	„	661.
212	Popp Valentin „	„	19		„	V.	1.

Fortl. Nr.	Name des eingetragenen		der Hypotheke			Hyp.-Buch.	
	Schuldners.	Gläubigers.	Betrag fl.	kr.	Rechtstitel ꝛc.	Bd.	S.
213	Rosenbusch Hona von Schwanfeld.	Die Gläubigerschaft der Gebrüder ? Trapp von Schwanfeld.	45	37	Kaufschillingsrest laut Strichsprotokoll v. 3. August 1825 u. Hyp.-Eintr. v. 20. Sept 1825.	V.	5.
214	Alin Johann "	"	2	10½	"	"	7.
215	Frankenthal Joseph "	Die Margaretha Gerber'sche Curatel in Schwanfeld.	98	30	Kaufschillingsrest laut Hypothekeneintrag vom 28. Februar 1828.	"	317.
216	Edelmann Kaspar "	Johann Sauer ledig von Schwanfeld.	30		Desgleichen laut Hyp.-Eintr. vom 16. Juli 1830.	VI.	665 u. 667.
217	Adelmann Michel von Wipfeld.	Debitmasse der ? Saar Wittib in Schwanfeld.	27	30	mit 5 % verzinsl. Kaufschilling lt. Hypothekeneintrag vom 17. März 1831.	VII.	185.
218	Jonas Andreas von Schwanfeld.	Valentin Barth von Schwanfeld.	161		mit 4 % verzinsl. Güterkaufschilling lt. Strichsprotokoll vom 17. Dez. 1832 u. Hyp.-Eintr., v. 4. Juli 1833.	VI.	459.
219	Dittmann Johann allda	"	185		"	"	469.
220	Reder Georg "	"	43		"	"	463.
221	Kunzmann Johann "	Die Marg. Gerber'sche Curatel in Schwanfeld.	31		Kaufschillingsrest lt. Hyp.-Eintr. v. 28. Febr. 1828.	V.	319.
222	Rosenbusch Hona "	Die Debitmasse des Nikolaus Dürr in Schwanfeld.	20		mit 5 % verzinsl. Güterkaufschilling lt. Hyp.-Eintr. vom 7. April 1827.	"	495.
223	Frankenthal Joseph "	Debitmasse des Georg Zink von Schwanfeld.	70		Desgl. laut Strichspr. v. 13. März 1830 u. Hyp.-Eintr. vom 11. Januar 1831.	VII.	131.
224	Boblig Adam "	Die Gläubigerschaft des Friederich Gehring von Schwanfeld.	10		Desgl. laut Strichsprotokoll v. 20. Sept. 1825 und Hyp.-Eintr. vom 20. Nov. 1825.	V.	123.
225	Dieterich Nikolaus "	Debitmasse des Michel Heuler in Schwanfeld.	5		mit 5 % verzinsl. Güterkaufschilling lt. Strichsprotokoll v. 10. Mai 1827 u. Hyp.-Eintr. v. 23. März 1832.	VII.	441.
226	Manger Nikolaus "	"	4		"	"	447.
227	Frankenthal Joseph "	"	35		"	"	445.
228	Müller Johann "	Debitmasse des Johann Kuhn in Schwanfeld.	6		ditto laut Strichsprotokoll vom 17. Mai 1830 und Hyp.-Eintr. vom 15. März 1832.	II.	121.
229	Heuler Valentin "	"	4		"	VII.	409.
230	Löschigk Wilhelm "	"	29		"	"	407.
231	Blättner Männlein "	"	31		"	"	403.
232	Heuler Kunigunda Wtw. "	"	6		"	"	399.
233	Saar Georg "	Die ? Gerber'sche Curatel in Schwanfeld.	27		Kaufschillingsrest laut Strichsprotokoll v. 7. Februar 1826 und Hyp.-Eintr. vom 23. März 1825.	I.	409.
234	Ditterich Nikolaus "	"	73	30	"	I.	416.
235	Manger Nikolaus "	Schmitt Georg von Schwanfeld.	4		Kaufschillingsrest lt. Strichsprotokoll v. 5. März 1821 und Hyp.-Eintr. vom 11. Mai 1825.	III.	667.
236	Dürr Nikolaus alt "	"	21		"	"	659.
237	Getreu Adam "	Die Curatel des Georg Barthelmä von Schwanfeld.	60		Kaufschillingsrest lt. Strichsprotokoll v. 1. Sept. 1814 und Hyp.-Eintr. vom 11. Mai 1825.	"	579.
238	Heuler Karl "	Die ? Dittmann'sche Curatel von Schwanfeld.	63	20	Kaufschillingsrest lt. Strichsprotokoll vom 17. Nov. 1818 und Hyp.-Eintr. vom 11. Mai 1825.	IV.	93.
239	Stumpf Mathes "	Georg Schmitt von Schwanfeld.	60		Desgl. laut Strichsprotokoll vom 5. März 1821 und Hyp.-Eintr. vom 11. Mai 1825.	"	7.
240	Sauer Andreas "	Göpfert Andreas Wittib v. Schwanfeld.	216		ditto laut Strichsprotokoll vom 25. Febr. 1823 und Hyp.-Eintr. vom 11. Mai 1825.	"	135.
241	Göb Franz "	"	23	20	"	"	137.
242	Manger Nikolaus "	Stumpf Mathes in Schwanfeld.	33		Kaufschilling laut Strichsprotokoll v. 12. Jan. 1826 und Hyp.-Eintr. vom 3. August 1826.	V.	269.
243	Derselbe "	Die Debitmasse des Valentin Barth in Schwanfeld.	58		Kaufschilling laut Strichsprotokoll v. 17. Dez. 1832 und Hyp.-Eintr. vom 8. Juli 1833.	VII.	582.
244	Löschigk Wilhelm "	Die Debitmasse des Conrad Kunzmann in Schwanfeld.	8		mit 5 % verzinsl. Kaufschilling lt. Distributionsplan v. 24. Sept. 1831 u. Hyp.-Eintr. v. 22. Okt. 1831.	"	335.
245	Alin Johann alt "	"	16		"	"	337.
246	Bartelmä Georg "	Die Debitmasse des Alexander Heuler in Schwanfeld.	22	30	mit 5 % verzinsl. Kaufschilling lt. Strichsprotokoll v. 3. Juni 1829 u. Hyp.-Eintr. vom 13. März 1832.	"	387.
247	Heuler Johann "	"	16		"	"	397.
248	Weidinger Andreas jg. "	"	32		"	"	381.
249	Köbler Martin "	"	17		"	"	365.
250	Reichmann Joseph "	"	41		"	IV.	381.
251	Kunzmann Kunigunde Wtw. "	Die Debitmasse der Katharina Kunzmann Wtw. in Schwanfeld.	8		mit 5 % verzinsl. Kaufschilling lt. Strichsprotokoll v. 17. Juli 1830 u. Hyp.-Eintr. v. 17. März 1832.	VII.	411.
252	Bartelmä Georg "	"	25		"	"	431.
253	Alin Johann jg. "	"	19		"	II.	283.
254	Jonas Andreas "	"	50		"	"	187.
255	Schneider Kaspar von Wipfeld.	Die Debitmasse des Kaspar Heckelmann in Wipfeld.	68		Desgl. laut Strichsprotokoll vom 20. Oktober 1828 und Hyp.-Eintr. vom 6. August 1830.	V.	221.
256	Pabst Adam allda	"	33		"	"	233.
257	Schmitt Georg von Schwanfeld.	Die Nikolaus Dürr'sche Debitmasse in Schwanfeld.	32		Desgleichen laut Hyp.-Eintrag vom 7. April 1827.	"	499.
258	Saar Georg allda	"	10		"	IV.	177.
259	Schmitt Georg "	"	47		"	V.	501.
260	Kuhn Friedrich ledig "	Die Debitmasse des Fried. Gehring von Schwanfeld.	5		Desgl. laut Strichsprotokoll v. 20. Nov. 1825 und Hyp.-Eintr. vom 31. Januar 1826.	"	125.
	Predit Georg "	"	34		"	I.	565—570.
261	Haymann Isak "	Die Konkursmasse des Andreas Sauer in Schwanfeld.	5		Desgl. laut Strichsprotokoll vom 30. Juni 1829 u. Hyp.-Eintr. vom 30. März 1832.	VII.	456.
262	Popp Georg "	Die Debitmasse des Mathes Stumpf in Schwanfeld.	18	30	Desgl. laut Strichsprotokoll vom 15. Juli 1829 u. Hyp.-Eintr. vom 3. August 1830.	VI.	685.
263	Barth Johann jg. "	"	12		"	"	689.
264	Göpfert Valentin "	Die Debitmasse des Alexander Heuler in Schwanfeld.	32		Desgl. laut Strichsprotokoll vom 3. Juni 1827 und Hyp.-Eintr. vom 13. März 1832.	VII.	395.
265	Adelmann Michel von Wipfeld.	Die Debitmasse des Andreas Sauer in Schwanfeld.	262		Desgl. laut Strichsprotokoll vom 30. Juni 1829 u. Hyp.-Eintr. vom 30. März 1832.	IV.	267.
266	Löschigk Wilhelm allda	Die Debitmasse des Konrad Kunzmann.	20		mit 5 % verzinsl. Kaufschilling lt. Distributionsplan v. 24. Sept. 1831 u. Hyp.-Eintr. v. 22. Okt. 1831.	V.	689.
267	Widerer Michel "	Die Debitmasse der Magdalena Schmitt Wtw. in Schwanfeld.	60		Desgl. laut Strichsprotokoll vom 23. März 1829 u. Hyp.-Eintr. vom 2. November 1830.	VII.	67.
268	Gattmann Salomon v. Schwanfeld.	"	10		"	"	69.
269	Schmitt Joseph Wtw. allda	Die Debitmasse des Georg Zink allda.	43		Desgl. laut Strichsprotokoll vom 19. März 1830 und Hyp.-Eintr.	III.	307.
270	Brötzel Peter "	Die Margaretha Gerber'sche Curatel in Schwanfeld.	4	30	Desgl. laut Strichsprotokoll vom 15. Januar 1828 und Hyp.-Eintr. vom 28. Februar 1828.	I.	391.

Druck und Verlag der Stahel'schen Buch- und Kunsthandlung in Würzburg.

Digitized by Google

An die
Hof- und Staatsbibliothek
Würzb. Ztg. München.

Neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht!

№ 17. | Vorausbezahlung: Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 1 fl. 30 kr. Bei Inseraten wird die dreispaltige Zeile in gewöhnlicher kleiner | 62. Jahrgang. | Schrift oder deren Raum im Hauptblatte mit 6 kr., im Anzeiger mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franco. | Dinstag, 17. Januar 1865.

Oesterreichisch-preußischer Depeschenwechsel.

Wir geben die schon erwähnten Enthüllungen der „Wiener Presse" über den österreichisch-preußischen Depeschenwechsel der jüngsten Vergangenheit wörtlich. Denn da die General-Korrespondenz die Mittheilungen nur für „in wesentlichen Punkten ungenau" zu erklären hat, während der Gewährsmann der „Presse" selber sagte: er habe keine vollkommene und wortgetreue Analyse zu geben, er gestehe offen, daß ihm nur ein kurzer Einblick in die Schriftstücke gestattet gewesen sei, aber er hoffe, die wesentlichsten Punkte mit einer an manchen Stellen fast wörtlichen Genauigkeit wiedergegeben zu haben, so muß unsern Lesern mit dem Résumé schon gedient sein, auf eine baldige Veröffentlichung der Aktenstücke selbst wird ohnehin wohl kaum zu rechnen sein. Wie schon gesagt, nimmt die „Presse" ihrem Gewährsmann zufolge vier Depeschen an. Unter dem 13. Dez. schrieb Herr v. Bismarck demnach an Hrn. v. Ladenberg, preußischen Geschäftsträger in Wien, zwei vertrauliche Depeschen, von welchen die eine das Verfahren bei Aufhebung der Bundesexekution in Holstein, die zweite den Standpunkt Preußens zur Successionsfrage in den Herzogthümern mit großer Verständlichkeit und geringen praktischen Resultaten behandelt. Die erstere Depesche stellt sich vorzüglich die Aufgabe, nachzuweisen, daß Oesterreich bei Beseitigung der Bundesexekution Preußen keinerlei Konzession gemacht habe, sondern, daß vielmehr Preußen es gewesen sei, welches aus diesem Anlaß Beweise einer Mäßigung und Selbstbeherrschung gegeben habe, die man ihm hoffentlich nicht vergessen werde. Im Verlauf seiner Beweisführung schlägt dann Hr. v. Bismarck einen cordialeren Ton an, und steht nicht an, zu erklären, daß ihn in seinem Kampf gegen die Mittelstaaten namentlich auch das Prinzip leite, daß Preußen auf die Vota von Regierungen kein Gewicht legen dürfe, die sich in ihren Entschließungen von den Manifestationen ihrer **Landesvertretungen** oder politischer Vereine beeinflussen ließen. **Es sei das parlamentarische, ja es sei das revolutionäre Prinzip, welches er in den Uebergriffen der Mittelstaaten bekämpfe, wie er ihm im Innern Preußens den Krieg mache.**

Viel weitläufiger läßt sich Herr v. Bismark in dem zweiten Aktenstück vom 13. Dezember aus. Praktisch läuft dasselbe zwar auf die dürftige Eröffnung hinaus, daß er den Kriegs- und Handelsminister veranlaßt habe, die Bedingungen zu formuliren, unter welchen Preußen ohne Gefahr für seine Sicherheit und für Deutschlands Interessen die Selbständigkeit der Herzogthümer anerkennen könne, und daß er, wenn diese beiden Minister an den König Bericht erstattet haben würden, das Wiener Kabinet von den hienach geschöpften Beschlüssen seines Gouvernements in Kenntniß setzen wolle. Um so breiter und, man muß gestehen, um so offenherziger und unbefangener, sind aber die dieser Eröffnung vorausgeschickten Raisonnements. Preußen und Oesterreich, meint Herr v. Bismark, könnten und sollten, wie die Dinge gegenwärtig stehen, einander mehr gewähren, als ihnen das deutsche Bundesrecht zur vertragsmäßigen Pflicht mache. Sie seien Mitbesitzer des durch Art. 3 des Wiener Vertrags an sie abgetretenen Territoriums der drei Herzogthümer. Oesterreichs geographische Lage sei derart, daß es seinerseits kein Interesse habe, sich einen Theil dieses Gebiets dauernd einzuverleiben. Die Annexion der Herzogthümer an Preußen würde den deutschen Interessen im höchsten Grad förderlich, den österreichischen aber nicht zuwiderlaufend sein. Er, Herr v. Bismark, wisse indeß wohl, daß er diese Annexion ohne die Zustimmung Oesterreichs nicht vollziehen könne. Preußen seinerseits könne aber sich über die Successionsfrage nicht früher äußern, als bis seine Stellung zu dem künftigen Staat genau stipulirt sei. Es könne seine bedeutenden militärischen und maritimen Interessen nicht auf Gnade und Ungnade in die Hände des zukünftigen Souveräns liefern. Diese Interessen also festzustellen, seien die Minister des Kriegs, der Marine und des Handels veranlaßt worden, ihre Gutachten zu erstatten u. s. w. Der österreichische Vorschlag, den Prinzen von Augustenburg (Herr v. Bismark spricht immer von dem Prinzen oder Erbprinzen von Augustenburg) provisorisch an die Spitze der Herzogthümer zu stellen, könne von Preußen nicht angenommen werden; dieser Akt würde den Ansprüchen der anderen Prätendenten präjudiziren und speziell auf die Regierungen von Oldenburg, Hannover und Rußland einen üblen Eindruck machen, was Preußen bei seinen freundschaftlichen Beziehungen zu diesen Höfen vermeiden müsse. Dies der wesentlichste Inhalt der sehr umfangreichen zweiten Berliner Depesche vom 13. Dezember.

Graf Mensdorff hat sodann beide Schriftstücke in zwei analogen Depeschen unter dem 21. Dec. beantwortet. Zur Bundesfrage will das Wiener Kabinet seiner Gewohnheit gemäß sich der Erörterung vollzogener Thatsachen enthalten; da indeß Preußen angedeutet, daß es im Fall eines Beschlusses im Sinne der Minorität sich diesem thatsächlich und mit den Waffen in der Hand widersetzt hätte, so dürfe Oesterreich nicht zögern, zu erklären: **daß Preußen dann nur das Recht des Stärkern auf seiner Seite und die ganze Verantwortlichkeit für seine Handlungsweise allein zu tragen gehabt haben würde.** Durch Art. 13 der Bundesexekutionsordnung seien die deutschen Großmächte unbestreitbar verpflichtet gewesen, die Aufhebung der Exekution am **Bunde** zu beantragen; wie Preußen, als es diesen Antrag mitstellte, eine Konzession an Oesterreich gemacht habe, sei also nicht zu erkennen.

In der zweiten Depesche äußert sich Graf Mensdorff über die Erklärungen Preußens zur Herzogthümerfrage selbst. Er wisse nicht, was Hr. v. Bismarck damit meine, wenn er sage: Preußen und Oesterreich könnten einander mehr gewähren, als ihnen die Bundesverträge zur Pflicht machten. Hier liege eine Frage vor, an deren Lösung Oesterreich im deutschen Interesse theilgenommen habe, und deren Lösung es im deutschen Interesse zu Ende bringen wolle. Wenn Preußen auf den Gedanken einer Einverleibung der Herzogthümer zurückkomme, so müsse Graf Mensdorff daran erinnern, daß ja schon Graf Karolyi ermächtigt gewesen sei, dem König Wilhelm selbst zu erklären, daß Oesterreich in diese Einverleibung nur gegen das **Aequivalent einer ihm selbst zu gewährenden Vergrößerung seines deutschen Gebiets willigen könne.**

Was die Höfe von Oldenburg, Hannover und Rußland betreffe, so pflege auch Oesterreich die freundschaftlichsten Beziehungen zu denselben; die Ansprüche Oldenburgs würden daher auch von seiner Seite der gewissenhaftesten Prüfung unterzogen werden. Hannover spreche in der Sache jedenfalls nur **Ansichten** aus, und prätendire gewiß nicht, daß diese für die Entschließungen der deutschen Großmächte allein maßgebend sein sollten, und **Rußland endlich habe neuerdings die Erklärung abgegeben, daß es die Entscheidung des Bundes über die Successionsfrage als die allein maßgebende acceptiren werde.** Graf Mensdorff schließt mit einer fast feierlich gehaltenen Apostrophe an Preußen, das einer möglichst schleunigen Lösung dieser so bedeutsamen wie dringenden Frage keine Schwierigkeiten in den Weg legen möge.

---

† (**Amtliche Nachrichten.**) **München,** 15. Januar. Vom k. Staatsministerium der Justiz wurde als Vertreter der Staatsanwaltschaft am k. Landgerichte Berchtesgaden der geprüfte Rechtspraktikant und dermalige Notariatsgehilfe Eduard Assimont zu Aibling aufgestellt.

Die kathol. Pfarrei Oberaybach (Oberaichbach), k. Bezirksamts Landshut, ist mit einem fassionsmäßigen Reinertrage von 1444 fl. 54½ kr., und die kathol. Pfarrei Grünenbach, k. Bezirksamts Lindau, mit einem fassionsmäßigen Reinertrage von 1094 fl. 2 kr. 6 hl. in Erledigung gekommen.

(B. Z.)

München, 12. Januar. Der Gesetzgebungs-Ausschuß der Kammer der Abgeordneten beschäftigte sich in zwei Sitzungen mit

der Frage der Prozeßkosten (Entwurf Art. 90 ff.), ohne weiter zu kommen, als zu einer vorläufigen Abstimmung über die Grundsätze bezüglich der Verbindlichkeit zur Bestreitung jener Kosten. Die meisten Schwierigkeiten verursachte Art. 91 des Entwurfes, welcher ausspricht, daß der unterliegende Theil der Gegenpartei alle nothwendigen Kosten zu ersetzen habe, daß hierüber nach richterlichem Ermessen ohne Zulassung eines Beweisverfahrens zu entscheiden sei u. s. w. Der Ausschußsekretär Dr. Barth hatte von der vorgestrigen zur heutigen Sitzung unter dem Titel „Studien zu Art. 91“ den bezüglichen Gegenstand durch Aufstellung einer Reihe von Grundsätzen zu ordnen gesucht. Abg. Dr. G. Schmitt hatte eine Modifikation des Art. 91 vorgelegt. Beide Arbeiten bildeten im Vereine mit dem Gutachten des Referenten die Grundlage der heutigen Berathung. Die Debatte schwankte lange hin und her, sämmtliche Ausschußmitglieder betheiligten sich daran. Endlich stellten sich bei der Abstimmung die Ansichten vorläufig, wobei sich übrigens mehrmals die Stimmen gleichheitlich gegenüberstanden, bezüglich des Art. 91 im Prinzip folgendermaßen fest: „die in dem Rechtsstreite unterliegende Partei hat die durch denselben der Gegenpartei verursachten, zur zweckentsprechenden Verfolgung oder Vertheidigung des Rechtes nothwendigen Kosten zu ersetzen.“ (§ 70 der Beschlüsse der hann. Kommission.) „Welche Kosten als solche anzusehen sind, ist ohne Zulassung eines Beweisverfahrens nach richterlichem Ermessen zu entscheiden. Vom Ersatze ausgeschlossen sind jene Reisekosten, welche aus der Zuziehung eines auswärtigen Advokaten entstanden sind.“ (Antrag des Abg. Dr. Schmitt.) „Die Gebühren der Beistände und Bevollmächtigten, sowie die Reisegebühren der Parteien, Zeugen, Sachverständigen und Aufseher (Entw. Art. 870) werden durch Verordnung bestimmt.“ Die folgenden Artikel (92—95) wurden bei der heutigen vorläufigen Abstimmung mit einigen Modifikationen angenommen. Von den letzteren heben wir hervor, daß nach Antrag des Referenten von Neumayr statt der Ausdrücke „kompensiren, Kompensation“ die entsprechenden deutschen Ausdrücke „vergleichen, Vergleichung“ angenommen wurden.*)

— Das Rundschreiben des Hrn. v. d. Pfordten vom 12. Dez. soll nach der „Europe“ folgenden Inhalts sein: Das bayerische Kabinet behält vornehmlich die Politik und die Interessen Bayerns im Auge, hegt jedoch die Ueberzeugung, daß die Politik und die Interessen Bayerns eins sind mit der Politik und den Interessen Deutschlands. Eines Tages werden Bayern und Deutschland bei Regelung der großen europäischen Fragen, der italienischen und orientalischen, zu interveniren gezwungen sein. (So wird sich Herr v. d. Pfordten schwerlich ausgedrückt haben, bemerkt der „N. K.“) Bayern wolle Oesterreich und Preußen nicht veruneinigen, sondern es wünsche die Zusammenfassung aller Kräfte Deutschlands. Diese sei jedoch nur möglich, wenn die Rechte des deutschen Bundes gewährt würden, zu welchem Zwecke das deutsche Volk in Frankfurt eine Vertretung erhalten müsse. Schließlich bespricht die bayerische Note die Angelegenheit der Herzogthümer. Frhr. v. d. Pfordten erkennt das Recht Dänemarks an, Lauenburg an die deutschen Großmächte abzutreten. Was Schleswig-Holstein betrifft, so habe Deutschland darauf geheiligte Rechte und gebühre die Herrschaft darüber dem Prinzen Friedrich von Augustenburg.

München, 14. Jan. Der Gesetzgebungsausschuß der Kammer der Abgeordneten schloß heute die Verhandlungen über die Frage der Verbindlichkeit zum Kostenersatze und den Umfang derselben (Art. 91 des Entw.), welche ihn schon in zwei Sitzungen beschäftigte. Dr. Völk, der im Interesse der Wahrung und Sicherung der Vertretung durch Advokaten vor den vom Advokatenzwange ausgenommenen Gerichten dem Ermessen der Stadt- und Landgerichte nicht unbedingt anheimgeben wollte, welche Kosten als nothwendige zur zweckentsprechenden Verfolgung oder Vertheidigung des Rechtes von ihnen zu erachten und demnach zu ersetzen seien, hatte folgenden Vorschlag zu Art. 91 eingebracht, welcher zum Hauptgegenstand der Diskussion wurde: „Die Vorschriften des ersten Absatzes (der unterliegende Theil ist schuldig, der Gegenpartei alle durch den Rechtsstreit verursachten rc. Kosten zu ersetzen) finden auch auf die Gebühren Anwendung, welche die Partei nach der Gebührenordnung an die von ihr zugezogenen Prozeßbevollmächtigten und Beistände zu entrichten hat. Hievon sind jedoch Tagegelder und Reisekosten ausgenommen, welche für einen auswärtigen Bevollmächtigten oder Rechtsbeistand auf die Vertretung bei den Stadt- und Landgerichten, und bei den Handelsgerichten erwachsen. Nur in Sachen, bei welchen der Streitgegenstand mehr als fünfzig Gulden beträgt oder eine Schätzung nicht zuläßt, findet auch bei solchen Gerichten eine Ersatzpflicht von Tagegeldern und Reisekosten statt, jedoch mit der Beschränkung, daß die ersteren höchstens für einen Tag und die letzteren höchstens für die Entfernung vom Sitze des verhandelnden Gerichts bis zum Sitze des nächsten Bezirksgerichts zu berechnen sind.“ In dem letzten Theile dieses Vorschlages sah Dr. Schmitt eine Beschränkung der Partei in der Wahl ihrer Vertreter und eine neue und andere Art der Lokalisirung der Anwaltspraxis. Dr. Edel vermißte darin Konsequenz und rechtliche Gleichheit bezüglich der Kosten zwischen den auswärtigen zum Plaidoyer berufenen Anwälten und den als Beistände zu Einzelgerichten zugezogenen Advokaten. Umbscheiden empfahl auch hier das rheinisch-französische System. Wiedenhofer erklärte sich für die Vorschläge des Referenten v. Neumayr. Bei der heutigen Abstimmung wurde Art. 91 des Entw. in folgender veränderten Fassung durch

*) Wegen Mangels an Raum verspätet.

Feuilleton.

Präsident Lincoln.

Ein ministerielles Diner im weißen Haus.

(Aus dem Englischen übertragen in der „Ostd. Post“.)

(Schluß.)

Der Kriegssekretär, Mr. Cameron, ist hager, hochaufgeschossen, seine Statur über mittlerer Größe; an seinen grauen Haaren, seinem durchdringenden Blick, seinen dünnen Lippen war es leicht, in ihm einen intelligenten und feinen Mann zu erkennen, in der guten Bedeutung des Wortes. Sein Kollege, der Marinesekretär, trug einen langen Bart und eine Brille. Seine Züge wiesen keine bemerkenswerthe Besonderheit auf, aber alle Diejenigen, welche ihn kannten, erklärten ihn für einen der geschicktesten Verwaltungsmänner, obgleich er in dem Ruf stand, kein Bugspriet von einem Schiffshintertheil unterscheiden zu können, und vielleicht nie das Meer gesehen zu haben. — Mr. Blair, der General-Postmeister, befand sich auch unter den Tischgenossen; er ist eine wichtigere Persönlichkeit, als sein Titel anzudeuten scheint. Er erfreute sich eines großen Einflusses auf seine Kollegen und galt für einen der weit vorgeschrittensten „schwarzen Republikaner“, obgleich er über die Verschiedenheit der Racen sehr persönliche Ansichten zu haben scheint, deren Uebertragung in die Praxis nicht gerade danach angethan wäre, das Glück der Neger zu machen. Einige der Tischgenossen waren in schwarzem Frack; andere trugen den einfachen Ueberrock. Man kann sagen, daß dieses Kleidungsstück in einer Republik, wie auch in der Türkei, für die Etikette eines ministeriellen Diners ausreicht. Während der Unterhaltung, welche dem Diner vorausging, gab ich mit Interesse auf die Reden Mr. Lincolns Acht und ich hatte Gelegenheit, jenes Anekdotenerzählungstalent, welches ihm unter seinen Mitbürgern eine wahre Berühmtheit verschafft hat, würdigen zu können. Da, wo an den Höfen aufgebildete, mit allen weltmännischen und diplomatischen Anforderungen eingeweihte Leute die Gewohnheit haben, sich mit Ausflüchten, banalen Antworten oder bedeutsamem Schulterzucken aus der Verlegenheit zu ziehen, erregt Mr. Lincoln die Heiterkeit durch eine etwas körnige Anekdote, die er irgendwo aus dem Westen mitgebracht hat, und operirt seinen Rückzug inmitten eines schallenden Gelächters, das seine Erzählung hervorgerufen. Mr. Bates, der Generalfiskal (Attorneygeneral) kritisirte die Ernennung eines mittelmäßigen Jurisconsulten zu einem wichtigen Posten in der Justiz. Mr. Lincoln nahm dessen Vertheidigung:

— Hören Sie mich an, Bates, und Sie werden gezwungen sein, einzuräumen, daß dieser Mann nicht die Hälfte der Fehler hat, welche Sie ihm vorwerfen. Was mir mit ihm jetzt schon vor langer Zeit passirt ist, wird Ihnen den Beweis liefern. Kurz nachdem ich Advokat geworden war, ging ich eines Morgens nach einem drei oder vier Meilen von meiner Wohnung entfernten Gerichtshof, um zu plaidiren. Ich machte den Weg zu Fuß, denn ich hatte damals weder Pferd noch Wagen. Eine brillante Equipage fährt bei mir vorbei und ich höre meinen Namen rufen.

— Ei, Lincoln, gehen Sie an den Gerichtshof? Ich kann Ihnen einen Platz anbieten, steigen Sie mit mir ein!

Ich setze mich in den Wagen und nach einigen üblichen Komplimenten setzt der Richter die Lektüre seiner Zeitung fort. Plötzlich fahren die Räder gegen einen Baumstamm, und der Stoß ist so heftig, daß ich auf meinen Reisebegleiter geworfen wurde. Ich stecke den Kopf durch die Wagenthüre und bemerke, daß der Kutscher sich kaum auf seinem Sitze zu halten vermag.

— Ihr Kutscher scheint mir einige Gläser zu viel getrunken zu haben, sage ich zum Richter.

— Sie müssen Recht haben, Lincoln, denn er hat mich schon fünf- oder sechsmal nahezu umgeworfen.

Stimmenmehrheit angenommen: Der unterliegende Theil ist schuldig, der Gegenpartei alle durch den Rechtsstreit verursachten gerichtlichen und außergerichtlichen Kosten zu ersetzen. Vom Ersatze ausgeschlossen sind alle Kosten, welche durch Verschulden oder überflüssige Handlungen der obsiegenden Partei oder ihrer Gewalthaber entstanden sind. Welche Kosten als solche anzusehen sind, ist ohne Zulassung eines Beweisverfahrens nach richterlichem Ermessen zu entscheiden. Vom Ersatze ausgeschlossen sind jene Reisekosten, welche aus der Zuziehung eines auswärtigen Advokaten in Gemäßheit des Hauptstückes III Art. 3 entstanden sind. Unter allen Umständen gehören zu den zu ersetzenden Kosten jene Gebühren, welche Advokaten und Rechtspraktikanten als Beistände oder Bevollmächtigte bei Stadt- oder Landgerichten und bei Handelsgerichten für die Verhandlung selbst zu beziehen haben. Gebühren der als Beistände oder Bevollmächtigte beigezogenen Advokaten und Rechtspraktikanten, soweit sie der zum Kostenersatz verurtheilten Gegenpartei aufgerechnet werden dürfen, desgleichen die Reisegebühren der Parteien werden durch Verordnung bestimmt." Der nächste zur Berathung gekommene Art. 96 Abs. 1 des Entwurfes, der dem Anwalt der obsiegenden Partei die Ermächtigung gibt, durch einen Beisatz zu dem Urtheile die Kostenverurtheilung gegen den unterliegenden Theil für die der Partei aus eigenen Mitteln vorgeschossenen Kosten zu erwirken, wurde trotz des entgegenstehenden Vorschlages des Referenten angenommen. (N. K.)

Wien, 15. Jan. Oesterreich protestirte in Berlin förmlichst gegen die Doktrin eines preußischen Rundschreibens vom 13. Dez. in Betreff der Stellung Preußens zum deutschen Bunde. — Der Prinz Friedrich Karl ist, begleitet von dem Erzherzog Leopold, um 8 Uhr 10 Minuten in die Hofburg eingefahren. Am Nordbahnhof war eine Ehrenkompagnie von dem Infanterie-Regiment Parma aufgestellt. (Tel. d. A. Z)

Aus **Berlin**, 14. Jan., schreibt man der „A. Z.": „Bekanntlich tauchten vor einiger Zeit, allerdings in sehr unbestimmter Weise und bald wieder verstummend, Andeutungen über Verhandlungen auf, in welchen Preußen den Versuch gemacht haben soll, sich auswärtiger Chancen für die Annexion wenigstens eines Theils der Herzogthümer zu versichern; es dürfte, da solche Verhandlungen wirklich existirt haben, auch jetzt noch, und obgleich denselben vorderhand keine Folge gegeben worden, nicht blos interessant, sondern auch instruktiv sein, darauf zurückzukommen. Es war zu der Zeit, wo der Kaiser Alexander von Nizza zurück Berlin passirte, als Hr. v. Bismarck ihn für eine Kombination zu stimmen unternahm, nach welcher Holstein, Lauenburg und der südliche Theil von Schleswig an Preußen fallen sollte, während man durch das Arrangement einer Volksabstimmung Mittel und Wege finden würde, das nördliche Schleswig an Dänemark zurückzugeben. Der Vorschlag wurde anfangs nicht zurückgewiesen. Als aber Hr. von Bismarck sich zu seiner ferneren Unterstützung auf die ihm bereits gesicherte Zustimmung nicht blos Englands, sondern auch Frankreichs berief — eine Berufung übrigens, deren Berechtigung in Bezug auf Frankreich starken Zweifeln unterliegt — brach der Kaiser Alexander, welcher soeben von der mehr als frostigen Begegnung mit dem Kaiser Napoleon zurückkehrte und in dem Vorschlag jetzt vorzugsweise eine Hinterthür erblickte, durch welche Frankreich das allgemeine Stimmrecht in das europäische Staatsrecht hineinzuschmuggeln beabsichtige, sofort die Verhandlungen ab, und war seitdem nicht zu bewegen, sie wieder aufzunehmen.

Glogau, 11. Jan. In dem bekannten Kohlendampfprozesse (gegen den „Niederschles. Anz." und den Herausgeber einer Brochüre) hatte das hiesige Untersuchungsgericht angeordnet, daß Antonie Drogand, die nach dem Attest eines Zivilarztes an epileptischen Zufällen leidet, nicht zum Termin am 24. d. M. hier erscheinen, sondern in Breslau, wo sie sich aufhält, kommissarisch vernommen werden solle. Die Angeklagten haben gegen diese Verfügung beim hiesigen Appellationsgericht Beschwerde eingereicht, und dieses hat denn auch entschieden, daß das Ausbleiben der Zeugin nur durch das Attest eines Kreisphysikus motivirt werden kann.

Hannover. Ueber die Thätigkeit der süddeutschen Presse für Schleswig-Holstein, welche die „Bayer. Ztg." in einem (neulich erwähnten) Artikel hervorgehoben hatte, sagt die „Nordd. Z." in einer Erwiderung an die letztere: „Dieses Feuer war eben stark genug, um daran die Omelette zu backen, über welche bei einzelnen Dresdener Nachtmusiken so viel Geschrei gemacht wurde; schwerlich aber möchte es genügt haben, die Positionen der Dannewirke und der Düppler Schanzen einzunehmen. Zwar glauben wir wohl, daß die dänischen Soldaten sich durch Vorlesung der Artikel süddeutscher Zeitungen und der Privatgutachten (sic!) einzelner Bundesdiplomaten sehr unangenehm berührt gefühlt haben würden. Daß sie aber vor solchen Vorlesungen davongelaufen sein würden, das möchten wir entschieden bezweifeln." Hiezu bemerkt der „Nürnberger Korrespondent": Diese Sprache, welche in jedem andern Blatt empören würde, kann in der „Nordseezeitung" nur natürlich scheinen. Wenn Graf Platen einem ausländischen Gesandten die schmachvolle Erklärung gab, daß er unter dem Schein des Eingehens auf die nationale Bewegung diese „einzuschläfern" suche, so wird es Niemand überraschen, diese Bewegung von dem Leiborgan desselben Ministers mit einem Cynismus, der seines Gleichen nur in jener gräflich Platen'schen Aeußerung findet, nachträglich verhöhnt zu sehen.

Die „**Itzehoer** Nachrichten" bringen eine Ansprache an den preußischen Landtag, in welcher es heißt: „Vertreter des preußischen Volks! Erhebt unablässig Eure Stimme für unser

---

Dann ruft er, den Kopf hinausstreckend:

— Wie, Du Höllenlump, Du bist noch betrunken?

Bei diesen Worten richtet sich der Kutscher auf seinem Sitze auf, faßt die Zügel zusammen und sagt mit dem größten Kaltblute:

— Bravo, ehrenwerther Richter, das ist das erste richtige Urtheil, das Sie seit einem Jahre gesprochen haben!

Während alle Umstehenden in lautes Gelächter ausbrachen, entfernte sich der Präsident langsam von dem Attorney-General.

Ein einziger Tischgenosse ließ auf sich warten, dies war der General Scott. Man kündigte endlich seine Ankunft an und wir wurden in den Speisesaal geführt. Das offizielle Diner des Präsidenten der Vereinigten Staaten war durch seine äußerste Einfachheit bemerkenswerth. Die Domestiken trugen keine Livree; man sah auf der Tafel weder antikes Geräth noch Meisterwerke moderner Goldarbeiterkunst. Der einzige Schmuck des Couverts bestand in einigen Blumenvasen, welche neben den Schüsseln und Flaschen standen, jene in einem franco-amerikanischen Styl gearbeitet, diese mit französischen, aber in den Vereinigten Staaten verbesserten Weinen gefüllt, eine Industrie, die hier in großartigem Maßstabe betrieben wird. Mein Platz war mir zwischen Mr. Bates und dem Sekretär des Präsidenten, Mr. Hay, angewiesen worden. Die Unterhaltung war eine allgemeine; das Stillschweigen trat nur ein, sobald Mr. Lincoln das Wort ergriff, um eine seiner Anekdoten zu erzählen, deren er einen unerschöpflichen Schatz zu besitzen schien.

Nach dem Diner kehrte man in den Salon zurück, und ich sah einige politische Persönlichkeiten anlangen, welche eingeladen worden waren, den Abend im weißen Hause zuzubringen. Ich plauderte mit einer jungen Lady, als der alte Comodore Stuart an mir vorbeikam.

— Ich habe die Notion, mein Herr, sagte sie zu mir, daß Sie für diesen Offizier keine große Bewunderung hegen?

— Ganz im Gegentheil, Miß, entgegnete ich, ich finde, daß derselbe ein schöner Greis ist.

— Ich rede nicht hiervon. Sie wissen, daß Sie ihn nicht besonders lieben können, denn Sie werden sich erinnern, mit welcher Tapferkeit er sich gegen die Engländer geschlagen hat und welche Verluste er ihnen im letzten Kriege zugefügt hat.

Ich wagte meiner niedlichen Schwätzerin nicht zu gestehen, daß ich in den Heldenthaten des Comodore Stuart wenig bewandert war. Diese Bemerkung bewies mir, wie sehr die Amerikaner zu glauben geneigt sind, daß die Engländer einen unversöhnlichen Groll gegen sie hegen und daß sie stets mit schlecht verhehlter Genugthuung die Nachricht von Mißgeschicken, welche die letzteren betreffen könnten, aufnehmen werden.

Ich verließ das weiße Haus nicht, ohne vorher mit allen Ministern lange gesprochen zu haben. Kaum in der Straße, wurde ich von einem mir völlig unbekannten Gentleman aufgehalten.

— Sir, redete er mich ohne weitere Umschweife an, Sie kommen vom Diner bei dem Präsidenten?

Ich verbeugte mich.

— Sind Sie mit Ihrem Abend zufrieden, was denken Sie von Mr. Lincoln?

— Darf ich wissen, Sir, mit wem ich das Vergnügen habe, zu sprechen?

— Ich heiße X . . . ., ich bin Korrespondent der New-Yorker Zeitungen.

— In diesem Falle kann ich Ihnen sagen, Sir, daß ich einen sehr angenehmen Abend verbracht, daß ich von Mr. Lincoln die beste Meinung mitnehme, und daß ich die Ehre habe, Ihnen guten Abend zu wünschen.

Recht, daß nicht über einen deutschen Stamm wie über eine Heerde verfügt werde. Wir bitten nicht, wir fordern dieses unser Recht. Wir verlangen, daß die provisorischen Zustände aufhören, daß die Vertretung des Landes gehört werde, und bei den Geschicken des Landes mitentscheide. Deutsche Männer, **wir verlangen nichts, als Gerechtigkeit.**"

Eine **Pariser** Korrespondenz der „Allg. Ztg." vom 13. d. berichtet: „Aus guter Quelle wird mitgetheilt, daß heute eine Depesche des Herrn Drouyn de Lhuys an den Grafen Sartiges expedirt wurde. Sie ist im versöhnlichsten Ton gehalten. Als Graf Sartiges dem Kardinal Antonelli den Eindruck der Encyclica auf den Hof und das Kabinet der Tuilerien mittheilte, gab Antonelli der Encyclica in den wärmsten Ausdrücken eine ausschließlich dogmatische Bedeutung; er gab im Namen des heiligen Vaters die entschiedensten Zusicherungen: es habe keine Absicht bestanden, sich der französischen Regierung unangenehm zu machen; er bedauerte lebhaft, daß die Encyclica in Folge eines Mißverständnisses dem Kaiser mißfallen konnte, und endlich stellte er jede praktische politische Konsequenz des Manifests in Abrede. Auf Befehl des Kaisers schrieb der auswärtige Minister an den Botschafter in Rom: der Kaiser habe die Auslegungen und Betheuerungen Antonelli's mit Befriedigung zur Kenntniß genommen; er acceptire jene Berichtigung der Encyclica; müsse jedoch wiederholen, Rom hätte besser und klüger gethan, ihre Veröffentlichung zu unterlassen. Auf der Nuntiatur rechnet man sich die heutige Depesche als einen großen diplomatischen Erfolg an, dessen erste und nächste Wirkung sein wird, daß die ultramontanen Bischöfe Wasser in ihren Wein, oder richtiger in die Lauge ihrer Sprache gießen . . point de zèle, pflegt auch Msgr. Chigi zu sagen.

New-York, 5. Januar. Es geht das Gerücht, Porter's Flotte sei von Wilmington abgesegelt. Der konföderirte General Hood überschritt den Tennesseefluß. Die ganze Armee des Generals Thomas rückt gegen ihn vor. Granger machte innerhalb 30 Meilen von Mobile einen verunglückten Versuch, den Kanal von Dutchgap zu öffnen. Ein Gerücht will wissen, die Staatssekretäre des Auswärtigen und der Finanzen, Seward und Fessenden, seien zurückgetreten. **Eine öffentliche Versammlung der Einwohner von Savannah hat sich für Vereinigung Georgia's mit dem Norden erklärt.**

Frankfurter Börse (vom 8. bis 14. Januar).

Samstag. Von österr. Fonds bewegte sich das Hauptgeschäft in 1860er Loosen, welche bis 83⅝ gingen und zu 83⅜ mit 1 pCt Avance gegen die Vorwoche blieben. Auch 1864er Loose waren in lebhafterem Verkehr und schliessen zu 85¾, um 1¼ fl. höher als vor 8 Tagen. Von neuen engl. Metalliques wurden wieder grössere Posten für Kapitalanlage vom Markte genommen; es ist natürlich, dass die durch die starke Auslosung herausgekommenen Stücke wieder ergänzt werden. Kreditloose weiter um 1 fl. auf 128 gestiegen.

Süddeutsche Fonds in guter Frage, namentlich 4½ und 4pCt. Württemberger, 4pCt. Nassauer und 3½ pCt Darmstädter. Auch bayer. Pfandbriefe fortwährend für Kapitalanlage gesucht. — Im Beginn dieser Woche gelangte ein durch das hiesige Bankhaus M. A. v. Rothschild und Söhne engagirtes Anlehen des Hypothekenvereins von Finnland im Betrage von 3,000,000 Thlr. Pr. Crt. zur Emission. Dasselbe ist zu 4½ pCt. verzinslich und binnen 50 Jahren in halbjährigen Raten al pari rückzahlbar. Die neuen Pfandbriefe zeichnen sich durch grosse Sicherheit aus; bei seinen innern Vorzügen und dem sehr billig gestellten Emissionskurs von 83pCt. hatte das Effekt sich einer guten Aufnahme zu erfreuen und schon an der Börse des Emissionstages war nichts mehr aus erster Hand zu haben. Im Laufe der Woche fand lebhafter Umsatz darin zu 83⅞—84 statt. — In Amerikanern bleibt das Geschäft fortdauernd ein sehr reges. Dieselben eröffneten die Woche zu höheren Kursen, 1882er zu 48½. Der Dinstag brachte jedoch schlechtere Valutanotirungen aus New-York, auf welche der Preis sich bis 47½ erniedrigte. Seitdem erholte sich das Effekt wieder etwas und schliesst zu 47⅞, um eine Kleinigkeit höher als vor 8 Tagen.

Das bevorzugte Effekt der Spekulation waren in verflossener Woche österr. Kreditaktion, welche es gestern bis 187½ brachten, um heute zu 186½, um 7 fl besser als vor 8 Tagen, zu schliessen. Der Impuls für die Hausse kommt von Wien; ob dieselbe eine nachhaltige sein wird, steht dahin. Auch Darmstädter, die im Laufe der Woche bis 230 zurückgegangen, verlassen das Feld mit einer weiteren Avance von 1 fl. zu 233. — Von Zettelbank-Aktien haben österr. Nationalbank den 800er überschritten und schlossen zu 805, um 15 fl. über vorwöchentlicher Notiz; die Dividende für das 2. Semester stellt sich auf 29 fl. 40 kr., das Jahreserträgniss somit auf 55 fl. 40 kr. Auch Darmstädter Zettelbank gefragt und höher gegangen.

Von Eisenbahnaktien blieben Taunus sehr beliebt und wurden bis 349 bezahlt. Für den Verkehr der Bahn dürfte der Abschluss eines rechtsrheinischen Eisenbahnverbands nicht ohne Einfluss sein, der in diesen Tagen dem Vernehmen nach in Wiesbaden erfolgt ist; betheiligt sind dabei, wie man hört, die nassauischen Staatsbahnen, die Taunus-, die Main-Neckarbahn, die Badischen und Württembergischen, sowie mehrere Schweizer-Bahnen. Bayer. Ostbahnen gut behauptet, ebenso hessische Ludwigsbahn. — Von Prioritäten waren Toskanische und Livorneser in Frage, nichts minder böhmische Westbahn, welche um 1 pCt. höher schliessen.

Der Geldstand gestaltet sich wesentlich leichter und fanden gute Diskonten im Privatverkehr zu 4¼ willig Nehmer. Nachdem auch die preuss. Bank nach heutiger telegraphischer Meldung ihren Diskont auf 5 pCt. herabgesetzt hat, darf man wohl auch hier einer baldigen Reduktion desselben entgegensehen. Von fremden Devisen namentlich kurz London gesucht und bis 118¼ bezahlt. Paris 93⅞.

(Akt.)

Hiezu die Beilage: „Würzburger Anzeiger".

Verantwortlicher Redakteur: L. Hartmann.
Druck und Verlag der Stahel'schen Buch- und Kunsthandlung in Würzburg

Cours der Staatspapiere.

Oesterr.	5 pCt. Met. (Cp. 1. S. b. R.)	—
"	5 pCt. Lomb. ditto. à 24	—
"	5 pCt. Engl. Met. v. 1859	79¼ G.
"	5 pCt. Engl. Met. v. 1859	78¼ P.
"	5 pCt. Venet. Coupon b. R.	84½ P.
"	5 pCt. Nationalanl. v. 1854	67⅝—¾ G.
"	5 pCt. Metall. Obligation.	61⅛ P.
"	4½ pCt.	53⅝ P.
Preussen	3½ pCt. Staatsschuldsch.	91 P.
Bayern	4½ pCt. Obl. 1jähr. dto.	101¾ P.
"	4½ pCt. Obl. ½jähr. dto.	101⅞ P.
"	4 pCt. Obl. 1jähr. dto.	98⅞ P.
"	4 pCt. Obl. ½ jähr. dto.	99¼ P.
"	4 pCt. Obl. Ab.-R. dto.	98½ P.
"	3½ pCt. Obl. dto.	96¾ G.
Württemb.	4½ pCt. Obl. b. Rothsch.	105 G.
"	3½ pCt. Obl. dto.	96 G.
Baden	4½ pCt. Obl.	—
"	3½ pCt. Obl. v. 1842	92 P.
Gr. Hess.	4½ pCt. Obl.	—
"	4 pCt. Obl. b. Rothsch.	101½ P.
"	3½ pCt. Obl. dto.	96¾ G.
Nassau	4½ pCt. Obl. dto.	102½ P.
"	4 pCt. Obl. dto.	99⅜ P.
"	3½ pCt. Obl. dto.	—
Frankfurt	3½ pCt. Obl.	95⅛ P.
"	3 pCt. Obl.	—
Spanien	3 pCt. inl. Sch P. à fl. 2. 30	—
"	2½ pCt.	—
Schweden	4½ pCt. Obl. à 105 Thlr.	92 P.
N.Amerika	6 pCt. à 100Dr. 1881 D. 2½	—
"	6 pCt. ditto r. 1882	47½—⅝ G.

Diverse Aktien.

Frankfurter Bank à fl. 500 . . .	144⅝ G.
K. K. Oesterr. National-Bankaktien	807 P. 805 G.
Oesterr. Kreditbank-Aktien à fl. 200	186½P. 185½G.
Bayer. Hypothekenb. Pfandbriefe 4 pCt.	97⅞ G.
Darmst. Bank 1. u. 2. Serie à fl. 250	232½ G.
Weimarische Bank à Thlr. 100 . .	99¼ P.
Mitteldeutsche Kreditaktien . . .	100 P.
Intern. Bank in Lux. à 250 Frs. à 28 kr.	—
Taunus-Eisenbahn à fl. 250 . . .	349 G.
Frankfurt-Hanauer-Eisenbahn . . .	97⅞ G.
Oest. F.St.Eisb. 5pCt. 500 Fr. à 28 kr.	—
" Elisab.-Eisenbahn 5 pCt. . .	115 G.
Böhm. Westbahn-Aktien à fl. 200 6/7	71¼ G.
Rhein-Nahe-Bahn 200 Thl. à 105 4pCt. Z.	28¼ P.
Ludwigshafen-Bexbacher à 4 pCt. .	145½ G.
dto. dto. Prior. à 4 pCt	97 G.
Pfälz. Maxb. b. Rothschild à 4½ pCt.	104⅜ P.
Oest. St.-Eisenb. Prior.-Oblig. à 3 pCt.	50⅝ P.
Elisab.-Bahn Prior. 5 pCt. 6/7	77 G.
Südd. Bank-Akt., 30 pCt. Einz.	256½ P.
Span. Handels- und Industrie . .	—
Bayr. Ostbahn à 4½ pCt. volleinbez.	114 P.
Bayer. Ostbahn mit 50 pCt. Einz.	113½ G.

Wechsel in süddeutscher Währung.

Amst. fl. 100 k. S.	101 G.
Antwerp. Frs. 200 k.S.	93⅞ P.
Augsb. fl. 100 k. S.	99⅞ P.
Berlin Th. 60 k. S.	104⅞ P.
Brem. 50 Th. Ld. k. S.	96½ P.
Brüssel Frs. 200 k. S.	93⅞ P.
Cöln Thlr. 60 k. S.	104⅞ P.
Hamb. MB. 100 k. S.	89⅛ P.
Leipzig Th. 60 k. S.	105 P.
London Lst. 10 k. S.	118⅜ P.
Lyon Frs. 200 k. S.	—
Mail. Frs. 200 . .	93⅞ P.
München fl. 100 k. S.	99⅞ P.
Paris Frs. 200 k. S.	94 P.
Petersburg 60 S.-R.	—
Triest fl. 100 k. S.	—
Wien fl. 100 ö. W.	—
do. in öst. W. L. S.	101½ G.
Disconto	5 pCt. G.

Anlehens-Loose.

Oesterr. fl. 250 v. 1839	—
" fl. 250 v. 1854 mit 4pCt.	74⅝ G.
" fl. 500 v. 1860 6/7	82⅞ G.
" fl. 100 Kisb. L. v. 1858.	128¼ G.
" do v. 1864.	—
Schwed. 10 Thlr. Loose	9⅜ P.
Badische fl. 50	—
Badische fl. 35	52¾ P.
Kurhess. Thlr. 40 b. R.	54 P.
Gr. Hessen fl. 50 b. R.	—
" fl. 25 do.	—
Nassau fl. 25 bei Rothsch.	38 P.
Sardinische Fr. 36 b. B.	—
Neuchateler 10 Frs.-Loose	—
Freiburger 15 Frs.-Loose	—
Mailänder 45 Frs. L. b. R.	32⅝ P.
St. Genois mit 2½ pCt. Z.	—
Ansb.-Gunzenh. fl. 7-L.	11 P.

Frankfurt, 16. Januar. Die Börse war in unentschiedener Haltung. Der Umsatz nicht sehr bedeutend. Für Amerikanische war die Arbitrage Abgeber. ———

(Synd.)

Digitized by Google

An die
k. Hof- und Staatsbibliothek
München.
1 N. Würzb. Ztg.

Neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht!

№ 18. | Vorausbezahlung: Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 1 fl. 30 kr. Bei Inseraten wird die dreispaltige Zeile in gewöhnlicher kleiner Schrift oder deren Raum im Hauptblatte mit 6 kr., im Anzeiger mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franco. | 62. Jahrgang. | Mittwoch, 18. Januar 1865.

(**Amtliche Nachrichten.**) **München**, 16. Januar. Se. Maj. der König hat den Grafen F. Hompesch zum Ministerresidenten in der Schweiz, an die Stelle des bisherigen Geschäftsträgers dortselbst, Geheimen Legationsrathes Dr. v. Dönniges, ernannt; die katholische Pfarrei Manching, Bezirksamts Neuburg a/D., dem Priester M. Petzinger, Pfarrer in Finningen, Bezirksamts Dillingen, übertragen; den Bezirksgerichtsrath K. Mayr in Pfarrkirchen in den nachgesuchten Ruhestand auf die Dauer eines Jahres treten lassen; zum Rathe am Bezirksgerichte Pfarrkirchen den Bezirksgerichts-Assessor F. Hutter in Landshut befördert; auf die hiedurch am Bezirksgerichte Landshut in Erledigung kommende Assessorsstelle den Bezirksgerichts-Assessor O. Söltl in Aichach versetzt und die Assessorsstelle am Bezirksgerichte Aichach dem Accessisten des Appellationsgerichts von Oberbayern, Jos. E. Geiger, verliehen; dem Bezirksgerichte München l/J. noch einen Assessor beigegeben und auf die Stelle desselben den Assessor des Stadtgerichts München l/J., O. Morall, versetzt und zum Assessor des Stadtgerichts München l/J. den Accessisten des Bezirksgerichts München l/J., P. Lanz, ernannt; das Frühmeß- und Schulbenefizium in Pfaffenhofen dem derzeitigen Verweser desselben, F. X. Weber, übertragen; die protestantische Pfarrstelle in Zeiskam, Dekanats Germersheim, dem bisherigen Professor des Religions- und Geschichtsunterrichts an dem Gymnasium zu Speyer, Jac. Bickerich, verliehen; den Oberappellationsgerichts-Rath F. D. von Pixis von der Funktion des General-Staatsprokurators am Kassationshofe der Pfalz enthoben und diese Funktion dem Oberappellationsgerichts-Rathe G. Hilgard übertragen.

In Folge Ablebens des Revierförsters ist das Revier Triesdorf, Forstamts Ansbach, in Erledigung gekommen. Durch den Tod des k. Revierförsters L. Klenich ist das Aerarialrevier Bebenthal, Forstamts Dahn, in Erledigung gekommen.

In einer Korrespondenz der „K. Z.“ aus **Bayern**, 14. Jan., wird gelegentlich erzählt: „Der Urheber jenes bekannten Friedenswortes des Königs Max sei Niemand anders gewesen, als — Hr. v. d. Pfordten selbst. König Max hatte das in dem damaligen Entlassungsgesuche des Ministers ausgesprochene Motiv, daß „er Frieden mit seinem Volke haben müsse“, sofort aufgefaßt, und so entstand das geflügelte königliche Wort: „Ich will Frieden haben mit Meinem Volke“.

Augsburg. Die „A. Z.“ erhält folgenden von 27 Landwirthen und Freunden der Landwirthschaft unterzeichneten Aufruf: „Die Naturwissenschaften, insbesondere die Chemie, haben in den letzten Decennien so große Resultate in der Erforschung derjenigen Gesetze gewonnen, welche die Pflanzen- und Thierproduktion im weitesten Sinn beherrschen, daß der Fortschritt in der Landwirthschaft nunmehr wesentlich von der umfassendsten Verwerthung dieser wissenschaftlichen Resultate bedingt ist. Die praktischen Landwirthe müssen, um Nutzen aus diesen Resultaten zu ziehen, sie kennen, verstehen und anwenden lernen. Diesem Zweck dienen seit geraumer Zeit in den verschiedensten Gegenden von Deutschland die agrikultur-chemischen Versuchsstationen mit segensreichstem Erfolg. Sie sind ein Mittelglied zwischen Wissenschaft und Praxis, sie wirken für die Verbreitung und Anwendung der wissenschaftlich und praktisch erprobten Lehren. Ausgehend von diesen Thatsachen sind die Unterzeichneten zur Begründung einer derartigen agrikulturchemischen Versuchsstation für das Königreich Bayern zusammengetreten, und hat Fhr. Justus v. Liebig seine Unterstützung durch Rath und That zugesagt, sowie das Generalkomite des landwirthschaftlichen Vereins seine Betheiligung. Die Unterzeichneten bitten alle Gutsbesitzer, Landwirthe und Freunde der Landwirthschaft, einem von ihnen ihre Beitrittserklärung zukommen zu lassen; sie erwarten darauf hin in Bälde eine Versammlung an dem passendsten Orte zusammenberufen zu können, durch welche sodann ein detaillirtes Programm berathen, sowie die weiter nöthigen Schritte zur Konstituirung der Gesellschaft eingeleitet werden sollen. Fhr. v. Freyberg zu Haldenwang; Graf Arco zu Stepperg; Frickhinger, Apotheker in Nördlingen; Graf Fidel v. Fugger-Glött in Dillingen; Graf Ernst v. Fugger-Glött zu Oberndorf; Fhr. v. Gaisberg zu Neubeck; Graf Guiot du Ponteil zu Dürrenhofen; Graf Gravenreuth zu Affing; Hamminger in Aukofen; Hübner, Bürgermeister zu Dillingen; Hummel in Kleinerdlingen; Fhr. K. v. Crailsheim zu Ammerang; Lang, Oberingenieur in München; Fhr. v. Lochner zu Lintach; Minerov in Nürnberg; Fhr. v. Moreau zu Taufkirchen; Paulhuber, Stadtpfarrer in Heideck; Persch, Pächter in Teublitz; Dr. Ranke, Professor in München; Graf Otto Rechberg zu Mickhausen; Dr. Riedel, Notar in Füssen; Dr. v. Rinecker, Professor in Würzburg; Graf v. Seinsheim zu Sünching; Stier auf dem Burghof; Fhr. v. Tucher in Nürnberg; Waldraff, Verwalter in Ostettringen; Wetzstein, Bauerngutsbesitzer in Grosselfingen.“

Die „A. Z.“ begrüßt diesen Aufruf freudig als ein Zeichen, daß nun auch in Bayern der wissenschaftlichen Richtung in der

Feuilleton.

Meyerbeer's „Afrikanerin“.

Die „Revue des deux Mondes“ bringt aus der Feder Henri Blaze de Bury's, des stehenden Berichterstatters für Musik, der sich nicht wenig auf seine Intimität mit dem großen Maestro zugute thut, mancherlei Nachrichten über Geschichte und Schicksale der „Afrikanerin“, jenes Lieblingskindes von Meyerbeer: Nicht blos in den musikalischen und politischen Journalen, auch in des Meisters zerstreuten Tagebuchblättern taucht seit langen Jahren immer wieder „Die Afrikanerin“ auf; es finden sich darunter wiederholt Zeilen, in denen er es als besondere Gnade von Gott erbittet, ihm so lange seine Tage zu verlängern, daß er noch den Erfolg dieser Lieblingsschöpfung erleben möge. Nicht weniger als drei Generationen von Sängern sind bereits dahingegangen, seit Meyerbeer's Partitur in der Hauptsache vollendet vorliegt; denn unmittelbar nach den „Hugenotten“, im Jahre 1845, ist sie im Wesentlichen bereits fertig und zwar die Titelrolle für Frl. Stoltz geschrieben. Während der Ausführung indeß waren dem Maestro allerlei Bedenken gekommen, die ihn zu einer durchgehenden Revision des Textbuchs veranlaßten. Scribe war damals in Rom, und da er sehr langsam arbeitete, so zog die Umarbeitung sich in die Länge, und weil das Libretto zum „Propheten“, das statt dessen Scribe einschickte, den Komponisten mächtig anzog, so ging er mit solcher Hingabe an die neue Partitur, daß die ersten Aufführungen des „Propheten“ mit den gewaltigen politischen Erschütterungen des Jahres 1848 zusammentreffen konnten. Erst nach diesem großen Erfolge nun nimmt Meyerbeer die zurückgelegte Arbeit wieder auf und diesmal bestimmt er die Titelrolle für Frl. Viardot, die sich ihm durch die glänzende Ausführung ihrer Rolle im „Propheten“ empfohlen hat. Von da an nehmen nun die Umarbeitungen und Schwankungen kein Ende; bald denkt er an Sophie Cruvelli, endlich an Frl. Sax, ohne sich jemals entschließen zu können; denn von der glücklichen Besetzung der Titelrolle, davon ist Meyerbeer tief überzeugt, hängt das Schicksal seines Lieblingswerks ab. Diese Afrikanerin nämlich — wer es etwa nicht wüßte — ist die Beherrscherin eines fabelhaften Reichs in Südafrika zur Zeit des Vasco de Gama, der, auf dem Wege, Indien zu entdecken, ihre Bekanntschaft macht, sie liebt und sie verläßt. Die Unglückliche will ihre Verzweiflung nicht überleben, aber statt wie jene andere Afrikanerin, des Aeneas Geliebte, Dido, auf dem Scheiterhaufen zu enden, entschlummert sie unter dem todtbringenden Schatten des gifthauchenden Manschenillenbaums. Man begreift schon aus dieser Skizze, welche Schwierigkeiten blos der dramatische Theil dieser neuen Rolle der Darstellerin schaffen und warum der Meister so wählerisch und schwankend werden mußte. Und wenn das noch das einzige Bedenken gewesen wäre; aber, abgesehen von den nicht geringen Nebenrollen, machte die Tenorpartie eben so große oder noch größere Schwierigkeiten, da auch die Partie des Vasco vom größten Opernzuschnitt ist. Er warf wechselsweise seine Augen auf Roger, Gueymard, Mongini, Naudin; während er noch hin- und herschwankte — denn endlich hatte er sich entschlossen, sein Werk der Oeffentlichkeit zu übergeben

Landwirthschaft vollste Rechnung getragen werden soll. „Die Unterstützung durch Frhrn. J. v. Liebig ist Bürgschaft dafür, daß nur etwas ganz Gutes geleistet werden wird, sowie die Betheiligung des Generalcomite's des landwirthschaftlichen Vereins ein Beweis dafür ist, daß von nun an in Bayern nicht mehr zwei sich bekämpfende Richtungen im angestrebten landwirthschaftlichen Fortschritt existiren, sondern beide, sich gegenseitig ergänzend, mit vereinigten Kräften auf dem rechten Wege vorwärts streben werden."

Wien. Die „Ostdeutsche Post" sagt in einem Artikel über die preußische Thronrede: „Wenn irgend Jemand die Erwartung hegte, über die Grundlage und Bedingung des österreich.-preußischen Bündnisses aus der Thronrede einen näheren Wink zu erhalten, so wird er sich bitter enttäuscht sehen. Eine „Ehrenschuld Deutschlands" war es, deren Einlösung die beiden hohen Verbündeten zusammen geführt. Ein recht glücklich gewähltes Wort! Eine Ehrenschuld einzulösen — nicht Privatvortheilen und eigennützigen Absichten zu fröhnen, zogen die Heere Oesterreichs und Preußens über die Eider. Das ist schön und edel! Von Oesterreich wissen wir es, daß es aus diesem Feldzuge für sich keinen Vortheil zog. Jetzt ist es an Preußen, dasselbe zu beweisen. Hierüber aber schweigt nicht blos die Thronrede, sondern sie gibt sogar durch allerlei durchsichtige Redensarten von Nordmarken, von Errungenschaften, Schutz jener Grenzen, Aufrechthaltung berechtigter Ansprüche deutlich zu verstehen, daß die Wege der hohen Verbündeten jetzt bedeutend auseinander laufen und daß Preußen bei der Einlösung der Ehrenschuld ein gar feines Geschäft machen und ein Erkleckliches profitiren will. Wenn nichtsdestoweniger ein enges Bündniß nach wie vor als fortbestehend gerühmt und von festen und dauernden „Grundlagen" desselben gesprochen wird — so ist die Frage nach den Bürgschaften dieser Grundlagen eine berechtigte, und mit Verwunderung vernimmt man, daß diese zunächst nur in den „Gesinnungen" der beiden hohen Verbündeten liegen. Gesinnungen sind der menschlichen Natur nach sehr wandelbar, und wenn ein Bündniß nicht auf Interessen, auf gemeinsamen Interessen beruht, dann darf man wohl gerechte Bedenken hegen, ob jene Grundlagen von Dauer sind."

Berlin, 16. Jan. Das Abgeordnetenhaus hat heute mit 222 von 256 Stimmen Herrn Grabow zum Präsidenten gewählt. Auf Hrn. v. d. Heydt fielen 31 konservative Stimmen, auf Herrn v. Unruh 2 Stimmen, auf Herrn Löwe (Calbe) 1 Stimme. Der wiedergewählte Präsident Grabow spricht seinen Dank aus für das erneute Vertrauen, welches ihm das Haus schenke, und welches ihm die Annahme der Wahl zu einer Ehrenpflicht mache. Er verspricht, die Verhandlungen nach besten Kräften, nach bestem Wissen und Gewissen zu leiten und die Geschäfte gewissenhaft und parteilos zu führen. Bei der Trennung im verflossenen Jahre habe man auf Verständigung gehofft; seitdem aber seien eingetreten Verfolgungen der liberalen Presse, Disziplinirungen der liberalen Magistratsbehörden, Verunglimpfungen der liberalen Staatsbürger. „Die liberale Gesinnung — sagt der Präsident — ist in den Bann gethan, die Ueberzeugungstreue, jene altpreußische Tugend des preußischen Beamtenthums, in die neupreußische Acht erklärt. Die Axt ist an den Baum mit den schönsten Früchten für Gemeinsinn und Gemeinwohl, wie Beides durch die Verfassung von 1808 emporgewachsen, gelegt, um die dreimal erprobte öffentliche Meinung Angesichts ruhmvoller Kriegserfolge zu unterdrücken, das Abgeordnetenhaus zur Unterwerfung zu zwingen und der Verfassung die Lebensader zu unterbinden." Weiter sagt Herr Grabow: Das Gewissen des preußischen Volkes und seiner Vertreter, welche vor Gott und dem König die Heilighaltung der Verfassung beschworen, werde man nicht beugen. Das königliche Wort: „Nur wer sich auf den Felsen des Rechtes stelle, steht auf dem Felde des Sieges," sei der Wahlspruch des Hauses. Unter diesem Banner hoffe man zur Verständigung zu gelangen, um die Verfassung nicht preiszugeben. „Möge die königliche Regierung einen solchen Weg betreten zum Wohle des Volkes und des Vaterlandes, dessen Wohlfahrt und Ehre wir zu allen Zeiten in treuen Preußenherzen hoch und heilig halten!" — Zum ersten Vizepräsidenten des Hauses wurde Herr v. Unruh mit 180 von 243 Stimmen gewählt. (Auf den Abg. Osterrath fielen 48, auf den Abg. v. Bockum-Dolffs 8 Stimmen.) Herr v. Unruh nimmt die Wahl an mit der Erklärung, daß er erfreut sei, den wirklichen Präsidenten unterstützen zu können.

Berlin, 16. Jan. Die „Nordd. Allg. Ztg." sagt über die von der Wiener „Presse" gebrachte Mittheilung bezüglich des zwischen Oesterreich und Preußen im Dezember stattgehabten Depeschenwechsels: „Die Angabe des Inhalts der österreich. Depesche sei so genau nicht zu beurtheilen, weil dieselbe als eine ganz vertrauliche hier nur vorgelesen, aber nicht in Abschrift mitgetheilt worden sei. Andere Angaben seien theilweise richtig, theilweise falsch, theilweise entstellt." — Im Abgeordnetenhause wurde heute Hr. v. Bockum-Dolffs als zweiter Vicepräsident wiedergewählt. Morgen wird die Regierung ihre Vorlagen einbringen.

Berlin. Ueber die Eröffnung des Landtages sind noch folgende Daten zu melden: Die Betheiligung des Volkes war eine sehr geringe. Im sogenannten „Weißen Saale", wo die Eröffnung stattfand, waren von den Abgeordneten nur sehr wenige (ungefähr 50) erschienen. Man sah im Saale nicht als Uniformen. Die „B. Z." schreibt: „Die Versammlung machte mehr den Eindruck eines großen Kriegsrathes oder einer militärischen Cur, als den eines Landtages, welcher in erster Reihe die bürgerlichen Interessen zu vertreten berufen ist." Fast die ganze königliche Familie war anwesend. Die Stellen der Thronrede, welche sich auf die Heeresorganisation, auf den Dank, den sich das Heer erworben, ferner die Stelle, in welcher ausgeführt wird, daß der Krieg ohne Aufnahme einer Anleihe zu Ende geführt worden, endlich die Erwähnung des österreichischen Bündnisses sprach der König mit besonderer Betonung und den ganzen Schlußpassus mit gehobener Stimme. Die Versammlung hörte die Thronrede lautlos an: die Stimme des Königs klang nicht so fest, wie bei früheren Gelegen-

---

— da überraschte ihn der Tod. Aber man würde sich täuschen, wollte man glauben, Meyerbeer sei um das Schicksal seines spätgeborenen Lieblings unbekümmert gewesen.

Als sein Testament entsiegelt wurde, fand man alles mit überraschender Sorgfalt geordnet und geregelt, um das Schicksal des Werkes sicherzustellen. Es zeigte sich, daß er für das Kind zwei Pathen, wenn man will, zwei Vormünder bestellt hatte, den greisen Direktor des Brüsseler Conservatoriums, Fétis, um über das Technische der Aufführung zu wachen und zu Gericht zu sitzen — und M. Crémieux, den bekannten Advokaten und Exminister aus den Zeiten der Republik, dem die Sorge für die juristische Seite des Unternehmens übertragen ward. Der letztere hat denn zunächst mit der kaiserlichen Regierung den betreffenden Kontrakt abgeschlossen, in welchem für die Erben ebenso ehrenvolle als schätzbare Vorrechte ausbedungen sind, unter anderm auch dies, daß die Wittwe in jedem Moment berechtigt bleibt, das Werk von der Bühne zurückzuziehen! Und damit nichts fehlt, um die Sache zu einem außergewöhnlichen Ereigniß zu stempeln, so hat der Minister-Marschall Vaillant auf Befehl des Kaisers den Kontrakt eigenhändig unterzeichnen müssen. Für den Tenoristen Naudin, der monatlich 12.000 Frcs. erhält und sich kontraktlich nur für die Rolle des Vasco verpflichtet hat, bezahlt der Staat an die Direktion des Theatre Italien, das ihn abtritt, außerdem eine hohe Entschädigungssumme. Ebenfalls kontraktlich bedungen ist, daß der Chor der Großen Oper behufs der Aufführung um 50 Köpfe vermehrt wird, was das Budget mit einer neuen Ausgabe von circa 50,000 Frcs. belastet. Was aber hat nun Fétis mit dem Werke zu schaffen? Hören wir, wie H. Blaze sich über seine Aufgabe auslässt: es ist ernsthaft gemeint, wenn es auch komisch klingt. Bereits, sagt er, hat der gelehrte Musiker, dem die Ueberwachung der Proben anvertraut ist, sich in seinem Laboratorium in der Straße Drouot mit seinem sibyllinischen Manuskript eingeschlossen, um die abweichenden Lesarten abzuwägen, die Tempi festzustellen, zu forschen und zu grübeln vom lichten Morgen bis zum späten Abend, fast wie Göthe's Wagner, wie er emsig nach einer geheimen Goldader forscht. Wäre der große Maestro am Leben erhalten, der verfuhr freilich anders! Für ihn begann die Periode der großen kritischen Um- und Ausarbeitungen mit der ersten Probe. „Ich erfahre erst", pflegte er zu sagen, „aus der Probe, was ich eigentlich geschrieben habe." Da saß er denn in seiner Prosceniumsloge, vor sich auf einem kleinen Tische die aufgeschlagene Partitur, die Feder in der Hand, las, hörte und notirte. Von den Prometheusqualen, die er oft dabei empfand, von dem unsäglichen Entzücken, in dem zeitweise seine Phantasie schwelgte, verrieth das Gesicht, in dem nicht eine Fiber zuckte, nicht das mindeste. Während einer solchen ganz gewöhnlichen Probe kam oft, wie der Blitz, die höhere Eingebung über ihn, und solchen Momenten verdanken wir seine schönsten, vollendetsten Schöpfungen, wie das große Duett im vierten Akte der „Hugenotten". Dürfen wir dem Berichterstatter glauben, so würde sich übrigens diese letzte Oper Meyerbeer's in technischer Beziehung auch dadurch vor seinen vorausgehenden dramatischen Werken auszeichnen, daß der Komponist es zuguterletzt über sich gewonnen hat, mit den Sängern ein menschliches Rühren zu fühlen und die Rollen sangbarer zu halten, als es von ihm sonst erwartet werden durfte.

heiten. Unter dem Hochrufe der Versammlung verließ der König den Saal, nachdem Hr. v. Bismarck die Session für eröffnet erklärt hatte.

Stuttgart, 14. Jan. Nach einer an den „Schwäbischen Merkur“ ergangenen Zuschrift hat sich eine Gesellschaft gebildet, welche den Bau einer Privateisenbahn von Ulm über Blaubeuren, Ehingen, Mengen, Sigmaringen nach Mößkirch und Radolfzell in erster Linie anstrebt, in zweiter Linie sich aber auch zum Bau einer Linie Tübingen-Hechingen-Sigmaringen-Aulendorf-Memmingen erboten hat. Von dem Gesichtspunkte ausgehend, sagt der Vorstand der Gesellschaft, Hr. E. Lang in Blaubeuren, daß der Staat nicht alle Bahnen bauen kann, welche ein durch das Zustandekommen des Handelsvertrags noch dringender gemachtes Bedürfniß des Landes sind, haben wir die Bitte um Konzessionirung einer Privatbahn nach Berlin, Karlsruhe und Stuttgart gerichtet. Bei einer Bahn, die auf so kurzen Strecken wiederholt fremdes Gebiet durchschneidet, würde die Konzessionirung des Privatbaues sicher schneller zum Ziel führen, und die Einschiebung einer neutralen Gesellschaft viele Kollisionen beim Bau und Betrieb dieser Eisenbahnen verhüten, welche beim Staatsbau nicht ausbleiben können. Die preußische Regierung hat uns eventuell ihre Konzession zugesichert, von Baden haben wir Grund, dasselbe zu erwarten, in Würtlemberg sind wir, zunächst unter Hinweisung auf das Gesetz vom 18. April 1843, abgewiesen worden, hoffen aber doch, durch weitere Verfolgung der Sache noch andere Beschlüsse unserer Regierung zu veranlassen. Blaubeuren ist der Sitz der Gesellschaft, bedeutende Bankhäuser stehen dem Unternehmen nahe.

Friedberg, 16. Jan. Dem „Frkf. Journal“ wird geschrieben: „Ehe ich Ihnen weitere Nachricht über das Befinden Gutzkow's zugehen lasse, muß ich vor Allem bemerken, daß bei näherer ärztlicher Untersuchung die Verletzungen nicht so bedenklich und gefährlich befunden wurden, als man Anfangs glaubte annehmen zu müssen. Das Befinden Gutzkow's am gestrigen Tage kann im Allgemeinen ein befriedigendes genannt werden. Abends stellte sich Wundfieber ein, in Folge dessen die Nacht etwas unruhig verlief. Im Laufe des heutigen Nachmittags wird der Verband abgelöst werden, und ich werde nicht säumen, Ihnen über den Befund zu berichten, was ich Zuverlässiges vernehmen kann. Nach der Versicherung des behandelnden Arztes ist eine Besorgniß für das Leben Gutzkow's bis jetzt nicht vorhanden. Gestern noch trafen seine Frau und einer der Söhne ein und auch von Frankfurt und Offenbach waren Glieder der Familie herbeigeeilt. Auch der Großherzog von Weimar hatte einen seiner Adjutanten geschickt.

Ein weiteres Schreiben des „Fkf. Jour.“ aus **Friedberg** vom 16. d. lautet: „Wir können aus bester Quelle dem gewiß auf genaue Auskunft harrenden theilnehmenden Publikum über den Zustand **Karl Gutzkow's** noch die Mittheilung machen, daß, wie schon berichtet worden, körperliche Heilung bald zu erwarten ist. Sein geistiger Zustand ist aber leider noch ein sehr aufgeregter; die fortwährenden Zwistigkeiten in der Schillerstiftung haben ihn geistig verwirrt und eine fixe Idee, die ihn seit Wochen von Stadt zu Stadt trieb, bei ihm hervorgerufen. Die Ungnade eines hohen Gönners ist indeß nicht die Ursache seiner geistigen Erregtheit gewesen.“

Aus Holstein, 13. Jan. Die Erklärungen gegen die Siebenzehner-Adresse nehmen ihren Fortgang; so kommt allein aus Oldensworth eine solche mit 308 eigenhändigen Unterschriften, worin die Unterzeichner sagen, daß sie nur Herzog Friedrich als rechtmäßigen Herzog anerkennen, Christian IX. habe nichts abzutreten gehabt, „weil wir seit dem 15. November 1863 rechtlich frei waren von Dänemark.“ Die Erklärung wendet sich dann gegen das Provisorium, dringt auf ungesäumte Einführung des Herzogs Friedrich und Aufnahme Schleswigs in den deutschen Bund und sagt am Schlusse: „Was einen etwaigen Anschluß an die uns zunächst belegene deutsche Großmacht erheischt, so überlassen wir solches vertrauensvoll dem Urtheile des von uns erkorenen Fürsten und unserer gesetzlichen Landesvertretung.“ Von Brockdorf an der Elbe ist eine (augustenburgische) Adresse an den König von Preußen und den Kaiser von Oesterreich abgegangen. Der Grundton aller Erklärungen ist ein entschiedenes Widerstreben gegen die Einverleibung. (Schw. M.)

Kiel, 13. Jan. Gestern fand hier eine Berathung des Ausschusses der schleswig-holsteinischen Vereine über die Lage des Landes und was in Betreff derselben jetzt zu thun sei, statt. Der Vorschlag, eine Ansprache an das preußische Volk zu richten, wurde als unpraktisch abgelehnt, desgleichen der einer Adresse an die Volksvertretung Preußens. Zuletzt beschloß man, durch ein Umlaufschreiben den sämmtlichen Vereinen den Standpunkt des Ausschusses auseinander zu setzen, der nach dem gedachten Schreiben sich in die Sätze zusammenfaßt: Wir wollen im Interesse Deutschlands engen Anschluß der Herzogthümer an Preußen, aber mit Wahrung der inneren Selbständigkeit, daher **keine Annexion.** — Daß dieses Glaubensbekenntniß bei allen Vereinen Anklang finden werde, ist nicht anzunehmen. — Die Siebzehner-Adresse ist, von Scheel-Plessen eifrig verbreitet, zu einer Vierundzwanziger-Adresse geworden, aber auf viel mehr Unterschriften hat sie wohl kaum zu rechnen. Wie auch die Meinungen auseinander gehen mögen, kaum findet sich außer einem Theil der Ritterschaft hier zu Lande Jemand, der zu überzeugen wäre, daß Scheel-Plessen's Personalunion à la Lauenburg für Schleswig-Holstein ein wünschenswerthes Verhältniß zu Preußen herstellen würde.

Paris, 15. Jan. Bisher haben sich folgende Mitglieder des französischen Episkopats in mehr oder minder energischer Weise zu Gunsten der päpstlichen Maßregel ausgesprochen: Die Erzbischöfe von Besançon, Lyon, Cambrai, Tours, Rennes, Toulouse, und die Bischöfe von Mans, Laval, Angers, Poitiers, Belley, Moulins, Beauvais, Carcassonne, Montauban und Nevers. Die heute im „Moniteur“ als beschlossen angezeigte Vorladung des Kardinals Mathieu, Erzbischofs von Besançon, vor den Staatsrath ist eine Maßregel, zu der man sich erst nach einigen Verhandlungen verstanden hat. Mehrere Minister hielten dieselbe für unthunlich, da, wie sie glaubten, vorerst die Erlaubniß des Senates eingeholt werden müßte, ehe man gegen ein Mitglied der hohen Versammlung vorgehen dürfe. Nachdem aber Herr Builry in einem längeren Vortrage hervorgehoben hatte, daß diese Ermächtigung wohl unnöthig sei, da es sich blos um einen Tadel, und nicht um eine eigentliche Strafe handle, stimmten die Minister bei und Msgr. Mathieu von Besançon wird das Schicksal des Bischofs von Moulins theilen. Eine andere Frage ist es, ob der Senat die Anschauung der Minister in Bezug auf die Rechte der Regierung gegenüber seinen geistlichen Mitgliedern theilen werde, oder ob die hohe Körperschaft gegen die Vorladung des Kardinals Beschwerde erheben werde. Einer der französischen Kardinäle, es soll Msgr. Gousset, Erzbischof von Rheims sein, hat in einem Schreiben an den Papst sein Bedauern ausgedrückt, daß die Encyklica die Beziehungen des französischen Episkopats zu der Regierung bedeutend erschweren müsse. Es heißt heute, daß den Journalen die Diskussion über die Sache binnen Kurzem ganz verboten werden soll. Man hofft auf diese Weise auch der Veröffentlichung der bischöflichen Manifestationen zuvorzukommen.

Paris, 14. Jan. Das „Mem. diplom.“ spricht von einer Note, welche Aali-Pascha an die Vertreter der auswärtigen Mächte in Konstantinopel unterm 20. Dezember gerichtet habe. Sie nimmt Bezug auf die blutigen Vorgänge im Libanon im Jahr 1860, legt dar, wie die Pforte Alles aufgeboten habe, die Schuldigen zu strafen, die Opfer zu entschädigen und die Ruhe wieder herzustellen, und spricht ihre Ansicht dahin aus, daß es wohl an der Zeit sein dürfte, die noch im Gefängniß oder in der Verbannung Schmachtenden zu amnestiren. Die Pforte möchte nun hierüber erst die Ansicht der Mächte hören, die an dem am 9. Juni 1860 unterzeichneten Arrangement betheiligt sind. Es soll der Pforte hauptsächlich darum zu thun sein, die Stellung des berühmten Maronitenführers, Joseph Karam Bey, zu regeln. — Das Werk des Kaisers: „Das Leben Cäsars“ ist gegenwärtig sowohl in der kaiserlichen Druckerei, wie bei Plon unter der Presse. Eine Luxusausgabe von nur 1000 Exemplaren wird ausschließlich an Souveräne, Gesandten, politische und wissenschaftliche Notabilitäten ꝛc. als Geschenke vertheilt werden. Sie geht aus der kaiserlichen Staatsdruckerei hervor. Die Ausgabe für das Publikum wird von Plon besorgt. Sie wird gleichzeitig mit der von Prof. Rietschl in Bonn besorgten deutschen Uebersetzung Ende Februar erscheinen.

Turin, 14. Jan. Der Justizminister Vacca hat an die Bischöfe ein Rundschreiben bezüglich der Encyclika gerichtet, worin er daran erinnert, daß die Encyclika, sowie der Anhang der 80 Irrthümer zur Veröffentlichung das königliche Exequatur bedürfen. Die Regierung behalte sich vor, in dem Ermächtigungsdekret sich darüber auszusprechen, unter welchen beschränkenden Klauseln diese Dokumente veröffentlicht und angewandt werden dürfen und welche Theile, als mit den Staatsgesetzen im Widerspruch stehend, von dieser Erlaubniß ausgeschlossen seien. — Die Berathung des Berichts der Untersuchungskommission über die September-Ereignisse ist auf den 23. Januar festgesetzt.

Neapel, 12. Januar. In der Provinz Capitanata liegt, westlich vom Monte Gargano, hart an der Meeresküste, der See Lesina. Von dorther, aus Sannicandro, wird der „Italia“ geschrieben: „Seit sieben Monaten ist die Bevölkerung durch vulkanische Erscheinungen beunruhigt. Mehr oder minder heftige

Erderschütterungen machen sich auf der ganzen kleinen Halbinsel bemerklich, verbunden mit unterirdischem Dröhnen. Die meisten Häuser in Sannicandro sind beschädigt, mehrere eingestürzt und die Einwohner schicken sich zum Auswandern an. Neuerdings haben sich die Erschütterungen mehr lokalisirt. Die Wasser, welche den Lesina speisen, sonst lau, sind jetzt ganz heiß und an einigen Stellen siedend.

Spanien. Wie die „Patrie" meldet, wurden am 26. Dez. zwei junge Leute wegen Mordes vermittelst der Garotte zu Bonetillo, in der Provinz Madrid, vom Leben zum Tode befördert. Die Königin hatte dem Einen dieser Unglücklichen Gnade gewährt, allein der Schnee lag an diesem Tage so hoch, daß alle Verbindungen, selbst die vermittelst des Telegraphendrahtes, unterbrochen waren. Der Befehl, die Hinrichtung zu verschieben, traf zwei Stunden, nachdem sie vollzogen war, ein.

Petersburg, 16. Januar. Der Großfürst Konstantin ist zum Präsidenten des Reichsrathes, die HH. Miluti, Milutine und Butkow sind zu Mitgliedern des Reichsrathes ernannt. Das Militärbudget für 1865 zeigt eine Verminderung von $24\frac{1}{2}$, das Marinebudget eine solche von $4\frac{1}{2}$ Millionen Rubel.

Eine Korrespondenz aus **New-York** (im Pariser nicht gerade unionsfreundlichen „Moniteur") theilt mehrere Einzelheiten über die verunglückte Expedition gegen Wilmington mit. Dieselbe ist vollständig gescheitert und wo nicht aufgegeben, doch für den Augenblick vertagt, und diese Niederlage, wofür der Admiral Porter und General Butler sich gegenseitig die Verantwortlichkeit zuschieben, hat in New-York einen um so größeren Verdruß verursacht, als der Erfolg des Unternehmens dort für vollständig gesichert galt. Der Bericht des Admirals Porter ist vorzugsweise interessant. Eine Höllenmaschine von ganz ungewöhnlichen Dimensionen, deren Explosion das Fort Fisher erschüttern und es fast zerstören sollte, hat so zu sagen durchaus keine Wirkung gehabt; sechs Parrot-Kanonen, welche Geschosse von 100 Pfund schleuderten, sind an Bord verschiedener unionistischer Schiffe gesprungen, deren Besatzung durch diese wiederholten Unfälle nicht wenig entmuthigt worden ist; die achtunggebietende Artillerie der Flotte hat während anderthalb Tagen gegen das Fort Fisher gedonnert, ohne eine Bresche zu schießen, ja sogar ohne merkliche Verluste zu verursachen. Diese negativen Resultate gehen aus dem Bericht des Admirals Porter deutlich hervor und sie erklären in genügender Weise den Mangel an Erfolg der Landungstruppen, die sich tapfer geschlagen haben, und Fahne, Kanonen und einige Gefangene genommen haben, aber denen es nicht gelang, das Fort Fisher mit Sturm zu nehmen, und die schließlich sich wieder auf die Schiffe zurückziehen mußten, um sich nicht der Gefahr auszusetzen, von einer stärkeren Macht abgeschnitten zu werden.

Aus **Mexiko**, 11. Dez., wird dem „Moniteur" über verschiedene vom Kaiser Maximilian getroffene innere Maßregeln Bericht erstattet. Die wichtigste darunter ist die Einsetzung eines Staatsraths. In einem Schreiben an den Präfekten von Jalisco hat Kaiser Maximilian sein tiefes Mißfallen über die wahrscheinlich sehr vexatorischen Maßregeln ausdrücken lassen, welche von diesem gegen verschiedene Offiziere und Beamte des frühern Systems, die sich dem Kaiserreich angeschlossen hatten, in Anwendung gebracht worden waren. Die einfache Rückkehr dieser Personen sei schon eine Betheuerung des Gehorsams, und es bedürfe also ihnen gegenüber keiner weiteren Vorkehrungen. Der Kaiser, schreibt der Minister des Innern, verordnet, daß niemand mißhandelt werde, jedermann soll unter seiner Regierung die reine Luft der Freiheit, der wohlgeordneten Freiheit athmen, welche die Gesundheit und das Leben der Völker ist, und er will darthun, daß sein ständiger Wahlspruch lautet: „Billigkeit in der Gerechtigkeit." Auf Unterhaltung und Verbesserung der Landstraßen wird ungemein viel verwendet. Das Unternehmen einer Eisenbahn von Mexiko nach Chalco zählt schon 6000 Aktionäre. Die Organisirung der ländlichen Miliz ist in vollem Gang. In den Departements von Veracruz und Oajaca breitet sich der Baumwollenbau immer mehr aus; ebenso in Colima und andern Mexiko näher gelegenen Punkten, namentlich in Celaya, wo man eine ganz vortreffliche Qualität erzielt hat. — Der Kaiser und die Kaiserin haben vor einigen Tagen der Preisvertheilung der Akademie der schönen Künste von San Carlos beigewohnt und eigenhändig die Laureaten bekränzt. — Der schwedische Gesandte, Baron Wetterstedt, und der päpstliche Nuntius, Msgr. Meglia, sind bereits angekommen; die Gesandten Rußlands und Portugals werden bald nachfolgen. — Am 2. Dez. hat Marschall Bazaine den Jahrestag der Gründung des zweiten französischen Kaiserreichs durch einen glänzenden Ball gefeiert. Am 10. ist der Kaiser in Begleitung des französischen Marschalls dem belgischen Kontingent entgegengegangen, dessen Haltung allgemein bewundert wurde. Die französische Garnison hat die Neuangekommenen am 10. zu einem Bewillkommnungspunsch eingeladen. Am 5. ist eine sehr bedeutende Geldsendung direkt von Guanajuato nach Tampico abgegangen; eine zweite soll demnächst von Mexiko nach Veracruz abgehen.

Hiezu die Beilage: „Würzburger Anzeiger".

Verantwortlicher Redakteur: A. Hartmann.
Druck und Verlag der Stahel'schen Buch- und Kunsthandlung in Würzburg

Cours der Staatspapiere.

Oesterr.	5 pCt. Met. (Cp. i. S. b. R.)	—
"	5 pCt. Lomb. ditto. à 24	—
"	5 pCt. Engl. Met. v. 1852	$60\frac{1}{4}$ P. $79\frac{3}{4}$ G.
"	5 pCt. Engl. Met. v. 1859	$78\frac{1}{2}$—$\frac{5}{8}$ G.
"	5 pCt. Venet. Coupon b. R.	$84\frac{1}{2}$ P.
"	5 pCt. Nationalanl. v. 1854	$67\frac{5}{8}$ P. $\frac{5}{8}$ G.
"	5 pCt. Metall. Obligation.	$61\frac{1}{4}$ G.
"	$4\frac{1}{2}$ pCt.	$53\frac{3}{4}$ P.
Preussen	$3\frac{1}{2}$ pCt. Staatsschuldsch.	91 P.
Bayern	$4\frac{1}{2}$ pCt. Obl. 1jähr. dto.	$101\frac{3}{4}$ P.
"	$4\frac{1}{2}$ pCt. Obl. $\frac{1}{2}$jähr. dto.	$101\frac{3}{4}$ G.
"	4 pCt. Obl. 1jähr. dto.	$98\frac{7}{8}$ P.
"	4 pCt. Obl. $\frac{1}{2}$jähr. dto.	$99\frac{1}{2}$ P.
"	4 pCt. Obl. Ab.-R. dto.	99 G.
"	$3\frac{1}{2}$ pCt. Obl. dto.	$96\frac{3}{4}$ G.
Württemb.	$4\frac{1}{2}$ pCt. Obl. b. Rothsch.	105 G.
"	$3\frac{1}{2}$ pCt. Obl. dto.	$96\frac{4}{8}$ G.
Baden	$4\frac{1}{2}$ pCt. Obl.	—
"	$3\frac{1}{2}$ pCt. Obl. v. 1842	$91\frac{1}{4}$ P.
Gr. Hess.	$4\frac{1}{2}$ pCt. Obl.	—
"	4 pCt. Obl. b. Rothsch.	$101\frac{3}{4}$ P.
"	$3\frac{1}{2}$ pCt. Obl. dto.	$96\frac{1}{4}$ G.
Nassau	$4\frac{1}{2}$ pCt. Obl. dto.	$102\frac{1}{2}$ P.
"	4 pCt. Obl. dto.	$99\frac{1}{4}$ P.
"	$3\frac{1}{2}$ pCt. Obl. dto.	$92\frac{1}{4}$ G.
Frankfurt	$3\frac{1}{2}$ pCt. Obl.	$95\frac{1}{8}$ P.
"	3 pCt. Obl.	—
Spanien	3 pCt. inl. Sch P. à fl. 2. 30	—
"	$2\frac{1}{2}$ pCt.	—
Schweden	$4\frac{1}{2}$ pCt. Obl. à 105 Thlr.	92 P.
N.Amerika	6 pCt. à 100fr. 1841 D. $2\frac{1}{2}$	—
"	6 pCt. ditto r. 1882 "	$47\frac{5}{8}$—$\frac{1}{2}$ G.

Diverse Aktien.

Frankfurter Bank à fl. 500 . . .	$144\frac{7}{8}$ G.
K. K. Oesterr. National-Bankaktien	815—813 G.
Oesterr. Kreditbank-Aktien à fl. 200	186 G.
Bayer. Hypothekenb. Pfandbriefe 4 pCt.	98 G.
Darmst. Bank 1. u. 2. Serie à fl. 250	233 G.
Weimarische Bank à Thlr. 100 . .	$99\frac{1}{4}$ P.
Mitteldeutsche Kreditaktien . . .	100 P.
Intern. Bank in Lux. à 250 Frs. à 28 kr.	—
Taunus-Eisenbahn à fl. 250 . . .	342 G.
Frankfurt-Hanauer-Eisenbahn . . .	$98\frac{1}{4}$ P. 98 G.
Oest. F.St.Eisb. 5pCt. 500 Fr. à 28 kr.	—
" Elisab.-Eisenbahn 5 pCt. . .	115 P.
Böhm. Westbahn-Aktien à fl. 200 6/7	$71\frac{1}{4}$ P.
Rhein-Nahe-Bahn 200 Thl. à 105 4pCt. Z.	$27\frac{1}{2}$ P.
Ludwigshafen-Bexbacher à 4 pCt. .	$145\frac{1}{2}$ P.
dto. dto. Prior. à 4 pCt.	97 G.
Pfälz. Maxb. b. Rothschild à $4\frac{1}{2}$ pCt.	$104\frac{1}{4}$ P.
Oest. St.-Eisenb. Prior.-Oblig. à 3 pCt.	$50\frac{4}{8}$ P.
Elisab.-Bahn Prior. 5 pCt. 6/7	$76\frac{3}{4}$ G.
Südd. Bank-Akt., 30 pCt. Einz.	$255\frac{1}{2}$ G.
Span. Handels- und Industrie . .	—
Bayr. Ostbahn à $4\frac{1}{2}$ pCt. volleinbez.	114 P.
Bayer. Ostbahn mit 50 pCt. Einz.	114 P. $113\frac{3}{4}$ G.

Wechsel
in süddeutscher Währung.

Amst. fl. 100 k. S.	$100\frac{7}{8}$ G.
Antwerp. Frs. 200 k. S.	94 P.
Augsb. fl. 100 k. S.	$99\frac{7}{8}$ P.
Berlin Th. 60 k. S.	$104\frac{7}{8}$ P.
Brem. 50 Th. Ld. k. S.	$86\frac{1}{8}$ P.
Brüssel Frs. 200 k. S.	94 P.
Cöln Thlr. 60 k. S.	$104\frac{7}{8}$ P.
Hamb. MB. 100 k. S.	$89\frac{1}{8}$ P.
Leipzig Th. 60 k. S.	105 P.
London Lst. 10 k. S.	$118\frac{4}{8}$ P.
Lyon Frs. 200 k. S.	—
Mail. Frs. 200 . .	$93\frac{7}{8}$ P.
München fl. 100 k. S.	$99\frac{7}{8}$ P.
Paris Frs. 200 k. S.	94 P.
Petersburg 60 S.-R.	—
Triest fl. 100 k. S.	—
Wien fl. 100 ö. W.	—
do. in öst. W. l. S.	$101\frac{3}{4}$/$\frac{5}{8}$ G.
Disconto	5 pCt. G.

Anlehens-Loose.

Oesterr. fl. 250 v. 1839	—
" fl. 250 v. 1854 mit 4pCt.	$74\frac{5}{8}$ G.
" fl. 500 v. 1860 6/7	$83\frac{1}{4}$—$\frac{1}{2}$ G.
" fl. 100 Eisb. L. v. 1858.	$127\frac{7}{8}$ G.
" do. v. 1864.	$88\frac{1}{8}$—$87\frac{3}{4}$ G.
Schwed. 10 Thlr. Loose	$9\frac{5}{8}$ P.
Badische fl. 50 . . .	—
Badische fl. 35 . . .	$52\frac{3}{4}$ P.
Kurhess. Thlr. 40 b. R.	$54\frac{1}{2}$ P.
Gr. Hessen fl. 50 b. R.	$138\frac{1}{4}$ P.
fl. 25 do.	—
Nassau fl. 25 bei Rothsch.	$88\frac{7}{8}$ P.
Sardinische Fr. 36 b. R.	—
Neuchateler 10 Frs.-Loose	—
Freiburger 15 Frs.-Loose	—
Mailänder 45 Frs. L. b. R.	$32\frac{1}{2}$ P.
St. Lüttich mit $2\frac{1}{2}$ pCt. Z.	—
Ansb.-Gunzenh. fl. 7-L.	11 P.

Frankfurt, 17. Januar. Die Börse war fest bei ziemlich belebtem Geschäft, namentlich in Amerikanischen, welche trotz starker Arbitrageverkäufe ihren Kurs behaupteten. Die seit einigen Tagen bemerkbare Nachfrage für Loose von 1864 hielt auch heute an. Für italienische Domänenanleihe wird 1 pCt. Agio geboten. (Synd.)

k. Hof- und Staatsbibliothek
1 N. Würzb. Ztg. München.

Neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht!

№ 19.	Vorausbezahlung: Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 1 fl. 30 kr. Bei Inseraten wird die dreispaltige Zeile in gewöhnlicher kleiner	62. Jahrgang.	Schrift oder deren Raum im Hauptblatte mit 6 kr., im Anzeiger mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franco.	Donnerstag, 19. Januar 1865.

(Amtliche Nachrichten.) **München**, 17. Januar. Se. Maj. der König hat den Assessor am Stadtgerichte München l/J., D. Uhl, auf die Stelle eines Ministerialsekretärs im Staatsministerium der Justiz berufen und die erledigte Assessorstelle am Stadtgerichte München l/J. dem Bezirksg.-Accessisten A. Pramberger verliehen; den Landrichter A. Häckl in Rotthalmünster in den Ruhestand versetzt; zum Landrichter in Rotthalmünster den Landg.-Assessor Jak. Hann in Riedenburg befördert; die hiedurch am Landg. Riedenburg erledigte Assessorstelle dem Gerichtsschreiber W. Götz in Rottenburg verliehen und zum Gerichtsschreiber am Landg. Rottenburg den Tagschreiber am Stadtg. Straubing, Jos. Gänger, ernannt; die am Bezirksg. Kronach erledigte Assessorstelle dem Bezirksg.-Accessisten und dermaligen Vertreter der Staatsanwaltschaft am Landg. Hersbruck, E. Hunger, verliehen.

Vom k. Staatsministerium der Justiz wurde als Vertreter der Staatsanwaltschaft am k. Landg. Friedberg der Bezirksg.-Accessist und dermalige Vertreter der Staatsanwaltschaft am k. Landg. Laufen, Th. Nobler, berufen und als Vertreter der Staatsanwaltschaft am k. Ldg. Laufen der gepr. Rechtsprakt. Jos. Fischer in Oberdorf aufgestellt; als Vertreter der Staatsanwaltschaft am k. Stadtg. Straubing der gepr. Rechtsprakt. und dermalige Vertreter der Staatsanwaltschaft am k. Landg. Mainburg, Jos. Tremmel, berufen und als Vertreter der Staatsanwaltschaft am k. Landg. Mainburg der gepr. Rechtspr. W. Kammerecker aus München aufgestellt; als Vertreter der Staatsanwaltschaft am k. Landg. Sulzbach der Bezirksg.-Accessist und dermalige Vertreter der Staatsanwaltschaft am k. Landg. Rotthalmünster, A. Cellassowitz, berufen und als Vertreter der Staatsanwaltschaft am k. Landg. Rotthalmünster der gepr. Rechtspr. M. Pfistermeister in Regenstauf aufgestellt; als Vertreter der Staatsanwaltschaft am k. Landg. Forchheim der Appellationsg.-Accessist und dermalige Vertreter der Staatsanwaltschaft am k. Landg. Pappenheim, E. Frhr. v. Bibra, berufen und als Vertreter der Staatsanwaltschaft am k. Landg. Pappenheim der geprüfte Rechtsprakt. G. Behringer zu Lauingen aufgestellt.

Die katholische Pfarrei Wiesau, k. Bezirksamts Tirschenreuth, ist mit einem fassionsmäßigen Reinertrage von 717 fl. 49 kr. in Erledigung gekommen. (B. Z.)

München, 16. Januar. Unter halbamtlichem Zeichen schreibt die „Bayer. Ztg.“: „In der neuesten Zeit hat sich die Presse mehrfach mit einer Diskussion beschäftigt, welche im Gesetzgebungsausschusse der Kammer der Abgeordneten über die Frage stattgefunden hat, ob die Advokatenordnung nach bayerischem Verfassungsrechte auf dem Wege der Gesetzgebung erlassen werden müsse oder ob dies auch durch Verordnung geschehen könne. Es soll hier auf diese Frage selbst nicht näher eingegangen, sondern nur ein Irrthum berichtigt werden, der sich in fast allen auf diese Frage betreffenden Artikeln, und zwar selbst in solchen von neuestem Datum findet, obgleich in der Sitzung des Gesetzgebungsausschusses vom 7. l. M. ausdrücklich auf denselben aufmerksam gemacht und von allen Seiten anerkannt wurde, daß die bezügliche Auffassung irrig sei. In den betreffenden Artikeln wird nämlich die Sache so hingestellt, als ob die Vertreter des Justizministeriums die Ansicht aufgestellt hätten, die Vorschrift des Titel VII. § 2 der Verf.-Urkunde, nach welcher der Beirath und die Zustimmung der Stände zur Erlassung allgemeiner Gesetze erforderlich ist, welche die Freiheit der Personen oder das Eigenthum der Staatsangehörigen betreffen, sei dann nicht anwendbar, wenn ein Gesetz nicht alle Staatsangehörigen, sondern nur einzelne Klassen derselben betreffe. Eine solche Ansicht ist aber, wie die Protokolle beweisen, von den Vertretern des Justizministeriums niemals aufgestellt worden, dieselben haben vielmehr eine solche Auffassung wiederholt für irrig erklärt und dagegen ausdrücklich förmliche Verwahrung eingelegt. Sie haben stets zwischen Bestimmungen, welche die allgemeinen Rechtsverhältnisse von Staatsangehörigen, und solchen, welche nur die dienstlichen Verhältnisse einzelner Klassen von mit öffentlichen Funktionen betrauten oder eine öffentliche Stellung einnehmenden Personen zu regeln bestimmt sind, unterschieden und dabei ausdrücklich anerkannt, daß Bestimmungen der ersteren Art, auch wenn sie nur eine einzelne Klasse von Staatsangehörigen berühren, immer nur auf dem Wege des Gesetzes erlassen werden können. Dagegen wurde für die Staatsregierung das Recht in Anspruch genommen, die dienstlichen Verhältnisse der mit einer öffentlichen Funktion betrauten oder eine öffentliche Stellung einnehmenden Personen soweit durch Verordnung zu regeln, als hiebei nicht Fragen in Betracht kommen, welche durch die neunte Verfassungsbeilage oder sonstige Gesetze geregelt sind. Die Vertreter des Justizministeriums nahmen mithin für die Staatsregierung keineswegs das Recht in Anspruch, die allgemeinen Rechtsverhältnisse der Advolaten durch Verordnung zu regeln, sondern es geschah dies nur bezüglich der dienstlichen Verhältnisse derselben. Damit wurde durchaus nichts Neues in Anspruch genommen, sondern nur an dem festgehalten, was seit Erlassung der Verfassungsurkunde stets in Uebung war. Seit dieser Zeit wurde nämlich eine Reihe von Verordnungen erlassen, durch welche die dienstlichen Verhältnisse der

Feuilleton.

Erzählung von Leiden in den Militärgefängnissen der Rebellen in Amerika.

Unter diesem Titel liegt uns ein Buch vor, nach welchem die Aristokratie der Negertreiber eine so bestialische Behandlung der unglücklichen Gefangenen, die in ihre Hände fielen, eingeführt hat, daß eine Beschreibung der einfachen Thatsachen fast wie ein Märchen aus koboldischer Teufelswelt klingt. Dies Werk ist nicht das Werk eines Parteischriftstellers. Es trägt an seiner Spitze die Namen der Mitglieder der „Sanitäts-Kommission“ — einer freiwilligen Körperschaft, welche die geachtetsten ärztlichen Namen in sich faßt. In dieser Schrift kann man nach aktenmäßigen, von den Rebellen selbst nicht zu bestreitenden Belegen lesen, wie Tausende und Zehntausende von Gefangenen aus den nördlichen Heeren durch Hunger, Schmutz, durch Mangel an den nöthigsten Lebensbedürfnissen, an Kleidung und Obdach, durch eine systematische boshafte Verweigerung selbst des zum Auswaschen von Wunden nöthigen Wassers dezimirt, gefoltert, zu Skeletten abgemagert, zum Wahnsinn getrieben worden sind. Es sind dem Werk Bildnisse einiger dieser Unglücklichen, wie sie in nackter Körpergestalt photographisch aufgenommen wurden, vorangeheftet: das Auge schaudert zurück vor dem entsetzlichen Anblick, denn nur das Knochengerüste, an einzelnen Stellen häßlich aufgeschwollen, bleibt von der menschlichen Form noch zurück — und auf diesem Gerüst ein Kopf mit unaussprechlich leidenden Zügen ....

Ein paar Notizen aus dem Werk mögen genügen. Eines der Offiziersgefängnisse im Süden ist Libby Prison am James-Fluß. Es ist ein ehemaliges Tabaksmagazin, in welchem sechs Räume, hundert Fuß lang und vierzig Fuß breit, zur Gefangenhaltung von zwölfhundert Unionsoffizieren, vom Brigade-General bis zum Lieutenant herab, diente! Ein Raum, zehn Fuß lang, zwei Fuß breit, kam auf den Einzelnen. Darauf mußte er kochen, essen, waschen, Kleider trocknen, schlafen und sich Bewegung machen! Eine Zeitlang waren selbst Bänke, Stühle und Schemel verboten; ja, die gefangenen Offiziere durften nicht einmal auf ihre wollenen Decken sich lagern, sondern mußten sich auf den Boden kauern. Häufig kam nicht einmal eine wollene Decke auf den Mann. Im Winter litten sie ganz entsetzlich vor Frost. Trat einer der Gefangenen aus Versehen in die Nähe eines Fensters, so erfolgte sofort ein Schuß. Eine Anzahl derselben wurde auf diese Weise getödtet oder verwundet. Oft machten sich die Rebellenschildwachen ein Vergnügen daraus, auf eine Art Position vor dem Fenster zu nehmen, daß es ihnen möglich wurde, einen keiner Gefahr sich ersehenden Gefangenen zu meucheln. Die um Schutz angerufenen Behörden behandelten die Sache als einen erlaubten Spaß.

Ein halbes Pfund Brot und zwei Unzen Fleisch bildeten die tägliche Nahrung der Offiziere. Das Brot, in welches oft die Hülse von Welschkorn gemischt war, war von einer Härte, daß es kaum möglich war, die Kruste zu zerreiben. Nahrungsmittel, die den Gefangenen vom Norden gesandt wurden, enthielt man ihnen vor und stellte sie ihren Fenstern gegenüber unter einem Schuppen auf, gewissermaßen um den Leidenden wahre Tantalusqualen zu

verschiedensten Kategorien von öffentlichen Beamten und sonstigen eine öffentliche Stellung einnehmenden Personen geregelt wurden, insbesondere auch die der Advokaten, bezüglich welcher auf die Verordnung vom 28. Januar 1822, die Revision der Verordnung vom 23. März 1813 über die Disziplinarübertretungen der Advokaten betreffend, verwiesen wird."

Der „Allg. Ztg." wird aus **München,** 17. Januar, geschrieben: „Im Ministerium des Innern dauern die kommissionellen Berathungen über die Entwürfe zur neuen sozialen Gesetzgebung Bayerns ununterbrochen unter dem Vorsitz des Hrn. Ministers v. Neumayr fort und erst, wenn sich der Zeitpunkt des Abschlusses dieser Berathungen mit einiger Bestimmtheit vorhersehen läßt, wird auch jener für die Einberufung des Landtags bestimmt werden können, dem diese Entwürfe vorgelegt werden sollen. Die hohe Wichtigkeit der in alle sozialen Verhältnisse tief eingreifenden Fragen, welche bei diesen Berathungen zu behandeln sind, macht es aber begreiflich, daß sich dabei nichts übereilen läßt."

München, 17. Jan. Se. Maj. der König empfing heute sehr viele erst jüngst beförderte, mit Orden dekorirte oder hieher versetzte Persönlichkeiten aus den verschiedenen Branchen des Civil- und Militärdienstes. Darunter befanden sich der Kommandant der Bundesfestung Landau, Generalmajor Herdegen, der Präsident der Regierung von Oberbayern, Frhr. v. Zu-Rhein, der Legationssekretär der bayerischen Gesandtschaft in St. Petersburg, Freiherr v. Truchseß-Wetzhausen und der Bezirksgerichtsrath Huber. (A.Abdz.)

Aus **Wien,** 16. Jan., schreibt man der „N. Fr. Ztg.": „Heute Vormittag wurde dem gestern Abend angekommenen Prinzen Friedrich Carl die erste Inhaberstelle des zweiten Artillerie-Regiments verliehen. Der feierliche Akt wurde von dem Kaiser persönlich, in dessen Begleitung sich sämmtliche Erzherzoge befanden, in dem Hofe der Kaserne des Regiments vorgenommen. (Die feierliche Verleihung jenes Regiments wird von Wiener Blättern widersprochen.) Bis jetzt sind zur Feier der Anwesenheit des Prinzen ein großes militärisches Diner, Besichtigung des Marstalls und des Arsenals, eine Parade auf der Ringstraße (wie beim Einzug der aus Schleswig-Holstein zurückgekehrten Truppen) und falls das Wetter es gestattet, ein großes Manöver bei Wien in Aussicht genommen. Gestern Abend ward der Thee in den Gemächern der Kaiserin genommen. — Es ist ein Schreiben des Herzogs Friedrich v. Augustenburg hieher gelangt, worin er erklärt, er hoffe bestimmt, seine und seines Volkes Haltung in den Prüfungen, die ihnen noch beschieden sein könnten, werde auf's Neue Zeugniß ablegen von der Zähigkeit, welche man den Holsteinern und Schleswigern zuschreibe. Es geht übrigens aus diesem Schreiben evident hervor, daß der Herzog nicht blos in Berlin noch keinerlei Verbindlichkeiten eingegangen ist, sondern auch, daß er noch keine Verhandlungen geführt hat. Er beruft sich darauf, daß die deutschen Großmächte, welche gemeinsam den Feldzug unternommen, den Krieg geführt, den Frieden abgeschlossen haben, die Herzogthümer sich abtreten ließen, wohl auch nur gemeinsam die Konstituirung des Landes vornehmen würden.

Ein offiziöser **Wiener** Korrespondent der „Allg. Ztg." macht unterm 16. über den Inhalt der preußisch-österreichischen Depeschen vom 13. und 21. Dez. zur Berichtigung der Angaben der „Presse" folgende, wie er glaubt, aus bester Quelle geschöpfte Angaben: „Die Depeschen beschäftigen sich mit den Gründen und Gegengründen in Bezug auf den österreichischen Vorschlag, den faktischen Besitz der Herzogthümer an den Herzog von Augustenburg zu übertragen. Preußen, auf den Vorschlag im Allgemeinen eingehend (?), machte geltend, daß es dort in jedem Fall eine Reihe militärischer, maritimer und kommerzieller Vortheile für sich in Anspruch nehmen müsse und führte für die Berechtigung eines solchen Anspruchs im Vorübergehen auch an, daß seine Gewährung um so unbedenklicher erscheine, als bekanntlich eine nicht unbedeutende Partei im Lande sich für die förmliche Einverleibung in Preußen ausgesprochen. Oesterreich entwickelte in seiner Antwort seine eigenen Ansichten über den Gegenstand und glaubte — ebenfalls nur im Vorübergehen, möglicherweise aber mit der bestimmten Nebenansicht, falls jene preußische Aeußerung etwa hätte sondiren sollen, wie man hier über eine eventuelle Einverleibung denke, schon den Gedanken daran zu ersticken — erwähnen zu müssen, daß von einer Einverleibung, von allem Andern abgesehen, schon einfach deshalb nicht die Rede sein könne, weil Oesterreich alsdann auch betreffs des österreichischen deutschen Gebiets ein Aequivalent zu fordern berechtigt sei. Von beiden Seiten ist also, wie man sieht, von einer Annexion, resp. Kompensation nur zur Verstärkung der beiderseitigen Argumente, nicht aber in dem Sinn die Rede gewesen, daß Preußen die Annexion und Oesterreich eine Kompensation dafür gefordert hätte."

Den Mittheilungen der Wiener Blätter über den Aufenthalt des Prinzen Friedrich Karl entnehmen wir, daß dieser am Vormittag des 16. den in Wien anwesenden Mitgliedern des kaiserl. Hauses Besuche abstattete, um 12 Uhr vom Kaiser „in langer Audienz" empfangen und bald darauf mit einem „fast halbstündigen" Gegenbesuche desselben beehrt wurde, worauf er der Kaiserin einen Besuch abstattete, bei welcher Gelegenheit ihm die kaiserl. Kinder vorgestellt wurden. Dem darauf stattgehabten Empfange der Gegenbesuche der Erzherzoge, Prinzen und Herzoge, der Aufwartungen der Minister und mehrerer Generale und Diplomaten folgte, nach einer Rundfahrt durch mehrere Theile der Stadt, in den Gemächern des Kaisers ein Mahl von 36 Gedecken, zu welchem auch die Begleitung des Prinzen eingeladen war. Am Abende wohnte der Prinz — vom 3. Akte an — der Aufführung von „Bürgerlich und Romantisch" im Burgtheater an, wo der Kaiser und die Erzherzoge Franz Karl und Albrecht schon bei Beginn des Stückes eingetroffen waren.

Berlin, 17. Jan. In der heutigen Sitzung des Abgeordnetenhauses protestirte der Minister des Innern, Graf Eulen-

---

bereiten. Mehrere der Offiziere wurden durch andauernden Hunger irrsinnig. Andere verfielen durch die vereinigten Qualen der Nahrungslosigkeit und des auf ihrem Körper wimmelnden Ungeziefers, das ihnen Tag und Nacht keine Ruhe ließ, in Geisteskrankheit.

Noch scheußlichere Zustände herrschten im Gefängniß von Bell Isle. Zehn- bis zwölftausend nördliche Soldaten waren dort auf einem freien Raum zusammengepfercht, der zwischen drei und sechs Acres betrug. Der größte Theil der Unglücklichen befand sich dort, Winter und Sommer, ohne Obdach! Nur ein Theil hatte elende Hütten, in welchen ein Raum von sieben Fuß Länge und zwei Fuß Breite auf den Mann kam! Tausende hatten weder Zelte, noch irgendwelchen Schutz bei Nacht. Holz war in Ueberfluß in der Nähe; zu arbeiten waren Alle willig; gleichwohl wurde das Aufrichten weiterer Hütten und Schuppen verwehrt! In der heißen Jahreszeit glühte die Sonne auf die Häupter der Armen; wenn die regnerische und kalte Jahreszeit kam, waren sie anderen Leiden preisgegeben. Viele hatten keinen Rock oder keine Hose; viele waren auch ohne Kopfbedeckung. Wenn der Frost eintrat, legten sie sich reihenweise, dicht aneinander gedrängt, auf den Boden, und wechselten die Reihen während der Nacht zu gewissen Stunden. Von den an der äußeren Reihe Liegenden erfroren stets viele und waren des Morgens eine Leiche. Während der ganzen Nacht hörte man immer eine Menge Menschen hin- und herrennen, um sich vor dem Tod durch Erstarren zu bewahren. Hungerseuchen wütheten in diesem schrecklichen Gefangenenlager. Die Nahrung war kaum für Schweine genießbar. Obwohl eine breite Bucht in der Nähe ist, erlaubte man nur sechszig Mann per Tag, sich dort zu baden, so daß Tausende während eines halben Jahres nicht zur Reinigung kamen. Die Feder versagt fast den Dienst, um die scheußlichen Krankheiten zu beschreiben, die in Folge dessen ausbrachen. Die Luft, die Quellen selbst schienen von Miasmen geschwängert. Das Schauspiel, das sich bei der Auswechselung der Gefangenen zeigte, war herzzerreißend. Wandelnde Skelette, nackt, mit irrem Blick, und Ausdünstungen um sich her verbreitend, die für die mit der Auswechselung Betrauten fast unerträglich waren; Aussätzige aller Art; Idioten; vor Hunger schreiende, umherschnappende Schattenbilder von Menschen; — das war der gräßliche Anblick. Viele hatten erfrorene Glieder; es trug sich zu, daß beim Transport solcher Hilflosen ein erfrorenes Glied abfiel....

Doch genug davon! Für jeden Unbefangenen wird sich die Ueberzeugung ergeben, daß ein wohldurchdachter teuflischer Plan vorlag, „die nördlichen Armeen," wie es die Verfasser ausdrücken, „in ihrer Streitkraft zu verringern und die nördlichen Truppen durch die Aussicht auf solche, ihrer wartende Schrecken zu entmuthigen." Da der Norden seine Gefangenen menschlich behandelte, erhielt der Süden auf diese Art, so lange Auswechslung stattfand, seine eigenen Leute wohlgenährt und erfrischt zurück; dem Norden wurden Sterbende, an Gesundheit durch und durch Ruinirte, zurückgegeben.

Freskobilder im Maximilianeum zu München.

Unter den Malereien, welche zur Ausschmückung des Maximilianeums bestimmt sind, sind, wie die „Bayer. Ztg." berichtet, zwei im Auftrage des höchstseligen Königs von Seibertz in Fresko ausgeführte Wandgemälde vollendet worden. Dieselben befinden sich in zwei einander entsprechenden Räumen der Vorhalle, durch welche man in die großen Hauptsäle gelangt, zu deren Ausschmückung eine Anzahl großer Oelgemälde mit Darstellungen der großartigsten

burg, im Namen der Regierung gegen die gestrige Rede des Präsidenten Grabow, welche eine herbe Kritik des Verfahrens der Regierung und eine düstere Beurtheilung der Lage des Landes gegeben habe. Die Frage bleibe dahingestellt, mit welchem Rechte der Präsident vor der Konstituirung des Hauses dessen Angelegenheit besprechen könne und wie sich damit die versprochene parteilose Amtsführung vertrage. Welchen Eindruck solle die Rede auf den König, die Regierung und das Land machen, nachdem die Thronrede den Wunsch nach Verständigung ausgesprochen, und der Präsident kaum die Zeit habe erwarten können, darzulegen, daß der Gegensatz niemals schroffer gewesen als jetzt. Die Regierung beklage diese Rede tief, sie werde, selbst wenn die Rede die Billigung des Hauses finde, sich nicht bewegen lassen, ihren auf eine Verständigung mit demselben gerichteten Intentionen untreu zu werden. Auch wir — erklärte der Minister — stehen auf dem Fels des Rechts und werden uns von dieser Pflicht nicht verdrängen lassen, sondern, soweit es mit dieser vereinbar ist, den Wunsch nach Verständigung zum Austrag zu bringen suchen. Grabow erwiderte: Er habe es als Pflicht erachtet, seine Anschauungen über die Lage des Landes offen auszusprechen, und er habe dies ohne Entstellung gethan. Er glaube nicht, daß der Minister zu solchen Vorwürfen berechtigt gewesen sei. Reichensperger (katholische Fraktion) verlangte Wahrnehmung der Rechte der Minorität von Seiten des Präsidenten. Waldeck vertheidigte das Verfahren des Präsidenten. Damit ward der Gegenstand verlassen. Finanzminister Bodelschwingh überreichte den Etat für 1865, welcher in Einnahme und Ausgabe mit 150,714,031 Thaler abschließt; die dauernden Ausgaben sind auf 142,535,009 Thlr., die einmaligen auf 8,179,022 Thlr. festgesetzt. Die Steigerung der Brutto-Einnahme gegen das Vorjahr beläuft sich auf 9,388,150 Thlr., die der Netto-Einnahme auf 7,147,641 Thlr. Hennig beantragte die Vorberathung des Budgets im Hause, Schwerin die Verweisung an die Budgetkommission, ebenso Osterrath und Twesten. Für den Hennig'schen Antrag sprachen Waldeck und Virchow. Der Antrag ward indeß nach längerer Debatte verworfen und das Budget der Budgetkommission überwiesen. Reichensperger und Genossen beantragten den Erlaß einer Antwortsadresse an den König.

Berlin, 18. Jan. Von den Abgeordneten Reichensperger, Osterrath, Rohden und Genossen ist ein Entwurf einer Antworts-Adresse eingebracht worden, welcher folgende Stellen enthält: „Wir hoffen zuversichtlich, daß die errungene Selbstständigkeit der deutschen Nordmarken baldigst einen definitiven Abschluß erhalten wird, welcher den Rechten der Herzogthümer und den Interessen Preußens und Deutschlands entspricht. Wir kommen den auf Verständigung gerichteten Schritten der Regierung bereitwilligst entgegen; allein Dies ist nur möglich, wenn das verfassungsmäßige Landesrecht von der Staatsregierung anerkannt wird. Das verfassungsmäßige Landesrecht ist aber durch das von der Regierung seit drei Jahren eingehaltene Verfahren thatsächlich in Frage gestellt." Nach einer Erinnerung an die Nichterledigung des Budgets und nach Anführung des Art. 99 der Verfassung fährt der Entwurf fort: „Für die Zukunft ist eine Ausgleichung des Konflikts nur dadurch ermöglicht, daß in formeller Beziehung die Staatsregierung vor Allem das Verfassungsrecht bezüglich des Budgets anerkennt und in materieller Beziehung mit Vorschlägen entgegenkommt, welche die mit der Heeresreorganisation verbundene Mehrbelastung des Landes thunlichst ermäßigen. Das preußische Volk ist überzeugt, daß bei der jüngst bewährten Tüchtigkeit der jüngeren wie der älteren Mannschaften ein zweijähriger Präsenzstand ausreiche.

London, 16. Jan. Auf der Admiralität ist gestern folgende Depesche eingetroffen: „Lissabon, 15. Januar, 1½ Uhr Nachmittags. Admiral Elliot berichtet, daß Ihrer Majestät Schiff „Bombay" am 14. Dezember bei Montevideo vollständig ein Raub der Flammen geworden ist. Der einzige der Schiffsoffiziere, welcher vermißt wird, ist der Assistenzarzt Herr Smallhorn; doch glaubt man, daß 93 Mann des Schiffsvolkes ums Leben gekommen sind."

Aus **Paris,** 15. Jan., schreibt man der „A. Z.": „In der heutigen Nacht hat der vom deutschen Hilfsverein im Grand Hotel veranstaltete deutsche Ball definitiv den ersten Rang unter den Gesellschaftsbällen von Paris erworben. Die Spitzen der französischen, englischen und russischen großen Welt beehrten ihn mit ihrer Gegenwart. Neben den Herren und Damen der deutschen Diplomatie erschien der türkische Gesandte mit allen seinen Sekretären und Attachés. Deutsche Schönheiten hielten den Pariser Toiletten des englischen Damenschneiders Worth die Stange. Hr. Reyer, der im Moniteur die Erinnerungen seiner musikalischen Mission in Deutschland veröffentlicht, hat einen guten Einfall. Er verlangt für Paris ein deutsches Theater in französischer Sprache, nämlich ein französisches Theater, welches ausschließlich deutsche Opern und Uebersetzungen deutscher Bühnenwerke ausführt. So wenig ein Theater in deutscher Sprache hier sein Leben verdienen kann, so zuverlässig würde das von Hrn. Reyer beantragte Theater bestehen können.

Paris, 15. Jan. Der Erzbischof von Besançon, gegen welchen jetzt der Rekurs wegen Mißbrauchs der Amtsgewalt bei dem Staatsrath anhängig gemacht wurde, ist Mitglied des Senats, und es war eine Zeitlang zweifelhaft, ob auch gegen einen Senator jene Maßregel ergriffen werden könne. Vuitry, der Präsident des Staatrathes, führte in einem Berichte aus, daß die Genehmigung des Senates nicht nothwendig sei, um den Kardinal einer Jurisdiktion zu unterwerfen, welche zunächst nur den Zweck hat, die Ueberschreitung der Amtsgewalt zu konstatiren.

Paris, 17. Jan. Der „Patrie" zufolge ist von dem Befehlshaber der französischen Schiffsdivision an der Ostküste von Afrika eine Depesche eingelaufen, welche meldet, daß der Militärkommandant von Aden wegen einer französischen Marine-Offizieren zugefügten Beleidigung Genugthuung verweigere: es handle

---

und bedeutungsvollsten Geschichtsakte ausersehen ist. Gemäß dem Platz, den sie einnehmen, haben beide die Bestimmung, durch Vorführung bedeutender Persönlichkeiten aus der Gegenwart, die Neuzeit auf die Versenkung in die epochemachenden Entwicklungsphasen der Vergangenheit in angemessener Weise vorzubereiten, und demgemäß zeigt uns das eine die hervorragendsten Staatsmänner, das andere die namhaftesten Gelehrten, Dichter und Künstler des Jahrhunderts, jenes mit entfernterer, dieses mit näherer Beziehung auf Bayern und auf die Regierungszeit des königlichen Auftraggebers. Das erste derselben, welches die südlich vom Mittelraum gelegene Seitenhalle schmückt, stellt ein durch rothsammtene Vorhänge in drei Abtheilungen gegliedertes Staatszimmer dar. In der mittleren und größten dieser Abtheilungen sieht man um einen Tisch herum theils sitzend, theils stehend die staatslenkenden Diplomaten der Restaurationsperiode, zu einer politischen Konferenz versammelt, zunächst links vom Beschauer Talleyrand, nächst ihm Montgelas, sodann Hardenberg, neben ihm Metternich und ein wenig im Hintergrunde Gentz. Die beiden Seitenabtheilungen sind zu Hindeutungen auf eine noch weiter rückwärts liegende Periode einerseits und die Bewegungsjahre der Gegenwart andererseits benutzt. Rechts erblickt man den älteren Pitt und den Nationalökonomen Adam Smith, links dagegen in der Tiefe des Zimmers die Büste des Königs Max und den bayerischen Rechtsgelehrten Kreitmayer, im Vordergrunde Frhrn. v. d. Pfordten. Die Dehors der Kleidung und Zimmerausstattung sind mit historischer Treue und Genauigkeit behandelt. Unmittelbar näher dem jetztzeitigen Interesse stehen die Persönlichkeiten des zweiten Gemäldes, welches seinen Platz in der nördlich gelegenen Seitenhalle erhalten hat. Es vergegenwärtigt uns eine Versammlung von Notabilitäten der Wissenschaft und Kunst, welche sämmtlich der Regierungszeit des höchstseligen Königs selbst angehört oder zu ihr mindestens in naher Beziehung gestanden haben. Den Mittelpunkt des Bildes nimmt die Figur Alexanders v. Humboldt ein, der von den beiden Präsidenten der beiden Münchener Akademien J. v. Liebig und W. v. Kaulbach in die vielleicht ihm zu Ehren veranstaltete Versammlung eingeführt wird. Um diese drei Männer gruppiren sich alle übrigen Figuren. An Liebig, der zu Humboldt's Rechten steht, reihen sich zunächst Schelling und Thiersch, an sie Klenze, Hermann und Döllinger mit Frauenhofer, Westenrieder und Lori im Hintergrunde. An Kaulbach dagegen, welcher seinen Platz links von Humboldt erhalten hat, schließen sich nach hinten Karl Ritter und Dönniges und seitwärts nach dem Vordergrunde zu Ranke und Geibel, während noch etwas weiter nach rechts (vom Beschauer) Lachner und Kobell und hinter ihnen in der Tiefe des Zimmers Schwanthaler, Platen und Bader ihren Platz erhalten haben. Auch die Zusammenstellung dieser Personen ist dem Wesen einer solchen Versammlung entsprechend, dergestalt, daß sich in ihr zugleich der Charakter einer angemessenen Würde und Feierlichkeit und der Ausdruck des Lebens in ungezwungenen Wechselbeziehungen zu erkennen gibt. In nicht gewöhnlichem Grade aber ist dem Künstler die treue und lebenswahre Nachbildung der einzelnen Persönlichkeiten in ihren Aeußerlichkeiten, wie von Seiten des Geistes und Charakters gelungen. Im Gegensatz zu den lebhafteren und glänzenderen Farben des ersten Bildes bewegt sich dieses mehr in ernsten und dunkeln Tönen und bringt hiedurch den Gegensatz zwischen der innerlichen Bedeutung beider auch unmittelbar für das Auge zur Anschauung.

ſich nun darum, direkt bei der engliſchen Regierung Beſchwerde zu erheben. (T. R. d. A. Z.)

Aus **Madrid** vom 6. Jan. ſchreibt man: „Fremde, welche ſich lange hier aufgehalten, erinnern ſich nicht eines ſo nordiſchen Winters wie der jetzige. Die größten Schneetage früherer Jahre, die ich hier erlebt habe, waren der 28. Jan. 1829, der 29. Nov. 1836 und der 2. Febr. 1847; aber dieſe Tage halten keinen Vergleich aus mit dem, was jetzt vorgeht. Am 25. Dezember ſchneite es von 4 Uhr Morgens bis nach Mitternacht in einem fort, und noch jetzt iſt auf dem Felde der damals gefallene Schnee zu ſehen. Die ſonſt in unſern Straßen ſo häufigen Fuhrwerke trauten ſich nicht heraus, und einige wenige, die ſich ſehen ließen, hatten die größte Noth, da man hier zu Lande von Bahnſchlitten nichts weiß. Die folgenden Tage fror es ſtark, und auf einem kleinen See konnten Leute aus dem Norden, denen ſich ſogar einige Spanier anſchloſſen, das Vergnügen des Schlittſchuhlaufens genießen. Ungemeines Aufſehen erregte die Gräfin v. C., welche am Abend des Schneegeſtöbers den ziemlich weiten Weg von ihrer Wohnung nach der Italieniſchen Oper im Schlitten zurücklegte.

Rom, 8. Januar. Bei Gelegenheit des Jahreswechſels wurden dem Könige Franz II. von einer großen Anzahl Perſonen aus dem Neapolitaniſchen Adreſſen überreicht. Eine derſelben zählte allein 12,000 Unterſchriften. Die Unterzeichner ſprachen darin die Hoffnung aus, das beginnende Jahr werde nicht vorübergehen, ohne daß ſie ihren legitimen König in Neapel ſelbſt begrüßen könnten.

Die päpſtliche Regierung hatte Herrn Philibek, einen der Mitſchuldigen des Raubes der Papiere des Barons Conſenza, zum Exil verurtheilt. Er wurde in Civitavecchia nach Malta eingeſchifft, aber da ſich das Schiff, auf dem er ſich befand, bei Neapel aufhielt, iſt er dort an's Land gegangen und iſt jetzt frei auf italieniſchem Boden.

Turin, 13. Jan. Der Regierungsbeſchluß auf Verlegung des Kriegshafens von Neapel zeugt für das fortwährende Wachsthum des dortigen Handelsverkehrs, das für die Handelsſchiffe eine freiere Bewegung erheiſcht. Ueber die Wahl eines neuen Kriegshafens iſt man noch nicht einig. Als Minghetti, der frühere Miniſterpräſident, geſtern aus der Kammer trat, wurde er von mehreren Individuen mit den Worten angerufen: „Ecco il complice de' La Gala", (das iſt der Mitſchuldige der La Gala) als Anſpielung auf die Verpflichtung, welche deſſen Kabinet Frankreich gegenüber genommen hatte, jene Briganten zu begnadigen.

Aus **Turin**, 13. Jan., ſchreibt man: „Eine mit vielem Beifall aufgenommene Maßregel iſt es, daß den Offizieren freigeſtellt worden iſt, auf längere Zeit den Garniſonsdienſt aufzugeben, wenn ſie auf die Beſoldung verzichten. Da hier die Offiziere einestheils wohlhabend ſind und nur aus Patriotismus dienten, ſo lange Krieg war, oder erwartet wurde, wird dies von vielen benutzt, auf Reiſen zur Erweiterung ihrer Erfahrungen oder durch Studium ſich auszubilden.

Turin. Die „Indipendencia italiana" erklärt die von mehreren auswärtigen Blättern gegebene Nachricht, die italieniſche Regierung werde in nächſter Woche eine Anleihe von 150 Mill., durch die Domanialgüter garantirt, emittiren, für unbegründet. Dieſe Blätter haben die Emiſſion von Obligationen der für den Verkauf dieſer Güter konſtituirten Geſellſchaft damit verwechſelt. — Die „Zeitung von Neapel" behauptet, es ſei nicht wahr, daß Kardinal d'Andrea vom Dekan des heil. Collegiums den Befehl erhalten habe, nach Rom zurückzukehren.

In der Nähe **Athens** iſt, wie der „Allg. Z." geſchrieben wird, abermals ein Menſchenraub verübt worden. Ein Bürger Athens, der von dem benachbarten Markopulos, einem großen Flecken, 3 Stunden von Athen, nach Hauſe zurückkehrte, wurde zwiſchen Pentili und Hymettus von Räubern gefangen genommen und in die Berge entführt. Das Bürgermeiſteramt jenes Fleckens erhielt hierauf einen Brief mit der Unterſchrift des Anführers der Räuber, Kitzos, der freundlich meldet, daß er es ſei, welcher den Atheniſchen Bürger Vagianelis entführt habe und für denſelben 30,000 Drachmen Löſegeld verlange. Dies iſt derſelbe Kitzos, von welchem die Behörden ſchon in Kenntniß geſetzt worden waren, daß ſeine Bande aus dem türkiſchen Gebiet hereinbrechen werde; wirklich durchzog ſie alle Provinzen bis nach Athen, ohne von den zahlreichen auf Räuberverfolgung ausgeſendeten Truppenabtheilungen geſehen worden zu ſein! — Im Militärſpital iſt der gewiß ſeltene Fall vorgekommen, daß ein kranker Soldat einen andern ermordete. Die Urſache des Mordes war der Streit um gemeinſchaftlich geſtohlenes Gut. Ein Gendarme war im Spital geſtorben, und die zwei Soldaten bemächtigten ſich ſeiner kleinen Baarſchaft. — In einer Weintaberne ermordete ein Unteroffizier einen ehemaligen Soldaten beim Kartenſpiel.

Hiezu die Beilage: „Würzburger Anzeiger".

Verantwortlicher Redakteur: A. Hartmann.
Druck und Verlag der Stahel'ſchen Buch- und Kunſthandlung in Würzburg

Cours der Staatspapiere.

Oesterr.	5 pCt. Met. (Cp. l. S. b. R.)	—
"	5 pCt. Lomb. ditto. à 24	—
"	5 pCt. Engl. Met. v. 1852	$80\frac{1}{2}$ P.
"	5 pCt. Engl. Met. v. 1859	$78\frac{7}{8}$ P.
"	5 pCt. Venet. Coupon b. R.	$84\frac{3}{8}$ P.
"	5 pCt. Nationalanl. v. 1854	$67\frac{5}{8}$ G.
"	5 pCt. Metall. Obligation.	61 G.
"	$4\frac{1}{2}$ pCt.	$53\frac{3}{8}$ P.
Preussen	$3\frac{1}{2}$ pCt. Staatsschuldsch.	91 P.
Bayern	$4\frac{1}{2}$ pCt. Obl. 1jähr. dto.	$101\frac{7}{8}$ P.
"	$4\frac{1}{2}$ pCt. Obl. $\frac{1}{2}$jähr. dto.	$101\frac{7}{8}$ G.
"	4 pCt. Obl. 1jähr. dto.	$98\frac{7}{8}$ P.
"	4 pCt. Obl. $\frac{1}{2}$jähr. dto.	99 P.
"	4 pCt. Obl. Ab.-R. dto.	99 P.
"	$3\frac{1}{2}$ pCt. Obl. dto.	$97\frac{1}{2}$ G.
Württemb.	$4\frac{1}{2}$ pCt. Obl. b. Rothsch.	105 G.
"	$3\frac{1}{2}$ pCt. Obl. dto.	$96\frac{1}{2}$ P.
Baden	$4\frac{1}{2}$ pCt. Obl.	—
"	$3\frac{1}{2}$ pCt. Obl. v. 1842	$92\frac{1}{4}$ P.
Gr. Hess.	$4\frac{1}{2}$ pCt. Obl.	—
"	4 pCt. Obl. b. Rothsch.	$101\frac{1}{2}$ P.
"	$3\frac{1}{2}$ pCt. Obl. dto.	$96\frac{3}{4}$ G.
Nassau	$4\frac{1}{2}$ pCt. Obl. dto.	$102\frac{1}{8}$ P.
"	4 pCt. Obl. dto.	$99\frac{1}{8}$ P.
"	$3\frac{1}{2}$ pCt. Obl. dto.	$92\frac{1}{8}$ G.
Frankfurt	$3\frac{1}{2}$ pCt. Obl.	$95\frac{1}{8}$ P.
"	3 pCt. Obl.	—
Spanien	3 pCt. inl. Sch. P. à fl. 2. 30	—
"	$2\frac{1}{2}$ pCt. " " "	—
Schweden	$4\frac{1}{2}$ pCt. Obl. à 105 Thlr.	$92\frac{1}{8}$ P.
N.Amerika	6 pCt. à 1000r. 1881 D. $2\frac{1}{2}$.	—
"	6 pCt. ditto r. 1882 "	$47\frac{5}{8}$—$\frac{1}{8}$ G.

Diverse Aktien.

Frankfurter Bank à fl. 500 . . .	$145\frac{6}{8}$ P.
K. K. Oesterr. National-Bankaktien	812 P.
Oesterr. Kreditbank-Aktien à fl. 200	$185\frac{1}{2}$—85 G.
Bayer. Hypothekenb. Pfandbriefe 4 pCt.	$98\frac{1}{4}$ P.
Darmst. Bank 1. u. 2. Serie à fl. 250	$232\frac{1}{2}$ G.
Weimarische Bank à Thlr. 100 . .	$99\frac{1}{4}$ P.
Mitteldeutsche Kreditaktien . . .	100 P.
Intern. Bank in Lux. à 250 Frs. à 28 kr.	—
Taunus-Eisenbahn à fl. 250 . . .	340 G.
Frankfurt-Hanauer-Eisenbahn . . .	$98\frac{1}{8}$ G.
Oest. F.St.Eisb. 5pCt. 500 Fr. à 28 kr.	—
" Elisab.-Eisenbahn 5 pCt. . .	115 G.
Böhm. Westbahn-Aktien à fl. 200 6/7	$71\frac{1}{8}$ P.
Rhein-Nahe-Bahn 200 Thl. à 105 4pCt. Z.	$27\frac{1}{2}$ P.
Ludwigshafen-Bexbacher à 4 pCt. .	$145\frac{1}{2}$ G.
dto. dto. Prior. à 4 pCt.	97 G.
Pfälz. Maxb. b. Rothschild à $4\frac{1}{2}$ pCt.	$104\frac{1}{2}$ G.
Oest. St.-Eisenb. Prior.-Oblig. à 3 pCt.	$50\frac{3}{4}$ P.
Elisab.-Bahn Prior. 5 pCt. 6/7	$77\frac{3}{8}$ P.
Südd. Bank-Akt., 30 pCt. Einz.	$255\frac{1}{2}$ G.
Span. Handels- und Industrie . .	—
Bayr. Ostbahn à $4\frac{1}{2}$ pCt. volleinbez.	$114\frac{1}{4}$ P.
Bayer. Ostbahn mit 60 pCt. Einz.	$113\frac{3}{4}$ P. $\frac{1}{8}$ G.

Wechsel
in süddeutscher Währung.

Amst. fl. 100 k. S.	$100\frac{7}{8}$ G.
Antwerp. Frs. 200 k. S.	94 P.
Augsb. fl. 100 k. S.	$99\frac{7}{8}$ P.
Berlin Th. 60 k. S.	$104\frac{7}{8}$ P.
Brem. 50 Th. Ld. k. S.	$96\frac{1}{2}$ P.
Brüssel Frs. 200 k. S.	94 P.
Cöln Thlr. 60 k. S.	$104\frac{7}{8}$ P.
Hamb. MB. 100 k. S.	$89\frac{1}{8}$ P.
Leipzig Th. 60 k. S.	105 P.
London Lst. 10 k. S.	$118\frac{3}{8}$ P.
Lyon Frs. 200 k. S.	—
Mail. Frs. 200 . .	$93\frac{7}{8}$ P.
München fl. 100 k. S.	$99\frac{7}{8}$ P.
Paris Frs. 200 k. S.	$93\frac{7}{8}$ P.
Petersburg 60 S.-R.	—
Triest fl. 100 k. S.	—
Wien fl. 100 ö. W.	—
do. in öst. W. l. S.	$101\frac{5}{8}$ P.
Disconto	5 pCt. G.

Anlehens-Loose.

Oesterr. fl. 250 v. 1839	$134\frac{1}{2}$ G.
" fl. 250 v. 1854 mit 4pCt.	$74\frac{3}{8}$ G.
" fl. 500 v. 1860 6/7	$82\frac{7}{8}$—$81\frac{1}{8}$ G.
" fl. 100 Eisb. L. v. 1858.	$127\frac{7}{8}$ G.
" do. v. 1864.	$87\frac{1}{2}$—$\frac{3}{8}$ G.
Schwed. 10 Thlr. Loose	$9\frac{2}{8}$ P.
Badische fl. 50	—
Badische fl. 35	52 G.
Kurhess. Thlr. 40 b. R.	$54\frac{3}{8}$ P.
Gr. Hessen fl. 50 b. R.	$138\frac{1}{4}$ P.
" fl. 25 do.	—
Nassau fl. 25 bei Rothsch.	$38\frac{1}{4}$ P.
Sardinische Fr. 36 b. B.	—
Neuchateler 10 Frs.-Loose	—
Freiburger 15 Frs.-Loose	—
Mailänder 45 Frs. L. b. R.	$32\frac{1}{2}$ P.
St. Lüttich mit $2\frac{1}{2}$ pCt. Z.	—
Ansb.-Gunzenh. fl. 7-L.	11 P.

Frankfurt, 18. Januar. Mit Ausnahme von 100 fl. Looſen v. J. 1864, die billiger umgeſetzt wurden, waren öſterr. Fonds wenig verändert. 6pCt. 1882er Amerikaniſche wurden im Verlaufe der Börſe höher bezahlt, ſchließen jedoch matter. In den übrigen Fonds und Aktien keine beſondere Bewegung. — Die Frankfurter Bank hat den Diskonto vom 19. d. M. an auf $4\frac{1}{2}$ pCt. herabgeſetzt. (Synd.)

An die
k. Hof- und Staatsbibliothek
München.
1 N. Würzb. Ztg.

Neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht!

№ 20. | Vorausbezahlung: Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 1 fl. 30 kr. Bei Inseraten wird die dreispaltige Zeile in gewöhnlicher kleiner | 62. Jahrgang. | Schrift oder deren Raum im Hauptblatte mit 6 kr., im Anzeiger mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franco. | Freitag, 20. Januar 1865.

Französische Stimmen über die preußische Thronrede.

Das Urtheil der französischen Blätter über die Thronrede, mit welcher der König von Preußen die Kammern eröffnete, ist im Ganzen genommen ein sehr ungünstiges, und sichtbar beeinflußt durch die Mißgunst über die Erfolge Preußens auf dem Gebiet der äußern Politik, namentlich über die Siege der preuß. Waffen, für welche sich der König bei dieser Gelegenheit gewiß in sehr natürlicher und begreiflicher Weise getrieben fühlen mußte, seinem tapfern und opferwilligen Heer zu danken. Das offiziöse „Pays" wirft der Thronrede unter anderm vor, daß in derselben kaum in zwei Zeilen und dazu in einer nur flüchtigen und unbedeutenden Weise, von den fremden Mächten die Rede gewesen sei. Dagegen spreche der König oft und viel von dem Ruhm des preußischen Heeres und der Größe der preußischen Nation. (Aus dem ruhmredigen Munde eines offiziösen Organs der grande nation ein seltsamer Vorwurf!) Dieser engherzige Patriotismus (!) könne, gewiß mit Unrecht, annehmen lassen, daß der Herrscher, der ihn in so naiver Weise und so offenherzig bekenne, bei weitem mehr mit den Ideen und Gefühlen des Mittelalters lebe, als mit den Ideen und Gefühlen des 19. Jahrhunderts. Das „J. des Debats" findet, daß der behutsame, zuvorkommende Ton, welchen der König in Bezug auf Oesterreich und den Bund anschlage, plötzlich hart und gebieterisch werde, sowie die Rede auf den innern Konflikt zwischen Krone und Parlament komme. Die Form werde beinahe ebenso befehlend wie der Inhalt. Es sei dies die Sprache eines Herrschers, der weiter nichts als Gehorsam fordere. „Wir haben," sagt das „Journal des Debats", „vor zwei Jahren den unklugen Eifer der progressistischen und demokratischen Abgeordneten, wir haben ihren hartnäckigen Widerstand gegen den König in einer Weise getadelt, in der es nicht fest stand, ob dieser nicht der aufgeklärte Vertheidiger der nationalen Interessen war. Wir haben das ungerechte Mißtrauen der Abgeordneten gegen verhältnißmäßig liberale Minister getadelt, die aus Mangel an Unterstützung seitens des Parlaments Hrn. v. Bismark Platz machen mußten. Vielleicht leiht das Urtheil, welches wir vor zwei Jahren über die Haltung der preußischen Abgeordneten fällten, unserm Bedauern einiges Gewicht über die hochfahrende (altier) Sprache, die König Wilhelm I. vor seinem Parlamente geführt. Es gibt Dinge, welche der Souverän eines freien Landes unter der Hand den gesetzlichen Landesvertretern sagen lassen kann, die er aber ohne große Mißstände nicht in einer öffentlichen Rede zur Schau tragen darf. Je entschlossener und stolzer diese Sprache ist, um so mehr rechtfertigt sie die Befürchtungen, welche 1862 das Verhalten der Kammermajorität uns einflößte. Heute, wie damals, soll die Kammer vor dem unbeugsamen Willen des Königs zurücktreten. Allein, welcher Unterschied zwischen damals und jetzt!... Damals nachzugeben wäre ein Akt der Weisheit gewesen, heute wäre es ein Akt der Unterwürfigkeit! Damals konnte man freie Abrechnung mit der Vernunft halten, heute hieße es sich unter der Nothwendigkeit beugen.... Heute nachgeben heißt den Triumph eines Ministers anerkennen, der mehrere Monate lang ohne Zuthun des Parlaments die Steuern erhoben, die Freiheiten der Presse abwechsend unterdrückt, wiederhergestellt und abermals eingeschränkt hat, eines Ministeriums endlich, dem alles geglückt ist, sogar die höchste „Impertinenz" gegen die Führer der parlamentarischen Opposition.... Heute nachgeben hieße die offenbare und fortgesetzte Ungesetzlichkeit anerkennen und von neuem, vielleicht für eine lange Reihe von Jahren, das absolute Uebergewicht begründen!"....

(Amtliche Nachrichten.) **München**, 18. Januar. Se. Maj. der König hat dem k. Rath und Hofsekretär Sr. k. H. des Prinzen Luitpold von Bayern, Jos. Schels, die Bewilligung zum Tragen des von dem Großherzoge von Toskana ihm verliehenen Offizierkreuzes des Civil-Verdienstordens ertheilt; den Kommandanten des Landwehr-Bataillons Passau, Landwehrmajor Fr. X. Trost in Passau, zum Distrikts-Inspektor des I. Landwehr-Inspektions-Bezirkes von Niederbayern mit dem Range eines Landwehr-Oberstlieutenants ernannt; das Schulbenefizium zu Räukam, Bezirksamts Cham, dem Priester J. B. Schmid, Cooperator in Schönthal, Bezirksamts Waldmünchen, übertragen; die erledigte Stelle eines Subregens in dem Georgianischen Klerikalseminar dahier dem Priester A. Schmid, Kaplan zu Dillingen, in provis. Eigenschaft verliehen. (B. Z.)

Feuilleton.

Das Gedächtniß und seine Launen.

Keine Begabung des Menschen ist so unerklärlich, als das Gedächtniß. Die Stärke desselben aber ist nicht allein verschieden bei allen Menschen, sondern sie ist auch den mannichfachsten Zufällen und Wechseln unterworfen. Woher es kommt, daß lebhafte Eindrücke, die wir empfanden, in diesem Augenblicke völlig verwischt aus unserem Gedächtnisse schwinden, dann aber plötzlich, ohne irgendwelche Anstrengung unsererseits, wie durch den Stab des Magiers hervorgezaubert, wieder vor unserem Geiste stehen, ist ein Räthsel, welches noch kein Metaphysiker zu erklären im Stande war. Wir haben Alle bereits die Erfahrung gemacht, daß, wenn wir uns vergebens bemühten, einen Namen, ein Citat oder einen musikalischen Ton ins Gedächtniß zurück zu rufen, dies oft erst nach einer längeren Zwischenpause möglich war, und gerade dann, wenn unsere Gedanken mit einem ganz anderen Gegenstande beschäftigt waren. Wir kennen Alle das unbehagliche Gefühl, mit welchem wir das Vermißte suchen und die Erleichterung, welche wir empfinden, wenn es plötzlich in unserem Geiste durchschimmerte, oder, wie mit unsichtbarer Tinte hingezeichnet, plötzlich klar und glänzend vor uns steht.

Die Natur hat es sehr weise angeordnet, daß wir uns der angenehmen Gefühle mit weit größerer Lebhaftigkeit erinnern, als der traurigen. Eine schöne Aufführung, welcher wir mit Vergnügen beiwohnten, ein Wohlgeruch, den wir einathmeten, ein Gesang, dem wir lauschten, können sämmtlich mit einem Grade von Vergnügen ins Gedächtniß zurückgerufen werden, der nicht weit hinter dem wirklichen Genusse zurückbleibt; jedoch eines körperlichen Schmerzes, dessen Empfindung uns während seiner Dauer mehr übermannt als irgend eine andere, kann man sich nicht mit derselben Lebhaftigkeit erinnern. Wir gedenken des Letzteren im Allgemeinen als eines großen Uebels, aber wir können uns der Leiden nicht so erinnern, wie wir sie in Wirklichkeit fühlten. In der That, wir gedenken der Schmerzen, aber wir können uns in das Vergnügen zurück versetzen. Der Unterschied zwischen diesen beiden ist sehr bestimmt.

Ein treues Gedächtniß ist von so unendlicher Wichtigkeit, daß die Ausbildung und beständige Uebung dieser Fähigkeit den ersten Gegenstand unserer Erziehung bildet und daß künstliche Hilfsmittel zur Vervollkommnung derselben erfunden worden sind. So wesentlich und wichtig betrachteten die Alten die Stärke derselben, um Werke der Phantasie zu schaffen, daß sie „die Musen als die Töchter des Gedächtnisses" darstellten. Obgleich ein starkes Gedächtniß auch bei Personen ohne Genie gefunden werden mag, so mangelt, wenn auch manchmal, doch nur selten dem Genie diese schätzbare Gabe. Es gibt so viele Beispiele von Geistesstärke bei Männern von vorzüglichen Fähigkeiten, daß man sie massenweise anführen könnte. Einige Mittheilungen würden sogar unglaublich scheinen, wenn sie nicht durch untrügliche Autoritäten überliefert worden wären.

Themistokles soll jeden Bürger Athens mit seinem Namen genannt haben, obgleich es deren zwanzigtausend gab. Cyrus

München, 17. Jan. Der Gesetzgebungs-Ausschuß der Kammer der Abgeordneten berieth und beschloß heute über die Liquidation der Prozeßkosten (Entw. Art. 97 ff.) und über die Sicherheitsleistung (Entw. Art. 104). Ministerialkommissär Dr. Weis hatte in einem Vorschlage die Art. 97—99 des Entwurfes in einen Artikel zusammengefaßt und auch den Art. 100 modifizirt, wodurch das Verfahren bei der Kostenliquidation in klarer und einfacher Weise geregelt wird. Diesen Vorschlägen wurde mit unbedeutenden Modifikationen vom Ausschusse zugestimmt. Bezüglich des Art. 101 des Entwurfes, welcher das Verhältniß des Anwalts zur eigenen Partei bezüglich seiner Gebühren und Auslagen betrifft, wurde im Anschlusse an einen Vorschlag des Ministerial-Kommissärs Dr. Weis vorläufig mit Vorbehalt der Redaktion im Prinzipe festgestellt, daß das obenerwähnte Verfahren bezüglich der Kostenliquidation analoge Anwendung zu finden habe, wenn der Anwalt auf Grund der Gebührenordnung gegen seine eigene Partei anruft; sobald aber ein besonderes Uebereinkommen bezüglich der Vertretungskosten behauptet würde, so sei förmliche Klage nach der allgemeinen Regel zu stellen. Art. 103 des Entwurfes, welcher die Ansprüche der Parteien auf Ersatz des außer den Prozeßkosten durch den Rechtsstreit verursachten Schadens behandelt, wurde nach früheren Vorschlägen des Ministerialkommissärs Dr. Weis behufs richtigerer Unterscheidung Dessen, was zu den Prozeßkosten und zu den weiteren Entschädigungsansprüchen gehört, näher präzisirt und entsprechend abgeändert. Der Artikel 1 4 des Entwurfes (Sicherheitsleistung. Fälle der Sicherheitsleistung) wurde nach den Abänderungsvorschlägen des Referenten von Neumayr, welche ihrerseits in einigen amendirt wurden, angenommen. Die sämmtlichen Modifikationen suchten namentlich aus Rücksichten für den bayerischen Kredit die Beschränkungen und Belästigungen des Ausländers als Kläger auf das zulässig geringste Maß zurückzuführen. (R. K.)

In der „Wochenschrift der Fortschrittspartei in Bayern“ war die Abwesenheit einer Vertretung der Pfalz in dem Ausschuß der genannten Partei mit der Bemerkung notirt worden, daß „die Rheinpfalz ja auch in der Abgeordnetenkammer ihren eigenen und mitunter einen recht eigenthümlichen Weg gehe“. Darauf erwidert der „Pfälz. Kur.“: „Soweit wir die politischen Grundsätze unserer Abgeordneten sowie der liberalen Partei in der Pfalz überhaupt zu kennen glauben, so dürfte das Programm der bayerischen Fortschrittspartei von unseren Abgeordneten Namens der Pfalz gewiß nicht bekämpft werden. Wir wollen, wie das Mutterland, alle die großen Reformen in Staat und Kirche, wie sie von der Fortschrittspartei im jenseitigen Bayern angestrebt werden. Auch wir in der Pfalz wollen namentlich die Abkürzung der langen Finanzperioden, die Reorganisation der Kammer der Reichsräthe, eine Revision der Gemeindeordnung auf den Grundlagen der Selbstverwaltung; auch wir wollen die Rechte des Staats vor den Uebergriffen kirchlicher Behörden entschieden gewahrt und die volle Glaubens- und Gewissensfreiheit grundsätzlich verbürgt haben; auch wir in der Pfalz endlich sind allen und jeden Reformen zugethan, die einer stets fortschreitenden Staatsentwickelung in politischer, sozialer und volkswirthschaftlicher Hinsicht als unumgänglich nothwendig erscheinen. Wir müssen daher auch den Vorwurf: eigenthümliche, d. h. etwas schiefe Bahnen zu wandeln, im Namen der Partei, die wir zu vertreten die Ehre haben, mit Entschiedenheit als unbegründet zurückweisen. Nebensache ist unter allen Umständen, ob wir in der Pfalz nach Nördlingen und Nürnberg Einladungen erhalten haben oder nicht und ob die Eingeladenen erschienen oder nicht erschienen sind; Hauptsache ist und bleibt, daß die liberale Partei der Pfalz, einzelne Meinungsverschiedenheiten abgerechnet, im Großen und Ganzen aufrichtig und unerschütterlich um die Fahne einer echt konstitutionellen Freiheit geschaart ist und auch bleiben wird.“

Wien, 17. Jan. Den 15 Studenten, welche die neulich erwähnte Erklärung in Betreff der 500jährigen Stiftungsfeier der Universität veröffentlichten, ist von dem akademischen Konsistorium ein Verweis ertheilt worden, nachdem anfänglich von Relegation oder mindestens dem consilium abeundi die Rede gewesen war. Das Konsistorium erklärt jetzt in einem Anschlag am schwarzen Brette, daß jener Verweis in Folge einer Verfügung des Staatsministers (!), welche zugleich die Auflösung des Studentenkomite's anordnete, ertheilt sei. Gestern Abend fand in Folge dieser Vorgänge eine Demonstration der Studentenschaft statt, indem diese ihren gemaßregelten 15 Kollegen eine Ovation darbrachte.

Wien, 18. Jan. Die Schweiz unterhandelt hier wegen Anerkennung einer besondern eidgenössischen Flagge für die Schiffe von Schweizerbürgern.

Wien, 19. Jan. In der heutigen Unterhaussitzung stellte der Abgeordnete Berger an das Gesammtministerium die Anfrage: Ob der Staatsvertrag mit Sachsen wegen Anschluß der Egerer Bahn unter Vorbehalt der Genehmigung des Reichsraths abgeschlossen sei; und im Verneinungsfall: auf Grund von welcher Gesetzbestimmung hielt die Regierung sich ermächtigt, denselben ohne Genehmigung des Reichsraths abzuschließen? Der Abgeordnete Steffens interpellirt in Betreff des Ausbau's der Eisenbahn von Wien nach Budweis und Pilsen.

Wien. Am zweiten Tage seines Aufenthalts in Wien — am 17. — wohnte Prinz Friedrich Karl, nachdem er Vormittags mehrere hohe Staatsbeamte und Militärs empfangen und sodann eine Produktion in der spanischen Hofreitschule besucht hatte, in Gesellschaft des Kaisers einer im Lainzer Thiergarten veranstalteten Jagd bei, bei welcher Roth- und Schwarzwild und Mouflons,

---

kannte den Namen jedes Soldaten seiner Armee. Hortentius gab, nachdem er am Tage einem öffentlichen Verkaufe beigewohnt hatte, Abends einen Bericht über jeden Artikel, welcher verkauft war, über die Preise und den Namen der Käufer. Bei Vergleichung desselben mit dem notariellen Akte fand sich's, daß Alles übereinstimmte, gerade als sei eine Kopie des letzteren gemacht worden. Ein Engländer Thomson, der seines außerordentlichen Gedächtnisses halber „Memory Thomson“ genannt wurde, zeichnete in zweiundzwanzig Stunden einen genauen Plan der Kirchspiele von St. James, Westminster und Theilen von St. Marylebone, St. Ann und St. Martin in London, incl. aller Plätze, Straßen, Höfe, Gassen, Alleen, Märkte, ferner aller Kirchen, Kapellen, Häuser, Pumpen, Pfosten, Bäume ꝛc., und zwar that er dies in Gegenwart zweier Herren ohne allen anderweitigen Plan oder Skizze und nur aus dem Gedächtniß. Er vervollständigte seinen Plan später, indem er andere Kirchspiele hinzufügte. Wurde ein Haus in einer öffentlichen Straße genannt, so konnte er sagen, welcher Handel in den Läden desselben betrieben wurde, und zwar sowohl auf der rechten als linken Seite des Hauses. Er konnte aus dem Gedächtniß ein Inventar von allen Gegenständen eines jeden Hauses, vom Boden bis zum Keller, anfertigen, in welchem er gewohnt hatte.

Die außerordentliche Gabe des Kopfrechnens ist bei manchen Menschen Staunen erregend. Der englische Mathematiker Wallis konnte im Bette und im Dunkeln die Kubikwurzel von einer Zahl ziehen, die aus dreißig Ziffern gebildet war. Georg III. hatte ein merkwürdig treues Gedächtniß. Man sagt, er habe niemals ein Gesicht vergessen, welches er einmal gesehen, oder einen Namen, welchen er einmal gehört. Carolan's Gedächtniß war außerordentlich scharf und treu. Einstmals traf er in dem Hause eines irischen Edelmannes mit einem berühmten Musiker zusammen. Er bat denselben, seine musikalische Geschicklichkeit zu zeigen, und es spielte der Meister ihm das 5. Violinkonzert von Vivaldi vor, welches Carolan nie gehört hatte und dessen Vortrag er mit der größten Aufmerksamkeit folgte. Nach Beendigung desselben holte er seine Harfe und wiederholte darauf das ganze Konzert, ohne eine Note auszulassen. (Ein wohl eben so treues Gedächtniß hatte Mozart, von dem gesagt wird, daß er nach der Aufführung des Miserere von Allegri in der Sixtinischen Kapelle dieses Tonstück aus dem Gedächtniß vollkommen niedergeschrieben habe.) Ein anderes Beispiel von Gedächtnißtreue wird von La Motte erzählt, den Voltaire, als er noch ein junger Mann war, einstmals einlud, um eine von ihm so eben beendigte Tragödie anzuhören. La Motte hörte mit großer Aufmerksamkeit zu und war entzückt davon; er habe jedoch, sagte er, einen Fehler darin gefunden. Auf das Drängen Voltaire's, ihm den Fehler mitzutheilen, erwiderte er, es thäte ihm leid, erklären zu müssen, daß ein Theil des Gedichtes irgendwo abgeschrieben sei. Voltaire, verdrießlich und ungläubig, verlangte, daß ihm die Stelle bezeichnet würde. La Motte nannte die zweite Scene des vierten Aktes und sagte, da er sie einmal gesehen, sei sie ihm der Art aufgefallen, daß er sich die Mühe genommen, sie seinem Gedächtniß einzuprägen. Er wiederholte dann die Scene, gerade wie sie Voltaire gelesen hatte, und mit einem Feuer, welches bewies, wie entzückt er davon war. Voltaire schwieg vor Bestürzung und die anwesenden Freunde sahen sich erstaunt an, bis La Motte die während einiger Augenblicke herrschende Verlegenheit einerseits und Muthlosigkeit andererseits durch die Worte brach: „Beruhigen Sie sich, mein Herr, die Scene ist Ihr völliges Eigenthum. Ich war von der Schönheit derselben so entzückt, daß ich sie augenblicklich meinem Gedächtniß eingeprägt habe, um mir einen Scherz zu erlauben.

Es ist nicht ungewöhnlich, ein Gedächtniß für verschiedene Sachen treu, für andere aber äußerst mangelhaft zu finden. Es gibt Menschen, welche nur ein gutes Gedächtniß für Namen und

aus Kamtschatka eingeführte wilde Steinschaafe, zum Schusse kamen. Abends gegen halb sieben Uhr fand im kaiserlichen Schlosse ein Galamahl zu 80 Gedecken statt.

Berlin, 18. Jan. Die „Prov.-Korresp." spricht sich dahin aus: es sei entschieden daran festzuhalten, daß die preußische Regierung in keine Entscheidung der Schicksale der Herzogthümer willige, bevor nicht volle sichere Gewähr erreicht ist für die Erfüllung aller im Interesse Preußens und Deutschlands zu stellenden Forderungen betreffs der künftigen militärischen, maritimen und kommerziellen Beziehungen der Herzogthümer zu Preußen. Die „Nordd. Ztg." versichert: es fehle den Gerüchten, die Regierung werde das Militärgesetz überhaupt nicht oder nur dem Herrenhaus vorlegen, jede Begründung. Sie erinnert an das Tribunalserkenntniß vom März, betreffs Veröffentlichung objektiv strafbarer Aeußerungen aus Landtagsverhandlungen. Sie glaubt, man würde wohl thun, den Zeitungs-Redaktionen strengste Sorgfalt zur Pflicht zu machen. Jedenfalls ist die Staatsregierung in der Lage, erneuerten Versuchen unbefugter Benutzung strafbarer Aeußerungen einzelner Kammermitglieder wirksam zu steuern.

Berlin. Gelegentlich eines jüngst verhandelten Prozesses gegen Dr. Joh. Jacoby kam wieder der vielbesprochene, aber nicht ganz aufgeklärte Vorgang in Sanssouci im Jahre 1848 in Erinnerung. Der dabei in Betracht kommende Vorfall besteht in Folgendem, wie der „W. Fr. Pr." aus authentischer Quelle berichtet wird. Als die Deputation der Nationalversammlung dem König gemeldet ward, erschien derselbe in Begleitung eines Adjutanten, ging rasch auf die aus allen Fraktionen bestehenden Deputirten, welche zu beiden Seiten einer langen Tafel standen, los und fragte mit barschen Worten: „Was wollen Sie?" Der Präsident der Nationalversammlung erklärte, daß er eine Adresse vorzulesen habe. Darauf setzte sich der König, nachdem er die Schöße seines Rockes zurückgeschlagen, so daß er den Deputirten den Rücken zudrehte, während Herr von Unruh, vor ihm stehend, die Adresse verlas. Als er geendet, stand der König auf, sagte heftig: „Ich will nicht!" und ging aus dem Zimmer. Den Eindruck auf die Deputirten kann man sich vorstellen; Jacoby aber faßte sich und rief dem Könige die bekannten Worte nach: „Das ist das Unglück der Könige, daß sie die Wahrheit nicht hören wollen." Die Deputirten waren von dem Auftritt so peinlich berührt, daß sie beschlossen, das Benehmen des Königs zu verschweigen."

— **Karlsruhe,** 17. Jan. Dem württembergischen Kultusminister v. Geßler, welcher vor einigen Tagen bei Gelegenheit der Berathung des Volksschulgesetzes Bemerkungen über die badische „Experimentirpolitik" gemacht hatte, widmet die offiziöse „Karlsr. Z." an der Spitze des Blattes folgenden Artikel: „Der k. württembergische Chef des Kultusdepartements hat sich in einer der letzten Kammersitzungen Aeußerungen über das badische Nachbarland und seine Regierung bedient, deren Ton an eine Zeit erinnert, deren Wiederkehr für die Beziehungen der beiden Staaten nicht erwünscht sein könnte. Es ist nicht erst nöthig, über die Angemessenheit eines Vorgangs ein Urtheil auszusprechen, der sein Urtheil in sich trägt. Wir denken, der großh. Regierung werden die Interessen, welche durch ein gutes Verhältniß beider Regierungen gefördert werden können, höher stehen, als daß sie solches durch Rekriminationen trüben sollte, wie berechtigt solche auch sein mögen. Sie kann das um so mehr, als sie sich damit trösten darf, daß manche der Experimente, welche im badischen Staatsleben unternommen wurden, in dem Nachbarstaate eine Nachahmung gefunden haben, daß aber eines der wenigen Experimente, welches sie selbst Württemberg nachzuahmen in der Lage war, der Abschluß des Konkordats, ihr nur mäßig gut bekommen ist."

Frankfurt a. M., 17. Jan. Die neueste Wochenschrift des National-Vereins, vom 12. Jan., gibt den Inhalt des vielbesprochenen Vertrags zwischen dem Großherzog von Hessen-Darmstadt und dem Landgrafen von Hessen-Homburg, welcher unter Zustimmung sämmtlicher darmstädtischer Agnaten geschlossen sei, folgendermaßen an: Nach dem Absterben des Hrn. Landgrafen von Hessen-Homburg wird Se. k. Hoheit der Großherzog in der Landgrafschaft succediren unter dem Titel: Großherzog von Hessen und Bei-Rhein, souveräner Landgraf zu Hessen-Homburg. Er wird 25 Jahre lang Hessen-Homburg dem Großherzogthum nicht einverleiben, sondern es in bloßer Personal-Union abgesondert regieren, also auch ohne Konstitution. Dagegen hat der Herr Landgraf dem Großherzog durch Einsetzung desselben als Erben seiner sonst den weiblichen Descendenten früherer Landgrafen anfallenden beweglichen und persönlichen Verlassenschaft und durch Verzicht auf die von Hessen-Darmstadt ihm zu zahlende Rente von jährlich 25,000 fl. bedeutende vermögensrechtliche Vortheile zugewendet. In späterer Aussicht soll noch die Uebertragung der Hessen-Homburgischen Souveränetät auf einen nachgebornen Prinzen des großherzogl. Hauses stehen, womit dann eine neue Nebenlinie in Hessen-Homburg gegründet würde.

Altona, 15. Jan. Die im Anfang der vergangenen Woche hier vorgefallenen militärischen Ausschreitungen haben verschiedene Beschränkungen für die Soldaten zur Folge gehabt. Den Preußen und den Oesterreichern sind besondere Wirthschaften und Tanzplätze zugewiesen worden, welche nur entweder die einen oder die andern besuchen dürfen. Die Straßen sind gleichfalls für beide Theile abgesondert, so daß sie möglichst wenig mit einander in Berührung kommen. Endlich wird Abends der Zapfenstreich, nach welchem

---

Daten haben; so eine Dame, bei welcher dasselbe im Uebrigen nicht sehr stark war, die aber genau die Stufen aller Stiegen der ihr bekannten Häuser kannte. Von Miß Addison, der Tochter des berühmten Addison, heißt es: „Sie erbte ihres Vaters Gedächtniß, aber nicht seinen Verstand, und bei ihrem merkwürdigen Erinnerungsvermögen war sie im Uebrigen vollkommen schwachsinnig. Sie vermochte in jedem Theile der Werke ihres Vaters sich zurecht zu finden, und war im Stande sie alle auswendig herzusagen, aber nicht fähig, einen eigenen verständlichen Satz zu sprechen oder zu schreiben." (Schluß folgt.)

Die deutschen Lebensversicherungs-Anstalten im Jahre 1863.

Die Lebensversicherung gewinnt in Deutschland immer mehr Boden. Von Jahr zu Jahr wächst die Erkenntniß ihrer wohlthätigen Wirkung für die Beförderung von Sparsamkeit und häuslicher Lebensordnung. In sehr beträchtlichem Grade sehen wir daher auch die Summen zunehmen, welche vorsorglicher Sinn in den großen Sparhäfen der Lebensversicherungsbanken niederlegt. Nach dem „Bremer Handelsblatt", welches jährlich eine genaue statistische Uebersicht über den Zustand und die Fortschritte dieser Anstalten in Deutschland liefert, betrug im Jahre 1863 deren Zahl 29. Am Anfange von 1863 waren bei diesen Anstalten 168,191 Personen mit 177,013,529 Thlr. versichert, im Laufe von 1863 traten neu hinzu 42,668 Pers. mit 43,563,903 Thlr. Versicherungssumme; durch Tod und freiwilligen Abgang schieden aus 16,041 Pers. mit 17,270,671 Thlr., und es stellt sich daher für den Jahresschluß ein Versicherungsbestand mit 194,818 Pers. mit 203,306,761 Thlr. heraus. Der reine Zuwachs betrug 26,627 Pers. mit 26,293,232 Thlr. Versicherungssumme, was im Vergleiche zum Bestande am Anfange des Jahres einer Steigerung von 15,83 pCt. in den Personen und von 14,85 pCt. in den Summen gleichkömmt. Dieses Steigerungsverhältniß war:

1858—11,93	pCt. in den Personen, 11,71	pCt. in den Summen
1859— 8,71	„ „ „ „ 9.07	„ „ „ „
1860—14,61	„ „ „ „ 12,97	„ „ „ „
1861—19,50	„ „ „ „ 12,36	„ „ „ „
1862—19,93	„ „ „ „ 15,17	„ „ „ „
1863—15,83	„ „ „ „ 14,85	„ „ „ „

Der Durchschnitt der auf ein Leben versicherten Summe berechnet sich auf 1044 Thaler.

Die sieben größten Lebensversicherungsanstalten Deutschlands sind: Gotha mit $43\frac{1}{6}$ Millionen, Triest (Generali) mit $19\frac{2}{5}$ Mill., die Germania (Stettin) mit $17\frac{1}{2}$ Mill., die Konkordia (Köln) mit $14\frac{3}{4}$ Mill., Lübeck mit $13\frac{1}{4}$ Mill., Berlin mit 12 Mill. und der Anker (Wien) mit $11\frac{1}{3}$ Millionen Thalern Versicherungssumme.

Zur Begründung der versicherten 194,818 Erbschaften im Belaufe von 203,306,761 Thlr. sind während des Jahres 1863 von den Versicherten einschließlich der Zinsen auf frühere Leistungen 8,309,460 Thlr. eingezahlt worden. Auf jeden Versicherten kömmt daher im Durchschnitt eine Einlage von $42\frac{2}{3}$ Thaler. Für 3408 gestorbene Versicherte wurden 3,423,078 Thaler vergütet.

Das Sterblichkeitsverhältniß, welches seit mehreren Jahren im Abnehmen begriffen war, hat im vorigen Jahre wieder etwas zugenommen, das Durchschnittsalter der Versicherten fiel von 44 Jahren $10\frac{2}{3}$ Monaten auf 44 Jahre 4,18 Monate.

Abgesehen von den Aktienkapitalien betragen bei obigen Anstalten die aus den Beiträgen der Versicherten und den davon gewonnenen Zinsen aufgesammelten Geschäftsfonds 31,336,290 Thlr., wovon auf die Gothaer Bank 12,034,146 Thlr. kommen.

alle Soldaten sich in ihre Quartiere zurückziehen müssen, eine Stunde früher als sonst, nämlich um 8 Uhr, geblasen.

Flensburg. Nach der „Wes.-Ztg.“ hat ein bislang in der Offizin der „Itzehoer Nachrichten“ angestellter Herr Raas zu einem Preise von 8000 Thalern preußisch die Ponton'sche Buchdruckerei in Flensburg inkl. des Verlages der „Flensb. Ztg.“ (nicht zu verwechseln mit der „Flensb. Nordd. Ztg.“) käuflich erstanden. Das genannte bislang dänenfreundliche Blatt würde fernerhin im Interesse eines engeren Anschlusses der Herzogthümer an Preußen redigirt werden.

Kopenhagen, 15. Jan. Der früher als Oberbeamter im Schleswigschen angestellte Kultusminister v. Heltzen verlangt jetzt von dem dänischen Reichstage Geld, um einerseits aus dem Kriege zurückkehrende Studenten, welche durch den Eintritt in die Armee die früher hier genossenen Stipendien einbüßten, andererseits und namentlich schleswigsche Studenten zu unterstützen, welche, nachdem sie auf schleswigschen Gelehrtenschulen das Abiturienten-Examen bestanden, auf der hiesigen Universität ihre Studien zu vollenden gedenken.

Paris, 16. Jan. Der „Temps“ berichtet über eine merkwürdige Unterredung, welche der Korrespondent dieses Blattes, Hr. Erdan, zu Neapel mit dem Kardinal d'Andrea gehabt hat. Der Kardinal gibt sich selber darin als liberal, Italiener und Fortschrittsmann aus, der die Encyclika bedauert, aber als Kirchenfürst anerkennen muß. Er stellt sich auf den Standpunkt der liberalen Katholiken des „Correspondant“: Montalembert, Falloux, Dupanloup, und beklagt die Haltung des Papstes wie die des Kardinals Antonelli. Wie er, sollen etwa noch fünf bis sechs Kardinäle gesinnt sein.

Paris, 17. Jan. In der Akademie der Wissenschaften wird jetzt eine schwere Wahlschlacht geschlagen. Als Kandidaten stehen sich gegenüber Oberst Favé, Adjutant des Kaisers und Vervollkommner der gezogenen Geschütze, und Léon Foucault, der bekannte Physiker. Nach der dritten Wahl, in der Jeder 30 Stimmen erhielt, und mithin keine absolute Majorität erzielt war, wurde die Sache vertagt. — Wie das „Pays“ meldet, ist gestern ein englischer Kourier mit Depeschen von Athen für Lord Cowley und Graf Russell durch Paris gekommen. Die Depeschen sollen die Lage in Griechenland als wenig günstig darstellen. Die indirekten Steuern haben im Jahre 1854 ertragen 847 Mill., 1864 dagegen 1176 Mill. Die Erträgnisse des Enregistrements sind in diesem Zeitraum gestiegen von 230 auf 329, die des Tabaks von 113 auf 233, der Getränksteuer von 106 auf 216, die der Zölle und Salzregie sind gefallen von 193 auf 163, die der Stempeltaxe sind gestiegen von 49 auf 76, die der Post von 53 auf 72, des Schießpulvers von 8 auf 13 Millionen.

Marseille, 18. Jan. Briefen aus Rom zufolge hat der Kardinal Antonelli einem Diner und einer Abendgesellschaft bei dem französischen Gesandten angewohnt. Es handelt sich darum, ob Kardinal d'Andrea in seine Diözese zurückberufen werden soll. (A. Z.)

Ueber die Entstehung der Encyklica schreibt ein Korrespondent der Köln. Blätter aus **Rom**: „Die Encyclica vom 8. Dezember und die Umstände, welche deren Veröffentlichung herbeigeführt haben, bilden hier noch immer das Tagesgespräch. Ich kann Ihnen hierüber genaue, jeden Zweifel ausschließende Details mittheilen. Vor ungefähr zwei Jahren hatte Pius IX. einen seiner Hausprälaten mit der Ausarbeitung einer Zusammenstellung der Irrthümer unserer modernen Philosophen und Ideologen beauftragt. Dieser Prälat, welcher sich bei seiner Arbeit bei dem Episkopat und besonders in den Schriften des verstorbenen Bischofs Gerbert von Perpignan Raths erholte, legte dem Papste die aufgetragene Arbeit, als sie vollendet war, vor. Pius IX. sah sie aufmerksam durch, verschob aber deren Veröffentlichung aus bisher unbekannten Gründen. Man weiß nur, daß sich der Bischof Dupanloup von Orleans viel Mühe gegeben, den Papst in direkter und indirekter Weise zu überzeugen, daß der gegenwärtige Augenblick der geeignete zu einem solchen Akte nicht wäre. Pius IX. glaubte aber offenbar gewichtige Motive zur Veröffentlichung zu haben. Die Sache schien in der letzten Zeit vergessen, während die römischen Kongregationen eifrig mit derselben beschäftigt waren. Da lenkten sich am 8. Dezember, dem Feste der unbefleckten Empfängniß, auf einmal die Gedanken des Papstes auf die vorbereitete Encyklica. Nach der gottesdienstlichen Feier aus der Kapelle zurückgekehrt, ließ der Papst den Prälaten rufen, den er mit der Ausarbeitung der Encyklica beauftragt hatte, las das Dokument nochmals mit größter Aufmerksamkeit durch und unterzeichnete es. Die Encyklica ging so aus dem Kabinet des Papstes in die geheime Druckerei des Quirinals.“

Turin, 17. Jan. In der heutigen Sitzung interpellirte der Abg. Cancs das Ministerium bezüglich der Entlassung der (Bologneser) Professoren in Folge ihrer Eidesverweigerung, und verlangte die Abschaffung des Gesetzes der Eidesleistung. Der Unterrichtsminister antwortete, und die Kammer billigte das Verfahren der Regierung.

Hiezu die Beilage: „Würzburger Anzeiger“.

Verantwortlicher Redakteur: A. Hartmann.
Druck und Verlag der Stahel'schen Buch- und Kunsthandlung in Würzburg

Cours der Staatspapiere.

Oesterr.	5 pCt. Met. (Cp. 1. 8. b. R.)	—
„	5 pCt. Lomb. ditto. à 24	—
„	5 pCt. Engl. Met. v. 1852	60½ P.
„	5 pCt. Engl. Met. v. 1859	78⅞ P.
„	5 pCt. Venet. Coupon b. R.	84⅜ P.
„	5 pCt. Nationalanl. v. 1854	67⅝ G.
„	5 pCt. Metall. Obligation.	60⅞ G.
„	4½ pCt.	53¾ P. ½ G.
Preussen	3½ pCt. Staatsschuldsch.	91 P.
Bayern	4½ pCt. Obl. 1jähr. dto.	—
„	4½ pCt. Obl. ½jähr. dto.	102½ P.
„	4 pCt. Obl. 1jähr. dto.	98⅞ P.
„	4 pCt. Obl. ½jähr. dto.	99 P.
„	4 pCt. Obl. Ab.-R. dto.	99 G.
„	3½ pCt. Obl. dto.	97½ G.
Württemb.	4½ pCt. Obl. b. Rothsch.	105 G.
„	3½ pCt. Obl. dto.	96⅜ P.
Baden	4½ pCt. Obl.	—
„	3½ pCt. Obl. v. 1842	91⅞ P. 91 G.
Gr. Hess.	4½ pCt. Obl.	—
„	4 pCt. Obl. b. Rothsch.	101½ P.
„	3½ pCt. Obl. dto.	96¾ G.
Nassau	4½ pCt. Obl. dto.	102⅛ P.
„	4 pCt. Obl. dto.	99½ P.
„	3½ pCt. Obl. dto.	92⅛ G.
Frankfurt	3½ pCt. Obl.	95½ P.
„	3 pCt. Obl.	—
Spanien	3 pCt. inl. Sch. P. à fl. 2. 30	—
„	2½ pCt.	—
Schweden	4½ pCt. Obl. à 105 Thlr.	92 P.
N.Amerika	6 pCt. à 1000r. 1881 D. 2½	—
„	6 pCt. ditto v. 1882	47⅝ G.

Diverse Aktien.

Frankfurter Bank à fl. 500 . . .	145½ P. 1450.
K. K. Oesterr. National-Bankaktien	801 G.
Oesterr. Kreditbank-Aktien à fl. 200	186½—87 G.
Bayer. Hypothekenb. Pfandbriefe à pCt.	98¼ P.
Darmst. Bank 1. u. 2. Serie à fl. 250	232½ G.
Weimarische Bank à Thlr. 100 . .	99¼ P.
Mitteldeutsche Kreditaktien . . .	99¾ P.
Intern. Bank in Lux. à 250 Frs. à 28 kr.	—
Taunus-Eisenbahn à fl. 250 . . .	344 P. 342 G.
Frankfurt-Hanauer-Eisenbahn . . .	98⅛ G.
Oest. F.St.Eisb. 5pCt. 500 Fr. à 28 kr.	—
„ Elisab.-Eisenbahn 5 pCt. . .	115 G.
Böhm. Westbahn-Aktien à fl. 200 6/7	71¼ G.
Rhein-Nahe-Bahn 200 Thl. à 105 4pCt. Z.	27¼ P.
Ludwigshafen-Bexbacher à 4 pCt. .	145½ G.
dto. dto. Prior. à 4 pCt.	97⅝ P.
Pfälz. Maxb. b. Rothschild à 4½ pCt.	104⅛ P.
Oest. St.-Eisenb. Prior.-Oblig. à 3 pCt.	50⅝ P.
Elisab.-Bahn Prior. 5 pCt. 6/7	78⅛ P.
Südd. Bank-Akt., 30 pCt. Einz.	256 P.
Span. Handels- und Industrie . .	—
Bayr. Ostbahn à 4½ pCt. volleinbez.	113½ G.
Bayer. Ostbahn mit 50 pCt. Einz.	113¾ P. ½ G.

Wechsel
in süddeutscher Währung.

Amst. fl. 100 k. S.	100⅞ G.
Antwerp. Frs. 200 k. S.	94 P.
Augsb. fl. 100 k. S.	99⅞ P.
Berlin Th. 60 k. S.	104⅞ P.
Brem. 50 Th. Lsd. k. S.	96⅛ P.
Brüssel Frs. 200 k. S.	94 P.
Cöln Thlr. 60 k. S.	104⅞ P.
Hamb. MB. 100 k. S.	88⅞ G.
Leipzig Th. 60 k. S.	105 P.
London Lst. 10 k. S.	118⅜ P.
Lyon Frs. 200 k. S.	—
Mail. Frs. 200 . .	93⅞ P.
München fl. 100 k. S.	99⅜ P.
Paris Frs. 200 k. S.	93⅞ P.
Petersburg 60 S.-R.	—
Triest fl. 100 k. S.	—
Wien fl. 100 ö. W.	—
do. in öst. W. l. S.	101⅛—⅜ G.
Disconto	5 pCt. G.

Anlehens-Loose.

Oesterr. fl. 250 v. 1839	134½ G.
„ fl. 250 v. 1854 mit 4pCt.	74⅞ G.
„ fl. 500 v. 1860 6/7	83⅝ P.
„ fl. 100 Elsb. L. v. 1858.	124 P.
„ do. v. 1864.	88 P. 87½ G.
Schwed. 10 Thlr. Loose	9⅝ P.
Badische fl. 50	—
Badische fl. 35	52¾ P.
Kurhess. Tlr. 40 b. R.	54½ P.
Gr. Hessen fl. 50 b. R.	138¼ P.
„ fl. 25 do.	—
Nassau fl. 25 bei Rothsch.	38 P.
Sardinische Fr. 36 b. B.	—
Neuchateler 10 Frs.-Loose	—
Freiburger 15 Frs.-Loose	—
Mailänder 45 Frs. L. b. R.	32½ P.
St. Lüttich mit 2½ pCt. Z.	—
Ansb.-Gunzenh. fl. 7-L.	11 P.

Frankfurt, 19. Januar. Die Börse, welche Anfangs durch mehrere Kaufordres einige Lebhaftigkeit zeigte, ermattete später wieder, und schließt mit den meisten Effekten gegen gestern ziemlich unverändert; nur für einzelne Eisenbahnen und Prioritäten wurden, bei andauernder Nachfrage höhere Preise bewilligt. Süddeutsche Fonds waren mehr am Markte und etwas matter. (Synd.)

An die
k. Hof- und Staatsbibliothek
1 N. Würzb. Ztg. München.

Neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht!

№ 21. | Vorausbezahlung: Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 1 fl. 30 kr. Bei Inseraten wird die dreispaltige Zeile in gewöhnlicher kleiner | 62. Jahrgang. | Schrift oder deren Raum im Hauptblatte mit 6 kr., im Anzeiger mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franco. | Samstag, 21. Januar 1865.

Auf die **„Neue Würzburger Zeitung"** kann für die Monate **Februar** und **März** sowohl in der Expedition, wie bei allen königl. Postämtern abonnirt werden.

Ueber die Encyklica.

Die am 19. d. ausgegebene Nummer des Pastoralblattes der Erzdiözese München enthält eine Besprechung des päpstlichen Rundschreibens vom 8. Dez., von der wir Nachstehendes auszugsweise bringen: „Die Encyclika, so beginnt der Artikel, ist kein politisches Manifest; denn sie ist nicht an die Vertreter des heil. Stuhles an den verschiedenen Höfen gerichtet, auch spricht nicht der Beherrscher des kleinen Kirchenstaats, sondern das geistliche Oberhaupt der katholischen Kirche zu den Katholiken des ganzen Erdkreises. Der hl. Vater signalisirt nur die gegenüberstehenden Zeitideen und nennt sie Irrthümer, wenn sie mit den christlichen Ideen im Widerspruch stehen. An diesem denkwürdigen Aktenstücke werden sich die Katholiken in Bezug auf die gegenwärtige Zeitströmung, die keine der Kirche entsprungene oder zu ihr führende ist, was die gewaltige Aufregung über jene apostolische Kundgebung bezeugt, orientiren müssen. Das Gesagte darf bei keinem einzigen Satze der Encyclika vergessen werden. Alle sind vom rein kirchlichen, theologischen Standpunkt aus zu würdigen. Von diesem Standpunkt aus werden sich namentlich auch Staatsmänner mit der Encyclika zurechtzusetzen haben. Anfänglich hat der heidnische Staat die Kirche auszurotten gestrebt, sodann gewann das Christenthum Einfluß auf die staatlichen Verhältnisse, einen Einfluß, dem man sich widersetzen konnte und auch widersetzt hat. Der Staat hat dabei für seinen äußern Bestand nichts zu fürchten, er hat die äußere Macht, er gewinnt aber für seinen innern Bestand, wenn die Religion aus der Kirche in alle staatlichen Lebensordnungen gebracht wird. Dieser Standpunkt löst auch die Schwierigkeiten, welche man in jenem Aktenstücke in Bezug auf gewisse staatliche und bürgerliche Verhältnisse finden und die befangene Gemüther beunruhigen könnten. Die erste betrifft die Gleichstellung der verschiedenen Konfessionen. Unsere Verfassung, hat man gesagt, garantirt gleiche bürgerliche Rechte den drei bekannten christlichen Konfessionen, während die Encyclika den Satz, die Freiheit der Gewissen und Kulte sei ein Recht eines jeden Menschen, als einen Irrthum proklamirt. In unserer bayerischen Konstitution aber handelt es sich nur um Gleichberechtigung einiger weniger christlichen Konfessionen, während die Encyclika von der Freiheit aller Kulte spricht, was keineswegs mit jenem identisch ist und eine selbst politisch verwerflich scheinende Theorie andeutet; unsere Verfassung kann auch nur für den bürgerlichen Standpunkt gelten, und auf diesem kann Gleichberechtigung gewisser Konfessionen eine politische Nothwendigkeit sein; was aber in der Encyclika steht, ist vom kirchlichen Standpunkt aus gesagt, und den wird man der Kirche schon lassen müssen, wie ihren Glauben, daß sie allein die wahre Kirche sei. Man kann aber recht gut der katholischen Kirche treu sein und doch sich der bürgerlichen konfessionellen Gleichberechtigung fügen. Unsere Staatsverfassung wird andererseits nicht verlangen, daß wir diesen Zustand als den idealen, unseren katholischen Ideen adäquaten betrachten oder gar andere Konfessionen auch theologisch und kirchlich als gleichberechtigt anerkennen; sonst dürften wir am Ende auch nicht mehr den traurigen Riß beklagen, der durch die Glaubensspaltung in unser deutsches Vaterland gerathen und dürften bei vorhandener Gewissensfreiheit auch nicht den derzeitigen Unglauben so vieler Menschen beklagen. Auch die Befürchtung eines Konfliktes mit dem auf die bayerische Staatsverfassung geleisteten Eide wird durch die Erinnerung an die bekannte k. Erklärung d. d. Tegernsee, den 15. September 1821 und die derselben vorausgegangenen Verhandlungen sehr einfach beseitigt. Ferner: auch nicht beunruhigen will der h. Stuhl diejenigen, die guten Gewissens sind, noch weniger die Konfessionen gegen einander hetzen, sondern die Katholiken aufklären und warnen, weil die Worte: Gewissensfreiheit, Gleichberechtigung der Kulte, leicht zur Gleichgiltigkeit und zum Unglauben führen. Eine zweite Schwierigkeit könnte der Umstand bilden, daß das Streben nach gegenseitiger Trennung von Staat und Kirche in dem der Encyclika angehängten Sylla-

Feuilleton.

Das Gedächtniß und seine Launen.

(Schluß.)

Zu den eigenthümlichen Launen des Gedächtnisses gehören die Fälle von gelegentlichem Vergessen solcher Sachen, die den Geist interessirten.

Als Dr. Priestley die Abhandlungen schrieb, welche als Vorrede eines Werkes dienen sollten, bemühte er sich sehr, über einen Gegenstand nachzuforschen, über den viel gestritten worden war und der sich auf das israelitische Osterfest bezog. Er zeichnete die Resultate seiner Untersuchungen auf, verlegte aber das Papier. Da unterdeß seine Aufmerksamkeit auf andere Dinge gerichtet wurde, so vergingen vierzehn Tage, ehe er wieder an den ersten Gegenstand dachte. Er hatte dann dieselbe Mühe wie zuvor und schrieb die Früchte seiner neuen Arbeit wieder auf. Er hatte so vollständig das früher Geschriebene vergessen, daß er sich desselben, sowie des schon einmaligen Nachforschens, erst wieder erinnerte, nachdem er das erste Papier wieder fand. Zu manchen Zeiten las er seine eigenen, schon gedruckten Werke, ohne sie zu erkennen.

John Hunter's Gedächtniß versagte einstmals, als er sich in dem Hause eines Freundes befand, so sehr, daß er nicht wußte, wo oder in welchem Hause, welchem Zimmer und auf welcher Straße er sich befand, und selbst nicht, wo er wohnte. Er war sich dieses Mangels an Gedächtniß wohl bewußt und versuchte, seine Erinnerung wieder herzustellen, indem er zum Fenster hinaussah, um sich zu vergewissern, wo er war; jedoch ohne Erfolg. Nach und nach kehrte sein Gedächtniß zurück. Bei Rednern und Schauspielern findet man häufig ein Stocken des Gedächtnisses; jedoch etwas Sonderbares theilt uns das „Psychologische Magazin" mit, nämlich, daß in vielen Fällen Personen ihren eigenen Namen vergessen hätten. Bei einer Gelegenheit, sagt dasselbe, mußte sich ein Herr an seinen Begleiter wenden und ihn bitten, ihm seinen eigenen Namen, den er bei Gelegenheit eines Besuches an der Thüre abgeben sollte, zu sagen, da er ihn selbst plötzlich und vollständig vergessen hatte. Nach heftigen Krankheitsfällen oder überstandenen großen Mühseligkeiten ist der Verlust des Gedächtnisses nicht ungewöhnlich. Thucydides erzählt, daß nach der Pest in Athen viele Leute ihr Gedächtniß so vollkommen verloren hatten, daß sie weder Freunde noch Verwandte mehr erkannten und sich nichts von dem mehr erinnerten, was mit ihrer Person in Beziehungen gestanden hatte. Man sagt auch, daß unter Denjenigen, welche bei den Unfällen des russischen Feldzuges 1812, und den Krankheiten, welche unter den Truppen in Wilna wütheten, mit dem Leben davon kamen, sehr Viele waren, welche ihr Gedächtniß vollständig verloren hatten und nicht die geringste Erinnerung mehr an ihr Heimathland, Haus und ihre Verwandte hatten.

Da der Körper immer das auszuführen hat, was der Geist beschließt, und beide Theile durch die geheimnißvollsten Bande vereinigt sind, so finden wir, daß Verletzungen, die dem einen Theile schädlich sind, dem andern verhängnißvoll werden. Geisteszerrüt-

bus errorum (§ VI. 55) verworfen wird, während doch der Kirche die ihr gebührende Freiheit kräftig vindizirt wird. Dies geschieht mit vollem Recht. Die Kirche kann nie wünschen, daß sich irgend etwas auf der Welt dem kirchlichen Einfluß ganz entziehe, am allerwenigsten, daß der Staat ein unchristlicher werde. Es ist schon ein Unglück, daß er in den meisten Ländern ein konfessionsloser geworden ist. Praktisch die Verhältnisse ins Auge genommen, ist auch eine absolute Trennung dieser beiden Institute eine Unmöglichkeit. Sie ist nie durchgeführt worden und wird nie durchgeführt werden. Der Versuch, sie durchzuführen, ist ein gleichmäßiger Schaden für Kirche und Staat. Aber weil sie mit einander leben müssen, müssen auch ihre gegenseitigen Rechtsgebiete sorgfältig gewahrt werden. Hierher gehören die im Syllabus aufgeführten Irrthümer, durch deren Verwerfung freilich die verkehrten Theorien von einer angeblichen Staatsomnipotenz und die absolutistischen Bevormundungen der Kirche durch sonst sehr liberale Regierungen hart getroffen werden. Eine dritte Schwierigkeit könnte in der Forderung gefunden werden, die katholische Kirche müsse sich mit dem jetzigen Fortschritte und der modernen Bildung versöhnen, welche Forderung vom hl. Stuhl abgelehnt wird (Syll. § X. 80). Wer kann sagen, welcher Sinn mit jenen so oft gebrauchten Worten Fortschritt, Bildung zu verbinden ist? Jeder versteht darunter etwas Anderes. Redet man nur vom Fortschritt auf der Basis des katholischen Glaubens, so schreitet in diesem Sinn auch der Papst heute an der Spitze der Civilisation. Die Civilisation des Heidenthums aber hat die Kirche schon in ihrer Wiege bedroht und hätte sie ausgerottet, wenn sie ein blos menschliches Institut wäre." Schließlich bemerkt das Pastoralblatt, daß die Encyclika eine sehr heilsame Bewegung in die Geister gebracht habe, deren Wellen weit über die katholische Kirche hinausschlagen und alles wohlthätig berühren, was noch einen Rest von positivem Christenthum habe, auf der Seite gegenüber aber manche Herzensgedanken blosgelegt habenund noch bloslegen werden zum Nutzen und Frommen Vieler, und daß dies Alles geschehe zu einer Zeit, wo das Papstthum in politischer Beziehung so tief darnieder zu liegen schien.

(Amtliche Nachrichten.) **München,** 19. Januar. Se. Maj. der König hat dem k. Staatsrathe im ordentlichen Dienste und Staatsminister der Finanzen, Benno v. Pfeufer, das Großkomthurkreuz des k. Verdienstordens der bayer. Krone verliehen; dem k. Staatsrathe im ordentlichen Dienste und Staatsminister des Innern für Kirchen- und Schulangelegenheiten, Nik. v. Koch, das Komthurkreuz des k. Verdienstordens vom heil. Michael verliehen; den Bezirksarzt 2. Klasse zu Tittmoning, Dr. C. Schönleutner, auf die Bezirksgerichtsarztesstelle zu Wasserburg berufen.

Vom k. Staatsministerium der Justiz wurde als Vertreter der Staatsanwaltschaft am k. Landg. München r/J. der Accessist des Bezirksgerichts München l/J., Seb. Bodensteiner, aufgestellt. (B. Z.)

München, 19. Jan. Zur Förderung der Superrevision und Bewirkung des zeitgemäßen Abschlusses des Staatsfinanz-Rechnungswesens von dem abgelaufenen Etatsjahre 1863/64 begaben sich im Laufe dieser Woche die sämmtlichen k. Oberrechnungsräthe behufs der solchjährigen Rechnungsaufnahme in den Kreisen an die betreffenden Regierungssitze. Denselben gab aus diesem Anlasse der Präsident des obersten Rechnungshofes, Geh. Rath v. Wanner, am 17. d. im Hotel zu den vier Jahreszeiten ein festliches Abschiedsdiner, wozu auch die übrigen Angestellten des Oberstrechnungshofes geladen waren. (B. Z.)

Wien, 17. Jan. Anläßlich der Vorladung des Studentenkomite's vor den Senat versammelten sich heute Mittags gegen 600 Studenten auf dem Universitätsplatz und demonstrirten durch Beifallsrufe für Hyrtl und durch Pereats gegen mißliebige Professoren. Hyrtl ward auf die Schultern gehoben und über den Platz getragen. Die Demonstration dauerte zwei Stunden. Später zogen die Studenten durch die Stadt nach Dreher's Bierhalle; daselbst fand ein Commers mit Toasten statt, dann ein Zug nach Hyrtl's Wohnung; dieser beschwor die Studenten zur Ruhe, was diese theilweise gelobten. Die Behörde hat sich nicht eingemischt.

Wien, 19. Jan. Die „General-Correspondenz" meldet: „Die durch die Adresse des Hrn. v. Plessen hervorgerufenen Kundgebungen aus den Herzogthümern sind hier angelangt, mußten aber das Schicksal jener Adresse theilen. Sie konnten nämlich vom Kaiser nicht angenommen werden, weil die Regierung von dem Grundsatz der Nichtzulassung politischer Manifestationen über die schleswig-holsteinische Angelegenheit eine Ausnahme in irgend welcher Richtung zu statuiren nicht gesonnen ist.

Wien, 19. Jan. Die amtliche Zeitung für morgen enthält ein kaiserliches Reskript an den Banus von Kroatien, welches die Absicht ausdrückt, den kroatischen Landtag im kommenden Frühjahr einzuberufen. Der Banus wird daher beauftragt, die Banalkonferenz einzuberufen, um derselben mehrere Fragen über die für den bevorstehenden Landtag zu genehmigende Wahlordnung zur Berathung und Antragstellung vorzulegen. Die Konferenzanträge sind ungesäumt dem Kaiser vorzulegen.

Wien, 19. Januar. Unterhaussitzung. Fortsetzung der Verhandlungen des Jahresberichtes der Staatsschulden-Kontrol-Kommission. Bei dem Beschlusse, welcher die Nichttilgung der Depositschulden von 1863 als eine Verletzung des Finanzgesetzes erklärt, erklärte der Finanzminister v. Plener die Depotgeschäfte für Maßregeln der innern Kassengebarung und erinnerte schließlich, daß die Regierung die Wünsche und Erklärungen des Reichsraths eingehend erwäge und würdige, derartigen Beschlüssen aber eine maßgebende Bedeutung nicht beilegen könne. Skene beantragt unter dem Eindruck dieser Mittheilung den Schluß der Sitzung. Es erfolgt noch die Verlesung der Interpellation Giskra's und Genossen: Wann gedenkt die Regierung dem Reichsrathe, gemäß des §. 13 der Verfassung, die Gründe und Erfolge des seiner Zeit über Galizien verhängten Belagerungszustandes darzulegen? Welches sind die Gründe der Fortdauer des Ausnahmszustandes?

Wie man aus **Wien** schreibt, hatte der Prinz Friedrich Karl am 17. d. eine drei Viertelstunden dauernde Privatunterredung mit dem Kaiser. Am 18. sollte eine weitere Konferenz statt-

---

tungen hindern oft oder beenden in vielen Fällen die Funktionen, welche Körper und Geist zusammen hervorbringen. Das Gedächtniß wird häufig durch eine Verletzung des Gehirns gestört. Ein Fall, ein plötzlicher Schlag oder ein Unwohlsein können alle Erinnerung verwischen.

Wir haben schon von solchen Personen gesprochen, welche ihre Freunde und Verwandte vergessen und nicht mehr das Gesicht ihrer Angehörigen erkennen konnten. Aber die Wirkungen der äußeren Einflüsse sind manchmal als partielle noch sonderbarer und gehen ganz über alle Begriffe. Die Funktionen des Gedächtnisses werden manchmal nur zeitweise gehindert; bei der Wiedergenesung fahren sie fort, an dem Punkte zu wirken, an welchem sie gehemmt wurden. Dr. Abercrombie kannte eine Dame, die einen Schlaganfall erlitt, gerade als sie am Kartenspielen war. Sie war von Donnerstag Abends bis Sonntag Morgen ohne Bewußtsein. Zuletzt kam ihre Sprache wieder und ihre ersten Worte waren: „Welche Farbe ist Trumpf?"

Beathie erwähnt eines Herrn, welcher (i. J. 1761) einen ähnlichen Anfall hatte, von dem er sich erholte; jedoch war ihm die Erinnerung der vier dem Anfall vorhergehenden Jahre verschwunden, während er sich alles dessen genau erinnerte, was in den Jahren vorher sich ereignet hatte. Er mußte sich wegen Kenntniß der vorgefallenen Begebenheiten dieser vier für ihn ganz in die Vergessenheit begrabenen Jahre, an welcher er selbst jedoch zur Zeit großen Antheil genommen hatte, ganz auf die öffentlichen Blätter, die er mit großer Zufriedenheit und Erstaunen las, verlassen. Ein Herr, zugleich ein großer Gelehrter, fiel vom Pferde und erhielt eine starke Beschädigung am Kopfe. Er genas, aber seine Gelehrsamkeit war dahin und er mußte seine Studien von vorne an, vom Erlernen des Alphabets wieder beginnen. Ein Gelehrter, der weniger unglücklich bei einem ähnlichen Unfalle war, verlor außer der griechischen Sprache keine seiner Kenntnisse; aber diese war auch unwiderruflich für ihn verloren.

Eine sonderbare Laune des Gedächtnisses wird in dem Falle des Dr. Braussanet berichtet. Durch einen Zufall erlitt derselbe einen Schlaganfall. Als er genas, hatte er die Fähigkeit, Eigennamen oder irgend ein Substantiv auszusprechen oder zu schreiben, vollständig verloren, während sein Gedächtniß mit Adjectiven verschwenderisch überhäuft war, durch deren Anwendung er dann das Hauptwort, welches er anwenden wollte, andeutete. Wenn er von Jemand sprach, so bezeichnete er ihn nach seiner Gestalt oder der Farbe, durch welche er sich bemerklich machte. Wenn eine Person rothes Haar hatte, so nannte er sie „roth"; war sie über gewöhnliche Größe, so nannte er sie „groß"; verlangte er seinen Hut, so rief er „schwarz"; und forderte er „braun" oder „blau", so verstand er darunter einen Rock von jenen Farben. Eben so benannte er die Pflanzen; da er ein großer Botaniker war, so kannte er eine große Anzahl derselben, er war aber nicht im Stande, sie mit Namen zu nennen. Herr Millingen erzählt von einem Manne, welcher die Worte wohl aussprechen konnte, aber vergessen hatte, wie sie geschrieben wurden, und von einem Anderen, welcher sich nur der ersten Sylben aller Worte, die er gebrauchte, erinnerte. Manche Personen verwechselten die Substantive mit einander, so daß sie die Uhr — Hut nannten oder Papier verlangten, wenn

finden, zu welcher nebst dem Begleiter des Prinzen, dem Chef des preußischen Generalstabs, Grafen von Moltke, General-Adjutant Graf v. Crenneville und Feldmarschall v. Heß zugezogen wurden. Man will bemerkt haben, daß Prinz Friedrich Karl sichtlich alle Berührungen mit den eigentlichen Diplomaten und Staatsmännern vermeidet.

Am 18. hat der Prinz **Friedrich Karl** in Begleitung des Kaisers Morgens 8 Uhr einer militärischen Parade in der Rennwegskaserne beigewohnt, sodann drei Stunden der Besichtigung des Arsenales, zwei Stunden einem Besuche der kaiserlichen Stallungen gewidmet. Abends erschien der Prinz im Karltheater, wo drei Possen zur Aufführung kamen. Am Vormittag des 19. fand zu Ehren des preußischen Gastes eine Jagd auf Fasanen im Revier von Aspern statt. — Am 18., Abends nach 8 Uhr, wurde durch den Kardinal Fürsterzbischof Rauscher die Vermählung der Erzherzogin **Maria Theresia** mit dem Herzog Philipp von Würtemberg in der Josephskapelle der Hofburg vollzogen.

Die „Const. Oesterr. Ztg.“ theilt aus dem bereits fertigen Tarife die wichtigeren Positionen mit, welche eine beträchtliche Ermäßigung erfahren haben. Insbesondere sind herabgesetzt: Pakfong und andere gemischte Metalle von 8 fl. auf 4 fl. 50 kr.; Seide von 15 fl. 75 kr. auf 10 fl.; Baumwollgarne im Durchschnitt um 15—20 pCt.; Leinengarne roh von Handgespinnst von 2 fl. 63 kr. auf 25 Nkr., gebleicht von 8 fl. auf 4 fl. 50 kr.; rohe Wollengarne von 5 fl. 25 kr., bei Streichgarn auf 75 kr., bei Kammgarn auf 4 fl. 50 kr., gefärbte oder mehrdrähtige von 13 fl. 15 kr. auf 10 fl.; Baumwollgarne: mittelfein von 78 fl. 75 kr. auf 50 fl., feine von 105 fl. auf 75 fl., feinste von 262 fl. 50 kr. auf 150 fl.; Leinenwaaren: gemeinste von 15 fl. 75 kr. auf 7 fl. 50 kr., mittelfeine von 105 fl. auf 50 und 70 fl., feinste von 262 fl. 50 kr. auf 150 fl.

Nach einer Mittheilung der „Ind. belge“ haben Frankreich und Oesterreich alle legislativen und administrativen Dokumente, nach welchen das Handelswesen beider Länder geregelt wird, schon seit längerer Zeit miteinander ausgetauscht. Gegenwärtig seien von Seiten Frankreichs wie Oesterreichs spezielle Fachmänner mit den Vorstudien zu ferneren Unterhandlungen beauftragt worden.

Posen, 14. Jan. Welche bodenlose Rohheit im Verlauf des Aufstandes vorgekommen, davon liefert die Schwurgerichtssitzung des vorgestrigen Tages einen augenfälligen Beweis. Auf der Anklagebank saßen zwei Männer, Tokarski, 21 Jahre alt, und Groß, 26 Jahre alt, beide preußische Unterthanen. Sie hatten sich der polnischen Insurrektion angeschlossen, trieben sich stets an der Grenze umher, und wurden allgemein als Hängegendarmen bezeichnet. Sie verkehrten häufig im Wirthshause zu Polajewo, wohin auch mitunter die Frau des russischen Grenzbeamten in Polajewo, Agnes Fedorow, kam. Die Wirthin warnte die beiden Männer vor dieser Frau, indem sie hinzufügte, dieselbe stehe in Verdacht, einige Polen an die russische Behörde verrathen zu haben. Sogleich beschlossen beide Männer, die Frau aufzuhängen. Auf der Landstraße überfielen sie die hochschwangere Frau, schleppten sie in eine Schonung. Dort schlang einer seinen Leibriemen der Frau, die ihre Unschuld versicherte und flehend um ihr Leben bat, um den Hals und würgte sie so lange, bis sie kein Lebenszeichen mehr von sich gab. Durch gegenseitige Beschuldigung, sowie durch die Vernehmung von zwölf Zeugen wurden sie der That überführt und zum Tode verurtheilt.

Ein **Dresdener** Korrespondent der „Allg. Z.“ versicherte kürzlich, daß die einer früheren Zeit angehörenden Verhandlungen zwischen Oesterreich und Preußen bezüglich der Annexion der Herzogthümer seit der Aufstellung der österreichischen Compensationsforderung thatsächlich geruht hätten; derselbe schreibt nun vom 18. d., daß nach übereinstimmenden Meldungen aus bester Quelle die Sendung des Prinzen Friedrich Karl von Preußen in erster Linie den Zweck hat, diese Verhandlungen und zwar in der Art wieder aufzunehmen, daß Oesterreich sich eventuell bewegen lasse, die Compensation nicht in Schlesien, sondern anderweit zu suchen. Wo? darüber fehle es ihm zunächst an jedem sicheren Anhalt; denn wenngleich die Fürstenthümer Hohenzollern genannt werden, so würden dieselben doch erstens an und für sich kaum ein entsprechendes Aequivalent für die Elbherzogthümer darstellen, und zweitens erst in Folge einer Reihe schwieriger Territorialoperationen direkt für Oesterreich nutzbar gemacht werden können. Wahrscheinlicher ist es“, fährt derselbe fort, „daß Preußen überall keinen Territorialzuwachs, sondern ein Arrangement in Wien anbieten wird, welches für jede Bedrohung, auch des nicht zum Bunde gehörenden österreichischen Gebiets, den Bund und Preußen zur unbedingten Hilfeleistung verpflichtet.“

Zur Angelegenheit der Schillerstiftung theilt die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ unter dem 18. ds. zwei neuere thatsächliche Momente von Wichtigkeit mit. Zunächst vernimmt das genannte Blatt auf verläßliche Weise, daß bei der letzten Verwaltungsrathssitzung in Weimar außer den vom Vorsitzenden desselben veröffentlichten Beschlüssen noch einer gefaßt wurde, der sonderbarer Weise nicht mit veröffentlicht ward, dahin gehend: Der Verwaltungsrath wolle von dem sächsischen Kultusministerium eine Aufhebung des bekannten Inhibitoriums wegen Ablieferung der Gelder von der Dresdener Zweigstiftung nach Weimar zu erwirken suchen, falls aber dies nicht gelinge, eine neue Generalversammlung ausschreiben, um auf diesem Wege eine Erledigung des Konflikts herbeizuführen. Andererseits ist von dem sächsischen Kultusministerium eine neue Verordnung an die Dresdener Zweigstiftung ergangen, auch der Leipziger Zweigstiftung abschriftlich mitgetheilt worden, worin denselben Mittheilung von einem Schreiben derselben Behörde an den Verwaltungsrath zu Weimar gemacht wird, als Antwort auf des letztern Gesuch an das sächsische Kultusministerium 1) um Bestätigung der in Weimar beschlossenen Statutenänderung, 2) um Anerkennung des neugewählten Vororts Weimar. Der Inhalt des Schreibens ist ungefähr folgender: Das königliche Kultusministerium erkennt den Vorort zu Weimar noch bis zum 1. Juli ds. Js. an, jedoch nur in der Eigenschaft eines bis zur Herstellung einer neuen, statutengemäßen Ordnung die Geschäfte

---

sie Kohlen wünschten. Ein Musiker, welcher theilweise sein Gedächtniß verloren hatte, nannte seine Flöte „Töfel“, indem er hier und bei vielen andern also verdrehten Substantiven jeden Buchstaben des richtigen Wortes gebrauchte.

Oftmals ereignete es sich auch, daß die Erinnerung an ein plötzliches Unglück sich zu der Zeit verlor, als das Ereigniß stattgefunden hatte. Ein Pfarrer in St. Sulpice, der nie müde wurde, Gutes zu thun, übte bei sich die strengste Enthaltsamkeit aus, nur um die Mittel zu erhalten, Anderen zu dienen. Er nahm einst einen Waisenknaben zu sich, welcher seine Güte mit zärtlicher Zuneigung erwiderte, die mit jedem Jahre zunahm. Kurz, beide liebten einander wie Vater und Sohn. Der arme Knabe ward ein fähiger Schüler und bei seinem musikalischen Talent bald ein ausgezeichneter Musiker. Er zeichnete sich besonders auf der Harfe aus, und seine Stimme, obschon nicht stark, war der ergreifenden Modulationen fähig, welche zu Herzen dringen. Wenn er sie durch sein Saitenspiel begleitete, konnte nichts Bezaubernderes gehört werden; es fand der arme Pfarrer seine angenehmste Erholung darin, dieser Musik zu lauschen; er war eben so stolz als entzückt von den Fortschritten seines Sohnes, — wie er den jungen Musiker nannte. Jedoch wurden nur zu bald Frieden und Harmonie auf die traurigste Weise unterbrochen. Zur Zeit der französischen Revolution am 2. Sept. 1792 wurde der Pfarrer mit dem Erzbischof von Arles im Karmelitenkloster zu Paris mit noch 30 anderen Geistlichen vor dem Altar, an den sie sich geflüchtet hatten, ermordet. Der Knabe war seinem Beschützer bis zum Tode gefolgt und weigerte sich, von seiner Seite zu gehen. Des armen Kindes Gemüth war ganz zerrüttet. Er wollte nicht an den Tod seines Vaters glauben und bestand darauf, daß er nur schliefe. Er vergaß die Mordscene, welche ihn umgab, blieb während drei Stunden bei dem blutenden Leichnam sitzen, und erwartete jeden Augenblick, daß derselbe erwachen werde. Dann stürzte er fort, holte seine Harfe und spielte an der Seite seines todten Beschützers die klagendsten Melodien. Zuletzt ermüdet durch das Abwarten seines Erwachens, fiel er selbst in tiefen Schlummer; das mitleidige Volk, welches umher stand, hob ihn auf und legte ihn zu Bette. Sein Schlaf oder vielmehr die Erstarrung, in welche er gefallen, dauerte achtundvierzig Stunden. Man vermuthete, daß, wenn seine Besinnung zurückkehre, er etwas gefaßter sein würde — aber nein, sein Geist wurde nie wieder gesund. Er blieb völlig geistesabwesend, indem er schweigend durch die Gemächer schritt, bis es drei Uhr schlug; dann sprang er auf, holte seine Harfe und spielte, an die Trümmer des Altars gelehnt, die Weisen, welche sein Lehrer besonders geliebt hatte. Mit dem ersten Schlage der sechsten Stunde beendete er sein Spiel und sagte langsam weggehend: „Noch nicht, noch nicht; aber bald wird er kommen und mit seinem Knabe sprechen.“ Bald darauf fiel er wieder in seinen Zustand von Geistesstarrheit bis zum nächsten Tage. Jedermann bemitleidete den armen irrsinnigen Knaben, und blieb nicht ungerührt, wie er, obgleich aller Vernunft und des Gedächtnisses beraubt, zwischen Zuneigung und Hoffnung dahin lebte. (N.Fr.Z.)

Google

fortführenden. Es versagt der beschlossenen Statutenveränderung zur Zeit die Bestätigung; es verlangt die Berufung einer neuen Generalversammlung und die Mittheilung der auf dieser zur Beschlußfassung zu stellenden Gegenstände an die Zweigstiftungen rechtzeitig vorher und behält sich seine weitern Entschließungen bis nach ordnungsmäßiger Regelung der Sache vor.

Stuttgart, 19. Jan. Herzog Philipp von Württemberg, welcher gestern in Wien seine Vermählung mit der Erzherzogin Maria Theresia, Tochter des Erzherzogs Albrecht von Oesterreich, vollzog, wird demnächst mit seiner Gemahlin hier erwartet. Von hier begibt sich derselbe nach Claremont in England, um seine Großmutter, die Königin Amalie, Wittwe des Königs Louis Philipp der Franzosen, zu besuchen. — Postpraktikant Hoffmann, der mit circa 30,000 fl. unterschlagenen Postgeldern nach England durchgegangen, sollte in England festgenommen werden, die Sache fand aber Anstand, da mit England kein Auslieferungsvertrag besteht. Nachher ließ sich derselbe verleiten, unter fremdem Namen nach Havre herüberzukommen, wo er verhaftet wurde. Nachdem nun die Förmlichkeiten hinsichtlich der Auslieferung erledigt sind, wird derselbe dieser Tage von einem hiesigen Polizeibeamten in Strasburg in Empfang genommen und hierher gebracht werden, um von dem Schwurgericht seine Strafe zu erhalten. Man hat noch etwa die Hälfte der unterschlagenen Gelder bei ihm vorgefunden.

Frankfurt, 20. Jan. In der gestrigen Bundestagssitzung gab Sachsen eine Erklärung ab, worin es die Annahme des Gesetzentwurfs gegen den Nachdruck an gewisse Bedingungen knüpft. Die Erklärung wurde dem betreffenden Ausschuß zugewiesen.

Aus **England** entnehmen wir dem „International“ die Nachricht, daß in jüngster Zeit eine politische Vereinigung der hervorragendsten Mitglieder der Tory-Partei stattgefunden hat. In derselben ist der Beschluß gefaßt worden, während der nächsten Sitzungen einen ernstlichen Angriff gegen das Kabinet zu vermeiden, dagegen bei den im kommenden Herbste stattfindenden Wahlen alle Kräfte zu entwickeln, um im Parlamente die Tory-Partei zu verstärken. Dasselbe Journal versichert, daß Lord Russe der spanischen Regierung seine große Genugthuung über die Absicht, San Domingo aufzugeben, ausgedrückt habe. Uebrigens begrüßt die ganze englische Presse jene Maßregel als eine sehr weise.

Paris, 18. Jan. In Tulle ist gestern aus lokalen Motiven eine sehr ernste Emeute ausgebrochen. Die öffentliche Gewalt intervenirte, ein Mensch wurde getödtet, mehrere sind verwundet.

Paris, 19. Januar. Der wöchentliche Bankausweis ergibt eine Zunahme des Notenumlaufs um 11$^1/_2$ Mill., des Baarvorraths um 3$^2/_5$ Mill.; eine Abnahme des Portefeuilles um 10$^1/_2$ Mill., der Staatsguthaben um 2$^1/_4$ Mill., der Privatrechnungen um 11 Mill.; die Vorschüsse blieben unverändert.

Kardinal d'Andrea ist mit seinem Bruder, dem Marchese d'Andrea, laut einer telegraphischen Depesche aus **Neapel** vom 14. Jan., der Einladung zur Tafel beim Kronprinzen von Italien gefolgt. Dieses Demonstrationsessen hat den Neapolitanern so gefallen, daß sie den italienischen Bischof zum Kandidaten fürs Abgeordnetenhaus aufstellen wollen; der Kardinal wird jedoch schwerlich dieser Aufmerksamkeit Folge leisten.

Petersburg, 11. Jan. Nach der veröffentlichten Uebersicht der Staatseinnahmen und Ausgaben pro 1865 sind erstere mit fast 338, letztere mit 380 Mill. Rubel in Ansatz gebracht. Die Einkünfte zeigen einen Zuwachs von 3,704,000; die Ausgaben eine Verminderung um 20,384,000 Rubel gegen das Vorjahr. Zur Deckung des Defizits beabsichtigt man, eine Notenausgabe von vier Serien Staatsschatzbillets im Betrage von 12 Mill. R., den Rest der holländischen Anleihe von 7,484,000 R. und einen Theil des zurückgegebenen Vorschusses zum Bau der Odessa-Bahn zu verwenden.

New-York, 7. Jan. Hood meldet in einem von Korinth datirten Bericht vom 26. Dezember, daß seine Armee den Tennessee passirt hatte, ohne seit dem vor Nashville gelieferten Kampf einen materiellen Verlust erlitten zu haben. Die unionistischen Berichte im Gegentheil melden, daß der Train und die Pontons Hoods beim Uebergang über den Tennessee weggenommen worden sind. Ein Telegramm von Charleston vom 2. sagt: daß der Feind mit starker Macht am Carolinischen Ufer des Savannah-Flusses landet, indem er die konföderalistischen Vorposten gegen Hardeeville treibt. Den Blättern von Richmond zufolge wäre das Ziel Shermans, sich der Stadt Nashville zu bemächtigen. Die Konföderirten haben Queensborough in Kentucky besetzt. Die Blätter von Richmond zeigen den Tod des Generals Price an. Der Minister Stanton hat Washington verlassen und sich nach Monroe, Hilton-Head und Savannah begeben, um sich mit den Generalen Grant, Forster und Sherman zu verständigen. Die „Tribune“ zeigt an, daß General Fremont zum Gesandten der Vereinigten Staaten in Paris ernannt werden wird. Dasselbe Blatt versichert, daß die friedliche Mission des Hrn. Blair in Richmond nicht von Hrn. Lincoln und ebensowenig von General Grant oder irgend einem Mitglied der Regierung autorisirt worden ist.

Hiezu die Beilage: „Würzburger Anzeiger“.

Verantwortlicher Redakteur: A. Hartmann.
Druck und Verlag der Stahel'schen Buch- und Kunsthandlung in Würzburg

Cours der Staatspapiere.

Oesterr.	5 pCt. Met. (Cp. i. S. b. R.)	—
„	5 pCt. Lomb. ditto. à 24	—
„	5 pCt. Engl. Met. v. 1852	80$^4/_8$ P.
„	5 pCt. Engl. Met. v. 1859	78$^7/_8$ P.
„	5 pCt. Venet. Coupon b. R.	84$^3/_8$ P.
„	5 pCt. Nationalanl. v. 1854	67$^3/_4$ P. $^5/_8$ G.
„	5 pCt. Metall. Obligation.	61$^1/_8$ G.
„	4$^1/_2$ pCt.	55$^1/_4$ P.
Preussen	3$^1/_2$ pCt. Staatsschuldsch.	91 P.
Bayern	4$^1/_2$ pCt. Obl. 1jähr. dto.	—
„	4$^1/_2$ pCt. Obl. $^1/_2$jähr. dto.	101$^5/_8$ G.
„	4 pCt. Obl. 1jähr. dto.	99 P.
„	4 pCt. Obl. $^1/_2$ jähr. dto.	99$^1/_4$ P.
„	4 pCt. Obl. Ab.-R. dto.	98$^3/_4$ G.
„	3$^1/_2$ pCt. Obl. dto.	97$^1/_2$ G.
Württemb.	4$^1/_2$ pCt. Obl. b. Rothsch.	105 G.
„	3$^1/_2$ pCt. Obl. dto.	96$^3/_8$ P.
Baden	4$^1/_2$ pCt. Obl.	—
„	3$^1/_2$ pCt. Obl. v. 1842	92 P.
Gr. Hess.	4$^1/_2$ pCt. Obl.	—
„	4 pCt. Obl. b. Rothsch.	101$^1/_8$ P.
„	3$^1/_2$ pCt. Obl. dto.	96$^3/_4$ G.
Nassau	4$^1/_2$ pCt. Obl. dto.	102$^1/_8$ P.
„	4 pCt. Obl. dto.	99$^1/_2$ P.
„	3$^1/_2$ pCt. Obl. dto.	92$^1/_2$ P.
Frankfurt	3$^1/_2$ pCt. Obl.	94$^5/_8$ G.
„	3 pCt. Obl.	90$^1/_2$ G.
Spanien	3 pCt. inl. Sch. P. à fl. 2. 30	—
„	2$^1/_4$ pCt. . . .	—
Schweden	4$^1/_2$ pCt. Obl. à 105 Thlr.	91$^1/_4$ P.
N.Amerika	6 pCt. à 100 Dr. 1881 D. 2$^1/_2$	—
„	6 pCt. ditto r. 1882	47$^3/_4$—$^5/_8$ G.

Diverse Aktien.

Frankfurter Bank à fl. 500 . . .	145$^3/_8$ P.
K. K. Oesterr. National-Bankaktien	800 G.
Oesterr. Kreditbank-Aktien à fl. 200	185$^1/_2$—86$^1/_2$ G.
Bayer. Hypothekenb. Pfandbriefe 4 pCt.	98$^1/_4$ P.
Darmst. Bank 1. u. 2. Serie à fl. 250	232 G.
Weimarische Bank à Thlr. 100 . .	99$^1/_4$ P.
Mitteldeutsche Kreditaktien . . .	99$^3/_4$ P.
Intern. Bank in Lux. à 250 Frs. à 28 kr.	—
Taunus-Eisenbahn à fl. 250 . . .	340 G.
Frankfurt-Hanauer-Eisenbahn . . .	99 G.
Oest. F.St.Eisb. 5pCt. 500 Fr. à 28 kr.	—
„ Elisab.-Eisenbahn 5 pCt. . .	115 G.
Böhm. Westbahn-Aktien à fl. 200 6/7	70$^3/_4$ G.
Rhein-Nahe-Bahn 200 Thl. à 105 4pCt. Z.	27$^1/_8$ G.
Ludwigshafen-Bexbacher à 4 pCt. .	145$^1/_2$ P. $^1/_4$ G.
dto. dto. Prior. à 4 pCt	97$^3/_4$ P.
Pfälz. Maxb. b. Rothschild à 4$^1/_2$ pCt.	104$^5/_8$ P.
Oest. St.-Eisenb. Prior.-Oblig. à 3 pCt.	50$^1/_8$ G.
Elisab.-Bahn Prior. 5 pCt. 6/7 .	78$^1/_2$ P.
Südd. Bank-Akt., 30 pCt. Einz.	255$^1/_2$ P.
Span. Handels- und Industrie . .	—
Bayr. Ostbahn à 4$^1/_2$ pCt. volleinbez.	113$^7/_8$—$^3/_4$ G.
Bayer. Ostbahn mit 50 pCt. Einz.	113$^5/_8$ P. $^1/_8$ G.

Anlehens-Loose.

Oesterr. fl. 250 v. 1839	134$^1/_2$ G
„ fl. 250 v. 1854 mit 4pCt.	74$^7/_8$ P. $^3/_4$ G.
„ fl. 500 v. 1860 6/7	83$^1/_2$ G.
„ fl. 100 Eisb. L. v. 1858.	128 G.
„ do. v. 1864.	87$^5/_8$ P.
Schwed. 10 Thlr. Loose	9$^5/_8$ P.
Badische fl. 50	—
Badische fl. 35	52$^3/_8$ P.
Kurhess. Thlr. 40 b. R.	54$^1/_2$ P.
Gr. Hessen fl. 50 b. R.	138 P.
„ fl. 25 do.	—
Nassau fl. 25 bei Rothsch.	38$^1/_8$ P.
Sardinische Fr. 36 b. R.	—
Neuchateler 10 Frs.-Loose	—
Freiburger 15 Frs.-Loose	—
Mailänder 45 Frs. L. b. R.	32$^1/_2$ P.
St. Lüttich mit 2$^1/_2$ pCt. Z.	—
Ansb.-Gunzenh. fl. 7-L.	10$^3/_4$ P.

Wechsel
in süddeutscher Währung.

Amst. fl. 100 k. S.	100$^7/_8$ G.
Antwerp. Frs. 200 k.S.	94 P.
Augsb. fl. 100 k. S.	100 P.
Berlin Th. 60 k. S.	104$^7/_8$ P.
Brem. 50 Th. Lsd. k. S.	96$^1/_8$ P.
Brüssel Frs. 200 k. S.	94 P.
Cöln Thlr. 60 k. S.	104$^7/_8$ P.
Hamb. MB. 100 k. S.	88$^7/_8$ G.
Leipzig Th. 60 k. S.	104$^7/_8$ P.
London Lst. 10 k. S.	118$^3/_8$ P.
Lyon Frs. 200 k. S.	—
Mail. Frs. 200 . .	93$^7/_8$ P.
München fl. 100 k. S.	99$^7/_8$ P.
Paris Frs. 200 k. S.	94 P.
Petersburg 60 S.-R.	—
Triest fl. 100 k. S.	—
Wien fl. 100 ö. W.	—
do. in öst. W. l. S.	101$^3/_8$—$^1/_4$ G.
Disconto	4$^1/_2$ pCt. G.

Frankfurt, 19. Januar. Die Börse war wenig belebt und die Notirungen ziemlich unverändert. (Synd.)

Digitized by Google

An die
k. Hof- und Staatsbibliothek
N. Würzb. Ztg. München.

Neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht!

№ 22-23. | Vorausbezahlung: Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 1 fl. 30 kr. Bei Inseraten wird die dreispaltige Zeile in gewöhnlicher kleiner | 62. Jahrgang. | Schrift oder deren Raum im Hauptblatte mit 6 kr., im Anzeiger mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franco. | Montag, 23. Januar 1865.

(Amtliche Nachrichten.) **München**, 20. Januar. Se. Maj. der König hat die kathol. Pfarrei Heltersberg, Bezirksamts Pirmasens, dem Priester G. Güttinger, Pfarrverweser in Bundenthal, übertragen; die kath. Pfarrei Niederschlettenbach, Bezirksamts Pirmasens, dem derzeitigen Verweser derselben, Priester Peter Adam Damm, übertragen.

Se. Maj. der König hat dem Kunstmaler A. Fischer, z. Z. in St. Petersburg, die Bewilligung zur Annahme und zum Tragen des von dem Kaiser von Rußland ihm verliehenen St. Stanislaus-Ordens 2. Klasse, dem k. Kämmerer und Hofmarschall L. Frhrn. v. Malsen die Bewilligung zur Annahme und zum Tragen des von dem Großherzoge von Hessen ihm verliehenen Kommandeurkreuzes 1. Klasse des Ludwigsordens ertheilt.

Die katholische Pfarrei Reichersbeuern, k. Bezirksamts Tölz, ist mit einem fassionsmäßigen Reinertrage von 747 fl. 37 kr. in Erledigung gekommen. (B. Z.)

München, 19. Januar. Der Gesetzgebungsausschuß der Kammer der Abgeordneten vollendete in seiner heutigen Sitzung die Berathung über die Kautionen und trat auch über das Armenrecht in Diskussion. Bezüglich der Fälle der Sicherheitsleistung standen sich in Art. 105 ff. des Entwurfes das System des Entwurfes und ein Gegenvorschlag des Referenten v. Neumayr gegenüber. Der Entwurf wollte die Sicherheitsbestellung für die Prozeßkosten in jeder Instanz besonders und jedesmal nur für die Kosten dieser Instanz behandeln. Referent schlug dagegen vor, den Antrag auf Sicherheitsleistung immer gleich beim Beginn des Rechtsstreites in der ersten Instanz in der Regel für sämmtliche Kosten zu stellen. Der Ausschuß pflichtete aber den vom Ministerialkommissär Dr. Weis zu Gunsten des Entwurfes entwickelten Gründen bei und nahm die Artikel 105 und 106 des Entwurfes nach den Abänderungsvorschlägen des Ministerialkommissärs an. Zu Art. 107 des Entwurfes, die Sicherheitsleistung wegen der Nachklage betreffend, hatte Abg. Dr. G. Schmitt einen Vorschlag eingebracht, wonach auch für die Widerklage Kautionsstellung stattfinden kann. Dem Vorschlag des Abg. Dr. Schmitt wurde beigestimmt. Bei der Debatte trat auf Anregung des Abg. Dr. Edel hervor, daß es zweckmäßig sei, die Materie der Prozeßkostenkaution von der cautio de restituendo zu trennen. Diese Trennung wurde im Prinzipe aus Rücksichten der Klarheit und Uebersichtlichkeit des Gesetzes beschlossen, und Dr. Edel übernahm die Redaktion der bezüglichen Artikel. Der Artikel 108 des Entwurfes (Arten der Kautionsleistung) wurde nach den Modifikationsanträgen des Referenten angenommen, wobei noch auf Anregung des Min.-Komm. Dr. Weis ausgesprochen ward, daß nach dem Muster des preußischen Entwurfes im Falle der Prozeßkostenkaution die Leistung durch Hinterlegung von Baargeld oder geldwerthen Papieren zu geschehen habe. Ueber das Verfahren bei der Sicherheitsleistung (Entw. Art. 109) lag ein Abänderungsvorschlag des Ministerial-Kommissärs vor, der sich durch lichte Anordnung und Vereinfachung des Verfahrens empfahl. Es wurde die Frage angeregt, wie weit hiebei Berufung zulässig sei, und diese Frage dahin beantwortet, daß nur bei Prozeßkosten-Kaution das selbstständige Berufungsmittel auszuschließen sei. Bei Art. 110 des Entwurfs hatte der Referent die Modifikation beantragt, daß die Bürgschaftserklärung nicht von dem Gerichtsschreiber, sondern nur von dem Notar aufgenommen werden dürfe und daß dem Bürgen die beneficia excussionis et divisionis nicht zustehen sollen. Der Ausschuß stimmte den Anträgen seines Referenten zu. Bei dem Eintreten in die Diskussion über die Lehre vom Armenrechte (Entw. Art. 111 ff.), wobei den Staatsanwälten gewisse Funktionen zugewiesen sind, wurde ausdrücklich vorbehalten, daß durch die Beschlüsse den Berathungen über die Staatsanwaltschaft nicht vorgegriffen werden solle. Die Art. 111 bis 117 des Entwurfes wurden durchgängig als zweckentsprechend befunden und mit einigen kleinen Modifikationen angenommen.

Wien, 21. Jan. Heute Mittags fand eine Hausdurchsuchung bei der Redaktion der „Presse" statt, wegen der österreichisch-preußischen Depeschen. Die Untersuchung wegen Verletzung des Amtsgeheimnisses ist anhängig.

Wien, 21. Jan. Mit Preußen schweben Verhandlungen über die Verwendung der bedeutenden Einnahmsüberschüsse der Herzogthümer. Oesterreich beantragte Deponirung in der Hamburger Bank.

Aus **Wien** meldet die „B. B.-Z.", daß das Geschäft wegen Verkaufs der österreichischen Staatsdomänen zu einem vorläufigen bestimmten Abschluß gekommen ist. (Welche Staatsdomänen verkauft sind, ist nicht angegeben.) Die Uebernehmer sind hiernach die österreichische Kreditanstalt, die österreichische Bodenkreditgesellschaft, die Darmstädter Bank für Handel und Industrie, der Pa-

Feuilleton.

Eine Reise auf den Sternen.

Unsere Erde ist das Schiff, auf dem wir, die Sonne umkreisend und den Mond gleich einem Kahn mit uns fortziehend, durch den Weltenraum schwimmen. Der Raum, den wir jedes Jahr durchmessen, dünkt uns, nach den auf unserer Erde vorkommenden Entfernungen berechnet, ein ungeheurer zu sein. Im Verhältniß zu der Größe des ganzen Weltraums ist er ein winzig kleiner.

Gefühl und Verstand sträuben sich dagegen, den Zweck dieser in ihrer Unermeßlichkeit unbegreiflichen Welt darin zu suchen, daß Alles dem Nutzen und der Annehmlichkeit des Menschen diene. „Die Welt ist nicht für einige Dutzend aufgeblasene Zwerge geschaffen," sagt Cyrano de Bergerac, „das Sonnenfeuer nicht deshalb angezündet worden, damit sein Licht die Menschen verhindere, mit der Nase gegen die Mauer zu rennen, und seine Wärme die Mispeln reifen und die Krautköpfe wachsen lasse." Ernster sprach sich der Dichter-Philosoph Lucrez vor zweitausend Jahren aus: „Diese ganze sichtbare Welt ist nicht einzig in der Natur, und wir müssen glauben, daß es noch andere Erden, andere Wesen und andere Menschen in anderen Gegenden des Raumes gibt." Diesen tiefinnersten Glauben, der uns im Weltall ein unermeßliches Reich erblicken läßt, wo das Leben in den verschiedensten Gestalten sich entfaltet, haben die Denker von den ältesten griechischen Philosophen bis auf Herschel, Arago und Humboldt in sich getragen. So weit er sich wissenschaftlich begründen läßt, ist dies durch den Pariser Astronomen Camille Flammarion in einem gediegenen Werke geschehen, das ein deutscher Astronom Adolph Drechsler, unter dem Titel: „Die Mehrheit bewohnter Welten" (Leipzig, J. J. Weber) in einer dem Charakter deutscher Bildung angemessenen Weise bearbeitet hat.

Unter den Männern, die ein von Leben erfülltes Weltall annahmen und in den Gestirnen nicht blos stumme Diener des Menschen sahen, befanden sich zu allen Zeiten Schwärmer oder Dichter, welche ihren Gegenstand als Roman behandelten. David Fabricius, ein Gelehrter des siebzehnten Jahrhunderts, behauptete, mit eigenen Augen Bewohner des Mondes gesehen zu haben. Das sei nicht wahr, entgegnete Pierre Morel, aber dereinst werde man Mondmenschen sehen, wenn man ein Luftschiff bauen lerne und in den höchsten Höhen unsere Atmosphäre mit dem Fernrohr beobachte.

Daß wir dem Monde nahe genug seien, um mit seinen etwaigen Bewohnern in Korrespondenz treten zu können, ist die Ansicht eines verdienstvollen Naturforschers, des Physikers Brandes. Gestützt auf den Gedanken, daß jedes Vernunftwesen, wie es auch immer organisirt sein möge, geometrische Begriffe haben müsse, da diese nicht von äußeren gegebenen Bedingungen abhängig, sondern allgemein und nothwendig sind, macht er folgenden Vorschlag: Man veranstalte in einer tropischen, ebenen, kulturfähigen Gegend von möglichst gleichmäßiger Naturbeschaffenheit eine große Anpflanzung, die in der Vogelperspective eine geometrische Figur bildet und sich als solche möglichst scharf und bestimmt von der Umgebung unterscheidet. Ist diese nun groß genug, um von den

riser Crédit Foncier und die durch Hrn. Langrand-Dumonceau repräsentirte belgische Gesellschaft.

Der „Köln. Ztg." wird aus **Berlin**, 21. Januar, telegraphirt: „In Betreff der Behandlung der schleswig-holsteinischen Vereine hört man, es sollen nur die eigenen holsteinischen und schleswig'schen Landesgesetze auf jene Vereine angewendet werden. — Die österreichische Depesche vom Dezember soll die einschlagenden Fragen sehr ausführlich behandeln. Es bestätigt sich, daß die preußische Antwort darauf noch nicht erlassen ist. — Wegen des Handelsvertrags mit Oesterreich sollen noch einige nicht sehr wesentliche Schwierigkeiten zu beseitigen sein.

Berlin, 21. Jan. Die „Nordd. Allg. Ztg." erklärt das Gerücht von der Verlobung der Prinzessin Helene von Großbritannien mit dem Erbgroßherzog von Sachsen-Weimar für unbegründet.

Stuttgart, 21. Jan. Gestern ist in unserer Abgeordnetenkammer ein wichtiger Schritt geschehen. Die Kammer hat einstimmig, die ritterschaftlichen Mitglieder eingeschlossen, den wichtigen letzten Artikel des sog. Komplexlastengesetzes angenommen; worin gesagt ist, daß dieses Gesetz mit den früheren Ablösungsgesetzen ein untrennbares Ganze bilden soll. Hierin liegt der Verzicht des Adels auf jeden Gedanken, die in ihrer Rechtsgilltigkeit hiedurch anerkannten Ablösungsgesetze auch künftig noch durch Forderung von Nachtragsentschädigungen anfechten zu wollen. Man glaubt, daß die erste Kammer dem Beispiel der Ritterschaft folgen werde, da das beiderseitige Verhalten ohne Zweifel auf Verabredung beruht. (N. Kor.)

Jena. Die zweite Nummer der „Flugblätter des deutschen Reformvereins" ist erschienen. Schleswig-Holstein und die Bundesreform bilden den Gegenstand der Besprechung. Wir entnehmen derselben Folgendes: Bekanntlich haben im Mittelalter lange Zeit in den meisten Fürstengeschlechtern Versuche stattgefunden, die Erbfolge der Weiber auch da einzuführen, wo theils in Folge des longobardisch-deutschen Lehenrechts, theils in Folge anderer Staats- und Hausgesetze die männliche Erbfolge ausschließlich oder doch vorzugsweise galt. Um sich dagegen möglichst sicher zu stellen, hielt man die Töchter, die in fremde Fürstenhäuser heiratheten, an, auf ihre wirklichen oder doch möglicher Weise bestehenden Erbrechte zu verzichten. — Es ist nun sehr erklärlich, daß in jener Zeit ein Vater den Versuch machte, wenigstens für den Fall des Aussterbens des Mannesstammes seinen Töchtern die Erbfolge zu sichern und darauf berechnete Vorbehalte wurden gewöhnlich in die Erbverzichte aufgenommen. — Dies geschah denn auch eine Zeit lang im holsteinischen Fürstenhause, und nicht nur jene Elisabeth (Tochter König Johanns), die in das brandenburgische Fürstenhaus heirathete, sondern auch deren Nichten, Dorothea (Tochter König Christians II.) die einen pfälzischen Wittelsbacher (von dem die bayerische Königsfamilie abstammt), und deren Schwester Christine, die einen Lothringer ehelichte (von dem das heutige österreichische Kaiserhaus abstammt), hatten solche Vorbehalte gemacht, — ja der Wittelsbacher war in Folge davon sogar schon zum König von Norwegen ausgerufen worden, und nur das Kriegsglück hinderte ihn, seine Ansprüche zu behaupten. —

Dennoch ist es weder dem bayerischen noch dem österreichischen Fürstenhause eingefallen, Erbansprüche zu erheben, die eben einfach deßhalb nicht geltend gemacht werden können, weil in den Herzogthümern die männliche Erbfolge des Lehenrechts (beide Herzogthümer waren bekanntlich Lehen) von jeher galt und in Geltung blieb. — Hätte Brandenburg ein Erbrecht geltend machen können, es hätte damit wahrlich nicht 300 Jahre zugewartet, — an Gelegenheit dazu hat es nicht gefehlt und Lässigkeit in Geltendmachung seiner Rechte lag wahrlich nie im Charakter Preußens!!

So ist es denn klar, daß jene angeblichen Erbrechte nur geltend gemacht werden, um das Urtheil des deutschen Volkes zu verwirren, dessen Geduld zu ermüden, seine Aufmerksamkeit von dieser Frage abzulenken! — Vergebliches Bemühen! — Dem biedern Volke der Herzogthümer ist noch immer die Möglichkeit entzogen, sich über seine wichtigsten Angelegenheiten auszusprechen, indem man unter nichtigen Vorwänden verweigert, seine gesetzlichen Vertreter zu berufen; dennoch spricht es bei jeder Gelegenheit wieder mit einer Einstimmigkeit, die nur aus seinem tiefen Rechtsbewußtsein erklärlich ist, seine Ueberzeugung aus, daß Herzog Friedrich VIII. der einzig Berechtigte zur Erbfolge in den Herzogthümern sei. — Schon einmal haben die „Vormächte" sich zu der gleichen Ueberzeugung bekannt, — sie haben sie seitdem in einer Weise verleugnet, welche hier nicht näher bezeichnet werden soll; sie werden zu jener Ansicht zurückkehren, wenn sie erkennen, daß das deutsche Volk an seiner Ueberzeugung festhält, daß es keine andere Lösung jemals anerkennen wird. Sache des deutschen Volkes ist es, dies bei jedem Anlasse zu bethätigen, treu und fest zu den Herzogthümern zu stehen, dann werden all' jene Ränke vergehen — Recht und Wahrheit aber werden bestehen und es wird sich das alte Wort bewähren, daß des Volkes Stimme Gottes Stimme ist!

Friedberg, 20. Jan. Ein Korrespondent der „A. Z." schreibt: „Zwar sind die Wunden Gutzkow's bereits so weit geschlossen, daß man den Kranken noch heut in die Behausung des ihm verwandten Dr. Walter nach Offenbach bringt. Allein der geistige Zustand des höchst beklagenswerthen Dichters ist bedauerlicher Weise noch lange nicht so, wie nach einzelnen Verlautbarungen von Besserung zu vermuthen stand. Gutzkow ist schon seit Oktober v. J. geistig krank. Seine nähere Umgebung hat unsäglich

---

etwaigen Mondbewohnern deutlich gesehen zu werden, und hebt sie sich hinreichend heraus, so werden diese unsere Nachbarn unsere Absicht errathen und ohne Zweifel darauf bedacht sein, uns eine entsprechende Antwort zu geben. Die Kosten wären nicht verloren, auch wenn die von uns eröffnete Korrespondenz unbeantwortet bliebe, und auch das negative Resultat wäre nicht zu verachten; wir wüßten dann wenigstens, daß es drüben keine solchen Wesen gebe, die uns in dieser Weise verstehen und uns antworten könnten. Wie aber, fragen wir entgegen, wenn diese Wesen unsere geometrische Veranstaltung in der tropischen Ebene nicht sehen könnten? Was ein Astronom über unsere Aussichten in Betreff der Entdeckung von Mondbewohnern sagt, läßt uns den Brandes'schen Vorschlag als unpraktisch erscheinen. „Gelänge es," sind Mädler's Worte, „mit einer tausendfachen Vergrößerung noch gute Beobachtungen auf der Mondfläche zu machen, so würden die Gegenstände auf derselben immer noch nicht besser erscheinen, als mit freiem Auge in fünfzig Meilen Entfernung, und auch das schärfste Auge ist nicht im Stande, einen Menschen, ein Pferd und dergleichen noch wahrzunehmen, wenn sie eine Meile entfernt sind. Vielleicht aber könnte man Bauwerke auffinden, Heereszüge verfolgen und Aehnliches? Auch hier ist schwerlich etwas zu erwarten. Wenn es uns auch gelänge, ein architektonisches Produkt von der Größe der Cheops-Pyramide oder der Peterskirche als ein feines Pünktchen wahrzunehmen, wer deutet uns dieses Pünktchen? Die kleinsten der ihrer Gestalt nach mit einiger Deutlichkeit wahrnehmbaren Gegenstände sind noch immer vier- bis sechstausend Fuß lang und breit, und auch eine verhältnißmäßig nicht unbeträchtliche Höhe darf ihnen nicht fehlen, wenn man sie von ihrer Umgebung unterscheiden soll."

Wie uns das jetzige Teleskop den Mond zeigt, erscheint er als öde und kahl. Diese Beobachtungen ermächtigen uns auf dem jetzigen Standpunkte der Wissenschaft nicht, die Bewohnbarkeit dieses Satelliten zu bejahen oder zu verneinen. Wenn auch der Mangel der Meere und folglich aller Gewässer auf der uns zugekehrten Mondhälfte bis zum Ueberfluß dargethan wäre, bemerkt Flammarion, so würde dadurch immer noch nicht die Unbewohnbarkeit des Mondes erwiesen sein. Fast eine Hälfte der Mondoberfläche ist uns gänzlich verborgen und wird uns ewig unbekannt bleiben; dort können wohl Meere die fruchtbaren Länderbegrenzen, schattige Wälder die Gebirge bedecken; dort können Thiere eine Wohnstätte und die Bedingungen ihrer Existenz gefunden haben, dort können Menschen leben und sich des Daseins erfreuen, ohne daß es uns möglich wäre, die geringste Ahnung davon zu haben. Was endlich die Mond-Atmosphäre betrifft, so haben wir allerdings noch keine bemerkt, aber es folgt hieraus noch nicht, daß der Mond keine hat, es folgt daraus nur, daß wir nicht die Mittel besitzen, dieselbe wahrzunehmen. Auf den Mangel aller Flüssigkeiten hat man aus Polarisationsversuchen, aus dem plötzlichen Verschwinden der Sterne bei der Bedeckung derselben durch die Mondscheibe auf das Nichtvorhandensein einer Atmosphäre geschlossen. Dieser Schluß ist nicht giltig. Bei der Kleinheit des Mondes kann um denselben auch eine sehr niedrige Atmosphäre gedacht werden, welche nur die Thäler und Tiefebenen bedeckt, die Höhe der bedeutenden, auf der uns zugewendeten Seite sichtbaren Mondgebirge aber nicht erreicht.

Außer dem Monde wird die kleine Vesta zu den Gestirnen gerechnet, die keine Atmosphäre haben. Von allen anderen Planeten wissen wir, daß diese Grundbedingung des Lebens ihnen nicht fehlt. Auf der Venus beweisen Dämmerungserscheinungen und wolkenartige Flecken das Vorhandensein derselben. Von diesem kleinen Planeten, unserm lieblichen Abendstern, hat Bernardin de St. Pierre eine reizende Beschreibung entworfen. „Venus," sagte er in seinen „Harmonien der Natur," „muß mit Inseln übersäet sein, deren jede reich ist an Bergfelsen, welche wohl fünf Mal bis sechs Mal höher sind als der Pik von Teneriffa. Die

unter der Aufregung zu leiden gehabt, die den Gequälten seit genannter Zeit beherrschte. Am Weihnachtstag schon vermochte er nur mit Mühe dazu gebracht zu werden, in das Zimmer zu treten, wo seine Kinder sich über den Weihnachtsbaum freuten. Und als er endlich eintrat, rann ein Strom von Thränen über sein Gesicht, und er rang, gleichsam als Unglücklicher, die Hände. Was Gutzkow auf einer darauffolgenden mehrwöchigen Reise in Bayern angefangen, weiß man nicht; er selbst erinnert sich dessen auch nicht. Nur erfährt man, daß er, selbst besorgt um seinen geistigen Zustand, endlich dem ihm verwandten Arzt Walter telegraphirte, nach Friedberg zu kommen. Da das Telegramm jedoch unklar war, und Dr. Walter in Folge dessen nicht kam*), so hielt der sich von allen Seiten verrathen und verfolgt Glaubende sich auch für verlassen von diesem, und mag auf diese Art im Zustand äußerster Erregung fast unbewußter Weise sich die bekannten Verletzungen beigebracht haben, welche einen außerordentlich großen Blutverlust herbeiführten, so daß seine Hände und sein Gesicht noch heute eine erschreckende Färbung und anscheinende Veralterung an sich tragen.

Kopenhagen, 21. Jan. Hr. Quaade hat einer königlichen Entschließung gemäß den Gesandtschaftsposten in Berlin neuerdings anzutreten.

In **Zürich** haben die Behörden den polnischen Flüchtlingen die Erlaubniß zur Gründung einer Gesellschaft verweigert, welche, außer gegenseitiger materieller Hilfsleistung, auch die gegenseitige moralische Ueberwachung zum Zweck haben sollte, „damit ein jedes Mitglied dieser Gesellschaft den Charakter eines Polen würdig repräsentire und sich bei der Aussicht auf die Rückkehr in das Vaterland zu einem verständigen und tüchtigen Bürger ausbilde." Die Behörde ging bei ihrem Verbot von der Ansicht aus, daß diese Gesellschaft, deren Organisation auf dem Zehner-System beruhen sollte (je zehn Flüchtlinge sollten einen Verband mit einem Obmann und je zehn Obmänner wieder einen Verband mit einem Zentralausschuß bilden), eigentlich eine politische sei, welche Art

*) Ein uns zugekommener Brief aus Frankfurt sagt: Gutzkow hatte an Dr. med. Walter nach Offenbach telegraphirt, daß er ihn nothwendig sprechen müsse und daß er zu diesem Zweck nach Friedberg kommen möge. Da die Depesche nur Karl unterzeichnet war, und Dr. Walter keine Ahnung hatte, daß sein Schwager in Friedberg seyn könne, so telegraphirte er an den Absender der Depesche zurück: er möge sich nach Offenbach zu ihm bemühen, da ihm seine Praxis nicht erlaube, sich gerade an dem betreffenden Tag von Offenbach zu entfernen. Bei Empfang dieser Antwort soll Gutzkow geseufzt haben: Also auch er! Hierauf erfolgte einige Stunden später die Katastrophe. Bemerken wollen wir, daß Zeichen der ehrenvollsten Theilnahme an dem Unglück, das den Dichter der Ritter vom Geist betroffen, von allen großen Städten Deutschlands durch den Telegraphen in Friedberg angemeldet wurden. Anfragen von hohen Personen und vielen Notabilitäten der Kunst erfolgten von allen Seiten. Der Telegraph hat in Friedberg noch niemals so viel zu thun gehabt.

von Gesellschaften den Flüchtlingen unter Androhung von Geldbuße, Gefängniß und Ausweisung verboten ist.

Aus **Paris**, 19. Jan., wird gemeldet, daß der bekannte Proudhon, der vor einer Anzahl Jahren dem Christenthum wie aller Moral zum Hohne die Lehre verkündigte: „Eigenthum ist Diebstahl," an selbigem Morgen gestorben ist. Er war seines Zeichens ursprünglich Schriftsetzer, und hat sich dann später als Prediger der Lehren des Sozialismus hervorgethan. Proudhon ist mit einer wahrhaft stoischen Ruhe wie er gelebt, gestorben. Den Besuch, den ihm der Pfarrer von Passy in den letzten Tagen seines Lebens abstatten wollte, nahm er nicht an. „Der Mann thut seine Pflicht, sagte er, allein ich bedarf seiner Dienste nicht." „Von Dir verlange ich Absolution," fügte er zu seiner Frau gewendet bei. Heute Nachmittag um 2 Uhr wurde seine Leiche aus dem Sterbehause direkt nach dem Friedhofe gebracht. Eine ungemeine Menschenmenge hatte sich eingefunden, um ihm das Geleite zu geben. Ein jedenfalls unabsichtlicher, aber unangenehmer Zwischenfall störte den Trauerzug. Gerade als der Sarg aus dem Hause getragen wurde kam ein Regiment Gardegrenadiere mit klingendem Spiele von einer sog. militärischen Promenade zurück und nahm den Weg durch die Straße, in welcher der Leichenwagen stand. Die Menge eilte der Musik entgegen. „Still mit der Musik! Achtung vor den Todten!" scholl es aus Aller Mund. Die Musik spielte anfänglich weiter, allein der Obrist ließ, so wie er hörte, um was es sich handle, dieselbe schweigen, und lautlos zog das Regiment vorüber. Kurz darauf kam ein zweites Regiment ebenfalls mit Musik anmarschirt. Abermals sperrte sich vor ihnen die Straße, und noch lauter und dringender ertönte der obige Ruf. Auch dieses Regiment stellte, auf Geheiß des Obristen, das Spiel ein. Es wurden am Grab mehrere Reden gehalten. (L. C.)

Aus **Paris**, 20. Jan., schreibt man der „K. Z.": „Es ist sicher, daß der Prinz Napoleon mit Zustimmung der Kaiserin für den Fall, daß dem Kaiser etwas zustoßen sollte, die Regentschaft übernehmen wird. Die Gesundheit des letzteren ist jedoch dem äußeren Anscheine nach keineswegs in naher Gefahr. Gestern war er auf der Jagd und heute besuchte er das Theater.

Paris, 20. Jan. Der Kaiser hat dem deutschen Hilfs-Verein 1000 Francs geschickt. Die Fürstin Metternich wirkt mit mehreren Damen zu Gunsten eines deutschen Hospitals durch Stiftung einer großen Lotterie zu 250,000 Loosen mit 4000 Gewinnsten, die im fürstlichen Palais ausgestellt werden und deren Ziehung im April stattfindet.

In der „Abeille de Fontainebleau" wird von einem Offiziere erzählt, der jetzt erst nach einer 33jährigen Gefangenschaft in seine Heimath zurückgekehrt ist. Derselbe, er heißt Bruzel und diente

---

schimmernden Wasserbäche, welche sich von denselben ergießen, benetzen und erfrischen ihre mit Grün geschmückten Ufer. Die Meere müssen zugleich das anmuthigste und erhabenste Schauspiel gewähren. Man denke sich die Gletscher der Schweiz mit ihren Gießbächen, Seen, Wiesen und Fichten mitten in das Südmeer; man stelle ihnen zur Seite die mit Weinstöcken und allerlei Fruchtbäumen bekränzten Hügel am Ufer der Loire; man versetze an ihren Fuß die Gestade der Molukken mit ihren Hainen, geschmückt mit Bananen, Muskaten und Nelken, deren süßen Duft die Winde weithin tragen; man bevölkere dieselben mit Kolibris, Turteltauben und prachtvollen Vögeln von Java, deren Gesang und liebliches Flüstern vom Echo zurückgegeben wird; man vergegenwärtige sich die von Kokospalmen beschatteten, mit Perlmuscheln und Bernstein bedeckten Ufer, die Sternkorallen des indischen Ozeans, die Korallen des Mittelmeeres, in ununterbrochenem Sommer bis zur Höhe der höchsten Bäume wachsend, in Mitte der sie badenden Meere und während einer vierundzwanzigtägigen Ebbe und Fluth sich erhebend und senkend, ihre Scharlach- und Purpurfarben mit dem Grün der Palmen mischend, und endlich Ströme klaren Wassers, welche diese Berge, Wälder und Vögel widerspiegeln und während der zwölftägigen Ebbe und zwölftägigen Fluth von Insel zu Insel gehen und kommen — und man wird ein nur schwaches Bild von den Landschaften der Venus haben."

Wenn die Astronomen von einer Atmosphäre der Himmelskörper sprechen und aus dem Vorhandensein derselben die Bewohnbarkeit der letzteren ableiten, so ist darunter nicht gerade unsere Atmosphäre zu verstehen. Wer behauptete, nur in der Luft, die uns umgibt, lasse sich athmen und leben, der würde nach Mädler's treffendem Vergleich wie der Fisch urtheilen, welcher etwa meinte, außer dem Wasser könne kein Geschöpf existiren. Gegründeter scheint der Einwurf gegen eine Mehrheit bewohnter Welten zu sein, welcher sich darauf beruft, daß die größeren Planeten von der Sonne zu entfernt seien, um die zum Leben nothwendige Wärmemenge empfangen zu können. Diesen Einwurf weist Flammarion auf folgende Weise zurück: „Um die Frage über die Wärme an den Oberflächen der Welten zu beantworten, müßten wir im Besitz der Kenntniß von Thatsachen sein, die uns bis jetzt unbekannt sind und wohl stets bleiben werden. Wir müßten zum Beispiel die Wärmeleitung, die Dichte, die chemische Beschaffenheit und die physischen Eigenschaften der die Planeten umgebenden Atmosphären kennen, die, wie man weiß, gleich großen Treibhausfenstern wirken, die Sonnenstrahlen mehr oder weniger zur Erwärmung der Planeten durchlassen und die durch Wärmeausstrahlung entstehende Abkühlung mehr oder weniger verhindern; diese Eigenschaft der Atmosphären, in das richtige Verhältniß zu den Entfernungen gebracht, würde ausreichen, den Welten, bei verschiedenen Abständen von der Sonne, dieselbe mittlere Temperatur zu gewähren. In gleicher Weise müßte man kennen die Natur der Bestandtheile der Planeten, die nicht alle dieselbe Empfänglichkeit für Wärme haben, die zufällige Bodenbeschaffenheit und die Umstände, welche geeignet sind, eine Verschiedenheit in der Aufnahme oder Rückstrahlung des Wärmestoffs zu verursachen, die allgemeine Färbung und ihre örtlichen Abweichungen auf den verschiedenen Oberflächen, den gewöhnlichen Grad der Trockenheit oder Feuchtigkeit des Bodens oder die mehr oder weniger schnelle Verdunstung der Flüssigkeiten, die Höhe der Gebirge, die Feuchtigkeits- und Wärme-Vertheilung auf den Planetenkugeln, endlich den Wärmezustand der einzelnen Sphären, in denen sie sich bewegen, ferner müßte man tausend mitwirkende Ursachen kennen, von denen wir uns keine Vorstellung zu machen vermögen, da wir die ganze Schöpfung nach Erscheinungen auf der Erde beurtheilen, die allein wir beobachten können, und da wir nicht im Stande sind, uns Ursachen zu erdenken, die außerhalb des Bereichs unserer Begriffe liegen."

als Hauptmann im 20. Infanterieregiment, wurde in Algerien im Jahre 1831 von den Arabern gefangen genommen. In seinem Regimente glaubte man, es sei ihm der Kopf abgeschnitten worden und wirklich war er nur durch einen ganz besonderen Zufall diesem Schicksale entgangen. Auf Befehl des Stammoberhauptes, dessen Leute ihn gefangen hatten, ward er 300 Stunden weit ins Innere gebracht, wo er zum Hüten des Viehes verwandt wurde. In dieser traurigen Lage vollbrachte er volle 33 Jahre, ohne daß es ihm möglich war, seine Freiheit zu erlangen oder auch seiner Familie oder Regimente Nachricht von seiner Existenz zukommen lassen zu können. Erst während des letzten Aufstandes, als die waffenfähige Mannschaft des Stammes, bei dem er verweilte, in den Kampf gezogen und deshalb die Aufsicht eine weniger strenge geworden war, gelang es ihm, auf einem Kameele zu entkommen und die Westküste zu erreichen, von wo er auf einem maltesischen Schiffe nach Cartagena in Spanien übergesetzt wurde. Von da begab er sich nach Dijon, wo sein Regiment steht, um seine Identität konstatiren zu lassen.

Madrid, 17. Jan. Man liest in der „Correspondencia": „Die Regierung hat auf keinem offiziellen oder amtlichen Wege die Encyklica erhalten, welche die öffentliche Meinung in und außerhalb Spaniens aufregt; aber da die Regierung die Wirkung in Betracht zieht, die jenes Dokument sowohl hier als im übrigen Europa hervorgerufen, so hat sie, kraft des Gesetzes über päpstliche Breve's und Bullen, welches vorschreibt. vor Beschlußnahmen sich mit dem Staatsrath zu berathen, das Dokument heute dem Staatsrathe zugestellt."

Rom, 11. Jan. Die Nachgrabungen nach einem Schatz am Kolosseum sind als hoffnungslos aufgegeben; dagegen haben Arbeiter, welche dieser Tage bei Rocca di Papa einen hohlen alten Baum fällten, zu ihrer großen Ueberraschung aus der Höhlung Goldstücke hervorrollen sehen und mehrere tausend Scudi darin entdeckt. Man glaubt, daß die Summe von einem vor Jahren in Rom verübten Diebstahl herrühre.

Rom, 10. Jan. Die Königin von Neapel lebt seit der Anwesenheit des Königs Ludwig I. von Bayern mehr in der Stadt als auf dem Lande. Man sieht sie oft in der Villa Borghese, ihr Aussehen ist leidend. Ludwig I. lebt diesmal hier mehr denn je zuvor als einfacher Privatmann. Seine Villa Malte auf dem Monte Pincio stößt in einem abgelegenen Winkel an die Ringmauer der ewigen Stadt, wer nicht muß, steigt nicht hinauf, und das schützt ihn vor lästigen Besuchern. Von den Villabewohnern ist er Morgens der erste im Garten, oft noch im Zwielichte wandert er zwischen dem Gebüsch ohne Begleitung umher, geht dann zu den Kapuzinern am Piazza Barberini zur Messe, nach dem Frühstück macht er sich stets allein auf den Weg zur Promenade des Pincio, wo er sich gewöhnlich eine Stunde aufhält. Da werden Menschen und Dinge angesehen, alte Bekannte gegrüßt, dann geht's in die Stadt hinunter. In der Via di Porta Pinciana kennt ihn jedes Kind, jede Fruchthändlerin, vor allem das Proletariat, denn es gibt viele Almosen. In den abgelegeneren Straßen handelt er in den Läden, kauft ein und wandert dann gegen Mittag den Berg hinauf in die Villa zurück. Nachmittag werden in der Regel Galerien, Museen und Ateliers besucht, oder es wird unter der Führung Visconti's praktische Archäologie getrieben. Nachmittag um 5 Uhr wird gespeist und zwar fast täglich mit Künstlern. So reiht sich ihm ein Tag dem andern an.

Griechenland. Die Bewohner der jonischen Inseln, welche immer sehr lebhaft die Abtrennung von England und den Anschluß an Griechenland wünschten, fühlen sich, nachdem ihr Wunsch in Erfüllung gegangen ist, noch weniger zufrieden als vorher. Es bestehen in Griechenland Gesetze, die ihnen nicht bequem sind und deren Abänderung sie bis jetzt nicht erzielen konnten. Auch fürchten sie, daß ihr Wohlstand gebrochen werden könnte, denn die englischen Beamten und dort stationirten englischen Soldaten brachten einen jetzt fehlenden Verkehr hervor. Hierzu kam, daß viele englische Schiffe die Häfen besuchten. Alles dieses ist jetzt weggefallen. Die hierdurch entstehenden Verluste fühlt man am meisten auf der Insel Korfu. Es ist deshalb dort eine aufständische Bewegung gegen Griechenland ausgebrochen. Die italienische Agitation sucht sich dieser Bewegung zu bemächtigen, was um so leichter werden dürfte, da ein großer Theil der jonischen Bevölkerung italienischer Abstammung ist. Man will die jonischen Inseln für Italien gewinnen. Haben diese Bestrebungen Erfolg, so wird die jonische Frage in eine italienische umgewandelt.

„Der neue Vereins-Zolltarif mit Frankreich, nebst dem Ein- und Ausfuhrtarife, wie solche nach den Verhandlungen über deren Abänderungen und Ergänzungen zufolge Protokoll vom 14. Dezember 1864 nunmehr definitiv vereinbart sind, und ferner: Der Wortlaut des Protokolls vom 14. Dez. 1864 Elberfeld 1865. Druck und Verlag von S. Lucas. Preis broschirt 10 Sgr.", ist erschienen. In dieser auf den Geschäftsmann berechneten Zusammenstellung findet man 1) den ursprünglichen Handelsvertrag mit Frankreich, 2) den damit und mit den Abänderungen vom letzten 14. Dezember festgestellten Tarif für Einfuhr in Frankreich, 3) den auf gleiche Art zu Stande gekommenen Tarif für Einfuhr in den Zollverein, begleitet von den allgemeinen Bestimmungen und denen über die Ausfuhr aus dem Zollverein. 4) das Abänderungs-Protokoll vom 14. Dez. 1864. So wird der Stoff Jedermann für seinen Geschäftsgebrauch bequem zur Hand liegen. Der neue Vereins-Zolltarif mit Frankreich (Verlag von Sam. Lucas in Elberfeld) ist fast in allen Buchhandlungen zu haben, und wird man besonders wohl thun, die Sam. Lucas'sche Ausgabe zu fordern, da in dieser die Tarife nach den Dokumenten der Elberfelder Handelskammer zusammengestellt sind, wie solche dieser offiziell mitgetheilt wurden.

Verantwortlicher Redakteur: A. Hartmann.
Druck und Verlag der Stahel'schen Buch- und Kunsthandlung in Würzburg.

Amortisations-Erkenntniß.

Vom k. Landgericht Werneck.

Hypothekenbereinigung von Garstadt und Hergolshausen betr.

Nachdem innerhalb der im diesseitigen Amortisations-Edikte vom 2. Juli v. J. — cfr. Neue Würzb. Ztg. Nr. 196, 259 und 317 — vorgesetzten Frist keinerlei Ansprüche auf die dortselbst sub Ziff. 1 mit 61 aufgeführten Forderungen geltend gemacht wurden, wird erkannt:

„es seien in Anwendung des § 82 des Hypothekengesetzes unter Verwirklichung des angedrohten Präjudizes die vorerwähnten Forderungen für erloschen zu erklären und die Einträge im Hypothekenbuche zu vollziehen."

Werneck, den 18. Januar 1865.

Der königliche Landrichter.

Huler. Meisner, Funktionär.

Schuldverschreibungen von Standesherren und Privaten.

Frankfurter Börse.

4	pCt.	Herz. Lucca, alte b. Rothsch.	G.	—	P. 74
4	„	„ do. neue b. „		—	84
3½	„	Landgräfl. H.-Homb. b. „		—	94
3½	„	Fürstl. Löwenst.-Werth. (bad.)		—	94
3½	„	do. (bayer.)		—	—
3½	„	„ Fürstenberg b. Rothsch.		—	94½
3½	„	„ „ „		—	—
3½	„	„ Leiningen P. N. Schm.		—	94
3	„	„ „ „		—	82
4	„	„ Oettingen-Wallerstein		—	99
4	„	„ Esterhazy P. Galantha		59	61
3½	„	„ Isenburg-Birstein b. R.		—	93
4	„	„ Schwarzenberg		—	72
4	„	„ Palffy b. Arnst. u. Eskel.		—	83
4	„	Gräfl. Erbach-Fürstenau b. S.		—	99
4	„	„ Palffy, Ferd. Leop., b. S.		—	62

4	pCt.	Gräflich St. Genois b. Schm.	G.	—	P. 72
4	„	„ Szapary b. Rothsch.		—	60
4	„	„ Schönborn b. Schm.		—	60
4	„	„ Sandor b. Rothsch.		—	58
4	„	„ Strachwitz b. Schm.		—	50
4	„	„ Hugo Eltz		—	85
4	„	„ Viczay b. Rothsch.		—	60
4	„	„ Nizky b. Rothsch.		—	—
4	„	„ Hunyady b. Rothsch.		—	—
4½	„	„ Batthyany Joh. Bapt.		—	76
4½	„	„ Batthyany Gustav		—	71
4½	„	„ Orczy b. Schmidt		—	72
4½	„	„ Sztaray „		—	70
4½	„	„ Karoly bei Biedermann		—	70
4½	„	„ Pejacsevich b. Schuller & Co.		—	70

Anlehens-Loose.

Fürstl. Esterhazy 40 fl. Loose	—.——.——
„ Windischgrätz 20 fl. Loose	18.75—19.25
„ Salm-Reifferscheid 40 fl. L.	31.25—31.75
„ Palffy 40 fl. Loose	29.75—30.25
„ Clary 40 fl. Loose	31.50—31.—
Gräflich Keglevich 10 fl. Loose	14.50—15.—
„ Waldstein-Wartenb. 20 fl. L.	19.75—20.25
„ St. Genois 40 fl. Loose	29.50—30.—
Stadt Triester 100 fl. Loose	108.——109.—
Donau-Dampfschiff. 100 fl. L.	90.50—91.—
Dessauer 100 Thlr.-Loose	——.——

An die
k. Hof- und Staatsbibliothek
1 N. Würzb. Ztg. München.

Neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht!

№ 24. | Vorausbezahlung: Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 1 fl. 30 kr. Bei Inseraten wird die dreispaltige Zeile in gewöhnlicher kleiner | 62. Jahrgang. | Schrift oder deren Raum im Hauptblatte mit 6 kr., im Anzeiger mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franco. | Dinstag, 24. Januar 1865.

Zur schleswig-holsteinischen Sache.

Ueber die vielbesprochenen preußisch-österreichischen Depeschen vom Dezember erhält die „Allg. Ztg." aus Wien unterm 21. folgende Mittheilung: „Am Schluß der österreichischen Note heißt es ungefähr: „„Weil wir nun nur mit einer solchen Lösung uns einverstanden erklären können, welche den gerechten Ansprüchen der Herzogthümer und dem Bundesrecht entsprechend ist, haben wir den Vorschlag (auf Uebertragung des aus dem Wiener Friedenspakte gewonnenen Besitztitels auf den Herzog Friedrich) aufgestellt, welchen Sie angewiesen sind . . . . zu unterbreiten."" Damit, sollte man meinen, ist doch in das rechte Licht gestellt, wie es gemeint ist, wenn diese österreich. Note einige Sätze früher sagt: die auf Einverleibung oder sogenannten engsten Anschluß der Herzogthümer an Preußen abzielenden Projekte erschienen schon deshalb als unzulässig, weil sie . . . Oesterreich nöthigen würden, auch seinerseits Aequivalente zu verlangen. Die österreich. Note — es gibt nur Eine auf die schleswig-holsteinische Frage bezügliche, die andere Note vertraulichen Charakters bespricht lediglich das Bundesverhältniß — berücksichtigt eben Punkt für Punkt das Raisonnement der preußischen Verbalnote vom 15. Dez. In dieser aber, und Das muß endlich sehr wesentlich in's Gewicht fallen, ist zunächst auf Vortheile hingewiesen, welche Preußen beanspruchen müsse für die der Befreiung der Herzogthümer gebrachten Opfer — Vortheile, welche nicht bloß Preußen, sondern ganz Deutschland zu gut kommen und kein österreichisches Interesse verletzen würden; in den Herzogthümern selbst aber werde man dies um so weniger verkennen, als doch „„sogar die Annexion in der dortigen öffentlichen Meinung an Boden zu gewinnen scheine."" Diese Aeußerung wird dann weiter, was wohl hervorgehoben werden muß, in Verbindung gesetzt mit dem Zugeständniß: daß ohne Zustimmung Oesterreichs an dem „„normalen Zustand"" in den Herzogthümern nichts geändert werden könne."

Folgende bemerkenswerthe Korrespondenz bringt die „Coburger Ztg." aus Wien, 19. Jan.: Die preußischen Pläne treten immer unverhüllter in den Vordergrund, und es zeigt sich immer deutlicher, daß die Annexion der Herzogthümer, sei es nun in direkter oder indirekter Form, dasjenige Ziel ist, auf welches die preußische Politik lossteuert. Bezeichnend in dieser Beziehung ist namentlich die Prozedur mit den Kronsyndici. Letztere haben ein Elaborat über die verschiedenen Erbansprüche zu liefern. Allgemein wurde bis jetzt angenommen, daß es sich hierbei hauptsächlich um die preußischen Erbansprüche handle. Man scheint jedoch in Berlin selbst zur Einsicht gelangt zu sein, daß auf diesem Wege nichts zu erreichen ist, da die Ansprüche des Hauses Hohenzollern ernstlich nicht zu begründen sind. Es soll nun ein anderer Weg eingeschlagen werden, und es darf nicht überraschen, wenn plötzlich verlauten sollte, daß sich die preußischen Kronsyndici dahin ausgesprochen haben, daß die Ansprüche, welche König Christian IX. auf die Herzogthümer zu erheben hat, begründeter seien, als diejenigen des Herzogs von Augustenburg. Die angebliche Verzichtleistung des Vaters des Herzogs Friedrich, so wie die nicht ebenbürtige Abstammung des Letzteren, dürften hierbei in Anregung gebracht werden. Welchen Zweck man damit verfolgt, ist klar, denn wenn es einmal feststehen würde, daß König Christian IX. nicht blos auf Grundlage des Londoner Protokolls, sondern als Prinz aus dem Hause Glücksburg und vermöge der ihm in dieser letzteren Eigenschaft zustehenden Ansprüche Herzog von Schleswig-Holstein gewesen ist, so würde sich dann auch die Stellung der beiden Großmächte gänzlich ändern. Sie wären dann nach preußischer Auffassung nicht blos die faktischen Besitzer der Herzogthümer, sondern in Folge des Kriegsrechtes und des aus diesem entsprungenen Friedensvertrags die wirklichen Rechtsnachfolger des früheren rechtlichen Souveräns der Herzogthümer. Preußen hätte sich dann nur mit Oesterreich als Mitbesitzer abzufinden, indem es dieses gegen eine angemessene Entschädigung dazu bestimmt, seinen Besitztitel auf die Herzogthümer, der schon der geographischen Entfernung wegen für dieses ohne praktischen Werth ist, an Preußen

Feuilleton.

Das Schuldgefängniß Clichy.

Ein Besuch in dem berühmten Schuldengefängniß von Paris lohnt reichlich die Mühe, die man darauf verwendet, und die Traditionen, welche von den Bewohnern desselben erzählt werden, sind pikanter als mancher Roman.

Im März 1848 wurde die Schuldhaft von der National-Versammlung wegdekretirt, aber schon im September desselben Jahres wurde dieselbe wieder zurückdekretirt, beide Male auf Antrag der Regierung.

Der Adel überwog früher im Schuldengefängniß und ist auch noch heute stark vertreten; man findet unter den Insassen der Gegenwart einen ehemaligen Minister, zwei ehemalige Pairs, drei Divisionsgenerale und namentlich viele Namen, deren Ahnherrn unter Napoleon I. eine kriegerische oder diplomatische Rolle spielten.

Auch ein Mitglied der Akademie der Wissenschaften und Professor am Collège de France ist ab und zu Gast in Clichy, wohin seine Schüler, die ihn lieben, ihm zu folgen pflegen, wie ehemals die Schüler Abälard nach dem Pré St. Gervais folgten.

Die Legende von Clichy hat zu allen Zeiten Originale aufzuweisen; die merkwürdigsten sind jedenfalls die, welche zahlen können und nicht wollen. An der Spitze dieser Ausnahme-Naturen steht der amerikanische Kaufmann James Swan, der 1808 in St. Pélagie, dem damaligen Clichy, für eine Summe von 625,000 Frcs. eingesperrt wurde und durch die Revolution 1830, nach vollen 22 Jahren, seine Freiheit erhielt. James Swan besaß ein disponibles Vermögen von 4 Millionen; er behauptete, nur 6000 Frcs. zu schulden und wollte lieber im Gefängniß sterben, als sich einem Urtheil fügen, welches er für ungerecht hielt.

Eine zweite historische Größe von Clichy ist der dalmatinische Graf Bujowich, welcher 1838 von seinem Schneider wegen einer Prinzipalschuld von 6000 Frcs. incarcerirt und 1843, nach runden fünf Jahren, freigelassen wurde. Diese fünf Jahre hat der Graf buchstäblich in seiner Zelle zugebracht, nicht ein einziges Mal ist er in den Garten hinabgestiegen, nicht ein einziges Mal bis in den Préau gedrungen. Während fünf Jahren hat man ihn nie ein Buch öffnen, nie eine Zeitung lesen, nie eine Arbeit zur Beschäftigung seiner zehn Finger verrichten gesehen. Er brachte seine Zeit nachdenklich am Fenster zu, stets frisch rasirt, weiß kravatirt und mit duftenden Essenzen pomadisirt, gleich einem Tänzer, der sich zum Balle bereitet. Während der fünf Jahre hat er nur zwei Briefe geschrieben und nur zwei Besuche empfangen.

Das erste Mal war es der Schneider.

— „Herr Graf, Sie haben mir die Ehre erwiesen, mich befehlen zu lassen, womit kann ich Ihnen dienstlich sein?"

— „Ich habe meine persönlichen Hilfsquellen erschöpft. Sie begreifen, daß ein Mann, wie ich, nicht mit siebenzig Hellern täglich leben kann. Da Sie mich für gut halten, 6000 Frcs. zu zahlen, werde ich auch im Stande sein, größere Summen zu zahlen, was nur von dem Verkauf meiner Domänen in Dalmatien abhängt."

— „Nichts kann billiger sein. Wie viel wünschen Sie?"

— „Fünfzig Francs monatliche Zulage."

Diese Zulage wurde von dem Schneider drei Jahre hindurch pünktlich gezahlt.

Das zweite Mal, es war der letzte Tag der Haft, sah man wiederum den Schneider kommen, diesmal gefolgt von zwei mit Packeten beladenen Dienern.

— „Herr Graf," sagte der Schneider, „ich nehme diese Vor-

zu übertragen. Man dürfte in dieser Beziehung schon demnächst mehr hören.

(Amtliche Nachrichten.) **München,** 22. Januar. Se. Maj. der König hat dem Bezirksamtmann Karl Desch zu Laufen den Titel und Rang eines Regierungsrathes taxfrei verliehen. (B. Z.)

Wien, 22. Jan. Der Petitionsausschuß des Abgeordnetenhauses hat einstimmig beschlossen, der Regierung die Freilassung von Langiewicz dringend zu empfehlen.

Wien, 23. Jan. In der heutigen Sitzung des Unterhauses brachte Giskra seinen Antrag, über die Aeußerung des Finanzministers v. Plener in der letzten Sitzung einen Ausschuß niederzusetzen, ein.

Berlin, 20. Jan. Hrn. v. Bismarcks Antwort auf die letzte Note des Grafen Mensdorff in der schleswig-holsteinischen Frage enthält, wie durch verschiedene Berichte bestätigt wird, nicht die von Oesterreich verlangte Formulirung derjenigen Forderungen, welche Preußen an die Herzogthümer erheben zu können glaubt. Die preußische Antwort entschuldigt sich damit, daß die betreffenden Ressortministerien noch mit den bezüglichen Erörterungen beschäftigt seien, und daß zunächst auch das von dem Kronsyndikat erforderte Gutachten abgewartet werden müsse. Doch läßt Hr. v. Bismarck das Wiener Kabinet darüber nicht im Zweifel, daß über das Schicksal der Herzogthümer nicht entschieden und die Erbfolgefrage nicht geregelt werden könne, so lange Preußen nicht die bündigsten Garantien für die Erfüllung derjenigen Forderungen erhalten habe, welche es in militärischer, maritimer und handelspolitischer Beziehung erheben werde. Einen recht bezeichnenden Kommentar zu dieser letztern Erklärung liefert die „Kreuzzeitung" heute in einem gegen die Augustenburgische „Clique" und ihren „ganzen gesinnungsdunstigen Anhang" gerichteten Artikel. Nachdem sie den christlichen Wunsch ausgedrückt hat, daß die Dänen dieser „miserablen Sorte mit Eklat aufs Leder" rücken möchten, damit sie doch fühlten, wie stark sie eigentlich seien mit all ihrer „herzoglichen Herrlichkeit," heißt es weiter: „Wir denken gar nicht daran, daß wir es dem etwa installirten „Herzog" und seiner gleich widerwilligen Kammer — nach der Regel von 1848! — überlassen wollen, was sie uns Preußen etwa gütigst gewähren möchten an Einfluß in ihrem Land. Wir denken gar nicht daran, dem Prinzen von Augustenburg zu huldigen als Herzog von Schleswig-Holstein, und dann einen Bittsteller hinzuschicken in das durch uns befreite Land: ob Se. Hoheit geruhen möchten, dem Befreier Preußen Zutritt zu gestatten in einem seiner Häfen. Wir denken gar nicht daran, die breitest-demokratisch etablirte Kammer dort künftighin zu beschicken: ob es Ihren Herrlichkeiten gefallen möchte, zu erlauben, daß ein preußischer Soldat sich die Festung ihres Landes ansehen dürfe, — des Landes nota bene, das noch heute besetzt wäre von dem Dänen, wenn die preußischen Truppen nicht gekommen wären, ihn zu verjagen. Zwar wissen wir wohl, daß wir die Ansprüche, welche wir mit Fug und Recht erheben müssen — und zwar im Interesse Deutschlands und der Herzogthümer selbst noch mehr als in unserm eigenen (wie uneigennützig!) — wir wissen wohl, daß wir diese Rechte uns nicht kurzer Hand heute Abend oder morgen vor dem Frühstück stabiliren können, aber wir wissen auch, daß Niemand dort etwas ohne uns oder gegen uns stabiliren kann. Und wir haben warten gelernt in der preußischen Schule. Verstanden?" Eine so unangemessene Sprache richtet ein Blatt, das für das monarchische Prinzip zu kämpfen vorgibt, an die Adresse eines legitimen Fürsten!

Bern, 23. Jan. In Basel ist heute Morgen 8 Uhr der Oberst Charias gestorben.

Kopenhagen, 22. Jan. „Berlingske Tidende" gibt folgende Berichtigung: „Die Regierung ist wohl auf baldmöglichste Wiederanknüpfung der diplomatischen Beziehungen mit dem preuß. Kabinete bedacht, hat aber über den Zeitpunkt derselben noch nicht endgiltig bestimmt; es ist also unrichtig, daß Hr. Quade bereits beordert sei, nach Berlin abzureisen."

Stockholm, 14. Jan. Die hiesigen Zeitungen haben schon die Rubrik „Schleswig-Holstein" unter Deutschland eingeführt und benehmen sich ziemlich versöhnlich gegen Preußen, nur daß sie noch in der Nationalitätsidee befangen sind und Nordschleswig zu Dänemark geschlagen wissen wollen, um welchen Preis sie die Herzogthümer lieber preußisch als augustenburgisch sehen möchten.

Paris, 21. Jan. Die Weltausstellung ist nun entschieden auf 1867 festgesetzt, und bisher scheint das Marsfeld zum Schauplatze derselben auserlesen. Die Kosten des Gebäudes sind auf 18 Millionen berechnet, die zu gleichen Theilen durch öffentliche Zeichnung, durch die Stadt Paris und durch den Staat gedeckt werden sollen. Die Einnahmen, welche auf mindestens 10 Millionen veranschlagt werden, sollen dazu dienen, um in erster Linie die Privat-Subskribenten zu befriedigen.

Paris, 21. Januar. Der „Constitutionnel" bringt heute wieder eine offiziöse Kundgebung in Sachen der Encyklica, die in so fern Beachtung verdient, als sie den Standpunkt andeutet, den die Regierung dem Auftreten der hohen Geistlichkeit gegenüber einzunehmen gedenkt. Man betrachtet diesen Artikel als eine Bestätig-

---

schläge an, welche Sie die Güte gehabt haben, mir brieflich mitzutheilen. Ich gebe Ihnen die Freiheit wieder; ich habe Ihnen neue, Ihres Ranges würdige Kleider angefertigt; ich füge dazu Uhr, Kette, Tuchnadel, Ringe, Lorgnette, Alles nach dem elegantesten Geschmack und der neuesten Mode. Hier haben Sie die Börse mit 500 Frcs. in Gold für die vierzehn Tage, welche sie noch in Paris zu bleiben gewünscht haben. Ich bin so frei gewesen, Ihnen eine Wohnung im „Hotel des Princes" zu miethen und die Miethe nebst Bedienung vorauszubezahlen. Mein Notar wird kommen und wir machen eine kleine Verschreibung, welche mir die Erstattung dieser Auslagen sichert; Ihre Totalschuld beläuft sich gegenwärtig auf 18,000 Frcs., zu welcher wir eine Nebenschuld von 3000 Frcs. für den Notariatsschreiber fügen könnten, welcher beauftragt werden wird, Sie auf der Heimreise zu begleiten, überall die Reisekosten zu bezahlen und mir mein Geld zurückzubringen."

So geschah es. Der Graf, seinen Verpflichtungen getreu, amüsirte sich in loyaler Weise vierzehn Tage lang in Paris; am fünfzehnten reiste er mit dem Notariatsschreiber ab, welcher Zeit seines Lebens keine angenehmere Reise gemacht hat, aber bei seiner Rückkehr dem großherzigen Schneider erklärte, daß aus gewissen Rücksichten Zweifel darüber obwalteten, ob er von seinen 21,000 Frcs. jemals 21 Sous wiedersehen werde.

Clichy zählt eben so viele Selbstmorde als Entweichungen, nämlich zwei, und scheint in dieser Beziehung ein weit gesünderer Aufenthalt zu sein, als der Speisesaal von Baden oder Nizza.

Der italienische Graf Roberti hatte sich zu Liebe einer Schauspielerin, die er legitim geheirathet, total ruinirt. Er bezog Clichy im November 1837. Er erstaunte zunächst, den Besuch seiner heißgeliebten Gattin nicht zu erhalten, und erstaunte noch mehr, als er erfuhr, daß diese die geheime Veranlassung war. Das Erstaunen verwandelte sich in Verzweiflung, in Raserei. Nachdem der Graf, um seine Frau zu erdolchen, die unsinnigsten Fluchtversuche gemacht hatte, bemächtigte er sich eines Tages eines Küchenmessers, welches auf dem Büffet des Préau lag, und stieß es in seine Brust.

---

v. Kallwig, ein schwedischer Edelmann, war der Sohn eines Kammerherrn Bernadotte's. Sein Vater hatte ihn in Paris mit einem bedeutenden Banlier associirt, dessen Gemahlin zu Gefallen der Schwede das Unglück hatte. Eines Tages überreichte der Compagnon einen Rechnungsabschluß, welcher den Letztern zum Schuldner des Ersteren für die Bagatelle von 150,000 Frcs. konstituirte. Kallwig wurde im Oktober 1829 in Pélagie Clichy eingeführt.

Der schöne Schwede vergoß bittere Thränen; die Juli-Revolution gab ihm seine Freiheit wieder. Er verließ, Liebesgram im Herzen, das schöne Frankreich. Endlich, nach zwei Jahren, traf ihn ein von einer Damenhand geschriebener Brief. War es schnöder Verrath oder brutaler Zwang, der diese Zeilen diktirt hatte? Der Brief sagte ihm, daß die Schreiberin vor Begierde brenne, ihn wiederzusehen; er dürfe kommen, Alles sei vergessen, — Alles, nur die Liebe nicht.

Er kam. Sein Ex-Associe lud ihn heimtückisch zu einem Diner im Palais-Royal ein, um seine Person besser den lauernden Häschern zu bezeichnen; nach zwei Tagen saß der schwedische Adonis von Neuem in St. Pélagie. Dreizehn Monate später trug man seinen Leichnam hinaus. Seit seiner Rückkehr hatte Kallwig nur einen einzigen Gedanken gehegt, die Flucht. Er flocht Stricke, die ihm zur Leiter dienen sollten, und durchsägte mit einem Federmesser das Eisengitter seines Fensters. Die mühevolle Arbeit wurde entdeckt, als sie fast vollendet war. Man versetzte ihn, ohne ihm einen Grund anzugeben, in eine andere Zelle; des Morgens fand man ihn todt auf dem Fußboden. Er hielt das Bild seines Idols in den erstarrten Händen, seine Augen hefteten auf das Bild den erstarrten Blick. Zu seinen Häupten stand ein ausgebranntes Kohlenbecken.

ung der Gerüchte, daß eine Art von Verständigung in Betreff der Encyklica stattgefunden hat, und daß für den Augenblick an eine Aenderung der kirchlichen Verhältnisse in Frankreich nicht zu denken ist. Die Ideen des Prinzen Napoleon in dieser Beziehung scheinen also nicht durchgedrungen zu sein, und es mag auch der Fall sein, daß er deren Geltendmachung für den Augenblick aufgegeben hat, zumal er mit Willen der Kaiserin eventuellen Falles Regent von Frankreich werden soll. Die Haupttendenz des Artikels ist, daß die Regierung der Kirche nichts schulde, die Kirche der Regierung aber Vieles verdanke.

Aus **Turin**, 18. Januar, wird der „A. Z." geschrieben: „An der italienisch-tirolischen Gränze längs des Garda-Sees zeigt sich wieder ein ungewöhnliches Zusammendrängen junger Leute, welche zwar unbewaffnet sind, jedoch einem höhern Befehl zufolge sich dort zusammengeschaart zu haben scheinen. Die Regierung ist bereits davon unterrichtet, und läßt ein wachsames Auge auf dieselben halten. — Das wahre Maiwetter, welches bis jetzt in ganz Oberitalien herrschte, so daß die Temperatur auch keinen Augenblick unter 4° Wärme gesunken war, ist gestern plötzlich in starken Schneeschauer umgeschlagen."

Von der polnischen Gränze, 17. Jan. In der polnischen Emigration beschäftigt man sich vielfach mit dem Projekt der Gründung einer Emigranten-Kolonie. Als die geeignetsten Länder dazu werden Algerien und die Türkei proponirt, letzterer jedoch aus dem Grunde der Vorzug gegeben, weil sie dem Mutterlande näher liege. Das Verhalten der verschiedenen Länder gegen die polnische Emigration charakterisirt der Berner Korrespondent des „Dziennik Pozn.", der selbst ein Emigrant ist, also: „Obwohl wir ziemlich gastfrei in der Schweiz aufgenommen werden, so sind wir den Schweizern doch eine Last. Italien will von uns nichts hören. Es steht in zu intimen Verhältnissen zu Rußland, obwohl die russische Freundschaft für Oesterreich und Italien zugleich ein Räthsel ist. Frankreich duldet uns; Deutschland mag uns nicht leiden; England will von uns nichts wissen."

Frankfurter Börse (vom 15. bis 21. Januar).

Samstag. Die matte Haltung, welche am Schluss der verflossenen Woche eingetreten war, machte zwar keine weiteren Fortschritte, doch zeigte das Geschäft auch im Laufe der Woche im Allgemeinen kein rechtes Leben. Wenn schon dieselbe weitere Diskonto-Herabsetzungen an verschiedenen Börsenplätzen brachte und auch bei uns der Zinsfuss voraussichtlich bald zu seinem frühern billigen Stand zurückkehren wird und wenn auch keinerlei politische Einflüsse störend wirken, so fehlt doch einer nachhaltigen Hausse, namentlich für die soliden Effekten, noch immer die richtige Triebkraft. Gerade an unserm Platz und dessen Rayon hat sich ein grosser Theil des Privatpublikums den Geschmack durch Anlagen in hohe Zinsen tragenden Papieren tüchtig überreizt und vorzüglich sich an amerikanischen Staatsfonds gesättigt. Erst wenn der Kurs dieser Effekten einen nutzbringenden Verkauf gestattet, werden, worauf viele Leute mit Sehnsucht warten, der Börse wieder reichliche Mittel zufliessen, die zur Zeit noch fest gebannt liegen.

Die heutige Börse brachte auf gute Berichte von Wien namentlich für österr. Effekten eine bessere Stimmung. Sie verlassen in Folge dessen die Woche zu theilweis höheren Kursen als vor 8 Tagen. 1860er Loose schliessen gesucht zu 83 1/2; auch 1864er Loose sind höher gegangen und wurden bis 87 1/2 bezahlt. In Wien ist jetzt lebhaftes Konkurrenztreiben der verschiedenen Konsortien für das Staatsdomänengeschäft. Möglich, dass eine politische und für Oesterreich zugleich finanziell günstige Ueberraschung Hrn. v. Plener in den Stand setzt, unerwartet günstige Bedingungen zu erzielen.

Süddeutsche Fonds wenig verändert. Von ausländischen Fonds 5pCt. neue Russen bis 87 bezahlt. Neue finnländische Pfandbriefe zu 83 1/2—5/8 umgesetzt und namentlich auch in kleineren Posten für feste Kapitalanlagen genommen. Von amerikanischen Fonds variirten 1882r im Laufe der Woche zwischen 47 1/2—3/4, um heute auf günstigere telegraphische Valutenkurse aus New-York auf 48 1/4 zu gehen.

Von Kreditaktien zeigten Oesterreichische, in welchen vorzüglich die Arbitrage sehr lebhaft arbeitet, im Anfange der Woche eher eine mattere Tendenz und sie gingen am Mittwoch bis 185 zurück. Nach einer Reprise bis 187 ermatteten sie gestern wieder bis 185 1/2. Die heutige Börse war auf gute Wiener Notirungen und das — noch der Bestätigung bedürfende — Gerücht der erlangten Betheiligung des Instituts am Domänen-Geschäft für das Effekt sehr günstig gestimmt und es verlässt die Woche zu 189 mit einer Kursavance von fl. 2 1/2 gegen vor 8 Tagen. Darmstädter gut behauptet, bleiben 232 1/2; von einer Dividendenfestsetzung verlautet noch nichts Bestimmtes. Bei den beiden Meininger Bankinstituten soll eine Dividende von 7 pCt. in Aussicht stehen. — Von Zettelbankaktien österr. Nationalbank beliebt und ex Div. zu 800 gefragt; das Institut geht unter der umsichtigen und konsequenten Leitung, deren es sich zu erfreuen hat, dem Ziel der Herstellung der Valuta und Aufnahme der Baarzahlungen mit festen Schritten entgegen. — Frankfurter Bank fortwährend in guter Frage.

Von Eisenbahnen gewannen hessische Ludwigsbahn 2 1/2 pCt. und bleiben zu 132 1/2. Der Dezember-Ausweis ist ein günstiger, er schliesst mit einem Plus von ca. 26 1/2 pCt. gegen den gleichen Monat des Vorjahres. — Auch die Dezember-Einnahmen der pfälzischen Linien sind nicht unbefriedigend. Die Ludwigshafen-Bexbacher hat gegen das Vorjahr ein Mehr von fl. 3,620, die Neustadt-Weissenburger ein solches von fl. 5,384. — Frankfurt-Hanauer schliessen um 1 1/2 pCt. höher zu 99. — Von Eisenbahn-Prioritäten ging namentlich in österr. Südbahn, Livornesern, und toskanische Centralbahn viel um.

Wie nicht anders zu erwarten, hat die hiesige Bank im Laufe dieser Woche den Diskont auf 4 1/2 pCt. herabgesetzt. Im Privatverkehr war zu 4 pCt. und für feinstes Papier bis zu 3 3/4 pCt. anzukommen; es ist im Ganzen wenig Material am Markt. Von fremden Devisen London namentlich in langer Sicht gesucht; Amsterdam von seinem lang behaupteten hohen Stande auf 100 3/4 zurückgegangen. (Akt.)

Hiezu die Beilage: „Würzburger Anzeiger".

Verantwortlicher Redakteur: A. Hartmann.
Druck und Verlag der Stahel'schen Buch- und Kunsthandlung in Würzburg

Cours der Staatspapiere.

Oesterr.	5 pCt. Met. (Cp. 1. S. b. R.)	—
„	5 pCt. Lomb. ditto. à 24	—
„	5 pCt. Engl. Met. v. 1852	80 3/8 P.
„	5 pCt. Engl. Met. v. 1859	76 3/4 P.
„	5 pCt. Venet. Coupon b. R.	84 3/8 P.
„	5 pCt. Nationalanl. v. 1854	67 7/8 G.
„	5 pCt. Metall. Obligation.	60 1/4 G.
„	4 1/2 pCt.	53 1/4 G.
Preussen	3 1/2 pCt. Staatsschuldsch.	91 P.
Bayern	4 1/2 pCt. Obl. 1jähr. dto.	—
„	4 1/2 pCt. Obl. 1/2jähr. dto.	102 1/4 P.
„	4 pCt. Obl. 1jähr. dto.	98 3/4 G.
„	4 pCt. Obl. 1/2jähr. dto.	98 3/4 G.
„	4 pCt. Obl. Ab.-R. dto.	98 1/2 G.
„	3 1/2 pCt. Obl. dto.	—
Württemb.	4 1/2 pCt. Obl. b. Rothsch.	106 G.
„	3 1/2 pCt. Obl. dto.	96 1/2 P.
Baden	4 1/2 pCt. Obl.	—
„	3 1/2 pCt. Obl. v. 1842	91 3/8 G.
Gr. Hess.	4 1/2 pCt. Obl.	—
„	4 pCt. Obl. b. Rothsch.	101 1/8 P.
„	3 1/2 pCt. Obl. dto.	96 3/4 G.
Nassau	4 1/2 pCt. Obl. dto.	101 1/2 G.
„	4 pCt. Obl. dto.	99 1/4 P.
„	3 1/2 pCt. Obl. dto.	92 1/4 P.
Frankfurt	3 1/2 pCt. Obl.	93 1/8 G.
„	3 pCt. Obl.	90 1/2 P.
Spanien	3 pCt. inl. Sch. P. à fl. 2. 30	—
„	2 1/4 pCt. . . .	—
Schweden	4 1/2 pCt. Obl. à 105 Thlr.	91 3/8 P.
N.Amerika	6 pCt. à 1000r. 1881 D. 2 1/2	49 3/4 P. 5/8 G.
„	6 pCt. ditto r. 1882	48 1/2 G.

Diverse Aktien.

Frankfurter Bank à fl. 500 . . .	144 7/8 G.
K. K. Oesterr. National-Bankaktien	805 G.
Oesterr. Kreditbank-Aktien à fl. 200	191—90 1/2 G.
Bayer. Hypothekenb. Pfandbriefe 4 pCt.	97 7/8 G.
Darmst. Bank 1. u. 2. Serie à fl. 250	234 G.
Weimarische Bank à Thlr. 100 . .	99 1/4 P.
Mitteldeutsche Kreditaktien . . .	93 1/2 P.
Intern. Bank in Lux. à 250 Frs. à 28 kr.	—
Taunus-Eisenbahn à fl. 250 . . .	348 P. 346 G.
Frankfurt-Hanauer-Eisenbahn . . .	101 G.
Oest. F.St.Eisb. 5pCt. 500 Fr. à 28 kr.	—
„ Elisab.-Eisenbahn 5 pCt. . .	116—115 1/2 G.
Böhm. Westbahn-Aktien à fl. 200 6/7	72 G.
Rhein-Nahe-Bahn 200 Thl. à 105 4pCt. Z.	27 1/2 G.
Ludwigshafen-Bexbacher à 4 pCt. .	145 3/4 P.
dto. dto. Prior. à 4 pCt.	97 5/8 P.
Pfälz. Maxb. b. Rothschild à 4 1/2 pCt.	104 1/2 P.
Oest. St.-Eisenb. Prior.-Oblig. à 3 pCt.	49 5/8 P.
Elisab.-Bahn Prior. 5 pCt. 6/7	79 3/4 P.
Südd. Bank-Akt., 30 pCt. Einz.	255 1/2 P.
Span. Handels- und Industrie . .	—
Bayr. Ostbahn à 4 1/2 pCt. volleinbez.	116 G.
Bayer. Ostbahn mit 50 pCt. Einz.	113 3/8 G.

Anlehens-Loose.

Oesterr.	fl. 250 v. 1839	135 3/4 G.
„	fl. 250 v. 1854 mit 4pCt.	75 7/8 G.
„	fl. 500 v. 1860 6/7	83 3/8—5/8 G.
„	fl. 100 Eisb. L. v. 1858.	129 3/4 P.
„	do. v. 1864.	88 G.
Schwed. 10 Thlr. Loose		9 1/2 P.
Badische fl. 50		121 1/2 P.
Badische fl. 35		52 3/8 P.
Kurhess. Thlr. 40 b. R.		54 G.
Gr. Hessen fl. 50 b. R.		138 G.
„ fl. 25 do.		39 G.
Nassau fl. 25 bei Rothsch.		37 3/8 P. 3/8 G.
Sardinische Fr. 36 b. B.		—
Neuchateler 10 Frs.-Loose		—
Freiburger 15 Frs.-Loose		—
Mailänder 45 Frs. L. b. R.		32 1/2 P.
St. Lüttich mit 2 1/2 pCt. Z.		35P.
Ansb.-Gunzenh. fl. 7-L.		10 1/8 G.

Wechsel
in süddeutscher Währung.

Amst. fl. 100 k. S.	100 7/8 G.
Antwerp. Frs. 200 k. S.	93 7/8 G.
Augsb. fl. 100 k. S.	100 P.
Berlin Th. 60 k. S.	104 7/8 P.
Brem. 50 Th. Ld. k. S.	96 1/2 P.
Brüssel Frs. 200 k. S.	93 7/8 G.
Cöln Thlr. 60 k. S.	104 7/8 P.
Hamb. MB. 100 k. S.	88 7/8 G.
Leipzig Th. 60 k. S.	104 7/8 P.
London Lst. 10 k. S.	118 1/8 G.
Lyon Frs. 200 k. S.	—
Mail. Frs. 200 . .	93 7/8 P.
München fl. 100 k. S.	99 7/8 P.
Paris Frs. 200 k. S.	93 5/8 P.
Petersburg 50 S.-R.	—
Triest fl. 100 k. S.	—
Wien fl. 100 ö. W.	—
do. in öst. W. l. S.	101 3/8 G.
Disconto	4 1/2 pCt. G.

Frankfurt, 23. Januar. Die Börse war heute recht günstig gestimmt und der Kreis derjenigen Effekten, welche einen lebhafteren Verkehr und entsprechende Preissteigerung aufzuweisen haben, hat sich wesentlich erweitert. Dazu trägt vor Allem die sich von Tag zu Tag günstiger gestaltende Lage des Geldmarktes bei, dem in der jüngsten Zeit bedeutende Kapitalien zugeströmt sein müssen, was sich sowohl in dem Bedarf von Effekten für Kapitalisten, als in der sehr erleichterten Prolongation kundgibt. (Synd.)

Nr. 809.

Amortisations-Edikt.

Vom k. Landgericht Werneck. Hypothekenbereinigung für Obbach betr.

In den Hypothekenbüchern für Obbach sind die nachverzeichneten Güterkaufschillinge nebst Eigenthumsvorbehalten eingetragen, bezüglich deren die Nachforschungen nach den rechtmäßigen Inhabern fruchtlos geblieben und von dem Tage der letzten auf diese Einträge sich beziehenden Handlungen an gerechnet mehr als 30 Jahre verflossen sind.

Auf Antrag der jetzigen Besitzer werden alle Diejenigen, welche noch Rechte auf diese Forderungen zu haben glauben, zu deren gerichtlicher Geltendmachung

binnen 6 Monaten

anmit aufgefordert, widrigenfalls nach Ablauf dieser Frist die Forderungen für erloschen erklärt und die Löschung im Hypothekenbuche vollzogen werden würde.

Werneck, den 19. November 1864.

Königliches Landgericht.

Huler.

[3b] Meisner, Funktionär.

Fortl. Nr.	Name des eingetragenen Schuldners.	Name des eingetragenen Gläubigers.	der Hypothek Betrag fl.	kr.	der Hypothek Rechtstitel ꝛc.	Hyp.-Buch Bd.	Seite.
1	Müller M. Schuhmacher v. Obbach.	Die Debitmasse des Friedr. Handschuh in Obbach.	22	30	mit 5% verzinsl., Weihnachten 1823 mit 1828 zahlbarer Güterkaufschilling laut Kaufbriefs vom 26. Mai 1823 und Hypothekeneintrag vom 21. Juni 1824.	I.	273.
2	Kleemann Wolf alda	Die Debitmasse des Michel Brandt in Obbach.	31		desgleichen laut Strichspr. vom 17. Juni 1823 und Hyp.-Eintrag vom 20. Dez. 1824.	II.	153.
3	Dusel Michel ,,	,,	30	30	,,	,,	155.
4	Spiegel Jakob ,,	,,	10		,,	,,	157.
5	Königsberger Seligmann ,,	Die Nachlaßmasse der Kath. Barb. Bärmann Wb. in Obbach.	17		mit 4% verzinsl. Güterkaufschilling laut Strichspr. vom 3. Mai und Hyp.-Eintrag vom 17. Mai 1830.	,,	145.
6	Hutter Ludwig ,,	,,	100		,,	V.	350.
7	Gensler Christian ,,	,,	168		,,	,,	352.
8	Derselbe ,,	,,	154		,,	,,	354.
9	Kronthal Löb ,,	Die Debitmasse des Michel Endres von Obbach.	12		mit 5% verzinsl. Michaeli 1823 mit 1828 zahlbarer Güterkaufschilling laut Hyp.-Eintrag v. 31. Aug. 1824.	II.	90.
10	Spiegel Lorenz jg. ,,	,,	3	35	desgl. Michaeli 1824 mit 1828 zahlb. Güterkaufschilling laut Strichspr. vom 14. Aug. 1823 und Hypotheken-Eintrag vom 17. Januar 1825.	,,	322.
11	Braun Jakob ,,	,,	8		,,	I.	280.
12	Strauß Seligmann ,,	,,	16		,,	II.	307.
13	Strohmenger Nikolaus ,,	,,	8		,,	,,	344.
14	Strauß Lazarus ,,	,,	12	30	,,	,,	354.
15	Selbert Kaspar ,,	,,	6		,,	,,	386.
16	Hutter Ludwig Carl ,,	Johann Raab alt von Obbach.	58	30	mit 5% verzinsl. Martini 1823 mit 1826 zahlbarer Güterkaufschilling laut Hyp.-Eintrag vom 16. Dez. 1824.	,,	100.
17	Sterf Philipp Friedrich ,,	Die Gläubiger des Joh. Raab jg. von Obbach.	71		mit 5% verzinsl. Martini 1824 mit 1826 zahlbarer Güterkaufschilling laut Strichspr. vom 21. Okt. 1823 und Hyp.-Eintrag vom 29. Dez. 1824.	,,	213.
18	Schubert Friedrich ,,	,,	17		,,	,,	217.
19	Biemüller Michael ,,	,,	86		,,	,,	227.
20	Bärmann Johann ,,	,,	62	30	,,	,,	231.
21	Kleemann Wolf ,,	,,	16	30	,,	,,	233.
22	Roßmann Zeidel ,,	,,	13		,,	,,	243.
23	Steuermann Löb ,,	,,	7		,,	,,	251.
24	Strohmenger Georg ,,	,,	8		,,	,,	265.
25	Roßmann Zeidel ,,	,,	9		,,	,,	273.
26	Düsel Michael Bäcker ,,	Die Debitmasse des Isaak Abraham in Obbach.	108		mit 5% verzinsl. Weihnachten 1829 mit 1833 zahlbarer Güterkaufschilling laut Hyp.-Eintrag v. 13. Febr. 1829.	,,	405.
27	Kronthal Löb ,,	,,	50		,,	,,	239.
28	Bärmann Johann ,,	,,	100		,,	,,	335.
29	Strohmenger Georg ,,	Die Theilungsmasse der Anna Dorothea Raab Wb. von Obbach.	8		mit 5% verzinsl. Lichtmeß 1823 mit 1826 zahlbarer Güterkaufschilling laut Theilungsplan vom 28. Nov. 1822 und Hyp.-Eintrag vom 10. Februar 1825.	III.	51.
30	Selbert Kaspar ,,	,,	33	30	desgl. laut Strichsprotokoll vom 29. Okt. 1822 und Hyp.-Eintrag vom 24. April 1825.	,,	595.
31	Königsberger Seligmann ,,	Die Debitmasse der Kaspar Nenn Wittwe von Obbach.	18		mit 4% verzinsl. Kaufschilling laut Strichsprotokoll vom 12. Okt. 1831.	II.	199.
32	Heß Georg Philipp ,,	,,	3		,,	III.	259.
33	Spiegel Lorenz ,,	,,	18		,,	,,	261.
34	Mauder Johann alt ,,	,,	25		,,	,,	263.
35	Röder Michel ,,	,,	6		,,	,,	265.
36	Bärmann Friedrich ,,	,,	22		,,	,,	275.
37	Raab Johann jung ,,	,,	17	30	,,	,,	285.
38	Mauder Friedrich ,,	,,	13		,,	,,	301.
39	Röder Michel ,,	,,	36		,,	,,	317.
40	Heß Georg Philipp ,,	,,	10		,,	,,	319.
41	Bracher Adam ,,	,,	13		,,	,,	327.
42	Kreile Michel ,,	,,	31	30	,,	,,	329.
43	Wundarzt Gräf ,,	Kasp. Ditterich in Niederwerrn und beziehungsweise dessen Gläubigerschaft	38		mit 4% verzinsl. Kaufschilling laut Strichspr. vom 29. Nov. 1832 und Hyp.-Eintrag vom 21. Jan. 1833.	,,	338. 339.
44	Köth Friedrich ,,	,,	56		,,		
45	Goldstein Abraham ,,	,,	95		,,	,,	353.
46	Hutter Ludwig ,,	,,	77		,,	,,	363.
47	Dusel Michel ,,	,,	88		,,	,,	373.
48	Röder Melchior ,,	Die Debitmasse der Kathar. Baier Wittib zu Obbach.	31		mit 5% verzinsl. Michaeli 1826 mit 1831 zahlbarer Güterkaufschilling laut Kaufbrief vom 3. Nov. 1823 und Hypothekeneintrag vom 3. Nov. 1825.	IV.	51.
49	Bildstein Abraham ,,	Debitmasse des Friedrich Handschuh von Obbach.	17	30	mit 5% verzinsl. Weihnachten 1823 mit 1828 zahlbarer Güterkaufschilling lt. Strichsprotokoll v. 12. Dez. 1822 und Hypothekeneintrag vom 24. Dez. 1824.	II.	175.
50	Derselbe ,,	,,	27		,,	,,	177.
51	Bärmann Johann ,,	,,	38		,,	,,	179.
52	Schubert Friedrich ,,	,,	15	30	,,	,,	187.
53	Köth Friedrich ,,	,,	61		,,	,,	189.
54	Ommert Margaretha Wttw. ,,	Die Debitmasse des Michel Kreile zu Obbach.	20	30	mit 4% verzinsl. Martini 1823 mit 1826 zahlbarer Güterkaufschilling laut Hyp.-Eintrag v. 19. Sept. 1833.	IV.	705.
55	Hutter Philipp ,,	,,	44		,,	,,	733.
56	Goldstein Abraham ,,	,,	62		,,	,,	747.
57	Spiegel Johann ,,	,,	11	30	,,	,,	749.
58	Röder Michel ledig ,,	,,	43		,,	III.	85.
59	Bienmüller Nikolaus ,,	Debitmasse des Isak Abraham in Obbach	61		mit 5% verzinsl. Weihnachten 1829 mit 1833 zahlbarer Güterkaufschilling lt. Hyp.-Eintr. v. 13. Febr. 1829.	IV.	189.
60	Roßmann Zeidel ,,	Die Gläubiger des Michel Endres von Obbach.	12		Wie ad Ziff. 9.	II.	366.

Digitized by Google

k. Hof- und Staatsbibliothek
N. Würzb. Ztg. München.

Neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht!

№ 25.	Vorausbezahlung: Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 1 fl. 30 kr. Bei Inseraten wird die dreispaltige Zeile in gewöhnlicher kleiner	62. Jahrgang.	Schrift oder deren Raum im Hauptblatte mit 6 kr., im Anzeiger mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franco.	Mittwoch, 25. Januar 1865.

(Amtliche Nachrichten.) **München**, 23. Januar. Se. Maj. der König hat dem k. Oberststallmeister O. Frhrn. v. Lerchenfeld die Bewilligung zum Tragen des von dem Großherzoge von Hessen verliehen erhaltenen Großkreuzes des Verdienstordens Philipps des Großmüthigen ertheilt; auf das im Forstamte Regensburg in Erledigung gekommene Revier Pielenhofen den dermaligen Aktuar des Forstamtes Kelheim; Karl Forster, zum provis. Revierförster ernannt; die kathol. Pfarrei Pobenhausen, Bezirksamts Schrobenhausen, dem Priester Fr. X. Kolmsperger, Pfarrer in Ehrenberg, Bezirksamts Pfaffenhofen, übertragen; dem Schulrath und Studienrektor Dr. J. Chr. v. Held in Bayreuth die nachgesuchte Enthebung von der Funktion eines Kreisscholarchen für den Regierungsbezirk Oberfranken bewilligt; auf die erledigte Stelle eines Raths der k. Regierungs-Finanzkammer von Schwaben und Neuburg den Rath der k. Regierungs-Finanzkammer von Mittelfranken, Jak. Braunsberger, versetzt; an dessen Stelle den Assessor der k. Regierungs-Finanzkammer von Oberbayern, Fr. A. Wiesend, zum Rathe der k. Regierungs-Finanzkammer von Mittelfranken befördert; den Assessor der k. Regierungs-Finanzkammer von Mittelfranken, St. Reschriller, in gleicher Eigenschaft zur k. Regierungs-Finanzkammer von Oberbayern versetzt; den Rechnungskommissär der k. Regierungs-Finanzkammer von Mittelfranken, J. Fr. G. Häckl, zum Assessor dieser Regierungs-Finanzkammer, vorerst unter Fortdauer seines Dienstesprovisoriums, befördert; endlich die hiedurch sich erledigende Stelle eines Rechnungskommissärs der k. Regierungs-Finanzkammer von Mittelfranken dem bei der k. Rechnungskammer verwendeten Rathsaccessisten E. Seeholzer in provis. Diensteseigenschaft verliehen.

München, 21. Jan. Der Gesetzgebungs-Ausschuß der Kammer der Abgeordneten fuhr heute in der Berathung der Bestimmungen des Entwurfes über „Armenrecht" fort. Der Art. 118 des Entwurfes bestimmt, daß bei den Stadt- und Landgerichten, den Handelsgerichten und dem Handelsappellationsgerichte, bei welchen nämlich ein Staatsanwalt nicht angestellt ist, die Instruktion und Bescheidung des Armenrechtsgesuches ohne Vermittelung des Staatsanwalts stattfindet. Der Referent v. Neumayr beantragte hiezu den Beisatz, daß hiebei die dem Staatsanwalte bei den Kollegialgerichten zustehende Vorprüfung, ob der behauptete Anspruch oder die beabsichtigte Rechtsvertheidigung des Gesuchstellers als frivol erscheine oder nicht, nicht stattfinden solle, sondern von der Voraussetzung der Nichtfrivolität auszugehen sei. Referent war hiebei von der Ansicht geleitet, daß diese Vorprüfung mit der Bewahrung der erforderlichen Unbefangenheit des Gerichtes für die seinerzeitige Verhandlung und Aburtheilung der Hauptsache nicht bestehen könne. Der Ausschuß trat aber der Bestimmung des Entwurfes, welche vom Min.-Komm. Dr. Weis vertreten wurde, mit Rücksicht auf die bisherige Praxis und ihre Nachtheile in Folge der Armenrechtsertheilung auf bloßen Nachweis der Vermögensverhältnisse, bei. Die Art. 119 und 120 des Entwurfes gaben zu keiner Diskussion Veranlassung. Dagegen wurde Art. 121 des Entwurfes von Dr. Barth, Umscheiden und Dr. Völk beanstandet. Derselbe bestimmt nämlich, daß eine Partei, welche das Armenrecht durch falsche Angaben oder sonstige Ränke erschlichen hat, mit Arrest bis zu 42 Tagen zu strafen sei. Das Strafmaß, wurde eingewendet, sei unter allen Umständen zu hoch, die Strafe trage nicht den Charakter einer Prozeßstrafe, die Formen des bezüglichen Verfahrens seien nicht fixirt, es sei unzukömmlich', daß das Prozeßgericht eine derartige Strafe ausspreche, wofür gegebenen Falles die allgemeinen Strafen des Betruges einzutreten hätten. Von der anderen Seite wurde in der vorerwähnten Strafe nur ein zweckmäßiges Korrektiv gegen das Gebahren jener Klasse von Querulanten bezeichnet, welche das Armenrecht in der Regel mißbrauchen. Die Mehrheit des Ausschusses beschloß den Abstrich dieses Artikels. Zu Art. 122 des Entwurfes (Vorbehalt reglementärer Anordnungen) wurde der Redaktionsantrag des Referenten genehmigt, wonach statt der Worte „reglementärer Anordnung" zu setzen ist „Verordnungsweg". Damit war das V. Hauptstück des Entwurfes vorbehaltlich der Feststellung der Fassung durchberathen. Der Ausschuß griff nur noch auf Grund eines Antrags des Ausschuß-Sekretärs Dr. Barth auf die Materie der Kosten (Art. 90 ff. des Entw.) zurück. Es wurde hiebei beschlossen, die Regelung des Verhältnisses zwischen dem Anwalte und seiner eigenen Partei in die Anwaltsordnung zu verweisen und das Wesentliche in der Zivilprozeßordnung durch einen allgemeinen Satz auszudrücken, etwa in folgender Form: „die Gebühren der Advokaten und Rechtspraktikanten richten sich in Ermangelung eines anderweitigen Uebereinkommens auch der eigenen Partei gegenüber nach der Gebührenordnung. Inwieweit ein solches Uebereinkommen giltig und wirksam ist, bestimmt die Advokatenordnung." Sodann wurde dem Antrage des Ausschußsekretärs (Art. 102 b) beigestimmt, der bei Handels- und Einzelngerichten als Regel für die Geltendmachung der Forderungen der Anwälte, Beistände und Bevollmächtigten für Gebühren und Auslagen der eigenen Partei gegenüber den ordentlichen Klagweg aufstellt und vor den Gerichten mit Anwaltszwang das Prozeßkostenliquidations-Verfahren (Art. 97—100 des Entw.) für Gebühren und Auslagen der eigenen Partei gegenüber „auf Grund der Gebührenordnung" entsprechend modifizirt. Der Ausschuß wird

Feuilleton.

Steub über die heutigen Griechen.

Steub, der gemüthvoll-humoristische Schilderer der bayerischen Alpen, machte bekanntlich voreinst die bayerische Argonautenfahrt nach Hellas mit, wo er „vor dreißig Jahren als Jüngling wohlbehütet im Schreibezimmer der hohen Regentschaft saß, um für das griechische Schulwesen zu arbeiten." Seine Jugenderinnerungen an das klassische Land hat er in einem schönen Buch, dem Erstling seiner Muse, niedergelegt, und „noch jetzt ist ihm eine Art Heimweh nach den Ufern des Ilissus im Herzen sitzen geblieben." In der eben erschienenen zweiten Auflage seiner Wanderungen im bayerischen Gebirge sind dem Kapitel über Eron, wo er mit dem mittlerweile verstorbenen bayerischen Kriegsminister v. Lüder, dem damaligen Kommandanten von Nauplia, der alten Zeiten gedachte, sind nachträglich folgende politische Betrachtungen einverleibt:

Obwohl es jetzt (sagt Steub) nach den Ereignissen der jüngsten Zeit nicht recht patriotisch scheint, dem eiteln und wankelmüthigen Volk der Gräcoslaven noch ein entschuldigendes Wörtlein zu widmen, so drängt's mich doch, über die Ursachen, welche das arme dürre Griechenland so weit gebracht haben, hier eine Meinung niederzulegen. Erstens also hatte das Land, zumal im Anfang, an mehreren hundert Celebritäten zu leiden, lauter Heroen aus dem Freiheitskrieg, die nicht lesen und nicht schreiben konnten, überhaupt nichts arbeiten, sondern nur in heldenhafter Bärenhäuterei jene schönen Pensionen genießen wollten, die das befreite Vaterland ihnen schuldig sei. Jeder dieser Recken hatte dann wieder eine zahlreiche Sippschaft hinter sich, die mit ihm und kraft seiner Verdienste im Reich emporkommen und Stellen erhalten wollte. Es war unmöglich, allen diesen Forderungen gerecht zu werden, allein die alternden Helden nahmen keine Vernunft an, sondern wenn sie wieder etliche Monate in den Antichambren zu Athen gesessen und nichts erreicht hatten, so pflegten sie nach Messenien oder nach Akarnanien zu gehen, und dort zu näherer Begründung ihrer Ansprüche einen jener zahllosen Aufstände zu veranstalten, die das Land in beständiger Unruhe hielten. Jetzt sind die alten Häuptlinge zwar meist dahingegangen, aber ihr Geist schwebt noch über den griechischen Bergen, und die alte Klephtenwirthschaft hat noch lange nicht abgeblüht. Ferner leidet das Ländchen sehr schmerzlich an der Hochschule zu Athen. Es war ein schöner Traum der deutschen Philhellenen, daß in der alten Stadt der Weisen ein Bildungsherd für das ganze Morgenland entstehen, und die männliche Jugend der dortigen Christenheit bis von den Höhen des Hämus, von den Grenzen Nubiens und Mesopotamiens zusammenströmen, in den akademischen Hainen am Cephissus neuerdings Philosophie betreiben, und dann gebildet, erleuchtet und veredelt in die um-

sich in der nächsten Woche vornehmlich mit der Redaktions-Feststellung der Beschlüsse zum Hauptstück IV und V des Entwurfes befassen. (R. K.)

München, 23. Jan. Der Gesetzgebungs-Ausschuß der Kammer der Abgeordneten hatte in den Sitzungen vom 17. und 19. d. Mts. beschlossen, die Materie der Prozeßkostenkaution von jener der übrigen Prozeßkautionen im Gesetze der Uebersichtlichkeit und Deutlichkeit wegen auszuscheiden, und Abg. Dr. Edel hatte die bezügliche Redaktion der treffenden Artikel übernommen. Heute berieth nun der Ausschuß über diese Anträge des Abg. Dr. Edel, die Art. 104 ff. (Sicherheitsleistung für Prozeßkosten) und 109 ff. (Sicherheitsleistung wegen der Wider- oder Nachklage) betr., und genehmigte dieselben durchgehends mit geringen Abänderungen. Da der Inhalt dieser Artikel aus den Berichten über die früheren Sitzungen bekannt ist, so heben wir aus den heutigen Beschlüssen nur eine Modifikation von allgemeinem Interesse heraus. Es war nämlich in der Sitzung vom 19. l. Mts. (Art. 104) beschlossen, daß die Prozeßkostenkaution, sofern die Parteien sich nicht anderweit einigen, durch gerichtliche Hinterlegung des Betrages in baarem Gelde oder in geldwerthen Papieren, „welche auf inländischen Börsen Kurs haben", zu bestellen sei, den Werth der Papiere nach dem Tageskurse berechnet. Dieser Beschluß wurde nun heute auf Anregung der Abgeordneten Dr. M. Barth und Dr. Völk nicht für hinreichend befunden und deshalb vorgezogen, die zuzulassenden Papiere im Gesetze speziell aufzuzählen. Demnach sind zur Kautionserrichtung zuzulassen: die bayer. Staatspapiere, die geldwerthen Papiere der k. Bank in Nürnberg, der bayer. Hypotheken- und Wechselbank und die Aktien von industriellen Unternehmungen, für welche der bayerische Staat Zinsengarantie übernommen hat, z. B. Ostbahnaktien.

München, 24. Jan. Zur Vertretung Bayerns bei den wahrscheinlich in nächster Woche beginnenden Verhandlungen zwischen Bayern, Württemberg und Baden Namens des Zollvereins einerseits und der Schweiz andererseits, ist der Oberzollrath Widmann (z. Z. Bevollmächtigter bei der k. preußischen Provinzial-Steuer-Direktion in Köln) bestimmt worden. Es handelt sich bekanntlich bei diesen in Stuttgart stattfindenden Konferenzen um den Abschluß eines Zoll- und Handelsvertrages des Zollvereines mit der Schweiz. Oberzollrath Widmann ist hier eingetroffen und wird sich nächster Tage nach Stuttgart begeben. (B. Z.)

Des zweiten Flugblattes des großdeutschen Reformvereins haben wir bereits Erwähnung gethan. Aus den Vereinsnachrichten ergibt sich folgende Zusammensetzung des Ausschusses: Dr. P. L. Adam in Ulm, Prof. Dr. Bärens in Hannover, Bayrhammer, Stadtschultheiß in Ellwangen, Prof. Dr. Brinz in Prag, O. v. Dahmen in Karlsruhe, Graf v. d. Decken in Hannover, Frhr. v. Doblhoff-Dier in Weckersdorf bei Baden (Oesterreich), Prof. Dr. Edel in Würzburg, Dr. Julius Fröbel in Wien, J. F. Frommann in Jena, Geh. Rath Dr. v. Goldmann in Darmstadt, Dr. Großmann, Obergerichts-Prokurator, und Dr. Heydenreich, Medizinalrath in Wiesbaden, Frhr. v. Lerchenfeld in Bamberg, Dr. Metzschke, Advokat in Leipzig, Prof. Dr. Pözl in München, Schatzrath Frhr. v. Rössing in Hannover, Prof. Dr. Schäffle in Tübingen, Dr. v. Wänker, Obergerichts-Advokat in Freiburg im Breisgau, A. Wiener, Handelskonsul in Darmstadt, Dr. Witte, Obergerichts-Direktor in Hannover, Dr. O. v. Wydenbrugk, Geh. Staatsrath a. D., d. Z. in Wien, Frhr. v. Zehmen auf Stauchitz (Königreich Sachsen), Fr. Graf Zeppelin zu Aschhausen (Königreich Württemberg). [Z]

Wien, 22. Jan. Ueber die Banal-Konferenz, welche der Ban von Kroatien nach dem neulich mitgetheilten kaiserlichen Patent über die Wahlordnung für den kroatischen Landtag hören soll, bemerkt der „Botschafter": „Nach den alten Gesetzen Ungarns und Kroatiens ist die Einberufung von Vertrauenskonferenzen ein gesetzlich zulässiges Mittel, und zwar steht es in Ungarn dem Palatin, im dreieinigen Königreich dem Banus zu, entweder aus eigener Machtvollkommenheit, oder auch über Auftrag des Königs eine solche Konferenz zur Berathung wichtiger Landesangelegenheiten zusammen zu berufen. Dem Ermessen des Banus ist es freigestellt, wen er in diese Konferenz berufen will; doch selbstverständlich ist er auf den Kreis hervorragender, ausgezeichneter und höhergestellter Männer des Landes angewiesen. — Die „Presse" glaubt als bedeutungsvoll hervorheben zu sollen, daß in dem kaiserlichen Handschreiben die Februar-Verfassung nicht speziell erwähnt, sondern der kaiserliche Wille kundgegeben wird, die Institutionen Gesetze und gesetzlichen Gebräuche des Königreiches, sofern sie irgend mit dem Nationalleben zusammenhängen und den Anforderungen der jetzigen Verhältnisse entsprechen, aufrecht zu halten und zu kräftigen. Hieraus will sie den Schluß ziehen: es sollen die diesseits der Leitha in Kraft stehenden Grundgesetze dem kroatischen Landtage nicht in so imperativer Weise vorgelegt werden, daß er nicht berechtigt wäre, geeignete, dem Landesbedürfnisse zusagende Aenderungen vorzuschlagen. Für nicht wahrscheinlich hält sie, daß die Vertreter des dreieinigen Königreiches sich vorbehaltlos dem Systeme der Februarverfassung anschließen und ohne weiters den Reichsrath beschicken werden. — Ferner vernimmt die „Presse", daß vorbereitende Schritte zur Wiederherstellung des normalen Zustandes in Ungarn, worunter nach ihrem Ermessen zuvörderst wohl die Beseitigung des Militärprovisoriums zu verstehen wäre, im Zuge seien."

Wien, 23. Jan. In der heutigen Abendsitzung des Finanzausschusses wurde eine den Brinis'schen Antrag betreffende Zuschrift des Staatsministers an das Präsidium des Abgeordnetenhauses verlesen. Die Zuschrift sagt: Die Regierung erblicke in dem bezüglichen Beschlusse des Ausschusses den Wunsch zur Feststellung der Erfordernißansätze auf einem andern als dem bisherigen Wege, und namentlich den Wunsch, zu dem Zwecke zu gelangen, das möglichste Gleichgewicht herzustellen. In diesem Wunsche begegnen sich die Ansichten des Finanzausschusses und der Regierung, und es werde sich nur um die Wahl des richtigen Weges handeln, welcher zur Verständigung führen könne. Für die Regierung stehe in erster Linie die Pflicht, diejenigen Maßregeln der Exekutive zu treffen, welche für die Sicherheit und das Wohl

---

nachtete Heimath zurückkehren solle, um dort Bildung, Licht und edlere Menschlichkeit zu verbreiten. Allein in der Praxis hat sich dies ganz anders gestaltet. Die Jungen kommen wohl aus allen Winkeln dort zusammen, lernen aber nicht viel, und bleiben, statt in die umnachtete langweilige Heimath zurückzukehren, lieber in dem lustigen Athen, sitzen den ganzen Tag in den Kaffeehäusern, halten sich zu den höchsten Würden sowohl berufen als geeignet, klagen bei erreichter Volljährigkeit über den Blödsinn des Vaterlands, das ihren Genius nicht zu verwerthen, über den Despoten, der für seine Minister nie die rechte Wahl zu treffen wisse, hetzen in den zahllosen Journalen das Volk gegen die Obrigkeit, deren Tugenden allerdings auch nicht sehr hoch anzuschlagen, geben jede Mörderbande, die sich im Lande herumtreibt, für die echten Enkel des Harmodius und Aristogiton aus, und brüllen mit bei jedem Pronunciamiento, auch wenn deren in jedem Monat dreißig wären. Diese Hypertrophie der Bildung ist jetzt fast ein größeres Uebel geworden als die Unwissenheit, die Amathia, über welche die vorfreiheitlichen Griechen Rhigas, Korais und andere so rührend zu klagen wußten. Hätte König Otto keine andern Staatsbürger zu regieren gehabt als die mäßigen, arbeitsamen griechischen Bauern und Matrosen, so könnte er noch jetzt, von allen verehrt und geliebt, an den stillen Gestaden des Ilissus lustwandeln, oder von seinem Schloß aus leichte Tschibukwölkchen über das vergnügte Athen hinblasen. Das dritte Leiden sind die „wohlthätigen Mächte", Frankreich, Rußland und England, zumal letzteres, welches der griechischen Handelsmarine nie verzeihen wird, daß sie mit Zwiebeln, Oliven und Wasser durch die Meere kommt, während seine Seehelden Beefsteak und Brandy verlangen, was die Spesen beträchtlich vertheuert. Jeder dieser Wohlthäter hält nun seine Sendlinge in dem Lande, jeder hat seine Partei, die er ködert und losgehen läßt, so oft es ihm ersprießlich scheint. Jede der drei wohlthätigen Gesandtschaften ist nur ein Blasbalg, der in dem beständig brodelnden Vulkan des unglücklichen Landes nach Kräften schürt. Wer erinnert sich nicht an den edlen Don Pacifico, den Günstling des noch edleren Palmerston, und an die letzte „königmachende" Intrigue des nobeln Albion, das der alte Napoleon am Ende doch nicht unrichtig charakterisirt hat! Hätte man Griechenland gleich vom Anfang an dem Einfluß der wohlthätigen Mächte entziehen und in ruhige windstille Gegenden, etwa nach Pommern oder in die Uckermark, verlegen können, so hätte es nicht so viele Millionen auf eine Armee und andere Schutzmittel, auf Bekämpfung von Revolutionen verwenden müssen, und sie wären wohl dem Straßenbau und andern innern Verbesserungen zugeflossen, und das kleine Hellas würde jetzt noch jenes Glück genießen, dessen Schild der Bavarese gewesen, und das in vielen Jahren nicht wiederkehren wird. Dieses glaubte ich für das verachtete Völklein hier sagen zu dürfen, für die modernen Gräculi, die zwar, wie die kleinen Dänen, eine lächerliche himmelstürmende Eitelkeit, außerdem aber viele liebenswürdige Eigenschaften besitzen, und deren Unglück doch zum Theil aus Ursachen hervorging, für welche sie selbst nicht verantwortlich sind.

des Staates unerläßlich sind, und folgerichtig die hierzu nöthigen Mittel zu beanspruchen. Diese Pflicht bilde zugleich eine unüberschreitbare Grenze bei der Würdigung der Nothwendigkeit der mit Geldaufwand verbundenen Verfügungen. Um daher beurtheilen zu können, ob auf dem vom Finanzausschuß angedeuteten Wege ein dem gehegten Wunsche sowie dem erwähnten Regierungsstandpunkte entsprechendes Resultat zu erzielen sei, handele es sich um die Tragweite der Feststellung des zu fassenden Beschlusses, und daher um Beantwortung mehrerer Vorfragen, deren Lösung durch eine mit dem Finanzausschuß zu pflegende Verhandlung jedenfalls vorausgehen müßte, bevor die Regierung in die Lage käme, beurtheilen zu können, ob auf dem vorgeschlagenen Wege eine Einigung zwischen den Ansichten des Ausschusses und denjenigen der Regierung erreichbar sei. — Der Ausschuß beschloß, zu diesem Ende Morgen Vormittag eine Sitzung zu halten, wozu ein Vertreter der Regierung geladen ist.

Triest, 23. Jan. Der hiesige Stadtrath ist durch kaiserliche Entschließung vom 21. Januar aufgelöst. — Die heute eingetroffene Ueberlandpost hat Berichte aus Kalkutta vom 23. Dez., denen zufolge das Fort Dewangiri den Bhutanesen abgenommen wurde, und in Nepal ein Bürgerkrieg drohte; sodann Berichte aus Hongkong vom 15. Dezbr., wornach der Major Baldwin und der Lieutenant Bird am 21. Nov. bei Kamakura von den Japanesen ermordet wurden.

Berlin, 22. Jan. Gestern Vormittags 11 Uhr empfing der König den Besuch des Prinzen Friedrich Karl, welcher am Morgen mit seinen militärischen Begleitern von Wien hierher zurückgekehrt war, und hatte mit dem Prinzen und dem Chef des Generalstabs der Armee, General v. Moltke, eine lange Unterredung. — Der Adreßentwurf, welchen die Kommission des Herrenhauses in Anwesenheit des Hrn. v. Bismarck feststellte, schließt sich im wesentlichen dem Gedankengang der Thronrede an, und enthält unter anderem folgende bezeichnende Stellen: „In den ruhmvollen Erfolgen der preußischen Waffen erkennen wir mit gerechtem Stolz eine erste Frucht der neuen Heeresverfassung, welche Ew. k. Maj. eigenstes Werk ist.“ In Bezug auf Schleswig-Holstein und dessen Neugestaltung: „Ew. k. Maj. Weisheit vertrauen wir, daß diese Neugestaltung der durch den Friedensvertrag an Preußen und Oesterreich abgetretenen Länder sowohl den Interessen Preußens und somit Deutschlands, als auch den von Ew. Maj. und Allerhöchstdero Unterthanen bereitwilligst gebrachten Opfern entsprechen, und die Herzogthümer selbst in den Stand setzen werde, ihre reichen Kräfte für das gemeinsame Vaterland zu verwerthen.“ Mit großer Geschicklichkeit ist es hier unklar gelassen, ob unter dem „gemeinsamen Vaterland“ zunächst Preußen oder Deutschland zu verstehen sei.

Hamburg, 23. Jan. Die „Norddeutsche Bank“ eröffnete heute Girokonten in preuß. Courant-Thaler. Die Einzahlungen und Auszahlungen geschehen in 1/1, 2/1 Thalern und preußischen Banknoten zum Nominalwerth nach dem Belieben der Bank. Die „Norddeutsche Bank“ gibt vom 26. Januar ab Solawechsel in Abschnitten von 10 und 25 Thaler aus, die von der Bankkasse bei Vorzeigung baar eingelöst werden.

Kiel, 21. Jan. In der „Kieler Ztg.“ erläßt Prof. Dr. Karl Weinhold zu Kiel „im Auftrag“ eine Aufforderung an deutsche Dichter zu einer Preisbewerbung. Die Aufgabe ist: Dank Schleswig-Holsteins an Oesterreich und Preußen. Der Preis besteht in hundert Thalern preuß. Cour. Es wird gewünscht, daß das Gedicht den Raum einer gedruckten Quartseite nicht viel übersteige. Die Bewerber sind eingeladen, ihre Zusendung, da der Preis am nächsten 18. April, dem ersten Jahrestag des Düppeler Sturms ertheilt werden soll, bis spätestens den 15. März postfrei an den obengenannten Herrn einzusenden.

Zürich, 22. Jan. In der Nacht zum 20. d. M. sind beim Dorfe Pfäffikon einige Jucharten Land in die Tiefe des Sees versunken und es scheint, daß noch ein weiteres Stück Land nebst der darauf befindlichen Sennhütte nachfolgen dürfte. Ueber die Ursache ist man im Unklaren und vermuthet blos, daß das Ereigniß vielleicht durch eine Erderschütterung oder durch den niedrigen Wasserstand herbeigeführt worden sein könnte.

Paris, 22. Januar. Zu den ersten sechzehn protestirenden Mitgliedern des französischen Episkopats sind im Laufe dieser Woche abermals dreizehn neue Prälaten hinzugekommen. — Dem Ministerium des Innern ist der amtliche Bericht vorgelegt worden über die Auflage des Abend-Moniteurs. Dieselbe beläuft sich auf die Zahl von nicht weniger als 72,000 Exemplaren. Uebrigens soll diese ungemein hohe Zahl immer noch nicht zur Deckung der Kosten ausreichen, welche vielmehr erst mit 100,000 Exemplaren erreicht sein soll. — Unter dem schriftlichen Nachlaß Proudhon's befindet sich, wie man sagt, auch ein Werk mit dem Titel: „Geschichte der Bibel“, für welches ein Verleger bereits der Wittwe des Schriftstellers 30,000 Frs. geboten haben soll. — Hr. Dupin, den man gestern todt gesagt, erfreut sich vielmehr einer Besserung in seinem Zustande.

Einer der in den letzten Attentatsprozeß Greco, Trabucco rc. Mitverwickelten, Scaglioni, ist aus dem Gefängniß in Dieppe entsprungen, was großes Aufsehen in Paris macht. Man wird sich erinnern, daß die öffentliche Meinung seinerzeit überzeugt war, die Polizei habe dieses Komplott angezettelt. Nun meint man in Paris, Scaglioni werde nicht der Letzte entsprungen sein.

Die „Mail. Ztg.“ schreibt aus **Turin**, daß das Kriegsministerium durch die große Zahl der Disponibilitätsgesuche der Offiziere jeden Ranges und jeder Waffe in der größten Verlegenheit sich befindet; dasselbe soll, wie es heißt, sogar eine Untersuchung eingeleitet haben, um zu erfahren, ob vielleicht die zu große Strenge irgend eines Korpskommandanten an dieser so einmüthigen Entschließung schuld sei; ein Kavallerieregiment ward angeführt, von welchem beinahe alle Offiziere die Disponibilität ansuchten. In Folge der Armeereduzirung findet hier seit mehreren Tagen die öffentliche Versteigerung von Kavalleriepferden statt. Pferde, die 800 bis 1000 Fr. dem Staat kosteten und gänzlich fehlerfrei sind, werden um 150 und weniger Franken verkauft. Dies verursacht bei den Italianissimi große Unzufriedenheit, welche noch immer auf einen Krieg mit Oesterreich im kommenden Frühjahr hoffen. Es wurden vom hiesigen Departementskommando den Regimentskommandanten die Dispositionen zur Auflösung der einzelnen Depots für den 1. Febr. gegeben. Das Turiner Journal Le Alpi sagt, daß das Finanzjahr 1865 sich mit einem Defizit von nicht weniger als 670 Millionen eröffnet.

Man schreibt dem „Botschafter“ aus **Turin** vom 18. Jan.: „Die verhältnißmäßig geringe Strenge, welche von Seiten unserer Regierung der Encyklica gegenüber an den Tag gelegt wird, dürfte bald ihre Erklärung durch eine Maßregel finden, welche die Regierung beabsichtigt, und die es gerathen erscheinen läßt, den Klerus zu beschäftigen, damit er die Vorbereitungen nicht störe. Wie wir nämlich vernehmen, geht Herr Sella mit dem Plane um, behufs der Aufbesserung unserer Finanzlage die Einziehung der Kirchengüter zu beantragen, und sind bereits die Verhandlungen mit Frankreich im Zug, um dessen Zustimmung zu der Durchführung dieses Planes zu erlangen. Man glaubt, daß es dem König nicht schwer fallen werde, den Konseilspräsidenten-Schwiegersohn für die Befürwortung dieser Maßregel zu gewinnen. Seit einiger Zeit ist wieder viel von einem österreichisch-französischen Handelsvertrag die Rede, welcher zur Brücke für die Wiederanknüpfung des österreichisch-italienischen Verkehrs dienen soll.“

Turin, 19. Jan. Die Blätter der Insel Sardinien bringen uns eine schauderhafte Geschichte von einem neuen Kaspar Hauser. Die Polizei der Provinzhauptstadt Oristano hatte Kunde erhalten, daß ein gewisser Notar C., der in zweiter Ehe verheirathet war, schon seit Jahren einen Sohn in einem unterirdischen Gewölbe eingeschlossen halte. Angestellte Nachforschungen bewiesen die Wahrheit der Aussage, denn man fand in einem dunkeln und feuchten unterirdischen Gemach ein menschliches Geschöpf, den Sohn des Notars, den dieser hier schon vierzehn Jahre gefangen hielt und täglich selbst mit Wasser und Brod versorgte. Das arme Opfer soll 35 Jahre alt sein, und wäre also erst in seinem 21. Jahre in sein Verließ gebracht worden, was etwas unwahrscheinlich klingt. Der Notar und die Stiefmutter des Unglücklichen, welche letztere der Volksmund als Anstifterin zu der unmenschlichen That bezeichnet, sind gefänglich eingezogen. Der zu neuem Leben auferstandene junge Mann befindet sich unter sorglicher Pflege und Obhut in dem städtischen Spital unter Aufsicht der Aerzte, da sein Rabenvater ihn für närrisch ausgab, eine Angabe, von welcher sich die Aerzte wenigstens in den ersten acht Tagen durchaus nicht zu überzeugen vermochten. — Die Nachricht, daß sich der so gefürchtete Brigantenchef Nikola Masini mit sieben Genossen und seiner Beischläferin, der nicht weniger gefürchteten Rosa Martinello, zu Marsico dem Obersten Bugheri gestellt haben soll, bestätigt sich.

Man schreibt im „Pungolo“ von **Neapel**, daß dem Kardinal d'Andrea bis jetzt noch keine Zuschrift von Seiten des Dekans des Kardinal-Kollegiums zugegangen ist; es sei ihm aber durch einen Freund offiziöse Mittheilung von diesem Dokument geworden. Es heißt, Kardinal d'Andrea sei für den Augenblick

nicht gesonnen, seines schwankenden Gesundheitszustandes wegen Neapel zu verlassen, und die Aerzte hätten ihm dies auch dringend anempfohlen.

Von der russischen Gränze wird dem „Botschafter" mitgetheilt, daß in den Donaufürstenthümern in der letzten Zeit wieder lebhafte Agitationen von Seite der polnischen und italienischen Emigranten versucht worden sind, deren Zweck es war, einen Einfall zu bewerkstelligen, für welchen man sich den Friauler Putsch zum Muster genommen. Wie man hört, ist man dieser Ansicht frühzeitig genug auf die Spur gekommen, um sie im Keime zu ersticken. Die Ernennung des Großfürsten zum Reichsrathspräsidenten wird in fortschrittlichem Sinne gedeutet.

New-York, 11. Jan. General Butler ist seines Kommandos enthoben worden und hat Befehl erhalten, von Lowell in Massachusetts aus brieflich dem Kriegsministerium zu rapportiren. An seine Stelle tritt vor der Hand General Ord. — Die Angriffspläne gegen Wilmington sollen unverzüglich wieder aufgenommen, und um gleichzeitig mit der von Anfang an beschlossenen kombinirten Land- und Seeataque gegen Fort Fisher die Stadt im Rücken zu bedrängen, wird General Terry mit einem Theile der Armee vom Jamesflusse über Neubern zu Lande gegen Wilmington vorrücken. — General Thomas steht mit 40,000 Mann auf der Südseite des Tennessee in Eastport (Mississippi) und bereitet sich, wie man glaubt, auf einen Marsch durch den genannten Staat und Alabama vor, mit der Absicht, Mobile zu nehmen. Der südstaatliche General Lygon zieht sich (nachdem er bei M'Minville eine Kompagnie nordstaatlicher Kavallerie gefangen genommen und die Eisenbahn unterhalb Tullahoma durchschnitten) durch Tennessee zurück, um zu Hood oder Forrest zu stoßen. — Aus Springfield (Missouri) meldet man, auf Befehl des Generals Camby hätten die Besatzungen sich aus allen südlich von Springfield bis zu Fort Smith in Arkansas gelegenen Posten zurückgezogen. — Jullsburg im Territorium Colorado ist von einem Ueberfalle der Indianer heimgesucht worden. — Eine Depesche aus Washington spricht von einem Gerücht, daß Lee zum Oberbefehlshaber aller südstaatl. Armeen ernannt worden sei und sofort beschlossen habe, Beauregard die Vertheidigung Richmonds zu überlassen, um selbst die südstaatlichen Truppen in Süd-Carolina zu sammeln und Shermans Marsch nach Norden zu vereiteln. Lee sehe die Operation Shermans für viel wichtiger an als Alles, was Grant in den ersten vier Monaten nur irgend ausführen könne. — Hr. Fessenden hat dem Finanz-Comitee ein Gesuch um Erlaubniß zur Emittirung von 200 Mill. Doll. in 7—30 Bonds vorgelegt. — Der Senat hat ein Gesetz angenommen, demzufolge die Weiber und Kinder farbiger Soldaten per se frei sind. — Die Konvention von Missouri hat beschlossen, die Konstitution des Staates wieder herzustellen.

(Fr. Pstz.)

(Das Eisenbahnnetz Deutschlands zu Anfang dieses Jahres.) Nach der offiziellen Zeitschrift des Vereins deutscher Eisenbahn-Verwaltungen (redigirt von Dr. Wilh. Koch) hatte am 1. Jan. 1865 das Bahnnetz der 64 zum Verbande gehörigen Bahnverwaltungen eine Gesammtlänge von $2641._{94}$ M., wovon $852._{65}$ Meilen Staatsbahnen, $188._{43}$ Meilen Privatbahnen in Staatsverwaltung und $1600._{86}$ Meilen Privatbahnen unter Privatverwaltung waren, und zwar stehen von obigen 64 Bahnen nur 19 unmittelbar unter Staatsdirektion (15 Staats- und 4 Privatbahnen), die übrigen 45 sind reine Privatbahnen. Außerdem liegen auf deutschem Bundesgebiete noch verschiedene Bahnlinien, deren Verwaltungen keine Mitglieder des Vereins sind und in obiger Zahl von $2641._{94}$ Meilen nicht miteingerechnet sind; es sind dies theils Personen-, theils Kohlenbahnen. Dazu gehören z. B. die Luxemburger Bahnen mit $16._{70}$ Meilen Länge, die $11._{81}$ Meilen nur Kohlenverkehr habenden Strecken der oberschlesischen Eisenbahn. Diese oben nicht mitgezählten Bahnen also haben eine Länge von $35._{07}$ Meilen, so daß daher das gesammte deutsche Bahnnetz zu Anfang dieses Jahres $2677._{01}$ Meilen zählte. In Vergleichung mit früheren Jahren hat das deutsche Bahnnetz im Jahre 1864 nicht so bedeutend zugenommen; denn im Jahre 1862 wuchs es um $105._{61}$, im Jahre 1863 um $104\frac{1}{2}$ Meilen, im Jahre 1864 nur um $58._{46}$ Meilen, die sich auf 14 Bahnen vertheilen. In der letzten Zahl sind, als die bedeutendsten Bahnen, inbegriffen: die Linie Ansbach-Würzburg mit 12 und die Güstrow-Neubrandenburger Bahn (Mecklenburg) mit $11._{6}$ Meilen Länge. Außer jenen 14 Bahnen sind noch 2 Hafenbahnen, die Wolgaster und Colberger, mit 3240 und 3888 Fuß (also circa $\frac{1}{8}$ und $\frac{1}{7}$ Meile) Länge und die $0._{57}$ Meilen lange Güterbahn Erfurt-Ilversgehofen eröffnet worden. So gering der Zuwachs an neu eröffneten Bahnlinien im Jahre 1864 war, um so bedeutender wird er im Jahre 1865 ausfallen. (B. Z.)

Hiezu die Beilage: „Würzburger Anzeiger".

Verantwortlicher Redakteur: A. Hartmann.
Druck und Verlag der Stahel'schen Buch- und Kunsthandlung in Würzburg.

Cours der Staatspapiere.

Oesterr.	5 pCt. Met. (Cp. l. S. b. R.)	—
„	5 pCt. Lomb. ditto. à 24	—
„	5 pCt. Engl. Met. v. 1852	$60\frac{5}{8}$ P.
„	5 pCt. Engl. Met. v. 1859	$78\frac{3}{4}$ P.
„	5 pCt. Venet. Coupon b. R.	$84\frac{1}{2}$ P.
„	5 pCt. Nationalanl. v. 1854	$67\frac{3}{4}$ G.
„	5 pCt. Metall. Obligation.	$60\frac{1}{2}$ G.
„	$4\frac{1}{2}$ pCt.	$53\frac{1}{4}$ G.
Preussen	$3\frac{1}{2}$ pCt. Staatsschuldsch.	91 P.
Bayern	$4\frac{1}{2}$ pCt. Obl. 1jähr. dto.	—
„	$4\frac{1}{2}$ pCt. Obl. ½jähr. dto.	$102\frac{5}{8}$ P.
„	4 pCt. Obl. 1jähr. dto.	$98\frac{3}{4}$ G.
„	4 pCt. Obl. ½jähr. dto.	—
„	4 pCt. Obl. Ab.-R. dto.	$98\frac{3}{8}$ G.
„	$3\frac{1}{2}$ pCt. Obl. dto.	—
Württemb.	$4\frac{1}{2}$ pCt. Obl. b. Rothsch.	105 G.
„	$3\frac{1}{2}$ pCt. Obl. dto.	$96\frac{1}{2}$ P.
Baden	$4\frac{1}{2}$ pCt. Obl.	—
„	$3\frac{1}{2}$ pCt. Obl. v. 1842	$91\frac{1}{4}$ G.
Gr. Hess.	$4\frac{1}{2}$ pCt. Obl.	—
„	4 pCt. Obl. b. Rothsch.	$101\frac{1}{2}$ P.
„	$3\frac{1}{2}$ pCt. Obl. dto.	$96\frac{1}{4}$ G.
Nassau	$4\frac{1}{2}$ pCt. Obl. dto.	102 P.
„	4 pCt. Obl. dto.	$99\frac{1}{2}$—$\frac{3}{8}$ G.
„	$3\frac{1}{2}$ pCt. Obl. dto.	$92\frac{1}{4}$ P.
Frankfurt	$3\frac{1}{2}$ pCt. Obl.	$94\frac{3}{8}$ G.
„	3 pCt. Obl.	$90\frac{1}{2}$ P.
Spanien	3 pCt. inl. Sch P. à fl. 2, 30	—
„	$2\frac{1}{4}$ pCt. „ „ „	—
Schweden	$4\frac{1}{2}$ pCt. Obl. à 105 Thlr.	$90\frac{3}{4}$ P.
N.Amerika	6 pCt. à 1000r. 1881 D. $2\frac{1}{2}$	49 G.
„	6 pCt. ditto r. 1882 „	$46\frac{1}{2}$—$\frac{5}{8}$ G.

Diverse Aktien.

Frankfurter Bank à fl. 500 . . .	$145\frac{1}{4}$ G.
K. K. Oesterr. National-Bankaktien	806—798 G.
Oesterr. Kreditbank-Aktien à fl. 200	$189\frac{1}{2}$—$90\frac{1}{2}$ G.
Bayer. Hypothekenb. Pfandbriefe 4 pCt.	$97\frac{7}{8}$ G.
Darmst. Bank 1. u. 2. Serie à fl. 250	235 G.
Weimarische Bank à Thlr. 100 . .	$99\frac{1}{4}$ P.
Mitteldeutsche Kreditaktien . . .	$99\frac{1}{2}$ P.
Intern. Bank in Lux. à 250 Frs. à 28 kr.	—
Taunus-Eisenbahn à fl. 250 . . .	350 P. 347 G.
Frankfurt-Hanauer-Eisenbahn . . .	$100\frac{1}{4}$ P.
Oest. F.St.Eisb. 5pCt. 500 Fr. à 28 kr.	—
„ Elisab.-Eisenbahn 5 pCt. . .	116 G.
Böhm. Westbahn-Aktien à fl. 200 6/7	72 G.
Rhein-Nahe-Bahn 200 Thl. à 105 4pCt. Z.	$27\frac{1}{8}$ G.
Ludwigshafen-Bexbacher à 4 pCt. .	$145\frac{5}{8}$ P.
dto. dto. Prior. à 4 pCt.	$97\frac{1}{2}$ P. $\frac{1}{4}$ G.
Pfälz. Maxb. b. Rothschild à $4\frac{1}{2}$ pCt.	$104\frac{3}{8}$ P. 104G.
Oest. St.-Eisenb. Prior.-Oblig. à 3 pCt.	$50\frac{1}{4}$ P. 50 G.
Elisab.-Bahn Prior. 5 pCt. 6/7	$78\frac{3}{8}$ G.
Südd. Bank-Akt., 30 pCt. Einz.	$255\frac{1}{2}$ P.
Span. Handels- und Industrie . .	—
Bayr. Ostbahn à $4\frac{1}{2}$ pCt. volleinbez.	$119\frac{5}{8}$ G.
Bayer. Ostbahn mit 50 pCt. Einz.	$113\frac{3}{8}$ G.

Wechsel in süddeutscher Währung.

Amst. fl. 100 k. S.	$100\frac{7}{8}$ G.
Antwerp. Frs. 200 k.S.	$93\frac{7}{8}$ G.
Augsb. fl. 100 k. S.	100 P.
Berlin Th. 60 k. S.	$104\frac{7}{8}$ P.
Brem. 50 Th. Ld. k. S.	$96\frac{1}{2}$ P.
Brüssel Frs. 200 k. S.	$93\frac{7}{8}$ G.
Cöln Thlr. 60 k. S.	$104\frac{7}{8}$ P.
Hamb. MB. 100 k. S.	$88\frac{7}{8}$ G.
Leipzig Th. 60 k. S.	$104\frac{7}{8}$ P.
London Lst. 10 k. S.	$118\frac{1}{4}$ G.
Lyon Frs. 200 k. S.	—
Mail. Frs. 200 . . .	$93\frac{7}{8}$ P.
München fl. 100 k. S.	$99\frac{7}{8}$ P.
Paris Frs. 200 k. S.	94—$93\frac{7}{8}$ G
Petersburg 60 S.-R.	—
Triest fl. 100 k. S.	—
Wien fl. 100 ö. W.	—
do. in öst. W. l. S.	$101\frac{5}{8}$ G.
Disconto	$4\frac{1}{2}$ pCt. G.

Anlehens-Loose.

Oesterr. fl. 250 v. 1839	—
„ fl. 250 v. 1854 mit 4pCt.	$75\frac{1}{2}$ P. $\frac{1}{4}$ G.
„ fl. 500 v. 1860 6/7	$83\frac{5}{8}$ P.
„ fl. 100 Kisb. L. v. 1858.	$129\frac{1}{8}$ G.
„ do. v. 1864.	$88\frac{5}{8}$ P.
Schwed. 10 Thlr. Loose	$9\frac{1}{2}$ P.
Badische fl. 50	$121\frac{1}{2}$ P.
Badische fl. 35	$52\frac{3}{8}$ P.
Kurhess. Thlr. 40 b. R.	$54\frac{5}{8}$ P.
Gr. Hessen fl. 50 b. R.	133 G.
„ fl. 25 do.	$39\frac{1}{2}$ G.
Nassau fl. 25 bei Rothsch.	38 P.
Sardinische Fr. 36 b. B.	—
Neuchateler 10 Frs.-Loose	—
Freiburger 15 Frs.-Loose	—
Mailänder 45 Frs. L. b. R.	$32\frac{1}{2}$ P.
St. Lüttich mit $2\frac{1}{2}$ pCt. Z.	36P.
Ansb.-Gunzenh. fl. 7-L.	$10\frac{1}{2}$ G.

Frankfurt, 24. Januar. Die Notirungen waren zwar etwas niedriger, die Börsenstimmung jedoch eine durchaus feste und am Schluß hatten die Spekulationspapiere fast ihren gestrigen Stand wieder erreicht. Neueste Loose blieben sogar etwas höher als gestern. (Spnb.)

Digitized by Google

An die
k. Hof- und Staatsbibliothek
1 N. Würzb. Ztg. München.

Neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht!

№ 26. | Vorausbezahlung: Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 1 fl. 30 kr. Bei Inseraten wird die dreispaltige Zeile in gewöhnlicher kleiner | 62. Jahrgang. | Schrift oder deren Raum im Hauptblatte mit 6 kr., im Anzeiger mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franco. | Donnerstag, 26. Januar 1865.

Zu dem preußisch-österreichischen Depeschenwechsel vom 13. und 21. Dez. v. J.

Daß die Veröffentlichungen der Wiener „Presse" über einen kurz vor Ende des vorigen Jahres zwischen Berlin und Wien gepflogenen Depeschenwechsel in der schleswig-holsteinischen Frage — trotz der ihnen gegebenen Dementis und trotz der Strenge, womit man in Wien die Redaktionsbureaux der „Presse" polizeilich durchsucht hat, oder vielmehr gerade um deswillen — als nicht aus der Luft gegriffen zu betrachten seien, darüber ist man wohl nun schon allseitig einig.

Aber ebenso unzweifelhaft ist, daß jene Veröffentlichungen lückenhaft waren, und zwar (wie von Wien aus verbreitete Mittheilungen hindeuten) lückenhaft hauptsächlich zu Ungunsten des Wiener Kabinets und zu Gunsten des Hrn. v. Bismark, daß sie von der Art und Weise, wie Hr. v. Bismark in junkerhaftem Uebermuth sich namentlich gegen die freiheitliche, konstituzionelle Zeitrichtung darin ausgesprochen, nur eine unvollständige Andeutung gegeben, daß sie andererseits — und dies ist für den Augenblick das Wichtigere — die Haltung des österr. Ministeriums des Auswärtigen in Bezug auf die schleswig-holsteinische Frage nicht bloß unvollständig, sondern sogar unrichtig darstellten. Sie erzeugten nämlich die Meinung, als sei von Wien aus den preußischen Annexionstendenzen nachgegeben und nur eine entsprechende „Compensation", Entschädigung für Oesterreich bedungen worden, während nach neuern, zuverlässigen Mittheilungen aus Wien jene Haltung eine durchaus korrekte war, indem Graf Mensdorff die Ansprüche Preußens in die durch das Recht der Herzogthümer selbst gebotenen Schranken zurückwies, und zwar — was besonders beachtenswerth — unter Berufung auf die bei der Londoner Konferenz am 28. Mai 1864 von Preußen, Oesterreich und dem deutschen Bunde gemeinsam abgegebene Erklärung zu Gunsten dieses Rechts.

Andeutungen solcher Art finden wir in der „Augsburger Allgemeinen Zeitung" und der „Indépendance belge" (in letzterer von Frankfurt aus datirt.) Endlich geht der „D. Allg. Z." aus Wien ein Brief zu, welcher die Veröffentlichungen der „Presse" in bedeutsamer Weise ergänzt, beziehungsweise berichtigt.

Zunächst tritt der Wiener Korresp. des Leipz. Blattes den Ausstreuungen der offiziellen Dementis entgegen, als wären die Auszüge der „Presse" tendenziös geführt und insbesondere preußenfeindlich, oder als fände in irgend einem Punkte eine wesentliche Ungenauigkeit statt. Im Weiteren hebt er aus den beiden preuß. Depeschen vom 13. v. M. insbesondere zweierlei hervor.

Einmal versuche Hr. v. Bismark in weit schärferer Form, als die „Presse" hervorhebe, die „Solidarität der konservativen Interessen" zwischen Oesterreich und Preußen zu befestigen, und zwar nicht nur gegenüber den kleineren deutschen Staaten, die durch ihre Kammermajoritäten beherrscht seien, sondern auch gegenüber Schleswig-Holstein. Preußens geographische Lage mache es ihm zur besonderen Pflicht, die Herzogthümer gegen die Wiederkehr revoluzionärer Zustände zu schützen. Denn wenn auch starke konservative Elemente dort vorhanden seien, so seien dieselben doch mit Zulassung der Bundeskommissäre durch eine gefährliche Agitation unterwühlt. „Was," rufe Hr. v. Bismark in seiner ersten Depesche vom 13. v. M. aus, „soll aus Deutschland, aus Preußen und auch aus Oesterreich werden, wenn die beiden Großmächte sich einem System hingeben, das sie in ihren eigenen Ländern bekämpfen?"

Sodann bemerkt der Korrespondent, daß in den preußischen Depeschen der Wunsch nach Annexion in weit unumwundener Weise ausgesprochen ist, als die Auszüge der „Presse" dies annehmen lassen. Denn diese scheinen, fährt derselbe fort, gleichzeitig eine gewisse Verzichtleistung auf solche Plane zu enthalten. Nicht so in den preußischen Depeschen selbst. Sie geben als Zweck der Untersuchungen des Kriegs- und Handelsministers allerdings zunächst die Feststellung der preußischen Vortheile auf alle Fälle, sodann aber auch die Beantwortung der Frage an, ob Preußen „überhaupt" seinen Besitz aufgeben könne. Uebrigens fehlt auch der Hinweis auf die brandenburgischen Erbansprüche nicht, die bereits 1846 in Anregung gebracht worden seien. Den Theil der Herzogthümer, auf welchen niemand ein besseres Recht als Christian IX. nachweisen könne, nennt Hr. v. Bismark schon jetzt, und vor der Prüfung durch die Kronsyndici, einen „beträchtlichen".

Wenn sich ein Theil über die Tendenz der Auszüge der „Presse" beklagen könnte, heißt es weiter, so wäre es in der That Graf Mensdorff. Dies gilt insbesondere von dem Passus über die Kompensationen. Allerdings weist Graf Mensdorff darauf hin, daß die deutsche Stellung Oesterreichs durch das Gleichgewicht der Kräfte bedingt sei, welche die Bundesakte zwischen Oesterreich und Preußen begründet habe, daß Oesterreich wie Preußen Ver-

Feuilleton.

Pariser Briefe.

Paris, 19. Januar.

(Die Waffenübergabe in alten Zeiten. — Ein ähnliches Institut in der Neuzeit bei den Mädchen. — Tanz und Ball. — In den Tuilerien. — Das Gerücht, welches geht und den Kaiser zum Gehen veranlaßt. — Napoleon und sein Cäsar. — Die Kaiserin und ihre Sterne. — Ballstatistik. — Lotterieschwindel. — Das neue Volkstheater.)

In der Jugendperiode vieler Völker wurde das Mannbarwerden der Jünglinge durch einen feierlichen Akt bezeichnet: durch die Uebergabe der Waffen, eine Solennität, die später, als immer mehr ein erbliches (adliges) Kriegerthum sich ausbildete, seine Fortsetzung und sein Ende in dem sogenannten „Ritterschlage" fand.

Heutzutage gibt es einen so allgemeinen, feierlichen Aktus, welcher den Eintritt des Jünglings in die Mannbarkeit und Selbstständigkeit bezeichnete, und welcher wenig mehr als die natürliche Entwickelung der Manneskraft voraussetzte, nicht mehr. Ich höre ein großes Seufzen der Lehrburschen, die (bis) zum Gesellen geschlagen werden, der Gymnasiasten, denen nach jahrelangen klassischen Leiden ein Zeugniß der „Reife" oft mit wenig ermunternden Worten gereicht wird, der Fähnrichs, welche — obwohl sie keine neue Erfindung mehr sind — ein „Patent" erlangen, und vieler Anderer, die gar nichts erhalten: O, daß die Zeiten der Ritterschlägereien vorüber sind.

Was das männliche Geschlecht verloren, das hat das weibliche gewonnen, hier giebt es eine scharf ausgeprägte Markscheide zwischen „Backfisch" und der mannbaren Jungfrau. Ich meine keineswegs das Längerwerden der Kleider, obwohl ein Mann, der kein Dichter ist, gesagt hat:

Mit jeder Stufe, die das Kleid
Des Mädchens länger wird,
Wächst auch das Herz so mächtig weit,
Vom Liebestraum umgirrt.

Allein dies geschieht allmählich und pflegt Monate, manchmal auch Jahre dieser Majorennitätserklärung der Schönheit vorherzugehen. Zwar ist das Mädchen jetzt schon ein recht „nettes Ding", aber noch sind ihr nicht bei öffentlicher Feier die Waffen überreicht worden; sie plänkelt und liebesscharmützelt wohl einstweilen ganz privatim mit unpatentirten Jünglingen, aber öffentlich darf sie noch nicht die amorosen Waffen gebrauchen. Wehe ihr, wenn sie sich in dieser Zeit schon die „Cour" machen läßt, dem Liebesturnei beiwohnen und Preise vertheilen will, alle mannbaren Jungfrauen und Frauen würden sie in dreifache Acht erklären! Aber — wenn sie das erstemal mit Mama auf dem Balle war, dann sind ihr öffentlich, feierlich die Waffen gereicht worden, dann dürfen die Verehrer und Freier kommen, je mehr, desto ehrenvoller,

pflichtungen gegen das eigene Land habe, welche verböten, österreichisches Blut für die Störung jenes Gleichgewichts fließen zu lassen, daß also Oesterreich mit einer Gebietsvergrößerung Preußens in Deutschland gleichen Schritt halten müsse. Aber die österreichische Depesche scheidet scharf zwischen dem politischen Standpunkte, den sie nur hypothetisch (nämlich unter der Voraussetzung, daß eben Preußen seinerseits Ansprüche auf den Besitz der Herzogthümer machen würde) entwickelt, und dem rechtlichen, und sie erklärt ausdrücklich: Oesterreich wolle sich vor allen Dingen von seinen Rücksichten auf das Recht leiten lassen und in dieser Rücksicht seien die Eröffnungen des Wiener Kabinets in Berlin geschehen. Nunmehr folgt jene Apostrophe, welche die „Presse" eine feierliche nennt, um die Beschleunigung der Lösung dieser mißlichen Frage Preußen dringend an das Herz zu legen. Sie beruft sich auf das „öffentliche Gewissen in Deutschland." Sie stellt vor, wie Oesterreich nur mit Anstrengung Anträge der Mittelstaaten am Bunde verhindert habe, daß aber, wenn Preußen an seinem Standpunkte festhalte, der Zeitpunkt kommen müsse, wo Oesterreich am Bunde erklären werde, daß diese Anträge seiner eigenen Ueberzeugung nahe stünden. Der Schlußpassus der Note verwahrt sich endlich noch gegen die Konstituirung eines halbsouveränen Staats, aber, wenn er auch den Maßstab der Bundesverträge angelegt wissen will, so erklärt sich doch Oesterreich zu einer Verständigung über die Ansprüche Preußens bereit.

Aus dem Context dieser merkwürdigen Depesche hebt endlich der Gewährsmann noch zweierlei hervor. Ueber die preußischen Erbansprüche wird gesagt, „daß, wenn solche erhoben werden wollten, dies hätte geschehen müssen, bevor Graf Bernstorff im Verein mit dem Grafen Apponyi jene bekannte Erklärung vom 28. Mai auf der Londoner Konferenz abgegeben habe". In Betreff Rußlands endlich geht die Behauptung dahin, „daß dieses neuerdings wichtige Bedenken in Betreff der oldenburgischen Erbansprüche geäußert und auf die Entscheidung des Bundes hingewiesen habe".

(Amtliche Nachrichten.) **München,** 24. Januar. Se. Maj. der König hat den Bezirksamts-Assessor Karl Heyes von Stadtamhof zum Bezirksamtmann von Rottenburg befördert; der Steuerkataster-Kommission einen dritten Steuer-Assessor beigegeben und diese Stelle dem Obergeometer der k. Regierung von Oberbayern, Karl Spielberger, in prov. Eigenschaft verliehen.

Die kathol. Pfarrei Dietramszell, k. Bezirksamts München r/J., ist mit einem fassionsmäßigen Reinertrage von 916 fl. 41 kr. in Erledigung gekommen. (B. Z.)

München, 22. Jan. Die Bestimmungen des Zivilprozeß-Entwurfs in Betreff der Staatsanwaltschaft werden Ende dieser oder zu Anfang der nächsten Woche im Gesetzgebungs-Ausschuße der Kammer der Abgeordneten zur Berathung gelangen.

Wien, 23. Jan. In der heutigen Sitzung des Abgeordnetenhauses gab der Polizeiminister v. Mercery bei der Debatte über den Ausschußantrag, betreffend die Freilassung des Exdiktators Langiewicz, die Erklärung ab, daß die Aufhebung aller Internirungen überhaupt schon seitens der Regierung beschlossene Sache sei, und daß es sich dabei nur noch um die Erledigung einer Geldfrage, etwa um die Kosten zur Heimreise oder zu andern Zwecken, handle.

Der „Weimarischen Zeitung" wird aus **Wien** berichtet, daß Oesterreich sich für die Uebernahme der Kriegskosten durch den Bund ausgesprochen. Diese Idee selbst sei, fügt die „Weim. Z." hinzu, nicht neu; bald nach dem Friedensschluß wurde sie mehrfach besprochen. Wenn sich dieser Vorschlag Oesterreichs bestätigt, was aber indessen noch zweifelhaft erscheine, so dürfte er auf ziemlich allgemeinen Beifall rechnen.

Wien, 24. Jan. Der hiesige Journalisten- und Schriftstellerverein Concordia hat eine an Frau Gutzkow zu richtende Adresse zur Unterzeichnung aufgelegt.

Wien, 24. Jan. Die „General-Korrespondenz" dementirt auf das Entschiedenste das Gerücht von Berathungen politischer oder militärischer Natur, welche nach auswärtigen Blättern während des Besuchs des Prinzen Friedrich Karl stattgefunden haben sollen. — Im Finanzausschuß fand die Berathung über die Budgetreduktion statt. Bei der Abstimmung wurde die Ziffer des Gebahrungsdefizits mit 25 Millionen fixirt. Die Fortsetzung der Verhandlungen wird am Donnerstag stattfinden.

Wien, 24. Jan. Die jüngsten Vorgänge an der Wiener Universität haben mit der Ertheilung von „freundschaftlichen Ermahnungen," welche keine weiteren Folgen für die Ermahnten nach sich ziehen, an die 14 Komitémitglieder einen vorläufigen Abschluß gefunden. Der „Presse" zufolge soll Rektor Hyrtl seine Entlassung verlangt haben. — Am Morgen des 23. ist Barth. Szemere, der bekanntlich kürzlich die kaiserliche Erlaubniß zur straffreien Rückkehr erhalten hat, von Paris in Wien angekommen und hat Tags darauf seine Reise nach Pesth fortgesetzt. Einer Mittheilung im „Botschafter" zufolge soll sein geistiger Zustand derart zerrüttet sein, daß Genesung kaum zu hoffen; in der „Presse" wird der Gesundheitszustand Szemere's ein „befriedigender" genannt.

Triest, 24. Jan. Die auf Veranlassung des Podestà zusammengetretene zahlreiche Notabelnversammlung hat die Einsetzung eines Comitee's zur Abfassung einer Loyalitätsadresse beschlossen. Die Versammlung schloß mit einem dreimaligen Hochruf auf den Kaiser.

Berlin, 24. Jan. In der heutigen Sitzung des Abgeordnetenhauses, die bei überfüllten Tribünen stattfand, waren der Minister v. Bodelschwing, v. Mühler, v. Selchow und Graf zu Eulenburg anwesend. Der Präsident verlas ein Schreiben des Ministeriums, welches den Beschluß in Bezug auf die Einberufung des Hrn. v. Saucken-Julienfelde für ungesetzlich und die Befugnisse des Abgeordnetenhauses überschreitend erklärt und anzeigt, daß eine Neuwahl für Hrn. v. Tettau angeordnet sei. Dann verlas der Präsident ein ablehnendes Schreiben des Herrn v. Saucken-Julienfelde und bemerkte, dessen Ablehnung mache das Ministerialschreiben gegenstandslos. Der Abgeordnete v. Hoverbeck ver-

---

dann darf sie mittagen im Rathe kaffeeklatschender Schwestern, dann ist sie eine — waffenfähige Jungfrau.

Diese Sitte hat sich mit dem Ball selbst, der eine französische Erfindung ist, von Paris aus über ganz Europa verbreitet, sie ist aber in Deutschland noch allgemeiner als in Frankreich, wo die Mädchen oft bis zur Verheirathung im Institut erzogen werden und den ersten Ballkranz häufig später, als den Brautkranz tragen.

Der Leser zweifelt vielleicht daran, ob wirklich der erste Ball ein solch' gewichtiger Akt im Leben des Weibes sei, wie einst die Waffenübergabe bei den Jünglingen, ob sie eine Mannbarkeitserklärung, eine Waffenweihe enthalte, — aber alle schriftgelehrten Mütter und Heirathsphilosophinnen werden ihm dasselbe erklären, und so wird es auch von den Töchtern aufgefaßt, wenn auch selten so klar ausgesprochen. Der wißbegierige Mann hat jetzt Gelegenheit, die Wahrheit dieser Behauptung zu erproben, wir sind mitten in der Ballsaison.

Der Kaiser tanzt, Paris tanzt, Frankreich tanzt, Europa tanzt, außer der Türkei, denn die Muselmannen sind noch heute der Ansicht, daß man solch' anstrengende Beschäftigung besser den Sklavinnen überläßt. Am 11. d. M. hat der erste Tuilerienball stattgefunden. Trotzdem die Einladungen nicht allzu zahlreich ergangen waren, herrschte doch ein so großes Gedränge, daß manchen Herren die Orden abgerissen wurden, natürlich ohne Absicht. Das Militär war vorherrschend, der zweite Kaiser liebt das so. Unter Louis Philipp drückte die Nationalgarde dem Tuilerienball seinen Charakter auf. Ohne Krieger kein Ball! Jetzt pflegt der Herzog von Bassano jedesmal etwa 500 Militärs einzuladen, welche, so weit sie solche besitzen, mit ihren Frauen erscheinen. Die Unterhaltung, die Allüren — par honneur, doch davon sprechen wir nicht....

Der Kaiser und die Kaiserin — oder reden wir zuerst vom Kaiser. Er sah nicht anders aus wie immer, trotz aller Gerüchte über Kränklichkeit. Je mehr man von seiner leidenden Gesundheit spricht, desto mehr pflegt er sich öffentlich zu zeigen; ein Witzbold bemerkte neulich, als er ihn im Garten spazieren gehen sah: „Aussitôt que le bruit court, que l'Empereur est malade, on fait courir l'Empereur."

Vielleicht hat der Kaiser zu viel — studirt.

Nach der Arbeit ist gut ruhen. Napoleon hat seinen „Cäsar" beendet und geht darum auf den Ball. Es soll ein ganz gewaltiges Werk sein, dieser „Cäsar" des Cäsaren; es umfaßt drei Bände von 40 bis 50 Bogen und einen Atlas von 30 Karten. Die gelehrte Welt, die politische und militärische, sagen wir tout le monde, ist gespannt auf die Veröffentlichung; dieselbe wird in circa 14 Tagen erfolgen.

Wir haben noch ein Wort über die Kaiserin zu sagen. Es war die alte Geschichte: Die Imperatrice glänzte von Huld, Diamanten und spanischer Grandezza. Und wie der Sterne Chor um die Sonne sich stellt, umgab ein Sternenhimmel von Schönheit und Anmuth die Herrscherin, die glänzendsten Sterne mochten wohl sein Madame de Gallifet, Mme. Leopold Magnan und Fräulein Bouvet, eine noch halb geschlossene Knospe. Die junge Fürstin Metternich, eine Frau mit aristokratischem Stolz und Uebermuth, mit den Passionen eines Dandy, war überreich geschmückt, aber sie sprach viel von „Canaille."

zichtet auf Antragstellung, weil er glaubt, daß noch andere Konflikte zu schlichten sein werden. Ein Antrag auf Vertagung der Adreßdebatte wegen Erkrankung Reichenspergers wird abgelehnt. Der Referent Twesten erstattet nun Bericht: Die Minoritäts-Anträge auf Erlaß einer Adresse seien nach der Geschäftsordnung nicht zu beseitigen. Erfahrungsgemäß seien die Adressen nur erfolglos und wirkten erbitternd; übrigens entspreche der Reichensperger'sche Entwurf theilweise den Anschauungen der Majorität. Die auswärtigen Erfolge haben die Stellung des Hauses nicht verändert; eine Ausgleichung sei zwar wünschenswerth, aber hoffnungslos, da die Regierung die Anerkennung der unveränderten Heeresreform verlange und seit 1863 das Militärbudget fast um 3 Mill. erhöht habe, und da alle früheren Verständigungsversuche der Regierung den Verzicht des Hauses auf das Grundrecht der Geldbewilligung verlangten; die Budgetberathungen seien aufgenommen und in willkürlichem Schalten abgebrochen worden. Gegen Wageners Entwurf betont Twesten: Die absolutistische Prärogative sei mit Verfassung und Volksfreiheit unverträglich und trenne die Krone vom Volk, dagegen sei die Majorität darüber einig, daß eine Adresse unnöthig sei. Nach kurzen Bemerkungen der Abgeordneten Schulz-Borkens und Ernsthausen wird die Diskussion geschlossen. Als Antragsteller erhalten noch die Abgeordneten Osterrath und Wagener das Wort. Der Erstere sagt: Die Thronrede sei versöhnlich, und der vom Referenten vorgeschlagene Weg werde keine Verständigung herbeiführen. Ihm seien aus allen Landestheilen zustimmende Worte zugekommen; auch im Hause selbst habe er vielfaches Einverständniß mit seinem Adreßentwurf vernommen. Wagener sagt: Das Haus dürfe die dargebotene Königshand nicht zurückweisen; das Haus wolle dänische Zustände und ergänze die Lücke in der Verfassung durch das falsch verstandene Staatsrecht anderer Länder. — Der Adreßentwurf Reichenspergers wird mit 275 gegen 24 St. abgelehnt, ebenso der Entwurf Wageners ohne namentliche Abstimmung. Vor der Abstimmung spricht Minister v. Eulenburg seine Genugthuung aus, daß der Referent dazu beigetragen habe, wenn der Ton der Diskussion an bessere Zeiten erinnere. Der Kern des Konflikts sei die Militärfrage. Das Ministerium habe den Zustand vorgefunden, nicht herbeigeführt und würde ihn nicht herbeiführt haben; aber ohne Beschädigung der Rechte der Krone sei derselbe nicht zu beseitigen; der Monarch sei Soldat durch und durch, der die Bedeutung des Heeres in ihrer tiefsten Tiefe erfaßt habe; derselbe werde von den Prinzipien der Reorganisation keinen Punkt hergeben; das Haus möge für den Rechtskampf um das Budget einen andern Probirstein wählen als die Militärfrage, dann werde dieser zweijährige Kampf zum Heile des Vaterlands dienen, und mehr zur Entwicklung der Verfassung beitragen, als man glaube. Das Haus möge dies nicht seinen Nachfolgern überlassen, sondern selbst Hand anlegen, damit Preußen so groß werde als es verdiene.

Berlin, 24. Jan. Heute hat im Herrenhaus in Anwesenheit des Ministerpräsidenten die Adreßdebatte stattgefunden. Ein Amendement des Hrn. Blömer, die Abänderung des Alinea 8 (Betonung der rücksichtsvoll gebrauchten Rechte der Landesvertretung) betreffend, findet Unterstützung. Der Referent von Gaffron empfiehlt die Annahme der Adresse, ebenso Graf v. Arnim-Boytzenburg und Hr. v. Krassow. Beide verlangen, daß das Haus sich von den Fragen der auswärtigen Politik fern halte und der inneren Politik des Ministeriums seine Zustimmung ertheile. Der Letztere betont noch besonders die Allianz mit Oesterreich und die Eingriffe der Fortschrittspartei in die Rechte der Krone, rügt, wie diese Partei alles Bestehende erschüttere, billigt die Maßnahmen der Regierung gegen die Opposition, wünscht in dieser Beziehung die kräftigste Unterstützung des Hauses und empfiehlt Ablehnung des Amendements und Annahme der Adresse. Hr. Blömer empfiehlt sein Amendement zu konkreterer Fassung der Stellen über die schleswig-holsteinische Frage und das Budgetrecht. Hr. v. Bülow betont die moralischen Eroberungen Preußens durch die Vergrößerung Deutschlands und die Beseitigung der Augustenburgischen Opposition; er empfiehlt, hierin die Regierung zu unterstützen. Hr. v. Waldaw-Steinhöfel spricht gegen das Amendement und für Annahme des Adreßentwurfs. Hr. v. Senfft-Pilsach legt Verwahrung ein gegen die Verunglimpfungen der heiligen Person des Königs und behauptet, die Berliner Stadtverordnetenversammlung werde insgeheim durch die Fortschrittspartei beeinflußt. Prinz Boguslaw Radziwill protestirt gegen die faktische Beeinflussung der Abstimmungen der Berliner Stadtverordnetenversammlung. Der Ministerpräsident dankt für das der Regierung in der Adresse ausgesprochene Vertrauen und bemerkt weiter: Die Basis aller konstitutionellen Verfassungen sei ein Kompromiß, dies sei um so mehr in Preußen der Fall, als hier drei gleichberechtigte Faktoren neben einander bestehen. Das System der Verstärkung des Herrenhauses als Wall gegen das Abgeordnetenhaus sei verwerflich, weil es vom Berufe des Herrenhauses ableite, das eine von der Tagespolitik unabhängige glänzende Körperschaft sein solle, und zum Einkammersystem führe. Der Weg des Kompromisses sei vom Abgeordnetenhause durch dessen Beschluß vom September 1862 verlassen worden; die gegenwärtige Regierung habe den Konflikt vorgefunden und wollte sie denselben nach dem Verlangen des anderen Hauses lösen, so müßte sie die Heeresorganisation aufheben, was unmöglich sei. Darauf spricht der Minister seinen Dank aus für die Zustimmung zur äußeren Politik der Regierung und bemerkt dazu: Kein praktischer Geschäftsmann könne vorzeitig schwebende Projekte veröffentlichen; und so könne er jetzt nur versichern, daß die preußischen Interessen auf's Beste würden wahrgenommen werden, und daß preußisches Blut nicht umsonst würde geflossen sein. — Die liberale Presse habe der Regierung das Bündniß mit Oesterreich zum Vorwurf gemacht; das andere Haus werde dies noch thun. Die Zukunft werde ein helleres Licht als die bisherigen Ereignisse und die gegenwärtige Erklärung verbreiten. Wenn die Regierung nicht den von ihr eingehaltenen Weg betreten hätte, so wäre nur der Bundeskrieg übrig geblieben, und zwar hätte ihn Preußen neben Oesterreich als Präsidialmacht führen müssen; hätte man ihm auch die Kriegsführung anvertraut, so hätten

---

Was mag ein solcher Tuilerienball kosten? Ein hiesiger Socialstatistiker hat die Ausgaben für die Opernbälle berechnet und ist zu folgendem Resultate gekommen. An jedem dieser 14 Bälle nehmen durchschnittlich 2400 Frauen und 2600 Männer Theil, macht 140,000 Franken, welche — obwohl die Damen hier zum größten Theil nicht verheirathet sind — meist von den Männern gezahlt werden, für alle Bälle mithin 1,960,000 Franken. Natürlich hat der Statistiker nur die Ausgaben berechnet, die sich nennen lassen, bei denen man nicht indiscret die arcadischen Geheimnisse zwischen Monsieur und Madame entschleiern darf.

Von dem Opernballe, wo die Tombola grassirt, bis zum Lotterieschwindel il n'y a qu'un pas. In Deutschland gibt es Glücksritter, welche Scheine austheilen, worin sie versprechen, dem Inhaber desselben den Gewinn zukommen zu lassen, der auf das im Scheine verzeichnete Loos fällt. Diese Scheine heißen „Promessen.“ Frankreich qui marche à la tête de la civilisation, hat die von Deutschland empfangene Lehre noch weiter entwickelt. Die Staatsbehörde ist so incoulant, diese „durchaus reellen“ Geschäfte nicht dulden zu wollen und hat einige dieser Messieurs wegen Verletzung der Lotteriegesetze, andere wegen Betrugs angeklagt. Ein hiesiges Gerichtsjournal schreibt darüber:

Seit einiger Zeit hat eine gewisse Anzahl Industrieritter die Gewinnaussichten auf gewisse Werthpapiere mit Prämien zu ihrem Vortheile ausgebeutet. Das Verfahren ist verschieden, das Resultat überall dasselbe: gegen trügerische Verheißungen werden bedeutende Summen baar von bethörten Leuten erlegt. Die Falle, welche man dabei den Leuten stellt, ist sinnreich erdacht; großes Kapital ist nicht erforderlich. Irgend Jemand kauft eine oder mehrere Obligationen der Stadt Paris oder des Kredit Foncier, zertheilt in beliebig viele Fraktionen die Gewinnaussichten für die nächste Ziehung und zeigt öffentlich an, daß, wenn eines der Loose gewinnen sollte, er 50- oder 100,000 Franks unter die Loose-Antheilnehmer vertheilen werde. Solch eine Loose-Theilnahme kostet nur 25 Centimes. Die Leute kaufen nun und bedenken nicht, daß sie, selbst im gewinnenden Falle, nur höchstens 2 Frks. erhalten würden. Andere, die keine 500 Frks. haben, um eine Obligation der Stadt Paris oder des Kredit Foncier kaufen zu können, erwerben gegen Erlegung von 3 oder 4 Frks. die bloße Anwartschaft auf den Gewinn einer solchen Obligation, zerschlagen diese Anwartschaft in Tausende von Billeten zu 25 Centimes und machen in dieser Weise ein schönes Geschäft.

Einstweilen können nur die Reichen das Theater besuchen, im nächsten Winter schon werden auch die Arbeiter dieses Vergnügen erschwingen können. Das große Volkstheater in der Nähe des Bastillenplatzes geht immer mehr seiner Vollendung entgegen. Die theuersten von den 2000 Plätzen, die es enthält, sollen nur 2 Franken kosten. Es werden auf dieser Bühne Dramen, Vaudevilles und Spektakelstücke gegeben werden. Der Direktor ist bereits im Besitz von 100 Stücken, worunter 30 Dramen.

Und Alles dies soll er lesen! Wir gähnen schon, wenn wir nur ein modernes Drama nicht lesen, sondern sehen. Dieser Direktor muß eine außergewöhnliche Konstitution haben!

---

doch unsere Pläne in Beziehung auf die Gestaltung der Herzogthümer nicht die Berücksichtigung gefunden, die ihnen von dem wohlwollenden und befreundeten Oesterreich zu Theil geworden. Der Gedanke, der Krieg hätte für Preußen geführt werden müssen, führe zur Konjekturalpolitik und sei nicht diskutirbar. Jedenfalls würde man sich nur auf preußische Truppen, nicht auf sonstige Hilfskräfte, haben stützen müssen. Die Oeffentlichkeit des Vortrages gebiete Beschränkung auf das bisher Geäußerte. — Schließlich wird die Adresse mit 84 gegen 6 Stimmen angenommen.

Berlin, 24. Jan. Bezüglich der heutigen Sitzung des Abgeordnetenhauses ist noch nachzutragen, daß die Abgeordneten Schultze-Delitzsch und Faucher beantragten, das Haus wolle nachstehendem Gesetzentwurf zustimmen: „Die Bestimmungen der §§. 181 und 182 der Gewerbeordnung vom 17. Jan. 1845, betreffend das Koalitionsrecht der Arbeitgeber und Arbeiter, werden aufgehoben.“ Der Abg. v. Rönne richtete die Interpellation an das Ministerium: Ob und wann die Staatsregierung den königlichen Erlaß vom 20. Juni 1864, betreffend die Genehmigung des Prisenreglements durch die Landesvertretung zur Genehmigung vorlegen werde?

Merseburg, 22. Jan. Es liegt hier in mehreren öffentlichen Lokalen gegenwärtig eine Adresse an den König nebst Unterschriftsbogen aus, „durch welche Sr. Majestät für die bisherige Politik in der schleswig-holstein-lauenburgischen Sache der schuldige unterthänige Dank gesagt und die Hoffnung ausgedrückt wird, daß es Sr. Majestät gelingen werde, den engsten Anschluß der Herzogthümer an Preußen (Annexion) herbeizuführen.“

Wie der „Frkf. Postztg.“ aus **Kassel** berichtet wird, sei dieser Tage daselbst eine Sitzung des Nationalvereins-Ausschusses abgehalten worden, an welcher v. Bennigsen, Metz, Streit und v. Rochau (außer den kurhessischen Mitgliedern) theilgenommen haben. Die Berathung hätte sich auf eine Manifestation der kurhessischen Ständeversammlung zu Gunsten des Nationalvereins bezogen: das Resultat der Berathung wäre indessen keineswegs ermuthigender Natur gewesen und die Versammlung daher verstimmt auseinandergegangen.

Aus **Frankfurt**, 23. Jan., wird der „Allg. Ztg.“ geschrieben: „Es liegt in der Natur des trotz einzelner Indiskretionen im Großen und Ganzen noch immer gewahrten Geheimnisses der österreichisch-preußischen Verhandlungen, daß die Enthüllungen daraus nur tropfenweise kommen und daß sich nur allmälig aus einer Reihe kleinerer und oft nicht ganz genauer Mittheilungen ein übersichtliches und treues Bild zeichnen läßt. Es war zuerst in einer amtlichen Unterredung mit dem Grafen Karolyi, daß Hr. v. Bismark nicht die förmliche Einverleibung als die entsprechendste Lösung ausdrücklich vorschlug, wohl aber diese Einverleibung als eine Lösung bezeichnete, welche jedenfalls in Betracht zu ziehen sein würde. Graf Karolyi ermangelte nicht, über den Inhalt dieser Unterredung sofort nach Wien zu berichten, und dort hielt man die Anregung des Gegenstandes für deutlich und zugleich für bedeutsam genug, um in einer an den Gesandten gerichteten Verbal-Depesche Hrn. v. Bismark eröffnen zu lassen: daß eine Erwerbung der Herzogthümer durch Preußen sofort eine Entschädigung Oesterreichs in Schlesien (?) bedingen würde. Schriftlich kam nun seinerseits Hr. v. Bismark auf das Thema zurück, als er in seiner Depesche vom 15. Dezember offen anerkannte, daß die von der öffentlichen Meinung in Preußen selbst vielfach erwartete Einverleibung der Herzogthümer — eine Einverleibung übrigens, welche seiner Ansicht nach die entsprechendste Lösung der Frage darstellen und den Interessen Oesterreichs nicht entgegen sein würde — gleichwohl nur mit Zustimmung Oesterreichs vollzogen werden könne. Mit Bezug auf diese Aeußerung betonte die österreichische Depesche vom 21. Dezember: es müsse daran erinnert werden, daß Graf Karolyi schon früher, und zwar auf besondere Weisung des Kaisers, zu eröffnen gehabt habe, daß eine Annexion ohne die bestimmt bezeichnete (?) Kompensation nicht zulässig sei.“

Paris, 24. Jan. In Rochefort wurde der Oppositionskandidat Bethmond mit 13,000 gegen 9000 Stimmen zum Deputirten erwählt.

Rußland. Das Freimachen der Leibeigenen hat sich im vorigen Jahre auch auf Kaukasien erstreckt. Alle im Gouvernement Tiflis wohnenden Fürsten, Adeligen und Gutsbesitzer in einer Anzahl von 1751 haben auf eine Mahnung der Regierung erklärt, willig ihren Leibeigenen die Freiheit zu geben, und haben dann mit großem Eifer das Reglement studirt, welches das Verhältniß der Freigegebenen zu ihren ehemaligen Herrn näher bestimmt. Hierauf wurde von den verschiedenen Emanzipationskomitee's das Verfahren der Freigebung revidirt und von dem Statthalter des Kaukasus, Großfürst Michael, wurde sie bestätigt. Die Anzahl der auf diese Weise Freigesprochenen beläuft sich auf 122,247 Seelen, worunter 70,000 männlichen Geschlechts waren.

Hiezu die Beilage: „Würzburger Anzeiger“.

Verantwortlicher Redakteur: A. Hartmann.
Druck und Verlag der Stabel'schen Buch- und Kunsthandlung in Würzburg

Cours der Staatspapiere.

Oesterr.	5 pCt. Met. (Cp. i. S. b. R.)	—
„	5 pCt. Lomb. ditto. à 24	—
„	5 pCt. Engl. Met. v. 1852	80 3/4 P.
„	5 pCt. Engl. Met. v. 1859	78 3/4 P.
„	5 pCt. Venet. Coupon b. R.	85 P.
„	5 pCt. Nationalanl. v. 1854	68 P. 67 7/8 G.
„	5 pCt. Metall. Obligation.	60 1/2 G.
„	4 1/2 pCt.	53 7/8 G.
Preussen	3 1/2 pCt. Staatsschuldsch.	91 P.
Bayern	4 1/2 pCt. Obl. 1jähr. dto.	101 7/8 P.
„	4 1/2 pCt. Obl. 1/2jähr. dto.	102 1/8 P.
„	4 pCt. Obl. 1jähr. dto.	98 1/2 P.
„	4 pCt. Obl. 1/2 jähr. dto.	—
„	4 pCt. Obl. Ab.-R. dto.	98 1/2 G.
„	3 1/2 pCt. Obl. dto.	97 3/4 G.
Württemb.	4 1/2 pCt. Obl. b. Rothsch.	105 G.
„	3 1/2 pCt. Obl. dto.	96 1/8 P.
Baden	4 1/2 pCt. Obl.	—
„	3 1/2 pCt. Obl. v. 1842	91 1/4 G.
Gr. Hess.	4 1/2 pCt. Obl.	—
„	4 pCt. Obl. b. Rothsch.	102 P.
„	3 1/2 pCt. Obl. dto.	96 3/4 G.
Nassau	4 1/2 pCt. Obl. dto.	102 P.
„	4 pCt. Obl. dto.	99 3/8 P. 1/8 G.
„	3 1/2 pCt. Obl. dto.	92 1/4 P.
Frankfurt	3 1/2 pCt. Obl.	94 3/4—7/8 G.
„	3 pCt. Obl.	90 1/2 P.
Spanien	3 pCt. inl. Sch. P. à fl. 2. 30	—
„	2 1/4 pCt. „ „ „	—
Schweden	4 1/2 pCt. Obl. à 105 Thlr.	91 P.
N.Amerika	6 pCt. à 1000r. 1881 D.2 1/2	49 G.
„	6 pCt. ditto r. 1882 „	48 3/4—7/8 G.

Diverse Aktien.

Frankfurter Bank à fl. 500 . . .	145 1/8 G.
K. K. Oesterr. National-Bankaktien	821—830 G.
Oesterr. Kreditbank-Aktien à fl. 200	192—93 G.
Bayer. Hypothekenb. Pfandbriefe 4 pCt.	97 7/8 G.
Darmst. Bank I. u. 2. Serie à fl. 250	233 1/2 G.
Weimarische Bank à Thlr. 100 . .	99 1/4 P.
Mitteldeutsche Kreditaktien . . .	99 1/2 P.
Intern. Bank in Lux. à 250 Frs. à 28 kr.	—
Taunus-Eisenbahn à fl. 250 . . .	350 P. 347 G.
Frankfurt-Hanauer-Eisenbahn . . .	103 5/8—3/4 G.
Oest. F.St.Eisb. 5pCt. 500 Fr. à 28 kr.	—
„ Elisab.-Eisenbahn 5 pCt. . .	126 1/2 G.
Böhm. Westbahn-Aktien à fl. 200 6/7	72 G.
Rhein-Nahe-Bahn 200 Thl. à 105 4pCt. Z.	27 3/8 G.
Ludwigshafen-Bexbacher à 4 pCt. .	145 3/4 P.
dto. dto. Prior. à 4 pCt.	98 1/2 P. 98 G.
Pfälz. Maxb. b. Rothschild à 4 1/2 pCt.	104 1/8 G.
Oest. St.-Eisenb. Prior.-Oblig. à 3 pCt.	50 3/8 P.
Elisab.-Bahn Prior. 5 pCt. 6/7	76 5/8 P.
Südd. Bank-Akt., 30 pCt. Einz.	255 1/2 P.
Span. Handels- und Industrie . .	—
Bayr. Ostbahn à 4 1/2 pCt. volleinbez.	113 7/8 P.
Bayer. Ostbahn mit 50 pCt. Einz.	113 1/2 G.

Wechsel
in süddeutscher Währung.

Amst. fl. 100 k. S.	101 G.
Antwerp. Frs. 200 k.S.	93 7/8 G.
Augsb. fl. 100 k. S.	100 P.
Berlin Th. 60 k. S.	104 7/8 P.
Brem. 50 Th. Ld. k. S.	96 1/2 P.
Brüssel Frs. 200 k. S.	93 7/8 G.
Cöln Thlr. 60 k. S.	104 7/8 P.
Hamb. MB. 100 k. S.	88 7/8 G.
Leipzig Th. 60 k. S.	104 7/8 P.
London Lst. 10 k. S.	118 3/4 G.
Lyon Frs. 200 k. S.	—
Mail. Frs. 200 . .	93 6/8 G.
München fl. 100 k. S.	99 7/8 P.
Paris Frs. 200 k. S.	93 7/8 G
Petersburg 60 S.-R.	—
Triest fl. 100 k. S.	—
Wien fl. 100 ö. W.	—
do. in öst. W. l. S.	101 7/8 P.
Disconto	4 1/2 pCt. G.

Anlehens-Loose.

Oesterr.	fl. 250 v. 1839	—
„	fl. 250 v. 1854 mit 4pCt.	75 1/2 P. 1/4 G.
„	fl. 500 v. 1860 6/7	83 6/8 G.
„	fl. 100 Kisb. L. v. 1858.	129 G.
„	dd. v. 1864.	89 P.
Schwed. 10 Thlr.	Loose	9 5/8 P.
Badische fl. 50	. . . .	121 1/2 P.
Badische fl. 35	. . . .	52 5/8 P.

Kurhess. Thlr. 40 b. R.	54 1/2 P.
Gr. Hessen fl. 50 b. R.	138 1/2 P.
„ fl. 25 do.	40 P.
Nassau fl. 25 bei Rothsch.	38 P.
Sardinische Fr. 36 b. R.	—
Neuchateler 10 Frs.-Loose	—
Freiburger 15 Frs.-Loose	—
Mailänder 45 Frs. L. b. R.	32 1/2 P.
St. Lüttich mit 2 1/2 pCt. Z.	35 P.
Ansb.-Gunzenh. fl. 7-L.	10 1/2 G.

Frankfurt, 25. Januar. Die Börse war für einige Effektengattungen wiederum sehr günstig gestimmt. In den Vordergrund traten besonders österr. Bankaktien, welche eine bedeutende Preisverbesserung aufweisen. Wir dürfen das Verdienst für uns in Anspruch nehmen, bei Besprechung des Jahresabschlusses auf die wesentlich verbesserte Lage des Instituts hingewiesen zu haben. In österreichischen Kreditaktien fanden Kontreminedeckungen statt, welche den Kurs weiter steigerten. Außerdem waren Amerik. in Folge von starken Kaufordres beliebt und höher. Die übrigen Effekten weisen keine namenswerthe Veränderung auf. Loose von 1860 waren sogar relativ matt, wie behauptet wird in Folge von Regierungsverkäufen. (Synd.)

An die
k. Hof- und Staatsbibliothek
1 N. Würzb. Ztg. München.

Neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht!

№ 27. | Vorausbezahlung: Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 1 fl. 30 kr. Bei Inseraten wird die dreispaltige Zeile in gewöhnlicher kleiner | 62. Jahrgang. | Schrift oder deren Raum im Hauptblatte mit 6 kr., im Anzeiger mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franco. | Freitag, 27. Januar 1865.

Die Adreßdebatte im preußischen Abgeordnetenhaus.

In der Sitzung des Abgeordnetenhauses vom 24. Januar wurde zuerst die Teltau-Sancken'sche Angelegenheit erledigt. Der Abg. Reichensperger hat wegen Augenentzündung Urlaub nachgesucht und wünscht, die Adreßdebatte aufzuschieben. Schulze-Borken stellt einen Vertagungsantrag, der jedoch fällt, da nur die Konservativen, das Centrum und einige Polen dafür stimmen. Das Haus tritt darauf in die Debatte über die beiden Adreßanträge. Twesten als Referent motivirt den Antrag auf Ablehnung der Adreßanträge. Adreßanträge der Minorität, wo die Majorität eine Adresse nicht wolle, seien eine Irregularität, die, wenn die Geschäftsordnung die „Vorfrage" kennte, leichter zu beseitigen wäre, als jetzt, wo er doch kurz motiviren müsse, weshalb die Majorität eine Adresse nicht wolle. Die letzte allgemeine Adresse sei 1861 erlassen worden, habe die Hoffnung auf weise Fortbildung der Verfassung ausgesprochen, eine Hoffnung, die verloren gegangen sei. Die späteren Adressen seien Spezialadressen gewesen, aber sämmtlich erfolglos. Der Wagener'sche Entwurf sei ein Schachzug gegen das Haus, der Reichensperger'sche suche darzulegen, daß die betreffende Partei sich nicht von der Grundlage des liberalen Verfassungslebens trenne. Die Freude über die Waffen-Erfolge des Heeres werde von allen Parteien getheilt, aber wenn das Volk wegen der Erfolge eines Theiles des Volkes seine Rechte der Regierung zu Füßen legen wolle, so möge es andere Vertreter wählen. Einiges, was darin gesagt sei, könne die Mehrheit nicht annehmen, Einiges, was darin übergangen sei, könne sie nicht verschweigen. Redner führt diese Punkte, die Thronrede und zugleich den Reichensperger'schen Entwurf kritisirend, auf; namentlich unterwirft er die Verfassungstheorien des Adreßentwurfs einer einschneidenden Kritik. Auf dem Boden der zweijährigen Dienstzeit könne die Regierung allerdings einen Ausgleich anbahnen. Allerdings sei volle Eintracht mit dem gegenwärtigen Ministerium unmöglich, aber das Interesse, den Verfassungskonflikt gelöst zu sehen, sei dem Lande und der Krone gemeinsam. Eine solche Lösung durch seine Initiative herbeiführen zu können, dazu habe das Haus indeß keine Hoffnung. Der Militäretat sei von $38\frac{1}{2}$ auf $41\frac{1}{2}$ Millionen seit 1862 erhöht, das heißt um 1 Million mehr, als er in Folge des von der Heydt'schen Briefes herabgesetzt worden sei. Die Ersparnisse durch spätere Einstellung der Rekruten und frühere Entlassung der Reserven, also die faktische Herabsetzung der Dienstzeit, seien aufgegeben. Eine Militärvorlage sei nicht verheißen. Unter solchen Umständen sei von einer Adresse keine Einwirkung zu hoffen, die Thronrede berühre den Konflikt nur oben hin. Wenn Das Recht würde, was die Regierung als solches anerkannt wissen wolle, so verdiene die Verfassung nicht mehr den Namen einer konstitutionellen Verfassung. Die Verfassung sei klar über das Recht der Landesvertretung; die Regierung bezeichne es als einen Weg der Verständigung, dieses Recht aufzugeben! Die Wagener'sche Adresse stelle sich vollkommen auf den Boden der Staatsregierung, rühme auch das österreichische Bündniß, dieses Hinderniß jeder Konzentration der preußischen Kraft! Die „konservative" Partei werfe ihre eigenen Prinzipien über Bord, um stets mit der Regierung zu gehen. Voriges Jahr habe sie sich für das Verbleiben der Herzogthümer bei Dänemark ausgesprochen, heute rühme sie die Trennung und mache sie gar zum Verdienste ihrer Partei, während das Haus doch gerade im Sinn der Trennung Alles gethan habe, was ein parlamentarischer Körper thun könne. Man habe dem Hause in dem Augenblick einen Vorwurf daraus gemacht, daß es die Mittel zur Erfüllung der Bundespflichten verweigert, wo Hr. v. Bismarck in der Note vom 14. Januar sich von den Beschlüssen des Bundes losgesagt. In Bezug auf die innere Politik berufe sich die Wagner'sche Adresse auf das Sachverständniß der Krone und versetze diese dadurch in eine schiefe, unkonstitutionelle Stellung. Das Haus stehe in dem Kampfe gegen die Verfassungstheorie dieser Adresse treu zusammen; um diese Stellung zu begründen, bedürfe es keiner Adresse. (Lebhafter Beifall.)

In der hierauf eröffneten Debatte ergreift gegen den Antrag des Referenten der Abg. Schulze (Borken) das Wort. Die Adresse spreche versöhnlich Alles aus, was Land und Volk wünsche. Das Volk werde ungünstig urtheilen über die Ablehnung der Adresse im Parteiinteresse, und das Urtheil werde hoffentlich praktische Folgen haben. Der Entwurf beschreite den Weg der Versöhnung, die, wenn man ihn auch mit ganzem Herzen betrete, ohnehin schwer genug sei. Die Debatte wurde hierauf mit schwacher Majorität geschlossen.

Als Antragsteller kamen hierauf die Abgg. Osterrath und Wagener zum Wort. Wagener setzt unter Anderem auseinander,

Feuilleton.

Wie unsere Großeltern sich kleideten.

(Modejournal nach „Werther". — Vom Konsum des Puders. — Die Unruhe auf und in den Köpfen. — Exzentrische Frisuren. — Eine „klassische" Tracht. — Kostüme mit Durchsichtigkeit. — Der Fächer als Telegraphist.)

Gerade etwa ein Jahrhundert ist es her, daß im Reich der Mode ein neues Regiment begann, sehr folgerichtig, weil ein Gleiches auch im Gebiete des Geschmackes, ja überhaupt des Geistes der Fall war. Bald wurde es guter Ton, sich als Freigeist im Allgemeinen, sowie in Sachen der Kleidung insbesondere zu zeigen. Dies geschah bereits 1780 in großem Maßstabe, nachdem es ein Jahrzehnt hindurch bei Einzelnen sich geltend gemacht hatte. In Deutschland war durch Goethe, wie wir Alle wissen, schon 1775 der blaue Wertherfrack, der Stulpstiefel, die lederne Hose u. s. w. eingeführt worden. Nicht etwa, daß er diese Tracht erfunden hätte; nein! sie war schon längst die Auszeichnung der stärkeren, freieren Naturen, die der Mode nicht folgen wollten, außer wenn sie im Gesellschaftssalon erschienen. Durch Goethe und Karl August indeß wurde die Kleidung auch hoffähig, und durch die Revolution allgemein giltig. Puder und Zopf aber blieben noch nach wie vor.

Von dem damaligen Konsum des Puders kann man sich kaum einen annähernden Begriff machen. Man rechne nur auf Deutschland und Frankreich 60 Millionen Einwohner und lasse den zehnten Theil derselben sich pudern, so ergibt dies einen täglichen Verbrauch von mindestens 200,000 Pfund, also 2000 Centnern, im Laufe eines Jahres also über 700,000 Centner feinstes Weizenmehl. Um dieses zu erzeugen, mußten mindestens $2\frac{1}{2}$ Millionen Scheffel Weizen vermahlen werden, und doch sind hierbei alle Zahlen so niedrig gegriffen, daß sie wahrscheinlich um die Hälfte mehr, wenn nicht gar das Doppelte betragen haben. Denn während wir nur ein Loth Puder annahmen, gebrauchte der feine Herr täglich fast drei Loth, und die Zahl der gepuderten Köpfe war größer als der zehnte Theil der Einwohnerzahl. Welch' eine Verschwendung der nothwendigsten Bedürfnisse des Lebens, und dabei in allen Ecken die bitterste Noth und Armuth.

Auf dem wohlgepuderten und hochtoupirten Haar trug der Galanthomme bekanntlich nichts, denn der Hut lag und blieb unter dem Arm. Ganz anders gestaltete sich aber der Kopf während und nach der Revolution. Zwar lag der Schnee noch in den Locken, selbst als schon in Frankreich der König hingerichtet und die Republik erklärt war. Doch das Frühjahr 1793 war gar zu stürmisch, als daß nicht auch die ehrwürdige Winterdecke hätte angegriffen werden sollen. Man begnügte sich seitdem mit dem gewöhnlichen Haar, strich es einfach zurück nach Ohren und Nacken hin und heftete allenfalls noch ein Zöpfchen hinten an. Noth-

Digitized by Google

daß auch die konservative Partei auf diese und jene Pläne eingehen werde, die Reorganisation den finanziellen, sozialen und volkswirthschaftlichen Bedürfnissen mehr anzupassen, aber erst nachdem das Haus thatsächlich auf den Standpunkt der Regierung eingegangen sei. Thue das Haus das nicht, so werde an die Stelle des Rechts die Machtfrage treten.

Minister Graf zu Eulenburg: Ich kann die Abstimmung nicht vor sich gehen lassen, ohne Namens der Regierung die Genugthuung auszusprechen, daß der Herr Referent dazu beigetragen hat, der Verhandlung von vornherein einen Ton des Anstands (Bewegung und Verwunderung) zu geben, der an bessere Zeiten erinnert. Er hat Recht, daß der Knotenpunkt unseres Auseinandergehens in der Lösung der Militärfrage ruht und in den Konsequenzen, die sich daran knüpfen. Das jetzige Ministerium hat einen Zustand vorgefunden, den es nicht herbeigeführt hat und den es nicht herbeigeführt haben würde, wenn es damals bestimmend hätte einwirken können. Den vorgefundenen Zustand konnte es aber nicht aufgeben und beseitigen, ohne für die Rechte der Krone eine Verantwortlichkeit zu übernehmen, die es nicht übernehmen konnte. Das Ministerium ist ebenso wie die Majorität dieses Hauses in eine Stellung hineingedrängt worden, die sie, wenn hier res integra vorhanden gewesen wäre, niemals selbst eingenommen hätte. Nun aber handelt es sich darum, einen faktischen Zustand zu beseitigen, mit dessen Wegfall auch die Konsequenzen wegfallen würden. Ich bitte, vergegenwärtigen Sie sich einen Augenblick unbefangen den Gegenstand der Militärfrage. Denken Sie sich einen Monarchen, der, durch und durch Soldat, die Bedeutung seines Heeres für sich und sein Vaterland in tiefster Tiefe erfaßt hat, dessen Sinnen von frühester Jugend an gewesen ist, diesem Institute eine solche Einrichtung zu geben, welche seine bisherige Kraft und Sicherheit garantirt und es zu einer weiteren Ausbildung führt, die es auf der ersten Stufe in Europa erhält — einen Monarchen, der endlich dieses Mittel gefunden zu haben glaubt, der, auf welchem Wege es auch sei, provisorisch diesen Zustand herbeiführte und seine Durchführung für so wichtig und so nothwendig hält, daß er selbst die Gefahr nicht scheute, das Land einem budgetlosen Zustande entgegenzuführen; denken Sie sich einen darauf folgenden siegreich geführten Krieg, den das Heer unter der Herrschaft dieser Reorganisation gekämpft, und die sehr natürlich daran sich knüpfende Schlußfolgerung, daß man zwar auch ohne sie hätte siegen können, jedoch nicht so sicher, nicht, wenn ich sagen darf, so elegant gesiegt hätte (Verwunderung), als in diesem Kriege; denken Sie sich dazu, daß die Gefahr, welche man an einen budgetlosen Zustand geknüpft glaubte, als vorhanden sich nicht erwies: und einem solchen Monarchen muthen Sie zu, von diesem seinem Werke, zu dessen Gunsten alle Thatsachen sprechen, zurückzutreten und zu sagen: „Ich und meine Regierung wollen die Verständigung in der Weise suchen, daß ich einen Theil desjenigen Werkes zerstöre, welches Preußen groß gemacht.“ Das ist ganz unmöglich! Weder der jetzige preußische Monarch noch irgend ein König Preußens wird von den Prinzipien dieser Armee-Reorganisation und von den gesetzlichen Bestimmungen, von welchen er glaubt, daß sie nothwendige Korrelate derselben sind, nur einen Funken hergeben. Und die Könige von Preußen werden länger bestehen, als die 3jährigen Sitzungsperioden des Abgeordnetenhauses. Meine Herren, wenn Sie zugeben, daß ich aufrichtig und wahr und so, wie es vor Aller Augen liegt, spreche, wenn Sie selbst der Ueberzeugung sich nicht verschließen können, daß die Krone nicht zum Nachgeben zu bewegen ist, so thun Sie das Beste: machen Sie die Militärfrage nicht zum Probirstein des Budgetrechts! Sie haben gekämpft für oder wider die Zweckmäßigkeit dieser Reorganisation, für die kürzere oder längere Dienstzeit: diese Fragen können für Sie nicht so wichtig sein, daß Sie mit besonderer Tenazität daran hingen, wenn Sie nicht glaubten, daß damit die Vertheidigung des Budgetrechts zusammenhänge. Meine Herren! Geben Sie den Versuch, Ihr Budgetrecht an der Militärfrage zu probiren, auf, suchen Sie ein anderes Thema, einen andern Punkt, an welchem Sie glauben, es geltend machen zu müssen! Ich glaube aber, Sie werden keinen finden, denn Sie werden die Regierung bereit sehen, da, wo nicht faktische Umstände es unmöglich machen, Ihnen zu willfahren und gern die Auslegung des Artikel 99 zuzugeben, welche Sie wollen. Lassen Sie dies Faktum aus der Welt verschwinden, dann wird es uns allen als Lehre dienen für künftige Zeiten, und der ganze Kampf, den wir seit 2 Jahren kämpfen und der, falls Sie in diesem Punkte nicht nachgeben, unabsehbar fortgeführt wird, kann mehr zum Heile des Vaterlandes dienen und mehr zur Entwicklung des Verfassungslebens beitragen, als wir jetzt ahnen. Ueberlassen Sie die Bethätigung dieser Anschauung nicht Ihren Nachfolgern, legen Sie so schnell als möglich Hand an's Werk, Preußen einig zu machen und so groß und stark, als es zu sein verdient. (Bravo rechts, Zischen links.)

Die Debatte wurde hierauf wieder eröffnet und der Abgeordnete Löwe ergriff das Wort. Wenn Das die in Aussicht gestellte konstitutionelle Praxis sei, der das Haus entgegengehe, wenn es seine Ueberzeugungen aufgegeben, so brauche man sich darum keine Mühe zu geben. Er persönlich könne erklären, daß er auf den Boden der vom Minister des Innern gebotenen Verständigung nicht eingehen könne. Das Verfassungsrecht entwickle sich gerade an den Fragen, die streitig seien; wenn in diesen das Verfassungsrecht aufzugeben Vorbedingung sei, dann freilich sei mit diesem Hause eine Verständigung unmöglich. Der beantragte Schluß der Debatte wurde hierauf angenommen und nach persönlichen Bemerkungen der Abgeordneten Gneist, Jacoby und Wagener gelangte der Korreferent Aßmann zum Schlußwort. Der Abgeordnete Gneist äußerte am Schluß seiner Bemerkung, das Haus vermeide die Adresse und warte die Vorlagen der Regierung ab, um zu sehen, ob sie zur Verständigung führten. Es wurde hierauf abgestimmt und der Reichensperger'sche Entwurf mit 275 gegen 24 (nicht 44 wie der Telegraph irrthümlich berichtet) abgelehnt;

---

wendig war letzteres aber schon 1794 nicht mehr. In Deutschland schmolz der Schnee auch, doch wegen der nördlicheren Lage etwas später.

So bot denn mit Beginn des neuen Jahrhunderts der Kopf des Mannes eine veränderte Erscheinung. Sehen wir nun zu den Frauen hinüber. Jedes Mal, wenn der Reifrock sich aufzublähen beginnt und die Weiberköpfe sich durch Frisuren zu erhöhen anfangen, darf man mit Sicherheit auf bedeutende Katastrophen in der Geschichte rechnen. So kam nach dem spanischen Reifrock der dreißigjährige Krieg, nach dem französischen Reifrock die Revolution. Doch dies bei Seite. Ein allgemeiner Frisurenschwindel schien die Frauen von 1770 ergriffen zu haben. Die Unruhe, die in den männlichen Köpfen tobte und arbeitete, sprach sich auf denen der Weiber aus. Allen sträubten sich die Haare empor, gelinde bis 1775, dann mit furchtbarer Schnelligkeit höher und höher, bis sie zwei, drei, vier Mal so hoch sich thürmten, wie der Kopf selbst an Höhe mißt. Es kam zu künstlichen, eine Elle hohen Haargebäuden, die mit Bändern, Blumen, Früchten, Federn, Geschmeide und allem nur Möglichen geziert sein konnten. Alle einzelnen Frisuren zu beschreiben, würde zu weit führen. Ihre Zahl war Legion, jeder Tag brachte Neues. Jeder Haarkünstler ersann auffallende Formen, welche alles Frühere übertreffen sollten, jede Dame strengte ihren Witz an, bisher Unerhörtes auszuklügeln und darzustellen. Juno, Ceres, Venus, Minerva, Flora und Pomona sahen sich durch entsprechende Frisuren versinnlicht, Ceres mit Garben, Minerva mit Helm (aus Seide), Flora mit Blumenkorb u. s. w., Alles oben auf dem Haarthurm. Semiramis mit schwebenden Gärten fand auch ihren Vertreter, Amphitrite mit einem Segelschiff oben auf dem Haargewoge ebenso gut. Diese trug sich à la Hamlet; jene à la Figaro, die Dritte à la Voltaire; die Vierte stellte mit ihrer Frisur die Beredtsamkeit, die Fünfte die Liebe, die Sechste die Philosophie u. dgl. dar; die Eine baute sich oben ein Zelt, die Andere einen Papagei auf — es ist nicht zu erschöpfen. Die Friseure waren in ihrem goldenen Zeitalter und hießen Künstler, Académicions. Sie hatten jetzt stundenlang an jedem Weiberkopf zu thun und konnten nicht Gehilfen genug schaffen. Ihre Zunft mehrte sich daher ungemein. Dennoch mußten sie für große Feste schon am Tage vorher frisiren, um Alle bedienen zu können, und die wohlaufgestutzte Dame mußte also den Nachmittag, die ganze Nacht und den folgenden Vormittag, in Summa 24 Stunden wartend sitzen und durfte den Kopf nicht zum Schlaf auflegen, bis die ersehnte Stunde gekommen war, wo sie ihr Haargebäude den Leuten zeigen konnte. Ihre Schuhe hatten die Frauen schon immer als wichtige Stücke betrachtet, seit der Reifrock sie etwas sehen ließ. Dies geschah nun noch mehr, und es steigerte sich auch die Sorgfalt für ihre Schönheit und Ausschmückung. Vorn mußten sie zierlich zugespitzt sein, die rothen Absätze sehr hoch und spitz. Doch als in den neunziger Jahren die hohen Frisuren sich senkten, da sanken auch die hohen Absätze und verschwanden. Das Weib erschien wieder unten und oben in seiner natürlichen Höhe und übrigens auch in seiner natürlichen Breite, denn auch die letzten Nachkommen des Reifrocks, die Culs u. s. w. fielen sammt der Schnürbrust.

Bei den Frauen strebte man, als die hohen Frisuren eingestürzt waren, als man wieder auf einfachen Sohlen ging und auch Reifrocks letzte Erben, die falschen Culs de Paris verschwanden,

dafür stimmte nur das Zentrum. Der Wagener'sche Entwurf fiel ohne namentliche Abstimmung, da Wagener darauf verzichtete. (Da die Adreßdebatte des Herrenhauses bedeutungsloser ist, so genüge der gestern mitgetheilte telegraphische Auszug.)

Wien, 25. Januar. Eine kaiserliche Entscheidung verfügt, daß das ungarische Organisationswerk zu beschleunigen und dem einzuberufenden Landtag als königliche Proposition vorzulegen, auch die Aufhebung des Kriegsprovisoriums vorzubereiten sei. (A. Z.)

Berlin, 23. Jan. Die bereits von vielen schleswig-holsteinischen Grundbesitzern und Mitgliedern der Ritterschaft unterzeichnete Adresse zu Gunsten des Herzogs von Augustenburg soll jetzt in nicht weniger als 2000 Exemplaren zur Unterschriftensammlung durch die Herzogthümer verbreitet worden sein. In hiesigen gouvernementalen Kreisen hat diese Demonstration großes Mißvergnügen erweckt und, wie es heißt, ist Hr. v. Zedlitz mit Rücksicht darauf hieher beschieden worden, um weitere Instruktionen entgegen zu nehmen. Uebrigens soll der gegenwärtige österreichische Kommissär in den Herzogthümern, Frhr. v. Halbhuber, seinem preußischen Kollegen gegenüber mit ungleich größerer Festigkeit auftreten als sein Vorgänger Frhr. v. Lederer.

Berlin, 24. Jan. Die „B. u. H. Z." gibt über den gegenwärtigen Stand der preußischen Staatsschuld folgende Aufschlüsse: Von der im Jahre 1864 bestehenden verzinslichen Staatsschuld von 261,835,704 Thlr. sind durch Tilgung 5,361,057 Thlr. abgegangen, hingegen treten pro 1865 hinzu 2,300,000 Thlr. Antheil an der 17 Mill. Anleihe pro 1864 und 10 Mill. als Betrag der Schuldverschreibungen, welche als Entschädigung für die Aufhebung der Grundsteuerbefreiungen und Bevorzugungen zu gewähren sind. Dann stellt sich die verzinsliche Schuld auf 268,774,646 Thlr. und die gesammte Staatsschuld bei Hinzurechnung von 15,842,347 Thaler unverzinslicher Schuld auf 284,616,993 Thlr. 26 Sgr. 7 Pf. heraus, zu deren Verzinsung 10,928,810 Thlr. 1 Sgr. 10 Pf. zu verwenden sind, während 4,896,265 Thlr. 28 Sgr. im Laufe des Jahres getilgt werden sollen.

Der Militär-Etat für 1865 beläuft sich im Ordinarium auf 39,498,516 Thlr. und im Extraordinarium auf 1,835,000 Thlr., zusammen auf 41,333,516 Thlr., also 1,960,962 Thlr. mehr als im Jahre 1864. Die Steigerung des Bedarfs hat ihre Hauptursache in der Erhöhung des Friedensstandes der Armee. Im letzten Jahre war bei der Infanterie durch zahlreiche Beurlaubungen und spätere Einstellung der Rekruten der Friedensstand erheblich vermindert worden. Die Einstellung der Rekruten hat 1864 zu Anfang Oktober stattgefunden und soll im laufenden Jahre an demselben Termine vor sich gehen (obwohl es natürlich in diesem Jahre kein Düppel und Alsen zu stürmen gibt); dadurch wird ein Mehraufwand von 1,566,439 Thlr. erfordert, worunter für Löhnung der Truppen 686,436 Thlr., für Naturalverpflegung 360,180 Thlr., für Bekleidung 358,960 Thaler und für Servis 66,882 Thaler.

Berlin, 25. Januar. Die (vom Ministerium des Innern redigirte) „Provinzialkorrespondenz" berichtet, daß der Prinz Friedrich Karl wiederholt längere vertrauliche Unterhaltungen mit dem Kaiser allein oder unter Theilnahme der dem Kaiser zunächst stehenden Generale hatte. Obwohl dem Besuche des Prinzen in Wien bestimmte politische Zwecke nicht zu Grunde lagen, so habe derselbe doch sicherlich dazu beigetragen, auf das Erfreulichste die Waffenbrüderschafts- und Bundesgenossenschaftsbande zwischen Oesterreich und Preußen zu stärken. — Weiter bemerkt die „Prov.-Korresp.": „Bei der Entscheidung der Frage der Erbfolge in den Herzogthümern verdienen, abgesehen von etwaigen Rechten Preußens, die Oldenburgischen und anderen Erbansprüche dieselbe gewissenhafte Prüfung und Rücksichtsnahme wie die Augustenburgischen Ansprüche. Die Freunde des Erbprinzen von Augustenburg sollten daher, wenn sie dazu beitragen wollen, eine Lösung im Augustenburgischen Sinne überhaupt möglich zu machen, dafür sorgen, daß Preußen und Deutschland in diesem Falle eine Gewähr rückhaltloser Erfüllung der unter allen Umständen nothwendigen Bedingungen erhalten."

London, 23. Jan. Die „Times" bezeichnet in einer Betrachtung über die türkischen Finanzen, den Sultan und seine Minister als unverbesserliche Verschwender und Schuldenmacher. „Der Budgetbericht des Großwessirs ist ein wunderbares Dokument, in welchem vergangenes und künftiges ununterscheidbar mit einander verschmolzen, und ein wirkliches Defizit in einen scheinbaren Ueberschuß verwandelt ist. Diese Verwandlung geschieht durch einen sinnreichen Calcul, bei welchem jedoch der Großwessir die Ehre der Erfindung nicht ausschließlich ansprechen kann, indem noch rückständige Steuern als bereits gezahlt aufgeführt werden. Der französische Finanzminister bediente sich des nämlichen Kunstgriffs in seinem Rapport an den Kaiser, doch sind Hr. Fould und der Pascha beide als von einander unabhängige Entdecker zu betrachten. Die Ausgaben der Türkei im Jahre 1863/64 betrugen 3,208,008 Beutel, und die Einnahmen, wenn vollständig eingegangen, würden 3,245,000 Beutel füllen, und somit einen Ueberschuß von beinahe 37,000 Beuteln oder circa 195,000 Pfd. St. herausgestellt haben. Leider war aber die wirkliche Jahreseinnahme nicht mehr als 2,550,000, oder, einige im Verlauf des Jahres nachgezahlte Rückstände dazu gerechnet, 2,931,000 Beutel. Hiernach ergab sich ein wirkliches Defizit von 277,000 Beuteln, oder ungefähr 1,455,000 Pfd. St.; wozu noch kommt, daß ein Theil der schwebenden Schuld, von etwa 250,000 Beuteln, berichtigt werden muß. Macht zusammen einen Ausfall von 727,000 Beuteln, oder ungefähr 3,700,000 Pfd. St. So kommt der türkische Staatsschatz seit Jahren aus einem Defizit von 1 bis 3 Millionen nicht heraus. . . . Könnten die Moslims in Europa sich etwas anderes zu eigen machen als die Praxis angenehmer Laster, die im Koran verboten sind, dann würden Hr. Laing und seine Mitdirektoren der Allgemeinen Creditgesellschaft allenfalls vermögend sein, das Sur-

---

danach, recht natürlich zu erscheinen. Wie konnte dies besser geschehen, als durch ein Gewand, das theils die Formen gar nicht verhüllte, theils nur leise bedeckte. Das antike schien dazu das passendste. Wie man sich in den größten Republiken der Weltgeschichte getragen hatte, so wollte man sich auch in der französischen Republik kleiden. Alle Erinnerung an das Königthum sollte fallen. Die Unnatur war außerdem zuletzt so hoch gestiegen, daß der Umschwung um so mächtiger erscheinen mußte. Auch hatte ja die Kunst schon seit längerer Zeit die Antike zum Muster genommen; warum sollte es die Tracht nicht auch thun? Der Versuch schlug zwar bei den Männern gänzlich fehl, um so mehr aber glückte er bei den Frauen. Bereits 1794 trugen sich manche Damen „griechisch", und zwar zumeist solche, die hervorragende Stellungen einnahmen. Es waren diese Unternehmungen zwar keineswegs welche zu Gunsten der wirklich hellenischen Tracht, sondern mehr eines sein sollenden griechischen Kostüms, dessen wichtigste Eigenschaften etwa die waren, daß die Taille durch einen Gürtel dicht unter der Brust angedeutet wurde, daß das meist einzige Kleid oder Hemd frei und gerade herunterfiel, daß alle Spitzen, Falbeln u. dgl. fehlten, daß das Haar in einem griechischen Netz lag und daß vor Allem — möglichste Nacktheit herrschte! Erst 1799 griff die wirkliche griechische Tracht bedeutend um sich, und nun wuchs freilich die Entblößung in bedenklichem Maße, so daß bei Vielen von einer Verhüllung kaum noch die Rede sein konnte. Was einst die römischen Damen sich im Hause gestattet hatten, in coïschen und amorgischen Gewändern zu gehen, das erlaubte man sich in Frankreich und auch in Deutschland öffentlich auf der Straße. Die ganze Verhüllung einer solchen Griechin oder Römerin von 1800 soll oft kaum ein halbes Pfund gewogen haben. Arme, Busen und der ganze obere Theil des Körpers bis zur Hüfte waren fast nackt. Das geschah aber nicht nur im Sommer, sondern, kaum zu glauben, auch im Winter, und nicht nur Jugend, sondern auch reifere Schönheiten, die über Vierzig hinaus waren, gingen so. Die Aerzte, die dadurch alle Hände voll zu thun bekamen, predigten umsonst gegen diese gefährliche Tracht. Die Mode gebot: die Damen gehorchten! Im Winter trugen sie außer dem dünnen Kleid oder Hemd, denn es war beides, noch fleischfarbige Tricots vom Fuß bis zur Hüfte, bisweilen mit bunten Zwickeln und Bändern am Knie. Um den Oberkörper legte sich manchmal noch ein durchsichtiger Shawl, besonders auch im Winter. Mit dem Kaiserreich endete diese antike Krankheit zum Glück bald, so daß sie nur ein Lustrum durchgreifend geherrscht hatte. In England wußte man sich überhaupt davon frei zu halten. Sehr wenig im Einklang mit der nachgeahmten griechischen Tracht stand der fortdauernde Gebrauch des doch wahrlich nicht im Alterthum erfundenen Fächers. Er blieb noch immer der wichtige Telegraph geheimer Botschaften und Winke. Je nach den Ereignissen wandelte er sich in Fächer à la Pompadour, à la Cagliostro u. s. w. Es gab auch Fächer, als Lavater Epoche machte, mit dessen physiognomischen Abbildungen; als Werthers Leiden erschienen, solche mit Werther und Lotte, Albert und Lotte &c. &c. Alles, was eben das Tagesgespräch bildete, ging auch auf den Fächer über.

(Schluß folgt.)

---

plus herzustellen, welches immer kommen soll, aber nicht kommen will. Aber es läßt sich zweifeln, ob die Consolidirung einer schwebenden Schuld dazu hinreichen wird. Vielleicht wäre es nöthig, eine Kompagnie zu gründen, die ihre Aufmerksamkeit nicht auf die Finanzverwaltung beschränkte, sondern die ganze Regierung der Türkei in die Hand nähme."

Paris, 23. Jan. Der „Constitutionnel" bemerkt über einen Artikel der „Kreuzzeitung", der gegen den Herzog von Augustenburg und die Bevölkerung der Herzogthümer gerichtet ist, daß eine solche Sprache, wie jeder begreifen müsse, nicht dazu angethan sei, der Sache Preußens in den Herzogthümern zu dienen.

Am 15. ds. machten in **Florenz** die Anhänger der vertriebenen lothringischen Regentenfamilie gelegentlich des Ablebens der Großherzogin-Wittwe von Toskana, welches am 3. d. M. zu Brandeis in Böhmen erfolgt war, eine kirchliche Demonstration. Es wurde in der Kirche der heil. Felicitas, in welche der Palast Pitti eingepfarrt ist, ein großes solennes Todtenamt gehalten, bei welchem die Aristokratie, das Patrizierthum, die früheren Hofbeamten, die jetzigen Civilbeamten, die früher in toskanischen Diensten standen und viele hunderte aus dem Bürgerstande sich einfanden.

Aus **Madrid**, 21. Jan., wird der „Ag. Hav." geschrieben: „Der Vorschlag der Vorwegnahme der Steuern scheint nicht nach dem Geschmack einer ziemlichen Anzahl von Deputirten zu sein; man sagt, die Regierung hätte ein anderes minder fühlbares Mittel ergreifen können, sich Hülfsmittel zu schaffen; es sei nicht vernünftig, den Augenblick zu wählen, wo in Folge einer Handelskrisis die spanischen Ackerbauprodukte um 25 pCt. heruntergegangen seien, eine doppelte Steuer zu verlangen. Es sei freilich nur ein Vorschuß, aber der, welcher nicht für sich genug habe, wie könne er wohl einem andern borgen? Es scheint also, daß die Idee des Finanzministers im Parlament einen gewaltigen Sturm hervorrufen wird. — Die Santo Domingo-Frage wird auch nicht ohne Kampf durchgehen, aber sie wird durchgehen, wie man allgemein versichert. Die Frage wegen Peru scheint auf gutem Wege zu sein, geschlichtet zu werden. Einige Großprahler wollen, daß man mit den Peruanern keinen Frieden abschließe, ehe man sie nicht gezwungen habe, die Kosten der Besatzung der Chincha-Inseln zu entrichten; aber es steht zu glauben, daß die Regierung diese Schwierigkeit umgehen wird. — Die spanischen Bischöfe veröffentlichen sämmtlich die Encyklica. Die Regierung hat noch keine Maßregeln gegen sie ergriffen, und es ist wahrscheinlich, daß sie auch keine ergreifen wird, in der Ueberzeugung, daß sie wenigstens erfolglos bleiben würden.

Aus **Turin**, 21. Jan., schreibt man: „Die Staatsanwälte haben den Auftrag erhalten, gegen die Bischöfe und gegen die Pfarrer, die sich die Veröffentlichung der päpstlichen Encyklica erlauben sollten, ohne von der Regierung dazu ermächtigt zu sein, das Prozeßverfahren einzuleiten. Bis jetzt hat noch kein italienischer Bischof um das Exequatur nachgesucht. Der Bischof von Ivrea, Msgr. Moreno, veröffentlicht in der „Armonia" einen Protest gegen das Cirkular des Kultusministers Vacca, welches die Einholung des Exequatur anbefiehlt. Es ist vorauszusehen, daß dieser Protest nur den Anfang bildet zu einer Reihe anderer, die unsere Regierung in dieselbe falsche Position bringen werden, in welche die französische gerathen ist. — In Neapel liegt die Regierung mit den Rektoren der dortigen Seminarien im Streit, welche auf peremtorische von Rom erhaltene Befehle hin den Provinzialschulinspektoren den Eintritt in ihre Institute rundweg verwehren, und dieselben lieber schließen und zu anderweitigem Gebrauch verwendet sehen, als sich dem Gesetz unterziehen wollen. Zwischen dem Kardinal d'Andrea (der noch immer in Neapel verweilt) und der römischen Kurie scheint denn doch eine ernstliche Verstimmung obzuwalten, denn der Kardinal soll von seinen Freunden in der heiligen Stadt benachrichtigt worden sein, daß der Dekan des heil. Kollegiums definitiv beauftragt worden ist, ihn ad audiendum verbum zurückzuberufen. Noch hat derselbe keine offizielle Mittheilung erhalten; allein er hat bereits offen die Erklärung abgegeben, daß seine angegriffene Gesundheit ihn im Fall einer Zurückberufung nöthigen werde, dem Befehl des heil. Vaters Widerspruch entgegenzusetzen."

New-York, 7. Jan. Der Werth der bei dem Bombardement des Fort Fisher verschossenen Munition wird auf 2½ Millionen taxirt. Nach Angabe des Südgenerals Bragg wären an den beiden ersten Tagen durch das mörderische Feuer nur 3 Mann von der Besatzung des Forts getödtet und 55 Mann verwundet worden. Die Unionsflotte litt fortwährend durch heftige Stürme, und zahlreiche der abgeschickten Landungsboote sollen gekentert sein, wodurch namentlich eine Abtheilung Negertruppen ums Leben gekommen sind.

Bezeichnend für die unionsfreundliche Gesinnung der Stadt Savannah ist die Thatsache, daß viele hervorragende Kaufleute dieser Stadt schon Gelder nach New-York gesandt haben, um ihren Verpflichtungen gegen New-Yorker Kaufleute zur Zeit des Ausbruches der Rebellion vollständig nachzukommen. Andere haben ihre Schulden von damals theilweise bezahlt und sich bereit erklärt, den Rest gleichfalls baldmöglichst zu entrichten.

Hiezu die Beilage: „Würzburger Anzeiger".

Verantwortlicher Redakteur: A. Hartmann.
Druck und Verlag der Stahel'schen Buch- und Kunsthandlung in Würzburg

Cours der Staatspapiere.

Oesterr.	5 pCt. Met. (Cp. i. S. b. R.)	—
„	5 pCt. Lomb. ditto. à 24	—
„	5 pCt. Engl. Met. v. 1852	80⅛ G.
„	5 pCt. Engl. Met. v. 1859	78¾ P.
„	5 pCt. Venet. Coupon b. R	84½ P. ¼ G.
„	5 pCt. Nationalanl. v. 1854	68—⅛ G.
„	5 pCt. Metall. Obligation.	60¾ G.
„	4½ pCt.	54¼ G.
Preussen	3½ pCt. Staatsschuldsch.	91 P.
Bayern	4½ pCt. Obl. 1jähr. dto.	101⅜ G.
„	4½ pCt. Obl. ½jähr. dto.	102⅛ P.
„	4 pCt. Obl. 1jähr. dto.	98⅝ P.
„	4 pCt. Obl. ½ jähr. dto.	—
„	4 pCt. Obl. Ab.-R. dto.	98¼ G.
„	3½ pCt. Obl. dto.	97¾ G.
Württemb.	4½ pCt. Obl. b. Rothsch.	106 G.
„	3½ pCt. Obl. dto.	95⅜ P.
Baden	4½ pCt. Obl.	—
„	3½ pCt. Obl. v. 1842	91¼ [illegible]
Gr. Hess.	4½ pCt. Obl.	—
„	4 pCt. Obl. b. Rothsch.	101 P.
„	3½ pCt. Obl. dto.	96¾ G.
Nassau	4½ pCt. Obl. dto.	102⅛ P.
„	4 pCt. Obl. dto.	99⅜ P. ⅛ G.
„	3½ pCt. Obl. dto.	92¼ P.
Frankfurt	3½ pCt. Obl.	95¼ P.
„	3 pCt. Obl.	80½ P.
Spanien	3 pCt. Inl. Sch. P. à fl. 2. 30	—
„	2½ pCt. . . .	—
Schweden	4½ pCt. Obl. à 105 Thlr.	91½ P.
N.Amerika	6 pCt. à 1000r. 1881 D. 2½	49 G.
„	6 pCt. ditto r. 1882	49—48⅞ G.

Diverse Aktien.

Frankfurter Bank à fl. 500 . . .	—
K. K. Oesterr. National-Bankaktien	844—45 G.
Oesterr. Kreditbank-Aktien à fl. 200	196—97 G.
Bayer. Hypothekenb. Pfandbriefe 4 pCt.	97⅞ G.
Darmst. Bank I. u. 2. Serie à fl. 250	236½ P. 235½ G.
Weimarische Bank à Thlr. 100 . .	99¼ P.
Mitteldeutsche Kreditaktien . . .	99½ P.
Intern. Bank in Lux. à 250 Frs. à 24 kr.	—
Taunus-Eisenbahn à fl. 250 . . .	351 P.
Frankfurt-Hanauer-Eisenbahn . . .	101⅝ P.
Oest. P.St.Eisb. 5pCt. 500 Fr. à 24 kr.	—
„ Elisab.-Eisenbahn 5 pCt. . .	127½ G.
Böhm. Westbahn-Aktien à fl. 200 4/7	72 G.
Rhein-Nahe-Bahn 200 Thl. à 105 4pCt. Z.	27⅜ G.
Ludwigshafen-Bexbacher à 4 pCt. .	145½ P.
dto. dto. Prior. à 4 pCt	97½ P.
Pfälz. Maxb. b. Rothschild à 4½ pCt.	104⅜ G.
Oest. St.-Eisenb. Prior.-Oblig. à 3 pCt.	60—⅛ P.
Elisab.-Bahn Prior. 5 pCt. 6/7	78¾ P.
Südd. Bank-Akt., 30 pCt. Einz.	235½ P.
Span. Handels- und Industrie .	—
Bayr. Ostbahn à 4½ pCt. volleinbez.	114P. 113⅞ G.
Bayer. Ostbahn mit 50 pCt. Einz.	113⅜ G.

Wechsel
in süddeutscher Währung.

Amst. fl. 100 k. S.	101 G.
Antwerp. Frs. 200 k. S.	93⅞ G.
Augsb. fl. 100 k. S.	100 P.
Berlin Th. 60 k. S.	104⅞ P.
Brem. 50 Th. Ld. k. S.	96½ P.
Brüssel Frs. 200 k. S.	93⅞ G.
Cöln Thlr. 60 k. S.	104⅞ P.
Hamb. MB. 100 k. S.	88⅞ G.
Leipzig Th. 60 k. S.	104⅞ P.
London Lst. 10 k. S.	118¼ G.
Lyon Frs. 200 k. S.	—
Mail. Frs. 200 . .	93⅞ P.
München fl. 100 k. S	99⅞ P.
Paris Frs. 200 k. S.	93⅞ G
Petersburg 60 S.-R.	—
Triest fl. 100 k. S.	—
Wien fl. 100 ö. W.	—
do. in öst. W. k. S.	102⅛ G.
Disconto	4½ pCt. G.

Anlehens-Loose.

Oesterr. fl. 250 v. 1839	—
„ fl. 250 v. 1854 mit 4pCt.	78 G.
„ fl. 500 v. 1860 6/7	83¾—84⅛ G.
„ fl. 100 Kreb. L. v. 1858.	129⅜ G.
„ do v. 1864.	89⅞ G.
Schwed. 10 Thlr. Loose	9⅜ P.
Badische fl. 50	121½ P.
Badische fl. 35	52¾ P.
Kurhess. Thlr. 40 b. R.	54⅝ P.
Gr. Hessen fl. 50 b. R.	137¾ P.
„ fl. 25 do.	40 P.
Nassau fl. 25 bei Rothsch.	38 P.
Sardinische Fr. 36 b. B.	—
Neuchateler 10 Frs.-Loose	—
Freiburger 15 Frs.-Loose	—
Mailänder 45 Frs. L. b. R.	32½ P.
St. Lüttich mit 2½ pCt. Z.	35P.
Ansb.-Gunzenh. fl. 7-L.	10⅛ G.

Frankfurt, 26. Januar. Die Börse war für alle österr. Sachen überaus günstig gestimmt, wozu jedenfalls die Nachricht von der Einberufung des ungarischen Landtags beitrug. Neben den bisher von der Spekulation bevorzugten österr. Kredit- und Bankaktien traten die verschiedenen Loosgattungen, besonders die von 1860, in den Vordergrund und wurden bei sehr umfangreichem Geschäft bedeutend höher bezahlt. Amerikanische still, aber fest. (Synd.)

An die
Hof- und Staatsbibliothek
Würzb. Ztg. München.

Neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht!

№ 28.	Vorausbezahlung: Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 1 fl. 30 kr. Bei Inseraten wird die dreispaltige Zeile in gewöhnlicher kleiner	62. Jahrgang.	Schrift oder deren Raum im Hauptblatte mit 6 kr., im Anzeiger mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franco.	Samstag, 28. Januar 1865.

Auf die **„Neue Würzburger Zeitung"** kann für die Monate **Februar** und **März** sowohl in der Expedition, wie bei allen königl. Postämtern abonnirt werden.

Aus dem preußischen Herrenhause.

Auf den Standpunkt des Herrenhauses in der Adreß-Verhandlung haben wir schon hingewiesen. Derselbe ist zur Genüge damit bezeichnet, daß die Adresse nur eine Umschreibung der Thronrede bildet. Wir führen daher nur noch folgende Stelle aus der Rede des Hrn. v. Bismarck im Herrenhause an, indem dieselbe von allgemeinerem Interesse ist.

..... Die Basis des konstitutionellen Lebens ist überall der Kompromiß. Dieser Weg wurde verlassen durch den Beschluß, welchen das Abgeordnetenhaus am 22. September 1862 faßte, ein Beschluß, dessen Ausführung schlechthin unmöglich war .... Besonders dankbar bin ich den Herren Antragstellern für die schonende Weise, mit welcher sie die auswärtige Politik berührt haben. Jeder praktische Geschäftsmann kennt die Bedenken, welche den Veröffentlichungen über schwebende Verhandlungen entgegenstehen, indem er sonst entweder sein eigenes Ziel vorzeitig und ohne Zustimmung des anderen Theiles festlegt oder ein falsches Licht auf dieses Ziel in den Augen der anderen verhandelnden Macht geworfen wird. Die Herren wollen sich versichert halten, daß in den schwebenden Verhandlungen die diesseitigen Interessen mit Festigkeit vertreten werden, und darf ich die Gewißheit aussprechen, daß preußisches Blut nicht umsonst geflossen sein wird. (Lebhafter Beifall.) Von der liberalen Seite ist uns bei der Kritik der auswärtigen Politik der Vorwurf gemacht worden, — er wird uns auch in dem anderen Hause gemacht werden, — daß wir die zukünftige Gestaltung der Herzogthümer uns dadurch erschwert haben, daß wir mit Oesterreich gegangen sind. Ich glaube, m. H., daß die Nützlichkeit dieses Bündnisses während der vergangenen Phase von der Zukunft in ein helleres Licht gestellt werden wird, als die bisherigen Ereignisse, so weit sie zu Tage liegen, es gethan haben und als ich selbst in diesem Augenblick im Stande bin, es zu thun. Einstweilen erlaube ich mir, zu bemerken, daß, wenn wir den Weg, den wir gegangen sind, nicht gehen wollten, uns kein anderer regelmäßiger Weg blieb, als der des Bundeskrieges (gegen Dänemark). Es ist derselbe auch mit mehr oder weniger Variationen in Bezug auf die Art, wie er einzuleiten sei, empfohlen und in der That vergeblich versucht worden. Nun liegt es auf der Hand, daß bei einem Bundeskrieg Oesterreich nicht blos als einfacher Bundesgenosse, sondern als Präsidialmacht mitgewirkt haben würde, und daß neben Oesterreich, und viel entscheidender, die Majorität des Bundestags nicht blos auf die Kriegführung, sondern namentlich auf die schließliche Gestaltung der Herzogthümer eingewirkt haben würde. Daß wir von dieser Majorität eine wohlwollendere Berücksichtigung der preußischen Interessen zu erwarten gehabt hätten, als von dem befreundeten und verbündeten Oesterreich, das, glaube ich, werden selbst die Herren, die uns diesen Vorwurf machen, nicht behaupten. Ich glaube, sie machen ihre Vorwürfe uns in der Art, daß sie die Konsequenz derselben nicht bis ans Ende ziehen, und daß sie nicht sehen, was die nothwendigen Resultate gewesen wären, wenn wir ihren Vorschlägen gefolgt wären. Der Gedanke, daß der Krieg, den wir geführt haben, unter Zurückweisung der österreichischen Allianz isolirt von Preußen zu führen gewesen sei, führt uns auf das Feld der Conjectural-Politik, das ich, im Hinblick auf meine amtliche Stellung, zu betreten mir versagen muß. Nur so viel ist gewiß, daß wir zu einem solchen Kriege ohne Oesterreich die Zustimmung der deutschen Bundesregierungen nicht erlangt haben würden, daß wir uns also außerhalb der preußischen Armee nur hätten auf Elemente stützen können, die entweder im Widerspruch, oder jedenfalls ohne Bewilligung ihrer Regierung, sich uns angeschlossen hätten; regelmäßige Truppen wären es nicht gewesen. Wenn ich mich auf diese wenigen Andeutungen in Bezug auf ein Thema, welches alle Gemüther in diesem Augenblicke wesentlich interessirt, beschränke, so wollen Sie darin nicht einen Mangel an Vertrauen zu Ihrer Uebereinstimmung mit der Regierung sehen, sondern die Beobachtung der nothwendigen Rücksicht

Feuilleton.

Wie unsere Großeltern sich kleideten.

(Schluß.)

(Die Uniform unserer Zeit. — Von der Krinoline und ihren Schicksalen. — Ueber den Schmuck.)

Nachdem mit Beginn unseres Jahrhunderts eine neue Tracht zum Durchbruch gekommen war und entschiedene Formen das Feld eingenommen hatten, sehen wir seitdem diese in einer fortwährenden Wellenbewegung, als ob sie einem uns noch unbekannten Ziele zustrebten. Es ist ein immerwährendes Suchen und Umhertasten, doch, wenigstens was das Männerkostüm betrifft, innerhalb sehr enger Grenzen. Rock und Frack, Hose und Hut, auch Weste und Stiefel, sogar die Halsbinde werden kleiner und größer, enger und weiter, länger und kürzer, aber bleiben doch ihrem Wesen nach immer dieselben. Neues ist in der ganzen Zeit wenig hinzugekommen. Anders ist es mit der weiblichen Kleidung. Zwar ist auch hier die Trennung von Rock und Leibchen stets beibehalten, aber man hat allerlei alte Moden neu aufgetischt und wieder verworfen, und das Feld des Suchens ist weit größer, als bei dem stärkeren Geschlecht. Der allgemeine Charakter der Tracht ist ein immer mehr umsichgreifendes Gleichsetzen aller Stände und Beschäftigungen; wir gehen eigentlich Alle in Uniform. Der anständig gekleidete Mann kann Minister oder Handwerker sein — wir sehen es ihm nicht an. Selbst der Elegante ist nicht sicher zu registriren; auch er kann alles Mögliche sein, Handlungsreisender oder Graf, Schneidergesell oder Künstler. In den Stoffen läßt sich ebenfalls kein Standesunterschied mehr erkennen, und bei den Männern auch in den Farben nicht, bei den Frauen noch eher. Doch unzweifelhaft sind solche Schlüsse auch hier nicht. Putzmacherin und Fürstin unterscheiden sich oft nur durch die nachgeahmten und echten Brillanten — die Kleider aber stimmen überein. So schmilzt die Mode in unserem Jahrhundert alle Klassen ineinander. Unsere Tracht ist indeß noch nicht ans Ziel gelangt. Wohin sie steuert, weiß Niemand; bald scheint sie vorwärts, bald links, bald rechts seitab, bald gar rückwärts sich zu bewegen. Diese Aenderungen sind dann die Moden (im Plural); sie spielen um die Tracht herum, wie Schmetterlinge um eine Blume. Bald rücken sie hier ein wenig hinab, bald bauschen sie dort ein wenig auf ꝛc., aber Rock bleibt Rock und Kleid Kleid. Sehen wir uns einige dieser Spiele der Phantasie nun noch etwas genauer an.

Auf den Köpfen der Herren herrschte der schwarze Cylinder, vulgo Angströhre, im Orient auch „Vater des Schornsteins" genannt, ohne Rivalen, wenn auch in den Details der Form sich oft umwandelnd und auch den Stoff wechselnd, bis in den vierziger Jahren plötzlich der alte graue Filzhut auftauchte, doch zunächst nur in den untersten Ständen. Da er bei den höheren Klassen verpönt blieb, verschwand er schon 1850; nur hier und da erschien noch einer. Allmählich vermehrte sich seit 1854 die Zahl dieser Vereinzelten, und schon 1856 war er in den besseren Schichten nicht mehr unmöglich. Man sah ehrwürdige Häupter der Wissenschaft mit dem Filzhut 1857 in die Universität gehen,

welche die Oeffentlichkeit mir auferlegt." (Lebhafter Beifall rechts.)

Diese Rede ist verständlich; sie lautet im Grunde: Hätten wir in Gemeinschaft mit dem Bunde gegen Dänemark Krieg geführt, so hätten wir die Herzogthümer nicht so leicht annexiren können, als es jetzt hoffentlich geschehen wird.

(Amtliche Nachrichten.) **München**, 26. Januar. Se. Maj. der König hat dem Schullehrer A. Hahn in Ober-Sulzbach in Rücksicht auf seine 50jährigen treu geleisteten Dienste die Ehrenmünze des k. bayerischen Ludwigordens verliehen; den prakt. Arzt Dr. Jos. v. Molo in Kaufbeuern zum Bezirksarzte 1. Klasse in Füssen in provis. Eigenschaft ernannt; die kathol. Pfarrei Bundenthal, Bezirksamts Pirmasens, dem Priester Joseph Schöser, Verweser der Pfarrei Heltersberg, desselben Bezirksamts, übertragen; genehmigt, daß die kathol. Pfarrei Albersweiler von dem Bischof von Speyer dem Priester J. P. Legrum, Pfarrer in Fischbach, verliehen werde; dem Bezirksamte Landsberg einen Assessor extra statum beigegeben und zum Bezirksamts-Assessor in Landsberg den Accessisten der Regierung, K. d. J. von Oberbayern, L. Heß, und den prakt. Arzt Dr. W. Kuby zu Friensheim zum Bezirksarzte 2. Klasse in Göllheim ernannt; die kathol. Pfarrei Rehrospach, Bezirksamts Friedberg, dem Priester S. Moll, Kaplaneibenefiziaten in Untertbingau, Bezirksamts Oberdorf, übertragen; genehmigt, daß die kathol. Pfarrei Weißmain, Bezirksamts Lichtenfels, von dem Erzbischofe von Bamberg dem Priester K. Then, Pfarrer in Isling, desf. Bezirksamts, und die katholische Pfarrei Memmelsdorf, Bezirksamts Bamberg I, von demselben Erzbischof dem Priester A. Unrein, Pfarrer in Steinberg, Bezirksamts Kronach, verliehen werde.

Vom Staatsministerium der Justiz wurde unterm 23. Januar l. Js. als Vertreter der Staatsanwaltschaft am k. Landgerichte Lichtenfels der Bezirksg.-Accessist J. G. Malm in Bayreuth, zur Zeit in Lichtenfels, u d als Vertreter der Staatsanwaltschaft am k. Landgericht Hersbruck der Bezirksg.-Accessist O. Keyl in Bamberg aufgestellt.

Auf den erledigten Aktuarsposten zu Kelheim wurde der k. Forstgehilfe K. Schunk zu Speiershardt, Forstamts Pressath, berufen. Zum Forstamtsaktuar in Rosenheim wurde der Forstgehilfe A. Rotberg zu Wildfischbach, Forstamts Pirmasens, ernannt. (B. Z.)

München, 26. Januar. Die „Bayer. Ztg." schreibt: „Mehrere Blätter haben mitgetheilt, nach einer von der Staatsregierung im Gesetzgebungsausschusse der Kammer der Abgeordneten gemachten Erklärung werde der Landtag im Monate März wieder zusammentreten. Wir sind in der Lage, mit Bestimmtheit sagen zu können, daß von Seite der Vertreter der Staatsregierung im Gesetzgebungsausschusse der Kammer der Abgeordneten weder eine derartige noch überhaupt irgend eine die Einberufung des Landtages betreffende Erklärung gemacht wurde. (Der Münchner Offiziöse hat die Eröffnung des Landtags bekanntlich auf die ersten Tage im April angesagt.)

München, 28. Jan. Se. Maj. der König haben Allerhöchstihren Gesandten am k. hannöverischen Hofe, Grafen Quadt-Isny, gleichzeitig auch zum außerordentlichen Gesandten und bevollmächtigten Minister am herzogl. braunschweig'schen Hofe zu ernennen geruht. Herr Graf v. Quadt hat sich deshalb nach Braunschweig begeben, und am 22. d. Mts. die Ehre gehabt, dem Hrn. Herzog in feierlicher Audienz das Allerhöchste Schreiben zu überreichen, womit er bei Sr. Hoheit in besagter Eigenschaft beglaubigt wird. (B. Z.)

Wien, 26. Jan. In der heutigen Sitzung des Finanz-Ausschusses erklärte sich die Regierung bereit, die vom Erforderniß des Staatsvoranschlages abzusetzende Ziffer zu fixiren, wenn der Finanzausschuß auf die von der Regierung gestellten Bedingungen: 1) Gestattung der Revirements und 2) sofortige Berathung des Budgets auch für 1866 — eingehen wolle. Der Finanzausschuß lehnte diese Bedingungen ab und beschloß, die Abstriche des Ausgabenbudgets selbstständig vorzunehmen. (Darüber, daß die Höhe des Abstriches, der gegen Erfüllung der Bedingungen vorgenommen werden soll, nicht bekanntgegeben wurde, erhob sich erregte Debatte. Es sprachen Giskra, Skene, Kinsky, Winterstein, Szabel, Teutsch. Es wurde geltend gemacht, daß die Inangriffnahme des 1866er Budgets nicht zugesagt werden könne, weil dieser Finanz-Ausschuß nur zur Berathung des Budgets pro 1865 eingesetzt sei. Auch fiel so manche herbe Bemerkung darüber, daß das Ministerium den Betrag nicht angeben wolle, um den es das Erforderniß herabmindern würde, wenn der Finanzausschuß, resp. das Haus, die gestellten Bedingungen annehmen würde.)

Aus **Berlin**, 25. Jan., wird der „Köln. Z." geschrieben: „In Abgeordnetenkreisen waren gestern Abend noch einige Zweifel bemerkbar, ob die Rede des Ministers des Innern, deren Eindruck ich Ihnen bezeichnet habe, jede Konzession in der Militärfrage abschneiden oder nur erklären wollte, daß die Regierung an den Grundlagen der Reorganisation festhalten wolle. Die Aussichten sind allerdings gering. Man glaubt noch immer, daß die Vorlage allerdings eine Feststellung des Kontingents enthalten solle, aber leider einen Satz von eilf pro Mille der Bevölkerung, was also für jetzt etwa 214,000 Mann für die Friedensarmee voraussetzen würde, während nach den Listen für 1863 der Präsenzstand etwa 212,000 betragen soll. Nach einem Vergleiche würde das nicht aussehen. Das Nähere bleibt abzuwarten, und ich erwähne alle solche Einzelheiten nur als charakteristisch für die Erwartungen, welche man bezüglich der Regierungsvorlage hegt."

Hannover, 24. Jan. Unsere Presse ist jetzt in sehr bedrängter Lage. Das System der freundschaftlichen Verwarnungen hat eine Ausdehnung gewonnen, wie nie zuvor. Insbesondere sind es Nachrichten über die auswärtige Politik Hannovers, über das

---

und so nahm seine Verbreitung in Deutschland bis 1860 so zu, daß sich nun die Mode seiner bemächtigen und ihn in ihre Register aufnehmen mußte. Sie rundete 1862 den Kopf und beschnitt später auch die Krempe, und so ist er heute der anständige elegante Hut des feinen Mannes auf Spaziergängen. Zur Gala aber gehört noch immer der schwarze Cylinder. Auch der Stutzer trägt den niedrigen Hut, so daß diese beiden sich um die Herrschaft über die Männerköpfe streiten, und wenn auch der Sieg sich auf die Seite des letzteren zu neigen scheint, so ist doch diesem Schein noch nicht zu trauen. Sehr viel zur Verbreitung der niedrigen Form trug der seit 1856 eingeführte Panamahut bei, der mit reißender Schnelligkeit die Sommertracht der gebildeten Stände wurde.

Eine Nachahmung dieses Panamahutes der Männer war der runde Hut der Frauen, anfangs nur als sommerlicher Strohhut. Er hieß Amazonenhut oder, da bald auch Schönheiten von zweifelhaftem Alter sich der vortheilhaften Mode bedienten, mit einem Spottnamen „letzter Versuch". Schnell rückte er auf die jüngsten wie auf die ehrwürdigsten Häupter und endlich ging der größte Theil des andern Geschlechts unter seinem Schatten und Schirm und befand sich sehr wohl dabei. Auch im Winter wußte sich die Form als Filz-, Tuch-, Seiden- oder Atlashut gebräuchlich zu erhalten, und so kämpft er noch heute mit dem Kiepenhut um die Herrschaft. Letzterer beschränkt sich in seinen Wandlungen auf größere oder kleinere Wangenbogen, kleinere oder größere Böden, verschiedene Ausschmückungen von Band, Blumen, Federn u. dgl. m. Schon fast vierzig Jahre aber gehören breite Seidenbänder und Schleifen unter dem Kinn zu dem nothwendigen Zubehör. Eine Abart des „letzten Versuchs" ist noch das sogenannte „Goßmannhütchen" oder ungarische Hütchen, ganz ohne Krempe, nur gleichsam ein runder Deckel, eine Mütze, an die studentischen Cereviskäppchen erinnernd, wenn auch nach oben breiter. Weil dieser Mode sich indeß die Damen der freien Lebensart bald mit Vorliebe bemächtigten, so verzichteten die anständigen Frauen darauf, und nur ganz junge Mädchen, Schulkinder, dürfen sie jetzt noch außer jenen tragen.

Der Frack, die Galatracht des neuen Kaiserthums und der Uniform seiner Soldaten, blieb auch bis in unsere Zeit das Kleid der Festlichkeit. Ball und Kondolenz, Hochzeit und Taufe erfordern den Frack. Am Hofe ist es unmöglich, ohne Frack zu erscheinen, es sei denn in Uniform. Einen kleinen Stoß hat ihm der seit 1846 in Preußen eingeführte Waffenrock gegeben; dies ist vielleicht der Anfang zum Ende des Fracks. Nun ist wenigstens dort, und seitdem auch in vielen anderen Staaten die Uniform kein Frack mehr, sondern ein Rock, und so erscheint letzterer auch bei Hofe. Der Frack ist nicht mehr Alleinherrscher. In den ersten Jahrzehnten war er überhaupt noch beliebter als der Rock; auch noch in den Dreißiger-Jahren sah man ihn oft; seit dieser Zeit aber nahm der Rock mehr und mehr das Feld für sich in Anspruch. Seit den Vierziger-Jahren ist der Frack nur noch das Festkleid; außerdem will fast Niemand mehr von ihm wissen; aber hier wagt auch Keiner seine Nothwendigkeit zu bestreiten. Als Ueberkleid ist der Mantel seit 1840 so ziemlich ganz verschwunden und dafür der Paletot nebst verschiedenen ephemeren Mäntelmoden (Spanier, Almaviva, Havelock u. s. w.) aufgekommen. Weste und Pantalon sind geblieben, was sie waren, haben aber natürlich, ebenso wie Rock und Frack, im Schnitt Wandelungen durchgemacht.

Nicht minder häufig hat sich Schnitt und Art der Frauenkleider geändert. Wir wollen hier nur darauf Rücksicht nehmen, daß eine Hauptepoche der mit dem neuen Jahre 1856 von Paris ausgehende Modebefehl, eine Krinoline (Roßhaarrock) zu tragen, bewirkte. Aus der Krinoline wurde bald ein Fischbein-Reifrock und dann, da dieses Material schnell vertheuert wurde, ein Stahlfeder-Reifrock, dem aber ungebührlicher Weise noch immer der Name Krinoline (Haarrock) zuertheilt ist. Die Weite dieser Röcke beträgt jetzt 8 Ellen und darüber, also auch die Weite der Kleider. Wir gestehen offen, daß uns die Mode einer mäßigen Krinoline ganz wohl gefällt. Alle die Stimmen, welche gegen sie in meist höchst

Militärwesen und über den Hof, die zu solchen Vermahnungen durch den Polizeichef Veranlassung geben. Neulich ward sogar die einfache Aufzählung von einem halben Dutzend Persönlichkeiten, die am letzten Hofball Theil genommen hatten, als staatsgefährlich erkannt!"

Darmstadt. Die amtliche „Darmstädter Ztg." bestätigt, daß allerdings ein Staatsvertrag über die Erbfolge in der Landgrafschaft Homburg abgeschlossen sei; indessen sei Alles, was über dessen Entstehung und Inhalt in den Zeitungen berichtet worden, aus der Luft gegriffen (?).

Weimar, 22. Jan. Heute Mittag wurde der Landtag eröffnet. In der Propositionsschrift wird mit Rücksicht auf den befriedigenden Zustand der Finanzen eine abermalige Ermäßigung der Einkommensteuer (jetzt 8 Pf. vom Thaler des Steuerkapitals) für möglich erklärt, aber der Erwägung des Landtages überlassen, ob in Rücksicht auf Eventualitäten, welchen man das Auge nicht verschließen dürfe, nicht vorzuziehen sei, es bei dem jetzigen Steuersatze zu belassen. Die Staatsschuld, welche im Jahre 1851 über 6,600,000 Thaler betrug, wird am Schlusse der jetzigen Finanzperiode bis auf 4,000,000 Thaler gesunken sein, von welcher Summe jedoch über die Hälfte in Aktiven durch Betheiligung des Staates bei Eisenbahnen und bei der weimarischen Bank angelegt sind. Die Wahl des Präsidenten fiel auf den Rechtsanwalt Fries.

Frankfurt, 27. Januar. In der gestrigen Bundestagssitzung überreichte das Präsidium zunächst eine von Baden übergebene Uebersicht der Resultate der Strafrechtspflege im Großherzogthum; Kurhessen ertheilte hierauf seine nachträgliche Zustimmung zu dem Bundes-Verpflegungs-Reglement. Königreich Sachsen (welches wegen Unwohlseins seines Gesandten durch Bayern vertreten war) gab eine Erklärung über die Bundesgesetzgebung bezüglich des Preß- und Vereinswesens ab, ohne jedoch daran einen Antrag zu knüpfen. Schließlich legt das Präsidium eine Vollmacht des Herrn Dr. v. Harnier von hier vor, welche diesen als Mandaten der kurhessischen Stifter Kasungen und Wetter beglaubigt, welche Vertretung in der ersten kurhessischen Kammer beanspruchen. Die Sache wurde dem wegen des kurhessischen Verfassungsstreites niedergesetzten Ausschuß zugewiesen.

Paris, 23. Jan. In der Frage der Arbeitergesellschaften, welche gegenwärtig die hervorragendsten Geister Frankreichs beschäftigt, hat sich ein Komite von 15 Notabilitäten gebildet, darunter Odilon Barrot, Batbie, Fürst Albert de Broglie, Graf d'Haussonville, J. E. Horn, Kasimir Perier, Jules Simon, Lanjuinais, welches eine Denkschrift über die Hindernisse veröffentlicht, die durch die bestehende Gesetzgebung der Entwicklung der Associationen entgegenstehen. In einem Anhang ist das englische Gesetz über die industriellen und Vorsorge-Gesellschaften und die Statuten der Bank von Delitzsch, das Muster für die Mehrzahl der deutschen Gesellschaften mitgetheilt. — Eine Gesandtschaft von Madagaskar hat am 28. Dezember Tamatave verlassen, um sich nach New-York, Paris und London zu begeben und Verträge mit Amerika, Frankreich und England abzuschließen.

Aus **Paris,** 24. Jan., schreibt man der „A. Z.": „Die Nachricht in „Le Monde", daß der Kardinal Antonelli in einer Note an die Nuntiaturen den Syllabus erläutern und mit den politischen Nothwendigkeiten der Zeit in Einklang bringen werde, erregt Aufsehen. Der Papst selbst wird in mehreren Schreiben an die Bischöfe den ausschließlich dogmatischen und theologischen Charakter und Zweck der Encyclika hervorheben. — Das Telegraphenamt gab heute zum erstenmal vom Telegraphen selbst gedruckte Original-Depeschen aus. Die Depeschen haben die Form schmaler langer Papierstreifen, die sich um einen Cylinder wickeln können.

Neapel, 19. Jan. Von den hiesigen Beamten werden ungefähr zehn ihre Stellen wegen der Eidesverweigerung einbüßen; drei sind bereits entlassen. Die betreffenden Beamten sind sämmtlich beim Archiv angestellt und weigern sich, einen Eid abzulegen, weil sie während der Statthalterschaft einen solchen geleistet haben. Die Wiederholung des Eides wird aber jetzt verlangt, weil nach dem neuen Reglement eine Veränderung und Versetzung wie der Antritt eines neuen Amts betrachtet wird. — Die heurige Aushebung ergibt, daß die Zahl der Renitenten von 40 pCt. bis auf 8 pCt. abgenommen hat. — Nachrichten aus Aegypten zufolge ist Herr Renan dort angekommen, um Syrien, Kleinasien und Griechenland zu bereisen. In Cairo wurde er vom Vizekönig mit großer Auszeichnung empfangen und eingeladen, auf einem Staatsdampfer Oberägypten zu besuchen. Herr Renan wird die Reise in Begleitung seines Freundes, des Hrn. Mariette, machen und hat sich mit demselben und mit seiner ihn begleitenden Gattin bereits eingeschifft.

Korfu, im Jan. Das neue Jahr scheint vorderhand für uns nicht günstiger werden zu wollen als das Jahr 1864. Unsere Zustände haben sich in letzterer Zeit nicht nur nicht gebessert, sondern noch verschlimmert. Nachdem die Hoffnung auf eine gute Ocernte zu Wasser und der Geldmangel auf dem Platz immer fühlbarer geworden ist, traten auch gleich die gefürchteten Fallimente ein. Unter diesen befinden sich nicht allein mehrere der bedeutendern griechischen Handelshäuser, wie die HH. Cressaidi, Damiri,

---

leidenschaftlicher Weise laut werden, sind wohl auch nur durch ein freilich oft genug sichtbares Uebermaß hervorgerufen. Aber man sollte hier den alten Spruch gelten lassen: abusus non tollit usum. Der Kampf für und gegen die Krinoline spielt bekanntlich noch immer und ohne Entscheidung. Im Juli 1863 wollte der Pöbel in Warschau den Reifrock mit Gewalt beseitigen, doch die Polizei schützte ihn. In Morschach (Kanton Schwyz) ist 1864 sogar bei 1 Frc. Strafe verboten worden, mit demselben in der Kirche zu erscheinen, — wird auch nichts helfen. Wichtiger dagegen kann es werden, daß er von der großen Oper in Paris aufs Entschiedenste verbannt ist und die vornehmen Damen des Faubourg St. Germain, um der Demi-Monde Opposition zu machen, ihn ebenfalls ablegen wollen.

Schließlich noch ein paar Worte über den Schmuck. Die Männer tragen heute, außer etwa den Knöpfchen des Vorhemdes und der Manchetten, einer Uhr mit Kette und einem oder mehreren Fingerringen, kein Gold. Busennadeln waren nur bis in die vierziger Jahre gebräuchlich. Die Handschuhe von feinem Ziegenleder gehören zum vollständigen Anzug. Sie werden in allen Farben getragen, zur feinen Toilette, Ball u. s. w. müssen sie weiß sein, was von Weste und Halsbinde nicht mehr gilt. Auch die Frauen schmücken sich mäßig. Die Ohrgehänge wurden allmählich immer kleiner — die sogenannten Boutons — jetzt sieht man sie nicht mehr allzu oft. Es wird von den Müttern durchaus nicht mehr für absolut nöthig gehalten, daß man ihren Mädchen schon im Kindesalter, „wo es nicht so schmerzt, Ohrlöcher sticht". Die Armbänder scheinen mit dem Verschwinden der langen Handschuhe wieder aufgetaucht zu sein, wie sie mit dem Entstehen derselben verschwunden waren. Der Fächer erhielt sich in den beiden ersten Jahrzehnten, verschwand dann und tauchte erst um die Mitte des Jahrhunderts wieder auf; er behauptet sich seitdem.

Vermischtes.

(Wie Deutschland in einem englischen Gehirn ausschaut.) Der englische Schriftsteller Sala hat vor Kurzem folgendes summarische Urtheil über Deutschland veröffentlicht: „Ich hege eine außerordentliche Abneigung gegen Deutschland, gegen seine Städte, sein Volk, seine Gebräuche und Sitten. Sie sind mir alle verhaßt; das ist meine Meinung. Amen! Ich kann in der deutschen Sprache weder Schönheit noch Erhabenheit entdecken, und halte den „Faust" für ein Gemisch von Wahnsinn und Wischiwaschi. Ich betrachte die deutsche Philosophie als baaren Unsinn und die deutschen Philosophen als Humbugs. Die Masse des deutschen Volks scheint mir in Bier und Tabak hoffnungslos verkommen. — Die deutsche Küche ist für mich eckelhaft; sie ist fettig, ohne schmackhaft zu sein, und schwer, ohne zu nähren. Sie bildet kein Blut, sondern eine bierartige Flüssigkeit, die langsam durch die Adern schleicht und schlechte Verdauung und eine Menge anderer Uebel erzeugt. Sie bildet kein gesundes Fett, sondern Geschwulst. — Was die deutsche Kunst betrifft, so ist sie hölzern, und die deutsche Literatur ist schwerfällig. Das Reisen in Deutschland, selbst mit der Eisenbahn, ist unerträglich langsam. Und wie kommt ein Volk dazu, das zweien so civilisirten Völkern, wie Engländer und Franzosen, nahe wohnt, seine Bücher in gothischen Lettern zu drucken und eine Handschrift zu schreiben, die außerhalb Deutschland nur ein Entzifferer von Hieroglyphen zu deuten vermag? Das deutsche Volk ist einfach eckelhaft. Man erhält für einen ehrlichen englischen Souverign oder für ein glänzendes 25-Frankenstück eine Handvoll der fettigsten, schmutzigsten und werthlosesten Münzen. Die Deutschen versilbern ihre Heller und mischen Zinn und Kupfer unter ihre Thaler. Man schämt sich, diese Maße von eckligem, verfälschten Metall mit sich herumzutragen, oder es in zerrissene schmutzige Bankscheine umzuwechseln; aus reiner Verzweiflung wirft man es Kellnern und Bettlern hin, um es nur los zu werden."

Marchetti, Pasquali ꝛc., sondern auch andere Privaten, worunter der Conte D. mit 40,000 spanischen Thalern, und der famose Advokat P. mit 80,000 Thlrn., letzterer ein fanatischer Publizist und Haupt der Annexionspartei. Diese Vorfälle haben auf dem Platz einen solchen panischen Schrecken hervorgebracht, daß für geraume Zeit gar kein Wechsel mehr eskomptirt werden konnte, und selbst die englisch-jonische Eskomptebank ihre Operationen einstellte.

Ein Korrespondent der „Allg. Ztg." **von der polnischen Gränze** bezeichnet die Lage in Polen, wie folgt: „Die Bauern sind durch die Emanzipation und die Eigenthumsverleihung durchweg für die Regierung gewonnen und haben jetzt einen solchen Widerwillen gegen alle Aufstandsversuche, daß sie die Agenten der Emigration, die noch ziemlich zahlreich im Lande sich verborgen halten, an die Regierung ausliefern, sobald sich nur ein Anlaß dazu darbietet. Die Bewohner der kleineren Städte sind dergestalt heruntergekommen, daß sie Adressen über Adressen an den Statthalter abschicken und ihre Unterwürfigkeit in jeder Form kundgeben, indem sie alle Schuld ihres Unglücks auf die Häupter der unseligen Erhebung wälzen. In ihrer jetzigen Lage ist ihnen jede Regierung recht, wenn sie nur das tägliche Brod haben. Die Hauptfeinde der russischen Regierung sind die Mitglieder des überaus zahlreichen, aber durchweg verarmten niedern Adels und diese sucht die Regierung durch alle ihr zu Gebot stehenden Mittel gänzlich auszurotten, was ihr auch gelingen wird, da sie ihrer Subsistenz wegen zur Auswanderung genöthigt sind. Die Mehrzahl derselben wird wohl in Amerika ein Grab finden. Die Mitglieder des hohen Adels sind freilich jetzt verstimmt, allein sie werden sich bald der Regierung anschließen, wenn sie in die Hofcirkel gezogen werden, da äußerer Glanz und Prunk stets bei ihnen in erster Linie stehen. Die am schwersten zu besiegenden Gegner sind die katholischen Geistlichen, welche aber jetzt unter der allerstrengsten Kontrole stehen; sie wagen daher, namentlich bei der Stimmung der Bauern nicht die geringste Aeußerung zu machen, die der Regierung unliebsam sein könnte. Die heranwachsende Jugend wird gehörig russisch geschult, und allmälig für die orthodoxe Kirche gewonnen. Die Masse der kompromittirten Individuen, welche bisher noch im Lande war, ist, nahezu 200 Köpfe stark, in den letzten beiden Wochen nach dem Innern Rußlands abgeführt worden. Ganz kürzlich ist der Befehl eingegangen, daß die neuen russischen Schulen in Warschau, nämlich das Gymnasium, das weibliche Progymnasium und die Volksschulen, noch im Laufe des gegenwärtigen Monats eröffnet werden sollen."

Südamerika. Der Krieg zwischen Brasilien und Uruguay ist bereits im Gange. Den brasilianischen Truppen leistet zugleich verrätherischer Weise der General Flores Beistand. Der feste Platz Paysandu war am 6. Dezember von den Brasilianern angegriffen, bei Abgang der letzten Post aber noch nicht eingenommen worden. Auch der Krieg zwischen Brasilien und Paraguay ist thatsächlich eröffnet. Paraguay hat, wie es zuvor erklärt hatte, für den Angriff Brasiliens auf Uruguay einen brasilianischen Postdampfer weggenommen.

Der „Moniteur" enthält einen Brief aus **Mexiko**, der interessante, zum Theil gar kuriose Aufschlüsse über Land und Leute des neuen Kaiserreichs gibt. Die Bildung der Fremdenlegion, so heißt es u. A., geht nicht so schnell vor sich, weil nur nichtfranzösische Europäer und Indianer in sie aufgenommen werden. Die Indianer haben aber die höchst unangenehme Gewohnheit, zu desertiren, weniger aus Furcht als aus Langeweile. Ein Offizier sandte jüngst von seinem Posten in Rio frio folgenden Rapport ein: „Pferde 18, Leute 7, 11 Pferde disponibel in Folge des Verschwindens ihrer Reiter." Früher war das Verfahren, wie man eine Armee auf die Beine brachte, höchst summarischer Natur. Während der Belagerung von Puebla ließ man eines schönen Tages, behufs der Bildung eines neuen Reservekorps, alle waffenfähigen Indianer, die man in den Straßen von Mexiko vorfand, mit dem Lasso (Strick) einfangen. Die Pferde brachte man durch ein ähnliches patriarchalisches Verfahren zusammen. Man ließ alle Reiter absitzen, die sich an demselben Tage in der Hauptstadt hoch zu Rosse Bewegung machten. In Bezug auf den Luxus, den die mexikanische Armee mit Generalen und Obersten treibt, führt der „Korr." das bekannte Dekret Santa Anna's an: „Niemand kann General werden, wenn er nicht Militär ist." Man erinnert sich eines Beispiels, daß die Gemahlin eines der früheren Präsidenten in dessen Abwesenheit einen von ihr besonders protegirten jungen Hauptmann eine militärische Promenade machen ließ und ihm auf der ersten Etappe schon als Dank des Vaterlandes für diese Waffenthat das Oberstenpatent mit dem großen Staatssiegel und ihrer, der Dame, eigenhändiger Unterschrift versehen, zustellte. Gegenwärtig soll sich die Zahl der zur Disponibilität gestellten mexikanischen Generale und Obersten noch auf 1163 belaufen! — Von einem nicht namhaft gemachten General wird erzählt, daß er einmal, um seinen 400 Gefangenen die Möglichkeit zur Flucht zu benehmen, ihnen die Fußsohlen abhäuten und rösten ließ, und sie in diesem Zustande zwang, bei glühender Sonnenhitze auf steinigen Wegen mit seiner Kolonne zu marschiren. Am ersten Abend machten sie ihm keine Sorge mehr, sie waren alle todt! Ein Anderer ließ die Frau des von ihm besiegten gegnerischen Generals auf dem Rücken ihres auf dem Boden ausgestreckten Gemahls festbinden. „Man erräth das Uebrige."

Hiezu die Beilage: „Würzb. Anzeiger" und eine Extra-Beilage.

Verantwortlicher Redakteur: A. Hartmann.
Druck und Verlag der Stahel'schen Buch- und Kunsthandlung in Würzburg

Cours der Staatspapiere.

Oesterr.	5 pCt. Met. (Cp. 1. S. b. R.)	—
„	5 pCt. Lomb. ditto. à 24	—
„	5 pCt. Engl. Met. v. 1859	$80\frac{3}{4}$ G.
„	5 pCt. Engl. Met. v. 1852	$78\frac{3}{4}$ P.
„	5 pCt. Venet. Coupon b. R	$84\frac{2}{4}$ P.
„	5 pCt. Nationalanl. v. 1854	$68\frac{1}{4}$ P.
„	5 pCt. Metall. Obligation.	$60\frac{7}{8}$ P.
„	$4\frac{1}{2}$ pCt.	$54\frac{5}{8}$ P.
Preussen	$3\frac{1}{2}$ pCt. Staatsschuldsch.	91 P.
Bayern	$4\frac{1}{2}$ pCt. Obl. 1jähr. dto.	$101\frac{7}{8}$ G.
„	$4\frac{1}{2}$ pCt. Obl. $\frac{1}{2}$jähr. dto.	$102\frac{1}{8}$ P.
„	4 pCt. Obl. 1jähr. dto.	$98\frac{5}{8}$ P.
„	4 pCt. Obl. $\frac{1}{2}$jähr. dto.	—
„	4 pCt. Obl. Ab.-R. dto.	$98\frac{3}{4}$ P.
„	$3\frac{1}{2}$ pCt. Obl. dto.	$97\frac{3}{4}$ G.
Württemb.	$4\frac{1}{2}$ pCt. Obl. b. Rothsch.	105 G.
„	$3\frac{1}{2}$ pCt. Obl. dto.	$95\frac{7}{8}$ P.
Baden	$4\frac{1}{2}$ pCt. Obl.	—
„	$3\frac{1}{2}$ pCt. Obl. v. 1842	$91\frac{7}{8}$ P.
Gr. Hess.	$4\frac{1}{2}$ pCt. Obl.	—
„	4 pCt. Obl. b. Rothsch.	101 P.
„	$3\frac{1}{2}$ pCt. Obl. dto.	$96\frac{3}{4}$ G.
Nassau	$4\frac{1}{2}$ pCt. Obl. dto.	102 P.
„	4 pCt. Obl. dto.	$98\frac{1}{2}$ P.
„	$3\frac{1}{2}$ pCt. Obl. dto.	$91\frac{1}{2}$ G.
Frankfurt	$3\frac{1}{2}$ pCt. Obl.	95 P.
„	3 pCt. Obl.	$90\frac{1}{2}$ P.
Spanien	3 pCt. inl. Sch P. à fl. 2. 30	—
„	$2\frac{1}{2}$ pCt.	—
Schweden	$4\frac{1}{2}$ pCt. Obl. à 105 Thlr.	$91\frac{1}{4}$ P.
N.Amerika	6 pCt. à 1000r. 1881 D. $2\frac{1}{2}$	49 G.
„	6 pCt. ditto r. 1882	$49\frac{1}{2}$—$48\frac{5}{8}$ G.

Diverse Aktien.

Frankfurter Bank à fl. 500 . . .	$145\frac{7}{8}$ G.
K. K. Oesterr. National-Bankaktien	842—34 G.
Oesterr. Kreditbank-Aktien à fl. 200	$194\frac{1}{2}$—93 G.
Bayer. Hypothekenb. Pfandbriefe à 4 pCt.	$97\frac{7}{8}$ G.
Darmst. Bank 1. u. 2. Serie à fl. 250	237 P. $235\frac{1}{2}$ G.
Weimarische Bank à Thlr. 100 . .	$99\frac{1}{2}$ P.
Mitteldeutsche Kreditaktien . . .	$99\frac{1}{2}$ P.
Intern. Bank in Lux. à 250 Frs. à 28 kr.	—
Taunus-Eisenbahn à fl. 250 . . .	350 G.
Frankfurt-Hanauer-Eisenbahn . . .	$101\frac{3}{8}$ P.
Oest. F.St.Eisb. 6pCt. 500 Fr. à 28 kr.	—
„ Elisab.-Eisenbahn 5 pCt. . .	$117\frac{1}{2}$ P. 117 G.
Böhm. Westbahn-Aktien à fl. 200 6/7	72 G.
Rhein-Nahe-Bahn 200 Thl. à 105 4pCt. Z.	$27\frac{3}{8}$ G.
Ludwigshafen-Bexbacher à 4 pCt. .	$145\frac{7}{8}$ P. $\frac{3}{8}$ G.
dto. dto. Prior. à 4 pCt.	—
Pfälz. Maxb. b. Rothschild à $4\frac{1}{2}$ pCt.	$104\frac{1}{2}$ G.
Oest. St.-Eisenb. Prior.-Oblig. à 3 pCt.	$50\frac{1}{2}$ P.
Elisab.-Bahn Prior. 5 pCt. 6/7	$78\frac{3}{4}$ P.
Südd. Bank-Akt., 30 pCt. Einz.	255 P.
Span. Handels- und Industrie . .	—
Bayr. Ostbahn à $4\frac{1}{2}$ pCt. volleinbez.	$113\frac{5}{8}$ G.
Bayer. Ostbahn mit 50 pCt. Einz.	$113\frac{3}{8}$ G.

Wechsel
in süddeutscher Währung.

Amst. fl. 100 k. S.	$100\frac{7}{8}$ G.
Antwerp. Frs. 200 k.S.	$93\frac{7}{8}$ G.
Augsb. fl. 100 k. S.	$99\frac{7}{8}$ P.
Berlin Th. 60 k. S.	$104\frac{7}{8}$ P.
Brem. 50 Th. Led. k. S.	$96\frac{1}{8}$ P.
Brüssel Frs. 200 k. S.	$93\frac{7}{8}$ G.
Cöln Thlr. 60 k. S.	$104\frac{7}{8}$ P.
Hamb. MB. 100 k. S.	$85\frac{7}{8}$ G.
Leipzig Th. 60 k. S.	105 P.
London Lst. 10 k. S.	$116\frac{1}{4}$ G.
Lyon Frs. 200 k. S.	—
Mail. Frs. 200 . .	$93\frac{7}{8}$ P.
München fl. 100 k. S.	$99\frac{7}{8}$ P.
Paris Frs. 200 k. S.	$93\frac{7}{8}$ G
Petersburg 60 S.-R.	—
Triest fl. 100 k. S.	—
Wien fl. 100 ö. W.	—
do. in öst. W. l. S.	$102\frac{1}{8}$ P.
Disconto	$4\frac{1}{2}$ pCt. G.

Anlehens-Loose.

Oesterr. fl. 250 v. 1839	146 G.
„ fl. 250 v. 1854 mit 4pCt.	78 G.
„ fl. 500 v. 1860 6/7	84—$83\frac{3}{4}$ G.
„ fl. 100 Eisb. l. v. 1858.	$123\frac{7}{8}$ G.
„ do. v. 1864.	90 P.
Schwed. 10 Thlr. Loose	$9\frac{5}{8}$ P.
Badische fl. 50	—
Badische fl. 35	$52\frac{5}{8}$ P.
Kurhess. Thlr. 40 b. R.	$54\frac{5}{8}$ P. $\frac{1}{8}$ G.
Gr. Hessen fl. 50 b. R.	$137\frac{3}{4}$ P.
„ fl. 25 do.	40 P.
Nassau fl. 25 bei Rothsch.	$37\frac{3}{4}$ P.
Sardinische Fr. 36 b. R.	—
Neuchateler 10 Frs.-Loose	—
Freiburger 15 Frs.-Loose	—
Mailänder 45 Frs. L. b. R.	$32\frac{1}{2}$ P.
St. Lüttich mit $2\frac{1}{2}$ pCt. Z.	35 P.
Ansb.-Gunzenh. fl. 7-L.	$10\frac{1}{2}$ G.

Frankfurt, 27. Januar. Die Börse war für die in den letzten Tagen tonangebenden österr. Bank- und Kreditaktien matter gestimmt, da viele Gewinnstrealisationen stattfanden; verhältnißmäßig fest behaupteten sich Loose von 1860. (Synd.)

An die
k. Hof- und Staatsbibliothek
1 N. Würzb. Ztg. München.

Neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht!

№ 29-30. | Vorausbezahlung: Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 1 fl. 30 kr. Bei Inseraten wird die dreispaltige Zeile in gewöhnlicher kleiner | 62. Jahrgang. | Schrift oder deren Raum im Hauptblatte mit 6 kr., im Anzeiger mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franco. | Montag, 30. Januar 1865.

Auf die „Neue Würzburger Zeitung" kann für die Monate Februar und März sowohl in der Expedition, wie bei allen königl. Postämtern abonnirt werden.

(Amtliche Nachrichten.) **München,** 27. Januar. Se. Maj. der König hat dem Professor an der k. Akademie der bildenden Künste, Karl Piloty, die Bewilligung ertheilt, das von dem Großherzoge von Sachsen-Weimar ihm verliehene Ritterkreuz 1. Klasse des Ordens vom weißen Falken tragen zu dürfen; den Hauptsalzamts-Kassier G. Schätzler zu Traunstein wegen nachgewiesener Krankheit auf sein Ansuchen auf ein Jahr in den Ruhestand versetzt; dann auf die hiedurch offen werdende Stelle eines Hauptsalzamts-Kassiers zu Traunstein den Sudfaktor M. Sponfeldner von Berchtesgaden auf sein Ansuchen befördert und als Sudfaktor bei dem Hauptsalzamte Berchtesgaden den Berg- und Salinen-Praktikanten Ludwig Billing provisorisch ernannt.

(Militärdienstesnachrichten.) **München,** 26. Jan. Se. Maj. der König hat die nachstehenden Veränderungen im Stande der Subaltern-Offiziere des Heeres verfügt und zwar:

Pensionirt wird: der Hauptm. u. Oberzeugwart G. Mussinan von der Zeughausverwaltung Ingolstadt auf ein Jahr.

Versetzt werden: die Hauptl. J. Ball vom 4. Inf.-Reg. zum 8. Jäger-Bat., Friedr. Ritter von Dall' Armi vom 7. zum 11. Inf.-Reg., Otto Kehlermann vom 12. zum 15. Inf.-Reg., Emil Frhr. v. Wulffen, bisher Platzadj., vom Festungs-Gouvernement Landau zum 15. Inf.-Reg.; die Rittmeister G. Frhr. v. Flotow vom 3. zum 2. Cuir.-Reg. und Ph. Frhr. v. Hertling vom 3. zum 1. Cuir.-Reg.; die Oberlieut. A. Ritter. v. Mann vom 10. zum 5. Inf.-Reg., Jos. Schißler vom 4. zum 6. Inf.-Reg. und Th. Frhr. v. Sartor auf Gansheim vom 5. zum 8. Inf.-Reg.; die Unter-Lieut. O. Tessauer vom 3. Chev.-Reg. zum 1. Uhl.-Reg, Jos. Hackspacher vom Genie-Stab zum Genie-Reg., A. Riegel vom Genie-Reg. zum Genie-Stab, A. Frhr. v. Rotberg vom 2. zum 3. Cuir.-Reg., M. Graf v. Tattenbach vom 1. Uhl.-Reg. zum 6. Inf.-Reg, W. Reisenegger vom 10. Inf.-Reg. zum 1. Jäger-Bat., H. Bauer vom 15. zum 6. Inf.-Reg., A. Hetze vom 7. Inf.-Reg. zum 6. Jäger-Bat. und L. Sailer vom 7. zum 10 Inf.-Regiment.

Ernannt werden: zum Platzadjutanten: der Hauptm. J Anger vom 15. Inf.-Reg. bei der Stadtkommandantschaft Augsburg; zum Oberzeugwart: der Hauptm. G. Rapp vom 4. Art.-Reg. bei der Zeughaus-Verwaltung Ingolstadt.

Befördert werden: zu Hauptleuten 1. Klasse: die Hauptleute 2. Kl. J. Murmann im 7., E. König im 8., G. Liersch im 10., G. Deprer im 15. Inf.-Reg., C. Bauer im 3. Jäger-Bat., C. Gradinger im Inf.-Leib-Reg., M. Graf v. Tattenbach im 8., C. Frhr. v. Crailsheim im 5., Jos. Jouvin im 1., L. Müller im 12., W. Edmayer im 14., O. v. Parseval im 2., C. Frhr. v. Gropschedel im 4., F. Frhr. v. Lindenfels im 5., Heinr. Heß im 1. und M. v. Tein im 8. Inf.-Reg.; dann die Oberlieutenants B. Bauer und E. Frhr. v. Lepel, bisher Reg.-Adj., vom 3. reit. Art.-Reg. im 1. Art.-Reg., C. Siebenlist, bisher Feuerwerksmeister, von der Zeughaus-Haupt-Direktion im 1. Art.-Reg.; zu Rittmeistern: die Oberlieut. Ed. Pfretzschner vom 2. im 1. Uhl.-Reg., C. Saur vom 2. Chev.-Reg. im 2. Cuir.-Reg., L. Frhr. v. Aufseß vom 1. Chev.-Reg. im 3. Cuir.-Reg., Jul. Schulze, bisher Reg.-Adj., im 3. Uhl.-Reg., H. Scheffer vom 6. Chev.-Reg. im 3. Cuir.-Reg.; zu Hauptleuten 2. Klasse: die Oberlieut. J. Haag vom 14. im 13., C. Graf v. Hirschberg im 4., Friedr. Murmann im 10., K. Siber vom 8. im 7., K. Glockner im 10., M. Simon im 2., R. Ritter v. Riedl im 6., K. Schäbel im 13. Inf.-Reg., Fr. Behringer vom 3. im 1. Jäger-Bat., L. Baumüller im 6., Th. Lehr im 10., H. Merche im 13., G. Gruber im 3., J. Greger vom 2. im 12., und B. Brenneisen vom 8. im 7. Inf.-Reg.; zu Oberlieutenants: die Unterlieutenants J. Schieder bei der Gend.-Komp. der Pfalz, A. Schedel von Greiffenstein bei der Gend.-Komp. der Oberpfalz, A. Frhr. v. Schönprunn bei der Gend.-Komp. von Schwaben und Neuburg, F. Schweizer bei der Gend.-Komp. von Niederbayern, Jos. Klein im 2., Ed. Gleichauf, Reg.-Adj., im 7. Inf.-Reg., L. Fürst im 8. Jäger-Bat., Aug. v. Fabris im 3., Fr. Angermeier im 1., H. Groll und R. Brunner im 6., Fr. Lutz, Bat.-Adjutant, im 15., Joh. Kraft vom 16. im 10., O. Eitzenberger im 13., H. Philipp vom 7. im 10., H. Winneberger im 4. Inf.-Reg., L. Delpy v. La Roche im Inf.-L.-Reg., W. Graf v. Butler-Haimhausen vom 1. und Fr. Frhr. v. Zu-Rhein vom 6. im 3. Jäger-Bat., E. Häffner im 11., G. Petzolt im 6. Inf.-Reg., L. Graf Bacinetti vom 3. im 2. Cuir.-Reg., Fr. Graf v. Fugger-Babenhausen im 2. Uhl.-Reg., Fr. Graf v. Tattenbach vom 6. im 1. Chev.-R., M. Fürst zu Oettingen-Wallerstein vom 4. Chev.-Reg. im 3. Uhl.-Reg., K. Trombetta vom 2. Chev.-Reg. im 2. Uhl.-Reg., L. Reinhard vom 4. Art.-Reg. als Feuerwerksmeister bei der Zeughaus-Haupt-Direktion, Joh. Metz im 4., L. Vogl im 1. Art.-Reg., K. Dörfer bei der Fuhrwesens-Eskadron des 1. Art.-Reg. und K. Frhr. v. Stengel im Geniestab; zu Unterlieutenants: die Junker Frhr. v. Pechmann im 2. Chev.-Reg., L. Ritter v. Poschinger im 4. Chev.-Reg., K. Muffat im 1. Cuir.-Reg., K. Frhr. v. Podewils im 6. und A. Graf v. Spreti vom 5. im 4. Chev.-

Feuilleton.

Die englische Diät gegen Korpulenz.

Im Orient halten es nur die Einsiedler und Eremiten für eine Aufgabe des Lebens, für die Magerkeit des Leibes zu sorgen. Vor den Augen des Orientalen kann sogar nur diejenige Frau Gefallen finden, die recht dick ist. Und bei uns galt bisher die „Wohlbeleibtheit" mindestens noch nicht für etwas besonders Schlimmes. Ein „Wohlgenährter" wurde bis heute für einen Mann gehalten, der ein warmes Herz und gutmüthige Sinnesart besitzt; man achtete ihn der Freundschaft werth, denn ein „dicker" Freund war von jeher gleichbedeutend mit „treuer" Freund. Die Statistik weist sogar mit Zahlen nach, daß die Korpulenz mit einem nicht geringen Grade von Tugendhaftigkeit Hand in Hand geht. Denn in den Akten der Kriminalstatistik findet sich nirgends ein fetter Mann verzeichnet, dem das Verbrechen des Mordes nachgewiesen worden wäre. Ebenso will man die Beobachtung gemacht haben, daß sich noch niemals ein vorzugsweise Dicker eines Einbruchs oder Diebstahls schuldig gemacht hätte. Auch neigen die Dickleibigen viel weniger zum Selbstmord als die Mageren, wie man durch Zahlen nachgewiesen haben will. So kann man denn die korpulenten Leute weit gediegenere Grundpfeiler der staatlichen Ordnung nennen als die mageren, zumal da letztere sich weit schneller revolutionären Ideen und Handlungen anschließen sollen als die ersteren. — Und dennoch zieht man jetzt plötzlich seit einigen Monaten allüberall mit den raffinirtesten Waffen gegen die „Korpulenz" zu Felde. In der guten Gesellschaft mag auf einmal Niemand mehr als „Fetter" auftreten. Da sogar diejenigen, welche sich nie eines Ueberflusses an Fett rühmen konnten, der allgemeinen Sitte zu Liebe sich der „Banting'schen Kur gegen die Korpulenz" unterwarfen, so mögen die Aerzte entscheiden, ob wir es hier nicht mit einer modernen Geistesepidemie zu thun haben.

Kaum gelangte je ein einfacher Mann so schnell zu ausgebreitetem Ruf, als Mr. William Banting zu London. Das Buch, welches er in die Welt sandte, und das seine Doktrin zur Bekämpfung der Korpulenz enthält, befindet sich in den Händen von Tausenden, welche ihn als ihren Lehrer und Führer anerkennen. Er selbst litt, wie er in diesem Werke berichtet, an einer unausstehlichen Neigung, fett zu werden. Der Gebrauch von Bädern, Medikamenten und den verschiedensten Heilmethoden vermochte seinen dickleibigen Zustand in keiner Weise zu ändern. Da verfiel er auf ein Mittel, welches ihm Hilfe brachte, und das er nun allen seinen Jüngern, d. h. allen Fettleibigen, dringend empfiehlt. Er änderte nämlich seine Lebensweise im Essen und Trinken methodisch, entsagte einer ganzen Reihe recht angenehmer Speisen und Getränke, wog die Nahrungsmittel, welche er sich erlaubte, gewissenhaft bis auf das nöthige Quantum ab, — und siehe da — nach einiger Zeit war er in der That um viele Pfund leichter. Daß nun Tausend Andere seine Methode befolgen, ist an sich ganz unverfänglich. Aber die große Verbreitung seiner, schon auf dem Kontinent heimisch gewordenen Methode hat einen nicht geringen Uebelstand zur Folge. Ladet man jetzt seine Freunde zu einem Gastmahl, so kann man darauf wetten, daß sich mehrere unter denselben befinden, welche als Bantingianer zu jener spezifischen Eß- und Trinkmethode geschworen haben — und Wirth und Wirthin durch beharrliches Versagen der verbotenen Genüsse und durch ihre Bitten um gewisse Nahrungsstoffe in nicht geringe Verlegenheit bringen.

Da somit von nun an bei jedem Gastmahl die Wirthin auf

Reg., dann der Feuerwerker B. Franzowitz vom 1. Art.-Reg. im 6. Inf.-Reg.; zu Junkern: die Unteroffiziere und Kadeten K. Leeb vom 1. im 7., G. Oesterreicher vom 1. im 12., C. Ritter v. Riedl vom 2. im 13. Inf.-Reg., K. Frhr. v. Reichlin-Meldegg vom Inf.-Leib-Reg. im 11., A. Popp vom 7. im 10. und L. Frhr. v. Godin vom 1. im 15. Inf.-Reg.

Charakterisirt werden: als Hauptleute: der Oberlieutenant J. Müller, 2. Konservator im topogr. Bureau des Generalquartiermeister-Stabes, die pens. Oberlieutenants G. Neuhuber und Franz Winnichner, dann der Oberlieutenant Ph. Gradinger; als Rittmeister: die pens. Oberlieutenants W. Graf v. Tattenbach und Ph. Graf v. Lodron; als Oberlieutenant: der pens. Unterlieutenant G. Mühlthaler.

Se. Maj. der König hat den Oberlieutenant Fr. Popp vom 11. Inf.-Reg. zum Adjutanten des Generalmajors und Brigadiers v. Ribaupierre ernannt; dem General der Kavallerie und Inhaber des Chev.-Reg. Nr. 3 Herzog Max in Bayern, k. H., die Erlaubniß zum Tragen des k. sächsischen Ordens der Rautenkrone ertheilt; die Oberlieutenants F. Gaab vom Geniestab, bisher 2. Adjutant, zum 1. und L. Frhr. v. Freyberg-Eisenberg vom Geniestab, zum 2. Adjutanten des Geniekorps-Kommandanten Generalmajors Ritter v. Buz, dann den Oberlieutenant J. Freyschlag von Freyenstein vom 1. Inf.-Reg. zum Adj. des Generalmajors und Brigadiers Walther ernannt; dem Unterlieut. Fr. Belgiano vom 3. Inf.-Reg. und dem Unterarzt Dr. L. Altmann vom Festungs-Gouvernement Germersheim die nachgesuchte Entlassung aus dem Heere bewilligt; die Oberlieut. A. Frhr. v. Gelto vom 2. Cuir.-Reg. und Chr. Frhrn. v. Godin vom 7. Jäger-Bat. der dienstlichen Verwendung als Ordonnanz-Offiziere enthoben; den bisherigen Ordonnanzoffizier, Unterlieut. Paul Fürsten v. Thurn und Taxis vom 2. Art.-Reg. unter Beförderung zum Oberlieut. zum Flügeladjutanten ernannt; den Rittmeister Herzog Karl Theodor in Bayern zum Major im 1. Cuir.-Reg. befördert; den Unterl. G. Helmes vom 6. Inf.-Reg. vorläufig auf 3 Jahre in den Ruhestand versetzt; dem Obersten Fr. Grafen v. Bothmer vom 3. reit. Art.-Reg. die Erlaubniß zum Tragen des Komthurkreuzes 2. Klasse des großh. hess. Verdienstordens Philipps des Großmüthigen ertheilt; den temp. pens. Oberlieut. M. Zieglwalner im 8. Inf.-Reg. reaktivirt; dem Major K. Grafen v. Kreith vom 1. Cuir.-Reg. und dem Major à la suite M. Grafen zu Pappenheim die Erlaubniß zum Tragen des Komthurkreuzes 1. Klasse des großh. hess. Verdienstordens Philipps des Großmüthigen ertheilt; den Oberlieut. W. v. Petz vom 2. Chev.-Reg. zum Adj. des Generalmajors und Brigadiers Ritter v. Jenisch ernannt. (M.-V.-Bl.)

München, 26. Jan. Das Zentral-Komite für Errichtung eines Nationaldenkmales für weiland Se. Maj. den König Maximilian II. veröffentlicht unterm heutigen folgenden Bericht: „Die Erwartung, welche das Zentral-Komite in seinem letzten öffentlichen Bericht vom 12. Juli 1864 ausgesprochen hat, daß ein Zusammentritt von Delegirten der Kreis-Komite's, sowie der Komite's der unmittelbaren Städte, mit demselben zu einer Verständigung über die Verwendung der gegebenen Mittel führen werde, hat sich erfüllt. Bei dem am 14. August 1864 stattgehabten Zusammentritte einigte man sich zu nachstehenden Beschlüssen: 1) Es sei von den bisher eingegangenen Mitteln der Betrag von 100,000 fl. zur Errichtung eines Denkmales in der Hauptstadt auszuscheiden; 2) der Rest zu einer Stiftung für Bildungszwecke zu bestimmen; 3) es sei die Ausführung des ersten Beschlusses dem Zentralkomite anheimzugeben, welches die weitern, für Aufstellung eines Monumentes erforderlichen Einleitungen durch ein besonderes Komite treffen lassen wird; 4) für die Stiftungsfrage sei aus der Mitte der gegenwärtig Versammelten ein besonderer Ausschuß zu wählen. Der letzte Beschluß wurde sofort vollzogen, der Ausschuß durch Wahl zusammengesetzt und von demselben sofort die Berichterstattung dem Herrn Reichsrath Dr. v. Harleß, Präsident des protestantischen Oberkonsistoriums, übergeben. Herr Reichsrath Dr. v. Harleß hat bereits seinem Ausschusse gutachtliche Vorschläge unterbreitet und wird das Zentral-Komite voraussichtlich in kurzer Zeit in der Lage sein, die Ergebnisse der Ausschußberathungen zu veröffentlichen. Die Vorarbeiten für Herstellung eines Monumentes hat das Zentral-Komite, in Vollzug des obigen Beschlusses unter Ziffer 2. einem technischen Komite anvertraut und zu diesem Behufe 5 Mitglieder aus seiner Mitte gewählt, mit der Befugniß, sich durch Cooption von 4 technischen Mitgliedern zu verstärken. Auf diesem Wege wurden die Herren: Hermann Dyk, Maler und Lehrer an der kgl. Akademie, Joseph Knabl, Bildhauer und kgl. Professor, Gottfried Neureuther, kgl. Baurath und Professor, Moritz v. Schwind, Maler und kgl. Professor, diesem besondern Ausschusse beigesellt.

In der Sitzung des Central-Komite's vom 17. Januar l. Js. legte obiger Ausschuß dem Central-Komite nachstehende gutachtliche Vorschläge mit umfassenden Motiven zur Beschlußfassung vor: 1) Es sei an alle deutschen Künstler, welche sich geneigt und berufen fühlen, dem Unternehmen ihre Theilnahme zu weihen, eine allgemeine Einladung zu erlassen; 2) dabei sei dem technischen Ausschusse vorbehalten, sich die wünschenswerthe Mitwirkung einzelner Künstler auf dem Wege direkter Unterhandlung zu sichern; 3) die Prüfung der einlaufenden Modelle oder Skizzen, sowie die endgiltige Entscheidung über die der Ausführung würdigste Arbeit sei einem Schiedsgericht zu übertragen; 4) um den konkurrirenden Künstlern die möglichste Garantie für eine sachkundige und unbefangene Beurtheilung ihrer Arbeiten zu gewähren, wird das Schiedsgericht aus fünf, Bayern nicht angehörenden, sachverständigen Repräsentanten der verschiedenen Kunstzweige bestellt; 5) den eingeladenen Künstlern seien für ihre Conceptionen keine anderen Beschränkungen aufzuerlegen, als welche durch die gegebenen Mittel, sowie durch die nothwendig voraus zu bestimmende Wahl des Standortes sich von selbst ergeben. Beide Gesichtspunkte schließen nach Ansicht des Comite's eine Reiterstatue aus; 6) als Ort der

---

diese geladenen Bantingianer schon im Voraus Rücksicht nehmen muß, so wollen wir unsere Leserinnen in die Geheimnisse der Banting'schen Diät einweihen. Zum Frühstück genießt der fettscheue Anhänger Bantings: vier bis fünf Unzen Rind- oder Hammelfleisch, geröstetes Fisch oder überhaupt irgend eine Fleischart, nur kein Schweinefleisch, dazu eine Tasse Thee ohne Milch und Zucker, mit ein wenig Biskuit oder geröstetem Weißbrod; — zu Mittag: vier bis fünf Unzen Fisch, nur nicht Lachs, oder Fleisch, nur kein Schweinefleisch, ein Pflanzen-Gemüse, nur keine Kartoffeln, eine Unze geröstetes Weißbrod, Früchte, keinen Pudding, irgend ein Geflügel oder Wild, und zwei oder drei Glas Rothwein, Sherry oder Madeira, dahingegen wird Champagner, Portwein und Bier höflichst verbeten; — zum Thee: zwei oder drei Unzen Früchte, ein oder zwei Zwiebäcke und eine Tasse Thee ohne Milch und Zucker; — zum Abendbrod: drei oder vier Unzen Fleisch oder Fisch, wie zu Mittag, mit ein oder zwei Glas Rothwein; — zum Nachtmahl, wenn es nöthig ist, ein Glas Grog aus Branntwein ohne Zucker, oder ein bis zwei Glas Rothwein oder Sherry.

Nach diesem Plane lebt der Bantingianer, ohne abzuweichen; er verschmäht euer Brod, eure Milch, eure Butter, euren Zucker, euer Bier, — mögen diese Dinge noch so appetitlich sein; aber ihr freut euch, daß er sich wenigstens an eurem Weine für die Entsagung entschädigt, denn Banting hat ja die Größe der Gläser nicht genau angegeben. Es ist ja fast dieselbe Diät, welche die Jockey's in England beobachten, denn diese müssen, um recht leicht zu werden, in ähnlicher Weise trainirt werden, wie die Rennpferde. Auch läßt sich diese diätetische Lebensweise recht gut in Einklang bringen mit der chemischen Theorie Liebigs, welcher als „Respirationsmittel" alle solche Nahrungsstoffe bezeichnet, welche Fett im Körper bilden, d. h. Stärkemehl (Brod u. s. w.), Zucker und Fett (Butter, Oel u. s. w.).

Was aber Banting selbst nicht erwähnt, allein gar sehr für allgemeine Einführung seiner Vorschriften spricht, ist der Umstand, daß alle Bantingianer, nicht blos mager, sondern auch — nach Lord Byron's Theorie — geistreich werden, — oder wenigstens geistreich bleiben, wenn sie es schon waren. Aus Byron's Biographie erfährt man nämlich, daß er beim Gastmahl Nichts als etwas Fisch mit sehr vielem Weinessig genoß. Nach Tisch befragt, warum er so frugal lebe, meinte er: „Der Hunger muß Alles thun, er soll mir zur Magerkeit verhelfen; ohne Magerkeit kommt man zu Nichts; kein Mann von Genie war je fett." Lord Byron erzählte, daß er sogar mitunter Sonntags Nichts als Thee zum Frühstück trank, und an diesem Festtage als Mittagsbrod um 5 Uhr präparirten Tabak kaute, um das unangenehme Hungergefühl zu stillen. Und als er zum Beweise seiner Magerkeit die Hand eines Freundes an seine linke Seite führte, dieser aber versicherte: „Ich kann jede Rippe an Ihrem Körper zählen", rief er aus: „Nun wahrlich, das macht mich fröhlich von ganzem Herzen." So rufen auch alle Bantingianer, wenn man ihr fortschreitendes Magerwerden bewundert: Das macht mich fröhlich von Herzen!"

Vermischtes.

(Zum Ofenklappenprozeß in Glogau.) Die Beweisaufnahme hat, wie der „Br. Ztg." geschrieben wird, Ergebnisse geliefert, welche den objektiven Thatbestand einigermaßen deutlich hervortreten lassen. Der Pionir Nowak hat den Sachverhalt folgendermaßen erzählt: „Um $^3/_4$1 Uhr Nachmittags des 5. Oktober beauftragte ihn Lieutenant Krause, er solle Brennmaterial holen, und um $^1/_4$2 Uhr machte er das Feuer an. Dann holte er Ungarwein, 4 Portionen Butterbrod mit kaltem Aufschnitt und führte noch verschiedene Besorgungen aus. Um $^3/_4$6 Uhr hatte er die Ofenklappe zugemacht, nachdem er sich überzeugt, daß die Kohlen bis auf kleine Gluthstücke ausgebrannt waren. Die vorhandenen Reste wurden von ihm vollständig zerschlagen. Es war Alles so durchgebrannt, daß nur die reine Asche übrig blieb." Auf die Vorhaltung, in wie fern seine heutigen Angaben von den früheren,

Aufstellung des Monumentes schlägt das Comité das Rondell vor den Brücken in der Maximiliansstraße vor, nachdem die Wahl jedes anderen Platzes in oder an dieser Straße künstlerischen, oder anderweitigen, vorläufig nicht zu beseitigenden Schwierigkeiten unterliegt, der einzige außerdem aber in Frage gebrachte Aufstellungsort auf dem Dultplatze, abgesehen von künstlerischen Bedenken, bei den gegebenen Mitteln absolut unmöglich erscheint.

Die Vorschläge des technischen Ausschusses wurden von dem Zentral-Komite nahezu einstimmig angenommen und der technische Ausschuß bevollmächtigt, alle in dieser Frage von nun an nothwendig werdenden Veröffentlichungen und Korrespondenzen, sowie insbesondere die vorgängige Erholung der Genehmigung Sr. Maj. des Königs, selbstständig vorzunehmen.

Ueber die Betheiligung von künstlerischer Seite, wie über die Zusammensetzung des Schiedsgerichts wird der nächste Bericht ausführliche Mittheilungen enthalten.

Erlangen, 27. Jan. Wenn aus dem neulichen Vortrage des Prorektors Dr. Stintzing vor Allem das preußische Volk und Abgeordnetenhaus Belehrung schöpfen konnte, so enthielt der klassische Vortrag, welchen die gestrige Versammlung unseres Schleswig-Holstein-Vereins aus dem Munde des Prof. Dr. v. Scheurl vernahm, desto mehr des Belehrenden und Beherzigungswerthen für uns selbst und für alle Die, welche für die Erreichung des Vereinsprogramms wirken wollen. „Wie sehr der endliche Sieg der Sache, welcher unsere Thätigkeit gilt, dadurch bedingt ist, daß sie von Allen, die sie vertreten, beharrlich als eine Sache des Rechtes aufgefaßt werde", Dies war das reichhaltige Thema, welches der Redner mit der ihm eigenen Gedankenschärfe und Klarheit entwickelte. Insbesondere zeigte er, daß wir der Sache Schleswig-Holsteins und des deutschen Vaterlandes einen schlechten Dienst thun, wenn wir als Sachwalter der preußischen Ansprüche an die Herzogthümer auftreten. Preußen hat kein Recht an die Herzogthümer, nur Ansprüche; billige Ansprüche erst dann, wenn es den Herzogthümern die vollen Kriegskosten aufzubürden unterläßt; und selbst in diesem Falle ist es Pflicht der Herzogthümer, keinen Titel der selbstständigen Souveränetätsrechte früher aufzugeben, als Preußen die Garantie gegeben, daß dies Opfer nicht für preußische Hegemoniegelüste, sondern für die Anbahnung eines deutschen Bundesstaates und Parlamentes gebracht sei. Aber alle und jede Ansprüche können ohnehin erst dann in Sprache kommen, nachdem den Herzogthümern und ihrem Herzog ihr Recht geworden. Dies die wesentlichen Gedanken des Vortrages, auf welchen ein politischer Wochenbericht folgte. (N. K.)

Berlin, 26. Jan. Der Minister des Innern, Graf Eulenburg, hat seine neuliche Rede im Abgeordnetenhaus zum Theile bereut und gemäß des Erfahrungssatzes, daß nur das geschriebene Wort Dauer behält, nachträglich einige Korrekturen vornehmen wollen. „Als die Stenographen gestern früh die dem Hrn. Grafen zur Durchsicht übersandte Reinschrift ihrer Aufzeichnungen zurück empfangen, fanden sie darin so wesentliche Abänderungen an seiner Rede, daß sie solche vertreten zu können nicht glaubten, und also den vorschriftsmäßigen Bericht über diesen Fall dem Präsidium erstatteten. In der Präsidialkonferenz ist festgestellt worden, daß die von dem Herrn Minister vorgenommenen Korrekturen allerdings an zwei Stellen der Rede einen ganz andern Sinn geben. Diese Umarbeitung ist, wie es die Ordnung des stenographischen Bureaus vorschreibt, dem Grafen Eulenburg mit dem Anheimstellen, den wirklichen Sinn seines Textes bis spätestens 8 Uhr Abends herzustellen, zurückgeschickt worden. Wird die Reinschrift bis 8 Uhr nicht zurückgeliefert oder steht ihr Inhalt auch dann noch mit dem gestern Geredeten in offenbarem Widerspruche, so wird aus den Aufzeichnungen der Stenographen eine neue Reinschrift hergestellt und hiernach der Abdruck bei den stenographischen Berichten besorgt. Wir wissen natürlich nicht, wozu Graf Eulenburg sich im Laufe des Tages entschließt; möglicherweise empfangen die offiziösen Concipienten schon heute Abend die Instruktion, über diesen Fall, als über einen neuesten Versuch des Abgeordnetenhauses zur Machterweiterung, feierliche Leitartikel zu schreiben." Vielleicht wird dieser Vorgang durch die folgende Aeußerung der „Kreuzzeitung" in das richtige Licht gesetzt: „Wie schroff und starr die Majorität auf ihrem Standpunkte beharrt, ergab sich am evidentesten aus der Aufnahme der Rede des Hrn. Ministers des Innern, welche — wir dürfen dies nicht verschweigen — in ihrer versöhnlichen Tendenz fast über die Gränzen der Möglichkeit hinausging, und die Regierung als zu prinzipiellen Konzessionen geneigt hätte erscheinen lassen können, wenn nicht gerade derselbe Minister schon früher jede Versöhnung in Bezug auf die Prinzipien als unmöglich bezeichnet hätte." Die „Kreuzzeitung" erinnert übrigens daran daß jetzt die Zeit zu Oktroyirungen gekommen sein möchte; es sei eine Schmach für das Land, wenn solche Abgeordnete noch einmal zusammentreten sollten.

Berlin, 28. Jan. Die Budgetkommission beschloß heute: 1) dem Abgeordnetenhaus Generalbericht über den vorgelegten Staatshaushaltsentwurf zu erstatten, darin insbesondere zu erörtern: a) ob die Klagen vieler Bevölkerungskreise über übermäßige und fortdauernd steigende Anspannung der Steuerkraft begründet sei,

---

wonach er das Feuer erst zwischen 2 und 3 Uhr angemacht rc., abweichen, erwiderte Zeuge er habe vorigesmal ebenso ausgesagt. Demnach wurde ein Mißverständniß konstatirt. Die Ofenthüre ist nicht hermetisch verschließbar; sie besteht aus einer eisernen und messingenen Doppelthür. — Zeugin Antonie Drogand, bei deren Vernehmung der Gerichtshof die Oeffentlichkeit nicht ausschloß, obwohl es von der Vertheidigung anheimgestellt worden, bekundete, ihr sei zu allererst unwohl geworden. Agnes Sander begab sich in die Alkove mit Lieutenant Krause der über heftige Kopfschmerzen klagte. Mit einemmale hörte Zeugin ein Geschrei der Sander: „Ach, Antonie, komm herein, steh mir bei!" Als sie an die Thüre ging, bemerkte sie, wie die Sander im Begriff war den Lieutenant Krause auszukleiden, der an einem Krampf-Anfall litt. Lieutenant v. Richthofen aber rief sie, indem er sagte: „Das schickt sich nicht, daß Sie da zusehen." Bald darauf fiel sie um und kam erst im elterlichen Hause wieder zur Besinnung. Wie sie ferner angibt, war das Rendezvous schon vorher auf einem Spaziergange, wenn auch nicht bestimmt, unter den vier betheiligten Personen verabredet. Die Aussage des kommissarisch vernommenen Lieutenants Krause wurde verlesen, von der Verlesung der von Richthofen'schen Aussage dagegen abgesehen. — Bei der Vernehmung der militärärztlichen Obduzenten mußte Bataillonsarzt Dr. Rawicz einräumen, daß das Obduktions-Protokoll in mancher Hinsicht lückenhaft ist. Kreisphysikus Dr. Hoffmann, welcher dies näher darlegte, erklärte, die Möglichkeit, daß die Agnes Sander bei der ungewöhnlichen psychischen Aufregung, die sich ihrer bemächtigt, in Folge der Einathmung des Kohlendunstes gestorben, sei wohl vorhanden, keineswegs aber die absolute Gewißheit dieser Todesursache dargethan. Der Staatsanwalt Heinke sagte in seinem Plaidoyer, es handle sich in dem heutigen Prozeß nicht blos darum, daß eine Verletzung des Gesetzes gerügt, sondern auch der öffentlichen Meinung Rechnung getragen werde. Er sei weit entfernt, die öffentliche Meinung als eine berechtigte Macht anzuerkennen; doch liege es im öffentlichen Interesse, daß die irregeleitete Meinung auf den rechten Weg geführt werde. Dies sei die Antwort auf die vielfach ergangenen Fragen, warum die alte und, wie auch gesagt, schmutzige Geschichte noch einmal gerichtlich verhandelt wird. Er hielt die Anklage aufrecht und motivirte die bereits gemeldeten Strafanträge (gegen den Redakteur des „Niederschl. Anz.", Hrn. Michaelis, 6 Monate, gegen den Verleger, Herrn Flemming, 3 Monate Gefängnißstrafe.) Justizrath Keerle stützte seine Vertheidigungsrede auf die Eindrücke, welche das Ereigniß s. Z. hervorgebracht, die mannigfachen wesentlichen Abweichungen und erheblichen Widersprüche, sowie auf die neuen thatsächlichen Momente, welche sich gegenüber den bisherigen Feststellungen ergeben. Indem der Staatsanwalt replizirte, räumte er ein, daß der Belastungsbeweis in vielen wesentlichen Punkten lückenhaft geblieben und somit die Anklage theils erschüttert, theils widerlegt sei. Die Publikation des Erkenntnisses wurde auf den 28. d. M. vertagt.

Der „Frankfurter Postzeitung" schreibt man aus Friedberg vom 25. Jan.: „Das tragische Schicksal, das sich Gutzkow hier bereitete, hat zu gerichtlichen Verhandlungen Veranlassung gegeben. Als die Besitzerin des Hotels des Morgens den Fremden im Blute schwimmend fand, vermuthete sie einen unglücklichen Spieler aus einer der benachbarten Spielhöllen in ihm und hatte nichts Eiligeres zu thun, als ihn aus dem Gasthause fort und in das Spital schaffen zu lassen. Erst nachher erfuhr man, wer der Unglückliche eigentlich sei. Diese Entdeckung erregte nicht gerade die angenehmsten Empfindungen; auch die Friedberger waren auf die Schnelligkeit, mit welcher die Uebersiedlung des berühmten Gastes vom Hotel ins Hospital bewerkstelligt worden war, nicht gerade zum besten zu sprechen. Dem mag sein, wie ihm wolle, die Hotelbesitzerin verlangte für die Beherbergung des Fremden für die eine Nacht und für Wiederherstellung des Zimmers (Bett, Sofa, Wände und Fußboden waren mit Blut bespritzt) nicht mehr und nicht weniger als die Summe von 440 Fl., sage vierhundertvierzig Gulden. Die Familie bot 100 Fl., die Rechnung wurde nun zwar etwas reduzirt, eine Einigung kam aber nicht zu Stande, und so wurde die Sache mit Hülfe eines Anwalts gerichtlich anhängig gemacht."

eventuell welche Mittel zur Abhilfe und Vorbeugung dienen können; b) ob den äußerst dringenden Bedürfnissen einzelner Verwaltungszweige durch gerechte Vertheilung der Staatsmittel abzuhelfen sei; 2) gleichzeitig von Seiten der Kommission, vorbehaltlich des Beschlusses über die Berathung des Militäretats, in die Berathung der übrigen Spezialetats einzutreten, die Beschlüsse über die Feststellung der Einnahmen, Ausgaben und die Bewilligung der Ausgaben nur vorläufig zu fassen; 3) die Staatsregierung aufzufordern, Auskunft darüber zu geben, welche Veränderung in den vorhandenen Staatsmiteln durch die Führung des dänischen Kriegs entstanden, insbesondere ob und welche Summen dem Staatsschatze entnommen seien. Zu Referenten für den Generalbericht wurden die HH. Michaelis, Forckenbeck, Twesten, Reichenheim und Hoverbeck bestellt.

Dresden. Das Organ der sächsischen Regierung, das „Dresdener Journal“, bringt einen langen Artikel zur deutschen Frage. Wir bringen in Folgendem den Theil des Artikels, der aus den Erfahrungen des letzten Jahres Folgerungen für die Zukunft Deutschlands und seiner Verfassungszustände zieht. Das „Dresd. Journal“ sagt:

„Wir wollen heute die Frage nicht wieder auf's neue untersuchen, ob der Bund trotz seines anscheinenden Zurücktretens nicht viel, nicht alles dazu gethan hat, daß die Sache der Herzogthümer aus dem Bereiche der Protokolle befreit wurde; sie ist als ziemlich entschieden in der öffentlichen Meinung zu betrachten; aber mag man ihm so viel oder so wenig Verdienste in der Sache zuschreiben, wie man will, eins steht doch fest, nämlich, daß das nichtgroßmächtliche Deutschland ein deutsch-nationales Ziel verfolgte, während die deutschen Großmächte theils von eigenen Hausinteressen, theils von Rücksicht auf andere Mächte geleitet wurden. Was für die Neugestaltung, unter der Deutschland seine Interessen am besten vertheidigen könnte, sich daraus ergibt, bedarf keines weiteren Hinweises. Daß der Bund gegenwärtig und schon seit dem Friedensschlusse unthätig bei der Entwickelung der Herzogthümerangelegenheit ist, wird nicht bestritten. Man kann über diese passive Politik verschiedener Ansicht sein, und die sächsische Regierung hat ja durch ihre Abstimmungen in Frankfurt bewiesen, daß sie die Opportunität einer solchen Bundespolitik nicht anerkannt; aber diejenigen lassen sich doch von den „Erfolgen“ der großmächtlichen Politik blenden, welche meinen, der letztern bliebe die Regelung und Entscheidung für immer und definitiv überlassen. Ob das, was über die Verhandlungen zwischen den deutschen Großmächten verlautet, geeignet ist, überhaupt eine glatte Erledigung der Sache für gewiß erscheinen zu lassen, darüber suchen wir wenigstens in der Tagespresse umsonst nach gläubigen und beruhigenden Aussprüchen; ob aber Verhandlungen, in denen von Entschädigungen und Kompensationen, einseitigen Verfügungen über Thron, Land und Leute die Rede ist, dem deutschen nationalen Geiste Vertrauen darauf einflößen können, daß eine ausschließlich großmächtliche Beherrschung seiner Kräfte Deutschland zum Heile gereiche, das überlassen wir getrost zur Erwägung der öffentlichen Meinung in allen deutschen Mittel- und Kleinstaaten, ohne ein einziges Wort weiter darüber zu verlieren.

Hr. Prof. Häusser wirft es den Mittelstaaten vor, daß sie im letzten Jahre nicht dazu hätten kommen können, ein Parlament einzuberufen und sich von ihm in einer energischen Politik wider die deutschen Großmächte unterstützen zu lassen. Daß dies nicht habe bewerkstelligt werden können, gilt ihm als Beweis dafür, daß von den Mittel- und Kleinstaaten nichts für die Durchdringung eines deutschen Verfassungswerks vom Geiste nationaler Mitwirkung zu erwarten sei. Es soll hier nicht noch einmal des breitern die politische Unbilligkeit der Forderung ausgeführt werden, daß in so kurzer, so erregter Zeit die deutschen Mittel- und Kleinstaaten, zum ersten Mal beiden deutschen Großmächten gegenübergestellt, eine Organisation, mit dem vollendetsten konstitutionellen Apparat herstellen sollten. Wohl aber wird, wer richtig gesehen hat, bemerkt haben, daß das Streben, dem deutschen nationalen Geiste Kraft, Zusammenschluß und Aufschwung zu geben, von mehreren Seiten beharrlich verfolgt worden ist, daß die Hoffnung steigt, es werde immer weiteren Boden bei Regierungen und Völkern finden und Widerstrebungen, die noch hier wie da entgegenstehen, allmählich überwinden. Dem nichtgroßmächtlichen Deutschland ist das vorige Jahr eine Zeit der ernstesten Selbstprüfung und bedeutender Erfahrung gewesen. Wir sprechen nicht nur von den Regierungen, viel mehr noch von den Völkern. Ein Blick auf die Tagespresse, auf das ganze öffentliche Leben in den Mittelstaaten genügt, um dies zu verstehen. Um es kurz zu sagen: Deutschland hat den Werth und das Bedürfniß seiner Selbständigkeit erkannt. Zum ersten Mal und in so jähem politischen Wechsel beiden deutschen Großmächten entgegenstehend, hat es noch nicht die factischen Leistungen zeigen können, deren es fähig ist; aber seiner moralischen Leistungen braucht es sich nicht zu schämen. Ebendadurch, daß es aus der frühern Politik, die es nur in die gegenseitigen Ambitionen beider Großmächte als verstärkendes oder milderndes Element hineinzog, herausgetreten ist und sich seine eigene, von keiner Großmacht beschirmte nationale Stellung nahm, hat es einen mächtigen Schritt vorwärts gethan.“

Aus **Paris** wird der „Gen.-Korr.“ geschrieben: „Soeben vernehme ich, daß das Tuilerienkabinet jetzt mehr als je die Erwartung hegt, es werde seinen Bemühungen gelingen, den Konflikt zwischen Spanien und Peru beizulegen. Beide Theile sind zum Eingehen eines Kompromisses sehr geneigt und stellen keine allzuschwierigen Bedingungen. Die von Spanien noch festgehaltene Geldentschädigungsfrage scheint der wichtigste Punkt zu sein, über welchen noch verhandelt wird. England unterstützt übrigens die französischen Vermittlungs-Bemühungen mit Eifer.“

Gegenwärtig ist eine englische Gesellschaft in Bildung begriffen, welche die Anpflanzung von Baumwolle auf der so wenig kultivirten Insel **Sardinien** in großem Maßstabe zu betreiben gedenkt. Die vorzüglichen Resultate, die damit in den südlichen Provinzen, namentlich aber auf Sizilien erreicht werden, wo jetzt mit Hilfe neuer Maschinen die Schwierigkeiten der Bearbeitung zum größten Theile behoben wurden, ermuthigen die Engländer, jenen Theilen Italiens für die Baumwollenkultur große Aufmerksamkeit zuzuwenden und bei der nächsten Ausstellung in Dublin wird man von da aus vornehmlich bedacht sein, auf die Erzeugnisse jener Anpflanzungen Gewicht zu legen.

Griechenland. Zur Verschmelzung der jonischen Inseln mit Griechenland in legislativer wie administrativer Beziehung schreitet man, trotz der Unzufriedenheit der Jonier mit dem neuen Zustand der Dinge rüstig fort. Ein Dekret vom 29. v. M. theilt die ehemalige Heptarchie in vier Departementes, und zwar in Korfu, Cephalonien, Zante mit Cerigo und Leucadia mit Ithaka. Eine Reihe anderer Dekrete regelt die Besoldung der Gerichtsbeamten, den Postdienst, das Medizinalwesen, die Abschaffung innerer Zölle rc. Man hofft auch, die Gleichmäßigkeit im Münzsystem, eine Angelegenheit, der sich manche Schwierigkeiten entgegenstellen, noch vor Ende Februar einführen zu können. Maurokordatos, ehemaliger Minister des Aeußern, wurde zum Präfekten in Korfu, Marinos in Zante ernannt.

Hiezu die Beilage: „Würzburger Anzeiger“.

Verantwortlicher Redakteur: A. Hartmann.
Druck und Verlag der Stahel'schen Buch- und Kunsthandlung in Würzburg

Schuldverschreibungen von Standesherren und Privaten.

Frankfurter Börse.

				G.	P.
4	pCt.	Herz.	Lucca, alte b. Rothsch.	G.—	P.74
4	„	„	do. neue b. „	—	84
3½	„	Landgräfl.	H.-Homb. b. „	—	94
3½	„	Fürstl.	Löwenst.-Werth. (bad.)	—	94
3½	„		do. (bayer.)	—	—
3½	„	„	Fürstenberg b. Rothsch.	—	94½
3½	„	„	„ „	—	—
3½	„	„	Leiningen P. N. Schm.	—	94
3	„	„	„ „	—	82
4	„	„	Oettingen-Wallerstein	—	99
4	„	„	Esterhazy P. Galantha	59	61
3½	„	„	Isenburg-Birstein b. R.	—	93
4	„	„	Schwarzenberg	—	72
4	„	„	Palffy b. Arnst. u. Eskel.	—	83
4	„	Gräfl.	Erbach-Fürstenau b. S.	—	99
4	„	„	Palffy, Ferd. Leop., b. S.	—	62

				G.	P.
4	pCt.	Gräflich	St. Genois b. Schm.	G.—	P.72
4	„	„	Szapary b. Rothsch.	—	50
4	„	„	Schönborn b. Schm.	—	60
4	„	„	Sandor b. Rothsch.	—	58
4	„	„	Strachwitz b. Schm.	—	50
4	„	„	Hugo Eltz	—	85
4	„	„	Viczay b. Rothsch.	—	60
4	„	„	Nizky b. Rothsch.	—	—
4	„	„	Hunyady b. Rothsch.	—	—
4½	„	„	Batthyany Joh. Bapt.	—	76
4½	„	„	Batthyany Gustav	—	71
4½	„	„	Orczy b. Schmidt	—	72
4½	„	„	Sztaray „	—	70
4½	„	„	Karoly bei Biedermann	—	70
4½	„	„	Pejacsevich b. Schuller & Co.	—	70

Anlehens-Loose.

Fürstl. Esterhazy 40 fl. Loose	—.——.——
„ Windischgrätz 20 fl. Loose	18.75—19.25
„ Salm-Reifferscheid 40 fl. L.	31.25—31.75
„ Palffy 40 fl. Loose	29.75—30.25
„ Clary 40 fl. Loose	31.50—31.—
Gräflich Keglevich 10 fl. Loose	14.50—15.—
„ Waldstein-Wartenb. 20 fl. L.	19.75—20.25
„ St. Genois 40 fl. Loose	29.50—30.—
Stadt Triester 100 fl. Loose	108.——109.—
Donau-Dampfschiff. 100 fl. L.	90.50—91.—
Dessauer 100 Thlr.-Loose	——.——

k. Hof- und Staatsbibliothek
1 N. Würzb. Ztg. München.

Neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht!

№ 31. | Vorausbezahlung: Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 1 fl. 30 kr. Bei Inseraten wird die dreispaltige Zeile in gewöhnlicher kleiner Schrift oder deren Raum im Hauptblatte mit 6 kr., im Anzeiger mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franco. | 62. Jahrgang. | Dinstag, 31. Januar 1865.

* Ueber die Verhandlungen zwischen Oesterreich und Preußen in der Zollfrage.

Der Stand der Verhandlungen zwischen Preußen und Oesterreich in der Zollfrage wurde bekanntlich von mehreren Blättern dahin bezeichnet, daß, weil über den Zoll geringerer österreichischer Weine keine Einigung erzielt worden, die Unterhandlungen auf dem Punkte stünden, abgebrochen zu werden. Diese Auffassung wird von einem Berliner Korrespondenten des „N. K." als unrichtig bezeichnet. Eine Einigung über die Weinzölle sei allerdings nicht erreicht, und es sei möglich, daß Frhr. v. Hock, wie die „Berl. Börsen-Ztg." melde, im Laufe der nächsten Woche nach Wien reise. Es sei natürlich, daß eine so umfangreiche und auf viele Details eingehende Arbeit wie ein Tarif, ehe sie zum Abschluß komme, eine persönliche Berichterstattung des Bevollmächtigten an seine Regierung nöthig machen könne. Der „N. K." bemerkt hier, warum Hr. v. Hock abreise, würden wir wissen, wenn er wiederkäme.

Was den Standpunkt Oesterreichs bezüglich des Zolls geringerer österreichischer Weine, wovon im Eingang gesprochen ist, betrifft, so schreibt man hierüber der „N. Fr. Ztg.": Baron v. Hock bestehe auf Ermäßigung des Eingangszolls für Weine geringerer Qualität, allgemein und nicht ausschließlich zu Gunsten Oesterreichs; die Vertreter Preußens lehnten aber die Proposition ab, weil sie in der Gewährung des Anspruchs eine mittelbare Verletzung des Art. 31 des Handelsvertrags mit Frankreich erblickten. Oesterreich verlange nämlich, daß die zu einem geringeren Zoll einzulassenden wohlfeilen Weine nach großen, durch Geschmack, Stärke und Farbe genau gekennzeichneten Provenienzen (geographischen Herkunftsbezirken) bestimmt würden.

Eine offiziöse Wiener Korrespondenz schreibt in der „Allg. Ztg.": „Berliner Fachblätter melden: die handelspolitischen Verhandlungen mit Oesterreich stünden auf dem Punkt, abgebrochen zu werden. Dieses Aeußerste wird nun wohl vermieden werden, aber sicher ist, daß die preußischen Fachmänner bis jetzt noch dabei beharren: Oesterreich habe sogar das Zollkartel durch Gegenleistungen im Tarif zu erkaufen, während sie doch umgekehrt nicht einmal für die geringen Sorten österreichischer Weine, welche selbst den neuen Zoll von 4 Thalern per Zentner nicht vertragen, eine Begünstigung im Grenzverkehr zugestehen wollen. Bis jetzt ist überhaupt noch keine österreichische Forderung von irgendwelcher Erheblichkeit zugestanden worden, während von österreichischer Seite alles Mögliche geschieht, um eine künftige Zolleinigung vorzubereiten, d. h. den österreichischen Tarif dem vereinsländischen den Verhältnissen entsprechend anzupassen."

Bekanntlich haben die offiziellen Organe in Wien und Berlin, so oft sich ein Riß in den österreich.-preußischen Beziehungen zeigt, die Aufgabe denselben als nicht vorhanden oder als wenig bedeutend zu bezeichnen. Es liegt daher auf der Hand, welchen Werth die auf denselben Tag erfolgten und gestern erwähnten Erklärungen der „Wiener Abendpost" und der „Neuen Allg. Ztg." haben. Das erstgenannte Blatt erklärte nämlich, daß Oesterreich die Begünstigung der Weinzölle zur Bedingung der Fortsetzung der Zollverhandlung gemacht habe, für unrichtig, und das Berliner offiziöse Organ widersprach der Nachricht von einem bevorstehenden Abbruch der Verhandlungen und bemerkt, daß Hr. v. Hock deshalb nach Wien zurückkehren werde, um Bericht zu erstatten und die Abänderungen des Tarifentwurfs zu motiviren.

Wenn wir den Aeußerungen dieser Blätter keine Bedeutung beilegen, so rechtfertigt uns bereits eine heute telegraphisch verbreitete Meldung der „Bayer. Ztg.", welche zu wissen glaubt, daß die Zollverhandlungen zwischen Oesterreich und Preußen ohne Aussicht auf Erfolg seien. — Herr v. Hock werde schwerlich mehr nach Berlin zurückkehren, bemerkt das Münchener Blatt.

(Amtliche Nachrichten.) **München**, 29. Januar. Se. Maj. der König hat dem bischöflichen geistlichen Rath und Dekan Joh. Bapt. Fuchs in Spalt das Ritterkreuz 1. Klasse des Verdienstordens vom heil. Michael verliehen; dem ordentlichen Professor an der k. Universität München, Dr. Jos. Lindwurm, das Ritterkreuz 1. Klasse des Verdienstordens vom heiligen Michael verliehen; dem geheimen Roth Karl v. Kleinschrod das Komthurkreuz des Verdienstordens der bayer. Krone verliehen. (B. Z.)

München, 28. Januar. In der heutigen Sitzung des Gesetzgebungs-Ausschusses der Kammer der Abgeordneten legte die

Feuilleton.

Memoiren einer aristokratischen Familie Englands.

Wer noch in dem Wahne befangen ist, daß die Aristokratie Englands nie so gewesen und noch ist, wie die Aristokratien anderer Länder, der hat die Memoiren des „Honorable" Grantley Fitzhardinge Berkeley nicht gelesen, die ein Gemälde unerhörter Sittenlosigkeit, des frechsten und zugleich stupidesten Junkerthums entrollen, an dessen Wahrheit wohl um so weniger gezweifelt werden kann, als es von einem Mitgliede der privilegirten Kaste entworfen wurde. An naiver Offenheit und Ungenirtheit, die Berkeley's skandalöse Schilderungen zur Schau tragen, dürften diese wohl kaum jemals übertroffen werden.

Hr. Berkeley ist der Sprosse einer altberühmten Familie, die ihren Namen von dem Schlosse Gloucestershire führt und unter Anderem auch in Shakespeare's „Richard II." figurirt. Graf Berkeley, der fünfte Graf, der am Schlusse des vorigen Jahrhunderts in Berkeley-Castle hauste, hatte alle noblen Passionen, durch die sich seine Vorgänger auszeichneten und die er auch auf seine Nachkommen vererbt hat: er war ein mächtiger Jäger vor dem Herrn, ein leidenschaftlicher Spieler und ein feuriger Verehrer des schönen Geschlechts. Durch die Reize einer schönen Bürgerstochter, Miß Mary Cox, gefesselt, vermählte er sich im Jahre 1796 öffentlich mit ihr, nachdem er, wie er behauptete, schon vorher heimlich mit ihr getraut worden. Soviel ist sicher, daß er mehr als zehn Jahre vor der öffentlichen Heirath mit ihr gelebt und mehrere Kinder gezeugt hatte, von denen das älteste, William Fitzhardinge Berkeley, nach englischem Gebrauch den zweiten Titel der Familie, Viscount Dursley, führte und allgemein als der Erbe des Vaters galt. Nach dem Tode des Letzteren (1810) fand es sich jedoch, daß kein genügender Beweis für die angebliche frühere Ehe vorhanden sei, und nach einem langen Prozeß wurden die älteren Kinder für illegitim erklärt, und die Grafenwürde dem ältesten der nach 1796 gebornen Söhne, mit eventueller Vererbung auf seine jüngeren Geschwister, zuerkannt.

Der älteste war der berüchtigte Colonel Berkeley (welchen Namen er, nachdem er den eines Viscount Dursley hatte ablegen müssen, als Oberst der Miliz von Gloucestershire angenommen hatte), von dessen in Berkeley-Castle gehaltenen Orgien man sich längst in England seltsame Dinge erzählte, die aber hinter den jetzt gemachten Enthüllungen weit zurückbleiben. Eine seiner zahlreichen Maitressen war die Schauspielerin Maria Foote, die er, nachdem sie ihm mehrere Kinder geboren, seinem Freund, dem Grafen Harrington überließ, der (auch ein Beitrag zur Charakteristik der englischen Aristokratie) sie später zu seiner rechtmäßigen Gemahlin erhob. Colonel Berkeley hielt sich ein förmliches Serail, für welches er die schönsten Mädchen von weit und breit anwarb, die er nachher mit guter Aussteuer an ganz „respektable" Männer verheirathete. Und dieser Don Juan, dessen einzige Tugend darin bestand, daß er die großartigste Meute in ganz England besaß, ward von der Regierung in jeder Weise ausgezeichnet und nach einander erst zum Baron Segrave, dann zum Grafen Fitzharding ernannt

Redaktions-Subkommission ihre Anträge zum III. und IV. Hauptstücke des Entwurfs vor, welche, vorherrschend redaktioneller Natur, mit geringen Abänderungen vom Ausschusse genehmigt wurden. Nur in einem Punkte wichen die Anträge der Subkommission auch in materieller Beziehung von den früheren Beschlüssen des Ausschusses ab. Der Ausschuß hatte früher über die Legitimation der Anwälte bei den Bezirks-, Appellations- und Handelsappellationsgerichten beschlossen, daß von diesen Gerichten der für eine Partei auftretende Anwalt eines weiteren Nachweises der Bevollmächtigung nicht bedürfe, wenn er sich im Besitze der Prozeßschriften befinde. Nach den Anträgen der Subkommission sollten die Anwälte, die bei einem der vorgenannten Gerichte auftreten, überhaupt keines Nachweises der Bevollmächtigung bedürfen. Der Ausschuß trat dieser Modifikation, welche die Legitimation der Anwälte auf ihr öffentliches Amt beschränkt, einstimmig bei. In nächster Sitzung wird die Berathung über die Anträge der Subkommission zum II. Hauptstück des Entwurfes stattfinden. (N. K.)

Nach einer telegr. Depesche aus **Glogau**, ist am 28. daselbst in dem Preßprozeß gegen den Redakteur und Verleger des „Niederschles. Anzeigers" (die vielbesprochene Kohlendunstgeschichte) das Urtheil erster Instanz publizirt worden. Der Redakteur Michaelis ist zu 3 Monaten Gefängniß, der Buchhändler Flemming zu 50 Thlr. Geldstrafe verurtheilt worden. Die Verurtheilten haben sofort die Appellation angemeldet.

Leipzig, 26. Jan. Von Wien her aus dem Reichsrathe ist jetzt entschieden dargethan worden, daß der eingegangene „Adler" von der österreichischen Regierung unterstützt war. Es war zwar daran nie gezweifelt worden. Auch der Nachfolgerin des „Adler", der „Abendpost", sind von österreichischer Seite von vornherein 400 Abonnenten zugesichert worden. (Schw. M.)

Weimar, 26. Jan. Ueber den Zustand Gutzkow's liegen mehrere Berichte vor, denen sich leider nur wenig Gutes entnehmen läßt. Wie aus einer ausführlichen ärztlichen Beschreibung seiner Wunden erhellt, deren Heilung einen, wenn auch langsamen, doch immerhin befriedigenden Verlauf nimmt, befinden sich dieselben, die Gutzkow sich mit einem sehr spitzen und scharfen Dolch beigebracht hat, zu beiden Seiten des Halses, an beiden Armen und in der linken Seite der Brust. Die rechte Halswunde, etwa 3 Zoll lang, verläuft schief von oben nach unten, etwa in der Höhe des Kehlkopfs, ihre Mitte entspricht dem Stand des Kopfwinkels. Der untere Theil dringt tief unter die Haut ein, und hätte, wäre der Schnitt 1/2 bis 3/4 Zoll höher geführt worden, die große Halsschlagader getroffen. Auch die linke etwas kürzere Wunde muß sehr tief gedrungen sein, da eine Lymphdrüse durchschnitten war, die jetzt noch eine harte Geschwulst darbietet, und eine Quantität Eiter entleert, die nicht unbeträchtlich ist. Am größten und tiefsten ist die Wunde am rechten Arm, die zum Glück etwas oberhalb der Armlänge quer über den Arm läuft, etwa 4 Zoll lang ist, und ungefähr der Stelle des zweiköpfigen Muskels oberhalb seines Ansatzes entspricht. Einen Zoll tiefer im Armgelenk geführt, hätte sie unzweifelhaft die Armschlagader, auf die es offenbar abgesehen war, getroffen. Etwas kleiner und leichter erscheint die Wunde des linken Arms, die aber ebenfalls an der beschriebenen Stelle verläuft. — In der Seite der linken Brust, etwas unter der Stelle, wo normal das Herz anschlägt, sind drei Stiche, die geschlossen sind, von denen einer sicher das Lungen- und Rippenfell getroffen hat. Denn heute noch hört man dort ein starkes Reibungsgeräusch, das von einer Entzündung und dadurch hervorgerufenen Ausschwitzung herrührt. Zwei Zoll höher, so hätte dieser penetrirende Stich die Herzspitze treffen müssen. Sehr schmerzlich lautet, was man über den geistigen Zustand des Kranken meldet: Die gewaltige Erregung Gutzkow's dauert fort, und äußert sich bald in der Furcht vor Nachstellungen seiner Feinde, bald in der Furcht, wahnsinnig zu werden. Während des Transports nach Offenbach kam es zu stürmischen Auftritten, bei denen es nur der Schweigsamkeit und Ruhe und dem gleichmüthigen Wesen der ihn begleitenden Familienmitglieder und des Arztes gelang, das innere Toben zu beschwichtigen. Am Tage vor seiner Abreise von Friedberg mußten die Anwesenden ihm versprechen, ihn folgenden Tags seciren zu lassen; er habe Strychnin im Körper, die Charpie, das Essen sei vergiftet. Stets glaubte er sich von gedungenen Mördern umgeben. Zuweilen legt sich seine Unruhe, dann ist er ganz erschöpft, willenlos und weint mitunter wie ein Kind; die Ärzte haben ihn zu verschiedenen Malen chloroformirt, worauf sein Zustand sich zu mildern schien. Nach einem andern uns vorliegenden Brief wünscht Gutzkow sich ein abgelegeneres ruhiges Plätzchen, wo er abgeschieden von der Welt leben könnte. Zwar ist ein Beschluß noch nicht gefaßt, doch wird man wahrscheinlich diesem Verlangen willfahren. (Weim. Z.)

London, 30. Jan. Der bisherige dänische Gesandte von Bille hat der Königin sein Abberufungsschreiben übergeben. Er wird vorerst in England wohnen bleiben.

Aus **Paris**, 28. Jan., schreibt man der „Köln. Ztg.": „Man sagt, der Kaiser unterhalte sich häufig mit seiner Umgebung über den gegenwärtigen Konflikt mit den Bischöfen. Herr Thiers erklärt, daß er die Sache des Papstthums vertheidigen und die Konvention angreifen werde. Der Papst würde, falls die Konvention durchgeführt würde, sich nach Frankreich flüchten müssen, meint Thiers, „et je ne veux pas, que Mr. Bonaparte ait un préfet mitré en France". — Herr Dupin befindet sich ent-

um ihn so für die ihm aberkannten väterlichen Titel zu entschädigen. Allerdings hatte er aber nicht weniger als vier Parlamentssitze zu vergeben, welche die Reformbill großmüthig verschonte, und da die Majorität des Whigministeriums im Unterhaus eine etwas knappe war, so mußte es schon ein Uebriges thun, um sich der Unterstützung eines so einflußreichen Gönners zu versichern.

Seine Reminiscenzen handeln namentlich von dem Leben am Hofe Georgs IV., der in seinem Pavillon zu Brighton einen Schwarm von Personen beiderlei Geschlechts um sich versammelte, die man heutzutage als Demimonde bezeichnen würde, und zu welchen auch Mr. Berkeley gehörte. Ein noch unerschöpflicheres Thema sind seine Jagdabenteuer und seine politischen und journalistischen Fehden, unter welchen die mit dem Herausgeber von „Fraser's Magazine" zur Zeit großes Aufsehen erregte. In dem genannten Journal war ein Aufsatz erschienen, durch den sich Berkeley beleidigt glaubte, der sich daher zu dem Verleger begab, mit der Aufforderung, ihm den Verfasser namhaft zu machen. Fraser entgegnete, daß er erst die Erlaubniß desselben einholen müsse, worauf Berkeley, ein Koloß an Wuchs und körperlicher Stärke, den Verleger, einen bejahrten kränklichen Mann, ohne Weiteres mit einer schweren Reitpeitsche erst in seinem eigenen Laden und dann auf der Straße so lange bearbeitete, bis er halbtodt liegen blieb. Und diesen feigen Meuchelmord — denn der unglückliche Fraser starb bald an den Folgen der erlittenen Mißhandlung — erzählt er mit sichtlicher Genugthuung und offenbar in der Ueberzeugung, daß er eine edle, ritterliche That vollbracht habe!

Ein solcher Zug charakterisirt den Menschen und die Gesellschaft, in der er aufwuchs, mehr als Alles, was wir hinzufügen könnten, und zeigt, welche Früchte der Kastengeist auch in einem Lande hervorbringt, das sonst mit Recht auf seine freien bürgerlichen Institutionen stolz ist.

Vermischtes.

Die Angabe, daß den letzten furchtbaren Stürmen in Indien 12,000 Menschenleben zum Opfer gefallen seien, war in Europa vielfach als eine Uebertreibung angesehen worden. Leider aber ist diese Schätzung noch weit hinter der Wirklichkeit zurückgeblieben. Wie der „Times" aus Kalkutta vom 23. Dez. geschrieben wird, lassen neuere und genauere Zusammenstellungen es außer Zweifel, daß wenigstens 60,000 Menschen während jener Stürme ertrunken oder auf andere Weise umgekommen sind. Die Insel Saugor allein zählte vor dem Sturme 8,200 Einwohner; jetzt hat sie nur noch 1,200, ohne daß einer ausgewandert wäre; 7000 sind rein weggefegt worden, und dasselbe ist weit hinauf dem Flußufer entlang geschehen. Dazu entvölkern nun Cholera, Blattern und Fieber die ganze Provinz. In einzelnen Dörfern haben die Epidemieen so furchtbare Verheerungen angerichtet, daß die Bewohnerschaft gänzlich verschwunden zu sein scheint. Die Leute sterben dahin ohne Hoffnung auf Hülfe, ohne Arzneien, ja, ohne Nahrung, denn die Aernten sind verfault an den vielen Stellen, wo das Salzwasser hingedrungen ist. Pächter und Gutsbesitzer vermehren das Elend, indem sie die armen Bauern, welche mit ihrem Pachtzins im Rückstande sind, aus ihren Hütten vertreiben. Geld ist freilich in Kalkutta im Uebermaße vorhanden, um die Dürftigen zu unterstützen, so weit es mit Geld möglich ist. Aber menschliche Mittel scheinen ohne jede Macht zu sein gegen die schrecklichen Krankheiten, die durch das Land hinschreiten und Tausende von Opfern hinraffen. Der eingeborene Bengalese thut selbst sehr wenig zur Abwehr der Gefahr. Er fühlt sich unwohl, hüllt sich in seine Decke, sagt, es sei vom Schicksale so bestimmt und stirbt. „Die reichen Eingeborenen," sagt der Korrespondent der „Times," „helfen ihren Landsleuten nicht, das überlassen sie den Europäern. Und was können die wenigen Europäer unter der Masse — Bengalen allein zählt 45 Millionen Einwohner — ausrichten, so wohlthätig sie auch sein mögen?"

schieden besser und die Aerzte erklären, er sei gerettet. Dem Geistlichen, der ihn aufgefordert hatte, in sich zu gehen und zu beichten, erwiderte er, daß dies unmöglich sei, indem die Aerzte ihm strengstens verboten hätten, viel zu reden. Dagegen wird das betrübende Gerücht verbreitet, Herr Thouvenel sei heute Nacht in der Nähe von Arcachon seiner Krankheit erlegen."

Paris, 30. Jan. Der Senator und frühere Minister Thouvenel ist **nicht** gestorben. Die „Patrie", welche die Todesnachricht brachte, war im Irrthum, indem nur ein Verwandter des Senators gestorben ist. (Tel.)

Briefe aus **Rom** vom 24. Jan. zeigen an, daß Kardinal Patrizzi, in seiner Eigenschaft als Präfekt der Kongregation für den Aufenthalt der Bischöfe, definitiv an den Kardinal d'Andrea geschrieben hat, in seine Diözese zurückzukehren.

Rom, 26. Jan. Die „Unità Cattolica" bringt die Uebersetzung des lateinischen Schreibens, mit welchem Kardinal Antonelli sämmtlichen Bischöfen der katholischen Welt den Syllabus zustellte. Es heißt darin: Pius IX. habe vom Beginn seiner Regierung an nicht abgelassen, die Grundirrthümer und falschen Lehren, sonderlich die unseres eigenen unseligen Zeitalters, durch encyklische Briefe, Allocutionen im Konsistorium und andere apostolische Schreiben zu verdammen. Da aber möglicherweise nicht alle diese Aktenstücke zur Kenntniß der einzelnen Geistlichen gekommen, so habe er jene Irrthümer im gegenwärtigen Syllabus zusammengestellt und drucken lassen zur Mittheilung an alle Bischöfe der katholischen Welt, nebst einem encyklischen Brief an eben dieselben u. s. w. „Mit vielem Vergnügen ergreife ich diese Gelegenheit, Ew. Excellenz die Gefühle meines ehrfurchtsvollsten und ergebensten Herzens zu bezeugen, und mich, indem ich derselben demuthsvollst die Hände küsse, zu zeichnen Ew. verehrungswürdigsten Exc. demüthigst ergebenster Diener G. Kard. Antonelli. Rom, 8. Dez. 1864."

Turin, 26. Jan. Gestern Abend hatten wir hier wieder eine recht artige Demonstration, welche angeblich von der studirenden Jugend ausgegangen sein soll, was aber durchaus nicht der Fall ist. Arbeiter und Müssiggänger zogen durch die Po-Straße, um Sclopis und Ferraris (diesen wegen seiner letzten Parlamentsrede) hoch leben zu lassen, und zerstreuten sich hierauf am Viktor-Emanuels-Platze. Heute Abends sollen vor den Häusern der früheren Minister Pereals veranstaltet werden; auch diese Demonstration legt man fälschlicherweise der Universitätsjugend, welche derselben ganz fremd zu bleiben beschlossen hat, zur Last.

Turin, 26. Jan. Bei der am 23. d. im großen Börsensaal in Neapel abgehaltenen Preisevertheilung an die Schuler der Volksschulen, saß zur Linken des Prinzen Humbert der bekannte Kardinal d'Andrea, zu dessen Rechten die Gemahlin des gelehrten Deputirten Baldacchini. Da der Zeremonie eine große Menge von Personen aus der niedern Volksklasse beiwohnte, so behielt dieselbe durchaus keinen würdevollen Charakter bei, und der Kardinal wurde beim Einsteigen in seinen Wagen nicht gerade mit Zeichen von besonderer Ehrfurcht begrüßt. — Die Zeichnung auf die Staatsgüter-Obligationen hat das Resultat geliefert, daß die gezeichneten Summen derart das geforderte Kapital überschritten, daß erstere um $1/5$ gekürzt werden müssen. Trotzdem stehen die betreffenden Obligationen nicht Agio, da die Bankierwelt sich von der Operation gänzlich fern gehalten hat.

Turin, 29. Jan. Die offizielle Zeitung meldet: die Regierung sei gegen die Demonstrationen vom 25. und 26. d. M. nicht eingeschritten; wohl aber habe am Abend des 27., als die Ansammlungen zahlreicher wurden, die Nationalgarde die Leiter derselben verhaftet. Die Ruhe sei wiederhergestellt. Die Stadt habe sich an den Vorfällen nicht betheiligt; die Regierung fühle sich verpflichtet, der Nationalgarde ein ehrenvolles Zeugniß auszustellen.

Frankfurter Börse (vom 22. bis 28. Januar).

Samstag. Die Börse zeigte in der abgelaufenen Woche ein regeres Leben und die Spekulation arbeitete wieder tüchtig in Hausse, die vornehmlich in österr. Kredit- und Bankaktien ihre Triumphe feierte. Das solide Publikum der Kapitalisten zeigt jedoch im Allgemeinen noch immer eine gewisse Reserve. Nach den vielfachen Erfahrungen der letzten Zeit ist ihm dies auch nicht zu verargen, denn leider ist zu befürchten, dass bei den sich fortwährend günstiger gestaltenden Geldverhältnissen die Agiotage wieder mit allerhand neuen Anforderungen hervorkommen und den Markt mit Emissionen aller Art überschwemmen werde.

Von österr. Fonds nahmen 1860er und 1864er Loose an der Hausse einigen Antheil. Bei ersteren fanden namentlich auch Deckungskäufe wegen der nahen Ziehung statt, um die Heuer zu ersparen, die $1/2$ pCt. beträgt. 1864er Loose hoben sich um fl. $2^1/_2$ auf 90, indem die exzeptionellen Gründe, welche den starken Rückgang veranlasst hatten, nunmehr aufgehört haben. Die zinstragenden Fonds sehr stationär, namentlich wollen National nicht recht voran; neue Silber-Metalliques waren sehr offerirt und schliessen bis $74^1/_2$.

In süddeutschen Fonds wenig Veränderung und beschränkte sich das Geschäft auf den laufenden Bedarf. Neue finnländische Pfandbriefe zu $83^1/_2$ in Umsatz und zeigte sich namentlich Nachfrage für kleinere Posten zu solider Kapitalanlage. In amerikanischen Effekten war die Woche über wenig Variation. 1882er hielten sich fest um $49^1/_2$ erst heute trat auf günstigere Nachrichten aus New-York vom 14. d. Mts. ein Aufschwung ein und das Effekt schliesst zu $49^3/_4$.

In österr. Kreditaktien ist das Spiel wieder einmal in der schönsten Blüthe. In verflossener Woche waren die Umsätze darin von sehr grossem Belang und wurden bedeutende Posten, sowohl für die Arbitrage, als auch von Börsenspielern gehandelt, während das ruhige Publikum dem Wetter doch nicht recht trauen will und sich passiv verhält. Daraus erklären sich auch die starken Kursschwankungen. Der geringste Rückgang in Wien veranlasst die zum Theil in Ueberspekulation sich befindenden Spieler zum Losschlagen, während sie bei einer geringen Hausse von Wien gleich wieder zugreifen. Man kann es dem besonnenen Zuschauer nicht verargen, wenn er dem jetzigen Treiben gegenüber zurückhaltend bleibt. Ist denn der innere Werth der noch vor Kurzem für so trostlos gehaltenen Aktie über Nacht in solchem Maasse gestiegen und kann man den möglichen Gewinn an einer möglichen Betheiligung an dem Staatsdomänen-Geschäft schon jetzt ins Blaue hin eskomptiren? — Kreditaktien, die im Laufe dieser Woche bis 197 gegangen waren, schliessen zu $195^1/_2$, um $6^1/_2$ fl. höher als vor 8 Tagen. — Von kleindeutschen Kreditaktien setzten Darmstädter ihre steigende Bewegung fort und verlassen die Woche mit einer Kursavance von fl. $4^1/_2$ zu 237. — Von Zettelbankaktien nahmen österr. Nationalbank einen tüchtigen Aufschwung, sie stiegen im Beginn der Woche von einem Tag zum andern um fl. 24 und wurden am Donnerstag momentan bis 850 gehoben, um heute fl. 834, um fl. 34 über vorwöchentlicher Schlussnotiz zu bleiben. Diese wenn auch wohl sich etwas überstürzende Hausse hat einen soliden Grund in der konsequent fortschreitenden Konsolidirung des Instituts.

Pfälzische Linien behauptet. Bexbacher bis 146 bezahlt, Neustadt-Weissenburger um 1 pCt. bis $105^1/_4$ gestiegen. Bayer. Ostbahnen bleiben beliebt. Frankfurt-Hanauer haben den Parikurs überschritten und wurden bis 101 bezahlt; man spricht von einem bald bevorstehenden fakultativen Umtausch der Aktien in Gemässheit der Bestimmungen des Vertrages mit der hessischen Ludwigsbahn; auch der Dezemberausweis ist befriedigend. — Von Eisenbahn-Prioritäten fanden sehr bedeutende Umsätze in Galizischen statt und wurden grössere Posten von guter Seite zu 84 willig genommen. Auch in österr. Staatsbahnen, Lombarden und italienischen Prioritäten ging einiges zu behaupteten Kursen um.

Der Geldstand gestaltet sich fortwährend günstiger, obschon in den letzten 14 Tagen bedeutende Silbersendungen von hier fortgegangen sind, namentlich nach Oesterreich zur Bezahlung der Rate für die Südbahn an die Nationalbank. Im Privatverkehr war für erste Diskonten zu $3^1/_2$ pCt. willig anzukommen und dürfen wir daher einer weiteren Herabsetzung des hiesigen Bankdiskontos bald entgegensehen. Fremde Devisen in guter Frage, namentlich London, Paris, Hamburg und Wien gesucht, welches letztere sich auf $102^1/_2$ erhöht hat. (Akt.)

Hiezu die Beilage: „Würzburger Anzeiger".

Verantwortlicher Redakteur: A. Hartmann.
Druck und Verlag der Stahel'schen Buch- und Kunsthandlung in Würzburg

Nr. 8005.

Amortisations-Edikt.

Amortisation von Hypothekenforderungen betr.

Vom k. Landgericht Werneck.

In den Hypothekenbüchern für Niederwerrn sind die nachbezeichneten Forderungen und Kaufschillinge nebst Eigenthumsvorbehalte eingetragen, bezüglich welcher die Nachforschungen nach den rechtmäßigen Inhabern fruchtlos geblieben und von dem Tage der letzten auf diese Forderungen sich beziehenden Handlungen an gerechnet mehr als 30 Jahre verstrichen sind.

Im Hinblick auf §. 82 des Hypothekengesetzes werden daher auf Antrag der jetzigen Besitzer alle Diejenigen, welche Rechte auf diese Forderungen zu haben glauben, zur gerichtlichen Geltendmachung derselben

binnen 6 Monaten

andurch aufgefordert, widrigenfalls nach Ablauf der Frist die sämmtlichen Forderungen für erloschen erklärt und die Löschung im Hypothekenbuche vollzogen werden würde.

Werneck, den 30. Septbr. 1864.

Königliches Landgericht.

Königl. Landrichter beurlaubt.

[3c] Reinhardt, Ass. Meisner, Funktionär.

Fortl. Nr.	Name des eingetragenen Schuldners.		Gläubigers.	der Hypotheke Betrag fl.	kr.	Rechtstitel rc.	Hyp.-Buch. Bd.	Seite.
1	Fenn Michel in Niederwerrn		Nihm Dreschfeld in Niederwerrn als Cessionar des Grg. Lauerbach daselbst.	60		Kaufschillingsrest laut Strichspr. vom 8. März 1826 und Hyp.-Eintrag vom 4. April 1826.	II.	211.
2	Lutz Georg	allda	"	26		"	II.	211.
3	Damm Simon	"	"	50		"	II.	235.
4	Göb Johann Nikolaus jg.	"	"	170		"	II.	227.
5	Bittenbring Michael	"	"	15		"	II.	229.
6	Lutz Georg	"	"	27		"	II.	213.
7	Brändlein Lorenz jg.	"	"	27		"	II.	267.
8	Brändlein Lorenz	"	"	1360		"	II.	247.
9	Reichenbecher Nikolaus	"	"	80		"	II.	245.
10	Göb Joh. Nikolaus jgst. und Theilheimer Hohna	"	"	91 / 20		"	II.	261.
11	Hänsinger Johann jg.	"	"	48		"	II.	204.
12	Derselbe		"	14 / 13		"	II.	203.
13	Krieger Nikolaus	"	"	20		"	II.	271.
14	Theilhaber Hohna	"	"	8		ditto laut Hyp.-Eintrag vom 4. Juni 1832.	III.	439.
15	Von der Linden Adam ledig	"	Düsel Christof von Niederwerrn.	41	40	Kaufschillingsrest laut Strichspr. vom 15. Dez. 1823 und Hyp.-Eintrag vom 26. April 1825.	II.	697.
16	Lauerbach Marg. Barbara ledig	"	"	20	50	"	II.	709.
17	Eberlein Philipp	"	"	108	20	"	II.	671.
18	Fenn Michel	"	"	84	46	"	II.	650.
19	Baumhämmel Michel	"	"	5		"	II.	653.
20	Damm Simon ledig	"	"	107	5	"	II.	655.
21	Hehn Kaspar	"	"	28	15	"	II.	673.
22	Abremer Michel	"	"	62	55	"	II.	691.
23	Göb Joh. jg.	"	"	63	20	"	II.	695.
24	Hohmann Bernhardt	"	"	47	30	"	II.	705-703.
25	Geiersbach Jakob	"	"	26	40	"	II.	711.
26	Göb Georg Wilhelm alt	"	"	38	45	"	II.	713-715.
27	Endreß Philipp	"	Brendel Maiblum in Niederwerrn.	25		Darlehen mit 4% verzinsl. laut Hypothekeneintrag vom 26. April 1834.	V.	199.
28	Frankfelder Benedikt	"	Chemiker Schmitt in Schweinfurt und beziehungsweise Chirurg Handschuh in Niederwerrn.	200		Kaufschillingsrest zahlbar 1. April 1834 laut Hyp.-Eintrag vom 15. Juli 1830.	V.	73.
29	Hehn Kaspar	"	Hofmann Martin zu Schweinfurt.	70		Kaufschillingsrest laut Strichspr. vom 9. April 1821 und Hyp.-Eintrag vom 26. April 1826.	II.	617.
30	Brändlein Lorenz	"	Göbel Amalia Rosine in Niederwerrn.	162	30	"	II.	611.
31	Nordschild Abraham	"	Die Gläubiger des Georg Lauerbach von Niederwerrn resp. der Cessionar Hirsch Nihm Dreschfeld alldort.	41		Kaufschillingsrest laut Strichspr. vom 8. März 1826 und Hypothekeneintrag vom 4. April 1826.	II.	195.
32	Gutmann Baruch	"	"	25		"	II.	223.
33	Spiegel Johann Georg	"	"	29		"	II.	185.
34	Hohmann Bernard	"	"	26		"	II.	187.
35	Fenn Michel	"	Friedrich Spiegel von Niederwerrn.	101	40	Kaufschillingsrest laut Strichspr. vom 8. Jan. 1823 und Hyp.-Eintrag vom 26. April 1825.	II.	585.
36	Derselbe		Abraham Rosenstrauß zu Niederwerrn.	101	40	Kaufschillingsrest laut Strichspr. vom 20. Jan. 1823 und Hypothekeneintrag vom 26. April 1825.	II.	587.
37	Brändlein Johann Adam	"	Friedrich Spiegel von Niederwerrn.	40	30	"	II.	573-578.
38	Nordschild Abraham	"	Hirsch Nihm Dreschfeld von Niederwerrn als Cessionar des Georg Lauerbach allda.	18	30	Kaufschilling laut Strichsprotokoll vom 8. März 1826 und Hypothekeneintrag vom 4. Juni 1832.	V.	157.

Cours der Staatspapiere.

Oesterr.	5 pCt. Met. (Cp. 1. S. b. R.)	—
"	5 pCt. Lomb. ditto. à 24	—
"	5 pCt. Engl. Met. v. 1852	80 G.
"	5 pCt. Engl. Met. v. 1859	78 3/4 P.
"	5 pCt. Venet. Coupon b. R	84 3/4 P.
"	5 pCt. Nationalanl. v. 1854	68 G.
"	5 pCt. Metall. Obligation.	60 7/8 G.
"	4 1/2 pCt.	54 5/8 P. 1/2 G.
Preussen	3 1/2 pCt. Staatsschuldsch.	91 P.
Bayern	4 1/2 pCt. Obl. 1jähr. dto.	102 G.
"	4 1/2 pCt. Obl. 1/2jähr. dto.	102 3/8 G.
"	4 pCt. Obl. 1jähr. dto.	98 3/8 P.
"	4 pCt. Obl. 1/2jähr. dto.	99 1/4 P.
"	4 pCt. Obl. Ab.-R. dto.	98 7/8 P.
"	3 1/2 pCt. Obl. dto.	—
Württemb.	4 1/2 pCt. Obl. b. Rothsch.	105 P. 104 1/2 G.
"	3 1/2 pCt. Obl. dto.	95 7/8 P.
Baden	4 1/2 pCt. Obl.	—
"	3 1/2 pCt. Obl. v. 1842	91 7/8 P.
Gr. Hess.	4 1/2 pCt. Obl.	—
"	4 pCt. Obl. b. Rothsch.	101 G.
"	3 1/2 pCt. Obl. dto.	97 P.
Nassau	4 1/2 pCt. Obl. dto.	102 P.
"	4 pCt. Obl. dto.	99 1/8 P.
"	3 1/2 pCt. Obl. dto.	92 1/4 P.
Frankfurt	3 1/2 pCt. Obl.	95 P.
"	3 pCt. Obl.	90 1/2 P.
Spanien	3 pCt. inl. Sch. P. à fl. 2. 30	41 1/4 P.
"	2 1/4 pCt. " " "	—
Schweden	4 1/2 pCt. Obl. à 105 Thlr.	91 1/2 G.
N.Amerika	6 pCt. à 1000r. 1881 D. 2 1/2	—
"	6 pCt. ditto r. 1882 "	51—1/2 G.

Diverse Aktien.

Frankfurter Bank à fl. 500 . . .	145 7/8 P.
K. K. Oesterr. National-Bankaktien	838 G.
Oesterr. Kreditbank-Aktien à fl. 200	195 1/2—94 1/2 G.
Bayer. Hypothekenb. Pfandbriefe 4 pCt.	98 1/8 P.
Darmst. Bank 1. u. 2. Serie à fl. 250	259 1/2 P.
Weimarische Bank à Thlr. 100 . .	99 1/4 P.
Mitteldeutsche Kreditaktien . . .	99 1/4 P.
Intern. Bank in Lux. à 250 Frs. à 28 kr.	—
Taunus-Eisenbahn à fl. 250 . . .	351 P.
Frankfurt-Hanauer-Eisenbahn . . .	104 5/8 P. 3/8 G.
Oest. F.St.Eisb. 5pCt. 500 Fr. à 28 kr.	—
" Elisab.-Eisenbahn 5 pCt. . .	117 3/4 P. — G.
Böhm. Westbahn-Aktien à fl. 200 6/7	72 1/2 P.
Rhein-Nahe-Bahn 200 Thl. à 105 4pCt. Z.	27 5/8 P.
Ludwigshafen-Bexbacher à 4 pCt. .	145 7/8 P. 3/4 G.
dto. dto. Prior. à 4 pCt.	97 3/4 P.
Pfälz. Maxb. b. Rothschild à 4 1/2 pCt.	106 P. 105 3/4 G.
Oest. St.-Eisenb. Prior.-Oblig. à 3 pCt.	50 1/2 P.
Elisab.-Bahn Prior. 5 pCt. 6/7	79 3/4 P.
Südd. Bank-Akt., 30 pCt. Einz.	256 G.
Span. Handels- und Industrie . .	—
Bayr. Ostbahn à 4 1/2 pCt. volleinbez.	114 1/4 P.
Bayer. Ostbahn mit 50 pCt. Einz.	113 5/8 G.

Wechsel
in süddeutscher Währung.

Amst. fl. 100 k. S.	100 3/8 G.
Antwerp. Frs. 200 k. S.	93 1/8 G.
Augsb. fl. 100 k. S.	100 P.
Berlin Th. 60 k. S.	104 7/8 P.
Brem. 50 Th. Lsd. k. S.	96 3/4 P.
Brüssel Frs. 200 k. S.	93 7/8 G.
Cöln Thlr. 60 k. S.	104 7/8 P.
Hamb. MB. 100 k. S.	88 7/8 G.
Leipzig Th. 60 k. S.	104 7/8 P.
London Lst. 10 k. S.	116 1/4 G.
Lyon Frs. 200 k. S.	—
Mail. Frs. 200 . .	93 5/8 G.
München fl. 100 k. S.	100 P.
Paris Frs. 200 k. S.	94 G
Petersburg 60 S.-R.	—
Triest fl. 100 k. S.	—
Wien fl. 100 ö. W.	—
do. in öst. W. l. S.	102 3/8—1/2 G.
Disconto	4 1/2 pCt. G.

Anlehens-Loose.

Oesterr.	fl. 250 v. 1839	—
"	fl. 250 v. 1854 mit 4pCt.	76 P.
"	fl. 500 v. 1860 6/7	84 1/4 G.
"	fl. 100 Kisb. L. v. 1858.	130 G.
"	do. v. 1864	89 1/4 P.
Schwed. 10 Thlr. Loose		9 5/8 P.
Badische fl. 50		—
Badische fl. 35		53 P.

Kurhess. Thlr. 40 b. R.	54 1/8 G.
Gr. Hessen fl. 50 b. R.	137 3/4 P.
" fl. 25 do.	40 P.
Nassau fl. 25 bei Rothsch.	37 3/4 P.
Sardinische Fr. 36 b. B.	—
Neuchateler 10 Frs.-Loose	—
Freiburger 15 Frs.-Loose	—
Mailänder 45 Frs. l. b. R.	32 1/2 P.
St. Lüttich mit 2 1/2 pCt. Z.	35P.
Ansb.-Gunzenh. fl. 7-L.	10 1/2 G.

Frankfurt, 30. Januar. Günstige Kriegsberichte bewirkten ein starkes Steigen der amerikanischen Fonds bei sehr bedeutenden Umsätzen. Auch für österr. Fonds war die Stimmung recht günstig und das Geschäft in Loosen von 1860 sehr lebhaft. Besonders gesucht waren Darmst. Aktien. Fremde mit Ausnahme der Thalerkreisen zu höheren Kursen gesucht. (Sypb.)

k. Hof- und Staatsbibliothek
N. Würzb. Ztg. München.

Neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht!

№ 32. | Vorausbezahlung: Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 1 fl. 30 kr. Bei Inseraten wird die dreispaltige Zeile in gewöhnlicher kleiner | 62. Jahrgang. | Schrift oder deren Raum im Hauptblatte mit 6 kr., im Anzeiger mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franco. | Mittwoch, 1. Februar 1865.

(Amtliche Nachrichten.) **München,** 30. Januar. Se. Maj. der König hat dem k. württembergischen Ober-Justiz-Revisor Chr. Gruner zu Ulm das Ritterkreuz 2. Klasse des Verdienstordens vom h. Michael verliehen; den als Lehrer an der k. Akademie der bildenden Künste funktionirenden Künstlern A. Strähuber und G. Seeberger den Titel und Rang eines k. Professors tax- und stempelfrei verliehen; die katholische Pfarrei Röttenbach, Bezirksamts Roding, dem Priester A. Eckl, Benefiziat in Hahnbach, Bezirksamts Amberg, übertragen. (B. Z.)

Aus **München,** 29. Jan., schreibt man dem „N. K.": „Was auch die „Nordd. Allg. Ztg." Gegentheiliges in gewundenen Phrasen versichern mag, es ist und bleibt doch wahr, daß Herr v. Hock in Berlin nicht das geringste reelle Entgegenkommen gefunden hat, sondern daß man ihn dort mit leeren Versprechungen und glatten Worten abzufinden versuchte, ihn von Pontius zu Pilatus schickte, ohne daß dabei etwas heraussah, und schließlich so weit brachte, daß er sich entschloß, lieber den Ufern der Spree Valet zu sagen, als sich länger an der Nase herumführen zu lassen; denn das ist der rechte Ausdruck für die Behandlung, die ihm von Seite der Vertreter der preußischen Regierung zu Theil wurde. Was in preußischen Blättern von Differenzen über die Weinzölle gesagt wird, ist nur tendenziöse Schönfärberei, um die Welt glauben zu machen, an diesem einen Punkt hänge es, und da mache Oesterreich unbilliger Weise Forderungen, die Preußen nun einmal unmöglich zugestehen könne. Dem ist nicht so; die Weinzölle wären das Wenigste, darüber könnte man sich wohl schon einigen, wenn nur überhaupt Aussicht auf eine Einigung wäre; aber es fehlt in Berlin der gute Wille dazu vollständig."

München, 30. Jan. Ueber die Brochüre: „Ein Wort in der Staatsanwaltsfrage von Dr. Hermann Seuffert", schreibt man der „Augsburger Abdztg.": „Der Verfasser untersucht die einzelnen Gruppen von Thätigkeiten, welche nach dem bayerischen Civilprozeßentwurf der Staatsanwaltschaft überwiesen werden sollen und kommt zu dem Resultate, daß die Uebertragung dieser Funktionen an die Staatsanwaltschaft zum Theile nothwendig, zum Theile jedenfalls nützlich und unter allen Umständen ungefährlich ist. Nur tadelt der Verfasser an dem Regierungsentwurfe, daß dieser den Staatsanwalt in gewissen Fällen zwingen will, bei Meidung der Nichtigkeit ein Gutachten abzugeben, und an dem Entwurfe des Referenten, daß dieser die Befugniß der Gutachtensabgabe so sehr beschränke. Ebenso erklärt der Verfasser sich damit nicht einverstanden, daß der Staatsanwaltschaft die Ordnungsklage gegenüber den Richtern eingeräumt werden wolle, während dies nach Ansicht des Verfassers nur durch ein Verfassungsgesetz geschehen könne.

Wien, 29. Jan. Die „Ostd. Post" bespricht heute das Verhältniß Oesterreichs und Preußens und findet, daß Oesterreich sich bei dem viel gepriesenen Bündniß nicht zum Besten stehe. Am Schluß ihres Artikels sagte sie: „Wenn es wahr ist, daß Prinz Friedrich Karl hier die Aeußerung fallen ließ, Oesterreich würde sich Preußen auf ein Jahrhundert hinaus verbinden, wenn es seinem gegenwärtigen Verlangen entgegenkäme, so ist das allerdings ein hoher Preis, den wir gerne uns sichern möchten. Wenn wir nur wüßten, wer ihn uns assecurirt! Wir wären schon mit einem Vierteljahrhundert zufrieden und lassen gerne fünfundsiebzig Prozent nach. Als Kaiser Leopold den Kurfürsten von Brandenburg zum König von Preußen erhob, da antwortete dieser in einem Schreiben, das noch in unserem Archive aufbewahrt liegt, in welchem nicht für ein Jahrhundert, sondern für alle Zeiten der unauslöschliche Dank des preußischen Hauses dem österreichischen zugesichert war. Vierzig Jahre später fiel Friedrich II. der verwaisten Maria Theresia ins Land. Wir verlangen nicht einmal, daß man uns vierzig Jahre stunde. Aber wenn Preußen besitzt, was es zunächst wünscht, wenn Preußen erst angefangen hat, sich weiter in Deutschland auszubreiten: wird und kann es Oesterreich als Rivalen neben sich dulden?"

Wien. Der „Botschafter" vom 30. Jan. enthält folgende Mittheilung: „Baron Brunnow, der russische Gesandte in London, wurde neuerlich vom Fürsten Gortschakoff angewiesen, geltend zu machen, daß die Familieninteressen des russischen und des englischen

Feuilleton.

Aus dem Quartier Latin.

Noch ein Jahrzehnt und von dem einst berühmten Pays latin wird keine Spur mehr auf dem Erdboden zu finden sein, wie weiland vom lateinischen Kaiserthum. Der graue Dom der Sorbonne wird über einen neuen Stadttheil ragen, über lichte, breite Straßen, glänzende Boulevards und geschäftige Alltagsgesichter, die von der ehemaligen Existenz des lateinischen Viertels gerade so viel wissen, wie der kleine Bube in Worms, den ich einst nach den Nibelungen fragte. Wo aber die Häuser abgebrochen werden, müssen die Einwohner ausziehen; gegen diese Behauptung läßt sich wenig einwenden. Der Pariser Student befindet sich in diesem Fall. Er muß die geliebten Mansarden verlassen und anderswo einen Ort suchen, um sein Haupt niederzulegen. Er findet aber diesen Ort nur unter einer Bedingung: er muß den Sitten und Gebräuchen der guten alten Zeit Lebewohl sagen und sich bequemen, in die von ihm einst verachtete Spezies des Philisterthums einzutreten; er muß in Zukunft sich kleiden, essen, trinken, schlafen und sich geberden, wie es einem ruhigen Bürger zukommt. In diesem langsamen Civilisationsprozeß geht die Gattung des Studiosus parisiensis langsam, aber nicht minder sicher zu Grunde, und mit ihm wandelt eine zweite Spezies ins Grab, welche ehemals in Leid und Freud enge mit ihm verbunden war: die Pariser Grisette, dieser personifizirte Widerspruch treuer und flüchtiger Liebe, aufopfernder Hingebung und schnellgetröstetster Entsagung. Studententhum und Grisettenthum stand unter Ludwig Philipp und der Republik noch in vollster Blüthe; das Wort Grisette ist heute bereits ein Anachronismus und hat im Pariser Vocabulaire nur noch philologische Berechtigung. Der Zug patriarchalischen Familienlebens im alten Studententhum, der in mancher Chanson Béranger's so reizend widerklingt, ist unwiederbringlich dahin; der Student, mit Zwang in den Gentleman hineinmetamorphosirt, sitzt den Tag über im Wirthshause, spielt Karten oder Domino, trinkt Bier und liest sogar die Zeitung. Kein Dichter wird mehr erstehen, um über dieses einförmige, prosaische, oft wüste und rohe Leben den Zauber seines Gesanges zu breiten.

Die Musensöhne, welche die südlichen Provinzen in die Hauptstadt senden, bewahren mit Zähigkeit wenigstens im Kostüm die alten Traditionen. Die Kinder des Languedoc, die Bordelaisen, die Söhne der Dauphiné und der Provence, „reich an Lieb' und an Gesängen", wie Grabbe singt, gehen einher mit weiten Pumphosen, die ein einfacher Cordon mit langer Troddel in der Schwebe hält, mit flatterndem Rock von unbestimmbarem Grau, und decken das Haupt mit breitem, tellerartigem Barret von feuerrother Farbe, nach hinten in den Nacken gezogen und mit einer langen blauen Troddel versehen. Sie tragen keine Uhren, weil dem Glücklichen keine Stunde schlägt, und weil sie außerdem keine Westentaschen haben, aus Mangel an Westen. Der ganze Aufzug sieht wenig ritterlich und troubadourmäßig aus und erweckt kein Vertrauen. Auch hüten sich die Kafetiers, diesen Stammhaltern des alten Pays latin über zwanzig Sous hinaus Kredit zu geben.

Die Metamorphose, welche mit der Grisette vorgegangen, ist weit unglücklicher ausgefallen. Die Grisette ist femme du quartier geworden, ein menschliches Wesen, das vom Weibe nichts als die äußere Gestalt gerettet hat, übrigens aber in den Wirthshäusern haust, Bier und Absinth trinkt, Karten spielt, raucht und flucht wie ein Dragoner.

Hofes gegenüber Dänemark durch die Verbindung der beiden Thronfolger mit zwei dänischen Prinzessinnen homogen seien und demnach eine identische Anschauung und Würdigung der in Frage stehenden Angelegenheit bedingen."

In der letzten Sitzung des **Wiener** Universitäts-Konsistoriums ist — wie die „Presse" berichtet — über die Frage der Zulassung der Akatholiken zu den akademischen Würden abgestimmt worden und hat sich die Majorität des Universitäts-Konsistoriums dafür ausgesprochen, daß den Privilegien gemäß es auch künftig dabei zu verbleiben habe, daß nur die Katholiken Dekane und Rektoren werden dürfen.

Berlin, 30. Jan. Die „Kreuzzeitung" sagt: „Das Abgeordnetenhaus scheine von Mitgliedern, welche einen schärferen Konflikt vermeiden wollen, in der Budgetberathung auf Nebenwege verleitet zu werden, welche thatsächlich auf Einstellung der Arbeiten bezüglich der gesetzlichen Feststellung des Staatshaushaltes führen würden. Es scheine unzweifelhaft, daß die Regierung eine thatsächliche Verweigerung der Mitwirkung als solche betrachten und dem Hause die Verantwortung für die Fruchtlosigkeit und den nothwendigen Abbruch der Verhandlungen überlassen würde."

Stuttgart, 30. Jan. Unser neues Ministerium betritt, wenn auch vorsichtig, den Weg der Reformen. Behufs einer Revision der Verfassung, insbesondere des unnatürlichen Abgeordneten-Wahlgesetzes, wird gegenwärtig von den Bezirksämtern eine Statistik der Steuern erhoben; und heute erfuhren wir in der Abgeordnetenkammer, bei Gelegenheit der Berathung der Besoldungs-Aufbesserungen, daß besondere Kommissionen einberufen werden sollen, um die Reorganisation des Beamtenwesens der verschiedenen Departements zu berathen; schließlich werde zu demselben Zwecke eine Gesammtkommission zusammentreten, an der auch Landtags-Abgeordnete theilnehmen sollen.

Hamburg. Die durch Preußen verschuldete Verzögerung der Einführung definitiver Zustände in den Elbe-Herzogthümern trägt daselbst schlechte Früchte. Der „Wes.-Z.", einem bekanntlich preußisch gesinnten Blatte, wird aus Holstein geschrieben: „Wer unser Land vor etwa sechs Monaten gesehen hat, würde es jetzt kaum wieder erkennen, eine so gänzliche Veränderung, oder vielmehr einen so gänzlichen Rückfall in altes, sanguinischer Weise schon überwunden gehaltenes Siechthum zeigt seine politische Physiognomie. Die eigenthümliche Verbindung erbitterter Leidenschaft in den Gemüthern mit fast gänzlicher Stagnation in dem Verlaufe der äußeren politischen Begebenheiten, ist nach den wie traumhaft vorübergegangenen glorreichen Ereignissen des letzten Jahres wieder in ihr altes Recht eingetreten. Der Parteikampf ist heftiger als jemals entbrannt, und eine definitive Entscheidung, der sich der Mensch, wie jeder Nothwendigkeit, endlich beugen müßte, in unabsehbare Fernen gerückt." Eine solche Stimmung ist wohl beispiellos in einem „befreiten" Lande.

Aus **Bremen** erfährt man über das bevorstehende zweite deutsche Bundesschießen, daß die Schießordnung dieselbe ist, wie diejenige des ersten deutschen Schützenfestes, während die Schießmanipulation eine viel einfachere, derjenigen des zweiten mittelrheinischen Bundesschießens nachgebildete ist. Durch diese zweckmäßige Einrichtung tritt allein schon eine Ersparniß von einigen hunderttausend Schußkarten ein. Mit dem Anfertigen der silbernen Becher als Preise für die Stand- und Feldkehrscheiben ist man bereits eifrig beschäftigt, und dieselben sollen an Geschmack und Eleganz die Frankfurter übertreffen. Eine Verpachtung der Schützenwirthschaft wie in Frankfurt wird nicht stattfinden, vielmehr übernimmt das Wirthschaftskomite dieselbe auf eigene Kosten und wird gegen billiges Honorar einen Wirth mit der Leitung beauftragen. Ueberhaupt sind die Festeinrichtungen so weit gediehen, daß schon lange vor dem Feste Alles fertig dastehen wird; die Schießhalle ist bereits zum Drittheil aufgeschlagen, die Küchengebäulichkeiten stehen sämmtlich, und mit dem Aufschlagen der Festhalle wird jetzt begonnen.

Kopenhagen, 25. Jan. Der Märzverein ist unter dem Namen „Dänischer Volksverein" heute wieder erstanden. Eine Anzahl bekannter nationaler Politiker ladet zum Beitritt ein. Zu seinen Zwecken zählt er auch die „Bewahrung der in gemeinsamer Nationalität und geschichtlichen Erinnerungen begründeten Verbindung mit den dänischen Schleswigern."

Aus **Paris,** 28. Jan., schreibt man der „A. Z.": „Es wird zur Manie, jeden Schnupfen der Kaiserin als eine Erkrankung auszustreuen, und daran Gerüchte zu knüpfen, welche den Prinzen Napoleon bald zum Regenten und bald gar zum Vormund des kaiserlichen Prinzen bei Lebzeiten seiner Eltern machen. So wurde wieder geschwätzt, weil die Kaiserin am Mittwoch während des Hofballs in ihren Gemächern blieb. Der Prinz Napoleon geht wieder auf Reisen. Er erhält nämlich vom Kaiser eine Mission,

---

Die femmes du quartier sind eine der dunkelsten Schattenseiten im Leben des modernen Paris. Man findet unter ihnen Gestalten von blendender Schönheit; die Schönheit gerade ist der Kainsstempel dieser unglücklichen Geschöpfe. Man frage nicht, was aus ihnen wird, wenn die wenigen Jahre dessen, was für sie Glanz und Freuden bedeutet, um sind; wenn jüngere Nebenbuhlerinnen sie in den öffentlichen Bällen, den Schauplätzen ihrer Triumphe, verdunkeln?

Der Weg aus dem Tanzsaale durch das Hospital ins Grab ist kurz; die Reise macht sich mitunter in wenigen Tagen. „Elle est poitrinaire", sagen die Freundinnen gestern; „elle est morte", sagen sie heute, und morgen schon sagt Niemand etwas mehr. Versenkt und vergessen! — Das ist ein bitteres Ende, und ich bin von Herzen zufrieden, daß Rose Belle-Dent anders geendet hat. Es ist jetzt gerade zwei Jahre her, seit das Kind, dessen Name ich genannt habe, um's Leben kam, und ich will ihm das kleine Denkmal setzen, seinen Tod zu erzählen, so einfach auch die Geschichte sein mag. Denn Rose Belle-Dent war eine von den Wenigen ihres Standes, die man nicht vergaß, wenn man sie einmal gesehen.

Noch jetzt hört man im Quartier latin sprechen: „Schön war Rose Belle-Dent." Das Mädchen war in der That von unbeschreiblicher Schönheit und Grazie, und von einem Adel in Ausdruck, Bewegung und selbst in der Sprache, wie ihn manche Duchesse nicht besitzt. Sie war dabei, wie man zu sagen pflegt, „bonne enfant"; sie war nicht habsüchtig, nicht neidisch; sie war aufrichtig und sanft, und selbst Freundinnen haben nie Böses von ihr gesprochen. Wie sie hieß, wußte Niemand, vielleicht sie selbst nicht, und Niemand hat sie darum gefragt. Mit ihren von natürlichem Roth angehauchten Wangen blühte sie frisch dahin zwischen den bleichen, abgelebten und geschminkten Gesichtern ihrer Kameradinnen, und man nannte sie darum Rose; wenn sie lächelte, und sie lächelte stets, zeigte sie zwei Reihen blendend weißer Zähnchen; daher ihr zweiter Name, Schönzahn. Beide Namen waren charakteristisch, denn sie bezeichnen zwei Eigenschaften, die sich in ihrem Stande selten finden. Man hätte sie noch unter dem Titel de la belle-Chevelure in den Adelstand erheben können: denn, wenn im Eifer des Tanzes ihr Netz sich löste, fielen die dichten nußbraunen Haare über ihre Schultern herab wie ein langer seidener Schleier, ein Schmuck, der bei den Französinnen im Allgemeinen zu den Seltenheiten gehört.

Eines Tages war diese reizende Gestalt im Quartier latin aufgetaucht; man wußte nicht und fragt nicht, woher sie kam; wo sie sich aber zeigte, huldigte man ihr wie einer Königin. Man mußte sie tanzen sehen, um zu begreifen, wie es möglich ist, den wilden exzentrischen Bewegungen und Sprüngen des Pariser Cancan Poesie und Grazie zu verleihen. Ich gebrauche hier das Wort Cancan, um mich verständlich zu machen; man nennt den Pariser Tanz in der ganzen Welt Cancan, ausgenommen in Paris.

Inmitten aller Triumphe bewahrte Rose Belle-Dent ihr bescheidenes, guthmüthiges, offenes Wesen. Mit etwas mehr Routine begabt, wäre sie nach dem finanziellen Quartier Breda ausgewandert und hätte sich dort auf Kosten der Börsemänner, wie man sagt, eine Position gemacht. Sie war und blieb aber ein echtes Kind des lateinischen Landes; die Welt endigte für sie an der Seine im Norden, an dem Boulevard Montparnasse im Süden.

Mit siebzehn Jahren war sie auf dieser Szene erschienen; drei Jahre hielt sie in diesem kleinen Königreich das Szepter in Händen; dann legte sie es freiwillig nieder. Man sah sie nirgends mehr; was war aus ihr geworden?

Endlich erfuhr man das Geheimniß. Sie hatte sich rangirt und war Grisette geworden. Charles, ein liebenswürdiger junger Student, hatte gewußt, sie an sich zu fesseln, sie lebte still und glücklich mit ihm, arbeitete und gewann selbst einen Theil ihres Unterhalts. Aber sie lächelte nicht mehr wie früher. Sie fragte Charles: „Wenn Du fort gehst, was wird aus mir werden?" und Charles ewige Antwort: „Laß die Zukunft ruhen, mein Kind!" konnte sie nicht trösten.

Sie hatte bis dahin nie über die Zukunft nachgedacht. Jetzt fing sie plötzlich an, mit ihren großen dunkeln Augen zu forschen und zu fragen. That sich ihrem Blick das Bild unendlichen Elends auf, das ihrer vielleicht wartete? Ich weiß es nicht. Auch Charles wußte es nicht, und wenn er sie oft weinend fand, scherzte er ihre Thränen weg und küßte sie so lange, bis sie wieder lächelte.

welche als wichtig bezeichnet wird, über die jedoch Näheres noch nicht zu erfahren ist. Gewiß scheint es indeß zu sein, daß er an den Adreßdebatten im Senat nicht Antheil nehmen wird.

Paris, 29. Jan. Im „Courrier du Dimanche" wird dem Herrn v. Bismark wegen seiner schleswig-holsteinischen und inneren Politik folgende Lektion ertheilt: „1808 wollte Napoleon Spanien erobern. Anfänglich zog er als Freund ein, besetzte die Festungen und Zeughäuser, lagerte mit seinen Soldaten in Madrid und führte die ganze königliche Familie weg. Damals gehorchte ihm, mit Ausnahme Englands, ganz Europa. Seine Generale waren Lannes, Massena, Ney, Davoust, Murat; seine Armee kam von Austerlitz, Jena, Friedland, sein Schatz strotzte von Feindesbeute; er selber war Napoleon. Und fünf Jahre später war Spanien verloren für uns; unsere Heere waren vernichtet, unsere Kassen erschöpft, unsere berühmten Generale todt oder des Krieges überdrüssig, und die Spanier gingen über Bidassoa und fielen in Frankreich ein. Möge dies Hrn. v. Bismark als Lehre dienen! Er schmeichelt sich wohl nicht, ein größerer Feldherr, oder ein gewiegterer Staatsmann zu sein, als Napoleon. Er schaue auf dessen Sturz und zittere. Sein Sturz wäre nicht furchterregend sondern ridikül." Auch an Karl X, der in „Böhmen," und Polignac, der in England gestorben, erinnert Assollant. „Herr v. Bismarck, der Kiel annectirt und Berlin herausfordert, mag sich vor dem Schicksale des Herrn v. Polignac hüten."

Paris, 31. Januar. Der „Constitutionnel" dementirt das Telegramm der „Indep. belge", wonach die französische Regierung eine Note an den römischen Hof erlassen habe. Eine Note sei von dem Grafen Sartiges nicht überreicht worden, existire überhaupt nicht. (Tel.)

Madrid, 26. Jan. Der „Epoca" nach war in politischen Kreisen die Rede von einer langen und wichtigen Unterredung, welche vor einigen Tagen der Finanzminister mit der Königin gehabt habe, welche letztere den Wunsch geäußert, ganz genau die wahre Finanzlage des Landes zu kennen. Hr. Barzanallana soll bei dieser Gelegenheit erklärt haben: daß es seiner Ansicht nach durchaus unmöglich für Spanien sein würde, und seiner Würde nicht angemessen wäre, im Ausland verderbliche Anleihen abzuschließen, und daß er überzeugt sei, das Land müsse entweder durch Vorwegnahme der Steuern oder anderswie ein Opfer bringen, um Europa einen Beweis seiner Lebensfähigkeit zu geben. — Nach der „Epoca" hat der Krieg auf Santo Domingo bereits mehr als 200 Millionen Realen gekostet und ein Defizit von 100 Millionen in den Einnahmen von Cuba verursacht.

Aus **Rom**, 24. Jan., wird der „Köln. Ztg." geschrieben: „Die Wirkungen der Encyklica erfüllen das Kardinal-Kollegium mit neuem Vertrauen auf die Sache des Pontifikates. Es ist deßhalb abermals nicht allein von der Wahrscheinlichkeit, sondern auch von der Nothwendigkeit eines europäischen Kongresses eben in den Kreisen der hohen Geistlichkeit die Rede, und der Papst sagte vor Kurzem dem Grafen Sartiges, er sei von Anfang an dafür gewesen, der heilige Stuhl könne dabei nichts verlieren. — Der heilige Vater erwiderte gestern dem König Ludwig I. von Bayern seinen Besuch, den er ihm wenige Tage nach seiner Ankunft im November gemacht hatte. — Da die Aussichten des Fürsten Mgr. v. Hohenlohe auf die Nachfolge des Kardinals v. Geissel im Erzbisthume Köln in den letzten Tagen ungewisser geworden, so beabsichtigt der Papst, ihm das vor Kurzem durch den Tod Mgr. Melchiade Ferlisi's vacant gewordene Patriarchat von Konstantinopel zu verleihen. Damit ist die Residenz in Rom verbunden."

Palermo, 18. Januar. Am 16. d. M. überraschte die Polizei das Haus eines gewissen G. A. in Catania, und veranstaltete eine Durchsuchung. Als Ausbeute derselben ergab sich eine Anzahl photographischer und anderer Bilder von Franz II. und andern Gliedern der bourbonischen Familie, eine bourbonische Fahne, 440 Blätter mit dem Namen Francesco bedruckt und mit freiem Raum zum Ausfüllen, einige Waffen u. s. w., endlich Korrespondenzen aus Triest, Rom, Neapel, Malta, aus welchen die Existenz bourbonischer Komite's in Palermo, Catania und andern Orten der Insel hervorgehen soll.

Ein Brief der „Times" d. d. **Athen**, 19. Jan., enthält einige Schilderungen von der militärischen und polizeilichen Organisation des hellenischen Königreichs. Wie bekannt, hatte eine Räuberbande unter Kitzos gegen Ende Dezembers einen athenischen Bürger, Athanasios Vaglanelles, gefangen genommen und in das Gebirge entführt, und forderte als Lösegeld 30,000 Drachmen. Der Minister des Innern, von dem Ereigniß amtlich in Kenntniß gesetzt, pflog mit dem Kriegsminister Rath, um womöglich die Räuber einzufangen. Die Campagne war am 3. Jan. eröffnet,

---

Er fürchtete zuletzt, daß das arme Kind, an Schimmer und Glanz gewöhnt, in der Mansarde verkümmern würde, und beschloß, sie wieder in die Welt zurückzuführen, in der sie noch vor Kurzem ihre Triumphe gefeiert hatte.

Es war um die Neujahrszeit. Charles lud sie ein, den Opernball der Sylvesternacht zu besuchen. Rose Belle-Dent willigte ein, schlug jedoch jede Maske aus. Sie legte am Ballabend ein weißseidenes Kleid an und schmückte sich mit dem werthvollsten ihrer Geschmeide. Das einzige Geschenk, das sie von Charles verlangte, war ein weißblühender Myrthenkranz, der Schmuck der Todten nach hiesiger Sitte. Vergebens widersetzte sich ihr Geliebter; er mußte sich in diese Laune fügen.

Während des ganzen Balls war Rose bis zur Ausgelassenheit munter. Sie tanzte und lächelte wie früher. Gegen Ende des Festes sagte sie plötzlich zu Charles: „Wenn Du mich jetzt zu einem splendiden Souper führen willst, verspreche ich dir, nachher in die Seine zu springen. Willst du?" Charles gab auf den Scherz nicht mehr Acht, als jeder Andere es gethan haben würde, und führte Rose zum Souper. Um 3 Uhr Morgens verließ er mit ihr die Maison Dorée.

Ein dichter Nebel bedeckte die Straßen; es war unmöglich, drei Schritte vor sich zu sehen. Charles wollte einen Wagen suchen; Rose bat ihn, es nicht zu thun. „Wir haben kaum eine halbe Stunde Weges," sagte sie, „ich fühle mich frisch und ziehe es vor, zu gehen." In ihren kleinen Marotten war Rose gewohnheitsgemäß unerbittlich. Charles mußte einwilligen. Er gab Rose den Arm und Beide schritten rasch die Straße Richelieu hinab. Als sie auf dem Carousselplatz anlangten, wurden Rose's Schritte langsamer; sie zitterte vor Frost und begann über Müdigkeit zu klagen. Charles machte ihr die bittersten Vorwürfe. Auf dem Pont des Arts blieb sie plötzlich stehen. In der Nähe des Instituts rollte in eben diesem Augenblicke ein Wagen vorbei.

„Ich kann nicht weiter, Charles," sagte Rosa rasch, „ich bitte dich, sieh', ob jener Wagen frei ist; ich will mich so lange auf dieser Bank ausruhen."

Charles flog davon und rief den Wagen an; er war besetzt.

Er kehrte eilends zurück nach der Bank, wo er Rose verlassen, die Bank war leer.

Er glaubt sich getäuscht zu haben, sucht durch den Nebel weiter nach der nächsten Bank, ruft — keine Antwort. Rose war verschwunden.

Charles eilt nach Hause; er findet die Thüren verschlossen, wie er sie gelassen. Da kommt ihm die Erinnerung an den traurigen Scherz, den Rosa auf dem Balle gemacht.

Er stürzt nach dem Pont des Arts zurück. Der Nebel ist so stark geworden, daß man von der Brustwehr aus die Wasserfläche nicht erblicken kann. Keine Seele ist in der Nähe, um ihm zu rathen, ihm zu helfen. Er irrt in Verzweiflung unten am Ufer umher und findet endlich an einem Fahrzeug einen kleinen nur lose angebundenen Nachen. Auf diesem fährt er hinaus in Nacht und Nebel, angstvoll den Namen seiner geliebten Rose hinrufend über die kalten Wellen.

Alles Mühen war vergebens, der grauende Tag fand ihn noch an dem Strome, zwischen dem Pont des Arts und dem Pont royal hin- und herirrend, vor Frost und Angst erstarrt. Er stieg an's Land und begab sich nach Hause.

In Rose's Toilettentisch fand Charles folgendes Billet: „Ich habe Dich recht lieb gehabt, mein Charles. Vergiß mich nicht, und wenn Du mich wieder findest, begrabe mich in geweihter Erde. Behalte das Medaillon mit meinem Bild zum Andenken und gib die anderen Sachen, welche mir gehören, fort. Ich habe keine Eltern noch Verwandte. Verzeih mir den Kummer, den ich Dir gemacht habe. Deine Rose."

Am dritten Tage danach fand Charles seine Rose auf einem kupfernen Schrein in der Morgue wieder.

Er verbrachte die Nacht an ihrem Sarge und begrub sie früh Morgens in aller Stille.

Was er mit Rose in jener bangen Nacht gesprochen, weiß ich nicht. Er fragte sie wohl: „Warum hast du mir das gethan, mein Kind?"

Charles, früher froh und lebenslustig, ist seitdem still und ernst geworden; ihm wird jene Nacht wohl nicht mehr aus dem Sinne kommen.

---

indem Leonidas Bulgaris an der Spitze eines aus bewaffneten Polizisten und irregulären Truppen zusammengesetzten Detachements gegen die Bande auszog. Die Truppen hatten Weisung, zur Hilfeleistung die Schäfer und Feldarbeiter, welche sie auf ihrem Wege treffen würden, mitzunehmen. Sie verbreiteten sich über die ganze Hügelkette von Dekeleia nach Marathon, und kamen ihren Befehlen nach. Die Schafe wurden sich selbst überlassen, Ochsen und Pflüge blieben auf dem Acker stehen, denn Hirt und Lenker wurden von den Soldaten mitgeschleppt. Die königlichen Truppen passirten die Dörfer Truska, Liosia, Spala, Kalengi, Stamatais, Marathon und Brana, woselbst sie überall Häuser erbrachen, deren Eigenthümer auf dem Feld beschäftigt waren, und schreckliche Unordnung anrichteten. Wie die Bauern versichern, haben die Truppen des Leonidas Bulgaris binnen sechs Tagen mehr Schafe, Geflügel, Butter, Oel und Wein konsumirt, als Kitzos und seine Räuberschaaren in sechs Monaten. Den königl. Truppen folgte ein langer Schweif von Schäfern, Schäferhunden und Bauern, die als Gefangene mitgeführt und auf Kosten der Dorfbewohner gefüttert wurden. Am Ende jener sechs Tage waren die königl. Truppen glücklich etwa vier Wegestunden vorgerückt, als dem Kommandanten in der Nähe von Brana rapportirt ward, daß Hr. Kitzos mit sechs seiner Briganten in einem Thalgrund, der einige hundert Schritte entfernt war, ruhig ein geröstetes Schaf zum Abendmahl verzehre. Die Bauern drängten den Leonidas Bulgaris, gegen die Räuber vorzumarschiren; die Soldaten aber weigerten sich dessen, und Leonidas mußte Succurs von Marathon kommen lassen. So verstärkt, traten Polizei und Krieger den Zug an. Kitzos aber hat die Gewohnheit, nie an dem Ort zu schlafen, wo er zu Abend speist, und war inzwischen mit seinen Leuten unbehelligt durch die k. Truppen hindurch nach Böotien entwischt. Die „Armee" des Leonidas Bulgaris aber marschirte im Triumph in das Dorf Brana ein, und entschädigte sich hier an Lämmern und Geflügel, indem sie zur Abwechslung Männer und Weiber mit Prügeln traktirte. Der Kommandant der Truppen schien es den Branesen zur Last zu schieben, daß sie die Räuber nicht eingefangen hatten. Endlich wurden die Dörfer von ihren übeln Gästen erlöst; die Truppen wurden nach Athen zurückberufen, Leonidas Bulgaris abgesetzt, die Schäfer, Bauern und Hunde, die als Gefangene mitgeschleppt worden, in ihre Heimath entlassen. An Entschädigung war natürlich nicht zu denken. Resultat der ganzen Campagne: Kitzos ist noch in Freiheit und hat Bagianelles noch in seiner Gewalt. (Kitzos gehört zur englischen Partei, und wurde von dieser regelmäßig berufen, so oft man ihn zu irgend einem Zweck brauchte. Der Vorwurf, daß man keine Anstalten treffe, solches Unwesen zu beseitigen, wurde von derselben Partei dann regelmäßig der Regierung gemacht.)

Aus **Konstantinopel**, 18. Jan., wird dem „Moniteur" geschrieben, der Sultan wäre beinahe verunglückt, wenn die Geistesgegenwart seines Kutschers ihn nicht gerettet hätte. Auf der Rückfahrt von Jildiz-Kiosk wurden nämlich durch ein aus dem Dickicht plötzlich hervorbrechendes Rudel Rehe die vier Pferde vor dem Wagen Sr. M. scheu und sprangen seitwärts, wo ein tiefer Abgrund war. Der Kutscher vermochte aber noch, die Thiere zu bändigen und die Stränge durchzuschneiden. — In Mossul sind zwei Dominikaner ermordet worden. Um die Mörder ausfindig zu machen, ist eine Kommission dorthin von Aleppo am 3. d. abgegangen.

Amerika. Ueber die Lage des Südens berichteten zwei in Amerika niedergelassene Schweizer, aus deren Korrespondenz die „Appenz. Ztg." Mittheilungen macht. Der im Südstaate Tennessee niedergelassene Dekan Weishaupt schreibt u. A.: „Wir sind in fortwährender Unsicherheit und Gefahr in Bezug auf die räuberischen Banden der rebels (Rebellen). Man kann nichts wirklich sein eigen nennen. Nach jetzigen Aussichten scheint der Krieg erst angefangen. Es wird schwer halten, den Süden ganz darnieder zu legen. Es ginge leicht, wenn der ganze Norden so einig und an sich so treu wäre, wie es der Süden an seiner schlechten Sache ist. Geht es aber mit dem Krieg noch mehrere Jahre, so wird die Schuldenlast so entsetzlich groß, daß sie das Land fast erdrückt und Handel und Wandel werden so gehemmt, daß alle Stände darunter leiden müßten. Schon jetzt ist kaum mehr ein Schatten vom „gelobten" Lande übrig."

Aus **Mexiko** wird (über New-York vom 14. d.) berichtet: Der Kaiser Maximilian hat ein Manifest erlassen, worin er erklärt, daß Kirchengüter in Mexiko Eigenthum des Staates seien. Der päpstliche Nuntius zeigte an, daß er ohne Instruktion über diesen Punkt sei, worüber der Kaiser großes Erstaunen aussprach. In Mexiko liefen Gerüchte von einer Niederlage der Franzosen bei Eila um. In ganz Mexiko soll eine revolutionäre Stimmung herrschen.

Hiezu die Beilage: „Würzburger Anzeiger".

Verantwortlicher Redakteur: A. Hartmann.

Druck und Verlag der Stahel'schen Buch- und Kunsthandlung in Würzburg

Cours der Staatspapiere.

Oesterr.	5 pCt. Met. (Cp. i. S. b. R.)	—
„	5 pCt. Lomb. ditto. à 24	—
„	5 pCt. Engl. Met. v. 1862	$60\frac{3}{4}$ P.
„	5 pCt. Engl. Met. v. 1859	$78\frac{7}{8}$ P.
„	5 pCt. Venet. Coupon b. R.	$84\frac{3}{4}$ P.
„	5 pCt. Nationalanl. v. 1854	$68\frac{3}{8}$—$\frac{5}{8}$ G.
„	5 pCt. Metall. Obligation.	$61\frac{5}{8}$ G.
„	$4\frac{1}{2}$ pCt.	55 P. $54\frac{3}{4}$ G.
Preussen	$3\frac{1}{2}$ pCt. Staatsschuldsch.	91 P.
Bayern	$4\frac{1}{2}$ pCt. Obl. 1jähr. dto.	102 G.
„	$4\frac{1}{2}$ pCt. Obl. $\frac{1}{2}$jähr. dto.	$102\frac{1}{2}$ P.
„	4 pCt. Obl. 1jähr. dto.	99 P.
„	4 pCt. Obl. $\frac{1}{2}$jähr. dto.	$99\frac{1}{8}$ P.
„	4 pCt. Obl. Ab.-R. dto.	$98\frac{1}{2}$ G.
„	$3\frac{1}{2}$ pCt. Obl. dto.	—
Württemb.	$4\frac{1}{2}$ pCt. Obl. b. Rothsch.	$104\frac{1}{2}$ G.
„	$3\frac{1}{2}$ pCt. Obl. dto.	96 P. $95\frac{5}{8}$ G.
Baden	$4\frac{1}{2}$ pCt. Obl.	—
„	$3\frac{1}{2}$ pCt. Obl. v. 1842	$92\frac{1}{8}$ P.
Gr. Hess.	$4\frac{1}{2}$ pCt. Obl.	—
„	4 pCt. Obl. b. Rothsch.	$100\frac{7}{8}$ P.
„	$3\frac{1}{2}$ pCt. Obl. dto.	97 P.
Nassau	$4\frac{1}{2}$ pCt. Obl. dto.	102 P.
„	4 pCt. Obl. dto.	$99\frac{1}{8}$ P.
„	$3\frac{1}{2}$ pCt. Obl. dto.	$92\frac{1}{4}$ P.
Frankfurt	$3\frac{1}{2}$ pCt. Obl.	95 P.
„	3 pCt. Obl.	$90\frac{1}{2}$ P.
Spanien	3 pCt. inl. Sch. P. à fl. 2. 30	—
„	$2\frac{1}{4}$ pCt. „ „ „	$58\frac{3}{8}$ G.
Schweden	$4\frac{1}{2}$ pCt. Obl. à 105 Thlr.	$90\frac{7}{8}$ G.
N.Amerika	6 pCt. à 1000r. 1881 D. $2\frac{1}{2}$	—
„	6 pCt. ditto r. 1882 „	$62\frac{3}{4}$ G.

Diverse Aktien.

Frankfurter Bank à fl. 500 . . .	145 G.
K. K. Oesterr. National-Bankaktien	835—38 G.
Oesterr. Kreditbank-Aktien à fl. 200	196—$95\frac{1}{2}$ G.
Bayer. Hypothekenb. Pfandbriefe 4 pCt.	$98\frac{1}{2}$ P.
Darmst. Bank 1. u. 2. Serie à fl. 250	239 G.
Weimarische Bank à Thlr. 100 . .	$99\frac{1}{4}$ P.
Mitteldeutsche Kreditaktien . . .	$99\frac{1}{4}$ P.
Intern. Bank in Lux. à 250 Frs. à 28 kr.	—
Taunus-Eisenbahn à fl. 250 . . .	350 P.
Frankfurt-Hanauer-Eisenbahn . . .	$101\frac{3}{8}$ P.
Oest. F.St.Eisb. 5pCt. 500 Fr. à 28 kr.	—
„ Elisab.-Eisenbahn 5 pCt. . .	$117\frac{3}{4}$ P. — G.
Böhm. Westbahn-Aktien à fl. 200 6/7	—
Rhein-Nahe-Bahn 200 Thl. à 105 4pCt. Z.	27 G.
Ludwigshafen-Bexbacher à 4 pCt. .	146 G.
dto. dto. Prior. à 4 pCt.	$97\frac{1}{4}$ P.
Pfälz. Maxb. b. Rothschild à $4\frac{1}{2}$ pCt.	106 P. $105\frac{3}{4}$ G.
Oest. St.-Eisenb. Prior.-Oblig. à 3 pCt.	$50\frac{5}{8}$ P.
Elisab.-Bahn Prior. 5 pCt. 6/7	$78\frac{1}{2}$ G.
Südd. Bank-Akt., 30 pCt. Einz.	$256\frac{1}{2}$ P. $255\frac{1}{2}$ G.
Span. Handels- und Industrie . .	—
Bayr. Ostbahn à $4\frac{1}{2}$ pCt. volleinbez.	114 G.
Bayer. Ostbahn mit 50 pCt. Einz.	114 P. $113\frac{3}{4}$ G.

Wechsel
in süddeutscher Währung.

Amst. fl. 100 k. S.	$100\frac{3}{4}$ G.
Antwerp. Frs. 200 k. S.	94 G.
Augsb. fl. 100 k. S.	100 P.
Berlin Th. 60 k. S.	$104\frac{7}{8}$ P.
Brem. 50 Th. Ld. k. S.	$96\frac{1}{2}$ P.
Brüssel Frs. 200 k. S.	94 G.
Cöln Thlr. 60 k. S.	$104\frac{7}{8}$ P.
Hamb. MB. 100 k. S.	89 G.
Leipzig Th. 60 k. S.	105 P.
London Lst. 10 k. S.	$116\frac{3}{8}$—$\frac{1}{2}$ G.
Lyon Frs. 200 k. S.	—
Mail. Frs. 200 . .	$93\frac{3}{8}$ G.
München fl. 100 k. S.	100 P.
Paris Frs. 200 k. S.	94 G.
Petersburg 60 S.-R.	—
Triest fl. 100 k. S.	—
Wien fl. 100 ö. W.	—
do. in öst. W. l. S.	103 G.
Disconto	$4\frac{1}{2}$ pCt. G.

Anlehens-Loose.

Oesterr. fl. 250 v. 1839	—
„ fl. 250 v. 1854 mit 4pCt.	$76\frac{1}{8}$ P.
„ fl. 500 v. 1860 6/7	$84\frac{1}{2}$—$\frac{7}{8}$ G.
„ fl. 100 Eisb. L. v. 1858.	132 G.
„ do. v. 1864.	$90\frac{1}{4}$ P.
Schwed. 10 Thlr. Loose	$9\frac{1}{4}$ P.
Badische fl. 50	—
Badische fl. 35	53 P.
Kurhess. Thlr. 40 b. R.	$54\frac{1}{4}$ P. $\frac{1}{2}$ G.
Gr. Hessen fl. 50 b. R.	135 G.
„ fl. 25 do.	40 P.
Nassau fl. 25 bei Rothsch.	$37\frac{3}{4}$ P.
Sardinische Fr. 36 b. R.	—
Neuchateler 10 Frs.-Loose	—
Freiburger 15 Frs.-Loose	—
Mailänder 45 Frs. L. b. R.	33 P.
St. Lüttich mit $2\frac{1}{2}$ pCt. Z.	35 P.
Ansb.-Gunzenh. fl. 7-L.	$10\frac{1}{2}$ G.

Frankfurt, 31. Januar. Mit Ausnahme von Bankaktien, die sich fest behaupteten, erfuhren alle österr. Spekulationspapiere und Wechsel auf Wien einen merklichen Aufschwung. 6pCt. 1882er Amerik. setzten ihre steigende Bewegung fort, in Folge von sehr bedeutenden Kaufsaufträgen. Das Geschäft war im Allgemeinen sehr belebt, wozu die heutige monatliche Abrechnung, die gut von Statten ging, beigetragen. (Synd.)

An die
k. Hof- und Staatsbibliothek
1 N. Würzb. Ztg. München.

Neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht!

№ 33.	Vorausbezahlung: Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 1 fl. 30 kr. Bei Inseraten wird die dreispaltige Zeile in gewöhnlicher kleiner	62. Jahrgang.	Schrift oder deren Raum im Hauptblatte mit 6 kr., im Anzeiger mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franco.	Donnerstag, 2. Februar 1865.

Zur Politik der Intrigue

bringt die „Schlesw.-Holst. Ztg.“ einen Leitartikel, dem wir Folgendes entnehmen:

„Gab es je eine einfache Frage für das Recht und für einen Staatsmann mit ungetrübtem Blick, so war es die schleswig-holsteinische Erbfolge nach dem Erlöschen der älteren königlichen Linie im Mannesstamme. Diese unsere wichtigste Landesangelegenheit, unsere Lebensfrage — denn auf die Verschiedenheit der Erbfolge allein gründete sich unser Recht auf Trennung von Dänemark — ist durch die Politik in eine so grenzenlose Verwirrung, in ein solches Chaos von Widersprüchen, sophistischem und ra'ulistischem Unsinn gebracht, daß wir kaum mehr wissen, ob wir erobert oder befreit sind, ob wir abgetreten, verkauft oder vertauscht werden sollen. Dieser entsetzliche Wirrwarr ist dadurch herbeigeführt, daß ein einzelnes deutsches Kabinet sich als Erbschaftsforum gerirt, eine unbeikommende Kompetenz an sich reißt und eine Prüfung der Erbansprüche sich aneignet, während eine solche Prüfung einer klaren Sache nicht allein als völlig unnöthig und gegenstandslos erscheint, sondern auch, wenn sie geschehen mußte, nur dem deutschen Bunde ausschließlich zusteht. Gegen den deutschen Bund mußte daher der erste Anlauf genommen werden, und dieser gelang. Man begann den Krieg unter einem Titel, der dem deutschen Bunde die Betheiligung unmöglich machen mußte. Daß dies von vorneherein wohlüberlegte Absicht und nicht etwa die Schuld des Bundes war, hat Hr. v. Bismarck in seiner Rede bei den Adreßverhandlungen des Herrenhauses ganz unumwunden eingestanden. Preußen wollte den Krieg nicht Namens und im Auftrage des deutschen Bundes führen, denn, sagt Hr. v. Bismarck wörtlich, „„es liegt auf der Hand, daß in einem Bundeskriege Oesterreich nicht blos als einfacher Bundesgenosse, sondern als Präsidialmacht betheiligt gewesen sein würde, und daß neben Oesterreich und viel entscheidender als dieses die Majorität des Bundestages nicht blos auf die Kriegführung, sondern namentlich auf die schließliche Gestaltung der Herzogthümer eingewirkt haben würde.““ Was haben die Berliner Offiziösen und nicht minder unsere Anschluß-Agitatoren dem Bunde nicht alles für Vorwürfe gemacht, weil er von der „Aktion“ fern geblieben! Nun gesteht Hr. v. Bismarck geradezu, daß es seine Absicht gewesen, den Bund fernzuhalten, und daß er seine besonderen Gründe dazu gehabt. Jetzt beginnt der Schleier sich zu lüften, der Vorhang ist aufgezogen, die Akteurs erscheinen auf der Bühne . . . Die schleswig-holsteinische Erbfolge ist in eine ganz schiefe Stellung gebracht worden. Das richtige Forum erster Instanz ist vor allen Dingen das Land selbst. Das Land hat nun bereits vor Langem seinen Ausspruch gethan; es hat seinen als rechtmäßig anerkannten Regenten proklamirt, ihm gehuldigt, und selbst die Großmächte haben in der Londoner Konferenz im Einverständniß mit dem Bevollmächtigten des deutschen Bundes dem proklamirten Landesherrn das Prädikat des Bestberechtigten zuerkennen müssen. Wenn solche Thatsachen nicht zur Konstatirung eines giltigen Besitztitels genügen, wenn deßungeachtet die Regierung unter fremdherrlicher Autorität geübt wird, so wissen wir nicht, wo in der Welt Recht und Ordnung zu suchen und zu finden ist. Woher hatte König Karl Johann auf dem schwedischen, woher hat König Leopold auf den belgischen, woher König Georg auf den griechischen Thron seinen Rechtstitel anders, als von der Wahl und Stimme des Volkes? Und wo die Volksstimme mit der Legitimität und mit dem einstimmigen Votum zahlreicher deutscher Spruchkollegien zusammenfällt, da sollen diese Faktoren für nichts gezählt werden, da soll unter dem Einwande, daß es vorerst einer Prüfung der Erbfolgefrage durch fremdherrliche Kronsyndici bedürfe, einem fremdherrlichen Regimente neue und längere Dauer gegeben werden? .... Man rechnet darauf, daß das Volk von Schleswig-Holstein, der Aussicht auf eine endlose Verschleppung gegenüber, sich zu Allem willig finden lassen werde. Die „Prov.-Korr.“ es hat uns dieser Tage mit dürren Worten herausgesagt: wir willigen nicht eher in ein Definitivum, als bis wir Alles erreicht haben, was wir als in unserem Interesse gelegen erachten. Auch diese Ansicht kann uns durchaus nicht schrecken. Im Gegentheil, je schwerer das Unrecht ist, das dem Volke und seinem rechtmäßigen Landesherrn angethan wird, je ärger Macht und List ihr Spiel treiben wollen, desto enger wird das Volk sich um seinen Fürsten schaaren, desto fester und starrer wird es an seinem Rechte festhalten; es wird die politische Folter

Feuilleton.

Die kleine Johanna.

Vor etwa drei- oder vierunddreißig Jahren lebte in einem Wittwenpfründnerhaus von Stockholm eine alte Person, Namens Sara, ein sehr leidenschaftliches Weib, dessen einzige Gesellschaft in einem verwaisten, seiner Obhut vertrauten kleinen Mädchen bestand. Die Wittwe pflegte sich den ganzen Tag außer dem Haus umherzutreiben, um ihren Unterhalt durch den Verkauf von Haargeflechten, welche die Schweden sehr schön anzufertigen verstehen, zu gewinnen. Wenn sie ausging, schloß sie regelmäßig behutsam die Thür hinter sich ab und ließ die kleine Johanna eingesperrt zu Hause, oft aber auch keinen Bissen Nahrung zurück, so daß das arme Geschöpf halb verhungert war, bis die Alte Abends wieder heimkam. — Johanna war nicht, was man schön zu nennen pflegt, hatte aber große lebhafte Augen und ein sehr geistvolles Gesicht; da sie sich außerdem gut auf das Haarflechten verstand, so erwies sie sich der alten Sara sehr nützlich.

Es war eine unheimliche Zeit für das arme Kind, wenn es den ganzen Tag so allein zu Hause sitzen mußte und vielleicht nicht einmal etwas zu essen hatte. Kam dann die Alte Abends heim und hatte nichts verkauft, so war sie wohl im Stande, die kleine Johanna ohne Nachtessen ins Bett zu schicken, und sie mußte froh sein, wenn sie nicht noch obendrein Schläge erhielt. — An einem schönen Tage in der Mitte des Mai saß Johanna wie gewöhnlich allein bei ihrer Arbeit. Man kann sich denken, wie bitter ein sechsjähriges Kind, das um des raschen Wachsthums willen der Nahrungszufuhr so sehr bedarf, den Hunger empfand, und da nichts mehr zu essen im Hause war, so suchte Johanna ihr Elend darin zu vergessen, daß sie um so eifriger in ihrer Arbeit fortmachte. Aber sie fühlte sich so trostarm und verlassen. Heiße Thränen traten ihr in die Augen, so daß sie kaum ihr Flechtwerk sehen konnte. Sie hatte lange dagegen angekämpft, aber vergeblich; sie kamen jetzt, die eine um die andere, aber in rascher Aufeinanderfolge, über die Wangen herabgerieselt, und das kleine Mädchen brach endlich in ein schmerzliches Schluchzen aus. „Es gibt Niemand, der mich liebt — Niemand, der ein freundliches Wort zu mir spricht,“ sagte sie laut. — Aber der Kelch, den jeder Mensch ungesehen leeren muß, bleibt nicht unbeachtet im Auge dessen, der auch in den bittersten Trank einige Tropfen Süßigkeit mischt, und so erging es auch hier.

Die alte Sara hatte eine Katze, die sie Perle nannte. Als Johanna's Schmerz seinen Höhepunkt erreicht hatte, fiel ihr Blick zufällig auf dieses Thier, das ebenso hungrig wie sie beim Ofen saß. „Arme Perle, du bist ebenso unglücklich als ich,“ sagte sie. „Aber wenn ich auch mir nicht helfen kann, so kann ich doch dir ein wenig Kurzweil machen.“ Mit diesen Worten nahm sie die Katze auf ihren Schooß, spielte mit ihr und streichelte ihr den glänzend schwarzen Pelz, obschon hin und wieder eine Thräne auf das Thier niederfiel.

Man wird mit der Zeit alles satt, sogar das Weinen. Nachdem Perle einige Minuten in katzenhafter Seligkeit geschnurrt hatte, begann sie endlich unverkennbare Zeichen des Schläfrigwerdens von

auch in ihrem letzten Grade muthig zu überstehen wissen. Beugen und niederhalten kann man unser Recht, vernichten kann man es nicht ohne unsere Mitwirkung."

(Amtliche Nachrichten.) **München,** 31. Januar. Se. Maj. der König hat den prakt. Arzt Dr. Chr. Hoffmann zu Colmberg zum Bezirksarzte 2. Klasse in Kipfenberg und den prakt. Arzt Dr. Fr. B. Lammers zu Berneck zum Bezirksarzte 2. Klasse in Thiersheim ernannt; den k. Hauptbuchhalter der Staatsschuldentilgungs-Spezialkasse Augsburg, Joh. Nep. Edlen von Mehl, seinem Ansuchen entsprechend, in den definitiven Ruhestand treten lassen. (B. Z.)

Aus **München** wird dem „Nürnb. Korr." gemeldet, daß der Plan des Justizministers, der Staatsanwaltschaft auch im Civilprozeß eine Betheiligung an den gerichtlichen Verhandlungen zuzuweisen, durchaus keine Aussicht hat, von dem Gesetzgebungs-Ausschuß der Abgeordnetenkammer angenommen zu werden. Die Gefahr, daß die Unabhängigkeit der Richter durch eine solche Stellung der Staatsanwaltschaft könnte gefährdet werden, werde als zu naheliegend betrachtet, als daß nicht dagegen alle untergeordneten Vortheile, die etwa eine solche Einrichtung in mancher Hinsicht zu bieten vermöchte, weit zurücktreten.

Die Vermuthung, daß der von Seiten Bayerns und anderer Mittelstaaten nach Wien ergangenen Mittheilung, daß sie gesonnen seien, weitere Schritte in der Elbe-Herzogthümer-Angelegenheit vorderhand ruhen zu lassen, wohl ein Meinungsaustausch mit Wien vorhergegangen sei, als dessen Ergebniß eben diese Mittheilung zu betrachten wäre, ist, wie man dem „Nürnberger Korrespondenten" vom Maine schreibt, gutem Vernehmen nach völlig begründet. Es waren, wie man versichert, nachdem die Beendigung der Bundesexekution von Preußen in Uebereinstimmung mit Oesterreich durchgesetzt worden war, beruhigende Erklärungen des Wiener Kabinettes an diejenigen Bundesstaaten, welche bei dem Votum über den bezüglichen Antrag die Minorität in der Bundesversammlung bildeten, ertheilt worden; Oesterreich gab die bestimmte Zusicherung, daß es bei den Verhandlungen mit dem Berliner Kabinette zur Anbahnung einer definitiven Regelung der schleswig-holsteinischen Angelegenheit sorglich darauf achten werde, daß die wohlbegründeten Rechte und Interessen der Gesammtheit des Bundes sowohl, wie auch der Elbe-Herzogthümer selbst gewahrt bleiben. Diesen beschwichtigenden Erklärungen gegenüber erfolgte, wie verlautet, die Eingangs erwähnte Mittheilung.

Der offiziöse Wiener Korrespondent der „D. A. Z." schreibt aus **Wien** vom 29. d.: „Man begreift hier nicht, wie in München jetzt behauptet werden kann, Bayern habe die Zielpunkte der österr. Politik in der schleswig-holsteinischen Frage nicht gekannt und nicht gebilligt und es habe ein Vertrauen in die ferneren Schritte dieser Politik nach Anleitung der darüber erhaltenen Aufklärungen nicht kundgegeben. Die betreffenden offiziellen Aeußerungen Bayerns sind in dieser Beziehung so klar, daß sie auch nicht den mindesten Zweifel am Gegentheil gestatten. Und wenn jenseits zugegeben wird, daß man gerade in Folge der von Wien erhaltenen Mittheilungen darauf verzichtet habe, die Aktion des Bundes in Bewegung zu setzen — muß man dann nicht ihren Zusicherungen Vertrauen geschenkt haben und mit den Zielpunkten Oesterreichs einverstanden gewesen sein? Wenn nicht, nun, so wäre es die Pflicht Bayerns gewesen, mit seinem ganzen Einfluß am Bunde thätig zu sein, um der von Oesterreich angestrebten Lösung entgegenzutreten."

Das feudale „Vaterland" ist höchlich unzufrieden mit Graf Eulenburg, ja, sogar mit Hrn. v. Bismark selbst. Beide sind ihm zu konstitutionell. Es hält es mit den Ultras vom Schlage des Hrn. v. Gerlach und will von keiner anderen Verfassung wissen, als der bekannten: Art. 1. Der König befiehlt. Art. 2. Das Volk gehorcht.

Berlin, 31. Jan. Die feudale „Zeidler'sche Korrespondenz" schreibt: „Die Antwort Preußens auf die österreichische Depesche enthält nur einen provisorischen Hinweis darauf, daß erst nach Abgabe des Gutachtens der Kron-Juristen weitere Auslassungen erfolgen dürften, da Preußen auf den Vorschlag Oesterreichs, provisorisch den Herzog von Augustenburg einzusetzen, nicht eingehe und die Zeit zur Aufstellung eines Programms über die Ordnung der schleswig-holsteinischen Frage noch nicht für gekommen erachte. Die Nachricht, Hr. v. Hock beabsichtige, baldigst abzureisen, ist unbegründet. Die Verhandlungen sind lebhaft, gestern fand eine Konferenzsitzung statt, und für morgen ist wiederum eine solche angesagt.

Während die Polizei, schreibt die „Rhein. Ztg.", keinen Buchladen undurchsucht läßt, in welchem sie eine Nummer der „Gartenlaube" vermuthet, darf an den Schaufenstern eine **Landkarte** aushängen und als das politische Programm eines Ministers verkauft werden, welches die größte Verhöhnung der deutschen Nation ist. Sie stellt Deutschland getheilt vor: Das Königreich Sachsen, die thüringischen Ländchen, Kurhessen, Frankfurt, Nassau und was davon nördlich liegt bis zur Königsau, ist preußisch; ferner ist Polen preußisch bis an den Bug, dafür aber Memel russisch; das übrige Deutschland auf dem rechten Rheinufer ist österreichisch. Auf dem linken Rheinufer ist die Pfalz, Rheinhessen mit Mainz, und der preußische Nahegau und der Saargau sammt Birkenfeld französisch. Diese Karte behauptet also öffentlich, die beiden deutschen Vormächte wären im Stande, deutsches Land an Frankreich zu überlassen, wenn sie sich ungestört den Rest theilen könnten. Daß wir dagegen nicht etwa die Polizei anrufen, versteht sich von selbst; aber von den deutschen Buchhändlern dürfte man doch wohl erwarten, daß sie solchen Umtrieben die Mitwirkung versagten.

---

sich zu geben, und Johanna hörte auf zu weinen, um ihr Putzelchen nicht zu wecken. — So saß sie einige Zeit in stillen Gedanken, sah die Decke an und baute Luftschlösser.

Die Sonne rückte dem Horizont näher; ihre bereits unter einem kleinen Winkel einfallenden Strahlen warfen ein goldiges Licht über die grünen Bäume auf dem freien Platz vor dem Haus. Johanna konnte von ihrem Fenster aus die Equipagen sehen, welche nach dem Park hin fuhren, und die Herren und Damen, die sich in der milden Frühlingsluft auf dem Promenadeplatz ergingen. — Sie wäre gerne dem Fenster näher gerückt, wollte aber die Schläferin in ihrem Schoß nicht wecken. Endlich erwachte Putzelchen; sie stand jetzt von ihrem Sitz auf und öffnete das Fenster. Wie lieblich duftete die Luft und wie kühlend wirkte sie auf ihre von Thränen gestriemten Wangen. Auch die Sperlinge zwitscherten so lustig auf den Zweigen, und aus nicht großer Entfernung hörte sie eine Drossel singen. Auch in ihrem kleinen Herzen erwachte ein Gefühl von Freude, von Glück, wie es oft einkehrt in einer Kinderbrust und Erinnerungen zurückläßt, die auch im späteren Leben nicht ganz entschwinden. Es war, als sei ein guter Engel zu dem offenen Fenster hereingeflogen.

Mit der Katze auf dem Arm, lehnte sie sich an den Fenstersims und horchte auf die Vögel. Endlich begann auch sie zu singen. Ihre klare Kinderstimme tönte in süßer Harmonie, und sie glaubte zu verstehen, was die Vögel sich sagten. In diesem Augenblick kam zufällig eine vornehme Dame an dem Pfründhause vorbei. Sie blieb stehen, um dem kleinen Mädchen zuzuhören, welches so ganz in seinen Gesang vertieft war, daß es die nahe Lauscherin nicht bemerkte.

Die Dame, deren Namen wir nicht nennen können, fühlte sich von der schönen Stimme des Kindes, dessen Gesicht wie das eines Engels zu leuchten schien, so angezogen, daß sie geraume Zeit an die Stelle gebannt blieb. Sie faßte ein Interesse für die kleine Sängerin, erkundigte sich nach ihr und ihren Verhältnissen, sorgte dafür, daß sie einen ordentlichen Schulunterricht erhielt, und brachte sie später beim Opernchor des königlichen Theaters unter.

Seit jenem Maitag waren Jahre entschwunden, und Johanna hatte eben ihr erstes Debut gemacht als Agatha im Freischütz. Sie wurde mit rauschendem Beifall aufgenommen, und wo sie fortan erschien, begrüßte jubelnde Bewunderung die gefeierte Sängerin **Jenny Lind!**

Vermischtes.

Paris, 28. Jan. (Plaudereien.) Die französische Zeitschrift „l'Intermédiaire des Chercheurs et Curieux" (Vermittler für Suchende und Wißbegierige) verdiente wohl in Deutschland Nachahmung zu finden. Dieselbe ist das französische Nachbild einer englischen Unternehmung und hat eben den ersten Jahrgang glücklich zurückgelegt. Nicht weniger als 700 Fragen und 900 Antworten über Dinge, welche nicht blos für die Gelehrte, sondern für alle Welt wichtig sind, bilden das Budget des letzten Jahres. Durch zum Theil sehr drollige Anfragen, die eingeschickt wurden, ist schon eine Reihe allgemein wichtiger Gegenstände aus der Geschichte, Literatur, Alterthumskunde erledigt, eine Menge von Anspielungen, Witzen, Sprichwörtern, deren Ursprung und Bedeutung man vergessen hatte, erläutert worden. Die große Unbefangenheit der Fragesteller bildet nicht den kleinsten Reiz dieser kunterbunten Sammlung. Einer derselben ist z. B. von der Gewissensfrage gequält: „Was ist eine ornithologische Perspektive?"

Ueber den Inhalt der preußischen Aeußerung nach Wien theilt man von Berlin der „K. Z." noch mit: „Es handle sich nicht um eine Antwort auf die österreichische Depesche vom 21. Dezember, insofern der Hauptgegenstand dieser Depesche dadurch nicht berührt wäre. Der Meinungsaustausch solle unter anderem bundesrechtliche Fragen zum Theil retrospektiver Natur behandeln, z. B. die von Oesterreich wiederholentlich aufgestellte Behauptung, daß es Preußen bei Gelegenheit des Rückzuges der Truppen einen wesentlichen Dienst erwiesen habe, während Preußen jenen Rückzug als natürliche Anwendung klarer bundesrechtlicher Bestimmungen ansieht. Außerdem soll auch von praktischen Einrichtungen in den Herzogthümern, z. B. vom Telegraphenwesen, die Rede sein.

Kassel, 31. Jan. Die kurfürstliche Regierung scheint es darauf abgesehen zu haben, den Kreis ihrer Unpopularität möglichst zu erweitern. Jetzt veröffentlicht auch der schwedische Historiker Pyrell eine bittere Klage über Kurhessen. Erst konnte er, wie er sagt, im Kasseler Archive trotz der besten Empfehlungen keinen Zutritt finden, dann erhielt er die Erlaubniß, dort zu arbeiten, die ihm einige Tage darauf wieder entzogen wurde. Man nahm ihm seine Auszüge ab, um sie zu prüfen, ehe sie etwa veröffentlicht würden, und hat sie ihm bis heute nicht zurückgegeben. Er rühmt die Zuvorkommenheit der Archive von Berlin und Dresden.

Offenbach, 31. Jan. Dr. Karl Gutzkow ist heute auf Anrathen seiner Aerzte von hier nach Gilgenberg bei Bayreuth übergesiedelt, um dort in stiller Zurückgezogenheit, fern dem Geräusche der Welt, unter bewährter Pflege für sein getrübtes Gemüthsleben Klärung und Heilung zu suchen. (Fr. J.)

Aus **Baden,** 29. Jan., schreibt man der „Frankf. Pstz.": „Die Bewegung in der Schulfrage hat in extensiver und intensiver Beziehung solche Dimensionen angenommen, daß man sich über Motive und Tragweite derselben in den regierenden Kreisen selbst keinen Illusionen mehr hingibt. Die Sache ist dort nicht ohne Eindruck geblieben und wird in reifliche Erwägung gezogen. Die wiederholt auftauchenden Gerüchte von Ministerwechseln und dergleichen dürften zwar verfrüht sein; inzwischen hat es allen Anschein, als ob eine andere in der Schulfrage bisher maßgebende Persönlichkeit, der Direktor des Oberschulraths, Knies, der Lage der Dinge seine Stellung werde zum Opfer bringen müssen. Er ist als der eigentliche Urheber der neuen Schulordnung anzusehen, und über deren theilweisen Mißerfolg mit dem Ministerium selbst in Zwiespalt gerathen. Eine zwischen der „Karlsruher" und der „Freiburger Zeitung" in neuerer Zeit fortgesponnene Polemik deutet ganz augenscheinlich darauf hin: das erstere Blatt vertrat selbstverständlich die Regierungsseite, während das zweite für die Ansichten des Hrn. Knies Partei ergriff. Nicht ohne guten Grund wird sogar vermuthet, daß die Aufsätze in diesem Blatte, welche den vorgerückteren Standpunkt in der Schulfrage vertreten, von Hrn. Knies selbst herrühren."

In **Jena** sind Mitglieder der dortigen drei Burschenschaften zusammengetreten, um eine Feier des fünfzigjährigen Jubiläums der Gründung der Jenaischen Burschenschaft, welches in den Sommer dieses Jahres fällt, vorzubereiten. Die Feier, die eigentlich auf den 12. Juni fallen würde, soll in Mitte August stattfinden, weil dann die verschiedenen Ferien eine zahlreichere Betheiligung versprechen.

Hamburg, 31. Jan. Dem „Neuen Hamburg" zufolge beabsichtigt die Vereinsbank an Stelle der Banknoten von der Filiale in Altona auf die Vereinsbank gezogene Thaler-Wechsel auszugeben. — Dasselbe Blatt theilt mit: Ueber den Schnitt und die Farbe der schleswig-holsteinischen Flagge haben die Alliirten eine Verständigung erreicht. Dieselbe besteht aus drei zum Stocke rechtwinkelig laufenden Streifen, von denen der eine blau (mit zwei gelben Kugeln oder Sternen), der andere weiß und der unterste Streifen roth ist.

Flensburg, 31. Jan. Die „Nordd. Ztg." enthält ein Telegramm aus London, wornach der Verkauf der schleswig'schen Eisenbahnen an das Haus Erlanger definitiv abgeschlossen ist. Die Eisenbahnverbindung zwischen Schleswig und Woyens ist seit Freitag durch Schneefall unterbrochen.

Kopenhagen, 31. Jan. In der heutigen Sitzung des Folkethings des Reichsrathes wurde nach langer und heftiger Debatte der Antrag Christensens auf Uebergang zur Tagesordnung mit 56 gegen 39 Stimmen verworfen. Die Diskussion des Verfassungsentwurfs wird morgen fortgesetzt.

Rom, 26. Jan. Gestern stattete (wie schon erwähnt) der heilige Vater dem Könige Ludwig I. in Villa Malta seinen durch Zufälligkeiten verzögerten Gegenbesuch ab, und unterhielt sich längere Zeit mit Sr. Maj. auf das Herzlichste. Bei dem am Schlusse des Besuches ertheilten apostolischen Segen bemerkte der Papst, daß er ihn zugleich auch für des Königs erlauchten Enkel, König Ludwig II., ertheile. Das Wetter war gestern ungewöhnlich schön. (Bayr. Ztg.)

Turin, 28. Jan. Die Stadt ist fortwährend in der größten Aufregung, denn die Demonstrationen der Arbeiter und eines kleinen Theils von Studenten dauern nun schon drei Tage. Trotzdem der Bürgermeister gestern eine Proklamation veröffentlichen ließ, welche in dem, dem hiesigen Magistrat seit der Konvention eigenthümlich gewordenen, halb beruhigenden, halb provocirenden Styl die Bevölkerung aufforderte, das Votum des Parlaments zu achten und sich ruhig zu verhalten, trotzdem die Polizei die Gesetz-Artikel veröffentlichte, welche sich auf Straßentumulte und deren Versprengung beziehen, trotzdem die gutgesinnten Studenten laut das Benehmen einiger ihrer Kollegen tadelten, ging es gestern Abends dennoch wieder sehr bunt her. Die, wie es scheint, bezahlten Tumultuanten, zogen diesmal vor das Magistratsgebäude, schlugen dort die Fenster ein, zertrümmerten das davor befindliche

---

und liefert folgende wörtlich übersetzte Einsendung: „Beim Lesen der Denkwürdigkeiten von Goethe (neue Uebersetzung der Baronin A. v. Carlowitz, Charpentier, Paris 1855, 2. Band) finde ich die Wendung: „Der Krönungstag (es handelt sich um die Krönung von Joseph II.), das heißt der 3. April 1764, kam endlich; das Wetter war günstig, ich hatte für mich und meine Freunde einen Platz in den Dachkammern des Rathhauses erhalten, von wo wir in einer ornithologischen Perspektive die Vorbereitungen sehen konnten, welche wir Tags zuvor aus der Nähe betrachtet hatten." Was ist nun, bitte ich, eine ornithologische Perspektive? Ich habe meine Freunde und Bekannten darüber gefragt, keiner konnte mir Auskunft geben u. s. w. Man sieht, die ärmste Uebersetzerin hat das deutsche Wort **Vogelschau** getrost wiedergegeben mit „perspective ornithologique".

Für die Freunde des griechischen Alterthums ist die Bemerkung, welche ein Herr Ricci aus einem älteren Werke einschickte, sicher von Werth: „Mein verstorbener Vater, ein sehr gelehrter Mann, hat bewiesen, daß die Winzer der Umgegend von Marseille heute noch bei der Arbeit einige Bruchstücke der **Oden** von **Pindar** über die Weinlese singen; er erkannte dieselben, nachdem er die Worte von allem dem niedergeschrieben hatte, was er von 20 verschiedenen Winzern singen hörte; keiner von ihnen verstand, was er sang, und jene Bruchstücke, deren verdorbene Worte nur mit Mühe wieder erkannt werden konnten, hatten sich von Geschlecht zu Geschlecht durch mündliche Ueberlieferung erhalten." Der Einsender fordert auf, zu untersuchen, ob in der Provence jetzt noch eine Spur dieser Ueberlieferung, vielleicht ein Ueberbleibsel griechischer Musik sich erhalten habe.

Für uns Deutsche ist besonders merkwürdig die Ableitung des Wortes **Calembour**, das wir mit unserer leidigen Vorliebe für Fremdwörter uns beeilt haben, in unsere Sprache aufzunehmen. Die französischen Gelehrten de Courson, Philarète Chasles, Littré leiten den Ursprung des Wortes ab von dem bekannten Pfaffen vom Kahlenberg. Wie hübsch wäre es doch, wenn wir neben dem Kalauer, der Bezeichnung für den schlechten Witz, den „Kahlenberger" hätten als Bezeichnung für witziges Wortspiel! Der Zwillingsbruder des Kahlenbergers, Freund Eulenspiegel, hat übrigens gleichfalls den Sprachschatz der Franzosen bereichert; sie haben aus Eulenspiegel Espiègle gemacht.

Eine merkwürdige geschichtliche Urkunde theilt Lescure mit, nämlich den Brief von Herault de Sechelles, in welchem er die Verwaltung der Staatsbibliothek um Uebersendung der Gesetze des Minos bittet. Die Aechtheit dieses Briefs ist nach Lescure nicht mehr zu bezweifeln. Derselbe lautet: „7. Juni 1793, Jahr II der Republik. Theurer Mitbürger! Beauftragt, mit vier meiner Genossen für Montag einen Verfassungsentwurf vorzubereiten, bitte ich Sie in ihrem und meinem Namen, uns auf der Stelle die Gesetze von Minos zu verschaffen, welche sich in einer Sammlung der griechischen Gesetze befinden müssen; wir brauchen sie dringend. Herault de Sechelles. Gruß, Freundschaft, Brüderlichkeit dem wackeren Bürger Desaulnays." Peignot hat seiner Zeit unter Anderem zu diesem Briefe bemerkt: „Der 7. Juni 1793 war ein Mittwoch, und man mußte den Verfassungsentwurf am folgenden Montag vorlegen. Es waren also vier Tage, um dieses große Werk vorzubereiten und zu vollenden. Freilich rechnete man darauf, sich mit den Gesetzen von Minos zu helfen." Uebrigens war die Dauer dieser Verfassung im Verhältniß zu der Zeit, welche man zu ihrer Verfertigung brauchte.

Gitter, und riefen: „Nieder mit dem Magistrat!" Angeblich weil derselbe nicht seine Entlassung eingereicht habe, nachdem er nicht in der Lage war, der Turiner Bevölkerung durch das Parlament Gerechtigkeit zu verschaffen. Ein Hauptmann der Nationalgarde erhielt einen Steinwurf, der ihn gefährlich am Kopf verletzte; ein Offizier erhielt eine schwere Handwunde, drei Gardisten wurden entwaffnet. Auf dem ganzen Platz wurden die Pflastersteine aufgerissen und gegen die dienstthuende Nationalgarde geschleudert. 15 bis 18 Individuen, welche der Arbeiterklasse angehören, wurden verhaftet. Abends wurden Proklamationen angeschlagen und vertheilt, wonach alle die, welche sich zu dem am Montag stattfindenden Hofball begeben würden, mit Dolchstichen bedroht werden. Den Damen ward gedroht, daß sie mit Koth beworfen werden würden. Das Militär ist auch heute Nacht konsignirt, und mit einbrechender Dunkelheit werden ganze Kompagnien patrouilliren, da man heute eine Wiederholung der Demonstrationen befürchtet. (A. Z.)

Turin, 31. Jan. Gestern während eines Hofballs fand auf dem Schloßplatz eine Demonstration statt, der die Nationalgarde ein Ende machte. Es erfolgten mehrere Verhaftungen.

Turin, 31. Jan. Die amtliche Zeitung tadelt die Urheber der Demonstration und belobt die Nationalgarde. — Die Franzosen haben in Civita-Vecchia den Briganten Tamburini arretirt.

Neapel, 24. Jan. Großes Aufsehen erregt die Ankunft eines englischen Geschwaders in unserem Golf. Niemand weiß zu sagen, was diese plötzliche Erscheinung einer bedeutenden englischen Seemacht bedeuten soll. Es werden die sonderbarsten Vermuthungen und Befürchtungen aufgestellt. — Die Regierung hat durch den Präfekten Vigliani der Stadt eines der bischöflichen Seminare zur Errichtung eines städtischen Lyceums und Gymnasiums mit Convict angeboten. Da der Gemeinderath schon vor längerer Zeit die Errichtung einer solchen Anstalt beabsichtigt, so wird er die dargebotene Gelegenheit gewiß gern ergreifen. Die drohende Wohnungsnoth wird endlich auch ins Auge gefaßt, und als eine sehr lobenswerthe Maßregel ist es zu bezeichnen, daß man mehrere überflüssige Ingenieure entließ, welche stets die Errichtung von Neubauten zu verhindern suchten, da sie von unseren Miethwucherern gewonnen waren. — Seit langer Zeit haben wir sehr starke Regengüsse, welche die Ländereien an manchen Stellen bereits sehr stark beschädigt haben. Das Meer ist so aufgeregt, daß die Postdampfer mehrere Tage ausbleiben, und es ist zu befürchten, daß demnächst Nachrichten von Unglücksfällen zur See eintreffen werden.

Sobald Herr Laing in London sein italienisches Domänengeschäft unters Publikum gebracht hat, wird er die türkischen Finanzen in Behandlung nehmen. Ein Geschäftsmann schreibt aus **Konstantinopel:** „Ich hatte jüngst bei Kiani Pascha einen größeren Betrag einzukassiren; er sagte mir, er könne augenblicklich für mich nichts thun; er sei überhaupt nicht Finanzminister, sondern Minister ohne Finanzen. — Para iok — keinen Heller, damit schickte er mich weg. Herr Laing soll fünf Mill. Pfund auftreiben, wobei die Pariser General-Sozietät mithelfen wird.

Rußland. Die „Nord. Post" enthält einen amtlichen Bericht über die vorigjährige Aernte in Litthauen, welcher konstatirt, daß die Vorräthe in manchen Gegenden dem Bedarfe der Bevölkerung nicht genügen, und daher eine theilweise Hungersnoth bevorsteht. Das geringste Aernteresultat hat das Gouvernement Wilna aufzuweisen. Die im Herbste bestellten Wintersaaten sind theilweise nicht aufgegangen, viele Felder sind ganz unbestellt geblieben. Die Regierung hat den Bauern versprochen, sie im Frühjahr mit Samen und Brodgetreide zu unterstützen.

New-York, 19. Jan. Die Repräsentantenkammer in Washington hat ihre Zustimmung zu dem vom Senat votirten Beschluß gegeben, daß das Ende des Vertrags der Gegenseitigkeit mit Kanada angezeigt werde. Man hat Einzelheiten über die Einnahme des Fort Fisher. Dieses Fort ist nach einem lebhaften Bombardements seitens der Flotte vom General Terry mit Sturm eingenommen worden. Die Unionisten haben 72 Kanonen genommen und 2500 Gefangene gemacht. Der „Richmond Enquirer" sagt, daß Herr Davis dem Herrn Blair ein Schreiben für Herrn Lincoln übergeben hat. Die Blätter des Nordens, sowie die des Südens zeigen wenig Vertrauen in den Ausgang der wegen des Friedens angeknüpften Unterhandlungen. Bei Abgang der letzten Nachrichten von Savannah hatte Sherman zwei Divisionen nach Beaufort abgeschickt, welche von da gegen die Eisenbahn von Charleston vorgegangen waren und eine Position eingenommen haben sollen, welche Pokotaliga dominire. Die Konföderirten hatten die Forts geräumt, die sich in der Nachbarschaft dieser Stadt befinden.

Hiezu die Beilage: „Würzburger Anzeiger".

Verantwortlicher Redakteur: A. Hartmann.
Druck und Verlag der Stahel'schen Buch- und Kunsthandlung in Würzburg

Cours der Staatspapiere.

Oesterr.	5 pCt. Met. (Cp. i. S. b. R.)	—
"	5 pCt. Lomb. ditto. à 24	—
"	5 pCt. Engl. Met. v. 1852	80 3/8 P. 80 G.
"	5 pCt. Engl. Met. v. 1859	78 7/8 P.
"	5 pCt. Venet. Coupon b. R.	84 3/8 G.
"	5 pCt. Nationalanl. v. 1854	69 G.
"	5 pCt. Metall. Obligation.	62 1/4 G.
"	4 1/2 pCt.	55 1/4—3/8 G.
Preussen	3 1/2 pCt. Staatsschuldsch.	91 P.
Bayern	4 1/2 pCt. Obl. 1jähr. dto.	101 3/4 P.
"	4 1/2 pCt. Obl. 1/2jähr. dto.	101 7/8 – 102 G.
"	4 pCt. Obl. 1jähr. dto.	99 1/8 P.
"	4 pCt. Obl. 1/2 jähr. dto.	99 1/8 P. 98 7/8 G.
"	4 pCt. Obl. Ab.-R. dto.	98 5/8 G.
"	3 1/2 pCt. Obl. dto.	—
Württemb.	4 1/2 pCt. Obl. b. Rothsch.	104 1/2 G.
"	3 1/2 pCt. Obl. dto.	96 1/4 P.
Baden	4 1/2 pCt. Obl.	—
"	3 1/2 pCt. Obl. v. 1842	92 1/8 P.
Gr. Hess.	4 1/2 pCt. Obl.	—
"	4 pCt. Obl. b. Rothsch.	100 3/4 G.
"	3 1/2 pCt. Obl. dto.	97 P.
Nassau	4 1/2 pCt. Obl. dto.	102 P.
"	4 pCt. Obl. dto.	99 1/8 P.
"	3 1/2 pCt. Obl. dto.	92 1/4 P.
Frankfurt	3 1/2 pCt. Obl.	94 5/8 G.
"	3 pCt. Obl.	—
Spanien	3 pCt. inl. Sch. P. à fl. 2. 30	—
"	2 1/4 pCt. " " "	—
Schweden	4 1/2 pCt. Obl. à 105 Thlr.	90 P.
N.Amerika	6 pCt. à 1000r. 1881 D. 2 1/2	—
"	6 pCt. ditto r. 1882 "	53 7/8—54 G.

Diverse Aktien.

Frankfurter Bank à fl. 500 . . .	145 G.
K. K. Oesterr. National-Bankaktien	839—44 G.
Oesterr. Kreditbank-Aktien à fl. 200	196 1/2—98 G.
Bayer. Hypothekenb. Pfandbriefe 4 pCt.	98 1/4 P.
Darmst. Bank 1. u. 2. Serie à fl. 250	240 G.
Weimarische Bank à Thlr. 100 . .	99 4/8 G.
Mitteldeutsche Kreditaktien . . .	99 3/8 P.
Intern. Bank in Lux. à 250 Frs. à 28 kr.	—
Taunus-Eisenbahn à fl. 250 . . .	—
Frankfurt-Hanauer-Eisenbahn . . .	101 3/4 P.
Oest. F.St.Eisb. 5pCt. 500 Fr. à 28 kr.	—
" Elisab.-Eisenbahn 5 pCt. . .	117 3/4 P. — G.
Böhm. Westbahn-Aktien à fl. 200 6/7	—
Rhein-Nahe-Bahn 200 Thl. à 105 4pCt. Z.	27 G.
Ludwigshafen-Bexbacher à 4 pCt. .	146 1/4 P.
dto. dto. Prior. à 4 pCt.	97 1/4 P.
Pfälz. Maxb.-b. Rothschild à 4 1/2 pCt.	105 G.
Oest. St.-Eisenb. Prior.-Oblig. à 3 pCt.	50 G.
Elisab.-Bahn Prior. 5 pCt. 6/7	79 G.
Südd. Bank-Akt., 30 pCt. Einz.	256 P.
Span. Handels- und Industrie . .	—
Bayr. Ostbahn à 4 1/2 pCt. volleinbez.	113 3/4 G.
Bayer. Ostbahn mit 50 pCt. Einz.	114 P. 113 3/4 G.

Anlehens-Loose.

Oesterr. fl. 250 v. 1839	—
" fl. 250 v. 1854 mit 4pCt.	76 1/4 G.
" fl. 500 v. 1860 6/7	84 1/2—85 1/2 G.
" fl. 100 Eisb.-L. v. 1858.	132 G.
" do. v. 1864.	90 1/4 P.
Schwed. 10 Thlr. Loose	9 1/4 P.
Badische fl. 50	—
Badische fl. 35	53 P.
Kurhess. Thlr. 40 b. R.	54 3/4 P. 1/2 G.
Gr. Hessen fl. 50 b. R.	138 G.
" fl. 25 do.	40 P.
Nassau fl. 25 bei Rothsch.	37 3/4 P.
Sardinische Fr. 36 b. R.	—
Neuchateler 10 Frs.-Loose	—
Freiburger 15 Frs.-Loose	—
Mailänder 45 Frs. L. b. R.	33 P.
St. Lüttich mit 2 1/2 pCt. Z.	35 P.
Ansb.-Gunzenh. fl. 7-L.	10 1/2 G.

Wechsel
in süddeutscher Währung.

Amst. fl. 100 k. S.	100 3/4 G.
Antwerp. Frs. 200 k.S.	94 G.
Augsb. fl. 100 k. S.	100 P.
Berlin Th. 60 k. S.	105 P.
Brem. 50 Th. Lsd. k. S.	96 1/2 P.
Brüssel Frs. 200 k. S.	94 G.
Cöln Thlr. 60 k. S.	105 P.
Hamb. MB. 100 k. S.	89 G.
Leipzig Th. 60 k. S.	105 P.
London Lst. 10 k. S.	118 3/8 G.
Lyon Frs. 200 k. S.	—
Mail. Frs. 200 . .	93 5/8 G.
München fl. 100 k. S.	100 P.
Paris Frs. 200 k. S.	94 G
Petersburg 60 S.-R.	—
Triest fl. 100 k. S.	—
Wien fl. 100 ö. W.	—
do. in öst. W. l. S.	103 1/2 G.
Disconto	4 1/2 pCt. G.

Frankfurt, 1. Februar. Die heutige Börse war das Ebenbild der gestrigen; bei zahlreichen Kauforders fehlte es an Abgebern, so daß die geforderten höheren Preise rasch bewilligt wurden. Im Vordergrund des Verkehrs standen heute außer wie immer, Amerikanische, auch österr. Loose von 1860, und überhaupt alle Gattungen österr. Papiere. Hierzu hat zunächst die von Wien gemeldete beabsichtigte Herabminderung der Couponsteuer auf 5 pCt. Veranlassung gegeben. — Die Umsätze waren sehr bedeutend und nach Notiz zeigte sich neue Kauflust für Amerikanische; ob Arbitragekäufe oder neue Nachrichten von Amerika zu Grunde lagen, konnten wir vor Schluß der Börse nicht ermitteln. (Synd.)

Digitized by Google

An die
k. Hof- und Staatsbibliothek
1 N. Würzb. Ztg. München.

Neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht!

№ 34. | Vorausbezahlung: Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 1 fl. 30 kr. Bei Inseraten wird die dreispaltige Zeile in gewöhnlicher kleiner | 62. Jahrgang. | Schrift oder deren Raum im Hauptblatte mit 6 kr., im Anzeiger mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franco. | Freitag, 3. Februar 1865.

Die Erklärungen der deutschen Mächte zu London und der Bundesbeschluß vom 2. Juni 1864.

Neulich brachte die „N. Z." einen (von uns im Auszug erwähnten) Artikel, worin die Kompetenz der Bundesversammlung, sich mit der schleswig-holsteinischen Erbfolgefrage zu beschäftigen, ausgeführt war. Anknüpfend an diesen Artikel, erörtert die „Bayr. Ztg." in ihrer Nummer vom 1., daß die Bundesversammlung durch den Bundesbeschluß vom 2. Juni 1864 anläßlich der Erklärungen der deutschen Mächte zu London sich über die Erbfolgefrage „eigentlich schon bestimmt ausgesprochen habe, und daß es nur noch darauf ankomme, daß sie jetzt ihrem Ausspruche Folge gebe." Bekanntlich haben — so schreibt die „Bayerische Zeitung" — „in der Sitzung der Londoner Konferenz vom 28. Mai v. J. die Bevollmächtigten von Oesterreich und Preußen wörtlich folgenden Antrag gestellt: „„Nachdem die in der letzten Konferenzsitzung gestellten Forderungen Oesterreichs und Preußens von den dänischen Bevollmächtigten für gänzlich unannehmbar erklärt worden sind, selbst unter der Voraussetzung, daß die Entscheidung des Bundestags zu Gunsten der Erbfolge des Königs von Dänemark auf die Herzogthümer ausfällt, haben die Bevollmächtigten der deutschen Mächte Befehl erhalten, im Vereine mit dem Bevollmächtigten des deutschen Bundes die vollständige Trennung der Herzogthümer Schleswig und Holstein vom Königreich Dänemark, sowie ihre Vereinigung in Einen Staat unter der Souveränetät des Erbprinzen von Schleswig-Holstein-Sonderburg-Augustenburg zu verlangen, der nicht allein in den Augen Deutschlands die meisten Rechte auf die Erbfolge in den genannten Herzogthümern geltend machen kann und dessen Anerkennung durch den Bundestag demzufolge gesichert ist, sondern der auch die unzweifelhafte Zustimmung der großen Mehrheit der Bevölkerungen dieser Länder für sich hat." Der Bundesbevollmächtigte bestätigte auf eine von Graf Russell deshalb an ihn gerichtete Anfrage, daß diese Aufstellung mit seinem Einverständnisse entworfen worden sei. In der Bundestagssitzung vom 2. Juni v. Js. kam der hierüber von dem Bundesbevollmächtigten erstattete Bericht zur Vorlage. Das Präsidium beantragte im Einvernehmen mit den vereinigten Ausschüssen, dem Frhrn. v. Beust die lebhafte Befriedigung und vollste Anerkennung der Bundesversammlung bekannt zu geben und demselben hinsichtlich der angeführten, in der Konferenz abgegebenen Erklärungen zu eröffnen, was folgt: „„Insbesondere hat die hohe Bundesversammlung die von Ew. Exz. im Einvernehmen mit den Herren Bevollmächtigten von Oesterreich und Preußen in der Sitzung v. 28. Mai abgegebenen Erklärungen gebilligt, welche sie als im vollen Einklange mit dem Geiste und Inhalt Ihrer allgemeinen Instruktionen erkennt."" Bei hierauf gehaltener Umfrage erklärten sich sämmtliche Gesandte, mit Ausnahme jenes der Niederlande, welcher sich der Abstimmung enthielt, mit dem gestellten Antrage einverstanden. Derselbe wurde demnach zum Beschlusse erhoben. Indem die Bundesversammlung durch diese solenne Billigung der Erklärung ihres Bevollmächtigten bei der Londoner Konferenz dessen Forderung auf Lostrennung der Herzogthümer Schleswig-Holstein von Dänemark und deren Vereinigung unter der Souveränetät des Erbprinzen von Augustenburg zu der ihrigen machte und die Anerkennung dieses Fürsten von Seite des Bundes ohne Bedingung und Vorbehalt als gesichert erklärte, hat sie offenbar den materiellen Theil der ganzen Frage bereits entschieden und die Stellung des Bundes zu derselben mit einer jeden Zweifel ausschließenden Deutlichkeit bezeichnet. Es bedurfte nunmehr nur der entsprechenden Formulirung, um dieser Erklärung der Bundesversammlung die Wirksamkeit eines eigentlichen Anerkennungsaktes zu geben. Denn wenn auch zugegeben werden kann, daß dieselbe den förmlichen Anerkennungsausspruch nicht überflüssig machte, so wird sich doch keinesfalls in Abrede stellen lassen, daß, nach jenem Beschlusse, der Anerkennungsausspruch, wenn die Bundesversammlung sich nicht selbst desavouiren wollte, nur zu Gunsten des Herzogs von Augustenburg ausfallen konnte. Es ist einleuchtend, daß auch die deutschen Großmächte, in ihrer doppelten Eigenschaft als Antragsteller vom 28. Mai und als Mitvotanten bei dem Bundesbeschlusse vom 2. Juni, nicht wohl in der Lage gewesen wären, dieser unerläßlichen Konsequenz ihres Antrages, beziehungsweise Votums entgegenzutreten." Nach dieser Auseinandersetzung schließt die „Bayer. Ztg.", wie folgt: „Indessen hat die Bundesversammlung bisher bekanntlich unterlassen, jene unab-

Feuilleton.

Die projektirte Polarexpedition.

In der geographischen Gesellschaft in London wurde über ein Projekt, eine Expedition zur Entdeckung des Nordpols und Erforschung der Polarregion auszusenden, berathen. Kapitän Osborne hält die Exploration der offenen Stelle um den Nordpol für ganz ausführbar; man dürfe sich durch Franklin's Loos so wenig abschrecken lassen, als vor Seeschlachten, weil Nelson bei Trafalgar gefallen. Es sei eine oberflächliche Ansicht, daß diese Erforschungen mit besonderen Gefahren verbunden seien; von 1818 bis 1854 seien bei 42 Expeditionen nur 2 Schiffe und 128 Menschenleben verloren gegangen. 40,000 englische Meilen seien zur Aufsuchung Franklins zu Fuß zurückgelegt worden, ohne daß ein ausgesandter Trupp nicht zurückgekehrt wäre. Ebenso oberflächlich sei die Behauptung, daß man dabei nichts weiter gewonnen habe, als die Kenntniß einiger nutzloser Küstenstrecken; die Naturwissenschaften hätten viel dadurch gewonnen; dort habe man die ersten Ursachen jener mysteriösen Strömungen der Golfs- und der Eisströmung gefunden. Jede Reise hat den Schleier etwas gelüftet, der über die Phänomene der Arktischen Regionen lag, düsterer Aberglauben hat dadurch seine Widerlegung gefunden. Wenn die Entbehrungen und Gefahren wirklich so groß wären, so könnte unmöglich der Dienst in den Arktischen Regionen bei den Seeleuten populär sein. An den Küsten von China und Afrika habe man mehr den Krankheiten erlegene Matrosen den Haifischen vorgeworfen, als je in den Arktischen Regionen das Leben verloren haben. Zwei Wege führten nach dem Nordpol, der eine über Spitzbergen, der andere über Nordgrönland. Hallnyts Gletscher in Spitzbergen ist 600 Meilen von dem Nordpol entfernt; Segelschiffe sind ihm bis auf 500 Meilen nahe gekommen, und Kapitän Parry stand in der Nacht vom 22. Juli 1827 auf schwimmendem Eis 435 geographische Meilen vom Nordpol; er mußte den Versuch aufgeben, weil das Eis rascher nach Süden strömte, als seine Leute die Boote nordwärts ziehen konnten. Die Erfahrung habe seitdem gelehrt, daß man im Februar von Spitzbergen aufbrechen müsse; diese Route habe nur den Nachtheil, daß man kein nördlich gelegenes Land kenne, wo man ein Lebensmitteldepot anlegen könne; Smith's Sund in Nordgrönland sei daher der bessere Ausgangspunkt; er liege 120 Meilen dem Pole näher und man habe guten Grund zur Vermuthung, daß man nordwärts festes Land oder Inseln treffe. Die antreibenden Eisberge wiesen auf ein großes Land mit hohen Bergen und tiefen Thälern hin, und die Entdeckungsreisenden bedürften nur einer gefrorenen Seeküste, um den Pol zu erreichen. Als er 1853 im Polarmeer gewesen, habe M'Clure gerade den Atlantischen vom stillen Ozean aus erreicht, und 400 britische Seeleute hätten damals in den Arktischen Meeren ohne große Beschwerlichkeiten überwintert. Der weiteste Punkt Grönlands, den man damals erreicht habe, sei ein Ausläufer des großen Gletschers, und diesen konnte man weder umgehen noch überschreiten; daß dies, wie man annehme, die äußerste Gränze Grönlands sei, wäre eine unbegründete Vermuthung, denn Morton, der allein dahin vorgedrungen, habe vom Kap Konstitution aus ein

weisbare Folge ihres eigenen Beschlusses zu ziehen. Eine Angelegenheit, deren Dringlichkeit seit Jahresfrist allseitig anerkannt ist und mit jeder Stunde lebhafter sich fühlbar macht, harrt noch immer ihrer definitiven Erledigung. Während die Bundesversammlung schon am 2. Juni v. J. sich hinreichend informirt glaubte zu einem Ausspruche über den ganzen Umfang der Frage, will man jetzt, acht Monate später, von einigen Seiten behaupten, sie sei noch nicht in der Lage, gründlich zu urtheilen; als wenn die genügende Information, welche sie damals besaß, oder die einmüthige rechtliche Ueberzeugung, welche sie damals einen so bestimmten Ausdruck gab, ihr später, in der Flucht der Ereignisse, wieder hätte abhanden kommen können. Es will uns scheinen, daß nur zwei Dinge der endlichen Erledigung der Sache durch die Bundesversammlung im Sinne ihres Beschlusses vom 2. Juni v. J. zur Zeit entgegenstehen: die auftauchenden Annexionsgedanken und die neuen Kandidaturen um die Erbfolge. Auf die Nichtigkeit dieser beiden Dinge kommen wir demnächst zurück."

(Amtliche Nachrichten.) **München**, 1. Februar. Se. Maj. der König hat dem k. k. Bezirks-Ingenieur W. Schellmayer zu Eger das Ritterkreuz 2. Kl. des Verdienstordens vom h. Michael verliehen; die prot. Pfarrei Schweinsdorf, Dek. Rothenburg a/T., dem bisherigen Pfarrer in Langenfeinach, Dek. Uffenheim, J. M. Römhildt, und die prot. Pfarrei Contwig, Dek. Zweibrücken, dem bish. Pfarrer in Nanzweiler, Dek. Obermoschel, A. Stempel, verliehen; der von dem Frhrn. H. v. Guttenberg für den Pfarramtskandidaten J. Chr. Weber aus Grafendobrach ausgestellten Präsentation auf die Pfarrei Weißendorf die Bestätigung ertheilt und demselben gleichzeitig die prot. Pfarrei Heyelsdorf verliehen; den Gerichtsschreiber G. Dumpert in Naila auf die Dauer eines halben Jahres in den Ruhestand treten lassen; den Direktor des Bezirksg. Aichach, A. Fr. Ebenhöch, aus administrativen Erwägungen des Dienstes entlassen.

Vom Staatsministerium der Justiz wurde als Vertreter der Staatsanwaltschaft am k. Stadtgericht Augsburg der Appellationsgerichts-Accessist und dermalige Vertreter der Staatsanwaltschaft am k. Landgerichte Wörth an der Donau, Jak. Eckmann, berufen und als Vertreter der Staatsanwaltschaft am k. Landgerichte Wörth der geprüfte Rechtspraktikant und Advokaten-Concipient Ludw. Walte in Deggendorf aufgestellt.

Die kath. Pfarrei Isling, kgl. Bezirksamts Lichtenfels, ist mit einem fassionsmäßigen Reinertrage von 1055 fl. 33¼ kr. in Erledigung gekommen.

Wien, 31. Jan. Der päpstliche Nuntius, Msgr. Falcinelli, hat heute dem Grafen Mensdorff Kenntniß gegeben von einem Rundschreiben des vaticanischen Kabinets an die katholischen Mächte, worin konstatirt wird, daß die Encyklica vom 8. Dezbr. mehrfach irrthümlich aufgefaßt, und ihr daher eine politische Tragweite und Bedeutung gegeben worden sei, welche gar nicht in den Intentionen des Erlassers dieser Mittheilung an die Bischöfe lag. — Durch Verordnung des Justizministeriums ist das Obersthofmarschallamt zur Personal-Instanz für den Herzog Philipp von Würtemberg, für seine Gemahlin die Erzherzogin Maria Theresia und für seine „anzuhoffende Nachkommenschaft" bestimmt. — Dem Mitglied des Hofburgtheaters Fichtner, der heute Abend zum letzten Male die Bühne betritt, deren Zierde er vierzig Jahre hindurch gewesen, ist „in Anerkennung seiner ausgezeichneten künstlerischen Leistungen" das Ritterkreuz des Franz-Joseph-Ordens verliehen worden.

Aus Oesterreich, 28. Jan. Während die Regierung beharrlich eine Reduktion des Militärbudgets für unthunlich erklärt, erschallen aus dem Lande Klagen über Nothzustände, von denen man sich in glücklicheren Gegenden kaum einen Begriff machen kann. So wird dem „Wiener Lloyd" aus einer Gegend Ungarns, die früher zu den wohlhabendsten gehörte, von einem Grundbesitzer geschrieben: „Sie können sich von der Noth, die allüberall hier herrscht, gar keinen Begriff machen, baares Geld ist schon nirgends vorhanden. Die Pachtpreise sind um 30—40 pCt. gefallen und ein Joch guten Weizenbodens, das noch vor zwei Jahren um 300 fl. verkauft werden konnte, findet jetzt zu 100 fl. kaum einen Käufer. Dabei werden die Steuerrückstände unnachsichtlich eingetrieben. Was Wunder daher, daß bei dem allgemein herrschenden Geldmangel gut arrangirte Grundbesitzer unter 20 pCt. gar kein Geld erhalten, und der Bauer zahlt willig 60—70 pCt. So kommt es, daß ein Jeder nur an das Heute denkt, was das Morgen bringt, kümmert Niemanden; wie das enden soll, ich weiß es nicht." Und ist denn, fügt das Wiener Blatt hinzu, diese Noth blos in Ungarn allein vorhanden? Erst neulich berichtete man aus Graz, daß gegen eine Gemeinde wegen eines Steuerrückstandes von 30 fl. exekutorisch vorgegangen werden mußte, und daß sich in der ganzen Gemeinde nur eine Baarschaft von 60 kr. vorfand; und aus Stein, in Niederösterreich, schreibt man in einem hiesigen Blatte, daß die Noth in der dortigen Gegend eine früher nie gekannte Höhe erreicht hätte; gänzlich mißrathene Fechsung, tiefe Verschuldung der Bauern, exekutive Feilbietungen, das sind die schwarzen Schatten, welche die letzten Jahre über jene freundlichen Gegenden gebreitet haben, und von vielen Fällen wird jenes einen gedacht, daß ein Weingarten von ¼ Joch in einem gezwungenen Verkaufe um 15 fl. veräußert wurde, während ¼ Joch gewöhnlich mit 300 — 400 fl. bezahlt wird. Welche Zustände! Trotz alledem kann der Finanzausschuß keine Herabsetzung des Militärbudgets vom Ministerium erlangen!

Berlin, 31. Jan. Seit mehr als vierzehn Tagen, wird der Wiener „Presse" von hier geschrieben, liegt im Kabinet des Königs die Militärnovelle zur Unterschrift bereit, doch der Monarch weigere sich dieselbe zu unterzeichnen. Ueber die Gründe für diese uns verbürgte Weigerung herrschen in Regierungskreisen zwei Versionen. Nach der einen hält der König an der dreijährigen Dienstzeit unwandelbar fest, und hat bis heute alle Vermittlungsvorschläge, die auf eine 2- oder 2½jährige Präsenzzeit abzielen, zurückgewiesen. Nach einer andern Version, die allerdings weniger glaubhaft klingt, soll die Militärnovelle nicht früher vorgelegt wer-

---

bergiges Land nach Norden gesehen. Von diesem nur 484 Meilen vom Pol entfernten Punkte aus müsse man dahin vorzudringen suchen, und solche Distanzen habe man in der Polarregion oft in Booten und Schiffen zurückgelegt. Menschen habe man gerade auf dieser Seite nördlicher als irgendwo in der Polarregion getroffen; Roß habe einen schönen Stamm Wilder unter dem 75. Grad gefunden und diese Arktische Hochländer genannt; diese seien gegen Europäer so freundlich gewesen, daß sie 1854 Kane Lebensmittel zuführten und ihn dadurch retteten. Diese Leute sind von starkem Körperbau, muthig und fröhlich, und obgleich sie weder Boote noch andere Waffen als aus Knochen haben, so jagen sie doch mit diesen auf Wallrosse und Eisbären, deren Fleisch ihre einzige Nahrung bildet. Dieser Stamm verweigerte es, Kane weiter als nach dem Humboldt-Gletscher zu begleiten und kannte kein nördlicher gelegenes Land; Morton fand aber Trümmer eines Eskimoschlittens zwischen diesem Gletscher und Kap Konstitution. Die Frage, wie weit nach Norden hin sich Menschen finden, ist wohl einer Untersuchung werth. Auf die Admiralität kann man bei solchen Untersuchungen nicht warten; Cook, Franklin, Parry und Roß wären heute noch unbekannte Namen, wenn die von Männern der Wissenschaft angeregte öffentliche Meinung die Admiralität nicht angetrieben hätte. In moralischer und sanitätischer Hinsicht sind Arktische Expeditionen Ashantee- und Japanesischen Kriegen vorzuziehen. Mit zwei kleinen Schraubenbooten und 120 Mann könnte eine Expedition im Frühjahr 1866 nach der Baffings-Bai segeln und Kape York im August erreichen, den Winter zur Anlegung von Lebensmitteldepots verwenden; 1867 und 1868 würde man dann Schlitten- und Boote-Operationen nach dem Pol hin machen, und 1869, nachdem man im Polarmeer zwei Winter und drei Sommer verbracht, nach England zurückkehren. Auf einem von einem Hunde gezogenen Schlitten und mit einem Mann hat Lieutenant Hamilton 1150 Meilen, er selbst, Osborne, 1093 Meilen zurückgelegt, während die Distanz von dem Ausgangspunkte nach dem Pol hin und her nur 964 Meilen beträgt. Der berühmte Entdecker M'Clintock, der 7 Winter und 10 Sommer im Polar Meer zugebracht, schreibe ihm: „er freue sich, daß wieder an Polar-Expeditionen gedacht werde, er wünsche sehr, wieder eine zu unternehmen; die Entdeckung des Nordpols sei noch in dieser Generation möglich, denn Erfahrung im Reisen mit Schlitten gäbe die Mittel dazu." Die Naturkenntnisse würden dadurch bereichert werden; über 1,131,000 engl. Quadratmeilen um den Pol, die auf den Karten noch leer erscheinen, würde man Gewißheit erhalten, ob dort eine zugefrorne Wildniß oder von lebenden Wesen bewohnte Länder und Meere seien. Fände man dort Menschen, so wären sie gewiß noch in demselben Zustande, in dem die Bewohner Englands gewesen, als die Eisregion sich so weit erstreckt habe. Meteorologische Probleme würden in diesen hohen Breitengraden gelöst werden; auch könnte der Bogen des Meridians in den Polarseeen dort gemessen werden. Der Vorsitzende Sir Roderich Murchison freut sich, von so kompetenter Seite zu hören, daß man auf dem Eise in Schlitten noch größere Distanzen als die nach dem Nordpol zurücklegen und mithin dieses große geographische Problem lösen könne; er hoffe daher noch die britische Flagge am Nordpol aufgezogen zu sehen. Kapitän Sabine glaubt, zu keiner Zeit könne eine solche Expedition so vortheilhaft ausgeführt werden, wie jetzt, wo noch so viele Offiziere, welche die früheren Reisen mitgemacht, am Leben seien, darunter M. Clintock, der das Kommando der schönsten Fregatte aufzugeben bereit sei, um die Expedition zu leiten. Admiral Belcher hält für die Hauptschwierigkeit das nach Norden strömende Eis, das sich in hohen

Digitized by Google

ten, als bis sich das Abgeordnetenhaus über die schleswig-holsteinische Frage ausgesprochen.

Berlin, 1. Febr. Die ministerielle „Provinzial-Korresp." schreibt: „Das Gesetz über die Verpflichtung zum Kriegsdienst wird dem Landtag in wenigen Tagen vorgelegt werden und zwar, wie jetzt beschlossen ist, zunächst dem Abgeordnetenhause. Betreffs der schleswig-holsteinischen Frage dürften die Berathungen der preußischen Regierung in kürzester Zeit eine bestimmte Mittheilung der — bevor über die künftige Regierung der Herzogthümer entschieden wird — unerläßlichen Bedingungen und Forderungen Preußens ermöglichen, wobei maßgebend ist, daß die Herzogthümer ihre Verpflichtungen gegenüber Deutschland erfüllen, und daß Preußen gewährt werde, was dieses in eigenem und im Interesse Norddeutschlands zum Schutz der Herzogthümer fordern muß. Endlich sind die Herzogthümer bei Auflegung der Kosten und Lasten möglichst zu schonen. Die Behauptungen von einer Einmischung Frankreichs und Englands in die schleswig-holsteinische Angelegenheit sind grundlos; auch in der Haltung der deutschen Mittelstaaten ist eine ruhige Würdigung der Verhältnisse hervorgetreten. Die Zollverhandlungen mit Oesterreich sind soweit gediehen, daß man eine Entschließung der betreffenden Regierungen über die Genehmigung der entworfenen Bestimmungen demnächst erwartet. Die Differenz über die Frage der Besteuerung der österreichischen Weine wird kein Scheitern der Verhandlungen zuwege bringen.

Aus dem preuß. Thüringen. 28. Jan. Die k. Regierung zu Merseburg hat dieser Tage allen Volksschullehrern ihres Departements gedruckte „Unterlagen für die jährlich zu erstattenden Schulberichte" zugehen lassen. Dieselben enthalten gegen 200 Fragen. Unter anderm heißt es darin: „Wie versteht es der Lehrer, die Kleinen innerlich anzufassen und zu fördern? Welche Hülfsmittel benutzt der Lehrer in der Katechismuslehre zur Vorbereitung auf den Unterricht und zur eigenen Förderung in der christlichen Erkenntniß? Wie steht's mit seinem Verständniß der christlichen Heilswahrheit? Versteht er die Katechismusstoffe zu entwickeln? Versteht er richtig zu fragen? Wie versteht der Lehrer die Lesemaschine zu benutzen? Schreibt der Lehrer selbst vor, und wie ist er hierzu geschickt? Wird bei Einführung in das Verständniß eines Lehrstücks unnützes Hin- und Herreden vermieden? Wie ist des Lehrers Stellung und Geltung in der Gemeinde? Wie ist sein Verhältniß zum Lokalinspektor? Wie ist sein Familienleben?"

(D. A. Z.)

Dresden, 31. Jan. Der „genauere Sinn" der sächsischen Erklärung in der Bundestagssitzung vom 26. Jan. über die Abänderung der Beschlüsse wegen Verhinderung des Mißbrauchs der Presse und wegen des Vereinswesens ist laut dem „Dresd. J." der, „daß, wenn der Bund nicht unverweilt die Initiative zu einer Aenderung der gedachten Gesetzgebung ergreife, die k. sächsische Regierung, mit Rücksicht darauf, daß jene Bundesgesetze nicht überall in den Bundesstaaten eingeführt seien und lästige Bestimmungen enthielten, in naher Zeit dieselben außer Wirksamkeit setzen werde."

Hamburg, 1. Febr. In Folge der von der Norddeutschen Bank beabsichtigten Ausgabe von Solawechseln beantragt der Senat bei der Bürgerschaft, die Emission von Banknoten oder irgendwelchen Zahlungspromessen, die als kursirendes Zahlungsmittel von Hand zu Hand gehen, nur unter Autorisation durch einen übereinstimmenden Beschluß des Senats und der Bürgerschaft zu gestatten, und jede desfallsige Gesetzesübertretung mit Geldstrafe von höchstens 5 Thalern pro Note zu bestrafen.

Aus **Paris,** 30. Jan., gibt man der „D. A. Z." einen nicht ganz uninteressanten Beitrag zu der innern Geschichte des vielbesprochenen „Depeschendiebstahls", wie man die „unbefugte" Veröffentlichung einer Analyse der letzten österreichisch-preußischen Depeschen zu taufen beliebt hat. „Die W. „Presse," heißt es, hat ihre Mittheilungen weder aus Wien, noch, wie mit Vorliebe behauptet wurde, aus Berlin erhalten, sondern aus der hiesigen österreichischen Botschaft, welche sich dabei der Vermittelung des Pariser Korrespondenten jenes Blattes bediente, der gleichzeitig in intimen Beziehungen zu der Botschaft steht. — Dr. Landsberg — so heißt der Korrespondent — war, ehe er vor ungefähr einem halben Jahre hierher übersiedelte, in Wien Mitarbeiter der frühern höchst offiziösen „Donau-Zeitung" und zuletzt Hilfsarbeiter im Bureau der österreichischen Preßleitung. Inwiefern es wahrscheinlich sei, daß die österreichische Regierung selbst der Veröffentlichung der Depeschen nicht ganz fremd gewesen, mögen Sie selbst beurtheilen. Dr. Landsberg ist übrigens, wenn ich recht berichtet bin, vor einigen Tagen nach Wien beschieden und bereits dahin abgereist." (Es dient vielleicht zur Unterstützung der obenstehenden Notizen, daß die wegen Verletzung des Amtsgeheimnisses gegen die „Presse" anhängig gemachte Untersuchung schweigend eingestellt ist.) — Das „Dresd. Journ." schreibt noch in Sachen der Enthüllungen des Depeschenwechsels zwischen Berlin und Wien: „Wir glauben nach unserer Kenntniß der Sache, daß man österreichischerseits viel eher ein Recht hätte, sich über die Form zu beklagen, in der die Auszüge aus den betreffenden Depeschen seitens der „Presse" geliefert wurden; ja, wir sind gewiß, daß, wäre die von dem erwähnten Blatt gegebene, obenbemerkte Erzählung in ihren vollen Zusammenhang mit dem Gange der Verhandlungen zwischen Berlin und Wien gesetzt worden, das auf die kaiserliche Regierung fallende Licht jeden Schatten verscheuchen würde, unter welchen jetzt ihren Sinn für Recht und Gerechtigkeit zu stellen jene Blätter sich bemühen. Es würde sich dann gezeigt haben, daß die kaiserliche Regierung, entfernt von dem Gedanken, mit Preußen sich auf einen Kompensationshandel wegen Annexion der Herzogthümer einzulassen, die Absicht hatte, gegen Preußen klarzu-

---

Regionen früher als in der Baffinsbai in Bewegung setze. Es sei eine Sonderbarkeit, aber Thatsache, daß in der Polarregion die Temperatur wenig variire und während 176 Tagen auf 9 — 10 Grad unter Null gestanden habe. — Trotz dieser von kompetenter Seite geäußerten Hoffnungen, bleibt „Times" bei ihrer Ansicht, im Namen der Menschlichkeit gegen solche Unternehmungen protestiren zu müssen. Alle bisherigen Expeditionen hätten nur zur Entdeckung wüster, unfruchtbarer Küsten geführt, nachdem fast hundert Jahre verstrichen, bis man endlich die nordwestliche Durchfahrt vom Atlantischen in den Stillen Ozean gefunden habe. Seit dem schrecklichen Loos des Erebus und des Terror habe diese unfruchtbare Neugierde geschlummert. Möglicherweise könnten Europäer in diese grauenhaften Regionen dringen; dann würden sie Felsen und ein zugefrorenes Meer finden, vielleicht auch ermitteln, ob es jenseits des 90. Grads noch Wallfische gebe. Der mögliche Erfolg stehe in keinem Verhältnisse zu der Besorgniß, die man um so werthvolle Menschenleben auszustehen habe. Um sie aufzusuchen, müßten weitere Expeditionen ausgesandt und Andere in Gefahr gesetzt werden. Kapitän Osborne sagt, die Flotte könne zu edleren Zwecken als zum Krieg verwendet werden; allein rastlose Neugierde und Lust nach Abenteuern seien keine edlen Motive. Die Wissenschaft werde nur hereingezogen, um den Drang der Polarreisenden nach wunderbaren Thaten zu bemänteln, Kapitäne und Matrosen folgten dem Hange, etwas zu sehen und zu erfahren, was noch Niemand gesehen und gekannt hat; die Regierung aber habe andere Pflichten, und Times hofft daher, daß zur Entdeckung des Nordpols kein Menschenleben mehr in Gefahr gesetzt werde.

Vermischtes.

Die französischen Blätter berichten von einem merkwürdigen Sonderling, der als freiwilliger Wilder in den Waldungen von Pierrefeu im Vardepartement, nicht sehr weit von Toulon, haust. Er lebt schon seit einer langen Reihe von Jahren einsam in der Wildniß, und zwar unter den primitivsten Bedingungen, die man sich denken kann. Er schläft auf dürrem Laub in einer armseligen Hütte aus Baumzweigen; seine einzige Kleidung besteht in einem Tuche, daß er um Lenden und Schultern schlägt, und erfreut sich eines kolossalen Haarwuchses, den er mit ganz besonderer Vorliebe pflegt, um sich später einfach aus eigenen Mitteln kleiden und sein jetziges Kostüm entbehren zu können. Aus einer Eselshaut hat er sich eine Fußbekleidung hergestellt; seine Nahrung besteht aus dem Samen der Tannenzapfen, Distelköpfen, Wicken, Erdäpfeln, Cichorie und anderen Kräutern, die er mit oder ohne Salz abkocht. Auf einem kleinen Raume, den er als Garten baut, befinden sich einige Artischoken. Außerdem besitzt er einen Brunnen, eine Art Dreschflegel und einen Stein zum Zermalmen der Körner, endlich noch eine Leiter, um auf die Tannenbäume zu steigen. Jäger ist er nicht, auch achtet er gewissenhaft das fremde Eigenthum. Den Umgang der Menschen sucht er nicht, allein er weicht ihm auch nicht allzu sehr aus. Die Holzhauer kennen ihn recht gut und haben ihn sämmtlich wegen seines manierlichen, bescheidenen, gefälligen Wesens sehr lieb gewonnen. Er drückt sich in sehr elegantem Französisch aus, und alle seine Worte verrathen einen Mann von Erziehung und Bildung. Er soll sich in Folge einer schweren Enttäuschung, des gesellschaftlichen Lebens überdrüßig, in die Wildniß zurückgezogen haben. Er heißt Laurent Lazare, ist 1826 zu St. Pierre d'Albigny in Savoyen geboren und gehört einer achtbaren Familie an, von der er aber schon seit 23 Jahren sich ferne hält, obgleich seine Schwester schon Alles aufgeboten hat, um ihn zur Rückkehr in das bürgerliche Leben und zur Annahme einer ihm zugefallenen Erbschaft zu vermögen.

stellen, welchen unübersteiglichen Schwierigkeiten man begegnen würde, wenn die Rechtsangelegenheit der Herzogthümer zu einer Gleichgewichtsfrage unter den Großmächten gemacht werden sollte. Oesterreichische Blätter haben sich bereits mit allem Rechte, wenn auch mit großer Zurückhaltung, in diesem Sinne geäußert."

Eine Mittheilung aus **Turin** im Oktoberheft der „Revue Britannique" vom vorigen Jahre, enthält einige Angaben, welche im jetzigen Augenblick, wo über die Aufhebung der religiösen Orden und die Einziehung der Kirchengüter im italienischen Parlament verhandelt werden soll, von Interesse sein dürften. Jenen Angaben zufolge zählt Italien derzeit 82 religiöse Orden, 2352 Klöster, an männlichen Bewohnern derselben, die das Gelübde abgelegt haben, 15,500, an weiblichen 18,198 Personen. Dazu kommen noch 4474 Laienbrüder u. s. w. Im Ganzen 54,843 Mönche und Nonnen. Die zwei Klassen der Welt- und der Klostergeistlichen belaufen sich auf 185,900 Mitglieder, wovon auf Neapel und Sizilien allein 82,000 kommen. Die religiösen Körperschaften, die Bisthümer, die kirchlichen Gebäude, die Pfründen, haben ein Einkommen 75,266,216 Fr.; ihr Gesammteigenthum hat einen Werth von 2 Milliarden.

Auch in **Palermo** haben am 23. und 24. v. M. schlimme Unruhen stattgefunden. Die Klerikalen und Bourbonisten hatten sich in Menge zu dem zu Gunsten der Aufhebung der Klöster stattgefundenen Meeting eingefunden, und als der Senator Herzog della Verdura das Wort ergriffen hatte, ertönte von verschiedenen Seiten Zischen und Pfeifen; allein die Liberalen hatten hiervon im voraus Kenntniß erhalten und fielen unbarmherzig über die pfeifenden Klerikalen her, welche sehr arg mitgenommen worden. Bald ward das ganze Meeting zu einer Prügelszene, und die Polizei hatte die größte Mühe, das Theater, worin es stattfand, zu räumen. Hierauf zog das Volk in alle Straßen mit dem Rufe: Es lebe Viktor Emanuel, es lebe Garibaldi! Hier aber stieß es auf andere, welche: Es lebe die Religion, es lebe die Jungfrau Maria! riefen. Nun gab es einen neuen Zusammenstoß, welchem diesmal die Nationalgarde ein Ende machte. Nachts mußten Bersaglieri die Ansammlungen zersprengen, und es fanden sehr zahlreiche Verhaftungen statt.

Von der polnischen Gränze, 25. Jan. Mit Angst fragt jetzt jedermann in Polen: Werden wir von der gefürchteten Branka verschont bleiben? Wird diese am Schlusse des nächsten Monats erwartete große Rekrutenaushebung sich blos auf Lithauen beschränken? Diese Furcht wird durch die auffällige Anhäufung von russischem Militär längs der preußischen Grenze genährt, die nach und nach so bedeutende Dimensionen angenommen hat, daß sie einem militärischen Grenzkordon gleichkommt. Wozu, so fragt man, diese Maßnahme, wenn es sich nicht darum handelt, die nicht ohne Grund besorgten zahlreichen Desertionen zu verhüten? Die Pessimisten glauben steif und fest, es werde alles in der Stille zur Aushebung vorbereitet und eines schönen Morgens werde man im ganzen Lande das Werk während der Nacht ausgeführt sehen. Es kommt hinzu, daß man fürchtet, die Regierung werde diesmal alle Elemente, von denen sie besorgt, sie könnten der Ruhe des Landes einmal gefährlich werden, zum Militär einziehen und unter die Regimenter des Ostens stecken. Eine russische Aushebung ist freilich himmelweit von jeder andern verschieden, denn der Rekrut, rauh behandelt und dürftig gepflegt, weiß, daß er auf lange Jahre von Heimath und Familie Abschied nehmen muß, um in fremden unwirthlichen Kreisen schweren Dienst zu verrichten.

Südamerika. Nach den neuesten Nachrichten, die am 30. Jan. zu Southampton ankamen, sind die Feindseligkeiten zwischen dem inzwischen verstärkten spanischen Geschwader und Peru noch nicht eröffnet worden, und man hatte immer noch Hoffnung auf einen friedlichen Ausgang. Am 26. Dezember hatte der Sekretär des zu Peru zusammengetretenen südamerikanischen Kongresses auf einem neutralen Schiffe nach den Chinchas-Inseln eine Botschaft gesandt, welche konstatirte, daß das spanisch-peruanische Zerwürfniß jetzt eine südamerikanische Frage geworden sei, und daß Feindseligkeiten als ein Angriff gegen alle konföderirten Republiken angesehen würden. Die Botschaft war jedoch von dem Admiral Pareja kalt aufgenommen worden, und man glaubte, das spanische Geschwader werde nächstens nach Callao kommen, um ein Ultimatum zu unterstützen. — Von Kuba wird gemeldet, daß über 100 Pflanzer eine Petition unterzeichneten, welche den General-Kapitän ersucht, mit allen Kräften bei der Königin von Spanien zu Gunsten der Aufhebung der Sklaverei zu wirken.

Hiezu die Beilage: „Würzburger Anzeiger".

Verantwortlicher Redakteur: A. Hartmann.
Druck und Verlag der Stahel'schen Buch- und Kunsthandlung in Würzburg

Cours der Staatspapiere.

Oesterr.	5 pCt. Met. (Cp. i. S. b. R.)	—
„	5 pCt. Lomb. ditto. à 24	—
„	5 pCt. Engl. Met. v. 1852	$80\frac{3}{8}$ P. 80 G.
„	5 pCt. Engl. Met. v. 1859	$78\frac{1}{2}$—$\frac{5}{8}$ G.
„	5 pCt. Venet. Coupon i. R.	$84\frac{3}{4}$ P.
„	5 pCt. Nationalanl. v. 1854	$68\frac{4}{8}$—$\frac{5}{8}$ G.
„	5 pCt. Metall. Obligation.	63 P. $62\frac{3}{4}$ G.
„	$4\frac{1}{2}$ pCt.	$56\frac{1}{2}$—$\frac{1}{4}$ G.
Preussen	$3\frac{1}{2}$ pCt. Staatsschuldsch.	91 P.
Bayern	$4\frac{1}{2}$ pCt. Obl. 1jähr. dto.	$101\frac{7}{8}$ P.
„	$4\frac{1}{2}$ pCt. Obl. $\frac{1}{2}$jähr. dto.	$102\frac{1}{4}$ P.
„	4 pCt. Obl. 1jähr. dto.	99 P.
„	4 pCt. Obl. $\frac{1}{2}$ jähr. dto.	$99\frac{1}{8}$ P.
„	4 pCt. Obl. Ab.-R. dto.	$95\frac{1}{2}$ P.
„	$3\frac{1}{2}$ pCt. Obl. dto.	—
Württemb.	$4\frac{1}{2}$ pCt. Obl. b. Rothsch.	$104\frac{1}{2}$ G.
„	$3\frac{1}{2}$ pCt. Obl. dto.	$96\frac{1}{4}$ P.
Baden	$4\frac{1}{2}$ pCt. Obl.	—
„	$3\frac{1}{2}$ pCt. Obl. v. 1842	$92\frac{5}{8}$ G.
Gr. Hess.	$4\frac{1}{2}$ pCt. Obl.	—
„	4 pCt. Obl. b. Rothsch.	101 P.
„	$3\frac{1}{2}$ pCt. Obl. dto.	$97\frac{1}{4}$ P.
Nassau	$4\frac{1}{2}$ pCt. Obl. dto.	$101\frac{7}{8}$ P.
„	4 pCt. Obl. dto.	$99\frac{1}{8}$ P.
„	$3\frac{1}{2}$ pCt. Obl. dto.	$92\frac{1}{4}$ P.
Frankfurt	$3\frac{1}{2}$ pCt. Obl.	$94\frac{2}{4}$ G.
„	3 pCt. Obl.	—
Spanien	3 pCt. inl. Sch P. à fl. 2. 30	—
„	$2\frac{1}{4}$ pCt. „ „ „	$39\frac{1}{2}$ G.
Schweden	$4\frac{1}{2}$ pCt. Obl. à 105 Thlr.	$91\frac{1}{2}$ P.
N.Amerika	6 pCt. à 1000r. 1881 D. $2\frac{1}{2}$	—
„	6 pCt. ditto r. 1882 „	$57\frac{7}{8}$—$56\frac{1}{8}$ G.

Diverse Aktien.

Frankfurter Bank à fl. 500 . . .	145 G.
K. K. Oesterr. National-Bankaktien	841. G.
Oesterr. Kreditbank-Aktien à fl. 200	198—97 G.
Bayer. Hypothekenb. Pfandbriefe 4 pCt.	$98\frac{1}{4}$P. $97\frac{7}{8}$G.
Darmst. Bank 1. u. 2. Serie à fl. 250	$241\frac{1}{2}$—41 G.
Weimarische Bank à Thlr. 100 . .	$99\frac{4}{8}$ G.
Mitteldeutsche Kreditaktien . . .	$99\frac{5}{4}$—$100\frac{1}{8}$G
Intern. Bank in Lux. à 250 Frs. à 28 kr.	—
Taunus-Eisenbahn à fl. 250 . . .	—
Frankfurt-Hanauer-Eisenbahn . . .	$103\frac{7}{8}$ G.
Oest. F.St.Eisb. 5pCt. 500 Fr. à 28 kr.	—
„ Elisab.-Eisenbahn 5 pCt. . .	118 P. $117\frac{1}{2}$G.
Böhm. Westbahn-Aktien à fl. 200 6/7	—
Rhein-Nahe-Bahn 200 Thl. à 105 4pCt. Z.	$27\frac{1}{2}$ G.
Ludwigshafen-Bexbacher à 4 pCt. .	$146\frac{1}{4}$ P.
dto. dto. Prior. à 4 pCt.	$97\frac{1}{8}$ G.
Pfälz. Maxb. b. Rothschild à $4\frac{1}{2}$ pCt.	106 G.
Oest. St.-Eisenb. Prior.-Oblig. à 3 pCt.	$50\frac{1}{8}$—$\frac{1}{4}$ G.
Elisab.-Bahn Prior. 5 pCt. 6/7	80 P.
Südd. Bank-Akt., 30 pCt. Einz.	$257\frac{1}{2}$ P. 257 G.
Span. Handels- und Industrie . .	—
Bayr. Ostbahn à $4\frac{1}{2}$ pCt. volleinbez.	$116\frac{1}{4}$ P.
Bayer. Ostbahn mit 50 pCt. Einz.	114P. $113\frac{3}{4}$ G.

Wechsel in süddeutscher Währung.

Amst. fl. 100 k. S.	$100\frac{3}{4}$ G.
Antwerp. Frs. 200 k.S.	94 G.
Augsb. fl. 100 k. S.	100 P.
Berlin Th. 60 k. S.	105 P.
Brem. 50 Th. Ld. k. S.	$96\frac{1}{2}$ P.
Brüssel Frs. 200 k. S.	94 G.
Cöln Thlr. 60 k. S.	105 P.
Hamb. MB. 100 k. S.	89 G.
Leipzig Th. 60 k. S.	105 P.
London Lst. 10 k. S.	$118\frac{3}{8}$ G.
Lyon Frs. 200 k. S.	—
Mail. Frs. 200 . .	$93\frac{5}{8}$ G.
München fl. 100 k. S.	100 P.
Paris Frs. 200 k. S.	94 G
Petersburg 60 S.-R.	—
Triest fl. 100 k. S.	—
Wien fl. 100 ö. W.	—
do. in öst. W. i. S.	$103\frac{1}{2}$ G.
Disconto	$4\frac{1}{2}$ pCt. G.

Anlehens-Loose.

Oesterr. fl. 250 v. 1839	—	Kurhess. Thlr. 40 b. R.	56 P.
„ fl. 250 v. 1854 mit 4pCt.	$76\frac{1}{4}$ G.	Gr. Hessen fl. 50 b. R.	—
„ fl. 500 v. 1860 6/7	$85\frac{1}{8}$—85 G.	„ fl. 25 do.	40 P.
„ fl. 100 Eisb. L. v. 1858.	133 P.	Nassau fl. 25 bei Rothsch.	—
„ do. v. 1864.	91 P.	Sardinische Fr. 36 b. B.	—
Schwed. 10 Thlr. Loose	$9\frac{3}{8}$ P.	Neuchateler 10 Frs.-Loose	—
Badische fl. 50	—	Freiburger 15 Frs.-Loose	—
Badische fl. 35	$53\frac{1}{8}$ P.	Mailänder 45 Frs. L. b. R.	33 P.
		St. Lüttich mit $2\frac{1}{2}$ pCt. Z.	$34\frac{1}{2}$ P.
		Ansb.-Gunzenh. fl. 7-L.	$10\frac{1}{2}$ G.

§ Frankfurt, 2. Februar. Bei Eröffnung der Börse lagen wieder große Kaufordres auf Amerikaner vor, der dadurch aufs Neue gesteigerte Kurs konnte sich indeß durch starke Gewinnstrealisationen nicht behaupten; immerhin aber beweist die Leichtigkeit, mit der starke Verkäufe zu dem die New-Yorker Notirungen um 6 pCt. überreichenden Kurs zu bewirken waren, das Vertrauen des Börsenpublikums auf eine näherrückende Abwicklung in Amerika. Es wird uns mitgetheilt, daß bei Abgang des Steamers ein unverbürgtes Gerücht, Charleston sei geräumt, Gold bis auf 200 drückte. Auf Lieferung per Ende Mai wurde heute $5\frac{1}{2}$ pCt. Prämie bezahlt.

(Synd.)

An die
Hof- und Staatsbibliothek
Würzb. Ztg. München.

Neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht!

№ 35. | Vorausbezahlung: Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 1 fl. 30 kr. Bei Inseraten wird die dreispaltige Zeile in gewöhnlicher kleiner Schrift oder deren Raum im Hauptblatte mit 6 kr., im Anzeiger mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franco. | **62. Jahrgang.** | **Samstag, 4. Februar 1865.**

Eine mittelstaatliche Stimme.

Die zwischen den deutschen Mittelstaaten in neuester Zeit gepflogenen Verhandlungen, eine festere Vereinigung unter sich herbeizuführen, scheinen nicht ganz erfolglos gewesen zu sein. Das geht aus einem Artikel des offiziellen „Dresd. Journ." hervor, den dieses heute gegen eine Auslassung der Wiener „Presse" richtet. Das Wiener Blatt äußerte nämlich jüngst in einem gegen die Mittelstaaten geschleuderten, an groben und cynischen Ausfällen allerdings reichen Artikel: die Mittelstaaten hätten, bei der Haltung, welche Preußen in der schleswig-holsteinischen Angelegenheit eingenommen, jetzt zu überlegen, wie sie sich Oesterreich gegenüber stellen wollten. Oesterreich werde für Deutschland nicht mehr sein, als Deutschland für Oesterreich sein wolle. Oesterreich könne keine Verpflichtungen übernehmen, die nur Lasten, keine Vortheile mit sich bringen. Lieber wolle man sich in Oesterreich an den Gedanken gewöhnen, daß die Mittelstaaten untergingen, als daß man zäh daran hänge, alle möglichen Unbilden von denselben abzuwehren.

Hierauf erwidert nun heute das sächsische Regierungsorgan, nachdem es den übrigen Inhalt des Artikels der „Presse" vorher scharf beleuchtet, unter anderm wörtlich Folgendes: „Oesterreich weiß zu gut, was Deutschland ihm bieten kann, sonst würde es nicht mit aller Macht gegen eine Trennung von ihm angekämpft haben. Deutschland aber kennt auch seinen Werth; es braucht zu seiner Existenz weder besondere Vortheile an eine Großmacht zu bieten, noch sich abwechselnd unter den Schutz der einen oder der andern Großmacht zu stellen. Beide deutschen Großmächte wissen die Vortheile des Bundes wohl zu würdigen, aber sie werden doch kein Haar mehr für Deutschland thun, als es ihren eigenen Interessen entspricht. Wenn sich Deutschland nicht selbst zu helfen versteht, die Großmächte können es nicht. Das ist die Erkenntniß, zu der auch die Mittelstaaten gelangen werden, und darin stimmen wir mit dem Schlusse des Artikels der „Presse" überein. Die Wahrheit ist, daß Oesterreich bei seinen besten Gesinnungen für Deutschland weder die Bundesverfassung, wie sie ist, konsequent gegen die von Preußen dazu eingenommene Stellung behaupten und durchführen, noch einer Reform derselben seine eigenen Institutionen und Bedingungen opfern kann. Wenn die Mittelstaaten ihre glückliche finanzielle Lage, in Verbindung mit einer aufrichtigen Handhabung konstitutioneller Einrichtungen, zu innerer Kräftigung benutzen, und in ihrer Verbindung untereinander, nicht in der wechselnden Gunst der einen oder der andern Großmacht ihren Halt suchen; wenn eine gemeinsame Vertretung und ein geeintes Militärwesen ihre materielle und moralische Kraft stärkt, dann, aber nur dann allein, werden sie Deutschland etwas werden, dann werden beide Mächte für ihre deutschen Interessen und ihre deutsche Politik an ihnen wirkliche Bundesgenossen erlangen. Dann werden alle spezifisch preußischen und spezifisch österreichischen Interessen aufhören, Hemmnisse für die Entwicklung einer geeinten deutschen Kraft zu sein."

Die vorstehenden Zeilen gewinnen noch an Bedeutung durch die Schlußworte, welche ihnen das „Dresd. J." anfügt: es bezeichnet dieselben ausdrücklich als vorläufige Erwiderung auf die Behauptung eines Blattes, welches aus dem jüngsten Artikel des „Dresd. J." (s. Nr. 29 der N. W. Z.) gegen die Gothaer herauslesen wollte, daß Alles beim Alten bleiben solle. Hiernach hätte man also wohl in nächster Zeit interessante Enthüllungen in Sachen jener Politik, welche eine Organisation der Mittelstaaten anstrebt, zu erwarten.

(Amtliche Nachrichten.) **München,** 3. Februar. Se. Maj. der König hat dem Primararzte im allgem. Krankenhause und Doc. an der Hochsch. zu Wien, Dr. L. Dittel das Ritterkreuz 1. Cl. des Verdienstord. vom heil. Michael verliehen; dem kathol. Schull. J. Deuerling in Stadtsteinach und dem prot. Schull. J. Christ. Künzel zu Bayreuth die silb. Ehrenmünze des Verdienstord. der b. Krone verliehen, dem Präsid. der k. Regierung von Oberb. Frhrn. v. Zu-Rhein, das Komthurkr. des Verdienstord. der b. Krone verliehen; dem Präsid. der k. Regierung v. Mittelfr. Frhrn. v. Pechmann, und dem k. Regierungsdir. Alois v. Hermann in München das Komthurkr. des Verdienstord. v. h. Michael verliehen; dem k. Regierungsdir. G. K. v. Vogel in Bayreuth das Ritterkr. des Verdienstord. der b. Krone verliehen; dem k. Regierungsr. W. Schegu in Augsburg, das Ritterkreuz 1. Cl. des Verdienstord. vom h. Michael verliehen; dem k. württ.

Feuilleton.

Der Neujahrstag in Athen.

Athen, 16. Jan. Die Gesandten der am Hof beglaubigten Mächte fanden sich um die Mittagsstunde im Ottonischen Palast ein, um dem jungen König ihre Glückwünsche zum neuen Jahr alten Styls darzubringen. Der Doyen des diplomatischen Korps, der türkische Gesandte Hr. Fotiades, war der Dolmetscher der Wünsche des diplomatischen Korps, und richtete seine Rede an den König. Dieser aber vergaß die Etikette und richtete seine einstudirte Antwort an den französischen Gesandten, mit Umgehung des türkischen und des englischen Gesandten, wobei er ihm freundschaftlichst die Hand schüttelte. Die Audienz ging zu Ende, aber mit ihr nicht die Folgen der Verletzung der Form. Das diplomatische Korps begab sich sogleich zum Minister des Aeußern, Hrn. Buduris, und erklärte, daß dasselbe Abends nicht auf dem Ball erscheinen werde, wenn nicht eine genügende Erklärung darüber abgegeben würde. Der Minister des Aeußern eilte in den Palast und holte Aufklärungen und Instruktionen. Der König soll erklärt haben, daß der ganze Vorgang etwas zufälliges sei, und daß keine Absicht dabei zu Grunde gelegen — woran wohl Niemand zweifelt. Die verletzten Gesandten waren damit zufriedengestellt und erschienen auf dem Ball. — Eine andere fast unglaubliche Geschichte bot sich bei der Aufwartung der Minister dar, um ihre Neujahrswünsche dem König vorzubringen. Im Ministerrath wurde zwei Tage vorher die Anrede an den König aufgesetzt und eine Abschrift davon an den Hof geschickt, damit eine passende Antwort darauf verfaßt werden könne. Die Minister erschienen im Thronsaal, und der alte Kanaris begann die Ansprache. Die Minister waren aber wie vom Blitz getroffen, als sie hören mußten, daß ihr Präsident eine ganz andere Rede vortrug, als die war, welche er im Ministerrath mit ihnen vereinbart hatte. Ein Hausfreund hatte dem alten Schwachkopf eine schönere Rede aufgesetzt, als die ministerielle war. Seitdem ist das Ministerium aus den Fugen gegangen. Der Alte hat Athen verlassen und sich in seinem Gartenhaus, nicht weit von der Stadt, eingeschlossen. — Der Hofball bot mancherlei Erheiterungen dar. Die Einladungen waren im größten Maßstab erlassen worden. Die Bulgaristen erschienen nicht. Der König war im Begriff, den Ball mit einem Walzer zu eröffnen, und hatte sich dazu als Dame die Tochter des Grafen Sponneck außersehen. Das diplomatische Korps aber machte den Hofmarschall darauf aufmerksam, daß der König mit einer diplomatischen Dame den Ball eröffnen müsse, widrigenfalls sie den Ball verlassen müßten. Da nun Frau Fotiades, die Gemahlin des türkischen Gesandten, trotz ihrer Jugend nicht tanzte, so erwählte sich der König die Tochter des englischen Gesandten und eröffnete mit ihr den Ball. Die Stunde zum Souper war herangenaht. Der König bot seinen Arm der Gräfin Sponneck. Neuer Sturm! Der Hofmarschall lief dem König nach und nöthigte ihn, die Gräfin stehen zu lassen und statt ihrer die Frau des türkischen Gesandten, des Doyen des diplomatischen Korps, zur Tafel zu führen. Somit schloß der erste Tag des Jahrs in allgemeiner Heiterkeit — und gibt zugleich ein Bild unserer Zustände. (A. Z.)

Legationsrathe E. v. Suckau, die Erlaubniß zur Annahme der demselben von Sr. Maj. dem Könige von Württemb. verliehenen Kammerherrnwürde ertheilt; den Regierungsfunctionär L. Küchwein zu Speyer zum Registrator der Kammer des Innern der Reg. der Pfalz in provis. Eigenschaft ernannt.

(Militärdienstesnachrichten.) **München,** 1. Febr. Se. Maj. der König hat durch allerh. Entschließung vom 31. v. M. die nachstehenden Personal-Veränderungen in den Beamten-Branchen des Heeres genehmigt:

Versetzt werden: die Regimentsärzte Dr. Jos. Denk vom 11. Inf.-Reg. zur Stadtkommandantschaft Nürnberg, Dr. J. Zeller vom 2. Uhl.-Reg. zum 2. Inf.-Reg., Dr. Aug. Müllbaur vom 1. zum 2. Uhl.-Reg. und Dr. A. Handschuch vom 3. zum 1. Kür.-Reg.; die Regimentsquartiermeister P. Interwies vom Haupt-Montur- u. Rüst.-Depot zur Mil.-Rechnungskammer, G. Littenbacher vom Kadetenkorps zum 3. Inf.-Reg., J. Utz von der Mil.-Rechnungskammer zum Haupt-Montur- und Rüst.-Dep., J. Sighart vom 3. Inf.-Reg. zur Stadtkommandantschaft Augsburg, und G. Hermann vom 2. Inf.-Reg. zur Mil.-Rechnungskammer; der Reg.-Auditor W. Widder vom 7. Inf.-Reg. zum Festungsgouvernement Germersheim; die Bataillons-Quartiermeister A. Mahler vom 4. Jäger-Bat. zum 2. Inf.-Reg. und G. Holländer von der Gend.-Komp. von Mittelfranken zum Kadetenkorps; der Bat.-Auditor B. Schellerer vom Festungsgouv. Germersheim zum 7. Inf.-Reg.; der Kanzleisekretär Fr. Fridrich vom Art.-Korpskommando zum Gen.-Auditoriat; die Unterärzte Dr. Ed. Bölk vom 7. Inf.-Reg. zum 3. Jäger-Bat.; die Unterquartiermeister Fr. Kling von der Stadtkommandantschaft Augsburg zur Gend.-Komp. von Mittelfranken, X. Friedl vom Festungsgouv. Germersheim zum Haupt-Montur- und Rüst.-Depot, L. Saint-George vom Gen.-Komm. München zum 2. Inf.-Reg., Chr. Bauer von der Mil.-Rechnungskammer zum Inf.-Leib-Reg. und K. Pitzner vom Gen.-Komm. Augsburg zum 15. Inf.-Reg.; dann der Reg.-Aktuar J. Lepbold vom 3. Inf.-Reg. zum General-Kommando Augsburg.

Ernannt werden: zum Bataillonsquartiermeister: der Unterlieutenant A. Steichele vom 1. Inf.-Reg. im 4. Jäger.-Bat.; zum Unterarzt in prov. Eigenschaft: Dr. Max Vogl aus Burghausen beim Festungsgouv. Germersheim.

Befördert werden: zum Oberstabsarzt 1. Kl.: der Oberstabsarzt 2. Kl. Dr. Fr. Sommer beim Gen.-Komm. Nürnberg; zum Oberstabsarzt 2. Klasse: der Stabsarzt Dr. Fr. v. Sicherer beim Gen.-Komm. München; zu Stabsärzten: Dr. K. Frahmann vom 2. Inf.-Reg. beim Festungsgouv. Landau und Dr. M. Kranich vom 1. Kür.-Reg. bei der Kommandantschaft München; zum Kriegskommissär: der Reg.-Quartiermeister 1. Kl. Fr. Meier bei der Mil.-Rechnungskammer; zum Ministerial-Sekretär 1. Kl.: der geh. Registr.-Gehilfe E. Nächl im Kriegsministerium; zu Ministerial-Sekretären 2. Kl.: die Div.-Kommando-Sekretäre P. Schäffer bei der Mil.-Fondskommission und K. Bub vom Gen.-Komm. München im Kriegsministerium; zum geh. Registratur-Gehilfen: der Div.-Komm.-Sekretär W. Müller vom Geniekorps-Komm. im Kriegsministerium; zum Rechnungs-Registrator: der Div.-Komm.-Sekr. Fr. Beck bei der Mil.-Rechnungskammer; zu Regimentsärzten 1. Kl.: die Regimentsärzte 2. Kl. Dr. Joh. Hirschinger im 3. reit. Art.-Reg., Dr. A. Bauer im 6., Dr. Nep. Weber im 4. Inf.-Reg. und Dr. K. Stägmeyr bei der Garn.-Komp. Nymphenburg; zu Regimentsärzten 2. Kl.: die Bataillonsärzte Dr. Franz Babinger im 11. Inf.-Reg., Dr. E. Buxbaum vom 3. Jäger-Bat. im 3. Kür.-Reg., Dr. Fr. König vom 4. Art.-Reg. im 1. Uhl.-Reg., Dr. Ernst Quitzmann bei der 3. San.-Komp. und Dr. E. Hoffmann vom 3. Uhl.-Regim. beim Festungsgouv. Landau; zu Regimentsquartiermeistern 1. Kl.: die Regimentsquartiermeister 2. Kl. G. Sorg im 6., Ferd. Grundler im 12. Inf.-Reg., Ed. Graßl im Genie-Reg., D. Du Bois im Inf.-Leib-Reg., und K. Karl bei der Mil.-Rechnungskammer; zu Regimentsquartiermeistern 2. Kl.: die Bataillonsquartiermeister B. Sturm bei der Kommandantschaft des Invalidenhauses, A. Roth beim Festungsgouv. Germersheim, G. Kraft bei der Mil.-Rechnungskammer und H. Hoss bei der Armee-Montur-Depot-Kommission; zum Regimentsauditor 2. Kl.: der Bataillonsauditor O. Stöber im 3. reit. Art.-Reg.; zu Divisions-Kommando-Sekretären: die Kanzleisekretäre G. Kasvaitzer von der Stadtkommandantschaft Nürnberg beim Geniekorps-Kommando, G. Breitenbach vom Gen.-Auditoriat beim Gen.-Kommando München und M. Huber von der Adm.-Komm. der Mil.-Fohlenhöfe bei der Mil.-Rechnungskammer; zu Bataillonsärzten: die Unterärzte Dr. B. Karreles im 13. Inf.-Reg., Dr. Jos. Hoffmann von der Stadtkommandantschaft Nürnberg im 6., Dr. Fr. Oberweguer im 15. Inf.-Reg., Dr. Ph. Ebenböch im 3. Kür.-Reg., Dr. G. Wandner im 11. Inf.-Reg., Dr. L. Mayrhofer im 1. Jäger-Bat., Dr. B. de Crignis im 4. Inf.-Reg. und Dr. Fr. Schmid im 2. Jäger-Bat.; zu Bataillonsquartiermeistern: die Unterquartiermeister K. Mehrlein vom 4. Art.-Reg. im Kriegsministerium, L. Bühler bei der Haupt-Kriegskassa und P. Schmitt vom 15. Inf.-Reg. bei der Kommandantschaft München; zum Bataillonsauditor: der Unterauditor E. Bonn beim Gen.-Komm. Augsburg; zu Kanzlei-Sekretären: die Regiments-Kanzlei-Aktuare J. Wenzl, und M. Weckert im Kriegsministerium, dann G. Porr beim Art.-Korps-Kommando; zu Unterquartiermeistern: die Reg.-Aktuare Ernst Belzner vom 2. Inf.-Reg. beim Gen.-Komm. München, J. Knöchel im 4. Art.-Reg., P. Windfelder beim Haupt-Montur- und Rüstungs-Depot, Joh. Tiefel im 6. Chev.-Reg. und L. Reuß im 14. Inf.-Reg.; zu Regim.-Kanzlei-Aktuaren in provis. Eigenschaft: die Unteroffiziere Georg Barnickel vom 13. Inf.-Reg. bei der Stadtkommandantschaft Nürnberg, R. Michel vom 1. Art.-Reg. beim Art.-Korps-Komm., Chr. Trauth vom 5. Inf.-Reg. bei der Adm.-Komm. der Mil.-Fohlenhöfe, M. Häther vom 4. Jäger-Bat. bei der Mil.-Fonds-Kommission, und M. Mindl vom Inf.-Leib-Reg. im Kriegsministerium; zu Reg.-Aktuaren in prov. Eigenschaft: die Unteroffiziere und Rechnungsprakt. B. Daimer vom 1. Inf.-R. beim Festungsgouv. Germersheim, O. Schwarz vom 7. Jäger-Bat. im 4. Art.-Reg. und St. Hiller vom 7. im 3. Inf.-Reg.]

Se. Maj. der König hat dem charakt. Oberstlieutenant K. Kaiser für ehrenvoll zurückgelegte 50 Dienstjahre das Ehrenkreuz des Ludwigordens verliehen; den Rittmeister L. Frhrn. v. Aufseß vom 3. Kür.-Reg. zum 1. Chev.-Reg. versetzt; den Unterzeugwart J. Deinsdorfer von der Zeughaus-Verwaltung München in den Ruhestand versetzt.

Durch das Genie-Korps-Kommando wurde der Unterlieutenant Andr. Riegel bei der Lokal-Genie-Direktion Germersheim eingetheilt. (M.-V.-Bl.)

München, 1. Februar. Der Gesetzgebungs-Ausschuß der Kammer der Abgeordneten ließ sich heute von der Redaktions-Subkommission über das V. Hauptstück des Entwurfes (Kosten, Entschädigungen, Sicherheitsleistung und Armenrecht) Vortrag erstatten. Die Vorschläge der genannten Subkommission wurden mit kleinen Modifikationen sämmtlich genehmigt. Von den Anträgen der Subkommission, welche gegenüber den früheren Ausschußbeschüssen eine wesentliche Aenderung enthalten, heben

Zwei Mädchen.

München, 1. Febr. (Aus dem oberbayerischen Schwurgerichtssaale.) Seit langer Zeit füllte unseren Schwurgerichtssaal keine gleiche Menschenmenge wie heute. Das Auditorium gehörte größtentheils dem schönen Geschlechte an, von welchem die niedern, wie die bessern Stände zahlreich vertreten waren. Zwei Mädchen, deren Geschick schon im verwichenen Herbste großes Aufsehen erregt hatte, befinden sich auf der Anklagebank, weinend und das Antlitz dem Gerichtstische zugekehrt, um sich der skandallustigen Menge zu verbergen. Die beiden des Diebstahls und bez. der Hehlerei Angeschuldigten sind Josepha Plecher, 24 J. alt, Steuerrepartitorstochter, und Maria Seitz, Ministerialsekretärstochter, beide Putzarbeiterinnen und Näherinnen von hier. Josepha Plecher, deren Eltern nicht hier wohnhaft sind, kam im Mai v. J. hieher als Pflegerin zu ihrer etwas leidenden Firmpathin, der Müllerin Walzer. Den Morgen verrichtete das Mädchen bei der Walzer verschiedene Dienstleistungen, der Nachmittag und der Abend waren ihre freie Zeit; Plecher wohnte nämlich nicht bei ihrer Pathe. Schon kurze Zeit, nachdem Jos. Plecher das Haus der Frau Walzer betreten hatte, vermißte diese wiederholt aus verschiedenen Behältern kleinere oder größere Geldbeträge. Die Frau weinte und klagte der Plecher. Diese zeigte sich theilnehmend und äußerte oft den Wunsch, der freche Dieb möchte ertappt werden. Immer von Neuem entdeckten die Walzer'schen Eheleute, daß ihnen Geld abhanden gekommen war, auf Niemand im Hause fiel Verdacht, sogar eher auf den eigenen Sohn als auf die Plecher, welche im Hause volles Vertrauen genoß und Zugang zu allen Behältern hatte. Man ließ sogar die Schlösser ändern, umsonst, es fehlte immer wieder Geld. Verschiedene Personen, welche die Frau Walzer auf ihre Pathe aufmerksam machten, wies diese derb ab, so festes Vertrauen hatte sie auf deren ehrliche und treue Anhänglichkeit. Und doch war es Jos. Plecher, welche Liebe und Vertrauen ihrer Wohlthäter schnöde vergalt! Die Walzer ließ eines Tags absichtlich den Schlüssel zu einer Kommode liegen, als sie ausging. Bald kehrte sie zurück, und siehe! es fehlte von dem gezählten Gelde eine nicht unbedeutende Summe. Nun stellte man die Plecher zu Rede, sie läugnete anfangs hartnäckig, gestand dann, daß sie das zuletzt vermißte Geld gestohlen habe, nahm aber dieses Eingeständniß wieder zurück. Die Frau Walzer bat die Plecher inständig, reuig die Sache einzugestehen, um die Angelegenheit gütlich beilegen zu können. Vergebens! So erfolgte denn die Anzeige gegen die Plecher bei Gericht. Nun ergab sich, daß diese einen großen Aufwand trieb und zugleich mit ihrer Freundin Maria Seitz sehr verschwenderisch lebte. Beide Mädchen trugen die schönsten Kleider von den werthvollsten Stoffen. Ein Pröbchen dieser Anschaffungen soll hier seinen Platz finden. 2 seidene Kleider, jedes 98 fl., mehrere andere Kleider von 26—46 fl., 2 Operngucker à 50 fl., ein Brillantring zu 88 fl., zwei Hüte zusammen 46 fl., Siegelringe, goldene Uhren, goldene Ketten und Aehnliches. Die Seitz verschaffte sich auf diese Weise nicht nur eine feine Garderobe, sondern auch ein exquisites Meublement; denn ein Bett um 80 fl., eine Couvertdecke zu 20 fl., Teppiche und verschiedene andere Einrichtungsgegenstände wurden angeschafft. In welcher Weise diese zwei Mädchen das Geld verschleuderten, geht daraus hervor, daß sie täglich in den zoologischen Garten fuhren und dreimal die Woche dort für 10 fl. speisten. Ja sogar zwei Pfandbriefe für 150 fl. wurden gekauft. Im Theater waren beide wohlbekannt. Mehrere Monate währte dieses verschwenderische Treiben. Sonach ist es wohl einleuchtend, daß in kurzer Zeit eine Summe von mehr als 2000 fl., welche die Walzer vermissen, vergeudet war. Jos. Plecher gesteht heute reuevoll ihre That ein. Aus Putzsucht und durch die so leicht gebotene Gelegenheit zum Stehlen verleitet, habe sie immer von Neuem Geld genommen, welches sie mit ihrer Freundin getheilt. Sie habe dieser gestanden, wie sie das Geld erlange, worauf die Seitz ihr gerathen, nur mehr zu nehmen, damit sie sich noch viele Kleider kaufen könnten. In der That hatten sie gegen 1000 fl. für Putz aufgewendet. Plecher will die Größe ihres Verbrechens nicht erkannt, sondern im Glauben gehandelt haben, daß ihre Eltern,

wie nur einen hervor. Der Ausschuß halte bezüglich der Sicherheitsleistung für Prozeßkosten von Seite des als Kläger auftretenden Ausländers gegenüber dem inländischen Beklagten, eine spezielle Benennung der zu dieser Sicherheitsleistung zuzulässenden Papiere nach den bisherigen Beschlüssen angenommen. Es sollten hienach nur bayerische Staatspapiere, geldwerthe Papiere der k. Bank in Nürnberg oder der bayerischen privilegirten Hypotheken- und Wechselbank oder Aktien von industriellen Unternehmungen, für welche der bayerische Staat Zinsengarantie geleistet hat, zur Sicherheitsbestellung mittels gerichtlicher Hinterlegung zugelassen werden. Heute beschloß der Ausschuß, nach Antrag der Subkommission die Bezeichnung der bezüglichen Werthpapiere der Verordnung zu überlassen, die jedenfalls am ehesten den wechselnden Zeit- und Werthverhältnissen Rechnung tragen kann. Dabei wurde auf eine Anregung des Ministerial-Kommissärs Dr. Weis in der Debatte die Zulassung von ausländischen Werthpapieren keineswegs als ausgeschlossen betrachtet. Zu den Anträgen der Subkommission wurde noch ein neuer Artikel nach Vorschlag des Ausschußsekretärs, vorbehaltlich seiner Einreihung und Fassung, angenommen, wonach Advokaten und Fiskale bei den Gerichten, bei welchen Anwaltszwang besteht, wenn sie in eigener Sache auftreten, ihre Gebühren nach der Gebührenordnung berechnen dürfen, dagegen bei Handels- und Einzelngerichten in dieser Beziehung gleich den übrigen Parteibevollmächtigten behandelt werden sollen. Ein weiterer neuer Zusatz wurde auf Antrag des Abg. Widenhofer zu den Bestimmungen über Armenrecht getroffen. Es wurde nämlich ausdrücklich ausgesprochen, daß die Verpflichtung zur Nachzahlung aller vorgemerkten oder vom Staate vorgeschossenen Beträge auch für den Fall besteht, wenn eine zahlungsfähige Partei die Ertheilung des Armenrechts durch unwahre Angaben über ihre Vermögensverhältnisse erschlichen hat. Einem früheren (auch von uns erwähnten) Berichte, tragen wir zur Berichtigung nach, daß die Befreiung der Anwälte bei den Bezirks-, Appellations- und Handelsappellationsgerichten von jedem Nachweise der Bevollmächtigung nicht einstimmig, sondern nur mit einer Stimme Majorität angenommen wurde. Dagegen stimmten die Abgg. v. Neumayr, Dr. Schmitt, Dr. Völk und Wiedenhofer.

Der **Münchener** Korrespondent des „N. Korr.", welcher über den Stand der Zollverhandlungen mit Oesterreich kürzlich berichtete, wovon wir in Nr. 32 d. Bl. Notiz genommen, hält in einem weitern Bericht vom 2. d. seine damalige Mittheilung aufrecht und meldet noch folgendes Nähere: „Mit Herrn v. Hock wurde von preußischer Seite ein Spiel gespielt, das man in Berlin gegenüber Oesterreich nicht zum ersten Mal mit Erfolg versucht hat; man schickte ihn von einem Ministerium zum andern, in jedem die Bereitwilligkeit zum Entgegenkommen betheuernd, die Schwierigkeit der Kollegen, denen man in ihr Ressort nicht einreden könne, bedauernd. Das Ende vom Lied aber war eben, daß Hr. v. Hock mit den Verhandlungen nicht vom Fleck kam und die Kette der Schwierigkeiten, die ihm gemacht wurden, um so mehr wuchs, je mehr er sich Mühe gab, durch Erkundigungen, Vorstellungen, Anerbietungen sie zu beseitigen. Kein Wunder, wenn ihm endlich die Geduld riß und er rund heraus erklärte, das sehe gerade so aus, als ob man nicht wolle; dann solle man es aber lieber gleich gerade heraussagen. Nun wurde mit Benützung der Federn des Preßbureau und der diesem zu Gebote stehenden Kanäle das Manöver in Scene gesetzt, in der deutschen Presse die Angabe zu verbreiten, als habe Oesterreich bezüglich der Ermäßigung der Weinzölle Unbilliges verlangt, offenbar in der Absicht, sich, wenn die Verhandlungen wirklich abgebrochen würden, in den Augen des unkundigen Publikums rein zu waschen, nebenbei auch die Schuld theilweise wenigstens auf Bayern abzuladen. Es ist nämlich allerdings richtig, daß Oesterreich eine Ermäßigung der Zölle auf seine Weine verlangt hat, um hiedurch wenigstens einige Entschädigung für den Entgang der Vortheile zu bekommen, die es sich von einer weiteren Ausbildung des Februarvertrags versprochen hatte, und um gegen die erleichterte Konkurrenz der französischen Weine Stand halten zu können. Aber auch Bayern fürchtet von letzterer für seine Weine, und es darf nicht Wunder nehmen, wenn es, zunächst für's eigene Haus bedacht, einer so bedeutenden Herabsetzung der Zölle auf österr. Weine, wie sie Hr. v. Hock beantragte, seine Zustimmung nicht geben zu können erklärt. Dies der Stand der Sache, woraus aber keineswegs folgt — wie die offiziösen Berliner Federn vorsorglich glauben machen möchten —, daß eine Vereinbarung über diesen Punkt unmöglich wäre und also daran die Verhandlungen scheitern müßten. Denn weder hat Oesterreich eine peremtorische, jedes Ablassen ausschließende Forderung gestellt, noch hat Bayern überhaupt jede Ermäßigung von der Hand gewiesen. Ueber die Weinzölle könnte man sich, wie ich Ihnen schon letzthin schrieb, recht wohl einigen, falls nicht Preußen, als speziell mitbetheiligt, noch mit besonderen Schwierigkeiten hervortritt; der eigentliche Stein des Anstoßes liegt in dem Bestreben Preußens, womöglich jede Bestimmung, jedes Zugeständniß fern zu halten oder zu beseitigen, welches ein gemeinsames Band zwischen dem Zollverein und Oesterreich bilden könnte, oder woran mit der Zeit ein solches etwa sich anknüpfen ließe."

Wien, 1. Febr. Gestern ist eine Petition, welche sich gegen die neuere Praxis der Staatsanwaltschaft kehrt, ohne die Einleitung eines gerichtlichen Verfahrens gegen die betreffenden Per-

---

wenn die Sache aufkäme, Alles decken würden. Die Plecher besitzt noch ein kleines Vermögen, und ihre Eltern haben 2000 fl sofort den Walzer'schen Eheleuten vergütet. Die Seitz stellte in Abrede, daß sie gewußt, auf welche Weise die Plecher das Geld erhalten, und behauptet, daß die Freundin ihr im Gegentheil oft erzählt habe, daß sie von der Walzer sehr geliebt werde, daß diese sie in das Testament aufgenommen habe und ihr schon jetzt das Geld allmählig vorausgebe. Bei ihrer Verschwendung verfuhren beide Mädchen vorsichtig; Morgens ging die Plecher im einfachen Anzuge zu ihrer Pathin, während sie mit ihrer Genossin Nachmittags spazieren fuhr, das Gesicht mit kostbarem dichtem Schleier verhüllt. Beide Mädchen genoßen eine gute Erziehung im elterlichen Hause, wie in hiesigen Instituten; aber Leichtsinn, Faulheit und Putzsucht verdarben sie. Beide junge Mädchen wurden verurtheilt, Plecher zu einer Zuchthausstrafe von $4^1/_2$ Jahren, Seitz wegen Hehlerei zu einer Gefängnißstrafe von 10 Monaten. Die Vertheidigung beantragte, daß bei dem Bildungsgrade der beiden Mädchen und der Besonderheit des Falles die Erstehung dieser Strafen auf einer Festung erfolgen dürfe, welchem Antrage der Gerichtshof stattgab. — Dieser unglückliche Fall ist ein sprechender Beweis für die Worte der Gräfin Buttler, welche dieselbe jüngst in einem Berichte an den Münchner Armenpflegschaftsrath angeführt hat, daß die Erziehung unserer Mädchen eine verderbliche und verkehrte ist; nicht wenige vergreifen sich, statt ehrlich zu arbeiten, an fremdem Eigenthum, die größere Zahl verkauft sich, jene enden im Zuchthause, diese elend in den Lazarethen.

Vermischtes.

Rom. Ueber die Auffahrt des Papstes beim König Ludwig schreibt der Korrespondent der „Times" d.d. 24. Jan.: „Gestern genossen wir ein in unsern Tagen seltenes Schauspiel, welches an den Pomp des Mittelalters erinnerte. Die Villa Malta beherrscht eine der schönsten Aussichten in Rom, über den Quirinal hinweg auf die lateinischen Berge in der Ferne, mit einem lieblichen Garten in der Front, ausgezeichnet durch zwei schöne Cypressen, eine eben fruchttragende Palme, und Orangenbäume, für welche der Schatz ihrer goldenen Aepfel fast zu schwer ist. Der heilige Vater kam über den Pincio — mons hortulorum — gefolgt von Dragonern und unter Vorantritt der Guardia Nobile, in seinem von sechs prächtigen Rappen gezogenen vergoldeten Staatswagen, dem ein leerer Etiquette-Wagen nachfuhr. Die von dem bayerischen Fürsten eingeladene Gesellschaft stand auf einer Terrasse, von welcher man unmittelbar auf den vor dem Treppenhaus gelegten Fußteppich herabsah. Das Wetter war so angenehm, wie an einem Junitag in England, und bei der Annäherung Sr. Heiligkeit kam das ganze Gefolge des Königs die Treppe herab, und ließ sich auf ein Knie nieder. König Ludwig, in hellblauer bayerischer Uniform, mit breitem rothen Band darüber und den Federhut in der Hand, stand zwei Schritte vor dem Wagen und verneigte sich vor dem Pontifex. Beim Aussteigen breitete der heil. Vater, der einen kurzen rothen Sammetmantel und auf dem Haupt ein enganschließendes weißes Käppchen trug, zur Begrüßung des Königs väterlich seine Arme aus, und sagte mit seinem bekannten Lächeln um den freundlichen Mund: „Ecco il buon tempo!" Die ganze hohe Gesellschaft verschwand hierauf in die Villa. Der Vorhof aber bot eine bunte Gruppe dar: die Schweizergarde in ihrer mittelalterlichen Tracht, gelb-roth-schwarz, mit langen Hellebarden, während die Edelgarde rechts aufgezogen war. Aus der päpstlichen Staatscarrosse wurden zwei rothe Ledertaschen herausgenommen, welche die Bittschriften enthielten, die das Volk der Quiriten während der Auffahrt vom Vatikan über die Tiber herüber in den Hauptheil der Stadt Sr. Heiligkeit zugeworfen hatte. Das Ceremoniell bei der Rückfahrt war das nämliche, der König stand entblößten Hauptes, sich sehr würdevoll vor dem Papst verneigend, der ihm und den übrigen Anwesenden mit ausgestreckten Fingern den Segen ertheilte.

Digitized by Google

sonen bloß der objektiven Verfolgung einer inkriminirten Druckschrift Raum zu geben, dem Justizministerium überreicht worden. Unterzeichnet ist dieselbe vorläufig von den Eigenthümern oder Redakteuren von 7 hiesigen und 5 Prager Blättern. (Allg. Ztg.)

Eine **Wiener** Korrespondenz der „D. A. Z." vom 31. v. Mts. enthält folgende mysterieuse Andeutung: „Die Regierung hat dem Finanzausschuß des Abgeordnetenhauses die vorläufige vertrauliche Eröffnung zugehen lassen, daß sie in der allernächsten Zeit das Eintreten eines Ereignisses erwarte, welches ihr die Möglichkeit biete, das Militärbudget in sehr bedeutendem Umfange herabzumindern."

Berlin, 2. Febr. Die Finanzkommission hat beschlossen, dem Abgeordnetenhause vorzuschlagen, die Beschlußfassung über die von der Regierung gemachten Eisenbahnvorlagen und über den Staatsvertrag mit Oldenburg (dessen Nützlichkeit die Kommission anerkennt) bis zum Zustandekommen des Staatshaushaltsetats für 1865 auszusetzen.

Hannover, 31. Jan. Nach der „Const. Oesterr. Ztg." handelt es sich bei den Unterhandlungen zwischen Oesterreich und einigen Nordseestaaten nicht um Gründung einer österreichischen Schiffsstation an der Nordsee, sondern um Organisation der maritimen Vertheidigung der nördlichen Seeküste.

Von der Schweizer Gränze, 31. Januar, schreibt man: „Wie wir vernehmen, hat der Bundesrath den Bischöfen der Schweiz die Veröffentlichung der Encyklica untersagt, weil diese Grundsätze aufstelle, welche mit der gesammten freiheitlichen Kantonsverfassung, die eine wesentlich volksthümliche sei, in unmittelbarem Widerspruche stehe."

Paris, 31. Jan. In Blättern, welche aus gut kirchlichen Quellen schöpfen, wird erzählt, daß der Papst einen eigenen Ausschuß niedergesetzt habe, um auf die vielen Anfragen von Bischöfen über die Bulle zu antworten, und daß er beabsichtige, alle auf die Bulle bezüglichen Urkunden zu sammeln, drucken zu lassen und den Bischöfen der ganzen katholischen Christenheit zu überschicken.

Paris, 1. Febr. Man hatte sich seit dem Tode Proudhon's über das Schicksal seiner Wittwe und seiner Kinder große Besorgnisse gemacht. Heute wird erzählt, daß am Abend vor seinem Tode Proudhon, der sein Ende herannahen fühlte, seine älteste Tochter zu sich berief und ihr die Namen von 31 seiner ergebensten Freunde diktirte, denen er die Sorge für seine Familie anvertraute. Der Wunsch des berühmten Schriftstellers ist erfüllt worden, und die bezeichneten Personen haben sich eine Pflicht daraus gemacht, die ihnen von ihrem verstorbenen Freunde anvertraute Mission zu erfüllen. Dank ihnen, ist jetzt eine öffentliche Subskription, wovon die Rede war, überflüssig geworden. Bei dieser Gelegenheit drängt sich die Betrachtung auf, daß alle bisher gestorbenen hervorragenden Männer von 1848, und ihre Zahl ist nicht unerheblich, durchaus kein Vermögen hinterlassen haben. Einige derselben waren sogar so arm, daß ihre Freunde ihre Begräbnißkosten tragen mußten.

Paris, 1. Februar. Die „Gazette de France" theilt das Schreiben mit, in welchem der päpstliche Nuntius in Paris dem Bischof von Orleans seinen Dank und seine aufrichtigsten Glückwünsche für dessen ihm überschickte „prachtvolle" Broschüre ausspricht und ihm anzeigt, daß er dieselbe dem Kardinal Antonelli und, wenn Msgr. Dupanloup ihm noch ein Exemplar überschicken will, auch dem heil. Vater selbst vorlegen wird.

Hr. Thouvenel hat an die „Patrie" einen Brief geschrieben, worin er für den hübschen Nekrolog dankt und bemerkt, daß er sich, außer einigen rheumatischen Schmerzen, ganz wohl befinde. Der verstorbene Thouvenel sei sein 90jähriger Oheim gewesen. Man spricht davon, der Prinz Napoleon werde während der Adresse-Verhandlungen im Senat eine Reise unternehmen. Wie die Blätter berichten, wollte der prinzliche Senator die Frage der „Encyclica" behandeln und eine Rede gegen das Vorgehen der Bischöfe halten. Es wäre daher nicht ganz unwahrscheinlich, daß der Kaiser seinem mitunter unbequemen, durch seine Heftigkeit verletzenden Vetter eine Luftveränderung verordnet hätte.

Madrid, 2. Febr. Die „Epoca" berichtet, daß in amtlicher Korrespondenz Pareja durchblicken läßt, die peruanische Frage werde sich friedlich lösen. Nichtsdestoweniger werde die Fregatte „Numantia" morgen abgehen, da die Regierung stets eine respektable Macht im Stillen Ozean haben wolle.

Turin, 30. Jan. Da es nun einmal heißt, daß kein Tag ohne seine Demonstration vorübergehen soll, so erhoben vorgestern Abends und gestern im Laufe des Tages die gewöhnlichen Tumultuanten wieder ihre Rufe, zerstreuten sich aber nach einmaliger Aufforderung von Seiten der Nationalgarde. Alles ist darauf gespannt, was es heut Abends bei der Zufahrt zum großen Hofball geben wird, denn die Demonstranten beabsichtigen, Steine in die Wagenfenster der sich dorthin Begebenden zu schleudern, und zwar nicht vor dem Schloß, sondern in den dahin führenden Straßen. Im Ballsaal scheint es solle Assa foetida ausgestreut werden und andere Ingredienzien. Factum ist, daß viele der höchsten Aristokratie angehörige Damen nicht auf dem Hofball erscheinen werden, und zwar nicht aus Furcht vor den Steinwürfen, sondern, wie dieselben behaupten, ebenfalls aus Demonstration. Man will hier eine Trauer affektiren, wie sie in Venedig herrscht; dahingegen wird in Rom darauf hingearbeitet, den diesjährigen Karneval aus Anlaß der September-Konvention so brillant als möglich zu feiern. (A. Z.)

Verantwortlicher Redakteur: A. Hartmann.
Druck und Verlag der Stabel'schen Buch- und Kunsthandlung in Würzburg

Cours der Staatspapiere.

Oesterr.	5 pCt. Met. (Cp. 1. 8. b. R.)	—
"	5 pCt. Lomb. ditto. à 24	—
"	5 pCt. Engl. Met. v. 1852	80⅞ P.
"	5 pCt. Engl. Met. v. 1859	78⅞ P.
"	5 pCt. Venet. Coupon b. R.	84⅝ P.
"	5 pCt. Nationalanl. v. 1854	68½ G.
"	5 pCt. Metall. Obligation.	62⅝ P. ⅝ G.
"	4½ pCt.	56¼ P.
Preussen	3½ pCt. Staatsschuldsch.	91 P.
Bayern	4½ pCt. Obl. 1jähr. dto.	101⅞ P.
"	4½ pCt. Obl. ½jähr. dto.	102¼ P.
"	4 pCt. Obl. 1jähr. dto.	99 P.
"	4 pCt. Obl. ½ jähr. dto.	99⅛ P.
"	4 pCt. Obl. Ab.-R. dto.	98⅛ P.
"	3½ pCt. Obl. dto.	—
Württemb.	4½ pCt. Obl. b. Rothsch.	104½ G.
"	3½ pCt. Obl. dto.	96 P.
Baden	4½ pCt. Obl.	—
"	3½ pCt. Obl. v. 1842	91⅝ G.
Gr. Hess.	4½ pCt. Obl.	—
"	4 pCt. Obl. b. Rothsch.	101 P.
"	3½ pCt. Obl. dto.	97¼ P.
Nassau	4½ pCt. Obl. dto.	101⅞ P.
"	4 pCt. Obl. dto.	99½ P.
"	3½ pCt. Obl. dto.	91¼ G.
Frankfurt	3½ pCt. Obl.	94¾ G.
"	3 pCt. Obl.	—
Spanien	3 pCt. inl. Sch. P. à fl. 2. 30	—
"	2¼ pCt.	—
Schweden	4½ pCt. Obl. à 105 Thlr.	92 P.
N.Amerika	6 pCt. à 1000r. 1881 D. 2½	—
"	6 pCt. ditto r. 1882 "	55¾—55⅞ G.

Diverse Aktien.

Frankfurter Bank à fl. 500 . . .	145 G.
K. K. Oesterr. National-Bankaktien	842—43 G.
Oesterr. Kreditbank-Aktien à fl. 200	196½ G.
Bayer. Hypothekenb. Pfandbriefe 4 pCt.	98⅜ P.
Darmst. Bank 1. u. 2. Serie à fl. 250	242 P. 241G.
Weimarische Bank à Thlr. 100 . .	99⅝ G.
Mitteldeutsche Kreditaktien . . .	101 G.
Intern. Bank in Lux. à 250 Frs. à 28 kr.	—
Taunus-Eisenbahn à fl. 250 . . .	—
Frankfurt-Hanauer-Eisenbahn . . .	103⅝ G.
Oest. F.St.Eisb. 5pCt. 500 Fr. à 28 kr.	—
" Elisab.-Eisenbahn 5 pCt. . .	117½ G.
Böhm. Westbahn-Aktien à fl. 200 6/7	—
Rhein-Nahe-Bahn 200 Thl. à 105 4pCt. Z.	27 G.
Ludwigshafen-Bexbacher à 4 pCt. .	146¼ P.
dto. dto. Prior. à 4 pCt.	97 G.
Pfälz. Maxb. b. Rothschild à 4½ pCt.	106 G.
Oest. St.-Eisenb. Prior.-Oblig. à 3 pCt.	50½ P.
Elisab.-Bahn Prior. 5 pCt. 6/7	80⅛ P.
Südd. Bank-Akt., 30 pCt. Einz.	238 P. 237½G.
Span. Handels- und Industrie	—
Bayr. Ostbahn à 4½ pCt. volleinbez.	114¼ P.
Bayer. Ostbahn mit 50 pCt. Einz.	113¾ G.

Wechsel
in süddeutscher Währung.

Amst. fl. 100 k. S.	100⅞ G.
Antwerp. Frs. 200 k.S.	94 G.
Augsb. fl. 100 k. S.	100 P.
Berlin Th. 60 k. S.	105 P.
Brem. 50 Th. Lsd. k. S.	95⅛ G.
Brüssel Frs. 200 k. S.	94 G.
Cöln Thlr. 60 k. S.	105 P.
Hamb. MB. 100 k. S.	89¼ P.
Leipzig Th. 60 k. S.	105 P.
London Lst. 10 k. S.	118⅜ G.
Lyon Frs. 200 k. S.	—
Mail. Frs. 200 . .	93¾ G.
München fl. 100 k. S.	100 P.
Paris Frs. 200 k. S.	94⅛ G.
Petersburg 60 S.-R.	—
Triest fl. 100 k. S.	—
Wien fl. 100 ö. W.	—
do. in öst. W. l. S.	103½ G.
Disconto	4 pCt. G.

Anlehens-Loose.

Oesterr. fl. 250 v. 1839	141 P. 140½G.
" fl. 250 v. 1854 mit 4pCt.	77½ G.
" fl. 500 v. 1860 6/7	84⅝—84½ G.
" fl. 100 Eisb. L. v. 1858.	131⅛ G.
" do. v. 1864.	91⅛ P.
Schwed. 10 Thlr. Loose	9⅜ P.
Badische fl. 50	—
Badische fl. 35	53⅛ G.
Kurhess. Thlr. 40 b. R.	55⅛ G.
Gr. Hessen fl. 50 b. R.	—
" fl. 25 do.	40 P.
Nassau fl. 25 bei Rothsch.	—
Sardinische Fr. 36 b. B.	—
Neuchateler 10 Frs.-Loose	—
Freiburger 15 Frs.-Loose	—
Mailänder 45 Frs. L. b. R.	33 P.
St. Lüttich mit 2½ pCt. Z.	34½ P.
Ansb.-Gunzenh. fl. 7-L.	10½ G.

Frankfurt, 3. Februar. Bei sehr lebhaftem Geschäft hielten sich Kurse fest; österr. waren in der zweiten Börsenhälfte auf auswärtige Notirungen etwas matter. (Synd.)

1 N. Würzb. Ztg.

Neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht!

№ 36-37. | Vorausbezahlung: Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 1 fl. 30 kr. Bei Inseraten wird die dreispaltige Zeile in gewöhnlicher kleiner | 62. Jahrgang. | Schrift oder deren Raum im Hauptblatte mit 6 kr., im Anzeiger mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franco. | Montag, 6. Februar 1865.

Die Eroberung des Fort Fisher.

Depeschen des Admirals Porter und der Truppenkommandeure sowie andere Berichte, lassen in die Vorbereitungen zum Sturme auf Fort Fisher und die schließliche Eroberung der Feste einen interessanten Einblick thun. Am Abend des 12. Jan. kam die Expedition zum zweiten Mal in Sicht des Fort und ankerte in drei Linien nahe am Gestade. Sobald der Morg n dämmerte, ließ der Admiral die erste Division der hölzernen Schiffe (mit 116 Kanonen) vor dem Punkte, der zur Landung der Truppen auserlesen war, etwa 3½ Meilen von Fort Fisher und unweit der verlassenen Halbmondbatterie, Stellung nehmen und die Küste beschießen, um das über den Rücken der Landzunge sich hinziehende Gehölz zu säubern. Das gepanzerte Geschwader (mit 30 Kanonen) legte sich in der Zwischenzeit direkt in der Fronte des Fort vor Anker, ohne sich um die Kugeln des Feindes zu kümmern, bevor es sich vollständig in Kampfordnung formirt hatte. Um 8½ Uhr warf der New-Ironsides das erste Geschoß in das Fort und bald folgten die Thurmschiffe mit ihren furchtbaren Bomben. Jeder Schuß saß in den Wällen oder in den Schießscharten. Das Fort antwortete nur in langen Zwischenräumen von durchschnittlich mehr als zehn Minuten; denn das Feuer der Flotte war so ununterbrochen hartnäckig, daß der Feind seine Geschütze fast nicht zu bedienen vermochte.

Um 9 Uhr kam die Ordre, die Boote der Flotte nach dem Landungsplatze zu schicken, um die Truppen von den Transportschiffen an die Küste zu bringen. Die ganze Landmacht bestand aus 8000 Mann und war auf 12 Tage mit Mundvorrath versehen worden. Die Hälfte derselben war um 10 Uhr bereits an's Land gebracht, und eine Tirailleurlinie wurde vorgeschickt, vor welcher die Kanonenboote, welche sich zwischen die Fregatten und die Küste gelegt hatten, den Weg säuberten. Die übrigen der gelandeten Truppen überließen sich indessen einem fröhlichen Treiben, da sie sich freuten, wieder terra firma unter den Füßen zu fühlen. Cedern wurden gefällt und große Feuer angezündet, um welche die Leute, die theilweise bis an's Knie und höher das Wasser durchwatet hatten, ihre Kleider trockneten, während andere sich wie freigelassene Schuljungen in dem warmen Sande rollten.

Um 4 Uhr Nachmittags ward das Bombardement verschärft. Die erste Division der hölzernen Schiffe wurde heransignalisirt und nahm an dem Bombardement Theil, die zweite Division folgte gleich darauf, so daß nun noch 312 Schlünde mehr ihr Feuer gegen die feindlichen Wälle spien; eine fürchterliche Kanonade. In anderthalb Stunden wurden über 20,000 Geschosse geschleudert, während das Fort nach dem Beginn dieses allgemeinen Bombardements nur Einen Gegenschuß that. Die hölzerne Flotte erlitt somit nicht den geringsten Schaden; doch auch die Panzerschiffe waren im Laufe des Tages fast unversehrt geblieben, da die feindlichen Kugeln vor oder hinter dem Ziele einschlugen.

Die ganze Nacht hindurch blieben die Panzerschiffe in Thätigkeit, freilich in sehr verändertem Maße, aber hinreichend, um dem Feinde die Reparatur der Breschen unmöglich zu machen. Auf den folgenden Tag wurde die Stürmung des Fort angesetzt. Die Landtruppen waren in ausgezeichneter Verfassung, sie brannten vor Begier, den Beweis zu liefern, daß sie nicht mit ihrem frühern Führer Butler an die Uneinnehmbarkeit der Feste geglaubt hatten. Admiral Porter und General Terry standen im besten Einvernehmen; ein Punkt, den ersterer selbst in einer Depesche hervorhebt. Nach einer sorgfältigen Recognoscirung wurde der Angriff am 14. Jan. vorbereitet. Die Division Payne erhielt den Auftrag, mit der Fronte gegen Norden die Linie quer über die Landzunge zu halten, um gegen einen feindlichen Ausfall von Wilmington her gerüstet zu stehen. Die Division Ames sollte den Sturm auf das Fort ausführen. Nachdem die Flotte wieder drei Stunden lang ein allgemeines Bombardement unterhalten hatte, rückte die Brigade Curtis' vor und faßte Fuß an dem westlichen Ende der Landfronte. Ihr folgten die Brigaden Pennybacker's und Bell's. Nach hitzigem Kampfe, Schritt um Schritt avancirend, hatten die Angreifer ungefähr die Hälfte der Landfronte des Fort erobert; von der Division Paine wurde die Brigade Abbot's herangezogen und drang in das Innere des Forts ein. Um 10 Uhr war der Feind aus sämmtlichen Werken vertrieben und auf die äußerste Spitze der Landzunge zurückgedrängt; die Sieger rück-

Feuilleton.

König Ludwig II. von Bayern und die Kunst.

Unter dieser Ueberschrift spricht sich im Wiener „Botschafter" der bekannte Kunstkritiker und Künstler Fr. Pecht in München in einem begeisterten Artikel aus, dem wir Folgendes entnehmen:

Die erste, ganz unzweifelhaft rein aus innerem Antriebe erfolgte Regentenhandlung des Königs Ludwig II. im Bereiche der Kunst war bekanntlich die Berufung Richard Wagner's, durch welche München nicht wenig überrascht wurde, und die sehr Viele heute noch nicht in ihrer wahren Bedeutung aufzufassen verstanden haben. Dieselbe würde sonst sicherlich mit ungetheilterem Beifall begrüßt worden sein, als dies thatsächlich der Fall war. Und doch war so viel Ursache dazu da für jeden, der den Dingen vorurtheilsfrei auf den Grund sehen wollte. Denn in dieser Berufung zeichnete sich offenbar eine ganze Charakterrichtung, und zwar eine hocherfreuliche, bei dem jungen Fürsten, es ist dies die Hochschätzung aller geistigen Kräfte und der Muth, sich frei zu ihr zu bekennen, die Liebe zur Kunst nicht nur, nein, auch der so seltene Sinn gerade für die ernstesten und strengsten Richtungen derselben; denn was man auch gegen Wagner einwenden mochte, das hat man seinen Werken immer lassen müssen, daß sie nicht frivol schmeicheln, daß sie nie trivial und gemein werden, sondern daß ein ernster und großer, unserm tiefsten Wesen entsprechender Sinn aus ihnen spricht, daß sie daher in eminentem Grade national und originell sind. Mußte aber nicht bei einem so streng erzogenen jungen Manne, wie der König, die stolze Vorurtheilslosigkeit, mit der er sofort nach dem Besitze einer genialen Persönlichkeit strebte, die in seinen Kreisen schon durch ihre politischen Antezedentien der härtesten Beurtheilung schwerlich entgangen war, zu frohen Hoffnungen berechtigen?

Doch war dies vorderhand nur eine isolirte Thatsache, die möglicherweise ohne alle weitere Konsequenz bleiben konnte. Indeß ist bereits der Berufung Wagner's eine zweite, nicht minder bedeutsame gefolgt, so daß über das bewußte und überlegte Fortschreiten auf dem angedeuteten Wege kein Zweifel mehr existiren kann. Es besteht diese in der Beauftragung Gottfried Semper's mit dem Entwurfe zu einem großen Festtheater für außerordentliche Aufführungen, zunächst wohl der Tondichtungen Wagner's selbst, nicht weniger aber auch aller andern, die in den heutigen Opernhäusern nicht mit Würde und Weihe vorgeführt werden können. Diese Berufung Semper's zur Thätigkeit für das hiesige Kunstleben, zur Ausführung eines großen monumentalen Prachtbaues, welcher der Isarstadt eine neue hohe Zierde zu verleihen bestimmt ist, kann bei jedem Kundigen nur die lebhafteste Freude erwecken, wie man sie denn auch vielfach bereits mit einer Genugthuung begrüßen hört, die wir kaum erwartet hätten. Vielleicht weil sie das Verlassen eines Wegs in unserm baulichen Leben anzeigt, der trotz aller bedeutenden Mittel, welche an seine Verfolgung gewendet worden, trotz einzelner Leistungen von großem Talente, wie die Bürklein's es unbestritten sind, doch niemals zu gesunden Resultaten führen konnte, weil er mit dem Fluche der Willkürlichkeit behaftet war, und ein unerreichbares Ziel, die Herstellung eines

ten nach und nahmen die ganze Garnison (deren Stärke auf 1200 und auf 2500 Mann angegeben wird) gefangen, darunter auch den General Whiting und den Obersten Lamb, beide verwundet. Die übrigen Werke auf der Landzunge und die Batterien Mound und Seek Island konnten sich nicht mehr halten und ergaben sich; 72 Kanonen fielen in die Hände der Bundestruppen. Der Verlust, welchen letztere erlitten haben, wird auf 5—900 Mann geschätzt. Die Führer der drei Sturmbrigaden waren sämmtlich verwundet worden, General Curtis leicht, die Obersten Pennypacker und Bell dagegen gefährlich. Die Truppen hatten sich in unübertrefflicher Weise geschlagen. Die Freude über den schönen Sieg wurde leider einigermaßen dadurch beeinträchtigt, daß am folgenden Morgen ein Magazin in dem Fort explodirte, 200 Mann tödtend oder verwundend.

(Amtliche Nachrichten.) **München**, 4. Februar. Se. Maj. der König hat den Bezirksgeometer K. Hartmann zu Bayreuth zum Obergeometer bei der k. Regierung, K. d. F., von Oberfranken ernannt; den Bezirksg.-Rath J. Silbermann in Weilheim in den nachgesuchten Ruhestand versetzt und die hiedurch am Bezirksg. Weilheim sich erledigende Rathsstelle dem zum Rathe am Bezirksgerichte Wasserburg beförderten bisherigen Bezirksg.-Assessor Th. van Mecheln in Weilheim verliehen.

Se. Maj. der König hat den Rechnungscommissär der k. Staatsschuldentilgungs-Kommission, K. Grünewald, zum Regierungsassessor bei der genannten Kommission befördert und bestimmt, daß die hiedurch erledigte Rechnungskommissärsstelle vorerst unbesetzt zu belassen sei. (B. Z.)

München, 3. Febr. In der heutigen Sitzung des Gesetzgebungsausschusses kam der Art. 123, das Prinzip der Oeffentlichkeit betreffend, zur Verhandlung, und dabei sprach sich der Justizminister v. Bomhard in folgender beachtungswerther Weise aus: „Ich empfehle dem Ausschuß, das Prinzip der Oeffentlichkeit so wenig als möglich zu beschränken. Die Heimlichkeit ist die Hülle des Unrechts, der Unwahrheit, also unvereinbar mit einer gerechten Rechtspflege. Hatten doch schon die Völker des Alterthums, die Griechen, die Römer, ihre öffentliche Rechtspflege, die letzteren auf dem Forum vor Gott und der Welt. Die großen Nationen der Jetztzeit, England, Frankreich, haben gleichfalls öffentliche Rechtspflege. Auch Deutschland hatte sie einst, und ich muß es als ein bedauernswerthes Vorurtheil bezeichnen, daß man bei uns so lange gegen die Oeffentlichkeit der Rechtspflege, insbesondere auch gegen die öffentliche Civilrechtspflege, kämpfte. Freilich ist die Oeffentlichkeit bei der Civilrechtspflege eine andere, als bei dem Strafprozeß. Die Sitzungssäle sind nicht mit Neugierigen angefüllt; dagegen findet sich ein gewählteres Auditorium dort ein. Die Anwälte des Gerichts sind anwesend und erwarten den Aufruf der von ihnen zu plaidirenden Sachen; junge Rechtsgelehrte, welche zu ihrer Ausbildung die Vorträge hören; Angehörige der Orte, wo die Parteien wohnen, welche das Streitverhältniß kennen und zugleich eine Controle für die Parteien rücksichtlich der Wahl ihrer thatsächlichen Behauptungen, ihrer Redlichkeit und Wahrheitsliebe sind; Verwandte, Freunde der Parteien. Eine solche Versammlung ist aber groß genug, um der gerichtlichen Verhandlung eine ernste Würde zu gewähren, um die bei der Verhandlung Mitwirkenden — Anwälte, Richter, Vorsitzende — zur Aufbietung ihrer ganzen Kraft und Aufmerksamkeit zu veranlassen. Vor allem aber ist es die Thätigkeit der Anwälte, welche durch die Oeffentlichkeit eine höhere Weihe erhält. Werden die Anwälte einmal ihre Vorträge öffentlich halten, so wird mehr Redlichkeit und Schicklichkeitsgefühl in die Parteivorträge kommen; manche unbegründete Behauptung, manches muthwillige Vertheidigungsmittel wird verschmäht werden, was auf dem Papier benützt worden wäre; das handwerksmäßige der Advokatenthätigkeit wird hinwegfallen; an die Stelle der Kämpfe um processuale Formen wird schon im Beginn des Prozesses sofort der Kampf um das materielle Recht treten, und der Prozeß wird alsbald ein sittlicher sein. Aber noch weiter hinaus wird die Oeffentlichkeit wohlthuend wirken. Gar manche zivilrechtliche Verbindlichkeit, die unter der Herrschaft des schriftlichen Verfahrens nicht erfüllt worden wäre, wird ihre Erfüllung erhalten, weil der Verpflichtete sich scheut, durch die Oeffentlichkeit als wortbrüchig gebrandmarkt zu werden; manche ungerechtfertigte Handlung, welche zivilrechtliche Folgen haben kann, wird unterbleiben, weil die Oeffentlichkeit unausbleiblich Mißachtung als Folge der Handlung bringen würde. So wird die Oeffentlichkeit die Minderung der Rechtsstreite, die Erhöhung der Sittlichkeit überhaupt zur Folge haben. Ich glaube daher, daß das Prinzip der Oeffentlichkeit so wenig als möglich, etwa nur, soweit es das Sittlichkeitsgefühl und das Interesse der öffentlichen Ordnung nothwendig macht, beschränkt werden sollte."

München, 2. Febr. Der „D. A. Z." wird geschrieben: „Dem Vernehmen nach hat der österr. Gesandte mit Bezug auf die in Wien eingetroffene Antwortsdepesche des preuß. Kabinets in besonderem Auftrage seiner Regierung Veranlassung genommen, die nach der Ansicht derselben durch den Inhalt jener Depesche wesentlich näher gerückte Eventualität eines an den Bund zu bringenden Antrags hier in dringender Weise zur eingehenden Erörterung zu stellen und gleichzeitig Andeutungen über die Grenze zu geben, bis zu welcher ein solcher Antrag die kräftigste Unterstützung Oesterreichs zu gewärtigen haben werde. Hinzugefügt soll indessen sein, daß Oesterreich sich durch seine Stellung zu Preußen verpflichtet erachte, bevor in Frankfurt ein formeller Schritt geschehe, unter vertraulicher Mittheilung des

---

neuen Baustils erstrebte. Man kann aber einen neuen Baustil so wenig erfinden als eine neue Sprache, der Stil ist ja nichts anderes als die Sprache der Kunst. Es bliebe, nach Semper's Erwerbung, uns nur noch die des ersten unter den jetzt lebenden deutschen Bildhauern, des genialen Hähnel in Dresden, übrig, um München wieder jenen Primat im Reiche deutscher Kunst zu sichern, den es zu Cornelius' Zeit unstreitig besaß, seither aber, ganz vorzugsweise durch die falschen Richtungen und das ewige Experimentiren in seiner Architektur, wieder verloren hatte. Denn ohne eine gesunde Bauthätigkeit ist eine rechte Blüthe der übrigen Künste nicht allein, sondern noch viel weniger eine der technischen Gewerbe möglich. Will man diesen letztern gründlich und nachhaltig nützen, so hat man vor allem zu jener gesunden und wahrhaft organischen Entwickelung der Architektur zurückzukehren, als deren bewußtesten und schöpferischsten Repräsentanten man dermal Semper betrachten muß. Es ist nicht zu viel gesagt, wenn man behauptet, daß, nächst der engherzigen und unsinnigen Zunftgesetzgebung, das auffallende Zurückbleiben in der gewerblichen Entwickelung Münchens und Bayerns überhaupt nichts so unzweifelhaft verschuldet hat als jenes willkürliche Wiederaufwärmen des gothischen Stils nebst allen bei uns als „neuer Baustil" auftretenden Abarten; der natürlichen Entwickelung der Dinge durchaus widerstrebend, äußerte es auf alles eine lähmende und erstarrende Wirkung. Bayern stand mit dieser Architektur und seiner von ihr überall beeinflußten Industrie ganz isolirt, als ein Anachronismus in einer Welt da, mit welcher der bayerische Industrielle doch auf allen Märkten, sogar auf dem heimischen zu konkurriren hatte. So kam es, daß z. B. in München selbst heute noch Pariser, Hamburger, Berliner, Wiener Möbel billiger und besser zu kaufen sind als die hiesigen, während der einheimische Fabrikant doch Zoll, Transportkosten, billigeres Holz, geringern Tagelohn, viel wohlfeilere Miethe und Lebensmittel vor jenen Konkurrenten voraus hätte.

Ohne Zweifel wird bornirter Widerspruch, Neid und engherziger Nativismus, wie sie sich einmal allen idealen Bestrebungen an die Fersen heften, auch bei der Berufung Semper's sich geltend machen, wenn, wie wir hören, dem Entwurfe die Ausführung auf dem Fuße folgen und Hand angelegt werden soll zum Bau jenes großartigen Tempels der Kunst, wie ihn uns der König schenken will. Steht das Gebäude aber erst einmal da zum Entzücken und zur Freude eines jeden, der es betrachtet, weitet seine Schönheit jedem das enge Herz aus, der überhaupt eins hat, erfrischt und erhebt ihm das Gemüth, so werden dann zuletzt auch die Tadler finden, daß, „wenn die Rose selbst sich schmückt, schmückt sie auch den Garten". Jedes Kunstwerk, also auch jeder monumentale Prachtbau, muß seine Existenz durch die eigene Schönheit rechtfertigen, der Zweck, dem er dient, kann es niemals, und Semper, der das schönste Theater und das herrlichste Museum der neuern Zeit gebaut, ist wahrlich Mann genug, hier das Höchste zu leisten.

Eine Komödie der Irrungen.

Frau Emilie H. und Rosa W., zwei Schwägerinnen, leben in fortwährendem Streite, während ihre Ehemänner die besten Freunde sind und auch unter den Kindern beider Familien eine seltene Eintracht herrscht, ja letztere sich sogar beinahe täglich Besuche abstatten. — Am 28. November vorigen Jahres waren die Kinder der Frau Rosa W. bei den Kindern der Emilie H. zu Besuche und Tante Emilie erklärte sich mit der Farbenzusammenstellung in der Toilette ihrer kleinen Nichte Betti nicht einverstanden. Die Nichte meinte: „Die Mutter hat's so gemacht," und unwillkürlich entfuhr der Tante die Aeußerung: „Die Mutter ist ein Dalk." Von nun ab wollte Bettchen sich in die Toilette-Anordnungen ihrer Mutter nicht fügen, und als sie darüber von ihrer Mutter disziplinariter behandelt wurde, entfuhr ihr, o Unglück! die Bemerkung: „Wenn du wüßtest, was die Tante gesagt

Resultats der jetzt gepflogenen Verhandlungen nochmals in Berlin den Versuch zu machen, das dortige Kabinet, wenn auch nicht sofort für die von der Bundesmajorität gewünschte Lösung, so doch für die rascheste Herbeiführung irgend eines Zustandes zu stimmen, der jene Lösung unmittelbar vorbereite und dem Wesen nach sicherstelle.

Wien, 4. Febr. Nach der „General-Korrespondenz" hat der Finanzausschuß beschlossen, von dem Dispositionsfonds (für Preßzwecke) 300,000 fl. abzustreichen.

Wien, 4. Febr. In der nächsten Woche wird das Budget für 1866 dem Reichsrath vorgelegt, wahrscheinlich mit Regierungsvorschlägen zur Beseitigung des Defizits. Graf Karolyi reist heute Abends nach Berlin ab. Die Antwort Oesterreichs, die Beschleunigung der schwebenden Angelegenheit betonend, wahrt, in Erwartung der verheißenen Eröffnungen, die bisherigen Standpunkte.

Nachdem die Nachricht der Wiener „N. Freien Presse" von französischem Einspruch gegen die Annexion Schleswig-Holsteins in der halboffiziellen preußischen Provinzialkorrespondenz für unbegründet erklärt wurde, tritt sie in der Wiener „Presse" in Form einer telegraphischen Depesche aus Paris mit verstärktem Nachdruck auf. „Drouyn d'Lhuys, heißt es da, hat den französischen Botschafter in Berlin, Hrn. Benedetti, dahin instruirt, daß Frankreich entschlossen ist, sich jeder vollständigen oder theilweisen Einverleibung Schleswigs und Holsteins in Preußen förmlich zu widersetzen." Die Nachricht scheint uns den besonderen Umständen nach trotz des Berliner Dementi auf Beachtung Anspruch zu haben.

Zur Erzbischofswahl wird der „Nordd. Allg. Ztg." aus **Köln** geschrieben: „Die preußische Regierung befindet sich im Augenblicke in vollständiger Uebereinstimmung mit der römischen Kurie, so daß jetzt schon die Devolution des Wahlrechtes auf die letztere als eine feststehende Thatsache anzusehen ist. In der Formfrage sind beide Theile vollkommen im Einverständniß, und wenn von einer Differenz die Rede wäre, so könnte dieselbe nur noch bestehen zwischen der römischen Kurie und dem Kölner Wahlkörper andererseits. Uebrigens ist nach Lage der Sache auch anzunehmen, daß auch eine Verständigung über die Personalfrage stattfinden wird."

Kassel, 4. Febr. Eine heute Mittags in Friedrich Oetkers Wohnung abgehaltene Zusammenkunft von zehn Personen, welche sich über die Gründung eines Vaterlandsvereins und den Beitritt zum Nationalverein besprechen wollten, ist polizeilich aufgelöst worden.

Wiesbaden, 4. Febr. Die „Mittelrheinische Ztg." ist auf 2 Monate suspendirt. Eine Bürgerdeputation ist zusammengetreten, um das Staatsministerium um Zurücknahme des gestrigen Regierungsbeschlusses zu bitten.

Wiesbaden, 4. Febr. Minister Wittgenstein antwortete der Bürgerdeputation, die Suspendirung der „Mittelrh. Ztg." sei ohne Vorwissen des Staatsministeriums erfolgt; er versprach Abhülfe. Heute ist eine Massendeputation um Zurücknahme des Verbots beabsichtigt.

Hamburg, 4. Febr. Die eben hier eingetroffene „Berling'sche Zeitung" meldet, daß drei Führer der demokratischen Partei der Bauernfreunde unter Protest wegen Nichtannahme der Christensen'schen Tagesordnung aus der Reichskammer ausgeschieden sind. Wahrscheinlich werden denselben andere nachfolgen, wodurch die Kammer unvollzählig gemacht werden würde. — In dem Befinden des Prinzen Johann ist eine Besserung eingetreten.

Bern, 4. Febr. Die Nachricht, nach welcher der Bundesrath den schweizerischen Bischöfen die Verkündigung der päpstlichen Encyclica verboten hätte, ist durchaus unbegründet. Ein solches Verbot läge gar nicht in der Kompetenz der Bundesbehörde.

Genf, 4. Febr. Nach dem Journal de Genève ist der Sekretär des Fremdenpolizeibureau's verhaftet, was großes Aufsehen macht. Nach der „Nation Suisse" hat weder der Staatsrath noch der Platzkommandant beunruhigende Berichte an den Bundesrath gesandt; diese kommen von anderer Seite.

Paris, 4. Februar. Dem „Memorial diplomatique" wird aus Wien berichtet, daß die Schwierigkeiten, welche sich auf der Berliner Handelskonferenz ergaben, unüberwindlich erscheinen. Herr v. Hock bleibe zwar in Berlin, um Instruktionen zu erwarten; ein Bruch sei aber nicht unwahrscheinlich.

Madrid, 3. Febr. Nach der „Epoca" wird General Pareja von der chilenischen Regierung bezüglich ihres Verhaltens in der peruanischen Frage Genugthuung fordern.

Aus **Rom,** 24. Januar, wird der „Kreuz-Zeitung" geschrieben: „Man ist hier schwerlich jemals so freundlich für Preußen gestimmt gewesen, wie in gegenwärtigem Augenblick; man kann die preußische Regierung und deren Vertreter hier, Herrn v. Arnim, nicht genug rühmen. Der „Osservatore Romano" bringt einen offenbar inspirirten Artikel zum Lobe Preußens, in welchem auch der „Kreuzzeitung" die liebenswürdigsten Komplimente gemacht werden. Freilich hat die römische Curie Ursache genug, Preußen zu loben, wenn man die traurige Spannung betrachtet, in welcher sich ihre Verhältnisse zu den meisten katholischen Mächten befinden."

Turin, 31. Jan. Die im voraus angekündigte Demonstration gelegentlich des gestern abgehaltenen Hofballs nahm Pro-

---

hat." Nun beruhigte sich Frau Rosa W. nicht früher, bis sie von dem „Dall" Kenntniß genommen hatte, und dann ging es erst recht los. Ein Brief wurde an die Schwägerin geschrieben, in welchem ein ganzes Aufgebot von Insulten enthalten war, den Kindern wurde der fernere Verkehr mit den Kindern der Tante verboten, dem Gatten sowohl als dem Schwager eine Rührszene vorgespiegelt und trotz aller Einsprache des Gemahls die gerichtliche Verfolgung der Schwägerin beschlossen.

Die zum Zorne gereizte Frau Rosa W., welche nun einmal um jeden Preis klagen wollte, wandte sich an den Rechtsfreund ihres Mannes, der zugleich der Rechtsfreund ihres Schwagers ist, und begehrte die strafgerichtliche Verfolgung der Schwägerin Emilie H. Der Rechtsfreund hatte zum Zwecke eines gütlichen Ausgleichs so viele Konferenzen mit den Schwägersleuten abgehalten, daß er schließlich vor Ablauf des gesetzlichen Termins, welcher zur Ueberreichung von Ehrenbeleidigungsklagen anberaumt ist, ob aus Zufall oder über Einflußnahme der Gatten, die Ehrenbeleidigungsklage überreicht und dabei die Rollen der Klägerin und Geklagten verwechselt. Die für heute anberaumte Verhandlung nahm einen komischen Verlauf.

Der Richter befragt Frau Rosa W. um die Generalien und fordert dieselbe auf, der wider sie vorzutragenden Anklage mit Aufmerksamkeit zu folgen.

Rosa W.: Ich werde bitten, Sie irren sich, ich bin nicht geklagt.

Richter (nimmt die Anklage zur Hand.) Wie heißen Sie?

Rosa W.: Ich heiße Rosa W.

Richter: Dann ersuche ich, muthwillige Störungen zu unterlassen, sich mit Ruhe und Mäßigung zu benehmen und Acht zu geben auf die vorzutragende Klage und auf den Gang der Verhandlung.

Rosa W.: Ja, aber ich bin ja die Beleidigte, um Gotteswillen, man will mich ja verrückt machen. Ich klage und erscheine als Geklagte. Die Welt ist verkehrt.

Dieses Auftreten bewog den Richter, an die vermeintliche Klägerin einige Fragen zu richten.

Richter (zur Frau Emilie H.): Haben Sie die Frau Rosa W. auf Ehrenbeleidigung geklagt?

Emilie H.: Nein, meine Schwägerin Frau Rosa W. hat mich geklagt?

Richter: Ja, wie kommt das, nach der hier vorliegenden Anklage erscheinen Sie als Klägerin und Ihre Schwägerin als Geklagte.

Emilie H.: Dann scheint in der Kanzlei des Doktors eine Namensverwechslung stattgefunden zu haben.

Richter: Ja, wie ist denn das möglich?

Emilie H.: Sehr leicht. Wir haben Beide einen Doktor, den Rechtsfreund unserer Männer, der von uns mit Vollmachten versehen ist, es wurde in dieser Angelegenheit so häufig in seiner Kanzlei verkehrt, daß eine Verwechslung nicht blos möglich, sondern auch verzeihlich erscheint.

Richter: Nach den mir gewordenen Aufklärungen muß ich die Verhandlung als aufgehoben erklären.

Rosa W.: Ja, ich bitte, geht denn das nicht, daß Sie die Geschichte umkehren?

Richter: Ein solches Umkehren findet bei Gericht nicht statt.

Rosa W.: So muß halt ich jetzt eine neue Klage machen lassen.

Richter: Auch mit der wird es nicht mehr gehen, denn die Frist von sechs Wochen ist bereits verstrichen. Es bleibt Ihnen nichts Anderes übrig, als in Folge dieser fatalen Verwechslung sich mit Ihrer Schwägerin gütlich auszugleichen.

Rosa W. (in höchster Aufregung): Und meinem Doktor die Augen auszukratzen.

portionen an, welche man nicht vermuthet hatte. Umsonst hatte man in der ganzen Stadt das Gerücht verbreitet, daß eine außerordentliche Entfaltung von Truppen auf dem Schloßplatz und in den anliegenden Straßen eine jede Demonstration verhindert werde; umsonst waren Proklamationen an die Arbeiter und an die Bevölkerung gerichtet worden, sich ruhig zu verhalten — die Demonstration war furchtbar unheimlich und im höchsten Grad anti-dynastisch. Viktor Emmanuel ist in seiner geliebten Hauptstadt in einer Weise ausgepfiffen und beschimpft worden, wie es noch wenige Monarchen wurden. Der Ruf „Abasso il Rè!“ wechselte mit dem „Viva la Guardia nazionale!“ und es war ein eigenthümlicher Anblick, den die festlich beleuchteten Zugänge zum Palast und das Schloß selbst im Kontrast zu der ungeheuer erregten wohl 2000—3000 Personen zählenden Menschenmenge bot, welche zischend, schreiend, heulend und tobend auf dem Platz umherwogte. Um 7 Uhr zeigte sich nur eine halbe Schwadron Lanciers, welche ruhig an ihrem Posten verblieb. Um halb 8 Uhr erschienen die ersten Equipagen, welche mit einem schrecklichen „Pereat!“ empfangen wurden, so daß mehrere sofort umkehrten. Andere, die im Galopp anzufahren versuchten, wurden angehalten; die Kutscher wurden vom Bock gerissen, und die Eingeladenen, worunter viele Damen und Offiziere, genöthigt, entweder unter schrecklichem Zischen zu Fuß in den Palast zu gehen oder umzukehren. Jene, welche die letztere Partie ergriffen, wurden kräftigst applaudirt. Der Lärm war gegen 8 Uhr, wo die meisten Wagen anfuhren, am furchtbarsten, und da machte die Cavallerie einen Angriff auf das wüthend gewordene Volk, das sich einen Augenblick zerstreute, um sich sofort wieder unter ungeheurem Lärm zu sammeln. Erst gegen 9 Uhr erschien die Nationalgarde, die sich aber völlig passiv verhielt. Drei bis vier Wagen wurden umgeworfen; andern wurden die Fenster mittelst Steinen zerstört; jedoch kamen glücklicherweise keine Verwundungen vor. Am schlimmsten wurden die Offiziere der Nationalgarde behandelt, welche sich zu Fuß zum Ball begaben. Während diese Scenen, bei welchen sich diesmal, wie ich mich genau überzeugte, nicht nur Arbeiter und Studenten, sondern Bürger und angesehene Handelsleute betheiligt hatten, auf dem Schloßplatz stattfanden, ging es auf dem Hofball selbst sehr traurig und düster zu. Obwohl diesmal mehr Einladungen als gewöhnlich ausgeschrieben worden waren, hatten sich im ganzen nur 45 Damen eingefunden; rechnet man darunter die Hofdamen der Herzogin von Genua und die Gemahlinnen der Gesandten und Hofchargen, so bleiben von der Aristokratie nur etwa 20 übrig. Nach jedem Tanz bildeten sich Gruppen, um Nachrichten von dem Platz zu haben, der völlig einem Lager glich. Vom Ballsaal aus ertheilte der Oberkommandant des ersten Militärdepartements seine Befehle. Weder Bürgermeister noch irgendein Mitglied des Magistrats waren erschienen. Der König selbst schien äußerst verstimmt zu sein; denn die gräßlichen Rufe, welche auf dem Schloßplatze ertönten, drangen bis in den Ballsaal, wo alle Augen auf ihn gerichtet waren. Er sprach von Zeit zu Zeit einige Worte mit dem General Della Rocca, und verließ den Ball nach einer Stunde. Obwohl die Nationalgarde bis vier Uhr Morgens auf dem Platze verblieb, wurden die heimkehrenden Personen wiederholt mit schrecklichem Zischen empfangen, und gewiß wird allen denen, welche diesen Hofball besucht, die Art und Weise, wie sie begrüßt wurden, noch lange im Gedächtniß bleiben. Es ist merkwürdig und auch gleichzeitig beweisführend für die wahren Urheber dieser furchtbaren Demonstration, welche den höchsten Kreisen angehören, daß sämmtliche eingeladenen Damen anonyme Schreiben erhalten hatten, sich nicht auf den Ball zu begeben. Nur zwanzig sind dieser Einschüchterung nicht nachgekommen. Heute herrscht noch völlige Verwirrung. Der König soll geschworen haben, Turin nicht wieder öffentlich betreten zu wollen. Das Offizierkorps ist wüthend über die Bevölkerung, und sollten ernstere Ereignisse eintreten, so dürfte die Rache desselben eine fürchterliche werden. Ein zweiter Hofball, der auf Mitte Februar angekündigt ist, wird wohl abgesagt werden. Niemand glaubt indeß, daß mit der gestrigen Demonstration die Reihe der unruhigen Auftritte abgeschlossen ist, zumal nur im Ganzen zwanzig Personen verhaftet wurden, und die Nationalgarde die größte Gleichgiltigkeit an den Tag gelegt hat.

Turin, 4. Febr. Der Bericht der Kommission für einheitliche Gesetzgebung schlägt die Abschaffung der Todesstrafe vor. Dem Vernehmen nach ist General Larocca zum Kommandanten des Militärbezirks Florenz ernannt.

Seltsamerweise findet im äußersten Süden Italiens, auf Sizilien nämlich, gewissermaßen ein ähnlicher Zustand wie im Norden statt. In Palermo stehen sich die Parteien schroffer denn je gegenüber. Mazzinisten und Bourbonisten sprechen ihre Hoffnungen und Wünsche laut aus, und das Messer spielt seine Rolle.

New-York, 17. Januar. Das Auftreten des Senats in der mexikanischen Frage zeigt gleich großes Uebelwollen gegen Frankreich und den Kaiser Maximilian. Eine Geldverwendungsbill, betreffend die Gehalte der Gesandten und andere Legationskosten in Großbritannien, Frankreich, Spanien u. s. w. wurde in gewöhnlicher Form eingebracht, und war auf dem Punkte, ohne Erörterung durchzugehen, als der Senator Wode aus Ohio plötzlich den Antrag stellte, die Bill durch Einschaltung der Worte „Republik von“ vor dem Namen „Mexiko“ zu verbessern. Der Verbesserungsantrag wurde ohne Widerspruch eines Mitglieds angenommen, und die Bill ging unter allgemeinem Zuruf durch. Dies soll heißen, daß, wenn die Regierung einen Gesandten nach Mexiko sendet, sie ihn an den General Juarez, den gewesenen, und wie die Senatoren annehmen, wirklichen Präsidenten der mexikanischen Republik, und nicht an den Kaiser Maximilian, den faktischen und, wie ganz Europa annimmt, rechtmäßigen Souverän senden wird. Diese Entscheidung wird Lincoln und Seward Verlegenheiten verursachen, und der Senat muß entweder sein Votum zurücknehmen, oder die Washingtoner Regierung wird ohne Vertreter am Hofe ihres südlichen Nachbars bleiben.

New York, 21. Jan. Es ist ein Brief des Präsidenten Davis, datirt vom 19. Nov., an die Mitglieder der Legislatur von Georgien veröffentlicht worden. Davis spricht sich in demselben sowohl gegen das Vorgehen einzelner Staaten als auch gegen eine Konvention der Staaten in Bezug auf die Friedensfrage aus und bemerkt weiterhin, es sei viel einfacher und gedeihlicher, von vornherein wegen Abschluß eines Friedens zu unterhandeln, als Kommissarien zu ernennen, welche ohne jede andere Befugniß, als Vorschläge zu machen, zusammentreten würden. Im konföderirten Senate herrschte Meinungsverschiedenheit über die Zweckmäßigkeit der Absendung von Friedenskommissarien. Herr Orr aus Südkarolina sprach sich entschieden dafür aus. Andere nannten es Verrath, zu dem Feinde in Beziehung zu treten. Depeschen aus Washington melden, Blair sei zur Ausstellung von Pässen an konföderirte Kommissarien bevollmächtigt.

Hiezu die Beilage: „Würzburger Anzeiger“.

Verantwortlicher Redakteur: A. Hartmann.
Druck und Verlag der Stahel'schen Buch- und Kunsthandlung in Würzburg

Schuldverschreibungen von Standesherren und Privaten.

Frankfurter Börse.

4	pCt.	Herz. Lucca, alte b. Rothsch.	G.—P.		74
4	„	„ do. neue b. „	—		84
$3^1/_2$	„	Landgräfl. H.-Homb. b. „	—		94
$3^1/_2$	„	Fürstl. Löwenst.-Werth. (bad.)	—		94
$3^1/_2$	„	do. (bayer.)	—		—
$3^1/_2$	„	„ Fürstenberg b. Rothsch.	—		$94^1/_2$
$3^1/_2$	„	„ „ „	—		—
$3^1/_2$	„	„ Leiningen P. N. Schm.	—		94
3	„	„ „ „	—		82
4	„	„ Oettingen-Wallerstein	—		99
4	„	„ Esterhazy P. Galantha	59		61
$3^1/_2$	„	„ Isenburg-Birstein b. R.	—		93
4	„	„ Schwarzenberg	—		72
4	„	„ Palffy b. Arnst. u. Eskel.	—		83
4	„	Gräfl. Erbach-Fürstenau b. S.	—		99
4	„	„ Palffy, Ferd. Leop., b. S.	—		62

4	pCt.	Gräflich	St. Genois b. Schm.	G.—P.	72
4	„	„	Szapary b. Rothsch.	—	50
4	„	„	Schönborn b. Schm.	—	60
4	„	„	Sandor b. Rothsch.	—	58
4	„	„	Strachwitz b. Schm.	—	50
4	„	„	Hugo Eltz	—	85
4	„	„	Viczay b. Rothsch.	—	60
4	„	„	Nizky b. Rothsch.	—	—
4	„	„	Hunyady b. Rothsch.	—	—
$4^1/_2$	„	„	Batthyany Joh. Bapt.	—	76
$4^1/_2$	„	„	Batthyany Gustav	—	71
$4^1/_2$	„	„	Orczy b. Schmidt	—	72
$4^1/_2$	„	„	Sztaray	—	70
$4^1/_2$	„	„	Karoly bei Biedermann	—	70
$4^1/_2$	„	„	Pejacsevich b. Schuller & Co.	—	70

Anlehens-Loose.

Fürstl.	Esterhazy 40 fl. Loose	—.——.——
„	Windischgrätz 20 fl. Loose	18.75—19.25
„	Salm-Reifferscheid 40 fl. L.	31.25—31.75
„	Palffy 40 fl. Loose	29.75—30.25
„	Clary 40 fl. Loose	31.50—31.—
Gräflich	Keglevich 10 fl. Loose	14.50—15.—
„	Waldstein-Wartenb. 20 fl. L.	19.75—20.25
„	St. Genois 40 fl. Loose	29.50—30.—
Stadt	Triester 100 fl. Loose	108.——109.—
Donau-Dampfschiff.	100 fl. L.	90.50—91.—
Dessauer	100 Thlr.-Loose	—.——.——

An die
k. Hof- und Staatsbibliothek
München.
1 N. Würzb. Ztg.

Neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht!

№ 38. | Vorausbezahlung: Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 1 fl. 30 kr. Bei Inseraten wird die dreispaltige Zeile in gewöhnlicher kleiner | 62. Jahrgang. | Schrift oder deren Raum im Hauptblatte mit 6 kr., im Anzeiger mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franco. | Dinstag, 7. Februar 1865.

Zur Tagesfrage auf dem Gebiete der bayer. Prozeßreform.

In diesen Tagen schon wird sich der Gesetzgebungsausschuß unserer Abgeordnetenkammer über eine der wichtigsten Prinzipienfragen auf dem gesammten Gebiete der Civilprozeßreform schlüssig machen, über die Frage nämlich, ob und in welchem Maße der Staatsanwaltschaft eine Mitwirkung bei der Civilrechtspflege einzuräumen sei.

Der Standpunkt, welchen wir in dieser hochwichtigen Frage einnehmen, ist zur Genüge bekannt; wir haben uns bei Gelegenheit zweier früherer Artikel betreffs der Reformfrage bereits vor geraumer Zeit unumwunden auf die Seite Derjenigen gestellt, welche nicht nur die innere Nothwendigkeit und Zweckmäßigkeit einer Präsenz und Thätigkeit der Staatsanwaltschaft beim Civilstreitverfahren, sondern auch deren verfassungsmäßiges Recht hierauf behaupten und wir haben weiter angesichts der Divergenz zwischen den Bestimmungen des Gesetzentwurfes selbst und den Vorschlägen des Hrn. Ausschußreferenten den ersteren, als den von einer mehr konsequenten Durchführung des Prinzipes getragenen den Vorzug zusprechen zu müssen geglaubt.

Seit unseren früheren Aeußerungen über die Frage in diesem Blatte ist nun eine Reihe von Besprechungen derselben in andern Organen der Presse aufgetaucht, und sind wir heute in der erfreulichen Lage, unseren Standpunkt insbesondere von zwei verschiedenen Seiten bestätigt zu finden, über deren Kompetenz zur Beurtheilung der Sache wohl kein gegründeter Zweifel aufkommen kann.

Zunächst haben wir einen in der „Bayer. Zeitung“ veröffentlichten größeren Aufsatz im Auge, welcher unter dem gegenüber den Ursachen und der Tendenz eines großen Theiles der Opposition gegen das Institut trefflich gewählten Motto des altbiblischen Spruches: daß ungerechte Waage dem Auge des Herrn ein Gräuel sei, die aufgeworfene Prinzipienfrage vom rechtsphilosophischen, wie vom praktischen Standpunkte aus umfassend erörtert hat — eine Erörterung, welche der Feder eines der hervorragendsten Mitglieder unseres obersten Gerichtshofes entflossen ist, auf dessen Wissenschaftlichkeit, Unabhängigkeit der Gesinnung und Ueberzeugungstreue auch der ausgesprochenste Geist der Verdächtigung einen Schatten zu werfen nicht wagen durfte. Sodann aber wollen wir nicht unterlassen, die Aufmerksamkeit unserer Leser ganz besonders auf die erst vor wenigen Tagen erschienene Broschüre des Dr. Hermann Seuffert, Privatdozenten an der Universität München, betitelt; „Ein Wort in der Staatsanwaltschaftsfrage“ hinzulenken, in welcher der Verfasser (dessen seither erschienene Recensionen des Prozeßgesetzentwurfes selbst ein Mittermaier im Archiv f. civ. Pr. Bd. 47, Heft 3 als „bemerkenswerthe wissenschaftliche Arbeiten“ anerkennen muß) theoretisch und mit Benutzung der durch längere eigene Anschauung gewonnenen praktischen Erfahrungen das vielbesprochene Thema in gründlicher und unparteiischer Weise behandelte, weßhalb denn auch dieses Schriftchen nicht verfehlen kann, zur Klärung der noch vielfach vorhandenen schiefen Vorstellungen von dem Institute wesentlich beizutragen.

Aber auch an neuen gegentheiligen Kundgebungen hat es in der Zwischenzeit nicht gemangelt, und wir haben die Wahrnehmung gemacht, daß es einzelne hochkonservative juristische Größen der alten Schule nicht verschmähen, im Sturmlaufe gegen das Institut mit den Stimmen der Opposition par excellence oder des sogenannten entschiedenen Fortschrittes auf Tod und Leben sich zu verbinden, und ihre negativen Kritiken sogar in die Spalten der kleinsten Lokal-Tagesblättchen hineinzutragen, um die Abneigung gegen das Institut auf diese Weise theils im Volke unmittelbar zu verbreiten, theils die Opposition selbst in das Gewand der der Volksthümlichkeit zu hüllen.

Auf dieses Gebiet wollen wir den Gegnern nicht folgen, da zu viele unerlaubte Waffen von ihnen im Kampfe gebraucht wurden; wo einmal die Politik als Waffe im Kampfe über eine juristische Frage die größte Rolle spielen muß, räumen wir gern das Feld. In den jüngsten Tagen wurde auch noch der Vorschlag einer Massendemonstration des ganzen bayrischen Richterstandes gegenüber der Einführung des Institutes gemacht, derselbe hat aber keinen Anklang gefunden; es ist im Interesse der Sache zu bedauern, daß nicht wenigstens der Anfang zur Ausführung gemacht wurde, weil eine solche jedenfalls die Behauptung jener, welche stets an eine Einstimmigkeit der Richter in ihren Ansichten über und beziehungsweise gegen das Institut glauben machen wollen, auf eklatante Weise würde Lügen gestraft haben, nachdem sowohl ein guter Theil der diesrheinischen Richter, als auch sicherlich die sämmtlichen Richter der pfälzischen Provinz den Zweck eines solchen Schrittes entschieden mißbilligt haben müßten, weil sie auf Seiten der hier entwickelten Ansichten stehen.

So weit nun die seit unseren letzten Aeußerungen in diesem Blatte hervorgetretenen gegentheiligen Kundgebungen neue Momente enthalten, wollen wir nicht ermangeln, dieselben hier noch kurz zu beleuchten.

Zu verschiedenen Malen wurde in den öffentlichen Blättern neuestens die Sache so hingestellt, als sei das Vorhaben, der Staatsanwaltschaft im Civilprozesse eine Mitwirkung zu gewähren, ein vollständig neues Unternehmen der bayrischen Justizministerien jüngsten Datums*).

Von den Bestimmungen des Grundlagengesetzes, über die wir uns bereits früher ausdrücklich verbreitet haben, scheinen hiernach jene Polemiker keinerlei Ahnung zu haben; wir wollen dieselben aber noch weiter darauf aufmerksam machen, daß auch nach dem Jahre 1848 die gesetzgebenden Faktoren unseres Vaterlandes stets an jenen Bestimmungen festgehalten haben, und daß deren Ausführung eben nur durch die bis zum Jahre 1861 verzögerte Vorlage der neuen Prozeßordnung selbst vertagt wurde.

Den Beweis hiefür kann man sich leicht verschaffen durch einen Einblick in die Bestimmungen der Gesetze vom Jahre 1850, betreffend die Kompetenzkonflikte und die Gerichtsverfassung; ferner der Organisationsgesetze von 1856 und 1861, die Entwürfe der Staatsregierung nebst Motiven zu diesen Gesetzen und die Verhandlungen der Kammern des Landtages über dieselben.

Im Verlaufe dieser ganzen zehnjährigen Gesetzgebungsperiode wurde stets und allseits anerkannt, daß die Organisation der Staatsanwaltschaft und ihres Wirkungskreises zur Zeit eine unvollständige sei und wurde die vollständige Einführung derselben, die Ausdehnung ihrer Wirksamkeit auf den Civilprozeß als Aufgabe der künftigen Civilprozeßordnung vorausgesetzt.

Eine zweite positiv unwahre Behauptung unserer Gegner ist die, daß die Mitwirkung der Staatsanwaltschaft bei dem Civilprozesse eine dem deutschen Rechtsbewußtsein und der deutschen Gesetzgebung völlig fremdes, nur dem französischen Geiste zusagendes Institut sei, welches als französisches Exportprodukt auf dem heimathlichen Boden mit Erfolg nicht zu akklimatisiren, auch daselbst mit Ausnahme der von französischen Reminiscenzen strotzenden Rheinlande nicht zu treffen sei.

Gegenüber dieser Aufstellung verweisen wir einfach auf die Bestimmungen der allgemeinen bürgerlichen Prozeßordnung für das Königreich Hannover vom 8. November 1850 mit Nachtragsgesetz vom 31. März 1859, eines reindeutschen und von den erwähnten Reminiscenzen völlig freien Staates. Dieses Gesetzbuch ist nach den übereinstimmenden Zeugnissen aller hervorragenden Juristen eines der besten Prozeßsysteme der Neuzeit; in den §§. 81 — 85 enthält nun aber dasselbe umfassende Bestimmungen über die Mitwirkung der Staatsanwaltschaft, an welche

*) Ein Münchener Berichterstatter im „Corresp. f. D.“ vom 1. d. Mts. hat sogar die interessante Entdeckung gemacht, die Einführung der Staatsanwaltschaft in den Civilproceß sei ein Plan des jetzigen Justizministers!!!

sich im Wesentlichen die Bestimmungen des bayerischen Entwurfes anschließen.

Man hat seiner Zeit beim Erscheinen des bayerischen Entwurfes diesem von verschiedenen Seiten gewissermaßen den Vorwurf gemacht, daß er sich nicht in höherem Maße die Bestimmungen der ausgezeichneten hannoverischen Prozeßordnung zum Vorbilde genommen habe — nun, weßhalb gerade in diesem Punkte die Waffen des Angriffes im Handumdrehen wechseln?

Ein weiteres Gegenargument liefert sodann aber die Thatsache, daß selbst die sog. deutsche rechtswissenschaftliche Schule, vertreten durch die Majorität des deutschen Juristentages, auf der vorigjährigen Braunschweiger Versammlung das Prinzip der Zulassung der Staatsanwaltschaft zum Zivilprozesse, wenn auch nur in beschränkter Weise, ausdrücklich anerkannt hat.

Wie will man die Anwendung jenes Beschlusses auf unser vaterländisches Gesetzgebungssystem und auf unsere Rechtspflege anbahnen (welche erst nach Codifikation eines neuen Zivilrechtes und nach endgiltiger Organisation möglich sein wird) wenn man von vornherein prinzipiell jede Thätigkeit des Staatsanwaltes in Bezug auf die Zivilrechtspflege ausgeschlossen haben will!!

Ein drittes Moment, welches neuestens in besonders drastischer Weise gegen das Institut in's Treffen geführt wurde, ist die Vorspiegelung der Besorgniß, als werde die Ausdehnung der Wirksamkeit der Staatsanwaltschaft auf den Zivilprozeß die Unabhängigkeit des richterlichen Urtheiles vernichten oder doch gefährden, — ja man hat sich nicht gescheut, mit unbegreiflicher Leichtfertigkeit die Richter eintretenden Falles durch die Staatsanwaltschaft als zu willenlosen Werkzeugen bei der Rechtsprechung herabgesunken zu bezeichnen.

Beim Lesen solcher Aeußerungen haben wir uns im ersten Augenblicke eines Gefühls der Bangigkeit nicht erwehren können. Wir haben uns gefragt: Wie? ist denn etwa die jetzige Generation unseres Richterstandes schlechter oder charakterloser, als sie es im Jahre 1848 und nachmals gewesen, weil man jetzt urplötzlich ernsten Grund zu solcherlei Befürchtungen an den Tag legt? Mit Nichten! Wir protestiren feierlich Namens des ganzen bayerischen Richterstandes gegen die Unterstellung einer solchen Möglichkeit; derselbe hat seit dem Bestehen der Staatsanwaltschaft im Strafprozesse — auf welchem Gebiete doch unzweifelhaft der Beeinflussung des Urtheils durch die Staatsanwaltschaft ein bei weitem größerer Spielraum gegeben gewesen wäre, als es auf dem Gebiete des Zivilprozesses auch nur jemals denkbar ist — zu viele Proben seiner Selbstständigkeit und Unabhängigkeit geliefert, als daß in dieser Beziehung auch nur der leiseste Verdacht gegen derselben begründet werden könnte.

Es kann und will nicht geleugnet werden, daß die Thätigkeit der Staatsanwaltschaft, wie überhaupt, so natürlich auch auf dem civilprozessualen Gebiete mißbraucht werden **kann**, besonders wenn dieselbe fehlerhaft organisirt ist (worauf wir noch weiter unten werden zu sprechen kommen), aber aus dieser Möglichkeit des Mißbrauches einen Grund zur gänzlichen Negation, zum Widerstand auch gegen den nützlichen Gebrauch des Institutes abzuleiten, ist schlechterdings unlogisch, hieße das Kind mit dem Bade ausschütten, und geht eben so wenig an, als die Preßfreiheit abzuschaffen, weil dieselbe so oft mißbraucht wird. Als viertes Argument wird von unsern Gegnern auf eine ihnen entgegen gehaltene Thatsache hin geltend gemacht: der Umstand, daß die sämmtlichen Juristen und Laien der pfälzischen Provinz für die Mitwirkung der Staatsanwaltschaft zum Civilprozesse in die Schranken treten, lasse sich eben nur aus der Gewohnheit und der Liebe zum Bestehenden erklären! (S. Münchener N. N. Nr. 16 d. Js.)

Der Hr. Verfasser dieses Artikels scheint, wie auch andere seiner Aeußerungen beweisen,*) die Juristen der Pfalz fast für blinde A-B-C-Schützen, für Idioten in Bezug auf Jurisprudenz zu halten. Möge er immerhin diesen Glauben hegen; man wird jenseits des Rheins ob solcher Meinung nur lächeln, aber nicht sich gekränkt fühlen. — Uebrigens kann man die Gegner mit **derselben** Waffe viel günstiger schlagen; denn gerade eine großer Faktor bei der in unseren diesrheinischen Landestheilen vielfach herrschenden Abneigung gegen die Einführung des Instituts ist die Angewohnheit an die dermaligen Zustände und die Scheu vor Allem, was neu und ungewohnt ist; fragt man aber hiebei, was zutrauenerweckender und rationeller sei — ob die Vertheidigung und das Lob über einen Zustand nach fast sechsjähriger Dauer, Erfahrung und eigener Anschauung desselben, oder seine Anfeindung als eines unbekannten, fremden, nur aus der Vogelperspektive erblickten Gegenstandes, so wird die Antwort nicht zweifelhaft sein.

(Fortsetzung und Schluß folgt.)

(**Amtliche Nachrichten.**) **München**, 5. Februar. Se. Maj. der König hat dem quiescirten k. Regierungsrathe J. B. Dillis in Landshut das Ritterkreuz I. Classe des Verdienstordens vom h. Michael verliehen; den bisherigen Ministerresidenten am kurf. hess. Hofe zu Cassel W. Frhrn. v. Thüngen, zum außerordentlichen Gesandten und bevollmächtigten Minister ebendaselbst ernannt.

München, 3. Febr. Der Gesetzgebungsausschuß der Kammer der Abgeordneten begann heute die Berathung eines neuen, des sechsten Hauptstückes: „Allgemeine Vorschriften über das gerichtliche Verfahren." Der Staatsminister der Justiz, v. Bomhard, empfahl im Eingang der Berathung, die Oeffentlichkeit der gerichtlichen Verhandlungen nicht weiter zu beschränken, als es das Sittlichkeitsgefühl und die öffentliche Ordnung erheische. Art. 123 des Entwurfs, das Prinzip der Oeffentlichkeit der gerichtlichen Verhandlungen als Regel enthaltend, wurde ohne Diskussion angenommen. Der Art. 124 des Entwurfs, die Ausnahmen von der Oeffentlichkeit betreffend, wurde nach Antrag des Abg. Barth

*) So ist es u. A. eine Unwahrheit, daß die pfälzischen Juristen ihr aus Frankreich überkommenes Hypothekenrecht für „meisterhaft" hielten. Das Unpassende des römisch-rechtlichen Hypothekensystemes für die heutigen Verkehrsverhältnisse erkennen wohl alle einsichtsvollen pfälzischen Richter u. Advokaten, und daß es zur Stunde noch gesetzliche Geltung hat, daran tragen diese keine Schuld.

Feuilleton.

Die Tinne'sche Expedition im westlichen Nilquellgebiete.

Ueber diese interessante Damenexpedition berichtet Petermann nach den Tagebuchsblättern Heuglins in dem 15. Ergänzungshefte der „Geographischen Mittheilungen". Dieser Mittheilungen entnehmen wir:

Im Juli 1861 verließen Madame Tinne, ihre Tochter Frl. Alexine Tinne und ihre Schwester Frl. A. van Capellen ihre Heimathsstadt Haag und landeten im August zu Alexandria, um ihre dritte Reise in Aegypten zu beginnen, das sie bereits 1856 und 1858 besucht hatten, und von da aus benachbarte Länder kennen zu lernen. Nachdem sie den Herbst und einen Theil des Winters in einem reizenden Landsitze bei Kairo zugebracht hatten und das Projekt einer von Dr. Krapf ihnen vorgeschlagenen Reise nach Abyssinien aufgegeben war, bestiegen sie am 9. Januar 1862 drei Barken, um sich nach Nubien und dem Sudan zu begeben. Da sie sich auf ein ganzes Jahr mit Proviant versehen hatten und viel Dienerschaft mit sich nahmen, so war schon auf dieser Reise nach Chartum das Gepäck sehr umfangreich. So führten sie unter Anderm für 800 Pfd. St. oder 5300 Thlr. Kupfergeld — zehn Kameellasten — bei sich, weil im Sudan kleines Geld zum Wechseln schwer zu bekommen ist, und zur Wüstenreise von Korosko nach Abu Hammed benöthigten sie nicht weniger als 102 Kameele. Nach kurzem Aufenthalt zu Chartum fuhren sie im Mai auf dem Dampfer des Prinzen Halim den Weißen Nil hinauf, um die Regenzeit womöglich an einem gesunderen Orte zu verbringen. Deutete auch hier und da ein Sklaventransport auf die entsetzlichen Zustände am Weißen Flusse, so gefiel doch dieser größte Quellarm den Damen besser als der vereinigte Nil in Nubien und Aegypten. Sein reicher Schmuck von Mimosen, Tamarinden, blühenden Sträuchern und Wassergewächsen, die belebenden Affenheerden, die Schwärme von Vögeln, die Nilpferde und Krokodile gaben ein anziehendes, ewig wechselndes Bild, und angenehm berührte die Reisenden auch die freundliche Zuvorkommenheit der Anwohner, welche Frl. Tinne, weil sie öfters zu Pferde gesehen wurde, für eine Tochter des Sultans hielten, die hierher komme, um ihnen zu helfen und sie zu trösten. Selbst der berüchtigte Sklavenhändler und Machthaber Mohammed Cher in Kaka empfing sie mit königlichen Ehren und erbot sich, Frl. Tinne zur Königin des Sudan auszurufen.

Die romantischen Hügel des Djebel-Hemaya fesselten die Damen so, daß sie hier zu bleiben wünschten, aber das Gefolge fürchtete sich vor den wilden Thieren; es mußte deshalb eine der Damen nach Chartum zurückreisen, den Dampfer von Neuem auf längere Zeit miethen, und am 7. Juli wurde die Fahrt flußaufwärts fortgesetzt. Bald oberhalb Djebel-Hemaya ermüdeten die flachen, morastigen, rohrbewachsenen Ufer und außerdem drohte Gefahr von den Schilluks, welche durch die Mißhandlungen von Seiten der Chartumer Händler aufs äußerste gereizt sind. Doch auch hier half die den Damen vorausgegangene Sage. Als der Dampfer an einem Schillukdorfe anlegen mußte, um Holz einzunehmen, und die Mannschaft aus Furcht vor den Eingeborenen

in folgender Modifikation angenommen: „Die Oeffentlichkeit kann ausgeschlossen werden, wenn aus der öffentlichen Verhandlung Aergerniß und Gefährdung der öffentlichen Ordnung zu besorgen wäre.“ — Von den übrigen Beschlüssen zu Art. 125 ff. des Entwurfs heben wir wegen ihrer prinzipiellen Bedeutung hervor: daß den Advokaten im Interesse der Redefreiheit das Wort nicht entzogen, wohl aber Vertagung der Verhandlung bei Ordnungswidrigkeiten der Advokaten durch Gerichtsbeschluß ausgesprochen werden darf. Bevollmächtigten und Parteien gegenüber soll Entziehung des Worts und Vertagung durch den Vorsitzenden statthaben. — Bei Zweifeln über Zulässigkeit einer Frage soll das Gericht entscheiden. Die bei der Verhandlung von Seite der Parteien oder von Gerichtsmitgliedern angeregten Fragen sollen nicht blos durch das Organ des Richters oder Vorsitzenden zu stellen, sondern es soll, wie im Strafverfahren, auch direkte Fragestellung zulässig sein.

München, 4. Februar. Der Gesetzgebungs-Ausschuß der Kammer der Abgeordneten erledigte heute rasch die Berathung und Beschlußfassung über die Redaktionsvorschläge des Ausschußsekretärs Dr. Barth zu den gestern diskutirten Art. 123 — 130, stimmte den Art. 131 und 132 im Wesentlichen nach dem Entwurfe bei und eröffnete die allgemeine Diskussion über die wichtige Frage der Staatsanwaltschaft. Heute sprachen nur der Ausschußreferent von Neumayr und der Justizminister v. Bomhard. Der Referent vertrat den Standpunkt seiner Abänderungsanträge und der Minister das System des Entwurfs. Der ausführliche und umfassende Vortrag des Staatsministers der Justiz entwickelte die Bedeutung, Wichtigkeit und Nothwendigkeit der Staatsanwaltschaft in dem System des Entwurfs, und trat den landläufigen Bedenken gegen dieses Institut in freimüthiger und freisinniger Weise entgegen.

München, 5. Febr. Diesen Morgen verstarb dahier in vorgerücktem Alter Hr. v. Severine, der lange Jahre hindurch kaiserl. russischer Gesandter an unserem königl. Hofe gewesen und erst vor wenigen Jahren in den Ruhestand versetzt worden war.

Aus **Berlin** wird der Fltr. Postz. unterm 4. telegraphisch gemeldet: Der Antrag Oesterreichs auf eine stufenweise Festsetzung der W e i n z ö l l e ist von den Vertretern des Zollvereins nicht angenommen worden, weil das Prinzip der Werthzölle nicht im Vereinstarif in Anwendung gebracht ist und durch eine gleiche Ermäßigung der Weinzölle gegen Frankreich die süddeutschen Weinproduzenten benachtheiligt werden würden.

Der „Köln. Ztg.“ wird von **Berlin** geschrieben: „Es war um die Zeit nach den Enthüllungen der Wiener „Presse“, von welchen sich interessirte Personen (Vertreter mittelstaatlicher Höfe) außerordentlich günstige Resultate gegen Preußen versprachen. Diese Personen wünschten den Eindruck kennen zu lernen, welchen jene welterschütternden Offenbarungen in London und Paris hervorgebracht haben mochten. Man benutzte einen Empfang, um die Gesandten gesprächsweise zu sondiren. Der englische soll, wie erwähnt, kein Hehl daraus gemacht haben, daß England sich nicht leicht wieder in die Frage mischen werde, und auf die weitere Erkundigung, ob England denn Preußens Festsetzung zwischen zwei Meeren mit Gleichgiltigkeit sehen werde, wundersamer Weise die Ansicht geäußert haben, England werde vielleicht einmal in Preußen einen willkommenen Bundesgenossen finden. Doch überraschender war die Erwiderung des ebenfalls von jener Seite in keiner sehr preußenfreundlichen Absicht sondirten französischen Vertreters. Er soll die schon erwähnten zwei Fälle vorausgesetzt haben, in welchen Frankreich entweder das preußisch-österreichische Bündniß nicht bekämpfen oder die Lockerung desselben durch sein verfrühtes Dazwischentreten zu verhindern kein Interesse haben werde. Ich wiederhole, daß diese Nachricht aus unbetheiligter, sehr glaubwürdiger Quelle stammt, von den verschiedenen officiösen Versicherungen, daß die auswärtigen Mächte sich in die Angelegenheit nicht mischen, augenscheinlich nicht berührt werden kann, damit auch gar nichts zu thun hat, im Gegentheil mit der gangbaren Formel der „Zurückhaltung“ Englands und Frankreichs keineswegs in Widerspruch steht, im Uebrigen aber, trotz anderer abweichender Versionen, Beachtung verdient.“

Paris, 4. Febr. Im geheimen Rathe sprach sich die Kaiserin betreffs der Unterrichtsfrage, so versichert man, gegen den Zwang und die Unentgeltlichkeit des Unterrichts aus. Es soll das erste Mal gewesen sein, meinen die Pariser, „daß diese hohe Frau von Freiheit sprach und ihrem sonst so wohlthätigen Herzen Zwang anthat.“ — Die Königin Pomare hat ein Schreiben an den Kaiser Napoleon gerichtet. Sie bedankt sich darin für die ihr zugesandten Geschenke und für die Freundschaft, die ihr der Kaiser bewiesen, und bittet ihn, er möge nur damit fortfahren. (K. Z.)

Paris. Der „Monde“ äußert über das jüngste Dekret des Kaisers von Mexiko: „Wenn Kaiser Maximilian vergessen hat, daß er der Bruder des Kaisers Franz Joseph ist, so erinnert er sich dafür vollkommen, daß er dem Blute Josephs II. entstammt, eines Herrschers, der sich des vollen Beifalls des Liberalismus erfreute, weil er Verwirrung in allen Gewissen anrichtete und die vollgiltigsten Rechte der katholischen Kirche verletzte. Kaiser Maximilian will ein Reich gründen und beginnt mit einem Angriffe auf das Eigenthum der Kirche! Die mexikanischen Liberalen werden sich darüber nicht beklagen, allein wunderlich muß es ihnen doch vorkommen, daß man durch die Revolution gerade dahin gelangt ist, wohin auch die Juaristische Regierung gelangt war.“

Der „Constitutionnel“ beleuchtet die Zustände etwas näher, denen Kaiser Maximilian durch sein Vorgehen gegen den mexikanischen Klerus Abhilfe schaffen will. Etwa ein Drittel des ländlichen Grundbesitzes, die Hälfte der städtischen Immobilien seien Kirchengut gewesen u. s. w. Man habe den Anbau der Felder vernachlässigt, die Gebäulichkeiten verwahrlosen lassen wegen der ständigen Ungewißheit über das zukünftige Eigenthumsrecht. Von ganz besonderem Einflusse aber werde die Reform des Kaisers auf die religiöse Lage der Indianer wirken, denen die Geistlichkeit bisher den unentgeltlichen Genuß der Sakramente verweigert hatte. So habe kürzlich erst ein würdiger Priester, der in ein armes Indianerdorf versetzt worden sei, bekannt gemacht, er wolle alle wilden Ehen unentgeltlich einsegnen, und da habe sich eine Menge

---

an das Land zu gehen sich weigerte, betrat die jüngste Dame mit zehn Soldaten das Dorf und wurde als des Sultans Tochter freundlichst aufgenommen; selbst der Thron des Landes ward ihr angeboten, wenn sie zur Vertreibung Mohammed Cher's Beistand leisten wollte.

Am Sobat angelangt, dampften sie diesen Zufluß bis zur Grenze seiner Schiffbarkeit hinauf, was einschließlich der Rückkehr zehn Tage erforderte, und sie fanden ihn interessanter als den Weißen Nil oberhalb Djebel-Hemaya. Dieser wird erst wieder jenseit des Nosees schön und interessant, wo prachtvolle Waldbäume mit Schlingpflanzen, der zierliche Papyrus, der Ambadj, die Euphorbia antiquorum und andere Formen die Reisenden entzückten. Am 4. Sept. erreichten sie die Missionsstation Heiligenkreuz und blieben daselbst bis zum 15. Sept., während welcher Zeit Frl. Tinne eine achttägige Exkursion ins Innere unternahm. Weiter oben am Fluß sahen sie die Reste der Hütten und Gärten, die Wilhelm von Harnier das Jahr zuvor bewohnt hatte, ehe er nach Heiligenkreuz übersiedelte und dort den Tod fand. Am 30. Sept. kamen sie in Gondokoro zum großen Erstaunen der Eingeborenen an, denn die Segelboote erscheinen dort nicht vor dem Januar. Sie verfolgten mit dem Dampfer den Fluß fünf Stunden lang über Gondokoro hinaus, bis die Fahrt durch Steine im Flußbett behindert wurde, besuchten auch den Berg Belenia; eine größere Reise unternahmen sie aber nicht von Gondokoro aus, weil die benachbarten Negerstämme, durch die Räubereien und Grausamkeiten de Bono's gereizt, gegen Weiße große Erbitterung hegten. Bald zwang auch heftiges Fieber, welches die Damen befiel, zur Umkehr; sie verließen am 22. Okt. Gondokoro und kamen am 20. Nov. in Chartum an; allen Aufenthalt abgerechnet, gebrauchten sie zur Thalfahrt 170 Stunden, wogegen die Bergfahrt 360 Stunden gekostet hatte.

Vermischtes.

M a i l a n d, 3. Febr. In wissenschaftlichen Kreisen bespricht man mit Interesse eine Erfindung des Professors Gorini, welche geeignet ist, dem Studium der Anatomie wesentliche Dienste zu leisten. Es ist nämlich diesem Gelehrten gelungen, eine Methode zu erfinden, durch welche Cadaver, ohne ihre Schmiegsamkeit und Frische zu verlieren, auf lange Zeit konservirt werden können. Nach Verlauf einiger Monate gehen sie in den Zustand der Austrocknung über, ohne der Fäulniß zu verfallen; aber auch dann genügt längeres Einlegen in gewöhnliches Wasser, um den Leichnamen ihre frühere Weichheit wieder zu geben. Die Eingeweide der Brust- und Bauchhöhle konserviren sich auf eine wunderbare Weise; die Gefäße können leicht injicirt, Nerven und Muskeln bequem isolirt und bis in ihre weitesten Verzweigungen verfolgt werden. Der Geruch der also präparirten Leichen gleicht dem von ranzigem Fett und macerirter Haut, ist aber weder stark noch expansiv. Nach den Erklärungen des Hrn. Gorini würde die Präparation eines Cadavers nach seiner Methode auf höchstens fünf Franks zu stehen kommen, und sich in einem Tag vollenden lassen.

---

von Paaren eingestellt, denen man früher die Trauung vorenthalten hatte, weil sie die Gebühren dafür nicht hatten bezahlen können.

Italien. Die Nachrichten aus dem Neapolitanischen über das Banditenwesen lauten ungleich besser, als seit Jahr und Tag. Selbst in Apulien sind die Räuberbanden vernichtet. Der neapolitanische Klerus hat sich bis jetzt noch vollständig ruhig in Betreff der Encyclica gehalten.

New-York, 25. Jan. General Terry meldet, daß die Konföderirten die Forts Caswell und Campbell, sowie die befestigten Positionen von Smith-Island, Smithville und Reeves-Point verlassen und zerstört haben. Die Gesammtzahl der gewonnenen Kanonen beträgt 162. Admiral Porter glaubt, daß die Konföderirten in Wilmington Alles verbrennen und diesen Platz verlassen. Die unionistischen Kanonenboote befinden sich zwischen Fort Caswell und Wilmington.

Der konföderirte Senat hat beschlossen, daß ein Oberkommandant der gesammten Armee des Südens zu ernennen sei, und hat den General Johnston für diesen Posten empfohlen. Die Repräsentantenkammer ist in geheimer Sitzung diesen Vorschlägen beigetreten, und Johnston ist zum Kommandanten ernannt worden. Während dem unionistischen Senat ein Antrag vorliegt, wonach keine Unterhandlung bezüglich einer Konzession oder eines Kompromisses mit den Konföderirten stattfinden darf vor der unbedingten Unterwerfung der letzteren unter die unionistischen Behörden, hat die konföderirte Repräsentantenkammer einstimmig beschlossen, in einer Adresse an die Bevölkerung des Südens diesen den festen Entschluß des Kongresses anzuzeigen, den Krieg fortzusetzen.

Frankfurter Börse (vom 30. Januar bis 4. Februar).

Samstag. Die deutschen Börsen scheinen aus ihrer langen Lethargie sich aufgerafft und die Rolle mit ihrer Schwester an der Seine vertauscht zu haben. Während diese sich jetzt matt dahinschleppt, geht es bei uns lustig und munter zu und der Hausse-Karneval war in der abgelaufenen Woche in vollem Schwunge. Die gute Laune ist wieder da und der geringste Anlass genügt, sie zum Ausdruck zu bringen. Die Schwierigkeiten der jüngsten Liquidationen sind vergessen; die diesmalige ging leicht von Statten, die schönen Tage der Geldabundanz scheinen sich wieder einzustellen; der politische Horizont ist frei von drohenden Wolken. Was hindert also die Spekulation, tüchtig ins Feuer zu gehen?

Die lang zurückgebliebenen österr. Staatspapiere erfreuten sich im Laufe der Woche eines tüchtigen Aufschwungs. National gingen bis über 69; 5pCt. Valuta-Metalliques bis 62¾, 4½pCt. bis über 56. Sie verdankten diesen Aufschwung mit der Nachricht von einer bei dem Reichsrath in Anregung zu bringenden Herabsetzung der Couponssteuer; wir zweifeln jedoch, dass ein desfallsiger ernster Antrag zur Zeit von Erfolg sein werde. Die günstige Tendenz für österr. Fonds schwächte sich jedoch in den letzten Tagen wieder etwas ab und sie schliessen trotz des heute aus Wien gemeldeten starken Rückgangs der Valuta in matterer Haltung.

Süddeutsche Fonds wenig verändert. Es fand mehrfacher Umsatz in Badischen, 4pCt. Nassauern und 4pCt. Kurhessen statt. Die durch die jetzt stattgehabte starke Auslosung der alten kurhessischen 4½pCt. Anleihe flüssig gewordenen Gelder werden wohl zum grossen Theil ihre Unterkunft bei ihren 4pCt Landsleuten suchen, so dass man einem Anziehen des Kurses der letzteren entgegensehen kann. Von Pfandbriefen waren die der bayerischen, sowie auch der sächsischen Hypothekenbank gefragt. In neuen 4½ pCt. Finnländischen nahmen die Anlagen namentlich für den kleineren Kapitalbedarf ihren Fortgang.

In amerikanischen Papieren war das Geschäft in der abgelaufenen Woche wieder ein äusserst lebhaftes. Die Nachrichten über den Erfolg der unionistischen Waffen, sowie die Gerüchte von Friedensunterhandlungen und günstigere Valutakurse aus New-York verursachten eine sich überstürzende Hausse. 1882er, welche vor 8 Tagen zu 49⅜ schlossen, eröffneten die laufende Woche zu 51½, um bis zum Donnerstag bis auf 57 zu steigen. Diesem rapiden Steigen, welches das Effekt wieder um Prozente über New-Yorker Notiz hinausschnellte, folgte in den letzten Tagen in Folge von Gewinnrealisirungen die natürliche Reaktion, welche, da die neuesten telegraphischen Nachrichten gegen Erwartung keine Besserung, sondern eher eine Verschlechterung der Valuta meldeten, heute das Effekt auf 54 zurückführte.

In österr. Kreditaktien hat in den letzten Tagen das Haussetreiben etwas nachgelassen; sie bleiben, nachdem sie im Laufe der Woche bis 198½ gegangen, zu 196. Darmstädter rückten weiter voran und schliessen 241, um fl. 4 höher als vor 8 Tagen. — Von Zettelbankaktien Frankfurter fest auf 145. Die Resultate des vergangenen Jahres sind sehr günstige gewesen und schätzt man die zu erwartende Dividende auf 7½ pCt. Oesterr. Nationalbank holten sich die Woche weitere fl. 10, um 845 zu bleiben. — Die heute beendigten Zeichnungen auf die neue Frankfurter Vereinskasse sind sehr reichlich ausgefallen und ist eine bedeutende Ueberzeichnung des aufgelegten Betrags zu erwarten. — In Württemberg regt es sich jetzt wieder sehr lebhaft für Errichtung eines grossen Bankinstituts mit Notenausgabe und fand zu diesem Zweck in den letzten Tagen in Stuttgart eine aus allen Landestheilen stark besuchte Versammlung statt.

Von Eisenbahnaktien halten sich Taunus fest auf 350; der Januarausweis ist ein sehr günstiger, er zeigt bei einer Gesammteinnahme von fl. 36,921, gegen den gleichen Monat des Vorjahres ein Plus von fl. 7,403 oder 25 pCt. Dieses Mehr ist hauptsächlich dem Güterverkehr zu verdanken. — Bayer. Ostbahnen bis 114 bezahlt; pfälzische Linien behauptet, für Neustadt-Weissenburger wurde bis 106 gegeben. — Von Eisenbahn-Prioritäten waren in verflossener Woche namentlich Galizische sehr gesucht und erhöhten ihren Kurs um 2 pCt. bis 86. Auch in Südbahn fanden lebhafte Umsätze zu behaupteten Kursen statt.

Der Geldstand ist sehr flüssig und hat die hiesige Bank den Diskont weiter auf 4 pCt. herabgesetzt. Der Ausweis derselben vom 31. Januar zeigt eine beträchtliche Verminderung der Frage nach Kapital. Fremde Devisen in Frage. London und Paris in kurzer Sicht zu 118½ und beziehentlich 94½. Wien bis 103⅞ gestiegen. Preussische Kassenanweisungen gesucht.

(Akt.)

Hiezu die Beilage: „Würzburger Anzeiger".

Verantwortlicher Redakteur: A. Hartmann.
Druck und Verlag der Stahel'schen Buch- und Kunsthandlung in Würzburg

Cours der Staatspapiere.

Oesterr.	5 pCt. Met. (Cp. i. S. b. R.)	—
„	5 pCt. Lomb. ditto. à 24	—
„	5 pCt. Engl. Met. v. 1852	80½ P.
„	5 pCt. Engl. Met. v. 1859	78¾—⅝ G.
„	5 pCt. Venet. Coupon b. R.	84¾ P.
„	5 pCt. Nationalanl. v. 1854	69P. 68⅝ G.
„	5 pCt. Metall. Obligation.	62⅝ P. ⅜ G.
„	4½ pCt.	56½ P.
Preussen	3½ pCt. Staatsschuldsch.	90⅝ G.
Bayern	4½ pCt. Obl. 1jähr. dto.	102 P.
„	4½ pCt. Obl. ½jähr. dto.	102¼ P.
„	4 pCt. Obl. 1jähr. dto.	98½ G.
„	4 pCt. Obl. ½jähr. dto.	99½ P.
„	4 pCt. Obl. Ab.-R. dto.	99 P.
„	3½ pCt. Obl. dto.	—
Württemb.	4½ pCt. Obl. b. Rothsch.	101⅝ G.
„	3½ pCt. Obl. dto.	95⅞ P. ⅝ G.
Baden	4½ pCt. Obl.	—
„	3½ pCt. Obl. v. 1842	91⅞ P. ⅝ G.
Gr. Hess.	4½ pCt. Obl.	—
„	4 pCt. Obl. b. Rothsch.	100⅞ P.
„	3½ pCt. Obl. dto.	97¼ P.
Nassau	4½ pCt. Obl. dto.	101⅝—¾ G.
„	4 pCt. Obl. dto.	99½ G.
„	3½ pCt. Obl. dto.	91½ G.
Frankfurt	3½ pCt. Obl.	94¾ G.
„	3 pCt. Obl.	—
Spanien	3 pCt. inl. Sch. P. à fl. 2. 30	—
„	2½ pCt. . . .	—
Schweden	4½ pCt. Obl. à 105 Thlr.	92½ P.
N.-Amerika	6 pCt. à 1000r. 1881 D. 2½	—
„	6 pCt. ditto r. 1882. .	54⅝ G.

Diverse Aktien.

Frankfurter Bank à fl. 500 . . .	145½ G.
K. K. Oesterr. National-Bankaktien	845 G.
Oesterr. Kreditbank-Aktien à fl. 200	198½—99 G.
Bayer. Hypothekenb. Pfandbriefe 4 pCt.	97¾ G.
Darmst. Bank 1. u. 2. Serie à fl. 250	240½ P. 240G.
Weimarische Bank à Thlr. 100 . .	100½ P.
Mitteldeutsche Kreditaktien . . .	100½ G.
Intern. Bank in Lux. à 250 Frs. à 28 kr.	—
Taunus-Eisenbahn à fl. 250 . . .	—
Frankfurt-Hanauer-Eisenbahn . . .	103⅞ G.
Oest. F.St.Eisb. 5pCt. 500 Fr. à 28 kr.	—
„ Elisab.-Eisenbahn 5 pCt. . .	120¼P. 119½G.
Böhm. Westbahn-Aktien à fl. 200 6/7	—
Rhein-Nahe-Bahn 200 Thl. à 105 4pCt. Z.	29¼ G.
Ludwigshafen-Bexbacher à 4 pCt. .	146¼ P.
dto. dto. Prior. à 4 pCt.	97½ P.
Pfälz. Maxb. b. Rothschild à 4½ pCt.	106⅝ G.
Oest. St.-Eisenb. Prior.-Oblig. à 3 pCt.	50¾ P.
Elisab.-Bahn Prior. 5 pCt. 6/7	80⅛ P.
Südd. Bank-Akt., 40 pCt. Einz.	265 G.
Span. Handels- und Industrie . .	—
Bayr. Ostbahn à 4½ pCt. volleinbez.	114½ P.
Bayer. Ostbahn mit 50 pCt. Einz.	113¾ P. ⅝ G.

Wechsel in süddeutscher Währung.

Amst. fl. 100 k. S.	100⅛ G.
Antwerp. Frs. 200 k.S.	94 G.
Augsb. fl. 100 k. S.	100 P.
Berlin Th. 60 k. S.	105 P.
Brem. 50 Th. Ld. k. S.	96⅛ G.
Brüssel Frs. 200 k. S.	94 G.
Cöln Thlr. 60 k. S.	105 P.
Hamb. MB. 100 k. S.	88⅞ G.
Leipzig Th. 60 k. S.	105 P.
London Lst. 10 k. S.	118½ G.
Lyon Frs. 200 k. S.	—
Mail. Frs. 200 . .	93¾ G.
München fl. 100 k. S.	100 P.
Paris Frs. 200 k. S.	94¼ G.
Petersburg 60 S.-R.	—
Triest fl. 100 k. S.	—
Wien fl. 100 ö. W.	—
do. in öst. W. k. S.	104⅜ P. ⅛ G.
Disconto	4 pCt. G.

Anlehens-Loose.

Oesterr.	fl. 250 v. 1839	140 G.
„	fl. 250 v. 1854 mit 4pCt.	77 P. 76½ G.
„	fl. 500 v. 1860 6/7	84½ G.
„	fl. 100 Eisb.-L. v. 1858.	131¾ G.
„	do. v. 1864.	90¾ P.
Schwed.	10 Thlr. Loose	9¼ P.
Badische	fl. 50 . . .	—
Badische	fl. 35 . . .	54 P.

Kurhess. Thlr. 40 b. R.	55¾ P.
Gr. Hessen fl. 50 b. R.	—
„ fl. 25 do.	38½ P.
Nassau fl. 25 bei Rothsch.	—
Sardinische Fr. 36 b. B.	—
Neuchateler 10 Frs.-Loose	—
Freiburger 15 Frs.-Loose	—
Mailänder 45 Frs. L. b. R.	33 P.
St. Lüttich mit 2½ pCt. Z.	84½ P.
Ansb.-Gunzenh. fl. 7-L.	—

Frankfurt, 6. Februar. Oesterr. Kreditaktien traten beim heutigen Verkehr wieder in den Vordergrund in Folge telegraphischer Meldung aus Wien, daß der Staatsgüterverkauf an das von der Kreditbank mitvertretene Konsortium erfolgen werde. Von anderen österr. Effekten waren National und neuste Loose begehrt; in Loosen von 1860 mäßiger Umsatz bei wenig höheren Kursen. In Amerikanern blieb es ziemlich stille. Aktien der neuen Vereinskasse waren zu 101½—¼ in Umsatz. (Synd.)

An die
k. Hof- und Staatsbibliothek
1 N. Würzb. Ztg. München.

Neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht!

№ 39. | Vorausbezahlung: Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 1 fl. 30 kr. Bei Inseraten wird die dreispaltige Zeile in gewöhnlicher kleiner | 62. Jahrgang. | Schrift oder deren Raum im Hauptblatte mit 6 kr., im Anzeiger mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franco. | Mittwoch, 8. Februar 1865.

Zur Tagesfrage auf dem Gebiete der bayer. Prozeßreform.

(Fortsetzung.)

Wir kehren zu unserem Ausgangspunkte zurück und stellen als leitenden Grundsatz auf:

Die Staatsanwaltschaft ist — richtig aufgefaßt — das natürliche und für uns gesetzlich berufene Organ zur Vertretung der rechtlichen Interessen der souveränen Staatsgesellschaft als solcher in den Verhandlungen der Gerichte; daraus ergibt sich ein doppelter Charakter ihrer Thätigkeit, nämlich einerseits als Organ der Justizhoheit des Staates, andererseits als Wahrerin und Aufrechthälterin des rechtlichen Interesse der Gesellschaft bei jedem rechtlich bedeutenden Vorkommnisse, an welchem jene, sei es auf strafrechtlichem oder civilrechtlichen Gebiete, direkt oder indirekt betheiligt erscheint.

Von der richtigen Auffassung des Institutes hängt sehr viel ab; gerade durch irrige Anschauungen von seinem Wesen und Wirkungskreise kann eine fehlerhafte Organisation seiner Thätigkeit und ein Anlaß zu einer wirklichen oder wenigstens scheinbaren Gefährdung der richterlichen Unabhängigkeit hervorgerufen werden. Mit Denjenigen stimmen wir nicht überein, für welche in Bezug auf Rechtspflege der Staatsanwalt Alles in Allem ist; wo, wie z. B. dermalen in Frankreich, die Staatsanwaltschaft mit zu vielen Attributen von Kompetenz ausgestattet ist, wo man die Staats-Anwälte dazu mißbraucht, selbst reine Privatinteressen zu vertreten, z. B. als Anwälte des Fiskus oder der fürstlichen Civilliste in deren Prozessen, — da verräth sich eine schiefe Auffassung des Wesens des Institutes und seiner Stellung im Organismus des Rechtssystems, aus welcher sodann die mannigfachsten Inkonvenienzen sich ergeben können.

Die bayrische Gesetzgebung wird sich vor derartigen Mißgriffen in ihrem eigenen wohlverstandenen Interesse freizuhalten wissen.

Haben wir nun bisher das Prinzip selbst vertheidigt, so sei es uns hier auch gestattet, bezüglich der einschlägigen Bestimmungen des Entwurfes und der Vorschläge des Hrn. Referenten einige Wünsche anzureihen.

1) Art. 133 des Entwurfes legt dem Staatsanwalte die Befugniß bei, in jeder Sache nach dem Schlusse der Verhandlung das Wort zur Abgabe seines Gutachtens zu ergreifen.

Es wäre nun dringend zu wünschen, daß diese Befugniß, soweit sie ohne Zweifel von unseren Staatsanwälten zugleich als Pflicht aufgefaßt werden würde, auf jene Rechtssachen, welche im Art. 134 als de necessitate konklusibel speziell aufgeführt sind, und außerdem auf solche Rechtsfälle beschränkt werden würde, bei welchen unter den Parteien über die Giltigkeit oder die Auslegung von gesetzlichen oder gewohnheitsrechtlichen Bestimmungen Streit besteht.

Die größere Anzahl der Prozesse, das Bestehen einer Unzahl von Partikular-Civilrechten, der hierdurch bedingte nothwendige Zeitaufwand und die größere Schwierigkeit der Konklusion selbst endlich die Rücksichtnahme auf die Arbeitskraft des etatsmäßigen staatsanwaltschaftlichen Personales, sowie auf die faktische Gleichartigkeit der Praxis in den Ländern des französischen Rechtes dürften obige Abweichung wohl zur Genüge motiviren.

2) Es sollte durch einen Zusatzartikel ausdrücklich im Gesetze ausgesprochen werden, daß der Staatsanwalt nicht befugt sei, in seiner Konklusion zu Gunsten der einen oder andern Partei eine Thatsache zu suppliren, welche einen selbständigen Angriffs- oder Vertheidigungsgrund bildet, aber von den Parteien nicht geltend gemacht wurde, — ausgenommen jene unterlassenen Einreden, Repliken u. s. w., welche auch der Richter selbst von Amtswegen suppliren darf. (Art. 161 des Entwurfs.) In Frankreich ist dieser Grundsatz gleichfalls im Gesetze selbst nicht ausgesprochen, aber Theorie und Praxis sind daselbst und in den Rheinlanden über denselben fast einstimmig. — Bei der Neuheit des Institutes für unsere diesrheinischen Gebietstheile und zur Abschneidung jeder

Feuilleton.

Pariser Briefe.

Paris, 2. Februar.

Warum sich nur die Blicke von ganz Europa auf Frankreich richten? — Es ist um nationalkrank zu werden, wenn man sieht, wie das kleinste Ereigniß hier die ganze gebildete Welt beschäftigt, wie tausende von wissenschaftlichen und subalternen Männern aus allen Landen hier weilen, um von Allem Notiz zu nehmen und es in die vier Weltgegenden zu melden. Meine Leser kennen bereits, selbst wenn sie nie in Paris waren, die Kaiserstadt so genau, wie ich, sie kennen das neue und das alte Paris, die schmutzigen und schönen Straßen, die Kirchen und Paläste, die Kafés und Theater, den Jokeyklub und Mlle. Theresia, die Adeline Patti und den alten Thiers, das lateinische Viertel und die Vorstadt Saint-Germain, die Bußprediger von Saint-Sulpice und die unbußfertigen Schönheiten von Mabil!

Warum lesen Sie keine Chroniken von Peking, Konstantinopel, Athen, Rom, Madrid, London, Kopenhagen, St. Petersburg, oder was näher liegt, von der großen Kaiserstadt an der Donau? — Freilich, zuweilen kommen auch daher Nachrichten; aber was will das sagen im Vergleich zu den Massenneuigkeiten, wie sie Ihnen aus Frankreich zugehen. Mit welch' voluminösem Tagesbericht werden die Zeitungen aus Frankreich verproviantirt! — Und Alles ist wichtig. Gestern wurde einigen Herren die öffentliche Vorlesung untersagt. Heute liest man's in ganz Deutschland. Wegen dieser Untersagung hat der stämmige Renan geweint: „Das ist zu starker Tabak." Wird augenblicklich gemeldet. — Von diesem Tabak hat der Kaiser niesen müssen: — Depeschen fliegen in alle Welt. Die Telegraphenbureaux können 24 Stunden lang keine Privatdepesche annehmen . . . . Alles Politik!

Die Herren, welche aus Frankreich die Tagesgeschichte zu besorgen haben, sind von einem Eifer, einer Promptheit, einer Unersättlichkeit, daß sie selbst den Wochenchronisten allen Proviant vorwegnehmen. Und dies, meine lieben Leser, hat mich auf den Hund gebracht, nicht auf einen symbolischen Hund, nicht im figürlichen Sinne, nein, auf einen wirklich lebenden, bellenden Köter, der den Namen „Nero" führt. Besondere Kennzeichen: Er hat die Ehre, Hund Sr. Majestät des Kaisers der Franzosen zu sein.

Meine langmüthigen Leserinnen haben ausführliche Beschreibungen über den Spazierstock der Kaiserin gelesen. Ein Hund ist doch noch immer mehr als ein Stock. Nächstens wird eine Beschreibung der Fidibusse erscheinen, womit Napoleon seine Cigarren anzündet. Es sind das außer Cours gerathene Staatspapiere. Kürzlich brachte eine Zeitung unter den politischen Nachrichten, daß der Sekretär des Kaisers gefallen sei, aber wohin gefallen, er war dem Kaiser in's Wort gefallen. Sie wissen, wie gewaltig, wie schrecklich oft für ganz Europa die Worte des Kaisers sind, und denken Sie, der Beamte hatte sich nicht beschädigt. Der Kaiser aber, in den verwickeltesten Lagen Herr der Situation, sprach in einer Weise, die den Herrscher und den Diplomaten verrieth: „Va-t-en!"

Und während ich Ihnen die Geschichte Nero's erzählen will, faßt mich ein Bedenken an, ob nicht auch sie schon unter den politischen Nachrichten längst nach Deutschland gedrungen ist, so daß ich auch hier zu spät käme! Warum sollte diese Geschichte nicht politischen Stoff enthalten? Nero ist ein bekannter politisch-berüchtigter Name. Diesen Namen trägt ein lebendes Wesen, welches dem Kaiser nachfolgt und zwar schon bei Lebzeiten, was läßt sich

derartigen prinzipiellen Kontroverse, dürfte es sich gewiß empfehlen, dem obigen Satz, obwohl sein Inhalt eigentlich selbstverständlich ist, ausdrückliche gesetzliche Anerkennung zum Voraus zu sichern.

3) Nach Art. 133, Abs. 3 des Entw. und dem Vorschlage des Referenten zu demselben (Art. 133, Abs. 4) soll den Parteien, nachdem der Staatsanwalt sein Gutachten abgegeben hat, das Wort nicht weiter ertheilt werden, es wäre denn, daß das Gericht sich durch den Vortrag des Staatsanwaltes oder die von den Partheien sofort eingereichten schriftlichen Gegenbemerkungen veranlaßt findet, die Parteien weiter zu vernehmen.

Im Interesse des heiligen Rechtes der Selbstvertheidigung und mit Rücksicht auf die Oeffentlichkeit der Gerichtsverhandlungen wird man hier einen Ausnahmsfall beifügen müssen, dessen Beurtheilung rücksichtlich seiner Zuläßigkeit dem richterlichen Ermessen nicht anheimgestellt bleiben darf.

Es muß nämlich der Fall als möglich gedacht werden, daß der Staatsanwalt in seiner Konklusion — sei es mit oder ohne Grund — gegen die Partei, deren anwesenden Vertreter oder Beistand den neuen Vorwurf einer strafbaren oder doch die Ehre beeinträchtigenden Handlung erhebt. In diesem Falle muß von Rechtswegen der Partei, beziehungsweise dem Anwalte das Wort zur sofortigen kurzen Vertheidigung verstattet sein, was auch der Kassationshof zu Paris durch Urtheil*) vom 7. August 1822 anerkannte. **)

(Schluß folgt.)

(Amtliche Nachrichten.) **München,** 6. Februar. Se. Maj. der König hat den Assessor des Handels-Appellationsgerichts zu Nürnberg, Großhändler G. G. W. Zahn, seinem Ansuchen entsprechend, von seiner Stelle enthoben; zum Assessor am Handels-Appell.-Gerichte zu Nürnberg den Großhändler und bish. Handelsger.-Assessor P. K. A. Lorsch daselbst ernannt, sodann als Assessor des Handelsgerichts zu Nürnberg den bish. Ergänzungsrichter dieses Gerichts, Großhändler D. Wiß, und als Ergänzungsrichter des Handelsgerichts zu Nürnberg den Kaufmann K. G. Fr. Feuerlein und den Kaufmann Chr. Schmidmer dortselbst berufen.

*) Nebst Motiven abgedruckt bei Rogron, code de procédure civile expliqué, pag. 58.

**) Berichtigung. In wenigen Exemplaren der gestrigen Auflage lese man Zeile 4 am Schlusse des Leitartikels: sechzigjähriger, anstatt sechsjähriger (Dauer).

Die kathol. Pfarrei Ober- und Untersinningen, k. Bezirksamts Dillingen, ist mit einem fassionsmäßigen Reinertrage von 755 fl. 42 kr. 1 hl. in Erledigung gekommen.

Durch den Tod des k. Forstwarts Pröls ist die Wartei Salzburg, Reviers Neumarkt, in Erledigung gekommen. (B. Z.)

München, 5. Febr. Aus der gestrigen Sitzung des Gesetzgebungsausschusses der Kammer der Abgg. bringen wir hiemit den Anfang der Debatte über die Frage der Staatsanwaltschaft. Referent v. Neumayr hob im Eingange seiner Rede hervor, daß er in der Frage der Staatsanwaltschaft ganz auf dem Boden des Grundlagengesetzes vom 4. Juni 1848 stehe. Er gehe daher auch von dem Satze aus, daß bei jedem Kollegialgerichte, abgesehen von den Handelsgerichten, ein Staatsanwalt aufzustellen sei, und daß dessen Wirkungskreis in der Vermittelung der Aufsicht der Regierung auf die gesammte Rechtspflege und in der Aufrechthaltung der Disziplin und der Dienstesordnung bestehen soll, jedoch so bemessen sein müsse, daß die Unabhängigkeit der Gerichte völlig ungefährdet, die richterliche Thätigkeit vielmehr um so vollständiger und reiner auf ihrem Standpunkte befestigt werde. Er sei deßhalb auch mit allen jenen Bestimmungen einverstanden, welche, wie die Behandlung der Armenrechtsgesuche, die Thätigkeit bei Kompetenzkonflikten, die Anregung von disziplinären Einschreitungen, in diesen Wirkungskreis fallen. Dagegen halte er die in Art. 133 und 134 des Entwurfs dem Staatsanwalte eingeräumte Befugniß, in jeder Sache, auch wo gar kein öffentliches Interesse neben den Partei-Interessen konkurrire, vor dem Urtheile sein Gutachten abzugeben, in dieser Ausdehnung weder in der Natur der Sache noch nach dem Wortlaute des Grundlagengesetzes für gerechtfertigt. Es sei nun damit nicht ausgeschlossen, gewisse Kategorien von Rechtssachen auszuscheiden und in diesen das Konklusionsrecht des Staatsanwalts zuzulassen, wie er (Referent) dieses auch vorgeschlagen. Für nothwendig erachte er es aber auch in diesen Fällen nicht und glaube, daß auch der Entwurf dieses nicht thue, weil er bei gewissen Kategorien von Gerichten die Aufstellung eines Staatsanwalts nicht vorschlage, obwohl bei denselben die Mehrzahl der in Art. 134 des Entwurfes aufgezählten Fälle gleichfalls vorkommen könne. Doch seien Zweckmäßigkeitsgründe vorhanden, welche die staatsanwaltschaftliche Vernehmung in solchen Fällen rechtfertigen. Auch der neueste preußische Entwurf eines Civilprozesses erkenne

daraus nicht Alles für die politischen Plane Napoleons folgern!? . . . — Ich könnte Ihnen so viele Conjekturen anführen, daß Sie ermüdet in Schlaf sänken. Allein mein Schriftsteller-Ehrgeiz hat sich auf eine solche Wirkung bis jetzt noch nicht gerichtet; sollte es trotzdem geschehen, so will ich eidlich erhärten, daß dies nicht in meiner Absicht lag . . .

Also endlich über den Napoleon des Kaiser Nero, oder vielmehr den Nero des Kaiser Napoleon! — Ich hätte Ihnen diese Geschichte schon vor acht Tagen mittheilen können, allein sie schien mir zu unwichtig. Schließlich sah ich, daß alle Journale, inländische und ausländische, diese Hundehistorie brachten, und dachte, wo Alles Nero liebt, kann ich allein nicht hassen. Wie leicht könnte mir ein wißbegieriger Leser den Vorwurf machen, daß ich nicht gewissenhaft die Pariser Chronik wiedergebe. Drum Hand an die Feder!

Der Hund des Alcibiades gehörte — wenn ich mich noch recht auf Xenophons Berichte entsinne — dem aristokratischen Geschlecht der Wachtelhunde an. Und trotzdem, was hatte dieser griechische Hunde-Gentlemen auszustehen, um berühmt zu werden; Schwanz und Ohren mußte er darum geben. Ob des Kaisers Hund von edlem Stamme ist, weiß ich nicht zu sagen, allein ihm ist seine Berühmtheit sehr leicht geworden. Er hat nichts gethan, als daß er einer Frau nachgelaufen war, ob alt oder jung, verheirathet oder nicht, tugendhaft oder — schön, sagt die Geschichte nicht.

Es war am Sabbath des Abends. — Der Kaiser hatte gerade die Wochenarbeit beendet, sich die Nägel geschnitten, die Depeschen für den Montag zurechtgelegt, noch schnell ein paar Zeitungen verboten und einige liberale Beamte verabschiedet, der „Retter der Gesellschaft" wollte sich jetzt, wie ein Mensch, der redlich sein Tagewerk gethan, ausruhen. Ueber Cäsar hatte er gearbeitet, mit Nero wollte er — spielen. — „Wo ist Nero?" fragte er seinen alten Kammerdiener. — Keine Antwort. — „Wo ist Nero?" fragte der Kaiser von Frankreich zum zweiten Mal. — Aber auch diesmal keine Antwort, denn der bestürzte Diener war davongelaufen, um Se. hündische Majestät aufzusuchen.

Wenn der Leser das Glück hat, einen jungen Mann zu kennen, welcher zugleich mit Karo, Seline, Arcus, Zampa u. s. w. von einer wohlbestallten Tante ernährt wird, so kann er beobachten, wie jener duldsame Neffe täglich zu einer bestimmten Tageszeit mit den liebenswürdigen Bestien eine Promenade macht. Auf diesem Gange pflegen sich die Lieblinge der Tante Naturergüssen hinzugeben, welche wesentlich auf Erhaltung der Reinlichkeit und der besseren Luft in den Zimmern hinwirken. . . .

Auch der Lieblingshund des französischen Kaisers war an diese Exercitien im Freien gewöhnt; in der Regel begleitete ihn bei dieser diätetischen Promenade um die Tuilerien der alte Kammerdiener. Aber diesmal hatte er diesen wichtigen Posten und Monsieur Nero einem anderen Bedienten übergeben. — Der neue Adjutant Nero's theilte das Geschick des Medina Sidonia, Admirals der „Armada," der stolzen Flotte Philipp II., — er kehrte allein von der Expedition zurück.

Abends, als der Kaiser das zweite Mal gerufen hatte: „Wo ist Nero?" war der Verschwundene noch nicht zurückgekehrt. Es muß dies ein kritischer Moment für den Weltfrieden gewesen sein, denn ein großes deutsches Blatt vom Rhein, welches alle Weile die anrückenden Franzosen hört, die das linke Rheinufer okkupiren, schreibt wörtlich: „Die Bestürzung, die dieserhalb in den Tuilerien herrschte, war ungeheuer." Diese Zeitung hat stets die sichersten Nachrichten vom französischen Kaiserhofe, so sagt sie. In der That konnte es ja Napoleon einmal einfallen, mit Bezug auf das deutsche Gebiet diesseits des Rheines zu sagen: „Hier liegt der Hund begraben!" Und das wäre ein Grund gewesen für die Annexion!

Napoleon hatte glücklicher Weise eine andere Spielerei gefunden: die Akten über den Prozeß Montmorence. Der Kaiser lächelte, aber schwieg, wodurch er sich in der Literatur so berühmt gemacht hat. In dieser lächelnden, schweigenden Situation fand ihn der zurückkehrende, alte Kammerdiener. Trotzdem sprach er zitternd: „Majestät, ich kann die kaiserliche Bestie nicht finden, gestatten Ew. Majestät, daß ich einstweilen Nero's Stelle vertrete." Der Kaiser, der — wie das Rheinische Blatt sagt — im Grunde genommen sehr gutmüthig ist (s. die Unterdrückungen, Viktor Hugo, Bycêtre, Cayenne, Straßenkanonaden!), suchte seinem alten Diener, welcher „ganz außer sich war", Muth zuzusprechen: „Sois donc tranquille — nous le retrouverons." . . . Der Hofmeister des Nero, welcher gesehen, wie schon so vieles, was sein Gebieter in der Politik vorausgesagt, eingetreten war, beruhigte sich wirklich, aber er meldete den Vorfall der Polizei.

Bekanntlich ist die Polizei allwissend. Telegramme flogen durch Paris und nach der Umgegend, aber die Polizei konnte nichts

Digitized by Google

kein allgemeines Konklusionsrecht der Staatsanwaltschaft an, sondern scheide, und zwar in sehr beschränkter Weise, gewisse Fälle aus: Bei diesem Standpunkte ergebe sich noch die Frage, ob dessenungeachtet die Bestimmung beizubehalten sei, daß der Staatsanwalt allen öffentlichen Sitzungen des betreffenden Kollegialgerichts beizuwohnen habe. Er habe diese Frage bejaht, weil die Fälle, wo die Staatsanwaltschaft zu vernehmen sei, untermischt mit anderen zum Aufrufe kommen und weil auch in anderen Sachen incidenter der Fall sich ergeben könne, wo die Vernehmung des Staatsanwalts einzutreten habe. Er sei dabei auch von der Ansicht geleitet gewesen, der Staatsregierung, soweit es mit seiner Ueberzeugung vereinbar, entgegenzukommen, verkenne aber die entgegenstehenden Gründe nicht, die einerseits in dem erhöhten Kostenaufwande, anderseits aber auch darin lägen, daß dem Staatsanwalt hiedurch eine seiner Würde nicht ganz angemessene Stellung zugewiesen werde. (Schluß folgt.)

Wien, 6. Febr. Die „General-Korresp." ist, gegenüber einer Berliner Korrespondenz der gestrigen „Oster. Post", in welcher darauf hingewiesen wird, daß es sich jetzt zwischen den Kabinetten Oesterreichs und Preußens um ein Anerbieten, beziehungsweise eine Annahme des Ersatzes der österreichischen Kriegskosten gegen Konzessionen handle, zu erklären ermächtigt, daß über den bezeichneten Gegenstand niemals eine Verhandlung irgend welcher Art geführt worden wäre.

Durch die wiederholte Behauptung der „Kreuzzeitung", daß Christian IX. rechtmäßiger Herr der Elbherzogthümer gewesen sei, sieht sich der Wiener „Botschafter" zu der Bemerkung veranlaßt: „Rechtmäßiger Herr der Herzogthümer! Oesterreich und Preußen haben also einen nichtsnutzigen Eroberungskrieg, einen Länderraub auf dem Gewissen, indem sie den rechtmäßigen Herrn zum Teufel jagten. Dahin kommt man, wenn man das Recht wissentlich und absichtlich beiseite schiebt und mit Sophistereien gegen die augustenburgische Erbfolge ficht."

Aus **Wien**, 6. Februar, wird der „Allg. Z." telegraphisch gemeldet: „Mit Rußland sind Verhandlungen über Rückerstattung der Kosten für die Internirung der auf österreichisches Gebiet seiner Zeit übergetretenen Polen im Zuge.

Die „Allg. Ztg." bringt folgende Mittheilung aus **Wien**: „Es sprechen manche Symptome dafür, daß die Mittelstaaten, wie die Dinge jetzt stehen, nicht nur durch verstärktes Zusammenhalten unter einander an Macht gewonnen, sondern daß sie auch auf eine moralische Unterstützung von außen zu rechnen haben. Wenn wir gut unterrichtet sind, hat man in jüngster Zeit es weder von russischer noch von französischer Seite an Anregungen fehlen lassen, die im mittelstaatlichen Lager wohl verstanden werden mußten, und welche allerdings solcher Natur waren, daß, bei richtiger Benutzung derselben, der Vorwurf, man stütze sich auf das Ausland, nicht gemacht werden kann." Diese absonderliche Mittheilung, bemerkt der „Schw. M.", fordert zu allen möglichen Fragen heraus, als: Ist es wahr, daß die Mittelstaaten gegenwärtig in verstärktem Maße zusammenhalten, daß sie an Macht gewonnen haben? Welche Symptome sprechen dafür? Was versteht man unter einer moralischen Unterstützung der Mittelstaaten von Außen? Wodurch unterscheidet sich eine solche von einer unmoralischen? Was versteht man unter einer russischen, was unter einer französischen Anregung und was unter einer richtigen Benutzung derselben?

Ein offiziöser Wiener Korrespondent der „D. A. Z." schreibt: „Man hält hier eine Aktion der Mittelstaaten zu einem engern Aneinanderschließen für in hohem Grade wahrscheinlich und nimmt an, daß wenigstens die Vorberathungen für eine einheitlichere Zusammenfassung ihrer Wehrkraft — von der Aufstellung einer gemeinsamen parlamentarischen Vertretung dürfte vorderhand abzusehen s.in (? siehe den Art. des „Drsd. J." in Nr. 35 der „N. W. Z.") — sich bereits in einem sehr vorgerückten Stadium befinden." An einer weitern Stelle sagt derselbe Offiziöse: „Es scheint, daß man hier von gewissen Schritten Kenntniß hat, welche von auswärts her zur Kräftigung jener Entschließungen in Scene gesetzt worden, und man darf aufrichtig hoffen — bis jetzt liegt, das Gegentheil zu besorgen, kein Anlaß vor — daß keine Versuchung, in welcher Form sie auch an einzelne Höfe herantreten möchte, stark genug sein wird, um sie zu bestimmen, dort einen Halt zu suchen, wo man durch ein zur Schau getragenes ermunterndes Wohlwollen sicher alles andere, nur nicht das Interesse Deutschlands, zu fördern den Zweck hat." Offenbar sind diese wie die obigen mysteriösen Auslassungen nur Fühler und zugleich Versuche, die Bestrebungen der Mittelstaaten zu verdächtigen.

über den geflüchteten Nero erfahren." „Die Bestürzung, die dieserhalb auf den Bureaux herrschte, war ungeheuer." Die „Gänsefüßchen", welche den vorigen Satz umrahmen, bedeuten, daß ich leider nicht Erfinder dieser Phrase bin. Die allwissende Polizei befürchtete einen Beamtenschub im Großen oder eine — Polizei-Reorganisation. Sie wissen vielleicht, welch' tiefgreifende Folgen für das Land, die Kammern, die Presse, die Bürgermeister und Stadträthe eine „Reorganisation" haben kann!

Es waren das schlimme Tage für die Hunde in Paris. Der räudigste Köter wurde von den öffentlichen und geheimen Sbirren festgehalten, nach Namen, Stand, Wohn- und Geburtsort gefragt, ob er nie mit den Tuilerien in Verbindung gewesen u. s. w. Es geschah aber, daß viele wegen mangelnder Legitimation festgehalten wurden. „Die Bestürzung, die dieserhalb bei den angesehenen Hunden und ihren Tanten herrschte, war u n g e h e u e r." ... In dieser Noth sandte Gott einen Engel in Gestalt einer Frau, begleitet von einem Hunde. Sie erschien am Montag nach dem schrecklichen Sonnabende bei einem Polizeikommissär. „Dieser Hund", sagte sie, „folgte mir am Sonnabend nach Montmartre. Ich habe ihn zwei Nächte beherbergt, aber er braucht zu viel Nahrung, er kann ein Land arm" ... „Nero", rief der Kommissär mit freudigem Schreck und grüßte. Der Hund war gerührt von dieser Treue eines Polizisten, welcher bereits Avancement ahnte.

Der Kaiser, „der im Grunde genommen sehr gutmüthig ist", hatte am Sonntage den nachläßigen Lakay nicht spießen lassen, weil er anderen Zeitvertreib hatte, am Montage mußte er wieder Depeschen schreiben. Als er von der Tafel in sein Arbeitszimmer zurückkehrte, sprang ihm Nero mit dem Polizeikommissär entgegen: „In den Armen lagen sich beide und weinten vor Rührung und Freude."

Der Kommissär wurde belobt und die Frau in Montmartre — in der That, die Frau in Montmartre muß sehr unerfahren gewesen sein, denn sie hatte nicht einmal das besondere Kennzeichen gemerkt, daß dieser Hund ihrem Kaiser gehörte — aber trotzdem erhielt sie eine Belohnung. Sie meinte später: „Merkwürdig, daß fürstliche Hunde solch' großen Magen haben!"

Der Weltfrieden schien wieder gesichert, die Aktien stiegen und Haußmann verlangte von dem Pariser Gemeinderath vier Millionen zum Häusereinreißen .... Und die Moral von der Geschichte: Man lasse nie durch einen nachläßigen Diener, welcher kein Herz für die Natur hat, seinen Nero auf der täglichen Promenade begleiten!

Soeben zittert der Telegraphendraht und meldet: „Der Nachfolger des Kaisers, Namens Nero, befindet sich den Umständen nach wohl; er hat ziemlich ruhig geschlafen." — — Aber bevor diese Zeilen Sie erreichen, haben Sie gewiß schon in zehn politischen Blättern diese wichtige Kunde gelesen. Tamen est laudanda voluntas!

Um die Wirkung, welche die Nachricht eines solch' großen Ereignisses auf den Leser nothwendiger Weise gemacht haben muß, nicht zu beeinträchtigen, sollte ich eigentlich jetzt schließen. Vielleicht würden Sie mir Dank dafür wissen, allein ich habe eine Geschichte vom Kaiser erzählt, die Courtoisie verlangt, daß ich auch der Kaiserin gedenke. Im nächsten Sommer wird Eugenie in einer venetianischen Gondel die Wasser von Fontainebleau befahren und die Barkerole singen. Sie hat sich nämlich ein solches Institut aus Venedig verschrieben. Graf Nigra, der italienische Gesandte in Paris, konnte nicht umhin, diese Gelegenheit zu benutzen und den Pegasus zu reiten. Man sagt, daß ihm dies oft in den Mußestunden begegnet. Er hat auch viele Volkslieder gesammelt. Nigra ritt also ein Gedicht an die Kaiserin Eugenie, das er in dem zu Turin erscheinenden „Corriere Italiano" mit seinem Namen veröffentlicht hat. Dasselbe lautet in prosaischer Uebersetzung:

Der Adria grollende Woge hat mich getauft und die unglückliche Dogenstadt schickt mich zu dir. Ich lege, o blonde Kaiserin, dir den Zorn, die Hoffnungen und Thränen eines unglücklichen Volkes zu Füßen. Der stolze, geflügelte Löwe ist mit Ketten belastet, das Land des heiligen Markus vom Ausländer mit Füßen getreten. Die ungetreue Mutter hat den Ring der geheimnißvollen Vermählung zerbrochen. Kein Sang mehr strömt von den Lippen der Gondoliere. Der trübe Mond zieht über die geschmückten Kuppeln, stumm ist die Lagune und ohne Segel das Meer. Der Löwe schläft in seinem Algenbette und erwartet, daß der Tag der Rache ihn erwecke. Wenn der Zufall es fügt, daß der schweigsame Kaiser den ruhigen See hier durchfurcht, o Frau, dann sage ihm, daß an den Ufern der Adria das beraubte Venedig, nackt und blutig, leidet, daß es noch lebt, des Tages seiner Befreiung harrt.

Die Kaiserin meinte, die g e b u n d e n e Rede der neuen Italiener wäre noch nicht „g e b u n d e n" genug. Dagegen war Nero gerührt.... Nächstes Frühjahr haben wir — eine Broschüre zu erwarten.

Berlin, 4. Februar. Die „Kölnische Zeitung“ brachte vor mehreren Tagen allerlei Mittheilungen über ein Intermezzo, welches den Hrn. v. Ahlefeldt auf dem letzten Subskriptionsball im Opernhaus betroffen haben soll. Da über diesen an sich ganz unbedeutenden Vorfall so viel Aufhebens gemacht worden ist, so dürfte es angemessen erscheinen, denselben mit wenigen Worten klar zu legen. Nicht auf dem Subskriptionsball im Opernhaus, sondern bei der letzten Cour im k. Schloß war Hr. v. Ahlefeldt durch ein Versehen des Grafen Redern in das für das diplomatische Korps bestimmte Zimmer geleitet worden, auf welchen Irrthum Herr v. Bismark aufmerksam machte, indem er daran in einer scherzhaften Wendung die Bemerkung knüpfte, daß Herr v. Ahlefeldt, weil er nun einmal da sei, auch da bleiben, jedoch neben dem Grafen Blome (seinem Widersacher) Platz nehmen möge. Auf die Einladung des Kronprinzen begab sich indeß Hr. v. Ahlefeldt später unter Führung des kronprinzlichen Adjutanten v. Lucadou in ein anderes für die Excellenzen bestimmtes Zimmer. (u. Z.)

Bern, 6. Febr. Der Bundesrath hat zu seinen Vertretern bei den Unterhandlungen wegen eines Handelsvertrages mit dem Zollverein ernannt die Herren: Ständerath Stähelin von Basel, Nationalrath Heer von Glarus und Konsul Hirzel-Lampe in Leipzig. Die beiden erstgenannten Herren sind zur Berathung des Instruktionsentwurfs hierher berufen.

Kopenhagen, 6. Februar. Das Folkething hat heute die erste Berathung des Grundgesetzes beendigt und den direkten Uebergang zur zweiten Berathung mit 62 gegen 31 Stimmen genehmigt, die Niedersetzung eines Ausschusses dagegen verworfen.

Paris, 5. Februar. Der „Phare de la Loire“ bringt Mittheilungen über das Widderschiff „Olinde“ und dessen geheimnißvolles Herumkreiben in den Gewässern der Bretagne. Es kann keinem Zweifel mehr unterliegen, daß dieses Schiff ein für Rechnung Dänemarks in Bordeaux gebautes Panzerfahrzeug ist, das seitdem in den Besitz der konföderirten Südstaaten übergegangen ist. Die „Olinde“ hat von einem französischen Schleppdampfer „Expeditif“ Kohlen, und von einem dem Namen nach bis jetzt nicht bekannten englischen Steamer Waffen und Munition an Bord erhalten. Der „Expeditif“ hat, nachdem er seine Kohlen übergeladen hatte, verschiedene Passagiere, worunter auch vier dänische Offiziere, nach St. Nazaire zurückgebracht. Vorher hatte er schon 42 Matrosen, die sich als Dänen ausgaben, von der „Olinde,“ die anfänglich auch die dänische Flagge aufgezogen hatte, zu Ouessant ans Land gesetzt. E

Turin, 3. Febr. Den Armen Turins hat der König vor seiner Abreise aus seiner Privatschatulle die Summe von 100,000 Frs. bestimmt.

Die Proklamation der Munizipaljunta von Turin an die Nationalgarde lautet vollständig: „Die Munizipaljunta erfüllt eine Pflicht, indem sie der Nationalgarde für die neuen feierlichen Beweise dankt, die sie in den letzten Tagen von ihrer Liebe zum Land und von ihrer Anhänglichkeit an die nationalen Institutionen gegeben. Unsere Stadt, die stets Handlungen, die in Unordnung ausarten, mißbilligt, ist zur gewohnten Ruhe zurückgekehrt und theilt und bestätigt diesen Dank. In einer solchen Einigung von Zuneigung und von Bestrebungen ruht die beste Bürgschaft einer sicheren Zukunft für Alle. Turin, 31. Januar. Für die Junta: der Syndikus Rora etc.“ Kein Wort für Italien und den König! — fügt die Mailänder „Perseveranza“ bei, und da dieses passive oder feindselige Verhalten der Turiner Autoritäten und Einflüsse keine Garantie bietet, so ist es der König sich und Italien und der Sache der Ordnung schuldig, einen Aufenthalt zu wählen, wo die Majestät der Nation nicht Gefahr läuft, in der Majestät des Souveräns beleidigt zu werden.

Griechenland. Ein athenisches Witzblatt stellt den Zustand der Dinge in Griechenland auf eine eigenthümliche Weise dar. Unter der Rubrik „Angekommen“ führt es folgende allegorische Persönlichkeiten an: „Aus verschiedenen Gegenden her: Frau Verschwendung und Hoffart ohne Gatten; die Wittwe Zahlungsunfähigkeit, abgestiegen im Gasthof zur Armuth Nr. 99 im siebenten Stockwerk; Frau Schmeichelei mit der kleinen Schwester der Lüge in Familienangelegenheiten; die Reisende, Frau Faulheit, leidend, um das Klima zu verändern. Abgereist sind, um nie wieder zu kommen: der Patriotismus, die Selbstverläugnung, die Eintracht, die Oekonomie, die Preßfreiheit, das Gewissen, die Fustanella, die guten Sitten, die Einfachheit, die Gottesfurcht und die Tugend mit ihren Familien.“

Hiezu die Beilage: „Würzburger Anzeiger“.

Verantwortlicher Redakteur: A. Hartmann.
Druck und Verlag der Stahel'schen Buch- und Kunsthandlung in Würzburg

Cours der Staatspapiere.

Oesterr.	5 pCt. Met. (Cp. i. S. b. R.)	—
"	5 pCt. Lomb. ditto. à 24	—
"	5 pCt. Engl. Met. v. 1852	80¼ P.
"	5 pCt. Engl. Met. v. 1859	78¾–⅝ G.
"	5 pCt. Venet. Coupon b. R.	84¾ P.
"	5 pCt. Nationalanl. v. 1854	68⅝ G.
"	5 pCt. Metall. Obligation.	62½ G.
"	4½ pCt.	56½ P. ¼ G.
Preussen	3½ pCt. Staatsschuldsch.	90¾ G.
Bayern	4½ pCt. Obl. 1jähr. dto.	102 P.
"	4½ pCt. Obl. ½jähr. dto.	102⅜ P.
"	4 pCt. Obl. 1jähr. dto.	98⅝ G.
"	4 pCt. Obl. ½jähr. dto.	98⅜ P.
"	4 pCt. Obl. Ab.-R. dto.	98¾ P.
"	3½ pCt. Obl. dto.	—
Württemb.	4½ pCt. Obl. b. Rothsch.	104⅝ G.
"	3½ pCt. Obl. dto.	95⅞ P. ⅝ G.
Baden	4½ pCt. Obl.	—
"	3½ pCt. Obl. v. 1842	91⅝ G.
Gr. Hess.	4½ pCt. Obl.	—
"	4 pCt. Obl. b. Rothsch.	100⅞ P.
"	3½ pCt. Obl. dto.	97¼ P.
Nassau	4½ pCt. Obl. dto.	102 P.
"	4 pCt. Obl. dto.	99 G.
"	3½ pCt. Obl. dto.	91⅜ G.
Frankfurt	3½ pCt. Obl.	94⅞–⅝ G.
"	3 pCt. Obl.	—
Spanien	3 pCt. inl. Sch. P. à fl. 2. 30	—
"	2¼ pCt. " "	—
Schweden	4½ pCt. Obl. à 105 Thlr.	92¼ P.
N.Amerika	6 pCt. à 100 fr. 1881 D. 2½	—
"	6 pCt. ditto r. 1882 "	54¾–53 G.

Diverse Aktien.

Frankfurter Bank à fl. 500 . . .	145½ G.
K. K. Oesterr. National-Bankaktien	843–44 G.
Oesterr. Kreditbank-Aktien à fl. 200	199½–200 G.
Bayer. Hypothekenb. Pfandbriefe 4 pCt.	98¼ P.
Darmst. Bank 1. u. 2. Serie à fl. 250	239½ G.
Weimarische Bank à Thlr. 100 . .	100¾ P.
Mitteldeutsche Kreditaktien . . .	100½ G.
Intern. Bank in Lux. à 250 Frs. à 28 kr.	—
Taunus-Eisenbahn à fl. 250 . . .	350 P. 349 G.
Frankfurt-Hanauer-Eisenbahn . . .	101¼ G.
Oest. F.St.Eisb. 5pCt. 500 Fr. à 28 kr.	—
" Elisab.-Eisenbahn 5 pCt. . .	119½ G.
Böhm. Westbahn-Aktien à fl. 200 6/7	—
Rhein-Nahe-Bahn 200 Thl. à 105 4pCt. Z.	30 G.
Ludwigshafen-Bexbacher à 4 pCt. .	146¼ P.
dto. dto. Prior. à 4 pCt.	97½ P.
Pfälz. Maxb. b. Rothschild à 4½ pCt.	107½ G.
Oest. St.-Eisenb. Prior.-Oblig. à 3 pCt.	51 P.
Elisab.-Bahn Prior. 5 pCt. 6/7	80 P.
Südd. Bank-Akt., 40 pCt. Einz.	260 G.
Span. Handels- und Industrie . .	—
Bayr. Ostbahn à 4½ pCt. volleinbez.	114¼–⅛ G.
Bayer. Ostbahn mit 50 pCt. Einz.	113¾ G.

Wechsel
in süddeutscher Währung.

Amst. fl. 100 k. S.	101⅛ G.
Antwerp. Frs. 200 k. S.	94 G.
Augsb. fl. 100 k. S.	100 P.
Berlin Th. 60 k. S.	105 P.
Brem. 50 Th. Lsd. k. S.	96¼ G.
Brüssel Frs. 200 k. S.	94 G.
Cöln Thlr. 60 k. S.	105 P.
Hamb. MB. 100 k. S.	88⅞ G.
Leipzig Th. 60 k. S.	105 P.
London Lst. 10 k. S.	118½ G.
Lyon Frs. 200 k. S.	—
Mail. Frs. 200 . .	93¾ G.
München fl. 100 k. S.	100 P.
Paris Frs. 200 k. S.	94¼ G.
Petersburg 60 S.-R.	—
Triest fl. 100 k. S.	—
Wien fl. 100 ö. W.	—
do. in öst. W. l. S.	104¾–⅞ G.
Disconto	4 pCt. G.

Anlehens-Loose.

Oesterr. fl. 250 v. 1839	140 G.
" fl. 250 v. 1854 mit 4pCt.	76½ G.
" fl. 500 v. 1860 6/7	85–84⅞ G.
" fl. 100 Kleb. L. v. 1858.	132 G.
" do. v. 1864.	91¼ P.
Schwed. 10 Thlr. Loose	9¼ P.
Badische fl. 50	—
Badische fl. 35	54¼ P.
Kurhess. Thlr. 40 b. R.	55¾ P.
Gr. Hessen fl. 50 b. R.	—
" fl. 25 do.	35⅞ P.
Nassau fl. 25 bei Rothsch.	—
Sardinische Fr. 36 b. B.	—
Neuchateler 10 Frs.-Loose	—
Freiburger 15 Frs.-Loose	—
Mailänder 45 Frs. L. b. R.	33 P.
St. Lüttich mit 2½ pCt. Z.	34½ P.
Ansb.-Gunzenh. fl. 7-L.	10⅝ P.

Frankfurt, 7. Februar. Die Börse verlief sehr ruhig bei trägem Geschäft, bis gegen 1 Uhr, nachdem die vorliegenden Kauforders meist ausgeführt waren, forcirte Verkäufe in Amerikanischen das Eintreffen späterer ungünstiger Notirungen aus New York vermuthen ließen. Der Cours wich rasch auf 53 pCt. zurück, und als die Course vom 28. v. M. aus New-York bekannt wurden, drückte der Andrang der Verkäufer denselben weiter bis 51, wo er, als sich vielseitige Käufer zeigten, Halt machte. Um 2 Uhr notiren Amerikaner 51 bis ⅛. Politisches war nichts bekannt. Oesterr. Fonds fest bei geringerem Umsatz als in den letzten Tagen; Wiener Valuta in Posten bis 104¾ umgesetzt. (Synd.)

An die
k. Hof- und Staatsbibliothek
1 N. Würzb. Ztg. München.

Neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht!

№ 40. | Vorausbezahlung: Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 1 fl. 30 kr. Bei Inseraten wird die dreispaltige Zeile in gewöhnlicher kleiner Schrift oder deren Raum im Hauptblatte mit 6 kr., im Anzeiger mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franco. | 62. Jahrgang. | Donnerstag, 9. Februar 1865.

Zur Tagesfrage auf dem Gebiete der bayer. Prozeßreform.

(Schluß.)

Wir können zum Schlusse nicht umhin, auf den bereits oben erwähnten Artikel über unser Thema in Nr. 16 der Münchener „Neuesten Nachrichten“, sowie auf einen früheren in Nr. 7 desselben Blattes in Kürze zurückzukommen, weil diese beiden Artikel nach Versicherung der Redaktion der „N. N.“ von einer „wissenschaftlichen Autorität“ herrühren und sich gewissermaßen polemisch gegen unsere früheren Erörterungen verhalten. Dieselben enthalten zwar fast eben so viele Waffen und Gründe zum Angriffe und zur Widerlegung, als Sätze; wir können aber selbstverständlich hier nicht auf deren vollständigen Inhalt eingehen, sondern müssen uns des Raumes wegen auf das Nothwendigste beschränken.

Der Aufsatz in Nr. 7 der „N. N.“ gibt u. A. der bayrischen Staatspolitik zu bedenken, ob es denn klug sei, durch Aufnahme lästiger (!), das Recht gefährdender (!!) Einrichtungen des französischen (also wieder nur des französischen — !!!) Prozesses das Volk auf eine Vergleichung mit den Gesetzen anderer deutschen Staaten hinzuleiten, wo die Unabhängigkeit der Rechtspflege eine Wahrheit sei (— bei uns scheint sie dem Hrn. Verfasser wohl schon keine Wahrheit mehr zu sein?).

Leider ist das Land, welchem wegen seines Mangels im Besitze der Staatsanwaltschaft beim Civilstreitverfahren die moralische Eroberung des bayrischen Volkes eventuell zuerkannt wird, nicht genannt; wir können deshalb nur rathen.

Angesichts der bekannten politischen Farbe der „N. N.“ und bei dem politischen Dogma auf Seiten jener Organe der Presse, welche sich in der Opposition gegen das Institut besonders hervorgethan haben, — in Betreff der Mission eines gewissen deutschen Staates zur moralischen Eroberung unseres übrigen Deutschlands, rathen wir vielleicht nicht fehl, wenn wir den Hrn. Verfasser des angeführten Artikels jenes deutsche Volk gemeint haben lassen, in welchem, beziehungsweise in dessen größerem Theile — ohne Staatsanwaltschaft im Civilprozeß nach unserem Sinne — seit Verlauf von mehreren Jahren Richter und Beamte aller Gattungen, ja sogar Advokaten wegen Manifestation ihrer verfassungsgetreuen Gesinnungen von Richtern, unbeeinflußt durch staatsanwaltschaftliche Konklusionen, mit Verweis, Geldbußen, Strafversetzung, theilweiser Gehaltseinziehung u. s. w. zu wiederholten Malen belegt worden sind! — Weiter citirt der Artikel in Nr. 16 der „N. N.“ zu Ungunsten der Staatsanwaltschaft im Civilprozesse die Autoritäten eines Geib und eines Mittermaier, jedoch in einer Weise, welche beim Mangel genauerer Prüfung leicht zum Mißverständnisse führen kann. Was zunächst Geib anlangt, so weiß jeder näher Unterrichtete, daß derselbe in der Theorie des Strafrechtes und Strafprozesses Vorzügliches leistete, mit civilprozessualen Fragen aber nur selten und nebenbei sich befaßte, in praktischer Thätigkeit selbst sich nur ganz kurze Zeit befand und fast sein ganzes Leben in akademischer Lehrthätigkeit auf kriminalistischem Gebiete zubrachte, so daß es wohl gestattet sein muß, seinen Voten in Bezug auf Fragen des Civilprozesses von vorwiegend praktischer Bedeutung nicht einen entscheidenden Werth beizumessen.

Mittermaier aber hat an dem angegebenen Orte (vgl. Archiv für civilist. Praxis, Bd. 46, S. 476 ff., auch Schletter, Jahrbücher Bd. 10, S. 121) die Prinzipienfrage, ob der Staatsanwaltschaft überhaupt eine Thätigkeit in Bezug auf die Civilrechtspflege einzuräumen sei, in ihrer Gesammtheit gar nicht zum Gegenstande seiner Erörterung gemacht, er hat bloß eine einzelne Seite ihrer Thätigkeit, nämlich die Frage untersucht, ob die Gründlichkeit der Rechtsprechung durch die Conclusionen der Staatsanwaltschaft befördert werde, oder nicht. Und ist das Resultat seiner Untersuchung etwa ein absolut negatives? Nein, er kommt zu dem Resultate: man könne wohl die Beibehaltung der bestehenden Einrichtung nicht widerrathen, ohne deßhalb aber die Neueinführung des Instituts anzurathen.“

Der lesende Jurist wolle sich hiernach sein Urtheil selber bilden. Wie man auf der einen Seite die entschiedenen Vortheile eines Institutes anerkennen, auf der andern Seite dagegen doch wieder den Widerstand gegen dasselbe anrathen kann, ist für uns schlechthin unvereinbar und unverständlich. Unsere Meinung ist vielmehr: Entweder die Staatsanwaltschaft im Civilprozesse ist rationell gerechtfertigt, nothwendig und zweckmäßig, — dann säume man nicht mit deren Einführung, — oder aber das Institut ist irrationell, unnöthig, unzweckmäßig, ja sogar schädlich — wie die Gegner behaupten, dann ist es die dringendste Aufgabe der Gesetzgebung, dasselbe unverzüglich da, wo es noch besteht, abzuschaffen; ein Drittes gibt es vernünftiger Weise nicht.

Derselbe Artikel belehrt uns noch, daß in neuerer Zeit auch in andern Ländern, es sind insbesondere Belgien und Italien genannt, einzelne Stimmen sich gegen das Institut erhoben hätten; aber dem Herrn Verfasser, der immer nur eifrig Stimmen gegen das Institut sucht, scheint entgangen zu sein, daß in Belgien und in Italien das Institut eben zur Zeit noch besteht, daß nach der badischen Prozeßordnung vom J. 1863 der Staatsanwaltschaft eine Mitwirkung in gewissen Fällen auch durch Conclusion, zukömmt, daß in Belgien 1862 der Entwurf eines umfassenden Gesetzes über die Verfassung der Gerichte und der Staatsanwaltschaft vorgelegt wurde, in welchem der Wirkungskreis der Staatsbehörde in Bezug auf das bestehende Prozeßrecht nicht im Geringsten alterirt wurde, daß endlich erst im vorigen Jahre die Prozeßordnung für das Königreich Italien neu ausgearbeitet wurde, welche den Wirkungskreis der Staatsanwaltschaft in dem von uns gezeichneten Gebiet sanktionirt, und daß 1864 zu Turin von den Advokaten Robecchi und Cesarini eine „Denkschrift über die Justizverwaltung des Königreiches“ herausgegeben wurde, in welcher u. A. das Institut der Staatsanwaltschaft im Civilprozesse gegen seine Anfeindungen, insbesondere auch gegenüber den theoretischen Einwürfen der deutschen Schule entschieden vertheidigt wurde. Wir hoffen, daß unsere Gesetzgebungsausschüsse unbeirrt von dem Tagesgeschrei des Augenblickes daran festhalten, wie die Staatsanwaltschaft ein wesentliches Glied im öffentlich-mündlichen Gerichtsverfahren sei, und jenes ebenso zu Schanden machen werden, wie bei der Entscheidung über das gleichfalls so vielfach, namentlich auch von der „wissenschaftlichen Autorität“ in den „N. N.“ angefeindete Prinzip der Lokalisirung der Anwaltspraxis.

Wir sind am Ende und haben nur noch ein Wort an unsere Staatsregierung zu richten. Daß wir die Bedeutung der Staatsanwaltschaft für den Civilprozeß nicht unterschätzen, daß wir zu den entschiedenen Anhängern des Institutes zählen, glauben wir sattsam bewiesen zu haben, und daß wir das Preisgeben desselben auf das Tiefste beklagen würden, brauchen wir kaum versichern zu müssen. Sollte jedoch das Unglaubliche geschehen, sollte sich die Majorität der Gesetzgebungsausschüsse, sei es aus Rücksicht vor dem vorgespiegelten Popanze einer Gefährdung der Unabhängigkeit der Gerichte oder aus welchen Erwägungen immer gegen das Institut entscheiden, dann möchten wir unserer Staatsregierung den Rath ertheilen, doch ja nicht in solchem Falle der Stimme Derjenigen Gehör zu schenken, welche bisher schon mit edler Resignation ein „Zurücklegen des Entwurfes“ so offen und wiederholt anempfohlen haben; denn die so sprechen, sind nicht die wahren Freunde der Prozeßreform; die gemeinhin giltigen Sätze, daß das Bessere nicht zum Feinde des Guten werden dürfe und daß man unter zweien Uebeln das kleinere wählen müsse, behaupten ihre Wahrheit auch in Bezug auf die vorliegende Frage. Das größte Unglück wäre ein Aufgeben der Reform, das Fortbestehen des dermaligen, für das rechtsuchende Publikum und für den Richterstand unerträg-

lichen Zustandes, und um den **Preis eines solchen Unheils wollen auch wir** die Staatsanwaltschaft im Civilprozesse **nicht**. —

(Amtliche Nachrichten.) **München,** 7. Februar. Se. Maj. der König hat den zeitlich quiesc. Landg.-Assessor G. Spengler, zur Zeit als Funktionär bei der Regierung von Schwaben und Neuburg verwendet, als Sekretär der Regierung der Oberpfalz und von Regensburg reaktivirt; die katholische Pfarrei Altenerding, Bezirksamts Erding, dem Priester Simon Knoll, Prediger an der Stadtpfarrkirche zu St. Peter in München, übertragen. (B. Z.)

(Militärdienstesnachrichten.) **München,** 7. Febr. Se. Maj. der König hat dem pens. Regimentsquartiermeister Fr. Wüstendörfer die nachgesuchte Entlassung aus dem Heerverbande mit Pensionsfortbezug bewilligt. Der Unterlieutenant M. Schuh vom 3. reit. Art.-Reg. wurde als Reg.-Adjutant bestätigt. (M.-V.-Bl.)

München, 5. Februar. (Fortsetzung der Debatte im Gesetzgebungsausschusse über die Frage der Staatsanwaltschaft). Nach dem Referenten v. Neumayr, dessen Rede wir gestern angeführt, ergriff der Justizminister v. Bomhard das Wort: Bei der höchsten Wichtigkeit der Frage von der Stellung und Mitwirkung der Staatsanwaltschaft im Zivilprozesse für das Gesetzgebungswerk sehe er sich veranlaßt, sich ausführlich darüber auszusprechen: Die Regierung halte die schon durch das Grundlagengesetz gebotene Mitwirkung der Staatsanwaltschaft in der Zivilrechtspflege und zwar im Wesentlichen in dem Umfange, wie sie durch den Zivilprozeßentwurf geregelt sei, für durchaus nothwendig. Die Regierung schöpfe diese Ueberzeugung aus den Ergebnissen der Rechtspflege in allen Staaten, wo die Staatsanwaltschaft bis jetzt bestanden, insbesondere aus den Ergebnissen der Rechtspflege in der Pfalz. Die Einrichtung und Nothwendigkeit dieses Instituts sei in engstem Zusammenhange mit der Scheidung der Gewalten im Staate. Die Einheit der Staatsverwaltung bedinge, daß die nach Funktionen getrennten Zweige in einer gewissen Vermittelung zusammen bleiben, und dieses Organ der Vermittelung sei die Staatsanwaltschaft. Die aufsehende und vollziehende Gewalt habe zu wachen, daß die Gesetze auch bei der rechtsprechenden Gewalt ihre vollständige Vollziehung erhalten. Hiezu sei ein Organ erforderlich, welches dem Gerichte nahe stehe und dafür zu sorgen habe, daß auch die mit der richterlichen Gewalt zusammenwirkenden Hilfsorgane, die Anwälte und Gerichtsvollzieher, bei Ausübung ihrer Thätigkeit vollständig dem Gesetze genügen, und dies um so mehr, als dieselben nach dem neuen Systeme nicht mehr unter der Leitung des Richteramtes stünden, sondern einzelne Theile des Prozesses selbstständig vorzubereiten hätten. Der Charakter der Staatsanwaltschaft liege also nach der Anschauung der Staatsregierung in der Vertretung der Anforderungen des Gesetzes, im Interesse nicht der Einzelnen, sondern der öffentlichen Ordnung. Zu diesem Zwecke müsse die Staatsanwaltschaft mitten im Getriebe der Rechtspflege stehen, nicht nur fortwährend in völliger Kenntniß der Vorgänge bei der Zivilrechtspflege bleiben und daher auch nothwendiger Weise in allen Sitzungen, in denen sich die Zivilrechtspflege konzentrire, anwesend, sondern auch in der Lage sein, in allen Sachen, in denen sie es im Interesse der öffentlichen Ordnung für nothwendig erachte, das Wort zu ergreifen, weil in jeder Sache der Fall eintreten könne, daß öffentliche Interessen zur Geltung zu bringen seien. Die Begrenzung der Wirksamkeit der Staatsanwaltschaft sei darin zu finden, daß sie immer nur anregend zu wirken habe, daß sie nie selbst anordne, nicht in die Rechtsprechung eingreife, nie etwas befehle, sondern nur Beschlüsse und Verfügungen des Gerichtes hervorrufe. Die Vortheile, welche die Staatsanwaltschaft in der Zivilrechtspflege bieten könne, indem sie die Arbeitstheilung zum Vortheile des Gerichts erleichtere, den Gerichten eine Reihe von Geschäften abnehme, durch welche dieselben von ihrer eigentlichen Aufgabe, der Rechtsprechung, abgezogen würden, — Vortheile, welche schon jetzt in der kurzen und noch sehr geringen Wirksamkeit der Staatsanwaltschaft in der Strafrechtspflege hervorträten und selbst von ihren Gegnern anerkannt würden, wolle er hier nur berührt haben. In allen bisher erwähnten Richtungen habe sich die Staatsanwaltschaft, wo sie bestehe, überall bewährt. Der Redner weist auf Frankreich hin, wo die Staatsanwaltschaft alle Stürme der Revolution überdauert, sowie auf Belgien, Genf, die Niederlande und die deutschen Rheinprovinzen, die nach der Trennung von Frankreich Aenderungen in ihren Gesetzgebungen vorgenommen, an der Einrichtung der Staatsanwaltschaft aber nicht gerüttelt hätten, und wo das Volk in dieser eine unparteiische und uneigennützige Stütze und Hilfe in seinen zivilrechtlichen Angelegenheiten finde. Man könne dort täglich wahrnehmen, daß Gerichtsbare, gegen die der Staatsanwalt eben erst als Ankläger mit aller Kraft aufgetreten, sich dennoch unmittelbar darauf bei demselben Beamten in zivilrechtlichen Angelegenheiten Raths erholten. Die Gegner der Staatsanwaltschaft seien mit weniger Ausdehnung solche, welche die Wirksamkeit derselben praktisch nicht gesehen und sie nur nach theoretischen Gesichtspunkten beurtheilen. Man müsse sie aber im Leben gesehen haben und werde dann erst begreifen, warum überall da, wo die Staatsanwaltschaft bestehe, Richter und Anwälte ihre Stimme für Beibehaltung derselben erhöben. Die Staatsanwaltschaft sei nicht eine neue, des rechtsgeschichtlichen Bodens entbehrende Einrichtung. Bei den Reichsgerichten hätten jederzeit Fiskale den Gerichtssitzungen beiwohnen müssen, nicht nur um die Vermögensangelegenheiten des Fiskus zu vertreten, sondern auch um in sonstigen Angelegenheiten Verfügungen und Beschlüsse des Gerichtes hervorzurufen. Diese Einrichtung habe auch bei mehreren Landesterritorien in Deutschland Anklang und Nachahmung gefunden, indem Fiskale aufgestellt worden, die von Staatswegen einzuschreiten und bei der Rechtspflege mitzuwirken hatten. Dieser Charakter der Fiskale als Organe der Regierungsgewalt bei den Gerichten sei in den Gesetzgebungen einzelner Territorien derart durchgedrungen, daß die Bestimmungen der Gesetze, die im vorigen Jahrhundert über die Fiskalate gegeben worden, ganz unabhängig von den Einrichtungen Frankreichs die Idee der Vertretung der Staatsinteressen durch das Organ der Fiskale in der Zivilrechtspflege ganz deutlich zu erkennen gäben. Natürlich habe sich aber diese Thätigkeit nicht, wie bei der öffentl. mündlichen Rechtspflege, ausbilden können, weil im schriftlichen Verfahren einer solchen Thätigkeit der Fiskale kein Raum gegeben gewesen sei. Daß diese Lücke aber gefühlt worden, darüber hätten sich zwei große deutsche Gelehrte, Feuerbach und Grolmann, dahin ausgesprochen, daß nur durch die Staatsanwaltschaft der Mangel einer aufsehenden Gewalt der Justizpflege ergänzt werden könne, ohne die Unabhängigkeit der Gerichte zu beeinträchtigen. Man habe daher in Erkenntniß dieses Bedürfnisses in Gesetzgebung und Wissenschaft dem Institute der Staatsanwaltschaft zugestrebt, so in Preußen im Jahre 1844, so in unserem Vaterlande im Grundlagengesetze von 1848, wo reaktionäre Bestrebungen gewiß nicht an der Tagesordnung gewesen seien. Erst jetzt, seit nicht sehr geraumer Zeit, mache sich gegen die Staatsanwaltschaft eine Strömung geltend, die gewiß nicht auf dem Gebiete der Wissenschaft, sondern auf dem der Politik entstanden sei. Nun solle die Staatsanwaltschaft plötzlich ein Mittel der Reaktion sein zur Unterdrückung oder Verkümmerung der Unabhängigkeit der Rechtsprechung. Die Regierung wolle die Staatsanwaltschaft nicht als ein reaktionäres Element, sie sei der Ueberzeugung, daß dieselbe dazu nicht gebraucht oder, richtiger gesagt, nicht mißbraucht werden könne. Die staatsanwaltschaftlichen Beamten hätten, wenn sie in der Zivilrechtspflege mitwirkten, die Aufgabe, das Gesetz gerecht und unparteiisch nach jeder Seite hin zum Vollzug zu bringen. Die Staatsanwälte seien keine anderen Menschen und mit keinem anderen Gefühle für Recht und Gerechtigkeit ausgestattet, als die Richter. Die Regierung habe das Vertrauen zu den bayerischen Juristen, daß sie als Staatsanwälte nicht ein anderes Maß des Rechtes hätten als die Richter, und daß die bayrischen Juristen als Richter sich nicht von den Staatsanwälten in ihrer unabhängigen Ueberzeugung beeinträchtigen lassen würden. Seit mehr als zehn Jahren wirke die Staatsanwaltschaft auf dem Gebiete der Strafrechtspflege in einer weit eingreifenderen Weise mit, als es in der Zivilrechtspflege stattfinden werde. Man sei berechtigt die Frage aufzuwerfen, ob irgendwo eine Klage gehört worden, daß die Staatsanwaltschaft die Unabhängigkeit der Rechtsprechung auf dem Gebiete des Strafrechts beeinträchtigte, und ob die Zivilrichter andere sein würden als die Strafrichter. Man müsse auch die Unabhängigkeit der Rechtsprechung richtig verstehen, um von der Ansicht abzukommen, daß die Staatsanwaltschaft einen nachtheiligen Einfluß darauf äußern könne. Die Unabhängigkeit der Rechtsprechung erfordere nicht eine souveräne, unbedingte Machtvollkommenheit der Gerichte. Sie sei nicht darauf gegründet, daß die zur Rechtsprechung berufenen Organe gesondert, außerhalb der einheitlichen Staatsgewalt stünden und sich nur unter einander selbst zu beaufsichtigen hätten. Das Prinzip des Rechtsstaates fordere vielmehr, daß kein Organ der Staatsgewalt ohne eine Kontrole bestehe, daß also auch das Richteramt einer solchen unterworfen werden müsse. Wo eine solche Kontrole nicht bestehe, würde Freiheit und Ordnung in Frage gestellt sein. Die Staatsanwaltschaft entspreche aber bei dieser Kontrole gerade den Anforderungen des Rechtsstaates in der Art, daß sie zwar beaufsichtige und kontrolire, sich aber von jeder Entscheidung ferne halte, diese vielmehr den Gerichten überlasse. Indem die Staatsanwaltschaft nur anrege, nur ihre Ansicht entwickele, wie das thatsächliche Material gelagert und wie das Gesetz anzuwenden sei, bethätige sie ihre Obsorge dafür, daß ohne Beeinträchtigung des freien Ver-

fügungsrechts der Parteien die allgemeine Rechtsordnung verwirklicht werde. Gewiß würden die Richter durch eine solche Anregung nicht veranlaßt werden, den Ansichten der Staatsanwaltschaft nachzubeten, sondern sich gerade durch Anregung der Staatsanwaltschaft veranlaßt fühlen, eine desto schärfere Kritik bei Würdigung des Materials zur Anwendung zu bringen. Sie würden um so unabhängiger ihre Ueberzeugung aussprechen, als sie ja wüßten, daß der Staatsanwaltschaft die Abstimmung gänzlich unbekannt bleibe.

(Schluß folgt.)

München, 7. Febr. Die Debatten im Gesetzgebungs-Ausschuß der Kammer der Abgeordneten über die Frage der Staatsanwaltschaft ist in der heutigen Sitzung bis auf die Schlußäußerung des Regierungskommissärs, Ministerialrath Dr. Weis, die sich dieser auf die nächste Sitzung vorbehalten hat, beendet worden. Sämmtliche Mitglieder des Ausschusses betheiligten sich an der Debatte und erklärten sich, wie man der „Augsb. Abdz." schreibt, gegen die Bestimmungen des Regierungsentwurfes.

München, 7. Febr. Die „Bayer. Ztg." bringt heute einen weitern Leitartikel: „Die neuen Candidaturen um die Erbfolge in Holstein," mit welchem der Verfasser dieser Artikel am Schluß seiner Erörterung steht, deren Resultat er dahin zusammenfaßt: Die Bundesversammlung ist zweifellos kompetent in der Herzogthümerfrage, die Anerkennung eines der verschiedenen Erbfolgeprätendenten auszusprechen. Bezüglich des Bundeslands Holstein ist sie unbedingt verpflichtet, diesen Ausspruch sofort zu erlassen. Materiell hat sie die ganze Frage durch ihren Beschluß vom 2. Juni vorigen Jahres, durch welchen sie die Anerkennung des Erbprinzen von Augustenburg durch den Bund als gesichert erklärt, bereits entschieden. Sie braucht jetzt nur diesem Beschluß Folge zu geben und den formellen Anerkennungsausspruch zu erlassen. Eine Annexion ist nur mit der freien Zustimmung aller Betheiligten möglich, ohne dieselbe ein offener Bundesbruch. Die Ansprüche des Großherzogs von Oldenburg sind zur gesonderten Austragung zu verweisen. (Zugleich wird die Grundlosigkeit dieser Erbansprüche dargethan.) Der Artikel schließt dann mit dem Wunsche, daß die schleswig-holsteinische Angelegenheit, die im Anfange ein Einigungspunkt für die ganze Nation gewesen ist, nicht in ihrem weitern Verlauf die Ursache tiefgehender Zerwürfnisse werden möge. Diese Eventualität kann nur dann vermieden werden, wenn den befreiten Herzogthümern von allen Seiten ihr volles Recht gelassen wird.

Berlin, 7. Febr. Die Zeidler'sche Korrespondenz bemerkt zum Stand der österreichisch preußischen Zollvertragsverhandlungen: „Außer der Differenz über die Weinzölle bestehe auch noch eine Differenz über die Eisenzölle. Im Laufe der Woche finde wieder eine Sitzung der Konferenz statt." Weiter bemerkt Zeidler's Korrespondenz: „Verschiedenen Anzeichen zufolge lege Frankreich jetzt weniger Gewicht auf die nationale Seite der Herzogthümerfrage als auf der Londoner Konferenz."

Kopenhagen, 7. Februar. In der heutigen Sitzung des Folkethings stand Hansen's Antrag auf Wiedereinführung des Grundgesetzes vom Juni 1849 auf der Tagesordnung. Der Minister des Innern sprach scharf dagegen und erklärte, die Regierung könne an der Debatte nicht Theil nehmen. Nach sehr heftiger Verhandlung wurde Uebergang zur zweiten Lesung und Ueberweisung an einen Ausschuß beschlossen.

London, 6. Febr. Wie die „Times" meldet, hat Kardinal Wiseman die Sterbsakramente empfangen, und man sieht seiner Auflösung entgegen.

London, 6. Febr. General M'Clellan nebst Weib und Kind ist gestern mit dem Dampfer „China" in Liverpool angekommen. Die von seinen Freunden in Boston ihm angebotene Yacht soll er ausgeschlagen haben. Wie ein New-Yorker Blatt schreibt, wird er sich mehrere Jahre in Europa aufhalten und umfassende kriegswissenschaftliche Studien machen, welch' letzteres er wohl gebrauchen kann, sollte ihn der böse Dämon der Vereinigten Staaten noch einmal an die Spitze einer Armee stellen.

London, 7. Febr. Heute wurde das Parlament eröffnet. Die Thronrede sagt unter Anderem: Die Verhandlungen zwischen Oesterreich, Preußen und Dänemark wurden durch einen Friedenstraktat abgeschlossen. Die Mittheilungen, welche die Königin von den fremden Mächten erhält, gewähren ihr die wohlbegründete Hoffnung, daß keine abermalige Störung des Friedens in Europa zu befürchten sei. Die Königin bedauert die Fortdauer des amerikanischen Krieges; sie wird unverrückt neutral bleiben und würde sich jeder friedlichen Ausgleichung freuen. Die Beziehungen zu Japan sind freundlich; die Stellung zur japanesischen Regierung ist befestigter. Die Königin bedauert den Kampf auf Neuseeland. Sie hat die kanadische Union genehmigt. Sie freut sich der Ruhe in Indien. Die Finanzen und die allgemeine Lage Englands sind befriedigend. Die Noth in den Fabrikbezirken hat bedeutend nachgelassen, der Wohlstand in Irland steigt. Die Thronrede verheißt verschiedene Bills in Betreff des Armen-, Patent- und Gerichtswesens.

London, 7. Febr. Nach der Eröffnung des Parlaments genehmigten beide Häuser die Antwortsadresse. Im Oberhaus ergriff der Graf v. Derby diesen Anlaß, um die feindselige Haltung der Vereinigten Staaten von Nordamerika gegen England zu tadeln. Graf Russell entschuldigte die Aufgeregtheit der Gemüther und versicherte, England werde strenge Neutralität bewahren, unbillige Zumuthungen jedoch entschieden zurückweisen.

London. Ein vor Kurzem in Baldowie verstorbener Kapitän Mitchell, der vom Protestantismus zum Katholizismus übergetreten war, hat der römisch-katholischen Kirche in Schottland, welche freilich arm genug ist, liegende Gründe im Werth von 90,000 Pf. St. vermacht. Aus diesem Legat soll ein Asyl für bejahrte Priester errichtet und unterstützt werden, und der etwaige Ueberschuß soll gleichmäßig unter die drei römisch-katholischen Bischöfe in Schottland, den von Aberdeen, Edinburg und Glasgow, vertheilt werden, welche denselben zur Beförderung und Ausdehnung ihrer Missionen zu verwenden haben.

Genf, 4. Febr. Heute wurde vor dem Zuchtpolizeigericht der vom Staatsanwalt angehobene Prozeß gegen das Spielhaus der Straße Montblanc im Palais Fazy verhandelt. Es waren vier Personen angeklagt. Ein Angeklagter wurde freigesprochen, drei verurtheilt: Carrel, der Nachfolger von Blas, zu 24 Stunden Gefängniß und 400 Fr. Buße, Dr. Baucher, der Präsident des Cercle, Mercier, Sekretär des Cercle, zu 300 Fr. Buße. Der Spielapparat wurde konfiszirt.

Paris, 4. Febr. Kleine Ursachen haben oft große Wirkungen, im Komischen wie im Ernsten. Der Umstand, daß der Prinz Napoleon, der bekanntlich ein sehr sparsamer Herr ist, anfängt, große Bälle zu geben, hat eine Menge von seltsamen Gerüchten hervorgerufen, aus denen nach und nach folgende Fabel konstruirt worden ist: der Kaiser habe sich die Ueberzeugung gebildet, daß eine Regentschaft nach seinem Tode mit großen Hindernissen zu kämpfen habe, daß es daher im Interesse seiner Dynastie sein würde, wenn er die Krone niederlegte, damit die Regentschaft noch bei seinen Lebzeiten zu funktioniren beginne. Seine bloße Gegenwart werde hinreichen, Schwierigkeiten, die sonst unvermeidlich wären, zuvorzukommen, da man ihn trotz seiner formellen Abdankung doch noch für den leitenden Gedanken halten werde. Unter allen Gerüchten, welche die Einbildungskraft der Franzosen geschaffen hat, ist jenes ohne Zweifel eines der originellsten; daß es aber sehr ernste Leute gibt, welche die Existenz eines derartigen Projektes für möglich halten, scheint uns ziemlich kennzeichnend zu sein und zu beweisen, daß der Gedanke, eine Regentschaft würde eine sehr bedenkliche Phase für die kaiserliche Dynastie sein, den Franzosen sehr nahe liegt. (Schw. M.)

Paris, 4. Febr. Einen sehr günstigen Eindruck hat es hervorgebracht, daß die Angelegenheit des 8. Kürassierregiments in Saargemünd zur vollen Oeffentlichkeit gebracht worden ist. Bei diesem Regiment war eine ganze Diebsbande, welche längere Zeit hindurch in der genannten Stadt die frechsten nächtlichen Einbrüche verübte. Im Anfange wollte man die Sache vertuschen, allein die bessere Einsicht, daß sowohl für das Militär als für das Publikum unbeschränkte Oeffentlichkeit am nützlichsten sei, siegte. So ist denn das Schreiben vom Marschall Forey veröffentlicht worden, in dem er den ganzen Hergang ohne alle Verhüllung erzählte und besonders den höheren Offizieren den strengsten Verweis für ihre Nachlässigkeit ertheilte.

Der „Constitutionnel" vom 6. schließt einen Rückblick auf die Geschichte der drei letzten Jahre des preußischen Verfassungslebens mit folgenden Worten: „Die Bevölkerung billigt gleichzeitig die Opposition, welche die Abgeordneten der Regierung machen, und zollt darum nicht minder den Thaten Beifall, welche die Regierung ohne oder gegen die Zustimmung der Kammer vollbrachte. So lange aber das preußische Volk sich nur über die Form, in der gewisse Regierungshandlungen vollzogen werden, und nicht über diese Handlungen selbst beklagt; so lange die Preußen sich nicht weigern, die Steuern zu zahlen, mit deren Hilfe die neuen Regimenter errichtet werden: so lange sieht man wahrlich nicht, was sie zum Bruche mit ihrer dynastischen Gesinnung treiben sollte, ebenso wenig, als man einsieht, warum die Regierung einen Staatsstreich gegen eine Kammer machen sollte, welche das Volk nicht abhält, sich vor der königlichen Autorität zu beugen."

Das „Memorial Diplomatique“ berichtet sehr bedenkliche Dinge über den Aufstand der wilden Indianerstämme Mexiko's, welche das Innere der Halbinsel Yukatan bewohnen. Sie sind unter Anführung zweier als besonders blutdürstig bekannten Häuptlinge, des Creferencio Poot und des Bernabe Cen, etwa 100 Mann stark, gegen Süden aufgebrochen, und haben mit einer unerhörten Grausamkeit 19 Dörfer vollständig vernichtet und deren wehrlose Bevölkerung erbarmungslos niedergemetzelt. Man erinnert sich kaum, daß je die Indianer mit solcher Kühnheit aufgetreten sind.

Paris, 7. Febr. Gestern hat der Staatsrath gegen den Bischof von Moulins und den Erzbischof von Besançon die Censur wegen Amtsmißbrauchs ausgesprochen, wie die „France“ meldet. — Herr Drouyn de Lhuys hat dem päpstlichen Nuntius wegen der Beglückwünschung des Bischofs von Poitiers energische Vorstellungen gemacht. Der „Abendmoniteur“ dementirt die Gerüchte über Abtretung mexikanischer Provinzen an Frankreich.

Madrid, 4. Febr. Ein Schreiben, das dem „Pueblo“ aus St. Domingo zugeht, entwirft ein gar trauriges Bild vom Zustande der spanischen Truppen, die sich dort befinden. Es sei jetzt nicht mehr möglich, daran zu zweifeln, daß es nicht allein nothwendig, sondern sogar dringend sei, daß man einen Besitz aufgebe, der dem Mutterlande nur Schaden zufügen könne. Mit jedem Tage breite sich der Krieg weiter aus, die zahlreichen Krankheiten, welche im Lande herrschen, dezimiren die spanische Armee.

In den italienischen Blättern und Korrespondenzen vom 3. Februar liegt nun Näheres über die Abreise des Königs nach **Florenz** vor. Es hatte den König und die Regierung am meisten empört, daß nach den Vorgängen vom 30. Abends die Stadtbehörden nicht das Mindeste thaten, um für die Beleidigungen wenigstens eine formelle Satisfaktion zu geben. Am 31. erließ die Munizipalität eine Proklamation an die Nationalgarde, worin diese für ihre zweifelhaften Verdienste außerordentlich belobt, der König mit keinem Worte erwähnt wurde. Das Ministerium verlangte vom Munizipalausschuß irgend einen Akt oder ein Wort, das die Wirkung des Skandals von jenem Abend gemildert hätte. Der Munizipalausschuß schlug es rundweg ab. Auf dieses wurde im Ministerrath der Beschluß zur Abreise gefaßt. Um 7½ Uhr brach der König auf, nur begleitet von Lamarmora und dem königlichen Hause. In vier Wagen fuhren sie nach Moncalieri, wo sie einen Extrazug nahmen. Die Straßen von Turin waren zu dieser frühen Morgenstunde noch sehr leer. In der Poststraße begegneten die königl. Wagen einem Priester, der das heilige Sakrament trug. Der König stieg — so erzählt wenigstens der „Diritto“ — nach dem üblichen Gebrauch aus und kniete nieder, um den Segen des Priesters zu empfangen. Dieser Akt der Frömmigkeit und der Hingebung an die katholische Religion war so, wie das malitiöse Oppositionsblatt hinzufügt, das letzte Andenken, welches Victor Emanuel in seiner alten Hauptstadt zurückläßt. Nach 8 Uhr fuhr der Zug von Moncalieri ab. Aus Piacenza, Parma, Reggio, Modena, Bologna liegen Depeschen vor, wonach der König überall mit größtem Enthusiasmus empfangen wurde.

New-York, 28. Januar. Die Monitors der Unionisten können sich Wilmington nicht nähern, weil das Wasser zu seicht ist. Es sind unionistische Verstärkungen nach Wilmington abgegangen. — Hr. Blair ist nach Washington zurückgekehrt; seine Mission ist gänzlich gescheitert. Jefferson Davis forderte als Basis der Unterhandlungen die Unabhängigkeit des Südens. — Der Unionsgeneral Sherman marschirt nach Augusta. — Die Ausgabe von 200 Mill. 7/10 Staatsscheinen anstatt Bonds ist autorisirt.

Die Oesterreicher, schreibt man dem „Avenir nat.“ aus **Mexiko**, scheinen nicht so, wie die Belgier, lauter junge, rothwangige Bürschchen, als Schoßkinder behandelt werden zu sollen. Das erste Detachement, 1118 Mann und 68 Spielleute stark, wird sofort nach der Halbinsel Yucatan geschickt werden, wo der Krieg zwischen Indianern und Weißen lebhafter als je entbrannt ist. Es lebt in dieser geheimnißvollen, mit herrlichen, kaum erst bekannt gewordenen Ruinen bedeckten Gegend eine ebenso verwegene als grausame Indianerrace, die sich noch nie dem europäischen Joch unterworfen hat. Weite Einöden bedecken den östlichen Theil der Halbinsel, während im Süden undurchdringliche Wälder sich bis weit in das zu Guatemala gehörige Peten erstrecken. Dort wohnen diese unbezähmbare Indianer, Mayas genannt, wahrscheinlich Stammverwandte der gleichfalls noch nicht unterworfenen zahlreichen Stämme der Lacandon's. Es muß sich nun bald herausstellen, ob die Soldaten des Kaisers Maximilian mehr Glück gegen diese Barbaren haben werden, als die stolzen Castilianer, welche unter dem Adelantado Don Francisco de Montejo gegen sie kämpften.

Hiezu die Beilage: „Würzb. Anzeiger“ und eine Extra-Beilage.

Verantwortlicher Redakteur: A. Hartmann.
Druck und Verlag der Stahel'schen Buch- und Kunsthandlung in Würzburg

Cours der Staatspapiere.

Oesterr.	5 pCt. Met. (Cp. i. S. b. R.)	—
"	5 pCt. Lomb. ditto. à 24	—
"	5 pCt. Engl. Met. v. 1852	80¼ P.
"	5 pCt. Engl. Met. v. 1859	78¾—⅝ G.
"	5 pCt. Venet. Coupon b. R.	84¾ P.
"	5 pCt. Nationalanl. v. 1854	68¾ G.
"	5 pCt. Metall. Obligation.	62⅜ G.
"	4½ pCt.	56¾ P.
Preussen	3½ pCt. Staatsschuldsch.	90¾ G.
Bayern	4½ pCt. Obl. 1jähr. dto.	102¾ G.
"	4½ pCt. Obl. ½jähr. dto.	102⅝ P.
"	4 pCt. Obl. 1jähr. dto.	98½ G.
"	4 pCt. Obl. ½jähr. dto.	98⅝ G.
"	4 pCt. Obl. Ab.-B. dto.	98⅜ P. ½ G.
"	3½ pCt. Obl. dto.	—
Württemb.	4½ pCt. Obl. b. Rothsch.	104⅝ G.
"	3½ pCt. Obl. dto.	95⅞ P. ⅚ G.
Baden	4½ pCt. Obl.	—
"	3½ pCt. Obl. v. 1842	92 P.
Gr. Hess.	4½ pCt. Obl.	—
"	4 pCt. Obl. b. Rothsch.	100⅞ P.
"	3½ pCt. Obl. dto.	97¼ P.
Nassau	4½ pCt. Obl. dto.	102 P.
"	4 pCt. Obl. dto.	99 G.
"	3½ pCt. Obl. dto.	92 P.
Frankfurt	3½ pCt. Obl.	94¾ G.
"	3 pCt. Obl.	—
Spanien	3 pCt. inl. Sch. P. à fl. 2. 30	—
"	2¼ pCt. " " "	—
Schweden	4½ pCt. Obl. à 105 Thlr.	91¾—92 G.
N.Amerika	6 pCt. à 1000r. 1881 D. 2½	—
"	6 pCt. ditto r. 1882 "	54¼—½ G.

Diverse Aktien.

Frankfurter Bank à fl. 500 . . .	145⅝ G.
K. K. Oesterr. National-Bankaktien	844 P.
Oesterr. Kreditbank-Aktien à fl. 200	199½ G.
Bayer. Hypothekenb. Pfandbriefe 4 pCt.	98¼ P.
Darmst. Bank 1. u. 2. Serie à fl. 250	234½—29 G.
Weimarische Bank à Thlr. 100 . .	100¾ G.
Mitteldeutsche Kreditaktien . . .	101¼ P.
Intern. Bank in Lux. à 250 Frs. à 25 kr.	—
Taunus-Eisenbahn à fl. 250 . . .	350 P. 349 G.
Frankfurt-Hanauer-Eisenbahn . . .	101½ G.
Oest. F.St.Eisb. 5pCt. 500 Fr. à 25 kr.	—
" Elisab.-Eisenbahn 5 pCt. . .	119½ G.
Böhm. Westbahn-Aktien à fl. 200 6/7	73 P.
Rhein-Nahe-Bahn 200 Thl. à 105 4pCt. Z.	30 P.
Ludwigshafen-Bexbacher à 4 pCt. .	146½ P.
dto. dto. Prior. à 4 pCt.	97⅜ P.
Pfälz. Maxb. b. Rothschild à 4½ pCt.	101½ G.
Oest. St.-Eisenb. Prior.-Oblig. à 3 pCt.	50½—⅞ G.
Elisab.-Bahn Prior. 5 pCt. 6/7	80 P.
Südd. Bank-Akt., 40 pCt. Einz.	259½ G.
Span. Handels- und Industrie . .	—
Bayr. Ostbahn à 4½ pCt. volleinbez.	114½ P. ⅞ G.
Bayer. Ostbahn mit 60 pCt. Einz.	114 P. 113⅞ G.

Wechsel in süddeutscher Währung.

Amst. fl. 100 k. S.	101 G.
Antwerp. Frs. 200 k. S.	94 G.
Augsb. fl. 100 k. S.	100 P.
Berlin Th. 60 k. S.	105 P.
Brem. 50 Th. Ld. k. S.	96¼ G.
Brüssel Frs. 200 k. S.	94 G.
Cöln Thlr. 60 k. S.	105 P.
Hamb. MB. 100 k. S.	88⅞ G.
Leipzig Th. 60 k. S.	105 P.
London Lst. 10 k. S.	118⅞ P.
Lyon Frs. 200 k. S.	—
Mail. Frs. 200 . .	93¾ G.
München fl. 100 k. S.	100 P.
Paris Frs. 200 k. S.	94¼ G
Petersburg 60 S.-R.	—
Triest fl. 100 k. S.	—
Wien fl. 100 ö. W.	—
do. in öst. W. l. S.	104¾—½ G.
Disconto	4 pCt. G.

Anlehens-Loose.

Oesterr. fl. 250 v. 1839	140¼ G.
" fl. 250 v. 1854 mit 4pCt.	77 G.
" fl. 500 v. 1860 6/7	84¾ G.
" fl. 100 Elisb. L. v. 1858.	132¼ G.
" do. v. 1864.	90⅝ P.
Schwed. 10 Thlr. Loose	9½ P.
Badische fl. 50	—
Badische fl. 35	54¼ P.

Kurhess. Thlr. 40 b. R.	55½ G.
Gr. Hessen fl. 50 b. R.	138½ P. 138 G.
" fl. 25 do.	39 P.
Nassau fl. 25 bei Rothsch.	—
Sardinische Fr. 36 b. B.	—
Neuchateler 10 Frs.-Loose	—
Freiburger 15 Frs.-Loose	—
Mailänder 45 Frs. L. b. R.	33 P.
St. Lüttich mit 2½ pCt. Z.	34½ P.
Ansb.-Gunzenh. fl. 7-L.	10½ G.

Frankfurt, 8. Februar. Die Börse war weniger belebt und das Geschäft träger als bisher; für Amerikanische lagen einige Kaufaufträge im Tausch gegen 1860er Loose vor; auf Letztere drückte außerdem eine Platzspekulation à la Baisse von Seiten starker Haussespekulanten auf Kreditaktien. Amerikanische schließen fest zur Notiz; das Steigen des Goldagios ist nicht durch Kriegsereignisse, sondern durch die in Aussicht stehende Vermehrung der Banknoten in Frage der bevorstehenden neuen inländischen Anleihen von 200 Mill. Doll. veranlaßt. In anderen Fonds war geringer Umsatz; Nat. und Metalliques gesucht und fest. (Synd.)

An die
k. Hof- und Staatsbibliothek
1 N. Würzb. Ztg. München.

Neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht!

№ 41. | Vorausbezahlung: Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 1 fl. 30 kr. Bei Inseraten wird die dreispaltige Zeile in gewöhnlicher kleiner Schrift oder deren Raum im Hauptblatte mit 6 kr., im Anzeiger mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franco. | 62. Jahrgang. | Freitag, 10. Februar 1865.

Aus dem preußischen Abgeordnetenhause.

Am 8. ds. wurde in Berlin der Gesetzentwurf über die Verpflichtung zum Kriegsdienst, welcher 20 Paragraphen des Gesetzes vom 3. September 1814 abändert und ergänzt, dem Hause der Abgeordneten vorgelegt. Die gesammte Kriegsdienstverpflichtung bei der Armee und der Flotte ist von 19 Jahren auf 16 herabgesetzt. Die zum Kriegsdienst Verpflichteten sind 7 Jahr dem Heer oder der Flotte angehörig, davon die letzten 4 bei der Reserve, außer dem Fall der Verstärkungsnothwendigkeit oder der Uebungen. Die Landwehrverpflichtung ist neunjährig, die Seewehrverpflichtung vier Jahre des ersten Aufgebots, fünf Jahre des zweiten. Der Uebertritt in das zweite Aufgebot erfolgt gewöhnlich mit dem 32. Lebensjahre, die Ausscheidung mit dem vollendeten sechsunddreißigsten. Die Regulirung der Dienstverhältnisse bei der Landwehr wie bei der Seewehr sind einem besonderen Gesetz vorbehalten nach folgenden Grundsätzen: Die Landwehr des ersten Aufgebots ist nur in vorhandenen Gefahren für das Vaterland einzuberufen. Die Verpflichtung der Kreise für unentgeltliche Stellung von Uebungs- und Mobilmachungs-Pferden erlischt. Für die Landwehr und Seewehr zweiten Aufgebots finden Uebungen während des Friedens nicht statt. Den Reservisten wird die Wahl des Aufenthalts im Inland oder Ausland nicht beschränkt, bezüglich der Auswanderung werden sie den Landwehrleuten gleichgestellt. Die Reservisten sind gleich den Landwehrmännern den Civilgerichten unterworfen. Berufsseeleute auf preußischen Handelsmarineschiffen [illegible] dienstet sind, bleiben vom Armeedienst in Friedenszeit frei, dagegen sind sie für die Kriegsflotte dienstpflichtig. Die aktive Marine-Dienstzeit kann in Rücksicht auf technische Vorbildung verkürzt werden. Einjährige Freiwillige im Marinedienst bleiben ohne Verpflichtung zur Selbstbekleidung und Selbstverpflegung. Der Kriegsminister v. Roon bemerkt bei Ueberreichung des Gesetzentwurfs: des Landes Wunsch nach Versöhnung möge im Hause Wiederhall finden. Wenn die Regierung die Reorganisation festhalte, verzichte sie doch auf die Durchsetzung des vollen Umfangs der Vorlage. Eine friedliche Ausgleichung in Fragen der Interpretation sei nur durch gegenseitige Verständigung über die Streitpunkte möglich. Dies sei der Zweck der Vorlage. Die Rechnungsfrage verlange ein legislatorisches Fundament für die Armeereform.

Von der in Vorstehendem erwähnten Erklärung des Kriegsministers bringt ein Telegramm der „K. Z.“ einen ausführlichen Auszug:

Der Kriegsminister erinnert nach Ueberweisung des Gesetzentwurfs an den früheren Ausspruch: Noch niemals sei dem Hause ein wichtigeres Gesetz vorgelegt worden. Rückblicke auf die bisherige Behandlung erscheinen nicht opportun und werden vorbehalten. Der Minister verliest sodann das Folgende: Die Regierung sei sich bewußt, ihr Ziel nur dann sicher zu erreichen, wenn sie den Ansichten des Hauses entspreche. Wenn gleich dies nur in beschränktem Maße geschehen sei, indem meist die Erfahrungen des Vorjahres zu Grunde gelegt seien, und wenn gleich die Regierung sich gedrungen fühle, an der Gesetzlichkeit der Reorganisation festzuhalten, so verzichte sie doch auf die Durchsetzung des vollen Umfangs der Vorlage. Es komme auf friedliche Ausgleichung an. Die Interpretations-Fragen seien nur durch gegenseitige Verständigung über die betreffenden Punkte zu lösen. Dies sei der Zweck der Vorlage. Die Regierung wolle dem Verlangen nach einem legislatorischen Fundamente der Armee-Reform Rechnung tragen, obwohl es nicht an diesem, sondern an der finanziellen Grundlage gefehlt habe. Der materielle Inhalt der Vorlage bedürfe keiner weiteren Motivirung, dieselbe enthalte keine neuen Bestimmungen, nur Modifikationen und Ergänzungen, entstanden durch die Bedürfnisse der Zweckmäßigkeit. Daneben bringe der Entwurf Erleichterungen für die Staatsangehörigen, wie sie nur durch die Vermehrung der Stämme möglich sei. Die Vorlage einer neuen Landwehrordnung bleibe vorläufig ausgesetzt, weil sie erst möglich sei nach der Annahme der jetzigen Vorlage. Wie überzeugt auch die Regierung von der Nothwendigkeit der Armee-Reform gewesen sei, so habe diese Ueberzeugung durch die letzten Kriegserfolge sich doch noch befestigt. Die Regierung stehe vor der Unmöglichkeit, die Reorganisation zu verwerfen. Der Minister wünscht, daß der allgemeine Wunsch des Landes nach Versöhnung bei der Behandlung der Vorlage im Hause Widerhall finden möge, und daß das Gefühl für die Macht und Größe Preußens größer sei, als das für den Parteistandpunkt und individuelle Sympathie und Antipathie.

Der Minister übergibt dann noch einen zweiten Entwurf, wegen Versorgung anerkannter Invaliden vom Feuerwerker und Feldwebel abwärts, wie auch wegen Versorgung der Wittwen und Waisen der im letzten Kriege Gefallenen.

Der Abg. Michaelis beantragt, über geschäftliche Behandlung erst nach Druck der Vorlage zu beschließen.

Der Abg. Virchow konstatirt, daß die Rede des Kriegsministers abweiche von der Thronrede und der v. Bismarck's im Herrenhause, und fragt, ob die in den eben vernommenen Worten ausgesprochenen Ansichten von der Staatsregierung getheilt würden, zumal Gerüchte verbreitet seien von Divergenzen im Ministerium wegen des Militärgesetzes.

Minister v. Roon: Was er in Stelle von Motiven verlesen, rühre allerdings nur von ihm her; er glaube aber, daß die Staats-Regierung mit ihm übereinstimmen werde.

wegen der Invaliden, Wittwen und Waisen gleichfalls erst, wenn sie gedruckt sind, zu beschließen.

Beide Anträge werden angenommen.

(Amtliche Nachrichten.) **München**, 8. Februar. Se. Maj. der König hat den k. Rentbeamten E. Stetter zu Ottobeuern in gleicher Eigenschaft auf das Rentamt Kronach und auf das hiernach sich erledigende Rentamt Ottobeuern den k. Rentbeamten L. Grabner zu Burglengenfeld, beide ihrer Bitte entsprechend, versetzt.

München, 4. Febr. (Die Debatte im Gesetzgebungsausschusse über die Staatsanwaltschaft im Zivilprozesse.) Schluß der Rede des Hrn. Justizministers v. Bomhard. Nun werde freilich eingewendet: wenn auch die Unabhängigkeit der Rechtsprechung nicht leide, so sei diese Mitwirkung doch jedenfalls überflüssig, denn das Recht werde durch die Parteivorträge ohnehin schon klar genug gestellt, und der Richter werde auch ohne die Anträge der Staatsanwaltschaft finden, was Recht und Unrecht sei. Darauf dürfte wohl mit Recht erwidert werden, daß Recht und Unrecht sehr enge verwebt sind, so daß es schwierig sei, das Recht herauszufinden und es begreiflicher Weise sehr häufig im Interesse der Parteien ist, daß diese Vermengung geschieden werde. Im mündlichen Vortrage der Parteien mache sich das Bestreben geltend, daß jede Partei ihre Sache im günstigsten Lichte darstelle, und so komme es, daß die Parteivorträge in der Regel beiderseits an einer Parteifärbung leiden. Der Staatsanwalt habe dieses Parteiinteresse nicht, er habe ein anderes Interesse, er habe lediglich und allein ein Interesse an der objektiven Wahrheit, an der Aufrechthaltung des Gesetzes und der öffentlichen Ordnung. Darum müsse nach der Anschauung der Staatsregierung auf die Parteivorträge der Vortrag der Staatsanwaltschaft folgen, etwa nicht, wie so häufig behauptet wird, weil man annehme, daß der Staatsanwalt mit mehr Rechtskunde ausgestattet, tiefer ins Gesetz eingeweiht sei, sondern einfach aus dem Grunde, weil er auf dem Standpunkte der objektiven Wahrheit stehe, und das Interesse habe, diesen objektiven Standpunkt geltend zu machen; dazu komme noch: im schriftlichen Prozesse blieben alle Bestrebungen der Parteien zur Beschönigung ihrer Sache, zur Verzögerung des Prozesses durch Winkelzüge und Parteiränke auf dem Papier, das bekanntlich nicht

erröthe, durch die Heimlichkeit gedeckt und in der Registratur vergraben; ganz anders sei es in dem öffentlich mündlichen Verfahren, dort würden zwar solche Bestrebungen weniger vorkommen, wo sie aber vorkämen, träten sie in die Oeffentlichkeit und es bestehe das Bedürfniß, daß ihnen die gehörige Beleuchtung zu Theil werde, da sei es nun der Staatsanwalt, welcher diesem Bedürfnisse entspreche. Derselbe erscheine als das verkörperte Gewissen, möchte er sagen, das dem öffentlichen Rechtsbewußtsein Ausdruck gibt, der Staatsanwalt sei es, welcher hervorhebe, von wem und wie in der Sache Bestrebungen stattgefunden haben, das Recht zu verdunkeln und wie dem Rechte zum Siege verholfen werden müsse. Das Gericht müsse sich einfach darauf beschränken, das Urtheil zu sprechen, das Gericht müsse objektiv sein, Aufgabe des Staatsanwaltes aber sei es, wie das verkörperte Gewissen dem Rechtsbewußtsein Ausdruck zu geben, indem er beleuchte, wohin der Sieg zu fallen habe und wie die Verdunkelung des Rechtes erstrebt wurde. So erscheine der Vortrag des Staatsanwaltes, möchte er sagen, als das sittliche Element im Prozesse, weil er dem öffentlichen Rechts- und Sittlichkeitsgefühle den unentbehrlichen Ausdruck gebe und gerade dadurch gewinne, wie Alle, die jemals das öffentliche Verfahren mitangesehen, übereinstimmen, dieses sittliche Element, was jeden Beschauer mit wahrer Erhebung erfülle, der den Gang des Prozesses mit Aufmerksamkeit verfolge; daher die Erscheinung, wie sie jeder in der deutschen Rheinprovinz sehen könne, daß sehr häufig in Fällen, wo das Gesetz nicht unbedingt vorschreibt, daß der Staatsanwalt gehört wird, der Staatsanwalt von dem Gerichte die Aufforderung erhalte, sein Gutachten zu geben, wenn die Sache so beschaffen ist, daß das Bedürfniß durch die öffentliche Verhandlung hervorgerufen wurde, sich darüber auszusprechen, welche Winkelzüge in der Sache allenfalls stattgehabt haben und wie dem öffentlichen Rechtsbewußtsein Genugthuung gewährt werden kann. So wenig übrigens die Staatsanwaltschaft geeignet sei, die Unabhängigkeit der Rechtspflege zu beeinträchtigen, so wenig bewirke sie eine Bevormundung der Parteien oder eine Hilfeleistung für die eine oder andere Partei, oder, wie oft behauptet wurde, helfe sie der Partei des Fiskus oder des Minderjährigen. In den Fällen, wo solche Persönlichkeiten auftreten, handle es sich nicht darum, daß der Staatsanwalt die Parteiinteressen dieser Persönlichkeiten vertritt, sondern diese Persönlichkeiten seien nur im Objekt: er identifizire sich nie und solle sich nie mit den Interessen einer solchen Persönlichkeit identifiziren, sondern nur ihre Rechtsverhältnisse sich zur besonderen Aufgabe machen und daher könne man sehr oft erleben, daß der Staatsanwalt, wenn er ein Gutachten abgibt, durchaus nicht das Partei-Interesse einer solchen Persönlichkeit vertritt, sondern die Sache in solch unbefangener, objektiver Weise würdige, daß er gegen die Anträge der Partei das Gutachten abgibt. Was die Prozesse des Fiskus betreffe, so erscheine auch in diesem Falle der Staatsanwalt weniger als Advokat des Fiskus. Es sei dies eine Zeit lang in Frankreich namentlich der Fall gewesen, wo der Staatsanwalt in Folge eines Direktorialbeschlusses unter der Republik die allgemeine Mission bekommen habe, als Advokat die Privatrechtsangelegenheiten des Staates zu vertreten. Nach den richtigen jetzigen Rechtsanschauungen, die auch der Entwurf sich angeeignet habe, werden die Rechtsangelegenheiten des Staates, soweit sie vor die Gerichte gehören, als privatrechtliche Parteisachen behandelt, der Staatsanwalt bearbeite sie nicht, sei ohne Verantwortung, habe kein Privatinteresse, sich für den Fiskus auszusprechen und würdige dessen Angelegenheit ebenso objektiv den Thatsachen und dem Gesetze entsprechend, wie jede andere Privatrechtssache. Die für die Staatsanwaltschaft nachtheiligen Auffassungen der Wirksamkeit derselben träten auch in den Ländern, wo ihr die Mitwirkung in der Civilrechtspflege angewiesen worden, durchaus nicht in der Art hervor, wie man gewöhnlich glaube. In der deutschen Rheinprovinz hätten sich nie solche nachtheilige Wirkungen geltend gemacht, obgleich dort das Amt des Richters und Staatsanwaltes eben so hoch geachtet sei, wie in unserm rechtsrheinischen Vaterlande. Die Anwälte der Pfalz theilten auch bekanntlich diese Auffassungen durchaus nicht und zwar um so weniger, als sie in der Staatsanwaltschaft das Organ erkennen, das auch in ihrem Vortheile mitwirke, durch welches zum Schutze der Anwälte die Gefahr der Ueberschreitungen von Seite des Gerichtes in Handhabung der Sitzungspolizei beseitigt werden könne. Er schließe damit, daß es der Staatsregierung im höchsten Grade bedenklich erscheine, in die Staatsmaschine den Mechanismus eines anderwärts bewährten Systemes mit Hinweglassung oder Verkümmerung wesentlicher Bestandtheile seiner Einrichtung einzufügen. Die Staatsregierung gehe von der Anschauung aus, daß, wenn sich dann diese neue Schöpfung nicht bewähren würde, erfahrungsgemäß die Schuld hievon nicht dem Umstande zugeschrieben werden würde, daß man das System nicht in seiner Gesammtheit und Reinheit aufgenommen hat, und daß es deßwegen die erwarteten Vortheile nicht bringe, daß man ein gewagtes Experiment gemacht, eine unvollkommene Einrichtung getroffen habe, sondern es würde das ganze System verworfen und über kurz oder lang als unbrauchbar angesehen werden. Die Staatsregierung halte die Mitwirkung der Staatsanwaltschaft im Civilprozeß, namentlich die Anwesenheit derselben in allen Sitzungen und die Befugniß derselben, in jeder Sache das Wort zu ergreifen, wo sie es im Interesse der öffentlichen Ordnung für nothwendig erachte, für einen so wesentlichen nothwendigen Bestandtheil des Systemes des Entwurfes, daß ihr durch die Beseitigung oder Verkümmerung das ganze System gefährdet erscheinen würde. Das sei der Standpunkt der Staatsregierung in der Frage, um welche es sich handle. Die Fortsetzung der Debatte wurde auf die nächste Sitzung vertagt.

München, 7. Febr. Der Gesetzgebungsausschuß der Kammer der Abgeordneten setzte heute die allgemeine Diskussion über die Frage der Staatsanwaltschaft fort. Es sprachen sämmtliche Ausschußmitglieder; aber es fand sich nicht eine Stimme für die staatsanwaltschaftliche Befugniß im Sinne des Entwurfs. Auch die vermittelnden Anträge des Ausschußreferenten blieben ohne Unterstützung. Die überwiegende Mehrheit des Ausschusses stimmte für die Mitwirkung der Staatsanwälte im Civilprozesse (Conclu-

Feuilleton.

Modernes Leben am Bosporus.

Konstantinopel ist nicht mehr die träge Stadt mit geheimnißvollen Harems, wilden Osmanlis, Sklavenmärkten und Karavanserais. Die Fluthen der Meerenge öffnen sich nicht mehr in stiller Nachtstunde, um Säcke aufzunehmen, aus denen Wehklagen und Schluchzen hervordringen. Auf dem Bosporus wiegen sich Handelsschiffe aller Flaggen, Briggs, Goeletten und Dreimaster, Dampfschiffe lassen ihre Schornsteine über den Kiosken am Ufer wehen, Telegraphenstangen mit ausgespannten Drähten ziehen sich nach allen Seiten. Die Hunderte von Fahrzeugen, die sich auf der Rhede kreuzen, bringen alle Entdeckungen der Wissenschaften, alle Neuigkeiten der Kunst, alle Nichtigkeiten der Mode, den neuesten Roman, die neueste Partitur, den neuesten Stoff, und alle diese europäischen Fremdlinge werden im türkischen Harem mit derselben Freude begrüßt wie im levantinischen Gesellschaftssaal.

Seit die Dampfschifffahrt sich vermehrt hat, werden europäische Elemente in stärkeren Dosen nach Konstantinopel gebracht. Jeder nimmt sich seinen Theil davon, wodurch eine unvermeidliche Annäherung entsteht. Man schöpft aus denselben Quellen dieselben Ideen, dieselben Bedürfnisse. Das geistige Leben entwickelt sich und mit ihm das Verlangen, sich mehr und mehr nach Außen auszudehnen. Die neue Gesellschaft braucht Zeitungen, Bücher, Theater, und da Alle dieselben Zeitungen, Bücher und Theater benutzen, so entsteht eine Vereinigung, die sich bis auf die vornehmen Türkinnen erstreckt. Nicht wenige lernen französisch und unterhalten mit den christlichen Damen in Pera einen beständigen, fast vertraulichen Verkehr.

Die Frauen haben sich die europäischen Vergnügungen und Moden bereitwillig zutragen lassen. Theater und Bälle gefallen ihnen weit mehr als das einsame Leben, zu dem sie früher verurtheilt waren. In Europa gibt es aber für das weibliche Geschlecht auch ernste Beschäftigungen, die aus der Frau die Gehilfin des Mannes machen. Die orientalische Frau will von diesen nichts wissen und glaubt ihre Pflicht erfüllt zu haben, wenn sie der menschlichen Gesellschaft jährlich ein Kind schenkt, welches sie nicht erzieht. Wird die junge Griechin, Armenierin, Levantinerin in einem Kloster erzogen, so lernt sie ein wenig lesen oder schreiben. Bleibt sie im Hause, so lernt sie von ihrer europäischen Erzieherin französisch sprechen. Worin sie keinen Unterricht empfängt, darin bringt sie es am weitesten und sieht halbe Tage lang aus dem Fenster oder übt vor dem Spiegel Stellungen ein. Die Mutter verträumt drei Viertel ihrer Zeit auf dem Sopha und überläßt ihre Kinder, die immer sehr zahlreich sind, der Dienerschaft. Nichts schärft sie ihrer Tochter mehr ein, als sich nach einem Mann umzusehen. Da es weit mehr junge Mädchen als Männer gibt, so werden die letzteren von den Damen mit Zuvorkommenheit behandelt, die in Europa dem schönern Geschlecht gewidmet wird. Die reichste Toilette, die herausforderndste Gefallsucht wird aufgeboten und selbst Aufsehen nicht gescheut, wenn es einen Mann

sionsrecht) nur für gewisse besonders zu bezeichnende Fälle, in denen ein staatliches Interesse obwaltet. In diesem Sinn äußerte sich Abg. Dr. Völk mit besonderem Bezug auf die Resultate des deutschen Juristentages, die Abgg. Wiedenhofer und Franz mit Betonung der praktischen Bedenken eines erhöhten Kosten- und Zeitaufwandes bei allgemeinem Conclusionsrecht der Staatsanwaltschaft, und Abg. Dr. Edel, der gegenüber dem Vortrag des Justizministers den Standpunkt des sog. Grundlagengesetzes von 1848 und das Wesen der Fiscale an den deutschen Reichsgerichten gegenüber der französischen Staatsanwaltschaft historisch entwickelte. Abg. Dr. Schmitt machte aufmerksam, wie selbst der Entwurf bei den Handelsgerichten mit ihrer umfassenden Kompetenz und bei den Einzelngerichten von jeder Mitwirkung der Staatsanwaltschaft absehe. Ausschußsekretär Dr. M. Barth wies u. a. auf die neuen Entwürfe von Civilprozeßordnungen, und darunter namentlich auf den neuesten preußischen Entwurf hin, der — unter einem Ministerium Bismark — in seiner Motivirung der sehr eingeengten Mitwirkung der Staatsanwaltschaft anführe, daß die „Volksanschauung" dagegen sei. Ausschußvorstand Dr. Pözl führte mit Bezug auf die Bedeutung des Grundlagengesetzes, mit Anführung namhafter wissenschaftlicher Autoritäten, aus: daß die Mitwirkung der Staatsanwaltschaft im Sinne des Entwurfs weder nothwendig noch zweckmäßig sei. Allgemeine theoretische Gründe zu Gunsten der Staatsanwaltschaft aus der Lehre von der Scheidung der Gewalten seien analog auch für Einführung eines besonderen Verwaltungsgerichtshofs in der Verwaltung anwendbar. Aus der sehr gewundenen, mit zahlreichen brieflichen Aeußerungen und Zeitungsstimmen aus der Pfalz belegten Ausführung des Abg. Umbscheiden scheint hervorzugehen, daß das neue Civilprozeßgesetz wegen der Beschränkung der Staatsanwaltschaft im Sinne der Ausschußmajorität in der Pfalz eine Beanstandung nicht finden wird. Der Justizminister v. Bomhard ergriff am Schlusse der Sitzung das Wort zu einigen „faktischen Berichtigungen".

Ueber die schon erwähnte Generalversammlung des Münchener großdeutschen Vereins entnehmen wir dem „N. N." nachstehenden ausführlichen Bericht: „Die Versammlung war sehr schwach besucht, da nur etwa 60 Mitglieder sich eingefunden hatten, um den Rechenschaftsbericht über das abgelaufene Jahr zu vernehmen und die Neuwahl des Ausschusses vorzunehmen. Der Verein zählt gegenwärtig 1412 Mitglieder, darunter 866 Münchener, sein Vermögen entziffert 2348 fl. Nach Genehmigung des Rechenschaftsberichtes gelangte der Antrag zum Beschluß, von der Einhebung der Vereinsbeiträge für das laufende Jahr Umgang zu nehmen, um nicht die Kräfte der Mitglieder in einer Zeit zu beanspruchen, welche dem Verein zu Geldausgaben keine Veranlassung gebe. Als ein Mitglied, Reichsrath v. Niethammer, diesen Antrag noch unter dem Gesichtspunkte zur Annahme empfehlen zu müss n glaubte, daß man Gefahr laufe, noch mehr Mitglieder zu verlieren, wenn die Sammlung der Beiträge nicht sistirt würde, wies Redakteur Schleich dieses Motiv mit der Bemerkung zurück, daß er, wenn eine solche traurige Stimmung obwalte, die Auflösung des Vereins vorziehe, worauf der Vorsitzende, Graf Hegnenberg-Dux, meinte, diese Frage werde gelöst, wenn man sie nicht zur Frage erhöbe. Graf Hegnenberg suchte die offenbar gedrückte Stimmung, welche unter den Anwesenden herrschte, zu heben und mit Hoffnungen zu beleben. Die großdeutsche Partei theile unfreiwillig das Schicksal der Passivität unter dem Drucke der gegenwärtigen politischen Verhältnisse fast mit jedem politischen Vereine. Die Aufgabe des Vereins bestehe jetzt darin, im bewußten Festhalten an dem Programm der großdeutschen Partei und in männlicher Geduld und Ausdauer die Zeit abzuwarten, die zu einem Aufgreifen jener Fragen, welche nicht sterben, bis sie gelöst seien, mehr geeignet sei. Mit Sicherheit sei vorauszusagen, daß der Verein mit Ablauf dieses Jahres wieder in den Kampf eintreten werde, der gekämpft werden müsse, um die großen Ideen der Machtentwickelung des großen Vaterlandes nach außen und der Freiheit im Innern. Gegenüber dem Kleinmuthe, der im Vereine sich geoffenbart, wies der Redner auf die nicht bloß moralische, sondern auch materielle Opferwilligkeit der politischen Gegner für ihre Parteiinteressen hin, in welchem Punkte die konservativen gegen die Bewegungsparteien in Schatten träten. Eine erwähnenswerthe Ausnahme mache der großdeutsche Verein in Hannover, der die Stellung der großdeutschen Vereine richtig erkannt und die Nothwendigkeit von deren Erhaltung eingesehen habe. Bezüglich der Vereinspresse erklärte der Vorsitzende mit Befriedigung, daß das Wochenblatt in Frankfurt, deren Redaktion gewiß keine Kunststücke geleistet habe, durch ein Flugblatt ersetzt sei, das seine Aufgabe besser verstehe und heilsamer wirke. Die schließlich vorgenommene Neuwahl brachte in den Ausschuß die Herren Graf Hegnenberg, Abg. Leo Hänle, Kaufmann Aug. Knorr, Oberstaatsanwalt Paraguin, Ministerialdirektor v. Wolfanger, Advokat Dr. Ruhwandl, Abg. Sedlmayr, Staatsanwalt Wülfert, Graf Maldeghem, Rechtsrath Badhauser, Prof. Pözl, Münzmeister Haindl, Bürgermeister v. Steinsdorf, Magistratsrath Faulstich und Fabrikant Medikus.

Wien. Die „N. fr. Presse" schreibt: „Es soll heute eine Depesche des Frhrn. v. d. Pfordten hier eingetroffen sein, worin das bayerische Kabinet sich in sehr bestimmter Weise über die Erwägungen äußert, welche unter den gegebenen Verhältnissen jede einzelne Bundesregierung auffordern müßten, je nach dem Maße ihrer Kräfte ungesäumt für die volle Befriedigung des nationalen Gedankens am geeigneten Orte einzutreten. Das bayerische Kabinet scheint hienach für seinen beabsichtigten Antrag am Bunde auf sofortige Einsetzung des Prinzen Friedrich von Augustenburg die Unterstützung des Wiener Kabinets gewinnen zu wollen. Herr v. d. Pfordten hat dies schon vor einiger Zeit vergebens versucht, er dürfte diesmal kaum glücklicher sein.

Im Finanz-Ausschusse wurde unter dem Titel „ungarische Hofkanzlei" ohne weitere Debatte die Summe von 511,000 fl. abgestrichen.

Frankfurt, 8. Febr. Der Senat der Union hat der Ernennung des Hrn. Frank Swan (von Ohio) zum Vereinigten-Staaten-Konsul für Augsburg seine Bestätigung ertheilt. — Die

---

kompromittirt; der Zweck heiligt die Mittel. Liebesbriefe, Stelldicheins, heimliche Verlobungen, im Nothfall selbst eine Entführung, welcher der väterliche Segen folgt — Alles ist erlaubt, nur keine Mißheirath. Hier, wo es keinen Adel gibt, herrscht ein kastilianischer Hochmuth. Jeder bildet sich auf seine persönliche Stellung etwas ein, so daß ein Tuchhändler seine Tochter niemals einem Schneider geben, ein Zimmermann nie die Tochter eines Schusters heirathen würde.

Hat die Tochter sich lange im Theater gezeigt und lange, von der Mutter in einiger Entfernung begleitet, die Promenaden besucht und ist ihr Ziel einer Heirath erreicht, so verlangt sie eine reiche Ausstattung, nicht in Leinen und Wäsche, wohl aber in seidenen Kleidern, Schmucksachen und besonders Diamanten. Kein Dienstmädchen heirathet einen Schuhputzer, der nicht mindestens eine Brillantnadel auf dem Altar der Liebe opfert. Das Nöthigste wird vernachlässigt, mit dem Ueberflüssigsten Luxus getrieben. Als Frau steht die junge Dame spät auf, verbringt einen guten Theil des Tags auf dem Sopha, trinkt viele Tassen Kaffee, empfängt von Zeit zu Zeit Besuche, vergißt das Wenige, was sie gelernt hat, schreibt, liest und arbeitet nicht und überläßt alle Haushaltungssorgen den zahlreichen Dienstboten und alle Geldsorgen dem Manne. Dieser geht am frühen Morgen nach Galata, verlebt seinen Tag auf dem Komptoir, im Kaviar-Khan oder an der Börse und geht erst spät Abends nach Hause. Im Winter besucht das Paar, mag es nun reich sein oder nicht, das Theater, wo es eine Loge oder doch den vierten Theil einer Loge hat. Sonntags bieten die Morgenmesse und ein Spaziergang einen Vorwand, die reichste Toilette zu entfalten.

Die Gesandtschaftsbälle, die alle Bruchtheile der Gesellschaft vereinigen, bleiben natürlich nicht unbesucht. Sobald im Frühling die ersten Strahlen der Maisonne leuchten, fliegt Alles davon und läßt sich am Quai von Therapia nieder, oder in Bujukdere, Yönikei, an den Ufern des Bosporus, am Golf von Kadiköi oder unter den schattigen Hainen der Inseln Khalki und Principe. Das Haus in der Stadt überläßt man einer armen Familie, die auf diese Weise freie Wohnung erhält, und miethet, und zwar sehr theuer, auf sechs Monate ein Haus von Holz, in das man sich den ganzen Tag einschließt. Die Frau träumt den ganzen Tag auf ihrem ewigen Sopha und geht blos Abends in blendender Toilette aus, um sich in einem Kaffeehause am Strande zu erfrischen. Was den Mann betrifft, so fährt er in jedem Wetter jeden Morgen in einem Kaik oder auf einem Dampfschiffe nach Galata. Die Fahrt dauert eine bis zwei Stunden und ist entweder gefährlich oder unbequem. In einem Kaik ist man bei jedem Windstoße dem Umschlagen ausgesetzt, auf dem Dampfschiffe drängen sich drei- bis vierhundert Menschen und stehen überall, wo für zwei Füße Platz ist, in den Kajüten, auf dem Verdeck und Radkasten. Abends kehrt der Mann müde und hungrig zurück. So lebt man am Bosporus in der Sommerfrische, theuer und unangenehm. Woher das Geld kommt, ist bei vielen Familien ein unlösbares Räthsel.

israelitischen Bürger der Union haben, seitdem der Krieg im Gange ist, ein starkes Kontingent zu den Heeren der Nordstaaten gestellt; die Zahl der Israeliten, die in die Reihen der Bundestruppen eingetreten, berechnet man auf wenigstens 60.000 (darunter 12.000 aus Ohio, 5000 aus Illinois, 3000 aus Michigan und Wisconsin).

Bern, 6. Febr. Mit Frankreich erheben sich neue Anstände wegen Vollziehung des Dappenthalvertrages. Frankreich erhebt nach wie vorher seine Grundsteuern auf dem anerkannten Schweizergebiet. (Schw. M.)

Brüssel, 7. Febr. Das Abgeordnetenhaus hat in heutiger Sitzung nach kurzer Debatte einstimmig den Gesetzentwurf genehmigt, welcher in Erb- und Schenkungsangelegenheiten die internationale Gegenseitigkeit abschafft und die Fremden auf dem fraglichen Gebiete den belgischen Landeskindern gleichstellt. Gerechtigkeit ohne Reciprocität. — Viktor Hugo, dem ein trauriges Familien-Ereigniß den Aufenthalt auf der Insel Guernsey verleidet hat, wird binnen Kurzem mit Weib und Kindern nach Brüssel übersiedeln.

London, 7. Febr. Der „Advertiser" wiederholt die schon früher mitgetheilte Nachricht, daß Garibaldi im Frühjahr seine Privatfreunde in Liverpool, Newcastle, Glasgow und einigen andern Städten (London ist nicht genannt) besuchen werde. Zugleich widerspricht der „Advertiser" den vielfach wieder umlaufenden Gerüchten, daß Garibaldi sich im Frühling an die Spitze einer abenteuerlichen Expedition gegen Oesterreich stellen wolle, auf das bestimmteste. Aspromonte habe seine großartige Seite gehabt; eine neue Auflage von Aspromonte würde kläglich und erniedrigend sein. Garibaldi werde den rechten Zeitpunkt zur Befreiung Venetiens abwarten, und dieser Moment sei noch nicht gekommen.

Paris, 9. Febr. Der „Moniteur" veröffentlicht das Dekret über recours comme abus gegen die Prälaten von Moulins und Besançon nebst dem darauf bezüglichen Berichte des Herrn Langlais an den Staatsrath. Außerdem enthält er eine Note des Inhalts, nach Einholung der Befehle des Kaisers habe Herr Drouyn de Lhuys den französischen Gesandten in Rom angewiesen, beim Papste über die beiden, in den Zeitungen veröffentlichten Briefe Beschwerde zu führen, welche der päpstliche Nuntius an die Bischöfe von Orleans und Poitiers gerichtet hat, und welche eine Verletzung der Regeln des Völkerrechts und des französischen Staatsrechts in sich schließen. Eine weitere Moniteurnote sagt: Gewisse Journale veröffentlichen Berichte über Ministerrathssitzungen. Da die Verhandlungen des Ministerraths geheim sind, so können die angeblichen Aufschlüsse der Journale nur dazu dienen, die öffentliche Meinung zu verwirren.

Madrid, 8. Febr. Die Zwangsanleihe ist in eine freiwillige Anleihe umgewandelt.

Türkei. Ueber die tscherkessische Auswanderung werden der Wiener „General-Korrespondenz" folgende offizielle Daten mitgetheilt: „Im verflossenen Jahre sind 70,000 tscherkessische Familien nach Europa transportirt worden. Davon gingen 5—6000 Familien über Burgos nach Adrianopel, 13,000 über Varna nach Schumla und in die Paschaliks von Silistria und Widdin; 12,000 Familien in die Paschaliks von Nissa und Sophia, wovon sich gegen 42,000 Seelen in der Nähe des Amselfeldes bei Kossowa und bei Pristina niederließen; 10,000 Familien wurden gegen Sistova, Nikopol, Ruschtschuk und in die Dobrudscha dirigirt. Es sind im Ganzen im verflossenen Jahre gegen 150- bis 250.000 Tscherkessen in den Donauhäfen angekommen, die von der Pforte längs der Donau und dann zwischen Serbien und Bulgarien untergebracht worden."

Der **New-Yorker** Korrespondent des „Moniteur" bezeichnet die Erstürmung des Fort Fisher als einen der glänzendsten Handstreiche, die von den Streitkräften des Nordens je ausgeführt worden seien. Sie genüge allerdings nicht, um den Blokadebrechern das Einlaufen in den Hafen von Wilmington völlig zu verwehren, sei aber immerhin ein Erfolg von hoher Bedeutung. Es sei bereits in New York, allerdings verfrühter Weise, das Gerücht von der Einnahme von Wilmington verbreitet gewesen.

Hiezu die Beilage: „Würzburger Anzeiger".

Verantwortlicher Redakteur: A. Hartmann.
Druck und Verlag der Stahel'schen Buch- und Kunsthandlung in Würzburg

Cours der Staatspapiere.

Oesterr.	5 pCt. Met. (Cp. 1. S. b. R.)	—
"	5 pCt. Lomb. ditto. à 24	—
"	5 pCt. Engl. Met. v. 1859	80 4/8 P.
"	5 pCt. Engl. Met. v. 1859	78 1/8 P.
"	5 pCt. Venet. Coupon b. R.	84 3/4 P.
"	5 pCt. Nationalanl. v. 1864	68 7/8 P.
"	5 pCt. Metall. Obligation.	62 3/8 G.
"	4 1/2 pCt.	56 P.
Preussen	3 1/2 pCt. Staatsschuldsch.	90 3/4 G.
Bayern	4 1/2 pCt. Obl. 1jähr. dto.	102 G.
"	4 1/2 pCt. Obl. 1/2jähr. dto.	102 3/8 G.
"	4 pCt. Obl. 1jähr. dto.	98 5/8 G.
"	4 pCt. Obl. 1/2jähr. dto.	99 P.
"	4 pCt. Obl. Ab.-R. dto.	98 7/8 P.
"	3 1/2 pCt. Obl. dto.	—
Würtemb.	3 1/2 pCt. Obl. b. Rothsch.	105 G.
"	3 1/2 pCt. Obl. dto.	95 3/8 G.
Baden	4 1/2 pCt. Obl.	—
"	3 1/2 pCt. Obl. v. 1842	91 5/8 G.
Gr. Hess.	4 1/2 pCt. Obl.	—
"	4 pCt. Obl. b. Rothsch.	100 7/8 P.
"	3 1/2 pCt. Obl. dto.	97 G.
Nassau	4 1/2 pCt. Obl. dto.	102 P.
"	4 pCt. Obl. dto.	99 G.
"	3 1/2 pCt. Obl. dto.	92 1/8 P.
Frankfurt	3 1/2 pCt. Obl.	94 3/4 G.
"	3 pCt. Obl.	—
Spanien	3 pCt. inl. Sch. P. à fl. 2. 30	—
"	2 1/4 pCt. " " "	—
Schweden	4 1/2 pCt. Obl. à 105 Thlr.	92 1/2 P.
N.Amerika	6 pCt. à 100 Dr. 1881 D. 2 1/2	—
"	6 pCt. ditto r. 1882	5 1/8—1/4 G.

Diverse Aktien.

Frankfurter Bank à fl. 500 . . .	145 3/8 G.
K. K. Oesterr. National-Bankaktien	832 P.
Oesterr. Kreditbank-Aktien à fl. 200	197—94 1/2 G.
Bayer. Hypothekenb. Pfandbriefe 4 pCt.	98 1/4 P.
Darmst. Bank 1. u. 2. Serie à fl. 250	238 P.
Weimarische Bank à Thlr. 100 . .	100 3/4 G.
Mitteldeutsche Kreditaktien . . .	101 1/4 P.
Intern. Bank in Lux. à 250 Frs. à 28 kr.	—
Taunus-Eisenbahn à fl. 250 . . .	350 P. 349 G.
Frankfurt-Hanauer-Eisenbahn . . .	101 1/2 P.
Oest. F.St.Eisb. 5pCt. 500 Fr. à 28 kr.	—
" Elisab.-Eisenbahn 5 pCt. . .	119 P.
Böhm. Westbahn-Aktien à fl. 200 5/7	—
Rhein-Nahe-Bahn 200 Thl. à 105 4pCt. Z.	29 5/8 P.
Ludwigshafen-Bexbacher à 4 pCt. .	146 P. 145 3/4 G.
dto. dto. Prior. à 4 pCt.	97 1/8 G.
Pfälz. Maxb. b. Rothschild à 4 1/2 pCt.	107 1/2—5/8 G.
Oest. St.-Eisenb. Prior.-Oblig. à 3 pCt.	50 7/8—3/4 G.
Elisab.-Bahn Prior. 5 pCt. 6/7	80 P.
Südd. Bank-Akt., 40 pCt. Einz.	258 P.
Span. Handels- und Industrie . .	—
Bayr. Ostbahn à 4 1/2 pCt. volleinbez.	114 G.
Bayer. Ostbahn mit 50 pCt. Einz.	114 P. 113 7/8 G.

Wechsel in süddeutscher Währung.

Amst. fl. 100 k. S.	101 G.
Antwerp. Frs. 200 k.S.	94 G.
Augsb. fl. 100 k. S.	100 P.
Berlin Th. 60 k. S.	105 P.
Brem. 50 Th. Lsd. k. S.	96 5/8 P.
Brüssel Frs. 200 k. S.	94 G.
Cöln Thlr. 60 k. S.	105 P.
Hamb. MB. 100 k. S.	88 7/8 G.
Leipzig Th. 60 k. S.	105 P.
London Lst. 10 k. S.	118 3/4 P. 1/2 G.
Lyon Frs. 200 k. S.	—
Mail. Frs. 200 . .	93 3/4 G.
München fl. 100 k. S.	100 P.
Paris Frs. 200 k. S.	94 1/4 G.
Petersburg 60 S.-R.	—
Triest fl. 100 k. S.	—
Wien fl. 100 S. W.	—
do. in öst. W. l. S.	103 3/4 P.
Disconto	4 pCt. G.

Anlehens-Loose.

Oesterr. fl. 250 v. 1839	140 1/2 P.
" fl. 250 v. 1854 mit 4pCt.	76 7/8 P.
" fl. 500 v. 1860 6/7	84 G.
" fl. 100 Kisb.-L. v. 1858.	130 3/4 G.
" do. v. 1864.	59 1/4 P.
Schwed. 10 Thlr. Loose	9 3/8 P.
Badische fl. 50	—
Badische fl. 35	34 1/4 P.
Kurhess. Thlr. 40 b. R.	55 1/2 G.
Gr. Hessen fl. 50 b. R.	138 1/4 P. 138 G.
" fl. 25 do.	39 P.
Nassau fl. 25 bei Rothsch.	—
Sardinische Fr. 36 b. B.	—
Neuchateler 10 Frs.-Loose	—
Freiburger 15 Frs.-Loose	—
Mailänder 45 Frs. L. b. R.	33 P.
St. Lüttich mit 2 1/2 pCt. Z.	34 1/4 P.
Ansb.-Gunzenh. fl. 7-L.	10 1/8 G.

Frankfurt, 9. Februar. In den letzten Wochen ist von Wien aus so oft abwechselnd gemeldet worden, die Unterhandlungen über das Domänengeschäft mit der Kreditanstalt seien dem Abschlusse nahe und dann wieder, sie seien abgebrochen, daß auch die heutige Meldung, sie wären wieder einmal abgebrochen, keine besondere Wirkung geübt haben würde, wenn nicht stark engagirte und darum leicht einzuschüchternde Spekulanten um jeden Preis zu realisiren gesucht hätten. Fortgesetzte Verkäufe von dieser Seite drückten auf die Notirungen von Anfang bis zu Ende der Börse und erst gegen Schluß derselben trat eine bessere Stimmung ein. Andere österr. Effekten wurden mitgezogen und Verkäufer mußten billigere Preise acceptiren. Das eine Zeitlang panikartige Fallen erzeugte eine Unzahl sinnloser politischer Gerüchte, die wir unerwähnt lassen können, da sie alle nur erfunden waren, um das durch die auswärtigen Notirungen nicht motivirte Fallen einigermaßen zu erklären. Amerikaner durch einige Verkaufsaufträge bei der ohnehin vorherrschenden flauen Stimmung gedrückt. Gegen 2 Uhr befestigten sich alle Notirungen wieder. (Synd.)

Digitized by Google

An die
k. Hof- und Staatsbibliothek
München.
1 N. Würzb. Ztg.

Neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht!

№ 42. | Vorausbezahlung: Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 1 fl. 30 kr. Bei Inseraten wird die dreispaltige Zeile in gewöhnlicher kleiner Schrift oder deren Raum im Hauptblatte mit 6 kr., im Anzeiger mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franco. | 62. Jahrgang. | Samstag, 11. Februar 1865.

Die preußische Militärnovelle.

Die am 8. d. dem preuß. Abgeordnetenhause vorgelegte Militärnovelle haben wir gestern in ihren wesentlichsten Punkten mitgetheilt; von wirklichen Konzessionen enthält sie gar nichts. Die „K. Z." sagt: „Sie ist in allem Wesentlichen ganz dieselbe, wie vor zwei Jahren. Was dieses Mal über die künftige Stellung der Landwehr miteingeflossen ist, ist völlig unwesentlich, es berührt den wahren Sitz der Schwierigkeiten gar nicht. Der Kern der ganzen Vorlage ist wiederum, wie vor zwei Jahren, die Forderung, die zwei jüngsten Jahrgänge der Landwehr in die Reserven zu versetzen — eine Forderung, die ihrem wahren Motive nach geradezu gegen die Verkürzung der Präsenzzeit gerichtet ist. Dagegen von Fixirung der Friedensstärke, welche eine Zeit lang in Aussicht gestellt war, ist gar nicht die Rede. Aber sonderbar! während die Vorlage selbst nur dazu angethan ist, jede Hoffnung auch der Allerversöhnlichsten im Hause und im Lande niederzuschlagen, schien Herr v. Roon in seiner Begleitungsrede zu erklären — in der Vorlage habe die Regierung noch nicht ihr letztes Wort gesprochen, durch Fordern und Bieten mache sich der Handel, das Haus möge deßhalb einmal bieten. Was sie aus dieser Vorrede machen sollten, wußten die Abgeordneten nicht sogleich und so hat das Haus sich die Entscheidung über die Geschäftsbehandlung der Vorlage einstweilen noch vorbehalten."

Die Militärnovelle ist, schreibt ein Berliner Berichterstatter der „N. Frkfrt. Ztg.", das Spiegelbild des Hrn. v. Roon, dem der Generaladjutant v. Manteuffel über die Schultern guckt. Von Konzessionen darin keine Spur, nur die starren Formen der Militärreorganisation, wie sie das Militärkabinet von Anfang an gewollt, ausgeprägt im Styl der Gesetzsammlung. Das Abgeordnetenhaus hat gefunden, daß die Militärreorganisation nicht nur der gegenwärtigen Finanzlage, sondern auch dem bestehenden Gesetze über die Verpflichtung zum Kriegsdienste widerspricht. Die Regierung hält dies zwar für einen unbegründeten Skrupel, ist aber versöhnlich genug, dem Abgeordnetenhause die Gelegenheit zu bieten, diesen Skrupel durch Abänderung des bestehenden Gesetzes im Sinne der Reorganisation zu beseitigen. Es war ein vortrefflicher Gedanke Virchow's, in Form einer geschäftlichen Frage dem Kriegsminister auf seine Novelle schon jetzt die Antwort zu geben, welche das Abgeordnetenhaus demnächst in förmlicher Weise dahin wiederholen wird, daß die angeblich zur Versöhnung ausgestreckte Hand der Regierung nichts enthalte, was einem Kompromiß auch nur ähnlich sehe. Zugleich klang in Virchows Frage der Zweifel durch, ob die Novelle, welche der Minister heute vorlege, wirklich ganz die eigene Arbeit sei oder ob (wie man in der Presse ja vielfach wissen wollte) das Militärkabinet daraus Alles auf Konzessionen Hindeutende gegen die Ansicht des Ministers entfernt habe. Roon fühlte den Stich offenbar und gerieth in sichtliche Verwirrung. Das beweist schon seine unverständliche Verwahrung dagegen, daß er verpflichtet sei, Virchows Frage zu beantworten. Er fürchtete in einen parlamentarischen Hinterhalt zu fallen, wo doch keiner gestellt war. Der Minister befand sich überhaupt in einem sehr aufgeregten Zustande; in der Zerstreuung hatte er sogar den Helm mit in den Saal gebracht und zierte derselbe als nicht unpassendes Symbol den Ministertisch. Um sich nicht, wie Eulenburg neulich, zu verschnappen, hatte der Minister auch das, was er sagte, sich vorher genau überlegt und aufgeschrieben. Da der Minister es nicht einmal für nöthig befunden, seinem Gesetzentwurfe gedruckte Motive beizufügen, so würde es sehr eigenthümlich sein, wollte das Abgeordnetenhaus nun in gewohnter Weise durch eine besondere Kommission wieder ein großes Opus über die Novelle ausarbeiten lassen. Das steht indessen auch nicht zu erwarten und wäre wohl schon in der Sitzung vom 8. d. beschlossen worden, in die Schlußberathung über die Novelle einzutreten, hätten die liberalen Fraktionen nicht vorher sich ausdrücklich darüber geeinigt, erst nach dem Druck der Novelle über die Form der Berathung zu entscheiden.

(Amtliche Nachrichten.) **München**, 9. Februar. Se. Maj. der König hat die kath. Pfarrei Ohlstadt, Bezirksamts Werdenfels, dem Priester A. Müller, Pfarrer in Schwabhausen, Bezirksamts Dachau, und die kath. Pfarrei Oberschöneberg, Bezirksamts Zusmarshausen, dem Priester J. Gebhard, Pfarrer in Marktoffingen, Bezirksamts Nördlingen, übertragen; von den für die zweite prot. Pfarrstelle in Dinkelsbühl präsentirten Geistlichen

---

Feuilleton.

Gutzkow's Krankheit.

Votum eines Psychiaters.

Das schwere Gemüthsleiden, welches in jüngster Zeit einen der talentvollsten und schöpferischsten Schriftsteller Deutschlands befallen hat, die sich widersprechenden Urtheile über sein tragisches Schicksal bestimmen uns, in allgemeinen Umrissen ein naturgetreues Bild ähnlicher krankhafter Zustände zu entwerfen.

Den Grund der Melancholie wie jeder andauernden krankhaften geistigen Verstimmung, von ihren leisesten Anfängen bis zu den entwickeltsten Graden, hat man in einer mehr oder weniger schweren Gehirnerkrankung zu suchen. Es wird daher nicht Wunder nehmen, daß eben Menschen, welche vermöge ihres Wirkens ein aufregendes Gehirnleben führen, deren Gefühlssaite namentlich in immerwährender Spannung erhalten wird, vorzugsweise zu Störungen des übermäßig in Anspruch genommenen Organes hinneigen. Von den vielen Beispielen, die sich uns darbieten, wollen wir nur unseres Ludwig Tieck erwähnen, welcher an Solger schrieb: „Schon wieder hat mich jener Zustand von Melancholie, Muthlosigkeit und Lebensüberdruß überfallen, der mich von Jugend auf von Zeit zu Zeit wie eine Krankheit beschleicht und gegen den ich vergeblich ankämpfe. In diesem Zustande, in dieser Verzweiflung an mir selbst ist mein Selbst umdämmert, meine Seelenkräfte sind erlahmt, und alle Federn meines Innern zerbrochen. Alle Gespenster der früheren Zeit steigen vor mir auf und beängstigen mich. Ich verzweifle an mir selbst und an Allem." Wie oft rief Tieck aus: „Ich werde wahnsinnig, ich bin dem Wahnsinne nahe!" Wir haben diese Worte Tieck's absichtlich angeführt, denn so wahr und treu ist seine Schilderung, daß, um ein Bild von der melancholischen Verstimmung in ihren leisen Anfängen zu entwerfen, es weiter nichts bedarf als einer Analyse dieser denkwürdigen Worte.

Die krankhafte und zwar die traurige Verstimmung bildet in der Mehrzahl der Fälle den Beginn aller Gemüths- und Geistesstörungen. Zwingt nämlich eine Erkrankung der Gehirntheile, an welche unsere psychischen Funktionen gebunden sind, dem psychischen Geschehen dauernd eine andere Form auf, als ihm ohnedies zukommen würde, so wird dadurch die Art unserer Gefühle, unsere normale Gemüthslage eine andere, ungewohnte Beschaffenheit annehmen müssen, die in keinem äußeren Motiv, sondern in einem inneren Vorgange, in einer Erkrankung begründet ist. Es tritt hier dasselbe Verhältniß wie bei ganz gewöhnlichen Zuständen ein. Das Gefühl der Muskelermüdung nach körperlicher Anstrengung ist ein normaler Zustand, dasselbe Gefühl ohne vorangegangene entsprechende Bewegung betrachten wir als krankhaft. Das Gefühl der Traurigkeit nach einem herben Verluste ist normal, dasselbe Gefühl ohne entsprechende Veranlassung ist krankhaft, ist Verstimmung. Die traurige Verstimmung besteht in Niedergeschlagenheit, in einer nervösen Empfindlichkeit, in einem psychischen Schmerzgefühle, die Furcht, irrsinnig zu werden, taucht zuweilen gespensterhaft im Gemüthe auf. Mit der Traurigkeit, der Niedergeschlagenheit, dem geschwächten Muskelapparat vermindert sich das

dem bisherigen dritten Pfarrer daselbst, G. W. Wolff, die Bestätigung ertheilt.

Die k. Forstwarte Heinr. Weber von Grassemann und M. Heindl von Oberwarmensteinach, Forstamts Wunsiedel, wurden quiescirt und an deren Stellen die k. Forstgehilfen Fr. Sauer von Röttenbach in Grassemann und Fr. Markert in Neuensorg zu prov. Forstwarten befördert. (B. Z.)

Aus **Bayern**, 8. Febr. Die Nachricht von einer beabsichtigten engeren Verbindung der Mittelstaaten war denn doch nicht so ganz ohne Begründung, wie man von gewissen Seiten glauben machen will. Wir vernehmen wenigstens, daß an der Ausführung des darauf bezüglichen Plans ganz in der Stille weitergearbeitet wird. Allerdings soll es sich vorerst nicht um die Durchführung der Triasidee handeln, sondern um eine Verbindung, welche es diesen Staaten möglich machen würde, den Vormächten gegenüber eine unabhängigere und selbstständigere Stellung einzunehmen. Als Hauptmittel für diesen Zweck betrachtet man die Herstellung gemeinsamer Einrichtungen, welche, weil sie nicht allein die politischen, sondern auch die materiellen Interessen zum Ausgangspunkt nehmen sollen, nicht nur in den Kabinetten, sondern auch im Volke eine nachhaltige Stütze finden würden.

Nürnberg, 8. Febr. Der Ausschuß des hiesigen Schleswig-Holstein-Vereins hat in seiner gestrigen Sitzung beschlossen: in freundlicher Erwiderung auf eine vom Rendsburger Schleswig-Holstein-Verein am 23. Jan. hierher geschickte telegraphische Depesche dem genannten Vereine die Versicherung treuer Erinnerung an den denkwürdigen Zug der schleswig-holsteinischen Landesdeputation durch unser Frankenland auszusprechen und damit zugleich seiner vollen Uebereinstimmung mit der bisherigen patriotischen Haltung des schleswig-holsteinischen Volkes, wie sie sich namentlich in der Erklärung gegen die Plessen'sche „Siebenzehner-Adresse" so gewichtig auf's Neue bewährt hat, öffentlichen Ausdruck zu geben; ferner den unermüdet thätigen Erlanger Verein in der Verbreitung des ausgezeichneten Vortrags über „Annexionspolitik" thatkräftig zu unterstützen.

Aus **Wien**, 8. Febr., schreibt man der „A. Z.": „Es verdient hervorgehoben zu werden, daß die preußische Depesche vom 15. Dez., welche in meritorischer Beziehung, da die Depesche vom 24. Jan. lediglich dilatorischer Natur ist, noch immer die Grundlage der Verhandlungen zwischen Wien und Berlin bildet, ausdrücklich auch der geographisch bedingten „Pflicht" Preußens gedenkt, die Herzogthümer eventuell nicht blos gegen einen Angriff von außen, sondern auch gegen revolutionäre Ausschreitungen im Innern in Schutz zu nehmen. Es wird dabei anerkannt, daß es in den Herzogthümern auch an konservativen Elementen nicht fehlt, aber es wird betont, daß diese Elemente seither, „unter Connivenz der Bundeskommissäre," terrorisirt und zurückgedrängt worden seien.

Wien, 9. Febr. Der Ausschuß der Banalkonferenz zu Agram beantragt das Wahlgesetz von 1861 als Grundlage der Wahlordnung für den nächsten Landtag. Im Finanzausschuß beantragte der Referent Eiselsberg im Flottenbudget eine Minderung von beiläufig drei Millionen Gulden. Der Finanzausschuß hat die außerordentlichen Pensionszulagen für Graf Rechberg, Graf Forgach und Graf Wickenburg gestrichen. Man erwartet, daß nächstens, vielleicht morgen, Mühlfelds Interpellation wegen der Herzogthümer werde beantwortet werden.

Wien, 9. Febr. Die „Generalkorrespondenz" dementirt die Gerüchte und Zeitungsnachrichten über eine ungünstige, mit dem Domänenverkaufe zusammenhängende Geldoperation der Regierung anläßlich der bis zum 14. Febr. bevorstehenden Begleichung einer Schuldrate von elf Millionen an die Nationalbank.

Wien, 10. Februar. In der heutigen Sitzung des Unterhauses wurden die Gesetzentwürfe über die Ermäßigung der Personalsteuer in Siebenbürgen und über Regelung des periodischen Personentransports (?) in dritter Lösung angenommen. Am Schluß der Sitzung wurden mehrere Interpellationen verlesen, worin angefragt wird, wann die Regierung die noch unbeantwortete Interpellation beantworten werde.

Berlin, 8. Febr. Die Bank- und Handelszeitung schreibt: „Wir vernehmen, daß jedes scheinbare Schwanken in der innern Politik der Regierung jetzt vorüber ist. Es besteht jetzt die volle Uebereinstimmung darüber, auch für den wahrscheinlichen Fall, daß ein Budget für dieses Jahr wiederum nicht zu Stande käme, dem bisherigen Standpunkt der Regierung nichts zu vergeben."

Berlin, 9. Febr. Heute ist eine Deputation aus Köln hier eingetroffen, um dem Präsidenten des Abgeordnetenhauses, Hrn. Grabow, eine Bürgerkrone zu überreichen. Hr. Grabow erwiderte auf die Anrede der Deputation im Wesentlichen: Was ich, eingedenk des königlichen Wortes: „Zwischen uns sei Wahrheit", gesprochen, und was ich geleistet, ist unzertrennlich von dem, wozu sich die liberale Majorität des Abgeordnetenhauses in Wort und That seit Jahren bekannte. Ich kann daher die höchste Auszeichnung, welche der Bürger einem Bürger zu gewähren vermag, nur im Namen dieser Majorität entgegennehmen. Sie gebührt allen meinen liberalen Kampfgenossen. Ich werde dieses bürgerliche Kleinod treu aufbewahren; dasselbe soll mich stählen zum Ausharren in dem schweren Verfassungskampfe, falls die allseitig gewünschte Verständigung unmöglich sein sollte.

Ein Berliner Korrespondent der „Breslauer Ztg." behauptet der „Kölnischen Ztg." gegenüber, daß der Kronprinz auch in der innern Politik das Verfahren des Ministeriums billige. Er wohnt (wie der Korrespondent anführt) längst nicht mehr den Logenfesten bei.

In **Königsberg** i. Pr. ist der Anfang damit gemacht, die Polizei-Offizianten das Stenographiren lernen zu lassen, damit sie die politischen Versammlungen besser überwachen, resp. strafwürdige Aeußerungen feststellen können.

Selbstgefühl, wie Tieck sich ausdrückt: „Alle Federn meines Innern sind zerbrochen." Mit dem gesunkenen Vertrauen zu sich selbst geht das zu Anderen verloren, ein mehr und mehr zunehmendes Mißtrauen bemächtigt sich des Verstimmten.

Unter diesen noch scheinbar geringfügigen Erscheinungen kommt es zum vollständigen Lebensüberdruß, zum Selbstmorde aus einfacher Verstimmung. In der Steigerung dieses unheimlichen Zustandes, der mit vollem Bewußtsein und logischem Denken einhergeht, wirken alle Eindrücke, selbst die freudigen, schmerzlich auf den Erkrankten ein. Die pessimistische Seite seiner Anschauungen gewinnt die Oberherrschaft; Alles wird ihm zum Gegenstande neuer Schmerzen und Klagen.

Das Gefühl der Isolirtheit erfaßt unabweislich seine Seele, die Besorgniß vor allen unmöglichen Unfällen erfüllt sein banges Gemüth;

Sie deckt sich stets mit neuen Masken zu
Sie mag als Haus und Hof, als Weib und Kind erscheinen,
Als Feuer, Wasser, Dolch und Gift.
Du bebst vor Allem, was nicht trifft;
Und was du nie verliest, das mußt du stets beweinen.

Die Besorgniß wird zur verzehrenden Angst, welche paroxismenweise auftritt, sich zur Verzweiflung steigert und jede Besonnenheit aufhebt.

Um diesem fürchterlichen Angstgefühle zu entgehen, schreitet der Unglückliche zum Selbstmorde oder vergreift sich an seiner Umgebung. Treten nun, was häufig der Fall ist, zu diesen bedeutenden Störungen noch Sinnestäuschungen und Hallucinationen hinzu, hört der Kranke Stimmen, die ihn verhöhnen und verspotten, die ihm befehlen, sich oder Andere zu tödten, sind seine Geschmacksnerven alterirt und spiegeln ihm vor, daß Kupfer, Arsenik u. s. w. in seinen Speisen sei, dann sind alle Momente gegeben, welche endlich auch seine bis dahin unversehrt gebliebenen Verstandeskräfte mit einem unzerreißbaren Netz von Trug und Irrthum umspinnen.

Schon im Beginne seines Leidens, während der einfachen traurigen Verstimmung sucht der Erkrankte ängstlich nach einer Erklärung seines ihm räthselhaften Zustandes, und sucht sie natürlich nicht in seinem Gehirne, sondern in der Außenwelt, in den Außenverhältnissen.

Das später hinzutretende Gefühl von Angst nimmt ihm zeitweise jede Besonnenheit und zwingt ihn, sich dieses Gefühles um jeden Preis zu entledigen. Die Vorspiegelung seiner Sinne endlich, denen zu vertrauen er gewohnt ist, leistet dem Zustandekommen von Wahnvorstellungen, die anfänglich mit großer Zurückhaltung geäußert werden, den mächtigsten Vorschub.

So geht das anfängliche Gemüthsleiden allmälig in ausgesprochene Geistesstörung über. Und nun zweifelt auch der Laie nicht mehr an der Bedeutung der Störung. Nur der krankhafte Gemüthszustand, dieses tiefe, qualvolle, für die Umgebung herzzerreißende, und, wie Gutzkow's Fall wieder zeigt, den Kranken und oft seine Umgebung gefährdende Leiden ist den abenteuerlichsten oft lieblosesten Auslegungen Preis gegeben. Niemand ahnt die Gefahr, womit solche Unglückliche bedroht sind oder bedrohen, und daher wird Alles unterlassen, um dieselbe ferne zu halten. Wenn in Frankreich in den letzten 60 Jahren 300,000 Selbstmorde ausgeführt oder versucht worden sind, und wie die Statistik nachweist, mehr als der sechste Theil Gemüths- und Geisteskranke betrifft, so hätten fünfzigtausend Menschenleben in dieser Zeit sicher erhalten werden können.

Dresden, 9. Febr. Das „Dresdener Journal“ dementirt verschiedene Zeitungsnachrichten und sagt: Die Berliner Zollverhandlungen seien nicht abgebrochen; es sei kein Ultimatum gestellt worden; Hr. v. Hock sei nicht von Berlin abgereist. Es werde im Gegentheil nächsten Samstag eine Sitzung stattfinden, und man hoffe, daß in derselben die Feststellung der Redaktion der bereits vereinbarten Punkte erfolgen werde.

Stuttgart, 9. Febr. Die am 6. d. M. in Folge Entzündung durch einen Blitzstrahl niedergebrannte Stammburg der Grafen v. Rechberg, Hohenrechberg, soll von den HH. Grafen v. Rechberg wieder aufgebaut werden. Noch vor wenigen Tagen traf man dort unter dem fußhohen Schutt hell auflodernde Gluth, obschon jetzt ein voller Monat seit dem Brande verflossen ist.

Hanau, 9. Febr. Unter dem hiesigen Militär herrscht das Nervenfieber in so heftiger Weise, daß das Lazareth und die sonst zur Unterbringung von Kranken benutzten Räume mit solchen bereits überfüllt sind. Mag nun die Entstehungsursache dieser Krankheit in dem angestrengten Dienste der Soldaten, welche je am dritten Tage auf Wache ziehen müssen, oder in dem Umstande, daß das zum Kochen verwendete Wasser zeitweise aus dem alle Unreinlichkeiten des Gefangenhauses und der Hauptwache in sich aufnehmenden Stadtgraben geschöpft wurde, oder in der nicht hinlänglich vor Kälte und Nässe schützenden Kleidung der Soldaten, die außer Dienst nicht einmal ihre Mäntel tragen dürfen, oder endlich in der keine Abwechselung bietenden Nahrung derselben, oder endlich im Zusammentreffen aller dieser Umstände zu suchen sein: eine betrübende Wahrnehmung ist und bleibt es, daß von maßgebender Stelle seither nichts geschah, um diese längst erkannten Mißstände alle dauernd zu beseitigen.

Frankfurt, 10. Febr. In der gestrigen Bundestagssitzung wurde ein Auszug aus der Denkschrift Oldenburgs über dessen Ansprüche auf Schleswig und Holstein durch den oldenburgischen Gesandten vertheilt. Der Gesandte der 12. Curie erklärte für Meiningen dessen Zustimmung zu dem Entwurf des Nachdrucksgesetzes, für Koburg-Gotha, daß dieses sich der sächsischen Erklärung in gleichem Betreff angeschlossen habe. Anhalt ließ durch den Vertreter der 15. Curie Verwahrung gegen die von den Ernestinischen Häusern erhobenen Ansprüche auf Lauenburg erheben, wozegen sich Weimar eine Gegenerklärung vorbehielt.

Aus angeblich „guter Quelle“ vernimmt das „Fr. J.“, daß Oesterreich vor zwei Monaten den Senat von **Frankfurt** ersucht habe, die nach Hannover zur Ausarbeitung eines allgemeinen deutschen Prozeßrechts berufene Konferenz nicht mehr zu beschicken, gegenwärtig aber im Widerspruch mit diesen Bestrebungen bei dem Senate darauf hinzuwirken suche, daß diese Konferenz von Seiten Frankfurts wieder beschickt werde.

Genf, 9. Febr. Die eidgenössische Okkupation hört morgen definitiv auf. Die Parteiorgane drohen gegenseitig mit neuen Enthüllungen. Die Stimmung ist sehr gereizt. Ein neues Spielhaus wurde aufgehoben.

Brüssel, 8. Febr. Herr Langrand-Dumonceau, unser berühmter Financier und Millionenbeschwörer, ist in Paris und wohnt diesen Abend dem großen Hofball in den Tuilerien bei. Wie es scheint, will Napoleon Oesterreich die Millionen fortangeln, welche Langrand-Dumonceau für den Ankauf der österreichischen Staatsgüter bereit liegen hat. Der Kaiser soll mit großartigen Bauplänen sich tragen und namentlich Corsica, die Wiege seines gewaltigen Stammes, auch bedenken wollen. Doch mag man sich in Wien ob dieser Hiobspost nicht zu sehr erschrecken. Langrand-Dumonceau stampft ja wahrlich Hunderte von Millionen mit derselben Virtuosität aus der Erde, wie ehemals Wallenstein seine Armeen, und hat dabei noch den großen Vortheil, daß er sie bei hellem Tage dem Feinde zuführen kann, ohne daß seine Aktionäre in ihrer Arglosigkeit irgendwie Argwohn schöpfen. Der Dividendenschimmer hat sie derart geblendet, daß sie gänzlich unzurechnungsfähig geworden. Das Ende bleibt aber abzuwarten.

Paris, 7. Febr. Der „Siecle“ beschäftigt sich vorzugsweise mit den Interessen des Arbeiterstandes. Nächst einem Bericht über eine neu errichtete Konsumgenossenschaft enthält er einen Artikel über den internationalen Arbeiterkongreß, der im Laufe dieses Jahres in Belgien zusammentreten wird. Er bemerkt darüber:

„Diese Handarbeiter, welche die Initiative dieses Kongresses ergriffen, haben beschlossen, daß sie mit Vergnügen auch die „intellektuellen Arbeiter“ dabei empfangen werden, welche ihnen dazu verhelfen wollen, die schwierigen Fragen zu beleuchten, die auf der Tagesordnung stehen. Dieser Beschluß geht aus einem guten Gefühle hervor. Sie müssen sich jedoch hüten, nicht von den schriftstellerischen Allerweltsvettern und von den Bettlern um Popularität überschwemmt zu werden.“

Anderseits spricht der „Siecle“ den Wunsch aus, daß sich in demselben Geiste des Bündnisses zwischen den Arbeitern der Industrie und der Intelligenz die „Gesellschaft für den Fortschritt der sozialen Wissenschaften“, welche in der Schweiz ihre Sitzungen halten wird, eine Anzahl von Arbeitern beigesellen möge.

Paris, 8. April. Wie es heißt, wird der Prinz Napoleon eine Reise nach Stuttgart, München, Augsburg u. s. w., also in das südliche Deutschland unternehmen. — Man zerbricht sich hier den Kopf darüber, aus welchen Gründen die Kaiserin Eugenie dem letzten Hofballe fern geblieben sei. Die Ursache war jedoch eine sehr einfache. Sie hatte sich, da sie etwas erkältet war, papier Fayette auf die Brust gelegt, und da dieses stark gezogen hatte, so gestattete es der weite Ausschnitt der Kleider nicht, daß sie sich auf dem Hofballe zeigte. Dazu kommt übrigens noch, daß die Kaiserin sich in der letzten Zeit zuweilen unwohl fühlt. Sie ist nämlich seit $2\frac{1}{2}$ Monat, wie es heißt, guter Hoffnung. — Eine amtliche Uebersicht über die Handelsbeziehungen Frankreichs wäh-

---

Die schönste Frau im Mondlande.

Kapitän Grant's Schilderungen seiner Reise zur Entdeckung der Nilquellen, die im vorigen Jahre bei Blackwood in Edinburgh erschienen sind, enthalten so viel Neues und Interessantes über das Innere Afrika's, dessen Bewohner und deren Sitten und Gebräuche, daß wir das Buch auch den deutschen Kreisen auf das wärmste empfehlen. Wir entnehmen demselben nachfolgendes Bruchstück:

Eines Morgens stieß ich, erzählt Kapitän Grant, zu meinem Erstaunen in einem wilden Dschengel auf Vieh, dann auf eine „Bomah“ oder eine Ring-Umzäunung, die hinter schönen, schattigen Bäumen verborgen lag und sich ganz zu einem Zigeunerlager eignete. Beim Eintritt begegneten mir zwei vierschrötige Bursche, die mich einluden, mich ihnen zu nähern. Ich knüpfte mit ihnen Bekanntschaft an, erhielt Wasser und wurde gefragt, ob ich nicht lieber Milch wolle? Dies klang mir gesitteter, als ich von Afrikanern erwartete, und so folgte ich den Leuten, die mich zu einer schönen Frau, einer Watusi führten, die allein unter einem Baume saß. Sie empfing mich, ohne allen Ausdruck des Erstaunens, auf die würdevollste Weise und nachdem sie mit den Männern gesprochen hatte, erhob sie sich lächelnd, große Artigkeit in ihren Manieren zeigend, und führte mich zu ihrer Hütte. Ich hatte Zeit, die interessante Fremde genau zu betrachten: sie trug die gewöhnliche Watusi-Tracht eines umgekehrten Kuhfells, das mit einer Nadel in einen Fries gekrempelt, braun gefärbt und von unterhalb der Brust bis zu den Fußknöcheln um ihren Leib gewickelt war. Einige Fetzen mit vielfarbigen, zebraartigen Streifen trug sie als Ueberwurf um die Hüfte; am einen Arm hatte sie einen hochpolirten Knäuel Messingdraht, am rechten Handgelenk zwei gleichfalls glänzende und massive Messingringe und am Hals ein Messingdrahtgehänge; außerdem war sie vollständig „decolletirt“. Einen auffallenden Eindruck auf mich machte ihr eigenthümlich geformter Kopf und ihr anmuthiger langer Hals, die Schönheit ihrer feinen Augen, ihr Mund und ihre Nase, die Kleinheit ihrer Hände und ihrer nackten Füße — Alles fehlerlos. Der einzige Fehler, der in den Augen dieser Leute aber eine Schönheit ist, waren ihre langen Ohren. Die Arme und Ellbogen waren abgerundet wie ein Ei, und ihre kleinen Brüste waren die einer knieenden Venus — eine vollkommene Schönheit, obgleich dunkler als eine Brünette! Ihre zeitweilige Wohnung war eigenthümlich — sie war aus Gras gebildet, hatte ein flaches Dach und war so niedrig, daß ich nicht darin stehen konnte. Der Feuerplatz bestand aus drei Steinen; hölzerne Milchgefäße, glänzend weiß vom Scheuern, standen in einer Reihe auf der einen Seite der Wohnung. Ein gut aussehendes Weib saß am Boden und schüttelte einen Kürbis zwischen ihren Knien, um Butter zu machen. Nachdem die Schöne meine Haut und meine Kleider untersucht hatte, drückte ich ihr mein großes Bedauern aus, daß ich keine Perlen habe, um ihr ein Geschenk zu machen. „Sie sind nicht nöthig,“ antwortete sie; „sitz' nieder, trink diese Buttermilch, und hier ist auch einige Butter für Dich.“ Sie überreichte mir diese auf einem reinlichen Blatt. Ich schüttelte ihr die Hände, tätschelte ihr auf die Wangen und verabschiedete mich, sandte ihr aber einige Perlen und sie stattete mir einen Besuch ab, brachte Butter und Buttermilch und verlangte weitere Geschenke, die sie natürlich erhielt, und ich genoß die Freude, ihre Augen beim Anblick derselben funkeln zu sehen. Dies war während meiner ganzen Reise fast die einzige Frau, welche ich bewunderte. Keine der Schönen in Usui kam ihr gleich; diese aber gehörten einer andern Kaste an, obgleich sie sich fast auf dieselbe Weise kleideten.

rend des Jahres 1864 ergibt folgende Daten: Der Werth der Einfuhr belief sich im Jahre 1864 auf 2480 Mill. Fr. (54 mehr als im Jahre 1863); der Werth der Ausfuhr auf 2909 Mill. (266 mehr als im Jahr 1863). Der höhere Betrag der Einfuhr rührt hauptsächlich von dem stärkeren Bezug von Baumwolle her. Die französischen Fabriken haben 1864 57 Mill. Kilo Baumwolle erhalten gegen $55^1/_2$ Mill. im Jahre 1863 und 39 im Jahr 1862. Die Zunahme der Ausfuhr betrifft hauptsächlich die Wollenzeuge. — Das Leben Cäsars setzt die Kreise der Akademie bereits in lebhafte Bewegung. Es ist allen Ernstes davon die Rede, den erlauchten Verfasser unter die Zahl der 40 aufzunehmen, eine Ehre, nach welcher derselbe schon längst verlangen soll.

Turin, 6. Febr. Gestern Abend riefen vereinzelte und sicher dafür bezahlte Individuen an verschiedenen Punkten der Stadt: „am 14. März Barrikaden". Der 14. März ist der Geburtstag des Königs und des Kronprinzen. Unter den hiesigen Kaufleuten und Gewerbetreibenden, welche durch die plötzliche Abreise des Hofes und durch die dadurch eingestellten Festlichkeiten zu Schaden kommen, herrscht große Erbitterung gegen den Magistrat. General Cialdini hat bereits das hiesige Kommando übernommen und erklärt, daß er schlechterdings keine Wiederholung der Ruhestörungen dulden werde. Hoflieferanten und viele andere Industrielle, welche vom Hof abhängen, treffen bereits Anstalten zur Abreise, so daß der Umzug nach Florenz jetzt eigentlich schon begonnen hat. (N. K.)

Nach dem „Giornale di Napoli" hat Kardinal d'Andrea nachstehendes Antwortsschreiben an die Mitglieder der Handelskammer von **Neapel** gerichtet, die ihm eine Adresse zugeschickt hatten: „Meine Herren! Cicero hat gesagt, man könne dem Vaterlande keinen größeren Dienst erweisen, als den, die Jugend zu unterrichten, liberos erudire. Indem Sie also, meine Herren, einen Theil der Güter, mit denen die Vorsehung Sie gesegnet, auf den Volksunterricht verwenden, machen Sie sich um das Vaterland verdient und erwerben Sie sich Anrechte auf die öffentliche Dankbarkeit. Ich hoffe, daß die Jugend, welche vom zartesten Alter an den ersten Unterricht in der katholischen Religion, den Künsten und den Wissenschaften erhält, eines Tages den Ruhm Neapels der Mutter so vieler und thatenreicher Genies, wird erhalten und mehren können. Fahren Sie also in ihrer edlen Aufgabe fort, und genehmigen Sie, nebst meinen Wünschen für den glücklichsten Erfolg, meine vollständigste Billigung aller Sorgfalt, die Sie auf die Pflege jener zarten Pflanzen verwenden, die, wie ich hoffe, eines Tages reiche Früchte tragen werden."

Florenz, 5. Febr. Die „Nazione" meldet, daß der König gestern das Theater de la Pergola besucht hat. Er trat in der Mitte des ersten Aktes in die Loge und wurde mit einem begeisterten Jubel begrüßt, so daß die Vorstellung geraume Zeit unterbrochen blieb. Dieselbe Ovation wiederholte sich am Schlusse des ersten Aktes, und als der König nach dem Ballet das Theater verließ. Eine ungeheure Volksmenge erwartete ihn auf der Straße und brachte endlose Evvivas aus. Der König war vom General Lamarmora, dem Präfekten Cantelli und verschiedenen Adjutanten begleitet. Das Innere des Theaters war festlich beleuchtet und geschmückt, die Damen strahlten in den feinsten Toiletten, und hielten sämmtlich große Blumensträuße mit dem savoyischen Kreuz in den Händen. Der König war sichtlich gerühret und erhob sich mehrmals dankend von seinem Sitze. Am folgenden Tage besuchte General Lamarmora den Palast der Fünfhundert und die Uffici, in denen die Arbeiten zur Aufnahme der Kammer und des Senats bereits weit vorgerückt sind. Im Palazzo Vecchio wird das Ministerium des Auswärtigen vollständig untergebracht werden können.

Bukarest, 9. Febr. Der neuernannte Justizminister Bentsheco hat ebenfalls seine Entlassung genommen und ist durch Hrn. Vernesco ersetzt. Somit besteht das neue Ministerium aus den Herren: Konstantin Bostano (Präsidentschaft, Inneres, Ackerbau und öffentliche Arbeiten), Georg Vernesco (Justiz, Kultus und Unterricht), Johann Stratt (Finanzen), General Maun (Krieg), Balanesco (Aeußeres).

Literarisches.

(Illustrirte Zeitung.) Wir haben schon öfter und auch wieder mit Beginn dieses Jahres Gelegenheit genommen, unsern verehrl. Lesern die „Illustrirte Zeitung" als das reichhaltigste und beste aller ähnlichen Unternehmungen zu empfehlen und finden mit dem Erscheinen jeder neuen Nummer unser Urtheil nur gerechtfertigt. So veranschaulicht uns die am 28. Januar erschienene Nummer durch ganz vorzüglich ausgeführte Illustrationen die wesentlichsten Zerstörungen, welche der Sturm vom 6. Jan. in Süd- und Mitteldeutschland an historischen Bauten angerichtet, so z. B. den Untergang des Schlosses Hohenrechberg in Schwaben, den Brand des Thurmes der St. Lorenzkirche in Nürnberg — Beide durch den Blitzstrahl entzündet. Außerdem bringt diese Nummer interessante politische, statistische, geographische und Feuilletonartikel, Bilder und Pläne vom Kriegsschauplatz u. s. w. Presse und Buchhandel, Kirche und Schule, Gerichtswesen, Gesundheitspflege und Bäder, Naturkunde und Reisen, Alterthumskunde Militär- und Marinewesen, Handel, Gewerbe und Verkehr, Baukunst, Bildhauerei, Malerei, Musik, Theater, Moden u. s. w. — Alles findet in diesem höchst gediegenen Journale genaueste Beachtung. Wir empfehlen daher diese „Illustrirte Zeitung" wiederholt als angenehme und belehrende Lektüre aufs Angelegentlichste.

Hiezu die Beilage: „Würzburger Anzeiger".

Verantwortlicher Redakteur: A. Hartmann.
Druck und Verlag der Stahel'schen Buch- und Kunsthandlung in Würzburg

Cours der Staatspapiere.

Oesterr.	5 pCt. Met. (Cp. l. S. b. R.)	—
"	5 pCt. Lomb. ditto. à 24	—
"	5 pCt. Engl. Met. v. 1852	$80^1/_8$ P.
"	5 pCt. Engl. Met. v. 1859	$78^1/_8$ P.
"	5 pCt. Vemet. Coupon b. R.	$84^1/_2$ G.
"	5 pCt. Nationalanl. v. 1854	$68^1/_2$ G.
"	5 pCt. Metall. Obligation.	62 G.
"	$4^1/_2$ pCt.	$56^1/_2$ P.
Preussen	$3^1/_2$ pCt. Staatsschuldsch.	$90^7/_8$ P.
Bayern	$4^1/_2$ pCt. Obl. 1jähr. dto.	$101^3/_4$ G.
"	$4^1/_2$ pCt. Obl. $^1/_2$jähr. dto.	$101^7/_8$ G.
"	4 pCt. Obl. 1jähr. dto.	$98^3/_4$ G.
"	4 pCt. Obl. $^1/_2$ jähr. dto.	$98^6/_4$ G.
"	4 pCt. Obl. Ab.-R. dto.	$98^3/_8$ G.
"	$3^1/_2$ pCt. Obl. dto.	—
Württemb.	$4^1/_2$ pCt. Obl. b. Rothsch.	105 G.
"	$3^1/_2$ pCt. Obl. dto.	$95^1/_2$ P.
Baden	$4^1/_2$ pCt. Obl.	—
"	$3^1/_2$ pCt. Obl. v. 1842	$91^1/_2$ G.
Gr. Hess.	$4^1/_2$ pCt. Obl.	—
"	4 pCt. Obl. b. Rothsch.	$100^7/_8$ P.
"	$3^1/_2$ pCt. Obl. dto.	$96^7/_8$ G.
Nassau	$4^1/_2$ pCt. Obl. dto.	$101^5/_8$ G.
"	4 pCt. Obl. dto.	$99^1/_4$ G.
"	$3^1/_2$ pCt. Obl. dto.	$92^1/_8$ P.
Frankfurt	$3^1/_2$ pCt. Obl.	$95^1/_8$ P.
"	3 pCt. Obl.	—
Spanien	3 pCt. inl. Sch. P. à fl. 2. 30	—
"	$2^1/_4$ pCt. " " "	—
Schweden	$4^1/_2$ pCt. Obl. à 105 Thlr.	$92^1/_8$ P.
N.Amerika	6 pCt. à 1000r. 1881 D. $2^1/_2$	—
"	6 pCt. ditto r. 1882 "	$51^7/_8$—$^3/_4$ G.

Diverse Aktien.

Frankfurter Bank à fl. 500 . . .	$146^1/_4$ P.
K. K. Oesterr. National-Bankaktien	831—32 G.
Oesterr. Kreditbank-Aktien à fl. 200	196—$95^1/_2$ G.
Bayer. Hypothekenb. Pfandbriefe 4 pCt.	98 P. $97^7/_8$ G.
Darmst. Bank 1. u. 2. Serie à fl. 250	$238^1/_2$ G.
Weimarische Bank à Thlr. 100 . .	$101^1/_2$P. 101 G.
Mitteldeutsche Kreditaktien . . .	$101^1/_4$ P.
Intern. Bank in Lux. à 250 Frs. à 28 kr.	—
Taunus-Eisenbahn à fl. 250 . . .	350 P. 349 G.
Frankfurt-Hanauer-Eisenbahn . . .	$101^1/_2$ P.
Oest. F.St.Eisb. 5pCt. 500 Fr. à 28 kr.	—
" Elisab.-Eisenbahn 5 pCt. . .	118 P.
Böhm. Westbahn-Aktien à fl. 200 6/7	—
Rhein-Nahe-Bahn 200 Thl. à 105 4pCt. Z.	$28^3/_4$ G.
Ludwigshafen-Bexbacher à 4 pCt. .	$146^1/_4$ P.
dto. dto. Prior. à 4 pCt.	$97^1/_2$ P.
Pfälz. Maxb. b. Rothschild à $4^1/_2$ pCt.	$107^3/_4$ P.
Oest. St.-Eisenb. Prior.-Oblig. à 3 pCt.	51 P.
Elisab.-Bahn Prior. 5 pCt. 6/7	$80^1/_8$ P.
Südd. Bank-Akt., 40 pCt. Einz. . .	$258^1/_2$ G.
Span. Handels- und Industrie . .	—
Bayr. Ostbahn à $4^1/_2$ pCt. volleinbez.	$112^7/_8$ G.
Bayer. Ostbahn mit 50 pCt. Einz.	$113^1/_4$ P. $^5/_8$ G.

Wechsel
in süddeutscher Währung.

Amst. fl. 100 k. S.	101 G.
Antwerp. Frs. 200 k.S.	94 G.
Augsb. fl. 100 k. S.	100 P.
Berlin Th. 60 k. S.	105 P.
Brem. 50 Th. Ld. k. S.	$96^3/_8$ P.
Brüssel Frs. 200 k. S.	94 G.
Cöln Thlr. 60 k. S.	105 P.
Hamb. MB. 100 k. S.	89 G.
Leipzig Th. 60 k. S.	105 P.
London Lst. 10 k. S.	$118^1/_2$ G.
Lyon Frs. 200 k. S.	—
Mail. Frs. 200 . .	$93^7/_8$ G.
München fl. 100 k. S.	100 P.
Paris Frs. 200 k. S.	$94^1/_4$ G.
Petersburg 60 S.-R.	—
Triest fl. 100 k. S.	—
Wien fl. 100 ö. W.	—
do. in öst. W. l. S.	$103^3/_4$ P.
Disconto	4 pCt. G.

Anlehens-Loose.

Oesterr. fl. 250 v. 1839	$140^1/_4$ P.
" fl. 250 v. 1854 mit 4pCt.	$76^7/_8$ P.
" fl. 500 v. 1860 6/7	$83^7/_8$—$^5/_8$ G.
" fl. 100 Kisb. L. v. 1858.	$130^1/_2$ G.
" do. v. 1864.	90 P.
Schwed. 10 Thlr. Loose	$9^3/_8$ P.
Badische fl. 50	—
Badische fl. 35	$54^1/_8$ P.
Kurhess. Thlr. 40 b. R.	$55^1/_2$ P.
Gr. Hessen fl. 50 b. R.	$138^1/_8$ P.
" fl. 25 do.	$38^3/_4$ P.
Nassau fl. 25 bei Rothsch.	—
Sardinische Fr. 36 b. B.	—
Neuchateler 10 Frs.-Loose	—
Freiburger 15 Frs.-Loose	—
Mailänder 45 Frs. L. b. B.	33 P.
St. Lüttich mit $2^1/_2$ pCt. Z.	$34^1/_2$ P.
Ansb.-Gunzenh. fl. 7-L.	$10^7/_8$ G.

Frankfurt, 10. Februar. Bei trägem Geschäft und nach geringen Schwankungen schlossen Kurse etwas höher als gestern; der Umsatz war nur in Kreditaktien und Amerikanern von einiger Bedeutung. (Synd.)

An die
k. Hof- und Staatsbibliothek
N. Würzb. Ztg. München.

Neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht!

№ 43-44. | Vorausbezahlung: Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 1 fl. 30 kr. Bei Inseraten wird die dreispaltige Zeile in gewöhnlicher kleiner Schrift oder deren Raum im Hauptblatte mit 6 kr., im Anzeiger mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franco. | 62. Jahrgang. | Montag, 13. Februar 1865.

(Amtliche Nachrichten.) **München,** 11. Februar. Se. Maj. der König hat den Stadtkommissär und Bezirksamtmann H. Ph. Schulz zu Nördlingen in den Ruhestand treten lassen; an das Bezirksamt Nördlingen den Bezirksamtmann von Krumbach, M. Frhrn. v. Castell versetzt und ihm das Stadtkommissariat Nördlingen übertragen; zum Bezirksamtmann von Krumbach den Bezirksamts-Assessor von Sonthofen, H. Bechter, befördert und zum Bezirksamts-Assessor in Sonthofen den Funktionär vom Bezirksamte Neuburg, Rechtspr. M. Hoß, ernannt; an das Bezirksamt Stadtamhof den Bezirksamts-Assessor C. Pündter von Neumarkt versetzt und zum Bezirksamts-Assessor in Neumarkt den Rechtspr. L. Ludwig ernannt; dem Landarzte B. Gebele zu Erkheim, Bezirksamts Memmingen, das silberne Ehrenzeichen des Verdienstordens der bayer. Krone verliehen; die Auflösung des aus einer philos. Sektion bestehenden Lyzeums zu Amberg verfügt; den Lyzealprofessor Dr. J. G. Hubmann, sodann den Lyzealprofessor Dr. J. N. Nichols in den Ruhestand treten lassen; die erledigte Professur der Mineralogie, Zoologie und Botanik in Regensburg dem Professor an dem Lyzeum in Eichstätt, Dr. J. Singer verliehen und den Lyzealprofessor in Amberg, Dr. A. Bischof, als Professor der Mathematik, mathematischen Geographie und Mechanik an die phil. Sektion des Lyzeums in Regensburg versetzt; den temp. quiesc. Hauptbuchhalter L. Fahrer in München reaktivirt und auf die erledigte Hauptbuchhalterstelle bei der k. Staatsschuldentilg. Sp.-K. in Augsburg berufen; dem Bezirksamtmann von Lichtenfels, Christoph H. Eschenbach, den nachgesuchten Ruhestand bewilligt und denselben Titel und Rang eines Regierungsrathes verliehen; zum Bezirksamtmann von Lichtenfels den Ministerial-Secretär Dr. G. Heim ernannt und den Bezirksamts-Assessor zu Neustadt a/Aisch, M. Frhrn. v. Fellitzsch, zum Ministerial-Secretär im Staatsm. des Innern mit dem Range eines Regierungs-Assessors befördert; auf die am Bezirksgerichte Neuburg a/D. erledigte Assessorsstelle den Ldg.-Ass. F. X. Kornmüller in Viechtach versetzt und zum Assessor am Landgerichte Viechtach den Bezirksgerichts-Accessisten und dermaligen Vertr. der Staatsanwaltschaft am Landgerichte Hengersberg J. Mayer ernannt.

Als Vertreter der Staatsanwaltschaft am k. Landgerichte Hengersberg wurde der Appellationsgerichts-Accessist und dermalige Vertreter der Staatsanwaltschaft am k. Landgerichte Wörth a. d. D., J. Eckmann, berufen.

Das Caplaneibeneficium Unterthingau, k. Bezirksamts Oberdorf, ist mit einem fassionsmäßigen Reinertrage von 387 fl. 59½ kr. erledigt.

Das Aerarial-Revier Hohenecken im k. Forstamte Kaiserslautern ist gleichfalls erledigt.

Ueber die Sitzung des Gesetzgebungsausschusses vom 9. Febr., in welcher die Debatte im Betreff der Staatsanwaltschaft im Zivilprozesse beendigt wurde, bringen wir nachträglich noch Folgendes: „Zum Schlusse der Diskussion über diese Frage ergriff noch der Ministerialkommissär Dr. Weis das Wort zur Entkräftung der gemachten Einwürfe. Sein Vortrag enthielt folgende Grundgedanken: „Durch den Wechsel der Personen in der Staatsverwaltung im Jahre 1859 beabsichtigte man vor Allem den Anforderungen des Grundlagengesetzes nach allen Richtungen hin gerecht zu werden, und nachdem dies in Hinsicht auf das Straf- und Polizeistrafrecht, die Gerichtsorganisation und das Notariat auf's Vollkommenste legal und gewissenhaft erfüllt ist, beabsichtigt man dies auch beim Zivilprozeß; **der Entwurf desselben steht ganz auf dem Grundlagengesetz.** Der Paragraph über die Unentfernbarkeit der Richter ist nicht von der Regierung **allein**, sondern unter Zustimmung der beiden Kammern gestrichen worden; bei der Aenderung des Ministeriums im April 1859 bestand dieser Paragraph nicht mehr; das neue Ministerium hatte also das Grundlagengesetz nicht in seiner Grund-, sondern in der damals bestehenden Gestalt gesetzmäßig zu vollziehen; — darum ist der, der Regierung gemachte Vorwurf, den Boden jenes Gesetzes verlassen zu haben, unbegründet. Der Entwurf wird aber genau dem leitenden bekannten Prinzip des Grundlagengesetzes gerecht. Nach dem Entwurfe werden alle außer dem „Recht sprechen" liegenden Funktionen andern Organen zugetheilt, und ein solches Organ ist der Staatsanwalt. Art. 133 ist mißverstanden. Das materielle Gutachten des Staatsanwaltes ist nur Nebensache, seine Hauptaufgabe ist, zu sorgen, daß die Prozesse rasch erledigt, daß die Gesetze bezüglich der Notare, Gerichtsvollzieher u. s. w. genau vollzogen werden, daß eine gute und billige Civilrechtspflege besteht. Gerade hiezu ist des Staatsanwaltes stete Präsenz bei den Sitzungen nöthig, denn der Schwerpunkt liegt jetzt in der mündlichen Verhandlung und der richtige Gesetzesvollzug läßt sich nicht mehr aus den Akten abnehmen. Die Anfangs namentlich nöthige Controlle über die Gerichtsvollzieher ist nur durch die Anwesenheit des Staatsanwaltes in den Sitzungen denkbar. Bei den Handelsgerichten braucht man deßwegen keinen Staatsanwalt, weil bei denselben schriftliches Verfahren

Feuilleton.

„Julius Cäsar" von Louis Napoleon.

Wir entlehnen einem Leitartikel des „Morning-Herald" über das schon so viel besprochene Werk Napoleon's folgende Betrachtungen:

„Eine Biographie des ersten (faktischen) Kaisers von Rom aus der Feder eines zweiten Kaisers von Frankreich ist vielleicht das Buch, das man a priori am wenigsten erwartet hatte. Der erste Eroberer Galliens, gewogen in der Wagschale von einem Eroberer Galliens, der 2000 Jahre später kam, das ist ein sehr anziehendes Schauspiel; aber wer konnte es voraussehen? Fürstliche Autoren sind nichts Neues; aber daß uns ein neues Werk gerade vom französischen Kaiserthron zugeworfen wird, hätten wir doch kaum erwartet. Es mag wahr sein, was eine alte Autorität sagt, daß die Welt nicht gut regiert werden kann, bis erst Fürsten Philosophen oder Philosophen Fürsten werden; allein zwischen dem Philosophiren von einem Thron herab und der Abfassung einer solchen Lebensbeschreibung ist doch ein beträchtlicher Unterschied. Indessen, was ist einem großen Mann unmöglich? Er, der jetzt der unsterbliche Gegenstand einer unsterblichen Biographie geworden ist, fand in den Tagen seines aufstrebenden Ehrgeizes selbst noch die Zeit, eine lateinische Grammatik zu schreiben, und später, als er Rom und der Welt das Gesetz diktirte, sein militärisches Tagebuch herauszugeben und ein Pamphlet gegen einen Widersacher zu verfassen. Sogar der stolze Augustus beging seine Schriftstellersünden, wiewohl er es vorzog, den Säulen seiner literarischen Kinder zu machen, anstatt sie dem Publikum zu schenken. Possunt quia posse videntur, sagte der kundige Poet, und jetzt ist es ein Kaiser von Frankreich, verglichen dem Einen und sich neben den Anderen stellend, der sich zur glorreichen Nachfolge die Zeit macht, die minder beschäftigte Leute nicht finden können. Aber sein Sujet, wenn auch durch Verwandtschaft des Geistes empfohlen, ist nichtsdestoweniger ein kühnes.

Nicht Jedermann kann sich dem „größten Mann der Weltgeschichte" an die Seite stellen, ohne fürchten zu müssen, daß seine eigenen Proportionen verzwergt, sein Glanz verdunkelt erscheinen. Doch wenn irgend einer, so ist der rechte Mann zu einem solchen Wagniß ein Napoleon. Die Schwierigkeit für uns andere Leute im Leben des Diktators war, ihn zu verstehen. Nicht blos, daß die Kleineren den Größeren nicht begreifen, sondern auch gleichbegabte Geister mögen bei verschiedener Lebenserfahrung nicht im Stande sein, ihnen fremdartige Charakterelemente zu würdigen. Wir brauchten Jemand, der den großen Mann von einer gleichen Machthöhe aus und im Licht entsprechender Fähigkeit und Erfahrung betrachten konnte. Insofern war der richtige Platz für den Biographen auf dem Throne von Frankreich. Kaiser Napoleon ist kein asiatischer Rhetor, der unseren Hannibalen die Kriegskunst lehrt. Er ist vielmehr Hannibal, der uns die Feldzüge Hannibal's commentirt, oder der erste Napoleon, der die Laufbahn Friedrich's beleuchtet. Frankreich, über welches der Neffe jetzt so friedlich herrscht, wie August über Rom, hat während seiner Lebenszeit Alles gesehen — von der Ausschweifung der Freiheit bis zur Ausschweifung der Knechtschaft — was Tacitus mit den Erlebnissen Roms unter dem Diktator verknüpft. Und er hat persönlich ähnliche Schicksalswechsel und ähnliche Erfahrungen an den Menschen und der Staatsgesellschaft durchgemacht.

Ungleich den Schriftstellern, die als Gelehrte, oder Soldaten,

nicht besteht, und die Execution nicht in ihre, sondern in die Competenz der gewöhnlichen Gerichte gelegt ist. „Die Kostenvermehrung wird nicht bedeutend sein, denn nicht alle Gerichte erhalten Staatsanwälte. Auch die juridisch ausgezeichneten Kräfte werden nicht weggenommen, denn die bisher vielfach anderweitig verwendete juridische Kraft des Gerichtsvorstandes wird dann völlig verwendbar." — Alle Mitglieder des Ausschusses blieben bei ihrer Meinung, namentlich sagte Dr. Barth noch, man dürfe der öffentlichen Meinung nicht blind nachgeben, aber sie auch nicht außer Acht lassen; Controle sei stets gut, aber zu den untergeordneten Organen (den Richtern) müsse man auch Vertrauen haben. —

Aus **München** geht dem „Nürnb. Korresp." aus verschiedenen Quellen gleichzeitig die Nachricht zu, daß einem Zeitungsberichterstatter über die Verhandlungen des Gesetzgebungsausschusses wegen eines Berichtes oder einer Kritik, die dem einen oder dem andern Ausschußmitgliede mißfällig gewesen, die Einsicht und Benützung der amtlichen Sitzungsprotokolle entzogen worden sei. Als Veranlasser dieses Schrittes werden dabei einige Ausschußmitglieder genannt, deren Namen einen so eminent liberalen Klang haben, daß Niemand sie jemals in Verbindung mit einer Preßmaßregelung — wenigstens nicht in aktiver Rolle — zu sehen vermuthet haben würde.

Wir haben schon einer im annexionistischen Sinne geschriebenen, von preußischen Geldern unterhaltenen lithographirten Schleswig-Holsteinischen Korrespondenz erwähnt, welche fast die gesammte deutsche Presse seit langen Wochen gratis zugeschickt erhält. Maßlos sind die Invectiven, welche sie gegen den Herzog v. Augustenburg richtet. In ihrer vorletzten Nummer macht sie gegen die Einsetzung des Augustenburgers in die Regierung der Herzogthümer unter Anderm geltend, daß dadurch das dänische Nationalgefühl so verletzt würde, daß ein neuer Krieg unvermeidlich wäre. In der neuesten Nummer wird über die holsteinische Polizei geschimpft, weil sie eine städtische ist. Es wird mit einer Aenderung gedroht und angedeutet, daß preußische Gendarmen die Polizei der Sicherheit halber übernehmen müßten. Ferner wird denuncirt, der Herzog setze seine Hoffnung auf den Tod einer hohen Person, indem er nach deren Ableben einen Umschwung der Dinge erwarte. — Ausnahmsweise nehmen wir heute von dieser Korrespondenz Notiz, gewöhnlich nimmt sie unser Papierkorb auf.

In einer am 9. ds. stattgehabten Versammlung des **Nürnberger** Volksvereins wurde die Schulfrage nach allerlei Seiten hin discutirt, Herr Crämer von Doos, der Vorsitzende des Vereins, wies am Schlusse der Versammlung darauf hin daß die jetzige Bildung der Lehrer den Anforderungen der Zeit nicht mehr entspreche und glaubt den Lehrern rathen zu sollen, sich nicht mehr als Beamte des Staates zu betrachten, sondern den Anschluß an das Volk zu erstreben, da von unten das Heil zu erwarten sei. Wenn nur auch das Volk für den Unterhalt des Lehrers sorgt! meint ein sceptischer Berichterstatter.

Wien, 11. Febr. Das Vorschußgeschäft zur Zahlung der fälligen 11 Millionen an die Nationalbank ist mit der Kreditanstalt und einigen Bankiers vom Finanzministerium abgeschlossen worden, ganz unabhängig von der Verwerthung der Staatsdomänen. Die Kreditanstalt leistet 5, Rothschild 3, Wodianer 3 Millionen gegen Vergütung der einfachen Bankprovision. — Ein furchtbarer Schneesturm macht den Abgang der Züge auf der Westbahn und Südbahn unbedingt, auf den andern Bahnen höchst wahrscheinlich unmöglich.

Ueber die Berliner Zollverhandlungen äußert man sich in Wien ziemlich bitter, da man, wie es scheint, kaum mehr als ein Zollkartell erlangen wird. Daß der sächsische Bevollmächtigte, Herr v. Thümmel, in der Weinfrage gegen Oesterreich gestimmt hat, wird nun auch von Wien aus als falsch bezeichnet, nachdem sich bekanntlich schon das „D. J." hiegegen verwahrt hat; er soll im Gegentheile für die österreichische Forderung eingetreten sein, wogegen aber Bayern opponirte, „da es für seine Franken- und Pfälzerweine fürchtet und zwar nicht sowohl der österreichischen als vielmehr der französischen Konkurrenz wegen, denn der Zollverein müßte Frankreich dieselben Vortheile gewähren, die er Oesterreich bewilligt." Wie man dem „Schw. M." schreibt, stehe dagegen in der Frage des Zollkartells Bayern Oesterreich näher, während Sachsen in diesem Punkte noch weit weniger liberal als Preußen sei. „Daß übrigens die Haltung Bayerns und Sachsens mit politischen Gründen nichts zu thun hat und lediglich durch die Rücksicht auf die materiellen Interessen bedingt ist, bedarf wohl keines weitern Nachweises. In der Eisenfrage soll von Seite des Zollvereins eine Ermäßigung der Zölle auf Roheisen verlangt worden sein, österreichischerseits will man aber darauf nicht eingehen und nur für Eisenwaaren und Maschinenbestandtheile eine, wenn auch nicht bedeutende Ermäßigung zugestehen."

Berlin, 10. Febr. Die Zeidler'sche Korrespondenz meldet: „Graf v. Karolyi habe nur den Auftrag, die Nothwendigkeit einer baldigen Einigung zwischen Preußen und Oesterreich über das Schicksal der Herzogthümer darzustellen. Oesterreich könne ernstlich nicht auf eine provisorische Regentschaft des Herzogs von Augustenburg zurückkommen. Das preußische Ministerium habe seine Berathung über die Art, wie Preußens und Deutschlands Interessen zu wahren seien, beendet; die definitive Organisation der Herzogthümer betreffend, fehle es an staatsrechtlichen Vorarbeiten, die erst

---

oder Staatsmänner uns ihren Cäsar zu geben versucht, uns aber nichts gegeben haben, als die von dem Poeten, der sich zuerst daran versucht, überkommene magni nominis umbra, wird er voraussichtlich gleich daheim sein in den Charaktergeheimnissen und den Motiven der Menschen, und wenn die Literatur nicht ihm den richtigen „Cäsar" zu verdanken bekommt, so müssen wir an diesem Geschichtsbilde wohl für immer verzweifeln. — Und dazu kommt eine wichtige politische Erwägung. Eines Mannes Charakter zeigt sich eben so sehr in seinen Studien als in seinem Styl, und die Art, wie uns Napoleon III. sein Bildniß des Römers zeigt, mag uns zugleich ein besseres Spiegelbild von ihm selbst geben. Obschon die Welt geneigt ist, ihn mit dem schlauen Souverän in Parallele zu stellen, der ein Rom von Ziegelsteinen vorfand und ein Rom von Marmor hinterließ, scheint die Vorliebe seines Herzens doch weniger für die milden Künste und die hinausschiebenden Kompromisse des römischen Neffen, als für die Energie und entschiedene Politik des Oheims zu sein. Unsere Neugier ist weniger: wer ist Cäsar? als: wer ist Louis Napoleon? und ein Haupttheil unseres Interesses wird sich dem zarten Punkte zuwenden: wie er die Laufbahn des ersten Europäers auffaßt, der sich aus einer Privatstellung zur Herrschaft über ein Weltreich emporschwang. Mit seinem eigenen Rubikon hinter sich und bei seiner eigenen Erfahrung mit Senaten, die bald rebellisch und bald unterwürfig waren, wie wird er die Senate seines großen Vorläufers beurtheilen? Wie Lucan andeutet, ist ein solcher Lebenspfad ein vulkanischer, der ein vorsichtiges Wandeln erfordert. Bei Vannes in der Bretagne pflegte man eine Anzahl alter Brückenpfeiler zu zeigen, welche vordeinst die Galgen gewesen sein sollen, an denen Cäsar 600 Provinzial-Senatoren aufhing. Als der moderne Eroberer Galliens seine „Assemblée Nationale" in's Gefängniß schickte, verband er mit einem gleichen fortiter in re ein erfreulicheres suaviter in modo, und er mag, wie sein Vorfahr, für sich geltend machen, daß die Anwendung augenblicklicher Gewalt später eine Stütze sozialer Verbesserung geworden sei. Aber wird diese kleinere Gewaltanwendung seine Unterthanen mit der drastischeren Procedur aussöhnen, welche Cäsar gegen ihre Vorfahren, die alten Gallier, versuchte? Und war's denn so nöthig, Gallien zu einer römischen Provinz zu machen, daß der kahlköpfige Pontifex Maximus sich berechtigt fühlte, von 368,000 helvetischen Auswanderern zwei Drittel niederzuhauen? Athen den Athenern anpreisen, ist wohlfeile Beredsamkeit; aber um den Galliern Bewunderung für einen Kriegsmann einzuflößen, der so viele Siege über ihre Altvordern erfocht, dazu gehört eine geschickte Feder, und wenn es auch eine kaiserliche ist.... Insoweit das neue Buch nothwendig ein neuer Beitrag zur Verherrlichung der brutalen Gewalt sein muß, müssen wir es aufnehmen, so gut wir eben können. Ohne Zweifel ist es das größte Unglück unserer Epoche, daß man es noch immer über sich vermag, den Geist des heranwachsenden Geschlechts zu erregen und zu mißleiten durch die Musterbilder so egoistisch ehrgeiziger Naturen, wie Julius Cäsar und Napoleon Bonaparte, deren Meteorglorien weit mehr verbrannt als erleuchtet haben.

Der französische Handwerksbursche, der sich erschoß, weil er keine Aussicht hatte, ein zweiter Napoleon zu werden, ist leider ein Typus von Tausenden junger Leute, die auf unsern Schulbänken brüten. Doch ein Gegengift neben dem Gift liegt in dem Umstand, daß, wenn Julius Cäsar nicht der Erbe des Marius oder Louis Napoleon nicht der Neffe Bonaparte's gewesen wäre, wir wohl niemals von der Geschichte und dem Geschichtschreiber, von der Biographie oder dem Biographen gehört haben würden".

Ein Pariser Korrespondent der Wiener „Presse", dem es gelang, den ersten Band des kaiserlichen Werks schon jetzt vor seinem Erscheinen so weit durchblättern zu dürfen, um eine vorläufige Idee von demselben geben zu können, schreibt diesem Blatte Folgendes:

mit dem Gutachten des Kronsyndikats vorhanden sein werden. Die Vorarbeiten für den Kanal zwischen Ost- und Nordsee seien vollendet, das Resultat derselben werde bald durch den Druck veröffentlicht werden. Hrn. v. Ahlefeldts Rückkehr werde weder verlangt, noch erwartet, da die Regierung mit einem Prätendenten, der nur Privatperson sei, nichts zu verhandeln noch abzuschließen habe.

Berlin, 11. Febr. In der heutigen Sitzung des Abgeordnetenhauses, theilt der Präsident mit, daß er die Kölner Bürgerkrone nicht für sich, sondern Namens der liberalen Majorität angenommen habe und als Symbol des Rechts und der Freiheit aufbewahren werde. Die Regierung legt einen Gesetzesentwurf über Vermehrung des Kapitals der preußischen Bank und Gestattung der Errichtung von Filialen in anderen deutschen Staaten vor; es wird beschlossen, diese Vorlage einer einfachen Schlußberathung im Hause zu unterziehen. Der Finanzminister legt einen Gesetzesentwurf über Aufhebung der Besteuerung inländischer Weine vor. In Veranlassung von Schulzes und Fauchers Antrag bezüglich des Koalitionsrechtes der Arbeiter verließt der Handelsminister v. Itzenplitz eine Erklärung des Handelsministeriums des Inhalts: Das Ministerium habe sich mit diesem hochwichtigen Gegenstand schon vor Einbringung des Antrages beschäftigt, da es die bestehenden Gesetze für veränderungsbedürftig halte. Aber der Angriff schließe einen Eingriff in die Gewerbeordnung in sich, und es sei die Frage, ob eine bloße Wegräumung der Koalitionsschranken die Lage der Arbeiter erheblich verbessern werde, und wie weit positiv besonders durch Förderung des Genossenschaftswesens zu helfen sei. Bei der Bedeutung und Wichtigkeit der Sache sei eine gründliche Vorberathung geboten, und die Regierung habe beschlossen: Bei den Organen des Handelsstandes Umfrage zu halten und aus Mitgliedern beider Häuser, aus Sachverständigen, Arbeitgebern und Arbeitern eine besondere Kommission niederzusetzen. — Hierauf wird die Militärvorlage einer besonderen Kommission von 21 Mitgliedern, das Invalidengesetz einer solchen von 14 Mitgliedern überwiesen.

Berlin, 11. Febr. Im Abgeordnetenhause erklärte Herr v. Bismarck, daß die Veröffentlichung des Waldenburger Untersuchungsergebnisses bevorstehe; die Klagen gegen die Fabrikbesitzer seien unbegründet; insbesondere habe Reichenheim Toleranz gezeigt. Nächsten Dienstag wird die Debatte fortgesetzt.

Stuttgart, 11. Febr. Ein tragischer Fall hat sich gestern auf der hiesigen Hofbühne ereignet. Zur Feier des Geburtstages von Herzog Karl (11. Febr. 1728) wurde Laube's „Karlsschüler" gegeben. Es war das erste Mal, daß sie hier zur Aufführung kämen, denn erst unter der jetzigen Regierung wurde dieselbe gestattet; das Theater war daher gedrängt voll, König und Königin anwesend. Nach der Scene, worin Hr. Birnbaum (bekanntlich früher am Theater in Kassel angestellt) als Sergeant Bleistift der Fräulein Laura erzählt, sein Herz sei eigentlich gebrochen, seit der Herzog oder wenigstens dessen damals allmächtiger Günstling Rieger ihn vor 19 Jahren gewaltsam zum Soldaten gepreßt und von Frau und Kindern weggerissen, trat der genannte Schauspieler bis zum Schluß des zweiten Aktes nicht mehr auf. Nach dem Schluß flog der Vorhang wieder auf und Hr. Grunert, der die Rolle des Herzogs gespielt, verkündigte dem Publikum, daß Hr. Birnbaum bald, nachdem er vorhin von der Bühne getreten, vom Schlage gerührt worden und nach allen Anzeichen bereits hingeschieden sei (Birnbaum ist, nachdem er noch einige Worte gemurmelt, verschieden).

Aus **Frankfurt,** 10. Febr., schreibt man der „D. A. Z.": „Wir glauben zu wissen, daß Rußland in allerneuester Zeit, frühere ähnliche Eröffnungen bestätigend und ergänzend, ganz bestimmt erklärt hat: 1) daß es der oldenburgischen Kandidatur seit der geschehenen Cession vollkommen fremd sei und bleiben werde, und 2) daß es unbedingt die Entscheidung des Bundes in der Erbfolgefrage anerkennen werde." (Rußland nimmt nach dem zweiten Punkte einen internationalen Standpunkt ein, der auch in deutschem Sinne durchaus korrekt ist, den aber zur Nationalschande so manche deutsche Staaten perhorresciren. — Dem Peter von Oldenburg, der, wie aus dem Vorstehenden zu ersehen ist, von Rußland gänzlich fallen gelassen ist, und den auch Preußen seit Entdeckung der eigenen Ansprüche vernachlässigt, bleibt jetzt nichts übrig, als eine „ehrenvolle Anlehnung" an Hannover, welches ihn allein noch auf dem Schilde hält!)

Nach dem offiziösen Dementi, welches der Nachricht der „Ost-Deutschen Post" gegeben worden war, als sei Preußen geneigt, Oesterreich den Mitbesitz an den Herzogthümern durch Vorschuß der Kriegskosten abzukaufen, theilt die „Weimarische Zeitung," und zwar nicht als bloße Conjektur mit, „daß Preußen überhaupt einen wesentlichen Theil der Kriegskosten je nach den Bedürfnissen des Krieges selbst an Oesterreich vorgeschossen habe, und daher nicht sowohl das Anerbieten des Vorschusses als vielmehr der Wunsch nach einer Rückzahlung angedeutet worden sei. Sei diese Nachricht richtig, so werde dadurch eine ziemlich einfache Erklärung für das Verhalten der österreichischen Regierung gegeben," u. s. w. Es wären also finanzielle Fesseln, welche Oesterreich abhalten, eine selbstständige Politik zu führen; und Preußen, der unbarmherzige Gläubiger, hat, wohl etwas gereizt, daß Oesterreich in letzter Zeit Fühlung zu den Mittelstaaten gezeigt hat, seinem ohnehin schon

---

„Es ist wahr, das Buch wird ein größeres Interesse erregen, als je ein Leben Cäsar's zu erwecken vermochte, seitdem er selbst sein eigenes geschrieben. Das Merkwürdigste daran ist nämlich, wie man richtig vermuthete, dies, daß es in seinem ganzen Charakter so sehr die Mitte zwischen einem schwergelehrten, mit dem literarischen Apparate der Jahrhunderte ausgestatteten Werke und einem politischen Diskurs hält. Wir glauben kaum, daß in diesem Mittelfache die neuere Literatur etwas Aehnliches werde aufzuweisen haben. Die Deutschen können sich indeß nur freuen, daß es doch vorzugsweise Werke ihrer Nation sind, die man in den Anmerkungen des kaiserlichen Buchs vertreten findet. Diese Anmerkungen selbst zeigen, daß der Kaiser nicht nur die Titel der Bücher kennt, was in Frankreich nicht selten vorkommt, sondern daß er von ihrem Inhalte völlig erfüllt ist.

Der erste Band enthält übrigens nur die Vorgeschichte Julius Cäsar's und ist eigentlich eine Geschichte der römischen Verfassung bis auf Julius Cäsar. Hier nun hat der Verfasser, wie man denken kann, den weitesten Spielraum, seine politischen Anschauungen kundzugeben. Er hat sich aber in der Vorrede bereits über seine Auffassung der Person und des Charakters Cäsar's so weit ausgesprochen, daß man in großen, gewaltigen Strichen das Bild vor sich sieht, welches er von dem „großen Römer" entwerfen wird; „die Entwickelung der Menschheit", sagt er, „geht ihren unaufhaltsamen Gang, sie kann durch nichts gehindert und dauernd gestört werden"; aber die „Vorsehung" bediene sich manchmal außergewöhnlicher Erscheinungen, welche bestimmt wären, „durch ihr Genie der Welt einen Anstoß zu geben und gleichsam das, was sonst nur in langsamen Bahnen einherginge, durch einen großen Ruck der Civilisation vorwärts zu treiben". Solcher großen Phänomene zählt der Kaiser drei: Julius Cäsar, Karl den Großen und Napoleon I. Diese hätten durch ihren gewaltigen Gang die Gebrechen der Gesellschaft mit einem Male beseitigt und der Civilisation eine Verbreitung zu geben gewußt, welche sie sonst vielleicht nur in Jahrhunderten erreicht hätte. Wir sehen schon in diesen Worten der Vorrede den Nachdruck auf Cäsar's civilisatorische Thätigkeit gelegt, und es stimmt damit vollständig überein, wenn auch sonst die innern Verfassungsbestrebungen des alten Rom nur als Vorbereitung dessen behandelt werden, was die Legionen Cäsars durch ihre Eroberungen ausgeführt haben. Wenn einmal von der Frage die Rede ist, warum es den Römern möglich geworden, Italien so rasch und vollständig zu erobern, so sieht der kaiserliche Autor die Ursachen davon nicht etwa in den innern Verhältnissen Roms, sondern darin, daß die Güter, welche die Römer den italienischen Völkern zu bringen verstanden, ungleich größer gewesen wären als der scheinbare Werth der Selbstständigkeit dieser Völker. Mit nachfolgenden Worten wird diese merkwürdige Betrachtung abgeschlossen: „In der That, man zerstört unwiederbringlich nur das, was man vortheilhaft ersetzt."

In kleinen Sätzen dieser Art, die wir überall eingestreut finden, wirft der Kaiser oft unerwartete Schlaglichter auf seine politischen Ideen, und vielleicht oft genug auf die Motive seines eigenen Handelns. Die römische Verfassungsgeschichte gestaltet sich unter seinen Händen zu einer fortwährenden Illustration moderner Zustände und bietet die reichsten Vergleiche mit der Entwickelung des neuern Europa. Aber er befolgt auch hierin nur einen in Deutschland seit Niebuhr eingebürgerten Gebrauch. Wir finden die Werke Niebuhr's denn auch ungemein häufig citirt. Kaum wird es überdies nach dem Gesagten nöthig sein, zu bemerken, daß Napoleon's Werk im vollsten Maße eine Konkurrenzarbeit Mommsen's genannt werden dürfte, und es wird, wenn das Buch erschienen ist, für die deutschen Fachleute vielleicht das meiste Interesse bieten, die Analogien zwischen dem Werke des französischen Kaisers und dem des deutschen Gelehrten festzustellen.

(Schluß folgt.)

von so schweren Finanznöthen heimgesuchten Alliirten eine Mahnung zugeschickt. In eine so unwürdige Lage brachte Oesterreich eine unfähige Politik.

Kopenhagen, 11. Febr. In der heutigen Sitzung des Reichstages bei der Finanzdebatte motivirte Tscherning den Antrag der Bauernfreunde, dem Reichsrathe das Bewilligungsrecht zu Gunsten des Reichstages zu entziehen. Das Finanzgesetz wurde mit 65 gegen 8 Stimmen angenommen und geht jetzt an das Landsthing.

Paris, 10. Febr. Die Kaiserin Eugenie hat in Spanien einen Prozeß verloren, der schon seit langen Jahren dauerte. Es handelte sich um die Grafschaft Miranda und um unermeßliche Ländereien, welche dazu gehören und auf welche die Kaiserin als Tochter des Hauses Montijo und die Familie Malpica Ansprüche erhoben. Der Oberappellationshof von Madrid entschied kürzlich zu Gunsten der letzteren.

Ueber das Werk des Kaisers kursiren schon viele Anekdoten: Herr Villemain, der berühmte Akademiker, soll seit einigen Tagen überall erzählen, daß, als Cäsar seine Geschichte vom gallischen Krieg geschrieben, er Cicero habe kommen lassen, um zu erfahren, wie er über seine Werke denke. „Derjenige," so meinte Cicero, „welcher eine zweite schreiben will, muß von großem Eigendünkel befangen sein." — Wenn es sich bestätigt, daß der Kaiser schon im März zum Mitglied der Académie française mittelst Acclamation ernannt werden soll, so wird er auf Ampère folgen, dessen „Römische Geschichte in Rom" eine wahrhaft klassische Oppositionsschrift ist, und von Guizot eingeführt werden. Der Kaiser müßte also dem Herkommen gemäß eine Lobrede auf Ampère halten und sich von Guizot anpreisen lassen! In seinem demnächst erscheinenden Werk kommt, wie versichert wird, eine Stelle vor, welche andeutet, daß Frankreich seine natürlichen Grenzen auch nach Italien zu noch zu erwarten habe.

Aus **Rom**, 5. Febr., wird der „Köln. Ztg." geschrieben: „Die Wiederbesetzung des erzbischöflichen Sitzes zu Köln dürfte in diesem Augenblicke so weit entschieden sein, daß weder Baudri noch Hohenlohe die frühere Aussicht behielten. Der Bischof von Mainz, Herr v. Ketteler, ist im Vatikan sehr gern gesehen und wird von hier aus bevorzugt.

Turin, 4. Febr. Einige Bürger veröffentlichen im „Monitore de' Comuni" eine Adresse an den König, und laden ihre Mitbürger zur Unterschrift ein. „Wir mißbilligen," heißt es darin, „jene Unwürdigkeiten, wir dürfen sagen, daß die große Mehrheit der Bürgerschaft den Unmuth und die Thorheiten der wenigen nicht getheilt hat. Große Erfolge fordern große Opfer und Schmerzen. An diesen Opfern und Schmerzen haben Ew. Majestät einen reichlichen Antheil getragen. Auch Ihr Herz mußte bluten bei dem Gedanken, aus einer Stadt zu scheiden, welche Sie so oft als den Rè Galantuomo begrüßt hat. Wir bitten Ew. Maj., großmüthig zu vergessen, was Sie so grausam berührt hat, den Wahnsinnigen ihren Wahnsinn zu verzeihen u. s. w." — Der „Patrie" wird aus Turin gemeldet, daß die Repräsentanten der fremden Mächte in Italien am Sonntag die offizielle Nachricht von der Veränderung der Residenz des Königs Viktor Emmanuel erhalten haben, welcher der Minister des Auswärtigen, General Lamarmora, die Einladung beigefügt hat: sie möchten sich so schnell als möglich nach Florenz begeben.

Turin, 6. Febr. Das hiesige Unterstützungskomite für die Polen macht bekannt, daß es sich am 29. v. M. aus Mangel an Mitteln aufgelöst habe, und daß die am 1. Febr. zur Vertheilung gekommene Unterstützung die letzte gewesen sei.

Turin, 8. Februar. Die ganze Stadt ist über das Benehmen des Magistrates entrüstet, und wenig hätte gefehlt, daß gerade gegen ihn gestern eine Demonstration veranstaltet worden wäre; denn in einem lächerlicheren und abgeschmackteren Licht hat sich wohl noch nie eine Stadtbehörde gezeigt. Nicht allein, daß diese Körperschaft, welche vor 8 Tagen jedes Wort der Entschuldigung dem König gegenüber in stolzer Weise versagte, heute mit einer demüthigen Adresse an denselben hervortritt, ermuthigte sie auch die Bürgerschaft, sich in einer besondern Adresse an den König zu wenden, die ein Meisterstück von Kriecherei und echt italienischer Inconsequenz ist.

In allen Kreisen ist seit einigen Tagen ein völliger Umschwung eingetreten, was auch den General Cialdini veranlaßte, auf die Uebernahme des hiesigen Generalcommando's zu verzichten, das nun dem bisherigen Commandanten in Parma, Generallieutenant Cucchiari, übertragen wurde. Cialdini kehrt auf seinen Posten in Bologna zurück.

Wie man dem „Constitutionnel" aus **Florenz** schreibt, wird König Viktor Emanuel bis zur förmlichen Installation seiner Residenz, wozu noch drei Monate nöthig seien, Florenz nicht verlassen. Nur werde er, wie alljährlich, die Fastnachtswoche in Mailand zubringen. General Lamarmora soll am 5. d. Mts. nach Turin zurückkehren. Es sind die Vorkehrungen der Art getroffen, daß nur einer der Minister zur Gegenzeichnung der Dekrete bei dem König zurückbleibt. Die übrigen Mitglieder des Kabinets werden die Woche etwa einmal nach Florenz kommen.

Petersburg, 12. Febr. Ein kaiserliches Reskript vom 10. d. Mts. anläßlich der Moskauer Adelsadresse sagt: „Die vollführten und vorbereiteten Reformen beweisen hinlänglich die Fürsorge zur Verbesserung der politischen Organisation nach Maßgabe der Möglichkeit. Die Vergangenheit muß Bürge für die Zukunft sein. Kein Unterthan darf meinen Entschlüssen vorgreifen. Keine Klasse ist gesetzlich berechtigt, im Namen Anderer zu sprechen. Solche Gesetzabweichungen können meine Pläne nur aufhalten. Ich bin fest überzeugt, daß ich ähnlichen Hindernissen niemals wieder bei meinem treuen Adel begegnen werde." Der Minister des Innern ist beauftragt, das vorstehende kaiserliche Reskript den Gouverneuren mitzutheilen, wo Kreis- oder Provinzialversammlungen tagen sollten.

Literarisches.

Victoria. Illustrirte Muster- und Mode-Zeitung. Berlin, A. Haack. Vierteljährlich fl. 1. 12kr. Wir haben zwar schon mehrmals Gelegenheit genommen, der „Victoria" unsere Anerkennung zu zollen; wir fühlen uns jedoch gedrungen, abermals auf sie zurückzukommen, weil wir eine neue Anzahl ihrer Blätter durchgegangen und von ihrem Werthe uns aufs Neue überzeugt haben. Nicht nur jene Nummern, welche den weiblichen Kunstfertigkeiten gewidmet sind, sondern auch den literarischen Theil dieser illustrirten Muster- und Modezeitung dürfen wir der Damenwelt unbedingt empfehlen. Uebrigens sind die geachteten Namen der mitwirkenden Schriftsteller und Schriftstellerinnen die beste Empfehlung.

Die „Victoria" sorgt für die Bedürfnisse jener Leserinnen, welche Unterhaltung oder wissenschaftliche Belehrung suchen, ebenso gut, wie für die emsige Hausfrau, die ihre Kenntnisse in allen Zweigen weiblicher Berufsthätigkeit zu bereichern wünscht. Mit ansprechenden Sagen und Novellen wechseln aufs Angenehmste interessante Mittheilungen aus der Geographie, aus der Kunst- und Kulturgeschichte, der Technologie, der Hauswirthschaftslehre, der Kochkunst und der Mode, so daß der geneigten Leserin nicht leicht etwas zu wünschen übrig bleibt. Während Räthsel, Rösselsprung und Rebus zu abstraktem Denken auffordern, beweisen die der Mode und den Handarbeiten gewidmeten Blätter, daß das Denken, wenn es auch in materiellen Dingen seine Anwendung findet, Geld, Zeit und Mühe erspart. Besonders haben wir uns gefreut, daß zur Fertigung von Kleidern und Weißzeug eine so reiche und zweckmäßige Auswahl von Schnittmustern geboten ist, und daß regelmäßig ein kolorirtes Modekupfer die Ausführung veranschaulicht. Zum Schluß verdient auch das Bestreben, den musikalischen Leserinnen bisweilen eine Ueberraschung zu bereiten, rühmende Anerkennung.

Hiezu die Beilage: „Würzburger Anzeiger".

Verantwortlicher Redakteur: A. Hartmann.
Druck und Verlag der Stahel'schen Buch- und Kunsthandlung in Würzburg

Schuldverschreibungen von Standesherren und Privaten.

Frankfurter Börse.

			G.	P.
4	pCt.	Herz. Lucca, alte b. Rothsch.	—	74
4	„	do. neue b. „	—	84
3½	„	Landgräfl. H.-Homb. b. „	—	94
3½	„	Fürstl. Löwenst.-Werth. (bad.)	—	94
3½	„	do. (bayer.)	—	[illegible]
3½	„	„ Fürstenberg b. Rothsch.	—	94½
3½	„	„	—	—
3½	„	„ Leiningen P. N. Schm.	—	94
3	„	„	—	82
4	„	„ Oettingen-Wallerstein	—	99
4	„	„ Esterhazy P. Galantha	59	61
3½	„	„ Isenburg-Birstein b. R.	—	95
4	„	„ Schwarzenberg	—	72
4	„	„ Palffy b. Arnst. u. Kahol.	—	83
4	„	Gräfl. Erbach-Fürstenau b. S.	—	99
4	„	„ Palffy, Ferd. Leop., b. S.	—	62

			G.	P.
4	pCt.	Gräflich St. Genois b. Schm.	—	72
4	„	„ Szapary b. Rothsch.	—	50
4	„	„ Schönborn b. Schm.	—	60
4	„	„ Sandor b. Rothsch.	—	58
4	„	„ Strachwitz b. Schm.	—	60
4	„	„ Hugo Eltz	—	85
4	„	„ Viczay b. Rothsch.	—	60
4	„	„ Nikky b. Rothsch.	—	—
4	„	„ Hunyady b. Rothsch.	—	[illegible]
4½	„	„ Batthyany Joh. Bapt.	—	76
4½	„	„ Batthyany Gustav	—	71
4½	„	„ Orczy b. Schmidt	—	72
4½	„	„ Sztaray	—	70
4½	„	„ Karoly bei Biedermann	—	70
4½	„	„ Pejacsevich b. Schuller & Co.	—	70

Anlehens-Loose.

Fürstl. Esterhazy 40 fl. Loose	—.—.—.—
„ Windisch-Grätz 20 fl. Loose	18.75—19.25
„ Salm-Reifferscheid 40 fl. L.	31.25—31.75
„ Palffy 40 fl. Loose	29.75—30.25
„ Clary 40 fl. Loose	31.50—31.—
Gräflich Keglevich 10 fl. Loose	14.50—15.—
„ Waldstein-Wartenb. 20 fl. L.	19.75—20.25
„ St. Genois 40 fl. Loose	29.50—30.—
Stadt Triester 100 fl. Loose	108.—109.—
Donau-Dampfschiff 100 fl. L.	90.50—91.—
Dessauer 100 Thlr.-Loose	[illegible]

An die
K. Hof- und Staatsbibliothek
N. Würzb. Ztg. München.

Neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht!

№ 45. | Vorausbezahlung: Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 1 fl. 30 kr. Bei Inseraten wird die dreispaltige Zeile in gewöhnlicher kleiner Schrift oder deren Raum im Hauptblatte mit 6 kr., im Anzeiger mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franco. | 62. Jahrgang. | Dinstag, 14. Februar 1865.

Die Beziehungen Frankreichs zu Rom.

Wenn die englische Thronrede Jenen keine Befriedigung gebracht, die nach politischen Ueberraschungen lechzen, so kann man sagen, daß die Enttäuschung keine gar große gewesen, da wohl nur Wenige derartiges von ihr erwartet. Um so größer dagegen ist die Spannung, mit der man der Napoleon'schen Thronrede entgegensieht. Und wenn man gerade auch von ihr keine großartigen Enthüllungen erwartet, so kann man sich doch nicht verhehlen, daß die Napoleonischen Staatsmänner und Diplomaten eine Unruhe zeigen, welche der reservirten Haltung, die man bisher in den Tuilerien beobachtete, kaum mehr eine lange Dauer in Aussicht stellt.

Vor Allem sind es die Beziehungen zu Rom, die man trotz aller gegentheiligen Berichte für so gespannt hält, daß sie nach irgend einer Seite Anlaß zu neuen Verwicklungen geben werden. In Paris selbst hat die Nachricht, es sei ein französischer Avisodampfer nach Civitavecchia zur Beobachtung abgeschickt worden, förmlich Sensation erregt. Man forscht nach den Gründen dieser auffallenden Maßregel und schreibt sie dem Verdacht zu, die Flucht des Papstes befürchten zu müssen. Jene, welche hiebei die Engländer für die Werkzeuge einer Intrigue halten, die bezwecken sollte, dem h. Vater in Malta ein Asyl zu schaffen, finden wenig Glauben; mehr dagegen jene, welche die Urheber eines derartigen Staatsstreiches in Madrid suchen.

In der spanischen Hauptstadt setzen schon seit einiger Zeit die Vertreter jener Partei, von der man annimmt, daß sie solche Ziele verfolgt, alle Hebel in Bewegung, um an's Ruder zu gelangen. Ihre Bemühungen sind auch nicht weit vom Ziele entfernt und da der Verkehr gewisser diplomatischer Agenten zwischen Rom und Madrid ein außerordentlich lebhafter, darf es nicht Wunder nehmen, wenn man in Paris von den beabsichtigten Streichen dieser Partei wohl unterrichtet ist und bei Zeiten Maßnahmen trifft, sie in der Ausführung unmöglich zu machen.

Daß derartige Befürchtungen nicht so ganz ungerechtfertigt sind, ersieht man einerseits daraus, daß man in Rom sehr übel auf Frankreich zu sprechen, während in Paris der Prinz Napoleon in kirchlichen Fragen das große Wort führt, was bekanntlich auch kein Werk des Zufalls ist.

In Paris dürfte man es überhaupt nicht sehr opportun finden, sich noch länger in jener kontemplativen Zuschauerrolle gegenüber den Ereignissen in Europa zu verhalten, mit welcher man sich bis jetzt, man kann sagen, so mühselig durchgewunden. Die seltsamen Gerüchte von der Abdankung des Kaisers, von seiner Reise nach Algier, zeigen, daß man etwas erregt ist und sich jenem den Franzosen gefährlichen Stadium nähert, das man Langeweile zu nennen pflegt. Und wenn auch das jüngst in Pariser Blättern berichtete Wort eines französischen Generals an den Kaiser, daß Frankreich nicht länger mehr unthätig bleiben könne, nicht an dem bezeichneten Orte gefallen sein mag, so ist es der Ausdruck der Stimmung, die gegenwärtig in Frankreich herrscht, und daß Napoleon für solche Manifestationen nicht taub zu sein pflegt, weiß man.

München, 11. Febr. In der heutigen Sitzung des Gesetzgebungsausschusses der Kammer der Abgeordneten kam der Majoritätsantrag bezüglich der Staatsanwaltsfrage zur Vorlage. Vor dem Eintritt in die Verhandlung erklärte die k. Staatsregierung: daß sie zwar auf dem bisher eingenommenen Standpunkt durchaus verharre, daß jedoch nichts im Wege stehe, sich an der Feststellung des Majoritätsantrags selbst zu betheiligen. Referent Abg. Neumayr erklärte hierauf, daß auch er nur mit Rücksicht auf das gegen seine Ansicht festgestellte Ergebniß der letzten Berathung sich betheilige, während Abg. Umbscheiden erklärte, daß er auch heute gegen den Majoritätsantrag stimmen müsse, weil nach seiner Ansicht, alles zusammengefaßt, der von ihm vertretene Standpunkt als der zur Lösung des Konflikts allein geeignete erscheine. Ebenso beharrte Abg. Prof. Edel auf diesem Standpunkt, erklärte jedoch venerando conclusum sich zu betheiligen. Es wurden hierauf die einzelnen Punkte festgestellt, in welchen der Staatsanwalt in der Sitzung anwesend und zu Conclusionen berechtigt sein soll, und zwar unter Zugrundlegung der im Regierungsentwurf Art. 134 vorgeschlagenen 11 Punkte und eines vom Abg. Dr. Barth vor-

---

Feuilleton.

„Julius Cäsar" von Louis Napoleon.

(Schluß.)

Wenn man aber bedenkt, daß Napoleon die römische Geschichte durchaus aus dem Gesichtspunkt des Imperialismus betrachtet, so muß man sich über die Kühnheit verwundern, mit welcher er gerade denjenigen unter den modernen Staaten mit Vorliebe zur Vergleichung heranzieht, von dem man immer anzunehmen pflegt, daß er am wenigsten mit dem politischen System eines Cäsar oder Napoleon gemein habe, und daß seine Entwickelung durchaus nicht einen Ausgang voraussetzen lasse, wie jener der römischen Republik gewesen war. Es ist England, von dem der kaiserliche Verfasser ganz andere Voraussetzungen seiner Entwickelung zu haben scheint, als man sonst wohl hegt. Zwar sind in dem Werke die Vergleiche Roms mit England keineswegs durch alle Stadien hindurchgeführt, aber da, wo der Kaiser von dem Verfall der patricischen Herrschaft Roms spricht, werden wir in einer Weise an den constitutionellen Musterstaat der Neuzeit erinnert, die nicht undeutlich durchblicken läßt, was aus den spätern Kapiteln der römischen Geschichte wohl auch für England gefolgert werden soll. Wir glauben, die merkwürdige Stelle ganz hierher setzen zu sollen:

„Der Zustand Roms glich damals sehr jenem Englands vor der Reformbill. Seit mehreren Jahrhunderten pries man die englische Verfassung als das Palladium der Freiheit, obwohl damals, wie in Rom, Geburt und Vermögen die einzige Quelle der Ehren und der Macht waren. In beiden Ländern war es die Aristokratie, welche, die Wahlen durch Umtriebe, Geld oder verrottete Burgflecken beherrschend, zu Rom Patricier, in das Parlament Glieder des Adels wählen ließ; durch den hohen Wahlcensus gehindert, war man Staatsbürger in keinem der beiden Länder. Obwohl nun das Volk in England an der Leitung der Staatsgeschäfte keinen Theil hatte, so pries man doch mit Recht vor dem Jahre 1789 eine Freiheit, welche die stille Atmosphäre der Festlandsstaaten mit lautem Schall durchtönte. Der unbetheiligte Beobachter untersucht nicht, ob die Bühne, wo die ernsten politischen Fragen erörtert werden, mehr oder weniger ausgedehnt ist, ob die Schauspieler mehr oder weniger zahlreich sind; er ist überrascht nur von der Größe des Schauspiels. Deshalb sind auch wir weit davon entfernt, den Adel, weder den von Rom noch den von England, darum zu tadeln, daß er sich sein Uebergewicht erhalten hat durch alle Mittel, welche ihm die Gesetze und die Gewohnheiten zu Gebote stellten. Die Macht mußte den Patriciern bleiben, so lange sie sich ihrer würdig zeigten, und man muß es wohl anerkennen: ohne ihre Beharrlichkeit in derselben Politik, ohne jene Größe der Auffassung, ohne jene strenge und unbeugsame Tugend, welche das unterscheidende Kennzeichen der Aristokratie ist, würde das Werk der römischen Civilisation nicht vollendet worden sein."

Wie man schon hieraus ersieht, ist die römische Aristokratie zwar mit großer Loyalität und Anerkennung, aber keineswegs mit Vorliebe gezeichnet; denn daß sich ein Cäsar nur aus dem Siege der demokratischen Principien entwickeln konnte, steht dem kaiser-

gelegten beschränkenden Antrags. Nach den gefaßten Beschlüssen gehören zu jenen Punkten, bei deren Verhandlung der Staatsanwalt in der Sitzung anwesend sein und mitwirken darf, Rechtsstreitigkeiten über den Personenstand, Verhandlungen über Ehescheidungssachen, Trennung von Tisch und Bett, Gantsachen, ferner Sachen, bei denen Abwesende oder die Kuratel einer Erbschaft betheiligt sind. Die dem französisch-rheinischen Verfahren entnommene Bestimmung des Regierungsentwurfs, daß nach Vernehmung des Staatsanwalts nur in Folge schriftlich eingereichter Bemerkungen der Parteien die Verhandlung wieder aufgegriffen werden soll, erhielt die Zustimmung des Ausschusses nicht; statt dessen wurde einstimmig beschlossen, daß, im Fall der Staatsanwalt neue Thatsachen oder neue Rechtsgründe vorbringe, vom Gericht den Parteien das Wort nicht vorenthalten werden dürfe. Es wurden hierauf noch die auf die Staatsanwaltschaft bezughabenden bisher unter Vorbehalt zurückgestellten früheren Artikel festgestellt.

München, 12. Febr. Dem in der gestrigen Sitzung des Gesetzgebungsausschusses der Kammer der Abgeordneten gefaßten Beschlusse gemäß erhielt der vielangefochtene Art. 133 folgende Fassung: „In wieweit die Staatsanwaltschaft bei dem Verfahren in bürgerlichen Rechtsstreitigkeiten mitzuwirken hat, bestimmt das Gesetz. Bei den Bezirks- und Appellationsgerichten ist der Staatsanwalt in folgenden Fällen befugt, den öffentlichen Sitzungen beizuwohnen und nach dem Schlusse der Verhandlung dem Gerichte seine Ansicht vorzutragen, wenn er dies im öffentlichen Interesse oder zur Aufrechthaltung der Gesetze für dienlich erachtet: 1) bei Rechtsstreitigkeiten über den Personenstand; 2) bei Verhandlungen über die Bestellung von Vormündern und Pflegern; 3) bei Rechtsstreitigkeiten der unter Vormundschaft stehenden Personen; 4) wenn Abwesende bei der Sache betheiligt sind; 5) bei Verhandlungen über Syndikatsklagen, Klagen gegen gerichtliche Beamte und Diener, dann gegen Anwälte, Notaren und Gerichtsvollzieher, wegen Entschädigungsansprüchen aus Amtshandlungen dieser Personen; 6) bei Streitigkeiten über die Giltigkeit oder Trennung von Ehen; 7) bei Klagen auf Aufhebung der ehelichen Gütergemeinschaft oder Aenderung der ehelichen Güterverhältnisse, wenn das betreffende Zivilrecht den Eheleuten nicht gestattet, diese Aufhebung oder Aenderung durch Vertrag vorzunehmen; 8) wenn die Kuratel einer vakanten Erbschaft betheiligt ist; 9) bei Gantsachen. Nachdem der Staatsanwalt gesprochen hat, soll den Parteien das Wort nur gegeben werden, um Thatsachen zu berichtigen oder auf neue Rechtsgründe zu antworten." Vorbehalten blieb die Regelung für das Oberappellationsgericht, sowie die Einstellung eines Artikels, der den allgemeinen Satz enthalten soll, daß die Bestimmungen über das Verfahren in öffentlichen Sitzungen auch für jene Sitzungen anwendbar sind, in denen die Oeffentlichkeit durch Gerichtsbeschluß ausgeschlossen sind.

München, 12. Febr. In Folge der Differenzen zwischen der k. Staatsregierung und dem Gesetzgebungsausschusse der Kammer der Abgeordneten, fand heute, obgleich Sonntag, ein mehr als zweistündiger Ministerrath statt. Sr. Majestät dem König soll das Resultat dieser Berathung, an welcher der Minister des Innern, v. Neumayr wegen anhaltenden Unwohlseins leider sich nicht betheiligen konnte, schon morgen zur Entscheidung unterbreitet werden. — Auf Grund eines unterm 21. v. Mts. ergangenen oberstrichterlichen Urtheils hat das k. Staatsministerium des Innern sich veranlaßt gesehen, am 2. eine besondere Entschließung ergehen zu lassen. Darnach ist an Personen, welche auf Grund des Art. 87 des Polizeistrafgesetzes den distriktspolizeilichen Auftrag erhalten, innerhalb einer vorgesetzten Frist einem Dienste oder einer ihren Kräften angemessenen Arbeit sich zu widmen und wegen dessen Nichtbefolgung bestraft worden sind, nach erfolgter Bestrafung der gedachte Auftrag neuerdings zu ertheilen, wenn derselbe mit Strafwirksamkeit fortbestehen soll. (A. Abdztg.)

Wien, 12. Febr. Gestern war die Schlußsitzung der Agramer Banalkonferenz. Der Ban verweigerte die Uebermittlung der Vorstellung der Magnaten an den Kaiser, betreffend die Aufhebung der Virilstimmen. Der Kardinal Haulik tadelte das Vorgehen der Opposition.

Baden. Unter dem Namen „wanderndes Kasino" finden jetzt da und dort Volksversammlungen gegen das Schulgesetz statt, welche stets sehr zahlreich besucht sind. Am 8. d. war das wandernde Kasino in Durlach und die Theilnahme daran so groß, daß die nach der Angabe katholischer Blätter mindestens 1500 Köpfe starke Versammlung, wegen Mangels anderwärtiger Räumlichkeiten, in der katholischen Kirche abgehalten wurde. Am 6. tagte das wandernde Kasino in Bischofsheim, und die Zahl der dortigen Theilnehmer wird auf 1600 angegeben, namentlich waren aus fast allen Orten des Taubergrundes die Bürgermeister und Gemeinderäthe erschienen. Am 8. waren wieder Deputationen an den Großherzog gegen das Schulgesetz aus 22 Gemeinden in Karlsruhe anwesend, Tags zuvor aus 7 Gemeinden. Die in Durlach gefaßten Beschlüsse lauten: „1) Das Schulgesetz und die Maßregeln zu dessen Vollzug verletzen aufs Tiefste die verfassungsmäßig gewährleisteten Rechte der katholischen Kirche und der Katholiken. Die Schulreform ist ein Angriff auf die Existenz der katholischen Kirche, auf Gewissens-, Glaubens- und Religionsfreiheit. 2) Die Katholiken beanspruchen, daß entweder das katholische Volksschulwesen auf Grund einer Vereinbarung mit der Kirche geordnet oder völlige Unterrichtsfreiheit gewährt werde. 3) Die Katholiken verlangen die Aufhebung des Schulgesetzes im verfassungsmäßigen Wege und bitten, in Anbetracht, daß die Beseitigung des Schulgesetzes ohne Verzögerung durch das Staatswohl dringend geboten ist, um Erlassung eines provisorischen Gesetzes (!). 4) Die Gegenerklärungen zu Gunsten des Schulgesetzes, welche von Katholiken, im Widerspruche mit der höchsten Autorität in der katholischen Kirche, oder von Nichtkatholiken ausgehen, können dem katholischen Rechtsstandpunkte nichts vergeben. 5) Ein Beschluß des Staatsministeriums, nach welchem bloß den Katholiken und gerade in einer der hochwichtigsten katholischen Angelegenheiten versagt würde, auf dem

---

lichen Autor von vornherein fest. Der Untergang der patricischen Herrschaft wird daher als eine unbedingte Nothwendigkeit erklärt, denn die Plebejer waren es ja hauptsächlich, welche das kriegerische Element bildeten und die Ausbreitung des römischen Staats und seine Eroberungen betrieben. Da ist es nun aber merkwürdig, wie zurückhaltend sich der Kaiser über die Kriege Roms mit den andern bereits civilisirten Staaten des Alterthums ausspricht. Man wünscht gewiß, auch hier Vergleichungen mit den modernen Staaten gemacht zu sehen und zu erfahren, ob etwa neben dem imperialistischen Frankreich die Neuzeit nicht eine Analogie für das von den Römern unterworfene Griechenland habe, oder ob der Kampf von Karthago und Rom oder die Kriege mit den hellenistischen Staaten nicht ihresgleichen in der modernen Geschichte hatten oder haben. Wir sahen uns eifrig nach einer Stelle um, an welcher der Kaiser eine Nutzanwendung der internationalen antiken Verhältnisse auf die Gegenwart machen möchte. Allein wir gestehen, daß wir eine solche Stelle nicht gefunden haben, und es wird jedenfalls nicht leicht sein, zu errathen, welche Stellung in dem Buche des Kaisers den einzelnen Staaten der Gegenwart gegenüber dem modernen die Civilisation verbreitenden Imperialismus zugedacht worden ist.

In dieser Hinsicht ist Napoleon nicht so offen mit seinem Glaubensbekenntnisse hervorgetreten als in Betreff der Fragen über die römische Verfassung und ihren Gang. Während er hier sich nirgends scheut, Analogien auszusprechen, ist er dort vorsichtiger und läßt die Zweifel ungelöst, die seine vergleichende Methode in uns erregte. Doch muß man gestehen, daß durch diese für den Politiker freilich sehr bedauernswerthe Mäßigung der wissenschaftliche Ernst des Werks gewonnen hat. Denn die Arbeit, mit deren Vorbereitung so viele Köpfe und Hände beschäftigt waren, sollte allerdings nicht blos ein politisches Tagesinteresse haben, und obwohl wir über den historischen Werth des Buchs kein Urtheil abgeben, so können wir uns doch denken, daß auch die materiellen Resultate der Forschung in den gelehrten Kreisen manche Bewegung verursachen dürften. Von großem Reiz sind die Schilderungen, welche die Wichtigkeit der geographischen Verhältnisse und ihre Beziehung zu der Ausbreitung und zu dem Gange der Kultur darzustellen streben. Das „Becken des Mittelländischen Meeres" wird in seiner Bedeutung für die Kultur charakterisirt, und es wird gezeigt, wie dasselbe gleichsam den weiten Mittelpunkt der antiken europäischen Civilisation bilde. Und hier scheint es fast, als ob der kaiserliche Verfasser einmal eine Ausnahme gemacht haben und auch der Gegenwart eine Richtung ihrer staatlichen Thätigkeit nach außen hin vorzeichnen wollte. Er weist auf das Alter der Kultur an den Küsten dieses Meers und auf die Großmächte hin, deren Eifersucht auch nach zwanzig Jahrhunderten noch daselbst herrscht. Damit schließt er Buch IV., Kap. 4:

„Diese kurze Beschreibung der Küsten des Mittelländischen Meeres zwei oder drei Jahrhunderte vor unserer Zeitrechnung veranschaulicht zur Genüge den gedeihlichen Zustand der verschiedenen Völker, welche sie bewohnten. Die Erinnerung einer solchen Größe flößt einen sehr natürlichen Wunsch ein, nämlich den, daß künftig die Eifersucht der Großmächte den Orient nicht mehr verhindern möge, den Staub von zwanzig Jahrhunderten abzuschütteln und dem Leben und der Civilisation wiedergeboren zu werden."

Wege der mündlichen Bitte vor dem Landesherrn Recht zu suchen, würde der Kränkung verfassungsmäßiger Gerechtsame der Katholiken nicht die minder verletzende neue hinzufügen, daß dadurch das Recht der Vertheidigung und das Petitionsrecht für die Katholiken geschmälert würde. 6) Die Versammlung beauftragt eines ihrer Mitglieder, Sr. k. Hoh. dem Großherzoge die von ihr angenommene Adresse um Gewährung des Petitionsrechtes für die Katholiken unterthänigst zu überreichen. 7) Die Katholiken Badens müssen sich Angesichts der Bedrohung ihrer Religionsrechte dringend verpflichtet fühlen, sich zur Abwehr der fortgesetzten Angriffe aufs Engste vereinigt an ihre Kirche anzuschließen und mit allen gesetzlichen Mitteln ihre Rechte zu wahren. Der Wahlspruch der Versammlung sei: Ausdauer in der gesetzlichen Arbeit für das Recht."

Frankfurter Börse (vom 6. bis 12. Februar).

Samstag. Die abgelaufene Woche zeigte recht deutlich, dass dem Kursaufschwung der letzten Zeit die rechte solide Basis noch fehlt und dabei zum grossen Theil die reine Spekulation interessirt ist. Es fehlt eben noch immer die nachhaltige Unterstützung des soliden Privatpublikums, dessen Gelder zwar jetzt wieder reichlicher der Börse zufliessen. Das Material von neuen Werthen aller Art ist aber ein zu grosses, und wie es den Anschein hat, wird es auch fernerhin an weiterem Zuwachs nicht mangeln.

Oesterr. Werthe standen in dieser Woche unter dem Einflusse des Fortgangs der Verhandlungen wegen des Staatsdomänen-Geschäfts und der darüber in Umlauf gesetzten Gerüchte. Im Anfang der Woche hiess es, der Abschluss des Geschäfts sei für das von der Kreditanstalt vertretene Konsortium gesichert. Oesterr. Staatsfonds profitirten von der damit in Verbindung stehenden Hausse der Kreditaktien und dem Rückgang der österr. Valuta. Der Wiener Wechselkurs hob sich am Dinstag bis 105; National erreichten 69, und 1860er Loose 85. Als aber am Donnerstag die wieder einmal kolportirte Nachricht von einem definitiven Abbruch der Unterhandlungen mit der Kreditanstalt ein starkes Fallen der Kreditaktien verursachte und von Wien auch schlechtere Valutakurse eintrafen, wurden österr. Fonds davon nicht unerheblich berührt. National gingen bis $68^1/_8$ zurück, 1860er Loose bis $83^3/_8$. Auf die heutige telegraphische Nachricht aus Wien, dass der Finanzminister ein Vorschussgeschäft wegen der jetzt fälligen Bankrate von 11 Mill. Gulden mit der Kreditanstalt und andern Wiener Häusern abgeschlossen habe, welches jedoch ganz unabhängig vom Domänengeschäft behandelt werden soll, befestigten sich österr. Fonds wieder und 1860er Loose schliessen 84; 1864er $90^1/_8$. Gute Festigkeit zeigten die Woche über neue engl Metalliques, welchen sich das Privatpublikum wieder mit erneuter Vorliebe zu soliden Kapitalanlagen zuwendet.

Süddeutsche Fonds, fest und für Kapital-Anlagen gesucht, schliessen zum Theil um einige Bruchtheile höher. Begehrt waren namentlich $4^1/_2$ pCt. Bayern und Württemberger, 4pCt. Nassauer und Kurhessen. Gute Frage erhält sich für Pfandbriefe der bayer. Hypothekenbank; nicht minder finden fortwährend nicht unerhebliche Umsätze in 5pCt. Pfandbriefen der sächsischen Hypothekenbank statt.

Amerikaner unterlagen auch in der abgelaufenen Woche wieder erheblichen Kursschwankungen. Am Montag zu $54^1/_8$ eröffnend, fielen sie am Dinstag auf etwas ungünstigere Kursberichte aus New-York rasch bis 51, erholten sich am Mittwoch auf $52^1/_2$, und am Donnerstag wieder bis $51^1/_8$ zu ermatten und heute höher zu $52^3/_8$ zu schliessen. Schon ein solches Kurstreiben, wie wir es in den letzten vierzehn Tagen wieder einmal erlebten, sollte den soliden Kapitalisten von Anlagen in diesem Effekt fern halten und dennoch ist zu den getriebenen Kursen der Vorwoche vom Privatpublikum von Neuem tüchtig gekauft worden.

Oesterr. Kreditaktien wurden in der verflossenen Woche von der Spekulation tüchtig hin- und hergeworfen; nachdem sie in den ersten Tagen den 200er erreicht und sogar um ein Bruchtheil überschritten, gingen sie am Donnerstag auf von Wien wieder einmal telegraphirte Gerüchte, die Unterhandlungen mit der Anstalt wegen des Staatsdomänengeschäfts seien definitiv abgebrochen, in jähem Fall bis 194 zurück, da stark engagirte Spekulanten um jeden Preis zu realisiren suchten. Auch an der gestrigen Börse wollten sie sich noch nicht recht erholen und erst heute befestigten sie sich wieder auf die Nachricht von dem mit der Regierung abgeschlossenen Vorschussgeschäft, um zu $197^1/_8$ (fl. $1^1/_8$ höher als vor 8 Tagen) zu schliessen. Darmstädter haben auf ihrem Vorwärtsmarsch zum Parikurs Halt gemacht und bleiben 239, um 2 fl. unter vorwöchentlicher Notiz. — Von Zettelbankaktien Frankfurter bis 146 gestiegen. Aktien der Frankfurter Hypothekenbank zu $99^1/_4$—$^1/_2$ bezahlt; von $4^1/_2$pCt. Pfandbriefen des Instituts wurden einige grössere Posten zu pari genommen.

Von Eisenbahn-Aktien Pfälzische Linien behauptet speziell Neustadt-Weissenburger zu besseren Kursen gefragt. Auch bayer. Ostbahnen fest und beliebt. — Von Prioritäts-Obligationen lebhafter Verkehr in Südbahn, wovon bedeutende Posten zu behaupteten Kursen vom Markte genommen wurden. Auch in Staatsbahnen und Livornesern ging Einiges um. Galizische behaupteten die gewonnene Avance, Toskanische Centralbahn und Böhmische schliessen zu besseren Kursen, sowie namentlich auch 5pCt. Schweizerische Centralbahn, die sehr gesucht, aber fehlend war.

Geldstand sehr flüssig, gute Diskonten zu $3^1/_4$ gesucht. Von fremden Devisen kurz London sehr gefragt und $118^3/_4$ bezahlt; ebenso Paris zu $94^3/_8$, Amsterdam $101^1/_8$. Wien im Anfang der Woche bis 105 gestiegen, ging in den letzten Tagen bis $103^1/_8$ zurück, um heute fester zu 104 zu schliessen.

(Akt.)

Hiezu die Beilage: „Würzburger Anzeiger".

Verantwortlicher Redakteur: A. Hartmann.
Druck und Verlag der Stahel'schen Buch- und Kunsthandlung in Würzburg

---

Cours der Staatspapiere.

Oesterr.	5 pCt. Met. (Cp. i. S. b. R.)	—
"	5 pCt. Lomb. ditto. à 24	—
"	5 pCt. Engl. Met. v. 1852	$75^3/_8$ G.
"	5 pCt. Engl. Met. v. 1859	$78^1/_8$ G.
"	5 pCt. Venet. Coupon b. R.	$84^3/_8$ P.
"	5 pCt. Nationalanl. v. 1854	$68^3/_8$ P. $^1/_8$ G.
"	5 pCt. Metall. Obligation.	$62^7/_8$ P.
"	$4^1/_2$ pCt.	56 P.
Preussen	$3^1/_2$ pCt. Staatsschuldsch.	$90^7/_8$ P.
Bayern	$4^1/_2$ pCt. Obl. 1jähr. dto.	$101^7/_8$ P. $^5/_8$ G.
"	$4^1/_2$ pCt. Obl. $^1/_2$jähr. dto.	$102^1/_4$ P.
"	4 pCt. Obl. 1jähr. dto.	$98^7/_8$ P. $^5/_8$ G.
"	4 pCt. Obl. $^1/_2$ jähr. dto.	$98^7/_8$ G.
"	4 pCt. Obl. Ab.-R. dto.	$98^1/_2$ G.
"	$3^1/_2$ pCt. Obl. dto.	—
Württemb.	$4^1/_2$ pCt. Obl. b. Rothsch.	105 G.
"	$3^1/_2$ pCt. Obl. dto.	95 G.
Baden	$4^1/_2$ pCt. Obl.	—
"	$3^1/_2$ pCt. Obl. v. 1842	92 P.
Gr. Hess.	$4^1/_2$ pCt. Obl.	—
"	4 pCt. Obl. b. Rothsch.	100 G.
"	$3^1/_2$ pCt. Obl. dto.	$97^3/_4$ P.
Nassau	$4^1/_2$ pCt. Obl. dto.	$102^1/_8$ P.
"	4 pCt. Obl. dto.	$99^3/_8$ P.
"	$3^1/_2$ pCt. Obl. dto.	$92^1/_8$ P.
Frankfurt	$3^1/_2$ pCt. Obl.	$95^1/_4$ P.
"	3 pCt. Obl.	—
Spanien	3 pCt. inl. Sch. P. à fl. 2. 30	—
"	$2^1/_4$ pCt. " " "	—
Schweden	$4^1/_2$ pCt. Obl. à 105 Thlr.	$92^1/_8$ P.
N.Amerika	6 pCt. à 1000r. 1881 D. $2^1/_2$	—
"	6 pCt. ditto r. 1882 "	52—$52^1/_8$ G.

Diverse Aktien.

Frankfurter Bank à fl. 500 . . .	$146^1/_4$ P.
K. K. Oesterr. National-Bankaktien	839 P.
Oesterr. Kreditbank-Aktien à fl. 200	$196^1/_2$—$92^1/_2$ G.
Bayer. Hypothekenb. Pfandbriefe 4 pCt.	$98^1/_8$ P.
Darmst. Bank 1. u. 2. Serie à fl. 250	238 P. 237 G.
Weimarische Bank à Thlr. 100 . .	$101^1/_2$P. 101 G.
Mitteldeutsche Kreditaktien . . .	$101^1/_4$ P.
Intern. Bank in Lux. à 250 Frs. à 28 kr.	—
Taunus-Eisenbahn à fl. 250 . . .	351 P.
Frankfurt-Hanauer-Eisenbahn . . .	$101^5/_8$ P.
Oest. F.St.Eisb. 5pCt. 500 Fr. à 28 kr.	—
" Elisab.-Eisenbahn 5 pCt. . .	$118^1/_4$ G.
Böhm. Westbahn-Aktien à fl. 200 6/7	—
Rhein-Nahe-Bahn 200 Thl. à 105 4pCt. Z.	$23^1/_4$ G.
Ludwigshafen-Bexbacher à 4 pCt. .	146 P. $145^7/_8$ G.
dto. dto. Prior. à 4 pCt.	$97^3/_8$ P.
Pfälz. Maxb. b. Rothschild à $4^1/_2$ pCt.	$106^5/_8$ P.
Oest. St.-Eisenb. Prior.-Oblig. à 3 pCt.	$50^1/_2$ P. $^3/_8$ G.
Elisab.-Bahn Prior. 5 pCt. 6/7	$80^1/_8$ P.
Südd. Bank-Akt., 40 pCt. Einz.	261 G.
Span. Handels- und Industrie . .	—
Bayr. Ostbahn à $4^1/_2$ pCt. volleinbez.	114 G.
Bayer. Ostbahn mit 50 pCt. Einz.	$113^3/_4$ P. $^5/_8$ G.

Wechsel in süddeutscher Währung.

Amst. fl. 100 k. S.	$100^7/_8$ G.
Antwerp. Frs. 200 k. S.	$94^1/_8$ G.
Augsb. fl. 100 k. S.	100 P.
Berlin Th. 60 k. S.	105 P.
Brem. 50 Th. Ld. k. S.	$96^5/_8$ P.
Brüssel Frs. 200 k. S.	$94^1/_4$ G.
Cöln Thlr. 60 k. S.	105 P.
Hamb. MB. 100 k. S.	89 G.
Leipzig Th. 60 k. S.	105 P.
London Lst. 10 k. S.	$118^7/_8$ P.
Lyon Frs. 200 k. S.	—
Mail. Frs. 200 . .	$93^7/_8$ G.
München fl. 100 k. S.	100 P.
Paris Frs. 200 k. S.	$94^7/_8$ G.
Petersburg 60 S.-R.	—
Triest fl. 100 k. S.	—
Wien fl. 100 ö. W.	—
do. in öst. W. l. S.	$103^7/_8$ G.
Disconto	4 pCt. G.

Anlehens-Loose.

Oesterr. fl. 250 v. 1839	$140^1/_4$ G.
" fl. 250 v. 1854 mit 4pCt.	$76^3/_8$ P.
" fl. 500 v. 1860 6/7	$83^5/_8$P. $^1/_2$G.
" fl. 100 Eisb. L. v. 1858.	131 G.
" do. v. 1864.	$90^1/_4$ P.
Schwed. 10 Thlr. Loose	$9^1/_4$ P.
Badische fl. 50	—
Badische fl. 35	$53^1/_2$ G.
Kurhess. Thlr. 40 b. R.	$55^1/_8$ P.
Gr. Hessen fl. 50 b. R.	$138^1/_4$ P.
" fl. 25 do.	$38^3/_4$ P.
Nassau fl. 25 bei Rothsch.	—
Sardinische Fr. 36 b. B.	—
Neuchateler 10 Frs.-Loose	—
Freiburger 15 Frs.-Loose	—
Mailänder 45 Frs. L. b. R.	33 P.
St. Lüttich mit $2^1/_2$ pCt. Z.	$34^1/_2$ P.
Ansb.-Gunzenh. fl. 7-L.	$10^5/_8$ G.

Frankfurt, 13. Februar. Die Börse war unbelebt, die Kurse matt. Der Umsatz in Amerikanern beschränkte sich auf Kleinigkeiten für den Tagesbedarf; bei dem Ausbleiben der seit zwei Tagen schon fälligen Post konnte das Geschäft darin keine größere Ausdehnung gewinnen. Für Kreditaktien zeigten sich einige Verkäufer, weil das Domänengeschäft nicht zum erhofften Termine zu Stande gekommen, während auf österr. Fonds die Sorgfalt des Ministers um die Staatsinteressen, indem er es vermied, unter der Pression eines momentanen Geldbedarfs ein so umfangreiches Geschäft abzuschließen, ebenso ohne Wirkung blieb, wie die Absendung eines engl. Kommissärs nach Wien zum Abschluß eines Handelsvertrags, was zur Genüge andeutet, daß in Oesterreich die Bereitwilligkeit besteht, auf Bahnen einzulenken, die noch jeden andern Staat, der sie betreten, zum Heil führten. Früher hätten solche Symptome und das durch Herabsetzung der französischen Schatzbons aufs Neue beurkundete Vertrauen der französischen Regierung in die Dauer friedlicher Zustände Kauflust erweckt und die Spekulation belebt; heute gehen sie spurlos vorüber, weil der geringe Rest von Spekulationslust ganz nach einer Seite hin, nach Amerika, gerichtet ist.

(Synd.)

Nr. 1079.

Amortisations-Edikt.

Hypothekenbereinigung von Schraudenbach betr.

Vom k. Landgericht Werneck.

In den Hypothekenbüchern für Schraudenbach sind die nachbezeichneten Forderungen insbesondere Kaufschillinge nebst Eigenthumsvorbehalte eingetragen, bezüglich welcher die Nachforschungen nach den rechtmäßigen Inhabern fruchtlos geblieben und vom Tage der letzten auf diese Forderungen sich beziehenden Handlungen an gerechnet mehr als 30 Jahre verflossen sind.

Auf Antrag der jetzigen Besitzer werden anmit alle Diejenigen, welche noch Rechte auf diese Forderungen zu haben glauben, zu deren gerichtlichen Geltendmachung

binnen 6 Monaten

aufgefordert, widrigenfalls diese Forderungen für erloschen erklärt und im Hypothekenbuche gelöscht werden würden.

Werneck, den 2. Dezember 1864.

Der königliche Landrichter.

[3b] **Huler.** Weisner, Funktionär.

Fortl. Nr.	Name des eingetragenen Schuldners.	Name des eingetragenen Gläubigers.	der Hypothek Größe fl.	kr.	der Hypothek Rechtstitel 2c.	Hyp.-Buch. Bd.	S.
1	Mauder Nikolaus v. Schraudenbach.	Die Gläubiger des Sebastian Göbel von Schraudenbach.	31	30	mit 5% verzinsl. Martini 1828 mit 1832 zahlbarer Güterkaufschilling laut Strichsprotokoll v. 26. Febr. 1826 und Hyp.-Eintr. vom 1. Mai 1832.	I.	43.
2	Die Kinder der Eva Meister Wittwe allda	Die Debitmasse der Eva Meister Wittw. von Schraudenbach.	9	30	Desgleichen lt. Strichsprotokoll vom 24. März 1830 und Hyp.-Eintr. vom 21. Mai 1832.	II.	220.
3	Rumpel Georg "	"	20		"	"	231.
4	Maier Andreas "	"	9	45	"	"	233.
5	Rumpel Georg "	"	15		"	"	239.
6	Maier Andreas "	"	18		"	"	241.
7	Gerber Michel "	Die Gläubigerschaft des Aegidius Müller von Schraudenbach.	82		Kaufschillingsrest lt. Strichsprotokoll v. 31. Januar 1822 und Hyp.-Eintr. vom 19. April 1825.	III.	11.
8	Lenart Georg "	"	6		"	"	19.
9	Rumpel Michel "	"	6		"	"	21.
10	Rumpel Kaspar "	"	31		"	"	23.
11	Meister Balthasar "	"	4	3¾	"	"	25.
12	Maier Carl "	"	35	37½	"	"	35.
13	Pfeuffer Adam "	"	8	26¼	"	"	39.
14	Pfeuffer Andreas "	"	21		"	"	41.
15	Klein Andreas Wittwe "	"	83	45	"	"	43.
16	Pfeuffer Adam "	"	1	6¾	"	"	47.
17	Löthel Kilian Wittwe "	"		56¼	"	"	51.
18	Schmitt Johann jgst. "	"	30	18¾	"	"	55.
19	Fischer Nikolaus alt "	"	40	37¼	"	"	59.
20	Meister Johann "	"	15		"	"	63.
21	Schmitt Valentin "	"	6	15	"	"	65.
22	Eichhorn Nikolaus "	Die Gläubigerschaft des Georg Meister von Schraudenbach.	29	3¼	Kaufschillingsrest lt. Strichsprotokoll v. 16. Feb. 1822 und Hyp.-Eintr. vom 19. April 1825.	"	69.
23	Rumpel Georg Adam "	Mauder Michel in Schraudenbach.	8		Desgleichen laut Strichsprotokoll v. 29. März 1817 und Hyp.-Eintr. vom 19. April 1825.	"	125.
24	Derselbe "	"	80		"	"	127.
25	Plattenspiel Nikol. "	"	44		"	"	129.
26	Fenn Michel "	Die Curatel des Leonhardt Hofmann in Schraudenbach.	40		Voraus laut Hypotheken-Eintrag vom 9. Juli 1825.	"	301.
27	Klein Georg "	Die Gläubigerschaft des Andreas Fischer ld. in Schraudenbach.	90		mit 4% verzinsl. Kaufschilling laut Strichsprotokoll v. 18. März 1820 u. Hyp.-Eintr. v. 19. Aug. 1830.	"	303.
28	Fischer Nikolaus alt "	"	51			"	479.
29	Lenard Nikel "	"	32	30	"	"	481.
30	Fischer Johann jg. "	"	151	30	"	"	483.
31	Fischer Nikolaus jg. "	Die Gläubigerschaft des Phil. Reith von Schraudenbach.	4		Kaufschillingsrest lt. Strichsprotokoll v. 26. Januar 1826 und Hyp.-Eintr. vom 29. März 1826.	"	493.
32	Bauer Adams Kinder "	"	8		"	"	497.
33	Meister Johann "	"	6	30	"	"	503.
34	Schmitt Joh. jg. Wittwe. "	Die Gläubigerschaft des Andreas Weth von Schraudenbach.	50	37½	Desgleichen lt. Strichsprotokoll v. 12. Februar 1826 und Hyp.-Eintr. vom 29. März 1826.	"	507.
35	Lenard Georg "	"	13	7½	"	"	513.
36	Pfeuffer Valentin "	Die Gläubigerschaft des Georg Warmuth von Schraudenbach.	20	18¾	Kaufschillingsrest laut Strichsprotokoll vom 19. März 1826 und Hyp.-Eintr. vom 29. März 1826.	"	533.
37	Rumpel Nikol. alt "	Debitmasse des Andreas Fischer ld. von Schraudenbach.	30		mit 4% verzinsl. Güterkaufschilling lt. Strichsprotokoll v. 18. Mai 1829 u. Hyp.-Eintr. v. 18. August 1830.	"	571.
38	Rumpel Michel "	Die Gläubigerschaft des Valentin Schmitt jg. von Schraudenbach.	13	15	Kaufschilling laut Strichsprotokoll v. 5. Febr. 1828 und Hyp.-Eintr. v. 5. November 1828.	IV.	429.
39	Pfeuffer Adam "	Die Konkursmasse des Christian Fenn in Schraudenbach.	26		mit 5% verzinsl. Kaufschilling laut Anweisung v. 4. August 1831 und Hyp. Eintr. v. 6. Sept. 1831.	V.	25.
40	Rumpel Sebastian "	Die Gläubigerschaft des And. Weth in Schraudenbach.	175	37½	Wie ad Ziffer 34.	III.	515.
41	Schmitt Valentin jg. "	Die Bartel Göb'sche Curatel in Bergrheinfeld.	75		mit 5% verzinsliches Kapital laut Hyp.-Eintr. vom 21. Januar 1826.	"	7.
42	Rumpel Peter "	Die Gläubigerschaft des Aegidius Müller in Schraudenbach.	37	30	Wie ad Ziffer 7.	"	37.
43	Derselbe "	"	40	56¼	"	"	67.
44	Fischer Nikolaus alt "	Die Debitmasse des Georg Warmuth von Schraudenbach.	57	30	Wie ad Ziffer 36.	"	523.
45	Rumpel Sebastian "	"	50		"	"	525.
46	Derselbe "	"	21	52½	"	"	539.
47	Warmuth Josef "	"	40		"	"	541.
48	Fischer Johann jg. "	Die Gläubigerschaft des Andreas Fischer ld. von Schraudenbach.	33	30	Wie ad Ziffer 37.	"	573.
49	Fischer Georg in Stettbach	Die Gläubigerschaft des Sebastian Göbel von Stettbach.	18		Kaufschilling laut Strichsprotokoll vom 26. Februar 1828 und Hyp.-Eintr. vom 1. Mai 1832.	V.	171.

An die
k. Hof- und Staatsbibliothek
N. Würzb. Ztg. München.

Neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht!

№ 46. | Vorausbezahlung: Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 1 fl. 30 kr. Bei Inseraten wird die dreispaltige Zeile in gewöhnlicher kleiner | 62. Jahrgang. | Schrift oder deren Raum im Hauptblatte mit 6 kr., im Anzeiger mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franco. | Mittwoch, 15. Februar 1865.

Aus den österreichisch-preußischen Depeschen.

Ein offiziöser Wiener Korrespondent der „A. Ztg." schreibt vom 11. d.: „Aus dem österreichisch-preußischen Depeschenwechsel in der Herzogthümerfrage ist schon im Allgemeinen bekannt, daß Preußen auch die „im eigenen Land vielfach erwartete" gänzliche Einverleibung der Herzogthümer als eine Lösung in Erwägung gezogen wissen wollte, welche „den Interessen Deutschlands vielleicht am meisten entsprechen und den Interessen Oesterreichs nicht zuwiderlaufen" würde; es ist ebenso im Allgemeinen schon bekannt, daß die österr. Depesche vom 21. Dez. in dieser Beziehung an die Erklärung erinnerte, welche Graf Karolyi schon früher „auf ausdrücklichen Befehl des Kaisers" dahin abgegeben: daß eine solche Gebietsvergrößerung Preußens ohne einen entsprechenden Gebietszuwachs Oesterreichs „in Deutschland" schlechthin unstatthaft sei. Nicht bekannt aber ist bis jetzt die, wenn auch kurze, so doch sehr nachdrückliche Motivirung dieses Satzes. Die Stellung Oesterreichs in Deutschland — ich glaube nahezu die Worte zu citiren — beruht wesentlich auch auf den sorgsam abgewogenen Festsetzungen der Bundesakte über die Gebietstheile, mit welchen Oesterreich und Preußen dem Bunde beigetreten, und jede Aenderung der bezüglichen Territorialverhältnisse wäre eine Verrückung jener Stellung. Preußen betont, daß es preußische Interessen zu wahren verpflichtet sei; aber auch Oesterreich hat dem eigenen Land gegenüber Pflichten zu erfüllen, und österreichisches Blut ist sicher nicht geflossen, um eben dasjenige Gleichgewicht der Kräfte zu vernichten, welches die Grundlage und die Gewähr seiner deutschen Stellung bildet.

Während die berührte Stelle der preußischen Depeschen die gänzliche Einverleibung der Herzogthümer als eine der verschiedenen möglichen Lösungen bezeichnet, spricht sich eine andere Stelle unumwunden darüber aus, daß Preußen jedenfalls nicht umsonst (gratis) gekämpft haben wolle. Nachdem Oesterreich wie Preußen, heißt es in dieser Beziehung, schon jetzt zu der Ueberzeugung gelangt sind, daß betreffs eines sehr beträchtlichen Theils der ihnen von Dänemark abgetretenen Lande Niemand im Stande sein werde, ein besseres Recht nachzuweisen, mag Oesterreich, dessen geographische Lage eine Gebietserwerbung nördlich der Elbe nahezu ausschließt, über seinen Antheil verfügen wie es will; Preußen aber ist entschlossen, den preußischen Antheil in keinem Fall ohne ein vollständig entsprechendes Aequivalent aufzugeben. Dieses Aequivalent nun zu ermitteln, sind zunächst die betreffenden Fachministerien in Berlin beauftragt gewesen, insofern sie festzustellen gehabt, unter welchen Bedingungen Preußen eventuell überhaupt die Konstituirung eines selbstständigen Staats Schleswig-Holstein werde zulassen können. Die Entgegnung Oesterreichs auf diese Aeußerungen ist von nicht geringerem Interesse. Sie führt zunächst aus: daß die gegenwärtige ideale Gemeinschaft in den Herzogthümern unmöglich ewig dauern, und daß eine reale Theilung selbst von Preußen nicht in Aussicht genommen sein könne. „Das öffentliche Gewissen in Deutschland," heißt es dann weiter, „ist tief erregt. Oesterreichs und Preußens Einfluß ist ein sehr großer, aber er ist nicht groß genug, um die übrigen Bundesregierungen für eine Lösung zu gewinnen, welche die von den Großmächten im Namen der Rechte und Interessen Deutschlands vollführte That schließlich blos zu einem Machtzuwachs für sie selbst (die Großmächte) verwerthen würde. Oesterreich ist es bis jetzt mit Mühe gelungen, Anträge der Mittelstaaten, welche seiner eigenen Ueberzeugung nahe stehen, hintanzuhalten. Wenn aber die Erledigung der Frage immer und immer wieder verzögert werden sollte, so mag vielleicht Preußen ein Mittel in Händen haben, solchen Anträgen noch ferner mit Erfolg entgegenzutreten — Oesterreich hat es nicht."

Zu vorstehenden Mittheilungen bemerkt die „A. Z.": „Wenn diese Auszüge richtig sind, was wir anzunehmen allen Grund haben, so ist nicht einzusehen, warum die Aktenstücke nicht vollständig veröffentlicht werden. Beide Regierungen berufen sich darauf, im Interesse Deutschlands zu handeln. Es wäre also auch hier kein Hinderniß einer vollständigen Veröffentlichung, damit Deutsch-

Feuilleton.

SZ. Pariser Briefe.

Paris, 9. Februar.

Weil es sich bewegt ....

Ich habe in meinem vorigen Briefe die Frage aufgeworfen, woher dieses ungemeine Interesse kommt, das die ganze gebildete Welt an Frankreich nimmt, ein Interesse, dem man die Geißel des Spottes nicht vorenthalten darf, wenn es bis auf die Hunde herabgeht, wenn die unbedeutendsten Vorfälle, die nichts mit Politik gemein haben, wie Ereignisse von Wichtigkeit behandelt werden, wenn über Institutionen, welche in Buxtehude ja auch existiren, ohne daß es Jemandem einfällt, darüber ein Wort zu schreiben, das Publikum mit ausführlichen Berichten geplagt wird. Man ist ja nicht gezwungen, sie zu lesen, meint Jemand vielleicht. Einigermaßen doch! Kürzlich gestand mir ein Professor des Collège — und man sagt doch, daß die Professoren ganz gescheidte Leute sind — dem Korrespondenten N. im Blatte N. möchte er Daumenschrauben ansetzen, damit er nicht mehr schreiben könnte. „Er ist dumm, nein schlimmer, il est ennuyant." Und warum lesen Sie seine Korrespondenzen? — „Par exemple!" Er schreibt von B., der Hauptstadt eines großen Landes, und so erwartet man doch irgend etwas Neues, eine wichtige, politische That" ... Man sieht, auch gescheidte Leute werden durch die Etiquette und die Form der Flasche verführt, gefärbtes Wasser zu kaufen.

Aber mit all' dieser nationalen Entrüstung, in die ich mich beinahe ganz unfeuilletonistisch hinein räsonnirt hätte, ist noch keine Antwort gegeben auf die Frage: Woher das Interesse für Frankreich? Rien ne sert de courir; il faut partir à point, meinte die Schnecke. Ich will heut versuchen, zum Ziele zu gelangen und habe darum die Antwort an die Spitze meiner Chronik gestellt: Weil es sich bewegt.

Seit 80 Jahren ähnelt Frankreich dem Schauplatz der Märchenhelden aus „Tausend und eine Nacht", — so leicht veränderlich zeigt es sich. Heiter lacht der Himmel — ein freudejauchzendes Volk begrüßt seinen jungen König als den „Ersehnten" und streut Blumen seiner schönen Königin .... Die Atmosphäre wird schwül, Blitze zucken — man fürchtet ein Gewitter, aber es ist ein Lavaausbruch, dessen Glutstrom sich mit dem Blute eines schwachen Königs und einer stolzen Königin vermischt. Jetzt wird der Schauplatz ein großes Schlächterhaus, die Geschichte heißt Guillotine, welche unersättlich selbst die Schlächter tödtet.

Und wieder ändert sich die Szene! Die Trommel klingt, Fanfaren erschallen, die Fahnen wehen: „Marlborough s'en va-t-en guerre", singt der neue Imperator. Frankreich erglänzt in der bengalischen Beleuchtung der — Gloire. Was dieser bunte Glanz da nicht den Völkern kostet! — —

Die schrecklich glänzende Farbe erlischt allgemach in dem Blute des eigenen Landes, und jetzt erscheint der blaue Himmel und die goldene Sonne, — o wie thut dieses natürliche Licht den Augen wohl, schade nur, daß es gar so kurz dauert! Weihrauchwolken ziehen zum Himmel empor und umdüstern den Horizont, Glocken tönen dumpf, ein Riesenmünster erhebt sich, — er heißt St. Alliance, drin müssen die Völker büßen, was sie nie verschuldet haben. Frankreich wird fromm und singt Psalmen im mystischen Dunkel gothischer Dome.

Da auf einmal erscheint ein Häuflein kecker Brauseköpfe, sie nennen sich die Pioniere der Freiheit, sie dringen in die gothischen Dome, allenthalben wird blendende Tageshelle, — Karl X. flieh

land sähe, wie es die beiden Großmächte mit seinen Interessen meinen, statt daß jetzt von den Blättern in beiden Lagern die entgegengesetzten Versicherungen ertheilt werden."

(Amtliche Nachrichten.) **München,** 13. Februar. Se. Maj. der König hat auf die erledigte Stelle des Direktors am Bezirksg. Aichach den 1. Staatsanwalt am Bezirksg. Donauwörth, M. K. Frhrn. v. Eberz, befördert; die Stelle des 1. Staatsanwaltes am Bezirksg. Donauwörth dem 2. Staatsanwalt am Bezirksg. Eichstätt, W. Elsperger, verliehen; zum 2. Staatsanwalt am Bezirksg. Eichstätt den Bezirksg.-Ass. Th. v. Sicherer daselbst, befördert und die am Bezirksgerichte Eichstätt hiedurch sich erledigende Assessorsstelle dem funkt. Staatsanw.-Subst. am Bezirksg. Regensburg, W. Stettner, verliehen; den Rath der Regierung, K. d. J., von Niederbayern, A. Fischer, in den Ruhestand treten lassen und statt desselben einen Reg.-Assessor daselbst aufgestellt und hiezu den Bezirksamts-Assessor Fr. Goßinger zu Passau befördert, ferner den Assessor der Regierung, K. d. J., von Mittelfranken, Chr. Fr. W. K. Bezold zum Regierungsrathe daselbst befördert, endlich der Regierung, K. d. J., von Oberbayern statt eines Rathes einen Assessor beigegeben und hiezu den Bezirksamts-Assessor K. Zeitlmann am Bezirksamte München r/J. befördert; genehmigt, daß die 6. Domvikarstelle an dem bischöfl. Kapitel zu Speyer von dem Bischofe daselbst dem Priester Dr. J. Zimmern, bish. Religions- und Geschichtslehrer an dem dortigen Gymnasium verliehen werde; dem Stadtgerichte München l/J. zwei weitere Gerichtsschreiber beigegeben und als solche die bish. Tagschreiber an diesem Gerichte, J. Königsheim aus Kaufbeuern und A. Endl aus München, in prov. Eigenschaft ernannt. (B. Z.)

In der Sitzung des Gesetzgebungsausschusses der Abgeordnetenkammer vom 11. Febr. wurde, wie die „Bayer. Ztg." mittheilt, nach Feststellung der dem Art. 133 zu gebenden Fassung (s. g. Bl.) noch in den betreffenden Artikeln über die Festsetzung der Zuständigkeit, die Ablehnung der Gerichtspersonen und die Uebertragung der Gerichtsbarkeit, dann über das Armenrecht, wo bisher Vorbehalt bestand, der auf die dabei eintretende Mitwirkung der Staatsanwaltschaft bezügliche Passus in der bereits vorgesehenen Weise eingestellt. In Art. 124 wurde dagegen derselbe gestrichen, und ebenso Abs. 2 und 3 des Art. 127 in Wegfall gebracht. Im ersten Hauptstück wurde sodann der vom Referenten hinsichtlich der Ablehnung der staatsanwaltschaftlichen Beamten zu Art. 568 und 569 beantragte Artikel eingestellt, wonach eine solche unstatthaft sein soll, die Parteien jedoch die Abordnung eines anderen Mitgliedes der Staatsanwaltschaft bei der vorgesetzten Behörde sollen nachsuchen können. Schließlich wurde noch ein von Dr. Barth beantragter, in das vierte Hauptstück einzustellender Artikel angenommen, des Inhalts, daß bei den Gerichten, bei welchen Anwaltszwang besteht, die in die Kosten verurtheilte Gegenpartei für die Thätigkeit des Fiskals oder der in eigener Sache aufgetretenen Advokaten die für Anwaltsgeschäfte bestimmten Gebühren zu vergüten hat, und daß die in eigener Sache bei Handels- oder Einzelngerichten aufgetretenen Advokaten von der in die Kosten verurtheilten Gegenparthei jene Gebühren in Anspruch nehmen können, welche ihnen vor denselben Gerichten als Bevollmächtigten zukommen.

Wien, 10. Febr. Die Anträge, welche Frhr. v. Hock zu stellen hatte, sind von den vereinsländischen Bevollmächtigten nicht geradezu verworfen, aber auch nicht als geeignet anerkannt worden, um hierauf die weiteren Tarifverhandlungen zu begründen. Man ist demnach übereingekommen, bis nach Einholung weiterer Instruktionen Seitens der Zollvereins-Delegirten die Verhandlung wegen des Tarifs ganz auf sich beruhen zu lassen, dagegen bezüglich der bisher vereinbarten Punkte zum Abschluß zu gelangen. Es handelt sich hiebei fast nur um Bestimmungen zur Erleichterung des Grenzverkehrs. Das Zollkartell ist Frhrn. v. Hock noch keineswegs bewilligt, dagegen wird wegen der Zusage künftiger Zolleinigung keine Schwierigkeit gemacht. Im Ganzen ist das Zustandekommen eines eigentlichen Zollvertrags nicht wahrscheinlicher geworden, wenn man auch dazu gelangen dürfte, in Betreff des Grenzverkehrs in einzelnen Artikeln sich zu verständigen. Ohne das Substrat eines Tarifvertrags mit dem Zollverein ist allerdings der Abschluß eines Vertrags mit Frankreich sehr erschwert, weil unter allen Umständen die Zwischen- und Durchgangszölle gefallen sind; mit England dagegen könnte man gleichwohl rasch sich vertragen. (Allg. Ztg.)

Wien, 13. Febr. Die „General-Korrespondenz" schreibt: „Bezüglich der Zahlung der fälligen Staatsschuldrate von 11 Millionen an die Bank ist mit Rothschild und den meisten Mitgliedern des für das Geschäft des Domänenverkaufs zusammengetretenen Consortiums, aber unabhängig von letzterm, ein Abkommen vereinbart worden. Nach dem 14. Febr. werden die Verhandlungen behufs des Domänenverkaufs wieder aufgenommen werden. — Der „Wiener Abendpost" zufolge ist die Bildung einer internationalen Enquetekommission beschlossen. Es werden drei Vertreter Oesterreichs und drei Englands unter der Oberleitung des Handelsministeriums fungieren. Die Kommission wird nach Bedarf durch Zuziehung Fachkundiger aus dem Bereich der Produktion und des Handels für einzelne Zweige und Artikel verstärkt werden und sich lediglich darauf beschränken, die Verkehrsbeziehungen und Verhältnisse zwischen Oesterreich und England zum Gegenstand der Untersuchung zu machen und dadurch, wenn möglich, die Grundlage für anzubahnende Verkehrs- und Tariferleichterungen im beiderseitigen

---

und Ludwig Philipp besteigt den Thron. — Während der Republik wird jeder Bourgeois Souverän, jetzt wird der Souverän ein Bourgeois. Wir sind friedliebend, betriebsam, handeltreibend bürgerlich! Wir fürchten uns vor dem Schießen und gehen nie ohne Regenschirm aus, damit unser Anzug nicht leidet. Wir haben eine Charte und berathen dies und das, unsere Kunst besteht darin, daß nichts dabei herauskommt... Wir wollen Philister sein, — stille, ehrsame Philister, die sich nicht um öffentliche Dinge scheeren!

Aber der Zeitgeist ist unhöflich. Was kümmert er sich um die Ruhe der Epiciers! Die Mächte, welche nicht in den Krämerbuden wohnen und eben weil sie Mächte sind, doch auch zum Ausdruck und zur Geltung im Staate gelangen wollen, erheben sich eines Tages, Barrikaden werden errichtet, Kanonen donnern, Glocken läuten Sturm, die Trommel ertönt — Rataplan — Rataplan — Das war zu viel Lärm für die Epiciers, und der Bürgerkönig floh in das Land der Großhändler.

Es ist die zweite Republik. — Wieder entbrennen im feurigen Kampfe die eisernen Mächte. Wer siegt? — Der Geist, welcher am meisten unterdrückt war, der Soldatengeist, er hieß damals noch Bonapartismus. Und dieser Geist setzt den bleichen Neffen des Kriegskaisers auf den Thron, einen zweiten Kaiser, der Frieden spricht und Krieg führt, denn l'empire c'est la paix.

Die Weisheit jeder Staatsregierung muß sein, Institutionen zu schaffen, drin alle Kräfte zur Geltung kommen; das zweite Kaiserreich bewirkt das dadurch, daß es alle widerstrebenden Kräfte unterdrückt, sie mit auf seinem eigenen Geleise fortreißt. Eine Regierung muß versuchen, die extremen Parteien auszugleichen, zu vermitteln, muß in der Wärme, welche durch deren Friktion entsteht, Lebensstoff finden, in dieser Temperatur muß sie ihre Schöpfungen wachsen lassen. Das zweite Kaiserreich duldet keine Wärme, der Meinungsaustausch hat es zum Märchen gemacht, es verträgt nur — Lob, auch Lobhudelei; gewisse Dinge, sie bilden gerade den Kern, darf man nicht nennen, nicht laut und nicht leise. Und die Signatur des heutigen Frankreichs, — sie ähnelt der Farbe der französischen Kleiderstoffe, die zehnmal gemischt, verwischt und unbestimmbar ist. Wir sind sehr friedliebend, aber ebenso kriegerisch, wir sind sehr religiös, denn wir sind der älteste Sohn der Kirche, aber wir sind auch ein bischen atheistisch, wir haben den Absolutismus, aber zugleich Volkssouveränetät, wir kokettiren mit dem Arbeiter und lieben das Kapital. Alle Welt sagt sich, daß die Metamorphose, in der Frankreich heute ist, in der Reihe der Verwandlungen nicht den Abschluß bildet, daß diese halben Zustände, von geschickten Händen balancirt, zusammenfallen müssen, wenn diese Hände einmal achtlos, zitternd, unsicher verfahren oder alt werden und erkalten.

Das Interesse, welches wir an Frankreich nehmen, ist dasselbe, welches wir an jeder Entwicklung oder an Experimenten haben. Wir sind sehr betheiligt dabei, denn wir Deutschen müssen immer die Kosten dieser politischen oder sozialen Experimente zum Theil mittragen, wir müssen darum wünschen, daß die Resultate günstig ausfallen. — Bei all' diesem unheimlichen Zustande im Innern ergreift das zweite Kaiserreich die Initiative in den wichtigsten Fragen Europa's, wirft sein Gewicht überall in die Wagschale! Was hängt da nicht Alles von seinem Bestehen ab, welche Folgen kann ein Wechsel haben? — Es ist wirklich interessant, zu berechnen, welche Kräfte und wie weit sie sich geltend machen werden. Kurz, Deutschland interessirt sich für seinen Nachbar, weil er unruhig in seinen Marken sitzt, weil ihm gar nicht zu trauen ist, daß er nicht vielleicht noch Lust hat, die Grenzsteine zu verschieben, weil er sich eine so kostspielige Militärgarderobe angeschafft, hinter der wir, wenn wir ebenfalls im europäischen Konzert standesgemäß auftreten wollen, nicht zurückbleiben können, weil seine häuslichen Verhältnisse sehr problematisch sind, weil er viel unternimmt, viel spekulirt, und es doch möglich wäre, daß ein Falliment hereinbrechen könnte, — wir aber Contocorrenten sind — mit einem Worte: weil er sich bewegt.

Frankreich besteht aus seinem Kaiser und dem Volke; wie Er sich bewegt, ist bekannt. Das französische Volk aber regt sich nicht bloß in der Legislative, in der Presse, in der Advokatur, — nach den leisen Beschwerden, die man dort erhebt, möchte man fast mei-

Interesse zu gewinnen. Die „Abendpost“ meldet ferner: „Die Vorlage des neuen Zolltarifentwurfs wird jedenfalls noch im März vor den Reichsrath gebracht werden.“

Wien, 13. Febr. Die Fachminister berathen, ob die Zollbegünstigung des Weins als Conditio sine qua non in Berlin festzuhalten sei.

Wien, 13. Febr. Die vereinsländischen Kommissäre bei der Zollkonferenz in Berlin wurden von ihren Regierungen instruirt, am 15. d. die letzten österreichischen Tarifvorschläge zu beantworten.

Wien, 12. Febr. Der seit drei Tagen gefallene Schnee hemmt, trotz der Tausende von Schneeschauflern, theilweise den Verkehr in der Stadt. Die Omnibusse, die sich nicht in Schlitten verwandeln konnten, mußten vierspännig fahren. Fiaker oder Komfortables verweigerten trotz aller Strafandrohung, Fuhren anzunehmen, um ihre Pferde nicht über Maß zu quälen. Vom Lande blieben die Milchverkäufer aus, und auf den Marktplätzen konnte nicht ausgekramt werden. Gestern um die Mittagszeit schien die Bora einen Ausflug vom Karst in unsere Straßen gemacht zu haben; einzelne Menschengestalten, die den tollen Windstößen und dem rasenden Gestöber zum Trotz, sich auf die Gasse wagten, mußten, da es nicht gut möglich war die Augen offen zu behalten, sich auf gut Glück der Führung des Sturmes überlassen. Mehrere Unglücksfälle durch Ausgleiten und durch Herabstürzen von Schneelawinen von den Dächern sollen zu beklagen sein. Das Hauptthor des Postgebäudes war gestern mit Plakaten bedeckt, welche die vorgekommenen Störungen im Postenlauf meldeten. Die steiermärkische, italienische und kroatische, die ungarische, siebenbürgische und walachische Post sind ausgeblieben; die norddeutsche Post über Prag ist um zwei Stunden zu spät eingetroffen. Die Nord-, West- und Südbahn und die Staatseisenbahn-Gesellschaft zeigten gestern mit Plakaten die vorläufige Einstellung ihrer Fahrten an, weil der Schneesturm den Verkehr auf mehreren Punkten unterbrochen hatte. (Die Kalamität ist jetzt wieder gehoben und der Verkehr hergestellt.)

Pesth, 5. Februar. Deak wurde vor Kurzem von Parteigenossen mit einem gewissen Mißtrauen über seine Stellung zur Regierung ausgeforscht: er antwortete mit der Mittheilung eines Reiseabenteuers. „Ich war“, erzählte er, „im vorigen Sommer in Steiermark und machte eine Bergparthie. Ich hatte mir dazu einen Esel gemiethet, der den nicht ungefährlichen Weg jahraus jahrein zu gehen gewohnt war. Wir kamen an einen Spalt. Diesseits lag ein Stein und jenseits ein anderer. Der Esel war mit dem vorgestreckten Fuß, während er mit dem zweiten Vorderfuß auf dem ersteren ruhen blieb, auf den zweiten hinüberzuschreiten im Begriff. Er hob den Fuß wie gewöhnlich und berührte leicht den jenseitigen Stein, dann zog er ihn zurück, und keine Zurufe und keine Schläge des Führers vermochten, ihn vorwärts zu bringen. Der Führer entdeckte endlich, daß der Stein sich gelockert hatte, und daß der Esel, wenn er ihn betrat, nothwendig mit seiner Last in den Abgrund gestürzt wäre. Sie können mich — mit dieser Moral schloß Deak seine Erzählung — doch unmöglich für einfältiger halten als einen Esel, und glauben, daß ich mich dazu hergeben würde, einen Schritt zu thun, bei welchem ich nichts unter den Füßen hätte als den wankenden Stein, der Hr. v. Schmerling heißt.“ (D. A. Z.)

Man schreibt der „A. Z.“ aus **Berlin**: „Großes Aufsehen erregt ein Ausspruch des Obertribunals über die außeramtliche Führung von richterlichen Beamten. Ein Kreisrichter war wegen seines politischen Verhaltens angeklagt und hatte sich zu seiner Rechtfertigung auf Art. 27 der Verfassung berufen. Das Obertribunal stellt dagegen den Grundsatz auf, daß ein Beamter, namentlich ein richterlicher Beamter, seine Amtspflichten verletze, wenn er eine Thätigkeit entwickle, durch welche er sich mit den von der Staatsregierung vertretenen Anschauungen und Auffassungen in Widerspruch setze, und die darauf berechnet sei, im Publikum eine Mißstimmung und ein Widerstreben gegen die Durchführung jener Auffassung hervorzurufen. Ein Richter, der seine der Staatsgewalt feindlichen Tendenzen öffentlich manifestire, könne in Sachen, welche mit der Politik zusammenhangen, nicht für unbefangen erachtet werden. Er beeinträchtige dadurch seine richterliche Wirksamkeit. Eine solche Opposition könne auch die Folge haben, daß auf sein richterliches Ansehen hin von solchen, welchen ein selbständiges Urtheil mangele, die Maßregeln der Regierung wirklich für verderblich, für gesetz- und verfassungswidrig gehalten würden. Der Richter mißbrauche dadurch sein Ansehen, welches ihm durch sein Amt im Interesse der Staatsgewalt als eines organischen einheitlichen Ganzen verliehen sei, dazu, um einen Theil dieser selben Gewalt in seiner Wirksamkeit zu gefährden. Im vorliegenden Falle sei eine solche Betheiligung an öffentlichen Demonstrationen und Agitationen sogar gegen die ausdrücklich erklärte Willensmeinung des Königs selbst. Befremdend ist diesem Ausspruch gegenüber nur, daß der Präsident eines Obergerichts, welcher notorisch Jahre lang der Staatsregierung die heftigste Opposition machte, heute noch unangefochten im Amte ist.“

Berlin, 13. Febr. In den handelspolitischen Verhandlun-

---

nen, daß dieses Volk sehr zufrieden wäre; ich hole meine Beobachtungen nicht von so würdevollen Orten, wo mancher sich selbstständig, lebendig zu regen scheint, während er doch nichts ist als ein Automat, wo die wirklich Lebenden nie ganze Wahrheiten sagen dürfen; ich gehe an die Orte, wo sich das Volk versammelt, — vor Allem in die Theater. Man lernt hier besser die Stimmung des Landes kennen, als in den öffentlichen Centurien. Der ernste Corneille, der fromm-klassische Racine, der satyrische Molière haben sicher nie geahnt, daß Frankreich würde ein Kaiserthum werden. Aber trotzdem schrieben sie manchen Vers gegen Tyrannei, Heuchelei, Doppelzüngigkeit, manchen Vers, in dem sie Gerechtigkeit, Menschenfreiheit, Billigkeit, Wahrheit vertheidigten, so bescheiden, als es guten Royalisten nur möglich war. Die Könige fanden diese Verse ganz zahm. Wie konnten diese Dichter ahnen, daß eine Regierung kommen werde, unter der sie für unloyal gelten würden. Unloyal? — Nun ja, so heißt heut Alles, was nicht imperial ist.

Die Franzosen haben eine merkwürdige Fertigkeit, Analogien zu ziehen, Verhältnisse von ehedem mit den heutigen in Parallele zu stellen, die Nutzanwendung für die Gegenwart zu machen. Dieser Fertigkeit entspricht vielleicht die Unfähigkeit, sich ganz in die Vergangenheit zu versenken und die Gegenwart zu vergessen. Drum finden sie Anspielungen, wo Niemand daran denkt. Die Polizisten, die Zensoren sehen staunend, daß sie immer noch nicht viel genug verboten oder gestrichen haben, und wenn sie dann diesen furiosen Beifall des Publikums betrachten, dann mag ihnen der unheimliche Gedanke kommen: Wie, wenn es diesen Massen einmal einfiele, ihre Hände zu etwas Anderem zu gebrauchen, als Verse zu beklatschen.

Es ist ein arger Mißgriff, wenn, wie aus einem von Herrn Legouvé an den politischen Direktor der „Debats“ gerichteten Schreiben ersichtlich, die französische Regierung dem Drama „Les deux Reines“ die Aufführung nicht gestattet, weil derartige Anklänge herausgefühlt werden könnten. Herr Legouvé theilt zugleich ein Schreiben mit, welches er in dieser Angelegenheit an den Minister Marschall Vaillant richtete. Als wahrscheinlichstes Motiv des Verbots bezeichnet er, daß in dem Drama dem Papst Innocenz eine edle Rolle zugetheilt ist, indem derselbe nicht duldet, daß der König Philipp August von Frankreich seine Gemahlin verstößt. Man scheint nun zu fürchten, daß vielleicht einige Legitimisten bei dieser Gelegenheit eine kleine Demonstration zu Ehren des Papstthums herbeiführen könnten. Wahrlich, wenn die weltliche Macht des Papstes nicht auf die Hilfe anderer Heerschaaren zählen kann, das Beifallklatschen der legitimistischen Kreise wird es mit keiner neuen Glorie umgeben.

An diesem vieraktigen Drama mit Chören, zu denen Gounod, der Margarethen-Komponist, die Musik schrieb, hat Legouvé drei Jahre gearbeitet. Das Journal „des Debats“ fängt nun an, dasselbe in seinem Feuilleton zu veröffentlichen. Vielleicht geht es Legouvé doch noch einmal wie Mermet, der 16 Jahre an seinem „Roland“ komponirte, oft von den Theatern abgewiesen wurde, und nun der musikalische Löwe des Tages ist. Es ist ihm eine Ehre widerfahren, die einzig in den Annalen der Oper verzeichnet werden wird, von der alle Zeitungen sprechen: Der Kaiser und die Kaiserin haben in der vorigen Woche zum Drittenmale das Werk Mermets angehört.

Es gehört jetzt zum feinen Ton, Mermet zu feiern. Man trägt „Cravates Roland à Ronceveaux.“ so genannt, weil in deren Enden der in sein Horn blasende Paladin gestickt ist. Einen seltsamen Kontrast zu dem Glanz und der Kostbarkeit der Damentoiletten bilden die einfachen oder bemalten hölzernen Fächer (ein Wiener Artikel) und die Stahlschmucksachen, welche allgemein getragen werden. Auf dem letzten Balle, welchen der Seinepräfekt in den prachtvollen Räumen des Stadthauses gab, erschien eine durch ihre Excentricitäten bekannte Dame aus Deutschland mit einem förmlichen stählernen Dolch im Haar. Fürst Metternich fehlte natürlich auch nicht. Der Graf von der Goltz war ebenfalls anwesend. Während sonst nur 2500 Personen, waren diesmal 3000 geladen worden.

gen mit Oesterreich ist man über Zoll-Cartel und gegenseitige Gränzverkehrserleichterungen so gut wie einig. Die darauf bezüglichen Verträge würden unter allen Umständen abgeschlossen werden. Dagegen ist man über die Weinzollfrage noch nicht einig geworden. Herr v. Hock soll über diesen Punkt noch Instruktionen erwarten. Daher ist die Tarifreduktion noch im Ungewissen. (A. Z.)

Dresden, 12. Febr. Soeben verkündet Kanonendonner, daß in den Kirchen der Residenz das Te Deum aus Anlaß der gestern Abend erfolgten Vermählung des Herzogs Karl Theodor in Bayern mit der jüngsten Tochter unserer königlichen Majestäten, der Prinzessin Sophie, angestimmt worden ist. Die Vermählung selbst ist in der Stille in der Kapelle des königlichen Schlosses durch den hiesigen apostolischen Vikar, Bischof Forwerk, vollzogen worden, und außer der königlichen Familie und den anwesenden fürstlichen Gästen haben derselben nur die zum großen Dienst gehörigen Kavaliere, die Gesandten Oesterreichs, Bayerns und der sachsen-ernestinischen Häuser, sowie die Minister und eine Anzahl Herren aus der ersten und zweiten Hofrangordnung als Zeugen beigewohnt. Alle Kirchen waren überfüllt und gar manche Thräne begleitete die für das hohe junge Paar und die königliche Familie zum Himmel gesandten Gebete. Prinzessin Sophie ist die letzte von den sechs Töchtern unsers Königspaars, welche jetzt aus dem Hause zieht, und außer ihr ist von diesen sechs Schwestern nur noch die Frau Herzogin von Genua am Leben: vier derselben, hochbegabte, schöne, engelgleiche Wesen (die Herzogin Anna von Toskana, Erzherzogin Karl Ludwig von Oesterreich und unvermählt die Prinzessinnen Marie und Sidonie) sind in der Blüthe des Lebens bereits in die Ewigkeit abberufen worden! Deßhalb nimmt an der heutigen Vermählungsfeier allenthalben das Herz so warmen Antheil. (A. Z.)

London, 10. Febr. Dem Schatzkanzler ward gestern ein Vergnügen zu Theil, wie es dann und wann vor seiner Budgetrede gemacht wird. Eine Sturmdeputation, deren Schwanz noch am andern Ende der Downing-Street herumwackelte, während der Kopf das Bureau des Ministers anfüllte, überreichte eine Bittschrift zur Abschaffung der Malzsteuer. Die Deputation bestand aus einer Anzahl von Landwirthen. Das Gesumme, welches sich nach und nach zu lautem Lärm steigerte, machte die Worte des Sprechenden fast unvernehmlich. Gladstone gab seine Bereitwilligkeit kund, den Gegenstand geeigneten Falles mit seinen Kollegen in Erwägung zu ziehen.

Southampton, 13. Febr. Aus Südamerika sind folgende Nachrichten eingetroffen: Der Kongreß von Chili hat 2 Mill. Doll. für die Verstärkung der Seemacht votirt. Der Kongreß der südamerikanischen Republiken in Lima hat beschlossen, Peru seinen Streit mit Spanien allein ausmachen zu lassen. Peru hat den General Vivanco nach den Chinchasinseln geschickt, um mit dem spanischen General Pareja über die Beendigung des Konflikts zu verhandeln. Vivanco soll den Vorschlag machen, die Forderungen Spaniens einer von beiden Regierungen gebildeten Kommission zur Entscheidung zu übertragen. Pareja besteht auf der Vorbedingung, daß die Kosten der spanischen Expedition von Peru gewährleistet werden. Man glaubt, Peru werde seine Zustimmung geben.

Paris, 11. Februar. Das „Memorial Diplomatique" dementirt, wie der „Moniteur" und „Constitutionnel", die Gerüchte einer vom Kaiser Maximilian beabsichtigten Cession Sonora's rc. an Frankreich und beruft sich, um die Unmöglichkeit eines solchen Akts recht deutlich zu konstatiren, auf den von Maximilian in Miramar geleisteten Eid: die Integrität des neuen Kaiserreichs zu wahren. Es handle sich wahrscheinlich nur um einen Kolonisationsplan bezüglich Sonora's, den Hr. Gwin bereits vor längerer Zeit dem Kaiser Maximilian vorgelegt. Es sollen auf diesem Boden Kolonien von Arbeitern, deren Zahl bis auf 80,000 gesteigert werden könne, angelegt werden, die, außer dem Anbau des Bodens, denselben gegen die Indianer und Nordamerikaner zu schützen hätten. Die Ausbeutung der Minen könne nur als eine von der mexikanischen Regierung zu konzessionirende Privatunternehmung in Angriff genommen werden.

Wie das „Athenäum" wissen will, erfährt die Ausgebung der kaiserlichen „Histoire de Jules César" — so lautet jetzt der Titel, anstatt „Vie de Jules César" — einen kleinen Aufschub dadurch, daß der Kaiser eine andere Vorrede zum Buch zu schreiben wünscht.

Aus **Rom** vernimmt das „Mém Dipl.", daß der heilige Vater den lebhaftesten Wunsch hege, den mexikanischen Konflikt im Keime zu ersticken. Es sollen dem Kaiser von Mexiko die bestimmtesten Zusicherungen ertheilt worden sein, daß der römische Stuhl keineswegs daran denke, irgendeines der dem Kaiser Maximilian gemachten Versprechen rückgängig zu machen. Man werde sich zu allen mit den Interessen der Kirche vereinbaren Zugeständnissen hergeben, um die kirchlichen Angelegenheiten Mexiko's definitiv zu regeln. Allein der römische Hof könne nicht vom allgemeinen und ständig beobachteten Verfahren abweichen, daß die Unterhandlungen über Konkordate in Rom geführt werden müssen, indem der Papst dabei nicht als weltlicher Herrscher, sondern als oberster Kirchenfürst auftrete, und darum stets das heilige Kollegium zu Rathe zu ziehen habe. Es sei deßhalb natürlich, daß Msgr. Meglia nur mit Vollmachten zur Anknüpfung der Verhandlungen nach Mexiko gegangen sei, keineswegs aber berechtigt war, das ihm von dem Hof von Mexiko vorgelegte Konkordatsprojekt zu paraphiren.

Verantwortlicher Redakteur: A. Hartmann.
Druck und Verlag der Stabel'schen Buch- und Kunsthandlung in Würzburg

Cours der Staatspapiere.

Oesterr.	5 pCt. Met. (Cp. i. S. b. R.)	—
„	5 pCt. Lomb. ditto. à 24	—
„	5 pCt. Engl. Met. v. 1852	79 G.
„	5 pCt. Engl. Met. v. 1859	78 5/8 P.
„	5 pCt. Venet. Coupon b. R	84 3/8 P.
„	5 pCt. Nationalanl. v. 1854	68 1/2 G.
„	5 pCt. Metall. Obligation.	62 1/2 G.
„	4 1/2 pCt.	56 1/8 P.
Preussen	3 1/2 pCt. Staatsschuldsch.	90 7/8 P.
Bayern	4 1/2 pCt. Obl. 1jähr. dto.	101 7/8 P. 3/4 G.
„	4 1/2 pCt. Obl. 1/2jähr. dto.	102 1/4 P.
„	4 pCt. Obl. 1jähr. dto.	98 7/8 P.
„	4 pCt. Obl. 1/2 jähr. dto.	99 P. 98 7/8 G.
„	4 pCt. Obl. Ab.-R. dto.	98 1/2 G.
„	3 1/2 pCt. Obl. dto.	—
Württemb.	4 1/2 pCt. Obl. b. Rothsch.	105 1/2 G.
„	3 1/2 pCt. Obl. dto.	95 G.
Baden	4 1/2 pCt. Obl.	—
„	3 1/2 pCt. Obl. v. 1842	92 1/8 P.
Gr. Hess.	4 1/2 pCt. Obl.	—
„	4 pCt. Obl. b. Rothsch.	100 7/8 G.
„	3 1/2 pCt. Obl. dto.	97 3/8 P.
Nassau	4 1/2 pCt. Obl. dto.	101 5/8 G.
„	4 pCt. Obl. dto.	99 1/8—99 G.
„	3 1/2 pCt. Obl. dto.	92 1/4 P.
Frankfurt	3 1/2 pCt. Obl.	95 1/4 P.
„	3 pCt. Obl.	90 1/4 G.
Spanien	3 pCt. inl. Sch. P. à fl. 2. 30	—
„	2 1/4 pCt. „ „ „	—
Schweden	4 1/2 pCt. Obl. à 105 Thlr.	92 1/2 P.
N.Amerika	6 pCt. à 1000r. 1881 D. 2 1/2	—
„	6 pCt. ditto r. 1882 „	52 1/4—52 1/8 G.

Diverse Aktien.

Frankfurter Bank à fl. 500 . . .	146 1/4 G.
K. K. Oesterr. National-Bankaktien	839—42 G.
Oesterr. Kreditbank-Aktien à fl. 200	195 1/2 G.
Bayer. Hypothekenb. Pfandbriefe 4 pCt.	98 P. 97 7/8 G.
Darmst. Bank 1. u. 2. Serie à fl. 250	236 P. 237 G.
Weimarische Bank à Thlr. 100 . .	101 1/2 P. 101 G.
Mitteldeutsche Kreditaktien . . .	101 1/4 P.
Intern. Bank in Lux. à 250 Frs. à 28 kr.	—
Taunus-Eisenbahn à fl. 250 . . .	361 P.
Frankfurt-Hanauer-Eisenbahn . . .	101 5/8 P.
Oest. F.St.Eisb. 5pCt. 500 Fr. à 28 kr.	—
„ Elisab.-Eisenbahn 5 pCt. . .	118 G.
Böhm. Westbahn-Aktien à fl. 200 6/7	—
Rhein-Nahe-Bahn 200 Thl. à 105 4pCt. Z.	30 G.
Ludwigshafen-Bexbacher à 4 pCt. .	147 P. 147 1/2 G.
dto. dto. Prior. à 4 pCt.	97 1/2 P.
Pfälz. Maxb. b. Rothschild à 4 1/2 pCt.	106 G.
Oest. St.-Eisenb. Prior.-Oblig. à 3 pCt.	50 3/8 G.
Elisab.-Bahn Prior. 5 pCt. 6/7	80 1/4 P.
Südd. Bank-Akt., 40 pCt. Einz.	260 1/2 G.
Span. Handels- und Industrie . .	—
Bayr. Ostbahn à 4 1/2 pCt. volleinbez.	114 3/8 P.
Bayer. Ostbahn mit 50 pCt. Einz.	113 5/8 G.

Wechsel in süddeutscher Währung.

Amst. fl. 100 k. S.	100 7/8 G.
Antwerp. Frs. 200 k. S.	94 1/4 G.
Augsb. fl. 100 k. S.	100 P.
Berlin Th. 60 k. S.	105 P.
Brem. 50 Th. Lsd. k. S.	96 7/8 P.
Brüssel Frs. 200 k. S.	94 1/4 G.
Cöln Thlr. 60 k. S.	105 7/8 P.
Hamb. MB. 100 k. S.	89[illegible] G.
Leipzig Th. 60 k. S.	105 P.
London Lst. 10 k. S.	118 7/8 P.
Lyon Frs. 200 k. S.	—
Mail. Frs. 200 . .	93 7/8 G.
München fl. 100 k. S.	99 7/8 P.
Paris Frs. 200 k. S.	94 1/4 G.
Petersburg 60 S.-R.	—
Triest fl. 100 k. S.	—
Wien fl. 100 ö. W.	—
do. in öst. W. l. S.	103 7/8 G.
Disconto	4 pCt. G.

Anlehens-Loose.

Oesterr. fl. 250 v. 1839	140 1/2 P.
„ fl. 250 v. 1854 mit 4pCt.	76 P. 75 3/4 G.
„ fl. 500 v. 1860 6/7	83 3/8—7/8 G.
„ fl. 100 Eisb. L. v. 1858.	131 G.
„ do. v. 1864.	90 3/8 P.
Schwed. 10 Thlr. Loose	9 1/4 P.
Badische fl. 50	—
Badische fl. 35	53 7/8 P.
Kurhess. Thlr. 40 b. R.	55 7/8 P.
Gr. Hessen fl. 50 b. R.	138 1/8 G.
„ fl. 25 do.	39 1/4 P.
Nassau fl. 25 bei Rothsch.	—
Sardinische Fr. 36 b. B.	—
Neuchateler 10 Frs.-Loose	—
Freiburger 15 Frs.-Loose	—
Mailänder 45 Frs. L. b. R.	33 P.
St. Lüttich mit 2 1/2 pCt. Z.	84 1/2 P.
Ansb.-Gunzenh. fl. 7-L.	—

Frankfurt, 14. Februar. Oesterr. Fonds waren beliebt, namentlich Bank- und Kreditaktien. In Amerikanischen blieb es ganz stille; die Aufmerksamkeit der bei diesem Handel Meistbetheiligten war auf die Telegraphenschalter gerichtet, allein das von dorther erwartete Signal blieb aus; Umsätze beschränkten sich daher auf einzelne Stücke. (Synd.)

An die
k. Hof- und Staatsbibliothek
N. Würzb. Ztg. München.

Neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht!

№ 47. | Vorausbezahlung: Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 1 fl. 30 kr. Bei Inseraten wird die dreispaltige Zeile in gewöhnlicher kleiner | 62. Jahrgang. | Schrift oder deren Raum im Hauptblatte mit 6 kr., im Anzeiger mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franco. | Donnerstag, 16. Februar 1865.

Zur schleswig-holsteinischen Sache.

In einer Korrespondenz der „Allg. Z." aus Holstein werden Aufklärungen gegeben über die Stellung, die das Ausland gegenwärtig gegenüber der schleswig-holsteinischen Frage einnimmt. Danach ist es authentisch, daß Rußland seine Gleichgiltigkeit gegen eine etwaige Annexion aufgegeben hat, seitdem es weiß, daß das militärische Ehrgefühl des Königs Wilhelm eine Rückgabe Nordschleswigs verbietet. Es hat nachdrücklich auf eine bundesmäßige Lösung hingewiesen. Dasselbe ist von Seiten Graf Russell's in einer in Wien abschriftlich überreichten Depesche vom 27. Januar an Lord Bloomfield geschehen. Sie betont, „daß, wenn Oesterreich es zulasse, daß Preußen nach seinem Belieben über die Elbe-Herzogthümer disponire, so würden dadurch schwere Complicationen in Europa herbeigeführt, für welche die Verantwortlichkeit natürlich auf Oesterreich falle. Das Schicksal der Herzogthümer könne rechtmäßig nur durch den Bund geregelt werden, und jede Macht, welche sich eine Disposition über jene Länder ohne dessen Zustimmung anmaßte, würde einen Akt der Willkür begehen, auf den man früher oder später zurückkommen müßte." Es sei zweifellos, daß diese Depesche auch in Paris mitgetheilt worden ist. Der Kaiser Napoleon habe vielleicht, ja wahrscheinlich, auch bei diesem Schritte seine Zurückhaltung bewahrt. Aber wenn auch scheinbar diese Zurückhaltung eine Erleichterung für die Einverleibungsplane sei, so wisse man doch, daß Niemand sicher ist, welche Partei der Kaiser im letzten Augenblick ergreifen wird, so wisse man, daß er mehr als jeder andere Herrscher den populären Strömungen einen Einfluß auch auf seine äußere Politik einräume. Ein Schrei der Entrüstung würde aber in dem Augenblick durch Frankreich gehen — er klingt dem feiner Hörenden schon jetzt an —, in welchem Preußen ohne greifbare Kompensationen die Herzogthümer annectirte.

Allmählich werden immer mehr Einzelheiten aus dem preußisch-österreichischen Depeschenwechsel vom Dezember (s. den gestrigen Leitartikel) bekannt gegeben. Die neueste derartige Mittheilung findet sich in einer offiziösen Wiener Korrespondenz der „Allg. Ztg.", wonach die österreichische Depesche vom 21. Dez. sich in Bezug auf die Forderungen Preußens u. A. mit folgenden Worten äußert: „Oesterreich würde diese Frage in demselben Augenblick für erledigt erachten, wo Graf Karolyi sich in dem Fall befände, zu berichten, daß Preußen an den neu zu konstituirenden Staat keine Forderung zu stellen beabsichtige, welche nicht ein Bundesglied dem andern zu gewähren in der Lage ist."

Von den Flugblättern des deutschen Reformvereins ist Nr. 3 in einem halben Bogen erschienen. Dieselbe ermuntert den Verein zur Thätigkeit. „Hie und da hört man wohl die Frage aufwerfen, ob es nicht Zeit sei für die deutsche Reformpartei, ihre Thätigkeit einzustellen, die Hände in den Schooß zu legen und abzuwarten, was die Zukunft bringt. Es würde indeß ein solches Gebahren sehr lebhaft erinnern an Jenen, welcher am Ufer eines Flusses sich mit der Absicht schlafen legte, so lange zu schlafen, bis das Wasser vorbeigelaufen sei." Die Numm.r des Flugblattes schildert darauf die gegenwärtige Situation, namentlich mit Rücksicht auf die schlesw.-holst. Anschlußfrage und die Stellung der Parteien zu derselben und gelangt zuletzt zu folgendem Schluß:

„Die großdeutsche Partei, die großdeutsche Presse hat hier Pflichten, sehr nahe liegende Pflicht. Sie hat, so wenigstens glauben wir, nachzuweisen, wie der gewünschte Anschluß an Preußen den Anschluß an Deutschland ausschließt, und wie durch die von den Anschluß-Enthusiasten gepriesene militärische, maritime, diplomatische und kommerzielle Unterordnung eines Staates, und zwar namentlich dieses Staates ein Präjudiz würde geschaffen werden, welches für die Zukunft jede gesunde Bundesreform unmöglich machen würde."

„Oesterreich und die Regierungen der deutschen Königreiche scheinen nach den neuesten Nachrichten guten Willen zu haben in diesem Betreff, indeß hatten Oesterreich und diese Regierungen auch

Feuilleton.

Von einem kuriosen Buche.

Stand da vor Kurzem ein Inserat in deutschen Blättern, nachbezeichnetes Buch annoncirend: „Salon-Gespräche — achtzig anleitende Beispiele, um auf Bällen, in Gesellschaften, Konzerten und in Theatern, bei Besuchen, Diners und Landpartien, auf der Straße, auf Promenaden, Reisen, sowie überhaupt unter den verschiedenartigsten Lebensverhältnissen auf eine passende, anziehende und interessante Weise eine Unterhaltung anzuknüpfen, so wie mit Takt und Gewandtheit fortzuführen."

Weimar, der weiland Vorort deutscher Klassizität, hat diesen „Rathgeber für unerfahrene und schüchterne junge Leute beiderlei Geschlechts" entsendet, und Leopold von Reinbeck heißt der Edle, welcher Knigge's „Umgang mit Menschen" in Dialogform neu umgegossen, aus eigener Weisheit vermehrt und verbessert und mit manchmal dramatischer Wirkung bearbeitet hat. Weit über das Gebiet des „Salons" hinausgehend, ist dieses Handbuch eine Art von en tout cas für verschiedene, mitunter kühn erdachte Situationen.

Eine der kühnsten ist z. B. Nr. 3: „Ein junges Mädchen ist unwohl und empfängt im Beisein ihrer Mutter den Besuch des Arztes, der ihren Zustand untersucht." Die harmlose Naivetät, welche der Verfasser in dieser kleinen Szene niedergelegt hat, ist reizend, und wir bedauern, wegen Mangel an Raum und sonstiger Rücksichten halber die Worte der minorennen leidenden Unschuld hier nicht wiedergeben zu können.

Nr. 4 ist heroischer Natur und klingt wie der Stoff zu einer Szene à la „Clavigo". Man höre die Ueberschrift: „Ein älterer Herr hat auf zudringliche Weise einem jungen Mädchen seine Begleitung aufgezwungen und ist gegen deren Willen in ihr Zimmer eingedrungen. Der Bruder des jungen Mädchens kommt dazu und nimmt sich seiner Schwester an. Darüber geräth er mit dem alten Herrn in einen heftigen Streit, bei welchem er sich in Vortheil zu setzen weiß, indem er auf ehrenhafte Weise seine Ruhe bewahrt, ohne sich und seiner Schwester irgend etwas zu vergeben." Diese Szene, bei welcher der Verfasser in gerechter, sittlicher Entrüstung auf den Ton des „Salons" einigermaßen vergißt, ist mit sichtlicher Liebe behandelt und der Schluß, wo der „ältere Herr" moralisch hinausgeworfen wird, ist von besonderer Wirkung. Es steckt etwas von einem Iffland in Herrn v. Reinbeck.

In Nr. 6, wo „ein junger Mann, der ohne seine Schuld schon seit längerer Zeit einen Posten nicht bezahlt hat, einen ungestüm mahnenden Gläubiger zu längerer Nachsicht zu stimmen weiß" — dämpft unser Autor den Ton zur konversationellen Gelassenheit, und die vortrefflich gezeichnete Figur des „Gläubigers" ist ein gar anmuthiges Bildchen von einem „gutmüthigen Polterer."

In Nr. 19 macht ein junger Mann seinen Antrittsbesuch in dem Hause eines Vorgesetzten, unter dem er kürzlich eine Anstellung bekommen hat. Personen: Der Geheimrath; dessen Frau; erste, zweite Tochter; der Sohn; der junge Mann. — In dieser Szene weht etwas wie Bauernfeld'sche Konversationsluft — ewig schade, daß Hr. v. Reinbeck die Begegnung so flüchtig abmacht.

Aus Nr. 22: „Ein junger Mann überreicht einem jungen Mädchen ein Geburtstagsgeschenk, und nimmt dies zur Veranlassung, ihm eine Liebeserklärung zu machen," spricht der reinste Kotzebue. Mag der Leser aus dem Schlusse beurtheilen, ob wir Recht haben:

Das junge Mädchen: . . . „So weit sind wir ja noch nicht." Der junge Mann: „Doch, mein theueres Fräulein,

damals guten Willen, als der Frankfurter Fürstentag stattfand? Welche Resultate hat er gehabt? Und wer trägt die Schuld?"

„Zum großen Theil doch gewiß der Umstand, daß damals die Vereine, die Presse, die Bevölkerung Deutschlands sich zu ruhig verhielten. Man war zu sehr überrascht, wie es scheint, um sofort zuzugreifen — und die Hand ward zurückgezogen. Möge man nicht zum zweiten Male einen wichtigen Augenblick vorübergehen lassen in träger Indolenz; denn leicht könnte es kommen, daß er zum dritten Mal nicht wiederkehrt. Oesterreich, Preußen und der Bund, das sei die Losung, und Schleswig-Holstein im engsten Anschluß an — Deutschland!"

Ueber die preußischen Forderungen bezüglich eines eventuellen, selbstständigen Schleswig-Holsteins schreibt ein Berliner Korresp. der „K. Z." vom 14. ds.: „Die Hauptsache wird bleiben, daß Preußen für keinen eventuellen neuen Staat eine Leistung mit der allgemeinen Wehrpflicht seines Volkes übernehmen kann, ohne daß dieser neue Staat dieselbe allgemeine Wehrpflicht, und zwar mit der preußischen Organisation, auf Grund der preußischen Heeres-Verfassung, für sich übernimmt. Ohne diese Bewilligung könnte Preußen augenscheinlich ein selbstständiges Schleswig-Holstein jedenfalls nicht zugeben. Im Uebrigen sollen die Forderungen in allen Spezialitäten noch immer nicht ganz festgestellt sein."

(Amtliche Nachrichten.) **München**, 14. Februar. Se. Maj. der König hat auf die am Bezirksg. Wasserburg erledigte Rathsstelle den 2. Staatsanwalt daselbst, L. v. Stubenrauch, auf die sich hiedurch erledigende 2. Staatsanwaltsstelle am Bezirksg. Wasserburg den Bezirksg.-Assessor Chr. Bandel in Augsburg und auf die am Bezirksg. Deggendorf erledigte Assessorstelle den Sekretär dieses Gerichts, K. Zimmermann, befördert; dann die hiedurch in Erledigung kommende Bezirksg.-Sekretärsstelle in Deggendorf dem Bezirksg.-Accessisten Jos. Merkl in Weiden in provis. Eigenschaft verliehen. (B. Z.)

Vom Main, 14. Febr. Die Konferenz für Abschluß eines Handelsvertrages zwischen dem Zollverein und der Schweiz hat einen Aufschub erfahren; doch dürfte derselbe nicht von langer Dauer sein, da er nur davon herrührt, daß die definitiven Instruktionen der schweizerischen Bevollmächtigten und Fachmänner noch nicht ausgefertigt sind. Man erwartet, daß die Konferenz, deren Eröffnung anfänglich für den 6. d. in Aussicht genommen war, in der ersten Hälfte des kommenden Monats in Stuttgart werde zusammentreten können. (N. K.)

Wien, 14. Febr. Es sind die Aeußerungen der ungarischen Obergespäne über eventuelle anderweitige Eintheilung der Landtagswahlbezirke eingefordert worden. Das Befinden des Kronprinzen hat sich wesentlich gebessert. (Tel.)

Ueber die Rede, welche Herr v. Schmerling in einer Versammlung von Abgeordneten gehalten hat, gehen der „Presse" folgende Andeutungen zu: Der Staatsminister stellte die sofortige Einberufung des engern Reichsrathes nach Schluß des weitern in sichere Aussicht. Der gallizische Landtag werde erst nach dem Schlusse der Session des engern Reichsrathes zugleich mit den anderen Landtagen einberufen werden. Die Regierung sei unablässig thätig, die Aufhebung des Belagerungszustandes in Galizien in Bälde bewerkstelligen zu können. Für die Einberufung des ungarischen und kroatischen Landtages seien die Vorarbeiten in vollem Zuge. Die Regierung wünsche, daß der Gesammt-Reichsrath seine Arbeiten thunlichst beschleunige, damit es ihr um so eher möglich sei, diese beiden Landtage, welche gleichzeitig mit dem engern Reichsrathe tagen würden, einzuberufen. Mit der Lösung der ungarischen Frage sei es der Regierung voller Ernst; das Einverständniß mit dem ungarischen Landtage werde jedoch nur auf dem Boden der Verfassung angebahnt werden. Es habe ihn befremdet, daß das Haus während der Adreßdebatte Ansichten Beifall gezollt habe, welche mit dem Standpunkte, den es bisher in dieser Frage eingenommen, nicht harmonirten. Dem Ideengange, welchen die Thronrede, beziehungsweise die Adresse des Abgeordnetenhauses eingehalten, folgend, berührte der Minister nun die deutsche Frage. Dieselbe sei, bemerkte er, allerdings eine sehr verfahrene und nicht leicht zu lösende. Der gegenwärtige Minister des Aeußern habe sich der Aufgabe unterzogen, dieselbe zu einem gedeihlichen, die Interessen Oesterreichs befriedigenden Abschlusse zu bringen. An eine Oktroyirung des neuen Zolltarifs denke die Regierung nicht. Sie hoffe, denselben noch in dieser Session der Berathung des Reichsrathes zu unterziehen. Zur Beseitigung des Deficits wolle die Regierung nach Kräften beitragen. Daß es ihr darum zu thun sei, habe sie durch ihre Geneigtheit gezeigt, auf den Antrag des Grafen Brints einzugehen. Die Ermöglichung einer Beseitigung des Defizits sei das wesentlichste Moment, welches die Regierung veranlasse, das Budget für 1866 bereits gegenwärtig einzubringen, da es ihr bei einem längeren Zeitraum und bei Gestattung von Virements eher möglich werde, große Abstriche an dem Erforderniß zu machen. Das Budget solle eingebracht werden, wie ein anderes Spezialbudget. Eine Verschmelzung beider Budgets, jenes für 1865 und jenes für 1866, beabsichtige die Regierung nicht; bezüglich jedes derselben solle ein besonderes Finanzgesetz vereinbart werden.

Berlin, 14. Febr. Im Abgeordnetenhause wurde heute die Debatte über die Arbeitercoalitionsfrage fortgesetzt. Löwe vertheidigt den Antrag Schultze's und sagt: die feudale Partei beute die Arbeiterfrage zu politischen Zwecken aus. Reichenheim greift den Ministerpräsidenten wegen der Waldenburger Un-

---

wir sind so weit, sobald nur Sie selbst es wollen." Das junge Mädchen: „Und wenn ich nun Ihren Scherz für Ernst hielte und ja sagte?" Der junge Mann: „Dann würde ich Sie alles Ernstes beim Wort halten und weiter fragen: Willst Du mein sein, Amalie? . . ." Das junge Mädchen: „Und ich würde ohne Ziererei antworten: Ich will, Gustav!" Der junge Mann: „Nun, so komme zu Deinen Eltern, daß sie unsern Bund durch ihren Segen besiegeln."

„Der Vorhang fällt"

denkt man sich unwillkürlich hinzu, wenn man diese reizende Liebeständelei gelesen hat.

Seinem in der Vorrede ausgesprochenen Vorsatze, Mustergespräche zu liefern, welche man nur „mit Aufmerksamkeit durchzulesen brauche, bevor man den Gang zu einem der in der Sammlung angedeuteten Zwecke antritt," wird unser dramatischer Knigge aus Weimar in der Hitze des Gefechts, namentlich bei der Straßenszene mehrfach untreu. In Nr. 45 z. B. bietet „bei plötzlich ausbrechendem Regen ein junger Mann einer Dame seinen Schirm an, indem er sie zugleich um Erlaubniß bittet, sie nach Hause begleiten zu dürfen." In Nr. 43 „wird eine Dame durch das Scheuwerden eines Pferdes erschreckt, und ein junger Herr nimmt sich derselben hilfreich an." Da konnte sich nun der betreffende junge Galan vor dem Ausgehen wohl schwerlich schon auf den „plötzlichen Regen" oder gar auf das „scheue Pferd" vorbereitet haben.

Uebrigens sind die Situationen von der Straße durchweg mit besonderer Kühnheit und für „unerfahrene, schüchterne Leute" äußerst ermuthigend gehalten. Jene Dame von Nr. 45, die vor dem scheuen Pferde erschreckte, scheint selbst durchaus nicht „scheu" zu sein, denn „sie gibt ihm ihre Adresse, tritt in das Haus und entfernt sich," heißt es am Schlusse des Zwiegesprächs. In Nr. 46 „nimmt ein junger Mann eine Dame gegen zudringliche Angriffe eines andern jungen Mannes in Schutz und bietet ihr nach der Entfernung des Zudringlichen selbst seine Begleitung an." Noch unternehmender geht Nr. 48 vorwärts. Hier bleibt der „Zudringliche" Sieger. „Ein junger Mann bietet einem ihm unbekannten jungen Mädchen seine Begleitung an, und obgleich sie ihn Anfangs zurückweist, bringt er es durch bescheiden zudringliche Beharrlichkeit dahin, daß sie ihm zuletzt die Erlaubniß gewährt." Man sieht, Hr. v. Reinbeck hat auch seinen Goethe gelesen: „Mein schönes Fräulein u. s. w." — Er kennt auch das:

Komm' den Frauen zart entgegen,
Du gewinnst sie auf mein Wort;
Doch — wer keck ist und verwegen,
Kommt fürwahr noch besser fort.

In dieser wunderlieblichen Begegnung Nr. 48, wobei „sie" gar entzückend „kurz angebunden" ist, spricht Hrn. v. Reinbeck's Gretchen die duftigen Worte: „So mögen Sie denn also neben mir herwandeln, bis ich über Ihre Species im Klaren bin."

Mit der Polizei muß unser Allerweltsmann einen Verdruß gehabt haben, denn wo er seine Zöglinge vor die Sicherheitsbehörde führt, wird der Aktuarius immer als ein ziemlich „schiefgewickelter" Funktionär dargestellt.

In Nr. 62 z. B. soll ein junger Mann „Auskunft über ein Ereigniß geben, von dem er als Zeuge Kenntniß haben soll." Er erklärt sich dazu „gerne bereit", der griesgrämige Aktuarius aber meint: „Darnach wird nicht gefragt, ob Sie es gern thun oder nicht." Die Szene geht nun folgendermaßen ihren Gang: Der junge Mann: „Theilweise wird es wohl von meinem guten Willen abhängen, was ich zu antworten habe." Der Aktuarius: „Ich verbitte mir dergleichen überflüssige Redensarten. Denken Sie daran, daß Sie hier auf der Polizei sind." Der junge Mann: „Ich danke für die gütige Erinnerung und werde sie mir merken." Der Aktuarius: „Warten Sie in dem Vorgemache."

tersuchung an: der Name des Königs sei gemißbraucht; dem König seien entstellte Berichte durch die Abgesandten der Arbeiter überbracht worden. Der Handelsminister verheißt Veröffentlichung der Untersuchungsakten und befürwortet die Einsetzung einer Kommission zur Erledigung des Antrags. (Tel.)

Ein Berliner Korrespondent der „K. Z.“ schreibt: „In den handelspolitischen Verhandlungen glaubt man, daß Preußen als Gegenleistung für das Zollkartel sich nicht mit dem von Oesterreich angebotenen ermäßigten Tarif, der durchschnittlich dem bisherigen Zolltarif gleichsteht, begnügen, sondern eine weitere Ermäßigung des österreichischen Tarifs verlangen wird.“

Leipzig, 14. Febr. Die „Leipziger Zeitung“ (die zwar nicht in gleicher Weise wie das „Dresdener Journal“ als offiziöses sächsisches Organ anerkannt, jedoch ebenfalls öfters zu Kundgebungen offiziöser Art benutzt, überdies von einem Regierungsbeamten geleitet ist, bringt in der Form einer Korrespondenz „aus Mitteldeutschland“ ein förmliches mittelstaatliches Programm zur deutschen Verfassungsfrage, worin die Andeutungen, welche eben darüber neulich das „Dresd. J.“ (S. Nr. 35 der „N. W. Ztg.“) gab, wesentlich weiter ausgeführt sind. Es handelt sich — nach der erwähnten bedeutsamen Korrespondenz der „Leipz. Ztg.“ — um „eine engere und vor allen Dingen organisirte Verbindung sämmtlicher deutscher Mittel- und Kleinstaaten für Zwecke der innern Wohlfahrt wie des äußern Schutzes.“ Die formelle Handhabe dazu biete der Art. 11 der deutschen Bundesakte, der den Bundesgliedern das Recht der Bündnisse aller Art mit der einzigen Beschränkung, daß sie nicht gegen die Sicherheit des Bundes oder einzelner Bundesstaaten gerichtet sind, vorbehält. Daß ein derartiger Verband, „der zunächst die Herbeiführung sachgemäßerer organischer Einrichtungen, namentlich einer kräftigen Exekutive und einer parlamentarischen Vertretung, Gemeinsamkeit in gewissen Materien der Gesetzgebung und in den Militäreinrichtungen, woran sich in weiterer Entwickelung andere, für gemeinschaftliche Behandlung geeignete Dinge, beispielsweise eine gemeinsame Diplomatie und Vertretung nach außen hin anschließen könnten, sich zur Aufgabe zu stellen hätte, weit entfernt, gegen die Sicherheit des Bundes seine Spitze zu haben, im Gegentheil denselben kräftigen, consolidiren, namentlich auch nach außen hin in den ihm nur zu oft abgehenden gebührenden Respekt setzen würde, bedarf keiner Erläuterung.“

Hannover, 12. Febr. Die Aussichten für den deutschen Civilcodex stehen nichts weniger als günstig. Der Plan hatte gleich im Anbeginn seine Gegner, die das britische Reich mit seinem sogar nach Landschaften wechselnden Recht als Beweis anführten, wie wenig eine Rechtseinheit für die politische Einheit zu bedeuten habe. Preußen blieb neben einer Anzahl minder bedeutungsvoller Staaten von den Arbeiten des Bundesausschusses getrennt; Würtemberg will an der zweiten Lesung des Entwurfes nicht Theil nehmen; Sachsen trifft eben jetzt Anstalt, sein eigenes bürgerliches Gesetzbuch in's Leben zu führen; Hannover dürfte kaum geneigt sein, seine bewährte, kaum eingelebte Civilprozeßordnung für das gemeinsame Werk hinzugeben, wenn nicht ein wirklich gemeinsames Werk, zum mindesten „eines mit Vielen“, dafür eingetauscht wird. Und was endlich Wien angeht, so ist dort der hier ausgearbeitete Entwurf allerdings ernstlich geprüft, aber auch auf manche und erhebliche Bedenken gestoßen. Unter solchen Umständen und da außerdem der zur zweiten Lesung verabredete Termin vom 15. Januar schon verfehlt war, wurde hier gezweifelt, ob es überhaupt noch zu einer zweiten Berathung kommen werde. Dieser Zweifel ist indeß gehoben. Die Arbeiten des Bundesausschusses werden in den nächsten Tagen in der That wieder beginnen; und dazu kommt die Mittheilung, daß der Ausschuß sogar auf eine Vermehrung zu rechnen habe, und zwar durch den Präsidenten des Ober-Appellationsgerichts zu Flensburg. (K. Z.)

Karlsruhe, 10. Februar. Wie wir vernehmen, hat das Kriegsministerium nun die Errichtung eines Barackenlagers bei Huttenheim beschlossen. Der Lagerplatz liegt unmittelbar an der Rheinstraße, etwa 5 Stunden von Karlsruhe, 3 Stunden von Germersheim entfernt, und umfaßt eine Fläche von etwa 100 Morgen; die Baracken sollen zur Aufnahme einer Brigade von 3000 Mann eingerichtet werden. (Mannh. J.)

Mannheim, 12. Febr. Seit gestern ist die kürzlich erst eröffnete Schiffahrt auf Rhein und Neckar unterbrochen, und die Rheinbrücke bei 11° R. abgeführt. Letzteres ist gerade jetzt um so unbequemer, je lebhafter die Tabakseinkäufe hiesiger Häuser in der bayerischen Pfalz sind. Lange Wagenreihen dieses Artikels waren in der letzten Woche über die Schiffbrücke hieher gekommen, und obgleich der Kaufpreis 10 fl. per Centner nicht übersteigt, waren noch andere ansehnliche Verkäufe in Aussicht. (A. Z.)

Paris, 18. Febr. In den Regierungskreisen verspricht man sich sehr viel von der diesmaligen Thronrede. Sie wird die Entwickelung und den Stand der gegenwärtigen politischen Angelegenheiten Europa's in sehr interessanter, eingehender Weise behandeln.

Paris, 13. Febr. Der „Abend-Moniteur“ bringt folgende Anzeige: Die Regierungen Frankreichs, Englands und Rußlands sind, im Einverständniß mit einander, auf Antrag der hellenischen Regierung, darauf eingegangen, für den Augenblick die Zahlung der von der griechischen Regierung von der Anleihe von 1839 ge-

---

Der junge Mann: „Werde ich lange warten müssen?“ Der Aktuarius: „Das wird sich finden.“ Der junge Mann: „Ich wollte mir nur erlauben, Sie aufmerksam zu machen, daß meine Zeit sehr beschränkt ist.“ Der Aktuarius: „Das kümmert mich nicht.“

In solch' anmuthigen und etwas „spitzigen“ Wechselreden bewegt sich der Dialog bis zum Schlusse, wo der junge Mann mit einem herrischen „Sie können gehen“ entlassen wird. Den Leser beschleicht hier nur der Zweifel, für welchen von beiden Theilen diese Gesprächs-Instruktion geschrieben ist? Für angehende Aktuariusse, um ihnen den gehörigen „Amtston“ beizubringen, oder für jugendliche Vorgeladene, um sie mit dem erforderlichen Aplomb zu versehen und gegen Einschüchterungen zu stählen? Ist Letzteres die Tendenz des Herrn v. Reinbeck, so könnte man ihm wohl leicht die Absicht unterschieben, zum Mißvergnügen gegen die Behörde aufreizen zu wollen, ja dieser Verdacht wird noch verstärkt, wenn man Nr. 63 liest. Dort ist ein „junger Mann angeklagt, an einem Exzesse Theil genommen zu haben. Er ist indeß unschuldig daran und weiset die Beschuldigung zurück, wobei er sich durch (!) die Entgegnungen des Beamten allmälig ereifert.“

Die Gerichtsperson und die Partei gerathen hier schon ziemlich hart aneinander und die Verhandlung entwickelt sich in folgender drastischer Weise: Der Aktuarius: „Warum beriefen Sie sich nicht auf Ihre Unschuld, als Sie hierher gebracht waren?“ Der junge Mann: „Ich that es, aber es nützte mir nichts. Ich mußte die Nacht in einem schmutzigen Gefängnisse — —“ Der Aktuarius: „Wie können Sie von Schmutz sprechen, wo für Reinlichkeit die größte Sorge getragen wird?“ Der junge Mann: „Wenn Sie der Meinung sind, dann wünsche ich Ihnen, daß Sie zur Erlangung einer besseren Ueberzeugung einmal selbst eine Nacht in dem Loche zubringen müßten!! u. s. w. u. s. w.“

Dieses „anleitende Beispiel“ ist gewiß schon in hohem Grade bedenklich und offenbar darnach angethan, den „jungen Männern“, welche so unvorsichtig wären, dem dialogischen Rathgeber zu folgen, bedeutende Unannehmlichkeiten zuzuziehen.

Genügten schon mehrere der vorangeführten Beispiele, um die verdammenswerthen Gesinnungen des Weimarer Mephisto zu demaskiren, so zeigt ihn namentlich das letzte Beispiel, Nr. 80, von der verwerflichsten Seite. Dieses Finale spielt in einem Konzert-Garten. Dort „sucht ein junger Mann das Kammermädchen einer Dame auf, in die er verliebt ist und gegen die er das Zöschen als Verbündete anwerben will.“ Das Bündniß zwischen dem Amoroso und der Kammerkatze verräth seine frivolen Absichten besonders in nachstehendem Satze:

Das Kammermädchen: „Meine Pflichten bestehen also darin .... Blumenbouquets oder andere kleine Aufmerksamkeiten verstohlen hinzulegen, darauf Briefchen nach beiden Seiten zuzustecken, endlich geheime Zusammenkünfte zu veranstalten, und im Falle der Noth dabei als Deckmantel den eigenen Ruf aufs Spiel zu setzen.“ Darauf erwidert der junge Mann: „Zunächst muß der Vertrag mit Hand und Mund von beiden Seiten besiegelt werden.“ Die Kammerkatze aber meint: „Auf das letzte Siegel leiste ich Verzicht, wenn nur das erste in Silber abgedrückt wird.“ „Kann es nicht auch in Gold sein?“ fragte der verblendete Jüngling. Und die Zofe entgegnet: „Im Gegentheil, das Bündniß wird dadurch nur um so fester.“ Also auch zum gewissenlosen Don Juan bildet der falsche Mentor den jungen Mann seines Ideals heran!

Solch' giftathmende Prinzipien hüllen sich in das unschuldige Gewand von 80 Salongesprächen, und 80 Irrthümer schleichen sich harmlos heuchelnd in die noch unverdorbenen Herzen der heranwachsenden Jugend. Gewiß, der Verfasser ist ein böser, sehr böser Mann, und sein Opus verdiente von Rechtswegen auf den Index der verbotenen Bücher gesetzt zu werden.

schuldeten Summen für die Jahre 1861, 1862 und 1863 aufzuschieben, indem sie sich jedoch ihre Rechte vorbehalten, in der Folge die Auszahlung dieser Summen zu verlangen. Indem die drei Schutzmächte die Umstände in Betracht ziehen, welche die griechische Regierung außer Stand setzen, augenblicklich bedeutendere Zahlungen zu leisten, gehen sie darauf ein, während fünf Jahren, vom 4. Dez. 1864 an gerechnet, die im J. 1859 festgestellte Erhöhung der jährlichen Zahlung um 100,000 Fr. (welche übrigens um diejenige Summe vermindert werden muß, die durch Art. 6 des am 29. März 1864 zwischen den drei Mächten und Griechenland abgeschlossenen Vertrags zu Gunsten Sr. Maj. des Königs der Hellenen stipulirt worden ist) nicht zu verlangen. Indem die drei Höfe diese Konzessionen machen, bestehen sie darauf, von der hellenischen Regierung die Bezeichnung eines Einnahmezweiges Griechenlands zu erhalten, welcher speziell dazu verwandt werden soll, die vertragsmäßige Jahreszahlung zu liefern. — Die Depesche, welche Hr. Drouyn de Lhuys wegen der Briefe des päpstlichen Nuntius an den Grafen Sartiges nach Rom geschickt, wird in dem gelben Buch veröffentlicht werden.

Aus **Paris**, 13. Febr., schreibt man der „Köln. Ztg.": „Die „France" macht heute einige allgemeine Angaben über den Inhalt des französischen gelben Buches, das nächsten Freitag an die Mitglieder des gesetzgebenden Körpers vertheilt werden soll. Das gelbe Buch wird, wie es heißt, auch die Depeschen mittheilen, die zu dem in einigen deutschen Blättern veröffentlichten Gerüchte von einem Proteste Bayerns gegen die Pariser Auffassung von Frankreichs Nichteinmischung Veranlassung gegeben hat."

Von der polnischen Grenze, 11. Febr. schreibt man der „A. Z.":

Wie man aus Warschau berichtet, hat dort die eben eingetroffene Organisation des Königreichs außerordentliche Sensation gemacht, weil man darin einen großen Schritt mehr zur Russifizirung des Landes erblickt. Vor wenigen Tagen noch hieß es: das Land solle eine ganz selbstständige Verfassung unter einem Vizekönig oder Statthalter erhalten und in 8 Gubernien mit besondern Chefs getheilt werden, und nun erfährt man plötzlich: das Land sei nach französischem Vorbild in 27 Departements getheilt, deren jedes einen Präfekten zum Chef erhalten werde. An die Stelle des Statthalters tritt ein Chef der Zivilverwaltung, der den Vermittler zwischen den Präfekten und den einzelnen Ministern in St. Petersburg macht, denn die Zentralregierung für Polen soll nicht länger ihren Sitz in Warschau haben, sondern mit der russischen Zentralregierung verbunden werden. Das Militär in Polen erhält einen besonderen Oberbefehlshaber. Man glaubt, daß zu den Präfektenstellen nur Russen werden gewählt werden. — Am 5. d. Mts. traf unerwartet wieder ein langer Zug Gefangener aus den Provinzial-Depots in Warschau ein und wurde sofort nach der Citadelle abgeführt; wenige Tage zuvor waren 25 wegen politischer Vergehen Verurtheilte nach dem Innern Rußlands transportirt worden.

Athen, 4. Febr. Das große Ereigniß dieser Woche ist die Abreise des Prinzen Julius von Glücksburg. Der Prinz hatte sich schon seit einiger Zeit in lebhaften Verkehr mit den Führern der Opposition, Konduriotis, Trikupis, Maurokordatos ꝛc. gesetzt, Leute, deren Opposition wesentlich aus dem Motiv entspringt, daß sie nicht selbst Minister sind. Diese waren natürlich einig darin, daß das gegenwärtige Ministerium seines Amtes schlecht walte, wie auch darin, daß Graf Sponneck, dessen Rath bekanntlich beim König Georgios viel gilt, entfernt werden müsse. Als der König von den Beziehungen erfuhr, welche Prinz Julius hinter seinem und der Minister Rücken mit den Männern der Opposition angeknüpft hatte, ließ er sofort die Minister rufen, versicherte sie, daß dies ohne sein Wissen geschehen sei, und daß sie sein volles Vertrauen hätten; Prinz Julius aber werde sofort das Land verlassen; er fügte die Worte bei: „Ich werde nie Jemandem und auch nicht einem Mitglied meiner Familie erlauben, sich in die Angelegenheiten unseres Landes zu mischen, die nur durch die Nation und durch mich, ihren König, geregelt werden sollen." So wird der „Ostd. Post" berichtet mit dem Beisatz, man sei in Athen gespannt, wie sich das Räthsel lösen werde, ob Prinz Julius aus eigenem Antrieb, oder im Auftrage des Königs von Dänemark oder in Folge englischer Instigation so gehandelt habe.

Hiezu die Beilage: „Würzburger Anzeiger".

Verantwortlicher Redakteur: A. Hartmann.
Druck und Verlag der Stahel'schen Buch- und Kunsthandlung in Würzburg

Cours der Staatspapiere.

Oesterr.	5 pCt. Met. (Cp. i. S. b. R.)	—
„	5 pCt. Lomb. ditto. à 24	—
„	5 pCt. Engl. Met. v. 1852	79 G.
„	5 pCt. Engl. Met. v. 1859	$78\frac{3}{4}$ P.
„	5 pCt. Venet. Coupon b. R.	$84\frac{3}{8}$ P.
„	5 pCt. Nationalanl. v. 1854	$68\frac{1}{2}$ G.
„	5 pCt. Metall. Obligation.	$62\frac{1}{8}$ G.
„	$4\frac{1}{2}$ pCt.	$56\frac{1}{8}$ P.
Preussen	$3\frac{1}{2}$ pCt. Staatsschuldsch.	$90\frac{7}{8}$ P.
Bayern	$4\frac{1}{2}$ pCt. Obl. 1jähr. dto.	102 P.
„	$4\frac{1}{2}$ pCt. Obl. $\frac{1}{2}$jähr. dto.	$101\frac{3}{4}$ G.
„	4 pCt. Obl. 1jähr. dto.	99 P.
„	4 pCt. Obl. $\frac{1}{2}$jähr. dto.	$98\frac{7}{8}$ G.
„	4 pCt. Obl. Ab.-R. dto.	$98\frac{3}{8}$ P. $\frac{1}{4}$ G.
„	$3\frac{1}{2}$ pCt. Obl. dto.	—
Württemb.	$4\frac{1}{2}$ pCt. Obl. b. Rothsch.	$105\frac{1}{4}$ P.
„	$3\frac{1}{2}$ pCt. Obl. dto.	$95\frac{1}{2}$ G.
Baden	$4\frac{1}{2}$ pCt. Obl.	—
„	$3\frac{1}{2}$ pCt. Obl. v. 1842	$92\frac{1}{8}$ P.
Gr. Hess.	$4\frac{1}{2}$ pCt. Obl.	—
„	4 pCt. Obl. b. Rothsch.	$100\frac{1}{8}$ G.
„	$3\frac{1}{2}$ pCt. Obl. dto.	$97\frac{3}{4}$ P.
Nassau	$4\frac{1}{2}$ pCt. Obl. dto.	$101\frac{1}{4}$ P.
„	4 pCt. Obl. dto.	$99\frac{1}{2}$ P.
„	$3\frac{1}{2}$ pCt. Obl. dto.	$92\frac{3}{4}$ P.
Frankfurt	$3\frac{1}{2}$ pCt. Obl.	$95\frac{1}{4}$ P.
„	3 pCt. Obl.	—
Spanien	3 pCt. inl. Sch. P. à fl. 2. 30	—
„	$2\frac{1}{4}$ pCt. . . .	—
Schweden	$4\frac{1}{2}$ pCt. Obl. à 105 Thlr.	$92\frac{3}{8}$ P.
N.Amerika	6 pCt. à 100 fr. 1881 D. $2\frac{1}{2}$	$55\frac{1}{4}$ G.
„	6 pCt. ditto v. 1882	$55\frac{7}{8}$ G.

Diverse Aktien.

Frankfurter Bank à fl. 500 . . .	$146\frac{1}{4}$ G.
K. K. Oesterr. National-Bankaktien	845 G.
Oesterr. Kreditbank-Aktien à fl. 200	$197\frac{1}{2}$ G.
Bayer. Hypothekenb. Pfandbriefe 4 pCt.	98 P. $97\frac{7}{8}$ G.
Darmst. Bank 1. u. 2. Serie à fl. 250	238 P. $237\frac{1}{2}$ G.
Weimarische Bank à Thlr. 100 . .	$101\frac{1}{2}$ P. 101 G.
Mitteldeutsche Kreditaktien . . .	$101\frac{1}{4}$ P.
Intern. Bank in Lux. à 250 Frs. à 28 kr.	—
Taunus-Eisenbahn à fl. 250 . . .	361 P.
Frankfurt-Hanauer-Eisenbahn . . .	$101\frac{5}{8}$ P.
Oest. F.St.Eisb. 5pCt. 500 Fr. à 28 kr.	—
„ Elisab.-Eisenbahn 5 pCt. . .	118 P.
Böhm. Westbahn-Aktien à fl. 200 6/7	—
Rhein-Nahe-Bahn 200 Thl. à 105 4pCt. Z.	$80\frac{1}{2}$ G.
Ludwigshafen-Bexbacher à 4 pCt. .	147 P.
dto. dto. Prior. à 4 pCt.	$97\frac{1}{2}$ P.
Pfälz. Maxb. b. Rothschild à $4\frac{1}{2}$ pCt.	107 G.
Oest. St.-Eisenb. Prior.-Oblig. à 3 pCt.	$50\frac{7}{8}$ P.
Elisab.-Bahn Prior. 5 pCt. 6/7	80 G.
Südd. Bank-Akt., 40 pCt. Einz.	259 P. 258 G.
Span. Handels- und Industrie . .	—
Bayr. Ostbahn à $4\frac{1}{2}$ pCt. volleinbez.	$114\frac{1}{2}$ G.
Bayer. Ostbahn mit 50 pCt. Einz.	$118\frac{7}{8}$ P. $\frac{3}{4}$ G.

Wechsel
in süddeutscher Währung.

Amst. fl. 100 k. S.	$100\frac{3}{4}$ G.
Antwerp. Frs. 200 k. S.	$94\frac{1}{8}$ G.
Augsb. fl. 100 k. S.	100 P.
Berlin Th. 60 k. S.	105 P.
Brem. 50 Th. Lsd. k. S.	$96\frac{7}{8}$ P.
Brüssel Frs. 200 k. S.	$94\frac{1}{8}$ G.
Cöln Thlr. 60 k. S.	$105\frac{7}{8}$ P.
Hamb. MB. 100 k. S.	89 G.
Leipzig Th. 60 k. S.	105 P.
London Lst. 10 k. S.	$116\frac{7}{8}$ P.
Lyon Frs. 200 k. S.	—
Mail. Frs. 200 . .	$93\frac{7}{8}$ G.
München fl. 100 k. S.	$99\frac{7}{8}$ P.
Paris Frs. 200 k. S.	$94\frac{1}{4}$ G.
Petersburg 60 S.-R.	—
Triest fl. 100 k. S.	—
Wien fl. 100 ö. W.	—
do. in öst. W. l. S.	104—$\frac{1}{8}$ G.
Disconto	4 pCt. G.

Anlehens-Loose.

Oesterr. fl. 250 v. 1839	—
„ fl. 250 v. 1854 mit 4pCt.	$76\frac{1}{4}$ P. 76 G.
„ fl. 500 v. 1860 6/7	$84\frac{1}{4}$ P.
„ fl. 100 Eisb. L. v. 1858.	131 G.
„ do. v. 1864.	$90\frac{1}{4}$ P.
Schwed. 10 Thlr. Loose	$12\frac{1}{4}$ P.
Badische fl. 50	—
Badische fl. 35	$53\frac{3}{8}$ G.
Kurhess. Thlr. 40 b. R.	$55\frac{7}{8}$ P.
Gr. Hessen fl. 50 b. R.	$188\frac{3}{4}$ P.
„ fl. 25 do.	$39\frac{1}{2}$ P.
Nassau fl. 25 bei Rothsch.	$35\frac{1}{2}$ G.
Sardinische Fr. 36 b. B.	—
Neuchateler 10 Frs.-Loose	—
Freiburger 15 Frs.-Loose	—
Mailänder 45 Frs. L. b. R.	33 P.
St. Lüttich mit $2\frac{1}{2}$ pCt. Z.	$34\frac{1}{2}$ P.
Ansb.-Gunzenh. fl. 7-L.	—

Frankfurt, 15. Februar. Die mit der „Canada" eingelaufenen Friedensgerüchte hatten beträchtliche fremde Kauforders hierhergebracht, welche bei der ohnehin vorherrschenden Kauflust gleich zu Anfang der Börse ein so rasches Steigen hervorriefen, daß ein stark verbreitetes Gerücht, ein späteres Schiff bringe das Goldagio 98, bereitwillig Glauben fand. Obschon sich dasselbe bis zum Schluß der Börse nicht bewahrheitete, vielmehr kein späterer Kurs über London, wo Bonds heute 52—53 notiren, als Goldagio 106 bekannt wurde, behaupteten Amerikaner doch fast den höchsten Kurs, den sie bei ganz ungewöhnlich starken Umsätzen erreicht hatten. Andere Fonds blieben im Hintergrunde des Verkehrs und nur in österr. Spekulationspapieren brachte die Medioliquidation einiges Leben. Geld zeigte sich dabei sehr flüssig. (Synd.)

An die
k. Hof- und Staatsbibliothek
1 N. Würzb. Ztg. München.

Neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht!

№ 48. | Vorausbezahlung: Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 1 fl. 30 kr. Bei Inseraten wird die dreispaltige Zeile in gewöhnlicher kleiner | 62. Jahrgang. | Schrift oder deren Raum im Hauptblatte mit 6 kr., im Anzeiger mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franco. | Freitag, 17. Februar 1865.

Thronrede des Kaisers Napoleon.

Paris, 15. Februar. Der Kaiser Napoleon hat heute die diesjährige Session der Kammern im großen Saale des Louvre in Person mit folgender Thronrede eröffnet:

Meine Herren Senatoren, meine Herren Deputirten!

Zur Zeit unseres letzten Zusammenseins hofften wir, die Schwierigkeiten, welche die Ruhe Europa's bedrohten, durch einen Kongreß gehoben zu sehen; aber es ist anders gekommen. Ich bedaure dies, denn das Schwert entscheidet oft die Fragen, ohne sie zu lösen; und die einzige Grundlage eines dauerhaften Friedens ist die durch die Uebereinstimmung der Souveräne den wirklichen Interessen der Völker gegebene Befriedigung.

Angesichts des an den Gestaden der Ostsee entbrannten Kampfes hat meine, zwischen ihren Sympathien für Dänemark und ihrem Wohlwollen für Deutschland getheilte Regierung die strengste Neutralität beobachtet. In einer Konferenz dazu aufgefordert, ihre Ansicht auszusprechen, hat sie sich darauf beschränkt, das Nationalitätsprinzip und das Recht des Volkes, über sein Loos befragt zu werden, geltend zu machen. Unsere Sprache war in Einklang mit der reservirten Haltung, die wir beobachten wollten, gemäßigt und freundschaftlich gegen beide Parteien.

Im Süden von Europa mußte die Aktion entschlossener zu Werke gehen. Die September-Konvention sanktionirt zwei große Prinzipien: die Befestigung des neuen Königreichs Italien und die Unabhängigkeit des heiligen Stuhles. Der so viel Unruhe erregende prekäre Zustand wird verschwinden. Es werden sich nicht mehr Glieder des italienischen Vaterlandes durch schwache Bande mit einem kleinen, am Fuß der Alpen gelegenen Staate zu verbinden suchen, sondern ein großes Land verlegt mit Erhebung über Lokalvorurtheile und mit Verachtung unüberlegter Aufreizung kühn seine Hauptstadt in die Mitte der Apenninen wie in eine uneinnehmbare Citadelle. Durch diesen Akt des Patriotismus konstituirt sich Italien definitiv und versöhnt sich zugleich wieder mit dem Katholizismus; es verpflichtet sich, die Unabhängigkeit des heiligen Stuhles zu respektiren und die Grenzen der römischen Staaten zu schützen. So gestattet es uns, unsere Truppen zurückzuziehen; das wirksam garantirte päpstliche Gebiet ist so unter den Schutz eines Vertrages gestellt, der die beiden Regierungen verpflichtet. Also ist die Konvention keine Kriegswaffe, sondern ein Werk des Friedens und der Versöhnung.

In Mexiko befestigt sich der neue Thron; die Ruhe kehrt ins Land zurück; seine gewaltigen Hülfsquellen entwickeln sich: das ist die glückliche Wirkung der Tapferkeit unserer Soldaten, des gesunden Sinnes des mexikanischen Volkes, der Einsicht und Energie des Herrschers!

In Japan hat unsere Flotte im Verein mit der Englands, Hollands und der Vereinigten Staaten einen neuen Beweis geliefert, was sie leisten kann und wirklich leistet.

In Afrika hat ein plötzlich ausgebrochener Aufstand die Sicherheit unserer Besitzungen gestört und gezeigt, in welcher Unwissenheit sich gewisse Stämme noch sowohl über unsere Stärke, wie über unsere wohlwollenden Absichten befinden. In eben dem Augenblicke, wo im Geiste hochherziger Gerechtigkeit Frankreich der arabischen Bevölkerung den Grundbesitz zuerkannte und wo wir diesem getäuschten Volke durch freisinnige Maßregeln begreiflich zu machen suchten, daß wir, weit entfernt davon, es zu unterdrücken, ihm die Wohlthaten der Civilisation bringen wollten, in eben diesem Augenblicke, sage ich, erhoben die in der Nähe der Wüste lebenden Araber, durch religiösen Fanatismus bethört, die Fahne des Aufruhrs. Trotz der örtlichen Schwierigkeiten und der Strenge der Jahreszeit ward unser geschickt geführtes Heer bald des Aufruhrs Herr, und nach dem Kampfe trübte kein blutiger Druck, keine unnütze Strenge den Glanz des Sieges. Der Eifer des an die Spitze Algeriens gesetzten erfahrenen Führers, die wiederhergestellte Einheit des Befehls, die Zweifellosigkeit der edlen Absichten Frankreichs, das alles wird, wie ich hoffe, die Wiederkehr ähnlicher Ruhestörungen verhindern.

So sind denn alle unsere Expeditionen ihrem Ende nahe: unsere Landtruppen haben China geräumt; die Flotte genügt zur Aufrechthaltung unserer Niederlassung in Cochinchina; unser afrikanisches Heer wird vermindert werden; unser mexikanisches ist schon auf der Rückkehr nach Frankreich begriffen; die Besatzung von Rom wird bald heimkehren, und indem wir den Tempel des Krieges schließen, werden wir mit Stolz auf einen neuen Triumphbogen die Inschrift setzen können: Dem Ruhme der französischen Heere für die in Europa, Asien, Afrika und Amerika erfochtenen Siege!

Widmen wir uns nun unbesorgt den Werken des Friedens. Der zwischen den Sessionen liegende Zwischenraum wird dazu verwandt, die Mittel zur Vermehrung der moralischen und materiellen Wohlfahrt des Volkes ausfindig zu machen, und jeder nützliche und wahre Gedanke darf sicher darauf rechnen, von mir angenommen und von Ihnen gutgeheißen zu werden. Prüfen wir also vereint die Maßregeln, welche geeignet sind, das Glück des Reiches zu fördern.

Die Religion und der öffentliche Unterricht sind Gegenstand meiner fortwährenden Fürsorge. Alle Bekenntnisse erfreuen sich der gleichen Freiheit; die katholische Geistlichkeit übt selbst außerhalb ihres geistlichen Amtes einen berechtigten Einfluß aus: kraft des Unterrichtsgesetzes betheiligt sie sich an der Erziehung der Jugend; kraft des Wahlgesetzes kann sie in die öffentlichen Berathungen eintreten; kraft der Verfassung hat sie Sitz im Senate. Aber je rücksichtsvoller und ehrerbietiger wir gegen sie auftreten, desto mehr rechnen wir darauf, daß sie die Staatsgrundgesetze achten werde.

Es ist meine Pflicht, die Rechte der bürgerlichen Gewalt, die seit dem heiligen Ludwig kein Herrscher in Frankreich je aufgegeben hat, unangetastet aufrecht zu erhalten.

Die Verbesserung des öffentlichen Unterrichts verdient Ihre Aufmerksamkeit. In dem Lande des allgemeinen Stimmrechts muß jeder Bürger lesen und schreiben können. Es wird Ihnen ein Gesetzentwurf vorgelegt werden, der den Zweck hat, den Elementar-Unterricht mehr und mehr zu verbreiten.

Ich bemühe mich von Jahr zu Jahr, die Hemmnisse zu vermindern, welche sich seit so langer Zeit in Frankreich der freien Entfaltung der individuellen Initiative entgegenstellen. Durch das im vorigen Jahre angenommene Gesetz über die Koalitionen haben Arbeiter und Arbeitgeber gelernt, ihre Zwistigkeiten unter sich zu schlichten, ohne fortwährend auf das Einschreiten der Regierung zu rechnen, welche außer Stand ist, die so wandelbaren Beziehungen zwischen Angebot und Nachfrage zu regeln.

Nunmehr werden neue Vorlagen zum Zwecke haben, den Handels-Gesellschaften eine größere Freiheit zu gestatten und die doch immer nur trügerische Verantwortlichkeit der Verwaltung zu beseitigen. Ich habe es mir angelegen sein lassen, alle Hindernisse wegzuräumen, welche der Gründung von Vereinen im Wege standen, die auf Verbesserung der Lage der arbeitenden Klassen abzielen. Indem wir die Gründung solcher Vereine gestatten, ohne die Bürgschaften für die öffentliche Sicherheit aufzugeben, werden wir nützliche Erfahrungen erleichtern.

Der Staatsrath hat sorgfältig ein Gesetz ausgearbeitet, welches den Gemeinde- und Generalräthen umfassendere Befugnisse ertheilen soll. Die Gemeinden und Departements werden auf diese Weise berufen sein, ihre Angelegenheiten, welche, an Ort und Stelle entschieden, eine raschere Erledigung finden werden, selbst in die Hand zu nehmen.

Diese Reform wird die Gesammtheit der Verfügungen vervollständigen, welche getroffen worden sind, um kleinliche Vorschriften zu vereinfachen oder aufzuheben, die den Gang der Verwaltung ohne Noth erschweren.

Die durch den Vertrag mit England ins Leben geführte Handelsfreiheit hat sich auf unsere Beziehungen zu Deutschland, der Schweiz und den vereinigten Königreichen Schweden und Norwegen ausgedehnt. Dieselben Grundsätze mußten natürlich auf den Seetransport ihre Anwendung finden. Ein Gesetz wird vorbereitet, welches die Konkurrenz, die allein zum Fortschritte anspornt, auf der See herstellen soll.

Endlich ist die rasche Vollendung unserer Eisenbahnen, Kanäle und Straßen die nothwendige Ergänzung der in Angriff genommenen Verbesserungen. Wir haben in diesem Jahre einen Theil unserer Aufgabe vollführt, indem wir Privatunternehmungen veranlaßten oder die Staatshilfsmittel zu öffentlichen Bauten verwandten, ohne den guten Gang unserer Finanzen zu gefährden und ohne zum Kredit unsere Zuflucht zu nehmen. Die Leichtigkeit des Verkehrs im Inlande wie im Auslande leistet dem Austausch Vorschub, ist dem Gewerbefleiß ein Sporn und verhindert die zu große Spärlichkeit der Produkte oder ihren zu großen Ueberfluß, sowie deren abwechselnd den Konsumenten und Produzenten nachtheilige Folgen. Eine je größere Ausdehnung unsere Handelsflotte gewinnt, desto leichter wird der Transport sein und desto weniger werden wir uns über jene plötzlichen Schwankungen im Preise der unentbehrlichsten Lebensmittel zu beklagen haben. Auf diese Weise werden wir im Stande sein, das theilweise Unbehagen zu verscheuchen, unter dem gegenwärtig der Ackerbau leidet. Es fehlt nicht an solchen, welche diesen augenblicklichen Uebelstand der Aufhebung der beweglichen Scala zuschreiben; sie vergessen, daß im Jahre 1851, als dieselbe bestand, das Sinken der Getreidepreise weit beträchtlicher war, und daß selbst im jetzigen Jahre die Getreideausfuhr die Einfuhr bedeutend übersteigt.

Im Gegentheil, Dank einer freisinnigen Gesetzgebung und Dank dem allen Elementen des Nationalreichthums gegebenen Anstoße, erreicht unser auswärtiger Handel, der sich im Jahre 1851 auf 2 Milliarden 614 Mill. Frs. belief, gegenwärtig die erstaunliche Höhe von mehr als 7 Milliarden.

Auf einem andern Gebiete werden Ihnen neue Gesetze vorgelegt werden, welche den Zweck haben, die Bürgschaften für die persönliche Freiheit zu vermehren: das erste ertheilt die Befugniß zur vorläufigen Freilassung gegen oder ohne Kaution selbst in Kriminalsachen; es wird die Strenge der Präventivhaft vermindern; das zweite hebt die Leibeshaft in Civil- und Handelssachen auf, eine Neuerung, welche jedoch nichts Anderes ist, als die Wiedereinführung eines sehr alten Prinzips. Schon in den ersten Jahrhunderten Roms hatte man entschieden, daß das Vermögen und nicht der Körper des Schuldners für die Schuld haften müsse.

Fahren wir auf der vorgezeichneten Bahn fort. Leben wir nach Außen in Frieden mit den verschiedenen Mächten und erheben wir die Stimme Frankreichs nur für das Recht und die Gerechtigkeit. Beschützen wir im Innern die religiösen Ideen, ohne dem Recht der bürgerlichen Gewalt etwas zu vergeben. Verbreiten wir den Unterricht in allen Klassen. Vereinfachen wir die Administration. Aber indem wir eifrige Beförderer nützlicher Reformen sind, halten wir entschlossen an den Grundlagen der Konstitution fest, widersetzen wir uns den übertriebenen Bestrebungen Derjenigen, welche eine Veränderung zu dem einzigen Zweck herbeiführen wollen, das zu vernichten, was wir gegründet haben. Die Utopie ist für das Gute, was die Illusion für das Wahre, und der Fortschritt besteht nicht in der Verwirklichung einer mehr oder weniger sinnreichen Theorie, sondern er ist das Ergebniß von Erfahrungen, welche die Zeit geheiligt und die öffentliche Meinung angenommen hat.

(Amtliche Nachrichten.) **München,** 15. Februar. Se. Maj. der König hat dem Schullehrer Jos. Pfregner zu Bamberg die goldene Ehrenmünze des Verdienstordens der bayer. Krone verliehen; dem Schullehrer J. Schmelmer in Flintsbach, Bezirksamts Rosenheim, die silberne Ehrenmünze des Verdienstordens der bayer. Krone verliehen, den Baubeamten G. Menzel in Bayreuth in den definitiven Ruhestand treten lassen; genehmigt, daß die Kuratie Hof unter gleichzeitiger Ernennung des gegenwärtigen Kuratieverwesers Priesters Nik. Eichhorn zum Pfarrer dortselbst zu einer selbständigen kath. Pfarrei erhoben werde; den Bezirksg.-Rath Fr. Frhrn. Kreß v. Kressenstein in Nürnberg in den nachgesuchten Ruhestand treten lassen; zum Assessor am Landg. Lauf den geprüften Rechtspraktikanten und dermaligen Vertreter der Staatsanwaltschaft am Landg. Heidenheim, L. Thürauf, ernannt; den Bezirksg.-Rath Joh. K. Killinger in Nürnberg aus administrativen Erwägungen in den Ruhestand versetzt und zum Rathe am Bezirksg. Nürnberg den Assessor des Bezirksg. Amberg, Karl Biehler, befördert. (B. Z.)

Der „Volksbote“ veröffentlicht jetzt die im Dezember v. J. an Se. Maj. den König gerichtete Vorstellung der bayerischen Erzbischöfe und Bischöfe in Sachen des Speyerer Seminars. Nach vorausgeschickter Geschichtserzählung erklären die Exhibenten, „daß sie vollkommen mit dem Verfahren des mitunterzeichneten Bischofs von Speyer einverstanden sind,“ indem sie sich zur Begründung lediglich auf die Freysinger Denkschrift von 1850 und auf ihre Gesammteingabe vom 15. Mai 1853 berufen. „Die selbstständige Eröffnung eines theologischen Seminars — erklären sie hierauf — ist demnach nicht nur — um mit der Denkschrift des zu Freysing im Jahre 1850 versammelten Episkopats zu reden — im Dogma unserer heiligen Kirche selbst begründet und sonach den kanonischen Satzungen, namentlich aber den Beschlüssen des heiligen Konziliums von Trient gemäß, sondern es empfängt auch dieselbe noch einen besonderen feierlich geheiligten Rechtstitel durch das Konkordat. Nicht minder hat die vom Bischof von Speyer beanspruchte Befugniß die Sanktion des heiligen Vaters, welcher dem bayerischen Episkopate auf das von demselben auf der Bamberger

---

Feuilleton.

Die neuesten Ausgrabungen in Pompeji.

Einem so betitelten Artikel der „A. Z.“ entnehmen wir nachstehend die interessantesten Daten über diese Ausgrabungen:

In neuester Zeit hat man in der Hafnerstraße, nahe dem Hafnerthor, das von dem früheren Ausgrabungsbezirk noch ziemlich entfernt liegt, ein Haus zu Tage gefördert, das die Ergänzung der schon vor geraumer Zeit an's Licht gebrachten Häuserzeile vermittelt. Maurer und Zimmerleute sind darin heute noch mit der Ausführung der Schutz- und Unterbauten beschäftigt; denn die ursprünglichen Pfosten, Barren und Sparren sind, wie das ganze Holzmaterial, verkohlt und zertrümmert. Darum auch hier wie überall der empfindliche Mangel an Decken und Dächern, die unter dem Druck der schwer lastenden Asche zusammengebrochen waren; darum auch hier wie überall die ruinenhafte Erscheinung, das Ansehen einer Brandstätte. Das Haus zeigt in architektonischer Beziehung wenig Neues. In engen Stübchen sehen wir an den Sockeln der Wände den Marmor in großen Stücken oder in massivischer Zusammensetzung, doch nicht mit Glück nachgebildet. Im Atrium ist eine vom Rost zerfressene und gehöckerte Eisenstange in horizontaler Richtung an die Mauer angeschraubt. Sie stand mit einer Kiste von Eisen in Verbindung, die auf einem Steinsockel vermittelst eines darin central angebrachten Metallzapfens ruhte.

Die vornehmste Baulichkeit in diesem Ausgrabungsbezirk ist das provisorisch so benannte „Haus des Marmorhändlers oder Marmorschleifers“. Ich betrete die Schwelle und bin überrascht von dem großartigen Anblick der ganzen Flucht prächtiger Räumlichkeiten, vom Vestibulum durch das Atrium, Tablinum, Peristyl hindurch bis an die Hinterwand des Oecus, oder wie man jenen Saal nennen mag, der, von drei Wänden begrenzt, über den Umfang des übrigen Gebäudes hinausragt. Urtheile ich richtig, so mag die Anlage des in allen Theilen räumlich imposanten Hauses der Vitruvischen Anordnung ziemlich genau entsprechen.

Ich trete aus der Flur in's Atrium. Die Mauern des ganzen Erdgeschosses sind noch ringsum so wohl erhalten, daß alle Oeffnungen ersichtlich sind, in welchen die Deckenbalken eingetragen waren. Man arbeitet auch heute mit einer Sorgfalt, hinter der jene des früheren Regime's weit zurückbleibt.

Im Atrium sieht man eine dem antiken Pförtnerstübchen zunächst gelegene Räumlichkeit, in welcher Pferdeskelette, und andere benachbarte, in welcher Reste von Pferdegeschirren gefunden wurden. Sonst bietet dieser Raum wenig Neues. Der Bewurf der Mauer ist großentheils zerstört und mit ihm die dekorativen Malereien, die, nach den Ueberresten zu schließen, wohl zu den besten ihrer Art zählen dürften. An zwei das Atrium rechts vom Eingang begrenzenden Wänden befinden sich Medaillons mit den Brustbildern der komischen und tragischen Muse, von jenem milden würdevollen Ernst überweht, der an den bildlichen Darstellungen mythischer Figuren allenthalben hervortritt. In einem Kämmerchen finden wir schwebende Frauengestalten in rothen Feldern gebildet, ähnlich den berühmten Tänzerinnen, auch Vedutenbilderchen, an denen phantastische Tempel und Villen, Brückenbogen und Säulenhallen mit winziger Staffage erscheinen, architektonische Ansichten, „ebenso kühn und phantastisch entworfen, als leicht und durchsichtig ausgeführt.“ Ueberall dieselbe Mannigfaltigkeit der Motive, dieselbe anmuthige Behandlung des Stoffs. Wenn nur nicht die herrliche Farbenfrische so schnell verloren ginge! Es ist in der That eine ganz eigenthümliche, geisterfrischende Wirkung, die jenes zauberhaft heitere und entschiedene Kolorit auf den Beschauer hervorbringt.

Die Fußbodenmosaik des Atriums zeigt vierblätterige weiße Blümchen und zwischen diesen systematisch vertheilte vieleckige Plätt-

Versammlung d. J. an Se. Heiligkeit gerichtete Schreiben unter'm 18. Aug. abhin, ohne daß jenes Schreiben dazu besondere Veranlassung geboten hätte, unter Anderem erwiderte: „„Wir wünschen auf's Dringendste, ehrwürdige Brüder, daß ihr alles Das in die Erinnerung zurückrufen und zur Ausführung bringen möchtet, was wir schon bei anderen Gelegenheiten entweder Allen oder Einzelnen aus eurer Mitte zu erkennen gegeben und nachdrücklich empfohlen haben — hinsichtlich der Klerikalseminarien, welche nach den mit sehr weiser Vorsorge getroffenen Bestimmungen der Kirchenversammlung von Trient zu errichten und zu leiten sind.““ Die bei der Speyerer Angelegenheit in Mitte liegende Rechtsfrage wird dahin präcisirt: „Zu Speyer handelt es sich darum, ob der Bischof unter allen Voraussetzungen unberechtigt sei, selbstständig und unabhängig ein Seminar nach der Vorschrift des Konzils von Trient herzustellen, und ob es mit Ausschluß des katholischen Bischofes einzig und allein Sache des paritätischen Staates sei, für die Heranbildung der Priester zu sorgen," und nachdem hierauf die Frage aufgeworfen worden, warum das, was in Eichstätt längst mit ausdrücklicher staatlicher Genehmigung bestehe, in Speyer gegen die Gesetze und Verordnungen des Staates sein solle, schließt die Eingabe mit den Worten: „Indem wir daher in Vereinigung mit dem mitunterzeichneten Bischofe von Speyer Verwahrung einlegen gegen die in Bezug auf das Speyerer Seminar von Ew. Königlichen Majestät Staatsministerium festgehaltenen Grundsätze und nicht minder gegen die gewaltsame Schließung jener theologischen Anstalt, in welchem Verfahren wir nicht nur die Verletzung eines wesentlichen unveräußerlichen Rechtes der Kirche überhaupt, sondern auch der konkordats- und verfassungsmäßigen Rechte derselben in Bayern erblicken: bitten wir Ew. Majestät um Zurücknahme dieses weder staatsrechtlich noch kirchenrechtlich zu begründenden Verbots. Sofern aber die königliche Staatsregierung glaubt, sich bei diesem vom Episkopate in Anspruch genommenen Rechte nicht beruhigen zu können, geruhen Ew. Königliche Majestät in allerhöchster Gnade und Weisheit, für die unverweilte Ausgleichung der streitigen Frage mit dem heiligen Stuhle Sorge zu tragen, welchen wir selber in Anbetracht der ernsten Lage der Sache mit dem mitunterzeichneten Bischofe von Speyer um Verhaltungsmaßregeln und Bescheidung, wie es uns die Pflicht gebietet, angegangen haben."

München, 14. Februar. Die in den jüngsten Tagen in Stuttgart stattgefundene Vorkonferenz bayerischer, württembergischer und badischer Regierungskommissäre wegen Abschluß eines Handelsvertrags zwischen dem Zollverein und der Schweiz ist nach Vereinbarung gewisser Ausgangspunkte rc. geschlossen worden. Die Kommissäre sind bereits von dort wieder abgereist, um ihren Regierungen persönlich Bericht zu erstatten. Dem Vernehmen nach wird die Konferenz selbst am 1. März l. Js., und zwar wahrscheinlich wieder in Stuttgart eröffnet werden. (N. K.)

Aus **München**, 14. Febr., schreibt man der „Allg. Ztg.": „Wie sehr Se. Maj. der König in der Angelegenheit Richard Wagners die Personen von der Sache zu trennen vermag, beweist der neueste Entschluß des Monarchen, daß er trotz allem dem Dichter-Komponisten nach wie vor die Mittel gewähren wird, um sorgenfrei sein großes Werk die „Nibelungen" hier zu vollenden. Wir glauben übrigens beisetzen zu sollen, daß für die Vollendung des erwähnten Werks ein bestimmter Zeitraum (? Kann man denn die Vollendung eines derartigen Werks commandiren!) in Aussicht genommen ist."

Vom Main, 15. Febr., schreibt man dem „Nürnb. K.": „Alle von Berlin aus jetzt so eifrig verbreiteten Gerüchte von Projekten, die von mittelstaatlicher Seite oder von dem Herzoge Friedrich von Augustenburg gehegt oder gar schon betrieben würden, um sich Anlehnungspunkte im Auslande zu verschaffen, sind, wie in gutunterrichteten Kreisen in bestimmtester und glaubhaftester Weise versichert wird, von Anfang bis zu Ende durchaus unbegründet. Weder in Kiel, noch irgendwo auf mittelstaatlicher Seite denkt man auch nur im Entferntesten daran, auf anderem, als auf völlig bundesgemäßem Wege, eine Entscheidung der schleswig-holsteinischen Angelegenheit anzustreben."

Aus **Wien**, 13. Februar, schreibt man der „D. A. Z.": „Wie wir hören, ist auf die von hier aus anläßlich der verzögerten Einsendung der preußischen Forderungen an die Herzogthümer ergangene Anfrage, ob denn diese Forderungen wenigstens als die definitive Grundlage der weitern Verhandlungen zu betrachten sein würden, die bestimmte Antwort ertheilt, daß eine solche Grundlage erst nach dem Spruch der Kronsyndici aufgestellt werden könne, und daß die jetzt von den Fachministerien ausgearbeiteten Gutachten sich nur mit der Untersuchung zu beschäftigen hätten, unter welchen Bedingungen Preußen eventuell überhaupt die Konstituirung eines selbständigen neuen Staats im Norden von Deutschland werde zulassen können. Das ist nicht gerade tröstlich, aber deutlich."

Berlin, 15. Februar. Im Abgeordnetenhaus wurde heute der Antrag eingebracht, das Haus wolle bis zum Zustandekommen des Staatshaushaltsetats die Berathung der Kommissionsberichte über die projektirten Eisenbahnen und den darauf bezüglichen Staatsvertrag mit Oldenburg aussetzen.

Berlin, 15. Februar. Im Abgeordnetenhaus wurde heute die Debatte über die Arbeiterkoalitionsfrage fortgesetzt. Der gewesene Finanzminister v. d. Heydt spricht gegen die Staatshilfe und die Ansichten der konservativen Partei. Hr. v. Bismark verliest eine Petition aus Waldenburg. Nach lebhafter Erörterung zwischen dem Ministerpräsidenten und Hrn. Reichenheim über die

---

chen buntfarbigen Marmors im schwarzen Grunde. Die Mosaik im Tablinum bringt ein geschmackvolles schachbrettähnliches Muster zur Ansicht. Doch sind die Felder nicht weiß und schwarz — eine Erscheinung, der ich in Pompeji nicht selten begegnet — sondern aus buntfarbigen Dreiecken und diese wieder aus den bekannten viereckigen Stiften gebildet. Der ganze buntfarbige Würfel ist von einem breiten, mit schwarzen geometrischen Figuren im weißen Grunde gezierten Streifen umsäumt.

In einem Saal zur Linken des Tablinums unseres Hauses und in der Area des Peristyls sieht man eine auffallend große Menge von massiven seitlich aufgeschichteten Marmorplatten — eine Erscheinung, der die ganze Baulichkeit den aus der Nothtaufe hervorgegangenen Namen „Haus des Marmorschleifers" verdankt. Das Marmorlager im Tablinum ist noch theilweise verschüttet, das im Peristyl jedoch gänzlich frei gelegt. Einzelne Stücke sind durch ausnehmend schönes Kolorit und prächtige Aderzeichnung ausgezeichnet, und unter diesen wieder eines von goldbraunem Kolorit und einer Zeichnung, die an die concentrischen Streifenbilder der Festungsachate gemahnt, und mag dieses Stück vielleicht aus den griechischen oder numidischen Brüchen der Alten stammen. Im Tablinum liegen auch Blöcke und Säulenschäfte, an welchen die erste rohe Bearbeitung vollzogen erscheint. Ich gestehe, daß derlei unfertige Objekte, zu deren Vollendung der Bildner ahnungslos so und so viele Stunden und Tage einer unsichern Zukunft in Anspruch nahm, um plötzlich, von einem entsetzlichen Ereigniß aufgeschreckt, Alles im Stich zu lassen und nie mehr wieder zu finden, auf mich den mächtigsten Eindruck machen. Ein fertiger Gegenstand ist die Verkörperung des vom pulsirenden Leben abgelösten Gedankens. Er erfüllt uns so ganz mit sich selbst, daß wir den Urheber darüber vergessen. Diese unfertigen Dinge in Pompeji rücken mir aber, wie unbedeutend sie auch an und für sich erscheinen mögen, die Schrecken der urplötzlich hereingebrochenen Störung und Vernichtung unfreundlich nahe. Sie wollen mich an die Todtenstube gemahnen, die noch von dem Dufte der mit dem Sarg fortgeschafften Blumen erfüllt ist. Vielleicht ist auch den Blumen der Duft, was dem Gehirn der Gedanke, und das Unfertige trägt die mahnende Spur des Gedankens, der mit dem Denker zu Grabe ging. Pompeji enthält solcher Mementos die gute Menge, und mag, um hier wieder aus den letztjährigen Ausgrabungen ein Beispiel zu wählen, der Fund der verkohlten Brode Erwähnung finden. Es war ein ganzer Einschuß von, wenn ich mich recht erinnere, 82 kronenförmigen Broden, welche der vom Ausbruch des Vulkans überraschte Bäcker verzweifelt im Stich gelassen hatte, und die man, Dank dem festen gewölbten Bau und dem sichern Verschluß des Backofens, achtzehn Jahrhunderte später mit Bequemlichkeit aushob. Der arme Bäcker ließ sich's nicht träumen, daß er seine Brode für ein Museum der fernsten Zukunft eingeschossen hätte, und daß diese noch im verkohlten Zustande mit gelehrtem Eifer und wohlbegründeter Rührung betrachtet würden.

Ein sehr interessantes Genrebild, das jetzt im Museum ausgestellt ist, das ich aber gerade vor einem Jahr unter den Händen der Gräber wieder erstehen sah, enthielt das Tablinum eines räumlich sehr beschränkten Häuschens. Dasselbe bringt einen Bäckerladen zur Ansicht. Der Bäcker in weißer oder lichtfarbiger Toga, zwischen dem mit Broden gefüllten Schrank und dem Ladentisch sitzend, verabreicht eben ein Brod an einen Mann, der sich anschickt, es einem Laufburschen zu übergeben. Der Bursche, in hochgeschürzter Tunica und barfuß, langt mit beiden Armen hoch auf zum Empfang des Brodes, dessen zierliche Kronenform ganz derjenigen ähnlich, die sich an den oben erwähnten verkohlten Broden gefunden.

Waldenburger Affaire, über die Privatwohlthätigkeit des Königs und über die Richtigkeit der Angaben hinsichtlich beider wird in der Abstimmung der Schulze-Faucher'sche Antrag mit großer Mehrheit angenommen.

Berlin, 15. Febr. Die „Provinzialkorrespondenz" sagt, die Regierung werde dem Abgeordnetenhause einen Flottengründungsplan vorlegen, und es sei vorerst zu bezweifeln, daß das Haus den unzweifelhaften Anforderungen der Ehre und Größe Preußens Befriedigung versagen werde. Weiter meldet die Provinzialkorrespondenz, die Verhandlungen in der schleswig-holsteinischen Sache würden nunmehr durch die bald bevorstehende Mittheilung der Forderungen Preußens weiteren Fortgang erhalten. Die Regierung sei mit den Schlußberathungen hierüber beschäftigt.

Aus Berlin, 15. Febr., schreibt man der „Köln. Ztg.": „Die Mittelstaaten sollen der Anerkennung des Herzogs Friedrich durch den Bund, wofür die Majorität zweifelhaft, entsagt haben, dagegen sich noch mit einer an Preußen zu richtenden Aufforderung tragen, vorher aber die preußische Depesche nach Wien abwarten wollen. — In den handelspolitischen Verhandlungen sollte heute eine Konferenz stattfinden, die indessen noch vertagt wurde. Ein Ultimatum Oesterreichs ist, wie bestätigt wird, bis jetzt nicht gestellt worden. Graf Mensdorff soll dem Ultimatum abgeneigt gewesen sein. Oesterreich scheint indessen auf seiner Forderung wegen der Weinzölle zu beharren. — Die preußische Depesche mit den bekannten Forderungen soll noch nicht nach Wien abgegangen sein."

Kassel, 14. Febr. Großes Aufsehen macht ein Gerücht bei uns, welches seit einigen Tagen die Angabe verbreitet, daß unser Oberappellationsgericht neuerlichst entschieden habe, daß die berüchtigten Hassenpflug'schen Verordnungen aus dem Jahre 1854 in Betreff des Jagdrechts, des Vereinswesens 2c. als verfassungswidrig unanwendbar seien. (Kob. Z.)

Aus Baden, 14. Febr. Unter den Vorlagen, welche für den nächsten Landtag erwartet und, wie wir vernehmen, vorbereitet werden, nimmt ein Gesetz über allgemeine Einführung der Civil-Ehe eine erste Stelle ein. Wir haben die Civiltrauung bis jetzt nur als Nothbehelf, wenn nämlich kirchlicherseits Hindernisse gegen Schließung einer Ehe erhoben werden, welche der Staat nicht anerkennt.

Kopenhagen, 15. Febr. Das „Dagblad" sagt: „Es geht das Gerücht, der Justizminister Heltzen sei mit seinen sämmtlichen Kollegen dermaßen zerfallen, daß entweder er oder sie ausscheiden müßten.

Bern, 15. Februar. Der Bundesrath hat beschlossen, daß Genf die Okkupationskosten tragen soll. Bis Ende März, bez. Ende Mai, hören die Beiträge der Bundeskasse für die polnischen Flüchtlinge auf.

London, 14. Febr. Die „Times" bringt einen Leitartikel über den amerikanischen Krieg, in welchem sie sagt, daß, selbst wenn der Süden, wie das in Amerika jetzt vielfach geglaubt werde, die Emanzipation seiner Sklaven verfügen sollte, er darum der Anerkennung von Seiten Englands um keinen Schritt näher sein würde, da die von England beobachtete Haltung mit der prinzipiellen Frage, ob Sklaverei oder keine Sklaverei, durchaus nichts zu thun habe.

Paris, 14. Febr. Durch ein kaiserliches Dekret ist das autographische Telegraphensystem nun in Frankreich eingeführt. Die Taxe wird nicht mehr nach der Zahl der Worte, sondern nach der Größe des eigens dazu präparirten Papieres berechnet, auf welchem beliebig Schrift oder Zeichnung versandt werden kann. Vorläufig wird es vier Dimensionen dieses Papieres geben, und zwar zu 30, 60, 90 und 120 Quadratcentimetres die von der Telegraphenverwaltung zu 10 Cent. per Centimeter verkauft werden. Von übermorgen an ist die Telegraphenverbindung zwischen Paris und Lyon dem Publikum zu Versendung derartiger Depeschen eingeräumt.

Florenz, 15. Februar. Der König Viktor Emanuel hat heute die Munizipaljunta von Turin empfangen und derselben lebhafte Gefühle des Wohlwollens für die Turiner Bevölkerung ausgedrückt.

Messina, 14. Febr. Der Ausbruch des Aetna fährt mit vieler Gewalt fort. Er findet durch vier verschiedene Ausflüsse statt. Die Lava hat bereits 12 Kilometer zurückgelegt. Sie hat sowohl Ackerland bedeckt als auch drei tiefe Schluchten angefüllt. Der bis jetzt verursachte Schaden wird auf eine Million veranschlagt. (T. H.)

Aus Veranlassung des Kongreßbeschlusses wegen Abschaffung der Sklaverei erhielt Lincoln zu **Washington** eine Serenade. Er sagte in seiner Rede: Das Ereigniß sei derart, daß man der ganzen Welt Glück dazu wünschen solle. — Als sprechendes Zeichen der neuen Gestaltung wird gemeldet, daß ein Neger als Advokat am obersten Gerichtshof zugelassen worden ist. (N. Fr. Z.)

Hiezu die Beilage: „Würzburger Anzeiger".

Verantwortlicher Redakteur: A. Hartmann.
Druck und Verlag der Stahel'schen Buch- und Kunsthandlung in Würzburg

Cours der Staatspapiere.

Oesterr.	5 pCt. Met. (Cp. 1. 8. b. R.)	—
"	5 pCt. Lomb. ditto. à 24	—
"	5 pCt. Engl. Met. v. 1852	—
"	5 pCt. Engl. Met. v. 1859	$78\frac{3}{4}$ P. $\frac{1}{2}$ G.
"	5 pCt. Venet. Coupon b. R.	$84\frac{3}{4}$ P.
"	5 pCt. Nationalanl. v. 1854	$68\frac{1}{2}$ G.
"	5 pCt. Metall. Obligation.	$62\frac{1}{4}$ G.
"	$4\frac{1}{2}$ pCt.	66 P.
Preussen	$3\frac{1}{2}$ pCt. Staatsschuldsch.	$90\frac{7}{8}$ P.
Bayern	$4\frac{1}{2}$ pCt. Obl. 1jähr. dto.	102 P. $101\frac{3}{4}$ G.
"	$4\frac{1}{2}$ pCt. Obl. $\frac{1}{2}$jähr. dto.	$101\frac{3}{8}$ P.
"	4 pCt. Obl. 1jähr. dto.	$98\frac{3}{4}$ G.
"	4 pCt. Obl. $\frac{1}{2}$ jähr. dto.	$98\frac{7}{8}$ G.
"	4 pCt. Obl. Ab.-R. dto.	$98\frac{1}{2}$ G.
"	$3\frac{1}{2}$ pCt. Obl. dto.	—
Württemb.	$4\frac{1}{2}$ pCt. Obl. b. Rothsch.	$105\frac{3}{8}$ P.
"	$3\frac{1}{2}$ pCt. Obl. dto.	$95\frac{5}{8}$ G.
Baden	$4\frac{1}{2}$ pCt. Obl.	—
"	$3\frac{1}{2}$ pCt. Obl. v. 1842	$92\frac{3}{4}$ P.
Gr. Hess.	$4\frac{1}{2}$ pCt. Obl.	—
"	4 pCt. Obl. b. Rothsch.	$100\frac{1}{8}$ G.
"	$3\frac{1}{2}$ pCt. Obl. dto.	$97\frac{3}{8}$ P.
Nassau	$4\frac{1}{2}$ pCt. Obl. dto.	$102\frac{1}{4}$ P.
"	4 pCt. Obl. dto.	$99\frac{1}{2}$ P.
"	$3\frac{1}{2}$ pCt. Obl. dto.	$92\frac{1}{4}$ P.
Frankfurt	$3\frac{1}{2}$ pCt. Obl.	$95\frac{1}{4}$ P.
"	3 pCt. Obl.	—
Spanien	3 pCt. inl. Sch. P. à fl. 2. 30	—
"	$2\frac{1}{4}$ pCt. " " "	—
Schweden	$4\frac{1}{2}$ pCt. Obl. à 105 Thlr.	$92\frac{1}{8}$ P.
N.Amerika	6 pCt. à 1000r. 1881 D. $2\frac{1}{2}$	—
"	6 pCt. ditto r. 1882 "	$52\frac{7}{8}$—53 G.

Diverse Aktien.

Frankfurter Bank à fl. 500 . . .	$146\frac{1}{2}$ G.
K. K. Oesterr. National-Bankaktien	842 P. 839 G.
Oesterr. Kreditbank-Aktien à fl. 200	189—$98\frac{1}{2}$ G.
Bayer. Hypothekenb. Pfandbriefe 4 pCt.	$98\frac{1}{4}$ P.
Darmst. Bank 1. u. 2. Serie à fl. 250	238 P. $237\frac{1}{2}$ G.
Weimarische Bank à Thlr. 100 . .	—
Mitteldeutsche Kreditaktien . . .	$101\frac{1}{4}$ P.
Intern. Bank in Lux. à 250 Frs. à 28 kr.	—
Taunus-Eisenbahn à fl. 250 . . .	351 P.
Frankfurt-Hanauer-Eisenbahn . . .	$101\frac{1}{4}$ P.
Oest. F.St.Eisb. 5pCt. 500 Fr. à 28 kr.	—
" Elisab.-Eisenbahn 5 pCt. . .	118 G.
Böhm. Westbahn-Aktien à fl. 200 6/7	—
Rhein-Nahe-Bahn 200 Thl. à 105 4pCt. Z.	$30\frac{1}{2}$ P. 30 G.
Ludwigshafen-Bexbacher à 4 pCt. .	147 P.
dto. dto. Prior. à 4 pCt.	$97\frac{1}{2}$ P.
Pfälz. Maxb. b. Rothschild à $4\frac{1}{2}$ pCt.	$107\frac{1}{8}$ G.
Oest. St.-Eisenb. Prior.-Oblig. à 3 pCt.	51 P.
Elisab.-Bahn Prior. 5 pCt. 6/7	$79\frac{1}{2}$ G.
Südd. Bank-Akt., 40 pCt. Einz.	$253\frac{1}{2}$ P. 258 G.
Span. Handels- und Industrie . .	—
Bayr. Ostbahn à $4\frac{1}{2}$ pCt. volleinbez.	$114\frac{1}{8}$ G.
Bayer. Ostbahn mit 50 pCt. Einz.	$113\frac{7}{8}$ G.

Wechsel
in süddeutscher Währung.

Amst. fl. 100 k. S.	$100\frac{1}{8}$ P.
Antwerp. Frs. 200 k. S.	$94\frac{1}{8}$ G.
Augsb. fl. 100 k. S.	100 P.
Berlin Th. 60 k. S.	105 P.
Brem. 50 Th. Ld. k. S.	$96\frac{7}{8}$ P.
Brüssel Frs. 200 k. S.	$94\frac{1}{8}$ G.
Cöln Thlr. 60 k. S.	$104\frac{7}{8}$ P.
Hamb. MB. 100 k. S.	89 G.
Leipzig Th. 60 k. S.	105 P.
London Lst. 10 k. S.	$118\frac{5}{8}$ G.
Lyon Frs. 200 k. S.	—
Mail. Frs. 200 . .	$93\frac{7}{8}$ G.
München fl. 100 k. S.	$99\frac{7}{8}$ P.
Paris Frs. 200 k. S.	$94\frac{1}{4}$ G.
Petersburg 60 S.-R.	—
Triest fl. 100 k. S.	—
Wien fl. 100 ö. W.	—
do. in öst. W. l. S.	$104\frac{3}{8}$ P. $\frac{1}{2}$ G.
Disconto	4 pCt. G.

Anlehens-Loose.

Oesterr. fl. 250 v. 1839	—
" fl. 250 v. 1854 mit 4pCt.	$76\frac{1}{4}$ P.
" fl. 500 v. 1860 6/7	$84\frac{1}{8}$ P.
" fl. 100 Kisb. L. v. 1858.	$131\frac{5}{8}$ G.
" do. v. 1864.	$91\frac{1}{4}$ P.
Schwed. 10 Thlr. Loose	$9\frac{1}{4}$ P.
Badische fl. 50	—
Badische fl. 35	54 P.
Kurhess. Thlr. 40 b. R.	$55\frac{7}{8}$ P.
Gr. Hessen fl. 50 b. R.	$138\frac{3}{4}$ P.
" fl. 25 do.	—
Nassau fl. 25 bei Rothsch.	$35\frac{1}{2}$ G.
Sardinische Fr. 36 b. B.	—
Neuchateler 10 Frs.-Loose	—
Freiburger 15 Frs.-Loose	—
Mailänder 45 Frs. L. b. R.	33 P.
St. Lüttich mit $2\frac{1}{2}$ pCt. Z.	$34\frac{1}{2}$ P.
Ansb.-Gunzenh. fl. 7-L.	—

Frankfurt, 16. Februar. Im Hinblick auf die starke Enttäuschung, welche die neueste Post der zu sanguinischen Spekulation in amerikanischen Fonds brachte, hielten sich diese sehr fest, wozu zahlreiche Rückläufe von Seite derjenigen, welche die gestern verbreiteten Gerüchte zu benutzen verstanden hatten, wesentlich beitrugen. Die um etwa 3 pCt. niedrigeren Eröffnungskurse erhielten sich im Laufe des sehr umfangreichen Geschäfts und gegen Börsenschluß zeigte sich sogar wieder ziemliche Kauflust zu etwas höheren Preisen. (Synd.)

K. Hof- und Staatsbibliothek
1 N. Würzb. Ztg. München.

Neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht!

№ 49.	Vorausbezahlung: Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 1 fl. 30 kr. Bei Inseraten wird die dreispaltige Zeile in gewöhnlicher kleiner	62. Jahrgang.	Schrift oder deren Raum im Hauptblatte mit 6 kr., im Anzeiger mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franco.	Samstag, 18. Februar 1865.

Die französische Thronrede.

Die Erwartung, daß die Thronrede des Kaisers Napoleon auch diesmal einen durchaus friedlichen Charakter tragen und vorzugsweise mit den innern Verhältnissen Frankreichs und einer beabsichtigten Verbesserung derselben sich beschäftigen werde, hat nicht getäuscht. Der Kaiser beklagt das Scheitern seiner Kongreßidee und schiebt denen, welche daran schuld sind, gewissermaßen die Verantwortlichkeit für alles seitdem Geschehene und noch Geschehende zu. Indem er Frankreichs Neutralität im deutsch-dänischen Kriege und sein Festhalten am Nationalitätsprinzip auf der Londoner Konferenz betont, scheint er zugleich damit für das fernere Verhalten Frankreichs, gegenüber anderen Verwicklungen, ein Programm aufzustellen, ohne doch dessen Politik zu binden. Die Stelle über Italien ist nicht unzweideutig: soll die „definitive Constituirung Italiens“ durch Verlegung der Hauptstadt zugleich das endgiltige Verbleiben der letztern in Florenz andeuten oder nicht? Diese Zweideutigkeit ist schwerlich ganz unabsichtlich.

Es ist ein großes Wort, welches der Selbstherrscher der kriegslustigsten Nation Europas spricht: Den Kriegstempel schließend, wolle er sich Friedenswerken hingeben. Das ist beinahe eine Art von Initiative zu der in Worten so oft proklamirten allgemeinen Entwaffnung — wenn die Regierung des Kaisers wirklich erfüllt, was er hier verspricht. Die innere Politik, deren Programm der Kaiser gleichzeitig entwirft, ist vertrauenerweckend — immer vorausgesetzt, daß die That dem Worte entspricht. Die Aufrechthaltung der Prinzipien der Freiheit, Gleichheit, Toleranz, des Fortschritts, die Verbesserung des öffentlichen Unterrichts, eine größere Selbstverwaltung der Gemeinden und Departements, Erleichterungen des Verkehrs, Verbesserung der Lage der Arbeiter durch die Association, Bürgschaften zur Sicherung individueller Freiheit, das alles sind Verheißungen, deren Erfüllung nicht blos in dem inneren Staatsleben Frankreichs wesentliche Mängel abstellen und fühlbare Lücken ergänzen, sondern auch dem europäischen Frieden wirksame Garantien bieten würde, indem sie dem Geiste der Freiheit, des innern Fortschritts, der friedlichen Civilisation ein starkes Uebergewicht verliehe über den immer nur nach außen gerichteten Zug militärischer Ruhm- oder Eroberungssucht, und indem sie die Nothwendigkeit beseitigen, dem im Innern zusammengepreßten, unterdrückten Volksgeiste nach außen Luft zu machen auf Gefahr und Kosten des europäischen Friedens.

Eine Pariser Korr. der „Köln. Ztg.“ sagt über die Rede des Kaisers: „Dieselbe ist so ausgefallen, wie man sie erwartet hat, sie wollte eine beruhigende sein und konnte sich somit nach keiner Seite hin mit Entschiedenheit aussprechen. Dänemark darf auf Frankreichs Sympathieen, Deutschland auf seinen guten Willen zählen. Italiens Schicksal ist gesichert und die Unabhängigkeit des heiligen Stuhles verbürgt. Die Verlegung der Hauptstadt nach dem Herzen des Landes in die Mitte der Apenninen, wo sie wie eine uneinnehmbare Festung sein wird, ist ein Akt des Patriotismus, welcher Italien endgültig konstituirt und mit der Katholizität versöhnt. Bisher hat die Welt allerdings noch wenig von dieser Versöhnung verspürt, in Rom scheint man die Tragweite des September-Vertrages anders aufzufassen, und in Florenz, Neapel und Mailand macht man sich auch eine andere Vorstellung von diesem Akte. Unbestreitbar ist blos die Aeußerung, welcher zufolge das päpstliche Gebiet durch den beide Regierungen bindenden Vertrag gesichert wird. Italien darf es nicht angreifen, noch einen Angriff auf dasselbe dulden. Wie denn aber, wenn nach Entfernung der Franzosen die Römer folgenden Satz aus der heutigen Thronrede zur Geltung bringen wollen: „Frankreich hat sich damit begnügt, das Prinzip der Nationalitäten geltend zu machen und das Recht der Bevölkerung, bei Entscheidung ihres Schicksals zu Rathe gezogen zu werden?“ Darüber schweigt die Thronrede, und auf diese Frage können nur die Ereignisse antworten. Ueber den Konflikt mit der Geistlichkeit erfahren wir bloß, daß der Kaiser die Rechte der bürgerlichen Gewalt zu wahren wissen werde, wie das ein jeder Monarch Frankreichs seit Ludwig IX. gethan hat. Mit Vergnügen und Erwartung haben wir die Stelle gelesen, worin der kaiserliche Redner den beherzigenswerthen Satz ausspricht, daß im Lande des allgemeinen Stimmrechtes ein jeder Bürger schreiben und lesen können müsse. Leider wurde unsere Freude schon beim nächsten Satze zu nichte, denn statt des

Feuilleton.

Die falschen Haare.

Ein neues Werk von Oskar Commettant ist soeben in Paris unter dem Titel: „Dänemark wie es wirklich ist“ erschienen. Das Werk ist sehr interessant, sowohl was den historischen und philosophischen Theil seines Inhaltes, als was die poetischen und phantastischen Partien desselben betrifft. Ein großer Abschnitt beschäftigt sich mit der Liebe in Dänemark, also mit den Frauen, von denen der Verfasser mit einer Verehrung spricht, sowohl in Beziehung auf ihren Charakter, als ihre Persönlichkeit.

„Doch aber,“ heißt es darin, (wir wollen diesen Abschnitt wörtlich wiedergeben) „obwohl die Däninnen im Allgemeinen sich durch einen sehr reichlichen und seidenweichen Haarwuchs auszeichnen, ist uns doch von einigen dänischen Damen (nach dem bekannten Satze, daß man sich auf seine Freunde nicht verlassen kann) versichert worden, daß man sich nicht blindlings auf diesen Luxus der Natur verlassen darf, der sehr oft der Kunst entlehnt ist. Es scheint nach den Mittheilungen dieser etwas indiskreten Damen sogar, als ob in Dänemark, besonders in Jütland und dem kalten Island, ein sehr beträchtlicher Handel mit blonden Haaren (die Farbe der Venus!) getrieben wird, und zwar nicht nur zum Export, sondern auch zum Frommen der Länder selbst, wo man sie erntet.

Ich glaubte, sagte ich eines Tages zu einer reizenden Verrätherin dieser kleinen Schönheits-Mysterien, die dänischen Damen seien jeder Heuchelei unfähig! Ich würde sie in gutem Glauben gekämmt haben, ihr eigenes schönes Haar zu durchstreichen!

Die Däninnen, antwortete sie, sind in der That wenig kokett, wenn man sie mit den Frauen gewisser anderer Länder vergleicht; aber bei alledem sind sie doch immer Töchter Eva's und es ist so schön, einen üppigen Haarwuchs zu haben oder selbst nur zu haben scheinen. Hat ja doch Frankreich, das gegen das schöne Geschlecht immer galant ist, aus der Fremde in dem einen Jahre 1856 13,772 Pfd. unverarbeiteter Haare bezogen und seine Douanen möglichst weit für diese Art von Produkten geöffnet, die keinen Eingangszoll bezahlen und im Gegentheil noch mit einem Ausgangszoll belastet sind.

Wahrhaftig Madame!

Gewiß, mein Herr, und mit Recht. Denn wenn ich mich nicht irre, war es ja gerade der Heilige Ludwig, der zuerst in ganz Europa seine natürlichen Haare, die ihm in Palästina ausgegangen, durch falsche ersetzte. Wegen dieser bewundernswerthen Eingebung ist ihm ja auch die Ehre erwiesen worden, der Schutzpatron der Perrückenmacher aller Nationen zu werden. Mußte also Frankreich, welches die erste Perrücke hervorgebracht, deshalb nicht auch die Einfuhr der Haare begünstigen? Als die Königin Blanka den unglücklichen und heiligen Fürsten kahlköpfig und wie eine Elfenbeinkugel leuchtend wiedersah, verdroß sie das wohl, aber sie war gar nicht in Verlegenheit, den angerichteten Schaden wieder gut zu machen. Sie ergriff eine Scheere und schnitt ohne Weiteres jedem der Herren am Hofe, dessen Haare denen ihres Sohnes ähnlich waren, eine Locke ab. Mit ihrer großen mütterlichen

gehofften Unterrichtszwanges wird blos ein Gesetzvorschlag verkündigt, dessen Aufgabe ist, den ersten Unterricht immer mehr und mehr zu verbreiten.“

Was die Aeußerlichkeiten bei der Eröffnung der Kammersession betrifft, so ging dieselbe, wie die „K. Z.“ berichtet, mit dem gewohnten Glanze vor sich, nur daß die verschiedene Stimmung der Anwesenden manches Einzelne in ein neues Licht rückte. An den Stufen des Thrones hatten die Kardinäle, die Minister, die Mitglieder des geheimen Rathes, die Marschälle und Admirale, die Präsidenten, Vize-Präsidenten, Sektions-Präsidenten und Mitglieder des Staatsrathes — so viel Köpfe wie Sinne in Bezug mehrerer Hauptfragen des Tages — sich gereiht. Dem Throne gegenüber erschien rechts der Senat, links der gesetzgebende Körper. In der oberen Galerie rechts sah man das diplomatische Korps, in der links die Frauen der Großwürdenträger und Hofdamen. Kurz vor 1 Uhr verließ die Kaiserin mit dem kaiserlichen Prinzen die Tuilerieen zu Wagen und fuhr durch die von National- und Kaisergarde gebildete Hecke. Von den Prinzen und Prinzessinnen empfangen, begab die Kaiserin sich auf die Tribüne rechts vom Throne, während im Saale Lebehochs auf die Kaiserin und den kaiserlichen Prinzen erschollen und in dieselben die 21 Kanonenschüsse donnerten, welche die Abfahrt des Kaisers aus den Tuilerieen verkündeten. Der Kaiser, begleitet von den Hundertgarden und Garde-Kavallerie, erschien gleichfalls im Wagen, stieg am Pavillon Denon unter einer zu diesem Zwecke angebrachten riesigen Marquise aus, wo er von den Prinzen empfangen und von diesen und seinem übrigen Gefolge in den großen Saal begleitet wurde und hier den Thron bestieg. Im Saale herrschte große Begeisterung. Der Kaiser sprach seine Worte mit lauter Stimme, und jedesmal, wenn er eine Phrase betonte und er dabei sein Manuskript herabsenkte, erklangen zahlreiche: Vive l'Empereur! Dasselbe war besonders stark nach beendeter Rede und wollte fast kein Ende nehmen, als er den Saal verließ. Es war, als wollte Jeder sich durch sein Rufen hervorthun und den Anderen zuvorkommen.

(Amtliche Nachrichten.) **München,** 16. Februar. Se. Maj. der König hat die kathol. Pfarrei Reichholzried, Bezirksamts Memmingen, dem Priester K. Martin, Pfarrer in Balderschwang, Bezirksamts Sonthofen, übertragen; genehmigt, daß die kathol. Pfarrei Großzebing, Bezirksamts Beilngries, von dem Bischofe von Eichstätt dem Priester A. Bayer, Beichtvater in dem Frauenkloster Gnadenthal in Ingolstadt, verliehen wurde; den Bezirksarzt 2. Kl. Dr. K. Ramis zu Prien auf die Bezirksarztensstelle 1. Kl. zu Rosenheim versetzt; den Priester A. Kohlbauer, Pfarrvikar zu Mehring, Bezirksamts Altötting, von dem Antritte der ihm zugedachten kathol. Pfarrei Außernzell, Bezirksamts Deggendorf, enthoben und diese hienach wieder erledigte Pfarrei dem Priester Jos. Müller, Pfarrvikar zu Bischofsmais, Bezirksamts Regen, übertragen; das Kurat- und Schulbenefizium zu Obergrainau, Bezirksamts Werdenfels, dem derzeitigen Verweser desselben, Priester J. B. Weishaupt, übertragen.

Das Frühmeßbenefizium Tannhausen, k. Bezirksamts Krumbach, ist mit einem fassionsmäßigen Reinertrage von 418 fl. 46 kr. 2 hl. erledigt.

(Militärdienstesnachrichten.) **München,** 15. Febr. Se. M. der König hat den Generalmajor und Kommandanten der 2. Kav.-Brigade Fr. Grafen v. Spreti in den nachgesuchten Ruhestand versetzt und den Obersten Herzog Ludwig in Bayern vom 4. Chev.-Reg. zum Generalmajor und Kommandanten der 2. Kavallerie-Brigade befördert.

Se. Maj. der König hat die nachstehenden Personal-Veränderungen im Stabe der Kavallerie verfügt:

Versetzt werden: die Oberstlieutenants W. v. Wessenig vom 4. zum 2. und K. Frhr. v. Leonrod vom 2. zum 4. Chev.-Reg.; dann der Major H. Besch vom 1. Uhl.-Reg. zum 4. Chev.-Reg.

Befördert werden: zum Obersten: der Oberstlieutenant G. Korb im 1. Uhl.-Reg.; zum Oberstlieutenant: der Major K. v. Weinrich im 4. Chev.-Reg.; zum Major: der Rittmeister E. Killani vom 5. Chev.-Reg. im 1. Uhl.-Reg.

Charakterisirt wird: als Oberstlieutenant: der charakt. Major M. v. Hößlin vom 4. Chev.-Reg.

Se. Maj. der König hat dem Hauptmann Frhrn. v. Donnersberg von der Gend.-Komp. der Oberpfalz und dem Hauptmann und Adjutanten Jos. Pfistermeister vom Gend.-Korps-Kommando das Ritterkreuz 1. Kl. des Verdienstordens vom h. Michael verliehen; dem Oberlieutenant Prinzen Leopold von Bayern vom 3. reit. Art.-Reg. die Erlaubniß zum Tragen des Großkreuzes des großh. hess. Ludwigordens ertheilt; den temp. pens. Hauptmann S. Klein auf ein weiteres Jahr und den temp. pens. Oberkriegskommissär 1. Kl. B. Mussinan bleibend im Ruhestande belassen.

Durch Ministerial-Reskript vom 8. d. wurde der Oberlieutenant Heinr. Kellner vom 1. Inf.-Reg. als Bat.-Adjutant bestätigt. (M.-V.-Bl.)

München, 16. Febr. Die „Bayer. Ztg.“ schreibt: „In der „N. Pr. Z.“ Nummer 36 vom 11. Februar ist bei Gelegenheit einer Erörterung über die vielbesprochene französische Depesche wegen der holsteinischen Frage gesagt, Herr v. d. Pfordten habe es sich neulich auf das Bestimmteste verbeten, mit Herrn v. Beust auf eine Linie des politischen Strebens und Handelns gestellt zu werden. Obgleich diese Angabe als sicher bezeichnet wird, können wir doch dieselbe als völlig unrichtig bezeichnen. Zwischen den Regierungen von Bayern und Sachsen besteht gerade jetzt in allen wichtigen politischen Fragen die völligste Uebereinstimmung der Ansichten, Ueberzeugungen und Bestrebungen, aus welcher zu rechter Zeit auch eine Gemeinschaft des Handelns hervorgehen wird. Die langjährigen freundschaftlichen Beziehungen zwischen Frhrn. v. Beust und Frhrn. v. d. Pfordten tragen hiezu bei und werden dadurch zugleich befestigt. Wir glauben versichern zu können, daß Niemand die großen Verdienste, welche Frhr. v. Beust sich seit Jahren um viele Angelegenheiten des deutschen Bundes, insbesondere aber um die Angelegenheiten der Elbherzogthümer, sowohl in seiner Eigenschaft als sächsischer Staatsminister wie als Bevollmächtigter des Bundes auf der Londoner Conferenz erworben hat, vollständiger und aufrichtiger anerkennt, als Frhr. v. d. Pfordten, der es wiederholt ausgesprochen hat, daß nach seiner Ueberzeugung der für Deutschland günstige Ausgang der Londoner Conferenz großentheils der Umsicht, Entschlossenheit und dem Patriotismus des Frhrn. v. Beust zu verdanken ist. Wir begreifen, daß dieses innige Verhältniß zwischen Bayern und Sachsen nicht überall angenehm ist; aber der Versuch, dasselbe zu stören, der hier vorliegt, ist zu plump, um zu gelingen. Der bayerische und sächsische Minister werden, daran zweifeln wir nicht, wie bisher, so auch ferner für das Recht

---

Liebe, die noch mächtig durch jenen großen Instinkt weiblicher Koketterie, die aus allen Ländern und allen Zeiten stammt, unterstützt wurde, nähte sie diese entlehnten Haare eines an das andere und machte daraus für den König eine wundervolle Perrücke, die leider nicht aufbewahrt ist. Sie wissen, mein Herr, welche Auszeichnung den Perrücken unter Ludwig XIV. zu Theil wurde, der den Perrückenmachern die Ehre zugestand, den Degen zu tragen, wie vollkommene Edelleute. Heutzutage sind die Frauen aus der Gesellschaft, die sich mit ihren eigenen Haaren begnügen, noch seltener als diejenigen, deren Zähne in ihrem eigenen Zahnfleisch geboren und groß geworden sind. Der Handel mit Haaren ist daher auch jetzt so verbreitet und so bekannt, wie der mit Indigo und Kaffee. Ohne auf die Behandlung dieser Frage vorbereitet zu sein, könnte ich Ihnen, nur von meinem Gedächtniß unterstützt, über diesen Punkt eine gute Zahl von Thatsachen mittheilen.

Madame, erwiderte ich dieser liebenswürdigen Indiskreten, welche, wie ich sicher weiß, keine falschen Flechten trug, ich werde mit Dank all' die Details annehmen, die Sie mir gefälligst über diesen interessanten und delikaten Handel geben wollen, an den ich nie gedacht, der aber meine Neugierde jetzt, da Sie davon reden, auf's Höchste reizt.

So erfahren Sie denn, mein Herr, daß man seit einigen Jahren in Dänemark und noch mehr in Schweden, wo die Bäuerinnen meist arm sind, eine gewisse Zahl von geheimnißvollen Agenten erscheinen sieht, welche, mit einem Waarenballen versehen, sich in die Hütten einführen, wenn die Männer ausgegangen sind. Sie haben mit den einfachen, dürftigen Bäuerinnen beredte Unterhaltungen, in Folge deren die Frauen ihre Haare lösen und in reichen Wellen um ihre Schultern einen Strom blonder Haare wie gesponnenen Bernstein fallen lassen. Der geheimnißvolle Agent lächelt bei diesem Anblick, bewegt leise in seinen ungeduldigen Fingern eine scharfe Scheere, bietet der Produzentin zwei indische Taschentücher für die Ernte, und schneidet dieselbe dann mit Eifer bis auf den Schädel ab. Diese so zu sagen noch lebendigen Haare werden dann mit anderen in einen Sack von Leinewand gesteckt, der das gemeine und allgemeine Grab der köstlichsten Reize wird, womit die Natur das Weib beschenkt hat. Ist der Sack voll und wohl gestopft, wird er zu den Händlern en gros gebracht, welche die Haare sortiren und durch 6 oder 7 Operationen nach und nach appretiren.

So also erscheinen später diese Haare, die für die einfache und dürftige Tochter des Feldes verloren sind, blonder, feiner, glänzender als je wieder auf einem unfruchtbaren Kopfe, wie man den reichen und frischen Rasen fruchtbarer Ländereien auf trockenen oder ausgesogenen Boden verpflanzt. Wie viele wollüstige Blicke werden auf diese Chignons im Exil, wie viele verstohlene heiße Küsse werden in der Verwirrung einer süßen Aufregung auf diese geborgten Flechten gedrückt, die erstaunt sind über ein so plötzliches, unverhofftes Glück! Wer hat sie je bemerkt, als sie noch ihr natürliches Leben führten? vernachlässigt und unbekannt mit sich selbst, am Orte ihrer Geburt? Ach, wahrhaftig, man könnte ein Buch schreiben, das zugleich die Geschichte einer Bäuerin und die Abenteuer einer Frau aus der großen Welt enthalten und den pikanten Titel führen könnte: „Geschichte eines Kopfes ohne Haare und eines Packets Haare ohne Kopf.“

„Madame, welche Idee!“

und die Ehre der deutschen Staaten und Bevölkerungen und für die nationale Entwicklung ihrer politischen Gesammt-Verbindung in einer Linie streben und wirken, und diese Gemeinschaft als eine ehrenvolle offen und freudig bekennen.

In der Sitzung des Gesetzgebungs-Ausschußes vom 14. Febr. wurden zu Art. 135 „Gerichtssprache“ und 136 „Verhandlung mit Taubstummen“ erweiternde Modifikationen angenommen, namentlich daß die Vorschrift des Abs. 2 des Entwurfes, den in fremder Sprache verfaßten Urkunden eine deutsche Uebersetzung beizufügen, fakultativ sein soll und daß das Gericht auf Parteiantrag oder von Amtswegen die Uebersetzung solle anordnen können, ferner sollen Uebersetzer und Dolmetscher von dem Gerichtsvorstand oder einem von ihm beauftragten Gerichtsmitgliede zu bezeichnen sein. Außerdem wurde das Marginal zu Art. 136 gestrichen. In Art. 137 „Parteivorträge“ erschien das in dem Abs. 3 gesetzte Präjudiz der Zugeständnißannahme bei übergangener oder ungenügender Beantwortung von Thatsachen als bedenklich und es wurde der Artikel mit dem dieses Bedenken beseitigenden Zusatz angenommen, daß die Aufforderung des Richters zu einer bestimmten und erschöpfenden Erklärung ohne Erfolg vorausgegangen sein müsse. Die Art. 138 und 139 wurden in Einen Artikel zusammengezogen und im Art. 138 die Ziff. 5 und Abs. 2 und 3 mit Ausnahme des Requisites der Unterschrift des Anwaltes gestrichen und als weiteres Requisit der Abs. 3 des Art. 139: die Bezeichnung der Gesuche der Parteien aufgenommen. Als weiterer Absatz wurde beschlossen: „Die thatsächliche und rechtliche Begründung soll in bündiger Kürze vorgetragen werden.“ Ebenfalls Annahme fanden die Art. 140, 141 und 141 a, welche die Vorschriften über die Erfordernisse der Protokolle enthalten.

Wien, 15. Febr. Der Finanzausschuß des Abgeordnetenhauses beschäftigte sich am 14. mit dem Etat des Ministeriums des Aeußern. Ueber die Verhandlungen, die sich dabei an die Position „diplomatische Auslagen“ anknüpften, entnehmen wir einem Berichte der „Presse“ was folgt: Dr. Brestl wünschte eine Verschmelzung der Vertretungen bei den kleineren deutschen Höfen und beantragte einen Abstrich von 92,000 fl. an dem mit 1,183,830 fl. eingesetzten Postulat. Dr. Giskra beantragte, daß die Gesandtschaftsposten in Kassel, Darmstadt, Frankfurt und allenfalls auch Stuttgart, durch einen einzigen Gesandten versehen werden mögen. Minister Graf Mensdorff führte aus, daß es nothwendig sei, in Kassel einen eigenen Gesandtschaftsposten zu haben. Kassel sei ein wichtiger Knotenpunkt politischer Interessen. Die kaiserliche Regierung habe alle Ursache, ihrerseits die sich daselbst kreuzenden Intriguen zu beobachten, sowohl preußische als national-vereinliche, die unter sich durchaus nicht im Widerspruche stünden. Dr. Schindler drückte seine Verwunderung darüber aus, daß unser theurer Alliirter im Norden gegen uns intriguire, worauf der Minister entgegnete, er habe mit seiner Bemerkung nicht die preußische Regierung dieser Intriguen anklagen wollen, sondern Partei-Intriguen für preußische Interessen gemeint. Dr. Brinz hob hervor, daß eine Verschmelzung der Gesandtschaftsposten den kleinen Höfen als eine Beleidigung erscheinen würde. Der Nutzen ihrer Thätigkeit sei ihm weniger einleuchtend. Unsere auswärtige Politik müsse sich an die öffentliche Meinung anschließen; so lange dies nicht geschehe, halte er jede Auslage für das auswärtige Amt für unnütz und erfolglos. Graf Brints: Man solle doch aus Ersparungsrücksichten nicht das Institut der reisenden Gesandten schaffen, welches das Ansehen Oesterreichs in Deutschland nur herabzusetzen geeignet sei. Dr. Herbst beantragte einen Gesammtabstrich bei diesem Titel im Betrage von 63,800 fl., und dieser Antrag wurde sodann angenommen.

Berlin, 14. Febr. Die Fortschrittspartei sucht vergebens nach einem Lokal für ihre Fraktionsversammlungen. Aus dem „Hotel de Hambourg“, wo man sich zuerst versammelte, mußte man ausziehen; dann tagte man im „Café Boulevard“, aber nur ein einziges Mal, denn der Wirth kündigte mit den Worten: er könne „diese Herren“ nicht mehr bei sich aufnehmen, und wenn es, zu seinem Bedauern, einmal geschehen sei, so sei dies nicht mit seinem Willen, sondern durch die Schuld des Oberkellners geschehen. Wie viel gute Gesinnung und freier Wille bei dem allen mitspielt, muß dahingestellt bleiben; vielleicht spielt der Umstand, daß die Konzessionen für Schankwirthe, Restaurateure ꝛc. bei uns immer nur auf ein Jahr ertheilt werden, nach dessen Ablauf es also in der Hand der Behörde liegt, dieselben wieder zu erneuern oder auch die Wiedererneuerung zu versagen, auch eine Rolle dabei.
(Nürnb. Korresp.)

Berlin, 16. Febr. In der heutigen Sitzung der Budget-Kommission des Abgeordnetenhauses beantragten die Referenten für den Generalbericht: Das Haus wolle beschließen, der Regierung zu erklären: 1) Im Staatshaushaltsetat ist eine richtige Vertheilung der Staatsausgaben nicht erkennbar; 2) der Militär-Etat bedarf wesentlicher Umgestaltung und Ermäßigung; 3) für Produktivzwecke, Stromregelungen, Wegebauten, Landesverbesserungen, Unterricht, Wissenschaft und Gehaltsverbesserungen sind größere Summen zu verwenden; 4) der Zeitpunkt scheint zu Reformen in Betreff der Ermäßigung drückender und zweckwidriger Staatslasten, zu Herabsetzung der Gerichtskosten und des Briefporto's, zur Aufhebung des Salzmonopols geeignet; 5) die Gebäudesteuer ist unter Ueberlassung des Ueberschusses an die Gemeinden auf den ursprünglich veranschlagten Jahresbetrag von 2,843,260 Thlr. festzustellen; 6) es ist eine gesetzliche Umwandlung der Einkommen- und Klassensteuer dahin vorzunehmen, daß die Anzahl der Monatsraten, welche zur Deckung des Bedarfs zu erheben sind, innerhalb des gesetzlichen Maximums von 12 Monaten jährlich durch das Budget festgestellt werde.

Ueber die preußischen Forderungen schreibt der ofterwähnte Berliner Korrespondent der „K. Z.“: daß die Territorialhoheit nicht nur über den Hafen von Kiel, sondern über noch andere für nothwendig gehaltene Festungen und Befestigungen zum Schutze der strategischen Punkte und des Kanals ohne jeden Zweifel einen

---

„Wollen Sie, mein Herr, diese Geschichte schreiben?“

„Vielleicht, Madame.“

„Bis dahin fahre ich fort. Es gibt Haare für jeden Gebrauch, in Dänemark wie überall, und für alle Arten von Koketterie; es gibt deren von allen Nüancen und allen Längen. Man färbt in unserem fortgeschrittenen Jahrhundert die Haare so obenhin, aber es gibt ein gewisses Blond, das die Natur allein liefert, ebenso wie die schönen rothen und weißen Haare!“

Die kurzen Haare von 30—40 Centimetres Länge werden in einem Kessel gekocht und auf kleine hölzerne Rollen gewickelt. Man nimmt sie dann aus dem Kessel heraus, um sie in einem mäßig erhitzten Ofen trocknen zu lassen. Nach dieser doppelten Operation behalten sie ihre Wellenlinie, und zieren als natürlich gekräuselte Haare die Trotzköpfchen, um welche alle Herzen wie Schmetterlinge um das Licht zu fliegen scheinen.

Die wohlhabenden Koketten verschmähen die gefalteten und gekräuselten Haare, die gewöhnlich aus heißen Ländern kommen und ziehen die langen glatten vor, die ein Produkt des Nordens sind. Es gibt Flechten, welche 150 m. lang sind und nicht weniger als 500 Fr. kosten, aber dafür auch den Neid all der Rivalinnen erregen, welche zu beklagen sind, weil sie keine solche Summe für den Kopf verwenden können. Aber wenn es schon in unsern Tagen theuer ist, schöne Haare haben zu wollen, so scheint es in Zukunft damit noch schlimmer bestellt. Schon verschmähen die Bäuerinnen, welche im Norden alle lesen können und vielleicht die Mode-Journale lesen, sich scheeren zu lassen, und dafür wollene karirte Taschentücher zu nehmen. Sie wollen in baarem Gelde bezahlt sein, während die jungen Bauern sich erlauben, scheel zu sehen, wenn es sich darum handelt, ein Mädchen „mit kurzer Seide“ zu heirathen, wie sie zierlicherweise diejenigen nennen, deren Haare bis auf den Schädel abrasirt sind. Urtheilen Sie also selbst, mein Herr, was aus den eleganten Damen aller Länder werden soll, die schön sind, durch ihre soziale Stellung die Herzen zum Zeitvertreib erobern, wenn unsere häßlichen und unverschämten Bäuerinnen künftig ihre Haare für sich selbst und für diejenigen behalten wollen, die sie einmal heirathen werden? Wir wollen aber wenigstens hoffen, daß dies noch lange nicht der Fall sein möge, und daß die bescheidenen Landmädchen den Damen der Stadt erlauben, diesen üppigen Haarwuchs zu besitzen, mit dem sie sich so herrlich zu schmücken wissen, und der so viele Briefchen an Chloris und so heiße Leidenschaften unter den Verehrern der schönen Natur veranlaßt hat.“

Diese, in spöttischem Tone gegebene Erzählung hatte mich lebhaft interessirt. Ich warf einen Blick auf das Haarnetz meiner reizenden Erzählerin: es war dicht angefüllt mit den feinsten Haaren, welche die bleiche Sonne des Nordens jemals mit ihren poetischen Strahlen vergoldet.

„Sie, Madame, sagte ich, haben sehr schöne Haare.“

„Glauben Sie, daß sie meine eigenen seien?“

„Ich glaube es, Madame.“

Sie brach in ein herzliches Lachen aus und fügte zu meiner Pein hinzu:

„Wahrhaftig, mein Herr, ich könnte sie gekauft haben und würde es Ihnen doch nicht sagen!“

München I/3. gezogen und dieselbe dem Advokaten L. Neuner in Ingolstadt verliehen.

Vom k. Staatsministerium der Justiz wurde als Vertreter der Staatsanwaltschaft am k. Landg. Heidenheim der Rechtspraktikant und dermalige Vertreter der Staatsanwaltschaft am k. Landg. Günzburg, J. Nobis, berufen und als Vertreter der Staatsanwaltschaft am k. Landg. Günzburg der geprüfte Rechtspraktikant und dermalige Advokaten-Konzipient B. Barth in Memmingen angestellt. (B. Z.)

Se. Maj. der König hat auf das im Forstamte Ansbach in Erledigung gekommene Revier Triesdorf den Revierförster August Zöller von Heidenheim im Forstamte Gunzenhausen in gleicher Diensteseigenschaft versetzt.

Dem „Dresdn. Journal" wird aus **Wien** vom 15. Febr. über die Berliner Zollkonferenz geschrieben: „Die bezüglich der Berliner Zollkonferenz hierher gelangten Nachrichten lauten etwas erfreulicher. Die Zollvereinskommissäre und der österreichische Bevollmächtigte scheinen in Bezug auf ihre Forderungen und Gegenforderungen einander näher zu kommen, wozu wohl wesentlich der Umstand beiträgt, daß Fhr. v. Hock im Besitz sehr ausgedehnter Vollmachten ist. Eine Verständigung in Bezug auf die Tarife ist übrigens absolut nothwendig, weil in Ermangelung derselben das Zustandekommen des Zollkartels in Frage steht. Es läßt sich nämlich nicht verkennen, daß ohne eine Vereinbarung über die Tariffragen der Zollverein sich dem Unbekannten gegenüber befände, eine unbedingte Bewilligung des Zollkartels also dann nur im einseitigen Interesse Oesterreichs wäre. Der Zollverein wird daher wenigstens sich die Sicherheit verschaffen müssen, daß während der Dauer des neuen Vertrags die österreichische Zollgesetzgebung, wie sie der neue Tarif begründet, keinen Schwankungen unterliege, allein die Uebernahme dieser Verpflichtung österreichischerseits wäre hinwieder schwer in Einklang zu bringen mit dem soeben gegebenen Versprechen, spätestens im März den Tarif zur Vorlage an den Reichsrath zu bringen. Im übrigen ist die vielverbreitete Annahme, daß der neue österreichische Tarif am kommenden 1. Juli in's Leben treten müsse, eine irrthümliche. Der bestehende Vertrag mit dem Zollverein läuft erst Ende dieses Jahres ab. Es erscheint also angemessen, vor diesem Termin in unserer Zollgesetzgebung keine Veränderung eintreten zu lassen."

Der offiziöse Wiener Korrespondent der „D. A. Z." schreibt: „Es ist in der letzten Zeit wieder mehrfach von einem Anlauf der Mittelstaaten, wenigstens einzelner derselben, zu einem festeren und einheitlicheren Verband unter sich — nach Anleitung von Art. 11 der Bundesakte, welcher den einzelnen Bundesgliedern das Recht, Bündnisse aller Art zu schließen, unbedingt zugesteht, sobald nur ein solches Bündniß nicht gegen die Sicherheit des Bundes oder einzelner Bundesstaaten gerichtet ist — die Rede gewesen, und so weit man hier unterrichtet ist, sind dazu allerdings die einleitenden, aber auch bis jetzt nur die einleitenden Schritte geschehen. Es soll, will man hier wissen, wesentlich auf Grund der bekannten, im Laufe des vorigen Jahres von den leitenden Ministern fünf größerer Bundesstaaten gepflogenen mündlichen Besprechungen schon seit längerer Zeit eine von Hrn. v. Beust redigirte Denkschrift vorliegen, welche den Entwurf der Grundzüge einer alle Mittel- und Kleinstaaten umfassenden Organisation enthält. In erster Reihe soll die Aufstellung einer kräftigeren Exekutive, eine gemeinsam parlamentarische Vertretung und als unmittelbare Konsequenz derselben ein gewisses Maß gemeinsamer Gesetzgebung, sowie eine einheitliche Militärorganisation, in zweiter Reihe eine gemeinsame Repräsentation nach außen hin in Aussicht genommen sein. Dieser Entwurf, sagt man uns, ist nicht bloß denjenigen Regierungen, welche sich an den gedachten Konferenzen betheiligt haben, sondern auch einer Anzahl der übrigen Bundesglieder, deren Mitwirkung sich zu sichern, zum Gelingen des Organisationswerks unerläßlich erschien, sofort mitgetheilt; aber wenn auch einzelne dieser Regierungen sich bereits mehr oder weniger eingehend, und im Großen und Ganzen nicht abfällig, darüber geäußert, so scheint doch eine förmliche Verhandlung durch stillschweigendes Uebereinkommen bis dahin vertagt zu sein, wo der definitive Austrag der Herzogthümerfrage genau die Stellung werde übersehen lassen, welche die beiden Großmächte zu einander und zum übrigen Deutschland eingenommen, und wo speziell die Gewißheit gegeben sei, daß seitens dieser beiden Großmächte eine gemeinsame Initiative zur Herbeiführung einer dem Bedürfniß entsprechenden Bundesreform nicht in Aussicht stehe."

Der „Leipziger Zeitung" schreibt man aus Wien vom 16. Februar, daß sich in den Beziehungen zwischen Oesterreich und Preußen manches geändert habe. Dies werde binnen kurzem noch klarer hervortreten. Der Korrespondent sagt: „Bis jetzt hat sich das diesseitige Kabinet in der Herzogthümerfrage darauf beschränkt, den zu weit gehenden Forderungen Preußens entgegenzutreten, dabei aber die guten Beziehungen im Allgemeinen aufrecht zu halten. Zu einem Bruch wollte man es nicht kommen lassen. Man scheint jedoch die Ueberzeugung erlangt zu haben, daß man damit nichts erreicht, nicht einmal so viel, daß sich Preußen, welches sich darauf steift, daß ohne seine Zustimmung nichts Definitives herbeigeführt werden kann, zu einer raschern Behandlung der Herzogthümerfrage entschließt. Es wird daher auch nicht überraschen, wenn Oesterreich nunmehr insofern seine bisherige Haltung modifizirt, daß es ebenfalls mit positiven Forderungen auftritt und namentlich die bundesrechtliche Lösung der Herzogthümerfrage entschieden betont. Sollte Preußen verlangen, daß Rendsburg eine „preußische" Festung, Kiel, Eckernförde und List „preußische" Kriegshäfen werden, daß ferner das Kontingent der Herzogthümer in die preußische Armee eingerahmt werde, so wird es sich sehr bald überzeugen, daß dergleichen Forderungen nicht durchzusetzen sind. Die Annexion, sei sie nun direkt oder verkappt, wird in Oesterreich den entschiedensten Gegner finden, und will sich Preußen nicht isoliren, so wird es gut thun, darauf Verzicht zu leisten und sich nur auf

---

der die Bürger bald veranlassen mochte, im Wohlleben des Reichthums froh zu werden, in Festlichkeiten und Prunk mehr, als der Obrigkeit für gut erscheinen wollte, sich zu zeigen. Schon gegen die Mitte des 14. Jahrhunderts bestimmte daher das Gesetz, keine Jungfrau oder Frau sollte bei Strafe von zwei Mark einen Besatz an ihren Kleidern tragen über eine Viertelmark werth; weder Mann noch Frau sollten Gold, Silber oder Perlen auf ihren Kleidern haben, ausgenommen Kinder unter acht Jahren; auch sollten die Bürger bei Strafe von fünf Mark keine mit Seide ausgenähten Kleider und keine geschlitzten oder ausgestochenen Schuhe sich machen lassen. Nach Sankt Michaelistag 1349, ward ausdrücklich verordnet, sollte Niemand einen Rock tragen, der nicht eine Hand breit unter das Knie hinabreichte, und es wurde den Schneidern besonders anbefohlen, keine anderen Röcke zuzuschneiden.

Herzog Julius von Braunschweig eiferte in mehreren Erlassen gegen zwecklose Verschwendung und gegen die zunehmende Verweichlichung, die er bei seiner Ritterschaft wahrzunehmen glaubte. „Mit Schmerzen und höchstem Verdruß", heißt es in einem Reskripte vom 20. Nov. 1588, „befinde ich, daß, während sonst der Adel der Braunschweigischen Lande wegen seiner Rüstung und Männlichkeit auch bei fremden Potentaten in großer Achtung gewesen, die tapfere Rüstung und Reiterei jetzt gar merklich abgenommen, weil die Lehenleute, Alt und Jung, auf Faullenzen und Kutschenfahren sich zu begeben unterstande, so daß nur wenige mit wohlstaffirten reisigen Pferden und versuchten Knechten versehen sind." Deshalb mahne er, sich als rittermäßige Leute mit guten Rüstungen, mit Pferden, Harnisch- und Büchsen zu versehen, wegekundige Knechte in Dienst zu nehmen, blanke Eisenrüstung, gestählten Sattel, zwei Feuerröhre ꝛc. in Vorrath zu haben. Nur der Landesfürstin und deren Kindern, Doktoren, gelehrten Räthen, Theologen, Kanzleiverwandten und alten, kranken Adelspersonen wolle man gestatten, sich der Kutschen zu bedienen. Wie sehr allerdings ein solcher Luxus damals noch selten war, dürfte daraus hervorgehen, daß nach 1604 die von Adelbesen, wenn sie ausfahren wollten, sich von denen von Hardenberg eine Kutsche zu borgen pflegten.

Einer der Fälle, in denen die Obrigkeit gegen Mißachtungen der Kleiderordnung ernstlich einschritt, ist der folgende. „Ich kann nicht umhin, zu hinterbringen", berichtete im Jahre 1655 der Vogt zu Bergen an den Großvogt Thomas Grote in Celle, „daß hier zu Bergen eines Krügers, Peter Hornemann Tochter, ungeachtet der vom Herren Magister Naumann gehaltenen Strafpredigten, sowie der seinerseits und von mir gethanen mündlichen Einrede und der endlich angedeuteten Strafe sich dennoch unterfangen, in ihrer hoffärtigen, unzulässigen Kleidung immer weiter und sehr ärgerlich fortzufahren und nunmehr dem adeligen und bürgerlichen Stande fast gleich ein ganz doraten (von Goldstoff) wie auch Türkisch grobgrünes mit guten Schnüren wohl besetztes Kleid, einen rothen auch mit Schnüren besetzten Rock, eine taffetne Schürze, zwei Paar weiß und schwarz mit Sammet besetzte und gestickte Schuhe sich verfertigen zu lassen, zu geschweigen der täglichen Kleidung, welche ungleich höher zu schätzen, als die meine Frau trägt, imgleichen der köstlichen Mützen, silbernen Vorstecknadeln, Flor, Bänder, Mäntel und andern Sachen. Wenn sich nun Jedermann an dieser Hoffart ärgert und sich verwundert, zumal der Hof also sehr verschuldet und die Aeltern verarmt sind, daß sie ihre Kreditoren zu befriedigen nicht mehr vermögen, also ersuche ich hiermit zur Abwendung der Strafe Gottes, des Aergernisses, zur Bewahrung der Demuth und des Unterschiedes der Stände großgünstig zu befehlen, ob Anderen zum Exempel die spezifizirten Kleider abgelangt, verkauft und die Gelder den Armen ausgetheilt oder ob die Kleider

solche Forderungen zu beschränken, welche den wirklichen Interessen Deutschlands entsprechen. Eine Vereinbarung ist nur auf dieser Basis möglich."

Wien, 18. Febr. In der heutigen Sitzung des Unterhauses erklärte Graf Mensdorff, wegen der schwebenden Verhandlungen eine entscheidende Auskunft auf des Abg. Mühlfeld Interpellation nicht geben zu können; eine Verpflichtung zur Vorlage des Friedensvertrags mit Dänemark erkenne die Regierung nicht an. Die Regierung halte an den ausgesprochenen Grundsätzen fest, bemühe sich, eine Lösung herbeizuführen, geignet die Richtigkeit des eingeschlagenen Weges darzuthun. Herr v. Lasser beantwortet des Abg. Schindler Interpellation dahin: die Bewilligung zur Errichtung von Fideikommissen sei der Gnade des Monarchen vorbehalten. Herr v. Plener legt das Budget für 1866 vor, motivirt die Vorlage und empfiehlt, auf die Berathung einzugehen. Das Gesammtdefizit macht $29\frac{1}{2}$ Mill. Gulden, wovon $16\frac{1}{2}$ Millionen auf Schuldentilgung kommen, daher das Gebahrungsdefizit 13 Millionen beträgt. Namens des Gesammtministeriums erklärt der Finanzminister: die Regierung sei ernst bestrebt, bei einer Gestattung der Reviremenis in den Ersparungen bis zur Grenze des irgend Möglichen zu gehen; für 1867 sei die Möglichkeit gänzlicher Vermeidung eines Defizits vorhanden.

Triest, 17. Febr. Nach Berichten aus Konstantinopel vom 11. Febr. hat Ali Pascha eine Note an die Vertreter der Schutzmächte Syriens erlassen, in der er eine allgemeine Amnestie für die Insurrektion von 1860 beantragt.

Berlin, 18. Febr. Heute fand im Abgeordnetenhaus die Debatte über den Gesetzentwurf bezüglich Errichtung von Bankfilialen im außerpreußischen Deutschland statt. Der Referent Reichenheim empfiehlt Annahme des Entwurfs; Hennig und Michaelis bekämpfen denselben; der Handelsminister hält ihn aufrecht. Schließlich wird Graf Schwerins Antrag auf Ueberweisung an die durch 7 Mitglieder verstärkte Handels- und Gewerbekommission mit großer Majorität angenommen. — Der englische Konsul in Hamburg war hier anwesend, wie es heißt, wegen Abschluß eines Handelsvertrags zwischen Preußen und England. — Der König ist leicht katarrhalisch afficirt und hütet das Zimmer.

Ueber den dermaligen Stand der Verhandlungen zwischen der preußischen Regierung und dem Herzog Friedrich glaubt ein Korr. der „Allg. Ztg." folgende aus einer „besonders gut unterrichteten Quelle" stammende Mittheilungen machen zu können: „Die größte Annäherung der beiderseitigen Standpunkte ist bisher hinsichtlich des maritimen Anschlusses erfolgt. Hier hat der Herzog nicht blos die verlangten Kriegshäfen eingeräumt, sondern auch das völlige Aufgehen der schleswig-holsteinischen Flotte in Preußens Seemacht zugestanden. Nur das Recht der Matrosenaushebung will er sich vorbehalten, während das Berliner Kabinet auch hierin freie Hand zu erlangen strebt. Was den diplomatischen Anschluß betrifft, so ist man beiderseits darüber einig, daß die Vertreter der preußischen Interessen im Auslande gleichzeitig mit der Wahrnehmung der schleswig-holsteinischen zu betrauen seien. Die preußische Regierung will dies aber dahin verstanden wissen, daß, wo überhaupt preußische Interessen in Betracht kommen, die schleswig-holsteinischen ohne Weiteres als mit jenen identisch anzusehen seien, so daß also die auswärtige Politik Preußens immer zugleich Schleswig-Holstein verpflichten würde. Der Herzog will begreiflich sich das Recht sichern, den gemeinsamen Vertreter auch seinerseits zu instruiren, wodurch denn allerdings in einzelnen Fällen das Resultat herbeigeführt werden könnte, daß derselbe Gesandte für Schleswig-Holstein eine andere Position einzunehmen hätte, als für Preußen. In der militärischen Frage endlich ist noch gar nichts abgemacht; vielmehr wird von Schleswig aus zunächst den Vorlagen entgegengesehen, welche in dem preußischen Kriegsministerium zur Zeit noch ausgearbeitet werden. Nach Allem, was verlautet, sind in dieser Beziehung besonders unbequeme Vorschläge zu erwarten, Vorschläge, welche die innere Selbstständigkeit der Herzogthümer zu einer völlig illusorischen machen würden."

Aus **Hannover,** 17. Febr., wird der „Köln. Ztg." geschrieben: „Die Bundeskommissäre für den Civilrechts-Ausschuß sind zum Theil verspätet eingetroffen und erst heute wird ihre erste Sitzung nach länger als halbjähriger Vertagung stattfinden. — Kaiser Napoleon, der vor einiger Zeit durch zwei seiner Beamten die Einrichtungen der hiesigen Arbeitervereine studiren ließ, hat nach dem ihm erstatteten Bericht eine so günstige Meinung davon gewonnen, daß er den hauptstädtischen Verein zur Entsendung einer Deputation für den Pariser Arbeitertag einladen und ihr von Straßburg ab Gastfreundschaft anbieten ließ. Diese Auszeichnung von Frankreich her hat auch zuerst die Aufmerksamkeit des Königs von Hannover auf den Arbeiterverein gelenkt; Se. Majestät ließ sich am Abend vor der Abreise der Deputation durch Prof. Ruhlmann über die Zwecke und die Thätigkeit des Vereins unterrichten, war nach dem Ausdruck unserer Blätter „überrascht" und beauftragte Hrn. Ruhlmann, dem Verein sein Wohlwollen noch vor der Abreise der Deputation auszudrücken, was auch geschehen ist."

Karlsruhe, 18. Febr. Die „Karlsr. Ztg." theilt den vom Staatsministerium dem Großherzog erstatteten Vortrag, betreffend den Empfang der Deputationen gegen das Schulgesetz, mit. Wir entnehmen demselben folgende Stellen: „In Erwägung, daß, so weit es bekannt geworden, der Inhalt der Eingaben und Vorstellungen der Petenten dahin gerichtet ist, E. k. H. zur Aufhebung eines bestehenden Gesetzes aus eigener Machtvollkommenheit zu bestimmen; in Erwägung, daß zu diesem Zweck eine Organisation besteht, welche diese Absendung von Deputationen in kleinen Abtheilungen und Gruppen und an verschiedenen Tagen ins Werk

---

nach Celle gesandt und im Uebrigen, wieviel Strafgelder eingefordert werden sollen."

Der Großvogt befahl auf diese Anzeige, den Aeltern und der Tochter ernstlich und vorerst bei Strafe von 20 Reichsthalern aufzugeben, daß letztere solche, ihrem Stande unangemessene Kleidung ablegen solle; im Falle sie Solches nicht achten würde, seien ihr erwähnte 20 Rthlr. abzufordern und ihr bei Erlegung von 40 Rthlr. Strafe Solches zu thun, zum andern Male zu verbieten; würde dann dies bei ihr noch nicht helfen und sie nicht „parieren" wollen, so sollte der Vogt ihr alsdann die Kleider durch den Untervogt ablangen, bis auf Weiteres in Verwahrung nehmen und die 60 Thaler Strafgelder zur fürstlichen Kanzlei in Celle einschicken. Da hiermit die Akten schließen, so scheint die Denunzirte „pariert" zu haben.

Einige Fürsten gingen wirklich mit dem guten Beispiel voran, zu dem die Urheber von Kleiderordnungen verpflichtet waren. Als Otto der Einäugige, der letzte Herzog von Braunschweig-Göttingen im Jahre 1435 das Landesregiment abtrat, forderte er als Kleidung jährlich einen Sommerrock und einen Winterrock, nebst Mantel Kapuze und Hosen, überdies einen Rock von weißem Barchent und einen von doppeltem Rasch. Ein anderer Herzog des Welfenhauses ließ seinem jüngsten Sohn aus dem abgelegten Mantel des ältern ein Obergewand anfertigen und mit dem übrigbleibenden Sammt des Mantels seine Pluderhosen ausbessern. Zu Ende des 17. Jahrhunderts begannen aber alle deutschen Höfe, Ludwig XIV. folgend, großen Luxus zu treiben. Kurfürst Ernst August von Hannover schickte jährlich einen Kammerdiener nach Paris, der unter dem Beirath des hannoverischen Gesandten für seinen Herrn Anzüge, Perrücken und Schmucksachen und für die Kurfürstin und deren Hofdamen Kleider und kleine Toilettengegenstände ankaufte.

In jener Zeit kam an den Höfen ein neuer Luxus auf: ein stehendes Theater. Franzosen mußten die Schauspieler, Italiener die Sänger sein. Die Kosten waren, mit dem heutigen Theaterluxus verglichen, sehr gering. Die erste französische Gesellschaft traf 1681 in Hannover ein und bestand aus sieben Herren und fünf Damen. Die Vertheilung der Rollenfächer war bei den Herren: Könige, erste Rollen, komische Rollen, zweite Rollen, bei den Damen: Komische Rollen, erste Rollen, zweite Rollen. Die Herren der ersten Rollenfächer erhielten jeder 500 Thaler, die der zweiten 400, die Damen der ersten Rollen 400, die der zweiten 300 Thaler. Die ganzen Kosten für Gagen betrugen mit Hinzurechnung der Pensionen 6300 Thlr. Die Garderobe war Eigenthum des Hofes. Als man einen Dekorateur mit einem Jahresgehalt von 200 Thlrn. anstellte, wurden einer der Schauspielerinnen 100 Thlr. an der Gage abgezogen. Die erste italienische Oper zählte sechs Sänger und nur zwei Sängerinnen. Welche Gagen sie erhielten, gibt Herr v. Malortie nicht an. Im Orchester saßen acht Trompeter und vier Musiker, von denen die Ersteren 161, die Letzteren 51 Thaler erhielten.

Das Publikum hatte freien Eintritt, der Hofmarschall theilte die Logen aus. Die Oper von Hannover wurde berühmt, als Händel die Leitung übernahm. Er behielt sie indessen nicht lange, denn als er 1712 nach London ging, um dort seinen Rinaldo zur Aufführung zu bringen, und die Königin Anna ihm für sein Dableiben eine Leibrente von 200 Pfund bot, ließ Händel sich verführen und brannte seinem Kurfürsten durch. Als Georg später den englischen Thron bestieg, ließ er den Komponisten nicht vor sich und verbot ihm, Konzerte und Opern zu leiten. Eine Symphonie, mit der ihn Händel bei einer Wasserfahrt überraschte, erweichte ihn, und von da an blieb sein Wohlwollen dem großen Musiker immer zugewendet.

zu setzen bestrebt ist; in Erwägung, daß in diesem Verfahren nicht sowohl ein ehrfurchtsvoller Gebrauch, als vielmehr ein grober Mißbrauch der Huld und Gnade liegt, mit welchem Eure königl. Hoheit in landesväterlicher Hingebung den Zutritt zu Allerhöchstdero Person freigestellt haben; in Erwägung endlich, daß bisherige Erfahrung dargethan hat, wie der Sinn der Aeußerung E. k. H. gegenüber solchen Absendungen sich in öffentlichen Blättern böswilliger Entstellung preisgegeben findet; dürfte sich die Nichtzulassung solcher Absendungen empfehlen. Gleichzeitig erlaubt sich das Staatsministerium für den Fall, daß E. k. H. diesem Antrage entsprechende Verfügung zu treffen geruhen sollten, um die Allerhöchste Ermächtigung nachzusuchen, dem Sinne dieses Vortrags gemäß Belehrung geeigneten Orts ertheilen lassen zu dürfen." (Die Antwort hierauf gab ein herzogliches Handschreiben an den Staatsrath Lamey, in welchem ein Dazwischentreten der Krone zu Gunsten von Maßregeln, die die Aufhebung des Schulgesetzes bezwecken, zurückgewiesen wird und die Petenten auf den konstitutionell vorgezeichneten Weg gewiesen werden.)

Paris, 18. Febr. Urtheilsverkündigung im Prozeß Pereire. Der Gerichtshof hält die Fusion aufrecht, verurtheilt aber Pereire demjenigen Rückzahlung zu leisten, welche die Fusion nicht wollen.

Toulon, 17. Febr. Die letzten Stürme haben in Algerien und besonders in Bona arg gewüthet, wo sie den Hafendamm und den Leuchtthurm umgeworfen und fünf Handelsschiffe an die Küste geworfen haben.

Madrid, 18. Febr. Ein Dekret autorisirt die Regierung, der Bank 300 Millionen 3proz. Schuldtitel gegen 150 Millionen Hypothekenscheine in Unterpfand zu geben.

Aus **Madrid**, 15. Febr., wird telegraphirt: „In der heutigen Sitzung der Deputirtenkammer zeigte Marschall Narvaez an, daß der Friede zwischen Spanien und Peru abgeschlossen sei und letzteres sich zur Zahlung einer Entschädigungssumme von 100,000,000 Realen verpflichte."

Aus **Rom**, 7. Februar, wird der „Kreuzztg." geschrieben: „Sehr auffallend ist es, daß die Beziehungen zwischen England und dem Papst und auch dem König Franz II. von Neapel immer intimer werden. Hr. Odo Russell hat fortwährend lange Zusammenkünfte nicht nur mit dem Kardinalstaatssekretär, sondern auch mit dem neapolitanischen Minister Marchese Ulloa; er ist häufig im Palast Farnese. Der „Osservatore Romano" und die „Römische Korrespondenz" haben Befehl erhalten, sich alles und jedes Angriffs auf England zu enthalten. Die hier anwesenden Engländer lassen sich fast alle zur Cour im Palast Farnese einschreiben. Es heißt, daß mit nächstem eine Revolution in Sizilien ausbrechen, und daß König Franz dann mit Hülfe der Engländer sein Reich jenseits des Faro zurückerhalten werde. (?) Hr. v. Sartiges und die französische Regierung sollen diese Symptome mit großer Aengstlichkeit verfolgen."

Turin, 18. Febr. Der Senat hat eine ihm eingereichte, mit 11,000 Unterschriften Turiner Einwohner versehene Bittschrift bezüglich der September-Ereignisse für dringlich erklärt.

Warschau, 15. Febr. Die Polizei hat den Studenten der Gymnasien und Lyceen das Tragen der Kapuzen streng untersagt, weil hinter diesem Kleidungsstück doch nur „Schelmerei" stecke. Welche? wird nicht gesagt.

Bukarest, 16. Febr. Die Kammer hat zum Behuf der Entschädigung der griechischen Klöster eine Anleihe von 150 Millionen Piaster bewilligt. Hr. Bajaresko ist zum Vicepräsidenten des Staatsraths ernannt.

Rio de Janeiro, 25. Jan. Paysandu in Uruguay wurde gestern nach einem 50stündigen erbittertem Kampfe eingenommen, in dem beide Theile schwere Verluste erlitten. Mehrere Generale wurden getödtet. Das brasilische Heer befindet sich auf dem Marsche gegen Montevideo, woselbst das diplomatische Korps, Angesichts der für die Ruhe und die Handelsinteressen der Stadt sich so bedrohlich gestaltenden Ereignisse, eine sehr energische Haltung angenommen hat. Aus Paraguay vernimmt man, daß die Truppen dieses Staates in die brasilische Provinz Mato-Grosso eingefallen sind und die Forts Miranda und Dorado, sowie das unhaltbare Fort Coimbra genommen haben.

Valparaiso, 2. Jan. Die Regierung von Chili hat sich letzter Zeit eifrig mit Planen zur Kolonisirung der ausgedehnten reichen Landstriche, die zu ihrer Verfügung stehen, beschäftigt und eine Kommission mit der Ausarbeitung eines Berichts über diesen Gegenstand beauftragt. Die Berathungen haben zu folgenden Beschlüssen geführt: 1) daß ein Auswanderungsbureau gegründet werde, welches Zweigbureaux in Europa errichte; 2) daß die Regierung Ländereien an sich bringe, um den Einwanderern dort einen vorläufigen Aufenthaltsort anzuweisen; 3) daß zwischen den Grundbesitzern und den Einwanderern durch Vermittlung des Central-Einwanderungs-Bureaus ein Kontraktsystem zu Stande gebracht werde; 4) daß die Regierung einen jährlichen Fonds zur Beförderung der Einwanderung aussetze.

Literarisches.

Die deutsche Roman-Zeitung, herausgegeben und verlegt von dem auf dem Gebiete der Belletristik so unternehmenden Verleger O. Janke in Berlin, liegt jetzt in ihrem ersten Jahrgange vollendet vor uns und die bereits erschienenen 6 Hefte des neuen geben Kunde von dem Fortbestand eines Unternehmens von großer Tragweite, welches den deutschen Roman von der Leihbibliotheks-Abhängigkeit zu befreien berufen ist. Der erste Jahrgang, über 240 große Bogen stark, die etwa 700 Bogen des gewöhnlichen Romanformats gleichen und durch Post und Buchhandel für den staunenswerth wohlfeilen Preis von 4 Thlr. offerirt werden, hat einen Schatz von gediegenen Romanen geliefert. „Der Hungerpastor" von Wilh. Raabe (Jakob Corvinus) — „Röschen vom Hofe" von Friedr. Spielhagen — „Altermann Ryke" von Edm. Höfer — „Vier Junker" von G. Hesekiel — „Im Morgenroth", eine Münchener Geschichte von Herm. Schmid — „Der Weinhüter von Meran" von Paul Heyse etc. etc. werden bleibenden Werth behalten. — Das neue Quartal des 2. Jahrganges, beginnend mit der vortrefflichen Erzählung A. Meißner's „Lemberger und Sohn", eine Prager Judengeschichte — „Die Kinder der Arbeit" von Maria Sophie Schwartz (beide Romane bereits vollständig in den ersten 4 Nummern der Roman-Ztg.!) — „Henry Dunbar" von Miß Braddon (ein in England bereits in 5 Aufl. vergriffener Roman), — „Kunst und Gunst", Roman in 3 Bdn. von A. Zeising — reiht sich würdig den früheren an. — Für die ferneren Quartale werden weiter angekündigt: „Friedel und Oswald", Tyroler Roman von H. Schmid, dem beliebten Dichter von „Almenrausch und Edelweiß". — „Die Alpenrose von Ischl" von A. Silberstein, dem österr. Dichter der viel verbreiteten „Oesterr. Dorfschwalben" etc. — „Die Mandanenwaise" von B. Möllhausen. — „Diemannshof und ein halbes Jahrtausend" von G. Hesekiel, und weitere große Romane. Außer diesen Werken enthält die Roman-Zeitung noch größere Novellen, kleinere Erzählungen, Hunderte von kleineren interessanten Artikeln in der „Kleinen Roman-Ztg." und weitere Beiträge. — 700 Romanbogen! 45—50 Romanbänden gleichend — die gewöhnlich 70—80 Thlr. zu kosten pflegen — für nur 4 Thlr. jährlich oder 1 Thlr. vierteljährlich, wofür jede Buchhandlung, jedes Postamt auch in den kleinsten Städten die Roman-Zeitung liefert, dafür sucht man gute Werke wie genannte oft lange vergeblich geliehen zu bekommen und die Roman-Zeitung gibt sie als Eigenthum! — Wir wünschen dem kulturhistorischen Unternehmen verdienten ferneren Erfolg.

Hiezu die Beilage: „Würzburger Anzeiger".

Verantwortlicher Redakteur: A. Hartmann.
Druck und Verlag der Stahel'schen Buch- und Kunsthandlung in Würzburg

Schuldverschreibungen von Standesherren und Privaten.

Frankfurter Börse.

				G.	P.
4	pCt.	Herz.	Lucca, alte b. Rothsch.	—	74
4	„	„	do. neue b. „	—	84
3½	„	Landgräfl.	H.-Homb. b. „	—	94
3½	„	Fürstl.	Löwenst.-Werth. (bad.)	—	94
3½	„		do. (bayer.)	—	—
3½	„	„	Fürstenberg b. Rothsch.	—	94½
3½	„	„	„ „	—	—
3½	„	„	Leiningen P. N. Schm.	—	94
3	„	„	„ „	—	82
4	„	„	Oettingen-Wallerstein	—	99
4	„	„	Esterhazy P. Galantha	59	61
3½	„	„	Isenburg-Birstein b. R.	—	93
4	„	„	Schwarzenberg	—	72
4	„	„	Palffy b. Arnst. u. Eskel.	—	83
4	„	Gräfl.	Erbach-Fürstenau b. S.	—	99
4	„	„	Palffy, Ferd. Leop., b. S.	—	62

				G.	P.
4	pCt.	Gräflich	St. Genois b. Schm.	—	72
4	„	„	Szapary b. Rothsch.	—	50
4	„	„	Schönborn b. Schm.	—	60
4	„	„	Sandor b. Rothsch.	—	58
4	„	„	Strachwitz b. Schm.	—	50
4	„	„	Hugo Eltz	—	85
4	„	„	Viczay b. Rothsch.	—	60
4	„	„	Nizky b. Rothsch.	—	—
4	„	„	Hunyady b. Rothsch.	—	—
4½	„	„	Batthyany Joh. Bapt.	—	76
4½	„	„	Batthyany Gustav	—	71
4½	„	„	Orczy b. Schmidt	—	72
4½	„	„	Sztaray „	—	70
4½	„	„	Karoly bei Biedermann	—	70
4½	„	„	Pejacsevich b. Schuller & Co.	—	70

Anlehens-Loose.

Fürstl.	Esterhazy 40 fl. Loose	—.——.—
„	Windischgrätz 20 fl. Loose	18.75—19.25
„	Salm-Reifferscheid 40 fl. L.	31.25—31.75
„	Palffy 40 fl. Loose	29.75—30.25
„	Clary 40 fl. Loose	31.50—31.—
Gräflich	Keglevich 10 fl. Loose	14.50—15.—
„	Waldstein-Wartenb. 20 fl. L.	19.75—20.25
„	St. Genois 40 fl. Loose	29.50—30.—
Stadt	Triester 100 fl. Loose	108.——109.—
	Donau-Dampfschiff. 100 fl. L.	90.50—91.—
	Dessauer 100 Thlr.-Loose	——.——

An die
k. Hof- und Staatsbibliothek
1 N. Würzb. Ztg. München.

Neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht!

№ 52. | Vorausbezahlung: Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 1 fl. 30 kr. Bei Inseraten wird die dreispaltige Zeile in gewöhnlicher kleiner | 62. Jahrgang. | Schrift oder deren Raum im Hauptblatte mit 6 kr., im Anzeiger mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franco. | Dinstag, 21. Februar 1865.

Auf die **„Neue Würzburger Zeitung“** kann für den Monat **März** sowohl in der Expedition, wie bei allen königl. Postämtern abonnirt werden.

(Amtliche Nachrichten.) **München,** 19. Februar. Se. Maj. der König hat den als Vertreter der Staatsanwaltschaft am Landgerichte Regensburg verwendeten Bezirksgerichts-Accessisten J. Zuerl als funktionirenden Substituten des Staatsanwalts am Bezirksgerichte Regensburg aufgestellt, den Rechnungsführer und funktionirenden Inspektor Aug. v. Ziegelauer bei der Gefangen-Anstalt Wasserburg zum Inspektor bei dieser Anstalt befördert.

München, 18. Februar. Der Gesetzgebungsausschuß der Kammer der Abgeordneten hat heute zunächst die in der letzten Sitzung vorbehaltene Redaktion der die Mittheilung der Akten betreffenden Art. 148 bis 150 erledigt, und hierauf den Art. 152 (Klagen gegen den Fiskus) nach den Vorschlägen seines Referenten angenommen, nach welchen, um Ansprüche gegen den königl. Fiskus gerichtlich verfolgen zu können, nicht das Erschöpfen aller Administrativinstanzen nothwendig sein soll, sondern schon das Angehen der zunächst zuständigen höheren Verwaltungsstelle genüge, und daß diese Verwaltungsstelle zur ungesäumten und unentgeltlichen Ausstellung der Empfangsbescheinigung über die angebrachte Beschwerde verpflichtet sein soll. Dem Artikel 153 (Klagen mehrerer Parteien) wurde ohne Aenderung beigestimmt. Von Artikel 154 (Klagenhäufung) wurden die beiden ersten Absätze nach den Anträgen des Herrn Referenten angenommen, der dritte Absatz aber ward in Folge eines früheren Beschlusses, nach welchem bei mehreren in einer Klage verfolgten Ansprüchen für die Zuständigkeit der Einzelrichter der Gesammtwerth aller geltend gemachten Ansprüche entscheidet, als bereits erledigt erachtet. Bei Art. 155 (Wirkung der Zustellung der Klage) veranlaßten die Ziffern 3 und 4 desselben einige Bedenken, weil hier zivilrechtliche Grundsätze, z. B. über bösen Glauben, Verzug, dann pendente lite nil innovetur, in den Prozeß hereingezogen würden. Herr Ministerialrath Dr. Weis gab jedoch zu bedenken, daß durch den Abstrich dieser Ziffern Zweifel entstehen könnten, ob diese zivilrechtlichen Bestimmungen noch bestehen. Der Artikel wurde mit der vom Referenten beantragten Aenderung zum Beschluß erhoben. Die Artikel 156 bis 158 (Aenderung der Klage) sollten nach einem Antrag des Abgeordneten Dr. Karl Barth abgelehnt werden; allein dieser Antrag wurde aus den im Referat gegen den von Plank in Pözls kritischer Vierteljahrsschrift (Bd. IV. S. 239 u. f.) wider diese Artikel gerichteten Angriff entwickelten Gründen abgelehnt, und die Artikel mit einer Modifikation des Abg. Umbscheiden nach Antrag des Referenten angenommen. Schließlich wurde heute noch dem Art. 159 (Widerklage) mit der dem bisherigen Sprachgebrauch entsprechenden Aenderung des Wortes „Vorklage“ in „Hauptklage“ beigestimmt.

— **Nürnberg,** 18. Febr. Nach dem „N. A.“ ist die Eingabe der freireligiösen Gemeinden von Nürnberg und Fürth um Anerkennung als Privatreligionsgesellschaften vom Ministerium abschlägig beschieden worden. Dagegen haben sie zugestanden erhalten, daß sie fortan ihre Todten unter Trauerreden und Gesang beerdigen dürfen!

Wien, 16. Febr. Das englische Kabinet hat in der That in der letzten Zeit sich bewogen gefunden, seine Zurückhaltung in der schleswig-holsteinischen Frage zu brechen: Graf Russell hat nach Berlin wie nach Wien Mittheilungen gelangen oder vielmehr durch die Vertreter Englands an beiden Höfen Eröffnungen machen und Ansichten aussprechen lassen. Die Behauptung preußischer Regierungsorgane, es sei von einer solchen „Depesche“ in Berlin nichts bekannt, wird sich wohl nur auf die formelle Mittheilung beziehen. Der Tenor der in Wien gemachten Eröffnung ist inzwischen bekannt geworden, und Graf Apponyi hat bereits den Auftrag erhalten, dem Grafen Russell mündlich die nöthigen Auf-

---

Feuilleton.

Die Gefahr des Schlafes.

In einer kleinen Stadt in Frankreich saß ein junger Mann auf der Anklagebank, beschuldigt, einer jungen Dame, mit der er gleichzeitig in einem Coupé fuhr, während sie schlief, einen Kuß gegeben zu haben. Die Dame erwachte darüber und war über diese Frechheit so empört, daß sie nun dem kühnen Reisenden als Anklägerin vor Gericht gegenüber stand.

„Was haben Sie“, fragte der Präsident des Richter-Kollegiums, „zu Ihrer Vertheidigung zu sagen?“

„Ich schmeichle mir“, erwiderte der Angeklagte, „daß sich wenige Männer besser auf weibliche Schönheit verstehen, als ich. Ich bewundere die kalte Regelmäßigkeit und leidenschaftslose Liebenswürdigkeit des Nordens; ich schwelge in der wollüstigen Pracht der italienischen Schönheit; ich kann die sprühende Koketterie Frankreichs, die klagende Ruhe und schläfrige Zärtlichkeit Deutschlands wohl leiden, unterschätze auch die braune durchsichtige Haut und funkelnde Auge des Malabars nicht. Aber, meine Herren! meine Anklägerin stand höher als dieses Alles. Es traf sich nun so, daß ich volle Zeit hatte, sie zu beobachten; denn, als ich mich in das Coupé setzte, schlief sie. — Warum sag' ich schlief? Nein, nein, meine Herren! sie lag in jener künstlichen Verzückung, jener schändlichsten Erfindung des Satans, dem Schlafe eines Weibes — ein Ding — das nur deshalb erfunden ist, meine Herren! um den Schatten dunkler Wimpern auf seine Marmorwange zu werfen und der Schönheit zu gestatten, sich ohne Störung in das Herz eines Mannes zu versenken.

Schlaf, meine Herren! Alles das, was die Welt in ihren wachen Augenblicken Böses verübt, ist nichts verglichen mit dem, was ein solcher Schlummer thut! Wenn sie nicht geschlafen hätte, wie hätten jene kastanienbraunen Locken aufgelöst auf ihre feingeäderte Hand fallen können; wenn sie nicht geschlafen hätte, wie hätte ihr Blut die kaum gefärbte Wange mit einer lieblichen Durchsichtigkeit angehaucht; wenn sie nicht geschlafen hätte, wie hätten ihre lächelnden Lippen die Süßigkeit eines vorübergehenden, halb bemerklichen Gedankens andeuten können? Der Schlaf ist durchaus gefährlich, um so mehr, da er für nichts verantwortlich ist.

Wenn ich, meine Herren! ein Gesetzgeber wäre, so würde ich es jedem Frauenzimmer unter 40 Jahren verbieten, in einem öffentlichen Wagen zu schlafen. Meine anmuthige Klägerin hätte aufrecht sitzen sollen, Handschuhe tragen und den Schleier herunterlassen müssen. Sie hätte weder die liebliche Rundung ihres Nackens, noch die statuenartige Schönheit ihres Fußes zeigen sollen. Wenn eine Dame weiß, daß unser Herrgott so viel Luxus mit ihr getrieben, so darf sie in fremder Umgebung nie schlafen.“

„Haben Sie Fräulein, gegen diese Argumente etwas einzuwenden?“ sprach lächelnd der Richter.

„Wenn Sie mir versprechen,“ sprach das geschmeichelte Fräulein zu dem Angeklagten, „wenn Sie mich wieder schlafend finden, artiger zu sein, so ziehe ich meine Klage zurück.“

„Ganz wohl“, sprach der junge Mann, „geben Sie mir nur Gelegenheit, mich während Ihres Schlafes Ihnen oft nähern zu dürfen, damit ich Sie durch meine Ruhe überzeugen kann, welches Opfer ich zu bringen im Stande bin, mir Ihre vollständige Verzeihung zu erringen.“

---

schlüsse über die Politik Oesterreichs in der schleswig-holsteinischen Frage zu geben. (Fr. Postz.)

Wien, 17. Febr. Die „Ost. Post“ schreibt: „Man erzählt, daß der preußische Gesandte Freiherr v. Werther an dem Tage, nachdem im Finanzausschusse das Budget des Ministeriums des Aeußern verhandelt wurde, sich zum Grafen Mensdorff begeben habe und an Letzteren die Frage richtete, was er von den Aeußerungen, welche die Journale Sr. Exzellenz bezüglich preußischer „Intriguen“ in Kassel nacherzählen, zu halten und seinem Hofe zu melden habe? Selbstverständlich hat Graf Mensdorff hierauf mit einer jener hundert Redensarten geantwortet, die ein Mann von Welt bei solchen Gelegenheiten stets zur Hand hat und die wir auch richtig am nämlichen Abend in der „Wiener Abendpost“ in der Form eines Dementis vorgefunden haben.“ — Der Lloyd-Ausschuß faßte mit 4 gegen 3 Stimmen den Beschluß, die dem österreichischen „Lloyd“ aus dem Staatsschatze zu gewährende Subvention dürfe den Betrag von 2 Millionen Gulden jährlich nicht überschreiten. Die Minorität war blos für eine Subvention von 1,800,000 fl., während in der Regierungsvorlage auf eine Subvention von 2,284,000 fl. angetragen wird.

Der „K. Z.“ wird aus **Berlin** vom 19. ds. geschrieben: „Die zwischen Preußen und Oesterreich für die Herzogthümer vereinbarte Flagge (dieselbe wird die Farben blau, weiß, roth und im blauen Streifen ein gelbes Feld führen), für welche die Zustimmung der Seemächte nachgesucht wird, soll eine interimistische schleswig-holsteinische sein, welche indessen selbst in dem Falle des engsten Anschlusses bleiben könnte, da provinzielle Eigenthümlichkeiten unter allen Umständen gewahrt werden dürften. — Wegen der angeblichen Berufung der Notabeln glaubt man, daß es sich um gutachtliche Aeußerungen über bestimmte Punkte handeln wird.“

Ueber die Depesche Frankreichs, welche in Dresden vorgelesen wurde, hört der Berliner Korr. der „K. Ztg.“ Folgendes: Herr v. Beust soll in einem Gespräche mit dem französischen Gesandten seine Verwunderung über die veränderte Haltung Frankreichs ausgedrückt haben. Der Gesandte, welchem sich in dem stillen Dresden nicht allzuhäufig die Gelegenheit zu einem irgendwie interessanten Berichte darbieten mag, glaubte darüber an seine Regierung berichten zu sollen. Darauf erfolgte die Depesche, welche Frankreichs Zurückhaltung als mit seiner bisherigen Politik in dieser Angelegenheit übereinstimmend bezeichnet habe.

Aus dem Bericht über die Verhandlung bezüglich des Gesetzentwurfes, die Ergänzung der Bankordnung vom 5. Oktbr. 1846 betreffend, in der Sitzung des preußischen Abgeordnetenhauses vom 18. ds., ergänzen wir unsere gestrigen nach einem telegraphischen Auszug gebrachten Mittheilungen mit Folgendem. Wie schon erwähnt, beantragte der Referent Reichenheim Zustimmung zum Entwurf, der in seinen 7 Paragraphen der preußischen Bank die Befugniß gibt zu einer unbeschränkten Ausdehnung ihrer Filialen auf alle deutschen Handelsplätze. Der Referent führte u. A. aus, daß die Mittel der Bank für den erweiterten Verkehr vollkommen ausreichten. Sähe man in dem Gesetze eine Ausdehnung des Bankmonopols und wolle man es deßhalb verwerfen, so lasse man außer Acht, daß nur durch eine liberale Gesetzgebung der Charakter des Monopols beseitigt werden könne. Es sei ein politischer Vortheil zu erwarten: man erstrebe gleiches Maß, Gewicht und Münze; die Gleichheit der Münze werde aber durch die neue Bankordnung angebahnt. Korreferent Abg. v. Hennig (gegen den Entwurf) ist der Ansicht, daß der Staat nicht Geschäfte treiben dürfe, sondern nur dafür zu sorgen habe, daß Jeder im Geschäftsbetriebe ungehindert sei; denn es sei unbillig, daß der Staat mit denselben Mitteln, welche ihm die Staatsbürger liefern, diesen Konkurrenz mache. Schließlich bat er, nicht zu vergessen, daß auch die preuß. Bank einen Bankerott erlebt habe und daß also die Sicherheit derselben nicht eine unzweifelhafte sei. Abg. v. Blankenburg stimmte für das Gesetz, „obwohl Herr Reichenheim es empfohlen habe“. (Heiterkeit.) Redner und seine Freunde seien nicht der Meinung des Vorredners, daß der Staat sich um die wirthschaftlichen Verhältnisse nicht zu kümmern habe, und verwärfen daher auch die aus diesem Satze gezogenen Konsequenzen. Er werde sich freuen, wenn Preußens Noten, also auch seine reale Macht im übrigen Deutschland Platz gewinne. Abg. Michaelis: Wenn der Staat die Geldkräfte beherrschen soll durch eine Notenbank, so will ich Ihnen die Zukunft eines solchen Staates zeigen, das ist Oesterreich! (Heiterkeit. Bravo links.) Redner warnt davor, den Boden, auf dem die Bank sich so gut bewährt hätte, zu verlassen. Vermehre man nicht das Kapital der Bank, so müsse die Erweiterung des Verkehrs zahlreiche Notenemissionen veranlassen, und diese möchte man vermeiden. Je größer der Betrag der ungedeckten Noten sei, desto mächtiger und gefährlicher werde das Monopol. Gegenwärtig scheine die Bank nicht mehr als 50 Millionen ungedeckt zu lassen. Jetzt solle sie noch in neuen Gegenden auftreten,

---

Das Verständniß der Thiere unter einander.

Es unterliegt keinem Zweifel, daß die Thiere sich unter einander verständigen, wenn auch die Mittel, wodurch dies geschieht, noch eines jener interessanten Geheimnisse der Natur sind, welche den Forschungen der Wissenschaft zu lösen übrig bleiben. Daß sie aber mit einem gewissen Mittheilungsvermögen begabt sind, dafür gibt es mannigfache Beweise.

Wer die Störche im Herbste vor ihrem Abzug in südliche Länder beobachtet, wird finden, daß ihre Versammlung vorher einer Art Berathung gleicht, in der sie sich einigen und verständigen, ohne welches sie niemals fortziehen.

Aehnliches nimmt man bei den Schwalben wahr; ein unaufhörliches Zwitschern läßt sich hören, um die noch fehlenden kleinen Freunde herbeizurufen und dann die große Reise gemeinschaftlich anzutreten.

Ebenso sind die Allarmsignale höchst merkwürdig, welche Vögel sich unter einander geben.

Man hat oft beobachtet, daß Rebhühner und Krammetsvögel selbst bei nahendem Geräusch ruhig bleiben, bis die ausgestellte Wache das allgemeine Gefahrssignal gegeben hat; dann aber ergreift der ganze Schwarm die Flucht und kehrt erst wieder zurück, wenn ihm von einem zurückgelassenen Beobachter mitgetheilt worden, daß die Gefahr vorüber sei. Auch Taubenschwärme stellen Schildwachen aus, um sich vor etwaigen Ueberfällen zu sichern.

Höchst komisch ist es dagegen anzusehen, wie eine Gans, wenn sie plötzlich aus der Heerde genommen und dann wieder in Freiheit gesetzt wird, mit lautem Geschrei und vorgestrecktem Halse das ihr widerfahrene Leid ihren Angehörigen erzählt, welche sich hierauf in größter Eile möglichst weit entfernen, um sich vor ähnlichen Angriffen zu sichern.

Auch Pferde und Kühe scheinen es sich unter einander mitzutheilen, wenn sie in der Koppel auf der Weide eine Oeffnung finden, um dann gemeinschaftlich eine Entdeckungsreise außerhalb der ihnen gesteckten Grenzen zu unternehmen.

Selbst bei Insekten, besonders bei Ameisen, nimmt man eine Art von Verständniß wahr, über die der Naturforscher Huber die interessantesten Mittheilungen macht.

Es findet bei ihrem künstlichen Bau keine Verwirrung statt, sie scheinen systematisch zu arbeiten und eine gewisse, freilich nur durch das Mikroskop wahrnehmbare Architektur ist nicht zu verkennen. Ebenso spricht derselbe von den Kriegen dieser Thierchen, welche besonders die rothen Ameisen gegen die schwarzen unternehmen, indem sie dabei förmlich Gefangene machen.

Die rothen Ameisen schicken, wie Huber beobachtet haben will, Spione voraus, um die genaue Stellung ihrer Feinde zu erspähen, und beginnen, sobald diese mit günstigen Nachrichten heimkehren, die Vorbereitungen zu ihren kleinen Raubzügen. Von diesen werden die zu Sklaven gemachten schwarzen Ameisen mit ihren Jungen nach Hause geführt und daselbst so lange gefangen gehalten, bis die Eroberer ihnen endlich selber die Freiheit wiedergeben.

Auch die Wirkung des Beispiels auf Thiere ist höchst augenscheinlich. Hat man eine Anzahl wilder Vögel, welche zu scheu sind, um sich freiwillig dem Menschen zu nähern, in einem großen Bauer beisammen, so kann man sie am leichtesten dadurch zutraulich machen, daß man einen zahmen, abgerichteten Vogel mitten unter sie thut und ihn wiederholt in ihrer Gegenwart aus der Hand fressen und seine Kunststückchen ausführen läßt. Gar bald wird einer oder der andere der scheuen Vögel sich näher wagen, und nachdem er sich überzeugt hat, daß seinem kleinen gefiederten Kollegen kein Leides geschah, dasselbe versuchen, was er von diesem gesehen.

Dagegen ist es aber eine ebenso bekannte Thatsache, daß Angler und Vogelsteller an Tagen ihre Angeln und Netze ohne Erfolg auswerfen, wo solchen gleich Anfangs durch Zufall sich ein Fisch vom Haken und ein Vogel aus der Schlinge befreit hat. Ohne Zweifel warnt der glücklich Entkommene seine Gefährten vor der drohenden Gefahr.

Daß die unter Thieren wahrnehmbare Verständigung nicht immer durch Laute oder hörbare Zeichen geschieht, dafür spricht der Mangel des Gehörs bei den niederen Thierklassen, — wie sie aber ihre Mittheilungen machen, das ist ein noch ungelöstes Räthsel der Natur.

---

sie könne aber dort mit dem Kapital nicht konkurriren, wenn ihre Baarvorräthe nicht stiegen. Politisch drohe daher nur ein Nachtheil. Der Abgeordnete **Harkort** hat beantragt, die Sache an eine besondere Kommission, der Abgeordnete **John** (Labiau), sie an die Kommission für Handel und Gewerbe zu verweisen. Harkort zieht seinen Antrag zu Gunsten des zweiten zurück. Der Kommissär des Handelsministeriums, Bankpräsident **Dechend**: Wenn wir um die Notenpolitik der Bank gefragt werden, so erkläre ich, daß die Bank nicht unter 50 pCt. der Noten an Baarvorräthen zu besitzen pflegt. Ein Drittel Baarmittel halten wir nicht für ausreichend; gegenwärtig betragen die Baarmittel sogar 65 pCt., und wir thun Alles, um dieselben zu vermehren. Diesen Grundsatz werden wir sicher auch nach der Einführung dieser neuen Bestimmungen nicht verlassen. Eine gemeinsame Bank ist für Deutschland nothwendig, und Preußen berufen, sie zu schaffen. Handelsminister Graf **Itzenplitz** wiederholt einige Ausführungen des Kommissärs und betont, daß die Bank sich wie bisher so auch jetzt in ihrem Vorhaben im Einverständniß mit der Kaufmannschaft befinde. Nach einigen weiteren formellen Bemerkungen der Abgg. Osterrath, John (Labiau), Graf Schwerin, wurde der Gesetzentwurf mit sehr großer Mehrheit an die nach einem Antrage des Abg. v. Rönne auf 21 Mitglieder zu verstärkende Kommission für Handel und Gewerbe überwiesen.

Bremen, 16. Febr. Die Vorbereitungen zu dem zweiten deutschen Bundesschießen, welches im kommenden Juli in unserer Stadt gefeiert werden wird, werden geräuschlos aber mit allem Eifer betrieben, und es kann als gewiß betrachtet werden, daß den aus der Fremde eintreffenden Schützen hieselbst ein ebenso herzlicher als gastfreier Empfang bereitet werden wird, wie dies in Frankfurt der Fall war. Das Komite, das sich den Vorbereitungen zum Feste unterzogen hat und welchem gegen 200 Personen angehören mögen, hat sich nach dem Vorgange des Frankfurter Komite's in zehn Spezial-Komite's getheilt. Das Schießkomite hat den Entwurf einer Schießordnung vollendet, deren Bekanntmachung bevorsteht. Das Festkomite ist mit der Arbeit, das Festprogramm festzustellen, bald zu Ende. Der Festplatz ist auf der s. g. Bürgerweide ausgewählt, unmittelbar vor dem neuesten und elegantesten Theile der Stadt. Das Festkomite hat die obere Leitung der ihm gestellten Aufgabe dem Architekten Heinrich Müller anvertraut, demselben Künstler, dessen Meisterwerk, die Börse, vor drei Monaten hier eingeweiht worden ist. Das Finanzkomite hat die erfreuliche Aufgabe gehabt, den Empfang einer ganzen Reihe zum Theil sehr werthvoller Ehrengaben aus allen Theilen Deutschlands zu verzeichnen.

Der „Allg. Z." wird aus **Zürich**, 17. Febr., geschrieben: „Die Berufung Semper's nach München ist völlig aus der Luft gegriffen. Wohl aber hat er allerhöchsten Orts den Auftrag erhalten, Plane für ein Festtheater, wie Richard Wagner in der Vorrede zu seinen Nibelungen es zuerst angedeutet hat, auszuarbeiten. Gegenüber den Gerüchten, welche in den jüngsten Tagen sich an Wagners Stellung in München geknüpft, wird die Bemerkung am Platze sein, daß an Semper in diesem Augenblick erneute Nachfragen allerhöchsten Orts ergangen sind, die ihn zur Beschleunigung seiner Arbeit auffordern. Daß mit Ausführung und Verwirklichung derselben Semper's ferneres Bleiben in Zürich sehr wohl zu verneinen ist, liegt für jeden Kundigen auf der Hand." (Der Brief kommt, wie die „A. Z." in einer Redaktionsbemerkung beifügt, von einem Freunde Semper's. Der Verfasser desselben sagt: „Erst heute (17.) Morgens frug Wagner bei Semper an, wie es scheint, im Namen des Königs." Danach wäre der Bau des Opernhauses, der von den Gegnern Wagners beharrlich als ein Märchen behandelt wurde, doch ein sehr bestimmter Entwurf.)

Aus **London** schreibt man vom 15. ds.: „Unter der Ueberschrift „Trunkenheit in Glasgow" macht gegenwärtig folgende statistische Angabe die Runde in der Tagespresse. Glasgow hat 3—400,000 Einwohner; von diesen sind im vergangenen Jahr nicht weniger denn 27,181 als hilflos oder gefährlich betrunken in die Polizeigefängnisse gebracht worden, also ein Individuum unter je 17½ der Bevölkerung, 1 von je 7 Erwachsenen, 1 von je 3 Männern. Das Verhältniß stellt sich jedoch nicht so ungünstig für die männliche Bevölkerung, denn ein beträchtlicher Theil dieser Vergehen gegen die Mäßigkeit ist auf Rechnung des schönen Geschlechts zu setzen. Die Anzahl der als betrunken aufgegriffenen Weiber beläuft sich auf 9755, und die der Männer auf 17,426. Nach Abrechnung der Kinder stellt sich demnach heraus, daß im vergangenen Jahre von je 10 Frauen 1, und von je 5½ Männern 1 so betrunken waren, daß die Polizei einschreiten mußte. Solche Thatsachen bedürfen keines Kommentars. Die Schotten sind leidenschaftlichere Säufer als die Engländer, aber viel günstiger stellt sich das Verhältniß auch diesseits des Tweed nicht heraus, wenigstens nicht für das weibliche Geschlecht. Die Trunkenheit des Weibes kennt hier keine Standesunterschiede. Neulich wurden hier ein Gentleman und eine Lady aufgegriffen, welche vor einem gemeinen Wirthshaus wüthend betrunken waren und sich thätlich an der Polizei vergingen. Vor dem Polizeigericht stellte es sich heraus, daß der Gentleman ein Oberst in der Armee und die Lady die Gattin eines geachteten Geistlichen war. Beide hatten sich einen lustigen Tag gemacht, indem sie zusammen von Public-house zu Public-house gingen, 10 Flaschen Champagner ausleerten und schließlich ihrem Amusement durch eine Prügelei mit der Polizei, bei welcher die Dame besonders aktiv war, die Krone aufsetzten. In welchem andern Land der Welt gehören solche Fälle zu den täglichen Vorkommnissen des Lebens?"

Paris, 19. Februar. Die „Patrie" hat Nachrichten aus **Mexiko**, welchen zufolge der General Vicario, der sich dem Kaiser Maximilian angeschlossen hatte, in der Nacht des 8. Jan. Mexiko verlassen und sich nach Cuernavaca gewendet hat, um daselbst ein Pronunciamento zu Gunsten der ultraklerikalen Partei zu machen. Die „Patrie" fügt hinzu, daß Vicario's Unternehmen keinerlei Aussicht auf Erfolg habe.

Einer **Pariser** Korrespondenz der „K. Ztg." vom 18. ds. entnehmen wir: „Der Hirtenbrief des Erzbischofs von Paris ist gestern vom Kaiser gelesen und gebilligt worden. Bemerkenswerth ist bei diesem bischöflichen Manifeste vor Allem, daß es nicht ausdrücklich wie die anderen Hirtenbriefe die Encyclica als seine Veranlassung erwähnt, sondern daß es vielmehr als der überall bei Beginn der Fasten gebräuchliche Hirtenbrief mit der Anweisung über die zu beobachtenden Fastenregeln auftritt und gleichsam nur gelegentlich die Encyclica zum Gegenstande seiner Besprechung macht. Was nun diese Besprechung angeht, so sucht sie von Frankreich und seiner Regierung alle die Beschuldigungen abzuwälzen, welche man in der Encyclica gefunden hat. In der abschwächenden Interpretation der verdammenden Sätze der Encyclica und des Syllabus nähert sich Msgr. Darboy dem Bischofe von Orleans; dagegen spricht sich ihr ganzer Gegensatz in der Stelle des Darboy'schen Schriftstückes aus, wo der Erzbischof seinem Klerus ausdrücklich erklärt, daß und warum er die Encyclica nicht verkündigen lasse. Schließlich wendet sich Msgr. Darboy in Form einer direkten Anrede an den heiligen Vater, und indem er ihn anfleht, statt der Verdammungen seinen Segen über die treue Christenheit auszusprechen, gibt er dem Papste offenbar eine Art von Wink: er würde in anderer Weise mit der französischen Regierung reden, falls er nicht völlig ihres Schutzes und Beistandes verlustig gehen wolle. — Es wird noch immer hin- und hergestritten, ob Msgr. Chigi auf seinem Posten bleiben werde. Jedenfalls hat Kardinal Antonelli sich bei Herrn von Sartiges über das vom diplomatischen Gesichtspunkte aus höchst ungewöhnliche Verfahren beschwert, das man dem päpstlichen Gesandten gegenüber eingehalten habe. Die französischen Kardinäle versöhnen sich einer nach dem andern mit der Regierung."

Der Herzog von Morny kann seinem Amte als Vorsitzender des gesetzgebenden Körpers nicht nachkommen, weil er schwer erkrankt ist. Sein Zustand, er leidet an einer Halsbräune, ist so bedenklich, daß bereits auf den Verlust hingewiesen wird, den das gegenwärtige Regiment durch seinen Tod erleiden würde. Er hat vom Staatsstreich an, dessen alleiniger Vertrauter er war, bis auf den heutigen Tag, damals durch seine Geistesgegenwart, jetzt durch seine Energie und sein „savoir faire", der Sache Louis Napoleons die wesentlichsten Dienste geleistet.

Aus **Turin**, 16. Febr., berichtet man der „K. Z.": „Vorgestern ist Msgr. Speranza, Bischof von Bergamo, vor dem Untersuchungsrichter erschienen, um sich wegen der Anklage zu verantworten, in der Ausübung des Gottesdienstes die Staatseinrichtungen angegriffen zu haben. In Begleitung des Bischofs kamen mehrere Priester und Diener in Livree. Speranza selbst trug das bischöfliche Kleid und segnete nach rechts und links die Begegnenden und die Beamten des Gerichtes. Vor Gericht fing der Bischof damit an, Einsprache gegen die ihm angethane Gewalt zu erheben; darauf theilte er dem Richter, dem königlichen Prokurator und dem Gerichtsschreiber mit, daß sie alle drei die höhere Exkommunikation verdienen, weil sie einen Würdenträger der heiligen Kirche vor ein weltliches Gericht gerufen haben."

In **Warschau** wurden am 17. in der Citadelle wieder zwei Todesurtheile vollzogen und zwar an dem Warschauer Bürger Emanuel Szafarczyk und an dem gewesenen Studenten der St. Petersburger Universität Alexander Watzkowski. Beide wurden durch den Strang hingerichtet. Sie hatten nach der veröffentlichten Sentenz einen hervorragenden Antheil am letzten Aufstande

gehabt; ersterer auch als Hauptanstifter der Attentate auf Wielopolski, Trepow und andere Regierungsbeamte; dem zweiten fällt unter Anderem auch zur Last, daß er 52 topographische Karten aus den Archiven des Finanzdepartements entwendet und an die Insurgentenführer versendet hat. — Auch im Grodnoer Gouvernement hat am 23. v. M. im Dorfe Wajki die Hinrichtung des Bürgers Swientorzecki stattgefunden.

Amerika. Die „France“ hat aus der Stadt Chihuahua, wo sich die Regierung des Präsidenten Juarez befand, die Nachricht erhalten, daß die Truppen dieses Letzteren unter dem General Quesada gegen ein französisches Korps vorgegangen waren und bei Guadalupe geschlagen wurden; ihr Verlust belief sich jedoch nur auf 26 Mann.

Aus **Mexiko** sind Briefe angelangt, welche von einer neuen heftigen Scene erzählen, die zwischen der Kaiserin Charlotte und dem Erzbischof Labastida vorgefallen sei. Der Erzbischof soll erklärt haben, „daß die französischen Truppen vor Allem zum Schutze der Kirche gekämpft hätten.“ Die Kaiserin Charlotte ihrerseits hat den Prälaten an den ihr gebührenden Respekt als Kaiserin und als Frau erinnern müssen.

Der Kaiser Maximilian hat einen neuen Orden, den des „mexikanischen Adlers“, gegründet und das Großkreuz mit Halsband folgenden Souveränen verliehen: dem Kaiser Napoleon, dem Kaiser Franz Joseph, dem König Leopold, dem Kaiser Alexander, dem Kaiser Dom Pedro, dem Könige Viktor Emanuel und dem König von Schweden.

Frankfurter Börse (vom 13. bis 18. Februar).

Samstag. In der verflossenen Woche brachte der Telegraph zweimal Friedensbotschaften. Die eine kam von der Seine und meldete den sonst so gefürchteten Orakelspruch des französischen Imperators diesmal in einer sehr zahm klingenden Fassung. An den Börsen, welche nichts anderes erwartet hatten, ging die Rede spurlos vorüber und blieb ohne sichtlichen Einfluss auf die Kurse. Dagegen brachte die telegr. Botschaft, die in den ersten Tagen der Woche ernstliche Friedensunterhandlungen aus Amerika meldete, tüchtiges Leben in die Räume unserer Börse. Die Freude dauerte aber nicht lange, denn schon am Tag darauf zeigte ein neuer Telegraph den Abbruch der Friedensunterhandlungen an. Diese Nachrichten gaben dem fieberhaften Treiben in amerikanischen Papieren neue Nahrung und das Geschäft darin nahm in verflossener Woche die Börse fast ausschliesslich in Anspruch und erreichte namentlich am Mittwoch und Donnerstag ausserordentliche Dimensionen. 1882r in den ersten Tagen der Woche, in Erwartung der ungewöhnlich lang ausbleibenden Nachrichten aus New-York, um 52 stagnirend, schnellten auf die Friedensbotschaft und bessere Valutakurse in jähem Sprung am Mittwoch um 4 pCt. auf 56 hinauf, um Tags darauf in Folge der widersprechenden Nachrichten eben so rasch bis unter 53 zurückzugehen; heute schliessen sie zu $54^3/_4$. Ein solches Kurstreiben bedarf wohl keiner weiteren Illustrationen, um den soliden Kapitalisten von Anlagen in diesem Effekt fern zu halten; und doch mehrt sich noch immer die Zahl der Käufer.

Vom Geschäft in österr. Fonds ist wenig zu berichten; sie wurden durch die transatlantische Konkurrenz in den Hintergrund gedrängt.

Süddeutsche Fonds fest und preishaltend. — Von fremden Fonds ging einiges in neuen 5pCt. Russen um; die zur Rückzahlung ausgeloosten Obligationen der $4^1/_2$pCt. finnländischen Staatsanleihe werden schon jetzt mit einem Diskonto von 4 pCt. bei dem Bankhause M. A. v. Rothschild & Söhne hier ausgezahlt. Finnländische Pfandbriefe zu $83^1/_4$ in Umsatz. — Von der im vorigen Jahr durch das Bankhaus J. H. Schröder & Co. in London negozirten schwedisch-englischen Staatsanleihe werden jetzt L. 800,000 zur Zeichnung hier aufgelegt.

Das Geschäft in österr. Kreditaktien ist wieder etwas stiller geworden, sie eröffneten die Woche niedriger zu $195^1/_2$ und schliessen wieder höher um $198^1/_2$. Von Zettelbankaktien Frankfurter gesucht und bis $147^1/_2$ gestiegen. Oesterr. Nationalbank, im Laufe der Woche bis 845 gegangen, bleiben 837, gerade wie vor acht Tagen. In Certifikaten der Frankfurter Vereinskasse wurde zu 100—$100^1/_8$ gehandelt. Das Gerücht, die preuss. Bank wolle hier eine Filiale errichten, entbehrt zur Zeit noch der Begründung.

Von Eisenbahn-Aktien bayer. Ostbahn sehr fest und zu $114^1/_2$ gesucht. — Ludwigshafen-Bexbacher, um 1 pCt. höher, auf 147 gegangen. Der erste Monat dieses Jahres debütirt mit einem sehr günstigen Ausweise. Bei einer Gesammteinnahme von fl. 177,543 ergibt sich gegen den Januar 1864 ein Plus von fl. 14,006 oder $8_{,7}$ pCt., zu welchem alle einzelne Verkehrsbranchen beigetragen. Auch Neustadt-Weissenburger sind um 1 pCt. auf $107^3/_4$ gestiegen; ihr Januarausweis ist noch günstiger als derjenige der Bexbacher; gegen den gleichen Monat des Vorjahres beträgt bei einer Gesammteinnahme von fl. 84,232 das Plus fl. 10,417 oder ca. 14 pCt. Auch hessische Ludwigsbahn in guter Frage; auch bei ihr zeigt der Januar sehr günstige Ziffern. Das Plus gegen das des Vorjahres beläuft sich bei einer Gesammteinnahme von fl. 192,053 auf fl. 41,489 oder $29_{,8}$ pCt.; namentlich ergibt der Güterverkehr die enorme Steigerung der beförderten Gütermasse um 922,183 auf 1,740,819 Ctr, oder um 112 pCt. Nahebahn sind weiter auf 30 gestiegen; der neuliche Brand des Bahnhofs in Bingerbrück bringt der Bahn keinen Verlust, da Gebäude und Mobilien versichert waren. Von Eisenbahnprioritäten lebhafterer Umsatz in Lombarden, Livorneser und toskanischer Centralbahn, welche letztere ihren Kurs bis über 75 erhöhten. Galizische bleiben für solide Kapitalanlage beliebt.

Geld sehr flüssig; im Privatverkehr für gutes Papier zu 3 pCt. leicht anzukommen. Es ist daher einer baldigen weiteren Herabsetzung des hiesigen Bankdiskonto's entgegen zu sehen, nachdem die preuss. Bank den Diskont auf 4 pCt. reduzirt hat. Fremde Devisen sehr gefragt, aber fehlend, kurz London bis 119, Paris bis $94^3/_8$ bezahlt. — Bei der Medioliquidation zeigte sich Geld sehr flüssig. (Akt.)

Hiezu die Beilage: „Würzburger Anzeiger“.

Verantwortlicher Redakteur: A. Hartmann.
Druck und Verlag der Stahel'schen Buch- und Kunsthandlung in Würzburg

---

Cours der Staatspapiere.

Oesterr.	5 pCt. Met. (Cp. i. S. b. R.)	—
„	5 pCt. Lomb. ditto. à 24	—
„	5 pCt. Engl. Met. v. 1852	80 P.
„	5 pCt. Engl. Met. v. 1859	$78^3/_4$ P. $^5/_8$ G.
„	5 pCt. Venet. Coupon b. R.	$84^1/_2$ P. $^1/_4$ G.
„	5 pCt. Nationalanl. v. 1854	$68^5/_8$—$^3/_4$ G.
„	5 pCt. Metall. Obligation.	$62^3/_4$ P.
„	$4^1/_2$ pCt.	$55^5/_8$ G.
Preussen	$3^1/_2$ pCt. Staatsschuldsch.	$90^7/_8$ P.
Bayern	$4^1/_2$ pCt. Obl. 1jähr. dto.	102 P.
„	$4^1/_2$ pCt. Obl. $^1/_2$jähr. dto.	$102^1/_8$ P.
„	4 pCt. Obl. 1jähr. dto.	99 G.
„	4 pCt. Obl. $^1/_2$ jähr. dto.	$99^1/_8$ G.
„	4 pCt. Obl. Ab.-R. dto.	$98^3/_4$ P.
„	$3^1/_2$ pCt. Obl. dto.	—
Württemb.	$4^1/_2$ pCt. Obl. b. Rothsch.	$105^1/_4$ P. 105 G.
„	$3^1/_2$ pCt. Obl. dto.	$95^1/_4$ G.
Baden	$4^1/_2$ pCt. Obl.	—
„	$3^1/_2$ pCt. Obl. v. 1842	$92^1/_2$ P.
Gr. Hess.	$4^1/_2$ pCt. Obl.	—
„	4 pCt. Obl. b. Rothsch.	$100^1/_8$ G.
„	$3^1/_2$ pCt. Obl. dto.	$97^3/_4$ P.
Nassau	$4^1/_2$ pCt. Obl. dto.	$102^1/_8$ P.
„	4 pCt. Obl. dto.	$99^1/_2$ P.
„	$3^1/_2$ pCt. Obl. dto.	$91^3/_4$ G.
Frankfurt	$3^1/_2$ pCt. Obl.	$95^1/_2$ P.
„	3 pCt. Obl.	—
Spanien	3 pCt. inl. Sch. P. à fl. 2. 30	—
„	$2^1/_4$ pCt. „ „ „	$39^3/_4$ G.
Schweden	$4^1/_2$ pCt. Obl. à 105 Thlr.	$92^1/_4$ P.
N.Amerika	6 pCt. à 1000r. 1881 D. $2^1/_2$	—
„	6 pCt. ditto r. 1882 „	$54^3/_8$—$^1/_4$ G.

Diverse Aktien.

Frankfurter Bank à fl. 500 . . .	$147^7/_8$ G.
K. K. Oesterr. National-Bankaktien	841 P. 838 G.
Oesterr. Kreditbank-Aktien à fl. 200	198 G.
Bayer. Hypothekenb. Pfandbriefe 4 pCt.	$98^1/_8$ P.
Darmst. Bank 1. u. 2. Serie à fl. 250	237 P.
Weimarische Bank à Thlr. 100 . .	$100^1/_2$ G.
Mitteldeutsche Kreditaktien . . .	$100^1/_4$ P.
Intern. Bank in Lux. à 250 Frs. à 28 kr.	—
Taunus-Eisenbahn à fl. 250 . . .	350 P.
Frankfurt-Hanauer-Eisenbahn . . .	$101^1/_4$ P.
Oest. F.St.Eisb. 5pCt. 500 Fr. à 28 kr.	—
„ Elisab.-Eisenbahn 5 pCt. . .	120 P.
Böhm. Westbahn-Aktien à fl. 200 6/7	—
Rhein-Nahe-Bahn 200 Thl. à 105 4pCt. Z.	29 P.
Ludwigshafen-Bexbacher à 4 pCt. .	$146^7/_8$ G.
dto. dto. Prior. à 4 pCt.	$97^1/_4$ P.
Pfälz. Maxb. b. Rothschild à $4^1/_2$ pCt.	$107^3/_4$ G.
Oest. St.-Eisenb. Prior.-Oblig. à 3 pCt.	$50^5/_8$—$^1/_2$ G.
Elisab.-Bahn Prior. 5 pCt. 6/7	—
Südd. Bank-Akt., 40 pCt. Einz.	$259^1/_2$P. $258^1/_2$G.
Span. Handels- und Industrie . .	—
Bayr. Ostbahn à $4^1/_2$ pCt. volleinbez.	$114^1/_2$ G.
Bayer. Ostbahn mit 50 pCt. Einz.	$113^7/_8$ P. $^3/_4$ G.

Wechsel in süddeutscher Währung.

Amst. fl. 100 k. S.	$101^1/_8$P. $100^7/_8$G
Antwerp. Frs. 200 k.S.	$94^1/_4$ G.
Augsb. fl. 100 k. S.	100 P.
Berlin Th. 60 k. S.	105 P.
Brem. 50 Th. Ld. k. S.	$96^3/_4$ P.
Brüssel Frs. 200 k. S.	$94^1/_4$ G.
Cöln Thlr. 60 k. S.	$104^7/_8$ P.
Hamb. MB. 100 k. S.	89 G.
Leipzig Th. 60 k. S.	105 P.
London Lst. 10 k. S.	$119^1/_8$P, $118^7/_8$G.
Lyon Frs. 200 k. S.	—
Mail. Frs. 200 . .	94 G.
München fl. 100 k. S.	100 P.
Paris Frs. 200 k. S.	$94^1/_4$ G.
Petersburg 60 S.-R.	—
Triest fl. 100 k. S.	—
Wien fl. 100 ö. W.	—
do. in öst. W. l. S.	$104^3/_8$ G.
Disconto	4 pCt. G.

Anlehens-Loose.

Oesterr. fl. 250 v. 1839 .	142 G.
„ fl. 250 v. 1854 mit 4pCt.	76 G.
„ fl. 500 v. 1860 6/7	$84^3/_4$—$^1/_8$ G.
„ fl. 100 Eisb. L. v. 1858.	$132^3/_4$ G.
„ do. v. 1864.	$91^3/_8$ G.
Schwed. 10 Thlr. Loose	$9^3/_8$ G.
Badische fl. 50	125 P.
Badische fl. 35	54 P.
Kurhess. Thlr. 40 b. R.	$55^5/_8$ P.
Gr. Hessen fl. 50 b. R.	139 G.
„ fl. 25 do. [illegible]	—
Nassau fl. 25 bei Rothsch.	$36^1/_4$ P.
Sardinische Fr. 36 b. B.	—
Neuchateler 10 Frs.-Loose	—
Freiburger 15 Frs.-Loose	—
Mailänder 45 Frs. L. b. R.	$32^7/_8$ P.
St. Lüttich mit $2^1/_2$ pCt. Z.	34 P.
Ansb.-Gunzenh. fl. 7-L.	$10^3/_8$ P.

Frankfurt, 20. Februar. Auf Amerikanische lagen wieder viele Kaufordres, meist von nordischen Plätzen, vor; nachdem dieselben ausgeführt waren, gab deren Kurs unter dem Drucke starker Arbitrage- und Realisationsverkäufe nach und schließt etwas matter als im gestrigen Privatverkehr. Oesterr. Fonds bei geringem Handel preishaltend. Frankfurter Bank sehr gesucht und fehlend. Nahebahn stark angeboten. Wechsel gut zu lassen und meist höher bezahlt. (Synd.)

An die
Hof- und Staatsbibliothek
Würzb. Ztg. München.

Neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht!

№ 53. | Vorausbezahlung: Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 1 fl. 30 kr. Bei Inseraten wird die dreispaltige Zeile in gewöhnlicher kleiner | 62. Jahrgang. | Schrift oder deren Raum im Hauptblatte mit 6 kr., im Anzeiger mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franco. | Mittwoch, 22. Februar 1865.

Weiteres aus dem französischen Gelbbuch.

Im August des vergangenen Jahres ist in Pariser Blättern und Korrespondenzen die Nachricht aufgetaucht, die britische Regierung habe auf das Eintreffen österreichischer Schiffe in der Nordsee hin dem Pariser Kabinet Vorschläge zu einer gemeinschaftlichen bewaffneten Dazwischenkunft gemacht, sei aber von Seiten Frankreichs abschlägig beschieden worden. Die „Gazette de France“, welche die genauesten Angaben über diese Verhandlungen machte, behauptete damals, die Ablehnung der britischen Vorschläge sei in einer vom 14. Juni datirten Depesche des Hrn. Drouyn de Lhuys erfolgt. Das den Kammern vorgelegte „Gelbbuch“ erweist die Richtigkeit dieser Angabe. Eine an den französischen Botschafter in London unter dem genannten Datum ergangene Depesche entwickelt die Gründe, welche das kaiserliche Kabinet zur Verzichtleistung auf eine entschiedene Aktion bestimmten, in folgender Weise: „Der erste Kanonenschuß bei einer maritimen Demonstration würde für uns einen Krieg zu Wasser und zu Lande nach sich ziehen. Es stünde uns nicht, wie England, frei, unsere Operationen ausschließlich nach unserem Willen einzurichten. Trotz unserer Bemühungen, den Krieg zu lokalisiren, würde es uns nur schwer gelingen, den Ausbruch desselben an unsern Grenzen zu verhindern. Es wäre nicht unmöglich, daß die Demarkationslinie, für welche wir die Waffen ergriffen, von dem Lande selbst zurückgewiesen würde, und wir geriethen gleichzeitig in Konflikt mit den Bevölkerungen der Herzogthümer, wie in Kampf mit den Mächten Deutschlands. Ein solches Unternehmen würde die Entfaltung aller unserer Hilfsmittel erheischen und uns unermeßliche Opfer auferlegen. Wäre Angesichts einer solchen Eventualität England geneigt, uns eine unbegrenzte Unterstützung zu liefern? Indem die Regierung Sr. Maj. die großen Staatskörper um ihre Mithilfe angeht, müßte sie ihnen erklären, um welcher Vortheile willen das französische Blut fließen soll. Würde uns das englische Kabinet in die Lage versetzen, auf diese Frage, die erste sicherlich, die man an uns stellen würde, Antwort zu geben? Was uns anbelangt, so halten unsere Gedanken nie an diesem Punkt. Wären wir von ehrgeizigen Plänen geleitet, so hätten wir uns vielleicht die gegenwärtige Gelegenheit zu Nutzen zu machen gesucht, indem wir uns ein zu deren Befriedigung sich eignendes Verhalten vorgezeichnet hätten. Wir sind aber derartigen Erwägungen völlig fremd geblieben. Lord Russell scheint zu glauben, daß eine Demonstration zur See stattfinden könne, ohne daß ein Konflikt daraus entstünde, und daß Drohungen hinreichten, um mit den Ansprüchen Deutschlands fertig zu werden. Allein kann in einer Frage, in welcher das nationale Selbstgefühl in so hohem Grade betheiligt ist, diese Rechnung nicht fehlschlagen? Ist nicht vorauszusehen, daß das Volksgefühl sich mit Macht gegen uns aussprechen würde? Zugegeben selbst, daß man sich auf keinen bewaffneten Angriff gefaßt zu machen brauchte, würde es doch unvermeidlich zu Kundgebungen kommen, die wir schon ihres Charakters wegen nicht dulden dürften. Wir würden uns alsdann in der Lage sehen, entweder sie zu erwidern, oder eine moralische Niederlage hinzunehmen. Vor dem bedauerlichen Ausgang, den unsere gemeinschaftlich unternommenen Schritte in der gleichen Sache nahmen, hatte das Ansehen der beiden Mächte noch keine Beeinträchtigung erlitten, und sie konnten es darum unbedenklich aufs Spiel setzen. Heutzutage aber würden Worte, denen keine Thaten folgten und leere Manifestationen ihrer Würde verhängnißvoll werden. Ich habe dem englischen Botschafter diese Erwägungsgründe dargelegt und ersuche Sie, dieselben ihrerseits dem ersten Staatssekretär Ihrer brit. Maj. mittheilen zu wollen. Genehmigen Sie 2c. Drouyn de Lhuys.“

(Amtliche Nachrichten.) **München,** 20. Februar. Se. Maj. der König hat die von Sr. k. H. dem Herzoge Karl Theodor in Bayern getroffene Wahl des Unterlieutenants N. Grafen v. Pocci vom 3. Kür.-Reg. zu Höchstihrem und Höchstihrer Frau Gemahlin, der Herzogin Sophie in Bayern, k. H., Hofkavalier, dann die Wahl des Freifräuleins Marie v. Ejebeck zur Hofdame Höchstihrer Frau Gemahlin genehmigt.

Se. Maj. der König hat den Bezirksg.-Rath Th. Mayer zu Landshut mit Rücksicht auf die ihm dermalen übertragene Funktion eines Untersuchungsrichters von der Stelle eines Rathes am Handelsgerichte Landshut enthoben und den Bezirksg.-Assessor A. Frhrn. v. Lupin zu Landshut zum Rathe des dortigen Handelsgerichts ernannt; die erledigte Stelle eines Wechsel- und Waaren-Sensals zu Regensburg dem Handlungsgehilfen W. Metzger aus Regensburg, dermalen zu Nürnberg, verliehen.

Vom k. Staatsministerium der Justiz wurde als Vertreter der Staatsanwaltschaft am k. Landg. Regensburg der Appellationsg.-Acc. und derm. Vertreter der Staatsanwaltschaft am k. Stadt- u. Landg. Memmingen, K. v. Kerb, sodann als Vertreter der Staatsanwaltschaft am k. Stadt- und Landgerichte Memmingen der geprüfte Rechtspraktikant und derzeitige Vertreter der Staatsanwaltschaft am k. Landg. Weiler, W. Wachter, berufen.

Die kathol. Pfarrei Machtlfing, k. Bezirksamts München l/J., ist mit einem fassionsmäßigen Reinertrage von 556 fl. 37½ kr. und die katholische

---

Feuilleton.

J. v. Liebig über den neuen Fleischextrakt.*)

Seit meinen Untersuchungen über das Fleisch im Jahre 1847 habe ich mich fortwährend bemüht, in Ländern, wo das Rindfleisch einen niedrigeren Preis hat, als bei uns, die Fabrikation von Fleischextrakt nach der von mir beschriebenen Methode zu veranlassen.

Seit der Einführung dieses Fleischextrakts (welches nicht mit dem sogenannten Consommé oder den Bouillontafeln verwechselt werden darf) in die bayerische Pharmakopöe hat sich in der That dessen große Wirksamkeit in Fällen von gestörter Ernährung, Verdauung und körperlicher Schwäche bewährt, und es genügt vielleicht, um einen Begriff von dem ausgedehnten Gebrauch des Fleischextrakts als Arzneimittel zu geben, wenn ich hier anführe, daß in der hiesigen Hofapotheke jährlich nahe an 5000 Pfund Rindfleisch für diesen Zweck verwendet werden. Bemerkenswerth dürfte es sein, daß ein großer Theil des Fleischextrakts in den bayerischen Apotheken im Handverkauf, das heißt, ohne ärztliche Vorschrift, verbraucht wird — ein unzweideutiges Zeichen, daß es zu einem Hausmittel geworden ist, zu welchem die Personen, welche die wohlthätigen Wirkungen des Fleischextrakts in der Form von Arznei erfahren haben, bei ähnlichen Gesundheitsstörungen von selbst zurückkehren; es sind dieses oft ganz arme Leute, welche am wenigsten geneigt sind, Geld für Arzneien auszugeben, und die der hohe Preis desselben (1 fl. 12 kr. für die Unze, 36 kr. für das Loth) nicht zurückschreckt.

In den Hospitälern und Krankenhäusern, in welchen bekanntlich nur allzu oft die darin bereitete gute Fleischbrühe von den Krankenwärtern und Assistenten in Beschlag genommen wird, wird der ordinirende Arzt durch den Fleischextrakt in den Stand gesetzt, seinen Patienten eine ganz fettfreie Fleischbrühe von jeder ihm beliebigen Stärke zu geben.

Parmentier und Proust haben vor vielen Jahren schon den Fleischextrakt zur Anwendung in der französischen Armee angelegentlichst empfohlen. „Im Gefolge eines Truppenkorps,“ sagt Parmentier, „bietet der Fleischextrakt dem schwer verwundeten Soldaten ein Stärkungsmittel, welches mit etwas Wein seine durch großen Blutverlust geschwächten Kräfte augenblicklich hebt, und ihn in den Stand setzt, den Transport ins nächste Feldspital zu ertragen.“

„Es gibt keine glücklichere Anwendung, die sich erdenken ließe,“ sagt Proust. „Welche kräftigendere Arznei, welche mächtiger wirkende Panacée als eine Dosis des echten Fleischextrakts, aufgelöst

*) Das „Ausland“ enthält diesen Artikel mit dem Beifügen: Aus Liebigs Zeitschrift für Chemie, mit einem erweiternden Zusatz jedoch, den Herr v. Liebig für den Abdruck hinzugefügt hat.

Pfarrei Eschelbach, k. Bezirksamts Erding, mit einem fassionsmäßigen Reinertrage von 1191 fl. 28¾ kr. in Erledigung gekommen.

In der Angelegenheit des Hrn. Richard Wagner (welche, wie der „N. K.“ meint, das Münchener Publikum stärker in Bewegung zu setzen scheint, als seiner Zeit die schleswig-holsteinische), war behauptet worden, die Ungnade, die Hrn. Wagner angeblich betroffen, sei u. A. dadurch veranlaßt, daß derselbe im k. Vorzimmer sein von Hrn. Friedrich Pecht gemaltes Bildniß, gleichzeitig aber auch die Rechnung über dieses Kunstwerk im Betrag von 1000 fl. übergeben habe. Mit Bezug hierauf bringen nun verschiedene Blätter folgende Erklärung: „Mannigfachen Gerüchten und Zeitungs-Artikeln gegenüber sieht sich der Unterzeichnete zu der bestimmtesten Erklärung veranlaßt, daß er für das im Auftrage seines langjährigen Freundes, des Hrn. Richard Wagner, gemalte und selben darstellende Bild irgend welche Forderung an die kgl. Kabinetskasse weder selbst gestellt habe, noch durch Andere habe stellen lassen und ebensowenig, unter welchem Titel es auch sei, eine Zahlung von ihr dafür erhielt. München, 18. Febr. 1865. Fr. Pecht.“ Diese Erklärung läßt immerhin die Frage unentschieden, ob nicht ohne Veranlassung von Hrn. Pecht ein Anderer für ihn durch Ueberweisung der Rechnung Zahlung verlangt habe; daß eine solche nicht geleistet worden ist, scheint indeß jedenfalls festzustehen. — Die „Allg. Ztg.“ hat, wie sie in ihrer Nummer vom 21. d. meldet, „von mehreren Seiten vernommen, daß Herr Wagner die Gewißheit erhalten habe, daß ihm die k. Gunst nicht entzogen sei“.

In einer Einsendung an die Redaktion der „A. Abdztg.“ aus **München**, 18. Februar, erklärt Hr. Hans v. Bülow: „Eine Münchener Korrespondenz der „Augsb. Allg. Ztg.“ beschuldigt die sogenannten „Genossen“ des Herrn Richard Wagner des Mißbrauchs ihrer Beziehungen zum königl. Hofe. Da unter gedachten „Genossen“ ich, der Unterzeichnete, allein die Ehre gehabt habe, in derartige Beziehungen zu treten, so übe ich mein Recht aus und erkläre den anonymen Urheber jener Verdächtigung für einen ehrlosen Verleumder.“

Wien, 21. Febr. In der heutigen Sitzung des Unterhauses wurde der Staatsvoranschlag für 1866 auf Antrag Tinti's dem Finanzausschusse für das Budget von 1865 zur Berichterstattung über die Frage: wann und in welcher Weise die Behandlung des Staatsvoranschlages (1866) vorzunehmen sei, — überwiesen. Der Abgeordnete von Brints beantragt: den Finanzausschuß aufzufordern, zu berichten, ob und inwieweit mit Rücksicht auf die Erklärung des Finanz-Ministers bei Vorlage des Voranschlages die Feststellung der Zifferansätze für 1866 ausnahmsweise in einer von der bisherigen abweichenden Form im Weg der Vereinbarung mit der Regierung vorzunehmen wäre. Letzterer Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung unterzogen. Die übrigen in der letzten Sitzung eingebrachten Finanzvorlagen werden an die Ausschüsse verwiesen. Nächste Sitzung Donnerstag.

Triest, 20. Febr. Die jüngste Ueberlandpost meldet, daß der Herzog von Brabant am 11. Jan. in Kalkutta eingetroffen und am 15. nach Benares und Oberindien abgereist ist. Der Feldzug gegen Bhutan nimmt einen günstigen Fortgang. Der Emir von Kabul hat seine drei Stiefbrüder verrätherisch festgenommen. Vier russische Gesandten sind mit Geschenken in Bukhara angekommen. Die Russen proklamirten in Taschkend, daß in den nächsten zwei Jahren keine Steuern erhoben werden. Tausende von Arbeitern sind zum Straßenbau nach Bukhara angeworben.

Berlin, 18. Febr. Der Abschluß eines Handelsvertrages mit England ist zu erwarten. Der englische Generalkonsul und Geschäftsträger in Hamburg, Herr Ward, ist zu diesem Behufe und zur Assistenz des Lord Napier hier eingetroffen. Herr Ward hatte sich schon, wie erinnerlich, vor etwa zwei Jahren zu demselben Zweck nach Berlin begeben. Preußen konnte England aber, so lange die Zollvereins-Krisis nicht beendigt war, wenig (nichts) bieten. Jetzt wird ein kurzer Traktat die Bestimmungen des durch den Vertrag mit Frankreich hergestellten neuen Zollvereinstarifs so wie des Schlußprotokolls auf England anwenden und beiden Staaten außerdem gegenseitig die Vortheile der meistbegünstigten Nation zusichern. Da England die Herabsetzung seines Tarifs sämmtlichen Ländern bewilligt hat und der neue allgemeine Tarif des Zollvereins auch England von selbst zu Gute kommt, so war der Vertrag im Grunde überflüssig. Er wird indessen England für die Dauer des Abschlusses gegen irgend eine Wendung der deutschen Handelspolitik schützen.

Berlin, 19. Februar. Es ist bezeichnend, daß die „Kreuz-Zeitung“ in der Thronrede des Kaisers Napoleon lediglich den französischen Kommentar zu der fortdauernden österreichisch-preußischen Allianz erblickt. „Schwerlich würde der Kaiser der Franzosen in dieser Tonart gesprochen haben, wenn es den Bestrebungen gewisser deutscher Staatsleute und Patrioten gelungen wäre, das Band, welches die beiden deutschen Großmächte verbindet, zu lockern oder gar zu lösen. Schwerlich dürfte der Tempel des Kriegs lange geschlossen bleiben, wenn es Hrn. v. Beust gelänge, eine „ehrenvolle Anlehnung an das Ausland“ in Scene zu setzen. Immerhin aber ist das friedliche Intermezzo nicht ohne Werth, um so mehr als der Neffe voraussichtlich ebenso nach einem „dauerhaften Frieden“ strebt als der Onkel, und daher gewiß nicht unterlassen wird, den alten Satz „si vis pacem para bellum“ in dieser Zwischenpause praktisch zu illustriren.“ Was folgt daraus? Im Sinne der Krzztg., daß die preußische Armeereorganisation unbedingt beibehalten werden muß.

Berlin, 20. Febr. Die Montagsnummer der „Nordd. Allg. Ztg.“ sagt: „Nach den Kommissionsbeschlüssen des Abgeordnetenhauses sei keine Aussicht, daß die Majorität nach Mitteln suchen werde, um im Wege der Verständigung mit der Regierung aus der von der Volksvertretung des Jahres 1862 bereiteten Situation herauszukommen; der budgetlose Zustand werde wahrscheinlich einstweilen fortdauern; die Regierung könne der Opposition gegenüber warten.“

Den „Milit. Bl.“ zufolge haben sich die gezogenen Vierpfünder als ein leichtes Feldgeschütz so sehr bewährt, daß es in

---

in einem Glas edlen Weins! Die ausgesuchten Leckerbissen der Gastronomie sind alle für die verwöhnten Kinder des Reichthums! Sollen wir denn nichts in unseren Feldlazarethen haben für den Unglücklichen, den sein Geschick verurtheilt, für uns die Schrecken eines langen Todeskampfes im Schnee und im Koth der Sümpfe zu erdulden?“

In einem gewissen Sinn besitzt das Brod die Ernährungsfähigkeit des Fleisches, aber das letztere enthält in seinen im Wasser löslichen Bestandtheilen eine Anzahl von Stoffen, die in der vegetabilischen Nahrung gänzlich fehlen, und von welchen gewisse Wirkungen im Organismus hervorgebracht werden, die der animalischen Diät eigenthümlich sind; diese Stoffe sind nun gerade die Bestandtheile des Fleischextrakts, und man erwartet, daß der Zusatz desselben zur vegetabilischen Nahrung dieser den Wirkungswerth der animalischen verleiht. Brod mit Wasser und Salz gekocht ist in seiner Wirkung etwas anderes, als eine Suppe, die aus Fleischbrühe, Brod und Salz bereitet ist.

Ein Pfund Fleischextrakt enthält die löslichen Bestandtheile von 30 Pfund reinem fettfreien Muskelfleisch (von 43 Pfund mit der Knochenzugabe Fleisch vom Fleischladen) und genügt, um für 428 Mann Soldaten im Feld, mit Brotschnitten, Kartoffeln und etwas Salz gekocht, eine Fleischsuppe herzustellen, wie sie von gleicher Stärke in den besten Hotels nicht erhalten wird. Kaffee und Thee, obwohl an sich werthvoll, sind doch zuletzt nur als unvollkommene Ersatzmittel des Fleischextrakts anzusehen. In Festungen und in der Marine, wo die Mannschaft auf gesalzenes und geräuchertes Fleisch angewiesen ist, ist der Fleischextrakt das einzige Mittel, um die wichtigen Bestandtheile zu ersetzen, welche dem Fleisch beim Einsalzen entzogen werden, und diesem das vollständige Ernährungsvermögen des frischen Fleisches wiederzugeben; ebenso würde die Anwendung des Fleischextrakts für Reisende und ganz besonders für Haushaltungen auf dem Lande sowohl als in Städten, im besonderen in Deutschland, wo man die Suppen nicht entbehren mag, von höchster Bedeutung sein; man würde in Deutschland das Fleisch sehr viel häufiger und zweckmäßiger gebraten essen und die Suppe aus Fleischextrakt bereiten, wenn sich allem diesem nicht der hohe Preis desselben als eine bei uns kaum zu überwindende Schwierigkeit entgegenstellte.

Die Einführung des Fleischextrakts zur Hälfte oder zu einem Drittel des gegenwärtigen Preises in Europa, aus Ländern, wo das Fleisch kaum einen Werth hat, würde für die europäischen Bevölkerungen als ein wahrer Segen anzusehen sein. Ich hatte in Podolien, Buenos-Ayres und Australien die Aufmerksamkeit sehr eindringlich auf die Fabrikation von Fleischextrakt gelenkt, und war stets bereit, Personen, die sich geneigt dazu zeigten, mit der Methode der Darstellung bekannt zu machen und mit meinem Rath zu unterstützen; meine Bemühungen sind 15 Jahre ohne Erfolg geblieben, bis endlich vor zwei Jahren sich eine sichere Aussicht darbot, meine Wünsche zu verwirklichen. Im Frühling 1862 empfing ich den Besuch eines Hrn. Giebert aus Hamburg, eines Ingenieurs, welcher, mit Straßen- und andern Bauten beschäftigt, viele Jahre in Südamerika, und unter andern auch in Uruguay zugebracht hatte, wo Hunderttausende von Ochsen und Schafen lediglich der Häute und des Fettes wegen geschlachtet werden; er

der Absicht liegt, auch die reitende Artillerie ganz oder theilweise mit diesem Geschütz zu bewaffnen, und es sollen deshalb versuchsweise einige Vierpfünder an die reitende Artillerie abgegeben werden. Uebrigens wollen auch mehrere süddeutsche Regierungen, wie Württemberg und Baden, das vierpfündige Geschütz bei sich einführen, und haben zu dem Ende die preußische Regierung um Ueberlassung einiger Versuchsgeschütze angegangen. — Gegenwärtig ist eine Maschine aufgestellt, welche die Schäfte zu Zündnadelgewehren nebst sämmtlichen Ausstämmungen, Nuthen 2c. ohne jede Nachhilfe mit der Hand herstellt. Die Maschine fertigt fünfzehn Schäfte in derselben Zeit, in welcher bisher ein einziger Schaft angefertigt wurde und arbeitet überdies viel wohlfeiler, als dies bei der bisherigen Anwendung von Handarbeit möglich war, wenn auch die Maschine selbst eine erste Ausgabe von mehreren tausend Thalern erforderte.

Stuttgart, 20. Febr. Unsere Stadt ist erfüllt von Schmerz über ein entsetzliches Unglück, das gestern durch eine Gasexplosion veranlaßt worden ist, der mehrere Menschenleben zum Opfer fielen. Das Haus Nr. 6 der Eßlingerstraße, dem Flaschnermeister Dietz angehörig, wurde gestern Abends kurz vor 6 Uhr durch eine Gasexplosion, die sich durch einen furchtbaren, einem Kanonenschuß ähnlichen Knall in der ganzen Stadt vernehmbar machte, plötzlich in einen Trümmerhaufen verwandelt, der sämmtliche Bewohner in den Ruinen begrub. Die Hausbewohner bemerkten schon den ganzen Tag einen ungewöhnlichen Gasgeruch, und machten daher den Hausbesitzer darauf aufmerksam, mit der Aufforderung, nach der Ursache zu sehen. Der Hausbesitzer ging Nachmittags auf's Land (es war Sonntag), daher die Frau darnach sah. Unglücklicherweise trat sie mit brennendem Licht in das Magazin (Lampenladen) worin der Gasometer sich befand, worauf auch sogleich die Explosion erfolgte, und die Frau als erstes Opfer fiel. Außer ihr ist noch ein Kind, sowie ein eben am Hause vorübergehender Lehrling sogleich getödtet worden, drei andere Personen sind mehr oder minder schwer verletzt. Die übrigen Bewohner waren des Sonntags wegen ausgegangen. So weit ist bis jetzt amtlich erhoben. Die Explosion war so entsetzlich, daß nicht blos in sämmtlichen Nachbarhäusern die Fenster eingedrückt, sondern auch Steine über die Straße hinüber in andere Häuser geschleudert, ja die Trümmer der Waaren des Lampenladens in die Bäckerstube eines gegenüberliegenden Hauses hineingetrieben wurden. Leider ist dadurch auch ein neu entstandenes Kunstwerk zu Grunde gegangen, indem die Chorfenster der nahe gelegenen St. Leonhardskirche eingedrückt wurden, darunter das erst im vorigen Jahr von einer Privatperson gestiftete Glasgemälde, „die Himmelfahrt Christi“ vorstellend, welches das Mittelfenster des Chors bildete.

Hannover. Die (nationalvereinlich gesinnte) „Ztg. für Norddtschld.“ äußert über die Haltung der norddeutschen Presse in der schleswig-holsteinischen Angelegenheit: „Die schleswig-holsteinische Sache wird mit einer seltenen Gewissenlosigkeit behandelt. Wenn wir diese Anschuldigung nur gegen Diplomaten und sog. Staatsmänner zu erheben hätten, so würden wir uns wenig darüber grämen. Aber auch ein großer Theil der norddeutschen Presse, welche doch die öffentliche Meinung, die Stimme des Volks vertritt (oder vertreten soll), behandelt Recht und Ehre wie Rechenpfennige gegen das angebliche Gold der Zweckmäßigkeiten. Ganz Deutschland hat ein Jahr lang auf das Recht des Herzogs Friedrich geschworen, und hat dieses Recht benützt, um die Trennung Schleswig-Holsteins von Dänemark zu fordern; jetzt wird uns zugemuthet, dieses Recht wie weiches Wachs zu betrachten, das Hr. v. Bismark sich nach seinem Belieben, im angeblichen Interesse Deutschlands, zurecht kneten mag. Die Schleswig-Holsteiner sind von der Ueberzeugung durchdrungen, daß die Unabhängigkeit und Selbständigkeit ihr unveräußerliches Recht ist; dem Herzog Friedrich haben sie als Symbol desselben mit freiem, freudigem Entschlusse gehuldigt, ihre und seine Geschicke feierlich im Angesicht der ganzen Welt für unzertrennlich verbunden erklärt; und jetzt soll es Partikularismus sein, wenn sie ihre Ueberzeugung nicht wie ein altes, abgetragenes Kleid von sich werfen und die Ehre ihres Manneswortes nicht wie leere Spreu in alle Winde verwehen lassen. Der Leichtsinn und die Frivolität solcher Zumuthungen bleiben widerwärtig und schmählich, wenn sie sich auch in den Mantel des Patriotismus hüllen. Der beste Patriotismus ist, das Bewußtsein des Rechts, das Gefühl der Ehre, die Tugend der Wahrhaftigkeit im Volke zu fördern und in lebendiger Werkthätigkeit zu erhalten.“

Altona, 21. Febr. Die „Schleswig-Holstein'sche Zeitung“ meldet: „Aus fast allen Städten und Distrikten waren gestern Repräsentanten der Handels- und Industrieinteressen in Rendsburg versammelt. Eine Denkschrift an die Zivilkommissäre über die Uebelstände des Provisoriums wurde beschlossen und unterzeichnet.

London, 20. Febr. Im Unterhaus theilte der Staats-Sekretär des Kriegs, Graf v. Grey, mit, die Regierung werde vom Parlament 50,000 Pfr. St. behufs der Befestigung Quebecks verlangen; Montreal und das westliche Gebiet würden die Kanadier selber sicher stellen. Der Graf v. Derby tadelt die Regierung sehr heftig wegen verzögerter Sicherheitsmaßregeln gegenüber den feindselig gesinnten Nordamerikanern. Der Graf v. Malmesbury und der Graf Granville finden die genannte Geldsumme allzu unbedeutend, hoffen aber auf Kanada's Selbsthilfe.

Aus **London** wird über die Mitglieder des Unterhauses geschrieben: Alt und schwach, voller Podagra, Krückenstöcke, Glatzen, gebeugter Häupter und reaktionärer Rückenknochen, hinkend, hustend, keuchend, ist das freie machtbewußte Parlament der stolzen Britannia. Wenn man über die altersschwachen Gestalten blickt, die sich da auf ihren Polstern zurechtlegen, vermummen, und zum Theil den Schlaf der Gerechten schlafen, so muß man sich ehrfurchtsvoll vor der Thatsache beugen, daß England mit seiner gewaltigen Thatkraft und rücksichtslosen Kühnheit von Greisen mit zitternden Händen regiert wird. Das, was sich von Jugend in diesem Rathe der Alten befindet, verschwindet fast unbemerkt unter den greisen Häuptern, oder zieht sich in die gemüthlicheren Räume des Rauchzimmers oder des Speisesaals zurück; aber die Alten bleiben auf ihrem Platze, und jede kritische Wendung der Debatte

---

erzählte mir, wie peinlich für ihn im Rückblick auf Europa immer die Empfindung beim Wahrnehmen der Vergeudung des Fleisches dieser Thiere gewesen sei, von dem nur der allerkleinste Theil zum Einsalzen verwendet und das übrige meistens in die Flüsse geworfen wird, und daß stets der lebhafteste Wunsch in ihm thätig gewesen, dieses Fleisch auf eine nützliche Weise zu verwerthen. Da seien ihm meine Chemischen Briefe zu Gesicht gekommen, worin der Fleischextrakt beschrieben sei; er sei darum nach München gereist, und entschlossen, wenn er die Fabrikation desselben erlernen könne, nach Südamerika zurückzukehren, um dort eine Anstalt zu dessen Gewinnung zu gründen. Ich empfahl Hrn. Giebert meinem Freunde, Hrn. Hofapotheker Pettenkofer, der ihn mit allem Detail des Verfahrens auf das Eingehendste bekannt machte. Es war Hrn. Giebert Ernst mit seinem Vorhaben: er kehrte im Sommer 1863 nach Uruguay zurück, aber es dauerte beinahe ein Jahr, ehe er mit den in Berlin angefertigten Apparaten, bei den vielen Schwierigkeiten, die sich dort der Aufstellung derselben, überhaupt der Einrichtung und Einführung einer neuen Sache entgegenstellten, so weit war, um die Fabrikation beginnen zu können. Ich habe kaum jemals eine größere Freude empfunden, als die, welche mir ein Brief von ihm vor einem Monat gewährte, worin er mir die Anzeige machte, daß das erste Produkt seiner Fabrikation von Fleischextrakt nach Europa von ihm abgesendet worden sei.

Hr. Giebert hatte mir den Wunsch ausgedrückt, seinen Fleisch-Extrakt mit meinem Namen bezeichnen zu dürfen, da er ja nach meiner Methode bereitet sei; ich gestand ihm dies zu, bemerkte aber dabei, daß, wenn sein Produkt die kleinste Spur Fett (wodurch es eine ranzige Beschaffenheit annimmt) oder vorwaltende Leimsubstanz, wie die üblichen Suppentafeln oder das Consommé, wodurch es zum Schimmeln geneigt wird und die dem echten Extrakt zukommende Unveränderlichkeit in hohen Temperaturen und in feuchter Luft verliert, enthielte, daß ich dann der erste sein würde, die Untauglichkeit desselben öffentlich zu signalisiren. Dagegen versprachen wir ihm, Hr. Professor Dr. Pettenkofer und ich, wenn er seine ganze Ausbeute an Fleischextrakt (er rechnet monatlich auf 5—6000 Pfd.) nach München schicken wolle, so erböten wir uns, ohne irgendeine Vergütung, jede seiner Sendungen einer Analyse zu unterwerfen und, im Fall sie den Anforderungen der Wissenschaft entspreche, die Echtheit zu bezeugen, unter der Bedingung, daß er das Pfund Fleischextrakt zu einem Drittel des gegenwärtigen Preises in Europa und nicht höher in den Handel bringen werde. Zur Unterstützung einer Geldspekulation würden wir unsere Namen nicht herleihen. Dieser Vorschlag sollte sich natürlich nur auf die erste Zeit der Einführung des Fleischextrakts in Europa beziehen, da man annehmen kann, daß, wenn das Publikum einmal mit dem Kennzeichen des echten Fleischextrakts bekannt ist, es um sein eigenes Urtheil zu bilden der Versicherung des Chemikers nicht mehr bedarf.

Die erste Probe von etwa 80 Pfd. Ochsenfleischextrakt und von 30 Pfd. Schaffleischextrakt ist vor einigen Tagen in München angekommen, und wir haben die große Befriedigung, sagen zu können, daß beide Produkte in ihrer Qualität, wie von dem Fleische halbwilder Ochsen und Schafe zu erwarten war, vortrefflich ausgefallen sind.

jedes Wort, ja jeder Blick des „Sprechers," jedes Auftreten eines geachteten Redners, jedes Epigramm, jeder Parteitrumpf rüttelt sie aus ihrer Lethargie, in die sich die Schwäche des Alters so gern zu hüllen pflegt. Ein eiserner Wille stählt diese vom Alter gebrochenen Glieder, ein starkes Macht- und Pflichtgefühl hält diese schlotternden und hinkenden Vertreter der britischen Nation zusammen, und wenn sie auch nicht rüstig vorwärts schreiten und auf ihrem mühsamen Wege zu oft ausruhen, so ist doch keine Gewalt der Erde vermögend, die Gemeinen Englands zum Zurückgehen zu zwingen. Schon dieser einen großen historischen Thatsache gegenüber müssen die kleinlichen Witzeleien über das von gebrechlichen Greisen gebildete und von einem 81jährigen Minister geleitete, und oft an der Nase herumgeführte Haus der Gemeinen verstummen.

Bern, 20. Febr. Der Bundesrath acceptirt Stuttgart als Konferenzort für den Handelsvertrag und wünscht, daß die Unterhandlungen mit dem 6. März beginnen möchten. Mit Turin hat man sich ebenfalls über Unterhandlungen wegen eines Handelsvertrags geeinigt.

Paris, 18. Febr. Die Gefangenen des Schuldenhaft in der Rue de Clichy haben, der „K. Ztg." zufolge, zwei Tage nacheinander illuminirt, und sie wollen eine Dankadresse an den Kaiser richten (wegen des den Kammern vorgelegten Gesetzentwurfs über Aufhebung der Schuldhaft). Den ersten Abend wäre es bald zu heftigen Auftritten gekommen, weil der Direktor sich weigerte, die Einwilligung zur Illuminirung zu ertheilen.

Die Preisbewerbung der diesjährigen Fastnachtsochsen hat gestern in Poissy stattgefunden. Der erste der vier ausgewählten Ochsen wiegt 1305 Kilogramm, der zweite 1300 Kilogramm.

Aus **Paris,** 18. Febr., schreibt man der „Allg. Ztg.": „Der päpstlichen Diplomatie scheint eine gründliche Reform bevorzustehen. Es gehört vielleicht zu den dem heiligen Stuhl vorbehaltenen Prüfungen, daß er nicht mehr über ein zahlreiches Personal in der Diplomatie und in Geschäften ausgezeichneter Prälaten zu verfügen hat. Der Papst selbst soll sich über den Mangel an diplomatischen und politischen Talenten im Kirchenstaat beschweren.

Madrid, 20. Febr. Die Königin hat auf Dreiviertel ihres Patrimoniums verzichtet, welche zum Vortheil der Nation verkauft werden sollen; der Ertrag wird auf 600 Mill. Realen geschätzt. — Es heißt, der Gesetzentwurf, die Vorauserhebung der Steuern betreffend, sei zurückgezogen und ebenso Hr. Alejandro de Castro werde den Hrn. Barzanallana im Finanzministerium ersetzen.

Rom, 14. Febr. Das geheime Konsistorium ist bis künftigen Monat aufgeschoben: das gleichzeitige Jubiläum, die Bewegung wider die Encyklica und die Lage der Kirche in Polen werden der päpstlichen Allokution, auf die man schon jetzt als folgenschwer hinweist, reichen Stoff geben. — Der „A. Z." schreibt man von hier: Rom bereitet sich auf einen schwungvollen Karneval vor; hoffentlich wird er ungestört bleiben, wenn sich nur Alt-England nicht gar zu brutal hineinmischt; wie die feinblütigen Töchter Albions in der Sixtinischen Kapelle am Charfreitag mit Nadeln und Haarpfeilen dreinstachen, um sich Platz zu verschaffen, so haben die langwüchsigen Söhne desselben angenehmen Stamms die südliche Anmuth der Korsospiele dadurch zu erhöhen gewußt, daß sie statt Confetti Händevoll Gypsstücke und Staub den Leuten ins Gesicht zu schleudern pflegen, und nun alles gezwungen ist, sich Drahtmasken zu kaufen, um nicht den Liebenswürdigkeiten der Race Master MacDonalds ein ausgeworfenes Auge oder eine zerschmetterte Nase zu verdanken.

Turin, 14. Febr. Die ernste Stimmung unserer Stadt wird durch das traurige Schicksal der venetianischen Emigration noch mehr getrübt. An allen Straßenecken begegnet man Jammergestalten, die betteln wollen, um nicht rauben zu müssen. Seit der aus Sparsamkeitsgründen vorgenommenen Reduktion der staatlichen Unterstützungen, erhält ein großer Theil der Emigranten gar keine Unterstützung mehr, und für die Uebrigen sind die Subsidien auf 25 Centesimi per Kopf und Tag beschränkt. Zu viel, um zu verhungern, und zu wenig, um nur die dringendsten Bedürfnisse befriedigen zu können. Die Bedauernswerthen haben eine Petition an das Parlament gerichtet, deren Schluß ich hier folgen lasse: „a) Es möge der zwangsweise Aufenthalt aufgehoben und jedem Emigranten gestattet werden, seinen Aufenthalt unter dem Schutze der für alle Bürger bestehenden Gesetze nach Gutdünken zu wählen; b) dem Emigranten, welchem die Unterstützung entzogen wird, möge sie wenigstens noch für drei Monate auf einmal antizipirt werden, damit er Beschäftigung suchen könne, die sehr schwer zu finden ist. Die Kammer möge baldigst eine Entscheidung treffen. Der Hunger wartet nicht. Die Jahreszeit ist rauh. Zögerung führt Leiden und Tod herbei. Die Verhältnisse der in Italien zerstreuten Emigration sind so unglücklich, daß sie nur schwer geschildert werden können."

Hiezu die Beilage: „Würzburger Anzeiger".

Verantwortlicher Redakteur: A. Hartmann.
Druck und Verlag der Stahel'schen Buch- und Kunsthandlung in Würzburg

Cours der Staatspapiere.

Oesterr.	5 pCt. Met. (Cp. i. S. b. R.)	—
„	5 pCt. Lomb. ditto. à 24	—
„	5 pCt. Engl. Met. v. 1852	80 P.
„	5 pCt. Engl. Met. v. 1859	78 5/8 G.
„	5 pCt. Venet. Coupon b. R.	84 3/8 G.
„	5 pCt. Nationalanl. v. 1854	69 P. 68 3/4 G.
„	5 pCt. Metall. Obligation.	62 5/8 P.
„	4 1/2 pCt.	56 P. 55 3/4 G.
Preussen	3 1/2 pCt. Staatsschuldsch.	90 3/4 P.
Bayern	4 1/2 pCt. Obl. 1jähr. dto.	102 P. 101 3/4 G.
„	4 1/2 pCt. Obl. 1/2jähr. dto.	102 1/4 P.
„	4 pCt. Obl. 1jähr. dto.	99 P. 98 3/4 G.
„	4 pCt. Obl. 1/2 jähr. dto.	99 1/8 G.
„	4 pCt. Obl. Ab.-R. dto.	98 3/4 P.
„	3 1/2 pCt. Obl. dto.	—
Württemb.	4 1/2 pCt. Obl. b. Rothsch.	103 1/4 P.
„	3 1/2 pCt. Obl. dto.	95 5/8 P. 1/2 G.
Baden	4 1/2 pCt. Obl.	—
„	3 1/2 pCt. Obl. v. 1842	92 5/8 P
Gr. Hess.	4 1/2 pCt. Obl.	
„	4 pCt. Obl. b. Rothsch.	100 1/8 G.
„	3 1/2 pCt. Obl. dto.	97 3/8 P.
Nassau	4 1/2 pCt. Obl. dto.	102 1/2 P.
„	4 pCt. Obl. dto.	99 1/2 P.
„	3 1/2 pCt. Obl. dto.	92 P.
Frankfurt	3 1/2 pCt. Obl.	95 1/4 P.
„	3 pCt. Obl.	—
Spanien	3 pCt. inl. Sch. P. à fl. 2. 30	—
„	2 1/4 pCt. „ „ „	[illegible]
Schweden	4 1/2 pCt. Obl. à 105 Thlr.	92 1/2 P.
N.Amerika	6 pCt. à 100Dr. 1881 D. 2 1/2	—
„	6 pCt. ditto r. 1882	53 7/8 G.

Diverse Aktien.

Frankfurter Bank à fl. 500 . . .	148 7/8 G.
K. K. Oesterr. National-Bankaktien	838 G.
Oesterr. Kreditbank-Aktien à fl. 200	198 P. 197 G.
Bayer. Hypothekenb. Pfandbriefe 4 pCt.	98 1/8 P.
Darmst. Bank 1. u. 2. Serie à fl. 250	238 P.
Weimarische Bank à Thlr. 100 . .	100 1/8 G.
Mitteldeutsche Kreditaktien . . .	100 1/4 P.
Intern. Bank in Lux. à 250 Frs. à 28 kr.	—
Taunus-Eisenbahn à fl. 250 . . .	351 P.
Frankfurt-Hanauer-Eisenbahn . . .	101 1/2 P.
Oest. F.St.Eisb. 5pCt. 500 Fr. à 28 kr.	—
„ Elisab.-Eisenbahn 5 pCt. . .	117 3/4 P. 1/2 G.
Böhm. Westbahn-Aktien à fl. 200 6/7	—
Rhein-Nahe-Bahn 200 Thl. à 105 4pCt. Z.	29 1/4 G.
Ludwigshafen-Bexbacher à 4 pCt. .	147 1/4 G.
dto. dto. Prior. à 4 pCt.	97 1/2 P.
Pfälz. Maxb. b. Rothschild à 4 1/2 pCt.	108 P.
Oest. St.-Eisenb. Prior.-Oblig. à 3 pCt.	50 1/2 G.
Elisab.-Bahn Prior. 5 pCt. 6/7	—
Südd. Bank-Akt., 40 pCt. Einz.	259 1/2 P. 258 1/2 G.
Span. Handels- und Industrie . .	—
Bayr. Ostbahn à 4 1/2 pCt. volleinbez.	114 1/2 P. 1/4 G.
Bayer. Ostbahn mit 50 pCt. Einz.	113 7/8 P. 3/4 G.

Wechsel
in süddeutscher Währung.

Amst. fl. 100 k. S.	100 7/8 G.
Antwerp. Frs. 200 k.S.	94 1/8 G.
Augsb. fl. 100 k. S.	100 P.
Berlin Th. 60 k. S.	105 P.
Brem. 50 Th. Ld. k. S.	96 3/4 P.
Brüssel Frs. 200 k. S.	94 1/4 G.
Cöln Thlr. 60 k. S.	104 7/8 P.
Hamb. MB. 100 k. S.	89 1/2 P.
Leipzig Th. 60 k. S.	104 7/8 P.
London Lst. 10 k. S.	119 1/2 P.
Lyon Frs. 200 k. S.	—
Mail. Frs. 200 . .	94 1/8 G.
München fl. 100 k. S.	100 P.
Paris Frs. 200 k. S.	94 1/8 G.
Petersburg 60 S.-R.	—
Triest fl. 100 k. S.	—
Wien fl. 100 ö. W.	—
do. in öst. W. l. S.	104 5/8 P.
Disconto	4 pCt. G.

Anlehens-Loose.

Oesterr. fl. 250 v. 1839	142 P.
„ fl. 250 v. 1854 mit 4pCt.	75 1/2 G.
„ fl. 500 v. 1860 6/7	84 G.
„ fl. 100 Eisb.L. v. 1858.	132 3/4 G.
[illegible] do. v. 1864.	91 7/8 P.
Schwed. 10 Thlr. Loose	9 1/2 P.
Badische fl. 50	—
Badische fl. 35	54 P.
Kurhess. Thlr. 40 b. R.	56 P.
Gr. Hessen fl. 50 b. R.	139 G.
„ fl. 25 do.	—
Nassau fl. 25 bei Rothsch.	36 1/4 P.
Sardinische Fr. 36 b. B.	—
Neuchateler 10 Frs.-Loose	—
Freiburger 15 Frs.-Loose	—
Mailänder 45 Frs. L. b. R.	32 7/8 P.
St. Lüttich mit 2 1/2 pCt. Z.	34 P.
Ansb.-Gunzenh. fl. 7-L.	10 3/4 P.

Frankfurt, 21. Februar. Bei trägem Geschäft erlitten Kurse kaum eine Veränderung; National auf einige Kauforders etwas höher. Frankfurter Bank fortwährend gesucht und fehlend. (Synd.)

An die
k. Hof- und Staatsbibliothek
München.
1 N. Würzb. Ztg.

Neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht!

№ 54. | Vorausbezahlung: Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 1 fl. 30 kr. Bei Inseraten wird die dreispaltige Zeile in gewöhnlicher kleiner Schrift oder deren Raum im Hauptblatte mit 6 kr., im Anzeiger mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franco. | 62. Jahrgang. | Donnerstag, 23. Februar 1865.

Zur schleswig-holsteinischen Sache.

Die Berliner „Nordd. Allg. Ztg." vom 21. ds. resumirt in einem Leitartikel Preußens Lage gegenüber den Versuchen der österreichischen und mittelstaatlichen Journale, die Anerkennung des Augustenburgers als Herzogs von Schleswig-Holstein durch den Bundestag zu bewirken. Ein Bundestagsbeschluß, welcher dem Augustenburger Recht verleihen und die Ansprüche der preußischen Krone aberkennen würde, wäre die Berufung auf die Gewalt. Ob Preußen der Anerkennung des Augustenburgers, sowie der Zulassung seines Gesandten entsprechen würde, weiß die „Nordd. Allg. Ztg." nicht, zweifelt jedoch nicht, daß Preußen den Beschlüssen bestrittener Kompetenz gegenüber die Herzogthümer nicht räumen würde. Die Lösung der schleswig-holsteinischen Frage könne dem Erbprinzen Friedrich nur im Wege der Verständigung mit den deutschen Großmächten gelingen. Der Versuch, die Verhandlungen durch einen Besitzer dieser Herzogthümer in das Bundesverfahren zu ziehen, führe zur Verschleppung der Frage. — Die „Zeidler'sche Korresp." behauptet: die die Anschauungen der Regierung über die künftigen Leistungen der Herzogthümer formulirende preußische Depesche liege noch im Kabinet, werde aber baldigst nach Wien abgehen. Der Kaiser von Oesterreich habe auf Grund der vorläufigen Inhaltsanalyse jener Depesche bestimmt erklärt: der preußische Standpunkt sei schon deßhalb gerecht, weil, was Preußen bezwecke, zugleich die Erhöhung des deutschen Ansehens fördere. (!) (Wie man dagegen dem „N. K." aus Wien schreibt, dürfte man in Berlin noch vorläufig davon Abstand nehmen, die Depesche mit den vorbereiteten Erklärungen nach Wien zu übermitteln. In dem nämlichen Berichte wird mitgetheilt, daß in Folge der in Wien durch den preußischen Gesandten gegebenen mündlichen und vertraulichen Aufschlüsse Graf Karolyi in Berlin angewiesen wurde, geeigneten Ortes anzudeuten, daß, wenn Preußen die volle Territorialhoheit über die ihm aus strategischen und maritimen Zwecken zu überlassenden Punkte in den Herzogthümern, die freie Verfügung über deren Land- und Seemacht, sowie deren diplomatische Vertretung beanspruchen sollte, die Eröffnung einer Verhandlung auf solchen Grundlagen ganz vergeblich sein würde, da Oesterreich auf keine dieser Forderungen eingehen könne.)

Mit obiger Nachricht der „Zeidler'schen Korresp." stimmt auch durchaus nicht der Inhalt eines beachtenswerthen Briefes der „Frankf. J." aus Wien. Dieser Brief lautet: „Nunmehr ist es wohl sehr zu bezweifeln, daß die offiziösen Organe des Berliner Kabinets sobald wieder einen Hymnus auf den trefflichen Charakter der Beziehungen zwischen den deutschen Großmächten anstimmen werden. Die Zeiten hiefür sind vorüber, und wie die Dinge sich anlassen, ist kaum Aussicht vorhanden, daß sie sobald wiederkehren dürften. Die verschiedenen Erklärungen aus dem Munde der Minister Schmerling und Mensdorff, wie sie im Laufe der verflossenen Woche in engerem parlamentarischen Kreise zur Charakterisirung des Standes der Herzogthümerfrage und des Verhältnisses Oesterreichs zu Preußen abgegeben wurden, haben nicht nur allen Täuschungen, welche bis dahin sich noch in beiderlei Beziehung geltend machten, ein Ziel gesetzt, sondern auch noch andere Wirkungen zu Tage gefördert. Das Verhältniß zwischen den Kabineten von Wien und Berlin ist seitdem ein ausgesprochen steifes, wenn nicht gar gespanntes geworden. Zwischen dem preußischen Gesandten Baron Werther und dem Grafen Mensdorff hat wohl ein Austausch von Erklärungen stattgefunden, der aber wenig dazu beigetragen zu haben scheint, die gegenseitigen Dispositionen vortheilhafter zu gestalten. Die Folgen hievon machen sich aber hauptsächlich in dem Stande der Verhandlungen über die schwebende Frage des Tages fühlbar. In Berlin macht man keine Miene, sich mit der Uebermittlung des preußischen Forderungsprogramms nach Wien zu beeilen, und hier benützt man jeden Anlaß, um die Versicherung zu wiederholen, daß Oesterreich seinen Standpunkt in der Herzogthümerfrage, unter welchem namentlich die Forderung nach Betrauung des Herzogs von Augu-

Feuilleton.

Aus einer Autographen-Sammlung.

In diesen Tagen ist der von Herrn Hübner-Trams herausgegebene Katalog der berühmten Autographen-Sammlung des Generals v. Radowitz erschienen. Dieselbe ist durch königliche Munifizenz angekauft und der Berliner großen Bibliothek einverleibt worden. Wenn sich auch das Institut nicht mit dem großartigen „British-Museum" messen kann, so ist doch ein Besuch desselben im höchsten Grade lohnend und interessant. Das Gebäude ist bekanntlich am Opernplatze gelegen und zeichnet sich durch seine wunderliche Rococcogestalt und seine berüchtigte Inschrift „Nutrimentum spiritus" aus. Nach einer Sage soll Friedrich der Große dem Baumeister die Form einer alten bauchigen Kommode zum Muster und als Bedingung aufgestellt haben. In der That sieht die königliche Bibliothek einer Kommode so ähnlich wie ein Ei dem andern und macht zwar nicht dem Geschmack aber der Fügsamkeit des Erbauers alle Ehre. Eine Reihe von Sälen, die der Vorsicht halber mit heißem Wasser geheizt werden, enthalten die hier aufgestellten literarischen Schätze, unter denen sich die seltensten Incunabeln und Manuskripte befinden. Von jeher haben es sich die preußischen Regenten angelegen sein lassen, diesen Schatz zu bereichern und zu vermehren. Schon der große Kurfürst hatte seine ansehnliche Bibliothek im Jahre 1685 zur öffentlichen Benutzung hingegeben. Durch Ankauf der Büchersammlungen des gelehrten Staatsmannes Ezechiel Spanheim und des Obersten Quintus Icilius erhielt dieselbe einen bedeutenden Zuwachs. Fortwährend werden große Summen zu demselben Zweck bestimmt, so daß keine bedeutendere Erscheinung so leicht fehlen dürfte. Besonders reichhaltig ist die Bibliothek an kostbaren Abdrücken und Handschriften, arabischen, persischen, türkischen und chinesischen Manuskripten. Wir finden hier die erste auf Pergament in Mainz gedruckte Bibel, eine andere aus dem Jahre 1462 und eine dritte, welche merkwürdiger Weise 1476 bereits in Neapel erschienen ist, lateinische Handschriften aus dem achten Jahrhundert und die seltensten Denkmäler altdeutscher Bildung, darunter die älteste Abfassung des bekannten „Sachsenspiegels".

Die jetzt hinzugekommene Autographen-Sammlung des Generals v. Radowitz zählt gegen 13,000 Nummern und enthält eine Fülle von interessanten Beiträgen zur Geschichte und Literatur der Vergangenheit und Gegenwart. Von älteren Schriftstücken sind besonders die Handschriften des böhmischen Reformators Johann Huß, des Königs Ludwig XI. von Frankreich und seiner Tochter Anna de France aus dem Jahre 1499 und des Papstes Pius II., welcher früher den Namen Aeneas Sylvius führte, vom Jahre 1455 und des Königs Emanuel II. von Portugal aus dem Jahre 1398 bemerkenswerth. Außerdem finden wir die merkwürdigen Autographen fast sämmtlicher berühmter Reformatoren und ihrer katholischen Gegner.

Unter den Briefen fürstlicher Personen befindet sich ein eigenhändiges Schreiben von Friedrich Wilhelm I. von Preußen, worin er versichert: „seine Keiserl. Majestet soll fest Persuadiret sein Von mir das ich stehts und mein lebbe Dage an das Hauff Oesterreich und dessen succession feste und unverrückt dabey halten und Guhtes und schlimmes mit ausstehen." Friedrich der Große drückt in einem französischen Briefe an Graf Podewills vom April 1750 seine Hoffnung auf einen baldigen Frieden aus; in einem andern Schriftstück gibt er genaue Instruktionen für den preußischen Gesandten in

stenburg mit der provisorischen Regentschaft zu subsumiren ist, unerschütterlich festhalte. Uebrigens heißt es, daß an der Verzögerung, welche die Formulirung und Bekanntmachung der preußischen Forderungen hieher erfähet, Aeußerungen des Wiener Kabinets die Schuld tragen, die über einzelne in der Zwischenzeit hieher gelangte vertrauliche Mittheilungen des Berliner Kabinets abgegeben wurden, welche einzelne Punkte des eventuellen preußischen Forderungsprogrammes betrafen. Letztere sollen so geartet gewesen sein, daß man es hier nicht für verfrüht hielt, dem Berliner Kabinet gleichfalls in vertraulicher Weise eröffnen zu lassen, wie Oesterreich in die Lage kommen müßte, Verhandlungen auf einer derartigen Grundlage abzulehnen. In Folge dessen haben auch weitere vertrauliche Kommunikationen aus Berlin hieher einstweilen aufgehört."

Die neueste Nr. der „N. Fr. Ztg." enthält folgendes Privattelegramm aus **Wien** vom 22. ds.: „Die Angaben der Zeidler'schen Korrespondenz, die Analyse der von Preußen zu formulirenden Bedingungen sei hier vorgelegt worden und habe die kaiserliche Billigung erhalten, ist absolut erfunden. Ein autoritatives Dementi ist bereits erfolgt."

Ueber die Folgen einer preußischen Annexion der Herzogthümer für Deutschland spricht sich die „Ztg. f. Nddtschld.", die den Grundsätzen des Nationalvereins huldigt, im weiteren Verlauf ihres gestern (unter Hannover) zitirten Artikels wie folgt aus: „In Betreff Schleswig-Holsteins ist es uns keinen Augenblick zweifelhaft, daß eine Ablenkung von den Bahnen des Rechts und der Ehre zu einer Politik der bloßen Zweckmäßigkeiten die unseligsten Folgen für das deutsche Volk herbeiführen müßte. Das Verharren in jenen Bahnen dagegen wird diese Zweckmäßigkeiten zur rechten Zeit von selbst eintreten lassen. Wenn wir annehmen, daß Hr. v. Bismarck seine Pläne in Betreff der Herzogthümer, sei es in Form der Annexion oder der Suzeränetät, ausführte, so würde Preußen allerdings die feste Grundlage für die Stellung einer wahren Großmacht gewinnen. Wird es aber diese auch im Interesse Deutschlands verwenden? Zunächst würde bei jenem Erfolge sich nur die Herrschaft des Junkerthums in Preußen befestigen, die verfassungsmäßigen Rechte des Volkes vernichten, den napoleonischen Polizei- und Militärstaat weiter ausbilden. Welche Rolle würde das übrige Deutschland neben einem solchen Preußen spielen? — wie würde sein freiheitlicher Fortschritt gefördert, sein nationaler Gedanke entwickelt werden? Das preußische Junkerthum will nicht deutsch, es will nur brandenburgisch, pommerisch, schlesisch, höchstens preußisch sein und von Deutschland so viel preußisch machen, wie es mit List und Gewalt an sich reißen kann. Zu der Unterdrückung und Mißhandlung des Volks im Innern würde es auswärtige Kriege fügen, die mit der Zerreißung und Zerstückelung Deutschlands endeten. Solche Folgen sind die wahrscheinlichen von der gewaltsamen Unterwerfung Schleswig-Holsteins unter preußische Herrschaft. Dieselben können freilich auch anders ausgemalt werden; aber für dies andere Bild gibt es nicht die geringste Gewähr in der Lage der Dinge und in dem Charakter der leitenden Personen in Preußen. Diese sind ohnehin der Art, daß sie Deutschland mit den ernstesten Gefahren bedrohen. Es ist gar nicht erst nöthig, ihnen dazu verstärkte Mittel in die Hände zu spielen. Wenn aber Preußen, wie es immer wahrscheinlicher wird, mit leeren Händen aus Schleswig-Holstein abziehen muß: wird Das eine Schädigung deutscher Interessen sein? Der Mißerfolg in Schleswig-Holstein wird der abenteuerlichen Politik des Herrn v. Bismark einen starken Stoß versetzen. Preußen wird dann, nach den üblen Erfahrungen mit den Versuchen von Gewaltthätigkeiten, zurückkehren zu den „moralischen Eroberungen" in Deutschland. Mit wie vielem Rechte diese jetzt auch verspottet werden: so sind sie es doch allein, von denen Preußen gesicherte Erfolge und das deutsche Volk die Erfüllung seiner nationalen Wünsche und Forderungen erwarten darf.... Schon jetzt würden die Herzogthümer, wenn ein in sich einiges, freiheitlich und volksthümlich regiertes und auf die Interessen Deutschlands bedachtes Preußen an sie heranträte, keinen Augenblick anstehen, die Hand zu einem engen bundesstaatlichen Anschlusse zu bieten. Die Schleswig-Holsteiner, weil sie sich des Druckes junkerlichen Uebermuths erwehren, anzuschuldigen und zu verdächtigen, daß sie sich ihren Pflichten gegen das Vaterland entziehen wollen, ist ein sehr schlechtes, der liberalen Presse durchaus unwürdiges Geschäft. Wer diesen Vorwurf damit zurückweist: daß er Real-Politik treibe: Dem erwidern wir, daß die wahre Real-Politik mehr auf die Macht der Verhältnisse rechnet und die anziehenden oder abstoßenden Kräfte unterstützt, als künstliche Machwerke übereilt zusammenflickt."

(Amtliche Nachrichten.) **München,** 21. Februar. Se. Maj. der König hat genehmigt, daß die bei der k. Regierung, K. d. F., von Oberbayern erledigte Stelle eines Obergeometers dem Obergeometer der k. Steuerkataster-Kommission, Jos. Reichart, übertragen werde; den Sekretär der k. Regierung von Niederbayern, E. Auer, in den Ruhestand versetzt; den Sekretär der vorgenannten Regierung, Rex. Creßierer, aus administrativen Erwägungen quiescirt; die hiedurch sich erledigenden zwei Sekretärsstellen bei der k. Regierung von Niederbayern dem zeitlich quiesc. k. Lotto-Oberamts-Revisor J. G. Honig, dann dem k. Offizianten des Stadtkommissariates Landshut, M. Arnold, verliehen.

Ein **Wiener** Bericht der „Allg. Z." enthält die folgende Notiz, welche interessant genug ist, um mitgetheilt zu werden: „Ein weiblicher Nachkomme Martin Luthers, Namens Katharina,

---

Wien, wobei er sich ausführlich über die Lage der beiden Höfe ausspricht und humoristisch die Persönlichkeit des damaligen österreichischen Premierministers, Fürst Kaunitz, behandelt. — Von der unglücklichen Marie Antoinette ist ein Billet aus ihrem Gefängnisse im Temple vorhanden, welches mit den charakteristischen Worten schließt: „Vorsicht und Geduld sind mein Loos, vor Allem aber Muth, und ich versichere Sie, daß ich dessen mehr bedarf, um die Gefahr bei Nacht, als die Qualen am Tage zu ertragen." Fast vollständig ist das Geschlecht der Napoleoniden vertreten, darunter ein Brief Louis Napoleons an einen badischen Regierungsdirektor in deutscher Sprache, das Straßburger Attentat betreffend, mit Uebersendung einer Schrift für den Großherzog, von der er schreibt: „Höchstderselbe wird daraus ersehen, daß ich nicht so sehr als es schien, die badische Gastfreundschaft mißbrauchte; ich thue diesen Schritt, weil ich wünsche, daß Diejenigen, welche mich achten, mich beurtheilen, wie ich bin, d. h. als einen eifrigen Verehrer von allem dem, was der Kaiser Napoleon stiftete, und nicht als einen gewöhnlichen Ruhestörer."

Kriegsmänner und Helden sind überaus zahlreich vertreten, an ihrer Spitze Franz von Sickingen mit einer Aufforderung an einen Burghauptmann, einen Parlamentär zu schicken oder schlimmere Maßregeln gewärtig zu sein, der berühmte Wallenstein mit seinen sämmtlichen Generalen und Feldobersten, die Marschälle Ludwig XIV. von Frankreich, die Helden der Revolution und des Kaiserreichs und der Befreiungskriege. Ein Brief Blücher's an den General York meldet: „E. Exzellenz benachrichtige verläufig gantz Ergebst, wie ich den 1. Januariy mit Tages anbruch den Rhein mit den Arme's Passiren werde, die Disposition soll morgen erfolgen um mein vorhaben zu verheimligen werde ich den 29. dieses m. quatir nach Frankfahrt verlegen und solche einrichtung treffen lassen als wenn ich auf eine Dauer da bleiben werde. — Hoegst, 26. Dezember 1813." — Nicht minder bedeutend ist die Menge der großen Staatsmänner und Redner aller Völker, darunter Mirabeau mit dem Bruchstück einer Parlamentsrede gegen eine neue Auflage, worin er gegen die Lotterie seine Angriffe mit folgenden Worten richtet: „Meine Herren! wenn Sie Ihre Augen auf die Lotterie richten, so werden Sie das verabscheuenswerthe Schauspiel bemerken, welches eine Regierung bietet, indem sie gegen die Nation die elendesten Taschenspielerkünste ausübt und die Unschuld und den Wohlstand der Unterthanen für den erbärmlichsten Preis einiger Millionen feil hält." — Besonders wichtig für die Geschichte der neueren Zeit ist die Abtheilung der Radowitz'schen Sammlung, welche die deutsche Bewegung vom Jahre 1848 bis 1849 umfaßt. Außer den meisten Kollektivanträgen der konstituirenden Nationalversammlung finden wir hier die Autographen fast sämmtlicher Abgeordneten und ihre verschiedenen Ansichten und Meinungen über die wichtigsten Vorfälle ausgedrückt. Interessant ist die Mittheilung des Dr. Schütz an den Präsidenten über die Ablehnung der deutschen Kaiserkrone von Seite Friedrich Wilhelm IV. Schütz will nämlich von einem in Berlin residirenden nichtdeutschen Diplomaten folgenden Aufschluß erhalten haben: „Der König werde das Anerbieten — entweder unter einem allgemeinen Vorwande, oder aber wegen der noch fehlenden Zustimmung der deutschen Fürsten ablehnen. Der Schlüssel zu diesem Verfahren sei nirgends anders zu suchen, als in dem Umstande, daß das preußische Gouvernement — namentlich im Hinblick auf die jetzt wohl unzweifelhafte Präsidentschaft Louis Napoleons — Deutschland mit Inbegriff Preußens, aber ohne Oesterreich, für zu schwach halte, um als europäische Großmacht auf die Dauer zu imponiren; daß er daher das Hereinziehen Oesterreichs in den deutschen Staatenverband — gleichviel unter welcher Form — für unumgänglich nothwendig halte, ja, aus diesem Grunde sogar kein Bedenken tragen würde, einer Kombination willig beizutreten, in welcher Preußen die Suprematie dem Namen nach (denn faktisch, meint man, könne sie ihm doch nicht entgehen) nicht erhielte. Dieser Gedanke herrsche jetzt im preußischen Kabinete vor, welches

Digitized by Google

lebt hier in Wien. Vom ältesten Sohn Luthers, Johann, hat sich ein einziger Zweig erhalten, Johann Michael, geb. am 20. August 1763, der als Doktor der Medizin im Jahre 1801 aus Deutschland auswanderte. Bei Gelegenheit der zu Erfurt abgehaltenen Gedächtnißfeier Luthers äußerte der Vorsteher des Luthervereins, Hr. Rheinthaler, den Wunsch, Jemanden von Luthers Nachkommen zu finden. Rheinthaler erhielt im Jahre 1825 den Stammbaum der Familie und mit dessen Hilfe kam er auf die gesuchte Spur. Der einzige Sohn des erwähnten Doktors, Joseph Karl, geb. zu Erfurt am 11. Nov. 1792, lebte in der größten Armuth zu Stocken in Böhmen, und nahm den katholischen Glauben an. Er war i. J. 1811 eingewandert, heirathete im selben Jahr Anna Popischak und war, als ihn Heinrich Holzschuher in seinem Elend fand, Vater von fünf Kindern. Gerne willigte er in Holzschuhers Wunsch ein, den ältesten Sohn mitzunehmen und denselben erziehen zu lassen. Doch Anton Luther zeigte keine Talente, und man ließ ihn ein Handwerk erlernen. Von dieser Linie dürfte die in Wien lebende Katharina abstammen. Wie ferner mitgetheilt wird, befindet sich im hiesigen Finanzministerium ein Amtsdiener Namens Luther, der ebenfalls ein Nachkomme des Reformators sein soll."

Ein offiziöser **Wiener** Korrespondent der „Frkf. Postztg." erklärt die Angabe der „Weimarer Zeitung", nach welcher die österr. Regierung von der preußischen im Verlaufe des deutsch-dänischen Krieges zur Bestreitung von Transportkosten, Verpflegung der Truppen ꝛc. bedeutende Vorschüsse erhalten haben soll, für unbegründet. Die preußische Regierung habe der österreichischen keine Vorschüsse geleistet und sei hiefür niemals in Anspruch genommen worden.

Prag. Wie die Wiener „Presse" meldete, war der hiesige Professor Maschka von Glogau aus aufgefordert worden, über den Tod der Agnes Sander sein Gutachten abzugeben. Auf Grundlage des ihm zugekommenen Obductionsberichts schließt Professor Maschka, wie er am 18. d. in einem von ihm im Carolinum gehaltenen Vortrag ausführlich motivirte, eine Vergiftung durch Einathmung des Kohlendampfs aus, und nimmt als Ursache des Todes entweder eine mechanische Erstickung oder Vergiftung durch den Genuß des Weines an; wahrscheinlich sei es aber, daß Agnes Sander in Folge großer Aufregung an acutem Lungen-Oedem plötzlich verschieden sei.

Aus **Berlin**, 19. Febr., wird berichtet: „In den Regierungskreisen sieht man mit großer Spannung den Beschlüssen entgegen, welche das Abgeordnetenhaus am nächsten Mittwoch in Bezug auf den Antrag des Abg. Michaelis und Genossen, der Regierung vor dem Zustandekommen des Budgets keine Geldmittel zu Eisenbahnanlagen ꝛc. zu bewilligen, fassen wird. Was die Stellung der verschiedenen Parteien zu diesem Antrage betrifft, so läßt sich nur mit Sicherheit vorhersagen, daß die Konservativen, die Katholiken, die Altliberalen und ein Theil des linken Centrums dagegen stimmen werden. Zweifelhaft ist es jedoch, ob diese die Majorität bilden werden. Von der Regierung behauptet man, daß sie entschlossen sei, aus dem Schicksal dieses Antrags eine Kabinetsfrage zu machen, d. h. den Landtag im Fall der Annahme desselben zu vertagen. — Im Holsteinischen halten Mormonen Versammlungen ab, um Anhänger zu gewinnen."

Posen, 18. Febr. Der König von Württemberg ist der von hier aus an ihn gerichteten Bitte, die Verfolgung des Redakteurs der „Ostdeutschen Zeitung" Dr. Waldstein wegen angeblicher Beleidigung seiner Person durch einen Leitartikel, der die Ueberschrift führte: „Die Krönung des Königs von Württemberg", zu genehmigen, nicht nachgekommen. Bekanntlich hatte der Kriminalsenat des hiesigen Appellationsgerichtes die Verfolgung des Dr. Waldstein wegen angeblicher Beleidigung des Königs von Württemberg vorbehaltlich eines Antrags seitens des Letzteren angeordnet. Dieser Antrag wurde nicht abgewartet, sondern von hier aus die erwähnte Bitte an den König von Würtemberg gerichtet. Da durch die Weigerung des Königs die Verfolgung des Dr. Waldstein aus dem angeführten Grunde unmöglich geworden ist, so ist jetzt gegen ihn aus demselben Artikel wegen angeblicher Beleidigung des Königs Wilhelm von Preußen Anklage erhoben.

Kopenhagen. „Fädrelandet" meldet, daß dem Vernehmen nach gegenwärtig Unterhandlungen zwischen Rußland und Dänemark gepflogen werden, wegen Legung einer direkten unterseeischen Telegraphenlinie, der sich eine unterseeische zwischen Jütland und England anschließen soll. Diese Verbindung habe bei England und Rußland alle Aussicht auf ein glückliches Zustandekommen. Man hoffe auch, daß eine unterseeische Telegraphenverbindung zwischen Jütland und Norwegen hergestellt werden wird.

Paris, 20. Febr. Die Preisvertheilung der polytechnischen Gesellschaft, bei welcher der Unterrichtsminister eine bedeutende Rede gehalten hat, zeichnete sich auch durch den Empfang aus, der den Delegirten der deutschen Arbeitervereine zu Theil ward. Perdonnet, der Präsident der Gesellschaft, begrüßte sie in einer warmen Anrede, und hob namentlich den Charakter der Brüderlichkeit hervor, der sich in ihrem Erscheinen kundgebe, und der gewissermaßen als ein Vorzeichen der großen Vereinigung der Völker zu betrachten sei. „Die ganze Versammlung," schreibt C. Sauvestre in der „Opinion nationale," „erhob sich auf seine Stimme,

---

übrigens in keiner Weise die Initiative zur Zustandebringung irgend einer solchen Kombination ergreifen wolle."

Unter den Dichtern und Schriftstellern liefert Goethe zwei Briefe an den bekannten Maler Müller in Rom, Schiller einen Wechsel von 132 Gulden, zahlbar an die kurpfälzisch deutsche Gesellschaft, Briefe an Wilhelm v. Humboldt und Voß mit kritischen Bemerkungen über eine Uebersetzung des Othello. Klopstock berichtet von seinem „süßen Märchen" und daß er eine Meile und noch eine Meile geritten, um ihr durch einen Expressen die letzte Rose des Jahres zu schicken; Jean Paul schreibt in einem Briefe: Da es doch bei Völkern mehr auf das innere Rechtleben, als auf das äußere Wohlleben ankommt, so haben die Deutschen mehr der Zeit abgewonnen, als man vielleicht denkt." Der witzige Lichtenberg meldet aus Göttingen von Kirchenräubern und Wäschediebstählen, mit dem Bemerken: Die ganze Beute: Hemden ohne Leiber — Ja dann ließ' sich die Sache wohl noch hören — wenn es Leiber ohne Hemden wären!" — Der ehrliche Seume erklärt: „Von geheimen Bruderschaften bin ich ein Widersacher, die Wahrheit muß muthig hervortreten und durch eigene innere Kraft siegen.... meine ganze Weisheit, Religion, Moral und Recht, könnte ich auf ein Quartblättchen schreiben; und wenn ich es thäte, würde man auch wahrscheinlich nichts darnach fragen, wenn man es nicht anathematisirte u. s. w." Von Zschocke findet sich ein Brief an die Schriftstellerin Therese Huber, worin er sich folgendermaßen ausspricht: Der große Geistesverkehr in den neueren Jahrhunderten, den das Alterthum so nie gekannt hat — dies Reden der Welttheile mit einander — dies Sichkennen der Geister von höherer Bildung in allen Nationen: das ist die wahre allgemeine Kirche, die unsichtbare, in der sich die Edleren der Menschheit unsichtbar begrüßen, lieben und sogleich verstehen, — vom Irdischen frei, sich nun in ihrer göttlichen Natur erkennen und verbrüdern. Und nur der Gedanke auch an diese heilige Gemeinschaft ist es, der allein beim Anblick der Erbärmlichkeiten des Jahrhunderts tröstet und den Muth hebt. Ja, das Aufsteigen der Menschheit zum Gottesreich ist kein leerer Gedanke. Und jene Erbärmlichkeiten, jene Gespenster-Erscheinungen in Staat und Kirche, die im ersten Augenblick betrübend erscheinen können, sind so nothwendig als das Gute selbst. Sie geben zu diesem neue Spannkraft, sie sind das sicherste Reizmittel, Recht, Wahrheit, gesetzliche Freiheit und Glauben ohne Aberglauben in der halberwachten Völkermasse zum Leben anzuregen." — Heine steuert ein älteres Sonnet und einen Brief an Alexander von Humboldt bei, worin er dessen Verwendung nachsucht: „daß er ungehindert könne von Hamburg nach Berlin kommen, um dort alte Freunde wiederzusehen und die Aerzte wegen seiner tief zerrütteten Gesundheit um Rath zu fragen." Humboldt antwortet ablehnend und bemerkt auf der Rückseite von Heine's Schreiben: „Der König, der für die Gedichte unverwüstliche Vorliebe hegt, fand es hart, trotz der schändlichen Spottgedichte auf Preußen, ihn zurückzuweisen. Die Polizei wußte jedoch dem ihr fremden Zartgefühl zu widerstreben." An den unglücklichen Lassalle schreibt Heine: „Wie viele Skizzenstücke werden Sie noch bekommen, ehe Sie meine Erfahrungen gewonnen." — Humboldt selbst liefert eine große Zahl von interessanten Briefen, und entschuldigt zugleich seine undeutliche in schrägen Zeilen aufwärts steigende Schrift durch eine Lähmung des Arms, die er sich auf seinen Reisen zugezogen. Zum Schlusse dieser Reihe unschätzbarer Mittheilungen großer Männer dürfte noch ein Gedenkblatt des berühmten Astronomen Heinrich Wilhelm Olbers aus Bremen einen Platz finden. Dasselbe stammt aus seinem achtzigsten Lebensjahre und lautet: „Auch das ist mir nicht unangenehm. Wenn man über 80 Jahre dem Treiben in dieser Unterwelt zugesehen und es zum Theil mitgemacht hat, so regt sich doch zuweilen ein Verlangen, selbst zu erfahren, was von unseren Ahnungen, Träumen, Vermuthungen, Hoffnungen und Wünschen über unsern Zustand nach dem Tode wahr oder falsch sei."

am mit Begeisterung die Friedensboten, die in ihrer Mitte erschienen waren, zu begrüßen. Der blinde Haß, rief Pernonnet aus, wird durch die Unwissenheit unterhalten, durch die Bildung wird er zerstört." Hr. Rühlmann, Prof. aus Hannover, dankte im Namen der Repräsentanten Deutschlands. Seit langer Zeit habe er gelernt, Frankreich zu achten, das der Welt seine Gelehrten, seine Ingenieure und Maschinenbauer liefere; er werde wiederkehren, um jene brüderliche Allianz zu befestigen, die ihn so glücklich mache. Hr. Duruy hat dem deutschen Gelehrten für die schönen Worte, die er gesprochen, gedankt. „Sie hatten die Gewogenheit, drückte er sich aus, uns zu sagen, daß Deutschland sich glücklich schätzt, Frankreich seine gelehrten Mechaniker und seine Maschinenbauer zu entlehnen; gestatten Sie dem Minister des öffentlichen Unterrichts von Frankreich, Ihnen zu erklären, daß sein lebhaftester Wunsch der ist, Deutschland das Wissen und das Talent seiner Lehrer, und namentlich jene wohlthätige Gesetzgebung zu entlehnen, kraft welcher Ihr Land mit Stolz sagen kann, daß keines seiner Kinder in der Unwissenheit verbleibt." Der Eindruck dieser Worte war ein unbeschreiblicher, und erst nach geraumer Weile konnte der Minister wieder zu Worte kommen, um Herrn Rühlmann öffentlich die Insignien eines Offiziers des öffentlichen Unterrichts (ein höherer Grad in der Universitätshierarchie Frankreichs, bestehend in einem am Rockkragen anzubringenden goldgestickten Palmzweig) zu überreichen. „Nehmen Sie," sprach der Minister, „diese goldene Palme mit über den Rhein zurück, Herr Doktor, und zeigen Sie dieselbe Ihren Landsleuten als einen Beweis der brüderlichen Gesinnung, von der Frankreich für Ihr großes Vaterland beseelt ist."

Dem „Schw. M." wird aus **Paris** vom 19. ds. berichtet: „Der preußische Botschafter soll die Sprache des Blaubuchs über die Frage der Elbherzogthümer, sowie einige hierauf bezügliche Depeschen im gelben Buche sehr übel vermerkt haben. Es läßt sich in der That nicht verkennen, daß diese offiziellen Auslassungen nicht ganz im Einklange stehen mit der bisherigen Auffassung der Beziehungen zwischen Paris und Berlin, und vielleicht hat der Graf v. d. Golz Ursache, sich zu sagen, daß er sich in dieser Beziehung habe irre führen lassen. Abgesehen von der im Blaubuche enthaltenen sehr ungenauen historischen Darlegung der Herzogthümerfrage, geht auch die Feindseligkeit gegen Preußen wie ein rother Faden durch das Dokument, und es ist offenbar, daß der Kaiser der Franzosen seinen Entschluß kundgeben wollte, eine Gebietsvergrößerung ohne Entschädigung nicht zuzugeben. Beachtenswerth ist auch die Depesche des Herrn Drouyn de Lhuys vom 10. August an den Herzog von Gramont in Wien; sie klingt fast drohend, und man begreift nun erst, weßhalb nicht auch die an den französischen Botschafter in Berlin veröffentlicht wurde. In beiden wird hervorgehoben, daß die öffentliche Meinung entrüstet sei über die Härte der Friedenspräliminarien gegen Dänemark. Die Ausführung der Berliner Einverleibungsprojekte dürfte dieser Haltung und Sprache Frankreichs gegenüber bedeutend erschwert sein."

Aus **Turin**, 16. Februar, schreibt man: „Unser ganzer Süden scheint auf einer gewaltigen und ausgedehnten unterirdischen Revolution zu ruhen. Nicht allein Aetna und Vesuv brüllen, toben und speien, sondern auch der Vulkan auf Stromboli hat sich in Thätigkeit gesetzt, und es rühren sich die alten, längst erloschenen vulkanischen Kegel in der Capitenata, der Basilicata und Kalabrien, von denen mehrere zu rauchen beginnen. Die Erdbeben sind an der Tagesordnung und das unterirdische Tosen und Krachen ist an vielen Orten dem menschlichen Ohr vernehmbar. Am ungeschlachtesten beträgt sich der Aetna, der gegen Monte Frumento zu vier Krater geöffnet hat, die Feuer, Rauch, Steine und Asche himmelhoch in die Lüfte schleudern und dabei einen mächtigen Lavastrom ergießen, der bereits drei Thäler ausgefüllt und einen Lauf von 12 Kilometer, meist auf fruchtbarem üppig bebautem Terrain zurückgelegt hat. Der Schaden wird bereits auf über eine Million gerechnet, und noch immer wettert und tobt der alte Geselle."

Japan. Die beiden Männer, welche wegen Ermordung der englischen Offiziere hingerichtet worden sind, sollen Mitglieder einer geheimen Bande gewesen sein, die sich verschworen habe, Ausländer zu ermorden, wo immer sich die Gelegenheit biete. Einige Tage vor dem Mord hatten sie in dem Haus eines Bauern, dem sie durch Drohungen Geld und Lebensmittel abtrotzten, offen ausgesprochen, sie seien auf dem Weg nach Jokohama, um die Fremden zu züchtigen. Die Beziehungen der Europäer zu der Regierung des Taikun sind anscheinend ununterbrochen freundschaftlicher Natur; und das Gerücht, daß der Mikado die nach der Affaire von Simonosaki mit ihm abgeschlossene Konvention verwerfen oder ändern wolle, wird jetzt widerrufen.

Hiezu die Beilage: „Würzburger Anzeiger".

Verantwortlicher Redakteur: A. Hartmann.
Druck und Verlag der Stahel'schen Buch- und Kunsthandlung in Würzburg

Cours der Staatspapiere.

Oesterr.	5 pCt. Met. (Cp. f. S. b. R.)	—
„	5 pCt. Lomb. ditto. à 24	—
„	5 pCt. Engl. Met. v. 1852	80 P.
„	5 pCt. Engl. Met. v. 1859	$78\frac{3}{4}$ P.
„	5 pCt. Venet. Coupon b. R.	$84\frac{1}{2}$ G.
„	5 pCt. Nationalanl. v. 1854	$68\frac{5}{8}$ P. $\frac{1}{2}$ G.
„	5 pCt. Metall. Obligation.	$62\frac{1}{2}$ G.
„	$4\frac{1}{2}$ pCt.	$55\frac{3}{4}$ P.
Preussen	$3\frac{1}{2}$ pCt. Staatsschuldsch.	$91\frac{1}{8}$ G.
Bayern	$4\frac{1}{2}$ pCt. Obl. 1jähr. dto.	$102\frac{1}{8}$ P.
„	$4\frac{1}{2}$ pCt. Obl. $\frac{1}{2}$jähr. dto.	$102\frac{1}{4}$ P.
„	4 pCt. Obl. 1jähr. dto.	$98\frac{3}{4}$ G.
„	4 pCt. Obl. $\frac{1}{2}$jähr. dto.	$99\frac{1}{8}$ G.
„	4 pCt. Obl. Ab.-B. dto.	$98\frac{3}{4}$ P.
„	$3\frac{1}{2}$ pCt. Obl. dto.	—
Württemb.	$4\frac{1}{2}$ pCt. Obl. b. Rothsch.	$105\frac{1}{8}$ P.
„	$3\frac{1}{2}$ pCt. Obl. dto.	$95\frac{5}{8}$ P. $\frac{1}{2}$ G.
Baden	$4\frac{1}{2}$ pCt. Obl.	—
„	$3\frac{1}{2}$ pCt. Obl. v. 1842	$92\frac{5}{8}$ P.
Gr. Hess.	$4\frac{1}{2}$ pCt. Obl.	—
„	4 pCt. Obl. b. Rothsch.	$100\frac{1}{8}$ G.
„	$3\frac{1}{2}$ pCt. Obl. dto.	$97\frac{3}{4}$ P.
Nassau	$4\frac{1}{2}$ pCt. Obl. dto.	102 P. $101\frac{7}{8}$ G.
„	4 pCt. Obl. dto.	$99\frac{1}{2}$ P.
„	$3\frac{1}{2}$ pCt. Obl. dto.	92 P.
Frankfurt	$3\frac{1}{2}$ pCt. Obl.	$95\frac{1}{4}$ P.
„	3 pCt. Obl.	—
Spanien	3 pCt. inl. Sch. P. à fl. 2. 30	—
„	$2\frac{1}{4}$ pCt. „ „ „	—
Schweden	$4\frac{1}{2}$ pCt. Obl. à 105 Thlr.	$92\frac{3}{4}$ P.
N.Amerika	6 pCt. à 100Or. 1881 D. $2\frac{1}{2}$	—
„	6 pCt. ditto r. 1882 „	$54\frac{5}{8}$ G.

Diverse Aktien.

Frankfurter Bank à fl. 500 . . .	$148\frac{3}{4}$ P. $\frac{1}{4}$ G.
K. K. Oesterr. National-Bankaktien	838 P. 837 G.
Oesterr. Kreditbank-Aktien à fl. 200	196 P. $195\frac{1}{2}$ G.
Bayer. Hypothekenb. Pfandbriefe 4 pCt.	98 P. $97\frac{3}{4}$ G.
Darmst. Bank 1. u. 2. Serie à fl. 250	236 G.
Weimarische Bank à Thlr. 100 . .	$100\frac{1}{2}$ G.
Mitteldeutsche Kreditaktien . . .	$100\frac{1}{4}$ P.
Intern. Bank in Lux. à 250 Frs. à 28 kr.	—
Taunus-Eisenbahn à fl. 250 . . .	348 G.
Frankfurt-Hanauer-Eisenbahn . . .	$101\frac{5}{8}$ P.
Oest. F.St.Eisb. 5pCt. 500 Fr. à 28 kr.	—
„ Elisab.-Eisenbahn 5 pCt. . .	$117\frac{1}{4}$ P.
Böhm. Westbahn-Aktien à fl. 200 6/7	—
Rhein-Nahe-Bahn 200 Thl. à 105 4pCt. Z.	29 P. $28\frac{7}{8}$ G.
Ludwigshafen-Bexbacher à 4 pCt. .	$147\frac{3}{4}$ P.
dto. dto. Prior. à 4 pCt.	$97\frac{1}{2}$ P.
Pfälz. Maxb. b. Rothschild à $4\frac{1}{2}$ pCt.	$108\frac{1}{2}$ P.
Oest. St.-Eisenb. Prior.-Oblig. à 3 pCt.	$50\frac{5}{8}$ P. $\frac{1}{2}$ G.
Elisab.-Bahn Prior. 5 pCt. 6/7	—
Südd. Bank-Akt., 40 pCt. Einz.	$259\frac{1}{2}$ P. $258\frac{1}{2}$ G.
Span. Handels- und Industrie . .	—
Bayr. Ostbahn à $4\frac{1}{2}$ pCt. volleinbez.	$114\frac{1}{4}$ G.
Bayer. Ostbahn mit 50 pCt. Einz.	$113\frac{7}{8}$ P.

Wechsel
in süddeutscher Währung.

Amst. fl. 100 k. S.	$100\frac{3}{4}$ G.
Antwerp. Frs. 200 k. S.	$94\frac{3}{8}$ G.
Augsb. fl. 100 k. S.	100 P.
Berlin Th. 60 k. S.	$104\frac{3}{4}$—$\frac{7}{8}$ G.
Brem. 50 Th. Lsd. k. S.	$96\frac{3}{4}$ P.
Brüssel Frs. 200 k. S.	$94\frac{3}{8}$ G.
Cöln Thlr. 60 k. S.	$104\frac{7}{8}$—$\frac{3}{4}$ G.
Hamb. MB. 100 k. S.	$89\frac{3}{8}$ P.
Leipzig Th. 60 k. S.	$104\frac{7}{8}$ P.
London Lst. 10 k. S.	$118\frac{7}{8}$ G.
Lyon Frs. 200 k. S.	—
Mail. Frs. 200 . .	$94\frac{1}{8}$ G.
München fl. 100 k. S.	100 P.
Paris Frs. 200 k. S.	$94\frac{1}{2}$—$\frac{5}{8}$ G.
Petersburg 60 S.-R.	—
Triest fl. 100 k. S.	—
Wien fl. 100 ö. W.	—
do. in öst. W. l. S.	$104\frac{3}{8}$—$\frac{1}{4}$ G.
Disconto	4 pCt. G.

Anlehens-Loose.

Oesterr. fl. 250 v. 1839	142 P.
„ fl. 250 v. 1854 mit 4pCt.	$75\frac{1}{2}$ G.
„ fl. 500 v. 1860 6/7	$83\frac{3}{4}$—$\frac{5}{8}$ G.
„ fl. 100 Eisb. L. v. 1858.	$132\frac{3}{4}$ G.
„ do. v. 1864.	$90\frac{5}{8}$ G.
Schwed. 10 Thlr. Loose	$9\frac{1}{2}$ P.
Badische fl. 50	$125\frac{3}{4}$ P.
Badische fl. 35	54 P.
Kurhess. Thlr. 40 b. R.	56 P.
Gr. Hessen fl. 50 b. R.	140 P.
„ fl. 25 do.	37 P.
Nassau fl. 25 bei Rothsch.	$35\frac{1}{4}$ P.
Sardinische Fr. 36 b. B.	—
Neuchateler 10 Frs.-Loose	—
Freiburger 15 Frs.-Loose	—
Mailänder 45 Frs. L. b. R.	$32\frac{7}{8}$ P.
St. Lüttich mit $2\frac{1}{2}$ pCt. Z.	34 P.
Ansb.-Gunzenh. fl. 7-L.	$10\frac{3}{4}$ P.

Frankfurt, 22. Februar. Oesterr. Spekulationspapiere waren etwas matter und Amerikanische etwas höher, beides in Folge starker Stellagegeschäfte, durch welche erstere zu verkaufen, letztere zu kaufen waren; die daraus geschaffenen Prämien auf Amerikaner wurden per April mit $2\frac{1}{4}$, per Mai mit $3\frac{1}{8}$ pCt. bezahlt. Für alle zu Kapitalanlagen bestimmte Fonds war der Markt günstig; süddeutsche Fonds gesucht und Prioritäten verschiedener Gattungen höher bezahlt. Der gestrige Rückgang in Paris wird nach dortigen Meldungen Gerüchten über eine geringe Dividende des Mobilier zugeschrieben. (Synd.)

An die
k. Hof- und Staatsbibliothek
1 N. Würzb. Ztg. München.

Neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht!

№ 55. | Vorausbezahlung: Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 1 fl. 30 kr. Bei Inseraten wird die dreispaltige Zeile in gewöhnlicher kleiner Schrift oder deren Raum im Hauptblatte mit 6 kr., im Anzeiger mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franco. | 62. Jahrgang. | Freitag, 24. Februar 1865.

Auf die „Neue Würzburger Zeitung" kann für den Monat März sowohl in der Expedition, wie bei allen königl. Postämtern abonnirt werden.

Zur schleswig-holsteinischen Sache.

Der offiziöse Wiener Korrespondent der „D. A. Z." schreibt vom 20. d.: „Es ist eine Thatsache, daß sich in neuester Zeit die oldenburgische Kandidatur, die man eine Zeit lang auch in Berlin völlig fallen lassen zu wollen schien, wieder einer warmen Theilnahme Preußens erfreut. Daß die neuaufgefundenen Dokumente zur Begründung jener Kandidatur diesen Umschwung nicht zu Wege zu bringen vermocht, bedarf wohl kaum der ausdrücklichen Bemerkung; ich habe schon vor einigen Tagen Anlaß genommen, über den Werth der betreffenden Ausbeute aus den Archiven des seligen Reichshofrathes das Nöthige zu sagen. Aber es haben, so will man wissen, in der letzten Zeit Verhandlungen zwischen Oldenburg und Berlin stattgefunden, in welchen der Großherzog seinen höchsten Trumpf ausgespielt und, im Gegensatz zu der Zähigkeit des Herzogs von Augustenburg, eventuell Konzessionen in Aussicht gestellt hat, welche nicht bloß den Forderungen Preußens in Bezug auf die in Schleswig-Holstein ihm einzuräumende Stellung Befriedigung verheißen, sondern die preußische Machtsphäre auch im Großherzogthum Oldenburg selbst durch analoge Begünstigungen erweitern würden, und man scheint in Berlin nicht abgeneigt, einfach dem Meistbietenden den Zuschlag zu ertheilen. Ich will diese Mittheilungen einstweilen nur mit allem Vorbehalt wiedergegeben haben, aber sie kommen von einer Seite, deren Verläßlichkeit ich nicht zum ersten Mal erprobe."

In der „Schleswig-Holsteinischen Zeitung" schreibt Herr Neergaard von Ovelgönne über den „Anschluß" an Preußen: „Wir erkennen durchaus nicht an, daß Preußen oder Oesterreich irgend etwas von uns zu fordern haben, aber manche, viele wollen, um aus dem provisorischen Zustand herauszukommen, lieber einige Opfer bringen, als länger in diesen ungewissen Verhältnissen fortleben, sie wollen sich Preußen anschließen — um frei zu werden! Meiner Ansicht nach ist jeder Anschluß an die Großmacht Preußen der Anfang zur Einverleibung in Preußen; sobald Preußen als solches den geringsten Einfluß auf irgendeinen Zweig unserer Gesetzgebung oder Verwaltung bekommt, wird es, unter dem Vorwand, daß damit auch andere Angelegenheiten in Verbindung stehen, stets weiter greifen. Mit dem Militärwesen hängt die Aushebung der Mannschaften, die Länge der Dienstzeit, das Bequartierungs- und Verpflegungswesen, vor allem die Militärgerichtsbarkeit zusammen; mit der maritimen und mercantilen Verbindung das Post-, Eisenbahn- und Telegraphen-, ja das ganze Steuerwesen u. s. w. Ließen die HH. Zivilkommissäre doch sogar einen preußischen Beamten aus Berlin kommen, um die Volkszählung preußisch zu leiten. So würde denn auch bei dem allerweitesten Anschluß sehr bald alles preußisch sein, wir alle preußischen Lasten tragen, und um auch der Vortheile theilhaftig zu werden, würden wir wünschen müssen, ganz preußisch zu sein. Daher müssen wir alle dahin streben, daß Preußen diejenigen Vortheile, die es aus den Herzogthümern beziehen soll und muß, nicht als europäische Großmacht, sondern als deutsche Bundesmacht erhalte. Uns liegt die Pflicht ob, dem Streben der jetzigen preußischen Regierung, die Großmacht Preußen immer mehr zu stärken, die Macht des deutschen Bundes immer mehr zu untergraben, entgegenzuwirken. Das größte Unglück Deutschlands ist eben die doppelte Stellung Preußens und Oesterreichs, bald Bundes- bald Großmacht, wie es eben am besten paßt. Jede dieser beiden Mächte beherrschte am liebsten ganz Deutschland, jede weiß, daß die andere dies nicht zulassen wird, und deßhalb wird jede sich an der Hälfte genügen lassen, sobald der günstige Augenblick zur Theilung gekommen sein wird. Bis dahin suchen beide sich zu stärken. Oesterreich, in seinem Innern noch keineswegs geordnet, beschränkt sich mehr auf moralische Eroberungen, so der Fürstenkongreß in Frankfurt. Preußen liebt mehr das Reelle: der Zollverein mit preußischem Direktorium; die verschiedenen Militärkonventionen; jetzt der Anschluß der Herzogthümer. Wenn dies glückte, würde bei dem Tode des Herzogs Braunschweig folgen, und wenn sich Hannover widersetzte,

Feuilleton.

Das Leben Cäsar's.

Ein Pariser Korrespondent berichtet im Feuilleton der Wiener „Presse":

Unsere Mittheilungen über das Leben Cäsar's (s. Nr. 44 u. 45 der N. W. Z.) haben das Geheimniß, das über diesem Werke walten soll, verschärft, und die Pforten, welche sich sonst geöffnet, um der hungrigen Welt durch Ihren Korrespondenten einige Brosamen darzureichen von dem kaiserlichen Gedanken-Ueberfluß, sind nun fester verrammelt, und die Fugen der kaiserlichen Druckerei durch ihren Direktor eigenhändig verstopft worden, damit künftig Niemand mehr einen Blick vorzeitig in die Aushängebogen des unsterblichen Werkes Napoleon's III. zu machen im Stande sei. So werden wir denn mit Geduld warten müssen, bis die Ausgabe des ersten Bandes erfolgt sein wird, um ein vollkommneres Bild der kaiserlichen Geschichtsschreibung liefern zu können. Wir hören indessen, daß die Publikation des französischen Textes demnächst bevorstehe, weil der Kaiser nicht länger warten wolle, bis die Uebersetzungen in den verschiedenen Ländern fertig gedruckt wären, da namentlich auch in dieser Sache das englische Phlegma — wie wir wenigstens hören — dem Kaiser besonders verdrießlich sein soll. Es mag sein, daß das englische Publikum mit mehr Seelenruhe dem Erscheinen von Cäsar's Leben entgegensieht, als das deutsche, welches übrigens durch die Ankündigungen der Gerold'schen Verlagshandlung, die wir fast täglich in den Wiener, Augsburger, Kölnischen und anderen Blättern zu lesen bekommen, in der That in eine allzugroße Aufregung versetzt zu werden scheint. Denn die allarmirende Annonce der verehrten Verlagshandlung in den deutschen Blättern spannt wirklich die Hoffnungen auf dieses Werk um so höher, je öfter und zuverlässiger sie zu versichern sucht, daß das Publikum wirklich die tiefsten Geheimnisse des Cäsarismus zu erwarten habe, und daß Napoleon III. in der That nicht blos ein großer Mann, sondern auch ein großer Schriftsteller sei.

Wir leugnen nicht, daß wir unsere Bedenken über die zuversichtliche Anpreisung der Gerold'schen Verlagshandlung gehabt haben, und finden es begreiflicher, wenn man in England vorsichtiger und weniger feurig in dieser Sache zu Werke geht, ja daß selbst die „Times", die vor einiger Zeit schon die Absicht gehabt haben sollen, Auszüge aus dem Werke zu bringen, damit zurückgehalten haben. Denn bei aller Großartigkeit, in welcher nach unserer Einsicht in die Sache das Werk Napoleon's auch abgefaßt ist, wird man nicht vergessen dürfen, daß sich der Franzose, und speziell der Napoleonide, darin oft in einer Weise geltend macht, welche andere Völker leicht verletzen kann, jedenfalls aber das Buch zu einem populären in Deutschland nimmermehr machen dürfte.

Der Kaiser hat die naheliegenden Vergleichungen zwischen Cäsar und Napoleon I. oft bis zum Uebermaße ausgebeutet, und wenn er in der Vorrede sich veranlaßt gesehen hat, dem Oheim seine Rolle neben Julius Cäsar und Karl dem Großen anzuweisen, so schien ihm das nicht genug, sondern er glaubte sich noch ausdrücklich gegen das Verfahren Europas in Betreff Napoleon's I. erklären und die Völker und Staaten Europas der Sünde wider

mit diesem nicht viel Umstände gemacht werden. Für Mecklenburg würde sich der Vorwand auch wohl finden lassen; der Appetit wächst ja beim Essen. Sollen wir dazu beitragen, Preußens Appetit zu reizen? Ich glaube, es ist unsere Pflicht als Deutsche, Preußen gutwillig durchaus nichts zu opfern: was die Herzogthümer von ihrer Selbständigkeit opfern müssen, um nicht allein zu stehen, das müssen sie dem deutschen Bund darbringen; will der deutsche Bund die Bundesmacht Preußen mit der Bewachung und Beschützung der Nordmarken Deutschlands beauftragen und ihm dafür bestimmte Vortheile zugestehen, das soll uns recht sein, aber kein Sonderbund mit Preußen!"

Wie man aus Rendsburg berichtet, waren am 19. ds. daselbst eine Anzahl Repräsentanten des Handelsstandes aus beiden Herzogthümern versammelt. Dieselben haben eine Denkschrift berathen, entworfen und angenommen, betreffend die materiellen Interessen des Landes. Diese Denkschrift soll durch eine Deputation den Civilkommissären überreicht werden. Dem Vernehmen nach ist der Inhalt folgender: Es sind in der Denkschrift alle die Maßnahmen aufgezählt, welche die materiellen Interessen des Landes erheischen; einestheils sind die Mängel hervorgehoben, welchen auf administrativem Wege abgeholfen werden kann, also auch während des Provisoriums, und es wird in dieser Beziehung um schleunigste Abhilfe gebeten, anderntheils sind die Mängel hervorgehoben, welche nur auf gesetzgeberischem Wege Abhilfe finden können und daher zur schleunigsten Beendigung des Provisoriums drängen. Die Civilkommissäre werden mit Berufung hierauf gebeten, ihren Monarchen vorzutragen, wie das Wohl des Landes die schleunigste Beendigung des Provisoriums dringend nothwendig mache.

Im Arbeitshause zu Altona sollen Arrestlokalitäten eingerichtet werden, da demnächst gegen 40 preußische Soldaten wegen ihrer Betheiligung an den Schlägereien mit den Oesterreichern längere oder kürzere Freiheitsstrafen abzubüßen haben. Zu konstatiren ist, daß, seitdem die Militärbehörden so energische Maßregeln ergriffen, Ruhe und Friede zwischen den beiderseitigen Truppen herrscht.

(Amtliche Nachrichten.) **München**, 22. Februar. Se. Maj. der König hat die kathol. Pfarrei Walpertskirchen, Bezirksamts Erding, dem Priester Fr. Stöckel, Kuratbenefiziat zu Ergertshausen, Bezirksamts München r/J., übertragen; die kombinirte protest. Pfarrei Edelsfeld-Kürnreuth, Dek. Sulzbach, dem Pfarramts-Kandidaten F. K. Assum, verliehen; den Zollverwalter Ant. Merkl zu Amberg in den definitiven Ruhestand treten lassen; sodann den Zollverwalter J. Beck zu Schellenberg in gleicher Eigenschaft an das Nebenzollamt I. Amberg versetzt; zum Zollverwalter am Nebenzollamte I Schellenberg in österreichisch Hangenbenstein den Hauptzollamts-Assistenten Ed. Limme zu Pfronten in provis. Eigenschaft ernannt.

München, 22. Febr. In seiner gestrigen Sitzung gelangte der Gesetzgebungs-Ausschuß der Kammer der Abgeordneten an die Berathung derjenigen Artikel, welche von den „Einreden" handeln. Der erstere derselben, Art. 160, nach welchem ein Recht, welches zur Begründung einer Klage dient, auch als Einrede geltend gemacht werden kann, wurde gestrichen, und auch der folgende, Art. 161, Einreden von Amtswegen betreffend, vorerst abgelehnt, jedoch vorbehaltlich der Reproduktion desselben bei Art. 240. Artikel 162 wurde modifizirt und in folgender Fassung angenommen: „Alle Einreden, welche, ohne das Rechtsverhältniß selbst zu berühren, nur auf Grund von Prozeßvorschriften die einstweilige Abwendung oder den Aufschub des Prozesses bezwecken, sind zugleich und auf einmal vorzubringen und mit der eventuellen Einlassung in die Hauptsache zu verbinden, insoferne das Gesetz keine Ausnahme macht. Werden solche Einreden verspätet vorgebracht, so soll keine Rücksicht auf dieselben genommen werden, es wäre denn, daß sie erst im Laufe des Verfahrens zur Entstehung gelangen." Die Berathung über die zwei weiteren hieher gehörenden Artikel konnte in dieser Sitzung nicht mehr erledigt werden. (N. Korr.)

Vom **Main**, 21. Februar, wird dem „Schw. Merk." geschrieben: „Die ganze Thätigkeit des Bundestags beschränkt sich in diesem Augenblick auf zeitweilige Sitzungen der Ausschüsse. Aber der wichtigste Ausschuß, der mit der holsteinischen Verfassungsfrage betraute, hat seit längerer Zeit pausirt, und es ist ihm noch nicht einmal gelungen, zur Berichterstattung der seit Monaten vorliegenden Begründungsschriften einen Referenten zu wählen. Diese Stille in einem Zeitpunkt, in dem wenigstens alle Einleitungen zur bundesrechtlichen Austragung der Erbfolgefrage längst getroffen sein sollten, bekundet aufs neue die politische Zerrissenheit des Bundes. Außer Preußen und vielleicht Hannover scheint keine der übrigen Regierungen in bewußter fester Position den Vorgängen gegenüber zu stehen. Die Mittelstaaten, machtlos ohne Oesterreich, fühlen zu sehr die Unzuverlässigkeit dieser Stütze und wissen, daß in den höheren Regionen von Wien zwei Richtungen mit einander kämpfen, von denen die eine das alte Spiel mit ihnen unterhalten und dafür den Herzog von Augustenburg als Köder benützen möchte, während die andere, weitaus einflußreichere der Allianz mit Preußen jede andere Rücksicht zu opfern geneigt ist. Augenblicklich ist das Wiener Kabinet froh, in den neuesten preußischen Eröffnungen die Möglichkeit zu finden, ohne auffallende Maßnahmen in der seitherigen Weise fortgehen zu können, was freilich wieder die bisherige Unthätigkeit des Bundes stillschweigend voraussetzt. Daß die Mittelstaaten sich zu einem selbstständigen Antrage am Bunde aufraffen werden, scheint sehr unwahrscheinlich, da bei der obwaltenden Uneinigkeit (der bayerisch-sächsischen Anschauung steht bekanntlich die Hannovers und Mecklenburgs schroff gegenüber) eine Mehrheit

---

den Geist der Geschichte anklagen zu sollen, indem sie die große Koalition geschlossen, welche zum Sturze des ersten Napoleon geführt.

Die Vorrede endet wirklich mit einer Anklage gegen die Koalition, welche die Freiheit der Völker zerstört hätte, und welche den großen Schöpfer der europäischen Freiheit — so sagt Napoleon III. — zwar hätte beseitigen können, aber eine Ordnung der staatlichen Verhältnisse Europas nicht hervorzubringen im Stande gewesen wäre; Beweis dessen seien die Zustände Italiens, Deutschlands, Polens, wie wir sie heute finden.

Der Geschichtsschreiber Julius Cäsar's hatte auf diese Weise den Muth, die Sache der europäischen Freiheit mit Napoleon I. zu identifiziren, und deklamirt ganz ernstlich davon, daß dessen Sturz die Schuld trage, daß es mit der Freiheit und dem Nationalitätsprinzip in Europa heute noch so schlecht stände. In der That, wenn man diese Stelle in Deutschland lesen wird, so wird man nicht anders denken können, als daß den kaiserl. Schriftsteller hier sein sonstiger Takt plötzlich verlassen habe, denn daß man heutzutage in ganz Deutschland rücksichtlich dieses Punktes, gerade was den Sturz der Gewaltherrschaft des französischen Imperators betrifft, in Preußen und Oesterreich so gut wie in Sachsen und Bayern nur Eine Meinung, nur Eine Ueberzeugung hat, das hätte Louis Napoleon allerdings wissen müssen. Es wird aber in Deutschland einen Schrei des Entsetzens hervorrufen, wenn man unsere Freiheitskriege auf eine Stufe mit der Ermordung Cäsar's gesetzt finden und von einem gelehrten kaiserlichen Schriftsteller die Forderung gemacht sehen wird, nicht bloß die Franzosen, auch die Deutschen sollen den Fall des großen Onkels in Sack und Asche betrauern, wie Antonius seinen Cäsar beweinte.

Wären wir nicht überzeugt, daß diese Anschauungsweise des Kaisers aus einem tieferen Irrthum entspringt, so wären wir versucht, durch diese Zeilen dem Geschichtschreiber Cäsar's den wohlgemeinten Rath zu ertheilen, er möchte diesen Passus über den Untergang Napoleons I. und den Hinweis auf Deutschland — neben Polen und Italien — jetzt noch ganz streichen, und lieber durch einen Carton vor der Ausgabe des Buches den üblen Eindruck beseitigen, der ohne Zweifel der Verbreitung und dem Einflusse des Werkes schaden dürfte, wenn dereinst der kühne Wortlaut dieser Auffassung die Gemüther der Deutschen erregt haben wird. Allein wir zweifeln, daß unser Rath, die betreffende Stelle zu streichen, den Kaiser bestimmen wird, an seiner schon im Jahre 1862, also vor zwei Jahren, geschriebenen und nunmehr neuerdings approbirten Vorrede ein Titelchen zu ändern. Denn Louis Napoleon kennt den Umschwung der Meinungen in Deutschland in dieser Hinsicht kaum genügend, um die Wirkungen ermessen zu können, welche eine auch nur leise angedeutete Herabsetzung der Freiheitskriege dort haben wird. Louis Napoleon kennt die Zustände und Ideen Deutschlands nur aus einer Zeit, wo Vieles anders war. Als er in Augsburg seine Gymnasial-Studien mit vielem Fleiße zurückgelegt hatte, da war gerade eine Epoche für Deutschland angebrochen, in welcher ein gewisser Napoleon-Kultus florirte, und auch ernste und anständige Männer unter die zutreffend genannten Napoleons-Enthusiasten gegangen waren.

Wir wissen nicht, ob er vielleicht an seinem Augsburger Gymnasium mit Napoleons-Enthusiasten dieser Art Umgang gehabt, die ihm möglicherweise die Vorstellung beigebracht, der ganze Sturz des großen Onkels sei ja doch nur durch eine Konspiration der Kabinette herbeigeführt worden — so viel ist aber gewiß, daß, wenn er glaubt, diese Meinung habe heute noch Geltung in Deutschland, dies ein großer Irrthum ist, denn von nichts ist der Deutsche mehr erfüllt, als von der Ueberzeugung, daß es ein Volkskrieg der Freiheit war, welcher die französische Tyrannei gestürzt hat, und wir fürchten, daß die Napoleons-Enthusiasten der Restaurationszeit einen

Digitized by Google

der Stimmen im engeren Rathe ihnen keineswegs gesichert ist. Noch viel weniger dürfte aber eine solche für die provisorische Einsetzung des Augustenburgers vorhanden sein, angenommen auch, daß man über die von vornherein entgegenstehenden bundesrechtlichen Bedenken hinauskäme. So wird schließlich nichts Anderes übrig bleiben, als die endliche Verständigung Oesterreichs und Preußens mit Ergebung abzuwarten und deren Ergebniß anzunehmen."

Wien, 23. Febr. In der heutigen Unterhaussitzung wurde der Antrag von Brinz in Betreff der Behandlung des Budgets für 1865 und desjenigen für 1866 angenommen. Hr. v. Schmerling hatte vorher erklärt: auch die Regierung theile lebhaft den Wunsch, daß eine Vereinbarung zu Stande komme und sei bereit, ihrerseits möglichst dazu beizutragen. (Tel.)

Berlin, 20. Febr. Die Unterhandlungen wegen des englisch-deutschen Handelsvertrages sollen guten Fortgang haben und fast nur noch die Fabrikzeichen (trade marks) betreffen. Generalkonsul Ward, der auch vom Könige in besonderer Audienz empfangen wurde, wird sich vielleicht später nach Wien begeben. — Wegen des österreichischen Handelsvertrages sollte heute eine Konferenz mit Herrn v. Hock stattfinden. Man will aus manchen Anzeichen schließen, daß der österr. Unterhändler in der Weinzoll-Forderung noch nicht sein letztes Wort gesagt habe.

Berlin, 21. Febr. Die Kommission zur Vorberathung des altenburger Staatsvertrages beschloß einstimmig: „In Erwägung, daß die altenburgischen Unterthanen in den Gemeinden Willschütz und Gräfendorf theils nicht gehört worden und theils Protest erhoben, beschließt die Kommission, dem Hause die Ablehnung der verfassungsmäßigen Genehmigung zu dem Vertrage zu empfehlen." Die „K. Z." bemerkt: „Es ist keine angenehme Erfahrung, daß die preußischen Dörfer bereit sind, altenburgisch zu werden, die altenburgischen aber nicht Lust haben, preußisch zu werden. Das preußische Militärwesen und die hohen Steuern, die mit dem Militärbudget zusammenhangen, geben freilich die Erklärung."

Aus **Berlin** vom 21. Febr. berichtet die Berliner „Bank- und Handels-Zeitung": „Die diesseitige Regierung hat der österreichischen in den letzten Tagen ihre Geneigtheit ausdrücken lassen, in Betreff des Zolltarifs für den Verkehr zwischen dem Zollverein und Oesterreich alle Konzessionen zu machen, welche nach Lage der Verhältnisse möglich seien; in Folge dessen sind gegenwärtig auch die Verhandlungen über die Tariffrage wieder aufgenommen."

Berlin, 22. Febr. Nach der „Prov.-Korresp." wird Preußen seine Forderungen bezüglich der schleswig-holstein'schen Frage vermuthlich im Laufe der nächsten Woche der österreichischen Regierung mittheilen. Die Nachricht, daß Preußen zuvor schleswig-holsteinische Notabeln über einzelne Bedingungen hören wolle, beruhe auf Irrthum. Die Bevölkerung in ihrer berechtigten Vertretung zu hören, dazu sei jetzt kein Anlaß, da es sich lediglich um Feststellung der Bedingungen handle, ohne deren rückhaltslose und unbedingte Anerkennung und Ausführung kein Souverän in den Herzogthümern endgiltig eingesetzt werden könne. Die Zeitungsnachrichten über den Inhalt der bevorstehenden preußischen Mittheilung nach Wien, sowie über bereits darüber gemachte Aeußerungen des Wiener Kabinets, seien falsch.

Die „Kreuz-Ztg." meint in ihrem neuesten Leitartikel, es wäre nicht zweckmäßig für die Regierung, „die saure Gährung der Majorität des Abgeordnetenhauses vor der Zeit zu unterbrechen." — Demselben Blatt wird jetzt zuverlässig bestätigt, daß die „Volkszeitung" in den beiden letzten Quartalen des vorigen Jahres von 40,800 auf 28,200 Exemplare „heruntergegangen" sei, woran vor Allem die „Augustenburgerei" dieses Blattes Schuld trage. Auch im laufenden Quartal habe die „Volkszeitung" noch an Abonnenten verloren; die Redaktion scheine übrigens dieser Erfahrung neuerdings „Rechnung zu tragen."

Aus **Karlsruhe**, 21. Februar, wird geschrieben: „Wenn wir recht unterrichtet sind, so ist nunmehr an alle Behörden die definitive Weisung ergangen, keine wandernden Kasino's (katholische Versammlungen, in welchen gegen das Schulgesetz agitirt wurde) mehr zu gestatten, sofern nicht rechtzeitig vorgängige Anzeige erstattet ist. In Kirchen wird keine derartige Versammlung mehr gestattet."

Bern, 22. Febr. Der Bundesrath hat seinem Gesandten in Wien Weisung wegen des Paßvisums für die polnischen Flüchtlinge ertheilt und die bayerische Regierung in Kenntniß gesetzt, daß Polen ohne einen von der Gesandtschaft in Wien visirten Paß an der Grenze zurückgewiesen werden. Langiewicz ist frei und wird für die nächsten Tage erwartet. Rußland verweigert den Beitritt zur Genfer Konvention, weil seine eigene Militärverwaltung genügende Vorsorge für die Verwundeten im Krieg treffe.

Täglich mehren sich die polnischen Flüchtlinge in der Schweiz, und die Zahl derselben ist bereits weit über 1000 gestiegen. Die Lage ist für unsere Behörden schwierig. Bekanntlich hat der Bundesrath beschlossen, den Bundesbeitrag zur Verpflegung der Polen in Kurzem aufhören zu lassen. Um aber die Humanität nicht zu verletzen, werden sowohl alte und gebrechliche Flüchtlinge, als auch solche junge Polen, welche als Lehrlinge zur Erlernung eines Berufes eintreten, fortunterstützt.

London, 19. Febr. In der Einleitung zur neuen Auflage seines Werkes über die englische Verfassung spricht sich Lord Russel folgendermaßen über die Todesstrafe aus: „Ich für meinen Theil

---

zu tiefen Eindruck auf den kaiserlichen Geschichtschreiber von Cäsar's Leben geübt haben.

In Frankreich allerdings kann der Kaiser mit einer Behauptung der erwähnten Art auf größere Zustimmung rechnen, denn hier ist man ja gewöhnt, die abenteuerlichsten Dinge als historische Wahrheit anzusehen, und auch die Schriftsteller, die des Kaisers Opposition bilden, wie Thiers, haben schon dafür gesorgt, den Franzosen weißzumachen, als sei der erste Napoleon von der Liebe der Völker getragen, aber durch die Arglist der freiheitsfeindlichen Regierungen, die im Finstern Verschwörungen anzettelten, gestürzt worden. Von hier bis zu der Phrase Napoleon's III. war nur Ein Schritt. Aber es ist eigenthümlich, was die Franzosen über ihren ersten Napoleon Alles verdauen müssen. Unter Karl X. haben sie — das ist eine Thatsache — in ihren Schulen lesen und lernen müssen, daß Napoleon ein großer Feldherr des legitimen Königs Ludwig gewesen sei, der sich seiner Gesundheit wegen viel im Auslande aufgehalten habe, und daß er für seinen glorreichen und geliebten Herrn, den rechtmäßigen König von Frankreich, welcher nie stirbt, viele Länder und Provinzen erobert habe.

So las und lehrte man damals — noch nicht mehr als zehn Jahre seit dem Sturze Napoleon's — in den Schulen nach dem Lehrbuche des Monsieur Loriquet, welches jeder Schusterjunge als das Evangelium seiner geschichtlichen Weisheit ansah. Heutzutage dagegen erzählt der Kaiser selbst seinen Franzosen, daß der Julius Cäsar des 19. Jahrhunderts in die Welt gekommen sei, um den verschiedenen Völkern, als z. B. den Deutschen, Italienern, Polen u. s. w., ihre Freiheit und Unabhängigkeit zu schenken und zu bringen, und daß er durch eine finstere Verschwörung — auch Koalition genannt — wider den Willen der treuen Völker, wie der alte Julius Cäsar, gestürzt worden sei. Und ohne Zweifel wird die neue Wahrheit des geschichtschreibenden Kaisers mit gleichem Eifer in den französischen Schulen verbreitet werden, wie die Geschichte jenes Loriquet unter dem legitimen Regime. Daß aber das Eine wie das Andere eine grobe Unwahrheit, davon werden die Franzosen vielleicht nichts merken; die Deutschen aber, die ihre wahre Geschichte besser kennen, dürften sich wenig durch diese Anschauung in ihrem Urtheile über die französische Herrschaft irre machen lassen, und Tendenzen dieser Art das „Leben Cäsar's" kaum zu einem Lieblingsbuche der deutschen Lesewelt machen.

Doch wir wollen uns hüten, Prophezeiungen in die Welt zu schicken, welche schon in so kurzer Zeit durch die Thatsachen widerlegt werden könnten. Denn das „Leben Cäsar's" wird doch ein außerordentliches Buch bleiben, wenn auch die Phantasien eines Napoleoniden darin einen besondern Ausdruck erhalten haben sollten. Mit der Anwendung und Anwendbarkeit dieser cäsarischen Analogien aber ist es zunächst nicht so schlimm gemeint, und die europäischen Brüder des Kaisers werden ihre besonderen Pracht-Exemplare mit eigenen Widmungen des Verfassers — wie uns versichert worden ist — erhalten, und die Nachkommen jener Brutusse, welche den Cäsar des 19. Jahrhunderts durch die Koalition beseitigt haben, werden ohne Kriegserklärung die drei Bände des Leben Cäsar's in ihre Bibliotheken stellen, und an den Einbänden die Solidität französischer Buchbinder bewundern. Sollten sie aber gar die Vorrede des Herrn Bruders in Paris zu lesen die Zeit finden, so werden sie allerdings sagen: Und es ist doch ein Parvenu, der dergleichen schreiben kann, so gut wie der alte Julius Cäsar selbst. Im Uebrigen werden die freundschaftlichen Beziehungen in keiner Weise gestört werden, und der Wiener Walzer wird nach wie vor dem gelehrten Verfasser von Cäsar's Leben zu seiner besonderen Erheiterung in den Gemächern der Tuilerien erklingen.

zweifle keinen Augenblick weder an dem Rechte des Gemeinwesens, die Todesstrafe abzuschaffen, noch an der Zweckmäßigkeit, bei gewissen Zuständen der Gesellschaft von diesem Rechte Gebrauch zu machen. Wenn ich aber von diesem abstrakten Rechte, von dieser abstrakten Zweckmäßigkeit zu dem gegenwärtigen Zustande unserer eigenen Gesellschaft übergehe, wie schwer es für einen Richter ist, diejenige Sache, welche die Unbeugsamkeit der Justiz erheischt, von derjenigen zu trennen, welche die Gestalt mildernder Umstände zuläßt, wie wenig beneidenswerth das Amt des Staatssekretärs ist, der Krone die Begnadigung zu diktiren, wie ernst die Kommentare des Publikums sind, wie der, welcher Gegenstand allgemeinen Abscheus war, rasch Gegenstand der Sympathie und des Mitleides wird, wie beschränkt und selten die durch diese unversöhnliche und furchtbare Strafe gegebenen Beispiele sind und wie brutal der Schauplatz der Hinrichtung ist, so gelange ich zu dem Schlusse, daß die Gerechtigkeit und die Erhaltung eines unschuldigen Lebens nichts dabei verlieren würden, wenn die Todesstrafe vollständig abgeschafft würde. In gewissen Fällen würde eine Verurtheilung zu längerer einsamer Haft, der eine noch längere Zeit der Zwangsarbeit und strengen Strafen folgte, nicht mehr als Begnadigung und Strafumwandlung angesehen werden. Wenn der richterliche Spruch zu diesem Resultate gelangte, so würde kaum eine Petition an den Minister des Innern gerichtet werden, die im Falle eines Mordes eine Strafumwandlung begehrte, und der Schuldige würde, indem er kein Mitleid mehr erregte, Zeit und Gelegenheit haben, vor dem Throne des Mitleids reuig zu werden."

Aus **Paris**, 20. Febr., berichtet man der „Allg. Ztg.": „An guter Stelle wird bestätigt, daß der französische Gesandte in Washington in seinem letzten Bericht den Frieden für Juni oder Juli in Aussicht stellt und eine Frankreich feindliche Stimmung in Richmond konstatirt."

Der „Köln. Ztg." wird aus **Paris**, 21. Febr., berichtet: „Man sieht mit Spannung dem Anfange der Adreßdebatten entgegen. Im Publikum wendet man sich mit um so größerem Interesse den erwarteten Reden zu, als diese sich ganz vorwiegend mit den inneren Angelegenheiten befassen sollen. Herr Thiers zeigt sich sogar geneigt, auf seine Rede über den Septembervertrag zu verzichten, und, wie man mir erzählt, soll das genannte Oppositionsmitglied seinen Verzicht dadurch rechtfertigen, daß gegen Italien nun nichts mehr ausgerichtet werden könne, nachdem der Kaiser sich durch den Septembervertrag entschieden auf den Standpunkt der italienischen Einheit gestellt habe. — Aus Spanien melden die Berichte, daß es daselbst sehr bedrohlich aussehe und daß das von der Königin gebrachte Opfer die Ereignisse kaum aufzuhalten im Stande sein würde."

Madrid, 22. Febr. Der Finanzminister wird das Budget der verschiedenen Ministerien einer Prüfung unterwerfen, um bedeutende Ersparnisse zu machen.

Aus **Athen**, 11. Februar, wird der „A. Z." geschrieben: „Wir kommen aus den Skandalen nicht heraus. Noch wird in den Blättern der Brief Leonidas Bulgaris', der als Chef einer irregulären Truppe auf den Räuberfang ausgesendet, aber zurückberufen wurde, verbreitet und wiederholt abgedruckt, in welchem er kurz und bündig erklärt, daß dem Räuberunwesen in Attika so lange kein Ziel gesetzt werden könne, als Persönlichkeiten in hoher Stellung durch ihren Einfluß die erfolgreiche Verfolgung zu verhindern im Stande sind. Wenn der Regierung daran liege, diesen Einfluß kennen zu lernen, im Fall sie ihn noch nicht kennen sollte, so stehe ihr der gesetzliche Weg offen, um nicht bloß Anzeichen, sondern Beweise davon zu erhalten. Einige Blätter gingen noch weiter, und nannten geradezu den Namen des Hofmarschalls, der auf seinen Gütern den Räubern Obdach gebe. Für diese Angabe überlasse ich die Verantwortlichkeit den Blättern. — Vor den Weihnachtstagen schickte der König, in Ermanglung von Gemeindebehörden in der Hauptstadt, 4000 Drachmen, um sie an die Armen zu vertheilen, und das Gesammtministerium bestimmte andere 10,000 Drachmen zu demselben Zweck. Die Armen erhielten aber nur die Hälfte der Summe, die andere Hälfte verschwand in den Taschen zweier mit der Vertheilung beauftragten Beamten! — Vor mehreren Tagen drangen zur Nachtzeit Räuber in die Wohnung des Sohns des Ministerpräsidenten Kanaris ein, an demselben Abend, als er seine Ernennung zum Staatsrath erhielt, und nahmen mit sich fort an Geld und Pretiosen, was zu haben war. — In Syra haben Demonstrationen stattgefunden. Man ließ den König und die Opposition hoch leben, und rief: „Fort mit den Fremden!" (Sponneck und Phanarioten?) — Täglich erneuern sich die Gerüchte vom Zerfall des Ministeriums, wenn gleich die ministeriellen Blätter behaupten, daß unter den Ministern das größte Einverständniß herrsche."

Petersburg, 23. Febr. Das „Journal de St. Petersbourg" dementirt die Angaben der letzten Bombaydepesche: Seit 1858 sei kein russischer Gesandter in Bukhara; Daschkend sei nicht in russischem Besitz, daher auch nicht in der Möglichkeit, daselbst Steuern zu erheben; die Nachricht vom Bau einer Straße nach Bukhara sei unrichtig. (Tel.)

Hiezu die Beilage: „Würzburger Anzeiger".

Verantwortlicher Redakteur: M. Hartmann.
Druck und Verlag der Stahel'schen Buch- und Kunsthandlung in Würzburg

Cours der Staatspapiere.

Oesterr.	5 pCt. Met. (Op. i. S. b. R.)	--
„	5 pCt. Lomb. ditto. à 24	—
„	5 pCt. Engl. Met. v. 1852	$79\frac{3}{4}$ P.
„	5 pCt. Engl. Met. v. 1859	$78\frac{3}{4}$—$\frac{7}{8}$ G.
„	5 pCt. Venet. Coupon b. R.	$84\frac{1}{2}$ G.
„	5 pCt. Nationalanl. v. 1854	$68\frac{1}{2}$—$\frac{5}{8}$ G.
„	5 pCt. Metall. Obligation.	$62\frac{1}{2}$ P. $\frac{1}{4}$ G.
„	$4\frac{1}{2}$ pCt.	$55\frac{1}{2}$ G.
Preussen	$3\frac{1}{2}$ pCt. Staatsschuldsch.	$91\frac{1}{8}$ G.
Bayern	$4\frac{1}{2}$ pCt. Obl. 1jähr. dto.	$101\frac{3}{4}$ G.
„	$4\frac{1}{2}$ pCt. Obl. $\frac{1}{2}$jähr. dto.	$101\frac{3}{4}$ G.
„	4 pCt. Obl. 1jähr. dto.	$98\frac{7}{8}$ G.
„	4 pCt. Obl. $\frac{1}{2}$jähr. dto.	$98\frac{7}{8}$ G.
„	4 pCt. Obl. Ab.-R. dto.	$98\frac{5}{8}$—$\frac{1}{2}$ G.
„	$3\frac{1}{2}$ pCt. Obl. dto.	—
Württemb.	$4\frac{1}{2}$ pCt. Obl. b. Rothsch.	$105\frac{1}{4}$ P.
„	$3\frac{1}{2}$ pCt. Obl. dto.	$95\frac{3}{4}$ P. $\frac{1}{2}$ G.
Baden	$4\frac{1}{2}$ pCt. Obl.	—
„	$3\frac{1}{2}$ pCt. Obl. v. 1842	$92\frac{5}{8}$ P.
Gr. Hess.	$4\frac{1}{2}$ pCt. Obl.	—
„	4 pCt. Obl. b. Rothsch.	100 G.
„	$3\frac{1}{2}$ pCt. Obl. dto.	$97\frac{5}{8}$ P.
Nassau	$4\frac{1}{2}$ pCt. Obl. dto.	102 G.
„	4 pCt. Obl. dto.	$99\frac{1}{2}$ P.
„	$3\frac{1}{2}$ pCt. Obl. dto.	$91\frac{3}{4}$ P.
Frankfurt	$3\frac{1}{2}$ pCt. Obl.	95—$94\frac{7}{8}$ G.
„	3 pCt. Obl.	—
Spanien	3 pCt. inl. Sch. P. à fl. 2. 30	—
„	$2\frac{1}{2}$ pCt. „	—
Schweden	$4\frac{1}{2}$ pCt. Obl. à 105 Thlr.	$92\frac{3}{4}$ P.
N.Amerika	6 pCt. à 1000r. 1881 D. $2\frac{1}{2}$	—
„	6 pCt. ditto r. 1882 „	$55\frac{1}{4}$—56 G.

Diverse Aktien.

Frankfurter Bank à fl. 500 . . .	$146\frac{3}{4}$ P. $\frac{1}{4}$ G.
K. K. Oesterr. National-Bankaktien	840 P. 838 G.
Oesterr. Kreditbank-Aktien à fl. 200	196 G.
Bayer. Hypothekenb. Pfandbriefe 4 pCt.	$97\frac{7}{8}$ G.
Darmst. Bank 1. u. 2. Serie à fl. 250	236 G.
Weimarische Bank à Thlr. 100 . .	$100\frac{1}{2}$ G.
Mitteldeutsche Kreditaktien . . .	$100\frac{1}{4}$ G.
Intern. Bank in Lux. à 250 Frs. à 28 kr.	—
Taunus-Eisenbahn à fl. 250 . . .	347 G.
Frankfurt-Hanauer-Eisenbahn . . .	$101\frac{1}{2}$ G.
Oest. F.St.Eisb. 5pCt. 500 Fr. à 28 kr.	—
„ Elisab.-Eisenbahn 5 pCt. . .	$117\frac{1}{4}$ G.
Böhm. Westbahn-Aktien à fl. 200 6/7	—
Rhein-Nahe-Bahn 200 Thl. à 105 4pCt. Z.	29 G.
Ludwigshafen-Bexbacher à 4 pCt. .	$147\frac{5}{8}$ G.
dto. dto. Prior. à 4 pCt.	$97\frac{1}{2}$ P.
Pfälz. Maxb. b. Rothschild à $4\frac{1}{2}$ pCt.	$107\frac{1}{2}$ P.
Oest. St.-Eisenb. Prior.-Oblig. à 3 pCt.	$50\frac{1}{2}$ G.
Elisab.-Bahn Prior. 5 pCt. 6/7	—
Südd. Bank-Akt., 40 pCt. Einz.	260 P.
Span. Handels- und Industrie . . .	—
Bayr. Ostbahn à $4\frac{1}{2}$ pCt. volleinbez.	$114\frac{1}{2}$ G.
Bayer. Ostbahn mit 50 pCt. Einz.	$113\frac{7}{8}$ P.

Wechsel
in süddeutscher Währung.

Amst. fl. 100 k. S.	$100\frac{7}{8}$ G.
Antwerp. Frs. 200 k. S.	$94\frac{3}{8}$ G.
Augsb. fl. 100 k. S.	100 P.
Berlin Th. 60 k. S.	$104\frac{7}{8}$ P.
Brem. 50 Th. Ld. k. S.	$96\frac{3}{4}$ P.
Brüssel Frs. 200 k. S.	$94\frac{3}{8}$ G.
Cöln Thlr. 60 k. S.	105 P.
Hamb. MB. 100 k. S.	$89\frac{3}{8}$ P.
Leipzig Th. 60 k. S.	$104\frac{7}{8}$ P.
London Lst. 10 k. S.	$118\frac{7}{8}$ G.
Lyon Frs. 200 k. S.	—
Mail. Frs. 200 . .	$94\frac{1}{8}$ G.
München fl. 100 k. S.	100 P.
Paris Frs. 200 k. S.	$94\frac{1}{2}$—$\frac{5}{8}$ G.
Petersburg 60 S.-R.	—
Triest fl. 100 k. S.	—
Wien fl. 100 ö. W.	—
do. in öst. W. l. S.	$104\frac{1}{4}$ P.
Disconto	4 pCt. G.

Anlehens-Loose.

Oesterr. fl. 250 v. 1839	$142\frac{1}{4}$ P.	Kurhess. Thlr. 40 b. R.	$56\frac{5}{8}$ P.
„ fl. 250 v. 1854 mit 4pCt.	$75\frac{3}{8}$ G.	Gr. Hessen fl. 50 b. R.	$139\frac{1}{2}$ P.
„ fl. 500 v. 1860 6/7	$83\frac{7}{8}$P. $\frac{5}{8}$G.	„ fl. 25 do.	37 P.
„ fl. 100 Eisb.-L. v. 1858.	$132\frac{3}{4}$ G.	Nassau fl. 25 bei Rothsch.	$35\frac{1}{4}$ P.
„ do. v. 1864.	$91\frac{3}{4}$ P.	Sardinische Fr. 36 b. R.	—
Schwed. 10 Thlr. Loose	$9\frac{1}{2}$ P. $\frac{1}{4}$ G.	Neuchateler 10 Frs.-Loose	—
Badische fl. 50	—	Freiburger 15 Frs.-Loose	—
Badische fl. 35	54 P.	Mailänder 45 Frs. L. b. R.	$32\frac{7}{8}$ P.
		St. Lüttich mit $2\frac{1}{2}$ pCt. Z.	34 P.
		Ansb.-Gunzenh. fl. 7-L.	$10\frac{1}{2}$ P.

Frankfurt, 23. Februar. Bei kaum nennenswerthem Geschäft erfuhren Kurse fast keine Veränderung; doch war die Stimmung fest. Geld sehr flüssig und fremde Devisen gefragt. (Synd.)

An die
k. Hof- und Staatsbibliothek
München.
1 N. Würzb. Ztg.

Neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht!

№ 56. | Vorausbezahlung: Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 1 fl. 30 kr. Bei Inseraten wird die dreispaltige Zeile in gewöhnlicher kleiner | 62. Jahrgang. | Schrift oder deren Raum im Hauptblatte mit 6 kr., im Anzeiger mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franco. | Samstag, 25. Februar 1865.

Ueber die Friedens-Konferenz

zwischen Lincoln und den südstaatlichen Kommissaren auf dem Jamesflusse erzählt ein Berichterstatter der „K. Z." Folgendes:

Am 1. Februar fuhr Seward den „südlichen Freunden" nach Fort Monroe entgegen. Da diese aber persönlich mit dem Präsidenten verhandeln wollten, so wurden dieselben am 2. citirt, und am 3. hielten beide Parteien bei Hampton Roads auf dem Jamesflusse ihre Konferenz. Diese dauerte vier Stunden, endete aber eben so erfolglos, als alle früheren Friedensversuche, weil die Konföderirten selbstredend auf Anerkennung ihrer Unabhängigkeit bestanden, während Lincoln in allen anderen Punkten, aber nur nicht in diesem, nachgeben zu wollen erklärte. Dieser Ausgang war leicht vorauszusehen. In der That hat sich auch kein Hellblickender darüber getäuscht, und selbst die Baissiers an der Goldbörse vermochten die Konjunktur nicht zu ihren Gunsten auszubeuten. Ueberrascht hat bei der ganzen Verhandlung die Handlungsweise des Präsidenten, der sogar den Kommissären bis Fort Monroe entgegenreiste. Er selbst aber scheint den Mangel an Takt und Würde gar nicht zu fühlen, der sich in dieser zuvorkommenden Eile ausspricht. Die offiziöse Presse vertheidigte den Schritt zwar aus dem Grunde, daß es unthunlich gewesen sei, die südlichen Kommissäre nach Washington kommen zu lassen, weil sie von ihren dortigen Freunden gänzlich in Beschlag genommen und zu sehr gefeiert worden wären. Das ist aber eine leere Ausrede, da es ja lediglich von der Regierung abhing, die Zulassung des Stephens und Konsorten von Bedingungen abhängig zu machen. Als Kirke, Jewett und Blair in Richmond waren, wurden sie ja auch in ein bestimmtes Hotel konfinirt, das sie nur beim Dunkelwerden verlassen durften. Der Präcedenzfall war also von Jefferson Davis selbst gegeben.

Es ist eben die alte, ewig neue Geschichte: Lincoln kann eben so wenig wie die Mehrzahl der nördlichen Politiker über den circulus vitiosus hinaus, in welchen ihn seit seiner ersten Jugend das Sklavenhalterthum gebannt hatte. Was auch vom Gegentheil gesagt werden mag, der nördliche Plebejer ist stets dankbar gerührt, wenn der südliche Baron, der für Jahrzehende die Geschicke des Landes entschieden hat, sich zu ihm als seines Gleichen herabläßt. Mag ein Bauer noch so sehr über seinen gnädigen Herrn hinter dessen Rücken schimpfen, eine langjährige Dressur hat ihn doch so sehr an Gehorsam gewöhnt, daß er ihm, sobald der Herr Baron seine Schwelle betritt, unterthänig entgegenkommt. Gerade so Lincoln. Um die „verirrten Brüder" von vornherein in gute Stimmung zu versetzen, erzählt er ihnen natürlich gleich bei Eröffnung der Verhandlungen eine westliche Anekdote, die stereotyp damit anfängt: „Da fällt mir eine Geschichte von dahinten in Illinois ein". Der halboffizielle Bericht sagt nicht, ob es diesmal die Geschichte vom Schneider, oder vom Hunde, oder vom deutschen Farmer war, er erwähnt aber gewissenhaft, daß alle Herren sich vor Lachen nicht halten konnten, und daß erst, als sie sich gehörig ausgeschüttet hatten, die Verhandlung in den rechten Gang kam. Obgleich ihre Einzelheiten keinen praktischen Werth mehr haben, so verdienen sie immerhin eine kurze Zusammenstellung. Stephens also, „der fähigste und begabteste Amerikaner", wie der Korrespondent der radikalen (?) „Tribune" sagt, eröffnete das Gespräch, indem er sich nach den Fleischtöpfen Aegyptens und besonders nach den Fortschritten des Kapitolbaues erkundigte. Seward erwiederte, er möge einmal kommen und sich das alte südliche Hauptquartier selbst ansehen, sobald die alte Union erst wieder zusammengeleimt sei. Damit lenkten beide Theile auf die Thunlichkeit und Möglichkeit des Friedens ein, und bei dieser Gelegenheit, als Stephens gerade in höchster Extase von der Opferfreudigkeit und Selbstständigkeit des Südens sprach, brachte Lincoln schnell seine oben erwähnte Geschichte an. Stephens lachte mit, so weit es seine Gesundheit erlaubte, nahm aber bald den abgebrochenen Faden wieder auf und meinte, wenn man einen Waffenstillstand haben wolle, so müsse man zuerst den Süden als selbstständige Macht anerkennen. Mit dieser Erklärung war die Bombe in die bisher friedliche Gesellschaft geschleudert. Man schwatzte noch hin und her, allein man kam auf keinen neutralen Grund. Lincoln's Argumente fanden nur aus Höflichkeit Gehör, und nachdem man genug der Speise und des Trankes genossen hatte, trennten sich die nicht versöhnten Brüder.

„Wir konnten aber auch gar nichts mit ihnen anfangen",

Feuilleton.

Das große Ostschiff und der neue atlantische Telegraph.

Das größte Dampfschiff der Welt, doppeleisern und mit beiderlei Dampftriebkraft, Schrauben und Schaufelrädern, dieses große Ostschiff — „Great Eastern" — hat nun nach seinem bisher unglücklichen Lebenslauf eine große, welt- und kulturumschiffliche Bestimmung erhalten: man will etwa im Juni das Elektrizitäts-Telegraphenungeheuer zur Verbindung Amerika's und Europa's aus seinem Rumpfe heraus durch den atlantischen Ozean legen. Die Füllung mit so und so viel Hunderten von Meilen des neuen Kabels hat bereits begonnen. Das ist nach allen Seiten eine Großthat, an welcher sich Groß-, Mittel- und Kleinstaaten erwärmen können.

Der erste atlantische Telegraph ist mißlungen, und es liegen so und so viele Millionen Thaler damit begraben. Das große Ostschiff war bisher nur Unglück, Verlust, Bankerott und Blamage. Aber diese zähen Menschen, sie ließen sich weder durch den einen noch durch den andern Verlust — x Millionen von Thalern — abschrecken, es kostspieliger, großartiger, dicker und stärker zu versuchen und dem unglücklichen Doppeldampfschiff-Giganten aus jeder Klemme, jeder Demüthigung und jeder Schuld mit ungeheuren Anstrengungen herauszuhelfen.

Zur Zeit der ersten großen Ausstellung 1851 kam man auf den Gedanken, ein Schiff zu bauen, groß genug, Kohlen zu einer Reise nach und von Ostindien aufzunehmen. Man braucht dazu in gewöhnlichen Weltmeerdampfern 4—6000 Tonnen Kohlen, die so verbraucht so viel wie 22,000 Tonnen in England und außerdem gegen 20 Tage Aufenthalt kosten. Die Kohlen müssen nämlich für die Ostindien- und Australiendampfschiffe vorher in besonderen Schiffen nach besonderen Stationen der Weltmeertour gebracht und dort unterwegs von den Dampfern aufgesucht und eingenommen werden. Der Gewinn an Zeit und Kosten durch ein Schiff, das alle Kohlen für Hin- und Herreise in England auf einmal mitnehmen könnte, erschien einleuchtend und ungeheuer groß. Darauf gründete sich die Ostdampfschiffkompagnie, welche den großen Ingenieur- und Eisenmännern Brunel und Scott Russel auftrug, ein entsprechendes Schiff zu bauen. Ersterer lieferte die Idee und die Architektur, letzterer die Ausführung: doppeleisernes Gehäuse, 680 Fuß lang, 83 Fuß breit, 58 Fuß tief, mit Schraube und Rädern = 3000 Pferdekraft, fähig 20,000 Tonnen Kohlen (400,000 Centner), 200,000 Centner Fracht, 500 Passagiere erster und eben so viele Tausende zweiter und dritter Klasse oder etwa 10,000 Soldaten mit allem Zubehör aufzunehmen.

Die ungeheure Eisenstadt ward gebaut, nachdem sich eine ganze Stadt rings um den Bauplatz erhoben hatte, draußen im Osten von London auf der Hundinsel. Das Werk sollte 1854 vollendet sein, aber das Jahr und das nächste und das darauffolgende vergingen, und sogar der Dezember des Jahres 1857 kam heran, ehe an eine Ueberlieferung des leer 240,000 Centner schweren Ungeheuers auf's Wasser zu denken war. Man brauchte statt der erwarteten 3 über 90 Tage dazu, um das Schiff einige hun-

sagte Lincoln am Tage seiner Rückkehr (4. Februar) einem Washingtoner Offizier. „Der ganze Plan ist schmachvoll fehlgeschlagen", meinte Seward, nachdem er seine ganze Beredsamkeit erschöpft hatte, ohne Eindruck zu machen. Die einzige Konzession, zu der sich die südlichen Kommissäre verstanden zu haben scheinen, war das Verlangen, man solle die Konföderation wenigstens temporär anerkennen, um den Stolz ihres Volkes zu befriedigen; sei das geschehen, so werde es gern wieder in die Union treten. Zu diesem etwas zweifelhaften Experimente wollten sich aber selbst Lincoln und Seward nicht verstehen. Einen komischen Eindruck machen diesem Fehlschlage gegenüber die Behauptungen der Regierungspresse, daß der Zweck der Konferenz vollständig erreicht worden, daß man jetzt genau wisse, woran man sei, und daß in Zukunft nur das Schwert als Schiedsrichter angerufen werden dürfe. Lincoln will, wie es heißt, eine Adresse an das Land erlassen und diesem darin die ganze Geschichte der Verhandlungen auseinandersetzen. Eine jetzt schon auf der Hand liegende nachtheilige Folge haben sie bereits gehabt: überall sind die Werbungen ins Stocken gerathen, und nach dem 15. d. M. wird man zur Ziehung schreiten müssen.

(Amtliche Nachrichten.) **München**, 23. Februar. Se. Maj. der König hat an den Bezirksg. Straubing und Deggendorf noch je eine Advokatenstelle errichtet und die Advokatenstelle am Bezirksg. Straubing dem Advokaten-Konz. J. Widmann in Weilheim, die Advokatenstelle am Bezirksg. Deggendorf aber dem Advokaten A. Lettenbauer in Pfarrkirchen verliehen; zum Advokaten am Bezirksg. Pfarrkirchen den Advokaten-Konz. K. Wolf in Landshut ernannt; auf die am Bezirksamt München r/J. eröffnete Assessorsstelle den Bezirksamts-Assessor J. v. Auer zu Kelheim und auf die hiedurch sich eröffnende Bezirksamts-Assessorsstelle zu Kelheim den Assessor des Bezirksamts Velburg, J. Kopplstätter, versetzt; den Rechnungsführer und funktionirenden Inspektor Fr. Ludwig bei der Gefangen-Anstalt Lichtenau zum Inspektor dieser Strafanstalt befördert.

Die kath. Pfarrei Hahnbach, k. Bezirksamts Amberg, ist mit einem Reinertrage von 400 fl. in Erledigung gekommen.

Vom Main, 23. Febr. Die Bundesversammlung hält heute eine Sitzung, in welcher dem Vernehmen nach Verwaltungs- und andere laufende Geschäfte in Behandlung genommen und über eine Matrikularumlage Beschluß gefaßt werden soll. — Den vorbereitenden Arbeiten, welche, wie man aus Kiel mittheilt, gegenwärtig mit erhöhter Thätigkeit für die Ausführung des Kanales zwischen Nord- und Ostsee betrieben werden, kommen die zur Zeit der deutschen Reichsregentschaft ausgeführten Vorarbeiten für ein solches Unternehmen trefflich zu statten. Dieselben umfassen vollständige Pläne, die in ganz ausgezeichneter Weise entworfen sein sollen, und genaue Kostenberechnungen. Sie waren in dem Archive des deutschen Reichsministeriums aufbewahrt und wurden auf Ersuchen der Bundes-Civilbehörde in Holstein zur Verfügung gestellt. (N. K.)

Ein offiziöser **Wiener** Korrespondent der „Allg. Ztg." berichtet vom 22. ds.: „Die Zollverhandlungen scheinen in überraschender Weise eine Wendung zum Besseren zu nehmen. Während noch vor acht Tagen so ziemlich alle Hoffnung geschwunden war, daß irgend etwas zu Stande komme, drücken die neuesten Berichte des Hrn. v. Hock so zuversichtlich die Ueberzeugung des Gegentheils aus, daß ihnen nothwendig sehr positive Thatsachen zu Grunde liegen müssen. Selbst eine Erledigung der Weinzollfrage nach Maßgabe der österreichischen Interessen wird noch für möglich gehalten."

Verona, 21. Febr. Feldzeugmeister Ritter v. Benedek hat in den letzten Tagen einen Armeebefehl erlassen, dem wir folgende Stellen entnehmen: „Ein besonderes Augenmerk verdient die Verbreitung der deutschen Sprache in den Truppen und namentlich unter den Chargen. Es darf nicht außer Acht gelassen werden, daß die deutsche Sprache die Allerhöchst sanktionirte Dienstessprache in unserer Armee und daher in sprachlicher Beziehung die Vermittlerin zwischen den verschiedenen im österreichischen Heere vertretenen Nationalitäten ist. Die möglichste Aneignung der Dienstessprache ist somit als eine Pflicht aufzufassen und müssen die Herren Truppenkommandanten und Offiziere mit richtigem Takte dahin wirken, daß die Chargen und Chargenschüler allmälig so weit gelangen, die Armeesprache zu verstehen und sich in derselben verständlich zu machen. Ueberhaupt aber wünsche ich das allgemeine Streben nach Bildung in jeder Hinsicht angeregt und gepflegt zu sehen, von der Bildung in Lebensart und Sitte angefangen, bis zu jener in den Geschicklichkeiten, Kenntnissen und Wissenschaften, die unser Ehrenstand speziell braucht und die namentlich dem Offizier in jeder Lage des Lebens zum Vortheile und zur Auszeichnung gereichen. Darauf bitte ich somit die Herren Generale und Truppenkommandanten insbesondere einwirken zu wollen und empfehle, daß sie diesfalls — zumal die jüngeren Herren Offiziere an sich zu ziehen und mehr ihr persönliches Beispiel, ihren unmittelbaren Einfluß wirksam zu machen trachten, als etwa blos theoretische Aneiferungen und Belehrungen. Diejenigen Herren Offiziere aber, die sich ihre Ausbildung besonders angelegen sein lassen, sind mir bei Einsendung der jährlichen Truppen-Relationen separirt namhaft zu machen, und werde ich es jedem Vorgesetzten zum auszeichnenden Verdienste anrechnen und die Betreffenden selbst Sr. Majestät dem Kaiser nennen."

Berlin, 23. Febr. Die Budgetkommission hat heute die Anträge 1, 2, 3, 4 ihrer Subkommission angenommen; den Antrag 3 mit dem Zusatz: „und Verbesserung des Soldes der Unteroffiziere und Gemeinen." Alsdann wurde die Sitzung vertagt. Virchow stellte einen neuen Antrag, worin er die Staatsregierung auffordert, den vorgelegten Entwurf zurückzuziehen und einen neuen Etat gemäß dem Antrag 1 bis 6 vorzulegen.

Berlin. Die „Nat.-Ztg." meint mit Bezug auf Schleswig-Holstein: „Deutsche Liberale sollten nicht plötzlich das Erbrecht fürstlicher Nebenlinien als das höchste und heiligste aller Rechte verherrlichen, nachdem sie Jahrzehnte lang für den Grundsatz gekämpft haben, daß die Staaten nicht die Privatdomänen fürstlicher Familien sind, und daß die Souveränetät der Kleinstaaten sich beugen muß, soweit die Wohlfahrt und selbst das Dasein der Nation dies erfordert. Diejenige Loyalität, welche keine andere Devise als das „engere Vaterland" mit seinem von Gott gegebenen Fürsten kennt, sollte auch ferner den Treubunden überlassen bleiben." Hiezu bemerkt der „N. Korr.": Hat denn die „Nat.-Ztg." eine

---

der Fuß weit auf die Themse zu bringen. Da lag es endlich, ein schmutziger Rumpf, ohne inneren Ausbau. Russell war bankerott, die Kompagnie in Auflösung ohne Geld und Kredit.

Endlich 1859 im Herbste (statt 1854) wallfahrteten Tausende, um das fertige Kunstwerk zu sehen und eine Beschreibung davon zu kaufen. Es besteht aus 10,000 ungeheueren Eisenplatten, die mit mehr als 2 Millionen Nietnägeln zusammengeschmiedet sind, aus zehn einzelnen, wasserdicht von einander abgeschlossenen Schiffen unten, jedes groß genug, eine kleine Stadt in sich aufzunehmen. Die Schaufelräder sind größer, wie der Reitcirkus von Carré oder Renz; ein einziger Cylinder der Schraube enthält gegen 500 Ctr. Eisen. Diese Zahlen, diese Massen, diese Ungeheuerlichkeiten erregen Wunder und Staunen. Aber man vergißt Alles in der beispiellosen Pracht und Größe der Salons, von denen der erster Klasse allein für 21,000 Thlr. Spiegel, Vergoldung, Teppiche und Gardinen enthält, und man wird augen- und nervenmüde, wie in einer großen Stadt voller Sehenswürdigkeiten, ehe man die Hälfte der Kajüten, Vestibulen, Gallerien und Treppen zurückgelegt hat.

So ging es mir wenigstens, so daß ich nie die ganze Herrlichkeit gesehen habe. Nun kam die erste Versuchsreise um die Küste herum. Am 5. September von vier mächtigen Dampfern die Themse hinuntergeschleppt, spannte es am 6. seine eigenen 3000 Dampfpferde an und pflügte in den Ocean hinaus, bis es, Weymouth gegenüber, durch eine furchtbare Explosion den ganzen ersten Salon mit Spiegeln und Vergoldungen für 21,000 Thlr. in die Luft sprengte und Verwüstung, Verwundete und Todte auf seinem Deck umherstreute.

Schreck, Entrüstung und Skandal waren groß, aber Alles schlug zu Ehren des doppeleisernen Ungeheuers aus, dessen eiserne Wände durch den gesprungenen Dampf-Cylinder nicht im Geringsten beschädigt waren. Man reparirte den Schaden, macht Ausflüge nach Liverpool, Southampton u. s. w., nahm Tausende von Pfunden für Besichtigung ein und wartete den Frühling ab, disputirte über die erste große Reise nach Indien, Australien und Amerika und schickte es endlich am 5. Juni 1860 nach Amerika ab, freilich nur mit 42 Passagieren, die sich darin verloren, wie Stecknadeln im Heu, und nahm in Amerika viel Geld von 190,000 Besuchern ein. Mit 86 Passagieren und viel Schulden zurückkehrend, brachte es auch viel Enttäuschung und eine große Menge entdeckter Fehler mit. Diese wurden 1861 möglichst verbessert und beseitigt, aber es hat bis jetzt noch keine der Reisen gemacht, für welche es bestimmt war, keine nach Indien und Australien, weil es stets an Geld fehlte, eine solche auszurüsten, an Fracht, Vertrauen und Personen zur Deckung der Kosten. Es lag seitdem meist still, oder machte kleine, ohnmächtige Ausflüge gegen Gläubiger und Exekutoren, bis endlich doch eines Tages ein solcher im Namen des Gesetzes erschien und es für Schulden pfändete. Später versuchte man durch Lotterie, wie dies in verzweifelten Fällen so oft geschieht) den großen Schuldgefangenen zu befreien, aber ohne Erfolg.

(Schluß folgt.)

andere Loyalität und eine andere Devise? Daß sie die Unterordnung der Partikularsouveränetät unter die Wohlfahrt der Nation nur von den Kleinstaaten, aber nicht von den Großstaaten fordert, gibt genügende Antwort auf diese Frage. Es ist ein wohlfeiles Kunststück, das aber heutzutage nicht mehr recht ziehen will, seinen Partikularismus an die Stelle des Nationalinteresses zu setzen und dann gegen Diejenigen zu deklamiren, die diesem falschen Götzen nicht opfern wollen.

Der Berliner Korrespondent der „Köln. Ztg.“ schreibt: „Seit einiger Zeit sollen sich die schleswig-holsteinischen Partikularisten häufig auf das Wort einer bedeutsamen preußischen Persönlichkeit berufen, die, außerhalb der Geschäfte stehend, geäußert haben solle, die Rechte des Herzogs von Augustenburg würden jedenfalls geschützt werden. Dies steht indessen sicherlich selbst mit der offiziellen Politik nicht in Widerspruch. Es war stets vermuthet worden, daß selbst die Kronsyndici dem Herzog Friedrich etwa ein Drittel von Rechten zuerkennen würden. In dem Falle des engsten Anschlusses würde Preußen dafür ein Entgelt zu bieten haben, in dem entgegengesetzten Falle hätte Preußen ein solches zu verlangen, und dieses würde alsdann voraussichtlich über die gegenwärtigen Minimal-Forderungen noch hinausgreifen. Man wird diesen Gesichtspunkt zur richtigen Beurtheilung der Sachlage im Auge behalten müssen. Es soll sich andererseits bestätigen, daß zwei preußische Gelehrte im Interesse des Studiums der Kronsyndici auch in dem Kopenhagener Archive Nachforschungen unternommen haben.“ — Ueber die neuerdings wieder zur Sprache gekommene russische Zessionsurkunde bemerkt derselbe Korrespondent: „Die Urkunde sollte nach dem, was Mitte November vorigen Jahres darüber in der „Presse“ mitgetheilt war, nicht nur eine Rückfalls-Klausel zu Gunsten Rußlands enthalten, sondern auch dadurch bemerkbar sein, daß Rußland nur auf den holstein-gottorp'schen Theil entsagt haben sollte. Daß von dem Allen jetzt wieder die Rede ist, scheint ein neuer Beweis von dem Wiederauftauchen der Kandidatur zu sein. An Chancen hat sie in der Zwischenzeit nicht gewonnen. Von Interesse wäre nur, daß etwa der Großherzog von Oldenburg sich jetzt nachträglich doch auf die zuerst beanstandete Akte berufen sollte, vielleicht in der Hoffnung, daß die Kronsyndici ihm ebenfalls wenigstens einen gewissen Theil von Rechten zuerkennen werden, was ihm alsdann immerhin irgend ein Entgelt eintragen könnte.“

Bruchsal, 20. Febr. Der neueste Jahresbericht unserer Centralstrafanstalt zu Bruchsal (Bl. f. Gefängnißkunde. 2. Heft.) gibt über die Ergebnisse der Zellenhaft, die bei uns in Anwendung kommt, sehr befriedigende Aufschlüsse. Seit zwei Jahren ist in der Anstalt keine Seelenstörung, seit 5 Jahren kein Selbstmord vorgekommen. Der Krankenstand war seit letzten Jahren stets ein so niederer, wie ihn Strafanstalten mit gemeinschaftlicher Haft nicht aufweisen. Besonders charakteristisch für das System der Einzelhaft ist der Umstand, daß die große Mehrheit der Sträflinge, welche die Wahl haben, jene entschieden der gemeinschaftlichen Haft vorzogen, und daß eine große Anzahl Sträflinge nach Erstehung 6jähriger Einzelhaft (das Maximum, wozu unser Gesetz verurtheilt) ausdrücklich wünschte, in der Zelle verbleiben zu dürfen. Selbst bei lebenslänglich Verurtheilten kam dies vor, so daß man nicht behaupten kann, daß die Gefangenen lediglich der Strafabkürzung wegen die Zelle dem gemeinschaftlichen Saal vorziehen. Was die Zahl der Gefangenen betrifft, so hat diese gegen früher abgenommen; der Stand der Zuchthausgefangenen betrug im letzten Jahr 309, der Arbeitshausgefangenen 88, im ganzen demnach 397, darunter 23 pCt., also nahezu der vierte Theil, Nicht-Badener. Beachtenswerth ist die hohe Quote der unehelich Geborenen unter den Gefangenen, sie beträgt etwa 22 pCt. (Schw. M.)

Ueber die Volksversammlung am 22. d. und die tumultuarischen Vorgänge am 23. zu **Mannheim** schreibt man der „Pf. Ztg.“: „Am 22. wurde im großen Theatersaale von einer großen Anzahl „Bürger und staatsbürgerlicher Einwohner“ eine Versammlung abgehalten, die daselbst „friedlich und feierlich“ tagte. Der Herr Oberbürgermeister Achenbach, zum Vorsitzenden ernannt, gab zuerst einen Rückblick auf das Grundgesetz von 1860 und die Bewegungen, die der katholische Klerus bisher im Volke hervorgerufen habe, geht dann über auf das Schulgesetz und sagte, das gegen das Schulgesetz agirende „wandernde Casino“ wolle auch Mannheim mit der sehr zweifelhaften Ehre seines Besuches bedenken; er zweifle jedoch keinen Augenblick, daß die Katholiken „laut und vernehmlich gegen dies Treiben ihre Stimmen erheben und nicht dulden werden, daß die Casinoherrn den Ausspruch einer verführten, aus allen Ecken zusammengetriebenen, willenlosen Menge für den Ausspruch der katholischen Bevölkerung auszugeben sich erdreisten.“ Diese Bestrebungen seien gegen die Regierung gerichtet, ihnen gegenüber müsse jeder Bürger, ohne Unterschied der Religion, seine Stimme erheben. Der Satz: „Reden ist Silber, Schweigen ist Gold“, finde hier keine Anwendung mehr, sondern an seine Stelle trete der: „Reden ist eine gebieterische Nothwendigkeit und Schweigen ist ein Verbrechen.“ Redner erklärte nun, daß eine Adresse an den Großherzog berathen werden solle, in welcher die Stadt Mannheim ihre Gesinnungen niederlege. Nach ihm betrat Hr. Pfarrer Schellenberg die Tribüne und verlas nach einigen Ausfällen gegen Papstthum und Ultramontanismus, die Adresse. Herr Professor Baumann hielt alsdann eine Rede und führte u. A. aus, „eher werde kein Friede sein, bis die Schule des Staats konfessionslos ist, wie der Staat selber.“ Nachdem auch noch der Rabbiner Dr. Friedmann gesprochen, wurde die Adresse einstimmig angenommen und die Versammlung mit einem Hoch auf die Verfassung geschlossen.

Die Ideen, die in dieser Versammlung kundgegeben wurden, verfehlten natürlich nicht, in Mannheim zu zünden, besonders da heute, am 23. ds., noch in allen Straßen der Stadt durch Dienstmänner Exemplare des „Mannheimer Anzigers“ zum Verkaufe ausgeboten wurden, in welchem die Adresse und die gehaltenen Reden gedruckt standen.

Es hatte sich nun im Laufe des Tages eine große Menge Menschen (3000) eingefunden, die der Bekanntgabe eines Lokales harrte, wo die Kasinoversammlung stattfinden solle. Als Schreiber dieses um 1 Uhr an der Jesuitenkirche vorüberging, war das Portal derselben mit Polizeimannschaft besetzt; hier konnte also die Versammlung nicht abgehalten werden. Vor der untern Pfarrkirche am Markte war ebenfalls Polizeimannschaft postirt, die Jeden zurückwies, der die Kirche betreten wollte. Ein anderes größeres Lokal zu erhalten, war unmöglich gemacht worden, und so harrte in Ungewißheit Alles der Dinge, die da kommen sollten. Inzwischen hatte sich eine ungeheure Volksmenge vor der Kirche und in der Straße angesammelt, auch die liebe Jugend ermangelte nicht, sich einzufinden, Alles wartete auf das Kasino und die „Pfaffen“. Wenn hie und da ein Geistlicher oder muthmaßlicher Kasinobesucher die Straße passirte, erscholl aus allen Kehlen ein Halloh und Hohngelächter, über das die Nichtschreienden ihre Freude zu äußern nicht verabsäumten. Endlich traten aus dem untern Pfarrhause zwei Geistliche heraus — wenn ich nicht irre, der Stadtpfarrer selbst dabei — und gingen nach der Richtung der Jesuitenkirche zu. Das war das Zeichen zum Ausbruch. Unter tausendstimmigem Gebrüll wälzte sich die Volksmenge die Straße hinauf nach der Jesuitenkirche und umstellte dieselbe. Als der Skandal zu stark wurde, versuchten einige Polizeimänner, die Menge zurückzudrängen; nun wurde plötzlich bekannt, das Casino habe beschlossen, in Ludwigshafen sich zu versammeln. In der That kamen mehrere Geistliche und weltliche Herren aus dem Pfarrhause und schlugen den nächsten Weg nach Ludwigshafen ein, dem Schloßgarten zu. Jetzt brach erst der Sturm los; unter möglichst großem Gebrüll und leichtverständlichen Arm- und Faustbewegungen eilte die Masse nach, und als man hörte, daß am Schloßgarten Einer gestochen worden sei (was auch wirklich der Fall war), erreichte das Schimpfen und Toben den höchsten Grad. Die „Pfaffen und Casinoer“ wurden verhöhnt, insultirt und mißhandelt, bis man am Brückenhaus am Rhein angelangt war, wo Halt gemacht wurde. Der herankommende bejahrte Dekan von Ilvesheim wurde mit Steinwürfen verfolgt und rettete sich, ins Gesicht getroffen und blutend, in das Brückenhaus. Er fuhr später in Begleitung eines Polizeibediensteten in einer Droschke weiter. Die ankommenden Droschken wurden durchspäht; wehe den Fensterscheiben, wenn ein „Pfaffe“ darin war! „Wir brauchen sie nicht in Mannheim, hieß es, nicht über den Rhein, sondern in den Rhein mit ihnen!“ Die anständigeren Schreier bedauerten, daß kein Schnee liege, zum Schneeballenbombardement. Ein großer Theil des wandernden Casinos war inzwischen über die Brücke nach Ludwigshafen auf bayerisches Gebiet entkommen und hatte sich im Dauth'schen Saale eingefunden. Ehe jedoch irgend etwas beschlossen werden konnte, erschien der kgl. bayerische Polizeikommissär und erklärte den Versammelten, daß sie als Ausländer nur mit Erlaubniß der königlichen Regierung eine Versammlung abhalten dürften. Die Anwesenden zerstreuten sich nun nach und nach und warteten vereinzelt in Ludwigshafen die Wiederherstellung der Ruhe in Mannheim ab, die auch zu erwarten stand, da inzwischen bereits eine Abtheilung Militär an der Brücke aufgestellt worden war.

Offenbach, 24. Febr. Gestern Abend beschloß und vollzog eine große Versammlung hiesiger Fabrikanten und Gewerbtreibender nach sehr scharfer und erregter Verhandlung einstimmig die Wahl eines Ausschusses behufs fortwährenden und energischen Betriebs der Eisenbahn-Angelegenheit. (Fr. J.)

Kassel, 21. Febr. Die Kammer bewilligte heute anstatt der geforderten 8800 Stück Zündnadelgewehre nur 7800. — Eine That der Staatsregierung hat ungeheures Aufsehen erregt. Von den seit langen Jahren erledigten Forstverwaltungsstellen sind endlich einige besetzt worden.

Aus Holstein, 20. Febr. Gestern war Sitzung des Ausschusses der schleswig-holsteinischen Vereine in Rendsburg. Beschlossen wurde, was nach den Statuten unvermeidlich geworden war, eine Delegirtenversammlung auf Sonntag den 26. Februar einzuberufen. Ein neuer Ausschuß soll gewählt werden, der jetzige hätte noch bis 1. April zu fungiren, der Ausschuß schlägt aber vor, der neue solle schon vom 1. März an eintreten. Von dem Kasseninhalt der Generalkasse der schleswig-holsteinischen Vereine soll, wie der Ausschuß vorschlagen wird, eine nicht unbedeutende Summe den schleswig-holsteinischen, preußischen und österreichischen Invaliden zugewendet werden.

London, 19. Febr. Nach dem eben von der Schatzkammer veröffentlichten Jahresbericht über Englands auswärtige Darlehen hatte die griechische Regierung von 1,024,487 Pfd. 2 Sh., der ursprünglichen Summe des Darlehens, bis 1862 42,876 Pfd. 14 Sh. 6 P. heimbezahlt, so daß noch 981,610 Pf. 7 Sh. 6 P. zu zahlen übrigen. Von den 25 Mill. Gulden des russisch-holländischen Darlehens sind 12,750,000 fl. Kapital und 643,750 fl. Zinsen im Rückstand. Von den 1855/56 dem König von Sardinien aus dem Consolidated Fund geliehenen 2 Mill. Pfd. St. bleiben noch 1,801,450 Pf. 8 Sh. 6 P. zu zahlen.

Paris, 22. Febr. Der „Abend-Moniteur" gibt heute seinen Lesern eine gedrängte Uebersicht der allgemeinen politischen Weltlage. Er sagt bei dieser Gelegenheit betreffs der Haltung, die Frankreich Deutschland gegenüber eingenommen hat: „Wenn die französische Regierung den Berechnungen ihres Ehrgeizes gehorcht hätte, hätte sie leicht aus dieser Streitigkeit (es ist von der schleswig-holsteinischen Angelegenheit die Rede) die bedenklichsten Komplikationen hervorgehen lassen; sie hat es sich im Gegentheil angelegen sein lassen, die Schlichtung leichter zu machen und, weit davon entfernt, sich von den verjährten Traditionen zu beseelen, deren man erwähnt hat, hat sie die Idee eingegeben, welche, indem sie die wesentlichsten Interessen Dänemarks wahrte, am besten den nationalen Bestrebungen Deutschlands zu entsprechen schien."

Die Noth der zahlreichen polnischen Flüchtlinge in **Paris** hat eine enorme Höhe erreicht. In letzter Zeit sind wieder mehrere Fälle vorgekommen, daß polnische Flüchtlinge buchstäblich vor Hunger gestorben, oder durch Hunger und Elend zur Verzweiflung getrieben, sich selbst das Leben nahmen.

Paris, 22. Februar. Man liest in der „France": „Mgr. Chigi hat heute eine lange Unterredung mit dem Minister des Auswärtigen gehabt. Wir glauben zu wissen, daß der Nuntius dem Hrn. Drouyn de Lhuys eine Depesche des Kardinals Antonelli mitgetheilt hat, die geeignet ist, der französischen Regierung vollständige Genugthuung zu geben betreffs der Angelegenheit der Briefe des Mgr. Chigi, und die eine jede Spur dieses bedauerlichen Zwischenfalls verwischt."

Nach einer Korrespondenz zu urtheilen, die dem „Monde" aus **Rom** zugeht, scheint man nicht mit strengen Maßregeln gegen den Kardinal d'Andrea vorgehen zu wollen. Kardinal d'Andrea, heißt es in der jedenfalls über die Stimmung im Vatikan wohlunterrichteten Korrespondenz, macht leider Gottes immer noch viel von sich reden, und die Elenden, deren Komplimente er entgegengenommen hat, lassen es, ihm gegenüber, weder an Unverschämtheiten noch an Verleumdungen und Karikaturen fehlen. Weder in Neapel noch in Rom legt ihr irgend Jemand eine ernstliche Bedeutung bei, und dies ist so sehr richtig, daß, weit entfernt, an strenge Maßregeln zu denken, der heilige Stuhl alle seine Unbesonnenheiten seinem Gesundheitszustand zuschreibt.

Turin, 19. Febr. Die hiesige „Italie" gibt folgendes als den Inhalt des von der parlamentarischen Kommission in Betreff der Aufhebung der religiösen Korporationen ausgearbeiteten Gesetzentwurfs: 1) Zivilverwaltung des katholischen Kultus, Diözesan- und Pfarrinstituten anvertraut im Interesse der katholischen Bürger. Diese Institute sollen gebildet werden durch Wahlen in den betreffenden Kreisen gemäß einem speziellen Gesetz. 2) Die Güter sollen in einer bestimmten Periode von zehn Jahren sämmtlich in kleinen und großen Loosen verkauft, und die Zahlungen der Kaufpreise in 15 gleichen Jahresraten geleistet werden. Die Kaufsumme wird in Renten verwandelt, die den frommen Instituten mit den darauf haftenden Lasten zugewiesen werden. 3) Die religiösen Orden werden mit Ausnahme der gesetzlich gestatteten, sämmtlich aufgehoben. 4) Von der Rente kommt ein Drittel dem Kultusfonds zu; zwei Drittel den Provinzen und Gemeinden, in denen die Güter lagen, zu Gunsten der Armenunterstützung und des öffentlichen Unterrichts. 5) Jeder administrativen Provinz soll ein Bischof und ein Erzbischof vorstehen.

Turin, 22. Febr. Mit Bezug auf die gestern Abends von Pariser Blättern gegebene Nachricht, der zufolge die Frist von zwei Jahren für die Räumung Roms vom Tage der Abreise des Königs nach Florenz beginne, erinnert die „Opinione" an die Erklärung vom 3. Oktober zwischen den HH. Drouyn de Lhuys und Nigra, welche den Anfangspunkt dieser Frist auf das Datum des Dekretes der Verlegung der Hauptstadt feststellt, ein Dekret, welches am 11. Dezember sanktionirt wurde.

Hiezu die Beilage: „Würzburger Anzeiger".

Verantwortlicher Redakteur: A. Hartmann.
Druck und Verlag der Stahel'schen Buch- und Kunsthandlung in Würzburg

Cours der Staatspapiere.

Oesterr.	5 pCt. Met. (Cp. 1. S. b. R.)	—
„	5 pCt. Lomb. ditto. à 24	—
„	5 pCt. Engl. Met. v. 1852	79 3/8 P.
„	5 pCt. Engl. Met. v. 1859	78 1/8 G.
„	5 pCt. Venet. Coupon b. R.	85 P. 84 3/4 G.
„	5 pCt. Nationalanl. v. 1864	68 1/8 G.
„	5 pCt. Metall. Obligation.	—
„	4 1/2 pCt.	55 5/8 G.
Preussen	3 1/2 pCt. Staatsschuldsch.	91 1/8 G.
Bayern	4 1/2 pCt. Obl. 1jähr. dto.	102P. 101 3/4 G.
„	4 1/2 pCt. Obl. 1/2jähr. dto.	102 P. 101 3/4 G.
„	4 pCt. Obl. 1jähr. dto.	98 7/8 G.
„	4 pCt. Obl. 1/2jähr. dto.	99 G.
„	4 pCt. Obl. Ab.-R. dto.	98 1/2 G.
„	3 1/2 pCt. Obl. dto.	—
Württemb.	4 1/2 pCt. Obl. b. Rothsch.	104 3/4 G.
„	3 1/2 pCt. Obl. dto.	95 3/4 P. 1/2 G.
Baden	4 1/2 pCt. Obl.	—
„	3 1/2 pCt. Obl. v. 1842	92 3/4 P. 92 G.
Gr. Hess.	4 1/2 pCt. Obl.	—
„	4 pCt. Obl. b. Rothsch.	100 3/4 P.
„	3 1/2 pCt. Obl. dto.	97 3/4 P.
Nassau	4 1/2 pCt. Obl. dto.	102 1/8 P.
„	4 pCt. Obl. dto.	99 1/2 P.
„	3 1/2 pCt. Obl. dto.	92 1/2 P.
Frankfurt	3 1/2 pCt. Obl.	95 1/4 P.
„	3 pCt. Obl.	—
Spanien	3 pCt. inl. Sch. P. à fl. 2. 30	—
„	2 1/2 pCt. „ „ „	—
Schweden	4 1/2 pCt. Obl. à 105 Thlr.	92 P.
N.Amerika	6 pCt. à 1000r. 1881 D. 2 1/2	—
„	6 pCt. ditto r. 1882 „	54 7/8—1/2 G.

Diverse Aktien.

Frankfurter Bank à fl. 500 . . .	148 3/4 P. 1/4 G.
K. K. Oesterr. National-Bankaktien	839 G.
Oesterr. Kreditbank-Aktien à fl. 200	196 1/2 P. 196G.
Bayer. Hypothekenb. Pfandbriefe 4 pCt.	98 P. 97 3/4 G.
Darmst. Bank 1. u. 2. Serie à fl. 250	237P. 236 1/2 G.
Weimarische Bank à Thlr. 100 . .	100 1/2 G.
Mitteldeutsche Kreditaktien . . .	100 1/2 G.
Intern. Bank in Lux. à 250 Frs. à 28 kr.	—
Taunus-Eisenbahn à fl. 250 . . .	350 P. 349 G.
Frankfurt-Hanauer-Eisenbahn . . .	101 5/8 G.
Oest. F.St.Eisb. 5pCt. 500 Fr. à 28 kr.	—
„ Elisab.-Eisenbahn 5 pCt. . .	118 P.
Böhm. Westbahn-Aktien à fl. 200 6/7	—
Rhein-Nahe-Bahn 200 Thl. à 105 4pCt. Z.	29 5/8 G.
Ludwigshafen-Bexbacher à 4 pCt. .	148 1/2 G.
dto. dto. Prior. à 4 pCt.	97 1/2 P.
Pfälz. Maxb. b. Rothschild à 4 1/2 pCt.	107 1/2 P.
Oest. St.-Eisenb. Prior.-Oblig. à 3 pCt.	49 3/4 P.
Elisab.-Bahn Prior. 5 pCt. 6/7	—
Südd. Bank-Akt., 40 pCt. Einz.	260 P.
Span. Handels- und Industrie . .	—
Bayr. Ostbahn à 4 1/2 pCt. volleinbez.	114 1/4 G.
Bayer. Ostbahn mit 50 pCt. Einz.	113 5/8 G.

Wechsel in süddeutscher Währung.

Amst. fl. 100 k. S.	100 7/8 G.
Antwerp. Frs. 200 k.S.	94 3/8 G.
Augsb. fl. 100 k. S.	100 P.
Berlin Th. 60 k. S.	104 7/8 P.
Brem. 50 Th. Ld. k. S.	96 3/4 P.
Brüssel Frs. 200 k. S.	94 3/8 G.
Cöln Thlr. 60 k. S.	105 P.
Hamb. MB. 100 k. S.	89 1/4 P.
Leipzig Th. 60 k. S.	104 7/8 P.
London Lst. 10 k. S.	118 7/8 G.
Lyon Frs. 200 k. S.	—
Mail. Frs. 200 . .	94 1/4 G.
München fl. 100 k. S.	100 P.
Paris Frs. 200 k. S.	94 1/2—5/8 G.
Petersburg 60 S.-R.	—
Triest fl. 100 k. S.	—
Wien fl. 100 ö. W.	—
do. in öst. W. l. S.	104 3/8 P. 1/8 G.
Disconto	4 pCt. G.

Anlehens-Loose.

Oesterr. fl. 250 v. 1839	142 5/8 P.	Kurhess. Thlr. 40 b. R.	56 1/2 P.
„ fl. 250 v. 1854 mit 4pCt.	76 1/2 G.	Gr. Hessen fl. 50 b. R.	139 P.
„ fl. 500 v. 1860 6/7	83 7/8—5/8 G.	„ fl. 25 do.	37 P.
„ fl. 100 Eisb. L. v. 1858.	132 1/2 G.	Nassau fl. 25 bei Rothsch.	36 1/4 P.
„ do. v. 1864.	92 P.	Sardinische Fr. 36 b. B.	—
Schwed. 10 Thlr. Loose	9 1/2 P.	Neuchateler 10 Frs.-Loose	—
Badische fl. 50	124 3/4 P.	Freiburger 15 Frs.-Loose	—
Badische fl. 35	54 P. 53 3/4 G.	Mailänder 45 Frs. L. b. R.	32 7/8 P.
		St. Lüttich mit 2 1/2 pCt. Z.	34 P.
		Ansb.-Gunzenh. fl. 7-L.	10 7/8 P.

Frankfurt, 24. Februar. Bei vollkommener Geschäftsstille waren Kurse etwas matter. (Synd.)

An die
k. Hof- und Staatsbibliothek
1 N. Würzb. Ztg. München.

Neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht!

№ 57-58. | Vorausbezahlung: Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 1 fl. 30 kr. Bei Inseraten wird die dreispaltige Zeile in gewöhnlicher kleiner Schrift oder deren Raum im Hauptblatte mit 6 kr., im Anzeiger mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franco. | 62. Jahrgang. | Montag, 27. Februar 1865.

(Amtliche Nachrichten.) **München,** 23. Februar. Se. Maj. der König hat den zeitlich quiesc. Rentbeamten J. Lizius zur Dienstesaktivität berufen und demselben die Stelle eines Kontroleurs der k. Kreiskasse von Schwaben und Neuburg verliehen.

Die kathol. Pfarrei Balderschwang, k. Bezirksamts Sonthofen, ist mit einem fassionsmäßigen Reinertrage von 484 fl. 9 kr. 6 hl. in Erledigung gekommen.

Se. Maj. der König hat das Kurat- und Schulbenefizium Ritzisried, Bezirksamts Illertissen, dem Priester G. Jeger, Benefiziumsvikar zu Oy, Bezirksamts Kempten, übertragen; die Errichtung einer weiteren Advokatenstelle am Bezirksg. Traunstein genehmigt und diese Stelle dem geprüften Rechtspraktikanten und derm. Advokaten-Konz. M. Schaaf von Landshut verliehen.

München, 25. Febr. Die „Bayr. Z.“ schreibt: „Seit geraumer Zeit und namentlich in den jüngsten Tagen haben in- und ausländische Blätter mehr oder minder ausführliche und vielfach sich widersprechende Mittheilungen über die Stellung und die Verhältnisse gebracht, unter welchen der Komponist des „Tannhäuser“ ꝛc. in München lebt. Die einen wie die anderen dieser Berichte leiden an Unrichtigkeiten und Uebertreibungen, und die Wahrheit dürfte, wie überall, so auch hier in der Mitte liegen. Unseres Wissens, und wir glauben gut unterrichtet zu sein, ist auf der einen Seite der Einfluß, den man dem berühmten Komponisten in einem so ungewöhnlichen Grade zugeschrieben hat, ein sehr begrenzter und zwar ein rein idealer, der lediglich in dem Effekt besteht, welchen dessen Kompositionen durch ihren poetischen Reiz auf eine ideal angelegte Natur üben, ohne dieses eng begrenzte Gebiet je zu überschreiten. Andrerseits aber scheint dieser Erfolg zu einem Verkennen seines eigentlichen Grundes geführt und Einbildungen und Hoffnungen erregt zu haben, die mit der Wirklichkeit in thatsächlichem Widerspruche stehen. Möchten deshalb diese Andeutungen dazu dienen, ein richtiges Urtheil über die so viel mißdeutete Stellung des berühmten Tondichters bilden zu helfen und Uebertreibungen ein Ende zu machen, die von verschiedenen Seiten und in so verschiedener Weise daran geknüpft worden sind. Mit anderen Worten: Möge man nicht von einem Einfluße reden, der thatsächlich nicht besteht und nicht bestanden hat; möge man sich aber auch nicht Illusionen hingeben, die nur in einer falschen Auffassung und dem Verkennen einer Stellung beruhen, der, wie schon erwähnt, ein rein ideales Motiv zur Basis dient. Es werden dann wohl alle ungerechtfertigten Befürchtungen von selbst in Wegfall kommen können.“

Der „Allg. Z.“ wird aus **München** geschrieben: „Ob sogleich bei Beginn des Landtags auch die neuen Entwürfe zur sozialen Gesetzgebung Bayerns zur Vorlage gebracht werden können, erscheint noch ungewiß. Jedenfalls werden sie dann im Laufe des Landtags an denselben gebracht werden. An Arbeitsstoff wird es diesem inzwischen doch nicht fehlen, da außer den neuen Zollvereinsverträgen und dem neuen auf der Basis des französischen Handelsvertrags beruhenden Tarife auch noch die Rechnungsnachweisungen der Vorjahre, der Vorschlag auf Abkürzung der Finanzperioden und so manche andere Entwürfe an die Kammern gelangen werden.“

Berlin, 25. Februar. Man versichert, ein Telegramm der Wiener „Neuen Freien Presse“ vom 24. Februar, nach welchem in der Schleswig-Holsteinfrage zwischen Hrn. v. Bismark und Hrn. v. Oubril eine Punktation unterzeichnet und am 22. durch Kurier nach Petersburg befördert worden wäre, — sei vollständig erdichtet.

Berlin, 25. Febr. Die „Nordd. Allg. Zeitung“ meldet: „Am 23. Februar ist eine preußische Depesche, enthaltend die Bedingungen zur Sicherstellung der preußischen, sowie der deutschen Interessen in den Elbherzogthümern, nach Wien abgegangen.“

Aus dem Regierungsbezirk **Breslau** kommt eine Meldung darüber, wie den Ortsgemeinden die Regierungspolitik förmlich eingegossen werden soll. Da hat der Landrath (Landrichter) des Kreises Namslau dieser Tage folgende Verfügung erlassen: „Die Amtsblätter enthalten seit Anfang dieses Monats politische Artikel, in denen das Ministerium die Grundsätze, die dasselbe verfolgt, dem Lande offen darlegt. Da der Zweck, der damit verfolgt ist, nur dann erreicht werden kann, wenn diese Darlegungen allgemein bekannt werden, so ordne ich hiermit ausdrücklich an, daß diese

Feuilleton.

Das große Ostschiff und der neue atlantische Telegraph.

(Schluß.)

Endlich einigten sich Gläubiger und Kompagnie mit der „atlantischen Telegraphen-Konstruktion-Kompagnie,“ daß das „große Ostschiff“ für Legung des Telegraphen eingerichtet werde. Nun hat es eine große welthistorische Bestimmung. Es ist das einzige Fahrzeug, das diesen Telegraphenkabel auf einmal laden und ihn in ununterbrochener Länge durch den transatlantischen Ozean spinnen kann. Der frühere, viel dünnere Kabel ward von entgegengesetzten Seiten aus zwei großen Kriegsschiffen ausgesponnen und in der Mitte des Ozeans wahrscheinlich unvollkommen verbunden, so daß er nach einigen ohnmächtigen Versuchen hartnäckig seine Dienste versagte.

Das große Ostschiff erwartet jetzt auf dem Medwayflusse unterhalb Chatam, unweit der Themsemündung und des Meeres seine kostbare Fracht, nachdem die unteren ungeheuren Räume mit großen Kosten zu diesem Zwecke geändert und erweitert worden sind, so daß sie große, tiefe Seen bilden, welche die ungeheuren Kabelrollen aufnehmen sollen.

Man hat gefunden, daß die Aufbewahrung im Wasser für Erhaltung und Ausspinnung des Kabels vortheilhafter ist als die trockene. Das Schiff wird drei ungeheure Wasserbehälter bilden, in denen der Kabel in drei Rollen Aufnahme finden soll. Der eine fertige hat 58 Fuß Durchmesser und über 20 Fuß Höhe und besteht aus $^{5}/_{8}$ Zoll dicken Eisenplatten. Mit Anfang des Jahres sollte dieser zuerst mit etwa 900 Meilen Kabel gefüllt werden. Der zweite Behälter ist etwa eben so groß, nur der dritte bei gleichem Umfange 7 Fuß flacher. Um diese zu placiren, ist das ganze Mitteldeck, ein großer Theil der Salons und Kajüten herausgenommen und überhaupt das Innere ganz wesentlich verändert worden.

Um die eisernen Wasser- und Kabelbehälter mit gehöriger Widerstandskraft gegen den Druck der Lasten inwendig zu versehen, werden von allen Seiten Balken und Stemmkeile angebracht, wodurch der Druck des ungefähr 2500 Meilen langen und mehr als 100,000 Ctr. schweren Kabels zugleich mehr nach der Mitte hin gelenkt werden soll. Von den beiden großen Behältern soll jeder zwischen 8—900, der kleinere zwischen 6—700 Meilen aufnehmen. Im Ganzen sind 2253 Meilen nöthig, doch will man beinahe 200 Meilen mehr mitnehmen, um auf Krümmungen und sonstigen Mehrverbrauch vorbereitet zu sein.

Am 8. Januar waren in der Anstalt der Herren Glaß, Elliot und Komp. auf dem Morden-Werft bei Greenwich (Südosten von London) 800 Meilen fertig geworden und sollten zunächst in den fertigen, großen Behälter des großen Ostschiffes übersiedelt werden. Die großartigste und originellste Seilerwerkstatt in Greenwich vollendet im Durchschnitte wöchentlich 100 Meilen. Was dazu gehört, davon kann man sich in kleinen Umgebungen und Lebensverhältnissen kaum eine ferne Vorstellung machen.

Man bedenke nur, wie das Kabel gedreht und überzogen wird und aus wie viel verschiedenen Strähnen und isolirten, obwohl fest in einander gewundenen Drähten und Hüllen es gewunden ist. Der eigentliche Electricitätsleiter besteht aus einem isolirten, von sechs anderen isolirten Drähten umwundenen Kupferdrahte. Dieser Kupferdrahtstrang wird luft- und wasserdicht von einer pa-

Artikel des Amtsblattes stets in den Geboten vorgelesen werden, und, wo dies nicht geschehen sein sollte, nachträglich noch vorgelesen werden. Jede Nichtbefolgung dieser meiner Anordnung würde ich mich genöthigt sehen, mit Ordnungsstrafen von 1 bis 3 Thalern zu ahnden. Die Ortspolizeiverwaltungen verpflichte ich daher, meine Anordnung auf das strengste zu überwachen."

Wie der „Br. Ztg." aus **Glogau** geschrieben wird, soll der durch seine amtliche Erklärung in Sachen der Agnes Sander bekannt gewordene Auditeur Splittgerber vor Kurzem eine Gehaltszulage von 100 Thlrn. und vor einigen Tagen den Titel „Justizrath" erhalten haben.

Dresden. 25. Februar. Gegenüber entstehenden Behauptungen versichert das „Dresd. Journal", daß weder von Dresden noch von München aus dem Erbprinzen von Augustenburg die Appellation an die europäischen Mächte angerathen wurde.

Ueber die mehrbesprochene Unterredung zwischen Hrn. v. Beust und Hrn. v. Forth-Rouen gibt eine offiziöse Korrespondenz aus **Dresden** in der „Frkft. Postztg." folgende Auskunft: „Nicht etwa in besonderer Besprechung, sondern in einer der regelmäßigen wöchentlichen Gesandtenkonferenzen beim Minister des Auswärtigen wurde von der Unterhaltung des Letzteren mit Baron Forth-Rouen auch die Herzogthümerfrage gelegentlich berührt und erfolgte im Laufe des Gesprächs eben so beiläufig die Bemerkung des Herrn v. Beust, Frankreich scheine dazu eine „gleichgiltige" Stellung genommen zu haben. Diese Aeußerung, welche der Gesandtschaftsbericht des Baron Forth-Rouen mitgetheilt haben mag, wurde vom französischen Kabinet aufgefaßt; dasselbe verbreitete sich in einer Depesche an seinen Gesandten über die (im Gelb- und Blaubuch ebenfalls dargelegten) Gründe seiner Reserve. Baron Forth-Rouen las nun allerdings diese Depesche Hrn. v. Beust vor, aber dieser fand weder in der Sache selbst eine Veranlassung, auf dieselbe weiter einzugehen, noch konnte die Fassung der Note eine Antwort erwarten lassen."

Karlsruhe. 25. Februar. Die „Karlsr. Ztg." theilt den Wortlaut eines Ministerialerlasses an die Bezirksämter mit, wodurch die letzteren angewiesen werden, den Personen, welche Bittschriften und Eingaben in Betreff des Schulgesetzes an den Großherzog oder das Staatsministerium gerichtet haben, die geeignete Belehrung zu Theil werden zu lassen, insbesondere dieselben darüber zu beruhigen, daß Seitens der Regierung nicht im Entferntesten der Versuch gemacht sei oder je gemacht werden würde, die Gewissensfreiheit zu beschränken oder den Interessen der katholischen Kirche zu nahe zu treten.

Braunschweig. (Brand des herzogl. Schlosses.) Donnerstag, den 23. Februar Abends $8^1/_2$ Uhr, entstand Feuerlärm und es verbreitete sich die Nachricht, daß es im herzoglichen Schlosse, wo kaum seit einer halben Stunde ein großer Hofball begonnen, in den Zimmern des Herzogs brenne. Militär, Spritzen und Feuerwehr eilten augenblicklich herbei. Man sah von außen im nördlichen Flügel ein oder zwei Fenster ungewöhnlich erleuchtet. Nach Verlauf von kaum 10 Minuten verschwand unter den Händen der zur Rettung herbeigeeilten und in Masse auf dem Schlosse selbst versammelten Menschen der Feuerschein. Es hieß, das Feuer sei gedämpft und die Zuschauer zerstreuten sich. Auf dem Schlosse nahm der Ball ruhig seinen Fortgang. Kaum waren jedoch 10 Minuten vergangen, als die Feuersignale von allen Thürmen der Stadt erschallten. Das Feuer war, vermuthlich durch eine hölzerne, in dem Wandgetäfel versteckte Wendeltreppe, aus dem mittleren Stocke in den oberen Stock gelangt und man sah sehr bald die Flammen aus dem Dache hervorlecken. Trotzdem, daß die städtische Wasserleitung sehr bald ihre Schleusen aus den Ventilen öffnete, Spritzen und Mannschaften in genügender Anzahl vorhanden waren, nahmen die Flammen große Dimensionen an. Man sah, der nördliche Flügel, die eigentliche Wohnung des Herzogs, war verloren. Da jedoch nur ein ganz schwacher Wind aus Süden wehte, fürchtete Niemand das, was noch kommen sollte. Die Gluthmassen wurden vom Schlosse abgetrieben und es war nach menschlicher Berechnung keine Gefahr für die Hauptfaçade, worauf die herrliche Quadriga in stiller Majestät thronte, vorhanden.

Ein rettender Gedanke hätte noch den größten Theil des Schlosses erhalten können. Man hatte jedoch noch immer nicht eingesehen, daß das Feuer gleich von Anfang an das Dachgebälke erfaßt hatte und sich hier unter dem Schutze der metallenen Bekleidung schnell fortsetzte, durch die in Intervallen vorhandenen Treppen sich wiederum den unteren Etagen mittheilte und so mit rapider Schnelligkeit gegen den Wind seine Verheerungen anrichtete. Sehr bald züngelten um den erhöhten Thron der Brunonia die verheerenden Flammen. Trauer überkam die Bevölkerung. Um $10^1/_2$ Uhr stürzte die hinter der Quadriga befindliche Rotunde, welche die Aufgänge zum Thron- und Ballsaale enthielt, mit furchtbarem Gekrache zusammen, und ein Flammenmeer erhob sich aus der steinernen Umhüllung. Die eiserne Unterlage der Quadriga neigte sich um einige Fuß. Blaue und rothe Flammen umspielten nun den Fuß der Quadriga zu ihrer schauerlichen Grabesfeier. Noch ein paar Minuten der bangsten Erwartung und die Brunonia stürzte mit Roß und Wagen mit Donnergekrache in das Feuermeer.

Die Tragweite der ganzen Verwüstung wird noch nicht er-

---

tentirten harzigen Komposition (genannt Chatterton compound) eingeschlossen.

Um diesen schließt sich der äußere Schutzmantel, bestehend aus zehn Drähten, die in einer besonderen Anstalt von besonders ausgesuchtem gleichmäßigem Eisen gezogen wurden.

Jeder dieser Drähte ist dicht mit fünfsträhnigem Manillagarn und einer schützenden harzigen Masse umschlossen. Diese fünf gewundenen Drähte werden noch um den Kupferdrahtstrang, nachdem dieser vorher mit Pech und Hanf umsponnen ward, dicht spiralförmig herumgewunden. Diese Drähte und Garne und Gespinnste würden einzeln xmal um die ganze Erde herumreichen (ich habe vergessen wie oft). Von Interesse ist hier besonders der Unterschied des jetzigen Kabels von dem 1858 gelegten und verunglückten. Allgemein genommen ist ersterer noch einmal so stark und dick, aber auch die Zusammenspinnung und Isolirung ist eine ganz andere, vollkommenere. Die isolirende Masse besteht in beiden aus Guttapercha, aber der neue enthält je vier Guttapercha-Ueberzüge zwischen dünnen Schichten der Chatterton-Komposition, wodurch eine Sicherheit erreicht ist, welche die frühere siebenmal übertrifft. Der frühere Kabel hatte eine Festigkeit von 65 Centnern, der neue hingegen reißt erst durch ein Gewicht von 155 Centnern. Ohne die Unterschiede und Verbesserungen in's Einzelne zu verfolgen, kann man aus diesem einzigen Verhältnisse von 65 auf 155 auf alle anderen schließen.

Nach Versuchen, die mit vielen hundert Meilen des neuen Kabels gemacht sind, hofft man in der Minute 12 Worte durch den atlantischen Ocean herüber und hinüber telegraphiren zu können, also in der Stunde schon eine hübsche Rede oder sonstiger Extract wichtiger Neuigkeiten.

In fünf Monaten, also gerade zur günstigsten Jahreszeit, hofft man mit allen Vorbereitungen fertig zu sein, so daß das riesige Schiff im Juni seine große, Welttheile, alte und neue Welt friedlich verbindende Reise wird antreten können. Da man nun auch von Rußland her telegraphisch vorrückt, wird das telegraphische Friedensband um die Erde herum bald vollendet sein und der Kanonen- und Kriegsteufel bedeutend an Kraft und Kredit verlieren.

Vermischtes.

Paris, 23. Febr. Von den verschiedensten Seiten erheben sich Mahnungen und Betrachtungen über den übermäßigen Luxus, der jetzt mit Stoffmangel in den oberen Partien der feinen Damentoiletten getrieben wird. Man kann sich nicht mehr mit Anstand auf einem vornehmen Balle in einem anständig schließenden Kleide sehen lassen. Das Habillé ist entschieden zum Deshabillé degradirt, und diejenige Dame ist am besten gekleidet, die es am Wenigsten ist. Edmund Texier sagt im „Siecle": „Was noch heute vom Leibe (corsage) übrig geblieben ist, verlohnt sich kaum der Rede. Unsere Damen bekleiden sich jetzt, wie die Frauen der Wilden in den südamerikanischen Wäldern, mit — Halsbändern. Auch Hr. Venet, im „Monde," sagt: „Wenn sich heute eine unserer Modeprinzessinnen im Ballanzug öffentlich zeigte, so würde sie der erste beste Sergant de Ville einsperren und das Polizeigericht sie verurtheilen." Bei dem letzten Balle des Hrn. Haußmann im Stadthause fuhr eine ältliche Dame vor, welche ihre junge Nichte begleitete. Sie trug ein sehr geschmackvolles grauseidenes Kleid, mit allem Zubehör von Spitzen, Diamanten ꝛc., allein das Kleid ging zu weit herauf. Der Huissier erklärte, nach einem kurzen, prüfenden Blick, das sei keine Balltoilette und verweigerte den Eingang. Die Dame bittet, reklamirt, beruft sich auf ihr Alter und ihre schwache Gesundheit, und da Nichts hilft, wird der Hr. Oberhuissier gerufen, der mit großem Aplomb den Spruch seines Untergebenen in zweiter Instanz bestätigt. „Wer krank und alt ist, der soll zu Hause bleiben," lautete der Bescheid des städtischen Cerberus. Endlich verstand man sich dazu, die Karte der unglücklichen Dame bis zu den Augen des Hrn. Präfekten gelangen zu lassen, worauf dieser die Zulassung der anstößigen Toilette verfügte.

kannt, und doch wird sie für Land und Stadt von unberechenbaren Folgen sein.

Schweiz. Der jetzt entlassene polnische General Langiewicz wird seinen Aufenthalt in Solothurn nehmen. Er ist Ehrenbürger des Solothurner Ortes Grenchen.

Niederlande. In sehr vielen Blättern (unter anderen auch in der „Allg. Zeitung" vom 11. Februar) fand sich jüngst die Notiz, der niederländische Ministerresident, Graf Louis Duchastel, habe gegen die Heiligsprechung der sogenannten Martyrer von Gorkum protestirt und sie für eine Beleidigung seines Herrscherhauses erklärt, denn diese Martyrer von Gorkum seien Soldaten des Herzogs Alba gewesen, welche im niederländischen Befreiungskriege von Soldaten des Prinzen von Oranien getödtet wurden. Die historische Wahrheit aber, worauf dieser Protest basirt, ist nach der „Bayer. Z." eine andere. Dem genannten Blatt schreibt man hierüber: „Die angeblichen Soldaten waren 19 Kleriker, worunter 17 Priester und mehrere von ihnen bereits im 60., einige im 70. und einer im 90. Jahre sich befanden. Diese Kleriker sind im Kampfe weder ergriffen noch getödtet worden; denn sie waren zu Gorkum, als die Stadt in die Hände der Niederländer unter der Bedingung kam, daß den Einwohnern kein Leid zugefügt werden dürfe. Aber entgegen den Kapitulationsbedingungen wurden die fraglichen Kleriker wegen ihres Standes ergriffen und nach Brille geführt, wo sie den Tod wegen ihrer Anhänglichkeit an Rom und ihres Glaubens an das Altarssakrament erlitten. Man nähte sie lebendig und nackt in Säcke ein, welche mit Ratten gefüllt waren, und übergab sie diesen als Beute. Das ist geschichtliche Thatsache."

Brüssel, 24. Febr. Heute hielt die zweite Kammer eine lange sehr stürmische Sitzung. Die Debatte drehte sich um die belgisch-mexikanische Expedition. Patriotische Proteste wurden von der Linken und von der Rechten gegen jede Einmischung des belgischen Kabinets in Mexiko erhoben.

London, 24. Febr. In der heutigen Sitzung des Unterhauses erwiederte Hr. Layard auf eine Interpellation des Herrn Maguire: Frankreichs Vermittlung sei in dem Streite zwischen Brasilien und Montevideo erbeten worden, England, dessen Vermittlung nicht erbeten worden sei, bleibe neutral. Gomez und andere Offiziere seien in Paysandú kaltblütig erschossen worden.

Paris, 24. Februar. Aus Rom wird einem italienischen Blatte geschrieben: „Die Kongregation des Index hat vom Papste Weisung erhalten, sorgfältig den ersten Band des Kaisers Napoleon über das Leben Cäsar's sofort nach dessen Erscheinen zu prüfen. Pius IX. wünscht ein Exempel seiner geistlichen Gewalt und Unabhängigkeit zu geben und will das Buch auf den Index setzen, wenn es Meinungen enthalten sollte, die dies nöthig machten."

Paris, 24. Febr. Gestern hat die Adreß-Kommission des Senates ihre Fragenliste an den Minister gesandt. Schon nächste Woche sollen die öffentlichen Sitzungen des Senates beginnen. Die Ausschließung der Herren Darimon und Ollivier von der Opposition macht Aufsehen. Die Gesetzvorschläge der Regierung, die unter sehr pomphaften Namen wie Decentralisirung u. s. w. angekündigt wurden, werden nicht den von ihnen gehegten Erwartungen entsprechen. Namentlich ist der Entwurf über die Decentralisirung sehr unbedeutend ausgefallen. Die Regierung verspricht, 40,000 Mann heimzuschicken, und Italien soll eine abermalige Reduktion von 38,000 Mann vornehmen. — Die internationale Telegraphen-Konferenz, welche den 1. März zusammentritt, wird die Vertreter sämmtlicher Regierungen Europa's in ihrer Mitte zählen, und wie in gut unterrichteten Kreisen verlautet, hat die Gleichförmigkeit sämmtlicher Telegraphentaxen große Aussicht, angenommen zu werden.

Turin, 25. Febr. Der König geht nächsten Mittwoch nach Mailand. Die Kammer ist bis zum 6. März vertagt.

Venedig, 21. Febr. Aus dem Trevisanischen laufen hier sehr betrübende Nachrichten über das Auftauchen von größern Räuberbanden ein, welche zahlreiche Invasionen von Bauernhöfen vornehmen. Eine dieser Banden hat ihren Schlupfwinkel in dem sog. Bosco mantello — dem venetianischen Boulogner Wäldchen, und soll über 20 Köpfe, meist rückgekehrte Emigranten, Deserteure der piemontesischen Armee und ähnliches Gesindel, stark sein. Von Treviso ist zu deren Verfolgung bereits Militär, Gendarmerie und Polizei abgezogen. Unsere Italianissimi machen diese Räuberbanden natürlich zu neuen Guerillas, in Wahrheit aber sind es ganz gemeine Räuber, deren praktische Tendenz der — Straßenraub ist. — Vorgestern wurde hier ein Todesurtheil gegen einen Landmann gefällt, welcher im Auftrag der Gattin eines Bekannten und für den Lohn von 20 Fres. den Gatten der Auftraggeberin meuchlings ermordet hatte. Die tugendhafte Gattin wurde zu 20jähriger Kerkerhaft verurtheilt.

Hiezu die Beilage: „Würzburger Anzeiger".

Verantwortlicher Redakteur: A. Hartmann.
Druck und Verlag der Stahel'schen Buch- und Kunsthandlung in Würzburg

Schuldverschreibungen von Standesherren und Privaten.

Frankfurter Börse.

				G.	P.
4	pCt.	Herz.	Lucca, alte b. Rothsch.	G.—	P.74
4	„	„	do. neue b. „	—	84
3½	„	Landgräfl.	H.-Homb. b. „	—	94
3½	„	Fürstl.	Löwenst.-Werth. (bad.)	—	94
3½	„		do. (bayer.)	—	—
3½	„	„	Fürstenberg b. Rothsch.	—	94½
3½	„	„	„ „	—	—
3½	„	„	Leiningen P. N. Schm.	—	94
3	„	„	„ „	—	82
4	„	„	Oettingen-Wallerstein	—	99
4	„	„	Esterhazy P. Galantha	59	61
3½	„	„	Isenburg-Birstein b. R.	—	93
4	„	„	Schwarzenberg	—	72
4	„	„	Palffy b. Arnst. u. Eskel.	—	83
4	„	Gräfl.	Erbach-Fürstenau b. S.	—	99
4	„	„	Palffy, Ferd. Leop., b. S.	—	62

				G.	P.
4	pCt.	Gräflich	St. Genois b. Schm.	G.—	P.72
4	„	„	Szapary b. Rothsch.	—	50
4	„	„	Schönborn b. Schm.	—	60
4	„	„	Sandor b. Rothsch.	—	58
4	„	„	Strachwitz b. Schm.	—	50
4	„	„	Hugo Eltz	—	85
4	„	„	Viczay b. Rothsch.	—	60
4	„	„	Nizky b. Rothsch.	—	—
4	„	„	Hunyady b. Rothsch.	—	—
4½	„	„	Batthyany Joh. Bapt.	—	76
4½	„	„	Batthyany Gustav	—	71
4½	„	„	Orczy b. Schmidt	—	72
4½	„	„	Sztaray „	—	70
4½	„	„	Karoly bei Biedermann	—	70
4½	„	„	Pejacsevich b. Schuller & Co.	—	70

Anlehens-Loose.

Fürstl. Esterhazy 40 fl. Loose	—.——.——
„ Windischgrätz 20 fl. Loose	18.75—19.25
„ Salm-Reifferscheid 40 fl. L.	31.25—31.75
„ Palffy 40 fl. Loose	29.75—30.25
„ Clary 40 fl. Loose	31.50—31.—
Gräflich Keglevich 10 fl. Loose	14.50—15.—
„ Waldstein-Wartenb. 20 fl. L.	19.75—20 25
„ St. Genois 40 fl. Loose	29.50—30.—
Stadt Triester 100 fl. Loose	108.——109.—
Donau-Dampfschifff. 100 fl. L.	90.50—91.—
Dessauer 100 Thlr.-Loose	———

Nr. 326.

Amortisations-Edikt.

Amortisation von Hypothekenforderungen betr.

Vom k. Landgericht Werneck.

In den Hypothekenbüchern für Kützberg sind für die nachbezeichneten Debitmassen und resp. Gläubiger die beigesetzten Forderungen und Kaufschillinge nebst Eigenthumsvorbehalten eingetragen, bezüglich welcher Einträge die Nachforschungen nach deren rechtmäßigen Inhabern fruchtlos geblieben und von dem Tage der letzten auf diese Forderungen sich beziehenden Handlungen an gerechnet mehr als 30 Jahre verflossen sind.

Im Hinblick auf §. 82 des Hypothekengesetzes werden daher auf Antrag der Besitzer alle Diejenigen, welche Rechte auf diese Forderungen zu haben glauben, zur gerichtlichen Geltendmachung derselben

binnen 6 Monaten

andurch aufgefordert, widrigenfalls nach Ablauf der Frist die Forderungen für erloschen erklärt und die Einträge im Hypothekenbuche gelöscht werden.

Werneck, den 20. Oktober 1864.

Der königliche Landrichter.
Huler.

[3c] Meisner, Funktionär.

Laufende Nr.	Name des eingetragenen Schuldners.		Name des eingetragenen Gläubigers.	der Hypotheke Betrag fl.	kr.	Rechtstitel 2c.	Hyp.-Buch Bd. Seite.
1	Rückert, Johann,	zu Kützberg,	Die Debitmasse des Nikolaus Müller zu Kützberg.	15	15	Güterkaufschilling, zahlbar Weihnachten 1827 mit 1830 laut Hypothekeneintrag vom 27. April 1827 und Strichsprotokoll vom 25. Januar 1827.	II. 233.
2	Rehm, Michael	„	„	24	15	„	„ 235.
3	Dees, Karl,	„	„	25	15	„	„ 239.
4	Beth, Nikolaus,	„	„	25	15	„	„ 241.
5	Dietz, Johann,	„	„	25		„	„ 247.
6	Hederich, Georg,	„	„	10		„	„ 257.
7	Kiesel, Sebastian, und Warmuth, Andreas,	„	„	8	5	„	„ 269.
8	Hederich, Kaspar,	„	„	10	5	„	„ 303. III. 485.
9	Hartlieb, Michel,	„	„	15	30	„	II. 305.
10	Mai, Franz,	„	„	33	5	„	„ 309.
11	Seuffert, Andreas,	„	„	22	5	„	„ 313.
12	Stürmer, Johann,	„	„	16		„	„ 231.
13	Dees, Adam,	„	„	19	35	„	„ 243.
14	Seuffert, Andreas,	„	„	17	5	„	„ 253.
15	Kiesel, Michel, alt	„	„	11	5	„	„ 261.
16	Kund, Joachim,	„	„	10		„	„ 263.
17	Hederich, M., u. Wagner, K.	„	„	18	10	„	„ 311.
18	Weigand, Valentin,	„	„	8	5	„	„ 319.
19	Kiesel, Michael, alt	„	„	10		„	III. 533.
20	Dietz, Johann,	„	„	27	5	„	„ 519.
21	Dees, Michael,	„	„	1	50	„	„ 529.
22	Kund, Joachim,	„	„	11	25	„	„ 495.
23	König, Martin,	„	„	10	5	„	„ 515.
24	Pfister, Georg,	„	„	2		„	„ 541.
25	Hartlieb, Konrad,	„	„	7	15	„	„ 493.
26	Dees, Karl,	„	„		35	„	„ 483.
27	Weber, Leonard,	„	„	11	45	„	„ 531.
28	Dees, Kaspar, jung,	„	„		55	„	„ 537.
29	Kaiser, Martin,	„	„	5	20	„	„ 517.
30	Hetterich, Martin,	„	„	1	15	„	„ 499–501.
31	Kund, Joachim,	„	„	14	30	„	„ 497.
32	Hetterich, Martin,	„	„	6	30	„	„ 503.
33	Dees, Johann,	„	„	46	5	„	„ 487.
34	Klein, Jos. u. Kiesel, Seb.	„	„	11	40	„	II. 267.
35	Hartlieb, Konrad,	„	„	15		„	„ 317.
36	Derselbe,	„	„	3	45	„	III. 491.
37	Drescher, Michel, alt und Krieger, Johann,	„	„		25	„	„ 507.
			„		10	„	„ 511.
38	Drescher, Andreas,	„	„	5	5	„	„ 513.
39	Drescher, Adam,	„	„	10	15	„	„ 521.
40	Waigand, Valentin,	„	„	2	35	„	„ 523.
41	Waigand, Michael,	„	„	5	25	„	„ 525.
42	Stürmer, Johann,	„	Die Konkursmasse des Martin Bäz von Kützberg.	7[illegible]		Kaufschillingsrest laut Strichsprotokoll vom 10. März 1825 und Hypothekeneintrag vom 17. Mai 1826.	„ 1.
				1			„ 5.
43	Derselbe,	„	„	80		„	„ 3.
44	Kaiser, Johann,	„	„	15	30	„	„ 13.
45	Lammer, Michael,	„	„	54	30	„	„ 15.
46	Kiesel, Michael, jung,	„	„	9	15	„	„ 29.
47	König, Jakob,	„	„		10	„	„ 33.
48	Krieger, Johann,	„	„	1	30	„	„ 35.
49	Dees, Andreas,	„	„	25	45	„	„ 39.
50	Jahresdörfer, Lorenz,	„	„	36	30	„	„ 41.
51	Dees, Adam,	„	„	12		„	„ 43.
52	Kaiser, Martin,	„	„	10	55	„	„ 45.
53	Kund, Joachim,	„	„	41		„	„ 9.
54	Seuffert, Michael,	„	„	6	10	„	„ 31.
55	Drescher, Michael, alt,	„	„		35	„	„ 19.
56	Wagner, Kaspar,	„	„	18		„	„ 47.
57	Rehm, Michael,	„	„	141		„	„ 97.
58	Mai, Franz,	„	„	257		„	„ 55.
59	Hartlieb, Michael,	„	„	11	10	„	„ 91.
60	Derselbe,	„	„	5	55	„	„ 93.
61	Müller, Nikolaus,	„	„	26	55	„	„ 49.
62	Krieger, Barbara,	„	„	11	30	„	„ 81.
63	Dees, Michel, und Dees, Karl,	„	„		10	„	„ 59.
			„		15	„	„ 63.
64	Beth, Nikolaus,	„	„	98		„	„ 75.
65	Pfister, Georg,	„	„	17		„	„ 85.
66	Kiesel, Bernard,	„	„	34	30	„	„ 79.
67	Kiesel, Sebastian,	„	„	49	30	„	„ 51.
68	Derselbe,	„	„	56	45	„	„ 53.
69	Herold, Martin,	„	„	7	15	„	„ 57.
70	Drescher, Michael, alt,	„	„	44		„	„ 27.
71	Dees, Andreas,	„	„	5	10	„	„ 37.
72	Dees, Karl,	„	„	12	10	„	„ 61.
73	Klein, Joseph,	„	Hona Frankenburger von Obbach als Cessionar des Ad. Drescher in Kützberg.	18		Kaufschillingsrest laut Strichsprotokoll vom 28. Nov. 1815 und Hypothekeneintrag vom 19. April 1825.	I. 567.
74	Engel, Kunigunde, Wb.,	„	Die Erben des Hona Frankenburger v. Obbach im K. Kuhn'schen Debitwesen.	3		Kaufschillingsrest laut Strichsprotokoll vom 28. April 1823 und Hypothekeneintrag vom 19. April 1825.	„ 629.
75	Kund, Joachim,	„	„	34		„	„ 631.
76	Kiesel, Sebastian, alt	„	Curatel der Margarethe Kiesel in Kützberg.	110		Voraus laut Hypothekeneintrag vom 14. Juli 1824.	„ 19.
77	Dees, Adam,	„	Curatel über Georg Stürmer in Kützberg.	27		Kaution laut Eintrag vom 14. Juli 1824.	„ 1–3.
78	Fuchs, Anna, Wittib,	„	Die Elisab. Fuchs'sche Curatel in Kützberg.	125		mit 5% verzinsl. Kapital laut Hypothekeneintrag vom 20. August 1825.	„ [illegible]–217.
79	Dees, Nikolaus, und Dees, Michael,	„	Die ? Kömm'sche Curatel in Kützberg.	100		Kaufschillingsrest laut Strichsprotokoll vom 1. Febr. 1811 und Hypothekeneintrag vom 19. April 1825.	„ [illegible]–486. „ 487–500.
80	Bieber, Jakob,	„	„	120		„	„ 501–514.
81	Drescher, Andreas,	„	„	125		„	
82	Klein, Joseph,	„	Abraham Frankenburger von Obbach und Consorten?	19		Kaufschillingsrest laut Strichsprotokoll vom 18. April 1817 und Hypothekeneintrag vom 19. Mai 1825.	„ 561–563.
83	Klein, Marg., Wittib,	„	„	60		„	„ 566.

Digitized by Google

An die
k. Hof- und Staatsbibliothek
München.
1 N. Würzb. Ztg.

Neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht!

№ 59. | Vorausbezahlung: Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 1 fl. 30 kr. Bei Inseraten wird die dreispaltige Zeile in gewöhnlicher kleiner Schrift oder deren Raum im Hauptblatte mit 6 kr., im Anzeiger mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franco. | 62. Jahrgang. | Dinstag, 28. Februar 1865.

Auf die „Neue Würzburger Zeitung“ kann für den Monat März sowohl in der Expedition, wie bei allen königl. Postämtern abonnirt werden.

Napoleons Vorrede zum Leben Julius Cäsar's.

Paris, 25. Febr. Der kleine „Moniteur“, sowie „Patrie“ und „Constitutionnel“ bringen heute die Vorrede zum kaiserlichen Werke: „L'histoire de Jules César“. Louis Napoleon sucht darin, wie auch zu erwarten stand, die Nothwendigkeit des zweiten Kaiserreiches zu rechtfertigen, es als eine Institution darzustellen, die, da sie der Vorsehung ihren Ursprung verdanke, sich nicht allein Frankreich, sondern auch die Welt gefallen lassen muß. Doch lassen wir Napoleon III. selbst sprechen:

„Die historische Wahrheit sollte eben so heilig sein, als die Religion. Wenn die Vorschriften des Glaubens unsere Seele über die Interessen dieser Welt erheben, so flößen uns die Lehren der Geschichte ihrerseits die Liebe zum Schönen und Gerechten ein und den Haß dessen, was dem Fortschritte der Menschheit Hindernisse in den Weg legt. Diese Lehren erheischen gewisse Bedingungen, um nützlich sein zu können. Die Thatsachen müssen mit einer strengen Genauigkeit dargestellt, die politischen und sozialen Veränderungen philosophisch analysirt werden, und der pikante Reiz der Einzelheiten des Lebens der Staatsmänner darf die Aufmerksamkeit weder von ihrer politischen Rolle ablenken, noch ihre göttliche Sendung vergessen lassen.

„Zu oft stellt uns der Schriftsteller die verschiedenen Phasen der Geschichte als plötzliche Ereignisse dar, ohne in den früheren Thatsachen ihren wahrhaften Ursprung und ihre natürliche Folge aufzusuchen; er ist ähnlich dem Maler, der, indem er die Zufälligkeiten der Natur darstellt, sich nur an ihren malerischen Effekt hält, ohne in seinem Gemälde die wissenschaftliche Demonstration geben zu können. Der Geschichtschreiber muß mehr als ein Maler sein; er muß, wie der Geologe, welcher die Phänomene des Weltalls erklärt, das Geheimniß der Umgestaltung der Gesellschaften aufdecken. Welches ist aber das Mittel, um, wenn man Geschichte schreibt, zur Wahrheit zu gelangen? Es sind die Regeln der Logik. Halten wir es zuerst für sicher, daß eine große Wirkung immer eine große Ursache hat, niemals eine kleine; mit anderen Worten: ein dem Anscheine nach unbedeutender Zufall führt niemals wichtige Resultate herbei, ohne daß neben ihm eine Sache besteht, welche gestattet, daß dieser unbedeutende Zufall eine große Wirkung hervorbringt. Der Funke bringt nur dann eine große Feuersbrunst hervor, wenn er auf im Voraus gesammelte brennbare Stoffe fällt. Montesquieu bekräftigt diesen Gedanken folgendermaßen: „Es ist nicht das Glück,“ sagt er, „welches die Welt beherrscht.“ Es gibt allgemeine, seien es moralische oder physische Ursachen, welche in jeder Monarchie thätig sind, sie erheben, erhalten oder in den Abgrund stürzen. Alle Zufälligkeiten sind diesen Ursachen unterworfen, und wenn der Zufall z. B. einer Schlacht, d. h. eine besondere Ursache, den Staat ruinirt hat, so muß es eine allgemeine Ursache gegeben haben, die Schuld daran war, daß dieser Staat durch eine einzige Schlacht untergegangen ist; mit Einem Worte: die Hauptursache reißt alle besondern Zufälligkeiten mit sich.

„Wenn während beinahe tausend Jahren die Römer aus allen harten Prüfungen und aus den größten Gefahren immer als Sieger hervorgegangen sind, so bestand eine allgemeine Ursache, welche sie immer stärker machte, als ihre Feinde, und die gestattete, daß partielle Niederlagen und Unglücksfälle den Fall des Reiches nicht nach sich zogen. Wenn die Römer, nachdem sie der Welt das Beispiel eines Volkes, das sich durch die Freiheit konstituirt und groß ward, gegeben haben, seit Cäsar den Anschein haben, sich blindlings in die Knechtschaft zu stürzen, so besteht ein allgemeiner Grund, der unglückseliger Weise die Republik verhinderte, zur Reinheit ihrer alten Institutionen zurückzukehren. Die neuen Bedürfnisse und Interessen einer in der Gährung begriffenen Gesellschaft erheischten zu ihrer Befriedigung andere Mittel. In derselben Weise, in der uns die Logik in den wichtigeren Ereignissen den Grund ihrer Unabweisbarkeit darthut, eben so muß man in der langen Dauer einer Institution den Beweis ihrer Güte, und in dem unbestreitbaren Einflusse eines Mannes auf sein Jahrhundert den seines Genies anerkennen.

Die Aufgabe besteht demnach darin, das belebende Element, welches der Institution Kraft verlieh, wie die vorwaltende Idee aufzusuchen, die den Menschen handeln läßt. Dieser Richtschnur folgend werden wir die Irrthümer derjenigen Geschichtschreiber vermeiden, welche die Thaten vergangener Zeitalter sammeln, ohne sie je nach ihrer philosophischen Bedeutsamkeit zu ordnen, und derart das Tadelnswerthe verherrlichen, und dasjenige in Schatten stellen, was Licht verlangt. Nicht eine ins Kleine gehende Darstellung der römischen Organisation kann uns die Dauer eines so großen Reichs begreiflich machen, sondern das tiefe Studium des Geistes seiner Institutionen; so kann uns auch nicht die genaue Aufzählung aller und der geringsten Handlungen eines hervorragenden Menschen das Geheimniß seiner Mächtigkeit enthüllen, wohl aber das aufmerksame Erforschen der erhabenen Beweggründe seiner Handlungsweise.

Wenn außergewöhnliche Handlungen ein gewaltiges Genie kundthun, was ist denn wohl dem gesunden Menschenverstande mehr entgegen, als ihm alle Leidenschaften und Gefühle der Mittelmäßigkeit beizulegen? Was verkehrter, als die Ueberlegenheit solcher bevorzugten Wesen zu verkennen, die von Zeit zu Zeit in der Geschichte wie Leuchtthurmlichter erscheinen, die Finsternisse ihrer Zeit zerstreuen und die Zukunft erleuchten? Eine solche Ueberlegenheit zu läugnen, hieße überdies die Menschheit beschimpfen, denn man müßte annehmen, daß sie im Stande wäre, auf die Dauer und aus freien Stücken eine Beherrschung zu erdulden, die weder auf einer wahrhaften Größe noch auf einer unbestreitbaren Nützlichkeit beruhte. Seien wir logisch, so werden wir auch gerecht sein.

Nur zu viele Geschichtschreiber finden es leichter, Männer von Geist und Genie herabzuziehen, als sich in edler Begeisterung zu ihrer Höhe emporzuschwingen, indem sie deren weitaussichtige Absichten durchdringen. So hat man in Bezug auf Cäsar, anstatt uns Rom darzustellen, wie es, zerrissen durch Bürgerkrieg, verderbt durch Reichthum, seine althergebrachten Institutionen mit Füßen tritt, wie es dann, bedroht durch die mächtigen Völkerschaften der Gallier, Germanen und Parther nicht mehr im Stande ist, sich ohne eine mehr centralisirte, mehr stabile und mehr gerechte Gewalt aufrecht zu erhalten, anstatt, sage ich, ein der Art getreues Bild zu zeichnen, stellt man uns Cäsar dar, als ob er von Jugend auf nach der höchsten Gewalt gestrebt habe. Wenn er gegen Sulla auftritt, mit Cicero uneins ist, sich mit Pompejus verbindet, so thut er dies nur in Folge seiner weitsehenden Schlauheit, welche Alles durchschaut hat, um Alles zu unterjochen; wenn er sich nach Gallien wirft, so thut er es nur, um aus der Plünderung Reichthümer (Sueton, Caesar XXII.) und außerdem Soldaten zu erlangen, die seinen Planen ergeben sind; wenn er das Meer überschreitet, um die Adler Roms in ungekannte Länder zu tragen, deren Eroberung aber diejenige Galliens sicherstellen soll, so soll er dies thun, um Perlen zu suchen, die, wie man wähnte, die Meere Großbritanniens bargen. Wenn er nach dem Siege über die furchtbaren Feinde Italiens jenseit der Alpen einen Feldzug gegen die Parther beabsichtigt, um die Niederlage des Crassus auszuwetzen, so thut er dies, wie gewisse Schriftsteller sagen, weil Thätigkeit seinem Wesen entsprach und er sich im Felde gesunder fühlte; wenn er vom Senate als Dank einen Lorbeerkranz annimmt

und ihn mit Stolz trägt, so thut er dies, um seinen kahlen Scheitel zu verdecken, und wenn er endlich von denen, die er mit Wohlthaten überhäuft hatte, ermordet wurde, so geschah dies, weil er sich zum Könige machen wollte, als ob er für seine Zeitgenossen, wie für die Nachwelt, nicht größer gewesen wäre, als alle Könige. Das sind seit Sueton und Plutarch die böswilligen Auslegungen, die man mit Wohlgefallen den edelsten Sachen gibt. Aber an welchen Zeichen soll man die Größe eines Mannes erkennen? Aus der Gewalt seiner Ideen, wenn seine Prinzipien und sein System trotz Tod und Niederlage triumphiren. Ist es nicht in der That dem Genie eigen, die Vernichtung zu überstehen und seine Herrlichkeit über zukünftige Generationen zu verbreiten? Cäsar verschwand und sein Einfluß wiegt noch heute schwerer, als zu Zeiten seines Lebens. Cicero, sein Widersacher, sieht sich zum Ausrufe genöthigt: „Alles, was Cäsar that, schrieb, sprach, versprach und dachte, hat nach seinem Tode mehr Gewicht, als wenn er noch lebte." Während Jahrhunderte war es genug, aller Welt zu sagen, so oder so sei Cäsar's Wille gewesen, auf daß alle Welt gehorsam war.

Das Vorhergehende beweist hinreichend den Zweck, den ich verfolge, indem ich diese Geschichte schreibe. Der Zweck ist, zu beweisen, daß, wenn die Vorsehung Männer erweckt, wie Cäsar, Karl den Großen und Napoleon, sie den Völkern den Weg, welchen sie verfolgen müssen, vorzeichne, mit dem Siegel ihres Genies eine neue Aera bezeichnen und in wenigen Jahren die Arbeit mehrerer Jahrhunderte vollenden will. Glücklich die Völker, welche sie verstehen und ihnen folgen! Unglücklich die, welche sie verkennen und bekämpfen! Sie handeln wie die Juden, sie kreuzigen ihren Messias; sie sind blind und schuldvoll: blind, denn sie bemerken nicht die Machtlosigkeit ihrer Bemühungen, um den endlichen Triumph des Guten hinauszuschieben, schuldvoll, denn sie verzögern den Fortschritt, indem sie dessen schneller und fruchtbringender Anwendung Hindernisse in den Weg legen.

In der That konnte weder die Ermordung Cäsar's, noch die Gefangenschaft von St. Helena ohne Rückkehr zwei populäre Sachen vernichten, welche von einem sich mit der Maske der Freiheit bedeckenden Feinde umgestürzt wurden. Indem Brutus Cäsar ermordete, stürzt er Rom in die Schrecknisse des Bürgerkrieges; er verhinderte nicht die Regierung des Augustus, aber er ermöglichte die Nero's und Caligula's. Das Scherbengericht der Verschworenen Europa's gegen Napoleon hat die Wiederauferstehung des Kaiserreiches ebenfalls nicht verhindert, und doch sind wir weit entfernt von den großen gelösten Fragen, von den beruhigten Leidenschaften, von den den Völkern von dem ersten Kaiserreiche gegebenen Befriedigungen.

Deßhalb bewahrheitet sich auch seit 1815 jeden Tag jene Prophezeiung des Gefangenen von St. Helena: „Wie viele Kämpfe, wie viel Blut, wie viele Jahre werden noch nöthig sein, damit das Gute, welches ich der Menschheit erweisen wollte, sich verwirklichen kann."

Tuilerien-Palast, 20. März 1862. Napoleon."

So weit die Vorrede. Sie trägt das Datum des 20. März 1862, aber man behauptet, Louis Napoleon habe sie schon geschrieben, als er noch ein Schüler des Augsburger Gymnasiums war.

(Amtliche Nachrichten.) **München**, 26. Februar. Se. Maj. der König hat die kath. Pfarrei Heilbrunn, Bezirksamts Tölz, dem Priester S Wörle, Benefiziat in Bichl, übertragen, die kath. Pfarrei Neukirchen St. Christoph, Bezirksamts Bodenstrauß, dem Priester P. Penzkofer, Expositus in Glaubendorf, übertragen; den Bezirksamtmann von Roding, A. Stöcklein, in den Ruhestand treten lassen, zum Bezirksamtmann von Roding den Bezirksamtmann K. Hayes auf Ansuchen berufen, zum Bezirksamtmann von Rottenburg den Bezirksamts-Assessor J. Nep. Loritz in Dillingen befördert und zum Assessor des Bezirksamts Dillingen den Rechtsprakt. J. Nep. Kirschenhofer, in prov. Eigenschaft ernannt.

(Militärdienstesnachrichten.) **München**, 26. Febr. Se. M. der König hat den Rittmeister M. Fürsten von Thurn und Taxis vom 4. Chev.-Reg. zum 1. Adj. des General-Adj., Generallieut. Frhrn. v. d. Tann, ernannt, den Oberfeuerwerker und Magazinaufseher G. Kötzler von der Zeughausverwaltung Germersheim zum Unterzeugwart bei der Zeughausverwaltung Augsburg befördert, den Unterzeugwart J. Kocher von der Zeughausverwaltung Augsburg zur Zeughausverwaltung München versetzt, das Dienstestauschgesuch der Oberlieut. N. Frhrn. v. Dobeneck vom 4. Chev.-Reg. -- und M. Fürsten von Oettingen-Wallerstein vom 3. Uhl.-Reg. genehmigt, demgemäß Ersteren zum 3. Uhl.-Reg. und Letzteren zum 4. Chev.-Reg. versetzt; dem Unterarzte Dr. M. Vogl vom Festungs-Gouvernement Germersheim die nachgesuchte Entlassung aus dem Heere bewilligt; die durch das Ableben des seitb. Inhabers erl. kais. russ. St. Anna-Ordens-Med. dem Feldwebel M. Stöckl der Garnisons-Komp. Nymphenburg übertragen, dem Feldwebel J. Kobl von der Garnisons-Kompagnie Nymphenburg für ehrenvoll zurückgelegte fünfzigjährige Dienstzeit die Ehrenmünze des Ludwigsordens verliehen.

Nürnberg, 23. Febr. Nachdem der hiesige Volksverein schon in der vorigen Sitzung die Diskussion über die „Schulfrage" eröffnet hatte, war dieselbe wieder in der Sitzung vom 23. d. M. Gegenstand der Verhandlung. Zunächst handelte es sich um Trennung der Schule von der Kirche, und es fand die Erklärung, „daß Wissen und Glauben diesseits und jenseits und somit deren sichtbare Pflanzstätten Schule und Kirche zwei natürlich getrennte Felder sind, deren willkürliche Vermengung beiden Theilen nur zum Schaden gereichen kann", allgemeinen Beifall. Eine zweite Erklärung, welche hervorhob, „daß die von der Kirche seit Jahrhunderten beherrschte Schule keineswegs der Bildungsstufe der Gegenwart entspreche, und daß auch die Kirche durch ihre Verbindung mit der Schule Schaden leide", stieß auf einigen Widerspruch, gewann aber doch eine von Einstimmigkeit nicht weit entfernte Majorität. Und so hielt es denn der Nürnberger Volksverein für seine Pflicht, aus religiösen, politischen, sozialen und moralischen Gründen seine Ueberzeugung dahin auszusprechen: „Die von der Kirche unabhängige konfessionsfreie Volksschule ist ein unabweisbares Zeitbedürfniß. Der Religionsunterricht der Schulpflichtigen wird dem Ermessen der Eltern oder der sonstigen gesetzlichen Vorgesetzten anheimgestellt."

Ein **Wiener** offiziöser Korrespondent schreibt in der „Köln. Zeitung": „Wohl nicht ohne Grund kommt die „Nordd. Allg. Ztg." abermals darauf zurück, daß Preußen einen Bundesbeschluß zu Gunsten des Herzogs von Augustenburg als einen Gewaltakt betrachten würde, dem es sich widersetzen müßte. Man wird in

---

Feuilleton.

Der Caselli'sche Telegraph.

Es ist erklärlich, daß eine Erfindung so jungen Alters, wie die elektrische Telegraphie, noch nicht die höchste Vollkommenheit erreicht hat und ungeachtet der unleugbaren Vortheile, welche dieselbe schon jetzt bietet, ist der Wunsch gerechtfertigt, die dynamische Elektrizität noch vollkommener auszunutzen, als solches bisher möglich war.

Die Mängel der zahlreichen Telegraphensysteme (Zeigerapparate von Wheatstone, von Kramer und Siemens, Nadeltelegraphen, der Morse'sche Druckapparat mit seinen allmählig eingeführten Verbesserungen, chemische Telegraphen von Ginti und Bakewell), welche bisher in Anwendung gekommen, und die Unvermeidlichkeit der Fehler, welche alle diese Systeme begleitet, lassen sich nicht verkennen, Fehler, welche überall da vorkommen, wo eine mehr als blos mechanische Thätigkeit nothwendig ist. Beim Telegraphiren mittelst der bisherigen Systeme entspringen diese Fehler zumeist der undeutlichen Handschrift in den Originalen der abzugebenden Telegramme, weßhalb die Vermeidung dieser leider ziemlich allgemein verbreiteten Nachlässigkeit nicht dringend genug empfohlen werden kann, oder einem Versehen der abtelegraphirenden, resp. aufnehmenden Beamten beim Ablesen, Telegraphiren und Entziffern der telegraphischen Zeichen.

Auch der neue, schon auf einigen französischen Telegraphenlinien thätige Hughes'sche Apparat, welcher die Telegramme gleich in gewöhnlichen Lettern gedruckt am Bestimmungsorte ankommen läßt, vermeidet nur einen Theil der möglichen Fehler, nämlich die beim Aufnehmen und Entziffern entstehenden, während beim Ablesen der Originale, so wie bei dem Abtelegraphiren selbst vor wie nach Irrthümer vorkommen können.

Aus diesen Gründen mußte das Bestreben aller Betheiligten darauf gerichtet sein, einen Apparat herzustellen, welcher die Vermittlung telegraphischer Nachrichten nicht nur durch Uebersetzung in telegraphische Zeichen bewirkt, sondern die Wiedergabe der Urschrift mit allen Schriftzügen ermöglicht und die Mitwirkung des Telegraphisten auf eine blos manuelle Thätigkeit beschränkt.

Der Abbé Caselli hat diese Aufgabe glücklich und vollständig gelöst, und ohne uns in eine detaillirte Beschreibung seines kunstreichen Apparates einzulassen, wollen wir in wenigen Worten angeben, durch welchen einfachen, sinn- und geistreichen Mechanismus er dieses glänzende Resultat erzielt hat.

Hat man zwei seiner Apparate (einen gebenden, telegraphirenden auf der Abgangs- und einen empfangenden auf der Empfangsstation), so wird die von dem Absender selbst auf einem Blatte von Zinnfolie mit gewöhnlicher Dinte gefertigte Urschrift des Telegrammes auf eine Metallplatte des Gebers gelegt, während man eine entsprechende Metallplatte des Empfängers mit chemisch präparirtem, angefeuchtetem Papiere bedeckt. Diese Platten beider

Berlin über die von Hrn. v. d. Pfordten neuerdings hier wieder angeknüpften offiziösen Verhandlungen bezüglich des von ihm vorbereiteten Bundesantrages etwas wissen. Das bayerische Kabinet ist von hier aus bewogen worden, noch die bevorstehende preußische Erklärung abzuwarten; Oesterreich werde nach Vorlage derselben irgend einen entscheidenden Entschluß fassen können. Daß der Bund wieder in die Aktion eintreten werde, sieht man nachgerade hier als unvermeidlich an."

Berlin, 24. Febr. Herr v. Hock hatte wirklich vor Kurzem seinen Antrag wegen der Weinzölle modifizirt, allem Anschein nach in der Art, daß statt der verlangten Ermäßigung von vier Thalern auf zwei eine solche auf $3^1/_3$ beantragt war, so daß der Steuerabschlag für Gebinde von bestimmtem Gewicht $^2/_3$ Thaler gewesen wäre. Auch Ermäßigungen für die Einfuhr von jungem Vieh und gewissen Mehlprodukten soll der österreichische Unterhändler beantragt haben. Die Vorschläge waren bis jetzt von Preußen abgelehnt worden. (Köln. Z.)

Berlin, 26. Febr. Der „Börsenztg." zufolge sind die Verhandlungen zwischen der preußischen und der englischen Regierung behufs Abschlusses eines Handelsvertrags zwischen England und dem Zollverein bereits so weit gediehen, daß der Abschluß des Vertrags binnen Kurzem bevorsteht. — Dagegen ist der Abschluß der Zollverhandlungen mit Oesterreich in desto größere Ferne gerückt. Die Forderung bezüglich der Weinzölle soll Hr. v. Hock sehr modifizirt haben, man bezweifelt aber, daß sie selbst in der jetzigen Fassung Annahme finden werden.

Ueber die jüngsten Vorfälle in **Mannheim** entnehmen wir noch dem Berichte eines Korrespondenten des „Schw. M.", welcher zur Anti-Kasinopartei gehört, Folgendes: „.... Die Straßenjungen erschienen zu Hauf mit Handklappern bewaffnet, um sie herum ein buntes Gewühl von Handarbeitern, Lastträgern und vornehmern Bürgern. Unter dem Schutze einer Abtheilung des hiesigen Gesellenvereins, wie uns gesagt wird, setzte sich der Zug in Bewegung, da stellte sich die Schaar der Klapperjungen an die Spitze und rasselte aus Leibeskräften ihren Marsch, den sie sonst bei Faschingszügen zu schlagen pflegen, und erhob jenes Pfeifen und Geschrei, welches unserer Jugend schon seit Jahrzehnten einen bezeichnenden Namen gegeben hat. Bis dahin hatte die Sache immerhin noch einen leidlichen, auf dem Schillerplatze oft humoristischen Anstrich gehabt. Auf dem Wege zur Jesuitenkirche aber verwandelte sie sich zu einem jener Straßenkrawalle, über welche wir stets nur unser Bedauern ausdrücken können. Die Mißhandlung eines Knaben durch einen Pfarrer soll die Ursache gewesen sein; Schläge wurden hin und her gegeben, Koth geworfen u. s. f. An der Jesuitenkirche, wo der Zug Halt machte und sich hin und wieder schob, mußten die Polizeiposten vom Leder ziehen, um sich zu behaupten; der inzwischen herbeigekommene Stadtdirektor verbot nochmals die Kirche und nun ertönte das Losungswort: „Nach Ludwigshafen". In der engen Straße, die zu den Hafengebäuden führt, schoben sich die feindlichen Massen in einander, und in diesem Gedränge brachte ein Mann vom Ueberrhein einem Einwohner von Eppelheim einige Hautwunden am Kopfe bei. Er wurde sofort verhaftet und dem Verwundeten ärztliche Pflege angeboten, die aber dessen Bruder zurückwies. Ein Mann von Heidelberg, der mit gezogenem Messer um sich hieb, wurde von schwereren Mißhandlungen nur durch Verhaftung befreit."

Bekanntlich wurde bei dem Mannheimer Tumult ein Mann gestochen, aber, wie es sich nun herausstellt, einer von den Casinoleuten! Es war ein schon bejahrter Landmann, den der Berichterstatter der „Pf. Z." selbst nach der Verwundung wegführen sah. Das „M. A." schreibt darüber: „In dem Gedränge im Schloßgarten erhielt ein Casinomann, ein 60jähriger Landmann, Bürger G. J. B. von Eppelheim, von Einem des Janhagels einen Messerstich in das Hinterhaupt, der indessen zum Glücke nur die Kopfhaut durchschnitt." Nach demselben Blatte entkam der Thäter und statt seiner wurde in der Verwirrung ein Casinomann ergriffen und aufs schwerste mißhandelt.

Koburg, 24. Febr. Soeben, Mittags, ist die heutige Nummer des „Koburger Tagblattes," dessen Eigenthümer und Redakteur Herr Rechtsanwalt Feodor Streit dahier ist, der bekannte hiesige Geschäftsführer des Nationalvereines, wegen Religionsverachtung konfiszirt worden. Die betreffende Nummer soll in verächtlicher Weise das „Vater unser" mit Bezugnahme auf die päpstliche Macht travestirt enthalten. (B. Z.)

Flensburg, 26. Febr. Der „Nordd. Ztg." wird als sicher mitgetheilt, daß man sich in Berlin fast definitiv für die Kanallinie vom Eckernförde-Hafen nach der Elbe entschieden habe.

London, 24. Februar. Die wenig erquickliche Streitfrage wegen der Dotirung des griechischen Lehrstuhls an der Universität Oxford hat endlich eine befriedigende Lösung erhalten. Von der kläglichen Summe von 40 L., die seit den Zeiten Heinrichs VIII. für jene wichtige Professur unverändert fixirt geblieben war, ist das Jahresgehalt auf 500 L. erhöht worden. Diese schon seit Jahren angeregte und wiederholt verworfene Maßregel, zu der sich der Dekan und das Kapitel von Christ Church jetzt verstanden hat, würde nicht auf so hartnäckigen Widerstand gestoßen sein, wenn nicht der gegenwärtige Professor des Griechischen in Oxford, der tüchtige und unter seinen Schülern sehr beliebte Jowett, an den Essays and Rewievs gearbeitet hätte.

Dem „Schw. M." berichtet man aus **Paris,** 23. Febr.: „Die Nachrichten aus Mexiko stimmen in dem Einen überein, daß in den Provinzen, selbst in denen des Centrums des Reiches, das Räuberunwesen in ungeheurem Maße um sich greife. Es gibt Bandenchefs, welche an der Spitze von nicht weniger als tausend Banditen stehen und der Schrecken der Bevölkerung sind."

Paris, 24. Febr. Der Gesetzentwurf über die Einführung der Checks, dessen Ausarbeitung bekanntlich von der letzten Kammer auf die diesmalige Session verschoben worden war, enthält in 8 Artikeln als wesentlichste Bestimmungen des Checks folgende: Der Check kann nur auf Sicht entweder au porteur oder auf eine bestimmte Person ausgestellt werden. Er kann entweder auf den Platz selbst oder nach außen ausgestellt werden, und seine Ausstellung ist ihrem Wesen nach kein kommerzieller Akt. Der Check kann auf Ordre unterschrieben und selbst in blanco indossirt wer-

---

Apparate sind mit der Erde dauernd in leitende Verbindung gesetzt.

Durch die Schwingungen eines Pendels, welche zwei Elektromagnete unterhalten, werden zwei korrespondirende Stifte an den Apparaten dergestalt in Bewegung gesetzt, daß der eine über die Metalloberfläche der Zinnfolie am Geber, der andere über das präparirte, angefeuchtete Papier am Empfänger völlig gleichmäßig hin und her gleitet, und daß sich beide in Folge der isochronen Geschwindigkeit beider Apparate stets an korrespondirenden Orten befinden. Aus dieser hin- und hergleitenden Bewegung bewirken zwei übereinstimmende Schrauben ohne Ende nach der Vollendung jeder Hin- und Herbewegung ein seitliches Vorrücken beider Stifte um ihre eigene Stärke, so daß sie nach einer entsprechenden Anzahl dieser Bewegungen alle Punkte der Oberfläche, über welche sie gleiten, berührt haben.

Werden die Eisenstifte beider Apparate metallisch leitend mit einander verbunden, und setzt man außerdem den Stift des gebenden Apparates mit dem negativen Pole einer galvanischen Batterie in Verbindung, deren positiver Pol mit der Erde in leitender Berührung steht, so findet der elektrische Strom seinen Weg auf der gebenden Station selbst zur Erde, so lange deren Stift auf der metallischen Oberfläche der Zinnfolie gleitet, die, wie erwähnt, mittelst der Unterlagsplatte ebenfalls mit der Erde leitend verbunden ist, und auf der korrespondirenden Papierplatte entsteht keine sichtbare Wirkung. Sobald jedoch die leitende Verbindung dieses Stiftes mit der Erde durch Isolirung (im vorliegenden Falle durch Trennung des Stiftes von der Zinnfolie durch die isolirende Dintenschicht der Urschrift) aufgehoben wird, verfolgt in der Richtung von der gebenden zur empfangenden Station ein positiver Strom den Leitungsdraht zwischen beiden Stiften, durchdringt das angefeuchtete und darum leitende präparirte Papier an der Berührungsstelle des dortigen Stiftes und findet mittelst der unter diesem befindlichen Metallplatte auf der Empfangsstation seinen Weg zur Erde.

Das Papier ist mit einer Auflösung von blausaurem Kali (Blutlaugensalz) getränkt, welche beim Durchgange eines positiven Stromes und unter der Einwirkung der Eisenspitze eine solche chemische Zersetzung erfährt, daß auf dem Papiere ein tiefblauer Niederschlag (blausaures Eisenoxydul, Berliner Blau) entsteht.

Es leuchtet ein, daß das Papier so viele blaue Punkte erhalten wird, als isolirende Punkte in der Urschrift der Depesche von dem Stifte der gebenden Station berührt werden, und daß diese Urschrift nach einer gewissen Anzahl von Strom-Unterbrechungen und Emissionen auf der empfangenden Station völlig reproduzirt sein wird; — ebenso leuchtet es ein, daß dieses System nicht nur zur Uebermittlung einer bestimmten Art von Zeichen, Zahlen, Buchstaben, Interpunktionszeichen u. s. w., auf welche die Telegraphie bisher beschränkt war, dient, daß es vielmehr auch die telegraphische Mittheilung von Signaturen, von Plänen, Zeichnungen, von Musiknoten, kurz von Allem gestattet, was mit Dinte auf der Zinnfolie dargestellt werden kann.

(Schluß folgt.)

den. Der Inhaber eines Check muß am Platze selbst innerhalb drei, auswärts innerhalb fünf Tagen Zahlung erlangen, will er nicht seinen Rekurs gegen den Endosseur und den Aussteller verlieren. Aussteller und erster Inhaber des Check verfallen für falsche Datirung eines Check in eine Strafe von 6 pCt. der fraglichen Summe. Ausgabe eines Check ohne vorher geleistete Provision oder Zurücknahme der Provision vor Präsentation des Check wird, im Fall die unredliche Absicht nachgewiesen wird, strafrechtlich geahndet (§. 405 und 463 des Code pénal). Während der ersten fünf Jahre sind die Check stempelfrei. Den Gesetzentwurf wegen provisorischer Freilassung theilt der „Moniteur“ heute noch nicht mit.

Rom, 23. Febr. Heute früh hat der Papst im Vatican zwei Dekrete veröffentlichen lassen, welche die Beatificirung einer spanischen Heiligen und eines spanischen Heiligen verkünden. Nach Verlesung dieser Schriftstücke hielt der Papst eine Ansprache an den römischen Klerus, in welchem er demselben die der Geistlichkeit in unserer Zeit vorzugsweise obliegenden Pflichten auseinandersetzte.

Turin, 22. Febr. Der Syndikus berichtete in der gestrigen Gemeinderathssitzung über den Empfang, welchen die Munizipal-Deputation bei dem König in Florenz fand. Se. Majestät sprach sich in langer Rede über die Verhältnisse aus und äußerte die Ueberzeugung, daß das ungebührliche Benehmen einiger Personen von der Mehrheit der Bürger nicht gebilligt werden konnte. Nicht ohne Schmerz habe er sich von einer Stadt entfernt, an die er sich durch theure Familien-Erinnerungen, wie durch stete Beweise der Zuneigung gefesselt fühle. Wohl haben in neuester Zeit manche Besorgnisse platzgreifen und die Gemüther trüben können, allein die Nothwendigkeit großer Opfer für das Gemeinwohl ist offenkundig. Manche unangenehme Thatsachen seien dem Zusammenflusse von Umständen beizumessen, die nur mit der Zeit in Erwägung gezogen und richtig beurtheilt werden können. Es sei indeß bekannt, daß man die Verpflichtung übernommen hat, die durch die veränderten Verhältnisse entstehenden Nachtheile möglichst zu mildern. Mancher sei zu voreilig mit seinen Besorgnissen. Die Regierung habe ihr Interesse an dem Wohle der Stadt Turin, an der Vertheidigung des Landes und der Integrität des italienischen Bodens dargethan; die Bewohner von Turin konnten auch wissen, daß er vor keiner Gefahr weiche, sondern stets entschlossen und muthig vorwärtsgehe, wenn es sich um die Ehre des Vaterlandes, um die Wohlfahrt Italiens handle. Er sei endlich bereit, das Leben zu wagen und sein Blut herzugeben, um die Sache, die er bisher verfochten, zum Siege zu führen.

Frankfurter Börse (vom 20. bis 25. Februar).

Samstag. Die Börse verkehrte in der abgelaufenen Woche bei wenig belebtem Geschäft in matterer Haltung, trotz Geldüberflusses, trotz der beruhigenden politischen Aussichten. An unserm Platz und seinem Rayon nimmt noch fortwährend das Geschäft in Amerikanern fast ausschliesslich die Aufmerksamkeit in Anspruch und drängt die übrigen Effekten in den Hintergrund.

Vom Geschäft in österreich. Fonds ist wenig zu berichten; sie waren im Allgemeinen vernachlässigt und schliessen meist zu etwas niedrigeren Kursen. Für Kapitalanlagen erhalten sich neue englische Metalliques in andauernder Gunst.

In süddeutschen Fonds bewegte sich das Geschäft in den Grenzen des laufenden Bedarfs und schliessen ihre Kurse fast unverändert wie vor acht Tagen. Von auswärtigen Papieren Finnländische Pfandbriefe zu 83⅛ im Verkehr. In Amerikanern waren in der abgelaufenen Woche die Variationen weniger erheblich und sie bleiben heute in Erwartung neuer telegraphischer Nachrichten matter zu 64⅛. Es sollen sehr bedeutende Sendungen neuen Materials unterwegs sein und dürfte doch über kurz oder lang der Zeitpunkt der Uebersättigung eintreten. Die 1882er notiren jetzt aber etwas höher als die alten 1881er.

In österreich. Kreditaktien hat das Treiben der Spekulation sehr nachgelassen und sie bewegten sich in weichender Tendenz, um bei geringen Kursvariationen zu 196¼, um fl. 2 unter vorwöchentlicher Notiz zu schliessen. Es fehlt nunmehr an anregenden Motiven — Auch in Darmstädter Kreditaktien ist es wieder stiller geworden. Ueber die zu erwartende Dividende sind die Ansichten der Börsengelehrten noch sehr verschieden, selbst im Schoosse des Verwaltungsrathes soll noch keine Einigkeit darüber herrschen. — Bei der Darmstädter Zettelbank wird, wie verlautet, eine Dividende von 8 pCt. beantragt werden. Sehr gesucht bleiben Frankfurter Bankaktien, sie wurden bis 149 bezahlt. Oesterr. Nationalbank bewegten sich ohne erhebliche Veränderung zwischen 837 und 840. Frankfurter Vereinskasse zu 101¼ à ⅜ in Umsatz; der Erscheinungstermin der Aktien ist auf nächsten Montag, 27. Februar, festgesetzt.

Von Eisenbahn-Aktien bleiben Taunus sehr preishaltend. Von den pfälzischen Linien waren Ludwigshafen-Bexbacher gesucht und erhöhten ihren Kurs um 1½ pCt. auf 148½. Bayer. Ostbahnen bis 114½ bezahlt; der Januarausweis ist wiederum sehr günstig. Nahebahn folgten den Kursvariationen in Berlin, wo bei dem billigen Preis der Aktie die kleine Spekulation darin arbeitet. — Prioritäten behauptet; regerer Umsatz in österr. Westbahn namentlich erster Emission, sowie in Livornesern und Südbahn; dagegen sind die in jüngster Zeit in den Vordergrund getretenen Gallizier wieder vernachlässigt, der neuliche Aufschwung war nur einem vereinzelten grössern Kaufauftrage zu verdanken.

Geld sehr abundant, sowohl für Effekten als Diskonten; für gutes Papier war zu 2¾ pCt. im Privatverkehr willig anzukommen. Dass die Frankfurter Bank ihren Diskonto nunmehr offiziell auf 3½ pCt. herabgesetzt hat, war daher längst zu erwarten. Fremde Devisen sehr gefragt, besonders Paris, das sehr fehlt und wofür bis 94⅝ bewilligt wurde; kurz London 119. Auch Napoleons in Folge des hohen Pariser Wechselkurses sehr gesucht und bis zu 9.26—27½ bezahlt. (Akt.)

Hiezu die Beilage: „Würzburger Anzeiger“.

Verantwortlicher Redakteur: A. Hartmann.
Druck und Verlag der Stahel'schen Buch- und Kunsthandlung in Würzburg

Cours der Staatspapiere.

Oesterr.	5 pCt. Met. (Cp. L. S. b. R.)	—
„	5 pCt. Lomb. ditto. à 24	—
„	5 pCt. Engl. Met. v. 1852	80 P.
„	5 pCt. Engl. Met. v. 1859	78⅞ P.
„	5 pCt. Venet. Coupon b. R.	85 P. 84⅞ G.
„	5 pCt. Nationalanl. v. 1854	68⅝ P. ⅜ G.
„	5 pCt. Metall. Obligation.	62¼ G.
„	4½ pCt.	55 G.
Preussen	3½ pCt. Staatsschuldsch.	91¼ G.
Bayern	4½ pCt. Obl. 1jähr. dto.	102½ P.
„	4½ pCt. Obl. ½jähr. dto.	102¼ P.
„	4 pCt. Obl. 1jähr. dto.	99¼ P.
„	4 pCt. Obl. ½jähr. dto.	99 G.
„	4 pCt. Obl. Ab.-R. dto.	98⅜ P.
„	3½ pCt. Obl. dto.	—
Württemb.	4½ pCt. Obl. b. Rothsch.	104¼ G.
„	3½ pCt. Obl. dto.	95 G.
Baden	4½ pCt. Obl.	—
„	3½ pCt. Obl. v. 1842	92¾ P.
Gr. Hess.	4½ pCt. Obl.	—
„	4 pCt. Obl. b. Rothsch.	100⅜ G.
„	3½ pCt. Obl. dto.	97¾ P.
Nassau	4½ pCt. Obl. dto.	102¼ P.
„	4 pCt. Obl. dto.	99⅛ G.
„	3½ pCt. Obl. dto.	92½ P.
Frankfurt	3½ pCt. Obl.	95¼ P.
„	3 pCt. Obl.	—
Spanien	3 pCt. inl. Sch. P. à fl. 2. 30	—
„	2¼ pCt. . . .	—
Schweden	4½ pCt. Obl. à 105 Thlr.	92 P.
N.Amerika	6 pCt. à 1000r. 1881 D. 2½	64½ P. 64 G.
„	6 pCt. ditto v. 1882 „	64½—55 G.

Diverse Aktien.

Frankfurter Bank à fl. 500 . . .	148¾ P.
K. K. Oesterr. National-Bankaktien	838 G.
Oesterr. Kreditbank-Aktien à fl. 200	196½ G.
Bayer. Hypothekenb. Pfandbriefe 4 pCt.	97⅞ P. ⅝ G.
Darmst. Bank 1. u. 2. Serie à fl. 250	237 G.
Weimarische Bank à Thlr. 100 . .	100½ G.
Mitteldeutsche Kreditaktien . . .	100½ G.
Intern. Bank in Lux. à 250 Frs. à 28 kr.	—
Taunus-Eisenbahn à fl. 250 . . .	350 P. 349 G.
Frankfurt-Hanauer-Eisenbahn . . .	101⅝ P. ⅜ G.
Oest. F.St.Eisb. 5pCt. 500 Fr. à 28 kr.	—
„ Elisab.-Eisenbahn 5 pCt. . .	118½ P.
Böhm. Westbahn-Aktien à fl. 200 6/7	73 P.
Rhein-Nahe-Bahn 200 Thl. à 105 4pCt. Z.	30 P. 29⅝ G
Ludwigshafen-Bexbacher à 4 pCt. .	148⅜ G.
dto. dto. Prior. à 4 pCt.	97½ P.
Pfälz. Maxb. b. Rothschild à 4½ pCt.	107⅜ P. ⅜ G.
Oest. St.-Eisenb. Prior.-Oblig. à 3 pCt.	50⅞ P.
Elisab.-Bahn Prior. 5 pCt. 6/7	80½ P.
Südd. Bank-Akt., 40 pCt. Einz.	260 P.
Span. Handels- und Industrie . .	—
Bayr. Ostbahn à 4½ pCt. volleinbez.	114¼ G.
Bayer. Ostbahn mit 60 pCt. Einz.	113⅞ G.

Wechsel
in süddeutscher Währung.

Amst. fl. 100 k. S.	101⅛ P.
Antwerp. Frs. 200 k. S.	94¼ G.
Augsb. fl. 100 k. S.	100 P.
Berlin Th. 60 k. S.	104⅞ P.
Brem. 50 Th. Ld. k. S.	96⅝ G.
Brüssel Frs. 200 k. S.	94¼ G.
Cöln Thlr. 60 k. S.	105 P.
Hamb. MB. 100 k. S.	88⅞ G.
Leipzig Th. 60 k. S.	104⅞ P.
London Lst. 10 k. S.	119⅛ P.
Lyon Frs. 200 k. S.	—
Mail. Frs. 200 . .	94¼ G.
München fl. 100 k. S.	100 P.
Paris Frs. 200 k. S.	94⅜ G
Petersburg 60 S.-R.	—
Triest fl. 100 k. S.	—
Wien fl. 100 ö. W.	—
do. in öst. W. l. S.	104½ P.
Disconto	3½ pCt. G.

Anlehens-Loose.

Oesterr. fl. 250 v. 1839	141⅝ P.
„ fl. 250 v. 1854 mit 4pCt.	—
„ fl. 500 v. 1860 6/7	83⅞—¾ G.
„ fl. 100 Eisb. L. v. 1858.	133 G.
„ do. v. 1864.	91⅜ P.
Schwed. 10 Thlr. Loose	9⅝ P.
Badische fl. 50	124¾ P.
Badische fl. 35	54 P.
Kurhess. Thlr. 40 b. R.	55⅝ P.
Gr. Hessen fl. 50 b. R.	—
„ fl. 25 do.	36¼ P.
Nassau fl. 25 bei Rothsch.	35¾ P.
Sardinische Fr. 36 b. B.	—
Neuchateler 10 Frs.-Loose	—
Freiburger 15 Frs.-Loose	—
Mailänder 45 Frs. L. b. R.	32⅞ P.
St. Lüttich mit 2½ pCt. Z.	34 P.
Ansb.-Gunzenh. fl. 7-L.	10⅞ P.

Frankfurt, 27. Februar. Die Börse war wenig belebt und nur in Amerikanischen fanden namhafte Umsätze zu wenig veränderten Preisen statt. Die etwas günstigeren New-Yorker Notirungen blieben gegenüber den starken Arbitrageverkäufen und der Ueberladung des Marktes ohne Einfluß. Der Geldmarkt war für Prolongationen sehr leicht gestimmt, Diskonto und fremde Wechsel waren etwas mehr am Markte. (Synd.)

An die
k. Hof- und Staatsbibliothek
München.
1 N. Würzb. Ztg.

Neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht!

№ 60. | Vorausbezahlung: Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 1 fl. 30 kr. Bei Inseraten wird die dreispaltige Zeile in gewöhnlicher kleiner | 62. Jahrgang. | Schrift oder deren Raum im Hauptblatte mit 6 kr., im Anzeiger mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franco. | Mittwoch, 1. März 1865.

Aktenstücke zur Speyerer Seminarfrage.

Entschließung des königl. Staatsministerium des Innern für Kirchen- und Schulangelegenheiten vom 23. Februar 1865 auf die Vorstellung des bayer. Episkopats.

Dem unterfertigten königl. Staatsministerium ist eine Kollektivvorstellung der hochwürdigsten Herren Erzbischöfe und der hochwürdigen Herren Bischöfe Bayerns de praes. 30. Dezbr. v. J. zugekommen, worin dieselben aus Anlaß der Speyerer Seminarfrage ihr Einverständniß mit dem von dem hochwürdigen Herrn Bischof in Speyer der kgl. Staatsregierung gegenüber eingehaltenen Verfahren erklären, und die Zurücknahme der gegen die theologische Lehranstalt zu Speyer verfügten Schließungsmaßregel oder aber die geeignete Einleitung zum Zwecke der Ausgleichung der streitigen Rechtsfrage mit dem hl. Stuhle beantragen.

Die hochwürdigsten Herren Erzbischöfe und die hochwürdigen Herren Bischöfe haben hiedurch einen auf die Diözese Speyer beschränkten Einzelnvorgang zum Gegenstande gemeinsamer Erörterung gemacht und hiemit einen Standpunkt eingenommen, welcher von der im Konkordate begründeten Stellung der Bischöfe zur k. Staatsregierung abführt und bereits durch Ministerialentschließung vom 8. April 1852, Nr. 2994, sowie durch die allerhöchste Deklaration vom 9. Oktober 1854, Abtheil. I., als unzulässig und der staatsrechtlichen Grundlage entbehrend, bezeichnet worden ist.

Abgesehen von dieser formellen Unstatthaftigkeit eines solchen Gesammtauftretens bietet der Inhalt der Vorstellung vom 30. Dezember v. Js. auch in Ansehung einiger thatsächlichen Aufführungen Anlaß zur Berichtigung.

Wenn nämlich daselbst behauptet wird, das unterfertigte k. Staatsministerium habe, veranlaßt durch einen Protest des apostolischen Nuntius, unterm 3. November diesem erklären lassen, daß von Zwangsanwendung bezüglich der Anstalt in Speyer Umgang genommen werde, und wenn ferner darin der Bestand des Lyzeums in Eichstädt und das bischöfliche Vorgehen in Speyer unter einen und denselben Gesichtspunkt gezogen werden will, so fehlt es beiden Auffassungen an der richtigen faktischen Unterlage.

Am 3. Novbr. v. Js. ist die in Abschrift hieneben beigefügte telegraphische Weisung (s. unten) des unterfertigten k. Staatsministers an den Regierungspräsidenten der Pfalz erlassen und hiernach durch den letzteren dem hochwürdigen Herrn Bischofe von Speyer in beglaubigter Abschrift zugestellt worden, eine weitere oder andere amtliche Eröffnung oder Erklärung aber in keiner Weise erfolgt. Ob der Inhalt dieses Erlasses mit dem nachherigen Verfahren des unterfertigten k. Staatsministeriums wegen des Vorganges in Speyer im Widerspruche sich befindet, diese Frage wird hiernach einer besonderen Verneinung nicht bedürfen.

Die Umstände aber, unter welchen die theologischen Studien im Lyzeum zu Eichstädt in's Leben gerufen wurden, sind nach keiner Seite hin geeignet, als Parallele zu Gunsten des bischöflichen Unternehmens in Speyer vorgeführt zu werden.

Inhaltlich der hierüber vorliegenden Verhandlungen hatte der damalige hochwürdige Herr Bischof von Eichstädt in einer an die Krone gerichteten Vorstellung vom 17. Januar 1843 die landesherrliche Genehmigung zur Errichtung jener Studien ausdrücklich nachgesucht und im Verlaufe der hiernach eingeleiteten Instruktion des Gesuches unumwunden erklärt, daß selbstverständlich die Bestätigung der Professoren Sr. Maj. dem Könige vorbehalten sei.

Dieses Bestätigungsrecht wurde bisher unbeanstandet zur Geltung gebracht.

Der hochwürdige Herr Bischof von Speyer dagegen hat sich in seiner Eingabe vom 28. Mai v. J. auf eine Anzeige seines Vorhabens der Gründung einer theologischen Lehrsektion im dortigen Seminar beschränkt und auf die nachgefolgte Einsprache des unterfertigten k. Staatsministeriums gegen die einseitige Ausführung nicht nur die Mitwirkung der Staats-Regierung entschieden abgelehnt, sondern auch für die Lehrstühle das unbedingt freie Ernennungsrecht in Anspruch genommen und für sich beharrlich festgehalten.

Bei Errichtung der Lycealstudien in Eichstädt hat der hochwürdige Herr Bischof rückhaltlos eingewilliget, daß diese Anstalt in der Hauptsache den bestehenden allgemeinen Verordnungen über die Organisation der übrigen Lyceen des Königreiches unterworfen sein solle. Der hochwürdige Herr Bischof von Speyer jedoch hat die Anordnungen bezüglich der inneren Leitung und Einrichtung der theologischen Lehrsektion lediglich der bischöflichen Amts- und Machtbefugniß zugeeignet. Auch ist bei den Lycealstudien in Eichstädt für etwa nothwendig befundene Abänderungen und Modifikationen ihrer Organisation ausdrücklich ein Benehmen des hoch-

Feuilleton.

Der Caselli'sche Telegraph.

(Schluß.)

Die größte Schwierigkeit, welche bei der Lösung der Aufgabe zu überwinden war, lag in der Herstellung der isochronen Bewegung zweier entfernt von einander aufgestellten Apparate. Es wird dies auch dem Laien begreiflich erscheinen bei der Erinnerung an die bekannte historische Thatsache, daß der Kaiser Karl V., welcher sich nach seinem Eintritte in das Kloster St. Just vielfach mit mechanischen Dingen befaßte, trotz aller angewandten Mühe nicht einmal die Pendel zweier neben einander hangenden Uhren in ganz gleichmäßige Schwingungen versetzen konnte.

Caselli hat dies in einer für die Praxis genügenden Vollkommenheit durch Benutzung eines durch Gewichte in Schwingung erhaltenen Pendelregulators erreicht, durch dessen Hin- und Herbewegungen mit der metallischen Leitung der elektrische Strom unterbrochen, resp. wieder hergestellt wird, welcher den großen elektrischen Pendel in Bewegung setzt. Mit Hilfe einer Mikrometerschraube an dem Regulatorpendel lassen sich die Schwingungen beschleunigen oder verlangsamen, und erkennt der Beamte auf der Empfangsstation das Bedürfniß hierzu daran, wenn ein schwarzer Rand, mit welchem deßhalb jede einzelne Urschrift umzogen wird, nicht völlig regelmäßig überkommt, sondern nach irgend einer Seite ausweicht.

Der gebende Apparat, einmal in Thätigkeit gesetzt, arbeitet ohne weitere Dazwischenkunft der Beamten, und die Thätigkeit derjenigen auf der Empfangsstation beschränkt sich auf die Regulirung und Erhaltung des gleichmäßigen, der Schnelligkeit des gebenden Apparates korrespondirenden Ganges. Der Apparat selbst reproduzirt mechanisch die Urschrift, während nach den übrigen Apparatsystemen nur sehr mittelbar Kopieen derselben nach mehrfachen Uebertragungen und mittelst der kunstfertigen Thätigkeit von besonders hierzu ausgebildeten Beamten erhältlich sind.

Abgesehen von diesem nicht zu unterschätzenden Vorzuge, mit welchem die Möglichkeit aller persönlichen Irrungen entfällt, erwächst ein anderer Vortheil des Caselli'schen Telegraphen dadurch, daß er die vollständige oder theilweise Zurücktelegraphirung eines Telegrammes zum Zwecke der Kollationirung entbehrlich macht und somit eine ziemlich bedeutende Zeitersparniß gewährt.

Werden mittelst anderer Apparate unter gewöhnlichen Verhältnissen zwanzig Worte durchschnittlich in 3 bis 4 Minuten von einer Station zur andern telegraphirt, so reproduzirt der Caselli'sche Apparat die Urschrift von zwei Zinnfolien in der Größe von je 120 Quadrat-Centimetern (circa 18 Quadratzoll), deren jede bequem zweihundert Worte enthalten kann, also im Ganzen vierhundert Worte innerhalb 20 Minuten, und haben neuere Versuche

würdigen Herrn Bischofes mit der k. Kreisregierung vorgeschrieben und der Eintritt derselben von der landesfürstlichen Beschlußfassung abhängig gemacht worden.

Nach den Erklärungen des hochwürdigen Herrn Bischofs von Speyer sollte für seine theologische Lehrsektion auch in dieser Beziehung ausschließlich das bischöfliche Ermessen maßgebend sein.

Während hiernach bei Errichtung und Fortführung der theologischen Studien an dem Lyceum in Eichstädt die Mitwirkung der Staatsgewalt unter allen Umständen aufrecht erhalten und sohin den Bestimmungen der §§ 76 und 77 der II. Beilage zur Verfassungsurkunde vollständig genügt worden ist, läßt das bischöfliche Vorhaben zu Speyer im ganzen Umfange seiner beabsichtigten Ausführung die Beachtung dieses verfassungsmäßigen Standpunktes vermissen. Wenn daher die hochwürdigsten Herren Antragsteller in der Kollektivvorstellung vom 30. Dezember v. J. sich diese sachlichen Gegensätze nicht vergegenwärtiget haben, so hat es ihnen unverkennbar an der richtigen Kenntniß der faktischen Unterlage gefehlt und der unbefangenen Erwägung des hochwürdigsten Herrn Erzbischofes wird nicht zu entgehen vermögen, daß sich die Entstehung der theologischen Studien zu Eichstädt jeder berechtigten Konsequenz für das bischöfliche Unternehmen in Speyer verschließe.

Die hochwürdigsten Herren Erzbischöfe und die hochwürdigen Herren Bischöfe haben am Schlusse ihrer Kollektivvorstellung vom 30. Dezember beantragt, daß „für die unverweilte Austragung der streitigen Frage mit dem heiligen Stuhle Sorge getragen werden möge.“

Diesem Verlangen kann mit der Bemerkung entgegengekommen werden, daß schon bei einem früheren Anlasse der Nuntiatur eine umfassende, bis jetzt unbeantwortet gebliebene Darlegung der von der Staatsregierung festgehaltenen Standpunkte übergeben worden ist, und daß sohin von Seite der letzteren die erforderlichen Schritte zur Verständigung auf dem hiefür vorgezeichneten Wege nicht versäumt worden sind. In eine Erörterung der Rechtsfrage selbst aber hier nochmals einzutreten, wird nicht veranlaßt erscheinen.

Das unterfertigte königliche Staatsministerium sieht sich indessen hiebei zu der Erinnerung gedrängt, wie bei der Seminarfrage in Speyer zunächst nicht die Rechtsfrage, vielmehr das thatsächliche Vorgehen des hochwürdigen Herrn Bischofes, welches, unvereinbar mit der Rechtsordnung des Staates, überdies geeignet gewesen wäre, durch das Mittel der vollendeten Thatsachen die vertragsmäßige Ausgleichung der streitigen Rechtsfrage selbst zu erschweren oder gänzlich zu vereiteln, auf das Verfahren der k. Staatsregierung bestimmend eingewirkt habe und wie hienach unter allen Umständen darauf habe bestanden werden müssen, daß der genannte hochwürdige Herr Bischof sein Verhalten mit der Bestimmung des Art. XVII. des Konkordates in Einklang bringe und lediglich nach dem Erfolge der hiernach bethätigten Verhandlungen bemesse.

Das unterfertigte k. Staatministerium ist sich seiner Aufgabe, durch einträchtiges Zusammengehen mit den Organen der Kirchengewalt die religiösen Interessen des Landes zu fördern, nicht minder bewußt, als dieselbe aufrichtig zu erfüllen bestrebt; dasselbe ist aber auch von der Ueberzeugung durchdrungen, daß diese Eintracht nur auf dem Boden strenger Gesetzlichkeit und der bestehenden verfassungsmäßigen Einrichtungen dauernd gesichert werden könne.

Indem dem hochwürdigsten Herrn Erzbischofe . . . . vorstehende Eröffnung zugeht, wird derselbe veranlaßt, hievon auch seine hochwürdigen Herrn Suffraganbischöfe in Kenntniß zu setzen, zu welchem Zwecke in der Anlage die erforderliche Anzahl von Abdrücken der gegenwärtigen Entschließung beigebogen ist.

München, 23. Februar 1865.

Auf Sr. Königlichen Majestät allerhöchsten Befehl.

v. Koch.

Durch den Minister
der Generalsekretär Ministerialrath
v. Bezold.

Telegraphische Weisung Sr. Exc. des Hrn. Staatsministers v. Koch an den Hrn. Regierungspräsidenten v. Hohe vom 3. November 1864.

Nach einer heutigen Mittheilung scheint die Eröffnung der theologischen Anstalt auf Morgen bevorzustehen oder aber schon geschehen zu sein. Ist dies der Fall, so ist dem Bischof zu Speyer durch einen k. Kommissär mitteist schriftlichen Befehles eröffnen zu lassen, daß die fragliche Anstalt für geschlossen erklärt werde und darin nicht gelehrt werden dürfe, und daß — wenn diese Anordnung nicht befolgt werde — unter allen Umständen künftig den darin gebildeten Theologen der landesherrliche Tischtitel versagt und der Zutritt zu Pfarreien des landesherrlichen Patronats verschlossen bleibe. — Alles dies vorbehaltlich weiterer Maßnahmen auf den zu erstattenden Bericht über den Vorgang.

(Amtliche Nachrichten.) **München,** 27. Februar. Se. Maj. der König hat dem Domkapitular A. Steichele in Augsburg das Ritterkreuz 1. Klasse des Verdienstordens vom h. Michael verliehen; genehmigt, daß die kath. Pfarrei Steinberg, Bezirksamts Kronach, von dem Erzbischofe von Bamberg dem Priester J. Besold, Lokalkaplan in Neuzirkendorf verliehen werde; der von dem gräflich Pappenheim'schen Kirchenpatronate für den Pfarramtskandidaten W. Metzger aus Augsburg ausgestellten Präsentation auf die protest. Pfarrei Büttelbronn, und der von dem nämlichen Kirchenpatronate für den Kapitelssenior und bisherigen Pfarrer zu Pappenheim, Fr. F. Seyfried, ausgestellten Präsentation auf die erste protest. Pfarrstelle daselbst die Bestätigung ertheilt; den Oberappellationsgerichtsrath J. Frhrn. v. Feuri auf die Dauer von zwei Jahren in den Ruhestand versetzt; die prot. Pfarrei Berg, Dek. Memmingen, dem bish. Pfarrer zu Veitsweiler, Dek. Dinkelsbühl, J. H. F. Lindner, verliehen; genehmigt, daß die kathol. Pfarrei Weißmain, Bezirksamts Lichtenfels, von dem Erzbischofe von Bamberg dem Priester L. Endres, Präfekt in dem Schullehrer-Seminar zu Bamberg, verliehen werde.

Ueber den Inhalt der neuesten preußischen Depesche vernimmt ein **Wiener** Korrespondent der „Allg. Ztg.“, dieselbe laute diesmal nur in Bezug auf den österreichischen Vorschlag der schleswig-holsteinischen Herrschaftsfrage dilatorisch, im übrigen aber und namentlich, was den Kern der Darlegung, die Einrichtung der Beziehungen zwischen Preußen und dem zu konstituirenden nordalbingischen Staat anbelangt, sehr positiv. Aus dem Gesichtepunkt der für Preußen bestehenden Berechtigung, ja Nöthigung, die Zulassung einer staatlichen Neubildung im Norden, an gewisse Bedingungen zu knüpfen und hiefür entsprechende Kompensationen zu

---

festgestellt, daß diese, die Schnelligkeit der älteren Systeme um das Drei- bis Vierfache übertreffende Geschwindigkeit sich noch erheblich steigern läßt.

Die Vortrefflichkeit dieser neuen Erfindung, die würdig ist, den großartigsten Triumphen des menschlichen Geistes aller Zeiten beigesellt zu werden, wird Niemand nach den obigen Bemerkungen bestreiten, und ihre Tragweite, ihr Einfluß auf die Wirksamkeit des telegraphischen Verkehrs läßt sich vorläufig noch nicht übersehen; — gleichwohl erscheint es bedenklich, ihr noch andere Vortheile, wie die Unabhängigkeit von atmosphärischen Einflüssen und der statischen Luft-Elektricität, zu vindiziren. Diese schädlichen Einflüsse haben es zunächst nicht mit dem Telegraphen-Apparat, sondern mit den Telegraphen-Leitungen zu thun, welche sich noch heute nach den Erfahrungen aller Länder in einem dem vollkommenen Ideale höchst unähnlichen Zustande befinden und deren Verbesserung mit der Vervollkommnung der Apparate bei Weitem nicht gleichen Schritt gehalten hat.

Erinnerungen aus dem deutsch-dänischen Kriege.

Unter dieser Aufschrift bringt ein österreichisches Blatt eine Reihe interessanter Aufsätze. Aus einem der letzten heben wir folgende Züge von Ehrlichkeit und Biederkeit der Schleswig-Holsteiner hervor:

Ein Verpflegsbeamter hatte einen starken Transport mit Vorräthen beladener Wagen zu expediren; aber es fehlte die vorgeschriebene Eskorte. Als die requirirten Fuhrknechte die Verlegenheit des Beamten bemerkten, der es nicht wagte, die Kolonne ohne Geleitmannschaft abgehen zu lassen, da er ja keine Bürgschaft für Eintreffen und Ablieferung der Gegenstände hatte, traten jene zu einer Berathung zusammen. Im Namen der Uebrigen wendeten sich drei Fuhrleute an den Kommissär und erklärten ihm: Wir verbürgen uns mit unserem Ehrenworte, daß wir auch ohne Eskorte den Transport richtig besorgen und zur festgesetzten Stunde morgen wieder hieher zurückkehren werden; wir stehen mit unserem Hab und Gut dafür ein, daß Alles in Ordnung abgeliefert wird, und wenn Sie wünschen, geben wir Ihnen eine Schrift. Der Vorschlag wurde angenommen und der Beamte hat keine Ursache gehabt, das Vertrauen, das er den wackeren Leuten schenkte, zu bereuen.

In einem armseligen schleswig'schen Bauernhause vermißte ein kaiserlicher Kavallerieoffizier zu seiner unangenehmsten Ueberraschung den kostbaren Solitair seines Ringes — eines Familienerbstückes. Alle Nachforschungen blieben fruchtlos, trotzdem die bestürzten Hausleute mit Thränen in den Augen das Oberste zu unterst kehrten und über das Unglück jammerten, daß ein solcher Fall sich unter ihrem Dache zutragen mußte. Die Burschen und Reitknechte äußerten allerlei verdächtigende Reden und der Offizier

fordern, soll die Depesche der preußischen Desiderate in einem sehr ausführlichen räsonnirenden Exposé auseinandersetzen. Punkt für Punkt — es sind angeblich fünf — sollen diese Forderungen nach allen Seiten hin erörtert, und bei jedem einzelnen zu zeigen unternommen sein, daß deren Zulassung kein österreichisches Interesse verletze, wohl aber dem Interesse Deutschlands förderlich sei. Dann soll hervorgehoben sein, daß das hier entwickelte Programm als die Basis weiterer Verhandlung dargeboten werde, um, wenn hierüber eine Verständigung erzielt sei, gemeinsam mit Oesterreich zur Konstituirung des neuen Staats zu schreiten, welche zu beschleunigen, nicht aber zu verzögern, das Interesse und der Wunsch Preußens sei.

Wien, 28. Febr. Die „Neue freie Presse" macht über den Inhalt der preußischen Depesche vom 21. Februar folgende Mittheilungen: Das preußische Kabinet glaube vor einem Eingehen auf die von Oesterreich dargelegten Anschauungen die praktischen Zielpunkte, welche Preußen leiten, feststellen zu müssen. Dazu solle eine Darlegung der Forderungen dienen, welche das preußische Kabinet zur Sicherstellung der Interessen Preußens und Deutschlands an die Herzogthümer stellt. Findet diese Darlegung praktischer Zielpunkte Oesterreichs Anerkennung als Basis weiterer Verhandlungen, so ist Preußen in der Lage, dem Einverleibungs-Projekte zu entsagen. (Es fällt uns hier eine Stelle aus einem Berliner Brief in dem „Fasching-Sonntagsblatt" der „Köln. Z." ein, in welchem über zu stellende und zu präzisirende Forderungen von wegen des nordalbingischen Savoyen und Nizza ein nahes Einverständniß in Aussicht gestellt wird, um so mehr, „als durch die vollendete Thatsache der Annexion das Annexiren gegenstandlos geworden sei." — So verhält es sich mit den preußischen Forderungen; bei deren Gewährung will Preußen auf Einverleibungsprojekte verzichten, da das Annexiren dann gegenstandlos wäre.) Preußen ist sodann bereit, irgend einen Modus zu vereinbaren, um zur Konstituirung der Herzogthümer mit monarchischer Grundlage zu schreiten, wobei lediglich nach Grundsätzen des Rechtes vorzugehen sei. Bei Inangriffnahme der dynastischen Frage würden dem Bunde gewisse Rechte auf Holstein, nicht aber auf Schleswig zustehen.) Die Forderungen Preußens seien: Territorialhoheit über Rendsburg, Kiel, Eckernförde, List und über das Ufergelände des Nordostseekanals; Matrosenaushebungsrecht; unbeschränkte Verfügung über die Truppen der Herzogthümer im Kriegsfall, deren Stellung im Frieden unter preußischen Oberbefehl; Verwaltung des Zoll-, Post- und Telegraphenwesens, nebst Vortheilen bei Benützung des Nordostseekanals; Eintritt der Herzogthümer in den Zollverein.

Aus **Berlin,** 25. Februar, wird dem „Dresdn. Journal" geschrieben: „Man bezeichnet die Eröffnung in der schleswig-holsteinischen Angelegenheit als Aufgabe des Annexionsstandpunktes und betrachtet sie daher in den hiesigen Kreisen als ein großes Opfer, das Preußen bringe. Dieses Gefühl ist in der That auch so aufrichtig, daß für den Fall einer Verwerfung der gestellten Forderungen das Zurückgehen auf die Annexion vorbehalten bleibt. Der Inhalt der ersteren dürfte bald bekannt werden, und ist daher jede Vermuthung umsomehr müßig."

Berlin, 27. Febr. Die „Nordd. Allg. Ztg." ersieht aus den Mittheilungen des Hrn. Debraux in dem letzten „Mémorial diplomatique", daß Fürst Metternich in Verbindung mit diesem Journal steht, welches die Sprengung des österreichisch-preußischen Bündnisses herbeizuführen sucht und die österreichisch-französische Allianz eifrigst vertheidigt. Der österreichische Botschafter befördere eine Politik, welche mit der zu Tage getretenen Haltung des österreichischen Kabinets im offensten Widerspruch stehe. Die „N. A. Z." will heute nur fragen: was würde die österreichische Regierung in gleichem Fall thun? (Unter Paris bringen wir die Mittheilung des „Mém. dipl.", auf welche sich vorstehende Aeußerung der „Nordd. Allg. Z." bezieht.)

Aus **Darmstadt**, 26. Febr., telegraphirt man den „Hamb. Nachr.": „Der Antrag, den Bayern in der schleswig-holsteinischen Frage s. Z. am Bunde zu stellen sich vorgenommen hat, geht dahin, daß dem Erbprinzen Friedrich von Schleswig-Holstein-Sonderburg-Augustenburg die Regierung über Holstein übertragen, und in Betreff Lauenburgs einer Erklärung der beiden deutschen Großmächte entgegengesehen wird, in welcher Weise eine Einigung zwischen ihnen beiden zu Stande gekommen sei. Oesterreich hat sein Einverständniß mit diesem Antrage im Allgemeinen erklärt, sich aber vorbehalten, den Zeitpunkt zu bestimmen, in welchem Bayern denselben am Bunde stellen könnte, und seine Zustimmung an diese Bedingung geknüpft. Inzwischen wirbt Bayern bei den übrigen Mittel- und Kleinstaaten vorbereitend um Zustimmung für diesen Antrag, — eine Werbung, die, soviel bekannt, nicht überall, namentlich nicht bei den durch Nachbarschaft mit den Herzogthümern zusammenhängenden Staaten, auf günstigen Boden gefallen ist. Der bayerische Antrag wird von Sachsen und der hiesigen Regierung unterstützt werden, welche gleichfalls für denselben werben."

Zwischen den Staaten **Darmstadt** und **Waldeck** schwebt ein Streit, von dem man merkwürdiger Weise erst Kenntniß erhält, nachdem er die diplomatischen Grenzen bereits überschritten hat. Hessisches Vieh hatte sich unberechtigt auf waldeck'sches Gebiet begeben und wurde von waldeck'schen Staatsbürgern als Pfandobjekt für angerichteten Schaden konfiszirt. Trotzdem nun in Hessen ein solches Pfandrecht nicht existirt, haben die Minister des Innern und der Justiz in Darmstadt ihren Staatsbürgern gestattet, waldeck'sches Vieh, sobald es die gesegneten Fluren des Großherzogthums Hessen überschreitet, ebenfalls zu konfisziren und versteigern zu lassen. Hrn. v. Dalwigk ist das Vergnügen versagt, dem waldeck'schen Gesandten die Pässe zuzuschicken, da dieser räuberische Staat zwar eine Spielbank, aber keinen Gesandten in Darmstadt besitzt. Die Sache kommt vielleicht an den Bundestag.

Ueber den Brand des Schlosses in **Braunschweig** hört die „Z. f. N." noch Folgendes: Der Herzog hat die Gewohnheit, beim Verlassen seines Arbeitszimmers dasselbe abzuschließen und einen Lakai als Wache davor zu postiren. Am Ballabend hört dieser Lakai, vielleicht etwas spät, das Knistern im Zimmer und meldet es; der Schlüssel jedoch steckt in dem Paletot des Herzogs, welcher zwischen die Mäntel der übrigen Gesellschaft gerathen ist. So vergeht wieder Zeit mit Suchen nach dem Schlüssel, und das Feuer hat schon ziemliche Ausdehnung, als man in das Zimmer gelangt. Auch ist vielleicht dieser Aufenthalt schuld, daß

---

hatte große Mühe, den Bauer von dem Entschluße abzubringen, sich freiwillig dem Gerichte zu stellen, um seine Unschuld nachzuweisen. Der werthvolle Stein blieb unauffindbar und aus dem Familienschmuck der hochgräflichen Frau Mama traf ein Ersatz ein. Unterdessen zog der Frühling in's Land und der Offizier hatte bereits längst den Verlust vergessen. Da erschien eines Tages während des Waffenstillstandes in dem hoch oben in Jütland gelegenen Standquartier des Kavaliers der Bauer leuchtenden Blickes mit dem Kleinod, das beim Erneuern des Lehmbodens in einer Ritze desselben gefunden worden war; ich habe, sagte er, Weib und Haus im Stiche gelassen, um Sie aufzusuchen, Ihnen Ihr Eigenthum zurückzustellen, um mich und die Meinigen in Ihren Augen von jedem Verdachte zu reinigen. Jetzt herrscht wieder Freude unter unserem Dach! Um keinen Preis war der Mann zur Annahme eines Geschenkes zu bewegen und selbst eine Entschädigung für seine Reiseauslagen wies er zurück. Vielleicht ist es dem Ortsgeistlichen, dem der Offizier eine bedeutende Summe zu diesem Zwecke zur Verfügung stellte, geglückt, die Familie umzustimmen.

Eine instruktive Beschreibung gibt der Verfasser über die Feldpost. Diesem Theile des Aufsatzes entnehmen wir folgende feuilletonistische Notizen:

Es fehlt auf der Feldpost nicht an hochkomischen Episoden in Gestalt von originellen Adressen, besonders an ferne Liebchen, die auf dem Couvert mit allen möglichen liebeglühenden Titeln bezeichnet werden, so daß über die Skala der Gefühle des tapferen Briefstellers kein Zweifel aufkommen kann. So las ich unter Anderem folgende Adresse: „An die innigstgeliebte Julie Rumpelmayr, Kindsmädchen beim Herren kaiserlichen Rath N. zu Graz, im Findelhaus abzugeben." Das Höchste in mangelhafter Orthographie leistet die folgende, die in dieser Beziehung mustergiltig ist: „An seinen Exzalens Hern Weltmaschal N. Gavaletz bei 6 estraicheischen Arme Korbs in Hallesleben" (buchstäblich). Unverhältnißmäßig zahlreich waren die an Leute vom Feldwebel abwärts einlaufenden Schreiben von weiblicher Hand aus Hamburg; gar häufig waren sie mit Thalerscheinen garnirt — ein Beweis der Sympathien, welche unsere Soldaten in der Küchen- und Kindszimmer-Hierarchie der freien Hansestadt gefunden haben. Auch einem „heldenmüthigen" Gefreiten sind wir auf einer Adresse begegnet und einem „mit der goldenen Tapferkeitsmedaille geschmückten Herren k. k. Korporal." Eine überschwängliche Dichterin titulirte den von ihr angesungenen und poetisch verklärten General auf der Adresse schlechtweg als: Held — mit Weglassung aller weiteren Titulaturen, wie auch die Briefe an den vielschreibenden Einsiedler von Caprera einfach: all' eroe Garibaldi (an den Helden Garibaldi) adressirt zu werden pflegen.

---

das Feuer, welches durch die Röhrenleitung entstanden ist, im Innern der Wände unbemerkt sich sehr ausbreitete und an entfernter Stelle wieder ausbrechen konnte, nachdem man es gelöscht zu haben glaubte. Des Herzogs Papiere im „feuerfesten Schranke" sollen sämmtlich verbrannt, die Goldstücke in Klumpen geschmolzen, die Diamanten unversehrt sein. (Trotzdem das Schloß versichert war (man spricht — ob mit Recht, wissen wir nicht — von fünf Millionen), zweifeln die Braunschweiger, daß der Herzog an einen Wiederaufbau denke; sie befürchten sogar eine Abdankung des Herzogs und die hieran sich knüpfenden Verwickelungen.)

London, 28. Febr. Lord Lyons tritt Gesundheits halber von seinem Gesandtschaftsposten in Washington zurück und wird auf demselben durch Sir F. Bruce, bisherigen Gesandten in China, ersetzt.

Aus **Paris**, 25. Februar, schreibt man der „Allg. Ztg.": „Gut unterrichteten Kreisen wird aus **Rom** gemeldet, daß der Kardinal Andrea an Gehirnerweichung (?), einem in seiner Familie erblichen Uebel, leidet. Sein Vater machte sich durch seine Excentricitäten bemerkbar, und einer seiner Brüder ist nahezu verrückt."

Paris, 26. Februar. Die Vorrede des Kaisers zu seinen Studien über römische Geschichte und die Zeit der Freiheitskriege ist heute selbstverständlich das Hauptereigniß der Blätter. Die Moniteurs, der kleine wie der große, die „Patrie", der „Constitutionnel" und das „Journal des Debats" hatten den Vorzug; die ersten Fanfaren erhob der „Constitutionnel" und die „France"; diese Reihenfolge ist bezeichnend für die Stellung der Presse zum Hofe. Limayrac stimmt bereits ein begeistertes Loblied an, obgleich er sich vorbehält, „das Werk selbst kennen zu lernen", dessen Vorrede ihn schon mit solcher Bewunderung erfüllt; schon jetzt aber glaubt er behaupten zu dürfen, „daß von jetzt an aller Wahrscheinlichkeit nach endlich die Größe Cäsar's und die Berechtigung seines Werkes einen ihrer würdigen Geschichtschreiber gefunden habe. Die „France" ist gleichfalls von den Lehren entzückt, welche die cäsarische Epoche, „trotz der Zwischenzeit von zwanzig Jahrhunderten" — beiläufig bemerkt, hat das geschichtskundige Blatt sich um ein Jahrhundert verrechnet —, der unseren in so schlagenden Vergleichungspunkten bietet. „Seit dem Heros dieser Geschichte selber," bemerkt die „France," bis auf unsere Tage haben alle Staatsoberhäupter, welche das Gefühl und die Liebe wahrer Größe hatten, Heinrich IV., Ludwig XIV., Friedrich II. und Napoleon I., sich in der Ideenwelt einen ihrer politischen Höhe gleichen Rang zu erringen bestrebt. Das ganze Universum weiß es, daß Napoleon III. einer von denen ist, welche auf dem Throne die Macht der Intelligenz mit der Souveränetät zu vermählen wissen und Triumphe des Geistes höher als Erfolge der Macht schätzen." Die Vertheilung der Weihe-Exemplare von der Prachtausgabe hat bereits begonnen. Das erste Exemplar bekam die Kaiserin, das zweite der kaiserliche Prinz, in dessen Exemplar der kaiserliche Autor schrieb: „Meinem Sohne als Zeichen meiner lebhaften Zärtlichkeit. Napoleon." Auch alle Minister und Mitglieder des geheimen Rathes erhalten ein direkt vom Kaiser zugesandtes Exemplar.

Die „France" meldet: „Man schreibt aus London: Man kann Hrn. v. Bismark's Politik nicht genug bewundern. Er hat sein Spiel so klug gespielt, daß nicht blos das dänische Volk, sondern auch die schleswig'schen Dänen dazu gelangt sind, die Einverleibung der Herzogthümer in Preußen zu wünschen. (Ist nicht wahr!) Wenn dies geschieht, so verspricht Preußen, oder richtiger gesagt: Preußen hat sich durch einen geheimen Vertrag verpflichtet, an Dänemark den nördlichen Theil Schleswigs gegen eine ganz außerordentlich geringe Summe Geldes zurückzugeben. Diese Mittheilung", fügt der englische Korrespondent hinzu, „rührt aus bester Quelle her."

Paris, 26. Febr. Das „Mémorial Diplomatique" theilt die Rathschläge mit, welche der verstorbene König von Württemberg Hrn. Debrauz für Oesterreich gegeben hat: „Es ist für den Ruhm Metternich's zu bedauern, daß die seinem Fürsten eingeflößte übertriebene Angst ihm nicht erlaubt hat, sich an die Spitze der liberalen Bewegung in Deutschland zu stellen. Der Hof von Berlin hat von jeher diesen ungeheuren Fehler der österreichischen Regierung auszubeuten gesucht. Preußen wird durch seine geographische Gestaltung genöthigt, sich auf die militärische Macht zu stützen, um sich besser zu arrondiren und um in Wirklichkeit eine Großmacht zu werden, während es jetzt blos durch die stillschweigende Einwilligung Europa's eine solche ist. Aber ein Tag wird kommen, wo Oesterreich durch die Kraft der Verhältnisse auf den Weg des liberalen Fortschrittes gedrängt sein wird, und wenn es, statt sich von Preußen in den internationalen Fragen in's Schlepptau nehmen zu lassen, eine entschiedene und unabhängige Politik zu verfolgen versteht, gehört die Zukunft ihm, sonst wird es stets die gebratenen Kastanien für Preußen aus der Asche holen."

Paris, 28. Febr. Der „Moniteur" dementirt auf das förmlichste verschiedene Gerüchte, nach welchen das Paketboot von Veracruz schlimme Nachrichten aus Mexiko gebracht hätte, und nach welchen auch die nichtpolitischen Blätter der Stempelsteuer unterworfen werden würden.

Hiezu die Beilage: „Würzburger Anzeiger".

Verantwortlicher Redakteur: A. Hartmann.
Druck und Verlag der Stahel'schen Buch- und Kunsthandlung in Würzburg

Cours der Staatspapiere.

Oesterr.	5 pCt. Met. (Cp. 1. S. b. R.)	—
„	5 pCt. Lomb. ditto. à 24	—
„	5 pCt. Engl. Met. v. 1852	80 P.
„	5 pCt. Engl. Met. v. 1859	78$^{7}/_{8}$ P.
„	5 pCt. Venet. Coupon b. B.	85 P. 84$^{7}/_{8}$ G.
„	5 pCt. Nationalanl. v. 1854	68$^{3}/_{8}$ P. $^{3}/_{8}$ G.
„	5 pCt. Metall. Obligation.	62$^{1}/_{4}$ G.
„	4$^{1}/_{2}$ pCt.	55$^{7}/_{8}$ P.
Preussen	3$^{1}/_{2}$ pCt. Staatsschuldsch.	91$^{1}/_{4}$ G.
Bayern	4$^{1}/_{2}$ pCt. Obl. 1jähr. dto.	102$^{1}/_{8}$ P.
„	4$^{1}/_{2}$ pCt. Obl. $^{1}/_{2}$jähr. dto.	102$^{1}/_{2}$ G.
„	4 pCt. Obl. 1jähr. dto.	99$^{1}/_{4}$ P.
„	4 pCt. Obl. $^{1}/_{2}$ jähr. dto.	99$^{1}/_{4}$ P.
„	4 pCt. Obl. Ab.-B. dto.	98$^{3}/_{4}$ P.
„	3$^{1}/_{2}$ pCt. Obl. dto.	—
Württemb.	4$^{1}/_{2}$ pCt. Obl. b. Rothsch.	104$^{1}/_{2}$ G.
„	3$^{1}/_{2}$ pCt. Obl. dto.	95 G.
Baden	4$^{1}/_{2}$ pCt. Obl.	—
„	3$^{1}/_{2}$ pCt. Obl. v. 1842	92$^{3}/_{4}$ P.
Gr. Hess.	4$^{1}/_{2}$ pCt. Obl.	—
„	4 pCt. Obl. b. Rothsch.	100$^{3}/_{8}$ P.
„	3$^{1}/_{2}$ pCt. Obl. dto.	97$^{1}/_{4}$ P.
Nassau	4$^{1}/_{2}$ pCt. Obl. dto.	102$^{1}/_{4}$ P.
„	4 pCt. Obl. dto.	99$^{1}/_{2}$ P.
„	3$^{1}/_{2}$ pCt. Obl. dto.	92$^{1}/_{2}$ P.
Frankfurt	3$^{1}/_{2}$ pCt. Obl.	95$^{1}/_{4}$ P.
„	3 pCt. Obl.	—
Spanien	3 pCt. inl. Sch. P. à fl. 2. 30	—
„	2$^{1}/_{4}$ pCt. „ „ „	—
Schweden	4$^{1}/_{2}$ pCt. Obl. à 105 Thlr.	92 P.
N.Amerika	6 pCt. à 1000r. 1881 D. 2$^{1}/_{2}$	—
„	6 pCt. ditto r. 1882 „	53$^{3}/_{4}$—$^{1}/_{2}$ G.

Diverse Aktien.

Frankfurter Bank à fl. 500 . . .	148$^{5}/_{8}$ G.
K. K. Oesterr. National-Bankaktien	832 G.
Oesterr. Kreditbank-Aktien à fl. 200	196$^{1}/_{2}$—96 G.
Bayer. Hypothekenb. Pfandbriefe 4 pCt.	98$^{3}/_{8}$ P.
Darmst. Bank 1. u. 2. Serie à fl. 250	237 G.
Weimarische Bank à Thlr. 100 . .	100$^{1}/_{2}$ G.
Mitteldeutsche Kreditaktien . . .	100$^{1}/_{2}$ G.
Intern. Bank in Lux. à 250 Frs. à 28 kr.	—
Taunus-Eisenbahn à fl. 250 . . .	350 P. 349 G.
Frankfurt-Hanauer-Eisenbahn . . .	101$^{1}/_{4}$ G.
Oest. F.St.Eisb. 5pCt. 500 Fr. à 28 kr.	—
„ Elisab.-Eisenbahn 5 pCt. . .	117$^{3}/_{4}$ G.
Böhm. Westbahn-Aktien à fl. 200 6/7	73 P.
Rhein-Nahe-Bahn 200 Thl. à 105 4pCt. Z.	50 G.
Ludwigshafen-Bexbacher à 4 pCt. .	149 G.
dto. dto. Prior. à 4 pCt.	97$^{1}/_{2}$ P.
Pfälz. Maxb. b. Rothschild à 4$^{1}/_{2}$ pCt.	107$^{3}/_{4}$ P. $^{5}/_{8}$ G.
Oest. St.-Eisenb. Prior.-Oblig. à 3 pCt.	60$^{7}/_{8}$ P.
Elisab.-Bahn Prior. 5 pCt. 6/7	80$^{1}/_{2}$ P.
Südd. Bank-Akt., 40 pCt. Einz.	260 P. 259 G.
Span. Handels- und Industrie . .	—
Bayr. Ostbahn à 4$^{1}/_{2}$ pCt. volleinbez.	114$^{5}/_{8}$ P.
Bayer. Ostbahn mit 50 pCt. Einz.	114P. 113$^{7}/_{8}$ G.

Wechsel
in süddeutscher Währung.

Amst. fl. 100 k. S.	101$^{1}/_{8}$ P.
Antwerp. Frs. 200 k.S.	94$^{5}/_{8}$ P.
Augsb. fl. 100 k. S.	100 P.
Berlin Th. 60 k. S.	104$^{7}/_{8}$ P.
Brem. 50 Th. Ld. k. S.	96$^{7}/_{8}$ P.
Brüssel Frs. 200 k. S.	94$^{1}/_{4}$ G.
Cöln Thlr. 60 k. S.	105 P.
Hamb. MB. 100 k. S.	88$^{7}/_{8}$ G.
Leipzig Th. 60 k. S.	104$^{7}/_{8}$ P.
London Lst. 10 k. S.	119$^{1}/_{8}$ P.
Lyon Frs. 200 k. S.	—
Mail. Frs. 200 . .	94$^{1}/_{4}$ G.
München fl. 100 k. S.	100 P.
Paris Frs. 200 k. S.	94$^{3}/_{8}$ G
Petersburg 60 S.-R.	—
Triest fl. 100 k. S.	—
Wien fl. 100 ö. W.	—
do. in öst. W. l. S.	104$^{7}/_{8}$ P. $^{5}/_{8}$ G.
Disconto	3$^{1}/_{2}$ pCt. G.

Anlehens-Loose.

Oesterr. fl. 250 v. 1839	141$^{5}/_{8}$ P.	Kurhess. Thlr. 40 b. R.	56$^{5}/_{8}$ P.
„ fl. 250 v. 1854 mit 4pCt.	—	Gr. Hessen fl. 50 b. R.	—
„ fl. 500 v. 1860 6/7	83$^{7}/_{8}$—$^{1}/_{2}$ G.	„ fl. 25 do.	36$^{1}/_{2}$ P.
„ fl. 100 Eisb.L. v. 1858.	133 G.	Nassau fl. 25 bei Rothsch.	35$^{3}/_{4}$ P.
„ do. v. 1864.	91—91$^{5}/_{8}$ G.	Sardinische Fr. 36 b. B.	—
Schwed. 10 Thlr. Loose	9$^{1}/_{2}$ P. $^{1}/_{4}$ G.	Neuchateler 10 Frs.-Loose	—
Badische fl. 50	124$^{3}/_{4}$ P.	Freiburger 15 Frs.-Loose	—
Badische fl. 35	—	Mailänder 45 Frs. L. b. R.	33 P.
		St. Lüttich mit 2$^{1}/_{2}$ pCt. Z.	34 P.
		Ansb.-Gunzenh. fl. 7-L.	10$^{7}/_{8}$ P.

Frankfurt, 28. Februar. Die Börse war nicht unbelebt; österr. Fonds waren fest, Amerikanische in Folge starker Verkäufe nahezu um $^{3}/_{4}$ pCt. gedrückt. Die Liquidation ging für österr. Spekulationspapiere sehr leicht von Statten. Amerikanische waren etwas weniger gut unterzubringen als gestern. (Synd.)

An die
k. Hof- und Staatsbibliothek
München.
1 N. Würzb. Ztg.

Neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht!

№ 61. | Vorausbezahlung: Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 1 fl. 30 kr. Bei Inseraten wird die dreispaltige Zeile in gewöhnlicher kleiner | 62. Jahrgang. | Schrift oder deren Raum im Hauptblatte mit 6 kr., im Anzeiger mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franco. | Donnerstag, 2. März 1865.

Zur schleswig-holsteinischen Sache.

Ein Wiener Korr. des „N. K." gibt folgendes Resumé des Hauptinhalts der preußischen Depesche vom 11. Februar: 1) „Zur Sicherstellung der Interessen Preußens und Deutschlands in den Elbherzogthümern" stellt das preußische Kabinet auf Grund der Gutachten der Fachministerien die folgenden Forderungen auf: a) die Territorialhoheit über die Festung Rendsburg, die Häfen Kiel, Eckernförde und List, das Ufergebiet des von Preußen auszuführenden Nordostsee-Kanals; b) das Recht der Matrosenaushebung; c) die Verfügung über die schleswig-holsteinischen Truppen und Stellung derselben unter preußisches Kommando; d) Ueberantwortung der Verwaltung des Zoll-, Post- und Telegraphenwesens in den Herzogthümern nebst besonderen Vortheilen für die Benützung des erwähnten Kanals; e) Eintritt der Herzogthümer in den Zollverein. 2) Unter diesen Bedingungen, aber nur unter diesen, verzichtet Preußen auf die Annexion und wird auch von dem ihm eventuell zustehenden Erbrechte keinen Gebrauch machen. 3) Diese Bedingungen bilden die Basis der zukünftigen Verhandlung mit Oesterreich über die schleswig-holsteinische Erbschaftsfrage, ohne Gunst oder Ungunst für irgend einen der aufgetretenen Prätendenten. 4) Es wird zugegeben, daß hiebei dem Bunde für Holstein „gewisse Rechte" zustehen; in Bezug auf Schleswig aber kennt Preußen keinerlei Recht des Bundes an. Dies sind, in ihrem letzten Kerne, die Anschauungen Preußens.

Aus Berlin, 28. Febr., wird der „Köln. Z." geschrieben: „Wie mit Bestimmtheit wiederholentlich versichert wird, wird gemäß den preußischen Forderungen jedes Arrangement in Schleswig-Holstein irgend welcher Art nicht etwa nur der Gewähr der preußischen Forderungen, sondern der praktischen Verwirklichung und definitiven Ausführung derselben untergeordnet bleiben. Stipulationen würden nicht genügen können. So lange nicht die nothwendigen Einrichtungen endgiltig und vollkommen in preußischen Händen sind, wird Preußen augenscheinlich nichts zu Gunsten irgend welcher Kombination zurückgeben."

Aus dem vorgestern nach einem Telegramm schon berührten Artikel des „Dresd. Journals" gegen Auslassungen der „Nordd. Allg. Ztg." und der „N. Preuß. Ztg." in Betreff der schleswig-holsteinischen Frage tragen wir noch folgende beziehungsreiche Stelle nach. Das „Dresd. J." sagt:

„Wenn die „Nordd. Allg. Zeitung" mit der Bedeutung der Gewalt so spielend um sich wirft den deutschen Bundesgenossen gegenüber, wenn die „Neue Preuß. Ztg." geradezu Preußen und Oesterreich die „Eroberungsmächte" nennt, um ihnen ein volles Recht auf die Herzogthümer zu vindiciren, so erfüllt man von Berlin aus, ohne es zu wollen, langsam die europäische Atmosphäre mit einem Spannungselemente, das sich plötzlich zu einem Ausbruch entwickeln kann, den man in Preußen vielleicht mit ebenso schwerem Herzen als im übrigen Deutschland empfinden wird. Diejenigen deutschen Staaten, welche das nationale Recht in der schleswig-holsteinischen Sache vertheidigten, haben bewiesen, daß sie nicht darauf ausgehen, die Dinge in Deutschland zum Bruche zu treiben, haben gezeigt, daß sie dem Auslande keinen Anspruch, über deutsches Recht und deutsche Interessen zu entscheiden, zugestehen können. Sie haben deßhalb darauf verzichtet, eine Entscheidungsfrage zu stellen, nach der nur eins noch übrig blieb: der Appell an die Gewalt. Wohl haben sie gerade wegen dieser den Frieden Deutschlands und Europas nach allen Kräften hütenden Gesinnungen manchen Vorwurf von aufgeregterer Seite zu erfahren gehabt; ihre Besonnenheit hat man Schwachherzigkeit, ihre Zurückhaltung Mattigkeit und Ohnmacht genannt. Zu den Vorwürfen von nationalgesinnter Seite gesellte sich der Hohn von Preußen her. Auch das hat man um höherer Zwecke willen ertragen. Verzichtet aber haben sie nicht darauf und werden es nimmer thun, daß Recht geschaffen wird.... Nicht der Bund allein hat Rechte und Einflüsse geltend zu machen. Kommt er damit nicht zu Gehör, was wir noch immer nicht glauben wollen, so wird sich noch

Feuilleton.

87. Pariser Briefe.

Paris, 22. Februar.

Jede Kraft, jedes Material so vielfach als möglich verwenden, das ist ein wichtiges volkswirthschaftliches Prinzip. Wer es am besten auszuüben versteht, hat die Frage, wie man am billigsten verwaltet, gelöst. Aber was mögen die französischen Briefträger sagen, daß die Postverwaltung mit dem Plane umgeht, jedem von ihnen in Stadt und Land noch eine verschlossene Tasche umzuhängen, in welche sie etwa zu besorgende Briefe aufzunehmen haben. „Pen de salairebeaucoup d'affaire," bemerkte mein Fakteur, welcher das Reimen liebt, als ich mit ihm über die beabsichtigte neue Einrichtung sprach. Dem Publikum wird jedenfalls eine große Bequemlichkeit geboten. Es hat Niemand mehr nöthig, seine Briefe selbst auf die Post zu befördern. Demselben Postangelus, welcher mir Briefe bringt, kann ich die meinigen mitgeben, und wenn in das Kafé Mazarin, wo, wie auch in manchen andern Kafé's, für die Gäste immer Papier und Schreibmaterialien zur Hand liegen, in welchem täglich Hunderte von Briefen geschrieben werden, ein Fakteur tritt, kann er für einen Brief, den er abgibt, sogleich ein Dutzend wieder in Empfang nehmen. Würde Ihnen diese Einrichtung nicht auch gefallen? .... Immer dürfen wir doch nicht lachen, wenn ein Franzose ausruft: „Voilà la France, qui marche à la tête de la civilisation!" Die „Civilisation" besteht nämlich darin, daß die Franzosen etwas sehr viel praktischer sind, als meine gedankenvollen Landsleute. Aus diesem Grunde hoffe ich auch, man wird den Postboten die Tasche an der Rückwand ihres Körpers, gleichviel in welcher Höhe oder Tiefe, anschließen; denn man muß beachten, daß auch Briefträger beten: „Herr, führe uns nicht in Versuchung!"

Die Nationalökonomie ist die Wissenschaft, von welcher man heut Heilung verlangt. Alle politischen Fragen spitzen sich jetzt zu Fragen des materiellen Interesses zu; rein theologische und philosophische treten in den Hintergrund gegenüber den Aufgaben, welche heute die Volkswirthschaft zu lösen hat. Denn die Bevölkerung des alten Europa wird immer größer, der Consum von Materialien, welche das Leben verbraucht, steigt immer mehr, der Raum des lebendigen Bodens, welcher produzirt, wird zu Gunsten des todten Städte-Areals immer kleiner, und doch wachsen die Ansprüche ins Maßlose, — stellt nicht alles dies die Forderung auf, unsere Produkte so viel als möglich nutzbar zu machen? In den Ländern Südamerika's, in Rußland, in vielen Gegenden Asiens, in Afrika, wo noch große unbebaute Strecken und genug Rohstoffe vorhanden sind, haben die Tagesfragen einen ganz anderen Charakter. In Südamerika z. B., wo es Fleisch in solchem Ueberflusse gibt, daß eine Menge ungenützt verwesen muß, wird man sich gewiß nicht wie in Paris mit der Frage beschäftigen, ob — altes Pferdefleisch ein gutes Nahrungsmittel ist? — —

Am 6. ds. Mts. hat im Grand Hotel ein großes Pferdefleischessen stattgefunden, bei welchem sich 130 Personen, darunter viele bekannte Persönlichkeiten, betheiligten. Drei alte, zu jeder Arbeit untaugliche „Mähren" von 13, 16 und 21 Jahren, in verschiedener Weise zubereitet, sollten die Probe abgeben, ob die Invaliden, welche sonst dem Abdecker verfallen, künftig dem Menschengeschlechte werthvoller sein werden. Die Zubereitung dieser Opfer war aber mißrathen, und das Räthsel, ob ein Droschkengaul sich angenehmer beim Essen als beim Fahren macht, ist noch nicht

ein Hinderniß gegen die einseitige Verfügung über die Herzogthümer erheben, mit dem die „Eroberung" nicht leicht fertig werden möchte — die Selbstbestimmung des schleswig-holsteinischen Volks. Eine solche Forderung hat einen zu tiefen Zusammenhang mit den politischen Kräften unserer Zeit, als daß sie unterdrückt werden könnte.

(Amtliche Nachrichten.) **München,** 28. Februar. Se. Maj. der König hat die erste prot. Pfarrstelle in Grünstadt, Dek. Frankenthal, dem bisherigen Pfarrer zu St. Lambrecht, Dek. Neustadt a/H., H. Guth, und die prot. Pfarrei Kindenheim, Dek. Frankenthal, dem bisherigen Pfarrer zu Buchheim, Dek. Speyer, Fr. H. Hoos, verliehen; die am Bezirksg. Augsburg erledigte Assessorstelle dem Appellationsg.-Accessisten und dermaligen Vertreter der Staatsanwaltschaft am Landg. Kulmbach, E. Müller, verliehen; auf die am Bezirksg. Amberg erledigte Assessorstelle den Landg.-Assessor J. Stumm in Ellingen berufen und die hiedurch sich eröffnende Assessorstelle am Landg. Ellingen dem geprüften Rechtsprakt. und dermaligen Vertreter der Staatsanwaltschaft am Landg. Wertingen, L. Reichelmeyr, verliehen.

München, 27. Febr. In der letzten Sitzung des Gesetzgebungsausschusses der Kammer der Abgeordneten wurden die noch zu der Materie der Einreden gehörenden Art. 163 und 164 in folgender modifizirten Fassung angenommen: „Der Beklagte kann bis zur Beseitigung des Grundes seiner Einrede jede weitere Antwort verweigern: 1) wenn er die Einrede der mangelnden Sicherheitsleistung für die Prozeßkosten vorschützt, 2) wenn er als Erbe wegen bestandener Gütergemeinschaft belangt wird und sich darauf beruft, daß die ihm nach den bürgerlichen Gesetzen eingeräumte Bedenkzeit sich noch im Laufe befindet, 3) wenn er die Zulässigkeit der Klage aus dem Grunde bestreitet, weil der Kläger dem in einem früheren Verfahren gegen ihn ergangenen Urtheil nicht Genüge geleistet hat, ungeachtet hiedurch die Zulässigkeit der gegenwärtigen Klage bedingt ist. Der Beklagte ist zur Einlassung nicht verpflichtet, wenn er 1) gerichtsablehnende Einreden, 2) die Einrede der nicht ordnungsmäßig erfolgten Ladung, 3) eine solche, welche die Befähigung einer Partei zur Prozeßführung betrifft, vorschützt, 4) die Nothwendigkeit der Beiladung anderer Personen in den Rechtsstreit behauptet." Art. 164 wurde mit der Modifikation beigestimmt, daß gegen die Verwerfung einer gerichtsablehnenden Einrede selbständige Berufung stattfindet. Art. 165 und 166 betreffen die Feststellung der Zuständigkeit nach dem Werthe des Streitgegenstandes. Referent hatte die Beseitigung der Schätzung des Streitgegenstandes behufs der Kompetenzbestimmung wohl als wünschenswerth, jedoch als nicht zu vermeidend erklärt, und es wurde nach eingehender Debatte einem Vorschlage des Abg. Prof. Edel beigestimmt, der im Wesentlichen den Gedanken des Entwurfs ergänzt und jedenfalls das Verfahren sehr vereinfacht. Art. 167, Präjudizialpunkte, und der vom Referenten hiezu vorgeschlagene neue Art. 168 wurden im Wesentlichen nach dessen Antrag angenommen. Art. 168, Zustellungen, wurde als an dieser Stelle nicht mehr nothwendig abgelehnt. Art. 169 und 170 wurden wesentlich nach des Referenten Vorschlag, und zwar Art. 170 in folgender Fassung angenommen: Wird Derjenige, an den die Zustellung zu geschehen hat, in seiner Wohnung oder in seinem Geschäftslokale nicht getroffen, so erfolgt die Zustellung daselbst an einen in derselben Familiengemeinschaft lebenden erwachsenen Angehörigen oder an einen Bediensteten. In Ermangelung solcher Personen und wenn die Annahme der Zustellung verweigert wird, soll die Zustellung an den Vorsteher der betreffenden Gemeinde oder der Ortsabtheilung (Viertels, Distrikts) oder deren Stellvertreter geschehen, welche die Behändigung zu besorgen haben.

München, 28. Februar. Die Behauptung der Berliner „Kreuzzeitung", von Dresden und München seien dem Augustenburger Rathschläge in Betreff einer Appellation an die europäischen Großmächte gegeben worden, wird nun auch von der „Bayer. Z." als völlige Unwahrheit erklärt, mit dem Beisatz, daß zwischen der bayerischen Regierung und dem Erbprinzen von Augustenburg oder seinen Räthen seit der im vorigen Herbst erfolgten Abreise seines Bevollmächtigten v. Stockhausen nicht die mindeste Verbindung bestanden habe oder bestehe.

München, 1. März. Die Behauptung, die russische Gesandtschaft habe gegen den längeren Aufenthalt der hier durchziehenden Polen Einsprache erhoben, wird von der „Bayr. Ztg." als völlig unbegründet bezeichnet.

Wien, 27. Febr. Die Forderungen, welche das preußische Kabinet „zur Sicherstellung der Interessen Preußens und Deutschlands in den Elbeherzogthümern", wie die offizielle Definition lautet, aufstellt, erweisen sich, wie ein hiesiger Wiener Korresp. der „N. Fr. Z." schreibt, als völlig unannehmbar für Oesterreich. Das österreichische Kabinet will, daß die Stellung des neuen Staates zu Preußen den ersteren nicht hindere, mit völlig gleichen Rechten in die Reihe der übrigen Bundesstaaten einzutreten

---

gelöst. Nächstens aber wollen die Hippophagen ein Monstre-Pferde-Bankett für die Arbeiter veranstalten. Bon Appetit!

Am meisten zu thun haben die National-Oekonomen, welche sich hauptsächlich mit der Frage beschäftigen, wie müssen in der Gesellschaft die Güter vertheilt werden, damit Jeder existiren kann und ein Nebeneinanderleben möglich ist, ich meine die Socialisten. Sie sind oft zu wunderlichen Resultaten gelangt. Proudhon sagte: „das Eigenthum ist Diebstahl." Die Lehre schien gefährlich — armer Theoretiker! Wie viel tiefgreifender ist doch die weit ältere Lehre der Praktiker: „der Diebstahl ist Erwerb!" Einige dieser praktischen Philosophen, welche die Schätze flüssig machen wollen, Feinde aller Acquisitionen zur todten Hand, haben vorige Woche in der Notre-Dame-Kirche drei Opferstöcke bei Nacht bestohlen, an einem Altar das Tabernakel erbrochen und die heiligen Gefäße geraubt.

Hätte Madame Rattazzi, früher Prinzessin Solms d. h. also eine Verwandte des Kaisers, statt „Les mariages de la Créole" ein „Leben Jesu" geschrieben, sie wäre weder der kaiserlichen Pension verlustig, noch wäre ihr die Rückkehr nach Frankreich untersagt worden. Aber die emanzipirte Prinzessin verfaßte ein Pamphlet auf den Favoriten des Kaisers, den Präsidenten der Kammer, welcher den schönen deutschen Namen „Schneider" führt. Und das ist schlimmer .... der „Figaro" brachte vor einigen Tagen die Vorrede dieses Romans, in Folge dessen ihm das Verkaufsrecht auf der Straße entzogen wurde. Aus dem mitgetheilten Romanpräludium erfährt man, daß der Held der Erzählung „Tailleur" heißt und ein emporgeschossener Fabrikant ist, der mit 10 Franken in der Tasche seine industrielle Laufbahn begann, hungerte, knippte und wippte, bis er 12 Millionen erjagt und dann auf einmal ein Lebemann wird — pour jouir de sa vie, wie man in der Stadt des Genusses sagt. Da machen sich die Gesetze der natürlichen Reaktion geltend; kein Hund ist so unbändig, als der, welcher lange an der Kette gelegen hat; kein Glückspilz ist so schrankenlos, als einer, der lange entbehrt hat. Welche Exzesse begeht nun Mr. Tailleur? — Er führt in seine Familie, die aus einer tugendhaften, ehrbaren Frau und mehreren Kindern besteht, seine Maitresse, eine allen Lastern ergebene Kreolin, ein, verheirathet seinen Sohn mit ihrer Tochter, logirt sie in sein eigenes Haus und zeigt sich mit Frau und Maitresse überall öffentlich. Der Skandal ist groß, aber Niemand wagt, etwas zu sagen, zumal die Frau des Herrn Tailleur von all diesen Intriguen nichts weiß.

Vor einigen Tagen kam Mr. Tailleur nach der Legislativen, ganz in einen Plaid eingewickelt. Glais-Bizoin machte darüber eine Bemerkung. „Il faut se défendre", entgegnete Herr Tailleur. „Vor der Kälte oder gegen Madame Rattazzi? Lassen Sie sie laufen!" meinte Glais-Bizoin, der sehr naiv sein kann.

Viel Zugkraft üben Victorien Sardou's „Vieux garçons" im Gymnase. Es ist ein Zwitter von Melodram und Vaudeville, Komik und Tragik neben einander. Das soll auch in Deutschland jetzt Sitte sein, wo man in den Komödien ebenfalls weint und lacht. Es spielen darin drei alte Hagestolze, zum Schrecken aller jungen Hagestolze, ein wüstes Spiel. Sie haben das Glück der Ehe vermieden, weil sie ledig mehr — Vergnügen finden. Mr. de Mortimer ist ein charmanter Schuft, welcher die Männer unterhält und ihre Frauen verführt, nur — Sie wissen, Sardou ist moralisch — bei den Damen des Stückes gelingt ihm dies nicht. Au contraire, die jüngste, reizendste und tugendsamste derselben verwandelt den alten Sünder in einen zärtlichen Vater, den Vater ihres Bräutigams. Sie wäre ein Engel, wenn sie nicht so viel von Frauenwürde und weiblicher Tugend deklamirte. Nebenbei gesagt, wenn Sardou den Sieg der Tugend verherrlichen wollte, dann durfte er ihr nicht einen jungen, hübschen Bräutigam geben. Mit ihm im Arm ist leicht, den Mortimer in die Schranken zu fordern. Mr. Vaucourtois, der zweite Hagestolz, verführt trotz seiner 60 Jahre noch eine junge Landschöne, die bald einen anderen Anbeter findet und den grauen gichtigen, in Sinnenlust verdummten Seladon einen alten Affen nennt. Der dritte im hagestolzen Bunde, Mr. Clavière, hat eine Liaison mit einer Ehefrau. Durch ein verlorenes Billet glaubt diese sich vor ihrem Manne entdeckt, kommt in Todesangst zu ihrem Freunde und bietet ihm, um mit ihm zu sterben, ein Fläschchen Laudanum an. Herr von Clavière ist aber durchaus kein Freund von so starken Getränken und sucht ihr zu beweisen, daß der Brief durchaus nicht von ihrem Gatten gefunden sein könne. Vaucourtois und Clavière sind die komischen Figuren des Stückes, der erste ist sogar Fratze. Der spätere Kulturhistoriker kann aus Sardou's „Vieux garçons"

Preußen aber will die Herzogthümer so vollständig in seine „Machtsphäre“ eintreten lassen, daß daneben von irgend einer äußern oder auch innern Selbstständigkeit gar keine Rede sein könnte. Die Schleswig-Holsteiner wären, wenn das preußische Kabinet dies durchsetzte, in der That „Preußen zweiter Klasse“, und da wäre es wohl schon vorzuziehen, sie zu „Preußen erster Klasse“ zu machen. Unter diesen Umständen kann die in der Depesche enthaltene Verzichtleistung auf die Annexion nur den Sinn haben, daß über kurz oder lang diese Umklammerung des Landes ohnehin zu seiner völligen Einverleibung führen und daß das Land selbst diese wünschen müßte.

Wien, 28. Febr. Die „Wiener Abendpost“ schreibt bezüglich des Artikels der gestrigen „Nordd. Allg. Ztg.“ über den Inhalt der letzten Nummer des „Memorial diplomatique“: „Wir wissen nicht, aus welchen Mittheilungen des „Memorial“ die „N.-D. A. Z.“ eine gegen die preußische Regierung gerichtete Einflußnahme des Fürsten Metternich auf dieses Wochenblatt herleiten zu können glaubt, da doch gerade in der letzten Nummer desselben der Redakteur ausdrücklich bezeugt, daß der Fürst Metternich, weit entfernt, die Angriffe des „Memorial“ gegen Preußen zu billigen, ihn vielmehr wiederholt und angelegentlich um Mäßigung seiner Sprache diesbezüglich ersucht hat. Wie dem auch sei, wir sind in der Lage, aus bester Quelle zu versichern, daß die „N. A. Z.“ sich vollständig im Irrthum befindet, wenn sie meint, daß der Fürst Metternich in irgend einer Richtung einen von dem seiner Regierung abweichenden Weg gehe. Oesterreichs Interessen werden von ihm allseitig mit ebenso viel Einsicht als pflichttreuem Eifer vertreten; und für die Andeutung, mit welcher der telegraphische Auszug des besprochenen Artikels der „N. A. Z.“ schließt, wird die preußische Regierung gewiß ebenso wenig geneigt sein einzustehen, als der Fürst Metternich eine Verantwortung für die Auslassungen des „Memorial“ zu übernehmen gewillt ist. — Das Militärblatt „Der Kamerad“ meldet: Dem Vernehmen nach wird heuer bei Bruck a. d. Leitha ein Uebungslager von 50,000 Mann bezogen werden. Als Kommandanten nennt man den Erzherzog Albrecht. Das Lager soll in der Mitte des Juni bezogen werden.

Frankfurt. Aus den näheren Berichten über die Delegirtenversammlung der Schleswig-Holsteinvereine zu Rendsburg entnehmen wir Folgendes: Es waren 208 Delegirte anwesend, die 120 Vereine vertraten. Die telegraphisch gemeldete Aenderung im ursprünglichen Antrage wurde mit 120 gegen 88 Stimmen, sodann aber der sonach modifizirte Kieler Antrag beinahe einhellig angenommen. Bei der Wahl des neuen Ausschusses sind die Vertreter der preußischen Anschlußpartei, die Herren Wiggers, Rabe und Genossen, vollständig durchgefallen; die Herren Römer und Reventlow hatten es gerathen gefunden, schon zuvor ihren Austritt aus dem Vereine zu erklären. Unter den Neugewählten befinden sich: Adv. Jessen von Altona, v. Neergaard und May, der Redakteur der Schleswig-Holstein'schen Zeitung. Die Versammlung ward mit einem Hoch auf den Herzog Friedrich und das Staatsgrundgesetz geschlossen. (N. Fr. Z.)

Hamburg, 27. Febr. Die „H. Nachr.“ schreiben: „Zwischen den Regierungen von Bayern, Hannover, Sachsen und Württemberg ist am 10. d. Mts. zu Köln der Abschluß einer Konvention zur Paßerleichterung in ihren Staaten eingeleitet worden, zu deren Beitritt auch der hiesige Senat eine Aufforderung erhalten hat.“

Der Fasching wird auf der Insel **Alsen** nützlicher Weise zu Prügeleien zwischen Deutsch- und Dänischgesinnten angewandt. Man schreibt der „Hadersl. Ztg.“ aus Augustenburg, 21. Februar: „Das einzige Tagesgespräch bildet die großartig angelegte Schlittenpartie der dänisch gesinnten Inselbewohner, die mit einer so kläglichen Niederlage hier am vorigen Freitag in Scene gesetzt wurde. Nach den stattgehabten handgreiflichen Aeußerungen werden unsere Vornehmen: Kammerrath Fenger, Rosen-Rönhof, Ahlmann-Werthemine ꝛc. einsehen, daß die Bevölkerung keineswegs gewillt ist, ihre Agitation ruhig hinzunehmen. Diese Gesinnungsgenossen betragen sich durchaus so, als ob das Dänenthum noch unverändert bestehe. Die Parole dieses Festes hieß: es darf kein deutsches Wort geredet werden, es müssen so viele dänische Farben angebracht sein, als möglich. So erschienen die Damen und Pferde reich mit rothweißen Bändern und Federn geschmückt zur Schlittenfahrt. Unser Ort wußte seine Gäste aber auch zu ehren und empfing diese 70 Personen in vollem (deutschem) Flaggenschmuck. Die Verstimmung, die begreiflicherweise eintrat, mehrte sich nach dem Diner in dem Hotel, als aus einem Nebenzimmer „Schleswig-Holstein“ und das Preußenlied ertönte, so sehr, daß Rosen und Fenger unter Schimpfen die Räumung desselben verlangten, ja Ersterer soll eine dort vorhandene Fahne sogar beschmutzt haben.

---

viel Belehrung schöpfen. „So waren die französischen Sitten unter dem zweiten Kaiserreich“, wird er seine Citate schließen.

Aber was hat damit das zweite Kaiserreich zu thun, — Napoleon III. ist verheirathet? Nun jedenfalls gibt er Beispiele wie Mortimer und Konsorten. Eine sehr hübsche Illustration zu des Kaisers Privatleben theilt mein journalistischer Kollege in der „N. Fr. Pr.“ mit. Da vielleicht dies Blatt nur wenigen meiner Leser zugänglich ist, will ich Ihnen diese Stelle herausschneiden. Voilà. Kaum im Ballraume eingetreten, bemächtigte sich meiner eine weibliche Maske. Es half kein Widerstreben, fünf Sekunden später hing sie mir im Arm, um mir zu sagen, ich müsse ihr mittheilen, wie die neueste Thronrede Napoleons beschaffen sei. Spielen Sie an der Börse? war meine erste Antwort. Die Maske setzte mir jedoch auseinander, daß ihr Interesse ein rein persönliches für den Thronredner sei und als ich, so gut und so schlecht ich es vermochte, ihre Neugierde befriedigt hatte, belohnte sie mich auch für meine Bereitwilligkeit, ihr schon in der Nacht gesagt zu haben, was sie andern Tages im Blatt lesen konnte. Womit kann man einen Journalisten sonst belohnen, als mit guten, soll heißen, interessanten Nachrichten, und diese erhielt ich in der That von meiner Maske. Alles wiederzugeben, was sie mir enthüllte, ist schwer, aber Einiges erzähle ich meiner unbekannten Französin doch nach. Wie sie mir versicherte, ist Kaiser Napoleon sehr krank, und hat derselbe vor etwa vier Wochen, als er eine ihrer intimen Freundinnen besuchte, einen Lähmungsanfall auf der linken Seite erlitten (das erzählt man sich auch in ernsteren Kreisen, als denen eines Maskenballs), ist in Ohnmacht gefallen und mußte, bewußtlos, wie er war, nach dem Schlosse zurückgetragen werden. Die Ernennung des Prinzen Napoleon stehe mit diesem Vorfall in engster Verbindung, und am kaiserlichen Hofe sei man, obwohl der Kaiser auch Tage besseren Befindens habe, sehr beängstigt. Das erzählte mir die Maske und setzte hinzu: „Sehen Sie, deshalb ist auch die Thronrede diesmal so matt, und als wir bei meiner Freundin mit dem Kaiser von der bevorstehenden Thronrede sprachen, da schwur er uns, er werde bei dieser feierlichen Gelegenheit uns Damen eine besondere Gefälligkeit erweisen; nun, der gute Napoleon hat Wort gehalten.“ — „Wo steckt in der ganzen Thronrede die Gefälligkeit für Sie, meine Gnädige?“ fragte ich ungläubig. Meine Maske erwiderte: „Ja wem sonst, glauben Sie, dankt die Welt die neueste Napoleonische Idee, die Schuldhaft aufzuheben, als uns Damen seiner Bekanntschaft? Geld genug für uns Alle hat selbst dieser Kaiser nicht, die Aufhebung des Schuldarrestes, die Abschaffung des berühmten Clichy, sehen Sie, das ist eine That, für die wir ihm dankbarer sein werden, als das befreite Italien.“ So sprach meine Maske, und ich kann nichts thun, als versichern, daß sie's mir wirklich buchstäblich also erzählt hat.

So erzählt Herr Sigismund Kolisch, und die Erkundigungen, welche ich eingezogen, machen die Sache sehr wahrscheinlich.

Vermischtes.

Paris, 27. Febr. Die Geschichte Cäsar's (erster Band) soll am 1. März erscheinen. Die Intimen der Tuilerieen erhielten aber bereits Exemplare, darunter auch die offiziösen englischen Journalisten; den hiesigen hat man jedoch nur einen Einblick in das Buch gestattet, und sie theilen deshalb heute den Inhalt desselben mit. Der erste Band, welcher am Mittwoch erscheint, ist in zwei Bücher getheilt. Das erste Buch führt den Titel: „Die Zeiten Roms vor Cäsar“, und zerfällt in sechs Kapitel. Das zweite Buch ist betitelt: „Geschichte Julius Cäsar's“, und umfaßt fünf Kapitel. Die Ueberschriften der sechs Kapitel des ersten Buches lauten: 1. „Rom unter den Königen.“ Von Gründung der Stadt bis zum Jahre 244. 2. „Errichtung der Republik und des Konsulates.“ 244—416. 3. „Die Eroberung Italiens.“ 416—488. 4. Blüthe des Beckens des Mittelmeeres vor den punischen Kriegen.“ 5. Die punischen Kriege und die Kriege in Macedonien und Asien“ 488—621. 6. „Die Gracchen, Marius und Sulla.“ 621—676. Die vier ersten Kapitel des zweiten Buches beginnen mit dem Jahre 654 der Stadt, d. h. mit den ersten Jahren Cäsar's, und schließen mit dem Jahre 695. Das fünfte Kapitel ist dem Konsulate Cäsar's und Bibulus' gewidmet und reicht also noch nicht bis zu den großen Feldzügen.
(K. Z.)

Später hat er eine preußische Fahne von der Saalthüre heruntergerissen, wofür ihm von Soldaten und Gesellen arge Schläge geworden, und unter dem Rufe „Hannemann heraus“ haben sie den Saal geräumt. Rosen kam unter die Füße und soll eine nicht unbedeutende Kopfwunde davon getragen, die meisten der übrigen Theilnehmer sollen derbe Schläge erhalten haben. Das Eintreffen des Hardesvogts stellte sofort die Ruhe wieder her. Es wurde angespannt und unter Begleitung von Militär und Gendarmen zogen sie um halb 10 Uhr Abends ab.“

Kopenhagen, 28. Febr. Das Folkething des Reichsraths verwarf heute in dritter Lesung den von der Regierung vorgelegten Entwurf eines Grundgesetzes, nahm dagegen in zweiter Lesung unverändert den Antrag Hansens an, welcher dem Reichstage die alleinige Kompetenz zur Erledigung der Verfassungsfrage zuspricht. Die Sache geht zurück ans Landsthing.

London, 25. Febr. Während auf dem europäischen Festlande die Prinzipien des Freihandels Fortschritte machen, die dem Engländer allzu langsam erscheinen, haben Englands eigene Söhne in den Kolonien, von denen Hunderttausende auf dem Boden des Vereinigten Königreichs aufgewachsen sind, die ihnen verliehenen Rechte der Selbstregierung dazu benutzt, sich gegen das Mutterland protektionistisch abzuschließen. Die „Times“ zieht aus dieser Erscheinung — welche sie ohne irgend einen Seitenblick auf den europäischen Kontinent bespricht — blos die Moral, daß eine Parlamentsreform in England, eine Ausdehnung des Stimmrechts auf die große Masse der Arbeiter, sehr bedenkliche Folgen haben und zum Schutzzollsystem zurückführen könnte.

Es heißt in **Madrid,** daß mehrere Mitglieder der Grandezza Spaniens sich bereits dahin vereinigt haben, dem Staatsschatze zu Hilfe zu eilen und so dem von der Königin gegebenen Beispiele zu folgen. Man fügt hinzu, daß ein gewisser Grande von Spanien, der die Initiative dieses Gedankens ergriffen hat, nach nichts Geringerem strebt, als die Granden von Castilien dazu zu bewegen, unter sich die von der Regierung verlangte Anleihe durch Vorwegnahme der 600 Mill. Realen zusammenzubringen.

Die russische „Petersburger Zeitung“ entwirft folgende traurige, aber der Wirklichkeit völlig entsprechende Schilderung von dem gegenwärtigen Zustande **Litthauens**: „Nur in den Hauptstädten, in der Nähe der Eisenbahnen, macht sich noch einiger Verkehr bemerkbar. Aber entfernt man sich einige Werst von der Hauptstraße, so trifft man keinen Reisenden, kein lebendiges Wesen. Kommt man in ein Dorf, so glaubt man, einen verzauberten Ort betreten zu haben. Man hört kein Wort, keinen Widerhall, Alles scheint ausgestorben zu sein. Nur Winde sausen und hin und wieder heulen Hunde. Ueberall Grab und Vernichtung. Von Wilna bis Grodno ist das fruchtbare Land in eine Wüste verwandelt.“ —

In russischen Blättern wird vielfach darüber geklagt, daß manche von den im Königreich Polen angestellten russischen Beamten, namentlich von den jüngeren, mit besonderer Vorliebe polnische Gesellschaft suchen und eine starke Hinneigung zur polnischen Sprache und polnischen Sitten zeigen. In voriger Woche wurden, wie der „Ostsee-Z.“ geschrieben wird, drei als Polenfreunde verdächtige Beamte des bäuerlichen Regulirungs-Komité's, die schon vor längerer Zeit aus Petersburg nach Warschau geschickt waren, auf einer Eisenbahnstation in der Nähe der preußischen Grenze von der Polizei angehalten und nach strenger Revision unter Escorte nach Petersburg zurückgeschickt. Dieses Verfahren soll in Folge einer Denunciation von Warschau aus veranlaßt worden sein.

Eine schreckliche Feuersbrunst ist in der Nacht vom 7. auf den 8. Febr. in **Philadelphia** ausgebrochen. Auf einem offenen Platze in der Nähe der Washingtonstraße lagen 2 bis 3000 Fässer Petroleum aufgespeichert; durch einstweilen nicht bekannte Ursache entzündete sich eines der Fässer; mit ungeheurer Schnelligkeit, fast als ob es Schießpulver gewesen wäre, verbreitete sich die Flamme. Das brennende Oel ergoß sich mit hoch aufschlagender Lohe und von schwarzen Rauchwolken überschwebt in die benachbarten Straßen, alles Lebende auf seinem Pfade vernichtend. Washingtonstraße, Ellsworth-, Federal-, Ninthstraße waren von einem Feuersee überschwemmt. 47 Häuser sind gänzlich zerstört, wie viele Menschenleben verloren worden, hatte sich noch nicht konstatiren lassen. Man spricht von 20 Personen. Die Legislatur von Pennsylvania hat am Donnerstag ein Gesetz erlassen, welches die Aufspeicherung von Petroleum in Philadelphia verbietet.

Literarisches.

Augsburg, 26. Febr. In wenigen Tagen erscheint im Verlage der Kranzfelder'schen Buchhandlung in Augsburg und der vormals Lauter'schen Buchdruckerei eine für den gegenwärtigen Augenblick ganz besonders interessante Novität, nämlich eine Uebersetzung des Lebens Cäsar's aus der Feder Kaiser Napoleons des Ersten, welcher diese Arbeit auf der Insel St. Helena seinem Freunde Marchand diktirte. Die von Dr. Karl Barth verfertigte Uebersetzung dieses Buches, das nach dem Tode Napoleons in den Händen des Generals Bertrand sich befand, begreift zwei Hefte, deren erstes schon demnächst ausgegeben werden soll, während das zweite in kürzester Zeit nachfolgen wird.

Hiezu die Beilage: „Würzburger Anzeiger“.

Verantwortlicher Redakteur: A. Hartmann.
Druck und Verlag der Stabel'schen Buch- und Kunsthandlung in Würzburg

Cours der Staatspapiere.

Oesterr.	5 pCt. Met. (Cp. I. S. b. R.)	—
„	5 pCt. Lomb. ditto. à 24	—
„	5 pCt. Engl. Met. v. 1852	$79\frac{3}{8}$ G.
„	5 pCt. Engl. Met. v. 1859	$78\frac{3}{8}$ G.
„	5 pCt. Venet. Coupon b. R.	85 P.
„	5 pCt. Nationalanl. v. 1854	$68\frac{1}{4}$ G.
„	5 pCt. Metall. Obligation.	$62\frac{5}{8}$ P.
„	$4\frac{1}{2}$ pCt.	$55\frac{3}{8}$ P.
Preussen	$3\frac{1}{2}$ pCt. Staatsschuldsch.	$91\frac{1}{8}$ G.
Bayern	$4\frac{1}{2}$ pCt. Obl. 1jähr. dto.	$102\frac{1}{8}$ P.
„	$4\frac{1}{2}$ pCt. Obl. $\frac{1}{2}$jähr. dto.	$102\frac{3}{8}$ G.
„	4 pCt. Obl. 1jähr. dto.	$99\frac{1}{8}$ P.
„	4 pCt. Obl. $\frac{1}{2}$jähr. dto.	$99\frac{1}{4}$ P.
„	4 pCt. Obl. Ab.-R. dto.	$98\frac{5}{8}$ P.
„	$3\frac{1}{2}$ pCt. Obl. dto.	—
Württemb.	$4\frac{1}{2}$ pCt. Obl. b. Rothsch.	$104\frac{1}{2}$ G.
„	$3\frac{1}{2}$ pCt. Obl. dto.	95 G.
Baden	$4\frac{1}{2}$ pCt. Obl.	—
„	$3\frac{1}{2}$ pCt. Obl. v. 1842	$91\frac{3}{4}$ G.
Gr. Hess.	$4\frac{1}{2}$ pCt. Obl.	—
„	4 pCt. Obl. b. Rothsch.	$100\frac{3}{8}$ P.
„	$3\frac{1}{2}$ pCt. Obl. dto.	$97\frac{1}{4}$ P.
Nassau	$4\frac{1}{2}$ pCt. Obl. dto.	$102\frac{1}{4}$ P.
„	4 pCt. Obl. dto.	$99\frac{1}{8}$ P.
„	$3\frac{1}{2}$ pCt. Obl. dto.	$92\frac{1}{8}$ P.
Frankfurt	$3\frac{1}{2}$ pCt. Obl.	$95\frac{5}{8}$ P.
„	3 pCt. Obl.	—
Spanien	3 pCt. inl. Sch. P. à fl. 2. 80	—
„	$2\frac{1}{4}$ pCt. . . .	—
Schweden	$4\frac{1}{2}$ pCt. Obl. à 105 Thlr.	92 P.
N.Amerika	6 pCt. à 1000r. 1881 D. $2\frac{1}{2}$	$62\frac{3}{8}$—$\frac{3}{4}$ G.
„	6 pCt. ditto r. 1882 „	$62\frac{1}{8}$—$\frac{1}{2}$ G.

Diverse Aktien.

Frankfurter Bank à fl. 500 . . .	149 G.
K. K. Oesterr. National-Bankaktien	838 P.
Oesterr. Kreditbank-Aktien à fl. 200	196 P. $195\frac{1}{2}$ G.
Bayer. Hypothekenb. Pfandbriefe 4 pCt.	$98\frac{1}{8}$ P.
Darmst. Bank 1. u. 2. Serie à fl. 250	$237\frac{1}{2}$ G.
Weimarische Bank à Thlr. 100 . .	$100\frac{1}{2}$ G.
Mitteldeutsche Kreditaktien . . .	$100\frac{1}{2}$ G.
Intern. Bank in Lux. à 250 Frs. à 28 kr.	—
Taunus-Eisenbahn à fl. 250 . . .	350 G.
Frankfurt-Hanauer-Eisenbahn . . .	101 G.
Oest. F.St.Eisb. 5pCt. 500 Fr. à 23 kr.	—
„ Elisab.-Eisenbahn 5 pCt. . .	$117\frac{3}{8}$ G.
Böhm. Westbahn-Aktien à fl. 200 6/7	—
Rhein-Nahe-Bahn 200 Thl. à 105 4pCt. Z.	$80\frac{3}{8}$ G.
Ludwigshafen-Bexbacher à 4 pCt. .	$149\frac{3}{8}$ G.
dto. dto. Prior. à 4 pCt.	$97\frac{1}{2}$ P.
Pfälz. Maxb. b. Rothschild à $4\frac{1}{2}$ pCt.	$107\frac{1}{2}$ G.
Oest. St.-Eisenb. Prior.-Oblig. à 3 pCt.	$80\frac{1}{2}$—$\frac{5}{8}$ G.
Elisab.-Bahn Prior. 5 pCt. 6/7	$80\frac{1}{2}$ P.
Südd. Bank-Akt., 40 pCt. Einz.	260 P. 259 G.
Span. Handels- und Industrie . .	—
Bayr. Ostbahn à $4\frac{1}{2}$ pCt. volleinbez.	$113\frac{3}{8}$ G.
Bayer. Ostbahn mit 50 pCt. Einz.	$113\frac{3}{8}$ G.

Wechsel in süddeutscher Währung.

Amst. fl. 100 k. S.	$101\frac{3}{8}$ P.
Antwerp. Frs. 200 k.S.	$94\frac{3}{8}$ G.
Augsb. fl. 100 k. S.	100 P.
Berlin Th. 60 k. S.	105 P.
Brem. 50 Th. Ld. k. S.	$96\frac{7}{8}$ P.
Brüssel Frs. 200 k. S.	$94\frac{3}{8}$ G.
Cöln Thlr. 60 k. S.	105 P.
Hamb. MB. 100 k. S.	$88\frac{7}{8}$ G.
Leipzig Th. 60 k. S.	105 P.
London Lst. 10 k. S.	$119\frac{1}{4}$ P.
Lyon Frs. 200 k. S.	—
Mail. Frs. 200 . .	$94\frac{1}{4}$ G.
München fl. 100 k. S.	100 P.
Paris Frs. 200 k. S.	$94\frac{3}{8}$ G.
Petersburg 60 S.-R.	—
Triest fl. 100 k. S.	—
Wien fl. 100 ö. W.	—
do. in öst. W. l. S.	$104\frac{5}{8}$ G.
Disconto	$3\frac{1}{2}$ pCt. G.

Anlehens-Loose.

Oesterr. fl. 250 v. 1839	$141\frac{5}{8}$ P.	Kurhess. Thlr. 40 b. R.	$66\frac{5}{8}$ P.
„ fl. 250 v. 1854 mit 4pCt.	—	Gr. Hessen fl. 50 b. R.	—
„ fl. 500 v. 1860 6/7	$83\frac{3}{4}$ P.	„ fl. 25 do.	37 P.
„ fl. 100 Eisb. L. v. 1858.	$132\frac{7}{8}$ G.	Nassau fl. 25 bei Rothsch.	$35\frac{3}{4}$ P.
„ do. v. 1864.	$90\frac{1}{2}$ G.	Sardinische Fr. 36 b. B.	—
Schwed. 10 Thlr. Loose	$9\frac{3}{8}$ P.	Neuchateler 10 Frs.-Loose	—
Badische fl. 50	$124\frac{1}{4}$ P.	Freiburger 15 Frs.-Loose	—
Badische fl. 35	—	Mailänder 45 Frs. L. b. R.	33 P.
		St. Lüttich mit $2\frac{1}{2}$ pCt. Z.	$33\frac{1}{2}$ P.
		Ansb.-Gunzenh. fl. 7-L.	$10\frac{7}{8}$ P.

Frankfurt, 1. März. Die Börse war im Allgemeinen matt gestimmt. Besonders Amerikanische wurden in Folge fortwährender Arbitrageverkäufe bei gleichzeitiger Zurückhaltung der Platzspekulation und des Privatpublikums bedeutend niedriger abgegeben. Von Eisenbahnaktien waren Rhein-Bahn gesucht und höher. (Synd.)

An die
k. Hof- und Staatsbibliothek
München.
1 N. Würzb. Ztg.

Neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht!

№ 62.	Vorausbezahlung: Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 1 fl. 30 kr. Bei Inseraten wird die dreispaltige Zeile in gewöhnlicher kleiner	62. Jahrgang.	Schrift oder deren Raum im Hauptblatte mit 6 kr., im Anzeiger mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franco.	Freitag, 3. März 1865.

(Amtliche Nachrichten.) **München,** 1. März. Se. Majestät der König hat den kath. Pfarrer J. Ganghofer zu Kollbach auf Ansuchen von dem Antritte der ihm zugedachten Pfarrei Altenbuch enthoben und sofort die kath. Pfarrei Altenbuch dem Priester Jos. Kaltenberger, Pfarrer zu Reißlkofen, verliehen; den temporär quiesc. Hauptzollamtsverwalter E. Lanzer zu Bayreuth in den Ruhestand treten lassen; dem Appellationsgerichte von Niederbayern für den zum zweiten Staatsanwalt an diesem Gerichtshofe beförderten Appellationsg.-Assessor A. Kübbacher einen Rath beigegeben und auf die Stelle desselben den Bezirksg.-Direktor Fr. Schlag in Pfarrkirchen versetzt; auf die Direktorstelle am Bezirksg. Pfarrkirchen den Bezirksg.-Rath A. Pachmayr in Aichach und auf dessen Stelle den Assessor des Ldg. München r/J., A. Engelhard, befördert; dann die Assessorstelle am Landg. München r/J. dem Appellationsg.-Accessisten und dermaligen Vertreter der Staatsanwaltschaft am Landg. Reichenhall, M. Kapfhammer, verliehen.

Als Vertreter der Staatsanwaltschaft am k. Landg. Kulmbach wurde der geprüfte Rechtsprakt. und dermalige Vertreter der Staatsanwaltschaft am k. Landg. Ludwigsstadt, K. Schleizer, berufen und als Vertreter der Staatsanwaltschaft am k. Landg. Ludwigsstadt der Bezirksg.-Accessist Gust. Loschge in Fürth, dann als Vertreter der Staatsanwaltschaft am k. Landg. Wertingen der geprüfte Rechtsprakt. und dermalige Notariatsgehilfe Georg Ph. Fr. Schülein in Neustadt a/A. aufgestellt.

(Militärdienstesnachrichten.) **München,** 1. März. Se. M. der König hat den pens. charakt. Major M. Grafen Topor-Morawitzky mit Beförderung zum wirklichen Major zum Exempten in der k. Leibgarde der Hartschiere ernannt, dann den Cornet Oberst Fabius Graf Ricciardelli mit dem Charakter als Generalmajor zum Secondelieutenant der k. Leibgarde der Hartschiere und zum Cornet und Obersten den Exempten charakt. Oberst Jos. Frhrn. v. Großschedel befördert; ferner den funkt. Exempten, pensionirten Hauptmann M. Frhrn. v. Gumppenberg als Major charakterisirt. (Mil.-V.-Bl.)

Der „Weim. Ztg." berichtet man aus **Wien,** 27. Febr.: „In den mittelstaatlichen Residenzen hat das, was bis jetzt über die preußischen Forderungen bekannt geworden ist, eine sehr ungünstige Beurtheilung erfahren; auch Baden (?) soll damit nicht einverstanden sein, und man will wissen, daß der großherzogliche Gesandte in Berlin, Hr. v. Türkheim, Vorstellungen gemacht hat. Der Verkehr zwischen Oesterreich und den Mittelstaaten ist übrigens ein sehr lebhafter, und es wird bestätigt, daß ersteres noch in der letzteren Zeit die Versicherung ertheilt hat, es werde das Bundesrecht wahren, ohne den „berechtigten" preußischen Forderungen entgegenzutreten. — Gestern sind von hier aus Depeschen an den Bundespräsidialgesandten, Frhrn. v. Kübeck, abgegangen. — Die Domänenfrage soll dahin gelöst werden, daß ein Consortium, welches aus Rothschild, Wodianer und Langrand besteht, die Staatsgüter übernimmt, da das von ihnen gestellte Offert günstig sein soll.

Wien. Die Berliner Nachricht von einem als gesichert zu betrachtenden Abschlusse eines Handelsvertrages zwischen Oesterreich und dem Zollverein wird auch vom „Botschafter" bestätigt. Ueber die gegenseitig vereinbarten Tarifskonzessionen macht das Wiener Blatt folgende Angaben: „Es scheint, daß der Zollverein die freie Einfuhr der Artikel: Schlachtvieh, Mahlprodukte, komprimirtes Gemüse, Kleinvieh, letzteres mit einigen Ausnahmen, zugestanden, Oesterreich aber einige Konzessionen in Bezug auf den Zollsatz für Webe- und Wirkwaaren — allerdings nicht in dem Umfange, wie sie von der anderen Seite gefordert wurden — gemacht habe. Die Forderungen des Herrn v. Hock in Bezug auf österreichische Weine haben leider keine Berücksichtigung erfahren; das entgegenstehende Interesse und die mit dem österreichischen Vorschlage verknüpften Schwierigkeiten zeigten sich zu mächtig." Anknüpfend hieran, schreibt der Botschafter: „Wie wir hören, haben unsere Fachministerien die Absicht, die Tarifsätze, welche mit Preußen und dem Zollvereine vereinbart werden, zu verallgemeinern und in den Außentarif zu übertragen. Nachdem die Berliner Verhandlungen endlich in das Stadium der Resultate getreten sind, dürfte die Vorlage des neuen Zolltarifes an den Reichsrath erfolgen. Der Tarif wird durch einen Gesetzentwurf ausgeführt sein, welcher auch den Fall von mit anderen Staaten abzuschließenden Handelsverträgen vorsehen wird."

Von **Berlin** wird der „Köln. Z." gemeldet: „Die Verhandlungen mit Herrn v. Hock haben gestern zu einer Vereinbarung in allen wesentlichen Punkten geführt. Es soll sich nur noch um formelle Dinge handeln. Die Unterzeichnung der Verträge, die auch namentlich gegenseitige Tarifkonzessionen umfassen, wird etwa gegen die Mitte nächster Woche erwartet. Herr v. Hock, welchen Privatangelegenheiten, wie es heißt, nach Wien zurückrufen, wird vielleicht der Unterzeichnung nicht selbst beiwohnen können."

Berlin. In Bezug auf den Rücktransport der sächsischen Exekutionstruppen ist es, wie die „Ndd. Allg. Ztg." wissen will, gegenwärtig beim Bunde zur Sprache gekommen, ob die Kosten

Feuilleton.

Das Trauerspiel im Koffer.

Eine sehr eigenthümliche Geschichte ist es, welche unter diesem Titel aus Nordamerika herüberkommt und welche sich vor dem Gerichtshofe von Norfolk im Staate Virginien abgespielt hat. Eigenthümlich schon vor Allem ist der Umstand, daß Angeklagter, Zeuge und Vertheidiger in einer Person vereinigt sind, und diese Person ist ein Weib, eine Deutsche. Marie Louise Linder ist vierzig Jahre alt, von hoher Statur, von angenehmen Zügen und gut konservirtem Aussehen. Auf ihrem bleichen Gesichte sieht man die Spuren der tiefen Seelenangst, welche sie bestanden. Sie sitzt nicht auf der Bank der Angeklagten und nicht auf jener der Zeugen, sie hält sich zwischen beiden aufrecht vor den Richtern und erzählt folgendermaßen ihre bizarre Geschichte: Ich bin angeklagt und auch schuldig, einen Koffer mit mir von Norfolk nach Baltimore geführt zu haben, in welchem sich ein Körper John Freeborns befand, mit dem ich eine intime Bekanntschaft hatte. John Freeborn sagte mir eines Tages, daß er es müde sei, als Soldat zu dienen, und daß er mir 400 Dollars geben wolle, wenn ich ihn nach Chicago brächte.

In Chicago wolle er sich nämlich noch einmal als Soldat anwerben lassen, und da würde er 1000 Dollars Werbegeld bekommen, von denen er mir 400 geben wolle; dann würde er nach Canada desertiren, wohin ich ihm folgen sollte, um ihn dort zu heirathen. Ich antwortete ihm, daß mir das schon recht wäre, daß ich aber kein Mittel sähe, ihn aus Norfolk wegzubringen, wo auf Soldaten strenge Wacht gehalten wurde. Darauf sagte er: „Geh' und kaufe mir einen großen Koffer; ich werde mich hineinlegen, Du wirst ihn zusperren und mit Stricken einschnüren, als wenn er Gepäck enthielte. Du wirst ihn als Fracht auf dem Schiffe nach Baltimore aufgeben, dort wirst Du mich auspacken, und wir werden auf der Eisenbahn nach Chicago fahren." Ich wollte anfangs nicht an die Sache, aber er drängte in mich und endlich willigte ich ein. Ich kaufte den Koffer, er legte sich hinein, und wir schifften uns auf diese Weise nach Baltimore ein. — Richter: Aber sprach er zu Ihnen nie von der Gefahr, aus Mangel an Luft in dem Koffer zu ersticken? — Marie Louise Linder: „Ja, mein Herr, um derselben aber zu entgehen, machte er ein Loch in den Koffer."

Der Richter ließ hierauf den Koffer bringen; er war groß und schön, von etwa 25 Zoll Höhe, 16 Zoll Breite und 32 Zoll Länge; unter einem der Riemen entdeckte man ein ganz kleines Loch, durch welches der Deserteur mittelst eines Pfeifenrohres Luft einathmete. Ein Arzt erklärte, daß das Loch nicht so viel Luft zulassen konnte, als eine Ratte zum Leben braucht. In dem Raum des Koffers konnte Freeborn, da er klein war, allenfalls zusammengekauert liegen; da aber die Fahrt nach Baltimore fünf Stunden dauerte, mußte er wohl entsetzliche Krämpfe erleiden. Die Angeklagte fährt nach der Untersuchung des Koffers fort: Als wir bei der Festung Monroe vorbeikamen, nahte ich mich dem Koffer und versetzte ihm zwei leichte Fußstöße, wie es abgemacht war, damit ich wisse, ob es darinnen gut gehe. Zwei leise Schläge

für den von der sächsischen Regierung gewählten Umweg vergütet werden sollen, oder ob nur diejenigen Kosten in Betracht kommen können, welche bei Benutzung der direkten, durch preußisches Gebiet führenden Eisenbahnstraßen entstanden sein würden. Das Bismarck'sche Blatt meint, die Sache dürfte zu interessanten Momenten Anlaß bieten.

Ueber die Ursache der Absendung von Militär nach **Burg**, einer einige Meilen von Magdeburg gelegenen, besonders durch ihre Tuchfabrikation bekannten Stadt von etwa 15,000 Einwohnern wird der „Magdeb. Ztg." von dort unter dem 27. v. Mts. berichtet: „Im Sommer und Herbst vorigen Jahres waren in einzelnen hiesigen Fabriken von den Tuchmachergesellen vereinte Forderungen auf höhere Lohnsätze gegen die Fabrikbesitzer gestellt worden, die ihnen bei dem Mangel an Arbeitern größtentheils auch bewilligt wurden. Dessenungeachtet hörten die Agitationen zum Zwecke der Lohnsteigerung nicht auf, so daß sich die Fabrikbesitzer zu Gegenmaßregeln gemüßigt sahen, welche sogar zu Verhandlungen bei der Staatsanwaltschaft wegen Verletzung der §§. 181 und 182 der allgemeinen Gewerbeordnung (des sog. Koalitionsgesetzes) führten, ein Resultat hat die desfallsige Untersuchung indessen wegen mangelnden Beweises nach beiden Seiten hin nicht gehabt. Mehrfache in Folge dieser Vorfälle vorgekommene Ruhestörungen in den Fabriken veranlaßten inzwischen die Fabrikbesitzer zum Erlaß einer gemeinsam von ihnen vorbereiteten Fabrikordnung, welche unmittelbar nach ihrem Aushange in den Fabriklokalen eine sich bedenklich steigernde Aufregung unter der Arbeiterbevölkerung zur Folge hatte, so daß die Polizeiverwaltung in Uebereinstimmung mit dem Magistrate und der Staatsanwaltschaft am 25. v. Mts. beschloß, auf telegraphischem Wege durch Vermittelung des Oberpräsidenten die sofortige Absendung von zwei Kompagnien Militär zu beantragen. Diesem Antrage ist, nachdem sich der Oberpräsident selbst noch am Sonnabend von der Nothwendigkeit und Zweckmäßigkeit der getroffenen Maßregel überzeugt hatte, sofort stattgegeben, und demgemäß sind noch an demselben Tage (25. d. Mts.) 2 Kompagnien des 1. Magdeburgischen Infanterie-Reg. Nr. 26 in Burg eingerückt. Abgesehen von strafbaren Drohungen, groben Injurien, einzelnen geringfügigen Eigenthumsbeschädigungen und der Anheftung eines Pasquills sind Exzesse, insbesondere ernstliche Ruhestörungen nicht vorgekommen. Der Oberpräsident hat kommissarische Verhandlungen zwischen den Fabrikbesitzern und den Fabrikarbeitern angeordnet, über deren Resultat, so weit es sich für die Oeffentlichkeit eignet, die weitere Mittheilung vorbehalten wird. Am 27. erschien eine Bekanntmachung des Bürgermeisters Reihe, welche zur Ordnung ermahnt und den Arbeitern als den alleinigen Weg zur Abstellung ihrer Beschwerden den bezeichnet: „daß die Arbeitsnehmer mit ihren Arbeitsherren wegen derjenigen Bestimmungen der Fabrikordnung, deren Abänderung sie wünschen, in Verhandlung treten, einstweilen aber ruhig ihre Arbeit fortsetzen, zumal die Fabrikordnung gesetzlich erst nach 14tägiger Frist in Kraft tritt."

Köln, 1. März. Der oft citirte Berliner Korrespondent der „K. Ztg." schreibt: „Die Nachrichten der „Neuen Freien Presse" über die preußischen Forderungen stimmen in mehreren Punkten mit den Ihnen von uns in der letzteren Zeit schon bezeichneten überein, weichen aber in einigen anderen ab. Die Angaben des Wiener Blattes scheinen namentlich in Bezug auf die militärischen Momente noch zu eingeschränkt gehalten. Preußen verlangt beispielsweise, so viel man weiß, die Verfügung über die schleswig-holsteinischen Truppenkörper gemäß der preußischen Heeresverfassung nicht nur in Kriegszeiten, sondern in Krieg und Frieden, eben so über die Landesfestungen. Ein Unterschied wird wahrscheinlich nur für das holsteinische Bundes-Kontingent stattfinden, wegen dessen die papierenen Bestimmungen der Bundes-Kriegsverfassung in Friedenszeiten gewahrt werden sollten. Und daß Preußen auch in Bezug auf dieses Kontingent gegen jedes Hinderniß seine Vorkehrungen getroffen haben werde, ist ebenfalls schon bekannt. Die allgemeinen Gesichtspunkte in der Analyse der „N. Fr. Pr." gaben ferner vielleicht den Sinn der preußischen Forderungen insofern nicht präzis genug wieder, als irgend welches Arrangement in den Herzogthümern (es handle sich um Einsetzung eines Fürsten, um einen preußischen Statthalter, um einen Provinzialstaat, die Personal-Union oder Aehnliches, was selbstverständlich in der Depesche nicht ausdrücklich erwähnt ist) nicht etwa nur der Gewähr der preußischen Forderungen oder Stipulationen auf dem Papiere untergeordnet bleiben kann, sondern der praktischen Ausführung und Verwirklichung jener Forderungen. So lange sich die als nothwendig bezeichneten Einrichtungen nicht definitiv in preußischen Händen befinden, wird Preußen zu Gunsten irgend einer Kombination sicherlich nichts zurückgeben. Dieser Punkt wird zur richtigen Beurtheilung des Sachverhältnisses im Auge zu behalten sein. Daß die mittelstaatliche Vermuthung, Rendsburg werde wenigstens dem Namen nach Bundesfestung bleiben, sich schwerlich bewähren werde, sondern Preußen die Territorial- oder Militärhoheit über sämmtliche befestigte oder zu befestigende strategische und maritime Punkte verlange, ist von uns wiederholentlich bemerkt worden. Auf Oesterreichs Antwort ist man um so mehr gespannt, als Oesterreich in seiner Dezember-Depesche sich auch gegen die indirekte Annexion ausgesprochen hatte."

Hannover, 1. März. Die Einberufung der allgemeinen Ständeversammlung wird in den nächsten Tagen erfolgen. — Der (gestern unter „Hamburg" erwähnte) Vertrag, welcher zwischen Bayern, Hannover u. s. w. verhandelt wird, betrifft Erleichterungen nicht im Paß-, sondern im Postwesen.

Stuttgart, 28. Febr. Am nächsten Montag den 6. März beginnen dahier die Berathungen zwischen dem Zollverein und der

---

aus dem Innern antworteten mir bejahend. Er hatte nichts bei sich als eine Flasche Wasser, eine Serviette und Tabak zum Kauen. In Baltimore angekommen, nahm ich rasch einen Fiaker, der mich und den Koffer nach einem Hotel brachte. Ich brannte vor Ungeduld, an Ort und Stelle zu sein. Kaum daß man mir ein Zimmer angewiesen hatte, beeilte ich mich, die Thüre zu schließen und den Koffer zu öffnen; noch früher aber, in der Vorhalle des Hotels, hatte ich wieder zwei Fußstöße gegen den Koffer geführt, ohne daß jedoch diesmal die Antwort erfolgt wäre.

Hier gerieth die Angeklagte in große Bewegung und vermag erst nach einigen Minuten fortzufahren: Ich öffnete also den Koffer und rief: Johnny, stehe auf, wir sind in Baltimore. Ich erhielt keine Antwort. Ich glaubte Anfangs, er wolle mich schrecken, und sagte: Wenn Du nicht gleich aus dem Koffer gehst, schließe ich ihn wieder zu. Noch immer keine Antwort. Da faßte mich Entsetzen, ich fuhr mit der Hand über sein Gesicht, es war kalt, ich legte sie auf sein Herz, es schlug nicht mehr — Johnny war todt. — Die Angeklagte stieß einen Schrei aus und sank ohnmächtig zu Boden. Man eilte ihr zu Hilfe, man labte sie und brachte sie endlich wieder zum Leben.

Nachdem die Verhandlung eine halbe Stunde unterbrochen gewesen, brachte die Unglückliche die Erzählung dieses bizarren Dramas zu Ende. Sie erzählt, wie sie halb wahnsinnig und bereit, Alles zu gestehen, darauf aber erschreckt von der Lage, in welche sie sich gestürzt hatte, auf dem Kamin des Zimmers plötzlich die Adresse eines Hotels von Chicago erblickte, wie ihr das Gedächtniß wiederkam, sie einen Kutscher kommen ließ, um sich und ihn (hier bebte sie zusammen) auf die Eisenbahn von Chicago bringen zu lassen. Als mein Gepäck aufgegeben war, schließt sie mit krampfhaft zusammengepreßten Lippen, floh ich wie eine Wahnsinnige und rannte den ganzen Abend in den Straßen herum, ohne zu wissen, was zu thun. Endlich kam ein Polizeiagent des Weges; in einer plötzlichen Eingebung hielt ich an und erzählte ihm Alles. Das Uebrige wissen Sie.

Nach einer langen Berathung wurde Maria Louise Linder schuldig erkannt, einem Soldaten zur Desertion verholfen und ihn durch Unvorsichtigkeit getödtet zu haben. Das Urtheil lautete auf 500 Doll. Geldstrafe und zwei Jahre Zuchthaus. Doch wenden sich die Richter zugleich mit einem Begnadigungsgesuche für das arme Weib, das schon ohnedies gelitten hat, an den Präsidenten der Vereinigten Staaten, und man ist über den Erfolg desselben nicht im Zweifel.

Die Handels- und Geldkrisen.

Seit dem Ende des vorigen Jahrhunderts wird die Handelswelt von einer eben so neuen als verderblichen Erscheinung heimgesucht, den Handelskrisen, nicht unähnlich jenen furchtbaren Orkanen der Tropenwelt, welche mit entsetzlicher Wuth über Alles hereinbrechen, Häuser zertrümmern, Schiffe zerbrechen, die blühendste Gegend in ein ödes Feld und die schönste Stadt in einen Trümmerhaufen verwandeln, so stürzen jene Krisen die ältesten Handelshäuser um, die solidesten Firmen werden bankerott, die Reichen werden arm, die Armen fast vernichtet und für lange Zeit die Geschäftswelt mit Schrecken und Entsetzen erfüllt. So sind die Jahre 1810, 1815, 1818, 1825, 1837, 1847, 1857 düstere Jahre in den Annalen des Handels, und schon der erste Blick zeigt, daß dieser Sturm ziemlich regelmäßig jedes Jahrzehnt sich wiederholt. Der größte Handelsstaat der Welt hat begreiflicherweise auch den schwersten Theil an diesen Krisen zu tragen, und so lassen sie sich am besten in England beobachten. Die Krisis von 1825 ist den Engländern

Schweiz wegen Abschluß eines Handelsvertrags zwischen beiden Zollgebieten. Die Schweiz sendet hiezu ihre eigenen Bevollmächtigten, während der Zollverein, wie bei der im vorigen Monate stattgehabten Vorberathung, durch Bayern (Oberzollrath Widmann), Württemberg (Geh. Legationsrath Graf v. Zeppelin und Finanzrath Riecke) und Baden (Ministerialrath Schmidt) vertreten wird. Ueber die Dauer dieser Konferenz läßt sich selbstverständlich keine Vermuthung aussprechen, wohl aber mit Bestimmtheit schon jetzt annehmen, daß ein Vertrag jedenfalls zum Abschlusse gelangen wird, welcher dem gegenseitigen Handelsverkehre eine möglichste Erleichterung gewährt. (A. Abdz.)

Die Frage, ob das Wanderkasino in **Mannheim** von der Behörde unbedingt oder nur dessen Abhaltung in einer Kirche v rboten gewesen, war bisher zweifelhaft. Die darauf bezügliche Bekanntmachung des Bezirksamts lautete: „Vor einigen Tagen erschien in den hiesigen Tagesblättern die Einladung zu einem am 23. d. Mts. hier abzuhaltenden wandernden Kasino in der untern Pfarrkirche dahier. Nachdem dasselbe durch diesseitige Entschließung vom 19. d. Mts. untersagt war, erfolgte auf gleiche Weise die Anzeige, daß das angekündigte Kasino unterbleibe. In dem heutigen „Mannheimer Journal" erscheint nun die Bekanntmachung, daß diese Anzeige widerrufen sei und das angesagte Kasino, also ungeachtet des diesseitigen Verbotes, doch zur bestimmten Stunde stattfinden werde. Die Untersuchung wegen dieser ungesetzlichen Ankündigung ist bereits eingeleitet, das Verbot wegen der beabsichtigten Versammlung bleibt aber aufrecht erhalten, und es wird dieselbe nöthigenfalls verhindert werden. Mannheim, 21. Febr. 1865. Großh. Bezirksamt. v. Stengel." Diese Bekanntmachung läßt nur bei sehr künstlicher Deutung ihres Wortlautes die Auslegung zu, das Verbot habe sich blos auf die Abhaltung in der Kirche bezogen. — Am Morgen des für die Versammlung anberaumten Tages (23. Februar) war in dem „Mannheimer Anzeiger zu lesen: „Heute Nachmittag trifft eine Partie Schwarzwildpret zum Aushauen ein." Im Freitagsblatt des „Anzeigers" (vom 24. Febr.) stand Folgendes fett gedruckt: „Das angezeigte Schwarzwildpret ist reißend fortgegangen und nichts mehr vorhanden." Der „Badische Beobachter" berichtet noch: „Als das Komité verkündete, daß man die Versammlung in Ludwigshafen abhalten werde, wurden die Theilnehmer des Kasino's zurückgehalten, den Komitémitgliedern zu folgen, während ein Theil des Pöbels den Komité-Mitgliedern und vorangehenden Geistlichen nachdrängte und sich nun den allergröbsten Exzessen überließ. Der Pöbel riß an einzelnen Stellen das Pflaster auf, warf mit Koth und Steinen, überfiel einzelne Geistliche und sonstige Leute, schlug sie mit Steinen (die in Sacktücher gewickelt waren), warf Einzelne zu Boden und zog sie in den Gassen herum. Einem Priester wurden buchstäblich die Kleider vom Leibe gerissen. Ein Mitglied einer Stiftungskommission erhielt einen Messerstich."

Schleswig, 20. Febr. Unter dem 17. ds. hat die schleswig-holsteinische Landesregierung das folgende Zirkular an sämmtliche mit Einquartierung belegten Städte, Flecken und Ortschaften der Herzogthümer Schleswig-Holstein erlassen: „Durch Uebernahme der Vergütung für Militärquartiere und Stallräume, welche in dem Zirkularerlaß der preußischen obersten Zivilbehörde der Herzogthümer Schleswig-Holstein und Lauenburg vom 25. Jan. d. J. des Näheren festgestellt worden, ist die Landeskasse bereits erheblich in Anspruch genommen. Da nun außerdem noch eine Reihe von Leistungen für die Besatzungstruppen geschehen müssen, so handelt es sich darum, welche dieser Leistungen billiger Weise aus Staatsmitteln bestritten werden, und welche den Garnisonsorten etwa zur Last fallen sollen. In dieser Beziehung bedarf die Landesregierung einer Uebersicht über die von militärischer Seite in Anspruch genommenen Lokalitäten, Einrichtungen, Utensilien u. s. w. nebst Angabe der für diese Leistungen nach den bestehenden gesetzlichen Bestimmungen etwa zu beanspruchenden Vergütungen. Die betreffenden Ortsbehörden werden daher hierdurch angewiesen, nach Vorstehendem abgefaßte detaillirte Uebersichten baldmöglich und spätestens bis Ausgang dieses Monats an die Landesregierung einzusenden. (N. Z.)

Paris, 27. Febr. Ein bemerkenswerther Bericht, den sich der „Constitutionnel" heute aus Hamburg schicken läßt, befürwortet die Einverleibung Schleswig-Holsteins in Preußen und die Rückgabe des nördlichen Schleswigs an Dänemark. — Am amerikanischen Kaiserhofe zittert man vor den Yankees. Es liegt uns ein Privatschreiben aus der Hauptstadt vor, worin konstatirt wird, daß man dort nicht einen Augenblick an den Gefahren zweifle, welche aus einem Frieden zwischen Washington und Richmond dem neuen Kaiserreiche erwachsen würden. In den Tuilerien hält man dies nicht für Chimäre, und die Nachricht verdient bemerkt zu werden, daß die ganze französische Fremdenlegion in den Dienst des Kaisers Maximilian treten, und daß diejenigen französischen Regimenter, die ihren Aufenthalt in Mexiko verlängern sollen, auf die volle Kriegsstärke gebracht werden.

Die „Gazette de France, ein Pariser Blatt, welches seinerzeit eine ausführliche Analyse des österreichisch-preußischen Depeschenwechsels veröffentlicht hat, worin von eventuellen Kompensationen für den Annexionsfall die Rede war, erzählt Folgendes: In den letzten Tagen des Januar hat Lord Bloomfield dem Grafen Mensdorf nachstehende Erklärungen abgegeben und Lord Napier hat sie in etwas schonenderer Form in Berlin fast zur selben Zeit wiederholt: „Wenn Oesterreich, zur Aufrechthaltung seiner Allianz mit

---

so gut im Gedächtniß geblieben, wie den Portugiesen das Erdbeben von Lissabon; noch denken die, welche sie erlebt haben, mit Schaudern daran, und wer das allgemeine Elend, die Noth und die Verzweiflung kennen lernen will, der lese die spannende und gewiß wahrheitsgetreue Schilderung in dem vortrefflichen Roman: John Halifax, Gentleman. Seit 1822 war für England eine Zeit des Wohlstandes angebrochen, wie nie zuvor; die Nachwehen der napoleonischen Kriege waren überwunden, Handel und Gewerbe gingen vortrefflich, baares Kapital war im Ueberfluß vorhanden. Die Regierung ersah den günstigen Augenblick, die 5proc. Anlehen allmählig in $3^1/_2$proc. zu verwandeln, und bald war es nicht mehr möglich, alles baare Geld im Inlande unterzubringen; die auswärtigen Anlehen trugen gute Zinsen, kein noch so unbedeutender und unbekannter Staat pochte vergeblich an die Schatzkammer des großen Bankier der Welt. Das Land der Kohlen und des Eisens schien sich in ein Goldland verwandelt zu haben, in alle Theile der Welt flossen die englischen Kapitalien, in den Jahren 1821—24 zeichnete England für 600 Mill. fl. für auswärtige Anlehen. Daneben gründeten sich, von dem Ueberfluß des Kapitals hervorgerufen, eine Menge Aktiengesellschaften; das Vertrauen war so groß, daß man die sonderbarsten Projekte für ausführbar fand. Die alte Fabel von König Midas schien in der neuen Zeit wahr geworden zu sein, Alles, was man angriff, ward zu Gold, alle Aktien brachten Geld ein. Wie immer, so wurde auch hier das leicht gewonnene Geld wieder schnell ausgegeben. Die Lebensmittel und Luxusartikel stiegen im Preise, Zucker, Kaffee, Seide um 30 pCt., die Kaufleute verdoppelten ihre Einkäufe und stapelten großartige Vorräthe auf. Da begann auf einmal in dieser gewaltigen Fluth des Gewinnens und Kaufens die Ebbe; die englische Ausfuhr deckte nicht mehr die maßlos gesteigerte Einfuhr; man mußte, um das Gleichgewicht herzustellen, baares Geld hergeben; die Baarvorräthe der „Bank von England" schmolzen mehr und mehr zusammen. August 1824 hatten dieselben 130 Mill. fl. betragen, seit März 1825 schwanden sie, 1. Juli waren es 48 Mill., Oktober 36, Dezember 12 Mill. Die Bank hatte damals jene Maßregel noch nicht angenommen, durch welche sie gegenwärtig dem Abnehmen der Baarvorräthe wirksam steuert, die Erhöhung des Zinsfußes; vielmehr verdoppelte sie die Noten-Ausgabe, nur um Zirkulationsmittel zu schaffen und war in der größten Noth mit der Einlösung. Da kam ihr Rothschild mit 3,500,000 fl. in Gold zu Hilfe, und bald erhielt sie auch von Frankreich und Holland die nöthigen Mittel, ihren Reservefonds wieder herzustellen. Aber im Lande hatte unterdessen die Katastrophe begonnen und schlimm gehaust; Jedermann mußte verkaufen, nur um Geld zu bekommen; an die Stelle des allgemeinen Vertrauens trat peinliches Mißtrauen; kein Kredit wurde mehr gegeben, die Waaren, von Jedermann angeboten, von Niemand gekauft, sanken um 30—40 pCt.; das Geld war wie verschwunden, Alles eilte zu den Banken, und diese, welche den ersten Sturm zu bestehen hatten, fielen auch zuerst. Die Werthpapiere waren Papierfetzen ohne Werth, die Niemand nahm, die Fabriken standen still. Die Arbeiter ohne Beschäftigung rotteten sich zusammen, zerstörten die Häuser, es kam selbst zum Blutvergießen. Bis Januar 1826 dauerte diese schreckliche Zeit, aber die Nachricht, daß die Bank wieder baare Mittel habe, daß die Regierung ihr die Erlaubniß ertheilt, bedeutende Vorschüsse zu machen, wirkte anregend und belebend; das Geld, das Blut des Handels, cirkulirte wieder. Das Vertrauen hob sich und Ende 1826 hatten die Geschäfte wieder ihren gewöhnlichen Gang; der Zinsfuß betrug 4 pCt.

(Schluß folgt.)

Preußen, dieser Macht das Recht zugestehen werde, nach Belieben über das Schicksal der Herzogthümer zu verfügen, so würden sich daraus für Europa die fernsten Verwicklungen ergeben. Das englische Kabinet glaubt sich verpflichtet, Oesterreich davon zu benachrichtigen, für das es die lebhafteste Sympathie empfindet. Man könne keiner der beiden Mächte, noch auch beiden zusammen das Recht zugestehen, ohne Zustimmung des Bundestages über die Elbe-Herzogthümer zu verfügen. Wolle man dieses Prinzip mißkennen, so glaube England protestiren zu müssen. Niemals werde es einen Akt anerkennen, der früher oder später annullirt werden müsse. Dem deutschen Bunde stehe es zu, in letzter Instanz in dieser Frage zu entscheiden."

Turin, 27. Febr. Wie man aus Neapel meldet, hat General Lamarmora auf seiner Rückreise von Neapel nach Turin in Civitavecchia eine Zusammenkunft mit dem französischen Gesandten in Rom, Grafen v. Sartiges, und mit dem Kommandirenden der französischen Besatzungsarmee, dem Herzoge v. Montebello, gehabt. — In Neapel wurden am 23. Febr. 63 Individuen verhaftet und 10 davon sofort den Gerichten übergeben.

Athen, 18. Febr. Die Macht der Dinge drängt von allen Seiten zu einer rascheren Entwicklung der hiesigen Verhältnisse und je mehr Köche sich in dieselben mengen, desto mehr versalzen sie die spartanische Suppe der Rekonstituirung Griechenlands. Es ist ganz gewiß, daß der Besuch des Prinzen Julius und seine Einmischung in die hiesigen politischen Umtriebe nur noch mehr Verwirrung in dieselben gebracht hat. Diese Verwirrungen nun kommen den geheimen Gesellschaften sehr zu Statten, welche sowohl hier in Athen, wie auch in den Provinzen thätig sind, um die ganze bestehende Ordnung der Dinge zu stürzen und überhaupt die monarchische Regierungsform abzuschaffen.

New-York, 17. Febr. Auf die Flankenbewegung, welche General Grant am 5. und 6. d. von seinem linken Flügel ausführen ließ, ist noch kein weiterer Zusammenstoß mit dem Feinde gefolgt; ihre am Hatchers Run gewonnene Position befestigen die Bundestruppen. Flotte und Landheer haben ihre Operationen gegen Wilmington wieder aufgenommen. Wie südstaatliche Berichte behaupten, sind drei Angriffe, welche General Terry, unterstützt von Porter's Schiffen, am 11. d. gegen die konföderirten Linien bei Sugar Loaf am Kap Fear-Flusse unternommen hatte, von der Besatzung zurückgeschlagen worden. — Die Nachrichten von dem Kriegsschauplatze in Südkarolina lauten für die Waffen der Union sehr günstig, obwohl ausschließlich südstaatlichen Quellen entstammend. Sherman's linker Flügel nahm am 8. d. Grahamsville (an der Augusta-Charlestoner Bahn, 180 Meilen westlich von Branchville), und während Kilpatrick's Kavallerie die westliche Richtung gegen Augusta verfolgte und Blackville okkupirte, setzte das Gros über den Edisto und faßte, nach Norden marschirend, in dem zwischen Branchville und Columbia an der Eisenbahn gelegenen Orangeburg festen Fuß. Richmonder Blätter vom 14. d. berichten hierüber in den Worten: „Der Feind stand gestern in Orangeburg. Unsere Truppen zogen sich auf Columbia zurück. Branchville ist zweifelsohne geräumt. Die Eisenbahn- und Telegraphen-Verbindung mit Charleston ist zerstört." Beauregard soll mit dem größeren Theile der früheren Hood'schen Armee in Sherman's Fronte stehen; der Gouverneur M'Grath von Südkarolina ruft die gesammte Bevölkerung des Staates, Ausländer eingeschlossen, zu bewaffnetem Widerstande gegen den anrückenden Feind auf. Unterdessen haben 3000 Mann Bundestruppen am 10. eine Landung auf der James-Insel ausgeführt, die Vorposten des Gegners zurückgedrängt und sich in einer Entfernung von zwei bis drei Meilen südwestlich von Charleston festgesetzt; an der Barre erschienen zugleich achtzehn neue Dampfer. Hardee sagt zwar in seinem Rapporte, das Ganze werde für eine bloße Demonstration gehalten. Ein gleichzeitig am 10. versuchter Handstreich gegen die südstaatlichen Truppen am Salkehatchie soll fehlgeschlagen sein. An Foster's Stelle hat General Gilmore das Kommando in Port Royal wieder übernommen. Von Savannah sind drei baumwollbeladene Schiffe in New-York eingelaufen.

In **Richmond** ist am 9. Februar eine zweite Massenversammlung abgehalten worden, vor welcher der Minister Benjamin und andere Spitzen der Konföderation kriegerische Reden hielten. Die Hilfsmittel der Südstaaten zur Erkämpfung der Unabhängigkeit wurden als überreich geschildert; sollte die Nothwendigkeit die Aufgebung der Seeküste gebieten, so werde das Volk dem General Lee ins Innere folgen und dort den Kampf fortsetzen, bis der Norden erschöpft die Waffen niederlege.

Hiezu die Beilage: „Würzburger Anzeiger".

Verantwortlicher Redakteur: A. Hartmann.

Druck und Verlag der Stahel'schen Buch- und Kunsthandlung in Würzburg

Cours der Staatspapiere.

Oesterr.	5 pCt. Met. (Cp. i. S. b. R.)	—
"	5 pCt. Lomb. ditto. à 24	—
"	5 pCt. Engl. Met. v. 1852	80 P.
"	5 pCt. Engl. Met. v. 1859	78 7/8 P.
"	5 pCt. Venet. Coupon b. R.	85 G.
"	5 pCt. Nationalanl. v. 1854	68 7/8 P. 5/8 G.
"	5 pCt. Metall. Obligation.	61 1/2 G.
"	4 1/2 pCt.	55 1/2 P. 3/4 G.
Preussen	3 1/2 pCt. Staatsschuldsch.	91 1/4 G.
Bayern	4 1/2 pCt. Obl. 1jähr. dto.	102 1/8 P.
"	4 1/2 pCt. Obl. 1/2jähr. dto.	102 1/4 G.
"	4 pCt. Obl. 1jähr. dto.	99 1/8 P.
"	4 pCt. Obl. 1/2 jähr. dto.	99 1/4 P.
"	4 pCt. Obl. Ab.-R. dto.	98 5/8 P.
"	3 1/2 pCt. Obl. dto.	—
Württemb.	4 1/2 pCt. Obl. b. Rothsch.	104 1/8 G.
"	3 1/2 pCt. Obl. dto.	95 G.
Baden	4 1/2 pCt. Obl.	—
"	3 1/2 pCt. Obl. v. 1842	91 3/4 G.
Gr. Hess.	4 1/2 pCt. Obl.	—
"	4 pCt. Obl. b. Rothsch.	100 3/8 P.
"	3 1/2 pCt. Obl. dto.	97 1/4 P.
Nassau	4 1/2 pCt. Obl. dto.	102 1/4 P.
"	4 pCt. Obl. dto.	99 1/2 P.
"	3 1/2 pCt. Obl. dto.	92 G.
Frankfurt	3 1/2 pCt. Obl.	95 3/8 P.
"	3 pCt. Obl.	—
Spanien	3 pCt. inl. Sch. P. à fl. 2. 30	—
"	2 1/2 pCt. . . .	—
Schweden	4 1/2 pCt. Obl. à 105 Thlr.	91 1/4 P. 91 G.
N.Amerika	6 pCt. à 100r. 1881 D. 2 1/2	—
"	6 pCt. ditto r. 1882 "	83 1/8—1/4 G.

Diverse Aktien.

Frankfurter Bank à fl. 500 . . .	149 G.
K. K. Oesterr. National-Bankaktien	838 P.
Oesterr. Kreditbank-Aktien à fl. 200	196 1/2—96 G.
Bayer. Hypothekenb. Pfandbriefe 4 pCt.	98 1/8 P.
Darmst. Bank 1. u. 2. Serie à fl. 250	237 G.
Weimarische Bank à Thlr. 100 . .	100 1/2 G.
Mitteldeutsche Kreditaktien . . .	100 1/2 G.
Intern. Bank in Lux. à 250 Frs. à 28 kr.	—
Taunus-Eisenbahn à fl. 250 . . .	351 G.
Frankfurt-Hanauer-Eisenbahn . . .	100 7/8 P.
Oest. F.St.Eisb. 5pCt. 500 Fr. à 28 kr.	—
" Elisab.-Eisenbahn 5 pCt. . .	117 3/4 G.
Böhm. Westbahn-Aktien à fl. 200 6/7	—
Rhein-Nahe-Bahn 200 Thl. à 105 4pCt. Z.	30 1/2 G.
Ludwigshafen-Bexbacher à 4 pCt. .	149 3/8 G.
dto. dto. Prior. à 4 pCt.	97 1/2 P.
Pfälz. Maxb. b. Rothschild à 4 1/2 pCt.	107 7/8 P.
Oest. St.-Eisenb. Prior.-Oblig. à 3 pCt.	50 3/4—1/8 G.
Elisab.-Bahn Prior. 5 pCt. 6/7	80 1/2 P.
Südd. Bank-Akt., 40 pCt. Einz.	260 P. 259 G.
Span. Handels- und Industrie . .	—
Bayr. Ostbahn à 4 1/2 pCt. volleinbez.	114 P. 113 3/4 G.
Bayer. Ostbahn mit 50 pCt. Einz.	113 7/8 G.

Wechsel in süddeutscher Währung.

Amst. fl. 100 k. S.	101 1/8 P.
Antwerp. Frs. 200 k. S.	94 1/4 G.
Augsb. fl. 100 k. S.	100 P.
Berlin Th. 60 k. S.	104 7/8 P.
Brem. 50 Th. Lsd. k. S.	97 P.
Brüssel Frs. 200 k. S.	94 1/4 G.
Cöln Thlr. 60 k. S.	104 7/8 P.
Hamb. MB. 100 k. S.	88 7/8 G.
Leipzig Th. 60 k. S.	104 7/8 P.
London Lst. 10 k. S.	119 G.
Lyon Frs. 200 k. S.	—
Mail. Frs. 200 . .	94 1/2 G.
München fl. 100 k. S.	100 P.
Paris Frs. 200 k. S.	94 1/2 G.
Petersburg 60 S.-R.	—
Triest fl. 100 k. S.	—
Wien fl. 100 ö. W.	—
do. in öst. W. l. S.	104 5/8—3/4 G.
Disconto	3 1/2 pCt. G.

Anlehens-Loose.

Oesterr. fl. 250 v. 1839	141 3/8 P.
" fl. 250 v. 1854 mit 4pCt.	—
" fl. 500 v. 1860 6/7	83 1/4—1/2 G.
" fl. 100 Eisb. L. v. 1858.	134 P.
" do. v. 1864.	—
Schwed. 10 Thlr. Loose	9 5/8 P.
Badische fl. 50	124 1/4 P.
Badische fl. 35	—
Kurhess. Thlr. 40 b. R.	56 1/4 P.
Gr. Hessen fl. 50 b. R.	—
" fl. 25 do.	37 P.
Nassau fl. 25 bei Rothsch.	35 3/4 P.
Sardinische Fr. 36 b. B.	—
Neuchateler 10 Frs.-Loose	—
Freiburger 15 Frs.-Loose	—
Mailänder 45 Frs. L. b. R.	33 P.
St. Lüttich mit 2 1/2 pCt. Z.	33 3/4 P.
Ansb.-Gunzenh. fl. 7-L.	10 7/8 P.

Frankfurt, 2. März. Die Börse war etwas fester gestimmt, sowohl für amerikanische als für österreichische Sachen. Man sprach von einer zwischen dem Ministerium und dem Finanzausschusse des österr. Reichsraths bevorstehenden Verständigung. Die Vorschläge des Ministeriums gehen dem Vernehmen nach dahin, von beiden Budgets (1865 und 1866) je 20 Millionen Gulden abzustreichen. Im Ganzen war das Geschäft heute wenig belebt. (Synd.)

An die
k. Hof- und Staatsbibliothek
1 N. Würzb. Ztg. München.

Neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht!

№ 63. | Vorausbezahlung: Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 1 fl. 30 kr. Bei Inseraten wird die dreispaltige Zeile in gewöhnlicher kleiner | 62. Jahrgang. | Schrift oder deren Raum im Hauptblatte mit 6 kr., im Anzeiger mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franco. | Samstag, 4. März 1865.

Zur Lage in Mexiko

erhalten wir folgende Korrespondenz:

△ Mexiko, 20. Januar. Vor einem Jahre von Afrika und Ostindien zurückkehrend, unternahm ich im vorigen Herbste von Neuem eine Reise nach Westindien und Amerika, und so befinde ich mich bereits seit einigen Monaten im Lande Mexiko, welches seines neuen Kaiserreichs, seiner inneren Verhältnisse halber viel Interessantes bietet; deßhalb nehme ich mir die Freiheit, der verehrl. Redaktion der „Neuen Würzb. Zeitung" einige Notizen zu überschicken, und schmeichle mir mit der Hoffnung, daß sie eine gütige Aufnahme in ihren Spalten finden werden.

Es ist gegenwärtig schwer, über die Lage Mexikos ein richtiges Urtheil zu fällen; es heißt zwar ein Kaiserreich, ist aber keines, denn es befinden sich faktisch zur Zeit 3 Regierungen im Lande, und zwar 1) der Kaiser, 2) die Franzosen, 3) Juarez; jeder gibt Befehle, Niemand gehorcht.

Maximilian I. that vom Beginn seines Regierungsantrittes an Alles, um die Liebe der Mexikaner zu erringen, er besetzte fast alle seine Hofchargen mit Mexikanern, er nahm keine Europäer in die Armee auf, er kleidete sich als Ranchero, fuhr nach mexikanischer Sitte, kniete auf der Straße mit dem Volk nieder, als das Allerheiligste vorbeigetragen wurde, kurz er wollte Mexikaner sein, und er wäre es geworden, hätte das Volk es gewollt. Wie oft sehe ich den Kaiser durch die Straße fahren, neben auf dem Trottoir geht ein Mönch, Alles beugt sich und küßt die Hände des Geistlichen, den Kaiser bemerkt Niemand, nur die Europäer entbieten den Gruß ihrem Fürsten. Wie oft frug ich einen Mexikaner: „Siehst Du den Kaiser?" Seine lakonische Antwort war: „Ich hasse ihn nicht."

Da, am 28. Dezember, erschien das kaiserliche Dekret, „die Einziehung der noch übrigen Kirchengüter betreffend"; es war der Bruch mit der Kirche und somit auch fast mit dem Volke. Alles staunte über diesen kühnen Schritt; am 9. Januar 1865 wurden die ersten Patente an Europäer zur Eintheilung in die mexikanische Armee ausgefertigt und somit die Erklärung gegeben, daß der Kaiser von nun an seine Hauptstützen in den Europäern zu finden hofft.

Mehrere Tage blieb Alles ruhig. Die Kirche hatte gearbeitet, denn plötzlich flogen von allen Ecken und Enden Bulletins über Erhebungen, Uebertritte von Offizieren, Guerillasbanden bei; doch die Stadt Mexiko selbst blieb ruhig, und somit war die Hauptsache gewonnen. Jedoch im Innern des Landes nimmt die Revolution, unterstützt durch die in ihren Besitzthümern gefährdete Geistlichkeit, fürchterlich überhand, und die österreichischen, belgischen und französischen Truppen gehen einem harten Standpunkte entgegen.

Die zwischen dem 10. bis 12. Januar ausgegebenen Bulletins lauten:

„Der Oberst Valdes, welcher Toluca hielt, hat sich Donnerstag Abends mit seinen Truppen gegen die Regierung erklärt und verließ die Stadt an ihrer Spitze, wendete sich gegen die Hacienda de la Huerta, nahm den Besitzer Don Miguel Pliego gefangen, dem er ein Lösegeld von 20,000 Dollars auflegte.

„Alle Familien Tolucas (8 Stunden von Mexiko) durch dieses Ereigniß erschreckt, verlassen die Stadt, um eine Zuflucht in der Hauptstadt zu finden.

„Toluca ist der Kornspeicher Mexikos, und die Hauptstadt wird es schwer empfinden, um so mehr, da im Augenblick der Ernte die Aufrührer Alles vernichteten, sogar die aufgespeicherten Vorräthe verbrannten.

„Der Uebertritt des Obersten Valdes hatte zur Folge, daß noch 20 andere Anführer mit ihren Truppen sich gegen die Regierung erklärten, was zu großen Befürchtungen Anlaß gibt.

„Der General Vicario, vom Kaiser zum Kommandanten von Matamoras ernannt, hat im Geheimen die Hauptstadt verlassen und sich zu den Dissidenten gewendet.

„Von Guadalajara aus sind folgende Nachrichten über die Lage des Departements von Jalisco eingetroffen. Die Bandenführer Rojas, de Herrara und de Cairo sind in Zapotlan eingerückt. Rojas hat sich zum Gouverneur ausrufen lassen. Die Stadt Sayula ist am 11. der Plünderung preisgegeben worden, und 500 ihrer Einwohner, weil sie sich für den Kaiser erklärten, wurden erschossen. Die Städte Tecuitatlan und Atayac hatten dasselbe Schicksal. Alle Personen, welche das Kaiserreich anerkannt hatten, erlitten die schrecklichsten Grausamkeiten.

„Der Präfekt von Usmajac wurde aufgehängt und viele vom Kaiser eingesetzte Beamten ermordet. Der liberale Führer Rojas erließ eine Proklamation, in der er seinen Soldaten versichert, daß der Sieg seine Waffen krönen wird, und Garcia macht seinen Truppen Elogen über die zahlreichen Siege und Vortheile, die sie errungen hätten."

Es wäre zu weitläufig, auseinandersetzen zu wollen, was in diesem Augenblicke die Bevölkerung leidet, in deren Mitte diese Banden hausen. Der größte Theil der Bevölkerung hatte das Kaiserreich anerkannt, und sie erwartet mit der größten Sehnsucht den Augenblick, wo sie von jenen befreit wird.

Die Lage des Departements von Sinola ist um weniges besser. Die Nachrichten, welche bis zum 10. gehen, sagen, daß Corona auf seinem Zuge blos Ruinen zurückläßt, und daß es unmöglich ist, aus Mazatlan herauszukommen, ohne in seine Hände zu fallen. Die Banden dringen bis an die Mauern der Stadt vor und beunruhigen sie Tag und Nacht. Die Guerillaführer Garlia, Morales und Patoni haben sich in Alamas vereinigt. Der französische Kommandant Munier in Mazatlan ließ sogleich 350 Zuaven einschiffen, mit dem Befehl, in Altata zu landen und Culiacan zu besetzen, bevor Morales und Patoni sich der Stadt bemächtigt hätten.

Juarez ist in die Provinz Sonora eingezogen und hat sein Hauptquartier in Arizpe aufgeschlagen. Er soll mit großem Enthusiasmus aufgenommen worden sein.

So laufen von allen Provinzen ziemlich schlimme Nachrichten ein; und die Truppen sind in ständiger Thätigkeit; täglich tauchen neue Banden und neue Führer auf, die berüchtigtsten bis jetzt sind: Lamos bei Jalapa, Romero bei Morelia, Alvarez in der Gegend von Acapulco und Profirio Diaz in der Provinz Oaxaca. Ich selbst kehrte vor sechs Tagen von Oaxaca zurück, allwo ich mehrere Wochen im französischen Hauptquartiere verweilte und war Zeuge der fürchterlichen Strapazen und Entbehrungen, die ein Guerillakrieg erfordert, tagtäglich wurden wir von 5 bis 6 Seiten von mexikanischen Reitern angegriffen, und gar manchen jungen Franzosen sah ich aus dem Gliede heraus mit dem Lasso gefangen in Carriere hinwegschleifen. Die Lage daselbst wird mit jedem Tage schlimmer, Marschall Bazaine selbst verließ Mexiko, um sich dahin zu begeben, während der Zeit übernahm General L'Herillier den Oberbefehl in der Hauptstadt.

Um Ruhe und Ordnung in diesem Lande festzustellen, bedarf es großer Truppenkräfte, denn ich versichere Sie, daß heutigen Tages noch, außerhalb der Stadt Mexiko, man keinen Schritt seines Lebens und Eigenthums sicher ist, ich bin ziemlich im Lande herumgewesen und war mehr als einmal genöthigt, den Revolver zur Hand zu nehmen. Mögen folgende neuesten Thatsachen es noch besser beweisen.

Nach einem längeren Zeitraum von Ruhe, ist der Weg von Puebla nach Mexiko neuerdings der Schauplatz zweier Anfälle gewesen, welche mit Recht Furcht und Schrecken unter dem reisenden Publikum verbreiten.

Der erste Anfall fand Samstag den 7. Januar in der Nähe von Rio Frio, sechs Meilen von Mexiko entfernt, statt. Die drei Eilwägen, welche am Morgen Puebla verlassen hatten, wurden

von einer Bande, aus acht Männern bestehend, angehalten. Die Räuber, sämmtlich als Rancheros gekleidet, aber ausgezeichnet bewaffnet, hatten zwei ihrer Leute als Vedetten ausgestellt, die übrigen sechs erschienen mit ihren Gewehren vor den Wagenfenstern und gaben auf wenig respektvolle Art ihre Wünsche den Reisenden kund. Unter der Zahl derselben befand sich auch Graf Bombelles, Kammerherr des Kaisers, welcher, den Revolver zur Hand nehmend, entschlossen war, sich zu vertheidigen; aber seine Mitreisenden verhinderten ihn daran, insofern es Thorheit gewesen wäre, da er der einzige bewaffnete war, sich gegen die Uebermacht zu schlagen. Man machte also gute Miene zum bösen Spiel, und Jeder gab, was er an Geld und Geldeswerth bei sich hatte. Zum Glück mußten die Uebelthäter wissen, daß sich in der Nähe eine Patrouille befand, denn sie waren höchst eilig, und entkamen somit auch alle Reisenden den Mißhandlungen.

Wirklich erschien auch die erwartete Patrouille, und die Räuber, kaum ihrer ansichtig, wandten sich zum Rückzuge, jedoch stets die Büchse zur Hand und ohne aufzuhören Front zu machen. Der Unteroffizier, welcher die Abtheilung befehligte, verfolgte sie auf das eifrigste. Ein Büchsenschuß warf ihn todt von seinem Pferde. Graf Bombelles schwang sich sogleich auf das ledige Pferd und versuchte die mexikanischen Soldaten zu animiren, eine Jagd auf die Räuber zu unternehmen, aber ihren Anführer fallen sehend, wurden die Vertheidiger der öffentlichen Ordnung klüger, und anstatt dem Aufrufe des tapferen Reisenden zu folgen, ging jeder seines Weges, und Graf Bombelles war genöthigt, in den Wagen zu steigen und zuzusehen, wie die Räuber sich langsam entfernten.

Sonntag Morgens den 8. Januar wurden die Eilwägen an den Thoren der Hauptstadt selbst angehalten. Hier war die Beute der Industrieritter eine ergiebigere, und man schätzt allein an 5000 Dollars, was den Reisenden an baarem Gelde abgenommen wurde.

Es schien im Anfange in ihrer Absicht, keine Gewalt anzuwenden, aber ein Pistolenschuß von einem ihrer Leute, der sich in betrunkenem Zustande befand, abgefeuert, hatte zur Folge, daß alle Uebrigen ebenfalls Feuer gaben, wodurch zwei Passagiere leicht, einer jedoch, ein Deutscher, Herr Schäffer, schwer verwundet wurden. Das merkwürdigste dabei ist, daß ungeachtet der Salve die Eskorte, welche kaum einen Flintenschuß vom Schauplatze entfernt war, kein Lebenszeichen von sich gab und den Räubern Zeit ließ, sich mit ihrem Raube zu entfernen.

Das Schiff „Bolivian" ist am 3. Januar und die Schiffe „Brasilian" und „Veracruz" am 18. Januar wohlbehalten mit den österr. Mannschaften im Hafen von Veracruz eingelaufen. Auf dem ersteren befand sich der General Thun nebst seinem Generalstabe. Der Empfang von Seiten der Bevölkerung war ein ziemlich freundlicher.

Die Truppen werden theils nach Jalapa, theils nach Yucatan dirigirt, und man spricht sogar ernstlich davon, daß der Kaiser sich persönlich in diese letztere Provinz begeben werde. (Ein New-Yorker Telegramm vom 18. d. theilt mit, daß der Kaiser die Reise in diese Provinz demnächst antreten werde. A. d. R.)

Es ist zu erwarten, daß mit Eintreffen sämmtlicher Truppenkörper — noch fehlen mehrere Schiffe — mehr Ruhe und Sicherheit im Lande eintritt, denn das mexikanische Volk ist bloß mit dem Bajonette im Zaume zu halten; dann erst wird das Projekt einer großartigen Kolonisation zur Ausführung gebracht werden können.

Seit einigen Tagen befinden sich hier die Häuptlinge der indianischen Stämme der Kichapoo und Maskoguis, die ersten, welche sich dem mexikanischen Kaiserreiche unterwarfen; der Kaiser empfing sie höchst huldvoll und die indianischen Majestäten wurden sogar zum Diner geladen, wo ihnen die Löffel und Gabeln höchst unbequem erschienen, der Champagner jedoch Allen vortrefflich zusagte.

Hiacholeskogoo, der Häuptling der Kichapoo, sagte, als man ihn durch den Dragoman fragen ließ, wie ihm der Champagner mundete: „Bis jetzt glaubte ich, daß ein Gott das Wasser erschuf, jetzt sehe ich, daß es bloß das Machwerk eines untergeordneten Geistes ist. Kann mein Auge das Antlitz dieser Gottheit schauen?" *)

Die Wilden bilden jetzt das Stadtgespräch und lassen fast Guerillas, Räuber, Dissidenten ꝛc. vergessen; gestern Morgen machten die Herren einen gemüthlichen Spaziergang durch die Stadt; ein Zuave, der ihnen begegnete und der wahrscheinlich etwas zu tief ins Glas gesehen hatte, konnte seine Lust nicht bezähmen, einem der Häuptlinge seinen ungeheuren Federkopfputz einzutreiben, blitzschnell kehrte sich der Wilde, umfaßte den Zuaven mit Riesenkraft, warf ihn hoch in die Luft zur Erde, fiel dann auf ihn und biß demselben die Gurgel ein, stand auf und entfernte sich, ohne ein Wort zu sagen; der arme Franzose wurde halbtodt in das Hospital getragen.

Veracruz, 30. Jan. Das Schiff „Indiana" mit österr. Truppen ist soeben 6 Uhr Abends glücklich hier angekommen.

C. v. H.-E.

(Amtliche Nachrichten.) **München,** 2. März. Se. Majestät der König hat dem Hauptzollamtsdiener K. Mötzel in Ludwigshafen in Rücksicht auf seine fünfzigjährigen treu geleisteten Dienste die Ehrenmünze des k. b. Ludwigsordens verliehen.

Der „Volksbote" berichtet: Auf die Glückwünsche, welche der Bischof von Speyer herkömmlicher Weise zum neuen Jahre dem Papst dargebracht hat, ist ein Antwortschreiben erfolgt, worin Pius IX. über den Speyerer Seminarstreit sich in folgender Weise ausspricht: „Wir können hier nicht umhin, Dir, ehrwürdiger Bruder, herzlichst glückzuwünschen und das höchst wohlverdiente Lob zu ertheilen, weil Du, mit bischöflichem Starkmuth dem Willen jenes k. Ministeriums widerstehend, in Betreff der theologischen Studien Deines Priesterseminars, welches jenes Ministerium schließen wollte, — nicht unterlassen hast, die ehrwürdigen Rechte der Kirche und ihre Freiheit beharrlich zu schützen und zu vertheidigen. Wir aber, obschon Wir, wie Du durch Unsern apostolischen Nuntius weißt, Deine gerechte Sache bereits vertreten haben, werden doch nicht unterlassen, in einer Sache von so hoher Wichtigkeit baldmöglichst andere angemessene Rathschlüsse zu fassen."

Das allgemeine deutsche Handelsgesetzbuch ist in diesem Jahre in folgenden Staaten eingeführt: in Preußen,

*) Es thut mir leid, daß ich die Photographien der Herren Oppmann oder Siligmüller nicht bei mir habe, ich hätte dem armen Wilden wirklich die Freude gemacht. Anm. des Verf.

Feuilleton.

Die Handels- und Geldkrisen.

(Fortsetzung.)

Dieser ersten Krisis gleichen nun die folgenden in mancher Hinsicht. Wir übergehen die von 1847. Gerade 10 Jahre nach ihr, 1857, brach die dritte aus, die schwerste von allen, weil sie sich beinahe über den ganzen Erdkreis erstreckte. In Nordamerika fühlte man zuerst das Erdbeben, das dann England, Frankreich, Deutschland, den ganzen Norden erschütterte, und dessen fernste Zuckungen man in Indien und Java verspürte. Je leichter die Kommunikation geworden war, um so enger waren Völker und Länder verbunden, solidarisch hafteten sie für einander und hatten mit einander Gewinn und Schaden. Die Goldländer der neuen Welt, Kalifornien und Australien, hatten unermeßliche Schätze ans Tageslicht gefördert (von 1848—1856 gegen 12 Milliarden fl.), für den Handel war die Folge ein allgemeines Steigen des Produktions- und Unternehmungsgeistes. England gab das Zeichen dazu; die Industrie von Eisen, Wolle und Baumwolle nahm einen riesigen Aufschwung; 1848 betrug der Umsatz 3 Milliarden Fr.; 1856 dagegen 7 Milliarden; der Zinsfuß war so nieder, wie nie, 2 pCt.; todtes Metall lag in Menge da und reizte zu neuen Unternehmungen. Dieser großartige Nationalwohlstand erlaubte England, eine ungeheure Summe für den Krimkrieg auszugeben, ohne in Finanzverlegenheiten zu kommen. Auch in Frankreich war Alles in Arbeit und in Blüthe; und selbst das kluge und vorsichtige Deutschland hatte sich in den Strudel der Geschäfte gewagt. Auch hier fanden die leichtsinnigsten Unternehmungen offene Ohren und Beutel. Nordamerika endlich bot das Bild einer rastlosen Thätigkeit, eines allseitigen Reichwerdens. 1856 hatte es 50,000 (engl.) Meilen Telegraphen und 24,000 Meilen Eisenbahnen, dreimal so viel als England, sechsmal so viel als Frankreich; der Verkehr hatte sich verdreifacht. Die Zahl der Banken, die sich nothwendig an das Wachsen der kommerziellen und industriellen Thätigkeit anschließen, war von 700 (1846) auf 1416 (1856) gestiegen. Wiederum schien eine Zeit der allgemeinen materiellen Glückseligkeit gekommen zu sein, und wiederum stand man am Rand des Abgrundes. Die Bankiers, durch den bisherigen Erfolg sicher gemacht, hatten ungeheure Vorschüsse gemacht, zum Theil für sehr gewagte Unternehmungen; der Luxus hatte ungemein zugenommen; 1857 gab Amerika für Damentoilette 90 Mill. fl. aus. Diese Einfuhr wurde nun allerdings 1856 gedeckt durch die Getreideausfuhr nach Europa, wo die Ernte schlecht gewesen war. Aber 1857 war die alte Welt im Stande, sich wieder selbst zu nähren, und jene Einfuhr mußte baar bezahlt werden. Geld und Kredit schwanden, die Waaren sanken im Preise. Nun erscholl ein allgemeines: Rette sich, wer

Bayern, Sachsen, Nassau, Waldeck, Koburg-Gotha, Reuß ältere Linie, Schwarzburg-Sondershausen, Sachsen-Meiningen, Anhalt, Großherzogthum Hessen, Baden, Sachsen-Weimar, Frankfurt, deutsche Bundesländer Oesterreichs, Galizien, Bukowina, Dalmatien, Venedig, Militärgränze, Reuß jüngere Linie, Hessen-Homburg, Braunschweig, Lübeck, Altenburg, beide Mecklenburg, Oldenburg, Lippe-Detmold, Schwarzburg-Rudolstadt, Bremen, Hannover und Württemberg. Danach ist das Gesetz bis jetzt noch nicht in Hamburg, Holstein, Kurhessen, Lauenburg, Lichtenstein, Lippe-Schaumburg, Luxemburg und Limburg eingeführt.

Wien, 2. März. Die auf heute anberaumte Sitzung des Finanzausschusses des Abgeordnetenhauses hat begonnen. Eine Zuschrift der Regierung beziffert die Gesammtsumme der möglichen Abstriche am Budget für 1865 mit 20,100,000 fl., darunter 11 Mill. für das Kriegsbudget, 2 Mill. für das Marinebudget.

Wien, 2. März. Man versichert hier, daß Bayern und Sachsen nunmehr entschlossen sind, in die schleswig-holsteinische Angelegenheit wieder einzutreten, und zwar zunächst dadurch, daß in Frankfurt beantragt werden soll, von Bundeswegen die beiden deutschen Mächte aufzufordern, dem Bunde über den bisherigen Verlauf und den gegenwärtigen Stand der schleswig-holsteinischen Angelegenheit Auskunft zu geben. Das wäre natürlich nur ein einleitender Schritt. (N. K.)

Wien, 2. März. Die „Gen.-Korresp." weist als vollkommen aus der Luft gegriffen die Anschuldigungen der Pariser „France" vom 27. Februar über neuerliches strenges Vorgehen der österr. Regierung in Galizien und über den Wiederbeginn politischer Prozesse und Verhaftungen politischer Persönlichkeiten zurück.

Die Nachricht des „Kamerad" von einem in diesem Jahre bei Bruck an der Leitha abzuhaltenden Uebungslager von fünfzigtausend Mann wird von der „Wiener Zeitung" darauf zurückgeführt, daß allerdings die Truppenübungen, welche alljährlich in einer anderen Provinz stattfinden, diesen Herbst auf Ungarn und Nieder-Oesterreich treffen, jedoch die Ausdehnung früherer Jahre im Ganzen nicht übersteigen werden, und daß definitive Anordnungen über den Ort und die Stärke der Truppen noch nicht erlassen sind.

Die Wiener „Presse" schreibt unterm 2. März: „Wie man uns mittheilt, scheint die Antwort auf die preußischen Forderungen noch nicht festgestellt zu sein. Von Anfang an sollen sich im Ministerrath zwei Ansichten gegenüber gestanden sein. Die eine war dafür, diese Forderung en bloc abzulehnen — für die Annahme en bloc hat sich keine einzige Stimme erhoben, — die andere, welche schließlich durchzudringen Aussicht haben dürfte, will auf die Erörterung der einzelnen Forderungen eingehen, diese aber vor allen Dingen in der Richtung amendirt wissen, daß direkt dem Bunde zugute kommen soll, was Preußen, angeblich im Interesse des Bundes, für sich in Anspruch nimmt. Darüber, daß der Bund auch in Bezug auf Schleswig nicht übergangen werden dürfe, war man sofort einig, und es soll speziell daran erinnert worden sein, daß selbst Dänemark erst in allerletzter Zeit dem Bunde ein Recht der Einflußnahme auf das in notorischem staatsrechtlichen Nexus zu Holstein stehende Schleswig ganz bestritten und daß die Aktion Preußens lediglich auf Grund des Rechtes eben dieser Einflußnahme sich gegen Dänemark gekehrt habe."

Man schreibt der „Ost-D. P." aus **Olmütz:** „Sie wissen, daß der wegen Hochverrath zu zwanzig Jahren schweren Kerkers verurtheilte Gutsbesitzer Paul v. Almasy sich auf der Festung Olmütz zur Abbüßung seiner Strafe befindet. Er kam in einem Waggon erster Klasse an und trug keine Eisen. Der Verurtheilte, dessen Schwester, die Gräfin Zierotin, sich zur Zeit seiner Ankunft hier befand, wünschte eine eigene Zelle ganz allein zu erhalten. Diese Bitte mußte ihm jedoch mit Rücksicht auf die Raumverhältnisse abgeschlagen werden. Man stellte es ihm jedoch frei, unter seinen Leidensgefährten aus Pesth, welche ihre Strafzeit ebenfalls hier verbringen, zwei zu wählen, welche die Zelle mit ihm theilen sollten. „Ich kenne keinen von ihnen", antwortete Almasy."

Lemberg, 26. Febr. Wie die „Gaz. Nar." berichtet, ist in den gebirgigen Gegenden Galiziens eine Hungersnoth ausgebrochen, die schreckliche Dimensionen anzunehmen droht. Bis jetzt kamen den zahlreichen betroffenen Ortschaften von keiner Seite Unterstützungen zu, nur die Regierung hat zur Erleichterung der Steuerzahlenden angeordnet, daß die für das Jahr 1865 bereits gezahlten Steuern zurückerstattet, die noch nicht gezahlten aber nicht eingefordert werden sollen. Wie verlautet, beabsichtigen die galizischen Abgeordneten, im Reichsrath noch weitergehende Unterstützungen zu erwirken.

Berlin, 2. März. Die verstärkte Handelskommission hat nach Ablehnung der Kontingentirung des ungedeckten Notenumlaufs den Paragraphen 1 mit v. d. Heydts Hauptamendements in der Fassung angenommen: die preußische Bank ist befugt, in Hamburg und an den Handelsplätzen der Elbherzogthümer Komptoire, Commanditen und Agenturen zu errichten, sowie Bankgeschäfte an solchen Plätzen betreiben zu lassen. Die Regierung hatte sich vorläufig gegen die Amendements v. d. Heydts erklärt. Paragraph 2 wurde mit dem Amendement von Ziegert: Beleihung nur mit den öffentlichen Papieren der in Paragraph 1 angeführten Staaten, und Paragraph 3 unverändert angenommen.

Ueber die Vorgänge in Burg berichtet eine Berl. Korr. des „Nürnb. Korresp.": „Die Arbeiter-Koalitionsfrage ist aus ihrer theoretischen Behandlung in den Vereinen und im Abgeordnetenhause bereits in die Praxis getreten. In Burg haben die in den Tuchfabriken beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen plötzlich die Arbeit eingestellt, ohne die in der Gewerbeordnung vorgeschriebene 14tägige Kündigungsfrist zu beobachten. Nicht sowohl die Lohnfrage als die Einführung einer neuen Fabrikordnung hat den Anlaß hiezu gegeben. Eine Lohnerhöhung haben die Arbeiter bereits im vorigen Jahre erlangt, als, im Sommer und Herbst, von den Tuchmachergesellen vereinte Forderungen einer solchen an die Fabrikherren gestellt wurden, zu einer Zeit, wo es an Arbeitern fehlte. Die fortdauernden Agitationen, besonders aber wohl die häufig vorkommenden Veruntreuungen von Material veranlaßten, daß etwa 20 Tuchfabrikanten gemeinsam über eine neue Fabrikordnung übereinkamen und dieselbe bekannt machten. Nach der „Magdeb. Presse" enthält dieselbe Bestimmungen wie die, daß die Arbeiter ohne Oberkleidung und ohne Taschen in die Fabrik kommen, für $1/4$ Stunde zu späten Erscheinens sich $1/4$ Tagelohn abziehen

---

kann. September und Oktober 1857 waren schreckliche Monate für den Norden Amerikas; länger dauerte indeß die Krisis nicht; das Gold hat so gut einen horror vacui wie die Luft, und Europa schickte Gold genug, da das Agio sehr hoch stand, und im Dezember hatten die meisten Banken ihre Zahlungen wieder aufgenommen. Im Ganzen waren 5123 Falliten vorgekommen mit 700 Mill. fl. Passiven.

Einen Monat bedurfte der Sturm, um über den atlantischen Ozean nach England zu gelangen; in amerikanischen Eisenbahnen und anderen Unternehmungen steckte für 700 Mill. Gulden engl. Geld; davon war viel verloren gegangen, und so wurde der Kredit stark erschüttert. Der Krieg mit Indien und China kostete viel baares Geld; der Westen schien ein Anziehungspunkt für das Silber zu sein. 1857 wurden 200 Mill. Silber nach Indien geschickt; auch New York bedurfte des edlen Metalls, und so setzte die Bank ihren Zinsfuß auf 8 pCt., erhöhte ihn, da Alles bei ihr Geld suchte, gar auf 10 pCt. Die bedeutendsten Häuser, die solidesten Firmen, die alle Krisen bisher wacker überstanden hatten, fielen um wie Kartenhäuser und zogen durch ihren Fall eine Menge anderer nach sich. Die Waaren sanken im Preis, die Fabriken standen still, Arbeiter irrten zu Tausenden beschäftigungslos umher, in manchen Städten drohten Gewaltthätigkeiten, in Glasgow z. B. wurden sie nur dadurch verhindert, daß die reichen Kaufleute sich vereinigten, die Billete der dortigen Bank, trotzdem diese ihre Zahlungsunfähigkeit erklärt hatte, doch an Zahlungsstatt zu nehmen. Vom Sept. 1857 bis Febr. 1858 wurden 207 große Fallissements gezählt mit einem Gesammtverlust von gegen 700 Millionen Gulden; ähnlich wie in Amerika, nur daß in diesem Lande, wo Alles einen schnelleren Verlauf nimmt, auch die Erholung rascher vor sich gegangen war. Von England brauste der Sturm über das Festland: Frankreich mit seiner großen Metallzirkulation, seiner geringen Notenausgabe und seinem schwächeren Welthandel wurde verhältnißmäßig weniger hart getroffen, um so heftiger aber entlud sich das Gewitter über Hamburg und den skandinavischen Norden. 1856 war der Werth der Ein- und Ausfuhr von Hamburg auf 1200 Mill. Mark Banko gestiegen; die Spekulanten hatten gewaltige Vorräthe von Kolonialwaaren aufgestapelt, die sie zum Theil um 30 pCt. theurer gekauft, als früher. Der Rückschlag war nicht zu vermeiden und wirkte beinahe vernichtend. Vom Ausland her kamen nur Verluste, im Inland war keine Nachfrage; bald war die Menge der insolventen Firmen nicht mehr zu zählen. Jedermann schien es zu sein. Da kam Hilfe von einer Seite, da man es am wenigsten erwartete, von Oesterreich; es konnte 10 Mill. Gulden baar entbehren, da es ja nicht gezwungen war, seine Papiere gegen baar einzulösen. In Hamburg betrugen die Passiva 250 Mill. Gulden, die, zur Ehre des deutschen Handels sei es gesagt, nachher fast sämmtlich bezahlt wurden.

(Schluß folgt.)

lassen, entstandene Schäden an den Maschinen auf ihre Kosten ausbessern lassen sollen ꝛc. ꝛc. Als diese Fabrikordnung, welche in 14 Tagen in Kraft treten soll, ausgehängt wurde, erhob sich sogleich unter den Arbeitern eine große Erbitterung. Nur in zwei Fabriken, deren Besitzer jene Ordnung nicht angenommen hatten, arbeitete man weiter. Die Aufregung gab sich alsbald in Drohungen gegen die Arbeitgeber, groben Insulten, einzelnen, jedoch geringfügigen Eigenthumsbeschädigungen und Anheftung eines Pasquills kund; größere Exzesse kamen nicht vor. Dennoch glaubte man solche befürchten zu müssen, und nach einem Beschluß der Polizeiverwaltung in Gemeinschaft mit dem Magistrat und der Staatsanwaltschaft wurde auf telegraphischem Wege noch am Sonnabend die Vermittelung des Oberpräsidenten der Provinz angerufen und die Zusendung von Militär beantragt. Am Abend desselben Tages gegen 10 Uhr rückten 2 Kompagnien des 26. Infanterie-Regiments von Magdeburg ein, von einem Haufen müßiger Leute mit wüsten Rufen begleitet, ohne jedoch Widerstand zu erfahren, nur daß es Mühe kostete, ihnen Quartier zu verschaffen. So viel bewirkte allerdings die Maßregel, daß am Sonntag keine größeren Unordnungen vorgekommen sind.

Stuttgart, 2. März. Sicherm Vernehmen nach ist vor Kurzem der Rechnungsabschluß für das Etatsjahr 1863/64 erfolgt, und hat abermals einen Ueberschuß von mehr als 4 Millionen Gulden ergeben. Dies macht zusammen mit den 11 Millionen betragenden Ueberschüssen der zwei vorangegangenen Jahre einen Ueberschuß von mehr als 15 Millionen Gulden für die ganze dreijährige Etatsperiode von 1861 bis 1864. Ueber einen Theil dieser Ueberschüsse hat nun die Regierung durch Exigenzen für besondere Ausgaben Dispositionsanträge an die Kammern gestellt, und es sind dabei ein neuer Bibliothek- und Archivbau, die Errichtung einer großen Irrenheilanstalt in Tübingen u. s. w., Straßenbauten, Eisenbahnbauten u. dergl. vorgesehen.

Koburg, 28. Febr. Die Vorstandsmitglieder des deutschen Nationalvereins (v. Bennigsen, Metz, Fries, v. Rochau und Streit) sind vorgestern zu einer Sitzung hier angekommen. — Eine ziemliche Anzahl ehemaliger Jenenser Burschenschafter hat sich vor einigen Tagen in Jena versammelt und sich über mehrere Hauptfragen bezüglich der bevorstehenden 50jährigen Stiftungsfeier der Burschenschaften berathen. Nach einem Beschluß dieser Versammlung werden alle Burschenschafter an diesem Fest theilnehmen können.

Aus **Rendsburg** schreibt das dortige „Wochenblatt": „Der Schleier, der über der sogenannten „Dreißiger Versammlung" ruht, die hier am 12. Febr. im Hotel Stadt Hamburg und Lübeck ein engstes Anschluß-Programm entworfen haben soll, wird wohl kaum mehr gelüftet werden, da die in Aussicht gestellte Veröffentlichung vermuthlich deßhalb unterblieben ist, weil diejenigen Männer, deren Namen im Lande noch etwas gelten, theils während der Verhandlungen fortgingen, theils dem Programme ihre Unterschrift versagten, die übrig gebliebenen Unterschriften deßhalb wenig verlockend gewesen wären. Mindestens wissen wir, daß sämmtliche Mitglieder des engeren Ausschusses, die in der letzten Delegirten-Versammlung anwesend waren, jenem Programme nicht beigetreten sind. Es haben sonach die Herren Wiggers und Lehmann von Rendsburg, Rave v. Itzehoe, die beiden Wallichs (Flensburg und Neumünster), Gerber aus Elmshorn, Fröhlich von Eckensund und Hansen von Tönning dem Rendsburger Programm nicht zugestimmt.

Paris, 1. März. In den letzten Tagen fand eine Versammlung von Oppositions-Deputirten bei Marie statt, worin Simon Pelletan, Picard und mehrere Andere Amendements vorbrachten, die der Adresse beigefügt werden sollten; dieselben betreffen eine Beschränkung der bevorstehenden Aushebung von 100,000 Mann, das Verhältniß zu Mexiko und Nordamerika, die Beseitigung des Sicherheitsgesetzes und die freie Wahl der Stadtvorsteher von Paris und Lyon. Außerdem soll der zuverlässige Abzug der französischen Garnison aus Rom betrieben werden, und in dieser Beziehung wird Thiers isolirt für die Fortdauer der Okkupation sprechen. Bezüglich der Encyclica wurde ein Amendement nicht vorgelegt, weil man diesbezüglich den Adreßentwurf abwarten will. Die Insignien des neuen mexikanischen Adler-Ordens, bestimmt für die Souveräne Oesterreichs, Frankreichs, Belgiens, Italiens und Schwedens, wahre Prachtwerke von Gold, sind hier angekommen. Der Kaiser von Brasilien erhält gleichfalls diese Dekoration; sechs Stücke dieses Ordens sind noch an fürstliche Oberhäupter zu vergeben.

Paris, 3. März. Der „Moniteur" veröffentlicht einen Brief des Kaisers, worin verschiedene gemeinnützige Maßregeln für Lyon empfohlen werden. Sodann einen Rapport des Contre-Admirals Mazeres, aus welchem hervorgeht, daß eine schwache Abtheilung Füsiliere, Seesoldaten und algierischer Schützen von 200 Mexikanern, ihren Gefährten, im Stich gelassen und bei San Pedro gefangen genommen wurden.

Hiezu die Beilage: „Würzburger Anzeiger".

Verantwortlicher Redakteur: A. Hartmann.
Druck und Verlag der Stabel'schen Buch- und Kunsthandlung in Würzburg

Cours der Staatspapiere.

Oesterr.	5 pCt. Met. (Cp. i. S. b. R.)	—
"	5 pCt. Lomb. ditto. à 24	—
"	5 pCt. Engl. Met. v. 1852	80 P.
"	5 pCt. Engl. Met. v. 1859	78 3/4—5/8 G.
"	5 pCt. Venet. Coupon i. B.	85 1/8 P.
"	5 pCt. Nationalanl. v. 1854	68 3/4 P. 1/2 G.
"	5 pCt. Metall. Obligation.	62 G.
"	4 1/2 pCt.	55 5/8 P.
Preussen	3 1/2 pCt. Staatsschuldsch.	91 1/4 G.
Bayern	4 1/2 pCt. Obl. 1jähr. dto.	102 1/8 P.
"	4 1/2 pCt. Obl. 1/2jähr. dto.	102 3/8 G.
"	4 pCt. Obl. 1jähr. dto.	99 1/8 P.
"	4 pCt. Obl. 1/2 jähr. dto.	99 1/4 P.
"	4 pCt. Obl. i.b.-R. dto.	98 1/8 G.
"	3 1/2 pCt. Obl. dto.	—
Württemb.	4 1/2 pCt. Obl. b. Rothsch.	104 1/2 G.
"	3 1/2 pCt. Obl. dto.	95 3/4 P. 1/2 G.
Baden	4 1/2 pCt. Obl.	—
"	3 1/2 pCt. Obl. v. 1842	91 3/4 G.
Gr. Hess.	4 1/2 pCt. Obl.	—
"	4 pCt. Obl. b. Rothsch.	100 1/4 G.
"	3 1/2 pCt. Obl. dto.	97 1/4 P.
Nassau	4 1/2 pCt. Obl. dto.	102 1/4 P.
"	4 pCt. Obl. dto.	99 1/2 P.
"	3 1/2 pCt. Obl. dto.	92 G.
Frankfurt	3 1/2 pCt. Obl.	95 1/4—3/8 G.
"	3 pCt. Obl.	—
Spanien	3 pCt. inl. Sch. P. à fl. 2. 30	—
"	2 1/4 pCt. " " "	—
Schweden	4 1/2 pCt. Obl. à 105 Thlr.	91 5/8 P.
N.Amerika	6 pCt. à 100Dr. 1881 D. 2 1/2	—
"	6 pCt. ditto r. 1882 "	63 5/8 G.

Diverse Aktien.

Frankfurter Bank à fl. 500 . . .	149 3/8 G.
K. K. Oesterr. National-Bankaktien	834 P.
Oesterr. Kreditbank-Aktien à fl. 200	196 1/2 P. 195 1/2 G.
Bayer. Hypothekenb. Pfandbriefe 4 pCt.	98 P.
Darmst. Bank 1. u. 2. Serie à fl. 250	237 G.
Weimarische Bank à Thlr. 100 . .	100 1/2 G.
Mitteldeutsche Kreditaktien . . .	100 1/2 G.
Intern. Bank in Lux. à 250 Frs. à 28 kr.	—
Taunus-Eisenbahn à fl. 250 . . .	351 G.
Frankfurt-Hanauer-Eisenbahn . . .	101 1/4 G.
Oest. F.St.Eisb. 5pCt. 500 Fr. à 28 kr.	—
" Elisab.-Eisenbahn 5 pCt. . .	116 3/4 P.
Böhm. Westbahn-Aktien à fl. 200 5/7	—
Rhein-Nahe-Bahn 200 Thl. à 105 4pCt. Z.	30 G.
Ludwigshafen-Bexbacher à 4 pCt. .	148 1/2 P. 1/4 G.
dto. dto. Prior. à 4 pCt.	97 1/2 P.
Pfälz. Maxb. b. Rothschild à 4 1/2 pCt.	107 7/8 P.
Oest. St.-Eisenb. Prior.-Oblig. à 3 pCt.	49 3/8 P. 1/8 G.
Elisab.-Bahn Prior. 5 pCt. 5/7	80 1/2 P.
Südd. Bank-Akt., 40 pCt. Einz.	260 G.
Span. Handels- und Industrie . .	—
Bayr. Ostbahn à 4 1/2 pCt. volleinbez.	113 3/4 G.
Bayer. Ostbahn mit 60 pCt. Einz.	113 1/2 G.

Wechsel
in süddeutscher Währung.

Amst. fl. 100 k. S.	101 1/8 P.
Antwerp. Frs. 200 k.S.	94 1/4 G.
Augsb. fl. 100 k. S.	100 P.
Berlin Th. 60 k. S.	104 7/8 P.
Brem. 50 Th. Lsd. k. S.	90 3/4 G.
Brüssel Frs. 200 k. S.	94 1/4 G.
Cöln Thlr. 60 k. S.	104 7/8 P.
Hamb. MB. 100 k. S.	85 7/8 G.
Leipzig Th. 60 k. S.	104 7/8 P.
London Lst. 10 k. S.	119 G.
Lyon Frs. 200 k. S.	—
Mail. Frs. 200 . .	94 1/2 G.
München fl. 100 k. S.	100 P.
Paris Frs. 200 k. S.	94 1/2 G
Petersburg 60 S.-R.	—
Triest fl. 100 k. S.	—
Wien fl. 100 ö. W.	—
do. in öst. W. l. S.	104 3/4 P. 1/2 G.
Disconto	3 1/2 pCt. G.

Anlehens-Loose.

Oesterr. fl. 250 v. 1839	189 1/2 G.
" fl. 250 v. 1854 mit 4pCt.	76 1/4 P.
" fl. 500 v. 1860 5/7	83 1/2 G.
" fl. 100 Eisb. L. v. 1858.	134 P.
" do. v. 1864.	—
Schwed. 10 Thlr. Loose	9 3/4 P.
Badische fl. 50	—
Badische fl. 35	52 3/8 G.
Kurhess. Thlr. 40 b. R.	56 7/8 P.
Gr. Hessen fl. 50 b. R.	—
" fl. 25 do.	37 3/8 P.
Nassau fl. 25 bei Rothsch.	35 3/4 P.
Sardinische Fr. 36 b. B.	—
Neuchateler 10 Frs.-Loose	—
Freiburger 15 Frs.-Loose	—
Mailänder 45 Frs. L. b. R.	33 P.
St. Lüttich mit 2 1/2 pCt. Z.	34 P.
Ansb.-Gunzenh. fl. 7-L.	10 7/8 P.

Frankfurt, 3. März. Die Börse war wiederum still und geschäftslos. Amerikanische eröffneten etwas höher, verflauten jedoch im Laufe des Geschäfts. (Synd.)

An die
k. Hof- und Staatsbibliothek
N. Würzb. Ztg.
München.

Neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht!

№ 64-65. | Vorausbezahlung: Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 1 fl. 30 kr. Bei Inseraten wird die dreispaltige Zeile in gewöhnlicher kleiner Schrift oder deren Raum im Hauptblatte mit 6 kr., im Anzeiger mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franco. | 62. Jahrgang. | Montag, 6. März 1865.

Reaktionäre Taktik.

Es ist eine eigenthümliche Taktik, welche manche reaktionäre oder genauer feudale Blätter in der Herzogthümerfrage verfolgen. Da veröffentlichen die „Historisch-politischen Blätter" in München, welche in ihrer politischen Denkweise aufs beste mit den feudalen Berliner Organen zu harmoniren pflegen, so daß meist nur der konfessionelle Unterschied besteht, einen Aufsatz, in welchem sie sich für die Annexion aussprechen, weil dadurch das Schwergewicht Preußens nothwendig nach Außen falle, das dann sein Augenmerk vorzüglich auf die europäische Politik richten würde, und andere Blätter ähnlichen Kalibers beeilen sich, diese Auslassung zu adoptiren, Blätter, welche noch vor etwa drei Wochen die Annexion nicht für opportun erachteten, und zwar aus denselben Gründen, welche das Münchener Blatt für die Annexion anführt.

Die in Italien vor sich gegangenen Annexionen bezeichnen diese Blätter als eine Beraubung, aber sie finden es doch ganz natürlich, daß Preußen das Beispiel Sardiniens nachahmt und auf Kosten der Rechte Dritter seinen schmalen Leib ausfüllt. Es wird dies einfach als eine „große politische Nothwendigkeit" bezeichnet. „Deutschland sei von revolutionärem Geist erfüllt und in den mittelstaatlichen Residenzen liege der Zündstoff aufgehäuft"; so lautet eine jener nebulosen Phrasen, mit denen die Artikel solcher Blätter gespickt zu sein pflegen. Diese edlen Organe vergessen aber, daß trotz der tiefen Indignation, welche die preußische Politik überall erregt, die Bevölkerung sich vollkommen ruhig verhält, und daß der revolutionäre Geist, von dem jene Blätter sprechen, nur in ihren eigenen Spalten sein Unwesen treibt. Laut proklamiren sie den Bruch des Bundesrechtes, und dieselben Organe, welche, wo es ihren Interessen entspricht, die Heiligkeit des Fürstenwortes anrufen, treiben die Frechheit so weit, Oesterreichs Kaiser aufzufordern, im Bunde mit Preußen die Bundesakte zu zerreißen und die Rechte Dritter zu verletzen. Das heißt man dann die intime echt deutsche Allianz zwischen Oesterreich und Preußen. Man könnte über die Hanswurstiaden solcher Blätter lachen, wenn die Sache nicht auch ihre ernste Seite hätte. Hat man es niemals erwogen, welchen Eindruck es machen muß, wenn derartige Organe mit so großartiger Unverschämtheit revolutionäre Politik treiben, allen Grundsätzen des Rechtes Hohn sprechen und in wahrhaft cynischer Weise den Satz proklamiren: „Macht geht vor Recht!"

(Amtliche Nachrichten.) **München,** 3. März. Se. Majestät der König hat die kath. Pfarrei Hofkirchen, Bezirksamts Vilshofen, dem Priester Fr. X. Biel, Pfarrer in Aufkirchen, desselben Bezirksamts, und die kathol. Pfarrei Winzer, Bezirksamts Deggendorf, dem Priester M. Steindl, Pfarrer in Würding, Bezirksamts Griesbach, übertragen; dem Gesuche der Offizialen J. B. Bauer in Hof und A. Bachl in Bamberg um Vertauschung ihrer Dienstesstellen die Genehmigung ertheilt und demnach den Offizialen J. B. Bauer vom Post- und Bahnamte Hof zum Oberpost- und Bahnamte Bamberg und den Offizialen A. Bachl vom Oberpost- und Bahnamte Bamberg zum Post- und Bahnamte Hof in gleicher Diensteseigenschaft versetzt.

Die kathol. Pfarrei Pemfling, k. Bezirksamts Cham, ist mit einem fassionsmäßigen Reinertrage von 908 fl. 46 kr. in Erledigung gekommen.

München, 3. März. In der gestrigen Sitzung des Gesetzgebungsausschusses wurden die Art. 171 bis 182 einschließlich der Berathung und Beschlußfassung unterstellt. Für die Bestimmungen in den Art. 171—173 des Entwurfes, welche schon der Referent in eine sehr einfache Fassung gebracht hatte, legte Herr Ministerial-Kommissär Dr. Weis einen neuen Artikel vor, wonach dieselben zu lauten hätten: „Im Verfahren vor den Handels- und Einzelngerichten haben Zustellungen, soweit das Gesetz nicht anders bestimmt, an die Partei selbst oder an einen von ihr aufgestellten, am Sitze des Gerichtes, bei dem die Sache anhängig ist, wohnhaften Zustellungsbevollmächtigten zu geschehen." „Im Verfahren bei den übrigen Gerichten finden dagegen alle während des Laufes eines Rechtsstreites im betreffenden Rechtszuge nöthigen Zustellungen mit Ausnahme jener des Endurtheils, welche an die Partei selbst zu geschehen hat, an den Anwalt statt, wenn ein solcher aufgestellt ist." Diese Fassung fand auch nach kurzer Dis-

---

Feuilleton.

Die Handels- und Geldkrisen.

(Schluß.)

Dem Bisherigen läßt sich wohl nicht allzuschwer entnehmen, welche Bedingungen zusammenwirken müssen, um eine Handelskrisis zu Stande zu bringen; weit schwieriger, vielleicht unlösbar möchte die Frage nach dem Heilmittel dieser gefährlichsten aller Krankheiten sein. Ein Blick auf die Länder ergibt den sicheren Satz: In dem Maß ein Staat an dem Welthandel Theil nimmt, in dem wird er auch von diesen Krisen betroffen. England, Amerika sind die großen Kauf- und Handlungshäuser der Welt, ihre Handlungsbücher sind für die ganze Welt offen; nach ihnen kommt Deutschland und Frankreich; die südlichen Länder, die im Verhältniß wenig auswärtigen Handel haben, wurden auch von diesen Krisen nur unbedeutend berührt. Aller Handel beruht ursprünglich auf Tausch; das einzige, allgemein anerkannte Tauschmittel, der einzige privilegirte Schuldenzahler, ist Gold, und der Satz Turgots: Gold ist eine Waare, so gut wie jede andere, ist nicht vollständig richtig; eine Nation kann eine Zeitlang vielleicht Kohle und Eisen entbehren, nicht aber des Goldes; er gleicht nicht nur dem Proteus der griechischen Mythe und kann sich in alles verwandeln, es ist in Wahrheit das Blut des Handels, von dessen richtiger Zirkulation alle Sicherheit, alles Leben desselben abhängt, und wie die klassische Welt von auri sacra fames zu reden weiß, so findet auch die moderne das Wort Gretchens wahr: „Am Golde hängt, nach Golde drängt doch Alles." Alle Handelskrisen, das darf nicht übersehen werden, sind daher auch Geldkrisen. Da aber das Metall selbst wegen seiner Schwere dem Transport, d. h. dem Uebergehen eines Werthes von einer Hand in die andere bedeutende Schwierigkeiten in den Weg legt, so hat der erfindungsreiche Geist des Menschen einen Ersatz dafür in dem leichtflatternden Papiere unter den verschiedenen Formen von Bankbilleten, Wechseln, Checks rc. zu schaffen gewußt, es hat sich daraus jenes Kreditwesen entwickelt, das in unserer Zeit eine solch bedeutungsvolle Rolle spielt. Auch dieses dient zur schnelleren Zirkulation, erleichtert wesentlich den Umsatz, befördert Handel und Gewerbe, und so ist es nicht allzuwunderbar, wenn die Behauptung aufgestellt wurde, die Freiheit der Banken und damit zusammenhängend der Notenausgabe sei ein sicheres Mittel gegen die Handelskrisen, indem das ersparte Gut durch die Vermittlung der Banken leicht in andere Hände übergehe und dort Gewinn bringe. Aber das Land, wo Bankfreiheit ist, Amerika, ist von den Krisen schwer heimgesucht worden, während Frankreich mit seinem Bankmonopol wenig zu leiden hatte. Ja gerade dadurch, daß die Bank von England im Jahre 1825 in böser Zeit, um dem stockenden Verkehr aufzuhelfen, ihre Notenausgabe vermehrte, hat sie die Krisis zwar nicht herbeigeführt, aber sehr verschlimmert. Robert Peel sah daher die Ursache der Handelskrisen in der übertriebenen Ausgabe von Banknoten, und so kam das Gesetz von 1844 zu Stande, nach welchem die Bank für 168 Millionen fl. Banknoten immer in Zirkulation erhielt, für jede weitere Notenausgabe aber ein Aequivalent von baarem Metall in ihren Kellern bewahren muß. Freilich die Krisen von 1847 und 1857 sind auch dadurch nicht verhindert worden. Unbestreitbar jedoch ist, daß alle diese Kreditinstitute so zu sagen einen goldenen Boden haben müssen; ein Schatz von baarem Metall muß die Grundlage, der Ausgangspunkt und der Rückhalt des Kreditwesens sein vermöge des oben beschriebenen Charakters des Goldes.

kussion, an welcher sich abwechselnd der Hr. Ministerial-Kommissär, sowie die HH. Ausschußmitglieder Referent von Neumayr, Dr. Barth und Umbscheiden insbesondere betheiligten, die Annahme. Art. 174 veranlaßte keinerlei längere Berathung. Zu den Art. 175 und 176 hatte sodann der Herr Ministerial-Kommissär für den Fall, als die Vorschläge des Hrn. Referenten, welcher die in diesen Artikeln enthaltenen Bestimmungen einer durchgreifenden Umgestaltung unterstellte, nicht angenommen werden sollten, verschiedene Nebenvorschläge eingebracht, und erhielten die hierin getroffenen Anordnungen theils nach den Vorschägen des Berichterstatters, theils nach denen des Hrn. Dr. Weis die Zustimmung des Ausschusses. Insbesondere wurde nach Antrag des Letzteren die Zusatzbestimmung in Art. 175 in folgende Fassung gebracht: „Zustellungen, welche an Handelsgesellschaften oder an Kaufleute in Handelssachen zu machen sind, können auch an deren Prokuristen, oder insoferne die Zustellung eine mit einer Zweigniederlassung im Zusammenhang stehende Angelegenheit betrifft, an den zum Betriebe der Zweigniederlassung bestellten Handlungsbevollmächtigten gemacht werden." Die Art. 177 u. 178 „Zuständigkeit der Gerichtsvollzieher" sowie die zwei ersten der drei „Ueber Vollzug der Zustellung" handelnden Art. 179 bis 181 fanden keine Beanstandung. Zu Artikel 181 Absatz 1 dagegen beantragte Herr Ministerialkommissär Dr. Weis diese Fassung: „Die von den Gerichtsvollziehern in gesetzlicher Form vorliegende Zustellungsurkunde beweist die darin bestätigte Zustellung vollständig; doch ist Gegenbeweis zulässig." Nach diesem Vorschlage fand dieser Absatz auch Zustimmung, während Absatz 2 desselben Artikels nach dem Entwurfe angenommen wurde. Die Art. 182 und 183 behandeln „Beschränkungen und Verbote." In dem ersteren wurde insbesondere festgesetzt, daß ohne spezielle richterliche Erlaubniß, welche aber nur in Ausnahmsfällen zu ertheilen sei, eine Zustellung nicht vor Morgens 6 Uhr und nicht nach Abends 8 Uhr geschehen dürfe. Ebenso wurde die Redaktion dahin festgestellt, daß man statt „an kirchlichen Feiertagen" zu setzen habe: „an Sonntagen oder kirchlich gebotenen Feiertagen." — Nächste Sitzung morgen.

Die „Neue Freie Presse" schreibt aus **Wien** vom 2. März über Oesterreichs Antwort an Preußen: „Dem Vernehmen nach ist der Entwurf der österreichischen Rückäußerung auf die preußische Bedingungsdepesche fertig und so dürfte nach erfolgter Schlußredaktion Graf Karolyi binnen wenigen Tagen in der Lage sein, dem preußischen Ministerpräsidenten eine kurze österreichische Depesche zu überreichen. Dieselbe soll sich, wie versichert wird, darauf beschränken, die aus prinzipieller Unvereinbarkeit mit den Grundgesetzen des deutschen Bundes sich ergebende Unmöglichkeit eines Eingehens Oesterreichs auf die preußischen Propositionen auszusprechen. Von einer Annahme der preußischen Bedingungen, welche die „Kreuzzeitung" in Aussicht stellt, kann daher kaum die Rede sein. Gleichwohl haben Sie sehr recht, daran festzuhalten, daß aus dem Gegensatze Oesterreichs und Preußens in der Herzogthümerfrage, so scharf er sich auch momentan diplomatisch ausprägt, noch lange nicht auf einen Bruch zwischen den zwei befreundeten Höfen geschlossen werden darf."

Der „Köln. Ztg." wird aus **Wien**, 2. März, geschrieben: „Bayern und Sachsen sollen nunmehr den Zeitpunkt für die Wiederaufnahme der Bundesaktion in der schleswig-holsteinischen Sache für gekommen erachten. Sie wollen, hört man, damit beginnen, in Frankfurt zu beantragen, daß von Bundeswegen die beiden deutschen Mächte aufzufordern seien, auf Grund ihrer früheren Erklärungen, namentlich der identischen Note vom 4. Dezember 1863 und der am Bunde abgegebenen Erklärung vom 19. Januar 1864, dem Bunde über den bisherigen Verlauf und den gegenwärtigen Stand der Angelegenheit Auskunft zu geben. Diese Interpellation wäre natürlich nur ein einleitender Schritt."

Aus **Berlin**, 4. März, wird dem „Schw. M." telegraphisch gemeldet: „Offizielle Mittheilungen bestätigen, daß Oesterreich die preußischen Forderungen für unannehmbar halte und betonen zugleich, daß eine Rückgabe Nordschleswigs an Dänemark niemals stattfinden könne. Oesterreich bereite Maßregeln vor zur Wahrung seines Mitbesitzrechtes."

In **Leipzig** fand am 2. März ergangener Einladung zufolge eine „allgemeine Volksversammlung zur Besprechung vaterländischer Angelegenheiten" statt, in welcher Hr. Metz aus Darmstadt auftrat und unter Darlegung der Ziele des Nationalvereins zum Beitritt in denselben aufforderte. Die „Leipz. Abdpost." schreibt über dieses Auftreten und über den Verlauf der Versammlung: Des Pudels Kern in der ganzen Rede war die — Anwerbung neuer Mitglieder für den Nationalverein! Keine konkrete Frage griff Metz heraus, selbst über die schleswig-holsteinische Angelegenheit, und wie sich der Nationalverein zu ihr und zu den preußischen Absichten stellt, glitt er wie ein Aal hinweg. Das einzige Greifbare war, daß man den Norden und Süden nicht spalten solle durch Fragen, die jetzt doch nicht gelöst werden könnten und eine Nebensache (die „Spitze") seien. Sonst sprach er nur als „Sendbote und Werber des Nationalvereins". Die Lärmtrommel der „vaterländischen Angelegenheiten" rühren, nur um neue Mitglieder für den National-Verein einzufangen, heißt Mißbrauch treiben mit dem Recht der Volks-Versammlung. Der weitere Verlauf der Versammlung wurde sehr stürmisch. Da Fritzsche, der Lassallianer, gegen die Anwerbung der Arbeiter einwarf, die Arbeiter seien früher vom Nationalverein zurückgewiesen worden; durch Verwerfung ihres Gesuchs um Herabsetzung oder monatlicher Zahlung der Beiträge sei ihnen der Beitritt unmöglich gemacht, „geistige Ehrenmitglieder" nach dem Rath von Schulze-Delitzsch wollten sie nicht sein, für Andere die Kastanien nicht aus dem Feuer holen, brach der erste Lärm los; es folgte dann Rede und Gegenrede zwischen Metz und Fritzsche, und schließlich ward auf die Re-

---

Die Kunst des Handels besteht in der Schnelligkeit des Umsatzes, in der Geschicklichkeit, mit möglichst wenig Kapital möglichst große Geschäfte zu machen. So lange nun die Handelswelt im Stande ist, auf ihre baaren Reserven zurückzugreifen, geht alles gut; treten aber solche Zeiten ein, daß der Import den Export übersteigt, daß die Konsumtion größer ist, als die Produktion, daß Naturereignisse, schlechte Ernten, Kriege nöthigen, viel baares Metall herzugeben, anstatt Waaren und Manufakturen, so schwindet naturgemäß dieser goldene Boden unter den Füßen, ein Gefühl des Mißbehagens macht sich geltend; der Bankier, der Kaufmann, der zu bestimmter Zeit seine Wechsel und Noten einlösen muß, sieht sich genöthigt, um jeden Preis Geld zu bekommen, die Waaren verlieren an Werth, die Papiere nicht minder, und die Krisis ist fertig; erscheint dann, wie in Hamburg, zu rechter Zeit eine Geldladung, so kann der Verkehr wieder seine alten Bahnen ziehen. Somit wäre das einzige Präservativ, um Krisen vorzubeugen, wenn die Banken stets starken Metallvorrath haben, wenn ferner die Kreditinstitute ihre Spekulationen nicht auf die Höhe treiben, daß die Grundlage das Gebäude nicht mehr trägt, und wenn der Wechselkurs nicht allzulange Verfallszeit hat. Da aber die Sucht, zu gewinnen, zu immer weitergehenden Spekulationen treibt, und da auch für die Handelswelt der Schleier nicht gehoben ist, welcher die Grenze des Möglichen und Unmöglichen zudeckt, so hat Stuart Mill wohl nicht Unrecht, wenn er die Handelskrisen die nothwendigen Begleiter des Welthandels und des Reichthums einer Nation nennt; auf die Periode der Ausdehnung folgt die der Abspannung, auf die Zeit des Gewinnens das Verlieren in ewigem Kreislauf. Die Handelskrisen waren im Jahr 1837, 47, 57. Was wird uns das Jahr 1867 bringen?

Bekannte Gestalten in neuem Licht.

I.

Das unermeßliche Feld der Geschichte läßt sich auf die verschiedenste Weise bearbeiten. Man kann es, um von der Landwirthschaft einen Ausdruck zu brauchen, regelmäßig bestellen, und man kann auch nach Merkwürdigkeiten und Raritäten auf ihm graben. Das letzte geschieht oft durch Antiquare, gelegentlich auch durch Kulturhistoriker. Zu den letztern scheint ein bevorzugter Schriftsteller übergehen zu wollen. Joh. Scherr hat in mehreren seiner letzten Werke einen Hang gezeigt, dem edlen Metall seiner Selbstständigkeit und Originalität eine Legirung von Bizarrem und Barockem geben zu wollen. Er geht in seinen Urtheilen immer mehr „gegen den Strich" und sucht etwas darin, die Dinge anders zu sehen als alle übrigen Menschen. Daß er dabei nicht selten den Nagel auf den Kopf trifft und überraschende Perspektiven eröffnet, sehen wir auch an seinem neuen Werke: „Studien" (zwei Bde., Leipzig, O. Wigand.) Manches Urtheil trifft freilich mit verbogener Spitze daneben.

Das Bild des Sokrates, das wir durch Johannes Scherr erhalten, ist allerdings neu, aber falsch. Wenn irgendwo, so hat hier die Lust, wider den Strich zu gehen, die Beurtheilung hervorgerufen. Der große griechische Weise wird von Scherr der Erzschulmeister des Alterthums genannt. „Er witterte fortwährend neuen pädagogischen Stoff, an dem er jene redselige Bemutterung üben könnte, welche, sagt man, die arme Xantippe so zur Verzweiflung brachte, daß sie den Inhalt einer mißduftenden Vase dem ewigen Schulmeister auf die Glatze goß. Die Frau ist ohne Zweifel besser gewesen, als ihr von Schulmeistern zurecht gemachter Ruf, und wenn sie einen Xenophon gefunden, der ihre „Memorabilien" aufgezeichnet hätte, würden wir es begreiflicher

den des Schulzianer Bebel gegen den Lassallianer Fritzsche das Wiedervergeltungsrecht durch einen solchen heftigen und andauernden Lärm ausgeübt, daß nicht einmal dem Dr. Hepner mit seiner Löwenstimme, sondern erst der „Beschwörung“ des Herrn Metz an Freund und Feind die Herstellung der Ruhe gelang. Beim Schluß der Versammlung schwang sich ein Arbeiter auf die Rednerbühne, welcher die ganze Versammlung „für ungiltig erklärte“, und trotz nochmaliger Aufforderung durch Metz und Hepner „zum Beitritt in den Nationalverein“ ließen sich doch nur etwa 30 junge Leute einschreiben. In Glauchau, wo Tags vorher Metz unter Assistenz von Dr. Joseph und Lorenz aufgetreten war, ist man glücklicher gewesen: dort wurden alsbald 128 neue Mitglieder gewonnen.

Aus **Frankfurt,** 28. Februar, wird dem Reuter'schen Bureau gemeldet: „Bayern und Sachsen haben ihre Absicht aufgegeben, beim Bundestage die Anerkennung des Herzogs von Augustenburg zu beantragen, weil Preußen bestimmt erklärt hat, es erkenne die Kompetenz des Bundestages zu einem solchen Beschlusse nicht an und würde sich durch denselben nicht für gebunden erachten. Oesterreich hat den Kabinetten von München und Dresden dringend gerathen, einen solchen Antrag nicht zu stellen. Der bayer. Minister des Auswärtigen hat sich jetzt mit Sachsen über folgenden Antrag geeinigt und in Wien angefragt, ob er auf die Zustimmung Oesterreichs rechnen dürfe: „„Der Bundestag 1) drückt die zuversichtliche Erwartung aus, daß es den Regierungen Oesterreichs und Preußens gefallen möge, die Verwaltung der Herzogthümer Schleswig und Holstein so bald wie thunlich dem Erbprinzen von Augustenburg zu übertragen. 2) Der Bundestag ersucht die Regierungen Oesterreichs und Preußens, die von ihnen in Bezug auf das Herzogthum Lauenburg gethanen Schritte so bald wie möglich mitzutheilen.““ Oesterreich hat auf die Anfrage Bayerns geantwortet, es müsse fürs Erste passiv bleiben. Preußen ist noch nicht im Stande gewesen, seine Meinung abzugeben, da die Unterhandlungen bloß zwischen Oesterreich, Bayern und Sachsen stattgefunden haben.“

Vom Rhein, 1. März, wird der „Frkf. Postztg.“ geschrieben: Dem Vernehmen nach sind von den meisten deutschen Bischöfen ehrerbietige Schreiben nach Rom abgegangen, in welchen der Papst gebeten wird, das Wahlrecht des Kölnischen Domkapitels aufrecht zu halten gegen willkürliche Eingriffe seitens der Staatsgewalt.

Flensburg, 4. März. In den heutigen General-Versammlungen wurde die Auflösung und der Verkauf der Eisenbahnen an das Haus v. Erlanger mit 4540 Stimmen für Süd- und mit 4209 Stimmen für Nordschleswig beschlossen.

Die „Bodensee-Zeitung“ schreibt von **Romanshorn:** Die traurige Geschichte mit den polnischen Flüchtlingen wird nun geradezu herzbrechend. Alle Tage langen kleinere Trupps solcher Unglücklichen an, die von Lindau uns zugeschickt werden, obgleich sie das vorschriftsmäßige Visum des schweizerischen Geschäftsträgers in Wien nicht besitzen, und die Flüchtlinge selbst von den Kapitäns schweizerischer Schiffe darauf aufmerksam gemacht werden. Die Polen aber verlangen dennoch, daß die Schiffe sie mitnehmen, wahrscheinlich hoffend: daß Niemand so unbarmherzig sein werde, sie vom Schweizer-Boden zu verdrängen, wenn sie einmal ihren Fuß darauf gesetzt. Aber — die Polizei muß gehorchen, und mit jedem Schiff, das Abends von hier nach Lindau abgeht, werden die Unglücklichen wieder nach Lindau geschafft. So werden sie hin und her geworfen, und mit hellen Thränen in den Augen und der stummen Verzweiflung im Herzen sehen sich die Armen überall verstoßen.

Paris, 6. März. Der „Moniteur“ zeigt den Abschluß eines Handelsvertrags zwischen Frankreich einerseits und Hamburg, Lübeck und Bremen andererseits an. Der Zinsfuß der Schatzbons ist auf 3 und 3½ pCt. herabgesetzt.

Turin, 27. Febr. In welcher Stimmung Garibaldi der Regierung gegenüber sich befindet, zeigt ein von demselben an die demokratische Assoziation zu Bologna gerichteter Brief, in welchem er die an ihn gerichtete Einladung, nach dem Festlande zu kommen, ablehnt. Es heißt darin: „Ihr wollt mich auf dem Festlande haben und rathet mir, dringt sogar in mich, diesen mir durch Liebe und Tröstungen jeder Art so werthen Boden zu verlassen. Ich kann es nicht. Nachdem sie mein Geburtsland verkauften, wo die Meinigen geboren wurden und ihre Gräber haben, liebe ich Caprera, wie der Beduine sein Zelt liebt. Ich würde es nur dann verlassen, wenn ich, wie einst, dem großen Vaterlande nicht eine Stimme, sondern einen Degen und eine Fahne zuführen könnte. Jenen Augenblick erwarte ich, und ich hoffe, daß er kommen werde. Dann werde ich persönlich bei euch sein, jetzt bin ich es blos mit dem Herzen und dem Sinne. Liebet mich und glaubt, daß ich stets bin euer G. Garibaldi.“

Turin, 28. Febr. Die heutigen Blätter bringen den Wortlaut des Amnestiedekrets, welchem zufolge auch die Carabinieri-Eleven, die wegen unkommandirten Feuerns an den Abenden des 21. und 22. Sept. in Untersuchung waren, in dasselbe eingeschlossen sind. Dieser unbeschränkte Generalpardon brachte eine gute Wirkung unter der Bevölkerung hervor, und die „Presse“ spricht nur einen Wunsch aus, den: denselben auch auf die verurtheilten Soldaten von Aspromonte ausgedehnt zu sehen. — Der Krieg unter den Blättern, ob Turin zu befestigen sei, ob nicht, dauert fort; doch sind die Gegner einer Befestigung in der Mehrzahl, die täglich durch die finanziellen Bedenken noch zunimmt. Dennoch geben sich die Fortifikationsmänner nicht für besiegt und schreien ärger als zuvor, um so mehr, als sie vorgeben, den Mi-

---

und vielleicht sogar verzeihlicher finden, daß die gelangweilten Athener dem „Sohne der Hebamme“ zum Dank für seine redseligen Bemühungen, sie mittelst seiner Gedankengeburtshelferei zu Bildungsphilistern zu machen, zuletzt den Schierlingsbecher kredenzen ließen. Denn wenigstens in den Denkwürdigkeiten Xenophon's erscheint Sokrates als der Nikolai der griechischen Welt, ja geradezu als das Urbild der Bildungsphilisterei, während ihm Plato in seinen Dialogen die Phantasiefülle, Gedankentiefe und den Adlerflügelschwung der eigenen Seele geliehen hat.“

Völlig zutreffend ist, was der Autor über **Aspasia** sagt. Wenn von Athen, der schönen „Stadt der Veilchen,“ überhaupt der höchste Glanz und feinste Duft des Hellenismus ausgegangen ist, so waren hinwieder in der glänzendsten Kulturepisode des Griechenthums die berühmten Symposien im Hause dieser Frau die schönste Geselligkeitsblüthe jenes Hellenismus, während zugleich ihre Verbindung mit Perikles den höchsten Höhepunkt des Verhältnisses von Mann und Weib darstellt, zu welchem das Griechenthum überhaupt es gebracht hat. Eines solchen Mannes, wie Perikles, des Schöpfers von Athens Größe, Glanz und Macht, eines in seiner Art geradezu einzigen Mannes Wittwe — denn das war Aspasia im Sinne des Hingegangenen — hätte es wohl geziemt, durch Treue das Andenken des großen Todten zu ehren, und es ist nach unserem Gefühle der häßlichste Makel an der Gestalt der Milesierin, daß sie nach dem Tode des größten Atheners mit dem Schafhändler Lysikles sich verbunden hat. Zwar wird gesagt, sie habe diesen Mann zu einer bedeutenden Person herangebildet; aber ein Perikles und ein Schafhändler — welcher Kontrast! Möglich freilich, daß Aspasia arm war, und gewiß, daß nach griechischer Anschauung die Lebenden nicht dem Tode, sondern dem Leben angehörten.

Vielleicht klingt es anfangs absurd, wenn **Richelieu** von Scherr als „einer der größten Revolutionäre, die jemals aufgestanden.“ bezeichnet wird. Aber in der That, „die **rothe Eminenz**“ unternahm genialisch ein revolutionäres Riesenwerk und führte es tapfer durch: die Umformung des mittelalterlichen Staates in den modernen. Ob zwar selber von Geburt ein Baron, zerbrach er kühn mit seiner unerbittlichen Eisenhand die Fesseln, womit Feudalität die Menschen gebunden hielt, und die von ihm vollbrachte Gründung der modernen Monarchie, des absoluten Königthums, sie konnte, so seltsam das heute klingen mag, sie mußte bei der damaligen Zeitlage als ein entschiedener Herausschritt aus der Finsterniß in's Licht, aus der Knechtschaft in die Freiheit gelten und zwar deßhalb, weil der königliche Absolutismus zu seinem Bestehen zunächst eines neuaufkommenden sozialen Elements, des dritten Standes, der Bourgeoisie schlechterdings bedurfte. Mit dem Eintritt des dritten Standes in die weltgeschichtliche Bewegung that sich aber, wie bekannt, für diese das Thor einer neuen Entwicklungsbahn auf.

Ein Kind der Richelieu'schen Zeit war die „**moderne Aspasia,**“ **Anna de Lenclos**, in der Blüthezeit ihrer Reize und ihres Rufes kurzweg Ninon, in ihren alten Tagen Mademoiselle de Lenclos genannt. Das Goethe'sche Wort von der tief einschneidenden und lange nachwirkenden Macht der in frühester Jugend empfangenen Eindrücke findet auch auf sie Anwendung. Ihr aus der Touraine stammender Vater, ein Edelmann im Dienste des Duc d'Elbeuf, war ein so leichtfertiger Mensch als nur irgend ein französischer Gentilhomme von damals. Den einzigen Vorzug, welchen er besaß, eine ungemeine Fertigkeit im Lautenspiel, übertrug er frühzeitig auf sein einziges Kind. Aber er übertrug auf Aennchen auch die eigenen frivolen Anschauungen und laxen Grund-

nisterpräsidenten, den Kriegsminister und den König auf ihrer Seite zu haben, was aber von vielen Seiten stark bezweifelt wird. Hr. Quintinus Sella wird jedenfalls ein ernstes Wort gegen ein solches Beginnen einlegen; genügt es doch, das große Schuldbuch des neugebornen Königreichs Italien aufzuschlagen, worin diese Schuld mit vier Milliarden einhundertfünfundvierzig Millionen, sechshundertdreißigtausend und einhundertsechzig Franken verzeichnet steht.

Aus Neapel wird geschrieben, daß dort am giovedi grasso die Toledostraße der Schauplatz einer erbitterten Coriandoli-Schlacht unter dem Proletariat der verschiedensten Rangstufen und der niedern Arbeiterklassen war. Man schleuderte sich gegenseitig Gypskugeln von der Größe einer Nuß an die Köpfe; es gab viele Verwundete. Gegen 200 der rasendsten Gyps- und schließlich Kieselschleuderer mußten verhaftet werden. Das gesittetere Element hatte allgemein die Flucht ergriffen und den Platz dem Pöbel überlassen. — Während die Nachrichten aus Catania über den Ausbruch des Aetna beruhigend lauten, berichtet der in Messina erscheinende „Corriere Siciliano," daß das Dorf Castanea di Naso, welches nach statistischen Quellen 2700 Einwohner zählt, versunken sei. Alle näheren Angaben fehlen.

Ueber den Fall **Charlestons** vernimmt man: Die Konföderirten räumten die Stadt in der Nacht vom 17., nachdem sie zwei Panzerschiffe zerstört und die Kanonen in den Fortifikationen vernagelt hatten. In der obern Stadt sollten 6000 Ballen Baumwolle verbrannt werden. Die Flammen ergriffen einen Pulvervorrath. Die Explosion verbreitete den Brand nach allen Richtungen. Mehrere hundert Menschen kamen um; zwei Drittel der Stadt sollen zerstört sein. — Die Unionisten, welche erst am 18. einzogen, fanden 200 Kanonen und kleine Munitionsvorräthe.

Mexiko. In einem Pariser Artikel der „Köln. Ztg." heißt es: „Die Unruhe, die in den offiziellen Kreisen wegen Mexiko's herrscht, ist übrigens sehr groß, und so groß, daß in dem Ministerrathe, der morgen um 9 Uhr in den Tuilerien stattfindet, darüber berathen werden soll, ob nicht sofort neue Truppen nach Mexiko abgesandt werden sollen. Was hier noch besonders auffällt, ist der Umstand, daß wegen der Auslieferung der französischen Gefangenen mit der Regierung Juarez unterhandelt werden soll, während schon vor einigen Monaten die kaiserliche Regierung in Mexiko erklärte, daß in Zukunft die antikaiserlich gesinnten Mexikaner als Rebellen behandelt werden sollen. Jetzt sind sie wieder Kriegführende und man unterhandelt mit ihnen. Dies kommt hauptsächlich daher, daß die Juaristen nach der betreffenden kaiserlichen Proklamation jeden erschossen, der ihnen in die Hände fiel. Wie ich Ihnen schon früher schrieb, hat die Wendung, welche die Dinge in Nordamerika genommen, den Juaristen neuen Muth gegeben.

Schuldverschreibungen von Standesherren und Privaten.

Frankfurter Börse.

				G.	P.
4	pCt.	Herz.	Lucca, alte b. Rothsch.	—	74
4	„	„	do. neue b. „	—	90
3½	„	Landgräfl.	H.-Homb. b. „	—	94
3½	„	Fürstl.	Löwenst.-Werth. (bad.)	—	94
3½	„		do. (bayer.)	—	—
3½	„	„	Fürstenberg b. Rothsch.	92½	—
3½	„	„	„ „	—	—
3½	„	„	Leiningen P. N. Schm.	95½	—
3	„	„	„ „	84	—
4	„	„	Oettingen-Wallerstein	—	99
4	„	„	Esterhazy P. Galantha	60½	—
3½	„	„	Isenburg-Birstein b. R.	—	93
4	„	„	Schwarzenberg	70	—
4	„	„	Palffy b. Arnst. u. Eskel.	79	—
4	„	Gräfl.	Erbach-Fürstenau b. S.	—	99
4	„	„	Palffy, Ferd. Leop., b. S.	61	—

				G.	P.
4	pCt.	Gräflich	St. Genois b. Schm.	—	72
4	„	„	Szapary b. Rothsch.	—	50
4	„	„	Schönborn b. Schm.	—	60
4	„	„	Sandor b. Rothsch.	—	58
4	„	„	Strachwitz b. Schm.	—	50
4	„	„	Hugo Eltz	—	85
4	„	„	Viczay b. Rothsch.	—	60
4	„	„	Nizky b. Rothsch.	—	—
4	„	„	Hunyady b. Rothsch.	—	—
4½	„	„	Batthyany Joh. Bapt.	—	76
4½	„	„	Batthyany Gustav	—	71
4½	„	„	Orczy b. Schmidt	—	72
4½	„	„	Sztaray „	—	70
4½	„	„	Karoly bei Biedermann	—	70
4½	„	„	Pejacsevich b. Schuller & Co.	—	70

Anlehens-Loose.

Fürstl.	Esterhazy 40 fl. Loose	—.——.—
„	Windisch-grätz 20 fl. Loose	18.75—19.26
„	Salm-Reifferscheid 40 fl. L.	31.25—31.75
„	Palffy 40 fl. Loose	29.75—30.25
„	Clary 40 fl. Loose	31.50—31.—
Gräflich	Keglevich 10 fl. Loose	14.50—16.—
„	Waldstein-Wartenb. 20 fl. L.	19.75—20.25
„	St. Genois 40 fl. Loose	29.50—30.—
Stadt	Triester 100 fl. Loose	103.——100.—
	Donau-Dampfschiff. 100 fl. L.	90.50—91.—
	Dessauer 100 Thlr.-Loose	——.——

säße; er gewöhnte das früh reifende Mädchen an ein abenteuerliches Fassen und Führen des Daseins. Als er eines nicht sehr ehrenhaft ausgefochtenen Duells halber, in welchem er seinen Gegner getödtet, aus Frankreich fliehen mußte, Frau und Tochter in bescheidenen, aber anständigen Vermögensverhältnissen zurücklassend, hatte seine Erziehungsmethode schon so gewirkt, daß die Bemühungen von Ninons Mutter Abra, einer tugendhaften und frommen Frau, die Kleine auf bessere Wege zu bringen, fehlschlugen. Ninons leibliche und geistige Entwickelung war eine frühzeitige. Als sie, mit ihrem Zeitgenossen Tallemant des Réaux zu sprechen, „une fille grandette" geworden, hatte sie das weltlich-skeptische Evangelium, wie es in den Schriften von Montaigne und Charron zu finden, schon vollständig inne. Sie besaß überhaupt eine nicht gemeine literarische Bildung, oder hatte, wie man das im damaligen Paris ausdrückte, „beaucoup de lecture."

Schon war der Beweglichkeit und Schärfe ihres Geistes wegen ihr Gespräch gesucht; schon flogen Pfeile aus dem Köcher ihres kühnen und schlagfertigen Witzes durch die Salons. Meisterin auf der Laute, entzückte sie auch durch die unvergleichliche Grazie, womit sie den Modetanz jener Zeit, die Sarabande, zu tanzen wußte. Alle diese Vorzüge verschafften dem reizenden Backfisch Zutritt in die glänzendsten Gesellschaftskreise des Marais, damals das aristokratisch-modische Quartier der französischen Hauptstadt. Ninon war keine jener sogenannten regelmäßigen Schönheiten, deren Name eigentlich Fadheit ist. „Viel Schönheit, sagt Tallemant, besaß sie niemals, aber allezeit viel Reiz (beaucoup d'agrémens.)" Hochgewachsen und schlank — so beschreibt sie Scherr — war ihre Gestalt von vollkommen harmonischen Verhältnissen. Die Linien ihres Kopfes von tadellosem Oval, wie ihrer Körperformen waren höchst anmuthig. Der Reichthum des kastanienbraunen Haares kontrastirte schön mit dem Tiefschwarz ihrer prächtig geschweiften Brauen, welche sich über großen, dunklen Augen wölbten, deren strahlenwerfendes Feuer durch lange Wimpern verschleiert und gemildert ward. Das Lächeln des rosigen Mundes mit den herrlichen Zähnen war von unbeschreiblicher Magie, welche nicht gemindert, sondern noch erhöht wurde durch einen Lacertenzug des Spottes, der sich allerliebst um die Mundwinkel schlängelte.

Alle ihre Zeitgenossen haben an Ninon den seelenvollen Blick, das genialisch-belebte Mienenspiel und jene bezaubernde Anmuth der Haltung, die Geberde und Rede gepriesen, welche im Grunde das Schönste und Beste an den Frauen ist, aber nicht eben im Besitz von gar vielen sich findet. Und auch eine andere frauliche Tugend besaß Mademoiselle in hohem Grade: ihr Anzug war stets von eleganter Einfachheit und ausgesuchter Frische, dabei vollkommen decent. Wunderlicher, aber für die Sitten jener Zeit sehr charakteristischer Widerspruch: die Courtisane Ninon war als Muster des Anstands, des guten Geschmacks und Tons in der besten Gesellschaft so unwidersprochen anerkannt, daß es der Maintenon zur Zeit, als sie schon im Begriff war, die Frau des hochmüthigsten der Könige zu werden, keineswegs zum Tadel, sondern vielmehr zur Empfehlung gereichte, einst, da sie noch Frau Scarron gewesen, in so vertrauter Freundschaft mit Ninon gelebt zu haben, daß sie häufig in demselben Bette mit der Liebeskünstlerin geschlafen hatte.

Ihr bescheidenes, aber ausreichendes Erbtheil setzte die Letztere in den Stand, anständig zu leben und sicherte ihr die Unabhängigkeit, deren sie bedurfte, um eben die freie „Liebeskünstlerin" darzustellen. Trotz ihrer persönlichen Uneigennützigkeit, welche unbestritten ist, stand sie jedoch nicht an, gelegentlich tief in die Börsen ihrer reichen Verehrer zu greifen, wenn es sich darum handelte, ihrem großmüthigen Hang zum Geben und Schenken genug zu thun, einem Hang, welcher sie zur Abgöttin der Bettler von Paris machte. Alles in Allem kann man von Ninon kaum treffender urtheilen, als es der Duc de Saint-Simon gethan hat: „Sie ist ein Beispiel, welche Triumphe das Laster feiern kann, wenn es mit Geist getrieben wird, und mit etlicher Tugend verbunden ist. Denn man darf sagen, daß Ninon, abgesehen von ihrer Schwäche tugendhaft und voll Rechtschaffenheit gewesen. Sie war uneigennützig, verschwiegen und zuverlässig. Ihre Unterhaltung bezauberte. Sie war auch treu; denn sie hatte stets nur einen Liebhaber auf einmal und war sie seiner satt, so sagte sie es ihm offen und ehrlich."

Verantwortlicher Redakteur: A. Hartmann.
Druck und Verlag der Stahel'schen Buch- und Kunsthandlung in Würzburg

An die
k. Hof- und Staatsbibliothek
N. Würzb. Ztg. München.

Neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht!

№ 66. | Vorausbezahlung: Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 1 fl. 30 kr. Bei Inseraten wird die dreispaltige Zeile in gewöhnlicher kleiner | 62. Jahrgang. | Schrift oder deren Raum im Hauptblatte mit 6 kr., im Anzeiger mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franco. | Dinstag, 7. März 1865.

(Militärdienstesnachrichten.) **München,** 5. März. Se. M. der König hat den Unterlieutenant O. v. Bieber von der Kommandantschaft der Veteranen-Anstalt in den Ruhestand versetzt; dem pensionirten Regimentsquartiermeister U. Sieben die Entlassung aus dem Heerverbande bewilligt.

München, 5. März. Wie man heute vernimmt, soll die Ernennung zweier lebenslänglicher Reichsräthe an Stelle der verlebten Grafen K. v. Seinsheim und Frhrn. v. Fraunhofen demnächst und jedenfalls noch vor dem Wiederzusammentritt des Landtages erfolgen; ein Gerücht bezeichnet einige unserer ausgezeichnetsten Juristen als Kandidaten für die Reichsrathswürde.

Ein **Wiener** Korrespondent der „A. Z.“, welcher aber nur zu den Viertelsoffiziösen zählt, berichtet: „Die Zumuthungen der preußischen Depesche vom 21. Febr. haben endlich die Geduld unseres Kabinets erschöpft. Man wird sich mit der Beantwortung der Depesche diesmal wahrscheinlich beeilen, und schon während wir diese Zeilen niederschreiben, dürften Weisungen an unseren Civilkommissär abgegangen sein, dahin zielend, der systematischen Borussifizirung der Herzogthümer eine Grenze zu setzen und jene Rechte Deutschlands zu wahren, die Oesterreich als provisorischer Mitbesitzer der Herzogthümer zu schützen hat. Auch den hiesigen Vertretern der Mittelstaaten dürften bereits Eröffnungen gemacht worden sein, welche geeignet sein werden, das Vertrauen zu kräftigen, das in jenen Kreisen in die Haltung der österreichischen Regierung gesetzt worden.“

Ueber die nun dem Ausgang nahen Zollverhandlungen schreibt die „Presse“: „Es ist Thatsache, daß nicht blos Hr. v. Bismarck, sondern der König selbst bereits im vorigen Sommer zu Karlsbad und nachmals in Wien die Zusicherung gab, daß bezüglich der Zoll- und Handels-Annäherung zwischen Oesterreich und dem Zollvereine etwas geschehen solle. Ohne diese Zusage hätte Frhr. v. Hock in Berlin wahrscheinlich gar keinen Boden gefunden. Die Unterhandlung hatte ihre Ebbe und Fluth, je nach dem Stande der Aussichten, Oesterreich für die preußische Auffassung in der Herzogthümerfrage zu gewinnen. Als sich nun zeigte, daß Oesterreich die Fäden der großen Politik damit nicht anknüpfen lassen wollte, verlangte Preußen, um etwas Erkleckliches gewähren zu können, eine sehr bedeutende Reduktion des Tarifs auf Webe- und Wirkwaaren, die jedoch in Wien von der sogenannten gemischten Zollkommission abgelehnt wurde. Was Oesterreich bezüglich dieses Artikels gewährte, ist mäßig, noch mäßiger die preußischerseits bewilligte Begünstigung von Schlachtvieh, Mahlprodukten, gedörrtem Obst u. dgl. m. Glas fiel aus, und dem Weinhandel soll nur eine ganz unbedeutende Erleichterung zu Theil geworden sein.

Berlin, 5. März. Die feudale „Zeidl. Korr.“ bringt folgenden Artikel: „Die Aufnahme, welche die jüngste nach Wien gesandte Depesche gefunden, beweist wieder einmal, daß die preußische Regierung die Lage der europäischen Politik richtig durchschaut, und das Maß dessen, was in der gegenwärtigen Situation zweckdienlich sei, erkannt hat. Von dem Augenblick an, wo die Entwicklung der schleswig-holsteinischen Frage einen akuten Charakter gewann, ist es die Mission Preußens gewesen, jeden Schritt, den diese Sache vorwärts that, durch einen selbstständigen Akt zu bezeichnen. Preußen war die leitende Macht und hatte die Machinationen und Deklamationen, welche sich stets gegen eine solche Macht richten, die Stirn zu bieten. Das Resultat war immer, daß die von Preußen geschaffenen Thatsachen als unvermeidliche Konsequenzen des Vorhergegangenen anerkannt wurden. So ging es von dem Einmarsch in Jütland an, der im Beginn durch ängstliche Gemüther als ein Verstoß gegen das ursprüngliche Kriegsprogramm verurtheilt wurde. Auch diesmal wird dem ersten Geschrei der Succeß der preußischen Aktion auf dem Fuße folgen. Schon sind die Wiener Blätter von ihrer ursprünglichen Aversion zu einem sentimentalen Ton übergegangen, aus welchem man das Eingeständniß heraushört, daß es am Ende so kommen werde, wie Preußen verlangt. Man resignirt, da man nicht hindern kann. — Preußen hält daran fest, daß seine Machtentfaltung das gerechte Ergebniß des im Norden geführten Kriegs sei, und Oesterreich seinerseits weiß, wie sehr die Stärke des Bundesgenossen ihm selber zu gute komme.“

Die „Spener'sche Ztg.“ findet diesen Artikel „bemerkenswerth und, wie es scheint, der thatsächlichen Lage entsprechend.“ Wie uns scheint, entspricht er wenigstens den eigenen Anschauungen dieses Blattes, das sich in einem andern Artikel also ausspricht: „Es ist herkömmlich in Deutschland, daß man von Preußen sehr viel verlangt; noblesse oblige. Es soll eine Flotte halten, es soll die Gränzen Deutschlands schirmen, es soll natürlich auch die eben erkämpften Herzogthümer gegen jeden auswärtigen Feind in Schutz nehmen, es soll auch einen Nord-Ostsee-Kanal bauen, den Kieler Hafen und andere Punkte befestigen. Denn wer soll es thun? Die überschuldeten Herzogthümer könnten es nicht, und

Feuilleton.

Bekannte Gestalten in neuem Licht.

II.

Mit der Geschichte völlig im Einklang ist Scherr, wenn er es in seinen „Studien“ offen ausspricht, Carl XII. von Schweden sei in der Beleuchtung der historischen Kritik „ein Narr, ein heldenhafter Narr allerdings, aber immerhin ein Narr, eine leibhafte Zeitwidrigkeit, wie aus einem mittelalterlichen Ritterroman heraus auf die moderne Staatsbühne gestellt, um da blindwüthig umherzurasseln.“ Scherr weist nach, wie früh er damit anfing. Die Extravanzen und Tollheiten, welche Carl XII. sich schon, als er noch „in den Kinderschuhen“ steckte, zu Schulden kommen ließ, hatten gleichsam symbolischen Sinn, sie wiesen auf die Zukunft. Diese lächerlichen Heldenthaten steigerten sich bis zum Gipfel des Anstößigen, so oft des jungen Königs Vetter und Schwager, Herzog Friedrich III. von Holstein-Gottorp, nach Stockholm kam. Die beiden edlen Schwäger führten sich auf, als wären sie soeben einem Tollhaus entsprungen. Rasende Wettritte und Wettfahrten wechselten mit Hasenhetzen, deren Schauplatz der Reichstagssaal war. Bei Tage sprengten die Herren mit ihrem Gefolge im bloßen Hemd und mit gezogenen Säbeln durch die Stadt, bei Nacht trieben sie in den Straßen mit Fenstereinschlagen, Thürzerbrechen, Schilderherunterreißen rc. ärgerlichsten Muthwillen.

Mehrere Tage hintereinander erprobte der König auf des Herzogs Anstiften sein Kraftgenie dadurch, daß er in einem Saale des Schlosses Kälber, Schafe und Ziegen je mit einem Säbelstreich enthauptete. Die abgeschlagenen Köpfe der Thiere aber wurden durch die Spiegelscheiben der Fenster auf die Straßen geworfen. Fast zur selben Zeit übte sich Carl's späterer Hauptfeind und Ueberwinder, Czar Peter von Rußland, ebenfalls im Köpfen, indem er, wie glaubwürdig versichert wird, nahezu einem Hundert gefangener Strelitzen allerhöchsteigenhändig die Köpfe absäbelte. Jedoch diese gleichzeitig in Stockholm und Moskau betriebene hochfürstliche Schlächterei mag fast wie ein sinnbildliches Verzeichen späterer Weltereignisse erscheinen; denn es ist darin gewissermaßen der gewaltige Unterschied zwischen dem Schwedenkönig und dem Russenczar und ihren weltgeschichtlichen Rollen angedeutet. Carl köpft Kälber und Schafe; seine ganze Laufbahn ist eine plan- und ziellose, nicht nur unfruchtbare, sondern entschieden gemeinschädliche Kraftvergeudung. Der Kultur-Barbar Peter köpft Strelitzen, um in diesen russischen Janitscharen eines der größten Hindernisse zu beseitigen, welche dem mit furchtbarer Energie durchgeführten Riesenplan seines Lebens sich entgegenstellten, Rußland aus dem asiatischen Faulschlaf heraus und in das europäische Völkerleben hineinzureißen. Carl richtet die Geltung Schwedens als

der deutsche Bund — nun der hat dafür gesorgt, daß ihm solche Zumuthungen gar nicht gemacht werden. Oesterreich? Da frage man Hrn. Giskra, wie es mit den Finanzen steht. Also Preußen! Gut, sagt Preußen, ich will zum Schutze des deutschen Nordens manche Opfer bringen, aber dafür muß ich mir ausbedingen: Territorialhoheit über Rendsburg, Kiel, Eckernförde u. s. w. Liegt dem österreichischen Ministerium daran, das Provisorium bald zu beschließen, dann gehe es auf die preußischen Forderungen ein; ist es ihm nicht Ernst mit dem baldigen Aufhören des Provisoriums, kann es sich sperren, die Forderungen anzunehmen. Wir haben keinen großen Nachtheil davon. Aber auch die Herren in Kiel und Rendsburg haben jetzt Gelegenheit, statt vage Resolutionen zu erlassen, ihre Gedanken auf bestimmte Punkte zu richten und ihren deutschen Patriotismus an den Tag zu legen, wenn solcher aus den Zeiten, wo auch sie nationalvereinisch agitirten, noch vorhanden ist."

Berlin, 5. März. Die „Vossische Zeitung" meint, daß die Sendung von zwei preußischen Kriegsschiffen nach dem Piräus nicht allein eine Uebungs-Expedition, sondern die Sicherung der preußischen Interessen im Oriente zum Zwecke habe, da in Griechenland Konflikte zu befürchten seien, durch welche preußisches Eigenthum auf griechischem Gebiete in Gefahr kommen könne. — Nach der „Spener'schen Zeitung" ist auf Befehl des Königs eine Kommission höherer Artillerie-Offiziere zur Berathung und gutachtlichen Aeußerung über die Organisation der Artillerie 2c. niedergesetzt worden.

Aus **Berlin** wird vom 4. ds. geschrieben: „Die Arbeiter in Burg haben gestern, nachdem durch eine Revision der erlassenen Fabrikordnung eine Einigung erzielt ist, ihre Arbeit wieder aufgenommen. — Am 28. v. Mts. wurden von Warschau aus wieder 75 Personen in das Innere Rußlands deportirt, darunter befanden sich zwei Frauen. Mit wenigen Ausnahmen waren sämmtliche Deportirte gefesselt."

Berlin. Einige offiziöse preußische Blätter widersprechen der Angabe, daß Preußen die Territoralherrschaft über die Festung Rendsburg, über den Hafen von Eckernförde, von Sylt und über Ufergelände des Kanals gefordert habe. Preußen verlange nur (!) diejenigen kleinen Territorien, welche zur Anlegung von Befestigungen auf Alsen und Düppel und zur Sicherung der Einfahrt in den Kieler Hafen, sowie in die Eingänge des projektirten Kanals nothwendig seien. Diese preußische Bescheidenheit wird in der „Köln. Ztg." von einem Preßbureau-Korrespondenten folgendermaßen illustrirt: „Fachmänner sollen der Ansicht sein, daß, wenn die Stellungen des Kieler Hafens, von Düppel-Alsen und der Ausgangspunkte des Nordseelands (Kanals) in preußischen Händen sind, Rendsburg keine sehr große militärische Bedeutung mehr habe." In ihrem neuesten Blatte kommt die „Kölnische Zeitung" auf die anderen Begehren Preußens zu sprechen und bemerkt, die preußische Militärverfassung solle einfach in den Herzogthümern gelten, das heißt, Preußen will von dort so viele Soldaten und Seeleute ziehen, als es für gut findet. Die Frage wegen Rendsburg wird als gleichgiltig betrachtet, denn wer die Armee habe, verfüge selbstverständlich auch über die Festungen. Eine Bundesfestung könnte Rendsburg nur durch einstimmigen (!) Bundesbeschluß werden. Preußen werde aber niemals zustimmen. Aus der diplomatischen Vertretung der Herzogthümer mache sich Preußen nichts. „Ein etwaiger Fürst, der keine Soldaten hat, wird auch eine Diplomatie nur zum Schein und schwerlich lange haben. Nur wegen der Stimme am Bunde könnte die Frage einige Bedeutung erlangen. Eine Form würde sich dafür finden lassen. Ein etwaiger Fürst, wie ihn die preußischen Forderungen voraussetzen, würde jedenfalls Oesterreich und den Mittelstaaten keinen großen Zuwachs an Macht und Einfluß am Bunde bereiten."

Aus Westphalen, 1. März. Vor etwa zwei Jahren ging durch öffentliche Blätter die Nachricht, eine Anzahl katholischer und protestantischer Männer hätte Schritte gethan zur Einleitung der Wiedervereinigung beider Bekenntnisse. Seither war es über die Sache stille. Nun veröffentlichen einige Zeitungen ein Rundschreiben des Ausschusses der „Versöhnten Brüder", d. d. Ovinghausen bei Werl, 9. Febr. 1865 und unterzeichnet: Freih. v. Plettenberg-Ovinghausen, Graf v. Schmissing-Kerssenbrock, Freih. v. Böselager-Herssen und Conrad v. Sydow-Wischelingen. In diesem Rundschreiben werden „die Standesherren, der besitzende Adel von ganz Westphalen und die Unterzeichner des ersten Programms" auf den 4. April d. J. zu einer Generalversammlung nach Münster eingeladen. In der Versammlung sollen nachstehende Sätze von Prof. Leo in Halle noch näher berathen werden:

„Im Gegensatze zu der sittlichen Zerfahrenheit unserer Zeit, schließen wir uns in einem sittlichen Vereine an einander, dessen Glieder bei gegenseitiger Anerkennung der verschiedenen Konfessionen und äußeren Lebensstellungen sich verbinden, christlich-deutsche Art, Sitte und Gesinnung auf Grundlage des allen christlichen Bekenntnissen gemeinsamen apostolischen Bekenntnisses, zu halten, zu pflegen und zu vertheidigen und uns gegenseitig dabei zu unterstützen. Insonderheit aber verlangen wir von jedem unserm Vereine Angehörenden Anerkennung, Achtung und herzlichen, ehrlichen Beistand für alle legitime Obrigkeit als für eine unschätzbare Wohlthat, die uns von Gottes Gnaden zugekommen, bis heute erhalten und, wie wir zu Gott hoffen, für alle Zeiten erhalten ist."

Dieser Vereinigung liegt der Gedanke zu Grunde, daß die positiv-christlichen Elemente der beiden großen Konfessionen sich zur Abwehr gegen die Angriffe auf die Grundlagen des Christenthums vereinigen sollen.

Stuttgart, 4. März. In einer der öffentlichen Sitzung nachgefolgten geheimen Sitzung der Abgeordneten-Kammer hat gestern der Minister des Auswärtigen die Mittheilung gemacht, daß in Karlsruhe die Eisenbahnverträge zwischen Würtemberg, Baden und Preußen zum Abschluß gelangt sind. Hiernach sei über die Bahnen von Ulm nach Mengen und Sigmaringen, von Tübingen über Hechingen nach Balingen und über den Fortbau der würtembergischen Oberneckarbahn auf dem Thalweg des Neckars durch

---

eines europäischen Großstaates auf immer zu Grunde, Peter erhebt Rußland zu einer europäischen Großmacht.

Die erste französische Revolution erscheint J. Scherr als ein grandioses Trauerspiel, welches den Aristotelischen Satz, daß die Tragödie zu dem Zwecke vorhanden sei, um durch Schrecken und Mitleid zu wirken und dadurch die Leidenschaft zu reinigen, welthistorisch illustrirt. Wir wissen jetzt, daß wir ein ungeheures Wechselspiel von Schuld und Sühne, von Frevel und Strafe vor uns haben, daß die Revolution mit all' ihren Gräueln nur die naturnothwendige, unausbleibliche Vergeltung der Verschuldung des ancien régime gewesen ist. Wie gewirthschaftet worden war, darüber erhielt die Nationalversammlung amtliche Nachweise. Zu Ende November 1789 benachrichtigte der redliche, strenge, aufrichtige Jansenist Camus die Nationalversammlung, daß ein geheimes Verzeichniß der höfischen Verschleuderungen der Staatsgelder existire, welches den Titel „das rothe Buch" trage. Dies hieß der Versammlung ein sehnlich begehrtes Wild zeigen und den Jagdruf erheben. Alsbald begann auch die Hatz. Minister Necker wollte das „livre rouge" anfangs nicht herausgeben, die Deputirten aber ließen nicht nach, es zu verlangen, und endlich mußte ihnen der Wille gethan werden. Man las das Buch, man staunte, lachte, knirschte mit den Zähnen, schrie auf vor Entrüstung und Zorn. Wie, wofür und an welche Leute die Staatsgelder vergeudet worden, auch unter und von dem „sparsamen" Sechszehnten, wird man z. B. aus folgenden, von Scherr mitgetheilten Angaben ermessen können, deren Richtigkeit nicht dem entferntesten Zweifel unterliegen kann. Da waren zuerst die beiden Brüder König Ludwig XVI., der Graf von Provence und der Graf von Artois. Diesen Herren zahlte der Staat mitsammen jährlich für ihre Prinzenschaft 8,240,000 Livres, eine für damals gewiß sehr anständige Apanage. Allein sie genügte bei weitem nicht.

Dem rothen Buche zufolge hatte der lüderliche Verschwender Artois nur während Calonne's Finanzwirthschaft neben seinem regelmäßigen Einkommen 14,550,000 Livres außerordentlich aus der Staatskasse bezogen, um die Schulden seines Lotter- und Lasterlebens zu bezahlen, was Calonne dem König als nothwendig vorgestellt hatte, „um die Gemüthsruhe des Prinzen zu sichern," und Louis XVI. genehmigt, weil die Gemüthsruhe einer so hohen Person mit 14 Millionen, dem zerlumpten und hungernden Volke abgepreßt, denn doch nicht zu theuer erkauft war. Der „philosophische" und nur „seinen Studien lebende" Provence hatte sich begnügt, in derselben Frist nicht mehr als 13,824,000 Livres außerordentlich vom Staate zu beziehen. Sehr theuer kamen dem französischen Volk auch die Kindbetten der Prinzessinnen zu stehen. Für die Mühewaltung, den Duc de Berry zur Welt gebracht zu haben, bezog die Gräfin von Artois 24,078 Livres und sieben Jahre später abermals „pour son accouchement" 24,000, dazwischen hinein auch 24,078 Livres, „comme simple cadeau." Die Rubrik „Dons et gratifications" enthielt überhaupt allerliebste Ausgaben. Zum Beispiel: dem Herren von Croismard 50,000 Livres, um ihn „in den Stand zu setzen, das Gut Boisſins zu kaufen." Dem Herrn Gourdin 15,000, damit er „die Charge des Herrn Gaffe zu kaufen vermöge." Dem Polizei-Generallieutenant Sartines „zur Bezahlung seiner Schulden" 200,000

Digitized by Google

das Hohenzollern'sche zwischen den zwei würtembergischen Städten Horb und Sulz entschieden.

Karlsruhe, 3. März. Dem Redakteur und Drucker des „Badischen Beobachters“ wurde heute folgender Beschluß des großh. Amtsgerichts dahier mitgetheilt: „Da in dem Artikel „An die Katholiken“ in Nr. 44 des „Bad. Beob.“ weder die Absicht der Aufregung zum Haß oder zur Verachtung, noch eine Aufforderung zum Ungehorsam, noch eine Verletzung der dem Großherzog schuldigen Ehrfurcht gefunden worden, grobe Schmähungen, in der Absicht Unzufriedenheit zu erregen, aber nicht mit Strafe belegt sind, und sonach die wegen jenes Aufrufs erhobene Anklage nicht als begründet erscheint, ergeht nach Ansicht d. P.-G. § 32 das Erkenntniß: der vom großh. Bezirksamt hier auf Nr. 44 des Bad. Beob. gelegte Beschlag wird aufgehoben.“ Mittags wurde jedoch der Vollzug obigen Erkenntnisses gemäß Erlaß großh. Kreis- und Hofgerichts dahier sistirt, nachdem der Staatsanwalt Rekurs angezeigt habe.

Bern, 2. März. Auf die von dem Bundesrathe bei der russischen Gesandtschaft jüngst gestellte Anfrage, wie es sich mit der angeblichen straffreien Rückkehr der polnischen Flüchtlinge in ihre Heimath verhalte, ist so eben Seitens des Generals Berg die direkte Antwort erfolgt, daß denjenigen polnischen Flüchtlingen, welche sich ohne bewaffnete Theilnahme an dem Aufstande entfernt haben, bei ihrer Rückkehr keine Strafe in Aussicht stehe, während diejenigen, welche zu den Waffen gegriffen oder sich sonst ernstlich kompromittirt, vorher ein Gesuch um straffreie Rückkehr einzureichen und die Antwort auf dasselbe abzuwarten haben, und endlich für diejenigen, welche sich außerdem noch gemeiner Vergehen oder Verbrechen schuldig gemacht, unter keiner Bedingung auf die Erlaubniß zur straffreien Rückkehr zu hoffen sei. (Frkf. Postz.)

Paris, 4. März. Dem „Memorial Diplomatique“ zufolge haben vorgestern die Vertreter Oesterreichs und Preußens in Paris Namens ihrer betreffenden Regierungen das Verlangen ausgesprochen, Frankreich möge den gegenwärtigen provisorischen Zustand in den Herzogthümern bis zur Errichtung einer definitiven Regierung daselbst anerkennen. Dies Verlangen beziehe sich auf Anerkennung der schleswig-holsteinischen Flagge und auf fortdauernde Anwendung der Bestimmungen und des Verwaltungssystems, wie sie unter der dänischen Herrschaft bestanden, auf die Herzogthümer. Die Antwort der französischen Regierung auf das Verlangen der beiden deutschen Großmächte sei bis jetzt noch nicht offiziell bekannt; aber man habe allen Grund, zu glauben, daß das Tuilerienkabinet ohne alle Schwierigkeit dem geäußerten Wunsche nachkommen werde. — Die offiziösen Auslassungen über eine Lösung der Herzogthümer-Angelegenheit durch Gewährung der preußischen Forderungen unter Rückgabe von Nordschleswig an Dänemark finden auch im „Memorial“ ein Echo. In Berlin — erklärt das von mehreren Seiten inspirirte Blatt — habe man aus der auf die Herzogthümer bezüglichen Stelle des Blaubuches ersehen, wie fest Frankreich auf seinen Prinzipien zu bestehen entschlossen sei und wie schwer es sein würde, eine diesen widerstrebende dauerhafte Lösung zu finden. Diese Anschauung scheine um sich gegriffen zu haben, und man dürfe jetzt annehmen, daß, wenn Preußen zur Rückerstattung des nicht deutschen Theiles der Herzogthümer entschlossen sei, das Tuilerienkabinet nichts dagegen einwenden werde, daß die Frage in der von Preußen geforderten praktischen Weise gelöst werde. Oesterreich werde der Durchführung einer solchen Kombination wahrscheinlich thatsächlich nichts in den Weg legen, wenn es auch, seiner bisherigen Haltung getreu, dieselbe in dem, was sie rechtlich oder thatsächlich den Rechten des Bundestags Zuwiderlaufendes darböte, weder werde anempfehlen noch unterstützen können.

Von befreundeter Hand gehen der „A. A. Z.“ aus dem ersten Buche des kaiserlichen Geschichtswerkes folgende besonders bezeichnende Stellen zu: Am Schlusse des vierten Kapitels, das über die Blüthezeit des mittelländischen Meeresbeckens handelt, sagt Napoleon: „Das Gedächtniß einer solchen Größe flößt einen sehr natürlichen Wunsch ein, nämlich, daß in Zukunft die Eifersucht der großen Mächte das Morgenland nicht länger abhalte, den Staub von 20 Jahrhunderten abzuwerfen und neu zu erstehen zum Leben und zur Kultur!“ Einem andern Lieblingsgedanken des Kaisers begegnet man an der Stelle, wo er die Siege des T. Quinctius Flaminius erzählt und sich auf des Livius Bericht beruft über jenen weltgeschichtlichen Auftritt bei den isthmischen Spielen. Er sagt nämlich dort: „Man wird daraus ersehen, welchen Werth der Senat damals auf jene wahre Popularität legte, welche die Ehre verleiht, ein Volk befreit zu haben.“ (Man weiß, was es mit dieser Befreiung auf sich hatte.) Im Ganzen nimmt Napoleon, auch wenn er den Standpunkt des Censors Cato nicht theilen kann, einen streng sittlichen Standpunkt ein in der Beurtheilung jener Zeit Roms, wo die Einflüsse des Morgenlandes und Griechenlands sich geltend machten. Er bemerkt u. A.: „Wie in allen Zeiten des Uebergangs, hatten sich die sittlichen Bande gelöst, der Geschmack am Luxus und die ungezügelte Liebe zum Gelde hatte alle Stände eingenommen.“ Das Urtheil Napoleons über die Gracchen ist in dem Satze zusammengefaßt: „Wenn mitten im allgemeinen Wohlstand gefährliche Utopien ohne Wurzeln im Land auftauchen, so kann sie die einfachste Anwendung der Gewalt unterdrücken; ist aber dagegen eine Gesellschaft tief ergriffen von einem wahrhaften und gebieterischen Bedürfniß, und verlangt Reformen, dann ist der Erfolg des gewaltsamen Zurückdrängens nur ein augenblicklicher. Die zurückgedrängten Gedanken erscheinen immer wieder, und wie bei der Hydra in der Fabel, entstehen stets hundert andere Köpfe für einen abgeschlagenen.“ Ueber Sulla bemerkt Napoleon: „Wenn sein Verhalten mäßiger gewesen wäre, so hätte das, was man Kaiserreich nennt, ohne Zweifel mit ihm begonnen. Aber seine Macht war so grausam und parteiisch, daß man nach seinem Tode die Mißbräuche der Freiheit vergaß, um sich nur noch der Mißbräuche der Tyrannei zu erinnern. Je mehr der demokratische Geist an Ausdehnung gewonnen hatte, um so mehr verloren die alten Einrichtungen ihren Zauber. Da in Wahrheit die Demokratie vertrauensvoll und leidenschaftlich stets ihre Interessen für besser vertreten hält durch einen Einzelnen, als

---

Dem Herrn de Lamoignon 200,000. Der Madame de Maurepas 166,000. Der Gräfin von Albani, weil sie die Frau des Prinzen Eduard Karl Stuart, 60,000 Livres jährlich. Dem Herzog von Polignac ein Geschenk von 1,200,000 Livres zum Ankauf der Domaine Fenestrange. Derselbe Seigneur, notorisch einer der gefräßigsten und verderblichsten Hofschranzen, bezog eine jährliche lebenslängliche Pension von 120,000 Livres. Die verschiedenen Mitglieder der Familie Polignac, gemeinschädlich insgesammt, hatten zusammen Pensionen von mehr als 700,000 Livres.

Das Pensionenkapitel war überhaupt ein rares, absonderliches, märchenhaftes. Die Prinzen „von Geblüt“ verschmähten, obgleich mit Gütern und Reichthümern aller Art ausgestattet, es keineswegs, noch jährliche Pensionen im Betrag von 2,550,000 L. einzusacken. Mit ihnen wetteiferte die hochnoble Familie Noailles, deren Mitglieder in Form von Pensionen und Gratifikationen jährlich um nahezu 2 Millionen die Staatskasse erleichterten. Ein Herr Desgalois de la Tour hatte drei Pensionen, zusammen 22,720 L., die erste „als erster Präsident und Intendant,“ die zweite „als Intendant und erster Präsident,“ die dritte „pour les mêmes considérations.“ Dem Marquis d'Antichamp waren vier Pensionen zugetheilt, die erste „für die von seinem verstorbenen Vater geleisteten Dienste,“ die zweite „ebendafür,“ die dritte „ebendeshalb,“ die vierte „ebendeswegen.“ Ein deutscher Prinz besaß gleichfalls vier Pensionen, die erste „für seine Dienste als Oberst,“ die zweite „für seine Dienste als Oberst,“ die dritte „für seine Dienste als Oberst,“ die vierte „für seine Dienste als Nicht-Oberst“ (pour ses services comme noncolonel.) Dem Generalanwalt Joly de Fleury gab man eine lebenslängliche Jahresrente von 17,000 L. dafür, „daß er seine Stelle an seinen Sohn abgetreten.“ Die Gräfin d'Ossun, Staatsdame der Königin, war mit einer Pension von 20,000 L. bedacht. Der Haarkräusler Dary hatte eine lebenslängliche Pension von 700 L. jährlich, weil er ein Prinzessin-Töchterlein des Grafen Artois „frisirt“ hatte, welches gestorben, bevor es Haare gehabt.

Es gab Pensionäre, die unter ihren eigenen Namen, dann unter denen ihrer Frauen, Söhne, Töchter, Brüder und Schwestern in den Listen figurirten. Nicht minder solche, welche, wie z. B. eine Marquise de la Force, längst gestorben und begraben, dennoch wunderbarer Weise fortfuhren, ihre Pensionen zu beziehen. Mit welcher bronzestirnigen Schamlosigkeit die Minister zu ihrer und ihrer Familien Gunsten dies Unwesen, diese ruchlosen Diebereien trieben, kann das Beispiel des Marschalls und Kriegsministers de Ségur zeigen. Obgleich vom König mit Gnadenbeweisen und Geschenken überhäuft, obgleich für seine Person an Besoldungen und Pensionen jährlich 98,622 L. beziehend, obgleich in den Stand gesetzt, nicht weniger als eilf Mitglieder seiner Familie — darunter, wie er angab, zehn Offizieren, von welchen sich aber bei näherem Zusehen vier als Mädchen herausstellten — Pensionen zuzutheilen, hatte der Mensch noch die Frechheit, im Jahre 1787 von dem König weiter zu erbitten: ein erbliches Herzogthum, 60,000 L. Pension, 15,000 L. Pension für seine zwei Kinder, und eine Baarsumme, um seine Schulden zu bezahlen. Also wurde damals mit den Staatsgeldern gewirthschaftet.

durch eine politische Körperschaft, so war sie fortwährend geneigt, ihre Zukunft demjenigen anzuvertrauen, der sich durch sein Verdienst über die Anderen erhob." Auf Cäsar's Auftreten bereiten am Schlusse des ersten Buches folgende Worte vor: „Um eine dauerhafte Ordnung der Dinge zu gründen, war es nöthig, daß ein Mann, erhaben über die gemeinen Leidenschaften, in sich die wesentlichen Eigenschaften und die richtigen Gedanken jedes seiner Vorgänger vereinigte und die Gebrechen und Fehler derselben vermied. Mit der Seelengröße und Liebe zum Volke bei gewissen Tribunen mußte er den kriegerischen Geist der großen Führer und das tiefe Gefühl des Diktators für Ordnung und Hierarchie verbinden. Der zu einer so hohen Sendung befähigte Mann lebte schon; vielleicht aber wäre er trotz seines Namens noch lange unbekannt geblieben, hätte ihn nicht der durchdringende Blick Sulla's unter der Menge entdeckt und durch die Verfolgung der öffentlichen Aufmerksamkeit angekündigt. Dieser Mann war Cäsar."

Paris, 6. März. Der „Moniteur" meldet, daß der Ritter Nigra dem Kaiser das Diplom als Mitglied der volkswirthschaftlichen Akademie von Mailand, und daß Hr. Hidalgo dem Kaiser und dem kaiserlichen Prinzen das Großkreuz des mexikanischen Adlerordens überreicht hat.

Amerika. Als die Bundestruppen in Charleston eingezogen, kamen ihnen die Schwarzen massenhaft mit Freudenbezeugungen entgegen. Es heißt, die Räumung der Stadt sei schon seit drei Wochen vorbereitet worden. Eine Korrespondenz des „Herald" versichert, die Räumung Richmond's werde derjenigen Charleston's folgen. Bezügliche Anzeichen mehren sich täglich. Nach der „Tribune" herrscht in offiziellen Kreisen die Meinung, Lee könne höchstens noch 30 Tage in Richmond bleiben; er werde gezwungen sein, Grand anzugreifen oder sich nach Lynchburg, der einzigen noch freien Rückzugslinie, zurückzuziehen. Während die südstaatlichen Generale sich von allen Seiten bedrängt sehen, ist unter ihren Truppen, die nur halbe Rationen erhalten und an Kleidern Mangel leiden, seit dem Scheitern der Friedensunterhandlungen große Unzufriedenheit ausgebrochen, und Lee selbst hat die Befürchtung ausgesprochen, daß die Verzweiflung und Niedergeschlagenheit des Volkes der Sache des Südens den Untergang bringen werde. In Richmond selbst sollen die Anstrengungen Jefferson Davis und seiner Anhänger, die Bevölkerung zu einer letzten Kraftanstrengung aufzustacheln, vergeblich gewesen sein. Ein New-Yorker Korrespondent der „A. Z." schreibt schon unterm 10. Febr.: „Wenn Grant und Sherman jetzt siegten, woran nicht zu zweifeln, dann würden sich die Verwirrung und der Zwiespalt unter den Führern in Richmond vermehren und man könnte sie ruhig ihrem Schicksal überlassen; allein glücklicher Weise sind wir stark genug, das Ende mit den Waffen in der Hand zu beschleunigen. Ich glaube, das Frühjahr werde uns Frieden bringen, und nur Fragmente der Rebellenarmee werden den Krieg unter desparaten Führern auf eigene Faust fortsetzen." Damit stimmt vollkommen überein, was einem New-Yorker Blatte aus Washington geschrieben wird: Die Hauptstadt der Rebellen ist zu einem wahren Babel geworden, wo Keiner sich mehr mit seinem Nachbar verständigen kann. Wenn unsere Armeen siegreich fortschreiten und die feindlichen Linien durch die kombinirten Operationen eines Grant, Sherman und Thomas immer enger zusammengedrängt werden, mögen den Leitern in Richmond allmählich doch die Augen aufgehen, und sie werden begreifen lernen, daß es die höchste Zeit ist, einer entscheidenden Katastrophe vorzubeugen.

Frankfurter Börse (vom 27. Februar bis 5. März).

Von Süddeutschen Fonds bayerische $4^1/_2$ pCt gefragt und etwas höher gegangen. Auch für 4pCt. Nassauer und $3^1/_2$pCt. Badische lagen mehrere Aufträge vor. Von Pfandbriefen erhalten sich Bayrische in guter Frage; neue finnländische zu $83^1/_8$ in Umsatz — In Amerikanern hatte das Geschäft in der abgelaufenen Woche von der bisherigen Lebhaftigkeit etwas eingebüsst; die fortwährenden starken Verkäufe der Arbitrage drückten bei grösserer Zurückhaltung des Privatpublikums und der Spekulation, den Kurs der 1882er, welcher im Anfang der Woche zu $54^1/_8$ einsetzte, in den ersten Tagen bis auf $52^1/_4$. Nachdem gestern und vorgestern das Effekt sich in matterer Haltung zu $53-53^1/_2$ bewegt hatte, brachte heute die Nachricht von der Besetzung Charlestons dasselbe wieder auf $54^3/_8$.

Oesterr. Kreditaktien blieben die Woche ziemlich unbeweglich um 196 und schliessen zu $195^1/_2$, um fl. 1 niedriger als vor acht Tagen. Auch die kleindeutschen Creditinstitute liegen ziemlich brach und auch die Aussichten auf bessere Dividenden vermögen sie nicht anzufeuern. — Von Zettelbankaktien erhalten sich Frankfurter sehr beliebt und haben 150 erreicht, oft fehlen Aktien, um selbst den kleineren Bedarf zu befriedigen. Oesterr. Nationalbank verkehrten in matter Haltung und schliessen um fl. 6 schlechter zu 834 Br. Mehrfache Umsätze fanden in Aktien der Frankfurter Hypothekenbank statt, welche ex Div. bis $99^1/_2$ bezahlt wurden. Die Berichte an die jüngste Generalversammlung haben einen befriedigenden Eindruck gemacht und die Aufmerksamkeit auf dieses Effekt gelenkt. Aktien der neuen Vereinskasse zu $100^3/_8-^1/_2$ in täglichem Umsatz.

Von Eisenbahnen Taunus gefragt und bis 351 bezahlt, der Februar-Auswels zeigt bei einer Gesammteinnahme von fl. 31,756 ein Plus von fl. 2690 gegen den gleichen Monat des Vorjahres. Bayer. Ostbahnen gesucht und zu $113^3/_8$ ex Div. bezahlt, auch Pfälzische Linien begehrt und höher schliessend. — Prioritäten wenig verändert, die Geldabundanz hat für die Kurse derselben noch nichts gethan. In Umsatz waren hauptsächlich Galizische, Böhmische, Livorneser, Toskaner, sowie Südbahn.

Die Geldabundanz dauert an, gute Diskonten zu 3 bis $2^3/_4$ willig zu plaziren. An der Börse Geld ebenfalls flüssig, was sich bei der Ultimoliquidation zeigte, die sehr leicht von Statten ging. Auch in dem Ausweis der Frankfurter Bank vom 28. Februar tritt eine bedeutend verminderte Frage nach Kapital hervor. Eine ganz merkwürdige Erscheinung ist der hohe Stand der Devisen sowohl in Gold als in Silber. Wenn auch als Rembours für amerikanische Fonds sehr viel Paris und London gebraucht wird, so ist das doch nicht der ganz passende Schlüssel. Paris $94^5/_8$, London $119^1/_8$, Amsterdam $100^7/_8$, Hamburg bis $89^1/_8$. (Akt.)

Verantwortlicher Redakteur: A. Hartmann.
Druck und Verlag der Stabel'schen Buch- und Kunsthandlung in Würzburg

Cours der Staatspapiere.

Oesterr.	5 pCt. Met. (Cp. l. S. b. R.)	—
„	5 pCt. Lomb. ditto. à 24	—
„	5 pCt. Engl. Met. v. 1852	$79^1/_2$ P.
„	5 pCt. Engl. Met. v. 1859	$78^5/_8$ G.
„	5 pCt. Venet. Coupon b. R.	$85^1/_4$ P. $84^3/_4$ G.
„	5 pCt. Nationalanl. v. 1854	$68^3/_8$ G.
„	5 pCt. Metall. Obligation.	$62^3/_4$ P.
„	$4^1/_2$ pCt.	$55^3/_8$ P.
Preussen	$3^1/_2$ pCt. Staatsschuldsch.	
Bayern	$4^1/_2$ pCt. Obl. 1jähr. dto.	$102^1/_4$ P.
„	$4^1/_2$ pCt. Obl. $^1/_2$jähr. dto.	$102^1/_4$ P.
„	4 pCt. Obl. 1jähr. dto.	$99^1/_4$ P.
„	4 pCt. Obl. $^1/_2$ jähr. dto.	$99^1/_4$ P.
„	4 pCt. Obl. Ab.-R. dto.	$98^3/_4$ P.
„	$3^1/_2$ pCt. Obl. dto.	—
Württemb.	$4^1/_2$ pCt. Obl. b. Rothsch.	$104^3/_8$ G.
„	$3^1/_2$ pCt. Obl. dto.	$95^5/_8$ P. $^3/_8$ G.
Baden	$4^1/_2$ pCt. Obl.	—
„	$3^1/_2$ pCt. Obl. v. 1842	$92^5/_8$ P.
Gr. Hess.	$4^1/_2$ pCt. Obl.	—
„	4 pCt. Obl. b. Rothsch.	$100^1/_8$ G.
„	$3^1/_2$ pCt. Obl. dto.	$97^3/_8$ P.
Nassau	$4^1/_2$ pCt. Obl. dto.	$102^1/_4$ P.
„	4 pCt. Obl. dto.	$99^1/_2$ P.
„	$3^1/_2$ pCt. Obl. dto.	92 G.
Frankfurt	$3^1/_2$ pCt. Obl.	96 P.
„	3 pCt. Obl.	—
Spanien	3 pCt. inl. Sch. P. à fl. 2. 30	—
„	$2^1/_4$ pCt. „ „ „	—
Schweden	$4^1/_2$ pCt. Obl. à 105 Thlr.	$91^1/_2$ P. $^1/_4$ G.
N.Amerika	6 pCt. à 1000r. 1881 D. $2^1/_2$	—
„	6 pCt. ditto r. 1882 „	$54^3/_8$ G.

Diverse Aktien.

Frankfurter Bank à fl. 500 . . .	150 P. $149^3/_4$ G.
K. K. Oesterr. National-Bankaktien	834 G.
Oesterr. Kreditbank-Aktien à fl. 200	193 G.
Bayer. Hypothekenb. Pfandbriefe 4 pCt.	$98^1/_8$ P.
Darmst. Bank 1. u. 2. Serie à fl. 250	$237^1/_2$ G.
Weimarische Bank à Thlr. 100 . .	$100^1/_2$ P.
Mitteldeutsche Kreditaktien . . .	$100^3/_4$ P.
Intern. Bank in Lux. à 250 Frs. à 28 kr.	—
Taunus-Eisenbahn à fl. 250 . . .	352 P. 351 G.
Frankfurt-Hanauer-Eisenbahn . . .	$101^5/_8$ P.
Oest. F.St.Eisb. 5pCt. 500 Fr. à 28 kr.	—
„ Elisab.-Eisenbahn 5 pCt. . .	$117^1/_2$ P.
Böhm. Westbahn-Aktien à fl. 200 6/7	$72^3/_8$ G.
Rhein-Nahe-Bahn 200 Thl. à 105 4pCt. Z.	$30^3/_8$ G.
Ludwigshafen-Bexbacher à 4 pCt. .	$149^7/_8$ P.
dto. dto. Prior. à 4 pCt.	—
Pfälz. Maxb. b. Rothschild à $4^1/_2$ pCt.	$107^5/_8$ P. $^1/_2$ G.
Oest. St.-Eisenb. Prior.-Oblig. à 3 pCt.	51 P.
Elisab.-Bahn Prior. 5 pCt. 6/7	80 P.
Südd. Bank-Akt., 40 pCt. Einz.	261 P. $260^1/_2$ G.
Span. Handels- und Industrie . .	—
Bayr. Ostbahn à $4^1/_2$ pCt. volleinbez.	$113^7/_8$ P.
Bayer. Ostbahn mit 50 pCt. Einz.	$113^5/_8$ P. $^3/_8$ G.

Wechsel in süddeutscher Währung.

Amst. fl. 100 k. S.	101 P.
Antwerp. Frs. 200 k.S.	$94^1/_4$ G.
Augsb. fl. 100 k. S.	100 P.
Berlin Th. 60 k. S.	$104^7/_8$ P.
Brem. 50 Th. Lsd. k. S.	97 P.
Brüssel Frs. 200 k. S.	$94^1/_4$ G.
Cöln Thlr. 60 k. S.	$104^7/_8$ P.
Hamb. MB. 100 k. S.	$88^7/_8$ G.
Leipzig Th. 60 k. S.	$104^7/_8$ P.
London Lst. 10 k. S.	$119^1/_8$ G.
Lyon Frs. 200 k. S.	—
Mail. Frs. 200 . .	$94^2/_8$ G.
München fl. 100 k. S.	$99^7/_8$ P.
Paris Frs. 200 k. S.	$94^1/_2$ G
Petersburg 60 S.-R.	—
Triest fl. 100 k. S.	—
Wien fl. 100 ö. W.	—
do. in öst. W. l. S.	$104^5/_8$ G.
Disconto	$3^1/_2$ pCt. G.

Anlehens-Loose.

Oesterr. fl. 250 v. 1839	$139^3/_8$ G.
„ fl. 250 v.1854 mit 4pCt.	77 P.
„ fl. 500 v. 1860 6/7	$83^1/_8$ G.
„ fl. 100 Eisb.L. v. 1858.	$134^7/_8$ P.
„ do. v. 1864.	$91^1/_4$ P.
Schwed. 10 Thlr. Loose	$9^3/_4$ P.
Badische fl. 50	—
Badische fl. 35	$53^3/_8$ P.
Kurhess. Thlr. 40 b. R.	$57^3/_8$ P.
Gr. Hessen fl. 50 b. R.	—
„ fl. 25 do.	$36^1/_4$ G.
Nassau fl. 25 bei Rothsch.	—
Sardinische Fr. 36 b. R.	—
Neuchateler 10 Frs.-Loose	—
Freiburger 15 Frs.-Loose	—
Mailänder 45 Frs. L. b. R.	38 P.
St. Lüttich mit $2^1/_2$ pCt. Z.	34 P.
Anst.-Gunzenh. fl. 7-L.	$10^1/_8$ P.

Frankfurt, 6. März. Die Börse war ziemlich belebt und der Umsatz sowohl in amerikanischen als in österreichischen Sachen ansehnlich. Oesterr. Kredit waren bedeutend niedriger als am letzten Börsentage, jedoch fester als im gestrigen Privatverkehr. (Synd.)

An die
k. Hof- und Staatsbibliothek
1 N. Würzb. Ztg.
München.

Neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht!

№ 67.	Vorausbezahlung: Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 1 fl. 30 kr. Bei Inseraten wird die dreispaltige Zeile in gewöhnlicher kleiner	62. Jahrgang.	Schrift oder deren Raum im Hauptblatte mit 6 kr., im Anzeiger mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franco.	Mittwoch, 8. März 1865.

Zur schleswig-holsteinischen Sache.

Ein offiziöser Wiener Korrespondent der „Allg. Ztg.“ schreibt: „Die preußischen Forderungen können so, wie sie sind, nur angenommen oder abgelehnt werden. Ließe sich Oesterreich auf die Hypothese der bundesstaatlichen Unterordnung der Herzogthümer unter Preußen ein, so wäre die Frage ein für allemal entschieden; die vorbehaltene Untersuchung des Erbfolgerechts würde daran nichts mehr ändern, denn nur ein preußischer Prinz könnte unbeschadet seiner Ehre und Würde etwa als Vizekönig oder als Vasall der Krone Preußen die Verwaltung eines Staates übernehmen, der noch weit abhängiger von Preußen wäre, als s. Z. das damit in Personalunion verbundene Neuenburg. Es bleibt also für Oesterreich nur die Ablehnung übrig, gleichzeitig mit dem Festhalten an der Gemeinsamkeit des Besitzes. Die österreichische Regierung ist ernstlich entschlossen, ihre im Kondominium begründeten Rechte nach ihrem vollsten Ausmaß zur Geltung zu bringen und Uebergriffe nicht zu dulden.“

Es wird von allen unterrichteten Seiten bestätigt, schreibt der öfters citirte Berliner Korrespondent der „Köln. Z.“, daß Preußen in seiner Forderungsdepesche nicht etwa nur die Aushebung der Matrosen und den Oberbefehl über die Landtruppen in Kriegszeiten beansprucht, sondern die Aushebung der Matrosen und die direkte Rekrutirung der Soldaten Schleswig-Holsteins in Krieg und Frieden. Die preußische Militärverfassung soll einfach in Schleswig-Holstein gelten. Hier ist auch der bedeutsame Unterschied zwischen einer Militär-Konvention, wie sie beispielsweise in Koburg-Gotha besteht, nach welcher nur die Offiziere den Fahneneid leisten, und der von Preußen beanspruchten Verschmelzung der beiden Armeen. Die Frage wegen Rendsburg's wird überall als gleichgültig behandelt, theils aus strategischen Gründen, theils weil, wer die Armee hat, selbstverständlich jederzeit über die Festungen verfügt, auch wenn das nicht ausgesprochen ist. Hier und da ist auch noch von der diplomatischen Vertretung die Rede. Schon seit Mitte Februar hieß es, Preußen werde sie wahrscheinlich nicht verlangen, und die Analyse der Depesche in der „Provinzial-Korresp.“ übergeht sie denn auch mit Stillschweigen. Der Grund liegt zu Tage. Ein etwaiger Fürst, der keine Soldaten hat, wird auch eine Diplomatie nur zum Schein und schwerlich lange haben. Was die Absichten Oesterreichs angeht, so ist die Nichtannahme der Forderungen, so, wie sie vorliegen, wohl sehr wahrscheinlich. Aber es wird wohl unterhandelt werden. Ob Oesterreich vermöge seines Mitbesitzrechts die Ausführung der preußischen Einrichtungen, wie des Kanals, des Kriegshafens u. s. w. behindern wird, bleibt abzuwarten.

Die „Ost-Deutsche Post“ vergleicht Oesterreich in seinen Beziehungen zu Preußen einem einsamen Reisenden, der, ohne daß er es wisse, auf einen Moorgrund gerathen und nach und nach bis an die Knie, bis an die Brust versinke und trotz seiner Anstrengungen, sich aus der Umarmung des tückischen Elements emporzuarbeiten, immer tiefer und tiefer in dasselbe gerathe, bis es ihm über den Kopf gehe und ihn ersticke. Oesterreich, darauf geht der Artikel der „Ost-Deutschen Post“ hinaus, muß sich von Preußen lossagen, denn: „das letzte Ziel der preußischen Politik heißt Oberherrschaft in Deutschland, Verdrängung Oesterreichs aus dem politischen Verband wie aus dem ökonomischen, Zerstörung des Bandes, dessen Formen Oesterreich ein Recht, den Mittelstaaten einen Halt geben! Das Programm der preußischen Politik ist, Oesterreich auszunutzen, so lange dieses so naiv ist, sich ausnutzen zu lassen, die ausgesogene Citrone aber wegzuwerfen — sobald sie zu nichts mehr nützt. Wir sehen den Augenblick kommen, wo die Allianz zwischen Preußen und Oesterreich ein Ende mit Schrecken nehmen wird. Wir wählen letztern Ausdruck nicht, weil es eine gewöhnliche Redensart ist, sondern weil es eine Zeit des Schreckens sein wird, wenn die Wahl zwischen unterwürfiger Nachgiebigkeit oder entschiedener Gegnerschaft an Oesterreich herantreten wird. Dieser Tag ist unausbleiblich und wehe dem Politiker, der diesen Moment politisch unvorbereitet an sich heranrücken läßt. Preußen hat sich eine Zwickmühle in Paris gesichert. Was hat Oesterreich gethan und wohin treiben wir?“

In Kiel sind „Kurze Bemerkungen zu Heinrich v. Treitschke's „Lösung der schleswig-holsteinischen Frage“, von Pastor L. Schrader, Mitglied der holsteinischen Ständeversammlung“ erschienen, welche von der „Schlesw.-Holst. Ztg.“ sehr gelobt werden. Der Verfasser weist Namens des schleswig-holsteinischen Volks das angebliche Glück, das nach Hrn. Treitschke aus der Annexion erblühen soll, mit der vernichtenden Erklärung zurück: „Man kann ein Volk nicht zuvor entehren und darnach glücklich machen.... Wer es für seine Aufgabe nicht erachtet, an der Verwüstung seines Volkes zu arbeiten, der kann, — vorausgesetzt, daß er weiß, was er thut, — für eine so unheilschwangere That als die Annexion der Her-

Feuilleton.

Wintersaison in Homburg.

Die Wintersaison eines Spielbades ist ganz verschieden von der Sommersaison, sie trägt einen ganz anderen Charakter: im Sommer dominirt der Reisende, welcher spielt, im Winter der Spieler schlechtweg; denn obwohl auch im Winter dann und wann ein Fremder an den grünen Tisch tritt, so sind dies doch verschwindende Erscheinungen gegen das große Heer der Spieler von Profession, zu welchem alle Spielbäder, die blos eine Sommer-Saison haben, mit Anbruch des Winters ihr Kontingent schicken. Auch die Regierung thut das Ihrige, das Spiel dann auf kleinere Kreise zu beschränken, indem sie von Anfang November bis Anfang April jedem Eintretenden eine Legitimation abfordert und Minorenne sowie dienende Personen nicht zuläßt, während es im Sommer Jedermann freisteht, sein Geld unter dem Schutze eines landgräflichen Kommissärs zu verlieren. Dies zumeist eben aus Spielern von Profession bestehende Winterpublikum Homburgs kann man in zwei Klassen theilen, in die „der tadellosen Toilette“ und die „des rothen Bandes“. Erstere hat verschiedene Schattirungen, man findet hier sporadisch den wirklich Vornehmen aus großer Familie, dem nach einem gewöhnlich nur allzu genußreichen Leben nichts mehr Vergnügen schafft und der nur noch bei den raschen Wechselfällen des grünen Tisches die ihm nöthige Emotion findet; er vermischt sich nicht mit den übrigen Spielern, behandelt die anwesenden Damen comme protecteur, und wird von der Administration mit der größten Achtung und Aufmerksamkeit behandelt, selbst wenn ihm das Geld ausgegangen sein sollte, denn er verleiht den Reunionen, Bällen, Jagden 2c. einen gewissen Nimbus, den Nimbus des vornehmen Namens. Die zweite Abtheilung „der tadellosen Toilette“ umfaßt mancherlei Völker; da ist: der bankerotte Kaufmann mit den Trümmern seines Vermögens, der Sohn aus anständiger Familie mit den letzten Resten seines väterlichen Erbes, der Kellner und Kommis, um mit ihren Ersparnissen hier die Grundlage ihrer Selbstständigkeit zu gewinnen, und endlich jene starke Abtheilung von Schwindlern und Industrierittern, die noch über ein gewisses kleines Kapital verfügen, mit dem sie alle Herrlichkeiten der Welt zu erobern hoffen. Die zweite Klasse, die „des rothen — oder andersfarbigen — Bandes“, besteht aus lauter würdigen älteren Herren in meist abgeschabter bürgerlicher Kleidung, die aber stets streng militärischen Schnitt hat. Sie sind nicht stolz, diese Herren, trotz ihrer Verdienste und Orden. Gern und willfährig theilen sie aus dem reichen Schatz ihrer Erfahrungen dem Neulinge und Anfänger weise Lehren und Rathschläge mit, besonders gern aber erzählen sie nach Tisch beim Kaffee und einer unendlichen Anzahl von petits verres — das Auditorium zahlt, wie sich von selbst versteht — ihre Kriegsthaten und Abenteuer.

zogthümer wäre, seine Stimme nimmermehr erheben!“ In Einem Punkte befindet sich der Verfasser mit Treitschke, wie die „N. Fr. Ztg.“ bemerkt, im vollsten Einverständniß, daß nämlich die Einverleibung nicht widerrechtlicher ist als die sog. bundesstaatliche Unterordnung, d. h. die bundesstaatliche Unterordnung ist beides, revolutionär und widerrechtlich. Denn „von einem Bundesstaate kann ehrlicherweise da nicht die Rede sein, wo dem einen Bundesgenossen nur Rechte zustehen, dem anderen nur Pflichten obliegen.“ Alle Betheiligten würden ein starkes Interesse haben, ein solches bundesstaatliches Verhältniß stets zu untergraben.

Der „Schleswig-Holstein. Ztg“ schreibt man aus Holstein, 2. März: „In verschiedenen Blättern, vorzugsweise in den „Hamburger Nachrichten“ — die sich vor einem Jahre gar nicht zu der nationalen Idee einer Trennung der Herzogthümer von Dänemark erheben konnten —, offenbart sich seit der letzten Delegirtenversammlung in Rendsburg ein Grimm und eine Verbissenheit gegen die schleswig-holsteinischen Vereine, d. h. gegen die Haltung des schleswig-holsteinischen Volkes, die anfängt, komisch zu werden. Zu verwundern ist es nun freilich nicht, daß solch' exagirte Anschlußmänner, welche seit Längerem mit Sack und Pack in's Bismarksche Lager gelaufen sind, jetzt durch Hohn und Spott, gemischt mit einer guten Portion Unwahrheit, sich Luft machen. Sie beweisen damit nur ihre völlige Ohnmacht, die seiner Zeit in eklatantester Weise an das Tageslicht treten wird. Alle ihre Korrespondenzen: aus Schleswig, Flensburg, von der Eider u. s. w., deren Verfasser man leicht erkennt, haben nun das ewige Einerlei von „Macht der Thatsachen, Preußens Beruf, nationale Pflicht gegen das Gesammtvaterland, Gewinnung der Herzogthümer für Deutschland“ u. s. w. zum Ueberdruß wiederholt. Unser Volk weiß recht gut, daß es nicht allein Pflichten gegen sich selbst, sondern auch gegen das Gesammtvaterland hat; aber andererseits weiß es auch den Werth der leeren Phrasen, mit denen man der Bismark'schen Politik den Anschein einer „national-deutschen“ geben möchte, nach Gebühr zu würdigen. Mögen daher die Herren Realpolitiker noch so viel Sophisterei aufwenden, den Weg des Rechtes und der Ehre wird unser Volk nie und nimmer verlassen.“

(Amtliche Nachrichten.) **München,** 6. März. Se. Majestät der König hat das Hartnagel'sche und M. Mayer'sche Benefizium an der Metropolitanpfarrkirche in München dem Benefiziaten Priester A. Gapp übertragen; die komb. prot. Pfarrstelle Buchheim-Pfaffenhofen, Dek. Windsheim, dem bish. Pfarrer in Mühlfeld, Dek. Rothausen, Chr. Ferd. Friedr. Schöntag, und die erl. zweite prot. Pfarrstelle in Arzberg, Dek. Wunsiedel, dem Pfarramtskand C. Fr. Ott aus Wunsiedel verliehen; genehmigt, daß die kath. Pfarrei Kaltenbrunn, Bez.-Amts Stadtsteinach, von dem Erzbischofe von Bamberg dem Priester J. Meixner, Hausgeistlichen des Zuchthauses Plassenburg, und die kath. Pfarrei Grüntegernbach, Bez.-Amts Erding, von dem Erzbischof von München-Freising dem Priester F. X. Oberweger, Pfarrer in Gammelsdorf, Bez.-Amts Freising, verliehen werde; den prakt. Arzt Dr. F. Sanner in Moosburg zum Bezirksarzte 2. Kl. in Tittmoning in prov. Eigenschaft ernannt.

Als Vertreter der Staatsanwaltschaft am k. Landgericht Reichenhall wurde der Bezirksgerichts-Accessist A. G. Beigner in Aichach aufgestellt.

Die kath. Pfarrei Auerbach, k. Bez.-Amts Deggendorf, ist mit einem fassionsmäßigen Reinertrage von 1031 fl. 14 kr. in Erledigung gekommen.

Wien, 5. März. Es ist erst in neuester Zeit allgemeiner bekannt geworden, daß auch im österreichischen Kaiserstaat, in Galizien nemlich, mächtige Petroleumquellen vorhanden sind. Freilich hat man erst seit dem Jahr 1861 diesen Quellen nachzugehen begonnen, und ist dabei bis jetzt so primitiv verfahren, daß eine Steigerung der Produktion in großen Verhältnissen zu erwarten steht, sobald man sich die wissenschaftlichen und technischen Erfahrungen speziell von Nordamerika zu Nutzen macht, zumal man meistens nicht so tief als in Amerika zu graben braucht, um auf die Quellen zu kommen. Die Naphtha-Schichten in Galizien bilden Lager, welche parallel mit den Karpathen laufen, und bis zur Moldau und Walachei sich erstrecken. Im Lemberger und Samborer Kreis, in letzterm namentlich bei Borislaw, wo die Naphtha theilweise von selbst an die Oberfläche hervorbricht, wird zur Zeit das größte Quantum Petroleum, etwa 15,000 Ctr. jährlich, gewonnen.

Wien, 7. März. In der gestrigen Sitzung des Finanzausschusses blieb die Regierung unvertreten. Vom Budget des Handelsministeriums wurden 680,000 fl. abgestrichen und hierauf das Budget des Unterrichtsraths behandelt.

Berlin, 4. März. Der Bericht der verstärkten Handels-Kommission über die Bankvorlage wird heute zur Feststellung gelangen. Das Prinzip des Gesetzentwurfs hat dadurch eine wesentliche Beschränkung erfahren, daß die Kommission eine Errichtung von Filialen der preußischen Bank nur in Hamburg und den Handelsplätzen der Herzogthümer, nicht aber auch an allen außerpreußischen Handelsplätzen, wo die Bank es für gut finden würde, gestatten will. Aus den im Ausschuß stattgehabten Verhandlungen ist das politische Moment hervorzuheben, welches von verschiedenen Mitgliedern der Kommission in den Vordergrund gestellt wurde. Ein Mitglied erblickte in der ganzen Maßregel nichts als einen Ausfluß derjenigen Bestrebungen, welche auf die Annektirung der Herzogthümer gerichtet seien, und hielt es für höchst bedenklich und ungehörig, daß die Bank, die doch eine ganz andere Aufgabe habe, für solche Zwecke wirken wolle. Der Bankdirektor, der als Kommissarius der Regierung fungirte, trat dieser Auffassung über die Zwecke der beabsichtigten Maßregel natürlich so entschieden wie nur möglich entgegen; aber trotzdem blieb auch ein anderes Mitglied dabei, daß die Maßregel, wenn man es auch nicht zugeben wolle, einen vorwiegend politischen Charakter habe. Diese Mitglieder sind daher auch für die unbedingte Verwerfung der Vorlage und aller Amendements, und man wird es als selbstverständlich betrachten dürfen, daß alle Mitglieder des Hauses, welche gegen eine Annexion sind, mit ihnen für die Verwerfung stimmen werden. Die Annahme selbst des beschränkenden Entwurfs der Kommission ist nur mit 11 gegen 8 Stimmen erfolgt. (Frkf. Postz.)

Hannover, 4. März. Die offiziöse „N. Hann. Ztg.“ schreibt: „Rücksichtlich des neuen Paßvertrages können wir aus sicherer Quelle mittheilen, daß die bereits seit längerer Zeit zwischen verschiedenen deutschen Regierungen gepflogenen Verhandlungen über eine Reform des Paßwesens ganz kürzlich zum Abschlusse eines Vertrages geführt haben. Zwischen den Königreichen Bayern,

---

Und wie verstehen sie eine Bekanntschaft zu entriren! Mit welch' graziöser Miene reichen sie dem Neuling, welcher gerade einen glücklichen Zug bei der Bank gemacht, die Schnupftabaksdose. „Vous gagnerez, parceque vous avez l'air d'un bon garçon; c'est un vieux soldat de la grande armée qui vous le dit.“ Damit oder mit einer ähnlichen Floskel stellen sie sich vor und sind von nun an unzertrennlich von ihrem Schlachtopfer. Einen Nutzen gewähren sie aber doch gewöhnlich ihrem Schutzbefohlenen, indem sie ihm nicht erlauben, sein ganzes Geld an der Bank zu verlieren; da er natürlich blos so lange für sie zahlen kann, als er selbst Geld hat, suchen sie diesen Zeitraum möglichst zu verlängern; hat er einen Zug gemacht, so ziehen sie ihn aus dem Spielsaal, und rührend und erhebend ist dann die zärtliche Aufmerksamkeit, mit der sie sich beeifern, für seine Zerstreuung zu sorgen. Da erzählen sie ihm endlos interessante Geschichten, breiten die ganze, nicht geringe chronique scandaleuse eines vielbewegten Lebens vor ihm aus, machen ihn mit den geheimsten Aventuren einer anwesenden Lorette bekannt, warnen ihn vor Dieser, empfehlen ihm Jene, trinken und rauchen mit ihm, ja sie gehen so weit in ihrer Aufopferung, daß sie sogar zu seiner Zerstreuung Ecarté mit ihm zu spielen bereit sind.

Die Damengesellschaft eines Spielbades bedarf keiner nähern Schilderung, es ist fast durchgängig Demi-monde ohne jede spezifische Eigenthümlichkeit. Dann und wann verlebt eine russische Gräfin oder Fürstin, verheirathet, aber stets ohne Gemahl, eine Wintersaison in Homburg. Doch abgesehen davon, daß dies seltsame und vereinzelte Fälle sind, hat die Betreffende gewöhnlich ganz „l'air d'une petite dame“. — Außer dem Spiel ist noch zweierlei in Homburg interessant: das Theater und die Bälle. Kommt man mit dem abendlichen Kurierzug aus Frankfurt herüber, so sagt Einem wohl der Kellner des Hotels: „C'est justement le temps pour faire la toilette pour le théâtre.“ In Homburg, einer deutschen Stadt, wird nämlich fast bloß französisch gesprochen. Jeder Bediente, jeder Droschkenkutscher spricht oder kauderwelscht diese Sprache und redet uns auch in ihr an. Die Regierung, d. h. die Administration des Spiels, spricht französisch, und also soll auch der Fremde sich den Sitten des Landes fügen und seine Sprache annehmen. Alle Regierungs-Erlasse: „le jeu est fait, rien ne va plus“, bis zur Vertagung der Kammern: „la séance est levée, pour demain, Messieurs“, sind französisch, selbstverständlich auch das Theater. Der Saal ist klein, aber sehr luxuriös und elegant eingerichtet, in den Logen erscheint man in schwarzem Frack und weißer Kravatte. Das Theater wird ganz von der Administration des Spiels erhalten und fordert eine bedeutende Summe, da die Einnahmen sehr gering sind; die Einwohner des Duodezstädtchens besuchen wenig das französische Schauspiel, und fast jeder Fremde von Distinktion, was so viel heißen will: Jeder, der stark spielt, erhält eine Logenkarte gratis für die ganze Dauer seines Aufenthaltes. Das Publikum bleibt während der Vorstellungen meist apathisch und theilnahmslos. Den Herren

Sachsen, Württemberg, Hannover, sowie dem Großherzogthum Baden sind nämlich zur gleichmäßigen Handhabung der Paßpolizei Bestimmungen vereinbart, welche sämmtlichen deutschen Staaten mit der Aufforderung zum Beitritte zu denselben mitgetheilt werden sollen. Es wird damit eine Aenderung des Paßwesens ins Leben treten, die durch die veränderten Verhältnisse der Neuzeit geboten erschien. Namentlich ist, wie wir hören, die Einholung der bis jetzt erforderten Grenzvisa in dem neuen Paßvereine aufgehoben und überhaupt das Visiren beseitigt, obgleich es den betheiligten Staaten freisteht, rücksichtlich gewisser Klassen der Reisenden eine modifizirte Visapflicht anzuordnen."

Hamburg, 5. März. Wie verlautet, wird König Wilhelm, begleitet vom Minister-Präsidenten v. Bismarck, demnächst eine Reise nach Schleswig-Holstein antreten. Die entsprechende Anmeldung ist nach Altona erfolgt. Die Gerüchte über Errichtung österreichischer Garnisonen in den bedeutenderen Städten der Elbe-Herzogthümer werden trotz der Berliner Berichtigungen in den schleswig-holsteinischen Blättern aufrechterhalten. (Sie sind aber wahrscheinlich unrichtig.)

Hamburg, 3. März. Bekanntlich trat hier unmittelbar nach dem Seegefecht bei Helgoland ein Komite für die Opfer des Seekriegs zusammen. Dieses Komite hat jetzt seine Rechnungsablage veröffentlicht, woraus sich ergibt, daß die Totaleinnahme 21,474 Mk. 15 Sch. Hamb. Banko betrug. Hiervon wurden alsdann bewilligt: 2000 fl. an einen schwerverwundeten österreichischen Offizier, 600 fl. an die Hinterbliebenen eines gefallenen Offiziers, 4200 fl. an sieben schwerverwundete Oesterreicher, 5950 fl. an 17 beziehungsweise erwerbsunfähig gewordene Oesterreicher, 3720 fl. an die Eltern von 31 Gefallenen und 2100 fl. an sonstige Angehörige von Gefallenen. Die zu Rest gebliebenen nahezu 450 Thlr. sollen zur Errichtung eines Denkmals für die im Altonaer Waisenhause verblichenen österreichischen Marinesoldaten aus der Helgolander Schlacht verausgabt werden.

Kopenhagen, 26. Febr. Die hier anwesenden Kommissäre Oesterreichs und Preußens, welchen das Geschäft der finanziellen Auseinandersetzung mit Dänemark für die Herzogthümer obliegt, nämlich die Herren Hofrath v. Lackenbacher und Geheimerath Meinicke, haben zwei fachmännische Kapazitäten aus Schleswig-Holstein zu ihrer Berathung zugezogen; es sind dies die Herren Professor Ravit, früher Bankdirektor in Gotha, dann Mitglied der Universität Kiel und als solcher von der dänischen Regierung entlassen, und Amtmann Springer.

London, 4. März. Begreifliches Aufsehen erregt der Prozeß gegen Gregorio Mogni, der gestern vor dem Central-Kriminalgerichtshof geführt wurde. Bekanntlich hat sich Mogni als Urheber des an Harrington begangenen Mords selbst gestellt, nachdem sein Landsmann Serafino Pelizzioni bereits von der Jury als der Mörder Harrington's schuldig befunden und in Folge dessen zum Strange verurtheilt worden war. Der damals präsidirende Richter Martin hatte dem Verdikt der Geschworenen seinen vollen Beifall ausgesprochen und ausdrücklich gesagt, der Beweis der Schuld Pelizzionis sei der direkteste und zwingendste, der ihm in seiner Praxis vorgekommen und in den begleitenden Umständen des Verbrechens sei nichts, was die Ermordung auf einfachen Todtschlag reduziren könne. Jetzt hat eine andere Jury entschieden, daß Gregorio Mogni dennoch den Todesstreich geführt hatte; nachdem die große Jury vorher erklärt hatte, daß der Akt einfach als Todtschlag und nicht als Mord zu betrachten sei. Mogni wurde zu 5 Jahren Zuchthaus verurtheilt. Es kann kein Zweifel obwalten, daß der unschuldig verurtheilte Pelizzioni, der Mittwoch den 21. v. Mts. den Tod am Galgen hätte erleiden sollen, jetzt in Freiheit gesetzt werden wird. Die „Times" gesteht heute, daß der Glaube an die Unfehlbarkeit des englischen Verfahrens heute nicht mehr so fest steht, wie gestern Morgen oder vorgestern. Nicht nur der Eifer Negretti's (der sich ähnliche Mühe gab, wie der deutsche Rechtsschutzverein im Falle Müller), sondern auch die Ehrlichkeit Mogni's und mehrere andere glückliche Zufälle waren nöthig, um einen Justizmord zu verhüten. Star und Advertiser benützen den Fall Pelizzionis als Waffe gegen die Todesstrafe überhaupt.

London. Die englischen Blätter drücken ihre Freude aus über die Vollendung der telegraphischen Linie von England bis Ostindien. Dem türkischen Sultan soll das Hauptverdienst der Verwirklichung des Planes gebühren. Er bestand übrigens darauf, daß die jetzige Richtungslinie angenommen werde, durch welche eine Menge der wichtigsten Städte und Landschaften des osmanischen Reiches der Wohlfahrt des neuzeitlichen Kommunikationsmittels theilhaftig wird. Die Linie geht von Kurachi an der Mündung des Indus, nach Fao, am Ende des persischen Golfs, dann durch das Tigristhal (Bagdad, Bassora) nach Kleinasien und Konstantinopel, von da nach London.

Paris, 5. März. Der „Monde" veröffentlicht den Protest des mexikanischen Episkopates an den Kaiser Max gegen die von ihm wegen der Kirchengüter getroffenen Anordnungen. Die mexikanischen Bischöfe finden es besonders befremdlich, daß der Kaiser gehandelt habe, bevor die Instruktionen der römischen Kurie bei dem Vertreter Sr. Heiligkeit in Mexiko angelangt seien, während es doch bekannt ist, daß Kaiser Max, weil nach sieben Monaten noch immer diese Instruktionen nicht zur Stelle waren, auf eigene Hand vorgehen zu müssen erklärte. In dem Aktenstücke heißt es: „Wir sind sammt und sonders geneigt, eher von der Mildthätigkeit der Gläubigen zu leben, als von einem Staatsgehalte, denn in einem solchen Falle haben wir nichts im Auge als die Worte der Kirche und die Unabhängigkeit ihrer Diener. In Betreff der religiösen Toleranz sehen wir nichts, was eine solche, wir wollen nicht sagen dringend, sondern selbst entschuldbar erscheinen ließe. Mexiko ist ein ausschließlich katholisches Volk, und sein Abscheu gegen die Herrschaft der Toleranz hat sich zu jeder Zeit auf's Nachdrücklichste kundgegeben."

Paris, 7. März. Nach dem „Moniteur" ist Graf Montholon zum Gesandten in Washington, Hr. Dano (?) zum Gesandten in Mexiko ernannt.

Aus **Paris** wird der „Weser-Ztg." geschrieben: „Bevor der Kaiser an die Herausgabe der „Geschichte Cäsar's" ging, hätte er vielleicht bedenken sollen, daß er mit dem Augenblick, wo er in die „Republik der Wissenschaften" eintritt, von allen Kritikern als

---

ist es anzusehen, daß ihre Gedanken drüben beim grünen Tische weilen. So wie man anderswo im Zwischenakt das Buffet besucht, so geht man hier rasch ein paar Minuten in den Speisesaal, und ein Herr, der einige glückliche Coups gemacht hatte, ließ sich vom Zuckerbäcker einige Bonbons geben, leerte sie und brachte sie mit Napoleons gefüllt seiner harrenden Dame. Dies ist eine sehr gewohnte Huldigung, denn Geld hat in Homburg, wie überhaupt in allen Spielbädern, nur geringen Werth. Wo so rasch und häufig die größten Summen wechseln, können die normalen Verhältnisse nicht gelten. Der Fremde hüte sich vor Allem, freigebig zu sein, denn sonst wird er sofort für einen glücklichen Spieler gehalten und dann kennt die Unverschämtheit keine Grenzen. Trinkgelder, die anderswo als sehr anständig gelten, erscheinen hier armselig. Natürlich! Kann die empfängliche Seele eines Kellners vor meinen sechs Kreuzern Achtung fühlen (Geld und Person identifiziren sich), wenn der erste beste glückliche Spieler seine Tasse Kaffee mit einem Napoleon bezahlt? Daß ich nicht spiele und also auch nicht gewonnen habe, ist meine Schuld.

Komisch und ganz verschieden von den Bällen und Gesellschaften anderer Städte sind die Homburger Assembleen, deren monatlich eine stattfindet. Die Administration versendet schon acht Tage vorher die Einladungen, und zwar an alle die Herren, die der Generalinspektor der Säle bei seinen Rundgängen mit Gold spielen sah. Dies und die für den Abend vorgeschriebene Toilette sind die einzigen Bedingungen des Eintritts. Die Kosten des glänzenden Soupers, welches die Administration gratis gibt, schlägt sie mit Wucher heraus, indem sie für solche Gelegenheiten von der Regierung die Erlaubniß hat, die Nacht durchspielen zu lassen, während sonst die Säle um 11 Uhr geschlossen werden müssen. Charakteristisch bei solchen Bällen ist die Homburger Beamten-Ecke. In einer Ecke des glänzenden Saales gruppiren sich nämlich dicht zusammengedrängt die Töchter und Frauen der Homburger Honoratioren, ängstlich vermeiden sie jede Berührung mit dem Gros der Gesellschaft, und wenn sie auch bei einzelnen Herren Gnade für Recht ergehen lassen, so sind sie doch, was das Damenpublikum betrifft, unerbittlich. Ces dames aber machen sich dort, wo sie die entschiedene Mehrheit bilden, wo sie den Ton angeben und durch ihre glänzenden Toiletten die armen soliden Beamtentöchter bei Weitem verdunkeln, wenig daraus. Mit einer Liebenswürdigkeit, die sonst außer einem „Payant" gegenüber nie bei ihnen zu finden ist, drängen sie sich in die Gesellschaft dieser schuldlosen Tauben, freundlich und empressirt reichen sie ihnen bei der Quadrille die Hand und gern machen sie auf eine lose gewordene Schleife oder Verzierung aufmerksam, ja leisten den Widerstrebenden sogar Kammerjungferndienste. „Mon Dieu, il faut donc un peu la raillerie", sagte eine hübsche Blondine, die eben die Tochter des Bürgermeisters zur Verzweiflung gebracht hatte, indem sie ihr durchaus einen Kranz auf den Kopf feststecken wollte und ihr dann weitläufig alle Spezialitäten ihrer eigenen Frisur erklärte, und sie hatte reizende Haare, diese Blondine.

ihresgleichen behandelt und vielleicht noch strenger als diese beurtheilt wird. Ganz anders in England, wo man über den Souverän etwas zu sagen sich hütet, weil alles Andere gesagt zu werden gestattet ist. Hier aber benützt man die Gelegenheit, gegen den Historiker vorzudringen, was von dem Kaiser zu schreiben ein schwer zu büßendes Verbrechen wäre. Ob das die Achtung vor der Person Napoleons III. gerade heben wird, ist wenigstens fraglich. Die „Revue des deux Mondes" hält die Vorrede zu der „Geschichte Cäsar's" für wichtiger als die Thronrede, und diskutirt in der politischen Chronik das literarische Aktenstück vor dem politischen. Dabei wird keine Schonung geübt. Mit feiner Satyre beurtheilt Forcade seinen „Kollegen", obgleich erst wenige Seiten als Probe vorliegen, und der „Phare de la Loire" druckt als Leitartikel den Abschnitt „Cäsar" aus dem Dictionnaire philosophique de Voltaire ab, wonach die Vergleichung des großen Römers mit Napoleon I. durchaus nichts Schmeichelhaftes mehr hätte. In allen Kaffeehäusern hört man Kritiken, die sonst nicht gewagt worden wären, und es ist dies um so weniger begreiflich, weil man in den Regierungskreisen vor nichts so sehr sich hütet, wie vor der Entdeckung auch nur des kleinsten Fehlers oder Mangels an der Staatsmaschine, selbst wenn dem Gouvernement dabei kein direkter Vorwurf zur Last fällt."

Der Brief des Kaisers über die Lyoner Verschönerungen ist recht schön, sagen die Pariser; er würde aber nützlicher sein, wenn der Monarch seinen guten Lyonern das Recht zurückgegeben hätte, sich ihre städtische Vertretung selbst zu wählen, um von Neuem ihre eigenen Angelegenheiten selbst berathen und besorgen zu können.

Aus **Lyon** meldet die „France", daß die dortige Arbeiterbevölkerung seit dem Bekanntwerden des Schreibens des Kaisers an den Minister des Innern in der freudigsten Aufregung ist. Die Vorstadt Croix Rousse, der alte Herd aller Emeuten, hatte plötzlich ein Festgewand von Fahnen angezogen, und allenthalben begegnete man froherregten Arbeitern, welche den Kaiser hoch leben ließen.

New-York, 18. Febr. Wie die Richmonder „Dispatch" meldet, hat Sherman am 17. Morgens Columbia, die Hauptstadt von Südkarolina, eingenommen. Beauregard rapportirte dieses Ereigniß offiziell nach Richmond: „Am 16. bombardirten die Bundestruppen Columbia von dem Südufer des Congaree her, bewegten sich in der Nacht den Fluß aufwärts und überschritten am folgenden Morgen den Salada und den Broad River. Während dessen räumte Beauregard die Stadt und die Bundestruppen nahmen kurz darauf Besitz von derselben." Die „Dispatch" glaubt, daß der Fall Columbias die Räumung Charlestons zu einer Nothwendigkeit machen werde; Sherman werde zunächst gegen Charlotte oder Florence anrücken. Das Blatt spricht auch von einem Gerücht, daß Augusta von den Unionstruppen genommen sei, schenkt demselben jedoch keinen Glauben. Nordstaatlichen Nachrichten zufolge hätte das Gros der Sherman'schen Armee bereits Kingsville Junction, 25 Meilen nordöstlich von Columbia, erreicht. Auf dem Jamesflusse ist ein Parlamentärboot der Konföderirten aufgeflogen; Alle an Bord kamen um. Kapitän Semmes ist zum Kontre-Admiral und Kommandeur des südstaatlichen Geschwaders auf dem Jamesflusse ernannt worden. Das Repräsentantenhaus in Washington hat das Tarifgesetz angenommen, dagegen den Vorschlag, Waarenverkäufe zu taxiren, verworfen; ebenso ist Steven's Antrag, Goldverkäufe mit 10 pCt. zu besteuern, abgelehnt worden.

Hiezu die Beilage: „Würzburger Anzeiger".

Verantwortlicher Redakteur: A. Hartmann.
Druck und Verlag der Stahel'schen Buch- und Kunsthandlung in Würzburg

Amortisations-Erkenntniß.

Vom k. Landgericht Werneck.

Hypothekenbereinigung von Stettbach betr.

Nachdem innerhalb der durch Edikt vom 25. August 1864 — N.ue Würzb. Ztg. Nr. 247, 308 und 358 — vorgesetzten Frist von 6 Monaten keinerlei Ansprüche auf die dortselbst sub Ziff. 1 mit 60 aufgeführten Forderungen geltend gemacht wurden, wird erkannt:

„es seien in Anwendung des § 82 des Hypothekengesetzes gemäß des angedrohten Präjudizes die vorbenannten Forderungen für erloschen zu erklären und die Löschungen im Hypothekenbuche zu vollziehen."

Werneck, den 6. März 1865.

Königliches Landgericht.

Huler. Meisner, Funktionär.

Cours der Staatspapiere.

Oesterr.	5 pCt. Met. (Cp. i. S. b. R.)	—
"	5 pCt. Lomb. ditto. à 24	—
"	5 pCt. Engl. Met. v. 1852	$79\frac{3}{8}$ G.
"	5 pCt. Engl. Met. v. 1859	$78\frac{3}{4}$ P. $\frac{1}{2}$ G.
"	5 pCt. Venet. Coupon b. R.	$81\frac{5}{8}$ G.
"	5 pCt. Nationalanl. v. 1854	$66\frac{1}{2}$ G.
"	5 pCt. Metall. Obligation.	63 P.
"	$4\frac{1}{2}$ pCt.	$55\frac{5}{8}$ P.
Preussen	$3\frac{1}{2}$ pCt. Staatsschuldsch.	
Bayern	$4\frac{1}{2}$ pCt. Obl. 1jähr. dto.	$101\frac{3}{4}$ G.
"	$4\frac{1}{2}$ pCt. Obl. $\frac{1}{2}$jähr. dto.	$102\frac{3}{8}$ P.
"	4 pCt. Obl. 1jähr. dto.	$99\frac{5}{8}$ P.
"	4 pCt. Obl. $\frac{1}{2}$ jähr. dto.	$99\frac{3}{8}$ P.
"	4 pCt. Obl. Ab.-R. dto.	$98\frac{3}{4}$ P.
"	$3\frac{1}{2}$ pCt. Obl. dto.	—
Württemb.	$4\frac{1}{2}$ pCt. Obl. b. Rothsch.	$104\frac{5}{8}$ G.
"	$3\frac{1}{2}$ pCt. Obl. dto.	$95\frac{3}{8}$ P.
Baden	$4\frac{1}{2}$ pCt. Obl.	—
"	$3\frac{1}{2}$ pCt. Obl. v. 1842	$92\frac{1}{4}$ G.
Gr. Hess.	$4\frac{1}{2}$ pCt. Obl.	—
"	4 pCt. Obl. b. Rothsch.	$100\frac{1}{2}$ P.
"	$3\frac{1}{2}$ pCt. Obl. dto.	$97\frac{3}{8}$ P.
Nassau	$4\frac{1}{2}$ pCt. Obl. dto.	$102\frac{1}{4}$ P.
"	4 pCt. Obl. dto.	$99\frac{1}{4}$ P.
"	$3\frac{1}{2}$ pCt. Obl. dto.	$92\frac{1}{8}$ G.
Frankfurt	$3\frac{1}{2}$ pCt. Obl.	$96\frac{1}{2}$ P.
"	3 pCt. Obl.	—
Spanien	3 pCt. inl. Sch. P. à fl. 2. 20	—
"	$2\frac{1}{4}$ pCt. "	
Schweden	$4\frac{1}{2}$ pCt. Obl. à 105 Thlr.	$91\frac{1}{2}$ P.
N.Amerika	6 pCt. à 100 fr. 1881 D. $2\frac{1}{2}$	—
"	6 pCt. ditto v. 1882	55—$\frac{1}{4}$ G.

Diverse Aktien.

Frankfurter Bank à fl. 500 . . .	150 P. $149\frac{7}{8}$ G.
K. K. Oesterr. National-Bankaktien	840 G.
Oesterr. Kreditbank-Aktien à fl. 200	$193\frac{1}{2}$ G.
Bayer. Hypothekenb. Pfandbriefe 4 pCt.	98 P.
Darmst. Bank 1. u. 2. Serie à fl. 250	$237\frac{1}{2}$ G.
Weimarische Bank à Thlr. 100 . .	$100\frac{1}{2}$ G.
Mitteldeutsche Kreditaktien	$100\frac{1}{2}$ G.
Intern. Bank in Lux. à 250 Frs. à 28 kr.	—
Taunus-Eisenbahn à fl. 250 . . .	363 P.
Frankfurt-Hanauer-Eisenbahn . .	$101\frac{3}{8}$ G.
Oest. P.St.Eisb. 5pCt. 500 Fr. à 28 kr.	—
" Elisab.-Eisenbahn 5 pCt. . .	118 P.
Böhm. Westbahn-Aktien à fl. 200 6/7	73 P. $72\frac{1}{2}$ G.
Rhein-Nahe-Bahn 200 Thl. à 105 4pCt. Z.	$31\frac{5}{8}$—$\frac{3}{4}$ G.
Ludwigshafen-Bexbacher à 4 pCt. .	$149\frac{1}{4}$ P.
dto. dto. Prior. à 4 pCt.	—
Pfälz. Maxb. b. Rothschild à $4\frac{1}{2}$ pCt.	$107\frac{5}{8}$ P. $\frac{1}{2}$ G.
Oest. St.-Eisenb. Prior.-Oblig. à 3 pCt.	$51\frac{1}{4}$ P.
Elisab.-Bahn Prior. 5 pCt. 6/7	$80\frac{1}{4}$ P. 80 G.
Südd. Bank-Akt., 40 pCt. Einz.	280 G.
Span. Handels- und Industrie	
Bayr. Ostbahn à $4\frac{1}{2}$ pCt. volleinbez.	114 P.
Bayer. Ostbahn mit 50 pCt. Einz.	$113\frac{3}{8}$ G.

Wechsel
in süddeutscher Währung.

Amst. fl. 100 k. S.	$100\frac{3}{4}$ G.
Antwerp. Frs. 200 k. S.	$94\frac{1}{4}$ G.
Augsb. fl. 100 k. S.	100 P.
Berlin Th. 60 k. S.	$104\frac{7}{8}$ P.
brem. 60 Th. Ld. k. S.	97 P.
Brüssel Frs. 200 k. S.	$94\frac{1}{4}$ G.
Cöln Thlr. 60 k. S.	105 P.
Hamb. MB. 100 k. S.	$88\frac{7}{8}$ G.
Leipzig Th. 60 k. S.	$104\frac{7}{8}$ P.
London Lst. 10 k. S.	$119\frac{1}{8}$ G.
Lyon Frs. 200 k. S.	—
Mail. Frs. 200 . .	$94\frac{2}{8}$ G.
München fl. 100 k. S.	$99\frac{7}{8}$ P.
Paris Frs. 200 k. S.	$94\frac{5}{8}$ G
Petersburg 60 S.-R.	—
Triest fl. 100 k. S.	—
Wien fl. 100 ö. W.	—
do. in öst. W. l. S.	$104\frac{7}{8}$ G.
Disconto	$3\frac{1}{2}$ pCt. G.

Anlehens-Loose.

Oesterr. fl. 250 v. 1839	141 P.
" fl. 250 v. 1854 mit 4pCt.	$76\frac{3}{4}$ P.
" fl. 500 v. 1860 6/7	$83\frac{3}{8}$ G.
" fl. 100 Kreb. L. v. 1858.	135 P.
" do. v. 1864.	$91\frac{1}{4}$ P.
Schwed. 10 Thlr. Loose	$9\frac{3}{8}$ P.
Badische fl. 50	—
Badische fl. 35	$53\frac{1}{2}$ P.
Kurhess. Thlr. 40 b. R.	$56\frac{7}{8}$ P.
Gr. Hessen fl. 50 b. R.	—
" fl. 25 do.	37 G.
Nassau fl. 25 bei Rothsch.	$36\frac{1}{2}$ P.
Sardinische Fr. 36 b. B.	—
Neuchateler 10 Frs.-Loose	—
Freiburger 15 Frs.-Loose	—
Mailänder 45 Frs. L. b. B.	35 P.
St. Lüttich mit $2\frac{1}{2}$ pCt. Z.	34 P.
Ansb.-Gunzenh. fl. 7-L.	$10\frac{1}{2}$ P.

Frankfurt, 7. März. Die Börse war ziemlich belebt und besonders für amerikanische Fonds in Folge auswärtiger Kaufordres gut gestimmt. Von österr. Sachen waren Kreditaktien fester, aber ohne besonderen Animo. Oesterr. Bankaktien dagegen beliebt und höher. Von Eisenbahnen gewannen Rhein-Nahebahn über ein Prozent. (Synd.)

Hof- und Staatsbibliothek München
Würzb. Ztg.

Neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht!

№ 68.	Vorausbezahlung: Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 1 fl. 30 kr. Bei Inseraten wird die dreispaltige Zeile in gewöhnlicher kleiner	62. Jahrgang.	Schrift oder deren Raum im Hauptblatte mit 6 kr., im Anzeiger mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franco.	Donnerstag, 9. März 1865.

Zum Volksschulwesen in Frankreich.

Der Bericht des französischen Unterrichtsministers an den Kaiser über den **Volksunterricht** sucht vor Allem die Fortschritte, welche derselbe gemacht hat, in ein möglichst günstiges Licht zu stellen. Die Zahl der Schulkinder habe 1832 in Frankreich nur 1,935,624 betragen; 1847 dagegen 3,530,135, und 1863 4,336,368. (Es ergibt sich eigentlich daraus, was der Bericht nicht sagt, daß der Fortschritt unter Ludwig Philipp weit größer war, als bisher unter dem Kaiserthume.) Der Bericht bespricht dann ausführlich eine Menge Einzelverhältnisse. Er umfaßt 15 Abschnitte, welche nicht weniger als 19 Spalten im „Moniteur" füllen.

Dem umfangreichen Schriftstücke entnehmen wir folgende Notizen: Im Ganzen gibt es noch 818 Gemeinden in Frankreich, welche keine Schule besitzen. — Nimmt man als Normalzeit für den Schulbesuch das Lebensalter zwischen 7 und 13 Jahren an, so beläuft sich die Zahl der schulbesuchenden Kinder, 1863, auf 3,133,640 von 4,018,427, die, nach Abschätzung der Inspektoren, überhaupt in diesem Lebensalter stehen. Es beträgt also das Defizit immer noch 884,887 Köpfe. Berücksichtigt man aber nur die Knaben zwischen 8 und 11 Jahren, so glaubt der Unterrichtsminister, ohne daß ihm das definitive Resultat der hierüber angestellten Untersuchung noch bekannt geworden ist, annehmen zu können, daß die Zahl der Knaben dieses Alters, die ohne allen Unterricht bleiben, nicht 200,000 übersteigt. Nicht ohne Interesse wird man lesen, daß bereits im Jahre 1560 das zweite Cahier des Adels der Ständeversammlung von Orleans Nachstehendes enthält: „Auflage auf die geistlichen Benefizien zur anständigen Besoldung der Schullehrer und unterrichteten Leute in allen Städten und Dörfern für den Unterricht der armen Jugend des flachen Landes; und sollen, bei der Geldbuße, die Väter und Mütter gehalten sein, besagte Kinder in die Schule zu schicken und von ihren He ren oder den gemeinen Richtern dazu gezwungen werden. — 1571 erließen die Generalstaaten von Navarra ein ähnliches Gebot, ebenso 1695 und 1724 Ludwig XIV. und Ludwig XV. 1793 verordnete der Konvent den Schulzwang. Mit großer Ausführlichkeit wird nunmehr die auf diesen Punkt bezügliche Gesetzgebung der andern Staaten geschildert, namentlich der großen und kleinen deutschen Staaten, worunter der Herr Unterrichtsminister von Frankreich nicht einmal das **Groß**herzogthum Sachsen-Koburg-Gotha vergißt. — Zu den theoretischen Gründen fügt Hr. Duruy noch praktische Belege bei, vor Allem das Großherzogthum Baden, das noch vor 100 Jahren eines der am meisten zurückgestandenen Länder Deutschlands gewesen sei, und heutzutage, zunächst durch die allgemeine Schulpflichtigkeit, in Bezug auf Wohlstand und Bildung eines der vorgeschrittensten sei. Auch Hr. von Schmerling wird gegen Ende citirt, der gesagt: „durch den Unterricht machen wir das Land stark."

Der Schluß bezeichnet das Ziel des Ganzen. Er lautet folgendermaßen: „Sire, eine große Bewegung zieht die Menschheit fort zur Beherrschung der materiellen Welt durch die Wissenschaft und zum Erringen des Wohlbefindens durch den Reichthum. Um die Wette stürzen sich die Nationen in diesen Kampf, in dem die Waffen des Geistes die zuverläßigsten sind. Frankreich, das gewohnt ist, an der Spitze der Völker zu schreiten, darf sich nicht damit begnügen, hinter ihnen her den neuen Kampfplatz zu betreten. Auch jetzt muß es ihnen vorangehen, nicht allein durch das, was ehemals der Maßstab für die Nationen war, durch das Genie seiner großen Männer, sondern auch durch das, was heutzutage den Höhestand der Kraft und der Größe der Völker angibt, durch die geistige und sittliche Tüchtigkeit ihrer arbeitenden Klassen. — Eine Gesellschaft ist eine unermeßliche Pyramide, je breiter und fester ihre Grundlagen, je gesicherter und stärker ihre Zwischenschichten sind, um so höher wird ihr Haupt zum Lichte emporsteigen. — Um mich kurz zu fassen, Sire, glaube ich, daß ich, als Antwort auf die denkwürdigen Worte der kaiserlichen Rede vom 15. Februar, die Pflicht habe, Ew. Majestät die Anerkennung

Feuilleton.

Briefe von Heinrich Heine.

Aus dem Nachlasse **Varnhagens von Ense** ist eine neue Reihe von Ludmilla **Assing** herausgegebener Korrespondenzen kürzlich in Leipzig bei Brockhaus erschienen. Wir heben aus denselben folgende interessante Briefe von Heinrich Heine an Varnhagen heraus:

Paris, den 12. Februar 1838.

Mein theurer Varnhagen!

Der geistigen Ereignisse, die uns gemeinsam berührten, waren seitdem so viele, daß eine Korrespondenz hierüber unmöglich, wenn auch nicht zugleich unräthlich wäre. Heute ist die Veranlassung meines Schreibens positivster Art und betrifft nur materielle Interessen.

Ich bitte Sie nämlich, einliegenden Brief zu lesen, zu versiegeln und an den Baron Werther zu fördern. — Sie können aber, wenn Sie wollen, noch mehr thun, und in dieser Absicht habe ich zu Ihrer Durchsicht den Brief unverschlossen geschickt.

Als ich nämlich vor 5½ Jahren, wie Sie aus dem Brief an Werther ersehen, ihn besuchte, um ihn zu versichern, daß ich keineswegs so feindliche Dinge im Schilde führe, wie das Gerücht mir zuschrieb: damals rieth mir Baron Werther, ich solle Ihnen, lieber Varnhagen, darüber einen offenherzigen Brief schreiben, und es würde Ihnen leicht werden, eine honette Verständigung zwischen mir und der preußischen Regierung zu vermitteln. Er sprach sich bei dieser Gelegenheit sehr vortheilhaft über Sie aus, und versicherte mir, daß dergleichen Verwendung, bei dem Zutrauen, das man zu Ihnen hege, Sie keineswegs kompromittiren könne. Ich aber, lieber Varnhagen, fürchte das Gegentheil, und wie in den meisten Dingen, beobachtete ich auch damals das System des Schweigens. — Dieses System hat seine gute Seite, es schützte mich vor dem Kompromittiren nach unten; aber höheren Ortes schadete es mir, und durch den **Bundestagsbeschluß gegen das junge Deutschland** kam mir viel Ungemach auf den Hals. Dieser Beschluß lähmte viele literarische Unternehmungen, die ich projektirt hatte und worauf ich schon loszehrte. Unter manchen Beispielen erwähne ich nur, daß ich meinem Buchhändler das Recht, eine Gesammtausgabe meiner Werke späterhin zu veranstalten, zu einem Spottpreise verkaufen mußte, der nicht ein Viertel von der Summe betrug, die ich zu einer Zeit, wo die Schwere des Interdiktes nicht auf mir lastete, erhalten konnte. Das ist nur ein Beispiel. Sie haben keinen Begriff davon, wie viel Degout ich verschluckte....

Sollte der Baron Werther jede direkte oder indirekte positive Beantwortung meiner Anfrage ablehnen, etwa mit dem wohlfeilen Bescheid, daß diese Angelegenheit nur den Minister des Innern anginge: so werde ich nicht erst an diesen Letztern mich wenden, sondern mein ganzes Gesuch als abgeschlagen betrachten und mich vielleicht an die **österreichische Regierung** wenden, um mir den Einlaß für meine **Zeitung** in ihren Staaten zu gestatten; denn ich habe keine Zeit zu langen Unterhandlungen mit dem preußischen Minister des Innern, eben weil periculum in mora, und dann, interessirt sich der Baron Werther nicht für mich, so hege ich durchaus keine Hoffnung des Gelingens.

Und nun, leben Sie wohl. — Eine sonderbare Bewegung fühl' ich, indem ich heute Ihnen wieder schreibe! O, daß ich so glücklich wäre, Sie einmal persönlich wieder zu sehen. —

Schriftlicher Ideenaustausch ist eigentlich zwischen uns nicht

und Ausführung folgender Prinzipien vorzuschlagen: 1) der Volksunterricht ist ein großer öffentlicher Dienst (L'instruction populaire est un grand service public); 2) dieser Dienst muß, wie alle übrigen, welche dem Gemeinwesen nützen, von dem ganzen Gemeinwesen bezahlt werden; 3) das Recht, zu wählen, erfordert nothwendig die Pflicht, sich zu unterrichten, und jeder Bürger muß ebenso gut lesen können, wie er die Waffen tragen und Steuern bezahlen muß. Allein da Ew. Majestät an dem andern großen Prinzipe festhält, die Erziehung des Landes durch das Land selbst vorzunehmen, so wäre es geeignet, den Gemeinderäthen das Recht zu verleihen, die Ausführung des neuen Gesetzes zu beschließen, indem man den Gemeinden, welche die Reform annehmen, ohne zu deren Vollziehung die ausreichenden Mittel zu besitzen, die Staatshilfe verspricht."

(Amtliche Nachrichten.) **München,** 7. März. Se. Majestät der König hat den Grenz-Oberkontroleur M. Grafen v. Taufkirchen in Plößberg, Hauptzollamts Waldsassen, in den Ruhestand treten lassen und zum Grenz-Oberkontroleur in Plößberg den Hauptzollamts-Assistenten M. Emslinger zu Passau in prov. Eigenschaft ernannt; den Untergerichtsschreiber am Bezirksg. Zweibrücken, Aug. Mittermayer, zum Landgerichtsschreiber in Obermoschel ernannt; den Bezirksamtmann Jos. Mayer von Vegen für die Dauer eines Jahres in den Ruhestand treten lassen und zum Bezirksamtmann von Vegen den Bezirksamts-Assessor L. v. Stefenelli zu Regensburg befördert; dem Bezirksamtmann K. v. Nagel zu Landsberg den nachgesuchten Ruhestand bewilligt und zum Bezirksamtmann von Landsberg den dortigen Bezirksamts-Assessor G. Dufter befördert.

München, 7. März. In der heutigen Sitzung gelangte der Gesetzgebungsausschuß der Kammer der Abgeordneten mit der Berathung des ersten Buches zum Abschlusse. Derselbe hat, und zwar in der Sitzung am Samstag, die Artikel, welche von den Fristen und Terminen handeln, dahin erledigt, daß Art. 184 mit kleinen Redaktionsänderungen und mit folgendem Zusatze angenommen wurde: „Im Falle der Ladung auf eine bestimmte Stunde ist die Tagsfahrt von Seite der Partei versäumt, wenn dieselbe weder beim Aufrufe noch vor Abschluß der Verhandlung sich meldet". Bei Art. 185 kamen die Ziff. 1 und 2 in Wegfall und wurde beschlossen, daß die Bestimmung über die Verlängerung der gesetzlichen Fristen bei Denjenigen, welche in einem fremden Staate wohnen oder sich aufhalten, dem Verordnungswege überlassen bleibe. Art. 186 wurde ohne Debatte und unverändert angenommen und die Art. 187 und 188 in einen Artikel zusammengezogen. Der Art. 189 — nach welchem richterliche Verfügungen, welche die Festsetzung der Fristen oder Tagfahrten betreffen, durch Rechtsmittel nicht angefochten werden können — wurde abgelehnt, dem Art. 190, welcher von der Einhaltung der Fristen handelt, ohne Erinnerung und Art. 191 — Fristenverlängerung — mit einer nicht wesentlichen Redaktionsänderung beigestimmt. An Stelle der Art. 192 und 193 wurde der entsprechenden Bestimmung über Fristverlängerung in Art. 190 des in Hannover vereinbarten Entwurfs beigestimmt. Der Ausschuß erledigte dann heute mit mehrfachen Modifikationen die Art. 194 — 203, welche Bestimmungen über Versäumung von Fristen und Terminen, über Nichtigkeit von Prozeßhandlungen, Sühneversuch, Vermittlungsamt und Vergleich enthalten, und da hiemit sämmtliche Artikel des ersten Buches erledigt waren, so vertagte sich der Ausschuß auf 10 bis 14 Tage, bis inzwischen die Subkommission die gefaßten Beschlüsse zusammengestellt und redigirt hat; der Ausschuß will dann noch vor Beginn des Landtags hierüber in Berathung treten. Während der Dauer des Landtags sollen die Berathungen des Gesetzgebungsausschusses ausgesetzt bleiben.

Der „A. Z." berichtet man aus **Nürnberg,** 5. März: „So lange die Bewegung in der schleswig-holsteinischen Angelegenheit hoch ging, hatten sich die politischen Parteien dahier beinahe völlig nivellirt. Neuerdings ist jedoch eine Spaltung innerhalb der Fortschrittspartei hervorgetreten, indem sich die Demokraten in dem „Volksverein" enger aneinander geschlossen haben. Das Verhältniß des „Volksvereines" zu der „bayerischen Fortschrittspartei" hat bereits in der hiesigen Lokalpresse Ausdruck gefunden. Ein Organ der Demokratie konstatirt, daß der Volksverein nie dazu bestimmt gewesen, der Schleppträger der bayerischen Fortschrittspartei zu sein, sondern unabhängig von derselben neben ihr vorzugehen, unter Umständen ihr vorauszueilen. Gerade die Ueberzeugung von der Unvereinbarkeit der Demokratie mit dem Gothaerthum sei es gewesen, welche dem Volksverein die Mehrzahl seiner Mitglieder zugeführt habe."

Wien, 7. März. Der Bericht des Subkomite's des Finanzausschusses über die Ministerialnote in Betreff der Abstriche am Budget für 1866 glaubt, es sei nicht der Beruf des Subkomite's, Anträge bezüglich der Ziffern zu stellen, sondern das Komite müsse sich darauf beschränken, über den Umfang der zuzu-

---

nöthig, befindet sich doch unser Geist in denselben Gedankenströmungen, und früh oder spät treffen wir immer zusammen im selben Gewässer. Ihr Freund H. Heine.

*

— den 13. Februar 1838.

Liebster Varnhagen!

Ich hatte gestern kaum meinen Brief zur Post gegeben, als es mir einfiel, daß ich in Betreff der projektirten Zeitung selbst, nämlich ihrem Wesen, nichts gesagt habe. Die Idee derselben, die Idee ihrer Errichtung und ihres Gelingens beruht darauf, daß Paris und London die Stapelplätze aller politischen Bewegungen sind und deshalb auch die Korrespondenzen aus beiden Orten in allen deutschen Zeitungen die Hauptsache sind; statt nun, wie diese, nur wenige und sogar in der Heimath fabrizirte Korrespondenzen zu geben, würde ich eine dreifache Anzahl solcher Mittheilungen leicht geben können und dabei im Vortheil sein, daß ihre lokale Echtheit keinem Zweifel unterliegt. Hierauf begründet sich meine Hoffnung des deutschen Absatzes, welcher auch ohne Einlaß in Preußen und Oesterreich gesichert ist, aber keineswegs groß wäre. — In Betreff der Garantien, die ich der preußischen Regierung für ihre Begünstigung geben kann, bemerke ich noch Folgendes:

Wie ich es seit der Julirevolution immer gethan habe, mit Ueberzeugung gethan habe, werde ich auch hinfüro dem monarchischen Prinzip huldigen. Dieses wird ohne zweideutige Verklausulirung, wie wir sie bei den süddeutschen Konstitutionellen sehen, stattfinden — denn wie Sie, lieber Varnhagen, wohl öfters bemerkt haben, ich bin kein Enthusiast für das deutsche Ständewesen, und nur um meine Popularität bei der liberalen Menge, die mich für einen erkauften Servilen halten würde, nicht einzubüßen, habe ich mich gegen die konstitutionelle Affenkomödie nicht ganz von Herzen ausgesprochen....

Ich will alle Nachrichten aus Preußen nur aus Zeitungen, welche die preußische Censur passirt, entlehnen; sollte man mir aber erlauben, Privatkorrespondenzen aus Preußen zu drucken, so werde ich in der Wahl der Korrespondenten nie das Mißfallen der Regierung riskiren. Die Interessen der altpreußischen Provinzen sind mir ebenso bekannt wie gleichgiltig, und es kostet mir keine Ueberwindung, hierüber entweder ganz zu schweigen oder nur die Meinungen Anderer zu referiren..... Ihnen, dem Landsmann, darf ich es wohl ohne Scheu sagen, daß unsere Landsleute nie Charakter besessen, nie ein Volk waren, sondern nur ein zusammengelaufener Haufen, den jeder Rabulist regieren kann, dessen Frechheit durch Nachgiebigkeit nur gesteigert wird, aber kleinlaut zu Kreuze kriegt, wenn man strenge Maßregeln entgegensetzt — sie sind weder Deutsche noch Franzosen, sie haben nur die Fehler der Ersteren, Brutalität namentlich, ohne die Tugenden der Letzteren zu besitzen, am allerwenigsten die französische Menschlichkeit — mit einem Worte, sie sind Belgier. Wie diese den Holländern gegenüber, so stehen den Preußen gegenüber meine Landsleute; ich liebe die Holländer nicht, aber ich habe Achtung für sie, sie haben Charakter, sie besitzen Volkswürde, sie führten die Revolution aus, welche die Belgier nur beginnen konnten, und wie einst ihre Republik, so wissen sie auch jetzt ihren König zu vertheidigen.

Ich bin der Meinung, daß in der erzbischöflichen Sache die preußische Regierung viel zu milde Maßregeln nimmt; hier helfen keine Palliative, sondern durchgreifende Operationen, wodurch zwar das Uebel im Momente sehr grell sich äußern wird, aber für die Zukunft gehoben werden kann. Es ist ein Glück vielmehr, daß dieses Uebel jetzt, in der Stillzeit, wo Preußen Alles wagen darf, sich zeigte; später in unruhiger Zeit, ist größere Gefahr zu befürchten, und die Rheinlande könnten dadurch für Deutschland verloren gehen. — Dr. Kolb hat einmal in der „Allg. Ztg." berichtet, wie bestimmt ich mich über diesen Verlust gegen die deutschen Revolutionäre im Jahre 1832 ausgesprochen, nämlich mit den Worten: „Ihr Lumpen habt nichts zu verlieren, wenn die Franzosen die Rheinlande nehmen, ich aber verliere drei Millionen Leser." ....

Leben Sie wohl und heiter.

Ihr Freund H. Heine.

*

— den 3. Jänner 1846.

Theuerster Varnhagen!

Es ist dieses der erste Brief, den ich in diesem neuen Jahre schreibe, und ich beginne ihn mit dem heitersten Glückwunsch.

gestehenden Virements und die möglichste Wahrung gegen Ableitung von Präjudizen Anträge zu formuliren. In ersterer Beziehung beantragt der Bericht, alle Kapitel des Erforderniß-Etats zu wahren, also Uebertragungen in andere Budgetkapitel auszuschließen; die Scheidung in ordentliche und außerordentliche Ausgaben beizubehalten, jedoch in derselben Abtheilung Virements zuzulassen. In letzterer Beziehung sei im Eingang des Finanzgesetzes der Vorgang ausdrücklich als ausnahmsweiser zu bezeichnen und das Recht des Reichsraths zu wahren. Der Staatsvoranschlag für 1866 wäre einem neuen Ausschusse aus 36 Mitgliedern zuzuweisen, welcher nach gleichen Grundsätzen vorzugehen und seinen Bericht erst nach Erledigung des Finanzgesetzes für 1865 vorzulegen hätte.

In der neuesten Wiener Korrespondenz der Hamburger „Börsen-Halle" vom 4. März finden wir folgende bemerkenswerthe Andeutung: „Es möge sein, daß das Tuilerienkabinet Preußen aufmuntere, die Herzogthümer — ohne den nördlichsten, dänisch redenden Theil sich zu annektiren; allein Preußen besitze keine Garantien, daß nicht nach vollzogener Annektirung (selbst ohne Nordschleswig) Frankreich mit allem Ernst seinen Anspruch auf eine Berichtigung des zwischen ihm und dem nachbarlichen Preußen gestörten Machtgleichgewichts geltend machen werde."

Wien, 8. März. In der gestrigen Abendsitzung des Finanzausschusses des Abgeordnetenhauses kam ein Schreiben des Staatsministers zur Verlesung, in welchem die Regierung neuerdings jede Theilnahme an den Ausschußverhandlungen über einzelne Positionen des Budgets für 1865 ablehnt, da sie den Beschluß des Abgeordnetenhauses auf Ueberweisung des Brinz'schen Antrags an den Finanzausschuß dahin auslege, daß bis zur Entscheidung des Abgeordnetenhauses über diesen Antrag Detailberathungen des Budgets auszusetzen seien, und da eine andere Auslegung nur dem Abgeordnetenhause selbst zustehe, dessen Beschluß die Regierung bereitwillig nachkommen werde. Der Ausschuß begann hierauf die Berathung über das Militärerforderniß.

Aus **Berlin**, 6. März, schreibt man: „Die Regierung in Preußen kann auf die Dauer ohne die Majorität des Landes nicht regieren," erklärte Graf Eulenburg in der letzten Sitzung des Abgeordnetenhauses. Damit hat der Minister selbst dem zeitigen Ministerium das Urtheil gesprochen. — Vorgestern Abend hat hierselbst eine Versammlung des Verbandes der Konsumvereine der Provinz Brandenburg stattgefunden. Schulze-Delitzsch bezeichnete als die Aufgabe dieser Vereine, den aus dem Detailhandel sich ergebenden natürlichen Unzuträglichkeiten abzuhelfen. Nicht nieder mit dem Kapital, sondern her mit dem Kapital, sei die Losung; die Arbeiter müssen sich durch ihre Vereinigung in Genossenschaften das Kapital dienstbar machen. Bereits befänden sich in den Händen der Genossenschaften 15 Mill. Thaler. Dem Grundsatz der Selbsthülfe sei im Volk Eingang zu verschaffen; nur mit bewußten Massen werde man die großen sozialen und politischen Aufgaben lösen, die unserm Jahrhundert gestellt seien. Hr. Duncker hob hervor, daß die Einheit der verschiedenen Berufsklassen, die durch „Wühlereien" nicht erschüttert werden dürfe, in den Konsumvereinen eine starke Stütze finde.

Berlin, 7. März. Die „Nordd. Allg. Zeitung" meldet: „Die Antwort Oesterreichs auf die preußische Depesche, welche die Forderungen Preußens in der Herzogthümerfrage aufstellte, ist in Berlin eingetroffen."

Eine der Notabilitäten des Abgeordnetenhauses, ein Staatsmann von bewährtem Namen, soll sich über die Bismarck'sche Politik wie folgt ausgesprochen haben: „Hrn. v. Bismarck sind vorläufig fünf Momente in der schleswig-holsteinischen Angelegenheit fehlgeschlagen: 1) Die Schleswig-Holsteiner wollen nicht preußisch werden; 2) das Abgeordnetenhaus schweigt, und will trotz patriotischer und kriegerischer Phrasen blos sein Budgetrecht erobern; 3) das Land schweigt und denkt trotz der Annexions-Adressen und kriegerischen Feste blos an die Annektirung eines liberalen Ministeriums; 4) das übrige Deutschland will von der Borussifizirung der Herzogthümer und seiner selbst nichts wissen; und 5) die angelegentlichsten Unterhandlungen mit allen Großmächten Europas, Rußland mit eingeschlossen, haben zu keinen Resultaten geführt. Da haben sie fünf harte Nüsse, statt einer."

Hannover, 5. Febr. In der schleswig-holsteinischen Frage setzt das Hoforgan, die „Deutsche Nordsee-Zeitung", seinen hoffnungslosen Kampf für die oldenburger Erbfolge fort, will sich aber auch nöthigenfalls in die Ueberlassung Schleswig-Holsteins an Preußen ergeben, wenn Preußen dafür in eine deutsche Garantie der außerdeutschen Besitzungen Oesterreichs willige.

In der am 5. März in **Heidelberg** stattgehabten Versammlung, wozu eine aus Mitgliedern der Gemeindebehörden und des akademischen Senats zusammengesetzte Kommission eine Ein-

---

Möge in diesem Jahre leibliches und geistiges Wohlsein Sie beglücken! Daß Sie von körperlichen Leiden oft niedergedrückt, höre ich hier mit großer Betrübniß. Ich hätte Ihnen gern zuweilen ein tröstendes Wort zugerufen, aber Hekuba ist eine schlechte Trösterin. Mir ging es nämlich in der jüngsten Zeit spottschlecht und das Schreiben selbst erinnert mich beständig an mein körperliches Mißgeschick; ich kann kaum meine eigenen Schriftzüge sehen, indem ich ein ganz geschlossenes und ein bereits sich schließendes Auge habe, und jeder Brief ist mir eine Pein. Ich ergreife daher mit innigster Freude die Gelegenheit, Ihnen durch einen Freund mündlich Nachrichten von mir zukommen zu lassen, und da dieser Freund eingeweiht ist in alle meine Nöthen, kann er Ihnen umständlich mittheilen, wie entsetzlich mir von meinen Sippen und Magen mitgespielt worden und was etwa in dieser Beziehung noch für mich zu thun wäre.

Mein Freund, Herr Lassalle, der Ihnen diesen Brief bringt, ist ein junger Mann von den ausgezeichnetsten Geistesgaben: mit der gründlichsten Gelehrsamkeit, mit dem weitesten Wissen, mit dem größten Scharfsinn, der mir je vorgekommen, mit der reichsten Begabniß der Darstellung verbindet er eine Energie des Willens und eine Habileté im Handeln, die mich in Erstaunen setzen, und wenn seine Sympathie für mich nicht erlischt, so erwarte ich von ihm den thätigsten Vorschub. Jedenfalls war diese Vereinigung von Wissen und Können, von Talent und Charakter, für mich eine freudige Erscheinung, und Sie, bei Ihrer Vielseitigkeit im Anerkennen, werden gewiß ihr volle Gerechtigkeit widerfahren lassen. Hr. Lassalle ist nun einmal so ein ausgeprägter Sohn der neuen Zeit, die nichts von jener Entsagung und Bescheidenheit wissen will, womit wir uns mehr oder minder heuchlerisch in unserer Zeit hindurchgelungert und hindurchgefaselt. — Dieses neue Geschlecht will genießen und sich geltend machen im Sichtbaren; wir, die Alten, beugten uns demüthig vor dem Unsichtbaren, haschten nach Schattenküssen und blauen Blumengerüchen, entsagten und flennten, und waren doch vielleicht glücklicher, als jene harten Gladiatoren, die so stolz dem Kampftode entgegengehen. Das tausendjährige Reich der Romantik hat ein Ende, und ich selbst war sein letzter und abgedankter Fabelkönig. Hätte ich nicht die Krone vom Haupte fortgeschmissen und den Kittel angezogen, sie hätten mich richtig geköpft.

Vor vier Jahren hatte ich, eh' ich abtrünnig wurde von mir selber, noch ein Gelüste, mit den alten Traumgenossen herumzutummeln im Mondschein — und ich schrieb den Atta Troll, den Schwanengesang der untergehenden Periode, und Ihnen habe ich ihn gewidmet. Das gebührte Ihnen, denn Sie sind immer mein wahlverwandtester Waffenbruder gewesen, in Spiel und Ernst. Sie haben gleich mir die alte Zeit begraben helfen und bei der neuen Hebammendienst geleistet — ja, wir haben sie zu Tage gefördert und erschrecken. — Es geht uns wie dem armen Huhn, das Enteneier ausgebrütet hat und mit Entsetzen sieht, wie die junge Brut sich in's Wasser stürzt und wohlgefällig schwimmt!

Ich bin durch Buchhändler-Vertrag verpflichtet, den Atta Troll herauszugeben; das soll in einigen Monaten geschehen, mit Vorsicht, damit man mir nicht den Prozeß macht und mich köpft.

Sie merken, theurer Freund, wie vague, wie ungewiß mir zu Muthe ist. Solche schwachmatische Stimmung ist jedoch zumeist in meiner Kränklichkeit begründet; schwindet der Lähmungsdruck, der gleich einem eisernen Reif mir die Brust einklemmt, so wird auch die alte Energie wieder flügge werden. Ich fürchte jedoch, das wird noch lange dauern. Der Verrath, der im Schooße der Familie, wo ich waffenlos und vertrauend war, an mir verübt wurde, hat mich wie ein Blitz aus heiterer Luft getroffen und fast tödtlich beschädigt; wer die Umstände erwägt, wird hierin einen Meuchelmordsversuch sehen; die schleichende Mittelmäßigkeit, die zwanzig Jahre lang harrte, ingrimmig neidisch gegen den Genius, hatte endlich ihre Siegesstunde erreicht. Im Grunde ist auch das eine alte Geschichte, die sich immer erneut.

Ja, ich bin sehr körperkrank, aber die Seele hat wenig gelitten; eine müde Blume ist sie, ein bischen gebeugt, aber keineswegs welk und sie wurzelt noch fest in der Wahrheit und Liebe.

Und nun leben Sie wohl, theurer Varnhagen; mein Freund wird Ihnen sagen, wie viel und wie unaufhörlich ich an Sie denke, was um so begreiflicher, da ich jetzt gar nicht lesen kann, und bei den langen Winterabenden nur von Erinnerungen mich erheitere.

Heinrich Heine.

ladung hatte ergehen lassen und die wohl 1500 bis 2000 Mann, welche der selbstständigen und wohlhabenden Klasse der Bevölkerung angehörten, zählen mochte, wobei Gemeinden der Umgegend durch Abordnungen vertreten waren, wurde die von Prof. Bluntschli vorgelesene und begründete Adresse einstimmig genehmigt. Dieselbe spricht gegen die Regierung den Dank der Pfälzer Bevölkerung aus für ihr echt konstitutionelles Verhalten auch in dieser Sache 2c.

Der „Neuen Preußischen Zeitung" schreibt man aus **Kiel** vom 5. März: „Dem Vernehmen nach ist gestern die Nachricht eingetroffen, daß Kiel Hauptflottenstation der preußischen Marine wird, und sobald unser Hafen eisfrei, sollen bedeutendes Material und mehrere Kriegsschiffe von Danzig hierher verlegt werden. Heute Morgen sind 320 Seewehrmatrosen des hiesigen Geschwaders auf der Bahn nach Danzig befördert worden, um daselbst entlassen zu werden."

Aus den Verhandlungen des Bundesraths in **Bern** am 6. d. wird der „N. Z. Z." berichtet: „Die bayrische Regierung scheint in den letzten Tagen noch die in Bayern sich aufhaltenden Polen nach der Schweiz abgeschoben zu haben. In Folge dessen wurden auch einige kranke Polen nach der Schweizergrenze gebracht. Nachdem dies zu allerlei Anständen und Inhumanitäten geführt, hat das Justiz- und Polizeidepartement die Grenze für einstweilen wieder geöffnet und der Bundesrath diesen Beschluß nachträglich genehmigt. Der bayerischen Regierung wird dies zur Kenntniß gebracht mit verschiedenen Bemerkungen über das Verfahren ihrer Polizei.

Stockholm, 26. Febr. In Folge kgl. Verfügung ist die Ausführung der in der unmittelbaren Nähe der Hauptstadt, sowie auf mehreren sonstigen Punkten des südlichen Schwedens in Angriff genommenen Landbefestigungen eingestellt worden und zwar, wie von wohlunterrichteter Seite versichert wird, aus finanziellen Gründen.

Marseille, 5. März. Briefen aus Neapel zufolge bietet der Vesuv das anziehende Schauspiel eines auf Schnee niedersprühenden Feuerregens. Der Ausbruch dieses Vulkans nimmt indessen in dem Maße ab, als derjenige des Aetna zunimmt. Die Lava desselben legt täglich eine Strecke von 72 Metres zurück.

Nach einem Berichte aus **Athen**, 25. Febr., in der „Ostd. Post" hat der Minister des Aeußern in einer an die Vertreter der drei Schutzmächte gerichteten Note die Bereitwilligkeit der griechischen Regierung ausgesprochen, in Erfüllung des Verlangens nach Zuweisung eines Zweiges der Einkünfte Griechenlands, der für die Zahlung der Annuitäten für die von den drei Mächten geleisteten Vorschüsse speziell angesetzt werden solle, die Hälfte der Zolleinnahme von Syra zur Verfügung zu stellen.

Durch Dekret vom 7. Januar hat der Kaiser Maximilian von **Mexiko** die alte Bestimmung erneuert, wonach zur Veröffentlichung aller päpstlichen Bullen und sonstigen Aktenstücke das placetum regium eingeholt werden muß. Nach dem „Mémorial Diplomatique" hat der Kaiser Maximilian eine eigene Kommission mit dem Minister Velasquez nach Rom gesendet, um mit dem Papst zu unterhandeln. Die Kommission wird am 15. d. M. in St. Nazaire erwartet. Die mexikanische Armee soll nach einem neuen Organisations-Statut 18 Generale, 1146 Offiziere und 22,374 Mann (Kriegsstand 30,044 Mann) umfassen; dazu kommen etwa 15,000 Mann fremde Truppen, nämlich 7000 Oesterreicher, 1500 Belgier und gegen 6000 Mann der französischen Fremdenlegion. Im Augenblick befinden sich außer der Fremdenlegion 12—15,000 Franzosen noch im Lande.

Hiezu die Beilage: „Würzburger Anzeiger".

Verantwortlicher Redakteur: A. Hartmann.
Druck und Verlag der Stahel'schen Buch- und Kunsthandlung in Würzburg

Amortisations-Erkenntniß.

Vom k. Landgericht Werneck.

Hypothekenbereinigung von Wipfeld betr.

Nachdem innerhalb der im diesseitigen Edikte vom 30. August v. Js. — Neue Würzb. Ztg. Nr. 248, 304 und 360 — vorgesetzten Frist von 6 Monaten gegen die dortselbst sub Ziff. 1 mit 24 aufgeführten Forderungen keinerlei Ansprüche geltend gemacht wurden, wird erkannt:

„es seien in Verwirklichung des angedrohten Präjudizes gemäß § 82 des Hypothekengesetzes die vorbenannten Forderungen für erloschen zu erklären und solche im Hypothekenbuche zu löschen."

Werneck, den 7. März 1865.

Königliches Landgericht.

Huler.

Meisner, Funktionär.

Cours der Staatspapiere.

Oesterr.	5 pCt. Met. (Cp. i. S. b. R.)	—
„	5 pCt. Lomb. ditto. à 24	—
„	5 pCt. Engl. Met. v. 1852	79 3/8 G.
„	5 pCt. Engl. Met. v. 1859	78 7/8 P.
„	5 pCt. Venet. Coupon b. B.	84 3/4 G.
„	5 pCt. Nationalanl. v. 1854	68 7/8 P.
„	5 pCt. Metall. Obligation.	63 P.
„	4 1/2 pCt.	55 1/2 G.
Preussen	3 1/2 pCt. Staatsschuldsch.	
Bayern	4 1/2 pCt. Obl. 1jähr. dto.	101 1/8 P.
„	4 1/2 pCt. Obl. 1/2jähr. dto.	102 1/4 P.
„	4 pCt. Obl. 1jähr. dto.	99 1/8 P.
„	4 pCt. Obl. 1/2 jähr. dto.	99 1/4 P.
„	4 pCt. Obl. Ab.-R. dto.	98 3/4 P.
„	3 1/2 pCt. Obl. dto.	—
Württemb.	4 1/2 pCt. Obl. b. Rothsch.	104 3/4 G.
„	3 1/2 pCt. Obl. dto.	95 1/8 P. 94 3/4 G.
Baden	4 1/2 pCt. Obl.	—
„	3 1/2 pCt. Obl. v. 1842	92 1/4 P.
Gr. Hess.	4 1/2 pCt. Obl.	—
„	4 pCt. Obl. b. Rothsch.	100 5/8 P.
„	3 1/2 pCt. Obl. dto.	97 5/8 P.
Nassau	4 1/2 pCt. Obl. dto.	102 1/4 P.
„	4 pCt. Obl. dto.	99 1/2 P.
„	3 1/2 pCt. Obl. dto.	92 1/4 G.
Frankfurt	3 1/2 pCt. Obl.	96 1/8 P.
„	3 pCt. Obl.	92 P.
Spanien	3 pCt. inl. Sch P. à fl. 2. 30	—
„	2 1/4 pCt. . . .	—
Schweden	4 1/2 pCt. Obl. à 105 Thlr.	90 7/8 G.
N.Amerika	6 pCt. à 1000r. 1881 D. 2 1/2	65 3/8 G.
„	6 pCt. ditto r. 1882 .	65 7/8—3/4 G.

Diverse Aktien.

Frankfurter Bank à fl. 500 . . .	150 G.
K. K. Oesterr. National-Bankaktien	841 P.
Oesterr. Kreditbank-Aktien à fl. 200	183 G.
Bayer. Hypothekenb. Pfandbriefe 4 pCt.	97 7/8 P. 3/4 G.
Darmst. Bank 1. u. 2. Serie à fl. 250	238P. 237 1/2 G.
Weimarische Bank à Thlr. 100 . .	100 1/2 P.
Mitteldeutsche Kreditaktien . . .	100 1/2 P. 1/4 G.
Intern. Bank in Lux. à 250 Frs. à 28 kr.	—
Taunus-Eisenbahn à fl. 250 . . .	—
Frankfurt-Hanauer-Eisenbahn . . .	101 3/4 G.
Oest. F.St.Eisb. 5pCt. 500 Fr. à 28 kr.	—
„ Elisab.-Eisenbahn 5 pCt. . .	116 P.
Böhm. Westbahn-Aktien à fl. 200 6/7	73 P. 72 1/2 G.
Rhein-Nahe-Bahn 200 Thl. à 105 4pCt. Z.	51 3/8 G.
Ludwigshafen-Bexbacher à 4 pCt. .	149 1/4 P.
dto. dto. Prior. à 4 pCt.	—
Pfälz. Maxb. b. Rothschild à 4 1/2 pCt.	107 1/2 P. 3/8 G.
Oest. St.-Eisenb. Prior.-Oblig. à 3 pCt.	51 1/8 G.
Elisab.-Bahn Prior. 5 pCt. 6/7	80 1/4 P.
Südd. Bank-Akt., 40 pCt. Einz.	260 1/2 P. 1/4 G.
Span. Handels- und Industrie . .	—
Bayr. Ostbahn à 4 1/2 pCt. volleinbar.	114 1/8 P.
Bayer. Ostbahn mit 50 pCt. Einz.	113 3/4 P. 3/8 G.

Wechsel in süddeutscher Währung.

Amst. fl. 100 k. S.	101 P.
Antwerp. Frs. 200 k.S.	94 1/4 G.
Augsb. fl. 100 k. S.	100 P.
Berlin Th. 60 k. S.	104 7/8 P.
Brem. 50 Th. Ld. k. S.	97 P.
Brüssel Frs. 200 k. S.	94 1/4 G.
Cöln Thlr. 60 k. S.	105 P.
Hamb. MB. 100 k. S.	88 7/8 G.
Leipzig Th. 60 k. S.	104 7/8 P.
London Lst. 10 k. S.	119 5/8 P. 1/8 G.
Lyon Frs. 200 k. S.	—
Mail. Frs. 200 . .	94 5/8 G.
München fl. 100 k. S.	99 7/8 P.
Paris Frs. 200 k. S.	94 3/8 G
Petersburg 60 S.-R.	—
Triest fl. 100 k. S.	—
Wien fl. 100 ö. W.	—
do. in öst. W. l. S.	104 3/4 G.
Disconto	3 1/2 pCt. G.

Anlehens-Loose.

Oesterr. fl. 250 v. 1839	141 1/4 G.
„ fl. 250 v. 1854 mit 4pCt.	77 P.
„ fl. 500 v. 1860 6/7	83 3/8 P. 1/4 G.
„ fl. 100 Eisb. L. v. 1858.	135 1/2 G.
„ do. v. 1864.	90 7/8—91 1/8 G.
Schwed. 10 Thlr. Loose	9 3/4 P.
Badische fl. 50	—
Badische fl. 35	53 5/8 P.
Kurhess. Thlr. 40 b. R.	56 7/8 P.
Gr. Hessen fl. 50 b. R.	—
„ fl. 25 do.	37 P.
Nassau fl. 25 bei Rothsch.	36 1/8 P.
Sardinische Fr. 36 b. B.	—
Neuchateler 10 Frs.-Loose	—
Freiburger 15 Frs.-Loose	—
Mailänder 45 Frs. L. b. E.	33 P.
St. Lüttich mit 2 1/2 pCt. Z.	34 P.
Ansb.-Gunzenh. fl. 7-L.	10 P.

Frankfurt, 8. März. Die Börse war für amerikanische Fonds in Folge auswärtiger Kauforders sehr günstig gestimmt. Im österreichischen war der Umsatz nicht bedeutend, die Haltung eher etwas matter. Geld sehr flüssig. (Synd.)

An die
k. Hof- und Staatsbibliothek
1 N. Würzb. Ztg.
München.

Neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht!

№ 69. | Vorausbezahlung: Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 1 fl. 30 kr. Bei Inseraten wird die dreispaltige Zeile in gewöhnlicher kleiner | 62. Jahrgang. | Schrift oder deren Raum im Hauptblatte mit 6 kr., im Anzeiger mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franco. | Freitag, 10. März 1865.

Zur schleswig-holsteinischen Sache.

Der offiziösen „Prager Zeitung“ schreibt man aus Wien vom 6. März über Oesterreichs Antwort an Preußen: „Die Antwort des österreichischen Kabinets, welche die preußischen Forderungen als blos incidentielle betrachtend, diese vorläufig ablehnt, ist, wie wir vernehmen, gestern nach Berlin expedirt worden. Die Depesche, welche sehr schneidig gehalten sein soll, stellt sich auf den Boden des Mitbesitzes, der eine Realisirung der preußischen Forderungen ausschließt. Oesterreich besteht in der Depesche auf dem strikten Festhalten des Art. 3 des Friedensvertrags, welcher uns die vollständige Gleichberechtigung garantirt. So lange Oesterreich sich im Mitbesitze der Herzogthümer befindet, kann von einer Realisirung der preußischen Forderungen nicht die Rede sein. Dies ist, wie wir vernehmen, der Charakter und Ideengang des neuesten diplomatischen Aktenstücks, und es ist aus demselben ersichtlich, daß sich Graf Mensdorff eifrig bemüht, die Position Oesterreichs zu befestigen, und daß an eine Nachgiebigkeit oder Annahme der preußischen Propositionen nicht zu denken sei. Unser Civilkommissar wird in den Herzogthümern selbst das Seinige thun (derselbe hat sich bereits gerührt, wenn es auf sein Andringen geschehen ist, daß die Oesterreicher ihre Schilderhäuser nach dem Vorgange der Preußen nun auch mit ihren Landesfarben angestrichen haben), um für den Fall, als Uebergriffe vorkommen sollten, für die Wahrung des Art. 3 des Friedenstraktats einzustehen, und dürfte somit, was ein Korrespondent der „K. Z.“ aus Altona zu schreiben weiß — man will in jenem Briefe die Feder des Barons Scheel-Plessen erkennen — auf das gründlichste Lügen strafen.“

Wie man der „A. Z.“ aus Wien vom 7. d. berichtet, stellt die österreichische Antwort auf die preußischen Propositionen vom 23. Februar der Einführung des Suzeränetätsverhältnisses in den Herzogthümern, sowie deren Annexion einen der Sache nach entschiedenen Widerspruch entgegen, in der Form aber sucht sie eine Wendung zu finden, welche wenigstens den Versuch gestattet, den Faden der Verhandlung weiter zu spinnen. Im Uebrigen ist die österreichische Erklärung getragen von dem Gedanken, daß Oesterreich in den Herzogthümern genau dieselbe Stellung einnimmt wie Preußen, daß keine von beiden Mächten in der schleswig-holsteinischen Frage eine selbständige Politik zu verfolgen vermag, daß endlich der Art. 3 des Friedensvertrages unmöglich dahin zu deuten sei, Preußen ein Näherrecht in den Herzogthümern zuzusprechen.

Ein offiziöser Berliner Korrespondent schreibt der „Frkf. Postz.“ unterm 7.: „Die österreichische Antwort auf die letzte preußische Depesche ist bereits hier angelangt. Wie ich höre, ist dieselbe zwar nicht zustimmend, keineswegs aber ablehnend. Ueber die der österreichischen Antwortdepesche beigefügten Motive verlautet noch nichts. Dagegen bin ich in der Lage, über den Inhalt der preußischen Forderungen folgende zuverlässige Details mitzutheilen: Territorial-Abtretungen werden nur (!) in sehr beschränkter Weise gefordert: es wird nämlich nur so viel Areal verlangt, als zur Herrichtung einer befestigten militärischen Stellung bei Sonderburg und Düppel absolut nothwendig ist, und in Kiel nur so viel, als zur Errichtung von Befestigungen zur Sperrung des Eingangs der Bucht sich als nothwendig erweist. Im Kieler Hafen selbst, wie in allen andern schleswig-holsteinischen Häfen verlangt Preußen nur ein Stationsrecht der preußischen Flotte. Welche Ausdehnungen die Abtretungen an den Enden des Nordseekanals haben sollen, hat Preußen noch gar nicht ausgesprochen, sondern will hierüber eine Vereinbarung mit der Landesregierung vorbehalten. Ueber den Kanal beansprucht Preußen das Oberaufsichtsrecht. Rendsburg nimmt Preußen nicht für sich in Anspruch; sollte der Bund diesen Ort zur Bundesfestung wünschen, dann wäre hierüber noch eine Einigung zwischen Preußen, dem künftigen Souverän der Herzogthümer und dem Bunde nöthig. Bei den von Preußen in Aussicht genommenen militärischen Einrichtungen soll das Verhältniß des von Holstein und Lauenburg zu stellenden (Bundes-) Kontingentes nicht berührt werden. Dasselbe wird mit keinem preußischen Armeekorps vereinigt und bleibt ein Theil des achten Bundesarmeekorps.“

Feuilleton.

Der Prozeß Mogni.

London, 3. März. Der Prozeß gegen Gregorio Mogni ist im Lauf des gestrigen Abends zum Schluß gekommen. Mogni wurde schuldig befunden und zu 5 Jahren Zuchthaus verurtheilt.

Die allgemeine Aufmerksamkeit, mit welcher das Publikum den Verhandlungen gefolgt ist, gründet sich bekanntlich auf den Umstand, daß gerade vor einem Monat Serafino Pelizzioni wegen Ermordung M. Harrington's, dessen Tödtung jetzt auf Mogni zurückgeführt ist, zum Strang verurtheilt worden war. Der damals vorsitzende Richter Martin hatte dem Wahrspruch der Geschworenen seinen vollen Beifall ausgesprochen und ausdrücklich gesagt, der Beweis der Schuld Pelizzioni's sei der „direkteste und zwingendste, der ihm in seiner Praxis vorgekommen“, und in den begleitenden Umständen des Verbrechens sei nichts, was die Ermordung auf einfachen Todtschlag reduziren könne. „... Ich bin so fest überzeugt, wie ich nur von irgend etwas überzeugt sein kann, daß Gregorio (Mogni) jene Wunde (die Ursache des Todes) nicht beibrachte, und daß Sie (den Gefangenen anredend) der Thäter sind“, fügte der Richter hinzu. Gestern also hat eine andere Jury entschieden, daß Gregorio Mogni dennoch den Todesstreich geführt hatte; — nachdem die große Jury vorher erklärt hatte, daß der Akt einfach als Todtschlag und nicht als Mord zu betrachten sei.

Die gestrigen Verhandlungen leitete der Richter Byles. Gregorio Mogni, der sich auf Anlaß des Italieners Hrn. Negretti selbst dem Gericht gestellt hat, plaidirte: „Ich bin schuldig, und das ist mein Unglück, aber ich that es aus Nothwehr.“ Der Richter faßte dies als die Plaidirung „Nicht schuldig“ auf. Mogni verlangte, von einer gemischten Jury gerichtet zu werden. Da er keinen Vertheidiger hatte, so stellte der Gerichtshof ihm Hrn. Montagu Williams als Anwalt zur Seite. Sergeant Ballantine trat als Ankläger auf. Er beschrieb den zu Grunde liegenden Vorgang in Kurzem wie folgt: „Am Abend des 26. Dezember wurde in einem Wirthshause zu Saffronhill — einem Quartier der Hauptstadt, wo viele Ausländer, besonders Italiener, wohnen — in dem Billardzimmer ein Mann Namens Michael Harrington durch einen Stich in den Unterleib getödtet, und zwar, wie anzunehmen ist, durch diese eine Wunde. Zwei andere Personen wurden gleichzeitig verwundet, und man wird wahrscheinlich zugeben, daß ein einziges Individuum, wer es auch gewesen, alle diese Verletzungen beigebracht hat. Sollte es sich ergeben, daß der Angeklagte schuldig ist, so wird er der Einzige sein müssen, der an dem Verbrechen betheiligt gewesen. Am Abend des 26. Dezember war eine Anzahl von Engländern in dem Billardzimmer versammelt; und kurz vorher, ehe die Tödtung geschah, war Mogni in dem Hause gewesen und hatte dem Wirth einen Schlag ins Gesicht gegeben. Daß Mogni also auf dem Schauplatz der That gewesen, kann nicht in Abrede gestellt werden. Nach dem Kampf mit dem Wirth schlugen die Engländer im Billardzimmer einen großen Lärm. Ein Bruder des Angeklagten war in das Zimmer getreten und wurde dort mit Prügeln empfangen. Der Angeklagte eilte nach und zog, seinen Bruder mißhandelt sehend, ein Messer, mit dem er rechts und links um sich stieß. Als der Verletzte (Harington) von dem Boden aufgehoben wurde, ward Pelizzioni, der jetzt zum Tod verurtheilt im Gefängniß von Newgate sitzt, auf demselben liegend gefunden, und wurde sofort in Haft gebracht. Einerseits wies dieser Umstand auf Pelizzioni als den Thäter hin; anderseits war es möglich, daß Pelizzioni gerade in dem Moment, da Harrington erstochen wurde,

Ein offiziöser Wiener Korrespondent der „D. A. Z." berichtet vom 6. ds.: „Man will hier mit großer Bestimmtheit wissen, daß die dänische Regierung größere Hoffnung hege als je, das nördliche Schleswig zurückzugewinnen, und daß die Fäden dieser Kombination schließlich in Berlin zusammenlaufen. Obgleich von den Dänemark nächstverwandten Höfen von London und Petersburg warm unterstützt und von Frankreich, wenigstens für den Fall, wo man den „nicht mehr ungewöhnlichen" Weg der Volksabstimmung betreten würde, nicht schlechthin ablehnend beschieden, würde eine solche Kombination doch allerdings nur dann Aussicht auf Erfolg haben, wenn sie gleichzeitig den preußischen Annexionstendenzen Vorschub leistete, und nach dieser Richtung hin, so behauptet man, schweben Verhandlungen, welche bereits über das Stadium der bloßen Vorbereitung hinaus gediehen seien und in ihren schon sehr greifbaren Formen in Berlin, wenn sie auch von dort aus nicht angeregt oder direkt unterstützt worden, doch jedenfalls einem prinzipiellen Widerspruch nicht begegneten. Anfang des laufenden Monats soll der Entwurf einer bezüglichen Punktation, wie es scheint englischen Ursprungs, Hrn. v. Bismark vertraulich vorgelegt sein."

Wie den „H. N." aus Schleswig geschrieben wird, scheint nach den dorthin gelangten Nachrichten die in Kopenhagen zusammengetretene finanzielle Auseinandersetzungs-Kommission auf dieselben Schwierigkeiten zu stoßen, welche bei den Friedenskonferenzen in Wien die Verhandlungen so sehr verzögerten. Di dänische Halsstarrigkeit bewährt sich wieder in vollem Maße; eine gemeinschaftliche Thätigkeit der verschiedenen Kommissäre ist dänischerseits abgelehnt, so daß schriftlich korrespondirt werden muß. Dauert die dänische Widerwilligkeit fort, so ist gar nicht abzusehen, wie lange Zeit verhandelt werden, und ob die Kommission nicht dereinst resultatlos auseinandergehen muß. Da die Herzogthümer jedoch bedeutende Zahlungen an Dänemark für den übernommenen Theil der öffentlichen Schuld, die Apanagen u. s. w. zu leisten haben, so ist damit das Mittel gegeben, dem dänischen Uebelwollen zu begegnen. Uebrigens zeigt sich das Widerstreben Dänemarks gegen ein sachgemäßes Arrangement ebenfalls bei der in Hadersleben tagenden Grenzregulirungs-Kommission, welche auch jetzt, wo der Schnee geschmolzen ist, mit ihren Arbeiten nicht vom Flecke kommen soll. Gegen die kommunale Trennung der Grenzdörfer werden alle möglichen Einwendungen erhoben; bald wird das Kirchenvermögen, bald die Gemeindegrundstücke und Wege für die abgetretenen Theile gefordert. Jedenfalls haben auch hier die Verhandlungen einen weitaussehenden Charakter. Trotz alledem finden sich in Deutschland Leute, welche Schonung eines so übelwollenden Gegners predigen.

(Amtliche Nachrichten.) **München**, 8. März. Se. Majestät der König hat die prot. Pfarrei Windsfeld, Dek. Dittenheim, dem bisherigen Pfarrer in Polsingen, K. J. W. Buhler, verliehen.

München, 7. März. Gestern fand im Kafé Tals eine Besprechung statt, welche den Zweck hatte, die menschenfreundlichen Sympathien der hiesigen Einwohnerschaft für die armen Polen zu einer wirksamen Hilfe zu gestalten. Es ist bereits bei Sr. Majestät dem König um Gestattung öffentlicher Sammlungen petitionirt. Durch diese sollen die Reisemittel für Beförderung jener Unglücklichen nach den nordamerikanischen Freistaaten aufgebracht werden. Nach Bewilligung jener Sammlungen ist eine öffentliche Versammlung, aus welcher ein Hilfskomite hervorgehen soll, in Aussicht genommen. Der allgemein verehrte Geh. Rath v. Ringseis sowie andere hiesige Notabilitäten haben bereits ihre Mitwirkung zu dieser Versammlung zugesagt, und andere bayerische Städte werden das Beispiel der Hauptstadt hoffentlich nachahmen, so daß wir dem edelmüthigen Auftreten, welches jüngst sich in St. Gallen kundgegeben hat, nicht nachstehen werden. Bei diesem Anlasse ist zu berichtigen, daß nicht, wie dieser Tage zu lesen war, sämmtliche Polen München verlassen mußten; es befinden sich, wie versichert wird, zur Zeit noch 100—120 hier.

Wien, 8. März. Die „Wiener Abendpost" dementirt auf das Entschiedenste die Meldung der Londoner „Morningpost", wonach Rußland die Aufrechthaltung des Belagerungszustandes in Galizien bis zur Durchführung der beabsichtigten Einverleibung Polens verlangt haben sollte.

Wien, 8. März. In der heutigen Abendsitzung des Finanzausschusses des Abgeordnetenhauses berichtete Herbst für das Subkomite. Der Polizeiminister Mecsery stellte die Alternative auf Annahme oder Ablehnung des Regierungsvorschlages. Hopfen beantragte, die Anträge des Subkomite's vor das Haus zu bringen.

---

ins Zimmer eingetreten und zu Boden geworfen worden war. In der Nähe Pelizzioni's und des Erstochenen wurde kein Messer oder sonstiges Instrument vorgefunden. Wenige Minuten nach dem Vorfall stürzte der Angeklagte, Mogni, hinaus auf die Straße, fiel einem ihm begegnenden Landsmann um den Hals, und rief unter Zeichen großer Aufregung und Angst aus, daß er drei oder vier Leute in dem Wirthshaus erstochen habe. Mogni kehrt nicht nach seiner Wohnung zurück, sondern schlief die Nacht in einem elenden Winkel, und machte sich den folgenden Tag auf und davon nach Birmingham. Vorher hatte er einem Manne, Chitty, ein Messer gegeben, welches vorliegt und mit dem die That wohl verübt worden sein kann. Das später folgende Verhör und die Veurtheilung Pelizzioni's erregten große Aufmerksamkeit. Der Italiener Herr Negretti stellte Nachforschungen an, um das Leben seines Landsmannes zu retten, wenn er unschuldig sein sollte. Ein anonymer Brief führte ihn nach Birmingham, wo er den jetzt hier stehenden Angeklagten fand, der sich ihm als den Schuldigen nannte.

Die erste Zeugin Eliza H. Shaw, Ehefrau des Wirths zum goldenen Anker zu Saffronhill, sagt aus, daß Mogni ihren Ehemann geschlagen habe; daß sie gesehen habe, wie Gregorio im Schenkzimmer mit Harrington handgemein geworden, daß H. sich jedoch los gemacht und ins Billardzimmer gegangen sei, während Mogni, wie sie glaube, ein anderes Zimmer betreten habe; daß etwa ¼ Stunde später Mogni und sein Bruder von ihr die Hüte gefordert, die aus dem Billardzimmer geholt worden seien.

Giovanni Mogni, Bruder des Angeklagten, beschreibt, wie er beim Eintritt ins Billardzimmer, wo sich 16 bis 18 Engländer befanden, mit Stockschlägen empfangen worden, wie sein Bruder ihm beigesprungen, ein Messer gezogen und mit demselben um sich gestoßen habe, während die Engländer auf Beide losschlugen. Harrington sei in dem Zimmer gewesen, Pelizzioni nicht. Diese beiden so wichtigen Zeugen waren bei dem Verhör Pelizzioni's gar nicht vernommen worden.

Pietro Marazzi war mit den beiden Mognis in dem Billardzimmer bei der Prügelei. Einige Sekunden, nachdem Gregorio eingetreten, sah ich ein Messer in seiner Hand. Ich sagte zu ihm: „Um Gottes Willen, Gregorio, thu' das Messer fort." Gregorio antwortete: „Laß mich, sonst kommen wir nicht lebendig hier heraus." Ich sah ihn mit dem Messer in der Hand; doch sah ich nicht, wie er es gebrauchte. Jemand faßte mich bei der Schulter und stieß mich aus dem Zimmer. Pelizzioni habe ich nicht in dem Billardzimmer gesehen. Eine Viertelstunde später traf ich Gregorio auf der Straße; er fiel mir um den Hals und rief: „Mein lieber Marazzi, was habe ich gethan!" Ich antwortete: „Du hast dein Messer gebraucht, ja?" Er sagte: „Ja, ich habe Drei oder Vier gestochen." Dann ging er fort. — Im Kreuzverhör sagte er aus, Gregorio's Bruder sei mit Blut bedeckt gewesen, als er (Zeuge) ins Zimmer trat, und die Engländer hätten auf ihn losgeschlagen, daß das Blut ihm über's Gesicht geströmt sei. — J. Mauroni hat gleichfalls an jenem Abende von Greg. Mogni das Geständniß gehört, daß er drei oder vier Leute mit dem Messer gestochen. — Ein anderer Zeuge konstatirt, daß Greg. Mogni ihm spät am Abend des 26. Dezember ein Messer zum Aufheben gegeben habe. Das Messer wird vorgelegt und von andern Zeugen als Gregorio's Eigenthum anerkannt.

Auch Serafino Pelizzioni wurde aus seiner Zelle vorgeführt, um als Zeuge vernommen zu werden. Er sagte u. A. aus, daß er, um den Streit zu schlichten, zum Billardzimmer gegangen sei (nachdem er gerade zuvor ins Haus eingetreten), daß er, die Thüre öffnend, einen Schlag auf den Kopf empfangen habe, auf den Boden gerissen und ins Zimmer hineingeschleppt worden sei; dort habe man ihn niedergehalten und ein Polizist, der hinzugekommen, habe ihn verhaftet.

Hr. Montagu Williams, der Vertheidiger Mogni's, führte in seiner Rede aus, daß Gregorio Mogni's That, angenommen, er sei der Thäter, gerechtfertigter Todtschlag sei; daß aber die Beweise für die Schuld unzureichend seien. Als Zeugen führt er Alfred Rebbeck, Kellner im Goldenen Anker, vor, welcher aussagte, Pelizzioni habe ihn mit einem Messer gestochen; Gregorio sei nicht in dem Zimmer gewesen. Eine Frau Maria King behauptet, von Pelizzioni in dem Billardzimmer niedergeschlagen worden zu sein. Polizist Valrock hatte Pelizzioni verhaftet und ihm auf der Polizeistation ein Messer abgenommen. Im Kreuzverhör sagte er aus, dieses Messer sei mit Tabak beschmutzt und augenscheinlich mehrere Tage lang nicht im Gebrauch gewesen. — Nachdem Sergeant Ballantine als Ankläger noch einmal das Wort gehabt, resumirte der Richter Byles den Fall.

Mecsery erklärte, die Regierung werde keinen Vertreter zur Ausschußberathung schicken, und machte es dem Subkomite zum Vorwurf, keine Ziffer genannt zu haben. Hierauf entfernte sich der Vertreter der Regierung. Kaiserfeld beantragte, den Regierungsvorschlag, Taschek, das Finanzgesetz vor das Haus zu bringen. Kinsky beantragte, der Finanzausschuß solle im Hause über Brinis' Antrag den Uebergang zur Tagesordnung beantragen. Kinsky's Antrag wurde mit 17 gegen 12 Stimmen, ebenso ein Antrag, das Budget für 1866 einem Sechsunddreißiger Ausschuß zuzuweisen, welcher nach Feststellung des Budgets für 1865 Bericht erstatten soll, angenommen. Bei der Abstimmung über das Kriegsbudget wurden die Anträge der Abgg. Taschek, Szabel und Giskra abgelehnt, ein Antrag Brestl's und Eiselsberg's auf einen Abstrich von 17¼ Millionen mit 18 gegen 16 Stimmen angenommen.

Wien, 9. März. In der heutigen Sitzung des Unterhauses legte die Regierung eine Rechtfertigung der mehreren Unternehmungen eingeräumten Begünstigungen vor. Grocholski interpellirt in Betreff des Nothstandes im Hochgebirge Galiziens. Herr v. Schmerling antwortet, die Regierung habe bereits die nöthigen Weisungen erlassen. Eine Mittheilung des Bezirksgerichts der Alservorstadt, betreffend eine Klage gegen den Abg. Ryger wegen Ehrenbeleidigung wird einem besonderen Ausschusse zugewiesen. Ferner beantwortet Hr. v. Schmerling die Interpellation Giskra's wegen des Belagerungszustandes in Galizien. Die Regierung halte an der in der Adreßdebatte dargelegten Anschauung fest, daß der Belagerungszustand eine Maßregel der Exekution sei, zu deren Rechtfertigung die Regierung nach §. 13 sich nicht verpflichtet erachte; dieselbe erkenne übrigens, daß hier eine Lücke in der Gesetzgebung vorhanden sei und werde zum Zustandekommen eines Gesetzes über den Belagerungszustand gern die Hand bieten. Der Minister theilt dann mit, der Kaiser habe durch Entschließung vom 6. März angeordnet, daß der Belagerungszustand in Galizien vom 18. April an aufzuhören habe. Berger und 75 Genossen bringen einen Gesetzentwurf ein, den §. 13 des Grundgesetzes dahin erläuternd, daß jede auf Grund dieses Paragraphen getroffene Regierungsmaßregel außer Wirksamkeit trete, wenn dieselbe nicht die Genehmigung des Reichsraths erhalte. — Im weiteren Verlaufe der heutigen Unterhaussitzung wurde der Gesetzentwurf über Reduktion der Silberanleihe von 1864 auf 62½ Millionen nach Antrag des Ausschusses angenommen. Der nächste Sitzungstag ist noch unbestimmt.

Berlin, 8. März. Die „Prov.-Korresp." sagt, der Flotten-Gründungsplan werde nächstens dem Abgeordnetenhause vorgelegt werden. Die Regierung glaube, die Kosten aus den regelmäßigen Staatseinnahmen bestreiten zu können; eine Flotten-Anleihe werde daher nicht erforderlich sein.

Bern, 6. März. Letzten Freitag, Morgens um 4 Uhr, berichtet die „N. Glarner Z.", wurden die Einwohner von Neitstall durch ein furchtbares Naturereigniß aus dem Schlafe geweckt. In einer Breite von mehr als einer Viertelstunde und einer Höhe von 2000 Fuß lösten sich vom steilen Wiggis acht Millionen Quadratfuß frisch gefallenen schweren Schnee's. Von der Kraft des durch den raschen Sturz einer so gewaltigen Schneemasse erzeugten Luftdrucks kann man sich, ohne die Zerstörung in Wirklichkeit zu sehen, keine Vorstellung machen. Wäre die Lawine von heute Morgen, erzählt die „N. Gl. Z." weiter, zur Tageszeit gekommen, so könnten wir wahrscheinlich viele Menschenleben zu beklagen haben. Der Schneeorkan brauste mit solcher Gewalt durch und über das Dorf, es war ein Tosen, ein Donnern und Krachen, daß viele Leute glaubten, der jüngste Tag oder ein Erdbeben sei vorhanden. Die Lawine berührte das Dorf in seiner ganzen Länge von 4—5000 Fuß. An kleineren und größeren Waldbäumen liegen mehr als tausend in Stücken und Fetzen in den Gütern herum. Bedeutender noch ist der Schade an Obstbäumen. Die Hauptstraße ist von unten bis oben im Dorfe mit Trümmern der Verwüstung übersäet. Der Boden ist bedeckt mit Bruchstücken von Bäumen, Laden, Schindeln u. s. w.; große Balken und von den Schindeldächern abgeworfene Steine liegen harmlos neben dem Heu, das aus den Ställen in den Gütern ins Dorf hinein getragen wurde.

London, 6. März. Das Reuter'sche Bureau berichtet, daß der Adel des Gouvernements von Pskow in einer von demselben abgehaltenen Versammlung ganz gleich mit dem von Moskau die Berufung von Generalstaaten verlangt habe.

London, 6. März. Der große Kampf zwischen den Besitzern der Eisenwerke und ihren Arbeitern hat begonnen. Die meisten Eisenfabriken und -Hütten des Königreichs liegen heute still und

---

Die Jury zog sich zur Berathung zurück und kehrte nach einer Stunde mit dem Wahrspruch „Schuldig" zurück, empfahl jedoch Milde, da Mogni sehr gereizt worden sei und seinen Bruder mißhandelt gesehen habe. — Der Richter fällte darauf das Strafurtheil gegen Gregorio Mogni, welches auf 5 Jahre Zuchthaus lautete. — Es kann kein Zweifel obwalten, daß der unschuldig verurtheilte Pelizzioni jetzt in Freiheit gesetzt werden wird. Wäre Gregorio Mogni nicht aufgefunden worden, so hätte er bereits am Mittwoch den 21. v. M. den Tod am Galgen erlitten. Mogni's rechtzeitige Erscheinung und Selbstanklage hat glücklicher Weise den Justizmord verhindert.

Vermischtes.

(Assisen von Grenoble.) Sein längerer Frist wieder einmal ein hinlänglich schauriger Fall, um das Publikum massenweise in den Assisensaal strömen zu lassen. Das schuldige Paar besteht aus dem 56jährigen Oekonomen Chenavar und seiner Geliebten, der 38jährigen Anna Goudon, verehelichten Moiroud. Ersterer hatte sich schon seit mehreren Jahren in dem Hause Moiroud's halb mit Gewalt einquartirt und häufig genug den schwachen und furchtsamen Ehemann hinausgetrieben. Endlich beschloß man, sich des Ueberlästigen ganz zu entledigen. Dies wurde in der Art bewerkstelligt, daß Chenavar, während Moiroud schlief, demselben zwei furchtbare Wunden mit Hackenschlägen am Kopf beibrachte, welche augenblicklich den Tod nach sich zogen. Hierauf schleppten Beide den Leichnam nach der Scheune, entkleideten und verbrannten ihn, so daß nur ein Häufchen calcinirter Knochen übrig blieb, welche verscharrt wurden. Beide sind der That geständig, suchen sich aber gegenseitig die Anstiftung zuzuschieben. Ueberdies lastet auf Chenavar der dringende Verdacht, bereits vor 2 Jahren seine Frau vergiftet zu haben. Auf welcher Stufe der Beredtsamkeit die Advokaten der Provinz mitunter stehen, dürfte sich aus Folgendem ergeben. Chenavar ist ganz abschreckend häßlich, so daß man ihm in der Sitzung Dank weiß, daß er sein Medusenhaupt beständig in sein Schnupftuch vergräbt. Nun sucht sein Vertheidiger Giraud (derselbe, der neulich Moritz Roux vertreten), gerade aus dieser Häßlichkeit zu beweisen, daß sein Klient die Moiroud nicht verführt haben könne, vielmehr, was freilich paradox genug klingt, von ihr gesucht worden sei, und nur aus grenzenloser Dankbarkeit für so unerwartete, ungewohnte Liebe in das Verbrechen gewilligt habe. Dagegen nimmt der Vertheidiger der Frau seine Zuflucht zum 1. Buch Mosis und bedient sich folgender origineller Wendung: „Mein Kollege meint, dieser Mann sei zu mißgestaltet, um zu wagen, seine Augen zu einer Frau zu erheben! Irrthum, großer Irrthum! Die Schlange, das niedrigste aller Ungeheuer, hat gleichwohl die Stammmutter Eva verführt: ebenso konnte Chevanar, die häßliche Schlange, Anna Gouden verführen! Wollen Sie noch ein anderes Beispiel? Belisar war der schönste Mann seines Jahrhunderts, und seine Frau gab sich allen Lakaien des Palastes preis!" — Doch genug dieser Proben von Eloquenz. Die Geschworenen beseitigten die Vergiftung, fanden dagegen beide Angeklagte der Ermordung Moiroud's schuldig, bewilligten ihnen jedoch mildernde Umstände, was diesmal vom Publikum mit allgemeinem Murren aufgenommen wird. Der Assisenhof verurtheilt hierauf Beide zu lebenslänglicher Zwangsarbeit.

Paris, 7. März. Am verflossenen Sonntage wurden die Frühlings-Staple-Chases in der Marche eröffnet unter großem Zudrang der eleganten ganzen und halben Welt. Die Damen dieser letzteren haben nun als neuesten Chic eine Mode eingeführt, die in Bezug auf Dummheit, Harmlosigkeit und Wohlfeilheit kaum noch etwas zu wünschen übrig läßt. Sie tragen nämlich jetzt, als Cachet der höchsten Eleganz, im Taschentuch, im Busen, in der Tasche rc. zahme weiße Mäuslein mit sich herum!

Der Sklavenhandel zwischen Konstantinopel und Alexandria steht, wie die „Triester Zeitung" meldet, in solcher Blüthe, daß weit über 10,000 Tscherkessenkinder jährlich nach Aegypten, meist an Christen, verkauft wurden, und zwar Knaben zu 3000—4500, Mädchen zu 10,000—13,000 Piaster.

Zu den jüngster Zeit aufgetauchten Animositäten der transatlantischen Presse gehört folgende Bemerkung des Herausgebers eines amerikanischen Blattes: „Einer unserer Kollegen von der Presse, der sich überall von Feinden verfolgt glaubt, sagt, er sei entschlossen, sein Leben so theuer als möglich zu verkaufen. Wir glauben, wenn er fünf Silbergroschen dafür erhält, so stirbt er als ein Schwindler."

sollen, wie die Besitzer beschlossen haben, nicht eher wieder geöffnet werden, bis die Arbeiter sich einstimmig zur Annahme des um 1 Sh. per Tonne oder 10 Prozent verminderten Lohnes bereit erklären. In Südstaffordshire allein sind 3000 Hochöfen, die noch am Sonnabend in voller Arbeit waren, heute kalt, sind 34—35,000 Menschen aus ihrer Beschäftigung gestoßen. Schließen sich sämmtliche Fabrikherren der getroffenen Verabredung an, so sehen sich 70,000 Leute von heute an auf unbestimmte Zeit ohne Arbeit und Verdienst, und etwa 200,000 Menschen werden ihrer Subsistenzmittel verlustig gehen.)

Paris, 7. März. Der gestrige Abendmoniteur und der Hauptmoniteur von diesem Morgen enthalten über die Unterrichtsfrage eine Note, welche die von dem Unterrichtsminister beantragte Verpflichtung zum unentgeltlichen Schulbesuch vorläufig noch in das weite Reich der „Utopien“ verweist. Diese Note lautet folgendermaßen: „Die durch den Bericht des Hrn. Unterrichtsministers angeregten wichtigen Fragen über den Volksunterricht sind während mehrerer Sitzungen der Minister und Geheimrathsmitglieder unter Vorsitz des Kaisers diskutirt worden. In Folge dieser Berathungen hat Se. Majestät verfügt, einen in nachstehenden Hauptsätzen sich zusammenfassenden Gesetzentwurf der Prüfung des Staatsraths zu überweisen: 1) die freien Elementarlehrer bedürfen keines vorher eingeholten Zeugnisses ihrer Lehrbefähigung; 2) die Gemeinden mit mehr als 500 Seelen Bevölkerung müssen eine öffentliche Mädchenschule besitzen; 3) es werden Belohnungen für fleißigen Schulbesuch den Kindern ertheilt, welche vom siebenten bis dreizehnten Jahr regelmäßig dem öffentlichen Unterricht beiwohnen; 4) das Minimum der jährlichen Besoldung der Elementarlehrerinnen wird auf 500 Franken festgesetzt; 5) die Besoldung der Hilfslehrer und Hilfslehrerinnen wird verbessert, und ihre Ernennung dem Präfekten übertragen; 6) die Ausübung des durch frühere Gesetze den Gemeinden übertragenen Rechts, Freischulen zu errichten, soll größere Wirksamkeit erhalten. Jede Gemeinde soll ermächtigt werden, außer ihren gegenwärtigen Geldmitteln, noch zwei besondere Centimes von den vier direkten Steuern auf Errichtung dieser Freischulen zu verwenden. Im Fall der Unzulänglichkeit dieser Mittel kann die Gemeinde einen Zuschuß vom Departement erhalten, und es wird der Staat den noch zu deckenden Rest der Ausgabe tragen. Die Besoldung des Lehrers der Freischule darf nicht geringer sein, als das Schulgeld und die feste Besoldung zusammengenommen es sein würde. Dieser Gesetzentwurf beruht nicht auf den von dem Minister des öffentlichen Unterrichts entwickelten Prinzipien, allein sein Bericht ist als Ausdruck seiner persönlichen Ansicht und wegen der Wichtigkeit der in ihm enthaltenen Aufschlüsse der Oeffentlichkeit übergeben worden.“

Paris, 7. März. Die Erklärungen, welche Graf Eulenburg kürzlich in dem Abgeordnetenhause in Berlin über die Stellung der preußischen Regierung zu den Kammerwahlen abgegeben hat, finden ihrer Offenheit wegen bei der Mehrzahl der französischen Blätter gebührende Anerkennung. Die „Gazette de France“ bemerkt, ohne besondern Neid und Stolz an den Tag zu legen: „Die preußische Regierung hatte uns bereits das Preßreglement mit seinem Gefolge von Verwarnungen und Unterdrückungen entlehnt. Nun nimmt sie von uns noch die Theorie und Praxis der offiziellen Kandidaturen an.“

Turin, 8. März. Heute wurde in der Deputirtenkammer die Diskussion über die Abschaffung der Todesstrafe wieder aufgenommen. Der Justizminister sprach sich zu Gunsten der Abschaffung aus, hält aber nicht dafür, daß dieselbe jetzt schon zeitgemäß sei: die Frage sei noch nicht hinlänglich studirt, und die öffentliche Sicherheit biete noch keine der Abschaffung günstigen Bedingungen.

Mexiko. Die Pariser „Monde“ veröffentlicht den Protest des mexikanischen Episkopates an den Kaiser Max gegen die von ihm wegen der Kirchengüter getroffenen Anordnungen. Die mexikanischen Bischöfe finden es besonders befremdlich, daß der Kaiser gehandelt habe, bevor die Instruktionen der römischen Kurie bei dem Vertreter des Papstes in Mexiko angelangt seien. Der mexikanische Episkopat wird in seiner Protestschrift sehr lebhaft. In dem Aktenstücke heißt es: „Wir sind sammt und sonders geneigt, eher von der Mildthätigkeit der Gläubigen zu leben, als von einem Staatsgehalte, denn in einem solchen Falle haben wir nichts im Auge als die Würde der Kirche und die Unabhängigkeit ihrer Diener. In Betreff der religiösen Toleranz sehen wir nichts, was eine solche, wir wollen nicht sagen dringend, sondern selbst entschuldbar erscheinen ließe. Mexiko ist ein ausschließlich katholisches Volk, und sein Abscheu gegen die Herrschaft der Toleranz hat sich zu jeder Zeit aufs Nachdrücklichste kundgethan.“ Die Bischöfe erinnern den Kaiser an Commonfort's Erfahrung, der 1856 auch ein Toleranz-Edikt erlassen und den man hinterher gezwungen habe, dieses Toleranz-Edikt fallen zu lassen. Dieser Protest ward am Tage nach dem Briefe des Kaisers an Escudero aufgesetzt.

Hiezu die Beilage: „Würzburger Anzeiger“.

Verantwortlicher Redakteur: A. Hartmann.
Druck und Verlag der Stahel'schen Buch- und Kunsthandlung in Würzburg

Cours der Staatspapiere.

Oesterr.	5 pCt. Met. (Cp. i. S. b. R.)	—
„	5 pCt. Lomb. ditto. à 24	—
„	5 pCt. Engl. Met. v. 1852	78½ P.
„	5 pCt. Engl. Met. v. 1859	78½ P. ⅝ G.
„	5 pCt. Venet. Coupon b. R.	84⅜ G.
„	5 pCt. Nationalanl. v. 1854	68⅝ P. ⅜ G.
„	5 pCt. Metall. Obligation.	63 P.
„	4½ pCt.	55½ P. ¼ G.
Preussen	3½ pCt. Staatsschuldsch.	
Bayern	4½ pCt. Obl. 1jähr. dto.	102 P.
„	4½ pCt. Obl. ½jähr. dto.	102⅛ P. 101⅞ G.
„	4 pCt. Obl. 1jähr. dto.	99 P.
„	4 pCt. Obl. ½ jähr. dto.	99½ P.
„	4 pCt. Obl. Ab.-R. dto.	99¾ P.
„	3½ pCt. Obl. dto.	—
Württemb.	4½ pCt. Obl. b. Rothsch.	104¾ G.
„	3½ pCt. Obl. dto.	95⅛ P. 94¾ G.
Baden	4½ pCt. Obl.	—
„	3½ pCt. Obl. v. 1842	92¼ P. ⅛ G.
Gr. Hess.	4½ pCt. Obl.	—
„	4 pCt. Obl. b. Rothsch.	100⅝ P.
„	3½ pCt. Obl. dto.	97⅝ P.
Nassau	4½ pCt. Obl. dto.	102¼ P.
„	4 pCt. Obl. dto.	99¼ P.
„	3½ pCt. Obl. dto.	92¼ G.
Frankfurt	3½ pCt. Obl.	96¾ G.
„	3 pCt. Obl.	92 P.
Spanien	3 pCt. inl. Sch. P. à fl. 2. 30	—
„	2¼ pCt.	—
Schweden	4½ pCt. Obl. à 105 Thlr.	91¾ P. ¼ G.
N.Amerika	6 pCt. à 1000r. 1881 D.2½	—
„	6 pCt. ditto r. 1882 „	55⅞ G.

Diverse Aktien.

Frankfurter Bank à fl. 500 . . .	160½ P.
K. K. Oesterr. National-Bankaktien	841 P.
Oesterr. Kreditbank-Aktien à fl. 200	193—92½ G.
Bayer. Hypothekenb. Pfandbriefe 4 pCt.	98½ P.
Darmst. Bank 1. u. 2. Serie à fl. 250	238 P. 237½ G.
Weimarische Bank à Thlr. 100 . .	100½ P.
Mitteldeutsche Kreditaktien . . .	100½ G.
Intern. Bank in Lux. à 250 Frs. à 28 kr.	—
Taunus-Eisenbahn à fl. 250 . . .	—
Frankfurt-Hanauer-Eisenbahn . . .	101¾ G.
Oest. F.St.Eisb. 5pCt. 500 Fr. à 28 kr.	—
„ Elisab.-Eisenbahn 5 pCt. . .	117½ P. 117 G.
Böhm. Westbahn-Aktien à fl. 200 5/7	73 P. 72½ G.
Rhein-Nahe-Bahn 200 Thl. à 105 4pCt. Z.	32 G.
Ludwigshafen-Bexbacher à 4 pCt. .	148⅝ G.
dto. dto. Prior. à 4 pCt.	—
Pfälz. Maxb. b. Rothschild à 4½ pCt.	107⅛ P.
Oest. St.-Eisenb. Prior.-Oblig. à 3 pCt.	51⅛ G.
Elisab.-Bahn Prior. 5 pCt. 5/7 .	80¼ P.
Südd. Bank-Akt., 40 pCt. Einz.	260½ G.
Span. Handels- und Industrie . .	—
Bayr. Ostbahn à 4½ pCt. volleinbez.	114 P.
Bayer. Ostbahn mit 50 pCt. Einz.	118¾ P. ⅝ G.

Wechsel in süddeutscher Währung.

Amst. fl. 100 k. S.	100¾ G.
Antwerp. Frs. 200 k.S.	94¼ G.
Augsb. fl. 100 k. S.	100 P.
Berlin Th. 60 k. S.	104¾ P.
Brem. 50 Th. Lsd. k. S.	96⅞ P.
Brüssel Frs. 200 k. S.	94¼ G.
Cöln Thlr. 60 k. S.	104⅞ P.
Hamb. MB. 100 k. S.	89 P.
Leipzig Th. 60 k. S.	104⅞ P.
London Lst. 10 k. S.	119⅛ G.
Lyon Frs. 200 k. S.	—
Mail. Frs. 200 . .	94⅝ G.
München fl. 100 k. S.	99⅞ P.
Paris Frs. 200 k. S.	94½ G
Petersburg 60 S.-R.	—
Triest fl. 100 k. S.	—
Wien fl. 100 ö. W.	—
do. in öst. W. l. S.	104½ G.
Disconto	3½ pCt. G.

Anlehens-Loose.

Oesterr. fl. 250 v. 1839	141¼ G.
„ fl. 250 v. 1854 mit 4pCt.	76½ G.
„ fl. 500 v. 1860 5/7	83½ P.
„ fl. 100 Eisb. L. v. 1858.	135½ G.
„ do. v. 1864.	91½ G.
Schwed. 10 Thlr. Loose	9⅝ P.
Badische fl. 50	—
Badische fl. 35	53½ P.
Kurhess. Thlr. 40 b. R.	56⅞ P.
Gr. Hessen fl. 50 b. R.	189½ P.
„ fl. 25 do.	36½ P.
Nassau fl. 25 bei Rothsch.	36½ P.
Sardinische Fr. 36 b. B.	—
Neuchateler 10 Frs.-Loose	—
Freiburger 15 Frs.-Loose	—
Mailänder 45 Frs. L. b. R.	33 P.
St. Lüttich mit 2½ pCt. Z.	34 P.
Ansb.-Gunzenh. fl. 7-L.	10⅞ P.

Frankfurt, 9. März. Die Börse war für Spekulationspapiere still und ziemlich geschäftslos, dagegen fand in verschiedenen zinstragenden Effekten zur Geldanlage, namentlich Prioritätsaktien ein reger Verkehr bei guter Tendenz statt. (Synd.)

An die
k. Hof- und Staatsbibliothek
1 N. Würzb. Ztg. München.

Neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht!

№ 70. | Vorausbezahlung: Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 1 fl. 30 kr. Bei Inseraten wird die dreispaltige Zeile in gewöhnlicher kleiner | 62. Jahrgang. | Schrift oder deren Raum im Hauptblatte mit 6 kr., im Anzeiger mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franco. | Samstag, 11. März 1865.

Ueber die Beschlüsse der Rendsburger Delegirten-Versammlung

bemerkt die „Zeitung für Norddeutschland“: Die 50,000 Unterschriften, welche die sogenannte Kieler Erklärung aufweist, wie die an Einstimmigkeit grenzende Annahme der Resolution der Delegirten-Versammlung zu Rendsburg legen Beweise ab, deren Vollgewicht nur von einer absichtlichen Täuschung geleugnet werden kann. Die herrschende Partei in Preußen will solche Zugeständnisse nicht machen, welche jeder Schleswig-Holsteiner fordern muß, der nicht sein Recht, seine Ehre und sein sittliches Bewußtsein in die Schanze schlägt. Jene Partei will unbedingte Unterwerfung, keine Verträge, durch welche das Selbstbestimmungsrecht des Volkes anerkannt würde .... Jetzt vollends, nachdem Preußen gethan, was die Schleswig-Holsteiner selbst hätten thun können — die armseligen Dänen von deutscher Erde zu vertreiben — betrachtet jene Partei die Schleswig-Holsteiner wie eine willenlose Heerde, die ihr Dasein nur der preußischen Hochherzigkeit verdankt und deshalb in demüthigem Gehorsam ihr Loos aus der Hand des Herrn v. Bismarck zu empfangen hat. Oder glaubt ein Schleswig-Holsteiner, der die Hingebung an Preußen fordert, noch etwas Anderes erwarten zu dürfen, wenn er die Aeußerung der „Nordd. Allg. Ztg.“ über die Rendsburger Resolution liest? Jenes Blatt, der Herold der preußischen Politik, sagt:

„Der Beschluß, es sei dem Herzog und der Ständeversammlung anheimgestellt, ob und wie sie mit Preußen verhandeln wollen, ist doch eine allzu große Lächerlichkeit. Ohne Preußen gäbe es gar kein Schleswig-Holstein im jetzigen Augenblicke, und ferner dieses Preußen ist im staatsrechtlichen und faktischen Besitze des Landes. Dieses ist ja gar nicht abzuleugnen. Wie will ein Staat, der durch Preußen geschaffen werden soll, mit Preußen unterhandeln, und vollends durch einen nirgendwo anerkannten Prinzen und eine ungiltige demokratische Verfassungs-Versammlung?“

Das sind freilich zunächst nur verächtliche Renommistereien, aber in diesen spricht sich zugleich eine Frivolität aus, die ebenso das geschriebene Recht, wie das Rechts- und Sittlichkeits-Bewußtsein der Zeit mit frechem Hohne unter die Füße tritt, und ihr gegenüber wird jedes Entgegenkommen zur Selbstentwürdigung und zur kläglichen Schwäche. Davor hat die Resolution der Delegirten-Versammlung die Schleswig-Holsteiner gewahrt. Jeder deutsche Patriot, der die Ehre und Würde seines Volkes achtet, wird aber auch anerkennen, daß die Versammlung den Anmaßungen gegenüber, die täglich von Preußen her den Schleswig-Holsteinern zugeschleudert werden, so weit entgegengekommen, als es, ohne sich an Deutschland und dem deutschen Volke selbst zu vergehen, möglich war... Preußen wird noch manchen Schachzug thun müssen, bevor es den Schleswig-Holsteinern ein „matt“ bieten kann. Ja, es wird nimmer dazu kommen, wenn die Herzogthümer fest zu ihrem Rechte stehen. Dann wird Preußen über kurz oder lang sich in die Lage versetzt sehen, dies Recht anzuerkennen, um durch Verträge, wie es im Sinne und Geiste unserer Zeit geboten ist, von einem freien Volksstamme die Zugeständnisse zu gewinnen, welche derselbe im Interesse des Vaterlandes zu machen sich bereit findet. Wollen die Schleswig-Holsteiner dies erwünschte Ziel erreichen, so muß die Einigkeit ihr erstes Gebot sein; und wir können kaum glauben, daß nicht jeder deutsch und ehrenhaft gesinnte Schleswig-Holsteiner bereit sein sollte, für diese Einigkeit auf Grund der Resolution der Delegirten-Versammlung thatkräftig zu wirken und einzustehen. Es ist für die Herzogthümer ein Augenblick der ernstesten Entscheidung gekommen, in welchem alle Nebenfragen dem einen als gemeinsam anerkannten Ziele geopfert werden müssen.

(Amtliche Nachrichten.) **München,** 9. März. Se. Majestät der König hat den Centralkassier der k. Verkehrsanstalten für die Bauabtheilung, k. Rath Ludw. Haag in München in den Ruhestand treten lassen; auf das Rentamt Buchloe den k. Rentbeamten von Lauingen, M. Diem, versetzt; den Rechnungskommissär der Regierungs-Finanzkammer von Schwaben und Neuburg, L. X. Mayer, auf die Stelle eines Rentbeamten von Lauingen befördert und die Stelle eines Rechnungskommissärs der Regierungs-Finanzkammer von Schwaben und Neuburg dem Rathsaccessisten der genannten Regierung, K. d. F., J. Baumann, in prov. Eigenschaft verliehen.

Der offiziöse Münchener Korrespondent der „A. Z.“ schreibt vom 9. ds.: „Die Angabe einiger Blätter, als hätte

Feuilleton.

SZ. Pariser Briefe.

Paris, 1. März.

Ich habe vor dem „Genie“ einen ungeheuren Respekt, aber ich verabscheue jene Welt und Menschen verachtende Selbstsucht, die das Ich zum Gott erhebt und keine anderen Gesetze achtet, als die eigene Willkür. Das ist der Grund, weshalb ich Cäsar oder — was seit einigen Tagen dasselbe ist — Napoleon I. bewundere und — verabscheue. Der Geschichtsschreiber aber geräth bei solchen Männern, welche uns durch ihr Genie Bewunderung, durch ihre schrankenlose Selbstsucht und Selbstvergötterung Abscheu einflößen, oft in Gefahr, das ruhige Urtheil zu verlieren und je nach seinem Standpunkte für oder gegen Partei zu nehmen, allein, wenn er es redlich mit der Wahrheit meint, wird er nicht allzuweit vom richtigen Pfade abirren. Wie aber, wenn Jemand mit der ausgesprochenen Absicht an die Geschichte geht, sie weiß oder schwarz zu malen, dürfen wir uns noch der Wahrheit von einem Solchen versehen? ....

Sie haben längst gemerkt, daß ich Napoleon's Vorrede zum Leben Cäsar's vor mir habe. Sollte hiernach wirklich noch Jemand historische Wahrheit, eine ungefärbte Darstellung von Thatsachen erwarten? Die ausgesprochene Absicht des kaiserlichen Verfassers ist, den römischen Imperator ganz weiß, als Retter der Gesellschaft darzustellen, und dazu ist es nöthig, die Gesellschaft ganz schwarz, als ganz heruntergekommen zu schildern. Auf dieser finsteren Folie muß sich dann hellglänzend das strahlende Bild des Genies abheben. Die moralischen Flecken aber und die Schatten unheilvoller Thaten werden mit falschen Lichtern verdeckt, — eben weil es Genie und als solches der „rettungsbedürftigen“ Menschheit unentbehrlich ist. Die Nutzanwendung heißt: Napoleon I., dessen Entthronung ein Unrecht und ein Nonsens war, weshalb mit Nothwendigkeit ein zweiter Cäsar folgen mußte, der die Mission des Retters weiter führt. . . .

Wer darnach nicht ausruft: „Wir sind gerettet, grâce à Dieu!“ der ist kein echter — Imperialist!

Ich glaube, es war zu politisch, eine solche Tendenz-Historie zu schreiben, — zu politisch, das ist — ein Fehler. „Das Leben Cäsar's“ ist ein Feldzug der Logik, oder sagen wir der Dialektik, gegen die geschichtliche Wahrheit, gegen die Gesetze der Weltentwickelung und Moral, gegen unseren einfachen Menschenverstand und unsere intuitive Ueberzeugung; ein Heereszug von Hypothesen, Argumenten und leichtberittenen Schlüssen, welche mit Fanfarengeschmetter und Phrasengewirbel dem Genie in die nordisch-kalten Breiten der Kritik folgen. Napoleon I. war ein Kriegsheld, er sprach mit Kanonendonner und unterdrückte die Völker; sein Neffe ist ein Diplomat, redet fein schlau und unterdrückt die Wahrheit. Der Erste bereitete sich den Untergang, als er nach Rußlands Eisregionen zog, um auch dort Huldigung zu finden; der Dritte wird ein Moskau erleben, indem er jetzt das kalte Klima kritischer Wahrheit aufsucht, um auch hier Anerkennung zu heischen. Ein Dutzend Freigelassener waren es, welche Moskau anzündeten, Ihm werden die geächteten Schriftsteller Frankreichs Feuer machen, und in

Oesterreich in seiner am 5. ds. von Wien nach Berlin abgegangenen ablehnenden Antwort auf die preußischen Vorschläge in der schleswig-holsteinischen Frage doch nebenbei sich bereit erklärt, über die Grundlagen der preußischen Depesche zu verhandeln, darf man wohl als entschieden grundlos betrachten. Uebereinstimmende Berichte aus Wien und Berlin aus verläßlicher Quelle sprechen vielmehr von unbedingter Ablehnung der preußischen Vorschläge mit dem Beisatz, daß Oesterreich nicht einmal Gegenvorschläge gemacht habe.

Wien, 7. März. Der „Wanderer" wendet von der schwankenden Unbestimmtheit der äußeren Politik seinen Blick auf die leider sehr bestimmten materiellen Zustände des Innern, und sagt: „Aus sämmtlichen Ländern des weiten österreichischen Reiches häufen sich Klagen auf Klagen über die materielle Nothlage, es finden Exekutionen und Verkäufe statt wegen geringfügiger Schuldbeträge, ganze Bezirke und Landstriche leiden Mangel an dem Nothwendigsten, und wie allgemein das Elend sei, wüßten wohl die Steuerämter überzeugend zu erzählen, wenn sie hiezu aufgefordert würden. Diejenigen, deren Pflicht es zunächst wäre, von der Freiheit des Wortes einen wirksamen Gebrauch zu machen, pflegen nur selten und nur so nebenbei von der drohenden Verarmung Erwähnung zu machen — und über Vorschläge oder Voranstalten zur Abhülfe hört man leider noch weniger. Während der Finanzausschuß, dessen Thätigkeit übrigens nicht zu verkennen ist, sich über theoretische Fragen ereifert, drückt die Steuerlast, die für einzelne Klassen der Gesellschaft, wie die Steuerexekutionen beweisen, unerschwinglich ist, fort, und wann sie erleichtert werden wird, läßt sich unter den jetzigen Umständen kaum noch ahnen. Leider vermissen wir in jenen Kreisen, in deren Hand es zuerst läge, die Initiative zur Abhülfe zu ergreifen, jene Energie, welche allein helfen und die Thatkraft der Regierung und des Gemeinwesens aus dem Schlummer des für das allgemeine Wohl so verhängnißvollen „laissez faire" aufrütteln könnte."

Der „D. A. Z." schreibt ihr offiziöser Wiener Korrespondent vom 7. ds.: „Dem Vernehmen nach ist an den Grafen Karolyi die Weisung ergangen, dem Berliner Kabinet gegenüber, gestützt auf die betreffenden Berichte des österr. Kommissärs in den Herzogthümern, in sehr eindringlicher Weise gegen eine Tendenz Einsprache zu erheben, welche sich in einer Reihe einseitiger Verfügungen der letzten Zeit darzustellen scheine und welche nur auf einer vollständigen Verkennung des Maßes der beiderseitigen Rechte beruhen könne. Es ist der Ueberzeugung, daß ein solches Vorgehen des preußischen Kommissärs den Absichten seiner Regierung vollständig fremd sei, gleichzeitig aber der zuversichtlichen Erwartung Ausdruck gegeben, daß diese Regierung in geeigneter Weise Sorge tragen werde, der Stellung, die zu behaupten Oesterreich ebenso sehr das Interesse als das Recht habe, dieselbe Würdigung und Rücksicht zu sichern, welche Oesterreich seinerseits der Stellung Preußens jederzeit und in vollem Maße habe zu Theil werden lassen."

Der „Allg. Z." wird aus **Wien** vom 8. ds. geschrieben: „In dem maß- und rücksichtsvollen Ton, welcher durch die wenigstens äußerlich noch ungetrübten Beziehungen der Kabinette von Oesterreich und Preußen bedingt ist, erklärt die Antwortsdepesche gleichwohl den Inhalt der preußischen Forderungen, sofern dieselben ein untrennbares Ganzes zu bilden bestimmt seien, sowohl aus dem Gesichtspunkt der österreichischen als der Bundesinteressen, als für Oesterreich durchaus unannehmbar bezeichnen zu müssen; auf die Erörterung über einzelne jener Forderungen aber, welche Oesterreich theilweise als durch das deutsche Interesse geboten, theilweise wenigstens diesem Interesse nicht zuwiderlaufend erkenne, vorbehaltlich übrigens der schließlichen Mitwirkung des Bundes, bereitwillig eingehen zu wollen. Mit großem Nachdruck sind weiter die Rechte betont, welche Oesterreich in nicht geringerem Ausmaß als Preußen aus dem durch den Art. 3 des Friedensvertrags begründeten Condominium abzuleiten habe, und welche bei jeder zu vereinbarenden Lösung zur ungeschmälerten Geltung zu kommen hätten. Die Depesche schließt endlich mit dem Ausdruck der zuversichtlichen Erwartung, daß Preußen einerseits der vollen Bereitwilligkeit Oesterreichs den preußischen Interessen die möglichste Rechnung zu tragen, andererseits aber den Rücksichten seine Anerkennung nicht versagen werde, welche es ihm zur unabweisbaren Pflicht machten, in jedem Fall auf einer Lösung zu bestehen, welche ein wirklich souveränes und selbständiges Bundesglied in den Kreis der souveränen Genossen des deutschen Bundes einführe."

Wien, 8. März. Hr. v. Halbhuber erhielt neue Instruktionen im Sinne entschiedener Wahrnehmung des Mitbesitzrechtes nach dem vom österreichischen Kabinet eingenommenen Standpunkte.

Der „Frankf. Postztg." wird aus **Wien**, 9. März, telegraphirt: „Die österreichische Antwort auf die preußischen Forderungen ist in zwei getrennten Depeschen gleichzeitig abgegangen, und ist keine blos vorläufige, sondern eine definitive und vollständige."

Bei dem hiesigen Landesgerichte fand gestern die Schlußverhandlung zwischen zwei Individuen statt, welche sich zu der Sekte der „Christgläubigen" bekannten. Die Religionssekte ist vom Staate ausdrücklich verboten. Trotzdem die beiden Angeklagten betheuerten, nichts Uebles gethan zu haben, und daß sie nur die strengen Nachfolger Christi wären, wurden sie zu zwei- und dreiwöchentlichem Arreste verurtheilt.

Berlin, 8. März. Nach der „Provinzial-Korrespondenz" wird der Plan zur preußischen Flotte in nächster Zeit dem Landtage vorgelegt werden. Bemerkenswerth ist, daß die „Provinzial-Korrespondenz" hiebei sagt: „Die Regierung glaubt die Kosten derselben innerhalb des zur vollständigen Ausführung erforderlichen Zeitraums aus den regelmäßigen Staatseinnahmen, nach Maßgabe der dazu in jedem Jahre verwendbaren Mittel, bestreiten zu können, so daß eine Anleihe auch für die Flotte nicht beantragt werden

---

Deutschland, das sich auf Philosophie und Logik versteht, sehe ich seine dialektischen, schon etwas dezimirten Legionen den Todesstoß erhalten!

Was, — wird man fragen, hat Cäsar denn während einer fast fünfzehnjährigen Alleinherrschaft gethan, um das Volk zu retten? Und war diese Gesellschaft wirklich so entartet, daß sie untergehen mußte, wenn kein Genie sie stützte und zusammenhielt. Oder hat Cäsar die Republik vollends erst korrumpirt, um zu herrschen? .... Ist eine Kriegsgeißel, welche Tausende der Herrschsucht opfert, zu bewundern oder zu tadeln? — Wer möchte das entscheiden, Cäsar war ja ein Genie, und für die Genies giebt es eine andere Moral, eine andere Ordnung und andere Gesetze als für gewöhnliche Menschenkinder — — ungeheurer Wahn! Ein Genie ohne Tugend, ich meine eine höhere, als bloße Philister-Tugend, und ohne Humanität, welche nicht in krankhafter Empfindung, sondern im heilen Herzen wurzelt, gleicht dem Orkan, der zu Grunde richtet, statt zu retten, verheert, statt zu schaffen, doch wozu sprechen wir von Cäsar, einem Heiden, den bei seiner Handlungsweise weder christliche noch humanistische Ideen, weder Skrupel noch Zweifel plagen durften, weil sie nicht bestanden, nehmen wir ihm die römische Imperatorenlarve ab, da erscheint im historischen Hütchen der französische Imperator, der moderne Cäsar.

Die Philosophen und Historiker sagen uns, das erste Kaiserthum war eine Konsequenz der Revolution, war unausbleiblich. Geben wir das einmal zu, daß bei dem Zwiespalt der Köpfe sich ein Mächtigerer zum Alleinherrscher aufschwingen mußte, wer beweist, daß dieser Jemand genöthigt war, eine Kriegsgeißel und ein Tyrann zu werden? — Oder gehört dies auch in die „Logik der Thatsachen?" Nun dann gehört St. Helena nicht weniger dahin, — ebenso wie die Ermordung Cäsars! .... Frankreich hätte sich anarchisch aufgelöst, wenn nicht eine mächtige Faust die Zügel ergriff und die wilden Rosse lenkte, — so predigt man den Republikanern; aber wie kommt es, fragen wir, daß eine depravirte Nation die Welt erobern konnte? — Oder war der Staat wirklich im Verfall, seit wann ist es nöthig, wenn das eigene Haus baufällig ist, ringsum die übrigen zu demoliren; welche „civilisatorische" Idee führte Napoleons blutige Waffen nach Italien, Aegypten, Syrien, Deutschland, Rußland, Spanien? — Diese Kriege, welche Hunderttausenden das Leben, Millionen Menschen Glück, Hab' und Gut kosteten, diese Gewitter haben den Boden mit neuer Lebenskraft gedüngt; diejenigen, welche uns so lehren, haben vollkommen Recht, und sie erinnern mich an die Worte Louis Napoleons, daß, wenn die Vorsehung den Völkern Männer erweckt, wie Cäsar, Karl den Großen und Napoleon, sie in wenigen Jahren die Arbeit mehrerer Jahrhunderte vollenden will, ein Satz, der Wahres und Falsches aufs Feinste verknüpft. Jener Hypothese von einer Vorsehung, welche thätig in das Leben der Völker eingreift, liegt die alttestamentarische Idee vom auserwählten Volke zu Grunde und zugleich etwas Antik-Heidnisches. Das Christenthum aber ist zu kosmopolitisch, um gleichsam eine National-Vorsehung anzunehmen, trotzdem zweifle ich nicht, daß diese Anerkennung der „Vorsehung" bei den Frommen Glück machen wird, sie bedenken nicht, daß der diplomatische Dialektiker Alles aufnimmt, was ihm nur von Nutzen sein kann; eine solche spezielle „Vorsehung", welche sich damit befaßt, in Frankreich die napoleonische Dynastie zu begründen, wird sehr artig behandelt; sollte sich aber etwa diese Vorsehung einkommen lassen, eine Revolution zu erregen, dann würde sie nach Cayenne deportirt!

dürfte." Auf diese gute Finanzlage stützt sich wohl vornehmlich die Regierung in ihrem Kampfe gegen den „Parlamentarismus."

Die „Kreuz-Ztg." erklärt die Nachricht von einer beabsichtigten Reise des Königs nach Schleswig-Holstein für völlig grundlos.

Wie der Wiener „Presse" aus **Berlin** geschrieben wird, hätte Hr. v. Bismark in der jüngsten Zeit nicht blos mit Rußland und den Westmächten eine sehr lebhafte, auf die Verwirklichung der Annexion bezügliche diplomatische Korrespondenz geführt, sondern hätte auch ein noch viel wichtigerer Depeschenwechsel zwischen dem preußischen und dänischen Kabinete stattgefunden. Die Verhandlungen seien nun auch in dieser Richtung zum Abschluß gediehen und mit dem gewünschten Erfolge gekrönt. Aeußerlich werde sich derselbe in der Wiederbesetzung des dänischen Gesandtschafts-Postens in Berlin manifestiren, für welchen Hr. Bille, gegenwärtig in London, designirt sei.

Der „Magdeburger Presse" wird aus **Tangermünde**, 6. März, berichtet: „Am Sonntag den 5. d. M. besuchten Offiziere der Stendaler Garnison ihre hiesigen Kameraden (vom 7. Dragoner-Regiment) und hatten, wie es schien, ein gemeinschaftliches Vergnügtsein, nach welchem sie einen Weltritt bis auf die Straßen der Stadt ausdehnten. Zwischen 10 und 11 Uhr Abends vergaß sich ein Offizier so weit, daß er aus den Tabagien friedlich heimkehrende Bürger zu überreiten versuchte, wobei es von Wortwechseln vielleicht zu Thätlichkeiten gekommen sein mag, denn es entwickelte sich Nachts gegen 12 Uhr eine Szene, die glauben machte, Sobbe und Putzky seien aus Amerika zurückgekehrt. Schläge und Stöße gegen die Thüren und Fensterläden eines Hauses in unserer Nähe, schreckliche Flüche, Schimpfwörter und Säbelgerassel weckten uns aus dem ersten Schlaf, wir öffneten die Fenster und sahen in demselben Augenblick, wie ein Offizier und ein Soldat über einen ruhig auf der Straße Gehenden herfielen und denselben mit Säbelhieben traktirten, bis er verwundet endlich um Hilfe rief und mit den Worten „ich blute" sein Heil in der Flucht suchte; der verfolgende Soldat wurde von dem Offizier mit den Worten zurückgerufen: „Laß den Kerl laufen, hat so viel, hab' immer scharf gehauen. Ich bin der Lieutenant Hasselbach vom 7. Dragoner-Regiment, wir haben animirt getrunken." Inzwischen wurden die Schläge gegen die Thür des Hauses des Tischlermeisters Friedrich fortgesetzt und das Oeffnen unter Drohungen und im Namen des Königs verlangt. Die Offiziere, insbesondere der Lieutenant Ruß aus Stendal, glaubten irrthümlich von dem Sohne des Hauses insultirt zu sein. Der Skandal hatte die Zivil-Nachtwache und Nachtwächter herbeigelockt. Nach Aussage des Nachtwächters Garte wurde dieser vom Lieutenant Hasselbach an der Brust gepackt und geschüttelt, und der Nachtwachtmeister Mundt erhielt Schläge an den Kopf. Lieutenant Hasselbach stellte sich dann mit gezogenem Schwert an die Spitze der Dragonerwache, durchzog die Straßen und rief: „Gewehr auf, es wird immer scharf gehauen; wir wollen das Loch mal säubern." In einigen Häusern haben die betheiligten Offiziere die Fenster eingeschlagen. Der Verwundete ist der Schneidermeister Hagelmann."

Kopenhagen, 9. März. Im Folkething des Reichsraths wurde heute in der Grundgesetzfrage der Vermittlungsvorschlag Rimestadt's mit allen gegen 12 bauernfreundlichen Stimmen angenommen. Der modifizirte Grundgesetzesvorschlag wurde einem gemeinschaftlichen Ausschusse überwiesen.

Schweiz. Der „Bund" schreibt: „Der Bundesrath hat beschlossen, bei dem bayerischen Ministerium wegen des eigenmächtigen, mit den gegebenen Zusicherungen im Widerspruch stehenden Verfahrens der bayerischen Polizei in Bezug auf die Polenflüchtlinge seit dem 26. Februar zu reklamiren; es wurden nämlich wiederholt polnische Flüchtlinge sogar auf dem Zwangswege nach der Schweiz instradirt, die in München Arbeit gefunden. Der Bundesrath wünscht ernstlich, die bayerische Regierung möchte die nöthigen Befehle geben, damit die Polizeibehörden im Einklang handeln mit den Zusagen der Regierung."

London, 8. März. Den Sheriffs von London ist von Sir G. Grey die Mittheilung zugegangen, daß die Hinrichtung des wegen Ermordung M. Harringtons zum Tode verurtheilten Serafino Pelizzioni auf unbestimmte Zeit, during Her Majesty's pleasure, hinausgeschoben worden ist. Der Staatssekretär des Innern scheint sich Zeit nehmen zu müssen, um im Verein mit den zu konsultirenden Richtern die an sich jetzt freilich einfache, aber von formalen Schwierigkeiten umgebene Sache zum Austrag zu bringen. Daß Pelizzioni schließlich in Freiheit gesetzt werden muß, unterliegt keinem Zweifel, nachdem Gregorio Mogni schon wegen jener That seine Zuchthausstrafe angetreten hat. Hr. Negretti, dessen unermüdlichen Nachforschungen die Verhütung eines Justizmordes zu danken ist, legt in einem von mehreren Blättern veröffentlichten Briefe der Polizei grobe Pflichtvernachlässigung zur Schuld. Er zählt eine Reihe von Umständen auf, welche auf Mogni, nicht aber auf Pelizzioni als den Verbrecher hinweisen, und die alle der Polizei bekannt gewesen seien, und schließt mit den Worten: „Der Polizei war es nie ernstlich darum zu thun, Mogni ausfindig zu machen; denn sie wußte, daß die Vorführung dieses Mannes den Erfolg haben würde (den sie auch hatte) daß Pelizzioni schuldlos dastehen werde, und die Entlassung Pelizzioni's hätte der Polizei, nachdem sie ihn des Mordes beschuldigt, nicht sehr zum Lobe gereicht. Deshalb zog ich es vor, Mogni selbst ausfindig zu machen, statt der Polizei die Sache zu übergeben."

London, 9. März. Auf eine Interpellation des Herrn Maguire erwidert der Viscount Palmerston: Der brasilianische Oberbefehlshaber hat dem britischen Gesandten möglichste Schonung des ausländischen Privateigenthums in Montevideo versprochen. In den Krieg werde sich England nicht einmischen; die Kriegführ-

---

Es ist nicht zu läugnen, daß Cäsar, Karl der Große und Napoleon Manches rasch vollendet haben, was sonst die Geschichte nur in längeren Epochen ausführt. Aber war das, was sie so schnell zur Reife brachten, immer auch das Gute, ein Fortschritt für das Menschengeschlecht? Cäsar's demagogische Umtriebe, seine Bürgerkriege und die größte Verwegenheit beschleunigten die Imperatorenherrschaft! Welche Wohlthat für das römische Reich! Man staune! Wäre es ein so großer Verlust gewesen, wenn das Volk ein paar Zeitalter später vor goldenen Kaiserbildern gekniet hätte? — Hinter Karl des Großen blutigen Waffen schritt allerdings die Civilisation des Christenthums, aber man betrachte doch die geschichtlichen Pfade, auf welchen die neue Lehre zu den meisten andern Völkern drang, und man wird finden, daß es nicht nöthig ist, diese Wege vorher mit Heidenblut zu tränken, ehe das Christenthum sicher darauf vorschreiten kann.... Napoleon hat die Misere der deutschen Kleinstaaterei um einige hundert Prozent vermindert, indem er sie zertrümmerte; seine Bedrückung erweckte das deutsche Nationalgefühl, lehrte die Potentaten, sich ein wenig um die Gunst des Volkes zu kümmern, und es konnte darum nicht fehlen, daß selbst deutsche Dichter, wie Heinrich Heine, welche noch genug deutschen Jammer vorfanden und dadurch zu leiden hatten, den „großen Kaiser" priesen und noch einmal ihn in Deutschland wünschten, allein — wie kann man Jemandem aus Erfolgen ein Verdienst machen, welche er gar nicht beabsichtigt hat. Hätte Napoleon eine Erhebung Deutschlands geahnt, er hätte es vernichtet, ehe er nach Rußland zog. Das sagt er uns in seinen Memoiren ganz klar. — Im Leben der Völker wie der Einzelnen geschieht es häufig, daß große Leiden gute Früchte tragen, erschüttern, belehren und bessern, wie heftige Gewitter die Pflanzenwelt neu beleben; aber ist deshalb derjenige, welcher, seinen eigensüchtigen Plänen folgend, jene Leiden brachte, besser, weil sie unbeabsichtigt segensreiche Früchte zur Reife entfalteten?

Diese und andere Fragen wird man an den neuen Augustus richten. Er hat die Logik herausgefordert und die Logik wird antworten. Der kaiserliche Schriftsteller pocht besonders auf die „Logik der Thatsachen", daß jede Thatsache in der Geschichte, daher auch das Kaiserthum einen nothwendigen Grund habe. Ganz gewiß, aber möchte er nur auch die Konsequenzen ganz ziehen, so müßte er sich sagen, daß dieselbe Logik der Thatsachen, welche die Throne gründet, sie auch stürzt.

Die französische Presse wird zwar höflich, aber recht entschieden gegen den römischen Cäsar auftreten, man schlägt damit den französischen. In einem Communiqué kündigte die „France" an: „Wie man uns versichert, wird den Journalisten bei der Besprechung des kaiserlichen Werkes die größte Freiheit gestattet sein." Ein hiesiges Witzblatt bemerkte dazu, nächstens würde man in der „France" folgendes Communiqué lesen: Wie man uns versichert, wird den Journalisten gestattet sein, nach Belieben gestreifte oder karrirte Beinkleider zu tragen!

Die Logik der Thatsachen, das ist ein Wort, das einem oft gute Dienste leisten kann, und ich will es sogleich benutzen. Da des Kaisers Werk eine französische Neuigkeit ist und ich Ihnen die Chronik von Paris mitzutheilen habe, so folgt aus diesen beiden Thatsachen, daß ich über das „Leben Cäsars" berichten mußte, und folglich war es mir auch gestattet, dies breit und langweilig zu thun; wenn Sie mich jetzt nach St. Helena wünschen, wo ebenfalls Pfeffer wachsen soll, so ist dies auch Logik der Thatsachen, und ich habe leider keinen Neffen, der zu meiner Rechtfertigung ein — „Leben Cäsars" schreiben könnte, das eine Maske wäre für einen modernen Feuilletonisten.

ung sei leider unmenschlich. Auf eine Anfrage des Lord Robert Cecil erwidert der Unterstaatssekretär Layard: Die amerikanische Regierung habe von England keinerlei Entschädigung für die Kapereien konföderirter Kriegsschiffe verlangt.

Paris, 8. März. Zum Gesetzesprojekt, das 100,000 Mann Rekruten verlangt, sind von der Opposition zwei Amendements gestellt worden. Das erste verlangt: daß auf die Altersklasse von 1865 für 1866 nur 80,000 Mann ausgehoben werden sollen. Von diesem Kontingente sollen alle jungen Leute ausscheiden dürfen, welche gesetzliche Entschuldigungsgründe haben, wie der einzige Sohn einer Wittwe u. s. w. Das zweite beantragt, daß die für die Befreiung vom Militärdienste zu zahlende Ersatzsumme jährlich durch ein Gesetz festgesetzt werden solle. Die Ersatzsumme soll in Friedenszeiten in zwölfmonatlichen Raten eingezahlt werden können. Endlich soll es den jungen Leuten eines Kantons freistehen, ihre gezogenen Nummern unter einander zu vertauschen. — Nach Berichten aus Rom hat der Hirtenbrief des Erzbischofs von Paris dort einen sehr schlechten Effekt gemacht, so daß die Uebersetzung desselben verboten wurde.

Paris, 9. März. Im Senat begann gestern die Adreßberathung. Marquis v. Boissy tadelte verschiedene Handlungen der Regierung, sagte, er hoffe auf die Nichtausführung des Septembervertrags; er möchte lieber, daß der Norden und Süden der amerikanischen Union sich vollständig trennen, als eine französische Armee in Mexiko gefangen sehen. wenn der Friede wieder hergestellt sei. (Widerspruch.) Chaix d'Estange bedauert die frevelhaften Worte des Vorredners und hofft auf die Einsicht der Amerikaner, welche nicht darauf ausgehen werden, eine neue Provinz zu erobern, da sie jetzt schon zu viel besäßen. Marschall Magnan erhebt sich gegen die Aeußerung Boissy's: wenn der Kaiser stürbe, so würde Frankreich in Schlamm versinken, und fügt hinzu: Im Fall einer solchen Eventualität würde der Senat, der gesetzgebende Körper, die Armee des Landes den kaiserlichen Prinzen ausrufen, und Frankreich wäre gerettet. Die Berathung wird morgen fortgesetzt.

Turin, 9. März. Finanzminister Sella wird Montag oder Dinstag die Lage des Staatsschatzes auseinandersetzen. Die Kammer wird vom Montag an täglich zwei Sitzungen halten.

New-York, 22. Febr. Ueber die Finanz- und Handelslage schreibt die New-Yorker Schiffs- und Handelsliste: „Die rasche Unterbringung des 7—30-Anlehens, welches einen nicht weniger entschiedenen Erfolg zu erzielen scheint, wie das berühmte 5—20-Anlehen, erregt die allgemeine Aufmerksamkeit. Sobald der Rest, etwa 170 Mill., absorbirt sein wird, muß sich unzweifelhaft ein Prämium herausstellen. Die Politik, mit der Emittirung goldverzinslicher Bonds aufzuhören, nun sich die Rebellion mit raschen Schritten ihrem Ende naht, erfreut sich unbedingten Beifalls, und der klar zu Tage liegende Entschluß des Finanzministeriums und des Kongresses, die Notenausgabe einzuschränken, statt zu vermehren, findet noch günstigere Aufnahme. Die ausländische Nachfrage in Regierungssicherheiten hat sich nicht vermindert und wird, wie die Aussichten einer baldigen Beendigung des Krieges steigen, wohl noch belebter werden, als zu irgend einer früheren Periode. Die Nachrichten vom Auslande lauten günstiger für uns, als es je seit dem Ausbruche des Krieges der Fall gewesen. Auf jede neue Meldung eines Sieges unserer Waffen folgt eine Werthserhöhung der Sicherheiten der Vereinigten Staaten und eine entsprechende Baisse in den Bonds der Konföderirten. — Das Finanzkomite berichtete dem Hause gestern über einen Gesetzvorschlag, durch welchen der Schatzsekretär ermächtigt werden soll, von Zeit zu Zeit Anlehen bis zu 600 Millionen aufzunehmen, und für den Betrag Bonds auszugeben, die vierzig Jahre a dato zahlbar, oder falls die Regierung es verlangt, in 5 Jahren einlösbar, und deren Interessen mit 6 Proz., wenn in baar, mit 7/30 Proz., wenn in Papier, zu zahlen sein sollen. Stevens brachte ein Amendement ein, die gleiche Summe zu 8 Prozent aufzunehmen, die Bonds von jeglicher Besteuerung durch Staats- und Munizipialbehörden frei zu erklären und die Auswechselung dieser Bonds gegen andere irgend welcher Art zu jeder Zeit innerhalb zweier Jahre zu gestatten. Das Haus wird sich in wenigen Tagen darüber aussprechen. — Fremde Wechselkurse liegen matt darnieder und sind fast nur nominell. Das Geschäft ist eng begrenzt. Der Geldmarkt hat Ueberfluß an Kapital, und zu 6 Prozent, ausnahmsweise auch ein wenig billiger, ist Geld leicht zu haben. — Im Laufe des vergangenen Jahres hat Amerika für 30 Mill. Pf. an Petroleum nach Europa exportirt, eine Thatsache, welche eine Idee davon geben mag, einer wie großen Bedeutung dieser Handelsartikel in der Zukunft noch entgegengeht, wenn erst die Ausbeutung der Quellen in umfassenderem Maße ins Werk gesetzt und sowohl der mechanische als der chemische Werth dieses Oeles genauer festgestellt sein wird. Auch in Mexiko ist, wie der „New-Yorker Times" geschrieben wird, die „Oel-Epidemie" aufgetreten. Castillo, einer der ersten Mineralogen des Landes, hat etwa eine Stunde Weges von der Stadt Mexiko entfernt, bei Guadalupe, Petroleum entdeckt und fast gleichzeitig sind Quellen in Otapan und in San Christobal, Minatitlan, aufgefunden worden.

Hiezu die Beilage: „Würzburger Anzeiger".

Verantwortlicher Redakteur: A. Hartmann.
Druck und Verlag der Stahel'schen Buch- und Kunsthandlung in Würzburg

Cours der Staatspapiere.

Oesterr.	5 pCt. Met. (Cp. l. S. b. R.)	—
„	5 pCt. Lomb. ditto. à 24	—
„	5 pCt. Engl. Met. v. 1852	79 1/2 G
„	5 pCt. Engl. Met. v. 1859	78 7/8 P.
„	5 pCt. Venet. Coupon b. B.	85 1/8 P.
„	5 pCt. Nationalanl. v. 1854	68 5/8 P. 1/2 G.
„	5 pCt. Metall. Obligation.	62 5/8 P.
„	4 1/2 pCt.	55 5/8 P. 1/4 G.
Preussen	3 1/2 pCt. Staatsschuldsch.	
Bayern	4 1/2 pCt. Obl. 1jähr. dto.	102 1/4 P.
„	4 1/2 pCt. Obl. 1/2jähr. dto.	102 G.
„	4 pCt. Obl. 1jähr. dto.	99 P.
„	4 pCt. Obl. 1/2 jähr. dto.	99 1/2 P.
„	4 pCt. Obl. Ab.-R. dto.	98 3/4 P.
„	3 1/2 pCt. Obl. dto.	—
Württemb.	4 1/2 pCt. Obl. b. Rothsch.	104 3/4 G.
„	3 1/2 pCt. Obl. dto.	95 1/8 P. 94 3/4 G.
Baden	3 1/2 pCt. Obl.	—
„	3 1/2 pCt. Obl. v. 1842	92 3/8 P.
Gr. Hess.	4 1/2 pCt. Obl.	—
„	4 pCt. Obl. b. Rothsch.	100 5/8 P.
„	3 1/2 pCt. Obl. dto.	97 3/8 P.
Nassau	4 1/2 pCt. Obl. dto.	102 1/4 P.
„	4 pCt. Obl. dto.	99 3/8 P.
„	3 1/2 pCt. Obl. dto.	92 G.
Frankfurt	3 1/2 pCt. Obl.	96 3/8 G.
„	3 pCt. Obl.	—
Spanien	3 pCt. inl. Sch P. à fl. 2. 30	—
„	2 1/4 pCt. „ „ „	[illegible]
Schweden	4 1/2 pCt. Obl. à 105 Thlr.	91 3/4 P. 1/4 G.
N.Amerika	6 pCt. à 1000r. 1881 D. 2 1/2	—
„	6 pCt. ditto r. 1882 „	55 1/8—3/8 G.

Diverse Aktien.

Frankfurter Bank à fl. 500 . . .	146 P.
K. K. Oesterr. National-Bankaktien	836 G.
Oesterr. Kreditbank-Aktien à fl. 200	192 1/2 G.
Bayer. Hypothekenb. Pfandbriefe 4 pCt.	98 1/2 P.
Darmst. Bank 1. u. 2. Serie à fl. 250	238 P. 237 1/2 G.
Weimarische Bank à Thlr. 100 . .	100 1/2 G.
Mitteldeutsche Kreditaktien . .	100 1/2 G.
Intern. Bank in Lux. à 250 Frs. à 28 kr.	—
Taunus-Eisenbahn à fl. 250 . . .	351 G.
Frankfurt-Hanauer-Eisenbahn . . .	102 1/4 P.
Oest. F.St.Eisb. 5pCt. 500 Fr. à 28 kr.	—
„ Elisab.-Eisenbahn 5 pCt. . .	118 P. 117 1/2 G.
Böhm. Westbahn-Aktien à fl. 200 6/7	73 P. 72 1/2 G.
Rhein-Nahe-Bahn 200 Thl. à 105 4pCt. Z.	33 P. 32 3/4 G.
Ludwigshafen-Bexbacher à 4 pCt. .	148 5/8 G.
dto. dto. Prior. à 4 pCt.	—
Pfälz. Maxb. b. Rothschild à 4 1/2 pCt.	107 1/2 P.
Oest. St.-Eisenb. Prior.-Oblig. à 3 pCt.	51 G.
Elisab.-Bahn Prior. 5 pCt. 6/7	80 1/4 P.
Südd. Bank-Akt., 40 pCt. Einz.	260 G.
Span. Handels- und Industrie . .	—
Bayr. Ostbahn à 4 1/2 pCt. volleinbez.	113 7/8 P. 3/4 G.
Bayer. Ostbahn mit 50 pCt. Einz.	113 7/8 P.

Anlehens-Loose.

Oesterr.	fl. 250 v. 1839	140 3/4 G.
„	fl. 250 v. 1854 mit 4pCt.	76 1/2 G.
„	fl. 500 v. 1860 6/7	83 3/8 P.
„	fl. 100 Eisb. L. v. 1858.	136 G.
„	do. v. 1864.	92 5/8 P. 5/8 G.
Schwed. 10 Thlr. Loose		9 7/8 P. 5/8 G.
Badische fl. 50		—
Badische fl. 35		53 7/8 P.
Kurhess. Thlr. 40 b. R.		56 7/8 P.
Gr. Hessen fl. 50 b. R.		139 1/2 P.
„ fl. 25 do.		36 1/2 P.
Nassau fl. 25 bei Rothsch.		36 1/8 P.
Sardinische Fr. 36 b. R.		—
Neuchateler 10 Frs.-Loose		—
Freiburger 15 Frs.-Loose		—
Mailänder 45 Frs. L. b. R.		33 P.
St. Lüttich mit 2 1/2 pCt. Z.		34 P.
Ansb.-Gunzenh. fl. 7-L.		10 7/8 P.

Wechsel
in süddeutscher Währung.

Amst. fl. 100 k. S.	100 7/8—101 G.
Antwerp. Frs. 200 k.S.	94 1/4 G.
Augsb. fl. 100 k. S.	100 P.
Berlin Th. 60 k. S.	104 7/8 P.
Brem. 50 Th. Ld. k. S.	96 7/8 P.
Brüssel Frs. 200 k. S.	94 1/4 G.
Cöln Thlr. 60 k. S.	104 7/8 P.
Hamb. MB. 100 k. S.	89 P.
Leipzig Th. 60 k. S.	104 7/8 P.
London Lst. 10 k. S.	119 1/8 G.
Lyon Frs. 200 k. S.	—
Mail. Frs. 200 . .	94 3/8 G.
München fl. 100 k. S.	100 P.
Paris Frs. 200 k. S.	94 1/4 G
Petersburg 60 S.-R.	—
Triest fl. 100 k. S.	—
Wien fl. 100 ö. W.	—
do. in öst. W. l. S.	104 7/8 G.
Discanto	3 1/2 pCt. G.

Frankfurt, 10. März. Die Börse war sehr erregt und für amerikanische Fonds in Folge der Nachricht von der Einnahme Wilmingtons sehr günstig gestimmt. (Synd.)

Digitized by Google

An die
Hof- und Staatsbibliothek
Würzb. Ztg. München.

Neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht!

№ 71-72. | Vorausbezahlung: Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 1 fl. 30 kr. Bei Inseraten wird die dreispaltige Zeile in gewöhnlicher kleiner | 62. Jahrgang. | Schrift oder deren Raum im Hauptblatte mit 6 kr., im Anzeiger mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franco. | Montag, 12. März 1865.

Ein Bundesgenosse Napoleon's III.

Wie viel man auch jenen Nachrichten Glauben schenken mag, welche ein Abkommen zwischen Frankreich und Preußen über die schleswig-holsteinische Angelegenheit in Aussicht stellen, dessen Basis die Abtretung des nördlichen Schleswig an Dänemark bildet, so viel kann man mit Gewißheit annehmen, daß diese Frage in eine Phase getreten ist, die mit jedem Tage weitere Proportionen annimmt, und in ihren Folgen die allgemeine Lage Europas in Mitleidenschaft ziehen dürfte.

Geht Preußen auf jenem Wege vorwärts, den es bis jetzt eingeschlagen, so kann es dies nur in Folge von Abmachungen zwischen den verschiedenen Mächten thun, die eben einem solchen Unternehmen nicht ruhig zusehen werden, ohne daraus einen ihren Interessen entsprechenden Vortheil zu ziehen. Preußen selbst verletzt dabei so viele Interessen, daß es nicht auf seine eigene Kraft allein bauend den Kampf mit allen ihm entgegentretenden Elementen aufnehmen kann. Es muß sich den Rücken zu decken suchen, und wo es sich auch dabei hinwendet, wird man Bedingungen stellen, an die man seine Unterstützung knüpft.

Wir wollen, wie gesagt, ganz davon absehen, ob die Nachricht von dem Abkommen mit Frankreich bereits positive Wahrheit sei; daß viele Wahrscheinlichkeit für sie spricht, wird aber Niemand abstreiten können. Wem könnte es denn erwünschter sein als Napoleon, einen Genossen gefunden zu haben, der die so hart verpönte Annexions- und Nationalitäts-Politik auch in sein Schuldbuch geschrieben? Wem käme es weiter gelegener als Rußland, zu sehen, wie man bestehende Verträge und althergebrachte Coalitionen als Dinge bei Seite schiebt, die sich überlebt haben? Welchen Effekt macht es denn schon jetzt, wenn erzählt wird, Lord Russel protestire in einer Note an Rußland gegen die Vertragsverletzung bei dessen Verfahren in Polen? Rußland vernichtet die Selbstständigkeit Polens und — Europa steht schweigend zu. Von Italien brauchen wir hier nicht erst zu sprechen; es wird in dieser Angelegenheit kaum eine Rolle spielen, gewiß aber nicht verfehlen, seiner Zeit die nöthigen Vortheile daraus zu ziehen.

Unwillkürlich drängt sich da der Gedanke auf, daß wir in nächster Zeit eine große Umgestaltung der Stellung der Mächte in Europa, der Beziehungen derselben zu einander und der politischen Verhältnisse überhaupt zu gewärtigen haben. Und wenn wir auch nicht, wie der Berliner „Publicist" in seinem dünkelhaften Ahnungsvermögen schon ganz Mitteleuropa vom Rhein bis zu den Mündungen der Donau als deutsches Reich (natürlich unter preußischem Scepter) konstituirt erblicken, glauben wir doch Ereignisse sich vorbereiten zu sehen, die jedem Staate Gefahr bringen können, der nicht eine feste und entschiedene Politik mit sicherer Hand durchführt.

(Amtliche Nachrichten.) **München**, 10. März. Se. Majestät der König hat auf das im Forstamte Lauterecken erledigte Communal-Revier Bosenbach den derm. Forstamtsaktuar zu Dahn, A. Keller, zum provis. Revierförster ernannt; auf die am Bezirksgerichte Regensburg erl. Advokatenstelle den Advokaten A. Sonnenleitner in Neunburg v/W. versetzt und die hiedurch am Bezirksgerichte Neunburg v/W. in Erledigung kommende Advokatenstelle dem Advokaten-Concipienten L. Kleiter in München verliehen; den Appellationsgerichtsrath F. Frhrn. v. Aretin in Eichstätt auf die Dauer eines Jahres in den Ruhestand versetzt.

Se. Maj. der König hat genehmigt, daß die kathol. Pfarrei Teuerting, Bezirksamts Deggendorf, von dem Bischofe von Regensburg dem Priester A. Kammerseder, Stadtpfarr-Cooperator in Deggendorf, verliehen werde; den in Allerhöchstihrem Sekretariate verwendeten k. Ministerial-Assessor Fr. S. Leinfelder unter Belassung in seiner gegenwärtigen Verwendung zum Legationsrathe in dem Staatsministerium des k. Hauses und des Aeußern ernannt; den k. Rentbeamten von Waldmünchen, J. Schenbeck, auf das Rentamt Burglengenfeld versetzt; den Rechnungskommissär der k. Regierungs-Finanzkammer von Niederbayern, A. Lusteck, auf die Stelle eines k. Rentbeamten von Waldmünchen befördert und die Stelle eines Rechnungskommissärs der k. Regierungs-Finanzkammer von Niederbayern dem funktionirenden Rechnungsrevisor der k. Reg.-Finanzkammer von Schwaben, J. M. Lammerer, in prov. Eigenschaft verliehen; die kath. Pfarrei Lupmannstein, Bezirksamts Velburg, dem Priester Th. Albrecht, Pfarrverweser zu Günching, übertragen; die prot. Pfarrei Cammerstein, Dek. Schwabach, dem bisherigen Pfarrer in Neukirchen, Dez. Sulzbach, A. Bickel, verliehen

Aus **Wien**, 9. März, wird der „D. A. Z." geschrieben: „Es circulirt hier ein Wort des Kaisers, gesprochen an der kaiserlichen Tafel und in Gegenwart eines anwesenden Mitgliedes des preußischen Herrenhauses fast unmittelbar nach dem Abgang der öster-

---

Feuilleton.

Der erste Band der Geschichte Julius Cäsar's

ist am 9. ds. in Wien in deutscher Uebersetzung im Verlag Carl Gerold's Sohn erschienen. Die Verlagsbuchhandlung hat alle Sorge getragen, die Ausstattung dieses Werkes in jeder Beziehung zu einer wahrhaft prachtvollen zu machen. Der erste Band der Geschichte Julius Cäsar's zerfällt in zwei Bücher, von denen das erste die Vor-Cäsarischen Zeiten Roms in 6 Kapiteln behandelt. Das 1. Kapitel umfaßt die Geschichte Roms unter den Königen, das 2. die Gründung der konsularischen Republik, das 3. die Eroberung Italiens, das 4. schildert den Wohlstand des Beckens des Mittelmeeres vor den punischen Kriegen, das 5. gibt uns die Geschichte der punischen, macedonischen, asiatischen Kriege, und das 6. endlich die der Gracchen, Marius' und Sulla's.

Mit dem zweiten Buche beginnt die Geschichte Julius Cäsar's. In fünf Kapiteln schildert Napoleon das Leben Cäsar's von seinen ersten Lebensjahren angefangen bis zu der Zeit, da er die Verwaltung Galliens erhält, und Cicero von Rom auf vierhundert Meilen Entfernung verbannt wird.

Als Probe der Darstellungsweise des kaiserlichen Autors nehmen wir aus dem letzten Kapitel des zweiten Buches den ersten Passus, in dem Napoleon die Stellung Cäsar's beim Antritte seines Konsulats mit Bibulus kennzeichnet. Der betreffende Abschnitt, den wir hier folgen lassen, trägt die Bezeichnung

Versöhnungsversuche.

Cäsar ist zur höchsten Würde der Republik gelangt. Mit 41 Jahren Konsul zusammen mit Bibulus, hat er noch nicht die verdiente Berühmtheit des Pompejus erlangt, erfreut sich nicht der Reichthümer eines Crassus: und dennoch ist sein Einfluß vielleicht größer als der von Beiden. Und in der That hängt der politische Einfluß nicht allein von militärischen Erfolgen oder von unermeßlichem Besitzthum ab; vor Allem wird er durch eine Handlungsweise erworben, die stets in Uebereinstimmung mit festen Ueberzeugungen steht. Cäsar allein vertritt ein Prinzip. Seit seinem 18. Jahre hat er dem Zorn des Sulla und der Feindschaft der Großen die Stirn geboten, um unablässig die Beschwerden der Unterdrückten und die Rechte der Provinzen zur Geltung zu bringen.

So lange er, frei von aller Verantwortlichkeit, noch nicht zur Herrschaft gelangt ist, schreitet er ohne Wanken vorwärts auf dem Wege, den er sich vorgezeichnet, verschmäht jeden Vergleich, verfolgt ohne Schonung die Anhänger der entgegengesetzten Partei und hält auf die Gefahr hin, seine Gegner zu verletzen, seine Ansichten mit Nachdruck aufrecht; aber sobald er Konsul ist, verzichtet er auf jedes Rachegefühl und erläßt einen ehrlich gemeinten Aufruf an alle Diejenigen, die sich um ihn schaaren wollen; er erklärt dem Senat, nichts ohne seine Mitwirkung unternehmen, nichts seinen Vorrechten Widersprechendes beantragen zu wollen. Seinem Amtsgenossen Bibulus bietet er eine großmüthige Versöhnung an, indem er ihn in Gegenwart der Senatoren beschwört, Meinungsstreitigkeiten ein Ziel zu setzen, deren Folgen, die schon während ihrer gemeinschaftlichen Aedilität und Prätur so beklagenswerth

reichischen Antwortsdepesche und mit spezieller Bezugnahme auf dieselbe: „In dieser Sache würde ich den constitutionellen Brauch nöthigenfalls umkehren und die verantwortliche Gegenzeichnung der Depesche übernehmen." Das Wort ist bezeichnend für die persönliche Stimmung des Kaisers, den die annexionistisch-preußischen Organe bisher fast zum heimlichen Parteigänger für Hrn. v. Bismarck gestempelt haben."

Wien, 10. März. Der „Botschafter" bringt folgende Analyse der österreichischen Antwortsdepesche: „Die Depesche lautet entschieden ablehnend. Die Ablehnung konnte natürlich nicht in bestimmterer Weise formulirt werden, als die Forderungen selbst, und diese waren bekanntlich hypothetisch gestellt. Dies hinderte aber die österreichische Regierung nicht, unumwunden auszusprechen, daß diese Forderungen für eine Verhandlungsbasis ungeeignet seien, und wie wir hören, erklärt dies die österreichische Depesche rund heraus, indem sie auf die Verletzung des Bundesrechtes hinweist, welche durch die Realisirung der preußischen Forderungen entstehen müßte. Gegenvorschläge enthält die österreichische Antwort, wie wir hören, keine, und da ihr auch keine nachfolgen dürften, so kann sie wohl als die definitive und nicht blos „vorläufige" Antwort des österreichischen Kabinets aufgefaßt werden, eine Thatsache, an welcher all' die kleinen Manöver und Spiegelfechtereien der Berliner Offiziösen kaum mehr etwas zu ändern im Stande sein werden."

Wien, 11. März. Der Ausschuß zur Berichterstattung über Hrn. v. Pleners bekannte bei Verhandlung des Jahresberichtes der Staatsschuldenkontrolkommission abgegebene Erklärung erkannte einstimmig, daß kein Grund vorhanden sei, dieserwegen einen Antrag im Hause zu stellen, nachdem Hr. v. Plener vorher erklärt habe, er sei zu jener Aeußerung nur veranlaßt worden, weil er geglaubt, die Anträge der Controlskommission gingen über den gesetzlichen Wirkungskreis derselben hinaus.

Ein Wiener Korrespondent der Augsburger „Allg. Ztg." ruft den Mittelstaaten zu: Wollen die Mittelstaaten wirklich Oesterreich in die Lage setzen, Preußen zu nöthigen, daß es die Herzogthümer zu ihrem Rechte kommen läßt, so müssen sie etwas thun, wodurch diese Einheit zu einer so gewaltigen Thatsache wird, daß selbst das hohenzollernsche Interesse sich ihr beugen muß. Sie müssen eine deutsche Volksvertretung schaffen. Sie wissen, daß Oesterreich nicht blos dazu bereit ist, sondern selbst den Gedanken in das deutsche Volk geworfen hat. Sie wissen, daß es ohne eine solche Machtbildung nicht möglich ist, die Herzogthümer ohne Krieg Preußen zu entreißen. Preußen weiß aber, daß Oesterreich als deutsche Macht einen solchen Krieg nicht führen wird, und zwar einfach darum nicht, weil der Erfolg kein anderer wäre als der, diese Staaten ohne eine deutsche Verfassung nur noch einmal in die Lage zu setzen, völkerrechtliche Verträge nicht zu halten. Preußen weiß ferner, daß diese deutschen Mittelstaaten, die nicht einmal die handelspolitische Einheit zu erhalten vermochten, eine politische nicht zu erzeugen im Stande sind. Es weiß daher, daß es von Oesterreich so lange nichts zu fürchten hat, bis es selbst nicht europäische Interessen verletzt, denn die Hingabe der deutschen Rechte und Interessen — man denke nur an Rendsburg 2c. — an Preußen ist nicht gerade etwas Neues. Was ist die Folge? Daß man in Oesterreich einfach über das Gerede der Politiker und Zeitungen in der schleswig-holsteinischen Frage die Achsel zuckt und den europäischen Standpunkt einnimmt, indem die Haltung und die Abneigung der Mittelstaaten gegen ein deutsches Parlament, den einzigen Ausweg aus dieser sehr einfachen Frage, dasselbe zwingt, den deutschen in den Hintergrund zu stellen.

Berlin. Die „Spener'sche Ztg." hält dem Herzog von Augustenburg eine eindringliche Predigt. Sie hofft Preußens Interessen und sein Recht zu versöhnen und sagt: „Wenn der Erbprinz von Augustenburg sein Interesse erkennt, dann ist er der Erste, der seinen Volksgenossen zuruft: Laßt uns auf die Bedingungen eingehen. Es sind große Opfer, zu denen sich Preußen zu unserem Besten bereit erklärt, wir können sie nur annehmen, indem wir ihm diese Grundforderungen erfüllen. — Die dynastische Frage wäre gleichfalls gelöst, wenn der Erbprinz diesen verständigen Entschluß faßte. Die Forderungen Preußens enthalten keine Annexion, sie kränken kein legitimes Recht, sie sagen uns, was ist, was in der Logik der Thatsachen liegt. Sie nehmen dem Herzog nichts, worin er wirklich souverän sein kann." Letztere Behauptungen unterliegen freilich manchen Einschränkungen. Die Souveränetät des Herzogs wird durch die Erfüllung der preußischen „Minimal"-Forderungen auf ein Minimum herabgedrückt.

Nach einem Telegramm der „National-Zeitung" aus **Köln** beschloß die Stadtverordneten-Versammlung, mit Rücksicht auf den Verfassungs-Konflikt kein offizielles Fest der Einverleibung der Rheinprovinz in Preußen am 15. Mai zu veranstalten und lehnte jeden Kredit dazu ab.

Stuttgart, 10. März. Vor dem Schwurgerichtshof zu Eßlingen, dessen Gerichtsbarkeit Stuttgart unterworfen ist, wurden gestern zwei Fälle verhandelt, die seinerzeit hier einiges Aufsehen erregt hatten. Der eine ist der des Postpraktikanten Hoffmann, der als Angestellter des hiesigen Postamts Geldpakete im Werth von etwa 30,000 fl. unterschlagen hatte, dann nach England flüchtig geworden, später nach Havre herübergekommen, dort verhaftet und hieher ausgeliefert worden war. Er ist zu 6 Jahren Zuchthaus verurtheilt worden. Der andere ist der zweier schweizerischer Schwindler, welche hier, in Augsburg und Frankfurt durch Wechselfälschungen Betrügereien verübt hatten. Sie sind zu 4½ und 3 Jahren Arbeitshaus verurtheilt worden. Sie sollen von hier aus nach Augsburg ausgeliefert und auch dort wegen Wechselfälschungen gerichtet werden.

Stuttgart, 11. März. Die staatsrechtliche Kommission der Abgeordnetenkammer (Berichterstatter Probst) hat vorgestern eine Sitzung gehalten, welcher der Minister des Auswärtigen, v. Varnbüler, beiwohnte. Das Ergebniß war folgender einstimmige Antrag in der schleswig-holsteinischen Angelegenheit: „Die Kammer wolle 1) ihre Ansicht dahin aussprechen, daß sie nicht nur die Einverleibung der Herzogthümer in das Königreich Preußen, sondern

---

gewesen, in ihrer neuen Stellung unfehlbar unheilbringend werden müßten. Er bietet dem Cicero die Hand, sendet an ihn nach seiner Villa in Antium den Cornelius Balbus mit dem Auftrage ab, ihn seiner Bereitwilligkeit zu versichern, Cicero's und Pompejus' Rathschlägen stets Gehör zu geben und fordert ihn auf, sich an dem gemeinsamen Werke zu betheiligen.

Cäsar mußte annehmen, daß dieses Erbieten zu gemeinschaftlichem Zusammenwirken angenommen werden würde. Angesichts der Gefahren einer durch und durch zerrütteten Gesellschaft, traute er Andern dieselbe Gesinnung zu, die ihn selbst beseelte. Die Liebe zum Gemeinwohl, das Bewußtsein, sich diesem vollständig hinzugeben, flößte ihm jenes rückhaltlose Vertrauen zu dem Patriotismus Anderer ein, das weder kleinliche Nebenbuhlerschaft, noch die Berechnungen der Selbstsucht zuläßt, aber er täuschte sich. Der Senat kannte nur Vorurtheile, Bibulus nur Groll und Cicero nur falsche Eigenliebe.

Es war für Cäsar wesentlich, den Pompejus, dessen Charakter ohne Festigkeit war, mit seinen Geschicken enger zu verknüpfen; er gab ihm daher seine Tochter Julia zur Ehe, eine junge Frau von 23 Jahren, voll Anmuth und Verstand, die schon mit Servilius Cäpio verlobt war. Um diesen zu entschädigen, versprach ihm Pompejus seine eigene Tochter, die ebenfalls schon einem Andern, dem Faustus, Sulla's Sohne, zugesagt war. Kurze Zeit darauf heirathete Cäsar die Calpurnia, Tochter des Lucius Piso. Cato erklärte sich nachdrücklich gegen diese Ehen, die er als schimpfliches Handelsgeschäft mit dem Staatswohle bezeichnete. Die Vornehmen, und vor Allen die beiden Curio, machten sich zum Echo dieses Verdammungsurtheils. Indeß versäumte ihre Partei selbst nicht, sich durch Verbindungen zu verstärken. Gewiß war es ein Beweggrund der Politik, daß Cato seine Tochter dem Bibulus gab; und als er dem Hortensius seine eigene Frau, obgleich Mutter von drei Kindern, abtrat, um sie später nach dem Tode ihres letzten Gatten bereichert wieder zu nehmen, so lag dem wohl ein noch weniger ehrenwerthes Interesse zu Grunde, welches auch Cäsar später in einer „Anti-Cato" betitelten Schrift enthüllte.

Die erste Sorge des neuen Konsuls war die Einführung der Maßregel, tagtägliche Akten sowohl der Senats- als der Volksverhandlungen zu veröffentlichen, damit die öffentliche Meinung mit ihrem ganzen Gewicht auf die Entschließungen der versammelten Väter einwirken könne, deren Berathungen bis dahin oft ganz geheim gewesen waren. Die Initiative, die Cäsar gleich beim Antritt seines Konsulats durch die an die Senatoren gerichtete Frage über die Gesetzentwürfe ergriff, ist ein Zeichen, daß er die Fasces vor Bibulus hatte. Diese Ehre genossen bekanntlich die Konsuln immer abwechselnd einen Monat lang, und gerade nur in der Zeit, in der sie mit diesen unterscheidenden Zeichen der Gewalt umgeben waren, durften sie auch den Senat um seine Meinung befragen.

Eine Leichenausgrabung.

Episode aus dem Giftmordprozesse gegen den Lebzelter von Werfen.

Salzburg, Anfang März.

An der Straße zwischen Hallein und dem Pongau liegt der ansehnliche Marktort Werfen, in welchem sich im Laufe der letzten

jede Aneignung von Rechten über dieselben durch Preußen, deren Einräumung nicht durch die gesetzliche Regierung und Volksvertretung der Herzogthümer genehmigt und von der Bundesversammlung als mit dem Bundesrechte und Bundesinteresse vereinbar anerkannt ist, als einen Rechtsbruch betrachte; 2) die k. Regierung auffordern, daß sie in Verbindung mit den gleichgesinnten deutschen Staaten für die Rechte der Herzogthümer und Deutschlands auf dieselben mit der That einstehe." Der Antrag wird voraussichtlich am nächsten Donnerstag auf die Tagesordnung der Abgeordnetenkammer kommen. Bei der Einstimmigkeit der Kommission ist an seiner Annahme nicht zu zweifeln. Eine Amendirung des zweiten Theils ist immerhin zu hoffen. (Nach dem „N. K." verhielt sich Minister v. Varnbüler, welcher der Sitzung beiwohnte, der gestellten Forderung an die Mittelstaaten zur That gegenüber höchst kühl, indem er zu verstehen gab, daß er nicht wisse, worin eine solche That eigentlich bestehen sollte. Das Kommissionsmitglied Hölder gab ihm hierin Recht, stimmte aber doch für den Antrag.)

Frankfurt, 10. März. Die Offizierkorps der österreichischen, preußischen und frankfurtischen Truppentheile unserer Bundesgarnison geben übermorgen dem Offizierkorps des am 15. ds. von hier nach Sulzbach abgehenden bayerischen Truppentheiles ein großes Abschiedsbankett im „Hof von Holland." Die von hier scheidenden bayerischen Mannschaften haben während ihres ganzen Aufenthaltes in der Bundesstadt sich durch treffliche Disziplin und Wohlverträglichkeit ausgezeichnet.

Kiel, 11. März. Die „Kiel. Ztg." meldet: „Die Prälaten und die Ritterschaft seien zum 16. März nach Kiel berufen worden (von wem?), um aus Veranlassung des Geburtstags des Königs von Preußen in Berathung zu treten und Beschlüsse zu fassen."

London, 8. März. Der Ausgang der gestrigen Debatte im Unterhause hat die Konservativen sehr enttäuscht, da sie auf wenigstens 200 Stimmen für Abschaffung der Malzsteuer gerechnet hatten. Die Regierung war von der großen Mehrheit gegen Sir F. Kellys Antrag sehr überrascht. — Die Friedensrichter der Grafschaft Middlesex haben die Absicht, im kommenden Juni (vielleicht am 18.) eine Art Friedensfest zu feiern, und dem Himmel für den seit 50 Jahren zwischen England und Frankreich herrschenden Frieden zu danken. Es hat sich zur Vorbereitung ein Komite gebildet, welches mehrere hochstehende französische Friedensfreunde zu diesem Friedensjubiläum einladen will. — Der Vizepräsident des Handelsamtes, Hutt, wird am 15. ds. nach Paris abreisen und sich von dort nach Wien begeben, um den Vorberathungen zur Abschließung eines englisch-österreichischen Handelsvertrags beizuwohnen.

Paris, 10. März. Im Senat zeigte Präsident Troplong den Tod des Herzogs v. Morny *), der heute früh um 8 Uhr starb, mit folgenden Worten an: „Unsere heutige Sitzung eröffnet unter dem Eindruck des schmerzlichsten Gefühls. Ein hervorragender Mann ist dem Kaiser, Frankreich und der großen Körperschaft, in der er mit so glänzenden und tüchtigen Eigenschaften ausgestattet den Vorsitz führte, entrissen worden. Herzog Morny ist diesen Morgen in Folge einer Krankheit gestorben, deren rasche Fortschritte alle Voraussicht hintergingen. Hr. v. Morny gehörte uns nur durch das Band der Solidarität an, das alle treuen Diener des Kaisers vereinigt, allein dieses Band ist stark, und es lebt eine tiefe Trauer in unsrer Aller Seele ob dieses muthigen Freundes des Kaisers, dieses loyalen und aufgeklärten Staatsmannes, dessen Name in so ehrenvoller Weise mit der Begründung des Kaiserreichs verbunden ist. (Sehr gut, sehr gut!). M. HH.! Es sind dies ernste Lehren der Vorsehung. Mögen sie uns als Mahnung dienen. Die Menschen vergehen, allein die Institutionen müssen bleiben. Einigen wir uns Alle um sie, verleihen wir ihnen nach Maßgabe unserer Kräfte, die aus Achtung, Einigkeit und energischer Ueberzeugung entspringende Kraft. Die Menschen werden hinlänglich belohnt sein, wenn die Zukunft ihre Bemühungen anerkennt und von ihnen sagen kann, wie sie von Hrn. v. Morny sagen wird: „Er hat einen Stein eingefügt in den Bau, den Napoleon III. für die Sicherheit, den Fortschritt und die Größe Frankreichs aufgeführt hat." (Allgemeine Zustimmung.) — Nach dem „Pays" hat der Herzog von Morny mit Ruhe und Muth seinen Tod herannahen sehen. Der Erzbischof von Paris hat ihm die Sterbsakramente gereicht. Wenige Stunden vor seinem Tod hatten der Kaiser und die Kaiserin ihm noch einen Besuch abgestattet.

Madrid. Die amtliche Zeitung vom 8. März bringt die Encyclica und den Syllabus und schickt dieser Veröffentlichung eine Erklärung voraus, welche die Rechte der Krone in geistlichen Angelegenheiten wahrt und verspricht, die Freiheit der Presse bei Erörterung dieser Schriftstücke aufrecht zu erhalten.

Turin, 7. März. Kardinal Andrea ist in letzter Zeit wirklich von Rom aus aufgefordert worden, dorthin zurückzukehren; er ließ sich aber mit seinen Gesundheitsumständen entschuldigen. — Die „Cosrienza", das Blatt des evangelischen Vereins, hat nach einiger Unterbrechung wieder angefangen, zu erscheinen. In Neapel werden gegenwärtig zwei protestantische Kirchen gebaut.

Folgende Scene soll sich in **Mailand** während der Anwesenheit des Königs Viktor Emanuel zugetragen haben: Der König sah, wie man dem „Vaterland" schreibt, einem Maskenzuge vom Balkon des Palazzo Bosca zu, als eine Schaar Venetianer Emigranten sich vor dem Palaste aufstellte, und „pane, pane, moriamo della fame" (Brod! Brod! Wir sterben vor Hunger!) rief. Obwohl die Polizei unter der Emigration eben für die Zeit des königlichen Aufenthalts aufgeräumt hatte und gegen 500 theils in Präventivhaft genommen, theils in andere Städte internirt worden waren, fanden sich doch noch Vertreter des Elendes der Emigration.

*) Derselbe war bekanntlich ein außerehelicher Sohn der Exkönigin von Holland, Hortense Beauharnais, welchen sie mehrere Jahre nach der Trennung von ihrem Gatten, nämlich 1811, zu Paris heimlich gebar, angeblich aus ihrem Umgang mit dem damaligen Husarenoffizier Flahaut; und war somit ein Halbbruder des Kaisers Louis Napoleon.

---

zehn Jahre ein grauenerregendes Drama abwickelte, das durch die Verurtheilung des Lebzelters Johann Oberreiter zum Tode vor wenigen Tagen seinen Abschluß gefunden. (S. Nr. 68 im Anz.)

Im Verlaufe des beim k. k. Landesgerichte in Salzburg durchgeführten Strafprozesses war es nothwendig geworden, die Leiche der am 25. Mai 1855 verstorbenen ersten Gattin des Lebzelters der Erde wieder zu entreißen, in welcher sie neun Jahre geruht hatte, und diese Exhumation bildet eine der interessantesten Episoden des an schauerlichen Einzelnheiten überreichen Prozesses. Diese Exhumation hat am 14. Juni vorigen Jahres stattgefunden; doch erst in der soeben durchgeführten Schlußverhandlung wurde die Bedeutung aller Erscheinungen klar, welche damals betrachtet worden sind. Die Ausgrabung der Leiche wurde mit der größtmöglichen Vorsicht eingeleitet. Der Pfarrer, welcher die Leiche eingesegnet, der Todtengräber, der sie unter die Erde geschafft hatte, wurden zu derselben beigezogen, obwohl sie bereits seit Jahren die Erfüllung ihrer ernsten Pflichten, denen ihre Kräfte nicht mehr gewachsen waren, an jüngere Männer abgetreten hatten. Aber auch der Lebzelter war unter sicherer Bewachung an den Ort des Grauens geschafft worden, denn er mußte wohl am besten den Leichenhügel kennen, unter welchem sein Opfer zu einer Ruhe gebettet worden war, die keine ewige sein sollte. Der Grabeshügel, unter welchem Marie Oberreiter ruhte, wurde umstellt, das Kreuz, das zur frommen Erinnerung an die Verstorbene über demselben sich erhob, wurde entfernt, die geweihte Erde beseitigt, unter welcher sie seit neun Jahren geschlummert hatte. Die Worte des Priesters: Requiescat in pace waren zu Schanden geworden. Die Leiche mußte aus dem Grabe auferstehen, um Zeugniß abzulegen gegen den unnatürlichen Gatten und Vater. Drei Fuß unter der Erdoberfläche stießen die Spaten der Todtengräber auf einen Gegenstand, der ihre Vorsicht verdoppeln machte; es war der Deckel des Sarges, in dem Maria ruhte. Sorgsam wurde derselbe entfernt, und noch einmal, aber jetzt wirklich zum letzten Male im Leben stand der Gatte der Gattin, der Mörder seinem beklagenswerthen Opfer gegenüber. Ein Tuch verhüllte mitleidig das grinsende Antlitz; aber der Tod war über die menschlichen Formen nicht völlig zerstörend hinweggegangen und andächtig waren die knöchernen Hände noch über das Zeichen des Kreuzes zusammengefaltet, das, fester als der hinfällige Leib, die Zeiten der Verwesung überdauert hatte.

Aber neben dem Kreuze und dem Rosenkranze hatte noch ein dritter Gegenstand den Schauern des Grabes zu widerstehen gewußt: es war ein Strauß von künstlichen Blumen, den man der Leiche mit ins Grab gegeben hatte. War es die Hand des Mörders gewesen, die der unglücklichen Maria dieses Zeichen freundlicher Erinnerung an die Brust heftete, welche für jede Erinnerung zu schlagen aufgehört hatte? Wenn dies der Fall war, so hat diese letzte, vielleicht einzige Regung des Mitleids und des Bedauerns dem Mörder ihre guten Früchte getragen. Wenn es der Lebzelter bei diesem Einen Morde hätte bewenden lassen, so würde der unansehnliche Blumenstrauß genügt haben, dem Mörder sein armseliges Leben zu retten. Schien es doch, als ob der Geist Mariens mahnend über den Blumen geschwebt und dem Mörder zugeflüstert habe: „Sieh, Johann, ich wäre bereit gewesen, Dir zu

Der König wendete sich sehr unliebsam überrascht weg und kehrte sogleich in das kgl. Palais zurück.

Mexiko. Dem Privatbriefe eines österreichischen Offiziers der mexikanischen Freiwilligen entnehmen wir nach der „Glocke" folgende Einzelnheiten, die die dortige Lage keineswegs als eine rosige erscheinen lassen. Vor Allem sind es die Guerillas, welche bis in die nächste Umgebung der Hauptstadt ihr Unwesen treiben und es besonders auf die Freiwilligen abgesehen haben. Kein Soldat darf es wagen, allein auszugehen, er würde nimmer wiederkehren; deshalb gehen wir denn auch immer truppweise, schreibt unser Gewährsmann, „und ich versichere Euch, Kameraden, ich wäre in unserm lieben Oesterreich lieber Wachtmeister, als hier Major!" — „Zu zwanzig und dreißig werden die eingefangenen Rebellen vor den Kasernen erschossen, und trotz der äußersten Strenge stürzten sich die Verwegenen, offenbar dem sicheren Tode entgegengehend, racheschnaubend mit fanatischer Wuth auf die Kolonnen der geschulten Truppen. Von den 27 französischen Offizieren, deren Bataillon mit uns hier (in Puebla) zusammenliegt, sind in einem Jahre 24 theils an Krankheiten gestorben, theils von den Guerillas ermordet worden. Wir fassen jetzt Pferde, und wenn ich Glück habe, kann ich bald Oberst sein; aber ich glaube, dies ist mein letzter Brief. Maximilian I. hat hier außer dem Militär fast gar keine Partei für sich. Das Land theilt sich in eine klerikale und eine republikanische Partei, von Patriotismus ist nirgends eine Spur und die Eingeborenen, die eigentlichen Azteken, sind neutral. Als wir die Quartiere bezogen, mußten wir mit gespanntem Hahne truppweise die Häuser nach einander besetzen, in denen wir untergebracht werden sollten und erst, nachdem wir uns überzeugt hatten, daß die Luft rein sei, konnten die Uebrigen weiter gehen. Selbst die deutschen Ansiedler hassen uns und können kein „zweierlei Tuch" sehen, sie huldigen den republikanischen Grundsätzen."

Die von Mitgliedern der belgischen Expedition aus Mexiko herkommenden Privatbriefe, deren einzelne von den Journalen veröffentlicht werden, lauten gleichfalls betrübsam. Eines dieser Schreiben, aus Mexiko vom 15. Januar datirt, beklagte sich in bitterster Weise über mangelhafte Verpflegung, schlechtere Löhnung, als bei der Anwerbung zugesagt worden, und vor Allem über die unerhört feindliche Stimmung der hauptstädtischen Einwohnerschaft. Die belgischen Soldaten, so hieß es in dem angeregten Briefe (es war gewiß keine Tendenz darin: ein Sohn schreibt an seine Mutter) dürfen sich nie einzeln in die Stadt hineinwagen, denn mehreren unserer Kameraden ist plötzlich aus einer dunklen Ecke ein von ungesehenem Arme geführter Dolch in den Rücken gefahren. „Die Mexikaner knicken uns wie die Flöhe," so drückt sich der naive Briefschreiber wörtlich aus. Gelingt es, der heimtückischen Mörder habhaft zu werden, so macht man mit ihnen kurzen Prozeß; allein der Nürnberger Erfahrungssatz, vom Eppelein von Gailingen herrührend, findet auch in Mexiko seine tägliche Anwendung.

Aus **Japan** gehen dem „Pays" Nachrichten vom 30. Dez. zu, welche sehr befriedigend sind. Der Mikado, welcher während einiger Zeit dem europäischen Einfluß Widerstand leistete, hat endlich den Vertrag von Simonoseki anerkannt. Frankreich hat vom weltlichen Herrscher eine neue Gebietskonzession bei Jokuhama erlangt, und man legt dort Werkstätten, Magazine und ein Hospital an. Eine Kommission von Offizieren, die den europäischen Flotten angehören, hat das innere Meer besichtigt und den Hafen von Simonoseki als den wichtigsten bezeichnet, der dem Handel zu öffnen wäre. Die Regierung des Taikun hat bereits den Mächten die Befugniß gegeben, Konsularagenten dort einzusetzen.

Schuldverschreibungen von Standesherren und Privaten.

Frankfurter Börse.

				G.	P.
4	pCt.	Herz.	Lucca, alte b. Rothsch.	G.—	P.74
4	„	„	do. neue b. „	—	90
3½	„		Landgräfl. H.-Homb. b. „	—	94
3½	„		Fürstl. Löwenst.-Werth. (bad.)	—	94
3½	„		do. (bayer.)	—	—
3½	„	„	Fürstenberg b. Rothsch.	92½	—
3½	„	„	„ „	—	—
3½	„	„	Leiningen P. N. Schm.	9[illegible]½	—
3	„	„	„ „	84	—
4	„	„	Oettingen-Wallerstein	—	99
4	„	„	Esterhazy P. Galantha	60½	—
3½	„	„	Isenburg-Birstein b. P.	—	—
4	„	„	Schwarzenberg	70	—
4	„	„	Palffy b. Arnst. u. Eskel.	79	—
4	„	Gräfl.	Erbach-Fürstenau b. S.	—	99
4	„	„	Palffy, Ferd. Leop., b. S.	61	—

				G.	P.
4	pCt.	Gräflich	St. Genois b. Schm.	G.—	P.70
4	„	„	Szapary b. Rothsch.	—	50
4	„	„	Schönborn b. Schm.	60	—
4	„	„	Sandor b. Rothsch.	58	—
4	„	„	Strachwitz b. Schm.	—	50
4	„	„	Hugo Eltz	—	85
4	„	„	Viczay b. Rothsch.	—	60
4	„	„	Nizky b. Rothsch.	—	—
4	„	„	Hunyady b. Rothsch.	—	—
4½	„	„	Batthyany Joh. Bapt.	—	76
4½	„	„	Batthyany Gustav	—	71
4½	„	„	Orczy b. Schmidt	71	—
4½	„	„	Sztaray „	—	74
4½	„	„	Karoly bei Biedermann	—	70
4½	„	„	Pejacsevich b. Schaller & Co.	—	70

Anlehens-Loose.

Fürstl.	Esterhazy 40 fl. Loose	—.——.——
„	Windischgrätz 20 fl. Loose	18.75—19.25
„	Salm-Reifferscheid 40 fl. L.	31.——31.50
„	Palffy 40 fl. Loose	29.75—30.25
„	Clary 40 fl. Loose	31.50—31.—
Gräflich	Keglevich 10 fl. Loose	14.50—15.—
„	Waldstein-Wartenb. 20 fl. L.	19.50—20.—
„	St. Genois 40 fl. Loose	27.25—27.75
Stadt	Triester 100 fl. Loose	114.——115.—
Donau-Dampfschiff.	100 fl. L.	86.——86.50
Dessauer	100 Thlr.-Loose	———

vergeben, was Du an mir, dem armen Weibe gethan hast, wenn Du nur menschlich genug gewesen wärest, wenigstens meiner armen hilflosen Kinder Dich zu erbarmen." Die Leiche war so vermodert, daß es unmöglich schien, sie aus dem Grabe zu schaffen, ohne den Zusammenhang der Theile zu zerstören. Die halbvermoderten Gebeine wurden mit dem hohlen Todtenschädel in ein eigenes Behältniß verschlossen; die Weichtheile des Rumpfes, welche in einen dunkelfärbigen Brei zusammengeflossen waren, wurden in neuen Porzellangefäßen aufbewahrt und den Gerichtschemikern zur Untersuchung übergeben, die Kleiderreste gesammelt, ja selbst die mit humificirten Leichenresten vermengten Hobelspäne, auf welchen die Leiche geruht hatte, der chemischen Untersuchung vorbehalten. Der Strauß von künstlichen Blumen aber war bestimmt, in dem überaus interessanten Prozesse gegen Johann Oberreiter seine bedeutungsvolle Rolle zu spielen: die Blätter desselben waren mit Schellischem Grün gefärbt gewesen und es konnte sonach der Beweis nicht hergestellt werden, daß Maria vergiftet worden war, da ja auch das Gift, mit welchem die Blätter gefärbt waren, Arsen und Kupfer, im Laufe der Jahre den Weg aus dem Blumenstrauße nach den Weichtheilen der Leiche gefunden haben konnte. Johann Oberreiter wurde von der Anklage, seine Gattin Maria ermordet zu haben, wegen Mangel an Beweisen freigesprochen, und er wäre mit dem Leben davongekommen, wenn er nicht auch außer seiner Gattin seine Stieftochter Eva und seine Tochter Barbara ermordet hätte. Er wurde am 4. März 1865 zum Tode durch den Strang verurtheilt.

Vermischtes.

New-York, 14. Febr. (**Geraubte Unschuld.**) Kapitän Schenk heißt der Mann, der gegenwärtig die ganze New-Yorker Damenwelt gegen sich hat. Wer die Sitten Nordamerikas und speziell das soziale Uebergewicht kennt, welches den Frauen dort eingeräumt ist, weiß, was das zu bedeuten hat. Kapitän Schenk war im letzten Herbste mit seinem Schiffe, der „Loreley", im Hafen von Liverpool. Von Bekannten hörte er daselbst, daß ein junges, 19jähriges Mädchen, Julie Colwell, eine ihrer Bildung entsprechende Stellung suche. Kapitän Schenk ließ dem Fräulein die Stelle eines Rechnungsführers auf seinem Schiffe anbieten. Fräulein Colwell scheute aber eine Seefahrt, besonders in Gesellschaft so vieler Männer, schlug daher das Anerbieten aus und zog es vor, in Liverpool selbst ein Unterkommen zu suchen. Da jedoch ihr Suchen vergebens war, und sie außer ihrem Reichthum an weiblichen Reizen kein Vermögen besaß, so blieb ihr schließlich nichts übrig, als den Vorschlag des Kapitäns Schenk anzunehmen und sich dem Schutze seiner Ehre und seiner Autorität anzuvertrauen. Fräulein Colwell konnte aber keine unglücklichere Wahl treffen. Sobald das Schiff auf hoher See war, gestand Schenk dem Fräulein auf das Unumwundenste, daß er sie reizend finde, und daß er von ihr geliebt sein müsse. Es half ihr nichts, daß sie die Thüre ihrer Kabine verriegelte und verrammelte, daß sie um Hilfe rief; Kapitän Schenk sprengte die Thür, während die Bemannung sich hütete, dem armen Mädchen zu Hilfe zu kommen. In New-York angekommen, trat Fräulein Colwell klägerisch auf und verlangte eine Entschädigungssumme von 6000 Dollars. Die ungeschminkte sittliche Entrüstung, sowie die Züchtigkeit, mit welcher das Mädchen ihre Klage vorbrachte, verschafften ihr sogleich die Sympathien aller Anwesenden. Trotz der verschiedenen Einwürfe des Vertreters des Geklagten verurtheilten die Geschworenen den Kapitän Schenk zur Zahlung der erwähnten 6000 Dollars.

Hiezu die Beilage: „Würzb. Anzeiger" und eine Extra-Beilage.

Verantwortlicher Redakteur: A. Hartmann.
Druck und Verlag der Stahel'schen Buch- und Kunsthandlung in Würzburg

Extra-Beilage zur N. Würzb. Zeitung Nr. 71-72.

Nro. 511.

Amortisations-Edikt.

Amortisation von Hypothekenforderungen betr.

Vom k. Landgerichte Werneck.

In den Hypothekenbüchern von Schwanfeld sind die nachbezeichneten Forderungen nebst Eigenthumsvorbehalte eingetragen, bezüglich welcher die Nachforschungen nach den rechtmäßigen Inhabern fruchtlos geblieben und von dem Tage der letzten auf diese Forderungen bezüglichen Handlungen an gerechnet mehr als 30 Jahre verflossen sind.

Im Hinblick auf § 82 des Hypothekengesetzes werden daher auf Antrag der Besitzer alle diejenigen, welche noch Rechte auf diese Forderungen zu haben glauben, zur gerichtlichen Geltendmachung derselben

binnen 6 Monaten

andurch aufgefordert, widrigenfalls nach Ablauf der Frist die sämmtlichen Forderungen für erloschen erklärt und die Löschung im Hypothekenbuche vollzogen werden würde.

Werneck, den 1. November 1864.

Der k. Landrichter.

[3e] **Huler.** Meisner, Funktionär.

Fortl. Nr.	Name des eingetragenen Schuldners.	Name des eingetragenen Gläubigers.	der Hypotheke Betrag fl.	kr.	Rechtstitel zc.	Hyp.-Buch. Bd.	S.
1	Firsching Joseph von Schwanfeld.	Debitmasse der Barbara Göpfert Wittwe in Schwanfeld.	126		mit 5% verzinsl. Kaufschilling laut Strichsprotokoll vom 27. Jan. 1827 und Hyp.-Eintrag vom 7. April 1827.	I.	605.
2	Fröhr Andreas allda.	"	103		"	I.	601.
3	Neumark Maier "	"	55		"	I.	609.
4	Beidinger Andreas "	"	7		"	V.	483.
5	Römmelt Georg "	"	12		"	V.	493.
6	Schloß Hayum "	"	4	30	"	V.	477.
7	Reder Georg "	"	10	30	"	V.	487.
8	Bretzel Valentin "	"	37		"	V.	481.
9	Bretzel Valentin "	Die ? Gerber'sche Curatel in Schwanfeld.	202		Kaufschillingsrest laut Strichsprotokoll vom 7. Febr. 1826 und Hypothekeneintrag vom gleichen Datum.	I.	367.
10	Römmelt Georg "	Die Margaretha Gerber'sche Curatel in Schwanfeld.	93		mit 5% verzinsl. Güterkaufschilling lt. Strichsprotokoll vom 15. Jan. 1828 u. Hyp.-Eintr. vom 28. Febr. 1828.	I.	427.
11	Popp Georg jg. "	"	87	30	"	I.	375.
12	Frankenthal Joseph "	"	25		"	I.	387.
13	Iff Peter "	"	6	30	"	I.	428.
14	Kunzmann Georg Adam "	"	13	30	"	I.	381.
15	Henler Valentin "	"	28		"	I.	381.
16	Hofmann Joseph "	"	10	30	"	I.	393.
17	Neumark Maier "	"	60		"	I.	411.
18	Saar Georg "	"	20		"	I.	413.
19	Rüttinger Andreas "	Die ? Gerber'sche Curatel in Schwanfeld.	61		Kaufschillingsrest laut Strichsprotokoll vom 7. Febr. 1826 und Hypothekeneintrag vom gleichen Datum.	I.	377.
20	Kunzmann Johann "	"	30		"	I.	367.
21	Reder Sebastian "	"	17		"	I.	371.
22	Frankenthal Joseph "	"	134		"	I.	407.
23	Fröher Michel "	"	24		"	I.	355.
24	Jonas Georg "	"	50		"	I.	385.
25	Manger Nikolaus "	"	6		"	I.	401.
26	Frankenthal Joseph "	Die Debitmasse des Georg Zink in Schwanfeld.	50		Güterkaufschilling laut Strichsprotokoll vom 13. Mai 1830 und Hyp.-Eintrag vom 11. Januar 1831.	I.	31.
27	Römmelt Andreas "	"	30		"	III.	309.
28	Henler Valentin jg. "	"	24	30	ditto laut Strichsprotokoll vom 3. Januar 1828 und Hyp.-Eintrag vom 27. März 1828.	"	319.
29	Barth Johann "	"	106		"	"	321.
30	Popp Bastin "	"	27		Wie ad Ziff. 28.	"	313.
31	Manger Nikolaus "	"	62		Wie ad Ziff. 28.	"	323.
32	Löschigk Wilhelm "	"	60		Wie ad Ziff. 28.	"	613.
33	Kempf Nikolaus "	"	5		"	"	331.
34	Stumpf Andreas "	"	28		"	"	311.
35	Popp Georg "	"	26		Wie ad Ziff. 28.	"	293.
36	Manger Nikolaus "	"	10		Wie ad Ziff. 28.	"	305.
37	Bügner Johann "	"	17		Wie ad Ziff. 28.	VI.	115.
38	Löschigk Wilhelm "	"	49		Wie ad Ziff. 28.	VII.	123.
39	Bartelmä Jörg "	"	40		"	"	135.
40	Römmelt Andreas "	"	36		"	"	133.
41	Albert Jörg "	"	16		"	"	121.
42	Frankenthal Joseph "	"	70		"	V.	619.
43	Städlein Georg "	Die Gläubiger der Martin Achtmann'schen Verlassenschaftsmasse in Schwanfeld.	332		Güterkaufschilling mit 5% verzinsl. lt. Strichsprotokoll vom 28. Juli 1826 und Hyp.-Eintr. vom 1. Sept. 1826.	I.	127.
44	Adelmann Michel von Wipfeld	"	105		"	I.	129.
45	Schloß Moses von Schwanfeld.	"	101		"	V.	283.
46	Blättner Aron ledig allda.	Die Debitmasse des Nikolaus Dürr in Schwanfeld.	64		mit 5% verzinsl. Güterkaufschilling laut Hyp.-Eintrag vom 7. April 1827.	I.	437.
47	Adelmann Valentin "	"	50		"	I.	435.
48	Reder Franz "	"	15		"	I.	443.
49	Schloß Hayum "	"	900		"	I.	441.
50	Neumark Maier "	"	41		"	I.	431.
51	Rosenbusch Hona "	"	42		"	I.	433.
52	Schmitt Georg "	"	71		"	I.	439.
53	Derselbe "	"	45		"	IV.	175.
54	Adelmann Valentin "	"	15		"	V.	497.
55	Firsching Joseph "	"	72		"	"	509.
56	Biebert Joseph "	"	32		"	"	515.
57	Popp Georg jg. "	"	8		"	"	513.
58	Schloß Hayum "	"	900		"	"	519.
59	Reichert Conrad "	"	10		"	"	503.

Digitized by Google

Nr.	Name des eingetragenen Schuldners.	Gläubigers.	Betrag fl.	kr.	der Hypotheke Rechtstitel zc.	Hyp.-Buch Bd.	S.
60	Manger Jakob von Schwanfeld.	Die Gläubigerschaft des Friedrich Gehring von Schwanfeld.	111		Kaufschillingsrest laut Strichsprotokoll vom 20. Nov. 1825 und Hyp.-Eintr. vom 31. Jänner 1826.	I.	568.
61	Iff Michel	"	134		"	I.	577.
62	Haymann Isak	Die Gläubigerschaft des Alexander Heuler in Schwanfeld.	155		mit 5 % verzinsl. Kaufschilling lt. Strichsprotokoll vom 27. März 1827 u. Hyp.-Eintrag v. 14. August 1827.	"	645.
63	Fröhr Michel	"	46	30	"	"	651.
64	Zimmermann Nikolaus	"	100		"	"	649.
65	Dittmann Johann jg.	"	640		"	"	655.
66	Römmelt Andreas	"	85		"	"	647.
67	Rosenbusch Hona	"	2		Desgl. laut Strichsprotokoll vom 3. Juni 1829 und Hyp.-Eintr. vom 13. März 1832.	IV.	21.
68	Bartelmä Georg	"	56		"	III.	477.
69	Reichmann Joseph	"	160		"	"	487.
70	Schäler Isak	"	78		"	"	481.
71	Popp Georg	"	53		"	IV.	375.
72	Bartelmä Georg	"	41	30	"	"	377.
73	Neumark Maier	"	61		"	"	379.
74	Manger Nikolaus alt	"	11	30	"	"	383.
75	Heuler Andreas ledig	"	21	30	"	V.	35.
76	Jonas Andreas	"	103		"	IV.	387.
77	Schloß Hayum	"	80	30	"	IV.	395.
78	Adelmann Valentin	Die Gläubigerschaft der Kaspar Fröhr's Wtw. von Schwanfeld.	48		mit 5 % verzinsl. Güterkaufschilling lt. Strichsprotokoll v. 13. April 1830 u. Hyp.-Eintr. v. 30. Juli 1830.	I.	535.
79	Schloß Maier	"	39		"	V.	613.
80	Edelmann Kaspar	"	24		"	"	645.
81	Bartelmä Adam	"	71		"	"	653.
82	Precht Jörg	"	52		"	VI.	669.
83	Bartelmä Adam	"	41		"	"	671.
84	Köhler Martin	"	26		"	"	679.
85	Jonas Andreas	"	35		"	V.	649.
86	Dorrmann Lehrer	"	69		"	VI.	675.
87	Fröhr Kaspar	"	48		"	V.	647.
88	Saar Michel	Die Debitmasse des Mathes Stumpf von Schwanfeld.	23		mit 5% verzinsl. Kaufschilling lt. Strichsprotokoll v. 15. Juli 1829 und Hyp.-Eintr. vom 3. August 1830.	III.	49.
89	Jonas Georg jg.	"	81		"	"	65.
90	Freudenthal Joseph	"	55		"	"	75.
91	Adelmann Valentin	"	63		"	"	51.
92	Heuler Valentin jg.	"	57		"	"	117.
93	Bartelmä Georg	"	61		"	"	93.
94	Stumpf Andreas	"	23		"	"	123.
95	Bartelmä Georg	"	64		"	"	125.
96	Derselbe	"	40		"	"	129.
97	Jonas Georg	"	35		"	"	103.
98	Reder Sebastian	"	1400		"	"	113.
99	Adelmann Michel	"	86		"	"	127.
100	Bartelmä Georg	"	43		"	"	111.
101	Firsching Joseph	"	136		"	"	121.
102	Jonas Andreas	"	89		"	VI.	683.
103	Bartelmä Georg	"	189		"	"	677.
104	Revierförster Schmitt	"	89		"	"	679.
105	Firsching Joseph	Die Debitmasse der Katharina Kunzmann Wtw. von Schwanfeld.	131		mit 5 % verzinsl. Güterkaufschilling lt. Strichsprotokoll v. 19. Juni 1830 u. Hyp.-Eintr. v. 17. März 1832.	II.	199.
106	Heuler Valentin jg.	"	11		"	"	207.
107	Rosenbusch Hona	"	38		"	"	181.
108	Ditterich Nikolaus	"	22		"	"	223.
109	Popp Valentin	"	40		"	"	183.
110	Schmitt Georg	"	22		"	"	215.
111	Haymann Aron	"	32		"	"	189.
112	Frankenthal Joseph	"	15		"	"	203.
113	Göb Franz	"	56		"	"	231.
114	Alin Johann jg.	"	19		"	V.	203.
115	Löschigk Wilhelm	"	49		"	"	207.
116	Dittmann Johann jg.	"	35		"	"	631.
117	Haymann Isak	"	32		"	"	205.
118	Adelmann Valentin	"	49		"	"	489.
119	Prötzel Peter	Die Debitmasse der Magdalena Schmitt Wtw. von Schwanfeld.	26		mit 5 % verzinsl. Güterkaufschilling lt. Strichsprotokoll v. 23. März 1829 u. Hyp.-Eintr. v. 2. Nov. 1830.	II.	635.
120	Blättner Männlein	"	100		"	"	605.
121	Bartelmä Georg	"	63	30	"	"	611.
122	Derselbe	"	50		"	"	613.
123	Derselbe	"	22		"	"	617.
124	Alin Johann jg.	"	15		"	IV.	349.
125	Adelmann Valentin	"	2		"	"	355.
126	Blättner Männlein ledig	"	27		"	VII.	71.
127	Haymann Isak	"	192	30	"	"	73.
128	Adelmann Valentin	"	5		"	"	77.
129	Popp Georg jg.	Rosenthal Samuel von Schwanfeld als Cessionar des Michel Iff allda.	6		mit 5 % verzinslichen Kaufschilling lt. Hyp.-Eintr. vom 24. April 1827.	II.	219.
130	Firsching Joseph	Die Debitmasse des Johann Kuhn von Schwanfeld.	61		mit 5 % verzinsl. Güterkaufschilling lt. Strichsprotokoll v. 17. Mai 1830 u. Hyp.-Eintr. v. 15. März 1832.	"	151.
131	Fröhr Vorsteher	"	36		"	"	163.
132	Rosenbusch Hona	"	38		"	"	141.
133	Haymann Isak	Stumpf Mathes von Schwanfeld.	44	31	Kaufschillingsrest lt. Strichsprotokoll vom 12. Januar 1826 u. Hyp.-Eintr. vom 3. August 1826.	III.	59.
134	Wagner Valentin	"	10		"	"	71.
135	Jonas Georg jg.	"	32	30	"	V.	267.
136	Köhler Anton	"	16		"	"	275.
137	Kempf Nikolaus	"	12		"	"	279.
138	Firsching Joseph	Debitmasse des Christof Saar von Schwanfeld.	146	20	mit 5 % verzinsl. Güterkaufschilling laut Hyp.-Eintr. vom 17. März 1831.	II.	563.
139	Fröhr Andreas	Die Debitmasse der Magdalena Schmitt Wtw. von Schwanfeld.	52		Desgl. laut Strichsprotokoll vom 23. März 1829 u. Hyp.-Eintr. vom 2. November 1830.	"	623.
140	Bartelmä Jörg	"	274	30	"	VII.	69.

Fortl. Nr.	Name des eingetragenen Schuldners.	Gläubigers.	der Hypotheke Betrag fl.	kr.	Rechtstitel ꝛc.	Hyp.-Buch. Bd.	S.
141	Wolflein Joseph von Schwanfeld.	Die Debitmasse des Johann Kuhn in Schwanfeld.	17		Desgl. laut Strichsprotokoll vom 17. Mai 1830 u. Hyp.-Eintr. vom 15. März 1832.	II.	147.
142	Pfriem Johann "	"	30		"	"	155.
143	Blättner Männlein "	"	36		"	"	165.
144	Löschigk Wilhelm "	"	59		"	"	135.
145	Jonas Andreas "	Achtmann Martin led. v. Schwanfeld.	30		Kaufschillingsrest laut Strichsprotokoll vom 2. März 1822 u. Hyp.-Eintr. vom 11. Mai 1825.	IV.	81.
146	Grob Andreas "	Schmitt Georg von Schwanfeld.	21		Desgl. laut Strichsprotokoll vom 5. März 1821 u. Hyp.-Eintr. vom 11. Mai 1825.	III.	669.
147	Zimmermann Nikolaus "	"	20		"	IV.	71.
148	Weldinger Georg "	"	237		"	"	23.
149	Dürr Nikolaus alt "	"	76		"	III.	661.
150	Stumpf Mathes "	"	21		"	IV.	5.
151	Jonas Georg "	"	65		"	"	35.
152	Stumpf Mathes "	"	85		"	"	13.
153	Derselbe "	"	70		"	"	11.
154	Reder Georg "	"	51		"	"	1.
155	Barth Elisabetha Wtw. "	"	162		"	"	45.
156	Köhler Anton "	"	51		"	"	15.
157	Kempf Johann "	"	100		"	"	65.
158	Bleimann Georg "	"	59		"	"	3.
159	Stumpf Mathes "	"	154		"	"	9.
160	Weldinger Nikolaus "	"	80		"	"	25.
161	Pfriem Johann "	"	81		"	"	39.
162	Heuler Johann "	"	30		"	"	49.
163	Iff Peter "	"	63		"	"	47.
164	Albert Michel "	Die ? Dittmann'sche Curatel in Schwanfeld.	155	10	Güterkaufschilling laut Strichsprotokoll v. 17. Nov. 1818 und Hyp.-Eintr. vom 11. Mai 1825.	"	87,89.
165	Dürr Nikolaus "	"	149	10	"	"	91.
166	Derselbe "	Schmitt Georg von Schwanfeld.	4		mit 5 % verzinsl. Kaufschilling lt. Strichsprotokoll v. 5. März 1821 und Hyp.-Eintr. vom 11. Mai 1825.	III.	663.
167	Derselbe "	"	73		"	"	665.
168	Rosenbusch Hona "	Die Debitmasse des Andreas Sauer von Schwanfeld.	117		Desgl. laut Strichsprotokoll vom 30. Juni 1829 und Hyp.-Eintr. vom 30. März 1832.	IV.	53.
169	Fröhr Valentin "	"	61		"	"	253.
170	Schäler Moses "	"	17		"	"	265.
171	Adelmann Michel "	"	91		"	"	271.
172	Bartelmä Georg "	"	70		"	"	255.
173	Derselbe "	"	83		"	"	259.
174	Bügner Nikolaus "	"	70	30	"	"	671.
175	Fröhr Anna Maria Wtw. "	Die Georg Bartelmä'sche Curatel in Schwanfeld.	34		Kaufschillingsrest laut Strichsprotokoll vom 1. Sept. 1814 und Hyp.-Eintr. vom 11. Mai 1825.	"	133.
176	Albert Michel "	"			Eigenthumsvorbeh lt bis zur Zahlung des Kaufschillings d. d. eodem.	"	115.
177	Derselbe "	"	178		Wie ad Ziffer 181.	III.	571.
178	Heuler Andreas "	"	10		"	"	575.
179	Prößel Peter "	"	56		"	"	577.
180	Edelmann Kaspar "	"	6	30	mit 5 % verzinsl. Güterkaufschilling lt. Strichsprotokoll v. 10. Mai 1827 u. Hyp.-Eintr. v. 23. März 1832.	"	381.
181	Heuler Barbara "	"	13		"	"	377.
182	Kempf Andreas "	Die Gläubiger des Conrad Kunzmann in Schwanfeld.	5		Desgl. laut Distributionsplan vom 24. Sept. 1831 und Hyp.-Eintr. vom 22. Oktober 1831.	"	419.
183	Alin Johann jg. "	"	52		"	V.	49.
184	Schäler Isak "	"	27		"	"	53.
185	Bartelmä Adam "	"	31	30	"	VII.	329.
186	Stumpf Mathes "	"	15		"	"	391.
187	Stäblein Georg "	"	21		"	"	333.
188	Zink Georg "	Die Curatel des Valentin Ziegler von Schwanfeld.	88	55	Kaufschillingsrest laut Strichsprotokoll vom 3. Febr. 1814 und Hyp.-Eint. vom 11. Mai 1825.	III.	647.
189	Saar Georg "	Anna Maria Püttmann'sche Curatel von Schwanfeld.	10		Vormunds-Cautien lt. Hyp.-Eintr. v. 23. März 1825.	"	345.
190	Derselbe "	Die Michel Ziegler'sche Curatel in Schwanfeld.	12		Cautionsleistung lt. Hyp.-Eintr. v. 23. März 1825.	"	347.
191	Schloß Kaspar "	Die Gläubiger des Conrad Kunzmann in Schwanfeld.	114		mit 5 % verzinsl. Güterkaufschilling lt. gerichtlicher Zahlungsanweisung v. 13. Okt. 1831 u. Hyp.-Eintr. vom 22. Oktober 1831.	"	413.
192	Erlß Kaspar "	Schmitt Georg von Schwanfeld.	36		Kaufschillingsrest lt. Strichsprotokoll vom 5. März 1821 und Hyp.-Eintr. vom 11. Mai 1825.	"	657.
193	Gattmann Jakob "	Maier Fälklein Leo in Würzburg.	64	10	Desgl. laut Strichsprotokoll v. 18. November 1821 und Hyp.-Eintr. vom 31. Mai 1826.	V.	197.
194	Derselbe "	"	40		"	"	201.
195	Derselbe "	"	240		"	"	199.
196	Adelmann Valentin "	Die Gläubigerschaft des Alexander Heuler in Schwanfeld.	8		mit 5 % verzinsl. Kaufschilling laut Strichsprotokoll v. 3. Juni 1829 u. Hyp.-Eintrag v. 13. März 1832.	IV.	391.
197	Bügner Valentin u. Iff Peter "	"	43		"	"	393.
198	Ditterich Nikolaus "	Die ? Dittmann'sche Curatel in Schwanfeld.	26		mit 5 % verzinsl. Kapital laut Hyp.-Eintr. vom 10. Juli 1826.	V.	243 u. 245.
199	Bartelmä Georg "	Die Debitmasse des Mathes Stumpf in Schwanfeld.	38	30	Desgl. laut Strichsprotokoll vom 15. Juli 1829 und Hyp.-Eintr. vom 3. August 1830.	IV.	505.
200	Gattmann Niem "	Die Gläubigerschaft der Gebrüder ? Trapp von Schwanfeld.	54	24	Kaufschillingsrest lt. Strichsprotokoll vom 3. August 1825 und Hyp.-Eintr. v. 20. September 1825.	"	607.
201	Derselbe "	"	51	36	"	"	605.
202	Kunzmann Johann "	"	13		"	"	647.
203	Stumpf Mathes "	"	24		"	"	611.
204	Adelmann Valentin "	"	12	$54\frac{1}{4}$	"	"	669.
205	Stumpf Andreas "	"	22	$59\frac{1}{6}$	"	"	591.
206	Albert Michel "	"	[illegible]		"	"	[illegible]
207	Saar Michel "	"	[illegible]		"	"	[illegible]
208	Wagner Michel "	"	10		"	"	609.
209	Kunzmann Georg "	"	70		"	"	603.
210	Bügner Georg "	"	19		"	"	615.
211	Wiederer Karl "	"	27		"	"	661.
212	Bopp Valentin "	"	19		"	V.	1.

Fortl. Nr.	Name des eingetragenen		der Hypotheke			Hyp.-Buch.	
	Schuldners.	Gläubigers.	Betrag fl.	kr.	Rechtstitel rc.	Bd.	S.
213	Rosenbusch Hona von Schwanfeld.	Die Gläubigerschaft der Gebrüder ? Trapp von Schwanfeld.	45	37	Kaufschillingsrest laut Strichsprotokoll v. 3. August 1825 u. Hyp.-Eintr. v. 20. Sept 1825.	V.	5.
214	Alin Johann ″	″	2	10¾	″	″	7.
215	Frankenthal Joseph ″	Die Margaretha Gerber'sche Curatel in Schwanfeld.	98	30	Kaufschillingsrest laut Hypothekeneintrag vom 28. Februar 1828.	″	317.
216	Edelmann Kaspar ″	Johann Sauer ledig von Schwanfeld.	30		Desgleichen laut Hyp.-Eintr. vom 16. Juli 1830.	VI.	665 u. 667.
217	Adelmann Michel von Wipfeld.	Debitmasse der ? Saar Wittib in Schwanfeld.	27	30	mit 5 % verzinsl. Kaufschilling lt. Hypothekeneintrag vom 17. März 1831.	VII.	185.
218	Jonas Andreas von Schwanfeld.	Valentin Barth von Schwanfeld.	161		mit 4 % verzinsl. Güterkaufschilling lt. Strichsprotokoll vom 17. Dez. 1832 u. Hyp.-Eintr. v. 4. Juli 1833.	VI.	459.
219	Dittmann Johann allda	″	185		″	″	460.
220	Reder Georg ″	″	43		″	″	463.
221	Kunzmann Johann ″	Die Marg. Gerber'sche Curatel in Schwanfeld.	31		Kaufschillingsrest lt. Hyp.-Eintr. v. 28. Febr. 1828.	V.	319.
222	Rosenbusch Hona ″	Die Debitmasse des Nikolaus Dürr in Schwanfeld.	20		mit 5 % verzinsl. Güterkaufschilling lt. Hyp.-Eintr. vom 7. April 1827.	″	495.
223	Frankenthal Joseph ″	Debitmasse des Georg Zink von Schwanfeld.	70		Desgl. laut Strichspr. v. 13. März 1830 u. Hyp.-Eintr. vom 11. Januar 1831.	VII.	131.
224	Bohlig Adam ″	Die Gläubigerschaft des Friederich Gehring von Schwanfeld.	10		Desgl. laut Strichsprotokoll v. 20. Sept. 1825 und Hyp.-Eintr. vom 20. Nov. 1825.	V.	123.
225	Dieterich Nikolaus ″	Debitmasse des Michel Heuler in Schwanfeld.	5		mit 5 % verzinsl. Güterkaufschilling lt. Strichsprotokoll v. 10. Mai 1827 u. Hyp.-Eintr. v. 23. März 1832.	VII.	441.
226	Manger Nikolaus ″	″	4		″	″	447.
227	Frankenthal Joseph ″	″	35		″	″	445.
228	Müller Johann ″	Debitmasse des Johann Kuhn in Schwanfeld.	6		ditto laut Strichsprotokoll vom 17. Mai 1830 und Hyp.-Eintr. vom 15. März 1832.	II.	121.
229	Heuler Valentin ″	″	4		″	VII.	409.
230	Löschigk Wilhelm ″	″	29		″	″	407.
231	Blättner Männlein ″	″	31		″	″	466.
232	Heuler Kunigunda Wtw. ″	″	6		″	″	399.
233	Saar Georg ″	Die ? Gerber'sche Curatel in Schwanfeld.	27		Kaufschillingsrest laut Strichsprotokoll v. 7. Februar 1826 und Hyp.-Eintr. vom 23. März 1825.	I.	409.
234	Ditterich Nikolaus ″	″	73	30	″	I.	415.
235	Manger Nikolaus ″	Schmitt Georg von Schwanfeld.	4		Kaufschillingsrest lt. Strichsprotokoll v. 5. März 1821 und Hyp.-Eintr. vom 11. Mai 1825.	III.	667.
236	Dürr Nikolaus alt ″	″	21		″	″	659.
237	Getreu Adam ″	Die Curatel des Georg Barthelmä von Schwanfeld.	50		Kaufschillingsrest lt. Strichsprotokoll v. 1. Sept. 1814 und Hyp.-Eintr. vom 11. Mai 1825.	″	579.
238	Heuler Karl ″	Die ? Dittmann'sche Curatel von Schwanfeld.	63	20	Kaufschillingsrest lt. Strichsprotokoll vom 17. Nov. 1818 und Hyp.-Eintr. vom 11. Mai 1825.	IV.	93.
239	Stumpf Mathes ″	Georg Schmitt von Schwanfeld.	60		Desgl. laut Strichsprotokoll vom 5. März 1821 und Hyp.-Eintr. vom 11. Mai 1825.	″	7.
240	Sauer Andreas ″	Göpfert Andreas Wittib v. Schwanfeld.	216		ditto laut Strichsprotokoll vom 25. Febr. 1823 und Hyp.-Eintr. vom 11. Mai 1825.	″	135.
241	Göb Franz ″	″	23	20	″	″	137.
242	Manger Nikolaus ″	Stumpf Mathes in Schwanfeld.	33		Kaufschilling laut Strichsprotokoll v. 12. Jan. 1826 und Hyp.-Eintr. vom 3. August 1826.	V.	269.
243	Derselbe ″	Die Debitmasse des Valentin Barth in Schwanfeld.	58		Kaufschilling laut Strichsprotokoll v. 17. Dez. 1832 und Hyp.-Eintr. vom 8. Juli 1833.	VII.	562.
244	Löschigk Wilhelm ″	Die Debitmasse des Conrad Kunzmann in Schwanfeld.	8		mit 5 % verzinsl. Kaufschilling lt. Distributionsplan v. 24. Sept. 1831 u. Hyp.-Eintr. v. 22. Okt. 1831.	″	335.
245	Alin Johann alt ″	″	16		″	″	337.
246	Bartelmä Georg ″	Die Debitmasse des Alexander Heuler in Schwanfeld.	22	30	mit 5 % verzinsl. Kaufschilling lt. Strichsprotokoll v. 3. Juni 1829 u. Hyp.-Eintr. vom 13. März 1832.	″	387.
247	Heuler Johann ″	″	16		″	″	307.
248	Weidinger Andreas jg. ″	″	32		″	″	381.
249	Köhler Martin ″	″	17		″	″	385.
250	Reichmann Joseph ″	″	41		″	IV.	381.
251	Kunzmann Kunigunde Wtw. ″	Die Debitmasse der Katharina Kunzmann Wtw. in Schwanfeld.	8		mit 5 % verzinsl. Kaufschilling lt. Strichsprotokoll v. 17. Juli 1830 u. Hyp.-Eintr. v. 17. März 1832.	VII.	411.
252	Bartelmä Georg ″	″	25		″	″	431.
253	Alin Johann jg. ″	″	19		″	II.	233.
254	Jonas Andreas ″	″	50		″	″	187.
255	Schneider Kaspar von Wipfeld.	Die Debitmasse des Kaspar Heckelmann in Wipfeld.	68		Desgl. laut Strichsprotokoll vom 20. Oktober 1828 und Hyp.-Eintr. vom 6. August 1830.	V.	221.
256	Pabst Adam allda	″	33		″	″	213.
257	Schmitt Georg von Schwanfeld.	Die Nikolaus Dürr'sche Debitmasse in Schwanfeld.	32		Desgleichen laut Hyp.-Eintrag vom 7. April 1827.	″	499.
258	Saar Georg allda	″	10		″	IV.	177.
259	Schmitt Georg ″	″	47		″	V.	501.
260	Kuhn Friedrich ledig ″	Die Debitmasse des Fried. Gehring von Schwanfeld.	5		Desgl. laut Strichsprotokoll v. 20. Nov. 1825 und Hyp. Eintr. vom 31. Januar 1826.	″	125.
	Precht Georg ″	″	34		″	I.	565—570.
261	Haymann Isak ″	Die Conkursmasse des Andreas Sauer in Schwanfeld.	5		Desgl. laut Strichsprotokoll vom 30. Juni 1829 u. Hyp.-Eintr. vom 30. März 1832.	VII.	456.
262	Popp Georg ″	Die Debitmasse des Mathes Stumpf in Schwanfeld.	18	30	Desgl. laut Strichsprotokoll vom 15. Juli 1829 u. Hyp.-Eintr. vom 3. August 1830.	VI.	685.
263	Barth Johann jg. ″	″	12		″	″	689.
264	Göpfert Valentin ″	Die Debitmasse des Alexander Heuler in Schwanfeld.	32		Desgl. laut Strichsprotokoll vom 3. Juni 1827 und Hyp.-Eintr. vom 13. März 1832.	VII.	395.
265	Adelmann Michel von Wipfeld.	Die Debitmasse des Andreas Sauer in Schwanfeld.	262		Desgl. laut Strichsprotokoll vom 30. Juni 1829 u. Hyp.-Eintr. vom 30. März 1832.	IV.	267.
266	Löschigk Wilhelm allda	Die Debitmasse des Konrad Kunzmann.	20		mit 5 % verzinsl. Kaufschilling lt. Distributionsplan v. 24. Sept. 1831 u. Hyp.-Eintr. v. 22. Okt. 1831.	V.	639.
267	Widerer Michel ″	Die Debitmasse der Magdalena Schmitt Wtw. in Schwanfeld.	60		Desgl. laut Strichsprotokoll vom 23. März 1829 u. Hyp.-Eintr. vom 2. November 1830.	VII.	67.
268	Gattmann Salomon v. Schwanfeld.	″	10		″	″	69.
269	Schmitt Joseph Wtw. allda	Die Debitmasse des Georg Zink allda.	13		Desgl. laut Strichsprotokoll vom 19. März 1830 und Hyp.-Eintr.	III.	307.
270	Brötzel Peter ″	Die Margaretha Gerber'sche Curatel in Schwanfeld.	4	30	Desgl. laut Strichsprotokoll vom 15. Januar 1828 und Hyp.-Eintr. vom 28. Februar 1828.	I.	391.

Druck und Verlag der Stahel'schen Buch- und Kunsthandlung in Würzburg.

An die
Hof- und Staatsbibliothek
Würzb. Ztg. München.

Neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht!

№ 73.	Vorausbezahlung: Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 1 fl. 30 kr. Bei Inseraten wird die dreispaltige Zeile in gewöhnlicher kleiner	62. Jahrgang.	Schrift oder deren Raum im Hauptblatte mit 6 kr., im Anzeiger mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franco.	Dinstag, 14. März 1865.

Aus **München**, 12. März, schreibt man der „A. Abendz.": „Der heute in der „Bayer. Ztg." enthaltene, „die Polenflüchtlinge in München" betreffende Artikel vermag Thatsachen nicht zu verwischen. Solche stehen aber dadurch fest, daß hier Arbeitgeber für Polenflüchtlinge sich hervorgethan, diesen aber den Eintritt in die ihnen angebotene Arbeit versagt worden ist. Es kamen sogar zwei Gutsbesitzer von Mindelheim hieher, die Polen zur Arbeit sich aussuchten; aber solche mit sich nehmen zu dürfen, dazu konnte die Erlaubniß selbst beim Ministerium nicht erwirkt werden. Die betreffenden Gutsbesitzer mußten daher unverrichteter Dinge in ihre Heimath wieder zurückkehren."

Die „Evangelischen Blätter für die unirte Kirche der Pfalz" bringen eine bis jetzt von 92 protestantischen Geistlichen der Pfalz unterschriebene Erklärung, worin sich dieselben dem von ihren badischen Amtsbrüdern gegen Schenkel erhobenen Protest anschließen. Sie lautet: Die Bewegung, welche die Schrift von Prof. Schenkel: „das Charakterbild Jesu" hervorgerufen hat, geht über die Grenzen des badischen Landes hinaus und in immer weiteren Kreisen der evangelischen Kirche Deutschlands ist die Ueberzeugung bereits zum Ausdrucke gekommen, daß der Verfasser des genannten Buches durch dasselbe in offenem Widerspruch mit dem allgemeinen christlichen Glauben steht und insbesondere die Heilsthatsachen leugnet, welche das Fundament unserer evangelischen Kirche bilden. Auch die unterzeichneten evangelischen Geistlichen der bayerischen Pfalz fühlen sich darum in herzlicher Theilnahme gedrungen, den Amtsbrüdern in Baden ihre volle Zustimmung auszusprechen zu dem Proteste, den sie gegen die bei ihnen hervorgetretene grundstürzende Irrlehre und namentlich gegen den ferneren amtlichen Einfluß ihres Urhebers auf die Bildung der Geistlichen im Heidelberger Predigerseminar erhoben haben. Die Unterzeichneten theilen vollkommen die Ueberzeugung der badischen Amtsbrüder, daß ein Mann weder Lehrer noch Diener einer Kirche sein könne, deren Lehren und Recht er gegen seine Amtspflicht öffentlich zu untergraben kein Bedenken trägt, und daß es die Aufgabe eines Kirchenregiments sei, eine von solchen Gefahren bedrohte Landeskirche zu schützen. Unser hochgelobter Herr und Heiland, das ewige Haupt unserer gemeinsamen evangelischen Kirche, dessen Gottheit wir freudig bekennen, stärke die hochverehrten Amtsbrüder und die vielen Gemeindeglieder in Baden, welche ein gutes Bekenntniß abgelegt haben, daß sie in dem ihnen verordneten Kampfe treu und mannhaft ausharren und die Schmach Christi willig tragen; dann wird er an ihnen seine herrliche Verheißung erfüllen: „Wer mich bekennet vor den Menschen, den will ich auch bekennen vor meinem himmlischen Vater."

Wien, 11. März. Die österreichische Depesche vom 5. ds. schließt mit der Kundgebung des Wunsches, daß nunmehr die preußische Regierung zur Lösung der Souveränitätsfrage in den Herzogthümern die Hand bieten möge. Es wird nachdrücklich betont, daß höchst wichtige Interessen kaum ein längeres Hinausschieben der Lösung dieser Hauptfrage gestatten. Die deutschen Großmächte hätten durch den Friedensvertrag die Pflicht übernommen, den Herzogthümern einen neuen Souverän zu geben, und ein längeres Zögern, dieser Pflicht nachzukommen, müßte unfehlbar von den unheilvollsten Folgen für diese Länder begleitet seyn. (Allg. Z.)

Die „Presse" schreibt unterm 11.: „Der aus Frankfurt berufene Bundes-Präsidialgesandte Frhr. v. Kübek trifft morgen in Wien ein. Er wird, wie wir hören, hier mündlich Instruktionen entgegenzunehmen haben für den Fall, als von Seiten einzelner Bundesglieder in der Herzogthümerfrage der eine oder der andere Antrag an den Bund gebracht werden würde. Es versteht sich fast von selbst, daß bereits mehr als bloße Vermuthungen vorliegen, daß ein solcher Antrag in allernächster Zeit zu erwarten steht. Man spricht von einem Antrag Bayerns, der vorzugsweise das Erbfolgerecht betonen und hervorheben soll, daß die Berufung der schleswig'schen und holstein'schen Stände, deren Prälaten und Ritterschaften wenigstens verfassungsmäßig zusammentreten, eine unumgängliche Nothwendigkeit sei. Nebst dem Bundestagspräsidenten wird denn auch Graf Blome, k. k. Gesandter in München, hier erwartet, um an den Berathungen theilzunehmen. Unseres Erachtens wäre ein seltener Grad von Vertrauensseligkeit erforderlich, um zu glauben, daß man hier diplomatische Angriffswaffen gegen Preußen schmieden werde; viel eher dürfte es sich um das Aufsuchen einer Defensivstellung gegen die Mittelstaaten handeln."

Dem „Frankf. Journal" berichtet man aus **Wien**: „Uns bezeichnet man als Zweck der Reise des Herrn von Kübeck nach Wien die vom Minister des Aeußern, Grafen Mensdorff, gefühlte Nothwendigkeit, sich vom Bundespräsidialgesandten mündlich und persönlich über verschiedene Verhältnisse im Schooße der Bundesversammlung informiren zu lassen, welche mit Hinblick auf die etwa in nächster Zeit aus der dermaligen Phase der Herzog-

Feuilleton.

Aus der dänischen Hauptstadt.

Wenn man's nur erwarten kann, so geht Einem zuletzt doch Alles in Erfüllung, — ich bin nun in Kopenhagen.

An der Stelle, wo das Schiff anlegt, hat man mehr als irgendwo in der Stadt selbst, das Gefühl: du bist hier in einer neuen Welt. Die zerschossenen Blockschiffe, die, vielleicht noch vom Bombardement (1807) her, am Bollwerk entlang liegen; gelbe, beinahe würfelförmige Thurmhäuser, auf denen sich hohe Krahne befinden; eine malachitfarbene Kupferkrone, die grotesk auf einem Dachfirst reitet; wunderlich geformte Thurmspitzen, deren phantastische Formen im Nebel noch phantastischer erscheinen — Alles berührt den Ankommenden mit dem Zauber des Fremdartigen und weckt das günstigste Vorurtheil. Dieses schwindet freilich zum Theil, wenn man sich dem Mittelpunkt der Stadt nähert und Wohnung darin nimmt; aber es ist nur nöthig, die Grenzlinien dieses Mittelpunkts, und zwar nach welcher Seite hin man will, zu überschreiten, um den Eindruck des reizvoll Eigenthümlichen sogleich wieder zu haben.

Stellt man das Architektonische in den Vordergrund, so ist Kopenhagen ganz gewiß keine schöne Stadt; weder sind die einzelnen Bauten schön, noch ist es die bauliche Anlage der einzelnen Stadttheile. Aber Kopenhagen, und nicht einmal ausschließlich durch seine Lage, hat dafür ein Anderes: es ist pittoresk, poetisch interessant, so recht eine Stadt zum Lieben, von der ich es sehr wohl begreife, daß das Herz seiner Bewohner auf's Innigste daran hängt, freilich auch nur in einer bis zum Uebermaß und bis zur Verkennung des realen Werthes gesteigerten Begeisterung. Es ist mit den Städten wie mit den Menschen: das blos Schöne, die tadellose Form wird selten am meisten geliebt. Das romantische Bedürfniß im Menschen — und jeder hat sein Theil davon — geht an nichts so gleichgiltig vorüber als an der „reinen Schönheit."

Kopenhagen hat nun wenig von dieser letzteren, aber desto mehr von jenen Rococo-Bizarrerien, woran Phantasie und Humor am liebsten einhaken und Schnurren und Gespenstergeschichten produziren. Man kann es den Häusern ansehen, ob sie im Mund der Leute sind und schon hundertfältig zu Scherz und Witz, zu Vergleichungen und Spinnstubengeschichten Veranlassung gegeben haben oder nicht.

So viel über den Eindruck, den Kopenhagen, die Stadt, auf mich gemacht. Wie sind nun aber die Menschen?

Zuerst das Körperliche. Als ich mich in der ersten Stunde meines Hierseins in's Fenster legte, zog gerade die Wachparade auf, und da die Hauptwache unmittelbar neben meinem Hotel gelegen ist, so gab mir dies eine erwünschte Gelegenheit, sowohl die

thümerfrage hervorgehenden Eventualitäten auf die Haltung und Entschließungen Oesterreichs einen bestimmten Einfluß zu üben geeignet wären. In jedem Falle deutet die Hieherberufung Kübecks darauf hin, daß etwas hier im Werke sei, was die Anschauung der inspirirten Berliner Organe berichtigen dürfte, daß Oesterreichs Berufung auf sein Mitbesitzrecht in den Herzogthümern bezüglich ihrer Wirkung identisch sei mit dem angeblichen Absehen des Wiener Cabinets von der Forderung nach Beseitigung des Provisoriums.

Ueber die Verhandlungen, welche in Folge der Depesche zwischen Wien und Berlin gepflogen werden, läßt sich das „Vaterland" aus Berlin schreiben: „Für die Aussicht, daß durch weitere Verhandlungen und Erörterungen über die diesseits maßgebenden Motive das Wiener Kabinet zu einer veränderten Ansicht über die preußischen Forderungen in der Herzogthümerfrage gelangen, und daß schließlich ein gegenseitig befriedigendes Einvernehmen stattfinden werde, erscheint die Besprechung, die heute der Graf Karolyi mit Hrn. v. Bismarck im auswärtigen Amte hatte, von nicht zu verkennender Wichtigkeit, da, wie ich höre, in dieser Konferenz wichtige, auf ein vorauszusetzendes demnächstiges Einvernehmen hinweisende Prinzipienfragen hervorgehoben wurden, in denen sich beide Staatsmänner vorläufig zusammenfanden. Die von beiden deutschen Großmächten bei den betreffenden Regierungen der seefahrenden Staaten beantragte Anerkennung der provisorischen schleswig-holsteinischen Flagge und die Behandlung derselben auf demselben Fuße, wie er unter der Herrschaft Dänemarks über die Herzogthümer zur Anwendung kam, bis zur definitiven Konstituirung der Herzogthümer, stößt, so viel wenigstens den zweiten Punkt betrifft, bei den größeren Mächten auf Schwierigkeiten, zu deren Hebung längere Verhandlungen erforderlich sein werden. Die kleineren Staaten, insonderheit die drei Hansestädte, haben dagegen beiden Anträgen bereitwillig entsprochen."

In der Provinzial-Irrenanstalt zu **Schwetze** an der Weichsel ist am 4. März der durch die Graudenzer Insubordinationsvorgänge in der 12. Kompagnie des 45. Inf.-Regiments bekannt gewordene Hauptmann v. Besser gestorben. Er ist von seinem Irrsinn erlöst; von den Soldaten aber, welche durch seine verrückten Befehle zur Insubordination verleitet wurden, sitzen noch viele, zu langjährigen Strafen verurtheilt, in der Festung.

Aus den Niederlanden, 10. März. Am 8. d. M., Nachmittags 3 Uhr, erfolgte zu Velsen, im Beisein der Direktoren und Ingenieure der Kanalgesellschaft, mehrerer hoher Beamten des Ministeriums des Innern und vieler Personen aus den umliegenden Orten und aus Amsterdam, der erste Spatenstich zu dem Bau des Kanals, der Holland in seinem schmalsten Theile durchziehen wird.

London, 11. März. Mit der Ueberlandpost sind Nachrichten aus Melbourne vom 26. Januar hier eingetroffen. Der südstaatliche amerikanische Dampfer „Shenandoah" war in Melbourne angekommen und hatte seit seiner Abfahrt vom Cap der guten Hoffnung elf Schiffe der Union verbrannt. Laut Berichten aus Neu-Seeland waren die Zustände daselbst bedenklicher geworden. Die Eingeborenen von Tauranga waren abgefallen und diejenigen von Waikato rüsteten sich, um dem Stamme der Taranaki in seinem Widerstande gegen General Cameron beizustehen.

Paris, 11. März. Der Kaiser ist seit dem Tode des Herzogs v. Morny sehr düster und will Niemanden sehen. Heute Morgen präsidirte er zwar dem Ministerrathe, aber gestern sowohl als heute wurde sonst Niemand in den Tuilerien empfangen.

Paris, 11. März. „La France" meldet, der Schiffsbauer Armand in Bordeaux habe von der preußischen Regierung Auftrag erhalten, zehn große Kriegsschiffe für dieselbe zu erbauen. — Ueber die letzten Stunden Morny's erfährt man, daß er am 10. d. M. Morgens 3 Uhr die letzte Oelung empfing. Auf sein Verlangen besuchte ihn der Kaiser und der Graf Flahault. Letzterer kehrte Nachts 3 Uhr mit seinen Töchtern zu dem Sterbenden zurück. Die Herzogin wich nicht von seinem Bette. Er hinterläßt zwei Söhne und drei Töchter. Die Kammersitzung wird bei seinem Leichenbegängnisse eingestellt.

Sämmtliche Blätter, welcher politischen Färbung sie auch angehören, sind darüber einig, daß der Tod des Herzogs von Morny in dem gesetzgebenden Körper eine schwer wieder auszufüllende Lücke hervorgebracht hat.

Dem „Journal des Débats" zufolge hätte Hr. v. Morny noch mitten in der Nacht den Wunsch geäußert, den Kaiser noch einmal zu sehen, welcher denn auch erfüllt worden ist. Diese letzte Unterredung mit dem Kaiser dauerte nur wenige Augenblicke.

Die „Presse" sagt, nicht allein der gesetzgebende Körper, der Kaiser und das Kaiserreich, sondern auch die Sache der Freiheit habe durch den Tod des Herzogs v. Morny einen sehr großen Verlust erlitten. Die Krankheit, der er erlegen sei, habe den ausgezeichneten Aerzten, die ihn behandelten, weniger gefahrvoll erschienen, als sie sich schließlich erwiesen habe, es sei aber diese Krankheit dieselbe, an denen die Regierungen zu Grunde gehen, wenn sie sich davon überraschen lassen und es zu spät ist, sie zu bekämpfen; sie heiße Blutmangel. Hr. v. Morny habe in der That, besonders in der letzten Zeit, offen seine Ansicht ausgesprochen, daß es an der Zeit sei, die Freiheit in Frankreich zurückkehren zu lassen und daß das Interesse des Kaiserreichs selbst dies gebieterisch erheische.

Der „K. Z." schreibt man aus **Paris,** 11. März. Lincoln ist, so glaube ich, gerne geneigt, einen Bruch mit Frankreich zu vermeiden, und so mag er denn auch die Fortdauer des Krieges dazu benutzen, um Mexico anzuerkennen; ein Anderes wäre es, zu entscheiden, ob er auch stark genug sein wird, nach erfolgtem Friedensschlusse bei dieser Politik zu verharren. Von hier aus sucht man ihn zu gewinnen und es sind verschiedene Annäherungs-Versuche gemacht worden. Herr Montholon's Ernennung ist um so bedeutsamer, als die nordischen Sympathieen dieses Diplomaten bekannt sind und er, wie man mir versichert, kürzlich eine Reise nach Washington gemacht hat, um sich mit Hrn. Lincoln zu verständigen.

Petersburg, 11. März. Ein Regierungs-Reglement gestattet Waaren, Pulver ausgenommen, freien Transit durch den Caukasus vom Kaspischen nach dem Schwarzen Meere. Der russische Gesandte zu Konstantinopel hat die Vermittlung Rußlands im Streite mit Persien angeboten, der Divan sie angenommen.

---

aufziehenden Wachmannschaften wie auch das Publikum aller Stände zu beobachten, das sich zu einigen Hunderten auf dem Platz um das Gitter der Hauptwache herum, wie das allerorten geschieht, versammelte. Ich dachte an die all' diesen Leuten von englischen Blättern angedichtete „Superiorität" der Race und schüttelte den Kopf. Ich sah weder etwas Schönes, noch etwas, was durch Würde oder Haltung imponirt hätte; ebenso fehlte alle Leichtigkeit und „Adrettheit" der Bewegung, jede Eleganz der Erscheinung. Es wäre falsch, wenn ich behaupten wollte, von alledem das Gegentheil gesehen zu haben, auch das war nicht der Fall; es hatte eben Alles Durchschnittsbeschaffenheit, sowohl die Köpfe und Gestalten, wie auch die Tracht und Haltung. Ich konnte, was das Publikum angeht, kaum einen Unterschied vom unsrigen wahrnehmen.

Man begegnet drei Typen: den taillelos schlank Aufgeschossenen, den kurzbeinig Untersetzten und drittens den semmelblonden Schlaffgesichtern, die mitunter eine bloße Entartung der ersten Kategorie sind, aber nicht in jedem Falle. Alle drei Arten, mit kaum bemerkbaren Abweichungen, findet man (freilich neben anderen Typen, in denen das Slavische vorherrscht) auch bei uns. Nur von der Nummer eins und zwei verlohnt es sich zu sprechen.

Die schlank Aufgeschossenen zeigen durchaus den niedersächsischen Typus, wie man ihn in Westphalen, in den nordalbingischen Ländern, in den Hansestädten, besonders auch (und diesem dänischen am meisten verwandt) in Mecklenburg findet. Es sind selbstverständlich lauter stattliche Leute, blond, blauäugig, von frischem Teint, mit gutgeformten, aber sehr prononcirten Nasen, und man würde sie nicht blos als stattlich, sondern durchaus als schön bezeichnen müssen, wenn sie größere, lebensvollere Augen und überhaupt einen intellektuelleren Gesammtausdruck hätten. Die zweite Klasse, „die Untersetzten" gehören jenem Typus an, den der alte Arndt als den der germanischen Klotzköpfe bezeichnet hat. Sie haben etwas Kurzes, Vierkantiges, Energisches, und wenn Nummer eins die Schönheit repräsentirt, so repräsentiren sie die Kraft.

Ueber die Frauen habe ich noch nicht gesprochen; ich hole es jetzt nach. Ich hatte imposante Nordlandsgestalten, Fingalstöchter, Ossianische Schönheiten erwartet und war in den ersten Tagen erschrocken, von alle dem so ziemlich das Gegentheil vorzufinden. Schließlich hat sich das Urtheil günstiger gestellt, wiewohl ich auch jetzt noch versichern darf, während meines ganzen Aufenthalts keiner einzigen glänzenden Schönheit begegnet zu sein. Man sieht einzelne hübsche Mädchen wie überall, aber ihre Zahl steht in keinem günstigeren Verhältniß zur Bevölkerung wie anderswo. Sie sind blond, blauäugig und von gutem Teint; die Zähne sind leidlich konservirt (besser als bei uns), und kleine Hände und Füße bilden ihren besondern Stolz. Haltung und Gang sind natürlich, ohne ungraziös zu sein. Dies klingt anerkennend genug, zumal ich bei meinem alten Satze verbleibe, daß schöner Teint der erste Schritt zur Schönheit ist. Aber der erste Schritt ist noch nicht die

Digitized by Google

New-York, 25. Febr. Amtlichen Depeschen zufolge marschirte Shofield am 17. mit 8000 Mann, und zu Wasser von 4 Schiffen begleitet, von Smithville aus gegen Fort Anderson vor; ihm folgte am nächsten Tage Admiral Porter mit 17 seiner Schiffe. Schweres Geschützfeuer brachte die Batterien des Forts zum Schweigen, doch setzte Porter das Bombardement fort, während Shofield im Rücken des Forts operirte. Die Besatzung, sich nahezu umzingelt sehend, räumte am frühen Morgen den Platz und zog sich nach Wilmington hin zurück. Auf dem Fuße folgten ihr Terry und Cox, griffen sie bei Town Creek, wo sie Halt gemacht hatte, an und nahmen 300 Gefangene und zwei Kanonen. Weiter vordringend, kam Cox am 21. gegenüber Wilmington an Brunswick River an, wo die Brücken in Flammen standen. Die Konföderirten räumten die Stadt noch in derselben Nacht, nachdem sie 1000 Ballen Baumwolle und 15,000 Faß Harz verbrannt hatten, und zogen nach Norden ab. Die Bundestruppen besetzten Wilmington am 22. Morgens, wobei sie 20 Kanonen und 800 Gefangene nahmen; und Terry machte sich sofort auf die Verfolgung der flüchtigen Konföderirten. — Die beiden Häuser der Legislatur von Kentucky haben die Ratifizirung des die Sclaverei abschaffenden Verfassungs-Amendements mit großer Mehrheit abgelehnt. — Die Legislatur von Wiskonsin hat dasselbe genehmigt.

Der Generalkonsul Karl Sturz.

Reh. Edle Männer aus fast allen Gauen des deutschen Vaterlandes haben sich zu einem Aufrufe verbunden, um für den Generalkonsul Sturz eine Sammlung von Beiträgen zu erwirken. Ein engerer Ausschuß hat von Berlin aus die Verwirklichung dieser Aufgabe sich zum Ziele gesetzt. Auch hieher ist eine Aufforderung zur Betheiligung ergangen. Die vorbereitenden Schritte sind geschehen; die erforderliche höchste Genehmigung wird sicher uns zu Theil und es ist daher unsere nächste Aufgabe, uns über die Motive dieser Betheiligung vorerst zu verständigen.

Generalkonsul K. Sturz wurde 1800 zu Frankfurt a/M. geboren. Noch in jungen Jahren bereiste er England und Amerika. Seine Lebensaufgabe sollte sich in Brasilien erfüllen. Vier Grundrichtungen füllten da sein Leben aus: Die erste und wichtigste war der Kampf gegen die Sklaverei, die zweite zielte darauf hin, europäische Civilisation nach Brasilien zu bringen und die dritte darauf, Brasilien zu einem Neudeutschland jenseits des Oceans zu erheben und den Strom deutscher Auswanderung dahin zu leiten. Diese letzte Aufgabe setzte gewissermaßen die Erfüllung der vorausgegangenen voraus, daher ging mit diesen Richtungen die vierte: die Deutschen vor der Auswanderung nach Brasilien abzuhalten, so lange jene vorausgegangenen Ziele nicht, oder doch nicht größtentheils verwirklicht waren. So stehen all' diese seine Lebensziele im innigsten Zusammenhange; sie erfüllen einen allgemein menschlichen Zweck und sind zugleich für uns Deutsche von höchst nationaler Bedeutung. Betrachten wir diese Lebensaufgabe eines hingebenden, opfermüthigen, patriotischen und zuletzt unglücklichen Mannes etwas näher.

Sein Wirken gegen die Sklaverei war nicht ohne Erfolg. Er stand in den Diensten der Goldminen-Kompagnie Congosoco, deren Direktorium in London war, seine pekuniäre Stellung war vortheilhaft, aber wegen der harten Behandlung der Sklaven zerwarf er sich mit dem ersten Verwalter, gab darum seine Stellung auf, ging nach London, und erwirkte da bei dem Direktorium eine wesentliche Verbesserung der Lage der Sklaven.

Bei einem späteren Aufenthalte in Berlin arbeitete er gegen den Sclavenhandel, der in Brasilien immer größere Ausdehnung gewann, so daß die jährliche Sclaveneinfuhr 80,000 Köpfe betrug. In Folge seiner Bemühungen machten die Engländer 1851 diesem Unwesen gewaltsam ein Ende.

Die ganze Zeit seines Wirkens galt der Erschwerung dieser Sklaveneinfuhr. Vor der ächten Civilisation muß die Sklaverei verschwinden. Ein Volk, das Sklaven hält, muß daher mit der Civilisation befreundet werden, wenn diese Wunde in seinem Körper heilen soll. Darum bemühte sich Sturz, die Brasilianer für die europäische Civilisation zu gewinnen; nun ist aber der Handel der erste Träger der Kultur; sein Ziel konnte er daher nur erreichen, wenn er die Brasilianer in den europäischen Verkehrsstrom hineinzog; die Erreichung dieses Zieles kostete unsägliche Mühen und große Opfer an Geld; aber auch dieses Streben gelang; englische Dampfschifffahrts-Gesellschaften erhielten die Konzession zur Befahrung mehrerer Flüsse mit Dampfschiffen, besonders aber gelang die Postdampfschifffahrt längs der ganzen Küste vom Amazonenstrom bis Rio Grande do Sul, die seit dem Jahre 1838 auch nicht mehr unterbrochen wurde.

Nach diesen beiden Richtungen hat er den allgemeinen Interessen der Menschheit gedient. Der andere Kreis seiner Thätigkeit galt den Interessen der deutschen Brüder. So lange noch die alten barbarischen Sklavereizustände in Brasilien bestanden, arbeitete er gegen die deutsche Einwanderung nach Brasilien; er that dies in Flugschriften und Zeitungsartikeln; er deckte hier das schmachvolle Verfahren der brasilianischen Regierung auf, welche mit allen Geldmitteln durch geheime Agenten eine Sklaveneinfuhr vermögensloser Deutschen betrieb. Und ohne diese seine jahrelang fortgesetzte, keine Geldopfer scheuende Thätigkeit wären hunderttausende unserer deutschen Brüder in die Sklavennetze der portugiesischen Sklavenhalter und Plantagenbesitzer gefallen und rettungslos verloren gewesen und ohne seine Reklamationen trügen noch viele Tausende unserer Landsleute dieses jammervolle Loos.

Unglückliche hat er gerettet, er wollte auch Glückliche schaffen. Er suchte für Deutsche eine Auswanderung nach Brasilien zu erwirken, welche es ermöglichte, daß sie freie Männer blieben. Sein Ziel war da die Gründung eines Neudeutschlands jenseits des Oceans. Er erkannte die Ueberlegenheit an Energie, Fleiß, Charakter und Geist, welche der Deutsche als Bauer oder Handwerker über den faulen, energielosen, geistig und körperlich entnervten Brasilianer für sich voraus hatte, und die daher dem Deutschen die Zukunft in diesem fruchtbaren Lande verbürgte. Dieser Auswanderung widmete er seine rastlose Thätigkeit von Berlin aus in den 40er Jahren.

Später bemühte er sich für die Erwirkung der Einwanderung Deutscher nach Uruguay. Hier war die Bildung eines Neudeutschlands am Laplatastrome sein Ziel; und er errang hier einen so

---

Schönheit selbst. Die Gestalten sind eher zart als bedeutend, die Profile nicht edel, (freilich auch nicht das Gegentheil), die Augen ohne Zauber, der meist etwas große Mund ohne besondern Reiz. Gebe ich den Totaleindruck, so heißt es auch hier wieder: es fehlt alles Frappante. Es sind Mädchen und Damen wie anderswo; aber nichts Spezifisches ist da, das einen jeden Augenblick, wohl gar unter Beimischung einer gewissen Bewunderung, daran zu erinnern vermöchte: dies sind dänische Frauen. Dasselbe gilt von den Toiletten, die ohne unelegant zu sein, doch um ein nicht Unbeträchtliches hinter dem zurückbleiben, was man in anderen Hauptstädten zu sehen gewohnt ist.

Ueberrascht hat mich eigentlich nur Eines, und zwar die Erwägung, bis zu einem gewissen Grade auch die persönliche Wahrnehmung, daß diese dänischen Damen es sind, die durch ihre Haltung eine politische Rolle zu spielen vermochten, eine Rolle, die an das Auftreten und den Einfluß der Polinnen erinnert. Diese unbedeutenden Figürchen schüren das nationale Feuer, betheiligen sich an der Achterklärung, die täglich gegen alles Deutsche geschleudert wird, verleugnen ihre Kenntniß der deutschen Sprache und weigern sich (so wird aus Jütland berichtet), den Besuch, die Respektsbezeigungen deutscher Offiziere entgegen zu nehmen. Ich bin nicht blind für das Schöne, das darin liegt; aber ich kann andererseits mit der Ansicht nicht zurückhalten, daß ich das Imponirende solcher Haltung mit allerhand minder Imposantem verquickt finde. Eines schickt sich nicht für Alle. Börne sagt einmal vorwurfsvoll von Heine, dieser Letztere sei so geartet gewesen, daß ein Graf, der sich aus Liebe erschossen, einen poetischen, ein Schneider aber in gleicher Situation einen komischen Eindruck auf ihn gemacht habe. Ich bekenne, daß ich in dieser Streitfrage mehr auf Seiten Heine's als Börne's stehe. Familienstolz, um ein anderes Beispiel zu geben, ist eine schöne Sache; haben ihn die Starhemberg oder Pappenheim, so ist das einfach in der Ordnung, hat ihn aber Mietsch oder Pietsch, so ist es lächerlich. Die Nutzanwendung dieser Beispiele auf die dänische Damenwelt ergibt sich von selbst. Sie machen — glänzende Ausnahmen im Einzelnen zugegeben — in ihrer Durchschnittshaltung nicht den Eindruck, daß ich ihnen das poetische Recht zu ihrer politischen Haltung zugestehen möchte. Sie haben, rund heraus gesagt, nicht das Zeug dazu. Es ist der Enkel, der in Großvaters Reiterstiefeln einherstolzirt. Damen, die politisch eine Rolle spielen oder auch nur zur offenen Dokumentirung ihres Nationalhasses schreiten wollen, müssen nach meinem Gefühl entweder sehr schön oder voll brennender Leidenschaft sein. Sie müssen über irgend eine bedeutende Kraft verfügen, über irgend etwas, das ihre Liebe bemerkenswerth macht. Der Durchschnittsblondine mit Stülpnase und schnippischem Mundwinkel muß ich aber auch das Recht absprechen, durch Annehmen oder Nichtannehmen strafen oder belohnen zu wollen. Dieses Recht ist nur bei der Kraft.

Digitized by Google

großen und nachhaltigen Erfolg, daß er sich ein bleibendes Denkmal in der Geschichte deutscher Auswanderung erwarb.

So steht unserem K. Sturz ein menschenfreundliches und nationales, ein opfervolles und thatenreiches Wirken zur Seite.

Damit standen, wie bei allen opfermüthigen Männern, seine Lebensschicksale in vollem Einklange.

Um den im Dienste der Minen-Compagnie zu Congoseco gehaltenen 500 schwarzen Sklaven ein menschlicheres Dasein zu erringen, mußte er seine, im Dienste dieser Kompagnie innehabende zufriedenstellende Lage zum Opfer bringen.

Wegen seiner Verdienste für den Handel Brasiliens mit Europa votirte ihm die Deputirtenkammer Brasiliens 1840 das Privilegium der Dampfschiffahrt auf dem Amazonenstrome, aber der Senat trat diesem Votum nicht bei, weil ein Marquis dieses Privilegium für sich haben wollte.

Weil man sich in Brasilien mit der Einfuhr der schwarzen Sklaven nicht begnügte, auch die Einfuhr der weißen Sklaven anfing, ward zwar 1842 K. Sturz zum brasilianischen Generalkonsul in Brasilien für Preußen ernannt. Weil er aber gegen diese Sklaveneinfuhr in Schrift und Rede sich erhob, zog ihm die brasilianische Regierung den Gehalt ein, sie wollte ihn damit todt schweigen, und hoffte ihn zur vollen Abhängigkeit von sich zu bringen. Nach 16jähriger tadelloser Amtsführung mußte er sein Generalkonsulat niederlegen.

Die südamerikanische Republik Uruguay überträgt ihm später das Konsulat für Preußen mit einem Gehalt. Aber auch hier verfolgt ihn, den Feind der Sklavenhalter, die unversöhnliche Feindschaft der brasilianischen Regierung, er verliert auch hier seinen Gehalt.

So ward er aller Mittel entblößt, materiell ruinirt, jetzt — ein Greis.

Hat dieser Heros auf dem praktischen Felde für die Interessen der Menschheit und der deutschen Brüder ein anderes Loos erreicht, als unsere Heroen auf dem Gebiete der Kunst und der Wissenschaft?

Aber noch lebt er: um so näher und ernster tritt an uns die Pflicht des nationalen Gewissens heran, die untergehenden Tage seines Lebens gegenüber der Schuld eines anderen Welttheils zu versöhnen: erfüllen wir gegen ihn diese nationale Pflicht! —

Frankfurter Börse (vom 6. bis 12. März).

Samstag. In der vergangenen Woche drehte sich fast der ganze Umsatz um 1882er amerikanische Obligationen. Dieselben begannen hier die Woche zu $54\frac{5}{8}$, hielten sich dann zu $55\frac{1}{2}$—$\frac{3}{4}$, um gestern auf die günstigen Nachrichten aus New-York bis $56\frac{1}{8}$ sich zu heben, heute jedoch in Folge von Realisationen etwas matter zu $55\frac{7}{8}$ zu schliessen.

Oesterr. Fonds waren im Lauf der Woche im Allgemeinen vernachlässigt, zeigten jedoch zum Schluss eine festere Tendenz. 1860er Loose, bei bescheidenem Umsatz bis $83\frac{1}{4}$ zurückgegangen, bleiben $83\frac{3}{4}$. 1864er Loose haben sich gut gehalten und schliessen um über fl. 2 besser zu $93\frac{1}{8}$. Für Kapitalanlagen werden fortwährend nur engl. Metalliques vom Markt gewonnen.

Die sonst landesüblichen Anlagen in süddeutschen sowohl als in allen andern Fonds bekommen nur noch den Abfall von dem mit amerikanischen Leckerbissen besetzten Tische und es bleibt nicht allzuviel übrig. Dennoch kann man die meisten Kurse als feste bezeichnen, wozu der niedrige Geldstand beiträgt. Neue finnländische Pfandbriefe zu $83\frac{3}{8}$—$\frac{5}{8}$ in Verkehr, es langen vielfache Kaufsaufträge aus dem Norden ein. Die neue englisch-schwedische Anleihe gab Anlass zu einigem Umsatze à 90.

In österr. Kreditaktien wurde ein Turnier in Wien gehalten, von dem nur einige Schatten zu uns geworfen worden. Man beschuldigt gewisse Verwaltungsräthe, die eleusinischen Geheimnisse nicht verrathen, sondern exploitirt zu haben. Viel war dabei nicht zu gewinnen, denn der Kampf drehte sich um einige Gulden hin und her. — In österr. Nationalbank ist fast gar kein Handel und doch verdient eben diese Aktie eine weit grössere Beachtung. Der Ausweis ist sehr gut und die Bank steht schon jetzt ganz solide. Sie wird es aber von Tag zu Tag mehr, dafür sorgt ausser dem Finanzminister der Reichsrath, welcher der Pünktlichkeit manchmal nachhilft. — Man denke sich nur die österr. Bank mit allen ihren Privilegien, frei von den alten Ketten! — Frankfurter Hypothekenbankaktien haben in dieser Woche den Parikurs überschritten und sind bis $101\frac{1}{8}$ gegangen. Frankfurter Vereinskasse bis über 102 gestiegen.

Von Eisenbahnaktien Taunus gesucht und 351 bezahlt. Auch Frankfurt-Hanauer um 1 pCt. auf 102 gestiegen. Pfälzische Linie und Ostbahnen behauptet. Bemerkenswerth ist das Aufraffen der Nahebahn, die einige Berliner Spekulanten in ihr Gebet eingeschlossen haben. Man rechnet auf die Zukunft — wenn sie nur nicht gar so ferne läge. Der Februarausweis ist zwar wieder sehr günstig; er zeigt bei einer Gesammteinnahme von Thlr. 48,978 ein Plus von Thlr. 7,557 oder 18 pCt. gegen den gleichen Monat des Vorjahrs; die Mehreinnahme fällt hauptsächlich auf den Güterverkehr. — In italienischen und österreichischen Prioritäten war ziemlich reger Verkehr; Livorneser, Lombarden und Galizische schliessen mit einer kleinen Kursavance.

Geld sehr flüssig. Diskonto im Privatverkehr zu 3—$2\frac{3}{4}$. Die fremden Devisen scheinen endlich ihren Höhepunkt erreicht zu haben. London und Paris waren eher etwas flauer, ebenso Hamburg. Thalerwechsel bleiben ausgeboten. (Akt.)

Hiezu die Beilage: „Würzburger Anzeiger".

Verantwortlicher Redakteur: A. Hartmann.
Druck und Verlag der Stahel'schen Buch- und Kunsthandlung in Würzburg

Cours der Staatspapiere.

Oesterr.	5 pCt. Met. (Cp. i. S. b. R.)	—
"	5 pCt. Lomb. ditto. à 24	—
"	5 pCt. Engl. Met. v. 1852	$78\frac{3}{8}$ P. $\frac{1}{4}$ G
"	5 pCt. Engl. Met. v. 1859	$76\frac{3}{4}$ G.
"	5 pCt. Venet. Coupon b. R.	$85\frac{1}{8}$ P.
"	5 pCt. Nationalanl. v. 1854	$68\frac{1}{2}$ G.
"	5 pCt. Metall. Obligation.	$62\frac{3}{8}$ P.
"	$4\frac{1}{2}$ pCt.	$55\frac{1}{2}$ G.
Preussen	$3\frac{1}{2}$ pCt. Staatsschuldsch.	
Bayern	$4\frac{1}{2}$ pCt. Obl. 1jähr. dto.	$101\frac{7}{8}$ P. $\frac{3}{4}$ G.
"	$4\frac{1}{2}$ pCt. Obl. $\frac{1}{2}$jähr. dto.	$102\frac{1}{8}$ G.
"	4 pCt. Obl. 1jähr. dto.	$99\frac{1}{4}$ P.
"	4 pCt. Obl. $\frac{1}{2}$ jähr. dto.	$99\frac{3}{8}$ P.
"	4 pCt. Obl. Ab.-R. dto.	99 P.
"	$3\frac{1}{2}$ pCt. Obl. dto.	—
Württemb.	$4\frac{1}{2}$ pCt. Obl. b. Rothsch.	$104\frac{7}{8}$ G.
"	$3\frac{1}{2}$ pCt. Obl. dto.	$95\frac{3}{8}$ P.
Baden	$4\frac{1}{2}$ pCt. Obl.	—
"	$3\frac{1}{2}$ pCt. Obl. v. 1842	$92\frac{5}{8}$ P. $\frac{1}{4}$ G.
Gr. Hess.	$4\frac{1}{2}$ pCt. Obl.	—
"	4 pCt. Obl. b. Rothsch.	$100\frac{5}{8}$ P. $\frac{3}{8}$ G.
"	$3\frac{1}{2}$ pCt. Obl. dto.	$97\frac{1}{4}$ P.
Nassau	$4\frac{1}{2}$ pCt. Obl. dto.	$101\frac{3}{4}$ G.
"	4 pCt. Obl. dto.	99 G.
"	$3\frac{1}{2}$ pCt. Obl. dto.	92 G.
Frankfurt	$3\frac{1}{2}$ pCt. Obl.	$96\frac{7}{8}$ P.
"	3 pCt. Obl.	—
Spanien	3 pCt. inl. Sch. P. à fl. 2. 30	—
"	$2\frac{1}{4}$ pCt. " " "	—
Schweden	$4\frac{1}{2}$ pCt. Obl. à 105 Thlr.	$91\frac{3}{4}$ P. $\frac{1}{4}$ G.
N.Amerika	6 pCt. à 1000r. 1881 D. $2\frac{1}{2}$	—
"	6 pCt. ditto r. 1882 "	55—$54\frac{7}{8}$ G.

Diverse Aktien.

Frankfurter Bank à fl. 500 . . .	146 P.
K. K. Oesterr. National-Bankaktien	841 G.
Oesterr. Kreditbank-Aktien à fl. 200	195—$194\frac{1}{2}$ G.
Bayer. Hypothekenb. Pfandbriefe 4 pCt.	$93\frac{1}{8}$ P.
Darmst. Bank 1. u. 2. Serie à fl. 250	238P. $237\frac{1}{2}$ G.
Weimarische Bank à Thlr. 100 . .	$100\frac{1}{2}$ P.
Mitteldeutsche Kreditaktien . . .	$100\frac{1}{2}$ G.
Intern. Bank in Lux. à 250 Frs. à 28 kr.	—
Taunus-Eisenbahn à fl. 250 . . .	351 G.
Frankfurt-Hanauer-Eisenbahn . . .	$102\frac{1}{8}$ G.
Oest. F.St.Eisb. 5pCt. 500 Fr. à 28 kr.	—
" Elisab.-Eisenbahn 5 pCt. . .	118 G.
Böhm. Westbahn-Aktien à fl. 200 6/7	$73\frac{1}{4}$ P.
Rhein-Nahe-Bahn 200 Thl. à 105 4pCt. Z.	$33\frac{1}{4}$ G.
Ludwigshafen-Bexbacher à 4 pCt. .	$148\frac{7}{8}$ G.
dto. dto. Prior. à 4 pCt.	—
Pfälz. Maxb. b. Rothschild à $4\frac{1}{2}$ pCt.	107 G.
Oest. St.-Eisenb. Prior.-Oblig. à 3 pCt.	$51\frac{1}{2}$ G.
Elisab.-Bahn Prior. 5 pCt. 6/7	$80\frac{1}{2}$ P.
Südd. Bank-Akt., 40 pCt. Einz.	260 G.
Span. Handels- und Industrie . .	—
Bayr. Ostbahn à $4\frac{1}{2}$ pCt. volleinbez.	114 P.
Bayer. Ostbahn mit 50 pCt. Einz.	$113\frac{3}{4}$ P.

Wechsel
in süddeutscher Währung.

Amst. fl. 100 k. S.	$100\frac{7}{8}$ G.
Antwerp. Frs. 200 k.S.	$94\frac{3}{4}$ G.
Augsb. fl. 100 k. S.	100 P.
Berlin Th. 60 k. S.	$104\frac{7}{8}$ P.
Brem. 50 Th. Led. k. S.	$96\frac{1}{2}$ G.
Brüssel Frs. 200 k. S.	$94\frac{1}{4}$ G.
Cöln Thlr. 60 k. S.	$104\frac{7}{8}$ P.
Hamb. MB. 100 k. S.	89 P.
Leipzig Th. 60 k. S.	$104\frac{7}{8}$ P.
London Lst. 10 k. S.	$119\frac{1}{8}$ G.
Lyon Frs. 200 k. S.	—
Mail. Frs. 200 . .	$94\frac{5}{8}$ G.
München fl. 100 k. S.	100 P.
Paris Frs. 200 k. S.	$94\frac{1}{2}$ G
Petersburg 60 S.-R.	—
Triest fl. 100 k. S.	—
Wien fl. 100 ö. W.	—
do. in öst. W. l. S.	$106\frac{5}{8}$ P. $\frac{3}{8}$ G.
Disconto	$3\frac{1}{2}$ pCt. G.

Anlehens-Loose.

Oesterr. fl. 250 v. 1839	$142\frac{1}{2}$ G.
" fl. 250 v. 1854 mit 4 pCt.	77 G.
" fl. 500 v. 1860 6/7	$84\frac{3}{4}$—$\frac{7}{8}$ G.
" fl. 100 Eisb. L. v. 1858.	137 G.
" do. v. 1864.	$93\frac{3}{4}$ P.
Schwed. 10 Thlr. Loose	$9\frac{1}{2}$ G.
Badische fl. 50	—
Badische fl. 35	$54\frac{1}{2}$ P.
Kurhess. Thlr. 40 b. R.	$57\frac{1}{2}$ P.
Gr. Hessen fl. 50 b. R.	$189\frac{1}{4}$ P.
" fl. 25 do.	$36\frac{3}{4}$ P.
Nassau fl. 25 bei Rothsch.	$36\frac{1}{4}$ P.
Sardinische Fr. 36 b. R.	—
Neuchateler 10 Frs.-Loose	—
Freiburger 15 Frs.-Loose	—
Mailänder 45 Frs. L. b. R.	$33\frac{1}{2}$ P.
St. Lüttich mit $2\frac{1}{2}$ pCt. Z.	34 P.
Ansb.-Gunzenh. fl. 7-L.	$10\frac{3}{4}$ P.

Frankfurt, 13. März. Oesterr. Fonds behaupteten die im gestrigen Privatverkehr gewonnene Kurssteigerung bei nicht sehr lebhaften Umsätzen. Aus Anlaß des Rückgangs der fremden Valuten an der heutigen Wiener Börse wird in Wiener Depeschen übereinstimmend die Uebernahme des noch unbegebenen Restes der Silberanleihe von etwa 20 Millionen durch das Rothschild'sche Haus angegeben; sicheres konnten wir indeß bis zum Schlusse der Börse nicht in Erfahrung bringen. Amerikaner waren matt bei sehr mäßigem Umsatz; der Markt zeigt entschiedene Abneigung, neue Stücke von außen her aufzunehmen. Geld sehr flüssig und für die Medioliquidation stark angeboten. (Synd.)

An die
k. Hof- und Staatsbibliothek
N. Würzb. Ztg.
München.

Neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht!

№ 74. | Vorausbezahlung: Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 1 fl. 30 kr. Bei Inseraten wird die dreispaltige Zeile in gewöhnlicher kleiner | 62. Jahrgang. | Schrift oder deren Raum im Hauptblatte mit 6 kr., im Anzeiger mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franco. | Mittwoch, 15. März 1865.

Die neueste große Arbeitseinstellung in England.

London, 10. März. Ein Krieg ist in dem „schwarzen Lande" Englands, Staffordshire, ausgebrochen! Es ist kein Krieg, wo glänzende Rüstungen, blanke Waffen und reiche Fahnen zu sehen sind, — nein, und doch wird das Elend so groß werden, als ob das Land mit Krieg überzogen wäre und der raublustige Feind es geplündert hätte. Dies wird und muß bald der Fall werden, wenn der „lock out" (Aufhören aller Arbeit seitens der Fabriken), der am Montag stattfand, einige Zeit fortdauern sollte. Schon jetzt breitet er sich über ganz North-Staffordshire aus, und jedes mit dem Lande bekannte Auge wird auf den ersten Blick den schrecklichen Zustand des Landes entdecken. Denn wo sonst aus Tausenden hoher Schornsteine die Luft mit schwarzem Rauch geschwängert war und bei Nacht der grelle Schein von Tausenden von Feuern die Luft bis an die Wolken erfüllte, wo der Lärm der Riesenhämmer auf Kolosse von Amboßen in der Luft dröhnte, wo schwarze Männer, Weiber und Kinder die Straßen und Wege zur Arbeit gehend und kommend füllten, da ist jetzt eine gräßliche Ruhe eingetreten und der sonst verfinsterte Himmel ist rein und klar. Nur an den Straßenecken und auf den Marktplätzen sieht man Gruppen von müßigen Arbeitern stehen, und die unnatürlichen Feiertage haben ihren Anfang genommen.

Um ein Bild zu geben, was ein „Lockout" hier bedeuten will, nehme ich nur Southstaffordshire an. Hier sind 3000 Schmelzöfen mit 6000 Puddlern, welche Klasse sich am meisten gegen die Eisenmeister gewaffnet hat. Jeder Puddler beschäftigt einen Gehülfen und einen Handlanger, außer einer Anzahl Kohlenfahrer, Aschenfahrer, Bootlader und Walzleute. Im Ganzen werden 35,000 Mann in einigen Tagen brodlos sein, 40,000 Pfd. St. per Woche werden aus diesem Distrikt allein dem Unterhalt der Arbeiter entzogen, und wenn, wie die Association der Eisenmeister sich vorgenommen, alle Werke ihre Arbeit einstellen und somit 70000 Mann ihre Arbeit verlieren, die 200000 Menschen nährt, so werden 100000 Pfr. St. (660000 Thlr.) per Woche an Löhnen für die Arbeiter verloren gehen, die jetzt in den Eisendistrikten wöchentlich bezahlt werden.

Das Publikum wird fragen: „Was einen solchen Zustand hervorgerufen?" und dann: „Wie es enden werde?" Ich wünschte, ich könnte diese letztere Frage so leicht lösen wie die erste, denn es ist ein Krieg, welcher möglicherweise ein schnelles Ende nehmen kann, aber allem Anschein nach schrecklich und verheerend sein wird, — ein Krieg der Arbeit gegen das Kapital!

Der Ursprung des Streits fällt nach Northstaffordshire, wo die Eisenmeister 1 Penny und 10 Prozent resp. weniger Lohn zahlen wollten, da ihr Produkt wegen der mehrmals erhöhten Löhne die Marktpreise nicht mehr erziehen konnte. Die Arbeiter protestirten dagegen und weigerten sich, weiter zu arbeiten. Sie handelten nach den Prinzipien der Arbeiterassociation, welche schon so viele „Strikes" unterstützt hat.

Aber diesmal begegneten die Arbeitgeber den Arbeitnehmern auf gleichem Gebiete und verbanden sich ebenfalls. In einer Versammlung der Eisenmeister in Birmingham beschlossen sie, den Arbeitern eine gleichzeitige Kündigung in ganz Staffordshire anzukündigen, was sie durch ein Circular bekannt machten. Auf den ersten Blick scheint dieser Entschluß tyrannisch und gewaltthätig, aber vom Standpunkte der Eisenmeister ist er es keineswegs. Diese haben seit Jahren die Löhne fortwährend erhöht, die Arbeiterassociationen haben durch ihre Beiträge die Arbeiter in den Stand gesetzt, ihre Herren fort und fort zum Nachgeben zu zwingen, solange es sich nur um einzelne Distrikte handelte. Obgleich nun jetzt nur North-Staffordshire gegen seine Arbeitgeber aufgestanden, so mußten diese doch, um der Sache ein Ende zu machen, auch in South-Staffordshire die Arbeit einstellen, um auf diese Weise den Associationen die Mittel aus den Händen zu nehmen, dem Norden zu Hülfe zu kommen.

Es ist also jetzt eine Association der Meister gegen ihre Arbeiter, und die Frage ist, wer länger aushält, ob die 200,000 unwilligen zürnenden Arbeiter, oder die Herren Eisenmeister.

Die Arbeitgeber treten den Arbeitnehmern jetzt mit gleichen Waffen, denen der Association, entgegen, thatsächlich um die Arbeiterassociationen, die, obgleich oft mißbraucht, doch für den modernen Arbeiterstand eine Nothwendigkeit geworden sind, in ihrer Vertheidigung zu besiegen, wenn es möglich ist.

Hoffentlich werden sich auf beiden Seiten vermittelnde Stimmen hören lassen und Bedingungen vorschlagen, die sowohl für die Meister als für die Arbeiter gerecht sind, und was diese unglücklichen Streitigkeiten betrifft, unlogisch und thöricht im Prinzip — unendlich kostspielig für alle Theile — so steht zu hoffen, daß

Feuilleton.

Londoner Polizeihöfe.

Die große Stätte, wo Polizei und Verbrecher in London zum ersten Male zusammen vor dem Publikum erscheinen, ist der Polizeihof, wo ein Alderman (im Mansion-House ist es der Lordmayor in eigener Person) zu Gerichte sitzt und bei kleinen Fällen selbst entscheidet, in größeren aber den Verbrecher dem Geschwornengericht mit der drohenden Aussicht auf Transportation oder den Galgen überantwortet. Es gibt eilf Polizeihöfe in London und alle Verbrecher dieser Stadt von fast 3 Millionen werden zuerst vor diesen Richtersitz geführt. Diese eilf Polizeihöfe gleichen eben so vielen unter die glatte Oberfläche der Gesellschaft versenkten Pfählen, an welchen die wallende Masse von Schlechtigkeit, Gewalt und Verbrechen täglich vor dem Auge des Publikums aufwirbelt. Ein Panorama der Sünde zieht an dem Blicke des Zuschauers vorbei, und es schaudert ihn, wenn er bedenkt, daß dies nur ein Faden aus dem Gewebe des Lasters sei, welches das ganze System des eleganten, modischen und feinen, hauptstädtischen Lebens durchzieht. Bei jedem einzelnen Falle, welcher vor ihn gebracht wird, hat die Magistratsperson ohne weiteren rechtlichen Beistand rasch und gerecht zu entscheiden. Die Polizei-Gerichtsbarkeit von London hat etwas Patriarchenhaftes, und der Lordmayor nimmt nicht selten die Miene und den Ton eines Kadi an. Außerdem hat die Magistratsperson in den Polizeihöfen auf zahllose Anfragen über Dinge, die man bei uns nur gegen Honorar einem Advokaten vorzulegen pflegt, zu antworten, und Personen, welche in Verlegenheit sind, streitige Rechtspunkte zu erörtern; und alles dies in einer verpesteten Atmosphäre, in niedrigen, kleinen, dunklen Zimmern, in denen oft schon Morgens um 10 Uhr Gas brennt, vor dem „Stab" der Londoner Tagespresse und so vielen Zuschauern, als sich in dem beschränkten Raum nur irgend zusammendrängen können.

Die Verhandlungen vor sämmtlichen Polizeihöfen der Stadt bilden einen stehenden Artikel in allen Londoner Blättern, von der „Times" herunter bis zum „Evening Star" und „Standard", und in der That lernt man das Londoner Leben nicht kennen, wenn man diese täglichen Polizeiberichte nicht liest; sie sind eine fortlaufende Chronik des Verbrechens, welches unter dem Boden wühlt, auf welchem Londons Größe und Reichthum steht. Es ist unterhaltend und belehrend zugleich, diesen Berichten von Tag zu Tag zu folgen, und aus den mit ziemlicher Regelmäßigkeit wiederkehrenden Vergleichungspunkten sich eine Statistik und Topographie des Verbrechens in London zu bilden. Denn das Verbrechen in London hat sowohl seine bestimmte Jahreszeit, als seine bestimmten Orte.

Die Monate des Selbstmordes sind Juni, Juli und August, nicht der November, wie man in Deutschland fälschlich anzuneh-

die Frage erläutert werden möge, ehe man dieses furchtbare Duell des Goldes gegen den Hunger aufsicht. (D. A. Z.)

(Amtliche Nachrichten.) **München,** 13. März. Se. Majestät der König hat genehmigt, daß vom 1. Okt. l. J. an die Steuergemeinde Steinbühl vom Rentamte Fürth getrennt und dem Rentamte Nürnberg zugetheilt werde; den Vorstand des Forst- und Triftamtes München, Forstrath M. Schenk in den Ruhestand treten lassen; an dessen Stelle den Regierungs- und Forstrath im Staatsministerium der Finanzen, F. Moser, zum Forstmeister in München ernannt, demselben die Verwaltung des Triftamtes daselbst übertragen und dabei den Titel eines k. Forstrathes belassen, dann den Forstmeister bei der k. Regierung von Oberbayern, Fr. Weber, zum Regierungs- und Forstrath im Staatsministerium der Finanzen befördert; dem Bezirksamtmann L. v. Kleckl zu Nabburg den erbetenen Ruhestand unter tax- und stempelfreier Verleihung des Ranges und Titels eines Regierungsrathes bewilligt und zum Bezirksamtmann von Nabburg den Bezirksamts-Assessor J. Wimmer von Eggenfelden befördert; den Revierförster D. G. Jaeckel von Walbleiningen in gleicher Diensteseigenschaft auf das erledigte Revier Hohenecken, Forstamts Kaiserslautern, versetzt; den freiwilligen Rücktritt des Notars A. Paur zu Augsburg von seinem Amte genehmigt und verfügt, daß dessen Stelle zur Zeit unbesetzt zu bleiben habe.

Die Kurat- und Schulstelle in St. Salvator, k. Bezirksamts Griesbach, ist mit einem Reinertrage von 509 fl. 31 kr. in Erledigung gekommen.

Aus **Wien,** 13. März wird dem „Frankf. J." telegraphirt: „Der bisher noch unbegebene Rest der vierundsechziger Silber-Staatsanleihe ist vom Finanzminister einem Consortium englischer Capitalisten überlassen worden."

Eine sehr interessante Einzelnheit über die preußischen Forderungen theilt ein offiziöser **Wiener** Korrespondent in der „Allg. Ztg." mit: „Preußen hat nicht bloß die vollständige Verschmelzung der schleswig-holsteinischen mit der preußischen Armee beansprucht, sondern es hat — betrachten wir dies als zuverlässig — ausdrücklich die Einverleibung in eines jener preußischen Armeekorps gefordert, welche jeweilig nicht das preußische Bundeskontingent zu bilden bestimmt sind. Es hat damit augenscheinlich die positive Vorschrift (Art. 5) der Bundeskriegsverfassung eludirt werden sollen, daß Truppen eines Bundesstaates niemals mit dem Bundeskontingent einer der beiden Großmächte vereinigt werden dürfen."

Der „Botschafter" schreibt in einem aus Frankfurt datirten Artikel: „Daß preußischerseits für den nun erfolgten Fall der Ablehnung der preußischen Forderungen Verhandlungen mit dem Auslande über das Gewährenlassen direkter Annexion gegen die Rückgabe Nordschleswigs an Dänemark gepflogen sind, wird von der offiziösen „Koburger Zeitung" in Uebereinstimmung mit anderweitigen Nachrichten bestimmt mitgetheilt. Bereits unmittelbar nach dem Abzuge des Gros der Oesterreicher tauchten Notizen von gutunterrichteter Seite über den Beginn der diesfallsigen Pariser Negoziationen auf. Sie wurden damals todtgeschwiegen; jedenfalls handelt es sich dabei um eine von langer Hand vorbereitete Sache."

Ein offiziöser Wiener Korr. widerspricht den Behauptungen preußischer Blätter, daß die letzte österreichische Depesche die preußischen Forderungen jedenfalls als Ausgangspunkt der weitern Verhandlungen gelten lasse. Die preußischen Forderungen der Depesche, fährt derselbe fort, vom 21. Febr. sind kein Substrat der weitern Verhandlungen mehr, sie sind unbedingt und vollständig verworfen, und wenn noch weiter verhandelt wird, so wird nur über Forderungen verhandelt werden, welche Preußen etwa auf andern Grundlagen zu formuliren geneigt sein möchte. Das derzeitige Provisorium aber besteht freilich für den Augenblick fort, jedoch hat Oesterreich nichts weniger als die Absicht, sich dabei zu beruhigen. Preußen hat den österreichischen Antrag der vorläufigen Uebertragung der Besitztitel der beiden Großmächte auf den Herzog von Augustenburg ablehnen zu müssen geglaubt; Oesterreich hat darauf der Erwartung Ausdruck gegeben, daß Preußen wenigstens eine andere Lösung vorzuschlagen im Stande sei; Preußen hat sodann erklärt: daß es kein Definitivum zulassen könne, bevor ihm nicht gewisse Forderungen bewilligt worden; diese Forderungen hat Oesterreich jetzt als unannehmbar bezeichnet. Aber die letzte österreich. Note dringt ausdrücklich nochmals auf die Aufrichtung eines Definitivums: Oesterreich muß und will endlich wissen — das sind die Worte der Note — „wer der Souverän der Herzogthümer ist."

Berlin, 13. März. Im Abgeordnetenhaus stand heute die Dissidentenfrage auf der Tagesordnung. Der Kultusminister v. Mühler erklärte: Der Artikel XII der Verfassung schütze die Dissidenten. Auch erkenne der Kommissionsbericht an, daß eine rechtswidrige Bedrückung nicht stattgefunden habe. Das Dissidententhum sei eine Verirrung, welche man ihrem natürlichen Verlaufe überlassen müsse. Die Wohlfahrt der Nation beruhe allein auf dem Glauben an den im Alten und Neuen Testament geoffenbarten Gott; dies sei die Richtschnur der Regierung, die zu neuen Konzessionen ihre Mitwirkung verweigere.

Wie aus **Berlin,** 13. März, telegraphisch gemeldet wird, ist der Zollvertrags-Entwurf mit Oesterreich am Samstag Abend an die Zollvereinsregierungen, an Württemberg, Bayern, Rheinhessen, Nassau versandt worden, laut Punkt 5 des Protokolls zum Zollanschlußvertrag. Es wird telegraphische Zustimmungsantwort erwartet, um nächsten Samstag den Vertrag zu unterzeichnen. — Seitens der österreichischen Regierung sind Mitglieder für die Zollenquete noch nicht ernannt; die englischen sollten am 15. d. M. abreisen.

Aus **Schlesien,** 10. März. In der Glogauer Affaire beginnt nun endlich die medizinische Welt ihre Kritik zu üben. Der Redakteur des „Niederschles. Anzeigers," welcher bekanntlich wegen seiner über den Tod der Agnes Sander gebrachten Berichte zu sechsmonatlicher Festungsstrafe verurtheilt wurde, hat zur Begründung seiner Berufung an das höhere Gericht die Gutachten anerkannter Autoritäten in der Toxikologie erbeten. Ein solches ist von dem Privatdozenten Dr. Husemann zu Göttingen abgegeben worden, worin derselbe im Einverständnisse mit den beiden anderen Sachverständigen, einem Breslauer und einem Prager Professor, sich entschieden dahin ausspricht, daß man durchaus nicht berechtigt sei, bei der Agnes Sander eine Vergiftung durch Kohlendunst anzunehmen, daß vielmehr eine Menge wichtiger Umstände geradezu dagegen spräche. Das Gutachten führt dies im Einzelnen aus und kommt zu dem Schlusse, daß hier nur von der Einwirkung narkotischer Gifte im Allgemeinen die Rede sein könne. Dr. Huse-

---

men pflegt. Die Zeit des Straßenunfugs, der Raubanfälle und Betrunkenheit sind die Hundstage, während Einbruch und Falschmünzerei die Hauptverbrechen des Winters sind. Der Charakter der vor die Polizeihöfe gebrachten Fälle wechselt je nach der örtlichen Umgebung derselben. Bow-street ist der Polizeihof für alle Vergehen und Verbrechen gegen die Regierung; alle Steuerdefraudationen, alle Postunterschleife, wie das Stehlen und Plündern von Briefen gehören vor dieses Forum. Die Themse-Polizei richtet über Aufruhr und Mord, welcher auf hoher See begangen, über alle Streitigkeiten, welche sich auf das Seehandelsrecht beziehen, und über den größeren Theil der Verbrechen, deren Scene die Docks, der Hafen und der Strom sind.

Man kann sich denken, welche Ausbeute von schauerlicher Romantik dieser Theil der Polizeichronik liefert, wie bunt es darin aussieht von plötzlich gezogenen Messern, von geraubten Goldstücken und mißhandelten Harfenspielerinnen. Für mißhandelte, in specie geprügelte Frauen jedoch gibt es eine besondere Localität; dafür nämlich ist Worshipstreet berühmt, oder richtiger, verrufen. Der Grund der höchst eigenthümlichen Manie, Frauen zu prügeln, welche in dieser Gegend herrscht, ist darin zu suchen, daß in diesem gemeinsten und ärmsten aller Londoner Distrikte die Leute so dicht auf-, unter- und übereinander wohnen, daß es ein Wunder wäre, wenn sie sich anders als höchst unbehaglich im Hause fühlten.

In Bethnal-Green gibt es Häuser, in welchen zwanzig Familien in dieser Weise zusammengepackt sind. Daraus folgt nun zunächst, daß die respektiven Ehemänner mitten aus diesem Gewirr von keifenden Weibern und schreienden Kindern häufiger als sonst wo ihre Zuflucht zu den Bierhäusern der Nachbarschaft nehmen, und es ist leicht einzusehen, daß die respektiven Ehefrauen es selten unterlassen können, an die Thüren derselben zu gehen, um ihre andere Hälfte zu erwarten, und unter mehr oder weniger sanften Ermahnungen nach Haus zu eskortiren, woraus dann regelmäßig Streit, Feindschaft und Haß folgt, der zuletzt zu den famosen Worship-street-Prügeleien und leider nicht selten zu Messerstichen führt. Auch Eifersucht auf die eine oder andere der zwanzig weiblichen Mitbewohnerinnen spielt ihre Rolle in den Polizeischauspielen von Worship-street, die man im Gegensatz zu dem mehr melodramatisch gefärbten von Thames-Police zum Genre der Familienstücke zählen dürfte. Die Bettelei hat ihr Tribunal in Marlborough-street, da die reichen Straßen der Nachbarschaft — Regentstreet mit ihren fashionablen Squares und Plätzen — die Hauptscenen der genannten Plage sind.

Die vielfachen Arten, wie in London gebettelt wird, sind zuweilen sehr geistreich und amüsant. Einer der besseren Fälle ist bereits vor Jahren durch die „Fliegenden Blätter" bekannt geworden. An der oberen Ecke von Regent-Circus, Piccadilly, hatte nämlich einer von diesen Herren Bettlern seinen Tisch aufgestellt mit einer Büchse darauf und einem Regenschirme darüber mit der Inschrift: „Hier wird gebettelt".

Nicht alle Mitglieder des Metiers aber sagen es so gerade heraus, was sie wollen. Die Meisten nehmen irgend einen Vor-

mann kritisirt auch das Verfahren der Aerzte überhaupt. Er rügt es, daß dieselben so gut wie gar keine chemische Untersuchung vorgenommen haben. Den Magen haben sie allerdings geöffnet, aber seinen Inhalt nicht weiter untersucht, nachdem sie sich überzeugt hatten, daß die Magenschleimhaut keine weiteren Verletzungen zeige. Die Leber, in der bekanntlich viele Gifte am leichtesten aufgefunden werden, ist gar nicht chemisch untersucht. Dr. Husemann scheint sogar noch an der Möglichkeit, wenn auch nicht die Wahrscheinlichkeit des Nachweises von Giften in der Leber bei einer Wiederausgrabung der Agnes Sander zu glauben. Außerdem macht Dr. Husemann noch auf allerlei seltsame Einzelheiten aufmerksam, die sich in dem Berichte der Aerzte finden, auf die wir hier nicht näher eingehen können. Endlich weist derselbe noch auf den Wein, welcher an dem Abend des Unglücks getrunken wurde, als der nicht unwahrscheinlichen Quelle des Giftes hin. Merkwürdigerweise sollen die Reste desselben, welche nicht unbedeutend waren, verschwunden sein. Wenn also auch das Gutachten des Dr. Th. Husemann, von dem wir eben nur Einiges mittheilen wollten, leider nicht auf ein bestimmtes Gift als Todesursache der Agnes Sander führt, so geht doch soviel daraus hervor, (und hierin stimmen die beiden anderen Professoren, deren Urtheil sonst bisweilen abweicht, mit Husemann vollständig überein), daß an eine Kohlendunstvergiftung nicht zu denken ist.

Aus **Baden**, 11. März. Am letzten Sonntag ist in Offenburg eine Versammlung von Abgeordneten der 2. Kammer gehalten worden, um sich zu besprechen über Maßregeln, um den Kampf gegen die geistliche Opposition mit Geschick zu führen. Man wird in ganz Baden ein Netz von Vereinen aus Katholiken organisiren, welche zur Aufgabe haben, die Schulreform und die gesetzliche Durchführung derselben zu unterstützen, das Vertrauen zu der Regierung zu befestigen rc. Es soll ein Blatt zu diesem Zweck erscheinen, das massenhaft verbreitet werden wird.

Altona, 13. März. Dem Vernehmen nach berathen eine Anzahl von Schiffsrhedern und Kapitänen, besonders aus den hauptsächlichsten Plätzen der Elbschifffahrt, aus praktischen Rücksichten gemeinschaftliche Schritte gegen die ihren Interessen ungünstige Interimsflagge und wünschen die preußische Flagge.

Aus **Schleswig**, 11. März, schreibt man der „Schleswig-Holst.-Ztg.“: „Sicherem Vernehmen nach waltet die Absicht ob, demnächst den Geistlichen jede Erwähnung des Herzogs auf der Kanzel auch in der maßvollsten Form zu untersagen. Man bezweifelt indessen, daß der österreichische Kommissär, Hr. Baron Halbhuber, zu einem solchen Erlasse seine Mitwirkung bieten werde. Jedenfalls würde einem solchen Erlasse von der Bevölkerung im Allgemeinen, wie von den Geistlichen insbesondere die Absicht beigemessen werden, auf die Rechtsüberzeugung und die Gewissen einen Druck auszuüben, und es dürfte deshalb ein Vorgehen in diesem Sinne als ein äußerst bedenklicher Akt aufgefaßt werden.“

London, 10. März. Newdegate hat unlängst im Unterhause angedeutet, daß über einige Nonnenklöster in Warwickshire und Staffordshire abscheuliche Dinge an's Licht kommen würden, wenn das Unterhaus eine Untersuchung anordnen wollte. Er hat darauf ein Schreiben vom katholischen Bischof von Birmingham erhalten mit der Einladung, die genannten Klöster zu besuchen und von der Küche oder dem Keller bis zum Dachstuhl zu durchsuchen. Newdegate lehnte die Einladung ab, indem eine solche Untersuchung einen amtlichen Charakter haben müsse. Eine Privatuntersuchung könne nicht eingehend oder umfassend sein. — Man trägt sich mit dem Gedanken, dem Kardinal Wiseman ein Denkmal zu errichten. Ein Plan, der bisher die allgemeinste Unterstützung zu finden scheint, geht auf die Erbauung einer prachtvollen Kathedrale in der Diözese Westminster (deren Erzbischof der Kardinal war) hinaus.

Paris, 14. März. Der „Moniteur“ bringt die Reden der Herren Schneider und Rouher über den verstorbenen Herzog von Morny. Herr Rouher erinnert in der seinigen an das Wort Morny's: „Die Freiheit kann sich nur auf friedlichem Wege und durch die aufrichtige Uebereinstimmung eines liberalen Monarchen und einer gemäßigten Versammlung etabliren.“

Man schreibt aus **Petersburg**: „Hier in der Hauptstadt circulirt das Gerücht, ein Genie-Offizier habe letzten Sonntag in einer katholischen Kirche zwei an den Pfarrer adressirte Briefe gefunden, in denen die Drohung ausgesprochen war, die polnische Emigration werde in Nizza die einzige Tochter des Kaisers (ein 13jähriges Kind) rauben, nach Afrika führen, und dort so lange gefangen halten, bis die Wünsche der Polen erfüllt seien. Die Briefe sollen einem hochgestellten Generale übergeben worden sein, durch den sie an die höchste Stelle gelangten; es sollen auch bereits zwei Verhaftungen in Folge dieser hirnverbrannten Drohung vorgekommen sein.“

Athen, 4. März. Die Thätigkeit des Ministeriums gibt sich in den traurigen Ereignissen kund, die uns aus den Provinzen zukommen, eine Thätigkeit, die nur den einen Zweck hat: die Freunde und Anhänger so zu gruppiren, daß sie den ausschließlichsten Einfluß auf die neuen Wahlen ausüben können. Nach der Provinz Messenien wurde eigens ein Instruktionsrichter als sehr brauchbares Werkzeug unsers Finanzministers abgesendet, welcher an mehreren Orten angesehene Männer in's Gefängniß schickte, um sie aus der Wahlliste zu entfernen, damit der Minister freie Hand habe, aus lauter Freunden die Wahlkommission zusammenzusetzen. Der Gerichtshof von Kalamata hat aber das Verfahren des Instruktionsrichters für ungesetzlich erklärt und die Gefangenen in Freiheit gesetzt. In Livadien wurde der von der Regierung bereits ernannte Präsident des Wahlcomite's vergiftet und die Aerzte weigerten sich, die gerichtliche Leichenuntersuchung anzustellen und das Gift nachzuweisen. — Ein Verbrechen ganz eigenthümlicher Art wurde in einem Dorf in Messenien begangen. Ein Priester wurde, während er Messe hielt, im Augenblick, als er aus dem Kelch von dem Wein getrunken hatte, von den fürchterlichsten Krämpfen befallen, unter welchen der Tod schnell eintrat.

---

wand für ihre Bettelei. Einige betteln auf ihre angeblichen Verdienste um's Vaterland — wie die „Schlagbaum-Matrosen“ und invaliden Soldaten. — Andere betteln auf „ihr Unglück“. Unter diesen sogenannten „disaster beggars“ sind die blinden Bettler die unvermeidlichsten. Man begegnet ihnen zu Dutzenden in Regentstreet und den benachbarten Straßen. Da sind ferner die „verhungerten Bettler“. Zur Ausübung dieser Species gehören aber besondere persönliche Eigenschaften — ein leichenartiges Gesicht, ein ausgemergelter Körper und die Kraft, Winterkälte in Lumpen ertragen zu können. Die „verhungerten Bettler“ arbeiten nach zwei verschiedenen Systemen. Die Einen — die „Krusten-Würger“ — erregen das Mitleid dadurch, daß ihnen das Brod, welches man ihnen reicht, in der Kehle stecken bleibt, weil sie — des Essens schon ganz entwöhnt sind. Die Andern sind die „Abfall-Esser“. Mr. Halliday (Verfasser eines Buches über die Londoner Bettler) beobachtete einen von dieser Sorte, dessen Gewerbe darin bestand, die für die Vögel ausgestreuten Brodkrumen aufzupicken. Tag für Tag sah er ihn seine kümmerliche Nahrung mit den Vögeln theilen, womit er so lange fortfuhr, bis er Aufmerksamkeit erregt und von irgend einer barmherzigen Hand ein oder zwei Kupferstücke geerntet hatte. Einmal fiel es Mr. Halliday ein, diesem verhungerten Bettler zu folgen. Nach einer Wanderung durch zahlreiche Straßen lenkte derselbe seine Schritte zuletzt zu einem Bierhause in St. Giles's, wo Mr. Halliday ihn wiederfand, mit beiden Füßen gemüthlich auf zwei Stühlen liegend, eine lange Pfeife schmauchend und einen Topf Bier dazu trinkend.

Die Bettler sind es also nicht, welche das schlechteste Leben in London führen; daß die Bettelei dort aber auch, wenn sie nur mit der gehörigen Geschäftskenntniß betrieben wird, sogar sehr einträglich sein kann, möge aus folgendem ganz neuen Beispiel erhellen: Vor dem Guildhall-Polizeihof erschien am 15. Okt. 1861 Kezia Kadge, eine anständig aussehende Frau, in der Kleidung einer Wittwe, der Bettelei angeklagt. Mr. Hewitt, einer von den Beamten des Anti-Bettlervereins, sagte, daß er die Gefangene mehrere Damen habe anbetteln sehen. Die Gefangene habe sich bereits eine Summe von 800—900 Pfd. St. (5—6000 Thlr.!) zusammengebettelt und diese in der Bank von England angelegt. Sie zöge ihre Dividende regelmäßig. Sie sei eine von den ärgsten und erfolgreichsten Betrügerinnen in London. Sie habe schon mehrmals wegen derselben Beschuldigung im Gefängniß gesessen. — Die Gefangene erwiderte, sie habe nur 1 Schilling Dividende täglich; es sei ihre Absicht gewesen, bei dem „Geschäft“ zu bleiben, bis ihr Kapital sich so vermehrt hätte, daß es ihr 1 Pfd. St. die Woche bringe; alsdann habe sie sich in's Privatleben zurückziehen wollen. — Der Magistrat aber billigte ihre Ansicht vom „Geschäft“ so wenig, daß er sie vielmehr zu drei Wochen Gefängniß mit harter Arbeit verurtheilte.

Hiezu die Beilage: „Würzburger Anzeiger“.

Verantwortlicher Redakteur: A. Hartmann.
Druck und Verlag der Stahel'schen Buch- und Kunsthandlung in Würzburg

Nr. 667.

Amortisations-Edikt.

Hypothekenbereinigung von Basbühl betr.

Vom k. Landgericht Werneck.

In den Hypothekenbüchern für Basbühl sind die nachverzeichneten Kaufschillinge nebst Eigenthumsvorbehalten eingetragen, bezüglich welcher Einträge die Nachforschungen nach den rechtmäßigen Inhabern fruchtlos geblieben und von dem Tage der letzten auf diese Einträge sich beziehenden Handlungen mehr denn 30 Jahre verflossen sind.

Auf Antrag der Besitzer werden anmit alle Diejenigen, welche Rechte an diesen Forderungen zu haben glauben, aufgefordert, solche

binnen 6 Monaten

bei Gericht geltend zu machen, widrigenfalls diese Einträge für erloschen erklärt und die Löschung im Hypothekenbuche vollzogen werden würde.

Werneck, den 10. November 1864.

Der königliche Landrichter.

[3c] **Huler.** Meisner, Funktionär.

Fortl. Nr.	Name des eingetragenen Schuldners.		Name des eingetragenen Gläubigers.	der Hypotheke Betrag fl.	kr.	Rechtstitel 2c.	Hyp.-Buch. Bd.	Seite.
1	Merklein Georg	von Basbühl.	Die Gläubiger des Andreas Bey in Basbühl.	35		mit 5% verzinsl. Kaufschilling lt. Strichspr. vom 11. Jan. 1828 und Hypothekeneintrag vom 11. Juni 1828.	I.	369.
2	Willacker Adam	allda	Debitmasse des Nikolaus Willacker in Basbühl.	8		desgleichen laut Zahlungsanweisung vom 25. Septbr. 1829 und Hypothekeneintrag vom 20. Sept. 1831.	„	475.
3	Dünchner Adam	„	„	20		„	„	459.
4	Willacker Adam	„	„	85		„	„	465.
5	Keller Georg Michel ld.	„	„	24		„	„	469.
6	Zeißner Sebastian	„	„	30		„	„	473.
7	Göpfert Margaretha Wittw.	„	„	43	30	„	„	461.
8	Bey Andreas	„	„	10		„	III.	597.
9	Willacker Adam	„	Die Gläubiger des Andreas Bey in Basbühl.	35		Wie ad Ziff. 1.	II.	205.
10	Bey Georg	„	„	83		„	I.	361.
11	Schimmel Barbara Wittw.	„	„	70		„	„	363.
12	Bey Georg	„	Die Gläubiger des Kaspar Bey zu Basbühl.	144		Güterkaufschilling laut Strichsprotokoll vom 24. Febr. 1827 und Hypothekeneintrag vom 26. Nov. 1827.	„	437.
13	Pfister Michael	„	Die Gläubiger des Anton Zeißner von Basbühl.	130		mit 4% verzinsl. Martini 1826 mit 1830 zahlbarer Güterkaufschilling laut Strichspr. vom 19. Dez. 1825 und Hypothekeneintrag vom 7. Juni 1826.	II.	221.
14	Derselbe	„	„	68		„	„	223.
15	Pfister Michel	„	„	51		„	„	225.
16	Seubert Michel	„	„	83		„	„	227.
17	Derselbe	„	„	171		„	„	229.
18	Derselbe	„	„	130		„	„	231.
19	Derselbe	„	„	80		„	„	233,235.
20	Derselbe	„	„	28		„	„	237.
21	Zeißner Nikolaus	„	„	31		„	„	241.
22	Bey Georg	„	„	123	30	„	„	267.
23	Derselbe	„	„	81		„	„	269.
24	Hart Johann	„	„	75		„	„	243.
25	Walter Kaspar	„	„	40		„	„	271.
				42			„	273.
26	Spahn Johann	„	„	40		„	„	275.
27	Pfister Michael	„	„	65		„	„	277.
				23			„	279.
28	Fenn Georg	„	„	20		„	„	281.
29	Weiß Karl ld.	„	„	45		„	„	283.
				40			„	285.
30	Derselbe	„	„	30		„	„	287.
				22			„	289.

(Fortsetzung folgt.)

Cours der Staatspapiere.

Oesterr.	5 pCt. Met. (Op. i. S. b. R.)	—
„	5 pCt. Lomb. ditto. à 24	—
„	5 pCt. Engl. Met. v. 1862	$79\frac{1}{2}$ G.
„	5 pCt. Engl. Met. v. 1859	$78\frac{5}{8}$—$\frac{3}{4}$ G.
„	5 pCt. Venet. Coupon b. R.	85 P.
„	5 pCt. Nationalanl. v. 1854	$68\frac{5}{8}$ G.
„	5 pCt. Metall. Obligation.	$62\frac{5}{8}$ P.
„	$4\frac{1}{2}$ pCt.	$56\frac{1}{4}$ P. 56 G.
Preussen	$3\frac{1}{2}$ pCt. Staatsschuldsch.	
Bayern	$4\frac{1}{2}$ pCt. Obl. 1jähr. dto.	$101\frac{7}{8}$ P. $\frac{3}{4}$ G.
„	$4\frac{1}{2}$ pCt. Obl. $\frac{1}{2}$jähr. dto.	$102\frac{1}{8}$ G.
„	4 pCt. Obl. 1jähr. dto.	$99\frac{3}{8}$ P.
„	4 pCt. Obl. $\frac{1}{2}$ jähr. dto.	$99\frac{3}{8}$ P.
„	4 pCt. Obl. Ab.-B. dto.	$98\frac{7}{8}$ P.
„	$3\frac{1}{2}$ pCt. Obl. dto.	—
Württemb.	$4\frac{1}{2}$ pCt. Obl. b. Rothsch.	$104\frac{3}{4}$ G.
„	$3\frac{1}{2}$ pCt. Obl. dto.	$95\frac{1}{8}$ P.
Baden	$4\frac{1}{2}$ pCt. Obl.	—
„	$3\frac{1}{2}$ pCt. Obl. v. 1842	$92\frac{3}{8}$ P.
Gr. Hess.	$4\frac{1}{2}$ pCt. Obl.	—
„	4 pCt. Obl. b. Rothsch.	$100\frac{5}{8}$ P. $\frac{3}{8}$ G.
„	$3\frac{1}{2}$ pCt. Obl. dto.	$97\frac{1}{4}$ P.
Nassau	$4\frac{1}{2}$ pCt. Obl. dto.	$102\frac{3}{8}$ G.
„	4 pCt. Obl. dto.	$99\frac{1}{2}$ P.
„	$3\frac{1}{2}$ pCt. Obl. dto.	$92\frac{3}{4}$ P.
Frankfurt	$3\frac{1}{2}$ pCt. Obl.	$96\frac{7}{8}$ P.
„	3 pCt. Obl.	—
Spanien	3 pCt. inl. Sch. P. à fl. 2. 30	—
„	$2\frac{1}{4}$ pCt. . . .	—
Schweden	$4\frac{1}{2}$ pCt. Obl. à 105 Thlr.	$91\frac{3}{4}$ P. $\frac{1}{4}$ G.
N.Amerika	6 pCt. à 1000r. 1881 D. $2\frac{1}{2}$	—
„	6 pCt. ditto r. 1882 .	$55\frac{1}{8}$P. $54\frac{7}{8}$G.

Diverse Aktien.

Frankfurter Bank à fl. 500 . . .	$146\frac{3}{8}$ P.
K. K. Oesterr. National-Bankaktien	843—44 G.
Oesterr. Kreditbank-Aktien à fl. 200	195 P. 194 G.
Bayer. Hypothekenb. Pfandbriefe 4 pCt.	$97\frac{3}{4}$ P. $\frac{5}{8}$ G.
Darmst. Bank 1. u. 2. Serie à fl. 250	$237\frac{1}{2}$P. 237 G.
Weimarische Bank à Thlr. 100 . .	$100\frac{1}{2}$ P.
Mitteldeutsche Kreditaktien . . .	$100\frac{1}{2}$ G.
Intern. Bank in Lux. à 250 Frs. à 28 kr.	—
Taunus-Eisenbahn à fl. 250 . . .	354 G.
Frankfurt-Hanauer-Eisenbahn . . .	102 G.
Oest. V.St.Eisb. 5pCt. 500 Fr. à 28 kr.	—
„ Elisab.-Eisenbahn 5 pCt. . .	$119\frac{1}{8}$—$\frac{1}{8}$ G.
Böhm. Westbahn-Aktien à fl. 200 6/7	$78\frac{1}{8}$ P.
Rhein-Nahe-Bahn 200 Thl. à 105 4pCt. Z.	32 G.
Ludwigshafen-Bexbacher à 4 pCt. .	$149\frac{3}{4}$ P.
dto. dto. Prior. à 4 pCt.	—
Pfälz. Maxb. b. Rothschild à $4\frac{1}{2}$ pCt.	$107\frac{1}{2}$ P.
Oest. St.-Eisenb. Prior.-Oblig. à 3 pCt.	$51\frac{3}{8}$ P.
Elisab.-Bahn Prior. 5 pCt. 6/7	—
Südd. Bank-Akt., 40 pCt. Einz.	$260\frac{1}{2}$ G.
Span. Handels- und Industrie . .	—
Bayr. Ostbahn à $4\frac{1}{2}$ pCt. volleinbez.	$113\frac{3}{4}$ G.
Bayer. Ostbahn mit 50 pCt. Einz.	$113\frac{3}{4}$ P.

Wechsel
in süddeutscher Währung.

Amst. fl. 100 k. S.	$100\frac{7}{8}$ G.
Antwerp. Frs. 200 k.S.	$94\frac{5}{8}$ G.
Augsb. fl. 100 k. S.	$99\frac{3}{4}$ G.
Berlin Th. 60 k. S.	$104\frac{7}{8}$ P.
Brem. 50 Th. Ld. k. S.	$96\frac{5}{8}$ P.
Brüssel Frs. 200 k. S.	$94\frac{5}{8}$ G.
Cöln Thlr. 60 k. S.	$104\frac{7}{8}$ P.
Hamb. MB. 100 k. S.	89 P.
Leipzig Th. 60 k. S.	$104\frac{7}{8}$ P.
London Lst. 10 k. S.	$119\frac{1}{8}$ G.
Lyon Frs. 200 k. S.	—
Mail. Frs. 200 . .	$94\frac{5}{8}$ G.
München fl. 100 k. S.	100 P.
Paris Frs. 200 k. S.	$94\frac{1}{2}$ G.
Petersburg 60 S.-R.	—
Triest fl. 100 k. S.	—
Wien fl. 100 ö. W.	—
do. in öst. W. l. S.	$105\frac{1}{2}$ G.
Disconto	$3\frac{1}{2}$ pCt. G.

Anlehens-Loose.

Oesterr. fl. 250 v. 1839	$142\frac{1}{2}$ G.
„ fl. 250 v. 1854 mit 4pCt.	$77\frac{1}{2}$ G.
„ fl. 500 v. 1860 6/7	$84\frac{7}{8}$—$\frac{3}{4}$ G.
„ fl. 100 Rlsb. L. v. 1858.	$137\frac{1}{2}$ G.
„ do v. 1864.	94—$93\frac{1}{2}$ G.
Schwed. 10 Thlr. Loose	$9\frac{5}{8}$ G.
Badische fl. 50	—
Badische fl. 35 . . .	$54\frac{1}{2}$ P. $\frac{1}{4}$ G.
Kurhess. Thlr. 40 b. R.	$56\frac{5}{8}$ G.
Gr. Hessen fl. 50 b. R.	$139\frac{1}{4}$ P.
„ fl. 25 do.	$36\frac{1}{2}$ P.
Nassau fl. 25 bei Rothsch.	$36\frac{1}{2}$ P.
Sardinische Fr. 36 b. B.	—
Neuchateler 10 Frs.-Loose	—
Freiburger 15 Frs.-Loose	—
Mailänder 45 Frs. L. b. R.	$33\frac{1}{2}$ P.
St. Lüttich mit $2\frac{1}{2}$ pCt. Z.	34 P.
Ansb.-Gunzenh. fl. 7-L.	$10\frac{3}{4}$ P.

Frankfurt, 14. März. Das Geschäft war heute wieder sehr träge und beschränkte sich selbst in Amerikanern, nachdem einige Aufträge ausgeführt waren, auf Realisationen schwacher Besitzer für die bevorstehende Medioliquidation. (Synd.)

Digitized by Google

K. Hof- und Staatsbibliothek München.
N. Würzb. Ztg.

Neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht!

№ 75. | Vorausbezahlung: Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 1 fl. 30 kr. Bei Inseraten wird die dreispaltige Zeile in gewöhnlicher kleiner | 62. Jahrgang. | Schrift oder deren Raum im Hauptblatte mit 6 kr., im Anzeiger mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franco. | Donnerstag, 16. März 1865.

Französische Senatsverhandlungen.

Am 9. März begann die Adreßdebatte. Der excentrische Marquis de Boissy war der Hauptredner des ersten Tages und lieferte wiederum die vollgiltigsten Beweise seiner schnurrigen Originalität, seiner beinahe fanatischen Verehrung für den Kaiser und seiner unverwüstlichen Rücksichtslosigkeit gegen Alle, denen er nicht hold ist. In einem fast dreistündigen Vortrage, der mehr den Charakter einer Causerie als einer Rede hatte, stellte er die Geduld seiner Kollegen und des Präsidenten Troplong auf eine harte Probe. Von dem Einen sprang er gleich auf das Andere über; bittere Wahrheiten, cynischer Egoismus, praktische Winke, höchst undelikate Indiskretionen, hartgesottener Chauvinismus, gesunde konstitutionelle Theorien, krankhafter Abscheu vor Allem, was nur entfernt mit der Revolution in Verbindung steht, Papomanie, Anglophobie — kurz die ganze Musterkarte von vernünftigen Ideen und wunderlichen Verkehrtheiten, welche er während seiner langjährigen parlamentarischen Irrfahrten zu Tage gefördert, wurde wieder von ihm ausgebreitet. Schon im Eingange seiner Rede pries der edle Marquis mit enthusiastischen Worten den Kaiser, dessen Weisheit Frankreich vor einer neuen Julirevolution bewahrt habe, und der wohl wisse, daß man für die Dauer eine Dynastie nicht auf den Despotismus, sondern nur auf die Freiheit und die parlamentarische Regierung gründen könne. Unter den Souveränen, bemerkte der Redner, halte er nur drei für gut: den Kaiser, den Papst und noch einen dritten, den er deßhalb nicht nennen wolle, damit Jeder glauben könne, er sei gemeint! Den Ministern der Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft läßt Boissy Gerechtigkeit widerfahren; allein die Präfekten taugen seiner Ansicht nach nichts, was in der hohen Versammlung, namentlich unter den ehemaligen Präfekten, eine große Entrüstung hervorruft. Seiner politischen Gesinnung nach ist Boissy legitimistischer Bonapartist, das will nach seiner eigenen Definition sagen, daß er für den Kaiser, für den kaiserl. Prinzen und die legitimen Erben durchs Feuer gehen werde, aber nur (und darum nennt er sich einen legitimistischen Bonapartisten) für die legitimen Nachfolger in direkter Linie. Unsinniger Weise werde er manchmal ein Feind des Kaiserreichs genannt, denn wie sei es denkbar, daß ein Senator ein Feind des Kaiserreichs sein könne! Eine höhere, schönere und vortheilhaftere Stellung könne man nicht einnehmen. Aber er handle als loyaler Senator und ganz im Sinne des Kaisers selbst, wenn er auf etwaige Irrthümer des Kaisers hinweise. Irrthum sei es, wenn er keine Ministerverantwortlichkeit zulasse, für Alles selber und allein verantwortlich sein wolle, selbst für einen unbrauchbaren Flurschützen, einen schlechten Unterpräfekten ꝛc. Ganz besonders glaubt aber Boissy dem Kaiser vorwerfen zu müssen, daß er sein Leben zu sehr bloßstelle, und er würde deßhalb gerne sehen, daß zum Schutze dieses kostbaren Lebens ein Polizeiministerium eingesetzt würde. Er erhebt schwere Klage gegen die französische Polizei im Besonderen, wie gegen die europäische Polizei im Allgemeinen, daß Mazzini noch immer frei umhergehe; sie müsse ihn festnehmen, solle es auch noch so viel Geld kosten. Denn Mazzini hoffe noch immer eine Art Charlotte Corday zu finden, die den Kaiser umbringen werde. Jedermann sage innerhalb und außerhalb des Senats: „Ach Gott! in welchen Wirrwar würden wir gerathen, wenn der Kaiser stürbe!“ Von diesem Gegenstand springt der Redner auf die Septemberkonvention über, die er namentlich deßhalb außerordentlich klug und weise findet, weil sie seiner Ansicht nach nie zur Ausführung kommen wird. Die Franzosen würden in Rom bleiben, und der vernünftige Theil Italiens werde damit völlig einverstanden sein. Folgt nun eine weitläufige Auseinandersetzung der Nothwendigkeit (namentlich im französischen Interesse), daß der Papst auch ferner in Rom verbleibe. Sehr entschieden spricht sich der Marquis gegen die Einmischung in Mexiko aus und belobt dagegen die Nichteinmischung in Polen; er findet es sogar höchst unrecht, daß, so lange auch nur ein Franzose noch Mangel leide, man von Staatswegen der politischen Emigration irgend eine Unterstützung zufließen lasse. Auf Mexiko zurückkommend, formulirt Boissy den Wunsch, daß der nordamerikanische Krieg so bald nicht aufhören, sondern bis zur gegenseitigen Vernichtung fortdauern möge!! Denn so wie es Frieden zwischen Norden und Süden gäbe, würde die französ. Armee in Mexiko von 5—600,000 amerikanischen Schnapphähnen gefangen genommen werden!! eine Aeußerung, die den heftigsten Widerspruch hervorruft. Daran knüpfte sich, wie in allen Reden des Marquis, eine leidenschaftliche Philippika gegen das „perfide Albion“. Das Volk, die Aristokratie, selbst der Thronfolger in England seien Todfeinde Frankreichs, wie man dies erst kürzlich bei dem Empfange Garibaldi's gesehen. „Wir geben zu viel Geld für ferne Expeditionen aus“, ruft der Redner. „Ich wollte lieber, das Geld und die Tapferkeit Frankreichs würden gegen England als gegen ferne Länder verwandt. Ich verlange wahrlich den Krieg nicht, weil man mir ihn nicht bewilligen würde. Käme es nur darauf an, ihn zu verlangen, damit er zu Stande käme, so würde ich ihn verlangen, und sollte ich mich heute noch als Trommler anwerben lassen!“ Die bemerkenswertheste Episode der Sitzung war eine Erklärung des Marschalls Magnan gegen die Worte des Marquis Boissy, es werde darunter und drüber gehen, wenn der Kaiser sterben sollte. Als Inhaber des wichtigsten militärischen Vertrauenspostens glaubte Marschall Magnan diese Worte nicht ungerügt hingehen lassen zu dürfen. Er sagte: „Die Worte des Herrn Marquis Boissy haben mich tief betrübt. (Lebhafte Zustimmung.) Wenn Frankreich das große Unglück haben sollte, den Kaiser zu verlieren — allein Gott, der immer Frankreich beschützt, wird ihn hoffentlich behüten und uns lange erhalten — wenn wir dies Unglück haben sollten, so werden Senat, gesetzgebender Körper, Armee, wir Alle uns um den kaiserlichen Prinzen schaaren. (Allgemeine zustimmende Bewegung.) Wir würden ihn unserer Ergebenheit versichern, und Alle ihn als solchen ausrufen, der er ist; der kaiserliche Prinz, Nachfolger seines Vaters. Wie in der alten Monarchie würden wir den Ruf erheben und ganz Frankreich ihn wiederholen: „Der Kaiser ist todt, es lebe der Kaiser!“ (Lebhafter Zuruf.) Das Kaiserreich würde fortdauern, und Frankreich wäre gerettet.“ (Anhaltender Beifall.) General Husson: „Und der Senat würde sich nicht so benehmen, wie im Jahre 1814.“ Präsident Troplong: „In Ihrer begeisterten Aufzählung, Hr. Marschall, haben Sie das Land zu nennen vergessen. Ich glaube Ihre Gefühle auszudrücken, wenn ich beifüge, daß das Land vollständig die von Ihnen ausgesprochene Gesinnung theilt.“ (Einstimmiger Beifall.) Magnan: „Wenn ich das Land nicht genannt habe, so geschah dies in der Ueberzeugung, daß es den Tag darauf den Beschluß des Senats und des gesetzgebenden Körpers bestätigen wird.“ (Abermaliger Beifall.) Chaix-d'Est-Ange fühlte sich als Vizepräsident des Senats gedrungen, eine Erwiderung auf die Rede des Marquis Boissy vom Stapel zu lassen, welche jedoch nichts Bemerkenswerthes enthielt.

In der Sitzung vom 10. kam es gelegentlich der Verlesung des Protokolls zu heftigen Erörterungen zwischen Baron Heeckeren und Marquis Boissy. Auch General Montauban und Graf Germiny reklamirten wegen verschiedener unangenehmer Ueberschreitungen des Boissy'schen Redestroms. Man ging hierauf zu der Diskussion der einzelnen Paragraphen der Adresse über und gelangte, ohne auf irgend erhebliche Einsprache zu stoßen, bis zu §. 13, der die Beziehungen zwischen Staat und Kirche behandelt. Zuerst sprach der Kardinal-Erzbischof von Bordeaux über die Encyklica-Angelegenheit, nicht, wie er sagt, um die durch dieselbe hervorgerufene Aufregung zu vermehren, sondern um, wo möglich, die Uebereinstimmung zwischen den beiden großen Gewalten wieder herzustellen. Religion und Patriotismus erheischen gleich sehr, daß zwischen Frankreich und der Kirche eine unauflösliche Allianz, wie sie schon

unter der verschiedensten Form seit Jahrhunderten bestanden, auch fernerhin fortdaure. Allein die Stellung, in welche man zeitweise kraft des Konkordats und der organischen Artikel das französische Episkopat versetze, stimme nicht nur nicht zu den Grundsätzen der Religion, sondern nicht einmal zu den einfachsten Geboten der Billigkeit. Es gebe manchmal schwierige Tage für die Kirche, es gebe deren aber auch für die Regierungen, und es bedürfe wohl ihrer gesammten vereinigten Anstrengungen, um den Frieden in der so tief erschütterten Gesellschaft zu erhalten. Uebrigens werde er gegen den Paragraphen stimmen, es sei denn, daß er aus den Worten der Regierungskommissäre die Ueberzeugung schöpfen könne, es werde nichts versäumt werden, um die gute Harmonie zwischen Staat und Kirche wieder herzustellen. Senator Sturm tritt gleichfalls vermittelnd auf. Die Regierung möge unabläßig dem heil. Stuhle ihre Achtung und ihr Wohlwollen bezeugen. Auf der andern Seite möge der letztere das katholische Frankreich vor allen Aufregungen bewahren, die man durch längst von der Ueberlieferung verdammte und fruchtlose Ansprüche hervorrufen möchte. Der nächste Redner war der Kardinal-Erzbischof Mathieu von Besançon, derselbe, der wegen Amtsmißbrauchs vor den Staatsrath zitirt worden war. Er ist sich bewußt, indem er handelte, wie er gethan, seine Pflicht erfüllt zu haben, und er sucht dies sowohl aus dem Konkordat selbst, als aus der den Bischöfen obliegenden Gewissenspflicht und den seinem Klerus gegenüber von ihm zu beobachtenden Vorschriften der Klugheit darzuthun. Diesem seinem Klerus gegenüber mußte er sich, wie er am Schlusse seiner Rede sagt, als Heerführer benehmen und selbst sich auf die Bresche stellen.

Die Sitzung vom 11. ds. wurde ausschließlich von der Rede Rouland's eingenommen, der den Einfluß schilderte, welchen die klerikale Partei und deren Organe in der Presse auf das Verhältniß des Staates zur Kirche ausüben. Die Frage der Beziehungen zwischen Staat und Kirche sei nicht so schwierig, als man so häufig meine. Unsere Väter, sagte er, obgleich sie sehr eifrige Katholiken waren, haben nie die Anmaßungen des römischen Hofes auf die ausschließliche und absolute Regierung der allgemeinen Kirche anerkannt; niemals wollten sie ein Land des unbedingten Gehorsams sein; sie hatten in ihrer Kirche, in der gallikanischen Kirche, Gebräuche, Rechte, welche die Päpste nicht zu verdammen wagten, die sie nicht verdammen konnten. Der Redner erinnert dann an den Ursprung der gallikanischen Freiheiten, an ihr Alter und an ihre vollständige Bestätigung durch das Konkordat, das Werk des ersten Konsuls. Was denn die Ursache der Agitation sei, die sich heute bezüglich der religiösen Frage kundgebe? Nicht anders als ein ausgedehntes System, welches von einer mächtigen Partei zur Ausführung gebracht, den heil. Vater mit sich fortreißt und ihn durch seine Intriguen irre leitet. Dem energischen Auftreten des Kardinals von Lothringen beim Trienter Konzil und der Erklärung von 1862 stellte er die unabläßigen Wühlereien der heutigen Klerikalen entgegen. Wenn in Rom französische Priester, vom Gelde Frankreichs genährt, sich zum Organ aller Verleumdungen machen, so sei solches Auftreten eine Parteiverwirrung und gewaltsame Leidenschaft. Um eine Idee davon zu geben, auf welche Weise die Ultramontanen zu Werke gehen, führte er eine Stelle der Beurtheilung des Syllabus an, wie sie der „Monde" gibt. Er wies auf die Ausdehnung und das schnelle Reichwerden der religiösen Orden hin; er bedauerte die Art und Weise des Unterrichts, der von diesen religiösen Orden ertheilt wird und der darauf ausgehe, die politischen Zwistigkeiten fortzupflanzen, anstatt sie zu verwischen. Als andere beklagenswerthe Mittel, welche diese Partei anwende, führte der Redner noch die Abänderung der gallikanischen Liturgie, die unaufhörlichen Bücherverbote durch die Index-Kongregation an (lebhafter Beifall) und beleuchtete endlich das von der klerikalen Partei ausgehende System der Verdächtigung der Bischöfe durch die ihnen untergebene Geistlichkeit. Jetzt war es den Bischöfen zu arg. Der Kardinal von Bonnechose protestirte: weder er noch seine ehrwürdigen Kollegen wollen auf solche Weise in Schutz genommen werden. Auch Kardinal Donnet schloß sich dieser Protestation an. Rouland: Er habe sich nicht die Aufgabe gestellt, den Episkopat zu vertheidigen, sondern nur die Lage zu bedauern, in welche die klerikale Partei denselben versetzt habe, er bleibe aber bei seiner Behauptung, daß die Lage der Dinge der Wahrheit gemäß sich so verhalte, wie er angegeben habe. Er tadelte sodann heftig das Verfahren der päpstlichen Nuntiatur in Frankreich und beklagte die Mißachtung der Erklärungen auf Amtsmißbrauch. Den Standpunkt der Regierung faßte er dann zum Schluß in folgender Weise zusammen: Es gibt zwei Systeme, welche das religiöse Gefühl untergraben, nämlich das revolutionäre und das ultramontane System. Zwischen ersterem, welches auf das Resultat der freien Kirche im freien Staat hinausläuft, und letzterem, welches die Religion mit der Unabhängigkeit der Völker und somit mit dem weisen und gerechtfertigten Fortschritt der Civilisation unvereinbar machen würde, liegt ein anderes Verfahren, welches darin besteht, die Vollziehung der Gesetze zu fordern. Wenn sie zuweilen unmächtig sind, der Sanktion entbehren, so muß die Regierung sehen, was zu thun ist. Die Regierung des Kaisers mit ihrer Mäßigung, Weisheit und Festigkeit und die Vertreter des Volks werden darüber zu entscheiden haben. Sie werden ganz sicherlich den Frieden in den Gemüthern, das Wohl der Religion, die Unabhängigkeit der Krone und die Ruhe des Landes herbeiführen. (Beifall.)

(Amtliche Nachrichten.) **München, 14. März.** Se. Majestät der König hat den nachbenannten Bezirksamtmännern den Titel und Rang von Regierungsräthen tax- und stempelfrei verliehen: K. Breitenbach in Freising, G. Wiesend in Traunstein, W. Frhr. v. Pechmann in Straubing, K. v. Paur in Kötzting, Chr. Chelius in Homburg, L. Roemich in Frankenthal, L. Kollmann in Kirchheimbolanden, A. Wimmer in Sulzbach, K. v. Pigenot in Cham, J. B. Schmittbüttner zu Bamberg, K. v. Merz in Dinkelsbühl, G. E. J. Steurer in Hersbruck, A. Henne in Kempten und G. Gierisch in Dillingen; den 1. Direktor am Appellationsgerichte der Oberpfalz, Dr. F.

Feuilleton.

Die Entstehung des „Vielliebchen".

Gustav Freitag läßt in seinem neuesten Romane „Die verlorene Handschrift" seinen launigen und gemüthlichen Dr. Fritz Hahn bei Gelegenheit eines Vielliebchens, das derselbe mit der neckischen Nachbarstochter Laura Hummel gegessen, die folgende Erklärung dieses anmuthigen Scherzes geben. Ob der Herr Doktor dabei aus den Quellen geschöpft, oder ob er nur eine feine Anspielung auf sein Verhältniß zu der spröden Laura liefern wollte, lassen wir, um der heiteren Erfindung willen, gern dahingestellt.

Es war einmal eine schöne Königstochter, welche sehr gern Knackmandeln aß. Da sie aber nicht heirathen wollte, erfand sie Folgendes. Sie ließ jedem Prinzen, der um ihre Hand warb — und es waren unzählige — die Hälfte einer Doppelmandel präsentiren und sie speiste den anderen Zwilling. „Und wenn Ew. Liebden mich von jetzt ab zwingen können, daß ich etwas aus Dero Hand nehme, ohne die Worte zu sprechen: ich denke daran, so bin ich zu jeder Vermählung bereit; wenn aber ich Ew. Liebden verleiten kann, etwas aus meiner Hand zu nehmen, ohne daß Ihnen die klugen Worte einfallen, so werden Dieselben an Dero fürstlichem Haupte unbedingt kahl geschoren und verlassen sofort meine Länder."

Es war aber eine Tücke bei diesem Vertrage. Nämlich der schönen Prinzessin durfte nach der Hofsitte überhaupt Niemand etwas in die Hand reichen bei Todesstrafe, sondern er reichte es der Staatsdame und diese reichte es der Königstochter. Wenn aber die Königstochter selbst etwas wegnehmen oder überreichen wollte, wer konnte ihr das wehren? Es war also für die Freiwerber ein bitteres Vergnügen. Denn wie sie sich auch mühten, die Prinzessin zu verleiten, daß sie ohne Angebot etwas aus ihrer Hand nahm, immer fuhr die Staatsdame dazwischen und verdarb die besten Pläne. Wenn aber die Königstochter einen Freier abschaffen wollte, that sie einen Tag holdselig gegen ihn, bis er ganz bezaubert war, und sobald er neben ihr saß und bereits vor Freude taumelte, dann ergriff sie wie von ungefähr etwas in ihrer Nähe, einen Granatapfel oder ein Ei und sagte leise: „Behalten Sie dies zu meinem Andenken." Sobald nun der Prinz das Stück in die Hand nahm und vielleicht noch der rettenden Worte ein wenig gedachte, sprang das Ding auseinander und ein Frosch eine Hornisse oder eine Fledermaus fuhr heraus gegen seine Locken, daß er zurückschreckte und im Schrecken die Worte vergaß. Und dann auf der Stelle geschoren und fort mit ihm.

Das war durch Jahre gegangen, und in allen Königshäusern trugen die Prinzen Perrücken — auch diese sind seitdem bräuchlich geworden — da traf sich's, daß ein fremder Königssohn zugereist kam in eigenen Geschäften und aus Zufall die Mandelkönigin sah. Er fand sie schön und er merkte die Tücke. Aber ihm hatte ein befreundetes graues Männchen einmal einen Apfel geschenkt, an dem durfte er alle Jahre einmal riechen, dann kam ihm ein kluger Einfall. Und er war wegen der klugen Einfälle schon unter allen Königen sehr berühmt geworden. Jetzt war gerade die Zeit des Apfels gekommen, er roch und da fiel ihm ein: wenn Du das Spiel mit Nehmen und Geben gewinnen willst, darfst Du ihr niemals und unter keinen Umständen etwas geben oder nehmen. Er

Th. v. Hopf, in den nachgesuchten Ruhestand versetzt und auf dessen Stelle den 2. Direktor an diesem Gerichtshofe, W. Garreis, befördert; dem Landg. Wertingen auf die Dauer der bei demselben dermalen bestehenden außerordentlichen Geschäftslast einen weiteren Assessor außer dem Status beigegeben und auf diese Stelle den bisherigen Gerichtsschreiber an demselben Gerichte, A. Bäuerlein, befördert; die kath. Pfarrei Reichersbeuern, Bezirksamts Tölz, dem Priester K. Zeiler, Cooperator in Tölz, übertragen.

Als Vertreter der Staatsanwaltschaft am k. Landg. Günzburg wurde — unter Enthebung des Rechtskonzipienten B. Barth in Memmingen von dieser Funktion — der geprüfte Rechtspr. Alois Fäustle in Günzburg aufgestellt.

Eine Korrespondenz „aus Bayern“ in der „Frankf. Postztg.“ sagt: „Die mittelstaatliche Politik wird vorerst nicht aus ihrer zuwartenden Haltung heraustreten, bis die zwischen Oesterreich und Preußen in Betreff der Herzogthümerfrage bestehende Differenz zu einer entscheidenden Wendung gekommen ist. Dann aber wird sie ihre Stellung nehmen. Unter den dermaligen Verhältnissen würde jedes vorzeitige Eingreifen nicht bloß nutzlos sein, sondern auch der Sache selbst nur Nachtheil bringen. Man ist hier (wo?) fest überzeugt, daß die österreichische Regierung nicht daran denken kann, die Unabhängigkeit der Herzogthümer und die Rechte des Bundes preiszugeben, wenn sie nicht zugleich entschlossen ist, auf ihre eigene Stellung in Deutschland zu Gunsten der preußischen Hegemonie zu verzichten, wozu man aber in Wien einstweilen noch keine Neigung zu haben scheint.“ Hiezu bemerkt der „N. Corr.“: „Die einleitende Bemerkung dieser Korrespondenz steht mit den Nachrichten von einem bevorstehenden bayerischen Antrag am Bunde nicht gerade in Widerspruch. Denn dieser Antrag, wenn er überhaupt eingebracht wird, was noch nicht festzustehen scheint, wird nach den glaubwürdigsten Mittheilungen bloß auf Auskunftsertheilung der beiden Vormächte über den gegenwärtigen Stand der schleswig-holsteinischen Angelegenheit gehen; d. h. er wird den abgebrochenen Faden der Verhandlungen am Bunde anknüpfen, ohne ihn vorerst zu einer Aktion anzuziehen.“

Der Artikel der „Bayer. Ztg.“ über die Polenfrage hat in allen Kreisen den schlimmsten Eindruck hervorgerufen. So sagt der „Nürnb. Korresp.“: „Man darf wohl fragen, ob neben den von der „Bayer. Ztg.“ vorangestellten finanziellen Rücksichten nicht noch andere Motive für die plötzliche summarische Strenge maßgebend gewesen sind — etwa Winke von auswärts oder Besorgniß vor einer durch die fremden Gäste zu verbreitenden revolutionären Influenza oder Beides zusammengenommen? Wenn aber der Inhalt der Kundgebung der „Bayer. Ztg.“ nicht befriedigend ist, so ist es deren Form noch weniger. Die Berufung von einem etwaigen Beschlusse des Landtags an die Gesinnung des Volks ist zwar in Preußen dermal etwas Alltägliches, in Bayern klingt sie uns fremdartig und verletzend in die Ohren; ein so herber, barscher, hochfahrender Ton aber, wie ihn die „Bayer. Ztg.“ heute anschlägt, war seit einer Reihe von Jahren in dem offiziösen Organ nicht mehr vernommen worden. Sollte dieser Ton öfter hörbar oder gar der habituelle werden, so würde der Erhaltung des Friedens im Lande damit wenig gedient sein.

Wien, 12. März. Am 8. ds. hatte Graf Karolyi eine Unterredung mit Hrn. v. Bismarck, um dem preußischen Ministerpräsidenten auseinander zu setzen, daß die österreichische Regierung, wenn sie auch sich genöthigt sehe, auf den Artikel 3 des Friedensvertrags zu rekurriren, doch darum nicht minder den größten Werth auf die schleunige Erledigung der Besitzfrage lege. Sie könne das Zugeständniß machen, daß diese Frage gelöst werde im Zusammenhang mit der Feststellung der Garantien, welche Preußen hiebei wegen seiner geographischen Lage beanspruche, sei aber entschlossen, auf diese letztere Frage nur in solchem Zusammenhang einzugehen. (A. Z.)

Wien, 14. März. Die „Wiener Abendpost“ erklärt die von der Prager „Politik“ gebrachte Analyse eines angeblich an den Grafen Karolyi ergangenen Erlasses für eine reine Erdichtung.

Berlin, 12. März. Durch den gestern erfolgten Tod des Erzbischofs Przyluski von Posen hat die polnische Nationalpartei einen großen Verlust erlitten, während die Regierung dadurch einer schweren Sorge überhoben ist. Denn die Hingebung des Verstorbenen an die nationale Sache Polens war eine so entschiedene und offenkundige, daß die Regierung glaubte, den daraus dem Staate drohenden Gefahren mit außerordentlichen Mitteln begegnen zu müssen. Zu dem Ende hatte sie in neuerer Zeit die größten Anstrengungen gemacht, um zu bewirken, daß dem Hrn. v. Przyluski ein Koadjutor bestellt werde. Jetzt wird die Regierung natürlich dafür sorgen, daß ein ihr ergebener Mann auf den erledigten Bischofsstuhl gelange.

Berlin, 14. März. In der heutigen Sitzung des Abgeordnetenhauses begann die Diskussion über den Generalbericht der Budgetkommission. Referent Forkenbeck bemerkt: Das Eingehen auf die Discussion sei ein Schritt zur Verständigung von Seiten des Hauses. Vincke: Die Debatte sei unzeitgemäß, ein Steuerdruck sei nicht vorhanden. Virchow verlangt Regierungsvorschläge im Sinne des Berichts. Reichensperger: Das Haus möge einen mäßigen Gebrauch von seinem Rechte machen. Waldeck: Preußen brauche zu Erweiterungen seiner Macht keine Armeereform. Die Annexion Schleswig-Holstein's sei durch altpreußische Reformen, nicht durch Heeresmacht erreichbar. Wagener: Das Budgetrecht sei nur durch das Abgeordnetenhaus verkümmert. Eine Aeußerung der Regierung ist heute nicht erfolgt.

Hamburg, 15. März. Berichte aus Kopenhagen bestätigen das Gerücht von einer Ministerkrisis. Die Herren Bluhme und David scheiden wegen erneuerter Meinungsverschiedenheit in der Verfassungsfrage aus.

Paris. Der „Moniteur“ bringt in seiner Abendnummer vom 13. einen ausführlichen Bericht über die Bestattung Morny's. Danach hat die Betheiligung von Seiten der Bevölkerung mit dem Aufgebot offiziellen Apparates gleichen Schritt gehalten. Die Fronte des Palastes des gesetzgebenden Körpers, von welchem Gebäude aus der Leichenzug, mehrere Bataillone voran, durch Spa-

---

ließ sich also die Hände fest in den Gürtel binden, ging mit seinem Marschall zu Hofe und sagte, er wolle gern auch seine Mandel essen. Der Prinzessin gefiel er sehr und sie ließ ihm die Mandel reichen. Die nahm sein Marschall und steckte sie ihm in den Mund. Da fragte die Königstochter, was denn das vorstelle und warum er die Hände immer im Gürtel trage. Und er antwortete, bei seinem Hofe sei der Brauch noch viel strenger, als bei ihrem, er dürfe mit seinen Händen gar nichts nehmen und geben, höchstens mit den Füßen oder dem Kopfe. Da lachte die Prinzessin und sagte: „Auf diese Weise können wir ja niemals in unserem Spiele zusammenkommen.“ Er zuckte die Achseln und antwortete: „Nur wenn Sie geruhen wollten, etwas von meinen Stiefeln zu nehmen.“ „Das kann nie geschehen“, rief der ganze Hofstaat. „Wozu sind Sie hergekommen“, rief die Prinzessin ärgerlich, „wenn Sie so dumme Gewohnheiten haben?“ „Weil Sie sehr schön sind“, sagte der Prinz; „wenn ich Sie auch nicht gewinnen kann, so will ich Sie doch ansehen.“ „Dagegen kann ich nichts haben“, versetzte die Königstochter. Der Prinz blieb also am Hofe und gefiel ihr immer besser. Weil sie aber auch ihre Bosheit hatte, suchte sie ihn auf alle Art zu verführen, daß er die Hand aus dem Gürtel zog und doch etwas von ihr nahm. Sie unterhielt sich immer mit ihm und schenkte ihm Blumen, Bonbon und Riechfläschchen und zuletzt gar ihr Armband, auch zuckte es ihm mehrmals in den Händen, aber da fühlte er die Bande und kam zur Besinnung, nickte dem Marschalle und sammelte ein und sagte: „Wir denken schon dran.“ Dabei wurde endlich die Prinzessin ungeduldig und sie begann: „Mir ist mein Taschentuch heruntergefallen, Ew. Liebden könnten mir's aufheben.“ Der Prinz faßte das Tuch mit der Fußspitze und schwenkte es gleichgültig, und die Prinzessin beugte sich nieder, nahm das Tuch von seinem Fuß und rief zornig: „Ich denke daran.“ Darüber war ein Jahr vergangen und die Königstochter sagte zu sich selbst: „So kann das nicht bleiben, hier muß Schicht gemacht werden, so oder so.“ Sie begann also zum Prinzen: „Ich habe den besten Garten der Welt, den will ich morgen Ew. Liebden zeigen.“ Aber der Prinz roch wieder an seinem Apfel. Und als sie in den Garten kamen, fing der Prinz an: „Hier ist's wunderschön. Damit wir aber in rechtem Frieden nebeneinander gehen und durchaus nicht durch unser Spiel gestört werden, bitte ich meine Herrin, daß dieselbe nur auf eine Stunde meine Hofsitte annehme und sich auch die Hände binden lasse. Dann sind wir eines des anderen sicher und kann uns nichts Aergerliches begegnen.“ Der Prinzessin war das nicht recht, aber er bat und sie wollte ihm doch die Kleinigkeit nicht abschlagen. So gingen sie allein mit einander, die Hände im Gürtel gebunden. Die Vögel sangen, die Sonne schien warm und vom Baum hingen die rothen Kirschen bis auf die Wangen herunter. Die Prinzessin sah auf die Kirschen und rief: „Wie schade, daß Ew. Liebden mir keine davon pflücken können!“ Der Prinz antwortete: „Noth kennt kein Gebot.“ Er nahm eine Kirsche mit dem Munde und bot sie der Königstochter. Der Prinzessin blieb nichts übrig, sie mußte mit ihrem Mund die Kirsche fassen, und da sie die Frucht zwischen ihren Lippen hatte, und seinen Kuß dazu, vermochte sie nicht, im Augenblicke zu sprechen: ich denke daran. Da rief er laut: „Guten Morgen Vielliebchen!“ zog die Hände aus dem Gürtel und fiel ihr um den Hals — und wenn sie nicht gestorben sind u. s. w.

liere von Linien- und Gardetruppen sich nach der Madeleine-Kirche bewegte, war schwarz behangen, und neben dem darauf angebrachten Wappen des Verstorbenen glänzten die Worte: Für Vaterland und Kaiser. Die Zipfel des Bahrtuches, die von dem von sechs Pferden gezogenen Leichenwagen herabhingen, wurden von dem Staatsminister Rouher, von Herzog v. Persigny, vom Vizepräsidenten des gesetzgebenden Körpers Hrn. Schneider und dem ersten Präsidenten des Rechnungshofes Hrn. de Royer getragen. Der Kaiser hatte sich durch General Fleury, seinen Adjutanten, der Prinz Napoleon durch den Oberst Ferri-Pisoni, die Prinzessin Mathilde durch den General Bougenel repräsentiren lassen. Von der Kirche aus bewegte sich der Zug nach dem Friedhofe Père Lachaise über sämmtliche Boulevards. Am Grabe wurden von den Herren Rouher und Schneider Reden gehalten.

Italien. König Viktor Emanuel hat, wie die „Opinione" meldet, eine Amnestie für politische Vergehen und Strafen in der Nationalgarde erlassen; durch ein anderes Dekret werden die Militärsträflinge von Aspromonte begnadigt. Der Minister des Innern hat ein Schreiben an den Präfekten von Aosta gerichtet, worin er bemerkt, der König sei erfreut über die Adresse des Aoster Gemeinderathes, lasse demselben aber sagen, die Bevölkerung brauche sich nicht zu beunruhigen über die Gerüchte wegen Abtretung ihres Thales an Frankreich; dieses Gerede sei so abgeschmackt wie grundlos; bei König und Nation sei ihre Vereinigung mit Italien Herzenssache, und man werde solche gegen jede Eventualität vertheidigen. Uebrigens werde Alles geschehen, was sich thun lasse, um den Wohlstand des Thales zu heben.

Rußland. Ein Artikel der „Russischen Korrespondenz," der auch die Herzogthümerfrage berührt, gibt abermals dem Gedanken Ausdruck, daß Rußland „sich sammle." Die „R. C." schreibt: „Wenn das Urtheil gut unterrichteter Personen als Maßstab für die Absichten einer Regierung dienen darf, so scheint Rußland die Thätigkeit seiner äußeren Politik auf lange Zeit bei Seite, setzen zu wollen. Die Europa bewegenden Fragen werden hier wie überall besprochen, aber bei den aus diesen Erörterungen hervorgehenden Resultaten wird Rußlands Name nicht erwähnt, ihm scheint man nur die Rolle des Zuschauers zu lassen. Die Gerüchte von einem Einverständniß Rußlands mit Frankreich in der Herzogthümer-Angelegenheit entbehren jedes Grundes. Unsere Regierung bleibt frei von jeder Verbindlichkeit und läßt sich nur angelegen sein, Deutschland die vollkommenste Einigkeit anzurathen, da voraussichtlich ein Krieg zwischen deutschen Staaten das europäische Gleichgewicht ohne jeden Vortheil für Rußland in Frage stellen würde. Dieselbe Stellung nimmt dieses auch dem Orient gegenüber ein. Als der Fürst Cusa seine Souveränetät darzulegen begann, beschränkte sich Rußland auf einige ebenso sehr von diesem Fürsten als von den ihn schützenden Mächten nicht gut aufgenommene Vorstellungen. Als unsere Regierung ihre Absichten verkannt sah, entschloß sie sich, es gehen zu lassen, und merkwürdiger Weise werden heute gerade die Ideen, welche, als sie von Rußland kamen, so sehr mißfielen, von einem großen Theil der liberalen europäischen Presse wieder aufgenommen und vertheidigt."

Mexiko. Wir entnehmen einem Schreiben des Kaisers Maximilian an die vier Bischöfe von Mexiko, Michoacan, Querretero und Oojaca, die an ihn eine Beschwerdeschrift wegen der Verfügung betreffs der geistlichen Güter hatten machen lassen, folgenden Passus: „Die große Majorität der Nation fordert diese Lösung und hat Recht, sie zu fordern. In diesem Punkte bin ich im Stande, mit mehr Gewißheit zu urtheilen als Sie, Msgr., da ich soeben einen großen Theil Ihrer Sprengel durchreist habe, während Sie seit der Rückkehr aus Ihrem Exil in der Hauptstadt geblieben sind. Deßhalb und nach reiflicher Ueberlegung, nachdem ich mein Gewissen zu Rathe gezogen und würdige Theologen befragt habe, habe ich mich zu einer Handlung entschlossen, die in Nichts das Dogma der Religion verletzt und andererseits unseren Mitbürgern eine freie Existenz des Gesetzes sichert."

Verantwortlicher Redakteur: A. Hartmann.
Druck und Verlag der Stahel'schen Buch- und Kunsthandlung in Würzburg

Amortisations-Erkenntniß.

Vom k. Landgericht Werneck.

Hypothekenbereinigung für Schleerieth und Schnackenwerth betr.

Nachdem innerhalb der durch diesseitiges Edikt vom 30. August 1864 — cf. Neue Würzb. Ztg. Nr. 253, 321 und 361 — vorgesetzten Frist von 6 Monaten keinerlei Ansprüche auf die dortselbst sub Ziff. 1 mit 115 aufgeführten Forderungen geltend gemacht wurden, wird erkannt:

„es seien in Anwendung des § 82 des Hypothekengesetzes in Verwirklichung des angedrohten Präjudizes die vorbenannten Forderungen für erloschen zu erklären und die Löschungen im Hypothekenbuche zu vollziehen."

Werneck, den 12. März 1865.

Der königliche Landrichter.
Huler.

Meisner, Funktionär.

Cours der Staatspapiere.

Oesterr.	5 pCt. Met. (Op. 1. S. b. R.)	—
"	5 pCt. Lomb. ditto. à 24	—
"	5 pCt. Engl. Met. v. 1852	79 3/4 G.
"	5 pCt. Engl. Met. v. 1859	78 3/4—5/8 G.
"	5 pCt. Venet. Coupon b. R.	85 G.
"	5 pCt. Nationalanl. v. 1854	68 3/4—7/8 G.
"	5 pCt. Metall. Obligation.	62 5/8 G.
"	4 1/2 pCt.	56 1/2 P.
Preussen	3 1/2 pCt. Staatsschuldsch.	
Bayern	4 1/2 pCt. Obl. 1jähr. dto.	102 P. 101 7/8 G.
"	4 1/2 pCt. Obl. 1/2jähr. dto.	102 1/8 G.
"	4 pCt. Obl. 1jähr. dto.	99 3/8 P.
"	4 pCt. Obl. 1/2 jähr. dto.	99 3/8 P.
"	4 pCt. Obl. Ab.-R. dto.	98 7/8 P.
"	3 1/2 pCt. Obl. dto.	—
Württemb.	4 1/2 pCt. Obl. b. Rothsch.	—
"	3 1/2 pCt. Obl. dto.	95 1/2 P.
Baden	4 1/2 pCt. Obl.	—
"	3 1/2 pCt. Obl. v. 1842	92 3/8 P.
Gr. Hess.	4 1/2 pCt. Obl.	—
"	4 pCt. Obl. b. Rothsch.	100 1/4 G.
"	3 1/2 pCt. Obl. dto.	97 1/4 P.
Nassau	4 1/2 pCt. Obl. dto.	102 3/8 G.
"	4 pCt. Obl. dto.	99 1/2 P.
"	3 1/2 pCt. Obl. dto.	92 3/4 P.
Frankfurt	3 1/2 pCt. Obl.	96 1/4 G.
"	3 pCt. Obl.	—
Spanien	3 pCt. inl. Sch. P. à fl. 2. 30	—
"	2 1/4 pCt. "	—
Schweden	4 1/2 pCt. Obl. à 105 Thlr.	91 3/4 P. 1/4 G.
N.Amerika	6 pCt. à 1000r. 1881 D. 2 1/2	—
"	6 pCt. ditto r. 1882 "	54 5/8—1/2 G.

Diverse Aktien.

Frankfurter Bank à fl. 500 . . .	146 1/2 G.
K. K. Oesterr. National-Bankaktien	846—47 G.
Oesterr. Kreditbank-Aktien à fl. 200	195 1/2 G.
Bayer. Hypothekenb. Pfandbriefe 4 pCt.	97 3/4 G,
Darmst. Bank 1. u. 2. Serie à fl. 250	237 1/2 P. 237 G.
Weimarische Bank à Thlr. 100 . .	100 1/2 P.
Mitteldeutsche Kreditaktien . . .	100 G.
Intern. Bank in Lux. à 250 Frs. à 28 kr.	—
Taunus-Eisenbahn à fl. 250 . . .	355 P.
Frankfurt-Hanauer-Eisenbahn . . .	102 1/2 G.
Oest. F.St.Eisb. 5pCt. 500 Fr. à 28 kr.	—
" Elisab.-Eisenbahn 5 pCt. . .	119 1/2 P. 119 G.
Böhm. Westbahn-Aktien à fl. 200 6/7	73 5/8 P.
Rhein-Nahe-Bahn 200 Thl. à 105 4pCt. Z.	32 G.
Ludwigshafen-Bexbacher à 4 pCt. .	149 G.
dto. dto. Prior. à 4 pCt.	—
Pfälz. Maxb. b. Rothschild à 4 1/2 pCt.	107 1/4 P. 107 G.
Oest. St.-Eisenb. Prior.-Oblig. à 3 pCt.	51 3/4 P. 1/2 G.
Elisab.-Bahn Prior. 5 pCt. 6/7	80 1/2 P.
Südd. Bank-Akt., 40 pCt. Einz.	260 G.
Span. Handels- und Industrie . .	—
Bayr. Ostbahn à 4 1/2 pCt. volleinbez.	114 7/8 P.
Bayer. Ostbahn mit 60 pCt. Einz.	113 1/4 G.

Wechsel
in süddeutscher Währung.

Amst. fl. 100 k. S.	101 P.
Antwerp. Frs. 200 k. S.	94 3/8 G.
Augsb. fl. 100 k. S.	99 3/4 G.
Berlin Th. 60 k. S.	104 7/8 P.
Brem. 50 Th. Ld. k. S.	96 1/2 G.
Brüssel Frs. 200 k. S.	94 3/8 G.
Cöln Thlr. 60 k. S.	104 7/8 P.
Hamb. MB. 100 k. S.	89 P.
Leipzig Th. 60 k. S.	104 7/8 P.
London Lst. 10 k. S.	119 1/8 G.
Lyon Frs. 200 k. S.	—
Mail. Frs. 200 . .	94 2/8 G.
München fl. 100 k. S.	99 3/4 G.
Paris Frs. 200 k. S.	94 1/2 G
Petersburg 60 S.-R.	—
Triest fl. 100 k. S.	—
Wien fl. 100 ö. W.	—
do. in öst. W. l. S.	106 3/4 G.
Disconto	3 1/2 pCt. G.

Anlehens-Loose.

Oesterr. fl. 250 v. 1839	141 3/4 G.	Kurhess. Thlr. 40 b. R.	56 1/2 G.
" fl. 250 v. 1854 mit 4pCt.	77 3/8 P. 1/4 G.	Gr. Hessen fl. 50 b. R.	189 1/4 P.
" fl. 500 v. 1860 6/7	85—1/8 G.	" fl. 25 do.	36 1/8 P.
" fl. 100 Elsb. L. v. 1858.	136 1/8 G.	Nassau fl. 25 bei Rothsch.	36 P.
" do. v. 1864.	94—1/8 G.	Sardinische Fr. 36 b. B.	—
Schwed. 10 Thlr. Loose	9 1/2 G.	Neuchateler 10 Frs.-Loose	—
Badische fl. 50	—	Freiburger 15 Frs.-Loose	—
Badische fl. 35	53 3/8 G.	Mailänder 45 Frs. L. b. R.	33 1/2 P.
		St. Lüttich mit 2 1/2 pCt. Z.	34 P.
		Ansb.-Gunzenh. fl. 7-L.	10 3/8 P.

Frankfurt, 15. März. Die Börse war mit der Liquidation beschäftigt, welche nur in Amerikanischen von größerem Umfang war. Oesterr. Fonds erhielten sich fest. Für Bankaktien zeigten sich gute Käufer. Amerikaner während der Börse preishaltend, schließen fest.

An die
k. Hof- und Staatsbibliothek
1 N. Würzb. Ztg. München.

Neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht!

№ 76. | Vorausbezahlung: Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 1 fl. 30 kr. Bei Inseraten wird die dreispaltige Zeile in gewöhnlicher kleiner Schrift oder deren Raum im Hauptblatte mit 6 kr., im Anzeiger mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franco. | 62. Jahrgang. | Freitag, 17. März 1865.

Aus der Budgetdebatte im preußischen Abgeordnetenhause.

Die Sitzung des Hauses der Abgeordneten vom 14. ds. wurde um 10¼ Uhr durch den Präsidenten Grabow eröffnet. Der Ministertisch ist frei, die Tribünen sind spärlich besetzt. Das Haus tritt nach einigen geschäftlichen Bemerkungen sofort in die Tagesordnung: Berathung des allgemeinen Berichts über den Entwurf zum Staatshaushaltsetat für das Jahr 1865. Die fünf Referenten, Abgeordneten v. Forckenbeck, Freiherr v. Hoverbeck, Michaelis, Reichenheim und Twesten haben an einem Tische Platz genommen, welcher in der Mitte des Saales der Rednerbühne gegenüber, aufgestellt ist. Nach dem Vorschlage des Präsidenten wird beschlossen, zunächst die Generaldiskussion zu eröffnen über den Vorbericht und den Nachtragsbericht, demnächst die einzelnen Etats zur Generaldiskussion und Specialdiskussion zu stellen. (Am Ministertische finden sich ein der Finanzminister mit dem Geh. Ober-Finanzrath Mölle als Regierungskommissär, der Kultusminister und der Minister für Landwirthschaft.)

Der Abg. v. Forckenbeck erhält das Wort als Referent. Derselbe geht zurück auf die Vorgänge, welche den Schluß der vorigen Sitzung des Landtags begleitet haben und demselben gefolgt sind. Das ganze Verhalten der Regierung, welche nicht die geringste Anstalt getroffen habe, um dem Lande sein Recht zurückzugeben, sei das des Absolutismus, und das korrekteste Verhalten des Hauses möchte wohl das sein, jede Prüfung des Staatshaushalts von der Hand zu weisen, so lange von der Regierung nicht Indemnität für ihr bisheriges Schalten nachgesucht und zugleich Garantien dafür geboten würden, daß das Haus nicht wieder fruchtlos an die Arbeit gehe, sondern seinen Aufstellungen von der Regierung Berücksichtigung und Folge gegeben werde. Wenn das Haus von diesem ablehnenden Schritte Abstand nehme und in die Berathung des Etats eintrete, so zeige es damit thatsächlich sein Bestreben, den heillosen Konflikt beizulegen, während die Regierung den Wunsch der Versöhnung zwar mit Worten, aber noch in keiner Weise mit der That gezeigt habe. Welche Beurtheilung aber das Verhalten der Budgetkommission, die auf das Gewissenhafteste die Bedürfnisse des Landes geprüft, bei der Regierung gefunden habe, das zeige jede Nummer der „Provinzial-Korrespondenz", welche der Kommission unbegreifliche Leichtfertigkeit vorgeworfen habe. Leichtfertigkeit ist es also, sagt der Redner, daß wir auf den Nothstand der Lehrer, auf die kümmerliche Stellung der Beamten hinweisen; als Leichtfertigkeit wird es uns vorgeworfen, wenn wir den wirthschaftlichen Bedürfnissen des Staates Rechnung tragen wollen; leichtfertig soll es sein, daß wir eine Verbesserung des Soldes der Unteroffiziere und Soldaten für geboten erklären; mit einem Worte der Vorwurf der Leichtfertigkeit trifft uns, weil wir nicht die ganze Kraft des Staates auf Kosten des gesunden Lebens und Entwicklungsganges in den immer weiter sich öffnenden Schlund des Militär-Etats hineinwerfen wollen! (Lebhaftes Bravo!) Der Redner erklärt, daß er leider jede Hoffnung habe aufgeben müssen, die Regierung würde zu einer Wiederherstellung der konstitutionellen Zustände ihre Hand bieten; das Verhalten der Minister und ihrer Kommissäre in der Kommission habe jede Illusion unmöglich gemacht. Trotzdem möge das Haus unbeirrt den Etat prüfen und demselben gegenüber seine Stellung fest darlegen; das Land werde dann nicht im Ungewissen sein, nach welcher Seite es sich zu neigen habe. (Bravo.)

Abgeordneter v. Gottberg (gegen die bekannten Kommissionsanträge): Die liberale Partei suche, indem sie verschiedenen Ständen Hoffnungen erwecke und über Steuerdruck Klage erhebe, für ihre Partei-Interessen Freunde zu werben. Die wirklichen Bedürfnisse des Landes habe auch die Regierung sehr wohl erkannt und sei fortwährend bemüht, ihnen Rechnung zu tragen. Der glänzende Zustand der preußischen Finanzen sei das beste Zeugniß für die Verwaltung und entkräfte die Beschwerden der Gegner. Der Redner entfernt sich von dem Gegenstande so weit, daß der

Feuilleton.

Die Arbeiterabende zu Saint-Josse bei Brüssel.

An dem Gegensatz von Frankreich haben wir neuestens wieder Gelegenheit gehabt, uns des hohen Werths unsers Elementarunterrichts bewußt zu werden. Der Unterrichtsminister Duruy deckte in seinem bekannten Bericht an den Kaiser (S. Nr. 68 der „N. Würzb. Ztg.") ein schonungsloses Gemälde von dem Zustand der Volksbildung in Frankreich auf, und um seinen Antrag auf Einführung des Zwangsunterrichts zu motiviren, berief er sich hauptsächlich auf das Beispiel Deutschlands, ja er schilderte die deutschen Zustände in einem so günstigen, idealen Lichte, daß wir einen Theil der Lobsprüche fast mit Erröthen ablehnen müssen. Indessen freuen wir uns immerhin, daß eine Sache, die, wie es scheint, im Kaiserreich noch manche Stadien zu durchlaufen hat, bei uns längst eingeführt und bewährt ist. Nur dürfte es nichts schaden, wenn wir auch für die mannigfachen Anstrebungen ein offenes Auge behalten, welche anderwärts darauf gerichtet sind, dem mangelhaften Schulunterricht durch die Privatthätigkeit nachzuhelfen. Denn es ist unläugbar, daß dadurch für die intellektuelle und moralische Hebung des Volks sehr bedeutsame Elemente gewonnen werden, welche dem von Staatswegen geregelten, in feste mechanische Formen eingeschlossenen Unterricht fehlen. Indem Private aus eigenem Antrieb sich die Hebung der unteren Klassen angelegen sein lassen, treten sie mit den letzteren in eine persönliche Berührung, welche für die sittliche Erziehung des Volkes, für die Ausgleichung der Stände vom höchsten Werth ist, und auch auf die höheren Klassen wieder eine sittliche Rückwirkung ausüben muß. Wir theilen nachstehend ein interessantes Beispiel mit, welche schönen Erfolge auf diesem bei uns noch ganz unbekannten Wege der Privatthätigkeit sich erzielen lassen.

In einer der Fabrikvorstädte Brüssels, in Saint-Josse-Ten-Noode besteht seit bald 3 Jahren ein Verein, der eine vortreffliche Einrichtung getroffen hat, um die zahlreiche Arbeiterbevölkerung zu heben. In einem Saale, den der Gemeinderath zur Verfügung stellt, versammeln sich am Schluß der Woche ungefähr 300 Personen aus der Arbeiterklasse, Männer, Frauen und junge Leute. Dort finden sie Professoren, Künstler, Männer aus der vornehmen Welt, auch Damen, und die letzteren empfangen sie als ihre Gäste und machen die Honneurs des Abends. Der Zweck ist Belehrung, aber in der Form freier Unterhaltung und nichts erinnert an den Katheder oder an die Schulstube. Es wird über alle möglichen, für die Zuhörer nützlichen Gegenstände gesprochen, über Gesundheitslehre, Moral, Natur, Wissenschaft, Geschichte, Literatur. Diese Plaudereien, deren keine über 20 Minuten dauern soll, wechseln mit Musik ab. Man denke sich einen großen Salon, wo sich die Damen ans Klavier setzen, nachdem irgend ein bedeutender Mann der Gesellschaft eine Viertelstunde gesprochen hat. Ja, bedeutende Männer sind es, die sich zu diesem Liebeswerke versammeln: die größten und einflußreichsten Redner des Landes verschmähen es nicht, ihre Stimme im Saal von Saint-Josse hören zu lassen und unter den Künstlern, welche die Eingeladenen mit ihrem Spiel erfreuen, begegnen wir allbekannten Namen wie Labarre und Vieuxtemps. Auf der Liste der Gründer des Vereins stehen fünf Minister, zwei Senatoren, vier Abgeordnete, sogar die Gesandten von Spanien und Rußland. August Couvreur, einer der vorzüglichsten Männer Belgiens und Gründer des Vereins für soziale Wissenschaften, versieht das Amt eines Sekretärs der Gesellschaft, deren Präsidium einer Dame anvertraut ist. Einer Frau nämlich, der

Präsident ihn wiederholt auffordern muß, bei der Sache zu bleiben. (Minister Graf Eulenburg ist eingetreten.

Abg. Schulze (Berlin) weist die Insinuation des Vorredners zurück, als ob die Kommission und das Haus in ihrer Haltung durch die Sucht nach Popularität sich bestimmen ließen. Dieser Vorwurf sei ein durchaus frivoler und es sei wohl am Orte, die Partei, von welcher derselbe ausgegangen, daran zu erinnern, daß sie sich niemals durch das Verlangen, die Lage Anderer zu verbessern, in ihrer Haltung habe bestimmen lassen, sondern immer nur durch den krassesten Egoismus. (Widerspruch der Konservativen; Beifall der Majorität.)

Abg. Frhr. v. Vincke: Er sei gern bereit, die Gründlichkeit und Gewissenhaftigkeit des Kommissionsberichts anzuerkennen, allein für zeitgemäß könne er die Vorschläge, welche in denselben niedergelegt worden, durchaus nicht erkennen, denn einestheils sei der Staat im gegenwärtigen Augenblicke durchaus nicht in der Lage, Steuerermäßigungen eintreten zu lassen und seine finanziellen Kräfte zu vermindern, anderntheils sei es sehr bedenklich und könne nicht ersprießlich werden, wenn im Lande Hoffnungen erweckt, Agitationen wachgerufen würden, während doch Niemand ein praktisches Resultat davon erwarte; solche Vorschläge hätten nur dann einen gesunden Zweck und Sinn, wenn sich die Volksvertretung mit der Regierung auf einem und demselben Boden befinde, was leider jetzt nicht der Fall sei. Aber wenn er, der Redner, sich auch nicht mit den Anträgen der Kommission einverstanden erklären könne, so wolle er doch auch nicht mit einem warnenden Rufe an die Regierung zurückhalten. Das Ministerium werde sich kaum verhehlen können, daß seine Situation mit jedem Tage prekärer werde, und daß es alle Ursache habe, Schritte zu thun, welche geeignet, die Beilegung des Konfliktes zu ermöglichen.

Abgeordneter Frhr. v. Gablenz (für die Kommissionsanträge) erörtert speziell die finanzielle Lage des Landes, und kommt dabei zu dem Resultate, daß die Steuerlast nicht eine drückendere in Preußen sei, als in früheren Jahren, daß das Land das Budget sehr wohl tragen könne; er sei aber dennoch für die Kommissionsanträge, weil an der Hand derselben Preußen einen mächtigen Schritt vorwärts thun und der Wohlstand des Landes außerordentlich wachsen würde.

Abg. Reichensperger: Die Kommission sei in denselben Fehler verfallen, welcher dem Hause schon längere Zeit angehaftet habe, die Streitfragen zu generalisiren, eine möglichst große Anzahl von Fragen heranzuziehen, während es sich, wolle man anders zur Herstellung des Friedens beitragen, vielmehr empfehle, immer nur den einzelnen Gegenstand in's Auge zu fassen. Die Anträge der Kommission böten keine Aussicht, das Budgetrecht des Hauses, für das der Redner ebenso entschieden wie irgend ein Anderer einzutreten bereit sei, zur Geltung zu bringen.

Abg. Dr. Möller: Das Ministerium habe das Vertrauen im Lande verloren, obgleich kein Volk vertrauensvoller und geduldiger sei, als das preußische. Auf die Weise, wie v. Gottberg wolle, durch direkte Unterwerfung unter die Regierung, könne der Konflikt nicht zu Ende gebracht werden, und sollte das Abg.-Haus ihn auch auf die kommende Generation übertragen. Die gegenwärtige Behandlung des Budgets sei ein letzter Versuch, um der Regierung eine Veranlassung zu bieten, auch ihrerseits dem Lande entgegenzukommen.

Abg. Dr. Waldeck rühmt die Arbeit der Kommission als eine Grundlage für die künftige Feststellung der einzelnen Etats. Daß ein Regierungsetat Ausgaben für das Jahr 1864, die schon in der Abstimmung vom 16. Jan. 1864 gestrichen worden, jetzt in erheblich erhöhtem Betrag als bereits gemacht vorführe, sei wieder eine schreiende Verletzung der Rechte des Hauses. Die Berathung des Etats sei eine heilige Pflicht für das Haus, und er sei überzeugt, daß die Ausübung dieser Pflicht große und wichtige Folgen haben werde und bereits gehabt habe, da sie verhinderte, daß die Ausgaben eine noch größere Dimension angenommen, daß im vorigen Jahre keine Anleihen, keine neuen Steuern möglich gewesen seien. Es sei eine unberechtigte Voraussetzung, daß ein so ungeheuer vermehrtes stehendes Heer nothwendig sei, um die Machtstellung Preußens in Europa darzuthun. Gerade umgekehrt! Preußen sei viel größer gewesen, als man vor der preußischen Landwehr überall den größten Respekt hatte. Es sei auch bei dieser Machtstellung schon auf die schleswig-holsteinische Frage eingegangen worden. Diese Frage sei freilich von immenser Wichtigkeit und er meine, daß Preußen jenes Land allerdings haben müsse und daß dort nicht ein kleiner Fürst eingesetzt werden solle. Aber wenn man sich diese Länder von der Bevölkerung entgegengetragen haben und den Widerstand, der bei den deutschen Regierungen dagegen existire, beseitigen wolle, so dürfe man nicht mit einer so großen Armee hineinmarschiren (Zustimmung links), dann müsse man die guten Einrichtungen, wie Preußen sie habe, bestehen, und die altpreußische Justiz nicht durch eine neupreußische besiegen lassen. (Lebhafter Beifall links.) Denn in jenen Ländern sei die Justiz sehr gut, obwohl er die Einrichtungen

---

Baronin von Crombrugghe, gebührt hauptsächlich die Ehre, diesen schönen Verein ins Leben gerufen zu haben. Von ihr ging die erste Anregung aus, und sie ist jetzt noch die Seele und Stütze des Ganzen und sucht ihm die Theilnahme aller gebildeten und edlen Menschen zu gewinnen. In einem Briefe an einen gleichgesinnten und unermüdlich thätigen Beförderer der Volksbildung, an Jean Macé, den wir bereits als Gründer der Gemeindebibliotheken im Elsaß kennen gelernt haben, sagt sie u. A.: „Jeden Sonntag Abend versammeln sich unserer Einladung zu Folge 300 Personen um uns mit Liebe und Vertrauen. Nichts kann das Glück schildern, das wir dann empfinden. Die Leute kennen und lieben uns und geben uns rührende Beweise von ihrer Anhänglichkeit; unsere Pflicht wird leicht und angenehm, wenn wir sehen, daß sie uns zu ihren besten Freunden rechnen. Wenn doch die Frauen der Welt ihre müßigen Augenblicke, ihren Ueberfluß und ihre Talente zu benützen wüßten, wie viel Glück könnten sie ausstreuen und empfangen! Schon haben es einige über sich vermocht, auf unsere bescheidene Bühne zu steigen und zu dem musikalischen Theil unseres Programms beizutragen. Dies ist schon ein Sieg über die Vorurtheile — ich hoffe noch einen vollständigeren." Wir entnehmen diese Notizen einem Bericht, welchen J. Macé im „Niederrh. Kurier" mitgetheilt hat. In verschiedenen Städten Belgiens, fährt Macé fort, haben sich Vereine nach dem Muster desjenigen von Saint-Josse gebildet, und überall hat man die Erfahrung gemacht, wie wohlthätig diese Bande des Vertrauens und der Hingebung zwischen Reichen und Armen auf beide Theile gewirkt haben.

Die Plaudereien von Madame v. Crombrugghe kommen in einem eigenen Journal (Recueil de causeries faites par Madame la baronne de Crombrugghe) alle 14 Tage, 16 Seiten stark, heraus. Das Jahresabonnement ist 2 Fr. Diese Unterhaltungen bringen in anspruchslosem Ton, aber mit Geschmack die gesundesten Bemerkungen über Moral und wissenschaftliche Gegenstände. Bis jetzt hat sie die 5 Sinne und die Sprache behandelt und sich namentlich mit ihren Erklärungen und Rathschlägen an die Mütter gewandt. Zum Schluß übersetzen wir eine Seite dieser Plaudereien der Frau Baronin; sie zeigt uns am besten den feinen und edlen Geist, in dem der Verein geleitet wird: „.. Ich muß Euch auch von einer Veränderung sagen, meine Freunde, die durch das vorsitzende Komite in die Kartenaustheilung für unsere Sonntagsgesellschaften eingeführt werden soll. Bis jetzt hatten wir sie euch unentgeltlich angeboten. Dieß war aber nicht im Geschmack einer großen Zahl unserer Eingeladenen. Sie haben sich dagegen erklärt, und ihre Gründe dafür zeugten von so lobenswerther Zartheit, daß wir nicht umhin konnten, sie zu berücksichtigen. Man bemerkte, daß es freilich in allen Klassen der Gesellschaft Sitte sei, unentgeltlich Einladungen zu Gesellschaften zu erhalten, wo man ohne Sträuben Erfrischungen und Vergnügungen annimmt, weil man sich sagen kann, daß man an einem bestimmten Tag und bei Gelegenheit Einladung für Einladung, Höflichkeit für Höflichkeit zurückgeben könne. Bei Ihnen, sagte man uns, ist es nicht so: Sie geben immer und wir geben nie etwas; diese Vergnügen sehen zu sehr einem Almosen gleich. Ihr hattet Recht, und ich kann mich nur freuen, daß Ihr so wohl verstanden, was Ihr Eurer Würde schuldig seid. Man meinte ferner: Unterlassen Sie die Erfrischungen, dann wird es besser sein. Aber was dieß betrifft, so können wir darein nicht willigen. Das Brod mit einander brechen, irgend etwas am gleichen Herd mit einander essen, gibt in gewissem Sinne Anrecht auf gegenseitige Freundlichkeit und Achtung, ja fast auf Vertrauen und Liebe zwischen den Leuten, die sich einladen und zusammenfinden. Derjenige, welcher mit uns gegessen hat, ist kein Fremder mehr für uns. Man hat sich aber nicht zufrieden gegeben und uns gebeten, Euch an dem Werke theilnehmen zu lassen, indem man nur auch eine Kleinigkeit von Euch verlange. Dieß war ganz gerecht. Deßhalb, meine Freunde, steht es von jetzt an jedem ordentlichen Arbeiter zu, um den Preis von 1 Fr. eine blaue Karte zu verlangen; diese gewährt ihm und zweien seiner Familienglieder Zutritt zu allen Abenden für diesen Winter. Weiße Karten, zum Preis von 5 Cent. (1½ kr.) sind, für 3 Personen zu einem Abend, ebenfalls in diesem Lokale, alle Sonntag Morgen um 10 Uhr zu haben."

---

der Länder selbst nicht loben wolle, denn es seien durchweg feudale Institutionen dort. (Heiterkeit.) Preußen könne nicht an die Spitze Deutschlands treten, wenn es so sei, wie es jetzt sei, es könne dies nur, wenn es durch und durch reformirt sei. Preußen könne nicht durch bloße Gewalt dies durchführen, denn es sei ein Staat von 18—19 Millionen Einwohnern. Ein solcher Staat habe, wenn er auch alle Leute bewaffne, die Waffen tragen könnten, aber nur durch absolute Gewalt regieren wolle, durchaus nicht die Macht, irgend ein kleines Land für sich zu erobern, weil dann überall die Mißgunst der anderen Staaten entgegentrete. Preußen habe nur dann diese Macht, wenn ihm das volle Vertrauen Deutschlands und derjenigen Länder, die es mit dem Staate vereinigen wolle, entgegenkomme und das geschehe nur dann, wenn es im Innern einen vollständigen verfassungsmäßigen Zustand herstelle. Der 1864 geführte Feldzug sei glücklich gewesen, nicht wegen der Reorganisation der Armee, sondern weil Europa sich nicht am Kriege betheiligt habe. Wenn Preußen wieder einmal in dem Fall sei, in dem Friedrich der Große im siebenjährigen Kriege sich befand, oder worin man 1813 war, einen selbstständigen Entschluß gegen eine ungeheure Macht zu fassen, so gelte es die Zusammenraffung aller Kräfte des Landes, sonst werde es unterliegen. Wenn man die Landeskraft aber vorher erschöpfe durch ein unnützes und großes Friedensheer, dann könne man nachher, wenn es Zeit dazu sei, nicht mehr darauf zurückgreifen. (Lebhaftes Bravo.)

Abg. Wagener (Neustettin): Das Budgetrecht sei allerdings verkümmert, aber durch die Mehrheit dieses Hauses, die Alles haben wollte, und Alles verloren habe. In der neueren Zeit endige jeder Verfassungkonflikt mit dem Unterliegen der populären Elemente, weil eine starke Centralgewalt nothwendig sei. Zur Eroberung Schleswig-Holsteins hätten allerdings ein Paar Divisionen genügt, aber die Reorganisation sei nöthig gewesen, um den übrigen europ. Mächten gegenüber gewappnet zu sein. „Vor Revolutionen fürchten wir uns nicht mehr, denn Sie würden nicht mehr die Subjekte, sondern die Objekte derselben werden.“ (Heiterkeit.)

Virchow: Die Argumente des Abg. Wagener machten den Eindruck, daß er den Mormonen näher stehe als einer andern Sekte. (Große Heiterkeit.) Sein Standpunkt sei eben, daß sich Alles beugen müsse: Verfassung, Gesetze und Volk. Er (Redner) könne nicht zugestehen, daß die nach Beschluß des Ministeriums vom 12. Februar 1864 herbeigeführte Verwaltung überhaupt im Interesse des Königthums sei, sondern nur im Interesse der Herrn Minister (Hört!). Das sei nicht mehr bloß Absolutismus, Das sei ein Ministerialismus und führe zu der Willkür, welche die „Hausmaier“ einst über die fränkischen Könige hatten. (Sehr richtig!) Die Frage mit dem Militärbudget sei nicht einfach die Frage der Reorganisation. Das bestreite er ganz bestimmt; sie sei immer da gewesen lange vor der Reorganisation, man habe zu allen Zeiten gesagt: da ist eigentlich die Wurzel unserer Uebel, da helft! Aber immer hätten sich die übrigen Minister als machtlos gezeigt gegenüber dem Kriegsminister. (Hört, hört.) Die Diskussion wurde darauf vertagt.

(Amtliche Nachrichten.) **München,** 15. März. Se. Majestät der König hat den Aufschlags-Einnehmern Chr. Freytag in Abensberg und G. Stadler in Sünching in Rücksicht auf ihre 50jährigen, treu geleisteten Dienste die Ehrenmünze des k. bayer. Ludwigordens verliehen; dem k. Rentbeamten und Landwehr-Oberstlieutenant A. A. Pornschaft in Weißenhorn in Rücksicht auf mehr als 50jährige treu geleistete Dienste das Ehrenkreuz des k. b. Ludwigordens verliehen; die kath. Pfarrei Ebingen, Bezirksamts Wertingen, dem Priester L. Kollmann, Pfarrer in Glött, Bezirksamts Dillingen, übertragen; genehmigt, daß die kath. Pfarrei Oberotterbach, Bezirksamts Bergzabern, von dem Bischofe von Speyer dem Priester J. Redbert, verliehen werde; die prot. Hauptpredigerstelle bei St. Jakob in Rothenburg a/T. dem bisherigen ersten Pfarrer und Kapitels-Senior daselbst, Dr. H. W. Fr. K. Moegelin, verliehen.

Der k. Forstgehilfe H. Hubach in Zweibrücken wurde zum Forstamtsaktuar in Dahn befördert. — Der k. Forstwart Peter Nüßwetter zu Achil, Forstamts Bilseck, wurde auf sein Ansuchen in Ruhestand versetzt.

Die kath. Pfarrei Fischbachau, k. Bezirksamts Miesbach, ist mit einem fassionsmäßigen Reinertrag von 620 fl. 52⅘ kr. in Erledigung gekommen.

Wien, 15. März. Im Abgeordnetenhaus brachte heute Hr. v. Plener einen Gesetzesentwurf, betreffend die dreimonatliche Verlängerung der bestehenden Steuerhöhungen. Hr. v. Schmerling beantwortete sodann die Anfrage des Abg. v. Grocholski in Betreff des Nothstandes im galizischen Hochgebirge: Die Gerüchte seien übertrieben; der Hungertyphus herrsche nicht; die Regierung habe Maßregeln getroffen. Hierauf ward die Debatte über den Gesetzesentwurf über Bemessung und Einhebung der Erwerb- und Einkommensteuer von Eisenbahnen begonnen.

Wien, 15. März. Die „General-Korrespondenz“ bezeichnet die Wiener Nachricht der „Breslauer Ztg.“ — wornach in dem Ministerrathe, in welchem die österreichische Antwort auf die preußischen Forderungen in der Herzogthümerangelegenheit berathen wurde, der Kaiser gegen die Stimmen sämmtlicher Minister sich entschieden zu Gunsten jener Forderungen ausgesprochen hätte — als gänzlich erfunden.

Wien, 16. März. Der „Botschafter“ bringt den Wortlaut der britischen Note vom 13. März an den Grafen von Mensdorff als Antwort auf den von Seite Oesterreichs und Preußens in London gestellten Antrag auf Anerkennung der schleswig-holsteinischen Interimsflagge. Die britische Note sagt: Die britische Regierung habe diesen Vorschlag reiflich erwogen und sei bereit, jene Flagge provisorisch und mit Vorbehalt der Rechte der schleswig-holsteinischen Stände sowie jener des deutschen Bundes und nur bis zur definitiven Konstituirung der betheiligten Herzogthümer anzuerkennen.

Berlin, 13. März. Die ministerielle „Provinzialkoresp.“ bringt einen Artikel, welcher davon ausgeht, daß nach der Verfassung der Staatshaushaltsetat ein Gesetz sei, das nur durch Uebereinstimmung der Regierung und der beiden Häuser des Landtages festgestellt werden könne, und bemerkte, daß nirgends in der Verfassung angedeutet sei, daß die Regierung, um das Zustandekommen des Gesetzes zu sichern, jeder Streichung des Abgeordnetenhauses sich zu fügen habe; wäre das der Fall, so würde es im Art. 99 heißen, nicht: „der Staatshaushalt wird jährlich durch ein Gesetz festgestellt“, sondern: „der Staatshaushalt wird jährlich durch das Abgeordnetenhaus festgesetzt“; müsse der König schließlich immer nachgeben, so hieße das, das Abgeordnetenhaus zur alleinbestimmenden Regierungsgewalt machen; davon wisse aber unsere Verfassung nichts. Dann kommt der Artikel auf die Frage: Was ist in dem Falle Rechtens, wo das Gesetz über den Staatshaushalt wegen mangelnder Uebereinstimmung nicht zu Stande kommt? und beantwortet sie dahin: Die Pflicht, die Staatsgeschäfte mit den durch Art. 109 der Verfassung (Forterhebung der Steuern) gesicherten Mitteln weiter zu führen, falle der Regierung des Königs zu, welchem allein nach altem unerschüttertem Recht und nach den ausdrücklichen Bestimmungen im Tit. III. der Verf. die gesammte „vollziehende Gewalt“ in allen ihren Zweigen zusteht.

Kassel, 15. März. Der Antrag des Abgeordneten Trabert: an den direkten Steuern 330,000 Thaler abzustreichen und das entstehende Defizit mit den Ueberschüssen aus früheren Perioden zu decken, — wurde in der heutigen Ständeversammlung mit 27 gegen 26 Simmen abgelehnt, nachdem eine gestrige Abstimmung Stimmengleichheit ergeben hatte. Für den Abstrich stimmten außer Trabert sämmtliche Ritter. Ein Antrag Dr. Oetker's, den Salzpreis herabzusetzen, wird in Erwägung gezogen.

Altona, 15. März. Das Schleswig-Holstein'sche Verordnungsblatt bringt ein Edikt der Landesregierung, welches vor den Wühlereien unter den Bewohnern Nordschleswigs zum Zwecke, mittelst einer Adresse an eine auswärtige Macht die Zurückgabe Nordschleswigs an Dänemark und den Umsturz der bestehenden Ordnung der Dinge herbeizuführen, — warnt und Verbrechen gegen die Ruhe des Staates mit der Strenge des Gesetzes bedroht, auch die Polizeibehörden anweist, auf die Wühler zu fahnden.

Paris, 14. März. Heute fand in den Tuilerien ein außerordentlicher Ministerrath statt. Die tiefe Niedergeschlagenheit, in die der Kaiser über Morny's Tod versetzt worden, lähmt also seine Thätigkeit nicht. — Der Tod Morny's macht noch immer viel von sich reden. Seine Gemahlin soll noch ganz außer Fassung sein. Als Morny todt war, warf sie sich über seine Leiche. Nach drei Stunden schlummerte sie einen Augenblick ein, und als sie plötzlich erwachte und seine Brust, an der sie geruht, warm fühlte, sprang sie auf und rief: Er lebt noch! Es soll eine herzzerreißende Szene gewesen sein. Ihr Haar schnitt sie ab und legte es in den Sarg, wie es in Rußland Brauch ist. Die Opposition, mit Ausnahme Ollivier's, Darimon's, Marmier's und d'Andelarre's, wohnte dem Begräbnisse nicht an. Sie wollte nicht die letzte Ehre dem Manne erweisen, der gegen die National-Versammlung eingeschritten war, zu der sie gehörte. Morny hinterläßt Memoiren. Sie sollen aber erst in zehn Jahren erscheinen. Unter den Deputationen, die hinter seinem Sarge einhergingen, befand sich auch die der Gesellschaft der Literaten. Morny hat nämlich einige reizende Lustspiele (unter dem Namen St. Remy) geschrieben. — Die Kommission des gesetzgebenden Körpers hat die Berathungen über die Adresse beendet. — Es werden jetzt schon Soldaten nach dem Lager von Chalons gesandt. Sie sollen die Gemüse- und Blumen-Gärten in Bereitschaft setzen. — Der Wetterprophet Mathieu (de la Drôme) ist gestorben.

Hiezu die Beilage: „Würzburger Anzeiger“.

Verantwortlicher Redakteur: A. Hartmann.
Druck und Verlag der Stahel'schen Buch- und Kunsthandlung in Würzburg

Fortl. Nr.	Name des eingetragenen Schuldners.	Name des eingetragenen Gläubigers.	der Hypotheke Betrag fl.	kr.	der Hypotheke Rechtstitel ꝛc.	Hyp.-Buch Bd.	Seite.
31	Heuler Adam aus Basbühl.	Die Gläubiger des Anton Zeißner von Basbühl.	68		mit 4% verzinsl. Martini 1826 mit 1830 zahlbarer Güterkaufschilling laut Strichsprotokoll vom 19. Dez. 1825 und Hyp.-Eintrag vom 7. Juni 1826.	II.	293.
32	Christ Adam „	„	82		„	„	295.
33	Derselbe „	„	53 43		„ „	„ „	297. 299.
34	Zeißner Sebastian „	„	60		„	„	301.
35	Lehrer Reppenbacher „	„	50		„	„	303.
36	Zeißner Michel „	„	29		„	„	305.
37	Werth Adam „	„	49		„	„	307.
38	Zeißner Sebastian „	„	40		mit 4% verzinsl. Martini 1828 mit 1832 zahlbarer Güterkaufschilling laut Strichsprotokoll vom 7. Jan. 1828 und Hyp.-Eintrag vom 28. Februar 1828	„ „	321. 387.
39	Derselbe „	„	75		„	„	329.
40	Bey Georg „	„	21		„	„	333.
41	Zeißner Sebastian „	„	71	30	„	„	353.
42	Derselbe „	„	117		„	„	393.
43	Derselbe „	„	49		„	„	349.
44	Seubert Michel „	„	2 22	30	„	„ „	355. 395.
45	Pfister Adam „	„	40		„	„	361.
46	Pfister Nikolaus „	„	39		„	„	371.
47	Heuler Adam „	„	17	30	„	„	375.
48	Rumpel Kaspar „	„	20		„	„	377.
49	Christ Adam „	„	16		„	„	381.
50	Zeißner Sebastian „	„	61		„	„	389.
51	Seubert Michel „	„	39	30	„	„	391.
52	Göpfert Andreas Wittwe. „	„	50	30	„	„	401.
53	Christ Adam „	„	66		„	„	407,409.
54	Pfister Adam „	„	236	30	„	„	411.
55	Derselbe „	„	69		„	„	423.
56	Lehmann Johann „	„	38		„	„	421.
57	Bey Georg „	„	22		„	„	415.
58	Pfister Nikolaus „	„	40		„	„	417.
59	Pfister Michael jg. „	„	93		„	„	427.
60	Heuler Adam „	„	10		„	„	367.
61	Walter Sebastian von Egenhausen.	„	21 12	 30	„	„ III.	379. 93.
62	Pfister Michael von Basbühl.	„	82 21		„	II. III.	429. 101.
63	Schuch Georg in Kaisten.	„	130		„	„	445.
64	Zeißner Sebastian von Basbühl.	„	46		„	„	85.
65	Wilsacker Adam allda	„	17		„	„	89.
66	Seubert Michel „	„	10		„	„	61.
67	Roth Michel „	„	25		„	„	53.
68	Werth Andreas „	„	32		„	„	111.
69	Werth Andreas „	„	23 26		„	„ „	129. 127.
70	Heuler Adam „	„	45			„	141.
71	Popp Nikolaus „	Die Erbsinteressenten des Adam Popp von Basbühl.	101		mit 5% verzinsl. Martini 1831 mit 1832 zahlbarer Güterkaufschilling laut Strichsprotokoll vom 9. Febr. 1831 und Hypothekeneintrag vom 13. August 1831.	„	167.
72	Pfister Michael „	Die Debitmasse des Jakob Metzger von Basbühl.	40		desgleichen Martini 1828 mit 1833 zahlbarer Güterkaufschilling laut Strichsprotokoll vom 31. März 1828 und Hyp.-Eintrag vom 4. Sept. 1828.	„	205.

Cours der Staatspapiere.

Oesterr.	5 pCt. Met. (Op. l. S. b. R.)	—
„	5 pCt. Lomb. ditto. à 24	—
„	5 pCt. Engl. Met. v. 1852	80 P. 79 3/4 G
„	5 pCt. Engl. Met. v. 1859	79 P.
„	5 pCt. Venet. Coupon b. R.	85 5/8—1/4 G.
„	5 pCt. Nationalanl. v. 1854	68 5/8 G.
„	5 pCt. Metall. Obligation.	62 1/8 G.
„	4 1/2 pCt.	56 5/8 G.
Preussen	3 1/2 pCt. Staatsschuldsch.	
Bayern	4 1/2 pCt. Obl. 1jähr. dto.	102P. 101 7/8 G.
„	4 1/2 pCt. Obl. 1/2jähr. dto.	102 1/8 G.
„	4 pCt. Obl. 1jähr. dto.	99 3/8 P.
„	4 pCt. Obl. 1/2 jähr. dto.	99 3/8 P.
„	4 pCt. Obl. Ab.-R. dto.	98 3/4 G.
„	3 1/2 pCt. Obl. dto.	—
Württemb.	4 1/2 pCt. Obl. b. Rothsch.	—
„	3 1/2 pCt. Obl. dto.	95 1/2 P.
Baden	4 1/2 pCt. Obl.	—
„	3 1/2 pCt. Obl. v. 1842	92 3/8 P.
Gr. Hess.	4 1/2 pCt. Obl.	—
„	4 pCt. Obl. b. Rothsch.	100 1/4 G.
„	3 1/2 pCt. Obl. dto.	97 1/4 P.
Nassau	4 1/2 pCt. Obl. dto.	102 1/4 G.
„	4 pCt. Obl. dto.	99 1/2 P.
„	3 1/2 pCt. Obl. dto.	92 1/4 G.
Frankfurt	3 1/2 pCt. Obl.	96 1/2 P.
„	3 pCt. Obl.	—
Spanien	3 pCt. inl. Sch P. à fl. 2. 30	—
„	2 1/4 pCt. „ „ „	—
Schweden	4 1/2 pCt. Obl. à 105 Thlr.	91 3/8 P.
N.Amerika	6 pCt. à 1000r. 1881 D. 2 1/2	—
„	6 pCt. ditto r. 1882 .	55 3/8—1/8 G.

Diverse Aktien.

Frankfurter Bank à fl. 500 . . .	146 1/2 G.
K. K. Oesterr. National-Bankaktien	848—46 G.
Oesterr. Kreditbank-Aktien à fl. 200	194 G.
Bayer. Hypothekenb. Pfandbriefe 4 pCt.	97 3/4 P. 5/8 G.
Darmst. Bank 1. u. 2. Serie à fl. 250	238P. 237 1/2 G.
Weimarische Bank à Thlr. 100 . .	100 1/4 P.
Mitteldeutsche Kreditaktien . . .	100 1/2 G.
Intern. Bank in Lux. à 250 Frs. à 28 kr.	—
Taunus-Eisenbahn à fl. 250	355 G.
Frankfurt-Hanauer-Eisenbahn . . .	102 1/2 P. 1/8 G.
Oest. F.St.Eisb. 5pCt. 500 Fr. à 28 kr.	—
„ Elisab.-Eisenbahn 5 pCt. . .	119 3/4 P.
Böhm. Westbahn-Aktien à fl. 200 6/7	73 5/8 P.
Rhein-Nahe-Bahn 200 Thl. à 105 4pCt. Z.	82 G.
Ludwigshafen-Bexbacher à 4 pCt. .	149 1/4 P.
dto. dto. Prior. à 4 pCt.	—
Pfälz. Maxb. b. Rothschild à 4 1/2 pCt.	107 1/4 P. 107G.
Oest. St.-Eisenb. Prior.-Oblig. à 3 pCt.	51 7/8 P.
Elisab.-Bahn Prior. 5 pCt. 6/7	80 1/2 P.
Südd. Bank-Akt., 40 pCt. Einz.	261 P. 260 G.
Span. Handels- und Industrie . .	—
Bayr. Ostbahn à 4 1/2 pCt. volleinbez.	113 7/8—3/4 G.
Bayer. Ostbahn mit 50 pCt. Einz.	113 1/4 G.

Wechsel
in süddeutscher Währung.

Amst. fl. 100 k. S.	100 7/8 P. 5/8 G.
Antwerp. Frs. 200 k.S.	94 3/8 G.
Augsb. fl. 100 k. S.	99 3/4 G.
Berlin Th. 60 k. S.	104 7/8 P.
Brem. 50 Th. Lsd. k. S.	96 7/8 P. 5/8 G.
Brüssel Frs. 200 k. S.	94 3/8 G.
Cöln Thlr. 60 k. S.	104 7/8 P.
Hamb. MB. 100 k. S.	89 P.
Leipzig Th. 60 k. S.	104 7/8 P.
London Lst. 10 k. S.	119 3/8 G.
Lyon Frs. 200 k. S.	—
Mail. Frs. 200 . .	94 5/8 G.
München fl. 100 k. S.	99 3/4 G.
Paris Frs. 200 k. S.	94 1/2 G
Petersburg 60 S.-R.	—
Triest fl. 100 k. S.	—
Wien fl. 100 ö. W.	—
do. in öst. W. l. S.	105 1/2 G.
Disconto	3 1/2 pCt. G.

Anlehens-Loose.

Oesterr.	fl. 250 v. 1839	142 3/4 G.
„	fl. 250 v. 1854 mit 4pCt.	78 1/4 P.
„	fl. 500 v. 1860 6/7	84 3/4 G.
„	fl. 100 Kisb. L. v. 1858.	136 1/2 G.
„	do v. 1864.	94 1/2—1/4 G.
Schwed. 10 Thlr. Loose		9 5/8 G.
Badische fl. 50		—
Badische fl. 35		53 3/8 G.

Kurhess. Thlr. 40 b. R.	56 2/8 G.
Gr. Hessen fl. 50 b. R.	139 3/4 P.
„ fl. 25 do.	36 7/8 P.
Nassau fl. 25 bei Rothsch.	36 P.
Sardinische Fr. 36 b. B.	—
Neuchateler 10 Frs.-Loose	—
Freiburger 15 Frs.-Loose	—
Mailänder 45 Frs. L. b. R.	38 1/2 P.
St. Lüttich mit 2 1/2 pCt. Z.	34 P.
Ansb.-Gunzenh. fl. 7-L.	10 3/4 P.

Frankfurt, 15. März. Oesterr. Spekulationspapiere wurden niedriger abgegeben, doch blieb die Stimmung dafür fest. Bankaktien behaupteten ihren gestrigen Preis. Amerikanische eröffneten zu höherem Cours, wichen aber, nachdem die fremden Aufträge ausgeführt waren, wieder zurück und schließen wenig höher als im gestrigen Abendverkehr.

Digitized by Google

An die
Hof- und Staatsbibliothek
Würzb. Ztg. München.

Neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht!

№ 77. | Vorausbezahlung: Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 1 fl. 30 kr. Bei Inseraten wird die dreispaltige Zeile in gewöhnlicher kleiner | 62. Jahrgang. | Schrift oder deren Raum im Hauptblatte mit 6 kr., im Anzeiger mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franco. | Samstag, 18. März 1865.

Aus der Budgetdebatte im preußischen Abgeordnetenhause.

Am 15. d. wird die Tags vorher abgebrochene Debatte fortgesetzt. Abg. v. Mitschke-Kollande erklärt sich gegen die Kommissionsanträge. Im Verlauf seines Vortrages berührt er den letzten Krieg, bei dessen Beginn alle Partei-Unterschiede sofort aufgehört hätten; das Ministerium Bismarck hätte in Folge der Durchführung seiner Politik die Popularität des In- und Auslandes gewonnen.

Abg. Faucher beginnt mit einer Kritik der üblichen Behandlung des Budgets, bei welcher eine Uebersicht über den organischen Zusammenhang des Staatshaushalts verloren gehe. Das Verfahren der balanzirenden Ausgabe- und Einnahme-Kolumnen führe schließlich nur zu neuen Steuern und habe uns ein Budget gebracht, an dessen Höhe die Urheber der Verfassung bei Proklamirung derselben wohl nicht im Traume gedacht haben. Man müsse, um Abschlüsse zu erhalten, die einzelnen Theile des Budgets unter einander vergleichen und dann wieder jedes Budget mit dem des Vorjahres oder besser der Vorjahre, um zu prüfen, ob sich nicht Schäden eingeschlichen. So mache man es in England. Das Budget müsse ein lebendiger Organismus sein, dessen Wachsthum freilich gerade nicht mit der Steigerung der Ziffer zusammenfalle. Das sei der rechte Finanzminister, der nach Feststellung der Ausgaben (was das Erste sein müsse) das Wachsthum zur Erscheinung zu bringen wisse bei verminderter Einnahme. Der englische Finanzminister sei von Jahr zu Jahr bestrebt, Steuern zu streichen und nichts desto weniger dieselbe Summe auf den Tisch des Hauses zu legen; dort in England suche der Finanzminister die wirthschaftliche Kraft zu reserviren für die Zukunft, indem er die Steuern vermindere. Daher komme es, daß in England die Rede des Finanzministers bei Vorlage des Budgets die große Rede der Session sei. In Preußen müssen leider **wir** diese Pflicht übernehmen, während der Finanzminister schweigt, vielleicht dazu veranlaßt durch den Weihrauch, der ihm von der andern Seite des Hauses gestreut wird bezüglich der guten Lage und Ordnung unserer Finanzen. Es ist wahr, unser Budget ist wieder in Ordnung, es balancirt in Einnahme und Ausgabe, es weist sogar neue Ausgaben auf; aber wenn durch zu große Belastung der Haushalt der Staatsbürger, wenn durch zu geringe Besoldung der Haushalt der Beamten in Unordnung gebracht wird, so ist das **keine** Ordnung. (Sehr wahr!) — Zur politischen Seite der Frage übergehend, schließt der Redner: Von der anderen Seite des Hauses (rechts) wird die Sachlage vollständig verkannt, sie scheint der Ansicht zu sein, als ob das Abgeordnetenhaus von der Regierung etwas erbitte. Nein, das Gegentheil ist der Fall, die Regierung will, daß **wir** die Armee-Reorganisation gutheißen, und sie kann es nicht erreichen. (Zustimmung. Heiterkeit.) Was bietet die Regierung für die Bewilligung? In den von der Kommission aufgestellten Punkten werden ihr die Bedingungen gestellt. Das wird der Regierung doch klar sein, daß die Neigung zur Versöhnung im ganzen Hause vorhanden ist. (Hört!) Volk und Krone gehören in Preußen zusammen, sonst gibt es keinen preußischen Staat. Frankreich und England können auch ohne Krone existiren, aber in Preußen ist von Memel bis Saarbrücken die Krone der Kitt, der das Ganze zusammenhält. Weßhalb also sollte man nicht Versöhnung anstreben? und weßhalb nicht auf dem Wege des Kompromisses? Ein Kompromiß ist der Sieg des Patriotismus über den Egoismus, der Sieg der Bescheidenheit über die Eitelkeit. Wir sind patriotische, bescheidene Leute und wir hoffen, die Regierung ist es auch. (Lebhafter Beifall.)

Der Regierungskommissär Geh. Rath Mölle sucht durch Zahlen zu beweisen, daß die Steigerung der Einnahmen in den Budgets der letzten Jahre eine ganz korrekte sei, hervorgerufen durch die Verkehrsverhältnisse ꝛc. Von einem übermäßigen Steuerdruck könne nicht die Rede sein.

Abg. v. Benda schildert das Verhältniß des Finanzministers zum Kriegsminister in früherer und jetziger Zeit. Früher habe der Letztere dem Ersteren noch erfolgreich Widerstand leisten können; das habe aber mehr und mehr nachgelassen. Das letzte Aufflackern war der bekannte Brief des Hrn. v. d. Heydt, der aber auch schon wie der Seufzer eines gebrochenen Herzens geklungen. Jetzt aber sei der Widerstand des Finanzministers vollständig gebrochen, der Finanzminister sei total willenlos seinem militärischen Kollegen gegenüber. Da bleibe also nichts übrig, als daß die Landesvertretung an Stelle des Finanzchefs den Kampf aufnehme. Zur Beruhigung diene dem Hause, daß es nicht bloß formell, sondern auch sachlich Recht habe. Schon jetzt trage Preußen eine Militärlast nach einem ungewöhnlich hohen Prozentsatz, wenn die Reorganisation vollendet sein wird, werde jener Prozentsatz denjenigen aller anderen Staaten (Frankreich nicht ausgenommen) übersteigen. Denjenigen, welche die Reorganisation anerkennen wollen, müsse die Regierung dies möglich zu machen suchen.

Abg. Michaelis (Referent) tritt den Ausführungen des Regierungskommissärs entgegen. Ebenso der Referent Abg. Frhr. v. Hoverbeck. Auf eine Bemerkung Mitschke's: „Liberale Wahlmänner hätten ihm gesagt, sie wünschten Anerkennung der Reorganisation, damit die Budgetnoth endlich ein Ende habe“, müsse er erwidern, daß er (Redner) das Gegentheil gehört habe. Das Land will, daß wir fest am Recht halten. Ein Redner hat vom jetzigen „Finanzsystem“ gesprochen. Seit Jahren haben wir eine budgetlose Regierung, und das nenne man ein System? (Heiterkeit.) Wir haben freilich gesehen, wie systematisch man dabei verfährt; es ist aber ein System, welches das Land ins Verderben führt. Man hat ferner von einer Neigung zur Versöhnung gesprochen; das Volk will sich versöhnen, aber nur mit der Krone, nicht mit diesem Ministerium, das wir bekämpfen wollen, so lange wir können, um unseres guten Rechtes willen.

Die Generaldiskussion ist geschlossen. Der Regierungskommissär Mölle weist den Vorwurf des Abg. Michaelis zurück, als sei er in der Kommission mit seinen Auslassungen zu karg und zu zurückhaltend gewesen. Er habe überall die nöthige Auskunft gegeben, nur habe er nicht die Rolle eines Kalkulators der Kommission übernehmen wollen.

Abg. Virchow weist (in persönlicher Bemerkung) den Vorwurf zurück, als habe er die Thaten der Armee in Schleswig verringert. Auf die Thaten der Armee sei er so stolz wie nur Einer, aber er habe unterschieden zwischen jenen Thaten und den dadurch erreichten allgemeinen politischen Erfolgen. Daß letztere übertrieben worden, behaupte er noch heute.

Namens der Kommission nimmt nun der Referent Abg. Twesten das Wort, um zunächst dieselbe wegen der Aeußerungen des Regierungskommissarius zu rechtfertigen: Es wird uns zum Vorwurf gemacht, daß wir Klagelieder über Steuerdruck anstimmen: das ist nicht der Fall, wir haben nur Thatsachen constatirt. Was den Vergleich zwischen der Wohlfeilheit des Absolutismus und der Theuerung des Liberalismus betrifft, so scheuen wir ihn nicht; die freiesten Regierungen sind die theuersten, das ist ein Naturgesetz, welches wir anerkennen. Das preußische Volk ist aber schon so weit vorgeschritten, daß es sich gewiß nicht nach der Wohlfeilheit des Absolutismus zurücksehnt. Wir sehen das Entrollen eines materiellen Bildes von der Finanzlage des Landes als eine Waffe an, die wir mit Recht handhaben dürfen. Die Tendenz aller vorangegangenen Berichte war, die Finanzlage als immer ungünstiger sich gestaltend darzustellen; diese Ansicht theilten Männer wie Kühne, v. Patow, und da kommen auf einmal 5 Millionen Ueberschüsse. War das nicht Anlaß genug, sich ein treues Bild von der Finanzlage zu verschaffen? Herr v. Vincke vergißt, daß v. Czörnig die Gulden für voll berechnet. Wir haben keineswegs auf eine Er-

mäßigung der Einnahmen eingetragen, sondern nur die Veranschlagung derselben nach richtigeren Grundsätzen anempfohlen. Redner führt zum Beweise hierfür einzelne Zahlen aus dem Budgetbericht an und fährt fort: Der Widerspruch in der Militärfrage ist formell deshalb zu solcher Höhe gelangt, weil das Ministerium von vornherein mit dem Parlament umgegangen ist, wie man mit einem Parlament nicht umgehen darf. Selbst Hr. v. Roon erkannte 1862 an, daß die Regierung ohne Bewilligung der Landesvertretung neue Steuern nicht treiben dürfe; und trotz der Theorie von der Lücke hält es die Regierung nur für gut, das Nothwendigste auszugeben. Unser Budgetrecht ist auf dem Punkte ebenso zu werden, wie früher der Abg. Kühne die Prüfung der Rechnung geschildert hat, eine reine Förmlichkeit, ein Gaukelspiel, denn wir haben keinen Einfluß, und die Regierung richtet sich budgetlos ein. Insofern haben wir aus dem Ministerialbeschluß vom 12. Februar 1864 nicht viel Neues gelernt. Das wissen wir wohl, daß der Staat über bedeutende Mittel verfügen kann, denn im Staatsschatz waren 25 Millionen, dann die Ueberschüsse von 1862 und 1863 im Betrage von 16½ Millionen, die Bestände aus den Eisenbahnfonds 2½ Millionen. Hierzu kommen 7 Millionen Bestände in der General-Staatskasse und etwa 10 Millionen Betriebsfond in den Kassen. Das macht unter Hinzurechnung von 5 Mill. Kautionen und 15 Millionen an Einnahme-Rückständen zusammen 68 Millionen. Wir wissen nicht, was davon verausgabt ist. Der Militär-Etat beträgt 41 Millionen Thaler, und geht das so fort, so schwillt er auf 50 Millionen Thaler an; jene 41 Millionen zu bewilligen, werden wir vielleicht wegen der Umbauten von Festungen ꝛc. in der Lage sein, aber jetzt noch nicht. Auch die Ausgabe für die Marine ist nicht außer Acht zu lassen, für die nächsten Jahre stehen uns also etwa 15 Millionen Mehrausgaben bevor und es erwächst für uns die dringendste Aufforderung, den Militäretat nicht so zu erhöhen, daß die künftigen Ausgaben unmöglich gemacht werden. Darum sprechen wir in unseren Anträgen von einer unrichtigen Vertheilung der Staatsausgaben. Es erwartet Niemand, daß der Militäretat in seiner jetzigen Gestalt bewilligt werde. Der Virchow'sche Antrag ist ein unglücklicher. (Der Minister v. Roon tritt ein.) — Die produktiven Zwecke lassen sich nicht im Pausch und Bogen im Etat aufnehmen. Sind wir mit einer Regierung einig, so ist es zulässig, die Regierung zu bitten, ein Budget abzuändern; eine solche Aufforderung unter den jetzigen Umständen ist aber nicht geboten. Wenn die Regierung die Versöhnung will, so muß sie doch ein Zeichen ihres Willens kundgeben; aber wir allein sollen uns fügen und damit helfen, den Absolutismus wiederherzustellen. Das können wir nicht, das werden wir nicht. — In dem Berichte nun wird die materielle Seite hervorgehoben, denn hierin sehen wir den Vergleich, z. B. in der Herabsetzung des Präsenzstandes. Wir haben aber noch keine Aeußerung darüber gehört. Die Regierung mag wohl einem Vergleiche nicht abgeneigt sein, denn sie gibt noch etwas auf die öffentliche Meinung, die ja von dem Ministerpräsidenten mit Geschick bearbeitet wird. Hr. v. Bismarck sah vorigen Winter den Bund mit Oesterreich als einen Bund mit dem Bösen, jetzt erscheint ihm dieser Bund doch etwas bedenklich. — Wer den Zweck will, muß auch die Mittel wollen; wir wollen sie und das Land auch will ernstlich den Ausgleich, die Einigung. Die Majorität des Hauses ist zum Ausgleich bereit, selbst mit dem Opfer früherer Prinzipien, wenn die Krone es nur will. Wir haben darum uns auf die materielle Lage, auf die Finanzlage beschränkt, und daran halten wir fest, weil uns die Zeit günstig erscheint. Wenn wir dies erreichen, dann ist auch die Arbeit nicht umsonst gewesen.

In der hierauf begonnenen Spezialdebatte wurden die ersten 7 Positionen des Generalberichts ohne wesentliche Einsprache erledigt.

(Amtliche Nachrichten.) **München,** 16. März. Se. Majestät der König hat den Staatsrath im außerordentl. Dienste und Präsidenten des Appellationsgerichts von Oberfranken, Dr. K. A. J. Frhrn. v. Kleinschrod, zum lebenslänglichen Reichsrathe der Krone Bayern ernannt.

Se. Majestät der König hat den Gerichtsdiener S. Leibl am Ldg. Neukirchen auf die am Ldg. Viechtach erledigte Gerichtsdienersstelle versetzt und die hiedurch erledigte Stelle des Gerichtsdieners am Landg. Neukirchen dem pens. Gendarmeriebrigadier Gg. Renner zu Passau verliehen; den Bezirksamtmann W. Durocher von Wolfstein in den Ruhestand treten lassen; zum Bezirksamtmann von Wolfstein den Bezirksamtsassessor M. Escherich von Vilshofen befördert und an das Bezirksamt Vilshofen den Assessor des Bezirksamts Neunburg v. W., J. E. Braun, versetzt; den Rechnungsführer A. Rauft bei der Gefangenenanstalt Ebrach in gleicher Diensteseigenschaft an die Gefangenenanstalt Sulzbach unter gleichzeitiger Uebertragung der Funktion des Inspektors dieser Anstalt versetzt und die erledigte Rechnungsführerstelle bei der Gefangenenanstalt Ebrach dem geprüften Rechtspraktikanten und dermaligen rechtskundigen Aktuar bei dem Zuchthause Plassenburg, O. Prückner verliehen; den Bezirksgerichtsarzt am Bez.-Ger. München r/J., Dr. A. Martin, auf die Bezirksgerichts-Arztstelle am Bez.-Ger. München l/J. versetzt und demselben zugleich die gerichtsärztlichen Funktionen am Stadtgerichte München l/J. übertragen; den Appell.-Ger.-Rath Gg. Gugel in Zweibrücken nach zurückgelegten 40 Dienstjahren in den Ruhestand treten lassen; zum Rathe an dem Appellationsgerichte der Pfalz den ersten Staatsprokurator an diesem Gerichtshofe, C. H. Schmidt, zum ersten Staatsprokurator am Appellationsgerichte der Pfalz den zweiten Staatsprokurator bei diesem Gerichtshofe, M. Loé, und zum zweiten Staatsprokurator am Appell.-Ger. der Pfalz den Staatsprokurator-Substituten C. Th Zinkgraf in Zweibrücken ernannt.

München, 16. März. Se. Maj. der König hat den hochbetagten Präsidenten des Appellationsgerichts der Oberpfalz, Ernst v. Will, seinem Ansuchen entsprechend, unter allergnädigster Anerkennung seiner langjährigen treuen Dienste in den Ruhestand treten lassen und den bisherigen Ministerialrath im Justizministerium, Dr. Franz v. Vogt, zum Präsidenten jenes Appellationsgerichts ernannt.

Wien, 16. März. Die „General-Korrespondenz" meldet: „Der vom Generalreferenten für den Staatsvoranschlag des Jahres 1865 im Finanzausschusse vorgelegte Entwurf eines Finanzgesetzes weist ein Gebahrungsdefizit von 4,259,782 fl. aus. Der Abgang soll durch die schleswig-holsteinische Kriegsentschädigung gedeckt werden. Diesem Gesetzentwurfe zufolge soll die Einkommensteuer von Coupons vom 1. April bis Ende Dezember 1865 auf 10 pCt. erhöht werden."

Ueber den Konflikt zwischen dem ungarischen Hofkanzler und dem Statthalter von Ungarn macht eine Wiener Korrespondenz in der „Allg. Ztg." nachstehende Mittheilungen: „In einer Sitzung

---

Feuilleton.

Temperamente der Forstmänner.

Humoreske. *)

Unter den Forstmännern sind alle Temperamente vertreten. Der melancholische, mit fahlem oder erdfarbigem Gesicht, etwas gelb angelaufen von dem Besitz einer umfangreichen Leber und einem überaus reichlichen Gallenerguß, ist in allen seinen Lebensanschauungen Pessimist; er sieht Alles schwarz, versteht es meisterhaft, sich alles im Leben so schwer wie möglich zu machen und anstatt die kleinen Leiden desselben mit Verachtung zu strafen und ihnen einen solchen Fußtritt zu geben, daß sie für ewige Zeiten aus seinem Horizonte verschwinden, gestattet er ihnen eine solche Herrschaft und Kraft über sich, daß sie seine schon an und für sich leicht reizbare Stimmung in eine Wochen und Monate lang anhaltende schlechte Laune versetzen. Diese ist auch äußerlich in dumpfem Schweigen, mürrischem Wesen, zusammengezogenen Augenbrauen und gerunzelter Stirn wahrnehmbar. Wehe dem, der sich dann ihm naht; säße er auf einem Thron, er wäre der härteste, blutgierigste Despot, geneigt, mit kaltem Blute Todesurtheile zu unterschreiben, um seine Rache an der Menschheit abzukühlen. In solcher Stimmung ist der Forstmann Tyrann innerhalb seines Hauses und Reviers. Seine Förster gehen ihm in solchen Zeiten aus dem Wege; der kleinste, oft nicht mehr frische Stock reizt ihn dann zu Rügen über nachlässigen Forstschutz und veranlaßt ihn zu genauen Vergleichen des Pfandbuchs mit der Zahl der Stöcke; die Klaftern sind dann alle schlecht gesetzt, die Nummern des Bauholzes schlecht und undeutlich geschrieben, manche Stämme falsch ausgemessen und auch an den selbst gelungenen Culturen gibt es Mancherlei auszusetzen. Wehe dann dem Förster, wo er eine gelbe Kiefernpflanze findet, die die Ohren herabhängen läßt; da wird der Rüsselkäfer gleich in Menge beargwohnt und die Vorwürfe wegen Unachtsamkeit des Forstschutzpersonals sind im Anzuge. Auch wird wohl verblümt oder direkt mit Anzeige an die Vorgesetzten gedroht und ihre Intervention in Aussicht gestellt.

Diese Drohungen bleiben aber nur solche; es würde dem Oberförster schlecht anstehen, und den Vorgesetzten den Beweis liefern, daß er sich keine Autorität gegen seine Untergebenen zu verschaffen weiß, wenn er die Drohungen wirklich ausführte. Doch wirken sie immerhin als Schreckschüsse bestens. Frau und Kinder spielen in solchen Perioden die der Verstimmung im Hause entsprechende mehr geduldete Rolle und kriechen möglichst zu Kreuze. Das sonst gut mundende Mittagbrod wird, nach allen Richtungen hin bemäkelt, das Fleisch ist hart, die Suppe versalzen, und der Kaffee bald zu heiß, bald zu kalt.

Die unverheiratheten Oberförster sind meist Träger melancholischen Temperaments, weniger die in das eheliche Joch gespannten, denen die erforderliche Erziehung durch die Frau bereits zu

*) Aus der Jagdzeitung.

der Hofkanzlei, welcher auch der aus Pesth hier eingetroffene Statthalter anwohnte, kam es zu einer Debatte, die sich schließlich zu einem sehr gereizten Wortwechsel gestaltete, weil Graf Palffy eine Anordnung der Hofkanzlei (die Sprachenfrage betreffend) nicht vollzogen hatte, nicht etwa weil er sachlich Einwendungen gehabt, sondern weil jene Anordnung seiner Behauptung nach so „schlampet" redigirt gewesen, daß er durch deren Publikation sich kompromittirt haben würde. Der Wortwechsel wurde so heftig, daß Graf Zichy mit der Erklärung: er habe mit dem Statthalter kein Wort mehr zu reden, die Sitzung schloß. Graf Palffy ging sofort nach Pesth zurück und sandte ein Gesuch um seine Entlassung an den Kaiser ein, während Graf Zichy einen Antrag auf Entlassung des Statthalters an den Kaiser richtete. Der Kaiser beschied den Hofkanzler zu sich und sprach mündlich den Wunsch aus, daß die Sache ausgeglichen werden möge, und das scheint geschehen zu sein. Wenigstens hat Graf Zichy seinen Entlassungsantrag und Graf Palffy sein Entlassungsgesuch zurückgezogen."

Berlin, 16. März. In der heutigen Sitzung des Abgeordnetenhauses wurde die Debatte über den Generalbericht der Budgetkommission fortgesetzt. Der Finanzminister bestritt, daß ein Steuerdruck vorhanden sei. Der Militäretat sei unreduzirbar. Eine Verminderung des Etats wäre eine Verschärfung, nicht eine Beseitigung des Konflikts. Die vorgeschlagenen Steuererleichterungen seien inopportun. Die Regierung beeinträchtige keineswegs das Budgetrecht des Hauses, wenn dieses aber die Feststellung eines Budgets verweigere, so könne doch die Verwaltung nicht stille stehen. Die Regierung verlange nicht, daß das Haus unbedingt den Budgetetat annehme, aber sie verlange, daß dasselbe zu einer Vereinbarung geneigt sei. Die Schuld der Budgetlosigkeit treffe nicht das gegenwärtige Ministerium, welches die Heeresreform bereits vorgefunden habe. Abg. Graf Schwerin vertheidigte das abgetretene Ministerium gegen die Anklage, als habe dieses den Konflikt hervorgerufen und empfiehlt ein Kompromiß.

Bern, 12. März. Die massenhafte Zuschiebung von Polen durch Bayern und Oesterreich veranlaßte den Bundesrath, eine Vertheilung dieser Flüchtlinge auf die Kantone vorzunehmen. Hiegegen haben bis jetzt drei Kantone protestirt, die Aufnahme der Flüchtlinge verweigert und die Pflicht zur Asylgewährung bestritten, nämlich Appenzell A. R., Uri und Genf. Dessen ungeachtet werden die Polen so lange als nöthig in der übrigen Schweiz unterstützt werden.

London, 14. März. In den unglückseligen Zerwürfnissen zwischen den Besitzern der Eisenwerke im Norden und ihren Arbeitern ist noch keine günstige Wendung eingetreten. Doch ist zwischen dem Komite der Besitzer und dem Exekutivkomite der Arbeiter eine Konferenz vereinbart worden. Die Eisenhüttenbesitzer von Schottland und Südwales gehen mit dem Gedanken um, sich mit ihren Kollegen in Nord- und Südstaffordshire zu gemeinsamer Handlung zu vereinigen. Unterdessen entwickeln unter den verdienstlosen Arbeitern die Auswanderungsagenten eine vermehrte Thätigkeit, und wenn die Fabriken noch einige Zeit still liegen bleiben, so wird jedenfalls eine große Zahl der Arbeiter nach Amerika übersiedeln.

London, 16. März. Im Oberhaus beantwortet der Graf Russell eine Interpellation den Grafen v. Stratford dahin: Die Berathungen über die türkisch-persische Grenzregulirung schließen hoffentlich mit Ende dieses Monats; England und Rußland haben dabei übereinstimmend mitgewirkt. Im Unterhaus antwortet Lord Palmerston auf eine Anfrage des Hrn. Griffith: Beim Bau des Suezkanals sei jetzt die Zwangsarbeit ausgeschlossen.

Paris, 15. März. In der gestrigen Sitzung des Senats ergriff nach Wiederaufnahme der Debatte über den auf die Beziehungen zwischen Staat und Kirche bezüglichen Absatz des Adreßentwurfs der Kardinal-Erzbischof v. Rouen, Msgr. v. Bonnechose, zuerst das Wort. Mit besonderem Eifer suchte der Redner die rechtliche Grundlage des Germinalgesetzes, namentlich des ersten Artikels desselben, der die Veröffentlichung von päpstlichen Bullen ꝛc. ohne vorherige Erlaubniß der Regierung nicht gestattet, zu entkräften. In der Encyklica und dem Syllabus findet Msgr. de Bonnechose nichts, was den Argwohn und die Besorgniß der Regierung habe erregen können. Die Prinzipien von 1789, wie Volkssouveränetät, Freiheit, Gleichheit, Gewissens- und Glaubensfreiheit, würden von der Encyklica nicht bestritten. Namentlich habe die Kirche von jeher die Gewissensfreiheit geachtet und nur durch Ueberzeugung, nie durch Zwang auf Andersdenkende einzuwirken gesucht. Als die ausschließlichste Intoleranz in Europa herrschte, habe die Toleranz nur in Rom eine Freistätte gefunden. Nur da sei den gleich wilden Thieren von Stadt zu Stadt gehetzten Israeliten Schutz und Aufenthalt gewährt worden. (Den hier gemachten Einwurf Michel Chevalier's: „Und der kleine Mortara!" ließ der Redner unbeachtet.) Aus der Geschichte der Päpste suchte der Hr. Erzbischof sodann nachzuweisen, wie oft und erfolgreich die Päpste durch ihr geistliches Ansehen und ihren Schiedsspruch in die Geschicke der Staaten und Völker zu deren Wohl und Frommen eingegriffen, und wie heilsam es wäre, wenn auch noch heute ihr Einfluß sich in demselben Maße geltend machen könnte. Der Redner endigt mit dem Wunsche, daß, wenn die Gemüther erst wieder ruhiger geworden, Unterhandlungen zwischen dem Kaiser und dem heiligen Stuhl eröffnet werden mögen, um die nicht mehr in die heutige Zeit passenden gesetzlichen Bestimmungen neu zu regeln. Hr. Rouland bemerkte hierauf, eine Verständigung werde nur auf staatsgesetzlichem Boden möglich sein, den leider der Vorredner mit der Behauptung, daß die bestehende Gesetzgebung für die Bischöfe nicht bindend sein könne, verlassen habe. Nach dieser Erklärung folgte nur noch eine kurze, wenn auch lebhafte Konversation, meist persönlicher Natur, worauf die Sitzung, der vorgerückten Zeit wegen, geschlossen wurde.

Paris, 15. März. Der Senat setzte heute die Diskussion über den § 13 der Adresse, welcher sich über die Beziehungen zwischen Staat und Kirche ausspricht, fort. In längerem Vortrage führt Hr. Bonjean aus, daß die in der Encyklika aufgestellten Grundsätze mit den staatlichen Einrichtungen unverträglich seien. — Unter allgemeiner Aufmerksamkeit nahm hierauf der Erzbischof

---

Theil wurde. Ein Cölibatär des forstlichen Gewerbes warf einst im Unmuth die Suppe und Teller durch das Fenster auf den Hof. Seine alte Wirthschafterin nahm Messer, Gabel, Tischtuch und Zubehör des mittäglichen Tisches ruhig und ohne eine Miene zu verziehen und warf es, daß die Scheiben klirrten, ebenfalls auf den Hof, wo der Teller in tausend Scherben lag. Ganz ergrimmt, den Schaum auf den Lippen, fuhr der Jünger Dianens die alte Person an, ob sie toll sei und was sie beginne.

„Ich dachte, der Herr Oberförster wollten heute auf dem Hofe speisen," war ihre Antwort. Der Wütherich war bezähmt und für lange Zeiten belehrt. Dem melancholischen Forstmann bangt vor jeder Gewitterwolke, daß sie seinen Culturen Schaden bereiten könne. Zeigen sich im Herbst nur einige Mäuse, so unterläßt er die Herbsteichelsaat und läßt lieber in der Miethe mehr Eicheln verderben, als eine Anzahl Mäuse gefressen hätten. Schon im Frühjahr überläuft ihn eine Gänsehaut, wenn er an die Herbstbereisung durch den Oberforstmeister denkt. Wird dann, so quält er sich in endlosen Monologen ab, die oder jene Cultur werde seine Zufriedenheit erlangen; wird nicht ein Donnerwetter mit unangenehmen Verfügungen hereinbrechen, daß 1500 c' überhauen sind und daß der Etat nicht voll erreicht wurde ꝛc. ꝛc. Es ist eine alte Erfahrung, daß Tyrannen stets feig sind und während sie nach unten knechten, nach oben kriechen.

Unser Held dürfte keine Ausnahme machen. Den Vorgesetzten wird stets der devoteste Gesichtsausdruck entgegengetragen, aber die Förster zittern vor dem Tyrannen, zumal da er nicht immer gerecht ist, sondern nach Stimmungen handelt, auch seine bevorzugten Lieblinge hat, die die Posten der geheimen Polizei im Revier versehen. Wenn bei der Bereisung Tadel von oben her laut und Ausstellungen bei den Kulturen gemacht werden, so pflegt der Oberförster sich auf den unglücklichen betreffenden Förster zu setzen, ihn, technisch ausgedrückt, zu reiten, bis er den armen, oft schuldlosen Menschen gründlich in die Enge getrieben und ihn moralisch zermürbt hat.

Der cholerische Held des grünen Waldes, von meist geröthetem Antlitz und deutlicher Frakturschrift seiner Lebensereignisse im Gesicht, ist in seinen Handlungen mit dem Träger des melancholischen Temperaments oft nahe verwandt und so zu sagen dessen Geschwister Kind. Er braust leicht auf, wettert Himmel und Hölle herab, wenn nicht Alles im Walde und Hause nach seiner Pfeife tanzt; er ist aber mehr Poltron als geradezu böse wie ersterer, der Giftspinner, der sich und Anderen das Leben soviel wie möglich vergiftet und vergällt. Der Cholericus wird bald wieder gut und trägt nicht nach, jener aber vergißt kein ihm zugefügtes Unrecht, wohl aber Wohlthaten, die ihm das Geschick und die Menschen erwiesen haben und spinnt den galligen Lebensfaden von Anfang bis zu Ende ohne Unterlaß, wenn er nicht im mittleren Lebensalter Marienbad und später die sprudelnde Quelle von Karlsbad aufsucht, und sein Gekröse einer Radikalwäsche unterzieht.

(Schluß folgt.)

von Paris, Mgr. Darboy das Wort, um zu erklären, daß der französische Klerus verpflichtet sei, die Gesetze des Staates und namentlich die organischen Artikel zu respektiren, daß es seiner Ansicht nach bei klugem und gemäßigtem Vorgehen nicht unmöglich sein werde, die Widersprüche, in welche scheinbar die Kirche sich zum Staate gesetzt habe, zu heben und zwar auf dem Wege eines freundschaftlichen Meinungsaustausches zwischen dem hl. Stuhle und der Regierung des Kaisers. Dazu mitzuwirken und einen Zwiespalt zu verhüten, welcher ebenso den Feinden der Kirche als Frankreichs willkommen sein würde, sei seiner Meinung nach die Aufgabe des Senates. Die Rede des Erzbischofs wurde mit lebhaftem Beifall aufgenommen und allseitig die Abstimmung über den § 13 verlangt, diese jedoch vom Präsidenten hinausgeschoben, da der Regierungskommissär sich noch das Wort erbeten habe. Die Debatte wurde vertagt.

Paris, 16. März. Nach versöhnlichen Aufklärungen, welche Hr. Thuillier im Namen der Regierung gab, nahm der Senat heute den Art. 13 des Adreßentwurfs, das Verhältniß von Staat und Kirche betreffend, an und begann die Debatte über die Septemberkonvention. — Der „Moniteur" bringt die Ernennung der Herren Devienne, General Mellinet, General Fleury und des Präfekten Chevreau zu Senatoren. — Der „Constitutionnel" dementirt die Nachricht, nach welcher der Graf v. Sartiges beauftragt gewesen wäre, dem Papste die von den Journalen besprochene Mittheilung zu machen.

Aus Rom schreibt man der „Korresp. Havas": „Ein Theil der französischen Besatzungsarmee macht seine Vorbereitungen, um nach Frankreich zurückzukehren. Angesichts dieser Thatsache fängt der römische Hof an, sich zu überzeugen, daß die französische Regierung innerhalb zweier Jahre, dem Septembervertrag zufolge, alle ihre Truppen fortziehen wird."

Turin, 16. März. In der Deputirtenkammer kam eine Interpellation über die Ereignisse von Montevideo vor. Der Minister des Aeußern erklärte: Die Regierung habe die Absicht, die italienische Kolonie daselbst wirksam zu schützen und Alles zu thun, um die Uebel des Krieges zu lindern; aber eine politische Einmischung werde sie nicht versuchen.

New-York, 2. März. Laut einer Depesche aus Washington steht bei dem zweiten Amtsantritt des Präsidenten Lincoln keine andere Veränderung im Cabinette bevor, als die Ersetzung Fessenden's als Finanzsekretär durch M'Culloch. Berichten aus Wilmington zufolge sind etwa 5000 Ballen Baumwolle in verschiedenen Verstecken aufgefunden worden, und noch 10,000 Ballen glaubt man entdecken zu können, obwohl die große Masse der Vorräthe aus der Stadt vor der Eroberung entfernt worden war. Die Bürger Wilmington's sollen im Allgemeinen der Union zugethan sein, besonders die Frauen. Als General Schofield von der Stadt Besitz nahm, versicherte ihn der Mayor, selbst ein Unionist, daß die Gefühle der Mehrheit der Einwohnerschaft anti-secessionistisch seien.

Hiezu die Beilage: „Würzb. Anzeiger" und eine Extra-Beilage.

Verantwortlicher Redakteur: A. Hartmann.
Druck und Verlag der Stahel'schen Buch- und Kunsthandlung in Würzburg

Amortisations-Erkenntniß.

Vom k. Landgericht Werneck.

Hypothekenbereinigung von Theilheim betr.

Nachdem innerhalb der durch dießseitiges Edikt vom 31. August 1864 — cf. Neue Würzb. Ztg. Nr. 256, 322 und 8 — vorgesetzten 6monatlichen Frist keinerlei Ansprüche auf die dortselbst sub Ziff. 1 mit 64 aufgeführten Forderungen erhoben wurden, wird erkannt:

„es seien in Anwendung des § 82 des Hypothekengesetzes und in Verwirklichung des angedrohten Präjudizes die vorbenannten Forderungen für erloschen zu erklären und im Hypothekenbuche zu löschen."

Werneck, den 15. März 1865.

Königliches Landgericht.

Huler. Meisner, Funktionär.

Cours der Staatspapiere.

Oesterr.	5 pCt. Met. (Cp. i. S. b. R.)	—
„	5 pCt. Lomb. ditto. à 24	—
„	5 pCt. Engl. Met. v. 1852	80 P. 79 3/8 G
„	5 pCt. Engl. Met. v. 1859	78 5/8—3/4 G.
„	5 pCt. Venet. Coupon b. R.	85 3/8 P.
„	5 pCt. Nationalanl. v. 1854	68 5/8—1/2 G.
„	5 pCt. Metall. Obligation.	62 1/4 G.
„	4 1/2 pCt.	56 G.
Preussen	3 1/2 pCt. Staatsschuldsch.	
Bayern	4 1/2 pCt. Obl. 1jähr. dto.	102 P.
„	4 1/2 pCt. Obl. 1/2jähr. dto.	102 1/4 G.
„	4 pCt. Obl. 1jähr. dto.	99 3/4 P.
„	4 pCt. Obl. 1/2 jähr. dto.	99 3/8 P.
„	4 pCt. Obl. Ab.-R. dto.	99 1/4 P.
„	3 1/2 pCt. Obl. dto.	—
Württemb.	4 1/2 pCt. Obl. b. Rothsch.	—
„	3 1/2 pCt. Obl. dto.	95 1/2 P.
Baden	4 1/2 pCt. Obl.	—
„	3 1/2 pCt. Obl. v. 1842	92 5/8 P.
Gr. Hess.	4 1/2 pCt. Obl.	—
„	4 pCt. Obl. b. Rothsch.	100 1/4 G.
„	3 1/2 pCt. Obl. dto.	97 1/4 P.
Nassau	4 1/2 pCt. Obl. dto.	102 3/8 P.
„	4 pCt. Obl. dto.	99 1/2 P.
„	3 1/2 pCt. Obl. dto.	92 1/4 G.
Frankfurt	3 1/2 pCt. Obl.	96 3/8—1/4 G.
„	3 pCt. Obl.	—
Spanien	3 pCt. inl. Sch. P. à fl. 2. 30	—
„	2 1/4 pCt.	—
Schweden	4 1/2 pCt. Obl. à 105 Thlr.	91 5/8 P.
N.Amerika	6 pCt. à 100Dr. 1881 D. 2 1/2	64 1/4 G.
„	6 pCt. ditto v. 1882	64 G.

Diverse Aktien.

Frankfurter Bank à fl. 500 . . .	146 7/8 G.
K. K. Oesterr. National-Bankaktien	846 P. 844 G.
Oesterr. Kreditbank-Aktien à fl. 200	193—93 1/2 G.
Bayer. Hypothekenb. Pfandbriefe 4 pCt.	97 3/4 G.
Darmst. Bank 1. u. 2. Serie à fl. 250	237 1/2 P. 237 G.
Weimarische Bank à Thlr. 100 .	100 1/4 P.
Mitteldeutsche Kreditaktien . . .	100 1/2 G.
Intern. Bank in Lux. à 250 Frs. à 28 kr.	—
Taunus-Eisenbahn à fl. 250 . . .	353 G.
Frankfurt-Hanauer-Eisenbahn . . .	102 1/2 P. 1/4 G.
Oest. F.St.Eisb. 5pCt. 500 Fr. à 28 kr.	—
„ Elisab.-Eisenbahn 5 pCt. . .	116 3/4 P.
Böhm. Westbahn-Aktien à fl. 200 6/7	73 3/8 P.
Rhein-Nahe-Bahn 200 Thl. à 106 4pCt. Z.	30 7/8 G.
Ludwigshafen-Bexbacher à 4 pCt. .	149 1/4 P.
dto. dto. Prior. à 4 pCt.	—
Pfälz. Maxb. b. Rothschild à 4 1/2 pCt.	107 1/2 P.
Oest. St.-Eisenb. Prior.-Oblig. à 3 pCt.	51 3/4 P.
Elisab.-Bahn Prior. 5 pCt. 6/7	80 P.
Südd. Bank-Akt., 40 pCt. Einz.	261 P. 260 1/2 G.
Span. Handels- und Industrie . .	—
Bayr. Ostbahn à 4 1/2 pCt. volleinbez.	114 1/8 P.
Bayer. Ostbahn mit 80 pCt. Einz.	113 1/4 G.

Wechsel in süddeutscher Währung.

Amst. fl. 100 k. S.	101 P.
Antwerp. Frs. 200 k.S.	94 3/8 G.
Augsb. fl. 100 k. S.	99 3/4 G.
Berlin Th. 60 k. S.	104 7/8 P.
Brem. 50 Th. Ld. k. S.	97 P.
Brüssel Frs. 200 k. S.	94 3/8 G.
Cöln Thlr. 60 k. S.	104 7/8 P.
Hamb. MB. 100 k. S.	89 P.
Leipzig Th. 60 k. S.	104 7/8 P.
London Lst. 10 k. S.	119 1/4 G.
Lyon Frs. 200 k. S.	—
Mail. Frs. 200 . .	94 1/4 G.
München fl. 100 k. S.	99 3/4 G.
Paris Frs. 200 k. S.	94 3/8 G.
Petersburg 60 S.-R.	—
Triest fl. 100 k. S.	—
Wien fl. 100 ö. W.	—
do. in öst. W. k. S.	105 3/8 P. 3/8 G.
Disconto	3 1/2 pCt. G.

Anlehens-Loose.

Oesterr. fl. 250 v. 1839	143 G.
„ fl. 250 v. 1854 mit 4pCt.	78 1/8 P. 77 7/8 G.
„ fl. 500 v. 1860 6/7	84 1/8 P. 83 7/8 G.
„ fl. 100 Bisd. Lt. 1858.	136 1/2 G.
„ do v. 1864.	91 1/2 P.
Schwed. 10 Thlr. Loose	9 3/8 G.
Badische fl. 50	—
Badische fl. 35	53 1/2 G.
Kurhess. Thlr. 40 b. R.	56 1/2 P.
Gr. Hessen fl. 50 b. R.	139 3/4 P.
„ fl. 25 do.	38 7/8 P.
Nassau fl. 25 bei Rothsch.	36 P.
Sardinische Frs. 36 b. B.	—
Neuchateler 10 Frs.-Loose	—
Freiburger 15 Frs.-Loose	—
Mailänder 45 Frs. L. b. R.	32 1/2 P.
St. Töttich mit 2 1/2 pCt. Z.	34 P.
Ansb.-Gunzenh. fl. 7-Loose	10 3/4 P.

Frankfurt, 17. März. Die Börse war heute gründlich verstimmt, und zwar aus verschiedenartigen Gründen. Auf österr. Fonds wirkte der Antrag des Referenten des Finanzausschusses, den Rest des Defizits auf Kosten der Staatskreditoren zu beseitigen, deprimirend. Niemand glaubt zwar, daß der Reichsrath einen Antrag, der im Wesentlichen darauf hinausläuft, was für einen Coupon bezahlt werden soll, von seinem Votum abhängig zu machen, billigen werde; allein schon die Möglichkeit, daß ein solcher Antrag gestellt werden konnte, ohne sofort zurückgewiesen zu werden, schädigt den Kredit Oesterreichs im ganzen Auslande; trotz höherer Notirungen aus Wien waren österr. Fonds stark angetragen und flau.

An die
k. Hof- und Staatsbibliothek
München.
N. Würzb. Ztg.

Neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht!

№ 78-79. | Vorausbezahlung: Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 1 fl. 20 kr. Bei Inseraten wird die dreispaltige Zeile in gewöhnlicher kleiner | 62. Jahrgang. | Schrift oder deren Raum im Hauptblatte mit 6 kr., im Anzeiger mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franco. | Montag, 20. März 1865.

(Amtliche Nachrichten.) **München,** 17. März. Se. Majestät der König hat dem Steuer- und Gemeinde-Einnehmer J. N. Kempf zu Neustadt a/H. in Rücksicht auf seine 50jährigen treu geleisteten Dienste die Ehrenmünze des k. b. Ludwigsordens verliehen; zu dem durch den Tod des Kanonikus K. Endres und durch das sofort stattfindende Vorrücken des jüngeren Kanonikers erledigten 8. Kanonikat in dem bischöfl. Kapitel zu Eichstädt den Priester M. Frhrn. v. Gropenrenth, seitherigen Stadtpfarrer bei St. Moriz zu Ingolstadt, ernannt; den Privatdocenten Dr. J. Friedrich in prov. Eigenschaft zum außerordentl. Professor in der theolog. Fakultät der k. Universität München ernannt; auf die am Bezirksamt Nördlingen eröffnete Assessorstelle den Bezirksamts-Assessor Th. Weiß von Eggenfelden, dann auf die erledigte Stelle eines Assessors am Bezirksamte Passau den Bezirksamts-Assessor Zabler von Wegscheid versetzt; zum Präsidenten des Appellationsgerichts der Oberpfalz den Ministerialrath im Staatsministerium der Justiz, Dr. Frz. v. Vogt, und auf die Stelle eines vierten Ministerialrathes im genannten Staatsministerium den Oberappellationsgerichts-Rath Dr. J. G. Kalb befördert; den Landgerichts-Assessor K. Bauer in Stadtamhof auf die Dauer eines Jahres in den Ruhestand versetzt, und dessen Stelle dem Accessisten des Appellationsgerichts der Oberpfalz, J. Fr. Krauß, verliehen; den Stellentausch des Landgerichts-Assessors J. Schneider in Hemau und des Stadt- und Landger.-Assessors Fr. X. Wieser in Ingolstadt genehmigt; die am Handelsgerichte Bamberg in Erledigung gekommene Rathsstelle dem Bezirksgerichtsrathe K. J. Böttiger dortselbst verliehen.

Se. Maj. der König hat dem ordentlichen Professor an der k. Universität München, Geh. Rath Dr. Justus v. Liebig, das Großkomthurkreuz des Verdienstordens vom h. Michael verliehen; auf das im Forstamte Gunzenhausen in Erledigung gekommene Revier Heidenheim den Revierförster Fr. Uhl von Münchsteinach, Forstamts Ipsheim, versetzt; dem Bezirksamtmann Chr. Th. G. Schroen zu Münchberg den erbetenen Ruhestand unter Verleihung des Ranges und Titels eines Regierungsrathes bewilligt; den Accessisten der Regierung, K. d. J., von Oberbayern, Fr. Riedl, zum Assessor des Bezirksamts Landsberg, ernannt.

Die kath. Pfarrei Wildsteig, k. Bezirksamts Schongau, ist mit einem fassionsmäßigen Reinertrage von 763 fl. 47 kr., und die kath. Pfarrei Endlhausen, k. Bezirksamts München r/J., mit einem Bezug von 762 fl. 8½ kr. in Erledigung gekommen.

Das Kuratbenefizium in Ergertshausen, k. Bezirksamts München r/J., ist mit einem fassionsmäßigen Reinertrage von 469 fl. 13½ kr. in Erledigung gekommen.

Aus München, 17. März, berichtet man dem „N. Korr.": „Der Berufung des österreichischen Gesandten dahier, Barons Blome, nach Wien ist man geneigt, eine besondere Bedeutung beizulegen. Baron Blome ist, wie sein Vater und einige andere adelige Herren in Holstein, Gegner des Herzogs von Augustenburg und der Selbständigkeit der Herzogthümer. Daß derselbe gleichwohl das österreichische Kabinet am Hofe des größten der Mittelstaaten bisher vertreten konnte, mag auffallend erscheinen, ist aber nur ein Beweis der Gedankenlosigkeit (um nicht andern Vermuthungen Raum zu geben), mit welcher die ganze schleswig-holsteinische Angelegenheit in Wien behandelt wurde. Nun aber sollen ja, wie behauptet wird, den Staatsmännern in Wien die Augen aufgegangen sein, und wenn man jetzt, in der zwölften Stunde, eine andere Politik in Wien wirklich einschlagen will (man denkt nicht daran), so würde es natürlich auch nothwendig sein, entweder den kaiserlichen Gesandten am bayerischen Hofe zu andern Ansichten zu belehren oder ihn auf einen zusagenderen Posten zu befördern. Baron Blome wird, wenn es ihm anders als zweckdienlich erscheint, in Wien Gelegenheit haben, persönliche Aufschlüsse über die Stimmung zu geben, welche in München und überhaupt in Süddeutschland gegenüber Oesterreich herrscht. In der Kaiserstadt an der Donau scheint man noch nicht genügend darüber unterrichtet zu sein, wie bei uns von der österreichischen Politik gedacht und gesprochen wird; nicht etwa blos in der Bevölkerung im Allgemeinen, sondern besonders auch in denjenigen Kreisen, die man die maßgebenden zu nennen pflegt."

Erlangen, 17. März. Nach einer längeren Unterbrechung, welche durch äußere Umstände herbeigeführt war, wurde gestern wieder eine Versammlung des Schleswig-Holstein-Vereins gehalten. Die Einnahme des Vereins seit den letzten fünf Wochen betrug 838 fl., darunter 545 fl. vom Verein zu Regensburg, 100 fl. von dem zu Neumarkt und 120 fl. von Erlangen selbst. Ein vierzehntes Tausend Gulden wurde nach Kiel zu senden beschlossen. Der neue engere Ausschuß der Vereine in den Herzogthümern zu Altona zeigte seine Konstituirung an; im Anschluß hieran verlas im Namen des Sekretariates Kons. Ebrard die Rendsburger Resolutionen vom 26. Februar, welche das Programm dieses neuen Ausschusses bilden, und erinnerte daran, daß diese rein auf dem Rechtsstandpunkt sich stellenden Resolutionen ganz mit dem Programm unseres Vereins übereinstimmen und daß jedenfalls wir keine andere Aufgabe haben, als, von der diplomatischen Frage nach den Modalitäten eines mehr oder minder engen Anschlusses an Preußen absehend, die alte Rechtsforderung

Feuilleton.

Gedächtnißrede auf Herrn Universitäts-Professor Dr. Förster *)

Hochansehnliche Trauerversammlung!

Noch ist ein Jahresumlauf nicht zu Ende und wir finden uns bereits abermals an dieser Stelle, um wie damals, der Erde den Staub zurückzugeben eines eifrigen Jüngers der Wissenschaft, eines erprobten Lehrers unserer Hochschule, eines ausgezeichneten Mannes, eines theuren, geliebten Collegen und Freundes.

Wie jenen Früheren, so raffte auch ihn der Tod in der Mitte seiner Bahn hinweg, in den Tagen der vollen ungetrübten Kraft; um so herber trifft uns, die Ueberlebenden, dieser neue schwere Verlust, um so rathloser stehen wir an dem Rand seines offenen Grabes.

Ehe sich dieses vor uns schließt, sei es mir vergönnt, in einigen kurzen Zügen das Bild des Verewigten an Ihnen vorüberzuführen.

Johann August Theodor Förster ward geboren am 8. Juli 1822 in dem Musensitze Weimar, als Sohn eines Buchhändlers. Seine Universitätsstudien machte er in Jena und später in Halle, wo unter des verdienten Krukenberg's Leitung zuerst Liebe und Sinn für praktische Medizin und pathologische Anatomie in ihm geweckt wurde, wie er denn dieses Lehrers stets mit dankbarer Hingebung gedachte. Nach Jena zurückgekehrt, trat er auf zwei Jahre als Assistenzarzt in das dortige Krankenhaus ein und gab die praktisch-ärztliche Wirksamkeit auch dann nicht auf, als er sich im Jahre 1849 an der dortigen Universität als Dozent habilitirte.

Doch dauerte seine Wirksamkeit als solcher nur kurze Zeit, indem er bereits nach 1½ Jahren (1851) einen ehrenvollen Ruf an die Universität Göttingen erhielt, von wo es vor siebenthalb Jahren (1858) gelang, ihn für unsere Hochschule als ordentlichen Professor der pathologischen Anatomie und Vorstand der dazu gehörigen Anstalten und Sammlungen zu gewinnen.

Es liegt eine fast rührende Einfachheit in den Lebensschicksalen eines deutschen Gelehrten, soweit sie äußerlich in Erscheinung treten: laufen dieselben doch zunächst ab in dem beschränkten Raum des Studirzimmers und des Hörsaales. In den kleineren Staaten Deutschlands ist es nur wenigen Bevorzugten beschieden, sich durch ihre Arbeit und Mühe im Reiche der Wissenschaft eine behagliche sociale Stellung zu erringen, wie solches in den größeren Staatencomplexen, namentlich des Auslandes mit ihren weltstadtähnlichen Residenzen und den dort mit einer gewissen Ostentation gepflegten Gelehrten-Prytaneen häufiger vorkömmt.

Der deutsche Gelehrte begegnet auch heute noch nur gar zu oft der Sorge und Entbehrung auf seinen Lebenswegen und der Sonnenschein des Glückes fällt meist nur spärlich auf dieselben. So erging es unserem Collegen, den wir heute beklagen, so in fast gleicher Weise seinem ihm vor zehn Monaten im Tod vorausgeeilten Freund!

*) Dieselbe erscheint hier im Drucke, weil in Folge einer von Herrn Pfarrer Neubig am Grabe selbst gehaltenen Leichenrede für sie dort nicht mehr Platz und Zeit war.

der Anerkennung des Herzogs Friedrich unverrückt geltend zu machen. Den Vortrag hielt Prof. Makowiczka über die volkswirthschaftliche und finanzielle Seite des Anschlusses der Herzogthümer an den Zollverein. Prof. v. Hofmann knüpfte an einen schriftlichen Gruß aus Treya warme und energische Worte gegen den „Schacher" der Bismarckischen Politik und gegen den Schachersinn, der nur mit dem Kopfe rechnet, anstatt mit dem Herzen für Recht und Ehre zu erglühen. Den Schluß bildete der, diesmal sehr ausführliche, politische Wochenbericht des Vorsitzenden, in dessen Eingang derselbe mit Nachdruck hervorhob, daß, was er als seine individuelle Anschauung äußere und geäußert habe, nicht als Ausspruch des Vereins gefaßt werden dürfe.

Wien, 16. März. Ein Artikel der „Kreuzztg.", in welchem Hrn. v. Schmerling und der liberalen Partei des österreichischen Abgeordnetenhauses die Schuld beigemessen wird, daß die preußischen Forderungen in Wien abgelehnt wurden, hat hier großes Aufsehen erregt. Die hiesigen Blätter drucken den Artikel theils vollständig, theils im Auszuge ab und tragen damit nicht wenig bei, die gesunkene Popularität des Staatsministers zu heben, was jedenfalls bezeichnend ist für die hier herrschende Stimmung. Die „Kreuzztg." geht jedoch zu weit, wenn sie Hrn. v. Schmerling allein für die ablehnende Antwort verantwortlich macht. Diese letztere war bereits beschlossen, ehe der Staatsminister noch von dem Inhalte der preußischen Note in Kenntniß gesetzt war. Unmittelbar nachdem die letztere hier eingetroffen war, verfügte sich Graf Mensdorff zum Kaiser, der nach Kenntnißnahme des Inhalts erklärte: „Diese Forderungen sind unannehmbar." Es wurden später die Erzherzoge Rainer und Albrecht berufen, die sich in gleicher Weise aussprachen. Für den nächsten Tag ward dann ein Ministerrath anberaumt, welchem die preußische Note vorgelegt wurde. Zu Gunsten der in ihr enthaltenen Forderungen erhob sich nicht Eine Stimme; Hr. v. Schmerling sprach sich allerdings besonders scharf gegen dieselben aus und plaidirte für eine ziemlich kategorische Form der Ablehnung, drang aber damit nicht durch. Man entschied sich schließlich für eine solche Form, welche die Möglichkeit weiterer Verhandlungen offen hält und einen Bruch vermeidet. So viel wußte jedoch Herr von Schmerling durchzusetzen, daß eine Stelle gegen alle weitere Verschleppung aufgenommen und die Nothwendigkeit der Beendigung des Provisoriums nachdrücklichst betont wurde. (Schwäb. Merkur.)

Der „D. A. Ztg." wird aus **Wien** vom 16. ds. berichtet: „Es scheint seit gestern vollständig fraglich, ob überhaupt ein Antrag am Bunde zu Stande kommt, der einerseits die Majorität der Mittel- und Kleinstaaten zu erhalten Aussicht hätte und dem andererseits Oesterreich sich anschließen könnte und würde. Man möchte gern ein Mittleres zwischen einem Zuviel und einem Zuwenig von Energie finden und darüber wird es am Ende zu gar nichts Ordentlichem kommen."

Die „Ostd. P." schreibt: „Wie wir hören, sind die HH. v. Kübeck und Baron Blome nicht so sehr hieher berufen, um über einen am Bunde mit den Mittelstaaten einzubringenden Antrag zu berathen, als vielmehr die Besänftigungsmittel festzustellen, wenn Bayern oder Sachsen endlich wirklich einmal die Geduld reißen und sie sich zu einem Schritte am Bunde entschließen sollten." — Der „Frkf. Postz." wird aus Wien telegraphisch gemeldet: Was die Zeitungen von einem bevorstehenden Ministerwechsel zu erzählen wissen, ist ganz grundlos.

Wien, 18. März. In der heutigen Unterhaussitzung wurde der Gesetzentwurf über dreimonatliche Verlängerung der Steuererhöhungen angenommen. Der Abg. Berger begründet seinen Antrag auf Niedersetzung eines Ausschusses für einen Gesetzentwurf zur Erläuterung des § 13 des Grundgesetzes. Er hebt hervor, daß der Paragraph allerdings nichts von der Nothwendigkeit einer nachträglichen Zustimmung des Reichsraths sage, aber auch nur von Maßregeln und nicht von legislativen Acten handle. Die Auslegung der Regierung bedeute die Contumacirung der Reichsvertretung und selbst der Ministerverantwortlichkeit, welche bei dieser Auslegung illusorisch sei. Der Antrag Bergers wurde angenommen. Nächsten Montag findet die Verhandlung des Brints'schen Antrags bezüglich der Behandlung des Budgets statt. — Das Befinden der Erzherzogin Gisela ist besser.

Berlin. Den Berichten über die Sitzung des Abgeordnetenhauses vom 16. März, in welcher die Budgetdebatte fortgesetzt wurde, entnehmen wir Folgendes: Graf v. Wartensleben: Klage über Steuerdruck werde immer sein; der Fiskus sei ein Vielfraß und jeder Finanzminister sei vom Stamm „Nimm". Bresgen weist einen argen Steuerdruck in der Provinz nach. Graf Schwerin: In Preußen walte kein exorbitanter Steuerdruck ob; aber an den Finanzminister habe er doch einige nothwendige Worte zu richten. Die Regierung scheine die Schuld des Konflikts nicht auf die eigenen Schultern nehmen zu wollen. Heute und auch neulich sei gesagt worden, das Ministerium habe den gegenwärtigen Konflikt vorgefunden. Das sei nicht richtig. Den faktischen Zustand der Armee hätten die Herren vorgefunden, nicht den Konflikt. Der Kern der Differenz zwischen den damaligen Ministern und den gegenwärtigen liege darin, daß die damaligen Minister vor dem Verfassungsconflikt stehen geblieben seien. (Sehr wahr!) Die damaligen Minister hätten die Durchführung der Armeereorganisation übernommen, weil sie dieselbe für nothwendig und auch für volkswirthschaftlich vortheilhaft hielten; aber sie hätten Dieß nur gewollt, so weit es verfassungsmäßig möglich gewesen, und sie hätten damit auch die Voraussetzung einer liberalen Regierung und Entwickelung der Verfassung verbunden. (Beifall.) Die damaligen Minister hätten gewußt, daß das Mi-

---

Doch die wahre Kraft erlahmt nicht bei Ueberwindung von Schwierigkeiten, sondern wird gestählt und der tiefe Ernst, der den deutschen Forscher auszeichnet, die zähe Beharrlichkeit in der Verfolgung wissenschaftlicher Ziele — sie sind wenigstens theilweise das Ergebniß einer harten nicht verweichlichend wirkenden Schule des Lebens.

So war es bei unserem Förster; er war das Bild eines deutschen Gelehrten im vollen Wortsinne; den Kämpfen, die er durchgemacht, den Prüfungen die er bestanden, verdankte er jenes kernige, gediegene Wesen, das uns schon in seiner äußeren Erscheinung klar wurde, jenen eisernen Fleiß, der vor keiner Arbeit zurückschreckte, jenen ruhigen gemessenen, in sich abgerundeten und durchweg harmonischen Ausdruck seiner Persönlichkeit, mochte dieselbe bei Lesung seiner Werke, auf dem Katheder oder im Kreise collegialen Zusammenseins an uns herantreten.

Es lag in ihm Etwas von jener klassischen Ruhe, jenem Seelenfrieden, den wir bei den Weisen des Alterthums finden und den sie als die köstlichste Gabe des Himmels priesen.

Uns Aerzten ist bekannt, daß die Disziplin, deren Bearbeitung Förster zur Aufgabe seines Lebens gemacht, die Wurzel darstellt, aus der der Baum der reformirten Heilkunde in unseren Tagen hervorgewachsen. Noch im Oktober 1850 schrieb er in der Vorrede zu seinem damals in erster Auflage erscheinenden Lehrbuch der pathologischen Anatomie:

„Die pathologische Anatomie ist ein annoch junger unentwickelter Zweig unserer Medizin, ein Lehrbuch derselben kann daher nur Keime und Fragmente bringen."

Als er nun im vorigen Jahre in der Vorrede zur 7. Ausgabe dieses Lehrbuchs den Ausspruch thun konnte: „Die pathologische Anatomie ist zur selbstständigen Disciplin herangewachsen; der feste Grundstock der gewonnenen positiven Resultate hat sich zu einem stattlichen Ganzen gestaltet, als sichere Grundlage für eine wissenschaftliche Pathologie" — da mag jenes befriedigende Gefühl, an diesem großartigen Erfolg seinen redlichen und unbestrittenen, wenn auch mit Muth und Schweiß erworbenen Antheil zu haben, einen erhebenden Eindruck auf ihn gemacht haben, der schönste Lohn für die Arbeit zweier Jahreswochen.

Es ist nicht hier der Ort, der vielen anderen wissenschaftlichen Arbeiten Förster's zu gedenken, nur das sei noch erwähnt, daß dieselben nicht blos die Jugend förderten, sondern auch dem reifen Manne zur Belehrung dienten.

Fast unzertrennlich von dem Wesen des deutschen Gelehrten erscheint der Beruf als Lehrer der Jugend; es besteht ein Drang zur unmittelbaren Mittheilung des als wahr Erkannten nicht bloß durch die Schrift, sondern auch durch das lebendige Wort — und wenn gleich mit dem klaren Wissen zumeist auch der richtige Ausdruck dafür gefunden ist: so gibt es doch keinen geschickten Lehrer, der nicht seine eigene Methode hätte, die dann der unmittelbare Ausdruck seiner Denk- und Gemüthsweise ist.

Möge man sich die Aufgabe des akademischen Lehrers nicht zu leicht vorstellen; es erfordert einen starken Sinn und einen warmen Eifer, um bei den halbjährig wiederkehrenden Vorträgen nicht zu ermüden und dem Worte jene lebendige Frische mitzugeben, die ihm allein Eingang in die Herzen der Hörer schafft.

Försters Vortrag war wie er selbst, klar, bündig und gedrungen, stets an den Gegenstand sich haltend, jede absichtliche Färbung als störend vermeidend, unnöthige Eleganz eher fürchtend wie suchend nüchtern als Redner, wie er es als Forscher war.

Wir stehen nicht an, es auszusprechen, daß die ihm anvertraute schwierige und wichtige Disziplin zu keiner Zeit fruchtbringender an hiesiger Hochschule vertreten war, als in seinen Händen,

nisterium in Geldsachen abhängig sei von dem Abgeordnetenhause; der jetzige Finanzminister verwechselte den Unterschied zwischen einem Finanzgesetze und jedem anderen Gesetze. Der Konflikt sei erst entstanden, nachdem das jetzige Ministerium die Grenzen des Verfassungsrechts anders finde als das frühere, und er sei auszugleichen, mit diesem Hause, ja mit den Grundlagen der Reorganisation, aber nicht auf dem Wege, den die Regierung gehe, und nicht mit solchen Theorien, wie sie heute der Finanzminister proklamirt habe. Finanzminister v. Bodelschwingh entgegnet, daß er den Konflikt nicht dem früheren Ministerium imputirt, daß er gegen Niemand einen Tadel ausgesprochen habe; daß er den Unterschied zwischen Budgetgesetz und andern Gesetzen kenne und das Budgetrecht des Hauses achte. Waldeck: Die wahre Kraft liege nicht in der Armeeorganisation, sondern in den Gesetzen und der Konstitution; wer die Konstitution nicht halte, werde auf die Länge fortgeschwemmt, wie Louis Philipp und Andere.

Ueber die Arbeitseinstellung in **Burg** erhält der „Magdeb. Korr." nachfolgende Mittheilungen: „Mit Beginn dieser Woche ist eine allgemeine Arbeitseinstellung der Tuchmachergesellen eingetreten. Die Konventionalstrafen für das Zuspätkommen sind von den Arbeitern als ihrer unwürdig bezeichnet und sind zunächst die Ursache der Arbeitseinstellung. Die Fabrikanten haben zwar von der Arbeitszeit (früher 13 Stunden) jetzt 1 Stunde ohne Entschädigung fallen lassen, so daß die Arbeitszeit jetzt nur 12 Stunden beträgt. Aber ohne Erfolg. Die Fabrikanten sind entschlossen, nicht weiter nachzugeben, und hoffen, die feiernden Arbeiter auszuhungern, zumal diese viele Pfandobjekte schon bei der letzten Arbeitseinstellung ins städtische Leihamt wandern lassen mußten. Von Berlin, Breslau, Hannover und auch angeblich von Magdeburg sollen den Arbeitern Unterstützungen zugesichert sein, um zu feiern. Die Fabrikanten wollen fremde Arbeiter heranziehen. Aeußerliche Konflikte sind nicht zu besorgen."

Magdeburg, 17. März. Die hiesige „Presse" meldet, daß gestern die letzten beiden Fabriken in Burg ebenfalls die Akkordarbeiter entlassen und daß heute sämmtliche Tuchmachergesellen, Spinner und Fabrikarbeiterinnen, die allerärmsten ausgenommen, die Arbeit eingestellt haben.

Glogau, 16. März. Der „Br. Z." wird berichtet: „Eine kleine Episode zu dem bekannten Ofenklappenprozeß wird seit einigen Tagen auf das Lebhafteste besprochen. Der Pionier Nowag hat am Montag vor einem Kriegsgericht gestanden, weil seine Aussagen über die Zeit des Feuermachens in der Wohnung des Lieutenant Krause vor dem Civilrichter anders als die vor dem Militärrichter gelautet haben. Dort hatte er gesagt, daß dieß um 1¼ Uhr, und bei jenem, daß es vor 3 Uhr geschehen sei, außerdem hat er dem Civilrichter erklärt, daß er vor dem Militärrichter ebenso wie vor ihm ausgesagt habe. Deßhalb zur Untersuchung gezogen, soll der bisher völlig Unbescholtene in der militärgerichtlichen Untersuchung die vor dem Civilrichter gemachte Aussage aufrecht erhalten haben. Man erzählt sich, daß das Kriegsgericht denselben zu 3 Wochen Mittelarrest verurtheilt haben soll. Ob dieß begründet ist, muß sich in Kürze zeigen."

Aus **Stuttgart**, 18. März wird der „Augsb. Abdz." geschrieben: „Die Berathung des bekannten Antrags der staatsrechtlichen Kommission in der schleswig-holsteinischen Angelegenheit ist auf nächste Woche verschoben worden, weil ein Kammermitglied wünschte, zuvor noch die Schrift des Pastors Schrader in Kiel gegen die Annexion zu studiren. Im übrigen wird der thatendurstige Antrag keinenfalls einstimmig angenommen werden, vielleicht auch, da mehrfache Amendements in Aussicht stehen, eine ganz andere Gestalt annehmen."

Nassau. Der Landtag ist auf den 29. einberufen.

Bern, 18. März. Dem Vernehmen nach zeigt die eidgen. Staatsrechnung für das Jahr 1864, für welches ein Defizit von 1,700,000 Franken in Aussicht genommen war, statt dessen noch einen Vorschuß von ca. 200,000 Fr. Es rührt derselbe wesentlich daher, daß einige Arbeiten auf das Jahr 1865 verschoben und Gewehrankäufe noch nicht in vorgesehener Weise ausgeführt worden sind.

London, 16. März. In Newcastle hatte eine Konferenz zwischen Eisenarbeitern des Nordens und dem Komite der Eisenhüttenbesitzer stattgefunden, bei welcher mehrere Punkte zur Sprache kamen und in freundschaftlichem Ton diskutirt wurden. Die Deputation der Arbeiter wiederholte die Versicherung, daß sie den Strike in Nordstaffordshire nicht unterstützen wolle. Die Besprechung nahm zuletzt die praktische Form des Vorschlags an, daß die Fabrikanten des Nordens gepuddeltes Stangeneisen nach Nordstaffordshire senden und somit (da die Puddler in Nordstaffordshire die Ursache zu den Zerwürfnissen gegeben haben) die Wiedereröffnung der Hammerwerke ermöglichen sollten, während die Arbeiter aller andern Distrikte keine Hindernisse in den Weg zu legen sich verpflichteten. Die Exekutivkomites der Arbeiter von Gatesley und Brierleyhill werden nun am Freitag mit den Hüttenbesitzern des Nordens und von Staffordshire in York zu einer zweiten Konferenz zusammentreten, um das erwähnte Arrangement zum Abschluß zu bringen. Man hofft, daß auf diesem Wege die Streitigkeiten beseitigt und, was die große Mehrzahl der Leute betrifft, die Arbeitseinstellung zu Ende gebracht werde.

Rom. Bei seiner letzten Audienz beim Papste erklärte der französische Gesandte Graf Sartige, daß Napoleon der Regierung des heiligen Vaters anheimstelle, jene Maßregeln zu treffen und solche Verstärkungen ihrer eigenen Waffenmacht einzuleiten, welche ihr Bürgschaften ihrer Sicherheit im gekommenen Augenblicke zu gewähren geeignet seien. Pius IX. antwortete, wie sich die „A. A. Z." aus Rom berichten läßt, dem Grafen Sar- [illegible]

Lag nun aber auch der Schwerpunkt seines Wirkens zunächst in der Disziplin seiner Wahl, so gehörte es doch mit zu den Eigenthümlichkeiten und Vorzügen Förster's, nicht bloß die Literatur seines Faches zu umfassen, sondern er war — dessen Bildungsgang von vorne herein zum Gelehrten angelegt schien — mit der Geschichte der Literatur der gesammten Heilkunde in solcher Weise vertraut, daß er bei Erledigung des Lehrstuhls der Geschichte der Medizin nach v. Marcus' Tod diesen sofort zu übernehmen sich bereit erklärte und mit größtem Erfolge vertreten hat.

Auch damit schließt seine wissenschaftliche Thätigkeit nicht ab; diese war ihm solches Bedürfniß, daß sie auch das Medium seiner geistigen Muße und Erholung bildete und es ist vielleicht weniger bekannt, daß der Verewigte außer den alten Sprachen auch — was bei Gelehrten von Fach seltener vorkömmt — die meisten neueren Sprachen und ihre Literatur genauer kannte und so z. B. die spanische mit einer gewissen Vorliebe betrieb. Er war der Ueberzeugung, daß es kein isolirtes Wissen gebe und daß allgemeine Bildung ein nothwendiges Attribut des Gelehrten und vor Allem eines akademischen Lehrers sei.

Akademische Würden und Aemter strebte er nicht an, weil er jede Zersteuung seiner Thätigkeit fürchtete; dabei aber nahm er den wärmsten und regsten Antheil an den Interessen der Korporation, bekannte, so oft es galt, Farbe und war überhaupt ein Feind alles Schiefen und Halben.

Seinen Kollegen begegnete er stets mit Achtung, zum Theil mit Hingebung; hervorragende Geistesgaben erkannte er an, sie nicht beneidend, weil er sich ihnen verwandt fühlte; untergeordnete Geister beschämte er nicht, sondern suchte ihnen behülflich zu sein. Und so war er denn allgemein geliebt, geehrt und geachtet und hatte in Wahrheit — was bei Charakterfestigkeit im korporativen Leben selten — weder in noch außerhalb der Universität einen Feind.

Hiebei und in Anbetracht seines sonst leicht beweglichen, offenen Gemüths mag es befremden, daß er tiefer gehende Freundschafts-Bündnisse nicht suchte, wenn er auch im vertraulichen Kreise der Kollegen zeitweise sich heimisch fühlte.

Es führt uns dies auf Einen Punkt in des Verewigten Charakter, der, wenn gleich für die Ergründung dieser scheinbar kalten Zurückhaltung von Bedeutung, hier doch nur leicht berührt werden soll, weil ein weiteres Eingehen im Sinne des Verstorbenen einer Profanation gleich käme.

F. bewahrte in sich ein Pietätsgefühl gegen Eltern und Geschwister von der seltensten Art, seine Aufopferungsfähigkeit in dieser Beziehung überstieg die gewöhnlichen Grenzen, und wirkte absorbirend auf Intimität in anderen Kreisen; ja auch der Grund, weßhalb der Verewigte das Glück eines eignen häuslichen Herdes weder suchte noch fand, scheint hierin zu liegen.

Mögen diese flüchtigen Worte genügen, um anzudeuten was wir verloren haben. Unsere Liebe und Verehrung für den Verewigten wird ohnehin seinen Tod überdauern!

„Extinctus amabitur idem". —

Uns nun, meine hochverehrten Herren Kollegen, die wir durch diese abermalige Lücke unsere Reihen in so bedenklicher Weise gelichtet sehen, möge das Andenken an ihn fester aneinander ketten, um mit vereinten Kräften demselben Ziele zuzusteuern, das auch das Seine war. Sie aber, meine jungen Freunde, mögen bedenken, daß zwar nicht Jedem die Wahrheit zu ergründen vergönnt ist, wohl aber sie zu suchen und anzustreben mit jener ungebeugten Kraft des Willens, die der Verewigte in so hohem Grade besaß und in der die einzige und sicherste Bürgschaft des Erfolgs liegt. —

tiges darauf: er danke dem Kaiser der Franzosen für das, was er bisher für den Schutz und die Sicherheit des hl. Stuhles gethan. Was die Konvention vom 15. Sept. anbetreffe, so kenne er dieselbe nicht und werde sie auch nicht kennen lernen — am wenigsten aber sei seine Absicht, seine Streitmacht in einer für den Umfang seines Landes und die Finanzen desselben unangemessenen Weise zu vermehren. Er wisse zu gut, wessen er sich von seinen Feinden zu versehen habe, und der Tag von Castelfidardo habe ihm zu sehr gezeigt, wie unzuverlässig irdische Widerstandsmittel wider jene seien, als daß er nicht völlig darauf verzichte, seine Zuflucht zu solchen Mitteln zu nehmen. Sein Vertrauen sei auf den Schutz des Allerhöchsten gestellt, und dieses lasse ihn ruhig allen kommenden Dingen in's Auge blicken. In Uebereinstimmung damit steht, daß für die päpstliche Armee, deren Gesammtstärke sich auf etwa 7600 Mann beläuft, in diesem Augenblick keinerlei Werbungen vorgenommen werden, im Gegentheil Beurlaubungen unschwer bewilligt werden.

St. Petersburg, 12. März. Die russische Sprache hat, nach einer Meldung des „Vaterland", beim russischen Hofe jetzt den Vorrang vor der französischen errungen. Bis jetzt herrschte beim Hofe und den hohen Aemtern die französische Sprache. Durch eine kaiserl. Verordnung haben alle Gesandten und Adjutanten von nun an dem Kaiser alle Schriftstücke in russischer Sprache zu unterbreiten. Durch ein anderes kaiserl. Reskript wird allen russischen Diplomaten aufgetragen, die diplomatischen Noten nur in russischer Sprache zu verfassen, wenn sie nicht fremden Diplomaten vorgelesen oder zur Abschrift übergeben werden sollen.

New-York, 3. März. Eine Korrespondenz des „World" zeigt an, daß am 24. Febr. bei Salisbury-Plain eine Schlacht zwischen Sherman und Johnston geliefert worden ist. Letzterer habe eine Kolonne der Armee Sherman's angegriffen, aber der Erfolg sei zweifelhaft geblieben. Anfänglich war der Vortheil auf Seiten der Konföderirten, aber Sherman, der seine beiden Kolonnen vereinigte, schlug die Angriffe seines Gegners zurück, der alsdann über den Toalin-Fluß zurückging und zum Gros der konföderalistischen Armee stieß. Man fügt hinzu, daß Johnston in dieser Stellung Sherman erwartet; man glaubt, Johnston sei an der Spitze von 80,000 Mann. — Die „Tribune" sagt, daß das vom französischen Kaiser in seiner Thronrede beobachtete Stillschweigen bezüglich der Angelegenheiten Amerika's keineswegs schließen lassen darf, daß die Beziehungen zwischen den beiden Ländern nicht freundschaftlich seien. (T. H.)

New-York, 3. März. Das Repräsentantenhaus in Washington hat die bereits von dem Senate votirte Resolution angenommen, die conföderirte Schuld niemals anzuerkennen.

Die „Times" bringt Nachrichten aus **Mexiko**, nach denen die kaiserl. Regierung sich sehr feindselig gegen die Union benehme. Ein Mann, der das Ende der südstaatlichen Rebellen behauptet, sei zu einjährigem Gefängniß verurtheilt worden. (?) In dem „San Francisco Demokrat" wird, angeblich auf die Versicherungen von Gwinns Agenten hin, behauptet, Napoleon habe den früheren Kolonisirungsplan bezüglich einiger mexikanischen Provinzen aufgegeben. Diese Landschaften blieben zwar unter dem Scepter des Kaisers Maximilian, müßten aber als Unterpfand für die französische Forderung dienen.

Schuldverschreibungen von Standesherren und Privaten.

Frankfurter Börse.

				G.	P.
4	pCt.	Herz.	Lucca, alte b. Rothsch.	G.—	P.74
4	„	„	do. neue b. „	—	90
$3\frac{1}{2}$	„	Landgräfl.	H.-Homb. b. „	—	94
$3\frac{1}{2}$	„	Fürstl.	Löwenst.-Werth. (bad.)	—	94
$3\frac{1}{2}$	„		do. (bayer.)	—	—
$3\frac{1}{2}$	„	„	Fürstenberg b. Rothsch.	$92\frac{3}{4}$	—
$3\frac{1}{2}$	„	„	„ „	—	—
$3\frac{1}{2}$	„	„	Leiningen P. N. Schm.	$95\frac{1}{2}$	—
3	„	„	„ „	84	—
4	„	„	Oettingen-Wallerstein	—	99
4	„	„	Esterhazy P. Galantha	61	62
$3\frac{1}{2}$	„	„	Isenburg-Birstein b. R.	—	—
4	„	„	Schwarzenberg	71	—
4	„	„	Palffy b. Arnst. u. Eskel.	$79\frac{1}{2}$	—
4	„	Gräfl.	Erbach-Fürstenau b. S.	—	99
4	„	„	Palffy, Ferd. Leop., b. S.	61	—

				G.	P.
4	pCt.	Gräflich	St. Genois b. Schm.	G.—	P.70
4	„	„	Szapary b. Rothsch.	—	50
4	„	„	Schönborn b. Schm.	60	—
4	„	„	Sandor b. Rothsch.	60	—
4	„	„	Strachwitz b. Schm.	—	50
4	„	„	Hugo Eltz	—	85
4	„	„	Viczay b. Rothsch.	60	—
4	„	„	Nizky b. Rothsch.	—	—
4	„	„	Hunyady b. Rothsch.	—	—
$4\frac{1}{2}$	„	„	Batthyany Joh. Bapt.	—	76
$4\frac{1}{2}$	„	„	Batthyany Gustav	—	71
$4\frac{1}{2}$	„	„	Orczy b. Schmidt	71	—
$4\frac{1}{2}$	„	„	Sztaray „	—	74
$4\frac{1}{2}$	„	„	Karoly bei Biedermann	—	70
$4\frac{1}{2}$	„	„	Pejacsevich b. Schuller & Co.	68	—

Anlehens-Loose.

Fürstl.	Esterhazy 40 fl. Loose	—.——.——
„	Windischgrätz 20 fl. Loose	18.——18.30
„	Salm-Reifferscheid 40 fl. L.	31.——31.50
„	Palffy 40 fl. Loose	28.75—29.25
„	Clary 40 fl. Loose	27.——27.50
Gräflich	Keglevich 10 fl. Loose	14.75—15.25
„	Waldstein-Wartenb. 20 fl. L.	19.50—20 —
„	St. Genois 40 fl. Loose	27.25—27.75
Stadt	Triester 100 fl. Loose	114.——114.50
Donau-Dampfschiff.	100 fl. L.	86.——86.50
Dessauer	100 Thlr.-Loose	———

Temperamente der Forstmänner.

(Fortsetzung.)

Der phlegmatische Forstmann ist dick, steht meist spät auf, so daß er an 30 Tagen im Monat an 25 kalten Morgenkaffee trinkt, öffnet seine Postsachen, auch wenn Citissime auf dem Kouvert steht, nie am Abend, um seine Nachtruhe nicht zu gefährden, sondern frühestens am Morgen, nachdem die Morgenpfeife in Brand ist, und muß oft Ordnungsstrafen für versäumte Berichterstattung zahlen. Wenn er einen Förster um 7 Uhr zum Rendezvous bestellt, wird derselbe gut thun, erst um $8\frac{1}{2}$ Uhr sich einzufinden, da er dann im besten Falle noch eine halbe Stunde warten muß, ehe der Gebieter im Revier mit seiner stattlichen Leibesfülle am Horizont sichtbar wird. Gewöhnlich kommt er, wenn Jagd angesagt ist, am Ende des dritten Treibens, und hat dann meist irgend ein Requisit, wie Pulverflasche oder Schrotbeutel, ja einmal selbst das Gewehr vergessen. Er erntet, wenn er mit einer Landwirthschaft gesegnet ist, stets abgeblaßtes Heu, da er den günstigen Zeitpunkt der Ernte stets versäumt und mehrfache Regengüsse dazwischen kommen. Im Dienstacker findet man eine reichliche Menge Quecken; sie sollen, so tröstet sich unser Mann, bei trockenen Jahren den Acker vor Dürre bewahren. Tritt ein nasses Jahr aber zufällig ein, nun, wenn erst mehr Zeit ist, denkt er, werde ich sie herauseggen lassen. Kurz überall kommt unser Freund zu spät, überall post festum.

Er ist so rund, so voll, so aufgetragen, daß man schließlich vermuthet, er habe länger als neun Monate unter dem mütterlichen Herzen geschlummert und sich auch in dieser Hinsicht verspätet. Ist ein solcher Mann mit einer Gefährtin ausgestattet, die rasch von Entschluß und energisch im Willen ist, dann hat diese ihre liebe Noth, namentlich in Anrichtung des Mittagstisches. Oft ist auch ganz umsonst gekocht, da der Gebieter bei einem benachbarten Gutsbesitzer ein Dejeuner eingenommen oder wohl zum Mittagstisch hängen geblieben ist und die Laune der Hausfrau ist dann oft in Gefahr, von der rosenfarbenen Couleur stark abzuweichen. Ob die Kulturen sauber sind, ist unserem Phlegmatiker ziemlich gleich; auch scheint ihm der nicht streng innegehaltene Verband noch kein Grund zum Tadel. Man findet in Revieren mit Verwaltern von gedachter Temperamentsdisposition schlangenartig sich hinwindende Pflanzenreihen, schiefstehende Pflanzen, eine große neben einem winzigen Schwächling. Sind nur die Pflanzen gesund und gut gepflanzt, so denkt unser Held, auf die Nebensache kömmt es nicht so streng an. Es ist dies aber ein meist nicht zutreffender Schluß, und wo äußere Sauberkeit den Kulturen fehlt, da ist gewöhnlich auch den Hauptfundamenten des Gelingens keine Aufmerksamkeit gewidmet. Auch das Exterieur unseres Helden entspricht seiner Gemüthsstimmung. Die Uniformsknöpfe sind entweder gar nicht oder mangelhaft geputzt, oft auch nur ein aliquoter Theil derselben, und man bemerkt nicht selten, daß der zum Putzen verwendete Wiener Kalk noch auf mehreren Stellen des grünen Waldrockes haftet. Bart und Haare zeigen mangelnde Pflege und nach ihrer Länge und Struppigkeit zu urtheilen eine mindest 8wöchentliche Abwesenheit von der Barbierstube des benachbarten Kreisstädtchens.

Man findet gewöhnlich bei phlegmatischen Oberförstern im Gespann ein großes und ein kleines Pferd, ein dürres und ein dickes, oder öfter zwei dürre, da die Controle über den den Hafer verkaufenden Kutscher fehlt. Der Waldwagen hat diverse Löcher in der Flechte, die Sitzkissen Mottenspuren und zerrissene Stellen, ja, wir kannten einen, dessen Sitz nur in 3 Riemen hing, da der 4. zerrissen war, und unser Held balancirte lieber 8 Wochen auf diesen 3 Riemen, als daß er den nicht ferne wohnenden Riemer zur Heilung des Schadens requirirte. (Schluß folgt.)

Verantwortlicher Redakteur: A. Hartmann.
Druck und Verlag der Stahel'schen Buch- und Kunsthandlung in Würzburg.

An die
k. Hof- und Staatsbibliothek
1 N. Würzb. Ztg.
München.

Neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht!

№ 80. | Vorausbezahlung: Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 1 fl. 30 kr. Bei Inseraten wird die dreispaltige Zeile in gewöhnlicher kleiner Schrift oder deren Raum im Hauptblatte mit 6 kr., im Anzeiger mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franco. | 62. Jahrgang. | Dienstag, 21. März 1865.

Der Bericht der staatsrechtlichen Kommission der württembergischen Abgeordnetenkammer über die schleswig-holsteinische Angelegenheit.

Aus diesem bemerkenswerthen Berichte, welcher sich auf die Antwort*) des Ministers Varnbühler auf die Oesterlen-Wolbach'sche Interpellation in der schleswig-holsteinischen Angelegenheit bezieht, bringen wir in Folgendem eine kurze Inhaltsangabe und heben einige Stellen hervor. Der Bericht enthält zunächst eine gedrängte geschichtliche Darstellung. Hieraus ergibt sich eine Beleuchtung der gegenwärtigen Sachlage, welche „vom rechtlichen Gesichtspunkte nur als die denkbar traurigste bezeichnet werden" könne. Es wird ausgeführt, daß dem deutschen Volke und den deutschen Regierungen, welchen die Betheiligung am Kriege nicht gestattet war, von den Großstaaten, insbesondere von Preußen, neuestens das Bitterste geboten worden sei, was seit dem Tode des dänischen Königs zur Entscheidung gekommen.

„Aus dem Bundeslande Holstein — wird gesagt — mußten die Bundestruppen abziehen, und kraft der von Dänemark übertragenen Rechte zogen die Preußen ein — weil der Zweck der Bundesexekution erreicht sei. Wir können es nur als eine Verhöhnung des Rechtes betrachten, einen Artikel der Exekutionsordnung nach seinem Buchstaben in Anwendung zu bringen, welcher seine ganze Bedeutung nur in der Vollziehung eines Bundesbeschlusses gegen eine im Besitze befindliche Bundesregierung hat. Wenn der Minderheit der Bundesversammlung, welche sich für das klare Rechtsverhältniß aussprach, von Preußen zum Schluß ihre Abstimmung mit Vorwürfen und Drohungen erwidert wurde, so übersteigt das alle im Bund bisher gemachten Erfahrungen. Die Herzogthümer selbst sind in und nach dem Frieden als eine rechtlose Sache behandelt. Die jetzt an sie gestellten Bedingungen sind solche, wie sie nur einem eroberten Lande als die unglückliche Folge eines verlorenen Krieges auferlegt werden. Mit den Anforderungen Preußens an die Herzogthümer würden diese ein dem preußischen Staate in den wichtigsten Beziehungen unterworfenes Land."

Gegenüber diesen Forderungen räumt der Bericht nur die Berechtigung derjenigen ein, „daß die von Dänemark befreiten Herzogthümer zu Deutschland in ein Verhältniß gestellt werden, welches den allgemeinen deutschen Interessen entspricht." .. „Daß Schleswig — heißt es weiter — dem deutschen Bunde angehören muß gleich dem ihm unzertrennlich verbundenen Holstein, bedarf keiner weiteren Begründung. Wenn aber dabei das geeinigte nördlichste Grenzland gegen auswärtige Angriffe ebenso geschützt werden muß, als seine eigenthümlichen Hilfsquellen wiederum dem gesammten Vaterland zu gut kommen sollen, so ist hierüber zwischen den Herzogthümern und dem übrigen Deutschland eine Vereinbarung zu treffen, deren Zustandekommen, als im Interesse beider Theile gelegen, nicht bezweifelt werden kann. Die Errichtung einer Bundesfestung wird sicher keinem Anstand unterliegen; wenn dann die ausgezeichneten Seehäfen und die hervorragende Tüchtigkeit der Bevölkerung zum Seedienst die Schöpfung einer deutschen Flotte veranlassen und sichern würden, so wäre damit ein großes Werk für Deutschland vollbracht." Was dagegen Preußen beanspruche, beanspruche es nur im preußischen Interesse, das mit dem deutschen nicht immer zusammenfalle. „Müßte ein engerer Anschluß der Herzogthümer an Preußen bestehen, so wäre es vortheilhafter für dieselben, dem preußischen Staate als ein mit dessen übrigen Provinzen gleichberechtigter Theil einverleibt zu sein, um dann wenigstens nicht bloß Pflichten, sondern auch Rechte zu haben, an den Vorzügen eines größeren Staates sich zu betheiligen und sein eigenes Wohl und Wehe durch seine Vertreter in den preußischen Kammern mitzubestimmen."

Allein weder der Anschluß noch die Einverleibung passe zu der Bestimmung Deutschlands, welche nicht der Einheitsstaat, sondern der Bundesstaat sei, und damit die Hegemonie ausschließe. „Sprechen wir es aus, fährt der Bericht fort, daß wir keine Hegemonie zu ertragen vermöchten. Darum fordern wir für die Herzogthümer die Selbstständigkeit, welche jedem Staate im Bunde zukommt, eine Selbstständigkeit, welche sich selbst in allem dem

*) Der Hauptinhalt jener Antwort war gewesen, daß der Minister eine Einigung der kleineren deutschen Bundesstaaten als Gegensatz gegen diejenige der deutschen Großstaaten zur Zeit weder für nöthig, noch für rathsam erachte.

Feuilleton.

Temperamente der Forstmänner.

(Schluß.)

Der sanguinische Forstmann sieht Alles in rosenfarbenem Lichte; er ist der Repräsentant des Selbstvertrauens, der Gegenfüßler des Melancholikus. Witterung übt auf seine sich stets gleichbleibende Stimmung keinen Einfluß; er singt und pfeift an dem trübsten Novembertage.

Das Pfeifen ist ein sicheres Zeichen eines sorglosen, heiteren mit Gott und der Welt zufriedenen, in dem Stapel seiner Stimmung völlig ausgeglichenen Menschen. Verbissene, zerfahrene, in ihrem Gemüths- und Seelenleben bankerotte, von dem Samum der Schicksale gepeitschte Menschen hört man nie pfeifen. Der sanguinische Forstmann hegt die beste Hoffnung für das Gedeihen seiner 3' hohen Nadelholzpflanzung, wenn auch 90 Prozent der Pflanzen nicht ein Loth Muttererde an sich haben. Wenn er selbst 8 Triebe hindurch nicht zum Schuß kommt, im 9. rechnet er sicher darauf, nicht leer auszugehen. Ein Orkan tobt in dem Aequinoctium, der den halben Wald umzureißen droht und in seinen Fichtenbeständen liegt Alles kreuz und quer. Trotzdem trägt er oder täuscht er sich mit der Hoffnung, daß der Ueberhieb nicht so bedeutend und daß selbst bejahenden Falls die Rüge von oben her nicht sehr ernst ausfallen werde. Der Sanguiniker ist vergeßlich. Berichten an die vorgesetzte Behörde fehlt oft das Datum oder die Unterschrift und es heißt dann in dem Bescheide: auf Ihren Bericht ohne Datum, auf Ihre Eingabe ohne Unterschrift erwidern wir Euer Wohlgeboren rc. Unser Held hat einen leichten Sinn, oft mit einem starken Beigeschmack von Leichtsinn; ewig heiter und aufgeräumt ist sein Motto in Wort und Handlung, toujours fidel et sans souci. Geht heute in Wald und Feld, Haus und Hof Alles verkehrt und schlecht, morgen, denkt er, wird's besser sein; wir wollen uns deßhalb noch keine grauen Haare wachsen lassen, die er sich auch bis in's höhere Alter nicht anschafft. Er ist blond, dünn, leichtfüßig und kein Graben ist ihm zu breit. Stürzt er aber hinein, so lacht er und auch härtere Stürze von dem Gipfel seiner Hoffnungen herab können nie länger als 24 Stunden seine Laune verderben.

Quälende und drohende Manichäer weiß er geschickt auf die nächste Gehaltszahlung zu vertrösten; er denkt: kommt Zeit, kommt Rath. Hat er doch 4 Wochen Frist gewonnen und nie verliert er den Kopf oder die Haltung, wenn er auch schon mit Haus und Hof, Weib und Kind vis-à-vis dem Nichts steht. Wer sich selbst aufgibt, den gibt auch die Welt auf. Dem Muthigen gehört die Welt. Nur nicht die Büchse gleich ins Korn geschmissen, Stille gehalten. Post nubila Phoebus, per aspera ad astra. Er tröstet sich, wenn sein Lebensschiff auch schon fest auf die Sandbank gerannt ist, mit der Hoffnung besserer Zeiten und dem Flottwerden bei eintretender Fluth und rafft sich durch klassische Redensarten, wie der Ertrinkende an einem Strohhalm aus dem Jammer des Daseins auf. Er ist Optimist im weitesten Sinne des Wortes und verläugnet in Gesinnung und Handlung nie seine Natur. Der sanguinische Waldpfleger ist ein Gummiball; je härter er ge-

zu opfern bereit ist, was die Macht und Ehre Deutschlands verlangt, aber dem engeren Staate vorbehält, was er in seiner Selbstregierung seinen Bürgern am Besten zu gewähren vermag. Wir sprechen uns entschieden aus gegen alle Bedingungen, welche Preußen gestellt hat; wir leugnen, daß diesem Staate irgend ein Recht zukomme, solche Bedingungen zu stellen, und können nur solche Einräumungen begründet finden, welche die Herzogthümer selbst als constituirter Staat billigen werden und die deutsche Bundesgewalt mit dem Rechte und Interesse Deutschlands vereinbar findet." Werde gegen dieses ablehnende Verhalten etwa der Hinweis auf die Macht Preußens und die Kleinheit Württembergs geltend gemacht, so sei zu erwidern, daß man in den kleinen Staaten Unrecht gehabt habe, „um des Conflictes willen und wegen der Gefahr der Niederlage das Recht im Stiche zu lassen und halten wir diese Einbuße am Recht für ein schwereres Uebel als die Niederlage im Kampfe um das Recht." Auch von der württembergischen Regierung sei „nichts für das Recht geschehen, was wirklich zu dessen Schutze hätte dienen können." Wenn der Minister sage, daß er die Einigung der kleinen Staaten „zur Zeit weder für nöthig, noch für rathsam" halte, so sei mit der Frage zu antworten, „was denn die k. Regierung zur Erreichung des auch von ihr anerkannten Zwecks überhaupt noch für rathsam finde." Da sich an die schleswig-holstein'sche Frage in gewissem Sinn die allgemein deutsche anschließe, so werde es keine Vermessenheit sein, „an die Vertretung des deutschen Volks zu appelliren, um das nationale Recht zu retten." . . . „Wenn wir ein deutsches Parlament wiederholt verlangt haben, so wüßten wir nicht, warum es jetzt nicht zum Austrag der auf's Aeußerste bedrohten Angelegenheit der Herzogthümer sollte angerufen werden; warum die Regierungen selbst, die durch die Haltung der Großmächte bedroht sind, nicht auf die Vertretung des Volkes sich sollten stützen wollen." *)

(Amtliche Nachrichten.) **München,** 19. März. Se. Majestät der König hat die kathol. Pfarrei Hopferbach, Bez.-A. Oberdorf, dem Priester Franz von Paula Kaindl, Frühmeßbenefiziat in Obergünzburg, übertragen; das Benefizium St. Georg in Staffelstein, dem Priester Chr. Schell, Krankenhauscurat in Bamberg, übertragen; der von dem freih. v. Brockdorff'schen Kirchenpatronate für den Pfarramtscandidaten Fr. W. Wirth ausgestellten Präsentation auf die protest. Pfarrei Schney, Dekanats Michelau, die Bestätigung ertheilt.

In einer berichtigenden Mittheilung aus **München** in der „A. Z." wird gesagt, daß der Erlaß des k. Staatsministeriums des Innern, allen noch anlangenden Polen, wenn sie Arbeit finden, den Aufenthalt zu gestatten, an die k. Kreisregierungen von Oberbayern und von Schwaben und Neuburg schon im Anfang des Monats März ergangen sei. Was ferner das Gesuch einer Anzahl Münchener um Erlaubniß zur Vornahme von Sammlungen für diese polnischen Flüchtlinge betrifft, so ist dasselbe gewährt worden.

Wien. Die „Presse" schreibt: Hr. v. Kübel reist am Montag wieder nach Frankfurt ab. Er würde wahrscheinlich noch länger in Wien zurückgehalten sein — denn so viel wir hören, schwebt die Angelegenheit noch, die ihn hieher geführt —, wenn es nicht passend erschiene, daß er am 22. März, dem Geburtstage des Königs von Preußen, wieder in Frankfurt wäre, wohin an diesem Tage auch der nach Berlin berufene preußische Bundestags-Gesandte wieder zurückgekehrt sein wird. Da, wie bemerkt, die Verhandlungen schweben, so dürfte auch das Vorgehen der Mittelstaaten am Bznde noch nicht unmittelbar bevorstehen.

Berlin, 17. März. De gestrigen Erklärungen des Grafen Schwerin im Abgeordnetenhause, daß die Art und Weise der Durchführung der Armeereorganisation „gegen das Recht des Landes" verstoße, und daß das Abgeordnetenhaus sich seines Rechts bedient habe, sowie das verwerfende Urtheil, das er über die Verwaltungstheorien des Finanzministers aussprach, sind schwere und harte Schläge für das zeitige Regierungssystem. Die exorbitanten Kundgebungen des Herrn Wagener, die seitens des Präsidiums milde genug beurtheilt werden, bestätigen, daß er und seine Partei es auf einen fundamentalen Bruch der Verfassung abgesehen haben. Der innere Konflikt verschärft sich. Die „Provinzial-Korrespondenz" bestreitet dem Abgeordnetenhaus das Recht, einseitig im Budget alte Ausgaben zu kürzen oder zu streichen: nur neue Ausgaben, erklärt sie, unterliegen der Genehmigung des Hauses. In der Militärfrage, verkündigt sie, halte die Regierung in der Armeereorganisation auf den gegebenen Grundlagen und an der gesetzlichen dreijährigen Dienstzeit unbedingt fest: ein „Markten" und „Feilschen" auf diesem Gebiet sei völlig fruchtlos. Die Regierung verwerfe das Stavenhagen'sche Amendement, weil dasselbe die gegenwärtige Friedensstärke von 213,000 Mann um 33,000 Mann vermindere, weil es faktisch die Regierung zur Einführung der zweijährigen Dienstzeit nöthige, und weil es die Verlängerung der Reservepflicht um zwei Jahre nicht genehmige, durch welche die Kompletirung der bestehenden Cadres gesichert werden soll. Gegen die zweijährige Dienstzeit erhebt die Regierung noch das Bedenken, daß ein großer Theil der Unteroffiziere aus dem dritten Jahrgang genommen werden muß, da die Zahl der Kapitulanten bei weitem nicht ausreicht. Gegen Vermittlungsvorschläge in der Militärfrage, bemerkt die „Provinzial-Korrespondenz", verhält sich die Fortschrittspartei fast durchweg verneinend, und die „sogenannte Mittelpartei", das linke Centrum, sei mehr zur Ablehnung als zur Annahme geneigt.

Die „Volkszeitung" schreibt: „Eine von 12,000 conservativen

*) Wir bemerken hier gelegentlich, daß den preußischen Annexionsblättern die Kundgebungen von Stuttgart zu Gunsten Schleswig-Holsteins außerordentlich zuwider sind. Die „Kreuzztg." erinnert daran, daß vor zwanzig Jahren schon den Kammerreden von Stuttgart und Karlsruhe in ganz Deutschland gelauscht wurde. Das liberale Geklimper habe man für Zukunftspolitik gehalten. — Jawohl waren die damaligen Kammerverhandlungen in Süddeutschland das Vorspiel für die größern Volksvertretungen, welche gegenwärtig in Berlin und Wien über die öffentlichen Dinge mitreden, und wenn man auch im Theetopf kein Bier braut, so hat doch der Theekessel die Erfindung der Dampfmaschine herbeigeführt.

---

troffen wird, desto höher springt er auf; eine Quelle mit vielen Zuflüssen, die auch in der größten Lebensdürre nie versiegt; ein Fahrzeug, das fast zerschellt, nie den Kompaß verliert.

Das glücklichste Temperament hat der Grünrock davon getragen, dessen Gemüth gleich 100 gesetzt, je 25 Prozent der 4 Temperamente in gleichmäßiger Mischung in sich trägt. Er weiß zu rechter Zeit zu jubeln und zu lachen, wenn es gilt, geduldig zu harren, aufzukochen und zu sprudeln und über den Jammer und das Elend des Lebens zu trauern. Solche glückliche, im Gleichgewicht befindliche Naturen sind selten und zu beneiden. Gewöhnlich ist in jedem Menschen ein Temperament ausgeprägt und die anderen Temperamentsäußerungen sind Folge von Gewöhnung, Selbstbeherrschung, nicht selten Maske.

Amerikanische Duellwuth.

Zwei politische Gegner, Reed und Alston, Pflanzer in Louisiana, forderten einander zum Zweikampf. Als Waffe wurden Büchsen gewählt. Die Duellanten sollten sich zwanzig Schritte von einander aufstellen, sich den Rücken zukehren, bei dem Kommando „Eins!" sich herumdrehen und bis die Sekundanten fünf gezählt hätten, schießen. Reed war ein starker wohlbeleibter Mann und kein besonderer Schütze. Er hielt sich für verloren, da sein Gegner als einer der allerbesten bekannt war, kaufte sich einen Sarg und traf alle Anordnungen für sein Ende. Den Sarg ließ er auf die Stelle hinausbringen, wo der Zweikampf stattfinden sollte. Mit Alston kam seine Frau. „Ich bin erschienen," sagte sie, „um diesen Ben Reed todtschießen zu sehen." Es kam aber anders. Als bei dem Kommando „Eins" Alston sich rasch umwandte und anlegte, stieß die Spitze seines Rockkragens an den Stecher der Büchse, der Schuß ging los und die Kugel pfiff über Reeds Kopf weg, der im halben Anschlage außer sich vor Verwunderung dastand. Das Wort „Zwei" brachte ihn wieder zur Besinnung. Er schoß und seine Kugel fuhr dem Gegner mitten durchs Herz. Frau Alston stürzte sich auf den Leichnam, suchte die Kugel, erhob sich mit ihr wie eine Furie und schwur mit kreischender Stimme und wilder Geberde, daß dieselbe Kugel auch Ben Reed noch das Leben kosten solle.

Dieses Duell hat weitere schreckliche Folgen gehabt. Der „W. A." wird berichtet: „Einige Tage nach der Erschießung Alstons saß der Sieger Ben Reed an der Table d'hôte inmitten zahlreicher Gäste, unter denen viele Frauen und Kinder waren. Auch unser Gewährsmann, Dr. Mac Cormick, befand sich darunter. Da trat plötzlich Willis Alston, der Bruder des Erschossenen, herein, zog ein Pistol aus der Tasche und schoß, ohne ein Wort zu sagen, Reed durch die Leber. Die Wunde war nicht tödtlich, nach mehrmonatlichem Leiden erholte sich der Getroffene und begann, wie sonst, seinen Geschäften nachzugehen. Willis Alston befand sich auf freiem Fuße. Endlich begegneten sich die beiden Gegner auf der Straße, Alston schießt wieder und diesmal fällt Reed zu Tode getroffen. Jetzt mußte das Gericht nothgedrungen einschreiten. Es folgte die Farce eines Criminalprozesses. Alle im Gerichtssaale Anwesenden, mit Ausnahme des Richters und des Hauptbelastungszeugen Mac Cormick, waren wie zu einer großen Schlacht bewaffnet. Der Angeklagte trug im Gürtel zwei kolossale Reiterpistolen. Auch die Zuschauer waren durchweg mit Waffen versehen,

Einwohnern Berlins unterzeichnete Adresse ist durch Hrn. v. Bismarck Sr. Majestät dem Könige zugegangen, in welcher um „engsten Anschluß" (das heißt: Annexion) Schleswig-Holsteins gebeten wird.

Der „Rh. Ztg." wird geschrieben: „Der Vorstand der patriotischen Vereinigung für den solbiner Kreis und Umgegend hat ein für den Bildungsstand der Urheber höchst bezeichnendes Schriftstück an den Präsidenten Grabow geschickt. Das Schreiben fängt mit folgenden Worten an: „Noch eine Adresse und, wenn's beliebt, auch diese zur Belustigung des hohen Hauses und für Ihre Privat-Akten, obschon sie dahin eigentlich wohl nicht gehört;" dann wird darin gesagt, die Kölner, welche dem Herrn „Oberbürgermeister Grabow" eine Bürgerkrone geschenkt hätten, verständen nichts von Politik; damit der Herr Ober-Bürgermeister nicht in noch größere Irrthümer gerathe, wolle die patriotische Vereinigung ihm ein Licht aufstecken und sagen, wie ein richtiger Preuße denke: das Ministerium habe ganz Recht, dasselbe erfreue sich des wachsenden Beifalls von Inland und Ausland, die Presse und die Demokraten müßten im Zaume gehalten werden u. s. w. u. s. w. Unterschrieben ist der Brief von adeligen Gutsbesitzern und ihrem Gesinde. Aus Berlinchen, wo nebenbei bemerkt, alle Wahlmänner freisinnig sind, und Umgegend hat der Forstbote August Lehmann die Unterschriften besorgt und das naiver Weise am Ende der Liste bemerkt; u. A. hat er die Unterschrift eines „angehenden Chausseee-Aufsehers" beizubringen gewußt."

Berlin, 19. März. General-Konsul Ward ist heute früh nach Hamburg zurückgereist. Ob der Vertrag paraphirt wurde, ist zuverlässig noch nicht bekannt. Es scheint richtig, daß er vor der definitiven Unterzeichnung noch den Zollvereins-Regierungen mitgetheilt werden sollte. Der Vertrag enthält jetzt in Folge des Zusatzartikels, der den fünften bildet, neun Artikel. Die Dauer ist vom 1. Juli d. J. auf zwölf Jahre bestimmt. (K. Z.)

Kopenhagen, 12. März. Die gesammte dänische Staatsschuld beträgt, nach Abzug der über die abgetretenen Herzogthümer zu vertheilenden Quote von 29 Millionen Thlrn., 89 Millionen Thlr. dänisch, wohingegen der dänische Staat Activa zu einem Totalbetrage von ungefähr 61 Millionen Thlrn. besitzt, nämlich: Domainen 12 Millionen Thlr., gemeinsame und besondere Aktiva, Reservefonds u. s. w. 8 Millionen Thlr., Sundzollfonds 31 Millionen Thlr. und Staats-Eisenbahnen 10 Millionen Thlr.

Paris, 17. März. Der „Constitutionnel" dementirt die von offiziöser Seite bereits anderweitig berichtigte Nachricht über den Zweck der Zusammenkunft des Grafen v. Sartiges mit dem Papst in folgenden Worten: „Mehrere Blätter haben von einer Zusammenkunft gesprochen, die unser Gesandter in Rom mit dem hl. Vater gehabt haben soll, sie haben sogar alle Einzelnheiten der Unterredung erzählt. Es ist nicht nöthig, in die Geheimnisse der Diplomatie eingeweiht zu sein, um zu wissen, daß ein Gesandter durch seine Funktionen verpflichtet ist, den Herrscher zu besuchen, bei welchem er beglaubigt ist. Deßhalb haben wir auch gar nicht die Zuverlässigkeit der Thatsache selbst zu prüfen. Aber was wir behaupten dürfen, ist, daß der Gesandte Frankreichs in Rom nicht beauftragt gewesen, dem hl. Stuhl die Mittheilungen zu machen, von denen die Zeitungsschreiber behauptet haben, daß sie ihnen anvertraut worden seien, und daß folglich der heilige Vater nicht die Antwort gegeben hat, die man ihm zuschreibt."

Paris, 17. März. In der gestrigen Senatssitzung ergriff Herr Thuillier, als Regierungskommissär, das Wort. Vor Allem stellte er die gesetzliche Giltigkeit der organischen Artikel von 1802 als unangreifbar dar. Die darin konstituirten Rechte wünsche die Regierung zwar so selten, als möglich, in Anwendung bringen zu müssen, werde sie aber überall, wo Dieß, wie kürzlich, nothwendig werden sollte, mit Festigkeit handhaben. Die Trennung zwischen Kirche und Staat verwirft der Regierungskommissär mit allem Nachdruck als den Sitten, der Tradition und dem nationalen Geist Frankreichs zuwiderlaufend. Als letztes Wort in dieser langen Debatte nennt Herr Thuillier nicht allein das Vertrauen, sondern auch die Versöhnung; er schließt sich in dieser Beziehung dem Erzbischofe von Paris vollständig an, unterläßt jedoch nicht, dessen Hoffnungen auf eine Revision, resp. Reform der Konkordatsartikel zu Gunsten der römischen Kurie, gründlich zu enttäuschen, indem er ausdrücklich erklärt, daß die Regierung Unterhandlungen mit Rom weder für zeitgemäß, noch für nützlich halte. Der § 13 wird hierauf beinahe einstimmig angenommen. Dem Absatz 14, der von der deutsch-dänischen Frage handelt, ertheilte der Senat nach einigen höchst unbedeutenden Worten Boissy's seine Zustimmung. Die Debatte über den die Konvention vom 15. September betreffenden Absatz 15 eröffnet General Gemeau mit einer langen Rede, worin er sich, wie immer, als einen entschiedenen Vertheidiger der weltlichen Macht des Papstes bekennt, wobei er sich des häufigen Beifalls des Marquis Larochejaqueline zu erfreuen hat. Er will von einem Abzug der Franzosen aus Rom nichts wissen, will nichts weniger als ein Anhänger der italienischen Einheit und als ein Verehrer Piemont's sein und besteht auch in dieser Rede wieder auf der pünktlichen Vollziehung der Stipulationen von Villafranca und Zürich. Vicomte Laguerroniere ergeht sich in vielen Phrasen von Lösung des Zwiespalts durch Versöhnung und die heilende Macht der Zeit. Kardinal **Donnet** verlangt von den Regierungskommissären bestimmte Auskunft darüber, ob unter der Unabhängigkeit des heiligen Stuhles, welche Viktor Emanuel in der Konvention zu achten verspricht, das vollkommene Aufgeben von Rom als italienische Hauptstadt zu verstehen sei; ob nach Abzug der Franzosen die Integrität des Kirchengebiets nicht allein von Italien, sondern auch von Frankreich garantirt werde, und wie weit sich der Begriff dieser Garantie erstrecke. **Leroy de St. Arnaud** beantragt einen Zusatz, wonach der Abzug der französischen Truppen nicht das Zeichen zum Sturze der päpstlichen Souveränetät und des Papstthums sein soll. Damit schließt die Sitzung.

Paris, 18. März. In der gestr. Sitzung des Senates ergriff der Kardinal-Erzbischof von Rouen, Hr. v. **Bonnechose,**

---

die Reeds, um eine gewaltsame Befreiung des Gefangenen zu verhindern, falls er verurtheilt würde, die Alstons, um ihren Mann zu beschützen, falls eine Freisprechung erfolgte. Der Vertheidiger gab zu, daß sein Klient auf den Verstorbenen geschossen habe, stellte aber in Abrede, daß dieser Schuß die Ursache des Todes gewesen sei. Dr. Mac Cormick wurde als Zeuge vorgerufen. Unter tiefem Schweigen Aller und während ihn der Angeklagte mit funkelnden Augen wie ein Wolf anstierte, nahm er seinen Platz ein. „Glauben Sie," fragte der Richter, „daß der Verstorbene der ihm vom Angeklagten beigebrachten Wunde erlegen ist?" — „Ich glaube gar nichts," erwiederte der Zeuge, „sondern ich weiß, daß es so ist." Eine Verurtheilung schien nicht ausbleiben zu können und so hielt es der Gefangene für gerathen, in der folgenden Nacht aus dem Gefängnisse auszubrechen. Er floh in der Richtung nach Texas, begegnete auf der Landstraße einem alten Gegner und hatte nichts Eiligeres zu thun, als denselben vom Pferde zu schießen. Frech bis zum Exzeß, wie er war, rühmte er sich in dem nächsten Dorfe dieser Mordthat gegen die Freunde und Nachbarn des Erschossenen. Das war indeß diesen zu stark. Dreißig derselben ergriffen ihn, banden ihn an einen Baum und erschossen ihn, alle dreißig zu gleicher Zeit feuernd, um die Verantwortlichkeit unter sich zu theilen. So fand dieses Scheusal ein wohlverdientes Ende.

Doch auch für den ermordeten Reed, so tapfer er war, kann man durchaus kein Mitleid empfinden; denn er war ebenfalls ein Bösewicht. Aus seiner früheren Laufbahn erzählt man sich in New-Orleans folgende entsetzliche Duellgeschichte. Reed und sein Gegner, jeder mit zwei Revolvern und einem Bowiemesser bewaffnet, standen nach Verabredung 60 Schritte von einander, Rücken zu Rücken. Auf das gegebene Signal sollten sie sich umdrehen, auf einander zuschreiten, und im Gehen die Läufe ihrer Drehpistolen auf einander abschießen. Wären alle Kugeln verschossen, dann sollten die Messer ihre Dienste thun. Wie verabredet, so geschah es. Beide feuerten wiederholt, beide wurden verwundet. Endlich schoß Reed seinen letzten Lauf ab, doch sein Gegner stand noch. Die Entfernung zwischen beiden betrug nur noch etwa sechs Schritte. Aus mehreren Wunden blutend, raffte Reed alle seine Kräfte zusammen, schleuderte mit verzweifelter Anstrengung seinem Widerpart den einen Revolver ins Gesicht und streckte ihn mit diesem Wurf zu Boden. Vorwärts taumelnd stürzte er sich dann auf ihn, tastete mit der linken Hand nach der Herzgrube des Feindes, zog sein Messer, setzte, als er die rechte Stelle zum Stoß gefunden zu haben glaubte, die Spitze des Messers darauf und versuchte es dann hineinzudrücken. Er war indeß hierzu nicht mehr genug bei Kräften. Da versuchte der Gräßliche, während er das Messer mit der einen Hand hielt, sich mit der anderen vom Boden aufzurichten, um dadurch, daß er die ganze Last seines Körpers auf den Messergriff fallen ließ, die Klinge in den Körper zu treiben. Dieser scheußliche Anblick war selbst für die ähnlicher Dinge gewohnten Nerven südlicher Sekundanten mehr als sie zu ertragen vermochten. Einer ergriff Reed bei den Beinen und zog ihn von dem Körper seines Gegners hinweg. Allein dieser war bereits eine Leiche. Reed genaß von seinen Wunden, um schließlich sein Ende zu finden, wie oben geschildert.

zuerst das Wort. Er begann mit einer Vergleichung der heutigen Zustände Italiens mit den früheren. Italien sei unter dem früheren System weit reicher, glücklicher und ruhiger gewesen als jetzt. Auf die Konvention selbst übergehend, tadelte der Herr Erzbischof vornehmlich, daß sie zureichende Bürgschaften für Erhaltung der päpstlichen Herrschaft nicht enthalte. Längstens 14 Tage nach dem Abzug der letzten französischen Soldaten aus Rom werde dort, wo Alles unterwühlt sei, eine Bewegung ausbrechen, und der Papst entweder keine Armee haben, oder, wenn er eine habe, sich derselben nicht bedienen können. Man werde Viktor Emanuel die Schlüssel überreichen und ihn einladen, das Kapitol zu besteigen. Der Papst aber werde dann zu „unsern Feinden", den Oesterreichern, oder gar zu den Engländern nach Malta gehen müssen, jedenfalls nur die Verbannung vor sich haben. Welchen gewaltigen Rückschlag müsse eine solche Kalamität auf das kath. Frankreich ausüben. Darum solle, so schloß der Kardinal, die Regierung selbst auf die Gefahr hin, die Italiener zu verletzen, einige beruhigende Worte sprechen, die, im Hinblick auf gewisse zu befürchtende Möglichkeiten, zur Heilighaltung der beschworenen Eide zwingen würden. Larochejaquelin bemerkte: Die Räumung Roms sei ein religiöses Verbrechen, aber nicht minder auch einer der größten militärischen und politischen Mißgriffe, die Frankreich begehen könne. Wenn Frankreich Rom räume, so müsse es später in Oberitalien eine neue Stellung einnehmen. Die Rechtfertigung der Konvention unternahm nun Herr Rouher in einem langen Vortrage, in welchem er die einzelnen Vertragsbestimmungen der Reihe nach erörterte.

In **Padua** haben, einer Mittheilung in der Wiener „Presse" zufolge, neuerdings Demonstrationen durch Aufstecken dreifarbiger Fähnchen und Petardenwerfen stattgefunden. Am 14., dem Geburtstage des Königs und des Kronprinzen von Sardinien, proklamirten die Studenten im Hofe der Universität Vakanz für die Nachmittags-Vorlesungen und ließen eine aus mehreren Exemplaren der Encyklica zusammengeballte Papierbombe explodiren.

Auf **Neuseeland** hat eine neue Religion (Pai-Marire, d. h. friedliebend), welche vor einem Jahr im Taranaki aufgetaucht ist, nördlich von Wanganui rasche Fortschritte gemacht. Sie ist nicht das, was ihr Name andeutet, sondern ein Mischmasch des alten Glaubens mit Reminiscenzen aus der Bibel und einigen schlau ersonnenen und dem Charakter der Zeit angemessenen Fabeln. Die Jungfrau Maria und der Erzengel Gabriel sind ihre Hauptgottheiten, und von diesen haben sie die Versicherung erhalten, daß sie schließlich wieder in den Besitz der ganzen nördlichen Insel treten werden, und ferner den Befehl, die Bibeln zu verbrennen, die Missionäre zu verachten und sich auf die Zeit zu rüsten, da ihnen die Sprache und die Künste des Pakeha (der Ausländer) von der himmlischen Heerschaar in einer Lektion beigebracht werden sollen. In Thompsons und Rewi's Stämmen scheint das Christenthum gänzlich untergegangen zu sein.

Frankfurter Börse (vom 13. bis 19. März).

Samstag. Das Missbehagen über das gespannte Verhältniss zwischen Oesterreich und Preussen trug in der verflossenen Woche mit dazu bei, den Aufschwung zu hemmen, welchen österr. Effekten in den ersten Tagen zu nehmen begannen, indem die Nachricht von der Uebernahme der noch bei der Bank verpfändeten 3 Mill. L. der engl. Anleihe von 1859 durch die Rothschild'schen Häuser einen sehr günstigen Eindruck machte. Für die österr. Finanzen ist es gewiss als ein sehr erfreuliches Ereigniss zu bezeichnen, dass die in letzter Zeit in den Hintergrund getretene Theilnahme dieses Welthauses sich denselben wieder zuwendet. Durch die neue Operation wird auch die definitive Konsolidirung der Nationalbank immer näher gerückt; die bei der soliden Kapitalanlage schon jetzt sehr beliebten neuen englischen Metalliques selbst werden von dem getroffenen Arrangement nicht wenig profitiren, da über ihnen nun nicht mehr das Damoklesschwert der Emission des bei der Nationalbank verpfändeten Postens schwebt. Die günstigere Stimmung für österr. Fonds litt in den letzten Tagen auch durch die Nachrichten über die in dem Finanzausschuss des Reichsraths aufgetauchten Anträge wegen weiterer Erhöhung der Einkommensteuer. Die heutige Nachricht von der Verwerfung der gemachten Anträge machte aber wieder guten Eindruck und österr. Fonds verlassen, trotz des Rückgangs der letzten Tage, die Woche mit besseren Kursen.

Süddeutsche Fonds behauptet und einzelne Kategorien um Bruchtheile höher gegangen; gesucht waren namentlich Bayerische, sowie $4^{1}/_{2}$ und 4pCt. Nassauer. Von fremden Fonds neue finnländische Pfandbriefe gefragt und bis $83^{3}/_{4}$ bezahlt, das Erscheinen der definitiven Stücke ist in nächster Zeit zu erwarten. Von Amerikanern schliessen 1882er trotz besserer Valutakurse in New-York die Woche mit einer Kurseinbusse von über 1 pCt. gegen vor 8 Tagen. Der hiesige Markt fängt an, jetzt einige Abneigung zu zeigen, immer neue Stücke von Aussen aufzunehmen.

Oesterr. Kreditaktien schliessen die Woche zu $194^{1}/_{2}$ um $1^{1}/_{2}$ fl. besser als vor 8 Tagen, die Variationen waren weniger bedeutend; über den Ausfall der Bilanz herrscht noch immer Unklarheit. Darmstädter Kreditaktien etwas matter. — Von Zettelbankaktien bleiben Frankfurter andauernd gesucht und beeilen sich, im Kurs die abgelöste Dividende wieder einzuholen. — Darmstädter Zettelbank 261; nach dem jetzt erschienenen Geschäftsberichte, dessen nähere Mittheilung wir uns vorbehalten, wird der bevorstehenden Generalversammlung eine Dividende von 8 pCt. proponirt werden. Oesterr. Nationalbank, auf die wir im vorwöchentlichen Bericht aufmerksam machten, um fl. 7 auf 847 gestiegen.

Von Eisenbahnen Taunusbahn um weitere fl. 3 auf 354 gestiegen. Pfälzische Linien behauptet. — Hessische Ludwigsbahn fest zu $135^{3}/_{4}$. — Die Homburger E.-B. gibt 7 pCt. Dividende — Nahebahn haben wieder zum Rückzug geblasen; den Berliner Spekulanten scheint der Athem ausgegangen zu sein. — Von Prioritäts-Obligationen Italienische, namentlich Livorneser, in gutem Verkehr; Staatsbahnen höher gegangen, es ist Mangel an Stücken, da solche zum Umtausch eingesendet sind. Galizische bleiben für Kapitalanlage gefragt.

Die Geldabundanz dauert an, gute Diskonten willig zu $2^{3}/_{4}$ zu placiren; es fehlt bei dem Stocken des Waaren- und Produkten-Geschäfts an Material. Auch an der Börse zeigte sich Geld bei der Medioliquidation sehr flüssig. Von fremden Devisen halten sich London und Paris auf ihrem hohen Stande, ersteres $119^{1}/_{2}$, letzteres $94^{3}/_{4}$ bezahlt. Wien auf $103^{3}/_{4}$ gestiegen.
(Akt.)

Verantwortlicher Redakteur: A. Hartmann.
Druck und Verlag der Stabel'schen Buch- und Kunsthandlung in Würzburg

Cours der Staatspapiere.

Oesterr.	5 pCt. Met. (Cp. i. S. b. R.)	—
„	5 pCt. Lomb. ditto. à 24	—
„	5 pCt. Engl. Met. v. 1852	$60^{1}/_{8}$ P.
„	5 pCt. Engl. Met. v. 1859	$78^{7}/_{8}$ P.
„	5 pCt. Venet. Coupon b. B.	$85^{3}/_{8}$ G.
„	5 pCt. Nationalanl. v. 1854	$68^{3}/_{4}$ P. $^{5}/_{8}$ G.
„	5 pCt. Metall. Obligation.	$62^{1}/_{2}$ P. $^{3}/_{8}$ G.
„	$4^{1}/_{2}$ pCt.	56 P.
Preussen	$3^{1}/_{2}$ pCt. Staatsschuldsch.	
Bayern	$4^{1}/_{2}$ pCt. Obl. 1jähr. dto.	102 P.
„	$4^{1}/_{2}$ pCt. Obl. $^{1}/_{2}$jähr. dto.	$102^{1}/_{4}$ G.
„	4 pCt. Obl. 1jähr. dto.	$99^{3}/_{8}$ P.
„	4 pCt. Obl. $^{1}/_{2}$ jähr. dto.	$99^{1}/_{2}$ P.
„	4 pCt. Obl. Ab.-R. dto.	99 P.
„	$3^{1}/_{2}$ pCt. Obl. dto.	—
Württemb.	$4^{1}/_{2}$ pCt. Obl. b. Rothsch.	—
„	$3^{1}/_{2}$ pCt. Obl. dto.	$95^{1}/_{8}$ P.
Baden	$4^{1}/_{2}$ pCt. Obl.	—
„	$3^{1}/_{2}$ pCt. Obl. v. 1842	$92^{3}/_{8}$ P.
Gr. Hess.	$4^{1}/_{2}$ pCt. Obl.	—
„	4 pCt. Obl. b. Rothsch.	$100^{1}/_{2}$ P. $^{1}/_{4}$ G.
„	$3^{1}/_{2}$ pCt. Obl. dto.	$97^{1}/_{4}$ P.
Nassau	$4^{1}/_{2}$ pCt. Obl. dto.	$102^{1}/_{8}$ P.
„	4 pCt. Obl. dto.	$99^{3}/_{8}$ P.
„	$3^{1}/_{2}$ pCt. Obl. dto.	$92^{3}/_{8}$ G.
Frankfurt	$3^{1}/_{2}$ pCt. Obl.	$96^{1}/_{8}$ P.
„	3 pCt. Obl.	—
Spanien	3 pCt. inl. Sch. P. à fl. 2. 30	—
„	$2^{1}/_{4}$ pCt.	—
Schweden	$4^{1}/_{2}$ pCt. Obl. à 105 Thlr.	$91^{5}/_{8}$ G.
N.Amerika	6 pCt. à 1000r. 1881 D. $2^{1}/_{2}$	—
„	6 pCt. ditto r. 1882	$64^{5}/_{8}$ G.

Diverse Aktien.

Frankfurter Bank à fl. 500	146 P.
K. K. Oesterr. National-Bankaktien	845 G.
Oesterr. Kreditbank-Aktien à fl. 200	194 G.
Bayer. Hypothekenb. Pfandbriefe 4 pCt.	$97^{3}/_{4}$ G.
Darmst. Bank 1. u. 2. Serie à fl. 250	217 G.
Weimarische Bank à Thlr. 100	$100^{1}/_{4}$ P.
Mitteldeutsche Kreditaktien	$100^{1}/_{2}$ G.
Intern. Bank in Lux. à 250 Frs. à 28 kr.	—
Taunus-Eisenbahn à fl. 250	353 G.
Frankfurt-Hanauer-Eisenbahn	$102^{3}/_{4}$ P. $^{1}/_{4}$ G.
Oest. F.St.Eisb. 5pCt. 500 Fr. à 28 kr.	—
„ Elisab.-Eisenbahn 5 pCt.	110 P.
Böhm. Westbahn-Aktien à fl. 200 6/7	$73^{5}/_{8}$ P.
Rhein-Nahe-Bahn 200 Thl. à 105 4pCt. Z.	$30^{7}/_{8}$ G.
Ludwigshafen-Bexbacher à 4 pCt.	$148^{1}/_{2}$ G.
dto. dto. Prior. à 4 pCt.	—
Pfälz. Maxb. b. Rothschild à $4^{1}/_{2}$ pCt.	$107^{1}/_{2}$ G.
Oest. St.-Eisenb. Prior.-Oblig. à 3 pCt.	$61^{1}/_{2}$ P.
Elisab.-Bahn Prior. 5 pCt. 6/7	$80^{1}/_{8}$ P.
Südd. Bank-Akt., 40 pCt. Einz.	$260^{1}/_{2}$ G.
Span. Handels- und Industrie	—
Bayr. Ostbahn à $4^{1}/_{2}$ pCt. volleinbez.	—
Bayer. Ostbahn mit 50 pCt. Einz.	$113^{1}/_{4}$ G.

Wechsel in süddeutscher Währung.

Amst. fl. 100 k. S.	100 G.
Antwerp. Frs. 200 k. S.	$94^{3}/_{8}$ G.
Augsb. fl. 100 k. S.	$99^{3}/_{4}$ G.
Berlin Th. 60 k. S.	$104^{7}/_{8}$ P.
Brem. 50 Th. Lsd. k. S.	$97^{1}/_{8}$ P.
Brüssel Frs. 200 k. S.	$94^{3}/_{8}$ G.
Cöln Thlr. 60 k. S.	$104^{7}/_{8}$ P.
Hamb. MB. 100 k. S.	89 P.
Leipzig Th. 60 k. S.	$104^{7}/_{8}$ P.
London Lst. 10 k. S.	$119^{1}/_{2}$ G.
Lyon Frs. 200 k. S.	—
Mail. Frs. 200	$94^{1}/_{4}$ G.
München fl. 100 k. S.	$99^{3}/_{4}$ G.
Paris Frs. 200 k. S.	$94^{5}/_{8}$ G.
Petersburg 60 S.-R.	—
Triest fl. 100 k. S.	—
Wien fl. 100 ö. W.	—
do. in öst. W. l. S.	106P. $105^{3}/_{4}$ G.
Disconto	$3^{1}/_{2}$ pCt. G.

Anlehens-Loose.

Oesterr. fl. 250 v. 1839	143 G.
„ fl. 250 v. 1854 mit 4pCt.	$78^{1}/_{8}$P. $77^{7}/_{8}$G.
„ fl. 500 v. 1860 6/7	$84^{7}/_{8}$ P.
„ fl. 100 Elsb. L. v. 1858.	$136^{1}/_{2}$P. 126 G.
„ do. v. 1864.	$94^{1}/_{2}$ P. 94 G.
Schwed. 10 Thlr. Loose	$9^{7}/_{8}$ P.
Badische fl. 50	—
Badische fl. 35	$53^{1}/_{2}$ P.
Kurhess. Thlr. 40 b. R.	$56^{1}/_{4}$ P.
Gr. Hessen fl. 50 b. R.	$189^{3}/_{4}$ P.
„ fl. 25 do.	$36^{3}/_{8}$ P.
Nassau fl. 25 bei Rothsch.	36 P.
Sardinische Fr. 36 b. R.	—
Neuchateler 10 Frs.-Loose	—
Freiburger 15 Frs.-Loose	—
Mailänder 45 Frs. b. R.	$33^{1}/_{2}$ P.
St. Lüttich mit $2^{1}/_{2}$ pCt. Z.	34 P.
Ansb.-Gunzenh. fl. 7-L.	11 P.

Frankfurt, 20. März. Die Börse war außerordentlich still und geschäftslos und die Notirungen nahezu unverändert.
(Synd.)

An die
k. Hof- und Staatsbibliothek
München.
1 N. Würzb. Ztg.

Neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht!

№ 81.	Vorausbezahlung: Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 1 fl. 30 kr. Bei Inseraten wird die dreispaltige Zeile in gewöhnlicher kleiner	62. Jahrgang.	Schrift oder deren Raum im Hauptblatte mit 6 kr., im Anzeiger mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franco.	Mittwoch, 22. März 1865.

Abonnements=Einladung.

Bestellungen auf die mit dem Unterhaltungsblatte **Mnemosyne** und dem Beiblatte **Würzburger Anzeiger** verbundene

Neue Würzburger Zeitung

für das mit dem 1. April beginnende II. Quartal nehmen alle Postämter an, und werden solche **rechtzeitig** erbeten. Der Abonnementspreis beträgt in ganz Bayern künftighin

vierteljährlich nur fl. 1. 30 kr.

(Bei außerbayerischen Postämtern findet eine geringe Preiserhöhung statt.)

Es kömmt somit jede Nummer der Zeitung nebst Anzeiger (welcher selbst an Sonntagen erscheint, was im Jahre anderen Blättern gegenüber ein Mehr von über 50 Nummern entziffert) sowie mit dem Unterhaltungsblatt Mnemosyne **zusammen** auf den außerordentlich billigen Preis von

täglich einem Kreuzer

im Abonnement zu stehen.

Die „Neue Würzburger Zeitung" bringt nach wie vor Leitartikel über jede bedeutende politische oder handelspolitische Zeitfrage, ferner Original-Korrespondenzen und telegraphische Depeschen aus den größeren Städten Europa's.

Außer dem im Hauptblatte enthaltenen Feuilleton bringt das belletristische Beiblatt „Mnemosyne" Originalnovellen u. s. w. aus der Feder bekannter Schriftsteller, und hofft mit denselben neben dem übrigen Neuesten und Interessantesten aus dem Gebiete der Unterhaltungslekture, sowie ausgewählten Erzählungen, Gedichten, Miscellen, Aphorismen, Nekrologen, literarischen und Kunst-Kritiken u. s. w. ihre Leser nach jeder Richtung hin angenehm und lehrreich zu unterhalten.

Das täglich zur Zeitung erscheinende Gratis-Beiblatt **„Würzburger Anzeiger"** (welcher auch separat um 42 kr. vierteljährlich bezogen werden kann) liefert alle lokalen Neuigkeiten, sowie eine kurzgefaßte Uebersicht der politischen Ereignisse, Markt-, Cours- und Sitzungsberichte u. s. w.

Die Expedition der „N. Würzb. Ztg."

Zur schleswig=holsteinischen Sache.

Von der Isar, 19. März, schreibt man der „Köln. Z.": „Die bayerische Regierung steht mit der sächsischen in lebhaften Verhandlungen wegen des am Bunde in der schleswig-holsteinischen Frage einzubringenden Antrages. Unser Kabinet selbst wird, wie von unterrichteter Seite versichert wird, keinen besondern Antrag stellen, sondern nur den sächsischen unterstützen. Hr. v. Beust hat die Führung der Mittelstaaten auf deren Wunsch übernommen, doch ist man über die Form des Antrages noch nicht einig. Außerdem werden die Stimmen zur Unterstützung am Bunde gesammelt. Eine Verständigung ist besonders mit Hannover bis jetzt nicht zu erreichen gewesen, weil es ganz entschieden auf oldenburgischer Seite steht und das Vorhandensein augustenburgischer Erbansprüche leugnet. Das Wiener Kabinet steht dem Vorgehen am Bunde in so fern nicht entgegen, als es sich nicht gegen die Verhandlungen erklärt hat."

Das Wiener „Fremdenblatt" bringt die offiziöse Mittheilung, daß die Anwesenheit des Barons Kübeck und des Grafen Blome den Zweck habe, in Frankfurt und München dahin zu wirken, „daß nicht jenes System wieder in den Vordergrund trete, welches darauf hinausging, die nominelle Mehrheit in Deutschland maßgebend für die reale Ueberlegenheit zu machen. Denn auch dieses System müßte zur Auflösung des Bundes führen. Etwaige Anträge in Frankfurt, welche geeignet sind, Oesterreich Preußen gegenüber zu stellen, werden vielmehr Oesterreich auf Seiten Preußens finden." Die offiziöse Mittheilung, die wir eben angeführt, betont, daß Oesterreich unbeirrt fortfahren werde, seinen freundschaftlichen Beziehungen zu Preußen und dem deutschen Bunde in möglichster Weise gerecht zu werden, und sagt: „Oesterreich werde nichts dagegen haben, wenn die Mittelstaaten an die beiden Mächte Interpellationen richten über die Art, wie sie die schleswig-holsteinische Frage zu lösen gedenken . . . ."

Ueber die Stellung Hannovers zu den in Wien kundgegebenen preußischen Forderungen läßt das Organ der Regierung unterm 16. sich vernehmen, wie folgt: „Unter den gegenwärtig vorliegenden Verhältnissen steht fest, daß keine deutsche Bundesregierung Veranlassung oder Befugniß haben kann, irgend eine Erklärung über die preußischen Forderungen abzugeben, welche einen Theil der zwischen Oesterreich und Preußen begonnenen Verhand-

Feuilleton.

82. Pariser Briefe.

Paris, 15. März.

Die Einen machen ihren Eierkuchen in der Küche (das ist die Mehrzahl), Blondin bereitet denselben auf einem über den Niagara gespannten Seile (das ist eine seltene Ausnahme), Monsieur Vagabond hat sich einen anderen nicht minder eigenthümlichen Heerd ausgesucht. Kurz, chacun fain son omelette où il peut.

Unser Mann steht nämlich vor dem Zuchtpolizei-Gericht und ist des Vagabondirens, außerdem (denn Müßiggang ist aller Laster Anfang) wegen Thätlichkeiten und einer kleinen Gaunerei gegen den Rossebändiger eines Fiakers angeklagt. Aller schlechten Dinge sind drei! Hören wir die Anklage des Kutschers.

„Dieser Monsieur hält mich an der Barriere du Maine an und sagt mir, ich möchte ihn nach dem Anfange der Passage Vendôme fahren, — ein hübsches Ende, wie Sie sehen. — Unter den Armen trug er ein großes Paket. Ich steige auf meinen Sitz, und fort geht's. Nach sieben oder acht Minuten, vielleicht auch zehn, merke ich einen Geruch, als wenn Kuchen gebacken würden. Wahrscheinlich, denk ich, bäckt hier eine Obsthändlerin ihre Pfannkuchen. Ich sehe mich rechts und links um, ohne eine Obsthändlerin zu bemerken, dabei folgt mir der Geruch fortwährend. Ich rieche und rieche und sage mir: „Mais, sacristi!" Wo mag nur hier der Pfannkuchen herkommen?"

„Während ich mich umwende, bemerke ich Leute, welche mit besorgter Miene in mein Gefährt blicken und eine Frau ruft! „In Ihrer Droschke brennt es ja!" Ich sehe hin und gewahre in der That eine Flamme. Augenblicklich halte ich an und beuge meinen Kopf nach dem Wagenfenster hinter mir; was muß ich sehen? Monsieur hat in der einen Hand eine Art Blechschüssel, die er an einem langen Henkel hält, darunter hält er einen dicken Strick, wie eine Pechfackel angezündet und in der Schüssel liegt eine Omelette, welche er backen will. Ich steige schnell von meinem Sitze herab, öffne die Thür und sage zu meinem Passagier: „Was soll das, Monsieur? halten sie mein Fahrzeug für eine Küche, daß Sie hier Eierkuchen machen?" Er antwortet mir, daß dies durchaus nicht verboten sei, man könne in einem Fiaker machen was man wolle. Recht nett, antwortete ich, wir wollen sehen, ob sie ein Recht haben, es zu wagen, in meiner Droschke Feuer zu machen, sie zu beschmutzen und zu verpesten. Es war ein schrecklicher Gest . . ., meine Herren, auf dem Sitze war Eidotter vergessen und auf dem Fußboden lagen Eierschalen."

„Unterdeß hatten sich ringsum Menschen gesammelt und ein Stadtsergeant war herbeigekommen, dem ich die ganze Geschichte erzählte. Der Polizist hieß den Herrn aussteigen und mich bezah-

lungen bilden und in offizieller Weise nicht bekannt gegeben worden sind...... Die Königl. Regierung ist unverändert der Ueberzeugung, daß die Erbrechtsfrage nur nach gründlicher technisch-juristischer Prüfung am Bunde entschieden werden könne und wird, was die politische Stellung der Herzogthümer betrifft, stets auf dem Boden der Bundeskompetenz dahin zu wirken bemüht sein, daß der neu zu bildende Staat dem nationalen Verbande Deutschlands in einer den Bundesgrundgesetzen entsprechenden Weise angeschlossen werde."

Die lauenburgische Landesregierung hatte bei der preußischen Regierung die Aufnahme der in Folge des Wiener Friedensvertrages aus dem dänischen Dienste entlassenen Lauenburger, Unteroffiziere und Musiker, in die preußische Armee beantragt, in welches Verlangen darauf das preußische Kriegsministerium eingewilligt hatte. Wie die „Lauenb. Ztg." mittheilt, haben die lauenburgischen Unteroffiziere und Musiker jedoch, als ihnen der fragliche Beschluß der preußischen Oberkriegsbehörde mitgetheilt wurde, den Wunsch geäußert, im Lande bleiben zu dürfen. In Folge dessen bemerkt das genannte Blatt: „Der ausgesprochene, aber unbegreifliche Wunsch kann natürlich gar keine Berücksichtigung finden. Männer, die eben aus einer besiegten Armee eines fremden Königs, aus fremden Landen in ihre deutsche Heimath zurückkehren, sollten es sich zur größten Ehre anrechnen, in eine siegreiche, ruhmgekrönte Armee, die zu den besten Europas zählt, aufgenommen werden zu können, wie sie auch gestellt werden."

Von einer Anzahl schleswig-holsteinischer Industriellen und Kaufleute wurde eine Adresse an die Civilkommissäre mit der Bitte um baldige Beendigung des die Handels-Interessen schwer gefährdenden Provisoriums beschlossen. Der Empfang der Deputation von Seiten der Kommissäre hat stattgefunden. Der Herr Kommissär für Oesterreich hat das höchst Wünschenswerthe einer möglichsten Verkürzung des Provisoriums anerkannt, und das Bestreben seiner Regierung, dahin zu wirken, ausgesprochen. Der Herr Kommissär für Preußen dagegen soll die Ausdehnung des Provisoriums, bis Preußens Forderungen befriedigt worden seien, angedeutet haben. Es komme darauf an, daß für die Annahme derselben von Seiten des Landes gewirkt werde, denn nur dadurch werde das Provisorium abgekürzt werden können.

Wie die preußische offiziöse Presse Siegesgewißheit zur Schau trägt, davon folgende Stylprobe. Aus Holstein läßt sich die „Nordd. Allg. Z." Folgendes schreiben: „Der Anschluß an Preußen vollzieht sich von Schleswig aus mit einer gewissen Naturnothwendigkeit, und es ist interessant, die einzelnen Symptome des Verlaufes zu beobachten. Aus Flensburg wird geschrieben, daß alle Einwohner sich darauf richten, „preußisch zu werden"; das preußische Konsularschild sei kürzlich dort heruntergenommen worden, weil man in Preußen keinen preußischen Konsul brauche."

(Amtliche Nachrichten.) **München,** 20. März. Se. Majestät der König hat den Gefängnißwärter am Bezirksg. München l/J., Joh. Griesbeck, wegen nachgewiesener Funktionsunfähigkeit seines Dienstes enthoben und dessen Stelle dem Gefängnißwärter am Stadtg. München l/J., Jos. Keckenberger, verliehen; den Bezirksarzt 1. Klasse Dr. J. E. Albrecht zu Vilsbiburg auf die Bezirksarztesstelle 1. Klasse zu Kötzting und den Bezirksarzt 1. Kl. Dr. J. B. Weber zu Kötzting auf die Bezirksarztensstelle 1. Kl. zu Vilsbiburg versetzt; zu Bezirksamts-Assessoren: zu Velburg den Accessisten der Reg. der Oberpfalz und von Regensb., K. d. J., J. N. Mulzer, und zu Neunburg v/W. den Accessisten der Reg., K. d. J., von Schwaben und Neuburg, J. Gradl, zur Zeit am Bezirksamte Kemnath, ernannt; zu Bezirksamts-Assessoren in prov. Eigenschaft 1) am Bezirksamte Wegscheid den Accessisten der Regierung von Niederb., K. d. J., D. Jobst aus Ober, und 2) am Bezirksamte Eggenfelden den Accessisten der Regierung, K. d. J., von Oberbayern, O. Schubert, z. Z. Funktionär am Bezirksamte Rosenheim, ernannt.

Wien, 18. März. Die gestrige Sitzung des Herrenhauses war eine der interessantesten dieser Versammlung. Den Gegenstand der Verhandlung bildeten die von dem Abgeordnetenhause herübergelangten Beschlüsse über die Anträge der Staatsschuldenkontrolkommission. Das Herrenhaus hatte zur Berichterstattung einen eigenen Ausschuß niedergesetzt, welcher sich veranlaßt sah, ein Tadelsvotum gegen die Kontrolkommission auszusprechen. Die Kontrolkommission hatte den Antrag gestellt, der Reichsrath möge den unvollständigen Erfolg des Silberanlehens vom Jahre 1864 mit der Bemerkung zur Kenntniß nehmen, daß die Kommission noch nicht in der Lage sei, ausführlich darüber Bericht zu erstatten, weil ihr das nothwendige Material noch fehle. Im Abgeordnetenhause erfolgte diese Kenntnißnahme ohne jegliche Debatte. Der Ausschuß des Herrenhauses hingegen machte eine Prinzipienfrage daraus, indem er den Grundsatz aufstellte, die Kontrolkommission habe ihre Wahrnehmungen nicht auch auf die Begebung der Anlehen auszudehnen und „die Gränzen der auszuübenden Kontrole stets im Auge zu behalten." Graf Wickenburg,

---

len. Doch er hatte nur — zwölf Sous. Die Leute meinten, die ganze Geschichte sei wahrscheinlich nur eine Wette. Ich glaubte das auch. Da er mir die 30 Sous, die ich zu verlangen hatte, nicht zahlen konnte, sagte der Stadtsergeant schließlich zu ihm, daß er ihn zum Polizeikommissär führen werde. Da dreht sich Monsieur gegen mich herum und ruft: „Du willst mich einstecken lassen, warte" .... Und dabei versetzt er mir ein Paar tüchtige Ohrfeigen." — So weit der Pariser Rossebändiger. Ich habe mich bemüht, seine drastische Darstellung so ähnlich als möglich wiederzugeben. Hören wir nun, was der Präsident dem Angeklagten zu sagen hat.

„Was wir hier gehört haben," beginnt er, „ist die Handlungsweise eines Betrunkenen. Indeß, Sie waren nicht betrunken. Es könnte auch eine Wette dies Stückchen hervorgerufen haben, doch Sie haben nach Ihrer Angabe keine Wette gemacht. Nun denn, so erklären Sie Ihre Handlungsweise!"

„Das ist sehr einfach," erwidert der Angeklagte demüthig, ohne indeß ein verschmitztes Lächeln verbergen zu können, „da ich kein Domicil habe, so richte ich meinen kleinen Kochherd ein, wo es geht."

Präsident: „Es ist also Ihre Gewohnheit, die Fiaker als Ihre Küche zu benützen?"

Angeklagter: „Wenn es schön ist, dann geh' ich in's Freie unter einen Baum, richte mir dort Bratwurst zu oder Blutwurst, je nach dem; ich bin kein Freund von Garküchen und habe mich daher an eigene Haushaltung gewöhnt; von meinen Ersparnissen habe ich mir eine blecherne Schüssel, eine Gabel, einen Teller und ein Glas gekauft. Damit behelf' ich mich, so gut es geht" ....

Präsident: „Von Ihren Ersparnissen ... Welche Ersparnisse? Was für ein Gewerbe treiben Sie?" —

Angeklagter: „Ich bin Papageien-Händler."

Präsident: „Also Vogelhändler sind Sie?"

Angeklagter: „Ich halte nur Papageien; ich habe etwa 20 Stück von den Inseln mitgebracht und alle losgeschlagen. Von dem Ertrage dieses Verkaufes lebe ich nun. Ich war nämlich Koch auf einem Kauffahrteischiffe, und da habe ich mir, wie gesagt, von den Inseln Papageien mitgebracht. Diese lehrte ich sprechen und habe sie d'rum zu ganz guten Preisen verkauft."

Präsident: „Wo ist denn Ihre Schlafstelle?"

Angeklagter: „In der Nacht da promenire ich, am Tage pflege ich ein öffentliches Lokal oder das Zuchtpolizeigericht zu besuchen. Dort schlafe ich ruhig zwei bis drei Stunden; das reicht hin."

Präsident: „Ja wohl, Alles in Allem ist das ein Vagabondenleben. — Sie sind außerdem des Betrugs angeklagt; Sie haben einen Fiaker genommen und hatten nichts, um die Fahrt zu bezahlen."

Angeklagter: „Das ist keine Betrügerei; man pflegt sich immer mit den Leuten zu vergleichen. Ich hätte mich mit dem Kutscher ebenfalls arrangirt, wenn er mich nicht hätte einsperren lassen. Ich gedachte mich wieder einzuschiffen als Koch und einige Papageien und Affen mitzubringen; für 30 Sous war ich schon noch gut. Bedenken Sie, meine Herren, etwa eine Mandel Papageien und ein halb Dutzend Affen, die mich nichts kosten, das bringt mir auf der Stelle 500 bis 600 Franken. D'rum wollte ich nach Havre gehen, um dort ein Schiff zu finden; wenn der Kutscher will, so bin ich bereit, ihm eine Anweisung auf einen Papagei oder einen Affen auszustellen. Ganz nach seiner Wahl!"

Der Kutscher: „Ich will lieber meine 30 Sous haben ...."

Das Tribunal schien den Gründen und Plänen des seltenen Mannes, der es liebte, auf Fahrzeugen zu Lande und zu Wasser zu kochen, nicht zugänglich zu sein, denn es verurtheilte den Marchand de perroquets zu 3 Monaten Gefängniß.

Ist das nicht ein echt französisches Bild! Kein Vagabond der Welt hätte sich so nonchalant, so gentil und spekulativ vertheidigt als Chaussepied. Seine Spekulation geht bis über das Weltmeer, seine Wünsche ruhen bei einem Eierkuchen. Er betritt mit demselben Lächeln das Gefängniß, wie das Schiff, das den Ozean durchstreichen soll! Diese leichte Art zu leben, ist ein Charakterzug des echten Franzosen. Freilich, bei dem gewerbetreibenden Bürger und dem Ouvrier tritt sie weniger hervor, desto mehr aber in den höchsten und niedrigsten Schichten der Gesellschaft, welche nicht zu arbeiten pflegen. Wer erinnert sich nicht der leichtlebigen Kavaliere unter den Königen. Von dem Gelage rief sie ein Billetdoux zu — — was weiß ich, und aus dem Boudoir

der gewesene Handelsminister, war der Erste, der in einer energischen Rede den Ansichten des Herrenhaus-Ausschusses entgegentrat und den direkten Antrag stellte, das Haus möge den Antrag seiner Kommission verwerfen und über den in Rede stehenden Punkt so beschließen, wie es das Haus der Abgeordneten gethan. Der Antrag fand auf allen Seiten des Hauses Unterstützung, nur die Männer der Regierung im strengsten Sinne des Wortes erhoben sich nicht. Die Kardinäle und die Liberalen auf der Linken, die Großgrundbesitzer im Centrum, welche sonst der Fraktion Salm-Thun angehören, endlich die Generale auf der Rechten, welche ihrem der Kontrolkommission angehörigen Feldmarschall Heß folgten, dann Fürst Schwarzenberg, Graf Wiczek, Graf Hoyos u. s. w. stimmten dem Grafen Wickenburg zu, so daß die Ansicht der Regierung verworfen und die des Abgeordnetenhauses angenommen wurde. Die Mitglieder der Kontrolkommission, welche dem Herrenhause angehören, waren entschlossen, aus der Kommission auszuscheiden, wenn das Tadelsvotum gegen sie angenommen worden; es ist ein erfreulicher parlamentarischer Sieg, der ihnen erlaubt, nach wie vor ihrer Aufgabe obzuliegen.

Wien, 19. März. Wie die „Oesterreichische Constitutionelle Zeitung" meldet, nehmen die zu Washington in Betreff des neuen mexikanischen Kaiserreichs angeknüpften Unterhandlungen einen günstigen Verlauf und Präsident Lincoln soll bereit sein, das Kaiserreich nach Beendigung des Krieges anzuerkennen."

Wien, 20. März. Die „Generalkorrespondenz" vernimmt gegenüber einer Schleswig'schen Korrespondenz der „Hamburger Nachrichten," welche der dänischen Regierung vorwirft, daß sie durch ihre widerstrebende Haltung der in Kopenhagen tagenden Liquidationskommission fortdauernde Schwierigkeiten bereite, — daß amtlichen Nachrichten zufolge jene Beschuldigungen vollkommen unbegründet seien.

Die „K. Z." erhält aus **Berlin**, 20. März, folgende telegr. Depesche: „Gestern Nachmittag ist die vollkommene Einigung, den Zollvertrag mit Oesterreich betr., zu Stande gekommen und alle Differenzen sind ausgeglichen worden. Morgen, Dinstag, dürfte die Versendung des Vertrags an die Zollvereinsregierungen nun wirklich statthaben."

Wie in **Köln**, haben auch in **Essen** die dortigen Stadtverordneten jede offizielle Feier der fünfzigjährigen Vereinigung mit Preußen abgelehnt.

Karlsruhe, 16. März. In einem durch das katholische Kirchenblatt veröffentlichten Erlaß des Ordinariats spricht diese Stelle mit aller Entschiedenheit den Satz aus, daß der Religionsunterricht allein nicht genüge, um die Jugend in dem Geist ihres Bekenntnisses zu erziehen. Die Kirche wird in dieser Sache als Vorkämpferin der Freiheit bezeichnet und der Satz ausgesprochen, daß, wenn Einer mit dem Bischof nicht in Gemeinschaft stehe, er nicht in der Kirche stehe. Das Ordinariat will gemeinsam mit der Staatsgewalt dem Illuminatismus der Zeit entgegentreten. Dieser Erlaß ist bestimmt, den Petitionen an den Erzbischof um Zurücknahme des Erlasses vom 15. September (Verbot des Eintritts der Geistlichen in den Ortsschulrath) entgegenzutreten.

Nach einer offiziösen Aeußerung der „Karlsr. Zeitung" scheint eine Untersuchung über die Mannheimer Exzesse im Gang zu sein.

Gotha, 20. März. Vorgestern wurde vor dem hiesigen Einzelnrichter ein interessanter Preßprozeß verhandelt. Der Schriftsteller L. Walesrode hatte vor längerer Zeit in einem Aufsatze der „Gartenlaube" eine Parallele zwischen dem plattdeutschen Dichter Fr. Reuter und dem mecklenburgischen Junkerthume gezogen und dabei auch neben dem bekannten Hrn. Blank des Hrn. v. Nußbaum auf Ziesendorf in eben nicht schmeichelhafter Weise Erwähnung gethan. Hr. v. Nußbaum wendete sich zunächst an den Buchhändler Keil in Leipzig, um sich des Näheren nach dem Verfasser zu erkundigen. Letzterer antwortete selbst und überließ dem Herrn v. Nußbaum die ihm nöthig erscheinenden Schritte. Diese bestanden in der Anstrengung einer Anklage gegen Walesrode wegen Beleidigung, eine Anklage, welche vorgestern durch einen Koburger Rechtsanwalt vor dem Einzelnrichter des Stadtgerichts vertreten wurde, aber mit der Freisprechung des Angeschuldigten endigte.

Schweiz. Der „Bund" schreibt unterm 18.: „Wie wir aus zuverlässiger Quelle vernehmen, ist von Seite Bayerns eine Note an den Bundesrath gelangt, woraus sich ergibt, daß das bisherige Verfahren Bayerns gegen die polnischen Flüchtlinge und deren Zuschiebung an die Schweizergrenze in etwas milderem Licht erscheint, als man bisher anzunehmen berechtigt war. Die Hauptsache aber ist, daß nach Entschließungen, welche das kgl. Staatsministerium des Innern am 6. und 7. des laufenden Monats erlassen hat, der Bewilligung vorläufigen Aufenthaltes im Königreich Bayern an solche Flüchtlinge, welche eine ordentliche Beschäftigung finden und zu keinen besonderen Bedenken Anlaß bieten, nichts

---

stürmten sie in die Schlacht und kämpften wie Heroen. „Man lebt nur einmal!" hieß die Devise, und sie paßt für alle Fälle. Die Nachkommen jener Gentilshommes sitzen im Schmollwinkel von Saint-Germain, lesen Legenden und halten legitime Cirkel. Der Adel des neuen Kaiserthrones aber ist nicht so sehr ritterlich als — glücksritterlich. Einen Edelmann allerdings hat das zweite Kaiserthum aufzuweisen, der die chavalereske Lebensweise der königlichen „Mousquetairs" mit der Spekulation und Spielerroutine der Dezembergrößen vereinigt hat, beides im reichsten Maße besitzend. Diesen Mann aber haben sie am Montage auf dem Père la Chaise beerdigt.

Der Herzog Morny war ein Mann, welcher unter den Bourbonen nicht weniger Carriere gemacht hätte, wie unter der Regierung seines kaiserlichen Halbbruders. Denn was uns gewöhnliche Menschenkinder aufhält, der ganze Ballast von Grundsätzen, Ueberzeugung, Sittenlehren und Skrupeln, alles das belästigte den neuen Herzog wenig. Er war die Seele, oder sagen wir der Kopf des Staatsstreiches. Er arrangirte dies gefährliche Spiel, bei welchem Alles auf einer Karte stand, so daß selbst die Halbeingeweihten zitterten, lächelnd wie einen Cotillon: „Les cavaliers en avant!" kommandirte er, und das republikanische Ministerium fiel. Noch am Tage vorher war Morny in großer Gesellschaft. Einige Personen rühmten den Minister des Innern, Monsieur de Thorigny. „Ja," sagte Morny, „er war ein guter Minister." Man sah ihn etwas verwundert an, da er aber dabei unverändert blieb, glaubte man, er habe sich nur versprochen.

Aber Morny wußte, was er sagte. Am nächsten Tage in aller Frühe begab er sich, begleitet von seinem Vater, dem Grafen Flahault, von Leopold Lehon, von einem Sekretär und einem Diener, in das Ministerium des Innern. Hr. v. Thorigny schlief noch. Morny ließ ihm melden, daß er sein Nachfolger sei. Damit war der Rubicon überschritten. Wie sicher Morny auf dem Vulkane tanzte, das beweisen die telegraphischen Gespräche, welche er von seiner Kanzlei aus mit dem Polizeipräfekten Herrn Maupas hielt.

Maupas spielt wie ein Verzweifelter, bald weicht er ängstlich zurück, bald geht er krampfhaft vor, setzt überhoch und will die Kasse sprengen. Er will Alles verhaften, was nicht für Napoleon ist, Morny begnügt sich, die gefährlichsten Gegner festzunehmen.

Am 4. Dezember telegraphirt der Präfekt an den Minister: „Die Verhaftungen in Massen dauern fort. Ein einziger Kommissär hat 200 Sozialisten eingebracht."

Morny antwortet: „Nennen Sie mir die hervorragendsten von ihnen. Gehen Sie nicht zu leichtfertig bei den Verhaftungen vor."

Am 4. Dezember um 6¼ Uhr Morgens telegraphirt der Minister an den Polizeipräfekten: „Die Vereine der legitimistischen Abgeordneten der Rue de Rivol und der Rue de l'Université militärisch besetzen. In die Sitzungsräumlichkeiten Niemanden eintreten lassen — dieser Befehl werde mit viel Höflichkeit ausgeführt." Ist es nicht merkwürdig und bezeichnend, daß es dem Minister in dem ernsten Augenblicke einfiel, Höflichkeit zu empfehlen?

Am selben Tage telegraphirt Herr v. Morny dem Präfekten: „Lassen Sie mit Schonung den Verein der Pyramiden sperren und geben Sie als Grund dafür an, daß die andern Vereine ebenfalls gesperrt sind."

An demselben Donnerstag (4.) telegraphirte der Präfekt an den Minister: „Man sagt, daß das 12. Dragoner-Regiment, den Grafen Chambord als gemeinen Soldaten in seinen Reihen, nach Paris kommt. Ich glaube nicht daran."

Der Minister telegraphirte zurück: „Und ich glaube es gar nicht."

Der Präfekt telegraphirte: „Zusammenrottung auf dem Pont Neuf. Flintenschüsse auf dem Quai aux Fleurs, dichtgedrängte Massen in der Umgebung der Polizeipräfektur. Man schießt durch ein Gitter. Was thun?" — Der Minister erwidert: „Feuern Sie zurück durch Ihr Gitter."

Der Präfekt telegraphirte: „Ich wünschte sehr Ihre Meinung zu wissen in Bezug auf eine Nachsuchung, welche bei dem Rath des Kassationshofes, Herrn Foucher, vorzunehmen wäre, wo Herr Viktor Hugo verborgen zu sein scheint."

Die Antwort des Ministers lautete: „Thun Sie nichts."

Jetzt macht man Morny zu einem Apostel und Propheten der Freiheit! Wir begnügen uns mit dem „De mortuis nil nisi bene!"

entgegensteht. Wenn das liberale Baden und allfällig noch Württemberg sich auch entschließen könnten, wenigstens nur so weit zu gehen, wie Bayern, so wäre für die Schweiz schon viel gewonnen."

Paris, 20. März. Im gesetzgebenden Körper wurde die Wahl von Bravay mit 184 gegen 45 Stimmen für giltig erklärt. — Beim Empfang der Adresse des Senats antwortete der Kaiser: Es gewährt mir stets eine lebhafte Befriedigung, die Handlungen meiner Regierung von der ersten Körperschaft des Staates richtig gewürdigt zu sehen. Jedes Jahr beim Beginn der Diskussion empfindet man zuerst eine gewisse Unruhe; man sollte glauben, daß Meinungsverschiedenheiten jede gemeinsame Verständigung verhindern müßten. Aber bald bricht sich die Wahrheit Bahn; die Wolken zerstreuen, die Geister beruhigen sich, und die fast einstimmige Annahme der Adresse bezeugt die innige Uebereinstimmung, welche nach Montesquieu zwischen der Regierung und den berathschlagenden Versammlungen Regel sein soll. Beklagen wir uns nicht über Dissonanzen, so lange sie uns gestatten, uns über jene Harmonie zu beglückwünschen, welche in einem einzigen Gedanken der Stabilität, der Ordnung und des Fortschritts die Mitglieder von Versammlungen einigt, deren persönliches Verdienst und geleistete Dienste sie der Wahl des Volks oder des Souveräns bezeichnet haben. Seien Sie beim Senat Dollmetscher meiner Gefühle und meines Vertrauens auf seine Erleuchtung und seinen Patriotismus.

Seit diesem Quartal tragen Richter und Staatsbehörden in der öffentlichen Assisen-Sitzung ihre Galatracht, bestehend in scharlachrothem, mit weißem Pelze verbrämtem Talar und Barett. Es soll dadurch ein stärkerer Eindruck auf die Angeklagten und die Zuhörer hervorgebracht werden. Daraufhin hat das Barreau der Advokaten verordnet, daß diese nunmehr auch in ihrer großen Amtstracht (mit Hermelin-Barett, herabhängender weißer Binde und einer Schleife auf der linken Achsel) in den Sitzungen zu erscheinen haben.

Madrid, 20. März. Der Gehalt eines Gesandten bei dem König Franz II. von Neapel ist aus dem Budget gestrichen.

Italien. Die „Mailänder Zeitung" meldet, daß in der Nacht vom 12. auf den 13. März die Postkutsche zwischen Faenza und Florenz an einem il Malino genannten Orte von vier Individuen mit Flinten und verschleierten Gesichtern angefallen worden ist. Der Kutscher und die Reisenden wurden in eine Reihe gestellt und ausgeplündert; doch fand man nur 4 römische Scudi bei ihnen. Einem Soldaten, der in Urlaub ging, um seinen kranken Vater zu besuchen, gaben die Räuber, als sie den Zweck seiner Reise erfuhren, das wenige Geld, das sie ihm genommen hatten, wieder zurück. — Einer der bedeutendsten Schriftsteller Italiens, Luigi Muzzi, ist in dem hohen Alter von 90 Jahren dieser Tage zu Florenz gestorben.

Warschau, 16. März. Von offiziöser Seite werden die Gerüchte von einer demnächst für das Königreich Polen zu erwartenden Amnestie dementirt. Die Entlassung der polnischen Beamten dauert fort, und werden gegenwärtig die Regierungscommissionen, namentlich die für innere Angelegenheiten fast nur mit Russen besetzt. Nur die Gerichtsbehörden sollen bis jetzt von diesem Purifikationssystem verschont geblieben sein. Bei der Warschauer Eisenbahn sind noch 6 Polen angestellt, deren Loyalität nicht in Zweifel gezogen wird; die übrigen Beamten sind Deutsche. Bei dem Bau der Warschauer-Teraspoler Eisenbahn sind vorläufig polnische Ingenieure nur gegen Taggelder angenommen und sollen demnächst durch französische und englische Techniker ersetzt werden. — Der Ukas, laut welchem die Pfarrländereien eingezogen und die Geistlichen auf fixirte Gehalte (400 bis 500 Silberrubel) gesetzt werden sollen, liegt dem Kaiser zur Genehmigung vor.

New-York, 4. März. Die Expedition, welche Georgetown besiegt hat, nahm zuvor das Fort White mit 15 Kanonen und hatte bei der Besetzung der Stadt noch ein Scharmützel mit südstaatlicher Reiterei zu bestehen. Admiral Dahlgren's Flaggenschiff, der „Harvest Moon," wurde auf der Fahrt den Fluß aufwärts von einer Höllenmaschine zerstört; alle Leute wurden gerettet. — Dem „Richmond Examiner" zufolge haben die Konföderirten vor ihrem Abzuge Columbia selbst in Brand gesteckt. Drei Viertel der Stadt sollen in Trümmer liegen. — Im Kongreß in Washington wurde gestern von beiden Häusern der Konferenzbericht über die Inlandsteuer-Vorlage genehmigt. Die Steuer auf Waarenverkäufe ist verworfen, auf Petroleum wird eine Steuer von 1. Doll. per Faß gelegt; das 1000 Cigarren wird mit 10 Doll. besteuert; die Einkommensteuer bleibt wie bisher; nicht gestempelte Urkunden sollen ungiltig sein; die Steuer auf Baumwolle ist gestrichen; die Steuer auf Noten von Staatsbanken soll erst vom Juli dieses Jahres an eingeführt werden; Sparbanken haben vom 1. Mai an ½ Proz. auf ihre Depositen zu zahlen; die Brutto-Einnahmen von Korporationen werden besteuert. Ein Vorschlag auf Prägung von 3-Cent-Stücken aus Kupfer und Nickel, welche im Betrage von 60 Cent als Zahlung angeboten werden können, wurde von beiden Häusern genehmigt. Nach einem weiter angenommenen Gesetz soll in jedem Rebellenstaat ein Kommissär zur Beaufsichtigung der befreiten Sclaven angestellt und den letzteren je 40 Acres Land zum Anbau verpachtet und nach Ablauf von drei Jahren billig verkauft werden; auch Weiße haben auf diese Wohlthat Anspruch.

Verantwortlicher Redakteur: A. Hartmann.
Druck und Verlag der Stabel'schen Buch- und Kunsthandlung in Würzburg

Cours der Staatspapiere.

Oesterr.	5 pCt. Met. (Cp. l. S. b. R.)	—
"	5 pCt. Lomb. ditto. à 24	—
"	5 pCt. Engl. Met. v. 1852	80⅛ P.
"	5 pCt. Engl. Met. v. 1859	78⅞ P.
"	5 pCt. Venet. Coupon b. R.	86 G.
"	5 pCt. Nationalanl. v. 1854	68¾ G.
"	5 pCt. Metall. Obligation.	62½ P. ⅝ G.
"	4½ pCt.	55⅞ G.
Preussen	3½ pCt. Staatsschuldsch.	
Bayern	4½ pCt. Obl. 1jähr. dto.	—
"	4½ pCt. Obl. ½jähr. dto.	102⅜ P. ⅛ G.
"	4 pCt. Obl. 1jähr. dto.	99¼ P.
"	4 pCt. Obl. ½jähr. dto.	99¼ P.
"	4 pCt. Obl. Ab.-R. dto.	98¾ P.
"	3½ pCt. Obl. dto.	—
Württemb.	4½ pCt. Obl. b. Rothsch.	—
"	3½ pCt. Obl. dto.	94⅞ G.
Baden	4½ pCt. Obl.	—
"	3½ pCt. Obl. v. 1842	92⅛ P. ¼ G.
Gr. Hess.	4½ pCt. Obl.	—
"	4 pCt. Obl. b. Rothsch.	100⅜ P.
"	3½ pCt. Obl. dto.	97¼ P.
Nassau	4½ pCt. Obl. dto.	102⅛ P.
"	4 pCt. Obl. dto.	99⅛ G.
"	3½ pCt. Obl. dto.	92 G.
Frankfurt	3½ pCt. Obl.	96⅜ P.
"	3 pCt. Obl.	—
Spanien	3 pCt. inl. Sch. P. à fl. 2. 30	—
"	2½ pCt.	—
Schweden	4½ pCt. Obl. à 105 Thlr.	91⅞ P.
N.Amerika	6 pCt. à 1000r. 1881 D. 2½	—
"	6 pCt. ditto r. 1882	54⅝ P. ½ G.

Diverse Aktien.

Frankfurter Bank à fl. 500 . . .	147 P. 146¾ G.
K. K. Oesterr. National-Bankaktien	844 G.
Oesterr. Kreditbank-Aktien à fl. 200	194 G.
Bayer. Hypothekenb. Pfandbriefe 4 pCt.	86¾ G.
Darmst. Bank 1. u. 2. Serie à fl. 250	237 P.
Weimarische Bank à Thlr. 100 . .	100¼ P.
Mitteldeutsche Kreditaktien . . .	100½ G.
Intern. Bank in Lux. à 250 Frs. à 28 kr.	—
Taunus-Eisenbahn à fl. 250 . . .	353 G.
Frankfurt-Hanauer-Eisenbahn . . .	102¾ P.
Oest. F.St.Eisb. 5pCt. 500 Fr. à 28 kr.	—
" Elisab.-Eisenbahn 5 pCt. . .	119½ P.
Böhm. Westbahn-Aktien à fl. 200 6/7	73⅝ P.
Rhein-Nahe-Bahn 200 Thl. à 105 4pCt. Z.	30⅞ G.
Ludwigshafen-Bexbacher à 4 pCt. .	148½ G.
dto. dto. Prior. à 4 pCt.	—
Pfälz. Maxb. b. Rothschild à 4½ pCt.	107 G.
Oest. St.-Eisenb. Prior.-Oblig. à 3 pCt.	51⅞ P.
Elisab.-Bahn Prior. 5 pCt. 6/7	80⅛ P.
Südd. Bank-Akt., 40 pCt. Einz.	260½ G.
Span. Handels- und Industrie . .	—
Bayr. Ostbahn à 4½ pCt. volleinbez.	113½ G.
Bayer. Ostbahn mit 50 pCt. Einz.	113¼ G.

Wechsel
in süddeutscher Währung.

Amst. fl. 100 k. S.	100¾ G.
Antwerp. Frs. 200 k.S.	94½ G.
Augsb. fl. 100 k. S.	99¾ G.
Berlin Th. 60 k. S.	104⅝ G.
Brem. 50 Th. Lsd. k. S.	97¼ P.
Brüssel Frs. 200 k. S.	94½ G.
Cöln Thlr. 60 k. S.	104⅞ P.
Hamb. MB. 100 k. S.	89 P.
Leipzig Th. 60 k. S.	104⅞ P.
London Lst. 10 k. S.	119½ G.
Lyon Frs. 200 k. S.	—
Mail. Frs. 200 . .	94¼ G.
München fl. 100 k. S.	99¾ G.
Paris Frs. 200 k. S.	94⅝ G
Petersburg 60 S.-R.	—
Triest fl. 100 k. S.	—
Wien fl. 100 ö. W.	—
do. in öst. W. l. S.	106 G.
Disconto	3½ pCt. G.

Anlehens-Loose.

Oesterr. fl. 250 v. 1839	143¼ P.
" fl. 250 v. 1854 mit 4pCt.	78⅛ P. 77⅞ G.
" fl. 500 v. 1860 6/7	84¾ P.
" fl. 100 Eisb. L. v. 1858.	136½ P. 136 G.
" do. v. 1864.	94⅜ G.
Schwed. 10 Thlr. Loose	10 P.
Badische fl. 50	—
Badische fl. 35	53¾ P.
Kurhess. Thlr. 40 b. R.	56¾ P.
Gr. Hessen fl. 50 b. R.	139 G.
" fl. 25 do.	36¼ G.
Nassau fl. 25 bei Rothsch.	35¾ P.
Sardinische Fr. 36 b. B.	—
Neuchateler 10 Frs.-Loose	—
Freiburger 15 Frs.-Loose	—
Mailänder 45 Frs. L. b. R.	32¾ P.
St. Lüttich mit 2½ pCt. Z.	34 P.
Ansb.-Gunzenh. fl. 7-L.	11 P.

Frankfurt, 21. März. Die Börse war heute äußerst geschäftslos und die Umsätze in allen Effektengattungen sehr beschränkt. Nat. 68⅝—¾; 4½proz. Metalliques 56, Venetianische 85½ G.; Amerikaner 54½; 4proz. Nassauer 99½ G.; Schweden 91⅜; neue engl. Metalliques 78½ bez. und Br. (Synd.)

An die
Hof- und Staatsbibliothek
München.
Würzb. Ztg.

Neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht!

№ 82.	Vorausbezahlung: Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 1 fl. 30 kr. Bei Inseraten wird die dreispaltige Zeile in gewöhnlicher kleiner	62. Jahrgang.	Schrift oder deren Raum im Hauptblatte mit 6 kr., im Anzeiger mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franco.	Donnerstag, 23. März 1865.

Aus der Budgetdebatte des preußischen Abgeordnetenhauses.

In der Sitzung des Abgeordnetenhauses vom 20. März wurde die Berathung über den Generalbericht der Budgetkommission fortgesetzt, und zwar über den vorletzten Abschnitt, betreffend das Kriegsministerium und den Militäretat. Abg. Vincke (Olbendorff) spricht für die Reorganisation; er sieht im Kommissionsbericht eine Schärfung des Konfliktes, Heer und Finanzen sollte man nicht angreifen. Abg. Reichensperger: Die Hauptgrundzüge der Reorganisation hätten die Zustimmung des Landes gefunden, sie müßten solche auch bei der Landesvertretung finden. Preußen sei das Werk seiner Könige, die Dynastie sei der Schwerpunkt des preußischen Staatslebens, sie sei es namentlich in der Militärfrage; daraus folge aber nicht, daß sie ein noli me tangere für die Landesvertretung sei; im Gegentheil, diese sei gerade zu fragen, zu hören und zu berücksichtigen. Geholfen könne nur werden dadurch, daß keiner der Faktoren sich ein Vorrecht anmaße. Entgegenkommen müsse die Staatsregierung, da sie neue Lasten auflegen, neue Zustände schaffen wolle und sich außerhalb des formellen Rechtes befinde. Das frühere Ministerium habe die Reorganisation thatsächlich werden lassen, ein entschiedenes Nein nicht gewagt; das jetzige Ministerium habe fortgesündigt; das Abgeordnetenhaus desgleichen, ja unsinnig gehandelt (Verweis des Präsidenten); ein Kompromiß sei darauf hin möglich: daß die Staatsregierung den Präsenzstand möglichst verminderere. Es fehle aber jedes Entgegenkommen der Regierung, ja sie schärfe den Konflikt noch, indem sie noch mehr fordere; sie habe die Macht, sie möge also zu siegen hoffen, doch eines solchen Sieges könne sie sich nicht freuen, denn den Rechtsbruch könne sie nicht wegwischen und durch ihn werde sie sich von allen Ruhigen und Gemäßigten isoliren und so die Kraft, die sie in der Reorganisation suchte und erhielt, wieder verlieren. Redner hofft also ein endliches Entgegenkommen der Regierung, die so gewiß mehr Ruhm erreichen und ihr Ansehen mehr stärken werde, als auf den bisherigen Wegen. v. Saucken (Tarputschen) sieht keine Möglichkeit der Versöhnung, findet aber wenigstens den Vortheil erreicht, daß die Situation immer klarer geworden. Kriegsminister von Roon: Er wolle den Exkursen in das politische Gebiet jetzt nicht folgen, sondern nur über die finanzielle Seite der Militärfrage sprechen. Der Armeebestand soll zu groß sein! Diese Frage wolle er vom Standpunkte des Staatsministers beantworten. Die Aufstellung des Staatshaushalts-Etats erfolge erst nach langer und schwieriger Verhandlung zwischen den einzelnen Ressorts und dem Finanzminister. Bei Differenzen werde Rekurs an das Staatsministerium genommen. Dieses würde sich dann zunächst auszusprechen haben, wenn der Kriegsminister zu exorbitante Forderungen erhöbe und der Finanzminister ihm deßwegen opponirte. Glücklicherweise kämen dergleichen Kontroversen selten vor. (Heiterkeit.) Wenn die Herren sich bei dieser Gelegenheit an einen gewissen Brief (v. d. Heydt's) erinnerten, so müsse er bemerken, daß dergleichen Briefe in einer gewissen Zeitperiode dutzendweise geschrieben wurden und nicht blos an den Kriegsminister. Wenn gesagt worden, der Kriegsminister gehe aus diesem Kampfe stets als Sieger hervor und wäre im Stande, vor seinen trauernden Kollegen alle Ansprüche zu befriedigen, so sei das ein Wahngebilde. Weil die Staatsminister in ihrer Gesammtheit die Höhe des Haushaltes, wie sie proponirt worden, für zweckmäßig und gerechtfertigt erachtet hätten, sei ein Etat mit solchen Sätzen für die Militärverwaltung dem Hause vorgelegt worden. Wenn man nachfrage in den betreffenden Ressorts, auch in dem seinigen, so werde man ganz andere Aeußerungen hören über den Einfluß und die Macht des Kriegsministers. Ja dieser sei in den vorhergegangenen Jahren übermäßig knapp gehalten worden. (Verwunderung und Heiterkeit). Er spreche von den 50 Jahren, die der Reorganisation vorangegangen. Er könne Thatsachen anführen, die das bewiesen, die ihm selbst das schwerste amtliche Bedenken gemacht hätten, weil man sich in Illusionen gewiegt, weil man ausgesprochen habe, wir sind für alle Welt gerüstet, fertig zum Kriege, und zwar aus Rücksicht für die Schonung der Finanzen. Wenn eine Regierung erkannt habe, daß man endlich aus solchen provisorischen Zuständen heraustreten müsse, dann thue sie nur, was ihr die eigne Verantwortlichkeit gebiete. Man werde nicht von ihm verlangen, daß er hier alle diese Schwächen, an denen die Militär-Verfassung gelitten, vor Europa aufdecken solle. Das

Feuilleton.

Vom englischen Hofe.

Anstatt der Königin, die sich noch immer schwer aus ihrer Wittwentrauer erhebt, hielt der Prinz von Wales neulich ein „Lever“. Diese Stellvertretung gefällt dem Prinzen nicht übel. Er spielt gern schon den Souverän; je eher seine Mutter abdanken würde, um so lieber wäre es ihm. Vielleicht ist dies keine außergewöhnliche kronprinzliche Anschauung; aber hier erhält dieselbe wegen des bekannten Zwiespaltes in der k. Familie ihre besonders unangenehme Beimischung. Der Prinz liebt Glanz, Genuß, leichtes Leben — und zwar in so hohem Grade, daß man es, als er sein einundzwanzigstes Jahr erreicht hatte, für die allerhöchste Zeit hielt, ihm eine Gattin zur Seite zu setzen. Bei den strengen Gewohnheiten seiner Mutter fand sich wohl frühe genug Anlaß zum Hader. Man schreibt dem Prinzen, bei aller jovialen Genußsüchtigkeit, ein etwas verstocktes Temperament zu. Er soll eine erlittene Unbill oder vermeintliche Kränkung nicht leicht vergessen können. Uebelrednerische Zungen behaupten, er habe die im Krystallpalast Anno 1851 von der mütterlichen Hand öffentlich empfangene Ohrfeige nie vergessen. Er war damals ein Knabe von nicht ganz zehn Jahren — nach der Ansicht der Mutter alt genug, um Recht von Unrecht unterscheiden zu können. Wie die Sage geht, soll er bei der erwähnten Gelegenheit, als seine Mutter ihn im Ausstellungsgebäude umherführte, aus kindischer Unwissenheit eine Börse, die ihm sehr gefiel, einfach vom Schautisch weggenommen haben, worauf ihm die genannte unkönigliche, fast weniger als bürgerliche Korrektion zu Theil geworden. Uebrigens soll der Prinz mit dem verstorbenen Vater in Zwiespalt gewesen sein. Als der Prinz Albert ihm einst ein Kapitel über die Ehrfurcht, die das Kind den Eltern schulde, vorgelesen habe, sei das ungerathene Söhnchen in eine Drohung ausgebrochen: „Warte nur, ich werde einst König von England — und du wirst mein Unterthan sein!“ Se non è vero, so zeigt es wenigstens, wie man den Prinzen vielfach schon früher beurtheilt hat.

Großen Geist scheint der Thronfolger nicht zu besitzen. Vom Vater hat er die Lust zum Studium gewiß nicht geerbt. Er jagt, tanzt, trinkt, raucht außerordentlich viel und sucht nebenbei romantische Kleiderreformen einzuführen. Statt des Fracks hat er gelegentlich den Rock, statt des Tuches den Sammtstoff patronisirt, auch sich mit der Erfindung neuer Westen beschäftigt. Auch will man wissen, die Neigungen Albert Edward's, des zukünftigen Königs von England, seien im Grunde nicht sehr konstitutioneller Natur. Man schreibt ihm eine Vorliebe für eine straffere monarchische Regierungsform zu, wie ja auch sein Vater zum „erleuchteten Absolutismus“ neigte. Außerdem soll dem Prinzen ein gewisser napoleonisirender Zug merkbar anhaften. Uebrigens nehmen sich heutzutage ja nicht wenige Purpurgeborne das Pariser Tugendmodell zum Muster. Wäre es nach des Prinzen Willen gegangen, so hätte England unter anderm mit Louis Napoleon für Dänemark das Schwert gezogen. Da wäre denn der Gemahl der „dänischen Rose“ ein umgekehrter Hamlet gewesen — denn das

habe so gehen können, so lange das alte Europa in seinen Fugen war, später hatten jedoch nicht schnell genug Vorkehrungen getroffen werden können, die eingetretenen Strömungen und Wallungen der Zeit siegreich zu bestehen. (Weitere Bemerkungen des Kriegsministers haben wir gestern in der Rundschau des Anzeigers nach einem telegraphischen Auszug gemeldet.) Faucher: Der Inhalt der Rede des Kriegsministers sei einfach der: non possumus. Von einer Versöhnung könne also nicht weiter die Rede sein, und das Haus könne daher nur noch über die Köpfe der jetzigen Minister hinweg mit dem Ministerium der Zukunft verhandeln. Die Möglichkeit eines Ministerwechsels liegt nicht fern, denn welches Interesse sollte die Krone haben, ein Ministerium im Amt zu lassen, das seit drei Jahren mit der Landesvertretung im Konflikt liege; während, wenn die Krone jenes Wort „Ich will Frieden mit meinem Volke" in Erfüllung bringe, Preußen ein Verfassungsstaat werde, der erste des Kontinents und dem englischen am Nächsten stehend. Waldeck spricht für Rückkehr jenes alten Landwehrsystems, in dem Preußens Kraft beruhe, und die nichts weniger als unmöglich sei. Er gibt die Hoffnung auf Verständigung nicht auf. Virchow erkennt den objektiven Ton, in dem der Kriegsminister gesprochen, an und bemerkt, daß dieser nicht versucht habe, einen Punkt des Kommissionsberichts sachlich zu bemängeln. Alle im Haus theilten den Standpunkt, daß es Herzenssache sei, Preußen groß und stark zu sehen. Aber die Regierung täusche sich darüber, wenn sie meine, daß Preußen, wie es jetzt da sei, künstlich als eine Großmacht zu erhalten sei (Zustimmung), wenn sie Preußen so hinstelle, als müßte es Deutschland beschirmen, während dieses eine solche Beschirmung gar nicht wolle; sie müsse Preußen vielmehr so hinstellen, daß Deutschland auch für uns ein Schirm sei. (Beifall.) „Der Standpunkt, das Sie Deutschland schirmen und bewahren wollen, den erkennt man im übrigen Deutschland nicht an, man nennt ihn Ueberhebung. (Beifall.) Der Kriegsminister sagt, Preußen kann auf die Dauer die Rüstung nicht tragen, also muß es aus der Rüstung heraus. Wenn aber ein Großstaat nichts Anderes sein soll, als nur ein Staat, an dem Ruhm und Ehre haftet, dann kann man damit weder Preußen nützen, noch Deutschland befreien. (Lebhafte Zustimmung.) Ein Großstaat muß seinen Zweck erfüllen. Dieser Zweck ist, daß der Staat seinen Bürgern so großen Schutz gewähre, als sie für die Entwicklung ihres Kulturzustandes, für Bildung, Wohlstand, Freiheit gebrauchen. Das kann der Kleinstaat nicht, darum ist der Großstaat ein zivilisatorischer Staat. Aber das kann man mit dem Heere allein nicht erreichen, das Heer ist nur Mittel zum Zwecke (Beifall.) Wenn Sie jedem Bürger die freie Entfaltung seiner Kräfte gestatten, dann werden Sie auch immer eine Armee haben, so groß wie sie Ihnen nothwendig erscheint." (Lebhafter Beifall.) Das Haus beschloß, die Diskussion bis morgen zu vertagen.

(Amtliche Nachrichten.) **München,** 21. März. Se. Majestät der König hat den Ehrenprofessor Dr. M. Carriere zum ordentl. Professor der Aesthetik in der philos. Fakultät der Universität München ernannt; die kath. Pfarrei Grünenbach, Bezirksamts Lindau, dem Priester J. Baur, Pfarrer in Röthenbach, dess. Bezirksamts, übertragen; den Tagschreiber am Stadt- und Landgerichte Donauwörth, Ed. Willkomm, zum Gerichtsschreiber am Landg. Wertingen in provis. Eigenschaft ernannt; auf die erledigte Stelle eines Oberbeamten des k. Hauptstempel-Verwaltungs- und Verlags-Amtes den Kontroleur des genannten Amtes, J. W. Herz, befördert, dann die Stelle eines Kontroleurs dieses Amtes dem Sekretär der k. Rechnungskammer, Fr. S. Müller, und die erledigte Stelle eines Offizianten des k. Hauptstempel-Verwaltungs- und Verlagsamtes dem daselbst verwendeten Funktionär K. Lechner verliehen; den zeitlich quiesc. Rechnungskommissär der Gen.-Lotto-Administration, G. Küpfel, wieder zur Dienstes-Aktivität berufen und demselben die erledigte Stelle eines Sekretärs der k. Rechnungskammer verliehen; auf die am Appellationsgerichte von Mittelfranken durch das Ableben des Rathes Dr. Goener erledigte Rathsstelle den Stadtrichter Chr. F. W. Cramer in Nürnberg befördert; den Rath des Appellationsgerichts von Mittelfr., E. Fr. Chr. Jergius, in den Ruhestand auf die Dauer eines Jahres versetzt; auf die hiedurch in Erledigung kommende Appellationsg.-Rathsstelle in Eichstätt den Rath des Bezirksg. München l/J., Fr. A. v. Heinleth, befördert; auf dessen Stelle den Rath des Bezirksg. München r/J., B. N. Gresbeck, auf des Letzteren Stelle den Bezirksg.-Rath G. Leimbach in Donauwörth versetzt.

Das k. Forstrevier Bodenwöhr I, Forstamts Bruck, ist in Erledigung gekommen.

Das Frühmeß-Benefizium Türkheim, k. Bezirksamts Mindelheim, ist mit einem fassionsmäßigen Reinertrage von 497 fl. 8 kr. 7 hl. in Erledigung gekommen.

Nach einer Mittheilung des schon mehrmals erwähnten Wiener Korresp. des „Fr. Jour." wären durch in Berlin ausgesprochene, wie Drohungen aussehende Möglichkeiten die Verhandlungen Oesterreichs mit den Mittelstaaten wegen Durchkreuzung der preußischen Absichten ins Stocken gekommen. Es scheint, daß Oesterreich selbst erschrocken ist über die Kühnheit, die es veranlaßt hat, die preußischen Forderungen abzulehnen, und mit den Mittelstaaten in's Vernehmen zu treten, und daß es sich nun wieder anschickt, sich mit seinem Alliirten auf guten Fuß zu stellen. — Von mehreren Seiten wird bestätigt, daß Bayern nicht daran denkt, die am 12. März vor. Jrs. suspendirte Abstimmung über seinen damals gestellten Antrag (Anerkennung des Prinzen von Augustenburg als legitimen Herzogs von Holstein) zu urgiren. Das Ganze scheint so ziemlich nichts Anderes zu sein, als daß man, namentlich von Seite Bayerns aus verschiedenen Gründen glaubt, doch einmal wieder ein Lebenszeichen von sich geben zu müssen. Wir gestehen, daß es uns lieber ist, wenn an dem Ganzen nichts ist, und wenn Bayern es gänzlich unterläßt, ein Lebenszeichen von sich zu geben, als daß es, wie gestern der „Schw. Merkur" meldete, einen im österreichischen Sinne abgeschwächten Antrag einbrächte, der nichts bezwecken, und es nur blamiren würde. Die „Kölner Ztg." meint hiezu:

Ob der beabsichtigte Antrag Bayerns am Bunde eine Mehrheit erhalten wird, erscheint selbst dann zweifelhaft, wenn sein Inhalt auf das bescheidene Maß einer dringenden Erkundigung über den gegenwärtigen Stand der Erbfolgefrage sich beschränken sollte. Auch die entschiedene Begünstigung von Seiten Oesterreichs, die bei den in den maßgebenden Kreisen Wiens sich bekämpfenden Richtungen noch keineswegs gewiß ist, würde nicht hinreichen, die Mehrheit für einen solchen Antrag außer Zweifel zu setzen. Mit Sicherheit kann man eigentlich nur auf die drei Stimmen Bayerns, Sachsens und Hessen-Darmstadt's für ihn zählen, zu welchen mit großer Wahrscheinlichkeit noch Nassau gerechnet werden kann. Württemberg ist trotz der österreichischen

---

Andenken seines deutschen Vaters wäre durch solche That sicherlich nicht geehrt worden.

Das letzte „Lever" ist, wie die Berichte sagen, ohne die übliche Zerquetschung der Personen und Toiletten abgelaufen. Der reformirende Prinz hatte den Eingangskorridor in St. James, wo jedesmal die berüchtigte „Crush"-Szene vor sich ging, um das Doppelte erweitern lassen. Der Raum in dieser alterthümlichen Baracke ist nämlich ein außerordentlich beschränkter. So kam es, daß früher bei der Präsentation Auftritte vorkamen, die eher an eine Jahrmarktskellerei, als an eine Vorstellung bei Hof erinnerten. Die englische Race hat bei allem sonstigen Dekorum bis in die höchsten Schichten hinauf etwas Animalisches an sich. In seinen Umgangsformen zwar zeigt der wahre englische Gentleman eine Reserve, die weit feiner ist, als die ausgesuchteste, positive Höflichkeit des Franzosen, der man das Gemachte ansieht. Allein, wenn der Engländer, sei er Lord oder Bürgerlicher, einmal die Dehors vergißt oder aufgibt, so wird er sofort zum entschiedenen Preisboxer, und selbst die Korridore und Appartements eines Königsschlosses werden dann zum Schauplatz seiner athletischen Fähigkeiten, seiner natürlichen pugilistischen Disposition.

Es hat in dieser Beziehung schon merkwürdige Szenen in diesem alten, eingerauchten St. Jamesschloß abgesetzt. Bei der Enge des Eingangskorridors und bei dem loyalen Eifer der Vorzustellenden, rasch Zulaß zu erlangen, wurden bei früheren Gelegenheiten häufig Bänke und Barrièren niedergetreten, und man sah Lords Turnerkunststücke unter augenscheinlicher Gefahr für die Damenwelt aufführen. Portweingeröthete Militärs vom höchsten Rang verschmähten es nicht, die Strategie bis zur direkten Attaque zu steigern, und schrecklich waren die Folgen ihres schlachtenkundigen Vordringens. Marquisinnen sanken — mit Mühe wurden sie vor den Stößen von Obersten gerettet; das ist das Loos des Schönen auf der Erde!" Kleider wurden in Fetzen gerissen, kostbare Shawls verwickelten sich in unentwirrbaren Windungen durch die Menge, und rissen Parlamentsmitglieder unaufhaltsam dahin. Hier kämpfte ein auswärtiger Diplomat den Verzweiflungskampf mit einem einheimischen Baronet. Dort stöhnte ein vielumdrängter Wächter des Gesetzes, aus dessen Mund sonst Todesurtheile, wie Worte am jüngsten Gerichte gesprochen, ertönen, vor einem stürmisch andringenden Haufen entschlossener Dowagers, denen die zarten Töchter folgten.

Wer zählt das verlorene, zertretene Geschmeide — wer die entrissenen falschen Haare, die auf dem Wahlplatz blieben? Sonderbar waren die Gestalten, namentlich die weiblichen, welche nach solchen Kämpfen vor der Majestät vorbeidefilirten. Bald glaubte man eine Ophelia im Wahnsinn zu sehen. „Vergißmeinnicht und Akelei," „Raute, Maßlieb" und „ein paar Veilchen" hingen ihr wirr um den Kopf. Hinter ihr her schritt eine andere auffallende Figur, die Aufregung des Kampfes hatte ihre Züge hart gemacht, wie die einer undankbaren Tochter Lear's. Hier schlängelte sich ein aristokratischer Jüngling in kunstvollen Wendungen vor dem

Sympathien seines leitenden Ministers sehr ungewiß; (?) Herr v. Varnbüler ist ein gemäßigter und vorsichtiger Politiker, der ohnmächtige Demonstrationen (!) zu vermeiden wünscht, und außerdem, wie es heißt, persönlich eine hohe Meinung von Herrn v. Bismarck hegt. In Betreff Badens ist es schwer zu ermessen, ob die Abneigung seiner Regierung gegen die spezifisch mittelstaatlichen Bestrebungen, oder das Interesse, welches sie an dem Hause Augustenburg nimmt, die Haltung derselben bestimmen wird. Hannovers und Mecklenburgs scheint man sich in Berlin völlig sicher zu fühlen. Bekanntlich ist am hannover'schen Hofe der Augustenburger durchaus eine persona ingrata, wogegen man dort von jeher den Bestrebungen der feudalen Fraktion der holsteinischen Ritterschaft sehr günstig gestimmt war. Kurhessen ist schwankend; doch nöthigt die innere Lage des Landes und das bedenklich gespannte Verhältniß zu den Ständen den Kurfürsten, große Rücksichten auf Preußen zu nehmen. Oldenburg ist schon, der Erbansprüche des Großherzogs halber, selbstverständlich auf Seiten Preußens. Die Hansestädte werden voraussichtlich nicht gegen Preußen stimmen."

Aus **Wien** wird der „Karlsr. Ztg." geschrieben: „Während es in der letzten Zeit scheinen mochte, es werde der in Frankfurt vorbereitete Antrag, wenn überhaupt, doch nur in einer Weise zu Stande kommen, welche wenig mehr als eine Demonstration gewissermaßen zur Wahrung des äußeren Anstandes zu bedeuten hätte, haben sich plötzlich Aussichten ergeben, welche etwas Ernsteres (? !) erwarten und hoffen lassen. Es wäre, wie ganz neuestens die Dinge sich gestaltet haben, nicht unmöglich, daß sich die Mittelstaaten über einen Antrag einigten, welcher geradezu die endliche Erledigung der schleswig-holsteinischen Erbfolgefrage in Anregung brächte und direkt auf den Herzog von Augustenburg als den zur Zeit meist- und bestlegitimirten Thronbewerber hinweise; und es ist sicher — es sollen darüber bereits bindende Erklärungen vorliegen —, daß Oesterreich einem solchen Antrag, in welchem es seinen eigenen (nach Berlin gerichteten) Vorschlag der Uebertragung des einstweiligen faktischen Besitzes an den Herzog Friedrich wieder aufgenommen erblickte, seine Zustimmung geben würde." — Die „Karlsr. Z." darf sich beruhigen, es wird nicht so gefährlich werden, was die mysteriöse Politik des Hrn. v. Roggenbach zum Theil als ihr Verdienst ansehen darf!

Aus **Berlin** vom 19. d. M. kommt die Nachricht von dem am Abend des 18. März plötzlich erfolgten Tode des k. Oberbaudirektors v. Stüler. Der Verlust dieses ausgezeichneten Architekten, der wenige seines Gleichen hatte, ist nicht nur für Berlin, sondern für ganz Deutschland ein sehr schwerer, kaum ersetzbarer.

Berlin, 20. März. Die schließlich nach dem stenographischen Bericht mitgetheilte Aeußerung des Grafen Schwerin veranlaßt die „Nordd. Allg. Z." zu Vorwürfen, von denen wir natürlich keine Notiz zu nehmen brauchen. Für uns bleibt nur die Stelle: „Ich glaube meinem König und dem Lande niemals anders dienen zu können, als da, wo ich berufen bin, zu sprechen: „Mein gnädigster Herr, das geht nicht, das geht wider das Recht des Landes," unverständlich. Ein reizendes Beispiel übrigens davon, daß man eine Grobheit, wenn nicht in deutscher, so doch in einer fremden Sprache sagen darf, gab heute der Abgeordnete Reichensperger, als er einen Beschluß des Abgeordnetenhauses unvernünftig nannte; zur Ordnung gerufen, brauchte er nur „unvernünftig" in das französische „irrationel" zu übersetzen, und es ging durch. Die Behauptung des Präsidenten jedoch, daß das Abgeordnetenhaus keine unvernünftigen Beschlüsse fassen könne, mag wohl der Etikette entsprechen, niemals aber der rauhen Wirklichkeit. Wir erinnern an die Annahme des Hagen'schen Antrages; dieser Beschluß wird für alle Zeiten „irrationel" bleiben, auf Deutsch? —" (F. J.)

Der „Köln. Z." wird aus **Berlin,** 21. März, geschrieben: „Wie man hört, wollen die Mittelstaaten gegen die Einführung des neuen Zollvereinstarifs in den Herzogthümern zum 1. Juli Einspruch erheben, weil dadurch der Souveränetät des berechtigten Fürsten vorgegriffen würde."

Paris, 19. März. In unterrichteten Kreisen bespricht man mehr und mehr die Chancen einer Zusammenkunft des Kaisers mit dem König Viktor Emanuel zu Lyon. Man vermuthet: es werde sich hieraus eine weitere Pazifizirung Italiens in möglichst konservativem Sinn ergeben. — Der Entwurf eines Gesetzes über im Ausland begangene Verbrechen und Vergehen erstreckt sich insbesondere auch auf Autoren, Verleger, Drucker und sonstige Mitschuldige, welche als Franzosen im Ausland das heimische Preßregime zu sehr vergessen. Ein Mißverständniß scheint die Auslegung zu sein, daß in Frankreich lebende Ausländer für ihre publizistische Thätigkeit im Ausland nach dem französischen Regime verantwortlich gemacht werden. Zwei Strafprozesse beschäftigen gleichzeitig die öffentliche Aufmerksamkeit: ein Sohn, welcher Vater und Mutter spurlos aus der Welt geschafft hat; ein Vater, der seine zwei Kinder, weil sie ihm lästig waren, im Meer ersäufte. — Für die Zauberflöte sind fortwährend alle Plätze auf acht Abende vergriffen, und als Sonntagsstück gibt das Theater Lyrique regelmäßig die Hochzeit des Figaro von Mozart.

Ueber die durch einen Anschlag an der Pariser Börse bereits bekannte Uebergabe von Oajaca theilt der „Moniteur" vom 20. auf Grund amtlicher Nachrichten Folgendes mit: „Nachdem durch das Eintreffen von Verstärkungen die Streitkräfte des Marschalls Bazaine auf 5800 Mann und 3000 Pferde gebracht waren, verlegte der Marschall am 31. Januar sein Hauptquartier von der Hacienda Montoyac nach dem Mittelpunkt der Angriffslinien. Seine Hauptanstrengungen waren auf den Cerro de la Soledad und dem Cerro Dominante, westlich von Oajaca, gerichtet. Am 4. Februar eröffneten 3 Batterien ihr Feuer gegen den Platz, dessen Zugänge schwer litten. In der Nacht vom 7. auf den 8. Februar waren die Belagerungsarbeiten bis 150 Meter an den Redan des Cerro Dominante vorgerückt. Am 8. Abends eröffneten alle Batterien zwischen 5 und 6 Uhr ihr Feuer, um die Werke des Dominante in Trümmer zu schießen. Gegen 4 Uhr Morgens sollte eine Ueberrumpelung der Cerros de la Soledad und de la Libertad durch 3 Kompagnien Zuaven versucht und um $5\frac{1}{2}$ Uhr das Feuer aus allen Batterien neu eröffnet werden. Gegen 6 Uhr sollten dann die Sturmcolonnen gegen die vor dem Dominante gelegene Flèche (kleine, pfeilförmige Schanze) hervorbrechen. Die Truppen erwarteten bereits das Zeichen zum Sturm, als Porfirio Diaz mit sei-

---

Antlitze der Königin dahin, um die auf der einen Seite seines Frackes fehlenden Knöpfe zu verbergen. Dort saß einer ehrwürdigen Dame der goldene Kamm schief im Haar; ihre ehrfurchtgebietenden Locken hingen zerzaust herab, und ach! ein blaues Mal verunzierte sogar ihre kummervolle Stirn. Ihr folgte ein anderes weibliches Wesen, deren straußenfederiger Kopfputz, im Kampfgetümmel durcheinandergezerrt, ihr das Ansehen einer Wilden gab, die zwischen die streitenden Männer zweier feindlicher Stämme gerathen war.

Es bedurfte in der That all der bleiernen Schwermuth, welche auch früher schon auf dem Geiste der Königin lag, damit solche Auftritte nicht eine hochkomische Wirkung auf sie übten und die Präsentation plötzlich in eine „brüllende Farce" ausartete. Das hat nun der Prinz von Wales Alles geändert, und diejenigen, welche es für ihre Lebensaufgabe halten, zu Hofe zu gehen, werden ihm pflichtschuldigst dafür danken. Stark wird auch sein Ansehen unter den Lakaien wachsen, deren Waden früher häufig bei den obbemeldeten Kämpfen in schweres Ungemach geriethen.

Es ist schwer, sich ein Bild von den Aenderungen zu machen, welche in England bei einem Thronwechsel eintreten würden. Die konstitutionellen Einrichtungen des Landes sollten zwar, wie man meist annimmt, einen Wechsel in der Person des Souveräns als völlig gleichgiltig erscheinen lassen. Thatsächlich ist es jedoch anders. Die meisten freisinnigen Einrichtungen Englands werden nicht sowohl durch klare Gesetze, als vielmehr wesentlich durch den liberalen Geist der Bevölkerung und durch die kluge Versöhnlichkeit hervorragender Staatsmänner gehalten; und Konflikte, die sich aus unvollkommenen Gesetzen leicht ergeben könnten, werden durch das maßhaltende Auftreten der Krone mehr vermieden, als dauernd gelöst. Schon Montesquieu hat gesagt, daß sich für einen despotischen Fürsten, der willkürlich zu verfahren beliebt, in der englischen Konstitution Anhaltspunkte genug finden. Eine „englische Konstitution," im Sinne der kontinentalen, genau umschriebenen Verfassungs-Paragraphe, gibt es überhaupt nicht. Wie die Zivil- und Kriminal-Gesetzgebung ein Chaos von Satzungen, Gebräuchen, Präzedentien u. s. w. ist, so ist auch die Konstitution ein Wirrwarr von Parlamentsakten und alterthümlichen, durch die Macht der ungeschriebenen Gewohnheit sich haltenden Gebräuchen und Mißbräuchen. Ob die eine oder die andere Satzung außer legalen Kurs gekommen sei, darüber kann man in hundert Fällen neunzigmal hin- und herstreiten. Nirgends aber streitet man in solchen Fällen rabulistischer, als gerade in dem ehrenfesten England. Der Geist Shylocks scheint dann über die Disputirenden zu kommen. „Die Einen kneifen sich ans Wort, wie der Teufel an eine arme Seele; die Andern treiben Haarspalterei, daß sich selbst die Atome nicht mehr sicher fühlen." Man kann sich denken, wie ein despotisch gesinnter Souverän, bei solcher Gesetzeskonfusion, mit einer etwa sich willfährig zeigenden Magistratur die Zustände des Landes umformen könnte.

Es wäre dann Alles wieder auf's Revolutionäre gestellt und der „loyale" Engländer würde zum Mythus.

nen Adjutanten, zwei Obristen, sich um 1½ Uhr Morgens im Hauptquartier einfand und sich selbst mit dem Platze und der sämmtlichen Garnison auf Gnade und Ungnade übergab. An demselben Tage erfolgte die Besetzung der Stadt und der Forts. Die Garnison von Oajaca betrug über 4000 Mann; die Werke waren mit 60 Geschützen besetzt, und das Arsenal enthielt sehr werthvolles Material. — Zufolge Nachrichten aus Vera-Cruz, die dem „Pays“ zugegangen sind, bereitet sich Marschall Bazaine auf eine Expedition gegen Tobasko vor, welche Gegend als der letzte Zufluchtsort des bewaffneten Widerstandes im Süden Mexiko's zu betrachten sei.

Rom, 11. März. Der Betrag des Peterspfennigs für den Monat November, der dem heil. Vater am 12. Dezbr. überreicht wurde, betrug nicht mehr als die geringe Summe von 1075 Scudi und 72 Bajocchi. — Aus Ostia kommt die Nachricht von einem neuen bemerkenswerthen Fund, den man bei den dortigen Ausgrabungen gemacht hat. Diesmal ist es ein Grab in Form einer viereckigen Zelle, worin an dem untern Theil der Wände Nischen für die Aschenkrüge, ganz nach Art der Columbarien, angebracht sind, während am obern Theil Wandmalereien sich befinden, welche die Wanderung des Orpheus in die Unterwelt darstellen. — Die in der gestrigen Plenarsitzung der Indexkongregation verbotenen deutschen Schriften gehören, außer dem Pichler'schen Geschichtswerk, den philosophischen Gebieten an. Für diese will der Papst durchaus die Normen aufrecht erhalten wissen, die er in seinem Schreiben vom 11. Dezbr. 1862 an den Erzbischof von München und Freising einschärfte: „Die Philosophie soll der Theologie dienen... ad quae prestanda si viri docti in Germaniae Academiis enitantur pro singulari inclytae illius nationis ad severiores gravioresque disciplinas excolendas propensione, eorum studium a nobis comprobatur et commendatur, cum in sacrarum rerum utilitatem profectumque convertant, quae illi ad suos usus invenerint.

Eine Gesetzvorlage in Betreff der neuzuergreifenden Finanzmaßregeln, die am 14. von dem Finanzminister in **Turin** in der Kammer eingebracht worden ist, umfaßt 10 Artikel. Art. 1 besagt, daß vom 1. Oktober 1865 an die städtische Gebäudesteuer im ganzen Königreich 12½ pCt. des steuerbaren Einkommens betragen soll. Nach Art. 2 wird der Steuerbetrag vom Mobiliar-Vermögen für das Jahr 1865 auf 60 Millionen Francs angeschlagen und soll demgemäß ausgeschlagen werden. Art. 3 betrifft die Erhöhungen der Einregistrirungs- und Stempelgebühren, wie sie durch Spezialbestimmungen früheren Datums vorgesehen sind. Art. 5 betrifft Modifikationen der Hypothekensteuer. Die Einschreibegebühren werden für je 100 Frcs. von 30 auf 50 Cent. erhöht. Art. 6. Die Freihafenrechte von Ankona, Livorno und Messina erlöschen mit dem 1. Januar 1867. Auch die Freijahrmärkte hören auf; ebenso darf die Einfuhrgebühr in den Provinzen Neapel und Sizilien nicht mehr in Wechseln bezahlt werden. Art. 8. In den Budgets von 1865, 66 und 67 soll ein Kredit von 6 Millionen zur Errichtung von Zollgebäuden und Docks in den ihres Freihafenrechts verlustig gehenden Plätzen ausgeworfen werden. Art. 9. Der Finanzminister wird zur Ausgabe von so viel 5prozent. Rentenscheinen ermächtigt, als erforderlich sind, um 425 Mill. Francs der Staatskasse zufließen zu lassen.

Die öffentliche Meinung in Italien beschäftigt sich jetzt wieder lebhaft mit der Frage der Ausführung der September-Konvention. Dem „Movimento“ wird aus Civita-Vecchia geschrieben: „Der Abzug der französischen Truppen aus dem Römischen scheint ernstlich anzufangen. In der That ist der französische Dampfer „Gregeois“, der seit vier Jahren in unserem Hafen lag, nach Frankreich zurückberufen und zum großen Jubel der Bevölkerung in voriger Woche abgesegelt. Jetzt wird täglich eine französische Transportfregatte erwartet, welche eine Batterie abholen soll, die bereits zum Einschiffen fertig steht.“ Auch die „Italie“ findet Gelegenheit, mehrfache Anzeichen zu sammeln, die den baldigen Abzug der französischen Truppen zu bestätigen scheinen. Doch wird man gut thun, daran nicht eher zu glauben, als bis die ersten Regimenter in Toulon gelandet sein werden.“

Man schreibt aus **Petersburg:** „Gerechte Besorgniß erregt der Zustand des Großfürsten-Thronfolgers, nicht als ob das Gichtleiden, das ihn seit einem halben Jahre in Nizza plagt, sein Leben in Gefahr setzte; aber es scheint gewiß, daß der Kranke nie mehr physisch vollkommen herzustellen sein wird, und wer an die riesenhafte und eigenthümliche Aufgabe denkt, welche dem Nachfolger Alexander II. bestimmt ist, der wird es begreiflich finden, daß im Geiste des Monarchen und seiner nächsten Umgebung die Frage der Thronfolge auf das ernstlichste erwogen wird. Dabei ist in den Kreisen, welche sich mit der Frage befassen, allgemein die Ansicht vorherrschend, daß auch dem zweiten Sohne des Kaisers, Alexis, die Last der Regierung nicht auf die Schultern gewälzt werden dürfe, und einstimmig wird Großfürst Woldemar, der dritte Sohn, ein geistreicher, begabter und wohlwollender, mit geistigen und physischen Gaben gleichmäßig ausgestatteter Prinz als derjenige bezeichnet, der allein die Erbschaft des großen Vaters dereinst würdig antreten könnte. Sonderbares Geschick, das kaum mehr als einmal im Laufe so vieler Generationen gestattet, daß in Rußland der Geburtserbe auf den Thron gelange! Es liegen in dem oben Berichteten manche Keime zu Besorgnissen ernstester Natur für die Zukunft.“

Verantwortlicher Redakteur: A. Hartmann.
Druck und Verlag der Stahel'schen Buch- und Kunsthandlung in Würzburg

Cours der Staatspapiere.

Oesterr.	5 pCt. Met. (Cp. i. S. b. R.)	—
„	5 pCt. Lomb. ditto. à 24	—
„	5 pCt. Engl. Met. v. 1852	80⅛ P.
„	5 pCt. Engl. Met. v. 1859	78½—⅝ G.
„	5 pCt. Venet. Coupon b. R.	85⅞ P.
„	5 pCt. Nationalanl. v. 1854	68⅝—¾ G.
„	5 pCt. Metall. Obligation.	62⅝ G.
„	4½ pCt.	56 P.
Preussen	3½ pCt. Staatsschuldsch.	
Bayern	4½ pCt. Obl. 1jähr. dto.	101⅞ P.
„	4½ pCt. Obl. ½jähr. dto.	102¼ G.
„	4 pCt. Obl. 1jähr. dto.	99¼ P.
„	4 pCt. Obl. ½jähr. dto.	99¼ P.
„	4 pCt. Obl. Ab.-R. dto.	98¾ P.
„	3½ pCt. Obl. dto.	—
Württemb.	4½ pCt. Obl. b. Rothsch.	—
„	3½ pCt. Obl. dto.	94⅞ G.
Baden	4½ pCt. Obl.	—
„	3½ pCt. Obl. v. 1842	92⅝ P.
Gr. Hess.	4½ pCt. Obl.	—
„	4 pCt. Obl. b. Rothsch.	100⅜ P.
„	3½ pCt. Obl. dto.	97¼ P.
Nassau	4½ pCt. Obl. dto.	102 G.
„	4 pCt. Obl. dto.	99⅝ G.
„	3½ pCt. Obl. dto.	93 G.
Frankfurt	3½ pCt. Obl.	96¾ P.
„	3 pCt. Obl.	—
Spanien	3 pCt. inl. Sch. P. à fl. 2. 30	—
„	2¼ pCt.	—
Schweden	4½ pCt. Obl. à 105 Thlr.	92 P. 91½ G.
N.Amerika	6 pCt. à 100r. 1881 D. 2½	—
„	6 pCt. ditto r. 1882	54½—⅝ G.

Diverse Aktien.

Frankfurter Bank à fl. 500 . . .	146½ G.
K. K. Oesterr. National-Bankaktien	849 p.
Oesterr. Kreditbank-Aktien à fl. 200	194—94½ G.
Bayer. Hypothekenb. Pfandbriefe 4 pCt.	97⅞ P. ⅝ G.
Darmst. Bank 1. u. 2. Serie à fl. 250	—
Weimarische Bank à Thlr. 100 . .	100½ G.
Mitteldeutsche Kreditaktien . . .	100½ G.
Intern. Bank in Lux. à 250 Frs. à 28 kr.	—
Taunus-Eisenbahn à fl. 250 . . .	355 G.
Frankfurt-Hanauer-Eisenbahn . . .	—
Oest. F.St.Eisb. 5pCt. 500 Fr. à 28 kr.	—
„ Elisab.-Eisenbahn 5 pCt. . .	119 G.
Böhm. Westbahn-Aktien à fl. 200 6/7	72⅝ G.
Rhein-Nahe-Bahn 200 Thl. à 105 4pCt. Z.	31½ G.
Ludwigshafen-Bexbacher à 4 pCt. .	148½ G.
dto. dto. Prior. à 4 pCt.	97½ G.
Pfälz. Maxb. b. Rothschild à 4½ pCt.	107 G.
Oest. St.-Eisenb. Prior.-Oblig. à 3 pCt.	51½ G.
Elisab.-Bahn Prior. 5 pCt. 6/7	80⅛ P.
Südd. Bank-Akt., 40 pCt. Einz.	250 G.
Span. Handels- und Industrie . .	—
Bayr. Ostbahn à 4½ pCt. volleinbez.	114 P. 113⅝ G.
Bayer. Ostbahn mit 50 pCt. Einz.	113⅜ G.

Wechsel
in süddeutscher Währung.

Amst. fl. 100 k. S.	100¾ G.
Antwerp. Frs. 200 k. S.	94½ G.
Augsb. fl. 100 k. S.	99¾ G.
Berlin Th. 60 k. S.	104⅝ G.
Brem. 50 Th. Ld. k. S.	97¼ P.
Brüssel Frs. 200 k. S.	94½ G.
Cöln Thlr. 60 k. S.	104⅞ P.
Hamb. MB. 100 k. S.	88⅞ P.
Leipzig Th. 60 k. S.	104⅞ P.
London Lst. 10 k. S.	119½ G.
Lyon Frs. 200 k. S.	—
Mail. Frs. 200 . .	94¼ G.
München fl. 100 k. S.	99¾ G.
Paris Frs. 200 k. S.	94¼ G.
Petersburg 60 S.-R.	—
Triest fl. 100 k. S.	—
Wien fl. 100 ö. W.	—
do. in öst. W. l. S.	106⅛ G.
Disconto	3½ pCt. G.

Anlehens-Loose.

Oesterr. fl. 250 v. 1839	143¼ P.
„ fl. 250 v. 1854 mit 4pCt.	78¼ P.
„ fl. 500 v. 1860 6/7	85½—86 G.
„ fl. 100 Eisb. L. v. 1858.	137 P.
„ do. v. 1864.	94¼ P.
Schwed. 10 Thlr. Loose	10 P.
Badische fl. 50	—
Badische fl. 35	53¾ P.
Kurhess. Thlr. 40 b. R.	56¾ P.
Gr. Hessen fl. 50 b. R.	139¼ G.
„ fl. 25 do.	36¾ G.
Nassau fl. 25 bei Rothsch.	36 P.
Sardinische Fr. 36 b. R.	—
Neuchateler 10 Frs.-Loose	—
Freiburger 15 Frs.-Loose	—
Mailänder 45 Frs. L. b. R.	32⅞ P.
St. Lüttich mit 2½ pCt. Z.	34 P.
Ansb.-Gunzenh. fl. 7-L.	11 P.

Frankfurt, 22. März. Die Börse war in Folge der günstigen amerikanischen politischen und finanziellen Berichte für amerikanische Fonds vom Anfang bis zum Schlusse sehr gut gestimmt. Die übrigen Fonds und Aktien waren sehr wenig belebt und die Notirungen nahezu unverändert. (Synd.)

An die
k. Hof- und Staatsbibliothek
1 N. Würzb. Ztg. München.

Neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht!

№ 83. | Vorausbezahlung: Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 1 fl. 30 kr. Bei Inseraten wird die dreispaltige Zeile in gewöhnlicher kleiner | 62. Jahrgang. | Schrift oder deren Raum im Hauptblatte mit 6 kr., im Anzeiger mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franco. | Freitag, 24. März 1865.

Aus der Budgetdebatte des preußischen Abgeordnetenhauses.

In der Sitzung des Abgeordnetenhauses vom 21. März sprach in Fortsetzung der Diskussion über den Militäretat zuerst der Abg. v. Gottberg gegen den Bericht. Das Haus wolle Schritt vor Schritt seine Macht vermehren, mache immer mehr und neue Forderungen.

Abg. Michaelis: Die Friedensstärke der Armee sei eine Kardinalfrage, sie stelle nicht blos die Größe der Last in einer Ziffer vor, sie sei auch die Grundlage der Organisation mit der Landwehr. Erst sei die Friedensstärke festzustellen und dann die Organisation zu machen; diese Theorie sei die Grundlage des Gesetzes von 1814. Vermöge ein Kriegsminister nicht aus der Friedensstärke ein stehendes Kriegsheer zu konstruiren, so müsse er der Landwehr ihr altes Recht geben. Das Ministerium habe die Aufgabe, eine Verständigung zwischen der Krone und der Landesvertretung herbeizuführen. Es müßte daher Sr. Majestät den Rath geben, es zu entlassen. (Lebhafte Zustimmung der Liberalen.)

v. Mitschke-Collande weist hin auf die Noth der Angehörigen von eingezogenen Landwehrmännern und auf die sonstigen Mehrlasten der Kreise bei Mobilmachungen.

Abg. Bender für den Kommissionsbericht: die Reorganisation stehe nicht eher fest, als bis eine Volksvertretung sie festgestellt haben werde.

Abg. Duncker warnt das Ministerium vor so kategorischen Erklärungen über die Unaufhebbarkeit der Reorganisation, wie sie neulich von dem Minister des Innern, der sie sogar Namens der künftigen preußischen Könige versichert habe, von dem Finanzminister und jetzt von dem Kriegsminister ausgesprochen worden seien. Solche Erklärungen seien verhängnißvoll in der Geschichte Preußens. Er erinnere an das Wort Friedrich Wilhelm's IV.: „Zwischen mich und mein Volk soll sich kein Blatt Papier drängen“; nun denn, er (Redner) halte hier in der Hand dies Blatt Papier, das getränkt sei mit den Thränen des Königs und dem Blute des Volks! Er erinnere an das Niemals! Niemals! des Ministers Brandenburg, das dem in Warschau gedemüthigten Mann eine herbe Stunde bereiten mochte. Möge auch das Ministerium äußere Erfolge errungen und wie er anerkenne, dem deutschen Vaterlande zwei schöne Provinzen erworben haben, so dürfte es doch jetzt mit seinen Erfolgen auf den Gipfel gelangt sein, von wo es abwärts führe. Man spreche von Frieden und Versöhnung und zugleich von Niederwerfung des „inneren Düppel“. Nur zwei Wege blieben: Unterwerfung unter das Ausland oder Verständigung mit dem eigenen Volke. Diese Regierung zwinge das Haus jedes Jahr, den Friedenspakt zu zerreißen. Es gehe ihr damit, wie mit den sibyllinischen Büchern. Heute heiße es Steuerreform, im nächsten Jahre vielleicht schon Verfassungsreform. Ob denn Preußen allein durch die Persönlichkeiten, welche an seiner Spitze standen, groß geworden, ohne daß ein solches Volk ihnen zur Seite stand? Sei denn die Entwickelung des Staates so gleichmäßig vor sich gegangen? Ein Wachsthum habe nur dann stattgefunden, wenn die Könige im nationalen Sinne vorwärts gegangen, wenn sie nicht bloß an der Spitze der Bataillone, sondern auch der Ideen ihrer Zeit gestanden seien. Das Königthum könne seine Stärke nur finden in den Formen des Rechtsstaats, der Verfassung und der parlamentarischen Regierung. Man habe von Kompromissen gesprochen, von dem Siege der Bescheidenheit über den Patriotismus. Davon könne nur die Rede sein, wenn aus der Bescheidenheit nicht Schwäche, aus dem Patriotismus nicht Knechtsinn werde. Bescheiden sei das preußische Volk gewesen, als es nach den Befreiungskriegen zum zerrütteten Herde heimkehrte, als die Schmach der Mißregierung auf ihm lastete, als es mit einem Vertrauen ohne Gleichen seine Hoffnungen auf die neue Aera setzte, bescheiden war die Fortschrittspartei, und die Opposition sei erst dann aufgetreten, als die Axt an die Wurzel der Verfassung von der feudalen Partei gelegt worden sei. Und was sei der Lohn für alle Bescheidenheit! Das Haus habe die Bedingungen des Friedens gehört. An den Grundlagen der Re-

Feuilleton.

Macbeth-Plätze in Schottland.

Von Dr. Richard Andree.

Empfindsame Seelen haben auf Werther's Grabe ihren Thränen freien Lauf gelassen; man hat in Böhmen den Ort gezeigt, wo getreu nach des schwedischen Hauptmanns Bericht Max Piccolomini seine Heldenseele ausgehaucht und im guten Glauben an die Wahrheit der Thatsachen noch einmal all' die süßen Scenen aus Wallenstein im Geiste vorüberziehen lassen. Was thut es auch dem gläubigen Gemüthe, daß so manche Reliquien harmlose Dinge sind, welche mit dem Gegenstande der Verehrung nie in Berührung gekommen. Die Wirkung bleibt dieselbe. Wozu die zersetzende historische und naturwissenschaftliche Kritik? Der Gläubige erbaut sich einmal daran, ob echt, ob unecht — ihm gilt es gleich.

Und bei allen civilisirten und halb civilisirten Völkern finden wir dasselbe. Entspringt doch der Reliquienkultus aus dem ganz natürlichen Gefühle, noch etwas Irdisches, Greifbares von untergegangenen, einst hervorragenden Personen zu besitzen, an das die Erinnerung anknüpfen kann. Und wer einmal darin befangen ist, der betrachtet das Schwert, mit dem der Schinderhannes hingerichtet wurde, wenn auch nicht mit dem gleichen Gefühl, so doch mit dem gleichen Interesse, wie den Marschallsstab eines berühmten Feldherrn. Bei unsern „teutonischen Vettern“ jenseits des Kanals ist die Reliquienhascherei, die Sucht, die Stellen zu zeigen, „die ein großer Mann betrat“, in noch weit höherem Grade rege, als bei allen Völkern des Kontinentes. Wie manches unechte Stück wanderte für schweres britisches Gold nach dem glücklichen Albion hinüber, um dort neben echtem zu prunken, wie rührend zeigt man die Plätze in Schottland, wo einst die Heldenfiguren aus Walter Scott's Romanen gehaust! Und liegt diesen auch oft eine geschichtliche Person zu Grunde, so knüpft sich doch das Besuchen der Orte, wo diese geweilt, zunächst an die Romanfigur, denn erst hierdurch wurden diese Stellen dem Volke bekannter.

Macbeth vor Allem ist erst durch und seit Shakespeare bekannter geworden. Die Alten, welche seine Geschichte aufklären sollen, sind noch lange nicht geschlossen; nur so viel steht fest, daß er bei Weitem nicht so schrecklich war, wie ihn uns der große Dichter vorführt. Sein eigener Vater war vom König Malcolm ermordet worden und so erschlug er wieder aus Blutrache — wie Einige meinen, im offenen Zweikampfe — dessen Sohn, König Duncan, im Jahre 1039. Dann bestieg Macbeth den Thron und regierte zur Zufriedenheit des Volkes. Aber Duncan's Familie ruhte nicht. Die immer noch mächtigen Glieder derselben verbanden sich mit Siward, dem dänischen Earl von Northumberland, sowie mit Macduff, dem Maormor von Fife, und zogen im Jahre 1054 mit einem großen Heere gegen ihn aus. Bei Dunsinane Hill war das Zusammentreffen, in dem Macbeth unterlag. Geschlagen und von vielen seiner Anhänger verlassen, entfloh er nach dem Norden Schottlands, wo er sich noch zwei Jahre lang gegen die Uebermacht hielt, bis er am 5. Dezember 1056 im siebzehnten Jahre seiner Regierung in einem Gefechte bei Lumschanan in Aberdeenshire fiel. Seine Frau, Lady Gruoch, die in der Tragödie eine so hervorragende Rolle einnimmt, war aus königlichem Blute. Auch ihren Großvater, König Kenneth IV., ihren Bruder und ihren ersten Mann, den Maormor von Moray, hatte König Malcolm ermordet, um so mehr Grund für Macbeth, an dessen Sohn Duncan die Blutrache auszuüben.

organisation soll nicht gerüttelt, die dreijährige Dienstzeit nicht verkürzt, der Militäretat in seinem Bestande nicht geschmälert werden; nur solle es erlaubt sein, die jetzige Stärke des Heeres durch ein Gesetz festzustellen; dafür solle das Haus sein Budgetbewilligungsrecht hingeben. Das Land erwarte eine einfache und klare Antwort. (Beifall.)

Abg. Graf Wartensleben: Imponirt hätten ihm nur die Einwendungen gegen die Reorganisation von Seiten der Volkswirthe; die Anderen hätten blos längst abgethane Sachen vorgebracht; aber auch jene Einwendungen der Volkswirthe beruhten auf Täuschung. Die produktiven Kräfte würden nämlich nicht durch die Zahl repräsentirt, sondern durch die Masse der Arbeit, welche in den einzelnen Persönlichkeiten stecke, und da sei das Kriegsheer gerade ein Mittel, durch welches die Kräfte der Einzelnen multiplizirt würden. Auf die Arbeit eines Soldaten könne er sich verlassen, weil dieser Ordnung und Gehorsam gelernt habe, und für jede Handthierung brauchbar geworden sei. (Heiterkeit.) Ohne die Militärmacht sei die Stellung Preußens gefährdet. So lange ein Napoleon auf dem Throne Frankreichs sitze, so lange brauche man ein wohlgerüstetes Heer. Wenn das Haus sein Recht durchführen wolle, so würde es das Ende Preußens sein, dann würde man ein Preußen ohne Königthum haben, nur mit einem erblichen Präsidenten an der Spitze. (Heiterkeit.)

Abg. Dr. Gneist: Die statistischen Mittheilungen des Kriegsministeriums träfen nicht zu. Das theuerste Material habe die preußische Armee, daher sei sie in Bezug auf die intensive Stärke allen andern Armeen voraus. Unsere Soldaten seien zum Mindesten alle tüchtige Arbeiter. Dazu kämen die 3000 Freiwilligen, eine Erscheinung, die kein anderer Staat habe. Das wohlfeilste Material verwende Rußland, dann folge Oesterreich. Frankreich verwende das allerwohlfeilste Material, welches zu haben. Es kämen ferner die Culturzustände der betreffenden Länder in Betracht. Und seien diese Länder nicht durch ihre Armeen in ihre jetzige Finanzlage gekommen? (Sehr wahr!) Dieses Haus wolle die Regierung, weil sie auf demselben Wege sei, warnen. Eine Abschätzung des stehenden Heers nach Procentsätzen der Bevölkerung habe keinen Werth, weil man sich in der Wirklichkeit an eine solche Normirung ja doch nicht halte. Redner geht dann auf die dermalige Situation über und räth dem Ministerium, die Leitung der Geschäfte doch endlich andern Männern zu überlassen, die mit der Reorganisation Achtung vor der Verfassung zu verbinden wissen würden. Der Kriegsminister meine, es stehe das Haus ihm und den übrigen Ministern persönlich feindlich entgegen. Nein, es stehe ihm nichts gegenüber als die continuirende Rechtsanschauung des Hauses; 1859 habe das Haus über die finanzielle Seite der Frage ganz dieselbe Anschauung gehabt, welche es jetzt habe, und selbst die Landrathskammer würde niemals andere finanzielle Grundsätze adoptirt haben. Und wenn der Kriegsminister seine statistischen Beweise mit Engelszungen verkündete, es würde ihnen doch kein Einsichtiger im Lande glauben. (Heiterkeit und Bravo!)

Der Kriegsminister: Die Vortrefflichkeit des Materials unserer Armee in Bezug auf Intelligenz, Bewaffnung rc. gebe er mit Freuden zu; aber mit alledem werde eine numerische Differenz doch nur bis zu einem gewissen Grade ausgeglichen. Die Zahl bleibe ein höchst wichtiges Moment. Seine statistischen Anführungen hätten einen andern als nur relativen Werth nicht haben sollen. Frankreich, Rußland und Oesterreich seien uns numerisch überlegen; da dürften wir nicht zurückbleiben. Bei Kriegseventualitäten denke man meist an Frankreich. Er glaube nicht, daß der gegenwärtige weise Beherrscher Frankreichs uns morgen oder übermorgen mit Krieg überziehen werde; aber thun werde er es gewiß, sobald er die Kraft dazu habe. Die Kriegsverfassung von 1814 sei an sich vortrefflich, aber alles habe seine Zeit, nach welcher es der Verbesserung bedürfe. Die Regierung wolle diesen Fortschritt, und sonderbarerweise sei dieses Haus nun so konservativ. (Heiterkeit.) Die Erfahrungen, die man bei den Mobilmachungen von 1850 und 1859 gemacht, hätten jeden einzelnen Soldaten sich sagen lassen müssen: Das geht so nicht mehr, wir kommen in's Unglück! Er als Divisionsgeneral habe 1859 noch seine ganz besondern Erfahrungen gemacht. Die Minister von 1859 hätten sich durch die Reorganisation unendlich verdient gemacht, sie hätten die heiligste Pflicht erfüllt. Er, Redner, sei nicht ein Gegner, sondern lediglich der Nachfolger des jüngstverstorbenen Generals v. Bonin; er setze nur fort, was dieser begonnen — er habe die Beweise dafür in den Händen. Man sage, die Regierung solle den Weg der Verständigung betreten; er glaube wohl, daß viele in diesem Hause eine Verständigung wünschten; aber viele hätten auch von der Tribüne herab verkündet, daß sie keine Verständigung mit der gegenwärtigen Regierung wollten. Inzwischen seien in dem vorliegenden Berichte die Bedingungen der Verständigung seitens des Hauses noch höher geschraubt worden. Man verlange das Recht einer jährlichen Steuerbewilligung, welches das Haus nie besessen und welches die Regierung dem Hause auch niemals vindiciren werde. Das heiße nicht Verständigung suchen, sondern nur die Kluft noch erweitern. Die Regierung könne das beklagen; aber sie sei zu schwach, es zu hindern. (Bravo! rechts; Zischen links.)

Abg. Duncker möchte Näheres darüber wissen, wie der Kriegsminister sich in Bezug auf die Armeereorganisation den Erben des Generals v. Bonin nennen könne?

Der Kriegsminister: Im Dezember 1859 sei er ernannt

Das sind in kurzen Zügen die geschichtlichen Verhältnisse. Aber das Volk hält an der Macbeth-Gestalt fest, die ihm Shakspeare so nahe geführt, und wallfahrtet nach den Orten, die im Drama als Schauplatz der gräßlichen Thaten aufgeführt werden. Ich folgte im verflossenen Sommer auch dem allgemeinen Zuge und betrat all' diese Plätze mit dem gemischten Gefühle des Zweifels an der Echtheit und der Verehrung für den großen Briten, der von uns Deutschen doch besser verstanden wird und uns näher steht als seinen eigenen Landsleuten.

Da, wo die schottischen Hochlande so recht eigentlich beginnen, am „mouth of the highlands“, wo der freundliche Bergstrom Tay über abgerundete Kiesel durch waldige Bergkuppen hinrauscht, liegt das idyllische Städtchen Dunkeld von etwa 1000 Einwohnern. Dunkeld ist in mehr als einer Beziehung ein interessanter Punkt. Hier ist die Grenze zwischen der schottischen und gaelischen Sprache, oder eigentlich der erste verlorene Außenposten der letztern. Denn unaufhaltsam dringt das angelsächsische Element gegen das keltische vor, das sich bereits in die Berge des Nordwestens und auf die wüsten Hebriden geflüchtet hat, um auch von dort verjagt zu werden und unrettbar unterzugehen. Ohne Literatur, ohne alle gebildeten Vertreter verfällt es immer mehr; nur wenige alte Leute sprechen nur gaelisch. Die Jugend ist schon zweisprachig. In den Kirchen und Schulen Dunkelds wird bereits nur in englischer Sprache gepredigt und gelehrt, so daß es mir schwer ward, noch Leute aufzufinden, welche „die Sprache Ossian's“ redeten.

Eine luftige, schön geschwungene Brücke führt über den Tay. Wir überschreiten sie und stehen nun am Fuße des weltberühmten „Birnamhügels“. Zwar nennt man ihn Hügel, doch ist er ein ganz anständiger Berg von 1580 Fuß Höhe, der durch seine vereinzelte Lage und mächtig aufsteigende Masse weithin sichtbar wird. Aber der Berg ist kahl, erfüllt sind die Worte der „Erscheinung“, die einst prophezeite:

„Macbeth wird nie besiegt, bis einst hinan
Der große Birnams Wald zum Dunsinan
Feindlich emporsteigt.“

Der Wald ist ausgewandert; an seiner Stelle stehen junge Lärchensprößlinge, Lärchen, die kaum seit hundert Jahren erst in Schottland von Tyrol aus eingeführt wurden. Der Weg zum Gipfel, der in einer Stunde zurückgelegt werden kann, ist sehr bequem und wird — in Schottland ein Wunder — ohne Führer zurückgelegt. Denn alle Schönheiten der Natur oder denkwürdige Orte, an die man in anderen Ländern frei herantreten kann, sind hier nur für Geld zu sehen. Wo eine schöne Aussicht ist, wo ein romantisches Thal, ein Wasserfall den Besucher anlockt, wird gleich ein Zaun mit Schloß und Riegel errichtet und ein „Keeper“ stürzt schillingswüthig über den arglosen Fremdling her, führt ihn hastig zur Sehenswürdigkeit und treibt ihn eben so schnell wieder zurück. Jeder Fleck ist hier eingezäunt, nirgends kann man seinen Fuß frei hinsetzen als auf die Landstraße, und Gesetztafeln, die stets beginnen: „Smoking prohibited, no dogs admitted“ oder „Trespassers will be prosecuted“, stören im Verein mit den zudringlichen Führern überall den Genuß.

Um nach Glamis Castle zu gelangen, fährt man von Perth aus etwa anderthalb Stunden nach Nordosten zu. Die Landschaft ist einfach, gut bebaut, meist flach, bis sich zur Rechten endlich die berühmten Dunsinan-Hügel erheben, wo Macbeth zuerst seinen Feinden unterlag; hier stand einst sein Schloß und hier empfing er die niederschmetternde Nachricht des Boten:

„Als ich den Wachtdienst auf dem Hügel that, —
Ich schau nach Birnam zu, und, sieh, mir däucht,
Der Wald fängt an zu gehen.“

Doch der Zug braust weiter und hält endlich bei der Station Glamis. Es war ein nebliger Morgen, als ich mich dem alten Thanensitze nahte; trübe Wolken hingen an den düsteren Kiefern

worden und im Januar darauf sei der Landtag zusammengetreten. Glaubten die Herren etwa, daß man einen Plan, wie den der Armeereorganisation, in dieser Zeit aus dem Aermel schütteln könne? Er habe den betreffenden Gesetzentwurf vorgefunden, und wenn er ihn nicht vorgefunden hätte, so würde er ihn nicht vorgelegt haben, wenigstens in dieser Form nicht.

Die Debatte über den betreffenden Abschnitt ist nunmehr geschlossen und es erhält jetzt noch der Referent Abg. v. Forckenbeck das Wort. Derselbe bemerkt: Wer sage dem Kriegsminister denn, daß das Haus den Punkt 6 des Commissionsantrags als eine Bedingung zur Ausgleichung betrachte. Einzelne Redner mögen das gesagt haben, aber ein Beschluß des Hauses darüber liege nicht vor, und daraus, daß der Kriegsminister lediglich aus den Aeußerungen einzelner Abgeordneten eine solche Folgerung gezogen, folge wohl, daß die Staatsregierung in Wirklichkeit keine Verständigung wolle und nur nach einem Grunde der Entschuldigung für das Land suche. Redner rechtfertigt den Bericht dann noch im Speziellen, indem er auf die Verhandlungen der letzten Sessionen über die Armeereorganisation näher zurückgeht.

Zum Abschnitt Marineverwaltung wünscht Abg. Schmidt-Randow Benutzung der Herzogthümer für die Zwecke der preußischen Marine und der Finanzminister theilt mit, daß die Einbringung eines Flottengründungsplans in kurzem zu erwarten sei.

Damit ist die Diskussion über sämmtliche 17 Abschnitte des Berichts geschlossen und es bleibt nur noch die über die 6 Anträge übrig.

(Amtliche Nachrichten.) **München**, 22. März. Se. Majestät der König hat dem fürstlich Leiningen'schen Oberforstmeister Fr. v. Ploennies die Bewilligung zum Tragen des von Sr. k. Hoh. dem Großherzoge von Baden ihm verliehenen Commandeurkreuzes des Ordens vom Zähringer Löwen ertheilt; den 2. Landwehr-Kreis-Inspektor von Oberbayern, Landwehrobersten W. Frhrn. v. Grainger, zum Landwehr-Generalmajor ernannt.

Der „Frankf. Postztg." wird von einem offiziösen Korrespondenten aus **Wien** geschrieben: „Es wird behauptet, Graf Karolyi habe Hrn. v. Bismarck keine Eröffnung wegen neuer Instruktionen an den österreichischen Kommissär in den Herzogthümern gemacht. Das ist wohl zu glauben; es lag gar kein Grund vor, eine solche Mittheilung zu machen. Aber daraus folgt noch lange nicht, daß Hr. v. Halbhuber keine neuen Instruktionen erhalten habe. Man sagt, es fehle das Motiv dazu, das Verhältniß zwischen beiden Kommissären sei ein völlig ungetrübtes. Allein um die persönlichen Beziehungen zwischen den Herren handelt es sich nicht, sondern um die Ergreifung von Maßregeln, zu verhüten und vorzubeugen, daß etwa mit der Einführung von preußischen Staatseinrichtungen im Kondominium vorgegangen werde. Man muß wohl wünschen und darf erwarten, daß Hr. v. Halbhuber nicht in den Fall kommen werde, von seinen neuen Instruktionen Gebrauch zu machen. Denn daß er deren erhalten hat, ist gewiß. Der österreichische Kommissär ist, ich wiederhole es, angewiesen, nicht zuzulassen, daß über die Sphäre der Verwaltung hinausgegriffen und irgend eine vollendete Thatsache geschaffen werde, welche die freien Entschließungen des erst einzusetzenden Souveräns beschränken und ihn in eine bestimmte Richtung drängen würde."

Wien, 22. März. Die Antwort aus Paris bezüglich der schleswig-holsteinischen Flagge ist nun ebenfalls eingetroffen; Frankreich erkennt die Interimsflagge ebenfalls an, und zwar unter Vorbehalt der Rechte des Bundes. Die Fortbewilligung der vormals mit der dänischen Flagge getheilten Vortheile bleibt vorerst Gegenstand weiterer Erwägung.

Berlin, 21. März. Die Zeidler'sche Correspondenz droht ziemlich deutlich mit Auflösung des Landtages. Sie sagt, der Kriegsminister habe den Vorbericht der Budgetcommission ein hors d'oeuvre, ein Zwischengericht genannt, und fragt nun, ob nicht Alles, was die constitutionelle Aera vorgesetzt habe, der Constitutionalismus selber, die Fortschrittspartei, die ganze diesmalige Session ein Zwischengericht sei, das reize, ohne zu sättigen. Da eine Reihe von Rednern es ausgesprochen habe, daß an eine Verständigung mit dem Ministerium nicht zu denken sei, so lehne die Kammer die Erfüllung der ihr durch die Thronrede gestellten Hauptaufgabe ab, und vernichte selber das Motiv ihrer weiteren Existenz.

Berlin, 23. März. Im Abgeordnetenhause brachte heute der Finanzminister einen Gesetzentwurf ein, wornach die Regierung ermächtigt werden soll, diejenigen Eingangszollsätze, welche nach den Bestimmungen des § 6, Tarif B des Handelsvertrages am 1. Januar 1866 eintreten sollen, schon mit dem 1. Juli 1865 eintreten zu lassen. Der Gesetzesentwurf wurde den vereinigten Kommissionen für Handel und Finanzen überwiesen.

Hannover, 22. März. Durch königliche Proklamation wird die Ständeversammlung zur Fortsetzung ihrer ersten ordentlichen Diät auf den 30. März wieder einberufen.

Wiesbaden, 21. März. Die herzoglichen Aemter (Lokal-Verwaltungsbehörden) haben den Bürgermeistern befohlen, in ihren Gemeinden Geld zu sammeln für die Waterloofeier. Allein die Leute wollen nichts bezahlen, und die Bürgermeister suchen sich deshalb bei ihren Vorgesetzten zu entschuldigen. Der Bürgermeister von Niederbachheim, Amts Braubach, hat darüber einen „gehorsamsten Bericht" erstattet, worin es wörtlich heißt, wie folgt: „Obgleich ich bei versammelter Gemeinde die Sache an's Herz gelegt habe, so hat dies doch nichts gefruchtet, und haben sie nichts ge-

---

die sich aus dem sandigen Boden erheben und den Platz umschatteten, an dem angeblich König Duncan ermordet worden war.

Die mächtigen gewölbten Räume des Erdgeschosses in dem alten Schlosse, das im Parke liegt, können wohl ein hohes Alter beanspruchen, aber der „Than von Glamis" sah sie nie. Jetzt dienen sie als Jagdhalle und eine schöne Sammlung alter Rüstungen und mächtiger Hirschgeweihe ziert die Wände. Die oberen Stockwerke bestehen aus einem Labyrinthe von Schlafzimmern; eines reiht sich an das andere und überall stehen Himmelbetten, alle vollständig hergerichtet, die der Liebhaberei eines früheren Grafen von Strathmore, jede Nacht des Jahres in einem anderen Bette zu schlafen, ihre Entstehung verdanken. Da wird auch das Bett gezeigt, in dem einst Walter Scott in seiner Jugend schlief, und endlich das kleine Zimmer, in dem Duncan ermordet wurde. „Dies ist das Bett, in dem ihn Macbeth überfiel", erklärt die in schwarze Seide gekleidete Führerin und gläubig betasten die edlen Briten die Vorhänge desselben, übersehen dabei aber, daß darauf das welfische Wappen angebracht ist, daß es also höchstens in die Zeit der George zurückreicht! Aber der Glaube macht ja selig.

Um neue Erinnerungen an Macbeth zu finden, müssen wir unseren Weg weiter nordwärts fortsetzen und die Eisenbahn von Aberdeen nach Inverneß benutzen, wo wir denn durch die Halde von Forres nach Cawdor Castle und Inverneß kommen, nach jenen Orten im Nordosten Schottlands, wo Macbeth's tragisches Geschick erfüllt wurde.

Nairn ist ein freundlicher kleiner Küstenort, mit sauberen Straßen und niedrigen strohgedeckten Häusern. Im Süden Nairns zieht sich zwischen den Flüssen Findhorn und Nairn, die beide dem deutschen Ocean zueilen, eine ungemein fruchtbare Landschaft hin. Herrliche Weizenfelder, saftige Wiesen und kleine Waldbestände erfreuen das Auge, und muntere, durch felsige Thäler dahinrauschende Bäche geben der Scenerie eine angenehme Abwechslung. In dieser Umgebung erblicken wir zwischen hohen, uralten Bäumen das altersgraue Schloß Cawdor. Einige Stunden östlich von diesem dehnt sich die wilde Haide von Forres aus, wo Shakespeare die Hexen erscheinen läßt, und hier tönte es Macbeth wahrschauend entgegen:

„Heil Dir, Macbeth, Heil, Heil Dir, Than von Cawdor!"

Macbeth wurde Than von Cawdor; doch nimmt dies Schloß in seiner wahren Geschichte keine hervorragende Rolle ein und erst die spätere Sage hat den Mord Duncan's in diese düsteren Mauern verlegt. Und wie sieben Städte darum stritten, dem blinden Sänger der Ilias das Dasein gegeben zu haben, so streiten drei Orte in Schottland, der Mordplatz König Duncan's zu sein. Neben Glamis noch Cawdor und Inverneß. Aber die Geschichte erkennt keinem von den dreien die traurige Ehre zu und nennt uns das Dorf Bothgowan bei Elgin als den muthmaßlichen Sterbeplatz.

Noch habe ich Inverneß zu erwähnen, wohin Shakespeare einen großen Theil seiner Handlung verlegt. Durch das Moor von Culloden, wo im Jahre 1745 der letzte Stuart Englands Kriegern unterlag und die Sache seiner Dynastie auf ewig verloren ging, gelangen wir von Nairn aus nach der mächtig aufblühenden Kapitale der Hochlande. Inverneß ist eine eigenthümliche Stadt, in der gaelisches und angelsächsisches Element vielfach gemischt ist und die dadurch, daß hier Eisenbahn, Meer und caledonischer Kanal zusammentreffen, einer bedeutenden Zukunft entgegengeht. Hier stand einst Macbeth's festes Schloß — doch keine Spur ist mehr von ihm übrig geblieben und Gebäude modernen Ursprungs bedecken jetzt den Platz des Schlosses, von dem Duncan vor seiner letzten Nacht sagte:

Dies Schloß hat eine angenehme Lage;
Gastlich umfängt die lichte, milde Luft
Die heitern Sinne.

In der That ist auch Inverneß der Punkt in Schottlands Hochlanden, der sich durch herrliche Umgebung vor vielen anderen auszeichnet.

leistet, haben vielmehr vorgeschützt, durch die erhöhete Hundesteuer thäten sie keinen Beitrag leisten, wie auch zu sonstigen milden Zwecken thäten sie gar nichts mehr bezahlen und damit die erhöhte Hundesteuer decken." Bekanntlich ist das einzige Gesetz, welches im Lauf unserer neuesten Aera erlassen worden ist, eine Verordnung über Erhöhung der Hundetaxe. (N. Frkf. Z.)

Kopenhagen, 22. März. Nach einer Mittheilung der Regierung an den gemeinschaftlichen Verfassungsausschuß geht die Regierung auf die vorgeschlagene Wählereintheilung ein, verlangt jedoch einen höheren Wahlrechtscensus und Beschränkung der Wählbarkeit der Lokalbeamten. Eine Einigung wird daher schwerlich erreichbar sein.

Bern, 17. März. Die Regierung von St. Gallen verlangt die Aufhebung der bekannten Beschlüsse über das Aufhören der Polenunterstützung von Staatswegen; allein der Bundesrath sieht sich nicht veranlaßt, darauf einzutreten. Die Wirkung hievon ist, daß die unterstützten Polen sich alle Mühe geben, Arbeit zu finden und zum größten Theil auch solche erhalten, freilich oft harte Arbeit. So sieht man hier Polen an der Abtragung des Christoffelthurmes arbeiten. (Schw. M.)

London, 20. März. Seit zwei Tagen rasen wieder gewaltige Stürme an den Küsten und richten große Verwüstungen an. (Das erklärt auch das wiederholte Ausbleiben der Londoner Post.) In den Tyne sind über 100 Schiffe eingelaufen, um sich aus der offenen See zu retten. Gestern haben mehrere Fahrzeuge an der Ostküste Schiffbruch gelitten; eine Kohlenbrigg ist vor Shields gestrandet und ehe das ihr zugeschleuderte Rettungsseil erfaßt werden konnte, in Stücke zerfallen; die Mannschaft wurde von den Wellen weggespült. Nur dem Steuermann gelang es, sich zu retten.

Aus **Paris**, 21. März, schreibt man der „Köln. Ztg.": „Das Journal „Le Monde" tritt fortwährend äußerst heftig auf. Heute läßt sich dasselbe aus Rom schreiben: „Man spricht von einem zweiten Besuch, den Hr. v. Sartiges im Vatican abstattete, und man leiht dem heil. Vater, der nochmals von dem Rückzug der Okkupationstruppen benachrichtigt wurde, Worte, welche seine Energie, seine Entschlossenheit und seine Hoffnung in den, dessen Schutz den Schwachen und Unschuldigen immer zugesichert ist, treu wiedergeben. „Gut!" so rief der heilige Vater aus, „ziehen Sie Ihre Truppen zurück, morgen meinetwegen, wenn es Ihnen gut dünkt, aber drohen Sie nicht ohne Unterlaß. Thun Sie sofort, was Sie thun wollen." Wir kennen diese Worte: „Thun Sie sofort, was Sie thun wollen." Es sind die nämlichen, welche Christus zu Judas sagte, als er ihm seinen Verrath vorwarf: „Quod facis, fac citius".

Neapel, 17. März. Die letzte Gnadenfrist der Seminarien ist gestern abgelaufen, und der Fiscus hat dieselben in Besitz genommen, nachdem die Zöglinge und die bischöflichen Leiter der beiden Häuser dieselben geräumt hatten. Die geistlichen Obern haben jedoch Protest und Prozeß angemeldet. — In Betreff des Brigantenwesens ist zu melden, daß der Bandenführer Bellettieri und einige andere zerstreute Briganten gefangen wurden. Das allmähliche Erlöschen des Bandenwesens ist keine Illussion mehr. — Endlich ist die gefährlichste aller weiblichen Briganten des Neapolitanischen in die Hände der Behörden gefallen. Es ist dieß die 18jährige, wunderschöne Maria Pagnotta, die Geißel des Bezirks von Melfi, welche in Männerkleidung ihrem Geliebten, dem Räuber Giammarino, folgte, und sich durch die gräßliche Grausamkeit gefürchtet machte, womit sie die Armen, die in ihre Hände fielen, verstümmelte. Sie war immer zu Pferd, und stets in den vordersten Reihen, und war der Fahnenträger der Bande.

Ueber das durch den Telegraphen bereits gemeldete erste Gefecht, welches die österreichischen Freiwilligen in **Mexiko** bestanden und siegreich beendet haben, bringt die Wiener Zeitung nachstehende nähere Angaben: „Am 6. Februar um 6 Uhr früh griff Major Kodolitsch nach einem angestrengten Nachtmarsch mit der 2. und 6. Jägerkompagnie, 24 Mann der 1. Pionierkompagnie und 80 Mann der eingebornen Kavalerie unter Oberstlieutenant Carillo — im Ganzen ungefähr 420 Mann — den von 800 Mann Infanterie und 300 Reitern besetzten Ort Tesuitlan, nördlich von Perote, an. Trotz der hartnäckigsten und erbittertsten Gegenwehr wurde der Ort mit Sturm genommen. Ueber 50 Gefangene, ein reiches Material an Waffen, gegen 100 Pferde, 1 Fahne, 1 Kasse und noch anderes Kriegsgeräthe waren die Trophäen des Tages. Es ist der Verlust des Hauptmanns von Haßinger zu beklagen, nebst 4 Mann des Korps und 2 Mann der mexikanischen Reiterei, welche sich trefflich gehalten hat. Verwundet wurden: Major Kodolitsch und Kadet Dokupil (durch die Wade), Kadet Karl Graf Herberstein und Lefebre durch die Brust geschossen, weiter 31 Mann."

Hiezu die Beilage: „Würzburger Anzeiger".

Verantwortlicher Redakteur: A. Hartmann.
Druck und Verlag der Stabel'schen Buch- und Kunsthandlung in Würzburg

Cours der Staatspapiere.

Oesterr.	5 pCt. Met. (Cp. i. S. b. R.)	—
"	5 pCt. Lomb. ditto. à 24	—
"	5 pCt. Engl. Met. v. 1852	$80\frac{1}{4}$ P.
"	5 pCt. Engl. Met. v. 1859	$78\frac{3}{4}$ P.
"	5 pCt. Venet. Coupon b. R.	$85\frac{3}{4}$ P.
"	5 pCt. Nationalanl. v. 1854	$68\frac{5}{8}$ G.
"	5 pCt. Metall. Obligation.	$62\frac{5}{8}$ G.
"	$4\frac{1}{2}$ pCt.	$56\frac{1}{8}$ P.
Preussen	$3\frac{1}{2}$ pCt. Staatsschuldsch.	
Bayern	$4\frac{1}{2}$ pCt. Obl. 1jähr. dto.	$101\frac{7}{8}$ P.
"	$4\frac{1}{2}$ pCt. Obl. $\frac{1}{2}$jähr. dto.	$102\frac{1}{4}$ G.
"	4 pCt. Obl. 1jähr. dto.	$99\frac{1}{4}$ P.
"	4 pCt. Obl. $\frac{1}{2}$jähr. dto.	$99\frac{1}{4}$ P.
"	4 pCt. Obl. Ah.-B. dto.	$98\frac{3}{4}$ P.
"	$3\frac{1}{2}$ pCt. Obl. dto.	—
Württemb.	$4\frac{1}{2}$ pCt. Obl. b. Rothsch.	—
"	$3\frac{1}{2}$ pCt. Obl. dto.	$94\frac{7}{8}$ G.
Baden	$4\frac{1}{2}$ pCt. Obl.	—
"	$3\frac{1}{2}$ pCt. Obl. v. 1842	$92\frac{1}{2}$ P.
Gr. Hess.	$4\frac{1}{2}$ pCt. Obl.	—
"	4 pCt. Obl. b. Rothsch.	—
"	$3\frac{1}{2}$ pCt. Obl. dto.	$97\frac{1}{4}$ P.
Nassau	$4\frac{1}{2}$ pCt. Obl. dto.	102 G.
"	4 pCt. Obl. dto.	$99\frac{3}{8}$ G.
"	$3\frac{1}{2}$ pCt. Obl. dto.	92 G.
Frankfurt	$3\frac{1}{2}$ pCt. Obl.	$96\frac{5}{8}$ P.
"	3 pCt. Obl.	—
Spanien	3 pCt. inl. Sch. P. à fl. 2. 30	—
"	$2\frac{1}{4}$ pCt. " " "	—
Schweden	$4\frac{1}{2}$ pCt. Obl. à 105 Thlr.	92 P.
N.Amerika	6 pCt. à 1000r. 1881 D. $2\frac{1}{2}$	—
"	6 pCt. ditto r. 1882 "	$55\frac{3}{8}$–$\frac{1}{2}$ G.

Diverse Aktien.

Frankfurter Bank à fl. 500 . . .	147 P. $146\frac{1}{2}$ G.
K. K. Oesterr. National-Bankaktien	850 P.
Oesterr. Kreditbank-Aktien à fl. 200	194–$94\frac{1}{2}$ G.
Bayer. Hypothekenb. Pfandbriefe 4 pCt.	—
Darmst. Bank 1. u. 2. Serie à fl. 250	$234\frac{1}{2}$ P.
Weimarische Bank à Thlr. 100 . .	$100\frac{1}{2}$ G.
Mitteldeutsche Kreditaktien . . .	$100\frac{1}{2}$ G.
Intern. Bank in Lux. à 250 Frs. à 28 kr.	—
Taunus-Eisenbahn à fl. 250 . . .	355 G.
Frankfurt-Hanauer-Eisenbahn . . .	—
Oest. F.St.Eisb. 5pCt. 500 Fr. à 28 kr.	—
" Elisab.-Eisenbahn 5 pCt. . .	$120\frac{1}{4}$ P.
Böhm. Westbahn-Aktien à fl. 200 6/7	$72\frac{3}{4}$ P.
Rhein-Nahe-Bahn 200 Thl. à 105 4pCt. Z.	$32\frac{1}{4}$ P.
Ludwigshafen-Bexbacher à 4 pCt. .	$146\frac{1}{2}$ G.
dto. dto. Prior. à 4 pCt.	$97\frac{1}{8}$ G.
Pfälz. Maxb. b. Rothschild à $4\frac{1}{2}$ pCt.	107 G.
Oest. St.-Eisenb. Prior.-Oblig. à 3 pCt.	$51\frac{3}{4}$ P. $\frac{5}{8}$ G.
Elisab.-Bahn Prior. 5 pCt. 6/7	$80\frac{1}{2}$ P.
Südd. Bank-Akt., 40 pCt. Einz.	260 G.
Span. Handels- und Industrie . .	—
Bayr. Ostbahn à $4\frac{1}{2}$ pCt. volleinbez.	$113\frac{3}{4}$ G.
Bayer. Ostbahn mit 50 pCt. Einz.	$113\frac{1}{4}$ G.

Wechsel in süddeutscher Währung.

Amst. fl. 100 k. S.	$100\frac{3}{4}$ G.
Antwerp. Frs. 200 k. S.	$94\frac{1}{2}$ G.
Augsb. fl. 100 k. S.	$99\frac{3}{4}$ G.
Berlin Th. 60 k. S.	105 P.
Brem. 50 Th. Lsd. k. S.	$97\frac{1}{4}$ P.
Brüssel Frs. 200 k. S.	$94\frac{1}{2}$ G.
Cöln Thlr. 60 k. S.	$104\frac{7}{8}$ P.
Hamb. MB. 100 k. S.	$88\frac{7}{8}$ P.
Leipzig Th. 60 k. S.	$104\frac{7}{8}$ P.
London Lst. 10 k. S.	$119\frac{7}{8}$ P.
Lyon Frs. 200 k. S.	—
Mail. Frs. 200 . .	$94\frac{1}{4}$ G.
München fl. 100 k. S.	$99\frac{3}{4}$ G.
Paris Frs. 200 k. S.	$94\frac{1}{4}$ G.
Petersburg 60 S.-R.	—
Triest fl. 100 k. S.	—
Wien fl. 100 ö. W.	—
do. in öst. W. l. S.	$106\frac{3}{8}$ P. $\frac{1}{8}$ G.
Disconto	$3\frac{1}{2}$ pCt. G.

Anlehens-Loose.

Oesterr.	fl. 250 v. 1839	$143\frac{1}{4}$ P.
"	fl. 250 v. 1854 mit 4pCt.	$78\frac{1}{4}$ P.
"	fl. 500 v. 1860 6/7	$84\frac{3}{4}$–85 G.
"	fl. 100 Eisb. L. v. 1858.	137 P.
"	do. v. 1864.	$94\frac{1}{4}$–$93\frac{7}{8}$ G.
Schwed.	10 Thlr. Loose	10 P.
Badische	fl. 50	—
Badische	fl. 35	54 P.

Kurhess. Thlr. 40 b. R.	$56\frac{3}{4}$ P.
Gr. Hessen fl. 50 b. R.	$189\frac{1}{2}$ G.
" fl. 25 do.	$36\frac{3}{4}$ G.
Nassau fl. 25 bei Rothsch.	36 P.
Sardinische Fr. 36 b. B.	—
Neuchateler 10 Frs.-Loose	—
Freiburger 15 Frs.-Loose	—
Mailänder 45 Frs. L. b. R.	$32\frac{7}{8}$ P.
St. Lüttich mit $2\frac{1}{2}$ pCt. Z.	34 P.
Ansb.-Gunzenh. fl. 7-L.	11 P.

Frankfurt, 23. März. Die Börse eröffnete für österr. Fonds in matter Haltung, befestigte sich jedoch bald in Folge günstiger Wiener Notirungen. Besonders fest bleiben Loose von 1860. Mit amerikanischen Fonds zeigt sich der Markt überbürdet, daher sich die gestrigen Abendnotirungen nicht behaupten konnten. Frankfurter Vereinskasse waren etwas matter, Darmstädter flau, indem die veröffentlichte Dividende nicht den Erwartungen entsprach. (Synd.)

Digitized by Google

An die
k. Hof- und Staatsbibliothek
1 N. Würzb. Ztg. München.

Neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht!

№ 84. | Vorausbezahlung: Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 1 fl. 30 kr. Bei Inseraten wird die dreispaltige Zeile in gewöhnlicher kleiner | 62. Jahrgang. | Schrift oder deren Raum im Hauptblatte mit 6 kr., im Anzeiger mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franco. | Samstag, 25. März 1865.

Abonnements-Einladung.

Bestellungen auf die mit dem Unterhaltungsblatte **Mnemosyne** und dem Beiblatte **Würzburger Anzeiger** verbundene

Neue Würzburger Zeitung

für das mit dem 1. April beginnende II. Quartal nehmen alle Postämter an, und werden solche **rechtzeitig** erbeten. Der Abonnementspreis beträgt in ganz Bayern künftighin

vierteljährlich nur fl. 1. 30 kr.

(Bei außerbayerischen Postämtern findet eine geringe Preiserhöhung statt.)

Es kömmt somit jede Nummer der Zeitung nebst Anzeiger (welcher selbst an Sonntagen erscheint, was im Jahre anderen Blättern gegenüber ein Mehr von über 50 Nummern entziffert) sowie mit dem Unterhaltungsblatt Mnemosyne **zusammen** auf den außerordentlich billigen Preis von

täglich einem Kreuzer

im Abonnement zu stehen.

Die „Neue Würzburger Zeitung" bringt nach wie vor Leitartikel über jede bedeutende politische oder handelspolitische Zeitfrage, ferner Original-Korrespondenzen und telegraphische Depeschen aus den größeren Städten Europa's.

Außer dem im Hauptblatte enthaltenen Feuilleton bringt das belletristische Beiblatt „Mnemosyne" Originalnovellen u. s. w. aus der Feder bekannter Schriftsteller, und hofft mit denselben neben dem übrigen Neuesten und Interessantesten aus dem Gebiete der Unterhaltungslekture, sowie ausgewählten Erzählungen, Gedichten, Miscellen, Aphorismen, Nekrologen, literarischen und Kunst-Kritiken u. s. w. ihre Leser nach jeder Richtung hin angenehm und lehrreich zu unterhalten.

Das täglich zur Zeitung erscheinende Gratis-Beiblatt **„Würzburger Anzeiger"** (welcher auch separat um 42 kr. vierteljährlich bezogen werden kann) liefert alle lokalen Neuigkeiten, sowie eine kurzgefaßte Uebersicht der politischen Ereignisse, Markt-, Cours- und Sitzungsberichte u. s. w.

Die Expedition der „N. Würzb. Ztg."

Das liberale Element in Deutschland und seine Forderungen.

S In keiner Angelegenheit hat das deutsche Volk deutlicher kundgegeben, daß es den Ausspruch seines Lieblingsdichters: „Ja, wir sind eines Herzens, eines Bluts" nicht vergessen habe, als in der schleswig-holsteinischen Frage. So verschieden auch in den einzelnen Gauen Deutschlands die Bewohner an Gesittung, Religionsbekenntniß und politischen Anschauungen sein mögen, überall stimmen sie darin überein, daß eine rein nationale Lösung jener Frage angestrebt werden müsse, und nur der Stockpreuße, dem in seiner einseitigen Auffassung der Verhältnisse eine Vergrößerung seines engeren Vaterlandes als schönstes Ziel vorschwebt und dessen großdeutscher Patriotismus mit der Sekundenuhr in der Hand gemessen werden muß, schwärmt unverhohlen für die Annexionspolitik.

Diese seltene Einmüthigkeit im deutschen Volke, wir getrauen uns dies zu behaupten, ist lediglich das Verdienst des liberalen Elementes in Deutschland, sowie überhaupt die Wünsche und Hoffnungen von allen Bewohnern deutscher Erde in den liberalen Ideen kulminiren, welche in unseren Tagen neuerdings ans Tageslicht getreten sind. Die Weltgeschichte mag dereinst darüber richten, warum der Deutsche unter den Letzten sich befindet, der darum ringen muß, die gesetzliche Freiheit zu erlangen, und warum er in dieser Beziehung weit hinter dem stammverwandten Engländer und auch manchen andern civilisirten Nationen zurückgeblieben ist. Allerdings haben wir eine Reihe von Staaten in Deutschland, die in freiheitlichem Geiste und gesetzmäßig regiert sind, aber auch große Staaten, in welchen die billigsten Forderungen des Liberalismus perhorrescirt werden.

Und der deutsche Liberalismus, was fordert er denn eigentlich so gebieterisch? Predigt er den Umsturz, die Revolution? Gewiß nicht. Die innere Berechtigung seines Verlangens wird ihm sogar von den gewiegtesten Staatsmännern zugestanden, und die Erfüllung seiner Wünsche ward schon zu wiederholten Malen von den Regierungen der verschiedensten deutschen Länder als ein heiliges Versprechen zugesagt.

Freiheit der Rede und der Presse, das Recht der Association und eine lebendige konstitutionelle Verfassung, das ist es, was der Liberalismus für die einzelnen Staaten seines großen deutschen

Feuilleton.

** Die Erfindung der Schnellpresse*).

Unter den Ereignissen von weltgeschichtlicher Bedeutung, welche dem Eintritt des neuen Zeitalters vorangegangen, ist keine von wohlthätigeren Folgen gewesen, als Gutenbergs Erfindung der Buchdruckerkunst. Denn sie erst hat der Schrift, also auch der Sprache und dem Geiste des Menschen die volle Wirksamkeit verliehen, die Schätze der Wissenschaft, die Erkenntniß und die Gefühle des Einzelnen zum Gemeingut der Gesammtheit gemacht. Sie brachte den gewaltigsten Umschwung in der geistigen Thätigkeit und dem ganzen Kulturleben der Völker hervor, verbreitete Licht und Bildung bis in die entlegensten Welttheile.

Nachdem vor 400 Jahren Gutenberg durch Erfindung der Presse und der beweglichen Lettern zuerst den großen Gedanken ausgeführt, die Buchstabenschrift auf mechanischem Wege zu vertausendfachen, blieb die Buchdruckerkunst Jahrhunderte lang technisch wie künstlerisch fast ohne fortschreitende Entwicklung.

*) Dieser Beitrag zur Geschichte der Buchdruckerkunst wurde, wie wir bereits gestern im Anzeiger erwähnten, gelegentlich der Festfeier bei Aufstellung der 1000sten Schnellpresse der Firma König und Bauer in Kloster Oberzell auf derselben Maschine gedruckt und unter die Anwesenden vertheilt.

Der ungeheure Aufschwung, welchen die Typographie seit Beginn unsers Jahrhunderts erlangt hat, datirt von der Erfindung der Schnellpresse, durch welche die Leistungsfähigkeit und der wirkungsreiche Einfluß der Presse verzehnfacht wurden. Sie ist, wie die meisten Erfindungen auf dem Felde der Buchdruckkunst, das Verdienst deutschen Geistes und deutscher Beharrlichkeit.

Friedrich König, eines Oekonomen Sohn, geboren zu Eisleben 1775, war schon bei Erlernung und Ausübung der Buchdruckkunst mit den Mängeln der Handpresse bekannt geworden. Durchdrungen von der Ueberzeugung, daß dieselbe für den stets steigenden geistigen Bedarf des Publikums kein zureichendes Werkzeug mehr sei, faßte er den Plan, eine Maschine zu ersinnen, welche alle die mühseligen Handhabungen, die seither mit vielem Zeitaufwand von Menschenhand erledigt wurden, auf rascherem, einfacherem Wege selbstthätig verrichte.

Nach jahrelangem mühevollen Forschen und Sinnen war König so weit gediehen, um zur Ausführung schreiten zu können. Aber gerade jetzt, dem Ziele scheinbar nahe, begannen die größten Schwierigkeiten. Wie bei jeder auszuführenden Erfindung waren auch hier viele vorbereitende einzelne Versuche nothwendig, diese erforderten bedeutende Geldmittel, mehr als König zu Gebote standen. Seine Bemühungen, Theilnehmer und Unterstützung zu finden, schlugen fehl. In jener Zeit, wo fast jedes Jahr neue Kriegs-

Vaterlandes in Anspruch nimmt, und nicht als Schlagwörter der modernen Weltanschauung läßt diese obige Forderungen hinstellen, sondern als einen billigen Ausfluß der natürlichen Menschenrechte.

Für das gesammte deutsche Reich aber fordert das liberale Element, daß die einheitliche Entwicklung desselben im nationalen Sinne gefördert werde. Eine Volksvertretung am deutschen Bunde oder was an dessen Stelle zu kommen hätte, soll dahin wirken, daß es im ganzen Reiche nur Ein Gesetz, Ein Maß und Gewicht und nur Einen Münzfuß gebe; die Freizügigkeit der Deutschen in allen Staaten seines Vaterlandes, und ein wirksamer Schutz seiner Person, wenn er sich im Auslande befindet, das gehört zu weiteren Postulaten des liberalen Elementes.

Unsere Bemerkungen machen keinen Anspruch auf Originalität; wir wiederholen hier nur, was uns Männer wie Arndt und andere große Vaterlandsfreunde gelehrt haben.

Der Ruf nach einer Reform des Bundes und nach Schaffung einer Volksvertretung ist allgemein. Wenn dieser berechtigte Wunsch realisirt werden soll, so wäre kaum etwas förderlicher, als daß das Institut der Volksvertretung in den verschiedenen Staaten Deutschlands vorerst vollständig organisirt würde. In Oesterreich müßte die Verfassung ausgebaut, in Preußen müßte der Konflikt behoben, und in mehreren kleineren Staaten müßte die bestehende Scheinverfassung einer lebendig gewordenen weichen.

Für diejenigen, welche die Frage der Führerschaft absolut berührt haben mögen, diene die Bemerkung, daß derjenige Staat, welcher in seiner verfassungsmäßigen Entwicklung am weitesten wird fortgeschritten sein, derjenige Staat, dessen Regierung es verstanden hat, den aufgestellten Forderungen des liberalen Elementes in Deutschland am meisten nachzukommen, auch am ehesten sicher sein darf, daß ihm in Zukunft die Rolle der Führerschaft in Deutschland von selbst in den Schooß fallen werde.

(Amtliche Nachrichten.) **München,** 22. März. Se. Majestät der König hat dem k. Consistorialrath Dr. L. Kraussold in Bayreuth und dem Dekan und ersten Pfarrer an der prot. Pfarrkirche in München, Dr. J. M. Mayer, das Ritterkreuz 1. Kl. des Verdienstordens vom heil. Michael verliehen; dem Controlbediensteten Nik. Reuter in Dürkheim in Rücksicht auf seine 50jährigen treugeleisteten Dienste die Ehrenmünze des k. b. Ludwigs-Ordens verliehen; das Benefizium Eberspoint, Bez.-A. Vilsbiburg, dem Priester A. Grünwald, Pfarrvikar in Langengeisling, Bez.-A. Erding, übertragen; am Bezirksgerichte Weiden noch einen Advokaten aufgestellt und die Stelle desselben dem Advokaten-Concipienten A. Prechtl in Neunburg v/W. verliehen; den Sekretär des Appell.-Ger. von Mittelfranken, A. L. Mayer, in den nachgesuchten Ruhestand treten lassen; dem Registrator der k. Reg.-Finanzkammer von Oberfranken, J. G. W. Höbl, den erbetenen Ruhestand gewährt und demselben in Rücksicht auf seine 50jährigen treu geleisteten Dienste die Ehrenmünze des k. Ludwigs-Ordens verliehen; auf die Stelle eines Registrators der k. Regierungs-Finanzkammer von Oberfr. den Canzlisten der k. Regierung von Oberfr., G. A. Schärtel, befördert. Der k. Förstwart Ch. Kreber zu Schönwied, Forstamts Bayreuth, wurde quieszirt und an dessen Stelle der Forstwart Karl Müller zu Rodeck, Forstamts Kronach, versetzt. Zum Forstwart in Rodeck wurde der Forstgehilfe G. Kredel zu Lichtenberg im Forstamte Kronach ernannt.

Ein offiziöser **Wiener** Korrespondent macht der „Frankfurter Postztg." auf telegraphischem Wege folgende Mittheilung: „Bezüglich des Eintritts von Schleswig-Holsteinern in die preußische Armee ist hervorzuheben, daß derselbe nicht ohne Erlaubniß des Souveräns, also Oesterreichs und Preußens, erfolgen kann, und daß Oesterreich diese Erlaubniß weder gegeben hat, noch zu geben gesonnen ist."

Eine Wiener Korrespondenz der „Kob. Ztg." theilt mit, daß die Unterhandlungen mit Frankreich wegen Anerkennung der interimistischen Flagge Schleswig-Holsteins unter den Auspizien des Prinzen Napoleon geführt worden seien. Offenherzig, wie er ist, habe der Prinz selbst sich dessen gegen eine in Paris lebende diplomatische Person gerühmt. Diese Person habe darüber ein Wort gegen einen der ersten französischen Minister fallen lassen, welcher, in der ersten Ueberraschung, aller staatsmännischen Reserve vergessend, ausgerufen: „Wenn das der Prinz gesagt hat, dann ist er noch indiskreter, als ich geglaubt."

Berlin, 23. März. Ein Korrespondent der „Ztg. f. Nordd." will wissen, daß auf die letzte österr. Depesche, durch welche die preußischen Forderungen in Betreff der Elbherzogthümer abgelehnt wurden, bereits eine Antwort nach Wien abgegangen sei, in welcher Herr von Bismark nun auch seinerseits sich nicht mehr an die aufgestellten Forderungen gebunden erkläre. Herr von Bismark, so fährt der Korrespondent fort, werde nunmehr, da voraussichtlich keinem der verschiedenen Erbprätendenten ein ausschließliches Erbrecht von den preußischen Kronjuristen zugesprochen werde, der Grundsatz der Untheilbarkeit der Herzogthümer aber unanfechtbar sei, die Annexion, die einzig mögliche Lösung herzustellen suchen, indessen für die entsprechende offizielle Erklärung das Gutachten der Kronsyndici abwarten.

Stuttgart, 22. März. (Die württembergische Abgeordnetenkammer und die schleswig-holsteinische Frage.) Des mannhaften Beschlusses der württemb. Volksvertreter haben wir bereits gestern in der Rundschau des Anzeigers erwähnt. Die Verhandlungen sind für uns um so bedeutsamer, als sie gerade am Vorabend der Einberufung der bayer. Kammer stattfanden. Wir berühren in Folgendem die Discussion in der Kürze, als uns der Raum ds. Bl. gebietet. Vor Beginn der Debatten erhob sich der Herr Minister des Auswärtigen, Frhr. v. Varnbüler, und erklärte, daß er dieser Verhandlnng nicht anwohnen könne. Seine Wünsche und Bestrebungen fielen zusammen mit denen der Kam-

---

drangsale brachte, wollte Niemand einer Erfindung Interesse schenken oder gar Opfer bringen, deren Erfolg überdies Vielen zweifelhaft erschien. Endlich zeigten sich bessere Aussichten im fernen Ausland. König erhielt von der russischen Regierung die Aufforderung, eine Staatsdruckerei in Petersburg zu errichten, unter Zusicherung einer Summe von 10,000 Silber-Rubel behufs Ausführung seiner Erfindung.

Erfüllt von den besten Hoffnungen ging König im April 1806 nach Petersburg, sah sich aber bald in allen Erwartungen bitter getäuscht. — Müde, sich noch länger mit leeren Versprechungen hinhalten zu lassen, verließ er im späten Herbste Petersburg und begab sich nach England. Hier endlich fand er, was er suchte: Unternehmungsgeist und Kapital. Am 31. März 1807 schloß er mit einem der reichsten Buchdrucker Londons (Th. Bensley) einen Vertrag zum Zwecke sofortiger Ausführung der Erfindung.

In diese Zeit fällt auch die erste Verbindung Königs mit A. F. Bauer, geboren 1783 zu Stuttgart. Das freundschaftliche Verhältniß, welches sich bald zwischen beiden Männern bildete, wirkte sehr fördernd auch auf Königs Erfindung, zu deren raschen und sichern Ausführung Bauers Kenntnisse und praktische Erfahrungen in der Mechanik sehr wirksam beitrugen.

Im Jahre 1811 war endlich die erste Schnellpresse vollendet, auf welcher als erste Arbeit das Annualregister gedruckt wurde. Sie lieferte stündlich 800 Abdrücke.

Der Druck selbst wurde (ähnlich wie bei der Handpresse) durch einen Tiegel bewirkt. Alle andern Verrichtungen waren auf eine drehende Bewegung zurückgeführt und erledigte die Maschine alle Hauptprozesse, als z. B. das Nehmen und Vertheilen der Farbe, das Schwärzen der Lettern, den Druck selbst ꝛc. selbstthätig ohne Beihülfe der Menschenhand.

Obwohl mit dieser Maschine bereits ein außerordentlicher Fortschritt erzielt worden war, so war sie doch für eine größere Verbreitung noch zu complizirt und kostspielig. Auch bedingte die Anwendung des flachen Drucks noch mancherlei Mängel.

Die hiebei gemachten Erfahrungen führten 1812 zum Bau einer zweiten Schnellpresse unter Anwendung des cylindrischen Drucks. Die Leistungen derselben waren bereits so befriedigend, daß der Eigenthümer der Times sofort 2 Doppelmaschinen bestellte. Nach 2jähriger Arbeit war auch diese Aufgabe gelöst. Am 29. November 1814 begannen beide Doppelmaschinen ihre Thätigkeit mit dem Drucke der Times, welche das Publikum durch einen Leitartikel sofort mit der Erfindung bekannt machte. Daß man die Erfindung der Schnellpresse von diesem Tage datirt, mag dadurch begründet sein, daß sie mit dem 29. Nov. 1814 zum ersten Mal vor die Oeffentlichkeit trat und daß die Timesdoppelmaschinen die ersten Schnellpressen waren, welche in täglichem und dauerndem jahrelangen Betriebe blieben.

Die Erfindung erregte viel Aufsehen und bald folgten weitere Aufträge. Unter anderen ward bereits 1816 die erste sogen. Schön- und Wiederdruckmaschine ausgeführt, welche den Bogen gleichzeitig auf beiden Seiten druckt.

Die ersten 6—7 Maschinen enthielten schon alle wesentliche Prinzipien der heutigen Schnellpressen, und wenn die Erfindung im Laufe der seitdem verflossenen 50 Jahre auch außerordentlich vereinfacht und verbessert wurde, so sind doch bis auf heute die eigentlichen Hauptprozesse genau mit den ersten von König und Bauer ausgeführten Schnellpressen übereinstimmend.

Inmitten dieser Erfolge hatte indeß König fortwährend mit den widerwärtigsten Schwierigkeiten zu kämpfen. Die meisten Arbeiter der Buchdruckereien, befürchtend, durch die neue Erfindung in ihrem Broderwerb beeinträchtigt zu werden, standen deren weiterer Verbreitung feindlich gegenüber; mehrfach waren die bereits in Thätigkeit befindlichen Maschinen in den Händen unerfahrener, noch

mer, sie seien gerichtet auf die Vertheidigung des Rechts und auf eine Lösung dieser Frage im nationalen Sinne, wie dieß auch bisher von der königlichen Regierung in Uebereinstimmung mit den Kammern geschehen sei. Würde er den Verhandlungen anwohnen, so könnte er sich nicht auf die allgemeinen politischen Gesichtspunkte beschränken, er müßte eingehen auf die Lage der Sache, er müßte eine Rede halten, und dies könne er nicht, ohne der Sache selbst, ohne dem allgemeinen Interesse zu schaden. Darum halte er es für seine Pflicht, in die Berathung dieses Gegenstandes heute nicht einzutreten, selbst auf die Gefahr hin, bei der Kammer anzustoßen. Er sei sich aber dennoch seiner vollen Verantwortlichkeit bewußt; er nehme dieselbe in ihrem ganzen Umfange auf sich, wie die Frage immer gelöst werde. Er sei gekommen, der Kammer zu sagen, warum er nich bleiben könne, um auch den Schein zu vermeiden, als ob sein Ausbleiben auf einer Geringschätzung der Frage oder gar auf einer Mißachtung der Kammer beruhe. Damit ging der Minister ab. Römer wollte eine Aenderung der Kommissionsanträge, da man nicht mit Gewaltandrohung kommen könne. Wolbach überschüttete die Regierungen der Mittelstaaten, insbesondere die Würtembergs, wegen Unthätigkeit mit Vorwürfen und wollte den deutschen Volksgeist angerufen haben. Hölder spricht in ähnlichem Sinne, kommt aber schließlich darauf, daß den Mittel- und Kleinstaaten nichts übrig bleibe, als ein deutscher Bundesstaat unter Preußens Führung. Oesterlen redet der Trias das Wort, nicht weil er ein besonders begeisterter Anhänger derselben sei, sondern weil sie in der jetzigen Lage eine traurige Nothwendigkeit geworden. „Wir wollen kein Ausgleichungsobjekt zwischen Preußen und Oesterreich werden“, sagte er u. A., „sondern müssen uns vorerst an den Föderativstaat halten. Nur der Weg der Freiheit, nicht der Weg der Gewalt führt zur Einheit Deutschlands. Wenn die deutschen Dynastieen vergessen, daß sie in der Freiheit und Unabhängigkeit der einzelnen deutschen Stämme wurzeln, dann haben sie ihre Berechtigung verloren.“ Sarwey: Man dürfe nicht die Gewalt anrufen, wenn man nicht dazu schreiten wolle, und dieß wollen wir nicht, weil wir es nicht können. Schäffle stimmt dem Vorredner bei und hofft, Oesterreich werde noch von der preußischen Allianz zum Bundesrecht umkehren. Schließlich werden die Kommissionsanträge wie folgt angenommen: „die hohe Kammer wolle 1) ihre Ansicht dahin aussprechen, daß sie nicht nur die Einverleibung der Herzogthümer in das Königreich Preußen, sondern auch jede Aneignung von Rechten über dieselben durch Preußen, deren Einräumung nicht durch die gesetzliche Regierung und Volksvertretung der Herzogthümer genehmigt und von der Bundesversammlung als mit dem Bundesrecht und den Bundesinteressen vereinbar anerkannt ist, als einen Rechtsbruch betrachten; 2) gegen die Regierung die Ansicht aussprechen, daß alle deutschen Bundesstaaten, welche das Bundesrecht anerkennen, verpflichtet sind, für die Rechte der Herzogthümer und die Rechte Deutschlands auf dieselben mit der That einzustehen“ — mit 77 gegen 5 Stimmen. Nein: Graf Bissingen, Frhr. v. Ow, v. Steinbeis, Fetzer, Römer.

London, 23. März. Im Oberhaus theilt Graf Russell eine Notifikation des Kabinets von Washington bezüglich der Kündigung des Reziprozitätsvertrages mit und versichert bei dieser Gelegenheit, daß die Beziehungen beider Staaten nichts Besorgnißerregendes haben. Amerika sei zur Kündigung des Traktates vollkommen berechtigt und werde den Traktat vielleicht später mit Modifikationen erneuern. Graf Russell erwähnte auch, daß Sir Br. Bruce morgen nach Washington abreise.

London, 24. März. Das Unterhaus bewilligte diese Nacht die Befestigung Quebecks mit 275 gegen 40 Stimmen. Lord Palmerston sprach, wie im andern Hause Graf Russell, sehr friedenszuversichtlich. — Der König der Belgier ist glücklich angekommen.

Konstantinopel, 18. März. Kurschid Pascha ist in einer Mission betreffs des Suezkanals von Alexandria angekommen; die Pforte will die Entscheidung bis zu Bulwers Rückkehr verschieben. Osman Pascha's Bericht lautete für Hrn. v. Lesseps ungünstig.

Petersburg, 14. März. In der „Russ. Korrespondenz“ finden wir folgende traurige Nachrichten: „Die epidemische Krankheit fährt fort, unter den ärmeren Klassen von Petersburg zahlreiche Opfer zu finden. Die Hospitäler reichen nicht mehr aus, um allen Anforderungen zu genügen. Es mußten daher außerordentliche Maßregeln ergriffen werden. Der Obervormundschaftsrath hat in den Gebäuden der Alexandrowskischen Fabrik ein Hospital von 600 Betten eingerichtet. Ferner hat das Kriegsministerium dem Rath für die öffentliche Wohlthätigkeit Kasernen überlassen, um sie zu Hospitälern umzugestalten, und die oberste Medizinalbehörde hat für dieselben 30 Chirurgen-Gehilfen hergegeben. Ein Vergleich der Krankentabellen für den Winter 1863—1864 und 1864—1865 ergibt für den letzteren ein Mehr von 8901 Kranken. Der Staatsschatz hat 116,000 R. S. hergegeben, um die Kasernen des Ismailowskischen Regiments in Hospitäler umzuschaffen. Die Duma (Magistrat) hat 60,000 R. S. zur Errichtung eines andern Hospitals ausgesetzt. Aber da alle diese Maßregeln unzureichend waren angesichts der vielen hilfsbedürftigen Kranken, so hat man von der öffentlichen Mildthätigkeit Hilfe in Naturalien oder in Geld verlangt.“

öfter böswilliger Leute, welche ein Interesse daran suchten, sie zu Grunde zu richten.

Selbst die materiellen Früchte seiner Erfindung wurden König bald durch die schlechte und selbstsüchtige Handlungsweise seines Theilhabers Bensley verkümmert. Dieser Mann war bemüht, die Uebermacht des Kapitals nur zum persönlichen Vortheil auszunutzen, unbekümmert um den Werth der Erfindung für die Gesammtheit. Mit Hülfe seiner Maschinen suchte er durch rasche und billige Drucklieferungen andern Buchdruckern die Arbeiten zu entziehen und bemühte sich gleichzeitig, Königs Unterhandlungen mit denselben auf jede Weise zu hintertreiben oder zu erschweren.

Nicht genug, daß dieses Verfahren die Aussichten auf größeren Absatz in die Ferne schob, suchte er auch das Ergebniß der bereits gemachten Verkäufe zu verkümmern durch die Art, wie er die Rechte und Verbindlichkeiten des Gesellschaftsvertrages auffaßte und zu handhaben wußte. Da ihm König's Gewinnantheil, nun die Erfindung vollendet und im Gange war, lästig erschien, verband er sich mit zwei andern Technikern: Cowper und Applegrath, unter für ihn einträglicheren Bestimmungen gleichfalls zum Bau von Schnellpressen. Die Folge war, daß sich bald eine ganze Reihe von Mechanikern auf dasselbe Feld warf und Königs Maschinen, obwohl sie ihm alle auf 10 Jahre patentirt waren, unter dem Schutze nichtssagender Modifikationen nachbauten.

Nach vielen bittern Erfahrungen blieb König nur die Wahl: entweder vor dem Kanzleigerichtshofe des Königreichs klagbar gegen die Verletzung seiner Patente aufzutreten — (bei der, besonders damals, unglaublichen Kostspieligkeit des englischen Prozeßwesens hieß dies sein ganzes Vermögen auf einen Wurf setzen) — oder aber England zu verlassen, was mit dem Aufgeben der Patente und aller darauf sich gründenden Aussichten gleichbedeutend war.

König wählte das Letztere. Er verband sich mit seinem Landsmann Bauer, der ihm inmitten aller Intriguen und der schwierigsten Lage viele Beweise ehrenhafter Gesinnung und aufrichtiger Freundschaft gegeben hatte; beide Männer beschlossen, gemeinsam in ihrem Vaterlande ein neues Etablissement zum Bau ihrer Schnellpressen zu errichten, und es ist von diesem Zeitpunkt an die Beschreibung des Lebens und Wirkens der beiden Männer eigentlich nicht mehr zu trennen. Die kgl. bayer. Regierung überließ ihnen das im Jahre 1803 säkularisirte Kloster Oberzell unter günstigen Bedingungen. Auch in der Folge hatten sie sich vielfacher Begünstigungen der k. bayer. Regierung zu erfreuen, welche wesentlich zu den späteren Erfolgen ihrer Unternehmung beitrugen.

Im August 1817 siedelte König, 9 Monate später auch Bauer nach Oberzell über. Die Schwierigkeiten, welche sich nun boten, waren ganz anderer Art, als früher in England, aber vielleicht nicht geringer, und nur Männer von solch' eiserner Energie und zäher Ausdauer, wie König und Bauer, waren im Stande, sie Schritt für Schritt zu überwinden.

Es fehlte gänzlich an kundigen Arbeitshänden; gelernte Mechaniker waren nach den langen Kriegsjahren, die allen industriellen Sinn und Thätigkeit zerstört hatten, kaum zu finden; eigentliche Maschinenarbeiter gab es damals in Deutschland so zu sagen noch gar nicht; es galt also, solche erst zu schaffen aus den Bewohnern der umliegenden Dörfer. Die meisten Vorrichtungen und Arbeitsapparate mußten sie sich selbst herstellen, den Drehhacken, Hammer oder Feile in der Hand Mann für Mann anlernen, mühsam, mit unsäglicher Geduld ihnen die Handhabung von Werkzeugen beibringen, welche sie theils noch nie gesehen, und deren Zweck ihnen fremd war.

Eine Scheuer ward zur Eisengießerei hergerichtet, aus 2 Weinfässern ein Kastengebläse hergestellt, nothdürftig, doch hinreichend, um mit dessen Hülfe in Tiegeln die Theile für ein Cylindergebläse zu gießen. Mit eben so kümmerlichen Behelfen mußten fast alle Apparate, einer nach dem andern, gewonnen werden. Wie unendlich mühsam diese Aufgabe war, und wie schwere Opfer an Zeit

Cours der Staatspapiere.

Oesterr.	5 pCt. Met. (Cp. l. S. b. R.)	—
„	5 pCt. Lomb. ditto. à 24	—
„	5 pCt. Engl. Met. v. 1852	80 P.
„	5 pCt. Engl. Met. v. 1859	$78\frac{3}{4}$ P.
„	5 pCt. Venet. Coupon b. R.	$85\frac{3}{4}$ P.
„	5 pCt. Nationalanl. v. 1854	$68\frac{3}{4}$ G.
„	5 pCt. Metall. Obligation.	$62\frac{5}{8}$ G.
„	$4\frac{1}{2}$ pCt.	$56\frac{1}{8}$ P.
Preussen	$3\frac{1}{2}$ pCt. Staatsschuldsch.	
Bayern	$4\frac{1}{2}$ pCt. Obl. 1jähr. dto.	$101\frac{3}{8}$ G.
„	$4\frac{1}{2}$ pCt. Obl. $\frac{1}{2}$jähr. dto.	$102\frac{1}{4}$ G.
„	4 pCt. Obl. 1jähr. dto.	99 P.
„	4 pCt. Obl. $\frac{1}{2}$jähr. dto.	$99\frac{1}{8}$ P.
„	4 pCt. Obl. Ab.-R. dto.	$98\frac{3}{4}$ P.
„	$3\frac{1}{2}$ pCt. Obl. dto.	—
Würtemb.	$4\frac{1}{2}$ pCt. Obl. b. Rothsch.	—
„	$3\frac{1}{2}$ pCt. Obl. dto.	$96\frac{3}{8}$ P.
Baden	$4\frac{1}{2}$ pCt. Obl.	—
„	$3\frac{1}{2}$ pCt. Obl. v. 1842	$92\frac{5}{8}$ P.
Gr. Hess.	$4\frac{1}{2}$ pCt. Obl.	—
„	4 pCt. Obl. b. Rothsch.	—
„	$3\frac{1}{2}$ pCt. Obl. dto.	$97\frac{1}{4}$ P.
Nassau	$4\frac{1}{2}$ pCt. Obl. dto.	$102\frac{1}{2}$ P.
„	4 pCt. Obl. dto.	$99\frac{1}{2}$ P.
„	$3\frac{1}{2}$ pCt. Obl. dto.	92 G.
Frankfurt	$3\frac{1}{2}$ pCt. Obl.	$98\frac{5}{8}$ P.
„	3 pCt. Obl.	—
Spanien	3 pCt. inl. Sch. P. à fl. 2. 30	—
„	$2\frac{1}{4}$ pCt. „ „ „	—
Schweden	$4\frac{1}{2}$ pCt. Obl. à 105 Thlr.	$91\frac{1}{8}$ P.
N.Amerika	6 pCt. à 1000r. 1881 D. $2\frac{1}{2}$	—
„	6 pCt. ditto r. 1882 „	$55\frac{1}{2}-\frac{3}{8}$ G.

Diverse Aktien.

Frankfurter Bank à fl. 500 . . .	$146\frac{5}{8}$ P. $\frac{3}{8}$ G.
K. K. Oesterr. National-Bankaktien	850 P.
Oesterr. Kreditbank-Aktien à fl. 200	193 G.
Bayer. Hypothekenb. Pfandbriefe 4 pCt.	$97\frac{1}{8}$ G.
Darmst. Bank 1. u. 2. Serie à fl. 250	$230\frac{1}{2}$ G.
Weimarische Bank à Thlr. 100 . .	$100\frac{1}{2}$ G.
Mitteldeutsche Kreditaktien . . .	$100\frac{1}{2}$ G.
Intern. Bank in Lux. à 250 Frs. à 28 kr.	—
Taunus-Eisenbahn à fl. 250 . . .	356 G.
Frankfurt-Hanauer-Eisenbahn . . .	—
Oest. F.St.Eisb. 5pCt. 500 Fr. à 28 kr.	—
„ Elisab.-Eisenbahn 5 pCt. . .	$119\frac{1}{2}$ G.
Böhm. Westbahn-Aktien à fl. 200 6/7	73 G.
Rhein-Nahe-Bahn 200 Thl. à 105 4pCt. Z.	$81\frac{5}{8}$ P.
Ludwigshafen-Bexbacher à 4 pCt. .	$148\frac{1}{2}$ G.
dto. dto. Prior. à 4 pCt.	$97\frac{3}{8}$ G.
Pfälz. Maxb. b. Rothschild à $4\frac{1}{2}$ pCt.	107 G.
Oest. St.-Eisenb. Prior.-Oblig. à 3 pCt.	$50\frac{3}{4}$ P.
Elisab.-Bahn Prior. 5 pCt. 6/7	$80\frac{1}{8}$ P.
Südd. Bank-Akt., 40 pCt. Einz.	260 G.
Span. Handels- und Industrie . .	—
Bayr. Ostbahn à $4\frac{1}{2}$ pCt. volleinbez.	$114\frac{1}{8}$ P.
Bayer. Ostbahn mit 50 pCt. Einz.	$113\frac{3}{8}$ P.

Wechsel
in süddeutscher Währung.

Amst. fl. 100 k. S.	$100\frac{3}{4}$ G.
Antwerp. Frs. 200 k.S.	$94\frac{1}{2}$ G.
Augsb. fl. 100 k. S.	$99\frac{7}{8}$ G.
Berlin Th. 60 k. S.	105 P.
Brem. 50 Th. Lsd. k. S.	$97\frac{1}{2}$ P.
Brüssel Frs. 200 k. S.	$94\frac{1}{2}$ G.
Cöln Thlr. 60 k. S.	$104\frac{7}{8}$ P.
Hamb. MB. 100 k. S.	$88\frac{7}{8}$ P.
Leipzig Th. 60 k. S.	$104\frac{7}{8}$ P.
London Lst. 10 k. S.	$119\frac{3}{4}$ P.
Lyon Frs. 200 k. S.	—
Mail. Frs. 200 . .	$94\frac{1}{4}$ G.
München fl. 100 k. S.	$99\frac{7}{8}$ G.
Paris Frs. 200 k. S.	$94\frac{5}{8}$ G
Petersburg 60 S.-R.	—
Triest fl. 100 k. S.	—
Wien fl. 100 ö. W.	—
do. in öst. W. l. S.	$106\frac{3}{8}$ P. $\frac{1}{8}$ G.
Disconto	$3\frac{1}{2}$ pCt. G.

Anlehens-Loose.

Oesterr. fl. 250 v. 1839	$143\frac{3}{4}$ P.
„ fl. 250 v. 1854 mit 4pCt.	$78\frac{1}{4}$ P.
„ fl. 500 v. 1860 6/7	$84\frac{1}{4}$ G.
„ fl. 100 Eisb. L. v. 1858.	136 G.
„ do. v. 1864.	$93\frac{3}{8}$ P. $\frac{5}{8}$ G.
Schwed. 10 Thlr. Loose	10 P.
Badische fl. 50	—
Badische fl. 35	54 P.
Kurhess. Thlr. 40 b. R.	$56\frac{3}{4}$ P.
Gr. Hessen fl. 50 b. R.	$139\frac{1}{2}$ G.
„ fl. 25 do.	$36\frac{3}{8}$ P.
Nassau fl. 25 bei Rothsch.	36 P.
Sardinische Fr. 36 b. B.	—
Neuchateler 10 Frs.-Loose	—
Freiburger 15 Frs.-Loose	—
Mailänder 45 Frs. L. b. R.	$32\frac{7}{8}$ P.
St. Lüttich mit $2\frac{1}{2}$ pCt. Z.	34 P.
Ansb.-Gunzenh. fl. 7-L.	11 P.

Frankfurt, 24. März. Die Geschäftslosigkeit des gestrigen Tages hielt auch heute an. Die Haltung war im Allgemeinen eine etwas mattere. Geld hat etwas angezogen, Diskonto Anfangs zu $2\frac{3}{4}$ pCt., war schließlich nicht unter 3 pCt. (Synd.)

---

und Geld ihre Lösung erforderte, kann nur derjenige würdigen, welcher weiß, auf welch' niedrigem Standpunkt sich bei uns vor 50 Jahren die Mechanik befand, wie jämmerlich alle mechanischen Hülfsmittel und wie schwer selbst diese zu beschaffen waren.

Vier sorgenvolle Jahre der angestrengtesten Thätigkeit erforderte die Vollendung der ersten zwei Schnellpressen, welche 1822 von der Decker'schen Geheimen Oberhofbuchdruckerei zu Berlin bezogen wurden; bald folgte eine weitere für die J. G. Cotta'sche Buchdruckerei in Augsburg. Bis zum Jahre 1825 waren bereits 7 Schnellpressen an verschiedene größere Druckereien Deutschlands geliefert. Dieselben waren sämmtlich 2cylindrige, entweder Schön- und Widerdruck- oder Doppelmaschinen, und dienten hauptsächlich dem Zeitungsdruck.

Um der Erfindung eine mehrseitige Anwendung zu verschaffen, war es nöthig, sie vorzugsweise auch dem Druck von Büchern, Werken und andern Arbeiten anzupassen; so entstand 1825 die erste sogen. einfache Schnurmaschine, welche die Metzler'sche Buchhandlung in Stuttgart bezog. Von da an verbreitete sich die Anwendung der Schnellpressen sehr rasch, deren bis Ende 1829 bereits 51 ausgeführt worden waren. Das Etablissement beschäftigte die für jene Zeit bedeutende Zahl von 120 Arbeitern.

Die politischen Stürme der ersten 30er Jahre brachten eine empfindliche Stockung in den bis dahin stetigen Aufschwung des Geschäfts. Die Buchdruckgehülfen (besonders in Deutschland und Frankreich) traten feindlich der weiteren Verbreitung einer Erfindung entgegen, von welcher sie die irrige Ansicht hegten, sie beeinträchtige ihre Bedeutung und ihren Erwerb. An manchen Orten gingen sie sogar so weit, mit roher Gewalt die schon arbeitenden Schnellpressen zu zertrümmern. Mehr und mehr schwand das Vertrauen auf eine bessere Zukunft, das jahrelange Ausbleiben aller und jeder Aufträge zwang König und Bauer, die weitere Ausführung von Druckmaschinen auf das äußerste Maß zu beschränken. Es erregt ein schmerzliches Gefühl, daß gerade in dieser traurigen Zeit König — im 58. Lebensjahre — der Tod ereilte, nachdem er fast sein ganzes Leben unter unsäglichen Anstrengungen und Sorgen für die Verwirklichung seiner Ideen gekämpft und kaum erst angefangen hatte, die Früchte seines mühevollen Wirkens sich entwickeln zu sehen.

Er starb zu Oberzell am 17. Januar 1833. Es sind heute nur noch wenige — 12 — unter uns, welche schon in jenen ersten Jahren hier arbeiteten und Königs Art und Handlungsweise persönlich kennen lernten. Es thut dem Herzen wohl, wahrzunehmen, welche große Verehrung und Anhänglichkeit sie ihm, noch jetzt nach mehr als 30 Jahren, bewahren, und nichts spricht lauter für Königs edlen Charakter, als das freundliche Andenken im Herzen seiner Arbeiter, von denen so manche ihn als väterlichen Erzieher verehrten und liebten.

Nach Königs Tode ruhte die ganze Last des Geschäfts beinahe 20 Jahre lang nur auf Bauer.

Es bedurfte der vollen Kraft eines mit so seltner Schärfe des Geistes begabten Mannes, das begonnene Werk allein weiterzuführen. Die Mehrzahl von uns ist Zeuge dieser rastlosen und außergewöhnlichen Thätigkeit gewesen.

Inzwischen hatte sich auch die äußere Lage gebessert; Ruhe und Besinnung war in die irregeleiteten Gemüther zurückgekehrt, die steigende Thätigkeit des Buchhandels verdoppelte das Bedürfniß nach Druckmaschinen. Schon im Jahre 1838 war die hundertste vollendet. —

Einer der thätigsten und an Erfolgen reichsten Lebensabschnitte Bauers fällt in die Jahre 1840—47. Fortwährend auf Vervollkommnung der Erfindung bedacht, erfann er im Jahre 1840 die erste sogen. Kreisbewegungsmaschine.

Die Anwendung der hypocycloidalen Kreisbewegung war für den Schnellpressenbau von eminenter Tragweite und schuf in der weiteren Entwicklung und Ausbreitung der Erfindung eine neue Aera. Sie ist ausschließlich Bauer's geistiges Eigenthum, ebenso wie die 1841 von ihm zuerst, für die Brockhaus'sche Druckerei in Leipzig, ausgeführte Greiferdoppelmaschine. Letztere war so meisterhaft erdacht, daß sie bis auf heute das Mustermodell für fast alle Doppelmaschinen geblieben ist und auch die diese Worte druckende Nr. 1000 weicht nur in Nebensachen von der ersten Doppelmaschine vom Jahe 1841 ab.

Das letzte größere Werk Bauers war 1847 die Erfindung der sogen. Vierfachen Maschine, welche stündlich über 6000 Abdrücke liefert. Die Ausarbeitung derselben beschäftigte ihn über ein Jahr.

Es war Bauer vergönnt, am späten Lebensabend ruhig und ohne Sorgen für die Zukunft das Werk, zu dessen Begründung und Durchführung er so verdienstvoll beigetragen hatte, in voller Blüthe sich entwickeln zu sehen. Noch kurz vor seinem Tode wurde die 600ste Schnellpresse vollendet.

Er starb, fast bis zum letzten Tag im Besitz seiner vollen Gesundheit, am 27. Februar 1860, allen, die ihn kannten, das Andenken eines ächt deutschen Ehrenmannes hinterlassend.

Beide Männer, durch treue Freundschaft im Leben verbunden, ruhen nun nebeneinander auf dem Friedhofe von Oberzell, dicht am Schauplatz ihrer Thätigkeit, neben den Werken, welche sie geschaffen. Segenreich war ihr Wirken und Ehre sei ihrem Andenken!

Hiezu die Beilage: „Würzburger Anzeiger".

Verantwortlicher Redakteur: A. Hartmann.
Druck und Verlag der Stahel'schen Buch- und Kunsthandlung in Würzburg

Digitized by Google

An die
k. Hof- und Staatsbibliothek
N. Würzb. Ztg. München.

Neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht!

№ 85-86. | Vorausbezahlung: Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 1 fl. 30 kr. Bei Inseraten wird die dreispaltige Zeile in gewöhnlicher kleiner Schrift oder deren Raum im Hauptblatte mit 6 kr., im Anzeiger mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franco. | 62. Jahrgang. | Montag, 27. März 1865.

Aus der Budgetdebatte des preußischen Abgeordnetenhauses.

In der Sitzung vom 23. d. wurde die Berathung des allgemeinen Berichts über den Entwurf zum Staatshaushaltsetat pro 1865 fortgesetzt. Graf Wartensleben spricht gegen die Anträge des Berichts in seiner gewohnten drolligen Weise, ohne selbst auch in dieser Beziehung etwas Neues vorzubringen. Für die Männer der Wissenschaft habe er kein warmes Herz, das gestehe er offen, die seien ihm zu klug. (Schallendes Gelächter.) Indem man von Verbesserung der Lehrergehalte spreche, verfolge man agitatorische Zwecke. 1848 habe die Agitation die Lehrer durch solche Redensarten ebenfalls zu sich hinüber zu ziehen gesucht, und es sei ihr auch gelungen. Jetzt sei freilich Vieles anders geworden, und wir hätten noch Lehrer genug, denen es ins Herz geschrieben sei: Fürchte Gott und ehre den König. Nur die Dummen folgten der Agitation nach, und diese (zur Linken gewendet), meine Herren, können Sie für sich behalten. (Gelächter.) Man spreche von der Nothwendigkeit einer Erhöhung des Soldes der Unteroffiziere. Nun, frage man z. B. die Unteroffiziere der Garde, wem sie folgen wollten, dem Könige oder der Kammer — sie würden gewiß sofort kommen und . . doch das Weitere wolle er nicht aussprechen (Gelächter), und er sei überzeugt, daß das Publikum zu der betreffenden Scene Beifall klatschen würde. Er wolle noch ein Beispiel aus Göthe's Faust anführen. In der Scene, wo Mephistopheles den Faust auch vom letzten Reste des sittlichen Rechtes abbringen wollte, hinterlasse er, als er dann abfahre, einen Geruch — (Gelächter; Rufe: zur Ordnung! zur Ordnung!)

Der Präsident: Der Herr Redner wird finden, daß seine Bilder nicht im Geschmack des Hauses sind. (Heiterkeit.) Ich ersuche den Redner, die Lachlust des Hauses nicht mehr in solcher Weise in Anspruch zu nehmen.

Graf Wartensleben: So sage ich nur noch, daß zuletzt eben der Pferdefuß herauskommt. (Lachen.)

v. Bonin: Die Minister nennten sich mit besonderer Betonung die Diener des Königs, und der Minister des Innern habe neulich erklärt, daß in Preußen kein Ministerium auf die Dauer erfolgreich wirken könne, wenn es in diesem Hause nicht die Majorität habe. Möchten die Minister sich doch auch sagen, daß sie, ohne diese Majorität zu besitzen, auch dem Könige nicht mit Erfolg und Segen dienen könnten. (Bravo!)

Stavenhagen: Von den Soldaten, die den Feldzug gegen Dänemark mitgemacht, habe kein einziger drei Jahre gedient; viele seien nur $2^1/_2$ Jahre, die meisten nur 2 Jahre bei der Fahne gewesen. Sie hätten nun aber doch gewiß ihre Schuldigkeit gethan (Zustimmung), gleichwohl seien sie nach dem Kriege nicht entlassen worden, weil die Regierung das Prinzip der dreijährigen Dienstzeit streng durchführen wolle. Redner wendet sich dann speziell gegen den Kriegsminister. Die Regierung lebe in einem wahren Reorganisationsfanatismus. Die Machtstellung Preußens hange nicht ab von der Aufrechthaltung der Armeereorganisation in allen ihren Details und einzelnen Theilen. Die Machtstellung Preußens läge gewiß auch der Majorität am Herzen. Der Charakter der Reorganisation sei revolutionär.

Der Kriegsminister erhält das Wort. (Die Rede desselben ist in ihren wesentlichen Stellen bereits mitgetheilt.) Virchow: Wenn der Kriegsminister sage, er halte sich an Verfassung und Gesetz, so verweise er ihn auf den § 2 des Dienstgesetzes von 1814, gegen welchen er, hinsichtlich der Landwehr, verstoße. Die Behauptung des Kriegsministers, die Majorität des Hauses wolle durch Punkt 6 der Anträge die Rechte des Königs schmälern, sei verwirrend. Einen Antrag zu stellen und zu beschließen, sei das Recht des Hauses; ob die Regierung darauf eingehen wolle, das sei ihre Sache. Etwas Anderes wäre es, wenn das Haus den König zur Ausführung seiner Anträge und Beschlüsse etwa zwingen wollte. (Zustimmung.) Und da drohe der Kriegsminister mit dem vollständigsten Bruche! (Hört!) Der Kriegsminister sei eigentlich der leitende Minister, die Uebrigen seien nur

Feuilleton.

Volksfeste, Versammlungen u. s. w. im Jahre 1865.

Kaum ist der schleswig-holsteinische Krieg, welcher das Interesse bisher fast ausschließlich beschäftigte, beendigt, und schon beginnen in Deutschland wieder Vorbereitungen zu mancherlei Werken des Friedens: zu Volksfesten, Industrie-Ausstellungen und wissenschaftlichen Versammlungen.

Was unsere großen Feste zur Hebung eines gesunden Volkslebens, zur Steigerung der Theilnahme an öffentlichen Angelegenheiten, zur Verständigung der Völker unter einander beigetragen; welchen Aufschwung ferner die Industrie durch die allgemeinen Ausstellungen erhalten hat; welche Vortheile endlich die Wissenschaft durch die regelmäßigen Versammlungen ihrer Vertreter gewonnen haben; das nachzuweisen kann hier nicht unser Zweck sein.

Die Leipziger Illustrirte Zeitung, welche es sich zur Aufgabe gemacht hat, neben den hervortretenden Ereignissen auf dem Gebiete der Tagesgeschichte auch das öffentliche und gesellschaftliche Leben in seinen hauptsächlichen Zügen zu berücksichtigen, hat nun ihr Programm für 1865 veröffentlicht, demzufolge sie außer den wöchentlichen Nachrichten über alle Zustände, Ereignisse und Persönlichkeiten der Gegenwart, über Tagesgeschichte, öffentliches und gesellschaftliches Leben, Wissenschaft und Kunst, Musik, Theater und Mode auch die in diesem Jahre bevorstehenden Feste, wichtigen Versammlungen und Ausstellungen ihren Lesern in Bild und Wort vor Augen führen wird.

Unter den Festen erwähnen wir zuerst das im vergangenen Jahre wegen des deutsch-dänischen Krieges vertagte Nationalfest, das Zweite Allgemeine Deutsche Schützenfest in Bremen, welches an Pracht, Großartigkeit und reger Theilnahme seinem unvergeßlichen Vorgänger, dem großen Frankfurter Schützenfest, in keiner Weise nachstehen wird. Aus Amerika allein werden 400 deutsche Schützen erwartet. Diesem Feste reicht das Eidgenössische Schützenfest in Schaffhausen brüderlich die Hand. Wie Norddeutsche seit Jahren die schweizer. Schützenfeste mitgefeiert haben, so werden diesmal auch die Schweizer ihren norddeutschen Schützenbrüdern einen Besuch in Bremen abstatten. Neben diesen beiden Schützenfesten wird das Erste Allgemeine Deutsche Sängerfest in Dresden eine bedeutende Stelle unter den diesjährigen Festlichkeiten einnehmen. Schon jetzt werden die umfänglichsten Vorkehrungen zur würdigsten Begehung dieses Festes getroffen, an welchem Tausende von Sängern aus allen Gauen Deutschlands sich zusammenfinden wollen, um in brüderlicher Gemeinsamkeit deutschen Gesang zu verherrlichen. Der Bau der riesigen Festhalle zur Aufnahme von 27,000 Sängern bestimmt, ist in Angriff genommen, und rege Thätigkeit neben freudiger Opferwilligkeit verspricht das Fest zu einem der genußreichsten zu machen.

Auch der deutschen Wissenschaft stehen in diesem Jahre festliche Tage bevor, wir meinen die 400jährige Jubelfeier der Universität Halle und die 500jährige Jubelfeier der Universität Wien.

In einer dritten Universitätsstadt wird eine Feier vorbereitet, welche in so manches alten Burschenschafters Brust Erinnerungen mannigfacher Art wach zu rufen geeignet ist. Es ist dies das 50-jährige Jubiläum der Gründung der jenaischen Burschenschaft, welches Mitte August unter zahlreicher Betheiligung seitens der früheren Mitglieder in Jena gefeiert werden soll.

„apathische Masse.“ (Heiterkeit.) Das beweise auch die jetzige Drohung des Kriegsministers wieder. Seit wann sei es erhört, daß ein einzelner Minister einer konstitutionell konstituirten Versammlung eine solche Drohung in's Gesicht zu schleudern wage, wenn er es eben nicht als leitender und maßgebender Minister thun könne? (Sehr wahr!) Redner geht dann wieder auf die Reorganisationsfrage über, indem er die Stellung der Majorität zu derselben nochmals darlegt. Drohungen könnten die Majorität nicht schrecken; aber die Minister sollten an die Nemesis denken. Treibe die Regierung es zum Bruche, so werde ein kommendes Geschlecht andere und bessere Garantien für seine Rechte fordern. Die Sühne werde dann gewiß schon kommen! (Zischen von der feudalen Fraktion; Rufe links: Ruhe! Ruhe!) Noch einmal: Drohungen schrecken uns nicht; und wir werden die Rechte des Landes, wo es auch sei, zu vertheidigen wissen! (Stürmisches Bravo!)

Simson: Er könne nicht schweigen, wer den Drohungen des Kriegsministers gegenüber schweige, mache sich zum Theilnehmer seiner Schuld. (Bravo!) Redner beleuchtet dann die Theorie des Finanzministers über die Stellung dieser Regierung zu dem Budgetrechte dieses Hauses in schlagender Weise, unter großem Beifall des Hauses. Was jetzt geschehe, sei nicht das Thun einer Regierung, sondern das Thun einer Fraktion, einer Sekte, die den Staat als Mittel für ihre Zwecke betrachte. (Bravo!) Die königl. Prärogative habe diese Regierung bis zur Karrikatur entstellt. Dieses Haus enthalte Männer, denen es wirklich um eine Verständigung zu thun sei, was aber thue die Regierung? Im weitern Verlaufe seines Vortrages spricht sich Redner entschieden gegen eine Annexion der Herzogthümer aus, die eine Versündigung an dem Genius des deutschen Volkes sein würde. Im Art. 6 der Kommissionsanträge sei nichts Verfassungswidriges enthalten. Wolle man einen Bruch — nun wohl, so bemerke er der Regierung, daß der Boden, auf dem wir stehen, sturmfest sei — und der neue Lenz bringt stets auch neue Blüthen. Ein Recht der Ausgabebewilligung ohne Recht der Einnahmebewilligung sei kein ausreichendes Steuerbewilligungsrecht. Der Kriegsminister hätte sich doch besinnen sollen, bevor er seine Drohung ausgesprochen. (Beifall.)

Der Kriegsminister: Dem Abg. Simson bemerke er, daß er nicht gedroht habe. Er habe gesagt, daß die Regierung die Absicht der Verständigung habe, und er habe nur angedeutet, was möglicherweise eintreten könne, wenn es nicht zu einer Verständigung komme; er könne sich darin aber ja auch irren. Nicht gedroht habe er, er glaube nicht, daß der stenographische Bericht einen Anhalt zu einer solchen Behauptung gebe. Der Abg. Simson habe sodann aber, wie er glaube, die Staatsregierung eine Fraktion genannt; er wolle sich jedoch erst im stenographischen Bericht überzeugen, ob dieses Wort wirklich gesprochen worden, bevor er darauf antworte.

Löwe (Kalbe) beantragt, daß die nächste Sitzung erst stattfinde, nachdem der stenographische Bericht über die Rede des Hrn. Kriegsministers gedruckt worden. Der Antrag wird abgelehnt, nachdem der Präsident bemerkt hat, daß die Rede des Kriegsministers so schnell wie möglich gedruckt werden soll. Schluß der Sitzung.

(Amtliche Nachrichten.) **München,** 25. März. Die kath. Pfarrei Reichlkofen, königl. Bezirksamts Vilsbiburg, ist mit einem fassionsmäßigen Reinertrage von 525 fl. 52 kr. in Erledigung gekommen.

Berlin, 25. März. Eine Maßregelung eigenthümlicher Art ist kürzlich an einem der ältesten Mitglieder des Görlitzer Stadtgerichtes vollzogen worden. Dieser Richter wurde, nachdem er fast 50 Jahre lang stets in der Kriminalabtheilung thätig gewesen, unmittelbar nach Beendigung eines Preßprozesses, welcher einen der Regierung unliebsamen Ausgang nahm, des Vorsitzes der Abtheilung für Preßprozesse enthoben und — zur Bearbeitung der Hypothekensachen verurtheilt.

Da der Kriegsminister v. Roon sich in der Sitzung des Abgeordnetenhauses vom 21. d. für den „Erben des Generals v. Bonin“ in der Militärorganisationsfrage ausgegeben hat, so macht ein (nichtgenannter) Einsender in der „Volksztg.“ Mittheilungen über die Stellung des kürzlich verstorbenen Generals zu der genannten Frage nach persönlichen Aeußerungen desselben. Hiernach hat der General dem Einsender im Jahre 1860 erklärt: „daß er sich auf das Bestimmteste gegen eine dreijährige Dienstzeit ausgesprochen habe, und daß ein vollständiges Memorandum von ihm über den Reorganisationsplan und die zweijährige Dienstzeit vorliege; als aber an einem bestimmten Tage von Seiten des Militärkabinets in ihn gedrungen worden sei, die dreijährige Dienstzeit durchzuführen, habe er gesagt: wenn der Minister des Innern Menschen genug und der Finanzminister Geld genug zur Durchführung der Maßregel habe, so könne er vom rein technischen Standpunkte aus sich dies wohl gefallen lassen; man möge also die beiden bezeichneten Ressort-Minister fragen. Statt aller Antwort habe er binnen 24 Stunden seine Entlassung als Kriegsminister erhalten.“ Bei einem späteren Gespräch habe General v. Bonin erklärt: „Er habe den Abschied binnen 24 Stunden bekommen und sei durch den General v. Manteuffel gestürzt, der dem Prinzen (-Regenten, jetzigen König) vorgestellt, daß er, Hr. v. Bonin, ein Parlamentsheer gründen wolle.“

Dresden, 25. März. Das offizielle Blatt bringt heute an seiner Spitze einen scharfen Artikel über das Gebahren der preußischen annexionistischen Blätter in Bezug auf den am Bunde

---

Eine Versammlung, welche sich die Erörterung der wichtigsten Fragen des Schulwesens und der Volksbildung zum Zweck gesetzt hat, ist die fünfzehnte Allgemeine Deutsche Lehrerversammlung in Leipzig, an welcher sich an 4000 Schulmänner aus allen Ländern Deutschlands betheiligen werden.

Eine andere Versammlung, welche in kirchlicher Beziehung nicht minder unsere Theilnahme in Anspruch nimmt, ist die diesjährige Versammlung der Hauptvereine der Gustav-Adolf-Stiftung in Dresden.

Die Naturwissenschaften haben in unserm Jahrhundert unstreitig die bedeutendsten Errungenschaften gemacht. Diesen entspricht die Thätigkeit ihrer Vertreter, welche die Resultate ihrer Forschungen in regelmäßigen jährlichen Versammlungen einander mittheilen und sich hierdurch in ihren Bestrebungen gegenseitig fördern. In diesem Jahre nun findet bereits die vierzigste Versammlung deutscher Naturforscher und Aerzte in Hannover statt und wird sich voraussichtlich einer noch regeren Theilnahme als früher zu erfreuen haben. Eine Feier, zu welcher zunächst in Italien, namentlich in Florenz, die umfassendsten Vorbereitungen getroffen werden, ist das 600jährige Jubiläum der Geburt Dante's, des unsterblichen Dichters der „Göttlichen Komödie,“ von welcher wir bekanntlich vorzügliche deutsche Uebertragungen besitzen. Dieses Fest wird wohl nicht nur in Italien, es wird hoffentlich auch in Deutschland und andern Ländern begangen werden, da ja Dante's ewig herrliche Dichtungen in alle Sprachen übersetzt, von allen Nationen auf das Uebereinstimmendste anerkannt, Gemeingut der ganzen gebildeten Welt geworden sind.

An die im Oktober 1863 abgehaltene große Jubelfeier der Schlacht bei Leipzig schließt sich im laufenden Jahre die 50jährige Jubelfeier der Schlacht bei Waterloo, eine Schlacht, in welcher die deutschen Waffen neben den englischen einen so bedeutungsvollen und glorreichen Sieg erfochten haben, indem sie dem französischen Kaiserreich zum zweiten Male ein Ende machten.

Die Industrie, die große Vermittlerin zwischen den Völkern, hat in den letzten Jahrzehnten, getragen von dem riesenhaften Fortgange der Naturwissenschaften und der mechanisch-technischen Erfindungen, eine staunenerregende Thätigkeit entfaltet. Die großen industriellen Ausstellungen haben dabei dieser Thätigkeit einen bedeutenden Aufschwung verliehen. Wir begrüßen deshalb die im Mai zu eröffnende Internationale Industrie- und Kunstausstellung in Dublin als ein verdienstliches Unternehmen, welches namentlich auch für die Industriellen Deutschlands, denen durch den französischen Handelsvertrag der Weltmarkt aufgeschlossen ist, von der größten Wichtigkeit sein wird. Ein Riesenpalast wird auf einem Raume von 150,000 Quadratfuß die Schätze der Ausstellung in sich aufnehmen. Zwei andere große Ausstellungen, die Allgemeine internationale landwirthschaftliche Ausstellung in Köln und die Allgemeine land- und forstwirthschaftliche Ausstellung in Stettin, sollen ebenfalls im Mai eröffnet werden. Wir zweifeln nicht, daß beide sich den größten bis jetzt in dieser Art stattgefundenen Ausstellungen würdig anreihen werden. Zugleich wird im laufenden Jahre die fünfundzwanzigste Allgemeine land- und forstwirthschaftliche Versammlung zu Dresden ihre Berathungen abhalten.

Ein Volksfest, dessen Ursprung sich in das graue Alterthum verliert, und von Manchen auf den römischen Bacchuskult zurückgeführt wird, ist das Winzerfest in Vivis, das in diesem Sommer wieder gefeiert werden soll, und zu welchem jetzt schon großartige Vorbereitungen getroffen werden.

(Die Illustrirte Zeitung erscheint wöchentlich in einer Nummer von 16 dreispaltigen Folioseiten und beträgt der vierteljährige Abonnementspreis 3 fl. 36 kr. Bestellungen auf die Illustrirte Zeitung für 1865 werden in Würzburg von der Stahel'schen Buch- und Kunsthandlung und auf dem Lande bei allen Zeitungsexpeditionen angenommen.)

Digitized by Google

bevorstehenden mittelstaatlichen Antrag in der schleswig-holsteinischen Frage. Wenn diese Blätter — sagt das „Dresd. Journal“ — so viele Nachrichten verbreiten, welche darauf abzielen, den Antrag als ein harmloses, die annexionistische Politik nicht beeinträchtigendes Experiment erscheinen zu lassen; wenn sie zu diesem Behuf bald aus Wien, bald aus München und Stuttgart, bald aus Berlin zu melden wissen, daß Oesterreich den Antrag abweise, daß Herr v. d. Pfordten mit dem preuß. Anschlußplan einverstanden, daß Hr. v. Varnbüler keine „große Politik“ treiben wolle, und daß man in Berlin bereits eine Antwort bereit habe, die mit der preuß. Depesche zur Zeit des Abzugs der Bundestruppen aus den Herzogthümern harmonire, so sehe der diese Preßmaschinerie leitende Geist doch bereits ein, „daß alles nichts helfen wird, daß die Versuche, Oesterreich zurückzuscheuchen, sowie die den Antrag stellenden Mittelstaaten zu entzweien, fehlschlagen und der Antrag dennoch gestellt, ja allen seinen Weissagungen zuwider Anklang am Bunde finden möchte.“ In Bezug auf den Antrag selbst drückt sich übrigens das „Dr. J.“ sehr vorsichtig aus, indem es sagt: „Daß der mittelstaatliche Antrag in der gemäßigtsten und rücksichtsvollsten Form gegen beide Mächte am Bund erfolgen werde, ist natürlich zu erwarten. Es bleibt den obgedachten Blättern unbenommen, hierin etwas „nichtssagendes“ zu finden; an Unbestimmtheit wird der Antrag nicht leiden. Unter allen Umständen dürfte der Antrag den Nutzen haben, die Lage der Dinge in Deutschland zu klären, und darüber keinen Zweifel bestehen zu lassen, ob und wo man den vor Jahresfrist ausgesprochenen Ueberzeugungen und Bestrebungen treu geblieben ist. Daher wird denn auch die Majoritätsentscheidung, wohin sie ausfallen möge, eine nichtssagende in keinem Fall genannt werden können.“ Man glaubt hier, daß der Antrag am nächsten Montag oder Dinstag in außerordentlicher Sitzung am Bunde eingebracht werden wird.

Paris, 24. März. Die „Opinion nationale“ kommt immer noch nicht von ihrer Marotte zurück, daß die preußischen Rheinländer eine steigende Sehnsucht nach Frankreich empfinden. Sie benützt sogar die im Mai bevorstehende Reise Sr. Majestät des Königs Wilhelm nach Aachen, um folgende Standrede zu halten: . . . Aber während man in den heiligen Räumen von Aachen die Weine des Taunus, die noch nicht preußisch sind, und die der Champagne, die, Gott sei Dank, es nie werden sollen, trinken wird, werden sich die Rheinländer, die ein gutes Gedächtniß haben, Alles dessen erinnern, was sie Frankreich, ihrem eigentlichen Vaterlande, verdanken, nämlich ihrer Befreiung von den feudalen Privilegien und der durch unser Zivilgesetzbuch eingebürgerten Wohlthaten der Demokratie. Und bis jetzt hat das Haus Hohenzollern, so große Lust es auch von je gehabt haben mag, ihnen dies Gesetzbuch noch nicht zu entreißen gewagt.

Paris, 24. März. Dem „Constitutionnel“ zufolge ist es ganz unbegründet, daß der Papst zu dem franz. Botschafter die heftigen Worte gesagt, die im „Monde“ (s. Nr. 83) figuriren. „Indem dieses Blatt“ — meint derselbe — „gewagt hat, solche Worte dem Papste in den Mund zu legen, hat es sich einer doppelten Verläumdung schuldig gemacht, nämlich einer solchen gegen den Papst und einer zweiten gegen die französische Regierung.“

Turin, 22. März. Der König hat sein toskanisches Jagdschloß S. Rossore verlassen, um Turin einen kurzen Besuch abzustatten. Auffällig war die Kälte, mit der Florenz seinen und des Erbprinzen Geburtstag, den 14. März, feierte. Aehnliches erfahre ich aus neapolitanischen und sizilianischen Städten, während Palermo am 19., dem Namenstag Guiseppe Garibaldi's, festlich beflaggt und glänzend illuminirt war. (Pr.)

Genua, im März. Die „Opinione“ und mit ihr die übrigen ministeriellen Blätter geben sich Mühe, über die dem „Constitutionnel“ mitgetheilten sieben geheimen Artikel der Konvention zu scherzen und dieselben als ein erdichtetes böswilliges Machwerk darzustellen. Die „Unità Italiana“ hat versprochen, den Beweis für die Echtheit zu liefern: dieser Beweis bestand in einem Brief Mazzini's, worin behauptet wird, daß dieses Dokument sich in den geheimen Archiven des Ministeriums befinde, und von Visconti-Venosta und einer andern Person unterzeichnet sei. Es muß jedenfalls einiges Bedenken erregen, daß die betreffende Nummer der „Unità“ sofort konfiszirt wurde, was wohl einen andern Grund haben dürfte, als daß der Brief von Mazzini herrühet. Da diese Artikel voraussichtlich noch vielfach besprochen werden dürften, so geben wir beifolgend den Hauptinhalt derselben: 1) Viktor Emmanuel verpflichtet sich, Oesterreich nicht ohne Genehmigung Napoleons anzugreifen und jede anti-österreichische Manifestation in seinen Staaten zu verhindern; 2) Napoleon verpflichtet sich, Italien gegen einen Angriff von Seiten Oesterreichs selbst mit den Waffen zu schützen; 3) im Fall eines Kriegs gegen Oesterreich hat der Kaiser der Franzosen den Oberbefehl über die vereinigte Macht und das Recht, Frieden zu schließen; 4) im Fall der Verwirklichung dieser Eventualität verpflichtet sich Viktor Emmanuel, von den italienischen Kammern unbeschränkte Vollmachten auf unbestimmte Zeit zu verlangen; 5) sollte Italien in Folge eines Kriegs durch Annexion neuer Provinzen vergrößert werden, so soll eine neue Grenzberichtigung zwischen Frankreich und Italien vorgenommen werden, um Frankreich gegen eine Präponderanz der Macht Italiens sicher zu stellen (!); 6) diese Demarcation wird nach gemeinsamer Uebereinkunft vor dem Abschluß der Friedensunterhandlungen festgesetzt werden; 7) die gegenwärtigen sieben Artikel müssen zwischen den beiden Souveränen geheim bleiben, und jede Verletzung eines derselben von Seiten der Kontrahenten hat ihre Nichtigkeit, sowie auch die der Konvention vom 15. Sept. zur Folge. (Allg. Z.)

Verantwortlicher Redakteur: A. Hartmann.

An die Freunde Karl Gutzkow's im deutschen Publikum.

Ueberall im deutschen Volke hat sich die wärmste Theilnahme für das tragische Geschick Karl Gutzkow's gezeigt. In der Presse und in Adressen beeilte man sich von allen Seiten, dem kranken Dichter und seinen tiefgebeugten Angehörigen die Ueberzeugung zu verschaffen, daß Gutzkow's Name in der deutschen Literatur der Gegenwart eine der ersten Stellen einnimmt, daß sein langjähriges Kämpfen und Wirken ihm die Sympathien des deutschen Volkes gesichert hat. Auch durch die That hat man bereits begonnen, diese Theilnahme zu beweisen: die deutsche Schillerstiftung, um die sich Gutzkow die größten Verdienste erworben, hat sofort, ihrer Bestimmung entsprechend, die Familie des Dichters der Sorge für ihre nächste Zukunft enthoben; die deutschen Bühnen sind bestrebt, ihrerseits eine Ehrenschuld an den kranken Dichter abzutragen; endlich hat ein Verein von Männern in Berlin und Dresden den Grund zu einem „Gutzkow-Fonds“ gelegt, durch welchen dem leider wahrscheinlich für lange Zeit in seiner Arbeitskraft gestörten Dichter ein sorgenfreies Asyl bereitet werden solle und dem als einer Dankesspende der deutschen Nation es vielleicht gelingen werde, den ersten Lichtstrahl wieder in die düstern Schatten zu werfen, die seinen Geist gefangen halten.

Um aber auch auf dem Gebiete der Literatur selbst, als dem dazu vor allem berufenen und geeigneten, für Gutzkow zu wirken und jedem Einzelnen im deutschen Publikum Gelegenheit zu geben, seine Theilnahme für einen der hervorragendsten Geister unserer Zeit durch Ankauf eines seiner Werke zu bewähren, hat die unterzeichnete Verlagshandlung, dem Dichter seit langen Jahren nahe stehend und befreundet, infolge vielfacher von den beachtenswerthesten Seiten an sie ergangener Aufforderungen und im Einverständnisse mit der Familie des Dichters sich entschlossen, eine Volksausgabe von Gutzkow's Roman „Die Ritter vom Geiste“ zum Besten des Dichters zu veranstalten und einen wesentlichen Theil des Ertrags dem Dichter zu überweisen.

„Die Ritter vom Geiste“ sind anerkanntermaßen eins der besten Werke Gutzkow's und ein Roman von bleibendem Werthe. Als ein Spiegelbild der deutschen, namentlich der preußischen Zustände nach 1848 hat dieser Roman eine schöne Idealwelt politischer Tüchtigkeit auferbaut, die auf Tausende von Lesern während der darauf folgenden trüben Zeit erhebend und ermuthigend einwirkte und die gleiche Wirkung auch ferner auszuüben geeignet ist. Es war ein Lieblingsgedanke des Dichters noch kurz vor seiner Krankheit, den bereits in drei Auflagen erschienenen Roman in einer durch ihren wohlfeilen Preis der weitesten Verbreitung fähigen Volksausgabe immer mehr in den Privatbesitz des deutschen Volks übergehen zu sehen. Dieser Gedanke soll jetzt, wenn auch leider unter veränderten Verhältnissen, durch vorliegende vierte Auflage verwirklicht werden und das deutsche Publikum wird derselben, wie man sicher vertrauen darf, die regste Betheiligung entgegenbringen. Auch abgesehen von dem daraus sich ergebenden materiellen Ertrage für den Dichter, kann eine allgemeine lebhafte Theilnahme für sein Lieblingswerk nicht verfehlen, einen günstigen Eindruck auf den Gemüthszustand des Dichters hervorzubringen.

Die zahlreichen literarischen und andern Vereine Deutschlands werden sich die Verbreitung dieser Ausgabe gewiß zu einer Ehrenaufgabe machen, indem sie unter ihren Mitgliedern und in weitern Kreisen Unterzeichnungen sammeln. Die deutschen Buchhandlungen werden sie darin auf das bereitwilligste unterstützen.

Die vierte Auflage der „Ritter vom Geiste“ erscheint in 9 Bänden zu 15 Ngr., der erste Band in zwei Halbbänden zu 7½ Ngr. Alle Buchhandlungen nehmen Bestellungen und Unterzeichnungen an.

Leipzig, im März 1865. F. A. Brockhaus.

Druck und Verlag der Stahel'schen Buch- und Kunsthandlung in Würzburg

Nr. 809.

Amortisations-Edikt.

Vom k. Landgericht Werneck. Hypothekenbereinigung von Vasbühl betr.

In den Hypothekenbüchern für Obbach sind die nachverzeichneten Güterkaufschillinge nebst Eigentumsvorbehalten eingetragen, bezüglich deren die Nachforschungen nach den rechtmäßigen Inhabern fruchtlos geblieben und von dem Tage der letzten auf diese Einträge sich beziehenden Handlungen an gerechnet mehr als 30 Jahre verflossen sind.

Auf Antrag der jetzigen Besitzer werden alle Diejenigen, welche noch Rechte auf diese Forderungen zu haben glauben, zu deren gerichtlicher Geltendmachung

binnen 6 Monaten

anmit aufgefordert, widrigenfalls nach Ablauf dieser Frist die Forderungen für erloschen erklärt und die Löschung im Hypothekenbuche vollzogen werden würde.

Werneck, den 19. November 1864.

Königliches Landgericht.

Huler.

[Rc] Steiner, Funktionär.

Lfd. Nr.	Name des eingetragenen Schuldners.	Name des eingetragenen Gläubigers.	der Hypothek Betrag fl.	kr.	der Hypothek Rechtstitel 2c.	Hyp.-Buch Bd.	Seite.
1	Müller M. Schuhmacher v. Obbach.	Die Debitmasse des Friedr. Handschuh in Obbach.	22	30	mit 5% verzinsl., Weihnachten 1823 mit 1828 zahlbarer Güterkaufschilling laut Kaufbriefs vom 26. Mai 1823 und Hypothekeneintrag vom 21. Juni 1824.	I.	27.
2	Alexmann Wolf allda	Die Debitmasse des Michel Brandt in Obbach.	31		desgleichen laut Strichspr. vom 17. Juni 1823 und Hyp.-Eintrag vom 20. Dez. 1824.	II	153.
3	Düsel Michel	"	30	30	"	"	155.
4	Spiegel Jakob	"	10		"	"	157.
5	Königsberger Seligmann	Die Nachlaßmasse der Kath. Barb. Bärmann Wb. in Obbach.	17		mit 4% verzinsl. Güterkaufschilling laut Strichsprot. vom 3. Mai und Hyp.-Eintrag vom 17. Mai 1830.	"	145.
6	Hutter Ludwig	"	150		"	VI.	350.
7	Gentsler Christian	"	1[illegible]		"	"	352.
8	Derselbe	"	154		"	"	354.
9	Kronthal Löb	Die Debitmasse des Michel Endres von Obbach.	12		mit 5% verzinsl. Michaeli 1823 mit 1828 zahlbarer Güterkaufschilling laut Hyp.-Eintrag v. 31. Aug 1824.	II.	90.
10	Spiegel Lorenz jg.	"	[illegible]	15	desgl. Michaeli 1824 mit 1826 zahlb. Güterkaufschilling laut Strichsprot. vom 11. Aug. 1823 und Hypotheken-Eintrag vom 17. Januar 1825.	"	322.
11	Braun Jakob	"	8		"	I.	289.
12	Strauß Seligmann	"	10		"	II.	337.
13	Strohmenger Nikolaus	"	9		"	"	344.
14	Strauß Lazarus	"	12	30	"	"	354.
15	Selbert Kaspar	"	[illegible]		"	"	365.
16	Hutter Ludwig Karl	Johann Raab alt von Obbach.	5[illegible]	30	mit 5% verzinsl. Martini 1823 mit 1826 zahlbarer Güterkaufschilling laut Hyp.-Eintrag vom 16. Dez. 1824.	"	100.
17	Sterf Philipp Friedrich	Die Gläubiger des Joh. Raab jg. von Obbach.	71		mit 5% verzinsl. Martini 1824 mit 1826 zahlbarer Güterkaufschilling laut Strichspr. vom 21. Okt. 1823 und Hyp.-Eintrag vom 29. Dez. 1824.	"	219.
18	Schubert Friedrich	"	17		"	"	217.
19	Sterntaler Michael	"	8		"	"	227.
20	Bärmann Johann	"	62	30	"	"	231.
21	Alexmann Wolf	"	16	30	"	"	233.
22	Roßmann Zeidel	"	15		"	"	243.
23	Steuermann Löb	"	7		"	"	251.
24	Strohmenger Georg	"	8		"	"	265.
25	Roßmann Zeidel	"	9		"	"	273.
26	Düsel Michael Bäcker	Die Debitmasse des Isaak Abraham in Obbach.	10[illegible]		mit 5% verzinsl. Weihnachten 1829 mit 1833 zahlbarer Güterkaufschilling laut Hyp.-Eintrag v. 13. Febr. 1829.	"	166.
27	Kronthal Löb	"	50		"	"	230.
28	Bärmann Johann	"	1[illegible]		"	"	335.
29	Strohmenger Georg	Die Theilungsmasse der Anna Dorothea Raab Wb. von Obbach.	6		mit 5% verzinsl. Lichtmeß 1823 mit 1826 zahlbarer Güterkaufschilling laut Theilungsplan vom 2[illegible]. Nov. 1822 und Hyp.-Eintrag vom 10. Februar 1825.	III.	51.
30	Selbert Kaspar	"	[illegible]	30	desgl. laut Strichsprotokoll vom 29. Okt. 1822 und Hyp.-Eintrag vom 21. April 1825.	"	595.
31	Königsberger Seligmann	Die Debitmasse des Kaspar Nein Wittwe von Obbach.	15		mit 4% verzinsl. Kaufschilling laut Strichsprotokoll vom 12. Okt. 1831.	II.	19[illegible]
32	Heß Georg Philipp	"	8		"	III.	259.
33	Spiegel Lorenz	"	18		"	"	261.
34	Mander Johann, alt	"	25		"	"	263.
35	Röder Michel	"	32		"	"	265.
36	Bärmann Friedrich	"	22		"	"	275.
37	Raab Johann jung	"	17	30	"	"	285.
38	Mander Friedrich	"	15		"	"	301.
39	Röder Michel	"	36		"	"	317.
40	Heß Georg Philipp	"	16		"	"	319.
41	Bracher Adam	"	13		"	"	327.
42	Kreile Michel	"	31	30	"	"	329.
43	Wundarzt Graf	Kasp. Ditterich in Niederwerrn und beziehungsweise dessen Gläubigerschaft	5[illegible]		mit 4% verzinsl. Kaufschilling laut Strichsprot. vom 19. Nov. 1832 und Hyp.-Eintrag vom 21. Jan. 1833.	"	338.
44	Roth Friedrich	"	56		"	"	359.
45	Goldstein Abraham	"	95		"	"	353.
46	Hutter Ludwig	"	77		"	"	363.
47	Düsel Michel	"	5[illegible]		"	"	373.
48	Röder Melchior	Die Debitmasse der Kathar. Bayer Wittwe zu Obbach.	31		mit 5% verzinsl. Michaeli 1826 mit 1831 zahlbarer Güterkaufschilling laut Kaufbrief vom 8. Nov. 1822 und Hypothekeneintrag vom 3. Nov. 1825.	IV.	51.
49	Goldstein Abraham	Debitmasse des Friedrich Handschuh von Obbach.	17	30	mit 5% verzinsl. Weihnachten 1823 mit 1828 zahlbarer Güterkaufschilling lt. Strichsprotokoll v. 12. Dez. 1822 und Hypothekeneintrag vom 21. Dez. 1824.	II.	175.
50	Derselbe		27		"	"	177.
51	Bärmann Johann		33		"	"	179.
52	Schubert Friedrich	"	15	30	"	"	187.
53	Roth Friedrich		61		"	"	189.
54	Emmert Margaretha Wttw.	Die Debitmasse des Michel Kreile zu Obbach.	20	30	mit 4% verzinsl. Martini 18[illegible] mit 18[illegible] zahlbarer Güterkaufschilling laut Hyp.-Eintrag v. 19. Sept. 18[illegible].	IV.	705.
55	Hutter Philipp	"	61		"	"	733.
56	Goldstein Abraham	"	62		"	"	747.
57	Spiegel Johann	"	11	30	"	"	749.
58	Röder Michel ledig	"	1[illegible]		"	III.	86.
59	Stierwäller Nikolaus	Debitmasse des Isak Abraham in Obbach	61		mit 5% verzinsl. Weihnachten 1829 mit 18[illegible] zahlbarer Güterkaufschilling lt. Hyp. Eintr. v. 13. Febr. 1829.	IV.	189.
60	Roßmann Zeidel	Die Gläubiger des Michel Endres von Obbach.	12		Wie ad Ziff. 9.	II.	366.

An die
k. Hof- und Staatsbibliothek
München
1 N. Würzb. Ztg.

Neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht!

№ 87. | Vorausbezahlung: Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 1 fl. 30 kr. Bei Inseraten wird die dreispaltige Zeile in gewöhnlicher kleiner Schrift oder deren Raum im Hauptblatte mit 6 kr., im Anzeiger mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franco. | 62. Jahrgang. | Dinstag, 28. März 1865.

S Herrn von Bismarck

hat man oft — beinahe spottweise — einen Schüler Napoleons genannt; heute ist dieser Hohn zum bittern Ernst geworden. Als die ersten Annexionsgerüchte auftauchten, schenkte man ihnen als eitlen Illusionen kaum Beachtung, und wo sie Besorgniß erregten, fanden sich sogar preußische Offiziöse bereit, die Sache mit beschönigenden Phrasen zu umwinden. Nachdem der erste Schreck überwunden war, schickte man die Taube abermals aus; einen Oelzweig des Friedens brachte sie zwar noch nicht zurück, aber sie hatte doch schon manch Plätzchen gefunden, wo sie sich traulich niederlassen konnte. Man hatte sich mit dem Gedanken der Annexion der Herzogthümer an Preußen schon vertraut gemacht, und selbst wo man ihn nicht goutirt, fängt man an, gute Miene zum bösen Spiel zu machen und zuckt bedauernd die Achsel.

Nachdem dieses erste Stadium glücklich vorüber, rückt man in ein weiteres vor. Man geht der Sache näher an den Leib. Man nimmt die Annexion als etwas Abgemachtes an und spricht bereits von Kompensationen, die man anzubieten bereit wäre. Es läßt sich nicht leugnen, daß man hin und wieder pflichtschuldigst einer gewissen Entrüstung Raum geben zu müssen glaubt; aber wer sich ein unbefangenes Urtheil bewahrt, wird sich nicht verhehlen, daß diese Entrüstung in Wien keiner derartigen Erregtheit entsprungen, wie seinerzeit bei ähnlichen Vorschlägen bezüglich Veneliens. Druckt ja doch die offiziöse „Wiener Abendp." beinahe den ganzen Artikel der „Köln. Ztg." über diese Kompensationsfrage ab, ohne ihn nur durch einen einzigen Ausdruck der Zurückweisung oder Entrüstung zu unterbrechen. Wir wollen diesen Umstand nicht derart auffassen, als hätte man schon auf eine Zustimmung Oesterreichs zu jenen preußischen Absichten zu schließen. Aber daß Bismark heute ein ganz anderes Terrain in Wien vorfindet, als vor Jahresfrist, darüber besteht doch kein Zweifel. Bismark hat gut operirt, er hat die Methode seines Meisters in Paris ganz glücklich nachgeahmt und Niemand wird es heute mehr mit Erstaunen aufnehmen, wenn uns verkündet werden sollte: Preußen hat in Wien seine Pläne durchgesetzt.

Bismark weiß recht gut, daß man einen Baum nicht mit einem Schlage fällt; — er besitzt aber Ausdauer genug, das Manöver so lange zu wiederholen, bis es das gewünschte Resultat zur Folge hat. So viel kann man mit Sicherheit heute konstatiren, daß man in Berlin einen bedeutenden Schritt in Erlangung der Zwecke vorwärts gemacht, die man dort in der Herzogthümerfrage anstrebt. Ob es mit dem von der „Köln. Ztg." beregten Kompensationsobjekt seine volle Richtigkeit habe, wollen wir hier nicht weiter untersuchen. Vorläufig handelt es sich wohl erst um das Prinzip, das kaum dadurch beeinflußt werden dürfte, daß man in Wien in etwas verächtlichem Tone von der „Wasserpolakei" sprechen zu müssen glaubt, während man in Ratibor bereits Unterschriften zu einem Protest gegen den Anschluß an Oesterreich sammeln soll.

(Militärdienstesnachrichten.) **München** 26. März. Se. M. der König hat den temp. pens. Reg.-Quartierm. J. Götzelmann auf ein weiteres Jahr im Ruhestand belassen; dem Major Ed. Frhrn. v. Speidl vom 1. Art.-Reg., Hofmarschall und Adj. des Prinzen Luitpold von Bayern, das Ritterk. des Verd.-Ordens der b. Krone; dem Major à la suite K. Grafen v. Fugger-Kirchheim-Hoheneck die Erlaubniß zum Tragen der Uniform der Flügeladjutanten ertheilt, den Oberstlieut. Ldw. Grafen von Frohberg-Montjoye vom 3. Inf.-Reg. als Platz-Stabsoffizier zur Stadt- und Festungs-Kommandantschaft Ingolstadt versetzt.

Durch Ministerial-Reskripte wurden: der Oberlieut. E. Düriz vom 4. Chevaul.-Reg. als Reg.-Adjut. bestätigt, der Oberlieut. Fr. Luz vom 15. Inf.-Reg. der Funktion als Bat.-Adjut. enthoben und der Unterlieut. K. Schöller desselben Reg. als Bat.-Adjut. bestätigt; vom Genie-Korps-Kommando wurde der Oberlieut. Ldw. Schreiner von der Lokal-Genie-Direktion in Neuulm zur 1. Genie-Direktion versetzt.

Ein offiziöser **Wiener** Korrespond. macht über den Inhalt des (am 27. d. gestellten) bayerisch-sächsischen Antrages nachstehende Angaben: „Es wird zunächst konstatirt, daß diese Frage von Anfang an Deutschland so tief erregt habe, wie es seit den

Feuilleton.

Im preußischen Abgeordnetenhause.

E. Kossak schildert in der „Schlesischen Zeitung" einige preußische Minister und Abgeordnete in folgender interessanten Weise:

Die Versammlung in der preußischen Volkskammer bringt eine sehr ernste Wirkung hervor. Die aus den Sitzungsperioden älterer Zeitrechnung stammenden Abgeordneten sind stark herangealtert und keiner von ihnen besitzt die glückliche Leibesconstitution Falstaff's, durch Kummer und Sorgen an Embonpoint zu gewinnen. Die letzten Wahlen haben nur wenige Männer in den besten Jahren in die Kammer gesandt. Hohe Stirnen, kahle Scheitel, graue Bärte und Locken, sind charakteristische Merkmale der Versammlung. Hier wird man nicht durch die glühenden Blicke, die leidenschaftlichen Geberden und grollenden Stimmen von Terroristen erschreckt, das Abgeordnetenhaus trägt den unauslöschlichen Stempel des langjährigen Nachdenkens und der mühseligen Arbeit zur Schau. Die große Mehrzahl dieser Männer ist längst über jene Jahre hinaus, in denen Ehrgeiz und Ruhmbegier emporschießen und persönliche Interessen die Vaterlandsliebe zum Schweigen bringen. Leicht unterscheidet man die am Schreibtisch gebleichten und gekrümmten Gelehrten und Beamten von den gebräunten und straffen Grundbesitzern. Persönlichkeiten von chevaleresker Haltung sind nur als seltene Ausnahmen vorhanden, die Nachsuchung wird im Herrenhause immer noch ergiebiger ausfallen.

Der Ministertisch, als der hervorragendste Punkt im Hause, kommt der Betrachtung zunächst entgegen. Er ist heute nur spärlich besetzt, doch hofft unsere Journalistentribune auf die Ankunft des Ministers des Innern. Graf Eulenburg geht einer Gelegenheit, sein Herz zu erleichtern, niemals aus dem Wege. Am linken Flügel des Tisches sitzt Herr v. Selchow, der Minister der landwirthschaftlichen Angelegenheiten; still emsig studirt er in einem korpulenten Aktenbündel. Noch ein Mann in rüstigem Lebensalter, erinnert seine Ruhe und Behaglichkeit an die Ideale der antiken Schriftsteller, jener Greise, die dem Gewirre der Politik, dem geräuschvollen Leben des Feldlagers entronnen, nur noch der Landwirthschaft leben und den Rest ihrer Tage im Schooße der Natur genießen. Trägt er die Georgika des Virgil in der Tasche? Das Gemurmel im Hause läßt ihn ganz unberührt. So tief ist er in seine Aktenstücke versunken, daß wir mit bewaffnetem Auge nicht einmal die Farbe seiner Augen zu erkennen vermögen.

Ein Paar Schritte weiter sitzt Graf zur Lippe, der Rechtsminister. Im Gegensatz zu seinem landwirthschaftlichen Kollegen, ist er vollauf mit den Angelegenheiten der Tagesordnung beschäftigt, er verfolgt aufmerksam eine Jungfernrede, als wolle er bis auf den Grund der Seele des Sprechers dringen, er lauscht gespannt den Auseinandersetzungen des Präsidenten Grabow und des Referenten, und doch spielt ein fortwährendes, eben nicht gewinnendes Lächeln um seine Mundwinkel und Wangen. Das Auge des Beobachters verweilt ängstlich auf den Gesichtszügen des Ministers, wann wird endlich der Ausdruck des natürlichen männlichen Ernstes wiederkehren? Aber nein, er schweigt; er lächelt. Jetzt spricht er über eine äußerst trockene Geschäftssache, aber er lächelt weiter; dieses Lächeln scheint zu Marmor erstarrt.

Soeben tritt Graf Eulenburg aus dem Vorgemach, augenscheinlich ein unternehmender entschlossener Herr. In seinem knappen Gesichtsschnitt, dem dunklen kurzen Haarwuchs, dem ziemlich glattgeschorenen Barte erinnert etwas an die mittelalterlichen Porträts

Freiheitskriegen nicht gewesen, daß aber alle Hoffnungen, welche man an den glorreichen, durch die Tapferkeit der österreichischen und der preußischen Truppen errungenen Sieg geknüpft, es werde das gehobene Macht- und Rechtsgefühl dem Bund einen Zuwachs an Ansehen und Kraft zuführen, nicht allein nicht in Erfüllung gegangen seien, sondern daß nur zu viel Anlaß zu der Besorgniß vorliege, selbst jener Sieg werde sich zu einer Quelle neuer Zerwürfnisse und folgeweise der weitern Schwächung Deutschlands gestalten. Der endliche Abschluß der Frage sei demnach ein tief empfundenes, dringendes Bedürfniß. Nicht entfernt werde daran gedacht, dem Recht irgendjemandes zu nahe zu treten, aber gleichwohl sei nur ein Mittel zur Hand, aus dem Wirrniß herauszukommen, ohne dieses Wirrniß unabsehbar zu verlängern, und das sei die Einsetzung des Herzogs von Augustenburg in die ungetrennten und untrennbaren Herzogthümer. Es bestehe kein Gerichtshof, der für die Angelegenheit kompetent zu erachten sei, und schon dadurch werde die Befugniß des Bundes begründet, die Entscheidung in seine Hand zu nehmen; der Bund habe sodann ein unzweifelhaftes Recht, die endliche Reaktivirung der holsteinischen Stimme zu verlangen, die jetzt schon seit länger als Jahresfrist geruht; der Herzog von Augustenburg sei derjenige Thronbewerber, der von den beiden Großmächten selbst auf einer europäischen Konferenz als der bestlegitimirte anerkannt worden; seine Einsetzung endlich beeinträchtige nicht nur nicht etwaige Rechte Dritter, sondern sie gewähre gerade diesen Dritten die Möglichkeit, durch die Betretung des im Bundesrecht vorgezeichneten Austrägalwegs dem von ihnen behaupteten Recht Geltung zu verschaffen. Die Antragsteller, überzeugt, daß Oesterreich und Preußen sich die Gelegenheit nicht entgehen lassen werden, sich neue Ansprüche auf die Dankbarkeit der Völker und auf das Vertrauen der Regierungen zu erwerben, provoziren demnach einen Beschluß des Bundes, welcher die „vertrauensvolle Erwartung“ ausspricht: die beiden Großmächte würden dem Erbprinzen Friedrich von Schleswig-Holstein-Sonderburg-Augustenburg die Herzogthümer Schleswig und Holstein alsbald „in eigene Verwaltung übergeben, bezüglich Lauenburgs aber von den deßfalls zwischen ihnen getroffenen Vereinbarungen dem Bunde Mittheilung zugehen lassen.“

Einer der offiziösen Wiener Korrespondenten der „Frankfurter Postztg.“ wiederholt brieflich in etwas milderer Form seine telegraphisch gemachte Angabe, daß Oesterreich zu dem thatsächlichen Beginne der Annexion, wie er in der Aufnahme schleswig-holsteinischer Freiwilliger in das preußische Heer liegen würde, „nicht die Hand bieten werde“, mit dem Beifügen, daß man übrigens über die Sache in Wien noch gar nicht unterrichtet sei und erst Herrn v. Halbhuber zu schleuniger Berichterstattung aufgefordert habe.

Triest, 26. März. Nach der heute eingetroffenen Ueberlandpost nimmt der Aufstand der Mohamedaner in Hankow zu; es sind Truppen von Nanking dahin abgeschickt. Der Herzog von Brabant ist nach China abgereist.

In **Siebenbürgen** verlangen die Gemeinden Staatshülfe zur Linderung des herrschenden Nothstandes. Die „Hermannstädter Zeitung“ weist diesem Verlangen gegenüber nach, daß die siebenbürgischen Eisenbahn-Unternehmer vor Kurzem rastlos im Lande nach Arbeitern herumsuchten und bis jetzt kaum 70 aufzutreiben vermochten. Die unteren Volksklassen verließen sich auf Staatshülfe und vergäßen, daß vor Allem Jeder sich selbst zu helfen verpflichtet sei.

Berlin, 25. März. Nach einem Vortrage des Militärkabinets fand heute Mittags, nach Bericht des „Staatsanzeigers“, Ministerkonseil im Beisein des Kronprinzen statt. Was da vorgegangen ist, darüber bringen die heutigen Blätter nichts Bestimmtes. Gestern sprach die „Zeidler'sche Korrespondenz“ von einer Schließung oder Vertagung des Abgeordnetenhauses. Die „N. Pr. Ztg.“ hiegegen schreibt: „In Abgeordnetenkreisen trägt man sich mit Gedanken über eine bevorstehende Schließung oder Vertagung des Hauses; wir glauben zu wissen, daß von beiden zur Zeit nicht die Rede ist. Die „Volkszeitung“ theilt die in Wien seiner Zeit übergebenen preußischen Forderungen in Bezug auf die künftige Stellung Schleswig-Holsteins ausführlich mit. (Die hierüber bereits in die Oeffentlichkeit gedrungenen Angaben werden in den meisten Punkten bestätigt.) Folgendes ist von großer Bedeutung: Das linke Centrum hat nach der „K. Ztg.“ heute Abend den präjudiciellen Antrag von Michaelis wegen der Berathung der Eisenbahnen mit großer Majorität abgelehnt. Damit hat es sich von der Fortschrittsfraktion entschieden getrennt.

Schleswig-Holstein. In einem Rundschreiben an die schleswig-holsteinischen Vereine macht der geschäftsführende Ausschuß unter dem 21. d. u. M. bekannt, daß er zur Feier des 24. März, des Tages der Erhebung der Schleswig-Holsteiner im Jahr 1848 für ihr Recht, ein Flugblatt versende, und fährt dann fort: „Der Ausschuß hat es für geboten erachtet, in demselben das durch die Erhebung von 1848 geltend gemachte und seitdem unveräußerlich gewahrte Recht des schleswig-holsteinischen Volkes auf Mitbestimmung bei der Ordnung seiner staatlichen Verhältnisse in nachdrücklicher Weise zu betonen. Es erscheint Dieß vor Allem nothwendig in einer Zeit, wo in unserem eigenen Lande ein Programm aufgestellt worden ist, des Inhalts: 1) Die nationale Pflicht und das Interesse fordern, daß dem Staate Preußen die seiner Aufgabe als Schutzmacht der Herzogthümer entsprechenden Rechte voll und für alle Zeit zu Theil werden. 2) Wir verstehen unter diesen Rechten die volle Militärhoheit zu Wasser und zu Lande, die diplomatische Vertretung und die handelspolitische Führung. 3) Die Rechte sind vor der definitiven Ordnung unserer inneren Verhält-

---

junger kriegerischer Kirchenfürsten, so stark auch die heutige, für einen Waidmann passende Tracht widerspricht. Gleich einem ungeduldigen Kampfshahn, geht Se. Excellenz der Minister unruhig auf und ab, bald setzt er sich an den Tisch und mustert die Reihen seiner Gegner, bald verschwindet er im Vorzimmer. Der Moment der Replik ist noch nicht gekommen. Weniger zuversichtlich fühlen sich die beiden Regierungskommissarien, zwei Männer in den Jahren der beginnenden Carrière. Sie sitzen hinter den Chefs, dicht an der Wand, enge aneinandergerückt und warten ängstlich auf das Stichwort. Endlich erschallt es, der Stärkere der Herren erhebt sich und ertheilt Antwort. Wer ist der etwas befangen und unsicher sprechende Beamte? In seinem Wesen, in dem Tone seiner Rede erinnert mich etwas an längst entschwundene Zeiten, an ganz andere Räume, durch eine unerklärliche Ideenassociation werde ich in das philosophische Auditorium der Universität versetzt, der blonde Kopf des Regierungskommissarius verwandelt sich vor meinem inneren Auge in ein majestätisches weißgelocktes Haupt, das Trugbild verschwindet wieder und ein Grabmal in einsamer Fels- und Waldgegend taucht auf. Ich suche nach einem Namen, ich sehe den Collegen fragend an und dieser antwortet: „Schelling, der Sohn des großen Philosophen.“ Er hatte eine praktischere Laufbahn eingeschlagen, als sein spekulativer Vater, und der Naturphilosophie entsagt.

Bei einem flüchtigen Besuch des Abgeordnetenhauses ist es mit vielen Schwierigkeiten verbunden, die hervorragenden Häupter der Abgeordneten von Angesicht zu Angesicht kennen zu lernen. Noch am leichtesten lassen sich die allbekannten Häupter, die mit der preußischen Verfassungsgeschichte enge verbundenen politischen Capacitäten herausfinden.

Wer übersähe auch beim kürzesten Aufenthalt Waldeck's bedeutsamen Kopf? Die Jahre haben sein dichtes Haar vollständig gebleicht, aber die ernsten Züge des Mannes werden durch den milden Silberglanz desselben fast erheitert. Es gab eine Zeit, wo seine Feinde ihm die Gesinnungen und Pläne Robespierre's zutrauten; sie werden sich hoffentlich eines Besseren überzeugt haben. Gedanken des Terrorismus lassen den Politiker nicht zu einem so philosophischen Typus heranaltern.

In geringer Entfernung von ihm sitzt ein anderer Rechtsgelehrter, dessen Name sympathisch miterklingt, sobald Waldeck's erwähnt wird. Wir meinen den greisen Taddel. Auch auf dem gebeugten Nacken dieses Abgeordneten lasten die Jahre, aber nach dem Eifer, mit dem er sich der Arbeit widmet, scheint seine Thätigkeit und Willenskraft ungeschwächt zu sein. Das vor ihm auf dem kleinen Schreibpult liegende Actenbündel fesselt seine Aufmerksamkeit nun schon länger als eine Stunde, nichtsdestoweniger folgt er den Verhandlungen mit größter Gewissenhaftigkeit. Sobald abgestimmt wird, erhebt sich der alte Herr mit militärischer Präcision von seinem Sitze, ohne doch den Blick vom Papier zu verwenden. Er hat sich in der Nachbarschaft der Polen niedergelassen.

Man nennt uns einige hervorragende Persönlichkeiten ihrer Fraktion, lauter charakteristische Köpfe mit jenem melancholischen Zuge um die Lippen, der sich in einem gewissen Lebensalter so häufig in polnischen Gesichtern herausbildet, als „besonderes Kennzeichen“ ihrer von der Geschichte mißhandelten Nationalität. Selbst aus der prägnanten Gesichtsbildung des Dr. Liebelt glauben wir diese Signatur herauszulesen. Nur ein noch etwas jugendlicheres Mitglied der kleinen Fraktion trägt die volksthümliche Czamarka, dort der hagere Geistliche ist bei der üblichen Tracht seines Standes geblieben, die polnischen Herren vom Adel unterscheiden sich von ihren gleichalterigen Standesgenossen aus anderen

nisse sicher zu stellen. Sofern dieses Programm im Gegensatze zu der von 60,000 Männern unterzeichneten Erklärung darauf hinzielt, dem Herzoge und der Landesvertretung eine entscheidende Stimme bei der Feststellung unserer Beziehungen zu Deutschland, resp. Preußen abzusprechen, kann der Ausschuß einen solchen Versuch, eine etwaige Vergewaltigung im Vorwege gutzuheißen, wenn nicht gar anzurufen, nur als ein Preisgeben nicht minder der Ehre wie der Rechte und Interessen des schleswig-holsteinischen Volkes ansehen; und da man nicht Anstand genommen hat, in der „Presse“ mit der Behauptung hervorzutreten, daß das angeführte Programm in der Bevölkerung der Herzogthümer Boden gewinne, so findet der Ausschuß sich veranlaßt, auszusprechen, daß er es für angebracht erachten würde, wenn die Vereine am Tage der Feier unserer Erhebung konstatiren wollten, daß die beregte Behauptung nur aus einer gröblichen Mißachtung der Wahrheit hervorgegangen ist, und daß das Volk nun und nimmer eine Mißachtung seiner Rechte in Ruhe über sich ergehen zu lassen gewillt ist.“

Aus **Kiel**, 23. März, schreibt man der „Schlesw.-Holst. Zeitung“: „Seit einigen Tagen erzählt man sich manche ergötzliche Historien über Vorbereitungen rc. zur stattgehabten Feier des Geburtstages des Königs von Preußen. Man scheint die Idee gehabt zu haben, eine Art Volksfest zu veranstalten, wenigstens hat man keine Mühe gescheut, die Hausbesitzer zum Flaggen und Illuminiren zu bewegen, indeß vergeblich; es ist eine arge Täuschung, zu glauben, daß ein solcher Tag vom schleswig-holsteinischen Volk gefeiert wird, so lange das einzige Hinderniß der Konstituirung Schleswig-Holsteins in Berlin zu suchen ist. Eine Probe der Anekdoten wird vielleicht das größere Publikum interessiren. Ein Bürger, der einen Speicher an das preußische Militär vermiethet hat, ward ersucht, denselben am 22. März mit preußischen Fahnen zu schmücken. Das Ersuchen ward abgelehnt. Tags darauf erhält der Mann einen Brief mit der Anzeige, daß der Speicher gekündigt werde, wenn die Miethe nicht von 60 auf 40 Thlr. erniedrigt werde. Die umgehende Antwort ist sofortige Kündigung, wenn die Miethe nicht von 60 auf 120 Thlr. erhöht werde.

London, 23. März. In einem die gegenwärtige Lage der Herzogthümerfrage behandelnden Artikel urtheilt die „Morning-Post“ über die Rolle, die Oesterreich in dieser Angelegenheit Preußen gegenüber gespielt hat: „Seinen Feind in der Diplomatie zu schlagen oder zu neutralisiren, galt in der Regel für Triumph genug; aber wenn man ihn gar dahin bringt, für Einen zu kämpfen und Einem die gemachte Beute zu Füßen zu legen, so ist dies ein Kraftstück, zu dem wir großmüthig genug sind, Herrn v. Bismarck Glück zu wünschen. Bei etwas mehr Abrichtung wird Oesterreich ein ganz unschätzbarer Hühnerhund im Dienst der preuß. Regierung werden.“ In demselben Artikel sagt die „Morning-Post“, daß Herr v. Bismarck, „um den Westmächten die Pille (der Annektirung) zu vergolden, davon spreche, Nordschleswig zurückgeben zu wollen.“ Ob die „Morning-Post“ damit nur wiederholt, was Andere von ihr gesagt haben, oder ob sie aus eigener privater Kenntniß spricht, wissen wir nicht; weiter behauptet sie, um Rußland zu gewinnen, habe Bismark diesem besondere Vortheile in der Benützung des Ost-Nordsee-Kanals angeboten.

Paris, 25. März. Heute wurde das Urtheil in dem Prozeß gegen den Verfasser und den Drucker der erwähnten „Reden des Labienus“ (eine gelungene Satyre auf die Cäsarischen Staatsstreich-Folgen) gesprochen. Ersterer, Hr. Rogeard, der es vorgezogen hat, sich nach Belgien zu begeben, wurde in contumaciam zu 5 Jahren Gefängniß und 500 Franken Geldbuße, der Drucker Hr. Rigueur-Lainé, für den der Gerichtshof mildernde Umstände zuließ, wurde zu 1 Monat Gefängniß und 100 Franken Geldbuße verurtheilt. Hr. Maurice Joly, bei welchem eine Haussuchung nach Exemplaren der Broschüre „Dialogue aux Enfers“ gehalten wurde, war heute vor den Untersuchungrichter citirt, der ihm eröffnete, daß eine Klage wegen Aufreizung zum Haß und zur Verachtung des Landesherrn gegen ihn eingeleitet worden sei. (Aus Brüssel schreibt man: Hr. Rogeard ist eine äußerst bescheidene Persönlichkeit. Rogeard ist ganz wie erstaunt ob seiner plötzlichen Berühmtheit. Hoffentlich wird derselbe sich hier bald einen Wirkungskreis begründet haben, da er eine gediegene Gelehrsamkeit besitzt. Hr. Rogeard sagt, die öffentliche Stimmung neige sich sichtlich in Frankreich zur Freiheit hin. Man reckt und räuspert sich überall, meint er, als wolle man erwachen.)]

Nach der „Oder-Ztg.“ haben in **Warschau** vorige Woche wieder mehrere Verhaftungen stattgefunden, als deren Veranlassung der Verdacht der Betheiligung an der Verbreitung revolutionärer Pamphlete angegeben wird. Unter den Verhafteten befindet sich auch der junge Graf Starbek, der Sohn des ehemaligen Generaldirektors der Regierungskommission für die Justiz, der schon zum viertenmal verhaftet ist.

Ein Korrespondent der „Kreuzzeitung“ schreibt aus **Athen**: „Ich bin überzeugt, daß Graf Sponneck's Abreise nahe bevorsteht und auch, daß ihm König Georg bald folgt; wenn nicht eine fremde Intervention stattfindet, ist Griechenland dem Räuberthum und der Republik verfallen. Die Wuth gegen Sponneck ist ganz furchtbar, die Blätter wimmeln von Injurien gegen ihn, mehrere haben als Inschrift über ihre Spalten täglich das Motto: „Kein Sponneck mehr!“ Man erzählt sich, daß neulich der Blitz die griechische Fahne auf den Festungswerken von Zante getroffen und zerschmettert habe: das wird als sehr bedenklich erzählt, denn abergläubisch ist das Volk über alle Maßen,

---

Provinzen der Monarchie durch etwas größere Achtsamkeit auf Haltung und Toilette. Der polnische Cavalier sucht selbst an der Grenze des Greisenalters den letzten Schimmer der Jugend und kriegerischen Kraft zu erhalten. Aber in diesen bleichen, bekümmerten Gesichtern erinnert uns nichts mehr an jene lebensmuthigen Starosten in ihrer strahlenden Nationaltracht, die wir noch in unseren Jugendjahren an den Ufern der Weichsel gesehen haben. Zwischen heute und damals liegen zwei furchtbare Revolutionen im Königreiche und die diesseitigen Polen sind nicht ohne die schmerzlichste Mitleidenschaft davongekommen.

Zwischen der vorderen Bank der Polen, dem Stenographentisch und der Tribüne wandelt ein Herr von geistreicher Gesichtsbildung. Ohne daß eine bestimmt ausgesprochene Aehnlichkeit der Züge vorhanden wäre, fühlt man sich an den verstorbenen Philologen Lachmann erinnert; wir haben den Professor M o m m s e n, den Verfasser der römischen Geschichte, den Verehrer Cäsars, vor uns. Der berühmte Historiker sieht nicht aus, als ob er von der Konkurrenzarbeit seines Rivalen an der Seine eine Verkleinerung seines Werkes fürchtete. Einiger Trost liegt gewiß schon in dem Bewußtsein, die Beschaffung des Materials, die Kritik der Quellen und die Darstellung den eigenen Kräften zu verdanken. Mommsen war nicht in der Lage, seine Hilfsarbeiterschaft mit mehreren Millionen zu honoriren, die genaue Kenntniß Italiens verdankt er neben seinen Studien nur langen und mühseligen Fußwanderungen. Allzu rasch ist er unseren Blicken unter der Tribüne entschwunden, aber wir trennen uns mit leichtem Herzen von ihm. Der Gelehrte und Schriftsteller in ihm überragt den praktischen Politiker und Parlamentsmann.

Gern hätten wir den entschlossenen Kämpen Jung-Litthauens, den Frhrn. v. H o v e r b e c k, einen stattlichen Herrn, der gerade nur das Abgeordnetenalter erreicht zu haben scheint, etwas näher in Augenschein genommen, allein er verläßt gleichfalls den Saal. Wir sehen nur noch, daß jeder Darsteller des Siegfried mit seiner breiten Brust zufrieden sein könnte; versäumen wir nicht die günstige Gelegenheit, uns unter den Männern der Rechten umzuschauen.

Herr Schulrath W a n t r u p ist in den Saal getreten und nimmt etwas geräuschvoll Platz. Ein robuster Herr von ländlich gesunder Gesichtsfarbe, — nichts in seinem Wesen deutet auf philologische Liebhabereien, man könnte ihn für den Besitzer eines großen Holzhofes, für einen wohlhabenden Gutspächter halten; wer traut diesem Herrn seine bitterbösen Reden gegen die Fortschrittspartei zu? Obgleich er jetzt ziemlich ruhig dasitzt und weder mit den Nachbaren, noch mit dem Hintermann plaudert, scheint er doch von großer Beweglichkeit zu sein. Vielleicht hat ihn sein Hang zur Jovialität, zur thatkräftigen Polemik, mehr als persönliche Liebhaberei in die Arme der Feudalen getrieben. Bei Schulvisitationen macht er gewiß manche treffende Bemerkung und erfrischt den zagenden Klassenlehrer und die Jungen durch einen guten Spaß. Wir schätzen die Humoristen, wo wir sie finden; für das Pergament der Verfassungsurkunde sind ohnehin die Schneidezähne des bissigen Schulraths nicht scharf genug.

Einen ungleich gefährlicheren Gegner verkündet die Physiognomie des Abgeordneten W a g e n e r; aber schwerlich erriethe auch in ihm ein Ununterrichteter den Verfasser der vielgelesenen Leitartikel aus der ersten Redaktionsaera der „N. Pr. Zeitung“. Er blickt aus klugen Kaufmannsaugen auf die Versammlung, er kennt die günstige Konjunktur, und man darf gewiß sein: er wird sie zu benutzen verstehen.

(Schluß folgt.)

aber ein größeres Elend, als jetzt hier herrscht, kann dieses Land doch unmöglich noch treffen."

Amerika. Die Siegeskunde aus dem Shenandoah-Thale, welche Anfangs nur auf den Aussagen übergelaufener Soldaten beruhte, findet ihre vollkommene Bestätigung in der aus Winchester gemeldeten Ankunft der südstaatlichen Kriegsgefangenen. Bei Waynesborough hatte Custer's Division die Streitmacht Early's angetroffen und auf's Haupt geschlagen, dazu 87 Offiziere, Early's Stab, 1100 Mann gefangen genommen und 7 Kanonen, 100 Wagen und einen Munitionstrain erbeutet. Early selbst aber rettete sich durch die Flucht. Der Verlust der Bundestruppen wird auf nur 10 Mann angegeben. Sheridan besetzte darauf Waynesborough, und Custer stand nach den letzten Berichten 10 Meilen von Charlotteville entfernt. Durch Gefangene hört man, daß eine starke Abtheilung von Unionstruppen auf dem Marsche von Osttennessee nach Lynchburg ist, und Gerüchte sprechen schon von der Einnahme dieser Stadt. General Lee befestigt seine Linie am Roanoke, um dem General Johnstone nöthigenfalls einen gesicherten Rückzug offen zu halten. Der „Richmond Enquirer" spricht von einem existirenden Plane, den Präsidenten Davis zur Abdankung zu zwingen, und zwar zu Gunsten Hunter's; doch hofft das Blatt, daß der Anschlag vereitelt worden sei, und fügt hinzu: „Mit der Zustimmung der Armee und des Volkes wird Lee das Scepter in seine Hand nehmen, wenn es dem Präsidenten Davis entrissen werden sollte. Der Kongreß hat sich als eine Fehlgeburt erwiesen, und die ganze Macht sollte in Davis' und Lee's Hände allein gelegt werden." — Präsident Lincoln ist offiziell benachrichtigt worden, daß England den von Canada getroffenen Maßregeln gegen südstaatliche Flüchtlinge beipflichte. Herr M'Culloch, der neue Schatzsekretär, hatte in einer Antrittsrede als seinen ersten Zweck dargestellt, auf's baldigste die Mittel zu schaffen, um alle Ansprüche auf den Schatz zu befriedigen, und die Baarvaluta allmälig wiederherzustellen.

Frankfurter Börse (vom 20. bis 25. März).

Samstag. Auch an unserer Börse hat sich wieder eine grosse, zu dieser Jahreszeit ungewohnte Geschäftsstille eingestellt. Wie anderwärts, sind auch wir mit Effekten überladen; so stagnirt denn, trotz der momentan übervollen Geldkeller der Banken, jeglicher Handel. In Paris namentlich häuft sich Geld in lang nicht gekannter Weise an. Dieser Ueberfluss ist aber lediglich dem Stocken des Waarenhandels und der Industrie zuzuschreiben und namentlich trägt dazu auch das vollständige Darniederliegen des Getreidegeschäfts bei, das sonst so bedeutende Geldmittel in Anspruch nimmt, welche jetzt unbeschäftigt den grossen Geldreservoirs zufliessen. Man möge sich daher nicht täuschen und auch die Herren Emissions-Künstler sollen ja nicht glauben, dass das blinkende Metall schon ihnen gehört. Die Scenerie kann sich rasch ändern.

Oesterr. Fonds verlassen die Woche so ziemlich auf dem Kursniveau, welches sie vor acht Tagen inne hatten. Valuta-Metalliques in Folge der besseren Valuta um eine Kleinigkeit höher. Von Loospapieren waren 1860er an einigen Tagen in guter Frage und wurden bis über 85 bezahlt, um 84 7/8 zu bleiben. Auch in 1864er Loosen war einiger Umsatz. Neue engl. Metalliques fortwährend für solide Kapitalanlage gesucht; die Nachfrage wird sich voraussichtlich noch weiter steigern.

In süddeutschen Fonds beschränkte sich das Geschäft auf den laufenden Bedarf und schliessen Kurse ziemlich unverändert; bayerische Pfandbriefe bleiben in guter Frage. — Für die auf 4 1/2 pCt. konvertirten Anlehen des Herzogs Ferdinand von Sachsen-Koburg-Gotha werden jetzt die Abdrücke der Nachtragsverbriefungen ausgegeben. — Von fremden Fonds neue Finnländische Pfandbriefe zu 83 5/8 bis 3/4 täglich im Verkehr. In Amerikanern halten jetzt die Kurse mit den guten Nachrichten aus New-York keinen gleichen Schritt; während man vor 14 Tagen mit den hiesigen Kursen ca. 3 pCt. über New-Yorker Notiz war, ist man jetzt auf ca. 1 pCt. unter dieselbe zurückgegangen. Der Markt ist eben überbürdet und die Zufuhren der Arbitrage dürften vorläufig wohl eine Unterbrechung erfahren.

Von Kreditaktien schliessen österreichische gerade so wie vor acht Tagen zu 194 1/2; die Kursvariationen der Woche waren sehr unbedeutend, nur gestern gingen sie momentan bis 193 herab. Darmstädter verlassen das Feld mit einer Einbusse von fl. 7 zu 229 1/2; die nunmehr auf 6 pCt. festgesetzte Dividende hat, den Erträgnissen anderer Kreditanstalten und Banken gegenüber, nicht befriedigt. — Von der Meininger Kreditbank, deren Generalversammlung auf den 26. April ausgeschrieben ist, erwartet man eine günstigere Dividende. — Von Zettelbankaktien erhalten sich Frankfurter in dauernder Gunst; auch österr. Nationalbank behauptet und um einige Gulden höher schliessend. — Die Dividende der Weimarischen Bank ist auf 7 pCt festgesetzt. — Frankfurter Vereinskasse zu 100 1/4—102 in Umsatz.

In Eisenbahn-Aktien war der Verkehr nur mässig. Taunus bleiben gefragt und sind um weitere fl. 2 auf 356 gestiegen. Auch Frankfurt-Hanauer fest und zu 102 3/8 gesucht. Pfälzische Linien und bayer. Ostbahnen behauptet. In österr. Westbahn fanden einige Umsätze zu 119—1/4 statt. In Nahebahn ist die momentane, von Berlin angefachte Spekulation wieder zum Stillstand gekommen. — Von Prioritäten Staatsbahnen und Lombarden in guter Frage und höher, auch Livorneser in regem Verkehr; Galizische bis 86 3/4 bezahlt.

Der Geldstand bleibt sehr flüssig und bestes Papier zu 2 3/4 pCt. gesucht; für zweites Papier ist der Diskonto etwas straffer. Von fremden Devisen streifte London momentan im Laufe der Woche nahezu den seit 1848 nicht wieder dagewesenen Kurs von 120, schliesst jedoch niedriger zu 119 1/2. Paris 94 3/4, Amsterdam bis 100 7/8. Wien sehr gesucht und bis 106 1/2 bezahlt. (Akt.)

Hiezu die Beilage: „Würzburger Anzeiger".

Verantwortlicher Redakteur: A. Hartmann.
Druck und Verlag der Stahel'schen Buch- und Kunsthandlung in Würzburg

---

Cours der Staatspapiere.

Oesterr.	5 pCt. Met. (Cp. 1. S. b. R.)	—
"	5 pCt. Lomb. ditto. à 24	—
"	5 pCt. Engl. Met. v. 1852	80 P.
"	5 pCt. Engl. Met. v. 1859	78 3/4 P.
"	5 pCt. Venet. Coupon b. R.	85 3/4 P.
"	5 pCt. Nationalanl. v. 1854	68 1/2—5/8 G.
"	5 pCt. Metall. Obligation.	62 1/8 G.
"	4 1/2 pCt.	55 1/2 G.
Preussen	3 1/2 pCt. Staatsschuldsch.	
Bayern	4 1/2 pCt. Obl. 1jähr. dto.	101 3/4 P.
"	4 1/2 pCt. Obl. 1/2jähr. dto.	102 1/4 P.
"	4 pCt. Obl 1jähr. dto.	98 3/4 P.
"	4 pCt. Obl. 1/2 jähr. dto.	99 G.
"	4 pCt. Obl. Ab.-R. dto.	98 3/4 P.
"	3 1/2 pCt. Obl. dto.	—
Württemb.	4 1/2 pCt. Obl. b. Rothsch.	—
"	3 1/2 pCt. Obl. dto.	95 1/2 P.
Baden	4 1/2 pCt. Obl.	—
"	3 1/2 pCt. Obl. v. 1842	92 1/4 P.
Gr. Hess.	4 1/2 pCt. Obl.	—
"	4 pCt. Obl. b. Rothsch.	—
"	3 1/2 pCt. Obl dto.	97 5/8 P.
Nassau	4 1/2 pCt. Obl. dto.	102 1/2 P.
"	4 pCt. Obl. dto.	99 3/8 G.
"	3 1/2 pCt. Obl. dto.	92 G.
Frankfurt	3 1/2 pCt. Obl.	96 G.
"	3 pCt. Obl.	—
Spanien	3 pCt. inl. Sch. P. à fl. 2. 30	—
"	2 1/4 pCt. .	—
Schweden	4 1/2 pCt. Obl. à 105 Thlr.	91 5/8 P. 3/8 G.
N.Amerika	6 pCt. à 1000r. 1881 D. 2 1/2	—
"	6 pCt. ditto r. 1882 .	56 7/8 G.

Diverse Aktien.

Frankfurter Bank à fl. 500 . . .	147 7/8 G.
K. K. Oesterr. National-Bankaktien	848—49 G.
Oesterr. Kreditbank-Aktien à fl. 200	195—94 1/2 G.
Bayer. Hypothekenb. Pfandbriefe 4 pCt.	97 7/8 P.
Darmst. Bank 1. u. 2. Serie à fl. 250	232 P.
Weimarische Bank à Thlr. 100 . .	100 P.
Mitteldeutsche Kreditaktien . . .	101 G.
Intern. Bank in Lux. à 250 Frs. à 28 kr.	—
Taunus-Eisenbahn à fl. 250 . . .	356 G.
Frankfurt-Hanauer-Eisenbahn . . .	—
Oest. F.St.Eisb. 5pCt. 500 Fr. à 28 kr.	—
" Elisab.-Eisenbahn 5 pCt. . . .	119 P.
Böhm. Westbahn-Aktien à fl. 200 6/7	73 1/4 P.
Rhein-Nahe-Bahn 200 Thl. à 105 4pCt. Z.	—
Ludwigshafen-Bexbacher à 4 pCt. .	148 3/8 G.
dto. dto. Prior. à 4 pCt.	97 1/2 P.
Pfälz. Maxb. b. Rothschild à 4 1/2 pCt.	107 G.
Oest. St.-Eisenb. Prior.-Oblig. à 3 pCt.	52 1/2 P.
Elisab.-Bahn Prior. 5 pCt. 6/7	80 1/8 P.
Südd. Bank-Akt., 40 pCt. Einz.	280 P. 258 1/2 G.
Span. Handels- und Industrie . .	—
Bayr. Ostbahn à 4 1/2 pCt. volleinbez.	113 1/2 G.
Bayer. Ostbahn mit 60 pCt. Einz.	113 3/4 P.

Wechsel in süddeutscher Währung.

Amst. fl. 100 k. S.	100 3/4 G.
Antwerp. Frs. 200 k. S.	94 3/8 G.
Augsb. fl. 100 k. S.	99 5/8 G.
Berlin Th. 60 k. S.	105 P.
Brem. 50 Th. Ld. k. S.	97 1/4 P.
Brüssel Frs. 200 k. S.	94 3/8 G.
Cöln Thlr. 60 k. S.	104 7/8 P.
Hamb. MB. 100 k. S.	88 7/8 P.
Leipzig Th. 60 k. S.	104 7/8 P.
London Lst. 10 k. S.	119 5/8 P. 3/8 G.
Lyon Frs. 200 k. S.	—
Mail. Frs. 200	94 1/4 G.
München fl. 100 k. S.	99 3/4 G.
Paris Frs. 200 k. S.	94 3/8 G.
Petersburg 60 S.-R.	—
Triest fl. 100 k. S.	—
Wien fl. 100 ö. W.	—
do. in öst. W. l. S.	106 1/2—5/8 G.
Disconto	3 1/2 pCt. G.

Anlehens-Loose.

Oesterr. fl. 250 v. 1839	143 1/4 P.
" fl. 250 v. 1854 mit 4pCt.	77 3/4 P. 1/2 G.
" fl. 500 v. 1860 6/7	85 P. 84 7/8 G.
" fl. 100 Eisb. L. v. 1858.	136 7/8 G.
" do. v. 1864.	94 1/2 G.
Schwed. 10 Thlr. Loose	10 P.
Badische fl. 50	—
Badische fl. 35	53 5/8 P.
Kurhess. Thlr. 40 b. R.	56 3/4 P.
Gr. Hessen fl. 50 b. R.	124 1/2 G.
" fl. 25 do	37 P.
Nassau fl. 25 bei Rothsch.	35 5/8 P. 1/8 G.
Sardinische Fr. 36 b. B.	—
Neuenburger 10 Frs.-Loose	—
Freiburger 15 Frs.-Loose	—
Mailänder 45 Frs. L. b. R.	33 1/4 P.
St. Lüttich mit 2 1/2 pCt. Z.	35 P.
Ansb.-Gunzenh. fl. 7-L.	10 3/4 P.

Frankfurt, 27. März. Die Börse war fast ausschließlich mit amerikanischen Bonds beschäftigt, welche in Folge der über Erwarten günstigen finanziellen Berichte aus New-York bedeutend höher bezahlt wurden, und nach einigen Schwankungen fast 2 pCt. höher als gestern schlossen. Im Uebrigen war wenig Geschäft und keine Veränderung. (Synd.)

An die
k. Hof- und Staatsbibliothek
1 N. Würzb. Ztg. München.

Neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht!

№ 88. | Vorausbezahlung: Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 1 fl. 30 kr. Bei Inseraten wird die dreispaltige Zeile in gewöhnlicher kleiner Schrift oder deren Raum im Hauptblatte mit 6 kr., im Anzeiger mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franco. | 62. Jahrgang. | Mittwoch, 29. März 1865.

Die preußischen Forderungen.

Ueber die in Wien (mittels der Februardepesche) gestellten preußischen Forderungen in Bezug auf Schleswig-Holstein geht der Berliner „Volkszeitung" die folgende Mittheilung zu (wir haben derselben gestern unter Berlin Erwähnung gethan), deren sachlichen Inhalt sie mit aller Entschiedenheit (und ohne Zweifel mit gutem Grund) verbürgen zu können versichert:

A. Ewiges und unauflösliches Schutz- und Trutzbündniß der Herzogthümer mit Preußen, vermöge dessen Preußen sich zum Schutz und zur Vertheidigung gegen jeden Angriff verpflichtet, der künftige Herzog dagegen dem Könige von Preußen die ganze Wehrkraft der Herzogthümer zur Verfügung stellt, um sie innerhalb der (preußischen?) Armee und Flotte zum Schutze und Interesse beider Länder zu verwenden. Die Dienstpflicht und Stärke der Armee wird nach preußischen Bestimmungen normirt, die Aushebung der Mannschaften geschieht von preußischen Militärbehörden in Gemeinschaft mit den Civilbehörden nach preußischen Grundsätzen. Die preuß. Kriegsverfassung findet Anwendung auf die Aushebung und die Bestimmungen über die Dienstzeit, ebenfalls gelten sonstige preuß. Verordnungen über Servis, Verpflegung, Einquartierung, Ersatz und Flurbeschädigungen und die Mobilmachungs-Vorschriften im Frieden wie im Kriege. Dem Könige von Preußen bleibt es überlassen, die Mannschaft der Herzogthümer zu einem besonderen Armeekorps zu formiren oder sie vorbehaltlich der Anwendung des Artikels V der Bundes-Kriegsverfassung (sic) mit anderen Truppen zu verbinden, ihnen Standquartiere in Preußen oder den Herzogthümern anzuweisen und preußische Truppen in den Herzogthümern zu stationiren und die Garnisonsverhältnisse zu regeln. Die in die preußische Armee und Flotte eintretenden schleswig-holsteinischen Unterthanen leisten dem Könige von Preußen den Fahneneid und haben in Avancement, Versorgung, Pension und sonstigen Rechten und Vortheilen dieselben Ansprüche wie die Preußen; gleichergestalt sind auch die preußischen Bildungsanstalten den herzoglichen Unterthanen gleich zugänglich wie den königlichen. Für die Marine gelten im Allgemeinen dieselben Grundsätze wie für das Landheer; die in Anwendung der preußischen Bestimmungen über die Verpflichtung zum Kriegsdienst zur See auszuhebende Mannschaft genießt ihre Ausbildung auf der preußischen Flotte und wird auf dieser verwendet. Diese Flotte ist in allen schleswig-holsteinischen Gewässern zur freien Zirkulation und Stationirung von Kriegsschiffen berechtigt, auch steht der preußischen Regierung behufs des Küstenschutzes die Kontrole über das Lootsen-, Betonnungs- und Küstenbeleuchtungswesen in der Ost- und Nordsee zu. Zur Unterhaltung der aus den Mitteln beider Länder herzustellenden Streitkräfte, einschließlich aller für gemeinsame Kriegszwecke erforderlichen sachlichen Ausgaben, zahlt die schleswig-holsteinische Staatskasse einen näher zu ermittelnden, eventuell nach Maßgabe der Volkszahl und der preußischen Marine-Ausgaben näher festzustellenden jährlichen Beitrag. Das Fortifikations-System der Herzogthümer wird in Bezug auf alle angelegten oder anzulegenden Befestigungen an den Küsten oder im Lande durch Uebereinkunft zwischen der preußischen und der Landesregierung nach dem von ersterer erkannten Bedürfniß geregelt.

B. Die Bundespflicht des Souveräns der Herzogthümer bleibt dieselbe wie bisher; das Bundescontingent für Holstein wird dem Herzog aus den nicht zum preußischen Bundeskontingent gehörigen Truppentheilen der aus den Streitkräften beider Länder gebildeten, unter dem Befehl des Königs stehenden Armee gestellt werden. Dem Artikel V der Bundeskriegsverfassung entsprechend, wird dieses Kontingent nicht mit dem preußischen Bundeskontingent in eine Abtheilung vereinigt, sondern fortfahren, einen Theil des X. Armeekorps zu bilden.

C. Die preußische Regierung behält sich vor, in Gemeinschaft mit Oesterreich dem Bunde den Vorschlag zu machen, Rendsburg, so weit es auf holsteinischem Gebiete belegen, zur Bundesfestung zu machen, und die Regierung des neuen Staates gibt im Voraus

Feuilleton.

Im preußischen Abgeordnetenhause.

(Schluß.)

Herr v. Gottberg — er sitzt seitwärts hinter Herrn Wagener, im zweiten Gliede — wird seinem berühmten Vorbilde ähnlich befunden, aber alle Züge erscheinen abgeschwächt, auf den ersten Blick erkennt man die Copie. Der Erscheinung fehlt die Sicherheit, das Bewußtsein einer gewichtigen Vergangenheit, der Schwerpunkt. Aus des Hrn. v. Mitschke-Collande, des Abgeordneten für Militsch-Trebnitz, gespannter Haltung erkennt man seine Neigung, die erschlaffende Aufmerksamkeit des Hauses durch eine originelle Wendung aufzusteifen; er sitzt auf dem Anstande, aber heute bietet sich ihm keine Gelegenheit, die Debatte durch ein kleines Juwel zu bereichern. Lassen wir uns nicht den Abgeordneten Richter, Prediger zu Marienfelde bei Berlin, entgehen, einen kirchlichfreisinnigen Mann; er bewegt sich in der Nähe des Ministertisches, links von dem geschlossenen Cercle der Katholiken und Hrn. Reichensperger. Bei dem überaus ernsthaften Exterieur des Hauses überrascht die auf seiner Stirn lagernde Heiterkeit. Sollte er die Schattenseite des Landbotenamtes noch nicht kennen gelernt haben.

Der Abgeordnete Twesten ist mit Aufzeichnungen beschäftigt, die blessirte Rechte scheint ihm zuweilen den Dienst zu verweigern. Die Wähler dürfen dem verfassungstreuen Manne nie vergessen, auch wenn die Majorität nicht in allen Punkten seinen Ansichten beipflichtet, daß er auf die ritterlichste Weise für seine Ueberzeugung in die Schranken getreten ist. Es gibt staatsmännische Persönlichkeiten, die vermöge ihrer Talente und Verdienste nie in der Volksvertretung fehlen dürfen. Wäre man dessen eingedenk gewesen, wir würden den Freiherrn von Vincke nicht vermissen.

Der Vortrag des auf der Tribüne stehenden Abgeordneten, der dem parlamentarisch ungeübten Ohr des dilettantischen Reporters ganz und gar entgeht, muß auf die Anwesenden eine äußerst geringe Anziehungskraft ausüben, denn es zeigen sich im Hause Spuren einer förmlichen Völkerwanderung und Fahnenflucht. Selbst der Abgeordnete Simson, dem noch Niemand einen Verstoß gegen die gute parlamentarische Sitte nachsagen konnte, fühlt sich veranlaßt, der moralischen und intellectuellen Erfrischung halber den Platz zu wechseln und den Redner in seiner wohlwollenden, etwas elegischen Weise ein wenig näher zu betrachten. Für einen Altliberalen von Ruf ziemt es sich, jede Demonstration zu vermeiden; mit den weiter nach links placirten Herren pflegt man es in Etikettefragen minder strenge zu nehmen. Mehrere Fortschrittsmänner können der Versuchung nicht widerstehen, in den Ecken des Saales Versammlungen zu bilden und Unterhaltungen anzuknüpfen.

Herr Schulze (Berlin) erregt besonders die Aufmerksamkeit des Publikums der Tribünen, das Wispern der Damen scheint den Sprecher im Texte unsicher zu machen, Präsident Grabow blickt, nicht tadelnd, aber doch väterlich mahnend, zu den Tribünen empor. Der Vormund und Pfleger unserer Arbeitervereine zeigt in seinen Gesichtszügen Spuren von Ermüdung, um seine Mundwinkel schwebt ein Anflug von Wehmuth, die unaufhörlichen Schmähungen und Verdächtigungen seines ehrlichen Strebens mögen manchen Strich im Innern hinterlassen haben, aber seine Stirn ist ungetrübt und der Gesammtausdruck der biederen Physiognomie im höchsten Grade Zutrauen erweckend. Ist es der krasse Ortswechsel

ihre Einwilligung hierzu; bis dahin bleibt Rendsburg von Preußen besetzt.

D. Die Verpflichtung zum Schutz der Herzogthümer macht für Preußen den Besitz von Territorien nöthig, welche mit voller Souveränetät abzutreten sind: a) zum Schutz von Nordschleswig die Stadt Sonderburg mit entsprechendem Gebiet auf beiden Seiten des Alsensundes in einem Umkreise von wenigstens einer halben Meile Halbmesser und der Ausdehnung, daß die Ortschaften Düppel, Rackebüll, Kjaer, Burgsmark, Ulkebüll und Sandsmark in das Gebiet zur Anlegung von Befestigungen, desgleichen auch das erforderliche Terrain beim Hörup-Haff zur Befestigung desselben innerhalb des preußischen Gebietes fallen. b) Behufs des Schutzes von Kiel die Festung Friedrichsort nebst entsprechendem Gebiet, nämlich die Ortschaften Holtenau, Stift, Prig, Seekampf und Scheide, sowie mit der östlichen gegenüberliegenden Seite des Kieler Hafens das erforderliche Terrain zur Anlegung von Befestigungen. c) An den Mündungen des Kanals das zur Anlegung von Befestigungen erforderliche Terrain, welches später näher zu bestimmen ist. Preußen verlangt das Oberaufsichtsrecht über den Kanal, die Entscheidung über den Lauf desselben, die Leitung des Baues und das Recht der Reglements-Bestimmung, desgleichen das Recht der Ausführung des Baues und des Betriebes für eigene oder für Rechnung einer Aktien-Gesellschaft, in welchem Falle auf Grund der zu ertheilenden Konzession dieser und nur dieser Gesellschaft die landesherrliche Genehmigung mit dem Rechte der Expropriation gegen den Ersatz des Werthes zu Theil werden soll. Transitzoll soll außer den an die Unternehmer des Kanales zu entrichtenden Schifffahrts-Abgaben nicht erhoben werden. Die Benutzung des Kanals durch Kriegsschiffe bleibt näheren Bestimmungen beider Regierungen vorbehalten.

E. Die Herzogthümer treten mit ihrem ganzen Gebiete dem preußischen Zollsysteme — dem Zollvereine — bei; über die näheren Modalitäten werden Verhandlungen mit den Zollvereins-Mitgliedern vorbehalten.

F. Das Post- und Telegraphenwesen der Herzogthümer wird mit dem preußischen verschmolzen in der Weise, daß die Verwaltung mit allen Rechten und Pflichten für alle Zeiten auf die preußische Regierung übergeht, welche für ihre Rechnung den Betrieb nach den für das preußische Post- und Telegraphenwesen geltenden Gesetzen führen wird.

Die Uebergabe der Herzogthümer an den künftigen Souverän erfolgt nach Sicherstellung und Ausführung aller vorstehenden Bedingungen. Kommen solche nicht zur Ausführung, so tritt Preußen in die aus dem Wiener Frieden ihm zustehenden Rechte wieder ein und behält sich die Geltendmachung aller sonstigen ihm in Betreff der Herzogthümer zustehenden Ansprüche vor.

(Amtliche Nachrichten.) **München**, 27. März. Se. Maj. der König hat zum Stadtkommissariats-Offizianten zu Landshut den Regierungs-Funktionär K. Wessenig daselbst ernannt; das Kaplaneibenefizium zu Unterthingau, Bezirksamts Oberdorf, dem derzeitigen Verweser desselben, Priester J. Metz, übertragen; die prot. Pfarrei Steinwenden, Dek. Homburg, dem bish. Pfarrer in Dörrmoschel, Dek. Obermoschel, Chr. Mattil, verliehen; die erledigte Stelle eines Präfekten am kath. Schullehrer-Seminar in Bamberg dem bisherigen Kaplane und kathol. Religionslehrer an der Studienanstalt in Bayreuth, Priester G. Schäfer, übertragen.

Se. Maj. der König hat die von der Aktiengesellschaft „mechanische Baumwoll-Spinnerei in Hof“ in den General-Versammlungen vom 31. März 1856 und 9. März 1857 beschlossene Erhöhung ihres Grundkapitals von 350,000 fl. um 350,000 und 700,000 fl., somit auf den Gesammtbetrag von 1,400,000 fl. in 1400 Stück Aktien, welche unter fortlaufender Nummer von 1 bis 1400 à 1000 fl. auf den Inhaber lautend und nach § 4 der Statuten ausgefertigt sind, nachträglich genehmigt, sowie die von dieser Aktiengesellschaft beschlossene Vermehrung ihres Grundkapitals von 1,400,000 um weitere 420,000 fl. mittelst Emmission von Prioritäts-Aktien, welche in 1400 Stücken à 300 fl. auf den Inhaber lautend nach § 4 der Statuten ausgefertigt werden, genehmigt.

Wien, 27. März. Ueber die Deputirten-Konferenz beim Staatsminister (die meisten der Geladenen gehörten dem Centrum an) berichtet die „Ostd. P.“: „Hr. v. Schmerling begann mit einem Exposé, das sich aber nur auf die Budgetverhandlung und den Antrag auf Erläuterung des § 13 bezog. Bezüglich des Budgets sagte Se. Exz., daß die Regierung über das von ihr angegebene Maximum des Abstriches von 20,100,000 fl. unter keinen Umständen hinausgehen könne, und selbst dieses vermöge sie nur einzuhalten, wenn ihr die beiden Vorbedingungen: Freigebung des Virement und gleiche Behandlung des 1866er Budgets, zugestanden würden. In Sachen des § 13 habe die Regierung ihren Standpunkt bereits in der Adreßdebatte gekennzeichnet. In der darauf folgenden Diskussion gab eine Reihe von Rednern Zeugniß von der Unbehaglichkeit der öffentlichen Stimmung. So Dr. Kaiser und Baron Pratobevera, welcher den Antrag auf Erläuterung des § 13 als den passendsten Ort bezeichnete, bei dem die Regierung ihr Entgegenkommen zeigen könnte. Mit strengen Worten kritisirte Abg. Schuler-Libloy das Verhalten der Regierung, die zum Ausbaue der Verfassung, namentlich zu deren freiheitlicher Entwicklung fast gar nichts gethan habe. Den größten Eindruck machte die längere Rede des Abg. Frhrn. v. Tinti, die damit schloß, daß Redner erklärte, auch er und seine Freunde

---

und die Einwirkung des nordischen Klimas auf den, durch südliche Lüfte verwöhnten Rheinländer, auch Herr v. Bockum-Dolffs erfreut seine politischen Anhänger nicht durch jenen gesunden Teint, den wir an den Koryphäen des Ministertisches und fast an der gesammten äußersten Rechten wahrnehmen. Es würde uns nicht in Verwunderung setzen, wenn unsere großen Aerzte eine Neigung zu Gallen- und Leberleiden im Abgeordnetenhause nachwiesen und den preußischen Landboten in ganzen Fraktionen die leichteren Brunnen Karlsbad's verordneten.

Der ehemalige sächsische Staatsminister Herr v. Carlowitz scheint längst die Entdeckung gemacht zu haben, daß ein Volksvertreter bei so vielen unvermeidlichen Gemüthsbewegungen auf Zerstreuung und leibliche Bewegung bedacht sein müsse. Schon seit einer Viertelstunde ist er im Hause unterwegs und stattet Gesinnungsgenossen Morgenbesuche ab. Ueberall wird er mit großer Zuvorkommenheit aufgenommen, er gehört offenbar zu den beliebtesten Mitgliedern der Versammlung. Herr Löwe (Kalbe), der ehemalige Präsident des Stuttgarter Rumpfparlaments, verräth gleichfalls einen Hang zum Wanderleben, er knüpft bald hier, bald da Verbindungen an, und verweilt immer nur wenige Minuten auf seinem Sitze. Einen sehr befriedigenden Eindruck macht die klassische Ruhe des Kreisgerichtsdirektors Wachler. Er sitzt so niet- und nagelfest, als präsidirte er in einem Rechtshandel auf Leben und Tod, und als handle es sich nicht um den Fall eines Amendements, sondern eines Kopfes. Die Wahlmänner können überzeugt sein, daß ein so gewissenhafter Abgeordneter im strengsten Sinne des Wortes seine Pflicht erfüllt.

Ein historisches Mühlenrad.

Der jüngst verstorbene Konsul B. aus Florenz hatte vor einigen Jahren eine Gesellschaft von Freunden und Bekannten zu sich geladen und mit ihnen einen Ausflug nach dem zwischen Pisa und Carrara gelegenen Städtchen Seravezza gemacht, wo er bedeutende Marmorbrüche besaß, und von wo aus der Gipfel des Altissimo, des höchsten Berges der Apenninenkette, einen merkwürdigen Anblick darbietet. Unglücklicher Weise begann ½ Stunde nach der Ankunft der Gäste ein so heftiger Regen, daß gar nicht daran zu denken war, eine Partie nach den Bergen zu unternehmen. Man schlenderte in den Straßen des Städtchens, indem man sich so gut wie es nur irgend ging, mit Regenschirmen beschützte, dem einzigen Kaffeehause, welches existirte, zu, und man passirte eben eine kleine steinerne Brücke, die neben einer Wassermühle vorbei führte, deren Rad in diesem Augenblicke in vollem Schwunge war, als der Konsul B. seine Gäste bat, sich genau die Buchstaben anzusehen, die in dem Balken, welcher über dem Rade befestigt war, eingeschnitzt waren, da an dieses Rad eine sehr merkwürdige Geschichte sich knüpfte, die er seinen Gästen versprach, von den dabei Betheiligten selbst erzählen zu lassen. Die Buchstaben waren folgende: „N. a. — N. o. —“ und unten die Jahreszahl 1831. Die beiden N waren vielleicht dreifach so groß als das a und o und der Verfertiger hatte darüber einige ovale Einschnitte gemacht, die wie eine Krone aussehen sollten. Endlich langte man in dem besagten Kaffeehaus an und eine Partie Billard wurde arrangirt, jedoch bald wieder unterbrochen, da der Besitzer des Lokals anzeigte, daß die vom Herrn Konsul her beschiedene Müllerin draußen harre. Eine rüstige, hoch in den Fünfzigern stehende Frau trat ein und grüßte freundlich. „Ich kann mir schon denken, was Sie wollen, Herr Konsul,“ sagte sie — „ich soll wohl wieder die Geschichte mit meinem Mühlenrade erzählen, — ich bin gern dazu bereit, zumal da, wenn der Regen noch ein paar Tage so wie jetzt anhält, wir uns in derselben Lage wie damals befinden könnten.“

Sie setzte sich ohne Umstände und begann: „So wie Sie jetzt den Regen sehen, so hatte er damals schon 11 Tage gedauert; die Serra und die Vezza, die Sie jetzt so leicht sehen, daß die Kinder sie durchwaten, waren beide so angeschwollen, daß ein Kriegsschiff, wie ich deren im Hafen von Livorno gesehen, darauf hätte fahren können — und wie Sie mich jetzt als eine

könnten nicht die Regierung unterstützen, falls diese ihr Programm nicht ändere und eine vermittelnde Stellung einnehme. Der Herr **Staatsminister** erklärte zum Schlusse, die Regierung könne ihre Anschauung nicht ändern, und würde das Abgeordnetenhaus bei der Budgetberathung und in Sachen des § 13 gegen das Ministerium entscheiden, so sähe sich das **Gesammtministerium** (Herr v. Schmerling sagte ausdrücklich **die zwölf Mitglieder** desselben) in die Lage gesetzt, seine Demission zu geben und der Weisheit Sr. Majestät es zu überlassen, ein neues Ministerium zur Leitung der Geschäfte zu berufen. — Mit dieser Erklärung war die Versammlung geschlossen."

: : Aus **Berlin,** 26. März, schreibt man der „Rhein. Ztg." über die Verhandlungen des Sechsunddreißiger-Ausschusses: „Es ist mit dem Sechsunddreißiger-Ausschuß gleichzeitig der engere Ausschuß der schleswig-holsteinischen Vereine hier eingetroffen. Wortführer desselben ist Neergaard aus Kiel. Dieser Ausschuß hat sich sofort mit dem Sechsunddreißiger-Ausschuß in Verbindung gesetzt. Den Vorschlag, sich damit einverstanden zu erklären, daß das Abgeordnetenhaus die preußische Regierung auffordere, die Landesvertretung von Schleswig-Holstein einzuberufen, um im Interesse sowohl von Deutschland als von Preußen und Schleswig-Holstein die geeigneten Vereinbarungen zu treffen, damit die Konstituirung des Landes erfolgen und das Provisorium aufhören könne, haben diese Schleswig-Holsteiner sofort abgelehnt. Sie sagen: Das Provisorium habe gar keine Berechtigung, die Konstituirung des Landes müsse erfolgen, dann erst könne von einer Landesvertretung die Rede sein und könne von ihr im Namen des Landes etwas vereinbart werden. Nach längeren Verhandlungen hat dann heute Mittag der Sechsunddreißiger-Ausschuß die Schleswig-Holsteiner aufgefordert, zu sagen, was nach ihrer Meinung das Land an Preußen zugestehen könne. Die Antwort lautete ungefähr dahin: Die erste Voraussetzung sei und bleibe, daß der Erbprinz von Augustenburg als Herzog von Schleswig-Holstein und das Land als ein deutscher Bundesstaat anerkannt werde; geschehe das, so hielten sie dafür, daß das Land sich dazu verstehen werde, daß die Armee auf preußischem Fuße formirt und im Kriegsfalle unter preußischen Oberbefehl gestellt werde, daß Preußen im Lande Festungen und Kriegshafen anlege, daß das Land Matrosen und einen Geldbeitrag zur preußischen Flotte leiste, so lange als es keine deutsche Flotte gebe, daß das Land in den Zollverein trete und daß Preußen die Ausführung eines Kanals gestattet werde. Für unannehmbar aber erklärten sie: 1) daß die schleswig-holsteinischen Truppen dem Könige von Preußen den Fahneneid leisten; 2) daß Zoll-, Post- und Telegraphenwesen von preußischen Beamten verwaltet werde und 3) daß zur preußischen Armee Rekruten ausgehoben werden; gegen diese Forderungen beanspruchten sie den Schutz des preußischen Abgeordnetenhauses und der ganzen deutschen Nation. Ueber diese Punkte soll heute Abend der Sechsunddreißiger-Ausschuß berathen. Man scheint hier auf eine längere Anwesenheit desselben zu rechnen, denn auf Dinstag Abend ist er zu dem Abg. Duncker eingeladen. In der am Abend stattgehabten Sitzung wurden obige Punkte präcisirt, und darauf die Berathung bis morgen vertagt."

Berlin, 27. März. Die „Nordd. Allg. Ztg." ist den Zeitungsgerüchten gegenüber zu der Erklärung ermächtigt: „Die Staatsregierung empfinde nicht das Bedürfniß, über eine anderweitige Stellung zum Abgeordnetenhause zu berathen, da sie die bisher eingenommene Stellung allein für ihrem Recht und ihrer Pflicht entsprechend hält. Sämmtliche der Staatsregierung unterstellten Absichten bezüglich von Konzessionen, Auflösung oder Vertagung seien unbegründet. Den am Samstag abgehaltenen Ministerrath haben politische Fragen überhaupt nicht beschäftigt."

Berlin, 27. März. Die „Nordd. Allg. Ztg." in ihrem Tagesbericht hört, daß Bayern, Sachsen und Hessen-Darmstadt heute am Bund den Antrag stellen wollten, Preußen und Oesterreich aufzufordern, unverzüglich den Erbprinzen von Augustenburg in Holstein einzusetzen und erwartet, Preußen werde dem Versuche, die Erbfolgefrage durch einen Akt bundestäglicher Kabinetsjustiz zu erledigen, mit entschiedener Geltendmachung seiner eigenen Rechte und derjenigen seines Königshauses entgegentreten. Insofern könnten die Verhandlungen der nächsten Tage eine Aenderung in der bisherigen politischen Situation herbeiführen.

In der Sitzung des preußischen Abgeordnetenhauses vom 27. ds. kam der Streitgegenstand, betr. die Rechts- und Existenzfrage, wieder zur Sprache. Aus der Rede des Abgeordneten Schulze-Delitzsch heben wir hervor: Was den Vorwurf anbetrifft, wir streben Verfassungsänderungen an, so könne ja Niemand etwas dagegen haben, wenn solche Aenderungen auf verfassungsmäßigem Wege von der einen oder anderen Seite angestrebt werden, aber wir streben nach keinen Aenderungen, **so lange die Verfassung selbst noch keine volle Wahrheit ist.** Der Kriegsminister habe gesagt, die dreijährige Dienstzeit beruht auf dem Gesetz und könne nur durch ein neues Gesetz abgeändert werden; aber sei denn zur Erhöhung des Militärbudgets nicht auch ein Gesetz nothwendig? Da heiße es: Ja Bauer, das ist ganz was anders! — Was die „Existenzfrage," von der der Minister gesprochen habe,

---

alte Frau sehen, war ich damals ein junges blühendes Weib, das seit einem Monate erst von seinem ersten Kindbette genesen war. Mein Mann — Gott habe ihn selig — hatte am Abend vorm Schlafengehen unser Rad angekettet, hatte jegliche Vorsichtsmaßregel getroffen, wie wir es noch heute thun. — aber wenn der böse Geist will, hilft alles nichts! Um 1/24 Uhr des Morgens wurden wir durch ein furchtbares Geräusch geweckt — mir war's, als wenn der Altissimo auf unsere Mühle gefallen wäre — mein Mann stürzt halbnackt hinaus .... Was war's? — Der Druck des Wassers hatte das alte Brett der Schleuse zerschmettert und da die Kette des Mühlrades nicht nachgeben wollte, so hatte der furchtbare Strom den Balken und unser ganzes Rad zertrümmert. Mein Mann kam leichenblaß zu mir hinein und erzählte mir alles! ich begriff, daß wir verloren wären, denn wir waren zu arm, um ein neues Rad, das damals nahe an 100 Francesconi kostete, uns anzuschaffen. Sie können sich denken, wie ich weinte, jedoch was half's? mit allen meinen Thränen konnte ich kein neues Mühlenrad anschaffen! Gegen 10 Uhr ging ich zu meinem Onkel, der damals dieses Kaffeehaus und den nebenanliegenden Gasthof hatte — ich erzählte ihm alles und bat ihn, uns zu helfen, da er es doch könne. Er fuhr mich barsch an, sagte, ich solle ihn zufrieden lassen, da er fremde Gäste hätte, die, obgleich sie ihm wie politische Flüchtlinge vorkämen, doch viel Geld hätten — ich bat, ich flehte — er fing an zu fluchen, drohte mich hinaus zu werfen; kurz wir sprachen beide so laut, daß man es durch's ganze Haus hörte. Plötzlich öffnete sich die Thüre, die auf's Billardzimmer ging — sehen Sie jene Thüre dort drüben — und ich sah einen höchstens zwanzigjährigen jungen Menschen, der den Kopf hinaussteckte und fragte, was los wäre! — Gott weiß wie es kam — ich begreife es noch heute nicht, wie ich den Muth dazu hatte — ich ging auf ihn zu und erzählte ihm meine ganze Leidensgeschichte! Kaum hatte ich geendet, als er mich bei der Hand nahm und mich in dieses Zimmer führte, wo wir jetzt sitzen, in dem noch drei andere junge Herren sich befanden, von denen ein jeder ein Billardqueue in der Hand hielt. „Meine Herren, sagte er, wir zerbrechen uns seit einer Viertelstunde den Kopf, worauf wir spielen wollen — ich hab's gefunden — der Strom hat in der vergangenen Nacht das Mühlenrad dieser armen Frau zerschellt — spielen wir! wer verliert, läßt ihr ein neues Rad machen!" — „Angenommen!" riefen die anderen und die Partie begann. — Sie können sich denken, wie mir zu Muthe ward! — ich glaubte zu träumen. — „Gehen Sie," sagte der junge Mann, den die andern Louis nannten — „für Sie ist es gleichgültig, wer gewinnt oder verliert — Ihr Rad bekommen Sie doch!" — Ich lief davon, um es meinem Manne zu erzählen, der Anfangs gar nicht daran glauben wollte, und der mich hieher zurück begleitete, um sich davon zu überzeugen. Als wir wieder da waren, kam uns der junge Mann entgegen, und lachend gab er mir dreißig französische Goldstücke: „Es ist mir ganz recht," sagte er, „warum spiele ich mit meinem Bruder, welcher der ungeschickteste Spieler der ganzen Welt ist — nun muß ich mit ihm bezahlen!" — Denken Sie sich wie ich glücklich war . . . und mein Mann erst . . . und als wir erfahren, wer unsere Wohlthäter wären" . . . .

„Schweigen Sie!" rief der Konsul B. „Pietro, bringen Sie das alte Fremdenbuch Ihres Vorgängers, damit die Herren sich überzeugen, daß diese Geschichte authentisch ist." — Der Wirth brachte ein altes fettiges Buch und zeigte den erstaunten Gästen des Konsuls B. folgende eigenhändig niedergeschriebene Namen: „Prinz N. Bonaparte — Prinz L. Bonaparte — Graf Arese — Graf F. Orsini." —

Das Mühlenrad existirt noch heute, Schreiber dieser Zeilen hat es selbst gesehen, ebenso wie die eingeschnittenen Buchstaben. — Die Müllerin ist todt, aber fast alle älteren Leute des Städtchens entsinnen sich der von ihr so oft erzählten Geschichte. Von den vier Billardspielern starb der eine einige Monate später, der andere, der Graf Arese, ist italienischer Senator und Vertrauter des Königs — der dritte ist Kaiser der Franzosen und der Vierte, der Graf F. Orsini . . . der Leser kennt sein Ende!!!

betrifft, so sei es nicht klar, was er damit meine. Habe er die Existenz dieses Hauses in seiner jetzigen Zusammensetzung gemeint, so könne eine solche Drohung dieses Haus nicht schrecken. Wenn er das nicht meine, sondern andere Wege, so wird man trotzdem doch nie um die Appellation an das Volk herumkommen, mag sie in der einen oder anderen Form gethan werden, denn selbst allem, was in der einen oder anderen Form nach einem Staatsstreich schmecke, habe das Volk durch seine Haltung seine Sanktion zu geben. Der Kriegsminister v. Roon sagte nach Schluß der Diskussion, er wolle nur persönlich bemerken und nicht auf die Debatte zurückkommen: was er gesagt habe, habe er gesagt, und keine Veranlassung, etwas hinzuzufügen, noch davon hinwegzunehmen. „Ich vertheidige die Reorganisation als Ganzes und mit allen Einzelnheiten als ein mir Aufgetragenes, vollkommen davon durchdrungen, wie von etwas, was man selber gemacht."

Köln. Gegen das Vorgehen des Oberbürgermeisters in der Jubiläumsangelegenheit hat sich im Stadtrath und in der Bürgerschaft Opposition erhoben. Der erstere verlangt vollständige Veröffentlichung seiner über diese Sache gepflogenen Verhandlungen, damit klar werde, daß nicht Mangel an Patriotismus, sondern eben echter Patriotismus es gewesen sei, was den Gemeinderath zur Verweigerung des im Betrage von 6000 Thaler geforderten städtischen Zuschusses veranlaßt habe. In einer am 24. abgehaltenen von beiläufig 1000 Personen besuchten öffentlichen Versammlung erhob sich gegen den Antrag, sich mit dem Beschluß der Stadtrathsmehrheit einverstanden zu erklären, keine Stimme.

In **Freiburg** sollte, wie die dortige Zeitung berichtet, am 23. ein Wanderkasino abgehalten werden; das Bezirksamt verweigerte jedoch die nachgesuchte Erlaubniß, worauf die von auswärts eingetroffenen Personen, in Gemeinschaft mit mehreren Einwohnern der Stadt, eine gesellige Zusammenkunft in einem Gasthause abhielten. (Nach einer Mittheilung in der „Allg. Ztg." war das Verbot erfolgt, nachdem drei Stunden zuvor in aller Form die amtliche Bescheinigung der richtig geschehenen Anzeige gegeben und kein Anstand erhoben worden war.) — Auch im Amte Gengenbach bei Baden ist, einer Korrespondenz im „Schw. Merk." zufolge, ein in vorverflossener Woche beabsichtigtes Wanderkasino von den Veranstaltern wieder abgesagt worden, nachdem die vom Amt getroffenen Maßnahmen bekannt geworden waren. — Das neueste Verbot der Abhaltung eines Wanderkasino ist vor einigen Tagen vom Bezirksamt Wiesloch erlassen worden.

Koburg, 27. März. Dem hiesigen Spezial-Landtag wurden in seiner Abendsitzung vom 25. d. seitens der Staatsregierung ein neues Preßgesetz und ein neues Gemeindegesetz in Aussicht gestellt. Der gemeinschaftliche Landtag beider Herzogthümer wird auf Wunsch der hiesigen Mitglieder erst am 29. d. eröffnet werden. (N. Korr.)

Frankfurt, 27. März. Dr. Eduard Sattler, der Redakteur der „Frankf. Postzeitung", ist heute Mittag einem plötzlichen Schlaganfall erlegen. Die „N. Fr. Z." sagt über ihn: „Er war ein talentvoller Stylist, und was höher gilt, ein Ehrenmann. Er kämpfte unter einer Fahne, der wir mehr als einmal mit entschiedener Feindschaft entgegentreten mußten; aber nie haben wir in ihm den biederen, redlichen Mann verkannt; Vaterlandsliebe, edle Aufrichtigkeit, Sinn für Wahrheit und Recht kennzeichneten ihn und gaben dem persönlichen Umgang mit ihm einen nie versiegenden Werth. Der Kreis seiner Freunde wird ihn lange und schmerzlich vermissen. Unersetzlich ist Niemand auf Erden, aber Eduard Sattlers Verlust wird in seiner Vaterstadt nicht so leicht verschmerzt werden." (Sattler erreichte ein Alter von 47 Jahren und hinterläßt eine Wittwe und drei Kinder.)

Paris, 26. März. In der heutigen Senatssitzung befürwortete der Marquis von Boissy eine Petition wegen Ueberführung der sterblichen Ueberreste des Königs Karl X. nach Frankreich. Nachdem Graf Beaumont bemerkt hatte, daß die Regierung schon früher sich zu dieser Uebertragung der Reste des früheren Herrschers Frankreichs bereit erklärt habe, sobald ihr nur ein Antrag in dieser Angelegenheit von den Angehörigen der Familie des verstorbenen Königs zugehe, daß sie aber in dieser Sache nicht die Initiative ergreifen könne, ließ der Marquis seinen Antrag fallen. — Der Kaiser wird sich in der zweiten Hälfte des nächsten Monates nach Lyon begeben, von der Kaiserin und dem kaiserlichen Prinzen begleitet. Die Kaiserin von Rußland wird zur selben Zeit durch Lyon kommen und mit dem Kaiser Napoleon zusammentreffen. Briefe aus Turin sprechen auch davon, daß König Viktor Emanuel in Lyon dem Kaiser einen Besuch machen werde.

Paris, 26. März. Die Semaine Financière enthält heute einen heftigen Angriff gegen den Kredit Mobilier, den sie beschuldigt, die Dividende, die er geben wird, absichtlich geheim zu halten und nicht, wie es ihm gesetzlich vorgeschrieben, mehreren öffentlichen Verwaltungen u. A. dem Handels-Tribunal, eine Uebersicht über den Stand seiner Geschäfte mitzutheilen. Der Artikel ist von Forcade unterschrieben, den Rothschild inspirirte. — Edmond About erklärt in der „Opinion Nationale", daß seine vor 6 Jahren erschienene Schrift, worin er die Lostrennung der französischen Kirche von Rom befürwortete, von dem verstorbenen Morny inspirirt war. Dies ist jedenfalls bedeutungsvoll.

Hiezu die Beilage: „Würzburger Anzeiger".

Verantwortlicher Redakteur: A. Hartmann.
Druck und Verlag der Stabel'schen Buch- und Kunsthandlung in Würzburg

Cours der Staatspapiere.

Oesterr.	5 pCt. Met. (Cp. 1. S. b. R.)	—
„	5 pCt. Lomb. ditto. à 24	—
„	5 pCt. Engl. Met. v. 1852	80 1/4 P.
„	5 pCt. Engl. Met. v. 1859	78 7/8 P.
„	5 pCt. Venet. Coupon b. R.	85 3/8 G.
„	5 pCt. Nationalanl. v. 1854	68 3/8—1/8 G.
„	5 pCt. Metall. Obligation.	62 3/4 G.
„	4 1/2 pCt.	56 P.
Preussen	3 1/2 pCt. Staatsschuldsch.	
Bayern	4 1/2 pCt. Obl. 1jähr. dto.	101 7/8 P.
„	4 1/2 pCt. Obl. 1/2jähr. dto.	102 1/4 P.
„	4 pCt. Obl. 1jähr. dto.	99 1/4 P.
„	4 pCt. Obl. 1/2 jähr. dto.	99 3/8 P.
„	4 pCt. Obl. Ab.-R. dto.	98 3/4 P.
„	3 1/2 pCt. Obl. dto.	—
Württemb.	4 1/2 pCt. Obl. b. Rothsch.	103 1/4 P.
„	3 1/2 pCt. Obl. dto.	95 1/2 P.
Baden	4 1/2 pCt. Obl.	—
„	3 1/2 pCt. Obl. v. 1842	92 1/4 P.
Gr. Hess.	4 1/2 pCt. Obl.	—
„	4 pCt. Obl. b. Rothsch.	—
„	3 1/2 pCt. Obl. dto.	97 5/8 P.
Nassau	4 1/2 pCt. Obl. dto.	102 1/4 P.
„	4 pCt. Obl. dto.	99 7/8 P.
„	3 1/2 pCt. Obl. dto.	92 1/2 P.
Frankfurt	3 1/2 pCt. Obl.	96 1/8 P.
„	3 pCt. Obl.	—
Spanien	3 pCt. inl. Sch. P. à fl. 2. 30	—
„	2 1/4 pCt.	—
Schweden	4 1/2 pCt. Obl. à 105 Thlr.	91 5/8 P.
N.Amerika	6 pCt. à 1000r. 1881 D. 2 1/2	—
„	6 pCt. ditto r. 1882	58 5/8—1/4 G.

Diverse Aktien.

Frankfurter Bank à fl. 500 . . .	147 7/8 P. 5/8 G.
K. K. Oesterr. National-Bankaktien	850 P.
Oesterr. Kreditbank-Aktien à fl. 200	194 P. 193 G.
Bayer. Hypothekenb. Pfandbriefe 4 pCt.	97 7/8 P.
Darmst. Bank 1. u. 2. Serie à fl. 250	232 P.
Weimarische Bank à Thlr. 100 . .	100 P.
Mitteldeutsche Kreditaktien . . .	101 P.
Intern. Bank in Lux. à 250 Frs. à 28 kr.	—
Taunus-Eisenbahn à fl. 250 . . .	357 G.
Frankfurt-Hanauer-Eisenbahn . . .	—
Oest. F.St.Eisb. 5pCt. 500 Fr. à 28 kr.	—
„ Elisab.-Eisenbahn 5 pCt. . .	119 1/4 P. 118 3/4 G.
Böhm. Westbahn-Aktien à fl. 200 6/7	73 G.
Rhein-Nahe-Bahn 200 Thl. à 105 4pCt. Z.	—
Ludwigshafen-Bexbacher à 4 pCt. .	148 3/8 P.
dto. dto. Prior. à 4 pCt.	97 1/2 P.
Pfälz. Maxb. b. Rothschild à 4 1/2 pCt.	107 3/8 G.
Oest. St.-Eisenb. Prior.-Oblig. à 3 pCt.	51 5/8 G.
Elisab.-Bahn Prior. 5 pCt. 6/7	79 7/8 P.
Südd. Bank-Akt., 40 pCt. Einz.	260 1/4 P.
Span. Handels- und Industrie . .	—
Bayr. Ostbahn à 4 1/2 pCt. volleinbez.	115 7/8 P.
Bayer. Ostbahn mit 60 pCt. Einz.	115 1/2 P.

Wechsel
in süddeutscher Währung.

Amst. fl. 100 k. S.	101 P. 100 3/4 G.
Antwerp. Frs. 200 k.S.	94 3/8 G.
Augsb. fl. 100 k. S.	99 5/4 G.
Berlin Th. 60 k. S.	105 P.
Brem. 50 Th. Ld. k. S.	97 1/4 P.
Brüssel Frs. 200 k. S.	94 3/8 G.
Cöln Thlr. 60 k. S.	104 7/8 P.
Hamb. MB. 100 k. S.	88 7/8 P.
Leipzig Th. 60 k. S.	105 P.
London Lst. 10 k. S.	119 5/8 P.
Lyon Frs. 200 k. S.	—
Mail. Frs. 200 . .	94 1/4 G.
München fl. 100 k. S.	99 3/4 G.
Paris Frs. 200 k. S.	94 5/8 G.
Petersburg 60 S.-R.	—
Triest fl. 100 k. S.	—
Wien fl. 100 ö. W.	—
do. in öst. W. l. S.	106 3/4—7/8 G.
Disconto	3 1/2 pCt. G.

Anlehens-Loose.

Oesterr. fl. 250 v. 1839	143 3/4 P.
„ fl. 250 v. 1854 mit 4pCt.	77 3/4 P. 1/2 G.
„ fl. 500 v. 1860 6/7	84 3/4—5/8 G.
„ fl. 100 Eisb. L. v. 1858.	137 P.
„ do. v. 1864.	94 P.
Schwed. 10 Thlr. Loose	9 1/2 P.
Badische fl. 50	—
Badische fl. 35	53 3/8—53 G.
Kurhess. Thlr. 40 b. R.	56 3/4 P.
Gr. Hessen fl. 50 b. R.	189 3/4 G.
„ fl. 25 do.	37 P.
Nassau fl. 25 bei Rothsch.	35 1/2 G.
Sardinische Fr. 36 b. B.	—
Neuchateler 10 Frs.-Loose	—
Freiburger 15 Frs.-Loose	—
Mailänder 45 Frs. L. b. R.	33 1/4 P.
St. Lüttich mit 2 1/4 pCt. Z.	35 P.
Ansb.-Gunzenh. fl. 7-L.	11 P.

Frankfurt, 28. März. Die Börse war heute in Amerikanern sehr lebhaft, doch konnten die anfänglichen Kurse in Folge bedeutender Gewinnstrealisationen nicht gehalten werden. In sonstigen Papieren war sehr wenig Geschäft. (Sydd.)

An die
k. Hof- und Staatsbibliothek
N. Würzb. Ztg. München.

Neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht!

№ 89. | Vorausbezahlung: Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 1 fl. 30 kr. Bei Inseraten wird die dreispaltige Zeile in gewöhnlicher kleiner | 62. Jahrgang. | Schrift oder deren Raum im Hauptblatte mit 6 kr., im Anzeiger mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franco. | Donnerstag, 30. März 1865.

Der mittelstaatliche Antrag am Bunde.

Der in der Sitzung der Bundesversammlung vom 27. März gestellte Antrag der Regierungen von Bayern, Sachsen und Großherzogthum Hessen, die Herzogthümer Holstein und Lauenburg betreffend, lautet nach der „Bayer. Zeitung“:

„Seit mehr als einem Jahre ist Deutschland durch eine Frage von nationaler Bedeutung auf das Tiefste erregt. Eine Begeisterung und eine Einmüthigkeit der Gesinnung, wie sie seit den Befreiungskriegen nicht wieder hervorgetreten waren, hatte sich aller Classen der Bevölkerung bemächtigt. Getragen von dieser Stimmung, haben sich die Bestrebungen aller deutschen Regierungen einem und demselben Ziele zugewendet, der Befreiung deutscher Länder. Die glänzenden Erfolge der österreichisch-preußischen Waffen und die beharrliche Abwehr fremder Einmischung haben dazu geführt, daß die Trennung der Elbherzogthümer von Dänemark nunmehr auch völkerrechtlich feststeht. Und dennoch ist für Deutschland die Frucht, die jeder Sieg einer Nation zu bringen pflegt, noch nicht gewonnen. Die innere Befriedigung und das gehobene Machtgefühl, welche zumal aus einem Siege des Rechts hervorgehen sollen, sind nicht vorhanden, und das Gegentheil droht einzutreten, wenn durch die Benützung des Sieges die innere Eintracht nicht gekräftigt, sondern erschüttert wird. Daß Deutschland heute dieser Gefahr gegenübersteht, ist ebenso gewiß, als daß es derselben sehr leicht entzogen und in den Vollgenuß aller Vortheile des errungenen Sieges gesetzt werden kann. Gleichwie aber der Wille hiezu auf allen Seiten unzweifelhaft besteht, ebenso sicher ist es, daß längeres Zögern dessen Vollziehung und Vollbringen nur erschweren, ja vielleicht unmöglich machen wird.

„Die deutschen Mächte, welche in den Besitz der Herzogthümer getreten sind, beabsichtigen, dieselben dem rechtmäßigen Regierungsnachfolger auszuantworten, und die Bundesversammlung hat durch ihr bisheriges Verfahren und alle ihre Beschlüsse kundgegeben, daß sie die baldmöglichste Lösung der schwebenden Fragen in gleichem Sinne erstrebe. Die Erfüllung dieser Absichten wird dadurch verzögert, daß verschiedene Ansprüche erhoben werden. So sehr nun der Gedanke, in solchem Falle einer rechtlichen Entscheidung nicht vorgreifen zu wollen, Anerkennung verdient, so treten doch auf der andern Seite Betrachtungen entgegen, welche ein derartiges Zuwarten nicht gerechtfertigt erscheinen lassen.

„Ganz abgesehen nämlich von der weitaussehenden Zeitdauer eines processualischen Verfahrens und den großen Nachtheilen, welche aus der damit verbundenen Unsicherheit der Verhältnisse für Deutschland erwachsen, kann nicht unberücksichtigt bleiben:

1) daß zur Zeit kein Gerichtshof besteht, welcher kompetent wäre, ein prozessualisches Verfahren einzuleiten und einen Urtheilsspruch zu fällen, daß mithin die Bundesversammlung berufen ist, sich darüber schlüssig zu machen, welchen Prätendenten sie als den Bestberechtigten erachte und demgemäß als Bundesglied anerkenne, wozu ihr das genügende Material bereits vorliegt;
2) daß der Bund und seine einzelnen Glieder einen begründeten Anspruch darauf zu machen haben, daß die nunmehr seit länger als Jahresfrist suspendirte Stimme des engeren Rathes nicht länger ruhen bleibe;
3) daß die höchsten Regierungen von Oesterreich und Preußen im Vereine mit dem deutschen Bunde den Erbprinzen von Augustenburg auf einer europäischen Konferenz als den Bestberechtigten proklamirt und für denselben die Herzogthümer Schleswig-Holstein verlangt haben;
4) daß durch dessen Einsetzung in die Regierung des Herzogthums Holstein, dessen unzertrennliche Verbindung mit Schleswig auf deutscher Seite nie in Zweifel gezogen worden ist und gegenwärtig also keiner Anfechtung mehr unterliegen kann, der rechtlichen Verfolgung anderer Ansprüche der Weg nicht abgeschnitten, ja vielmehr erst rechtlich möglich wird, da für den angemeldeten Mitprätendenten solchen Falles das Beschreiten des Austrägal-Verfahrens offen stehen würde.

„Vorstehende Erwägungen berechtigen zu der Voraussetzung, daß die höchsten Regierungen von Oesterreich und Preußen mit der alsbaldigen Einsetzung des Erbprinzen Friedrich von Augustenburg in die Regierung des Herzogthums Holstein der Zustimmung hoher Bundesversammlung zugleich aber des Dankes der deutschen Nation

Feuilleton.

Ein Pamphlet gegen Cäsar Augustus.

Unter dem Titel „Die Reden des Labienus“ (les propos de Labiénus) ist in Paris ein kleines Pamphlet erschienen, welches die Apotheose der Staatsstreiche im „Leben Cäsar's“ mit ungewöhnlichem Geiste und unter den jetzigen Preßverhältnissen mit fast heroischer Kühnheit kritisch vernichtet. Das Pamphlet fand nur aus Versehen einen Verleger. Der Buchhändler glaubte es mit einer rein wissenschaftlichen Arbeit zu thun zu haben, und druckte diese Schrift, von deren harmlosem Titel er auf einen ebenso harmlosen Inhalt geschlossen hatte. Nachdem er einige Exemplare verkauft, begann der Zudrang ein außerordentlicher zu werden. Der Buchhändler wurde stutzig, und als der Autor, ein Herr Rogeard, beim Drucker eine weitere Auflage von 6000 Exemplaren bestellte, rannte der um seine Buchhändler-Befugniß besorgte Verleger zur Behörde und erklärte, daß er ein Opfer seiner Nachlässigkeit sei, und bat um polizeiliche Assistenz gegen Hrn. Rogeard, der ihn zur Herausgabe der neuen Auflage durch Huissiers zwingen wolle. Die Behörde nahm den reuigen Verleger in Schutz, konfiszirte die ganze Auflage und verhaftete den Autor, der zwar gleich wieder freigelassen, aber unter der Anklage der Majestäts-Beleidigung vor den Untersuchungsrichter geladen wurde. Das winzige Pamphlet des Herrn Rogeard, eines ehemaligen Professors der klassischen Literatur am Lyzeum von Pau, welcher nach dem Staatsstreiche seine Entlassung genommen und seitdem Privatlehrer ist — die kleine Schrift ist nun ein großes politisches Ereigniß, und die Broschüre, welche bei ihrem Erscheinen 50 Centimes gekostet, wird jetzt buchstäblich mit Gold aufgewogen; beiläufig bemerkt wieder eine Widerlegung des kaiserlichen Axioms von den kleinen Ursachen, die niemals große Wirkungen haben. Der Fall ist noch in anderer Beziehung interessant, denn er zeigt, daß eine andere Auffassung des Cäsarismus als die im „Leben Cäsar's“ in Frankreich nicht geduldet wird, und daß der hohe Verfasser eine freimüthige Kritik seiner Geschichtsauffassung nicht gestattet. Dies vorausgeschickt, schreibt man der „N. Fr. Pr.“, glaube ich, wird es Ihre Leser interessiren, Einiges über den Inhalt des Pamphlets zu erfahren. Wovon gegenwärtig ganz Paris spricht, das dürfte auch überall, wo das „Leben Cäsar's“ mit großer Spannung erwartet wurde, gern gelesen werden. Hören Sie also einige von den schneidigen Aeußerungen des Labienus über den Kaiser Augustus, denn die Scene ist Rom vor zweitausend Jahren und nicht das heutige Paris:

„Es ereignete sich im Jahre 7 nach Christus im 30. Jahre des Reiches von Augustus, 7 Jahre vor seinem Tode, man war in vollem Prinzipate und das Königvolk hatte einen Herrn. Der Stern der Julier war langsam aus dem blutigen Dunste, der seine Morgenröthe färbte, hervorgegangen, er erhob sich und streute sein mildes Licht über dem schweigsamen Forum aus. Es war ein schöner Augenblick! Die Curie war stumm und die Gesetze schwiegen, keine Curial- oder Centurial-Versammlungen mehr, keine lärmenden Verhandlungen, keine Parteispaltungen, keine Kämpfe, keine Volksbeschlüsse, keine Wahlen mehr, keine Unordnung, keine Armee der Republik mehr, nulla publica arma, überall der römische

und des Vertrauens der deutschen Regierungen sich versichert zu halten haben würden.

„Daher stellen die Regierungen von Bayern, Königreich Sachsen und Großherzogthum Hessen den Antrag:

„Hohe Bundesversammlung wolle unter Vorbehalt weiterer Beschlußfassung die vertrauensvolle Erwartung aussprechen, es werde den höchsten Regierungen von Oesterreich und Preußen gefallen, dem Erbprinzen von Schleswig-Holstein-Sonderburg-Augustenburg das Herzogthum Holstein in eigene Verwaltung nunmehr zu übergeben, bezüglich der wegen des Herzogthums Lauenburg aber unter ihnen getroffenen Vereinbarungen der Bundesversammlung Eröffnung zugehen zu lassen."

Wir haben gestern in der Rundschau auf den Umstand hingewiesen, daß die Antragsteller, indem sie die Erwartung aussprochen, daß die Großmächte den Herzog von Augustenburg einsetzen werden, sich *weitere Beschlußfassung vorbehalten*. Es ist dies auch der Punkt, welcher dem Antrag höhere Bedeutung gibt, indem er zeigt, daß die Antragsteller nicht passiv bleiben wollen, falls ihrer Erwartung nicht entsprochen wird. Wie schon jetzt die offiziösen preußischen Stimmen, die sich bezüglich des mittelstaatlichen Antrags vernehmen lassen, darthun, werden die Antragsteller in ihrer „vertrauensvollen Erwartung" auf's Gründlichste getäuscht werden, was dieselben, wie wir zu ihrer Einsicht vertrauen, nicht überraschen wird und für welchen Fall sie eben durch jenen Vorbehalt weiterer Beschlußfassung sich vorgesehen haben. Indem sie zur weiteren Beschlußfassung schreiten, werden sie auf den bayer. Antrag vom 12. März v. J. zurückzukommen haben, und wie wir schon gestern bemerkt, könnte dann das Resultat der Abstimmung über denselben vielleicht geeignet sein, der Sache eine Wendung zu geben. So bedeutunsvoll übrigens auch, wie wir gerne anerkennen, jener Vorbehalt ist, so kann dies bei weitem nicht für den prinziellen Rückschritt entschädigen, welcher mit dem Antrag in der Haltung der Mittelstaaten gegeben. In einer längern Besprechung macht hierauf der „Nürnb. Korresp." in klarer Weise aufmerksam; derselbe weist zunächst darauf hin, daß der Antrag zwar mit einer sehr warmen, nachdrücklichen und korrekten Motivirung beginne, aber mit einem schwachen, unkorrekten und *bedenklichen* Petitum schließe. An einer weitern Stelle fährt er dann fort:

„Welches war der Standpunkt, den die Bundesversammlung bisher zur schleswig-holsteinischen Angelegenheit einnahm? Doch der, daß sie sich das *Recht* zuschrieb, die Erbfolgefrage insofern zu entscheiden, als sie sich das Recht beilegte, zu entscheiden, welchen Fürsten sie als den rechtmäßigen Nachfolger des Königs Friedrich VII. als Mitglied in den Bund aufnehmen wolle. Auf diesem prinzipiellen Standpunkt standen alle Maßregeln und Beschlüsse, welche die Bundesversammlung bisher in der Angelegenheit vornahm und faßte; darauf beruhte die Ueberweisung der Legitimationsfrage an den Ausschuß, darauf der im Namen des Ausschusses abgefaßte Vortrag des Hrn. v. d. Pfordten, darauf die Beschlüsse vom 25. Februar über den ersten Theil dieses Vortrags, darauf der bayerische Antrag vom 12. März vor. Js., darauf der Beschluß vom 2. Juni, durch welchen die Bundesversammlung die Anerkennung des Erbprinzen v. Augustenburg als durch den Bund gesichert erklärte und von dem die „Bayer. Ztg." am 7. Febr. d. Js. mit Recht sagte, daß durch denselben „materiell die ganze Frage bereits entschieden sei"; darauf selbst noch jene verhängnißvollen letzten Beschlüsse, durch welche der Großherzog von Oldenburg und sodann der Herzog Friedrich zur Begründung ihrer Ansprüche aufgefordert wurden. Auch die Motivirung des neuen Antrags nimmt, so viel sich ersehen läßt, keinen anderen Standpunkt ein. Aber nun schließt der Antrag mit dem Ausdruck der „vertrauensvollen Erwartung", daß die beiden Großmächte dem Erbprinzen Friedrich das Herzogthum Holstein in eigene Verwaltung übergeben werden. Eine „vertrauensvolle Erwartung" ist aber nicht ein Verlangen aus eigenem Recht, sondern der, wenn auch potenzirte, Ausdruck einer Bitte, deren Erfüllung man in das Gutfinden des mit der „vertrauensvollen Erwartung" Angegangenen stellt. Der Standpunkt der Verfolgung des Rechts ist also verlassen und dafür der des Petitionirens eingenommen, das, wenn auch nicht unbedingt das Aufgeben des Rechts, doch das Aufgeben der effektiven Geltendmachung des Rechts in sich schließt. Wir würden es von diesem Gesichtspunkte aus sogar vorgezogen haben, daß das Petitum lediglich auf Auskunftsertheilung über den Stand der Angelegenheit durch die beiden Großmächte gerichtet worden wäre; scheinbar weniger energisch als das jetzt gestellte, würde es in der That weniger schwach gewesen sein, weil es die bisher innegehaltene Stellung der Verfolgung des Rechts und aus eigenem Recht nicht alterirt hätte. Außerdem ist durch das Petitum noch ein zweites bedenkliches Präjudiz gegeben. Bezüglich Lauenburg's werden nämlich die beiden Mächte ersucht, „von den deßfalls unter ihnen getroffenen Vereinbarungen dem Bunde Eröffnung zugehen zu lassen." Es wird also anerkannt, daß über Lauenburg das Recht der Verfügung ihnen zusteht, daß sie dessen rechtmäßige Besitzer sind. Aber kraft welchen Rechts besitzen sie denn dieses Herzogthum? Durch kein anderes, als durch das Recht der Eroberung; denn in Folge eines Krieges ist es ihnen von Dänemark abgetreten worden. Damit ist zugestanden, daß Bundesländer von Bundesmächten erobert werden können — eine Einräumung, die nicht bloß eine der wichtigsten Bestimmungen der Bundesakte (Art. XI) verleugnet, sondern auch wegen ihrer Konsequenzen für Holstein geradezu gefährlich ist...."

(*Amtliche Nachrichten.*) **München**, 23. März. Se. Maj. der König hat dem Bezirksamtmann und Stadtkommissär K. E. v. Hartlieb in Schwabach den erbetenen Ruhestand unter Verleihung des Titels eines Re-

---

Friede, den unterjochten Römern entrungen; ein einziger Tribun: Augustus; eine einzige Armee: die Armee Augustus; ein einziger Wille: der seinige; ein einziger Consul: er; ein einziger Censor: abermals er; ein einziger Prätor: er, immer er. Die verbannte Beredsamkeit starb im Dunkel der Schulen; die Literatur hauchte ihren Athem unter dem Schutze Mäcenas aus; Titus Livius hörte auf zu schreiben und Labienus zu reden, Cicero's Schriften waren verboten, die Gesellschaft war gerettet. Ruhm hatte man allerdings noch, wie es einem Kaiserreiche geziemt, das sich achtet; man hatte sich überall ein wenig herumgebalgt; man hatte die Leute im Norden und Süden rechts und links geschlagen, man hatte Namen einzuschreiben an die Straßenecken, auf die Triumphbogen; man hatte besiegte Völker gefesselt in Basreliefs darzustellen; man hatte die Dalmatier, die Cantabrer, die Aquitanier, die Panonier; man hatte die Illyrier, die Rhätier, die Vindelicier, die Dacier, die Ubier, die Sicambrer, die Parther, der Traum Cäsar's, ohne die Römer der Bürgerkriege zu zählen, über welche gegen alle Sitte zu triumphiren Augustus den Muth hatte, aber nur zu Pferde, aus Bescheidenheit. Es gab sogar einen dieser Kriege, in dem der Kaiser in Person befehligte und verwundet wurde, was der höchste Ruhm für eine große Nation ist.

Indessen regneten die Sesterzien auf den Plebs herunter, der Fürst vervielfachte die Austheilungen; man würde gesagt haben, das koste ihn nichts, er vertheilte, vertheilte, vertheilte; er war so gut, daß er selbst den Kindern unter 11 Jahren gab, obgleich es das Gesetz verbot. Es ist so schön, das Gesetz zu überschreiten, wenn man besser ist als das Gesetz.

Für die Schauspiele begann die gute Zeit. Man hatte nur die Verlegenheit der Wahl: Theaterspiele, Gladiatorenspiele, die Spiele des Forums, des Amphitheaters, des Cirkus, der Comitien, die Athletenjagden und Kämpfe, ohne Beeinträchtigung der Ausstellung von Nashornen, Tigern und zwanzig Ellbogen langen Schlangen. Niemals hatte das römische Volk sich in solchem Maße unterhalten. Man füge noch hinzu, daß der Fürst häufig Revue über die Ritter hielt, und daß er es liebte, die Feierlichkeit des Defilirens häufig zu wiederholen; welch' ein prachtvolles, wenngleich kein mannigfaltiges Schauspiel, und wäre es nicht ungerecht, dasselbe unter den Schauspielen wegzulassen, welche er den Herren der Welt zum Besten gab? Was ihn betrifft, so waren seine Vergnügungen einfach, und man konnte ihm höchstens nachsagen, daß er zu oft den rechtmäßigen Platz von Scribonia oder Livia einer Drusilla, einer Tertulla, Terentilla oder auch der Rufilla, Salvia, Titiscenia oder noch Anderen eingeräumt; daß er den schlechten Geschmack gehabt, inmitten einer Hungersnoth als Gott verkleidet in Gemeinschaft von elf gleichfalls vergötterten Genossen, die er zärtlich liebte, fröhliche Bankette abzuhalten; daß er schöne Möbel und korinthische Vasen zu sehr geliebt, so daß er zuweilen den Eigenthümer tödtete, um in den Besitz der Gefäße zu gelangen; daß er ein arger Spieler gewesen... Sonst, so versichert uns Suetonius, war sein Leben sehr geregelt und von jedem Vorwurfe frei. Diese julianische Zeit war also eine sehr glückliche, das Jahrhundert von Augustus ein großes Jahrhundert, und nicht ohne Grund ruft der zuerst expropriirte, später aber entschädigte Virgil aus, das Zeitalter von Saturnus kehre wieder.

Doch fehlt es dem Bilde nicht an Schatten; es hatte ein Dutzend Komplotte gegeben, man mußte sieben massenhafte Metzeleien vornehmen, man hat ihrer Dreihunderttausend getödtet, was wieder einige Unannehmlichkeiten für den großen Mann nach sich zog. Im Senate mußte er einen Panzer tragen, was in heißen Ländern unbequem ist. Drei Cohorten zogen hinter ihm her, in

gierungsrathes bewilligt; zum Bezirksamtmann von Schwabach den rechtskundigen Bürgermeister der Stadt Memmingen, U. B. v. Zoller, ernannt und demselben das Stadtkommissariat Schwabach übertragen; die kathol. Pfarrei Dietramszell, Bezirksamts München r/J., dem Priester M. Jos. Frings, Cooperator bei St. Jodoc in Landshut, übertragen; zum Grenz-Oberkontroleur in Freiung, Hauptzollamts-Bezirks Passau, den Hauptzollamts-Assistenten A. Höcherl zu München ernannt.

Die kath. Pfarrei Aunkirchen, k. Bezirksamts Vilshofen, ist mit einem fassionsmäßigen Reinertrage von 642 fl. 51½ kr. in Erledigung gekommen

München, 27. März. Im Laufe des heutigen Tages wird die große Mehrzahl der Abgeordneten dahier eintreffen. Die Parteiverhältnisse der Abgeordnetenkammer werden keiner wesentlichen Veränderung entgegengehen. Der Klub der Fortschrittspartei wird wenigstens nicht in irgend entscheidender Weise an Mitgliedern gewinnen; ebensowenig aber wird es gelingen, die liberale großdeutsche Partei, wenn man sich dieses Ausdruckes noch bedienen darf, zu organisiren. Es liegen zwar Andeutungen vor, als sollte es auch diesmal nicht an Bemühungen fehlen, Fraktionsbildungen zu Stande zu bringen, allein mögen dieselben gelingen oder nicht, keines Falls wird eine Fraktion die Mehrheit für sich gewinnen; möglicher Weise aber werden verschiedene Vereinigungen entstehen, welche sich nicht gerade als Parteischattirungen, sondern vielmehr als persönliche Koterien darstellen. So soll bereits der Anfang einer Vereinigung im „Bayerischen Hofe" gemacht sein, wofür man die Stimmen Pözl, Hänle, Hohenadel, Bischof, Schlör, Streit nennt. Das erste Ereigniß von einiger Bedeutung, welches die Kammer beschäftigen wird, dürfte die Wahl eines ersten Präsidenten sein, indem Graf Hegnenberg aus Gesundheitsrücksichten das Präsidium niederzulegen entschlossen ist. Daß Pözl an dessen Stelle gewählt werden wird, steht außer Zweifel. Für die Wahl des II. Präsidenten lassen sich natürlich kaum noch Vermuthungen aufstellen, doch hört man schon hie und da Schlör nennen. (N. K.)

Wien, 27. März. Die Budgetdebatte im Abgeordnetenhaus nahm heut in gewöhnlicher Weise ihren Anfang. Abg. Taschek, der ständige Generalberichterstatter des Finanzausschusses, verlas seinen Bericht. Die Generaldebatte eröffnete Sartori als Redner gegen die Ausschußanträge. Das Haus sei nicht immer im Stande, die Ausführbarkeit einer Streichung zu beurtheilen, da es nicht den Einblick in den Organismus habe wie die Männer, welche am Ruder stehen und die Nothwendigkeit des Sparens eben so einsehen, wie die Abgeordneten. Da der Staatsminister erklärt habe, über die Ermäßigung von 20 Mill. nicht hinausgehen zu können, so möge das Haus die dargebotene Hand annehmen. Greutter (Pater aus Tyrol): Der Finanzausschuß verdiene alle Anerkennung, allen Dank, weil er bemüht sei, aus dem Zustand der Halbheit herauszukommen. Was nütze es, die Zustände zu bemänteln, da doch schon der Geruch nicht die Gährung, sondern die Fäulniß verrathe? Wolle man etwa Leimruthen ausstecken? Kein Gimpel in ganz Europa werde sich fangen lassen. Er bedauert von seinem conservativen Standpunkt aus, daß die Regierung nicht aus eigenem Antrieb mit dem Ersparen Ernst gemacht, sondern sich in diese Lage habe drängen lassen. Die Schlagfertigkeit der österreichischen Armee werde nicht leiden, der Muth der Söhne Oesterreichs werde gehoben, wenn diese Armee nicht durch so ungeheure Opfer aufrechterhalten werde, wenn nicht am Ende der Sohn verwendet werden müsse als Steuerexekutor gegen seinen eigenen Vater. Der Doppeladler im Saal scheine auszurufen: mehr Luft! Und das sei wohl erklärlich, da er an dem einen Hals ein solches Budget, an dem andern die ungelöste Verfassungsfrage als Mühlstein trage. Die deutsche Frage sei hier oft betont worden, er erinnere an die alte deutsche Staatsidee: der Kaiser sei der oberste Schirmherr des Rechts; und somit auch der Freiheit. Redner geht zu einer Kritik der „neuen Freiheit" über. Einst habe es geheißen: der Mensch beginne bei dem Baron, die neue Freiheit sage: das Staatsbürgerrecht beginne erst bei dem so und so vielten Steuerkreuzer." Die Finanznoth wirke in allen Fragen mit, der siegreiche Laudon habe Schlesien an Friedrich II. verloren, weil dieser noch einen Thaler mehr im Sacke gehabt. Herbst: Das Defizit sei höchst wahrscheinlich größer, als der Staatsvoranschlag ergebe, da viele Einnahmen zu hoch präliminirt seien, und Ausgaben fehlen, welche sicher noch nachkommen werden. Die Lage rechtfertige vollkommen den Passus der Adresse, in welcher die Regelung der Ausgaben nach den Einnahmen als dringend nothwendig, das bloße Ersparungssystem als nicht genügend bezeichnet wird. Steuererhöhungen erscheinen als ganz unmöglich gegenüber dem fortwährenden Wachsen der Steuerrückstände. Ueber das Kapitel der neuen Anlehen sei nach den letzten Finanzoperationen nicht zu reden, nur erwähnen wolle er, daß die unerhört hohen Zinsen des Staates es sind, welche der Industrie das Kapital entziehen. Im Jahr 1861 betrug die Verzinsung der Staatsschulden 103 Millionen, der Tilgungsbetrag 5½ Mill., im Jahr 1865 die Verzinsung 121 Millionen, die Tilgung 16¾ Millionen, wobei die Bankschuld überall nicht mitgerechnet ist. Wohin soll das führen? Solche Data beweisen, daß es die höchste Zeit sei, mit diesem System endlich zu brechen, und sich nicht weiter auf eine ferne Zukunft zu vertrösten. Wann denn endlich diese schöne Zeit eintreten solle? Das „nach zehn Jahren" werde auf diesem Gebiet dem verhängnißvollen après nous le déluge gleichkommen. Abg. Dr. Schindler führt aus, daß Angesichts der äußersten Schwere der öffentlichen Lasten die Besorgniß vor einer Störung der Eintracht zwischen Regierung und Landesvertretung das Haus nicht abhalten dürfe, auf den als nothwendig erkannten Abstrichen zu bestehen. Nach einigen kurzen Worten des Abgeordneten Winterstein zur Rechtfertigung des Finanzausschusses wurde die Fortsetzung der Generaldebatte auf den nächsten Tag verlegt und die Sitzung geschlossen.

Wien, 28. März. Das Haus der Abgeordneten hat in seiner heutigen Sitzung die Generaldebatte über das Budget für 1865 beendet. Die Minister v. Plener und v. Schmerling vertheidigten die Regierung gegen die wider dieselbe erhobenen Vorwürfe. Schmerling erklärte: Darüber, daß thunlichst gespart werden müsse, sei die Regierung, sowie das Haus einig; nur über die Ziffer bestehe eine Differenz. Im Votum für eine höhere oder geringere

---

der Stadt, in welcher man sechzig Jahre vorher mit keinem kleinen Messer bewaffnet einziehen durfte, und das mochte einige Zweifel an der Volksthümlichkeit des Vaters des Landes erwecken. Agrippa riß zu viel Häuser ein, aber mußte man nicht ein Grab aus Marmor anfertigen für dieses große Volk, das sterben wollte.

Dann gab es noch eine gewisse Expedition in die Ferne, über die man nicht eben stolz zu sein brauchte; der unglückliche Varus hat sich mit drei Legionen vernichten lassen, dort unten weit hinter dem Rheine, in der Tiefe der hercynischen Wälder. Der Krieg ist wie alle guten Dinge, man darf keinen Mißbrauch damit treiben . . . .

Um diese Zeit lebte Labienus, der hartnäckig Bürger bleiben wollte, in einer Stadt, in der es nur mehr Unterthanen gab. Civis romanus sum. Er wollte wie Cicero frei im freien Vaterlande sterben. Er war geisteskrank, wie August's Arzt Artorius versicherte, der zu gleicher Zeit das Gefängniß als einziges Heilmittel empfahl. Titus Labienus trug einen bereits zweimal durch gute Bürger geehrten Namen. Der erste Labienus, ein berühmter General Cäsar's, hatte diesen am Rubicon verlassen, um kein Mitschuldiger an seinem Attentat zu werden, der andere zog es vor, den Parthern zu dienen, statt den Triumvirn. Titus war der dritte und Seneca führt folgendes Wort von ihm an: „Ich weiß, daß das, was ich schreibe, erst nach meinem Tode gelesen werden kann." Labienus schrieb eine Geschichte seiner Zeit, diese wurde aber auf Befehl August's verbrannt, das erste literarische Autodafé! Labienus schloß sich in das Grab seiner Vorfahren ein und kam nicht wieder heraus. Cassius aber, der im Exil lebte, wußte sein Werk auswendig und war, wie er selber sagte, eine lebendige Ausgabe vom Buche seines Freundes, eine Ausgabe, die man nicht verbrennen konnte.

(Schluß folgt.)

Charade.

Das erste ist ein Theil vom Strand,
Nicht immer läßt sich's finden,
Gesucht wird's aber doch am Land
Bei hoher See und Winden.
Nimm ihm den Kopf und setz' dafür
Ein passend and'res Zeichen,
So wird ein gierig fressend Thier
Vor Deinem Blick aufsteigen.
Das zweite ruht auf freiem Feld,
Dort wird, geschützt vor Schaden,
Gleich Wies' und Acker es bestellt,
Genug, Du magst es rathen.
Schlägst Du ihm seinen Schwanz noch ab,
O weh, dann mußt Du büßen
Was Du gethan und bis ins Grab
Verfolgt Dich das Gewissen.
Nun, lieber Leser, lös' die Frag',
Merk' wohl auf diese Zeilen:
Gott laß Dich immer unterm Dach
Des Ganzen glücklich weilen.

Ziffer könne ein Vertrauens- oder Mißtrauensvotum nicht liegen, indem die Regierung bei der in Oesterreich bestehenden genauen Spezifizirung des Budgets das Geld nicht anders verwenden könne, als wozu es votirt worden. Die Regierung besitze Selbsterkenntniß; er wolle in gedrängter Kürze erwähnen, wo es fehle und wo es die Regierung angeblich fehlen lasse. In der äußeren Politik verlange man Entschiedenheit und feste Haltung; erkläre aber andererseits fortwährend, Oesterreich müsse sich jedes aktiven Vorgehens enthalten, es sei ein verfallener kreditloser Staat. Dieß sei nicht geeignet, Oesterreichs Stellung im Auslande zu kräftigen. Niemals habe man im Verlaufe des Verfassungskampfes in Preußen gehört, daß das Abgeordnetenhaus der Regierung angerathen habe, Preußen möge seine Großmachtstellung aufgeben. Wenn die Regierung auch nicht so sanguinisch sei, zu glauben, daß schon der erste ungarische Landtag die Verfassungsfrage lösen und Abgeordnete in den Reichsrath entsenden werde, so werde doch bei ruhigem Fortschreiten die Frage endlich gelöst werden. Alle Vorbereitungen zur Einberufung des ungarischen Landtags seien bereits getroffen. Von der Beschleunigung der Arbeiten des Gesammtreichsrathes hänge der Zeitpunkt der Berufung dieses Landtages ab. Eine Oktroyirung in Ungarn vorzunehmen, falle Niemanden ein. Der Weg konstitutioneller Legislation sei stets ein langsamer. Die Vorlagen für den engern Reichsrath würden die Ueberzeugung geben, daß die Regierung für Fortbildung der verfassungsmäßigen Zustände gesorgt habe. Die finanziellen Zustände betreffend, bemerkte der Staatsminister: Abstriche allein seien kein radikales Heilmittel. Das Haus möge Mittel zur Abhilfe vorschlagen, nicht aber fortwährend aussprechen, es sei nicht mehr zu helfen. Verfassungsmäßiges Leben sei nur durch harmonisches Zusammenwirken der Reichsvertretung und der Regierung möglich. Beide seien nicht gegenüberstehende Parteien, weil beide, wenngleich mit verschiedenen Mitteln, die Wohlfahrt des Landes anstreben, abgesehen von der Frage, ob in Oesterreich ein strengparlamentarisches Regime möglich und mit Majoritätsministerien zu regieren sei. In diesem Hause sehe er keine geschlossene Partei mit einem bestimmten Programme und mit Männern, welche geeignet seien, die Verwaltung weiter zu führen. Die Regierung halte es daher für mit ihrem Gewissen vereinbar, trotz einiger gegen sie ausfallender (ausgefallener?) Abstimmungen dem Kaiser noch ferner zu dienen. Nachdem Hr. v. Schmerling noch die Regierungsanhänger erinnert hatte, daß sie ebenso fest zusammenhalten sollen, wie die Opposition, schloß er mit der Versicherung: Die Devise der Regierung sei: Treue dem Kaiser, Treue der Verfassung, aber auch treue Befolgung der Pflicht.

Berlin, 28. März. Abgeordnetenhaus. Auf der Tagesordnung steht der Antrag des Abg. Michaelis: die Aussetzung der Berathung der Eisenbahnvorlage, bis das Staatshaushalts-Gesetz zu Stande gekommen sei.

Für den abwesenden Antragsteller der Abg. Klotz: Das Haus soll Verpflichtungen für das Land übernehmen, während das verfassungsmäßige Budgetrecht verkümmert ist. Vor Anerkennung des Budgetrechts sei das Haus zur Gewährung von Anleihen und Zinsgarantieen außer Stande. Wir wissen, daß diese, materielle Interessen berührende Frage gegen uns ausgebeutet werden wird, und daß wir, durch Bewilligung von Specialkrediten das Budgetrecht gefährden und die Verfassung vernichten würden.

Abg. Wagener: Wie der heutige Beschluß auch ausfalle, er wird keinen Einfluß auf das Zustandekommen des Budgets haben. Mit der Annahme des Antrages verzichten Sie auf Ausübung verfassungsmäßiger Pflichten. Die gestrige Annahme des Generalberichtes hat eine Scheidewand zwischen Ihnen und der Regierung aufgerichtet; es ist ein Schritt weiter im Conflikte; noch weiter gehend, überschreiten Sie die Gränze der Möglichkeit des Regierens.

Abg. Reibauer für den Antrag. Nachdem die Abgeordneten Hahn (Ratibor) gegen und Möller für den Antrag gesprochen haben, nimmt der Handelsminister das Wort und sagt: Garantien geben keine Mittel, sondern veranlassen nur Ausgaben. Was die Anleihen betrifft, so fallen diese fort durch die Annahme des Amendements Benda. Ich habe die Ueberzeugung, daß wir uns einigen und bitte, den Antrag abzulehnen, seine Annahme ist fast eine Ablehnung des Gesetzes. Die Verwerfung des Gesetzes steht ja in Ihrer Hand, aber die Berathung desselben abzulehnen, kann nicht zum Wohl des Landes sein.

Abg. Simson: Bewilligen wir die Bahnen nicht wegen, sondern trotz der Budgetlosigkeit.

Abg. v. Bockum-Dolffs für den Antrag, worauf Schluß der Debatte und namentliche Abstimmung folgt. Von 286 Stimmen sind 178 gegen und 108 für den Antrag, welcher somit verworfen ist.

Kopenhagen, 29. März. „Berlingske Tidende" vernimmt, daß Bluhme, Tillisch, David, Lütken und Quaade ihre Demission eingereicht haben; soweit bekannt, habe der König dieselbe noch nicht angenommen.

Paris, 29. März. Der „Moniteur" enthält ein Dekret, durch welches der Senator Marquis v. Lavalette an Hrn. Boudets Stelle zum Minister des Innern ernannt wird. Hr. Boudet ist zum Senator ernannt.

Verantwortlicher Redakteur: A. Hartmann.
Druck und Verlag der Stabel'schen Buch- und Kunsthandlung in Würzburg

Cours der Staatspapiere.

Oesterr.	5 pCt. Met. (Cp. L. 8. b. R.)	—
"	5 pCt. Lomb. ditto. à 24	—
"	5 pCt. Engl. Met. v. 1852	$80\frac{1}{8}$ P.
"	5 pCt. Engl. Met. v. 1859	$78\frac{1}{2}$—$\frac{1}{4}$ G.
"	5 pCt. Venet. Coupon b. B.	$85\frac{7}{8}$ P. $\frac{5}{8}$ G.
"	5 pCt. Nationalanl. v. 1854	$68\frac{5}{8}$ P. $\frac{3}{8}$ G.
"	5 pCt. Metall. Obligation.	$62\frac{2}{4}$ P.
"	$4\frac{1}{2}$ pCt.	56 P. $55\frac{7}{8}$ G.
Preussen	$3\frac{1}{2}$ pCt. Staatsschuldsch.	
Bayern	$4\frac{1}{2}$ pCt. Obl. 1jähr. dto.	$101\frac{3}{4}$ G.
"	$4\frac{1}{2}$ pCt. Obl. $\frac{1}{2}$jähr. dto.	$102\frac{1}{4}$ P. 102G.
"	4 pCt. Obl. 1jähr. dto.	$99\frac{1}{4}$ P.
"	4 pCt. Obl. $\frac{1}{2}$jähr. dto.	$99\frac{1}{2}$ P.
"	4 pCt. Obl. Ab.-R. dto.	99 P. $98\frac{7}{8}$ G.
"	$3\frac{1}{2}$ pCt. Obl. dto.	—
Württemb.	$4\frac{1}{2}$ pCt. Obl. b. Rothsch.	$105\frac{1}{4}$ P.
"	$3\frac{1}{2}$ pCt. Obl. dto.	$95\frac{1}{8}$ P.
Baden	$4\frac{1}{2}$ pCt. Obl.	—
"	$3\frac{1}{2}$ pCt. Obl. v. 1842	$92\frac{1}{4}$ P.
Gr. Hess.	$4\frac{1}{2}$ pCt. Obl.	—
"	4 pCt. Obl. b. Rothsch.	$100\frac{7}{8}$ G.
"	$3\frac{1}{2}$ pCt. Obl. dto.	$97\frac{5}{8}$ P.
Nassau	$4\frac{1}{2}$ pCt. Obl. dto.	$102\frac{3}{8}$ P.
"	4 pCt. Obl. dto.	$99\frac{3}{4}$ P.
"	$3\frac{1}{2}$ pCt. Obl. dto.	$92\frac{1}{2}$ P.
Frankfurt	$3\frac{1}{2}$ pCt. Obl.	$96\frac{1}{4}$ P.
"	3 pCt. Obl.	—
Spanien	3 pCt. inl. Sch. P. à fl. 2. 30	—
"	$2\frac{1}{4}$ pCt. . . .	—
Schweden	$4\frac{1}{2}$ pCt. Obl. à 105 Thlr.	$91\frac{3}{8}$ P.
N.Amerika	6 pCt. à 1000r. 1881 D. $2\frac{1}{2}$	$58\frac{1}{2}$—$\frac{1}{4}$ G.
"	6 pCt. ditto r. 1882 .	$58\frac{1}{4}$—$57\frac{7}{8}$ G.

Diverse Aktien.

Frankfurter Bank à fl. 500 . . .	148 P.
K. K. Oesterr. National-Bankaktien	848 G.
Oesterr. Kreditbank-Aktien à fl. 200	$195\frac{1}{2}$ P. 194G.
Bayer. Hypothekenb. Pfandbriefe 4 pCt.	$97\frac{7}{8}$ P.
Darmst. Bank 1. u. 2. Serie à fl. 250	$234\frac{1}{2}$P. $233\frac{1}{2}$G.
Weimarische Bank à Thlr. 100 . .	100 P.
Mitteldeutsche Kreditaktien . . .	101 P.
Intern. Bank in Lux. à 250 Frs. à 28 kr.	90 G.
Taunus-Eisenbahn à fl. 250 . . .	358 G.
Frankfurt-Hanauer-Eisenbahn . . .	102 G.
Oest. F.St.Eisb. 6pCt. 500 Fr. à 28 kr.	—
" Elisab.-Eisenbahn 5 pCt. . .	$118\frac{1}{4}$ G.
Böhm. Westbahn-Aktien à fl. 200 6/7	$73\frac{1}{2}$ P. 73 G.
Rhein-Nahe-Bahn 200 Thl. à 105 4pCt. Z.	—
Ludwigshafen-Bexbacher à 4 pCt.	$148\frac{3}{8}$ P.
dto. dto. Prior. à 4 pCt.	$97\frac{1}{2}$ P.
Pfälz. Maxb. b. Rothschild à $4\frac{1}{2}$ pCt.	107 G.
Oest. St.-Eisenb. Prior.-Oblig. à 3 pCt.	$52\frac{1}{2}$ P. $\frac{1}{8}$ G.
Elisab.-Bahn Prior. 5 pCt. 6/7	$79\frac{3}{4}$ P.
Südd. Bank-Akt., 40 pCt. Einz.	260 P.
Span. Handels- und Industrie . .	—
Bayr. Ostbahn à $4\frac{1}{2}$ pCt. volleinbez.	$113\frac{7}{8}$ P.
Bayer. Ostbahn mit 50 pCt. Einz.	$113\frac{1}{2}$ P.

Wechsel in süddeutscher Währung.

Amst. fl. 100 k. S.	$101\frac{1}{8}$ P.
Antwerp. Frs. 200 k.S.	$94\frac{3}{8}$ G.
Augsb. fl. 100 k. S.	$99\frac{2}{4}$ G.
Berlin Th. 60 k. S.	105 P.
Brem. 50 Th. Lsd. k. S.	$97\frac{3}{8}$ P.
Brüssel Frs. 200 k. S.	$94\frac{3}{8}$ G.
Cöln Thlr. 60 k. S.	$104\frac{7}{8}$ P.
Hamb. MB. 100 k. S.	$88\frac{7}{8}$ P.
Leipzig Th. 60 k. S.	105 P.
London Lst. 10 k. S.	$119\frac{5}{8}$ P.
Lyon Frs. 200 k. S.	—
Mail. Frs. 200 . .	$94\frac{1}{4}$ G.
München fl. 100 k. S.	$99\frac{3}{4}$ G.
Paris Frs. 200 k. S.	$94\frac{1}{4}$ G.
Petersburg 60 S.-R.	—
Triest fl. 100 k. S.	—
Wien fl. 100 ö. W.	—
do. in öst. W. l. S.	$107\frac{1}{4}$ G.
Disconto	$3\frac{1}{2}$ pCt. G.

Anlehens-Loose.

Oesterr. fl. 250 v. 1839	$143\frac{1}{4}$ P.
" fl. 250 v. 1854 mit 4pCt.	$78\frac{1}{2}$ P.
" fl. 500 v. 1860 6/7	$85\frac{1}{8}$ P.
" fl. 100 Eisb. L. v. 1858.	$136\frac{1}{4}$ P.
" do. v. 1864.	$94\frac{1}{4}$ P.
Schwed. 10 Thlr. Loose	$9\frac{5}{8}$ G.
Badische fl. 50	—
Badische fl. 35	$53\frac{5}{8}$ P.
Kurhess. Thlr. 40 b. R.	$56\frac{3}{4}$ P.
Gr. Hessen fl. 50 b. R.	$139\frac{3}{4}$ G.
" fl. 25 do.	37 P.
Nassau fl. 25 bei Rothsch.	$35\frac{1}{2}$ G.
Sardinische Fr. 36 b. B.	—
Neuchateler 10 Frs.-Loose	—
Freiburger 15 Frs.-Loose	—
Mailänder 45 Frs. L. b. R.	$33\frac{1}{4}$ P.
St. Lüttich mit $2\frac{1}{2}$ pCt. Z.	35 P.
Ansb.-Gunzenh. fl. 7-L.	$10\frac{3}{4}$ G.

Frankfurt, 29. März. Zur morgen stattfindenden Ultimo-Liquidation zeigt sich Geld weniger abundant als erwartet. Für Amerikaner ist die Prolongation sogar schwierig zu nennen. In Folge davon vermochten auch die neuesten günstigen New-Yorker Notirungen, denen gemäß sich Bonds in New-York auf nahezu 62 stellen, keine durchgreifende Wirkung hervorzubringen. In österr. Sachen war der Umsatz schwerfällig und die Kurse unverändert. (Synd.)

An die
Hof- und Staatsbibliothek
Würzb. Ztg. München.

Neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht!

№ 90. | Vorausbezahlung: Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 1 fl. 30 kr. Bei Inseraten wird die dreispaltige Zeile in gewöhnlicher kleiner | 62. Jahrgang. | Schrift oder deren Raum im Hauptblatte mit 6 kr., im Anzeiger mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franco. | Freitag, 31. März 1865.

Abonnements-Einladung.

Bestellungen auf die mit dem Unterhaltungsblatte **Mnemosyne** und dem Beiblatte **Würzburger Anzeiger** verbundene

Neue Würzburger Zeitung

für das mit dem 1. April beginnende II. Quartal nehmen alle Postämter an, und werden solche **rechtzeitig** erbeten. Der Abonnementspreis beträgt in ganz Bayern künftighin

vierteljährlich nur fl. 1. 30 kr.

(Bei außerbayerischen Postämtern findet eine geringe Preiserhöhung statt.)

Es kömmt somit jede Nummer der Zeitung nebst Anzeiger (welcher selbst an Sonntagen erscheint, was im Jahre anderen Blättern gegenüber ein Mehr von über 50 Nummern entziffert) sowie mit dem Unterhaltungsblatt Mnemosyne **zusammen** auf den außerordentlich billigen Preis von

täglich einem Kreuzer

im Abonnement zu stehen.

Die „Neue Würzburger Zeitung“ bringt nach wie vor Leitartikel über jede bedeutende politische oder handelspolitische Zeitfrage, ferner Original-Korrespondenzen und telegraphische Depeschen aus den größeren Städten Europa's.

Außer dem im Hauptblatte enthaltenen Feuilleton bringt das belletristische Beiblatt „Mnemosyne“ Originalnovellen u. s. w. aus der Feder bekannter Schriftsteller, und hofft mit denselben neben dem übrigen Neuesten und Interessantesten aus dem Gebiete der Unterhaltungslekture, sowie ausgewählten Erzählungen, Gedichten, Miscellen, Aphorismen, Nekrologen, literarischen und Kunst-Kritiken u. s. w. ihre Leser nach jeder Richtung hin angenehm und lehrreich zu unterhalten.

Das täglich zur Zeitung erscheinende Gratis-Beiblatt **„Würzburger Anzeiger“** (welcher auch separat um 42 kr. vierteljährlich bezogen werden kann) liefert alle lokalen Neuigkeiten, sowie eine kurzgefaßte Uebersicht der politischen Ereignisse, Markt-, Cours- und Sitzungsberichte u. s. w.

Die Expedition der „N. Würzb. Ztg.“

Aus dem französischen gesetzgebenden Körper.

Am 27. März begann zu Paris in dem gesetzgebenden Körper die allgemeine Debatte über den Adresseentwurf. Emil Olivier eröffnete die Diskussion mit einer Rede, auf welche man um so mehr gespannt war, als man im voraus wußte, daß der Führer der „dritten Partei“ damit seinen Abfall von der Opposition öffentlich besiegeln, seinen Uebergang zur Regierung verkündigen und sich die Bahn zu einem Portefeuille eröffnen werde. Als die zwei Hauptereignisse, welche bestimmend auf die Regierungsweise des Kaiserreichs gewirkt, sieht Ollivier den italienischen Krieg und das Wahlergebniß von 1863 an. Namentlich wolle er sich mit der Rückwirkung des letzteren in seiner heutigen Rede beschäftigen. Die Wahlen stellen für ihn gleichsam das Programm der Wünsche der Demokratie vor. Die Demokratie wolle zunehmen, siegen, sie wolle keine Revolution, sondern Frieden und Freiheit, Frieden, damit das Land seine Sicherheit, Freiheit, damit es seine Würde wahre. Dem Andenken Morny's hielt Ollivier eine bewegte Lobrede und beklagte mit tiefgefühlten Worten den Verlust dieses Mannes, mit welchem er in der letzten Zeit in der innigsten Gedankengemeinschaft gestanden sei. In Bezug auf seine Stellung zur Opposition erklärte er sich gegen das Amendement der Fraktion Marie, denn er lege weniger Gewicht auf politische, als auf soziale und individuelle Freiheiten. Die Presse soll größere, aber keine intermittirende Freiheit erhalten, die Presse sei allerdings eine unbequeme, häufig gefährliche Nachbarin, allein man müsse nun einmal mit ihr leben. Auch die Minister sollen in der Kammer erscheinen und ihre Portefeuilles selber vertreten. Weiterhin entwickelte Ollivier den Gedanken, daß die Regierungen nicht, weil sie schwach seien, sondern weil sie nicht zu rechter Zeit nachzugeben verständen, zu fallen pflegten. Oft sei die Opposition das beste Mittel, einer Regierung zu helfen, und darum wolle auch er, selbst wenn die Regierung seine Forderungen bewilligte, Oppositionsmann bleiben, denn sein innigster Wunsch sei, daß die gegenwärtige Regierung fortdauere. Er werde zum ersten Male übrigens in dieser Session für die Adresse stimmen. In schwungvollen Worten beschwor er schließlich die Regierung, nicht in ihrer Vereinzelung zu beharren und Männer für sich in Bereitschaft zu setzen, welche den Männern von heute nachzufolgen vermöchten. Sie möge die Jugend, die sich jetzt in Bitterkeit und Entsittlichung verzehre, zu sich heranziehen.

Feuilleton.

Ein Pamphlet gegen Cäsar Augustus.

(Schluß.)

Eines Tages begegnete Labienus, unter Agrippa's Säulengängen lustwandelnd, dem jungen Junius Gallio. Dieser war ein ernsthafter junger Mann, sanft, unterrichtet, elegant, umsichtig, klug, ein gemäßigter Stoiker, halb Spanier und halb Römer, Bürger und Unterthan, ein Mann zweier Epochen und zweier Länder, gemischtes Blut, gekreuzte Ansicht, ein wenig dies, ein wenig jenes. Er wandte, wie Horaz, den gerührten Blick zuweilen auf das Grab der Freiheit und blickte ein anderesmal nicht minder gerührt auf die Wiege des Kaiserreichs; er weihte Cato eine Thräne und widmete Cäsar ein Lächeln, er war ein wohlwollender Charakter, der alle Welt liebte, sogar unsern Labienus. Er war ein Bruder von Seneca, der nicht zu leben wußte, und ein Onkel von Lucanus, der nicht zu sterben verstand. Zu jener Zeit gab es nur halbe Helden, nur halbe Größen mehr. Gallio verkündigte Labienus die große Neuigkeit, daß eben August's Denkwürdigkeiten erschienen wären, und frug ihn, ob er nicht auch eine Kritik über dieses Werk schreiben werde.

„Nein, Gallio, ich will nichts über diesen Gegenstand veröffentlichen, ich streite nicht mit dem, der 30 Legionen hat; in einem Lande, das nicht frei ist, muß man es sich untersagen, an die Geschichte der Zeitgenossen zu rühren, und die Kritik über einen solchen Gegenstand ist unmöglich. Ich mag nicht dazu beitragen, das Publikum zu täuschen, denn in einer Zeit, wie die unsere, kann nichts, was über einen solchen Gegenstand erscheint, gut sein, und nichts, was gut ist, kann erscheinen. Man sagt, die Kritik werde frei sein, die Tyrannei werde der Literatur einen Urlaub von 8 Tagen geben. Aber sie können blos eine falsche Freiheit ertheilen, eine Dezemberfreiheit, d. h. eine Fastnachtsfreiheit libertas decembris, wie Horaz sagt, und ich mag keinen Gebrauch davon machen. Ich mag nicht, indem ich gegen das Buch schreibe, mich zwischen die Rache Oktavius' und die Gnade des Augustus gestellt sehen, ohne auch nur die Wahl zu haben. Ich will nicht, wie Cinna, dem Erbärmlichen die Gelegenheit geben, großmüthig zu sein, und durch eine Gnade hingerichtet werden. Das Buch loben könnte ich nur, wenn es gut ist, und dann müßte ich befürchten, mit Jenen vermengt zu werden, welche es aus anderen Beweggründen loben. Es ist mir somit gleich unmöglich, es zu loben, wie es zu tadeln. Im Uebrigen ist das Buch nicht gut, es kann nicht gut sein. Wenn ein Mensch strafbar genug ist, sich zum Könige, und dumm genug, sich zum Gott zu machen, so kann er nicht alle Eigenschaften haben, die zum Geschichtsschreiber erforderlich sind. Du bist schon sicher, daß es ihm an gesundem Sinn und an Ehrlichkeit fehlt; und was bleibt ihm dann noch? Er

Latour-Dumoulin freut sich der Worte des Kaisers, daß der Kriegstempel geschlossen sei und das moralische und materielle Wohl des Volks nun gefördert werden solle; über Mexiko werde er erst dann beruhigt sein, wenn der letzte französische Soldat von dort zurückgekehrt sei. Pichon erkennt ebenfalls in der mexikanischen Angelegenheit die schwächste Seite der französischen Politik; die Armee sei über das weite Land zerstreut und überall mit Guerillas im Kampfe. Von den Vereinigten Staaten sei vorkommenden Falls eine Dazwischenkunft zu befürchten; sie zeigten ihre üblen Absichten bei jeder Gelegenheit, obschon sie während des Bürgerkriegs im eigenen Lande nicht über Protestationen und Vorbehalte hinausgehen konnten; wenn aber dieser Krieg, der doch nicht ewig dauern könne, vorüber und die französische Armee dann noch in Mexiko sei, so könne man in einen Krieg, den kein Interesse fordere, hineingezogen werden. Der Sinn des Septembervertrages sei heute noch eben so dunkel als je zuvor; eine Regierung, die alles der französischen Dazwischenkunft verdanke, könne doch unmöglich auf den Grundsatz der Nichtintervention sich stützen, um die Räumung Roms zu fordern: zu dem, was Italien versprochen, sei es durch das Völkerrecht schon verpflichtet, dazu habe es keiner Konvention bedurft. Zum Schutze des Papstes müsse entweder die französische Armee in Rom bleiben oder ein Kongreß der katholischen Mächte zur definitiven Lösung der mit Erhaltung der Unabhängigkeit des Papstthums verbundenen Fragen berufen werden.

In der Sitzung vom 28. ergriff bei der Fortsetzung der Generaldiskussion über den Adreßentwurf Herr Josseau, eines der eloquenten Mitglieder der Majorität, das Wort, um Herrn Ollivier weidliches Lob zu spenden dafür, daß er der Majorität entgegengekommen und seinen früheren Irrthümern entsagt. Er selbst, Herr Josseau, fühlt sich durch den Zutritt solcher Kräfte bedeutend gehoben und gestärkt. Das Kaiserreich sei übrigens, auswärts wie im Innern, ein Fortschrittsstaat; man solle ihm nur nicht das trop tôt zumuthen, sondern sich mit dem plus tard zufrieden geben. Der Hauptredner des Tages ist Herr Thiers. Er verlangt die Freiheit und die Freiheiten für Frankreich, die politischen, welche den administrativen vorangehen sollen. Er will Polen so wenig als Italien die Freiheit vorenthalten, wenn man sie ihnen geben kann, aber vor Allem will er die Freiheit im eigenen Land. Von der politischen Freiheit hängen alle anderen ab. Das Land muß in Allem nicht nach, sondern vor der Erledigung der Geschäfte um Rath gefragt werden. Außerdem verlangt er Preßfreiheit, d. h. Verantwortlichkeit der Presse vor dem ordentlichen Gericht, Ministerverantwortlichkeit ꝛc. Die Nation, welche der ganzen Erde die Freiheit gegeben, dürfe derselben nicht ewig beraubt bleiben, die Vorsehung sei zu gerecht, um solches zu dulden. Thuillier, als Regierungskommissär, antwortete ihm ohne sein gewöhnliches Geschick; namentlich verwarf er die Lehre der von Ministerverantwortlichkeit; Frankreich wolle einen Herrscher, der allein regiere und verwalte. Frankreich, sagte er, wolle kein parlamentarisches Regime; die Freiheit der Presse habe alle Regierungen zu Grunde gerichtet.

(Amtliche Nachrichten.) **München**, 29. März. Se. Maj. der König hat vermöge allerh. offenen Dekrets d. d. 28. März 1865 den Fabrikbesitzer Lothar v. Faber zu Stein als lebenslänglichen Reichsrath ernannt; auf die bei der Regierung von Oberbayern eröffnete Forstmeistersstelle den Forstmeister A. Reisenegger von Tölz berufen; genehmigt, daß die kathol. Pfarrei Steinberg, Bezirksamts Kronach, statt des zurückgetretenen Priesters J. Besold, Lokalkaplans in Neuzirkendorf, von dem Erzbischofe von Bamberg dem Priester K. Zöpfl, Kaplan in Buttenheim, Bezirksamts Bamberg I, verliehen werde.

Die kathol. Pfarrei Wallenhausen, k. Bezirksamts Illertissen, ist mit einem fassionsmäßigen Reinertrage von 1106 fl. 36⁴/₈ kr. in Erledigung gekommen.

Stuttgart, 28. März. In der heutigen Sitzung der 2. Kammer kam ein von dem Abg. Hölder und etwa vierzig weiteren Abgeordneten, also etwa der Hälfte der Mitglieder dieser Kammer, unterzeichneter Antrag auf Verfassungsrevision ein, worin im Wesentlichen folgende Punkte als die nothwendigsten genannt werden: 1) Ausdehnung der staatsbürgerlichen Rechte im Sinn freier Wahl des Wohnorts (unbeschränktes Uebersiedlungsrecht), größerer Schutz gegen willkürliche Verhaftung, unbeschränkte Preßfreiheit und Vereinsrecht; 2) Aufhebung des geheimen Raths; 3) Aufhebung der Verwaltungsrechtspflege; 4) Beseitigung aller Vorrechte der Geburt und des Standes; 5) Ausdehnung des Wahlrechts auch auf die Steuer aus dem Kapital-, Renten-, Dienst- und Berufseinkommen Zahlenden; 6) Aufhebung des bevorzugten Wahlrechts der Höchstbesteuerten und geheime Stimmgebung; 7) Ausdehnung der Rechte der Kammern in folgender Richtung: a) Einräumung der Initiative; b) des Rechts der Enquête; c) unbeschränktes Recht der Ausgabenverwilligung und der Zurückforderung gemachter nicht verwilligter Ausgaben; d) das Recht der Wahl der Mitglieder des ständischen Ausschusses in jeder Kammer für sich und nicht wie bisher im Zusammentritt beider Kammern; e) vollständiger Schutz der Kammermitglieder gegen jede Verantwortlichkeit wegen ihrer Reden und Anträge in der Kammer, außer gegen die Kammer selbst. Der Antrag soll an die

---

kann die Wahrheit wissen und sie nicht sagen, wenn er sie wüßte.... Ich habe Stellen daraus gelesen. Er rechtfertigt die Verbannungen und vertheidigt die Usurpation. Dem mußte so sein. Und du willst, Gallio, daß ich eine Kritik über dieses Buch der Unwissenheit und Lüge schreibe, das die Billigung von 2000 Centurionen hat und dem Leser durch die Veteranen empfohlen wird?.... Wir sind entartet, wir sind Römer des Verfalls, wir sind von Cäsar auf Augustus, von der Charybdis in die Scylla gerathen, von der Kraft in die List und vom Onkel auf den Neffen.

„Sei übrigens ruhig, wenn du eine Kritik über dieses kleine Stück kaiserlicher Literatur willst, feine Urtheile, man wird dir welche geben; wenn du gelehrte Abhandlungen wünschest, es wird welche regnen; wenn du scharfsinnige und pikante Beobachtungen brauchst, neue Ansichten, elegante und höfliche Verhandlungen, von Leuten aus der besten Welt und vom besten Tone, sie werden dir nicht fehlen; wenn du Entgegnungen auf den Knien und auf dem Bauch kriegende Rhetorik verlangst, täuschende Epigramme, deren Spitzen kitzeln, statt zu stechen, und Bisse, die Liebkosungen sind, oder blutige Vorwürfe, die Vergnügen machen, anbetungswerthe Liebenswürdigkeiten, die in Gestalt eines strengen Urtheils vorgebracht werden; hübsche kleine, ganz willkommene Worte, eingewickelt in eine wilde und widerhaarige Phrase; lateinische Blumensträuße, Ströme honigsüßer Beredtsamkeit, auf Sammtkissen dargebrachte Argumente, nichts von alledem wird dir entgehen, o mein Gallio, wir werden die Staatsmusen tanzen sehen und Mäcenas wird das Ballet anführen. Die keuschen Schwestern haben den Pindus verlassen, sie steigen herab auf den palatinischen Berg. Apollo ist unter die Polizei gegangen. August ist sicher, ein Publikum, Leser, Richter, Kritiker, Abschreiber und Ausleger zu haben, er wird Leute für dieses Geschäft finden. Wer Virgile gemacht hat, kann Aristarchen machen, er braucht welche, er wird welche haben.

„Schon ist die ganze Literatur in Jubel: Varius weint vor Freude, Flavus stampft vor Zärtlichkeit; Rabirius bereitet seine Schreibtafeln vor; Haterius wird eine Vorlesung halten und Tarpa einen Deklamationsvortrag; Fenestella wird einen Band zu seiner Literaturgeschichte hinzufügen; Metellus, der so vortrefflich die Reden des Fürsten zu machen versteht, wird die rednerischen Schönheiten seines Werkes zählen, und Verrius, der Grammatiker, die grammatischen Schönheiten; Marathus, der Historiograph, wird eine Analyse im Hof-Journal davon bringen, und Athenodorus, der Schützling von Octavian, eine Paraphrase für die Damen und erklärende Nötchen schreiben zum Gebrauche der Prinzessinnen. Da hast du zehn, ich kenne ihrer tausend. All' diese Leute werden an dem Kaiser vorüberziehen und sich den Hals ausschreien, wie die Ritter der Parade, er aber wird eine Haltung voll Bescheidenheit und Majestät einnehmen, seine Geberde wird „genug" rufen und sein Lächeln: nur weiter! So wie er zur Beklatschung seiner Handlungen den Pöbel der sieben Hügel hatte, so wird der schriftstellerische Pöbel sein Buch preisen. Der Beifall ist sicher, aber er kann nur von Einer Seite kommen; dieses ist die nothwendige Folge seiner ausnahmsweisen literarischen Stellung. Der Unglückselige, hat er vielleicht nicht vorausgesehen? Er wird Erfolg haben auf Befehl, das ist hart, aber ich kann nicht helfen. Die Allmacht hat ihre Unannehmlichkeiten für den Verfasser; Alles ist nicht rosenfarbig im Berufe eines gekrönten Schriftstellers. Man muß sich dem Gesetze, das man selber gemacht, unterziehen, und wenn die Schande eingegossen ist, muß sie ausgetrunken werden. Also Achtung, mein theurer Gallio, das Fest wird beginnen, es wird zahlreich besucht und lärmend sein. Schon sind die Musiker auf ihrem Platze und sie stimmen ihre Instrumente. Sieh' zu und höre, ich gestehe, das Schauspiel wird ergötzlich sein für Jene, die noch lachen können.

„Ich weiß, daß das Werk unsern jüngsten Bürgerkrieg und sogar das letzte Jahr Cäsars in sich fassen wird. Kannst du, mein guter Gallio, das wirklich ernst nehmen? Augustus ein Buch schreiben über die Revolution, die er gemacht hat! Was, glaubst du, kann man von einem Verbrecher sagen, der eine Vertheidigung seines Verbrechens schreibt? Nach meiner Meinung läßt er sich einen zweiten Angriff zu Schulden kommen, der schwerer ist als

staatsrechtliche Kommission zur Begutachtung und diese zu diesem Behuf um sechs Mitglieder vermehrt werden. Er behält sich die Begründung des Antrags in einer der nächsten Sitzungen vor. Der Finanzdepartementschef Staatsrath v. Renner legt einen Gesetzentwurf in Betreff des im Lande so unbeliebten Branntweinsteuergesetzes vor. (A. Z.)

Aus **Kassel**, 27. März, schreibt man dem „Nürnb. Korr.", daß Verhandlungen dem Abschlusse nahe sind, wonach Kurhessen die Stellung des Bundeskontingents für die freie Stadt Frankfurt gegen eine entsprechende Geldzahlung übernehmen würde. Es sollen bereits desfallsige Vorlagen bei der Ständeversammlung in Aussicht stehen. (?)

In **Kiel** mußte am 24. März von dem Hause des Vorstandsmitgliedes des Kampfgenossenvereins, Hrn. Hausse, eine von demselben aufgesteckte deutsche und schleswig-holsteinische Flagge auf Anordnung der Polizei abgenommen werden, widrigenfalls militärische Exekution erfolgen werde. Die deutsche Flagge trug die Devise „Einigkeit", die schleswig-holsteinische führte die Inschrift „Friedrich VIII., Herzog zu Schleswig-Holstein". In Folge deshalb auf dem Polizeiamt geführter Beschwerde wurde Hr. Hausse beschieden, daß die Wegnahme der schleswig-holsteinischen Flagge auf Befehl des preußischen Kommandirenden Generals Herwarth v. Bittenfeld erfolgt sei; die Wegnahme der deutschen Flagge beruhe auf einem Mißverständniß. Die Inschrift auf der schleswig-holsteinischen Flagge wurde als der Entscheidung der Erbfolgefrage vorgreifend bezeichnet.

Paris, 27. März. Aus der Rede Olliviers theilen wir eine Stelle über die auswärtige Politik mit; wir finden darin ein objektives Urtheil über die eigentliche Frage im Schleswig-Holstein-Streit, wie es in Frankreich überhaupt selten ist, und namentlich bei der Oppositionspartei nicht zu finden ist. Gleich im Eingang seiner Rede sagte Ollivier, er finde, daß die Regierung sowohl in ihrer auswärtigen, als in ihrer inneren Politik auf vernünftigen, und nicht auf gefährlichen Rath gehört. Dieß habe sich namentlich durch ihr Verhalten im deutsch-dänischen Konflikt und durch den Abschluß der Septemberkonvention bethätigt. „Durch einen Widerspruch, fuhr er fort, den ich wahrlich nicht begreifen kann, haben dieselben Personen, welche von der Regierung verlangten, sie solle den Römern das Recht der Selbstbestimmung zuerkennen, sie in der Herzogthümerangelegenheit gedrängt, Dänemark in der Aufrechthaltung einer verabscheuten Herrschaft über Bevölkerungen behülflich zu sein, welche seit 1848 im Norden um ihre Unabhängigkeit einen ähnlichen Kampf führen, wie seit derselben Zeit die Italiener im Süden. Die Regierung war vernünftiger als ihre Rathgeber. Sie hat geglaubt, denselben Grundsatz, den sie in Italien geachtet, in Deutschland nicht verletzen zu dürfen, und sie hat im Norden wie im Süden ihre Politik dem Grundsatz der Nichtintervention untergeordnet, wozu ich ihr offen Glück wünsche." — Im Süden von Frankreich ist Alles verschneit. Namentlich wird aus dem Arriege-Departement (in den Pyrenäen) von großer Kälte und Störung der Verbindung durch Schneemassen berichtet. Feuerungsmaterial und Nahrungsmittel sind in Folge dessen dort sehr zusammen geschwunden und so sehr im Preise gestiegen, daß der Minister des Innern es für nothwendig gefunden hat, den Nothleidenden aus Staatsmitteln zu Hülfe zu kommen. Auch die kaiserliche Familie hat namhafte Beiträge übersandt.

Paris, 27. März. Ein Rundschreiben des Kriegsministers an die Generalkommandanten über die Schulbildung der Soldaten ist nicht ohne Interesse. Nachdem der Minister die Sorgfalt des Kaisers für den Elementar-Unterricht konstatirt, bemerkte er, daß die Armee im Wissen nicht zurückbleiben dürfe gegenüber der andern Bevölkerung. Es sei nicht zu läugnen, daß jährlich eine große Menge vollkommen kenntnißloser Leute in die Armee eintreten, und bei ihrer Entlassung aus dem Militär sich noch in demselben Zustande völliger Unwissenheit befinden, obgleich man nichts gespart habe, um den Lese- und Schreib-Unterricht in der Armee so gut wie möglich zu organisiren. Es müsse nun mit allem Eifer darauf gesehen werden, daß die hieher bezüglichen Vorschriften auch auf das Sorgfältigste zur Ausführung kommen, und er mache es den Korpskommandanten zur angelegentlichsten Pflicht, persönlich darüber zu wachen, daß der Unterricht in den Kasernen mit möglichstem Eifer und von den besten Lehrern gegeben werde. Die Generalkommandanten werden sodann angewiesen, durch eigene Tagesbefehle an die Korpskommandanten dahin zu wirken, daß der Elementar-Unterricht mit einer ganz besonderen Sorgfalt gepflegt werde, und der Minister verlangt über den Stand und den Fortgang des Unterrichts, sowie die zu dessen Vervollkommnung getroffenen Maßregeln die genauesten Berichte von den Generalkommandanten.

Der „Moniteur" bringt ein Dekret, welches den für Anwerbung eines Einstehers (richtiger: für Befreiung vom Militärdienst) zu bezahlenden Betrag für das laufende Jahr auf 2300 Fr. festsetzt und den bereits eingetretenen Soldaten gegen Bezahlung von 50C Fr. für jedes Jahr bis zum Ablauf ihrer Dienstzeit den Austritt aus dem Heere gestattet.

---

der erste, denn es ist leichter, ein Verbrechen zu begehen, als es zu rechtfertigen; aber wenn er schwieriger ist, so ist dieser zweite Angriff zugleich sträflicher und beklagenswerther, denn die Opfer sind zahlreicher und die Folgen dauernder. Der erste war gegen das Leben der Menschen gerichtet, der zweite zielt nach ihrem Gewissen; der eine tödtet den Leib, der andere den Geist; der eine unterdrückt die Gegenwart, der andere die Zukunft. Es ist der Staatsstreich in der moralischen Welt, die Schöpfung der Unordnung, die Systematisirung der Ungerechtigkeit, die Organisirung des Bösen, die Verkündigung des Unrechts, die Verbannung der Wahrheit, die endgültige Niederlage der öffentlichen Vernunft, die allgemeine Besiegung der Ideen, ein intellektuelles Actium. Es ist die wahre Strömung eines Werkes der Verbrecherhaftigkeit, der Infamie. Es ist die einzig mögliche. Das Buch von Augustus heißt sein Leben zum Beispiele erheben, es ist gleichbedeutend mit der Lossprechung seines Ehrgeizes, der Umgestaltung seines Willens zum Gesetze, es ist das Gesetzbuch der Uebelthäter, die Bibel der Spitzbuben, und du willst ein solches Buch frei besprechen unter dem Regime seiner Willkür? Eine Kritik gegen Octavian? Welcher Hohn! Er hat keine Kritik gegen Cicero geschrieben, er hat ihn getödtet! Wie! Der Elende, der dich ermordet, hält dir eine Rede über den Mord, und ehe er dir den Streich versetzt, verlangt er deine Meinung über sein kleines Werk, deine ganze Meinung, die politische wie die literarische, denn er ist ein Künstler und ein guter Kerl, er will dein Urtheil über seine Arbeit kennen . . . und du willst es ihm sagen . . . du denkst nicht daran, mein Freund?

„Was würdest du von Verres sagen, der ein Buch über das Eigenthum schriebe? Und du würdest mit ihm streiten? Sind denn die Memoiren von Octavianus etwas Anderes? Sind sie nicht die Theorie der Usurpation, geschrieben von einem Usurpator? Es ist eine Schule der Verschwörung, aufgethan von einem straflosen Verschwörer.

„Der Verfasser kann Alles in Allem darin nur sagen, was er weiß; er versteht es, eine Stadt zu plündern, einen Senat zu erdolchen, einen Schatz in einem Tempel an sich zu reißen und Jupiter zu bestehlen; er versteht es, falsche Schlüssel, falsche Eide und falsche Testamente zu machen; er versteht es, zu läugnen im Forum wie in der Curie, die Wähler zu verderben oder sie zu übergehen, seine verwandten Genossen zu tödten, massenhaft in Bann zu thun, und ähnliche Spiele; er versteht es, nach der Methode Cäsars, bei den Einen zu borgen, um den Anderen zu leihen, und sich auf beiden Seiten Freunde zu machen; er versteht es, mit einem kräftigen Satze über alle Schranken und alle Rubicons hinüberzukommen — und dann mit einem höchsten Sprunge über alle menschlichen und göttlichen Gebote hinwegsetzend, den Salto mortale zu machen und als König auf den Boden zu fallen. Er versteht Alles das, aber er weiß kein Wort von Geschichte, von Politik, von Moral; es wäre denn von der großen, daß heißt der Moral der Großen, wie sie in seiner Familie gelehrt wurde. Man findet also in seinem Buche nichts von dem, was man zu lernen nöthig hätte, und in Ueberfluß, was zu lernen gefährlich wäre. Er liebt die alten Worte, die alten Münzen, die alten Helme, aber er liebt nicht die alten Sitten. Leute seines Schlages fühlen sich aus dem Schooße der Gesellschaft gestoßen; sie sind gewaltsam durch ein Verbrechen aus derselben herausgetreten, und sie versuchen, durch die List wieder sich hineinzuschleichen; sie haben nur mehr Einen Ehrgeiz: unter die ehrlichen Leute zu gelangen. Sie verschmähen keine Verkleidung, sie suchen überall ihre verlorene Ehre, man sieht sie, gekrönte Bettler, bei allen Thüren ein wenig Achtung erflehen, und das ist das einzige Almosen, das man ihnen nicht geben kann. So weit ist August gekommen, der Bluttrinker dürstet nur mehr nach Lob; dieser Dieb der Weltherrschaft will jetzt nur noch Eines entwenden, seine Rehabilitirung. Er versucht das Unmögliche. Dieser letzte Kampf Cäsar's mit der Meinung, die ihn niedertritt, hat etwas Trauriges und Komisches, wie die letzte Grimasse eines Gehängten oder wie das Lächeln eines Gladiators, der mit Anmuth sterben will.

Digitized by Google

Turin, 25. März. Das Loos, welches die Abschaffung der Todesstrafe im Senat finden wird, ist nun so gut wie entschieden. Dieselbe dürfte mit einer Majorität von beiläufig 40 Stimmen verworfen und somit die gerichtliche Unifizirung auf unbestimmte Zeit verzögert werden; denn die Regierung wird es jedenfalls besser finden, hierauf vorerst zu verzichten, als durch Einführung der Todesstrafe in Toskana Wahlerfolge in dieser Provinz zu gefährden. — Der päpstliche Staatsschatz erleidet in diesem Jahre einen bedeutenden Ausfall durch die Verminderung der Subvention, welche demselben bis jetzt regelmäßig die Königin von Spanien zufließen ließ. Auch der Peterspfennig lieferte im vergangenen Jahre über 300,000 Fr. weniger als im Jahre 1863, so daß sich das päpstliche Finanzministerium genöthigt sah, erneuerte Anlehen bei der Bank und dem Pfandhause zu machen. — In aller Stille werden hier und in der Lombardei Werbungen veranstaltet. Garibaldi hat, ohne daß seine Organe davon irgend eine Meldung gemacht hätten, ungefähr 15 seiner besten Freunde in Caprera um sich versammelt, und man vermuthet, daß eine neue Freischaaren-Expedition nach Wälsch-Tyrol bevorsteht. — Das fürchterliche Unwetter, welches seit ungefähr 8 Tagen ganz Italien heimsucht, hat aller Orten sehr bedeutenden Schaden angerichtet. Längs der ganzen Riviera von Genua sind die Oel- und Orangenbäume, welche bereits in voller Blüthe standen, erfroren, und auch in hiesiger Gegend, wo die Saaten bereits aufgekeimt waren, ist der Schaden, den das plötzlich eingetretene Schneewetter verursacht, sehr erheblich. (R. K.)

Turin, 25. März. Der Senat hat gestern nach einer Verhandlung von 6 Tagen die Einführung der Civilehe beschlossen. Die kirchliche Partei hatte gehofft, der Senat werde dieselbe wieder wie 1852 verwerfen. Die Niederlage war um so überraschender, als noch in der letzten Stunde alle kirchlichen Streiter, die man sonst selten im Senate sieht, auf dem Kampfplatz erschienen waren, und selbst der greise Gino Capponi öffentlich sein Votum gegen die Civilehe abgegeben hatte. Von den Bischöfen war nur der von Alife dafür.

New-York, 17. März. Von dem Kriegsschauplatze in Carolina sind endlich zuverlässige Nachrichten eingetroffen. Sherman stand am 12. in Fayetteville, von welcher Stadt aus er ein Schreiben an Grant abgefertigt hat. Die Armee — berichtet er — sei in der besten Verfassung; auf ernstlichen Widerstand sei er nicht gestoßen. In Columbia habe er ungeheure Arsenale und 43 Geschütze zerstört, in Cheraw 25 Kanonen, 3600 Faß Pulver und vieles sonstige Kriegsmaterial, in Fayetteville 20 Kanonen und werthvolle Vorräthe erbeutet. Spätere, aber weniger zuverlässige Mittheilungen lassen Sherman schon in Goldsborough angekommen sein. Er stünde in diesem Falle nur noch etwa 15 Meilen von Shofield entfernt, da Letzterer nach einigen Scharmützeln mit Bragg, der sich zum Rückzuge gezwungen sah, die Stadt Kingston eingenommen hat. — Sheridan hat die nach Lynchburg führenden Eisenbahnen großentheils zerstört und sich den Festungswerken der Stadt genähert; da er dieselben jedoch zu stark fand, schlug er den Weg nach Whitehouse ein. In Richmond geht das Gerücht, daß Sheridan bis in eine Entfernung von 20 Meilen westlich der Hauptstadt am James-Flusse vorgedrungen sei. — Südstaatliche Depeschen aus Mobile vom 28. vor. Mts. melden, daß 28 Unionsdampfer in der Bucht eingelaufen seien und große Truppenmassen auf Dauphin's Island gelandet hätten. Ein baldiger Angriff auf die Stadt wurde erwartet. — Präsident Lincoln hat am 14. ds. den Befehl erlassen, daß alle Bürger der vereinigten Staaten oder domizilirte Ausländer, welche mit den Konföderirten zur See kommerziellen Verkehr gehabt haben, verhaftet und für die Dauer des Kriegs gefangen gehalten werden sollen. Ausländer, welche nicht domizilirend sind und mit den Blokadeverletzungen zu thun gehabt haben, sollen die Vereinigten Staaten binnen der nächsten 12 Tage verlassen und während des Krieges nicht zurückkehren. — Hier hat die Aushebung begonnen; Ruhestörungen sind nicht vorgekommen.

Mexiko. Ueber das Schicksal des Vertheidigers von Oajaca, Porfirio Diaz, weiß man noch immer nichts Sicheres, muß aber nach einer neuesten Mittheilung des „Moniteur“ auf die Bestätigung der erstgemeldeten schlimmen Nachrichten gefaßt sein. Das amtliche Blatt veröffentlicht nämlich eine Darstellung der Exzesse, die ein vor dem völligen Einschluß von Oajaca aus diesem Platz unter Befehl des Felix Diaz, eines Bruders des Porfirio, entsandtes Reiterkorps verübt haben soll. Marschall Bazaine übersandte dieses Dokument und schrieb dazu: „Ich habe selber mir die Gewißheit verschaffen können, daß dieser Bericht keineswegs übertrieben ist. Derselbe enthält Einzelheiten, welche nicht allein die Befehlshaber, sondern auch die Partei, die sie anerkennt und verwendet, entehren.“ Der Bericht selbst enthält eine ausführliche Erzählung von Gewaltthaten und Greueln, welcher sich die Reiter des Felix Diaz in den Dörfern schuldig gemacht haben. Mord, Plünderung, Erpressung, Kirchenraub, Mißhandlung von Frauen folgen sich in ununterbrochener Reihe. Da man, wie es scheint, auf Porfirio Diaz selbst keine Schuld zu häufen im Stande war, mußte wenigstens sein Bruder herhalten.

Hiezu die Beilage: „Würzburger Anzeiger“.

Verantwortlicher Redakteur: A. Hartmann.
Druck und Verlag der Stabel'schen Buch- und Kunsthandlung in Würzburg

Cours der Staatspapiere.

Oesterr.	5 pCt. Met. (Op. l. S. b. R.)	—
"	5 pCt. Lomb. ditto. à 24	—
"	5 pCt. Engl. Met. v. 1852	80 5/8 P.
"	5 pCt. Engl. Met. v. 1859	78 5/8 P.
"	5 pCt. Venet. Coupon b. R.	85 7/8 P. 5/8 G.
"	5 pCt. Nationalanl. v. 1854	68 1/2—5/8 G.
"	5 pCt. Metall. Obligation.	62 5/8 P.
"	4 1/2 pCt.	56 1/4 P.
Preussen	3 1/2 pCt. Staatsschuldsch.	
Bayern	4 1/2 pCt. Obl. 1jähr. dto.	102 1/8 P.
"	4 1/2 pCt. Obl. 1/2jähr. dto.	102 G.
"	4 pCt. Obl. 1jähr. dto.	99 1/8 P.
"	4 pCt. Obl. 1/2 jähr. dto.	99 1/4 P.
"	4 pCt. Obl. Ab.-B. dto.	98 7/8 P.
"	3 1/2 pCt. Obl. dto.	—
Württemb.	4 1/2 pCt. Obl. b. Rothsch.	105 1/4 P.
"	3 1/2 pCt. Obl. dto.	95 1/2 P.
Baden	4 1/2 pCt. Obl.	—
"	3 1/2 pCt. Obl. v. 1842	92 1/4 P.
Gr. Hess.	4 1/2 pCt. Obl.	—
"	4 pCt. Obl. b. Rothsch.	101—1/8 G.
"	3 1/2 pCt. Obl. dto.	97 5/8 P.
Nassau	4 1/2 pCt. Obl. dto.	102 1/2 P.
"	4 pCt. Obl. dto.	99 1/2 P. 1/4 G.
"	3 1/2 pCt. Obl. dto.	92 1/2 P.
Frankfurt	3 1/2 pCt. Obl.	96 1/4 P.
"	3 pCt. Obl.	—
Spanien	3 pCt. inl. Sch. P. à fl. 2. 30	—
"	2 1/4 pCt. " " "	—
Schweden	4 1/2 pCt. Obl. à 105 Thlr.	90 5/8 G.
N.Amerika	6 pCt. à 1000r. 1881 D. 2 1/2	—
"	6 pCt. ditto r. 1882 "	58—3/8 G.

Diverse Aktien.

Frankfurter Bank à fl. 500 . . .	147 7/8 P.
K. K. Oesterr. National-Bankaktien	848 G.
Oesterr. Kreditbank-Aktien à fl. 200	194 1/2 G.
Bayer. Hypothekenb. Pfandbriefe 4 pCt.	97 3/4 P.
Darmst. Bank 1. u. 2. Serie à fl. 250	235 P.
Weimarische Bank à Thlr. 100 . .	100 G.
Mitteldeutsche Kreditaktien . . .	100 7/8 G.
Intern. Bank in Lux. à 250 Frs. à 28 kr.	90 G.
Taunus-Eisenbahn à fl. 250 . . .	358 G.
Frankfurt-Hanauer-Eisenbahn . . .	102 3/4 P.
Oest. F.St.Eisb. 5pCt. 500 Fr. à 28 kr.	—
" Elisab.-Eisenbahn 5 pCt. . .	118 3/4 G.
Böhm. Westbahn-Aktien à fl. 200 6/7	73 1/2 P. 73 G.
Rhein-Nahe-Bahn 200 Thl. à 105 4pCt. Z.	31 1/2 G.
Ludwigshafen-Bexbacher à 4 pCt. .	148 P.
dto. dto. Prior. à 4 pCt.	97 3/8 P.
Pfälz. Maxb. b. Rothschild à 4 1/2 pCt.	107 G.
Oest. St.-Eisenb. Prior.-Oblig. à 3 pCt.	52 3/8 P.
Elisab.-Bahn Prior. 5 pCt. 6/7	80 P.
Südd. Bank-Akt., 40 pCt. Einz.	260 P.
Span. Handels- und Industrie . .	—
Bayr. Ostbahn à 4 1/2 pCt. volleinbez.	113 7/8 P.
Bayer. Ostbahn mit 60 pCt. Einz.	113 1/2 P.

Wechsel
in süddeutscher Währung.

Amst. fl. 100 k. S.	101—100 7/8 G.
Antwerp. Frs. 200 k.S.	94 3/8 G.
Augsb. fl. 100 k. S.	99 3/4 G.
Berlin Th. 60 k. S.	105 P.
Brem. 50 Th. Led. k. S.	97 3/8 P.
Brüssel Frs. 200 k. S.	94 3/8 G.
Cöln Thlr. 60 k. S.	104 7/8 P.
Hamb. MB. 100 k. S.	88 7/8 P.
Leipzig Th. 60 k. S.	105 P.
London Lst. 10 k. S.	119 1/2 P.
Lyon Frs. 200 k. S.	—
Mail. Frs. 200 . .	94 1/4 G.
München fl. 100 k. S.	99 3/4 G.
Paris Frs. 200 k. S.	94 3/4 P.
Petersburg 60 S.-R.	—
Triest fl. 100 k. S.	—
Wien fl. 100 ö. W.	—
do. in öst. W. l. S.	107 1/8 G.
Disconto	3 1/2 pCt. G.

Anlehens-Loose.

Oesterr. fl. 250 v. 1839	143 1/4 P.
" fl. 250 v. 1854 mit 4pCt.	78 1/2 P.
" fl. 500 v. 1860 6/7	85 1/2 P.
" fl. 100 Eisb. L. v. 1858.	136 1/4 P.
" do. v. 1864.	94 1/4 P.
Schwed. 10 Thlr. Loose	9 5/8 G.
Badische fl. 50	—
Badische fl. 35	53 5/8 P.
Kurhess. Thlr. 40 b. R.	56 1/2 P.
Gr. Hessen fl. 50 b. R.	189 3/4 G.
" fl. 25 do.	37 P.
Nassau fl. 25 bei Rothsch.	35 7/8 P.
Sardinische Fr. 36 b. B.	—
Neuchateler 10 Frs.-Loose	—
Freiburger 15 Frs.-Loose	—
Mailänder 45 Frs. L. b. R.	38 1/4 P.
St. Lüttich mit 2 1/2 pCt. Z.	34 1/4 P.
Ansb.-Gunzenh. fl. 7-L.	10 7/8 P.

Frankfurt, 30. März. Die Ultimo-Liquidation ging für Amerikaner sehr schwer von Statten, während österr. Kredit und Loose fehlten. Nach Beendigung der Liquidation wurden für Amerikaner wesentlich höhere Preise bezahlt, in andern Sachen war das Geschäft unbedeutend. (Synd.)

Digitized by Google

— . . und Staatsbibliothek
N. Würzb. Ztg. München.

Neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht!

№ 91. | Vorausbezahlung: Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 1 fl. 30 kr. Bei Inseraten wird die dreispaltige Zeile in gewöhnlicher kleiner | 62. Jahrgang. | Schrift oder deren Raum im Hauptblatte mit 6 kr., im Anzeiger mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franco. | Samstag, 1. April 1865.

Thiers Rede

im französischen gesetzgebenden Körper, welche wir gestern kurz berührt haben, bringen wir ihrer Bedeutsamkeit wegen in Folgendem ausführlicher.*)

Seine große, mit ununterbrochener Aufmerksamkeit auch von der Majorität angehörte Rede war ein glänzendes Plaidoyer für die Freiheit, die politische Freiheit, die Frankreich gegenwärtig nicht besitzt, aber mit jedem Tage schmerzlicher vermißt und nachdrücklicher zurückfordert, und ohne welche alle übrigen sogen. bürgerlichen Freiheiten ohne Garantie, alle materiellen Interessen sogar ohne Schutz sind. Thiers greift die Thronrede an, die so geringschätzend von den politischen Reformbestrebungen rede, und dagegen so wohlgefällig alle Reformen auf administrativem, gerichtlichem, nationalökonomischem Gebiete aufzähle und als einzig beachtens- und wünschenswerth anempfehle. Rechne man zu ihnen auch noch die Metzger-, Bäcker- und Theaterfreiheit, so könne man sich doch nicht des Gedankens erwehren, daß man sie nur darum in so freigebiger Weise spende, um die Aufmerksamkeit von den politischen Reformen abzuwenden. Die politischen Freiheiten müßten allen anderen vorangehen, und zwar habe dazu jede Nation, die sich selber achte, zwei Gründe: ihre Würde und ihre höchsten Interessen. „Wie wäre wohl“, sagt Thiers, „eine Nation würdig, zu den civilisirten Nationen gerechnet zu werden, wenn sie vor Allem nicht Sorge trüge, frei zu sein, und unter frei verstehe ich die den Staatsbürgern zu gewährende Garantie gegen die Willkür, und dann die selbständige Bestimmung des eigenen Geschicks, die Selbstregierung, natürlich unter Sicherstellung der Monarchie . . . Ich war niemals Anhänger des Freihandelssystems, allein ich habe auch niemals gedacht, daß die Tarife unbeweglich, die Einfuhrverbote ewig bleiben sollten. Wie! es handelt sich um Ihren Ackerbau, Ihre Manufakturen, Ihren Seehandel, Ihre Flagge, und das Land wird nicht zuerst, nicht ganz besonders über diese großen Interessen zu Rathe gezogen! Nach meiner Ansicht gibt es keine Macht in der Welt, die das Recht hätte, sich über die großen Landesinteressen zu irren, außer das Land selber. Nach einem großen materiellen Interesse führe ich Ihnen nunmehr ein großes moralisches Interesse an: die Uebereinkunft vom 15. September. Sie berührt jedenfalls und in empfindlicher Weise eines der größten moralischen Interessen des Landes, seine Religion; ich frage Sie wiederholt, mußte nicht vor Allem das Land hierüber zu Rathe gezogen werden? Sie sehen also, daß die politische Freiheit von der Würde wie von den theuersten Interessen des Landes bedingt wird, und wie man dadurch, daß man vor allen anderen die politische Freiheit verlangt, nur den klarsten Anforderungen der Vernunft entspricht und die Ursache der Wirkung voranstellt; denn um, wie es sich gebührt, seine größten Interessen zu regeln, muß, wie ich wiederholt erkläre, daß Land in der Lage sein, sich selber zu regieren.“

Hierauf stellt Thiers in Abrede, daß die Freigebung der Schlacht- und Backgerechtigkeit, des Theaterprivilegs ꝛc. den stolzen Namen Freiheiten verdiene. Selbst die Freiheit der Flagge bedeute nur Freiheit für die auswärtigen Marinen, nicht für die französische; und die vielgerühmten Decentralisationsmaßregeln seien Erweiterungen der Freiheiten der HH. Präfekten, nicht der Staatsbürger. Nach dieser Einleitung gelangt Thiers zum Hauptgegenstand seiner Rede, den „Utopien und sinnreichen Theorien“, von denen die kaiserliche Thronrede spricht und unter denen man die politischen Freiheiten verstehen wolle. Thiers legt dem Worte ingénieux im Französischen eine Bedeutung bei, die der des deutschen Wortes „sinnreich“ nicht ganz entspricht; er versteht darunter das Gesuchte, Subtile, Zugespitzte, was, im Gegensatz zu dem Einfachen und Wahren, nicht Jedermann zusage, und fragt denn nun, was denn so Ingeniöses in den von der Opposition vertretenen Theorien liege. Was heißt frei sein? — Zunächst die Gewißheit haben, daß man auf eine wahre oder falsche Angeberei hin nicht nach einer Festung oder einer fernen Insel geschleppt werde. Frei sein heißt, sich eine Meinung über die Angelegenheiten seines Landes bilden und sie unter der Gefahr der Verantwortung vor

*) Die „Köln. Ztg.“ sagt aus Anlaß obiger Rede: Thiers ist der gewandteste parlamentarische Stratege, den Frankreich aufzuweisen hat, und für eine Uebergangsperiode, wie das Kaiserthum sie jetzt durchmacht, ein scharf zersetzendes, ja zerfressendes Element. So legte er am 28. ein vollständiges Regierungs-Programm vor. Wenn er nicht Minister, so ist Thiers von jeher der liberalste Julimann gewesen, und das Wort: „die Regierung des Landes durchs Land,“ wie sie 1830 gedacht, doch bis 1848 so wenig zur Wahrheit wurde, daß das Chaos darauf folgte, tönt in seinem beredten Munde wie der Morgen-Glockenklang, der dem Volke einen neuen sonnigen Tag verkündet. Ob Thiers, der unter Louis Philippe Erfahrungen gemacht hat, den Constitutionalismus von 1830 im jetzigen Frankreich für so möglich hält, wie er sich den Schein gibt, ist eine andere Frage; jedenfalls wird die napoleonische Dynastie diesen Erinnerungen Rechnung tragen müssen, wenn der Orleanismus ihr nicht über den Kopf wachsen soll, wie der Napoleonismus seiner Zeit diesem.

Feuilleton.

Erinnerungen an Konstantinopel.

A. P. In Pera, dem eigentlichen Centrum der civilisirten Europäer Konstantinopels, geht es im wahren Sinne des Wortes kosmopolitisch zu. Der Franzose lebt dort, wenn er will, ganz à la parisienne. Er hat französische Küche in einem französischen Restaurant — er hat ein französisches Café mit vielen französischen Billards, und schließlich französisches Vaudeville oder einen grand bal im jardin des fleurs, der einem französischen Demi-monde-Etablissement keine Schande machen würde. Der Italiener, der Engländer, der Grieche haben es ebenso angenehm, und keine Nationalität braucht ihre Heimath zu vermissen, wenn sie ihre langgewohnte Lebensweise auch fern von dem Vaterlande fortführen will.

Und der Deutsche? Der Norddeutsche, der im eignen Vaterlande seine kleingeistigen Vorurtheile dem südlichen Landesbruder gegenüber nicht abzuschütteln vermag, und wieder der Süddeutsche, der aus geringen Meinungsverschiedenheiten — mögen diese nun einen confessionellen, einen politischen oder socialen Ursprung haben — so leicht das Wohl des Ganzen seinem eigenen Interesse opfert: alle Diese, mögen sie arm oder reich, hochgestellt oder gering sein, werden wahre Patrioten, werden einig und stark, sowie sie das Ausland betreten, und je weiter die Deutschen vom Vaterlande entfernt leben, desto inniger, fester schließen sie sich an einander.

In Pera erscheint eine „Konstantinopler deutsche Zeitung,“ welche jede Woche zweimal in kurzem Auszuge Alles bringt, was für eine deutsche Colonie von Interesse sein könnte. Auf dem deutschen Theater Teutonia sah ich den „Wilhelm Tell“, den „Narciß“, „die Räuber“ und „Nathan der Weise“ über die Bühne gehen. In einem Concert des deutschen Gesangvereines hörte ich die Mendelssohn'schen Lieder: „Der Schnee zerrinnt“, „Ach, bleib bei mir und zieh nicht fort“, „Auf ihrem Grab, da steht eine Linde“; mehrere Sätze aus der „Schöpfung“ von Haydn, mit Soli und Orchesterbegleitung; das herrliche Beethoven'sche Quartett: „Die Himmel rühmen des Ewigen Ehre“ und andere schöne klassische und neuere Musikstücke ganz leidlich vortragen.

Außerdem gibt es noch viele deutsche Vereine, unter denen die Versammlungen der Mitglieder des Koburger Nationalvereins und Turnvereins nicht zu vergessen sind. Kurz, die Deutschen in Konstantinopel bilden ein geschlossenes Ganze, ein kleines Vaterland in der großen Fremde, und es muß mit Dank anerkannt werden, daß sie mit allen ihnen zu Gebote stehenden Mitteln dem rastlosen Fortschritte auf dem Gebiet der Kunst, Wissenschaft und Politik ihres großen Vaterlandes zu folgen suchen.

der Justiz aussprechen können. Frei sein heißt, sich die Vertreter dieser Meinung wählen können, ohne, wenn man Beamter ist, abgesetzt, wenn man von der Verwaltung irgendwie abhängig ist, in seinen Interessen gefährdet zu werden. — Frei sein heißt, wenn man sich hier den Vertretern der Krone gegenüber befindet, den Mund öffnen dürfen und nicht in der Unmöglichkeit sein, ihnen irgend eine Erklärung über die großen Staatsangelegenheiten abzuverlangen. — Frei sein heißt, wenn man in der Republik lebt, das Staatsoberhaupt alle vier oder fünf Jahre wählen, und wenn man in der Monarchie lebt, Minister vor sich haben, die man für die schlechte Regierung des Landes verantwortlich machen kann." Ist es nun so sehr ingeniös, diese so unentbehrlichen Freiheiten zu verlangen? fragt Thiers, und führt dann das an, was er gerade in dem herrschenden Systeme ingeniös finde. Ingeniös findet er das gegenwärtige Verwarnungssystem, das eine „Censur am folgenden Tage" sei. Ingeniös ist es, Frankreich zu sagen, daß es die freieste Nation der Erde ist, weil man ihm das allgemeine Stimmrecht gibt, und, nachdem man dieser großen Nation das allgemeine Stimmrecht gegeben, zu sagen: Ihr seid aber doch gewiß zu vernünftig, um nicht einzusehen, daß, wenn man momentan so viele zum großen Theil nicht aufgeklärte Bürger zusammenruft, man dieselben nicht sich selber überlassen kann, sondern leiten muß. Ja, meine HH., das allgemeine, aber geleitete Stimmrecht, das ist sehr geschickt, sehr tief, sehr ingeniös! (Bewegung). Noch etwas sehr Geschicktes, sehr Tiefes, sehr Ingeniöses ist es, die Verantwortlichkeit, die auf die Minister angewandt, von Wirksamkeit sein könnte, auf den Souverän zu übertragen, gegen den man nichts ausrichten kann. Gehen Sie, meine Herren, nach Stockholm, nach dem Haag, nach Brüssel, Berlin, Dresden, München, Wien, Turin, Madrid, was finden wir? Ueberall Freiheit des Individuums, der Presse; unter letzterer verstehe ich natürlich die Abhängigkeit von dem Gericht; — überall die Freiheit zu schreiben und zu wählen, allerdings mit beschränktem, aber nicht mit geleitetem Wahlrecht."

Thiers zeigt hierauf, wie in anderen Ländern, selbst in Spanien die Kompetenz und das Interpellationsrecht der Volksvertretung ausgedehnter sei. In Spanien z. B. habe man vor der Räumung der Insel Santo Domingo diese Angelegenheit den Cortes vorgelegt; in einem anderen Lande würde man die Insel geräumt und dann das Parlament gefragt haben: Nun, meine Herren, was halten Sie davon? In eben so anziehender Weise behandelt Thiers die Lage der Presse, (hierbei sagte er über die Maßregelungen der Presse: „Die freie Willkür der Regierung ist eine Maschine, die, sobald sie einmal in Bewegung ist, zur bewegenden Kraft wird,") die nur für Polen und Italien, nicht aber für die Freiheit Frankreichs Begeisterung an den Tag legen dürfe, wodurch natürlich, wie bei einem Menschen, der nur Einem Geschmacke fröhnen dürfe, mit der Zeit sich eine vielleicht allzugroße einseitige Leidenschaftlichkeit entwickelt habe; wobei er, zur großen Erheiterung der Versammlung an seine nächsten Nachbarn rechts und links, die HH. Gueroult (Opinion nationale) und Havin (Siècle) hinweist. Noch schärfer behandelt Thiers die Frage der Nichtverantwortlichkeit der Minister und der Verantwortlichkeit des Herrschers, die sich auf Nichts reduzire. Die persönlichen Eigenschaften und der Charakter des Herrschers vermöchten für keine Nation eine Staatseinrichtung zu sein. Die alleinige Initiative des Souveräns könne zum förmlichen Absolutismus führen. Man müsse daher dieses „affreuse" Ding, parlamentarische Regierung genannt, immer wieder verlangen; es gibt keine andere Regierung, die den Nationen unter der Monarchie vollkommen frei und Herrinnen ihrer Geschicke zu bleiben gestattet. Schließlich läßt sich noch Thiers auf Widerlegung der zum Theil von Persigny erfundenen Einwendungen ein, daß Frankreich sich nicht selber regieren könne, daß es nicht zu einer englischen Verfassung sich eigne, weil ihm die Aristokratie abgehe ꝛc. „Frankreich fehlt es nicht," schließt Thiers, „an den nothwendigen Elementen, um frei zu sein. Es vereinigt sie alle und wird sie so lange vereinigen, als die Lebenskraft in ihm dauert, und sollte es möglich sein, daß das Gebäude seiner Staatseinrichtungen nicht ausgebaut würde, so hätte es nicht am Baumaterial, sondern am Baumeister gefehlt! Allein ich weise diesen Gedanken von mir; denn es ist für die Völker eine Pflicht, die Hoffnung zu bewahren, wie für die Regierung, sie ihnen zu belassen."

(Amtliche Nachrichten.) **München**, 30. März. Se. Maj. der König hat die Landgerichtsdienerstelle in Waldfischbach dem pens. Gend.-Brigadier J. Zink aus Ilbesheim verliehen; die in Kusel erledigte Gerichtsbotenstelle dem Gerichtsboten-Kandidaten J. Fr. Wolff aus Reichenbach verliehen; den gegenwärtigen Kuratbenefiziaten Fr. X. Kinz in Reutern, Bezirksamts Zusmarshausen, zum Pfarrer daselbst ernannt; genehmigt, daß das Kaplanei- und Wallfahrts-Benefizium zu St. Maria Loretto bei Oberstdorf, Bezirksamts Sonthofen, von dem Bischofe von Augsburg dem Priester J. Geiger, Benefiziumsvikar in Fischen, desf. Bezirksamts, verliehen werde.

Die kathol. Pfarrei Wellomoos, k. Bezirksamts Aichach, ist mit einem fassionsmäßigen Reinertrage von 843 fl. 50⅜ kr. und die kathol. Pfarrei Röthenbach, k. Bezirksamts Lindau, mit einem solchen von 671 fl. 56 kr. in Erledigung gekommen.

Im Einlaufe der Kammer der Abgeordneten vom 27.—29. März befinden sich u. a. zwei Schreiben der k. Staatsministerien des k. Hauses und des Aeußern, der Justiz, der Finanzen und des Handels und der öffentl. Arbeiten „Mittheilung über Zoll- und Handelsverhältnisse und in specie der die Erneuerung des Zollvereins betreffenden Verträge betr."; Schreiben des k. Staatsministeriums des Innern für Kirchen- und Schulangelegenheiten: „die Stellung der Studienlehrer an den isolirten Lateinschulen betr."; Schreiben des königl. Staatsministeriums der Finanzen: „die Gründung eines Unterstützungsvereins für die Hinterlassenen der k. bayer. Staatsdiener betr."; ein Antrag des Abg. Reuffer: „die Ermäßigung der Salzpreise betr."; Schreiben des k. Staatsministeriums der Finanzen: „Nachtragspostulat für Aufbesserung gering dotirter katholischer Seelsor-

---

Die anderen Nationalitäten stehen den Deutschen darin zum Theil nicht nach; namentlich sind es die Italiener, welche dort mit besonderer Vorliebe und mit vielem Fleiße dem Tempel Thalia's ihre Opfer bringen. Die italienische Oper ist oft recht brav, und wenn es auch nicht gerade Künstler ersten Ranges sind, die in dem staatlichen Theater Pera's das bunte Publikum enthusiasmiren, so ist es doch immer ein edler und schöner Genuß, den die Kunst dem nicht besonders verwöhnten, aber doch gebildeten Ohr weiht. Auch das italienische Orchester ist nicht schlecht; nur wird man vor Beginn der Vorstellung einigermaßen auf die Folter gespannt, wenn man gezwungen ist, eine volle halbe Stunde lang das Stimmen und Präludiren mit anzuhören, worin die Italiener eine ganz besondere Meisterschaft — ich möchte fast sagen: Unverschämtheit — haben. Jeder Einzelne entblödet sich dabei nicht, auf seinem Instrument minutenlang anhaltende Läufe, Arien oder sonstige Lieblingsstückchen zu streichen, zu blasen oder zu pauken, — und ich muß gestehen, daß mir in solchen Momenten eine biedere deutsche Katzenmusik als eine reine Sphärenharmonie vorgekommen wäre. Aber das Publikum ist geduldig und tröstet sich in stummer Resignation mit dem Gedanken, daß ja auch diese halbe Stunde endlich vorübergehen müsse.

Es war vor mehreren Jahren, als das Theater in Pera mit einer Verdi'schen Oper eröffnet wurde. Nicht nur alle Gesandten der verschiedenen Staaten waren dazu geladen und erschienen, sondern auch Se. kaiserl. Majestät der Sultan Abd-ul-Medjid hatte huldreichst die erste Vorstellung mit seiner hohen Gegenwart beehrt. Mit dem Selbstgefühl des höchsten, also gelehrtesten aller Türken lag er auf seinem Divan, und um ihn im Kreise standen die Minister, die Ersten des Landes, mit über der Brust gekreuzten Armen, um in dieser angenehmen Stellung während der vierthalbstündigen Vorstellung pflichtgemäß zu verharren. Aufmerksam horchte der Sultan, als die erste Geige zu stimmen begann — aufmerksam lauschte er dem widerwärtigen Getöse, als sämmtliche Musiker ihre halbstündigen, schonungslosen Vorstudien machten — aufmerksam vertiefte er sich in die sehr sauber ausgeführte Ouverture, und mit der Ruhe und Würde eines Kenners und scharfen Kritikers verfolgte er die ganze Oper bis zum letzten Satz — zum letzten Ton. Noch ein stürmisches „Bravi" von allen Seiten, noch ein letztes Auf- und Niederrollen des Vorhangs — und die Vorstellung war zu Ende.

„Großvesir", ruft der Sultan, „der Meister Guatelli (dies war der Kapellmeister und Günstling des Kaisers) soll herkommen."

Der Großvesir stürzt fort und im nächsten Augenblick steht Guatelli, der talentvolle und kluge Italiener, in respektvoller Entfernung vor dem Sultan.

„Du hast Deine Sache brav gemacht", geruht Se. kaiserl. Majestät ihm huldreichst zu sagen: „ich werde Dich dafür zum General-Musikdirektor über alle Regimentsmusiker meiner Armee ernennen. Sorge dafür, daß diese ebenso gut spielen lernen!"

Guatelli ist entzückt, verliert aber darüber seine Ruhe und Besonnenheit nicht, und um des Sultans Geschmack kennen zu lernen, fragt er — nachdem er sich für die große Huld bedankt — welcher Theil Sr. kaiserl. Majestät am besten gefallen?

„Der Anfang!" ist die kurze Antwort.

„Ja wohl", meinte Guatelli, „der erste Akt ist auch entschieden der schönste."

Digitized by Google

ger betreff."; Vorstellung der Städte Günzburg, Gundelfingen, Lauingen, Dillingen und Höchstädt: „die Donauthalbahn betreffend"; zwei Anträge des Dr. Karl Barth: „Abänderung des Artikel 75 des Gesetzes vom 10. November 1848, die Abänderungen des II. Theiles des Strafgesetzbuches vom Jahre 1813 betreffend und Abänderung des Artikels 276 des Strafgesetzbuches vom 10. Nov. 1861 betr." Vorstellungen der Gerichtsschreiber des Kreises Oberfranken, der Bezirksamtsschreiber der 7 diesseitigen Kreise, der Wegmacher der kgl. Baubehörde Nördlingen und der kgl. Baubehörde Bruck, eine Vorstellung von 8 Postboten, sämmtlich um Gehaltsaufbesserung oder Besserung ihrer Stellung; Bitte der Bezirksamtsdiener in München um Erhöhung ihres Funktionsgehaltes und Enthebung von dem ihnen instruktionsgemäß obliegenden Reinigen und Heizen der Amtslokalitäten.

Wien, 30. März. In der heutigen Sitzung des Abgeordnetenhauses wurde die Generaldebatte über das Budget des Ministeriums des Aeußern geschlossen. Graf Mensdorff gab ähnliche Erklärungen ab wie im vorigen Jahre. Die Verhandlung der Fragen äußerer Politik erheische die größte Diskretion, wenn man nicht aufs Gebiet des Handelns übergehen wolle; das Reich bedürfe des Friedens; dieser Zweck sei durch die bisherige Politik des Kabinets erreicht worden. An eine schnelle Lösung der Herzogthümerfrage habe wohl Niemand geglaubt. Wäre die Rechtsfrage ganz klar, so wäre die Lösung längst erfolgt. Oesterreich werde am 6. April Gelegenheit haben, beim Bundestag seinen Standpunkt zu kennzeichnen. Das gemeinsame Vorgehen Oesterreichs mit Preußen habe die Einmischung des Auslands verhindert und den Frieden erhalten. Das Ministerium sei bemüht, die volkswirthschaftlichen Interessen zu fördern, aber auch hier seien Schwierigkeiten vorhanden. Die feindselige Haltung gegenüber Italien gehe nicht von Oesterreich aus. Die Vorlage des mit Dänemark abgeschlossenen Friedenstraktats wurde vom Minister neuerdings abgelehnt.

Wien, 30. März. (Antwort der Opposition auf die Rede Schmerling's.) Die gestrige Debatte über den Etat des auswärtigen Amtes gab den Rednern der Linken Anlaß, über die von dem Staatsminister in der Sitzung am 28. d. Mts. der Opposition gegenüber gemachten Behauptungen (siehe Nr. 89) sich auszusprechen. Am schärfsten trat der Abg. Dr. Giskra gegen die Regierung auf. Giskra hob hervor, das Haus habe zum Kriege gegen Dänemark 10 Millionen bewilligt; die Opposition sei damals gegen das Vertrauensvotum gewesen, und die Erfahrung lehrte, wie sehr es zu bedauern war, daß sie in der Minorität blieb. Die Diplomatie habe keine Erfolge erzielt, die Beziehungen zum Bunde wurden mißlicher, die Allianz mit Preußen sei keine innige, sondern nur eine äußerliche; Preußen verfolge andere Wege; der preußische Kriegsminister erklärte, Preußen müsse ein großes Heer halten wegen Oesterreich. Die von Oesterreich gebrachten Opfer waren fruchtlos, die Rechte der Herzogthümer treten immer mehr in den Hintergrund und der Einfluß Oesterreichs in Deutschland sei durch Preußen auf Null reduzirt. Der Friedensvertrag mit Dänemark gehöre vor das Haus, denn das Reich habe die Mittel zur Ausführung der übernommenen Bürgschaft herzuschaffen. Alsdann antwortete Giskra auf die vorgestern der Opposition von dem Staatsminister gemachten Vorwürfe. Wann habe das Haus gesagt, daß Oesterreich seine Stellung als Großmacht aufgeben solle? Diese Stellung muß stets gewahrt werden und zu diesem Behufe wurden im Jahre 1862 53 Millionen, im Jahre 1863 22 Millionen und im Jahre 1864 gleichfalls hohe Summen über das Ordinarium bewilligt; heißt das Abdanken? Auf die Behauptung, die Opposition sei nicht fähig zur Regierung, sie habe keine Männer mit Leitungsgabe, müsse er entgegnen, daß die Männer der Opposition keinen Reiz empfinden, nach der Macht und nach den Ministerplätzen zu streben; wenn es hieß, die Advokatenstube sei nicht der Ort zu staatsmännischen Studien, so sage er, das Zimmer des Landrathes, das Bureau des Oberlandesgerichts-Präsidiums sei auch nicht der Ort dazu, und wenn auch die Männer der Opposition nicht in der Schule der Diplomatie grau geworden, so werde sich doch mit der Summe ihrer Intelligenzen auch Etwas machen lassen; die gepriesene Staatsweisheit brachte die Sache der Herzogthümer auf einen Boden, auf den sie nie gerathen wäre, wenn die Opposition gehört worden wäre. Wir, so schließt Dr. Giskra seine Rede, wir haben stets gezeigt, daß wir uns nur von der Sache und von unserer Ueberzeugung leiten lassen. Die Personenfrage ist uns zu klein; wir werden der Regierung mit Freuden folgen, wenn sie eine andere Bahn einschlägt; warum werde die Opposition stärker? weil die Regierung ihrer in dem Rundschreiben des Staatsministers ausgesprochenen Parole entsagte, weil ihre Politik verurtheilt wird von der Bevölkerung der Provinzen, wo die öffentl. Meinung laut fordert, daß die Regierung umkehre. Dr. Rechbauer beklagt, daß die Sache der Herzogthümer dem Moloch der Reaktion geopfert wurde; man zog in den Krieg für das Londoner Protokoll und brachte die Fetzen davon zurück. Er protestirt entschieden gegen einen schmachvollen Länderschacher. Dr. Berger bemerkte, nach den Erklärungen des Staatsministers gebe es keine parlamentarischen Debatten mehr, sondern nur harmlose Konversationen ohne erschütternde Krisen. Berger bespricht die hohen Kosten der Botschaft in Rom. Dem Botschafter in Rom wünsche er noch recht lange das Glück des Aufenthaltes unter dem südlichen Himmel. Die Gelegenheit zu antiken Studien und Betrachtungen gönnend, findet Redner die hohen Kosten dieser Botschaft außer allem Zusammenhange mit den Erfolgen, denn trotz der vielen Opfer des kath. Oesterreichs wenden sich die Katholiken um Abhilfe nach Paris. Heute könne man von Rom nicht sprechen, ohne an die Stadt auf dem Hochplateau der Cordilleren und der aztekischen Berge zu denken. Auch die Gesandtschaft in Mexiko erfordere hohe Kosten. Redner vergleicht diese Auslagen mit jenen für die Posten zu Washington; im Vergleiche zu diesem erfordere der Posten in Mexiko das Dreifache. Er kommt dann auf die Gesandtschaften in Deutsch-

---

„Nein!" erwiderte der Sultan schnell — „das Allererste!"

„In der That", sagt darauf Guatelli, indem er in Gedanken die musikalische Schärfe des Sultans bewundert, „es ist nicht zu leugnen, daß gerade die Ouverture so sauber —"

„Nicht doch!" unterbricht ihn der Sultan etwas barsch, indem er seinen Ministern das Zeichen zum Aufbruch gibt; „das Schönste war ja das Allererste, was man noch vor der Ouverture spielte!"

Wie angedonnert stand der arme Guatelli da, denn er erkannte die Schwierigkeit seines neuen Postens, wenn er die Musiker eines Kaisers heranbilden sollte, dem aufrichtig von einer italienischen Oper das elende Getöse des Instrumentenstimmens am besten gefallen hatte!

Vermischtes.

Die englischen Journale erzählen von einer eigenthümlichen Feier, die am vorigen Sonntage zu Malton, in dem Theile des Derwentflusses stattgefunden, der den Namen Jordan führt, weil der Sage nach der Sachsenkönig Edwin mit vielen seiner Unterthanen im 8. Jahrhundert vom Erzbischof Dellin daselbst getauft worden. Vor 40 Jahren etwa hatte sich hier eine Sekte von Wiedertäufern niedergelassen, welche ihre Taufen in diesem Flusse vorzunehmen pflegte; später, als sie einen Brunnen in ihrer Kapelle hatten, gaben sie die Gewohnheit auf. Eine neue Sekte, „die christlichen Brüder," hat den Gebrauch seit 2 Jahren aber wieder aufgenommen, und vorigen Sonntag sollte ein junges Mädchen und 3 Männer getauft werden. Eine ungeheure Menschenmenge war zu diesem Schauspiele herbeigeeilt. Bald kamen auch die Kandidaten aus dem Hause des Brückenwächters, die Männer leicht bekleidet, das Mädchen im weißen Gewande. Voran kam Hr. Wright, das Haupt der christlichen Brüder, der sehr vorsichtig in das Wasser schritt, weil der Fluß tief und reißend ist. Endlich fand er eine geeignete Stelle und ging einige Schritte hinein, dann folgte das junge Mädchen, die er im Namen der Dreieinigkeit unter dem Beifallsgeschrei der Menge taufte.

Die drei Männer folgten dann, von denen Einer ausgepfiffen wurde, weil die Kälte des Wassers ihn zu arge Grimmassen schneiden ließ. Endlich kehrten die Täuflinge und der Täufer, naß und schmutzig, mitten unter einem wahren Sprühfeuer von Witzen und Neckereien, zum Brückenwächterhause zurück, um ihren Anzug zu wechseln. Zwei andere Damen, die auch getauft werden sollten, haben diese Ceremonie, ihrer Gesundheit wegen auf eine bessere Jahreszeit verschoben.

(Nr. 2.) **Homonyme.**

Du stehst auf ihm mit Deinem Mordgewehr,
Wird es Dir vorgezeigt, wird oft das Herz Dir schwer,
Und trifft es Dich, was kann man sagen,
Es kann Dich freu'n, es kann Dich plagen.

Auflösung der Charade Nr. 1.: Baireuth.

---

land zu sprechen, findet manche derselben überflüssig, da sie von dem Gesandten zu Frankfurt leicht besorgt werden könnten. Schindler bespricht die Erfolge im Norden. Der preußische Adler habe nur einen Kopf, aber einen praktischen, er sieht auf den Nutzen, während unser Kabinet das ehrlichere ist. Redner bespricht dann die Nothwendigkeit, die Handelsbeziehungen zu Italien zu regeln; wenn die Regierung von jeder Kanone in Italien Kenntniß habe, so werde sie wohl auch wissen, daß man sich dort nach den Erzeugnissen der österreichischen Industrie sehne. Man brauche damit keine Anerkennung auszusprechen, denn es ist bekannt, daß England auch seinen Feinden für ihr Geld Waffen liefert.

Aus **Berlin**, 29. März, wird nachstehende Aeußerung der ministeriellen „Provinzialkorrespondenz" über den Bundesbeschluß vom 27. ds. telegraphisch gemeldet: Es sei auffallend, daß die Bundesversammlung mit Umgehung ihrer alleinigen Aufgabe, alle Erbansprüche zu prüfen, sich zu voreiligen und unberufenen Beschlußnahmen über die Gesammtfrage herbeilasse. Offenbar wäre eine solche vermeintliche Beschlußnahme thatsächlich völlig wirkungslos, da jede Berechtigung und jedes Mittel, derselben Nachdruck zu verschaffen, fehle. Preußen sei weit entfernt davon, die Erbansprüche des Erbprinzen von Augustenburg anzuerkennen. Wenn, wie fast sicher anzunehmen, die erforderliche geordnete amtliche Prüfung aller Erbansprüche, sowohl am Bunde, als preußischerseits, keineswegs Ansprüche eines Einzelnen allein giltig anerkännte, so würden schließlich politische Rücksichten auf die Gesammtinteressen der Herzogthümer, Preußens und Deutschlands bei der Entscheidung hauptsächlich in's Gewicht fallen. Preußen stehe hiefür mit der vollen Entschiedenheit des Wollens und Handelns ein. Wenn die Bundesversammlung nicht völlig durch nichtige Beschlüsse ihr Ansehen untergraben wolle, so werde sie gut thun, den angemutheten Beschluß bei der Abstimmnng zurückzuweisen.

Berlin, 30. März. Die Militärkommission hat heute mit 11 gegen 8 Stimmen das Amendement Stavenhagen's auf Fixirung des Präsenzstandes der Armee auf 180,000 Mann abgelehnt; desgleichen hat die Kommission die Militärnovelle abgelehnt mit Ausnahme der die Marinebestimmungen enthaltenden Paragraphen. Ueber letztere wurde wegen Abwesenheit eines Regierungskommissärs die Berathung vertagt.

London, 27. März. Das Gerücht, daß der Prinz von Wales eine Erhöhung seiner Civilliste verlange und Lord Palmerston die Verantwortlichkeit übernommen habe, das prinzliche Verlangen vor dem Parlament zu vertreten, bestätigt sich, und weckt im Publikum kein sehr loyales Echo. Die Popularität des Thronfolgers in gewissen Gesellschaftskreisen ist groß. Er hält die besten Jagdhunde, die besten Pferde und die besten Wildzüchter im Vereinigten Königreich. Als Fuchsjäger thut er es dem verwegensten Landedelmann zuvor. Er ist leutselig mit jedermann und versteht sich besser auf Rennpferde und die Geheimnisse des „Rasens" als sein verstorbener Vater, der sich diese Seite der englischen Nationalität nie anzueignen vermochte. Noch populärer, und zwar in weiteren Kreisen, scheint die Prinzessin von Wales zu sein. Sie ist, und von Rechtswegen, das glänzendste Vorbild des schönen Geschlechts in allen Schichten der englischen Gesellschaft. Wir haben Alexandra-Pommade, Alexandra-Stiefel, Alexandra-Stühle, Alexandra-Tinkturen, Alexandra-Bonbons, Alexandra-Perrücken, Alexandra-Pillen u. s. w. Aber es gehört viel mehr dazu, um John Bull zu beweisen, daß es seine Pflicht sei, für die Emotionen seiner Loyalität mehr zu bezahlen, als er bereits thut. Das Einkommen des Prinzen von Wales übersteigt 100,000 Pf. St. Die Revenuen des Herzogthums von Cornwall lieferten im vergangenen Jahr die Summe von 73,000 Pf. Sterling; davon müssen freilich die Verwaltungskosten abgezogen werden. Dazu die Revenuen der Herrschaft Sandringham, welche mit den während seiner Minderjährigkeit angehäuften Einkünften von Cornwall angekauft wurde, und der parlamentarische Zuschuß. Seine Gemahlin erhält für ihren persönlichen Gebrauch ein jährliches Nadelgeld von 10,000 Pfund Sterling. Nicht mit Unrecht hält John Bull diese Ausstattung für hinreichend, und wenn ein Zuschuß von 30,000 Pf. Sterl., wie man glaubwürdig versichert, dem Unterhaus zugemuthet werden soll, so wird sich vielleicht eine Majorität für das Votum mithülfe der Tories zusammentreiben lassen; aber die Bewilligung wird nicht dazu dienen, die Popularität des Prinzen von Wales zu vermehren.

Neapel, 24. März. Durch Fremde, welche die hiesigen Gefängnisse für politische Verbrecher besucht hatten, ist vor einiger Zeit ein Nothschrei in die Blätter gelangt, welcher das öffentliche Mitleid für die so barbarisch behandelten Gefangenen von S. Francesco zu erregen suchte. In Folge davon wurden weitere Nachforschungen angestellt, welche noch empörendere Barbareien ans Tageslicht gebracht haben. Die Speisen werden durch ein Loch in der eisernen Thüre verabreicht, und zwar in Körbchen von sehr seltsamer Form, welche es unmöglich machen, daß die Speisen in anderem, als festem Zustand sich befinden. Die Beschreibungen des Zustandes dieser Lebensmittel erregen unwiderstehlichen Ekel und Abscheu. Der Besuch von Familienmitgliedern ist den Gefangenen fast ganz versperrt, und wenn er überhaupt gewährt wird, so hört man die Stimme der lebendig Begrabenen nur durch Röhren und hinter engen Drathgittern in einem Lokal, welches den Besucher abschrecken muß. Solche empörende Behandlung wird Unglücklichen zu Theil, welche seit Jahresfrist und länger auf Untersuchung harren, die ihnen wegen „Geschäftsüberhäufung" nicht gewährt wird.

Verantwortlicher Redakteur: A. Hartmann.
Druck und Verlag der Stabel'schen Buch- und Kunsthandlung in Würzburg

Cours der Staatspapiere.

Oesterr.	5 pCt. Met. (Cp. l. S. b. R.)	—
„	5 pCt. Lomb. ditto. à 24	—
„	5 pCt. Engl. Met. v. 1852	80 G.
„	5 pCt. Engl. Met. v. 1859	$78\frac{3}{4}$ P.
„	5 pCt. Venet. Coupon b. R.	$85\frac{7}{8}$ P. $\frac{5}{8}$ G.
„	5 pCt. Nationalanl. v. 1854	$68\frac{3}{8}$—$\frac{1}{2}$ G.
„	5 pCt. Metall. Obligation.	$63\frac{1}{2}$ P. $\frac{1}{8}$ G.
„	$4\frac{1}{2}$ pCt.	$55\frac{3}{4}$ G.
Preussen	$3\frac{1}{2}$ pCt. Staatsschuldsch.	
Bayern	$4\frac{1}{2}$ pCt. Obl. 1jähr. dto.	$102\frac{1}{8}$ P.
„	$4\frac{1}{2}$ pCt. Obl. $\frac{1}{2}$jähr. dto.	102 G.
„	4 pCt. Obl. 1jähr. dto.	$98\frac{1}{2}$ G.
„	4 pCt. Obl. $\frac{1}{2}$ jähr. dto.	$99\frac{1}{4}$ P.
„	4 pCt. Obl. Ab.-B. dto.	$98\frac{7}{8}$ P.
„	$3\frac{1}{2}$ pCt. Obl. dto.	—
Württemb.	$4\frac{1}{2}$ pCt. Obl. b. Rothsch.	$105\frac{1}{4}$ P.
„	$3\frac{1}{2}$ pCt. Obl. dto.	$95\frac{1}{2}$ P.
Baden	$4\frac{1}{2}$ pCt. Obl.	—
„	$3\frac{1}{2}$ pCt. Obl. v. 1842	$92\frac{1}{4}$ P.
Gr. Hess.	$4\frac{1}{2}$ pCt. Obl.	—
„	4 pCt. Obl. b. Rothsch.	$100\frac{7}{8}$ G.
„	$3\frac{1}{2}$ pCt. Obl. dto.	$97\frac{5}{8}$ P.
Nassau	$4\frac{1}{2}$ pCt. Obl. dto.	$102\frac{3}{8}$ P.
„	4 pCt. Obl. dto.	$99\frac{1}{2}$ P. $\frac{1}{4}$ G.
„	$3\frac{1}{2}$ pCt. Obl. dto.	$92\frac{1}{2}$ P.
Frankfurt	$3\frac{1}{2}$ pCt. Obl.	$96\frac{1}{4}$ P.
„	3 pCt. Obl.	—
Spanien	3 pCt. inl. Sch. P. à fl. 2. 30	—
„	$2\frac{1}{4}$ pCt.	—
Schweden	$4\frac{1}{2}$ pCt. Obl. à 105 Thlr.	$90\frac{1}{2}$ G.
N.Amerika	6 pCt. à 100Dr. 1881 D. $2\frac{1}{2}$	—
„	6 pCt. ditto r. 1882 „	59—$58\frac{3}{8}$ G.

Diverse Aktien.

Frankfurter Bank à fl. 500 . . .	$148\frac{1}{4}$ P.
K. K. Oesterr. National-Bankaktien	850 P. 848 G.
Oesterr. Kreditbank-Aktien à fl. 200	$195\frac{1}{2}$—96 G.
Bayer. Hypothekenb. Pfandbriefe 4 pCt.	$97\frac{7}{8}$ P.
Darmst. Bank 1. u. 2. Serie à fl. 250	235 P.
Weimarische Bank à Thlr. 100 . .	100 G
Mitteldeutsche Kreditaktien . . .	101 G.
Intern. Bank in Lux. à 250 Frs. à 28 kr.	90 G.
Taunus-Eisenbahn à fl. 250 . . .	356 G.
Frankfurt-Hanauer-Eisenbahn . . .	$102\frac{3}{4}$ P.
Oest. F.St.Eisb. 5pCt. 500 Fr. à 28 kr.	—
„ Elisab.-Eisenbahn 5 pCt. . .	$118\frac{1}{2}$ G.
Böhm. Westbahn-Aktien à fl. 200 6/7	$73\frac{1}{2}$ P. 73 G.
Rhein-Nahe-Bahn 200 Thl. à 105 4pCt. Z.	$31\frac{1}{2}$ G.
Ludwigshafen-Bexbacher à 4 pCt. .	149 G.
dto. dto. Prior. à 4 pCt.	$97\frac{3}{8}$ P.
Pfälz. Maxb. b. Rothschild à $4\frac{1}{2}$ pCt.	—
Oest. St.-Eisenb. Prior.-Oblig. à 3 pCt.	$59\frac{3}{4}$ P.
Elisab.-Bahn Prior. 5 pCt. 6/7	80 P.
Südd. Bank-Akt., 40 pCt. Einz.	260 P.
Span. Handels- und Industrie . .	—
Bayr. Ostbahn à $4\frac{1}{2}$ pCt. volleinbez.	$113\frac{7}{8}$ P.
Bayer. Ostbahn mit 50 pCt. Einz.	$113\frac{3}{8}$ P.

Wechsel
in süddeutscher Währung.

Amst. fl. 100 k. S.	$101\frac{1}{8}$ G.
Antwerp. Frs. 200 k.S.	$94\frac{1}{4}$ G.
Augsb. fl. 100 k. S.	$99\frac{3}{4}$ G.
Berlin Th. 60 k. S.	105 P.
Brem. 50 Th. Lsd. k. S.	$97\frac{3}{8}$ P.
Brüssel Frs. 200 k. S.	$94\frac{1}{4}$ G.
Cöln Thlr. 60 k. S.	105 P.
Hamb. MB. 100 k. S.	89 P.
Leipzig Th. 60 k. S.	105 P.
London Lst. 10 k. S.	$119\frac{3}{8}$ P.
Lyon Frs. 200 k. S.	—
Mail. Frs. 200 . .	$94\frac{1}{4}$ G.
München fl. 100 k. S.	$99\frac{3}{4}$ G.
Paris Frs. 200 k. S.	$94\frac{3}{4}$ P.
Petersburg 60 S.-R.	—
Triest fl. 100 k. S.	—
Wien fl. 100 ö. W.	—
do. in öst. W. l. S.	$107\frac{1}{8}$ G.
Disconto	$3\frac{1}{2}$ pCt. G.

Anlehens-Loose.

Oesterr. fl. 250 v. 1839	$143\frac{1}{4}$ P.
„ fl. 250 v. 1854 mit 4pCt.	$78\frac{1}{4}$ P.
„ fl. 500 v. 1860 6/7	85—$\frac{3}{8}$ G.
„ fl. 100 Eisb.-L. v. 1858.	—
„ do. v. 1864.	$94\frac{5}{8}$ P.
Schwed. 10 Thlr. Loose	$9\frac{5}{8}$ G.
Badische fl. 50	—
Badische fl. 35	53 G.
Kurhess. Thlr. 40 b. R.	$56\frac{1}{2}$ P.
Gr. Hessen fl. 50 b. R.	140 P.
„ fl. 25 do.	$36\frac{1}{4}$ G.
Nassau fl. 25 bei Rothsch.	36 P.
Sardinische Fr. 36 b. B.	—
Neuchateler 10 Frs.-Loose	—
Freiburger 15 Frs.-Loose	—
Mailänder 45 Frs. L. b. R.	$33\frac{1}{4}$ P.
St. Lüttich mit $2\frac{1}{2}$ pCt. Z.	$84\frac{1}{4}$ P.
Ansb.-Gunzenh. fl. 7-L.	$10\frac{7}{8}$ P.

Frankfurt, 31. März. An der Börse waren österr. Fonds etwas lebhafter bei vorwaltend guter Stimmung; besonders Loose von 1860 und Kreditaktien wurden höher bezahlt. Amerikaner setzten bedeutend fester ein, schließen aber nicht viel höher als gestern. Die Verkäufe für norddeutsche Rechnung dauern fort. (Synd.)

k. Hof- und Staatsbibliothek
1 N. Würzb. Ztg.
München.

Neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht!

№ 92-93. | Vorausbezahlung: Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 1 fl. 30 kr. Bei Inseraten wird die dreispaltige Zeile in gewöhnlicher kleiner | 62. Jahrgang. | Schrift oder deren Raum im Hauptblatte mit 6 kr., im Anzeiger mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franco. | Montag, 3. April 1865.

Eine Scene im französischen gesetzgebenden Körper.

Der Schluß der allgemeinen Debatte über die Adresse in der Sitzung vom 30. März war außerordentlich stürmisch. Havin und Gueroult nahmen sich der von Thuillier so arg geschmähten Presse an. Kolb-Bernard verlas eine höchst langweilige Rede. Bis dahin ging Alles im ruhigsten Geleise. Da erlaubte sich aber Marquis d'Havrincourt in so herausfordernder Weise für den Grundsatz der offiziellen Wahlen und gegen das Erscheinen der Minister in der Kammer, gegen die parlamentarische und für eine starke Regierung zu sprechen, daß das Oppositionsmitglied Picard sich nicht enthalten konnte, ihn öfters mit beißenden Bemerkungen zu unterbrechen. Als er gar die That des zweiten Dezember zu preisen anfing, rief ihm J. Favre zu: Rechtfertigen Sie doch den zweiten Dezember vom Standpunkte des Gesetzes! Rouher erwiederte: Wir haben die Parteiumtriebe damals vernichtet, wie wir sie abermals vernichten. Picard aber ließ sich hinreißen, den Staatsstreich ein „Verbrechen" zu nennen. Im Lärmen wurde das Wort nur von Wenigen vernommen, und der Vizepräsident hatte die Mäßigung, nicht die Wiederholung und ausdrückliche Zurücknahme des Ausdruckes, auf welche die gutgesinnte Mehrheit drang, zu verlangen. Der ganze Auftritt zeigte aber deutlicher, als die glänzendste Rede, wie unvermittelt die Gegensätze in Frankreich einander noch bis auf den heutigen Tag gegenüber stehen. Mit scharfen Worten kämpfte zum Schluß noch Glais-Bizoin gegen das herrschende System und seine Träger an. An eine frühere Aeußerung Persignys anknüpfend, daß erst ein neues Geschlecht die Freiheit erhalten werde, weil die Revolutionen das heutige Frankreich entnervt, ruft er aus: „Wenn ich diejenigen Leute gegen die Revolution reden höre, welche durch sie aus dem Nichts herausgezogen worden sind, so empört sich mein innerstes Gefühl wie bei dem Anblick eines entarteten Kindes, das die Hand gegen den Urheber seiner Tage erhebt. Was! die Revolutionen hätten unsre Seelen entnervt! Wir glaubten bisher, mit allen Geschichtsschreibern und Philosophen, daß die Hofathmosphäre die Seelen entnerve, wo die knechtische Unterwürfigkeit des Geistes und des Körpers die erste aller Tugenden ist, wir glaubten mit Tacitus und Sueton, daß die Zeit der tiefsten geistigen Entartung die Epoche der Cäsaren ist, die man heutzutage rehabilitiren möchte! Wir glauben auch, daß es von entnervten Seelen in den Reichen des Orients und Afrikas wimmelt, wo es nur Palastrevolutionen gibt. Ich möchte, der große kaiserliche Theoretiker läse das Reisewerk des berühmten Kapitäns Speke, dieses kühnen Forschers, der zur Aufsuchung der Nilquellen quer durch Afrika gewandert ist. Hat er gleich diese geheimnißvollen Quellen nicht entdeckt, so kam er doch in große Reiche, deren Ursprung sich in die Nacht der Zeiten verliert. Auch dort hat der Souverän die Initiative, wie bei uns, wie in Rußland und in der Türkei, auch dort gibt es nie Revolutionen, selbst in der Sprache ist das Wort unbekannt; dort müssen die Geister wohl gestählt —" Graf Caffarelli: Wie kann man den Zustand Frankreichs mit dem der wilden Länder Afrikas vergleichen? Glais-Bizoin: Dort, meine Herren, besteht die ganze Gesetzgebung aus Einem Artikel: Der König will es, und jeder Unterthan antwortet: Also geschehe es! Dort, meine Herren, ich wiederhole es, sind die Geister wohlgestählt zum Cäsarismus. Dort wenigstens bietet sich nicht das betrübende Schauspiel dar, wie alle diese Exliberalen, alle diese ehemaligen Puritaner, die, nachdem sie den schönsten Theil ihres Lebens über nach Freiheit, Reform und Sparsamkeit geschrien, durch den Zauber der Gewalt getroffen und in einfäckelnde Elemente, in Würdenträger aller Art umgewandelt, das öffentliche Vermögen verschleudern und die heiligsten Rechte des Landes mit Füßen treten, gleich den — (Geräuschvolle Unterbrechung.) Verschiedene Stimmen: Man hört nichts! Wir verstehen nicht, was gesagt wird; Schluß! Präs. Schneider: Ich denke, Hr. Glais-Bizoin wird sich nicht beklagen, wenn der Sitzungsbericht morgen nicht vollkommen richtig sein wird. (Gelächter.) Ich erkläre das, was er spricht,

Feuilleton.

Die Geschichte der Spitzen.

„Geschichte der Spitzen" — dieser Titel lockt unfehlbar die Augen unserer schönen Leserinnen. Und in der That, die volle Werthschätzung dieses Kunstproduktes muß ihnen allein überlassen bleiben, denn seit wir nicht mehr Busenkrausen, Spitzenmanschetten und mit Spitzen besetzte Nachtmützen tragen, verstehen wir Männer wirklich nicht mehr, die Valencienner Spitzen von den Point d'Alençon zu unterscheiden. — Außer dem hohen Preise, der dafür gefordert wird, ist es noch etwas anderes, was den echten Spitzen einen nicht leicht näher zu bezeichnenden geheimnißvollen Reiz verleiht, welchen sie mit den wundervollen Holzschnitzereien gothischer Kirchen gemein haben. Wie in jeder großen Malerschule, gibt sich in jeder Hauptspitzenart eine besondere Individualität kund; denn die Künstler, denen sie ihre Entstehung verdankten, haben das Siegel ihres Wesens darauf gedrückt. Ein ganzes Menschenleben reichte ehedem zur Erzeugung einer nur geringen Quantität feiner Spitzen hin. „Les belles et éternelles Valenciennes", wie sie genannt wurden, waren so schwierig herzustellen, daß manche Arbeiter nur 24 Zoll im Jahre fertig brachten. Die Witterungswechsel und der Gesundheitszustand des Arbeiters hatten auch Einfluß auf das Gelingen der Spitzen, und es ist eine bekannte Thatsache, daß, wenn ein Stück innerhalb der Mauern von Valenciennes begonnen und außerhalb vollendet wurde, es durch Ungleichmäßigkeit an Werth verlor, obgleich dieselbe Hand es mit demselben Garne und auf demselben Kissen gearbeitet hatte. Der Flachs zu den alten Brüsseler Spitzen und Point d'Alençon wurde ganz besonders cultivirt, und zwar hauptsächlich bei Brabantisch-Halle und Courtrai; denn mußte er in Kellern gesponnen werden, weil die Berührung mit der äußeren Luft den Faden zu spröde machte. Der Faden war so fein, daß man ihn kaum sehen konnte; die Spinner mußten ihn von Zoll zu Zoll mit den Fingerspitzen prüfen und bei der geringsten Unebenheit das Rad anhalten. Der Spinnraum wurde ganz verdunkelt; bloß ein einziger Lichtstrahl hatte auf den Faden zu fallen, den man gegen schwarzes Papier hielt. — Wie es im 16. Jahrhundert war, so ist es noch heut. Das Rad und der Rocken werden noch immer und in der alten Weise zur Verarbeitung des Flachses in Spitzengarn benutzt, und bis jetzt ist noch keine Maschine erfunden worden, die hierin mit den Handarbeitern concurriren könnte. Gegenwärtig wird ein englisches Pfund dieses Handgespinnstes oft mit 240 Pfund Sterling (über 1500 Thlr.) bezahlt; und bei der Pariser Ausstellung von 1859 wurde konstatirt, daß der Preis manchmal bis zu 500 Pf. St. für das Kilogramm steigt. Daraus kann man sich die Kostspieligkeit echter Spitzen erklären.

Früher waren 18 Arbeiterinnen nöthig, um eine einzige Elle Point d'Alençon anzufertigen, und jede von ihnen wurde nach ihrer Funktion anders benannt, wie: Piqueuse, Traceuse, Brodeuse, Ebouleuse, Remplisseuse; jetzt ist ihre Zahl auf 12 reducirt. Gleichwohl kommen die Spitzen von Alençon nicht schneller zu Stande, als die Valencienner, denn sie werden nicht auf einem Kissen gemacht, sondern mit der Nadelspitze. Die Krone aller Spitzen, welche man jetzt gar nicht mehr zu fertigen weiß, die alte Rosenspitze, übertraf noch die von Alençon und war dabei doch das Werk einer Hand. Während bei der Alençoner das Muster, das sich im Braut- oder Knopflochstich vom Grunde abhebt, über einen Faden von Roßhaar gearbeitet war, welcher der Spitze mehr Dauerhaftigkeit und Steifheit gab, sich aber leider beim Waschen

nicht zu verstehen. Zahlreiche Stimmen: Schluß. Schluß! Präs. Schneider: Der Schluß wird verlangt. (Nein! Ja!) J. Favre: Sie müssen dem Redner das Wort erhalten. Präs. Schneider: Ich habe den Redner oft daran erinnert, daß die Kammer ihn nicht verstehe, wiewohl mehrere seiner Kollegen zu ihm herangetreten sind, um ihn besser zu hören. Mehrere Abg.: Man hört gar Nichts. Präs. Schneider: Ich erkläre, daß ich Nichts höre und dem Redner nicht folgen kann. Wenn der Redner sich verständlich machen kann, wird die Kammer ihn ohne Zweifel anhören, allein wir sprechen hier nicht, um des Vergnügens wegen, zu sprechen, sondern um verstanden zu werden. Glais-Bizoin: Herr Präsident, lassen Sie mich Ihnen bemerken, daß Sie mich gerade in einem unglücklichen Augenblick unterbrochen haben. (Murren.) Ich war mitten in Frankreich, da ich von unsern vormaligen Puritanern und Exliberalen sprach. Gleich den Gefährten des Königs von Ithaka, die durch den Stab einer Zauberin verwandelt worden sind, suchen sie nur noch ... Lärm. Von allen Seiten: Man hört nichts. Präs. Schneider: Wird der Schluß verlangt? (Ja! ja!) Ich lasse über den Schluß der allgemeinen Diskussion abstimmen. Der Schluß wird angenommen.

(Amtliche Nachrichten.) **München,** 31. März. Se. Maj. der König hat unterm 21. März die Zahl der funktionirenden Officianten der Polizei-Direktion der Haupt- und Residenzstadt München von 5 auf 7 erhöht und zu solchen Offizianten den Gendarmerie-Brigadier J. Eccard aus Ungstein und den Funktionär St. Weißbrod aus Albersweiler ernannt.

Se. Maj. der König hat dem Pianoforte-Fabrikanten Fr. W. K. Bechstein in Berlin das Ritterkreuz 1. Kl. des Verdienstordens vom h. Michael verliehen; genehmigt, daß die kathol. Pfarrei Clausen, Bezirksamts Pirmasens, von dem Bischofe von Speyer dem derzeitigen Verweser derselben, Priester K. Vezel, verliehen werde; auf die erledigte Rechnungsführerstelle bei der Gefangenanstalt Amberg den Rechnungsführer Fr. Trapp bei der Gefangenanstalt Sulzbach versetzt und die Stelle des Rechnungsführers bei der Gefangenanstalt Sulzbach dem funkt. Aktuar bei dem Zuchthause Plassenburg, J. M. Leistner, verliehen.

Das Wagner'sche Meßbenefizium an der Filialkirche zu Bichel, k. Bezirksamts Tölz, ist mit einem fassionsmäßigen Reinertrage von 479 fl. 57 kr. in Erledigung gekommen.

Durch den Tod des k. Forstmeisters S. v. Braun ist das Forstamt Feuchtwangen in Erledigung gekommen.

Aus **München,** 1. April, schreibt man der „N. Fr. Z.“: „Das Ergebniß der gestrigen Wahl eines Ausschusses für eine Adresse an den König ist nur in sofern beachtenswerth, als Herr v. Lerchenfeld bei dieser Gelegenheit nicht gewählt wurde, während er bei solchen Veranlassungen sonst immer als einer der Höchstbestimmten erschien. Es ist das sichtbare Zeichen, daß seine Führerschaft vollkommen zu Ende ist. Begreift man es auch sehr wohl, daß diese Führerschaft gebrochen werden mußte, (?) so liegt doch in seinem Fallenlassen der Art, wie sie hier stattfand, ein winzig würdiges Benehmen von Seiten derjenigen, welche sich bisher so gefügig unter die Leitung des genannten Mannes gestellt hatten. Sie konnten und mußten sich von ihm emanzipiren; daß sie aber bei einer derartigen Wahl meistens nicht einmal seinen Namen unter die große Zahl der zu Wählenden brachten, war ein Akt der Undankbarkeit und spricht nicht für jene Parteigenossen. Man mag Lerchenfeld's Fehler (!) noch so streng beurtheilen, so sind doch seine mannigfachen Verdienste, namentlich um Erhaltung guter Ordnung in den Finanzen, nie zu verkennen. Nun aber haben nur etwa zwei Dutzend seiner alten Freunde für ihn gestimmt. Es gereicht mir zur Befriedigung, beifügen zu können, daß ich aus den Reihen der alten Gegner Lerchenfelds Ausdrücke entschiedener Mißbilligung über jenes Verhalten vernommen habe. Die alten Gegner würdigen den Mann besser, als seine sonst so gefügigen Genossen.“

München, 1. April. Wie die „Bayerische Handelsztg.“ von hier erfährt, sei es noch keineswegs wahrscheinlich, daß die Gewerbsfrage schon bei der dermaligen Landtagsversammlung zur Sprache kommen werde, wenigstens scheine die Staatsregierung nicht Willens zu sein, eine Gesetzesvorlage in dieser Beziehung zu machen, wenn auch der Gesetzentwurf schon längere Zeit fertig vorliege. Denn er sei weder bis jetzt an den Minister-, noch Staatsrath gelangt. Dagegen wäre zu vermuthen, daß das Handelsministerium vom Abgeordnetenhause in dieser Angelegenheit interpellirt werde, da die definitive Regelung der Gewerbsfrage und das Aufhören des gegenwärtigen, unvermeidlicher Weise mit manchen Uebelständen verknüpften Zwischenzustandes sich immer wünschenswerther erweise.

Wien, 31. März. Im Unterhaus stand heute bei der Budgetberathung der Titel „Ungarische Hofkanzlei“ auf der Tagesordnung. Der Abgeordnete Kaiserfeld vertheidigt die Haltung der Opposition gegenüber der letzten Rede des Hrn. v. Schmerling. Er wirft dem Ministerium Thatenlosigkeit und konstitutionelle

---

zusammenzog, wurde das Muster der Rosenspitze durch unzählige übereinandergelegte Stiche erhaben dargestellt, so daß die Wäsche ihm nichts anhaben konnte. Der kettenartige Grund zwischen den Blumen war so mannigfaltig gearbeitet, wie der schönste Filigränschmuck.

Spitzenanfertigung, sagt Frau Bury Pallifer in ihrer soeben zu London erschienenen „Geschichte der Spitzen“, aus welcher das „Athenäum“ Auszüge bringt, ist eine wesentlich katholische Kunst. Anfänglich wurden Spitzen nur im Dienste der Kirche verwendet; bis dahin hatten die mühsamsten Nähereien ihre Stelle ersetzt. Der Gebrauch der Nadel läßt sich nicht nur im Orient auf sehr frühe Zeiten zurückverfolgen, sondern auch in der altnordischen Sage schickt schon Nanna, die Frau des Balder, aus dem Todtenreiche dem Odin ihren Fingerhut zum Andenken. In einem skandinavischen Hünengrabe wurden 1767 in dem hohlen Stamme einer Eiche eingesärgt viele Gebeine, zierlich in Wildhäute eingenäht, gefunden und dabei ein Stück Gold-Spitze, 4 Zoll lang und 2 breit, im Rautenmuster, dem ältesten von allen, das man auch auf den Röcken der alten Dänen findet. Die angelsächsischen Nonnen waren wegen ihrer Stickkunst berühmt und ihre Kirchengewänder so schön und reich verziert, daß das „opus Anglicanum“ selbst von den Päpsten begehrt wurde. St. Dunstan zeichnete für Lady Ethelwynne Stola-Stickmuster und saß, zu seiner Arbeit singend, in derselben Laube, wo die Nadeln der Lady und ihrer Mädchen geschäftig auf- und niederfuhren. Adelige Familien schickten ihre Töchter in das Schloß des Lords, damit sie unter den Augen der Lady spinnen, weben und sticken lernten. Die vornehmsten Damen ließen damals ihre Hände nicht müßig ruhen; freilich auch wäre ihnen sonst die Zeit gar zu lang geworden auf den einsamen Burgen, ohne all die hunderterlei Abwechslungen, die heut kein schlichtes Bürgermädchen mehr entbehren zu können glaubt!

Katharina von Aragonien war im Sticken sehr erfinderisch, sie wandte zuerst Schwarz auf Weiß an. Als Kardinal Wolsey ihr die Ehescheidungsvorschläge vom König überbrachte, trat sie ihm mit einem Strähn rother Seide um den Hals aus ihrem Arbeitszimmer entgegen. Ihre Hemdkragen durchnähte sie reichlich mit Gold und Seide, und aus diesen kompakten Stickereien, die sie in die Mode gebracht, wurden allmälig die Spitzen. Um dieselbe Zeit waren nicht nur Nonnen, sondern auch Mönche mit der Nadel sehr thätig. Sogar Helden wie Moreau und Hoche stickten noch Atlaswesten, nachdem sie schon lange Soldaten waren.

Die frühste Spitzenarbeit wurde aus feiner Leinwand gemacht, deren Ränder man durch dichte Stickerei festigte. Dann zog man viele Fäden aus und vernähte die übrigen zu Vögeln, Blumen, Bäumen.

Was wir appliqué nennen, wurde ebenfalls schon sehr früh verfertigt, aber ausschließlich für den Kirchendienst benutzt; die Herstellung blieb in der That bis zur Auflösung der Klöster Kirchengeheimniß. Sie geschah folgenderweise: in einem Rahmen wurden Fäden aufgespannt, radienartig von einem gemeinsamen Mittelpunkte in gleichen Entfernungen. Diese Fäden zog man dann in Vierecke oder andere geometrische Formen und nähte das Muster mit Knopflochstich ein.

Das Wort „Spitze“ (Englisch Lace, Französisch Point) wurde zuerst für schmale Plattschnüre (braids) angewandt, welche man zu Mustern zusammenfügte und dann auf die Kleider nähte. Bei der Krönung Richards des Dritten trug die Königin Anna einen weißen Goldstoffmantel, mit solchen Besätzen und venetianischem Golde verziert. Der französische Ausdruck „Dentelle“ ist modern und kam auf, als diese Plattschnüre mit einem gezähnten Rande versehen wurden. Margarethe, die Schwester Franz I., zahlte 1545 sechs Pfd. St. für sechzig Ellen „fine dentelles de Florence,“ an Kragen zu nähen. Zwanzig Jahre später wurde für Maria Stuart „une paque de petite dentelle“ geliefert.

Auf dem Kissen geklöppelte Spitzen kamen um 1623 auf; sie wurden „Passament au Fuseau“ genannt. Nachdem lange Zeit der Stoff des Kleides als Spitzengrund gedient hatte, kam man darauf, die Plattschnüre als Blumen auf einen besonderen netzartigen Grund zu befestigen, den man „Entoilage“ nannte, weil er das Muster umgab. Bei Point und Guipüre legte man dagegen die Plattschnüre erst zu allerhand Figuren zurecht und verband diese dann durch einfache oder übernähte Fäden, die man in England „Perlenschnüre,“ in Frankreich „Bräute“ nannte. Der Unterschied zwischen Point und Kissenspitzen besteht also darin, daß erstere ganz und gar mit der Nadel auf einer Pergament-Vorzeich-

Halbheit vor und hält eine strenge Centralisation für unausführbar. Die indirekten Abgaben sollten zu Reichszwecken verwendet, die direkten Abgaben und die Gebahrung mit denselben den einzelnen Ländern überlassen werden. Der Redner spricht für baldige Einberufung des ungarischen Landtags und Festhaltung des Imperators gegenüber den Ungarn. Die Opposition werde nur jener Partei in Ungarn die Hand reichen, welche mit ihr gleiche Grundsätze hat und nur auf Grund der Idee der Reichseinheit. Hr. v. Plener weist die Vorwürfe Kaiserfelds zurück, Hr. v. Schmerling den Vorwurf der Lässigkeit, indem er auf seine Vergangenheit hindeutet. Ihm persönlich hätte es mehr zugesagt, in der ungarischen Bahn rasch vorzugehen; aber er habe die Ueberzeugung gewonnen, daß gewisse Fragen nicht so rasch lösbar seien. Er hebt die Schwierigkeiten der Vereinbarung der ungarischen Gesetze von 1848 mit der Reichsverfassung hervor. Auch die Regierung würde sich mit der altconservativen Partei in Ungarn niemals einlassen; sie erkenne diese als ihren erbittertsten Feind, dessen Minen bis in dieses Haus reichen. Hr. v. Schmerling widerspricht sodann der Behauptung Kaiserfelds, daß ein Theil der Bewohner Ungarns den Kaiser blos als faktischen Herrscher anerkenne. Der Kaiser erkenne sich auch jetzt als rechtmäßigen König von Ungarn und werde als solcher von allen loyalen Ungarn anerkannt. — Hierauf wurde das Budget nach dem Ausschußantrage mit Virementsgestattung angenommen.

Wien, 1. April. In der heutigen Sitzung des Unterhauses wurden die Etats der siebenbürgischen und kroatischen Hofkanzlei nach den Anträgen des Ausschusses unverändert angenommen. Nächste Sitzung Montag.

Vom Main, 31. März. Den nicht immer zuverlässigen Dementis offiziöser italienischer Blätter gegenüber wollen Mittheilungen von gewöhnlich gutunterrichteter Seite dabei beharren, daß für die nächsten Monate eine Zusammenkunft des Kaisers Napoleon und des Königs Viktor Emanuel in Aussicht genommen und für dieselbe der Monat April und als Zusammenkunftsort Lyon in Vorschlag gebracht sei. Es wird ferner sehr bestimmt versichert, daß diese Begegnung Besprechungen zum Zwecke haben solle, welche einen entschieden konservativen Charakter haben, d. h. die Feststellung weiterer Garantien für die Konsolidirung der italienischen Verhältnisse anbahnen würden. (R. C.)

Der **Berliner** Korrespondent der „Kölner Z." nimmt jetzt seine Nachricht über preußische Depeschen, welche nach der Abstimmung vom 27. vor. Mts. an die deutschen Regierungen ergangen sein sollten, um dieselben von der Annahme des Antrags der drei Mittelstaaten abzumahnen, zurück. Er will jetzt nur von „diesseitigen Kundgebungen" wissen, welche, der letzten Bundestagssitzung vorausgehend, von einem derartigen Vorgehen „im Allgemeinen" abgemahnt hätten.

Die „Elberfelder Ztg." theilt Folgendes als Hauptinhalt der bei den Verhandlungen des Sechsunddreißiger-Ausschusses rc. rc. mit den Schleswig-Holsteinern vereinbarten Punktationen mit (und die „Schlesw.-Holst.-Ztg.", deren Redakteur bekanntlich Mitglied des schleswig-holst. engeren Ausschusses ist und als solches an den Verhandlungen in Berlin Theil nahm, druckt es mit der Bezeichnung als „im Ganzen korrekt" nach): „Die Schleswig-Holsteiner verlangen ihren Herzog Friedrich, die Selbständigkeit und das Selbstbestimmungsrecht ihres Landes, rasche Beendigung des Provisoriums, Einberufung der schleswig-holsteinischen Landesvertretung nach dem Staatsgrundgesetz vom September 1848; dazu Eintritt Schleswigs in den deutschen Bund. Die Zugeständnisse, welche die Schleswig-Holsteiner dagegen machen, sind wesentlich folgende: Eintritt in den Zollverein (wobei gehofft, aber nicht bedungen wird, daß maßvolle Uebergangsbestimmungen den Herzogthümern die erste Zeit des kommerciellen Anschlusses thunlichst erleichtern werden), Militärkonvention mit Preußen (wobei gleichmäßige Formirungen u. dgl. eingeschlossen sind), preußischer Oberbefehl im Kriege; nach der maritimen Seite hin vollständiges Aufgehen der Herzogthümer in Preußen, d. h. preußische Marine mit Heranziehung und Aufnahme schleswig-holsteinischer Kräfte (Mannschaft, Geld, Häfen); dazu Territorial-Abtretungen zu Marine-Etablissements und Erledigung der Kanalfrage durchaus im preußischen Sinne, wenn auch nicht völlig nach preußischem Maße. Positiv abgelehnt ist dagegen die Ableistung des Fahneneides im Frieden von den schleswig-holsteinischen Truppen an den König von Preußen, die Verschmelzung und Durcheinanderschiebung der beiden Armeen in eine einzige; endlich jede direkte Einmischung der preußischen Militär- oder Zivilverwaltung in die innere Verwaltung der Herzogthümer."

Breslau, 30. März. Die preußische Regierung proponirt dem heil. Vater, einem Telegramm der „N. Fr. Pr." zufolge,

nung gemacht werden, woher auch ihr Name — „Point à l'aiguille" (Nadel-Spitze), während man die letzteren klöppelt. Guipüre wurde aus starkem Garn mit umgehüllter Seide verfertigt; auch legte man manchmal einen dünnen Streifen Pergament ein, den man mit Gold- oder Silberfäden bedeckte, was dann ein erhöhtes Muster gab. Das Instrument, dessen man sich dabei bediente, hieß Guipoir (Haken), daher der Name. Sie war sehr theuer und wurde nur von den Vornehmsten getragen. Maria Stuart liebte diesen Putz ungemein, und während sie in Log-Leven war, schenkte ihr Melville ein Paar weiße Atlasärmel, mit einer doppelten Reihe Silber-Guipüre besetzt. Der englische Name des von Königen und Prinzen sehr bevorzugten Besatzes war „Pergament-Spitze," „Parchment lace."

Bis zur Zeit Ludwigs des Vierzehnten war der Spitzenhandel ganz in den Händen der Hausirer, welche auf den großen Märkten einkauften, um dann Stadt und Land mit ihrer Waare zu durchwandern. Erst um 1665 wurde die Spitzenmanufaktur ein hervorragender Zweig französischer Industrie, und Colbert suchte dem Handel damit eine Ausdehnung über ganz Europa zu geben. — Die Erfindung der Point nehmen die Italiener für sich in Anspruch; zu ihnen geflüchtete Griechen sollen zuerst darauf gekommen sein; wahrscheinlicher wäre, daß ihnen die Kunst von Saracenen gelehrt worden, denn die Spanier ihrerseits berichten, daß für sie die Mauren von Granada die Lehrmeister gewesen seien. Im fünfzehnten Jahrhundert hörten wir zuerst von den venetianischen, milanesischen und genuesischen Spitzen, besonders werden die von Silber und schwarzer Seide aus Venedig oft erwähnt. Zur Zeit Elisabeths trug man sie in England und Frankreich allgemein. Die frühesten venetianischen Points haben sehr steife Muster; zur Zeit der Renaissance gehen sie aber in anmuthige Verschlingung von Guipüre über, ohne bestimmtes Muster. Eine hübsche Sage erzählt, daß ein venetianischer Matrose seiner Braut ein Büschel Korallen-Seegras, auch „Seejungfern-Spitze" genannt, heimbrachte; das Mädchen, eine Spitzenmacherin, fand solches Gefallen an dem zierlichen Gezweige, daß sie dasselbe mit ihrer Nadel nachzubilden versuchte; nach vielem vergeblichen Bemühen gelang es, die reizende Guipüre herzustellen, welche bald durch ganz Europa Mode wurde. (Schluß folgt.)

Vermischtes.

In der Umgegend von Chateau-du-Loir existirt ein höchst wunderbares Individuum. Sein Name ist Cocher; er ist 40 Jahre alt, von angenehmen Gesichtszügen und sanfter Stimme und kräftig gebaut. Er spricht über Alles mit Verstand und hat nur eine sonderbare fixe Idee: er glaubt, er müsse 900 Jahre leben und will nun die ersten vier Jahrhunderte sparen, um den Rest behaglich zu leben.

Deshalb kleidet er sich nur in das Fell todter Thiere, die man auf den Dünger wirft, schläft auf Stroh in einem Keller und verzehrt, was er findet, ohne sogar seine Nahrungsmittel kochen zu lassen.

Er ist dahin gekommen, die allerwiderlichsten und gefährlichsten Speisen schmackhaft zu finden.

Seit etwa 15 bis 20 Jahren, daß er dies sonderbare Leben führt, ist er erst einmal etwas unwohl gewesen in Folge all der schädlichen Stoffe, die er verschluckt hat. Die Aerzte meinen auch, Cocher sei, ein neuer Mithridates, unempfänglich gegen Gift.

Dieser Mensch ist 10 Meilen in der Runde wohl bekannt, er durchstreift die Gegend, wird von Jedermann freundlich aufgenommen, aber die Hunde zeigen merkwürdiger Weise seine Gegenwart schon von weitem durch wüthendes Gebell an und die Pferde werden, wenn sie ihn erblicken, unruhig wie beim Herannahen des Wolfes. Er ist sehr sanft, geht nach allen Märkten, plaudert mit den Leuten, hört gern Neuigkeiten und weiß mit der Politik viel besser Bescheid, als viele Leute, die alle Tage die Zeitungen lesen.

Das Gehirn des Herzogs von Morny ist bei der Einbalsamirung des Körpers gewogen worden und ergab nach der amtlichen Untersuchung 1,532 Gramme, d. h. 235 Gramme mehr als das gewöhnliche Durchschnittsgewicht. Belgische Blätter moquiren sich nun etwas darüber, daß in Frankreich selbst die Todtenschau noch schmeicheln muß und setzen hinzu, daß, wenn man die Berichte der Akademie zu Brüssel fragen wollte, man die Angabe des Gewichtes finden würde, welches das Gehirn mehrerer Personen gehabt, die in Brüssel wegen ihres geringen Respekts für das menschliche Leben hingerichtet worden sind. Dies Gewicht kam dem des früheren Präsidenten des gesetzgebenden Körpers in Paris gleich und überstieg es sogar noch.

Aufhebung des Erzbisthums Gnesen und Posen, Einverleibung des Diözesangebiets in die Bisthümer Pelplin und Breslau, und in ein zu creirendes, mit der Feldpropstei der preußischen Armee zu kombinirendes Bisthum Berlin. Des Vorschlags eines Nachfolgers des verstorbenen Erzbischofs Przyluski glaubt die Regierung sich demgemäß enthalten zu müssen.

Marburg, 27. März. Die hiesige philosophische Facultät hat folgende Bekanntmachung erlassen: „Schon wiederholt sind wir in der Lage gewesen, die Namen Derjenigen, welche sich durch abgeschriebene Dissertationen auf betrügerische Weise die Doktorwürde zu erschleichen versuchten, der Oeffentlichkeit zu übergeben. Auch in jüngster Zeit sind, trotz unserer bekannten Strenge, wieder zwei derartige Fälle vorgekommen. Es hat nämlich W. Hildwein, mag. pharm. aus Prag, seine bei uns eingereichte Dissertation: „De theoriis electro-chemicam antecedentibus nonnulla.", beinahe wörtlich aus der gleichbetitelten Dissertation des Dr. F. A. Marquidorf, die im Jahre 1843 in Halle erschienen ist, abgeschrieben und der Apotheker A. Josten aus Siegburg die bekannte Schrift F. Müller's: „Für Darwin", zu einem wörtlichen oder fast wörtlichen Auszug für seine Dissertation benutzt. Zur Strafe für die Betreffenden und zum warnenden Beispiele für Andere werden diese beiden Betrugsversuche hiermit zur öffentlichen Kenntniß gebracht."

Weimar, 31. März. Die letzten zwei Sitzungen des Landtags am 29. und 30. ds. Mts. sind besonders durch die gestrige Berathung über die Petitionen der Volksschullehrer interessant. Der Ausschuß hatte sich gegen die Petitionen erklärt, Präsident Fries jedoch den Antrag gestellt, die Regierung zu ersuchen, ein organisches Volksschulgesetz vorzulegen, das eine Erweiterung der Lehrerbildung, Schulbeaufsichtigung durch Fachmänner und angemessenere Besoldung einführt. Dieser Antrag wurde nach langer Berathung angenommen. (Fr. J.)

Kiel, 29. März. Wie uns soeben von einem zuverlässigen Manne mitgetheilt wird, hat heute der in der Dänischen Straße aufgestellte preußische Wachtposten auf einen vorübergehenden Civilisten geschossen, angeblich weil derselbe in Gegenwart des Postens ausgespuckt hat. Der letztere ist bald darauf abgelöst worden. Der Civilist, welcher nicht verwundet worden, hat sich nach dem Schusse schleunigst entfernt und scheint nicht ermittelt worden zu sein. (Kieler Z.)

Paris, 31. März. Im gesetzgebenden Körper sprachen heute Martel, Pelletan, Gueroult für die Freiheit der Presse, Lafond, Saint-Mur, du Miral dagegen. Rouher suchte das Bedürfniß einer diskretionären Gewalt zu beweisen. Der Kaiser sei der Erste gewesen, welcher das Wiedererwachen des liberalen Geistes begrüßte, allein den Ausdruck dieses Geistes müsse man mäßigen. Die Regierung habe Pflichten, die sie nicht vergessen dürfe. Picard erwiderte. Seine Rede wurde von Murren unterbrochen.

In der Kommission, deren Mitglied der Prinz Napoleon, hat dieser sich eine Zurechtweisung von Seiten des Marschall Niel zugezogen. Der Prinz bediente sich nämlich gegen den römischen Hof so scharfer Ausdrücke, daß der Marschall ihm bemerkte, die Sache und die Personen, von denen es sich handle, seien zu ehrwürdig, als daß ein solcher Ton angemessen sei.

Turin, 29. März. Die Verhandlungen über das Eisenbahnwesen rufen in der Kammer täglich neue Opposition und, in Folge dessen, neue Verwirrung hervor. Dabei ist der Finanzminister natürlich immer sehr stark im Spiele, und daraus erklären sich die zahlreichen Gerüchte über eine Ausscheidung desselben aus dem Ministerium. Als seinen Nachfolger nennt man Lanza. Es sollen mit ihm und Consorti bereits Besprechungen in diesem Sinn gepflogen worden sein. — Zur Unterstützung der durch die Verlegung der Hauptstadt brodlos gewordenen Arbeiter hat sich ein Comite gebildet, welches durch Maueranschläge zu Beiträgen einladet. Dabei fällt auf, daß der auch in Blättern erschienene Aufruf für die öffentlichen Anschläge etwas verändert worden ist. Denn in der „Gazetta del Popolo" z. B. liest man, daß die Unterstützung nur für die in Folge der Septemberkonvention in Noth versetzten Arbeiter bestimmt sei — eine Motivirung, welche auf den Anschlägen vermieden ist.

St. Petersburg, 27. März. (Hungersnoth in Samara.) In einer der gesegnetsten Gegenden Rußlands, im Gouvernement Samara, herrscht eine furchtbare Hungersnoth. Wie die dortige „Gubernialzeitung" meldet, wird die Lage der Bevölkerung, namentlich in den Bezirken von Busuluk und Nikolajew mit jedem Tage trauriger. Die Getreidmagazine sind geleert, die Bauernhütten stehen ohne Dach, da das Stroh von denselben zum Futter für das Vieh verwendet werden mußte, wo noch Heerden übrig geblieben sind, irren dieselben ohne Aufsicht umher. Nach anderen Berichten ist der Futtermangel in Folge der vorjährigen Mißernte so groß, daß in einigen Orten die Fuhre Heu mit 10 Rubel bezahlt wird. Zu Anfang des Winters schlachteten die Bauern ihre Pferde, um sie nicht verhungern zu lassen.

Amerika. Zwischen General Sherman und dem südstaatlichen General Wade Hampton (der bei Columbia in Südcarolina steht) ist eine Korrespondenz über einen sehr unerfreulichen Gegenstand erfolgt. Sherman eröffnet ein Schreiben vom 24. März an Wade Hampton mit den Worten: „Es ist mir amtlich berichtet worden, daß unsere Fouragetruppen, wenn gefangen, ermordet und mit einem Zettel „Tod allen Fourageuren!" beklebt werden. Ich habe erfahren, daß bei Chesterfield ein Lieutenant und sieben Mann, bei Feasterville zwanzig Mann in solcher Weise ermordet worden sind. Ich habe deshalb Befehl gegeben, an einer gleichen Zahl von Gefangenen, die in unseren Händen sind, in ähnlicher Weise Repressalien zu ergreifen." Sherman beruft sich dann auf das Recht, zu fouragiren, als ein Kriegsrecht und erklärt, daß er sich gezwungen sehe, es auszuüben, weil er keine Civilbehörden vorfinde, welche die von ihm verlangten Requisitionen stellten. Für jeden seiner Leute, der von Feindeshand nicht getödtet, sondern ermordet werde, werde er einen Konföderirten hinrichten lassen. Wade Hampton antwortet hierauf, er wisse nichts davon, daß nordstaatliche, in Gefangenschaft gerathene Soldaten getödtet worden seien, fährt aber fort: „Es ist ein Theil der Systems des Diebe, welche Sie als Ihre Fourageurs bezeichnen, die Wohnungen jener Bürger, die sie ausgeplündert haben, in Brand zu stecken. Um diesem unmenschlichen Systeme entgegen zu treten, habe ich meine Leute angewiesen, alle Ihre Leute, die bei der Niederbrennung von Häusern betroffen werden, niederzuschießen." Hampton häuft noch eine Reihe von Vorwürfen auf die Truppen Shermans, die gleich Mordbrennern das Land durchzögen und kündigt an, daß er für den Fall, daß Sherman seine Drohung ausübe, an der doppelten Anzahl nordstaatlicher Gefangener, 56, Repressalien nehmen werde.

Hiezu die Beilage: „Würzburger Anzeiger".

Verantwortlicher Redakteur: A. Hartmann.
Druck und Verlag der Stahel'schen Buch- und Kunsthandlung in Würzburg

Schuldverschreibungen von Standesherren und Privaten.

Frankfurter Börse.

				G.	P.
4	pCt.	Herz.	Lucca, alte b. Rothsch.	—	74
4	„	„	do. neue b. „	—	90
3½	„	Landgräfl.	H.-Homb. b. „	—	91
3½	„	Fürstl.	Löwenst.-Werth. (bad.)	—	94
3½	„		do. (bayer.)	—	—
3½	„	„	Fürstenberg b. Rothsch.	92¾	—
3½	„	„	„ „	—	—
3½	„	„	Leiningen P. N. Schm.	95½	—
3	„	„	„ „	84	—
4	„	„	Oettingen-Wallerstein	—	99
4	„	„	Esterhazy P. Galantha	61	62
3½	„	„	Isenburg-Birstein b. R.	—	98½
4	„	„	Schwarzenberg	71	—
4	„	„	Palffy b. Arnst. u. Eskel.	—	83
4	„	Gräfl.	Erbach-Fürstenau b. S.	—	99
4	„	„	Palffy, Ferd. Leop., b. S.	61	—

				G.	P.
4	pCt.	Gräflich	St. Genois b. Schm.	—	70
4	„	„	Szapary b. Rothsch.	—	50
4	„	„	Schönborn b. Schm.	60	—
4	„	„	Sandor b. Rothsch.	60	—
4	„	„	Strachwitz b. Schm.	—	60
4	„	„	Hugo Eltz	—	85
4	„	„	Viczay b. Rothsch.	60	—
4	„	„	Nizky b. Rothsch.	—	—
4	„	„	Hunyady b. Rothsch.	—	—
4½	„	„	Batthyany Joh. Bapt.	—	76
4½	„	„	Batthyany Gustav	—	71
4½	„	„	Orczy b. Schmidt	71	—
4½	„	„	Sztaray „	—	74
4½	„	„	Karoly bei Biedermann	—	70
4½	„	„	Pejacsevich b. Schuller & Co.	63	—

Anlehens-Loose.

Fürstl.	Esterhazy 40 fl. Loose	—.——.—
„	Windischgrätz 20 fl. Loose	18.——18.30
„	Salm-Reifferscheid 40 fl. L.	31.——31.50
„	Palffy 40 fl. Loose	28.75—29.25
„	Clary 40 fl. Loose	27.——27.50
Gräflich	Keglevich 10 fl. Loose	14.75—15.25
„	Waldstein-Wartenb. 20 fl. L.	19.50—20.—
„	St. Genois 40 fl. Loose	27.25—27.75
Stadt	Triester 100 fl. Loose	114.——114.50
	Donau-Dampfschiff. 100 fl. L.	86.——86.50
	Dessauer 100 Thlr.-Loose	

An die
k. Hof- und Staatsbibliothek
1 N. Würzb. Ztg. München.

Neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht!

№ 94. | Vorausbezahlung: Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 1 fl. 30 kr. Bei Inseraten wird die dreispaltige Zeile in gewöhnlicher kleiner Schrift oder deren Raum im Hauptblatte mit 6 kr., im Anzeiger mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franco. | 62. Jahrgang. | Dinstag, 4. April 1865.

Ueber den mittelstaatlichen Antrag am Bunde

enthält das „Dresd. Journ." einen längeren Artikel zur Abwehr gegen die Kundgebungen der preußischen offiziösen Organe. Darüber, daß diese dem Bunde „Uebersturzung" vorwerfen, bemerkt das „Dr. J.": „Der Vorwurf ist neu und mit Anwendung auf die schleswig-holsteinische Frage besonders piquant; aber so gern man auch in Deutschland etwas Uebles vom Bundestage zu glauben pflegt, hieran wird man nicht glauben, das möchten wir mit der größten Bestimmtheit behaupten." Ueber den Antrag selbst bemerkt das halboffizielle Organ der sächsischen Regierung: „Der Antrag hat in jeder Beziehung den Zweck, die Sachlage klar zu machen. Der Bund muß aus dem unthätigen Zirkel heraus, in dem er durch die sich widersprechenden Einwürfe gegen seine Kompetenz bisher festgebannt war; die schleswig-holsteinische Sache selbst muß den unruhigen Chancen der großen Politik entzogen und im nationalen Rechtssinne sichergestellt werden. Indem der Antrag dies Ziel verfolgt, würde man sehr unrecht daran thun, ihm schlechthin einen preußenfeindlichen Sinn unterzulegen, wie dies seitens der Berliner offiziösen Blätter geschieht. Es wird sich zeigen, daß die Mittelstaaten Preußen in keiner Weise eine Verbesserung seiner europäischen Machtstellung mißgönnen, wie sie in der Erwerbung der Herzogthümer für Deutschland gegeben ist. Innerhalb der vom Bunde zu beanspruchenden Unabhängigkeit seiner Mitglieder und bei Erfüllung ihrer Bundespflichten lassen sich Dinge feststellen, welche im deutschen Interesse Preußens Entwicklung fördern. Sobald die Zeit dafür da ist, daß diese Punkte zur Prüfung kommen, werden die antragstellenden Mittelstaaten des deutschen Interesses, welches unleugbar auch in einem mächtigen Preußen Anhalt hat, nicht vergessen sein. Darin sehen sie freilich nach ihrem besten Wissen keine Wahrnehmung des deutschen Interesses, eher das Gegentheil, wenn die Rechtsfrage, welche das eigentliche Schicksal der Herzogthümer enthält, als etwas in zweiter Linie Stehendes angesehen wird, während Allem, selbst der Konstituirung des Staates, die Feststellung eines Abhängigkeitsverhältnisses zu Preußen vorangehen soll. Es würde dadurch der Schein aufgeladen, als wären die Herzogthümer dem Mindestfordernden gegeben; es wäre der Keim zu gefährlichen innern und äußern Reibungen gelegt.

„Und selbst nicht genug damit, ist preußischerseits der Ausspruch, wie wir versichern können, gethan, daß, wenn die Herzogthümer späterhin den in dieser Weise ihnen auferlegten Forderungen nicht nachkämen, sich Preußen die Geltendmachung voller Rechte auf die Herzogthümer vorbehielte. Die Abnormität eines Staates, eines Fürsten auf Widerruf, die stete Gefahr eines feindlichen Konfliktes darf in Deutschland nicht geschaffen werden. Alles, was deutschen Fürsten und Völkern werthvoll ist, sowohl das monarchische Recht, als die freiheitliche Entwickelung der deutschen Staaten und ihr friedlicher nationaler Zusammenschluß vereinigen sich, um gegen die Form zu sprechen, in welcher Preußen sein Verhältniß zu den Herzogthümern festgestellt haben will.

„Indem wir dem in der nächsten Bundestagssitzung zu fassenden Beschlusse unter diesen Umständen eine entscheidende Bedeutung beilegen, sind wir weit davon entfernt, die materielle Kraft des Bundestags zu überschätzen. Es ist aber gleichermaßen eine durchaus unbegründete Furcht, welche hier und da auftaucht, als stelle die Annahme des eingebrachten Antrags den Bund in die Alternative, entweder einen machtlosen Beschluß zu fassen und ihn unausgeführt zu lassen, damit aber sein Ansehen vollends zu untergraben, oder den Bürgerkrieg heraufzubeschwören. Wäre dies wirklich die Lage, so würde man dem Antrage von der opponirenden Seite sehr ruhig zusehen und im Gegentheile dessen schleunigste Annahme fördern helfen. Die Ergebnisse der Abstimmung werden aber ganz andere sein. Wird der Antrag verworfen, so sind die Herzogthümer im Klaren darüber, was sie von Deutschland und dem Bunde zu erwarten haben, und besser für sie selbst, sie erfahren Dieß heute lieber als morgen, um danach ihre Zukunft, den Umständen nach, am Besten sicher stellen zu können; besser auch für die ihrer Sache am meisten zugethanen Regierungen, sie werden einer Thätigkeit und einer Verantwortung enthoben, deren längere Dauer unter solchen Konstellationen weder ihnen, noch den Herzogthümern Segen bringen kann. Wird der Antrag angenommen, so wird daraus weder ein Bürgerkrieg in Deutschland, noch eine Erschütterung des Ansehens des Bundes erwachsen. Wohl aber werden die Herzogthümer in diesem Beschlusse einen Anlehnungspunkt erblicken; keineswegs eine Aufforderung zur Auflehnung, gegen Preußen ebenso wenig als gegen Oesterreich; aber sie werden jedenfalls mit weniger „Uebersturzung" den ihrem Fortbestand gestellten Bedingungen sich hingeben und nach diesem Beschlusse in dem Mitbesitze Oesterreichs eine sichere Bürgschaft für die Geltendmachung ihres Selbstbestimmungsrechtes erkennen. Die deutschen

Feuilleton.

Die Geschichte der Spitzen.

(Schluß.)

Frau Palliser gibt in ihrem Buche eine gelehrte Geschichte der Spitzenverfertigungskunst in Griechenland, der Türkei und auf Malta. In Spanien wurden so viel Spitzen für die Anzüge der Heiligen verwendet, daß wenig für den weltlichen Gebrauch übrig blieb. So kam es, daß man im übrigen Europa von spanischen Spitzen bis zur Auflösung der Klöster 1840 fast gar nichts wußte! Da erst kamen prächtige Proben von Nonnenarbeit zum Vorschein — Spitzen von solcher Schönheit, daß sie nur das Werk derer sein konnten, denen die Zeit nicht Geld war und die mit voller Ueberzeugung durch ihrer Hände Schaffen Gott ein Opfer darbrachten.

Aber auch Flandern will die Spitzen erfunden haben. Die berühmten Mechelner zeichnen sich durch den platten Faden aus, welcher die Blumen bildet und der Spitze das Ansehen einer Stickerei gibt. Königin Anna verschwendete viel auf diesen Putz, und die Dandies jener Zeit zierten ihre Battist-Hemden mit Mechelner Spitzen, in Kaffeegrund getaucht. Ein guter Arbeiter brachte in 14 Tagen etwa 28 Zoll davon zu Stande. Um 1755 kamen sie aus der Mode, und die französischen „Blonden" traten an ihre Stelle. Zur Zeit Ludwigs XIV. wurden in Frankreich enorme Summen für Spitzen ausgegeben; mannigfache Verordnungen vermochten nichts gegen die Spitzenwuth, und besonders ging Anna von Oesterreich mit schlechtem Beispiel hierin voran. Als Ludwig XIV. heirathete, trug die junge Infantin schwarze Spitzen, die dadurch allgemein Mode wurden. Da kein Verbot gegen Verschwendung in diesem Punkte etwas fruchtete, so beschloß Colbert, die Spitzenindustrie in Frankreich selbst zu fördern, damit das Geld wenigstens im Lande bleibe. Im Jahre 1665 berief er Madame Gilbert, aus Alençon stammend, zu sich und übertrug ihr die Leitung einer Spitzenmanufaktur, die er auf einem seiner Schlösser, De Lonray bei Alençon, eingerichtet. Diese Dame, wohl vertraut mit der Anfertigung venetianischer Spitzen, ging, unter dem Beistande von 40 aus Venedig mit großen Kosten herbeigezogenen Arbeiterinnen, rüstig an's Werk und brachte nach einiger Zeit die erste Probe ihrer Kunst nach Paris. Colbert veranlaßte den König, nach dem neuen Produkt zu fragen, und während eines Soupers in Versailles kündigte er an, daß eine Manufaktur, die er angelegt, im Stande sei, schönere Spitzen zu liefern, als man bisher irgendwo gehabt habe. Die Spitzen wurden an den Wänden über rothem Damast zierlich aufgehangen, und der König war entzückt. Außer einer großen Belohnung für Madame Gilbert verordnete er auch, daß fortan Jedermann bei Hofe nur mit den neuen Spitzen erscheinen solle. Seitens des Pariser Parlaments erging in dem-

Regierungen werden aber alsdann auch den Muth und die Kraft finden, der Sache der Herzogthümer „ohne Ueberstürzung“ aber mit Ausdauer ferner zu dienen, und nicht minder wird Dieß von ihren Bevölkerungen gelten. Darum ist es sehr erklärlich, warum die offiziöse „Provinzial-Korrespondenz“ in gewohnter parlamentarischer Sprache den von drei Stimmen des engern Rathes eingebrachten Antrag einen „unbesonnenen“ und „verkehrten“ zu nennen beliebt. Möchten alle Bundesregierungen jener Sachlage ihre volle Aufmerksamkeit zuwenden und sich darüber nicht täuschen, daß die im Hintergrunde stehende Verantwortung schwerer wiegt als die, welche man ihnen jetzt mit dem Hinweis auf die eingebildete Gefahr einer Friedensstörung in Deutschland aufbürden will.“

(Amtliche Nachrichten.) **München,** 2. April. Se. Maj. der König hat dem quiesc. k. Ministerialrath, Geh. Rath Karl v. Kleinschrod, die Bewilligung ertheilt, den von Sr. Maj. dem Könige von Preußen aus Anlaß seines Austrittes aus der Central-Rheinschifffahrts-Kommission ihm verliehenen Stern zum rothen Adlerorden 2. Kl. annehmen und tragen zu dürfen.

Aus **Wien** (gleichzeitig auch aus Berlin) wird gemeldet, daß die Unterzeichnung des Zollvertrags mit Oesterreich am 3., an welchem Tage sie den letzten Nachrichten nach erfolgen sollte, abermals nicht stattfinden werde. Die Wiener „Presse“ glaubt die Ursache der neuen Verzögerung darin finden zu dürfen, daß Preußen einen Druck auf die Abstimmung Oesterreichs über den mittelstaatlichen Antrag ausüben wolle.

Berlin, 1. April. Nach der „Tr.“ hat die Maria Fischer jetzt gestanden, die Ermordung des Professors Gregy auf Veranlassung der Quinche mit dieser und Grothe verabredet zu haben. Man habe den Gregy aufhängen wollen, indessen der Strick sei zu kurz gewesen und das Opfer habe sich zur Wehr gesetzt. Da habe die Quinche dem Grothe das Hackmesser gereicht, mit dem Gregy dann erschlagen worden sei. Die Fischer will bei dem Morde selbst keine Hand mit angelegt haben. — Der Gymnasialprofessor Arndt in Torgau ist heute wegen verweigerten Austritts aus dem Nationalverein vom Disziplinarhofe zur Dienstentlassung mit Dreiviertel der gesetzlichen Pension verurtheilt worden.

Dem Rechtsanwalt Dr. v. Wänker in **Freiburg** im Breisgau, welcher seit 29 Jahren mit der Funktion eines Fiscalanwalts betraut war, ist dieses Mandat jetzt plötzlich von der Regierung entzogen worden. Hr. v. Wänker ist Ausschußmitglied des Reformvereins. Doch dürfte dieses Verhältniß für die Maßregel der Regierung weniger bestimmend gewesen sein, als seine Theilnahme an der Agitation gegen das Schulgesetz.

Aus **Frankfurt,** 31. März, schreibt man der „Allg. Z.“: „Aus guter Quelle kommt uns eine Analyse der österr. Cirkulardepesche vom 22. März zu Gesicht. In ihrem Eingang betont Graf Mensdorff den hohen Werth der Einigkeit Oesterreichs und Preußens, und bedauert, daß ein Einverständniß beider Regierungen über die Lösung der schleswig-holsteinischen Frage noch nicht erreicht sei. Trotzdem habe es die kaiserliche Regierung nicht für ihre Aufgabe gehalten, einseitig die Wiederaufnahme der Verhandlungen am Bundestag zu veranlassen. Der bevorstehende Antrag Bayerns, Sachsens und Hessen-Darmstadts sei also aus einer Initiative Oesterreichs nicht hervorgegangen. Aber die kaiserliche Regierung verkenne es nicht, daß die Regelung der Herzogthümerfrage eine gemeinsame deutsche Angelegenheit sei, und daß mithin die deutschen Verbündeten Aufschluß über die Verhandlungen und die Absichten der beiden Großmächte verlangen dürften. Es gereiche ihr zur hohen Befriedigung, daß der Antrag eine Fassung habe, welche die Gefahr einer Kompetenzfrage vermeide, indem er sich zunächst mit einer vertrauensvollen Erwartung an die Mächte wende. Hiegegen könne die kaiserliche Regierung um so weniger einen Einwand erheben, als sie das Interesse anerkenne, welches ihre hohen Verbündeten an der Geltendmachung des dem Bunde rechtmäßig zustehenden Einflusses zu nehmen haben. Die Depesche geht sodann auf das eigene Verhalten Oesterreichs zu dem Antrag über. „Die kaiserliche Regierung habe sich in offenster Weise in dieser Hinsicht gegenüber der preußischen Regierung ausgesprochen, und zwar dahin, daß sie im Fall der Annahme des Antrags ihre Ansichten nicht verleugnen könne, welche sie in den Verhandlungen mit Preußen geleitet haben, und daß sie ihren Bundesgenossen erklären werde, wie der kaiserliche Hof zu seinem Theil vollkommen bereit sei, die Erledigung der Frage in dem von der Bundesversammlung bezeichneten Sinn herbeizuführen. Die Sprache der kaiserl. Regierung werde ihre Stellung als deutsche Bundesmacht und ihr Interesse an der Erhaltung des Einverständnisses mit Preußen gleichmäßig wahren. Hinsichtlich der formellen Behandlung des Antrags ist das kaiserliche Kabinet damit vollkommen einverstanden, daß sich der Antrag seiner Natur und der Lage der Sache nach nicht zu einer Verweisung an den Ausschuß, sondern lediglich zur Anberaumung einer kurzen Abstimmungsfrist eigne. An der Abstimmung selbst, als gerichtet auf einen Vertrauensausdruck, würden sich Oesterreich und Preußen nach Auffassung der kaiserl. Regierung nicht zu betheiligen haben. Dieselbe habe geglaubt, das Berliner Kabinet darauf aufmerksam machen zu sollen, daß eine solche Enthaltung dasselbe Ergebniß, aber einen weniger ungünstigen Eindruck hervorbringen müsse, als wenn Oesterreich und Preußen ihre Stimmen im entgegengesetzten Sinn abgeben und dadurch neutralisiren wollten.“

Wir haben schon mitgetheilt, daß in **Kiel** ein preußischer Soldat auf einen Zivilisten das Gewehr abgefeuert habe. Die „Kieler Ztg.“ sagt, daß die preußischen Soldaten wegen wiederholt vorgekommener Insulten (?) gegen sie mit schußfertigem Gewehr auf die Posten ziehen. Die „Schlesw.-Holst.-Ztg.“ sagt von dem Vorfalle: „In der Neuen dänischen Straße, im Hause der Frau Dittmer sen., wohnt der preußische Oberst vom 61. Regiment, Hr. v. Michaelis; vor dem Hause steht ein Posten; natürlich fehlt das schwarz-weiß angestrichene Schilderhaus nicht. Der Soldat, welcher gestern Abend von 6—8 Uhr schilderte, glaubte bemerkt zu haben, daß Vorübergehende, Männer „mit weißen Beinkleidern,“ die er für „Maurer“ erklärte, vor ihm oder dem Schilderhause ausspieen. Als dies seiner Meinung nach wieder geschehen war, rannte er dem Betreffenden nach, und als dieser in die neue Burgstraße einbog, feuerte er sein Gewehr hinter ihm drein ab. Herbeigeeilte Offiziere, unter ihnen der Offizier du jour, haben das

---

selben Jahr ein Edikt, daß nur rechtgläubige Katholiken Spitzen verkaufen dürften! Eine Gesellschaft erhielt das 10jährige Monopol für Anfertigung der Points de France und war bald im Stande, 50 pCt. Dividende zu geben. Point de France hatte schnell die Point de Venise verdrängt, erhielt sich aber so hoch im Preise, daß nur die Reichsten sie kaufen konnten. Die Aermeren begnügten sich mit den Kissenspitzen, deren Manufaktur sich indessen fortwährend vervollkommnete. Als das Monopol nach 10 Jahren aufhörte, wurden die Point an mehreren Orten gefertigt und der Spitzenhandel durch ganz Frankreich ein blühender Zweig des Handels und der Industrie.

Zur englischen Spitzenmanufaktur legte Königin Katharina von Aragonien die ersten Keime, als sie auf ihrem Wittwensitze in Ampthill sich mit ihren Edelfrauen ausschließlich der Anfertigung kostbarer Kirchengewänder widmete. Beim Landvolke war sie außerordentlich beliebt, und noch heut feiern die Spitzenmacher von Buckinghamshire „Cattern's Day“ den 25. November, als den Hauptfesttag ihres Gewerkes, und sie berichten, daß die gute Königin zu Zeiten schlechten Absatzes ihre Spitzen verbrannte und neue bestellte. Die französischen Flüchtlinge, welche nach der Zurücknahme des Edikts von Nantes nach England kamen, vervollkommneten die dortige Industrie bedeutend; jedoch erreichten die englischen Spitzen nie die Schönheit und Güte der französischen und flandrischen, weil es an so gutem Flachse und Garne mangelte. Die englischen Spitzenhändler verfielen deshalb auf den Ausweg, massenhaft aus Flandern zu schmuggeln und diese fremde Waare dann in Paris als dentelles d'Angleterre zu verkaufen. Daneben gingen aber auch immer bedeutende Quantitäten wirklicher englischer Spitzen nach Frankreich. Die französische Revolution brachte die durchsichtigen Gazen und Blonden in die Mode und drängte damit die alten Spitzen in den Hintergrund. Als dann nach Jahren der Vernachlässigung wieder Nachfrage geschah, war manches Geheimniß der Herstellung verloren gegangen. Jetzt scheint das Gefallen an diesen kunstvollen Produkten menschlichen Fleißes wieder im Steigen, und für den Ankauf echter alter Spitzen sind allerwärts zahlreiche Zentralstellen errichtet, welche hohe Preise zahlen und für ihre Waare die willigen Liebhaber zu finden wissen.

Vermischtes.

Ein origineller Schwindel ist dieser Tage in Paris ausgeführt worden. Ein Waaren-Makler, Hr. Louis T., hatte einen Onkel beerbt; zur Hinterlassenschaft desselben gehörte auch eine Gemäldegallerie, denn der Verblichene war ein leidenschaftlicher Liebhaber guter Bilder gewesen; der Erbe aber, durchaus Laie in der Kunst und ohne jegliche Liebe zu ihren Werken, wollte die ganze Gallerie en bloc verkaufen und zeigte diese Absicht in den Blättern an. Bald kam auch ein fein gekleideter Herr mit einem fremden Or-

Verfahren des Postens zwar mißbilligt, indem sie ihm sagten, er dürfe bei dergleichen Insulten nicht gleich schießen, sondern müsse erst versuchen, allein oder mit herbeigerufener militärischer Hilfe den Frevler zu arretiren; wir aber fragen: was soll es heißen, daß die preußischen Posten überhaupt mit geladenen Gewehren aufziehen, als ob sie sich in Feindesland oder wir uns im Belagerungszustand befänden? Eine eigenthümliche Erscheinung ist es auch, daß ein Soldat, dem man den Posten vor seines Obersten Hause anvertrauen zu können glaubt, erst nachdem er von seiner Feuerwaffe Gebrauch gemacht hat, instruirt wird, wann er sie zu gebrauchen habe! Wir fügen bei dieser Gelegenheit noch Folgendes hinzu: Es ist Thatsache, daß sich in den untern Schichten der Kieler Bevölkerung eine große Gereiztheit gegen die preußische Regierung, ihre Repräsentanten und Agenten in unserem Lande ausspricht, während die andern einstweilen sie noch zu bemeistern suchen; es mögen auch Reibungen mit den Soldaten in Folge dieser Stimmung stattgefunden haben. Aber man wird diese Verhältnisse nicht dadurch bessern, daß man auf das Volk schießt, sondern lediglich dadurch, daß man von preußischer Seite die annexionistischen Umtriebe und Demonstrationen einstellt, und daß man aufhört, durch Eingriffe in die Kundgebungen der Rechtsüberzeugung des schleswig-holsteinischen Volkes zu Feindseligkeiten zu provoziren." (Wen erinnert der Vorfall nicht an die Affaire von Rendsburg!)

Die Quartierlast in **Holstein** wird sehr drückend. Die Kieler müssen vom 1. April an die Mannschaft voll beköstigen, incl. Brod, wofür sie ohne die bisherige Vergütung für die Quatiere nur 6$^1/_9$ Schilling täglich pro Mann erhalten. Die jetzige preußische Friedensgarnison ist dreimal so groß, als früher die dänische war. (Das soll eben zum Mürbemachen dienen.)

Eine Schwadron preußischer Dragoner kam schon am 30. vor. Mts. früh ganz in der Stille durch Hamburg und wurde sogleich weiter nach Holstein befördert.

London, 1. April. In seiner Mittwochsitzung war das Haus der Gemeinen zunächst wieder mit Irland beschäftigt, indem Sir S. Heygate auf zweite Lesung seiner „Bill zum Schutz der irischen Schafe" antrug. Es gibt in Irland nach der Schätzung dieses Mitglieds über eine Million Hunde („mehr als Anglikaner," wie die „Times" mit Anspiel auf die irische Kirchenfrage humoristisch bemerkt), welche wie in den orientalischen Städten herren- und nahrungslos umherschweifen, in den Zustand der Wildheit zurücksinken, Menschen anfallen und Schafe und Schweine zerreißen. Zur Abstellung dieses Uebelstands schlägt die Bill vor: herrenlose Hunde in die Acht zu erklären, und durch die Konstabler todtschießen zu lassen; Hunde, die einen Herrn haben, sollen registrirt und mit einer Kopfsteuer von einer halben Krone (1 fl. 30 kr.) belegt werden. Bestehe doch in England und Schottland bereits eine höhere Hundesteuer. Sir Robert Peel, der Minister für Irland, empfahl einige Abänderungen des Gesetzentwurfs, und Hr. Scully erklärte sich gegen den ganzen Vorschlag, als welchem eine arge Uebertreibung zu Grund liege. Indessen wurde die Bill unverändert zum zweiten Male verlesen. (Eine ganz grausige Schilderung dieser irischen Hundequal entwirft der „Globe". „Die Pächter", sagt er, „sind gezwungen, Nachtwächter zu halten, um die herrenlosen Hunde, diese Nachfolger der Wölfe, abzuwehren. Auch der Hund muß leben, oder denkt leben zu müssen, und frißt Lämmer noch lieber als Schafe. Der herrenlose Hund ist der Schrecken der über Land reisenden Aerzte, und nicht nur Geldeswerth zerstört er, sondern auch guten Ruf. Vor einigen Jahren fraßen die Hunde in Donegal eine Menge Schafe, und die Schuld schob man auf die Bauern. Ja, der irische Hund, und nicht die protestantische Staatskirche, ist die eigentliche und wahre Beschwerde Irlands."

Paris, 1. April. In der gestrigen Sitzung des gesetzgebenden Körpers betheiligten sich an der Discussion über das auf die Preßzustände bezügliche Amendement Staatsminister Rouher u. E. Picard. Das Amendement verlangt, daß die Presse unter die ordentlichen Gerichte gestellt werde. Die Worte Picards, und vielleicht noch mehr die des ersten Redners, Martel, scheinen nicht ohne Eindruck auf die Kammer geblieben zu sein. Denn trotz der sehr verständlichen Erklärungen des Staatsministers zu Gunsten der unbestimmten Fortdauer des gegenwärtigen Systems stimmten doch bei namentlichem Aufruf 63 Deputirte für das Amendement, das übrigens mit 187 Stimmen beseitigt wurde. Martel schloß in folgender Weise seine Rede: „Man muß, glaube ich, nach Konstantinopel oder nach Mexiko, oder in die Donauprovinzen (Gelächter) gehen, um eine der unsrigen ähnliche Gesetzgebung zu finden .... Ist es nun möglich, daß Frankreich einen solchen Zustand ertrage? Können wir nicht dem Kaiser, der den Stand der öffentlichen Meinung so wohl begreift, in unserer Adresse sagen, daß Frankreich von Unruhe und Trauer erfüllt ist, daß es sich angesichts einer Gesetzgebung gedemüthigt fühlt, welche es unter alle übrigen Nationen Europa's stellt? Ist nicht der Wunsch, den wir aussprechen, ein durch und durch ehrerbietiger Wunsch? ist er nicht werth, meine Herren, alle Aufmerksamkeit der Regierung auf sich zu ziehen? Denn wahrlich, wir sagen es in aller Aufrichtigkeit, wir sind nicht undankbar gegen sie. Der Kaiser hat große, sehr große Dinge vollbracht; wir schlagen sie ihm hoch an, und sind ihm dankbar dafür. Aber etwas sehr großes, vielleicht noch viel größeres, ist noch zu thun, Frankreich nämlich, ja der ganzen Welt, die auf uns schaut, zu beweisen, daß das Kaiserreich bestehen kann, ohne zu diesem gehässigen Mittel, Willkür genannt, seine Zuflucht nehmen zu müssen." Pelletan trat in einer Weise für das Amendement in die Schranken, daß einigen der Urheber desselben angst und bange ward, und der nach allen Seiten hin correkte Herr Latour-Dumoulin sich veranlaßt sah, gegen jede Solidarität mit den Ansichten Pelletans ausdrücklich zu protestiren. Unter anderem führte letzterer an, daß, als er eines Tages in eine Zeitung geschrieben: die Türkei habe bei Abfassung ihres neuen Preßgesetzes sich das französische System zum Muster genommen, der Großwessier, Fuad Pascha, sich dadurch sehr verletzt gefühlt und ihm den Text des türkischen Preßgesetzes zur nähern Einsicht zugeschickt habe. Dasselbe sei verhältnißmäßig so liberal, daß seine Einführung in Frankreich als eine wahre Wohlthat anzusehen wäre. Auf die von den Vertretern der Regierung stets vorgebrachte Behauptung: die Presse allein sei an dem Sturz aller früheren Re-

---

densband im Knopfloch, gab sich für einen reichen Liebhaber von Gemälden aus und äußerte den Wunsch, die Gallerie zu erwerben. Er betrachtete die Bilder lange mit Kennerblicken, und sagte dann: Offenbar verstand Ihr Onkel nicht viel von der Malerei; ich sehe hier Originalwerke von hohem Werth; daneben aber ganz werthlose Copien. Jedenfalls hat man das Vertrauen Ihres Verwandten gemißbraucht. Ich kann freilich nur die Meisterwerke gebrauchen, werde Ihnen aber, da Sie Alles verkaufen wollen, heut noch Jemand Anders schicken, der die Kopien und schlechteren Bilder kaufen soll, und zwar theurer als ein anderer Händler." Der Mackler war entzückt von dem Vorschlag; der Fremde traf eine Auswahl von Bildern, die Meisterwerke waren, bot einen guten Preis, der auch angenommen wurde und gab ein Aufgeld; dann taxirte er die anderen Gemälde auf den Wunsch des Hrn. P., und ging fort, mit dem Versprechen, sofort einen Käufer für die anderen zu senden. An demselben Tage kam wirklich ein Mann, der das Aussehen eines Trödlers hatte, und kaufte zu niedrigem Preise die zurückgesetzten Bilder. Der Erbe wartete indeß vergeblich von einem Tag zum anderen darauf, daß der erste Käufer wieder kommen sollte. Da besuchte ihn ein Freund des Verstorbenen, der die Gallerie vorzüglich gut kannte, und dem er von dem Handel erzählte. Ein Blick genügte ihm, um zu sehen, daß gerade nur die werthlosen Stücke zurückgeblieben waren, während alle Meisterwerke zu einem Spottpreise, fast umsonst, an den vorgeblichen Trödler verschleudert waren. Der Freund machte dem sehr verblüfften Hrn. P. begreiflich, daß er von zwei geschickten Industrierittern geprellt worden.

(Vorsicht!) Am vorigen Sonnabend hatte sich im Belgischen Dörfchen Niasly ein entsetzliches Unglück ereignet. Ein gewisser Garry, ein Steinbrecher, bemerkte beim Nachhausekommen, daß seine Lampe dem Erlöschen nahe war. Er nahm also eine Flasche Petroleum, und ohne die Lampe erst vorsichtig auszulöschen, begann er sie zu füllen. Sein dreijähriges Töchterchen sah ihm zu. Plötzlich vernahm man einen starken Knall und ein Feuerstrom ergoß sich über den Fußboden; einige Tropfen Petroleum waren an die Flamme gekommen und hatten die Explosion veranlaßt. Garry und seine Tochter, die Kleider mit dem flüssigen Feuer bedeckt, schrieen entsetzlich. Die Nachbarn eilten herbei und bemühten sich, die Flammen an der armen Kleinen zu ersticken, während der Vater, wahnsinnig vor Schmerz, durch das Dorf lief, um sich in einen nahegelegenen Teich zu stürzen. Es war ein seltsamer, fürchterlicher Anblick, zu sehen, wie der Unglückliche, in Flammen eingehüllt, die sich mehr als 1 Fuß über seinen Kopf erhoben, wie ein phantastisches Gespenst mitten durch die vor Schreck versteinerten Dorfbewohner jagte. Als sie von der Ueberraschung zurückgekommen, eilten sie dem unglücklichen Garry nach, zogen ihn aus dem Wasser, brachten ihn nach Hause und bemühten sich, ihm Pflege angedeihen zu lassen. Die Kleine, deren Körper mit Brandwunden bedeckt war, unterlag nach wenigen Stunden. Garry selbst starb nach 24 Stunden unsäglicher Qualen.

gierungen Schuld, erwidert **Pelletan** folgendes: „... Entweder waren diese Regierungen gut, oder sie waren schlecht. Wenn sie so gut waren und die Presse dadurch, daß sie dieselben stürzte, ein Verbrechen begangen hat, so sind Sie doch gewiß viel zu hochherzig, um die Erbschaft eines Verbrechens antreten zu wollen; und wenn Sie nun auch die Macht nicht wieder ihren frühern Eigenthümern zurückgeben, so müssen Sie doch mit gutem Gewissen wenigstens ihr Beispiel nachahmen und uns das parlamentarische System zurückgeben. Waren aber im Gegentheil diese Regierungen so abscheulich, so sollten Sie die Presse, anstatt sie zu verwünschen, segnen. Denn sie hat Sie zur Gewalt erhoben, und Sie dürfen sie, ohne undankbar zu sein, nicht angreifen. Auch Hr. **Guéroult** spricht einige Worte über die Ungerechtigkeit und Unklugheit, mit der man gegen die Presse verfahre. Die Erklärungen, welche Hr. **Rouher** auf diese Wünsche im Namen der Regierung abgeben zu müssen glaubt, sind kurz und bündig, und lassen keinen Zweifel darüber bestehen, daß die Regierung es noch lange nicht angemessen findet, von ihrem seitherigen System abzugehen.

Nach den neuesten Nachrichten steht das Räuberunwesen in den südlichen Provinzen Italiens, besonders in Sicilien in vollster Blüthe. In einer der belebtesten Straßen **Palermo's** wurde an 2 Personen am hellen Tage ein Raubmord begangen. Vom 1.—2. März hatte Palermo allein 6 Mordthaten aufzuweisen und am Morgen des 23. konnte man im Leichenhause der Stadt die Leichen von 5 in der Nacht vorher erdolchten Personen erblicken. Nun wird mit endlicher Genehmigung der Regierung daselbst die Nationalgarde mobilisirt, und der als sehr energisch bekannte Präfekt von Genua, Marchese Gualteria, ist zum Präfekten von Palermo ernannt. — Die Regierung wollte das Tabaksmonopol auch über Sicilien ausdehnen, aber die Handelskammer daselbst sprach sich entschieden gegen diese Unifikation aus, da hiedurch die freie Produktion eines wichtigen Artikels beschränkt würde. Sicilien liefert 14 Millionen Zentner Tabak jähelich.

Nach der einem **Petersburger** Blatte entnommenen Mittheilung des „Russ. Invaliden" wurden den 13. (25.) März zwischen der russischen Telegraphenverwaltung und dem Vertreter der amerikanischen Kompagnie, Sibley, ein Vertrag unterzeichnet, auf Grund dessen man demnächst zur Legung einer Europa mit Amerika verbindenden Telegraphenlinie durch die russischen Besitzungen schreiten wird. Diese Linie gedenkt man durch die Behringsstraße zu ziehen.]

Athen, 25. März. Der Finanzminister soll durch Herrn Krestenitis, der unter König Otto mehrmals Minister war, ersetzt werden. — Die Stimmung ist ruhiger. Die Deputirtenwahlen sind auf den 14. Mai a. St. festgesetzt. — Die Kammer wird wahrscheinlich im September einberufen werden. — **Balbis** ist zum Präsidenten des Staatsraths ernannt.

Frankfurter Börse (vom 26. März bis 1. April).

Samstag. Das Geschäft in der abgelaufenen Woche war in den ersten Tagen nicht recht belebt und hauptsächlich mit den Vorbereitungen zur Ultimo-Liquidation beschäftigt. Die Abrechnung am 30. ging für Amerikaner theilweise etwas schwer von Statten, während österr. Loose und Kreditaktien eher fehlten. Nach Ablauf des Ultimo zeigte sich in den letzten Tagen für österr. Fonds eine günstigere Stimmung, namentlich waren 1860er Loose beliebt und fest, sie verlassen die Woche mit einer Kursavance von beiläufig ¾ pCt. zu 85⅝; 1864er Loose schliessen um fl. ¾ höher zu 94⅛. Neue engl. Metalliques in täglicher reger Nachfrage.

Bei der jetzigen Geldabundanz und da die in letzter Zeit vorherrschende Sucht nach amerikanischen Papieren sich doch etwas gelegt zu haben scheint, wendet sich das Kapital wieder mehr den soliden Effekten zu. Süddeutsche Fonds zeigten fast durchgehends eine kleine Kursaufbesserung; gefragt waren namentlich 4½pCt. Bayern, 4pCt. Württemberger und Darmstädter, sowie auch Kurhessen, welche den Paristand erreichten. Von Pfandbriefen werden neue Finnländische fortwährend für Kapitalanlage genommen, auch 5pCt. sächsische Pfandbriefe.

Die verschiedenen New-Yorker Berichte, welche das rasch erfolgende Fallen des Goldagios (vom 22. März 157¾) verkündeten, haben in Europa auf den Kurs der amerikanischen Papiere nicht den erwarteten Eindruck gemacht. Theils traut man dem Dinge noch nicht so ganz, theils hat man sich gar zu sehr übersättigt und klagt über Unverdaulichkeit. Thatsache ist, dass die hiesigen Notirungen fast 3 pCt. unter New-Yorker Kurs geblieben sind und eine Rücksendung nur desshalb noch nicht eingetreten ist, weil man dann ein Zurückgehen in New-York erwartet. 1882er gestern bis über 60 gestiegen, schliessen heute matter zu 59⅞.

Von Kreditaktien nahmen österreichische, welche in den ersten Tagen der Woche wenig Variation hatten, gestern einen momentanen Aufschwung bis 196, gingen jedoch heute auf 194½ zurück und schliessen somit gerade wie vor 8 Tagen. Darmstädter erholten sich wieder etwas von ihrem vorwöchentlichen Rückgang und blieben heute ex Div. 229 Br. Meininger 101 bezahlt, die Dividende wird 7¼ pCt. betragen. — Von Zettelbankaktien Frankfurter gesucht und bis 144 gestiegen; österr. Nationalbank behauptet; Darmstädter Zettelbank 254 ex Div. Weimarische Bank desgleichen zu 100 bezahlt.

Von Eisenbahnen Ludwigshafen-Bexbacher gefragt und bis 149 gestiegen; bayer. Ostbahnen sehr fest; dieselben haben sich, während die meisten anderen Bahnlinien im Monat Februar Mindereinnahmen zeigen, auch in diesem Monat einer recht guten Mehreinnahme zu erfreuen. — Von Eisenbahn-Prioritäten bleiben Staatsbahnen und Lombarden gefragt, auch Livorneser in regem Verkehr.

Der Geldstand erhält sich in der bisherigen Flüssigkeit; gute Diskonten werden zu 2¾ pCt. von bekannter Seite willig genommen. Der Ausweis der Frankfurter Bank vom 31. März zeigt nur wenige wesentliche Veränderungen. — Von fremden Wechseln London und Paris matter, ersteres bis 119¼ zurückgegangen. Der bisherige grosse Bedarf für Retouren für importirte amerikanische Fonds hat durch das jetzige momentane Stocken der Zufuhr sehr nachgelassen. Wien bis 107¼ gestiegen, schliesst 107, um ⅝ besser als vor acht Tagen. (Akt.)

Hiezu die Beilage: „Würzburger Anzeiger".

Verantwortlicher Redakteur: A. Hartmann.
Druck und Verlag der Stabel'schen Buch- und Kunsthandlung in Würzburg

Cours der Staatspapiere.

Oesterr.	5 pCt. Met. (Cp. 1. S. b. R.)	—
"	5 pCt. Lomb. ditto. à 24	—
"	5 pCt. Engl. Met. v. 1852	80¼ P.
"	5 pCt. Engl. Met. v. 1859	78¾ P.
"	5 pCt. Venet. Coupon b. R.	86 P. 85¾ G.
"	5 pCt. Nationalanl. v. 1854	68⅝ P. ⅜ G.
"	5 pCt. Metall. Obligation.	62⅝ G.
"	4½ pCt.	56½ P.
Preussen	3½ pCt. Staatsschuldsch.	
Bayern	4½ pCt. Obl. 1jähr. dto.	102½ P.
"	4½ pCt. Obl. ½jähr. dto.	102 G.
"	4 pCt. Obl. 1jähr. dto.	99¼ P.
"	4 pCt. Obl. ½ jähr. dto.	99⅝ P.
"	4 pCt. Obl. Ab.-R. dto.	98½ P.
"	3½ pCt. Obl. dto.	—
Württemb.	4½ pCt. Obl. b. Rothsch.	105¼ P.
"	3½ pCt. Obl. dto.	94¾ P. ½ G.
Baden	4½ pCt. Obl.	—
"	3½ pCt. Obl. v. 1842	92¼ P.
Gr. Hess.	4½ pCt. Obl.	—
"	4 pCt. Obl. b. Rothsch.	101¼ G.
"	3½ pCt. Obl. dto.	97⅝ P.
Nassau	4½ pCt. Obl. dto.	102 G.
"	4 pCt. Obl. dto.	99¾ P.
"	3½ pCt. Obl. dto.	92½ P.
Frankfurt	3½ pCt. Obl.	96½ P.
"	3 pCt. Obl.	—
Spanien	3 pCt. inl. Sch. P. à fl. 2. 30	—
"	2¼ pCt. . . .	—
Schweden	4½ pCt. Obl. à 105 Thlr.	90¾ G.
N.Amerika	6 pCt. à 1000r. 1861 D. 2½	60¼ G.
"	6 pCt. ditto v. 1882 "	59⅞—⅛ G.

Diverse Aktien.

Frankfurter Bank à fl. 500 . . .	146½ P.
K. K. Oesterr. National-Bankaktien	851 P. — G.
Oesterr. Kreditbank-Aktien à fl. 200	193½ G.
Bayer. Hypothekenb. Pfandbriefe 4 pCt.	98 P.
Darmst. Bank 1. u. 2. Serie à fl. 250	231 P. 230 G.
Weimarische Bank à Thlr. 100 . .	100 G
Mitteldeutsche Kreditaktien . . .	101 G.
Intern. Bank in Lux. à 250 Frs. à 28 kr.	90¼ P.
Taunus-Eisenbahn à fl. 250 . . .	356 G.
Frankfurt-Hanauer-Eisenbahn . . .	102¾ P.
Oest. F.St.Eisb. 5pCt. 500 Fr. à 28 kr.	—
" Elisab.-Eisenbahn 5 pCt. . .	119½ P. 119G.
Böhm. Westbahn-Aktien à fl. 200 6/7	76 P. 75½ G.
Rhein-Nahe-Bahn 200 Thl. à 105 4pCt. Z.	31½ — ¼ G.
Ludwigshafen-Bexbacher à 4 pCt. .	149⅜ P.
dto. dto. Prior. à 4 pCt.	97⅜ P.
Pfälz. Maxb. b. Rothschild à 4½ pCt.	107½ G.
Oest. St.-Eisenb. Prior.-Oblig. à 3 pCt.	59¼ P.
Elisab.-Bahn Prior. 5 pCt. 6/7	80 P.
Südd. Bank-Akt., 40 pCt. Einz.	257 P. 255 G.
Span. Handels- und Industrie . .	—
Bayr. Ostbahn à 4½ pCt. volleinbez.	113¾ G
Bayer. Ostbahn mit 50 pCt. Einz.	112⅜ P.

Wechsel
in süddeutscher Währung.

Amst. fl. 100 k. S.	101 P.
Antwerp. Frs. 200 k.S.	94⅝ G.
Augsb. fl. 100 k. S.	99⅞ G.
Berlin Th. 60 k. S.	105 P.
Brem. 50 Th. Ld. k. S.	97⅜ P.
Brüssel Frs. 200 k. S.	94⅝ G.
Cöln Thlr. 60 k. S.	105 P.
Hamb. MB. 100 k. S.	88⅞ P.
Leipzig Th. 60 k. S.	105 P.
London Lst. 10 k. S.	119⅝ P.
Lyon Frs. 200 k. S.	—
Mail. Frs. 200 . .	94¼ G.
München fl. 100 k. S.	99⅞ G.
Paris Frs. 200 k. S.	94⅝ P.
Petersburg 50 S.-R.	—
Triest fl. 100 k. S.	—
Wien fl. 100 ö. W.	—
do. in öst. W. l. S.	107P. 106⅞ G.
Disconto	3½ pCt. G.

Anlehens-Loose.

Oesterr. fl. 250 v. 1839	143¾ P.
" fl. 250 v. 1854 mit 4pCt.	78⅞ P.
" fl. 500 v. 1860 6/7	85⅛P. 84¾G.
" fl. 100 Eisb. L. v. 1858.	—
" do. v. 1864.	95⅛P. 94⅝G.
Schwed. 10 Thlr. Loose	9½ G.
Badische fl. 50	—
Badische fl. 35	53½ P.
Kurhess. Thlr. 40 b. R.	[illegible] P.
Gr. Hessen fl. 50 b. R.	140 P.
" fl. 25 do.	37 P.
Nassau fl. 25 bei Rothsch.	35¾ P.
Sardinische Fr. 36 b. B.	—
Neuchateler 10 Frs.-Loose	—
Freiburger 15 Frs.-Loose	—
Mailänder 45 Frs. L. b. R.	—
St. Lüttich mit 2½ pCt. Z.	84¼ P.
Ansb.-Gunzenh. fl. 7-L.	10⅞ P.

Frankfurt, 3. April. Die Börse war für amerikanische Fonds in Folge von Gewinnstrealisationen wieder etwas matter; von österr. Papieren waren besonders Kreditaktien offerirt und niedriger, die übrigen gleichfalls matt, aber ziemlich unverändert; in Eisenbahnprioritäten war das Geschäft ziemlich belebt. (Synd.)

An die
k. Hof- und Staatsbibliothek
1 N. Würzb. Ztg.
München.

Neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht!

№ 95.	Vorausbezahlung: Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 1 fl. 30 kr. Bei Inseraten wird die dreispaltige Zeile in gewöhnlicher kleiner	62. Jahrgang.	Schrift oder deren Raum im Hauptblatte mit 6 kr., im Anzeiger mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franco.	Mittwoch, 5. April 1865.

Von bayerischen Abgeordnetenkreisen.

In der am 28. vor. Mts. stattgehabten Versammlung der Abgeordneten zur Bildung einer parlamentarischen Partei wurde bekanntlich ein Ausschuß zur Entwerfung eines Programms gewählt. Derselbe verstärkte sich im Wege der Kooptation durch die Abgg. Feustel und Thürmayer. Schon die Vorfrage, ob ein „elastisches" oder ein „präzises" Programm geschaffen werden solle, führte zu lebhaften Erörterungen. Während Schlör, der Redakteur des Programms, einen Entwurf nach ersterem Grundsatze in Vorlage brachte und bei Wiedenhofer, Krumbach und Landrichter Schmitt Unterstützung fand, sollen Hohenadel und die liberalen Genossen jenem Vorschlage auf's Entschiedenste mit der Verwahrung gegen jede „zugeknöpfte Politik" und mit der Erklärung entgegengetreten sein, daß das Kind beim wahren Namen genannt werden und das Programm selbst in der speziellen Aufführung der wichtigeren Prinzipienfragen bezüglich des innern Staatslebens einen Probirstein für wahrhaft freisinnige konstitutionelle Gesinnung bilden solle. In Folge dieses Widerstandes wurde auch das Programm zur Umarbeitung und genauern redaktionellen Fassung zurückgegeben. Der umredigirte Entwurf lautet nach dem „Nürnb. Korrespondenten":

„§ 1. Die Ueberzeugung, daß ein gemeinschaftliches Wirken Gleichgesinnter die Lösung der Aufgaben einer Volksvertretung fördere und erleichtere, hat die Veranlassung zur Bildung unseres Vereins gegeben. § 2. Zweck des Vereins ist freier Austausch der Meinungen zum Behufe der Verständigung und gegenseitiger Unterstützung. § 3. Als Grundlage des Vereins gilt die Uebereinstimmung in den großen politischen Prinzipien sowohl bezüglich der inneren als bezüglich der deutschen Politik. Innerhalb der Grenzen dieser Prinzipien wird die volle Gleichberechtigung individueller Auffassung anerkannt. § 4. Die Mitglieder des Vereins erkennen die Verpflichtung an, ihre von der Mehrheit abweichende Ansicht in den Vereinsversammlungen kundzugeben. Ebenso werden dieselben alle selbständigen Anträge, welche sie an die Kammer zu bringen gedenken, vor der Einbringung im Vereine anzeigen und deren Besprechung veranlassen. § 5. Kommen Fragen zur Entscheidung, gegenüber denen ein übereinstimmendes Votum des Vereins als nothwendig bezeichnet werden will, so ist in der Versammlung des Vereines deßhalb besonderer Antrag zu stellen und Beschluß zu fassen. § 6. Unser nächstes Ziel ist der rasche Ausbau derjenigen verfassungsmäßigen und sozialen Reformen, welche als eine nothwendige Konsequenz der bereits in's Leben getretenen Aenderungen in unserer Gesetzgebung sich darstellen. § 7. Die bisher bei der Gesetzgebungsreform maßgebenden Prinzipien erkennen wir als die richtigen an und finden in der freiheitlichen Entwickelung und Ausbildung des Rechtsstaates die sicherste Stütze der konstitutionellen Monarchie und die Bürgschaft für die Befriedigung der gerechten Wünsche unseres Volksstammes. § 8. Insbesondere halten wir eine Erweiterung der Kammer der Reichsräthe durch Wahl von Vertretern des größeren Grundbesitzes, der Industrie und der Universitäten für geboten, indem wir erst hiedurch die durch das bestehende Ministerverantwortlichkeitsgesetz bezweckten Garantien als verwirklicht erachten. § 9. Wir erstreben die gesetzliche Regelung der Verhältnisse der Dissidenten als eine nothwendige Konsequenz der in der Verfassungsurkunde zugesicherten Gewissensfreiheit. Den Vollgenuß der staatsbürgerlichen Rechte wollen wir jedoch für jede einzelne Religionsgenossenschaft von einem Akt der Legislation abhängig gemacht wissen. § 10. Die verfassungsmäßig garantirte Freiheit der Kirche in ihren inneren Angelegenheiten betrachten wir als eine Bürgschaft des konfessionellen Friedens und wollen dieselbe vollkommen aufrecht erhalten wissen. Dagegen muß das Recht des Staates in allen Angelegenheiten entschieden gewahrt werden, die auf staatliche und soziale Verhältnisse Bezug haben oder zurückwirken. Wir halten fest an dem Religionsedikte, als dem für die kirchlichen Verhältnisse maßgebenden Grundgesetze des Staates. Jeden Versuch, die in dieser Richtung bestehende Gesetzgebung zu verletzen oder zu umgehen, werden wir aufs Entschiedenste bekämpfen. § 11. Wir halten eine gesetzliche Regelung des öffentlichen Unterrichts in seinen hauptsächlichsten Grundlagen für ein Bedürfniß. § 12. Eine Aenderung unserer sozialen Gesetzgebung, ohnehin ein unabweisliches Postulat der materiellen Entwickelung, ist durch die bevorstehende Aenderung der Handelspolitik des Zollvereins und durch die Uebelstände des jetzigen Uebergangszustandes nur noch dringlicher geworden, und wir streben die Beseitigung aller Hemmnisse an, welche die volle Nutzbarmachung der individuellen Kräfte irgendwie hindern können. § 13. Die Schaffung von Gerichtshöfen für Entscheidung der streitigen Fragen aus dem öffentlichen und dem Verwaltungsrechte, die gesetzliche Regelung der Militärjustiz, die Umgestaltung der Heeres- und Landwehr-Verfassung mit Rücksicht auf die Sicherstellung der Wehrkraft des

Feuilleton.

Zwei preußische Minister.

Dr. Max Ring gibt in einem Feuilleton der „Neuen Freien Presse" folgende Charakteristik der preußischen Minister Bismarck und Roon: „Unter seinen Collegen am Ministertisch ragt nicht blos figürlich der Ministerpräsident, Hr. v. Bismarck, durch seine hohe Gestalt hervor, die noch imposanter erscheinen würde, wenn sie nicht durch seine vorn übergebeugte Haltung beeinträchtigt würde. Das Haupt desselben ist bekanntlich kahl, nur spärlich mit blonden Haaren besetzt, und dürfte dem Phrenologen zu seinen Studien manche interessante Partien bieten. Die hohe, gewölbte Stirn verräth eine nicht gewöhnliche Intelligenz; — unter dem gerade nicht verschönernden Nasenkneifer blicken die Augen scharf lauernd hervor. Ein dichter Schnurrbart beschattet die Oberlippe und gibt dem blassen, etwas pastösen Gesicht einen energischen Anstrich. Die Züge haben etwas Abgespanntes, Nervöses, und bei aller angenommenen oder wirklichen Ruhe zeigt sich eine gewisse Erregtheit und Reizbarkeit, die der vielbesprochene Staatsmann nicht immer zu beherrschen vermag. Während der Debatte in der zweiten Kammer sitzt er anscheinend apathisch und träumerisch zurückgelehnt in seinem Sessel; aber das leise Zucken seines Mundes, ein halb ironisches, halb spöttisches Lächeln bekundet, daß ihm kein Wort entgeht und daß er den Verhandlungen in der Stille die größte Aufmerksamkeit schenkt. Wenn er besonders angegriffen wird, was eben nicht selten vorkommt, so erhebt er sich plötzlich in seiner ganzen Länge, indem er eine herausfordernde Stellung ..ie ein Fechter auf der Mensur annimmt. Sein blasses Gesicht wird dann gewöhnlich noch um einige Linien blässer und seine Augen blitzen unter den schlaffen Augenlidern kühn hervor. Anfänglich noch bewegt, wird er im Verlauf der Rede ruhiger, aber zugleich sarkastischer und bitterer. Stimme und Haltung haben gewöhnlich etwas unbeschreiblich Verletzendes und Abstoßendes, obgleich der Redner die parlamentarischen Formen so viel als möglich zu wahren sucht und augenscheinlich das Bestreben zeigt, bei aller inneren Erregtheit ruhig und kalt zu erscheinen. — An seiner Seite sitzt in der zweiten Kammer der Hr. Kriegsminister v. Roon, ein einfacher, bis zum Halse zugeknöpfter Soldatenrock. Die gedrungene Figur und das offene, geistvolle Gesicht passen zu dem militärisch-freien Wesen und Auftreten des Mannes, der alle Vorzüge und Mängel des preußischen Soldatenthums in sich vereint. Unstreitig besitzt Hr. v. Roon ein bedeutendes Talent und eine entschiedene Rednergabe, die sich in kurzer Zeit bis zu ihrer jetzigen Höhe entwickelt hat. Sein Vortrag ist stets klar, präcise und sachgemäß; was er spricht, zeigt von seinem Standpunkt aus gesunden Verstand und einen richtigen Blick, obgleich ihm die höhere staatsmännische Einsicht mehr oder minder abgeht und sich seine Ideen in einem beschränkten Kreise

Staates und die Schonung seiner finanziellen und wirthschaftlichen Kräfte, und unter Wahrung des der Volksvertretung gebührenden Einflusses auf die Größe des Heeres, halten wir für Postulate, deren Erfüllung anzustreben ist. § 14. Wir halten fest an dem Glauben und an der Hoffnung auf eine Einigung Gesammt-Deutschlands in einem deutschen Parlamente, überzeugt, daß jeder deutsche Volksstamm einer solchen Einigung bereitwillig die nöthigen Opfer bringen wird. § 15. Jede Art von Hegemonie eines Stammes oder Staates, — gleichgiltig in welcher Form eine derartige Institution geboten würde, wollen wir fortan wie bisher mit aller Entschiedenheit bekämpfen. § 16. Jeder Akt der Vergewaltigung an einem deutschen Staate oder Stamme zu Gunsten eines Einzelnstaates ist ein Rechtsbruch, den die ganze deutsche Nation als einen Angriff auf ihre Existenz mit allen ihr zu Gebote stehenden Mitteln bekämpfen wird."

Vorstehendes Programm wurde von der betreffenden Fraktion bei der Berathung am 3. d. — in dem neuen Lokale, Weinwirthschaft Langlois — nach einem Telegramm der „A. Abdz.", vorbehaltlich einiger Redaktionsänderungen, angenommen. Achtunddreißig Abgeordnete nahmen an der Versammlung Theil, von denen sieben erklärten, mit dem Programm nicht einverstanden zu sein und der Fraktion nicht beitreten zu wollen.

Unter der Bezeichnung „vereinigte Linke", schreibt man dem „N. Korr." aus München vom 3. d., wird sich ein neuer Klub bilden. Als Versammlungslokal ist der „Oberpollinger" ausersehen. Die „vereinigte Linke" ist jedoch nur eine parlamentarische Fraktion innerhalb der Kammer selbst, während die Fortschrittspartei, die übrigens auch ihr bisheriges Versammlungslokal im „Max Emanuel" aufgibt, als solche hiedurch weder in ihrer Organisation noch in ihrem Programm berührt wird. Der Standpunkt in der deutschen Frage bleibt bei dieser Vereinigung außer allem Spiel, das Zusammenwirken wird vielmehr auf die Fragen der inneren Politik beschränkt, welche beim Landtag zur Verhandlung kommen. Die sämmtlichen Mitglieder der Fortschrittspartei und alle hier anwesenden Pfälzer Abgeordneten sind dem neuen Klub bereits beigetreten. Der Beitritt steht jedem Abgeordneten frei, welcher in seinen Anschauungen in den Fragen der inneren Politik mit denen des neuen Klubs übereinzustimmen glaubt. Ein Glaubensbekenntniß in der deutschen Frage wird von Niemand gefordert werden, sowie auch Niemand durch den Beitritt zum Klub in Beziehung zur Fortschrittspartei als solcher tritt. Wie weiter mitgetheilt wird, besteht die Absicht, bei erster Gelegenheit in demonstrativer Weise darzuthun, daß die Fortschrittspartei in Bayern jede Solidarität mit dem Nationalverein selbst ablehne; daß sie zwar den Partikularismus bekämpfe, aber nicht blos daheim, sondern überall, wo er sich weigere, dem Gesammtvaterlande Opfer zu bringen, daß sie aber weit davon entfernt sei, die sog. preußische Spitze zum Zielpunkt ihres Strebens zu machen, und noch weniger, sie Jemanden aufzudringen.

Ueber Vorgänge, welche bei der Wahl des Adreßausschusses der Abgeordnetenkammer gespielt haben, schreibt man der „Augsb. Abdztg.": „Vor Allem soll hierüber unter den „liberalen" Fraktionen die Parole dahin ausgegeben worden sein, von der Wahl Desjenigen abzusehen, den man als die Hauptursache der bekannten Frankfurter Protestation betrachtet; bezüglich einiger anderer Mitglieder des fraglichen „Protestantenklubs" wurde „aus Zweckmäßigkeitsrücksichten" und wohl auch, um den Vorwurf parteilicher Intoleranz abzuwenden, eine Art Kompromiß geschlossen, als dessen Produkt zum größeren Theile die Wahl jener 11 Abgeordneten betrachtet werden kann, welche im ersten Skrutinium die Majorität erhielten. Unerklärlicher und scheinbar weniger vereinbar mit den Grundsätzen eines in seiner größern Majorität „liberal" geltenden Hauses dürfte das Resultat des zweiten Skrutiniums sein. Die meisten Stimmen im ersten Skrutinium nach Denen, welche absolute Majorität erlangt hatten, waren auf Dr. G. Schmitt, Frhrn. v. Lerchenfeld, Franz, Mandel, Bischof, Pierten, Louis, Thürmayer, Pfarrer Dr. Ant. Schmid, Pfarrer Boos und v. Paur gefallen. Obwohl nun Dr. Gottfr. Schmid anerkanntermaßen der klerikalen Richtung huldigt, wurde sowohl er, als Pfarrer Dr. Schmid von Schrobenhausen, dessen Farbe man übrigens mit Verlässigkeit zu erforschen bis heute sich vergeblich bemüht hat, gewählt, Ersterer im Hinblicke auf die große Zahl der im ersten Skrutinium erhaltenen Stimmen, Letzterer aber aus dem Grunde, weil man dem protestantischen Pfarrer Gelbert in einem katholischen Geistlichen einen Seitenmann stellen wollte, und sich die Fortschrittspartei in dieser Beziehung gegenüber dem Pfarrer Boos für Schmid erklärt hatte. Franz und Mandel reihten sich schon der Stimmenzahl des ersten Skrutiniums nach zunächst an Dr. Gottf. Schmitt an, und vereinigten namentlich auch jene konservativen und liberalen Stimmen in sich, welche die Wahl des Freiherrn v. Lerchenfeld, sei es im Hinblicke auf die Hoffnungslosigkeit ihres Versuchs, sei es aus Grundsatz, von ihrem Programme gestrichen hatten. Der politischen Färbung nach gruppiren sich die Mitglieder etwa wie folgt: Pözl, Edel, Neumayr, Hirschberger, Wiedenhofer, Dr. Schmitt, Dr. Pf. Schmid von der altkonservativen, Hohenadel, Franz, Schlör, Mandel der liberalkonstitutionellen Mittel- und Umbscheiden, Gelbert, Dr. M. Barth und Dr. Völk der Fortschritts-, resp. Pfälzerfraktion.

(Amtliche Nachrichten.) **München,** 3. April. Se. Maj. der König hat die prot. Pfarrei Seubersdorf dem bisherigen Pfarrer in Weißenbronn, G. Mayer, verliehen; für die durch den Austritt des Privatiers G. Fischer sen. aus der Kirchenverwaltung der prot. Stadtpfarrei München eröffnete Stelle eines Mitgliedes dieser Verwaltung den Fabrikanten L. Hänle bestätigt; den Revierförster K. Flechsel von Lichtenau nach Schnaittach, und an dessen Stelle nach Lichtenau den Revierförster H. Kühlwein von Schnaittach, auf ihr Ansuchen versetzt; die kathol. Pfarrei Wiesau, Bezirks-Amts Tirschenreuth, dem Priester A. Pongratz, Pfarrer in Unterauerbach, Bez.-A. Neunburg v/W., übertragen.

Wien, 3. April. Das Unterhaus hat in seiner heutigen Sitzung das Budget des Kultus nach den Anträgen des Finanzausschusses angenommen. Der Abgeordnete Greuter aus Tyrol ist gegen den Abstrich der Subvention für die Franziskaner in Sign in Dalmatien; er wirft der Regierung vor, daß sie die Wahlfreiheit in Dalmatien beeinträchtigt habe. Der Staatsminister Ritter v. Schmerling entgegnet, daß in Tyrol von anderer Seite auf die Wahlen eingewirkt wurde.

---

bewegen. Innerhalb dieser Sphäre behauptet er sich jedoch mit großer Sicherheit und zwingt selbst seinem Gegner die ihm gebührende Achtung ab. Er kämpft für seine Sache mit offenem Visir und mit scharfen, aber nicht vergifteten Waffen, wenn er auch in der Hitze des Gefechts sich zu leidenschaftlichen Ausfällen hinreißen läßt. Bei aller Ritterlichkeit fehlt es ihm nicht an selbatischer Schlauheit und Kriegslist, die er zur gelegenen Zeit zu verwerthen weiß."

Vermischtes.

An der epidemischen Gehirn- und Rückenmarks-Entzündung (Meningitis spinosa, Spinitis, Myolitis) sind seit dem Herbste v. J. zu Erlangen, unter 17 bekannt gewordenen Fällen, meist Kinder (14), gestorben; über ursächliche Momente wurde bis jetzt noch nichts ermittelt, vielmehr trat die Krankheit meist plötzlich und unerwartet auf. In Fürth sind in längeren oder kürzeren Zwischenräumen 6 Fälle vorgekommen. Dieselben endeten nach raschem Verlaufe sämmtlich mit dem Tode. Auch in Preußen, in den Kreisen Karthaus und Berent, sind solche Erkrankungen zur Beobachtung gelangt. Nach einer Mittheilung von W. H. Draper in der „Americ. med. Times" soll diese Krankheit schon im Jahre 1528 beobachtet worden sein und sich, der Pest vorangehend, über ganz Europa verbreitet haben; ebenso im Jahre 1574. (Dr. Bonhoff in Bad Königshof bei Minden theilt der „Ztg. f. Nordd." in Bezug auf diese Krankheit mit: „Das allein, aber auch sicher und rasch helfende Mittel ist Atropin in homöopathischer Gabe. In den Fällen, wo man der Mundklemme wegen nicht im Stande ist, es innerlich zu geben, genügt schon eine etwas stärkere Gabe, 4—5 Tropfen der zweiten Verdünnung, zwischen Zähne und Wangen gebracht; noch sicherer ist eine Injektion unter die Haut im Nacken. Der Erfolg ist so sicher, daß ein tödtlicher Verlauf zu den Seltenheiten gehören wird. Es versteht sich, daß bei dem ungeheuer rapiden Verlaufe die schnellste Hilfe auch hier zu leisten, da, wie beim Croup, Ausschwitzungen sehr rasch erfolgen.")

(Amerikanische Industrie.) Im amerikanischen Kongreß wurde kürzlich eine sonderbare Enthüllung gemacht. Wie es scheint, wird seit einiger Zeit eine ungeheure Menge von Statuen in die Vereinigten Staaten eingeführt, was eine sonderbare plötzliche Richtung des allgemeinen Geschmacks auf die schönen Künste anzudeuten scheint. Und was das Merkwürdigste ist, alle diese Statuen sind gleich, es sind unabänderlich Göttinnen der Freiheit, nur noch mit kleinen Abweichungen durch Beziehungen auf Washington, Jefferson und andere Helden des Unabhängigkeitskrieges, — Alles in Blei gegossen. Was bedeutet dies? Man hat darüber nachgedacht, und das Resultat dieser Betrachtungen ist ein Antrag des Hrn. Morril, die Einfuhr von Blei in Gestalt von Statuen zu verbieten. Dabei ergab sich in der Kammer folgender Dialog: Hr. Kernan (New-York): Will Hr. Morril uns wohl sagen, wozu er dieses Verbot eingeführt zu sehen wünscht? Hr. Morril:

Berlin. Zu der vom Sechsunddreißiger-Ausschuß veranstalteten Konferenz war auch Professor v. Sybel eingeladen worden, der, durch Krankheit verhindert, seine Ansicht schriftlich dahin abgegeben hat, die preußischen Forderungen müßten einfach unterstützt, resp. acceptirt werden. Im geraden Gegensatz zu ihm nahm Kolb von Speyer (gleichfalls schriftlich) das Selbstbestimmungsrecht für dieselben im weitesten Umfang in Anspruch; betonte, daß Schleswig-Holstein allerdings einem Gesammtdeutschland sich unterzuordnen habe, daß aber Preußen nicht Deutschland, sondern weit eher, zumal bei seinen jetzigen Verhältnissen, ein Hinderniß für die Einigung Deutschlands sei. Dieser Anschauungsweise soll die von Christmann (Pfalz), Tafel und Fetzer (Stuttgart) sich prinzipiell anreihen. Der Vorsitzende Dr. Müller von Frankfurt hob hervor, daß das Selbstbestimmungsrecht des schleswig-holsteinischen Volks das Grundprincip der Thätigkeit des Ausschusses sein und bleiben müsse.

M. **Bremen,** 2. April. Die Aufrufe, welche zu dem zweiten deutschen Schützenfeste an die Deutschen im Ausland ergangen sind, haben jenseits des Oceans an vielen Orten lebhafte Theilnahme hervorgerufen. Eine zahlreiche Betheiligung der Deutschen in Ohio ist in Aussicht gestellt. Auch in Brasilien werden die Deutschen von der dortigen „Germania" zur Theilnahme aufgefordert. — Die baulichen Arbeiten auf dem hiesigen Festplatze schreiten rüstig fort. — Das Hauptgebäude soll so viel Raum gewähren, daß 5000 Personen darin gleichzeitig speisen können. — Das Wohnungskomite hat vor einigen Wochen Aufrufe erlassen, um für den größeren Theil der Gäste Aufnahme bei den Bürgern Bremens zu erlangen. — Der schwerste und undankbarste, weil prosaischste Theil der Arbeiten ruht augenblicklich auf den Schultern des Wirthschaftskomite's, das ununterbrochen beschäftigt ist, durch Verträge mit Lieferanten aller Art, für die Beschaffung von Tischgeräth und Tischzeug, Brod, Wein und Fleisch und Allem, was zur Erhaltung des physischen Menschen erforderlich ist, zu sorgen.

London, 1. April. In der Unterhaussitzung vom 31. März fand folgende (telegraphisch kurz gemeldete) eigenthümliche Conversation statt. Hr. Newdegate fragte, ob J. M. Regierung die neulich im französischen Senat vom Cardinal de Bonnechose gehaltene Rede und die Artikel der Pariser Presse darüber, besonders den des Journal des Débats, beachtet habe, wornach es scheine, daß der Papst unter gewissen Umständen seinen Wohnsitz im Vereinigten Königreich aufzuschlagen beabsichtige. Sei J. M. Regierung der Meinung, daß es, im Interesse der inneren Harmonie und der äußeren Ruhe des brittischen Reichs, rathsam sein würde, den Papst nach England einzuladen, oder seinen Aufenthalt darin zu gestatten? (Das fromme Mitglied, welches diese Fragen mit feierlicher ernster Miene ablas, wurde vom Haus mit schallendem Gelächter begrüßt.) Lord Palmerston: Was den ersten Theil der Frage betrifft, so habe ich täglich so viel zu lesen, zu schreiben, und mit so vielen Personen zu sprechen, daß ich den Kammerdebatten und Zeitungsartikeln des Auslandes unmöglich so viele Aufmerksamkeit schenken kann wie andere Personen. (Gelächter.) In die fragliche Rede des Cardinals Bonnechose habe ich erst heute Nachmittags einen Blick geworfen in meinem Wagen, als ich hieher nach dem Parlamentshaus fuhr. Wie ich mit Leidwesen bemerkte, hat der fromme Cardinal in seiner Rede England als den natürlichen Feind Frankreichs beschrieben. (Gelächter.) Den Artikel J. d. Débats habe ich nicht gelesen. Alles, was ich über die Sache selbst sagen kann, ist: die Frage greift in die Zukunft vor, und berührt eine zur Zeit in großen Zweifel gehüllte Eventualität. Der ehrenw. Gentleman nimmt an, daß der Papst am Ende der durch die französisch-italienische Convention gesteckten Frist von zwei Jahren Rom werde verlassen müssen, wenn er nicht daraus verjagt sein wolle. Das kann geschehen, und kann nicht geschehen. Was den zweiten Theil der Frage betrifft, so fühlt Ihrer Maj. Regierung, wie groß Jedermann, für den Papst persönlich, als das Oberhaupt eines großen Theils der Christenheit, größte Hochachtung, und wir würden demselben diese Hochachtung gern auf jede geeignete Weise bezeigen (Hört!) Aber dagegen, daß der Papst seinen Wohnsitz in England aufschlüge, müßten sich natürlich so viele Einwendungen erheben, daß es, darf ich sagen, ein politischer Solöcismus oder vielmehr Anachronismus sein würde. (Zuruf.) Aus Papieren, die dem Parlament vor anderthalb oder zwei Jahren vorgelegt wurden, ist indessen bekannt, daß damals Hr. Russell, Englands Repräsentant in Rom, dem Papst Pius IX. erklärte: wenn er sich veranlaßt sehen sollte, einen Wohnsitz außerhalb Italiens zu nehmen, und er es passend fände, denselben in Malta aufzuschlagen, so würde für seine dortige Bequemlichkeit alle Vorsorge getroffen werden. Das ist die Antwort, die ich dem ehrenwerthen Gentleman zu geben habe." (Beifall.) Damit ließ man das Thema fallen.

London, 2. April. Der gemeldete Friedensschluß in Montevideo ist ganz besonderer Art: die Stadt ist nämlich den Brasilianern übergeben worden, und Flores hat „einstweilen" die Präsidentschaft des Freistaats übernommen.

London, 3. April. In der Unterhaussitzung hielt Lord Palmerston dem Herrn Cobden eine Nachrede, in welcher er dessen uneigennützige Bemühungen für den Freihandel und den französischen Handelsvertrag besprach. Deßgleichen Disraeli und Bright. (Tel.)

Paris, 2. April. Gestern ist der Regierung eine Depesche des Grafen Sartiges zugegangen, in welcher der Gesandte erklärt, seine Stellung in Rom sei nicht länger haltbar.

Paris, 4. April. Der „Moniteur" hat Berichte aus Syrien, welchen zufolge Karam sich in Folge einer Uebereinkunft zwischen dem Patriarchen und Daud Pascha unterworfen hat.

Der deutsche Turnverein in **Paris** ließ die Einladung zu einem ersten größeren deutschen Turnfeste in der französischen Hauptstadt ergehen. Die Mitglieder des jungen, aber tüchtigen und strebsamen Vereins wollen damit zunächst eine allgemeinere Beachtung des deutschen Turnens anbahnen, dann aber dem deutschen Elemente in Paris überhaupt zu größerem und verdientem Ansehen verhelfen. Ob ihr Wunsch in Erfüllung gehen wird, ist freilich bei den materiellen Opfern, die eine Reise über den Rhein mit sich bringt, zweifelhaft.

Weil man Blei unter der Gestalt von Statuen der Freiheit einführt. Hr. Kernan: Unter der Gestalt von Statuen oder von Blöcken, um daraus Statuen zu machen? Hr. Morril: Auch unter der Gestalt von Washington, Jefferson u. A. Hr. Kernan: Wo geschieht das? Hr. Morril: In New-York. Hr. Eldridge (New-York): Wer thut dies? Hr. Stevens erhebt sich und zaudert, zu antworten, aber der Ruf: „Reden Sie! Hört!" bestimmt ihn dazu. Nun gut, sagte er, es ist das Haus Phelps, Dodge u. Co. Die Moral von der Geschichte ist also, daß die Statuen und Gegenstände der Bildhauerkunst überhaupt zollfrei sind, um die schönen Künste zu fördern, und daß Blei in Blöcken eine beträchtliche Abgabe zahlt. Das Haus Phelps, Dodge u. Co. schmilzt die Statuen ein und verkauft sie dann mit großem Profit an die Regierung, welche daraus Kugeln gießen läßt, um so stückweis die Freiheit dem Süden zu bringen.

Morny's Memoiren befinden sich, wie dem „Vaterland" geschrieben wird, nicht in Paris und in den Händen des Kaisers, wie es kurz nach Morny's Tode hieß, sondern in Rußland an sicherem Orte. Es ist zwar durch den Willen des verstorbenen Herzogs selbst dafür gesorgt, daß sie nicht vor Napoleons Tode veröffentlicht werden, aber sie enthalten so unangenehme Dinge, daß der Kaiser auch um seiner Nachkommen willen ihre Existenz beklagt. „On frappera mon fils, ma dynastie", soll er sich hierüber geäußert haben.

(Nr. 3.) **Charade.**

Mein erster ist ein gierig fressend Thier,
Als Schreck der Meere aller Welt bekannt;
Nimm für den Kopf ein ander Zeichen Dir,
So wird es gleich ein Theil vom Meeresstrand.

Mein zweites ist als Ausdruck sehr beliebt
Bei Leuten, denen ihr Gedächtniß meist
Für Eigennamen keinen Anhalt gibt,
Wo es als passend Flickwort sich erweist.

Mein drittes ist dem Landmann wohlbekannt,
Es ist sein Alles, seine kleine Welt,
Und wird gar fleißig mit geschäft'ger Hand
Gleich Wies' und Acker stets von ihm bestellt.

Mein Ganzes suche ja nur nicht zu weit,
Es würde kaum der Mühe sich verlohnen;
Gott laß noch lange, lange unsre Leut',
In seinen Räumen emsig handelnd wohnen.

d.

Auflösung der Homonyme Nr. 2: Wechsel.

Digitized by Google

Die Unruhen in **Bordeaux**, welche durch die Arbeitseinstellung Seitens der Fabrikarbeiterinnen der Tabaksmanufaktur erfolgt sind, dauern fort. 700 derselben haben zwar ihre Arbeit wieder aufgenommen, aber 700—800 weigern sich noch, wieder ins Geschäft zu gehen, und durchziehen die Stadt. Großartige polizeiliche Maßregeln sind getroffen worden. Auch die Hutmachergesellen von Bordeaux haben ihre Arbeiten eingestellt. Sie verlangen höhern Lohn.

Madrid, 3. April. Die „Epoca" berichtet von einer über die italienische Frage gehaltenen Conferenz zwischen dem Nuntius und dem Marschall Navarez. Der Letztere erklärte darin, Spanien würde das Recht des Papstes respektiren, halte aber eine Politik der Versöhnlichkeit für nothwendig.

Aus **Turin**, 30. März, schreibt man der „Allg. Zeitung": „Neapolitanischen Berichten zufolge wäre eine wohlbekannte Persönlichkeit aus der nächsten Umgebung Franz' II. von der italienischen Regierung erkauft worden, um derselben höchst wichtige Dokumente in die Hände zu spielen. Diese Persönlichkeit, die keine andere als Hr. U. sein soll, ist bereits von Rom nach Neapel gereist, und hat den Behörden das Hausarchiv des neapolitanischen Zweigs des Hauses Bourbon vom Jahr 1855—1860 eingehändigt. Andere höchst werthvolle Schriftstücke wurden gleichzeitig übergeben, worunter wichtige Andeutungen über das Brigantenwesen. (Der „Pungolo di Napoli" vom 26. März erzählt die ganze Geschichte ausführlich. Der Beamte heißt Mira. Vor seinem Abgang aus Rom richtete er einen Brief an Franz II., welchen das genannte Blatt ebenfalls vollständig mittheilt. Der Schluß lautet: „Dem bürgerlichen Leben zurückgegeben durch den Ausspruch desselben Tribunals, das den Prozeß gegen mich anhängig machte, will ich mich rächen, indem ich vor aller Welt die Perfidien, Intriguen und Infamien meiner Verleumder enthülle. Ich will dem Spruche des römischen Tribunals den Wahrspruch der öffentlichen Meinung folgen lassen: die Infamie wem sie gehört. Und wenn ich etwa in der Darlegung der Thatsachen Dinge enthüllen muß, welche in meiner Brust hätten begraben bleiben sollen, so beschuldigen Sie nicht mich, sondern die Ungerechten, die mich so weit getrieben haben. Ich scheide aus Rom, um nicht mehr unter diese Meuchelmörder zu fallen, ich will mich der Ungerechtigkeit dieser Schurken entziehen, welche die Folgen meiner Verachtung fühlen sollen. Rom, 24. März 1865." — Von den älteren jener Papiere sind dem „Pungolo" zufolge die meisten mit Randglossen von der Hand des Königs versehen; unter den neueren befinden sich die von Franz II. unterzeichneten Ernennungen der „Generale" Cipriano und Giona La Gala, Pilone, Caruso und Ninco-Nanco.")

Turin, 3. April. In der heutigen Sitzung der Deputirtenkammer wurde ein Gesetzentwurf über den Bau mehrerer Panzerschiffe vorgelegt.

Athen, 28. März. Dem traurigen Zustand unserer Finanzen ist einige Erleichterung geworden. Herr Stamatios-Decozi Buros, einer der reichsten griechischen Bankiers, hat der Regierung ein Darlehen von 400,000 Drachmen angeboten, um den dringendsten Bedürfnissen des Staatshaushaltes abzuhelfen. Die Bank von Corfu hat der Regierung zu gleichem Zwecke eine Million Drachmen zur Verfügung gestellt. Dies hat die Opposition in sehr üble Laune versetzt und sie beschuldigt die Regierung, daß sie dem Lande neue Schulden aufbürde.

Konstantinopel, 22. März. Die telegraphische Verbindung Konstantinopels mit der Hauptstadt Persiens, Teheran, ist dieser Tage eröffnet worden. Eine Depesche nach Teheran kostet 321, nach Tauris 390, Ispahan 373, Buschir 454 Piaster. Die erste Depesche, die von Teheran hierher bloß 3 Stunden und einige Minuten brauchte, bezieht sich auf die neugeschlossene türkisch-persische Allianz, eine Lieblingsidee John Bulls, der eine muselmännische Staaten-Conföderation zu begründen wünscht, um den russischen Annectirungsgelüsten in Centralasien entgegen zu arbeiten, hauptsächlich aber, um Persien gleich der Türkei enger an sich zu knüpfen. — In Dscheddah beginnt der Handel mit schwarzen, besonders abessinischen Sklaven beiderlei Geschlechts einen neuen lebhaften Aufschwung zu nehmen. — König Theodor von Abessinien hält noch immer den englischen Consul Cameron und einige seiner Genossen im strengsten Gewahrsam. Diese unglücklichen Europäer sind der grausamsten Behandlung dieses rohen afrikanischen Despoten ausgesetzt.

Konstantinopel, 1. April. Der Vertrag bezüglich der Umwandlung der innern Schuld ist von den Vertretern der hohen Pforte und den Agenten des Hrn. Laing unterzeichnet worden. Ein Spezialbevollmächtigter wird sich nach London begeben, um wegen Theilnahme der osmanischen Bank an dieser Operation zu unterhandeln. Das kaiserliche Dekret, welches den Vertrag sanctionirt, wurde gestern ebenfalls unterzeichnet. (Tel.)

Hiezu die Beilage: „Würzburger Anzeiger".

Verantwortlicher Redakteur: A. Hartmann.
Druck und Verlag der Stabel'schen Buch- und Kunsthandlung in Würzburg

Cours der Staatspapiere.

Oesterr.	5 pCt. Met. (Cp. i. S. b. R.)	—
„	5 pCt. Lomb. ditto. à 24	—
„	5 pCt. Engl. Met. v. 1852	60 3/8 G.
„	5 pCt. Engl. Met. v. 1859	78 3/8 P.
„	5 pCt. Venet. Coupon b. R.	86 P. 85 3/4 G.
„	5 pCt. Nationalanl. v. 1854	68 2/8 P.
„	5 pCt. Metall. Obligation.	63 1/2 P. 1/8 G.
„	4 1/2 pCt.	56 2/8 P.
Preussen	3 1/2 pCt. Staatsschuldsch.	
Bayern	4 1/2 pCt. Obl. 1jähr. dto.	102 P.
„	4 1/2 pCt. Obl. 1/2jähr. dto.	102 1/2 P.
„	4 pCt. Obl. 1jähr. dto.	99 1/8 P.
„	4 pCt. Obl. 1/2 jähr. dto.	99 1/4 P.
„	4 pCt. Obl. Ab.-R. dto.	98 1/2 P.
„	3 1/2 pCt. Obl. dto.	—
Württemb.	4 1/2 pCt. Obl. b. Rothsch.	105 1/8 P.
„	3 1/2 pCt. Obl. dto.	94 3/4 P. 1/2 G.
Baden	4 1/2 pCt. Obl.	—
„	3 1/2 pCt. Obl. v. 1842	92 1/4 P.
Gr. Hess.	4 1/2 pCt. Obl.	—
„	4 pCt. Obl. b. Rothsch.	101 1/4 G.
„	3 1/2 pCt. Obl. dto.	97 5/8 P.
Nassau	4 1/2 pCt. Obl. dto.	102 1/2 P.
„	4 pCt. Obl. dto.	99 7/8 P.
„	3 1/2 pCt. Obl. dto.	91 1/2 G.
Frankfurt	3 1/2 pCt. Obl.	96 1/8 P.
„	3 pCt. Obl.	—
Spanien	3 pCt. inl. Sch. P. à fl. 2. 30	—
„	2 1/4 pCt. „ „ „	—
Schweden	4 1/2 pCt. Obl. à 105 Thlr.	90 3/4 G.
N.Amerika	6 pCt. à 100 r. 1881 D. 2 1/2	60 7/8 P.
„	6 pCt. ditto r. 1882 „	60 3/8—1/4 G.

Diverse Aktien.

Frankfurter Bank à fl. 500	148 1/2 P.
K. K. Oesterr. National-Bankaktien	851 P. — G.
Oesterr. Kreditbank-Aktien à fl. 200	194 1/2 P. 193 1/2 G.
Bayer. Hypothekenb. Pfandbriefe 4 pCt.	97 3/4 P. 5/8 G.
Darmst. Bank 1. u. 2. Serie à fl. 250	232 P.
Weimarische Bank à Thlr. 100 . .	100 G
Mitteldeutsche Kreditaktien . . .	101 P.
Intern. Bank in Lux. à 250 Frs. à 28 kr.	90 1/2 P.
Taunus-Eisenbahn à fl. 250 . . .	356 G.
Frankfurt-Hanauer-Eisenbahn . . .	102 1/2 P.
Oest. F.St.Eisb. 5pCt. 500 Fr. à 28 kr.	—
„ Elisab.-Eisenbahn 5 pCt. . .	119 1/4 P.
Böhm. Westbahn-Aktien à fl. 200 6/7	—
Rhein-Nahe-Bahn 200 Thl. à 105 4pCt. Z.	—
Ludwigshafen-Bexbacher à 4 pCt. .	148 1/2 P.
dto. dto. Prior. à 4 pCt.	97 3/8 P.
Pfälz. Maxb. b. Rothschild à 4 1/2 pCt.	107 1/2 P.
Oest. St.-Eisenb. Prior.-Oblig. à 3 pCt.	52 1/4 P.
Elisab.-Bahn Prior. 5 pCt. 6/7	79 G.
Südd. Bank-Akt., 40 pCt. Einz.	257 P. 255 G.
Span. Handels- und Industrie . .	—
Bayr. Ostbahn à 4 1/2 pCt. volleinbez.	114 1/2 P.
Bayer. Ostbahn mit 50 pCt. Einz.	113 3/8 P.

Wechsel
in süddeutscher Währung:

Amst. fl. 100 k. S.	101 P.
Antwerp. Frs. 200 k. S.	94 3/8 G.
Augsb. fl. 100 k. S.	99 7/8 G.
Berlin Th. 60 k. S.	105 P.
Brem. 50 Th. Lsd. k. S.	97 5/8 P.
Brüssel Frs. 200 k. S.	94 3/8 G.
Cöln Thlr. 60 k. S.	105 P.
Hamb. MB. 100 k. S.	88 7/8 P.
Leipzig Th. 60 k. S.	105 P.
London Lst. 10 k. S.	119 3/8 P.
Lyon Frs. 200 k. S.	—
Mail. Frs. 200 . .	94 1/8 G.
München fl. 100 k. S.	99 7/8 G.
Paris Frs. 200 k. S.	94 1/8 G
Petersburg 60 S.-R.	—
Triest fl. 100 k. S.	—
Wien fl. 100 ö. W.	—
do. in öst. W. l. S.	106 3/8—107 G.
Disconto	3 1/2 pCt. G.

Anlehens-Loose.

Oesterr. fl. 250 v. 1839	143 3/4 P.
„ fl. 250 v. 1854 mit 4pCt.	78 7/8 P.
„ fl. 500 v. 1860 6/7	85 1/2 P.
„ fl. 100 Eisb. L. v. 1858.	133 G.
„ do. v. 1864.	95 1/4 P.
Schwed. 10 Thlr. Loose	9 1/2 G.
Badische fl. 50	—
Badische fl. 35	53 1/2 P.
Kurhess. Thlr. 40 b. R.	56 3/8 P.
Gr. Hessen fl. 50 b. R.	140 P.
„ fl. 25 „ do.	37 P.
Nassau fl. 25 bei Rothsch.	35 G.
Sardinische Fr. 36 b. B.	—
Neuchateler 10 Frs.-Loose	—
Freiburger 15 Frs.-Loose	—
Mailänder 45 Frs. L. b. R.	—
St. Lüttich mit 2 1/2 pCt. Z.	34 1/4 P.
Ansb.-Gunzenh. fl. 7-L.	10 7/8 P.

Frankfurt, 4. April. An der heutigen Börse fand Umsatz vorzugsweise in Amerikanern statt, welche auch besser bezahlt wurden. Der Aufschwung würde noch größer gewesen sein, wenn man nicht mit der Meldung der Goldagionotirung von 154 erfahren hätte, daß dieselbe vorher bereits auf 148 gefallen war. Auch österr. Papiere waren im Allgemeinen etwas besser und war der Umsatz in denselben ziemlich belebt. (Synd.)

An die
k. Hof- und Staatsbibliothek
1 N. Würzb. Ztg. München.

Neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht!

№ 96. | Vorausbezahlung: Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 1 fl. 30 kr. Bei Inseraten wird die dreispaltige Zeile in gewöhnlicher kleiner | 62. Jahrgang. | Schrift oder deren Raum im Hauptblatte mit 6 kr., im Anzeiger mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franco. | Donnerstag, 6. April 1865.

Näheres über die preußische Depesche vom 24. März.

Unter dem Datum vom 19. März theilte Oesterreich den von den Mittelstaaten in der Herzogthümerfrage vorbereiteten Antrag, unter gleichzeitiger Darlegung seiner eigenen Stellung zu diesem Antrag, nach Berlin mit, und unter dem Datum vom 24. März hat Preußen auf diese Mittheilung geantwortet.

Nach einem offiziösen Wiener Korrespondenten der „Allg. Z." spricht die bezügliche Depesche dem österreichischen Kabinet zuvörderst den Dank für eine Kommunikation aus, in welcher man mit Genugthuung den Wunsch erkenne, den bestehenden „freundschaftlichen Verhältnissen" entsprechend, die „Gemeinsamkeit in der geschäftlichen Behandlung der Frage auch am Bunde festzuhalten"; sie glaubt aber sofort hinzufügen zu müssen: daß eine Verständigung in dieser Beziehung nur dann zu ermöglichen sein werde, wenn die Ansicht, welche sich Oesterreich über den vorliegenden Antrag gebildet, „keine unwiderrufliche" sei. Der Antrag „gehe viel weiter, als Preußen erwartet" habe. Es habe erwartet, daß die Mittelstaaten zur Erleichterung eines Einverständnisses zwischen den beiden Großmächten den Wunsch äußern würden, Mittheilungen sowohl über die bisherigen Verhandlungen als über ihre ferneren Intentionen zu erhalten, und einem solchen Wunsch würde Preußen mit „bundesfreundlicher Bereitwilligkeit" und unter Anfügung der betreffenden Aktenstücke gern entsprochen haben. Aber statt dessen gebe der Antrag geradezu die „Erwartung" kund, daß die Herzogthümer dem Erbprinzen v. Augustenburg nunmehr in eigene Verwaltung würden überantwortet werden, unangesehen der vom Großherzog v. Oldenburg bereits angemeldeten und noch gar nicht in Behandlung genommenen Ansprüche, unangesehen ferner der Rechte des Königs Christian, die seitdem auf Oesterreich und Preußen übergegangen, unangesehen endlich der eigenen brandenburgischen Ansprüche, auf deren Geltendmachung Preußen bis jetzt nur in der Hoffnung eines Ausgleichs verzichten zu dürfen geglaubt. Das sei der Sache nach eine förmliche Entscheidung der streitigen Erbfolge durch den Bund, wenn auch nur auf dem Umweg einer petitio principii, und dazu fehle dem Bunde, wie Oesterreich selbst jederzeit anerkannt habe, jede Kompetenz: Oesterreich, Preußen und der Bund könnten wohl als Faktoren der Erörterung, nicht aber der Entscheidung in Betracht kommen, die Entscheidung ruhe vielmehr ausschließlich bei Oesterreich und Preußen.

Ganz ohne Grund ziehe man die Erklärung an, welche auch Preußen auf der Londoner Konferenz zu Gunsten des Augustenburgischen Rechts abgegeben. Damals seien außer diesem Rechte nur noch die eigenen preußischen Rechte, auf welche Preußen habe verzichten dürfen, und die Rechte des Königs von Dänemark, mit welchem man sich im Krieg befunden, vorhanden gewesen, und damals habe es gegolten, die Gefahr einer europäischen Verwicklung abzuwenden. Jetzt aber seien die Umstände vollständig verändert, und jetzt werde Preußen nicht in der Lage sein, eine Erklärung zu wiederholen, die ohnehin, nachdem die Londoner Konferenz sie abgelehnt, hinfällig geworden . . . Dem vereinten Einfluß der beiden Großmächte werde es ohne Zweifel gelingen, die Zurückziehung oder die Modifikation oder eventuell die Ablehnung des mittelstaatlichen Antrags zu Wege zu bringen. Würde aber Oesterreich in dieser Richtung seine Mitwirkung versagen, so würde Preußen nicht im Stande sein, ihm auf seinem Wege zu folgen, sondern sich genöthigt sehen, so sehr es auch seinerseits eine beschleunigte Lösung wünsche, nach „ausdrücklicher und entschiedener" Ablehnung jenes Antrags auf der strengen rechtlichen Prüfung aller vorhandenen Erbansprüche zu bestehen, denen es alsdann die seinigen beizufügen nicht ermangeln werde. Ein Bundesbeschluß im Sinne des mittelstaatlichen Antrags werde entweder folgenlos bleiben und alsdann der Würde des Bundes eine tiefe Wunde schlagen, oder den Keim bedauernswerther und unabsehbarer Konflikte in sich tragen.

„Beseelt von dem Geist bundesfreundlicher Versöhnlichkeit — so schließt die Depesche — wird Preußen solche Konflikte nach Kräften auszugleichen oder zu mildern suchen, aber das Bewußt-

Feuilleton.

8Z. Pariser Briefe.

Paris, 29. März.

Welch' eine klassifizirte, schematisirte, gradlinige Welt würden wir doch haben, wenn Ludwig XIV. sie geschaffen. Er hätte die Sterne am Firmament in regelmäßigen graden oder krummen Linien aufgestellt, ähnlich den steifen Alleen, Bosquets und Rondellen in Versailles. Er hätte die Zeit des Erdenlaufs um die Sonne auf eine bestimmte runde Summe von Tagen festgesetzt, entschieden aber nicht gestattet, daß sie sich noch 6 Stunden, 9 Minuten, 11,5 Sekunden über 365 volle Tage verweilt, da hierdurch allerlei Unregelmäßigkeiten entstehen. Er hätte die Flüsse in geraden Linien, die Berge in Rococo geformt. Die Pflanzen wären stereometrische Figuren geworden, in allen einzelnen Theilen mathematisch geformt. Leibnitz hätte nie daran gedacht, zu behaupten, daß auf einem Baume nicht zwei Blätter einander vollkommen gleich sind. Jedes Ding würde nur einen Platz behaupten, nur eine Verwendung zulassen dürfen. Die Amphibien, welche im Wasser und auf dem Lande leben, hätte er sicher nicht geschaffen, ebenso nicht die deutschen Bauerbissen, welche zum Essen sowohl, als auch zu Schuhleder benützt werden können. Welch' eine wohlgeordnete Welt wäre das! Nur die Esel dürften dumm sein, nur die Ochsen grob, nur die Eulen lichtschen. Ein jedes Geschöpf hätte sein Monopol und fest bestimmtes Amt, seine — Hofcharge. Die Vögel müßten entweder laufen oder fliegen, er hätte ihnen entweder Füße oder Flügel gegeben. Die Blume dürfte wohl duften, aber nicht glänzen. Der Smaragd wohl glänzen, aber nicht schwer sein, das Blei wohl schwer sein, aber nicht bestechen, das Gold wohl bestechen aber — doch genug!

Ich erinnere mich an eine tragi-komische Geschichte, welche — irre ich nicht — Marie Antoinetten passirt ist. Eines Tages erschien, ich weiß nicht, durch welches Ungefähr, die Hofdame nicht, welche allein die Berechtigung und das Amt hatte, der Königin das Oberkleid anzulegen. Die Gesetze der Etiquette zwangen sie daher, trotz der kühlen Jahreszeit, stundenlang halb angekleidet zu sitzen und zu frieren.

Es ist doch etwas schönes um eine solche universelle Hofordnung! Unregelmäßigkeiten, wie heute, daß im Frühling noch Schnee fällt und im Winter die Sonne warm scheint, dürften dann nicht vorkommen. Im himmlischen Hofkalender hätte der Schöpfer genau die Tage verzeichnet, an welchen den Gewittern das Donnern erlaubt und den Zephyren schmeichelnd zu wehen geboten wäre. Dem Herbst hätte er ein Privilegium gegeben, allein Früchte zu bieten, — wehe dem Frühling, hätte er Schoten und Kirschen, oder dem Sommer, wenn er Getreide zur Reife gebracht. Sie hätten beide wegen unbefugter Ausübung des Ernteprivilegs dem Herbst eine Geldstrafe zahlen müssen! Ganz so, wie ehemals das „Théâtre Forains" an die große Oper oder die Comédie française, je nachdem in ihm zu viel gesungen, oder zu viel gesprochen wurde. Eine Welt, die der vierzehnte Ludwig geschaffen, sie wäre so genau getheilt und eingetheilt, so regelmäßig, gespreizt und so unerträglich langweilig, wie dieser König selbst. Der Schematismus, d. h. jene Sucht, die Welt zu zerlegen und in eigenen Schablonen und Modellen aufzustellen, die ganze Natur mit der Gartenscheere zu behandeln, ist den Franzosen allen etwas eigen; seine Personifikation aber heißt: Ludwig XIV. Allein die Welt und der Menschengeist sind nun einmal so vielgestaltig, vielseitig, urwüchsig und

ein, seinerseits nicht die Verantwortlichkeit dafür zu tragen, wird Sr. Maj. dem König auch die Entschlossenheit verleihen, an dem Recht Preußens auch dann festzuhalten, wenn dasselbe wider Erwarten nicht blos von einzelnen Bundesregierungen, sondern von der Majorität seiner Bundesgenossen verkannt werden sollte."

---

* **Würzburg,** 5. April. (Das Kreiskomite von Unterfranken und Aschaffenburg zur Errichtung eines Nationaldenkmals für weiland Sr. Maj. König Maximilian II. an das Zentralkomite in München.) „Den mittelst sehr geschätzter Zuschrift vom 19. v. Mts. dem Vorstand des hiesigen Kreiskomite Hrn. Frhrn. Schenk von Stauffenberg mitgetheilten „gutachtlichen Vorschlag zur Gründung einer Nationalstiftung zum Andenken Sr. Maj. des Königs Maximilian II." haben wir in heutiger Versammlung des Kreiskomite eingehender Prüfung unterstellt, und sind hiebei zu folgendem Resultate gelangt: Insofern der „gutachtliche Vorschlag" die Gründung einer Maximiliansstiftung für künstlerische Ausbildung der Gewerke anstrebt, wäre gegen denselben nichts zu erinnern. Was dagegen die vorgeschlagene Art und Weise der Verwirklichung dieses Stiftungszwecks durch Zuweisung der Stiftungsrenten an die in München bestehende Kunstgewerkschule behufs Vermehrung oder besserer Besoldung ihres Lehrerpersonals anlangt, so würde hiedurch die Stiftung der Eigenschaft einer allgemeinen selbständigen Landesstiftung entkleidet und der Natur der Sache nach zu einem Sustentationsfond für eine in München bestehende Lehranstalt, somit zu einer Stiftung zur Förderung vorzugsweise lokaler Interessen umgebildet. Dies entspricht aber ebensowenig den Absichten derer, welche zum Gründungsfond Beiträge geleistet haben, als dem Beschlusse der Delegirtenversammlung vom 14. August v. Js., welcher eine Landesstiftung für Bildungszwecke in Aussicht genommen hatte. Ersteren, wie Letzterem wird nach unserem Dafürhalten volle Rechnung getragen, wenn die Renten der Stiftung — wie der „gutachtliche Vorschlag" unter Ziff. III, freilich nur eventuell, andeutet — zu Stipendien für befähigte, aber mittellose Gewerbebeflissene aus den acht Kreisen des Landes behufs ihrer Ausbildung nach festzusetzenden Bestimmungen verwendet werden. Die Bedenken des „gutachtlichen Vorschlags" gegen diese Verwendung der Stifungsmittel, wie sie sich aus der gegensätzlichen Auffassung der Bildungszwecke zu Unterstützungszwecke entwickeln, vermögen wir nicht zu theilen; denn abgesehen davon, daß die Begriffe von Bildungs- und Unterstützungszweck sich nicht ausschließen, daß der Unterstützungszweck, der einen Bildungszweck fördert, dem Wesen nach mit letzterem zusammenfällt, daß endlich der „gutachtliche Vorschlag" in der obenbezeichneten Stelle Ziffer III eventuell selbst bei einem so gearteten Unterstützungszwecke anlangt, so beabsichtigt derselbe genau genommen auch in der Hauptsache kaum etwas Anderes, als eine Unterstützung und unterscheidet sich von unserem Vorschlage nur dadurch, daß er eine Bildungsanstalt in München, wir aber die Bildungsbedürftigen des Landes unterstützt wissen wollen. Wir können uns demnach mit dem Vorschlage sub Ziff. II und Ziff. III, insoweit nämlich der letztgenannte nur eventuell zur Geltung kommen soll, nicht einverstanden erklären und behalten uns, falls auf demselben gleichwohl beharrt werden wollte, bezüglich der Verwendung der diesseits angesammelten Beiträge weitere Beschlußfassung vor." (Folgen die Unterschriften.)

(Amtliche Nachrichten.) **München,** 4. April. Se. Maj. der König hat genehmigt, daß auf dem Bahnhofe Bamberg eine Zollabfertigungsstelle unter der Bezeichnung „Königliches Hauptzollamt Bamberg, Zollexpositur am Bahnhofe", errichtet und dieselbe mittels Transferirung einer der statusmäßigen Revisionsbeamten- und Amtsdienerstellen beim Hauptzollamte mit einem Revisionsbeamten, einem Assistenten und einem Amtsdiener besetzt werde, und die Gefängnißwärterstelle am Stadtgerichte München l/J. dem Gend.-Brigadier L. Martin verliehen.

Dem in Landau gebildeten prov. Eisenbahn-Komite (bestehend aus S. Levi, L. Beer, k. Bezirksamtmann in Pirmasens, G. Diehl, Bürgermeister in Pirmasens, und 7 Cons.) wurde die Projektirungs-Konzession für eine Eisenbahn von Landau über Pirmasens nach Zweibrücken zum Anschlusse an die bestehende Bahn bei Landau und Zweibrücken auf die Dauer von 2 Jahren ertheilt. Der k. Forstwart J. Strauß zu Meisenthal, Forstamts Elmstein, wurde aus administrativen Rücksichten in den Ruhestand versetzt und der k. Forstwart Th. Sendelbeck zu Ritzelbuch, Forstamts Bilseck, auf die Dauer eines Jahres quieszirt.

△ **München,** 3. April. Verschiedene Zeitungen haben in den jüngsten Tagen Mittheilungen über die Bildung einer neuen Parteigruppe in der Kammer der Abgeordneten gebracht, die, zweifelsohne unabsichtlich, so unvollständig und sogar unrichtig waren, daß es wünschenswerth erscheinen dürfte, über diese gewiß nicht unerhebliche Angelegenheit endlich einmal eine bestimmte und genaue Mittheilung zu erlangen. Ihr Correspondent hat darum über die Sache genauere Erkundigungen eingezogen, und beeilt sich, auf Grund derselben Ihnen folgende ganz verlässige Mittheilung zu machen. Schon beim Zusammentritte der aus den Wahlen vom April 1863 hervorgegangenen neuen Kammer, und mehr noch während ihrer ersten Sitzungsperiode ergab sich, daß die Zusammensetzung derselben, die Stimmung in ihr, gegen die der vorigen Kammer sich wesentlich geändert hatte; daß eine große Zahl von Abgeordneten es vermied, sich den Führern der bisherigen Kammermajorität anzuschließen und unterzuordnen. Allein es kam damals nicht zu einer Vereinigung der — in einer liberaleren Auffassung der großen Tagesfragen sich begegnenden Abgeordneten. Dieser Umstand — klug benutzt von den Gegnern — mußte bei dem Wiederzusammentritt der Kammer den Wunsch nach einer solchen Vereinigung um so näher legen, als das Bevorstehen der wichtigsten Aenderungen auf dem Gebiete der sozialen Gesetzgebung den engsten Anschluß Gleichgesinnter nicht blos wünschenswerth, sondern geradezu nothwendig machte. —

Die Abgeordneten Schlör, Mandel, Hänle, Streit, Bischof Hohenadel und Waldbauer übernahmen es, diesen von ihnen lebhaft

---

schaffenslustig, daß beide nicht lange in den zugewiesenen Schranken und Klassen aushalten und neue Formen und Gebilde schaffen.

Wie klug dachte Ludwig gehandelt zu haben, als er dem Abbé Perrin das Privileg ertheilte, in Paris und anderen Städten „Académies de Musique" zu errichten und kurz darauf die Comédie française installirte. Hier Schauspiel — dort Oper, jedes für sich, ein Drittes ist nicht möglich. Wirklich? — Der arme Abbé Perrin, er hatte so viel zu thun, um die nicht privilegirten Bühnen, auf welchen ohne seine Erlaubniß gesungen wurde, zur Strafe heranzuziehen. Aber er that es gern, denn es brachte viel Geld ein! Trotz alledem bildete sich doch nach und nach ein Drittes heraus, ein Wesen, halb Oper, halb Schauspiel — das war die sogenannte komische Oper.

Diese Vereinigung von Gesang und einem mehr oder weniger prosaischen Dialoge, welche auf den ersten Anblick etwas curios erscheint, machte in Frankreich Glück, denn sie entsprach vielfach dem französischen Nationalcharakter: sich in nichts allzusehr zu versenken. Die Franzosen lieben die Kunst im Taschenformat, die Nippes, und von Allem wollen sie nur einen Auszug. Daher mußte ein Theaterstück, in welchem der Dialog der Musik Fessel anlegte, so daß sie nicht zu weit sich ausbreiten konnte und wo die Musik gut nachbarlich der Rede denselben Dienst erwies, ganz nach ihrem Geschmack sein.

Die beiden genannten Elemente: Gesang und Dialog, welche bis heute das Wesen der komischen Oper ausmachen, lassen nur eine höchst verschiedenartige Mischung zu, in welcher bald das Eine bald das Andere überwiegt. In der That war die französische Oper anfangs mehr Komödie als Oper, bis man nach und nach der Musik eine größere Bedeutung, oft das Uebergewicht, einräumte. Der Text aber wurde bedeutungsvoller, berechneter, chargirter. Man trug drastisch auf und wickelte lange ab. Auch Romantik und Schicksal spielten mit. Als Typen dieser Gattung könnte man Auber's „Haydée" und aus jüngster Zeit Gevaerts „Capitaine Henriot" anführen. Zwischen diesen beiden extremen Polen blühten noch verschiedene Arten, welche alle ihr Publikum fanden, ich nenne die komische Oper mit dem Troubadour-Charakter, vielleicht die ausgeprägteste, dann die allegorisirende komische Oper.

Der Ruhm, die Lustspiel-Oper erfunden zu haben, gebührt nicht einem Manne, sondern zweien, die für einander arbeiteten, der eine, welcher das Lustspiel schrieb, der andere, welcher die Musik dazu gab. Der Lustspiel-Dichter hieß — Scribe, der Componist — Auber. Die Muster, welche sie schufen, sind: „Der schwarze Domino", „die Krondiamanten" und „Fra Diavolo".

Danach entstand ein neues Genre: die beschreibende komische Oper, welche die Tonmalerei pflegte. An Stelle der raschen Handlung trat hier die dramatische und musikalische Darstellung der Situation. Diese Gattung wurde von Felicien David und Gounod zur Geltung gebracht. Der erstere componirte „Lalla Rouck" und den „Saphir", dieser „Faust". Aber in Wahrheit, was bleibt in diesen Stücken — wenn man etwa den „Saphir" ausnimmt — noch von der alten komischen Oper? — Nichts als der Name......

Die Namen sind wie Raupenpuppen, sie bleiben beide bestehen, wenn sie auch schon leer sind, und der neue Begriff, der junge Schmetterling, längst aus ihnen entflohen ist.

In die Verlassenschaft der komischen Oper aber haben sich heute die Bouffes und das Vaudeville getheilt; auch das Melodrama beansprucht einen zeitweisen Nießbrauch. Das sind die Schmetterlinge, welche aus der Larve der komischen Oper gekrochen sind. Man sieht, die Nachkommenschaft wird immer mannigfaltiger. Armer Ludwig, wo bleibt Deine Schablone......

gehegten Gedanken zu realisiren, und luden diejenigen Abgeordneten, welche sie sich gleichgesinnt glaubten, zu einer Besprechung über diese Frage ein. Diese Besprechung fand statt, und war zahlreich, zahlreicher wohl als die Einladenden erwartet hatten, besucht, denn es nahmen Kammermitglieder von der verschiedensten politischen Farbe an derselben Theil. Das Resultat dieser ersten Besprechung war die unbedingte Anerkennung der Nothwendigkeit des engeren Zusammenschlusses gleichgesinnter Abgeordneten und die Aufstellung eines diese Vereinigung bewirkenden Parteiprogrammes, zu dessen Entwurf sofort ein besonderer Ausschuß konstituirt wurde. Das Programm wurde entworfen, und in einer am 2. April Abends stattfindenden, von 46 Abgeordneten besuchten Versammlung berathen. Schon bei der Entwerfung des Programms hatte der liberalere Theil der Mitglieder des hiezu bestellten Ausschusses, wie die Abgg. Bischoff, Hohenadel, Schlör z. B. betont, daß es nothwendig sei, ein gerade die wichtigeren Fragen genau präzisirendes Programm aufzustellen, da es nur hiedurch möglich werde, eine in Wahrheit einige Partei zu bilden, und zu erhalten, und dieselbe Ueberzeugung hatte zu dem Programmentwurfe einige, namentlich die Stellung des Staates zur Kirche und zur Schule berührende Modifikationsvorschläge hervorgerufen. Bei der Berathung des Programms selbst ergab sich denn auch, wie richtig diese Voraussetzung gewesen; denn gerade diese präzise Fassung des Programms erregte bei einem kleinen Theile der Erschienenen Anstoß, veranlaßte Vorschläge auf Abänderung der gerade auf diese Punkte bezüglichen Sätze des Programms, die, namentlich was das Verhältniß des Staates zur Kirche anlangt, von den Abgeordneten Dr. Gottfried Schmitt und Stadtpfarrer Dr. Schmidt ebenso klug und lebhaft im rein ultramontanem Sinne vertheidigt, als von den Abgeordneten Schlör, Streit, Pözl, Bischoff und Anderen im Geiste einer freisinnigen, die Rechte des Staats wahrenden Auffassung entschieden bekämpft wurden — das Resultat der Berathung war die Annahme des (gestern in diesem Blatte mitgetheilten) Programmes durch die 35 Abgeordneten (wonach die gestrige Angabe der „A. Abdztg.", welche von 38 meldete, zu berichtigen ist. Die Namen, welche das Programm trägt, lauten: Heußlel, Schlör, Wiedenhofer, Dafinger, Carl Weiß, Mederer, Schmidtmeyer, Thürmayer, Förg, Schönfelder, Leimbach, Kirschner, Resch Grunwald, Munch, Hohenadel, Schebert, Streit, Hänle, Th Wagner, J. Rebay, Späth, Schmid, Dandl, Strober, Windisch, Rother, Widmann, Dellefant, Wild, Hirschberger, Absmayer, Mandel, Pözl, Bischoff). Es ist dadurch eine Parteibildung der Kammer der Abgeordneten zum Abschluß gebracht, die um so bedeutungsvoller erscheint, wenn man in Betracht zieht, daß für alle wichtigen Fragen der Gesetzgebung dadurch der liberalen Auffassung die Mehrheit der Kammer gesichert erscheint.

Wien, 3. April. Unter der Aufschrift: „Zum 6. April" bringt der offiziöse „Botschafter" heute an der Spitze seines Blattes folgenden Artikel: „Wie bekannt, wird am 6. April am Bundestage in Frankfurt über den bayerisch-sächsischen Antrag, die Uebergabe der Regierung Schleswig-Holsteins an den Herzog von Augustenburg betreffend, abgestimmt werden. Wer irgend einen tieferen Blick in den inneren Zusammenhang der politischen Verhältnisse zu thun im Stande ist, begreift, daß Deutschland an diesem 6. April an einem entscheidenden Wendepunkt steht. Nur oberflächliche Geister werden den tieferen Kern der Sache unter der Form übersehen. Bahnt sich ein Zusammengehen des Bundes mit Oesterreich, insofern es für die bundesmäßige Lösung der Frage (? förderlich ist), welche Deutschland seit lange aufregt, an, so muß es mit einer Art Naturnothwendigkeit in einer bestimmten Linie fortwirken, wie der 14. Januar 1854 in einer anderen Richtung von einer verhängnißvollen Consequenz war. Den deutschen Staaten selbst ist es nochmals in die Hand gegeben, entweder Deutschland wieder zu einem mitbestimmenden Faktor zu machen, oder zu abdiciren und die Lösung der schleswig-holsteinischen Frage mit allen ihren weittragenden Consequenzen dem Belieben der Großmächte und deren Spezial-Interessen zu überantworten. Wir brauchen, durch mehrfache Antecedentien belehrt, kein Wort darüber zu verlieren, daß ein Aufschub der Schlußfassung gleichbedeutend wäre mit einem Aufgeben der Sache, welche dann höchstens noch durch einen unvorhergesehenen Zufall, außerdem aber nicht im deutschen Sinne gelöst werden könnte. Möge jedem Staate Deutschlands die volle Verantwortlichkeit dessen, was er thut, vor der Seele stehen. Deutschland ist in Wahrheit berechtigt, zu erwarten, daß jede Regierung ihre Schuldigkeit thut."

Stuttgart, 4. April. Die Abgeordnetenkammer ging mit 45 gegen 41 Stimmen über Fetzers Antrag auf allgemeine Wehrpflicht zur Tagesordnung über, und war mit 74 gegen 11 Stimmen für Förderung von militärisch-organisirten Jugendwehren. Die Kammer der Standesherren genehmigte mit 22 gegen 6 Stimmen, ohne Debatte, den Gesetzentwurf für Ablösung der öffentlichen Lasten.

Stuttgart. Die Kammer der Abgeordneten hat am 3. einen von Hölder und 41 Genossen eingebrachten Antrag, die Revision der Verfassung betreffend, an einen besonderen Ausschuß von 15 Mitgliedern verwiesen. Der Antrag bezweckt: umfassendere und besser sichernde Feststellung der staatsbürgerlichen Rechte der Einzelnen; Aufhebung des geheimen Rathes und der Verwaltungsrechtspflege; Beseitigung aller Vorrechte der Geburt und des Standes bei Zusammensetzung der Abgeordnetenkammer; Ausdehnung des Wahlrechtes; geheime Abstimmung bei den Abgeordnetenwahlen; Erweiterung der Rechte der Kammer und der Unverantwortlichkeit ihrer Mitglieder. Die Frage, ob Ein- oder Zweikammersystem, ist in dem Antrag als eine offene bezeichnet; für den Fall aber, daß das letztere System beibehalten werden sollte, wollen die Antragsteller, daß die Mitglieder der zweiten Kammer insgesammt aus direkter Volkswahl hervorgehen.

Kassel, 4. April. Die Ständeversammlung verhandelte in mehrstündiger lebhafter Discussion die Wahlgesetzvorlage, deren Ablehnung der Ausschuß beantragte. Der Landtagscommissär erklärte Namens der Regierung: Eine Aenderung des Wahlgesetzes von 1849 sei durch das Bundesrecht geboten, die Regierung betrachte dessen Annahme als Fundamentalgrundlage eines versöhnlichen Zu-

---

Ich habe gezeigt, welche großen Umwandlungen die komische Oper durchgemacht hat; sobald eine Gattung allseitig ausgebildet war und nichts mehr Neues aus sich bieten konnte, mußte sie ihren Platz einer andern abtreten, welche ebenfalls wieder ihrer Zeit genügte, so lange sie Lebenskraft hatte. Ist etwas aber einmal gestorben, dann vermag das größte Talent es nicht wieder zu erwecken. Daher gelang es selbst Felicien David und drei Librettisten nicht, die Troubadour-Oper wieder lebendig zu machen. Der „Saphir" sollte die Todten beleben, die Todten aber werden den „Saphir" mit ins Grab nehmen.

Ehe sie aber allesammt verschwinden, will ich das Recept dieser Oper aufschreiben, vielleicht, daß ein Naturforscher darein seine Schmetterlingslarven packt. Also! Recipe: eine gute Fürstin in einem hermelinbesetzten Kleide von Brocat, welche stets zu lange Arien singt, ferner ein junges Mädchen, sehr verliebt, aber nach Möglichkeit anständig, dazu einen herumschwärmenden, doch verbesserlichen Liebesritter, der, nach einigen Streichen bekehrt, zu seiner Schönen, die treu seiner geharrt, wieder zurückkehrt. Das sind die Hauptingredienzen. Als unvermeidlichen Zusatz füge man diesen für den Baß einen komischen Prahlhans und Poltron, ferner eine züchtige Duenna und eine pikante Soubrette oder Bäuerin, schließlich aber, um nichts zu versäumen, noch einen Pagen bei, welcher entweder keine Stimme hat oder falsch singt.

Ich möchte gegen diese höchst achtbaren Personen durchaus nichts Böses sagen, da es alte Bekannte von mir sind, denn ich sah sie schon als Kind auf dem Marionettentheater meiner Vaterstadt, — ganz mit denselben noblen Allüren und verliebten Grimassen! O es war zum Mitspielen schön, wenn der silberne Ritter seine seidene Geliebte auf das goldene Roß hob und mit ihr davon jagte — hinter die grünen Wald-Coulissen. . . . .

Aber heute muß uns diese romantische Welt doch etwas abgetragen erscheinen, und es war ein Fehlgriff von Felicien David, sie wieder in die komische Oper einführen zu wollen. In der Schauspiel-Oper, wie ich sie hier beschrieben habe, gilt die Handlung mindestens ebenso viel als die Musik, und die Schwächen des Textes müssen darum auf die Komposition zurückwirken. Einen zweiten Fehler aber beging David durch die Verkennung seiner Befähigung, indem er sich auf ein Gebiet wagte, wo man sich leicht, ungebunden und frivol bewegen muß, wie der charmante Chevalier Français. David aber ist eine träumerische Natur, seine geistige Heimath ist nicht Paris, sondern der Orient, er liebt den Duft der Lotosblumen, die im Sonnenglanze ruhende Natur und den leise plätschernden Bach, auf welchen träumerisch der Mondschein fällt. Darum bringen uns seine Kompositionen in eine so träumerische Stimmung, als sähe man eine orientalische Landschaft von Marilhat oder Decamps. Hören Sie seinen „Christoph Columbus", die „Wüste", „Lalla Rouck", und Sie werden eine Wirkung empfinden, als lägen Sie in einer indischen Hängematte. Selbst sein „Herculanum" ist im südlichen Farbenton gehalten!

Der witzige Ruber soll einmal im Hinblick auf den Orientalismus in seiner Musik gesagt haben: „Wir wollen sehen, wie sich Felicien David ausnehmen wird, wenn er von seinem Kameele heruntersteigt!" Er ist jetzt abgestiegen, aber in der That, er weiß sich auf dem schlüpfrigen französischen Parquet nicht leicht zu bewegen. Er hätte im Orient bleiben und nicht an den Hof von Navarra kommen sollen. Die Königin sagt zu den drei fahrenden Musikanten (es sind Gaston, Parolles und der Page in Verkleidung): „Braves gens, votre chanson pourrait être plus gaie" . . . . Und damit ist die ganze Oper charakterisirt; Felicien David ist nicht leicht, ist nicht lustig genug.

Digitized by Google

sammenwirkens mit den Ständen. Der Minister des Innern, Rohde, vertheidigte sich gegen den aus dieser Erklärung abgeleiteten Vorwurf, die Regierung scheine ihre sonstigen Pflichten außer Acht lassen zu wollen. Die Vorlage ward gegen 7 Stimmen der Ritterschaft abgelehnt.

Karlsruhe, 1. April. Dem Vernehmen nach sind nun auch zwischen dem Königreich Italien und dem Großherzogthum Verhandlungen in der Schwebe über den Abschluß von Staatsverträgen über Niederlassungs- und Gewerbverhältnisse, so wie überhaupt über diejenigen Gegenstände, welche bei ausgedehnterer Verkehrsverbindung zweier Staaten ohne besondere Uebereinkunft zu vielen Geschäftsweiterungen und Verschleppungen Anlaß geben müßten.

Koburg, 4. April. In den letzten Tagen des März war der Vorstand des National-Vereins hier, um die geschäftliche und Werkthätigkeit des Vereins nach Frankfurt überzuleiten. Zugleich übernahm Herr L. Nagel in Frankfurt die Geschäftsführung von Herrn Streit hier.

Frankfurt, 3. April. Von hier wird der „Mainzer Ztg." geschrieben: „Johannes Ronge wurde am vorigen Samstag wiederholt von einem heftigen Schlaganfall befallen und zweifelte man lange an seinem Aufkommen. Seit gestern befindet er sich indessen wieder den Umständen angemessen wohl und hoffen die Aerzte, daß er wieder vollkommen hergestellt werde. Eine Lähmung ist nicht eingetreten."

Aus **Schleswig-Holstein**, 2. April, wird dem „Dresd. Journal" geschrieben: „Die offiziösen und halboffiziellen Darstellungen des Kieler Vorfalls fügen dem bereits Gemeldeten nichts Wesentliches hinzu. Natürlich betonen sie aber den Umstand, daß die Schildwache zu jener That provozirt worden. Dreimal hintereinander sei von verschiedenen Vorübergehenden, meistens Maurerarbeitern, das Schilderhaus angespuckt und auf die „preußischen Farben" geschimpft worden. Daß der dem Exzedenten nachgeschickte Schuß ein scharfer war, wird zugegeben, aber der Soldat habe erst geladen, nachdem die ersten Beschimpfungen vorangegangen gewesen, und zwar vor den Augen der Leute, welche die Verhaftung eines der früheren Exzedenten herangezogen hatte. Die Soldaten ziehen also nicht mit geladenen Gewehren auf Posten, haben aber Munition bei sich — wie es heißt je 10 Patronen — um nöthigenfalls davon Gebrauch machen zu können. Um nach beiden Seiten hin gerecht zu werden, muß erwähnt werden, daß dieser Vorfall sowohl von den Militärs als von allen besonnenen Bewohnern Kiel's auf's Tiefste bedauert wird. Eine Bekanntmachung des herzoglichen Polizeiamtes in Kiel bringt in Erinnerung, „daß den Wachen, Patrouillen und Schildwachen die Befugniß zusteht, gegen Diejenigen, welche sie thätlich angreifen, sich ihnen widersetzen oder ihre Anweisungen nicht befolgen wollen, nöthigenfalls ihre Waffen zu gebrauchen" und daß die betreffende Gesetzesverfügung Exzesse gegen eine Schildwache event. mit Gefängniß- oder Zuchthausstrafe belegt." — Inzwischen berichtet die „Kieler Zeitung" von einem andern Exzesse, welcher vorgestern Abend vorfiel, wobei aber kein Zivilist betheiligt ist. Ein Soldat der Kieler Garnison hat, wahrscheinlich in der Trunkenheit, einen in Begleitung seiner Gemahlin nach Hause gehenden Offizier (nach der „N. Pr. Z." der Hauptmann Kausch vom 61. Regiment) mit dem Seitengewehr bedroht und sich bei der Arretirung durch eine Patrouille äußerst widersetzlich gezeigt.

London, 3. April. Wie schon gemeldet, starb gestern Morgens 11 Uhr nach längeren asthmatischen Leiden Richard Cobden, der berühmte Freihandelsapostel. Geboren um das Jahr 1800 hatte er sich vom Schafhüter und Handelsreisenden zu einer der einflußreichsten Stellungen emporgearbeitet. Erst als Schriftsteller, dann seit 1841 im Parlament war er ein Hauptführer der Agitation für Aufhebung der Kornzölle, für Handelsfreiheit, für Abschaffung der Kriege, für Einführung radikaler Reformen in die britische Verfassung. Bekannt ist der persönliche Antheil, den er 1860, an dem Zustandekommen des englisch-französischen Handelsvertrags hatte. Durch sein übermenschliches Arbeiten war seine Gesundheit längst erschüttert. Seine Wirksamkeit war ein fortgesetzter Kampf gegen die Vorurtheile Altenglands. Viele dieser Vorurtheile sind heute zerstört. Für Anderes werden die Samenkörner, welche die „Manchesterpartei" ausgestreut, nicht verloren sein. Sein Freund und Parteigenosse J. Bright war an seinem Todtenbette.

Paris, 2. April. Ueber die Ergebnisse der Berathungen des telegraphischen Kongresses werden folgende Einzelnheiten angeführt. Neben der Unterdrückung des Zonensystems wurde die Annahme einer gleichförmigen Gebühr für jedes Land Europa's beschlossen. Der Frank wurde als Münzeinheit für die internationalen Gebühren angenommen, ferner der Gebrauch der Geheimchiffre für die Korrespondenten als zulässig erklärt, ebenso die Aufnahme rekommandirter Depeschen. Der französischen Regierung lag viel daran, in den neuen telegraphischen Vertrag eine Bestimmung zu bringen, der zufolge es der Polizei zustehen soll, von Privatdepeschen Kenntniß zu nehmen. Sie scheiterte aber zum Glück an dem entschiedenen Widerspruche fast aller auswärtigen Vertreter.

Hiezu die Beilage: „Würzb. Anzeiger" und eine Extra-Beilage.

Verantwortlicher Redakteur: A. Hartmann.
Druck und Verlag der Stahel'schen Buch- und Kunsthandlung in Würzburg

Cours der Staatspapiere.

Oesterr.	5 pCt. Met. (Cp. i. S. b. R.)	—
"	5 pCt. Lomb. ditto. à 24	—
"	5 pCt. Engl. Met. v. 1852	$80^{3}/_{8}$ P.
"	5 pCt. Engl. Met. v. 1859	$78^{3}/_{4}$ P.
"	5 pCt. Venet. Coupon b. R.	86 P. $85^{3}/_{4}$ G.
"	5 pCt. Nationalanl. v. 1854	$65^{5}/_{8}$—$^{1}/_{2}$ G.
"	5 pCt. Metall. Obligation.	$63^{1}/_{4}$ P.
"	$4^{1}/_{2}$ pCt.	$56^{1}/_{4}$ P. $^{1}/_{8}$ G.
Preussen	$3^{1}/_{2}$ pCt. Staatsschuldsch.	
Bayern	$4^{1}/_{2}$ pCt. Obl. 1jähr. dto.	102 P.
"	$4^{1}/_{2}$ pCt. Obl. $^{1}/_{2}$jähr. dto.	$102^{1}/_{8}$ P.
"	4 pCt. Obl. 1jähr. dto.	$99^{1}/_{2}$ P.
"	4 pCt. Obl. $^{1}/_{2}$ jähr. dto.	$98^{3}/_{4}$ P.
"	4 pCt. Obl. Ab.-R. dto.	97 P.
"	$3^{1}/_{2}$ pCt. Obl. dto.	—
Württemb.	$4^{1}/_{2}$ pCt. Obl. b. Rothsch.	$105^{1}/_{4}$ G.
"	$3^{1}/_{2}$ pCt. Obl. dto.	$94^{3}/_{4}$ P. $^{1}/_{2}$ G.
Baden	$4^{1}/_{2}$ pCt. Obl.	—
"	$3^{1}/_{2}$ pCt. Obl. v. 1842	$92^{1}/_{4}$ P.
Gr. Hess.	$4^{1}/_{2}$ pCt. Obl.	—
"	4 pCt. Obl. b. Rothsch.	$101^{1}/_{4}$ P.
"	$3^{1}/_{2}$ pCt. Obl. dto.	$97^{5}/_{8}$ P.
Nassau	$4^{1}/_{2}$ pCt. Obl. dto.	102 G.
"	4 pCt. Obl. dto.	$92^{7}/_{8}$ P. $^{3}/_{4}$ G.
"	$3^{1}/_{2}$ pCt. Obl. dto.	92 G.
Frankfurt	$3^{1}/_{2}$ pCt. Obl.	96 G.
"	3 pCt. Obl.	—
Spanien	3 pCt. inl. Sch. P. à fl. 2. 30	—
"	$2^{1}/_{4}$ pCt. " " "	—
Schweden	$4^{1}/_{2}$ pCt. Obl. à 105 Thlr.	$96^{3}/_{4}$ G.
N.Amerika	6 pCt. à 100fr. 1881 D. $2^{1}/_{2}$	$60^{1}/_{4}$ P.
"	6 pCt. ditto r. 1882	$58^{3}/_{4}$—$^{1}/_{2}$ G.

Diverse Aktien.

Frankfurter Bank à fl. 500	$148^{1}/_{2}$ P.
K. k. Oesterr. National-Bankaktien	851 P. — G.
Oesterr. Kreditbank-Aktien à fl. 200	$195^{1}/_{2}$ $96^{1}/_{2}$ G.
Bayer. Hypothekenb. Pfandbriefe 4 pCt.	$97^{3}/_{4}$ P. $^{5}/_{8}$ G.
Darmst. Bank I. u. 2. Serie à fl. 250	231 P.
Weimarische Bank à Thlr. 100 . .	100 G.
Mitteldeutsche Kreditaktien . . .	101 P.
Intern. Bank in Lux. à 250 Frs. à 28 kr.	90 P.
Taunus-Eisenbahn à fl. 250 . . .	356 G.
Frankfurt-Hanauer-Eisenbahn . . .	$102^{1}/_{2}$ P.
Oest. F.St.Eisb. 5pCt. 500 Fr. à 28 kr.	—
" Elisab.-Eisenbahn 5 pCt. . .	$119^{3}/_{4}$ G.
Böhm. Westbahn-Aktien à fl. 200 6/7	—
Rhein-Nahe-Bahn 200 Thl. à 105 4pCt. Z.	—
Ludwigshafen-Bexbacher à 4 pCt. .	$148^{1}/_{2}$ P.
dto. dto. Prior. à 4 pCt.	$97^{1}/_{2}$ P.
Pfälz. Maxb. b. Rothschild à $3^{1}/_{2}$ pCt.	$107^{3}/_{8}$ P.
Oest. St.-Eisenb. Prior.-Oblig. à 3 pCt.	$62^{1}/_{2}$ P.
Elisab.-Bahn Prior. 5 pCt. 6/7 . .	$79^{1}/_{4}$ P.
Südd. Bankakt., 40 pCt. Einz.	256 G.
Span. Handels- und Industrie	—
Bayr. Ostbahn à $4^{1}/_{2}$ pCt. volleinbez.	$114^{1}/_{8}$ P.
Bayer. Ostbahn mit 50 pCt. Einz.	$113^{1}/_{2}$ P.

Wechsel
in süddeutscher Währung.

Amst. fl. 100 k. S.	101 P.
Antwerp. Frs. 200 k.S.	$94^{3}/_{8}$ G.
Augsb. fl. 100 k. S.	$99^{7}/_{8}$ G.
Berlin Th. 60 k. S.	105 P.
Brem. 50 Th. Lsd. k. S.	$97^{3}/_{8}$ P.
Brüssel Frs. 200 k. S.	$94^{3}/_{8}$ G.
Cöln Thlr. 60 k. S.	105 P.
Hamb. MB. 100 k. S.	$88^{3}/_{4}$ P.
Leipzig Th. 60 k. S.	105 P.
London Lst. 10 k. S.	$119^{1}/_{4}$ G.
Lyon Frs. 200 k. S.	—
Mail. Frs. 200 . . .	$94^{1}/_{4}$ G.
München fl. 100 k. S.	$99^{7}/_{8}$ G.
Paris Frs. 200 k. S.	$94^{1}/_{2}$—$^{5}/_{8}$ G.
Petersburg 60 S.-R.	—
Triest fl. 100 k. S.	—
Wien fl. 100 ö. W.	—
do. in öst. W. l. S.	107 G.
Disconto	$3^{1}/_{2}$ pCt. G.

Anlehens-Loose.

Oesterr. fl. 250 v. 1839	$148^{1}/_{4}$ P.
" fl. 250 v. 1854 mit 4pCt.	$78^{3}/_{4}$ P.
" fl. 500 v. 1860 6/7	$85^{1}/_{2}$—$^{3}/_{4}$ G.
" fl. 100 Eisb. L. v. 1858.	$135^{1}/_{2}$ G.
" do. v. 1864.	95 G.
Schwed. 10 Thlr. Loose	10 P.
Badische fl. 50 . . .	—
Badische fl. 35 . . .	$53^{1}/_{2}$ P.
Kurhess. Thlr. 40 b. R.	$55^{1}/_{8}$ P.
Gr. Hessen fl. 50 b. R.	$138^{3}/_{4}$ G.
" fl. 25 do.	37 P.
Nassau fl. 25 bei Rothsch.	35 G.
Sardinische Fr. 36 b. B.	—
Neuchateler 10 Frs.-Loose	—
Freiburger 15 Frs.-Loose	—
Mailänder 45 Frs. L. b. R.	—
St. Lüttich mit $2^{2}/_{5}$ pCt. Z.	$34^{1}/_{2}$ P.
Ansb.-Gunzenh. fl. 7-Loose	$10^{7}/_{8}$ P.

Frankfurt, 5. April. Die Börse war für österreich. Sachen, namentlich in Loosen von 1860, welche in starken Posten für Wiener Rechnung gekauft wurden, recht günstig gestimmt. Dagegen fanden in Amerikanern starke Realisationen statt, welchen den Kurs noch etwas weiter hinabdrückten als im gestrigen Abendverkehr. (Synd.)

K. Hof- und Staatsbibliothek München
1 N. Würzb. Ztg.

Neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht!

№ 97. | Vorausbezahlung: Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 1 fl. 30 kr. Bei Inseraten wird die dreispaltige Zeile in gewöhnlicher kleiner | 62. Jahrgang. | Schrift oder deren Raum im Hauptblatte mit 6 kr., im Anzeiger mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franco. | Freitag, 7. April 1865.

(Amtliche Nachrichten.) **München,** 5. April. Se. Maj. der König hat den Zollverwalter L. Kronstaller am k. Nebenzollamte I zu Mähring für immer in den Ruhestand treten lassen.

Die Fraktion der „Vereinigten Linken“ veröffentlicht die folgende Erklärung: Seit Beginn des Landtages von 1863 sehen wir die der „deutschen Fortschrittspartei in Bayern“ angehörigen Abgeordneten fest vereinigt für Verwirklichung ihrer Grundsätze arbeiten. Uebereinstimmend mit den Abgeordneten der Fortschrittspartei verhielten sich bei allen vor die Kammer gebrachten wesentlichen Fragen innerer Politik die Abgeordneten der Pfalz. Eine formelle Verbindung zwischen den Abgeordneten der Pfalz und jenen der Fortschrittspartei fehlte aber bisher und war hauptsächlich dadurch gehindert worden, daß vielfach in Folge unzutreffender Kombinationen die Vermuthung sich geltend gemacht, der die deutsche Frage behandelnde Satz des Programms der Fortschrittspartei berge die „preußische Spitze“ in sich. Sofort bei Eröffnung der gegenwärtigen Landtagssession zeigte sich das Bestreben, auch eine formelle Vereinigung der pfälzischen Abgeordneten mit jenen der Fortschrittspartei herzustellen; und nachdem im Zusammenwirken bei Fragen innerer Politik die Basis gemeinschaftlicher parlamentarischer Thätigkeit gewonnen war, wegen der etwa auseinander gehenden Ansichten über die Gestaltung der künftigen deutschen Centralgewalt aber bei der Gesammtlage dieser Frage eine Trennung in der Kammer nicht gerechtfertigt erschien, so traten die oben bezeichneten Abgeordneten zu einer Fraktion zusammen, welche unter dem Namen „Vereinigte Linke“ sich gestern auf Grund nachstehender Uebereinkunft konstituirte und den Beitritt allen Kollegen offen läßt, welche in den zur „Vereinigten Linken“ gehörigen Abgeordneten ihre Gesinnungsgenossen erkennen. Die erwähnte Uebereinkunft lautet: „Bei einer Besprechung zwischen Abgeordneten der Pfalz und Denjenigen, welche der Fortschrittspartei in Bayern angehören, ist anerkannt worden, daß in Betreff der Fragen über innere Landesangelegenheiten, deren Lösung dem Landtage obliegt, eine Meinungsverschiedenheit nicht besteht, und sonach ein einträchtiges Zusammengehen in der Kammer ebenso thunlich als geboten erscheint. Anlangend weiter die Haltung in Betreff der Lösung der deutschen Frage bestand einmüthige Anschauung darüber, daß der Partikularismus, welcher die dem großen Vaterland zu bringenden Opfer scheut und sich weigert, den Theil dem Ganzen unterzuordnen, auf das Entschiedenste zu bekämpfen und die Herstellung eines aus Volkswahlen hervorgehenden Parlaments anzustreben sei; daß aber die Frage der deutschen Zentralgewalt im Uebrigen als eine offene, ohnehin nur durch die Macht geschichtlicher Thatsachen zu lösende anerkannt werde, und daß also in letzterer Beziehung vollkommene Freiheit der Anschauung und Wirksamkeit statthabe. Da nun auf solche Weise einerseits ein gemeinschaftlicher Boden praktischer, politischer Thätigkeit namentlich für zunächst herantretende Fragen in inneren Angelegenheiten gewonnen ist, anderseits selbstverständlich hiedurch die Organisation der Fortschrittspartei in Bayern und das Programm derselben nicht in Frage kommt, so hat sich unter dem Namen: „Vereinigte Linke“ eine parlamentarische Fraktion gebildet, welcher zunächst Abgeordnete der Pfalz und die der Kammer angehörenden Mitglieder der Fortschrittspartei beitreten und zu welcher der Zutritt jedem Mitgliede der Kammer offen steht, welches glaubt, mit der Richtung der Männer gehen zu können, die zu gegenwärtiger Vereinigung zusammengetreten sind. München, 4. April 1865. Adl, Dr. M. Barth, Beer, Behringer, Benzino, Böcking, Brater, Christmann, C. Crämer, Dingler, Eckart, Fischer, Föckerer, Geigel, Gelbert, Dr. Groß, Hack, Hartmann, Henfolt, Dr. v. Hoffmann, Jordan, Kolb, Kraussold, Langguth, Leyerer, Liebl, Louis, Dr. E. Mayer, Rindl, v. Paur, Pfeissinger, Pöhlmann, Rebenack, Spiegel, Al. Stadler, Tafel, Tillmann, Umbscheiden, Dr. Völk, Wolf.“

Die der Kammer der Abgeordneten am 30. März vorgelegten Nachweisungen über die Verwendung der Staatseinnahmen im Jahre 1861/62 legen für die Richtigkeit der vom Finanzausschusse der Abgeordnetenkammer im Jahre 1861 verfochtenen und troz mancher ministeriellen Zweifel von der Kammer adoptirten Anschauungen über die progressive Zunahme der Staatseinnahmen lautsprechendes Zeugniß ab. Der Budgetsatz von 46,720,597 fl. ist im genannten Jahre um 5,324,681 fl. überstiegen worden. Diese Gesammtmehreinnahme vertheilt sich auf die verschiedenen Einnahme-Abtheilungen in runder Summe wie folgt: die direkten Steuern

Feuilleton.

Ein Opiumdichter.

Man schreit in unseren Tagen so viel über Materialisten und Materialismus, und doch haben die verrufenen Kraftstoffler in ihrer Bescheidenheit noch lange nicht in all' die Sphären sich gewagt, die sie zur Anwendung ihrer Prinzipien einladen. Grade der idealste unter den idealen Prozessen, die Poesie, könnte ihnen ein bisher noch wenig beachtetes, aber desto ergiebigeres Feld bieten. Der Einfluß nämlich, den grob materielle Vorgänge auf die Erzeugung und Ausbildung der dichterischen Gestaltungen ausüben, ist zwar bruchstückweise und gelegentlich schon häufig angedeutet, zu einer gründlicheren, systematischen Untersuchung aber noch nicht benuzt worden. So ist es auch gekommen, daß unsere Literaturgeschichten, die doch sonst, was die Kunst des Schuhumdrehens betrifft, schon in allen möglichen Arten der geistigen Gymnastik sich versucht haben, noch immer einen Gesichtspunkt sich entgehen ließen, der, von sonstigen Vorzügen abgesehen, schon darum sehr zu empfehlen wäre, weil er den Boden für eine ganz neue und interessante Eintheilung der Poeten liefern würde. Könnte man nicht einmal der Abwechslung wegen die Dichter nach den Flüssigkeiten eintheilen, denen sie ihre poetische Inspiration verdanken? Lassen wir auch die mit himmlischem Nektar genährten Dichterheroen achtungsvoll außer Spiel, so haben wir doch noch: Weindichter (z. B. Hafis), Branntweindichter (z. B. Edgar Poe), Kaffeedichter (z. B. Lenau), Wasserdichter (exempla sunt odiosa) ꝛc. ꝛc. Dem frommen England, das eben so viel öffentliche Tugend, so viel geheimes Laster kultivirt, ihm war es vorbehalten, noch ein neues Fluidum in den Kreis jener Potenzen einzuführen, das Laudanum: Friedrich der Große antwortete einst auf Voltaire's vorwitzige Frage, in welcher Sprache wohl die Schlange zu Eva gesprochen: „In der englischen natürlich, die gleich der Schlange die meisten Zischlaute hat.“ Kein Wunder, daß die Engländer die zur Sünde verführende Schlange auch jetzt noch am besten verstehen. Unter den Lastern aber, durch welche sie den anderen civilisirten Völkern den Rang ablaufen, stehen obenan die vorhin erwähnten, bei ihnen so verbreiteten, narkotischen Sünden, die auch auf die englische Literatur ihren Einfluß erstrecken. Ich will hier nicht auf bloße Gerüchte anspielen, die an die Verse so mancher englischen Berühmtheit sich hefteten, und die z. B. auch von Macaulay, trotz seinem entrüsteten Leugnen, behaupteten, und noch heute behaupten, das blendende Feuer seines Styls und die Pracht seiner Bilder habe den Opiumrausch zur Quelle. Nein, ich halte mich nur an die beiden Schriftsteller, von denen es durch ihr eigenes Zeugniß feststeht, daß sie enragirte Opiumesser waren, an Coleridge und De Quincey.

Der Letztere ist es, der uns vor allem interessirt, weil seine Selbstbekenntnisse uns ein poetisches Bild von jener Leidenschaft hinterlassen haben, wie es ergreifender und fesselnder wohl überhaupt selten gefunden wird. Darf man aber diesen Mann einen Dichter nennen? Es ist wahr, er hat nie einen Vers geschrieben. Wenn aber nicht die gebundene Form, sondern Reichthum der Phantasie, Tiefe des Gefühls und schöpferische Gestaltungskraft das ge-

sammt Steuerbeischlägen haben um 93,389; die indirekten Auflagen um 3,274,501; die Staatsregalien und Anstalten um 392,060; die Staatsdomänen um 1,500,690; die besonderen Abgaben um 2741; die übrigen Einnahmen um 61,300 fl. mehr, als im Budget veranschlagt war, ertragen. Innerhalb der genannten Hauptabtheilungen sind zwar einige Unterabtheilungen hinter dem Budgetsatz zurückgeblieben (so unter den direkten Steuern die Haussteuer um 17,300 fl.); doch sind deren nur wenige und die Ursachen des Ausfalls vorübergehender Natur. Unter den indirekten Staatsauflagen, die laut vorstehenden Ziffern den größten Theil der Mehreinnahme geliefert haben, sind es hinwiederum die Taxen und die Aufschlagsgefälle, bei denen die Budgetsätze am Meisten — bei den ersteren um 1,401,695 fl., bei den letzteren um 1,464,608 fl. — überschritten wurden. Bei den Taxen (vorzugsweise Taxen aus Verträgen) gibt die amtliche Vorlage der Steigerung des Güterverkehrs, bei den Aufschlagsfällen die vermehrte Braunbierfabrikation als Veranlassung der Mehreinnahme an. Die noch in diese Abtheilung fallenden Stempelgefälle haben den Budgetsatz von 1,210,343 fl. um 348,601 fl. überstiegen. Zur Mehreinnahme aus den Staatsregalien und Anstalten haben die Eisenbahnen mit 502,930 fl. den größten Beitrag geliefert; die ebenfalls hieher gehörige Post ist dagegen mit 78,711 fl. unter dem Voranschlag geblieben. Die Mehreinnahme bei den Staatsdomänen stammt fast ausschließlich aus den Erträgnissen der Staatsforsten, Jagden und Triften, die, mit 5 Millionen im Budget veranschlagt, 6,448,985 fl. abgeworfen haben. Mit Hinzurechnung von 9,400,000 fl., welche an dem im Finanzgesetze vom 10. Nov. 1861 gestatteten Militäranlehen von 10 Mill. einbezahlt worden sind, und von 200,000 fl. Zuschuß aus den Vorjahren stellt sich die Gesammteinnahme des laufenden Dienstes im Jahre 1861/62 auf 61,445,278 fl. Die Ausgaben betrugen 51,238,324 fl., so daß sich ein Aktivrest von 10,206,953 fl. ergab. Bei den Ausgaben sind die Budgetsätze der Abtheilung Staatsschuld um 2,025,603 fl. überschritten, da das Steigen der für die Tilgung der alten Schuld bestimmten Malzaufschlagsgefälle es möglich gemacht hat, an dieser Schuld einen größeren, als den vorhergesehenen, Theil abzutragen. Dieser und einigen anderen kleineren Etatsüberschreitungen stehen bei verschiedenen Ausgabeabtheilungen Minderausgaben gegen die budgetmäßig festgesetzten Beträge gegenüber, so daß der Gesammtbetrag, um welchen die bewilligten Ausgabensummen überschritten wurden, sich auf 913,870 fl. stellt.

Den Berichten über die Sitzung der Kammer der Abg. vom 5. ds. entnehmen wir noch: Sämmtliche Minister, mit Ausnahme des Kultusministers, und mehrere kgl. Kommissäre sind anwesend. Nach Eröffnung der Sitzung und Bekanntgabe des Einlaufs zeigt der I. Präsident an, daß die eingelaufenen Bitten der Studienlehrer an den isolirten Lateinschulen, der Wegmacher, der Landgerichtsschreiber ꝛc. um Verbesserung ihrer Lage den Ausschüssen zugewiesen, ferner, daß vom I. Ausschuß der Abg. Franz Schmid über den Antrag des Abg. v. Morett: „die auth. Interpretation des Art. 8. der markgräflichen Konsistorialordnung ꝛc.“ betr., der Abg. Stenglein über den Antrag von Dr. Völk: „die staatsrechtliche Regelung der Erwerbsgenossenschaften“ betr., Abg. Hohenadel über den Antrag von Dr. Carl Barth: „Abänderungen im Strafgesetz“ betr., zu Referenten ernannt worden. — Abg. Dr. Edel zeigt an, daß der Antrag pfälzischer Abgeordneten auf Erweiterung der Amnestie in der Pfalz im I. Ausschusse erledigt ist und der Bericht demnächst vertheilt wird. Der Vorsitzende erwähnt noch die vom II. Ausschuß vorgenommenen Referatsvertheilungen. Die Vorlagen der k. Staatsregierung über Zoll- und Handelsverhältnisse, und über die auf Erneuerung des Zollvereins bezüglichen Vorträge wurden dem Abg. Hänle, die Regierungsvorlage, „Gründung einer Unterstützungskasse für die Hinterlassenen der k. Staatsdiener“ betr., dem Abg. Frhrn. v. Lerchenfeld, die „auf Verbesserung der Studienlehrer an den isolirten Lateinschulen“ betr. Anträge dem Abg. Dr. Ruland zur Berichterstattung übergeben. Die Referate über die „Rechnungsnachweisungen“ wurden in folgender Weise vertheilt: Das Hauptreferat über die Staatseinnahmen an Abg. Reuffer, das Hauptreferat über die Staatsausgaben an Frhrn. v. Lerchenfeld. Spezialreferate erhielten über den „Militär-Etat“ Abg. Langguth, über „Zölle“ Abg. Hänle, über „Salinen und Bergwerke“ Abg. Kolb, über die „Verkehrsanstalten“ Abg. Feustel, über die „besondern im Budget nicht enthaltenen Staatsfonds“ Abg. Sing, über die „Staatsschuld“ Frhr. v. Pfetten, über „Straßen- und Brückenbauten“ Abg. Bermühler, über den Gesetzentwurf, „die außerordentlichen Bedürfnisse der Armee“ betr., Abg. Langguth und über den Gesetzentwurf, „die Abkürzung der Finanzperioden“ betr., Frhr v. Pfetten. Außerdem wurden noch einige wegen Vertagung des Landtags rückständig gebliebene Anträge zur Berichterstattung vertheilt; hieher gehört der Antrag von Stenglein und Dr. Schmitt auf Revision des „Taxgesetzes“, mit welchem Referate Abgeordneter Streit betraut wurde.

München, 5. April. Die Kammer der Abgeordneten hat diesen Nachmittag bei einer Anwesenheit von 121 Mitgliedern den Abg. Pfarrer Gelbert mit 93, und den Abg. Mandel mit 74 Stimmen in den dritten Ausschuß gewählt. — Dem Einlauf vom 1.—4. ds. entnehmen wir: Anträge des Abg. M. Barth: a) Abänderungen in der Geschäftsordnung, in specie den dritten Ausschuß betreffend, und b) Abänderungen in der Geschäftsordnung, in specie den fünften Ausschuß betr.; Interpellationen a) der Abg. Geigel und Spiegel: den Bau einer Eisenbahn von Schweinfurt aus nach Fulda und Meiningen mit Berücksichtigung des Bades Kissingen betr., und b) des Abg. Dr. Ed. Mayer: die Reorganisation der Landwehr betr.; Bitte mehrerer Gewerbetreibenden: die Ablösung der Realrechte und Beschränkung des Hausirhandels betreff.; Vorstellung der Gewerbetreibenden der Stadt Fürth: Gestattung schriftlicher Klagestellung in Zivilsachen vor dem Einzelnrichter in nicht streitigen Forderungen ohne Legalisirung eines Anwalts betreff.; fünf Vorstellungen von Wegmachern,

---

schriebene Wort zu dem eines Dichters machen, dann hat de Quincey auf diesen Namen weit größeres Recht, als Hunderte jener Dichterlinge in Prachteinband, die ihre poetischen Ansprüche auf den Sand gereimter Prosa bauen. Einen Opiumdichter aber nenne ich ihn, weil das Großartigste, was er verfaßt, „die Bekenntnisse eines englischen Opiumessers“ mit ihrer Fortsetzung „suspiria de profundis“, wie es das Laudanum zum Gegenstande hat, so auch derselben Ingredienz seinen dichterischen Schwung verdankt. Man wende nicht ein, de Quincey habe, als er jene Werke schrieb, bereits aufgehört, seiner Leidenschaft zu fröhnen. Niedergeschrieben hat er sie wohl erst in dieser Reconvalescentenzeit, gedichtet aber mitten im Rausche jener krankhaften, künstlich herbeigeführten Nervenüberspannung, die ihm auf Kosten seiner Gesundheit zum Genusse wurde.

Er kam Anfangs auf sehr unschuldige Weise zu dem Opiumessen. Einer seiner Freunde nämlich empfahl ihm den Gebrauch des Laudanums gegen ein schmerzhaftes, rheumatisches Leiden der Gesichts- und Kopfnerven, von dem de Quincey eine Zeit lang geplagt wurde. Das Mittel leistete auch für diese Krankheit seine guten Dienste, legte aber gleichzeitig den Keim zu einem weit schrecklicheren Uebel. De Quincey hatte bei jener Gelegenheit zuerst wahrgenommen, daß das Opium bei ihm neben der schmerzstillenden Eigenschaft auch auf seine Phantasie und das ganze Geistesleben eine Einwirkung ausübe, die ihn mit Entzücken erfüllte und der er bald auch nach Beseitigung jener Schmerzen mit um so größerem Eifer nachstrebte, je leichter er sie sich verschaffen konnte.

Die Wirkung des Laudanums auf das Gehirn ist bei verschiedenen Individuen eine äußerst verschiedene, und derjenige würde einer bittern Enttäuschung entgegengehen, der von diesem Narkotikum unter allen Umständen einen angenehmen Effekt erwarten wollte. Zeigen sich in dieser Beziehung schon bei der gewöhnlichen, medizinischen Anwendung die bedeutendsten Schwankungen, so noch mehr bei den großen Dosen, zu denen die eigentlichen Opiumesser greifen müssen. Es gibt Leute, bei denen das Mittel, statt der narkotischen, nur eine aufregende Wirkung hat; letztere aber dabei durchaus nicht den Charakter eines erquickenden, sondern im Gegentheil den eines höchst peinigenden Gefühles zeigt. Gar Mancher trägt von dem Opiumgebrauch nichts als Kopfschmerz und Uebelkeit davon. Bei Andern kommt zwar die Narkose zu Stande, beschränkt sich aber auf einen tiefen Schlaf, ohne auf Phantasie und Gefühl irgend einen sonstigen Eindruck zu machen. Diesen Personen stehen wieder andere gegenüber, bei denen nicht nur keine einschläfernde, nicht nur eine excitirende Wirkung sich zeigt, sondern letztere so weit geht, daß sie Willens- und Bewegungsorgane zu Anfällen einer wahren Manie aufstachelt und die Rasenden in ruheloser Zerstörungswuth dahintreibt. Die Straßen von Batavia und Singapore zeigen nicht selten einen solchen Anblick, wenn aus einem der zahlreichen Opiumläden — die ihre Kundschaft vorzüglich unter den Chinesen, theilweise auch unter den Malayen zählen — einer jener Unglücklichen hervorstürzt, Schaum vor dem Munde, mit rollenden Augen, knirschenden Zähnen, zuckenden Gliedern, bereit, Alles zu zerschmettern, was ihm in den Weg kommt. Die Einwohner dieser Städte kennen dergleichen Zustände schon aus Erfahrung. Augenblicklich leert sich die Straße und Alles flüchtet zitternd in die Häuser, um nicht das Opfer eines solchen rasenden

um Aufbesserung ihrer Bezüge, weitere Bitten von Postboten in gleichem Betreff, ebenso der zehn Kanzlisten der Appell.-Gerichte der diesseitigen Kreise, desgleichen von 18 Bezirksamtsdienern des Kreises Schwaben und Neuburg, ebenso Petition von Studienlehrern in Rothenburg, der Bezirksamtsschreiber von Mittelfranken, des pensionirten Halloberbeamten A. C. Langlmayr und Konsorten; Bitte in früherer Zeit quieszirter Staatsdiener, um wenigstens annähernde Gleichstellung mit den jetzt Quieszirten.

(A. Abdztg.)

Ueber den Bericht des Referenten Prof. Edel bezüglich der Amnestie schreibt man der „N. Fr. Z.“: „Derselbe ist nach Form und Inhalt eine treffliche Arbeit, die dem Verfasser in hohem Grade zur Ehre gereicht. Er erklärt sich mit aller Entschiedenheit für vollständige Amnestie, nicht nur zu Gunsten der in Contumaciam verurtheilten Civil-, sondern auch der Militärpersonen, und nicht blos hinsichtlich der condemnirten Inländer, sondern ebenso der Ausländer. Es wird scharf betont, daß das Streben, welches in den Bewegungsjahren hervortrat, das Verlangen nach Herstellung eines auf freiheitlicher Grundlage zu einigenden Deutschlands ein vollberechtigtes war, so sehr, daß seitdem, namentlich auf dem Frankfurter Fürstentage, das Bedürfniß einer Umgestaltung der deutschen Verhältnisse von den Fürsten ausdrücklich anerkannt wurde. Es wird ferner hervorgehoben, daß in der Zeit der großen Bewegung nicht etwa blos von einer Seite, sondern daß ebenso von der andern gefehlt wurde. Humanität und politische Klugheit (wir möchten beifügen: auch die höhere Moral) gebieten die Gewährung der Amnestie. — Vom Abg. Kolb soll ein Antrag auf Umgestaltung des Heerwesens zu gewärtigen sein. Er bezweckt bekanntlich ein Anbahnen des schweizerischen Wehrsystems. Bis zur Aenderung der sofort zu erstrebenden Bundeskriegsverfassung sollen aber auch die als Bundeskontingent zu stellenden Truppen nicht mehr 6, sondern höchstens 2 Jahre lang den bisherigen Beschränkungen in ihren bürgerlichen Verhältnissen und Rechten unterworfen werden dürfen.“

Berlin, 5. April. Die „Nordd. Allg. Ztg.“ sagt bezüglich der für morgen bevorstehenden Abstimmung am Bunde: „Die von dem „Dresdner Journal“ geleugnete Alternative: entweder Heraufbeschwörung eines Bürgerkrieges oder Discreditirung des Ansehens des Bundes, besteht dennoch. Wir wissen nicht, ob daraus ein deutscher Bürgerkrieg hervorgeht; daß aber ein Bundesbeschluß, wenn derselbe ein leeres Votum bleibt, das Ansehen des Bundes für alle Zeiten untergräbt, das steht fest, und davon dürfte man sich in naher Zukunft zum eigenen Schaden überzeugen. Die Annahme des Antrags ist ein moralischer Sieg Preußens, der in der großen Masse des deutschen Volkes die klarste Ueberzeugung davon erwecken muß, was Preußen für Deutschland und was Deutschland ohne Preußen und gegen Preußen ist.“

Berlin. Der Bericht der vereinigten Kommissionen für Finanzen und Zölle und für Handel und Gewerbe über die die Erneuerung des Zollvereins betreffenden Verträge ist endlich erschienen. In den Verhandlungen der vereinigten Kommissionen wurden hauptsächlich drei Punkte ins Auge gefaßt, die Fortdauer des liberum veto der einzelnen Zollvereinsungen in Fragen der Tarifänderung, das Verhältniß zu Oesterreich und die Modifikationen in den neuen Bestimmungen über das an die Staaten des ehemaligen Steuervereins zu zahlende Präcipuum. Die Fortdauer jenes liberum veto wurde von einer Seite tief beklagt. Es sei dies ein Hemmniß in der Zollgesetzgebung; die handelsfreiheitliche Fortentwickelung der Tarife sei in den übrigen Ländern Europas eine beschleunigte, und es könne sich jenes Hemmniß gerade jetzt um so empfindlicher geltend machen, als man die Rückwirkungen des neuen Tarifs erst in der praktischen Gestaltung der Verhältnisse werde vollständig übersehen können. Eine Veränderung der Zollvereinsverfassung, welche Tarifänderungen durch Einführung eines irgendwie gestalteten Majoritätsprinzips erleichtere, würde einzig im Stande sein, die Garantie eines den Zeitverhältnissen entsprechenden Fortschritts der Tarifgesetzgebung zu gewähren. Dem wurde jedoch entgegengehalten: Man möge nicht übersehen, daß eine solche Veränderung den Zollverein in seinem Wesen umwandle, ihn aus einem Vertragsverhältniß zwischen souveränen Staaten zu einem dem bundesstaatlichen Charakter sich annähernden Verbande machen würde. Eine solche Veränderung würde auch eine große politische Bedeutung haben, und eben darum begegne sie denselben Schwierigkeiten, wie die Frage der Bundes-Verfassungsreform überhaupt, und bei Gelegenheit dieser Erneuerung der Zollvereinsverträge seien die äußeren Verhältnisse wohl am wenigsten der Durchführung einer solchen Aenderung günstig gewesen. Uebrigens gewähre die Schwierigkeit, welche sich Tarifänderungen entgegenstelle, auch eine gewisse Garantie gegen den Rückschritt in der Tarifgesetzgebung, und neben dem zeitgemäßen Fortschritt sei auch eine gewisse Stetigkeit und Verläßlichkeit der Tarifgesetzgebung dringendes Bedürfniß für Produktion und Verkehr.

(Schluß folgt.)

Karlsruhe, 3. April. Der lange hingezögerte Entwurf einer Kirchenverfassung für die Israeliten des Großherzogthums ist jetzt so weit gediehen, daß er im Laufe des vergangenen Monats an sämmtliche israelitischen Gemeinden zur Begutachtung gegeben werden konnte.

Darmstadt. Die „Darmst. Ztg.“ tritt in einem längeren Artikel der Ansicht entgegen, der Antrag vom 27. März greife, indem er sich zu Gunsten des Herzogs v. Augustenburg ausspreche, der rechtlichen Entscheidung der Erbfolgefrage vor und verletze dadurch die Rücksicht auf die Ansprüche anderer Prätendenten. Diesem Vorwurfe stehe schon die, auch in die Motive des Antrags aufgenommene Erwägung entgegen, daß durch die Einsetzung des Erbprinzen von Augustenburg in die Regierung der Herzogthümer die rechtliche Verfolgung anderer Ansprüche nicht abgeschnitten, vielmehr die Möglichkeit, solche Ansprüche, den Augustenburgischen gegenüber, auf dem bundesgesetzlichen Wege des Austrägalverfahrens geltend zu machen und zur Entscheidung zu bringen, gerade durch jene Einsetzung erst gegeben sein würde. Aber es erscheine

---

Opiumessers zu werden. Weit häufiger indeß, als diese schrecklichen Folgen, bieten die Besucher der orientalischen Opiumhäuser einen Zustand der Verzückung dar, der ihre kochende Phantasie mit den Freuden des mohammedanischen Paradieses ergötzt und ihre stürmisch aufgeregte Sinnlichkeit mit imaginären, aber deßhalb nur um so glühenderen Genüssen sättigt.

Alle diese gewöhnlicheren Arten der Laudanumwirkung passen in keiner oder nur in sehr entfernter Weise auf dasjenige Bild, welches uns Thomas de Quincey von seinem Opiumrausche entwirft. Vielleicht lag hier eine angeborene Disposition zu Grunde, vielleicht auch waren es seine seltsamen Jugendschicksale, die dazu beitrugen, seiner Phantasie eine so eigenthümliche Richtung zu geben.

1785 in Greenhags bei Manchester geboren, zeichnete er sich schon als Knabe durch eine ungewöhnliche Reizbarkeit aus und reagirte gegen die geringsten Eindrücke mit einer solchen Empfindlichkeit, daß dieselbe schon damals mehr den Charakter einer Krankheit, als den eines gesunden Zustandes trug. Hand in Hand mit großen, sehr früh entwickelten Talenten ging bei ihm eine Neigung zu melancholischem Hinbrüten, die mit den wildesten Ausbrüchen einer, von bizarren Bildern durchwühlten Einbildungskraft wechselte. Schon hier waltet der Verdacht ob, daß diese wunderliche Geistesrichtung, doppelt auffallend, da sie in so jungen Jahren auftrat, dem Laudanumgebrauche nicht ganz fremd war. Es knüpft sich dies an einen in England noch jetzt sehr häufigen Mißbrauch, heftig schreiende Kinder dadurch zu beruhigen, daß man ihnen von einem Opiumpräparate (der benzoëhaltigen Opiumtinktur) kleine Dosen eingibt. Mit den Jahren nahm bei de Quincey der Hang zu trüben Phantasmen immer mehr zu, genährt durch mehrere Unglücksfälle in seiner Familie, besonders durch den Tod mehrerer Schwestern, mit denen ihn eine innige Zuneigung verbunden hatte. Auch sein Vater starb schon, als Thomas noch sehr jung war, so daß seine Erziehung der Mutter und einem Vormunde überlassen war. Mit beiden gerieth später der 16jährige Knabe, da sie ihn nicht, seinem Wunsche gemäß, zur Vollendung seiner Studien nach Oxford gehen lassen wollten, in einen Konflikt, den er kurzweg dadurch abschnitt, daß er auf und davon ging. Ganz ohne Mittel trieb er sich nun als gelehrter Vagabund und Bettler lange Zeit im Lande umher, bis er endlich im elendesten Zustande nach London gelangte. Im buchstäblichsten Sinne des Wortes hungernd, ohne Obdach, die Kleider in Lumpen zerfallen, in Gesellschaft des verworfensten Londoner Gesindels, in dessen Reihen die unglücklichen Sklavinnen der Prostitution noch die Aristokratie bildeten — so verbrachte er in dieser Stadt viele Wochen, die Noth nur vergessend, um von der Reue zernagt, und die Reue nur, um von der Verzweiflung niedergeschmettert zu werden. Endlich, da er dem vollständigen Untergange nahe war, kam eine Versöhnung mit seiner Mutter zu Stande. Er kehrte zu ihr zurück und trat wieder in die Reihen der civilisirten Welt. Daß eine Zeit, wie die von ihm in London verlebte, auf eine für das Düstere so empfängliche Einbildungskraft den tiefsten Eindruck hinterlassen mußte, scheint zweifellos, und manches der später in ihm auftauchenden Phantasiebilder mag jenen schrecklichen Tagen seinen ersten Ursprung verdanken.

(Fortsetzung folgt.)

der erwähnte Vorwurf auch noch aus einem anderen Grunde durchaus hinfällig. Der Antrag vom 27. März muthe nämlich der Bundesversammlung nicht zu, eine andere Stellung hinsichtlich der Erbfolgefrage einzunehmen, als diejenige, welche die Bundesversammlung durch Beschluß vom 2. Juni 1864 bereits eingenommen habe. Der Antrag vom 27. v. Mts. sei nur die praktische Konsequenz jenes früheren Beschlusses.

Hamburg, 5. April. Die preußischen Bank-Direktoren Fallinger und Schayer haben Hamburg verlassen. Dem Vernehmen nach beantragt die von der Kaufmannschaft niedergesetzte Valuta-Kommission, die Girobank solle künftig die Conten in preußischen Thalern führen und gleichzeitig befugt werden, auf Silber in Barren und Gold darzuleihen.

Kiel, 1. April. Gestern Abends wurde der Hauptmann Kausch vom 8. pommer'schen Infanterieregiment von einem Soldaten desselben Regiments mit dem Seitengewehr hinterrücks angefallen. Der Hauptmann Kausch, der sich mit seiner Gemahlin aus einer Gesellschaft nach Hause begeben wollte, ist glücklicher Weise nicht verletzt worden, indem ein von dem Soldaten auf den Arm des Hauptmanns geführter Säbelhieb nicht durch dessen Mantel drang. Der Frevler konnte nur nach vieler Anstrengung, da er sich wie ein Wüthender den herbeigeeilten Nachtwächtern und einer Patrouille widersetzte, in Sicherheit gebracht werden. Da die Straßen noch sehr belebt waren, verursachte dieser Vorfall einen bedeutenden Auflauf. Der Soldat soll sich in stark trunkenem Zustande befunden haben. (Kr.-Z.)

Krakau, 2. April. Die täglich aus Warschau kommenden Reisenden versichern, daß es mit der Gefahr wegen der sibirischen Pest nichts Besonderes auf sich habe. Das häufigere Auftreten des Typhus sei auf Petersburg und dessen nächsten Umkreis beschränkt. Im Kongreß-Königreich sei von einer epidemischen Krankheit keine Spur; selbst die Nachricht, daß eine solche im Koniner Kreise aufgetreten sei, reduzire sich darauf, daß in Kolo, der Gubernialstadt dieses Kreises, im Laufe von 3 Monaten 18 Fälle von Typhus vorkamen, eine Erscheinung, die bei den ungünstigen meteorischen Zuständen dieses Jahres kaum befremden kann.

Aus **Brüssel**, 3. April, schreibt man dem „Frankf. J.“: „Herrn Rogeard, dem Verfasser der „Propos de Labiénus“, kommen hier alle Sympathien entgegen. Als er verflossenen Samstag Abend einer Vorlesung des Herrn Madier-Mongan in Antwerpen beiwohnte, und dieser am Schlusse seines Vortrags auf die Anwesenheit des so schnell berühmt gewordenen Pariser Pamphletisten hinwies, erhob sich die aus den höheren Ständen zusammengesetzte Versammlung wie Ein Mann, und nach einer Salve des Beifalls drängte sich Alles um den Mann, der dem modernen Cäsaren einen Spiegel vorgehalten, wie selten ein Schriftsteller. Uebrigens erhalten wir eben ein Schreiben aus Paris, aus dem wir entnehmen, daß jene Broschüre noch immer eifrigst gesucht und an der Tagesordnung ist. Die wenigen Exemplare, deren man noch habhaft werden kann, werden sehr theuer bezahlt. Vor einigen Tagen unterhielt man sich in einem Salon des Faubourg St. Germain von den bevorstehenden Wahlen der Akademie. Welchem Glücklichen wird das Loos der Unsterblichkeit zu Theil werden? Jules Janin? Doucet? Autran oder Prevost Paradol? Hr. v. Montalembert, der dem Gespräch ruhig zugehört, nahm plötzlich das Wort und meinte: „Und wenn nun wirklich wieder zwei neue Akademiker ernannt sind, was dann? Ja, wenn Herr Rogeard noch als Bewerber auftreten würde! Ihm gäbe ich meine Stimme mit Vergnügen; denn seine Wahl hätte wenigstens einen Sinn!“ — „La Rive gauche“, das Blatt des Quartier Latin, wo der erste Theil der „Propos de Labiénus“ erschienen, ist unterdrückt worden, lebt aber nächste Woche wieder unter einem andern Titel: „l'Aventure“, auf.“

Paris, 4. April. Die „Patrie“ erhält befriedigende Nachrichten aus Japan. Es ist die Rede davon, in London und Paris ständige japanesische Gesandtschaften zu errichten. — Berryer ist ernstlich erkrankt. — Der „Const.“ vertheidigt heute den deutschen Bundestag gegen den Vorwurf der „Ueberstürzung.“ — In Dünkirchen ist die Weisung ergangen, alle aus Rußland kommenden Schiffe wegen der in Petersburg herrschenden Epidemie der Quarantäne zu unterziehen. — Es heißt, daß die Kaiserin an einer Geschichte der Königin Marie Antoinette arbeite.

New-York, 25. März. Man versichert, Shofield habe sich mit Sherman vereinigt und sein Korps bilde jetzt den rechten Flügel der Armee des Letzteren. Die Kavalerie Stoneman's hat Knoxville verlassen und geht gegen West-Virginien vor. Ein unionistisches Reiterkorps von 10.000 Mann ist von Eastport (Missisippi) ausgezogen, um den Rest des Eisenbahnnetzes von Alabama und Missisippi zu zerstören. Hr. Lincoln hat dem General Grant in City-Point einen Besuch gemacht. Diese Thatsache hat die Friedensgerüchte von Neuem in Umlauf gesetzt, obgleich versichert wird, daß nur Gesundheitsrücksichten diese Platzveränderung des Präsidenten veranlaßt haben. Der konföderirte Kongreß hat ein Manifest veröffentlicht, welches den Zweck hat, die Bevölkerung zu ermuthigen, und welches erklärt, die Eroberung des Südens sei geographisch unmöglich. Das Manifest zeigt sich voll Vertrauen in die Aufrechthaltung der Unabhängigkeit des Südens.

Hiezu die Beilage: „Würzburger Anzeiger“.

Verantwortlicher Redakteur: A. Hartmann.
Druck und Verlag der Stahel'schen Buch- und Kunsthandlung in Würzburg

Cours der Staatspapiere.

Oesterr.	5 pCt. Met. (Cp. i. S. b. R.)	—
„	5 pCt. Lomb. ditto. à 24	—
„	5 pCt. Engl. Met. v. 1852	80 3/8 G.
„	5 pCt. Engl. Met. v. 1859	78 7/8 P.
„	5 pCt. Venet. Coupon b. R.	86 P. 85 3/4 G.
„	5 pCt. Nationalanl. v. 1854	68 5/8—1/8 G.
„	5 pCt. Metall Obligation.	63 1/4 P.
„	4 1/2 pCt.	56 3/8 P.
Preussen	3 1/2 pCt. Staatsschuldsch.	
Bayern	4 1/2 pCt. Obl. 1jähr. dto.	101 7/8 P.
„	4 1/2 pCt. Obl. 1/2jähr. dto.	102 1/4 P.
„	4 pCt. Obl. 1jähr. dto.	99 P.
„	4 pCt. Obl. 1/2 jähr. dto.	99 1/4 G.
„	4 pCt. Obl. Ab.-R. dto.	98 3/4 P.
„	3 1/2 pCt. Obl. dto.	—
Würtemb.	4 1/2 pCt. Obl. b. Rothsch.	105 P.
„	3 1/2 pCt. Obl. dto.	94 7/8 P.
Baden	4 1/2 pCt. Obl.	—
„	3 1/2 pCt. Obl. v. 1842	92 1/8 P.
Gr. Hess.	4 1/2 pCt. Obl.	—
„	4 pCt. Obl. b. Rothsch.	101 5/8 P.
„	3 1/2 pCt. Obl. dto.	97 5/8 P.
Nassau	4 1/2 pCt. Obl. dto.	102 G.
„	4 pCt. Obl. dto.	99 3/4 P.
„	3 1/2 pCt. Obl. dto.	92 G.
Frankfurt	3 1/2 pCt. Obl.	96 G.
„	3 pCt. Obl.	—
Spanien	3 pCt. inl. Sch. P. à fl. 2. 30	—
„	2 1/4 pCt. „ „	—
Schweden	4 1/2 pCt. Obl. à 105 Thlr.	90 7/8 G.
N.Amerika	6 pCt. à 1000r. 1881 D. 2 1/2	—
„	6 pCt. ditto v. 1882 „	69 3/4 G.

Diverse Aktien.

Frankfurter Bank à fl. 500 . . .	147 3/4 P.
K. K. Oesterr. National-Bankaktien	851 P. — G.
Oesterr. Kreditbank-Aktien à fl. 200	195 1/2—94 1/2 G.
Bayer. Hypothekenb. Pfandbriefe 4 pCt.	95 P.
Darmst. Bank 1. u. 2. Serie à fl. 250	230 1/2 P. 230 G.
Weimarische Bank à Thlr. 100	100 G.
Mitteldeutsche Kreditaktien . . .	101 G.
Intern. Bank in Lux. à 250 Frs. à 2 kr	90 P.
Taunus-Eisenbahn à fl. 250 . . .	358 G.
Frankfurt-Hanauer-Eisenbahn . . .	102 3/4 P.
Oest. F.St.Eisb. 5pCt. 500 Fr. à 28 kr.	—
„ Elisab.-Eisenbahn 5 pCt. . .	119 3/4, 120 1/4 G.
Böhm. Westbahn-Aktien à fl. 200 o/c	74 1/2 G.
Rhein-Nahe-Bahn 200 Thl. à 105 4pCt. Z.	—
Ludwigshafen-Bexbacher à 4 pCt. .	148 1/2 P.
dto. dto. Prior. à 4 pCt.	97 1/2 P.
Pfälz. Maxb. b. Rothschild à 4 1/2 pCt.	107 P.
Oest. St.-Eisenb. Prior.-Oblig. à 3 pCt.	52 5/8 P.
Elisab.-Bahn Prior. 5 pCt. 6/7	79 1/2 G.
Südd. Bank-Akt., 40 pCt. Einz.	253 P. 252 G.
Span. Handels- und Industrie .	—
Bayr. Ostbahn à 4 1/2 pCt. vollein.	114 P.
Bayer. Ostbahn mit 50 pCt. Einz.	113 1/2 P.

Wechsel in süddeutscher Währung.

Amst. fl. 100 k. S.	101 P.
Antwerp. Frs. 200 k. S.	94 3/8 G.
Augsb. fl. 100 k. S.	99 7/8 G.
Berlin Th. 60 k. S.	105 P.
Brem. 50 Th. Lsd. k. S.	97 3/8 P.
Brüssel Frs. 200 k. S.	94 3/8 G.
Cöln Thlr. 60 k. S.	105 P.
Hamb. MB. 100 k. S.	88 3/4 P.
Leipzig Th. 60 k. S.	105 P.
London Lst. 10 k. S.	119 1/4 G.
Lyon Frs. 200 k. S.	—
Mail. Frs. 200 . .	94 1/4 G.
München fl. 100 k. S.	99 7/8 G.
Paris Frs. 200 k. S.	94 3/4 P.
Petersburg 60 S.-R.	—
Triest fl. 100 k. S.	—
Wien fl. 100 ö. W.	—
do. in öst. W. l. S.	107 1/2 G.
Disconto	3 1/2 pCt. G.

Anlehens-Loose.

Oesterr. fl. 250 v. 1839	145 7/8 P.
„ fl. 250 v. 1854 mit 4 pCt.	78 3/4 P.
„ fl. 500 v. 1860 6/7	85 7/8—85 1/8 G.
„ fl. 100 Eisb. L. v. 1858.	135 1/4 P.
„ do. v. 1864.	95 1/4 P.
Schwed. 10 Thlr. Loose	9 7/8 P.
Badische fl. 50 . . .	—
Badische fl. 35 . . .	53 3/8 P.
Kurhess. Thlr. 40 b. R.	56 1/4 P.
Gr. Hessen fl. 50 b. R.	138 3/4 P.
fl. 25 do.	36 3/4 P.
Nassau fl. 25 bei Rothsch.	35 1/2 P.
Sardinische Fr. 36 b. B.	—
Neuchateler 10 Frs.-Loose	—
Freiburger 15 Frs.-Loose	—
Mailänder 45 Frs. L. b. R.	—
St. Lüttich mit 2 1/2 pCt. Z.	34 1/4 P.
Ansb.-Gunzenh. fl. 7-L.	10 7/8 P.

Frankfurt, 6. April. Die Börse zeigte heute die umgekehrte Tendenz wie gestern. Amerikaner waren etwas fester, während österr. Papiere wegen der bevorstehenden Abstimmung beim Bundestage matter und offerirt waren. (Spno.)

Digitized by Google

K. Hof- und Staatsbibliothek München
1 N. Würzb. Ztg.

Neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht.

№ 98. | Vorausbezahlung: Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 1 fl. 30 kr. Bei Inseraten wird die dreispaltige Zeile in gewöhnlicher kleiner Schrift oder deren Raum im Hauptblatte mit 6 kr., im Anzeiger mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franco. | 62. Jahrgang. | Samstag, 8. April 1865.

Die preußische Marine-Vorlage.

Bekanntlich wurde das am 5. d. von der preußischen Regierung vorgelegte neue Marinegesetz vom Abgeordnetenhause an eine besondere Kommission überwiesen. Wie der Telegraph gemeldet, hat sich am 6. d. die Kommission „für Vorberathung des Gesetzentwurfes, über den außerordentlichen Geldbedarf der Marineverwaltung“ unter dem Vorsitze des Hrn. W. Karlowitz konstituirt. Die Regierung verlangt, wie bereits erwähnt, mit der Annahme jenes Gesetzentwurfes die Zustimmung des Landtags zu einem Anlehen von 10 Millionen für Zwecke der Marine. In dieser Vorlage, sagt die Wiener „Presse“, liegt die gesammte Bedeutung der diesjährigen Landtagsperiode für die Regierung; diese Vorlage wird auch den Entscheidungskampf herbeiführen. Die Entscheidung liegt nicht in der Militärnovelle, denn, wenn diese auch vom Abgeordnetenhause ebenso abgelehnt werden wird, wie es bereits von Seite der betreffenden Kommission geschehen ist, so wird sich die Regierung doch darum nicht kümmern, da die Armee-Reorganisation faktisch bereits besteht, und die ordentlichen Einkünfte des Landes zur Erhaltung derselben hinreichen; sie liegt nicht in der Budgetfrage, da das Ministerium, falls — wie voraussichtlich — abermals kein Budget vereinbart werden sollte, wie bisher auf Grund der bestehenden Steuergesetzgebung budgetlos fortregieren, und die Einkünfte des Staates nach Gutdünken verwenden wird. Die Entscheidung liegt ausschließlich in der Flottenfrage, denn die Flotte soll erst nach neuem, großartigen Maßstabe geschaffen werden, dazu reichen die ordentlichen Einkünfte des Landes nicht hin, dazu sind Anlehen erforderlich (jetzt schon 10 Millionen, und da es sich vorläufig blos um die Begründung handelt, später zur weiteren Entwicklung noch mehr Millionen bis in das Unabsehbare), und Anlehen dürfen und können nach Inhalt der preußischen Verfassungsgesetze ohne Zustimmung des Landtages nicht kontrahirt werden.

Nunmehr muß es sich zeigen, inwieferne bei der Entwicklung des Constitutionalismus in Deutschland auf das preußische Abgeordnetenhaus gezählt werden kann. Hic Rhodus, hic salta! Wenn das Abgeordnetenhaus die geforderte Anleihe bewilligt, dann ist der Schein-Constitutionalismus in Preußen für unabsehbare Zeiten von der Volksvertretung sanktionirt; denn welche Gründe sollten fernerhin das reaktionäre Ministerium bewegen, sich in der Budget- und allen anderen Verfassungsfragen nachgiebiger zu zeigen, wenn es das verfassungsmäßige Recht des Landes ignoriren darf, und ihm von der Volksvertretung dennoch alle Mittel geboten werden, um sich zu erhalten, zu befestigen, und die Ziele seiner Politik nach allen Richtungen ungehemmt zu verfolgen? Dann dauert auch der gegenwärtige Zustand des Landes, welchen Präsident Grabow in seiner Eröffnungsrede so drastisch geschildert, und die General-Debatte über das Budget so prägnant gezeichnet hat: die Zurücksetzung der produktiven Staatszwecke gegen die der Armee und Flotte, der Steuerdruck, die Unterdrückung jeder freien, selbstständigen Regung in Staat, Gemeinde und Individuum in's Unendliche fort; dann verdienen die Abgeordneten jene Geringschätzung, mit welcher ihnen von der Regierung, deren Partei und Preßorganen begegnet wurde und noch begegnet wird; dann sind sie wirklich nichts, als Helden der Phrase, welche vor den Consequenzen ihrer Prinzipien, vor jeder That zurückschrecken; dann wird aber auch Deutschland wissen, was es von ihnen zu halten hat, und sich gänzlich von Männern abwenden, welche, da sie das eigene Recht nicht zu wahren wissen, auch das fremde nicht achten werden, und völlig im Fahrwasser jener Politik untergegangen sind, die Deutschland nicht durch die Segnungen der Freiheit, sondern durch das Unheil der Gewalt, durch Blut und Eisen eine einigere Gestalt verleihen will.

Wir müssen jedoch bemerken, daß wir an alle diese Eventualitäten nicht glauben. Das preußische Abgeordnetenhaus war bisher das Vorbild der Männlichkeit und politischen Reife, des Rechts- und Freiheitssinnes für Deutschland, und wird es wohl auch ferner bleiben, und das Traumgebilde von der preußischen Machtvollkommenheit zur See wird um so eher seine Verwirklichung noch abwarten können, da unseres Wissens keine der Seemächte auch nur daran denkt, die preußischen Küsten zu bedrohen, und die Befestigung der schleswig-holsteinischen Häfen, welche die preußische Regierung schon jetzt, ehe noch etwas über die Zukunft der Herzogthümer entschieden ist, behalten zu wollen in edler Unbefangenheit erklärt, denn doch noch viel weniger eilen dürfte.

Nicht zu verkennen ist jedoch, daß das preußische Abgeordnetenhaus sich der „neupreußischen“ Partei gegenüber, die auch im Volke ihre Vertretung hat, in einer schwierigen Lage befindet. In ernster Stunde jedoch erprobt sich der Mann. Die preußische Volksvertretung muß jetzt zeigen, ob sie aus Furcht vor, oder aus Hin-

Feuilleton.

Ein Opiumdichter.

(Fortsetzung.)

1803 trat er die so sehnlichst erwünschte und so bitter erkaufte Studienzeit in Oxford an. Schon ein Jahr darauf begann der 19jährige Student seiner Leidenschaft für das Opium nachzuhängen, eine Leidenschaft, der er — auch nach seiner 1815 erfolgten Verheirathung — ohne Unterbrechung bis zum Jahre 1821, also durch volle 17 Jahre treu blieb. Mit wenigen Tropfen fing er an, stieg aber mehr in der Dose und mußte es thun, Anfangs, um seiner Phantasie die gewohnten Genüsse zu verschaffen, später, um nur überhaupt noch schlafen zu können. Zuletzt brachte er es bis zu der wahrhaft erschreckenden Höhe von 8000 Tropfen pro Tag.

Die erste und constanteste Wirkung war auch bei ihm diejenige, welche als häufigstes Symptom allen Arten des Rausches gemeinsam ist, mag er nun durch Opium oder Alkohol, Cocablätter oder Fliegenschwamm erzeugt werden, nämlich das Eintreten einer sorgenlosen Ruhe. Was noch eben mit Centnerlast sein Herz beschwerte, erschien jetzt unbedeutend und leicht zu beseitigen, wenn er überhaupt noch daran dachte. Kummer und Trauer, Furcht u. Zagen treten erblassend in den Hintergrund und machen einem heitern Himmel Platz, der von keiner bangen Wolke und keiner melancholischen Trübung weiß. Doch — wozu noch weiter diese Symptome schildern, die ja Jedermann bekannt sind? Diese Wirkung des Rausches, die zunächst nur in rein negativer Richtung zur Beruhigung des Gemüthes beitrug, war doch für de Quincey, sorgenbeladen, wie er stets war und noch immer mehr wurde, so erquickend und erlösend, daß in ihr zunächst der gewaltige Reiz zu suchen ist, der zu steter Wiederholung anlockte und ihn immer dauernder und widerstandsloser an seine Neigung fesselte. Indeß stellten sich bei ihm auch häufig noch ganz andere Erscheinungen ein, die in seine aus Ruhe und Aufregung, Qual und Wonne seltsam gemischten Freuden eine bunte Mannigfaltigkeit brachten und ihnen dadurch ein noch verführerischeres Gewand verliehen. Der, durch das Laudanum erzeugte Schlaf nahm nämlich oft den Charakter eines halbwachen Träumens an, das bald diesen, bald jenen Sinn durch die lebhaftesten Hallucinationen blendete. Anfangs heiterer und anmuthiger Art, später von großartigem, erhabenen Charakter, gingen sie zuletzt in die furchtbarsten Phantome über, an die nur die eiserne Macht der zur Gewohnheit gewordenen Leidenschaft den Widerstrebenden schmiedete. In besonders glänzenden Farben zeigt uns die erwähnten Sinnestäuschungen eines jener von de Quincey durchlebten und geschilderten Traumbilder.

Die erste Stelle behauptete hier, der Reihenfolge und auch der Intensität nach, die Erregung des Gehörsinns, eines Sinnes,

neigung zu der Gamaischen-Politik sich selbst aufgeben, sich der Selbstvernichtung weihen will.

(Amtliche Nachrichten.) **München,** 6. April. Se. Maj. der König hat dem ordentl. Professor an der k. Universität München, Dr. W. v. Giesebrecht, das Ritterkreuz des Verdienstordens der b. Krone verliehen; die kathol. Pfarrei Mörzheim, Bezirksamts Landau, dem Priester P. A. Damm, Pfarrer in Niederschlettenbach, Bezirksamts Pirmasens, übertragen; die protest. Pfarrei Wörth, Dek. Germersheim, dem Pfarramts-Kandidaten E. Weghern aus Erlangen verliehen; dem Schullehrling G. Fügel aus St. Georgen im Königreich Württemberg das Indigenat verliehen; die 1. prot. Pfarrstelle in Zefrees, Dek. Bayreuth, dem bisherigen Pfarrer in Erlach, Dek. Kleinlangheim, J. Fr. W. Chr. Schmidt, verliehen.

München, 6. April. Nachdem unterm 24. August v. Js. das Dekret aus Rom erlassen war, worin „alle Bischöfe des Erdkreises" zu erneuter und gesteigerter Wachsamkeit auf die Erzeugnisse der Presse aufgefordert worden sind, reihte unser Erzbischof v. Scherr unter die Pastoralkonferenzthesen auch diese ein: „Welche Bedeutung und Wirksamkeit hat in unsern Tagen die Presse? Wie kann der Klerus den besseren Bestrebungen derselben förderlich sein?" Der Fastenhirtenbrief hat gleichfalls, wie seinerzeit gemeldet, das Thema der Presse ausführlich berührt. Abgesehen hievon macht nun das erzbischöfliche Ordinariat durch Erlaß vom 28. vorigen Monats die Beantwortung nachstehender Fragen den Pfarrämtern speziell zur Pflicht: 1) Welche Zeitungen und Zeitschriften sind in der Pfarrei vorherrschend verbreitet? Welche liegen insbesondere zumeist in Gasthäusern und Schenklokalitäten auf? Hiebei ist auch auf die Lokalblätter Bezug zu nehmen und ihr Charakter anzudeuten. 2) Sind in der Pfarrei vielleicht hervorragend schlechte Bücher zur Verbreitung gekommen; etwa auf dem Wege des Hausirhandels? 3) Gibt es Leihbibliotheken im Pfarrsprengel und was läßt sich von ihrem Einflusse angeben? 4) Bestehen vielleicht Vereine oder Gesellschaften, die über eine Bibliothek verfügen oder Zeitschriften halten, und welcher Richtung sind dieselben? Welche Anstrengungen sind im Pfarrsprengel bereits gemacht worden, um guten Preßerzeugnissen Eingang zu verschaffen; gibt es z. B. katholische Lesevereine oder Lesezirkel, Pfarr- oder Schulbibliotheken zur Benützung für weitere Kreise u. dgl.? — Durch die Beantwortung dieser Fragen will die oberhirtliche Stelle in erster Linie Einsicht in „die Verbreitung des Uebels und die etwa bereits vorhandenen Gegenmittel gewinnen."

§ 11 des Programms der Liberalen bei Langlois, die Unterrichtsfrage betr., lautet in der endgiltigen Fassung: „Wir halten eine gesetzliche Regelung des öffentlichen Unterrichts in seinen hauptsächlichsten Grundlagen in einer die unverkümmerte geistige Entwickelung des Volks fördernden und die Rechte des Staates unverkürzt wahrenden Weise für ein dringendes Bedürfniß." § 14, die Einigung Deutschlands betr.: „Wir anerkennen die Nothwendigkeit der Einigung Gesammtdeutschlands in einem deutschen Parlamente. Wir werden daher jede Gelegenheit benützen, auf gesetzlichem Wege eine solche anzustreben, überzeugt, daß jeder deutsche Volksstamm einer solchen Einigung bereitwillig die nöthigen Opfer bringen wird."

Die Handels- und Gewerbekammer in **Eger** hat, in Erwägung, daß es „nicht in dem Berufe Oesterreichs liegen konnte, das Herzblut seiner Bevölkerung für Preußens Vergrößerung zu vergießen", in ihrer Sitzung vom 15. v. Mts. einstimmig beschlossen, sich „bei dem Handelsministerium in einer motivirten Vorlage dahin auszusprechen, daß an Oesterreich die Aufgabe herangetreten sei, nicht nur den Anschluß Schleswig-Holsteins an den preußischen Zollverband zu verhindern, sondern vielmehr dahin zu wirken, daß dieser wieder an Deutschland zurückgebrachte Landestheil, sowohl für Oesterreich wie für Preußen, zu einem Freihandelsgebiet erklärt werde."

Berlin. (Der Bericht der vereinigten Kommissionen für Finanzen und Zölle und für Handel und Gewerbe über die Erneuerung des Zollvereins.) (Schluß.) Anlangend das Verhältniß zu Oesterreich, so sprach sich die Kommission sehr entschieden gegen die Aufnahme einer Klausel in Bezug auf eine künftige Zolleinigung aus. Es sei, so wurde hervorgehoben, stets als die Aufgabe Preußens aufgefaßt worden, sich bei dem gegenwärtigen Ablaufe der Zollvereinsverträge von dieser Klausel gänzlich zu befreien, da einerseits eine Zolleinigung mit Oesterreich von preußischer Seite nicht ernstlich in's Auge gefaßt werden könne, andererseits aber jede auch noch so vage Bestimmung, welche in dieser Beziehung in einen neuen Vertrag mit Oesterreich aufgenommen werde, die Handhabe bilde, um im Interesse Oesterreichs auf die Entwickelung der Zollvereinsgesetzgebung einzuwirken. Es sei die Aufgabe des Zollvereins und namentlich Preußens, Oesterreich in eine solche Stellung zum Zollverein zu bringen, wie sie jeder andere Staat einnehme, die nämlich, daß es gleich allen übrigen Staaten ein Interesse an jeder Tarif-Herabsetzung im Zollverein habe. So lange es seine Zolleinigungs-Politik verfolge, habe es ein Interesse, daß eine weitere Ermäßigung des Zollvereinstarifs nicht eintrete, damit der Abstand zwischen dem österreichischen und dem Zollvereins-Tarife nicht vergrößert werde. Es knüpfe dadurch die Zollschutz-Interessen im Zollverein an sich und behalte immer Einfluß genug, um eine diesem seinem Interesse entgegenstehende Tarifreform zu verhindern. Preußen müsse also dieser Zolleinigungs-Politik Oesterreichs jede Basis entziehen. Es liege dies nicht blos im Interesse des Zollvereins, es liege auch im Interesse Oesterreichs und eines guten Einvernehmens zwischen Oesterreich und dem Zollverein; denn der vielfache Hader innerhalb des Zollvereines und zwischen dem Zollverein und Oesterreich sei lediglich durch diese unklaren Bestimmungen des Vertrages von 1853 herbeigeführt worden. Oesterreich selbst aber habe durch die eigene Tarifreform nicht nur große wirthschaftliche und finanzielle, sondern auch große politische Aufgaben durchzuführen, und es würde sich nie in ein Vertragsverhältniß einlassen können, welches seine Tarifautonomie ernstlich gefährde. Durch eine liberale und den eigenen Interessen der Bevölkerung des Gesammtstaates entsprechende Tarifpolitik vermöge Oesterreich das Band zwischen den verschiedenen Nationalitäten, aus denen es sich zusammensetze, wieder fester zu knüpfen, welches durch die politischen Ereignisse der letzten Jahrzehnte so sehr gelockert sei. Für den Augenblick liege ein neuer Vertrag mit Oesterreich noch nicht vor; es seien indessen die Bestimmungen der vorliegenden Verträge, welche sich auf das Vertragsverhältniß zu Oesterreich beziehen, ins Auge zu fassen und darauf hin zu prüfen,

---

der beim Beginn des natürlichen Schlafes und ebenso beim Eintritt des Todes unter allen Sinnesorganen zuletzt seine Energie verliert, beim Erwachen dagegen als der erste wieder in Thätigkeit tritt und der ja auch beim Entstehen von Delirien und Geisteskrankheiten als einleitendes Moment eine so wichtige Rolle spielt. Die subjektiven Gehörsempfindungen, die bei de Quincey auftraten, drangen Anfangs nur als gedämpfte, unbestimmte, aus der Entfernung kommende Tonschwingungen an sein Ohr, eine leise Musik, die ihn mit geheimnißvoller Ahnung erfüllt, seine Nerven gleichsam für die herannahenden Stürme vorbereitet und zu gespannter Aufmerksamkeit anregt. Allmälig aber schwellen die Töne zu immer lauteren und volleren Akkorden an, ihr Charakter wird immer feierlicher und glänzender, und zuletzt rauschen die majestätischen Klänge einer Krönungshymne mit überwältigender Macht an seinem Ohr vorüber. Doch nur kurz ist diese Herrschaft des musikalischen Elements. Bald tritt es wieder vor anderen Phänomenen zurück. Die Harmonien verschwimmen in undeutlichen Nachklängen und an ihre Stelle drängt sich ein beunruhigender, diffuser Lärm, gleich dem Brausen und Tosen einer gewaltigen Massenbewegung, die in verworrenem Treiben nach den mannigfachsten Richtungen hin ausstrahlt und aus weiter Ferne immer näher und näher rückt. Schon verkündet das Stampfen der Rosse die herannahenden Züge, schon ist das tausendfach sich wiederholende Geräusch menschlicher Schritte deutlich zu erkennen, schon sind laute Rufe vernehmbar, — da endlich entfaltet sich vor dem staunenden Auge, das nun das ermüdete Ohr bereitwilligst ablöst, der Glanz zahlloser Heeresmassen, ein unendliches Gewühl von schlachtbereiten Kriegern. Die Flamme der Begeisterung lodert in ihren Zügen, eine Begeisterung, die der Träumende selbst in seinem Innern aufs Lebhafteste mitfühlt. Auch er ist berufen, an dem großen Kampfe Theil zu nehmen, ja ihm ist die wichtigste, die leitende Stelle dabei eingeräumt. Und eine große, heilige Sache ist es, die der Entscheidung harrt. Der Morgen eines bedeutungsschweren Tages ist angebrochen, und die gewaltigsten Interessen stehen auf dem Spiele. Nie hat eine hoffnungsvollere Sehnsucht die Parole ausgegeben. Eine unsägliche Pein, eine himmelstürmende Noth, eine qualvolle Finsterniß hält die Menschheit gefangen, sie schmachtet nach Erlösung und jauchzt dem Schwerte entgegen, das allein im Stande ist, ihre Bande zu sprengen. Und doch eine solche Ungewißheit und Unklarheit über die eigentliche Natur jenes so tief empfundenen Leidens! Ursache, Zeit, Ort des Kampfes, wer die Streiter sind, woher sie gekommen — Alles in ein so nebelhaftes Dunkel gehüllt, dem die angestrengtesten Bemühungen der davon gefesselten Aufmerksamkeit nur verschwommene Ahnungen abringen können! Doch die von immer neuen und neuen Bildern überschäumende Phantasie läßt dem Verstande keine Zeit, nach der Lösung dieser Zweifel zu grübeln und den Schleier dieser halb peinigenden, halb wohlthätigen Unbestimmtheit mit roher Hand zu zerreißen. Die Schlacht beginnt.

ob durch Genehmigung derselben das Abgeordnetenhaus sich irgendwie binde, einen Handelsvertrag mit Oesterreich zu genehmigen, der zugleich in irgend welcher Form wieder die Zolleinigungsklausel enthalte. In einer Genehmigung des § 5 des Vertrags zwischen Preußen und Sachsen vom 11. Mai 1864, resp. des § 7 des Vertrages vom 28. Juni v. J., in welchem es heißt, daß das auf Grund des Vertrages vom 19. Februar bestehende Verhältniß zu Oesterreich in einer den innigen Beziehungen der kontrahirenden Staaten zu Oesterreich und den Interessen ihres Verkehrs mit demselben entsprechenden Richtung erhalten und weiter ausgebildet werden soll, finden die vereinigten Kommissionen eine solche Verpflichtung für das Abgeordnetenhaus nicht; weitere Bestimmungen enthalten die vorliegenden Verträge in dieser Beziehung aber nicht. Von Seiten der Vertreter der k. Staatsregierung wurde bestätigt, daß in dem § 7 des Vertrags vom 28. Juni v. J. eine Verpflichtung zur Aufnahme von einer irgendwie artikulirten Klausel über die künftige Zolleinigung in einem Handelsvertrag mit Oesterreich nicht enthalten sei. Auf die Anfrage, ob die k. Staatsregierung in ihrer Erklärung vom 24. März v. J. in Bezug auf die Zolleinigungsklausel irgend ein Engagement eingegangen sei, erklärte der Vertreter der k. Regierung, daß dies nicht der Fall sei. Die vereinigten Kommissionen gingen daher einstimmig über das angeregte Bedenken hinweg. — In den modifizirten Bestimmungen über das an die Staaten des ehemaligen Steuervereins fernerhin noch zu zahlende Präcipuum finden die vereinigten Kommissionen eine erhebliche Verbesserung gegenüber dem bisherigen Zustande. Die schließlichen Anträge der vereinigten Kommissionen lauten auf Genehmigung sämmtlicher Verträge.

Berlin, 4. April. Der offiziöse Berliner Korrespondent der „Allg. Ztg." schreibt: „Die Unterzeichnung des Handelsvertrags mit Oesterreich hat dadurch eine Verzögerung erfahren, daß mehrere Regierungen den Entwurf vorher ihren Ständen mitzutheilen beabsichtigen. Diese Verzögerung ist deshalb zu beklagen, weil nach Art. 25 des Entwurfs der Vertrag vom 1. Juli d. J. ab an Stelle des Vertrags vom 19. Februar 1853 in Wirksamkeit treten soll. Seine Dauer ist bis zum 31. Dez. 1877 festgestellt. Beide Theile haben sich in diesem Artikel vorbehalten, über weiter gehende Verkehrserleichterungen und über möglichste Annäherung der beiderseitigen Zolltarife und demnächst über die Frage der allgemeinen deutschen Zolleinigung in Verhandlung zu treten, sobald einer der Kontrahenten darüber seine Vorschläge macht. Es ist aber ausdrücklich anerkannt, daß die Autonomie eines jeden der vertragenden Theile in der Gestaltung seiner Zoll- und Handelsgesetzgebung hierdurch nicht hat beschränkt werden wollen."

Berlin, 5. April. Die „Prov.-Korresp." sagt: „In der Bankangelegenheit werde die Regierung sorgen, daß die Einleitung zur Ausführung des Planes in Geltung bleibe, damit durch einen Verzug das Unternehmen nicht vereitelt werde. Die Landesvertretung werde später das Unrecht hoffentlich gutmachen.

Die Arbeitseinstellung in **Burg** dauert fort, und es ist, wie man der „Magd. Presse" von dort unter dem 2. April schreibt, für's Erste noch keine Aussicht auf das Ende. Nach einem andern Berichte der „M. Pr." wären die Spinner bereit, die Arbeit wieder aufzunehmen; allein die Tuchmacher wollen noch nichts davon wiss'n. Daß die Arbeiter von außerhalb Unterstützung empfingen, zieht dieser Bericht entschieden in Abrede; die Burger Arbeiter unterstützen sich allein gegenseitig. „wer ein Häuschen, ein kleines Kapital, ein Sparkassenbuch hat, hilft Denen, die nichts zuzusetzen können." Der Witterung halber sei die Hoffnung, durch Feldarbeit sich helfen zu können, bis jetzt unerfüllt geblieben. Ruhestörungen unter den Arbeitern seien bis jetzt durchaus nicht vorgekommen.

In **Hilversum** bei **Utrecht** ist am 29. März der ausgezeichnete holländische Philologe **Peerlkamp**, besonders verdient um die Kritik des Horaz, im Alter von 79 Jahren gestorben.

London. In der Sitzung des Oberhauses vom 3. gelangte ein vom Marquis of Westmeath beantragter Gesetzentwurf, wonach das Gesetz über das Geschwornengericht in Irland dahin abgeändert werden soll, daß bei Kriminalprozessen zur Fällung des Wahrspruches nicht mehr die Einstimmigkeit der 12, sondern nur die Uebereinstimmung von 9 unter den 12 Geschworenen erforderlich sei, zur ersten Lesung.

London. In der Sitzung des Unterhauses vom 3. April widmete Lord Palmerston dem großen Manne, den England eben verloren hat, Richard Cobden, einen Nachruf. Er sprach: Vor vielen Jahren befürwortete Adam Smith als Hauptgrundlagen des Reichthums der Nationen die Freiheit des Gewerbefleißes und den ungehemmten Austausch der Gegenstände und Resultate des Gewerbefleißes. Dieselben Lehren wurden später von gelehrten Männern, von Dugald Stewart z. B. und Anderen, gepredigt und im Laufe der Zeit von hervorragenden Staatsmännern, wie Huskisson und dessen Gesinnungsgenossen, aufgenommen; allein die Schranken, welche lange bestehendes Vorurtheil, ehrliches und gewissenhaftes Vorurtheil, gegen die praktische Anwendung dieser Lehren aufgeführt hatte, verhinderten es lange Jahre hindurch, daß dieselben als Werkzeuge des Fortschrittes ins Leben traten: Herrn Cobden war es vorbehalten, durch seinen unermüdlichen Fleiß, seine nie erlahmende persönliche Thätigkeit, die unbezwingliche Energie seines Geistes und die eindringliche und demosthenische Beredtsamkeit, mit welcher er alle Gegenstände, über die er sprach, behandelte, durch Anstrengungen, wie sie niemals übertroffen worden sind, die abstrakten Prinzipien, von deren Wahrheit er durchdrungen war und die schließlich von allen verständigen Männern im Lande angenommen wurden, ins praktische Leben einzuführen. Aber, so groß auch Herrn Cobden's Talente waren, so groß sein Fleiß und so gewaltig sein Erfolg, das Alles ward doch noch durch die Uneigennützigkeit seines Wesens übertroffen. Als die gegenwärtige Regierung gebildet wurde, ward ich von Ihrer Majestät ermächtigt, Hrn. Cobden einen Platz im Kabinette anzubieten. Cobden lehnte ab und sagte mir gerade heraus, daß seiner Ansicht nach zwischen ihm und mir bedeutende politische Meinungsverschiedenheiten obwalteten. Kein Mensch, so sehr er auch in seinen politischen Ansichten von ihm abweichen mochte, konnte mit ihm in Berührung kommen, ohne die größte persönliche Hochachtung für ihn zu empfinden. Die beiden größten Thaten Cobden's waren die Abschaffung der Korngesetze und der französische Handelsvertrag. Als er letzteren zu Stande gebracht hatte, war es mir vergönnt, ihm nicht eine Stelle — denn daß er eine solche Stelle nicht annehmen würde, wußte

---

Die Trompeten erschallen, die Trommeln wirbeln, und mit blutlechzendem Zorne stürzen die muthigen Schaaren dahin, zu gegenseitiger Vernichtung. Ein erbitterter, schonungsloser Kampf tobt durch die sich lichtenden Reihen. Auf und ab schwanken die Geschicke d s Tages durch alle Stufen der Hoffnung und der Verzweiflung. Nur Einer aber kann die wirkliche Entscheidung geben: er, der in seiner schöpferischen Phantasie das streitende Heer in's Feld geführt, er, der mit all seinen Sinnen und Gefühlen an dem Kampfe theilgenommen. Wohlan, er fühlt in sich die Kraft, seiner Heldenaufgabe zu genügen und den Sieg für seine Schaaren zu erringen. Und doch, welche Macht fesselt seine Glieder, welche Kluft öffnet sich zwischen seinem Willen und dessen Ausführung? Auf der einen Seite die Empfindung einer übermenschlichen Kraftfülle, auf der andern eine ohnmächtige Schwäche, die alles Handeln verhindert! Er will und will doch nicht; er kann und kann doch nicht. Als lastete das Gewicht von 20 Meeren auf seinem Geiste, als senkte sich eine Welt mit niederschmetterndem Falle auf ihn herab, so schwer ächzt sein Wille unter dem Druck eines unbegreiflichen, unüberwindlichen Etwas. Endlich gelingt es dennoch seinem Muthe, noch einmal sich aufzuraffen, noch einmal stürmen die Kämpfenden gegen einander, noch einmal flammt der Enthusiasmus auf und wird selbst stärker, als je vorher. Da macht sich plötzlich eine unerklärliche Unruhe geltend, ein wildes Hin- und Herlaufen, ein Zittern und Wanken, und — in eiliger Flucht jagen die zersprengten Schaaren dahin, Sturmgeheul und Wehklagen durchbebt die Luft. — Die Vision hat ihren Gipfel erreicht. In überstürzender Hast folgen einander die Bilder des Schreckens, bald tiefe Dunkelheit, bald leuchtende Blitze, bald die entsetzten Züge eines menschlichen Angesichts. Fürchterlicher aber als alles andere wird ihm das Gefühl einer unermeßlichen Schuld, die vor seiner Seele wie ein Gespenst sich erhebt, riesengroß und unversöhnlich, aller Reue, aller Buße spottend. Die tiefste Zerknirschung will ihn zermalmen. Er fühlt, es ist alles verloren. Da taucht das Antlitz einer weinenden Frau vor seinem Blicke auf. Ein herzzerreißender Abschied auf Nimmerwiedersehen — Hohngelächter der Hölle — ein jammernder Schrei, und — in Schweiß gebadet, von Fieberschauern geschüttelt, wacht der Unglückliche auf, um Trost und Pflege bei der an seinem Bette weinenden Gattin zu suchen.

(Schluß folgt.)

(Nr. 4.) **Homonyme.**

Es will es Jede, die als Weib geboren,
Doch ist sie es, ist sie verloren.

Auflösung der Charade Nr. 3: Heidingsfeld.

ich —, wohl aber die Ehren, welche die Krone verleihen kann, anzubieten, nämlich die Baronetswürde und einen Sitz im geheimen Rathe. Aber dieselbe Uneigennützigkeit, welche seinem ganzen Handeln eigen war, bewog ihn, diese Zeichen wohlverdienter Anerkennung auszuschlagen. Wir haben einen Mann verloren, der in hohem Grade charakteristisch für die Verfassung ist, unter der zu leben wir das Glück haben, weil er sich seine hohe Stellung nicht durch Familienverbindungen, sondern einzig und allein durch seine geistige Kraft, die er zum Wohle seines Vaterlandes verwandte, errungen hat. Nach Palmerston erhob sich der Führer der Opposition, Disraeli, zu einem ähnlichen Akt der Parentation, der mit den Worten schloß: „Ich glaube, daß, wenn die Nachwelt ihr Urtheil über Cobden fällen wird, es von ihm heißen wird, daß er der größte politische Charakter gewesen, den der eigentliche Mittelstand Englands hervorgebracht hat, eine Zierde des Hauses der Gemeinen und eine Ehre für England." Als dritter Redner endlich gab Hr. Bright, tief ergriffen, in wenigen Worten seinen persönlichen Empfindungen Ausdruck, indem er sich eine Würdigung der Lehre und des Lebens des Verstorbenen für eine Zeit ruhigerer Fassung vorbehielt.

Aus Paris, 4. April, schreibt man der „A. Z.": „Der Kardinal Bonnechose von Rouen, welcher Jahre lang in Rom gelebt hat, und das besondere Vertrauen des Kaisers genießt, ist seit mehreren Tagen auffallend viel in den Tuilerien beschäftigt. Gestern konferirte er mit dem Kaiser in Gegenwart eines römischen Prälaten, der nicht zur Nuntiatur gehört, und überhaupt nirgends vorgestellt wurde. In den Hofkreisen spricht man von wichtigen Unterhandlungen. Ich hatte diesen Morgen die Ehre, aus dem Mund eines hochgestellten und häufig gut unterrichteten Priesters zu erfahren, daß eine Gegenkonvention ganz gut denkbar ist, nämlich eine Konvention zwischen dem Vatikan und den Tuilerien, welche die französische Auslegung der September-Konvention auch in der Praxis und für alle Zukunft sicher stellt, und andererseits der erste Schritt zu einem Arrangement zwischen der päpstlichen Regierung und dem König Viktor Emanuel wäre, ohne den ewigen Grundsätzen des heil. Stuhls eine definitive Konzession aufzuerlegen. Der Erfolg solcher Negociationen ist dadurch bedingt, daß Viktor Emanuel mit den Ueberschwänglichkeiten der Italianissimi offen bricht, und die letzten Regungen der italienischen Revolution unterdrückt. Das Abhängigkeitsverhältniß des Königs vom Kaiser der Franzosen ist zu zwingend, als daß eine Gehorsamsverweigerung eintreten könnte, und bekanntlich wünscht Viktor Emanuel nichts sehnlicher, als seine Erlösung von der römischen Frage. Was die italienische Revolution und die Aktionspartei anbelangt, so ist General Lamarmora längst bereit, sich damit zu befassen. Ein Arrangement läßt sich aber ohne den Beitritt Oesterreichs kaum in solider und honetter Weise bewerkstelligen. Es besteht eine vage Vermuthung, der Fürst Metternich wisse um das Geheimniß, und betheilige sich an den Unterhandlungen."

Paris, 5. April. In den Verhandlungen des gesetzgebenden Körpers geht jetzt Alles mit der größten Ruhe seinen Gang. Die gereizte Stimmung zwischen der Mehrheit und der äußersten Linken scheint verschwunden zu sein. Doch steht noch die Berathung einiger Amendements bevor, welche den Dämon der Zwietracht ohne Zweifel wieder aus seinem Schlafe wecken werden. Zu diesen Amendements gehört das über die Beziehungen der Kirche zum Staate, über den Septembervertrag und namentlich auch das über die mexikanische Frage. Namentlich in Beziehung auf den letzteren Punkt wird die Regierung alle Kraft und Umsicht aufbieten müssen, um die Angriffe der Opposition zu pariren.

Paris, 6. April. Die Herren Doucet und Prevost-Paradol sind zu Mitgliedern der französischen Akademie gewählt.

Turin, 3. April. Ganz Kalabrien befindet sich aufs Neue in grenzenloser Erregung. Das Brigantenthum ist dort von allen Seiten mit einer solchen Wuth wieder hervorgebrochen, daß die Civil- und Militärbehörden vollständig überrascht und waffenlos vor den Schrecknissen der Landplage dastehen. General Pallavicini ist zwar in Eilmärschen nach Kalabrien abgegangen, aber bevor er noch ankam, waren Dörfer in Brand gesteckt, Einwohner weggeführt oder ermordet, Hunderte von Frauen und Mädchen entehrt worden. 3—4 Banden, eine jede von beiläufig 150 Mann, sind aus dem Römischen eingebrochen, von Palma, de Franco und Guerra befehligt. — Mehrere Gesandte haben bereits ihre Residenz in Florenz aufgeschlagen. — Es befinden sich gegenwärtig mehrere Mitglieder der höchsten Finanzkreise von Paris hier, um der Regierung Anerbietungen wegen Uebernahme des Anlehens von 425 Millionen zu machen, das jedoch bereits an Rothschild vergeben zu sein scheint. (N. K.)

New-York, 25. März. Sheridan scheint den Jamesfluß überschritten und sich mit Grant vereinigt zu haben. — Bei Knoxville, heißt es, konzentrirt Thomas 40,000 Mann, um gegen Lynchburg vorzurücken. — Auf den 22. war ein Angriff auf Mobile festgesetzt; ob eine Nachricht, daß Mobile schon von den Bundestruppen besetzt worden, sich bestätigen wird, bleibt abzuwarten. — Der südstaatliche Kongreß hat in seiner Antwort auf die Botschaft des Präsidenten Davis diesen der Zauderei bezichtigt, und die von demselben neuerdings anempfohlenen Maßregeln als Keime der Unordnung und des Zwiespalts getadelt. (Die frühere Nachricht von einer Gutheißung dieser Maßregeln erweist sich demnach als irrig.) Der Schatzsekretär ist ermächtigt worden, drei Millionen Dollar in Baar zur Bestreitung der Armeebedürfnisse aufzunehmen; schlägt die Anleihe fehl, so soll ungemünztes Gold und ausländisches Geld mit 25 Prozent besteuert werden.

Verantwortlicher Redakteur: A. Hartmann.
Druck und Verlag der Stabel'schen Buch- und Kunsthandlung in Würzburg

Cours der Staatspapiere.

Oesterr.	5 pCt. Met. (Cp. i. S. b. R.)	—
"	5 pCt. Lomb. ditto. à 24	—
"	5 pCt. Engl. Met. v. 1852	81 P.
"	5 pCt. Engl. Met. v. 1859	78$\frac{7}{8}$ P.
"	5 pCt. Venet. Coupon b. R.	86 G.
"	5 pCt. Nationalanl. v. 1854	68$\frac{3}{4}$ P.
"	5 pCt. Metall. Obligation.	63 G.
"	4$\frac{1}{2}$ pCt.	56$\frac{3}{8}$ P.
Preussen	3$\frac{1}{2}$ pCt. Staatsschuldsch.	
Bayern	4$\frac{1}{2}$ pCt. Obl. 1jähr. dto.	102 P.
"	4$\frac{1}{2}$ pCt. Obl. $\frac{1}{2}$jähr. dto.	101$\frac{3}{4}$ G.
"	4 pCt. Obl. 1jähr. dto.	99 P.
"	4 pCt. Obl. $\frac{1}{2}$jähr. dto.	99$\frac{3}{8}$ P.
"	4 pCt. Obl. Ab.-R. dto.	98$\frac{5}{8}$ P. $\frac{1}{4}$ G.
"	3$\frac{1}{2}$ pCt. Obl. dto.	—
Württemb.	4$\frac{1}{2}$ pCt. Obl. b. Rothsch.	104$\frac{1}{8}$ P.
"	3$\frac{1}{2}$ pCt. Obl. " dto.	94$\frac{5}{8}$ P.
Baden	4$\frac{1}{2}$ pCt. Obl.	—
"	3$\frac{1}{2}$ pCt. Obl. v. 1842	92 P.
Gr. Hess.	4$\frac{1}{2}$ pCt. Obl.	—
"	4 pCt. Obl. b. Rothsch.	101$\frac{5}{8}$ P.
"	3$\frac{1}{2}$ pCt. Obl. dto.	97$\frac{5}{8}$ P.
Nassau	4$\frac{1}{2}$ pCt. Obl. dto.	102 G.
"	4 pCt. Obl. dto.	95$\frac{5}{8}$ P.
"	3$\frac{1}{2}$ pCt. Obl. dto.	91$\frac{3}{4}$ P. $\frac{7}{8}$ G.
Frankfurt	3$\frac{1}{2}$ pCt. Obl.	96$\frac{1}{4}$ P.
"	3 pCt. Obl.	—
Spanien	3 pCt. inl. Sch. P. à fl. 2. 30	—
"	2$\frac{1}{4}$ pCt. . . .	—
Schweden	4$\frac{1}{2}$ pCt. Obl. à 105 Thlr.	90$\frac{3}{4}$ G.
N.Amerika	6 pCt. à 100Dr. 1881 D. 2$\frac{1}{2}$	—
"	6 pCt. ditto r. 1882 .	59$\frac{3}{8}$—$\frac{3}{4}$ G.

Diverse Aktien.

Frankfurter Bank à fl. 500 . . .	147$\frac{3}{4}$ P.
K. K. Oesterr. National-Bankaktien	851 P. — G.
Oesterr. Kreditbank-Aktien à fl. 200	195$\frac{1}{2}$—94$\frac{1}{2}$ G.
Bayer. Hypothekenb. Pfandbriefe 4 pCt.	94 P.
Darmst. Bank 1. u. 2. Serie à fl. 250	230$\frac{1}{2}$ P. 230G.
Weimarische Bank à Thlr. 100 .	100 G.
Mitteldeutsche Kreditaktien . . .	101 G.
Intern. Bank in Lux. à 250 Frs. à 28 kr.	90 P.
Taunus-Eisenbahn à fl. 250 . . .	356 G.
Frankfurt-Hanauer-Eisenbahn . . .	102$\frac{3}{4}$ P.
Oest. F.St.Eisb. 5pCt. 500 Fr. à 28 kr.	—
" Elisab.-Eisenbahn 5 pCt. . .	119$\frac{3}{4}$—$\frac{3}{4}$ G.
Böhm. Westbahn-Aktien à fl. 200 6/7	74$\frac{1}{2}$ G.
Rhein-Nahe-Bahn 200 Thl. à 105 4pCt. Z.	—
Ludwigshafen-Bexbacher à 4 pCt.	148$\frac{1}{2}$ P.
dto. dto. Prior. à 4 pCt.	97$\frac{1}{2}$ P.
Pfälz. Maxb. b. Rothschild à 4$\frac{1}{2}$ pCt.	107 P.
Oest. St.-Eisenb. Prior.-Oblig. à 3 pCt.	52$\frac{5}{8}$ P.
Elisab.-Bahn Prior. 5 pCt. 6/7	79$\frac{1}{2}$ G.
Südd. Bank-Akt., 40 pCt. Einz.	254$\frac{1}{2}$ P. 253$\frac{1}{2}$ G.
Span. Handels- und Industrie . .	—
Bayr. Ostbahn à 4$\frac{1}{2}$ pCt. volleinbez.	114$\frac{1}{2}$ P.
Bayer. Ostbahn mit 50 pCt. Einz.	113$\frac{1}{2}$ P.

Wechsel
in süddeutscher Währung.

Amst. fl. 100 k. S.	101 P.
Antwerp. Frs. 200 k. S.	94$\frac{3}{8}$ G.
Augsb. fl. 100 k. S.	99$\frac{7}{8}$ G.
Berlin Th. 60 k. S.	105 P.
Brem. 50 Th. Ld. k. S.	97$\frac{3}{8}$ P.
Brüssel Frs. 200 k. S.	94$\frac{3}{8}$ G.
Cöln Thlr. 60 k. S.	105 P.
Hamb. MB. 100 k. S.	88$\frac{3}{4}$ P.
Leipzig Th. 60 k. S.	105 P.
London Lst. 10 k. S.	119$\frac{3}{8}$ P.
Lyon Frs. 200 k. S.	—
Mail. Frs. 200 . .	94$\frac{1}{2}$ G.
München fl. 100 k. S.	99$\frac{7}{8}$ G.
Paris Frs. 200 k. S.	94$\frac{3}{4}$ P.
Petersburg 60 S.-R.	—
Triest fl. 100 k. S.	—
Wien fl. 100 ö. W.	—
do. in öst. W. l. S.	107$\frac{1}{8}$ P. 107G.
Disconto	3$\frac{1}{2}$ pCt. G.

Anlehens-Loose.

Oesterr. fl. 250 v. 1839	144 G.
" fl. 250 v. 1854 zu 4pCt.	77 P.
" fl. 500 v. 1860 6/5	85$\frac{7}{8}$—$\frac{5}{8}$ G.
" fl. 100 Eisb. L. v. 1858.	135 G.
" do. v. 1864.	95$\frac{3}{4}$ P.
Schwed. 10 Thlr. Loose	9$\frac{7}{8}$ P.
Badische fl.	—
Badische fl. 35 . . .	53$\frac{5}{8}$ P.
Kurhess. Thlr. 40 b. R.	56$\frac{1}{4}$ P.
Gr. Hessen fl. 50 b. R.	133$\frac{3}{8}$ P.
" " fl. 25 do.	36$\frac{3}{4}$ P.
Nassau fl. 25 bei Rothsch.	35$\frac{1}{2}$ P.
Sardinische Fr. 36 b. R.	—
Neuchateler 10 Frs.-Loose	—
Freiburger 15 Frs.-Loose	—
Mailänder 45 Frs. L. b. R.	—
St. Lüttich mit 2$\frac{1}{2}$ pCt. Z.	94$\frac{1}{4}$ P.
Ansb.-Gunzenh. fl. 7-L.	11$\frac{5}{8}$ P.

Frankfurt, 7. April. Wider Erwarten waren heute österr. Fonds fester als gestern. Die Börse scheint also der Abstimmung am Bunde vorerst kein großes Gewicht beizulegen. Amerikaner waren matter. (Synd.)

An die
k. Hof- und Staatsbibliothek
1 N. Würzb. Ztg. München.

Neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht!

№ 99-100. | Vorausbezahlung: Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 1 fl. 30 kr. Bei Inseraten wird die dreispaltige Zeile in gewöhnlicher kleiner Schrift oder deren Raum im Hauptblatte mit 6 kr., im Anzeiger mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franco. | 62. Jahrgang. | Montag, 10. April 1865.

Aus der Bundestagssitzung vom 6. April.

Die von Bayern in der Bundestagssitzung am 6. d. M. abgegebene Erklärung in der schleswig-holsteinischen Angelegenheit lautet wie folgt: „Die königliche Regierung spricht sich unter Bezugnahme auf den von ihr gemeinschaftlich mit der kgl. sächsischen und großh. hessischen Regierung gestellten Antrag dafür aus, daß derselbe zum Beschluße der hohen Bundesversammlung erhoben werde. Gegenüber den Einwendungen, welche dem Antrage sofort nach dessen Eindringung in der vorigen Sitzung von mehreren Seiten entgegengestellt worden sind, nimmt die k. Regierung zunächst Bezug auf den Bundesbeschluß vom 2. Juni v. J. (Sept.-Prot. § 52), wornach mit Ausnahme einer einzigen Stimme allgemein diejenige Erklärung gebilligt worden ist, welche der Bevollmächtigte des deutschen Bundes im Einvernehmen mit den Bevollmächtigten von Oesterreich und Preußen in der Sitzung der Londoner Konferenz vom 28. Mai v. J. abgegeben hatte, und welche darauf gerichtet war: „„die vollständige Trennung der Herzogthümer Schleswig und Holstein vom Königreiche Dänemark, sowie ihre Vereinigung in Einen Staat unter der Souveränität des Erbprinzen von Schleswig-Holstein-Sonderburg-Augustenburg zu verlangen, der nicht allein in den Augen Deutschlands die meisten Rechte auf die Erbfolge in den genannten Herzogthümern geltend machen kann, und dessen Anerkennung durch den Bundestag demzufolge gesichert ist, sondern der auch die unzweifelhafte Zustimmung der großen Mehrheit der Bevölkerung dieser Länder für sich hat."" — Mit diesem Beschluße der hohen Bundesversammlung steht der gegenwärtige Antrag in völliger Uebereinstimmung, und es wird daher nicht behauptet werden können, daß er eine überstürzende Entscheidung über die von der hohen Bundesversammlung einzunehmende Stellung zur Erbfolgefrage involvire. Der Antrag bezweckt vielmehr nur die Verwirklichung der Stellung, welche die hohe Bundesversammlung am 2. Juni v. J. bereits eingenommen hat. Es kann unmöglich angenommen werden, daß der damalige Ausspruch über die Erbfolgefrage nicht auf rechtlicher Ueberzeugung der höchsten und hohen Regierungen beruht habe, wenn auch die Gründe hiefür im Schooße der Bundesversammlung selbst nicht zur Darlegung gelangt sind. Die k. Regierung hegt in dieser Beziehung noch jetzt dieselbe Ueberzeugung, wie damals, und findet die Gründe derselben niedergelegt in demjenigen Votum, welches der k. Bundestagsgesandte im Januar v. J. dem Ausschuße übergeben hat, und welches sie hiemit zur weiteren Begründung ihrer heutigen Abstimmung zu Protokoll übergibt. — Was die Ansprüche anderer deutschen Bundesfürsten anlangt, so sind die bezüglich Holsteins von Sr. k. Hoheit dem Großherzoge von Oldenburg bei der Bundesversammlung erhobenen Ansprüche keine anderen, als die des Gottorp'schen Gesammthauses und können daher, abgesehen davon, daß die Cession dieser Ansprüche von Seite der ältesten Gottorp'schen Linie bis jetzt zwar behauptet, aber formell nicht nachgewiesen und von Seite der zweiten Gottorp'schen Linie nicht einmal behauptet ist, jedenfalls dem beantragten Beschluße der hohen Bundesversammlung nicht mehr entgegenstehen, als dem Beschluße vom 2. Juni v. J. Alle thatsächlichen und rechtlichen Verhältnisse, nach welchen die Ansprüche des Gottorp'schen Gesammthauses zu beurtheilen sind, waren schon vor dem 2. Juni v. J. genau dieselben und genau ebenso bekannt, wie jetzt, und wenn sie damals weder die höchsten Regierungen von Oesterreich und Preußen, noch die hohe Bundesversammlung abhalten konnten, den Erbprinzen von Augustenburg für den bestberechtigten Erben zu erklären und dessen Anerkennung als gesichert zu bezeichnen, so können sie auch jetzt einem gleichen Ausspruch kein Hinderniß bereiten. Noch viel weniger wird dies durch Ansprüche geschehen können, welche bisher bei der hohen Bundesversammlung gar nicht erhoben worden sind. — Zu diesen Erwägungen tritt noch der sehr gewichtige Umstand hinzu, daß weder durch die Annahme des vorliegenden Antrages, noch durch die Erfüllung der darin ausgesprochenen vertrauensvollen Erwartung die rechtliche Geltendmachung von Ansprüchen anderer Bundesfürsten ausgeschlossen werden würde, indem vielmehr, wie bereits in der Motivirung des Antrags hervorgehoben ist, gerade erst durch die Anerkennung des Erbprinzen von Augustenburg als Mitglied des Bundes die Eröffnung des bundesrechtlichen Austrägalverfahrens möglich gemacht und dadurch eine richterliche Entscheidung streitiger Fragen begründet werden würde, deren Möglichkeit unter

Feuilleton.

Ein Opiumdichter.

(Schluß.)

Je länger de Quincey der Sclave seiner Leidenschaft war, desto furchtbarer wurde ihre Tyrannei. Von einer eigentlich angenehmen Wirkung des Opiums war in den späteren Jahren kaum mehr die Rede. Er suchte nur Ruhe, Schlaf, Vergessenheit, und auch diese versagte meist das grausame Mittel seinem Opfer. Gleich Macbeth, hatte er den Schlaf gemordet, und ein unerbittliches Schicksal hielt ihm das Verdammungsurtheil entgegen: kein Schlaf soll mehr über dein Auge kommen. Rückte die Nacht heran, so brachte das Laudanum statt der gehofften Beruhigung nur neue, phantastische Qualen, Sünde und Strafe in Einer Höllenpein vereinigend. Treffend vergleicht er sein Lager dem des Orest und zittert vor den Eumeniden, die zu den Füßen des Bettes sitzen und durch die Vorhänge ihn anstieren. Die Visionen wurden immer düsterer und düsterer. Sein Träumen war endlich Nichts, als ein verzweifeltes Ringen mit gespensterhaften Schatten, die in finsterer Schreckensgestalt ihm feindlich gegenübertraten. Seltsam geformte Ungeheuer, wie sie die Urwelt nicht wunderlicher und riesenhafter geschaffen, umringten ihn mit erschreckenden Geberden, in immer wachsender, zahlloser Menge, und streckten gierig ihre Glieder nach ihm aus. Ins Endlose sich ausdehnende Gewässer tauchten vor seinem Auge auf, und aus jedem Tropfen blickte ihn mit drohendem Ausdruck ein menschliches Gesicht an. Kurz — das Elend dieser Nächte stieg immer höher, sein Verstand war in dringender Gefahr, den stets zunehmenden Schrecken zu erliegen, und schon winkte ihm nahe genug der Wahnsinn sein Willkommen entgegen.

Noch tiefgreifender aber und trauriger waren die Verwüstungen, die das Opium auf den wachen Zustand vererbte. Jene Empfindung der Ohnmacht, die ihm im Traume schon in so ergreifender Gestalt sich aufgedrängt, die Unmöglichkeit, etwas mit Festigkeit zu wollen und mit Sicherheit zu thun, die tiefe Abspannung und Schwächung des ganzen Bewegungsvermögens machten auch außerhalb der Schlafzeit ihren verderblichen Einfluß geltend. Die geringste Bewegung, die leichteste Anstrengung, ein paar Zeilen zu schreiben, einen Brief zu beantworten — alles kam ihm wie eine Riesenarbeit vor, die seine Kräfte bei Weitem überstieg. Er grollte darüber mit sich selbst und suchte gewaltsam jenen unseligen Zustand der Lähmung zu überwinden. Doch vergeblich. Der Alp, der mit bleischwerem Drucke auf ihm lastete, machte ihn zu Allem unfähig. Wie ein Kind, war er hilflos und gänzlich auf die Unterstützung Anderer angewiesen. Dabei eine übermäßig erhöhte Reizbarkeit aller Sinnes- und Empfindungs-Nerven, eine brennende Hast, eine schmerzhafte Aufregung, ein sympathisches Mitklingen mit allen, selbst den schwächsten äußeren Einflüssen, kurz ein exaltirter Zustand, der den letzten Rest seiner Kräfte erschöpfen mußte.

So konnte es nicht mehr weiter gehen. Wollte er nicht sich gänzlich aufreiben oder dem Irrsinn zur Beute fallen, mußte er unbedingt dem Opiumgebrauche entsagen. Entsagen! Einer Leiden-

den jetzigen Verhältnissen vollständig fehlt. Weit entfernt also, der auch von der königl. Regierung lebhaft gewünschten Verständigung den Raum zu versagen, bildet nach der Ueberzeugung der k. Regierung die Annahme des vorliegenden Antrages den sichersten, wo nicht den einzigen Weg zur Verständigung unter allen denjenigen Faktoren, ohne deren Mitwirkung eine befriedigende Lösung rechtlich nicht möglich ist."

Ueber die Abstimmungen einiger anderer Staaten in der Bundestagssitzung vom 6. finden sich im „Schw. Merk." folgende Angaben: Für Sachsen machte Hr. v. Beust die von ihm in London errungene Anerkennung des Herzogs von Augustenburg geltend. Die übrigen für den Antrag stimmenden Staaten sind ziemlich lautlos beigetreten; nur Baden wies darauf hin, wie für die Regierung die Sache schon längst entschieden sei, da sie den Herzog von Augustenburg bereits anerkannt habe. Hannover, sich auf den Rechtsstandpunkt stellend und die Landesrechte betonend, sprach heftig gegen den Antrag. Auch Kurhessen, Mecklenburg, die 15. Stimme (Oldenburg-Anhalt-Schwarzburg) und die Hansestädte gaben mehr oder weniger motivirte Stimmen gegen den Antrag ab. Oldenburg legte für sich förmliche Protestation gegen eine Beschlußfassung ein, „die weder der Rücksicht gegen die deutschen Großmächte entspreche, denen die Herzogthümer ihre Befreiung verdankten, noch den nationalen Rechten Deutschlands Rechnung trage."

(Amtliche Nachrichten.) **München,** 8. April. Se. Maj. der König hat dem k. sächs. Kammerherrn G. v. Nostitz-Wallwitz das Komthurkreuz des Verdienstordens vom heil. Michael verliehen; den ordentlichen Professor in der philosophischen Fakultät der k. Universität München, J. E. Hierl, in den Ruhestand treten lassen.

München, 8. April. Ueber den Antrag des Abg. Louis und Cons. auf Erlassung einer vollständigen Amnestie aller politischen Verbrechen und Vergehen, im Jahr 1849 zum Zweck der Durchführung der Reichsverfassung begangen oder versucht 2c., referirte Dr. Edel gestern ausführlich dem 1. Ausschuß. Der Antrag lautet: Die Kammer d. Abgeordneten wolle beschließen, „es sei an Se. Maj. den König die Bitte zu richten, es möge dem gegenwärtigen Landtag der Entwurf eines Gesetzes vorgelegt werden, durch welches den von den Wohlthaten des Gesetzes vom 22. Dezember 1849, die Untersuchung wegen politischer Verbrechen und Vergehen betr., ausgeschlossenen Personen mit Einschluß jener Militärpersonen, die von dem Generalpardon vom 16. Juni 1849 wegen nicht rechtzeitiger Anmeldung ausgeschlossen worden sind, soweit noch erforderlich, voller Erlaß der Strafe und Straffolgen gewährt wird." In dem Referat wird hervorgehoben, wie durch den gestellten Antrag die Bitte um Vervollständigung der Amnestie zum dritten Male an die Kammer der Abgeordneten gelangt, und der Verlauf der diesem Antrag zu Grunde liegenden Ereignisse angedeutet. Referent unterzieht sodann die Competenzfrage einer eingehenden Prüfung, um jeden Anschein, als komme die Kammer durch ihre Beschlüsse mit Kronrechten in Konflikt, im Voraus auszuschließen. Referat bemerkt u. A.: „Nach der bayerischen Verfassungsurkunde besitzt der König das Recht der Abolition im deutschrechtlichen Sinne nicht; er kann keine strafrechtliche Untersuchung niederschlagen, weder vor, noch nach Eröffnung des Strafverfahrens, sondern er muß die richterliche Aburtheilung abwarten, nach welcher er das Recht der Begnadigung im engeren Sinne unbeschränkt auszuüben im Stande ist, die richterlich erkannte Strafe zu mildern oder gänzlich zu erlassen. Außerdem hat das Gesetz vom 10. Juli 1861, die Aufhebung der Straffolgen betr., die Rehabilitationsbefugniß des Königs in sehr ausgedehnter Weise anerkannt. In vorliegendem Falle ist nun eine, dem König gemäß der Verfassungsurkunde entzogene Abolition nicht in Frage. Da jedoch alle noch nicht vollstreckten Strafen auf Contumacial-Urtheilen beruhen, so ist eine gesetzliche Regelung der Amnestie in zweifacher Richtung nothwendig. Nach pfälzischem Prozeßrecht bildet nämlich das Contumacial-Urtheil in Verbrechenssachen keinen definitiven, sondern nur einen vorläufigen Abschluß, und ist daher ein solches Urtheil, mindestens so lange die erkannte Strafe nicht durch Verjährung getilgt ist, keiner Rechtskraft fähig. Auf keinen Fall könnte Denjenigen, welche nach im Ungehorsamsverfahren erfolgter Verurtheilung in eine Verbrechensstrafe im Wege der Begnadigung von der Hauptstrafe befreit worden sind, eine Aufhebung der Straffolgen im Sinne des Gesetzes vom 24. Mai 1861 ertheilt werden, denn dieses beschränkt sich auf den Erlaß der an eine rechtskräftige Verurtheilung geknüpften Straffolgen. Nach den aus früheren Kammerverhandlungen ersichtlichen Erhebungen wurden in der Pfalz wegen politischer Verbrechen und Vergehen aus dem Jahre 1849 gegen Inländer 58 contradictorische Verurtheilungen und 98 Contumacialverurtheilungen (darunter 89 auf Todesstrafe) erlassen, nach Abrechnung von 6 Verurtheilungen von Personen, die sich später gestellt haben und freigesprochen worden sind. Von inländischen Militärpersonen sind 273 Anwesende und 16 Abwesende verurtheilt worden. Von Ausländern sollen 128 vor die Strafgerichte verwiesen worden sein. Von den in contumaciam Verurtheilten waren bis 1863 auf Ansuchen 9 Personen vom Zivilstande vollständig begnadigt worden. Die Ueberfluthung durch Rückkehr einer großartigen Emigration nach Bayern ist nicht zu besorgen. Zieht man die Amnestiefrage vor den Richterstuhl der Politik und Humanität, so kann die Antwort keine zweifelhafte sein. Die Ereignisse liegen uns nun in solcher Ferne, daß uns ein unbefangenes Urtheil möglich, ein mildes Urtheil erlaubt ist. Von den Vorgängen vor, während und nach der pfälzischen Bewegung läßt sich ohne Uebertreibung behaupten, daß sowohl innerhalb als außerhalb der Mauern Ilions gefehlt worden ist, und daß man auch an den anderen Orten einige Ursache hat, nicht mit allzu großer Strenge auf die Begehungs- und Unterlassungssünden jener Periode hinzublicken. Wenn nach Dem, was aus der Pfalz zu vernehmen ist, dort der Wunsch nach Amnestie so weit verbreitet ist, so erblickt Referent den Hauptgrund darin, „daß die dortige Bevölkerung im Bewußtsein ihrer loyalen Gesinnung von der letzten Hinterlassenschaft der Ereignisse von 1849 befreit werden

---

schaft entsagen, die durch 17jährige Gewohnheit in alle Fibern seines Nervensystems sich eingelebt, die an all seine Neigungen und Empfindungen mit krampfhafter Zähigkeit sich anklammerte, deren Befriedigung längst zum unentbehrlichen Bedürfnisse geworden war — hier an Entsagung denken, hieß das nicht von seiner Schwäche etwas verlangen, was sie unmöglich ausführen konnte? Hatte er doch schon oft genug versucht, seiner bitteren Reue durch das Aufgeben seiner schädlichen Genüsse zu genügen, und doch immer Nichts weiter erlangt, als einen nutzlosen, qualvollen Kampf, der zuletzt doch wieder mit der Rückkehr zu dem gewohnten Laster endigte, hatte doch auch ein anderer, gewaltiger Geist nicht minder vergebens gegen die Macht dieser Leidenschaft gerungen. Was hatte nicht Alles Coleridge versucht, um den Opium-Lockungen zu entgehen? Als er die Unmöglichkeit erkannte, dem eigenen Willen die schwere Aufgabe allein zu überlassen, war Coleridge selbst so weit gegangen, die Hilfe Anderer zu demselben Zwecke in Anspruch zu nehmen. Er miethete sich Lastträger, Cabmen und dgl. Leute, die gegen gute Bezahlung nöthigenfalls mit Gewalt ihn daran verhindern sollten, in die Apotheken einzutreten, aus denen er sein Laudanum bezog. Umsonst. Wenn ihn der Dämon der Begierde erfaßte, waren alle Mächte der Erde außer Stande, ihn von ihrer Befriedigung zurückzuhalten. Die von ihm selbst gedungenen Leute verspottend und mit fieberhafter Energie zurückstoßend, bahnte er sich doch immer wieder den Weg zu der Quelle seines selbstmörderischen Genusses. Ein solches entmuthigendes Beispiel vor Augen, konnte auch de Quincey nur wenig Hoffnung auf Genesung hegen. Und dennoch versuchte er es wieder und wieder, sich allmählich von dem Opium zu entwöhnen, und dennoch erreichte endlich, was eine Unmöglichkeit schien, die erzwungene Consequenz der Verzweiflung. Indem er erst kürzere, dann immer längere und längere Zwischenräume in die Reihe seiner Opium-Schwelgereien einschob, brachte er es in der That im Jahre 1821 so weit, daß er triumphirend ihnen den Rücken kehren konnte; ein höchst merkwürdiger Beweis dafür, wie weit die Herrschaft einer Leidenschaft gediehen sein, und wie siegreich trotzdem die Macht eines festen und dauernden Vorsatzes sie bewältigen kann.

Frei geworden von dem ihn fesselnden Dämon, gab de Quincey der erstaunt aufhorchenden Welt eine Schilderung seiner Leiden, seines Kampfes und Sieges in den „Bekenntnissen eines englischen Opiumessers", die im „London magazine" erschienen und von dem enormsten Aufsehen begleitet waren. Eine neue Folge derselben unter dem Namen „Suspiria de profundis" brachte „Blackwood's magazine" 1845 Sein weiteres Leben war ein sehr ruhiges. Nur mit literarischen Arbeiten beschäftigt, verbrachte er den größten Theil seiner späteren Jahre in Westmoreland und Edinburg, lange in vertrauter Freundschaft mit Southey und den anderen Meistern der sog. diabolischen Schule. Erst vor wenigen Jahren (1859) ist er aus dem Reiche der Lebenden geschieden.

Es liegt uns fern und würde auch viel zu weit führen, hier näher auf de Quincey's schriftstellerische Bedeutung einzugehen. Seine Arbeiten berühren die verschiedensten Bereiche der Literatur, theils in Form von kritisirenden Betrachtungen über moderne und antike Werke, theils als selbständige Aufsätze über die mannigfachsten socialen, psychologischen und philosophischen Fragen. Ueberall

Digitized by Google

möchte, daß sie erlöst werden möchte von dem finsteren Schatten, den jene Ereignisse noch in die Gegenwart werfen, von all' den zahlreichen unvollstreckten Todesurtheilen, die noch über ihrer Atmosphäre schweben und von der Möglichkeit, nochmals einzelne Episoden jener Vergangenheit in schwurgerichtlicher Verhandlung an sich vorübergeführt zu sehen." Den Beschluß des Ausschusses, den Antrag an die Kammer der Abgeordneten zu stellen und die Bemerkung des Justizministers haben wir bereits gemeldet.

Wien, 6. April. Das Ministerium und seine Partei erleiden im Abgeordnetenhause bei Gelegenheit der Budgetverhandlungen eine Niederlage nach der andern. Nicht in der unbedeutendsten Rubrik gelingt es ihnen, durchzudringen, wenn auch die Opposition oft nur zwei Stimmen mehr für sich hat. Die Mehrheit des Hauses besteht fest darauf, das Gleichgewicht im Staatshaushalte herzustellen. Ob es ihr gelingen wird, steht allerdings noch dahin, da das Ministerium seinerseits noch immer fest entschlossen sein soll, keinen größeren Abstrich als die von ihm bereits zugestandenen 20 Millionen sich gefallen zu lassen, und dieses Vorhaben mit Hilfe des Herrenhauses durchzusetzen hoffen mag. Nicht zu leugnen ist indessen, daß die Regierung augenscheinlich bemüht ist, in allen Zweigen des Staatshaushaltes beträchtliche Ersparungen zu erzielen. Die gegenwärtige Anwesenheit des F.-Z.-M. v. Benedek in Wien hat zum Zwecke, an Berathungen zu einer umfassenden Armeereduktion theilzunehmen. Auch andere, die Verminderung der Staatsausgaben bezweckende Verfügungen werden getroffen. Uebermorgen wird sich das Haus über die Osterferien vertagen. — Unsere Valuta-Verhältnisse gehen allmälig einer entschiedenen Besserung entgegen. Da nach dem gestrigen Ausweise der Nationalbank der Notenumlauf sich bis auf 346,293,815 Gulden gemindert hat, während der Metallschatz und die in Silber rückzahlbaren Forderungen der Bank bis auf 143,108,838 Gulden gestiegen sind, so verhält sich die Baarschaft zum Papier wie beiläufig 1 zu $2^2/_3$, ein Verhältniß, das vielleicht seit Bestehen der Bank nicht so günstig war. Es erleidet daher fast keinen Zweifel mehr, daß unsere Nationalbank nach den Bestimmungen der Bankakte, wo nicht früher, doch längstens Ende 1866 ihre Baarzahlungen wird aufnehmen können.

In **Wien** ist am 8. April Fürst Karl Liechtenstein, erster Oberhofmeister des Kaisers, gestorben.

Wiener und andere Blätter brachten Nachrichten über eine im heutigen Frühjahre beabsichtigte revolutionäre Schilderhebung im lombardisch-venetianischen Königreiche und bekräftigten dieselben mit Anführung eines angeblich vom Kriegsminister in dieser Hinsicht an den Feldzeugmeister Ritter v. Benedek gerichteten Erlasses. Die „Generalkorrespondenz" erklärt nun, daß vom Kriegsministerium in dieser Richtung kein Erlaß ergangen sei.

Hannover, 8. April. In der heutigen Sitzung der Deputirtenkammer erklärte auf eine Interpellation des Herrn v. Benningsen der Finanzminister: Die Regierung sei entschlossen, den diesseitigen Theil der Paris-Hamburger Eisenbahn, sowie die Südharzbahn auf Staatskosten zu erbauen. Mit Preußen und den anderen Staaten seien Verhandlungen im Gange; wann dieselben beendet sein würden, sei ungewiß. Eine Eisenbahnvorlage werde vielleicht noch auf diesem Landtage gemacht werden.

Wiesbaden, 6. April. Heute sollte Sitzung des Abgeordnetenhauses sein, um diejenigen Wahlen zu prüfen, über welche bereits Ausschußberichte vorliegen. Unter diesen Wahlen befinden sich mehrere von Regierungskandidaten, welche wegen Mißbrauchs der Amtsgewalt beanstandet waren und wahrscheinlich kassirt werden. Als nun die Sitzung beginnen sollte, zeigte es sich, daß die ganze klerikale und gouvernementale Rechte ausgeblieben war und dadurch die Versammlung beschlußunfähig gemacht hatte. Ueber den Zweck dieses Staatsstreiches ist man noch nicht im Klaren: er beruht aber auf einem förmlichen Beschluß, der wahrscheinlich sein Vorbild in dem bekannten Wegbleiben der Brüsseler Klerikalen hat und hoffentlich auch für diese Partei die nämlichen verhängnißvollen Folgen haben wird, wie in Belgien.

Wiesbaden, 8. April. Der Landtag wurde gestern bis zum 18. d. M. vertagt. Die Rechte erklärte, die Sitzungen so lange meiden zu wollen, bis die Linke den Ausschußantrag bezüglich der beanstandeten konservativen Wahlen zurückgenommen haben werde.

Italien. Die Affaire der Enthüllungen über „geheime Zusätze" zur Septemberkonvention ist noch nicht erledigt. Der König hat eine strenge Untersuchung gegen das dem geheimen Archiv zugetheilte Personal angeordnet. Man fahndet ernstlich auf Mazzini, der in Genua versteckt ist. Ein intimer Freund desselben, der Genueser Kommunalrath und Publizist Savi, hat sich entleibt — wegen eines unheilbaren Leidens, wie die Einen sagen — aus Gründen, die mit jener Angelegenheit zusammenhängen, wie Andere meinen.

In **Rom** wurde am 6. April in der sixtinischen Kapelle im Vatikan ein feierliches Amt zum Gedächtniß an den verstorbenen König Max von Bayern abgehalten. Der Papst gab die Absolution. Der König Ludwig, Vater des Verstorbenen, der König und die Königin und die übrigen Glieder der königlichen Familie von Neapel, das heil. Kollegium und das diplomatische Korps wohnten dieser Ceremonie bei.

In Folge der Militär-Konvention zwischen Frankreich und Italien, nach welcher die Truppen beider Staaten bei Verfolgung von Briganten die Grenzen zwischen dem Römischen und Neapolitanischen überschreiten können, haben bereits Gefechte zwischen italienischen Truppen und Briganten auf römischem Boden stattgefunden. Als Merode, der päpstliche Kriegsminister, Kunde von dem Abkommen bekam und hörte, daß Italiener ins Römische eingedrungen seien, schickte er, wie es heißt, ein Gendarmenkorps ab, um die Italiener über die Grenze zu treiben; der französische Kommandant des Postens Ceprano soll es jedoch nicht zugelassen haben, daß die Päpstlichen zum Angriffe schritten. In Folge dessen ist es zwischen dem französischen Kommandanten in Rom, General Montebello und Merode zu Erklärungen gekommen.

---

zeichnet ihn eine seltene Fülle von Kenntnissen und ein höchst elastischer Styl aus, der den feinsten Schattirungen sich anschmiegt und, vom leichten, gefälligen Conversationstone bis zur glühenden Leidenschaft und dem erhabenen Pathos, über alle Nuancen der Darstellung mit gleicher Sicherheit gebietet. Charakteristisch für denselben ist noch ein ans Groteske streifender Humor, der oft mit den schrecklichsten Dingen ein tollkühnes Spiel treibt, und eine vorwiegende Neigung für die mystisch-dunkeln Seiten des Lebens. Wenn er in seinem berühmten Essay „über den modernen Aberglauben" den sinnberückenden Einfluß schildert, den Meer und Wüste durch die endlose Einöde und die steten Gefahren auf das Gemüth der im täglichen Verkehr mit ihnen lebenden Menschen ausüben, wenn er mit blendenden Farben die Hallucinationen ausmalt, mit denen die Wüste den einsamen Wanderer neckt, das Läuten unsichtbarer Klosterglocken, ferne Trompetenklänge und Hornsignale, vielstimmige Rufe, das Halali einer geisterhaften Jagd rc. rc. — wer erkennt dann nicht in dieser Zeichnung den Dichter wieder, der im Opiumtraume seine Einbildungskraft an die seltsamsten Schöpfungen gewöhnt hat? Nur wer, wie de Quincey, selbst in die geheimen Tiefen des Geisteslebens seine Nerven getaucht und selbst ihre phantastischen Wonnen und Schmerzen gefühlt, konnte mit solch' unübertrefflicher Naturwahrheit jene psychologischen Studien uns vorführen. Wie viele aber gibt es, denen es, wie ihm, gelungen wäre, nach solchen Seelenstürmen als Sieger in den Hafen des Ruhmes einzulaufen? Staunend stehen wir vor einer Geisteskraft, die so viel gelitten und doch so Großes geleistet.

Vermischtes.

Leipzig, 5. April. Der Stadtverordnetenvorsteher veröffentlicht heute die Rathszuschrift, in welcher der Magistrat mittheilt, daß er dem Lehrer Dr. Hildebrand an der Thomasschule von 18 Unterrichtsstunden, die er zu geben hat, 10 erlassen und diese durch einen Hilfslehrer ertheilen lassen wolle, und zwar auf Grund einer Zuschrift von zehn Universitätsprofessoren aus allen Theilen von Deutschland, welche sich bei ihm für jenen verdienstvollen von Jakob Grimm selbst höchst ausgezeichneten Sprachforscher verwendeten, um ihm die zur Herausgabe des Grimm'schen Wörterbuchs nöthige Muße zu verschaffen. Es sind dies die Professoren Pfeiffer in Wien, Rudolf v. Raumer in Erlangen, Holland und v. Keller in Tübingen, Holtzmann in Heidelberg, Dietrich in Marburg, Müller in Göttingen, Höfer in Greifswalde, Bartsch in Rostock und Zarncke hier. Von dem „Deutschen Wörterbuch" erschien übrigens soeben eine neue Lieferung, die zweite des fünften Bandes (K.). Jene Professoren sagen über die vorigen Herbst erschienene erste Lieferung dieses Buchstabens: „Nicht nur hat Dr. Hildebrand in vorzüglicher Weise verstanden, sich in die Art des großen Meisters (Jakob Grimm) einzuleben, er ist auch eine ihm darin verwandte Natur, daß er mit vielseitigen und gründlichen Sprachstudienkenntnissen jenes feine Gefühl und Verständniß für das Sinnliche in der Sprache verbindet, ohne welche es niemals gelingt, das stille geheimnißvolle Walten des Sprachgeistes zu ergründen und zu erfassen."

Verantwortlicher Redakteur: A. Hartmann.
Druck und Verlag der Stahel'schen Buch- und Kunsthandlung in Würzburg

Nr. 3812.

Amortisations-Edikt.

Vom k. Landgericht Werneck.

Hypothekenbereinigung von Vasbühl und Schraubenbach betr.

In den Hypothekenbüchern für Vasbühl und Schraubenbach sind die nachbezeichneten Güterkaufschillinge nebst Eigenthumsvorbehalte eingetragen, bezüglich welcher die Nachforschungen nach den rechtmäßigen Inhabern fruchtlos geblieben und von dem Tage der letzten auf diese Forderungen sich beziehenden Handlungen an gerechnet mehr als 30 Jahre verflossen sind.

Auf Antrag der jetzigen Besitzer werden alle Diejenigen, welche noch Rechte auf diese Forderungen zu haben glauben, zur gerichtlichen Geltendmachung

binnen 6 Monaten

aufgefordert, widrigenfalls diese Forderungen für erloschen erklärt und die Löschungen im Hypothekenbuche vollzogen würden.

Werneck, den 1. April 1865.

Der königliche Landrichter.

[3a] Haler. Meisner, Funktionär.

Fortl. Nr.	Name des eingetragenen Schuldners.		Name des eingetragenen Gläubigers.	der Hypotheke Betrag fl.	kr.	Rechtstitel rc.	Hyp.-Buch Bd.	Seite.
	I. Hypothekenbezirk Vasbühl.							
1	Christ Adam von Vasbühl,		Die Debitmasse des Anton Zeisner von Vasbühl.	38		mit 5% verzinsl. Martini 1828 mit 1832 zahlbarer Güterkaufschilling laut Hyp.-Eintr. v. 7. Jan. 1828.	II.	433.
2	Derselbe			65			„	437.
3	Zeisner Sebastian	allda,	„	40		„	III.	47.
4	Derselbe	″	„	15		„	„	51.
5	Seubert Michael	″	„	28		„	„	67.
6	Zeisner Sebastian	″	„	221		„	„	75.
7	Bay Georg	″	„	16		„	„	87.
8	Walter Kaspar	″	„	8		„	„	91.
9	Bey Georg	″	„	3		„	„	95.
10	Weiß Karl	″	„	45		„	„	105.
11	Seubert Michael	″	„	24		„	„	109.
12	Göpfert Andreas	″	„	68		„	„	133.
13	Seubert Michael	″	„	18		„	„	137.
14	Krückel Michael	″	„	27		„	„	139.
15	Bey Georg	″	Nikolaus Metzger in Rundelshausen.	36		Güterkaufschillingsrest laut Kaufprotokoll v. 21. Okt. 1821 und Hyp.-Eintr. vom 23. April 1825.	I.	[illegible]
16	Lehmann Johann	″	Johann Bey in Vasbühl.	45		ditto laut Kaufprotokoll v. 1. April 1824 und Hyp.-Eintr. vom 23. April 1825.	„	377.
17	Walter Kaspar	″	„	63		„	I.	583, 585.
18	Seubert Michael	″	„	21		„	„	591 u. 593.
19	Metzger Georg	″	Adam Weth ledig in Vasbühl.	58		Desgl. laut Kaufprotokoll v. 3. Januar 1815 und Hyp.-Eintr. vom 23. April 1825.	„	613 u. 615.
20	Berp Nikolaus	″	„	36		„	I.	631.
21	Zeisner Sebastian	″	Die Debitmasse des Jakob Metzger in Vasbühl.	39		mit 5% verzinsl. Martini 1828 mit 1833 zahlb. Güterkaufschilling laut Strichsprotokoll v. 27. März 1828 und Hyp.-Eintr. vom 4. September 1828.	III.	201.
				31				
22	Seubert Michael	″	„			„	„	203.
23	Zeisner Sebastian	″	„	59	30	„	„	207.
24	Derselbe	″	„	111	30	„	„	211.
25	Christ Adam	″	„	59	30	„	„	225.
26	Zeisner Carl	″	„	45		„	„	237.
27	Walter Johann	″	„	100		„	„	247.
28	Zeisner Sebastian	″	„	55		„	III.	233 u. 259.
29	Heuler Adam	″	„	22		„	III.	265.
30	Pfister Michael	″	„	47		„	„	267.
31	Walter Kaspar	″	Die Debitmaße des Georg Metzger in Vasbühl.	21		Güterkaufschilling laut Strichsprotokoll v. 15. März 1830 mit 5% verzinsl. Hyp.-Eintr. v. 13. Aug. 1830.	„	355.
32	Pfister Michael	″	„	55		„	„	361.
33	Derselbe	″	„	91		„	„	375.
34	Bey Georg	″	„	23		„	„	377.
35	Zeisner Sebastian	″	„	178		„	„	381.
36	Seubert Michael	″	„	57		„	„	387.
37	Walter Kaspar	″	Die Debitmasse des Andreas Bey in Vasbühl.	61	30	mit 5% verzinsl. Martini 1828 mit 1832 zahlbarer Güterkaufschilling laut Strichsprotokoll v. 21. Febr. 1828 und Hyp.-Eintr. vom 21. März 1831.	„	549.
38	Göpfert Margaretha Wttb.	″	„	60		„	„	355.
39	Zeisner Sebastian	″	„	108	30	„		
40	Derselbe	″	Die Gläubigerschaft des Adam Porr in Vasbühl.	82		mit 5% verzinsl. Martini 1831 und 1832 zahlbarer Güterkaufschilling laut Strichsprotokoll v. 9. Febr. 1831 und Hyp.-Eintr. vom 13. August 1831.	„	583.
41	Michael Seubert	″	Die Debitmasse des Nikolaus Willacker in Vasbühl.	14	30	mit 5% verzinsl. Martini 1829 mit 1833 zahlbarer Güterkaufschilling lt. Zahlungsanweisung v. 25. Sept. 1829 u. Hyp.-Eintr. v. 20. September 1831.	„	591.
42	Willacker Adam	″	„	22	30	„	„	601.
43	Reppenbacher Andreas	″	„	40		„	„	603.
44	Pfister Michael	″	„	76		„	„	607.
45	Zeisner Sebastian	″	„	38		„	„	611.
46	Seubert Michael	″	„	4		„	„	613.

(Fortsetzung folgt.)

Schuldverschreibungen von Standesherren und Privaten.

Frankfurter Börse.

4 pCt.	Herz.	Lucca, alte b. Rothsch.	G.—	P.74
4 „	„	do. neue b. „	—	90
3½ „		Landgräfl. H.-Homb. b. „	—	94
3½ „		Fürstl. Löwenst.-Werth. (bad.)	—	94
3½ „		do. (bayer.)	—	—
3½ „	„	Fürstenberg b. Rothsch.	92¾	—
3½ „	„	„ „	—	—
3½ „	„	Leiningen P. N. Schm.	95½	—
3 „	„	„ „	84	—
4 „	„	Oettingen-Wallerstein	—	99
4 „	„	Esterhazy P. Galantha	61	62
3½ „	„	Isenburg-Birstein b. R.	—	98½
4 „	„	Schwarzenberg	71	—
4 „	„	Palffy b. Arnst. u. Kahel.	—	79
4 „	Gräfl.	Erbach-Fürstenau b. S.	—	99
4 „	„	Palffy, Ferd. Leop., b. S.	61	—

4 pCt.	Gräflich	St. Genois b. Schm.	G.—	P.70
4 „	„	Szapary b. Rothsch.	—	50
4 „	„	Schönborn b. Schm.	—	64
4 „	„	Sandor b. Rothsch.	60	—
4 „	„	Strachwitz b. Schm.	—	50
4 „	„	Hugo Eltz	—	85
4 „	„	Viczay b. Rothsch.	60	—
4 „	„	Nizky b. Rothsch.	—	—
4 „	„	Hunyady b. Rothsch.	—	—
4½ „	„	Batthyany Joh. Bapt.	—	76
4½ „	„	Batthyany Gustav	—	71
4½ „	„	Orczy b. Schmidt	71	—
4½ „	„	Sztaray „	—	74
4½ „	„	Karoly bei Biedermann	—	70
4½ „	„	Pejacsevich b. Schuller & Co.	68	—

Anlehens-Loose.

Fürstl.	Esterhazy 40 fl. Loose	—.——.——
„	Windischgrätz 20 fl. Loose	—.——18.—
„	Salm-Reifferscheid 40 fl. L.	—.——29.—
„	Palffy 40 fl. Loose	—.——28.—
„	Clary 40 fl. Loose	—.——26.—
Gräflich	Keglevich 10 fl. Loose	14.75—15.25
„	Waldstein-Wartenb. 20 fl. L.	19.50—20 —
„	St. Genois 40 fl. Loose	27.25—27.75
Stadt	Triester 100 fl. Loose	114.——114.50
	Donau-Dampfschiff. 100 fl. L.	86.——86.50
	Dessauer 100 Thlr.-Loose	————

k. Hof- und Staatsbibliothek
N. Würzb. Ztg. München.

Neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht!

№ 101. | Vorausbezahlung: Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 1 fl. 30 kr. Bei Inseraten wird die dreispaltige Zeile in gewöhnlicher kleiner Schrift oder deren Raum im Hauptblatte mit 6 kr., im Anzeiger mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franco. | 62. Jahrgang. | Dinstag, 11. April 1865.

Noch einmal die Bundestagssitzung vom 6. April.

Der Vollständigkeit halber kommen wir auf die von Preußen und Oesterreich bei der Abstimmung über den mittelstaatlichen Antrag gegebenen Erklärungen zurück. Aus der Begründung, mit welcher Preußen sein Votum ausgestattet hat, heben wir folgende Sätze hervor: „Mit Annahme des durch seine Motive erläuterten Antrags würde die Majorität der Bundesversammlung mit früheren Beschlüssen, namentlich mit denen vom 7. und 21. Juli, sowie vom 1. Sept. und 3. Nov. v. J., in Widerspruch treten, indem sie, ohne die Erstattung der früher verlangten Ausschußberichte abzuwarten, ihre Stellung zu der im letzteren zu erörternden Rechtsfrage präjudizirte. Die königl. Regierung würde sich aber an einem solchen Präjudiz betheiligen, wollte sie zum Ausspruch einer Erwartung mitwirken, welche sie selbst für eine unberechtigte halten muß, weil die vermeintlichen Rechte des Erbprinzen von Augustenburg nicht blos nicht nachgewiesen sind, sondern nach Ansicht der königl. Regierung auch zum größeren Theil nicht nachweisbar sein werden. . . . . Da die Motive des vorliegenden Antrags auf die in der Londoner Konferenz gemachten Vorschläge der k. Regierung Bezug nehmen, so glaubt der Gesandte in dieser Beziehung noch Folgendes bemerken zu müssen: Die kgl. Regierung konnte die Einsetzung des Erbprinzen von Augustenburg auf der Londoner Konferenz, als eine den damaligen Umständen entsprechende Lösung der kriegerischen Komplikation, als ein Mittel zur friedlichen Verständigung der europäischen Mächte vorschlagen, ohne damit ihrerseits einen zweifellosen und ausschließlichen Rechtsanspruch des Erbprinzen auf Succession anzuerkennen. Dieser Vorschlag hat aber mit seiner definitiven Ablehnung auf der Konferenz jede weitere Bedeutung um so mehr verloren, als seitdem die rechtliche und faktische Lage der Dinge eine wesentlich andere geworden ist. Die k. Regierung konnte den Antrag damals stellen, ohne anderen als den eigenen Ansprüchen des brandenburg. Hauses und denen des Königs Christian, mit dem sich Preußen bekanntlich im Kriege befand, zu nahe zu treten. Seitdem aber ist in der Person Sr. k. H. des Großherzogs v. Oldenburg ein neuer Prätendent aufgetreten, dessen Ansprüche ein volles Recht auf die Prüfung seiner Bundesgenossen haben. Seitdem ist ferner, nach Fortsetzung des Kriegs gegen Dänemark, der Friede geschlossen, welcher die Rechte des Königs Christian auf Preußen und Oesterreich übertrug. Die k. Regierung würde daher heute nicht mehr in der Lage sein, den Vorschlag zu wiederholen, welchen sie damals, um den Frieden Europa's herzustellen, im Interesse des einzigen bis dahin öffentlich aufgetretenen Prätendenten machen zu können glaubte. . . ."

Bezüglich der nach erfolgter Abstimmung von Preußen gegebenen Erklärung haben wir nichts Bemerkenswerthes mehr nachzutragen.

Die österr. Erklärung lautet nach der „Bayer. Z.": „Der Gesandte sieht sich in den Stand gesetzt, sich unter Bezugnahme auf seine Abstimmungen in der letzten und in der heutigen Bundestagssitzung, über das Verhältniß des kaiserl. Hofes zu dem so eben gefaßten Beschlusse auszusprechen. Die von Oesterreich und Preußen auf der Londoner Konferenz gemachten Vorschläge sind der Bundesversammlung bekannt, ebenso daß die beiden Mächte im Art. 3 des zu Wien abgeschlossenen Friedensvertrages sich ausdrücklich von Dänemark die Anerkennung jedweder Verfügung ausbedungen haben, welche sie über die von dem König Christian IX. ihnen abgetretenen Rechte treffen würden. Demgemäß hat Oesterreich alsbald nach Ratifikation des Friedensvertrags in Berlin beantragt, diese Rechte dem Erbprinzen von Augustenburg weiter zu cediren, welche Cession die Uebertragung des Besitzes auf diesen Fürsten zur Folge gehabt haben würde, unbeschadet der Rechtsansprüche, welche andere deutsche Souveräne im Weg des Austrägalverfahrens geltend machen könnten. Auf diesen Vorschlag ist jedoch die k. preußische Regierung, eine weitere Prüfung der Rechtsfrage für nöthig haltend, nicht eingegangen. Auch heute noch ist der kaiserl. Hof vollkommen bereit, falls Preußen seinerseits die Hand

Feuilleton.

Die geheimnißvollen Ebenen Amerikas.

Was den Erfolg gewisser amerikanischer Romanschreiber ausmacht, das ist die sorgfältige Beschreibung jener Ebenen, jener Prärien, jener Wälder und Flüße ihres Kontinentes, die nur ein Indianerfuß erst betreten habe. Mit unbeschreiblichem Enthusiasmus nahm man die Erzählungen auf, in denen diese für uns neue Natur beschrieben wurde, und diese so ganz ursprünglichen Menschen, die noch heute sind, wie sie aus der Hand der Natur hervorgegangen, unberührt von jeder, der unsrigen ähnlichen Civilisation, mit ihren merkwürdigen Gebräuchen, die für die alte Welt so interessant sind und den Triebfedern psychologischer Studien so reichen Stoff bieten.

Noch heut gefällt man sich darin, alle diese Mysterien zu erforschen und die Berichte, welche uns die wenigen Pioniere, die sich in diese Länder gewagt, senden, werden mit größtem Interesse gelesen.

Die Ebenen von Far-West, in Kalifornien, bieten dem Auge einen besonders merkwürdigen Anblick. So weit der Blick trägt, entdeckt man nichts als den blauen Ring des Horizontes. Ebenso wie im Meere das Auge vergeblich einen Ruhepunkt an irgend einem Gegenstand sucht, der seine Aufmerksamkeit fesseln könnte, ebenso verliert sich der Blick in den Ebenen von Far-West, er irrt umher und kann nichts unterscheiden als die Grenzlinie, welche sich zwischen Himmel und Erde abzeichnet.

Wenn diese Einförmigkeit des Bodens, diese gänzliche Abwesenheit von Terrain-Unebenheiten, von Wäldern und Hügeln zuerst den Gedanken an jedwede Gefahr in diesen endlosen Flächen entfernen kann, so erfüllen doch diese Eintönigkeit selbst, das Schweigen der Natur und die Einsamkeit der Gegend das Herz mit einer unbestimmten Furcht und einer tiefen Entmuthigung. Deshalb reist der Auswanderer auch nie allein in diesen Ebenen. Ebenso wie man sich in der afrikanischen Wüste zu Karavanen verbindet, um die Weite zu durchwandern, so vereinigen die Reisenden in den Ebenen von Far-West ihre Wagen und ihr Vieh, um sich gegenseitig zu helfen und die Savannen so ungefährdet zu durchziehen.

Es sind dies übrigens auch keine unnützen Vorsichtsmaßregeln, denn die Verlassenheit dieser Orte ist nur eine scheinbare. Wenn man kein anderes Geräusch hört, als die Peitsche des Auswanderers, der die Pferde anfeuert, oder das Schreien des Ochsentreibers, der seine Zugstiere anspornt; wenn man nichts sieht, als die unendliche Oede, so sind doch unsichtbare Wesen da, Eingeborene, welche den Weg des Pioniers dieser Einöden überwachen, immer bereit, ihn in einen Hinterhalt fallen zu lassen.

Plötzlich erhebt sich mitten aus den hohen Gräsern ein menschlicher Kopf; dann ein ganzer Körper: es ist der Indianer, der die Profanation seiner Heimath rächen will, denn für ihn heißt, diesen jungfräulichen Boden als Fremder zu durchstreifen, ihn profaniren. Schnell spannt er seinen Bogen und entsendet seinen vergifteten Pfeil. Das Opfer fällt wie vom Blitz getroffen. Von wo ist der Schuß gekommen? Niemand weiß es; man hat das Opfer fallen, aber den Pfeil hat man nicht kommen sehen. Man durchforscht vergebens die Ebene, sie ist stumm und einsam wie immer. Nichts entdeckt die Gegenwart des Wilden, die Halme selbst bleiben unbeweglich, kein Zeichen deutet auf die Anwesenheit des Eingeborenen. Man schießt aufs Gerathewohl einige Flinten- und Revolverschüsse ab, man gräbt eine Grube, zwei Holzstücke bilden das

dazu bietet, eine rasche Erledigung der schwebenden Frage im angedeuteten Sinne herbeizuführen, und unter dieser Voraussetzung — abgesehen von dem Ersatz der Kriegs- und sonstigen Kosten — auf jeden speziellen Vortheil zu verzichten. Oesterreich legt den entschiedensten Werth darauf, den Abschluß der schleswig-holsteinischen Angelegenheit ohne Störung des zwischen ihm und Preußen bestehenden Einverständnisses, welchem die errungenen Erfolge zu danken sind, möglich zu machen, und indem es daher nicht aufhört, bei dem k. preußischen Hofe die Nothwendigkeit einer baldigen Entscheidung der Souveränetätsfrage hervorzuheben, kann es für jetzt nur erklären, daß es die Benützung seines Besitztitels nicht aufgeben werde, bis eine den eigenen Ueberzeugungen und den Interessen des deutschen Bundes entsprechende Lösung erzielt sein wird."

Das kgl. hannoverische Votum ist zu lang, als daß wir es vollständig wiedergeben können. Selbst die „N. Hann. Ztg." muß es in Fortsetzungen bringen. In der halboffiziellen hannoverischen „Nordseezeitung," einem „ebenso langen als langweiligen" Blatte, füllt es ein halbes Folioblatt. Wenn wir von dem in der vorletzten Bundestagssitzung abgegebenen Votum Hannovers auf das neueste einen Schluß ziehen dürfen, so muß dasselbe voll stupenten Tiefsinns sein. Der Schluß des Votums lautet nach einer Mittheilung des „Nürnberger Korrespondenten": „Die kgl. Regierung hält daran fest, wovon der hohe Bundestag beim Beginn des Streites ausging, daß nur eine rechtliche und förmliche Prüfung der Ansprüche aller Prätendenten und eine darauf gebaute Entscheidung zu einer gedeihlichen Lösung der schleswholsteinischen Frage führen kann. Ohne eine solche Basis sind alle Schritte des Bundes schädliche Palliative und führen, wie der vorliegende Antrag zeigt, zu Ueberschreitungen der Bundeskompetenz und zu ungerechten Maßregeln." — Oldenburg scheint sich mit großer Wärme für die „Förderung einer gesicherten und dauernden Machtstellung der norddeutschen Großmacht in Schleswig-Holstein" ausgesprochen zu haben. Man nennt Das, sagt der „N. K.", im bürgerlichen Leben „mit der Wurst nach der Speckseite werfen."

München, 9. April. Die Scheidung der verschiedenen Elemente der Kammer der Abgeordneten schreitet vorwärts. Das Programm der Fraktion im Kaffee Langlois zählt gegenwärtig 45 Unterschriften. Außerdem hat sich eine weitere Fraktion gebildet, welche mehrere Geistliche und denselben nahe Stehende, dann Oekonomen aus Unterfranken und Oberbayern zu Mitgliedern zählt und als die Rechte der Kammer gelten kann.

Im Einlauf der Kammer der Abgeordneten vom 4.—6. sind von dessen 23 Nummern abermals 5 (eine von den Tagschreibern der oberfränkischen Stadt- und Landgerichte, vier von den Wegmachern verschiedener Baubezirke) mit dem Rubrum: Aufbesserung der Gehaltsbezüge bezeichnet. Der Einlauf vom 6.—9. enthält eine Vorstellung der Stadt- und Landrichter in den 3 fränkischen Kreisen wegen Gleichstellung mit den Bezirksamtmännern; ein Schreiben des Kriegsministeriums, die Reform der Militär-Justiz betreffend; ein Antrag des Abgeordn. Kolb auf Verbesserung der Wehrverfassung; endlich vier, von den Bierbrauern des Kreises Schwaben, Neuöttings, Eichstätts und dem Ausschusse der bayerischen Bräuer eingereichte Eingaben, worin theils um Freigabe der Biertaxe, theils um Abänderung des Biertarifs und Aufhebung der polizeilichen Beschränkungen der Bierfabrikation gebeten wird.

Aus **Wien,** 9. April, kömmt die Nachricht, daß der langjährige diplomatische Vertreter Hamburgs am kaiserlichen Hof und frühere Reichsminister Heckscher dort plötzlich gestorben ist.

Berlin. Wie Abgeordnete aus den Majoritäts-Fraktionen versichern, wird aller Wahrscheinlichkeit nach die Anleihe von 10 Millionen Thaler für die Marine vom Abgeordnetenhause verworfen werden. Dafür spricht auch die Wahl der Mitglieder für die Marine-Kommission.

In der Sitzung vom 7. April des Abgeordnetenhauses wurde die Spezialdebatte über das Budget begonnen. Es handelte sich dabei auch um den „Dispositionsfonds für allgemeine politische Zwecke", für welchen 31,000 Thaler begehrt wurden. Die Debatte war sehr animirt: Die Kommission beantragt die Streichung des Postens. Minister Graf Eulenburg erklärte: „Mit dem Streichen der Summe bringen Sie die erste Schwierigkeit in das Zustandekommen des Etats." Die Abgeordneten vorzüglich von der Fortschrittspartei erklärten, die Regierung sei eine Partei-Regierung und zu Parteizwecken sei kein Geld zu bewilligen, umsoweniger ein Posten, dessen Genehmigung ein Vertrauensvotum in sich schließen würde. Bezüglich der offiziösen Blätter wurde gesagt, eine gute Regierung bedürfe keiner feilen Federn und Blätter. Am wenigsten könne dies Haus Blätter unterstützen, deren Hauptaufgabe es sei, den Landtag zu beschimpfen, die von Lüge und Verläumdung strotzen, und denen jede Zügellosigkeit gestattet sei, während die unabhängige Presse den stärksten Druck zu erleiden habe. Schließlich wurde der Posten mit großer Majorität verworfen.

Koblenz, 8. April. Dem Vernehmen nach hat sich die päpstliche Kurie mit der preußischen Regierung über die Besetzung des erzbischöflichen Stuhls von Köln geeinigt. Der Erzbischof von Osnabrück, Hr. Melchers, soll dazu auserkoren sein. (A. Z.)

Die Hausknechtsaffaire von **Elberfeld** aus dem Juli v. J. ist am 5. d. vor dem Zuchtpolizeigericht dortselbst verhandelt worden. Am Abend des 24. Juli waren zwei junge Grafen, der eine Lieutenant, der andere Gefreiter im k. preuß. Husarenregiment Nr. 11, von Schwelm im Gasthof „Weidenhof" zu Elberfeld angekommen und, da sie sich in angetrunkenem Zustand befanden, mit

---

Kreuz, und man setzt seinen Weg fort, nachdem man denjenigen der Erde anvertraute, der so plötzlich der Reisegesellschaft entrissen worden ist.

Zuweilen wagen auch die Indianer in genügender Anzahl offen ihre Feinde anzugreifen; dann entbrennt der Kampf zwischen den Auswanderern und den Wilden schrecklich und mitleidslos.

Aber wir haben noch nicht alle Mysterien der Ebene enthüllt; noch andere Gefahren bedrohen den Reisenden, wenn er sich in größter Sicherheit wähnt. Plötzlich entzieht sich der Boden unter seinen Füßen. Noch einige Schritte davon bemerkte man nichts, — jetzt steht man plötzlich am jähen Ufer eines Flusses. Wie soll man die Gegenwart dieser ungeahnten Hindernisse erkennen. Wie sehr man auch mit dem Auge die Ebene durchforschte, so hilft das nichts; wohl aber, indem man auf den Gang des Viehes achtet. Das Wasser lockt die Thiere der Karavane an, sie beeilen ihren Schritt, um so schnell als möglich den Durst zu löschen, der sie verzehrt, und die Beschleunigung ihres Ganges ist das einzige Zeichen, aus dem man mit Sicherheit auf die Nähe des Wassers schließen kann.

Diese Flüsse der Ebenen gleichen in keiner Weise denen anderer Gegenden; ihre senkrechten Ufer sind keineswegs mit einer besonderen, oder reichlicheren Vegetation versehen. Das Wasser fließt still in einem tiefen Bett, in das der Wanderer ohne den Instinkt der Thiere hinabgestürzt wäre.

Fast immer kehrt das aus dem Erdboden gekommene Wasser, nachdem es einige Meilen unter freiem Himmel durchlaufen, dorthin zurück.

Vermischtes.

(Ein hübsches Quiproquo.) Ein französisches Journal erzählte dieser Tage, daß irgendwo durch ein Mißverständniß — ein Pferd zum Feldhüter ernannt worden. Dabei können wir an einen anderen nicht weniger sonderbaren Vorfall erinnern. Im Jahre 1848 hatte Lamartine Besitz vom Ministerium des Aeußern genommen. Während eines der seltenen Augenblicke der Ruhe, welche ihm der Wirrwarr der Geschäfte ließ, gab sich der Tribun, der immer Dichter blieb, der Lektüre der Psalmen hin. Irgend eine Stelle, ein Vers erregte lebhaft seine so leicht entzündbare Phantasie. Er nimmt ein Notizbuch aus der Tasche, schreibt mit Bleistift eine Zahl hinein und darunter den Namen des Propheten David. Aber in dem Augenblick kommen Leute zu ihm, um ihn in Verwaltungsangelegenheiten zu sprechen. Dann kommen Empfehlungen für vakante Konsularstellen. Lamartine nimmt die Namen und notirt sie in sein Portefeuille, das er dann dem Sekretär übergibt, um die Ernennungen auszufertigen. Einige Tage darauf unterzeichnete er sie; es waren ihrer sehr viele. Alle Konsuln, alle Kanzler, welche sie betrafen, beurlaubten sich dann beim Minister und dankten für ihre Ernennung. Ein Einziger fehlte beim Aufruf, ein Herr David, der als Konsul in eine entfernte Kolonie geschickt werden sollte. Lamartine mochte sein Gedächtniß, seinen Sekretär, seine Beamten befragen soviel er wollte, kein mit „David" unterzeichnetes Gesuch war beim Ministerium eingelaufen. Der Dichter nahm noch einmal seine Brieftasche, um eine letzte Nachsuchung zu halten, und bemerkte nun erst seine merkwürdige Zerstreutheit. Er hatte den König von Israel, den Propheten David, zum Konsul ernannt! Wenn man den „Moniteur" aus jener Zeit zur Hand nimmt, wird man darin finden: „Hr. . . . ist zum Konsul in . . . ernannt worden in Stellvertretung des Hrn. David, der nicht angenommen hat."

dem Hausknecht besagten Hotels in Konflikt gerathen, wobei der Lieutenant den Hausknecht mit einem Säbelhieb über den Kopf verwundete. Bei der Untersuchung stellte sich jedoch heraus, daß der Hausknecht zuvor die Rückseite des Lieutenants mit einem Ochsenziemer mehrfach bearbeitet hatte. In Folge dessen wurde auch der Lieutenant vom Kriegsgericht unter der Annahme der „Nothwehr“ freigesprochen. Bei der Verhandlung vor dem Zivilgericht am 5. d. wurde nun der Hausknecht für überführt erklärt, die beiden Militärpersonen in der Nacht vom 24. zum 25. Juli vorsätzlich mißhandelt zu haben, jedoch unter Annahme der „Kompensation“ von Strafe und Kosten freigesprochen.

Hannover, 8. April. Dem Hofe ist kürzlich ein schweres Unglück zugestoßen. Dem Hauptmann Meyer vom Hamburger Kontingent ist der Guelphenorden ertheilt worden, weil er sich beim Rückmarsch der Hannoveraner aus Holstein gegen diese sehr kameradschaftlich benommen. Bereits war das Diplom ausgefertigt, der Orden an den Empfänger gesandt, das Kapitel der Guelphenritter zählte einen bürgerlichen Meyer zu den Seinen — da erschütterte mit einem Male die furchtbare Kunde das gesammte k. Hofgesinde: Meyer ist Jude! Ein Jude ist Welfenritter! So was ist noch nicht dagewesen! Das Ordenskapitel ist natürlich gränzenlos gemeiert, aber — geschehene Dinge lassen sich nicht ändern, und der christliche Welfenhof, der lieber seine erste Musik-Notabilität, Herrn Joachim, verlieren, als sich von diesem einen jüdischen Kammermusikus (Grün) aufdrängen lassen will, zählt mit tiefer Schamröthe einen Juden unter seinen Rittern.

Der Landtag in **Weimar** beschloß am 4. April, die Regierung um die Vorlage eines Gesetzes zu ersuchen, wornach die Militärgerichtsbarkeit nur auf militärische Vergehen und Disziplinarmaßregeln beschränkt werde. Der Vertreter der Regierung hatte sich dagegen ausgesprochen, „weil die Angelegenheit eine politische sei, die für ein kleines Kontingent nicht allein geregelt werden könne.“

Wiesbaden. Der „Frankf. Postz.“ zufolge hatten die Mitglieder der Rechten der Abgeordnetenkammer, welche durch ihr Nichterscheinen in der auf den 6. anberaumten Sitzung die Abhaltung derselben unmöglich machten, das Präsidium vorher ersucht, die Berathung des Ausschußantrages auf Annullirung zweier regierungsfreundlicher Wahlen von der Tagesordnung jener Sitzung abzusetzen, weil sie noch nicht gehörig vorbereitet seien, in die Verhandlung über diesen am 4. zur Vertheilung gelangten Antrag einzugehen.

Frankfurt, 9. April. Der Antrag, welchen der handelspolitische Ausschuß in Betreff der Einführung gleichen Maßes und Gewichtes in den deutschen Bundesstaaten in der letzten Bundestagssitzung gestellt hat, lautet wie folgt: „Hohe Bundesversammlung wolle beschließen: 1) wegen der angestrebten Einführung gleichen Maßes und Gewichtes in allen Bundesstaaten nochmals eine Commission von Fachmännern niederzusetzen und dieselbe zu beauftragen, auf Grundlage des bereits vorliegenden im Prinzip nahezu von sämmtlichen hohen Bundesregierungen gebilligten Sachverständigen-Gutachtens, alle diejenigen Punkte des Systems und der Ausführung, deren unbedingte Uebereinstimmung in allen Staaten festzuhalten sein würde, definitiv zu formuliren und in einer zur Publikation geeigneten Weise zu redigiren; 2) an die preußische Regierung durch Vermittlung ihres Herrn Gesandten das bundesfreundliche Ersuchen zu richten, wegen des Zeitpunktes, zu welchem sie in diese kommissarischen Berathungen einzutreten in der Lage sein würde, die von ihr in Aussicht gestellte Erklärung möglichst bald abgeben lassen zu wollen.“ In Betreff des Zeitpunktes für Berufung der gedachten Kommission empfiehlt der Ausschuß einen sobald als möglichen Beginn. Ueber den Ort soll noch anderweitig berichtet werden. Da Preußen dem Vorschlage bereits zugestimmt hat, so ist dießmal wohl ein endliches zweckentsprechendes Resultat zu erwarten.

London, 7. April. Der englische Gesandte in Petersburg sagt in einem von gestern datirten telegraphischen Bericht über die russische Epidemie: „Das Fieber ist ein ansteckendes und heißt auf Französisch: „Fièvre à rechute,“ auf Deutsch „das rekurrirende Fieber,“ auf Englisch „the relapsing or famine fever.“ Auch wird es intermittirendes Fieber oder typhus recurrens, oder biliös-typhöses Fieber, oder Synoche, oder Fleckfieber, oder Typhinia genannt. Bis vor acht Monaten war es in Rußland unbekannt; da machte Professor Botkin darauf aufmerksam, als ein Fieber, welches, obwohl von ausländischen Aerzten schon beschrieben, ihm nie vorgekommen sei. Der gewöhnliche Typhus herrscht in Petersburg sehr vor. Das amtliche Blatt gibt an, daß der Typhus, das typhöse Fieber und die febris recurrens in der Hauptstadt jetzt etwas abgenommen haben.“ Von Berlin berichtet Lord Napier, vom 5., daß im Thale der Weichsel, und besonders in Elbing, eine unbekannte Krankheit aufgetreten sei. Die preußische Regierung habe nicht die Beobachtung gemacht, daß sie von Petersburg herübergekommen.

Paris, 8. April. In der gestrigen Kammersitzung entspann sich eine wichtige Verhandlung über § 11 des Adreßentwurfs, zu dem die Opposition ein auf Reform des gerichtlichen Untersuchungsverfahrens und auf Abschaffung der Todesstrafe bezügliches Amendement gestellt hatte. J. Favre hielt über diese beiden Punkte eine Rede, wie nur er sie zu halten versteht. Er verlangte Aufhebung der geheimen Untersuchungshaft und für jeden Verhafteten das Recht, sich vom ersten Tage an in Verbindung mit einem Rechtsbeistand zu setzen. Dann sprach er für die Abschaffung der Todesstrafe, gestützt auf prinzipielle und moralische Gründe, wie auf Thatsachen und bedeutende Autoritäten. „Nein“, ruft er am Schlusse aus, „durch Menschenopfer kann die Gottheit nicht geehrt, die Gesellschaft nicht gerächt werden! Die früheren Jahrhunderte mochten dies wohl lehren; der Ruhm unserer Zeit wird darin bestehen, zu zeigen, daß es unantastbare Güter göttlichen Rechtes gibt, und diese Güter sind das Leben und die Freiheit des Menschen.“ Das Amendement wurde mit 212 gegen 26 Stimmen verworfen.

Paris, 8. April. Der „France“ zufolge haben die Mitglieder des Telegraphen-Kongresses heute die vereinbarten Bestimmungen förmlich festgestellt. Der Vertrag soll in nächster Woche unterzeichnet werden. — Der „Constitutionnel“ gibt heute, um seinen Lesern die innere Lage Deutschlands Betreffs der schleswig-holsteinischen Frage recht klar vor Augen zu legen, eine Uebersicht der Bevölkerung derjenigen deutschen Staaten, die am 6. d. Mts. in Frankfurt für und gegen den sächsisch-bayerischen Vorschlag gestimmt haben. Es stellt sich, ihm zufolge, heraus, daß 27 Millionen für den Antrag, 18 dagegen stimmten; daß aber, wenn man Oesterreich und Preußen davon abrechne, 14 Millionen für und nur 4 Millionen gegen den Antrag gestimmt hätten. Daraus zieht das Blatt den Schluß, daß, in Wahrheit zu sagen, ganz Deutschland die Unabhängigkeit der Herzogthümer unter dem Scepter des Herzogs von Augustenburg wünsche.

Paris, 10. April. Die zu Angers erscheinende „Union“ ist auf zwei Monate suspendirt worden, wegen Veröffentlichung falscher Nachrichten, welche Haß gegen die Regierung hegen.

Lissabon, 9. April. Die Entlassung des ganzen Ministeriums ist vom König angenommen worden.

Frankfurter Börse (vom 2. bis 8. April).

Samstag. Für die so lang in den Hintergrund gedrängten österr. Fonds scheint wieder eine bessere Tendenz zum Durchbruch kommen zu wollen, welche nur momentan am Donnerstag durch die Abstimmung am Bundestag etwas beeinträchtigt wurde; sie schliessen sämmtlich höher als vor acht Tagen. Für Kapitalanlagen dauert die Vorliebe für neue engl. Metalliques an. Von Staatsloosen bleiben 1860er, die bis 86 gestiegen, zu $85\frac{7}{8}$, um $\frac{1}{2}$ pCt. höher; auch 1864er holten sich über 1 fl.

Das Geschäft in süddeutschen Fonds bewegte sich in den gewohnten Grenzen. Von ausländischen wurden neue finnländische Pfandbriefe bis 84 bezahlt und ist nach dem Erscheinen der definitiven Stärke eine weitere Besserung des Kurses zu erwarten. Amerikaner wollen trotz der Besserung der Valuta nicht recht voran; sie bleiben hier bedeutend unter New-Yorker Notiz und vielfache Gewinnrealisationen hemmen einen neuen Aufschwung; 1862er konnten den 60er, welchen sie momentan überschritten, nicht behaupten und schliessen heute matter zu $59\frac{1}{2}$

Von Kreditaktien bleiben österreichische um fl. 1 besser als vor acht Tagen zu $196\frac{1}{2}$. In kleindeutschen wenig Verkehr. Von Zettelbanken österreichische fest. Weimarische halten sich nach abgelöster Dividende über Pari.

Von Eisenbahnaktien haben Taunus seit gestern die in der Generalversammlung am 6. d. M. beschlossene Dividende von fl. 18 abgelöst. Das vorjährige Resultat ist ein neues Zeugniss für die anerkannte Solidität der Verwaltung. — Bayer. Ostbahnen behauptet. Oesterr. Westbahn in Folge des Steigens in Wien auch hier höher gegangen; der Märzausweis ist sehr günstig. — Das neue Prioritäts-Anlehen der Ludwigshafen-Bexbacher E.-B. von fl. 700,000 ist von den Bankhäusern M. A. v. Rothschild, Phil. Nik. Schmidt in Frankfurt und Ladenburg und Söhne in Mannheim übernommen worden. Die ungünstige Witterung hat die Betriebseröffnung der Neustadt-Dürkheimer Bahn verzögert, so dass dieselbe erst nach Ostern stattfinden kann. Von E.-B.-Prioritäten Staatsbahnen und italienische gefragt; galizische verfolgen ihre steigende Tendenz und schliessen um $\frac{1}{2}$ pCt höher zu $87\frac{1}{4}$.

Der Geldstand bleibt sehr flüssig. Fremde Wechsel im Allgemeinen matter, nur Wien gesucht und in steigender Tendenz. (Akt.)

Hiezu die Beilage: „Würzburger Anzeiger“.

Verantwortlicher Redakteur: A. Hartmann.
Druck und Verlag der Stahel'schen Buch- und Kunsthandlung in Würzburg

Hypothekenbereinigung von Wasbühl und Schraudenbach. (Fortsetz.)

Fortl. Nr.	Name des eingetragenen Schuldners.	Gläubigers.	der Hypotheke Betrag fl.	kr.	Rechtstitel ꝛc.	Hyp.-Buch Bd.	Seite.
		II. Hypothekenbezirk Schraudenbach.					
47	Rumpel Michael jg. in Schraudenbach.	Die Gläubigerschaft des Georg Warmuth von Schraudenbach	70		Kaufschillingsrest laut Strichspr. vom 19. März 1826 und Hypothekeneintrag vom 29. März 1826.	III.	519.
48	Pfeuffer Johann jg. allda,	„	25		„	„	529.
49	Meister Johann „	„	24	$22^1/_2$	„	„	531.
50	Gerber Michael „	„	45		„	„	543.
51	Warmuth Josef „	„	18	45	„	„	549.
52	Fenn Andreas „	Die Gläubigerschaft des Andreas Fischer ledig in Schraudenbach.	1		mit 4% verzinsl. Martini 1829 mit 1834 zahlbarer Güterkaufschilling laut Strichspr. vom 18. März 1829 und Hyp.-Eintrag vom 18. August 1830.	„	575.
53	Fischer Nikolaus „	Die Gläubigerschaft des Valentin Schmitt jg. in Schraudenbach.	16	30	mit 5% verzinsl. Martini 1828 mit 1832 zahlbarer Güterkaufschilling laut Strichsprot. vom 5. Februar 1828 und Hypothekeneintrag vom 8. Nov. 1828.	IV.	389.
54	Derselbe „	„	41		„	„	391.
55	Derselbe „	„	31		„	„	393.
56	Derselbe „	„	23	30	„	„	395.
57	Derselbe „	„	30	30	„	„	397.
58	Derselbe „	„	20	30	„	„	399.
59	Fischer Georg „	„	38	30	„	„	401.
60	König Nikolaus „	„	40		„	„	415.
61	Strohmenger Michael „	„	46		„	„	417.
62	Lenart Nikolaus „	„	51		„	„	423.
63	Rumpel Sebastian „	„	39	15	„	„	425.
64	Rumpel Andreas „	Die Concursmasse des Christian Fenn von Schraudenbach.	14	30	mit 4% verzinsl. Güterkaufschilling laut gerichtlicher Zahlungsanweisung vom 4. Aug. 1831 und Hypoth.-Eintrag vom 6. September 1831.	V.	11.
65	Rumpel Michael „	„	25		„	„	15.
66	Kleen Andreas „	„	43		„	„	17.
67	Fenn Andreas „	„	5		„	„	21.
68	Walter Jakob „	„	19	30	„	„	23.
69	Kleen Andreas „	„	20	30	„	„	27.
70	Hofmann Andreas „	„	1		„	„	167.
71	Rumpel Michael jg. „	„	13		„	„	165.
72	Meister Johann „	„	70		„	„	169.
73	Fischer Johann jg. „	Die Gläubigerschaft des Andreas Fischer ledig in Schraudenbach.	34	30	mit 4% verzinsl. Martini 1839 mit 1834 zahlbarer Güterkaufschilling laut Strichsprotok. vom 18. März 1829 und Hyp.-Eintrag vom 18. August 1830.	„	31.
74	Derselbe „	„	28		„	„	33.
75	Rumpel Nikolaus „	„	57		„	„	43.
76	Rumpel Johann alt „	Die Gläubigerschaft der Eva Meister Wittwe in Schraudenbach.	7		mit 5% verzinsl. Martini 1830 mit 1834 zahlbarer Güterkaufschilling laut Strichsprot. vom 24. März 1830 und Hyp.-Eintrag vom 21. Mai 1832.	„	183.
77	Maier Andreas „	„	4		„	„	185.
78	Rumpel Nikolaus alt „	„	30		„	„	187.
79	Rumpel Georg „	„	30		„	„	189.
			20		„	„	195.
80	Maier Andreas „	„	8		„	„	191.
81	Maier Carl „	„	13	15	„	„	193.

Cours der Staatspapiere.

Oesterr.	5 pCt. Met. (Cp. i. S. b. R.)	—
„	5 pCt. Lomb. ditto. à 24	—
„	5 pCt. Engl. Met. v. 1852	$80^1/_2$ P.
„	5 pCt. Engl. Met. v. 1859	$78^3/_8$—$^1/_2$ G.
„	5 pCt. Venet. Coupon i. R.	86 G.
„	5 pCt. Nationalanl. v. 1854	$68^3/_8$ G.
„	5 pCt. Metall. Obligation	$64^1/_4$P. $63^3/_4$G.
„	$4^1/_2$ pCt.	$56^3/_8$ P.
Preussen	$3^1/_2$ pCt. Staatsschuldsch.	
Bayern	$4^1/_2$ pCt. Obl. ½jähr. dto.	$102^1/_4$ P.
„	$4^1/_2$ pCt. Obl. ¼jähr. dto.	$101^1/_2$ P.
„	4 pCt. Obl. ½jähr. dto.	$99^1/_4$ P.
„	4 pCt. Obl. ¼jähr. dto.	$99^1/_4$ G.
„	4 pCt. Obl. Ab.-R. dto.	$98^3/_4$ P. — G.
„	$3^1/_2$ pCt. Obl. dto.	—
Württemb.	$4^1/_2$ pCt. Obl. b. Rothsch.	104 G.
„	$3^1/_2$ pCt. Obl. dto.	$84^5/_8$ G.
Baden	$4^1/_2$ pCt. Obl.	—
„	$3^1/_2$ pCt. Obl. v. 1842	92 P.
Gr. Hess.	$4^1/_2$ pCt. Obl.	
„	4 pCt. Obl. b. Rothsch.	$101^5/_8$ P.
„	$3^1/_2$ pCt. Obl. dto.	$97^5/_8$ P.
Nassau	$4^1/_2$ pCt. Obl. dto.	$102^1/_4$ P. $^1/_2$ G.
„	4 pCt. Obl. dto.	$99^1/_2$ P.
„	$3^1/_2$ pCt. Obl. dto.	$91^3/_4$ P. $^1/_2$ G.
Frankfurt	$3^1/_2$ pCt. Obl.	$95^1/_2$ G.
„	3 pCt. Obl.	—
Spanien	3 pCt. inl. Sch. P. à fl. 2. 30	—
„	$2^1/_4$ pCt. „ „ „	—
Schweden	$4^1/_2$ pCt. Obl. à 105 Thlr.	$90^7/_8$ G.
N.Amerika	6 pCt. à 1000r. 1881 D. $2^1/_2$	$60^3/_4$ G.
„	6 pCt. ditto r. 1882 „	61—$60^7/_8$ G.

Diverse Aktien.

Frankfurter Bank à fl. 500 . .	$147^3/_4$ P.
K. K. Oesterr. National-Bankaktien	854 P.
Oesterr. Kreditbank-Aktien à fl. 200	$195^1/_2$ G.
Bayer. Hypothekenb. Pfandbriefe 4 pCt.	$97^3/_4$ P. $^5/_8$ G.
Darmst. Bank 1. u. 2. Serie à fl. 250	230 P. — G.
Weimarische Bank à Thlr. 100	$100^5/_8$ G
Mitteldeutsche Kreditaktien . . .	101 G.
Intern. Bank in Lux. à 250 Frs. à 28 kr.	90 P.
Taunus-Eisenbahn à fl. 250 . . .	340 G.
Frankfurt-Hanauer-Eisenbahr. . .	$102^3/_4$ P.
Oest. F.St.Eisb. 5pCt. 500 Fr. à 28 kr.	—
„ Elisab.-Eisenbahn 5 pCt. . .	121 P. $120^1/_2$G.
Böhm. Westbahn-Aktien à fl. 200 6/5	—
Rhein-Nahe-Bahn 200 Th. à 105 4pCt. Z	$32^1/_2$ G.
Ludwigshafen-Bexbacher à 4 pCt.	$148^1/_4$ G.
dto. dto Prior. à 4 pCt.	—
Pfälz. Maxb. b. Rothschild à $4^1/_2$ pCt.	$106^3/_4$ G.
Oest. St.-Eisenb. Prior.-Oblig. à 3 pCt	$52^1/_4$ G.
Elisab.-Bahn Prior. 5 pCt. 6/5	80 P.
Südd. Bank-Akt. 40 [illegible]	256 [illegible]
Span. Hanuels- und [illegible]	
Bayr. Ostbahn à $4^1/_2$ pCt. volleinb.	$114^1/_4$ P
Bayer. Ostbahn mit 5 pCt. [illegible]	$118^5/_8$ P.

Wechsel
in süddeutscher Währung.

Amst. fl. 100 k. S.	$100^3/_4$ G.
Antwerp. Frs. 200 k. S.	$94^3/_8$ [illegible]
Augsb. fl. 100 k. S.	$99^7/_8$ G.
Berlin Th. 60 k. S.	105 P.
Brem. 50 Th. Lsd. k. S.	$97^1/_2$ P.
Brüssel Frs. 200 k. S.	$94^3/_8$ G.
Cöln Thlr. 60 k. S.	105 P.
Hamb. MB. 100 k. S.	$88^3/_4$ P.
Leipzig Th. 60 k. S.	105 P.
London Lst. 10 k. S.	$119^5/_8$ P.
Lyon Frs. 200 k. S.	—
Mail. Frs. 200 . .	$94^3/_8$ G.
München fl. 100 k. S.	$99^7/_8$ G
Paris Frs. 200 k. S.	$94^1/_2$ G
Petersburg 50 S.-R.	—
Triest fl. 100 k. S.	—
Wien fl. 100 ö. W.	—
do. in süd. W. k. S.	$107^1/_4$ P. 107G.
Disconto . .	$3^1/_2$ pCt. G.

Anlehens-Loose.

Oesterr. fl. 250 v. 1839 Loose	$143^3/_4$ G.
„ fl. 250 v. 1854 [illegible] 4 pCt.	79 P.
„ fl. 500 v. 1860 4/5	$86^1/_8$—86 G.
„ fl. 100 [illegible] v. 1858	$135^7/_8$ P.
„ do v. 1864	$96^3/_4$ P.
Schwed. 10 Thlr. Loose	$10^7/_8$ P.
Badische fl. 50	125 P.
Badische fl. 35	$53^5/_8$ P.
Kurhess. Thlr 40 k. R.	$56^1/_4$ P.
Gr. Hess. fl. 50 b. R.	$13^3/_8$ P.
„ fl. 25 do.	$36^3/_4$ P.
[illegible] fl. 25 bei Rothsch	$35^1/_2$ P.
Sardinische Fr. 36 b. R.	—
Neuchateler 10 Frs.-Loose	—
Freiburger 15 Frs.-Loose	—
Mailänder 45 Frs. L. b. R	—
St. Lüttich mit $2^1/_2$ pCt. Z.	33 P.
Ansb.-Gunzenh. fl. 7-L.	$10^7/_8$ P.

Frankfurt, 10. April. Das Geschäft war vorzugsweise in Amerikanern belebt, welche auf die günstigen New-Yorker Kurse und Nachrichten durchschnittlich $1^1/_2$ pCt. höher bezahlt wurden. Die Arbitrage kaufte ziemlich beträchtliche Summen für New-Yorker Rechnung, da die dortigen Notirungen eine Avance von $4^1/_2$ pCt. gewähren. (Synd.)

An die
k. Hof- und Staatsbibliothek
1 N. Würzb. Ztg.
München.

Neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht!

№ 102. | Vorausbezahlung: Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 1 fl. 30 kr. Bei Inseraten wird die dreispaltige Zeile in gewöhnlicher kleiner Schrift oder deren Raum im Hauptblatte mit 6 kr., im Anzeiger mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franco. | 62. Jahrgang. | Mittwoch, 12. April 1865.

Lord Palmerston und die Arbeiter.

Die englische Aristokratie ist so stolz wie irgend eine auf der Welt, aber sie hat mehr Recht, als jede andere, stolz zu sein, denn der englische Adel gab sich niemals dazu her, nur die Rolle eines Hofadels zu spielen, der den Mangel an politischer Bedeutung und Würde durch hochmüthige Geringschätzung der übrigen Bestandtheile der Nation zu ersetzen meint. Die englische Aristokratie verband sich mit dem Bürgerthum, um das Streben der Könige nach Willkürherrschaft zu brechen und England die feste Grundlage verfassungsmäßiger Freiheit zu verschaffen. Ueberdies erneut und erfrischt sich die englische Aristokratie fortwährend durch die Aufnahme der tüchtigsten Persönlichkeiten, welche sich durch eigene Kraft aus den unteren Klassen emporgearbeitet haben, und die jüngeren Söhne der adeligen Familien treten stets in die große Masse der Nation zurück, da nur der erstgeborene Sohn den Titel des Vaters erbt. Das schwere Uebel eines allzu zahlreichen, ärmlichen, stellengierigen Adels, woran manche Kontinentalstaaten leiden, kennt England nicht. Ebensowenig findet man dort die Selbstüberschätzung bureaukratischer Theorie und Praxis.

Erst vor wenigen Tagen hat der Restor der europäischen Staatsmänner, Lord Palmerston, vor einer Versammlung schlichter Arbeiter eine Rede gehalten, worin er auf jene Vorzüge der englischen Verfassung hinwies. Der Arbeiterstand des südlichen Stadttheiles von London hatte eine Ausstellung von Erzeugnissen seines Fleißes und seiner Geschicklichkeit veranstaltet und Lord Palmerston war erschienen, um persönlich die Ehrenpreise, 800 an der Zahl, an die tüchtigsten Arbeiter zu vertheilen. Bei dieser Gelegenheit hielt der erste Minister der ersten Großmacht der Erde und der populärste Staatsmann Europa's folgende Ansprache:

„Diese Ausstellung und die Leistungen, welche wir in ihr erblicken, legen ein höchst beredtes und erfreuliches Zeugniß von der Verfassung ab, unter welcher zu leben wir das Glück haben. Ich spreche von der Verfassung, die einem Jeden, welcher Talent, Fleiß und Beharrlichkeit besitzt und sich gut aufführt, alle Ehren und Auszeichnungen erschließt, auf die er vermöge seiner geistigen Befähigung Anspruch hat. Wir leben in einer konstitutionellen Monarchie, und eine Aristokratie des Reichthums und des Ranges gehört zu den wesentlichen Bestandtheilen einer solchen. Zwar bestehen auch in manchen anderen Ländern Aristokratien des Ranges und Reichthums; leider aber ist dort eine beinahe unübersteigbare Schranke vorhanden, welche sie von dem Reste der Nation trennt. Dergleichen Schranken existiren hier zu Lande nicht. Was die Aristokratie des Reichthums angeht, so tragen die heute vertheilten Medaillen als Inschrift die Namen von Männern, welche sich aus dem niedrigsten Stand durch Talent, Fleiß, Beharrlichkeit und gute Aufführung zu der höchsten gesellschaftlichen Stellung heraufgearbeitet haben. Ferner besteht die Aristokratie des Ranges in England nicht blos aus denen, welche in ihrem Stammbaum eine lange Reihe edler Ahnen zählen. Denn wenn Ihr Euch alle die großen Männer anseht, die im öffentlichen Leben eine Rolle gespielt haben, wenn Ihr auf unser Heer, unsere Flotte, unsere Rechtsgelehrten, unsere Geistlichen und unsere Staatsmänner blickt, so werdet Ihr in allen diesen Fächern Leute finden, die sich durch ihre persönliche Tüchtigkeit aus der niedrigsten Stellung zur höchsten heraufgearbeitet haben. Man wird mir vielleicht einwenden, die Zahl derer, welche sich zu großem Reichthume oder zu einer hervorragenden Stellung aufgeschwungen haben, sei nur eine geringe, der Bewerber seien viele und das Ringen und Streben der großen Masse nach einem solchen Ziele sei nothwendig ein hoffnungsloses. Da möchte ich denn doch fragen, ob nicht viele von Euch bei dem großen Derby-Rennen in Epsom gewesen sind. Da figuriren auf der Liste vielleicht auch 3—400 Pferde; aber nur eines gewinnt und alle die anderen gewinnen nicht. Diese unglücklichen Pferde aber, welche auf dem Derby-Rennen nicht gewinnen, gewinnen auf anderen Wettrennen. Wenn sie überhaupt etwas taugen, so werden sie auch etwas gewinnen. Ihr werdet vielleicht nicht alle Generale, oder Admirale, oder Lordkanzler, oder Kabinets-Mitglieder werden (Heiterkeit); darauf aber könnt Ihr Euch verlassen, daß Ihr durch Euren Fleiß für Euch und Eure Familie eine höhere gesellschaftliche Stellung erringen könnt. Außerdem werdet Ihr das erhebende Gefühl haben, daß Ihr wesentlich zur Würde, Wohlfahrt und Größe Eures Vaterlan-

Feuilleton.

82. Pariser Briefe.

Paris, 5. April.

Es ist schon so mancher Glaube und Aberglaube von der Welt verschwunden und trotzdem haben wir noch genug — ich meine Aberglauben. Ganz frei ist kein Mensch davon, und was mich betrifft, so glaube ich trotz aller Philosophie noch fest an die — Hexen. Wie anders hätte denn die braune Bänkelsängerin Theresa selbst die feine Damenwelt für sich einnehmen können, als eben durch Hexenzauber. Sie erinnern sich vielleicht noch, welch' ein Halloh im vorigen Jahre erhoben wurde, als die Dame in einer Soiree der dramatischen Schriftsteller auftreten sollte; in diesem Winter hat sie bereits in mehreren der feinsten Privatsalons gesungen. Das kann nicht mit rechten Dingen zugehen! Man erzählt sogar, daß eine vornehme Dame bei ihr Gesangsstunde — in Gassenhauern nimmt, und in einer Gesellschaft soll sie befriedigend geäußert haben: Elle a du talent, es kann aus ihr etwas werden!... Vielleicht gar eine zweite Theresa, behüte uns Gott davor!

Selbst die Gymnasiasten fangen schon für die Gesangsheulerin des Café Alcazar zu schwärmen an, und man nannte mir ein College, in welchem die Zöglinge ihren Professor ersucht, Theresa einzuladen, um vor ihnen zu singen.

„Soyons logiques et nous serons justes!“ sagt ein gewisser gekrönter Biograph. Man würde die Menschheit beschimpfen, wenn man behaupten wollte, daß Jemand anders als ein Genie über sie gewaltige Herrschaft gewinnen könne. Wenn hätte die Welt je dem Ungeschmack einer scheußlichen Mode, einer Narrheit, einem Laster gehuldigt! . . . Soyons logiques! Und sagen wir, Mlle. Theresa ist ein Genie, ein Genie, das nur von Rigolo übertroffen wird, von Rigolo, dem Esel im Circus, welcher keinen auf sich reiten lassen will. Wenigstens rühmen ihn die Affichen als „indomptable“, und es waren 100 Franken demjenigen versprochen, welcher sich nicht abwerfen läßt. Dieser Preis ist aber bereits verdient, ob auch ausgezahlt, habe ich nicht erfahren. Und wie hat es der Reiter angefangen, um das Thier zu bändigen? Das Mittel ist einfach! Er hielt ihm beide Hände gleich ein paar Guckgläschern über die Augen, so daß es wie durch einen verkehrten Operngucker ohne Gläser sah. Die Geschichte hat eine Moral! Was sich nicht regieren lassen will, dem beschränkt man die Aussicht, den Gesichtskreis, wie dem Rigolo, dann folgt es willig dem Zügel des Regierenden. Es ist nur so schwer, ein ganzes Volk mit solchen Brillen zu versehen.

Monsieur Rigolo, ob gebändigt oder nicht, er ist eine Celebrität geworden, er lockt das Publikum nach dem Circus, wie Mlle. Theresa nach dem Alcazar oder Bouffes Parisiens, wo sie ebenfalls singt. Ja, gegenwärtig glaube ich sogar, daß die Pariser sich noch mehr für den grauen Reitesel, als für die braune Sängerin interessiren. Doch wer kann das so genau abmessen.

Mit dem Auftreten und den Erfolgen Theresa's steht im grellgemalten Widerspruch ein neu erschienener Roman „Une paria“, dessen Verfasser Niemand anders ist, als die geistvolle

des beigetragen habt, und der Nation, welcher Ihr angehört, würdig gewesen seid."

(Amtliche Nachrichten.) **München**, 10. April. Se. Maj. der König hat dem Wegmacher S. Bergmayer in Freising in Rücksicht auf seine 50jähr. treu geleisteten Dienste die Ehrenmünze des k. b. Ludwigordens verliehen; auf das im Forstamte Ipsheim in Erledigung gekommene Revier Münchsteinach den Revierförster L. Link von Röz, Forstamts Waldmünchen, versetzt und an dessen Stelle den dermaligen Aktuar des Forstamts Sebaldi, C. Meißner, ernannt; genehmigt, daß das Oberndorf'sche Benefizium bei der kathol. Stadtpfarrkirche St. Jodok in Landshut von dem Erzbischofe von München-Freising dem Priester G. Schmidbauer, Kooperator in Gündlkofen, Bezirksamts Landshut, verliehen werde; dem Bezirksamtmann A. Allioli von Schrobenhausen den Ruhestand unter Verleihung des Ranges und Titels eines Regierungsrathes bewilligt; zum Bezirksamtmanne zu Schrobenhausen den Bezirksamts-Assessor Fr. Frhrn. v. Tautphöus in Reichenhall befördert; den Bezirksamts-Assessor A. Frhrn. v. Harold von Tölz nach Reichenhall und die Bezirksamts-Assessoren O. Graf v. Holnstein von Altötting nach Tölz und J. N. Streidl von Pfarrkirchen nach Altötting versetzt; zum Bezirksamts-Assessor in Pfarrkirchen den Accessisten im Staatsministerium des k. Hauses und des Aeußern, Fr. v. Schiber, in provis. Eigenschaft ernannt; die am Handelsgerichte München r/J in Erledigung gekommene Rathsstelle dem Assessor des Bezirksgerichts München r/J., L. Hauser, verliehen.

Dem vom Abg. v. Neumayr erstatteten Vortrag über die am vorigen Landtag vorgelegten und damals schon im I. Ausschuß berathenen Anträge: 1) des Abg. Dr. Arnheim, die Gesetzgebung in militärischen Strafsachen betr., und 2) des Abg. Dr. Völk, die gesetzliche Regelung des Strafverfahrens in Untersuchungen gegen Militärpersonen betr., entnehmen wir Folgendes: Die dermalen geltende Gesetzgebung Bayerns erkennt unbestritten den Satz an: daß die Militärpersonen hinsichtlich der von ihnen verübten Verbrechen, Vergehen und Uebertretungen — und zwar sowohl hinsichtlich der militärischen (d. h. derjenigen, die eine Verletzung der militärischen Standes- und Dienstespflichten involviren), als hinsichtlich der nichtmilitärischen — von der Zuständigkeit der bürgerlichen Strafgerichte ausgenommen und jener der Militärgerichte unterstellt sind. Während nun ein Zweifel darüber nicht bestehen kann, daß die militärische Zuständigkeit in dem Umfange, wie sie dermalen geübt wird, auf vollkommen legaler Grundlage beruhe, wird dagegen dem Straf- und Prozeßrechte, welches die Militärgerichte bei Ausübung dieser Zuständigkeit zur Anwendung bringen, eine solche legale Grundlage bestritten, und zwar um deßwillen, weil die Vorschriften, nach welchen die Bestrafung der militärischen Delikte, und diejenigen, nach welchen das militärgerichtliche Strafverfahren sich richtet, auf dem Wege einfacher Verordnung und nicht — wie dieß verfassungsgemäß der Fall sein sollte — durch Gesetz normirt seien. Die Richtung, welche die besagten Anträge dieser Sachlage gegenüber verfolgen, ist eine doppelte. Es wird nämlich in denselben 1) die eben erwähnte Illegalität der bei den Militärgerichten dermalen in Anwendung stehenden Strafrechts- und Strafprozeßnormen hervorgehoben und eine gesetzliche Regelung dieser Normen angestrebt; zugleich aber auch 2) eine Aenderung der zur Zeit gesetzlich bestehenden militärgerichtlichen Kompetenz in der Art bezielt, daß dieselbe auf die Untersuchung und Aburtheilung militärischer Delikte beschränkt werden soll. Der Antrag des Dr. Arnheim vertritt zunächst die erste Richtung und ist demgemäß dahin gestellt: an Se. Majestät den König die Bitte um Vorlage eines Gesetzes über das in der Armee zur Anwendung kommende Strafrecht und Strafverfahren zu richten. Dr. Völk stimmt hiemit, was die Nothwendigkeit einer gesetzlichen Regelung der über das militärische Strafverfahren bestehenden Vorschriften betrifft, durchaus überein, erstreckt aber seinen Antrag zugleich auch nach der zweiten oben angedeuteten Richtung, indem er denselben dahin formulirt: an Se. Maj. den König die Bitte auf Vorlage eines Gesetzentwurfes zu richten, wonach die nicht militärischen Verbrechen, Vergehen und Uebertretungen der Militärpersonen zur Aburtheilung vor die Zivilgerichte gewiesen und überhaupt das Strafverfahren gegen diese Personen in gesetzlicher Weise geregelt werde. Referent erörtert nun in eingehender Weise die Punkte, in welchen dem gegenwärtig für Militärpersonen geltenden Strafrechte und Strafverfahren wirklich die gesetzliche und verfassungsmäßige Grundlage mangle. Referent erörtert ferner die Frage, ob überwiegende Gründe der Zweckmäßigkeit vorliegen, die eine Aenderung im Umfange der militärgerichtlichen Kompetenz, wie solche dermalen in unbestritten legaler Weise besteht und ausgeübt wird, als wünschenswerth und demgemäß die Stellung eines Antrags in diesem Sinne als veranlaßt erscheinen lassen. Auch diese Frage wird nach eingehender Erörterung bejaht. Referent begutachtet: „Hohe Kammer wolle beschließen, daß an Se. Maj. den König die allerunterthänigste Bitte gebracht werde, den Kammern des Landtages den Entwurf eines Gesetzes vorlegen zu lassen, durch welches 1) die gesetzliche Regelung der bei den Militärgerichten zur Anwendung kommenden Vorschriften über Strafrecht und Strafverfahren, 2) die Uebertragung der Untersuchung und Aburtheilung der von Militärpersonen verübten nicht militärischen Verbrechen, Vergehen und Uebertretungen an die allgemeinen bürgerlichen Strafgerichte herbeigeführt wird." Der Ausschuß hat beide Anträge einstimmig angenommen.

Aus **Wien**, 8. April, schreibt man der „D. A. Z.": „Wie wir hören, wird von hier aus, falls nicht in allernächster Zeit eine darauf bezügliche Eröffnung Preußens hier eintreffen sollte, zunächst nochmals, und zwar gerade im Hinweis auf die letzte preußische Erklärung am Bunde, welche die Nothwendigkeit einer vorgängigen Feststellung des Rechtspunktes in der schleswig-holsteinischen Erbfolgefrage so nachdrücklich betont, die Beschleunigung der in Berlin eingeleiteten rechtlichen Prüfung der verschiedenen Erbansprüche dringend monirt und gleichzeitig die Erwartung ausgesprochen werden, daß Preußen Vorschläge darüber zu machen im

---

Mlle. Alix Bressant, Tochter eines tüchtigen Schauspielers am Theater français. Sie selbst hatte sich Anfangs der Bühne gewidmet und war einige Mal mit Erfolg im „Gymnase" und im „Vaudeville" aufgetreten, allein die Komödianten-Wirthschaft scheint ihr nicht zugesagt zu haben, und sie hat einen kühnen Sprung auf das Gebiet der Literatur gemacht. Nicht ohne Geschick und Grazie!

Der weibliche Paria, die Heldin von Fräulein Bressant, ist eine italienische Sängerin, ein Talent — fast ein Genie, aber nicht in der Art, wie Theresa, nein sie singt wirklich und besitzt Alles, Alles — außer dem, was die Welt nennt eine „richtige Lebensstellung", und darum kehrt sich Alles gegen sie. Sie sehen, der Autor hat mit idealistisch schwarzen Farben gemalt, aber es ist hübsch erzählt. Im Ganzen mag das Buch für empfindsame Seelen sein!

Die Frauen haben in Frankreich schon längst Ernst gemacht mit der Emancipation. In Deutschland, weiß ich, hat das Wort mehr Gegner als — Freundinnen. Man behauptet, eine Frau müsse allein Hauswesen und Kindererziehung besorgen. Ich begnüge mich statt „allein" zu sagen „in erster Reihe", und außerdem gönne ich ihr alle andern Freuden, Leiden, Beschäftigungen und Interessen der Männer, wenn nur die Hauptpflicht nicht darunter leidet. Wer leugnet, daß es Frauen gibt, welche ihre männlichen Bestrebungen mit ihren weiblichen Pflichten sehr gut zu vereinen wissen, der kennt vielleicht seine Frau, aber nicht die Frauen. Was wollt ihr Rigoristen aber denen sagen, welche weder Hauswesen haben, noch Kinder, wohl aber Hunger und — Fähigkeiten. Vielleicht rathet ihr ihnen, ihre Fähigkeiten ruhen zu lassen, lieber zu hungern, — oder —. Es entspricht daher der Gerechtigkeit und der Vernunft, daß wir solchen Frauen erlauben, ihre Unterhaltung je nach ihren Kräften auf honette Weise zu suchen, und sollten sie Lokomotivführer oder Zimmerleute werden.

Nun, so weit sind wir noch nicht! Einstweilen scheinen sich die Frauen den gelehrten Fächern zuwenden zu wollen; sie werden Lehrer, Aerzte, Schriftsteller. Mme. Esther Sezzi hält jetzt Conferenzen über die erhabensten Materien, und ihre Vorlesungen sollen sehr besucht sein. Eine deutsche Künstlerin, Frau Ida Bruning, liest vor einem gewählten Publikum Abschnitte aus Schiller's und Göthe's Werken vor. Diese literarischen Soiréen bieten ein so großes Interesse, daß der Direktor vom College Chaptal Frau Bruning ersucht hat, einige Vorlesungen speziell für Schüler zu veranstalten. Dadurch macht die Künstlerin für Deutschland eine Propaganda, welche den Dank aller ihrer Landsleute verdient.

Es ist übrigens eine seltsame Erscheinung, daß in die höheren französischen Lehranstalten etwas junges, grünes Leben kommt. Bisher schien hier die mittelalterliche Disziplin unzerstörbare Burgen zu besitzen. Für den Geist Latein, für den Magen Bohnen, für den Körper Stockprügel, — das waren die einzigen Erziehungsmittel. Die deutsche Sprache und Literatur, die englische, ja selbst die französische waren, um mit Mlle. Bressant zu sprechen, Parias. Die Professoren glaubten selbst, daß außerhalb Athen, Sparta, Rom, Karthago es weder Künste noch Wissenschaften gäbe, daß Homer, Plato, Aeschylus, Demosthenes, Cicero, Horaz, Cäsar die einzigen großen Männer seien. Deutschland im Ganzen und Großen kam ihnen immer noch vor als ein Land mit Wald und Sümpfen bedeckt, wo der Bär und der Auerochs sich mit Ingävonen, Hermionen und Istävonen um die Herrschaft balgten.

Ist es nicht bezeichnend, daß ein hiesiges Journal den Brief

Stande und bereit sei, vor welchem Tribunal und nach welchen Normen schließlich jene Erbansprüche zur Entscheidung zu kommen hätten.

Die „Neue Freie Presse“ berichtet folgendes Nähere über den Inhalt der vorstehend erwähnten Weisung an den Grafen Karolyi: Das österreichische Kabinet bedauere, sich wiederholt in dem Fall zu finden, die königlich preußische Regierung an den streng gemeinsamen Charakter des Besitzstandes in den Herzogthümern zu erinnern und zu konstatiren, daß sie fest entschlossen sei, keine irgendwie geartete Veränderung an der Substanz des Besitzstandes zuzulassen. Da nun aber die königlich preußische Regierung selbst zu wiederholtenmalen anerkannt habe, daß ein jeder der beiden Condomini an den andern gebunden und also einseitig im Besitz nichts anordnen und verfügen könne, so werde wohl begreiflich erscheinen, daß die Aeußerungen des Hrn. v. Roon großes Befremden erregten. Der kaiserliche Gesandte sei daher beauftragt, den königlich preußischen Herrn Ministerpräsidenten vertraulich zu ersuchen, ihm Aufklärung über die Tendenz dieser befremdlichen Aeußerung, welche der königliche Minister des Kriegs und der Marine vor der Kammer abgegeben, zukommen zu lassen, gleichzeitig aber und schon jetzt dieselbe als eine solche zu bezeichnen, welche die öffentliche Meinung irrezuführen geeignet sei, und dagegen Verwahrung einzulegen.

Berlin, 9. April. Die „Ger.-Z.“ meldet: „Eine Menge von Assessoren, die in der Anciennität noch nicht so weit vorgeschritten sind, um auf Diäten Anspruch machen zu können, falls sie im Staatsdienst beschäftigt werden, haben sich bei Privatinstituten oder auf andere Weise eine lohnendere Beschäftigung gesucht und gefunden, und deshalb auf längere oder kürzere Zeit Urlaub genommen. Seit einiger Zeit ist nun ein solcher Mangel an Richtern bei den verschiedenen preußischen Gerichtshöfen bemerkbar geworden, daß der Justizminister sich veranlaßt gesehen hat, nicht nur die jetzt von jungen Assessoren erbetenen Beurlaubungen nicht zu genehmigen, er hat vielmehr auch an die bereits beurlaubten Assessoren Reskripte gerichtet, in denen er den sofortigen Wiedereintritt oder die Erklärung verlangt, daß die Beurlaubten aus dem Staatsdienst scheiden wollen. Wir hören, daß die meisten dieser Assessoren sich zur Aufgabe ihres Urlaubs bereit erklärt haben.“

Mitglieder des **Altonaer** „Kampfgenossenvereins“ sagen in einer öffentlichen Erklärung: „Wir sind der Ueberzeugung, daß weder die Maßnahmen eines fremden Generals, noch das Rechtsgutachten der preußischen Kronsyndici irgend welchen Einfluß auf die rechtliche und sittliche Ueberzeugung unseres Volkes üben werden; daß aber diese Ueberzeugung zur geeigneten Zeit sich auf nicht mißzuverstehende Weise manifestiren wird. Wir Kampfgenossen treiben keine Politik, aber als Ehrenmänner, die bereits mit Gut und Blut für die Sache des Vaterlandes eingestanden, halten wir unerschütterlich fest an unserer rechtlichen Ueberzeugung und an dem, wozu wir sittlich verpflichtet sind ꝛc.“

Kopenhagen, 10. April. Der Antrag des gemeinschaftlichen Ausschusses in der Verfassungsfrage ist vom Landsthing angenommen, vom Folkething verworfen worden. Der Regierungsvorschlag in Bezug auf das Grundgesetz ist somit im Reichsrathe gefallen. Die Regierung erklärte, daß sie in der Verfassungsfrage noch keinen definitiven Beschluß gefaßt habe. Die Reichsrathssession wird morgen geschlossen.

London, 8. April. An dem Abhange eines schönen Hügels in seiner heimathlichen Grafschaft ist der große Sohn des Freisassen von Sussex zur Ruhe bestattet worden. Seinem früh ihm vorangegangenen Sohne, der in Deutschland vom Tode hingerafft worden war, zur Seite, hat Richard Cobden seine letzte Stätte gefunden. Wie sein Vaterland ihm ins Grab nachtrauert, ihm, der nach dem Zeugnisse selbst des politischen Gegners „der größte staatsmännische Charakter gewesen ist, welchen die reine Mittelklasse des Landes je hervorgebracht hat“, das bewiesen, wenn es des Beweises bedurfte — die Todtenfeierlichkeiten, welche in der bescheidenen Kirche und auf dem sonst so vereinsamten Friedhofe in Lavington gestern stattfanden. An der Gruft standen drei Kabinetsminister, zwei andere Mitglieder der Regierung, fast der zehnte Theil des Hauses der Gemeinen, persönliche Freunde und Bewunderer des Verstorbenen ohne Zahl, Deputationen von nah und fern. Unter den Deputationen sah man die Städte Manchester, Rochdale, Blackburn, Bolton, Stockport, Liverpool, Salford, Edinburgh u. a. vertreten. Als der Sarg in der Kirche niedergesetzt und das deckende Tuch zurückgeschlagen worden war, richteten sich aller Augen auf die einfache Inschrift: Richard Cobden Esq. M. P. Died 2d of April 1865, aged 60 years. Eine liebende Hand hatte die ersten Gaben des Frühlings, Veilchen und Mattenröschen, auf den Deckel des Sarges niedergelegt. Den kurzen Gottesdienst und die kirchlichen Ceremonien leitete der Ortsgeistliche und nach dem Schlusse derselben ward der Sarg hinausgetragen zur Stätte, wo das offene Grab seiner wartete. Die näheren Freunde und Mitstrebenden des großen Todten zeigten starke innere Erregung. Bright sank in sich zusammen und schluchzte bitterlich, so tief wie ihn erschütterte der herbe Verlust wohl kaum die eigenen Familienglieder des Verstorbenen. Vieler Blicke wandten sich auf den Schatzkanzler; aber Herr Gladstone wußte seine Züge zu beherrschen. Sein Antlitz war kalt und unbewegt wie Marmor, aber auch ebenso geisterhaft bleich, als auch er seine Hand voll Erde dem Sarge nachwarf. Eine halbe Stunde später lag das Grab und der Friedhof in vereinsamter Ruhe da.

Paris, 9. April. Das Gesetz über den Elementar-Unterricht, welches dem gesetzgebenden Körper demnächst vorgelegt wird, soll, wie Parieu, der Regierungskommissär, vor Schluß der Debatte über das Amendement der Opposition erklärte, weder das Prinzip der Schulpflicht noch das der Unentgeltlichkeit des Unterrichts enthalten. Die Unentgeltlichkeit würde dem materiellen Gedeihen, die Schulpflicht dem Geiste der Schulbrüder nicht dienen. Unter Anderm bemerkt auch Hr. Parieu, der Schulzwang sei in Deutschland etwas ganz Natürliches, weil Alles bei uns Zwang sei; es ist seltsam, daß ein Vertreter der Bonapartischen Regierung den Schulzwang verwirft im Namen der Freiheit. Hr. de Parieu benutzte auch die Gelegenheit, um sich über die Statistik lustig zu machen, und den Deutschen zum Vorwurf zu machen, daß ihre Bevölkerungstabellen eine Anzahl außerehelicher Kinder aufweisen. (Das französische System ist klüger; es macht die Erhebung eines ähn-

---

des Direktors Talbert am Kollege Rollin als ein besonderes Zeichen modernen Fortschritts veröffentlicht, weil derselbe darin anzeigt, daß er, durch seine Erfahrung und sein. Reisen in Deutschland und der Schweiz bestimmt, etwas thun werde, was in Frankreich noch ganz unbekannt sei, nämlich, daß er mit einer Anzahl seiner kräftigsten Schüler eine Ferienreise, theils zu Fuß, theils zu Wagen, in der Osterzeit unternehmen will. „Wir werden Nîmes, Arles, Marseille, Toulon, Nizza ꝛc. ꝛc. besuchen und dabei nicht nur unsere geographischen Kenntnisse, sondern auch unsere künstlerische Anschauung vermehren,“ schreibt er. Vielleicht werden sie auch ein wenig Menschen kennen lernen, die keine Römer und doch keine Barbaren sind, vielleicht sehen sie auch manche schöne, großartige, wunderbare Einrichtung, von der nichts in ihren Büchern steht, von der selbst Archimedes keine Ahnung hatte.

Uns Deutsche haben die Franzosen zunächst durch die Musik als civilisirte Nation entdeckt, die meisten sind viel darüber hinaus nicht gekommen. Victor Hugo, welcher in seinem Werke über Shakespeare die Genies der Völker behandelt, nennt als den hervorragenden Geist, welcher die deutsche Nation repräsentirt: Beethoven, und mancher Franzose ist dadurch in seinem Glauben bestärkt, daß unsere Kunst, unsere Literatur ziemlich nebensächlich sind.

Ich glaube, daß die nachgelassene komische Oper von Karl Maria v. Weber, „Peter Schmoll,“ welche der Sohn und Biograph des Komponisten nach Paris gebracht hat, unser Ansehen nicht noch mehr heben wird. Weber soll aus dieser unveröffentlichten Oper schon mehrere Piecen für andere Werke verwandt haben. Bereits vor Jahren war einmal die Rede von dieser Komposition. Doch man wußte nur von einem ersten Theil und erzählte, daß Meyerbeer, der Freund des Künstlers, den zweiten dazu komponiren wolle. Der Text zu der Oper soll verloren gegangen sein und Eingeweihte wissen, daß Baron Weber hier einen Librettisten dafür sucht, um sie an einem der lyrischen Theater aufführen zu lassen.

Die deutsche Musik findet ihren wärmsten und beachtenswerthesten Verehrer an Spontini. Am höchsten aber stellt er Mozart. Vielleicht hat dieser süddeutsche Geist für ihn die Brücke geschlagen aus dem sinnlich schwelgenden Italien nach dem träumerischen, tiefsinnigen Deutschland.

(Nr. 5.) **Dreisylbige Charade.**

Wer's Erste erhält, hat Schmerzen, oft den Tod,
Wer's Erste macht, dem schwindet Mangel und Noth.
Zwei drei, ein schönes grünes Land,
Das oft mit Mitleid und Verachtung wird genannt.
Das Ganze trotzt des Hundsstern's Gluth,
Es kämpft mit frohem festen Muth,
Mit blanken scharfen Waffen,
Um sich und Andern Brod zu schaffen.

Auflösung der Homonyme Nr. 4: Gefallen.

lichen Vorwurfs gegen die Franzosen unmöglich, denn es duldet keine solchen statistischen Verzeichnisse.) Die „N. Z." bemerkt: „Die Franzosen wollen die höchstgestellte Nation sein, und sie sind noch so kindisch, daß sie nicht Spott genug über die Deutschen finden, wo jeder Hausvater seine Kinder in die Schule schicken und jeder Hausbesitzer sein Haus gegen Feuersgefahr versichern müsse, welch' eine knechtische Nation! Nein, da sind die Franzosen doch ganz andere Leute, und wenn jetzt beinahe die Hälfte der heirathsfähigen Französinnen ihren Namen in das Zivilstands-Register einzeichnen kann, so ist mit so eminenten Fortschritten der Beweis geführt, daß, um mit der „France" zu reden, „keines der Mittel nöthig ist, die nur da rathsam, wo sie nothwendig, unerläßlich geworden sind." Die dummen Deutschen mußten zur Schule gezwungen werden, die dummen Franzosen werden von selber klug, man muß ihnen nur Zeit lassen."

Donaufürstenthümer. Die Gründe des Zerwürfnisses zwischen den Großmächten und der Regierung des Fürsten Cusa waren aus den bisher eingetroffenen Nachrichten nicht klar ersichtlich. Die „Wiener Presse" erhält darüber folgende erläuternde Mittheilung: „Bekanntlich haben die meisten Großmächte, schon aus älterer Zeit her datirend, besondere Kapitulationen mit der Pforte abgeschlossen, sämmtlich auf den ganzen Umfang des ottomanischen Gebietes lautend, welche namentlich ihren respektiven Unterthanen vielfach eine Ausnahmsstellung zuweisen, und ganz speziell den betreffenden Konsuln ganz exceptionelle judicielle Befugnisse einräumen; einzelne Mächte haben zudem aus neuerer Zeit auch Handelsverträge mit der Türkei in Kraft bestehen. Es scheint nun, daß Fürst Cusa sich über die Stipulationen dieser älteren und neueren Verträge sowohl durch seinen Code Alexandre Jean (der, beiläufig bemerkt, eine einfache Uebersetzung des Code Napoléon ist, und zu den primitiven Verhältnissen in den Donaufürstenthümern wie die Faust aufs Auge paßt), als auch durch eine Reihe einseitiger Tarifmaßregeln ziemlich cavalièrement hinweggesetzt hat, und so hat Frankreich in Konstantinopel die Initiative zu sehr energischen Reklamationen ergriffen, denen die übrigen Mächte und ganz insonderheit Oesterreich sich unbedingt angeschlossen haben. Die Angelegenheit ist demgemäß auf der Gesandtenkonferenz in Konstantinopel eingehend verhandelt worden, und die Agenten der einzelnen Mächte in Bukarest haben die Weisung erhalten, ihre gemeinsamen Reklamationen dort zu übergeben, und deren sofortige und gründliche Erledigung zu urgiren."

New-York, 31. März. Amtlichen Angaben zufolge griffen die Konföderirten unter Lee am 25. d. M. die vor Petersburg in Virginien gelegenen Forts Steadman und Askell an, eroberten ersteres zeitweilig, wurden jedoch schließlich mit einem Verluste von mehr als 3000 Todten und 1800 Gefangenen wieder herausgeschlagen. Der Verlust der Unionstruppen belief sich auf 2000 Mann. Lee erachtet den Verlust des Südheeres für unbedeutend. Der Uniongeneral Schofield meldet die am 21. d. M. ohne namhaften Widerstand stattgehabte Besetzung Goldsboro's in Nord-Carolina, während Sherman über ernste Kämpfe berichtet, die seit seinem Abzuge aus Fayetteville stattgefunden haben. Die Konföderirten wurden am 21. bei Bentonville, obwohl sie sich in bedeutender Stärke konzentrirt hatten, völlig geschlagen. Den Erfolg des Feldzuges bezeichnet Sherman als glorreich. Die Gesammtmacht des Nordgenerals Sheridan hat das Heer Grant's erreicht. Lincoln, Grant und Sheridan hielten in Grant's Hauptquartier Kriegsrath. Unbeglaubigte Gerüchte von neuen Friedensanerbietungen Seitens Lee's sind in Umlauf.

(Literatur.) Auf einer ebenso gesunden und volksthümlichen wie mit richtigem Takt ausgeführten Idee beruht das populäre, der allgemeinen Bildung dienende Werk, welches unter dem Titel „Kleineres Brockhaus'sches Konversations-Lexikon" erscheint und bereits in zweiter, bis auf die neueste Zeit ergänzter Auflage vollständig vorliegt. Denn wie wünschenswerth und nothwendig auch der Besitz des großen Konversations-Lexikon, das in seiner stattlichen Reihe von Bänden die gesammte Errungenschaft menschlicher Wissensbestrebungen in eingehenden Artikeln zusammenfaßt, jedem Gebildeten sein mag, so blieb doch daneben noch eine Lücke auszufüllen, damit dem Bedürfniß unserer heutigen rasch lebenden und arbeitsamen Zeit nach allen Seiten genügt werde. Es fehlte nämlich ein Nachschlagebuch zum bequemen täglichen Handgebrauch, worin man über die Bedeutung eines technischen oder fremdländischen Ausdrucks, die Jahrzahl eines geschichtlichen Ereignisses, die Daten aus dem Leben einer hervorragenden Persönlichkeit, über einen unbekannten Ortsnamen, den Werth einer Münze, eines Maßes oder Gewichts, kurz über die tausend im mündlichen Verkehr wie bei der Lektüre aufstoßenden Zweifel ohne langes Nachlesen sofort zuverlässige, sachliche Auskunft findet. In diese Lücke trat mit glücklichstem Erfolg das „Kleinere Brockhaus'sche Konversations-Lexikon" ein. Wir haben uns aus eigenem mehrjährigem Gebrauch des Werks überzeugt, daß es fast niemals den Suchenden im Stich läßt, und können die jetzt erscheinende neue Ausgabe desselben (in 40 Heften zu 18 kr.; vollständig in 4 Bänden fl. 12, gebunden in Leinwand fl. 13. 48 kr., in Halbfranz fl. 14. 9 kr.), Jedermann als ein wirklich praktisches Handbuch zur Anschaffung empfehlen. Das erste Heft derselben ist soeben ausgegeben worden und, wie wir aus den Anzeigen der Verlagshandlung ersehen, in allen Buchhandlungen (in Würzburg in der Stahel'schen Buch- und Kunsthandlung) gratis zu haben, um jedem die eigene Prüfung zu ermöglichen.

Verantwortlicher Redakteur: A. Hartmann.
Druck und Verlag der Stahel'schen Buch- und Kunsthandlung in Würzburg

Cours der Staatspapiere.

Oesterr.	5 pCt. Met. (Cp. i. S. b. R.)	—
„	5 pCt. Lomb. ditto. à 24	—
„	5 pCt. Engl. Met. v. 1852	80 1/2 P.
„	5 pCt. Engl. Met. v. 1859	78 3/4 P.
„	5 pCt. Venet. Coupon b. R.	86 1/2 P.
„	5 pCt. Nationalanl. v. 1854	68 3/8 G.
„	5 pCt. Metall. Obligation.	—
„	4 1/2 pCt.	56 3/8 G.
Preussen	3 1/2 pCt. Staatsschuldsch.	
Bayern	4 1/2 pCt. Obl. 1jähr. dto.	102 1/8 P.
„	4 1/2 pCt. Obl. 1/2jähr. dto.	101 1/4 P.
„	4 pCt. Obl. 1jähr. dto.	99 1/4 P.
„	4 pCt. Obl. 1/2 jähr. dto.	99 3/8 G.
„	4 pCt. Obl. Ab.-R. dto.	95 5/8 P. — G.
„	3 1/2 pCt. Obl. dto.	—
Württemb.	4 1/2 pCt. Obl. b. Rothsch.	104 1/8 G.
„	3 1/2 pCt. Obl. dto.	94 3/4 G.
Baden	4 1/2 pCt. Obl.	—
„	3 1/2 pCt. Obl. v. 1842	92 P.
Gr. Hess.	4 1/2 pCt. Obl.	—
„	4 pCt. Obl. b. Rothsch.	101 P.
„	3 1/2 pCt. Obl. dto.	97 3/8 P.
Nassau	4 1/2 pCt. Obl. dto.	102 G.
„	4 pCt. Obl. dto.	99 1/8 P.
„	3 1/2 pCt. Obl. dto.	91 3/4 P. 1/2 G.
Frankfurt	3 1/2 pCt. Obl.	95 1/2 G.
„	3 pCt. Obl.	—
Spanien	3 pCt. inl. Sch. P. à fl. 2. 30	—
„	2 1/4 pCt. . . .	—
Schweden	4 1/2 pCt. Obl. à 105 Thlr.	90 3/4 G.
N.Amerika	6 pCt. à 100 r. 1881 D. 2 1/2	—
„	6 pCt. ditto r. 1882 „	61 1/8—61 G.

Diverse Aktien.

Frankfurter Bank à fl. 500 . .	147 2/4 P.
K. K. Oesterr. National-Bankaktien	854 G.
Oesterr. Kreditbank-Aktien à fl. 200	196 1/2—95 G.
Bayer. Hypothekenb. Pfandbriefe 4 pCt.	98 P.
Darmst. Bank 1. u. 2. Serie à fl. 250	230 1/2 P.
Weimarische Bank à Thlr. 100 . .	100 3/4 G
Mitteldeutsche Kreditaktien . . .	101 G.
Intern. Bank in Lux. à 250 Frs. à 28 kr.	90 P.
Taunus-Eisenbahn à fl. 250 . . .	340 G.
Frankfurt-Hanauer-Eisenbahn . . .	102 3/4 P.
Oest. F.St.Eisb. 5pCt. 500 Fr. à 28 kr.	—
„ Elisab.-Eisenbahn 5 pCt. . .	121 P. 120 1/2 G.
Böhm. Westbahn-Aktien à fl. 200 6/7	—
Rhein-Nahe-Bahn 200 Thl. à 105 4pCt. Z.	32 1/8 G.
Ludwigshafen-Bexbacher à 4 pCt.	148 1/4 P. 148 G.
dto. dto. Prior. à 4 pCt.	—
Pfälz. Maxb. b. Rothschild à 4 1/2 pCt.	108 3/4 G.
Oest. St.-Eisenb. Prior.-Oblig. à 3 pCt.	52 1/2 G.
Elisab.-Bahn Prior. 5 pCt. 6/7	79 7/8 P.
Südd. Bank-Akt., 40 pCt. Einz.	256 P.
Span. Handels- und Industrie .	—
Bayr. Ostbahn à 4 1/2 pCt. volleinbez.	114 P
Bayer. Ostbahn mit 50 pCt. Einz.	113 5/8 P. 3/8 G.

Wechsel
in süddeutscher Währung.

Amst. fl. 100 k. S.	100 3/4 G.
Antwerp. Frs. 200 k. S.	94 3/8 G.
Augsb. fl. 100 k. S.	99 7/8 G.
Berlin Th. 60 k. S.	105 P.
Brem. 50 Th. Ld. k. S.	97 1/2 P.
Brüssel Frs. 200 k. S.	94 3/8 G.
Cöln Thlr. 60 k. S.	105 P.
Hamb. MB. 100 k. S.	88 3/4 P.
Leipzig Th. 60 k. S.	105 P.
London Lst. 10 k. S.	119 3/4 P.
Lyon Frs. 200 k. S.	—
Mail. Frs. 200 . .	94 3/8 G.
München fl. 100 k. S.	99 7/8 G.
Paris Frs. 200 k. S.	94 1/2 G
Petersburg 60 S.-R.	—
Triest fl. 100 k. S.	—
Wien fl. 100 ö. W.	—
do. in öst. W. l. S.	107 5/8 P. 3/8 G.
Disconto	3 1/2 pCt. G.

Anlehens-Loose.

Oesterr. fl. 250 v. 1839	144 G.
„ fl. 250 v. 1854 mit 4pCt.	79 P.
„ fl. 500 v. 1860 6/7	86 G.
„ fl. 100 Eisb. L. v. 1858.	135 1/2 G.
„ do. v. 1864.	97 1/4 P.
Schwed. 10 Thlr. Loose	10 1/8 P.
Badische fl. 50	—
Badische fl. 35 .	53 1/2 P.
Kurhess. Thlr. 40 b. R.	56 5/8 P.
Gr. Hessen fl. 50 b. R.	139 1/4 P.
„ fl. 25 do. . .	36 3/4 P.
Nassau fl. 25 bei Rothsch.	35 1/2 P.
Sardinische Fr. 36 b. R.	—
Neuchateler 10 Frs.-Loose	—
Freiburger 15 Frs.-Loose	—
Mailänder 45 Frs. L. b. R.	—
St. Lüttich mit 2 1/2 pCt. Z.	33 3/4 P.
Ansb.-Gunzenh. fl. 7-L.	10 7/8 P.

Frankfurt, 11. April. An der Börse war heute des israelitischen Festtages wegen wenig Geschäft. Die Stimmung für Amerikaner und für österr. Papiere war fest. (Synd.)

An die
k. Hof- und Staatsbibliothek
1 N. Würzb. Ztg.
München.

Neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht!

№ 103. | Vorausbezahlung: Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 1 fl. 30 kr. Bei Inseraten wird die dreispaltige Zeile in gewöhnlicher kleiner | 62. Jahrgang. | Schrift oder deren Raum im Hauptblatte mit 6 kr., im Anzeiger mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franco. | Donnerstag, 13. April 1865.

Zur Lage.

Ein demokratisches Blatt, die „N. Frankf. Ztg.“ schreibt: Die inneren Vorgänge in Bayern bedeuten für ganz Deutschland den Beginn eines neuen Systems politischer und konstitutioneller Entwicklung. Die deutsche Geschichte seit 1815 weist drei verschiedene, scharf abgetrennte Zeiträume auf. Zuerst zeigten sich Oesterreich und Preußen äußerlich vereint zu dem Zwecke, sich die anderen deutschen Staaten dienstbar zu machen. Die Regierungen der Mittelstaaten sehen sich genöthigt, bei ihren Völkern Schutz gegen die Uebermacht der großstaatlichen Bajonette zu suchen. Um den Partikularismus zu kräftigen und in ihren Volksstämmen den Gegensatz zu den beiden Sultanaten in Wien und Berlin lebendiger zu machen, gaben sie ihren Staaten Verfassungen, und diese, so wenige Thatkraft sie auch entwickeln konnten, waren doch in jenen Zeiten genügend, um dem inneren Staatsleben eine gewisse Selbständigkeit zu sichern, die gegen die Uebergriffe der Großmächte, ja gegen die Angst der Mittelregierungen selbst vor Demagogie und Revolutionen Stand zu halten vermochte.

Inzwischen war aber der Widerstreit zwischen Preußen und Oesterreich schroffer geworden; immer deutlicher trat das preußische Bestreben hervor, in Deutschland der alleinige Herr zu werden, und Oesterreich selbst ward unbewußt der mächtigste Förderer der Plane des Berliner Hofes, da es seine ganze Schwerkraft auf die Beherrschung Italiens verwendete, und vergaß, daß die Beziehungen zu Deutschland vernachlässigen, so viel hieß als den Lebensnerv des Kaiserstaates durchschneiden. So ward der Einfluß Preußens in Deutschland vorwiegend; was Preußen that, ahmten die Bundesregierungen willigst nach. Zog man in Berlin die Zügel des Regiments straffer an, so überließ man sich in den anderen Residenzen um so eifriger den Gelüsten landesväterlicher Despotie; gefiel man sich zu Berlin darin, die Allgewalt des Herrschers mit einigem Schein der Freisinnigkeit zu verschönern, so suchte eine Regierung nach der andern mit unsicherem Schritt den Weg zu liberalen Entwicklungen.

Dieser zweite Zeitraum brach plötzlich ab, als Hr. v. Bismarck der leitende Geist des preußischen Staates wurde. Die Offenheit, mit welcher er die bis dahin stets verfolgten und stets abgeläugneten Ziele der Hohenzollern laut verkündigte und das preußische Schwert für das preußische Recht erklärte, zwingt die Regierungen der Mittelstaaten, in die erste Zeit nach den Befreiungskriegen zurückzugreifen und ihren Völkern manches lang vorenthaltene Recht wiederzugeben, damit sie etwas für sich hätten, was sich verlohne, gegen Preußen zu vertheidigen. Wir wollen die Absichten und Zwecke nicht rühmen, aber die Erfolge für das deutsche Volk dürfen wir getrost festhalten. Wir haben in Württemberg und in Sachsen die Aufhebung veralteter und lächerlicher Bundesbeschlüsse gesehen; es hat sich dabei (namentlich in Sachsen) ein sehr geringes Maß von gutem Willen bethätigt. In Bayern jedoch scheint man sich dessen, was noth thut, besser bewußt zu sein. Man hat dort Dinge gethan, die dem Sandjunkerthum in der Mark die Haare zu Berg sträuben würden; man hat dort aus freien Stücken dem Volke dargeboten, was das Korporalregiment für den Umsturz des Staates und für eine schwere Sünde gegen Gottes Gnade erklärt. Der König läßt ohne Bedenken einen jener Mißbräuche beseitigen, die man anderswo als „Kronrechte“ für heilig erklären würde; er ist bereit die sechsjährige Finanzperiode, d. h. jene Beschränkung, die das Steuerverwilligungsrecht der Kammern alle sechs Jahre nur einmal zur Geltung kommen läßt, in eine zweijährige umzuwandeln; die Gemeindeverwaltung soll selbständiger werden; das mittelalterliche Vorrecht der Militärgerichtsbarkeit, das Palladium der Sobbe und Putzki, soll fallen; eine Amnestie soll verkündigt werden, eine Amnestie ohne Klauseln und ohne Ausnahmen, ein wahres Vergeben und Vergessen, wie es einer gesunden Politik entspricht, wie es von Herzen kommt und zu Herzen geht. Es bleibt zwar noch immer unendlich viel in Bayern zu thun; es bleibt noch sehr viel wieder gut zu machen von dem, was eine Zeit des Rückschrittes an den Rechten der Freiheit gesündigt hat. Allein, was in den letzten Wochen dort geschehen, berechtigt uns zu Hoffnungen, von denen anderwärts noch nicht das blasseste Morgenroth ausdämmern will. Es ist uns ein seltenes, aber desto wohlthuenderes Gefühl, wenn wir anerkennen dür-

Feuilleton.

Aus Amerika.

Dem „Schw. Merkur“ schreibt man aus Chicago vom 10. März: „Die Botschaft, mit welcher Lincoln am 4. März seine neue Amtsperiode angetreten hat, charakterisirt sich durch nichts so sehr, als durch die endliche Anerkennung der Sklaverei als eines nationalen Verbrechens, dessen Strafe der jetzige Bürgerkrieg sei. Für jeden Blutstropfen, den die Peitsche getrunken, ein Blutstropfen, den das Schwert entlockt, der Krieg ein Strafgericht des Herrn! In der That, die Blitze der göttlichen Gerechtigkeit schlafen nicht ewig, und Heil der Nation, welche sie als solche erkennt. Die mächtige Hülfe, welche die Negerstimmrechtsfrage von diesem Standpunkt erhalten wird, liegt auf der Hand. Mag Lincolns Kniefall vor der Gerechtigkeit auch zunächst Vielen nur als Phrase erscheinen, als puritan cant, er wird es nicht bleiben, sondern die Gesetze nach sich ummodeln. Dieser Bürgerkrieg ist jetzt nicht so sehr mehr ein Kampf gegen die Sklavenhalter, sondern gegen die Vorurtheile, die Herrschsucht und den Egoismus in der eigenen Brust, die Debatten gehen weit über den Krieg hinaus, und darin liegt die kosmopolitische Bedeutung derselben. Es ist die Cromwelliade des 19. Jahrhunderts, mit puritanischen Coulissen noch theilweise, aber der Inhalt des Drama's ist ein wesentlich moderner. Die Debatten über das allgemeine Stimmrecht, welche die Negerstimmrechtsfrage hervorgerufen, haben bereits hier und da den Anspruch der Frauen auf Stimmrecht wachgerufen und neuere Fälle von Frauenabstimmungen bei Wahlen werden sogar von Australien) herangezogen. Und nicht bloß im Norden, im Süden gehen, von anderer Maschinerie der Nothwendigkeit getrieben, ähnliche Ideenfortschritte vor sich. Fred. Douglaß, der im Alter von 20 Jahren seinem Herrn in Maryland entlief, und jetzt ein vortrefflicher schwarzer Redner geworden ist, der in Baltimore von der haute volée neulich zur Haltung eines Vortrages eingeladen wurde, in einer Stadt, die er seit seiner Flucht aus der Sklaverei jetzt erst wieder zu betreten wagen konnte, Fred. Douglaß drückt sich über diese Entwickelung, wie folgt, aus: „Es ist eine wunderbare Thatsache, die beinahe auf eine direkte Einmischung der Vorsehung hinweist, daß dieser Krieg, der auf beiden Seiten im Interesse der Sklaverei begann, im Interesse der Freiheit auf beiden Seiten zu endigen verspricht. Der Krieg begann auf beiden Seiten im Interesse der Sklaverei. Der Süden kämpfte, um die Sklaverei außerhalb der Union zu bringen, der Norden kämpfte, um sie in der Union zu behalten; der Süden focht für neue Garantien, der Norden focht für die alten — beide verachteten den Neger, beide verfolgten den Neger mit Beleidigungen. Und doch sah der Neger, vom Himmel anscheinend mit Weisheit begabt, das Ende vom Anfang an klarer, als wir es sahen. Als Seward sagte, daß der Stand keines Menschen im Lande durch den Krieg verändert würde, schenkte ihm der Neger keinen Glauben. Als unsere Generale ihre Subalternen abschickten, um den flüchtigen Sklaven aus unsern Armeelinien in den Rachen der Sklaverei zurückzujagen, aus der er entkommen, dachten die Neger, ein Irrthum sei geschehen, die Absichten der Regierung von unsern Offi-

Digitized by Google

dieselben ihm abzutreten. Aber in der eben angeführten Erklärung habe Preußen gesagt, daß Dänemark keine Rechte abzutreten habe, da nach dem Tode des vorigen Königs der Erbprinz von Augustenburg der Landesherr werde. Die Landtage von Schleswig und Holstein sollten einberufen werden, damit man ihnen die Erbfolgefrage vorlege. Preußen suche die Frage allein zu entscheiden, einige große Grundbesitzer für sich zu gewinnen und die Stimmen derselben für die des Volkes auszugeben. Aber Baron Plessen's Erklärung für direkte Annektirung an Preußen habe nach 6 Wochen weniger als 200 (nicht so viele), eine Gegenerklärung dagegen nach 10 Tagen 46,000 (60,000) Unterschriften erhalten. Es sei allbekannt, daß der Erbprinz von Augustenburg alle von Oesterreich, Preußen und dem Bunde gemeinschaftlich gutgeheißenen Bedingungen gerne annehmen würde; aber dies genüge Preußen nicht. Es wünsche Bedingungen mit sich und zu seinem eigenen Vortheil allein. Die Mittel, deren sich die preußische Regierung bediene, würden in England Erstaunen erregen. Handzettel und Flugblätter, „Ein Einwohner" unterzeichnet, aber aus Berlin kommend und die gemeinsten Verleumdungen des Erbprinzen enthaltend, würden zu Tausenden in den Herzogthümern verbreitet. In den halbamtlichen Berliner Blättern werde der Erbprinz als ein gemeiner Demokrat, in jenen Flugzetteln hingegen als ein blutdürstiger Aristokrat dargestellt. Diese Intriguen aber hätten eine ganz andere als die beabsichtigte Wirkung. Vor 4 Monaten noch hätte Preußen in den Herzogthümern haben können, was es wollte, vorausgesetzt nur, daß es dem Erbprinzen Wort hielt; jetzt sei es auf dem besten Wege, die von Dänemark geräumte Stellung einzunehmen. Die einzige und alleinige Ursache davon sei das ungerechte, treulose und gewissenlose Verfahren des preußischen Ministers. Die preußische Politik verfehle ihren Zweck; sie erwecke ein Gefühl der Scham unter den ehrenhaftesten und aufgeklärtesten Leuten in Berlin und ganz Preußen, und sie errege die Eifersucht und Feindseligkeit des übrigen Deutschland. Der Redner spricht sich noch sehr warm für eine Stärkung Preußens durch freiwillige Einigung norddeutscher Lande mit ihm aus, aber leider sei es nicht dies, was Preußen oder vielmehr Herr v. Bismark anstrebe: denn er unterscheide zwischen Preußen und dessen gegenwärtigem Premier-Minister. Mr. Layard sagte, sein ehrenwerther Freund habe voriges Jahr große Sympathien für die unterdrückten Nationalitäten gehabt, und er (Layard) habe ihn vergebens eines Bessern zu belehren gesucht. (Lachen und Hört! Hört!) Voriges Jahr habe sein ehrenwerther Freund auf das Lebhafteste gewünscht, daß Ihrer Maj. Regierung sich nicht einmischen möge. Nun, Ihrer Maj. Regierung habe sich seitdem nicht eingemischt; und wirklich, er könne über Das, was in den Herzogthümern vorgehe, nicht sprechen. Als die Herzogthümer von Dänemark getrennt wurden, seien sie in eine sehr anomale Stellung gerathen. Sie gehörten nicht zu Preußen oder Oesterreich, und nicht zu Dänemark. Da die Herzogthümer Häfen hätten und einer Flagge bedürften, so sei es nöthig, ihre Flagge provisorisch anzuerkennen. Mit dieser Anerkennung würden gar keine Rechte irgend eines Theils statuirt.

Turin, 11. April. Der Kommissionsbericht spricht sich dahin aus, daß der Eisenbahnverkauf keineswegs die Rechte der Inhaber der Anleihe Hambro verletzt. Das Ministerium hält die Kabinetsfrage aufrecht und bemerkt, über die Entschädigungsfrage würden die Gerichte entscheiden. Ratazzi verzichtet auf die Bekämpfung des Projekts, um nicht eine Krise zu provociren.

Hiezu die Beilage: „Würzburger Anzeiger".

Verantwortlicher Redakteur: A. Hartmann.
Druck und Verlag der Stabel'schen Buch- und Kunsthandlung in Würzburg

Amortisations-Erkenntniß.

Vom k. Landgericht Werneck.

Hypothekenbereinigung für Niederwerrn betr.

Nachdem innerhalb der im diesseitigen Amortisations-Edikt vom 30. September 1864 — Neue Würzb. Ztg. Nr. 280, 336 und 31 — vorgesteckten Frist von 6 Monaten keinerlei Ansprüche auf die dortselbst mit Ziff. 1 mit 38 aufgeführten Forderungen geltend gemacht wurden, wird erkannt:

„es seien in Anwendung des § 82 des Hypothekengesetzes unter Verwirklichung des angedrohten Präjudizes die allegirten Forderungen für erloschen zu erklären und die Einträge im Hypothekenbuche zu löschen."

Werneck, den 10. April 1865.

Der königliche Landrichter.
Huler.

Meisner, Funktionär.

Cours der Staatspapiere.

Oesterr.	5 pCt. Met. (Cp. i. S. b. R.)	—
"	5 pCt. Lomb. ditto. à 24	—
"	5 pCt. Engl. Met. v. 1852	80$^3/_4$ G.
"	5 pCt. Engl. Met. v. 1859	78$^5/_8$ P.
"	5 pCt. Venet. Coupon b. R.	86$^1/_4$ P. 86 G.
"	5 pCt. Nationalanl. v. 1854	68$^1/_8$—$^1/_8$ G.
"	5 pCt. Metall. Obligation.	—
"	4$^1/_2$ pCt.	57$^3/_4$ G.
Preussen	3$^1/_2$ pCt. Staatsschuldsch.	
Bayern	4$^1/_2$ pCt. Obl. 1jähr. dto.	102 P.
"	4$^1/_2$ pCt. Obl. $^1/_2$jähr. dto.	102 P. 101$^7/_8$G.
"	4 pCt. Obl. 1jähr. dto.	99$^1/_4$ P.
"	4 pCt. Obl. $^1/_2$ jähr. dto.	99$^3/_8$ G.
"	4 pCt. Obl. Ab.-R. dto.	98$^1/_2$ P. — G.
"	3$^1/_2$ pCt. Obl. dto.	—
Württemb.	4$^1/_2$ pCt. Obl. b. Rothsch.	104 G.
"	3$^1/_2$ pCt. Obl. dto.	94$^3/_4$ G.
Baden	4$^1/_2$ pCt. Obl.	—
"	3$^1/_2$ pCt. Obl. v. 1842	91$^1/_2$ P. 91 G.
Gr. Hess.	4$^1/_2$ pCt. Obl.	—
"	4 pCt. Obl. b. Rothsch.	101$^3/_8$ P.
"	3$^1/_2$ pCt. Obl. dto.	97$^5/_8$ P.
Nassau	4$^1/_2$ pCt. Obl. dto.	102$^3/_8$ P.
"	4 pCt. Obl. dto.	99$^1/_2$ P.
"	3$^1/_2$ pCt. Obl. dto.	91$^3/_4$ P. $^1/_2$ G.
Frankfurt	3$^1/_2$ pCt. Obl.	95$^3/_4$ P.
"	3 pCt. Obl.	—
Spanien	3 pCt. inl. Sch. P. à fl. 2. 30	—
"	2$^1/_4$ pCt. " " "	—
Schweden	4$^1/_2$ pCt. Obl. à 105 Thlr.	90$^3/_4$ G.
N.Amerika	6 pCt. à 100Dr. 1881 D. 2$^1/_2$	61$^5/_8$ G.
"	6 pCt. ditto r. 1882 "	61$^5/_8$ G.

Diverse Aktien.

Frankfurter Bank à fl. 500 . . .	147$^3/_4$ P.
K. K. Oesterr. National-Bankaktien	856—57 G.
Oesterr. Kreditbank-Aktien à fl. 200	196$^1/_2$—98 G.
Bayer. Hypothekenb. Pfandbriefe 4 pCt.	97$^1/_8$ P.
Darmst. Bank 1. u. 2. Serie à fl. 250	220$^1/_2$ P.
Weimarische Bank à Thlr. 100 . .	100$^5/_8$ G
Mitteldeutsche Kreditaktien . . .	101$^1/_4$ G.
Intern. Bank in Lux. à 250 Frs. à 28 kr.	90 P.
Taunus-Eisenbahn à fl. 250 . . .	340 G.
Frankfurt-Hanauer-Eisenbahn . . .	102$^3/_4$ P.
Oest. F.St.Eisb. 5pCt. 500 Fr. à 28 kr.	—
" Elisab.-Eisenbahn 5 pCt. . .	121 P. 120$^1/_2$G.
Böhm. Westbahn-Aktien à fl. 200 6/7	79 G.
Rhein-Nahe-Bahn 200 Thl. à 105 4pCt. Z.	32$^1/_2$ G.
Ludwigshafen-Bexbacher à 4 pCt. .	148$^1/_2$ P. $^1/_4$ G.
dto. dto. Prior. à 4 pCt.	—
Pfälz. Maxb. b. Rothschild à 4$^1/_2$ pCt.	107 G.
Oest. St.-Eisenb. Prior.-Oblig. à 3 pCt.	52$^7/_8$ P.
Elisab.-Bahn Prior. 5 pCt. 6/7	80$^1/_8$ P.
Südd. Bank-Akt., 40 pCt. Einz.	256 P.
Span. Handels- und Industrie .	—
Bayr. Ostbahn à 4$^1/_2$ pCt. volleinbez.	113$^3/_4$ - $^7/_8$ G
Bayer. Ostbahn mit 50 pCt. Einz.	113$^5/_8$ P. $^3/_8$ G.

Wechsel in süddeutscher Währung.

Amst. fl. 100 k. S.	100$^3/_4$ G.
Antwerp. Frs. 200 k.S.	94$^1/_2$ G.
Augsb. fl. 100 k. S.	99$^3/_4$ G.
Berlin Th. 60 k. S.	105 P.
Brem. 50 Th. Lsd. k. S.	97$^1/_2$ P.
Brüssel Frs. 200 k. S.	94$^1/_2$ G.
Cöln Thlr. 60 k. S.	105 P.
Hamb. MB. 100 k. S.	88$^3/_4$ P.
Leipzig Th. 60 k. S.	105 P.
London Lst. 10 k. S.	119$^3/_8$ P.
Lyon Frs. 200 k. S.	—
Mail. Frs. 200 . .	94$^5/_8$ G.
München fl. 100 k. S.	99$^3/_4$ G.
Paris Frs. 200 k. S.	94$^5/_8$ G
Petersburg 60 S.-R.	—
Triest fl. 100 k. S.	—
Wien fl. 100 ö. W.	—
do. in öst. W. l. S.	107$^7/_8$ G.
Disconto	3$^1/_2$ pCt. G.

Anlehens-Loose.

Oesterr. fl. 250 v. 1839	—
" fl. 250 v. 1854 mit 4pCt.	79 P.
" fl. 500 v. 1860 6/7	86$^1/_4$—$^3/_4$ G.
" fl. 100 Eisb. L. v. 1858.	135$^1/_2$ G.
" do. v. 1864.	97$^3/_4$ P.
Schwed. 10 Thlr. Loose	10$^1/_8$ P.
Badische fl. 50	—
Badische fl. 35	53$^3/_8$ P.
Kurhess. Thlr. 40 b. R.	56$^1/_4$ P.
Gr. Hessen fl. 50 b. R.	134$^1/_2$ P.
" fl. 25 do.	37$^5/_8$ P.
Nassau fl. 25 bei Rothsch.	35$^3/_4$ P.
Sardinische Fr. 36 b. R.	—
Neuchateler 10 Frs.-Loose	—
Freiburger 15 Frs.-Loose	—
Mailänder 45 Frs. L. b. R.	—
St. Lüttich mit 2$^1/_2$ pCt. Z.	83$^3/_4$ P.
Ansb.-Gunzenh. fl. 7-L.	10$^7/_8$ P.

Frankfurt, 12. April. Die Börse war sehr belebt und wurden Amerikaner und österreich. Sachen, von letzteren besonders Valuta-Papiere, bei großem Umsatze wesentlich höher bezahlt. Im Vordergrunde des Geschäftes standen von österr. Sachen 4$^1/_2$pCt. Met., Loose von 1860 und 64. Auch neue Silbermetall. waren sehr beliebt. (Synd.)

k. Hof- und Staatsbibliothek München.
1 N. Würzb. Ztg.

Neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht!

№ 104. | Vorausbezahlung: Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 1 fl. 30 kr. Bei Inseraten wird die dreispaltige Zeile in gewöhnlicher kleiner Schrift oder deren Raum im Hauptblatte mit 6 kr., im Anzeiger mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franco. | 62. Jahrgang. | Freitag, 14. April 1865.

(Amtliche Nachrichten.) **München,** 12. April. Se. Maj. der König hat dem k. Polizei-Direkter S. Pfeufer in München das Ritterkreuz 1. Kl. des Verdienstordens vom h Michael verliehen; dem Postkondukteur S. Singer in München in Rücksicht auf seine 50jähr. treu geleisteten Dienste die Ehrenmünze des k. b. Ludwigordens verliehen; die kath. Pfarrei Ober- und Unter-Finningen, Bezirksamts Dillingen, dem Priester J. N. Mayerhofer, Pfarrer in Klingen, Bezirksamts Aichach, übertragen; den Bezirksg.-Rath W Frhrn. v. Schleich in Regensburg in den nachgesuchten Ruhestand treten lassen; auf dessen Stelle den Bezirksg.-Rath J. B. Niedermayr in Neunburg v/W. versetzt; auf die hiedurch in Erledigung kommende Rathsstelle den Bezirksg.-Assessor L. Kienhofer in Passau befördert; auf dessen Stelle den Stadtg.-Assessor A. Baumann daselbst versetzt; auf die hiedurch am Stadtger. Passau sich eröffnende Assessorstelle den Sekretär des Bezirksg. Passau, Fr. J. v. Haasy, befördert und des Letzteren Stelle dem Bezirksg.-Accessisten S. Görs daselbst verliehen.

Der Bezirksg.-Accessist J. Leicht von Burgellern wurde von seiner Funktion als Vertreter der Staatsanwaltschaft am k. Ldg. Kirchenlamitz enthoben und der gepr. Rechtsprakt. und dermalige Notariatsgehilfe L. H. Rothenberger aus Münchberg als Vertreter der Staatsanwaltschaft am genannten k. Landgerichte aufgestellt, der Vertreter der Staatsanwaltschaft am k. Ldg. Kastl, J. B. Bauer, an das k. Ldg. Neumarkt in der Oberpfalz versetzt, und der gepr. Rechtsprakt. und dermalige Rechtskonzipient Fr. Korrn aus Riedenburg, z. Z. in München, als Vertreter der Staatsanwaltschaft am k. Ldg. Kastl aufgestellt.

Die kath. Pfarrei Münsing, k. Bezirksamts München r/J., ist mit einem fassionsmäßigen Reinertrage von 911 fl. 40½ kr. in Erledigung gekommen.

Wie dem „Mainzer Journal" aus Bayern mitgetheilt wird, hat die Antwort des Kultusministers Hrn. v. Koch auf die Kollektiveingabe der bayerischen Bischöfe im Betreffe der theologischen Lehranstalt in Speyer bereits am 23. März eine erneute Erwiderung von Seite des Bischofs von Speyer gefunden, in welcher die Frage gestellt sein soll: ob in Bayern einem katholischen Bischofe unter allen Umständen und mit Gewalt verwehrt werden könne, Theologie zu lehren? Von Seite des hl. Stuhles soll bereits eine Aeußerung über die Angelegenheit erfolgt sein.

Wir haben den Wortlaut der österreichischen und der preußischen Abstimmung am Bunde über den bayerisch-sächsischen Antrag in der schleswig-holsteinischen Frage angeführt. Aus der Erklärung, mit welcher Baden seine Abstimmung motivirte, heben wir noch folgende beachtenswerthe Stellen aus: „Wenn irgend eine letzte Instanz zur Entscheidung einer streitigen Thron-Erbfolge der Herzogthümer gefunden werden will, so wird diese nicht in dem hohen Bunde und seinen richterlichen Organen, auch nicht wohl in einem Austrägalgerichte, sondern ganz allein in den politischen Faktoren des Landes selbst zu suchen sein, über dessen Geschicke verfügt werden soll, und es werden diese auf Grund des bestehenden Staatsrechtes zu entscheiden haben. Die Aufgabe des hohen Bundes könne allein dahin gehen, für den regelmäßigen Verlauf dieser hausgesetzlichen und verfassungsmäßigen Thätigkeit von Agnaten und Ständen besorgt zu sein. Nach dem Ergebniß derselben würde der Bund nur noch bei Annahme des herzoglichen Gesandten hervorzutreten veranlaßt sein dürfen. Schleswig-Holstein, ward gleich ein opfervoller Krieg um dasselbe gekämpft, ist dennoch kein erobertes, es ist ein befreites, zu seinem Rechte gebrachtes Land. Wie groß die Pflicht der Dankbarkeit auch sei, welche für dessen Fürsten, welche für die Bevölkerung der Herzogthümer, welche für Deutschland aus den Erfolgen der preußischen und österreichischen Truppen erwachsen ist — die dem Rechte des Landes entsprechende Ordnung der Geschicke der Herzogthümer bleibt nicht weniger die einzig mögliche Lösung. Auf Grundlage derselben mögen sich die Einrichtungen verwirklichen, welche im Interesse der Sicherheit der deutschen Grenzen im Norden zur Entwicklung einer kräftigen Marine und für Ausbildung der Verkehrsverhältnisse zu Land und See getroffen werden müssen. Wenn ein die Summe dieser Einrichtungen formulirender sachgemäßer und billiger Vorschlag durch beide hohe Regierungen von Oesterreich und Preußen an die letztentscheidenden politischen Factoren der Herzogthümer, Fürst und Stände, gelangt, so wird deren Zustimmung nicht zweifelhaft sein, und auch die hohe Bundesversammlung dürfte keinen Anstand nehmen, der Abrede der beiden hohen Regierungen sich anzuschließen."

Die „Darmstädter Zeitung" theilt noch folgende Abstimmungen aus der Bundestagssitzung am 6. April mit: „Kurhessen erklärte, daß es nichts gegen einen Antrag zu erinnern gehabt haben würde, welcher lediglich den Zweck gehabt hätte, die Verhandlungen am Bunde in der schleswig-holsteinischen Angelegenheit wieder anzuregen und eine Lösung der Frage im Wege des Rechts zu veranlassen. Der vorliegende Antrag gehe jedoch weiter, ohne daß bis jetzt eine geschäftsordnungsmäßige Berichterstattung erfolgt

Feuilleton.

Nachtrag zu den Propos de Labiénus.

Nachstehender Artikel erschien im „Sancho" in Brüssel fünf Tage nach der Verurtheilung des Prof. Rogeard, und wird letzterem geschrieben.

„Man schickt uns von Rom auf telegraphischem Weg folgende Abschrift eines Edikts Cäsar's, das auf Capri gefunden wurde und Bezug hat auf die Aussprüche des Labienus, nicht die gedruckten, sondern seine eigenen Worte, volentia verba:

„Wir Cäsar, lebenslänglicher Consul, beständiger Tribun auf 1000 Stadien über die Ringmauer Roms hinaus, Besieger der Parther, Sigambrer, Ubier u. s w.

„Nachdem wir dem Jupiter Retter, der Venus und dem Ancus Martius, unseren göttlichen Ahnen, unser Opfer dargebracht;

„Nachdem wir sie angefleht, uns die Gabe der Kraft, der Gerechtigkeit und der Barmherzigkeit zu verleihen;

„Nachdem dieß vollbracht, und in Anbetracht, daß ein gewisser Labienus vor unseren Statuen vorbeigeht ohne Ehrfurcht und Gruß, wie es jedem römischen Bürger geziemt;

„In Anbetracht ferner, daß er zu wiederholtenmalen Verachtung gegen unsere Person bezeigt; daß er oftmals gesehen wurde über das Geländer der Brücke gelehnt mit Haß im Blick und mit drohender Gebärde, daß er auf die Frage: was er im Strom suche, antwortete: „die Republik";

„Sintemal er zu insinuiren scheint, daß die Kritik unserer Handlungen, derer unserer Generale, der sogenannten Erpressungen der Präfekten in den vier Provinzen, der Consuln und Senatoren jedem römischen Bürger zustehe, was gegen alle Gesetze ist;

„In Anbetracht, daß er bei der Untersuchung dieser Handlungen nicht den Geist der Ergebenheit und der Achtung walten läßt, welcher alle Unterthanen des Reichs leiten sollte, sondern im Gegentheil einen gefährlichen Freimuth, eine unerträgliche Strenge und eine mit den Sitten unserer Zeit unvereinbare Schroffheit einschleichen läßt; daß er ferner erklärt: es gebe außerhalb der Gerechtigkeit und Gesetzlichkeit kein Heil für das Reich;

„Da er auf allen Straßen und Plätzen Roms den verwerflichen Satz verbreitet hat: es wäre besser, das Volk arbeiten zu lassen, als es zum Nichtsthun mit Brod und Schauspielen abzuspeisen, da er solchermaßen die Eigenschaft eines römischen Bürgers herabgewürdigt hat;

„Sintemal er uns beschuldigt, in Etrurien und ganz Italien den Ruin und den Müßiggang vorbereitet zu haben, während die besser regierten Provinzen, wie er sagt, durch ihre Arbeit und Industrie reicher seien, als das Rom, welches sie ernähre;

„Sintemal alle solchen schlechtgelaunten und stets argwöhnischen Leute den Nationen und Reichen gefährlich sind, den Geist der Empörung säen und dagegen den Geist der Unterthänigkeit erschlaffen;

„In Anbetracht, daß Labienus in Rom spazieren geht mit einem äußerst sanften und sehr treuen Hündlein, daß einer seiner Freunde ihn einst frug: wie er, ein Mann der Republik, einen

sei. Kurhessen stimme deßhalb für Verweisung an den Ausschuß, eventuell gegen den Antrag. Der großherzoglich hessische Gesandte bezog sich im Allgemeinen auf die dem Antrag vorausgeschickten Motive und hob dabei, den Aeußerungen des preußischen Gesandten vom 27. v. M. gegenüber, noch insbesondere hervor, daß ein Mangel an Rücksicht auf die Ansprüche anderer Prätendenten schon um deßwillen in dem Antrag nicht gefunden werden könne, weil — wie unter Ziffer 4 der Motive ausdrücklich erwähnt — durch die Einsetzung des Erbprinzen von Augustenburg die rechtliche Verfolgung anderer Erbansprüche keineswegs abgeschnitten, vielmehr solchen Ansprüchen der Weg eines bundesgesetzlichen Austrags erst eröffnet werden würde. Auch bilde der Antrag kein Hinderniß für eine im allseitigen Interesse allerdings wünschenswerthe Verständigung, da bei einer solchen Verständigung doch nothwendig auch die Herzogthümer selbst vertreten sein müßten und der vorliegende Antrag eben gerade das nach den bisherigen Verhandlungen entsprechendste Mittel bezeichne, um eine selbstständige Vertretung der Herzogthümer herbeizuführen."

Wien. Nach der „Presse" hat der Herzog von Grammont am 10. April „eine längere Besprechung" mit dem Grafen Mensdorff gehabt und „glaubt man in diplomatischen Kreisen", daß der französische Botschafter Veranlassung genommen habe, „die Befriedigung seines Kabinets über die von Oesterreich bei der Abstimmung vom 6. d. beobachtete Haltung auszudrücken."

Die „Wiener Zeitung" meldet: „Die Broschüren des Labienus, „Propos de Labiénus", und „Anti-Cäsar", wovon in Prag eine deutsche Uebersetzung erschienen ist, wurden in Wien auf Einschreiten der französischen Botschaft auf Anordnung der Staatsanwaltschaft mit Beschlag belegt."

Aus **Berlin**, 10. April, schreibt man dem „N. K.": „Der Herzog von Augustenburg hat hier in offiziöser Weise Mittheilung von den Zugeständnissen machen lassen, die er im Namen des Landes an Preußen machen zu können glaubt. Diese Zugeständnisse sollen im Wesentlichen mit den Beschlüssen übereinstimmen, welche der Ausschuß der schleswig-holsteinischen Vereine hier kürzlich gefaßt hat. Eine Antwort darauf hat Hr. v. Bismarck bis jetzt nicht ertheilt, und sollte eine erfolgen, so wird sie wohl sehr ungünstig lauten, da man in gouvernementalen Kreisen rundweg erklärt, daß nach dem letzten Bundesbeschlusse von einer Kandidatur des Augustenburgers nicht mehr die Rede sein könne. (!) — Die hier versammelte Generalkonferenz des Zollvereins hat sich zunächst mit der definitiven Feststellung des Tarifs beschäftigt, in welchen, abgesehen von einigen redaktionellen und wenigen unbedeutenden sachlichen Aenderungen noch die mit Frankreich in dem Protokoll vom 14. Dezember vereinbarten Abänderungen, (Eisenbahnwagen, Bier) aufzunehmen waren. Der Tarif ist durch ein Protokoll vom 8. ds. Mts. nunmehr definitiv festgestellt und wird dem Abgeordnetenhause in der ersten Sitzung nach Ostern zur Genehmigung vorgelegt werden. Spätestens am 5. Mai ist der Tarif zu publiziren, weil er am 1. Juli in Kraft treten soll. Es soll bei dieser Gelegenheit zugleich festgestellt worden sein, daß mit dem 1. Juli sofort die definitiven Tarifsätze in Kraft treten sollen, wozu bekanntlich das Abgeordnetenhaus bereits seine eventuelle Genehmigung ertheilt hat.

In **Leipzig** ist zwischen den Buchdruckern und deren Gehilfen wegen des Lohnpunktes ein Konflikt ausgebrochen; derselbe wird nach der „D. Allg. Ztg." nun bald beigelegt sein. Auf den ausgesprochenen Wunsch der Gehilfen nach einer Verständigung hat der Buchdruckereibesitzer Hr. Tauchnitz, dessen sämmtliches Personal an der Arbeitseinstellung nicht betheiligt ist, die Vermittlerrolle übernommen. Die Prinzipale werden einen neuen Tarif berathen, welchen die Gehülfen in Erwägung ziehen werden. — Am 10. fand in Leipzig auch eine Versammlung von Schneidergesellen statt. In derselben ward eine Resolution von 5 Punkten gefaßt, welche den Meistern zugestellt werden soll. Die Gesellen verlangen Lohnerhöhung um 25 pCt. für das Stück und gleichmäßige Kündigungsfrist für Meister und Gesellen. Werden die Bedingungen von den Meistern nicht eingegangen, so werden die Gesellen in der nächsten Woche kündigen.

In **Mecklenburg-Schwerin** wurde die „Magdeburger Presse" verboten. Dieselbe hatte, was kein Blatt im Lande wagen darf, die berüchtigten Mecklenburger Zustände eingehend geschildert. Auch auf andere auswärtige Blätter, welche sich mit Mecklenburg in einer andern Weise beschäftigen, als der dortigen patriarchalischen Regierung lieb ist, wird fleißig gefahndet.

Aus Baden, 12. April. Den Badensern soll ein neues Wehrgesetz mit allgemeiner Wehrpflicht in Aussicht stehen. Wenigstens spricht hiervon der „Schw. Merkur", das über badische Verhältnisse stets gut unterrichtete Blatt. Nach demselben wäre in Aussicht genommen, daß von etwa 14,000 alljährlich vorhandenen Männern von 20 Jahren 5000 diensttauglich seien, und es sollte neben den Forderungen der Bundeskriegsverfassung (für Baden in runder Summe 20,400 Mann) von den jährlich nach erfüllten Bundespflichten verfügbaren 1200 Rekruten eine besondere Reserve mit ganz kurzer Dienstzeit gebildet werden. Von den 9000 nicht zum Soldatendienst verwendeten jungen Männern sollte durch eine Wehrsteuer der Pflicht für das Vaterland genügt werden.

Koburg. Die hier erscheinende „Deutsche Wehrzeitung", Organ des deutschen Offiziertags, herausgegeben von einer Anzahl von Offizieren in und außer Dienst, sagt in ihrer Abonnementseinladung zum jetzigen Quartal: „Ein weiteres Quartal liegt den Lesern unseres Blattes vor. Wir sind uns bewußt, die Pflichten, welche die inhaltschwere vaterländische Sache, der unser Blatt dient, uns auflegt, nach bestem Wissen und Gewissen erfüllt zu haben. Wir haben, der Erfolg lehrt es, manche fruchtbare Anregung gegeben, die Ideen, welche wir vertreten, und in deren Verwirklichung die feste Bürgschaft und Vorbedingung für den Erfolg jeder andern Reformbestrebung liegt, beginnen bereits in manchen Theilen des Vaterlandes Wurzel zu schlagen im Volk. Selbst das reaktionäre Junkerthum hat die tiefe vaterländische Bedeutung unserer Bestrebungen erkannt; es beginnt eben deßhalb bereits in

---

solchen Sclaven nach sich schleppen möge, und wann er demselben Thier seine Entlassung als Hund geben würde? — in Anbetracht also, daß er darauf erwiederte: „Wann ich einen Senator daraus machen werde," und so auf die unverschämteste Weise die Ergebenheit kritisirte, welche der Senat für unsere Person hegt —

„Aus diesen Gründen und vielen anderen, sintemal Labienus die Achtung verletzt hat, welche man dem Consul, dem Tribunen, dem Diktator, den Gesetzen des Reichs und den durch uns repräsentirten Göttern schuldig ist;

„Kraft unserer Gewalt und gemäß eines frühern Senatsbeschlusses erklären wir den Labienus seines römischen Bürgerrechts für verlustig, verurtheilen ihn, in's Amphitheater geführt zu werden an dem Tag, an welchem man über die Arena das seidene Velarium spannen wird, wo dann jede Unze einen goldenen Lilienthaler werth ist, wann wir uns an diesen Ort der Unterweisung des König-Volks begeben werden, durch Rom ziehend zwischen vierzig Elephanten, welche Kronleuchter von Bergkrystall tragen —

„Da, vor unserem Angesicht und in Gegenwart des römischen Volks, soll Labienus den Thieren vorgeworfen werden, und wenn ein Stück übrigbleibt, die Zunge zumal so soll dieses Stück vor seinem Haus ausgestellt werden, als warnendes Exempel."

So geschehen zu Rom, um die Nonen des Quintilis unter dem Schutze Juno's.

Auf Befehl Cäsar's.

Die Abschrift beglaubigt
Titus Bibulus Schnuffius.

Vermischtes.

Eine jener weiblichen Spekulantinnen, denen nichts fehlt als die Weiblichkeit und die ihre im Geschäftsleben erworbene List fälschlich für Klugheit halten, Miß Anna Brown, verehelichte Stephens, stand dieser Tage wegen Prellerei vor dem Zuchtpolizeigericht in Boston. Als eine junge, hübsche Person in einem offenen Kaufladen von Anbetern umschwärmt, machte sie Jedem derselben Hoffnung auf ihre Hand, bedang sich jedoch als gute Patriotin aus, daß der Betreffende vorher in den Kampf für das Sternenbanner ziehe. Auf diese Weise hatte sie nach und nach 7 junge Männer und Jünglinge zur Unionsarmee geschickt. Nachdem nur Vermögende gewagt hatten, der spröden Schönen Anträge zu machen, so war es fast selbstverständlich, daß solche „heimliche Bräutigame" ihre Werthsachen und überflüssiges Baargeld der „heimlichen Braut" zur Aufbewahrung gaben. Dadurch wurde dieselbe in den Stand gesetzt, dem vermögenslosen Sohn des Professors Stephens, in den sie wirklich verliebt war, ihre Hand anzutragen, welche dieser auch annahm, im Glauben, Miß Brown habe, wie sie ihm vorspiegelte, eine im Ausland verstorbene Tante beerbt. Von den zur Armee Geschickten kamen vier auf Schlachtfeldern oder in Spitälern um, und einer dient noch bei Sherman. Die beiden Andern aber, schon früher mit einander bekannt, und im Lager ihre Familien-Geheimnisse sich gegenseitig mittheilend, erhielten den Abschied oder Urlaub, und kamen nach Boston, wo sie auf die Kunde, daß die Brown verheirathet sei, und sie beide getäuscht habe, einen Prozeß gegen sie wegen Prellerei erhoben. Frau

blinder Wuth seine Verfolgungen gegen jeden, den es irgendwie der Sympathien für die von uns vertretenen Reformideen verdächtig hält, und schon sind ohne Verschulden brave Kameraden von diesen Verfolgungen getroffen (die Stelle scheint sich u. a. auf neuliche Vorgänge in Kurhessen zu beziehen). Gleichwohl, müssen wir sagen, hat unser Streben in den Kreisen, in welchen wir dies zu erwarten berechtigt wären, noch entfernt nicht die nothwendige Förderung gefunden, um eine nachhaltige Wirksamkeit zu sichern. Wir halten diese Kurzsichtigkeit und Schlaffheit derer nicht würdig, welche sich vaterländischen Sinn und vaterländisches Streben beimessen. Wohl werden wir ausharren, so lange als irgend eine Möglichkeit dazu uns gewährt ist. Müßten aber die Männer des Fortschritts im Heer sich überzeugen, daß sie bei denen im Volk auf keine Beachtung und Förderung zu rechnen hätten, so lehnen wir für die Folgen dieser Erfahrung die Verantwortung ab.“

Hamburg, 12. April. Die Bürgerschaft lehnte soeben einen Senatsantrag ab, welcher die Emission von Papiergeld von der Genehmigung des Senates und der Bürgerschaft abhängig machen wollte.

Rendsburg, 7. April. In der gestrigen Generalversammlung des schleswig-holsteinischen Vereins machte ein Vereinsmitglied, das der vom engeren Ausschuß berufenen Versammlung von Vertrauensmännern beigewohnt, Mittheilung von den vom engeren Ausschuß in Berlin am 26. gemachten Anerbietungen. Die ganze Versammlung erklärte sich mit unbedeutender Ausnahme (3 oder 4 Stimmen) für dieselben zustimmend. (Schl.-H.-Z.)

Aus **Kolding** wird gemeldet, daß die Grenzregulirungskommission wieder mit der Absteckung der schleswig-jütländischen Gränzlinie beschäftigt ist. Die deutschen Kommissäre sollen sich dabei für den Eintausch des Gränzdorfes Skoverup (nördlich von Christiansfeld) zu Gunsten Nordschleswigs ausgesprochen und vorläufig die Zustimmung der dänischen Kommissionsmitglieder erlangt haben. Die Bewohner des Dorfes haben jedoch protestirt und 2 Deputirte an den König von Dänemark geschickt, welche am 5. d. in besonderer Audienz empfangen wurden, und denen der König die Erfüllung ihrer Wünsche verhieß.

Schweiz. In der Polensache hat der Bundesrath beschlossen, die Auswanderung der in der Schweiz befindlichen Polen nach Amerika in der Weise zu unterstützen, daß er für jeden Auswanderer einen Beitrag von 100 Frs., sowie die Empfehlungen der schweizerischen Konsuln in Aussicht stellt. Es ist dieser Beschluß den Bemühungen eines in Bern sich aufhaltenden edlen Polen, Namens Karonikolsky, zuzuschreiben, der seinen Landsleuten auf republikanischem Boden eine neue Heimath zu bereiten sucht.

Aus **Paris**, 10. April, schreibt man der „Allg. Z.“: „Wenn der Kaiser seine Reise aus klimatischen Gründen bis Algerien fortsetzt, wird er in der Colonie eine lebhafte Dankbarkeit für das Dekret über die Gründung eines Schullehrerseminars (Normalschule) finden, worin Franzosen und Araber zusammen für den Schuldienst herangebildet werden. Man schreibt mir: es sei das beste, was seit 1852 für Algerien geschehen ist. Nur bedauert man, daß der Unterrichtsminister nicht allein verfahren kann, sondern auf das Einvernehmen mit dem Kriegsministerium angewiesen ist.“

Paris, 11. April. Die Verhandlungen über die Adresse sind gestern im gesetzgebenden Körper bis zum 15. Paragraphen fortgeschritten. Die Verhandlungen über die heikle Staats- und Kirchenfrage wurde dadurch sehr abgekürzt, daß die Mehrheit, nachdem Buitry den Regierungsstandpunkt entwickelt hatte, unaufhörlich nach Schluß rief, der denn auch angenommen wurde. Umsonst rief Garnier-Pagès: „die Verhandlung wird erstickt“; die Opposition zog ihr Amendement zurück, weil sie nach J. Favre's Ausdruck ihre Gedanken nicht entwickeln könne. Im Ganzen laufen Buitry's Ausführungen auf den Inhalt der betreffenden Stelle in der kaiserlichen Thronrede hinaus. Die Trennung von Staat und Kirche wird natürlich verworfen. Mit besonderer Rückbeziehung auf die Rede Gueroult's findet Buitry in der Anwesenheit der so loyalen Cardinäle im Senat eine Kräftigung der bürgerlichen Gewalt, und die geistlichen Orden, die übrigens das Kaiserreich vorgefunden habe, erscheinen ihm durchaus nicht allzu gefährlich. Der 14. Paragraph, welcher die Nichtannahme des Congreßvorschlages bedauert, wird ohne Weiteres angenommen. Beim 15. Paragraphen kam das Amendement der Opposition zur Verhandlung, in welchem aufgeführt ist, daß Frankreich im Inneren frei sein müsse, um nach Außen mächtig zu sein. Besonders die dänische Frage gab J. Favre Anlaß, die Politik der Regierung zu tadeln. Auch Favre zeigte sich als Chauvinist vom reinsten Wasser, der verlangt, daß Frankreich seine Hände in allen europäischen Angelegenheiten habe. Er findet, daß Frankreich in der dänisch-deutschen Sache einmal die Politik der Verträge und dann wieder die der Nationalitäten befolgt und dem gefährlichen Wachsthum Preußens nicht hinreichend vorgebeugt habe. E. Ollivier dagegen billigt die Politik der Regierung in der dänischen Frage. Der Redner sprach mit großer Anerkennung von der liberalen Partei Deutschlands, die keine unbillige Maßregel Bismarcks zugeben werde. Indem er im Gegensatz zu J. Favre bemerkte, Frankreich solle sich so wenig als möglich in auswärtige Angelegenheiten mischen, ging er sogar so weit, zu sagen, Frankreich sei zur Zeit, als seine Grenze bis an den Rhein ausgedehnt war, materiell zwar mächtig gewesen, habe aber weniger moralische Macht gehabt. Die mexikanische Frage, über welche Belmont und Favre ein sehr scharfes Amendement eingebracht hatten, des Inhalts, daß hier das französische Blut für einen fremden Fürsten hingegeben, das Selbstbestimmungsrecht des Volkes verkannt, die Zukunft der Politik übel gebunden werde und daß hoffentlich die Rückkehr der Soldaten bald erfolgen werde, diese Frage wird zuerst von Jules Favre durchgesprochen, kam aber in der gestrigen Sitzung nicht mehr zum Abschluß. Favre sprach einmal von den Guerilleros, als der Kraft des Landes, zu der der Patriotismus sich geflüchtet habe, da rief ihm Rouher zu: „Sprechen Sie nicht also von Räubern!“ worauf Garnier-Pagès die beißende Bemerkung machte: „Man sprach auch von Räubern der Loire 1815“. — Nach der „France“ sind noch keine Vorbereitungen für die Reise des Kaisers nach Algier gemacht worden.

Paris, 12. April. In der gestrigen Sitzung des gesetzgebenden Körpers kam die Debatte über die Angelegenheit Mexiko's zum Abschluß. Staatsminister Rouher sagte, die neue mexikanische Anleihe sei mit den Haupthäusern zu Paris und London unterzeichnet. Ein Krieg zwischen Frankreich und Amerika sei unmöglich. Frankreich habe Neutralität beobachtet und sei weit davon

---

Stephens vertheidigte sich vor Gericht mit viel Raffinement; sie habe durchaus etwas für ihr Vaterland thun wollen, jedoch wegen ihres Geschlechts und wegen ihrer Vermögenslosigkeit nichts thun können, und so seien ihr denn obige Mittel und Wege in den Sinn gekommen. Das Gericht schien auf diesen Grund einzugehen, und verurtheilte die Angeklagte zum Minimum der Strafe, zu 6monatlicher Einsperrung. Eine weitere empfindlichere Strafe aber erlitt die kleine Intriguantin dadurch, daß sofort nach dem Urtheil ihr Gatte Stephens eine Scheidungsklage einreichte, weil seine Gattin durch ein unehrenhaft erschlichenes Vermögen betrügerischer Weise auch seine Hand erschlichen habe.

(Ein gräßliches Ende.) Aus London wird unterm 6. April über die Hinrichtung eines Atkinson, der seine Frau ermordete, gemeldet: Das Ende des Gattenmörders war wie seine That gräßlich. Als er zum Galgen gebracht wurde, war er bleich, aber gefaßt, nur sein unterer Kinnbacken machte konvulsivische Bewegungen. Während er mit dem Geistlichen betete, befestigte der Henker ein Seil an dem Haken des Galgens und legte dem Delinquenten, der zu diesem Zweck eine Leiter bestieg, die Schlinge um den Hals. Als dem Unglücklichen nun das Brett unter den Füßen weggezogen ward, zeigte es sich, daß das Seil zu lang und lose war, und sein Körper fiel mit einem entsetzlichen Geräusch innerhalb des Gerüstes zu Boden. Die zahlreich versammelte Volksmasse brach in ein lautes Geheul aus. Viele glaubten, der Delinquent werde begnadigt werden, ein alter Aberglaube in solchen Fällen. Niemand vermuthete, er werde zum zweiten Male ohne fremde Hülfe den Galgen ersteigen können. Der Henker erschien wieder unter dem allgemeinen Gebrüll: „Niederträchtiger Schuft! Verfluchter Schurke!“ und knüpfte zum zweiten Male mit zitternder Hand ein kürzeres Seil an den Haken. Alle waren in furchtbarster Spannung, was nun kommen würde. Nach ungefähr einer Viertelstunde athemloser Erwartung erschien Atkinson mit dem Geistlichen wieder. Er war fast unverändert, nur um seinen offenen Hals sah man einen brennend rothen Streifen. Wieder stieg er die Leiter hinan, wieder legte ihm der Henker die Schlinge um den Hals und eine Sekunde darauf schwebte sein Körper in der Luft. Schauderhafterweise aber war der Strick zu steif gewesen, die Schlinge zog sich am Hinterkopf in die Höhe und hielt fast nur am Kinn fest. Die Folge war, daß der Unglückliche schrecklich strampelte, während seine Brust sich krampfhaft hob und sein Gesicht anschwoll. Erst nach einiger Zeit nahmen seine Bewegungen ab und endlich hing er regungslos da. Man kann sich die Aufregung der Menge denken. Ueber alle Maßen widerlich war es, daß ein Schwarm Kohlenarbeiter aus dem Flecken Atkinson's ihm zu Ehren fast den Tag über um den Galgen versammelt blieb und einer so wüsten Trunkenheit fröhnte, wie sie die Ursache zum Verbrechen gewesen, das ihn an den Galgen gebracht hatte.

entfernt gewesen, den frevelhaften Wunsch nach Fortsetzung des amerikanischen Bürgerkrieges zu hegen. Lincoln habe kein Interesse an der Annexion Mexiko's, welche nur den Einfluß des Südens befestigen würde. Das Amendement der Opposition, welches Rückberufung der französischen Truppen verlangt, wurde mit 225 gegen 17 Stimmen verworfen.

Der „Moniteur" vom 11. enthält in seinem amtlichen Theile mehrere kaiserl. Dekrete, die Verhältnisse der Banken von Frankreich und von Savoyen betreffend. Durch das erste Dekret wird die Befugniß der Bank von Savoyen, Wechsel mit Sicht auszustellen, auf die Bank von Frankreich übertragen und hört für die Bank von Savoyen auf; das zweite verordnet die Errichtung einer Filiale der Bank von Frankreich in Annecy; das dritte eine solche Filiale in Chambery. Diese beiden Succursalen der Bank werden operiren, wie die Bank von Frankreich selbst. — Prinz Napoleon hat am 10. Abends Paris für etwa 14 Tage verlassen. Dem „Temps" zufolge geht er nach der Schweiz, um sein Besitzthum am Genfer See zu besuchen.

Eine interessante **Pariser** Korrespondenz der „Ostd. Post" spricht von der allgemein herrschenden Ueberzeugung, daß die schleswig-holsteinische Frage nicht ohne thätige Betheiligung Frankreichs zur Lösung kommen, und daß dabei in einer oder der anderen Weise der französischen Nation ein Vortheil erwachsen werde. Man sehe daher in Paris mit einem gewissen Behagen den Bestrebungen Preußens zu, sich in den Herzogthümern festzusetzen. Wenn erst Preußen sich verbissen hat, wird Frankreich seine Rechnung präsentiren! äußerte jüngstens eine wohlbekannte Persönlichkeit.

Der **Straßburger** Präfekt schreibt an seine Maires: „Das Französische, ich erkenne es mit Zufriedenheit, macht fühlbare Fortschritte; aber in einigen Orten werden die Kinder zu ausschließlich zum Deutschlernen angehalten, und erst kürzlich habe ich mit Bedauern sehen müssen, daß die Behörden eines Orts, den ich nicht nennen will, mir vorschlugen, die Gemeindebibliothek aus lauter deutschen Büchern zu bilden, unter dem Vorwand (der den Lehrern des Orts wenig Ehre macht), daß die Leute nur die in dieser Sprache geschriebenen Werke geläufig lesen würden. Ohne das Deutsche aus ihrem Lehrplan wegzulassen, sollen sich die Schullehrer bemühen, die Nationalsprache (!) zu verbreiten."

New-York, 30. März. General Lee hat endlich, da er sich von allen Seiten eingeschlossen sieht und seine Lebensmittel zur Neige gehen, den längst angekündigten Angriff auf Grant's Linien gemacht. Um halb 5 Uhr am 25. Morgens griffen drei Divisionen unter Gordon plötzlich das in der Linie vor Petersburg liegende Fort Steadman an, welches durch neun Kanonen und 8 Mörser vertheidigt war, überwältigten die Garnison und nahmen dieselben nebst dem daselbst kommandirenden Generale Mc Laughlin gefangen. — Sie drangen alsbald weiter vor, nahmen noch eine Batterie und griffen dann Fort Haskell an; hier aber wurden sie mit großem Verluste zurückgeschlagen, worauf das 2. und 6. Korps Grants vordrangen und nach einigen vergeblichen Anstrengungen den Hügel wieder erstürmten, an dem Ford Steadman liegt, und den Feind mit einem Verlust von 1600 Gefangenen aus dem Fort trieben. Die Unionisten folgten auf dem Fuße nach und eroberten die erste verschanzte Linie der Konföderirten, welche sie behaupteten. Am 27. machten die Letzteren heftige Angriffe, um diese Linien zurückzuerobern, wurden aber mit großem Verluste zurückgeschlagen. Grant gibt an, daß er am 25. März 2200 Gefangene machte, ohne die, welche nachträglich eingebracht wurden oder überliefen. Sein Verlust bestehe aus 166 Todten, 1201 Verwundeten und 683 Vermißten; der des Feindes außer den obigen Gefangenen aus etwa 3000 Todten und Verwundeten. In dem Gefecht vom 27., welches von Morgens bis 8 Uhr Abends dauerte, war der Verlust der Konföderirten als Angreifenden wenigstens doppelt so groß als der der Unionisten, welche 1200 Mann an Todten und Verwundeten zählten. — Am 21. März wurde Goldsboro (Nord-Carolina) von den Unionisten unter Schofield besetzt, und kurze Zeit darauf fand eine Vereinigung der Truppen Sherman's, Schofield's und Terry's bei Coxbridge am Neuse-Fluß statt. — Das 14. Korps Sherman's hatte bei Averysboro am 16. ein Gefecht mit Hardee, in welchem dieser geschlagen wurde. Am 19. wurde eine Division des 14. Korps von Johnston angegriffen und zurückgedrängt. Nachdem sie Verstärkungen erhalten, trieb sie den Feind wieder zurück; er räumte während der Nacht Bentonville und zog über den Neuse-Fluß nach Smithville, einige 10 Meilen westlich von Goldsboro, um Raleigh zu decken. — Am 21. soll bei Mount Olive wieder ein Gefecht stattgefunden haben und die Konföderirten Schmithville verlassen und sich auf Raleigh zurückgezogen haben. Die Nord-Carolina-Soldaten desertirten in großer Anzahl. Sherman macht: über 5000 konföderirte Soldaten zu Gefangenen und nahm 15 Kanonen. Sheridan's ganzes Korps überschritt am 26. den James-Fluß bei Deep Bottom, um sich mit Grant zu verbinden. Der konföderirte Schatzsekretär bietet gegen ein Darlehen von D. 3,000,000 in Gold 50,000 Ballen Baumwolle als Sicherheit zu 20 cts. das Pfund an. — Es wird halboffiziell widersprochen, daß Lee um Friedenskonferenzen nachgesucht habe. Es heißt, die Regierung wolle den Fall des Goldes unter 150 verhindern, weil sonst die Regierungsbonds nicht mehr gesucht würden.

Verantwortlicher Redakteur: A. Hartmann.
Druck und Verlag der Stabel'schen Buch- und Kunsthandlung in Würzburg

Cours der Staatspapiere.

Oesterr.	5 pCt. Met. (Cp. i. S. b. R.)	—
"	5 pCt. Lomb. ditto. à 24	—
"	5 pCt. Engl. Met. v. 1862	$80\frac{5}{8}$ G.
"	5 pCt. Engl. Met. v. 1859	$78\frac{3}{4}$ P.
"	5 pCt. Venet. Coupon b. R.	$86\frac{1}{4}$ P. 86 G.
"	5 pCt. Nationalanl. v. 1854	69 P. $68\frac{3}{4}$ G.
"	5 pCt. Metall. Obligation	$64\frac{5}{8}$ G.
"	$4\frac{1}{2}$ pCt.	$58\frac{1}{8}$ P. $57\frac{7}{8}$ G.
Preussen	$3\frac{1}{2}$ pCt. Staatsschuldsch.	91 P.
Bayern	$4\frac{1}{2}$ pCt. Obl. 1jähr. dto.	$101\frac{3}{4}$ P.
"	$4\frac{1}{2}$ pCt. Obl. $\frac{1}{2}$jähr. dto.	102 P. $101\frac{7}{8}$ G.
"	4 pCt. Obl. 1jähr. dto.	$99\frac{1}{4}$ P.
"	4 pCt. Obl. $\frac{1}{2}$jähr. dto.	$99\frac{3}{8}$ G.
"	4 pCt. Obl. Ab.-R. dto.	$98\frac{1}{2}$ P. — G.
"	$3\frac{1}{2}$ pCt. Obl. dto.	—
Württemb.	$4\frac{1}{2}$ pCt. Obl. b. Rothsch.	$104\frac{5}{8}$ G.
"	$3\frac{1}{2}$ pCt. Obl. dto.	$95\frac{1}{2}$ P.
Baden	$4\frac{1}{2}$ pCt. Obl.	—
"	$3\frac{1}{2}$ pCt. Obl. v. 1842	$91\frac{1}{2}$ P. 91 G.
Gr. Hess.	$4\frac{1}{2}$ pCt. Obl.	—
"	4 pCt. Obl. b. Rothsch.	$101\frac{3}{8}$ P.
"	$3\frac{1}{2}$ pCt. Obl. dto.	$97\frac{3}{8}$ P.
Nassau	$4\frac{1}{2}$ pCt. Obl. dto.	$102\frac{1}{2}$ P.
"	4 pCt. Obl. dto.	$99\frac{1}{2}$ P.
"	$3\frac{1}{2}$ pCt. Obl. dto.	92 P.
Frankfurt	$3\frac{1}{2}$ pCt. Obl.	$95\frac{7}{8}$ P.
"	3 pCt. Obl.	—
Spanien	3 pCt. inl. Sch. P. à fl. 2. 30	—
"	$2\frac{1}{2}$ pCt. " " "	—
Schweden	$4\frac{1}{2}$ pCt. Obl. à 105 Thlr.	$90\frac{1}{4}$ G.
N.Amerika	6 pCt. à 1000r. 1881 D. $2\frac{1}{2}$	—
"	6 pCt. ditto v. 1882 "	$62\frac{1}{8}$—$61\frac{5}{8}$ G.

Diverse Aktien.

Frankfurter Bank à fl. 500 . . .	$147\frac{3}{4}$ G.
K. K. Oesterr. National-Bankaktien	863—62 G.
Oesterr. Kreditbank-Aktien à fl. 200	199—98 G.
Bayer. Hypothekenb. Pfandbriefe 4 pCt.	$97\frac{1}{2}$ G.
Darmst. Bank 1. u. 2. Serie à fl. 250	$229\frac{1}{2}$ G.
Weimarische Bank à Thlr. 100 .	$100\frac{5}{8}$ G.
Mitteldeutsche Kreditaktien . . .	$101\frac{1}{4}$ G.
Intern. Bank in Lux. à 250 Frs. à 28 kr.	—
Taunus-Eisenbahn à fl. 250 . . .	342 G.
Frankfurt-Hanauer-Eisenbahn . . .	$102\frac{1}{4}$ P.
Oest. F.St.Eisb. 5pCt. 500 Fr. à 28 kr.	—
" Elisab.-Eisenbahn 5 pCt. . .	122 P.
Böhm. Westbahn-Aktien à fl. 200 6/7	$78\frac{1}{2}$ P.
Rhein-Nahe-Bahn 200 Thl. à 105 4pCt. Z.	$32\frac{1}{4}$ G.
Ludwigshafen-Bexbacher à 4 pCt. .	$148\frac{3}{8}$ P. $\frac{1}{8}$ G.
dto. dto. Prior. à 4 pCt.	—
Pfälz. Maxb. b. Rothschild à $4\frac{1}{2}$ pCt.	107 G.
Oest. St.-Eisenb. Prior.-Oblig. à 3 pCt.	$52\frac{7}{8}$ P.
Elisab.-Bahn Prior. 5 pCt. 6/7	80 P.
Südd. Bank-Akt., 40 pCt. Einz.	256 P.
Span. Handels- und Industrie .	—
Bayr. Ostbahn à $4\frac{1}{2}$ pCt. volleinbez.	$114\frac{1}{4}$ P.
Bayer. Ostbahn mit 50 pCt. Einz.	$113\frac{7}{8}$ P.

Wechsel
in süddeutscher Währung.

Amst. fl. 100 k. S.	101 P.
Antwerp. Frs. 200 k.S.	$94\frac{1}{2}$ G.
Augsb. fl. 100 k. S.	$99\frac{3}{4}$ G.
Berlin Th. 60 k. S.	$104\frac{7}{8}$ P.
Brem. 50 Th. Ld. k. S.	$97\frac{1}{2}$ P.
Brüssel Frs. 200 k. S.	$94\frac{5}{8}$ G.
Cöln Thlr. 60 k. S.	$104\frac{7}{8}$ P.
Hamb. MB. 100 k. S.	$88\frac{3}{4}$ P.
Leipzig Th. 60 k. S.	105 P.
London Lst. 10 k. S.	$119\frac{1}{8}$ G.
Lyon Frs. 200 k. S.	—
Mail. Frs. 200 . .	$94\frac{3}{8}$ G.
München fl. 100 k. S.	$99\frac{3}{4}$ G.
Paris Frs. 200 k. S.	$94\frac{5}{8}$ G.
Petersburg 60 S.-R.	—
Triest fl. 100 k. S.	—
Wien fl. 100 ö. W.	—
do. in öst. W. l. S.	$108\frac{1}{4}$ G.
Disconto	$3\frac{1}{2}$ pCt. G.

Anlehens-Loose.

Oesterr. fl. 250 v. 1839	$144\frac{1}{2}$ G.
" fl. 250 v. 1854 mit 4pCt.	—
" fl. 500 v. 1860 6/7	$87\frac{1}{4}$ P.
" fl. 100 Kisb. L. v. 1858.	$136\frac{1}{8}$ P.
" do. v. 1864.	$97\frac{1}{2}$—$\frac{3}{8}$ G.
Schwed. 10 Thlr. Loose	$10\frac{1}{8}$ P.
Badische fl. 50	—
Badische fl. 35 . . .	$53\frac{1}{2}$ P.
Kurhess. Thlr. 40 b. R.	—
Gr. Hessen fl. 50 b. R.	$189\frac{1}{4}$ P.
" fl. 25 do.	$37\frac{5}{8}$ P.
Nassau fl. 25 bei Rothsch.	$35\frac{3}{4}$ P.
Sardinische Fr. 36 b. B.	—
Neuchateler 10 Frs.-Loose	—
Freiburger 15 Frs.-Loose	—
Mailänder 45 Frs. L. b. R.	—
St. Lüttich mit $2\frac{1}{2}$ pCt. Z.	$33\frac{3}{4}$ P.
Ansb.-Gunzenh. fl. 7-L.	$10\frac{7}{8}$ P.

Frankfurt, 13. April. Die Börse zeigte sich heute ziemlich belebt. Amerikaner waren im Anfang fest, wurden dann aber auf die telegraphische Meldung von der Bewegung Grant's plötzlich matter. Gold wurde wenige Stunden nach der erwähnten Depesche zu $152\frac{3}{4}$ gemeldet. Oesterr. Fonds waren fest, 4proz. Metalliques und Silbermetalliques besonders sehr beliebt; erstere wurden bedeutend höher bezahlt. (Synd.)

Digitized by Google

k. Hof- und Staatsbibliothek
1 N. Würzb. Ztg. München.

Neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht!

№ 105. | Vorausbezahlung: Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 1 fl. 30 kr. Bei Inseraten wird die dreispaltige Zeile in gewöhnlicher kleiner Schrift oder deren Raum im Hauptblatte mit 6 kr., im Anzeiger mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franco. | 62. Jahrgang. | Samstag, 15. April 1865.

Die Herzogthümerfrage im französischen gesetzgebenden Körper.

Die Sitzung vom 10. d. hat insofern für Deutschland ein besonderes Interesse, als die schleswig-holsteinische Frage den Mittelpunkt der Debatten bildete, und als die Redner, welche sich an derselben betheiligten, J. Favre, Em. Ollivier und Morin so ziemlich die Hauptströmungen der öffentlichen Meinung in Frankreich vertreten. Man darf es sich nicht verhehlen, daß die Partei, in deren Namen J. Favre das Wort führt, jeden Augenblick bereit wäre, dem Kaiser über die Grenze zu folgen, wenn er das Schwert für Dänemark gegen Preußen ziehen wollte. Nur müsse das Kaiserreich vorher, um mächtig nach Außen zu sein, etwas mehr Freiheit im Innern geben. Olliviers Rede ist, was man immer von dieser Persönlichkeit denken mag, ein Meisterwerk, und die Worte, die er gesprochen, geben ihm ein Anrecht auf die Zustimmung und Anerkennung aller aufrichtigen Freunde der Freiheit und des Fortschrittes in beiden Ländern. Charakteristisch ist, daß die Regierung in einer so wichtigen Angelegenheit sich nicht bemüßigt fand, durch irgend welches ihrer Organe eine Erklärung abzugeben. Das Amendement der Opposition lautete also: „Wenn Angesichts der Europa in Bewegung setzenden Konflikte das Wort Frankreichs nicht angehört wurde, wenn die Sympathieen für Dänemark und Polen fruchtlos blieben; so liegt dies daran, daß Frankreich nur dann nach Außen ein Uebergewicht ausübt, wann es, frei im Innern, feste und unabänderliche Prinzipien als Regeln seines Verhaltens aufstellen kann."

Jules Favre sprach zuerst. Die dänische Frage, sagte er, bietet das doppelte Interesse dar, daß einerseits die Unterschrift Frankreichs unter einem Vertrage steht, den das Schwert Preußens und Oesterreichs zerrissen hat, und daß anderseits die Frage, weit entfernt, einer Lösung sich zu nähern, gerade eben jetzt in eine neue, weit schlimmere Phase eingetreten ist. Die Frage ist also, ob Frankreich nunmehr eine Entscheidung treffen, oder ob es auch ferner noch in der seitherigen abwartenden Stellung bleiben soll. Frankreich durfte nicht neutral bleiben. Es durfte nicht seinen moralischen Einfluß abschwächen und den seiner Gegner zunehmen lassen, namentlich derjenigen Gegner, mit denen es gewiß noch auf dem Schlachtfelde zusammenstoßen kann und muß. Welches Verhalten aber Frankreich in der dänischen Frage beobachtet hat, ist schwer zu sagen. Auch wenn man alle Dokumente und Erklärungen noch so genau durchgeht, weiß man nicht, ob die Regierung die Verträge oder die Neutralität aufrecht erhalten wollte. Frankreichs Zurückhaltung sei weder würdig noch klug gewesen. Was soll aber jetzt geschehen in dieser für Frankreich so beklemmenden Lage? „Glauben Sie, meine Herren, daß diese Vergrößerung Preußens für Frankreich eine so unwichtige Sache ist? O! ich kenne Politiker, die da antworten: „„Frankreich wird ja Gewinn aus den Spaltungen ziehen, die jetzt schon zwischen Preußen und Oesterreich einzutreten anfangen, und der in seinem Rechte verletzte deutsche Bund ist bereit, den Kampf mit Preußen einzugehen."" Meine Herren, glauben Sie dies nur nicht. Die Geschichte lehrt uns, daß das Glück demjenigen immer angehört, der es mit Gewalt zu ergreifen und zu beherrschen vermag. Nun wurden die Wagnisse Preußens aber bis jetzt mit stetem Erfolge gekrönt. Oesterreich ist aus dem Vordergrunde zurückgedrängt, und da der Mann, der an der Spitze der preußischen Politik steht, ein Mann ist, über den ich, da unsere Diskussionen von Persönlichkeiten frei bleiben sollen, weiter nichts sagen will, dem man aber einen unternehmenden Charakter und eine große Liebe für den Ruhm seines Vaterlandes nicht absprechen kann, da ferner dieser Mann als Minister über den auswärtigen Eroberungen die Freiheitsverletzungen im Innern vergessen machen möchte, so sage ich, daß darin eine große moralische und eine große materielle Gefahr für Frankreich liegt. Eine moralische Gefahr gerade wegen unserer jahrhundertealten Ueberlieferungen und unseres nationalen Geistes, die nicht gestatten, daß in Europa, gleichsam vor unserer Thüre, große Ereignisse gegen Recht und Gerechtigkeit, gegen die Protestationen Frankreichs vor sich gehen. Und Preußen berührt uns, stößt an unsere Gränzen. Man kann nicht wie bei Polen sagen, daß es sich um eine Frage handle, welche durch den wohlthätigen Einfluß der Geographie von uns ferngehalten wird. Wenn Preußen mit einer Hand an das Rheinufer, mit der andern an die Ostsee reicht, so seien Sie versichert, daß es in Deutschland und in der ganzen Welt einen großen militärischen und politischen Einfluß errungen haben wird (J. Favre glaubt wohl, Preußen werde erst durch den Besitz von Kiel an die Ostsee gelangen!), der nicht zum Vortheil der Geschicke Frankreichs ausfallen wird. Wohlan! Angesichts einer solchen Sachlage ersuche ich inständigst die Regierung, wohl mit sich zu Rathe zu gehen und nachdrücklicher, als sie es bis jetzt gethan, das Recht, welches sie selbst verkündigt, und die Gerechtigkeit, welche sie durch ihre Protokolle gekräftigt, zu beschützen. Ihre Politik muß entschiedener vorgehen, als seither. Frankreich ist auswärts nicht allein wegen der ungestümen Tapferkeit seiner Heere, sondern auch darum gefürchtet, weil sein Schwert in einer einzigen Hand ruht, weil diese Hand möglicherweise nach ihrem allmächtigen Willen es beliebig gegen diesen oder jenen Theil Europas kehren kann. Allein gerade dieser Umstand, welcher Frankreich so furchtbar macht, kann auch bei denen, welche sich fürchten, geheime Hoffnungen erwecken."

Emil Ollivier: „Meine Herren, alle Worte, welche in diesem Saale gesprochen werden, haben eine große Bedeutung und hallen weithin wieder, namentlich wenn sie aus dem Munde des ausgezeichneten Redners kommen, welchem ich antworten will. Ich wäre im Interesse der allgemeinen Politik meines Landes untröstlich, wenn man in Deutschland glauben könnte, die Ansichten der französischen liberalen Partei seien diejenigen, welche J. Favre in so beredter Weise kundgegeben hat. Nach ihm verdient die Regierung den lebhaftesten Tadel, da sie fortwährend zwischen Ungewißheit und Widerspruch geschwankt. Meiner Ansicht nach verdient sie für ihr logisches und vernünftiges Verhalten unseren Dank. (Sehr gut! Sehr gut!) Ohne mich in die dornenvollen Einzelnheiten einer deutschen Diplomatiefrage einzulassen, glaube ich meine Meinung mit leichter Mühe rechtfertigen zu können. Zuerst will ich untersuchen, was das Kaiserreich bis jetzt gethan hat, und dann, was es fernerhin thun soll. Was hat Frankreich in der deutschen Frage gethan? Etwas sehr Einfaches, was keiner weiteren Ausführung bedarf. Es ließ die Trennung der Herzogthümer von Dänemark vor sich gehen, indem es sich passiv verhielt, keine Hülfe, aber auch keinen Widerstand leistete, und ich behaupte, daß es nicht anders handeln konnte. Zunächst, m. H., war diese Trennung eine gerechtfertigte, der Gerechtigkeit und unsern Grundsätzen entsprechende. In der Herzogthümerfrage standen sich lange Macht und Schwäche gegenüber. Die Macht war Dänemark, die Schwäche die deutsche Bevölkerung der Herzogthümer, und letztere verwandelte sich erst nach schweren Prüfungsjahren in Macht, als Preußen und Oesterreich aus Gründen, die ich nicht zu untersuchen habe, das thaten, was sie sonst nicht zu thun gewöhnt sind, und die großen Heere in den Dienst der Gerechtigkeit und der Volksrechte stellten. Seit 1815 spielte in den Herzogthümern ein Drama, ähnlich dem in der Lombardei. In beiden Ländern wurden die Bevölkerungen von Fremdherrschern niedergetreten und erdrückt. Durch beide Länder ging eine tiefe Kluft zwischen Herrschern und Unterthanen. (Der Redner führt dies noch des Nähern aus.) Dies ist die Bewegung, die nicht verhindert zu haben, man Frankreich zum Vorwurf macht! Ja, meine Herren, in einer und derselben Rede bedauert man, daß der Vertrag von Villafranca, der doch auch von Frankreich unterzeichnet war, nicht genug zerrissen worden sei, und dann klagt man darüber, daß der Vertrag von London zu sehr zerrissen worden sei! Seien wir logisch, meine Herren,

und wechseln wir die Politik nicht mit den Breitegraden. Nachdem wir unsere Interessen und Rechte energisch gewahrt, dürfen wir auswärts uns weiter nichts zur Regel machen, als die allgemeine Bewegung zu fördern, in der die Völker überall nach dem Rechte der Selbstbestimmung ihrer Geschicke sich fortgezogen fühlen. Wir haben darum weise gehandelt, den Italienern im Süden zu helfen, aber wir haben nicht Unrecht gethan, der Befreiung der Deutschen im Norden kein Hinderniß in den Weg zu legen. J. Favre verlangt, man solle einen energischen Entschluß ergreifen, und soweit ich es aus seinen Worten entnehmen konnte, soll dieser energische Entschluß eine diplomatische Intervention sein, aus der man die Spitze des Schwertes hervorblicken ließe. Und warum eine diplomatische Intervention? Weil, sagt er, ein schweres Unrecht soll begangen werden, weil Preußen, nachdem es an der Befreiung der Herzogthümer mitgewirkt, das Volk, das es befreit zu haben vorgibt, annektiren will. J. Favre hat Recht. Hr. v. Bismark verfolgt den Plan, die Annexion der Herzogthümer vorzunehmen, was eine Ungerechtigkeit wäre, da diese Annexion nur gegen den tausendfach kundgegebenen Willen der Bevölkerung vor sich gehen könnte. Aber, wissen Sie, was ihm die Ausführung dieses Planes erleichtert hätte. Gerade die ungeschickte Intervention der französ. Diplomatie (sehr gut). Von dem Tage an, wo dies bekannt geworden wäre, würde das große Deutschland, das so mißtrauisch und argwöhnisch ist, wenn es sich um seine kriegerischen Nachbarn handelt, denen es Absichten auf den Rhein zutraut; — würde das ganze Deutschland in patriotischer Gluth aufgelodert sei . Vernunft und gesunder Menschenverstand wären ungenügend gewesen, sich inmitten dieser Aufregung der Gemüther Gehör zu verschaffen. „Der Feind! der Feind!“ hätte man allerwärts geschrieen, und während man sich nur mit ihm beschäftigt hätte, hätte Hr. v. Bismarck sich nach Kiel geschlichen und die Herzogthümer weggenommen und behalten. (Sehr gut!) Was geschieht aber jetzt, da Frankreich sich zurückgehalten hat? Deutschland selbst, von dem Gefühl für Recht fortgerissen, reagirt gegen eine ungerechte Annexion und, während Hr. v. Bismarck vor wenigen Monaten beinahe das Spiel gewonnen hätte, steht er jetzt auf dem Punkte, es zu verlieren. Da sind zuerst die deutschen Mittelstaaten, und sie bilden einen der demokratischsten, freisinnigsten und gebildetsten Theile Deutschlands. Ihre Meinung gab sich so gewaltig und unwiderstehlich kund, daß selbst das schwerfällige Oesterreich davon erschüttert wurde, und dieser Tage in Frankfurt gemeinschaftlich mit den Mittelstaaten stimmte, wobei Preußen in der Minderheit blieb. Ist aber wenigstens Preußen einstimmig für Annexion? Folgt es in hellen Schaaren seinem Minister? Ist die Nation, die über innere Politik in so großem Zwiespalt mit ihm lebt, über die auswärtige mit ihm einig? Ich kann es nicht glauben. Die liberale Partei in Preußen gibt eben der Welt ein bewunderungswürdiges Schauspiel von Muth, Entschlossenheit, Stärke, Ausdauer und Bürgersinn. Sie wi d sich durch Begünstigung einer Ungerechtigkeit nicht entehren wollen. Nein, dies werden wir nicht erleben. Das preuß. Abgeordnetenhaus wird nicht vergessen, daß es vor kaum einem Jahr die Rechte des Herzogs von Augustenburg bekräftigt hat, indem es sich gleichzeitig auf das alte Recht, und was noch mehr werth ist, auf den einstimmigen Willen der Bevölkerung der Herzogthümer berief. Die preußische Kammer, hoffe ich, wird der Ansicht der Herren Virchow und Simson sein. Die gute Eingebung, die über Oesterreich gekommen ist, wird auch das preußische Parlament, die preußischen Staatsmänner und das preußische Volk erfüllen, so zwar, daß vor den Augen von ganz Europa der Kampf nur noch zwischen Hrn. v. Bismarck und dem Recht geführt wird. Alsdann aber fürchte ich nichts für das Recht. (Vielfache Zustimmung.)“ Ollivier deutete nun darauf hin, welch guten Eindruck diese vernünftige Politik Frankreichs jetzt schon auf Deutschland gemacht. Man spreche gegenwärtig jenseits des Rheines ohne Zorn von Frankreich und etwas weniger gut von dem alten Freunde England. Frankreich bedürfe allerdings der italienischen Allianz im Süden, aber darum sei es nicht minder nothwendig, im Norden auf die Freundschaft Deutschlands zählen zu können. Gegen Rußland, sagt er, gegen diese kolossale Macht, die, wenn man sie gewähren ließe, in Europa vordringen würde, ist Deutschland unsere Schutzmauer, unsere Vorhut. (Zustimmung.) Damit diese Freundschaft zwischen Deutschland und Frankreich Bestand habe, ist die erste, oder vielmehr einzige Bedingung, daß Deutschland von unserer Uneigennützigkeit vollkommen überzeugt sei, daß es mit Bestimmtheit wisse, daß wir nach seiner Seite zu uns nicht zu vergrößern wünschen. Von dem Tage an, an welchem eine solche Politik klar und bestimmt hervortreten und man davon jenseits des Rheines überzeugt sein wird, können wir auf die Allianz Deutschlands zählen. Dann wird das allgemeine Gleichgewicht fester begründet sein, und Angesichts Rußlands werden wir, während England in der Flanke Mißtrauen hegt, und Italien in der Bildung begriffen ist, in Deutschland Einen haben, der zu uns steht. (Wiederholte Zustimmung.) „Frankreich, so schloß Ollivier, soll einflußreich in der Welt sein, allein nicht, weil man es fürchtet, sondern weil man es liebt.“ (Zahlreiche Zustimmung.)

Nachdem Morin dafür gesprochen, daß man die Bemühungen unterstützen solle, Dänemark die ungerechter Weise geraubten Provinzen zurückzugeben, wurde, ohne daß die Regierung sich geäußert, das Amendement verworfen und § 15 angenommen.

Aus **München,** 13. April, schreibt man der „N. Fr. Z.“: „Es wird versichert, der König sei hocherfreut über das Ergebniß der neulich mit den Abgeordneten gepflogenen Unterhaltungen. — Als Grund, warum der bayerische Antrag am Bundestag in der holsteinischen Angelegenheit nicht schärfer abgefaßt worden, wird angegeben, daß man nur in dieser Fassung der unentbehrlichen Zustimmung Oesterreichs sich habe versichern können.“

München, 13. April. Es ist heute der Jahrestag der Einnahme der Düppeler Höhen durch die bayerisch-sächsischen Truppen im Jahr 1849. Sehr entsprechend ist, daß nun heute in der „Bayer. Ztg.“ eine eingehende Darstellung jenes Gefechts beginnt. Dieselbe ist zum größten Theil aus dienstlichen Berichten geschöpft, und wird schon deßhalb größeres Interesse erregen. Es wird gestattet sein, hier daran zu erinnern, daß vor Jahren wohl die Absicht bestund, den Theilnehmern an dem ruhmvollen Kampf ein Denkzeichen zu verleihen, daß diese Absicht bis jetzt aber leider nicht zur Ausführung gelangte. (A. Z.)

Aus **Wien,** 12. April, schreibt man dem „N. K.“: „Die gestern endlich erfolgte Unterzeichnung des neuen Vertrags zwischen Oesterreich und dem Zollverein ist nur durch die Nachgiebigkeit, ja Opferwilligkeit der bayerischen Regierung möglich geworden. Der

Feuilleton.

Die Zeiten der Zeichen und Wunder

sind noch nicht vorüber, wenigstens belehrt uns hierüber ein Bericht in einem Tiroler Blatt, den wir hier folgen lassen. Die Naturerscheinung, von welcher hier die Rede ist, soll sich in der Nacht auf den 30. v. Mts. ereignet haben und schreibt der Beobachter über den Verlauf derselben Folgendes: „Plötzlich sah ich in der Richtung gegen Nordwest, beinahe in gerader Richtung über Aicha und Franzensfeste, über dem hochgelegenen Weiler Riol, hinter den schneebedeckten Kuppen der Flaggenalpe eine röthlich-violette Färbung, deren Lichtstärke mit jedem Augenblicke zunahm. Bald gewahrte ich einen hellen, leuchtenden Körper, der länglich hinter dem Gebirge auftauchte und immer höher und höher stieg. In beiläufig sieben bis acht Minuten war der Höhepunkt dieser merkwürdigen Erscheinung erreicht, und da stand sie in dunkler Nacht, umgeben von einem röthlich-violetten Dunstkreise. Der leuchtende Kern selbst, vom Rücken des Bergis hoch hinauf strebend in das Firmament, bildete vollkommen die Gestalt eines mäßig großen gekrümmten Säbels, dessen Schneide gegen Norden gerichtet war. Das leuchtende Flammenschwert war genau abgegrenzt in seiner Form gegen seine lustige, farbige Umgebung; sein Licht war von unten bis oben gleich und durchgehends gelblich weiß, ohne Unterbrechung, ohne Flecken, dem Mondlichte an Intensivität etwas nachstehend. Die ganze Erscheinung war furchtbar und ergreifend (!). Der Anblick der in voller Ausdehnung befindlichen Lichterscheinung dauerte etwa 2 bis 3 Minuten, und in wenigen Minuten später tauchte dieselbe wieder feierlich und langsam hinter den Bergen unter, am nämlichen Platze, wo und wie sie aufgestiegen war, ohne sich scheinbar vor- oder rückwärts zu bewegen oder in der Form zu ändern. Nach 17 Minuten über 8 Uhr war nur noch der Bergsaum röthlich-violett beleuchtet, dann verlor sich auch diese Färbung.“

Vermischtes.

Die „Montagszeitung“ Glasbrenner's bringt folgendes launige Telegramm aus dem Olymp, 10. April: „Galileo Galilei, zur Strafe für seine fortschrittlichen Ideen seit einiger Zeit an Ambrosiatrunkenhaftigkeit leidend, schloß kürzlich einen Abendvortrag über den deutschen Bundestag mit den Worten: „Und er überstürzt sich doch!“ „Donnerwetter“, schrien die Götter — und seitdem steht die Erde wieder still.“ — Dasselbe

bayerische Delegirte in Berlin hatte es nämlich übersehen, für die bayerische Glaswaarenfabrikation, welche besonders an der österr. Grenze schwunghaft betrieben wird, Zollbegünstigungen für den Eintritt in Oesterreich, auf welchen diese Industrie vorzugsweise angewiesen ist, zu verlangen. Als der fertige Vertrag in München zur Vorlage kam, ergab sich natürlich sofort dieses fatale Versehen und die bayerische Regierung verlangte nachträgliche Abhilfe; allein mit dem einen Punkt wären auch die sonstigen Tarifbestimmungen wieder über den Haufen geworfen worden. Oesterreich wollte die sauere Arbeit nicht auf's Neue beginnen, und so entschloß sich denn Bayern dazu, nachzugeben und das nicht unerhebliche Opfer zu bringen." (Mit Recht bemerkt hiezu der „Nürnb. Korrespondent": „Wenn Das alles sich so verhält, so muß man gestehen, daß Bayern in Berlin sehr ungenügend vertreten gewesen ist.")

Wien, 12. April. Ein offiziöser Korr. der „A. Z." schreibt: „Noch im Laufe dieses Monats wird ein kaiserliches Handschreiben erwartet, welches für den Monat Mai die Aufhebung des Provisoriums in Ungarn anordnet, und gleichzeitig einen bestimmten Zeitpunkt für die Einberufung des ungarischen Landtags in Aussicht nimmt. Aber freilich wird dieser Zeitpunkt erst in den Schluß des Jahres fallen können, denn die ungarische Hofkanzlei wird erst im August die Vorarbeiten für den Landtag fertig zu halten haben, und dann werden dieselben, bevor sie der kaiserlichen Sanktion unterbreitet werden, noch im Ministerrath durchzuprüfen sein.

Berlin, 13. April. Nach einer Mittheilung des „Publicisten" sind von der Regierung für den vorauszusehenden Fall, daß das Abgeordnetenhaus die Marine-Anleihe verwerfe, bereits Ermittlungen angeordnet, wo man sonst das nöthige Geld „finden" könne — eine Frage, welche von der Fraktion des linken Centrums in einer kürzlich stattgehabten vertraulichen Berathung bereits dahin beantwortet sein soll, daß der Regierung anheimzugeben sei, die verlangten 10 Mill. vorläufig aus dem Staatsschatze zu entnehmen. (Ein Korrespondent der „Magdeb. Presse" erklärt jedoch diese von anderen Blättern mitgetheilte Nachricht als unwahr; die Fraktion Bockum-Dolffs habe sich bis jetzt mit der Anleihefrage nicht beschäftigt.)

Wiesbaden, 12. April. Die Fraktion der Rechten der zweiten Kammer hat eine Deputation an den Herzog abgeordnet, um sich bei diesem hinsichtlich ihres bisherigen Verhaltens zu rechtfertigen. Der Herzog hat am Sonntag die Deputation empfangen. Wie aus guter Quelle versichert wird, soll er sich höchst mißbilligend über das Verhalten der genannten Fraktion geäußert und betont haben, „daß die Auflösung des Landtages lediglich ein Vorrecht der Krone sei, daß er im gegebenen Augenblick nach eigenem besten Ermessen zu beschließen habe, welche Maßregel das Interesse des Landes verlange, und daß das Bestreben einer Partei, diesem Vorrecht in irgend einer Weise zu präjudiziren, wie etwa durch Wegbleiben vom Landtage, durchaus mißbilligt werden müsse."

Kiel, 11. April. Aus der Feier des Jahrestags der Waffenthat von Eckernförde (5. April) wird eine charakteristische Einzelheit berichtet. Auf dem Programm des Festmahls der Eckernförder Bürger stand auch ein dreimaliges Hoch auf den Herzog Friedrich. Die preußische Behörde untersagte, weil sie darin eine unzulässige politische Kundgebung erkannte, dieses Hoch, und die Festgäste sagten zu, sich dem zu fügen; sie brachten dem Herzog auch kein dreimaliges Hoch, sondern, nach dänischem Brauch, ein neunmaliges Hurrah!

Der Schleswig-Holstein-Verein in Meldorf (Dithmarschen) hat am 7. April über die in Berlin getroffene Vereinbarung zwischen dem engeren und dem Sechsunddreißiger-Ausschuß debattirt; die Stimmung war gegen die Vereinbarung als zu weitgehend, und zwei Redner, die man immer als „Anschlußmänner" bezeichnet hatte und welche die Annahme des Programms empfahlen, fanden kaum Gehör, während die Redner, welche die Ablehnung befürworteten, Beifall fanden. Die Abstimmung wurde, um dem Einzelnen Zeit zur ruhigen Ueberlegung zu lassen, auf die nächste Sitzung verschoben. „Aus voller Ueberzeugung, wird der „Schl.-H.-Ztg." geschrieben, geben hier wohl nur Wenige dem Programm ihre Zustimmung; die Abneigung des Dithmarschers gegen Preußen ist nun einmal sehr groß." — Die preußische Denkschrift bezüglich der Ueberlassung des schleswig-holsteinischen Post- und Telegraphenwesens an die preußische Verwaltung wird von der „Schleswig-Holsteinischen-Zeitung" in folgender Weise illustrirt: „Als im Februar v. J. die Preußen trotz des Protestes der Bundeskommissäre und des Bundesgenerals sich eigenmächtig in Altona einquartirten, wurde von den preußischen Telegraphenämtern in Hamburg u. s. w. jede Meldung hierüber selbst an das Wolff'sche Telegr. Bureau in Berlin ohne Weiteres unterdrückt. Wir sollten meinen, diese eine Thatsache genüge vollkommen, um zu beweisen, welches Interesse die Herzogthümer haben, die Verwaltung des Telegraphenwesens nicht in die Hände Preußens zu geben. Auch über das Postwesen möchte wohl Manches zu sagen sein."

Die „Kölner Ztg." bringt, in einem **Londoner** Bericht vom 10. ds., Meldung über einen Umschwung der französischen Politik in der römischen Frage zu Gunsten der bekannten Anschauungen des Prinzen Napoleon und im Sinne einer strikten Ausführung der September-Convention. Solche Nachrichten liegen heute nicht zum erstenmal vor; sie werden von Zeit zu Zeit in Paris in Scene gesetzt, und haben den Zweck, auf die römische Kurie einen Druck auszuüben. Dieser Zweck ist jedoch bis jetzt nicht erreicht worden.

Rom. Einer Korrespondenz der „Times" vom 4. April zufolge hätte Papst Pius IX. die Möglichkeit einer baldigen nochmaligen Entfernung von Rom alles Ernstes ins Auge gefaßt. Wenn er aber scheide, so geschehe es keineswegs aus persönlicher Furcht, denn er sei zum Martyrium bereit, sondern weil er hoffe, durch seine Wanderschaft als Flüchtling dem Interesse der Kirche zu dienen. Was die eventuelle Wahl einer Residenz außer Italien anbelangt, sei der Papst nicht geneigt, die Einladung irgend eines katholischen Staats anzunehmen, wo seine Unabhängigkeit gefährdet sein und seine Anwesenheit Eifersucht und Streit erregen könnte. England, d. h. eine englische Besitzung, würde Se. Heiligkeit vorziehen, ja sogar — die Türkei. Das soll nämlich Kardinal N. N. geäußert haben. Nicht etwa, daß Pio Nono im Ernst daran denke, sein Zelt im Lande des falschen Propheten aufzuschlagen, wohl aber, um die im Vatikan waltende Stimmung zu bezeichnen. Die letzte päpstliche Allocution soll ursprünglich in Bezug auf Mexiko viel schärfer gefaßt gewesen sein, ward aber gemildert, weil ein eigenhändiges Schreiben des Kaisers Maximilian die nahe Ankunft einer besondern mexikanischen Kom-

---

Witzblatt citirt nachstehende „berühmte Aussprüche berühmter Männer": „Der zweite Dezember ist kein Kalendertag, sondern ein Verbrechen. Picard. — Die jüdische Religion ist keine Religion, sondern — ein Unglück. Heine. — Die Medizin ist keine Wissenschaft, sondern ein Schwindel. Jacobi. Der österreichische Staatsschatz ist keine Thatsache, sondern ein Begriff. Reichenheim Söhne. — Rothschild ist kein Bankier, sondern ein Schuldbuch. Lasalle. — Die „Kreuzzeitung" ist keine Zeitung, sondern ein Kreuz. Waldeck. — Das Leben Cäsars ist keine Geschichte, sondern eine Reclame. Rogeard. — Louis Napoleon ist kein Kaiser, sondern — die Vorsehung. Morny. — Die Türkei ist kein Staat, sondern — ein Theilungsartikel. Gortschakow. — Der Cancan ist kein Tanz, sondern die aufgehobene Moral. Wantrup." — Die Frage, weßhalb die Kaiserin Eugenie jetzt an dem Leben der Königin Maria Antoinette schriftstellere, beantwortet Glasbrenner witzig mit der Phrase: „Weil sie dem Kaiser in nichts nachgeben will".

(Mexikanische Enttäuschung.) Ein österreichischer Offizier schreibt aus Mexiko: Ein eigenthümlicher Geist der dumpfen Langeweile weht in diesen mexikanischen Städten den Fremden an. Ich hatte mir keine besonderen Illusionen gemacht, aber in einem Punkte hatte ich mich großartig verrechnet — im Weiberwesen. Wo sind denn die graziösen, schwarzäugigen Sennora's und Sennorita's, die einem von Balkonen zufächern, mit elastischem Schwebegang einherschreiten und Rendezvous arrangiren, wie die Reisebeschreiber faseln? Aber auch alles Höhere abgerechnet, wo sind denn die naiven Indianermädchen, welche die Lager umschwärmen sollten? Wo ist Alles das und noch mehr, vor dem „man sich in Acht nehmen sollte," wie unnöthig Besorgte gewarnt hatten? Man erzählt mir ringsum, daß man noch nirgends Gelegenheit gefunden hätte, „sich in Acht zu nehmen." Einzelne gestanden auch, daß die schmutzfarbigsten Erscheinungen, denen man in Europa freiwillig gar nicht nahe gegangen wäre, den galantesten Ansprachen scheu ausgewichen seien. Diese Verhältnisse wirken ziemlich deprimirend ein, wie die nähere Forschung behauptet.

(Nr. 6.) **Homonyme.**

Einen Fehler, Gegentheil von Mangel,
Hülf' und Noth in Todesgefahr,
Stellt dasselbe Wort Dir dar.

Auflösung der Charade Nr. 5: Schnitterin.
(Erin: = Irland.)

mission in Rom zur Ausgleichung der obschwebenden Differenzen angezeigt.

Nach Nachrichten aus **Alexandrien** scheint die Suez-Kanal-Gesellschaft in Verlegenheit gerathen zu sollen. Der Süßwasser-Kanal sollte dem Vertrage gemäß bis Ende vorigen Monats vollkommen fertig sein; nun aber will es nicht gelingen, in dem ausgegrabenen Bette das Wasser auf eine größere Höhe als anderthalb Fuß zu bringen, was allerdings für Dampfschiffe keine ausreichende Wassertiefe sein würde.

Verantwortlicher Redakteur: A. Hartmann.
Druck und Verlag der Stahel'schen Buch- und Kunsthandlung in Würzburg

Nr. 1079.

Amortisations-Edikt.

Hypothekenbereinigung von Schraudenbach betr.

Vom k. Landgericht Werneck.

In den Hypothekenbüchern für Schraudenbach sind die nachbezeichneten Forderungen insbesondere Kaufschillinge nebst Eigenthumsvorbehalte eingetragen, bezüglich welcher die Nachforschungen nach den rechtmäßigen Inhabern fruchtlos geblieben und von dem Tage der letzten auf diese Forderungen sich beziehenden Handlungen an gerechnet mehr als 30 Jahre verflossen sind.

Auf Antrag der jetzigen Besitzer werden anmit alle Diejenigen, welche noch Rechte auf diese Forderungen zu haben glauben, zu deren gerichtlichen Geltendmachung

binnen 6 Monaten

aufgefordert, widrigenfalls diese Forderungen für erloschen erklärt und im Hypothekenbuche gelöscht werden würden.

Werneck, den 2. Dezember 1864.

Der königliche Landrichter.

[3a] **Huler.** Meisner, Funktionär.

Fortl. Nr.	Name des eingetragenen Schuldners.	Name des eingetragenen Gläubigers.	der Hypotheke Größe fl.	kr.	Rechtstitel zc.	Hyp.-Buch Bd.	S.
1	Mauder Nikolaus v. Schraudenbach.	Die Gläubiger des Sebastian Göbel von Schraudenbach.	31	30	mit 5% verzinsl. Martini 1828 mit 1832 zahlbarer Güterkaufschilling laut Strichsprotokoll v. 26. Febr. 1828 und Hyp.-Eintr. vom 1. Mai 1832.	I.	43.
2	Die Kinder der Eva Meister Wittwe allda	Die Debitmasse der Eva Meister Wittw. von Schraudenbach.	9	30	Desgleichen lt. Strichsprotokoll vom 24. März 1830 und Hyp.-Eintr. vom 21. Mai 1832.	II.	229.
3	Rumpel Georg ″	″	20		″	″	231.
4	Maier Andreas ″	″	9	45	″	″	233.
5	Rumpel Georg ″	″	15		″	″	239.
6	Maier Andreas ″	″	18		″	″	241.
7	Gerber Michel ″	Die Gläubigerschaft des Aegidius Müller von Schraudenbach.	82		Kaufschillingsrest lt. Strichsprotokoll v. 31. Januar 1822 und Hyp.-Eintr. vom 19. April 1825.	III.	11.
8	Lenart Georg ″	″	6		″	″	19.
9	Rumpel Michel ″	″	6		″	″	21.
10	Rumpel Kaspar ″	″	31		″	″	23.
11	Meister Balthasar ″	″	4	3¾	″	″	25.
12	Maier Carl ″	″	35	37½	″	″	33.
13	Pfeuffer Adam ″	″	8	26¼	″	″	39.
14	Pfeuffer Andreas ″	″	21		″	″	41.
15	Klein Andreas Wittwe ″	″	83	45	″	″	43.
16	Pfeuffer Adam ″	″	1	5¾	″	″	47.
17	Löthel Kilian Wittwe ″	″		56¼	″	″	51.
18	Schmitt Johann jgst. ″	″	30	18¾	″	″	55.
19	Fischer Nikolaus alt ″	″	40	37¼	″	″	59.
20	Meister Johann ″	″	15		″	″	63.
21	Schmitt Valentin ″	″	6	15	″	″	65.
22	Eichhorn Nikolaus ″	Die Gläubigerschaft des Georg Meister von Schraudenbach.	29	3¼	Kaufschillingsrest lt. Strichsprotokoll v. 16. Feb. 1822 und Hyp.-Eintr. vom 19. April 1825.	″	69.
23	Rumpel Georg Adam ″	Mauder Michel in Schraudenbach.	8		Desgleichen laut Strichsprotokoll v. 29. März 1817 und Hyp.-Eintr. vom 19. April 1825.	″	125.
24	Derselbe ″	″	80		″	″	127.
25	Platterspiel Nikol. ″	″	44		″	″	129.
26	Fenn Michel ″	Die Curatel des Leonhardt Hofmann in Schraudenbach.	40		Voraus laut Hypotheken-Eintrag vom 9. Juli 1825.	″	301.
27	Klein Georg ″	Die Gläubigerschaft des Andreas Fischer ld. in Schraudenbach.	90		mit 4% verzinsl. Kaufschilling laut Strichsprotokoll v. 18. März 1829 u. Hyp.-Eintr. v. 19. Aug. 1830.	″	303.
28	Fischer Nikolaus alt ″	″	51		″	″	479.
29	Lenard Nikel ″	″	32	30	″	″	481.
30	Fischer Johann jg. ″	″	151	30	″	″	483.
31	Fischer Nikolaus jg. ″	Die Gläubigerschaft des Phil. Reith von Schraudenbach.	4		Kaufschillingsrest lt. Strichsprotokoll v. 26. Januar 1826 und Hyp.-Eintr. vom 29. März 1826.	″	493.
32	Bauer Adams Kinder ″	″	8		″	″	497.
33	Meister Johann ″	″	6	30	″	″	503.
34	Schmitt Joh. jg. Wttwe. ″	Die Gläubigerschaft des Andreas Weth von Schraudenbach.	50	37¾	Desgleichen lt. Strichsprotokoll v. 12. Februar 1826 und Hyp.-Eintr. vom 29. März 1826.	″	507.
35	Lenard Georg ″	″	13	7½	″	″	513.
36	Pfeuffer Valentin ″	Die Gläubigerschaft des Georg Warmuth von Schraudenbach.	20	18¾	Kaufschillingsrest laut Strichsprotokoll vom 19. März 1826 und Hyp.-Eintr. vom 29. März 1826.	″	533.
37	Rumpel Nikol. alt ″	Debitmasse des Andreas Fischer ld. von Schraudenbach.	30		mit 4% verzinsl. Güterkaufschilling lt. Strichsprotokoll v. 18. Mai 1829 u. Hyp.-Eintr. v. 18. August 1830.	″	571.
38	Rumpel Michel ″	Die Gläubigerschaft des Valentin Schmitt jg. von Schraudenbach.	13	15	Kaufschilling laut Strichsprotokoll v. 5. Febr. 1828 und Hyp.-Eintr. v. 8. November 1828.	IV.	429.
39	Pfeuffer Adam ″	Die Konkursmasse des Christian Fenn in Schraudenbach.	20		mit 5% verzinsl. Kaufschilling laut Anweisung v. 4. August 1831 und Hyp.-Eintr. v. 6. Sept. 1831.	V.	25.
40	Rumpel Sebastian ″	Die Gläubigerschaft des And. Weth in Schraudenbach.	175	37⅝	Wie ad Ziffer 34.	III.	515.
41	Schmitt Valentin jg. ″	Die Bartel Göb'sche Curatel in Bergrheinfeld.	75		mit 5% verzinsliches Kapital laut Hyp.-Eintr. vom 21. Januar 1826.	″	7.
42	Rumpel Peter ″	Die Gläubigerschaft des Aegidius Müller in Schraudenbach.	37	30	Wie ad Ziffer 7.	″	37.
43	Derselbe ″	″	40	56¼		″	67.
44	Fischer Nikolaus alt ″	Die Debitmasse des Georg Warmuth von Schraudenbach.	57	30	Wie ad Ziffer 36.	″	523.
45	Rumpel Sebastian ″	″	50		″	″	525.
46	Derselbe ″	″	21	52¾	″	″	539.
47	Warmuth Josef ″	″	40		″	″	541.
48	Fischer Johann jg. ″	Die Gläubigerschaft des Andreas Fischer ld. von Schraudenbach.	33	30	Wie ad Ziffer 37.	″	573.
49	Fischer Georg in Stettbach	Die Gläubigerschaft des Sebastian Göbel von Stettbach.	18		Kaufschilling laut Strichsprotokoll vom 26. Februar 1828 und Hyp.-Eintr. vom 1. Mai 1832.	V.	174.

Digitized by Google

k. Hof- und Staatsbibliothek München
Würzb. Ztg.

Neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht!

№ 106. | Vorausbezahlung: Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 1 fl. 30 kr. Bei Inseraten wird die dreispaltige Zeile in gewöhnlicher kleiner Schrift oder deren Raum im Hauptblatte mit 6 kr., im Anzeiger mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franco. | 62. Jahrgang. | Montag, 17. April 1865.

Aus dem französischen gesetzgebenden Körper.

Nachdem Corta in der Sitzung des gesetzgebenden Körpers vom 12. April seine Rede über die schönen Zustände Mexikos, die er mit den liebevollen Blicken eines Kaiserl. Beamten geprüft hatte, zu Ende geführt, ergriff Picard das Wort, um mit allen den Gründen, mit welchen die Opposition von Anfang an jener mexikanischen Unternehmung entgegengetreten war, die Politik der Kaiserl. Regierung in dieser Beziehung anzugreifen. Die zweideutige Haltung der letztern in der ganzen Frage gegenüber dem Lande, die Nutzlosigkeit der Unternehmung, die Gefahren, welche dieselbe noch über Frankreich heraufbeschwören kann, die großen Opfer, welche dieselbe das Land schon gekostet hat, alles dies, namentlich aber die Verwicklung Frankreichs in die jammervollen Finanzzustände des neuen Kaiserreichs wurde einer eben so beredten als schonungslosen Kritik unterworfen. Man wird sagen müssen, daß die öffentliche Meinung Frankreichs, wenn in irgend einem Punkte, so in diesem auf der Seite der Opposition stehe. Und doch hatte der Staatsminister Rouher den Muth, in seiner Erwiderung zu sagen: Wenn Sie gerechte Beschwerden hätten, so wäre die öffentliche Meinung auf Ihrer Seite; sie ist aber nicht auf Ihrer Seite. Diese Bemerkung gab zu einem interessanten Zwischenfall Anlaß. J. Favre antwortete nämlich: Wir haben 180,000 Stimmen in Paris gehabt; versuchen Sie, dort Ihre Bewerber triumphiren zu lassen. Chevandrier de Valdrome bemerkte: Paris ist nicht Frankreich. Belmontet: Der Kaiser hat 8 Millionen Stimmen. Pelletan rief: Wenn Sie die öffentliche Meinung für sich haben, so geben Sie uns die Preßfreiheit zurück. Die Opposition blieb mit ihrem Amendement über Mexiko in der Minderheit von 16 Stimmen gegen 225. Lanjuinais sprach am 11. d. noch in langer Rede über die Verhältnisse Algeriens, zu deren Verbesserung unumgänglich nothwendig seien Unterdrückung der Militärbezirke, die mit einer Art von Belagerungszustand regiert werden, die Abschaffung der arabischen Bureaux, die verhältnißmäßige Befreiung des Generalstatthalters von dem Kriegsministerium.

Auch Baron Jerome David sprach am 12. April in der Fortsetzung der Verhandlungen über die algerischen Angelegenheiten, die er aus mehrjähriger persönlicher Anschauung kennt, für die Aufhebung der militärischen Verwaltung. Seine und die Ansichten Lanjuinais wurden von General Allard bekämpft, der im Namen der Regierung die Aufrechterhaltung der gegenwärtigen Verwaltung in Algier befürwortete. Nach einer kurzen Bemerkung Picard's wurde abgestimmt und das Amendement der Opposition verworfen. Ohne weitere Verhandlung wurde auch der 18. Paragraph angenommen, in welchem die Anerkennung der Mäßigung und Gerechtigkeit in den diplomatischen Handlungen Frankreichs ausgesprochen wird. Die Verhandlung ging sodann über auf den 19. Paragraphen, der vom Septembervertrag handelt. Da Viele geglaubt hatten, es könnte noch die Reihe, hierüber zu sprechen, an Thiers und Ollivier kommen, so waren alle Zuhörerräume gedrängt voll. Allein es sprach von der Opposition nur J. Favre, und auch dieser hielt keine eigentliche Rede. Er behielt sich aber das Recht vor, später noch in die Verhandlung einzutreten, und bestimmte vorläufig den Sinn des von ihm und fast allen übrigen Mitgliedern der Opposition eingebrachten Amendements dahin, daß Kenntniß von der Entscheidung der Regierung genommen werde, in der Frist von zwei Jahren die Truppen aus Rom zurückzuziehen. Das Amendement wurde in der Abstimmung verworfen. Kolb-Bernard entwickelte nun das von ihm und Genossen eingebrachte Amendement der Klerikalen, welches an die Stelle der Worte: „Aufrechterhaltung und Unabhängigkeit des heiligen Stuhls“ die Worte setzt: „mit der Aufrechterhaltung der Territorialherrschaft des heiligen Stuhls, der Bedingung seiner Unabhängigkeit.“ Kolb-Bernard ist mit dem Septembervertrag durchaus nicht einverstanden. Derselbe hat nach seiner Ansicht Unzufriedenheit im Lande erweckt, Abneigung in der Umgebung des Herrschers hervorgerufen. Nichts vereinfacht, sondern Alles

Feuilleton.

Metamorphosen der deutschen Frauentracht.

Einen eigenthümlichen Reiz gewährt es, die deutsche Frau in den vielfach wechselnden Gestaltungen der Mode an uns vorüberschreiten zu sehen. Das mit vielem Geschick abgefaßte Buch von Johannes Scherr: „Geschichte der deutschen Frauenwelt“ läßt uns die Metamorphosen, welche sich an der Tracht des schönen Geschlechtes im Laufe der Jahrhunderte bei uns vollzogen, sehr anschaulich wahrnehmen.

In den Tagen der Völkerwanderung, als das häusliche Dasein der Deutschen ein unerquickliches Gemisch von Pracht und Armseligkeit, Vergeudung und Dürftigkeit, Schwelgerei und Elend geworden war, hatte die römische Art wie in der häuslichen Einrichtung, so auch in der Kleidung Einfluß gewonnen, ohne daß die Gegensätze zwischen Angeerbtem und Angenommenem schon eine harmonische Ausgleichung gefunden hätten. Beide Geschlechter liebten es, im Anzug von grellbunten Farben zu glänzen, und von Gold- und Gesteinschmuck förmlich zu klingeln. Für die männliche Tracht ward das Aufkommen der Hosen, welche, wie es scheint, zuerst von den Longobarden getragen wurden, von großer Bedeutung. Sonst blieben Rock, Gurt und Mantel für Männer und Frauen die Hauptstücke des Anzugs. Hauptstoff der Frauenkleidung war in dieser Zeit noch immer die Leinwand. Wenn der Ueberlieferung zu trauen ist, meint Scherr, haben wir uns die Erscheinung vornehmer Schönen von damals so vorzustellen: Auf dem über der Stirn gescheitelten Haar, das an den Seiten in zwei Zöpfe geflochten war, welche über die Brust bis zu den Knieen hinabfielen, lag ein Schleier, welcher, durch einen reichverzierten Metallreif festgehalten, das Gesicht frei ließ. Das linnene Unterkleid, die Tunika, oder besser, der eigentliche deutsche Frauenrock, markirte festanliegend und engärmelig die Formen des Oberkörpers, war über den Hüften von einem breiten Gürtel umspannt und fiel von da in reichen Falten auf die Schuhe herab, auf deren Verzierung sehr viel Sorgfalt und Luxus verwendet wurde. Hals und Brust bedeckten Ketten und andere Goldzierrathen, und das mantelartige, aber mit sehr weiten Aermeln versehene Oberkleid von Seide wurde so getragen, daß es Farbe und Form des Unterkleides mehr hervorhob als verbarg und der freien Bewegung des Körpers nicht hinderlich war. — Der Umstand mit dem Unterkleide erinnert an die heutige Mode der Frauen.

Im 13. Jahrhundert, in der romantischen Epoche des Mittelalters, hatte sich die Frauentracht dem Mannichfaltigeren und Anmuthigeren zugebildet, ohne schon jetzt in's Ueppige und Anstößige auszuarten. Der Frauenanzug war aus Hemd, Unterrock, „Kursit“ und Mantel zusammengesetzt. Der Gürtel mußte hauptsächlich dazu dienen, die Schlankheit des Wuchses hervorzuheben, wie denn der ganze Anzug darauf berechnet war, den schönen Formen des weiblichen Körpers ihr volles Recht widerfahren zu lassen. Ihre über der Stirne gescheitelten Haare ließen die Schönen frei auf Nacken und Schultern niederfließen; wenigstens die unverheiratheten, welche als liebsten Kopfputz Blumenkränze trugen. Auch ein einfacher Reif von edlem Metall diente Jungfrauen und Frauen zum Kopfschmuck. Er hieß Schapel, und hatte die Bestimmung, das frei fliegende Haar in Ordnung zu halten. Aus dem einfachen Reif wurde dann mit der Zeit ein mehr oder weniger reich verziertes Diadem, wie ein solches alle ritterbürtigen Damen aufzusetzen berechtigt waren. Auf die Fußbekleidung verwendeten die Frauen große Sorgfalt und die Fußbekleidungs-Künstler mußten

verwirrt, nicht die Lösung, sondern die Verwirrung herbeigeführt, und indem sie weder Piemont Verpflichtungen auferlegte, noch dem Papste Bürgschaften gab, hat sie zugleich das Papstthum, Frankreich, Italien geschwächt. In Weiterem bemerkt der Redner: „Die Kirche ist nicht eine Macht, die vergeht, sondern eine Macht, die zunimmt; sie hat zwei Mächte, die für sie kämpfen, die Macht Jener, die ihr dienen, indem sie sie angreifen, und die Macht Jener, welche für sie streiten."

— Nach einem Zwischenfall in Betreff des Protokolls hat Thiers im Anfang der Sitzung vom 13. ds. das Wort ergriffen. Thiers erklärte sich, wie man erwartet hatte, als Gegner der italienischen Einheit und entschiedener Anhänger der weltlichen Gewalt des Papstthums. Er tadelte den Septembervertrag, dessen zweideutige Bestimmungen gleichzeitig Italien die Hoffnung auf Rom und dem römischen Hof die Illusion einer Art von Garanti geben. Thiers gehört ganz jener Schule an, welche der Einheit Italiens ein Unglück für Frankreich sehen. Ihm gegenüber übernahm Emil Ollivier die offiziöse Vertheidigung der Regierungspolitik. An Thiers stellt er namentlich die Frage, wie ein Oppositionsmitglied den Römern für immer die Freiheit vorenthalten wolle, die man doch für Frankreich verlange. Ollivier gilt für einen Ueberläufer. Diesmal aber war er entschieden liberaler als der Oppositionsmann Thiers, wie er neulich in der Herzogthümerfrage vernünftiger war als der Chauvinist J. Favre.

(Amtliche Nachrichten.) **München**, 14. April. Se. Maj. der König hat dem Bezirksamtmann und Stadtkommissär, Regierungsrath S. Taucher in Passau die Bewilligung ertheilt, den von Sr. Maj. dem Kaiser von Oesterreich ihm verliehenen Orden der eisernen Krone 3. Klasse tragen zu dürfen; genehmigt, daß die kathol. Pfarrei Eggolsheim, Bezirksamts Forchheim, von dem Erzbischofe von Bamberg dem Priester P. Herold, Pfarrer in Schlüsselau, Bezirksamts Bamberg II, verliehen werde; zum Kanzlisten der Regierung von Oberfranken den Funktionär Chr. Fr. Karl Körbitz in Bayreuth ernannt.

Se. Maj. der König hat dem Landarzte J. Miller zu Krumbach das silberne Ehrenzeichen des Verdienstordens der bayer. Krone verliehen.

Se. Maj. der König hat auf die am Stadtgerichte Nürnberg erledigte Stadtrichterstelle den Landrichter Fr. Frhrn. v. Harsdorf in Nürnberg versetzt; bei dem Bezirksg. München l/J. einen dritten Staatsanwalt aufgestellt und auf die Stelle desselben den Bezirksg.-Assessor K. Barth in Traunstein befördert; auf die erled. Landrichterstelle in Mühldorf den Landg.-Assessor K. J. Reischle in Günzburg und auf dessen Stelle den Gerichtsschreiber K. Bernhart in Landsberg befördert; den Bezirksg.-Sekretär M. Panzer in Freising auf die Dauer eines Jahres in den Ruhestand versetzt und dessen Stelle dem Accessisten am Bezirksg München l/J., H. Hautmann, verliehen; den Rath am Handelsgerichte München l/J., Bezirksg.Rath E Lunglmayr, von dieser Rathsstelle enthoben und zum Rath des Handelsg. München l/J. den dortigen Bezirksg.-Rath B. N. Gresbeck ernannt; dem Bezirksg. München l/J. einen weiteren Rath beigegeben und auf die Stelle desselben den Stadtrichter am Stadtg. München l/J., L. Scharrer, berufen; an dessen Stelle den Bezirksg.-Assessor J. Th. Frhrn. v. Castell in Augsburg befördert; auf die hiedurch sich erledigende Stelle den Landg.-Assessor K. Röhrle in Simbach versetzt; zum Assessor am Landg. Simbach den Bezirksg.-Sekr. M. Flurl in Straubing befördert und die hiedurch sich erledigende Sekretärsstelle dem Rechtsprakt. J. Ellmann verliehen; auf die erledigte Stelle des 2. Staatsanwalts am Bezirksg. Straubing den Bezirksg.-Assessor M Seeholzer in Deggendorf befördert; den Landrichter O. Zöller in Uffenheim auf die Dauer eines Jahres in den Ruhestand versetzt; auf die sich hiedurch eröffnende Stelle den Landg.-Assessor Chr. Th. Krieg daselbst befördert und die Stelle eines Assessors am Ldg. Uffenheim dem Assessor des Ldg. Herzogenaurach, Fr. Lindig, zur Zeit in Eichstätt, verliehen.

(Militärdienstesnachrichten.) **München** 14. April. Se. M. der König hat dem Unterarzt Dr. K. Meyer vom 2. Küras.-Reg. und dem Unterarzt Dr. R. Sieger vom 6. Jäger-Bat. die nachgesuchte Entlassung aus dem Heere bewilligt; den Kriegskommissär B. Wirthmann vom Gend.-Corps-Commando in den Ruhestand versetzt; den temporär pens. Unterlieut. H. Frey im 4. Art.-Reg. reaktivirt; den Unterlieutenant à la suite J. Ritter von Mann seines Militär-Charakters auf Nachsuchen enthoben; den Bat.-Auditor O. Wurzer vom 5 Jäger-Bat. zum 4. Chev.-Reg. versetzt; den Auditoriatspraktikanten Gg. Schramm aus Bez. Bezirksg. Erlangen, zum Unterauditor im 5. Jäger-Bat. ernannt; dem temp. pens. Oberlieutenant J. Himbsel die nachgesuchte Entlassung aus dem Heere bewilligt und demselben den Charakter als Rittmeister à la suite verliehen; den Hauptmann A. Vogel vom 6. Inf.-Reg. auf zwei Jahre, die Oberlieutenants A. Ritter v. Mann-Tiechler vom 5. Inf.-Reg. und A. Hornstein vom 1. Chev.-Reg. — beide auf ein Jahr — in den Ruhestand versetzt; den temp. pens. Rittmeister E. Frhrn. v. Weveld auf ein weiteres Jahr im Ruhestand belassen.

Der Unterlieutenant und Bat.-Adjutant A. Bresselau v. Bressensdorf vom 3. Inf.-Reg. wurde als Regiments-Adjutant bestätigt, und der Unterlieutenant Fr. v. Tausch vom 7. Jäger-Bat. der Funktion als Bataillons-Adjutant enthoben.

München, 14. April. Die kgl. Staatsregierung geht mit dem Plane um, unter den Staatsbeamten einen Verein zur Unterstützung ihrer Wittwen und Waisen ins Leben zu rufen, damit auf diesem Wege die für ihre Relikten unter den gegenwärtigen Verhältnissen allerdings nicht zureichende Staatspension einigermaßen aufgebessert werden könne. Der Verein soll jedoch lediglich ein Privatverein, der Eintritt zu demselben jedem Beamten freigestellt, keineswegs ein Muß sein; die Theilnahme des Staates würde sich nur auf die Beaufsichtigung seiner Geschäftsthätigkeit und die Leistung eines Zuschusses beschränken. Dieser Zuschuß würde, wie ich höre, vornehmlich in den sog. Geheimeraths-Taxen bestehen, die, soweit sie von Vereinsmitgliedern zu entrichten sind, in Zukunft von der Staatskasse der Vereinskasse zu überliefern wären. Eine Vorlage hierwegen ist dem Vernehmen nach dem Landtag bereits zugegangen. Die Einlagen sollen nach drei Classen auf 12, 18, 24 fl. jährlich berechnet sein und danach für die Wittwe eine Unterstützung von 60, 120, 180 fl. sich ergeben. — Sicherem Vernehmen nach dürfte nunmehr die Gleichstellung der katholischen

---

Acht haben, die aus Korduanleder oder Seidenzeug von allen Farben gefertigten Schuhe den Damenfüßchen recht enganschmiegend zu machen. Zum häuslichen Damenanzug gehörte die Tasche von Leder oder gesticktem Zeug, welche an einer Borte vom Gürtel herabhing. Auswärts trugen modische Frauen Handschuhe, und am Gürtel statt der hausmütterlichen Tasche an einer langen Seidenschnur einen kleinen Handspiegel.

Anmuthender jedoch, als diese trockene Aufzählung von Toilettestücken, dürfte für Leser und Leserinnen die Betrachtung des Bildes einer höfischen Dame in Gala sein, wie es uns Meister Gottfried im „Tristan" gemalt hat. Bei einer feierlichen Gelegenheit erscheint die Königin Isot im Saale der Königsburg, das „Wunder von Irland", die „leuchtende Magd Isold" an der Hand führend, und in dem gemeinsamen Auftreten von Mutter und Tochter zeichnet sich zugleich der Unterschied im Gebahren der höfischen Frau und der höfischen Jungfrau.

Leise und stetig schwebt die blonde Isold neben der Mutter einher, süß gestaltet um und um, lang, schlank und schwank, als „hätte die Minne sie gedreht für sich selber zu einem Federspiel, dem Wunsche zu einem Endeziel". Ihr Rock und Mantel war von braunem Sammt nach französischem Schnitt, und war der Rock da, wo die beiden Seiten zu den Hüften niedersinken, gefranzet und geenget und mittelst des Gürtels, der da lag, „wo er liegen soll", an den Leib gezwungen. Fest lag der Rock der Gestalt an, stand nirgends ab und schmiegte sich von oben bis unten glatt an die Glieder. Aber um die Beine her erweiterte er sich zu reichem Faltenwurf. Der Mantel war innen und außen mit Streifen von Hermelin verziert, weder zu kurz noch zu lang und mit einem Zobelpelz verbrämt, dessen Grauschwarz mit dem Hermelin sich wohl vertrug. Vor der Brust war mittelst einer Schlinge von weißen Perlen der Mantel an die Tassel (Agraffe) befestigt, und hier hatte die Schöne den Daumen der linken Hand eingeschlagen Mit zwei Fingern der Rechten dagegen hielt sie nach höfischer Art weiter unten den Mantel zusammen, so daß er faltenreich die Füße umwallte und seine reiche Pelzverbrämung, wie auch sein seidenes Futter sehen ließ. Auf dem Haupte trug die königliche Jungfrau einen schmalen, mit Smaragden und Saphiren belegten Goldreif, dessen Vorhandensein nur das bunte Flimmern der Edelsteine verrieth, denn sonst hätte man das Metall von dem Goldblond der Haare nicht unterscheiden können. Indem sie froh und sorglos neben der Mutter einherging, war ihr Gang und Schwang gemessen, ihre Tritte waren weder zu kurz noch zu lang.

Im 15. Jahrhundert steigerte sich der Kleiderluxus unter Männern und Frauen ins Maßlose, im adeligen wie im bürgerlichen Stand. Eine simple Nürnbergerin hinterließ im Jahre 1485 vier Tuchmäntel aus Arras und Mecheln, mit Seide gefüttert, ein halbes Dutzend Oberkleider, drei Unterkleider, sechs weiße Schürzhemden und ein schwarzes, zwei weiße Baderöcke, fünf Unterhemden, zwei Halshemden, sieben Paar Aermel und neunzehn Schleier. Sebastian Brant rügte die sinnlose Kleiderpracht der unteren Stände in meistens nicht galanten Ausdrücken: „Was eine Gans an der andern sieht, das muß auch sie haben, es thut sonst weh." — „Sie schmieren sich mit Affenschmalz, sie büffen das Haar mit Schwefel und Harz, und steifen es in feste Formen durch eingeschlagenes Eiweiß; sie stecken den Kopf zum Fenster hinaus, um das Haar an der Sonne zu bleichen."

(Fortsetzung folgt.)

Anti-Cäsar.

Unter diesem Titel erschien soeben in zweiter Auflage die deutsche Uebersetzung der „Gelegenheitsbemerkungen des Labienus von A. Rogeard" mit der sehr deutlichen Nebenbezeichnung: „Ein Kommentar zur Geschichte Julius Cäsars von Napoleon III." — im Verlage von A. G. Steinhauser zu Prag. Wir haben bereits eine ausführliche Skizze der berühmten Satyre Rogeard's

Geistlichkeit der Pfalz mit der protestantischen bezüglich der Congrua in naher Aussicht stehen. Eine desfallsige Vorlage ist bereits von Seite der kgl. Staatsregierung an den Landtag erfolgt und dürfte wohl hier — da es sich um Herstellung der Parität und somit um einen Act der Gerechtigkeit handelt — auf keinen Widerspruch stoßen. (Pf. K.)

Der Papst hat an die bayerischen Bischöfe ein Schreiben gerichtet, in welchem er den größten Schmerz darüber ausdrückt, daß „jenes königl. bayerische Ministerium nicht blos Gewalt angewendet", um die Schule in Speyer zu schließen, sondern daß es auch den bayerischen Bischöfen das Recht abgesprochen habe, eigene Schulen, ja selbst solche, in denen die theologischen Wissenschaften vorgetragen werden, zu errichten. Mit großer Freude vernahm aber der heilige Vater, daß sich die Bischöfe gegen diesen Akt des Ministeriums an den König gewendet und sich dabei auf das Konkordat von 1817 und auf die bischöflichen Denkschriften von 1860 und 62 bezogen haben. Die Kurie habe bei der bayerischen Regierung darauf gedrungen, daß die ganz und gar „willkürliche" Auslegung des Art. V des Konkordats beseitigt werde, denn die Kirche und die Bischöfe besäßen das vollste, „nie und nimmer zu beschränkende" Recht, ihren Klerus nach den kanonischen Satzungen zu erziehen. Die Kurie habe der bayerischen Regierung erklärt, „der Bischof von Speyer hat das vollste, im Konkordat gewährleistete Recht, in seinem Seminar eine theologische Lehranstalt zu errichten, und der hl. Stuhl konnte dem Bischof nicht erlauben, sich mit jener theologischen Schule zu begnügen, welche die Regierung sich vorgenommen hatte, im Speyerer Lyceum zu errichten." Die Bischöfe mögen darauf bedacht sein, nach dem gemeinen Recht der Kirche und ganz im Einklang mit dem Konkordat eigentliche und vollkommene Seminarien nach der Norm des Konzils von Trient zu errichten, und alle geeigneten Schritte thun, um zu erreichen, was die Denkschrift der bayerischen Bischöfe von 1850 verlangt." Schließlich gibt der Papst den Bischöfen zu wissen, daß auf ihre Bitte hin der hl. Stuhl mit der bayerischen Regierung wegen der vollen Ausführung des Art. 5 des Konkordats in Unterhandlung getreten ist, um die Sache „auf freundschaftlichem Wege" beizulegen.

In **Graudenz** wurde der Metzgergeselle Dorsch von Soldaten auf der Straße angegriffen und durch Säbelhiebe über den Kopf tödtlich verwundet. — In Oels wurde ein Gymnasiast relegirt, der sich in einer Zwischenstunde eine scherzhafte Anspielung auf die Politik Preußens erlaubt hatte. Nun aber kehrte sich der Zorn sämmtlicher Schüler gegen den adeligen Mitschüler v. P., der seines Kameraden Worte dem Landrath denuncirt hatte, und verlangte die Entfernung des Denuncianten. In Folge dieser Aufregung ist ein eigener k. Kommissarius in Oels angelangt.

Wiesbaden, 13. April. Die Abg. Schenk und Mohr hatten sich vor einigen Tagen zum Besuche eines Freundes in das Amt Idstein begeben. Alsbald erschien ein Landjäger, um diese „politische Versammlung" (tres faciunt collegium) aufzuheben. Noch heiterer gestaltete sich die Sache, als Abg. Schenk Abends in Idstein ankam und in einem Wirthslokal den zufällig dort anwesenden Personen eine zwanglose Mittheilung über den Verlauf der Krisis in der zweiten Kammer machte. Hier erschien der dort befehligende Ammann in Begleitung von Landjägern, um auch diese „politische Versammlung" aufzuheben. Doch kam leider der Ammann wohl zu der Einsicht, daß es an jedem Kriterium zur Feststellung des Begriffs einer „politischen Versammlung" fehle; es unterblieb die Anwendung der angekündigten Gewalt, und die heitere Gesellschaft wurde in ihrer Gemüthlichkeit nicht weiter gestört. (Frkf. Journ.)

Nach der „Kreuzztg." fand am 11. in **Kiel** eine Demonstration der akademischen Jugend statt. Der Studiosus Hanken, wegen wiederholter Foppereien und Widersetzlichkeiten gegen Offiziere, Patrouillen u. s. w. vom akademischen Gericht auf ein Jahr von der Universität konsilirt, wurde in großer Auffahrt der Studenten aus der Stadt gebracht. Der Konsilirte saß in einem mit vier Pferden bespannten und mit den Fahnen der Studentenverbindungen geschmückten Wagen. Den Zug eröffneten zwei berittene Studenten in großem Kostüm.

Aus **Preetz**, 10. April, schreibt man der „Schlesw.-Holst. Ztg.": In der auf den 6. d. ad hoc berufenen Generalversammlung des hiesigen schleswig-holstein. Vereins fand eine eingehende Besprechung und Beschlußnahme über die von dem engern Ausschuß formulirten an Preußen zu machenden Konzessionen statt. Der Vorsitzende hatte es übernommen, das Vorgehen des engeren Ausschusses zu rechtfertigen, als durch die in Folge der Veröffentlichung der Bismarck'schen Forderungen vollständig veränderte Lage der Dinge geboten. Er hatte Anfangs augenscheinlich einen schwierigen Stand. „Wir Schleswig-Holsteiner sind Deutsche; im langen Kampfe mit der Fremdherrschaft haben wir nur deutsch und nichts als deutsch denken und empfinden gelernt; mit Allem, was wir sind und haben, wollen wir mit einstehen für die Macht und Einheit unserer Nation, und eine freche Verleumdung ist es, wenn man uns engherzige egoistische Partikularisten nennt. Aber Preußen ist nicht Deutschland, und ein Eintreten in das preußische Staatsleben ist kein Eintreten in ein nationales Staatsleben, und doch nur der nationale Staat kann uns entschädigen für das selbstständige Schleswig-Holstein, darauf wir ein heiliges Recht haben!

---

in unserem Blatte mitgetheilt, und beschränken uns darauf, aus der genannten Broschüre ein Bruchstück herauszuheben, welches die Sensation begreiflich erscheinen läßt, die durch das kühne Pamphlet hervorgerufen wurde.

„Man versichert — so schreibt Rogeard in seinen Propos de Labiénus — daß die Kritik frei sein wird, die Tyrannei wird der Literatur acht Ferialtage geben. — Sie werden nur eine falsche Freiheit geben, eine Dezemberfreiheit, das ist eine Karnevalfreiheit, libertas decembris, wie Horaz sagt; ich mag keinen Gebrauch davon machen. — Ich will nicht, indem ich gegen das Buch schreibe, mich zwischen die Rache des Octavianus und die Milde des Augustus gestellt sehen, ohne selbst die freie Wahl zu haben. Ich will nicht wie Cinna dem Kauz die Gelegenheit bieten, den Großmüthigen zu spielen, um mit einer Gnade abgefertigt zu werden. — Loben könnte ich das Buch doch nur, wenn es gut wäre, und in diesem Falle müßte ich befürchten, mit jenen vermengt zu werden, die es aus andern Gründen loben. — Es ist mir also ebenso unmöglich, zu loben wie zu tadeln. Ueberdies ist das Buch nicht gut und kann es nicht sein. Wenn ein Mensch schuldbedeckt genug ist, um sich zum König zu machen, und genug Narr, um sich für einen Gott auszugeben, so denke ich, daß er kaum jene Eigenschaften besitzen dürfte, die eine gute Geschichtschreibung erfordert. — Du kannst sicher sein, er hat weder ein richtiges Urtheil, noch Treu und Glauben; was bleibt ihm demnach? Er kann weder die Wahrheit wissen, noch sie sagen, wenn er sie wüßte; in was mischt sich also dieser Szepter-Träger? — Und was fällt ihm ein zu schreiben? — Ein König, der Geschichtschreiber werden will, sollte damit beginnen, daß er abdicirt. — Er hat es nicht gethan — ein schlechtes Zeichen. Und dann — ich habe die Blätter gelesen.

Er rechtfertigt die Proskriptionen und schreibt die Apologie der Usurpation. Das Alles mußte geschehen. — Und Du möchtest, daß ich die Kritik eines solchen Werkes voller Unwissenheit und Lüge schreibe, ausgestattet mit der Approbation von zweitausend Centurionen, und dem Leser empfohlen durch die Veteranen. Ach, wir sind entartet, wir sind die Römer des Verfalles, verfallen vom Cäsar in den Augustus und von der Charybdis in die Scylla; aus der Gewalt in die List, vom Onkel auf den Neffen. Pah! Ich mag nicht mich in diese literarische Schlinge verwickeln, noch in dieses Netz gerathen, noch weniger Andere hineinfallen machen; nein, ich schreibe nicht über die Memoiren des Augustus. — Das Schweigen des Volkes ist eine Lektion für die Könige.

Beruhige dich übrigens; willst du eine Kritik über dieses kleine Stück der kaiserlichen Literatur, willst du eine feine Beurtheilung, du sollst deren haben; willst du gelehrte Abhandlungen, es wird deren regnen; willst du geistvolle und pikante Bemerkungen, Aperçus voller Neuheit, elegante und geschniegelte Discussionen im feinsten Weltione, du wirst sie haben, wagst du eine Controverse auf den Knien, und eine auf dem Bauch kriechende Rhetorik, überraschende Epigramme, deren Pointe kitzelt, statt zu stechen, Bisse, die Schmeicheleien sind, und heftige Vorwürfe, welche Vergnügen verursachen, prächtige Feinheiten, die sich geschickt einschleichen unter dem Anscheine eines strengen Urtheils, niedliche kleine Wörtchen, in zartester Weise eingehüllt in die Falten einer wilden und donnernden Phrase, Blüthenbouquets der Latinität, honigduftende Flocken der Beredtsamkeit, Argumente auf Velourkissen dargebracht und Einwürfe auf einer silbernen Tasse präsentirt, wie der Brief durch einen Domestiken, nichts von Alledem wirst du vermissen, wir werden den Chor der Staatsmusen tanzen sehen, und Mäcenas ist es, welcher das Ballet anführen wird, die keuschen Schwestern haben den Pindus verlassen und Apollo ist unter die Polizei gegangen. — August ist also sicher, ein Publikum zu haben, Leser, Richter, Kritiker, Copisten und Commentatoren — es werden sich Leute genug finden, diesem Bedürfniß zu entsprechen. —

(Schluß folgt.)

Darum, — weßhalb Konzessionen machen an Preußen? Ja, träte Preußen ehrlich ein in die Einheitsbewegung, die so lebendig unsere Nation durchzieht, und verhälfe es ihr zu einer wahren Nationalvertretung, und spräche es: schaart Euch um mich, den Stärksten, daß wir als Gleichberechtigte mit gemeinsamen Kräften den nationalen Staat erbauen; dann reichte Schleswig-Holstein Preußen nicht zuletzt die Bruderhand! Aber dieses heutige Preußen, das mit vollen Segeln zurückfährt in Zustände, welche der Menschenwürde Hohn sprechen, an dessen Spitze der leibhaftige — —"; doch genug; so opponirte man durchgängig den Ausführungen des Vorsitzenden. Derselbe ließ sich indessen nicht beirren; er versuchte jede Einwendung einzeln zu widerlegen, und das endliche Resultat war, daß gegen 3 oder 4 dissentirende Stimmen die zahlreiche Versammlung sich dem Vorgehen des engeren Ausschusses zustimmend erklärte und ihre beiden Delegirten, worunter der Vorsitzende, in diesem Sinne instruirte.

London, 12. April. In vielen Kirchen von London wie auf dem Lande ward am Sonntag der verstorbene Cobden in den Predigten genannt, sein Leben und Wirken von christlichem Gesichtspunkt geschildert und als Muster aufgestellt. Hr. Hadfield, Parlamentsmitglied für Sheffield, hat einen Aufruf an „alle liberalen und patriotischen Engländer" zu einer Geldsammlung für Cobden's Wittwe und fünf Töchter veröffentlicht. Er schlägt vor, für die verwaiste Familie 100,000 Pf. St. zu sammeln, und stellt sich selbst mit 500 Pfd. Sterl. an die Spitze der Subskribentenliste. Indeß will der „Manchester Guardian" wissen, daß das Ministerium gleich nach Ostern im Unterhaus ein Geldvotum für die Familie von Staatswegen beantragen werde, indem Herr Cobden für die Seinigen besser vorgesorgt haben würde, wenn er nicht alle seine Zeit und Geisteskraft den öffentlichen Interessen zugewandt hätte. (Wie erwähnt, hat Cobden die glänzende Nationalgabe von etwa 75,000 Pfd. St., die er nach Abschaffung der Korngesetze erhielt, durch Spekulation in amerikanischen Papieren verloren. Sein kleines Landgut bei seinem Geburtsort Dunford ward ihm von seinen Verehrern angekauft. In England verlohnt sich's auch pekuniär, ein Patriot zu sein.) — Es ist gegen Cobden der Vorwurf erhoben worden, daß er ein Mann des Friedens um jeden Preis gewesen sei, indessen widersprechen da Cobdens eigene Worte, die er am 17. Sept. 1857 an einen jungen Mann richtete, welcher über die Bildung eines Friedensvereins an ihn geschrieben hatte. „Die Friedensgesellschaft in New Broad Street," sagte Hr. Cobden in seinem Antwortschreiben, „ist auf das Quäkerprinzip des Nichtwiderstandes gegründet, und kann daher nicht als eine praktisch-politischen Zwecken nachstrebende Körperschaft angesehen werden. Doch haben die Mitglieder der Gesellschaft als Individuen manchmal, ohne über die abstrakte Seite der Frage ein Urtheil zu verlangen, in solcher Richtung gewirkt, daß ich mich ihnen anschließen konnte, zur Beförderung von Friedenskongressen und von internationalen Schiedsgerichten u. dgl. Obgleich ich wiederholt beschuldigt worden bin, dem Prinzip des Nichtwiderstands anzuhängen, so wissen doch meine Freunde, die Quäker, recht wohl, daß ich mich zu dieser ihrer speziellen Doktrin nicht bekenne."

Wilna, 2. April. General Murawieff, der Generalgouverneur von Wilna, Kowno, Grodno und Minsk, ist auf kurze Zeit nach St. Petersburg abgereist. Er ist, wie die „Kreuzztg." hört, als Graf von Wilna in den Grafenstand erhoben worden.

Amerika. Der neue Vizepräsident der Union, Andrew Johnston, war, wie schon früher einmal erwähnt, bei seinem Amtsantritt nicht ganz nüchtern, und hat in diesem Zustande eine gar seltsame Ansprache gehalten. Hier eine Probe davon, soweit eine Uebersetzung möglich: — „Ich bin daran — Ihnen zu sagen — hier — heute — Yes! Ich bin daran, Ihnen zu sagen, daß ich ein Plebejer bin. — Ich rühme mich dessen! Hi! Hi! ich bin ein Plebejer! das Volk, — yes — das Volk der Vereinigten Staaten, das große, große Volk — hat mich zu dem gemacht, was ich bin. Und ich bin daran, Ihnen zu sagen — hier — heute — yes! — heute auf diesem Platze, daß ich ein Plebejer bin und daß das Volk Alles und Jedes! Wir schulden ihm Alles! Ich bin nicht anmaßend, aber ich sage den — fremden Gesandten da, daß ich ein Plebejer bin und einer aus dem Volke. Yes! Und ich bin daran, den Senatoren vor mir zu sagen, daß sie alle ihre Macht vom Volke haben. Und ich — bin ein Plebejer, und Sie (auf den erstaunten Oberrichter Chase zeigend) — Alles was Sie sind, sind Sie durch das Volk. — Hi! Hi! Hm! Hicupp! Uff!"

Nach der Rede sank er in ein Fauteuil und rief den Senat zur Ordnung. Dann hatten der Vorschrift gemäß die neuerwählten Senatoren, einer nach dem andern bei ihm vorbeizupassiren, den Eid zu leisten und die Bibel zu küssen. Aber Johnston vergaß, ihnen den Eid vorzusprechen und, da er sich völlig unfähig zu dieser Handlung erwies, mußte ihm sein Sekretär zu Hülfe kommen.

Hiezu die Beilage: „Würzburger Anzeiger".

Verantwortlicher Redakteur: A. Hartmann.
Druck und Verlag der Stahel'schen Buch- und Kunsthandlung in Würzburg

Cours der Staatspapiere.

Oesterr.	5 pCt. Met. (Cp. 1. S. b. R.)	—
"	5 pCt. Lomb. ditto. à 24	—
"	5 pCt. Engl. Met. v. 1862	— G.
"	5 pCt. Engl. Met. v. 1859	$78\frac{7}{8}$ P.
"	5 pCt. Venet. Coupon b. B.	$86\frac{3}{8}$ G.
	5 pCt. Nationalanl. v. 1854	$69\frac{1}{4}$ P.
	5 pCt. Metall. Obligation.	$65\frac{1}{2}$ G.
"	$4\frac{1}{2}$ pCt.	$58\frac{1}{4}$—$\frac{1}{2}$ G.
Preussen	$3\frac{1}{2}$ pCt. Staatsschuldsch.	91 P.
Bayern	$4\frac{1}{2}$ pCt. Obl. 1jähr. dto.	102 P.
"	$4\frac{1}{2}$ pCt. Obl. $\frac{1}{2}$jähr. dto.	102 P. $101\frac{7}{8}$ G.
"	4 pCt. Obl. 1jähr. dto.	$99\frac{1}{4}$ P.
"	4 pCt. Obl. $\frac{1}{2}$jähr. dto.	$99\frac{1}{4}$ G.
"	4 pCt. Obl. Ab.-R. dto.	$98\frac{1}{2}$ P. — G.
"	$3\frac{1}{2}$ pCt. Obl. dto.	—
Württemb.	$4\frac{1}{2}$ pCt. Obl. b. Rothsch.	$104\frac{1}{2}$ G.
"	$3\frac{1}{2}$ pCt. Obl. dto.	$95\frac{1}{2}$ P.
Baden	$4\frac{1}{2}$ pCt. Obl.	—
"	$3\frac{1}{2}$ pCt. Obl. v. 1842	92 P.
Gr. Hess.	$4\frac{1}{2}$ pCt. Obl.	—
"	4 pCt. Obl. b. Rothsch.	$101\frac{3}{8}$ P.
"	$3\frac{1}{2}$ pCt. Obl. dto.	$97\frac{3}{8}$ P.
Nassau	$4\frac{1}{2}$ pCt. Obl. dto.	$102\frac{1}{2}$ P.
"	4 pCt. Obl. dto.	$99\frac{1}{2}$ P.
"	$3\frac{1}{2}$ pCt. Obl. dto.	92 P.
Frankfurt	$3\frac{1}{2}$ pCt. Obl.	$95\frac{3}{4}$ P.
"	3 pCt. Obl.	—
Spanien	3 pCt. inl. Sch. P. à fl. 2. 30	—
"	$2\frac{1}{4}$ pCt.	—
Schweden	$4\frac{1}{2}$ pCt. Obl. à 105 Thlr.	$90\frac{1}{4}$ G.
N.Amerika	6 pCt. à 1000r. 1881 D. $2\frac{1}{2}$	—
"	6 pCt. ditto r. 1882	$64\frac{1}{2}$—$64\frac{7}{8}$ G.

Diverse Aktien.

Frankfurter Bank à fl. 500 . .	$148\frac{1}{2}$ G.
K. K. Oesterr. National-Bankaktien	874 P.
Oesterr. Kreditbank-Aktien à fl. 200	$200\frac{1}{2}$, $201\frac{1}{2}$ G.
Bayer. Hypothekenb. Pfandbriefe 4 pCt.	$97\frac{5}{8}$—$\frac{3}{4}$ G.
Darmst. Bank 1. u. 2. Serie à fl. 250	$228\frac{1}{2}$ P.
Weimarische Bank à Thlr. 100	$100\frac{5}{8}$ G.
Mitteldeutsche Kreditaktien . .	$101\frac{1}{4}$ G.
Intern. Bank in Lux. à 250 Frs. à 28 kr.	—
Taunus-Eisenbahn à fl. 250 . . .	— G.
Frankfurt-Hanauer-Eisenbahn . . .	— P.
Oest. F.St.Eisb. 5pCt. 500 Fr. à 28 kr.	—
" Elisab.-Eisenbahn 5 pCt. . .	122 G.
Böhm. Westbahn-Aktien à fl. 200 6/7	$78\frac{1}{2}$ P.
Rhein-Nahe-Bahn 200 Thl. à 105 4pCt. Z.	$32\frac{1}{4}$ G.
Ludwigshafen-Bexbacher à 4 pCt. .	$148\frac{1}{4}$ P.
dto. dto. Prior. à 4 pCt.	—
Pfälz. Maxb. b. Rothschild à $4\frac{1}{2}$ pCt.	$107\frac{1}{4}$ G.
Oest. St.-Eisenb. Prior.-Oblig. à 3 pCt.	$52\frac{7}{8}$ P.
Elisab.-Bahn Prior. 5 pCt. 6/7	$80\frac{1}{2}$ P.
Südd. Bank-Akt., 40 pCt. Einz.	256 P.
Span. Handels- und Industrie .	—
Bayr. Ostbahn à $4\frac{1}{2}$ pCt. volleinbez	114 P.
bayer. Ostbahn mit 50 pCt. Einz.	$113\frac{3}{4}$ P.

Wechsel in süddeutscher Währung.

Amst. fl. 100 k. S.	$100\frac{7}{8}$ P.
Antwerp. Frs. 200 k. S.	$94\frac{1}{2}$ G.
Augsb. fl. 100 k. S.	$99\frac{3}{4}$ G.
Berlin Th. 60 k. S.	$104\frac{7}{8}$ P.
Brem. 50 Th. Ld. k. S.	$97\frac{3}{4}$ P. $\frac{1}{2}$ G.
Brüssel Frs. 200 k. S.	$94\frac{1}{2}$ G.
Cöln Thlr. 60 k. S.	$104\frac{7}{8}$ P.
Hamb. MB. 100 k. S.	$88\frac{3}{4}$ P.
Leipzig Th. 60 k. S.	105 P.
London Lst. 10 k. S.	$119\frac{1}{2}$ P.
Lyon Frs. 200 k. S.	—
Mail. Frs. 200 . .	$94\frac{3}{8}$ G.
München fl. 100 k. S.	$99\frac{3}{4}$ G.
Paris Frs. 200 k. S.	$94\frac{5}{8}$ G
Petersburg 50 S.-R.	—
Triest fl. 100 k. S.	—
Wien fl. 100 ö. W.	—
do. in öst. W. l. S.	$105\frac{3}{8}$ G.
Disconto	$3\frac{1}{2}$ pCt. G.

Anlehens-Loose.

Oesterr. fl. 250 v. 1839	$144\frac{1}{2}$ G.
" fl. 250 v. 1854 mit 4pCt.	$79\frac{1}{8}$ G.
" fl. 500 v. 1860 6/7	$87\frac{1}{4}$—$\frac{1}{8}$ G.
" fl. 100 Eisb. L. v. 1858.	$136\frac{1}{2}$ P. 136 G.
" do. v. 1864.	—
Schwed. 10 Thlr. Loose	$9\frac{7}{8}$ P.
Badische fl. 50	—
Badische fl. 35	$53\frac{1}{2}$ P.
Kurhess. Thlr. 40 b. R.	—
Gr. Hessen fl. 50 b. R.	$189\frac{1}{4}$ P.
" fl. 25 do.	$37\frac{3}{4}$ P.
Nassau fl. 25 bei Rothsch.	$35\frac{3}{4}$ P.
Sardinische Fr. 36 b. B.	—
Neuchateler 10 Frs.-Loose	—
Freiburger 15 Frs.-Loose	—
Mailänder 45 Frs. L. b. R.	—
St. Lüttich mit $2\frac{1}{2}$ pCt. Z.	$34\frac{1}{2}$ P.
Ansb.-Gunzenh. fl. 7-L.	$10\frac{7}{8}$ P.

Frankfurt, 15. April. Die Börse wurde heute durch die Nachricht von der Einnahme Richmonds und Petersburgs sehr angenehm überrascht. Das Geschäft konzentrirte sich vorzugsweise auf Amerikanische, die bei kolossalen Umsätzen $2\frac{1}{2}$ pCt. höher einsetzten und im Laufe des Geschäfts noch weiter stiegen. Die insgesammt 3 pCt. betragende Avance würde voraussichtlich noch größer gewesen sein, wenn nicht Arbitrageure bedeutende Posten in New-York eingethan erhalten hätten, die sich auf 68—69 pCt. stellen. Wurden diese unerfreulichen Zusendungen auch nicht realisirt, so drückten sie immerhin etwas auf den Markt. Oesterr. Fonds fest und besonders Kreditaktien beliebt. (Synd.)

K. Hof- und Staatsbibliothek München
1 N. Würzb. Ztg.

Neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht!

№ 107. | Vorausbezahlung: Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 1 fl. 30 kr. Bei Inseraten wird die dreispaltige Zeile in gewöhnlicher kleiner Schrift oder deren Raum im Hauptblatte mit 6 kr., im Anzeiger mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franco. | 62. Jahrgang. | Dinstag, 18. April 1865.

Ueber die Bedeutung und die Folgen des Bundesbeschlusses vom 6. ds.

enthält das „Dresdener Journal" einen längeren Artikel. Das offiziöse Organ wendet sich zunächst abwehrend gegen die „Nordsee-Zeitung", das konfidentielle Organ der hannover'schen Regierung, welche die Bundesautorität unheilbar geschädigt sieht durch einen Beschluß, den Preußen nicht ausführen könne, ohne seine Würde zu gefährden und bundeskompetenzwidrige Beschlüsse zuzulassen, und sodann gegen die preußischen Blätter, welche ebenfalls den Bundesbeschluß als einen macht- und wirkungslosen bezeichnen. Gegen letztere Blätter bemerkt das „Dresd. Journal": „Wenn von ihnen gesagt wird, daß der Bund mit einem Beschlusse, dem er gegen das ihm widerstehende Preußen nicht den Nachdruck einer Exekution geben könne, nur sich selbst gefährde, so haben sie entweder die Bedeut ng des Beschlusses vom 6. d. M. nicht begriffen oder, was wahrscheinlicher, wollen sie ihn nicht verstehen. Die Exekution steht allerdings nicht hinter dem Beschlusse. Die Bundesmajorität muß sich bei der Lage der Verhältnisse und in Erkenntniß der Verantwortung für die großen Gefahren, welche das erste thatsächliche Vorgehen zur Schlichtung der Differenzen in Deutschland für das gesammte Vaterland heraufbeschwören würde, bescheiden, nur mit politischen und moralischen Mitteln fortzuwirken. Die ganze Fassung des am 6. d. M. angenommenen Antrags schloß einen Zweifel daran aus, daß man von dieser Seite her nicht zuerst den offenen Konflikt herbeiführen würde. Es trifft deshalb nicht zu, wenn preußische Blätter den Bund höhnisch herausfordern, nun auch seinem Beschlusse den aktiven Nachdruck zu geben. Die Politik des Bramarbasirens und der Drohungen ist in Frankfurt wahrlich nicht angeschlagen worden, und der Bund hat mit jenem Beschlusse keine Aussichten eröffnet, denen gegenüber er jetzt etwa rathlos und feig dastände. Der Bund will und kann den Beschluß vom 6. d. M. mit Gewalt nicht durchsetzen. An Wichtigkeit aber verliert er durchaus nichts, denn Preußen ist dem Bunde gegenüber genau in derselben Lage; es kann auch seine Absicht nicht durchsetzen. Der Bundesbeschluß vom 6. d. M. schiebt einen starken Riegel der preußischen Politik vor in Bezug auf jede ungerechte und unbillige Zumuthung an die Herzogthümer! Auch Preußen wird, trotzdem viele preußische Blätter eine gewaltsame Ausführung solcher Zumuthungen in Aussicht stellen, nach unserer festen Ueberzeugung ganz die Haltung des Bundes in dieser Sache bewahren und davon abstehen, seinerseits den ersten Schritt zur Störung des Friedens in Deutschland zu thun. Der Bundesbeschluß, welcher nicht nur feierlich bekräftigt hat, daß der Bund den Erbprinzen Friedrich von Augustenburg als den Bestberechtigten für den Thron Schleswig-Holsteins ansieht und bereit ist, ihn als Herzog anzuerkennen, unter Verweisung anderer Ansprüche an die Austrägalinstanz, sondern auch der Welt zeigt, daß Oesterreich zu Gunsten dieser Lösung auf jede Prätention und Kompensation Verzicht leistet, hat doch in den Herzogthümern, in Deutschland und Europa zu viele Chancen gegen das Gelingen eines einseitigen Koups Seitens Preußens geschaffen, als daß man einen solchen noch wesentlich in Berechnung ziehen möchte bei dem weitern Verlaufe der Sache. Schon hierin liegt genug, was auch den Erbprinzen Friedrich nicht bedauern lassen kann, daß sein Recht am Bunde neue Anerkennung gefunden. Aber — fährt das „Dr. J." fort — dieser Vorgang verspricht mehr. Der Bundesbeschluß hat dadurch, daß er der Ausführung jedes einseitigen Planes Fesseln anlegt, eine Sachlage geschaffen, welche fast mit Nothwendigkeit weitere Verhandlungen zur Folge haben und sehr zur Befestigung der Ueberzeugung beitragen wird, daß man auf den berechtigten Seiten in diesen Verhandlungen sich mit einander eben gütlich vertragen muß. Das reine Annexionsprogramm oder ein Anschlußprogramm, wie es preußischerseits in dem genugsam bekannten diplomatischen Schriftenwechsel mit Oesterreich aufgestellt wurde, tragen den Charakter, daß man sich weniger auf ein Einverständniß Aussicht mache, als auf die Eventualität, die Forderungen gewaltsam durchzusetzen. Ein Programm dagegen, das in der Absicht dargeboten wird, sich darüber mit den Rechtsinteressenten zu einigen, muß von vornehrein einen anderen Zuschnitt zeigen. Es wird nicht zur Vorbedingung das Hinwegleugnen der Rechte und Kompetenzen Anderer haben, es wird nicht Gebote auferlegen und Widerstand für nichts achten wollen. Es muß vielmehr dahin zielen, überzeugen- und einigen zu wollen. Und wir möchten keinen Augenblick daran zweifeln,

Feuilleton.

Metamorphosen der deutschen Frauentracht.

(Fortsetzung.)

Aber nicht allein Unschönes und Barockes, sondern auch Zuchtloses verlangte die Mode. Es ist fast unglaublich, bis zu welchem Grade Männer und Frauen in ihrem Auftreten aller Scham und Sitte Hohn sprachen. Mußte doch noch im Jahre 1503 der Rath von St. Gallen verbieten, daß man völlig nackt in der Stadt und ihrem Weichbild umhergehe. „Ganz eine Schande ist's," sagte Geiler von Kaisersberg in einer seiner Predigten, „daß die Weiber jetzt Barette tragen mit Ohren, gestickt mit Seide und Gold. Hinten aber an den Köpfen ein Diadem, sehen aus wie die Heiligen; vorn um den Mund herum geht ein Tüchlein, kaum zwei Finger breit. Da schauen sie umher, als ob ihnen ihr Gesicht in einem Hafenring hinge. Dazu tragen sie gelbe Schleier, die sie jede Woche wieder färben müssen; darum ist der Safran so theuer! — Man macht aber keinen gelben Pfeffer an frisches Fleisch, sondern an übrig gebliebene Stückchen. Drum sehen die Weiber, die nicht schön sind, aus wie ein Stück geräuchertes Fleisch in einer gelben Brühe. Nun schaue man an ihre Leibzier; die ist voll Narrheit oberhalb und unterhalb des Gürtels. Voll von Falten sind die Hemden- und die Oberkleider so weit ausgeschnitten, daß man die Ballen sieht. Sie ziehen weite Aermel an, wie die der Mönchskutten und so kurze Röcke, daß sie weder vorn noch hinten etwas bedecken. An den Gürteln aber, die der Goldschmied fein und herrlich machen muß, tragen die Frauen klingende Schellen. Dann tragen sie auch lange Schwänze, die auf dem Boden nachschleifen und spitzige Schuhe."

In dem Gedicht: „Der Kittel" heißt es derb, die Hauptlöcher der Frauenröcke seien so weit, daß die nackten Schultern weit hervorstünden, und man die Armhöhlen sähe; u. s. w. u. s. w."

Umsonst suchten die Kleider-Ordnungen und Luxusgesetze der deutschen Obrigkeiten dem modischen Unsinn zu steuern. Als 1461 der strenge Sittenprediger Bruder Johannes Capistranus in Ulm gegen die unsinnigen und unzüchtigen Frauenmoden von damals predigte, hatte er zwar die öffentliche Meinung so für sich, daß, wie eine alte Chronik wissen will, drei Frauen, welche seiner Predigt spotteten, vom Volk auf der Straße zerrissen wurden. Allein der Rath fand doch für gut, den strengen Eiferer aus der Stadt zu jagen.

Im Zeitalter der Reformation hatte sich mit den mannigfaltigen Volkstrachten auch ein buntes Gemisch von Frauentrachten entwickelt. Im Allgemeinen stellte sich eine entschiedene Wendung vom Unehrbaren zum Ehrbaren heraus.

Die schamlosen Entblößungen, wie sie das 15. Jahrhundert dem 16. überliefert hatte, verschwinden nach und nach, schlagen aber mit der Zeit auch in einen geschmacklosen Gegensatz um, wie insbesondere die Mode der Halskrösen zeigt, welche bis zur Ungeheuerlichkeit der „Mühlsteinkragen" fortging. Da steckte denn der Frauenhals in einem steif und weit abstehenden, pflugradgroßen

daß auf diesem Wege ohne sonderliche Mühe und Aufregung, ohne Zuhilfenahme von Demonstrationen und sonstigen Druckmitteln eine Verständigung unter allen Rechtsträgern erfolgt. Es ist eine Taktik der annexionistischen Politik, wie sie leider nur zu sehr in preußischen Blättern zu erkennen ist, daß man behauptet, im Wege der Güte würde Preußen nicht den geringsten Vortheil erlangen; weder von den Schleswig-Holsteinern, noch vom Bunde, noch vom „Mitbesitzer“ Oesterreich würde in dieser Beziehung noch etwas zugestanden werden, wenn Preußen sich darauf einließe, zunächst die Rechte Schleswig-Holsteins anzuerkennen. Niemals haben sich Bundesregierungen selbst oder deren Organe in diesem Sinne geäußert. Weder die Kammern, noch die Presse und die öffentliche Meinung im nichtpreußischen Deutschland haben eine Haltung gezeigt, daß sich jene Behauptung mit Recht aufstellen ließe, und was die Schleswig-Holsteiner selbst betrifft, so haben die Verhandlungen, welche die wegen ihres „Partikularismus“ von preußischen Blättern verschrieenen Delegirten der schleswig-holsteinischen Vereine unlängst mit dem 36er-Ausschusse und preußischen Abgeordneten in Berlin pflogen, wohl zur Genüge gezeigt, daß Preußen von dort her die Zustimmung für Alles erwarten kann, was deutschen Interessen frommt. Es bedarf daher nur des Entgegenkommens von Preußen in dem eben erörterten Sinne, und es kommt zu Verhandlungen, bei denen Preußen sicherer seine Rechnung findet, als wenn es dabei beharrt, Andern einseitig seinen Willen aufzuerlegen und die Durchführung desselben für die Zeit günstiger allgemeiner Umstände in Aussicht zu nehmen; denn der Bundesbeschluß vom 6. beweist und bewirkt eben, daß diese Andern nicht gefügig genug für die erstere Absicht sich zeigen werden, so wie daß auf gelegnere Zeiten für die zweite Eventualität geringe Hoffnungen zu setzen sind. Es könnte sonach dem vorstehenden Bundesbeschlusse vom 6. d. zu einer Ausführung geholfen werden, wobei kein Theil zu kurz käme. Schleswig-Holstein würde seinen Herzog, Preußen Zugeständnisse erhalten, und der Bund wäre zufrieden, seine Autorität gewahrt und den Frieden wie die ganze innere Entwickelung im Bunde neu gekräftigt zu sehen. Kein wahres Interesse Preußens wäre hiebei gefährdet. Ob man Dasselbe sagen könnte, wenn der Bundesbeschluß vom 6. ds. ohne Ausführung bliebe? — dieser Frage mag noch eine kurze Betrachtung gewidmet sein. Der Bund ist eine Gemeinschaft Gleichberechtigter. Alle Mitglieder haben gegen denselben die gleichen Pflichten der Unterordnung unter die Gesammtheit und den durch die Abstimmungen sich ausdrückenden Willen des Bundes übernommen. Nur wenn dieser Grundsatz von Groß und Klein heilig geachtet wird, hat der Bund Leben; nur dann kann er etwas für das Allgemeine leisten, nur dann jedem einzelnen Mitgliede von Werth für seine Entwickelung und Sicherheit erscheinen. Versagt ihm ein Mitglied Beihilfe, leistet es seinen Beschlüssen nicht Folge, nimmt der Einzelne die Füglichkeit für sich in Anspruch, anstatt der Gesammtheit sich selbst zum Richter über die Bundeskompetenz aufzuwerfen und Bundesbeschlüsse, welche ihm nicht konveniren, unter dem Vorgeben der Bundesinkompetenz zurückzuweisen; wird dem Bunde die Zumuthung gemacht, in einer streitigen Rechtsfrage sich einer Prüfung derselben zu unterziehen, die Geltung der darauf zu gründenden Entscheidung dagegen von dem guten Willen eines betheiligten Mitgliedes abhängig sein zu lassen: dann bietet der Bund keinem Mitgliede mehr irgend eine Verläßlichkeit im Rechte oder irgend einen materiellen Schutz. Der Gedanke, daß man einen genügenden u. sichern Schutz auf anderer Basis suchen müsse, wird sich dann immer stärker geltend machen; gemeinschaftliche Sorge wird zu gemeinschaftlichem Handeln führen, Vereinigungen einzelner Bundesglieder unter sich werden entstehen, andere sich anschließen, und man möchte dabei in Deutschland Gruppirungen entstehen sehen, die nicht dem Bilde der Abstimmung vom 6. d. entsprechen und große Lücken in dem preußischen „Machtrayon“ zeigen. Wir können nicht erfindlich machen, mit welchem Rechte preußische Politiker es dem nicht-großmächtlichen Deutschland so oft als Drohung vorrücken, daß Preußen im Stande sei, den Bund aufzulösen. Die Zerreißung des Bundes würde ebenso sehr von Preußen, als von irgend einem andern deutschen Staate zu bedauern sein, insofern Preußen zur Behauptung seiner Großmachtstellung und Integrität vor mächtigern Großstaaten der deutschen Bundesressource mindestens eben so sehr bedarf, als die kleinen Bundesstaaten der preußischen Antheilnahme am Bunde zu ihrem Schutze. Der weitere Hintergedanke, der in jener Drohung unschwer zu erkennen ist, daß Preußen nach Auflösung des Bundes jeder Achtung vor dem Recht und Besitze anderer deutscher Staaten entbunden sei, hat keinen so fürchterlichen Schein, als man ihm geben will. Selbst angenommen den Fall der Zerreißung des Bundes, würde eine Politik der Rapazität ein wenig Erfolg versprechendes, leicht auf den Kopf des Urhebers zurückfallendes Unternehmen sein. Es sind zu viele Mindermächtige in der Welt, und die Eifersucht der Mächtigen ist zu groß, als daß die Ersten nicht schnell zu gemeinsamer Vertheidigung, die Letzten nicht entweder sofort, sicher aber nach einem etwa der Annexionspolitik günstigen Anfange zur Intervention gebracht würden. Soviel zur Entgegnung auf vernommene Drohungen exaltirter Parteien: im Uebrigen aber sind wir gewiß, daß kein denkender preußischer Staatsmann und kein preußischer Monarch mit solchen Zukunftsbildern etwas zu thun hat. Bei dem Zustande der Parteien in Preußen mag es nicht leicht sein, dort eine Politik der Eintracht mit Deutschlands Fürsten und Völkern in der schleswig-holsteinischen Sache durchzuführen. Und doch, wir sprechen aus tiefster Ueberzeugung, ist es die einzige, welche Preußen dauernden Gewinn an Macht und Vertrauen in Deutschland, sowie jenes Selbstgefühl bringen kann, das aus einem guten Gewissen entspringt.“

Lindau, 14. April. Das Polenkomite in Zürich läßt mittelst Zirkulars sämmtliche übrigen Komite's einladen, Abge-

---

Kragen, auf welchem der Kopf wie auf einem Teller lag, aller anmuthigen Bewegungen bar. Spanien hatte diese Mode angegeben, wie ja überhaupt die spanische Tracht damals in Deutschland eingeführt wurde, und aus Frankreich kam der Reifrock, über welchen sich der „Hoffartsteufel“ von Joachim Westphal und Cyriacus Spangenberg nicht weniger ereifert, als über den Gebrauch falscher Haarflechten und über das Schminken und Kleistern der Angesichter“.

Von der Mitte des 17. Jahrhunderts an bestimmte Frankreich Form und Wechsel der Toilette und Tracht. Namentlich kamen jetzt die „mouches“ aus schwarzem Tafft aufs Tapet; sie klebten in allerhand Gestalten auf Stirnen, Schläfen, Wangen, Nacken und Busen der Frauen. Bis um 1650 trug auch die Frauentracht den losen, lockeren, freien Charakter, welchen der männliche Anzug in der abenteuerlich zerfahrenen Kriegszeit angenommen. Die spanisch steifen Frisuren und Halskrausen hatten wieder langen, wallenden Locken und einer starken Entblößung von Nacken, Schultern und Brust Platz gemacht. Hätten sich die Damen eines übermäßigen Aufputzes ihres Anzuges mit Spitzen, Bändern und Federn enthalten wollen, so müßte ihre damalige Tracht als eine kleidsame, wenn auch nicht gerade sittsame, anerkannt werden.

Von dem bezeichneten Zeitpunkt an begann aber die Unnatur und Bizarrerie der französischen Hoftracht, wie sie sich unter dem vierzehnten Ludwig feststellte, in Deutschland zu grassiren. Für die männliche Tracht wurde in dieser Perrücken-Periode die Staatsperrücke das charakteristische Merkmal, während der Reifrock, die in eine Schleppe auslaufende Robe und das die Decolletirung mehr oder weniger begünstigende Corsett den weiblichen Anzug charakterisirten und bestimmten. Doch gelangte diese Kleidermode erst mit dem Beginn des achtzehnten Jahrhunderts in Deutschland zu ihrem vollständigen Sieg. Dem Bilde einer modischen Schönen, wie es sich gegen Ende des „Alamode-Jahrhunderts“ darstellte, entnehmen wir einzelne Züge:

„Der Leib ist schön geziert, das Brüstchen ist geschnitten
Nach ihres Leibes Läng'. Ganz vorne in der Mitten
Da müssen liegen voll der schönen Busen Paar,
Sie gleichen oftermals dem schwarz und gelben Haar.
Die Aermel müssen weit als aufgeblasen stehn,
Und vorne Krausen dran, sonst können sie nicht gehn.
Jetzt trägt das Frauenvolk auch große Stutzerkrausen,
Die müssen vor der Hand wie dicke Wolken drausen.
Das Jäckchen muß so knapp am Jungfernkörper liegen,
Daß sie sich mögen kaum zur Erde niederbiegen;
Es wird dazu geschnürt, nach bester Tabletur
Das Mieder und der Latz mit einer Silberschnur.
Dort wo der spitze Latz, da grünt ein Sommergarten,
Da hat man immerfort Riechbusche zu gewarten.
Das Frauenziefer all steckt Sträußchen vorne für,
Als wenn an selbem Ort sie schenken stetig Bier.
Der Pelz muß nach der Läng' sein zierlich zugeschnitten,
Unzählig Falten drauf, auch vornen in der Mitten
Da muß er sein bespitzt, geschlitzet und geritzt,
Die Falten müssen sein verfassen und verfitzt.
Die Strümpfchen müssen roth, von Liebesfarbe sein,
Blau, grün, gelb, oder sonst was giebt hellen Schein.
Die Schuh', die müssen sein mit großen Hörnerspitzen,
Drauf müssen schön gefügt die bunten Rosen sitzen.

ordnete zu einer Zusammenkunft in Aarau auf den Ostermontag abzusenden. Man will in dieser Zusammenkunft ein gemeinsames Vorgehen in der Polenangelegenheit erzielen, welches durch das Aufhören der Staatsunterstützung geboten erscheine. Drei Fragen sind es hauptsächlich, welche den Abgeordneten zur Prüfung und Entscheidung vorgelegt werden sollen: 1) Ueber die Maßregeln gegenüber denjenigen Polen, welche in der Schweiz keine bleibende Stätte finden konnten; 2) über die Unterstützung der Invaliden und 3) über diejenige der Studirenden. (A. Abdztg.)

Wien. Es ist neulich (in Nr. 103 d. Bl.) der Inhalt der Erklärungen mitgetheilt worden, zu welchen Hr. v. Bismark auf die österreichische „vertrauliche Anfrage" über die bekannte Aeußerung des Kriegsministers v. Roon sich herbeigelassen hat. Wie jetzt ein offiziöser Wiener Korrespondent in der „Fr. Pstztg." berichtet, hat es „einige Mühe gekostet, den Ministerpräsidenten zu diesen Erklärungen zu bewegen. Anfänglich war er höchlich ungehalten über die österreichische Anfrage und schien geneigt, diese als einen Eingriff in einen inneren Vorgang abzulehnen."

Wie der „A. Z." aus **Wien** geschrieben wird, haben zwischen Preußen und dem Herzog Friedrich VIII. Verhandlungen stattgefunden. Eine Berliner Depesche hatte den Zweck, den Herzog zu einer Aeußerung zu veranlassen, worauf dieser in Berlin Eröffnungen machte, welche sich wesentlich auf den Boden der Beschlüsse des Ausschusses der Schleswig-Holstein-Vereine stellen und für Konzessionen dieser Art die vollste Zustimmung des Landes zusichern. In Berlin antwortete man darauf abweisend mit der bestimmten Erklärung, daß die abgesendete Depesche das Minimum der preuß. Forderungen enthalte.

Wien, 14. April. Mit großem Behagen werden jetzt hier die kleinen Züge verzeichnet, in welchen sich der Gegensatz des österreichischen und des preußischen Auftretens in den Herzogthümern manifestirt. Wir haben indessen alle Ursache, anzunehmen, daß diese kleinen Kundgebungen nur die Präludien eines offenen und energischen Auftretens von Seiten Oesterreichs sind. Die in Frankfurt ausgesprochene Hoffnung, das Einverständniß mit Preußen aufrecht zu erhalten, ist durch den Zwischenfall der Flottenübersiedlung sehr erschüttert worden. Die neuen an Frhrn. v. Halbhuber abgegangenen Instruktionen sollen sehr gemessen lauten. Oesterreich wird von seinem Mitbesitzrecht nicht ein Haar breit aufgeben, und, wenn Preußen wirklich Schritte thun sollte, um seine Absicht in Betreff des Kieler Hafens zu verwirklichen, so wird Oesterreich energischen Protest gegen dieses Vorgehen erheben, dem es schwerlich an Nachdrücklichkeit fehlen wird. An Herrn v. Halbhuber, der bekanntlich in der Erwartung, hiedurch Argumente gegen den preußischen Plan zu gewinnen, einwilligte, daß eine Enquêtekommission niedergesetzt werde, ist nun die Weisung ergangen, auch diesen Vorbereitungen seine Zustimmung nicht zu ertheilen, da man hier befürchtet, man könnte preußischerseits in denselben ein präjudizirendes Zugeständniß erblicken. Interessant ist, daß man sich in Berlin jener Broschüre des Prinzen Adelbert nicht mehr erinnert, in welcher nachgewiesen worden, daß der Kieler Hafen für die Aufnahme größerer Truppenabtheilungen ungeeignet sei. In mittelstaatlichen Kreisen wartet man, um mit einem neuen Schritt hervorzutreten, nur ab, zu welchem Resultat der neue diplomatische Depeschenwechsel zwischen hier und Berlin führen wird. (A. Z.)

Berlin, 16. April. Die feudale Zeidler'sche Korrespondenz bestreitet dem Bunde jeden Einfluß auf die Entscheidung der Succesionsfrage: „Die preußische Regierung erkennt den Bundestag nicht als eine Instanz an, vor welcher der Erbschaftsprozeß zu führen wäre, oder von deren Votum die Entscheidung der Besitzfrage abhange. Die verschiedenen Souveräne, aus denen der Deutsche Bund zusammengesetzt ist, mögen sich jeglicher eine Ansicht über das Recht dieses oder jenes Prätendenten gebildet haben, doch wird dieselbe immer nur den Werth einer Privatmeinung haben und es wird nimmermehr möglich oder statthaft sein, aus der Abwägung solcher Privatmeinungen gegen einander einen Beschluß zu bilden. Hieraus folgt, daß die Ankündigung der preußischen Erbansprüche bei dem Bunde vor Allem eine diplomatische Bedeutung besitzt, indem von jetzt an den Mittelstaaten, welche etwa aus dem Bundesbeschlusse vom 6. April ein Bauwerk politischer Demonstrationen aufzuführen gedenken, klar geworden sein muß, daß sie durch ein derartiges Verhalten sich geradezu an den preußischen Rechten vergehen und den Ansprüchen des Hauses Hohenzollern präjudiziren würden."

Leipzig, 15. April. In der gestrigen von etwa 200 Meistern besuchten Versammlung der Schneiderinnung wurde nach einer lebhaften zweistündigen Debatte, in welcher sich die allgemeine Ueberzeugung von der Unannehmbarkeit der Forderungen der Gesellen aussprach, der Beschluß gefaßt, dieselben abzulehnen; es solle jedem Meister aber unbenommen sein, sich mit seinen Gesellen zu verständigen. Heute Abend 8 Uhr findet im „Hotel-de-Saxe" eine Versammlung der Schneidergesellen statt, in welcher die Beschlüsse der Schneidermeister zur Erörterung gebracht und nöthigenfalls die Kündigung der Gesellen organisirt werden soll.

Die „N. Fr. Pr." hat in einer **Pariser** Originalkorrespondenz vom 9. l. M. anläßlich der so unendlich lange sich hinschleppenden Adreß-Debatten im Gesetzgebenden Körper den Anschauungen und Dispositionen der öffentlichen Meinung Frankreichs in einer Weise Form und Ausdruck zu verleihen gesucht, wobei die Wahrheit der Darstellung mit der Trostlosigkeit der Situation der inneren Politik des zweiten Kaiserreichs Hand in Hand geht. Der fragliche Artikel schließt mit einem Seitenblick auf die Möglichkeit, die Verzweiflungsgedanken der gebildeten Klasse der französischen Gesellschaft durch irgend eine große Staatsaktion nach Außen zu zerstreuen. Der Wortlaut des Artikels ist folgender: „Es herrscht hier, wenn man von den Adreß-Debatten absieht, eine vollständige politische Stagnation. Auch die Adreß-Debatten wirken auf das Publikum ermüdend, so sehr auch die erfolglose Thätigkeit der

---

Vom Hemde schweig ich still, wie das muß sein genäht,
Zerstochen und zerthan, zerwirket und zerdreht."

(Schluß folgt.)

Anti-Cäsar.

(Schluß.)

Schon ist die ganze Literatur in Jubel: Varius weint vor Freuden — Flavus zappelt vor Wonne; Rabirius bereitet seine Tabletten vor; Haterius wird eine Vorlesung halten und Tarpa eine Deklamation; Pompejus Macer erklärt, daß dies ein schöner Tag für die Moral ist, und bittet um drei Luxusexemplare für die drei öffentlichen Bibliotheken, die er eingerichtet; Fenestella wird seiner Literaturgeschichte auch einen Band beifügen, Metellus, der so schön die Reden des Prinzen verfertigt, wird die rednerischen Schönheiten seines Buches zählen und Verrius, der Grammatiker, die grammatikalischen Schönheiten; Marathus, der Historiograph, wird eine Analysis in der Hofzeitung veröffentlichen, und Athenodore, der Schützling des Oktavius, wird eine Umschreibung für die Damen redigiren, und erläuternde Nötchen zum bessern Verständniß der Prinzessinnen, da hast du zehne, ich kenne aber deren tausend. Diese Leute werden vor dem Kaiser defiliren, indem sie schreien, daß einem der Kopf hallt, wie die Ritter auf der Parade; er jedoch wird eine Stellung voller Bescheidenheit und Majestät annehmen; seine Miene wird sagen: genug, sein Lächeln wird sagen: noch einmal, und der Schwarm wird sich prächtig heiser schreien. So wie er, um seinen Thaten zu applaudiren, die Bevölkerung der sieben Hügel hatte, so wird er, um sein Buch zu loben, das Völklein der Autoren gewinnen; der Beifall ist gewiß, aber er kann nur von einer Seite kommen: es ist das eine genug groteske Konsequenz seiner einzig dastehenden literarischen Situation.

Der Unglückliche hat sie vielleicht nicht vorausgesehen, aber mich belustigt sie, er wird auf Befehl reussiren. — Das ist hart, aber ich kann nicht dafür. — Die Allmacht hat ihre Unzukömmlichkeiten für einen Autor — es ist nicht Alles rosig in dem Metier eines gekrönten Schreibers. Der Platz ist nicht haltbar, und Virgil würde sein Latein an ihm verloren haben. — Aber man muß das Gesetz ertragen, das man gemacht hat, und wenn die Schande eingeschenkt ist, so muß man sie austrinken.

Augustus publizirt ein Buch über die Revolution, die er gemacht hat! Was soll man, meinst du, sagen von einem Verbrecher, der die Apologie seines Verbrechens veröffentlicht? — Nach meinem Urtheile begeht er ein zweites Attentat, schwerer, es ist wahr, als das erste (denn es ist leichter, ein Verbrechen zu verüben, als es zu rechtfertigen); aber dieses zweite Attentat, wenn es schwerer ist, ist auch schuldvoller und trauriger; denn die Opfer sind zahlreicher, die Folgen dauernder. Das erste greift das Leben der Menschen an, das andere ihr Gewissen; das eine tödtet den Körper, das andere den Geist; das eine unterdrückt die Gegenwart, das andere die Zukunft. — Es ist ein Staatsstreich in der moralischen Welt, die Schöpfung der Unordnung, das systematisirte Unrecht, die Promulgation der Gesetzlosigkeit, die Proskription der Wahrheit, die entschiedene Niederlage des öffentlichen Urtheils, die allgemeine Verwirrung der Ideen, eine geistige Schlacht bei Actium. — Es ist die wahre Krönung eines Gebäudes von Verbrechen und Infamie — und es ist nur das allein!"

Opposition Anerkennung findet. Dieses muthige, aber jeder praktischen Wirkung bare Anstürmen der Opposition gegen eine unbewegliche Regierung und gegen eine fanatisch ergebene, jeder liberalen Regung unfähige Majorität macht einen trostlosen Eindruck. Was nützt dieses Sichabmühen des Talents? Am Ende sind es nun schon seit vier Jahren, seit es eine Adreß-Debatte gibt, immer dieselben Amendements, immer dieselben Reden, dieselben Freiheits- und Reformforderungen, die von der Regierung immer mit denselben Argumenten beantwortet und abgelehnt werden. Thiers, J. Favre, Picard haben noch nicht das geringste Terrain zu gewinnen vermocht und ihre Reden haben nur den Einen Erfolg gehabt, daß das Land, d. h. das politisch gebildete Land, die Städtebevölkerung, sich über den Despotismus nicht mehr täuscht, mit welchem es regiert wird. Das ist aber auch Alles. Aber diese Täuschung bestand schon lange nicht mehr, und die Minorität der Bevölkerung befindet sich so hilflos als die Minorität im gesetzgebenden Körper. Seit 14 Tagen wird die Adresse diskutirt, ohne daß es gelang, auch nur den kleinsten Wunsch des Landes, der kein platter Ausdruck der demüthigen Bewunderung der das Land regierenden Weisheit wäre, in die Adresse hineinzuamendiren. Die Intelligenz, die liberale Partei ist muthlos, erbittert, ermüdet. Ein Gefühl der Abspannung und Abstumpfung macht sich geltend und man sehnt sich nach anderen Emotionen. In den Tuilerien kennt man diese Stimmung und vielleicht beschäftigt man sich dort bereits mit Plänen, die öffentliche Aufmerksamkeit abzulenken und aus dem gefährlichen Zustande des dumpfen Hinbrütens herauszureißen. Ob Italien, ob Deutschland hierbei eine Rolle spielt, ist noch nicht entschieden. Unterrichtete Personen behaupten, daß der Kaiser in Folge der Verschleppung der schleswig-holsteinischen Lage sich ernstlich mit dem Gedanken einer Transaktion mit Preußen beschäftigt. Die Schwierigkeit, die hierbei zu überwinden, liegt nicht in Hrn. v. Bismark, wohl aber im Könige, von dem man hier weiß, daß er zu solchen Arrangements niemals seine Zustimmung geben wird."

Konstantinopel, 5. April. Die Engländer beschäftigen sich mit großartigen Eisenbahnprojekten. Es handelt sich um nichts geringeres als die Verbindung Indiens mit der Türkei, und dadurch den Anschluß an die europäischen Bahnen. General Chesney's, Sir Macdonald Stephensons und Hrn. Lathams Projekte divergiren übrigens bedeutend in Bezug auf die einzuschlagende Linie. Die Russen bauen indessen emsig an ihren Bahnen, und werden durch den Anschluß an die rumänischen viel früher in Konstantinopel sein, als es John Bull lieb sein mag. Eine große Thätigkeit wird zur Sicherung des Handels Zentralasiens in Transkaukasien entwickelt. Tiflis, die Hauptstadt Georgiens, soll durch eine Eisenbahn mit der Hafenstadt des Schwarzen Meeres, Poti, verbunden werden. Fahrbare Straßen nach Baku an das kaspische Meer, dann von Oripra über Akaltzych-Alexandropol nach Eriwan sind in Bau begriffen.

Frankfurter Börse (vom 9. bis 15. April).

Samstag. Die Frühlingssonne lachte namentlich den so lange vernachlässigten österreich. Fonds. In weiteren Kreisen dringt immer mehr die Ueberzeugung durch, dass die konsequenten Bestrebungen in Wien zur Wiederherstellung der Valuta, wenn nicht ausserordentliche, unerwartete Ereignisse störend sich einmischen sollten, einen guten Erfolg zu hoffen haben, und namentlich die Wiederanknüpfung der österreichischen Finanzverwaltung mit dem Rothschild'schen Hause hat nicht verfehlt, das Vertrauen des grösseren Publikums in erfreulicher Weise anzuregen. In abgelaufener Woche erreichten auch die Umsätze in diesen neuen englischen Metalliques für Anlagen des soliden Kapitals sehr erhebliche Dimensionen. Auch neue Silbermetalliques von 1864 erfreuten sich grösserer Beachtung, die Arbitrage kaufte für Holland, wo sich einige Vorliebe für dieses Effekt geltend macht. Valuta-Metalliques profitirten mit einer Kursavance von beiläufig 2½ pCt. von den günstigen Aussichten für die Besserung ihrer speziellen Währung. In 1860er Losen war das Geschäft recht lebhaft; sie schliessen um 1¼ pCt. höher zu 87¼. 1864 stiegen bis vor der heute erfolgten Ziehung um fl. 2¾. [illegible]

Süddeutsche Fonds im gewöhnlichen regelmässigen Verkehr und Kurse wenig verändert. Für 3½ pCt. Braunschweiger hat die jüngst erfolgte starke Auslosung eine kleine Kurssteigerung hervorgerufen. — Von ausländischen Fonds neue 5 pCt. Russen im Verkehr und um 1 pCt. auf 89⅛ gestiegen.

In Amerikanern hat sich die grosse Differenz von fast 5 pCt. gegen New-Yorker Notiz in Folge der heutigen Nachrichten verringert und 1882er Bonds gingen bis 65, was immerhin noch eine Differenz von 3 pCt. gegen New-Yorker Preis ausmacht (Gold daselbst 150⅜, London 161, Bonds 106⅝.) Die Börse scheint, wenn gleich sie das Ende des Bürgerkrieges als gekommen annimmt, doch noch kein bestimmtes Urtheil über die Entwicklung der politischen und finanziellen Verhältnisse der Union sich gebildet zu haben. Und fürwahr, es ist dies auch eine schwierige Sache!

Oesterreichische Kredit-Aktien schliessen zu 201, um über fl. 5 besser als vor 8 Tagen. Darmstädter Kredit etwas matter. Meininger behauptet zu 10.½. — Von Zettelbankaktien Frankfurter sehr fest und bis 148⅞ gestiegen. Oesterr. Nationalbank holten sich in der verflossenen Woche eine Kursbesserung von beiläufig fl. 10 und schliessen um 870. Zertifikate der Frankfurter Vereinskasse bis zu 100¾ in Umsatz.

Von Eisenbahnaktien machten sich Taunus auf den Weg, um im Kurs die abgelöste Dividende wieder einzuholen; sie wurden bis 342, um fl. 4 höher als am Schluss voriger Woche bezahlt. Pfälzische Bahnen, sowohl Bexbacher als Neustadt-Weissenburger, gefragt, sie gewannen 1 pCt. Oesterreich. Westbahn setzten die steigende Bewegung fort und schliessen 122, um fl. 2 besser. — Von Eisenbahnprioritäten lebhafterer Umsatz in österr. Staatsbahn, Livornesern, sowie galizischen. Von neuen Emissionen sind jetzt auch die Prioritäten der schleswigschen Eisenbahnen offiziell ausgeschrieben. — Die Zeichnung der im Anfang dieser Woche aufgelegten Prioritäten der Rjäsan-Kozlov E. B. hat guten Erfolg gehabt, nach heutiger Meldung aus Berlin war darin Geschäft zu 83.

Geldstand unverändert flüssig; gute Diskonten, wovon das Material ziemlich rar ist, willig zu 2¾ zu plaziren. Von fremden Devisen London 119¼, Paris mehr begehrt zu 94⅝. Wien in steigender Tendenz schliesst zu 108½, um 1¼ höher als vor 8 Tagen.

Literarisches.

Das so eben erschienene dritte Heft der von Rudolf Gottschall herausgegebenen Neuen Folge von „Unsere Zeit" (Leipzig, F. A. Brockhaus) enthält folgende Aufsätze: „Der Krieg gegen Dänemark im Jahre 1864", erster Artikel; „Die Nilquellen nach den neuesten Forschungen und Entdeckungen"; „Der Nord-Ostsee-Kanal"; und ein reichhaltiges Feuilleton.

Die jedenfalls aus militärischer Feder stammende Darstellung des Kriegs gegen Dänemark zeigt bereits in diesem 1. Artikel ebenso quellenmäßige Genauigkeit wie Schärfe der militärischen Kritik. Wir sehen der Fortsetzung dieser eingehenden Schilderung des deutsch-dänischen Kriegs mit Spannung entgegen. Der Artikel über die Nilquellen ist ohne Zweifel aus der Feder eines tüchtigen Geographen geflossen, der das Einzelne im Zusammenhang mit dem Ganzen der Erdoberfläche betrachtet, die gegebenen Thatsachen in einen wissenschaftlichen Zusammenhang zu bringen sucht und ein anschauliches Bild der Nilquellen selbst wie aller derjenigen Flüsse gibt, durch deren Zusammenfluß der ehrwürdige Strom sich bildet. Von großem und allgemeinem Interesse ist der Artikel über den Nord-Ostsee-Kanal, indem der Verfasser desselben sich nicht für die officiell in Aussicht genommene Linie des Oberbauraths Lentze: Eckernförde-St.-Margarethen, entscheidet, sondern für die Linie Kiel-Brunsbüttel. Die Gründe des Verfassers sind jedenfalls sehr ins Gewicht fallend und zeugen dabei von solcher Sachkenntniß, daß deren Darlegung eine nochmalige Prüfung der beiden Projekte seitens der preußischen Regierung veranlassen dürfte. Das Feuilleton bringt Nekrologe von Otto Ludwig und Kardinal Wiseman, literarische Kritiken vorzugsweise über Laube's und Brachvogels neue Romane, und Notizen aus dem Gebiete des Theaters, der Alterthumskunde und Technologie.

Verantwortlicher Redakteur: A. Hartmann.
Druck und Verlag der Stahel'schen Buch- und Kunsthandlung in Würzburg

Schuldverschreibungen von Standesherren und Privaten.

Frankfurter Börse.

4	pCt. Herz.	Lucca, alte b. Rothsch.	G.—	P.74
4	„ „	do. neue b. „	—	90
3½	„	Landgräfl. H.-Homb. b. „	—	94
3½	„	Fürstl. Löwenst.-Werth. (bad.)	—	94
3½	„	do. (bayer.)	—	—
3½	„ „	Fürstenberg b. Rothsch.	92¾	—
3½	„ „	„ „	—	—
3½	„ „	Leiningen P. N. Schm.	95½	—
3	„ „	„ „	84	—
4	„ „	Oettingen-Wallerstein	—	99
4	„ „	Esterhazy P. Galantha	61	62
3½	„ „	Isenburg-Birstein b. R.	—	98½
4	„ „	Schwarzenberg	71	—
4	„ „	Palffy b. Arnst. u. Eskel.	—	82
4	„	Gräfl. Erbach-Fürstenau b. S.	—	99
4	„ „	Palffy, Ferd. Leop., b. S.	61	—

4	pCt. Gräflich	St. Genois b. Schm.	G.—	P.70
4	„ „	Szapary b. Rothsch.	—	50
4	„ „	Schönborn b. Schm.	—	64
4	„ „	Sandor b. Rothsch.	60	—
4	„ „	Strachwitz b. Schm.	—	50
4	„ „	Hugo Eltz	—	85
4	„ „	Viczay b. Rothsch.	60	—
4	„ „	Nizky b. Rothsch.	—	—
4	„ „	Hunyady b. Rothsch.	—	—
4½	„ „	Batthyany Joh. Bapt.	—	76
4½	„ „	Batthyany Gustav	—	71
4½	„ „	Orczy b. Schmidt	71	—
4½	„ „	Sztaray	—	74
4½	„ „	Karoly bei Biedermann	—	70
4½	„ „	Pejacsevich b. Schuller & Co.	68	—

Anlehens-Loose.

Fürstl. Esterhazy 40 fl. Loose	—.——.——
„ Windischgrätz 20 fl. Loose	17.75—18.25
„ Salm-Reifferscheid 40 fl. L.	31.———.—
„ Palffy 40 fl. Loose	27.——27.50
„ Clary 40 fl. Loose	26.75—27.25
Gräflich Keglovich 10 fl. Loose	14.50—15.—
„ Waldstein-Wartenb. 20 fl. L.	19.50—20.—
„ St. Genois 40 fl. Loose	27.——27.50
Stadt Triester 100 fl. Loose	115.——116.—
Donau-Dampfschiff. 100 fl. L.	85.50—86.—
Dessauer 100 Thlr.-Loose	———

An die
k. Hof- und Staatsbibliothek
München.
1 N. Würzb. Ztg.

Neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht!

№ 108.	Vorausbezahlung: Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 1 fl. 30 kr. Bei Inseraten wird die dreispaltige Zeile in gewöhnlicher kleiner	62. Jahrgang.	Schrift oder deren Raum im Hauptblatte mit 6 kr., im Anzeiger mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franco.	Mittwoch, 19. April 1865.

Ueber die gegenwärtige Lage der Herzogthümer

spricht sich die „Schleswig-Holsteinische Zeitung" in folgender Weise aus: „Verlängerung des Provisoriums, Das wäre also die Daumschraube für die Bekehrung unseres Landes zu den Glaubensötzen der gegenwärtigen preußischen Politik, wie sie in den nun sattsam manifestirten Forderungen sich abspiegeln. Das Land soll seinen Rechtsglauben abschwören und dem Machtglauben zuschwören, es soll das Recht fahren lassen und sich der Macht preisgeben, es soll in seinem rechtmäßigen Regenten ein Schattenbild sehen, das von Preußen sein Licht entlehnt. Wie sehr das Land diesem Glauben ferne steht, davon hat die Feier am 24. März ds. Jrs. Zeugniß abgelegt. Kaum Ein Ort im Lande hat diesen Tag als den einer wahren und wirklichen Befreiung ohne Feier vorübergehen lassen, und den im Kampfe Gefallenen ist an heiligen Stätten fast überall ein bleibendes Denkmal geweiht worden. Diese Feier hat einen bedeutsamen Kontrast gegen den 22. März gebildet, an welchem es an frommen Wünschen für den König von Preußen zwar nirgends gefehlt haben wird, denen öffentlich Ausdruck zu geben man aber überall Anstand genommen hat, weil jedes freie Herz den Schein vermeiden wollte, als ob die leiseste Sympathie für die Politik des preuß. Kabinets im Volke zu finden sei. Und muß dieses Gefühl des Mißtrauens nicht im vollsten Maße als berechtigt erscheinen Angesichts der preuß. Forderungen? Ist es nunmehr nicht vollkommen klar, daß dem Lande unter dem Titel eines „ewigen Schutz- und Trutzbündnisses" ein Verhältniß aufgedrungen werden soll, das die vollständigste Unterwürfigkeit in sich schließt und jede Spur eines selbständigen Staatslebens verwischt? Solche „Bündnisse" pflegte selbst Napoleon I. den unterjochten Völkern nicht aufzubürden. Ungehemmte Verfügung über die eigene Wehrkraft in Friedenszeit, unbeschränkte Gebietshoheit, eigene Gesetzgebung und Administration sind unerläßliche Faktoren für die Selbständigkeit jedes Gemeinwesens; in ihnen wurzelt sozusagen die Landesehre. Wo sie fehlen, da sind die Söhne des Landes nur fremde Söldlinge, da ist der Regent nicht Herr, sondern Vasall, an ein unseliges Verhältniß gebunden, das aufrecht zu erhalten sich die Ehre sträubt, und das nur bestimmt ist, in dem Augenblicke gebrochen zu werden, wo von den Betheiligten einer die Macht dazu findet.... Wir stehen bei dem herannahenden Schlußakt unserer Landestragödie an einem ominösen Scheidewege. Die Macht lockt und drängt, das Recht sträubt sich und warnt. Der durch das Staatsrecht, wie durch die Stimme des Volks berufene und von den Vormächten konferenzmäßig als bestberechtigt anerkannte Regent darf nicht regieren, die Stände, die gesetzlichen Organe des Landes sollen nicht reden; und dennoch soll ein Staatsbündniß, und zwar ein „ewiges und unauflösliches", geschlossen werden! In der That eine weltgeschichtliche Monstrosität! Für den Abschluß sollen von uns Garantien gegeben werden, während Preußen für den ewigen Schutz, den es verheißt und den nur unser Herrgott gewähren kann, bürgschaftsfrei bleibt; als ob die Wehr- und Waffenlosigkeit des Landes und die Besetzung von 12 bis 15,000 Preußen, unsererseits nicht Sicherheit genug böte, daß wir bis zum äußersten Punkte nachgeben werden in dem, was mit Ehren zugestanden werden kann.

Und wenn nun die preußischen Forderungen angenommen werden, wird dann der proklamirte Herzog etwa den Thron besteigen? Bewahre, keineswegs, dann soll erst weiter verhandelt und vielleicht nach dem Gutachten preußischer Kronsyndici entschieden werden. Der Erbfolgefrage soll nicht vorgegriffen werden — Das ist der vorläufige Feldruf. Wer möchte übrigens auch heutigen Tages noch den Werth einer preußischen Auslassung hoch anschlagen! Hat man nicht bereits das in der Londoner Konferenz vom 28. Mai v. J. gesprochene Wort als einen Irrthum erklärt und bessere Kandidaten als den „bestberechtigten" aufgestöbert? Trösten wir uns damit, daß der deutsche Bund sich mit uns in gleicher Lage befindet; denn auch an ihn ist die Frage herangetreten um Sein und Nichtsein. Eintracht und Energie, unerschütterliche Behauptung des Rechtsbodens und unablässiger Kampf gegen die rechtlose Macht kann uns jetzt noch zum Siege führen. Man meint uns mit der Aussicht auf ein endloses Provisorium einschüchtern zu können; wohlan denn, zeigen wir, daß diese Drohung, weit entfernt, unsern Muth zu brechen, nur unsere Energie stählt, nur unser Mißtrauen befestigt, nur unsern Unwillen verstärkt. Auch dem Provisorium ist

Feuilleton.

Metamorphosen der deutschen Frauentracht.

(Schluß.)

Seinen vollen Triumph feierte das Rococco im Anzug der deutschen Frauen um die Mitte des 18. Jahrhunderts. Es waren bizarre Gehäuse, worin die Schönen von damals steckten. Bei festlichen Veranlassungen war ihre Toilette geradezu ein Kunstwerk, dessen Aufbau nicht wenig Zeit, Mühe und Kosten verursacht hat. Die Füße der Frauen steckten in Schuhen von Atlas oder Sammet, welche mit goldgestickten Schleifen verziert und in der Mitte der Sohle mit einem zollhohen Stelzchen versehen waren, wodurch die Trägerin gezwungen wurde, auf den Fußspitzen zu schweben. Dies erklärt denn auch die steifen, abgemessenen Bewegungen der Tänze jener Zeit. Noch mehr als der Damenfuß, war der Damenkopf mißhandelt.

Denn auf diesen mauerte sich ein kolossaler, mit Drahtgestell und Roßhaarwulst unterbauter, aus verschiedenen Stockwerken bestehender, gepuderter, gekleisterter, mit einer Masse von Bändern, Blumen und Federn verzierter Haarthurm in die Höhe, welcher die Länge seiner Trägerin nahezu um eine Elle oder sogar darüber erhöhte. Der aus Fischbeinstäbchen aneinandergefügte Corsett-Harnisch zwängte Schultern und Arm zurück, preßte den Busen heraus und schnürte die Taille wespenhaft zusammen. Ueber dem umfangreichen Drahtgestell des Reifrockes spannte sich das mit allerhand Falbeln und Kinderlitzchen garnirte Seidenkleid, und über dieses floß das mit einer Schleppe versehene, vorn auseinanderfallende, auf beiden Seiten reich besetzte Obergewand von gleichem Stoffe hinab. Die mit Blonden beladenen Aermel reichten bis zum Ellbogen, und den Vorderarm deckte der lange parfümirte Handschuh. Hals, Nacken und Busen wurden sehr frei getragen. Die Geistlichkeit beider Confessionen scandalisirte sich höchlich über diese Offenherzigkeit, aber meist mit sehr geringem Erfolg. — „Um 1740", erzählt Keyßler, „liefen in Wien manche Damen gleich vom Bette aus, ohngeschnüret und öfters nicht wenig bloß, wenn sie nur eine Volante über sich geworfen hatten, zur Kirche und Kommunion."

Zum Staatsanzug der Damen jener Zeit gehörte der Fächer und das spitzenbesetzte Sacktuch; auch führte die elegante Schöne stets ein Perlmutterdöschen in der Tasche, welches einen Vorrath von Schönpflästerchen enthielt. Denn die richtige Wahl und das angemessene Ankleben der schwarzen, aus englischem Pflaster in allerlei Formen geschnittenen „Mouches" machte eines der wichtigsten Geheimnisse der Toilettenkunst und Koketterie aus.

Noch zu Anfang der Neunziger-Jahre behauptete sich der Reifrock, der Stelzschuh und die gepuderte Chignonfrisur. Dazu war noch das bauschige Halstuch gekommen, welches von dem Umstande, daß es in Verbindung mit Drahtgestellen benützt wurde, eine nicht vorhandene Busenfülle zu erkünsteln, den Namen „Menteur" erhielt.

Die französische Revolution revolutionirte auch den Damenanzug, wie sie vom Männerkopf, falls sie ihn nicht ganz beseitigte, Zopf und Haarbeutel wegschnitt. Die von England herübergekom-

seine bestimmt bemessene Grenze zu setzen, wenn das schleswig-holsteinische Volk nur einig ist und ernstlich will!"

München, 18. April. Diesen Morgen reiste der älteste Sohn des Prinzen Luitpold, Prinz Ludwig, in Begleitung seines Hofkavaliers, Frhrn. v. Malsen, nach Paris ab. Se. Majestät der König hatte den Prinzen zum Abschiede empfangen. Obgleich nun anderweitige Gerüchte zirkuliren, dürfte Prinz Ludwig, welcher das erst geschlossene Wintersemester an hiesiger Universität frequentirte, doch keine andere Aufgabe verfolgen, als während der Ferien sich etwas in der Welt umzusehen. Auf der Rückreise sollen einige größere Städte Deutschlands besichtigt werden. — Ihre Maj. die Königin-Mutter und Prinz Otto, ihr Sohn, reisen morgen zur Leichenfeier der Großherzogin Anna von Mecklenburg (sie starb im Wochenbette) nach Schwerin ab. (Die Verstorbene war eine Nichte der Königin. Nachdem Anfangs die Bulletins ihr ungestörtes Wohlbefinden gemeldet hatten, erschienen zwei ärztliche Berichte, welche, obwohl nicht in beunruhigendem Ton, von vorhandenem „Fieber" sprachen. Das neugeborne Kind befindet sich wohl. Die Großherzogin war bereits die zweite Gemahlin des Großherzogs.)

Dieser Tage hatte eine Deputation der Studien- und Gymnasiallehrer bei dem Kultusminister, Hrn. v Koch, Audienz. Dieselben überreichten zu ihrem bekannten Gesuche, die Gleichstellung ihrer Gehalte mit jener Kategorie von Beamten, denen sie im Range gleich stehen, betr., ein Promemoria mit einer nähern Motivirung; diese Deputation war aus 3 Herren gebildet, deren Jeder einem andern der drei Münchener Gymnasien angehörte. Die Audienz stellt für die Wünsche der Petenten ein günstiges Prognostikon, wie nach eingezogenen Erkundigungen sich denn auch sämmtliche höhere Beamten des Kultusministeriums für die volle Berechtigung des Gesuches ausgesprochen haben.

Wien, 16. April. Uebermorgen ist der Ausnahmszustand in Galizien zu Ende, und im Hinblick darauf ist bereits ein Erlaß des Justizministeriums an die dortigen Oberlandesgerichte erschienen, welcher speziell über die Behandlung der alsdann noch schwebenden Preßprozesse verfügt. Es sind diese Prozesse hiernach an einen ad hoc zu organisirenden Gerichtshof abzugeben, der sie in längstens drei Monaten zu erledigen haben wird. Die Zivilgerichtsbehörden werden in dem Erlaß gleichzeitig „zur energischen und unerschrockenen" Ueberwachung der Presse aufgefordert. Das Referat in Preßprozessen soll nur solchen Richtern übertragen werden, welche — der Landessprache mächtig — „in den Sinn und Geist der inkriminirten Artikel einzudringen" im Stande sind. — Die Berathungen über weitere Armeereduktion, welche unter dem Vorsitze des Erzherzogs Albrecht und unter Zuziehung namentlich des Oberbefehlshabers der italienischen Armee in den letzten Wochen hier stattgefunden haben, sind im Wesentlichen beendet. Nicht blos der Mannschaftsstand in der Infanterie hat noch eine weitere Herabminderung, vielleicht um 70,000 Mann, erfahren, sondern man hat auch an die Reduktion der vorzugsweise kostspieligen Waffen der Artillerie und Kavallerie Hand gelegt, und speziell die Reduktion der Artillerie im ganzen Bereich der italienischen Armee auf den vollen Friedensstand ist schon definitiv entschieden. Bezüglich des Maßes einer Reduktion der Kavallerie schweben die Verhandlungen noch. (A. Z.)

Berlin, 15. April. Die Marinevorlage zerfällt in mehrere Abtheilungen. An der Spitze steht der bezügliche aus 4 Paragraphen bestehende Gesetzesentwurf. Dann folgen zunächst die Motive, aus denen wir die folgende, auf die Befestigung der Kieler Bucht bezügliche Stelle entnehmen: „Was die Anlegung eines Kriegshafens an der preußischen Ostseeküste anlangt, so kann hierauf vorläufig verzichtet werden, weil Preußen gegenwärtig im Besitze eines trefflichen Hafens in der Ostsee ist, in welchem sich ein für die Zwecke der preußischen Flotte geeignetes Marine-Etablissement ohne bedeutenden Zeitverlust herstellen läßt. Nach den angestellten Untersuchungen eignet sich die Friedrichsort zunächst liegende Bucht des Kieler Hafens vorzugsweise zu einer solchen Flottenstation, da, abgesehen von günstigen Wasserverhältnissen, das an dem Ufer anzulegende Etablissement einem Bombardement von der Seeseite entzogen, auch gegen ein solches von der Landseite mit verhältnißmäßig geringen Kosten sicher gestellt werden kann. Dieses Marine-Etablissement wird den größten Theil des ziemlich geraden Strandes zwischen Friedrichsort und den Voßbrocker Hügeln bei Holtenau einnehmen." Das Spezielle über die beabsichtigte Anlage ergibt der der Vorlage beiliegende Kostenüberschlag, nach welchem sich die Gesammtkosten der beabsichtigten Werftanlage auf 3,800,000 Thlr. stellen. „Hierzu treten noch die Kosten für die fortifikatorische Sicherstellung des Etablissements. Die damit zu erreichenden Zwecke sind: 1) die kräftige Vertheidigung der Einfahrt in die Kieler Bucht; 2) die vollständige Sicherung des Hafens, sowie der Werftanlagen mit allem Zubehör gegen ein Bombardement von der Landseite; 3) Sicherung des Marine-Etablissements gegen einen überraschenden gewaltsamen Landangriff. Der erste Zweck kann vollständig erreicht werden, wenn in erster Linie zu beiden Seiten der Einfahrt in die Bucht je ein Fort erbaut, in zweiter Linie die Feste Friedrichsort retablirt und an dem gegenüber liegenden Strande eine Batterie angelegt wird, alle diese Werke aber mit den schwersten Geschützen armirt werden. Der zweite Zweck bedingt zu beiden Seiten der Bucht die Anlage von fünf weit genug vorgeschobenen, entsprechend armirten Forts, um feindliche Batterien in einer angemessenen Entfernung zu halten. Um den dritten Zweck zu erreichen, ist eine einfache, aber sturmfreie Umschließung des Marine-Etablissements unentbehrlich; sie wird durch eine gedeckte Kommunikation mit der Feste Friedrichsort in Verbindung zu bringen sein." Für diese Befestigungen sind nebst den Garnisonseinrichtungen für die Besatz-

---

mene Frauentracht, welche eigentlich nur aus einem Hemde bestand („la chemise grecque") wurde von den Pariserinnen der Direktorial-Zeit in so kokett-schamloser Weise getragen, daß sie, die schöne Madame Tallien voran, halbnackt erschienen, in fleischfarbenen seidenen Tricotpantalons mit lilafarbenen Zwickeln und Kniebändern, an den bloßen Füßen leichte Sandalen, Ringe an den Zehen, darüber die Chemise, d. h. ein wirkliches Hemd, welches hart unter der Brust lose gegürtelt, nur durch ein paar schmale Bänder auf den nackten Schultern befestigt war und die ganze Oberhälfte des Körpers vollkommen entblößt ließ, während auf dem am Hinterkopfe zu einem griechischen Knoten aufgebundenen Haar ein weißer Fichutrrbau saß.

Eine Dame, die sich auf Promenaden und Bällen durch die Durchsichtigkeit ihrer Tracht auszeichnete, erhielt ein niedliches Kästchen aus Acajouholz zugesendet, als sie eben einen glänzenden Cirkel um sich versammelt hatte. Die Aufschrift lautete: „Kleidung für Madame." Neugierig ward das Kästchen eröffnet, und als einziger Inhalt zeigte sich ein Feigenblatt. Auch in Deutschland griechelten und römelten die Damen den französischen nach, namentlich in Berlin. Allein Ehrbarkeit, rauhes Klima, und mit Recht polternde Aerzte machten dem griechischen Costume eine erfolgreiche Opposition. Entschieden wurde der Sieg derselben erst durch die Rückkehr zur Schnürbrust, womit sich auch nach und nach wieder eine anständige Verhüllung einstellte. Wie in wichtigeren Dingen hatte die Revolution auch in Sachen des Frauenanzugs weit über das vernünftige Maß und Ziel hinausgeschossen, und so erfolgte denn hierin ebenfalls die reaktionäre Gegenströmung, welche unter dem zweiten französischen Kaiserreich glücklich wieder beim Reifrock der Rococozeit angelangt ist.

Fast ist Einem bei diesen Schilderungen der wechselnden deutschen Frauentracht zu Muthe, als ob man die „abgekürzte Chronik" der europäischen Trachten läse. Ein Ruhm der Originalität aber bleibt uns in diesem Kreise, der Ruhm nämlich: daß die Modejournale deutschen Ursprungs sind. Das erste stammt aus dem Jahre 1758. Wenn wir nicht irren, gilt dies nicht minder von den Theater-Zeitungen und Theater-Agenten.

Vermischtes.

(**Ueber das neue Anatomie-Gebäude in Berlin**) bringen dortige Blätter folgende Schilderung: Durch eine reich ornamentirte Eingangshalle gelangt man in das mit Kreuzgewölben überspannte Vestibulum, dessen Fußboden ein musivisches Teppichmuster zeigt, welches aus gebranntem Thon hergestellt ist. An das Vestibulum, durch Garderoben getrennt, schließen sich die beiden Präparirsäle an, von denen der eine polygonalartig geschlossen, mit weitgespannten Sterngewölben überdeckt ist, welche von zwei kräftigen Granitpfeilern getragen werden. Der größere dagegen ist mit Kreuzgewölben überdeckt, welche zwischen 10 zierlichen gußeisernen Säulen eingespannt sind und deren Blättercapitäle, nach romanischen Motiven gebildet, durch Weinblätter ornamentirt werden. Die beiden mächtigen 10 Fuß breiten Granittreppen liegen in besonderen, thurmartig aufgeführten Eckbauten und führen nach dem ersten Stock, wo außer den Arbeitszimmern des Direktors und der Prosektoren, dem physikalischen und chemischen Kabinet, dem großen Sammlungssaale, das große, prächtige Auditorium, für 250 bis 300 Studirende Platz gewährend, eingerichtet ist. Letzteres hat eine Länge von 53 Fuß 8 Zoll und eine Breite von 42

ung 2,350,000 Thlr. erforderlich; hierzu kommen die Kosten für die Marine-Etablissements mit 3,800,000 Thlr., was für den Kieler Hafen also zusammen einen Bedarf von 6,150,000 Thlr. ergibt. Sodann werden gefordert: zu den Hafen- und Befestigungsbauten an der Jahde 8,283,000 Thlr., zur Anschaffung von vorläufig 2 Panzerfregatten 4,180,000 Thlr. und zur Beschaffung schwerer Gußstahlgeschütze für die vorhandenen Schiffe 1,000,000 Thlr., so daß der Gesammtbedarf für die nächsten 6 Jahre sich auf 19,615,000 Thaler veranschlagt. Es folgt sodann der Plan für die Erweiterung der preußischen Flotte. Nach diesem Plane soll die preußische Flotte künftig bestehen aus: 10 Panzerfregatten (Eisen) von 20 bis 30 Geschützen und 800—1000 Pferdekraft, 10 Panzerfahrzeugen (2 davon sind fertig) von 4 Geschützen und 300 Pferdekraft, 8 gedeckten Korvetten (Holz, 4 davon sind fertig) von 28 Geschützen und 400 Pferdekraft, 6 Glattdeckskorvetten (Holz, 4 davon sind fertig) von 14—17 Geschützen und 200—350 Pferdekraft, 6 Avisos (Eisen) von 2 Geschützen und 250 Pferdekraft, 4 Transportschiffen von 4 Geschützen und 200 Pferdekraft. Für den Bau dieser Schiffe werden erforderlich sein 32,538,000 Thlr. und mit Einschluß des Bedarfs für die nöthige Geschützreserve rc. 34,593,500 Thlr.

Leipzig, 13. April. Eine kleine Feier innerhalb des hiesigen Militärvereins verdient Erwähnung. Heute sind es gerade 16 Jahre, daß die Bayern und Sachsen, unterstützt durch eine hessisch-thüringische Brigade, die Düppeler Schanzen 1849 stürmten und nahmen, eine Sturmkolonne von höchstens 2000 Mann mit einem Artilleriepark von etwa 25 bis 27 Geschützen geringen Kalibers gegen die zum Theile aus 24- und 84-Pfündern bestehenden Batterien der Dänen. Der Verlust der Sachsen und Bayern betrug damals gegen anderthalbhundert Mann. Die siegreichen Truppen konnten die Schanzen nur mühsam halten; es mußten sich aber die Dänen trotz wiederholter Angriffe wieder zurückziehen. Die obenerwähnte Feier fand gestern Abend in dem durch die Flucht der Franzosen und den Tod Poniatowski's historisch gewordenen, jetzt parzellirten und mit Häusern bebauten „Gerhard'schen Garten" statt. Man trank auf die anwesenden Veteranen von 1849, den Anführer der Sturmkolonne, Generalmajor v. Heintz, und den Kronprinzen Albert von Sachsen, der den Sturm mitmachte.

Paris, 15. April. Die Bedeutsamkeit der Thiers'schen Rede im französischen gesetzgebenden Körper veranlaßt uns, auf dieselbe noch etwas ausführlicher zurückzukommen. Die konservativen Interessen, die bei der italienischen und insbesondere der römischen Frage auf dem Spiele stehen, sind noch niemals geistvoller vertheidigt worden. Der leitende Gesichtspunkt von Thiers, den er früher schon mehrfach als Hauptsache betont hat, ist der, daß dem Kaiser nicht das Recht zustehe, mit seiner Selbstherrlichkeit eine Frage zu lösen, die für mehr als 30 Mill. Franzosen eine wesentliche Glaubens- oder Gewissenssache sei. In seiner Rede drückte er diesen Gedanken ungefähr so aus, daß allen Katholiken das Recht zustehe, zu verlangen, daß man die durch ihren Glauben bedingte religiöse Souveränität im Papste nicht angreife. Der Septembervertrag ist aber eine schwere Beeinträchtigung dieser Souveränität. Ueber das Verhältniß von Italien zu Frankreich sprach er eine Ansicht aus, die nicht Wenige mit ihm theilen. Er meinte nämlich, die Zeit der treuen Bundesgenossenschaft Italiens werde genau so lang dauern, als die Zeit der Schwäche dieses Landes. Große Furcht hegt Thiers auch davor, daß Italiens Einheit die Mutter der Frankreich gefährlichen deutschen Einheit werde. Thiers erkennt in Oesterreich den nothwendigen Bundesgenossen von Frankreich. Diese Bundesgenossenschaft wird vereitelt durch Italiens Einheit, die aus allen möglichen Gesichtspunkten für die Italiener selbst nicht wünschenswerth sei. Die Bedeutung des Septembervertrags ist nach Thiers seiner Bestimmung wesentlich die, daß man in Betreff Roms so vorgehen wollte, daß jenseits der Anschein, man wolle Rom verschenken, diesseits den Katholiken gegenüber der Anschein entstehe, als verlasse man Rom nicht. Der Glaube an eine Aussöhnung zwischen Italien und dem Papstthum erscheint dem Redner als Lächerlichkeit. Von gesunder nationaler Selbstsucht ausgehend meint er, Frankreich müsse für den Katholizismus thun, was Rußland für den griechischen Kult, England für den Protestantismus. Die Zerstörung der weltlichen Macht des Papstes untergrabe Autorität und Einheit der Kirche.

Die heutige Sitzung eröffnete Staatsminister Rouher mit einer sehr heftigen Erwiederung auf die Rede von Thiers. Er suchte aus dessen Vergangenheit alle brauchbaren politischen Widersprüche und Inkonsequenzen hervor, welche bei der Mehrheit einen für die Regierungssache angenehmen Eindruck hervorbringen können. Die Kammer lachte auch wirklich recht eifrig, namentlich als von den früheren beschränkten Anschauungen des Herrn Thiers über Entwickelung des Eisenbahnwesens rc. die Rede war. Die Opposition unterbrach mehrmals den Vertreter der Regierung in seinen Citaten und seiner retrospektiven Kriegsführung in höchst heftiger Weise. Ganz besonders aber glaubte sie die Bezeichnung eines Hauptes der Opposition, welche Rouher Herrn Thiers beilegte, nicht annehmen zu dürfen. Pelletan ist sogar so wenig der Ansicht des Ministers, daß er bei Wiederholung dieses Ausdrucks sich erhebt und den Saal verläßt. In Bezug auf die römische Frage tritt Rouher, trotz alledem, nicht aus der Unklarheit heraus. Man könne weder Rom plötzlich verlassen, noch auf unbestimmte Zeit besetzt halten. Die Regierung werde durch alles Treiben der Leidenschaften in ihrer Versöhnungs-Expectative sich nicht beirren lassen und einfach die Konvention zur Ausführung bringen. Am Schluß der sehr langen Rede wurde eine Pause gemacht. Es folgte eine Erwiederung von Thiers, eine Entgegnung von Rouher, einige Worte von Buffet zu Gunsten der weltlichen Gewalt.

Fuß 6 Zoll bei einer Höhe von 37 Fuß, ist polygonalartig geschlossen und besitzt eine im romanischen Style reich gemalte und kassetirte Holzdecke. Eine hydraulische Hebevorrichtung bringt die Leichen aus dem Souterrain in den Präparirsaal. Das Auditorium wird durch Wasser geheizt. Durch Sprachröhren gelangen die Anordnungen aus den Sälen nach dem Souterrain; Toiletten mit Hähnen zu kaltem und warmem Wasser sind in allen Räumen aufgestellt, Abflußröhren, mit Geruchsverschlüssen versehen, führen die Unreinigkeiten auf dem kürzesten Wege ab. Da die Decken in allen Räumen, wo der Verwesungsprozeß der Leichen vor sich geht, gewölbt und mit Oelfarbe gemalt, die Fußböden aber asphaltirt und mit Abflußröhren versehen sind, so ist es möglich, durch die an die Feuerhähne anzuschraubenden Schläuche Decken, Wände und Fußböden abzuspülen und somit die größte Reinlichkeit zu erhalten. Für die Lüftung der Räumlichkeiten ist gleichfalls in der ausreichendsten Weise Sorge getragen worden. Die unter den Decken angebrachten luftdicht schließenden Jalousieklappen führen im geöffneten Zustande die verdorbene Luft ab, während frische Luft durch stellbare Schieber, welche unmittelbar über dem Fußboden angebracht sind, den Sälen zugeführt wird. Außerdem sind in besonderen, inwendig glasirten Steigeröhren Gasabzugsbrenner angebracht, welche die unreine Luft ansaugen und aus den Zimmern entfernen. Die Façaden des Gebäudes sind in Terracotta ausgeführt und wie die gesammte innere Architektur im italienisch-romanischen Styl von dem Bau-Inspektor Cremer entworfen, unter dessen oberer Leitung der Bau mit allen Nebenanlagen in dem kurzen Zeitraume von 1¾ Jahren vollendet worden ist. Die Kosten der ganzen Bauanlage betragen 178,180 Thlr. In seiner gegenwärtigen Vollendung dürfte das Gebäude, sagen die Berliner Blätter, unter allen ähnlichen Instituten in Europa wohl den ersten Rang einnehmen.

Bei Konin in Polen ist vor einiger Zeit, wie der „Ostd. Z." ein Augen- und Ohrenzeuge versichert, folgender tragische Fall vorgekommen: „In einer Schenke eines kleinen Dorfes bei Konin trafen einige russische Soldaten mit russisch-polnischen Bauern zusammen. Während sie sich am Branntwein gütlich thun, prahlt einer der Kosaken ungeheuer, was er für ein trefflicher Schütze sei, und macht einem Bauer die Offerte, daß er ihm auf 100 Schritt den Hut vom Kopfe herunter schießen wolle. Der Bauer geht darauf ein und es kommt zur Wette um 4 Quart Schnaps. Jeder ist des Sieges gewiß; der Kosak im Bewußtsein seiner Sicherheit im Schießen, und der Bauer — im Bewußtsein seiner Schlauheit. Der letztere drückt sich den niedrigen, breitkrämpigen Hut tief in die Stirn, stellt sich auf 100 Schritt hin und weiß bereits im Geiste — da der Hut doch jetzt fest sitzt, daß er gewonnen habe. Der Kosak legt an, zielt, der Schuß fällt, aber auch der Bauer, denn die Kugel war ihm mitten durch die Stirn gegangen. Der Soldat wurde sofort verhaftet und nach Konin gebracht, wo er Tags darauf der fahrlässigen Tödtung eines Menschen angeklagt wurde. Seine Vertheidigung war einfach, indem er behauptete, nicht durch Fahrlässigkeit den Bauer getödtet zu haben, da er im Schießen so sicher wie Keiner sei; der Bauer sei allein daran schuld, da er sich den Hut zu tief in die Stirn gedrückt habe; aber — damit auch der Richter die Ueberzeugung gewinne, daß er ein unfehlbarer Schütze sei und ihn deshalb freisprechen möge, machte er ihm den Vorschlag, dasselbe Experiment mit ihm wie mit dem Bauer vorzunehmen, nur gebe er ihm den guten Rath, sich nicht den Hut in die Stirn zu drücken, sonst könne die Kugel denselben nicht mitnehmen. Der Delinquent wurde zu vier Wochen strengem Arrest verurtheilt."

Dann beschloß die Mehrheit den Schluß der Debatte. Das klerikale Amendement wurde mit 169 gegen 84 Stimmen verworfen und darauf die ganze Adresse mit großer Mehrheit angenommen.

Paris, 15. April. Noch ehe Thiers heute durch den Staatsminister, der sich gestern noch besondern Rath bei dem Kaiser geholt hat, abgefertigt wurde, setzte ihm der „Constitutionel" in schonungsloser Weise zu. Die Regierung hat fleißig Urkunden gesammelt, um Thiers durch Thiers zu widerlegen. Sie hat damit in der That nach vielen Seiten ein leichtes Spiel. Es ist unleugbar, daß Thiers so wenig an den Segen der Eisenbahnen, wie des Freihandels, glauben wollte. Es ist durch den „Moniteur" unerbittlich beurkundet, daß er im Jahr 1848 von einem Italien sprach, das sich unter den Händen unerbittlicher Herren winde, daß er die Nachricht von einem Einfall der Oesterreicher das Damoklesschwert nannte, das immer über dem Haupt der unglücklichen Italiener schwebe, daß er die Oesterreicher damals die Erbfeinde Frankreichs nannte und dazu aufforderte, sich an die Ueberlieferungen der altfranzösischen Politik zu halten, welche die Politik aller Zeiten sei. Chigi, der päpstliche Nuntius, hat gestern Thiers für seine Rede gedankt und ihm dazu Glück gewünscht.

Rußland. Das „Journal de St. Petersbourg" vom 14. gibt neuerdings Aufklärungen über die herrschenden Krankheiten. Die Krankheiten werden als bekannte, nicht neue Typhusfieber und rekurrirendes Fieber angegeben. Das Maximum der Krankenfälle hatte 250—300 pro Tag erreicht. Die höchste Anzahl der Sterbefälle war nicht über 60 täglich, im Durchschnitte 25—30. Ein „hochgestellter Arzt" in Petersburg telegraphirt der „Wiener Mediz. Presse" unterm 14. April: „Epidemisch herrschen typhus exanthematicus (Flecktyphus) und febris recurrens. Kontagiosität nicht bedeutend."

New-York, 1. April. Die kürzlich erlassene Verschärfung der Paßvorschriften erscheint ihrem Wortlaute nach übermäßig streng. Wenn die von Seward getroffene Anordnung buchstäblich befolgt werden soll, so dürften sich der Schifffahrt unangenehme Hindernisse erheben. Wenn Jemand an Bord eines nach den Vereinigten Staaten segelnden Schiffes seinen Paß verloren oder vielleicht die Wachsamkeit des Kapitäns beim Einsteigen schon getäuscht haben sollte, so wäre es möglich, daß das Schiff seine Ladung gar nicht, oder doch erst nach längerer Verzögerung löschen kann; woraus für den Handelsverkehr störende Unterbrechungen und in besonderen Fällen vielleicht unheilvolle Folgen entstehen würden.

Die vom Kriegsschauplatze eingetroffenen Privatberichte stimmen überein, daß der Wendepunkt der um Richmond geschlagenen Schlachten, welche schließlich zum Fall Richmond's führten, in einem, am 1. d. bei Five Forks stattgefundenen, blutigen Kampfe bestanden habe; gewonnen sei dieses Treffen dadurch worden, daß Lee's rechte Flanke durch Sheridan umgangen wurde, in Folge dessen die Vertheidigungslinien vor Petersburgh unhaltbar wurden und zur Räumung Richmonds geschritten werden mußte. Noch am 30. März war ein Versuch Sheridan's, die White Oak Road zu erreichen, um in Lee's Rücken zu gelangen, gänzlich gescheitert. Am darauf folgenden Tage wurde er, obwohl durch Warren verstärkt, abermals zurückgeschlagen. Am Sonnabend (1. d.) dagegen übernahm er auch den Oberbefehl über Warren's Korps, und von diesem Augenblick an soll er außerordentliches Talent an den Tag gelegt, soll er den dritten Theil des Lee'schen Heeres gebunden, kampfunfähig oder gefangen haben. Der Angriff auf der ganzen Linie begann erst am 2. (Sonntag), wo die Konföderirten aus allen ihren Verschanzungen hinausgeworfen wurden. Lee hatte seinen Rückzug schon in der Nacht vom Sonntag auf Montag begonnen, doch scheint Grant davon erst am Montag früh Kunde erlangt zu haben. Die letzten Depeschen aus Richmond sind vom 4. und enthalten bloß die Meldung des Generals Weitzel, daß er daselbst viel Eisenbahnmaterial vorgefunden habe. Am selbigen Tage telegraphirte Grant von der Station Sutherland: „Zehn Meilen von Petersburgh, gegen Burksville zu, sind am heutigen Tage durch Sheridan 1200 Gefangene eingebracht worden, 200—300 andere durch meine eigenen Truppen. Der größte Theil der in Lee's Rücken zurückgelassenen Waffenstücke fand sich zwischen Richmond und seiner gegenwärtigen Position. Artillerie-Munition, zerbrochene und verkohlte Karren, Munitionskasten und Ambulancen bezeichneten die Rückzugslinie des Feindes." (Die Widderschiffe auf dem Jamesfluß und die Uferwerke soll Grant früher in die Luft gesprengt haben.) In Petersburgh wurde wenig Eigenthum zerstört. Lincoln, welcher die ganze Zeit über in Grant's Hauptquartier verweilt hatte, besuchte später Petersburgh und soll im Hause von Davis in Richmond kurze Zeit eingekehrt sein. General Stoneman, welcher im Heere von Thomas die Reiterei befehligt, war von Knoxville aufgebrochen und hatte am 27., nach unbedeutendem Kampfe, Boone, in Nord-Carolina, erobert, von wo er ohne Verzug gegen Salisburg oder Danville vorrücken dürfte. — Offiziellen Ausweisen zufolge betrug die Nationalschuld am 31. März 2,366,955,077 Doll. An Interessen waren zu zahlen 61,016,631 Doll. in Gold und 38,819,899 Doll. in Papier.

Hiezu die Beilage: „Würzburger Anzeiger".

Verantwortlicher Redakteur: A. Hartmann.
Druck und Verlag der Stabel'schen Buch- und Kunsthandlung in Würzburg

Cours der Staatspapiere.

Oesterr.	5 pCt. Met. (Cp. i. S. b. R.)	—
"	5 pCt. Lomb. ditto. à 24	—
"	5 pCt. Engl. Met. v. 1852	— G.
"	5 pCt. Engl. Met. v. 1859	78 3/4 P.
"	5 pCt. Venet. Coupon b. R.	87 G.
"	5 pCt. Nationalanl. v. 1854	69 1/4 P.
"	5 pCt. Metall. Obligation	65 1/4 P.
"	4 1/2 pCt.	58 1/2 — 3/8 G.
Preussen	3 1/2 pCt. Staatsschuldsch.	—
Bayern	4 1/2 pCt. Obl. [illegible] dto.	101 7/8 P.
"	4 1/2 pCt. Obl. 1/2 jähr. dto.	102 P. 101 7/8 G.
"	4 pCt. Obl. 1jähr. dto.	99 1/8 P.
"	4 pCt. Obl. 1/2 jähr. dto.	99 1/4 G.
"	4 pCt. Obl. Ab.-R. dto.	98 3/4 P. — G.
"	3 1/2 pCt. Obl. dto.	—
Württemb.	4 1/2 pCt. Obl. b. Rothsch.	101 1/4 G.
"	3 1/2 pCt. Obl. dto.	95 1/2 P.
Baden	4 1/2 pCt. Obl.	—
"	3 1/2 pCt. Obl. v. 1842	92 P.
Gr. Hess.	4 1/2 pCt. Obl.	—
"	4 pCt. Obl. b. Rothsch.	101 1/4 P.
"	3 1/2 pCt. Obl. dto.	97 5/8 P.
Nassau	4 1/2 pCt. Obl. dto.	102 1/4 P.
"	4 pCt. Obl. dto.	99 1/2 P.
"	3 1/2 pCt. Obl. dto.	92 P.
Frankfurt	3 1/2 pCt. Obl.	95 1/2 P.
"	3 pCt. Obl.	—
Spanien	3 pCt. inl. Sch. P. à fl. 2. 30	—
"	2 1/4 pCt.	—
Schweden	4 1/2 pCt. Obl. à 105 Thlr.	90 1/4 G.
N.Amerika	6 pCt. à 100 fl. 1861 D. 2 1/2	—
"	6 pCt. ditto r. 1882	68 3/4 — 65 1/8 G.

Diverse Aktien.

Frankfurter Bank à fl. 500	148 3/8 P.
K. K. Oesterr. National-Bankaktien	873 P. 871 G.
Oesterr. Kreditbank-Aktien à fl. 200	201 1/2 — 2 G.
Bayer. Hypothekenb. Pfandbriefe 4 pCt.	97 7/8 P.
Darmst. Bank 1. u. 2. Serie à fl. 250	230 G.
Weimarische Bank à Thlr. 100	100 5/8 G.
Mitteldeutsche Kreditaktien	101 1/2 G.
Intern. Bank in Lux. à 250 Frs. à 28 kr.	—
Taunus-Eisenbahn à fl. 250	— G.
Frankfurt-Hanauer-Eisenbahn	— P.
[illegible] L.St.Eisb. 5pCt. 500 Fr. à 28 kr.	—
" Elisab.-Eisenbahn 5 pCt.	122 P. 121 5/8 G.
Böhm. Westbahn-Aktien à fl. 200 6/7	—
Rhein-Nahe-Bahn 200 Thl. à 105 4pCt. Z.	32 1/4 G.
Ludwigshafen-Bexbacher à 4 pCt.	149 1/4 P.
dto. dto. Prior. à 4 pCt.	—
Pfälz. Maxb. [illegible] Rothschild à 4 1/2 pCt.	107 3/4 G.
Oest. [illegible] Prior.-Oblig. à 3 pCt.	52 3/4 P. 1/2 G.
Elisab.-Bahn Prior. 5 pCt. 6/7	79 3/4 P.
Südd. Bank-Akt., 40 pCt. Einz.	256 P.
Span. Handels- und Industrie	—
Bayr. Ostbahn à 4 1/2 pCt. volleinbez.	118 5/8 P. 3/8 G.
Bayer. Ostbahn mit 50 pCt. Einz.	113 1/2 P.

Wechsel
in süddeutscher Währung.

Amst. fl. 100 k. S.	100 7/8 P.
Antwerp. Frs. 200 k. S.	94 5/8 G.
Augsb. fl. 100 k. S.	99 3/4 G.
Berlin Th. 60 k. S.	104 7/8 P.
Brem. 50 Th. Ld. k. S.	97 3/4 P.
Brüssel Frs. 200 k. S.	94 5/8 G.
Cöln Thlr. 60 k. S.	104 7/8 P.
Hamb. MB. 100 k. S.	88 3/4 P.
Leipzig Th. 60 k. S.	105 P.
London Lst. 10 k. S.	119 3/8 P.
Lyon Frs. 200 k. S.	[illegible]
Mail. Frs. 200	94 5/8 G.
München fl. 100 k. S.	99 3/4 G.
Paris Frs. 200 k. S.	94 5/8 G.
Petersburg 60 S.-R.	—
Triest fl. 100 k. S.	—
Wien fl. 100 ö. W.	—
do. in öst. W. l. S.	108 3/8 G.
Disconto	3 1/2 pCt. G.

Anlehens-Loose.

Oesterr. fl. 250 v. 1839	145 1/2 P.
" fl. 250 v. 1854 mit 4pCt.	79 1/8 G.
" fl. 500 v. 1860 6/7	87 1/2 — 3/8 G.
" fl. 100 Eisb.-L. v. 1858.	136 1/2 P. 136 G.
" do. v. 1864.	—
Schwed. 10 Thlr. Loose	10 P.
Badische fl. 50	—
Badische fl. 35	53 3/4 P.
Kurhess. Thlr. 40 b. R.	56 5/8 P.
Gr. Hessen fl. 50 b. R.	134 1/4 P.
" fl. 25 do.	—
Nassau fl. 25 bei Rothsch.	35 3/4 P.
Sardinische Fr. 36 b. B.	—
Neuchateler 10 Frs.-Loose	—
Freiburger 15 Frs.-Loose	—
Mailänder 45 Frs. L. b. R.	—
St. Lüttich mit 2 1/2 pCt. Z.	34 1/2 P.
Ansb.-Gunzenh. fl. 7-L.	11 3/8 P.

Frankfurt, 18. April. Bei großer Aufregung zeigten Amerikaner eine steigende Tendenz, schlossen jedoch in Verfolg von Gewinnstrealisationen matter, als sie im Verlaufe der Börse waren. Von österr. Papieren waren besonders Kreditaktien beliebt.

(Synd.)

k. Hof- und Staatsbibliothek München
1 N. Würzb. Ztg.

Neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht!

№ 109. | Vorausbezahlung: Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 1 fl. 30 kr. Bei Inseraten wird die dreispaltige Zeile in gewöhnlicher kleiner | 62. Jahrgang. | Schrift oder deren Raum im Hauptblatte mit 6 kr., im Anzeiger mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franco. | Donnerstag, 20. April 1865.

Der Fall von Richmond.

Einer New-Yorker Korrespondenz der „Köln. Ztg." vom 5. ds. entnehmen wir: „Richmond ist unser!" so erscholl am 3. d. Mts. der Jubelruf durchs ganze Land vom atlantischen bis zum stillen Meere. Die Bundesflagge weht wieder stolz über dem Capitol der ehemaligen Hauptstadt der ehemaligen Rebellion; die Hand des ehemaligen Sklaven, des jetzigen schwarzen Unions-Soldaten, der unter dem deutschen General Weitzel in der Frühe des 3. in die Stadt eingedrungen war, hatte sie dort aufgepflanzt. Di. Republik hat triumphirt über die schlechteste, verkommenste Form des Feudalismus, der Krieg ist entschieden und geht mit Riesenschritten seinem Ende entgegen. Der ganze Norden ist noch wie betäubt vor Ueberraschung und Freude. Der sonst äußerlich so gemessene Amerikaner ist unter dem Eindrucke der letzten Ereignisse laut lärmend und mittheilend geworden wie ein heißblütiger Franzose. Kein Haus, das nicht die Sterne und Streifen aufgehißt hätte; es bilden sich Volksversammlungen an den öffentlichen Plätzen und Straßenecken, die Reicheren illuminiren und die Hurrahs für Grant und Weitzel wollen kein Ende nehmen. Die Gerichte und Schulen wurden bei der Ankunft der Siegesbotschaft geschlossen, die öffentlichen Behörden, Versicherungs-Kompagnieen und Banken machten Feierabend, die Glocken läuteten und die Siegesschüsse dröhnten an allen Enden der Stadt, kurz, New-York hatte sein Festkleid angezogen und überließ sich übermüthig und frohlockend der Freude. Jeder handelt aus sich selbst, allein doch im Einklange mit seinen Nachbarn; der Jubel, der nicht nur hier herrscht, sondern durchs ganze Land geht, ist der spontane Ausdruck der Gefühle und freudigen Erregung der Massen." Zum besseren Verständniß der letzten Bewegungen bemerkt der oben erwähnte Korr. Folgendes: „Grant begann sie am 29. März damit, daß er von seinem Hauptquartier, südlich von Petersburg, aus in südwestlicher Richtung auf die Südseiten-Eisenbahn vordrang. Lee stürzte sich erst um 10 Uhr Nachts desselben Tages mit ungestümer Gewalt auf das Bundesheer, um es zu durchbrechen; allein er mußte mit bedeutendem Verluste wieder abziehen. Am 30., Donnerstags, zwang der heftige Regen beide streitende Theile zur Einstellung der Feindseligkeiten. Am Freitag, 31. März, wurde Grant zwar aus seiner Position an der Boydtown-Straße, welche mit der Südseiten-Eisenbahn parallel läuft, zurückgedrängt; indessen gelang es ihm am Nachmittage, den Feind zu werfen und dessen Stellung einzunehmen. Zur selben Zeit war Sheridan mit seiner Kavallerie mehr nach Westen an die Eisenbahn vorgedrungen und gab sich den Anschein, als wolle er an den Knotenpunkt weiter westlich in Burkesville marschiren. Diese List gelang. Lee schickte Verstärkungen an die scheinbar bedrohten Punkte und entblößte auf diese Weise seine Werke in und bei Petersburg. Grant wandte sich jetzt mit seiner ganzen Macht dahin und zwang Lee am Sonntag den 2. April zum Entscheidungskampfe. Nachdem dieser lange hin und her geschwankt hatte, entschied er sich endlich zu Gunsten des Bundesheeres. Die Konföderirten, die an den ersten drei Tagen todesmuthig gekämpft hatten, schienen endlich der Metzelei überdrüssig zu werden, ein Fort wurde ihnen nach dem andern genommen, und in der Nacht vom 2. zum 3. zogen sie sich in aller Stille zurück. Beim Tagesanbruch des 3. rückten die ersten Bundestruppen in Petersburg ein. Richmond war zu gleicher Zeit von Lee geräumt, und Weitzel nahm gegen 8½ Uhr von der Stadt Besitz, deren Bewohner ihn jubelnd und festlich empfingen. Er fand dort noch 28 Lokomotiven, 150 Eisenbahn-Wagen und ziemlich bedeutende Pulvervorräthe. Lee war in aller Eile geflohen, die Straßen waren mit Waffen wie besäet, und bis jetzt sind an 20,000 Gefangene in die Hände der Sieger gefallen. Wohin sich Lee gewandt hat und ob er noch eine organisirte Armee besitzt, ist noch nicht klar, überhaupt lauten die telegraphischen Depeschen noch ziemlich verworren; indessen steht so viel fest, daß Grant den Appomatox entlang und Sheridan in der Richtung von Burkesville den Süd-General verfolgt, und es ist immerhin möglich, daß der eine von ihnen Lee noch einholt. Ohne mich hier auf weitere Spekulationen einlassen zu wollen, bemerke ich, daß Thomas sich Lynchburg von Knoxville aus nähern soll. Sherman hat telegraphirt, daß er sich getraue, Johnston zu packen und von einer Vereinigung mit Lee abzuhalten; ich glaube, daß dessen Armee demoralisirt ist und keinen feindlichen Zusammenstoß mehr aushalten kann. Es ist jedenfalls charakteristisch für Grant, daß er, statt Siegesfeste zu feiern, sich und den Seinigen keine Ruhe gönnt und vier Tage nach gewonnener Schlacht den fliehenden Feind verfolgt. Lincoln war bei dem Ausbruche Grant's in City Point, nach der einen Version, um mit den Generalen, darunter auch dem von Goldsboro gekommenen Sherman, die eben gewonnene Schlacht zu berathen, nach einer anderen, um neue Disteln auf dem Friedensfelde zu pflücken. Lincoln folgte Grant und ließ es sich nicht nehmen, dessen Fortschritte selbst nach Washington zu telegraphiren, und zog dann mit den siegreichen Truppen in Petersburg und in Richmond ein. Aus letzterer Stadt hat er seiner Frau eine Botschaft, datirt Jefferson Davis' Haus, zugesandt; einige fremde Gesandten sollen sich in seinem Gefolge befunden haben."

Eine ausführlichere Schilderung der militärischen Bewegungen, die mit dem Untergang des Rebellenheeres endigten, bringt die „New-Yorker Handelsztg.", welche auch den glänzenden Antheil, den Sheridan an den Erfolgen dieser denkwürdigen Apriltage hat, klar in's Licht setzt. „Wir entnehmen dem genannten Blatt Folgendes: Am Dinstag, 28. März, nach Abhaltung eines Kriegsraths unter Vorsitz von Lincoln und Anwesenheit des Oberbefehlshabers Grant und der Generale Sherman, Meade, Ord und Sheridan, begannen die zusammenwirkenden Bewegungen aller Heerestheile. Sheridan, welcher eben erst auf einem siegreichen Zug durch das Shenandoah-Thal um die Nord- und Ostseite Richmonds herum dem Feinde die wichtigsten Zufuhrstraßen abgeschnitten und dadurch bereits viel zur Entmuthigung der Südlinge beigetragen hatte, war mit der Eröffnung der Operationen und dem wichtigsten Theile ihrer Ausführung beauftragt. Die Reiterei voran, rückte er von Südwesten her in der Nacht vom 28. auf den 29. März auf die beiden Eisenbahnen los, die in südlicher Richtung jetzt noch die einzigen Verbindungslinien zwischen Lee und dem Ueberrest der Konföderirten bildeten. Hier gab's am 29. März ein Treffen zwischen dem 5. Korps, das Sheridan verstärken sollte, und den Rebellen. Diese wurden geworfen; das zweite und fünfte Korps schlossen sich Sheridan's Truppen an. Während dessen war Ord von Nordosten her gekommen und hatte Petersburg gegenüber Stellung genommen. Hierbei fielen (30. März) nur Scharmützel vor. Am 31. Morgens griffen die Konföderirten einen Theil von Sheridan's Truppen mit einem heftigen Ueberfall an; im ersten Anprall siegreich, wurden sie nach vierstündigem Kampf in die Flucht geschlagen. Die Unionisten standen nun nahe vor den Hauptwerken des Feindes zu Petersburg, südlich von denselben. Der Kampf hatte sich den ganzen Tag hindurch fortgesponnen; es wurde mit unbeschreiblicher Wuth gefochten. Sheridan erreichte am Abend einen für Lee's Rückzugslinie höchst wichtigen Punkt, die Five Forks genannt, westlich von Petersburg; Lee hatte alles Entbehrliche von Truppen dahin geworfen, und Sheridan mußte die dort genommene Stellung in der Nacht vom 31. März auf den 1. April wieder räumen. Der Entscheidungskampf begann am 1. April Nachmittags. Sheridan griff mit dem fünften Korps die Stellung bei den Five Forks wieder an. Sheridan's Benehmen bei dieser Gelegenheit wird von den Korrespondenten mit großem Enthusiasmus geschildert. Er war überall, im dichtesten Kugelregen, anfeuernd, ordnend, lobend und strafend. Die Soldaten waren vollständig elektrisirt, wo immer sich der herrliche Junge*)

*) Sheridan ist bekanntlich kaum über die Jünglingsjahre hinaus.

zeigte und folgten ihm mit einer unglaublichen Todesverachtung in das dichteste Kampfgewühle. Nach einem rasenden Kampfe erstürmten die Unionisten gegen Abend die feindliche Position. 8 Geschütze, 5000 Gefangene, ein vollständiger Divisionstrain mit Waffen und Ausrüstungsgegenstände aller Art waren die Beute. Die Truppen schliefen unter den Waffen. Nur Sheridan rastete nicht, sondern berieth sich die ganze Nacht mit Grant und Meade, welche persönlich nach der Fronte gekommen waren, und traf alle Dispositionen, um das ruhmreich begonnene Werk am folgenden Tag zum Schlusse zu bringen. — Bis dahin war nur der linke Flügel (die Kavallerie, das zweite und fünfte Korps) recht in's Feuer gekommen. Der Rest der Armee erwartete mit Begierde das Zeichen zum Angriff. Dieses erfolgte am 2. April Morgens. Wright (6. Korps) und Parke (9. Korps) stürmten die ihnen gegenüber liegenden feindlichen Werke, nahmen sie (wobei 3000 Gefangene gemacht wurden) und hatten damit die feindliche Linie durchbrochen. Die Schlacht wüthete den Tag hindurch auf der ganzen Linie fort. Während Wright im Centrum bis an die Southside-Bahn vordrang und diese aufzureißen begann, flankirte Sheridan mit seiner Kavallerie, dem 5. Korps und einer Division vom 2. Korps den rechten Flügel des Feindes und Ord preßte mit dem 25. Korps dessen linken. Der Rest des 2. und das ihm zur Unterstützung zugeschickte 24. Korps rückten ebenfalls vor und nahmen mehrere Forts. Die Linien der Unionisten waren damit wieder geschlossen und die ganze äußere Fortifikationslinie von Petersburg in ihren Händen; ihr rechter und linker Flügel lehnten sich an den Appomatox an. 12,000 Gefangene und 50 Geschütze gehörten zu dem Preis dieser glorreichen Kämpfe. Jetzt erst kam Lee zu dem Entschluß, die weitere Vertheidigung von Petersburg und damit die Hauptstadt aufzugeben. In der Nacht auf Montag (2. — 3. April) zog er mit seiner Armee ab und selbstverständlich beeilten sich die Rebellen-Häuptlinge in Richmond, sich ihm anzuschließen. Die Ehre der ersten Besetzung der Rebellen-Hauptstadt hatte wiederum, wie bei Charleston, ein deutscher General, der brave Gottfried Weitzel, der Commandeur des (ausschließlich aus Negern bestehenden) 25. Korps."

Groß war am 3. April, als die Siegeskunde eintraf, der Jubel in Washington. Viele Kaufleute schlossen ihre Läden und Bureaux, und die Geschäfte wurden suspendirt. Von den Stufen des Staatsdepartements hielt Seward eine Rede an die versammelte Menge. Eine noch größere Menschenmenge hatte sich aber vor dem Kriegsministerial-Gebäude eingefunden. Sekretär Stanton wünschte dem Volke Glück zu dem großen Siege und dem herannahenden Ende der Rebellion. Vicepräsident Johnson hielt eine Rede und schlug drei Hurrahs für Grant, seine Mannschaft und seine Offiziere vor. Senator Sherman, Bruder des Generals Sherman', Preston King von New-York und Sekretär Seward hielten Reden. Seward forderte zur Illumination der Stadt auf. Die fremden Gesandten erschienen im Staatsdepartement und gratulirten der Regierung zum Fall von Richmond. Der erste der erschienenen Gesandten war der von Oesterreich, Graf von Wiedenbruck.] Nach ihm erschienen der Gesandte der Schweiz und der des Königs von Schweden. Als die Volksmasse, die sich vor dem Kriegsministerial-Gebäude eingefunden hatte, laut nach dem Kriegssekretär rief, hielt derselbe eine Ansprache, in der er sagte, daß in dieser Stunde des Triumphes sein Herz voll des Dankes gegen den allmächtigen Gott für die Erlösung der Nation sei und daß dem Präsidenten, der Armee, der Flotte und den großen Feldherren und Seehelden und den tapfern Soldaten und Offizieren der Dank der Nation gebühre, die auf den Schlachtfeldern ihr Leben in die Schanze geschlagen haben. Von nun an sollte man den Verwundeten die größte Sorgfalt und Hülfe angedeihen lassen. Nachdem der Sekretär zur Dankbarkeit gegen Gott ermahnt hatte, verlas er die Depesche Grant's, welche die Einnahme von Richmond ankündigte.

Wie bereits bemerkt, mußte vor dem Staatsdepartements-Gebäude der Staatssekretär, Herr Seward, ebenfalls eine Rede an die versammelte Menge halten. „Ich danke meinen Mitbürgern," sagte er, „für die Ehre, die sie mir erweisen, indem sie kommen, um mir zum Falle von Richmond Glück zu wünschen. Ich stehe gerade im Begriff, meine Depeschen nach dem Auslande zu schreiben. Was soll ich dem Kaiser von China schreiben? Ich werde ihm in eurem Namen dafür danken, daß er niemals in den Häfen seines Reiches eine Piratenflagge zugelassen hat. Was soll ich dem türkischen Sultan sagen? Ich werde ihm dafür danken, daß er stets rebellische Insurgenten ausgeliefert hat, die in seinem Reiche Zuflucht suchten [!]. Was soll ich dem Kaiser der Franzosen sagen? (Eine Stimme: Er soll machen, daß er aus Mexiko herauskommt.) Ich werde dem Kaiser der Franzosen sagen, daß er morgen nach Richmond kommen, und sich seinen Tabak holen kann, der so lange blokirt gewesen ist, wenn ihn die Rebellen nicht geraucht haben. (Ungeheurer Jubel und Beifall.) Dem Lord John Russell will ich sagen, daß die britischen Kaufleute finden dürften, daß Baumwolle unter den mit den Vereinigten Staaten geschlossenen Verträgen, von unseren Häfen ausgeführt, viel wohlfeiler ist, als diejenige, welche sie durch die Blokadebrecher erhalten haben. Was Earl Russell selbst betrifft, so brauche ich ihm nicht zu sagen, daß dieses ein Krieg für die Freiheit und für die National-Unabhängigkeit und die Rechte der menschlichen Natur und nicht ein Krieg um die Herrschaft ist, und daß, wenn Britannien nur gerecht gegen die Vereinigten Staaten sein will, es im ungestörten Besitze von Canada bleiben kann, so lange dasselbe die Herrschaft der edlen

Feuilleton.

Das Criminal-Irrenhaus in England.

In dem hochgespannten, dichten Leben der Engländer mit ihren starken Versuchungen, Leidenschaften, Speisen, Getränken und — Entbehrungen werden mehr Geistesfugen gesprengt und mehr Köpfe verschroben und verrückt, als irgendwo unter ruhigen und „regierteren" Völkern. Wo so viel Kraft frei und entfesselt ge- und verbraucht wird, ist Mißbrauch derselben nur der dunkle Schlagschatten zum Lichte. Und wo so viele entfesselte Kräfte oft nach einem und demselben Gute gieren und greifen, erscheint der Mitbruder oder Mitbewerber oder Sieger als grimmigster Feind, der Mordlust erweckt und nicht selten zum Morde treibt. Jedem Morde geht eine Art Wahnsinn voraus, aber nur ein Theil der Mörder wird wegen ausgeprägter Geistesstörung vom Galgen losgesprochen und zum Gefängniß im Criminal-Irrenhause „so lange es der Königin beliebt" (during Her Majesty's pleasure) d. h. auf zeitlebens verurtheilt.

Diese wahnsinnig befundenen Mörder wurden früher in Bedlam und anderen Irrenhäusern untergebracht; neuerdings häufte sich aber deren Zahl und Gefährlichkeit in dem Grade, daß man es für nöthig hielt, ein eigenes „Criminal-Irren-Asyl" zu erbauen. Es ist jetzt fertig und reich bevölkert. Besuchen wir es unter Leitung und Belehrung des Hauptarztes, des Deutschen Dr. Meyer.

Es ist eine kurze Tour von London auf der Südostbahn. Wenn wir aus den freundlichen, dicht mit Villa's und Parks besäeten Hügelgegenden in Fichtenwaldebenen hineindampfen, ist's nicht mehr weit, denn in diesem Fichtenwalde oben auf einer sandigen Höhe erheben sich die rothen Sandstein-Paläste, umgeben von hoher Mauer, welche zusammen das „Broadmoor-Asyl", dieses Criminal-Irrenhaus ausmachen.

Von Außen sieht die Anstalt ungemein malerisch und großartig aus auf ihrer Höhe und in dieser wilden Umgebung. Es könnte ein Crösus von Lord den Einfall gehabt haben, sich hier diese rothen Sandstein-Paläste zu bauen. Man ahnt nichts von der Bestimmung und dem Charakter der Bewohner. Blos die grimmigen hohen Mauern ringsum erscheinen nicht recht geheuer. Sie sind denn auch die unübersteigliche Grenze, welche die Bewohner für immer von der übrigen Welt trennt. Aus diesem Asyl gibt's keinen Weg hinaus für die einmal Angesiedelten. Mag die Vernunft hell und fest wiederkehren, auch der vollständig Genesende bleibt hier bis zum Tode, und selbst sein Leichnam wird nur auf dem Friedhofe der Anstalt der ewigen Ruhe übergeben. Im Essen und Trinken, in Wohnung und Aufwartung, freier Verfügung über ihre Zeit zum Spielen, Spazierengehen, Schreiben und Lesen oder Annahme von Besuchen sind sie freie Herren und werden mit der größten Schonung und Humanität behandelt.

Es steht ihnen fast Alles frei, aber heraus aus diesen Mauern kommt Niemand wieder, unter keiner Bedingung. Das erscheint entsetzlich hart, aber man hat wieder und immer wieder die Erfahrung gemacht, daß diese Art von Mordwahnsinnigen (nicht Selbstmordsüchtige) auch geheilt in der Freiheit immer wieder wahnsinnig und Mörder wurden. Wahnsinnige dieser Art wurden in Irrenhäusern vollständig wieder hergestellt und entlassen. Das ruhige, gesunde Leben in den neueren englischen Irrenhäusern, der Schutz vor den Leidenschaften und Aufregungen vernünftiger und civilisirter Menschen, die nicht selten auch starke Geister um den Verstand bringen, gute, humane und ärztliche Behandlung brachte das gestörte Gefüge des Geistes wieder so in Ordnung, daß sie als vollständig geheilt entlassen wurden. Aber wieder von den rauhen Stößen des Schicksals draußen erschüttert, umheult von

Königin der Einverleibung in die Vereinigten Staaten vorzieht. (Großartiger Beifall.) Was soll ich dem König von Preußen sagen? Ich will ihm sagen, daß die Deutschen der Standarte der Union getreu geblieben sind, gerade so wie sein vortrefflicher Gesandter Baron v. Gerolt in seiner Freundschaft den Vereinigten Staaten unwandelbar treu geblieben ist während seines langen Aufenthaltes in diesem Land. (Beifall.) Dem Kaiser von Oesterreich werde ich sagen, daß er sich als einen sehr weisen Mann erprobt hat, denn er sagte uns gleich in allem Anfang, daß er keine Sympathie mit der Rebellion hat, wo sie auch immer auftreten mag. Ich zweifle nicht, Mitbürger, daß ihr zum mindesten die Theorie theilt, von welcher ich mich während des Krieges habe leiten lassen, nämlich, daß die Rebellion in 90 Tagen zu Ende sein müße. (Heiterkeit und Beifall.) Ich hielt das für die richtigste Theorie, weil ich niemals von einem Arzte gehört habe, der im Stande gewesen wäre, einen Kranken zu kuriren, wofern er nicht geglaubt hätte, daß er ihn schlimmsten Falls in 90 Tagen kuriren könne. (Heiterkeit.) Schließlich will ich, wenn das amerikanische Volk damit einverstanden ist, sagen, daß unser Wahlspruch im Frieden derselbe sein soll, wie er im Kriege gewesen ist: Jede Nation hat das Recht, ihre heimischen Angelegenheiten nach ihrer eigenen Manier zu regeln und alle Nationen sind verpflichtet, sich so zu benehmen, daß sie den Frieden auf Erden und das Wohlwollen unter den Menschen fördern."

(Amtliche Nachrichten.) **München**, 13. April. Se. Maj. der König hat den geh. Sekretär im Staatsministerium der Finanzen, J. Höß, zum Regierungsrath extra statum bei der k. Regierungs-Finanzkammer von Oberbayern ernannt und gestattet, daß derselbe wie bisher bei dem Staatsministerium der Finanzen auch ferner dienstlich verwendet werde; die kath. Pfarrei Eschelbach, Bezirksamts Erding, dem Priester Joseph Bichlmaier, Cooperator in Bockhorn, übertragen; genehmigt, daß die kathol. Pfarrei Gammelsdorf, Bezirksamts Freising, von dem Erzbischofe von München-Freising dem Priester J. Hadd, Pfarrer in Berbling, Bezirksamts Rosenheim, und die kathol. Pfarrei Schwabhausen, Bezirksamts Dachau, dem Priester P. Harlander, Schloßbenefiziat in Stein, verliehen werde; den Verweser der Hauptzollamts-Verwaltersstelle zu Neuburg a/Rh., J. A. F. Kremer, in den Ruhestand treten lassen; den Assessor des Landg. Rottbalmünster, J. Bramante, auf die Dauer eines Jahres in den Ruhestand versetzt, und dessen Stelle dem dermaligen Vertreter der Staatsanwaltschaft am Ldg. Osterhofen, A. Rumpf, verliehen; auf die am Bezirksg. Bamberg erledigte Advokatenstelle den Advokaten Fr. Scholler in Windsheim versetzt und dessen Stelle dem Advokaten-Konzipienten J. W. Glaß in Nürnberg verliehen.

Aus **Churhessen**, 17. April, schreibt die „Allg. Ztg.": „Trotz dem Jahr 1848 und seinen wohlthätigen Errungenschaften besteht in Churhessen doch noch ein Stück Zensur. Die „Kronjuristen" des monarchischen Prinzips haben nämlich dem Landesherrn als oberstem Kriegsherrn die Macht zuerkannt, den Offizieren zu verbieten, irgendein Buch drucken zu lassen, ehe sie das oberkriegsherrliche Imprimatur dafür eingeholt haben. Außerdem weiß man, daß es an allerhöchster Stelle nicht gern gesehen wird, wenn der Offizier sich literarisch beschäftigt, und selbst seine Fachwissenschaften soll er nicht literarisch bearbeiten. Deßhalb haben mehrere strebsame Schriftsteller ihre militärischen Werke im Ausland unter fremden Namen drucken lassen, sind aber deßhalb doch nicht der Verfolgung und den kleinlichen Chikanen ihrer Oberen entgangen, welche begreiflicherweise den Geschmack ihres Kriegsherrn theilen, und jede wissenschaftliche Federübung als eine insubordinationsmäßige Ueberhebung der Wissenschaft über den Gamaschendienst auffassen und verurtheilen. Daß dieser Haß gegen die literarische Beschäftigung der Offiziere aber so weit gehen werde, ihnen auch die Mitarbeiterschaft an Zeitschriften zu verbieten, hat man seither auch in Kurhessen für unmöglich gehalten. In der neuesten Zeit sind nämlich die Regimentsobersten angehalten worden, bei den Offizierkorps Umfrage nach einigen Artikeln der deutschen „Wehrzeitung" zu halten. Ein Oberst soll seine Leute auf Ehrenwort befragt, andere Kommandeure die Sache leichter behandelt haben."

Aus dem **Haag**, 9. April. Am 7. d. M. ward die internationale Blumenausstellung im Industriepalast zu Amsterdam festlich eröffnet. Fast alle Minister waren dabei zugegen. Der große Saal bot einen prachtvollen Anblick dar. Die Jury hat etwa 456 Denkmünzen zuerkannt, darunter 102 goldene und 36 große goldene. Die meisten fielen Niederländern und Belgiern zu; unter den deutschen Bewerbern erhielt der Kunstgärtner J. P. Schmidt zu Erfurt mehrere, darunter einen ersten Preis. Der botanische Kongreß ward von Prof. Oudemans (Amsterdam) mit einer geschmackvollen und herzlichen französischen Rede eröffnet. Fünf Regierungen haben ihn beschickt: Frankreich, Belgien, die Schweiz, Schweden und Norwegen, Sachsen. Von zahlreichen wissenschaftlichen Anstalten und Gartenbauvereinen sind Abgeordnete erschienen; am meisten aus Frankreich und Belgien, danach aus Preußen 22, aus England 13, aus Oesterreich 5. Selbst Rußland und Spanien haben ihr Kontingent gestellt. Im Ganzen wohnen dem Kongreß etwa 400 Botaniker bei, darunter 155 Niederländer. Die Ausstellung, durch das herrlichste Wetter begünstigt, dauert bis zum 12. d. M. einschließlich.

Madrid, 17. April. Es herrschte heute bei den Stiergefechten die vollständigste Ruhe. Die Abgeordneten von der Majorität haben in einer vorbereitenden Versammlung den Beschluß gefaßt, das Verhalten der Regierung bei den jüngsten Ereignissen zu billigen.

---

dem Wahnsinn des Vernünftigen und der nervösen Aufregung dieses erbarmungslosen Menschengetriebes, verloren sie bald wieder das schwache Gleichgewicht der Geisteskräfte, die sich nur mit mehr Energie und List und dem geschärften Bewußtsein einer Pflicht auf den einen Punkt richteten, so gründlich und grausam wie möglich, zu — morden. Einige wurden sofort nach dem ersten neuen Morde, andere erst nach mehreren wieder gesichert und nun auf ewig dem Broadmoor-Asyl übergeben.

Einige davon haben bis jetzt ihre Mordlust beibehalten, Andere sind unter der humanen und moralisch festen Behandlung des Dr. Meyer scheinbar wieder ganz gesund im Geist und Körper. Aber an eine Befreiung und Entlassung ist nicht zu denken Eine Verurtheilung zu Broadmoor wegen mörderischen Wahnsinns ist gleich dem Tode, aus welchem es auch keine Rückkehr zum irdischen freien Leben gibt.

Doch hinein durch die hohen, doppelten Eisenthore, hinein unter diese 500 Menschen unglücklichster Art, deren natürlich und physisch verunstaltete Körper- und Kopfbildung zu schwach war, um den Leidenschaften und Mißtönen des Lebens Widerstand zu leisten, die in krankhafter Eifersucht, in krankhafter Ruhmsucht und Eitelkeit, in krankhaftem Hasse gegen gewisse Menschen und Formen des Lebens sich durch Mord Verdienste zu erwerben meinten und zum Theil auch jetzt noch von listig versteckter Leidenschaft glühen, zu morden. Es sind über 400 Unglückliche männlichen und etwa 60 weiblichen Geschlechtes. Sie zusammen haben beinahe Eintausend Menschen gemordet, Manche darunter ihre nächsten Angehörigen, ihre ganze Familie.

Auf dem Spielplatze für die weiblichen Bewohner amüsirten sich etwa ein Dutzend Weiber und Mädchen mit dem beliebten Criquetspiel. Man sagte uns, daß diese über dreißig Mordthaten begangen hätten. Doch wir kommen zunächst in den Haupttheil der Gebäude und zuerst zu dem Versammlungs-, Speise- und Spielsaal der Männer zu ebener Erde, und den Schlaf- und Krankenzimmern oben darüber.

Der Versammlungssaal ist ziemlich voll. Einige spielen, Andere sprechen, Andere starren vor sich hin. Einige der Nächsten springen auf, um den Dr. Meyer mit allen möglichen Bitten und Beschwerden oder Drohungen zu überfallen. Er aber weist sie freundlich, fest und mit Erfolg zurück und vertröstet sie auf eine gelegenere Zeit. Es sind Männer jedes Alters und sehr verschieden in Gestalt, Ausdruck, Kleidung, aber Alle gleich in dem verbrecherischen Typus ihrer Kopf- und Gesichtsbildung. Wer mit den Bewohnern der Gefängnisse vertraut ist, weiß, was wir unter verbrecherischem Typus verstehen: eine Organisation, die sofort eine niedrige und verschobene geistige Entwicklung verräth, kleiner Kopf, enge, nach hinten geschobene Stirn, ruhelose, mißtrauische, geheimnißvoll gläserne oder starre Augen, schwächlicher Körper, meist unter mittlerer Größe. Diese Zeichen des Criminal-Wahnsinns treten hier besonders auffallend, massenhaft und ausgeprägt auf. Lauter kleine, unnatürlich geformte Köpfe, enge, nach vorn hängende, oft ungleiche Schultern, schwacher Gliederbau, schiebender, stoßender, schlürfender, unregelmäßiger Gang. Das sind die „Leute von der Königin Belieben" „Her Majesty's pleasure people", wie sie sich selbst am liebsten nennen, um mit einer gesetzlich gebräuchlichen, verhüllenden Phrase („during Her Majesty's pleasure" d. h. auf Lebenszeit) ihre eigne schreckliche Lage verschönernd zu bezeichnen.

(Schluß folgt.)

(Nr. 7.) **Homonyme.**

Demüthig beugt der Mensch vor Ihm sich bis zur Erde,
Auch brauchts die Köchin auf dem Herde.

Auflösung der Homonyme Nr. 6: Versehen.

Rom, 16. April. Herr v. Persigny wird am 20. d. nach Neapel abreisen. Die „Corresp. de Rome“ glaubt nicht an eine Mission des Hrn. v. Persigny und an neue Unterhandlungen; der römische Hof warte die Vollziehung des französisch-italienischen Vertrages ab; er betrachte Hrn. v. Persigny als einen intelligenten und thatkräftigen Mann, rechne aber vor Allem insbesondere auf die Vorsehung. Das „Giorn. di Roma“ bringt einen Artikel in demselben Sinne.

Rom. Das „Giornale di Roma“ zeigt nach dem letzten Bericht der Einnahme des Peterspfennigs an, daß an die päpstlichen Kassen eine Summe von 6,376,000 Frs. geflossen ist. Die Gesammtsumme, welche seit September 1859 bis auf diesen Tag gesammelt worden, beläuft sich auf 43,010,400 Frs. Das genannte Journal fügt diesem Ausweise hinzu, daß man niemals in Rom so viele Fremde gesehen hat, als in der Charwoche des Jahres 1865.

Aus **Turin** erhält die „Ostd. Post“ folgende Mittheilung: „Unter den Dokumenten, welche der Kammer für die Diskussion des Eisenbahngesetzes vorgelegt wurden, befindet sich auch ein Brief des Baron v. Rothschild vom 7. Juli 1864, in dem er dem damaligen Ministerium schrieb, er könne den für den Ankauf der Eisenbahnen stipulirten Kontrakt nicht einhalten, da in Bälde die Verlegung der Hauptstadt nach Florenz stattfinden würde! Das Ministerium antwortete ihm, dies wäre ein jeden Grundes entbehrendes Gerücht, und eine Veränderung des Kontraktes sei ganz überflüssig! Wer Recht hatte, haben die Ereignisse bewiesen. So hatte also Baron Rothschild schon zwei Monate früher Kenntniß von der Konvention als die Minister!“

In der **Turiner** „Monarchia Italiana“ war jüngst ein Artikel enthalten, welcher den Finanzminister Sella in der skandalösesten Weise unter vielen andern Dingen einer nicht geringeren Handlung als des Betrugs beschuldigte. Sella erhob Klage gegen den Geranten des genannten Blattes. Bei der am 15. d. M. stattgefundenen Verhandlung erklärten nun 3 Zeugen, daß der fragliche Artikel von dem Deputirten Ballanti herrühre, und nur ein Zeuge milderte diese Angabe mit der Bemerkung, daß der Artikel vielfach abgeändert worden sei. Zugleich kam auch ein Brief des Deputirten Ballanti zur Verlesung, in welchem dieser dem Finanzminister versichert, daß er der Sache fremd sei, indem der fragliche Artikel von Florenz aus mit einer 500 Fr.-Note eingesandt sei. Es wird nun Klage gegen den Geranten und den Deputirten zugleich erhoben. Bezüglich der gerichtlichen Verfolgung des Letztern ist die Erlaubniß der Kammer eingeholt worden, welche dieselbe auch bereits ertheilt hat.

Eine Schaar von vielen Personen aus Faenza (in den Marken) kehrte kürzlich von einer Landpartie mit flatternden Fahnen und Musikbegleitung unter Absingung der Garibaldi-Hymne dorthin zurück. Die Gendarmerie kam herbei und forderte die Schaar auf, sich zu zerstreuen; als die Leute keine Folge leisteten, wollten die Karabinieri Verhaftungen vornehmen. Da empfing sie aber ein Hagel von Steinen, und es wurden auch mehrere Schüsse abgefeuert, so daß sowohl die Karabinieri als auch die Bürger mehrere Verwundete hatten. Es konnte erst wieder die Ordnung hergestellt werden, nachdem 57 Verhaftungen auf der Stelle und noch mehrere andere später vorgenommen worden waren. Der Vorfall kam bereits im Turiner Parlament zur Sprache. Die Opposition tadelte das Verhalten der Behörden; die Regierung gab sich Mühe, das Ereigniß als politisch bedeutungslos darzustellen.

Quebec, 25. März. Von den vier Ministern, welche mit der Mission betraut worden waren, mit der englischen Regierung über die Lage und Zukunft Kanada's in persönliche Berathung zu treten, haben drei aus verschiedenen Gründen abgelehnt. Nur Cartier, der Atorney-General von Unterkanada (und Vertreter der französisch-kanadischen Interessen) nahm die Wahl an. Die ausübende Gewalt befindet sich in einer schwierigen Lage. Eine oder zwei Wochen wird es dauern müssen, ehe sich eine andere Anordnung treffen läßt, um so mehr, da das Parlament schon so früh vertagt worden ist, um die Abreise der Abgesandten nach England zu ermöglichen. Das Land ist überhaupt in einer kritischen Periode. Wieder erhebt sich der Ruf nach Annexion. Einige Mitglieder der Regierung verhehlen nicht ihre Ansicht, daß der Bericht, welchen die nach England abzusendenden Delegirten bei ihrer Rückkehr abstatten werden, das Schicksal Kanada's entscheiden wird.

Der „Phare de la Loire“ erfährt aus **Vera-Cruz**, daß das Transportschiff „Le Rhone“ mit dem 2. Zuavenregiment an Bord nach Oran abgefahren ist. Der „Eure“ soll zwischen dem 5. und 10. April nach Brest abgehen. Es bringt vereinzelte Militärpersonen und mehrere hundert französische Staatsangehörige mit, die kürzlich erst nach Mexiko eingewandert waren und nun, da es ihnen unmöglich war, sich ihren Lebensunterhalt zu verdienen, von dem französischen Consul unentgeltlich wieder in ihre Heimath zurückbefördert werden.

Hiezu die Beilage: „Würzburger Anzeiger“.

Verantwortlicher Redakteur: A. Hartmann.
Druck und Verlag der Stahel'schen Buch- und Kunsthandlung in Würzburg

Cours der Staatspapiere.

Oesterr.	5 pCt. Met. (Cp. i. S. b. R.)	—
„	5 pCt. Lomb. ditto. à 24	—
„	5 pCt. Engl. Met. v. 1852	80¼ P.
„	5 pCt. Engl. Met. v. 1859	78½ G.
„	5 pCt. Venet. Coupon b. R.	87¼ P.
„	5 pCt. Nationalanl. v. 1854	69—68¾ G.
„	5 pCt. Metall. Obligation	63¾ P.
„	4½ pCt.	58⅝—½ G.
Preussen	3½ pCt. Staatsschuldsch.	—
Bayern	4½ pCt. Obl. 1jähr. dto.	101¾ P.
„	4½ pCt. Obl. ½jähr. dto.	101⅝ G.
„	4 pCt. Obl. 1jähr. dto.	99 P.
„	4 pCt. Obl. ½ jähr. dto.	99¼ G.
„	4 pCt. Obl. Ab.-R. dto.	— G.
„	3½ pCt. Obl. dto.	—
Württemb.	4½ pCt. Obl. b. Rothsch.	104¼ G.
„	3½ pCt. Obl. dto.	95½ P.
Baden	4½ pCt. Obl.	—
„	3½ pCt. Obl. v. 1842	92 P.
Gr. Hess.	4½ pCt. Obl.	—
„	4 pCt. Obl. b. Rothsch.	101¼ P.
„	3½ pCt. Obl. dto.	97⅝ P.
Nassau	4½ pCt. Obl. dto.	102 P.
„	4 pCt. Obl. dto.	99 P.
„	3½ pCt. Obl. dto.	92 P.
Frankfurt	3½ pCt. Obl.	95½ P.
„	3 pCt. Obl.	—
Spanien	3 pCt. inl. Sch. P. à fl. 2. 30	—
„	2½ pCt.	—
Schweden	4½ pCt. Obl. à 105 Thlr.	90¾ P.
N.Amerika	6 pCt. à 100 Dr. 1881 D. 2½	67⅞—68⅝ G.
„	6 pCt. ditto v. 1882	67⅝—68⅜ G.

Diverse Aktien.

Frankfurter Bank à fl. 500	149 G.
K. K. Oesterr. National-Bankaktien	866—63 G.
Oesterr. Kreditbank-Aktien à fl. 200	199—½ G.
Bayer. Hypothekenb. Pfandbriefe 4 pCt.	97⅞ P.
Darmst. Bank 1. u. 2. Serie à fl. 250	229 G.
Weimarische Bank à Thlr. 100	101 G.
Mitteldeutsche Kreditaktien	101½ G.
Intern. Bank in Lux. à 250 Frs. à 28 kr.	—
Taunus-Eisenbahn à fl. 250	346 G.
Frankfurt-Hanauer-Eisenbahn	102⅝ P.
Oest. F.St.Eisb. 5pCt. 500 Fr. à 28 kr.	—
„ Elisab.-Eisenbahn 5 pCt.	122 P.
Böhm. Westbahn-Aktien à fl. 200 6/7	—
Rhein-Nahe-Bahn 200 Thl. à 105 4pCt. Z.	—
Ludwigshafen-Bexbacher à 4 pCt.	149⅜ P.
dto. dto. Prior. à 4 pCt.	—
Pfälz. Maxb. b. Rothschild à 4½ pCt.	107¾ P.
Oest. St.-Eisenb. Prior.-Oblig. à 3 pCt.	52⅞ P.
Elisab.-Bahn Prior. 5 pCt. 6/7	79¾ P.
Südd. Bank-Akt., 40 pCt. Einz.	256½ P.
Span. Handels- und Industrie	—
Bayr. Ostbahn à 4½ pCt. volleinbez.	114 P.
Bayer. Ostbahn mit 50 pCt. Einz.	113⅝ P.

Wechsel
in süddeutscher Währung.

Amst. fl. 100 k. S.	100¾ P.
Antwerp. Frs. 200 k. S.	94⅝ G.
Augsb. fl. 100 k. S.	99¾ G.
Berlin Th. 60 k. S.	104⅞ P.
Brem. 50 Th. Ld. k. S.	97¾ P.
Brüssel Frs. 200 k. S.	94⅝ G.
Cöln Thlr. 60 k. S.	104⅞ P.
Hamb. MB. 100 k. S.	88⅜ G.
Leipzig Th. 60 k. S.	105 P.
London Lst. 10 k. S.	119¼—⅛ G.
Lyon Frs. 200 k. S.	—
Mail. Frs. 200	94⅝ G.
München fl. 100 k. S.	99¾ G.
Paris Frs. 200 k. S.	94¾ G
Petersburg 60 S.-R.	—
Triest fl. 100 k. S.	—
Wien fl. 100 ö. W.	—
do. in öst. W. l. S.	108¾—⅝ G.
Disconto	3½ pCt. G.

Anlehens-Loose.

Oesterr. fl. 250 v. 1839	144½ G.
„ fl. 250 v. 1854 mit 4pCt.	78¼ G.
„ fl. 500 v. 1860 6/7	87⅛—86⅞ G.
„ fl. 100 Eisb. L. v. 1858.	136¼ P.
„ do. v. 1864.	—
Schwed. 10 Thlr. Loose	10 P.
Badische fl. 50	—
Badische fl. 35	53½ P.
Kurhess. Thlr. 40 b. R.	56⅜ P.
Gr. Hessen fl. 50 b. R.	189¼ P.
„ fl. 25 do.	—
Nassau fl. 25 bei Rothsch.	— P.
Sardinische Fr. 36 b. B.	—
Neuchateler 10 Frs.-Loose	—
Freiburger 15 Frs.-Loose	—
Mailänder 45 Frs. L. b. B.	—
St. Lüttich mit 2½ pCt. Z.	34½ P.
Ansb.-Gunzenh. fl. 7-L.	11⅝ P.

Frankfurt, 19. April. Die Medio-Liquidation ging unter ziemlich hohen Reports von Statten. Amerikanische Bonds waren fest und etwas höher als gestern am Schlusse. Oesterreichische dagegen, namentlich Kreditaktien, auf schlechte Wiener Notirungen matter. Auch die starke Baisse der Pariser Börse blieb nicht ohne Einfluß, man betrachtete dieselbe als eine Wirkung der mexikanischen Anleihe. (Synd.)

An die
k. Hof- und Staatsbibliothek
1 N. Würzb. Ztg. München.

Neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht!

№ 110.	Vorausbezahlung: Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 1 fl. 30 kr. Bei Inseraten wird die dreispaltige Zeile in gewöhnlicher kleiner	62. Jahrgang.	Schrift oder deren Raum im Hauptblatte mit 6 kr., im Anzeiger mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franco.	Freitag, 21. April 1865.

(Amtliche Nachrichten.) **München**, 19. April. Se. Maj. der König hat dem Registrator der k. Regierung von Oberfr. J. G. W. Höbl, in Rücksicht auf seine 50jährigen treu geleisteten Dienste die Ehrenmünze des k. Ludwigsordens verliehen; dem bisherigen Botengehilfen am Bez.-Ger. Amberg, Adam Böhm, die am Appell.-Ger. der Oberpfalz und von Regensburg erledigte Botenstelle, dann dem Bez.-Ger.-Boten Jakob Hilpert zu Freising die am Bez.-Ger. daselbst erledigte Gefängnißwärterstelle und dem Botengehilfen G. Seidl zu Freising die am Bezirksgerichte daselbst sich eröffnende Botenstelle verliehen; den Landrichter F. Pfaffenzeller in Haag aus administrativen Erwägungen in den Ruhestand versetzt; auf dessen Stelle den Ldg.-Assessor J. Mitterhuber in Pfaffenhofen befördert und die hiedurch am Ldg. Pfaffenhofen in Erledigung gekommene Assessorstelle dem Accessisten des Appell.-Ger. von Oberbayern, J. B. Eikes, verliehen.

Der k. Forstamtsaktuar Vt. Frhr. v. Crailsheim in Reichenhall wurde zum Forstamt Sebaldi in Nürnberg versetzt. Der k. Forstwart L. Plochmann wurde nach Ochenbruck im Forstamt Laurenzi und der dortige Forstwart A. Gerhager an dessen Stelle nach Kalkreuth, Forstamts Sebaldi, aus administrativen Erwägungen versetzt.

Wien, 20. April. Der General Graf Coronini ist auf sein Ansuchen des Postens eines kommandirenden Generals in Ungarn enthoben und pensionirt und zu seinem Nachfolger der General der Kavallerie, Fürst Friedrich Lichtenstein, ernannt. Feldmarschalllieutenant Steininger ist zum kommandirenden General im Banat ernannt.

Wien. Der Schauspieler Ascher ist polizeilich zur Verantwortung gezogen worden, unter der Anschuldigung, in dem Lustspiele „Hans Rohrmann" durch Maske, Bewegungen ꝛc. den Hrn. Staats-Minister kopirt, im dritten Akte durch Anlegung einer der österreichischen Beamten-Uniform ganz ähnlichen Uniform die Aehnlichkeit noch mehr hervorgehoben und damit gleichzeitig politische Beziehungen in das Stück gelegt zu haben. Herr Ascher, welcher die Absicht, den Herrn Staatsminister zu kopiren und dem Stücke eine politische Deutung zu geben, bestimmt in Abrede stellte und sich auch darauf berief, daß die gewählte Uniform sich schon durch die Farbe von den österreichischen Beamten-Uniformen unterscheide, wurde zu acht Tagen Arrest verurtheilt.

Ueber den Sturz des Generals Manteuffel und seine Bedeutung schreibt man aus **Berlin**: Im Jahre 1861 mußte sich bekanntlich der damalige Stadtgerichtsrath, jetzige Abgeordnete Twesten mit dem General v. Manteuffel schießen, weil er in seiner Schrift: „Was uns noch retten kann", die Verderblichkeit des Militärkabinets dargestellt hatte. Das Militärkabinet wurde dadurch nicht erschüttert. Jetzt sehen wir jedoch plötzlich eine Aenderung in demselben eintreten, welche sowohl den General v. Manteuffel wie auch den Generallieutenant von Alvensleben, dem man einen gleich großen Einfluß auf den König zuschreibt, aus dem Militärkabinet entfernt, ohne daß Nachfolger für sie eintreten, welche ihnen zur Seite zu stellen wären. Herr von Bismark und Herr v. Roon haben nothgedrungen ausgeführt, was Twesten forderte; das Militärkabinet verliert seine Bedeutung und sinkt zu einer unbedeutenden Kabinetsstellung herab. Herrn v. Roon war der Einfluß der beiden begünstigten Adjutanten bei der Beförderung der Offiziere störend, und Hr. v. Bismark suchte das Hemmniß hinwegzuräumen, das ihm die politische Richtung der beiden Adjutanten darbot. Sie standen den Altliberalen näher als er, und Hr. v. Manteuffel wirkte namentlich in der schleswig-holsteinischen Frage im Sinne der früheren Politik des Hrn. v. Schleinitz. Man sagt, er habe für die Allianz mit Oesterreich und die Erhaltung eines guten Verhältnisses zu Sachsen und Bayern gearbeitet. Es ist daher erklärlich, daß man jetzt in seiner Entfernung bei Hofe einen Sturz der österreichisch-mittelstaatlichen Partei sieht. Es wird ohne Zweifel Herrn v. Bismarck und Herrn v. Roon gelungen sein, den König davon zu überzeugen, daß es sich jetzt um ein konsequentes Vorgehen im preußischen Interesse handelt, und daß die bisherigen Rücksichten gegen Oesterreich und die Mittelstaaten zurücktreten müssen. Man bemüht sich auf alle Weise, den Konflikt mit dem Abgeordnetenhause in der Militärfrage zum Austrag zu bringen. Der König soll nachgiebig gemacht werden, und um dieß zu ermöglichen, scheint man Herrn v. Manteuffel aus dessen Nähe verdrängt zu haben. Der neuernannte Chef des Generalstabes, Hr. v. Voigt-Rheetz, welcher

Feuilleton.

Das Criminal-Irrenhaus in England.

(Schluß.)

Unser Eintreten und Umhergehen macht, nach Abweisung der ersten Attaque gegen Dr. Meyer, wenig Eindruck. Die Meisten lesen, schreiben, spielen oder stieren vor sich hin. Andere schreiten wie wilde Thiere im Käfig unruhig hin und her. Und hier kommt einer mit großen, steifen, karrikirt majestätischen Schritten heran, der einst sogar der Königin gefährlich war und geschworen hatte, entweder ihre Hand und ihr Herz zu haben, oder ihr Leben. Hier ist auch noch Edward Oxford, der vor mehr als 20 Jahren die Königin beinahe tödtete, jetzt der musterhafteste Bewohner der Anstalt, dessen höchster Ehrgeiz es ist, zu der ersten „Aufführungsmedaille" auch noch die zweite zu gewinnen.

Das Irrenhaus ist in England der einzige Platz, wo Ordensbänder in größter Anzahl vertheilt und getragen werden. Ein wilder, schwacher, friedlicher, blödsinnig ausdrucksloser Mensch, der uns gezeigt wird, ist der einst die Welt mit Entsetzen erfüllende Kapitän Johnston, der einst alle Matrosen und Mannschaften seines Schiffes auf offenem Meere niedermetzelte. Macnaugton, der Mörder des berühmten Drummond, ist noch so mordsüchtig und wahnsinnig wie je und wird stets, so lange er umhergeht, von den Wärtern umgeben. Ein Anderer, der besser aussieht, wie die ganze Gesellschaft, war einst Offizier und ermordete binnen einer halben Stunde seine Frau, alle seine Kinder und Dienstboten. Auch er ist ein Muster von gutem Betragen und freut sich auf den in Aussicht gestellten Orden. Da sind auch Manche, wegen Mords angeklagt, als Wahnsinnige freigesprochen, aus Irrenhäusern als geheilt entlassen und wegen neuer Mordthaten zu ewigem Broadmoor verurtheilt.

Einige lesen ziemlich eifrig und lassen sich durch keinen Lärm um sie herum stören. Das sind die Halb-Curirten, wie sie heißen, die selten sprechen oder gut mit sich sprechen lassen. Die ernsthaft und feierlich Schreibenden setzen in der Regel ungeheure Eingaben oder Klagschriften an den Minister des Innern auf oder füllen Tagebücher, um den einmal inspicirenden „Wahnsinnskommissären" durch die wahnsinnigsten Beweise zu zeigen, wie gesund und logisch sie seien, und daß sie deshalb sofort entlassen werden müßten.

Die Wahnsinnigsten von Allen sind die, welche Dr. Meyer oder die Aufseher mündlich mit den Beweisen ihrer geistigen Gesundheit überfluthen. „Merken Sie sich's", ruft Einer mit furchtbarer Feierlichkeit, „daß ich Sie für gewaltsame Zurückhaltung verantwortlich mache, nachdem mich selbst das Gericht freigesprochen. Ich will nicht länger unter diesen Wahnsinnigen leben. Sie dürfen das selbst nicht zugeben, da ein einziger Vernünftiger unter ihnen sie nur beunruhigt und ihr Uebel verschlimmert."

Dies ist gerade einer von den Gefährlichsten, ein Mörder, der immerwährend darauf spekulirt, sich ein Messer oder sonst eine Waffe heimlich anzueignen und davon Gebrauch zu machen.

Aber im Ganzen sind die Bewohner dieses „Blocks" verhältnißmäßig harmlos. Den Wuthausbrüchen, die dann und wann wiederkehren, gehen immer Anzeichen voraus, die den Doktoren und Aufsehern bekannt sind. Sie werden dann beim ersten Auftreten derselben in besonders wattirte und sichere Räume eingeschlossen, bis der Anfall vorüber ist.

Die wirklich und immer Gefährlichen, die zum Theil immer auf Mord und Blutvergießen studiren und lauern und sich gegen

der altliberalen Partei angehört, soll gleichfalls im Sinne des Nachgebens arbeiten, und die „Provinzialkorrespondenz“ fordert die Opposition auf, bestimmte Vorschläge in der Militärfrage zu machen, indem dann ein Ausgleich mit der Regierung leichter zu erzielen sei. Am Hofe sollen große Spaltungen über die schleswig-holstein'sche Sache herrschen, und man will namentlich wissen, daß die Kronprinzessin eine starke Gegnerin der Annexionspolitik ist. Von dem Kronprinzen sagte man früher dasselbe, es scheint jedoch in jüngster Zeit eine Wandlung in ihm vorgegangen zu sein, und auch er soll sich von Hrn. v. Bismarck haben für die preußischen Forderungen gewinnen lassen. Daß er sich für das neue Militärsystem erklärt hat, ist kein gutes Zeichen für die Zukunft.

Ein **Berliner** Korrespondent der „Breslauer Ztg.“ will „aus bester Quelle“ wissen, daß die Einführung des allgemeinen direkten Wahlrechts nur noch eine Frage der Zeit sei. Herr v. Bismark habe, sagt er, einen darauf bezüglichen Plan schon seit Jahresfrist in seinem Portefeuille; er habe einer hervorragenden Person schon vor dem Ausbruche der schleswig-holsteinischen Angelegenheit ganz bestimmte Andeutungen gegeben, sei aber an der Ausführung eben durch die äußere Politik gehindert worden. Nachdem Düppel und Alsen den Konflikt nicht gelöst haben, sei der Plan wieder aufgetaucht und sei der Hintergrund der bekannten Aeußerungen des Kriegsministers über die Existenzfrage gewesen, die seltsamerweise als Drohungen mit einer Oktroyirung aufgefaßt wurden. Es handele sich aber nicht um neue Oktroyirung, sondern um Zurücknahme der Oktroyirung des Wahlgesetzes vom 30. Mai 1849, an dessen Stelle dann das Wahlgesetz vom 8. April 1848 wieder treten solle. Das Recht der Krone zu diesem Schritte werde als zweifellos hingestellt, und man hoffe, dann mit Hilfe der bestehenden Beschränkungen der Preß- und Vereinsfreiheit sowie mit Hilfe der Arbeiter eine gefügige Kammermajorität zu erhalten. Die plötzliche Arbeiterfreundlichkeit der feudalen Partei werde durch diese Betrachtungen wohl etwas pikanter erscheinen als bisher, und der Rücktritt der Mitarbeiter des „Social-Demokrat“ werde um so erklärlicher.

In **Insterburg** haben sich am 10. April in der Sitzung des dortigen Kreisgerichts schmähliche Dinge zugetragen, aus denen auch zugleich recht augenfällig hervorgeht, wie es mit der Volksstimmung in der Provinz Preußen, der Heimath der sogen. „reinen Vernunft“, aussieht, und wie es namentlich um die Sympathien mit polizeilicher Thätigkeit bestellt ist. Es wurde ein Prozeß gegen 4 flüchtige Polen verhandelt. Der Staatsanwalt beantragte von 6 Wochen bis zu 3 Monaten Gefängniß gegen dieselben und gegen 7 mitangeklagte preußische Unterthanen geringere Freiheitsstrafen. Das überaus zahlreich anwesende Publikum war den Verhandlungen, die bis 11 Uhr Nachts dauerten, mit wachsender Spannung gefolgt, die noch gesteigert wurde durch die Ankündigung des Staatsanwalts, daß auch im Falle einer Freisprechung die Polen nicht freigelassen werden könnten, da sie auf Grund der Uebereinkunft mit Rußland und auf Requisition des russischen Grenzkommissärs ausgeliefert werden müßten (!!). Auch kündigte das Erscheinen des Landraths mit Polizeimannschaft an, welches Schicksal den Unglücklichen bevorstände. Schon während sich der Gerichtshof zur Fassung seines Urtheils zurückzog, war es einem der Angeklagten gelungen, unbemerkt zu entfliehen. Der Gerichtspräsident verkündigte darauf das freisprechende Urtheil, auch erklärte er das fernere Inhafthalten der Polen für unstatthaft, da der Antrag darauf nicht von einer zuständigen Behörde ergangen und auch nicht an die zuständigen Behörden, nämlich an das Gericht, gerichtet worden sei; die Polen seien daher auf freien Fuß zu setzen. Nun aber begab sich das Unerhörte. Die Polizeibeamten besetzten trotz dem Gericht die Anklagebank, um sich der Polen zu bemächtigen, der Präsident des Gerichtshofes aber protestirte nochmals gegen die Ergreifung auf der Gerichtsstätte. Darauf brach eine heftige Bewegung aus, man forderte die Polen durch Zuruf auf, die Flucht zu ergreifen, während das Publikum zugleich in den Zuschauerraum drang. Die Polen folgten dem Zuruf, schwangen sich über die Barrieren und verschwanden in den dichtgedrängten Massen. Die augenblicklichen Nachforschungen der Polizei blieben ohne Erfolg. Von Seiten des Landrathsamtes sind nach allen Seiten hin Befehle zur Ergreifung der Flüchtlinge ergangen, aber, wie man vernimmt, bis jetzt glücklicher Weise vergeblich.

Der Prozeß gegen Pelizzoni in **London** ist am 15. d. nach 3tägigen Verhandlungen zu Ende gegangen. Nach einer Berathung von ungefähr 10 Minuten kehrten die Geschwornen in den gedrängt vollen Gerichtssaal zurück, und kaum hatte der Obmann das „Nicht schuldig“ ausgesprochen, als die Zuschauer auf den Galerien einen Schrei des Enthusiasmus ausstießen und Hüte und Tücher schwenkten. Einige Minuten lang bemühten sich die Gerichtsdiener vergebens, den Tumult zu stillen. Der Marquis d'Azeglio, der zugegen war, theilte die allgemeine Freude, drückte sie aber natürlich gemessener aus. Als die Beifallsrufe drinnen endlich verhallt waren, antwortete ihnen ein noch lauteres Echo aus dem Hof und von der Straße. Es wurde darauf eine neue Anklage gegen Pelizzoni wegen angeblicher böswilliger Verwundung eines gewissen Charles Bannister verlesen, allein da der Advokat für die Krone es abgelehnt hatte, Beweise für diese Anklage vorzulegen, sprach die Jury abermals ein „Nichtschuldig“ aus, worauf

---

die unübersteiglichen Hindernisse Mordinstrumente dazu zu verschaffen suchen, diese „Schrecken von Broadmoor“ wohnen in einem besonders starken Blocke (strong block). Während wir uns näherten, erblickten wir zwischen einer Reihe verschiedener Käfige oder langer Gänge zwischen hohen, starken Eisengittern eine Anzahl derselben sich Bewegung machen, d. h. sie schritten und taumelten, schoben und schlürften stumm und mit unheimlich umhergeworfenen Blicken an einander und den Wärtern vorbei, die wie Thierbändiger in Tiger- und Löwenkäfigen die Unglücklichen immer scharf im Auge behalten, da ein bloßes Wegsehen oft die durch Vernunftaugen niedergehaltene Mordlust entweder gegen einander oder gegen die Wärter zum Ausbruch entfesselt.

Als wir näher an eine solche Vergitterung traten, packte ein dünner und magerer Mensch ein paar Stäbe derselben, schüttelte sich daran ergrimmt und stieß aus furchtbar verzerrtem Gesicht und Mund eine wirre Masse von Flüchen gegen uns aus. Dr. Meyer trat dicht heran, sah ihm scharf ins Auge und ermahnte ihn mit ruhigen, sanften Worten. Da kroch er furchtsam davon; so wie er uns aber nicht mehr sah, brach er in ein entsetzliches Gelächter aus und lief dann, in sich hinein fluchend, auf und ab. An seiner Stelle erschien ein Anderer an den Eisenbarren, der Gefährlichste in ganz Broadmoor, ein Wesen, das ganz ohne irgend eine „moralische Anlage“ geboren sein soll. Von allen Andern verräth einmal Dieser und Jener einen Flucht- oder Mordplan der Uebrigen; dieser hat noch nie so etwas gethan, sondern ist im Gegentheil stets das Haupt, der Schöpfer und absolute Herr verbrecherischer Pläne. Wie er nie etwas verräth, hat er auch eine dämonische Macht über seine Leidensgefährten, die ihm dienen und gehorchen, und alle seine listig entworfenen Mordpläne geheim halten. Wegen mehrfacher, grausamer Mordthaten auf Lebenszeit hier, ist er der bewachteste, gefürchtetste Hauptbösewicht der alltäglichen Wahnsinns-Tragödie. Wie immer, bittet er auch jetzt wieder den Dr. Mayer mit der tückischsten Maske von Ehrlichkeit, man möge ihn hier herausnehmen und ihm Arbeit geben. Man hatte dies früher versucht, aber gleich gefunden, daß er Arbeitswerkzeuge nur gebrauchte, um eins oder das andere zu verstecken und gelegentlich als Mordwaffe zu benutzen oder dazu einzurichten. Er bekommt jetzt nie ein Werkzeug in die Hand und muß, wie viele Andere, das ihm vorgeschnittene Essen mit einem Hornlöffel zu sich nehmen. Auch die sogenannten Ungefährlichen bekommen, um des Scheines willen, bloß stumpfe Messer und Gabeln für geschnittenes gutes Essen. Arbeiten möchten die meisten gern, doch nur die Ungefährlichsten und Andere während ihrer guten Zeit dürfen unter scharfer Bewachung schneidern, schlossern, im Garten graben und pflanzen u. dgl. Dagegen fehlt es nicht an Spielen aller Art, in denen sie ganz freie Wahl haben.

Zwischen einer anderen Eisenvergitterung erblickten wir zwei Männer, deren Gräuelthaten vor einigen Jahren ganz England mit Grauen erfüllten. Der Eine, P., ermordete seine Mutter und Geschwister, der Andere, W., eine Menge anderer Verwandten. P. grüßte uns freundlich, mit scharfen Verbeugungen und unterthänigen Mienen, und doch überfällt er Jeden mörderisch, der ihm den Rücken wendet, und sucht ihn ohne Waffen wenigstens zu erwürgen. Während wir uns nach Anderen umsahen, vernahmen wir einen furchtbaren Schlag und Schrei. Er hatte seinen Nachbar in einer andern Eisenvergitterung, der sich dicht zu ihm heranlocken ließ, einen furchtbaren Schlag auf die Nase gegeben, welche Heldenthat er mit einer Fluth von Wuthausdrücken begleitete. Von Dr. Meyer zur Rede gesetzt, suchte er mit ziemlicher Ruhe und Schärfe zu beweisen, daß er zur Ehre seiner (von ihm ermordeten) Mutter nicht anders habe handeln können. W. habe unehrerbietig von seiner Mutter gesprochen.

Flucht ist nicht möglich, wenn man bedenkt, was für Mauern und Wachen es hindern. Und auch die Mordwüthigsten werden ohne Fesseln und Zwangsjacken so behandelt, daß jeder Versuch, so oft er auch vorkommt, vereitelt wird. In die Zellen der Ge-

die Beifallsbezeigungen sich wiederholten. Der Angeklagte wurde darauf in's Gefängniß zurückgeführt und befindet sich auch heute noch in Newgate, da das früher über ihn gefällte Todesurtheil so lange zu Recht besteht, bis er einen „freien Pardon“ von der Königin erhalten hat — ein Akt, der nicht lange mehr ausbleiben kann. (Nach neuesten Londoner Berichten ist Pellizoni nun in Freiheit gesetzt worden; es wurde ihm durch die Sheriffs mitgetheilt, daß die Königin geruht habe, ihm Verzeihung zu gewähren — für ein Verbrechen, das er nicht begangen hat.)

Paris. Der französische „Moniteur“ berichtet über die Ergebnisse der internationalen Telegraphen-Konferenz. Die zu Stande gebrachte Konvention umfaßt 63 Artikel in fünf Kapiteln, welche über das internationale Telegraphennetz, die Korrespondenz, die Taxen, das Abrechnungssystem und über allgemeine Bestimmungen handeln. In Bezug auf das Telegraphennetz haben alle Staaten die Zweckmäßigkeit der direkten Verbindung zwischen den großen Mittelpunkten zur schleunigeren Beförderung von Depeschen anerkannt. In Bezug auf II, Korrespondenz, gestattet von nun an die Konvention die Beförderung von Privat-Depeschen in allen Sprachen, die im Telegraphenverbande gesprochen werden. Auch werden jetzt rekommandirte Depeschen eingeführt, d. h. solche, von denen eine genaue Abschrift nebst Angabe der Stunde der Ablieferung rc. an den Absender von der Ankunftsstation zurücktelegraphirt wird. Die Taxen erleiden bedeutende Ermäßigungen. Sie werden dieselben für die Depeschen von allen Punkten des einen Landes nach allen Punkten eines anderen. Eine Depesche von Paris nach Petersburg, die früher auf 22 Fr. 50 C. kam, wird nur noch 10 Fr. 50 C. kosten. Allein eben so viel kostet auch z. B. eine Depesche von Bayonne nach Archangel, die jetzt 30 Fr. kostet. Als Münzeinheit wird der Frank angenommen. Bei der internationalen Abrechnung kann eine gewisse Durchschnittssumme anstatt des Detail-Ertrags zur Ausgleichung festgestellt oder von jedem Staate immer der volle Betrag der expedirten Depeschen zurückbehalten werden und die Besorgung der einlaufenden Depeschen gratis geschehen. Die nächste Konferenz wird in Wien abgehalten und die Konvention am 1. Jan. 1866 in Kraft gesetzt werden.

Rom, 11. April. Der heilige Vater ertheilt den fremden Ministern während der Osterwoche keine Audienzen, deßhalb wurde Graf Sartiges, der dringende Mittheilungen zu machen hatte, in der vorigen empfangen. Die Unterredung nahm etwas mehr als eine halbe Stunde in Anspruch und sollte Se. Heiligkeit über gewisse Eventualitäten beruhigen, die man hier nach dem Abzuge der Franzosen für unvermeidlich hält. Als Graf Sartiges, wie es der Gegenstand der Unterredung mit sich brachte, mehrmals auf den Entschluß Napoleon's, die September-Konvention so oder so zu verwirklichen, zurückkam, der Papst aber unangenehm davon berührt schien, suchte er seine Aufregung durch die Zusicherung jederlei Schutzes zu besänftigen. Da bemerkte der Papst lebhaft: „Faites vite!“ Ob der französische Gesandte Sr. Heiligkeit bei der Gelegenheit eine offizielle Mittheilung über die Additional-Artikel zu der September-Konvention machte, worin Viktor Emmanuel eine kategorische Verzichtleistung auf den heutigen Kirchenstaat und Rom niedergelegt haben soll, kann ich nicht mit Gewißheit versichern, will es aber als Gerücht erwähnt haben. (K. Z.)

Neapel, 13. April. Die von offiziellen italienischen Zeitungen gegebene, von französischen Blättern seitdem dementirte Nachricht von der Uebereinkunft wegen Grenzüberschreitung des päpstlichen Gebietes durch französische und italienische Truppen ist doch keine bloße Zeitungsente gewesen. Vielleicht wollte man durch dieses Dementi nur sagen, daß die Uebereinkunft nicht als eine von politischer Bedeutung, sondern blos als eine temporäre militärische Maßregel anzusehen sei. Sicher ist, daß die italienischen Truppen jetzt ungehindert bei Verfolgung der Banden die päpstliche Grenze überschreiten können. Trotz dieser Uebereinkunft hausen aber dennoch die Räuber schlimm genug an der Grenze. Wieder hört man von Aufhebungen. So wurden in den ersten Tagen dieses Monats bei San Giovanni Incarico vier Bürger festgenommen und als Geißel in die Berge geführt. In Calabrien besteht das Bandenwesen noch immer ungeschwächt fort. Bei San Germano wurde vor einigen Tagen der Sohn eines reichen Gutsbesitzers, Namens Colli, aufgehoben und in die Berge geschleppt. Eben daselbst fand man die Leiche eines ermordeten Bäckers. Das Dorf Paesello bei Policastro in Calabrien war am 22. März während zehn Stunden ganz in Händen der Briganten, die es nach Herzenslust ausplünderten, zwei Bauern tödteten und acht junge Mädchen raubten, welche sie mit sich in die Berge führten. Ueberhaupt scheinen diese Räuber es sehr auf das schöne Geschlecht abgesehen zu haben. So wurde auch bei Catanzaro vor Kurzem eine reiche junge Frau entführt. In der Hauptstadt Siciliens, Palermo, ist man seines Lebens nicht mehr sicher und das Eigenthum ist natürlich noch mehr gefährdet.

Aus **Mailand** schreibt der „Schw. M.“: „Seit 1859 haben sich einzelne Stimmen zu Gunsten einer Annäherung an Deutschland vernehmen lassen und triftige Gründe entwickelt, die aber wegen bekannter Ursachen nur schwer Wurzel faßten. Heute aber sind jene Stimmen allgemeiner geworden, und es ist nicht selten, an öffentlichen Orten Vertheidiger dieser Idee zu finden, welche gewöhnlich den Beifall ihrer Umgebung ernten. Nur durch engere Verbindung mit Deutschland glaubt man dem drückenden französischen

---

fährlichsten und Unbändigsten gehen nie weniger als drei Wärter auf einmal, die vorbereitet und stark genug sind, den Anfall gegen Einen durch bloße Kraft der Arme abzuwehren. Auch ist die Gewalt des vernünftigen, festen Auges und Geistes wunderbar. Dr. Meyer bändigt fast jeden Wuthausbruch durch festes Auge und Wort.

Auch eine ganz kleine Aufseherin unter den Unglücklichen weiblichen Geschlechts bekundete diese Ueberlegenheit sehr schlagend. Eine riesige, entsetzlich aussehende Irländerin empfing uns mit einer Fluth kreischender Schimpfreden und drohte, sie werde es mit uns auch so machen, wie mit Ned Napier, den sie ermordete. Da trippelte eine kleine Frau herbei, mit Schlüsseln klirrend und fest nach dem Ungeheuer in die Höhe blickend. Die riesige Irländerin fuhr beinahe bis zur Hälfte ihrer Größe zusammen und schlich beschämt und stumm davon. Wir waren auch ziemlich stumm, als wir aus dem großen Thore in die Freiheit hinaustraten. Unser Dank für Selbstbewußtsein und Vernunft war heiß, aber lautlos.

Vermischtes.

** Es ist keine bloße Phrase, sondern ein durchaus wahres Wort, daß im amerikanischen Krieg in hervorragender Weise die Deutschen „Gut und Blut“ eingesetzt haben, um die Ziele dieses Krieges, die Erhaltung der Union und die Befreiung der Sklaven, zu erreichen. Aber ehe noch zur Lösung der letztern Humanitätsfrage das Schwert gezogen wurde, haben auch Deutsche mit geistigen Waffen für Aufhebung jenes fluchwürdigen Instituts, der Sklaverei, gestritten. In diesem Betreff liegt eine ganze Literatur vor; indem wir an ein im J. 1857 in Bamberg erschienenes Büchlein von Hrn. Prof. Büttner, „die Sklaven in den nordamerikanischen Freistaaten“, welches sehr warm für die Nothwendigkeit der Aufhebung der Sklaverei spricht, und sich mit gerechtem Zorn über das Fluchwürdige jenes Instituts ergeht, an dieser Stelle erinnern, nehmen wir zugleich Gelegenheit, auf die prophetischen Worte hinzuweisen, mit welchen das Büchlein schließt, und die durch den Krieg und seinen Ausgang ihre volle Bestätigung erhalten haben. Am Schlusse der erwähnten Schrift heißt es: „In Amerika wird einer der heftigsten Kämpfe entbrennen, ist bereits entbrannt. Welcher Partei der Sieg zufallen wird, darüber kann kein Zweifel herrschen — der Partei der Humanität. Von den nordamerikanischen Freistaaten wird der Fluch der Sklaverei weggenommen werden, mögen die Sklavenstaaten, besonders Süd-Carolina und Georgien, für die Beibehaltung der Sklaverei Himmel und Hölle in Bewegung setzen. Je eher, desto besser. Unsere deutschen Landsleute haben die heilige Pflicht, der Partei der Humanität und wahrer Freiheit sich anzuschließen und wacker zu kämpfen (haben sie gethan!), damit die klaren und keines Beweises bedürfenden, im Anfange der Unabhängigkeits-Erklärung der Ver. Staaten von Nordamerika am 4. Juli 1776 ausgesprochenen Wahrheiten auch in der That Wahrheiten werden: „„daß alle Menschen gleich geboren und von ihrem Schöpfer mit gewissen unveräußerlichen Rechten begabt sind; daß zu diesen Leben, Freiheit und das Streben nach Glückseligkeit gehören.““

(Ein parfümirtes Buch.) In London erschien soeben bei Chapman und Hall ein interessantes Werk von Eugene Rimmel: „The book of parfumes“, welches eine vollständige Geschichte der Parfümerie von den ältesten Zeiten bis auf die Gegenwart enthält. 250 der prachtvollsten Illustrationen, theils in Holzschnitt, theils in Farbendruck ausgeführt, zieren das Buch, welches die merkwürdige Eigenschaft besitzt, daß es selbst einen starken Wohlgeruch ausströmt, welcher dem bekannten Patchouli sehr ähnlich ist. Für chemische Fabriken und Parfümeurs dürfte diese Erscheinung eine reiche Quelle von Erfahrung und Praxis sein. Als Motto trägt die sonst ganz ernst-wissenschaftliche Arbeit einen lateinischen Spruch: „Non cuique datum est habere nasum“ (Nicht Jedem ist es gegeben, eine Nase zu besitzen“).

Digitized by Google

Einfluß zu entgehen und dem Handel eine gediegenere Grundlage zu verleihen. Der Zollvertrag mit Frankreich macht den Eingang der deutschen Produkte und Fabrikate sehr schwer, obgleich man mit deutschen Häusern weit lieber als mit französischen verkehren möchte. Bleiben beide Nationen auch in der Folge sich fremd, so werden beide darunter leiden und Frankreich wird den Nutzen haben.

Von der polnischen Gränze, 17. April, schreibt man der „A. Ztg.": „Von Zeit zu Zeit wird noch ein Transport Gefangener nach dem Innern Rußlands abgeführt, und an der Grenze nimmt man abgeschickte Emissäre geräuschlos in Empfang. Die vom Staate konfiszirten Landgüter werden noch immer nicht zum Verkauf gestellt; die von Privatpersonen ausgebotenen werden zu Spottpreisen losgeschlagen. Wenn es so fortgeht, wird nach 25 Jahren von dem so zahlreichen polnischen Landadel nicht viel mehr vorhanden sein, und der große Grundbesitz wird sich in den Händen von Deutschen und Juden befinden. Die Bauern werden wohlhabend und in loyale russische Unterthanen verwandelt sein."

New-York, 5. April. Negersoldaten, geführt von General Weitzel, waren die ersten der Bundestruppen, welche in die von den Führern des Aufstandes schleunigst verlassene Hauptstadt und weiland feste Burg der Sklavenhalter einrückten; von den zurückgebliebenen Einwohnern wurden die als freie Krieger der Union einziehenden früheren Leibeigenen mit begeisterten Freudenbezeigungen empfangen. Es war am Montag den 3. April um $8\frac{1}{4}$ Uhr, als Weitzel an der Spitze seiner Schwarzen Richmond's Stadtgebiet betrat; 24 Stunden vorher war Ely's Brigade, unter Triumphruf in Petersburg einmarschirend, von den aus allen Straßen und Häusern hervorströmenden Negerschaaren mit gleicher freudiger Aufregung begrüßt worden. Taschentücher, Schürzen, Servietten, Tischdecken ließen die Ueberfrohen als Zeichen des Willkommens in der Luft wehen; sie verbeugten sich, tanzten, schrieen, sangen Hymnen, schwenkten Hüte und Turbane, lachten und weinten vor Freude. Sie wußten, daß der Kampf, welcher von ihren Gebietern geführt worden, um sie in der Knechtschaft zu erhalten, nun ausgespielt war.

Mexiko, 10. April. Die Umgebung von Mazatlan wird von den Guerrillas noch sehr beunruhigt. General Castagny, der Commandant des Platzes, hat die ernstesten Maßregeln ergriffen. Porfirio Diaz und die mit ihm in Oajaca gefangen gewesenen Offiziere befinden sich in Puebla, der größte Theil ihrer Truppen wurde entlassen und verlangte es gar nicht besser. Die Indianer des Staates Oajaca waren gegen Porfirio und die Seinigen so aufgebracht, daß sie ihn durchaus vom Marschall Bazaine ausgeliefert haben wollten, um mit ihm selbst abzurechnen, und einzelne Offiziere der Besatzung, die den Indianern in die Hände fielen, konnten nur mit Mühe ihnen wieder entrissen werden. Eines in Mexiko wiederholt und namentlich auch in Oajaca angewandten eigenen Geschützes will ich gedenken. Man nimmt nämlich Glocken von den Thürmen, gräbt sie mit der Mündung nach oben in die Erde, füllt sie mit Pulver, Kugeln, Steinen u. s. w., und feuert sie im gegebenen Augenblick ab. Sie thun wenig Schaden, machen aber einen häßlichen Lärm, Staub und Rauch. — Der liberale General Echeagaray hat sich ebenfalls ergeben und sein Corps aufgelöst. Eine erfreuliche Erscheinung ist, daß immer mehr die Bevölkerungen selbst sich zu vertheidigen anfangen, anstatt sich widerstandslos plündern zu lassen. Im Staat Oajaca stellte sich ein Pfarrer an die Spitze von etwa 800 kaum bewaffneten Indianern, und machte die Bande des Figueroa fertig. — Als charakteristisch für Mexiko muß ich Ihnen die Geschichte einer Thurmuhr in Orizaba erzählen. Zunächst wurde vor Monaten mit großem Geschrei verkündigt, daß das höchst illustre Ayuntamiento beschlossen habe, eine Thurmuhr mit Schlagwerk und Windfahne in Europa zu bestellen — eine That, die nur mit Bürgerkronen gelohnt werden kann. Später folgten die Journale gewissenhaft dem Lebenslauf jedes Rads und jeder Schraube, die sich dem großen Werk anfügten. Endlich kam die Uhr an, da war inzwischen der Thurm, für welchen die Uhr bestimmt war, eingefallen, und obwohl es in keiner mexikanischen Stadt an Thürmen fehlt, beschloß nun der weise Rath, die Uhr in eine Kirche zu stecken. Die Aufstellung dieser Uhr wird im bescheidenen mexicanischen Styl eine großartige Verbesserung, ein neuer Beweis von der hohen Bildungsstufe der Orizabener genannt. — Einige Bewohner von Veracruz verlangen, daß die Verbindung zwischen der Eisenbahnstation und dem Hafen durch die Stadt nicht hergestellt werde, da sie durch das Geräusch im Schlaf gestört würden.

Der „Moniteur" meldet aus Mexiko, 11. März, daß die Vertreter der Mächte nach und nach eintreffen und das diplomatische Korps bald vollständig sein wird. Dem kaiserlichen Dekret vom 26. Februar, welches die Säkularisirung der Kirchengüter bestätigt, ist am 9. März die Verordnung gefolgt, wodurch die Ausführung dieser Maßregel geordnet wird. Das Dekret über das Gehalt des Klerus und die Unterhaltung der Kirchen und Pfarrgebäude durch den Staat wurde erwartet. Die Regierung hat ferner in Betreff der Kolonisation angeordnet, daß Ausländer, sobald sie Grundbesitz in Mexiko erwerben wollen, sich naturalisiren lassen müssen.

Verantwortlicher Redakteur: A. Hartmann.
Druck und Verlag der Stahel'schen Buch- und Kunsthandlung in Würzburg

Cours der Staatspapiere.

Oesterr.	5 pCt. Met. (Cp. i. S. b. R.)	—
"	5 pCt. Lomb. ditto. à 24.	—
"	5 pCt. Engl. Met. v. 1852	$79\frac{1}{2}$ P.
"	5 pCt. Engl. Met. v. 1859	$78\frac{3}{4}$ P.
"	5 pCt. Venet. Coupon b. B.	$87\frac{3}{8}$ P.
"	5 pCt. Nationalanl. v. 1854	$68\frac{5}{8}$—$\frac{7}{8}$ G.
"	5 pCt. Metall. Obligation.	$64\frac{1}{2}$ G.
"	$4\frac{1}{2}$ pCt.	$58\frac{1}{2}$ P.
Preussen	$3\frac{1}{2}$ pCt. Staatsschuldsch.	—
Bayern	$4\frac{1}{2}$ pCt. Obl. 1jähr. dto.	$101\frac{3}{4}$ P.
"	$4\frac{1}{2}$ pCt. Obl. $\frac{1}{2}$jähr. dto.	$102\frac{1}{8}$ P.
"	4 pCt. Obl. 1jähr. dto.	99 P.
"	4 pCt. Obl. $\frac{1}{2}$jähr. dto.	$98\frac{1}{4}$ G.
"	4 pCt. Obl. Ab.-R. dto.	— G.
"	$3\frac{1}{2}$ pCt. Obl. dto.	—
Württemb.	$4\frac{1}{2}$ pCt. Obl. b. Rothsch.	$101\frac{3}{4}$ P.
"	$3\frac{1}{2}$ pCt. Obl. dto.	$95\frac{1}{2}$ P.
Baden	$4\frac{1}{2}$ pCt. Obl.	—
"	$3\frac{1}{2}$ pCt. Obl. v. 1842	92 P.
Gr. Hess.	$4\frac{1}{2}$ pCt. Obl.	—
"	4 pCt. Obl. b. Rothsch.	$101\frac{1}{4}$ P.
"	$3\frac{1}{2}$ pCt. Obl. dto.	$97\frac{5}{8}$ P.
Nassau	$4\frac{1}{2}$ pCt. Obl. dto.	$101\frac{1}{4}$ P.
"	4 pCt. Obl. dto.	$99\frac{3}{4}$ P.
"	$3\frac{1}{2}$ pCt. Obl. dto.	$91\frac{3}{4}$ P.
Frankfurt	$3\frac{1}{2}$ pCt. Obl.	$95\frac{1}{4}$ P.
"	3 pCt. Obl.	—
Spanien	3 pCt. inl. Sch. P. à fl. 2. 30	—
"	$2\frac{1}{4}$ pCt. " " "	—
Schweden	$4\frac{1}{2}$ pCt. Obl. à 105 Thlr.	$90\frac{5}{8}$ P.
N.Amerika	6 pCt. à 1000r. 1881 D. $2\frac{1}{2}$	70 G.
"	6 pCt. ditto r. 1882	70—$69\frac{7}{8}$ G.

Diverse Aktien.

Frankfurter Bank à fl. 500 . . .	149 G.
K. K. Oesterr. National-Bankaktien	871 P.
Oesterr. Kreditbank-Aktien à fl. 200	201—$200\frac{1}{2}$ G.
Bayer. Hypothekenb. Pfandbriefe 4 pCt.	98 P.
Darmst. Bank 1. u. 2. Serie à fl. 250	229 G.
Weimarische Bank à Thlr. 100 . .	101 G.
Mitteldeutsche Kreditaktien . . .	$101\frac{1}{2}$ G.
Intern. Bank in Lux. à 250 Frs. à 24 kr.	—
Taunus-Eisenbahn à fl. 250 . . .	346 G.
Frankfurt-Hanauer-Eisenbahn . . .	$102\frac{5}{8}$ P.
[illegible] St.Eisb. 5pCt. 500 Fr. à 24 kr.	—
" Elisab.-Eisenbahn 5 pCt. . .	$122\frac{1}{4}$ P. 1x20.
Böhm. Westbahn-Aktien à fl. 200 6/7	77 P.
Rhein-Nahe-Bahn 200 Thl. à 105 4pCt. Z.	32 P.
Ludwigshafen-Bexbacher à 4 pCt. .	$149\frac{1}{2}$ P.
dto. dto. Prior. à 4 pCt.	—
Pfälz. Maxb. b. Rothschild à $4\frac{1}{2}$ pCt.	$107\frac{3}{8}$ P.
Oest. St.-Eisenb. Prior.-Oblig. à 3 pCt.	$52\frac{3}{4}$ P.
Elisab.-Bahn Prior. 5 pCt. 6/7	$74\frac{3}{4}$ G.
Südd. Bank-Akt., 40 pCt. Einz.	$256\frac{1}{2}$ P.
Span. Handels- und Industrie .	—
Bayr. Ostbahn à $4\frac{1}{2}$ pCt. volleinbez.	114—$113\frac{7}{8}$ G.
Bayer. Ostbahn mit 50 pCt. Einz.	$113\frac{7}{8}$ P.

Wechsel
in süddeutscher Währung.

Amst. fl. 100 k. S.	$100\frac{3}{4}$ P.
Antwerp. Frs. 200 k. S.	$94\frac{5}{8}$ G.
Augsb. fl. 100 k. S.	$99\frac{3}{4}$ G.
Berlin Th. 60 k. S.	$104\frac{7}{8}$ P.
Brem. 50 Th. Lsd. k. S.	$97\frac{3}{4}$ P.
Brüssel Frs. 200 k. S.	$94\frac{5}{8}$ G.
Cöln Thlr. 60 k. S.	$104\frac{7}{8}$ P.
Hamb. Mk. 100 k. S.	$88\frac{3}{8}$ G.
Leipzig Th. 60 k. S.	105 P.
London Lst. 10 k. S.	$119\frac{1}{8}$ G.
Lyon Frs. 200 k. S.	—
Mail. Frs. 200 . .	$94\frac{3}{8}$ G.
München fl. 100 k. S.	$99\frac{3}{4}$ G.
Paris Frs. 200 k. S.	$94\frac{3}{4}$ G.
Petersburg 60 S.-R.	—
Triest fl. 100 k. S.	—
Wien fl. 100 ö. W.	—
do. in öst. W. l. S.	$108\frac{1}{2}$ G.
Disconto	$3\frac{1}{2}$ pCt. G.

Anlehens-Loose.

Oesterr. fl. 250 v. 1839	—
" fl. 250 v. 1854 mit 4pCt.	—
" fl. 500 v. 1860 6/7	$87\frac{3}{8}$—$\frac{5}{8}$ G.
" fl. 100 Eisb. L. v. 1858.	$136\frac{1}{2}$ P.
" do. v. 1864.	$96\frac{1}{4}$—$\frac{7}{8}$ G.
Schwed. 10 Thlr. Loose	10 P.
Badische fl. 50	—
Badische fl. 35 . .	$53\frac{1}{2}$ P.
Kurhess. Thlr. 40 b. R.	$56\frac{5}{8}$ P.
Gr. Hessen fl. 50 b. R.	$133\frac{3}{4}$ P.
" fl. 25 do.	—
Nassau fl. 25 bei Rothsch.	— P.
Sardinische Fr. 36 b. B.	—
Neuchateler 10 Frs.-Loose	—
Freiburger 15 Frs.-Loose	—
Mailänder 45 Frs. L. b. R.	—
St. Lüttich mit $2\frac{1}{2}$ pCt. Z.	$34\frac{3}{4}$ P.
Ansb.-Gunzenh. fl. 7-L.	11 P.

Frankfurt, 20. April. Das Geschäft war heute sowohl in Amerikanischen als in einigen österr. Effektengattungen sehr lebhaft und die Bewegung eine steigende. Auf Amerikanische influirten besonders Käufe der Arbitrage und die Aussicht, daß die Arbitrageure in den nächsten vierzehn Tagen fortwährend Käufer bleiben müssen, weil ihre New-Yorker Korrespondenten auf die hiesigen niedrigen Kurse voraussichtlich verkaufen werden. Von österr. Fonds waren besonders Loose von 1860 begehrt, dagegen National flau. Geld zeigte sich in Folge der starken Effektenspekulation wesentlich knapper, namentlich am Schlusse der Börse. (Synd.)

K. Hof- und Staatsbibliothek München.
1 N. Würzb. Ztg.

Neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht!

№ 111. | Vorausbezahlung: Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 1 fl. 30 kr. Bei Inseraten wird die dreispaltige Zeile in gewöhnlicher kleiner | 62. Jahrgang. | Schrift oder deren Raum im Hauptblatte mit 6 kr., im Anzeiger mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franco. | Samstag, 22. April 1865.

Vom amerikanischen Kriegsschauplatz.

Die siegreichen Bundestruppen sind der geschlagenen Armee Lee's dicht auf den Fersen und haben ihr an verschiedenen Orten neue Niederlagen beigebracht. Lee hatte die Richtung nach Amelia Court-house eingeschlagen; ihm setzte Sheridan, dem Meade mit drei Korps folgte, ohne Unterbrechung seit Montag dem 3. d. nach. Am Mittwoch erreichte Sheridan Jettersville, in dessen Nähe er fünf Kanonen, 200 Wagen, neun Fahnen und viele Gefangene erbeutete. Bei Farmville hielten die Fliehenden am Donnerstag (den 6. d.) Stand; Sheridan griff sie mit zwei Divisionen des 6. Armeekorps an und schlug sie wieder in die Flucht. „Ich lasse von der Verfolgung nicht ab (berichtet er am 6. an General Grant), denn wenn die Sache energisch durchgeführt wird, so glaube ich, wird Lee sich ergeben müssen. Wir haben mehrere Tausend Gefangene gemacht, darunter die Generale Ewell, Kershaw, Button, Coarse, de Barry, Curtis Lee, 14 Kanonen, zwei Munitionstransporte und eine Menge von Wagen erbeutet.“ Am selben Tage ward ein anderer Theil der fliehenden Armee, welcher von Amelia Court-house den Weg nach Painesville eingeschlagen hatte, von dem zweiten Korps unter Meade angegriffen, von Denionville über den Sailors Creek getrieben, und am jenseitigen Ufer geschlagen, so daß er, unter Verlust vieler Gefangenen, in Unordnung seine Flucht fortsetzte. Während der Nacht nahm Lee eine Position auf den Höhen jenseits des Sailors Creek ein. Die Generale A. P. Hill, Pegram und Fitzhugh Lee sollen gefallen sein. General Weitzel, welcher in Davis' House sein Hauptquartier aufgeschlagen hat, erbeutete in Richmond 500 Kanonen, 5000 Musketen, 1000 Gefangene, 5000 Verwundete, 30 Lokomotiven und 300 Wagen. Die Hauptstraße nach dem Flusse hin war zum Theile niedergebrannt. 20,000 Einwohner waren in der Stadt zurückgeblieben, von ihnen die Hälfte Neger; Davis, die Mitglieder des Cabinets und des Congresses, sowie die Zeitungsredakteure hatten sich schon am Sonntag Abend auf den Weg nach Danville gemacht. In der Stadt herrscht großes Elend; Arme und Kranke entbehrten der Nahrungsmittel. General Weitzel ließ Vorräthe austheilen. Er hat das Kriegsrecht proklamirt und den Bürgern Schutz zugesichert. Präsident Lincoln besuchte Richmond am Dinstag und ward enthusiastisch empfangen. In Petersburg waren nur wenige Magazine und Häuser niedergebrannt, die Stadt sonst wenig beschädigt. Die Konföderirten hatten fast alle ihre Artillerie entfernt und für eine Million Dollars Tabak vernichtet.

Die „Tribune“ hat einen Bericht aus Richmond, demzufolge Augusta in Georgien künftig der Sitz der konföderirten Regierung sein soll. — Präsident Lincoln wird von vielen Seiten bestürmt, dem Volke und den Führern der Südstaaten unter Bedingung sofortiger Unterwerfung eine vollständige Amnestie anzubieten, und der „Herald“ versichert schon, Lincoln stehe in Unterhandlung mit Richter Campbell, der in Richmond zu diesem Zwecke auf Wunsch Davis' zurückgeblieben sei. — Der Flottenangriff gegen Mobile hat am 28. v. M. begonnen. Cauby war der Stadt auf fünf Meilen nahegerückt. — In einem Telegramm aus New-York vom 8. ds. wird gemeldet: Der britische Gesandte, Sir Frederick Bruce ist am 7. in New-York angekommen und begab sich sofort nach Washington. — Hr. Seward hat bei einem Sturze aus dem Wagen den rechten Arm und den Unterkiefer gebrochen, doch schreitet seine Genesung in erwünschter Weise vorwärts.

(Amtliche Nachrichten.) **München,** 20. April. Se. Maj. der König hat dem Präsidenten des Appellationsgerichtes zu Paris, J. Barbier, das Ritterkreuz des Verdienstordens der bayer. Krone verliehen; dem quiesc. Ministerialrath, Geh. Rath K. v. Kleinschrod, die Bewilligung zum Tragen des von Sr. k. H. dem Großherzoge von Hessen ihm verliehenen Komthurkreuzes 1. Kl. des Verdienstordens Philipps des Großmüthigen ertheilt.

Der Kolb'sche Antrag in der bayerischen Abgeordnetenkammer auf Umgestaltung des Heerwesens lautet nach der „Neuen Frkft. Ztg.“ folgendermaßen:

„Es sei an Seine Majestät den König die ehrfurchtsvollste Bitte zu richten, dem gegenwärtigen Landtag einen Gesetzentwurf vorlegen zu lassen, durch welchen einerseits die Wehrhaftmachung der ganzen männlichen Bevölkerung des Landes angebahnt, anderseits die ebenso drückende als ungerecht vertheilte, die Ausgehobenen insbesondere übermäßig lang in ihrem bürgerlichen Beruf hindernde Last der jetzigen sechsjährigen Dienstpflichtigkeit auf das Nothwendige beschränkt werde. Se. königl. Majestät möge ferner gebeten werden, die nöthigen Weisungen zu ertheilen, um vom Deutschen Bunde eine durchgreifende Revision sowohl der Bundeskriegsverfassung an sich, als der in

---

Feuilleton.

Eine schwarze Kaiserin und ihr Hof.

Als vor nun etwa zehn Jahren der bekannte Reisende und Naturforscher Dr. Carl v. Scherzer die fast ausschließlich von Schwarzen bevölkerte Insel Haiti besuchte, da waren höchst wunderbare Dinge auf derselben vorgegangen. Die bisherige Negerrepublik hatte sich in ein Negerkaiserreich verwandelt, und mit einer Krone aus vergoldetem Pappendeckel waren Ihre Majestäten der Kaiser Faustin Soulouque und die Kaiserin Adeline gekrönt worden. Ein Negerkaiser und ein Negerhof, eine schwarze Kaiserin und schwarze Hofdamen, ein zahlreicher Adel, Herzoge und Grafen, Barone und Ritter, allesammt schwarz wie die Steinkohlen; das war in der That eine Szene, die wie ein afrikanisches Märchen mitten aus den grünen Gewässern des Antillenmeeres emporgestiegen schien.

Die Kaiserin Adeline, bevor sie den Kaiserthron bestieg, hatte das ehrsame Gewerbe einer Hökersfrau betrieben. Sie hatte ihren Sitz in einer kleinen Krämerbude auf dem Marktplatze von Port-au-Prince, der Hauptstadt von Haiti, und verkaufte Bananen und Zwiebeln, Branntwein und Seife darin. Da kam eines Tages ein schwarzer Dandy in Uniform, der Negerkapitän Soulouque, des Weges daher und fand Gefallen an ihr. Obwohl von bescheidenster Herkunft und ungeachtet der geringen Ansprüche, welche ihr damaliger „Stand“ ihr zu machen erlaubte, soll sie sich doch etwas besonnen haben, als der stattliche Cavallerie-Offizier ihr seine Liebe erklärte und um die Hand warb, die ihm eben noch ein Gläschen „Taffia“ credenzt hatte. Soulouque war nämlich um volle 30 Jahre älter als sie, und mit der Hauptmannsgage muß es in Haiti auch nicht sehr glänzend aussehen. Die Hauptmannsfrauen waschen dort an den öffentlichen Brunnen. Sie kochen selbst und führen stets eigenhändig die Nadel, besonders wenn es gilt, die Schäden an den Uniformen ihrer Männer auszubessern. Madame Soulouque setzte auch in der Ehe noch den kleinen Spezereihandel fort, bis das unerwartete Avancement, welches ihren Gemahl auf den Kaiserthron der Insel beförderte, alle derartigen Nebengeschäfte für die Folge unnöthig machte.

Nun war Madame Soulouque plötzlich Kaiserin geworden, und mit der ihrem Geschlecht angebornen Repräsentationsgabe war sie auch keinen Augenblick in Verlegenheit, sich ihrer neuen Würde gemäß zu benehmen. Ihrem schwarzen Gemahl wurde dies nicht so leicht. Wenn man vom russischen Kaiser Nikolaus einst sagen konnte, daß er der schönste, größte und stattlichste Mann seines Heeres, vielleicht seines Reiches gewesen, so war es nicht minder richtig, vom Kaiser Faustin zu sagen, daß er der schwärzeste, dickste und häßlichste Neger wenn nicht der ganzen Insel, doch sicher der ganzen haiti'schen Armee war. Außerdem hatte er sich weder auf

völlig ungerechtfertigter Weise zum unmittelbaren Nachtheile Bayerns festgestellten Matrikel des Bundeskontingents zu verlangen. Es möge ferner in Beziehung auf das zu entwerfende Gesetz auf folgende Punkte besondere Rücksicht genommen werden: 1) Bis zur Erzielung einer prinzipiellen Änderung der Bundeskriegsverfassung: Herstellung eines Provisoriums für das jedenfalls auf die geringste Zahl zu reducirende Bundeskontingent, und auch in Beziehung auf dieses: a. Beschränkung der Zeit voller Dienstpflichtigkeit auf höchstens 1½ bis zwei Jahre, selbstverständlich mit dem Vorbehalt der Ertheilung des sogen. kleinen Urlaubs, und mit dem weiteren Vorbehalt einer entsprechenden Abkürzung jener Zeitdauer für alle Diejenigen, welche in Schulen, Jugendwehren oder auf sonstige Art eine militärische Vorbildung vor dem Eintritt in das Heer sich bereits verschafft haben. Die durch die erstrebte Gesammtumgestaltung zu erzielenden finanziellen Ersparnisse sollen zugleich die Mittel bieten, den in die Kategorie des Bundeskontingents fallenden Militären möglichste finanzielle Entschädigung für die persönlichen Opfer zu gewähren, welche sie im Gegensatze zu den übrigen jungen Männern bringen müssen. — b. Anschluß einer vierjährigen Reservepflichtigkeit an diese höchstens zweijährige aktive Dienstpflichtigkeit, mit dem Vorbehalte 8- oder 14tägiger Wiederholungskurse jährlich, und der Regierungsbefugniß jederzeitiger Einberufung im Fall eines drohenden oder ausbrechenden Krieges; im Uebrigen aber unter Beseitigung jeder Beschränkung der Dienstpflichtigen hinsichtlich des Wohnorts, Geschäftsbetriebs, der Niederlassung und Verehelichung während der gewöhnlichen Zeitläufte. 2) Militärische Vorbildung der Jugend in den Schulen, namentlich den Mittelschulen, und zwar nicht blos durch Turnen, sondern ebenso durch Exerciren unter der Leitung wirklicher Militäre. 3) Militärische Bildung und feste gegliederte Organisation aller zum Waffendienst nicht absolut untauglicher junger Männer (außer den für das Bundeskontingent ohnehin bestimmten), und zwar in der Weise, daß die Einübung in einer Zeitfrist von etwa 4, 6 oder allerhöchstens 8 Wochen stattfinde; daß dann die in dieser Weise vorgebildeten Rekruten sofort bestimmten Korps (Kompagnien, Bataillonen, Batterien ꝛc.) zugetheilt werden und mit denselben (etwa 2 Jahre lang im Auszug, dann 4 Jahre in der Reserve) alljährlich kurze Wiederholungskurse durchzumachen haben, im Uebrigen aber — das Aufgebot für den Kriegsfall selbstverständlich ausgenommen — unter vollständigem Fernehalten jeder Beschränkung in den bürgerlichen Verhältnissen. 4) Aufheben des Instituts der unmontirt und unexercirt Assentirten und ständig Beurlaubten, durch welches die Leute 6 Jahre lang in ihrem bürgerlichen Berufe belästigt und gehemmt sind, während die Einrichtung militärisch rein nutzlos ist. 5) Aufheben des militärisch ebenso nutzlosen Instituts der Landwehr in der gegenwärtigen Art, dagegen Organisation einer militärisch wirklich brauchbaren neuen Landwehr, unter Beseitigung aller unnöthigen Beschränkungen und Belästigungen der Einzelnen in ihren bürgerlichen Verhältnissen."

Aus **Wien**, 19. April, schreibt man dem „Nürnb. Korr.": „Schon vor einigen Wochen verlautete, daß zwischen dem Staatsministerium und der Deak'schen Partei in Ungarn mittelbarer Weise eine Unterhandlung zur Verständigung eingeleitet worden sei und Aussicht auf Erfolg habe. Der gegen die Altkonservativen Ungarns gerichtete Angriff des Hrn. v. Schmerling im Abgeordnetenhause ließ schon eine Näherung des Staatsministers an die gemäßigten Liberalen vermuthen. Ein am ersten Ostertage erschienener Artikel in dem „Pesti Napló" läßt in dieser Beziehung kaum mehr einen Zweifel aufkommen. Dieser Artikel hat, wie nicht bestritten wird, Hrn. v. Deak selbst zum Verfasser, und obwohl er in die Form einer Polemik gegen einige Aufsätze des hiesigen offiziösen „Botschafter" gekleidet ist, läßt er doch fast mehr als hinlänglich die eigentliche Tendenz nicht nur zwischen den Zeilen lesen, sondern in deutlich ausgedrückten Sätzen ersehen. Herr v. Deak bezweifelt u. A. nicht mehr die Nothwendigkeit des einheitlichen Bestandes der österreichischen Monarchie, den Ungarn durchaus nicht zu gefährden denke; er will nur die feierlich geschlossenen Verträge und Gesetze „nach Möglichkeit" aufrecht erhalten wissen. „Die Ungarn", sagte er endlich, „werden stets bereit sein, ihre eigenen Gesetze mit den Bürgschaften zum Bestande des Gesammtstaates auf gesetzlichem Wege in Einklang zu bringen." Der Artikel hat nicht nur in Pesth, sondern auch in hiesigen politischen Kreisen ungemeines Aufsehen gemacht und bildet heute den Stoff der Leitartikel der meisten hiesigen Blätter. Man erwartet demnächst auch von anderer Seite Manifestationen dieser Art, und Hr. v. Deak soll in ferneren Artikeln auf den Gegenstand zurückzukommen sich bereit gezeigt haben. — Die vielbesprochene Armeereduktion scheint vor der Hand nicht in dem vollen Umfange, wie sie vorher beabsichtigt war, bewerkstelligt werden zu können. Wie es heißt, soll F.Z.M. von Benedek es noch für bedenklich halten, den Status in Italien beträchtlich zu verringern.

Berlin, 20. April. Wie die „Prov.-Korr." mittheilt, wird die Vorlage in Betreff der Kriegskosten, welche dem Landtage etwa im Laufe der nächsten Woche zugehen dürfte, außer den finanziellen und technischen Darlegungen von einer Denkschrift über den politischen Verlauf der schleswig-holsteinischen Angelegenheit begleitet sein.

Bei der Feier der Grundsteinlegung zum Nationaldenkmal in **Berlin** war Fürst Schwarzenberg als außerordentlicher Vertreter Oesterreichs anwesend. Es wird allseits hervorgehoben, daß bei dem ganzen Akte die österreichische Allianz besonders betont wurde. So in der in den Grundstein eingeschlossenen Urkunde. Nach dem Könige und den k. Prinzen und Wrangel durften Fürst Schwarzenberg und Graf Karolyi die üblichen 3 Hammerschläge zur Weihe des Denkmals thun. Abends wurde als Festoper „das Feldlager in Schlesien" gegeben, — wohl auch aus besonderer Courtoisie für die geladenen österreichischen Gäste! Ein Berliner Korrespondent der „Köln. Ztg." glaubt diesen Mißgriff mit der Bemerkung entschuldigen zu müssen, „daß die Berliner Theaterintendanz an Festkompositionen von spezifisch preußischer Färbung keine große Auswahl hat."

Aus **Heidelberg**, 19. April, schreibt man der „Pf. Z.": „Gestern fand in Neckarsteinach (Großh. Hessen) die in öffentlichen Blättern angezeigte Wanderversammlung auf dem Schlosse des Frhrn. v. Dorth statt. Es waren mindestens 600 Theilnehmer erschienen. Frhr. v. Andlaw aus Freiburg übernahm das Präsidium, und die gefaßten Resolutionen bezogen sich wie immer auf

---

besondere Verstandesgaben, noch auf große Kenntnisse etwas einzubilden. Er konnte weder lesen noch schreiben, als er den Thron bestieg, und suchte vergeblich sich in diesen beiden Wissenschaften auszubilden, nachdem er ihn bestiegen hatte. Die einzigen Genüsse, die er sich nach seiner Standeserhöhung erlaubte, waren: viel zu essen, lange zu schlafen und Geld zu zählen. Namentlich hegte er für das Porträt der Königin Viktoria auf den englischen Goldstücken die wärmste Verehrung, wie er denn überhaupt den Umgang und die Berührung mit fremden Potentaten und Nationen in dieser Form jeder andern vorzog. Sonst war er gegen Fremde, bei Audienzen u. s. w. ziemlich spröde. Er war von der Angst, sich lächerlich zu machen, wie besessen, und da er in jedem Weißen, der sich ihm präsentiren ließ, einen verkappten Schriftsteller sah, der bloß nach Haiti gekommen, um den Kaiser Soulouque zu beschreiben und sich über Hof und Land lustig zu machen, so hatte sein Benehmen etwas sehr Täppisches.

Viel leichter und freier benahm sich Ihre schwarze Majestät. Seitdem sie Nadel und Kochlöffel gegen Scepter und Krone vertauscht, sich die schönsten Kleider von Seide und Sammt angeschafft und Hals und Hand mit Perlenketten und Brillantschmuck behängt hatte, seitdem schien die Vergangenheit gänzlich aus ihrem Gedächtniß verwischt zu sein. Obwohl sie bei den großen öffentlichen Aufwartungen am Neujahrstage ihre Hand manchem Kavalier zum Kuß reichte, der sich noch recht wohl erinnerte, daß die nämliche schwarze Hand ihm einst gegen geringe Scheidemünze Yamswurzeln und Knoblauch verkauft, so durfte doch diese Vergangenheit mit keiner noch so entfernten Andeutung berührt werden. Nur ein süßes Lächeln in den Zügen der erhabenen Frau deutete zuweilen auf alte Bekanntschaften und dunkle Reminiscenzen. Huldvolles Nicken gab dies mehr als einem zur Cour gekommenen schwarzen Herzog zu verstehen, von welchem einst Kaiserin Adeline manchen „Escalin" für Käse und Cigarren eingenommen. Mäßiger jedoch wurde diese Gunst den zum Handkuß zugelassenen Gräfinnen gespendet, welche früher mit der Kaiserin am selben Brunnen gewaschen hatten.

Bei festlichen Gelegenheiten erschien die Kaiserin öffentlich mit ihren Hofdamen in einem prächtigen Galawagen und trug all' ihren Schmuck und ihre besten Kleider zur Schau, wobei nicht selten ein goldenes Krönlein auf ihrem edlen Haupte funkelte. Sonst hatte sie gewöhnlich, wie andere Frauen des Landes, ein weißseidenes Tuch in malerischen Falten um die Haare geschlungen. Diese Nationalmode kommt allen Damen Haiti's ohne Unterschied gut zu Statten, denn da sie Negerinnen oder Mulattinnen sind, so sieht von allen Dingen, mit denen man es vergleichen könnte, ihr Haar der dicken schwarzen Schafwolle am ähnlichsten. Nach unseren Begriffen würde man die Kaiserin Adeline nicht besonders reizend finden. Das äthiopische Ideal von weiblicher Schönheit schließt einen großen Mund, aufgeworfene Lippen und hervorstehende Backenzähne nicht aus, es verlangt sogar einen recht dunklen Kohlenteint und eine ansehnliche Breite der Nasenflügel. Und so mag

das neue Schulgesetz. Auch hier suchte eine Anzahl roher Gesellen von außen her durch Geschrei und Steinwürfe kurz vor Beendigung der Versammlung Störungen zu veranlassen. Es waren meist Steinschiffer, die den Neckar bis Mannheim befahren und wohl mit Mannheim auch noch in anderen Geschäftsverbindungen stehen mögen. Diese Menschen überfielen denn auch, mit einiger Gassenjugend aus Neckarsteinach und einigen Erwachsenen verbündet, einzelne Gruppen der Theilnehmer an der Versammlung beim Nachhausegehen in der Nähe der Grenze, wo es auf beiden Seiten blutige Köpfe gab. Auch andere Gruppen wurden, als sie zu Schiff stiegen, vor der Abfahrt mit großen Steinen geworfen, so daß sie wiederholt genöthigt waren, auszusteigen und in förmlichem Sturmangriff die Angreifer in die Flucht zu schlagen. Indessen sind die Versuche, die Versammlung auseinander zu sprengen, gänzlich gescheitert." (Nach dem „Badischen Beobachter" scheinen die Exzesse bedeutender gewesen zu sein, als der Korrespondent der „Pf. Ztg." sie schildert. Der „Beobachter" berichtet nämlich darüber: „Zur Störung dieser Versammlung war Pöbel aus Baden abgeschickt worden, welcher die hessische Gendarmerie und den Bürgermeister von Neckarsteinach mißhandelte, im Schlosse die Fenster einwarf, Schüsse auf die Kasinoleute abfeuerte, Steine auf dieselben warf, sich in die Kirche von Neckarsteinach eindrängte und dort Sturm läutete u. s. w. Der Zweck dieser Ausschreitungen wurde übrigens nicht erreicht, indem die Versammlung ihre Verhandlungen in Ruhe und Ordnung beendete.)

In **Rastatt** sind nach einer Mittheilung des österreichischen Regimentsarztes Dr. Gawalopski seit dem Dezember 1864 bis Ende März l. J. an dem Kopf-Genick-Krampf von der circa 7000 Seelen zählenden Zivilbevölkerung 73 Personen erkrankt, worunter 53 unter 14 und 20 im Alter von 14—24 Jahren. Gestorben sind 17 unter 14 Jahren und 9 über 14 Jahre alt. Von den österreichischen 3600 Mann Besatzungstruppen erkrankte im Februar 1 Mann und in der Zeit vom 12.—26. März 7 Mann; von diesen 8 Kranken sind drei Mann gestorben. Von dem beiläufig 2000 Mann starken preußischen Kontingente erkrankten 6 Mann und sind 2 gestorben; von 1000 Mann badischer Truppen erkrankten 5 Mann und ist 1 gestorben. Der Bezirk Rastatt mit 9 Dörfern und 11,000 Seelen hatte 44 Erkrankungen mit 11 Todesfällen.

Paris, 19. April. Die „Kölner Ztg." schreibt: „Die Reise des Kaisers nach Algerien ist eine der merkwürdigsten Episoden der Gegenwart. Die Opposition führte so eben noch eine heftige Sprache, wühlt nach Kräften, ist in heftigsten Bemühungen, dem Kaiserthum Schach zu bieten; und der Kaiser geht auf 40 Tage über Meer, um die afrikanische Frage zu studiren und in Haman Mascutine, als der erste christliche Großherr, Bäder zu nehmen. Es sind in den letzten Jahren gerade über Algerien so verschiedenartige Ansichten und Plane zu Tage gekommen, daß es dem Kaiser wichtig genug erscheinen mag, mit eigenen Augen zu sehen und zu prüfen, was zur Beruhigung und zur Hebung des so schwer verwahrlosten Landes sich mit französischen Kräften thun läßt. Mac Mahon ist bekanntlich ein entschiedener Gegner des gemischten Verwaltungs-Systems und hat, bevor er als Generalgouverneur über das Mittelmeer ging, die Präponderanz des Militär-Systems durchgesetzt. Er will aber mehr, er will entweder die reine Militär-, oder die reine Civilverwaltung. „Seien wir damit zufrieden," soll er kürzlich erst geschrieben haben, „daß wir so stark sind, wie die Römer, die dieses Land nie anders als militärisch verwaltet haben." Die römische Militärverwaltung bestand aber in mehr als Absynthtrinken und Possenmachen; die römischen Militär-Colonien haben gearbeitet, viel und anstrengend gebaut und geklärt, und sie haben die Eingebornen meistens richtig zu behandeln gewußt, lauter Dinge, wovon die Nachfolger der Römer so gut wie gar nichts verstehen. Der Kaiser ist der Mann dazu, zwischen Arabern und Kabylen zu unterscheiden und zu erkennen, daß diese gerade so culturfähig, wie jene nach ihrem ganzen Habitus culturfeindlich sind. Der von Haus aus faule Araber wird erst modern, wenn er von inwendig verfault ist, der Kabyle dagegen ist spekulativ in allen irdischen Dingen, ein fleißiger Landmann, ein gewandter Handwerker, ein geriebener Handelsmann.

Der Kaiser wird auf seiner Reise nach Algerien begleitet von seinem ersten Stallmeister General Fleury, von seinem Adjutanten, dem General Castelnau und dem Obersten Reille, von seinen Ordonnanz-Offizieren, den Capitäns Espenilles und Ligneville, von seinem Privatsekretär Pietri und von seinem Arzte Corvisart. Während der 40tägigen Abwesenheit des Kaisers wird die Kaiserin als Regentin unter Beistand des geheimen Rathes das Reich regieren, also derselbe Stand eintreten, wie während des italienischen Krieges.

In der **Pariser** Geschäftswelt ist die Rede von einer großen Anzahl von Fallimenten, welche in London die Nachricht von der Niederlage der Konföderirten nach sich gezogen habe.

Aus **Lyon** kommen sehr traurige Nachrichten über die Noth der dortigen beschäftigungslosen Arbeiter. Die Rücksicht auf diese war der Beweggrund für den Rhone-Präfekten, dem Kaiser die Abhaltung großer Festlichkeiten zur Eröffnung der Verschönerungsarbeiten in dieser Stadt zu widerrathen. Rhone-Präfekt Chevreau steht an Entschlossenheit seinem Amtsbruder Haußmann in Paris nicht nach. Mit Hilfe des — bekanntlich nicht gewählten — Gemeinderaths von Lyon hat er einen Kredit von 300,000 Frcs. sowie eine öffentliche Subskription für die bedrängten Arbeiter eröffnet. Auch in den Landgemeinden wird für dieselben durch Vermittlung der Geistlichkeit auf Anregung des Erzbischofs Bonald gesammelt, und am Sonntag soll auf Veranlassung von Canrobert ein großes Wohlthätigkeitskarrousel statthaben.

Aus **Rom**, 14. April schreibt man der „Allg. Z.": „Die Audienz, welche der Herzog v. Persigny vorgestern beim Papst hatte, dauerte sehr lange und scheint ziemlich ernst gewesen zu sein, da die Gemahlin des Herzogs dieselbe sehr angegriffen und erregt verlassen haben soll. An dem am Abend zu Ehren des herzoglichen Paars bei Hrn. v. Sartiges veranstalteten Diner nahm auch Cardinal Antonelli Theil, welcher nach aufgehobener Tafel die Gäste einlud, die herrlich beleuchteten Museen des Vaticans zu besichtigen. Hr. v. Persigny soll auch außerdem schon häufig mit dem Cardinal-Staatssekretär conferirt haben, und in maßgebenden Kreisen will man als Zweck der Reise des Herzogs eine Recognoscirung des Terrains darstellen, um möglicherweise den mißmuthigen und mit seiner Stellung unzufriedenen Hrn. v. Sartiges zu

---

auch Kaiserin Adeline in einem Negerlande als eine recht hübsche Frau gelten; was aber die Prinzessin Olivie, des Kaisers einzig Töchterlein betrifft, so würden selbst die raffinirtesten schwarzen Hofschmeichler nicht viel an ihrer Schönheit zu preisen finden.

Das kaiserliche Paar war sehr vergnügungssüchtig. Bankette und Bälle wurden häufig gegeben. Elegante Kammerherren, schwarze Hofjunker und Stutzer flogen auf solchen Bällen mit schwarzen Hofdamen und Edelfräuleins, mit Herzoginnen und Prinzessinnen vom schwärzesten pur sang, mit Gräfinnen und Baronessen im Walzer, in der Polka und im Contretanz um die Wette. Die größte Grazie aber entwickelten Damen und Kavaliere in jenem alt-französischen Kolonialtanz, den man hier „le Carabinier" nennt. Dem Kaiser Soulouque erlaubten zwar sein Alter und seine Leibesbeschaffenheit nicht mehr, als Polkatänzer zu glänzen; bei einer langsamen Polonaise hingegen sah man ihn oft an der Hand einer General-Konsulin, Fürstin oder Herzogin mit edlem Anstand den Reigen führen. Die Kaiserin war viel jünger und kräftiger und nahm auch an den flinkeren Tänzen Theil. Prinzessin Olivie aber polkte, walzte und galoppirte mit den dunkelfarbigen Hofkavalieren so gewandt wie nur irgend eine Prinzessin der europäischen Höfe.

Leider dauerte die Herrlichkeit nicht allzulange. Das schwarze Kaiserthum ging nach kaum zehnjährigem Bestande schon wieder zu Grunde. Die Zustände und Lebensbilder, die mit ihm aufgetaucht waren, gaukelten vorüber wie die schwarzen Figuren eines Schattenspiels, und als im Jahre 1859 unser Reisender, bei der Insel St. Thomas vorüberfahrend, am Gestade drei Gestalten erblickte, die ihm bekannt schienen, da ward ihm auf seine Frage die Antwort, daß dies der Exkaiser Soulouque, die Exkaiserin Adeline und die Exprinzessin Olivie seien, welche, von ihren illoyalen Unterthanen verjagt, hier in der Verbannung auf bessere Tage hofften, die aber bis heute noch nicht gekommen sind.

(Nr. 8.) **Dreisylbige Charade.**

Die Ersten sind sehr fleißige Leut',
Sie schaffen von Morgens bis Abendszeit,
Doch werden sie manchmal ein wenig zu lang,
So machen sie auch manch' unrechten Fang.
Das Dritte, des Mannes Attribut,
Steht auch besonders den Damen gut;
Doch war es an einem gewissen Ort
Die Ursach' zu Aufruhr, Krieg und Mord.
Das Ganze ist's Dritte in kleiner Figur,
Doch findet sich's meistens bei Damen nur.

Auflösung der Homonyme Nr. 7: **Schöpfer.**

ersetzen, welcher Lust haben soll, der Diplomatie ganz zu entsagen und in den Senat einzutreten."

Aus **München** werden wir um die Veröffentlichung des Nachstehenden ersucht: „Auf dem Dachboden des Bezirksamts Laufen lagert noch die alte Registratur des ehemaligen Pfleggerichts Laufen. Aus ihr fand der dortige Bezirksamtsschreiber Moshammer mehrere alte Schrift- und Druckstücke heraus, welche Aufzeichnungen und Verordnungen über früheres Gemeinde- und Landesrecht enthielten und, an das k. allgemeine Reichsarchiv in München eingesandt, von diesem der Aufbewahrung würdig erklärt wurden. Zur Anerkennung wurden Hrn. Moshammer durch Ministerialerlaß 30 fl. auf die Regiekasse des Reichsarchivs angewiesen. Ohne Zweifel liegen noch in vielen Landgerichten, Bezirks- und Rentämtern alte Registraturen, welche auf Dachkammern oder in halbvergessenen Winkeln vermodern. Und doch stecken möglicher-, ja wahrscheinlicherweise darunter Archivalien, welche nicht allein für historische und wissenschaftliche Untersuchungen fruchtbar zu machen, sondern auch für die Rechte des Staats und der Gemeinden, der Stiftungen und Familien oder als Nachweisungen für Behörden und Private werthvoll sein können.

Hieher gehören eine große Menge von Aufzeichnungen über die gegenseitigen Rechte und Pflichten von Gutsherrn und Bauern, über die Ortsverfassung, die Benützung von Wald und Weide, Flur- und Gränzbeschreibungen, kurz alte Weisthümer jeder Art. Nicht minder wichtig sind die Saal- und Lagerbücher, alte Bände in Pergament oder Papier, in welchen die Gemeinden-Weiler und Einöden einer Gegend verzeichnet sind mit den Lasten-Renten und Abgaben, welche darauf ruheten, und den verschiedenen Berechtigungen, die ihnen zustanden. In dritter Reihe kommen die alten Gerichtsbücher, in welchen gerichtliche Protokolle, Urtheile und Nachweisungen eingeschrieben wurden. Ueberblickt man die Anzahl von Archivalien dieser Art, welche in den Archiven des Staates lagern, und hält damit die Mengen von Ortschaften, Burgen und Klöstern Bayerns zusammen, so zeigen sich große Lücken. Wo sind die vermißten Stücke hingekommen? Es sind doch sicher nicht alle alten Schriften und Bücher dieser Art in die Hände von Krämern und Käsverkäufern, nicht alle alten Pergamente in die Hände der Goldschläger gekommen. Wir glauben, daß man noch wichtige Schätze auffinden würde, wenn die alten Registraturen durchgesehen würden, die bei Umwandlung der ehemaligen Pflegämter, bei Auflösung der Klöster, und noch in jüngster Zeit bei Aufhebung der Patrimonial- und Herrschaftsgerichte an die Rentämter und Landgerichte, beziehungsweise an die jetzigen Bezirksämter gekommen. Gegenwärtig, wo die Ablösung der gutsherrlichen Lasten und die Einrichtung der neuen Grund- und Steuerbücher überall vollzogen ist, sind jene Archivalien den äußern Aemtern entbehrlich. Dazu kommen noch andere, wie Mandate und Verordnungen der Obrigkeiten, Kriegsakten, Volkszählungen, Organisationen von Aemtern und Stellen. Nachrichten in vielfältiger Richtung über Städte, Klöster, Dörfer und Adelsgeschlechter, sowie über merkwürdige Personen, Akten und Dokumente, welche jetzt, bei völlig veränderten Zuständen, ohne praktischen Nutzen sind, gleichwohl aber für die Landesgeschichte, wie für Kunst- und Kulturgeschichte interessante Beiträge liefern. Wer wird nun solche Archivalien draußen bei den Landgerichten, Bezirks- und Rentämtern suchen, wo die wenigsten Beamten im Drange der Berufsgeschäfte Zeit und Lust haben, sich mit den vergilbten Akten früherer Jahrhunderte zu beschäftigen? In den k. Archiven aber würden sie, von kundiger Hand verzeichnet, wohl aufbewahrt, und den Kennern zur Benützung offen gelegt.

Es sind deßhalb wiederholt schon früher die äußeren Aemter durch Verordnungen und Ministerialerlasse aufgefordert, Urkunden aller Art, sowie Saal- und Lagerbücher, Flur- und Forstbeschreibungen, Gerichtsbücher u. s. w. an die k. Archive einzuliefern, und es wäre sehr zu wünschen, daß jetzt, wo aus bezeichneten Gründen so viele alte Archivalien an ihren jetzigen Aufbewahrungsorten keinen Nutzen mehr versprechen, jenen Anordnungen einmal durchgreifend Folge gegeben würde. Daß man bei den äußern Aemtern alle dergleichen Bände und Schriften zur Einsendung erst genau verzeichnet, wird in den wenigsten Fällen nöthig sein. Wie kann Einer, der nicht ein eigenes jahrelanges Studium daraus gemacht hat, gleich alle Schriften aus früheren Jahrhunderten lesen! Oefter sind gerade schätzbare Stücke äußerlich ganz nothdürftig oder unleserlich überschrieben. Das Beste wird sein, alle älteren Akten und Urkunden mit einem summarischen Inhaltsverzeichniß an das k. allgemeine Reichsarchiv in München oder an dessen acht Archivkonservatorien, welche im Königreiche vertheilt sind, einzusenden. Die äußeren Aemter sind dann die alten Aktenbestände los, die ihnen nur Platz wegnehmen, — die Archivbeamten werden schon herausfinden, was sich der Aufbewahrung lohnt, — das Publikum aber kann dies alsdann auf bequemste und sicherste Weise benützen, und so ist Allen geholfen."

Hiezu die Beilage: „Würzburger Anzeiger".

Verantwortlicher Redakteur: A. Hartmann.
Druck und Verlag der Stahel'schen Buch- und Kunsthandlung in Würzburg

---

Cours der Staatspapiere.

Oesterr.	5 pCt. Met. (Op. i. S. b. R.)	—
„	5 pCt. Lomb. ditto. à 24	—
„	5 pCt. Engl. Met. v. 1862	79½ P.
„	5 pCt. Engl. Met. v. 1865	76¾ P.
„	5 pCt. Venet. Coupon b. R.	87¼ G.
„	5 pCt. Nationalanl. v. 1854	68⅝—⅞ G.
„	5 pCt. Metall. Obligation.	65¼ P.
„	4½ pCt.	58¾—⅞ G.
Preussen	4½ pCt. Staatsschuldsch.	—
Bayern	4½ pCt. Obl. 1jähr. dto.	101⅜ G.
„	4½ pCt. Obl. ½jähr. dto.	102⅛ P.
„	4 pCt. Obl. 1jähr. dto.	99 P.
„	4 pCt. Obl. ½jähr. dto.	99¼ G.
„	4 pCt. Obl. Ab.-R. dto.	98¼ G.
„	3½ pCt. Obl. dto.	—
Würtemb.	4½ pCt. Obl. b. Rothsch.	101⅜ G.
„	3½ pCt. Obl. dto.	95½ P.
Baden	4½ pCt. Obl.	—
„	3½ pCt. Obl. v. 1842	92 P.
Gr. Hess.	4½ pCt. Obl.	—
„	4 pCt. Obl. b. Rothsch.	101⅛ G.
„	3½ pCt. Obl. dto.	97⅝ P.
Nassau	4½ pCt. Obl. dto.	101⅛ P.
„	4 pCt. Obl. dto.	99¼ P.
„	3½ pCt. Obl. dto.	91⅝ P.
Frankfurt	3½ pCt. Obl.	95 P.
„	3 pCt. Obl.	—
Spanien	3 pCt. inl. Sch. P. à fl. 2. 30	—
„	2¼ pCt.	—
Schweden	4½ pCt. Obl. à 105 Thlr.	80¾ P.
N.Amerika	6 pCt. à 1000r. 1881 D. 2½	70¼ G.
„	6 pCt. ditto r. 1882 „	70⅛—¼ G.

Diverse Aktien.

Frankfurter Bank à fl. 500	149 G.
K. K. Oesterr. National-Bankaktien	876 P.
Oesterr. Kreditbank-Aktien à fl. 200	199½-200½ G.
Bayer. Hypothekenb. Pfandbriefe 4 pCt.	98 P.
Darmst. Bank 1. u. 2. Serie à fl. 250	230 G.
Weimarische Bank à Thlr. 100	101 G.
Mitteldeutsche Kreditaktien	101½ G.
Intern. Bank in Lux. à 250 Frs. à 25 kr.	—
Taunus-Eisenbahn à fl. 250	346 G.
Frankfurt-Hanauer-Eisenbahn	103⅝ P.
Oest. F.St.Eisb. 5pCt. 500 Fr. à 28 kr.	—
„ Elisab.-Eisenbahn 5 pCt.	122¾ P. ¼ G.
Böhm. Westbahn-Aktien à fl. 200 5/7	77 P. 76½ G.
Rhein-Nahe-Bahn 200 Thl. à 105 4pCt. Z.	31⅞ P.
Ludwigshafen-Bexbacher à 4 pCt.	149 G.
dto. dto. Prior. à 4 pCt.	—
Pfälz. Maxb. b. Rothschild à 4½ pCt.	107⅝ P.
Oest. St.-Eisenb. Prior.-Oblig. à 3 pCt.	53⅛ G.
Elisab.-Bahn Prior. 5 pCt. 6/7	80¼ P.
Südd. Bank-Akt., 40 pCt. Einz.	256½ P.
Span. Handels- und Industrie	—
Bayr. Ostbahn à 4½ pCt. volleinbez.	114—113⅞ G
Bayer. Ostbahn mit 50 pCt. Einz.	113¾ P.

Wechsel
in süddeutscher Währung.

Amst. fl. 100 k. S.	100¾ P.
Antwerp. Frs. 200 k. S.	94⅝ G.
Augsb. fl. 100 k. S.	99¾ G.
Berlin Th. 60 k. S.	104⅞ P.
Brem. 50 Th. Lsd. k. S.	97¾ P.
Brüssel Frs. 200 k. S.	94⅝ G.
Cöln Thlr. 60 k. S	104⅞ P.
Hamb. MB. 100 k. S.	88⅝ G.
Leipzig Th. 60 k. S.	105 P.
London Lst. 10 k. S.	119⅛ G.
Lyon Frs. 200 k. S.	—
Mail. Frs. 200 . . .	94⅝ G.
München fl. 100 k. S.	99¾ G.
Paris Frs. 200 k. S.	94¾ G
Petersburg 60 S.-R.	—
Triest fl. 100 k. S.	—
Wien fl. 100 ö. W.	—
do. in öst. W. k. S.	105⅝ G.
Disconto	3½ pCt. G.

Anlehens-Loose.

Oesterr. fl. 250 v. 1839	146 G.
„ fl. 250 v. 1854 zu 4 pCt.	80⅜ P.
„ fl. 500 v. 1860 5/7	87⅞—88¼ G.
„ fl. 100 Kisb. L. v. 1858	186 G.
„ do. v. 1864.	97⅛ P.
Schwed. 10 Thlr. Loose	10⅛ P.
Badische fl. 50	—
Badische fl. 35	53⅛ P.
Kurhess. Thlr. 40 b. R.	56⅜ P.
Gr. Hessen fl. 50 b. R.	135¼ P.
[illegible] fl. 25 do.	—
Nassau fl. 25 bei Rothsch.	— P.
Sardinische Fr. 36 b. B.	—
Neuchäteler 10 Frs.-Loose	—
Freiburger 15 Frs.-Loose	—
Mailänder 45 Frs. L. b. R.	32 P.
St. Lüttich mit 2½ pCt. Z.	94¼ G.
Anab.-Gunzenh. fl. 7.	11 P.

Frankfurt, 21. April. Die Börse war für österr. Fonds günstig gestimmt, besonders Loose von 1860 und 1864 wurden höher bezahlt. Oesterr. Kreditaktien blieben dagegen matt. In Amerikanischen fanden starke Realisationsverkäufe statt. Dagegen wurde etwas für Londoner Rechnung gekauft. Am Schluß bleibt die Notirung etwas unter dem gestrigen Abendverkehr. (Spad.)

N. Würzb. Ztg.
München.

Neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht!

№ 112-13. | Vorausbezahlung: Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 1 fl. 30 kr. Bei Inseraten wird die dreispaltige Zeile in gewöhnlicher Kleiner | 62. Jahrgang. | Schrift oder deren Raum im Hauptblatte mit 6 kr., im Anzeiger mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franco. | Montag, 24. April 1865.

Auf die **„Neue Würzburger Zeitung"** kann für die Monate **Mai** und **Juni** sowohl in der Expedition, wie bei allen königl. Postämtern abonnirt werden.

Der Untergang der Konföderation.

Der 3. April 1865, schreibt man der „A. Z.", bezeichnet den Schluß, wie der 13. April 1861 den Anfang des amerikanischen Kriegs. Wie er in der Secessionsbewegung vom 8. Nov. 1860 an ein Vorspiel hatte, [das im Grunde genommen auch schon Krieg, obwohl ein unblutiger war, so hat er ein Nachspiel, bei dem mehr Blut fließen wird, das aber gleichwohl mehr eine Pacifikation als ein wirklicher Krieg ist. Es wird schwerlich so lange währen, wie das Vorspiel. Die Sprengung der Lee'schen Armee, die Einnahme von Petersburg und Richmond haben das Schicksal der Konföderation besiegelt und es ist nicht unwahrscheinlich, daß Lee oder Johnston noch genug Soldaten bereit finden werden, im letzten Graben zu sterben, um noch den Charakter von „Kriegführenden" zu bewahren.*) Binnen wenigen Wochen wird es eine größere Insulte gegen die Vereinigten Staaten sein, die „Konföderirten" noch als einen kriegführenden Theil anzuerkennen, als es gegen das neugebackene Königreich Italien sein würde, Neutralität zwischen ihm und den sogenannten Briganten zu proklamiren. Ein viel größerer deshalb, weil im völkerrechtlichen Sinn die Bundesgewalt der Vereinigten Staaten die legitime Autorität über den Süden, die Konföderation dagegen nur eine Auflehnung ist, während in Italien das rechtliche Verhältniß gerade umgekehrt.

In einer New Yorker Korrespondenz finden wir folgende interessante Details über den Fall Richmonds: „Am Nachmittage des 2. April erhielt Jefferson Davis, während er dem Gottesdienst beiwohnte, von Lee ein kurzes Telegramm mit der Anzeige, daß er sich nicht halten könne, und daß Richmond aufgegeben werden müsse. Zwei Stunden später fuhr er mit schwerem Herzen und leichtem Koffer nach dem Danviller Bahnhof und floh — wohin, weiß man heute noch nicht.*) Ein wildes Rennen und Jagen fand in den Straßen von Richmond statt. Die Aristokraten packten hastig auf und machten sich aus dem Staube. Viele ließen ihre Familien zurück, da sie durch langjährige Erfahrung wohl wissen, daß diese vor der Bundesokkupation keinerlei Besorgnisse zu hegen brauchen. Auch die Gattin und die Kinder Lee's blieben. Wer am ehesten ausriß, das waren die Journalisten, die noch bis wenige Stunden vorher durch wahnsinnigen Bombast und durch die pöbelhaftesten Schmähungen auf die „Yankees" das Herz des Südens zu entflammen gesucht hatten; vor allen andern der frechste und gemeinste Schreier, John Mitchel, ein irischer Renegat der Freiheit und würdiger Genosse des hiesigen Korr. der Londoner „Times," Mackay. Nur die Redakteure des „Whig" blieben. In der Nummer vom 3. d. betheuerte dieses Blatt nochmals die Unbezwinglichkeit von Richmond, befürwortete eifrig die Neger-Konskription, und hatte einen Artikel, worin es die Behörden aufforderte, die Militärmusik auf den öffentlichen Plätzen der Stadt spielen zu lassen. Zwei Tage später erschien die nächste Nummer, von denselben Verlegern herausgegeben, als — loyal unionistisches Blatt, voller Glückwünsche über die Herstellung der Bundesautorität. So geschwind ist selbst 1815 nicht die Bekehrung des „Moniteur" vor sich gegangen!

Wie in Charleston, so ward in Richmond auf Geheiß der abziehenden Militärführer und gegen die flehentlichen Bitten der Bürger Feuer angelegt, und ein großer Theil des Geschäftsviertels eingeäschert. Die im Fluß liegenden Panzerboote und Pulvermagazine in den Fortifikationslinien wurden in die Luft gesprengt, aber die Positionsgeschütze — gegen 500 an der Zahl — und die vorhandenen Waffenvorräthe zu zerstören, hatte man keine Zeit. Am Morgen des 3. April entdeckte General Weitzel, daß die feindliche Linie verlassen sei; eine Rekognoscirung ergab, daß alle zu derselben führenden Wege dick mit Höllenmaschinen bepflanzt waren. Zum Glück hatte die große Menge derselben die Rebellen genöthigt, sie durch kleine rothe Fähnchen zu bezeichnen, damit nicht ihre eigenen Patrouillen dadurch in die Luft gesprengt wür-

*) Inzwischen meldet ein Telegramm, daß Lee mit seiner Armee capitulirt hat.

*) Die „Times" vermuthet: Davis denke daran, den Sitz der Regierung nach Lynchburg, oder sonst einem weniger bedrohten Ort, zu verlegen.

Feuilleton.

Ein Besuch in den Katakomben Roms.

Der bekannte westphälische Dichter und Novellist Levin Schücking hielt sich diesen Winter in Rom auf; eine interessante Episode aus der Zeit dieses Aufenthaltes theilt er der „Kölnischen Zeitung" mit. Wir heben aus derselben folgende Skizze heraus:

„Vor der offenstehenden Thür unserer Vigne werden ein Paar Rappen mit hohen, rothen Kopfbüscheln, im schweren Geschirr mit purpurnen Gurtenbändern und Quasten sichtbar, die zur Equipage eines Kardinals der heiligen römischen Kirche gehören. Pünktlichkeit ist die Höflichkeit großer Herren — die Eminenz ist da, trotz Wetter und Wind um keine Minute verspätet. Der Kardinal übernimmt nach den ersten Begrüßungen und Vorstellungen sofort die Führung. Wir folgen ihm den Hügel hinan; unter einem kleinen Ueberbaue geht es auf schmalen Treppen in die Unterwelt hinab — der Custode ist herbeigeeilt, öffnet eine Thür und theilt Wachslichter aus; Jeder entzündet das seinige — und nun hinein in dieses wirre, endlose Labyrinth von bald hohen, bald niederen Gängen, von kleinen Hallen und Kapellen (Hypogäen), wo rechts und links schmale, enge Ruhestätten für die beizusetzenden Todten in den grobkörnigen Tuffstein eingeschnitten sind, fast alle offen, oft mit Erde und Schutt halb noch ausgefüllt, nur wenige noch mit Marmor- oder Ziegelplatten geschlossen — Hunderttausende von Gräbern in endlosen, viele Miglien langen, sich wirr verschlingenden Gängen, die bald auf-, bald abwärts ziehen, die in zwei-ja, in drei Stockwerken unter einander liegen. Eine Welt dunkler, lichtloser Todtengänge — das Bergwerk, aus dem die Kirche die Schätze ihrer Reliquien zu Tage gefördert hat; die Minengänge, welche die Geschichte unter den Füßen des stolzen, üppigen römischen Heldenthums und der römischen Cäsarenherrlichkeit anlegte; diese Welt war lange gründlich unterwühlt, ohne daß sie es ahnte; dies hier sind die Minen, über denen sie sorglos mit den goldenen und purpurnen Sandalen hinschritt und von denen aus sie vernichtet wurde!

Der Kardinal führt uns zuerst in eine kleine, kapellenartig angelegte Grabkammer, eine jener Grüfte, die sich eine wohlhabende Familie baute zur gemeinschaftlichen Bestattung. Unseres Führers geistreiche Züge sind doppelt belebt, sein sprechendes Auge leuchtet von der inneren Theilnahme, welche ihn erregt, während er spricht von Dingen, bei denen seine ganze Seele ist. Er zeigt auf die Malereien der Decke, der Wände hin, Malereien, in denen die Ueberlieferungen der antiken Kunst leben; sie können deshalb nur aus den ersten Zeiten, dem zweiten Jahrhundert unserer Aera sein. Da ist ein Schiff, aus dem ein Mann geschleudert wird — ein Meerungeheuer erwartet die Beute, um sie zu verschlingen; aber an der anderen Seite des Gewässers ruht Jonas unversehrt unter der Kürbislaube — das Bild der Auferstehung! Der Mast des Schiffes trägt die Raaen in rechtem Winkel gekreuzt; so versteckt sich das Kreuzeszeichen, wie auf anderen Bildern es sich unter der Figur eines Ankers versteckt. Alles ist hier symbolisch — Christus ist in der Gestalt des guten Hirten dargestellt oder als Fisch.

den, und bei der Eile der Flucht waren diese Fähnchen stehen geblieben. So konnten die Truppen Weitzels, vorsichtig, im Gänsemarsch zwischen den Mordapparaten hindurchmarschirend, ohne den geringsten Unfall durch die feindliche Linie gelangen. Noch mehrere Meilen von der Stadt kam ihnen der Bürgermeister Mayo mit einer Parlamentärsflagge entgegen, und übergab die Stadt in aller Form Rechtens an den Bundeskommandeur. Als die Truppen in die Stadt einzogen, empfing sie eine jubelnde Menschenmenge, ungefähr zu gleichen Theilen aus Negern und aus Weißen (Handwerkern, Arbeitern ꝛc., vorzugsweise Deutschen und Irländern) bestehend. Namentlich die ersteren waren wie wahnsinnig in ihren Freudenbezeugungen."

Im Weiteren berichtet die erwähnte Korrespondenz von der Verfolgung Lee's durch Grant und Sheridan und bemerkt, es sei nicht einzusehen, wie Lee der bitteren Nothwendigkeit einer Kapitulation soll entgehen können und fährt dann fort:

„Die einzig wichtige Frage, welche hier noch in Betracht kommt, ist die nach dem Verbleiben Johnstons. Dieser stand, als Sherman sich in Goldsboro festsetzte, zwischen Smithfield und Raleigh; er könnte, wenn er am 2. April Nachricht von Lee's Niederlage erhalten hat, sich nun in der Nähe von Burkesville befinden, und da einen Versuch machen, Grants linke Flanke zu belästigen. Sherman ist am Abend des 30. März von seiner Konferenz mit Grant und dem Präsidenten Lincoln nach Goldsboro zurückgekehrt. Während der acht Tage, die seine Armee dort zugebracht hatte, war es dem Kommissariat durch wahrhaft übermenschliche Anstrengungen gelungen, sie mit Kleidern und Schuhwerk zu versehen, deren sie im höchsten Grad bedürftig war, denn nicht blos barhaupt und barfuß, sondern auch ohne Röcke, ja manche sogar ohne Hosen — Sansculotten im buchstäblichsten Sinn — war ein großer Theil der Soldaten in Goldsboro eingezogen. Gleich am 31. März ordnete Sherman die Marschbereitschaft an, doch ist es kaum denkbar, daß seine Armee vor dem 2. April hat in Bewegung sein können. Die Entfernung von Goldsboro nach Burkesville beträgt selbst auf den geradesten Wegen nicht weniger als 26 deutsche Meilen, und die Infanterie wenigstens wird diese Strecke auch im günstigsten Fall nicht unter einer Woche zurücklegen können, da sie sich unterwegs zu verproviantiren hat. Somit läßt sich über den Verlauf und Erfolg eines etwaigen Wettrennens zwischen Johnston und Sherman gar nichts sagen. Wohl aber läßt sich annehmen, daß auf die Armee des erstern die Schreckensbotschaft von Lee's Armee sehr demoralisirend wirken und alle vorübergehenden Gefahren neutralisiren wird, welche andernfalls ihr unvermuthetes Erscheinen in Grants linker Flanke mit sich bringen könnte."

(Amtliche Nachrichten.) **München**, 21. April. Se. Maj. der König hat auf die Stelle des funktionirenden Substituten des Staatsanwalts am Bez.-Ger. Bayreuth den bish. funkt. Substituten am Bez.-Ger. Windsheim, Ch. L. Schmidt, berufen; den bisher. v. Gienanth'schen Oberförster W. Friedel in Trippstadt zum Revierförster ernannt und demselben das Revier Trippstadt übertragen; dann das Revier Nerheim im Forstamte Speyer aufgelöst und den Revierförster S. Schmidtschneider von Nerheim auf das in der Oberpfalz erledigte Revier Bodenwöhr I versetzt; dem Canzlisten der k. Regierung von Schwaben, J. N. Junzermayer, den erbetenen Ruhestand gewährt und die Stelle eines Canzlisten der k. Regierung von Schwaben dem Canzleifunktionär K. Albrecht zu Augsburg verliehen; die Stelle eines Boten am Oberappellationsgerichte dem Appell.-Ger.-Boten A. Bach zu München und dessen Stelle dem Beiboten im Staatsministerium des kgl. Hauses und des Aeußern, X. Winter, dann die am Ldg. Auerbach erledigte Gerichtsdienerstelle dem Gerichtsdienersgehilfen Gg. Eberle zu Wörth verliehen.

Vom k. Staatsministerium der Justiz wurde unterm 18. April l. Js. als Vertreter der Staatsanwaltschaft am k. Landg. Osterhofen der Accessist am k. Bez.-Ger. Landshut, J. Naager, aufgestellt.

Se. Maj. der König hat dem k. geistl. Rath, Stadtpfarrer und Dekan A. Förch zu Neuburg a/D. und dem prakt. Arzte Dr. J. G. Hertel in Augsburg das Ritterkreuz 1. Classe des Verdienstordens vom heiligen Michael verliehen.

Aus **München**, 22. April, schreibt man der „Allg. Ztg.": „Was die in mehreren Blättern als bevorstehend erwähnte Rundreise Sr. Maj. durch das Land betrifft, so besteht allerdings die Absicht eines Besuches mehrerer der bedeutendsten Städte Bayerns im Laufe dieses Jahres. Ueber die Zeit des Antritts und die Ausdehnung der Reise aber ist noch durchaus nichts festgestellt; vor dem Schlusse des Landtags aber dürfte sie kaum stattfinden. Diesem werden noch Gesetzentwürfe über gesetzliche Regelung des militärischen Strafverfahrens, über eine Reform der den Malzaufschlag, die Malzdefraudationen, und überhaupt alle damit zusammenhängenden Fragen betreffenden gesetzlichen Bestimmungen, endlich über den Schutz des literarischen Eigenthums, in Betreff dessen so eben ein neuer Vertrag mit Frankreich dem Abschluß nahe ist, vorgelegt werden. Abg. Edel hat Namens des Fünfzehner-Ausschusses seinen Bericht über den Antrag des Abg. Kolb, die Behandlung der von der k. Staatsregierung noch erst vorzulegenden sozialen Gesetzentwürfe betr., auch bereits vollendet.

Berlin, 19. April. Der Handels- und Zollvertrag zwischen den Staaten des deutschen Zoll- und Handelsvereins und Oesterreich lautet (mit Weglassung des Einganges) wörtlich: Art. 1. Die vertragenden Theile verpflichten sich, den gegenseitigen Verkehr zwischen ihren Landen durch keinerlei Einfuhr-, Ausfuhr- oder Durchfuhrverbote zu hemmen. Ausnahmen hiervon dürfen nur stattfinden: a. bei Tabak, Salz, Schießpulver, Spielkarten und Kalendern; b. aus Gesundheits-Polizeirücksichten; c. in Beziehung auf Kriegsbedürfnisse unter außerordentlichen Umständen. Art. 2. Hinsichtlich des Betrages, der Sicherung und der Erhebung der Eingangs- und Ausgangsabgaben, sowie hinsichtlich der Durchfuhr dürfen von keinem der beiden vertragenden Theile dritte Staaten günstiger, als der andere vertragende Theil behandelt werden. Jede dritten Staaten in diesen Beziehungen eingeräumte Begünstigung ist daher ohne Gegenleistung dem andern vertragenden Theile gleichzeitig einzuräumen. Ausgenommen hiervon sind nur diejenigen Begünstigungen, welche die mit einem der vertragenden Theile jetzt oder künftig zollvereinten Staaten genießen, so wie solche Begünstigungen, welche andern Staaten durch bestehende

---

Oft trägt der Fisch einen durchsichtig geflochtenen Korb, der mit Broden gefüllt ist und aus dessen Innerem in der Mitte ein Glasgefäß voll rothen Weines schimmert. Neben dem Abendmahl findet sich noch die Taufe dargestellt; man sieht eine Gestalt, die mit Wasser überschüttet, nie aber, daß sie eingetaucht wird, wie es die griechische Kirche lehrt.

Die Symbolik aller dieser dem Christen leicht verständlichen Bilder erklärt sich aus dem Streben der ersten Christen, ihren Glauben und dessen Mysterien dem Spotte der Heiden zu entziehen. Als Beweis, wie sehr sie demselben mit ihrer Verehrung eines durch schimpfliche Todesart Hingerichteten ausgesetzt waren, dient eine Graphit-Inschrift aus dem Anfange des 3. Jahrhunderts, die man am Fuße des Palatin, in einem Raume, der als Kaserne für kaiserliche Soldaten oder als Wohnung des Gesindes gedient haben mag, fand. Eine kunstlose Zeichnung, in den Kalk geritzt, stellt einen an ein Kreuz gehefteten Mann mit einem Eselskopfe dar. Darunter stehen die Worte: „Alexamenes betet Gott an." Der arme, Christ gewordene Alexamenes diente also seinen Genossen zur Zielscheibe des Spottes!

Die Darstellung der Maria kommt in den Katakomben von San Callisto nur einmal vor. In den anderen ist sie häufiger. Sie scheint im 2. Jahrhundert vielfach abgebildet worden zu sein, immer mit dem Kinde. Dann verschwindet sie aus den Darstellungen und tritt erst im 6. bis 8. Jahrhundert wieder auf, ohne das Kind, in byzantinischer Starrheit, reich geschmückt.

An vielen Stellen sind die Mauern mit unzähligen Graphit-Inschriften bedeckt. Durch dieselben zieht sich wie ein rother Faden der immer von derselben Hand gekritzelte Name Sophronia; bis man an eine Kapelle gelangt, wo er zum letzten Male auftaucht in den Worten: „Sophronia, du lebst immer, immer lebst du in Gott." Sie rühren, glaubt man, von einem Pilger her, der das Grab einer ihm theuren Person hier aufzusuchen kam, einer Schwester oder Geliebten!

In einer der Grabkammern findet man eine große Inschrift, die Philokalus, der Schreiber des Papstes Damasus, auf die Rückseite einer ausgelöschten römischen Kaiser-Inschrift gegraben hat, also etwas wie ein steinerner Palimpsest. Darin kommt zum erstenmale das Wort Papa vor. Eine andere Grabkammer zeigt in den Wandmalereien Bildnisse, einen byzantinischen Christuskopf, einen Bischof, daneben den Namen Urbanus. Man weiß aus den Martyrer-Akten, daß Urbanus I. es war, der um 230 den Leichnam der enthaupteten heiligen Cäcilia in den Katakomben beisetzte. In der That fand man dicht daneben das Bild einer reich geschmückten Jungfrau und darunter ein großes Arcosolium, worin also die Heilige begraben sein muß.

Endlos durch die dunkeln, verwirrten Gänge schreiten wir fort. Unser gelehrter Kirchenfürst ermüdet nicht, in seiner geistreichen Weise zu zeigen, zu deuten, zu entwickeln. Und indem unsere ganze Aufmerksamkeit gespannt diesen fesselnden Mittheilungen folgt, hat die Unterwelt, in der wir uns bewegen, alle ihre athembeklemmenden Schauer, ihre drückende Enge verloren. Wir sind seit Stunden in diesen schmalen, oft nur 2' breiten Gängen; wir haben nicht die leiseste Ahnung, welchen Weg wir in diesen Irrge-

Verträge zugestanden sind und ausdrücklich von der Anwendung obiger Bestimmungen ausgeschlossen werden. Diese Begünstigungen können denselben Staaten für die nämlichen Gegenstände in nicht höherem Maße auch nach Ablauf dieser Verträge zugestanden werden. Art. 3. Die vertragenden Theile wollen vom 1. Juli 1865 an gegenseitige Verkehrserleichterungen auf Grundlage des freien Eingangs roher Natur-Erzeugnisse und des gegen ermäßigte Zollsätze zu gestattenden Eingangs gewerblicher Erzeugnisse ihrer Länder eintreten lassen. Demgemäß sind sie übereingekommen, daß bei dem unmittelbaren Uebergang aus dem freien Verkehr im Gebiete des einen in das Gebiet des andern Theils in Oesterreich von den in der Anlage A und im Zollvereine von den in der Anlage B bezeichneten Waaren keine, beziehungsweise keine höheren, als die in diesen Anlagen bestimmten Eingangsabgaben erhoben werden sollen. (Forts. folgt.)

Berlin, 21. April. Kürzlich ging durch die Blätter die Notiz, daß sich preußische Abgeordnete nach Wien begeben hätten. Ueber den Zweck der Reise verlautete nichts. Ein Berliner Korr. des „Mainzer Journ." bringt folgende eigenthümliche Mittheilung, die wir ohne Bürgschaft für deren Richtigkeit wiedergeben: „Ein neues preußisch-österreichisches Bündniß ist abgeschlossen. Vertragsschließende Theile sind die Volksvertreter beider Staaten. Zeit und Ort der Verhandlung: Wien, Osterferien 1865. Dorthin haben sich nämlich die Gesandten unseres Abgeordnetenhauses vor zehn Tagen begeben, um mit der Wiener Kammer-Opposition und Presse einen gemeinsamen Feldzugsplan gegen die alliirten Regierungen von Oesterreich und Preußen zu vereinbaren. Die Unterhändler sind vorgestern zurückgekehrt und von dem Erfolge ihrer Mission sehr befriedigt. Die Kontre-Allianz hat als Programm den einfachen Satz adoptirt: „Keine Erfolge der Allianz mehr."

In einem Dorfe bei Lenczyz fand man vor einigen Tagen eine in der Erde vergrabene Kiste mit Obligationen der früheren Nationalregierung im Betrag von 400,000 polnischen Gulden. Dieselben waren in Paris angefertigt, von W. Czartoryski, Ordenga und Galenzowski unterzeichnet, und bildeten einen Theil der unterm 10. Okt. 1863 ausgeschriebenen s. g. allgemeinen polnischen Nationalanleihe.

Justerburg, 18. April. Die vier Polen, die am 10. d. Mts. nach ihrer Freisprechung, als sie auf der Gerichtsstätte selbst von Neuem verhaftet werden sollten, sich der Polizei und einer möglichen Auslieferung an Rußland durch die Flucht entzogen, haben nach hier eingelaufener Nachricht glücklich die französische Grenze überschritten.

Wiesbaden, 20. April. Die zweite Kammer unserer Ständeversammlung wollte heute Nachmittag öffentliche Sitzung mit der Tagesordnung „Wahlprüfung" abhalten. Sämmtliche Mitglieder der Rechten, mit Ausnahme des Abg. Simon, blieben jedoch wieder aus, und es mußte somit die Versammlung, welcher Hr. Raht präsidirte und der Hr. Regierungsdirektor Schepp beiwohnte, da sie nicht vollzählig war, ohne die Sitzung eröffnen zu können, auseinandergehen. Die Mitglieder der Linken waren alle anwesend. Der Präsident Raht erklärte, daß er, da namentlich der Abg. Großmann für sich und Namens seiner politischen Freunde des Hauses heute abermals die Erklärung abgegeben habe, einer Sitzung, in welcher Wahlprüfungen vorgenommen werden sollten, nicht beizuwohnen, die herzogliche Regierung benachrichtigen werde, daß er sich nunmehr außer Stand sehe, die Kammer weiter noch zusammenzuberufen. — Auf Dasjenige, was nun folgt, ist man sehr gespannt! (Die „Mittelrhein. Zeitg." vermuthet eine Auflösung.)

Bezüglich der **Kieler** Hafenangelegenheit schreibt die Wiener „Presse": „Nach den uns zugehenden Mittheilungen hat die Hafenfrage in Kiel schon heute aufgehört, eine Frage zu sein, aber wir wünschten hinzufügen zu können, daß wir in ihrer Lösung einen Sieg Oesterreichs und des Rechtes zu feiern haben. Preußen hat, so viel wir hören, in der Theorie alles zugegeben, was man von Wien aus in Berlin entwickeln zu müssen geglaubt; es hat nicht in Abrede gestellt, daß es etwas zu rasch gehandelt, als es davon abgesehen, den Mitbesitzer von der Verfügung über das gemeinsam besessene Objekt auch nur einfach zu verständigen; es hat betheuert, daß es dabei nichts Arges gedacht, sondern blos sein unleugbares Besatzungsrecht — in Anwendung der Lehre von den „schwimmenden" Besatzungen — vom Festland auf die See übertragen wollen; es hat sich sogar zu dem Ausdruck des Bedauerns herbeigelassen, daß es dadurch, wenn auch unabsichtlich, die „verbündete" Macht verletzt. Das alles hören wir. Aber wir hören nicht, daß Oesterreich etwa erklärt hat, es werde eine Etablirung der preußischen Marine in Kiel nicht dulden, und daß Preußen darauf verzichtet hat, eine solche Etablirung in's Werk zu setzen; wir glauben vielmehr, daß Preußen, nachdem es mit seinen Zusicherungen das Gewissen Oesterreichs salvirt, jetzt erst recht sich in Kiel festsetzen wird. Freilich soll es gleichzeitig feierlichst erklärt haben, obgleich Herr v. Roon erst vor 14 Tagen das gerade Gegentheil erklärte, daß es nicht die Absicht habe, „Kiel zu behalten" — aber wir möchten denn doch fragen, ob auch nur ein einziger Mensch Herrn v. Bismark für so thöricht halten wird, daß er Millionen — und viele Millionen würden erforderlich sein — auf die maritime Etablirung in den Herzogthümern verwendete, wenn er nicht entschlossen wäre, sich dort bleibend niederzulassen, und wenn er nicht zugleich die Ueberzeugung hätte, es werde ihn schließlich Niemand daran hindern."

Ueber die Aussaugung der Bewohner Schleswig-Holsteins durch die Einquartierung wird der „Schlesw.-Holst.-Ztg." aus **Schleswig** berichtet: „Es liegen Haufen Quartierbillets vor, welche beweisen, daß kleine Bürger 3—4000 Mahlzeiten an die Soldaten haben geben müssen, ohne bis dato einen Schilling dafür erhalten zu haben. Wir haben uns der Mühe unterzogen, die Forderungen eines hiesigen kleinen Gastwirths, der beiläufig gesagt auf Tagelohn geht, ganz genau nach den Billets zu berechnen; dieser Mann hat 2306 Mahlzeiten für das fremde Militär hergegeben, natürlich ohne Vergütung. Wir wissen sowohl von Flenk-

---

winden gemacht, wir wissen nicht, müßten wir vorwärts oder rückwärts, um zur Oberwelt zu kommen; wir haben mehr als einmal die abgebrannten Wachslichter mit neuen vertauschen müssen; und doch ist Keiner unter uns, der sich hinaussehnte nach Licht und Sonne. — Der Kardinal führt uns in ein kleines System von zusammenhängenden Hypogäen, drei, vier an der Zahl, wie unter Leitung eines kunstreichen Baumeisters in guten Verhältnissen, mit sorgsamer Symmetrie dem Tuffsteine abgewonnen, die Decken regelmäßig gewölbt, Säulen sogar in den Ecken. — „Hierhin," sagte der Kardinal scherzend, „werde ich mich flüchten, hier werde ich meine Wohnung aufschlagen, wenn einmal der Feind in Rom einbricht. Wer sich hierhin rettet, den findet Niemand so leicht. Und Valentin wird die Zugänge decken; er wird mich vertheidigen. Nicht wahr, Valentino, du würdest Alles erschlagen, was sich unberufen hier eindrängen wollte?" — Valentino, dem als Italiener und friedlichem Katakomben-Custoden der Gedanke, den Leonidas dieser freilich leicht zu vertheidigenden Thermopylenschluchten machen zu sollen, etwas Unbehagliches hat, ermangelt doch der Geistesgegenwart nicht, welche die Kinder des Südens besitzen: „Erschlagen zu werden, hier an der Stelle, wo so viele heilige Martyrer erschlagen ruhen, nein, das sind sie allesammt nicht werth, Eminenza!" spricht er. —

Die Inschriften der Katakomben sind fast alle, wenn sie sich auf den Schlußsteinen der Loculi befanden, daraus entfernt. An 2000 befinden sich in der Galleria lapidaria des Vatikans eingemauert; eine großartige Sammlung derselben, kritisch geordnet und ergänzt, bedeckt die Wände der oberen Loggiengänge im Hofe des lateranensischen Palastes. Die älteste Inschrift ist aus dem Jahre 108; die letzte ist vom Jahre 408, und die letzte Erwähnung, daß in den Katakomben überhaupt noch begraben wurde, soll dem Jahre 454 angehören. Die Zahl der bis jetzt bekannten Inschriften beträgt 11,000, die der Kardinal di Rossi in seinem großen Werke, dessen erster Band erschienen ist, zu veröffentlichen begonnen hat. Sie zerfallen der Zeit nach in zwei große Kategorien, deren erste bis 250 hinabgeht. Bis dahin findet man fast nur den Namen der Verstorbenen mit einem hinzugesetzten „In pace," — d. h. er ruht in Frieden, oder: er starb in dem Frieden, den die Kirche gewährt. Daneben ist oft eine Taube mit dem Oelzweige oder das Siegeszeichen dargestellt. Nach dem Jahre 250 werden die Inschriften ausführlicher, der Schmerz um den Verstorbenen gewinnt Ausdruck. Im vierten Jahrhundert wird dann die Anrufung um Fürbitte Heiliger allgemein: Lebe im Namen des Laurentius; ich empfehle dir, Crescentius, meine Tochter, lebe in Frieden und bitte für mich. —

Auffallend ist, daß alle die vielen Tausend Loculi oder Ruhestätten leer sind. Nur noch sehr selten erblickt man darin einen Schädel, einen kleinen Knochenüberrest. Man erklärt dies dadurch, daß bereits im 9. Jahrhundert die Gräber geöffnet wurden, um die Leiber der Martyrer an die Kirchen zu vertheilen, sie als Reliquien in ferne Länder zu senden. In das Pantheon, das man als Kirche der Maria und allen Martyrern weihte, wurden 28 Wagen voll Reliquien aus den Katakomben gebracht; unter dem Hochaltare wurden sie niedergelegt. Die Verheerungen, welche das Mittelalter über Rom brachte, trafen auch die Kata-

Digitized by Google

burg her als von hier, daß Bequartierte ihr Eigenthum haben verpfänden und verkaufen müssen, bloß um die Soldaten zu befriedigen.

M **Bremen,** 20. April. Je weniger Lage und Größe unserer Stadt die Abhaltung eines allgemeinen Nationalfestes begünstigt, desto reger sind die Vorbereitungen für das zweite deutsche Bundesschießen zu betreiben, desto weiter müssen die künstlichen Anstalten ausgedehnt werden. So nehmen denn auch die Vorarbeiten immer lebhafteren Fortgang; sie erhalten immer bedeutendere Dimensionen, und unsere Gäste werden sicherlich ganz vergessen, daß Bremen nicht zu den größten der deutschen Städte zählt, daß die Nordwestecke des Vaterlandes nicht die Vortheile anderer Theile desselben genießt. Schon jetzt kann ein Gang über den Festplatz, der etwa fünf Minuten vom Bahnhofe entfernt ist, das schnelle Vorrücken des Unternehmens lehren; die Großartigkeit, die das Fest erhalten wird, zeigt ein Blick auf den großen Platz, welcher bereits die Hauptbaulichkeiten trägt: die Festhalle von etwa 85000 Quadratfuß Grundfläche mit der Vorhalle, an die verschiedene Bureaus sich anschließen sollen, die große Küche mit den ausgedehnten Wirthschaftsräumen und die 150 Schießstände enthaltende Schießgallerie. Schon beginnt der Bau des Gabentempels; die Errichtung der mächtigen Eingangspforte und der für Restauration, Tanz und ähnliche Zwecke bestimmten Gebäude wird nicht lange auf sich warten lassen. Diese letzteren Bauten werden den eigentlichen Festplatz von dem Volksplatze trennen, auf dem Verkaufsbuden und Volksbelustigungen ihre Stätte finden sollen. Schaustellungen von Erzeugnissen der Gewerbe und Industrie, Ansammlungen aller Seehandel und Schifffahrt charakterisirenden Gegenstände werden mit größtem Eifer vorbereitet. Dem Verkehre sollen Erleichterungen jeder Art geboten werden; die zollfreie Rücksendung der aus den Zollvereins-Ländern kommenden Ehrengaben ist gesichert; nur müssen die einzelnen Geschenke mit der Eisenbahn oder mit der Post dem Komite zugestellt werden.

Turin, 20. April. Die Deputirtenkammer berieth heute den Gesetzentwurf über die Aufhebung der religiösen Körperschaften. Die Commission besteht darauf, daß die Discussion über ihren Vorschlag statthabe. Baron Ricasoli spricht in demselben Sinn; er glaubt, die Regierung müsse die geistliche Frage lösen. Der Justizminister vertheidigt den ministeriellen Vorschlag. In der zweiten Sitzung setzt die Kammer die Discussion über die Finanzprojekte fort. Der Senat beginnt die Discussion des Strafgesetzbuchs.

Marschall Mac-Mahon wollte am 18. April von **Algier** nach der Provinz Constantine abreisen, um persönlich die Operationen gegen 5 oder 6 aufständische Stämme der Babors zu leiten. Diese Stämme wohnen an der Meeresküste und sollen durch 4 Colonnen gleichzeitig angegriffen werden.

Mexiko. Berichte aus der Havanah vom 29. März melden die Niederlage und den Tod Marechals, des französischen Kommandanten von Vera-Cruz. Auf der Rückkehr von einer Razzia begriffen, ward er in einer Schlucht von etwa 430 Liberalen überfallen und getödtet. Ungefähr 150 seiner Soldaten theilten sein Geschick oder wurden verwundet. Seine Leiche ward nicht aufgefunden. Nach einigen Angaben ward sie in kleine Stücke zerhackt, nach allen Richtungen hin verstreut, während sie anderen zufolge von den Liberalen anständig beerdigt wurde.

Schuldverschreibungen von Standesherren und Privaten.

Frankfurter Börse.

4	pCt.	Herz.	Lucca, alte b. Rothsch.	G.—	P.74
4	„	„	do. neue b. „	—	90
3½	„	Landgräfl. H.-Homb. b.	„	—	94
3½	„	Fürstl. Löwenst.-Werth. (bad.)		—	94
3½	„		do. (bayer.)	—	—
3½	„	„	Fürstenberg b. Rothsch.	92	—
3½	„	„	„ „	—	—
3½	„	„	Leiningen P. N. Schm.	95½	—
3	„	„	„ „	84	—
4	„	„	Oettingen-Wallerstein	—	99
4	„	„	Esterhazy P. Galantha	61	62
3½	„	„	Isenburg-Birstein b. R.	—	98½
4	„	„	Schwarzenberg	71	—
4	„	„	Palffy b. Arnst. u. Eskel.	69	—
4	„	Gräfl.	Erbach-Fürstenau b. S.	—	99
4	„	„	Palffy, Ferd. Leop., b. S.	61	—

4	pCt.	Gräflich	St. Genois b. Schm.	G.—	P.70
4	„	„	Szapary b. Rothsch.	—	50
4	„	„	Schönborn b. Schm.	61	—
4	„	„	Sandor b. Rothsch.	60	—
4	„	„	Strachwitz b. Schm.	—	50
4	„	„	Hugo Eltz	—	85
4	„	„	Viczay b. Rothsch.	60	—
4	„	„	Nizky b. Rothsch.	—	—
4	„	„	Hunyady b. Rothsch.	—	—
4½	„	„	Batthyany Joh. Bapt.	72	—
4½	„	„	Batthyany Gustav	—	71
4½	„	„	Orczy b. Schmidt	71	—
4½	„	„	Sztaray „	—	74
4½	„	„	Karoly bei Biedermann	—	70
4½	„	„	Pejacsevich b. Schuller & Co.	68	—

Anlehens-Loose.

Fürstl. Esterhazy 40 fl. Loose	—.——.—
„ Windischgrätz 20 fl. Loose	17.75—18.25
„ Salm-Reifferscheid 40 fl. L.	31.———.—
„ Palffy 40 fl. Loose	27.——27.50
„ Clary 40 fl. Loose	26.75—27.25
Gräflich Keglevich 10 fl. Loose	14.50—15.—
„ Waldstein-Wartenb. 20 fl. L.	19.50—20.—
„ St. Genois 40 fl. Loose	27.——27.50
Stadt Triester 100 fl. Loose	115.——116.—
Donau-Dampfschiff. 100 fl. L.	85.75—86.25
Dessauer 100 Thlr.-Loose	———

komben; sie wurden zerstört, verschüttet, dann völlig vergessen, zu Ende des sechzehnten Jahrhunderts wieder entdeckt und dann auf's Neue aus den Augen verloren. Erst in neuerer Zeit, mit den Untersuchungen des Padre Marchi und Rossi's, beginnt ihre wissenschaftliche Ausbeutung. Die Kommission der Archeologia sacra, an deren Spitze der Kardinal-Vicar steht, wacht über die Ausgrabung und Erhaltung. —

Wir wenden uns endlich der Oberwelt wieder zu. Hohe Treppen empor. Wie wir hinaustreten an's Licht des dunklen Tages, es ist 6 Uhr. Drei Stunden sind uns entflogen wie eine. Von der Höhe des Rückens der Vigne herab übersehen wir das Hügelterrain, das von den Gängen, aus denen wir kommen, durchzogen wird. Sie erstrecken sich so weit, wie es die geologische Bodenbeschaffenheit zuließ.

Baron H., der im Kaukasus die seltsamen, weiten Felsenkammern durchirrte, welche man Troglodytenstädte nennt, wirft die Frage auf, ob diese Katakomben nicht uralte Schöpfungen von Menschengeschlechtern seien, die weit vor der Zeit liegen, in welcher die Christengemeinde Roms hier Ruhestätten für ihre Verstorbenen und Asyle in den Tagen der Verfolgung fand. Der Kardinal ist nicht dieses Glaubens; er sagt, die Aushöhlung der Katakomben in jener Zeit und in dem Maße, wie man ihrer zur Bestattung der Leichen bedurfte, sei wissenschaftlich festgestellt. So wie im heidnischen Rom die Zünfte der Todtengräber bestanden, besaß auch das christliche eine Körperschaft von Arbeitern, welche die Katakomben ausgrub und sie erweiterte. Diese Leute hießen Fossores. Mit ihrem Attribut, einer spitzen Hacke, auf der Schulter finden wir sie an den Gräbern oft abgebildet. Den Heiden war ihre Thätigkeit gewiß nicht unbekannt, und sie hinderten sie nicht darin; das Recht des Eigenthums war ein unantastbares, und in seinem Boden konnte ein Christ gewordener römischer Bürger bauen und anlegen lassen, was er wollte. Nur in den Sturmzeiten, wenn die Verfolgungen ausbrachen, schützte das Eigenthum nicht gegen das Eindringen der Kriegs- und Henkersknechte, des Pöbels. Denn zu Hunderten zusammengedrängt, mag die unglückliche Christenheerde hier oft blutig niedergemetzelt oder aus Mangel an Nahrung und Luft verschmachtet sein! —

Und nun zurück aus dieser Katakombenwelt, aus diesem dunklen Vorhofe des ewigen Lichtes in die ewige Stadt! Der Kardinal nimmt mit seiner herzlichen Freundlichkeit unseren Dank entgegen, und sein schweres Gespann führt ihn davon. Als wir das Thor von San Sebastiano wieder erreicht haben, schlägt unser Wagen eine andere Richtung ein, als die, in welcher wir gekommen sind. Am Fuße des cälischen Berges wendet er sich rechts, und wir fahren unter dem Bogen des Konstantin her. Der Bogen des Konstantin! Hoch oben über den Katakomben sollte er sich aufbauen. Er ist der Markstein des größten Wendepunktes der Geschichte. Wie eine große, siegverheißende Meta steht er da für alle, die den Kampf des Geistes und der Ideen wider die Gewalt kämpfen. — Und wer ordnete den Schmuck an für dieses Triumphthor der siegenden Kirche? Gefesselte Barbaren, Könige mit gebundenen Händen stehen oben an seinem Architrav. Die rohe Gewalt, die Barbarei gefesselt, in Ketten gelegt. Welche Allegorie am Denkmale des Kaisers, der ein Christ wurde und nach dunklen Katakomben-Jahrhunderten der milden Lehre von Licht und Freiheit den Frieden gab!"

Hiezu die Beilage: „Würzburger Anzeiger".

Verantwortlicher Redakteur: A. Hartmann.
Druck und Verlag der Stahel'schen Buch- und Kunsthandlung in Würzburg

München.

Neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland, für Wahrheit und Recht

№ 114. | Vorausbezahlung: Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 1 fl. 30 kr. Bei Inseraten wird die dreispaltige Zeile in gewöhnlicher kleiner | 62. Jahrgang. | Schrift oder deren Raum im Hauptblatte mit 6 kr., im Anzeiger mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franco. | Dinstag, 25. April 1865.

Zur Wehr- und Steuerverminderungsfrage.

Ueber die beachtenswerthen Anträge des Abg. Kolb über Abänderung des bayer. Heerwesens und des Abg. K. Barth über Ermäßigung der Steuern, namentlich der Grundsteuer, werden in einer Correspondenz der „A. Z." einige Gesichtspunkte aufgestellt, welche bei den Fragen selbst nicht außer Acht bleiben dürften.

Hinsichtlich des gegenwärtigen Heerwesens, seiner Kostspieligkeit, seiner Beeinträchtigung der bürgerlichen Berufsarten und des bisher nicht ohne Plan genährten Gegensatzes zwischen dem Militärstand und dem Bürgerthum erhoben sich in ganz Deutschland, je nach den Verhältnissen der einzelnen Staaten, mehr oder minder begründete Klagen. Ueberall wird der Wunsch laut, die Wehrhaftigkeit der einzelnen Bundesstaaten keineswegs zu schwächen, vielmehr vermittelst Durchführung der allgemeinen Wehrpflicht zu stärken, wohl aber die Vorbereitung zur Waffenübung und die Waffenübung selbst schon vor dem eigentlichen Militärdienst zu beginnen. Die soldatische Ausbildungszeit soll dadurch abgekürzt werden, um damit sowohl die junge Mannschaft für möglichst beschränkte Zeit ihrer bürgerlichen Beschäftigung zu entziehen, als auf diese Weise an direktem wie indirektem Aufwand für das Kriegswesen zu sparen. Mit einem Wort: der allgemeine Wunsch ist darauf gerichtet, unbeschadet der Vertheidigungsfähigkeit Deutschlands und zu Gunsten derselben, das von den Einzelstaaten zu stellende Militär zu verbürgerlichen, indem die Bürger militärischer erzogen werden.

In demjenigen deutschen Staat, welcher sich vorzugsweise den Soldatenstaat, das Volk in Waffen nennt, besteht über diese Angelegenheit zwischen dem König und seinen Offizieren einerseits, sowie dem Abgeordnetenhaus und, man kann wohl sagen, der Zivilbevölkerung Preußens andererseits ein Gegensatz, welcher zu einem nun schon vier Jahre dauernden, der Entwicklung des Landes nichts weniger als förderlichen, erbitterten Kampf geführt hat. Vielleicht ist es Aufgabe der minder mächtigen deutschen Staaten, deren Militärorganisation im Ganzen der preußischen nicht fern steht, in denen jedoch das Militärwesen nicht die eigentliche Grundlage des politischen Standpunkts der Herrscher, nicht den Charakter des Regierungssystems bildet und nicht als die Stütze der Monarchie angesehen wird, in denen der Grundgedanke der Machthaber nicht die Eroberung, sondern die Vertheidigung ist, und die Vertheidigung nicht im Alleinstehen, sondern in der bundesmäßigen Gliederung einer großen Nation gesucht wird, den Anfang einer Umgestaltung zu machen, welche der fortgeschrittenen und stets fortschreitenden Zivilisation von Europa entspricht. Namentlich erscheint Bayern geeignet, in dieser Hinsicht voranzugehen. Seine Könige waren zu keiner Zeit für die Parade und das Militärwesen einseitig eingenommen. In Bayern steht der Soldatenrock nicht im schroffen Gegensatz zu dem bürgerlichen Kleid. Der Offizierstand ist sich wohl bewußt, daß er neben dem Befehlshaberthum einen Lehrerstand für die kriegerisch auszubildende junge Mannschaft ausmacht, daß es der militärischen Technik wegen zwar Berufssoldaten geben muß, daß das Soldatenthum aber nicht die Höhe im Staatsleben, sondern, da jeder Krieg als ein Abfall von der Verständigung zur Gewalt und als ein Unglück anzusehen, ein nothwendiges Uebel ist. Seitdem das Turnen von Seiten der deutschen Regierungen nicht mehr mit politischem Argwohn angesehen wird, leuchtet mehr und mehr ein, daß die Leibesübung durchgehend einen Theil des Schulunterrichts ausmachen sollte; und wenn man beobachtet, wie lächerlich, unbehülflich und täppisch die eben eingestellte junge Mannschaft meist ist, wie die Unteroffiziere sich mit den Rekruten in den ersten Wochen des Dienstes abzuquälen haben, um ihnen die untersten Begriffe eines vernünftigen Gehens und Stehens, eines gewandten Gebrauchs der Glieder beizubringen, so leuchtet von selber ein, daß diese Dinge, und nicht minder die erste Handhabung der Waffen, schon während des Schulunterrichts, im jugendlichen Spiel, überwunden sein sollten. Es ist möglich, daß der Herr Kriegsminister vom technischen Standpunkt der Kriegsverwaltung noch auf Schwierigkeiten auf-

Feuilleton.

SZ. Pariser Briefe.

Paris, 22. April.

Wer doch so mild und warm und eindringlich predigen könnte, wie der Sonnenschein! Er hat der Welt die frohe Botschaft gebracht, daß der Frühling wieder erwacht sei, und Alle haben dies Evangelium mit Entzücken vernommen. Blumen und Menschen kleiden sich in die hellsten, schönsten Farben, um den Ersehnten mit Hosianna zu empfangen. Die ganze Natur wird von einem Auferstehungs-Hallelujah durchbebt, sie schlägt die blauen Seeaugen auf, sie schüttelt die erstarrten Waldlocken, halb träumend noch, wie Dornröschen, vom Kusse des Ritters erweckt, und frägt, süßer Ahnung voll: „Ist er wirklich da, der Lenz, mein Ewiggeliebter?" Die Veilchen nicken: „Ja, Ja!" und bald werden erröthend es die Rosen bestätigen und die Nachtigallen im Wäldchen von Boulogne verkünden.

Aber diese Natur zu besingen muß ich den Dichtern, überlassen und als Chronist von Paris mich mit der Natur begnügen, welche auf unseren Bühnen sich zeigt, — sehr unverhüllt, daß man jegliche Rippe ihr zählt. Die „Biche au bois", welche jetzt auf der Pforte St. Martin grassirt, ist das unbekleidetste Stück, das man sich denken kann. Nymphen, Najaden, Elfen, Geister aller Elemente erscheinen hier mit rührendem Mangel bekleidet, im paradiesischen Zustande, aber es ist das Paradies nach dem Sündenfalle. Man kann hier lernen, wie man sich nicht bekleidet. Die 18 Tableaux, in welchen das Zauberstück sich abspielt, sind nur zu scenischen Ueberraschungen, zur Entfaltung des Luxus, zum Wechseln der Costüme erfunden, denn die Fabel selbst verräth wenig Geist. Die Prinzessin Désirée ist von einer bösen Zauberin in eine Hirschkuh verwandelt worden. Das ist ein großes Malheur, wenn man liebt und wieder geliebt wird. Der arme Prinz Souci müßte wohl aus Sehnsucht um seine vierbeinige Geliebte verschmachten, wenn nicht eine andere Fee, wohlwollender und geschickter als jene, den Zauber wieder löste. Dies ist alles, und diese kleine Omelette macht so viel Coulissen, Sammet und Seide, Gold, Perlen, Geschmeide und Balletsprünge nothwendig, wie 10 große Opern.

Wer vom Luxus den richtigen Begriff erhalten will, muß nach Paris kommen. Die Ausstattung einer deutschen Bühne unterscheidet sich vielleicht eben so von der Porte St. Martin, wie eine deutsche Crinoline von einer französischen. Ich meine nämlich diejenigen, welche jetzt in einem Magazin der Rue Montesquieu verkauft werden. Sie sind von Silber und die billigsten kosten — 2000 Franken. Und da wundern sich unsere Damen noch über die Masse der „Hagestolzen". Eine Frau ist heut zu Tage der kostspieligste Artikel, und bald werden ihn nur noch die Millionäre und die Bettler erschwingen können.

Für die Klugen ist es ein Glück, daß die Narren nicht aussterben. Comte L., welcher noch 3mal 30 Jahre leben möge, wird hoffentlich nicht der letzte sein. Wie würde das Alexander Dumas bedauern! Er weiß so trefflich die Narrheiten der Zeit zu benutzen. Die Narrheiten der Zeit — das sind die Moden, in der Kunstwelt heißen sie gegenwärtig Watteau, Lancret, Boucher, Greuze. Bei der Versteigerung der Galerie Pourtalès und anderen Auctionen wurden die Werke dieser Künstler buchstäblich mit Gold aufgewogen. Am meisten gesucht wird aber Greuze. Seine „Unschuld," natürlich die gemalte, eine blonde, hübsche Mädchengestalt, welche

merksam zu machen haben wird, die sich den Kolb'schen Anträgen nicht hindernd, aber verzögernd entgegenstellen; aber es sind von dieser Seite wohl nicht solche Einwände zu fürchten, welche offen oder verhüllt aus der bloßen Voraussetzung hervorgingen, daß das Soldatenthum dem Bürgerthum grundsätzlich keine Zugeständnisse machen dürfe. **Ueber die gegenwärtig zu lange Dienstzeit, über die Nutzlosigkeit der heutigen Landwehr, über das Unnütze des Instituts der unexerzirten Assentirten wird in den bayerischen Kammern wohl keine Meinungsverschiedenheit hervortreten. Daß manche in der Bundeskriegsverfassung für Deutschland überhaupt wie für Bayern insbesondere liegende Uebelstände nicht lediglich durch Uebereinstimmung der bayerischen Regierung mit ihrem Landtage zu beseitigen sein werden, ist in dem Antrage des Abg. Kolb schon anerkannt. Wenn es sich bei der Inangriffnahme der Sache außerdem auch bestätigen sollte, daß tief in den bisherigen Organismus des Militärwesens und seine Gewohnheiten eingreifende Aenderungen nicht mit dem ersten Anlauf werden durchzuführen sein, so steht wenigstens zu hoffen, daß eine Anbahnung der in dem Antrage liegenden Umgestaltungen die wirksamsten Mittel enthalten wird, den Staat Bayern als einen lebensfähigen und selbständigen Organismus des deutschen Bundesstaats zu erhalten und zu kräftigen, das Streben, das deutsche Heerwesen zu einem preußischen zu machen, abzuweisen, und darzuthun, daß nicht der äußere Glanz und die Kostspieligkeit die Tüchtigkeit eines Heers bedingen. Die militärischen Einrichtungen der Schweiz haben bisher zu wenig Gelegenheit gehabt, sich praktisch zu bewähren, um sie ohne weiteres für mustergültig zu erklären. Aber gewisse Voraussetzungen und Grundlagen der Kriegsverwaltung bleiben immer Gegenstand der Vereinbarung mit den nicht kriegerischen Faktoren des Staatsorganismus.**

Auch bei dem Karl Barth'schen Antrag auf Ermäßigung der Steuern, namentlich der Grundsteuer, denkt man zunächst an den Gegensatz dieses Antrags zu einem ähnlichen im preußischen Abgeordnetenhaus. Ein zu seinen Gunsten sprechender sehr wesentlicher Unterschied besteht darin, daß derselbe nicht, wie es in Berlin der Fall war, vom Staat in die Hand zu nehmende kostspielige neue Einrichtungen und Verminderung der Steuern ganz gleichzeitig in Vorschlag bringt. Jene Rücksicht auf den Bauernstand, der bei der Ausdehnung der Eisenbahnen nicht leicht mehr auf hohe Kornpreise zu rechnen hat, läßt sich gewiß hören. Andere bürgerliche Berufskreise würden aber die Entlastung nicht minder willkommen heißen.

Aus **München**, 23. April, schreibt man der „A. Abdztg.“: „Die konservativen Mitglieder der Abgeordnetenkammer halten nun gleichfalls Versammlungen, die von dem Bezirksgerichtsrath Dr. Gottfried Schmitt geleitet werden; die Zusammenkunft findet im Gasthause zum Schlicker statt. Die Mitgliederzahl beträgt einige 20; Zuwachs wird erwartet. Die meisten katholischen Pfarrer, die Abgg. Wodak, Latein u. s. w. finden sich bei diesen Versammlungen ein. Es bestehen nun faktisch drei Fraktionen in der Kammer, ob eine vierte unter Lerchenfeld sich noch bildet, wird bezweifelt.“

Der Abgeordnetenkammer liegt als neues Berathungsmaterial **ein Vortrag des 3. Ausschusses über die Anträge auf Abänderung und beziehungsweise Aufhebung der gesetzlichen Bestimmungen über das Biersudwesen vor.** Der Ausschuß hat sich einstimmig die Anträge seines Referenten Förg angeeignet, welche lauten: „1) Es sei an Se. Maj. den König die allerunterthänigste Bitte zu richten, daß von Seite der k. Staatsregierung von der ihr im Abschnitt III § 26 des Landtagsabschiedes vom 10. Nov. 1861 eingeräumten Ermächtigung zur versuchsweisen Aufhebung der zur Zeit noch geltenden Bestimmungen über die Regulirung des Biersatzes und die Verhältnisse zwischen Bräuern und Wirthen und dem Publikum sofort Gebrauch gemacht oder, soferne hiegegen Bedenken bestehen sollten, den Kammern des Landtages noch im Laufe der gegenwärtigen Session ein Gesetzentwurf über die definitive Regelung der Bierfrage im Sinne der Befreiung der Bierfabrikation von polizeilichen Produktionsvorschriften und Taxbestimmungen in Vorlage gebracht werden wolle. 2) Es seien durch vorstehenden Antrag alle übrigen Gesuche der petitionirenden Bräuer und Wirthe um Erhöhung des Grundpreises in Art. 3 bis 5 der Verordnung vom 25. April 1811, dann um Gewährung des vollen Schenkpreises bei Verleitgabe des Bieres durch die Brauer über die Gasse und um Taxfreiheit beim Bierausschank in den Wirthschaftsgärten und bei Tanzmusiken für erledigt zu erachten.“ — Der Einlauf der Kammer vom 9. bis 22. April enthält Petitionen von Wegmachern, Bezirksamtsdienern, Postboten (sämmtlich in Konsortien, zum Theil nach ganzen Bezirken vereinigt) um Gehaltserhöhung.*) Außerdem enthält der Einlauf Petitionen von Brauern und Metzgern in bekannten Gewerbs-Angelegenheiten; ein Nachtragspostulat des Justizministeriums zum Budget der VIII. Finanzperiode; eine Vorstellung aus Deggendorf, die Ueberlastung der Schwurgerichte betreffend, eine Interpellation des Abg. Geigel, die Besoldungsregulirung sämmtlicher Staats- und jener öffentlichen Diener, welche aus Staatsmitteln Gehalte beziehen, betr.; ein Gesuch des Abg. Grafen v. Hegnenberg-Dux um Urlaub und Eingaben der Abgg. Boos **) und (wie schon erwähnt) Franz Schmitt aus Aschaffenburg, die Niederlegung ihres Mandats betr.

*) Die Bezirksamtsdiener von Oberpfalz und Regensburg petitioniren „um Erhöhung ihres Funktionsgehalts und Enthebung vom Heizer- und Reinigungsdienste.“

**) Die „Augsb. Postztg.“ glaubt, daß die Austrittserklärungen aus der Kammer ihren letzten Grund nicht blos in Gesundheitsverhältnissen, sondern auch in Rücksichten auf die gegenwärtigen Parteikonstellationen der Kammer haben.

---

durch den Abdruck ziemlich bekannt geworden ist, wurde zu einem Preise von 102,000 Frs. losgeschlagen.

Was Anderes als diese Kunstcaprice sollte Alexander Dumas, den Sohn, bewogen haben, seine kleine Galerie, zum größten Theil aus modernen Kunstwerken bestehend, zu verkaufen? Die Speculation war ganz geschickt, er hat 100,000 Franken herausgeschlagen. In zehn Jahren, wenn die Mode von heute nicht mehr Mode ist, kann er sämmtliche Bilder vielleicht zu 25,000 Franken zurückkaufen.

Man würde sich sehr täuschen, wenn man in den fabelhaften Preisen, welche bei den öffentlichen Versteigerungen jetzt für die Werke der oben genannten Künstler gezahlt werden, ein Zeichen von Geschmacksfortschritt sehen wollte. Was man so theuer bezahlt, ist nicht das Verlangen, ein Kunstwerk zu besitzen, dessen Werth man zu schätzen weiß und zur eigenen Freude und Genugthuung täglich bewundern möchte, sondern es ist einfach die Eitelkeit. Nicht allein, daß man vor einem Kreise von Künstlern, Kunstfreunden und Kunstnarren — letztere bilden die Mehrzahl — als Sieger über alle Mitbieter strahlen will, man liebt es auch, öffentlich von sich reden zu machen. Unterdrückt die Oeffentlichkeit der Auktionen und die Veröffentlichung der Journale, derselbe Enthusiast, welcher jetzt 100,000 Franken zahlt, wird nicht auf 10,000 hinaufkommen.

Der Preis der Gemälde stand früher im Verhältniß zu ihrem künstlerischen Werth, heute gibt nur die Laune den Maßstab ab für den Preis. Man fragt nicht mehr, welchen Rang nimmt der Maler in der hierarchischen Rangordnung des Genies oder Talentes ein, welchen Kunstwerth hat das Werk, sondern nur: „Ist die Sache in der Mode?“ Wenn ein Bild von Greuze mit 100,000 Franken bezahlt wird, wie viel sollen dann Werke von Raphael, Leonard da Vinci, Titian, Rubens, Rembrandt gelten? Sicherlich mehrere Millionen. Greuze ist kein Genie, kein Künstler ersten Ranges, sondern nimmt erst den zweiten oder dritten Rang ein; er ist ein liebenswürdiges Talent, aber in seinen Schöpfungen findet man keine der wesentlichen Eigenschaften, welche den großen Künstler ausmachen. Wer hat je, in Entzücken und tiefinnerste Bewunderung versunken, vor einem Gemälde von Greuze gestanden? Man sagt: „Das ist sehr hübsch, allerliebst!“ mehr nicht....

Vor dreißig Jahren zahlte man für die Kunstwerke des 18. Jahrhunderts sehr niedrige Preise. Glauben Sie, daß etwa das Gefühl, das Unrecht, die Zurücksetzung, welche einst diese Künstler erfahren, dazu geleitet habe, sie jetzt um so höher zu schätzen. Bewahre! Der neue Kultus ging vom Hofe aus. Bald war er überall Mode. Das war die Crinoline in der Kunstwelt.

Die öffentlichen Versteigerungen waren ganz geeignet, den Kultus zu einer Kunstraserei zu machen. Aber die Kunst hat damit nicht gewonnen, denn ihre Werke sind in den Rang von theueren Kuriositäten und Raritäten, wie alte Münzen, Haare von Muhamed oder Indianerskalpe herabgesunken. Viele kaufen auch nicht, um zu besitzen, sondern benutzen den Spektakel, den der hohe Kaufpreis verursacht hat, um es eines Tages zu einem noch höheren Preise zu verkaufen.

Das ist eine Spekulation, welche weder Schriftsteller noch Künstler, weder hohe Financiers noch Herzöge, weder Senatoren noch kaiserliche Kabinetsräthe entehrt. Diejenigen, welche nicht das Glück haben, in Paris zu leben, haben wenigstens ihre Galerien hergeschafft, um sie hier loszuschlagen, und es gelingt, denn in den öffentlichen Versteigerungen versteht man die Kunst, aus einem liebenswürdigen Talent ein großes Genie zu machen.

Wer Ohren hat zu hören und Augen zu lesen und Bilder von Greuze zu verkaufen, — der setze sich auf die Eisenbahn, komme hieher und thue desgleichen!...

Der Gesetzentwurf, einen Kredit für die weiteren Militärbedürfnisse in den letzten 2 Jahren 1865/67 der VIII. Finanzperiode betreffend, enthält folgende Bestimmung: Es wird ein Kredit eröffnet: I. für den Mehrbedarf des ordentlichen für die VIII. Finanzperiode bewilligten Militäretats in der Periode vom 1. Okt. 1865 bis 31. Dezbr. 1867 jährlich: 1) für die aktive Armee 1,647,480 fl.; 2) für die Gendarmerie 409,200 fl.; 3) für das topographische Bureau 6320 fl.; 4) für die Militärpensionen 180,000 fl.; 5) für die Festungsdotation 20,000 fl.; zusammen 2,263,000 fl., sonach für $2^{1}/_{4}$ Jahre 5,091,750 fl. II. Für den vorübergehenden Mehraufwand wegen allmäliger Reduktion des höheren Standes an Offizieren und Unteroffizieren für das Etatsjahr 1865/66 296,000 fl.; für das Etatsjahr 1866/67 (15 Monate) 191,000 fl., zusammen für $2^{1}/_{4}$ Jahre 487,000 fl., im Gesammtbetrage für I und II 5,578,750 fl.

(Handelsvertrag zwischen dem Zollverein und Oesterreich. Fortsetzung.) Art. 4. Wenn während der Dauer des gegenwärtigen Vertrages in dem Gebiete des einen oder des andern der vertragenden Theile Erhöhungen der allgemeinen tarifmäßigen Eingangszölle gegen den vom 1. Juli 1865 an gültigen Tarif eintreten sollten, so bleiben diese auf die in den Anlagen A. und B. vereinbarten Zollsätze und Zollbefreiungen ohne Einfluß. Wenn aber einer der vertragenden Theile für eine von den in den Anlagen A. und B. genannten Waaren eine Ermäßigung seines vom 1. Juli 1865 an gültigen allgemeinen Zolltarifs, sei es allgemein oder für gewisse Grenzstrecken oder Zollämter, eintreten lassen will, so liegt ihm ob, dem andern Theile von dieser Ermäßigung mindestens drei Monate vor deren Eintreten Nachricht zu geben, und es bleibt alsdann vorbehältlich anderweitiger Verständigung, dem andern Theile freigestellt, diese Waare nur gegen Beibringung von Ursprungszeugnissen zollfrei, beziehungsweise gegen den verabredeten Zoll zuzulassen. Wer von dieser Befugniß Gebrauch macht, wird den andern Theil von der deshalb erlassenen Anordnung vier Wochen vor deren Vollzug in Kenntniß setzen. Art. 5. 1) Die unmittelbar aus dem Gebiete des einen vertragenden Theils in das Gebiet des andern übergehenden Waaren sollen beiderseits von allen Ausgangsabgaben frei sein. Ausgenommen von dieser Bestimmung sind nur die nachstehend aufgeführten Waaren, von denen die unten verzeichneten Ausgangsabgaben erhoben werden dürfen, nämlich im Zollverein: von Lumpen und andern Abfällen zur Papierfabrikation, und zwar: a) nicht von reiner Seide, auch zu Halbzeug vermahlen, Makulatur und Papierspähnen $1^{2}/_{3}$ Thlr. (2 fl. 55 kr. südd. W.) vom Zollzentner; b) altem Tauwerk, alten Fischernetzen und Stricken, getheert oder nicht getheert, $^{1}/_{3}$ Thlr. (35 kr. südd. W.) vom Zollzentner; in Oesterreich a) von Fellen und Häuten, gemeinen (Pos. 6. a. der Anlage A.) 2 fl. 50 kr. ö. W. vom Zollzentner; b) von Lumpen (Hadern) und anderen Abfällen zur Papierfabrikation (Pos. 44. b. der Anlage A.) 3 fl. ö. W. vom Zollzentner; c) von Knochen, Klauen, Füßen, Hautabschnitzeln (Pos. 44. c. der Anlage A.) 75 kr. ö. W. vom Zollzentner. 2) In jedem der vertragenden Staaten sollen die bei der Ausfuhr gewisser Erzeugnisse bewilligten Ausfuhrvergütungen nur die Zölle oder inneren Steuern ersetzen, welche von den gedachten Erzeugnissen oder den Stoffen, aus denen sie verfertigt worden, erhoben sind. Eine darüber hinausgehende Ausfuhrprämie sollen sie nicht enthalten. Ueber Aenderungen des Betrages dieser Vergütungen oder des Verhältnisses derselben zu dem Zolle oder zu den inneren Steuern wird gegenseitige Mittheilung erfolgen. 3) Von Waaren, welche durch das Gebiet eines der vertragenden Theile aus oder nach dem Gebiete des andern Theiles durchgeführt werden, dürfen Durchgangsabgaben nicht erhoben werden. Diese Verabredung findet sowohl auf die nach erfolgter Umladung oder Lagerung, als auf die unmittelbar durchgeführten Waaren Anwendung. Art. 6. Zur weiteren Erleichterung des gegenseitigen Verkehrs wird beiderseits Befreiung von Eingangs- und Ausgangsabgaben zugestanden: a) für Waaren (mit Ausnahme von Verzehrungsgegenständen), welche aus dem freien Verkehr im Gebiete des einen der vertragenden Theile in das Gebiet des anderen auf Märkte oder Messen gebracht oder auf ungewissen Verkauf außer dem Meß- und Marktverkehr versendet, in dem Gebiete des andern Theils aber nicht in den freien Verkehr gesetzt, sondern unter Kontrolle der Zollbehörde in öffentlichen Niederlagen (Packhöfen u. s. w.) gelagert, sowie für Muster, welche von Handelsreisenden eingebracht werden, alle diese Gegenstände, wenn sie binnen einer im Voraus zu bestimmenden Frist unverkauft zurückgeführt werden; b) für Vieh, welches auf Märkte in das Gebiet des anderen vertragenden Theiles gebracht und unverkauft zurückgeführt wird; c) für Glocken und Lettern zum Umgießen, Stroh zum Flechten, Wachs zum Bleichen, Seidenabfälle zum Hecheln (Kämmeln); d) für Gewebe und Garne zum Waschen, Bleichen, Färben, Walken, Appretiren, Bedrucken und Sticken, Garne zum Stricken, Gespinnste (einschließlich der erforderlichen Zuthaten) zur Herstellung von Spitzen und Posamentierwaaren, Häute zur Leder- und Pelzwerkbereitung, Garne in gescheerten (auch geschlichteten) Ketten nebst dem erforderlichen Schußgarn zur Herstellung von Geweben, sowie für Gegenstände zum Lackiren, Poliren und Bemalen; e) für sonstige zur Reparatur, Bearbeitung oder Veredlung bestimmte, in das Gebiet des andern vertragenden Theils gebrachte und nach Erreichung jenes Zweckes, unter Beobachtung der deshalb getroffenen besonderen Vorschriften, zurückgeführte Gegenstände, wenn die wesentliche Beschaffenheit und die Benennung derselben unverändert bleibt. Art. 7. Hinsichtlich der zollamtlichen Behandlung von Waaren, die dem Begleitscheinverfahren unterliegen, wird eine Verkehrserleichterung dadurch gegenseitig gewährt werden, daß beim unmittelbaren Uebergange solcher Waaren aus dem Gebiete des einen der vertragenden Theile in das Gebiet des anderen die Verschlußabnahme, die Anlage eines anderweitigen Verschlusses und die Auspackung der Waaren unterbleibt, sofern den dieserhalb vereinbarten Erfordernissen genügt ist. Ueberhaupt soll die Abfertigung möglichst beschleunigt werden. Art. 8. Die vertragenden Theile werden auch ferner darauf bedacht sein, ihre gegenüber liegenden Grenzzollämter, wo es die Verhältnisse gestatten, je an einen Ort zu verlegen, so daß die Amtshandlungen bei dem Uebertritt der Waaren aus einem Zollgebiet in das andere gleichzeitig stattfinden können. (Forts. folgt.)

Karlsruhe, 24. April. Am Freitag sind unsere Kammern wieder zusammengetreten. Die Regierung hat die erwarteten Vorlagen — Zollvereinsverträge und Eisenbahnverträge — gemacht; außerdem hat sie zwei Gesetzentwürfe eingebracht, welche dringenden Mißständen abhelfen sollen; sie betreffen die gerichtliche Behandlung der Refraktäre und Deserteure und verweisen die Privatrechtssachen der Militärpersonen an die Civilgerichte. Bemerkenswerth war die Rede, mit welcher Prinz Wilhelm von Baden, der Präsident der ersten Kammer, dieselbe nach ihrem Zusammentritt begrüßte. Der Prinz nannte die Bemühungen der klerikalen Partei der Verfassung und den Gesetzen feindlich und forderte die Kammer auf, in Einigkeit mit der Regierung denselben zu begegnen. (Wie man der „N. Frkf. Ztg." schreibt, machte die Rede auf die Zuhörer einen viel stärkern Eindruck, als man nach dem offiziellen Kammerbericht erwarten sollte; dieselbe scheint also in dem Bericht abgeschwächt worden zu sein.)

Darmstadt, 22. April. Gutem Vernehmen nach ist Prinz Karl, der zur Entbindung seiner nunmehr heimgegangenen Tochter, der Großherzogin Anna von Mecklenburg-Schwerin, nach Schwerin gereist war, daselbst an einem Nervenfieber erkrankt.

In **Heide** hatte am 17. April eine Versammlung der verbundenen schleswig-holsteinischen Vereine von Dithmarschen stattgefunden, um sich vor der allgemeinen Delegirtenversammlung über das von dem engern Ausschuß in Berlin aufgestellte Programm zu berathen. Von 23 Vereinen waren 13 durch 20 Delegirte repräsentirt. Zur Vertretung des Programms war Advokat Neergaard aus Kiel erschienen. Von verschiedenen Delegirten wurde das Programm angefochten, von andern wurden Interpretationen verlangt, die Hr. Neergaard wiederholt gab. Eine vollständige Vereinigung der Meinungen wurde nicht erzielt. — Die oberste Civilbehörde hat von der Landesregierung Bericht darüber verlangt, ob die von dem Lehrer Sönksen in Kiel herausgegebene „kleine Geographie der Herzogthümer Schleswig-Holstein" in mehreren Volksschulen benutzt werde, da „die in diesem Buche enthaltenen Ausführungen über die staatsrechtliche Stellung der Herzogthümer nur geeignet seien, falsche, mit den faktischen Verhältnissen nicht übereinstimmende Auffassungen unter der Schuljugend zu verbreiten." Es wird demnach wohl ein Verbot der Benutzung dieses in der Presse sehr günstig beurtheilten Lehrbuchs in den Schulen in Aussicht stehen. Der Verfasser des Buches, Herr Lehrer Sönksen, war vom Kieler Verein zu einem seiner Vertreter auf der Delegirtenversammlung vom 19. d. gewählt worden, ist also ohne Zweifel ein guter schleswig-holsteinischer Patriot. Aber die „Auffassungen" von solchen kann Hr. v. Zedlitz eben nicht brauchen.

Bern, 20. April. Der von einigen polnischen Flüchtlingen projektirten Auswanderung nach Amerika, um dort eine polnische Colonie zu gründen, für welche hauptsächlich ein seit langer Zeit in der Schweiz ansässiger Pole, Namens Koronokelski, der sich in St. Gallen als Tanzlehrer niedergelassen hat, thätig ist, treten Graf Plater in Zürich so wie andere einflußreiche Polen auf das energischste entgegen. Propaganda für eine polnische Auswander-

ung machen; sagt Graf Plater, heißt im Interesse Rußlands handeln.

Amerika. Die ganze Quantität der in Savannah erbeuteten Baumwolle stellt sich jetzt — nahe genug der in Sherman's Weihnachtsdepesche gegebenen Schätzung, doch noch um einige Tausend höher — als 38,500 Ballen heraus, wovon 6000 Sea-Island. Die Regierung hat, wie verlautet, beschlossen, sie in einer Serie von Loosen zu verschiedenen Perioden feilzubieten. — Mit der Einnahme Richmond's zusammenhängend werden nach und nach noch Einzelheiten, Ereignisse geringeren Ranges, bekannt, die neben dem dauernden Interesse der großen Thatsache doch vielleicht ein vorübergehendes Interesse in Anspruch nehmen dürften. Unter denjenigen Bewohnern Richmond's, welche den Einzug der Bundestruppen mit lebhaften Freudenbezeugungen begrüßten, waren es die Ausländer und unter Letzteren die dort angesiedelten Deutschen, die ihre Gefühle am wenigsten verhehlten. Die in Richmond lebenden Deutschen waren stets der Hinneigung zur Sache der Union mehr als verdächtig gewesen. Die ersten der einmarschirenden Truppen waren bekanntlich Neger. Wäre ihre bloße Erscheinung nicht schon ihren schwarzen Brüdern, die sich bisher unter der Peitsche Richmonder Sklavenhalter gewunden hatten, ein Zeichen der Erlösung gewesen, so hätte das neu gedichtete Triumphlied, mit welchem sie in die Straßen der südstaatlichen Hauptstadt einzogen, diese Wirkung haben müssen; seine Strophen schlossen mit dem Refrain: „Der Massa läuft, ho ho! Der Schwarze bleibt, ha ha! Das große Reich ist kommen; Und das Jubeljahr ist da!" Welche Friedenszuversicht übrigens schon in die Brust der Richmonder zurückgekehrt ist, mag man daraus schließen, daß die am Montag Morgen, dem Tag nach der Räumung, anrückenden Unionstruppen einen Landmann dicht bei der Stadt schon fleißig am Pflügen fanden, auf einem Felde, welches seit Jahren und noch bis zum Abend vorher unter den Hufen der Pferde und den Fußtritten der Soldaten öder, unproduktiver Boden gewesen war. Als der „Richmond Whig" am 4. d. in neuer Serie wieder zum ersten Male erschien, fand sich in der „Fashionable Intelligence" ein Paragraph: „Angekommene Notabilitäten, 3. April: General Grant und Stab, und die Potomac-Armee überhaupt."

Frankfurter Börse (vom 16. bis 22. April).

Samstag. Der Terrorismus, den bis'ang die amerikanischen Papiere namentlich an unserer Börse übten, scheint nunmehr gebrochen zu sein und auch in dieser Woche traten die so lange vernachlässigten österr. Staatsfonds in gleichberechtigter Haltung in den Reihen der bevorzugten Effekten weiter hervor. Namentlich gilt dies von 1860er Loosen, für welche sowohl die Spekulation als das Kapital erneute Vorliebe zeigte; sie gewannen in der verflossenen Woche $1\frac{1}{2}$ pCt. und schliessen zu $88\frac{5}{8}$. 1864er Loose holten sich fl. 1 und bleiben $97\frac{1}{2}$. Valuta-Metalliques sind nicht weiter gestiegen, 5pCt. büssten vielmehr $\frac{1}{2}$ pCt. ein. In engl. neuen Metalliques nehmen die Käufe des soliden Kapitals fortwährend zu und ist jedenfalls eine baldige Kursbesserung derselben zu erwarten.

In süddeutschen Fonds sind keine erheblichen Variationen zu berichten. Gefragt waren namentlich $4\frac{1}{2}$ und 4pCt. Württemberger, 4pCt. Bayern und 4pCt. Nassauer; $3\frac{1}{2}$ pCt. Braunschweiger um $\frac{1}{4}$ pCt. höher auf $98\frac{3}{4}$ gegangen. Von Pfandbriefen 5pCt. sächsische zu 100 gesucht; 4pCt. bayerische fortwährend für Kapitalanlage genommen, die angekündigte erhebliche Auslosung kann auf den Kursstand nur günstig wirken. Von fremden Fonds neue $4\frac{1}{2}$pCt. finnländische Pfandbriefe zu 84 im Umsatz.

In Folge der wichtigen Nachrichten über die Siege der unionistischen Waffen, welche eine baldige Beendigung des trostlosen Kampfes in Aussicht stellen, traten natürlicher Weise amerikan. Fonds in verflossener Woche in den Vordergrund des Geschäftes. Wir verliessen vor acht Tagen, wo die telegr. Nachricht von dem Falle Richmonds eingetroffen war, die 1882er zu 65. In dieser Woche stiegen sie von Tag zu Tag immer weiter und erreichten gestern ihren höchsten Stand momentan mit $71\frac{3}{8}$, um heute etwas matter zu 70 zu schliessen. Ein guter Theil des engagirten Publikums denkt bei dem jetzigen Kurse nunmehr ernstlich daran, einen mehr oder minder grossen Nutzen vorläufig in Sicherheit zu bringen, und wir können ihm dies in keiner Weise verargen.

Von Kreditaktien ist nur eines lebhafteren Verkehrs in Oesterreichischen zu gedenken. Die Abschlüsse der Kreditanstalt rechtfertigen keineswegs die Hausse der Aktie, durch welche sie in den ersten Tagen der Woche bis $202\frac{1}{2}$ getrieben wurde, die Reaktion folgte auch bald und das Effekt schliesst heute zu $199\frac{1}{2}$, um fl. $1\frac{1}{2}$ schlechter als vor acht Tagen. Von Zettelbankaktien Frankfurter gesucht und in fortwährend steigender Tendenz, bis 149 gegangen. Oesterr. Nationalbank ohne erhebliche Variationen, sie behaupteten die vorwöchentliche Kursavance und schliessen, wie vor acht Tagen, zu 874. Certifikate der hiesigen Vereinskasse zu $100\frac{3}{4}$ gehandelt.

Von Eisenbahnaktien verfolgten Taunus die im vorwöchentlichen Berichte angedeutete fortschreitende Bewegung und holten sich in dieser Woche weitere fl. 6, um zu 347 zu schliessen; wenn sie so fortfahren, werden sie die abgelöste Dividende bald eingebracht haben. Pfälzische Linien behauptet. Der Ausweis für den Monat März, welcher für viele andere Bahnen ein ungünstiger war, zeigt gute Ziffern. Auch in bayer. Ostbahnen ging einiges zu behaupteten Kursen um. Von Eisenbahn-Prioritäten Staatsbahnen in regem Verkehr und über 53 bezahlt, auch Livorneser erhalten sich in andauernder Gunst; Galizische bleiben für Kapitalanlagen gesucht und wurden bis 88 bezahlt.

Geld bleibt für erste Diskonten sehr flüssig, die zu $2\frac{3}{4}$ willig Unterkunft finden. Die Medioliquidation am 19. ging dagegen unter ziemlich hohen Reports, namentlich für Amerikaner von Statten. — Von fremden Devisen erhalten sich London und Paris auf ihrem hohen Stand, letzteres wurde bis $94\frac{7}{8}$ bezahlt. Wien bis $108\frac{1}{2}$ gestiegen. (Akt.)

Hiezu die Beilage: „Würzburger Anzeiger".

Verantwortlicher Redakteur: A. Hartmann.
Druck und Verlag der Stahel'schen Buch- und Kunsthandlung in Würzburg.

Cours der Staatspapiere.

Oesterr.	5 pCt. Met. (Cp. f. S. b. R.)	—
„	5 pCt. Lomb. ditto. à 24	—
„	5 pCt. Engl. Met. v. 1852	$79\frac{5}{8}$ G.
„	5 pCt. Engl. Met. v. 1859	$78\frac{1}{2}$ G.
„	5 pCt. Venet. Coupon b. R.	$87\frac{1}{4}$ G.
„	5 pCt. Nationalanl. v. 1854	$68\frac{3}{4}$—69 G.
„	5 pCt. Metall. Obligation.	$65\frac{1}{4}$ P. 65 G.
„	$4\frac{1}{2}$ pCt.	$58\frac{1}{2}$ G.
Preussen	$3\frac{1}{2}$ pCt. Staatsschuldsch.	—
Bayern	$4\frac{1}{2}$ pCt. Obl. 1jähr. dto.	$101\frac{7}{8}$ P.
„	$4\frac{1}{2}$ pCt. Obl. $\frac{1}{2}$jähr. dto.	$102\frac{1}{2}$ P.
„	4 pCt. Obl. 1jähr. dto.	$98\frac{1}{2}$ G.
„	4 pCt. Obl. $\frac{1}{2}$jähr. dto.	$99\frac{1}{4}$ G.
„	4 pCt. Obl. Ab.-R. dto.	$98\frac{1}{4}$ G.
„	$3\frac{1}{2}$ pCt. Obl. dto.	—
Württemb.	$4\frac{1}{2}$ pCt. Obl. b. Rothsch.	$104\frac{3}{8}$ G.
„	$3\frac{1}{2}$ pCt. Obl. dto.	$94\frac{1}{2}$ P.
Baden	$4\frac{1}{2}$ pCt. Obl.	—
„	$3\frac{1}{2}$ pCt. Obl. v. 1842	92 P.
Gr. Hess.	$4\frac{1}{2}$ pCt. Obl.	—
„	4 pCt. Obl. b. Rothsch.	$101\frac{1}{2}$ P.
„	$3\frac{1}{2}$ pCt. Obl. dto.	$97\frac{1}{2}$ P.
Nassau	$4\frac{1}{2}$ pCt. Obl. dto.	$101\frac{5}{8}$ G.
„	4 pCt. Obl. dto.	$98\frac{1}{8}$ G.
„	$3\frac{1}{2}$ pCt. Obl. dto.	$91\frac{3}{4}$ P.
Frankfurt	$3\frac{1}{2}$ pCt. Obl.	$94\frac{5}{8}$ P.
„	3 pCt. Obl.	—
Spanien	3 pCt. inl. Sch. P. à fl. 2. 30	—
„	$2\frac{1}{4}$ pCt. „ „ „	—
Schweden	$4\frac{1}{2}$ pCt. Obl. à 105 Thlr.	91 P. $90\frac{5}{8}$ G.
N.Amerika	6 pCt. à 100 Dr. 1881 D. $2\frac{1}{2}$	$70\frac{5}{8}$ P.
„	6 pCt. ditto r. 1882 „	$71\frac{3}{8}$—$\frac{1}{8}$ G.

Diverse Aktien.

Frankfurter Bank à fl. 500 . . .	150 P. $149\frac{1}{2}$ G.
K. K. Oesterr. National-Bankaktien	875—74 G.
Oesterr. Kreditbank-Aktien à fl. 200	$199\frac{1}{2}$—199 G.
Bayer. Hypothekenb. Pfandbriefe 4 pCt.	$97\frac{1}{2}$ P.
Darmst. Bank 1. u. 2. Serie à fl. 250	230 P. 229 G.
Weimarische Bank à Thlr. 100 . .	101 G.
Mitteldeutsche Kreditaktien . . .	$101\frac{1}{2}$ P.
Intern. Bank in Lux. à 250 Frs. à 28 kr.	—
Taunus-Eisenbahn à fl. 250 . . .	347 G.
Frankfurt-Hanauer-Eisenbahn . . .	$102\frac{3}{8}$ P.
Oest. F.St.Eisb. 5pCt. 500 Fr. à 28 kr.	—
„ Elisab.-Eisenbahn 5 pCt. . .	$122\frac{3}{4}$ P.
Böhm. Westbahn-Aktien à fl. 200 6/7	78 G.
Rhein-Nahe-Bahn 200 Thl. à 105 4pCt. Z.	$32\frac{1}{4}$ P.
Ludwigshafen-Bexbacher à 4 pCt. .	$149\frac{3}{4}$ P.
dto. dto. Prior. à 4 pCt.	—
Pfälz. Maxb. b. Rothschild à $4\frac{1}{2}$ pCt.	$107\frac{5}{8}$ G.
Oest. St.-Eisenb. Prior.-Oblig. à 3 pCt.	$53\frac{3}{4}$ P.
Elisab.-Bahn Prior. 5 pCt. 6/7	—
Südd. Bank-Akt., 40 pCt. Einz.	$256\frac{1}{2}$ P.
Span. Handels- und Industrie . .	—
Bayr. Ostbahn à $4\frac{1}{2}$ pCt. volleinbez.	$113\frac{3}{4}$ P.
Bayer. Ostbahn mit 50 pCt. Einz.	$113\frac{3}{8}$ G.

Wechsel in süddeutscher Währung.

Amst. fl. 100 k. S.	$100\frac{7}{8}$ P.
Antwerp. Frs. 200 k.S.	$94\frac{5}{8}$ G.
Augsb. fl. 100 k. S.	$99\frac{3}{4}$ G.
Berlin Th. 60 k. S.	$104\frac{7}{8}$ P.
Brem. 50 Th. Ld. k. S.	$97\frac{5}{8}$ P.
Brüssel Frs. 200 k. S.	$94\frac{5}{8}$ G.
Cöln Thlr. 60 k. S.	$104\frac{7}{8}$ P.
Hamb. MB. 100 k. S.	$88\frac{1}{2}$ P.
Leipzig Th. 60 k. S.	105 P.
London Lst. 10 k. S.	$119\frac{1}{4}$—$\frac{1}{8}$ G.
Lyon Frs. 200 k. S.	—
Mail. Frs. 200 . .	$94\frac{5}{8}$ G.
München fl. 100 k. S.	$99\frac{3}{4}$ G.
Paris Frs. 200 k. S.	$94\frac{3}{4}$ G.
Petersburg 60 S.-R.	—
Triest fl. 100 k. S.	—
Wien fl. 100 ö. W.	—
do. in öst. W. k. S.	$108\frac{3}{4}$—$\frac{5}{8}$ G.
Disconto	$3\frac{1}{2}$ pCt. G.

Anlehens-Loose.

Oesterr. fl. 250 v. 1839	$146\frac{1}{2}$ G.
„ fl. 250 v. 1854 mit 4pCt.	80—$79\frac{1}{2}$ G.
„ fl. 500 v. 1860 6/7	$88\frac{3}{4}$—$\frac{1}{2}$ G.
„ fl. 100 Eisb. L. v. 1858.	$136\frac{7}{8}$ G.
„ do. v. 1864.	$97\frac{1}{2}$ P.
Schwed. 10 Thlr. Loose	$10\frac{1}{8}$ P.
Badische fl. 50	—
Badische fl. 35	$53\frac{1}{2}$ P.
Kurhess. Thlr. 40 b. R.	56 G.
Gr. Hessen fl. 50 b. R.	$13\frac{3}{8}$ P.
„ fl. 25 do.	[illegible]
Nassau fl. 25 bei Rothsch.	36 P.
Sardinische Fr. 36 b. R.	—
Neuchateler 10 Frs.-Loose	—
Freiburger 15 Frs.-Loose	—
Mailänder 45 Frs. L. b. R.	39 P.
St. Lüttich mit $2\frac{1}{2}$ pCt. Z.	$34\frac{1}{4}$ G.
Ansb.-Gunzenh. fl. 7-L.	$10\frac{3}{4}$ P.

Frankfurt, 24. April. Die Börse verkehrte in sehr aufgeregter Haltung. Amerikanische kamen in großen Posten zur Realisation und gingen sofort bei Eröffnung der Börse gegen den gestrigen Privatverkehr nicht unerheblich zurück. Nach Schluß des Parquets stellten sich bedeutende Käufer für Londoner Rechnung ein und hoben den Kurs rasch auf 72. Oesterr. Sachen waren durchgehends matt und niedriger. (Synd.)

An die
K. Hof- und Staatsbibliothek
München.
1 N. Würzb. Ztg.

Neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht!

№ 115.	Vorausbezahlung: Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 1 fl. 30 kr. Bei Inseraten wird die dreispaltige Zeile in gewöhnlicher kleiner	62. Jahrgang.	Schrift oder deren Raum im Hauptblatte mit 6 kr., im Anzeiger mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franco.	Mittwoch, 26. April 1865.

(Amtliche Nachrichten.) **München,** 24. April. Se. Maj. der König hat auf das im Forstamte Kaiserslautern in Erledigung gekommene Revier Waldleiningen den dermaligen Forstamts-Aktuar und Funktionär am Regierungs-Forstbureau zu Speyer, H. Schirmer, zum Revierförster ernannt.

Aus **München,** 23. April, schreibt man der „Pfälz. Z.“: „Dem Vernehmen nach beabsichtigt Se. Maj. der König, auch in diesem Jahr einige Wochen in Kissingen zuzubringen, wie auch von dort aus einige größere Städte der fränkischen Provinzen zu besuchen. — Am 1. Mai wird hier die Konferenz von Bevollmächtigten der Bodensee-Uferstaaten zusammentreten, auf welcher endlich das schon so lang angeregte Projekt einer Bodensee-Gürtelbahn, so Gott will, zum Abschluß kommen soll. — Gegenwärtig spukt hier gewaltig die Angst vor dem Kopfgenickkrampf; im Publikum erzählt man sich von so und so viel Fällen, die schon vorgekommen seien. Nach meinen Erkundigungen bestehen jene Erkrankungen, welche zu diesen beunruhigenden Gerüchten Anlaß gegeben haben mögen, in einigen leichteren Fällen von Hyperämie; die schwerere Form derselben würde allerdings das bilden, was mit dem Worte Kopfgenickkrampf bezeichnet wird; solche schwerere Formen sind aber bis jetzt meines Wissens hier nicht vorgekommen, wie überhaupt noch keine Todesfälle in Folge von Hyperämie. — Unser Ständehaus ist bekanntlich kein Muster von architektonischer Schönheit, zumal die Rückseite weist ein Flickwerk von Baulichkeiten auf, wie man sie etwa in einem Winkelgäßchen einer kleinen Provinzialstadt passiren lassen kann, nicht aber bei einem solchen Gebäude in einer Haupt- und Residenzstadt. Nun soll aber diese unschöne hintere Front noch eine weitere, damit ungemein gut harmonirende Verzierung ad pejus erhalten. Die städtische Lokal-Baukommission hat nämlich den daran angrenzenden Theil des Dultplatzes außersehen zur Anlegung eines ersten öffentlichen Abtrittes nach Pariser Muster. Die Arbeiten dazu sind bereits in vollem Gang, die Abgeordneten aber mögen sich freuen über die schöne Aussicht.“

München, 24. April. Der k. Oberzollrath Hr. v. Reichert, welcher bisher bei den zu Berlin noch nicht zur völligen Erledigung gekommenen Verhandlungen über die neuen Verträge des Zollvereins mit Oesterreich ꝛc. Bayern als dessen bevollmächtigter Kommissär vertreten hatte, sah sich durch Erkrankung außer Stand gesetzt, das ihm übertragene Kommissorium bis zum Ende zu vollziehen, und es wurde daher der k. bayerische Bevollmächtigte bei der k. preußischen Provinzial-Steuerdirektion zu Königsberg, Oberzollrath Berks, an dessen Stelle nach Berlin berufen, wo er in diesem Augenblick bereits eingetroffen ist.

Der „Augsb. Abdztg.“ berichtet man aus **München,** 24. April: „Unser König wurde durch die Trauerbotschaft von dem Ableben des Großfürsten-Thronfolgers hart berührt, weil er sich zu der Person desselben sehr hingezogen fühlte, ihm daher auch die größte Aufmerksamkeit widmete. Ich erinnere nur daran, daß Ludwig II. am 6. Juli vorigen Jahres die Oberstinhaberstelle des 1. Uhlanen-Regiments an den Großfürsten abtrat, dagegen jene des 2. Uhlanen-Regiments übernahm. Schon durch das gleiche Alter fühlten sich beide Fürsten gegenseitig angezogen.

(Handelsvertrag zwischen dem Zollverein und Oesterreich. Fortsetzung.) Art. 9. Innere Abgaben, welche in dem einen der vertragenden Theile, sei es für Rechnung des Staates oder für Rechnung von Kommunen und Korporationen, auf der Hervorbringung, der Zubereitung oder dem Verbrauch eines Erzeugnisses ruhen, dürfen Erzeugnisse des andern Theils unter keinem Vorwande höher oder in lästigerer Weise treffen, als die gleichnamigen Erzeugnisse des eigenen Landes. Art. 10. Die vertragenden Theile verpflichten sich, auch ferner zur Verhütung und Bestrafung des Schleichhandels nach oder aus ihren Gebieten durch angemessene Mittel mitzuwirken und die zu diesem Zweck erlassenen Strafgesetze aufrecht zu erhalten, die Rechtshülfe zu gewähren, den Aufsichtsbeamten des andern Staates die Verfolgung der Kontravenienten in ihr Gebiet zu gestatten und denselben durch Steuer-, Zoll- und Polizeibeamte, sowie durch die Ortsvorstände alle erforderliche Auskunft und Beihülfe zu Theil werden zu lassen. Das nach Maßgabe dieser allgemeinen Bestimmungen abgeschlossene Zollkartel enthält die Anlage C. Für Grenzgewässer und für solche Grenzstrecken, wo die Gebiete der vertragenden Theile mit fremden Staaten zusammentreffen, werden die zur gegenseitigen Unterstützung beim Ueberwachungsdienste verabredeten Maßregeln aufrecht erhalten. Art. 11. Stapel- und Umschlagsrechte sind in dem Gebiet der vertragenden Theile unzulässig, und es darf, vorbehaltlich schifffahrts- und gesundheitspolizeilicher, sowie der zur Sicherung der Abgaben erforderlichen Vorschriften kein Waarenführer gezwungen werden, an einem bestimmten Orte anzuhalten, aus-, ein- oder umzuladen. Art. 12. Die vertragenden Theile werden die Seeschiffe des anderen Theiles und deren Ladungen unter denselben

Feuilleton.

Hinter den Koulissen.

Unter dieser Ueberschrift bringt die Wochenschrift der bayr. Fortschrittspartei in Briefform folgende Schilderung über das Abgeordnetenhaus in München.

Verehrter Freund! Ihr Wunsch, die häuslichen Einrichtungen unserer Abgeordnetenkammer etwas näher kennen zu lernen, soll erfüllt werden, denn ich verspreche mir davon einigen politischen Vortheil. Meine Schilderung wird bei jedem Leser, dessen Brust nicht verhärtet ist, ein herzliches Mitgefühl erwecken und je inniger dadurch das Verhältniß zwischen dem Volk und seinen Vertretern sich gestaltet, um so besser.

Begleiten Sie mich also nach dem Haus in der Prannersgasse. Von dieser Straße aus führt der Haupteingang zum Sitzungssaal durch einen schlechtgepflasterten Hofraum, an einem prachtvollen blau-roth gefärbten Portier vorüber (blauer Rock und rothe Nase), der jeden herankommenden Volksvertreter mit dem mächtigen Aufstampfen seines Stabes salutirt. Das Vorzimmer im ersten Stock bringt uns unmittelbar zum Sitzungssaale, u. z. zum Ministertisch. Es ist ausschließlich eine Bewahranstalt für Hüte und Mäntel und wird vorzugsweise von den Insassen des Ministertisches selbst so wie von denjenigen Abgeordneten benützt, die demselben nahe stehen.

Ziehen wir uns also wieder zurück und suchen im Hinterhause den zweiten, stärker frequentirten Eingang auf. Wer des Weges gewöhnt ist, findet die Treppe ohne erhebliche Schwierigkeit; der Neuling steht einige Sekunden stille, bis seine Augen gelernt haben, die Finsterniß, die ihn hier empfängt, zu durchdringen. Beim Ersteigen der Treppe ist Vorsicht an derjenigen Stelle rathsam, wo Personen von kleiner Statur ihren Hut verlieren, wenn sie ihn nicht abnehmen und größer Gewachsene eine Beule am Kopf davontragen, wenn sie ihn nicht sorgfältig niederbeugen. Diese Treppe führt in ein Gemach an der anderen Seite des Sitzungssaales, in die Garderobe, das Buffet, das Konversations- und das Lesezimmer der Abgeordnetenkammer. Wir befinden uns also hier auf dem Terrain, das Sie kennen zu lernen gewünscht haben. Verfahren wir systematisch und betrachten zuerst

die Garderobe.

Als Garderobe dient das erwähnte Gemach — ein schmaler Raum von bescheidener Länge — und das anstoßende kleine Nebenzimmer. Es sind hier einige Vorrichtungen getroffen, um die Kopfbedeckungen, Ueberröcke, Stöcke und Schirme von etwa 50 Personen nothdürftig unterzubringen. Da dieß den wirklichen Bedarf nur zur Hälfte deckt, so beginnt die Thätigkeit des zur Sitzung kommenden Volksvertreters mit dem angestrengten Bestreben, für jenes Beiwerk leidliche Unterkunft zu finden. Ein Cylinder wird auf den andern gethürmt, jeder Nagel in der Wand mit

Digitized by Google

Bedingungen und gegen dieselben Abgaben, wie die eigenen Seeschiffe, zulassen. Die Staatsangehörigkeit der Schiffe jedes der vertragenden Staaten ist nach der Gesetzgebung ihrer Heimath zu beurtheilen. Zur Nachweisung über die Ladungsfähigkeit der Schiffe des einen Staates sollen die nach der Gesetzgebung ihrer Heimath gültigen Meßbriefe, vorbehaltlich der Reduktion der Schiffsmaße, bei Feststellung von Schifffahrts- und Hafenabgaben im andern Staate genügen. Die Schifffahrt zwischen Seehäfen seines Gebietes kann jeder Staat seinen eigenen Schiffen vorbehalten; dagegen soll die sukzessive Befrachtung oder Entlöschung in mehreren Seehäfen des einen Staates den Schiffen des andern Staates gestattet sein. Auch sollen unter der Bedingung der Gegenseitigkeit überhaupt alle Begünstigungen, welche einer der Seeschifffahrt treibenden Staaten des Zollvereins in Bezug auf die Behandlung der Seeschiffe und deren Ladungen einem dritten Staate eingeräumt hat oder einräumen wird, auf die österreichischen Schiffe und deren Ladungen und umgekehrt alle Begünstigungen, welche Österreich in diesen Beziehungen einem dritten Staate eingeräumt hat oder einräumen wird, auf die Schiffe der Seeschifffahrt treibenden Staaten des Zollvereins und deren Ladungen Anwendung finden. Von dieser Bestimmung sind nur diejenigen Begünstigungen in der Küstenschifffahrt ausgenommen, welche Schiffen dritter Staaten nicht durch Uebereinkommen eingeräumt sind. Art. 13. Von Schiffen des einen der vertragenden Theile, welche in Unglücks- oder Nothfällen in die Seehäfen des andern einlaufen, sollen, wenn nicht der Aufenthalt unnöthig verlängert oder zum Handelsverkehr benutzt wird, Schifffahrts- oder Hafenabgaben nicht erhoben werden. Von Havarie und Strandgütern, welche in das Schiff eines der vertragenden Theile verladen waren, soll von dem andern, unter Vorbehalt des etwaigen Bergelohns, eine Abgabe nur dann erhoben werden, wenn dieselben in den Verbrauch übergehen. Art. 14. Zur Befahrung aller natürlichen und künstlichen Wasserstraßen in den Gebieten der vertragenden Theile sollen Schiffsführer und Fahrzeuge, welche einem derselben angehören, unter denselben Bedingungen und gegen dieselben Abgaben von Schiff oder Ladung zugelassen werden, wie Schiffsführer und Fahrzeuge des eigenen Staates. Art. 15. Die Benützung der Chausseen und sonstigen Straßen, Kanäle, Schleusen, Fähren, Brücken und Brückenöffnungen, der Häfen und Landungsplätze, der Bezeichnung und Beleuchtung des Fahrwassers, des Lootsenwesens, der Krahne und Waagzanstalten, der Niederlagen, der Anstalten zur Rettung und Bergung von Schiffsgütern und dergleichen mehr, insoweit die Anlagen oder Anstalten für den öffentlichen Verkehr bestimmt sind, soll, gleichviel, ob dieselben vom Staate oder von Privatberechtigten verwaltet werden, den Angehörigen des andern vertragenden Theils unter gleichen Bedingungen und gegen gleiche Gebühren, wie den Angehörigen des eigenen Staates, gestattet werden. Gebühren dürfen, vorbehaltlich der beim Seebeleuchtungs- und Seelootsenwesen zulässigen abweichenden Bestimmungen, nur bei wirklicher Benutzung solcher Anlagen oder Anstalten erhoben werden. Dieselben dürfen die Unterhaltungskosten sammt den landesüblichen Zinsen des Anlagekapitals nicht übersteigen. Wegegelder für beladenes Fuhrwerk sollen auf Straßen, welche unmittelbar oder mittelbar zur Verbindung der vertragenden Theile unter sich oder mit dem Auslande dienen, da, wo dieselben den Satz von einem Silbergroschen (5 kr. österr. W.) für ein Zugthier und eine geographische Meile erreichen oder übersteigen, höchstens zu den jetzt geltenden Beträgen und da, wo sie jenen Satz nicht erreichen, höchstens zu diesem letzteren erhoben werden. Wegegelder für einen die Landesgrenze überschreitenden Verkehr dürfen auf den erwähnten Straßen nach Verhältniß der Streckenlängen nicht höher sein, als für den auf das eigene Staatsgebiet beschränkten Verkehr. Für Eisenbahnen gelten nicht diese, sondern die in den Artikeln 16 und 17 enthaltenen Bestimmungen. Art. 16. Auf Eisenbahnen sollen in Beziehung auf Zeit, Art und Preise der Beförderungen die Angehörigen des andern Theils und deren Güter nicht ungünstiger als die eigenen Angehörigen und deren Güter behandelt werden. Für Durchfuhren nach oder aus dem Gebiete des andern Theils soll kein Staat höhere als diejenigen Eisenbahnfrachtsätze erheben lassen, welchen auf derselben Eisenbahn die in dem eigenen Gebiete auf- oder abgeladenen Güter verhältnißmäßig unterliegen.

(Schluß folgt.)

Ein **Breslauer** Abgeordneter, Lasswitz, hat dieser Tage seinen Kommittenten einen Bericht über die viertägigen Verhandlungen der Fortschrittspartei in Betreff Schleswig-Holstein's erstattet und dabei eine interessante Musterkarte der bei dieser Gelegenheit zum Ausdruck gekommenen Anschauungen fortschrittlicher Größen mitgetheilt: Virchow gegen Annexion, Möller für bundesstaatlichen Anschluß, v. Rönne gegen Annexion, aber für Abtretung der Häfen und das Recht der Marine-Aushebung, Waldeck für unbedingte Annexion, Mommsen, früher augustenburgischer Enthusiast, für Annexion ohne Vergewaltigung, Meibauer für, v. Henning gegen Annexion, Groote für dieselbe, „man müsse dem richtigen nationalen Gefühle etwas nachhelfen," v. Kirchmann für Annexion, Löwe (von Calbe, Präsident des Rumpfparlaments in Stuttgart), früher für den Augustenburger, „man müsse suchen, ihn los zu werden."

Nach einer Kieler Korrespondenz in der Wiener „Presse" ist die Schildwache in **Kiel**, welche am 29. März auf einen fliehenden jungen Menschen geschossen, „wegen voreiligen Gebrauchs der Schießwaffe" mit 3tägigem Mittelarrest bestraft worden, soll aber durch Geldspenden aus feudalen Kreisen und durch die von Vorgesetzten eröffnete Aussicht auf Beförderung zum Gefreiten entschädigt worden sein.

Altona, 21. April. Aus zuverlässiger Quelle vernehmen wir, daß eine in Rendsburg am 19. aufgegebene telegraphische Depesche, welche die Beschlüsse der Delegirtenversammlung meldete, von dem Telegraphenamte in Rendsburg zwar angenommen, aber Tags darauf dem Absender mit der Bemerkung zurückgestellt wurde, daß dieselbe ihres Inhalts wegen nicht habe befördert werden können. Auf die Anfrage des Betreffenden, warum die Depesche alsdann überhaupt angenommen worden sei, erfolgte die Erwiderung, daß dieselbe, obwohl nach Süden bestimmt, zunächst an die Ober-Telegraphen-Inspektion in Flensburg habe übermittelt werden müssen, und daß von dort erst die Zurückweisung erfolgt sei.

---

einer doppelten Last beladen. Bei regnerischem Wetter ergießt sich die Fluth von den abgestellten Schirmen mit vollkommener Freiheit in die Furchen des Fußbodens. — Gehen wir zum

Buffet

über. Als Buffet dient gleichfalls das erwähnte Gemach. Auf einem Pfeilertischchen sehen Sie zwei Flaschen aqua fontana aufgestellt, daneben zwei Trinkgläser — eines auf 74 Volksvertreter. Doch will ich die Möglichkeit einräumen, daß auch in dem früher besprochenen Vorzimmer eine Flasche postirt sein könnte. Auf weiter gehende Bedürfnisse, auf ein Glas Zuckerwasser oder Limonade und ähnliche Ausschweifungen läßt sich das Buffet nicht ein, noch weit weniger auf Speisen und geistige Getränke. Dieß letztere ist gewiß eine pädagogisch wohlbemessene Vorsicht, denn es gibt im Sitzungssaal wohlgesinnte und gründliche Redner, welche demungeachtet der Konkurrenz einer Kotelette und eines erfrischenden Trunkes regelmäßig unterliegen würden. Wenn nun ein Volksvertreter hartnäckig darauf besteht, sich solchen Gewässern der Beredtsamkeit durch die Flucht zu entziehen, so findet er ein Asyl entweder in den benachbarten Restaurationen oder — was seiner Würde angemessener ist — in dem

Konversationszimmer

und Lesezimmer des Hauses. Als Konversationszimmer dient gleichfalls das erwähnte Gemach mit dem anstoßenden Kabinet. Das Konversationszimmer ist mit etlichen Tischen, einem antiquarischen Sopha und mehreren Sesseln ausgestattet, so daß jedem Volksvertreter etwa der 15. Theil eines Sitzplatzes zur Verfügung steht. Das anstoßende Kabinet scheint vorzüglich auf Unterleibsleidende berechnet zu sein, ermangelt daher der Stühle, überhaupt aller Mobiliarstücke mit Ausnahme eines vereinsamten Tischchens und eines Ofens, der an kalten Wintertagen nicht selten auch geheizt wird. Im Konversationszimmer korrigirt der Abgeordnete, der gesprochen hat, seinen stenographischen Bericht, bringt er einen Antrag zu Papier oder schreibt er einen dringenden Brief und subskribirt für mildthätige Zwecke, die während einer Landtagssession erstaunlich zahlreich aufzutauchen pflegen. Er bedarf daher einiger Schreibmaterialien und zur Befriedigung dieses Erfordernisses finden wir drei Schreibzeuge vor — eines auf 50 Abgeordnete, nebst einem Dutzend von Gänsekielen, deren Zustand sich leichter ahnen als beschreiben läßt. Ein Blatt Papier würden wir vergeblich suchen; es bleibt jedoch dem Volksvertreter durchaus unbenommen, dieses Requisit aus seiner Wohnung mit sich zu bringen, oder auch in einer benachbarten Handlung käuflich zu erwerben, oder sogar von der Kanzlei der Kammer tax- und stempelfrei zu beziehen, wenn er sich in jedem einzelnen Fall mit dem Nachweise seines Bedürfnisses vorthin [illegible] will. Ich habe noch zu bemerken, daß im Konversationszimmer strenggenommen nicht konversirt werden darf, weil jedes lauter gesprochene Wort in den Sitzungssaal dringt und die Verhandlungen stört. — Besuchen wir schließlich das

Lesezimmer.

London. In den hiesigen Blättern wird ein Schreiben veröffentlicht, welches der berühmte Gelehrte John Stuart Mill über die Wahlreform erlassen hat. Er ist für das Wahlrecht „aller Erwachsenen“ (auch der Frauen), welche lesen, schreiben und rechnen können. Mill kandidirt bekanntlich um den Parlamentssitz für Westminster und sein Schreiben wird daher nicht verfehlen, Aufsehen zu erregen.

London, 21. April. Der „Advertiser“ will wissen, daß Louis Napoleon im Augenblick, als er von der Einnahme Richmonds hörte, durch Lord Cowley der englischen Regierung ein Schutz- und Trutzbündniß zur gegenseitigen Hilfeleistung im Fall eines amerikanischen Angriffs auf Kanada oder Mexiko vorschlagen ließ. Die englische Regierung habe noch nicht geantwortet, aber gewiß werde der Vorschlag nächste Woche im Parlament zur Sprache kommen und energisch zurückgewiesen werden; das englische Volk habe seit dem Krimkrieg kein Gefallen an französischer Hilfeleistung im Kriege. Der „Advertiser“ gibt keine Quelle an; seine Nachricht gründet sich auf bloße Wahrscheinlichkeits-Rechnung. — In einer andern Mittheilung behauptet der „Advertiser“, daß der diplomatische Verkehr zwischen dem Kaiser von Oesterreich und dem Kaiser von Mexiko so gut wie völlig abgebrochen sei. — Die Leitartikel der meisten Blätter beschäftigen sich mit Kiel und Amerika. Die Festsetzung der Preußen in den guten holsteinischen Häfen verursacht den Engländern enormes Mißbehagen. — „Daily-News“ sagt: „Eine große Lehre liegt in dieser glücklichen Wiedergeburt Nordamerika's und in der Kraftanstrengung, mit der es sich vom Fluch der Sklaverei endlich zu befreien anfing. Es sei der Beweis geliefert, daß eine demokratische Republik ebenso klar ihr Ziel erkennen und es ebenso ausdauernd und einig verfolgen könne, wie irgend eine Nation, die unter dem Scepter des klügsten und kraftvollsten Herrschers als festgeschlossene Phalanx auftritt. Ferner habe Amerika durch die gebrachten Opfer gezeigt, daß es nicht unter dem Joch eines blos mammonsüchtigen Materialismus liege. Andererseits will „Daily News“ nicht die Schwierigkeiten übersehen, mit denen Amerika noch zu kämpfen hat. Es werde dem Volke der freien Staaten jetzt obliegen, die Neger zu Bürgern zu erziehen, die reaktionäre weiße Bevölkerung des Südens mit dem Fortschritt auszusöhnen, die Elemente der Faktion niederzuhalten, seine Finanzen zu ordnen und ein Opfer zu bringen, das ihm anfangs sehr schwer scheinen werde, — nämlich die Politik der Schutzzöllnerei über Bord zu werfen. Zur Lösung all' dieser großen und schweren Aufgaben bedürfe die Republik des **Friedens**, und zwar eines langen Friedens. Von ihr allein hänge es ab, sich den Frieden zu erhalten. Keine auswärtige Macht werde sich im Traum einfallen lassen, mit den Vereinigten Staaten Händel zu suchen. Und an den angeblichen tollen Plan der amerikanischen Regierung, sich frisch aus den Flammen des Bürgerkrieges in den Wirbelsturm eines auswärtigen Kampfes zu stürzen, hat „Daily-News“ niemals geglaubt.

London, 22. April. Manche Blätter, wie der „Herald“, können sich noch nicht in den Untergang der amerikanischen Rebellion finden; sie spekuliren noch immer auf Lee, dessen „meisterhaften Rückzug“ sie preisen und hoffen, daß jetzt ein Guerillakrieg folgen werde. Interessant sind manche „Eingesandts“, in denen leidenschaftliche Freunde des Südens ihren Gefühlen Luft machen. Dem „Herald“ ist in mehr als einer Zuschrift dafür gedankt worden, daß er „nicht an der Menschheit verzweifelt.“ Ein Briefsteller, der sich „Ein Liberaler“ unterzeichnet, gelobt, bei den nächsten Wahlen für jeden liberalen oder konservativen Kandidaten zu stimmen, vorausgesetzt, daß derselbe die Südstaatlichen „unterstützen“ will! Wird den Südstaatlichen sehr tröstlich sein. — Ein Blatt auf der Insel Wight meldet, es seien in Bonchurch zwei Häuser gemiethet für die Kaiserin von Oesterreich, der die Aerzte einen zeitweiligen Aufenthalt auf der Insel Wight verordnet hätten.

Paris, 23. April. Wie es heißt, wird die Reise des Kaisers nach Algier wegen der Krankheit des Thronfolgers von Rußland noch aufgeschoben werden. Der Kaiser der Franzosen will vermeiden, daß die Feste, zu denen seine Gegenwart in Algerien Anlaß geben wird, mit der Trauer des russischen Hofes zusammenfallen. Auf diese Weise wird es ihm möglich sein, der ersten Vorstellung der Afrikanerin in der Oper beizuwohnen. Dieselbe soll am nächsten Mittwoch stattfinden. Um zu vermeiden, daß die Vorstellung nicht bis gegen 2 Uhr Nachts dauert, ist man genöthigt worden, das Ballet auszulassen; dieß ist die einzige Auslassung, auf welche Frau Meyerbeer sich hat einlassen wollen. Der frühere Capitän der Alabama, der zum Commandeur der conföderalistischen Flotille von Richmond, die nicht mehr existirt, ernannt worden war, Capitän Semmes, ist von Liverpool in Havre eingetroffen.

Ein Korrespondent der „Nat.-Ztg.“ hat vor einigen Tagen bei einer militärischen Parade in **Paris** den Kaiser Napoleon gesehen und erzählt: „Ich war begierig, seine Person, die ich seit 4 Jahren nicht gesehen, in der Nähe zu beobachten. Ich bekam die beste Gelegenheit, da er unmittelbar vor mir vorbeiritt, sehr langsam, im Schritte, er reitet selten schnell. Neben ihm, zu seiner Rechten, war die Kaiserin und Prinzessin Anna Murat, hinter ihm, in der ersten Reihe, Magnan, Randon und Regnault de St. Jean d'Angely, dann kam Fleury nebst mehreren anderen Oberoffizieren, die ich nicht kenne. Ich bin in Verlegenheit, wie ich den Eindruck dieser Gruppe auf mich beschreiben soll. Nie habe ich eine solche Veränderung in einem Körper innerhalb 4 Jahren erlebt. Das Gesicht, wie überhaupt die ganze Gestalt des Kaisers, sieht aufgedunsen aus, ohne die geringste Spur von Kraft und Lebensstärke; der Rücken steif und sozusagen unbeweglich, aus Einem Stücke, der Oberkörper mehr hängend als sitzend, und auf dem Antlitz der unzweideutigste Ausdruck von körperlichen Leiden oder Beschwerden, von Abspannung und unwirscher Gemüthsstimmung; das Auge glanzlos und unbehaglich hinüber- und herüberschleichend. Hätte ich eine Vergleichung in den gekrönten Vorgängern des heutigen Herrschers von Frankreich zu suchen, so würde ich Ludwig XI. nennen. Das Aussehen kann täuschen, vielleicht flathet unter dieser Außenseite das Leben in Hülle und Fülle, und es ist unsere Sache nicht, Horoskope zu stellen. Aber es sollte mich sehr wundern, wenn eine Lebensversicherungs-Gesellschaft, einem solchen Klienten gegenüber, nicht den höchsten Einsatz und die geringste Prämie sti-

---

Als Lesezimmer dient **gleichfalls das mehrfach erwähnte Gemach**, und so sehen Sie Garderobe, Buffet, Konversations- und Lesezimmer kunstvoll in Einer Spelunke vereinigt, die nebenbei von den Stenographen, Schreibern und Boten des Hauses als unentbehrlicher Durchgang benützt wird. „Leicht bei einander wohnen die Gedanken, doch hart im Raume stoßen sich die Sachen.“ Der Schreibende wird vom Lesenden, der Sitzende vom Stehenden, der Schweigende vom Redenden belästigt; der Auf- und Abgehende sieht sich beim dritten Schritt in ein Knäuel von Hindernissen verwickelt und zum Verzicht auf sein kühnes Unternehmen genöthigt. Wenn bei kälterer Witterung die Volksvertreter ihren Gang in's Ständehaus nicht ohne schützende Umhüllung wagen, entspinnt sich in dem Lesezimmer, das ja zugleich Garderobe ist, noch ein weiterer Konflikt der Interessen: Mäntel und Ueberröcke drängen mit Macht nach der Wand, welche den Erzeugnissen der periodischen Presse gewidmet ist, bedecken diesen Raum und lassen den Leselustigen nur durch eine mühsame Ausgrabung an das Ziel seiner Wünsche gelangen.

Sie werden auch hören wollen, mit welchen literarischen Schätzen diese Leseanstalt ausgestattet ist. Es handelt sich natürlich nur um Zeitungen und die schätzbaren Kreisamtsblätter; aller Brochürenluxus u. dgl. bleibt ausgeschlossen. Das engere Vaterland finden Sie durch eine leidliche Auswahl von Blättern vertreten, wogegen wir in Betreff der auswärtigen Journalistik auf eine eben so magere als gesunde Diät gesetzt sind. Schon seit Jahren wird uns nämlich als **einziges** österreichisches Blatt der — „Botschafter“ und als **einziges** Organ der preußischen Publizistik die — „Kreuzzeitung“ vorgesetzt. Durch diese einfache und sinnige Vorrichtung, welche uns die preußischen Dinge immer in ihrer häßlichsten und abschreckendsten Gestalt, die österreichischen in ihrer rosigsten Beleuchtung erblicken läßt, ist das Mögliche geschehen, um den zeitungslesenden Volksvertreter bei einer korrekten politischen Stimmung zu erhalten.

Und nun, Verehrtester, drängt es mich zum Schluß, obgleich mein Thema noch nicht erschöpft ist. Sie wissen einstweilen genug, um sich von der asketischen Lebensweise, die der bayerische Abgeordnete in seinem „Zimmer für Alles“ führt, eine richtige Vorstellung zu bilden und uns jenes herzliche Mitgefühl zuzuwenden, auf das ich, wie gesagt, bei meiner Schilderung spekulirt habe.

(Nr. 9.) **Geschlechts-Homonyme.**

Männlich zum Schutz
Weiblich zum Mord und Trutz.

Auflösung der Charade Nr. 8: Fingerhut.

Digitized by Google

pulirte. Fast peinlich anzusehen war der Kontrast der beiden Damen neben ihm. Waren sie wirklich so heiterer Laune, oder war es geschulte Hofkunst, sie lachten laut und schäkerten unaufhörlich, während der Kaiser sein Gesicht in finstere Falten legte. Marschall Magnan sah so mürrisch aus wie sein Herr und Meister, sehr gebückt und niedergebeugt im Rückgrat, er, der sonst so gerade und aufrecht saß. In seinen ungemein gealterten Zügen herrschte physische und moralische Ermüdung. Nur General Flemy machte sich durch sein sorgloses, zuversichtliches, fast übermüthiges Wesen bemerklich. Ich weiß nicht, woher dieser Kopf stammt, aber gewisse hervorragende Linien scheinen auf die Region hinzuweisen, wo das europäische und das asiatische Rußland sich begegnen. Schön ist dieser Kopf nicht, aber er hat Ausdruck, den Ausdruck eines nicht leicht dienstversagenden Werkzeugis, so lange das Glück dem Gebieter lächelt."

Rom, 18. April. Der Herzog von Persigny und seine Gattin wurden vom hl. Vater mit einer Auszeichnung empfangen, wie sie sonst nur regierenden Fürsten zu Theil zu werden pflegt. — König Ludwig I. von Bayern verlängert seinen Aufenthalt um zwei Wochen, da die ungünstige Witterung ihn früher von den Ausflügen in die nahen Gebirge wie nach dem Meere zurückhielt. Seine Abreise von hier nach Berchtesgaden ist auf den 1. Mai festgesetzt. Er war während dieses sechsmonatlichen Besuchs, geringe Unpäßlichkeiten abgerechnet, stets wohl, so daß er selbst bei unfreundlichem Wetter die gewöhnlichen Spaziergänge im Freien nie einzustellen brauchte.

Einer **Turiner** Korrespondenz der „K. Z." vom 21. ds. entnehmen wir: „In den politischen Kreisen beschäftigt man sich ausschließlich mit der Sendung Vegezzi's nach Rom und mit dem Schreiben des Papstes. Der Papst hat in seinem Briefe an Viktor Emanuel ausführlich darzuthun gesucht, daß das bisherige Verhältniß zwischen Rom und Turin so schwere Mißstände für beide Theile begründe, daß man hier wie dort nicht länger zögern dürfe, die Grundlagen für eine entsprechende Verbesserung der wechselseitigen Beziehungen aufzusuchen. Einen Hauptschaden erkennt der Papst in der Vakanz so vieler und wichtiger Bischofssitze. Wenn er dem Turiner Kabinette ans Herz legt, für diese Bischofssitze nur würdige Persönlichkeiten vorzuschlagen, so denkt man hier jetzt so wenig als jemals daran, auf diesen Wunsch nicht einzugehen, dessen Erfüllung ebenso im Interesse des Königreiches, als des heiligen Stuhles liegt. Allein wenn der Papst die Freilassung der im Exil oder Gefängniß befindlichen Bischöfe verlangt, so dürfte die Regierung diesem Wunsche nur theilweise entsprechen. In der Umgebung des Königs wird versichert, daß Se. Majestät vom aufrichtigsten Eifer beseelt sei, soweit als möglich Rom entgegen zu kommen. Der König selbst war es, der sich entschloß, den bei der Geistlichkeit nicht unbeliebten Vegezzi nach Rom zu entsenden. Vegezzi hat ziemlich ausgedehnte Vollmachten erhalten, und man hat das Vertrauen zu seiner Gewandtheit, daß es ihm gelingen werde, den römischen Hof auf dem vom Papste selbst zuerst betretenen Wege der Aussöhnung festzuhalten.

Wie schon mitgetheilt, hat der Kaiser Alexander für **Liewland** den Zwang aufgehoben, daß die Kinder aus gemischten Ehen in der griechischen Religion erzogen werden mußten. (Nach der „Köln. Z." wäre die Aufhebung noch nicht erfolgt, aber sicher zu erwarten.) Früher mußten nämlich die Eheleute bei der Trauung in einem Reversale sich hiezu verpflichten. Die Bauern Livlands wußten bereits früher diese Vorschrift zu umgehen. Sie gaben ihren Kindern gewöhnlich lutherische Nothtaufen. Die Zahl solcher Nothtaufen war schon vor einem Jahre auf über 100 gestiegen und dürfte jetzt 1000 weit überschritten und dem zweiten Tausend sich genähert haben. Trotz des großen Gewichtes, das der Bauer auf kirchliche Trauung legt, war die Zahl der gezwungenen Civilehen groß; denn da in gewissen Gegenden Livlands die Bauern jede griechische Taufe und Reversalzeichnung zurückwiesen, der griechische Geistliche demzufolge die Ehe verweigerte, der lutherische aber seine Handlung erst nach vollzogener griechischer Trauung vornehmen darf, so hatten sich die Bauern insoweit emanzipirt, als sie vor dem Gemeindegericht ihren Willen, die Ehe zu schließen, zu Protokoll gaben und nach Absingung einiger geistlicher Lieder im Kreise der Verwandten und Freunde als Eheleute sich bekannten.

New-York, 11. April. Die Guerilla-Schaaren des Süd-Generals Mosby sind 14 Meilen von Washington geschlagen worden. Der Präsident der Konföderirten, Jefferson Davis, ist gerüchtweise über Danville (in der virginischen Grafschaft Pittsylvania) in südwestlicher Richtung entflohen. Präsident Lincoln ist nach Washington zurückgekehrt. Man hält eine außerordentliche Einberufung des Kongresses für wahrscheinlich. Campbell und Hunter werden als Friedensunterhändler des Südens in Washington erwartet.

Hiezu die Beilage: „Würzburger Anzeiger".

Verantwortlicher Redakteur: A. Hartmann.
Druck und Verlag der Stahel'schen Buch- und Kunsthandlung in Würzburg

Cours der Staatspapiere.

Oesterr.	5 pCt. Met. (Cp. i. S. b. R.)	—
„	5 pCt. Lomb. ditto. à 24	—
„	5 pCt. Engl. Met. v. 1852	80 5/8 G.
„	5 pCt. Engl. Met. v. 1859	78 3/4 P.
„	5 pCt. Venet. Coupon b. R.	86 1/2 P. 1/4 G.
„	5 pCt. Nationalanl. v. 1854	69 1/2 G.
„	5 pCt. Metall. Obligation.	65 1/2 P.
„	4 1/2 pCt.	58 7/8—3/4 G.
Preussen	3 1/2 pCt. Staatsschuldsch.	—
Bayern	4 1/2 pCt. Obl. ijähr. dto.	101 1/4 P. 101 G.
„	4 1/2 pCt. Obl. 1/2jähr. dto.	—
„	4 pCt. Obl. ijähr. dto.	98 G.
„	4 pCt. Obl. 1/2 jähr. dto.	99 1/4 G.
„	4 pCt. Obl. Ab.-R. dto.	98 1/4 G.
„	3 1/2 pCt. Obl. dto.	—
Württemb.	4 1/2 pCt. Obl. b. Rothsch.	104 1/2 G.
„	3 1/2 pCt. Obl. dto.	94 1/2 P.
Baden	4 1/2 pCt. Obl.	—
„	3 1/2 pCt. Obl. v. 1842	92 P.
Gr. Hess.	4 1/2 pCt. Obl.	—
„	4 pCt. Obl. b. Rothsch.	101 1/2 P.
„	3 1/2 pCt. Obl. dto.	97 1/2 P.
Nassau	4 1/2 pCt. Obl. dto.	102 1/4 P.
„	4 pCt. Obl. dto.	99 1/8 G.
„	3 1/2 pCt. Obl. dto.	91 3/4 P.
Frankfurt	3 1/2 pCt. Obl.	94 7/8 P.
„	3 pCt. Obl.	91 1/2 P.
Spanien	3 pCt. inl. Sch P. à fl. 2. 30	—
„	2 1/4 pCt. „ „ „	—
Schweden	4 1/2 pCt. Obl. à 100 Thlr.	99 1/2 P. 1/4 G.
N.Amerika	6 pCt. à 1000r. 1881 D. 2 1/2	70 1/8 G.
„	6 pCt. ditto r. 1882 „	69 7/8—1/8 G.

Diverse Aktien.

Frankfurter Bank à fl. 500 . . .	150 G.
K. K. Oesterr. National-Bankaktien	873 G.
Oesterr. Kreditbank-Aktien à fl. 200	199—198 1/2 G.
Bayer. Hypothekenb. Pfandbriefe 4 pCt.	97 5/8 P. 1/2 G.
Darmst. Bank 1. u. 2. Serie à fl. 250	230 G.
Weimarische Bank à Thlr. 100 . .	101 G.
Mitteldeutsche Kreditaktien . . .	101 1/2 P.
Intern. Bank in Lux. à 250 Frs. à 28 kr.	—
Taunus-Eisenbahn à fl. 250 . . .	347 G.
Frankfurt-Hanauer-Eisenbahn . . .	102 1/4 P.
Oest. F.St.Eisb. 5pCt. 500 Fr. à 28 kr.	—
„ Elisab.-Eisenbahn 5 pCt. . .	123 1/4 P. 122 3/4 G.
Böhm. Westbahn-Aktien à fl. 200 6/7	78 G.
Rhein-Nahe-Bahn 200 Thl. à 105 4pCt. Z.	32 1/4 P.
Ludwigshafen-Bexbacher à 4 pCt.	149 1/4 P.
dto. dto. Prior. à 4 pCt	—
Pfälz. Maxb. b. Rothschild à 4 1/2 pCt.	107 5/8 P.
Oest. St.-Eisenb. Prior.-Oblig. à 3 pCt.	64 1/2 P. 1/4 G.
Elisab.-Bahn Prior. 5 pCt. 6/7	—
Südd. Bank-Akt., 40 pCt. Einz.	256 1/2 P.
Span. Handels- und Industrie .	—
Bayr. Ostbahn à 4 1/2 pCt. volleinbez.	118 7/8 P.
Bayer. Ostbahn mit 60 pCt. Einz.	113 3/4 P.

Anlehens-Loose.

Oesterr. fl. 250 v. 1839	146 1/2 P.
„ fl. 250 v. 1854 mit 4pCt.	80 1/4 P.
„ fl. 500 v. 1860 6/7	88—88 1/2 G.
„ fl. 100 Eisb. L. v. 1858.	137 P.
„ do. v. 1864.	97 1/2 P.
Schwed. 10 Thlr. Loose	10 1/8 P.
Badische fl. 50	—
Badische fl. 35	53 5/8 P.
[illegible] Thlr. 40 ö. S.	56 3/4 P.
Gr. Hessen fl. 50 b. R.	13 5/8 P.
„ fl. 25 do.	—
Nassau fl. 25 bei Rothsch.	36 P.
Sardinische Fr. 36 b. B.	—
Neuchateler 10 Frs.-Loose	—
Freiburger 15 Frs.-Loose	—
Mailänder 45 Frs. L. b. R.	32 P.
St. Lüttich mit 2 1/2 pCt. E.	34 1/4 P.
Ansb.-Gunzenh. fl. 7-L.	10 3/4 P.

Wechsel
in süddeutscher Währung.

Amst. fl. 100 k. S.	100 1/8 P.
Antwerp. Frs. 200 k. S.	94 5/8 G.
Augsb. fl. 100 k. S.	99 3/4 G.
Berlin Th. 60 k. S.	104 7/8 P.
Brem. 50 Th. Lsd. k. S.	97 1/2 P.
Brüssel Frs. 200 k. S.	94 5/8 G.
Cöln Thlr. 60 k. S.	104 7/8 P.
Hamb. MB. 100 k. S.	88 1/2 P.
Leipzig Th. 60 k. S.	105 P.
London Lst. 10 k. S.	119 1/2 G.
Lyon Frs. 200 k. S.	—
Mail. Frs. 200 . .	—
München fl. 100 k. S	95 P.
Paris Frs. 200 k. S.	—
Petersburg 60 S.-R.	—
Triest fl. 100 k. S.	—
Wien fl. 100 ö. W.	—
do. in öst. W. l. S.	108 7/8 P 5/8 G.
Disconto	3 1/2 pCt. G.

Frankfurt, 25. April. Die Börse bleibt für Amerikanische matt gestimmt. Private und Spekulanten von hier und auswärts fahren fort, ihre Gewinne zu realisiren. Die gestern in London eingetretene Steigerung hat auch nicht Stich gehalten. 6proz. Bonds waren gestern in London bis auf 68 1/2 gestiegen, schlossen aber wieder 67 und kommen heute 65 2/3 (heißt hier 70 1/4). Oesterr. Fonds eröffneten flau, befestigten sich im Laufe des Geschäfts etwas und schließen wieder matter. (Synd.)

Digitized by Google

N. Würzb. Ztg.

Neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht!

№ 116.	Vorausbezahlung: Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 1 fl. 30 kr. Bei Inseraten wird die dreispaltige Zeile in gewöhnlicher kleiner	62. Jahrgang.	Schrift oder deren Raum im Hauptblatte mit 6 kr., im Anzeiger mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franco.	Donnerstag, 27. April 1865.

Auf die **„Neue Würzburger Zeitung"** kann für die Monate **Mai** und **Juni** sowohl in der Expedition, wie bei allen königl. Postämtern abonnirt werden.

Der Kapitulation Lee's

ging eine Korrespondenz zwischen den Generalen beider Armeen voraus; Grant eröffnete sie durch ein Schreiben vom 7. d., worin es heißt: „Die Ereignisse der letzten Woche müssen Sie von der Nutzlosigkeit ferneren Widerstandes von Seiten der nordvirginischen Armee überzeugt haben; ich finde, daß dies der Fall ist, und halte es daher für meine Pflicht, die Verantwortlichkeit für ferneres Blutvergießen von mir abzuwälzen und von Ihnen die Uebergabe des Theiles der konföderirten Armee, welche unter dem Namen der nordvirginischen bekannt ist, zu verlangen. — Lee erwiderte noch an demselben Tage: Wenn ich auch nicht ganz Ihre Meinung von der Hoffnungslosigkeit weiteren Widerstandes der nordvirginischen Armee theile, so theile ich doch mit Ihnen den Wunsch, nutzloses Blutvergießen zu vermeiden, und frage daher, ehe ich Ihren Vorschlag in Betracht ziehe, um die Bedingungen an, die Sie bei der Uebergabe stellen. — Am 8. April schrieb Grant: In Erwiderung Ihres gestrigen Schreibens, das ich soeben erhalte, sage ich Ihnen, daß, da Friede mein erster Wunsch ist, ich nur auf einer einzigen Bedingung bestehe, daß nämlich die Mannschaften nach der Uebergabe nicht wieder die Waffen gegen die Vereinigten Staaten tragen dürfen, ehe sie gegen Gefangene ausgetauscht worden. Ich bin bereit, mit Ihnen zusammenzukommen oder Offiziere zu ernennen, die mit von Ihnen ernannten zusammentreten, um endgiltig die Bedingungen festzusetzen, unter welchen die Uebergabe der nordvirginischen Armee angenommen wird. — Darauf erwiderte Lee an gleichem Tage: Ich beabsichtige nicht, die Uebergabe der nordvirginischen Armee vorzuschlagen, sondern nur Ihre Vorschläge zu hören. Aufrichtig gesagt, glaube ich die Nothwendigkeit zur Uebergabe nicht vorhanden, da aber die Wiederherstellung des Friedens das einzige Ziel eines Jeden sein sollte, so wünsche ich zu erfahren, ob Ihr Vorschlag dahin führen könnte. Ich kann also nicht mit Ihnen in der Absicht, die Armee von Nordvirginien zu übergeben, zusammenkommen; soweit aber Ihr Vorschlag sich auf die konföderirten Streitkräfte unter meinem Kommando bezieht und zur Herstellung des Friedens führen könnte, würde es mir angenehm sein, morgen um 10 Uhr an dem alten Fahrweg nach Richmond zwischen den Piquets beider Armeen mit Ihnen zusammenzutreffen.

Am 9. schreibt Grant: Da ich über den Frieden zu unterhandeln nicht ermächtigt bin, wäre unsere Zusammenkunft zwecklos; ich wünsche aber ebenso sehnlichst wie Sie den Frieden und der ganze Norden theilt diese Gefühle. Die Friedensbedingungen sind bekannt genug. Wenn der Süden die Waffen niederlegt, wird er dieses wünschenswerthe Ereigniß beschleunigen, Tausende von Menschenleben und Hunderte von Millionen noch unzerstörtes Eigenthum retten u. s. w. Lee antwortete: Ihren Brief erhielt ich an der Piquetlinie, wo ich Sie erwartete, um die genauen Uebergabebedingungen zu erfahren. Ich ersuche nun um eine Zusammenkunft in Bezug auf die mir gestern gemachten Anerbieten. Grant erhielt diese Note gegen 12 Uhr Mittags und lud Lee ein, ihm den Punkt anzugeben, wo er ihn treffen werde. Dort wurde die Kapitulation abgeschlossen. Lee machte noch an demselben Tage dem General Grant die Anzeige, daß, da die von ihm vorgeschlagenen Bedingungen im Wesentlichen die am 8. April angebotenen seien, er sie annehmen und die Offiziere bezeichnen werde, die ihre Stipulationen in Ausführung zu bringen haben.

(Amtliche Nachrichten.) **München**, 25. April. Se. Maj. der König hat dem kathol. Dechant, Pfarrer und Distrikts-Schulinspektor A. Reisacher in Berchtesgaden den Titel und Rang eines geistl. Rathes tax- und stempelfrei verliehen; den Gerichtsschreiber am Ldg. Geisenfeld, Alois Lüttich, in gleicher Eigenschaft an das Ldg. Landsberg versetzt und zum Gerichtsschreiber am Ldg. Geisenfeld den Diurnisten bei der Staatsanwaltschaft am Bezirksg. Traunstein, M. J. Haggenmüller, ernannt.

Das Inkuratbenefizium Furth oder Zeitlarn, k. Bezirksamts Eggenfelden, ist mit einem fassionsmäßigen Reinertrage von 314 fl. 55½ kr. in Erledigung gekommen.

Feuilleton.

SZ. Pariser Briefe.

Paris, 23. April.

Von dem Künstler, welcher einen Kirchhof in grüner, sonniger Frühlingspracht darstellte: würden wir sagen, daß er es nicht verstanden, seinem Bilde die richtige „Stimmung" zu geben. Einem Feuilletonnisten aber mag man es verzeihen, wenn er, während neue Lebenslust die beseelte und unbeseelte Natur durchdringt, seine Leser an die Stätte des Todes führt. Es ist kein so schrecklicher Ort, der Père Lachaise. Ueber seiner Pforte prangt nicht der ernste Spruch wie über Dante's Hölle: „Lasciate ogni speranza voi ch' entrate!" Die Inschrift auf der linken Seite des Thores sagt im Gegentheil, daß die, welche hier eingehen, voller Hoffnung sind auf Unsterblichkeit: „Spes illorum immortalitate plena."

Unsterblichkeit? .... Es gibt Viele, welche daran zweifeln; wer aber liebt, wird immer daran glauben, denn er kann sich nicht an den Gedanken gewöhnen, daß wir den Freund, den inniggeliebten, nie, nie mehr wieder finden sollen. Ein solch' gläubiges Herz ruht unter diesem Hügel, das die Grabschrift trägt:

„Mes chers amis, quand je mourrai,
Plantez un saule au cimetière,
J'aime son feuillage éploré,
La paleur en est douce et chère,
Et son ombre sera legère
A la tombe, où je dormirai*)."

Das Grab birgt also die Hülle des Verfassers von „Il ne faut pas badiner avec l'amour!" Alfred de Musset konnte es genau wissen, daß mit der Liebe nicht zu scherzen ist, hat sie ihm doch unendliches Leid bereitet. Wenigen wird ein glückliches Leben zu Theil, die von den Grazien geliebt sind. Auf seinem Grabe ruht ein frischer Veilchenstrauß. Wer hat ihn hingelegt? Vielleicht ein armes Mädchen, das so unglücklich, wie er selbst geliebt. Früher schmückte nur eine Weide das Grab des Dichters. Seine Angehörigen hatten sie gepflanzt, um dem Wunsche, den er in obigen Versen ausgesprochen, nachzukommen. Seit dem vorigen Jahre steht noch eine zweite Trauerweide hier. Sie ist aus Rio de la Plata, von den Ufern des Parana. Der Mann, welcher sie über den Ocean brachte, um damit das Grab des Dichters zu schmücken, war kein Franzose, sondern ein Südamerikaner, — der Oberst Hilario Ascasubi. Die Liebe baut Brücken über den Ocean wie über das — Grab.

Von Alfred de Musset's Werken veranstaltet jetzt die Buchhandlung Charpentier eine Gesammtausgabe mit Illustrationen. Die Ausgabe wird 10 Bände klein Quart umfassen und zwar im ersten die Gedichte der ersten Periode, im zweiten „Neue Gedichte", im dritten, vierten und fünften Schauspiele und Sprüchwörter, im

*) Theure Freunde, wenn ich sterbe, pflanzt eine Weide auf mein Grab, ich liebe ihr trauerndes Laub, die Blässe desselben muthet mich traulich an, und sein Schatten wird leicht sein für den Hügel, wo ich schlafe.

München, 25. April. Der Antrag des Abg. Dr. Völk auf Erweiterung der Kammer der Reichsräthe, welcher morgen in der Kammer der Abgeordneten zur Berathung gelangen soll, ist kein Neuling in unserm Ständehaus, denn schon im Landtag 1848 wurde bei Berathung des Gesetzes über die Wahl der Abgeordneten zur zweiten Kammer der Wunsch, „daß im nächsten Landtag ein Gesetzentwurf über zeitgemäße Umgestaltung der Kammer der Reichsräthe vorgelegt werde", von der zweiten Kammer zum Beschluß erhoben, und dann von der Kammer der Reichsräthe unter Abänderung des Worts „Umgestaltung" in „Erweiterung" beigestimmt und dann im Landtagsabschied vom 4. Juni 1848 diesem Antrag sorgfältigste Würdigung und geeignete Berücksichtigung zugesichert. Die k. Staatsregierung erfüllte auch diese Zusage, indem sie am 18. März 1851 einen desfallsigen Gesetzentwurf der Kammer der Reichsräthe vorlegte. Dieser Gesetzentwurf bezielte die Erweiterung der Kammer theils durch Ausdehnung einer bereits in derselben befindlichen Kategorie von Mitgliedern, theils und hauptsächlich durch Beigabe einer neuen Kategorie derselben. In ersterer Richtung enthielt der Gesetzentwurf eine Aenderung der Vorbedingungen zur k. Ernennung eines erblichen Reichsraths, indem der Adel des sonst dazu geeigneten Fideikommißbesitzers nicht mehr gefordert und das Steuersimplum für den schuldenfreien fideikommissarischen Besitz von 300 fl. auf 130 fl. herabgesetzt werden sollte. Die Beigabe einer neuen Kategorie von Mitgliedern sollte dadurch erfolgen, daß sechzehn Reichsräthe durch die dreihundert Höchstbesteuerten eines jeden Regierungsbezirks auf Lebenszeit aus ihrer Mitte zu wählen gewesen wären. Dieser Gesetzentwurf ist nun aber in der Kammer der Reichsräthe gar nicht zur Berathung gelangt — er wurde ad acta gelegt. Ob man damit gut gethan hat, möchten wir bezweifeln. — Nachdem nun auf eine Interpellation des Abg. Dr. Völk vom 27. März 1863 der königl. Staatsminister des Innern, Herr v. Neumayr, erklärte: es sei nicht in der Absicht der k. Staatsregierung gelegen, bei dem Landtag einen Gesetzentwurf in der Richtung der Interpellation einzubringen, wurde von dem genannten Hrn. Abgeordneten alsbald der Antrag eingebracht: „Es sei an Se. M. den König die Bitte zu richten: den Kammern des Landtags einen Gesetzentwurf allergnädigst vorlegen zu lassen, wornach die Kammer der Reichsräthe in einer ihrer eigenen und den Bedürfnissen der Zeit entsprechenden Weise erweitert und umgebildet werde." Ueber diesen Antrag hat der Abgeordnete v. Steinsdorf, erster Bürgermeister der Residenzstadt, Vortrag erstattet, und sich unbedingt für den Antrag erklärt, nur soll derselbe aus Zweckmäßigkeitsgründen dieselbe Formulirung wie der Gesammtbeschluß beider Kammern vom Jahr 1848 erhalten, welcher die motivirenden Worte „in einer ihrer eigenen und den Bedürfnissen der Zeit entsprechenden Weise" und die erläuternden Worte „und neugebildet" nicht enthält, sondern einfach „eine zeitgemäße Erweiterung" der hohen Kammer verlangt. Bei der Berathung im dritten Ausschuß am 20. d. sprachen sich die Abgg. Mandel, Gelbert und Jörg für, dann Abg. Dr. Ruland gegen den Antrag des Hrn. Referenten aus, worauf der k. Staatsminister des Innern, Hr. v. Neumayr, äußerte: daß die Organe der Staatsregierung sich im vorliegenden Fall bezüglich der Abgabe einer bindenden Erklärung in einer eigenthümlichen Lage befinden. Wenn auch die frühere Controverse, ob Anträge auf Verfassungsänderung, auch wenn sie in Form eines bloßen Wunsches auftreten, nach den strengen Bestimmungen des Initiativgesetzes zu behandeln seien, vorlängst ihre Erledigung gefunden habe, so komme doch hier in Betracht, daß nicht bloß die Staatsregierung, sondern auch die Kammer der Reichsräthe sehr wesentlich bei einer Frage betheiligt sei, in der dieser letztern nach den Bestimmungen des oben erwähnten Gesetzes die Initiative jedenfalls gebühre. Eine bindende Erklärung von Seiten der Staatsregierung, ehe die genannte hohe Kammer in der Lage gewesen, auch ihres Orts über die Frage sich zu äußern, erscheine demnach eben so wenig am Platz, als unter analogen Umständen eine solche Erklärung in dem Fall zulässig erscheinen könnte, wenn im Schooß der Kammer der Reichsräthe ein Verlangen nach Abänderung des Wahlgesetzes in konservativer Richtung laut werden sollte. Er müsse sich daher darauf beschränken, der k. Staatsregierung in Bezug auf vorwürfige Frage nähere Erwägung vorzubehalten. Bei der Abstimmung wurde dann dem Antrag des Referenten mit allen gegen die Stimme des Hrn. Dr. Ruland beigestimmt.

München, 25. April. Heute fand wieder eine Reichsrathssitzung statt; sie dauerte nur eine halbe Stunde. Es waren 34 Mitglieder anwesend. Dieser eröffnete der Hr. Präsident Frhr. v. Stauffenberg, daß Se. Maj. der König für die ihm überreichte Adresse herzlichen Dank ausspreche, ferner theilte er der Kammer mit, daß er Sr. k. Hoh. dem Prinzen Adalbert Namens der Kammer den Glückwunsch zu dessen Namensfeste abgestattet habe und daß Se. k. Hoheit der h. Kammer herzlich dafür dankte. Sodann wurden die Nachweisungen über die Staatsausgaben geprüft und dieselben nach kurzer Vortragserstattung der HH. Referenten Graf Montgelas und v. Niethammer ohne weitere Diskussion für richtig erkannt. Den Schluß bildete der Vortrag des Grafen Maldeghem über den von der Abgeordnetenkammer herübergekommenen Antrag, die Erhöhung der Vergütung für die Einquartierungs- und Vorspannskosten betreffend. Nachdem der 2. Präsident Dr. v. Kleinschrod hierüber eine zweckdienliche Erläuterung gegeben hatte, erfolgte sofort der einstimmige Beschluß, es möge die Staatsregierung um zeitgemäße Revision des betreffenden Gesetzes angegangen werden. Die nächste Sitzung wird künftigen Donnerstag stattfinden.

(Handelsvertrag zwischen dem Zollverein und Oesterreich. Schluß.) Art. 17. Die vertragenden Theile werden dahin wirken, daß die Waarenbeförderung auf den Eisenbahnen in ihren Gebieten durch Herstellung unmittelbarer Schienenverbindungen zwischen den an einem Orte zusammentreffenden Bahnen und durch Uebersührung der Transportmittel von einer Bahn auf die andere möglichst erleichtert werde. Sie werden ferner, wo an ihren Grenzen unmittelbare Schienenverbindungen vorhanden sind und ein Uebergang der Transportmittel stattfindet, Waa-

---

sechsten Novellen, im siebenten Erzählungen (Prosa), im achten „Das Bekenntniß eines Kindes unseres Jahrhunderts", im neunten Briefe über Literatur und Aufsätze, im zehnten nachgelassene Schriften und Briefe enthalten. Die ganze Ausgabe soll auf 200 Frcs. zu stehen kommen.

Welcher Dichter in Deutschland könnte sich eines ähnlichen Erfolges rühmen, wie Musset. Und doch läßt er sich noch lange nicht mit Schiller, Göthe oder Lessing vergleichen. Die politische Konzentration Frankreichs hat für den Schriftsteller, Dichter, Künstler etwas Verlockendes. In Paris anerkannt, ist man es in ganz Frankreich und meist weiter noch. Jeder Erfolg ist vollständig, durchschlagend, national. Wie anders in Deutschland! Der Künstler, welcher in Wien gilt, gilt noch lange nicht in Berlin, und wer in Berlin Lorbeeren sammelte, der findet Dornen in München. Diese Zersplitterung ist ein großes Uebel, sie lähmt die Schwingen und vereitelt die Pflege der **nationalen** Kunst. Wo die Nation zerstückelt ist, da wird auch nie eine Kunst erblühen, die man national nennen könnte. Ein deutscher Schriftsteller sagt in bitterem Unmuth: „Unsere Landsleute sind schrecklich; erst urtheilen sie nur nach Autorität, und dann wieder lassen sie **keine** gelten! Alles nur gebrochen, versplittert, zweideutig, mittelmäßig, bedingt, halb, kümmerlich — das ist deutsch! Wie frei, allgemein, gleichzeitig und selbständig ist ein literarischer Erfolg in Frankreich und in England! Wie wird der Autor seines Werkes froh, und, was noch mehr ist, seines Lebens!"

Das sagt Varnhagen von Ense. Gut, daß ich es nicht vertreten darf. Das Urtheil erscheint mir zu hart. Der Mann, welcher von seinem politischen Schmollwinkel aus die Welt betrachtete, war nicht immer gerecht gegen die, welche er kritisirte. Er hätte wenigstens nach den Ursachen suchen sollen, welche solch' ungünstige Zustände in Deutschland hervorrufen. Freilich, ein so ungeschmälertes Lob, wie es der Schriftsteller, der Künstler, der Dichter hier erfährt, hört man in Deutschland selten. Wir haben immer „Wenn" und „Aber". Wir sind eben zu kritisch. Wie voll klingt dagegen das Lob, welches hier dem Künstler zu Theil wird. Allein die Gunst der Franzosen ähnelt der Gunst der Frauen, sie begeistern sich leicht, loben enthusiastisch, und wenden schnell ihre Gunst einem Andern zu. Der Deutsche ist reservirter in seinem Urtheil. Seine Anerkennung hat aber darum auch größeren Werth. Er lobt bedingter, aber tadelt auch nicht so schonungslos und beißend. Er begeistert sich schwerer, aber wer einmal seine Zuneigung errang, dem bewahrt er sie durch's ganze Leben. Die Ruinen unter den Künstlern und Dichtern wissen das. Was den Erfolg in Deutschland erschwert, liegt daher weniger in unserem nationalen Charakter als in der politischen Zerstückelung.

Das Urtheil in Frankreich leidet an einem großen Uebel. Dies ist, daß in Kunst und Wissenschaft die politische Parteistellung nicht selten den Ausschlag gibt. Da sehe man diese alte Coterien-Gesellschaft der Akademie, in welcher das wahre Verdienst nur allzu selten aufgenommen wird. Sie haben jetzt Camille Doucet und Prévost-Paradol auf die Sessel der Unsterblichkeit gewählt. Was hat dieser Camille Doucet gethan? Vor Allem kein Meisterwerk geschrieben, aber er verfaßte einige geistreiche Lustspiele. Sein Hauptverdienst besteht darin, daß er Reaktionär ist. Prévost-

ren, welche in vorschriftmäßig verschließbaren Wagen eingehen und in denselben Wagen nach einem Orte im Innern befördert werden, an welchem sich ein zur Abfertigung befugtes Zoll- oder Steueramt befindet, von der Deklaration, Abladung und Revision an der Grenze, sowie vom Kolloverschluß frei lassen, insofern jene Waaren durch Uebergabe der Ladungsverzeichnisse und Frachtbriefe zum Eingang angemeldet sind. Waaren, welche in vorschriftmäßig verschließbaren Eisenbahnwagen durch das Gebiet eines der vertragenden Theile aus- oder nach dem Gebiete des andern ohne Umladung durchgeführt werden, sollen von der Deklaration, Abladung und Revision, sowie vom Kolloverschluß sowohl im Innern als an den Grenzen frei bleiben, insofern dieselben durch Uebergabe der Ladungsverzeichnisse und Frachtbriefe zum Durchgang angemeldet sind. Die Verwirklichung der bevorstehenden Bestimmungen ist jedoch dadurch bedingt, daß die betheiligten Eisenbahn-Verwaltungen für das rechtzeitige Eintreffen der Wagen mit unverletztem Verschlusse am Abfertigungsamte im Innern oder am Ausgangsamte verpflichtet seien. Insoweit von einem der vertragenden Theile mit dritten Staaten in Betreff der Zollabfertigung weiter gehende, als die hier aufgeführten Erleichterungen vereinbart sind, finden diese Erleichterungen auch bei dem Verkehr mit dem andern Theil, unter Voraussetzung der Gegenseitigkeit, Anwendung. Art. 18. Die vertragenden Theile wollen gemeinschaftlich dahin wirken, daß durch Annahme gleichförmiger Grundsätze die Gewerbsamkeit befördert und der Befugniß der Unterthanen des einen Theils, in dem andern Arbeit und Erwerb zu suchen, möglichst freier Spielraum gegeben werde. Von den Unterthanen des einen der vertragenden Theile, die in dem Gebiete des andern Handel und Gewerbe treiben oder Arbeit suchen, soll von dem Zeitpunkte ab, wo der gegenwärtige Vertrag in Kraft treten wird, keine Abgabe entrichtet werden, welcher nicht gleichmäßig die in demselben Gewerbsverhältnisse stehenden eigenen Unterthanen unterworfen sind. Desgleichen sollen Kaufleute, Fabrikanten und andere Gewerbetreibende, welche sich darüber ausweisen, daß sie in dem Staate, wo sie ihren Wohnsitz haben, die gesetzlichen Abgaben für das von ihnen betriebene Geschäft entrichten, wenn sie blos für dieses Geschäft persönlich oder durch in ihren Diensten stehende Reisende Ankäufe machen oder Bestellungen nur unter Mitführung von Mustern suchen, in dem Gebiete des andern vertragenden Theils keine weitere Abgabe hiefür zu entrichten verpflichtet sein. Auch sollen beim Besuche der Märkte und Messen zur Ausübung des Handels und zum Absatz eigener Erzeugnisse oder Fabrikate in jedem der vertragenden Theile die Unterthanen des andern ebenso, wie die eigenen Unterthanen, behandelt werden. Die Unterthanen des einen der vertragenden Theile, welche das Frachtfuhrgewerbe, die See- oder Flußschifffahrt zwischen Plätzen verschiedener Staaten betreiben, sollen für diesen Gewerbebetrieb in dem Gebiete des andern Theils einer Gewerbesteuer nicht unterworfen werden. Art. 19. Die vertragenden Theile bewilligen sich gegenseitig das Recht, Konsuln in allen denjenigen Häfen und Handelsplätzen des andern Theils zu ernennen, in denen Konsuln irgend eines dritten Staates zugelassen werden. Diese Konsuln des einen der vertragenden Theile sollen, unter der Bedingung der Gegenseitigkeit, im Gebiete des andern Theils dieselben Vorrechte, Befugnisse und Befreiungen genießen, deren sich diejenigen irgend eines dritten Staates erfreuen oder erfreuen werden. Art. 20. Jeder der vertragenden Theile wird seine Konsuln im Auslande verpflichten, den Angehörigen des andern Theils, sofern letzterer an dem betreffenden Platze durch einen Konsul nicht vertreten ist, Schutz und Beistand in derselben Art und gegen nicht höhere Gebühren, wie den eigenen Angehörigen, zu gewähren. Art. 21. Die vertragenden Theile gestehen sich gegenseitig das Recht zu, an ihre Zollstellen Beamte zu dem Zwecke zu senden, um von der Geschäftsbehandlung derselben in Beziehung auf das Zollwesen und die Grenzbewachung Kenntniß zu erlangen, wozu diesen Beamten alle Gelegenheit bereitwillig zu gewähren ist. Ueber die Rechnungsführung und Statistik in beiden Zollgebieten wollen die vertragenden Staaten sich gegenseitig alle gewünschten Aufklärungen ertheilen. Art. 22. In denjenigen einzelnen Landestheilen der vertragenden Theile, welche von deren Zollgebiet ausgeschlossen sind, finden, so lange deren Ausschluß dauert, die Verabredungen in den Artikeln 1—9 des gegenwärtigen Vertrages keine Anwendung. Art. 23. Unmittelbar nach Austausch der Ratifikationen dieses Vertrages sollen Kommissarien der vertragenden Theile zusammentreten, um die zur Ausführung desselben erforderlichen Vereinbarungen und Vollzugsvorschriften festzustellen. Art. 24. Die in den Anlagen dieses Vertrages enthaltenen Bestimmungen sind als integrirende Theile desselben anzusehen. Art. 25. Der gegenwärtige Vertrag tritt vom 1. Juli 1865 an Stelle des Vertrages vom 19. Februar 1853. Seine Dauer wird auf die Zeit vom 1. Juli 1865 bis zum 31. Dez. 1877 festgestellt. Beide Theile behalten sich vor, über weiter gehende Verkehrserleichterungen und über möglichste Annäherung der beiderseitigen Zolltarife und demnächst über die Frage der allgemeinen deutschen Zolleinigung in Verhandlung zu treten. Sobald der eine von ihnen den für die Verhandlung geeigneten Zeitpunkt für gekommen erachtet, wird er dem anderen seine Vorschläge machen, und werden Kommissarien der vertragenden Theile zum Behuf der Verhandlung zusammentreten. Es wird beiderseits anerkannt, daß die Autonomie eines jeden der vertragenden Theile in der Gestaltung seiner Zoll- und Handelsgesetzgebung hiedurch nicht hat beschränkt werden wollen. Art. 26. Der Beitritt zu diesem Vertrage bleibt jedem deutschen Staate vorbehalten, welcher sich künftig dem Zollverein anschließen wird. Art. 27. Gegenwärtiger Vertrag soll ratifizirt und es sollen die Ratifikations-Urkunden binnen sechs Wochen in Berlin ausgewechselt werden. So geschehen in Berlin den 11. April 1865. (Gez.) Philipsborn. (L. S.) v. Reichert. (L. S.) Hasselbach. (L. S) v. Thümmel. (L. S.) Freiherr v. Heck. (L. S)

Hannover. Die „Zeitung für Norddeutschland“ (bekanntlich ein national-vereinliches Organ) schreibt über die preußische Politik: „Die Machtpolitik hat Preußen in dem größten Theile des deutschen Volkes mehr geschadet, als je das preußische Junker-

---

Paradol hat mehr Verdienste. Er schreibt einen feinen Styl mit Anspielungen, er ist ein junger, hübscher Mann. In den Augen der Damen, welche die Unsterblichen designiren, waren dies Verdienste genug, um ihn in das Institut zu wählen. Dem alten Janin aber haben sie abermals die Thür vor der Nase zugeschlagen. Ein Glück, daß die Unsterblichen in der Akademie sterben und die Sterblichen außerhalb derselben ebenfalls unsterblich werden können, ohne den palmenverzierten Frack zu erhalten.

Wir wollen keinem Verdienste seine Krone vorbehalten, und wäre es dem Verdienste, die Guillotine erfunden zu haben. Es ist ein historisches Unrecht, daß die Franzosen diese Kopfverkürzungsmaschine Guillotine nennen, sie sollten sie Louison oder Louissette heißen, denn ihr eigentlicher Erfinder ist nicht der Arzt Guillotin, sondern ein Chirurg, Namens Louis. Guillotins Verdienst beschränkt sich darauf, öffentlich die Frage angeregt zu haben, ob nicht eine Maschine die Schrecken der Hinrichtung verminderе. Louis, welcher sich als Chirurg hauptsächlich mit Halswunden beschäftigt hatte, war der kompetenteste Richter in dieser Sache. In der Autographiensammlung von Herrn Villenave, deren Versteigerung in dieser Woche begonnen hat, befindet sich eine genaue Anweisung, von Louis' Hand geschrieben. Sie trägt das Datum des 31. März 1792 und hat folgenden Titel: „Instruction donnée au sieur Guidon, charpentier du domaine, pour construction de la machine à décoller.“

Das Schriftstück schließt mit folgenden Worten: „Der Patient ruht dabei auf dem Bauche, die Brust auf die Ellenbogen gestützt. Sein Hals liegt zwanglos in dem Einschnitte des Blockes. Ist Alles so geordnet, dann kann der Scharfrichter, welcher hinter der Maschine steht, die beiden Enden des Strickes, welcher das Fallbeil hält, zusammenknüpfen und zugleich nachlassen. Das Instrument, welches dadurch herabfällt, trennt durch seine Schwere und die Schnelligkeit des Falles, den Kopf im Augenblick vom Rumpf. — Wenn in den Einzelnheiten Irrungen vorgekommen sind, werden sie leicht von jedem Verfertiger beseitigt werden können.

So weit die Instruktion. Nachdem die Maschine konstruirt war, handelte es sich darum, sie zu probiren, Louis schreibt darüber: Paris, den 12. April 1792. Mein Herr! Während der Musik-Instrumenten-Verfertiger Schmitt sich nach Ihrer Anweisung mit der Construktion des Instruments beschäftigte, welches eine ganz andere Bestimmung hat, verlor ich den allgemeinen Wunsch für die prompte Ausführung dieser Maschine nicht aus den Augen. Ich habe den Chirurgen von Bicêtre benachrichtigt. Seine Antwort, welche seinen Eifer für die öffentliche Sache beweist, lege ich bei. Der Mechaniker hat mir so eben gesagt, daß die Probe nächsten Mittwoch stattfinden kann. Als Zeuge darf der Mann nicht fehlen, welcher öffentlich und in Wahrheit die Hinrichtungen zu leiten hat. Daher wollen Sie, mein Herr, den Scharfrichter bestimmt auf 10 Uhr des Morgens in das Schloß von Bicêtre bestellen. Er soll nach Monsieur Cullerieur, den Oberchirurgen des Hauses fragen. Ich bin &c. &c.

Das ist ein trister Gegenstand! Ein Glück, daß die Frühlingssonne draußen scheint, die alle trüben Gedanken schnell wieder verscheucht, — ein Glück, daß wir im April 1865 und nicht im April 1792 leben!

thum wieder gut machen kann. Die deutsche Nation sah auf Preußen bis zu diesen Tagen mit Hoffnung und Vertrauen hin; heute erwartet ganz Deutschland von dort nichts Gutes mehr. Das Ansehen Preußens geht in Deutschland nicht weiter, als die Bajonnette der preußischen Armee reichen. Das „preußische Kaiserthum“ war, bevor Hr. v. Bismark die Maske abgeworfen hat, nicht nur möglich, sondern ein Gedanke, mit dem sich die Nation immer mehr und mehr befreundete: heute ist es ein Schrecken für alle Vaterlands- und Freiheitsfreunde. Die Mittel, mit denen die preußische Regierung ihren Zielen zuschreitet, sind dem ganzen deutschen Volke in der Seele verhaßt. Offen und geradeaus ist der Charakter der Deutschen: der Charakter der Junker-Politik ist der ausgesprochene Gegensatz von Offenheit und Geradheit. Die brutale Macht hat noch einen Anspruch auf Achtung; aber die Macht, die das Recht nicht achtet und dann überall den Schein des Rechts herauskehrt, die widerstrebt dem innersten Wesen des deutschen Volks. Die Rolle, die Preußen heute der deutschen Nation gegenüber spielt, sollte vor Allem den preußischen Patrioten die Augen öffnen. Denn Preußen verliert durch dieselbe alle Tage mehr den schönen Stand, den es in Deutschland hatte. Es mag an Macht für den Augenblick gewinnen, so viel es will: es verliert an Anhang und Einfluß doppelt und zehnfach, was es nur dem Scheine nach an Macht gewinnt. Oesterreich hat heute ein durchaus freies Spiel. Von dem Augenblicke an, wo es will, stehen ihm die Mittel- und Kleinstaaten zur Seite; Frankreich kann heute Preußen gegenüber wagen, woran es bis jetzt nicht denken durfte, ernstlich von den „kleinen Grenzen“ bis über die Saarkohlenwerke hinaus zu sprechen. Die Zukunft wird staunend vor dem wirren Getreibe stehen, mit dem Preußen in Deutschland auf lange Zeit hin seine günstige Stellung ruinirte.“

Aus **London**, 22. April, schreibt die „Köln. Ztg.“: „Es ist wieder stark die Rede davon, daß Lord Palmerston am Schlusse dieser Session aus dem Unterhause scheiden werde, um als jüngster Peer in die Ruhe des Oberhauses einzuziehen. Dasselbe Gerücht tauchte, wie man sich erinnern wird, im letzten, vorletzten und drittletzten Jahre um dieselbe Zeit wie heuer auf, ohne wahr geworden zu sein, aber je öfter es sich wiederholt, desto wahrscheinlicher wird es, und am Ende werden die Propheten doch Recht behalten müssen, wenn der, dem ihre Prophezeiungen gelten, nicht früher einmal vom Tode überrascht wird, während er im Unterhause sein mehrstündiges Abendschläfchen hält. An der Debatte betheiligt er sich immer weniger, dafür klagt er häufiger über Mattigkeit, das lange Nachtwachen macht ihn müde, angestrengte Arbeit verträgt er nicht mehr gut, sein Geist ist zwar noch munter und auch der Leib ist für seine Jahre günstig genug, aber das Alter macht sich trotzdem fühlbar und seine Freunde würden es gern sehen, wenn er sich Ruhe gönnte. Folgt er ihrem Rathe und dem der Aerzte, dann vererbt sich die Führerschaft des Hauses auf den Schatzkanzler ohne Widerrede, es gibt Niemanden, der ihm diese Ehre streitig machen kann.“

Das „Journal des Debats“ erhält aus **Turin**, 21. April, über den Inhalt des (schon erwähnten) päpstlichen Handschreibens an den König von Italien folgende Inhaltsangaben: „Der Papst stellt drei Bedingungen zu der Annäherung, zu der er die Initiative ergriffen hat: 1) die (zu den Bischofsitzen) Designirten müssen würdige Personen sein; 2) die in Haft befindlichen Bischöfe werden in Freiheit gesetzt und die eingeleiteten Prozesse niedergeschlagen; 3) der Papst verlangt, daß gewisse präkonisirte Bischöfe, denen die Regierung bisher die Zulassung versagt hat, installirt werden.“ Die „Debats“ warnen vor übertriebenen Hoffnungen, doch sei bekanntlich der erste Schritt der schwerste und das erste Anzeichen zu einer Vereinbarung liege allerdings in dem Schreiben des Papstes vor. Vegezzi (angeblich von Viktor Emanuel an Pius IX. abgesandt) werde aber nicht blos über obige Punkte verhandeln, sondern auch über die römische Schuld, und ein Plan sei vorhanden, wonach der Papst 500 Millionen Passiva an Frankreich abtrete, daß dieselben dann an Italien übermache.

Hiezu die Beilage: „Würzburger Anzeiger“.

Verantwortlicher Redakteur: A. Hartmann.
Druck und Verlag der Stahel'schen Buch- und Kunsthandlung in Würzburg

Cours der Staatspapiere.

Oesterr.	5 pCt. Met. (Cp. 1. S. b. R.)	—
„	5 pCt. Lomb. ditto. à 24	—
„	5 pCt. Engl. Met. v. 1852	$80\frac{1}{8}$ G.
„	5 pCt. Engl. Met. v. 1859	$78\frac{7}{8}$ P.
„	5 pCt. Venet. Coupon b. R.	$87\frac{1}{2}$ P.
„	5 pCt. Nationalanl. v. 1854	$69\frac{3}{8}$ G.
„	5 pCt. Metall. Obligation.	65 P.
„	$4\frac{1}{2}$ pCt.	$58\frac{1}{8}$ P.
Preussen	$3\frac{1}{2}$ pCt. Staatsschuldsch.	—
Bayern	$4\frac{1}{2}$ pCt. Obl. 1jähr. dto.	$101\frac{1}{2}$ P.
„	$4\frac{1}{2}$ pCt. Obl. $\frac{1}{2}$jähr. dto.	$101\frac{7}{8}$ G.
„	4 pCt. Obl. 1jähr. dto.	98 G.
„	4 pCt. Obl. $\frac{1}{2}$jähr. dto.	$99\frac{1}{4}$ G.
„	4 pCt. Obl. Ab.-R. dto.	$98\frac{1}{4}$ G.
„	$3\frac{1}{2}$ pCt. Obl. dto.	—
Württemb.	$4\frac{1}{2}$ pCt. Obl. b. Rothsch.	$104\frac{5}{8}$ G.
„	$3\frac{1}{2}$ pCt. Obl. dto.	$94\frac{1}{2}$ G.
Baden	$4\frac{1}{2}$ pCt. Obl.	—
„	$3\frac{1}{2}$ pCt. Obl. v. 1842	92 P.
Gr. Hess.	$4\frac{1}{2}$ pCt. Obl.	—
„	4 pCt. Obl. b. Rothsch.	$101\frac{1}{2}$ P.
„	$3\frac{1}{2}$ pCt. Obl. dto.	$97\frac{1}{2}$ P.
Nassau	$4\frac{1}{2}$ pCt. Obl. dto.	$102\frac{1}{4}$ P.
„	4 pCt. Obl. dto.	$99\frac{1}{8}$ P.
„	$3\frac{1}{2}$ pCt. Obl. dto.	$91\frac{1}{4}$ P.
Frankfurt	$3\frac{1}{2}$ pCt. Obl.	$94\frac{1}{8}$P. $93\frac{7}{8}$G.
„	3 pCt. Obl.	$91\frac{1}{2}$ P.
Spanien	3 pCt. inl. Sch. P. à fl. 2. 30	—
„	$2\frac{1}{2}$ pCt. „ „ „	—
Schweden	$4\frac{1}{2}$ pCt. Obl. à 105 Thlr.	$90\frac{5}{8}$ P.
N.Amerika	6 pCt. à 1000r. 1881 D. $2\frac{1}{2}$	$70\frac{5}{8}$ P.
„	6 pCt. ditto r. 1882 „	$70\frac{1}{2}$—$\frac{5}{8}$ G.

Diverse Aktien.

Frankfurter Bank à fl. 500 . . .	150 G.
K. K. Oesterr. National-Bankaktien	875 P.
Oesterr. Kreditbank-Aktien à fl. 200	$201\frac{1}{2}$—1 G.
Bayer. Hypothekenb. Pfandbriefe 4 pCt.	$97\frac{5}{8}$ P. $\frac{1}{2}$ G.
Darmst. Bank 1. u. 2. Serie à fl. 250	230 G.
Weimarische Bank à Thlr. 100 . .	101 G.
Mitteldeutsche Kreditaktien . . .	$101\frac{1}{2}$ P.
Intern. Bank in Lux. à 250 Frs. à 28 kr.	—
Taunus-Eisenbahn à fl. 250 . . .	350 P.
Frankfurt-Hanauer-Eisenbahn . . .	102 P.
Oest. F.St.Eisb. 5pCt. 500 Fr. à 28 kr.	—
„ Elisab.-Eisenbahn 5 pCt. . .	$123\frac{1}{4}$P. $122\frac{3}{4}$G.
Böhm. Westbahn-Aktien à fl. 200 6/7	78 G.
Rhein-Nahe-Bahn 200 Thl. à 105 4pCt. Z.	32 P.
Ludwigshafen-Bexbacher à 4 pCt. .	149 G.
dto. dto. Prior. à 4 pCt.	—
Pfälz. Maxb. b. Rothschild à $4\frac{1}{2}$ pCt.	$107\frac{5}{8}$ P.
Oest. St.-Eisenb. Prior.-Oblig. à 3 pCt.	$53\frac{1}{2}$ P.
Elisab.-Bahn Prior. 5 pCt. 6/7	$79\frac{7}{8}$ P.
Südd. Bank-Akt., 40 pCt. Einz.	$256\frac{1}{2}$ P.
Span. Handels- und Industrie . .	—
Bayr. Ostbahn à $4\frac{1}{2}$ pCt. volleinbez.	$113\frac{5}{8}$ P. $\frac{3}{8}$ G.
Bayer. Ostbahn mit 50 pCt. Einz.	$113\frac{3}{4}$ P.

Wechsel
in süddeutscher Währung.

Amst. fl. 100 k. S.	$100\frac{7}{8}$ P. $\frac{5}{8}$ G.
Antwerp. Frs. 200 k. S.	$94\frac{5}{8}$ G.
Augsb. fl. 100 k. S.	$99\frac{3}{4}$ G.
Berlin Th. 60 k. S.	$104\frac{7}{8}$ P.
Brem. 50 Th. Lsd. k. S.	$97\frac{1}{2}$ P.
Brüssel Frs. 200 k. S.	$94\frac{5}{8}$ G.
Cöln Thlr. 60 k. S.	$104\frac{7}{8}$ P.
Hamb. MB. 100 k. S.	$88\frac{1}{2}$ P.
Leipzig Th. 60 k. S.	105 P.
London Lst. 10 k. S.	$119\frac{1}{2}$ G.
Lyon Frs. 200 k. S.	—
Mail. Frs. 200 . .	$94\frac{3}{8}$ G.
München fl. 100 k. S.	$99\frac{3}{4}$ P.
Paris Frs. 200 k. S.	$94\frac{7}{8}$ P.
Petersburg 60 S.-R.	—
Triest fl. 100 k. S.	—
Wien fl. 100 ö. W.	—
do. in öst. W. l. S.	103—$\frac{1}{2}$ G.
Disconto	$3\frac{1}{2}$ pCt. G.

Anlehens-Loose.

Oesterr. fl. 250 v. 1839	$146\frac{1}{2}$ G.	Kurhess. Thlr. 40 b. R.	$56\frac{3}{4}$ P.
„ fl. 250 v. 1854 mit 4pCt.	$80\frac{3}{4}$ P.	Gr. Hessen fl. 50 b. R.	$139\frac{4}{8}$ P.
„ fl. 500 v. 1860 6/7	$88\frac{3}{8}$—$\frac{5}{8}$ G.	fl. 25 do.	—
„ fl. 100 Kisb. L. v. 1858.	$137\frac{7}{8}$ P.	Nassau fl. 25 bei Rothsch.	35 G.
„ do. v. 1864.	97 G.	Sardinische Fr. 36 b. R.	—
Schwed. 10 Thlr. Loose	$9\frac{7}{8}$ P. $\frac{1}{8}$ G.	Neuchateler 10 Frs.-Loose	—
Badische fl. 50	—	Freiburger 15 Frs.-Loose	—
Badische fl. 35	$53\frac{5}{8}$ P.	Mailänder 45 Frs. L. b. R.	$32\frac{3}{4}$ P.
		St. Lüttich mit $2\frac{1}{2}$ pCt. Z.	$34\frac{1}{4}$ P.
		Ansb.-Gunzenh. fl. 7-l..	$10\frac{5}{8}$ P.

Frankfurt, 26. April. Die Börse eröffnete ruhig für amerikanische Fonds zu gestrigen, für österreichische Sachen zu höheren Preisen. Mit einem Male erfolgten starke forcirte Verkäufe in amerikanischen Bonds und es verbreitete sich bald die Nachricht, Präsident Lincoln sei ermordet und Seward verwundet worden. Das Attentat auf Seward habe einen Tag später stattgefunden. Der Vicepräsident Johnson habe bereits die Regierung angetreten. Die Nachricht kommt über London, direkte Depeschen aus New-York fehlen bis zu diesem Augenblicke. Man kann sich den Schrecken denken, welcher durch diese Nachricht hervorgerufen wurde. Ungeachtet der starken Realisationen der letzten Tage ist die Haussespekulation immer noch sehr stark. Dazu kamen Verkäufe ängstlich gewordener Besitzer. Gegen den Eröffnungskurs ging der Preis der 1882r Bonds bis zur Notirungszeit um $5\frac{3}{4}$ pCt. zurück, erholte sich dann wieder etwas; die Börse bleibt jedoch sehr matt. Eine zuverlässige amerikanische Valutanotirung wurde nicht bekannt. Die Angaben schwankten zwischen 160 und 165. Die Befürchtungen der Börse knüpften sich vornehmlich an die Persönlichkeit des neuen Präsidenten, zu dessen Regierungsfähigkeit man wenig Vertrauen hat. Von London wird gemeldet Bonds von $65\frac{1}{2}$—60 bezahlt (heißt $64\frac{1}{2}$.) (Synd.)

An die
k. Hof- und Staatsbibliothek
München.
1 N. Würzb. Ztg.

Neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht!

№ 117. | Vorausbezahlung: Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 1 fl. 30 kr. Bei Inseraten wird die dreispaltige Zeile in gewöhnlicher kleiner | 62. Jahrgang. | Schrift oder deren Raum im Hauptblatte mit 6 kr., im Anzeiger mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franco. | Freitag, 28. April 1865.

Lincoln.

Mitten in den Jubel über die Triumphe Grant's und Sherman's, welcher die nördlichen Staaten der großen amerikanischen Union durchtönte, fiel, wie ein Donnerschlag aus heiterem Himmel, die Nachricht von der Ermordung Abraham Lincoln's, des wiedererwählten Präsidenten der Vereinigten Staaten. Er starb durch die Kugel eines elenden Meuchelmörders und gleichzeitig wurde auch der Staatssekretär des Aeußern, Seward, tödtlich verwundet. Ueber die Motive wird man kaum zweifelhaft sein können. Schon vor einigen Monaten kam aus Nordamerika das Gerücht, eine Anzahl Sklavenhalter habe sich zu einer Verschwörung zusammengethan, um den Präsidenten, seine Minister, Grant und andere hervorragende Generale zu ermorden. Das Gerücht hat also auf Wahrheit beruht. Welches schändliche Mittel und noch obendrein für eine verlorene Sache!

Es liegen uns bereits Aeußerungen in einzelnen Blättern vor, welche den Eindruck widerspiegeln, den der durch ein so abscheuliches Verbrechen erfolgte plötzliche Tod Lincolns und das Attentat auf Seward hervorgerufen hat. Die „Pfälz. Ztg." sagt: „Der Verlust beider Männer, ganz besonders aber der Lincoln's, ist ein harter Schlag für die Union, vielleicht für die Welt. Abraham Lincoln war kein genialer, aber er war gleichwohl ein großer Staatsmann. Sein ruhiges, einfaches, verständiges Wesen, sein zäher und ausdauernder Charakter haben mehr noch als die Siege der nordstaatlichen Generale das Auseinanderfallen der Union verhindert und die Rebellion des Südens überwunden. Und jetzt, wo es galt, die Wunden eines vierjährigen Bürgerkrieges und den tief klaffenden Riß zwischen Nord- und Südstaaten zu heilen; jetzt, wo er hoffen durfte, nahe am Ziele seiner Anstrengungen zu stehen und den schönsten Lohn des Patrioten in dem Bewußtsein zu empfangen: das Vaterland gerettet zu haben — in diesem Augenblicke fällt Abraham Lincoln von der Hand eines politischen Fanatikers. Was den im jetzigen Augenblicke unersetzlichen Verlust Lincoln's für die Union noch empfindlicher macht, ist der Charakter seines Nachfolgers. Wenn nämlich ein Präsident stirbt, so übernimmt der Vicepräsident seine Geschäfte. Dieser Vicepräsident, Andreas Johnson mit Namen, früher seines Zeichens ein Schneider, ist, wenn anders die Nachrichten über ihn begründet sind, ein gewöhnlicher Trunkenbold. Die Vereinigten Staaten aber bedürfen jetzt zu ihrer Leitung die volle Nüchternheit des Kopfes und Geistes, wenn nicht die Krise sich verlängern und am Ende doch noch zum Schiffbruch der Union führen soll."

Die „Neue Frankf. Ztg." schreibt über Abraham Lincoln: „Er war ein fester, starker Mann, dessen Redlichkeit selbst in Amerika, und das will ungewöhnlich viel sagen, von keiner Seite her jemals angefochten worden; er war ein Mann von klarem praktischem Verstand, der nicht weiter ging, als er Bahn vor sich sah, und der allen genialen Sprüngen von Natur abhold war. Unwandelbar in seinen Grundsätzen, verließ er den Boden, auf dem er stand, niemals, ehe ein neuer Weg gewonnen war, der in derselben Richtung vorwärts führte. Was er als recht erkannt hatte, hielt er getreulich fest, ohne sich darum einer neuen besseren Erkenntniß zu verschließen. Er machte an sich selbst den Entwickelungsprozeß mit, welchen die nordamerikanische Republik in diesem Riesenkampfe zu erfahren und zu überwinden hatte. So war er und ward täglich mehr der wahrste Vertreter und das treueste Spiegelbild des Volkes, das ihn zu seinem Haupt erwählt hatte. Lincoln bedeutete nach Innen den Einhalt in der Verderbniß, die die Verwaltung seit der langen Herrschaft der Südlinge ergriffen und durchfault hatte; er bedeutete die volle Befreiung und Gleichberechtigung der Neger: er bedeutete die versöhnliche Milde gegen das verführte und niedergehaltene Volk im Süden, gegen diese weißen Sklaven des Pflanzer-Junkerthums; er bedeutete die ruhige leidenschaftlose Herstellung der Bundesverfassung im weiten Umkreis der Union, wie sie war; er bedeutete die regelrechte, verständige, maßvolle Wiedereinführung von Ordnung, Gesetz und Verfassung . . . . Alles das ist nun hin, und der Präsident heißt Johnson, und wir haben mit einem ziemlich unbekannten Faktor unsere Rechnung neu aufzustellen. Dolch und Revolver haben eine Blutarbeit gethan, deren Tragweite in unabsehbare Zonen geht. Man sagte uns neulich von Johnson, er sei ein Mann ohne Verstand, und seine Abneigung gegen alle geistige Bildung werde nur von seiner Neigung

Feuilleton.

Wo die Vögel im Winter bleiben.

Auf diese Frage gibt Dr. E. Baldamus im „Daheim" eine Antwort, die manchem unserer Leser auch willkommen sein wird. Er schreibt zu Ende März, wo wir bekanntlich noch Schnee hatten:

„Ja, wo bleiben sie, die lieben Boten des Frühlings, die sonst um diese Jahreszeit schon Garten, Wald und Flur belebten? Zügelt die Vorahnung der ausnahmsweisen Unwirthlichkeit ihrer Heimath die heiße Sehnsucht nach ihrem Daheim? Lauschen und harren sie jenseits der Alpen rings an den Küsten des Mittelmeeres der linden Lüfte, welche die lange Starre dieses Winters brechen sollen? Sind einige der allzu ungeduldigen Vorzügler frost- und hungerschauernd zu ihnen zurückgekehrt, und haben von den Schneeglöckchen und Märzveilchen berichtet, die unter der Schneedecke seufzen oder im schneidenden Ostwinde erstarren? O bleibt nur noch, wo ihr seid! Ihr seid vorläufig dort besser aufgehoben, als in eurer Heimath, die ihr jetzt kaum erkennen würdet. „Ja, aber wo sind sie denn? Wo verweilen sie während des Winters, unsere Schwalben, Nachtigallen, Grasmücken, Rohrsänger, Pirols, kurz alle unsere Sommervögel?"

Zunächst wo sie **nicht** bleiben! Also nicht im Schlamm und Wasser unserer Teiche, wie man das von den Schwalben Jahrhunderte lang behauptet hat und noch hin und wieder behauptet oder in Baum- und Felshöhlen mit den Fledermäusen in Erstarrung liegend.

„Du hast aber davon, als von einer durch glaubwürdige Zeugen bewährten Thatsache reden hören, daß man beim Schlämmen der Teiche „ganze Klumpen von Schwalben im Schlamme gefunden, die, in der Stubenwärme aufgethaut, munter davon geflogen?" — „Du hast es selbst gesehen?" — „Wirklich und mit Deinen eigenen, wachen Augen?"

Ich hatte einmal bekannt werden lassen, wie mir viel daran gelegen sei, aus dem Munde eines Augenzeugen über diese „Thatsachen" berichtet zu werden. Da wird mir ein solcher bezeichnet. Ich schreibe ihm. Er antwortet, daß er das Faktum als solches nöthigenfalls gerichtlich beeidigen wolle. Als es damit Ernst werden sollte, hatte er das „Faktum" von einem „sehr ernsthaften und glaubwürdigen „Manne"; auch war es nicht „im Winter", sondern „im Herbste passirt", zc.

Doch genug von solchen Bürgschaften! Auch stehen dem negativen Beweise, „daß im Schlamme oder sonstwo bei uns überwinternde, d. h. wieder aufgelebte Schwalben oder andere Vögel noch von keinem Naturforscher beobachtet worden sind," die sehr positiven zur Seite, daß eine solche Ueberwinterung aus physiologischen Gründen unmöglich" und „daß Abzug und Ankunft der Schwalben und anderer Zugvögel diesseit und jenseit des Mittelmeeres exakt genug beobachtet wurden." Man kann es ja alljährlich oft genug sehen, wie sich z. B. die Schwalben tagelang vor ihrem Wegzuge zusammenschaaren, kleinere oder größere Flugübungen mit ihren Jungen anstellen, auf den Dächern der Kirchen

zu allen geistigen Getränken übertroffen. Niemand in Europa weiß das mit Sicherheit zu bestätigen. Aber eins ist gewiß: der ungeübten Hand eines politischen Neulings wird es schwer oder unmöglich sein, die Leidenschaften in die Fesseln zurückzuzwingen, die jetzt die Nachricht von dem ungeheuren Verbrechen überall gesprengt haben muß. Selbst wenn Johnson wollte, könnte er das Rachegefühl nicht zügeln, das sich jetzt gegen die Südlinge aufbäumen und das Furchtbare durch das Schrecklichere überbieten wird. Und wie sollte er die sittliche Kraft besitzen, sich des allgemeinen Ungestüms zu erwehren und den Drang niederzuhalten, der hier ein schauervolles Beispiel an den Rebellen begehrt, dort nach gewaltigen Thaten zur Bestrafung des Auslandes schreit und vielleicht bald für die Herstellung und Erhaltung des inneren Friedens als Bedingung den Krieg gegen England und Frankreich fordern mag? Im Augenblick, wo das doppelschneidige Schwert der Republik eine starke starre Eisenfaust fordert, um es in die Scheide zu stoßen, geräth es in Hände, die vielleicht unvorsichtig, vielleicht schwach, vielleicht unsicher, jedenfalls des Umgangs mit solchen gefährlichen Werkzeugen ungewohnt sind."

Zum Schlusse bringen wir noch folgende Daten aus dem Leben des Gemordeten: Im Herbste des Jahres 1860 war Lincoln zum erstenmal zum Präsidenten der Vereinigten Staaten von Nordamerika gewählt worden, am 4. März 1861 hatte er die Präsidentschaft angetreten, es war dies die 19. seit Annahme der Konstitution vom Jahre 1789. Am 8. November des vorigen Jahres, mitten in dem blutigen Gewirre des Bürgerkrieges, wählte das Volk Lincoln abermals zum Präsidenten. Abraham Lincoln stammt aus Kentucki von armen Eltern. Am 12. Febr. 1809 in der Grafschaft Hardin geboren, erhielt er eine beschränkte Erziehung. 1830 befuhr er den Illinois- und Michigan-Kanal als Bootsmann. In dem Kriege gegen den Schwarzen Falken, einem berühmten Indianerhäuptling, ward er von einer Kompagnie zum Hauptmann gewählt, und zeichnete sich durch Muth, Kaltblütigkeit und Umsicht aus. Aus dem Kampfe zurückgekehrt, wurde er zum Postmeister zu Neu-Salem ernannt. In Lincoln wohnte ein kühnes Streben und ein frischer Geist. Er fühlte auf diesem Posten die Mängel seiner Erziehung und Bildung, noch mehr aber, als er 1834 wegen seiner persönlichen Charaktertüchtigkeit in den Gesetzgebenden Körper des Staates Illinois gewählt wurde, da widmete er sich 6 Jahre lang mit eisernem Fleiße dem Studium der Rechtswissenschaft und mit solchem Erfolge, daß er als Anwalt in Springfeld in Illinois einen großen Ruf sich errang. Im Jahre 1846 trat er in den Kongreß und hier, in dem Gesetzgebenden Körper der Vereinigten Staaten, zeichnete er sich als Redner wie als Politiker aus. Lincoln war ein vortrefflicher Gatte und Vater. Aus dem Volke stammend, ist er Alles aus sich selbst geworden; der erste Beamte des freien Staates. Als er das erste Mal zum Präsidenten gewählt wurde, da ward das Programm der Abschaffung der Sklaverei aufgestellt. Lincoln ist demselben mit Kraft und Ausdauer in den bedrängtesten Verhältnissen getreu geblieben, und sicher hat er die Union durch die Wirrsale des Bruderkrieges hindurch gesteuert; am Ziele seines Sieges angelangt, rafft ihn die Hand eines Mörders dahin.

(Amtliche Nachrichten.) **München**, 26. April. Se. Maj. der König hat dem Präsidenten des kgl. Handels-Appellationsgerichts in Nürnberg, Dr. G. K. v Seuffert, das Comthurkreuz des Verdienstordens vom hl. Michael verliehen; die kathol. Pfarrei Hauenstein, Bez.-A. Pirmasens, dem Priester J. Diebold, Pfarrer in Duttweiler, Bez.-A. Neustadt a. d. H., übertragen; genehmigt, daß die kathol. Pfarrei Herxheimweyher, Bez.-Amts Landau, von dem Bischofe von Speyer dem Priester A. Colling, Pfarrer in Ensheim, Bez.-A. Zweibrücken, verliehen werde; den Bezirksamtmann von Speyer, W. Frhr. v. Holzschuher, für die Dauer eines Jahres in den Ruhestand treten lassen, an das Bezirksamt Speyer den Bezirksamtmann von Frankenthal, Regierungsrath L. Römmich, versetzt und zum Bezirksamtmann von Frankenthal den Assessor der Regierung der Pfalz, K. d. J., F. Scharnberger, ernannt; ferner den Regierungssekretär M. Frhrn v. Pelkhofen in Speyer zum Assessor bei dortiger Regierung, K. d. J., befördert; den Bezirksarzt 1. Cl Dr. M. Besold zu Roding, auf die Bezirksgerichts-Arztensstelle zu Weiden befördert.

Die katholische Pfarrei Bockhorn, königl. Bezirksamts Erding, ist mit einem fassionsmäßigen Reinertrage von 2461 fl. 34½ kr. in Erledigung gekommen.

Berlin, 26. April. Die „Provinzialkorrespondenz" sagt: „Die Verlegung der Marinestation der Ostsee nach Kiel auf Grund der königlichen Verordnung vom 24. März ist theilweise sofort ausgeführt worden, theilweise in weiterer Ausführung begriffen, mit welcher durchaus nach den Bestimmungen jener Ordre vorgegangen wird. Vor Kiel sind zurückgeblieben das Kommandowachschiff „Arcona" und die Transportkorvette „Vineta." — Die Vorlage über die Kriegskosten nebst der Denkschrift über den schleswig-holsteinischen Krieg wird in wenigen Tagen erfolgen; die Gerüchte über Verzögerung der Vorlage sind grundlos.

Der „Köln. Ztg." wird aus **Berlin**, 26. April, geschrieben: „Oesterreich soll, wie versichert wird, die Erklärungen der letzten preußischen Depesche über die Marine-Angelegenheit noch keineswegs als begründet anerkannt haben. Dies dürfte auch diplomatisch kundgegeben werden, falls es noch nicht geschehen ist."

London, 24. April. Die Waffenstreckung Lee's wird ziemlich allgemein als das Ende der südlichen Kriegführung betrachtet,

---

oder hoher Häuser rasten, und Zeitpunkt und Art und Weise des Wanderzuges zu berathen und zu beschließen scheinen. Da sind eines Morgens die vertrauten Schaaren verschwunden und andere an ihre Stelle getreten. Daß es andere sind, fremde aus nördlichen oder nordöstlichen Gegenden eingewanderte, man erkennt es sofort an der auffallenden Unbekanntschaft mit den speziellen Oertlichkeiten, wenn sie auch dieselben erhabenen Sammelplätze der hervorragenden Dächer zum Berathungsraume und dieselben Rohrteiche zur Nachtruhe aufsuchen. Nach längerer oder kürzerer Rast machen sie neuen Zuzüglern Platz, bis die letzten Züge aus dem höchsten Nordosten mit einzelnen Nachzüglern durch sind.

Inzwischen sind unsere Gäste wohl bereits am Strande des Mittelmeers angelangt, immer von Station zu Station, wie sie ihnen von den Weggehenden geräumt wird, vorrückend gegen Südwesten hin. Angekommen an der Küste, heißt es aber „günstigen Wind" abwarten und sich kräftigen zum weiteren Fluge. Hier längs der ganzen Küste des Mittelmeeres versammeln sie sich denn nun auch zu größeren Schaaren, als wir sie im innern Lande beisammen sehen, und zu Millionen hat man sie an der Küste von Algier ankommend beobachtet, wo sie sich nach kurzer Erholung weiter und weiter ins Innere des großen kompakten Festlandes verbreiten, das ihnen allen einen riesigen, reich besetzten Tisch bietet — aber freilich keine Heimath!

In ähnlicher Weise organisirt sich der Zug der meisten Wandervögel, wenn sie nicht, wie viele Arten und ganze Familien, einzeln oder in Familien und kleinern Gesellschaften wegziehen. Nur lassen sich diese Vorgänge bei den Städte und Dörfer bewohnenden Schwalben, sowie bei den menschenliebenden Störchen, bei den Kranichen und andern größern oder bekanntern Arten leichter beobachten.

Für die große Masse unserer Zugvögel ist also Afrika bis zum Aequator hinab, und vielleicht darüber hinaus, das gastliche Winterquartier. Dr. A. Brehm, Dr. R. Vierthaler und andere Ornithologen wußten viele unserer in Afrika überwinternden Vögel sehr gut von den dort heimischen derselben Arten zu unterscheiden, die sie längs des Nils bis Roserres hin theilweise bei ihrer Ankunft wie bei ihrem Rückzuge nach Europa beobachten konnten und denen sie manches Mal „Grüße an die Heimath" mitgaben.

Aber nicht alle Arten gehen gleich weit in diesen Erdtheil hinab; ja nicht einmal alle über das Mittelmeer hinüber. Eine nicht unbedeutende Anzahl von Arten und Individuen bleibt in den nördlichen Küstenländern des Mittelmeerbeckens zurück: in Griechenland, der Türkei, Italien, Südfrankreich und der Pyrenäen-Halbinsel. So überwintern z. B. viele Sumpfschnepfen-Arten in den Sümpfen und Maremmen dieser Länder und längs des Meeresstrandes. Andererseits gehen auch viele Strandvögel längs den Küsten Afrika's bis über den Aequator hinaus. Am meisten nach Süden hin scheinen diejenigen Arten zu wandern, welche — vorgeschobene Posten der Tropenwelt auch im brillanten Kleide — am spätesten zu uns kommen, nicht gar weit nördlich gehen und am frühesten wieder abziehen, z. B. der Pirol, die Blauracke, der Bienenfresser; während umgekehrt die weit in den Norden unseres Erdtheils verbreiteten Arten früh ankommen, spät abziehen und nicht so weit in den Süden Afrika's vorzurücken scheinen, so daß man im Allgemeinen aus der Zeit der Ankunft und des Wegzuges auf die Grenze der nördlichen Heimath, sowie des südlichen Winteraufenthaltes schließen kann.

Die große Mehrzahl unserer Zugvögel wird aus solchen Sippen und Arten gebildet, welche an animalische Nahrung gebunden sind. Alle Reptilienfresser — Natternadler, Störche ꝛc. — müssen ein Klima aufsuchen, wo Schlangen, Eidechsen und Frösche nicht nöthig haben, sich vor dem Froste im Schooße der Erde und des Wassers zu verkriechen. Ebenso die Fischfresser — mit Ausnahme des schönen Eisvogels, der offene Gewässer in unserem Vaterlande aufzufinden weiß — und diejenigen Arten, welche sich an Fluß, Teich und Sumpf von Wassergewürm, Insektenlarven und dergl. nähren. Auch viele Raubvogelarten, die hauptsächlich an die Zugvögel gewiesen sind, wandern mit diesen aus, und

und die Verstimmung der dem Norden abholden Organe ist begreiflich. Mit bitter Miene und nicht ohne Würde versteht es die weltkluge „Times“, immer vor vollendeten Thatsachen ihre Verbeugung zu machen. In ihrem heutigen Raisonnement ist nichts von Groll oder Aerger über den Ausgang des großen Kampfes zu merken, nichts als die objektive Betrachtung, daß es nicht anders kommen konnte, und Anerkennung der von beiden Kämpfern bewiesenen Tapferkeit; auch keine Spur von Argwohn, daß die Vereinigten Staaten ihren Sieg, sei es im Innern, sei es gegen das Ausland, mißbrauchen könnten, sondern Vertrauen zur Weisheit und Humanität Lincoln's und Seward's, dem am Schluß zu seiner Genesung gratulirt und ein langes Leben gewünscht wird. Die unionsfreundliche „Daily News“ spricht mit hoher Anerkennung von General Lee. Mit Guerillaführern, wie Mosby, würden die Vereinigten Staaten nöthigenfalls berechtigt sein, kurzen Prozeß zu machen. — In „Post“ und „Herald“ klingt der Wiederhall der „Stimmen von der Straße“ nach. Der naive Theil der Nation behauptet natürlich mit tapferer Zuversicht, es könne mit dem Süden nicht aus sein; und wenn es auch scheinbar aus sei, werde er bei nächster Gelegenheit sich von Neuem erheben. „Weekly Despatch“ findet plötzlich, daß die Amerikaner sowohl des Südens wie des Nordens bloße Prahlhänse seien. Die Generale des Nordens seien Mordbrenner und Räuber, die einen sehr wohlfeilen Sieg über einen Haufen von Verräthern und Deserteurs erfochten haben. Und, nach seiner Photographie zu schließen, habe General Lee einen kleinen Schädel; seine Kopfbildung verrathe ein Gehirn von zu geringer Quantität für einen Obergeneral. ... Kurz, die Engländer hätten keinen Grund, mit Besorgniß auf die militärische Macht der Amerikaner zu sehen. Letztere seien geradezu verächtlich im Vergleich mit dem, was Engländer im Kriege zu leisten vermögen. — Eine Zuschrift an „Daily News“ macht den Vorschlag, den Generalen Grant und Sherman Ehrensäbel zu verehren. — Die in Berlin stattgehabte Grundsteinlegung des Düppel-Denkmals wird von der „Post“ in einem boshaften Leitartikel ausgezischt.

Paris, 24. April. Der Unterrichtsminister Duruy scheint seine Niederlage vollständig verschmerzt zu haben. Gestern hielt er bei der Preisvertheilung für die gelehrten Gesellschaften Frankreichs eine Rede über die Entwicklung des Unterrichtswesens und der allgemeinen Bildung im Lande, und sprach die heißblütigsten Hoffnungen für die Volksaufklärung aus, die ihm trotz der Nichtannahme des Zwangsunterrichtes der schönsten Zukunft entgegen zu gehen scheint. Am Schluß seiner langen Rede rief er begeistert aus: „Die alte Staatskunst stirbt; neue und große Gedanken treten an ihre Stelle, und jene Volksmassen, die man ehedem roh oder gemeines Volk nannte, drängen sich zur Wissenschaft; die Regierung, die großen Staatskörperschaften, das ganze Land betheiligt sich an den Fragen des öffentlichen Unterrichtes, und dieselbe Hand, welche Rußland über die Donau, Oesterreich hinter den Mincio zurückgeworfen hat, welche unsere Gränzen dem Welthandel und unsere alten Städte den Strahlen der Sonne weit geöffnet hat, schreibt ein schönes Buch, welches das literarische Glück des Unbekanntesten unter uns ausgemacht hätte.“ Man weiß in der That nicht, soll man mehr die Bescheidenheit Duruys bewundern, der selbst ein ganz brauchbares Werk über römische Geschichte verfaßt hat, oder die Geschicklichkeit, mit welcher er die Einnahme Sebastopols, den Sieg von Solferino und die Geschichte Cäsars zu gleicher Bedeutung erhebt.

Paris, 24. April. Die „Opinion nationale“ erwähnt des durch ganz Algerien verbreiteten Gerüchtes, der Kaiser werde Abd-el-Kader zum Herrscher dieser Kolonie machen. Derselbe müßte die Oberherrlichkeit Frankreichs anerkennen, alle erworbenen Rechte achten, die europäische Kolonisation begünstigen und eine Armee von 60,000 Mann französischer Truppen unterhalten. Die „Opin. nation.“ hält einen solchen Plan für unmöglich und sucht die algerischen Kolonisten zu beruhigen. — Die „Patrie“ spricht davon, daß der General Lee sich nach Frankreich begeben wird, um hier einige Monate mit seiner Familie zuzubringen.

Paris, 25. April. Ein Mordanfall, der im Laufe des gestrigen Tages gegen die Person des Hrn. Balsch, Sekretärs der hiesigen russischen Gesandtschaft, ausgeführt wurde, erregt hier in allen Kreisen ein ungemeines Aufsehen. Wir geben über dieses Ereigniß den nachstehenden Bericht der „Gazette des Tribunaux“: „Heute zwischen $2\frac{1}{2}$ und 3 Uhr Nachmittags wurde die Rue Grenelle St. Germain durch die rasch sich verbreitende Nachricht eines im russischen Gesandtschaftshotel verübten Mordes in große Aufregung versetzt. Sofort versammelte sich eine dichtgedrängte Menschenmasse und es war selbst vorübergehend die Cirkulation der Wagen unterbrochen. Folgendes hatte sich zugetragen. Ein sehr sauber gekleidetes Individuum fand sich in den Bureaus der Gesandtschaft ein und verlangte den Sekretär zu sprechen. Kaum war dasselbe eingeführt worden, so entstand in dem Kabinet ein großer Lärm. Der Unbekannte und der Sekretär waren handgemein geworden, und man hörte letzteren rufen: „Zur Hülfe! Mörder!“ Als die Angestellten und die Diener ihrem Chef zu Hülfe eilten, sahen sie ein Individuum mit einer Waffe in der Hand die Flucht ergreifen. Man zweifelte nicht daran, daß dies der Angreifer sein müßte und suchte ihn festzunehmen, allein die

---

jagen in Egypten wie daheim, ihre Heimathsgenossen. Daß alle Insektenfresser, welche ihre Beute vorzugsweise oder allein im Fluge erhaschen, aus unsern winterlichen Fluren auswandern müssen, liegt auf der Hand. Wird es doch den Schwalben, Seglern, Fliegenschnäppern an naßkalten Sommertagen oft schwer genug, ihr Leben kümmerlich zu fristen durch jene wenigen Fliegen, Mücken, Schnecken, welche sich vor der rauhen Witterung nicht sicher genug versteckt haben. Aber auch Sämerei fressende Vögel sind gezwungen, schneelose Klimate aufzusuchen, wenigstens solche Arten, welche die Sämereien vom Erdboden aufzusuchen gewohnt sind, z. B. unsere Wildtauben, und manche Finken- und Ammerarten, während sie in schneelosen Wintern gänzlich oder mindestens so lange hier bleiben, als eine volle Schneedecke ihnen nicht die Möglichkeit der Ernährung raubt.

Von den Raubvögeln bleiben diejenigen Arten zurück, welche vom Raube größerer Thiere oder solcher leben, welche gleichfalls hier bleiben: Adler, Habicht, Sperber und die meisten Eulen finden auch im Winter reichliche Nahrung bei uns, wo es an Hasen, Wald- und Feldhühnern, Tauben, Sperlingen, Ammern, Meisen und Mäusen nicht mangelt; oder wissen sich, wie die nichts verschmähenden Allesfresser: Raben, Krähen, Elstern, in Weiler, Dorf und Stadt durchzubringen. Von den mitteleuropäischen vier Würgerarten bleibt nur die eine — der große Würger, die Geißel der Meisen — bei uns zurück, während die übrigen drei nächstverwandten Arten zeitig und tief nach Afrika hineinwandern.

Daß nicht die Kälte an sich, sondern der durch dieselbe bedingte Nahrungsmangel es ist, welcher die Zugvögel von uns vertreibt, das beweist auch das Zurückbleiben mancher Insektenfresser und merkwürdiger Weise der kleinern und kleinsten unter ihnen: Die beiden Goldhähnchen-Arten, der Zaunkönig, der Baumläufer, sämmtliche sieben Meisenarten — mit Ausnahme der Beutel- und Bartmeise, die eine andere Nahrungsweise haben —, ferner der Kleiber und sämmtliche Spechtarten streichen nur umher (Strichvögel), ohne auszuwandern. Aber sie nähren sich auch meist oder allein von solchen Insekten und deren Puppen, Larven und Eiern, welche sie an den Stämmen, Aesten und Zweigen der Bäume aufzufinden oder unter deren Rinde hervorzuholen wissen. Gerade sie gehören deßhalb auch, weil sie Sommer und Winter hindurch jeden Zweig und jede Rindenspalte und Höhlung durchspähen, zu den nützlichsten aller Vögel, und sind recht eigentlich die Assekuranz unserer Gärten und Wälder. Wie viele Millionen Ringelraupeneier allein mögen durch diese Raupen- und Larvenpolizei alljährlich vertilgt werden! Freilich werden sie zuweilen auf knappe Kost gesetzt, wenn nach starkem Reif Thauwetter oder Regen eintritt und neuer Frost die Zweige und Aeste mit einer Eisrinde überzieht. Doch ist das ein seltener und nie allgemeiner Fall. Die stärkeren Aeste bleiben doch theilweise frei, und es ficht sie nicht eben an. Selbst bei starkem Froste habe ich solche bunte Schaar von Meisen, Baumläufern u. s. w. unter Anführung eines Buntspechtes gar lustig und wohlgemuth Garten und Wald durchstreifen sehen, und vom sonnebeglänzten Schneestock herunter schmettert der kleine Zaunkönig im Dezember und Januar sein helles Lied.

Wo endlich unsere Standvögel bleiben, das weiß Jedermann. Zieht doch der Schneewinter manche Feld- und Waldvögel, das Raubzeug eingeschlossen, mitten in die Städte und Dörfer, vor die Scheuern, auf die Düngerstätten, in die Vieh- und Futterställe, ja vor die Fenster, wie das dieser Extrawinter recht oft und recht lange gethan. Wurde ich doch noch vor einigen Tagen gefragt, was das für schöne goldgelbe, fremde Vögel seien, die der strenge Winter zu uns auf die Straße gebracht. Und doch nistet der Goldammer, — denn ein solcher war's — sicher in dem Gartenzaun des Fragers.

Wäre übrigens die Frage der Ueberschrift etwas allgemeiner gefaßt, so ließe sich noch manches über unsere Wintergäste, sowie über die Zugvögel anderer Länder und Welttheile sagen. Vielleicht fragt einmal Einer darnach.

---

zwei ersten Personen, die ihm nahe kamen, wurden mit kräftigen Dolchstößen empfangen. In dem Kabinet selbst lag der Sekretär neben seinem Schreibtisch im Blute schwimmend. Es ward ihm sofort die sorgfältigste Pflege zu Theil, denn er hatte fünf Stiche, worunter zwei in der Herzgegend, erhalten. Die Polizei besetzte das ganze Hotel und fand endlich in einem dunkeln Gang den Mörder, der einen Ausweg suchte. Trotz alles Widerstandes wurde er entwaffnet und nach dem Polizeiposten der Rue Varennes gebracht, wobei die Agenten Mühe hatten, den über und über mit Blut bedeckten Thäter vor den Ausbrüchen der öffentlichen Entrüstung zu schützen. Man verliert sich in Vermuthungen über die Gründe zu einem so verwegenen, am hellen Tage und in einem so frequenten Hotel verübten Morde. Es scheint sicher, daß der Urheber dieses Attentats ein Ausländer ist. Er trägt einen schwarzen Backenbart und scheint etwa 27 bis 30 Jahre alt zu sein und dem wohlhabenden Stande anzugehören. Gegen vier Uhr verbreitete sich das Gerücht, der Sekretär sei gestorben. Die Wunden der beiden übrigen Personen sind unerheblicher Natur." — Die Nachricht vom Tode des Hrn. Balsch war ungegründet. Wie man erfährt, ist vielmehr alle Aussicht vorhanden, denselben am Leben zu erhalten. Die Wunden sind nicht absolut tödtlich und Dr. Nelaton hat, nachdem der Verwundete die erste Nacht verhältnißmäßig gut verbracht hat, Aussicht auf dessen Wiederherstellung gegeben. Wie die „Patrie" meldet, ist der Thäter ein pensionirter russischer Unterlieutenant, der schon mehrmals, das letzte Mal unter dem Vorgeben, zu dem Kaiser Alexander nach Nizza reisen zu wollen, auf der Gesandtschaft um Geldunterstützung nachgesucht und abschlägige Antworten erhalten hatte.

Aus **Palermo**, 16. April, schreibt man der „A. Ztg.": „In den letzten Tagen haben die Räubereien einigermaßen nachgelassen, wozu die vermehrte Wachsamkeit, die Deportation vieler Briganten nach Sardinien und namentlich die Uneinigkeit unter der „setta" selbst beigetragen haben mag. Als Beweis dieser Zwietracht unter den Räubern selbst möge angeführt werden, daß von den sieben Räubern aus Monreale, welche den bei einer anderen Bande als „gefeit" erklärten Baron Taxa ausgeraubt haben, bereits vier der Brigantenvehme verfallen sind. Die übrigen werden ihrem Loos ebenfalls nicht entgehen, denn die Briganten verzeihen solche „mancanza di rispetto" unter keiner Bedingung. Als ein Kuriosum über die eigenthümliche Organisation des Räuberwesens mag auch erwähnt werden, daß in letzter Zeit Fälle vorkamen, wo eine Bande einen Gefangenen an eine andere verkaufte, welche dann mit diesem eigenthümlichen Handelsobjekt spekulirte, um bei der Erpressung eines hohen Lösegelds Profit zu machen. Interessant ist es, daß in Pietroperzia (Provinz Caltanisetta) sogar der Opferstock mit dem Peterspfennig gestohlen wurde."

St. Petersburg, 23. April. Das alleinige Tagesgespräch ist und bleibt natürlich der Großfürst-Thronfolger, über dessen Lage man sich hier keinerlei Illusionen mehr hingibt. Die Theilnahme ist wahrhaft eine allgemeine und in allen Schichten der Bevölkerung bemerkbar. Als letzten Mittwoch bei dem Feste zu Ehren des hundertjährigen Geburtsfestes des Nationaldichters Lomonossow ein Gedicht desselben an den damaligen Thronfolger vorgetragen wurde, da erhob sich die ganze Versammlung in lauter Akklamation; die aristokratische Damenwelt verbarg ihre Thränen nicht und in diesem Momente enthusiastischer aber schmerzlicher Erregung wurde nach Nizza eine Depesche mit der Bitte abgesandt, dem Thronfolger, wenn es sein Zustand erlaube, von diesem Vorfalle Kenntniß zu geben. — Wer nicht blos die Gefühlsfrage in Anbetracht zieht, sondern an die politischen Folgen des als nahezu unabwendbar angesehenen Ereignisses denkt, den beschleicht noch manch andere Sorge. Ich kann an dieser Stelle davon sprechen, so zart der Gegenstand auch berührt werden muß, denn schon vor Wochen berührte ich den Gegenstand, als noch Niemand an das Vorhandensein einer Gefahr gl·ubte. Ich sagte Ihnen damals, welche Sorge die Möglichkeit einer Abweichung von der legitimen Thronfolge bereitet; heute hat sich diese Sorge aller Welt aufgedrängt. Man weiß oder glaubt zu wissen, daß nicht der nächstfolgende Sohn des Kaisers derjenige wäre, dem die Thronfolge als dem Befähigtesten zugedacht wäre und die Geschichte Rußlands lehrt zur Genüge, wohin solche Abweichungen führen können. Wohl heißt es andererseits, man habe auf Schwierigkeiten von der Person her, von der sie kommen könnten, nicht zu rechnen, aber bekannt ist ja, daß in solchen Fällen die verschiedenartigsten Einflüsse bestimmender als der eigne Wille einwirken. — Was die Entstehungsgeschichte und Ursache der Krankheit des Thronfolgers betrifft, so erzählt man sich darüber, der Großfürst habe sich das Uebel am Rückenmark bei Gelegenheit eines Wettringens mit dem sehr kräftigen Herzog von Leuchtenberg (seinem gleichalten Cousin) zugezogen, was im vergangenen Sommer geschehen sein soll. Sein Arzt, Dr. Schestakow, habe die Sache leicht behandelt, und dem Kaiser sei auch bis in die jüngsten Tage nicht reiner Wein in der Sache gereicht worden. Endlich aufgeklärt, habe Se. Majestät sofort seinen Leibarzt, Dr. Zockauer (einen Ungarn), nach Nizza geschickt, und sich entschlossen, selbst dahin zu reisen.

Verantwortlicher Redakteur: A. Hartmann.
Druck und Verlag der Stabel'schen Buch- und Kunsthandlung in Würzburg.

Cours der Staatspapiere.

Oesterr.	5 pCt. Met. (Cp. i. S. b. R.)	—
"	5 pCt. Lomb. ditto. à 24	—
"	5 pCt. Engl. Met. v. 1852	80½ G.
"	5 pCt. Engl. Met. v. 1859	78¾ P.
"	5 pCt. Venet. Coupon b. R.	87¼ P.
"	5 pCt. Nationalanl. v. 1854	68⅞ - ¾ G.
"	5 pCt. Metall. Obligation.	65 P.
"	4½ pCt.	58¼ G.
Preussen	3½ pCt. Staatsschuldsch.	—
Bayern	4½ pCt. Obl. 1jähr. dto.	101½ P.
"	4½ pCt. Obl. ½jähr. dto.	102¼ P.
"	4 pCt. Obl. 1jähr. dto.	98 G.
"	4 pCt. Obl. ½ jähr. dto.	—
"	4 pCt. Obl. Ab.-R. dto.	98¼ G.
"	3½ pCt. Obl. dto.	—
Württemb.	4½ pCt. Obl. b. Rothsch.	104⅛ G.
"	3½ pCt. Obl. dto.	94¾ G.
Baden	4½ pCt. Obl.	—
"	3½ pCt. Obl. v. 1842	91½ P.
Gr. Hess.	4½ pCt. Obl.	—
"	4 pCt. Obl. b. Rothsch.	101½ P.
"	3½ pCt. Obl. dto.	97¼ P.
Nassau	4½ pCt. Obl. dto.	102 P.
"	4 pCt. Obl. dto.	99¼ P.
"	3½ pCt. Obl. dto.	92 P.
Frankfurt	3½ pCt. Obl.	94 P.
"	3 pCt. Obl.	91½ P.
Spanien	3 pCt. inl. Sch. P. à fl. 2. 30	—
"	2¼ pCt.	—
Schweden	4½ pCt. Obl. à 105 Thlr.	90½ P.
N.Amerika	6 pCt. à 1000r. 1881 D. 2½	61¾—62⅜ G.
"	6 pCt. ditto r. 1882	62½—63¼ G.

Diverse Aktien.

Frankfurter Bank à fl. 500 . . .	150 G.
K. K. Oesterr. National-Bankaktien	866 G.
Oesterr. Kreditbank-Aktien à fl. 200	200—1 G.
Bayer. Hypothekenb. Pfandbriefe 4 pCt.	97¾ P.
Darmst. Bank 1. u. 2. Serie à fl. 250	250 G.
Weimarische Bank à Thlr. 100 .	101 G.
Mitteldeutsche Kreditaktien . . .	101½ P.
Intern. Bank in Lux. à 250 Frs. à 28 kr.	—
Taunus-Eisenbahn à fl. 250 . . .	350 P.
Frankfurt-Hanauer-Eisenbahn . . .	102 P.
Oest. F.St.Eisb. 5pCt. 500 Fr. à 28 kr.	—
" Elisab.-Eisenbahn 5 pCt. . .	—
Böhm. Westbahn-Aktien à fl. 200 6/7	78 G.
Rhein-Nahe-Bahn 200 Thl. à 105 4pCt. Z.	32 P.
Ludwigshafen-Bexbacher à 4 pCt. .	149⅜ P.
dto. dto. Prior. à 4 pCt.	—
Pfälz. Maxb. b. Rothschild à 4½ pCt.	107½ P.
Oest. St.-Eisenb. Prior.-Oblig. à 3 pCt.	53½ P.
Elisab.-Bahn Prior. 5 pCt. 6/7	79½ G.
Südd. Bank-Akt., 40 pCt. Einz.	256½ P.
Span. Handels- und Industrie .	—
Bayr. Ostbahn à 4½ pCt. volleinbez.	113⅝ P.
Bayer. Ostbahn mit 50 pCt. Einz.	112¾ P.

Wechsel
in süddeutscher Währung.

Amst. fl. 100 k. S.	100⅞ P. ⅝ G.
Antwerp. Frs. 200 k.S.	94⅝ G.
Augsb. fl. 100 k. S.	99¾ G.
Berlin Th. 60 k. S.	104⅞ P.
Brem. 50 Th. Lsd. k. S.	97⅜ P.
Brüssel Frs. 200 k. S.	94⅝ G.
Cöln Thlr. 60 k. S.	104⅞ P.
Hamb. MB. 100 k. S.	88½ P.
Leipzig Th. 60 k. S.	105 P.
London Lst. 10 k. S.	119⅛ G.
Lyon Frs. 200 k. S.	—
Mail. Frs. 200 . .	94⅝ G.
München fl. 100 k. S.	99¾ P.
Paris Frs. 200 k. S.	94⅞ P.
Petersburg 60 S.-R.	—
Triest fl. 100 k. S.	—
Wien fl. 100 ö. W.	—
do. in öst. W. k. S.	109P. 108¾ G.
Disconto	3½ pCt. G.

Anlehens-Loose.

Oesterr. fl. 250 v. 1839	147 G.
" fl. 250 v. 1854 mit 4pCt.	80 P.
" fl. 500 v. 1860 6/7	88½ P.
" fl. 100 Eisb. L. v. 1858.	136⅜ P.
" do. v. 1864.	97½ P. 97 G.
Schwed. 10 Thlr. Loose	9⅞ P. ⅛ G.
Badische fl. 50	—
Badische fl. 35	58½ P.
Kurhess. Thlr. 40 b. R.	56¾ P.
Gr. Hessen fl. 50 b. R.	135⅝ P.
" fl. 25 do.	—
Nassau fl. 25 bei Rothsch.	35 G.
Sardinische Fr. 36 b. R.	—
Neuchateler 10 Frs.-Loose	—
Freiburger 15 Frs.-Loose	—
Mailänder 45 Frs. L. b. R.	32¾ P.
St. Lüttich mit 2½ pCt. Z.	34⅜ P.
Ansb.-Gunzenh. fl. 7-L.	11 P. 10⅞ G.

Frankfurt, 27. April. Die Börse war weniger aufgeregt als gestern und amerikanische Fonds, obgleich niedriger, ziemlich fest. Man hatte bedeutende Verkaufsordres aus der Provinz erwartet, die jedoch nur in beschränktem Umfange eintrafen. Die Spekulation zeigte sich weniger beunruhigt und begann zurückzukaufen. Immerhin bleibt die Haltung des Platzes noch eine sehr reservirte. Auf österr. Fonds wirkten die Nachrichten über den Gesundheitszustand des Königs von Belgien ungünstig ein. Dieselben waren matt und niedriger. (Synd.)

Digitized by Google

An an
k. Hof- und Staatsbibliothek
München.
1 N. Würzb. Ztg.

Neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht!

№ 118. | Vorausbezahlung: Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 1 fl. 30 kr. Bei Inseraten wird die dreispaltige Zeile in gewöhnlicher kleiner | 62. Jahrgang. | Schrift oder deren Raum im Hauptblatte mit 6 kr., im Anzeiger mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franco. | Samstag, 29. April 1865.

Auf die **„Neue Würzburger Zeitung"** kann für die Monate **Mai** und **Juni** sowohl in der Expedition, wie bei allen königl. Postämtern abonnirt werden.

(**Amtliche Nachrichten.**) **München**, 27. April. Se. Maj. der König hat dem Conservator an der kgl. Central-Gemälde-Galerie, J. Frey, das Ritterkreuz 1. Classe des Verdienstordens vom hl. Michael verliehen; dem Conrektor und Professor der 3. Gymnasialklasse am Wilhelmsgymnasium in München, J. Stanke, den Ruhestand für immer bewilligt und in die Lehrstelle der 3. Gymnasialklasse an genannter Anstalt den Gymnasialprofessor an derselben, W. Bauer, einrücken lassen; das Curatbenefizium Ergertshausen, Bez.-A. München r. J., dem Priester J. Feller, Cooperator in Allershausen, Bez.-A. Freising, übertragen.

Das Benefizium zu Unser Lieben Frau in Rain, kgl. Bez.-A. Aichach, ist mit einem fassionsmäßigen Reinertrage von 441 fl. 40⁵/₈ kr. in Erledigung gekommen.

München, 26. April. Die Erklärung über die Biertariffrage, welche in der heutigen Sitzung der Kammer der Abgeordneten der Hr. Minister des Innern abgab, lautete wie folgt: „Die k. Staatsregierung befindet sich rücksichtlich des Vollzuges der Bestimmungen in Ziff. 3 lit. c. §. 24 des Landtagsabschiedes vom 10. Novbr. 1861 in einer eigenthümlichen Lage, die wohl Jeder zugeben wird, der sich der Art und Weise erinnert, wie die betreffenden Bestimmungen im Landtagsabschiede zu Stande gekommen sind. Ein von Hrn. Dr. Edel eingebrachter Antrag auf Suspendirung der Biertaxe in den fränkischen Provinzen hat bekanntlich den ursprünglichen Ausgangspunkt für höchst gewundene Unterhandlungen und Transaktionen im Schooße des Ausschusses, zwischen dem Ausschusse (und?) der hohen Kammer, sowie zwischen dieser und dem andern Hause gebildet, um schließlich etwas ganz Anderes zu Tage zu fördern, als die Betheiligten innerhalb und außerhalb dieses Saales ursprünglich im Auge gehabt haben mochten. Ich weiß nicht, war es persönliche Täuschung von meiner Seite, es schien mir fast, als ob in dem Momente, als das Kind nach langen Wehen endlich das Licht der Welt erblickte, Alle, die an seinem Dasein direkt oder indirekt Antheil gehabt haben, darüber einigermaßen überrascht, ich möchte fast sagen betroffen waren. Nach dieser, wenn vielleicht irrigen, Annahme wurde die weitere Haltung der k. Staatsregierung bemessen und habe ich an entscheidender Stelle den Rath ertheilt, mit Vollzug des Landtagsabschiedes vorsichtig zu Werke zu gehen. Inzwischen trat die Neuwahl ein und die Regierung wollte sich über alle in der Schwebe begriffenen Fragen durch das Organ der neugewählten Volksvertretung, also aus bester Quelle, Raths erholen. Und welcher bayerische Bierkonsument (Das sind wir doch alle), wollte leugnen, daß die Bierfrage zu den brennenden Fragen, ja zu den brennendsten gehört? Sie sehen, meine Herren, demnach, ich bestätige nur, was der Hr. Referent und der Hr. Antragsteller in feierlicher Weise Ihnen zugerufen haben. Sie sind jetzt in der Lage, das entscheidende Wort über diese Frage zu sprechen; ich aber nehme keinen Anstand, zu erklären, daß, wenn über den Gegenstand der heutigen Tagesordnung ein Gesammtbeschluß im Sinne des jüngsten Landtagsabschiedes zu Stande kommen sollte, die kgl. Staatsregierung die Bestimmungen desselben sofort zum Vollzuge zu bringen gedenkt." (Allgemeiner Beifall.)

München, 26. April. In der heutigen Sitzung der Kammer der Abgeordneten hat, wie schon erwähnt, der Abgeordnete Kolb seinen kürzlich mitgetheilten Antrag in Betreff einer Verbesserung der Wehrkraft näher motivirt. Er hob hiebei hervor, daß unsere jetzige Wehreinrichtung, obwohl sie so große Summen beanspruche, nicht ausreichend erscheine; daß mit derselben kein Erfolg erzielt werden könne, weder im Innern noch nach außen, in welch' letzterer Beziehung Redner an die schleswig-holsteinische Sache erinnert. Die jetzige Einrichtung, bei welcher die jungen Leute sechs Jahre in ihrem Beruf gehemmt würden, entziehe der Industrie und der Landwirthschaft viele Arbeitskräfte. Die Staaten würden durch die enormen Kosten der Armeen überbürdet, so

---

Feuilleton.

Amerikanische Sümpfe.

In den Kriegsberichten aus Amerika kommt sehr häufig das Wort Sumpf oder amerikanisch swamp vor, und der deutsche Leser macht sich von einem solchen Platze gewöhnlich einen falschen Begriff, weil er dabei das vor sich hat, was wir eigentlich unter Sumpf verstehen: ein fortwährend nasses, schwammiges Terrain, auf dem man in dem weichen Boden einsinkt. Das amerikanische Wort swamp dagegen bedeutet in einzelnen Fällen auch wohl einen solchen Boden, im Allgemeinen aber nur eine tief liegende Niederung, die den Ueberschwemmungen ausgesetzt ist, und dann im Sommer vollständig trockenen und festen Grund zeigt. Die größten und ausgedehntesten swamps in Amerika sind jedenfalls die vorzüglich am rechten oder westlichen Ufer des Missisippi liegenden, denn sie beginnen schon in Missouri und ziehen sich durch Arkansas und Louisiana bis zum Ufer des mexikanischen Golfes hinab. Trotzdem zeigen sie nur sehr wenig Seen oder Teiche, d. h. Plätze, in welchen das Wasser das ganze Jahr über stehen bliebe. Im Winter sind sie freilich zum großen Theil überfluthet, und nur nach verschiedenen Richtungen ziehen sich stets trockene „ridges" oder wellenförmige Erhöhungen hindurch. Weich und schwammig ist der Boden aber nie in diesen Sümpfen, wenn er auch oft tiefen Schlamm zeigt; überall kann man, ohne der Gefahr des Versinkens, wie in manchen anderen Ländern ausgesetzt zu sein, mit seinem Pferde durch das ausgetretene Wasser reiten, und die größten Hindernisse, diese swamps zu passiren, bietet nur meist die Vegetation. Durch die Schilfbrüche (canebrakes), die aber nicht das niedrigste Land bestehen, sondern immer mehr einen etwas höheren und sandigen Boden verlangen, ist es ganz unmöglich, zu reiten, denn starke, niedergebogene oder gebrochene Stangen liegen überall quer vor, und außerdem sind diese Brüche noch mit so dornigen Ranken durchwachsen, daß sich der zu Fuß gehende Jäger kaum seine Bahn hindurch erzwingen kann. Mächtige Bäume bestehen überhaupt diese ganzen Sümpfe vorzugsweise und in der Nähe der Ströme: Cottonwood oder Baumwollenholz*), Eschen und Sykomoren — wie tiefer unten im Süden Cypressen, weiter im Innern dagegen die verschiedensten Arten von Eichen, Gums, Sassafras, Persimon und wilden Maulbeerbäumen — obgleich die letzteren nur vereinzelt vorkommen. Dagwood und junge Sassafrasbäume mit Papaos, Gewürzbüschen und zahllosen anderen Arten bilden das Unterholz, und prachtvolle Reben schlingen sich an den höchsten Bäumen hinauf und beladen die Zweige derselben im Herbste mit überreichen Traubengairlanden.

Es ist überhaupt auffallend, wie fruchtreich die amerikanische Urwelt, besonders der swamp, im Vergleich mit tropischen Wäldern ist, die wenig oder gar keine Früchte bieten. Vom Sommer an könnte ein Mann in diesen Wildnissen bis tief in den Winter hinein von dem sein Leben fristen, was er überall an den Bäumen findet. Schon früh im Sommer beginnen zahllose und delikate Brombeeren und Heidelbeeren, dann kommen die Maulbeeren und Papaos, die letzteren eine längliche, aber fast zu süße Frucht (die Rinde des Papaobaumes liefert den herrlichsten und unzerreißbaren Bast), dann die Sommertrauben und Muskadines, und im Spätherbste die Persimons- und Wintertrauben (kleine korinthenartige Beeren), die bis gegen das Frühjahr zu an den Bäumen

---

*) Der Baumwollenholzbaum trägt aber nicht etwa wirkliche Baumwolle, sondern streut seinen Samen nur in leichten wolligen, aber völlig unbenützbaren Flocken aus.

daß man auch trotz des hohen Budgets mehrmals zu Anlehen für die Armee schreiten mußte. Trotz allen diesen hohen Summen sei die Löhnung der Mannschaften eine viel zu niedrige. Bayern könne die Stellung nicht einnehmen, die es unter allen Verhältnissen einnehmen würde, wenn es zu jenem System griffe, das selbst Radetzky als das trefflichste dargestellt habe. Der Redner erörtert nun, daß der Bund ein viel zu großes Kontingent von Bayern fordere. Die Berechnung erfolge nämlich nach der alten unrichtigen Bundesmatrikel, nicht nach den neueren Volkszählungen, und so ergebe sich, daß bei verhältnißmäßig gleicher Volkszahl von Bayern um 16,600 Mann mehr als von Preußen und um 18,885 mehr als von Sachsen gefordert werden. Bei der Vertheilung der Zollrevenuen werde dagegen nicht nach der Bundesmatrikel, sondern nach der neuesten Volkszählung der Antheil Bayerns 2c. berechnet. Er wolle mit seinem Antrag die Heereskraft des Landes nicht schwächen, vielmehr stärken. Wenn Bayern an der Spitze freiheitlicher Entwicklung stehe, dann werde es eine größere Stärke haben, und alle Mittel- und Kleinstaaten werden seinem Bestreben nachzukommen suchen; wir würden dann nicht blos eine selbstständigere Stellung erhalten, sondern es würden alle Hegemonie- und Vergrößerungsgelüste schwinden müssen. (Daß der Antrag an einen Ausschuß zur Vorprüfung verwiesen wurde, haben wir bereits gemeldet.)

Der Bericht des Abg. Edel Namens des ersten Ausschusses beantragt Annahme des vorgelegten Gesetzentwurfs, die Behandlung der Entwürfe für die neue soziale Gesetzgebung betreffend, unter einigen kleinen Modifikationen, gegen welche wahrscheinlich von Seite der Staatsregierung keine Schwierigkeiten erhoben werden dürften. Die schleswig-holsteinische Frage wird auf Anregung des Abg. Kolb in der Kammer zur Sprache kommen.

Münchener Blätter berichten: „Am Montag Abends um 5 Uhr hat die zur Reorganisation des Konservatoriums für Musik niedergesetzte Kommission ihre erste Sitzung gehalten, welche fast drei Stunden währte. Der Vorschlag R. Wagners wurde als zu kostspielig (er fordert 500,000 fl. zum Bau einer Opernschule 2c.) abgelehnt, und man wird sich wohl begnügen müssen, ein Konservatorium nach dem Muster der bedeutendsten derartigen Institute (Paris und Mailand) einzurichten. Herr v. Perfall und Herr v. Bülow wurden gleich nach der Sitzung zu Sr. Maj. dem König berufen, um über das Ergebniß der Sitzung zu berichten." (Die zweite Sitzung fand am Donnerstag statt.)

Speyer, 28. April. Bei der gestern hier stattgehabten Abgeordnetenwahl für den Bezirk Speyer-Frankenthal wurde gewählt, als Abgeordneter: v. Sayer, k. Oberzollinspektor in Ludwigshafen, der fortschrittlichen Nationalvereinspartei angehörig, als Ersatzmann der k. Bezirksrichter Croissant in Frankenthal. — Im Kaseler Wahlbezirk wurden gewählt, als Abgeordneter: Pfarrer Vogt in Glanmünchweiler, als Ersatzmann Landrichter Fries in Wolfstein. (Pf. Ztg.)

Wien, 26. April. (Abgeordnetenhaus.) Das Budget des Handelsministeriums wurde den Anträgen des Ausschusses gemäß erledigt und demnächst die Debatte über das Budget des Justizministeriums begonnen. Die Abgeordneten Schindler und Kuranda sprachen gegen das objektive Strafverfahren in Preßsachen.

Wien, 27. April. In der heutigen Sitzung des Unterhauses wurde die Berathung des Justizbudgets fortgesetzt. Der Justizminister erklärt bezüglich der gestrigen Reden mehrerer Abgeordneten über das objektive Verfahren in Preßsachen: Die gestrige Sitzung machte den Eindruck, als ob die Absicht vorhanden gewesen wäre, den Richterstand zu beeinflussen und einen dem engeren Reichsrath vorbehaltenen Gegenstand vor den weiteren zu ziehen. Er, der Minister, könne den Rednern in keiner dieser Richtungen folgen, denn dieß würde gegen die Unabhängigkeit des Richterstandes verstoßen. Die Pflicht des Justizministers erheische es, bei abweichenden Ansichten des Staatsanwaltes die eigene Auffassung kundzugeben, jedoch nicht als Norm für die Gerichte oder den Staatsanwalt. Diese Praxis werde er auch fernerhin beobachten. Es sei Sache des Abgeordnetenhauses, wenn es sich durch die Presse beleidigt fühle, gerichtliche Verfolgung zu verlangen. Der Abgeordnete Herbst erinnert, daß in solchen Fällen die gerichtliche Verfolgung von Amtswegen einzutreten habe. Das Justiz- und Polizei-Budget wird schließlich nach den Ausschußanträgen angenommen.

Berlin, 27. April. Die „Kreuzztg." meldet, daß der frühere Justizminister Simons behufs der Theilnahme an den bevorstehenden Sitzungen des Kronsyndikats in Berlin eingetroffen sei. Endlich äußerte sie bezüglich der Nachricht, nach welcher Herr v. Halbhuber zur Feier der Grundsteinlegung nicht eingeladen worden sei, daß auch Hr. v. Zedlitz eine Einladung nicht erhalten habe, da es selbstverständlich sei, daß die oberste Zivilbehörde an solchen Festlichkeiten sich betheilige. Auch habe Hr. v. Zedlitz Hrn. v. Halbhuber mitgetheilt, daß ein Schiff bereit sei, um ihn nach Düppel und Alsen zu führen.

London, 25. April. Der „Herald" behauptet, trotz der neulichen Ableugnung des Unterstaatssekretärs des Auswärtigen, Herrn Layard, daß Earl Russel nicht aufgehört habe, sich in die

---

hangen und besonders den wilden Truthühnern reichliche Nahrung geben. Außerdem aber trägt die overcup- oder Sumpfeiche eine delikate, eßbare süße Eichel, und auf nur etwas schwellendem Boden gedeiht der Hickory, eine weiße Wallnußart, in den Hügeln aber auch noch die schwarze Wallnuß und die kleine süße Kastanie. Lästig sind aber besonders in diesen swamps die zahllosen und meist alle noch mit Dornen bewachsenen Schlingpflanzen, zu denen auch die sarsaparilla mit dem gewöhnlichen Gründorn und vorzüglich dem ganz entsetzlichen Sägedorn (sawbriar) gehört. Der Geründorn vor allen anderen (greenbriar) wächst in solcher Masse, daß er ganze Flächen überzieht und unpassirbar macht. Es gibt Gegenden, die so von diesem wuchernden Stachelzeug überwachsen sind, daß die Jäger selbst ihren Pferden sogenannte Leggins oder hirschlederne Ueberzüge an den Beinen befestigen müssen, um dort einzudringen, weil sich die Thiere selber sonst die Haut vollständig zerreißen würden, und wenn man einen solchen Platz zu passiren hat und das Pferd, das nur in einzelnen Sprüngen hindurch kann, setzt hinein, so sieht man, wie die Ranken auf zwanzig Schritte weit nach jeder Richtung hin erzittern. Diese swamps sind übrigens wie kein anderer Theil der Erde von Mosquitos erfüllt, denen sich im Juli und August besonders auch noch Myriaden von Holzböcken zugesellen. Die letzteren besonders peinigen das arme Wild, das oft bedeckt von ihnen ist und dann entsetzlich abmagert. Im Winter füllen sich diese swamps denn auch noch mit Wasser, aber da der Boden, wie schon gesagt, nicht schwammig ist, kann man sie doch fast zu jeder Jahreszeit passiren, nur muß man sich dann vor den slews und bayous hüten, die hier die Abzugskanäle bilden. Es sind dies die Flüsse der swamps, kleine, träg, oft gar nicht fließende Wasser, oft von kaffeebrauner Farbe, die im Norden slew, im Süden bayou genannt werden und mit ihren schlammigen Ufern dem Reiter oft ernstliche Hindernisse in den Weg legen, noch dazu, da ihre Ränder gewöhnlich mit dichten Schilfbrüchen bedeckt sind. Der Fußgänger kommt weit eher durch, weil er fast aller Orten über solche Wasser gestürzte Bäume findet, auf denen er sie, wenn er sich mit seinem Messer erst Bahn gehauen, passiren kann. Natürlich sind diese swamps außerdem ein sehr ungesunder Aufenthalt, und wenn auch wenig ansteckende Krankheiten darin vorkommen, so bleibt fast Niemand vom kalten Fieber verschont. Man findet sogar eine Menge Inwohner dort mit den sogenannten fevercakes oder Fieberkuchen behaftet, eine Verhärtung der Milz, glaub' ich, die sich an der Seite unter den Rippen zeigt, aber erst entsteht, nachdem man Jahre lang das Fieber gehabt hat. Daß der Boden selber dort von einer außerordentlichen Fruchtbarkeit ist, läßt sich denken, und das, mit dem bedeutenden Wildstande, verlockt dann auch so viele Leute, die höher gelegenen und weit gesünderen Theile der Union zu verlassen und sich in diesen mächtigen Wäldern anzusiedeln. Das sind die amerikanischen swamps; im Frühjahr ein Blüthenwald, im Sommer ein Fegefeuer, im Herbst ein Fruchtgarten und im Winter ein See.

Vermischtes.

München. Aus einem Schreiben Richard Wagner's an den Herausgeber des „Botschafters", Ludwig Uhl, über die bevorstehende Aufführung der Oper „Tristan und Isolde" in München (datirt vom 18. April) heben wir folgende Stelle als sehr bezeichnend wörtlich hervor:

„Die Aufführungen von „Tristan und Isolde", von denen drei wohl vollständig gesichert sind, werden gänzlich ausnahmsvolle und mustergültige sein. Hierzu sind vor Allem die Darsteller der beiden ungemein schwierigen Hauptrollen, in den Personen meiner theuren Freunde Ludwig und Malvina Schnorr v. Carolsfeld, besonders nach München berufen; sie begleitet mein altvertrauter Kunst-Kampfgenosse Anton Mitterwurzer als „Kurwenal", treu und echt wie einer. Somit, wie irgend die Umstände es ermöglichen, ist für die Besetzung der übrigen Partien in zweckmäßigster Weise auf das großmüthigste gesorgt werden; jeder der Mitwirkenden ist mir freundlich ergeben. Um von jeden störenden Einflüssen eines täglich arbeitenden Theaterbetriebs freigehalten zu werden, ist uns das trauliche k. Residenztheater zur ausschließlichen Benutzung über-

schleswig-holsteinische Geschichte zu Gunsten des Herzogs von Augustenburg einzumischen. Irgend ein Parlamentsmitglied müsse eine neue Interpellation an Herrn Layard richten. Seine schon oft angeführten Ansichten in dieser Frage wiederholend, bemerkt der „Herald": „Wir haben keinen Grund, den deutschen Kleinstaaten oder dem Bundestage oder Oesterreich gegen Preußen beizustehen. Die Kleinstaaten und der Bund haben den Krieg gegen Dänemark eingebrockt, und Oesterreich, obgleich unser alter Alliirter, hat keine Rücksicht für englische Interessen oder Gefühle gezeigt. Wenn Preußen gewinnt, was Oesterreich verliert, so verlieren wir nichts; wenn wir dagegen Oesterreich gegen die Folgen seiner Thorheit schützen wollen, können wir sehr viel verlieren.... Die bevorstehende Lösung der schleswig-holsteinischen Frage kann freilich für uns Engländer nicht sehr befriedigend sein. Es würde uns Allen lieber sein, wenn Oesterreich und Preußen als Frucht des Krieges nichts als Verluste aufzuweisen hätten. Die Nemesis, um die wir gebetet und die wir prophezeit, will nicht kommen. **Wir können also nichts Besseres thun, als schweigen und uns der Einmischung enthalten.**"

Paris, 26. April. Der Mörder des russischen Gesandtschaftssekretärs ist ein ehemaliger Offizier, Namens Nikitenko und erst 28 Jahre alt, er hatte seine Reisemittel erschöpft und war vom Konsulat mit einer Bitte um Mittel zur Rückkehr abgewiesen worden; er wendete sich dann an die Gesandtschaft und als er auch hier nichts erreichte, zog er einen Dolch und versetzte dem Sekretär Stiche in den Rücken, die Gurgel und die Brust; er warf dann den Bureaudiener und Kutscher nieder und entkam, ward aber von einem Stadtsergeanten auf der Straße überwältigt und festgenommen. Der Mörder wird nach Rußland ausgeliefert und dort vor Gericht gestellt.

Paris, 27. April. Berichte aus Peking vom 3. April melden, daß der Prinz Kong all' seiner Würden entsetzt ist. Das Departement des Auswärtigen ist Uen-Swing und dessen Kollegen übertragen.

Turin, 21. April. Wahrscheinlich wird der vom Finanzminister Sella heraufbeschworene Verleumdungsprozeß schließlich vertuscht werden, da eine ganze Koterie dem Hofe angehöriger Persönlichkeiten darein verwickelt zu sein scheint und man keinen allzu großen Skandal hervorrufen möchte. — In allen Ministerien herrscht ein buntes Durcheinande, denn überall ist man mit dem Einpacken der Akten zum Umzug nach Florenz beschäftigt. 500 ungeheure Kisten mit den Archiven des Finanzministeriums sind nach Florenz abgegangen. Extrazüge mit je 4 Waggons beförderten einen Theil der Archive des Rechnungshofs.

Turin, 27. April. Der Justizminister verlangte in der Deputirtenkammer die Suspension des Gesetzentwurfs über Aufhebung der religiösen Korporationen bis morgen. In Antwort auf eine Interpellation versichert der Ministerpräsident Lamarmora, daß die verlangte Suspension in keinerlei Beziehung stehe mit der Mission Vegezzi's in Rom.

Spanien. In der Senatssitzung vom 21. April ging es wieder ziemlich lebhaft her. General Prim hatte geäußert, daß seine Partei bei Hofe nicht in Gunst stehe — — aber die Ueberzeugung habe, daß sie die öffentliche Meinung für sich habe und es käme ihr bei so ernsten Umständen, als die jetzigen, darauf an, von ihrem Rechte Gebrauch zu machen und im Senat zu votiren. Darauf antwortete ihm der Minister des Innern: Ich beeile mich, ein Wort aufzunehmen, welches dem General Prim sicherlich in der Hitze der Improvisation entfahren ist. Er behauptet, seine politischen Freunde und er selbst seien im Palast nicht in Gunst. Meine Herren Senatoren, es liegt mir daran, zu konstatiren und zu proklamiren, daß im Palast, den eine konstitutionelle Königin bewohnt, es nur die Herrscherin gibt, die Denjenigen die Regierung überträgt, welche von der öffentlichen Meinung auserlesen sind, und daß in keiner Weise die Regierung der Gunst, der Laune oder dem Zufall übergeben wird. Es war meine Pflicht, gegen Ausdrücke dieser Art zu protestiren.

Von der polnischen Grenze, 21. April. Unter der polnischen Emigration in der Schweiz hat sich für die nach Unterdrückung des Aufstandes von 1830 entstandene Towianski'sche Sekte, deren jetzt hochbetagter Stifter Towianski aus Litthauen, in Solothurn seinen Wohnsitz hat, ein weites Feld der religiös-politischen Propaganda eröffnet, das von den zahlreichen „Aposteln" derselben mit großem Eifer und nicht ohne Erfolg bearbeitet wird. In Zürich besteht bereits eine circa 30 Mitglieder zählende Towianski'sche Gemeinde, in der mehrere „Apostel" wirken und allsonntäglich regelmäßige Andachten abgehalten werden. Die Vorträge bei diesen Andachten haben vorzugsweise die wichtigeren Ereignisse des letzten Aufstandes und überhaupt das Verhältniß Polens zu Rußland zum Gegenstande. Der stehende Inhalt derselben ist: „Die Polen dürfen die russische Regierung nicht hassen, müssen sich ihr vielmehr als der von Gott ihnen gesetzten Obrigkeit freiwillig unterwerfen und ihren Befehlen Gehorsam leisten, denn sie ist das Werkzeug Gottes zur Züchtigung und Rettung der in Unglaube und Sünde verfallenen Nation. Der bewaffnete

---

lassen; Alles wird in ihm sorgsam für die Bedürfnisse einer innigen, klaren und trautverständlichen Aufführung nach meinen Angaben hergerichtet. Hier steht uns fast täglich das herrliche k. Hof-Orchester, Franz Lachner's musterhafte Schöpfung, für zahlreiche Proben zur Verfügung, bei welchen wir, nur auf die Erreichung der höchsten künstlerischen Feinheit und Correctheit des Vortrages achtend, volle Muße und Zeit haben, dies ohne Anstrengung zu bewerkstelligen. Um mir den fördernden Ueberblick über die Leistungen der Gesammtheit zu erleichtern, ist mir mein lieber Freund Hans von Bülow für die Leitung des Orchesters beigegeben — gerade er, der einst das Unmögliche leistete, indem er einen spielbaren Klavier-Auszug dieser Partitur zu Stande brachte, von dem noch keiner begreift, wie er dies angefangen hat. Ihn, der mit dieser, so vielen Musikern noch räthselhaft dünkenden Partitur bis zum Auswendigwissen jedes kleinsten Bruchtheils derselben vertraut ist und meine Intentionen bis in ihre zartesten Nüancen in sich aufgenommen hat — dieses zweite Ich zur Seite, kann ich mit jeder Einzelheit der musikalischen, wie scenischen Darstellung mich in der ruhig traulichen künstlerischen Stimmung befassen, wie sie nur der liebevolle Verkehr mit innig befreundeten Künstlern selbst ermöglicht. Für schöne Dekorationen und höchst charakteristische Costume ist mit einem Eifer gesorgt worden, als gälte es nicht mehr einer Theater-Aufführung, sondern einer monumentalen Ausstellung. Auf diese Weise, wie aus der Wüste unseres theatralischen Markttreibens in die erfrischende Oase eines anmuthigen Kunstateliers entrückt, bereiten wir das Werk einer dramatischen Aufführung vor, die, rein als solche, bei allen, die ihr anwohnen werden, Epoche machen muß. Diese Aufführungen, für jetzt — wie gemeldet — vielleicht nur drei an der Zahl, sollen als Kunstfeste betrachtet werden, zu welchen ich von nah und fern die Freunde meiner Kunst einladen darf; sie werden demnach dem Charakter der gewöhnlichen Theater-Aufführungen entrückt und treten aus der üblichen Beziehung zwischen dem Theater und dem Publikum unserer Zeit heraus. Mein huldreicher Beschützer will, daß diese bedeutungsvollen Aufführungen nicht der gewöhnlichen Neugier, sondern lediglich dem ernsteren Interesse an meiner Kunst geboten werden sollen, somit bin ich ermächtigt, in alle Ferne hin, so weit meine Kunst sich Herzen gewann, die Einladung zu diesen Aufführungen ergehen zu lassen. Sie werden etwa in der zweiten Hälfte dieses Mai stattfinden, und es sollen die Tage, so weit sie sich mit Sicherheit vorausbestimmen lassen, durch die verbreitetsten Blätter zur rechten Zeit noch genau angezeigt werden. Wir nehmen an, daß, wer sich eine Reise nach München eigens für diesen Zweck nicht verdrießen läßt, hiermit keine oberflächliche Absicht verbindet, sondern dadurch seine ernste Antheilnahme am Gelingen der Lösung einer bedeutenden und edeln künstlerischen Aufgabe bezeugt, und jeder, der sich in diesem wohlverstandenen Sinne bei der k. Intendanz des Hof- und National-Theaters in München anmeldet, wird sicher sein können, zu der von ihr bezeichneten Aufführung einen Platz im Theater sich aufbewahrt zu finden. Wie an Fremde, wird an die hier einheimischen Freunde meiner Kunst eine gleichlautende und auf den gleichen Zweck gerichtete Einladung ergehen."

Mozart hatte solche Kunstfeste nicht nöthig.

(Nr. 10.) **Zweisylbige Charade.**

Die Erste ist für Millionen Wesen
Ernährerin von jeher schon gewesen;
Doch sieht's auf ihr oft sehr gefährlich aus,
Es herrscht oft dort Verwüstung, Mord und Graus.
Die Zweite brauchen oft die Frauen,
Es brauchet sie auch mancher Mann;
Gar Vieles, was so schön und zierlich ist zu schauen,
Man ohne sie nicht machen kann.
Wenn auf der Ersten fließt das Blut,
Dann ist des Ganzen Hülfe gut.

Auflösung der Homonyme Nr. 9: **Der Patron. Die Patrone.**

Aufstand war mittelbar, eine Empörung gegen Gott selbst, weil er eine Revolution gegen dessen Werkzeug war. Nur durch Gebet, durch inbrünstiges und anhaltendes Gebet kann und wird Polen wiedergewonnen und durch dasselbe das Reich Gottes für alle Völker begründet werden. Polen ist selbst an seinem Unglücke und der Fortdauer desselben schuld, denn schon seit 30 Jahren verkündet der „Mann Gottes“ (Towianski) ihm das Heil und die verstockte Nation will seiner Stimme nicht folgen.“ Die Zukunft Polens wird als chiliastische Verwirklichung des Reiches Gottes auf Erden gedacht. Einer der eifrigsten Anhänger der Towianski'schen Sekte war der verstorbene Dichter Adam Mickiewicz.

Aus **New-York**, 11. April, schreibt man der „A. Ztg.“: „Die „Nationalschuld“ der „Konföderirten Staaten“ ist mit dem nassen Schwamm ausgelöscht, und die beneidenswerthen Inhaber von „Cotton Fonds“ mögen sich getrost ihre Cigarren damit anzünden. Das Papiergeld war zuletzt auf $^1/_2$ Proz. seines Nominalwerths herabgesunken, so daß z. B. ein sehr ordinärer Rock 2000 Doll. kostete. Unter solchen Umständen bringt die Ungültigkeitserklärung desselben kaum irgend eine Unbequemlichkeit mit sich, und wird von den Bewohnern Virginiens sehr gleichmüthig aufgenommen. Von Coupon-Obligationen wurden bei der Räumung des „Finanzministeriums“ in Richmond große Ballen auf die Straße geworfen: die Gamins lasen sie auf und verkauften sie für wenige Kreuzer als Andenken. So vergehen die Herrlichkeiten der auf die Sklaverei als „Grund- und Eckstein der modernen Gesellschaft“ gebauten neuen Nation.“

New-York, 15. April. Die Nachrichten von der Armee sind unerheblich; Grant hat sein Hauptquartier nach Washington verlegt. Lee war in Richmond angekommen. Der „Herald“ meldet, der französische Konsul in Richmond sei in Washington, um für den der kaiserlichen Regierung gehörigen Tabak, der zu Richmond verbrannt worden, Entschädigung zu fordern. Jefferson Davis erklärt in einer von Danville, 6. April, datirten Proklamation, er werde den Krieg fortsetzen und keinen Staat der Konföderation aufgeben. Andererseits wird versichert, der Gouverneur von Nord-Carolina werde die gesetzgebende Versammlung berufen, damit dieselbe die Secession des Staates widerrufe. — Die Verfassungsbestimmung über den nun eingetretenen Präsidentenwechsel lautet: Wenn ein Präsident von seinem Amte entfernt wird, stirbt, es niederlegt oder unfähig würde, es zu verwalten, so übernimmt der Vicepräsident seine Geschäfte; sollte aber auch einer dieser Fälle sich bei dem Vicepräsidenten ereignen, so muß der Kongreß durch ein Gesetz erklären, welcher Beamte die Stelle des Präsidenten vertreten soll. Derselbe soll alsdann das Amt des Präsidenten verwalten, bis die Unfähigkeit wieder gehoben oder ein neuer Präsident gewählt ist. — In einer bemerkenswerthen Rede, die Lincoln drei Tage vor seinem Tode gehalten und die mithin als sein politisches Testament gelten kann, wies er auf die Schwierigkeiten hin, welche die Negeremancipation noch bereiten werde. Wenn man die selbst im Norden noch herrschenden Vorurtheile betrachte, so könne man daraus folgern, welche Stellung 4 Millionen Freigelassene inmitten ihrer ehemaligen Herren einnehmen würden; so sehr er daher bedauere, daß man in Louisiana den Negern das Wahlrecht vorenthalte, so müsse man doch, um den großen Zweck in der Hauptsache zu erreichen, in Nebendingen nachgiebig sein; immerhin sei es besser, das Ei ausbrüten zu lassen, als es ungeduldig zu zerbrechen.

Die „Neue Freie Presse“ schreibt: „Die still gewordenen Freunde des Südens diesseits des Ozeans frohlocken vielleicht schon im Stillen über die politischen Konsequenzen der Washingtoner Katastrophe. Wie sie noch vor Kurzem die Union nach jeder Schlacht in tausend Stücke zerschlagen sahen, so hoffen sie vom Tode Lincoln's den Untergang der Freiheit in Nordamerika, die Militär-Diktatur und Alles, was nach europäischen Begriffen sich im Geleite derselben befindet. Diese Leute haben sich schon so oft geirrt, sie werden sich auch diesmal irren. Nach der Konstitution der Vereinigten Staaten tritt in einem Falle wie der vorliegende der gleichfalls auf 4 Jahre gewählte Vizepräsident an die Stelle des Präsidenten der Republik. Der gegenwärtige Vize-Präsident ist Andrew Johnson aus Tennessee, ein Mann von beiläufig 45 Jahren, der mit einer großen Energie der republikanischen Gesinnung außerordentliche geistige Begabung und unermüdliche Arbeitskraft verbindet. Senator Johnson war bis zur Präsidentenwahl im November vor. Jahres Gouverneur von Tennessee, auf welchem Posten er sich unter sehr schwierigen Verhältnissen durch Thatkraft auszeichnete. In Anerkennung seiner Verdienste in Tennessee wurde er zum Vize-Präsidenten gewählt. Er ist kein Mann der Kompromisse, des kalt abwägenden Verstandes und der versöhnenden Ruhe wie Lincoln. Selbst ein Mann des Südens, gehört er zu den Koryphäen der radikalen Partei und lodert in ihm etwas von den politischen Leidenschaften, die den gesammten Norden beim Anblick der Leiche Lincolns sicher erfaßt haben. Das Programm Johnson's sowohl in Bezug auf den Wiederaufbau der Union, als mit Bezug auf die auswärtige Politik, wird aller Wahrscheinlichkeit nach ein anderes sein, als das des gemäßigten Lincoln und des friedliebenden Seward, und namentlich hierin liegt das Unberechenbare des in so unerwarteter Weise herbeigeführten Wechsels in der Leitung der transatlantischen Großmacht.“

Verantwortlicher Redakteur: A. Hartmann.
Druck und Verlag der Stahel'schen Buch- und Kunsthandlung in Würzburg

Cours der Staatspapiere.

Oesterr.	5 pCt. Met. (Cp. i. S. b. R.)	—
„	5 pCt. Lomb. ditto. à 24	—
„	5 pCt. Engl. Met. v. 1852	$80^3/_8$ G.
„	5 pCt. Engl. Met. v. 1859	$78^5/_8$—$^1/_2$ G.
„	5 pCt. Venet. Coupon b. R.	$87^1/_4$ P.
„	5 pCt. Nationalanl. v. 1854	$68^3/_8$ G.
„	5 pCt. Metall. Obligation.	65 P.
„	$4^1/_2$ pCt.	58 G.
Preussen	$3^1/_2$ pCt. Staatsschuldsch.	—
Bayern	$4^1/_2$ pCt. Obl. 1jähr. dto.	$101^1/_2$ P.
„	$4^1/_2$ pCt. Obl. $^1/_2$jähr. dto.	$102^1/_4$ P.
„	4 pCt. Obl. 1jähr. dto.	$98^3/_4$ P.
„	4 pCt. Obl. $^1/_2$jähr. dto.	$98^5/_8$ P. $^1/_2$ G.
„	4 pCt. Obl. Ab.-R. dto.	$98^3/_8$ G.
„	$3^1/_2$ pCt. Obl. dto.	—
Württemb.	$4^1/_2$ pCt. Obl. b. Rothsch.	$104^1/_8$ G.
„	$3^1/_2$ pCt. Obl. dto.	$94^3/_4$ G.
Baden	$4^1/_2$ pCt. Obl.	—
„	$3^1/_2$ pCt. Obl. v. 1842	$91^1/_2$ P.
Gr. Hess.	$4^1/_2$ pCt. Obl.	—
„	4 pCt. Obl. b. Rothsch.	$101^1/_2$ P.
„	$3^1/_2$ pCt. Obl. dto.	$97^1/_4$ P.
Nassau	$4^1/_2$ pCt. Obl. dto.	$102^1/_4$ P.
„	4 pCt. Obl. dto.	$99^1/_4$ P.
„	$3^1/_2$ pCt. Obl. dto.	92 P.
Frankfurt	$3^1/_2$ pCt. Obl.	94 P.
„	3 pCt. Obl.	$91^1/_2$ P.
Spanien	3 pCt. inl. Sch. P. à fl. 2. 30	—
„	$2^1/_4$ pCt. . . .	—
Schweden	$4^1/_2$ pCt. Obl. à 105 Thlr.	$90^3/_4$ P.
N.Amerika	6 pCt. à 100Dr. 1881 D. $2^1/_2$	—
„	6 pCt. ditto r. 1882	$62^1/_2$—$^1/_8$ G.

Diverse Aktien.

Frankfurter Bank à fl. 500	$150^7/_8$ G.
K. K. Oesterr. National-Bankaktien	867—70 G.
Oesterr. Kreditbank-Aktien à fl. 200	201—202 G.
Bayer. Hypothekenb. Pfandbriefe 4 pCt.	$97^2/_4$ P.
Darmst. Bank 1. u. 2. Serie à fl. 250	229 P.
Weimarische Bank à Thlr. 100 . .	101 G.
Mitteldeutsche Kreditaktien . . .	$101^1/_2$ P.
Intern. Bank in Lux. à 250 Frs. à 28 kr.	—
Taunus-Eisenbahn à fl. 250 . . .	349 P.
Frankfurt-Hanauer-Eisenbahn . . .	102 P.
Oest. P.St.Eisb. 5pCt. 500 Fr. à 28 kr.	—
„ Elisab.-Eisenbahn 5 pCt. . .	$121^1/_2$ P.
Böhm. Westbahn-Aktien à fl. 200 6/7	—
Rhein-Nahe-Bahn 200 Thl. à 105 4pCt. Z.	$30^1/_2$ P.
Ludwigshafen-Bexbacher à 4 pCt. .	149 P.
dto. dto. Prior. à 4 pCt.	—
Pfälz. Maxb. b. Rothschild à $4^1/_2$ pCt.	$107^1/_4$ P.
Oest. St.-Eisenb. Prior.-Oblig. à 3 pCt.	$53^3/_8$ P.
Elisab.-Bahn Prior. 5 pCt. 6/7	$79^5/_8$ P.
Südd. Bank-Akt., 40 pCt. Einz.	$256^1/_2$ P.
Span. Handels- und Industrie . .	—
Bayr. Ostbahn à $4^1/_2$ pCt. volleinbez.	$113^5/_8$ P.
Bayer. Ostbahn mit 50 pCt. Einz.	$113^5/_8$ P.

Wechsel
in süddeutscher Währung.

Amst. fl. 100 k. S.	$100^7/_8$ P.
Antwerp. Frs. 200 k.S.	$94^5/_8$ G.
Augsb. fl. 100 k. S.	$99^3/_4$ G.
Berlin Th. 60 k. S.	$104^7/_8$ P.
Brem. 50 Th. Ld. k. S.	$97^5/_8$ P.
Brüssel Frs. 200 k. S.	$94^5/_8$ G.
Cöln Thlr. 60 k. S.	$104^7/_8$ P.
Hamb. MB. 100 k. S.	$88^1/_2$ P.
Leipzig Th. 60 k. S.	105 P.
London Lst. 10 k. S.	$119^1/_8$ G.
Lyon Frs. 200 k. S.	—
Mail. Frs. 200 . .	$94^3/_8$ G.
München fl. 100 k. S.	$99^5/_4$ P.
Paris Frs. 200 k. S.	$94^7/_8$ P.
Petersburg 60 S.-R.	—
Triest fl. 100 k. S.	—
Wien fl. 100 ö. W.	—
do. in öst. W. l. S.	$105^7/_8$ P. $^1/_8$ G.
Disconto . . .	$3^1/_2$ pCt. G.

Anlehens-Loose.

Oesterr. fl. 250 v. 1839	$146^1/_2$ G.
„ fl. 250 v. 1854 mit 4pCt.	80 P.
„ fl. 500 v. 1860 6/7	$88^1/_8$ P.
„ fl. 100 Eisb. L. v. 1858.	$135^3/_4$ G.
„ do. v. 1864.	$97^1/_2$ P.
Schwed. 10 Thlr. Loose	$9^3/_4$ P.
Badische fl. 50	—
Badische fl. 35	$53^1/_2$ P.

Kurhess. Thlr. 40 b. R.	$56^5/_8$ G.
Gr. Hessen fl. 50 b. R.	$140^1/_4$ P.
„ „ fl. 25 do.	—
Nassau fl. 25 bei Rothsch.	$35^3/_4$ P.
Sardinische Fr. 36 b. B.	—
Neuchateler 10 Frs.-Loose	—
Freiburger 15 Frs.-Loose	—
Mailänder 45 Frs. L. b. R.	$32^3/_4$ P.
St. Lüttich mit $2^1/_2$ pCt. Z.	$34^3/_4$ P.
Arab.-Gunzenh. fl. 7-L.	11 P. $10^3/_4$ G.

Frankfurt, 28. April. Die Börse war ruhig und für amerik. Fonds sehr fest gestimmt. Von österr. Sachen wurden Kreditaktien, in welchen sich ein bedeutender Stückmangel kundgibt, höher bezahlt und gesucht, die übrigen waren unverändert und geschäftslos. (Synd.)

An die
k. Hof- und Staatsbibliothek
1 N. Würzb. Ztg. München.

Neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht!

№ 119-20. | Vorausbezahlung: Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 1 fl. 30 kr. Bei Inseraten wird die dreispaltige Zeile in gewöhnlicher kleiner Schrift oder deren Raum im Hauptblatte mit 6 kr., im Anzeiger mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franco. | 62. Jahrgang. | Montag, 1. Mai 1865.

Andrew Johnson, Präsident der Vereinigten Staaten.

Der Berliner „Bank-Zeitung" gehen von einem, über die amerikanischen Zustände wohl unterrichteten Korrespondenten folgende Notizen über den jetzigen Präsidenten der Vereinigten Staaten zu, nach welchen derselbe denn doch in einem ganz anderen Lichte erscheint, als die bisherigen Nachrichten vermuthen ließen.

„Andrew Johnson, der jetzige Präsident der Vereinigten Staaten, ist von armen Eltern im Sklavenstaate Tennessee geboren. Er erlernte das Schneiderhandwerk und fand als Geselle Arbeit in Nashville, der Hauptstadt dieses Staates. Johnson muß ein anziehender junger Mann gewesen sein, denn obwohl der Standesunterschied in den Sklavenstaaten mindestens so scharf markirt ist, wie bei uns hier, so gewann er sich doch die Zuneigung und Liebe einer gebildeten und wohlhabenden jungen Dame, in deren elterlichem Hause er gewohnt. Von der Geliebten und späteren Frau lernte der Schneider Lesen und Schreiben. Seine Rührigkeit und Fähigkeit machte ihn bald in der Stadt bekannt und kaum großjährig geworden, wurde er zum councilman (Stadtverordneten) von Nashville gewählt. Rasch auseinander stieg er durch das Vertrauen des Volkes von einer Würde zur andern. Er war Mayor (Bürgermeister) der Stadt Nashville, mehrmals Abgeordneter in der Legislatur des Staates Tennessee und unmittelbar vor Ausbruch der Revolution Gouverneur dieses Staates. 1859 und 1860 wurde Johnson in den Kongreß der Vereinigten Staaten gewählt. Mit großer Energie trat er 1860 der Secessionsbewegung in seinem Staate entgegen; aber als er seine Bemühungen, Tennessee aus dem Strudel der Revolution zu retten, fruchtlos und selbst sein Leben gefährdet sah, verließ er Haus und Hof und begab sich nach Washington. Es sei noch hier bemerkt, daß er ein politischer Gegner Lincoln's, ein sog. „Demokrat" war, und die Theorie der „Republikaner", die Sklaverei dürfte nicht weiter ausgedehnt werden, für politische Ketzerei erklärte. Aber ein viel schlimmeres und staatsgefährlicheres Verbrechen schien ihm die Secession, der Austritt aus der Union. Darum trat er im Kongreß mit ungewöhnlicher Beredsamkeit für die Erhaltung des Bundes auf. Diese seine Reden im Kongreß lenkten die Aufmerksamkeit des Volkes auf den früheren Schneider, und von nun ab wurde der bis dahin nur in Tennessee bekannte Mann ein Liebling der Amerikaner. Die Repräsentanten des Hauses wählten ihn zum Sprecher, und als General Grant 1862 einen Theil von Tennessee den Händen des Südens wieder entrissen hatte, schickte Lincoln Johnson als Militär-Gouverneur nach Tennessee. Bei der Präsidentenwahl erinnerte sich das Volk des verdienstvollen Mannes und wählte ihn zum Vizepräsidenten."

Einem Rückblicke, welchen die „N. Fr. Ztg." über das vergangene Leben des jetzigen Präsidenten bringt, entnehmen wir:

„Johnson war seit einer Reihe von Jahren einer der Vertreter Tennessee's im Repräsentantenhause zu Washington. Im Anfang der fünfziger Jahre wurde er von der demokratischen Partei als Kandidat für die Stelle des Gouverneurs von Tennessee aufgestellt, und nach einem heftigen Wahlkampfe, trotz aller Anstrengungen der Whigpartei, die früher fast immer eine Mehrheit in Tennessee hatte, mit überwiegender Stimmenzahl gewählt. Ost-Tennessee nämlich, die Gebirgsgegend des Staates und sonst immer die Hauptfeste des Whigthums, wo Sklaverei fast gar nicht existirte, stimmte überwältigend für Andrew Johnson. Seine Antrittsbotschaft war ein Musterstück klarer, einfacher sachlicher Darstellung, und seine Verwaltung bildete einen der glücklichsten Zeiträume für Tennessee. Die Finanzen des Staates, die früher sehr im Argen gelegen, wurden geordnet, und die reichen Hilfsquellen dieses so schönen Landes erschlossen und entwickelt. Georgia stand an Bevölkerung und Macht allen Sklavenstaaten voran, ihm zunächst stellte sich Tennessee. — Nach Ablauf seiner Amtszeit als Gouverneur wurde Johnson von den gesetzgebenden Kammern seines Staates zum Senator der Vereinigten Staaten erwählt. Die Heißsporne unter den Sklavenhaltern suchten seine Erwählung zu hintertreiben, aber das Volk war für ihn

Feuilleton.

Abraham Lincoln.

Präsident der Vereinigten Staaten.
(Ermordet am 14. April 1865.)

Abraham Lincoln (sprich: Lincun) stammt von einer obscuren und armen Familie, und war von Jugend an darauf angewiesen, sich auf seine eigenen Kräfte und Hilfsquellen zu verlassen. Er schritt rasch von einer Beschäftigung zur andern, von den niedrigsten mechanischen Arbeiten allmählig zu solchen, welche die höchste Intelligenz erfordern.

Die Vorfahren Lincoln's waren Quäker und lebten in Pennsylvanien und Virginien. Im Jahre 1816 wanderte der Vater Thomas mit seiner Familie nach Indiana aus und gründete sich in Spencer County eine kleine Farm. Der Sohn Abraham, für sein Alter ungewöhnlich groß und kräftig, half hier bereits dem Vater bei der Fällung des Waldes und Klärung des Bodens, und diese harte Arbeit blieb auch für die nächsten zehn Jahre seine Beschäftigung. Abraham besuchte nur zeitweise eine in der Nachbarschaft damals neu begründete Schule, und die ganze Zeit zusammengerechnet, in welcher er diesen Unterricht genoß, betrug noch kein volles Jahr. Einen andern Unterricht durch Lehrer hat er niemals genossen; er hat alle Kenntnisse und alle Bildung, die er besitzt, nur durch eigne Bemühung errungen. Im Alter von 19 Jahren machte Abraham Lincoln auf einem Flachboot, als gemietheter Arbeiter, einen Ausflug herab nach Neu-Orleans. Sein Vater Thomas verlor damals sein kleines, mühsam begründetes Grundstück, indem er für einen Freund einen Schuldbrief unterschrieb. Die ganze Familie Lincoln verließ darum 1830 Indiana und wendete sich in den Staat Illinois, und hier erwarb Thomas in Coles County ein Stück Regierungsland, um sich eine neue Wirthschaft zu gründen. Der Sohn Abraham half das Wohnhaus der Familie errichten und fällte und spaltete die Fenzriegel, die zur Einzäunung des Wohnsitzes nöthig waren. Er führte bei dieser Arbeit die Axt mit einer solchen Kraft und Gewandtheit, daß er unter den Hinterwäldlern einen großen Ruf als „Fenzriegelspalter" erlangte, der noch jetzt nicht erloschen ist und ihn bei den kleinen Farmern und Arbeitern bis auf den heutigen Tag in Gunst erhalten hat. Der unternehmende Abraham Lincoln verließ 1831 seine nothdürftig angesiedelte Familie und begab sich nach Macon County (Illinois), wo ihn ein Herr Hawks mit der Anfertigung von 3000 Fenzriegeln beauftragte. Zu derselben Zeit machte er die Bekanntschaft eines andern Mannes, der ihn aufforderte, ein Flachboot zu bauen. Dieses Boot, mit Getreide und andern Lebensmitteln befrachtet, sollte den Sangamonfluß herab in den Illinois, aus diesen in den Mississippi und so weiter nach New-Orleans herabgeführt werden, wo man Fahrzeug und Ladung mit Nutzen zu verkaufen gedachte. Lincoln baute das Boot und trat dann auch mit demselben als „Kapitän" die Reise an. Er erreichte wohlbehalten New-Orleans, verkaufte dort Boot und Ladung und kehrte als Deckarbeiter auf einem Mississippidampfer in die Heimath zurück. Das Unternehmen ward noch einigemal wiederholt, und auch Lincoln gewann dadurch einige hundert Dollars.

Lincoln trat unterdeß auch als Buchführer bei demselben Manne ein, der in Neusalem einen Kaufladen und eine Mühle unterhielt. Im Jahre 1832 wurde zu Neusalem eine Freiwilligenkompagnie errichtet, die gegen die Indianer, welche unter dem gefürchteten Häuptlinge „Der schwarze Falke" Feindseligkeiten er-

und ihre Ränke scheiterten. Bis gegen das Ende des Jahres 1861 blieb er im Senat zu Washington. Von allen Südländern war er der trefflichste. Muthvoller, entschiedener und fester in der Treue als Crittenden von Kentucky hielt er im Saale des Senates das Banner der Union aufrecht, als Davis, Breckinridge, Toombs und Benjamin ihren Austritt anzeigten und die Secession der Südstaaten verkündigten. Vor dem Blitze seines Auges bebte selbst Davis, und der polternde Toombs wagte nicht, ihm mit einem Worte entgegenzutreten. — Als Grant und Rosenkranz Anfangs 1862 einen Theil von Tennessee eroberten, ernannte Präsident Lincoln sofort Johnson zum Brigadegeneral und Militärgouverneur von Tennessee. Unter seiner thatkräftigen Verwaltung ward Tennessee in rascher Entwicklung von einem abgefallenen Staate zu einem treuen Mitgliede der Union umgeformt. Der Norden blickte mit Stolz und Vertrauen auf den Südländer, der mit Gefahr seines Lebens und mit Aufopferung aller Kräfte für die Sache der Union wirkte und handelte; und als daher voriges Jahr die Konvention der Unionspartei ihn als Kandidaten für das Amt des Vizepräsidenten der Vereinigten Staaten aufstellte, begrüßte ein Ruf der Begeisterung diese Ernennung. Im November des Jahres 1864 wurden Lincoln und Johnson mit ungewöhnlich großer Mehrheit als Präsident und Vizepräsident erwählt, und seit dem Tode Lincoln's heißt kraft der Verfassung der Präsident der Vereinigten Staaten Andrew Johnson. Im Jahre 1812 geboren, der Sohn armer Eltern, hat sich Johnson durch angeborenes Talent und unerschütterliche Charakterstärke zur höchsten Ehrenstelle emporgeschwungen, die ein Bürger der Vereinigten Staaten erreichen kann. Was er bereits gethan hat, bürgt für das, was er thun wird. Er hat nicht jenen Gleichmuth, nicht jene Ruhe des Geistes, welche ein Hauptschmuck Lincoln's gewesen; aber er hat Lincoln's Einfachheit, seinen Biedersinn, seine Geradheit, seine Offenheit, seine Ehrlichkeit, seinen Patriotismus, und er hat unendlich mehr Ernst und Kraft des Charakters. Wer, wie der Schreiber dieser Zeilen, ihn persönlich und genau kennt, der darf mit Zuversicht prophezeien: wenn die Geschichte die Namen der großen Männer, welche Präsidenten der Vereinigten Staaten waren, dereinst mit Ruhm und Ehre nennt, so wird bei den Namen Washington, Adams, Jefferson, Monroe, Jackson und Lincoln der Name Andrew Johnson nicht fehlen."

Die Art, wie sich A. Johnson am 4. März in sein Amt einführte, war wenig würdig. Hören wir übrigens hierüber das Urtheil eines amerikanischen Blattes, der „Illinois Staatszeitung". Sie schreibt am 22. März: „In den letzten Tagen hallte die Presse des Landes, vor allem die „demokratische", aber auch ein Theil der republikanischen, wieder von den heftigsten Angriffen auf den Vicepräsidenten Johnson, weil er bei der Inauguration betrunken gewesen sein soll. Wir konnten uns nicht entschließen, in das wilde Verdammungsgeschrei gegen Johnson einzustimmen, so sehr wir auch sein Benehmen bei der Inauguration, wenn die Berichte darüber wahr sind, verdammen müssen. Denn wir konnten keinen Augenblick vergessen, daß dieser Mann schon in der trübsten und düstersten Zeit, wo auch die meisten nördlichen Staatsmänner den Muth und den Glauben an die Union verloren hatten, als Senator des Sklavenstaats Tennessee mit wahrhaft erhabenem Heroismus für die Union in die Schranken trat. Wir konnten nicht vergessen, daß er im Winter von 1860 auf 1861 im Senatssaale zu Washington dem damaligen Senator Jefferson Davis, vor welchem damals noch ein großer Theil der nördlichen Staatsmänner kroch, die Worte zudonnerte: „Wäre ich Präsident der Vereinigten Staaten, so würde ich Sie als Verräther festnehmen und als Verräther prozessiren lassen, und im Fall Ihrer Verurtheilung würde ich Sie, beim Ewigen, hängen lassen." Wir konnten nicht vergessen, wie derselbe Andrew Johnson als Militärgouverneur von Tennessee beim Rückzug des Generals Buell im September 1862 die von diesem General projektirte Uebergabe Nashville's durch seine heroische Haltung vereitelte, wie er „sich lieber unter Nashville's Trümmern begraben, als vor Bragg fliehen wollte." Wir konnten nicht vergessen, mit welcher Kraft und Freiheitsliebe er seither den Staat Tennessee unter den schwierigsten Verhältnissen regierte, mit welchem Eifer und mit welch edler Humanität gegen die armen Schwarzen er seither und bis in die letzten Wochen für Emanzipation gewirkt hat. Und wir konnten auch nicht vergessen, mit welchem Eifer und mit welchem Talent er sich aus den ärmlichsten Verhältnissen zu seiner spätern Größe emporarbeitete, und wie berechtigt bei ihm der Plebejerstolz ist. Diese Erwägungen und Gefühle verhinderten uns, wie gesagt, an dem allgemeinen Verdammungsurtheile uns zu betheiligen. Auch sträubte sich unser Innerstes dagegen, die Anklage in ihrem ganzen Umfang zu glauben, und wir hofften immer, da oder dort auf Gründe zu stoßen, die uns das Benehmen Johnsons bei der Inauguration menschlich erklären würden, und in deren Licht er nicht als der Tiefgefallene, Verabscheuungswürdige er-

öffnet hatten, zu Felde ziehen sollte. Gegenüber von mehreren Concurrenten um die Würde wurde Lincoln zu seiner eigenen Ueberraschung von der Mannschaft zum Hauptmann gewählt. Man schätzte ihn bereits als ebenso energischen wie besonnenen Charakter. Lincoln hat später selbst geäußert, daß ihm gerade diese Erhebung mehr als die übrigen Erfolge seines Lebens Freude gemacht habe. Der Feldzug dauerte 3 Monate, es ist aber nicht bekannt, ob das Corps und sein Anführer zu Großthaten Gelegenheit hatten. Nach seiner Rückkehr, noch in demselben Jahre, wurde er in seinem County von den Whigs als Candidat für die Legislatur des Staats aufgestellt, er fiel aber durch, weil die Majorität der Wähler aus Demokraten bestand. Lincoln wandte sich jetzt dem Handel zu und gründete in Gemeinschaft mit einem Andern zu Neusalem einen Kramladen. Das Geschäft vermochte jedoch nicht zu prosperiren. Der Associé wollte zur Hebung desselben durchaus Schnapsausschank treiben, was Lincoln verweigerte. Er war nämlich von jeher ein Anhänger des Enthaltsamkeitsprinzips und hat niemals von geistigen Getränken noch von Tabak Gebrauch gemacht. Der Associé übernahm am Ende den alleinigen Betrieb des Kramladens und richtete das Geschäft in kurzer Zeit gänzlich zu Grunde. Lincoln verlor dabei nicht nur alle seine Ersparnisse, sondern wurde auch für eine Schuldenlast von 1100 Dollars verantwortlich.

Lincoln begriff, daß er als gemeiner Arbeiter, mit der Axt in der Hand, kaum jemals die Schuld würde tilgen können, und dieser Umstand bewog ihn um so mehr, sich einen höhern und gewinnreichern Lebensberuf zu suchen. Das Unglück, statt ihn zu beugen, regte alle geistigen Kräfte des Mannes auf. Er wurde zunächst Postmeister in Neusalem, und zugleich legte er sich auf das Studium der Jurisprudenz. Da er zu arm war, um sich Bücher zu kaufen, borgte er sich dieselben bei einem benachbarten Rechtsgelehrten. Abends holte er sich das Buch, in welchem er während der Nacht studiren wollte, und am frühen Morgen trug er dasselbe zurück, weil es sein gütiger Freund am Tage vielleicht selbst brauchen konnte.

Zu solchen Anstrengungen gehörte nicht nur große Willenskraft, sondern auch eine körperliche Constitution, wie sie nur Lincoln besaß. Er war damals, wie später sein großer politischer Gegner Douglas in einer Volksversammlung erzählte, ein Läufer ohne Gleichen und besiegte Jeden im Ringkampf. Bei den Pferderennen und Boxerkämpfen in der Umgegend pflegte man ihn zum Präsidenten zu wählen, und er versah dieses Amt mit einer Würde und Unparteilichkeit, die stets über alles Lob erhaben war. Im Jahre 1834 wurde er in die Legislatur von Illinois gewählt, und in den Jahren 1836, 1838 und 1840 erfolgte seine Wiederwahl. Er hielt zur Whigpartei und zeichnete sich auf der Tribüne durch eine einfache, klare, gewandte und eindringliche Beredtsamkeit aus.

Inzwischen hatte Lincoln schon im Jahre 1836 die Erlaubniß zur juristischen Praxis erhalten, und im April 1836 war er nach Springfield übergesiedelt, der Hauptstadt des Staates Illinois, wo er in Gemeinschaft mit dem Mayor F. Stuart als Rechtsconsulent ein Bureau eröffnete. Er heirathete auch zu dieser Zeit eine Kentuckyerin, eine einfache, fleißige Hausfrau, die ihm mehrere Kinder geschenkt hat. Rasch stieg er in seinem advokatorischen Berufe zu Ansehen und insbesondere erlangte er Ruf als geschickter Anwalt in den Juryverhandlungen. Ohngeachtet einer ausgebreiteten Praxis zog er sich doch nicht von der Politik zurück, sondern blieb noch für eine Reihe von Jahren ein hervorragender Führer der Whigpartei in Illinois. Im Jahre 1846 wurde Lincoln zum Abgeordneten in den Congreß gewählt und er nahm im Dezember 1847 seinen Sitz im Repräsentantenhause ein. Er erwies sich hier als ein entschiedener Antisclavereimann und unterstützte alle Anträge und Petitionen, die auf Einschränkung des Sclavenwesens hinausliefen. Im Hinblick auf die Sclavenangelegenheit war er auch ein Gegner der Annexion von Texas, stimmte jedoch für das Anleihegesetz, durch welches die Regierung ermächtigt wurde, die Kosten des mexicanischen Krieges zu bestreiten. Im Jahre 1848 war er Mitglied der Nationalconvention der Whigpartei und betrieb mit Eifer die Erwählung des seiner Partei angehörenden Generals Taylor zum Präsidenten. Sodann trat er 1849 bei der Wahl für den Vereinigten-Staaten-Senat als Candidat auf, erlag aber gegen den General Shields, weil in

scheinen würde, den eine aufgeregte und zum Theil pharisäische Presse aus ihm machen wollte."

(Amtliche Nachrichten.) **München**, 28 April. Vom Staatsministerium der Justiz wurde auf die Stelle des Vertreters der Staatsanwaltschaft am k. Landger. Berneck der Vertreter der Staatsanwaltschaft am k. Landg. Naila, A. Stenglein und der Vertreter der Staatsanwaltschaft am k. Landger. Thiersheim, Rechtspraktikant G. Poller, an das k. Landger. Naila versetzt, als Vertreter der Staatsanwaltschaft am k. Landger. Thiersheim der Bezirksger.-Accessist G. Endres zu Ansbach und als Vertreter der Staatsanwaltschaft am k. Landger. Cham der Bezirksger.-Accessist G. Frank zu Regensburg aufgestellt, dann der Vertreter der Staatsanwaltschaft am k. Landger. München l. J., Rechtspraktikant Fr. Frhr. v. Lüpin, an das k. Landger. München r/J. und der Vertreter der Staatsanwaltschaft an diesem Gerichte, Rechtspraktikant S. Bodensteiner, an das k. Landger. München l. J. versetzt.

Der besondere Ausschuß der Abgeordnetenkammer zur Prüfung des Gesetzentwurfs über die Behandlung der Entwürfe für die neue soziale Gesetzgebung hat, nach dem nun vorliegenden Bericht des Referenten Dr. Edel, an dem Regierungsentwurf eine Reihe von Veränderungen vorgenommen, welche zwar dessen Grundgedanken und Grundanlage nicht berühren, demselben aber doch eine wesentlich verschiedene Gestalt geben. Zwei Zusätze zu Art. 5 (in der neuen Fassung Art. 4), welche den Ausschüssen in Bezug auf ihre Konstituirung erweiterte Befugnisse beilegen, lauten: „Bezüglich der Beurlaubung von Ausschußmitgliedern, der Beschlußfassung auf Gesuche um Bewilligung des Austrittes aus dem Ausschusse und der Einberufung von Ersatzmännern stehen in Abwesenheit der Kammern den Vorsitzenden der Ausschüsse die Befugnisse der Kammerpräsidien, den Ausschüssen die Befugnisse der Kammern zu." . . . „Hat sich ein Mitglied des Ausschusses der zweiten Kammer einer Neuwahl unterworfen, so ist jener Ausschuß auch zur vorläufigen Prüfung des Wahlergebnisses befugt." Der zweite Zusatz, von Dr. M. Barth beantragt, ist durch einen speziellen, den jüngsten Gesetzgebungsausschuß betreffenden Fall veranlaßt, welcher Ausschuß durch Beförderung im Staatsdienste und dadurch nothwendig gewordene Neuwahl eines höchst schätzbaren (seitdem verstorbenen Mitgliedes beraubt worden war. Dieser Zusatz ist unbedingt zweckmäßig; dagegen scheinen die in dem ersten Zusatz den Ausschüssen vindizirten Befugnisse der Bewilligung längerer Beurlaubungen und des Austritts nicht unbedenklich. Sämmtliche Aenderungen (fast durchgängig von dem Referenten Dr. Edel beantragt) sind übrigens von den Vertretern der Staatsregierung gutgeheißen worden. Ebenso wurden die Beschlüsse des Ausschusses alle einstimmig gefaßt.

Wien, 29. April. Das Unterhaus beendete die Berathung des Budgets des Staatsministeriums, das im Wesentlichen nach den Ausschuß-Anträgen angenommen wurde. Für den allgemeinen Dispositionsfond wurden dem Ausschuß-Antrag gemäß 200,000 fl. bewilligt. Tschabuschnigg hatte gegen jede Bewilligung für den Dispositionsfond gesprochen, Becher und Herbst für den Ausschuß-Antrag. Szabel hatte die Bewilligung von 400,000 fl. beantragt, welchem Antrage Hr. v. Schmerling beigetreten war. Vor dem Schluß der Sitzung legte die Regierung den Berliner Zollvertrag zur verfassungsmäßigen Behandlung vor.

Wien, 29. April. Die „Wiener Abendpost" vernimmt: „Die österreichische Regierung hat nach der Ermordung Lincoln's dem hiesigen amerikanischen Gesandten und durch die österreichische Gesandtschaft in Washington ihre tiefe Theilnahme an dem unglücklichen Ereignisse ausgesprochen und die Hoffnung, daß diese verabscheuenswerthe That weder auf die Herstellung des innern Friedens der Vereinigten Staaten noch auf die freundlichen Beziehungen zu den Mächten des Auslandes nachtheiligen Einfluß ausüben werde.

Berlin, 28. April. Vor der Tagesordnung nimmt Löwe das Wort, um die Aufmerksamkeit auf die erschütternde Nachricht vom Meuchelmorde Lincoln's zu richten. Er empfiehlt, die Mitglieder des Hauses, nicht das Haus, möchten eine Adresse an jenes Volk richten, das für die Menschlichkeit wacker gestritten. Die Unterzeichnung der Adresse bleibe Einzelnen überlassen. Er schließt mit den Worten: Ich neige mein Haupt vor dieser einfachen Größe, vor diesem bescheidenen Mann, der seine höchste Aufgabe darin erkannt, der erste und treueste Diener seines Volkes zu sein. Die Mitglieder, ausgenommen die Konservativen und die Mehrheit der Katholiken, erheben sich. Wagener motivirt das Sitzenbleiben der Konservativen. Die ganze Demonstration überschreite die Kompetenz des Hauses. Seine Fraktion theile die Hochachtung vor Lincoln. Einer auf anderem Wege vorgeschlagenen Adresse hätten sich die Konservativen angeschlossen. Graf Schwerin kann in Löwes Vorgehen keine Demonstration erblicken.

Die „N. Fr. Presse" bringt einen Artikel aus der Feder eines preußischen Abgeordneten, unter dem Titel: „Deutsche Professoren und Bismarks Politik." Der Aufsatz fällt eine bittere

---

der Legislatur von Illinois die demokratische Partei das Uebergewicht hatte.

Nach Ablauf der Kongreßzeit wandte sich Lincoln wieder seiner Berufsthätigkeit zu. Erst 1854 erschien er wieder in der politischen Arena. Es geschah dies unter den gespanntesten Parteiverhältnissen. Die demokratische Partei, die ursprünglich die Volksfreiheit gegen aristokratische Gelüste vertheidigt und seit Jefferson mit geringen Ausnahmen die Oberhand in der Union gehabt hatte, war im Laufe der Jahre mehr und mehr zum bloßen Werkzeug der südlichen Sklavereipartei herabgesunken und damit in innere Demoralisation, Auflösung und Zersplitterung verfallen. Ihr gegenüber konnte sich so seit 1854 hauptsächlich im Norden und Nordwesten der Union eine neue große Partei bilden, welche den Namen der republikanischen erhielt und die allmälig Alles umfaßte, was sich gegen das Vordringen des Sklavenwesens und den Egoismus und Terrorismus der südlichen Sklavenhalter eingenommen fühlte. Die neue Partei stellte sich zum Ziel, die Macht der Bundesregierung und die Rechte der einzelnen Staaten in ein rechtes Verhältniß zu bringen, d. h. sie wollte die Bundesregierung befähigen, im Interesse der Erhaltung des Ganzen das Uebergewicht der Sklavenstaaten und die weitere Ausbreitung der Sklaverei niederzuhalten. Auch gegen die Angriffsprojekte auf Cuba, Mexiko und Centralamerika, die eben nur den Fortschritt des Sklavenwesens bezweckten, erklärte sich die Partei.

Im Mai 1860 trat die republikanische National-Konvention zu Chicago in Illinois zusammen, und aus ihren Abstimmungen ging einige Tage später Lincoln als ihr Präsidentschaftskandidat hervor. Es gelang diesmal den vereinten Anstrengungen der Republikaner, die schließliche Wahl Lincoln's zum Präsidenten der Union durchzusetzen.

Am 20. Novbr. 1860 wurde in Folge von Lincoln's Wahl in Springfield ein großes Fest gefeiert, bei dem es zu bedeutsamen Demonstrationen kam. Lincoln selbst sprach sich bei dieser Gelegenheit zwar nur in allgemeinen Ausdrücken, aber doch in versöhnlicher und besonnener Weise aus, in soweit sich seine Aeußerungen auf die den Frieden der Union bedrohende Agitation im Süden bezogen. Dennoch konnte sein hier wie anderwärts gemäßigtes Auftreten den Abfall, die Secession, der südlichen Sklavenstaaten unter dem Vortritt Südcarolina's nicht hindern. Der gegenseitige Haß der sich für oder gegen die Sklavensache erklärenden Parteien hatte das Zerfallen der Union in eine südliche und nördliche Hälfte schon lange befürchten lassen, nur war der entschiedene Bruch durch die Nachgiebigkeit der nördlichen Staaten und die Schwäche des Präsidenten hinausgeschoben worden. Die Antrittsrede Lincoln's, obwohl große Mäßigung athmend, sprach doch klar und nachdrücklich den Entschluß aus, die Unverletzlichkeit der Union aufrecht zu erhalten. Der neue Präsident gab eine entschiedene Erklärung gegen die Akte und Beschlüsse der südlichen Staaten, obschon er die Konzession machte, daß er bereit sei, ein wirksames Gesetz in Bezug auf flüchtig gewordene Sklaven — ein wesentlicher Punkt in den Beschwerden der Südstaaten — zu veranlassen.

Die Südstaaten erlangten die Abtrennung; der Krieg brach aus, in Richmond versammelte sich ein Gegenkongreß und ein Gegenpräsident. Nach vierjährigem Kampfe wurde Richmond erobert und wenige Tage nachher Lincoln ermordet.

Lincoln war ein Mann von fast riesenhafter Gestalt; er maß 6 Fuß 4 Zoll englisch Maß. Sein Körper erschien nicht voll und muskulös, sondern vielmehr hager; seine Arme waren lang, aber nicht außer Verhältniß zu seiner Länge. Er ging langsam und bedächtig einher, den Kopf geneigt, die Hände auf dem Rücken. Auf seine Kleidung legte er wenig Werth; obwohl immer sauber, richtete er sich doch nicht nach der Mode. In seinen Manieren war er einfach und herzlich. Im geselligen Verkehr erzählte er gern und mit Erfolg Anekdoten. Seine Höflichkeit war aufrichtig, nie berechnet und aufdringlich. Seine Freunde grüßte er mit einem warmen Schütteln der Hand und einem noch freundlicheren Lächeln. Seine Gesichtszüge verliehen einen bedeutenden Charakter, waren aber nicht hübsch. Sein Haar war schwarz und dünn, sein Kopf wohlproportionirt. Seine Nase war römisch, sein Mund breit, seine Gesichtsfarbe gebräunt.

Abraham Lincon war der sechzehnte in der Reihe der nordamerikanischen Präsidenten.

Kritik über die Wandlungen in den politischen Ueberzeugungen, welche die Professoren v. Treitschke, Mommsen, Sybel und einige andere bekundeten. Diese Herren sprachen sich erst jüngst für ganze oder wenigstens nur verhüllte Annexion der Herzogthümer an Preußen aus. Die Kernstelle ist wohl folgende: „Hr. v. Sybel hielt vor Jahresfrist eine große Rede im Haus der Abgeordneten, in welcher der „Herzog ohne Land“ als „stark durch sein Recht“ verherrlicht wurde. Hr. Mommsen erklärte vor Jahresfrist — die „Rhein. Ztg.“ hat ihn ausdrücklich daran erinnert — bei einem öffentlichen Anlaß jeden für einen „Schurken,“ der nicht für den Augustenburger sei. Hr. v. Treitschke hat seinen bekannten Aufsatz für die Annexion selbst mit der Erklärung eingeleitet: er nehme seinen nicht lange vorher geschriebenen Aufsatz gegen die Annexion hiemit zurück. Wandlungen also, mehr oder minder vollständige Wandlungen, in einer der wichtigsten Fragen der nationalen Politik, Wandlungen bei völlig unveränderter Rechtsbasis für Schleswig-Holstein, Wandlungen bei völlig unveränderten Rechts- und Verfassungszuständen in Preußen, Wandlungen bei völlig gleicher Aussichtslosigkeit aller wirklich nationalen Hoffnungen, deren Ausdruck deutsches Parlament heißt — wahrlich, so etwas leistet man nur in Deutschland, und in Deutschland leisten es nur Professoren.“

Flensburg, 29. April. Die „Nordd. Ztg.“ veröffentlicht eine vom 18. April datirte Zirkular-Verfügung des Hrn. v. Bismarck an die preußischen Konsularagenten des Hauptinhalts: „Da die Herzogthümer in den Mitbesitz Preußens gelangt sind, so haben sie Anspruch auf den Beistand der preußischen Konsuln. Wo an demselben Orte österreichische Konsulate bestehen, da bleibt den Bewohnern der Herzogthümer die Wahl. Wenden sie sich an preußische Konsuln, so haben Letztere sich ihrer wie preußischer Angehöriger anzunehmen. Die Schiffe der Herzogthümer haben aber auch dann Anspruch auf den Beistand der preußischen Konsulate, wenn sie unter der österreichischen oder unter der preußischen Flagge der Herzogthümer fahren.“

London, 27. April. Das vom Schatzkanzler Gladstone vorgelegte Budget weist gegenüber 70,313,000 Pf. St. Einnahmen, 66,462,000 Pf. St. Ausgaben und also einem Ueberschuß von 3,851,000 Pf. St. in diesem Jahr, im Voranschlag für's nächste Jahr 70,170,000 Pf. St. Einnahmen, 66,139,000 Pf. St. Ausgaben und einen Ueberschuß von 4,031,000 Pf. St. nach. Der Schatzkanzler beantragt, den Theezoll auf 6 Pence, die Einkommensteuer um 2 Pence und außerdem die Steuerversicherungs- und mehrere andere Stempeltaxen herabzusetzen. Der Totalbetrag dieser Reduktionen würde 3,778,000 Pf. St. sein und somit ein Ueberschuß von 253,000 Pf. St. bleiben.

Nizza, 27. April. Das Leichenbegängniß des russischen Thronfolgers fand gestern Abends in imposanter Weise statt. Eine unermeßliche Menschenmenge war herbeigeströmt, um den Zug zu sehen. Der Leichenwagen war mit der Kaiserkrone geschmückt und mit 8 Pferden bespannt. Der Kaiser half selber die Leiche seines Sohnes in den Sarg und auf den Wagen bringen, und folgte mit den Prinzen demselben zu Fuß. Die Kaiserin und die Prinzessinnen saßen in Wagen. Bei Ankunft des Zuges in der Kirche wurden die Kanonen gelöst. Das Publikum wird heute und morgen in die Kirche eingelassen, und morgen Abends die Leiche mit demselben Gepränge an Bord des „Alexander Newski“ gebracht. — Die Königin von Dänemark ist gestern mit ihren Kindern abgereist.

Die Ankunft amerikanischer Blätter vom 15. d., welche längere Berichte über die Bluthat in **Washington** enthalten, macht es möglich, die bisher bekannt gewordenen Thatsachen zu vervollständigen. Es war ein Viertel nach acht Uhr am Abend des 14. April, als der Präsident Lincoln mit seiner Gemahlin zum Ford'schen Theater fuhr, in welchem die (englische) Komödie Our American Cousin gegeben wurde. Der Sprecher des Repräsentantenhauses, Herr Colfax, war zur Zeit im Weißen Hause und der Präsident bemerkte ihm gegenüber, er ginge nur, weil die Zeitungen schon mitgetheilt hätten, daß er und General Grant der Vorstellung beiwohnen würden, und obwohl General Grant inzwischen nach New-Jersey abgereist, wünschte er, die Erwartung des Publikums doch nicht ganz zu täuschen. Er ging mit offenbarem Widerstreben und lud Colfax dringend ein, ihn zu begleiten. Doch hatte Letzterer anderweitige Abhaltung und sie trennten sich mit „Gute Nacht.“ Als der Präsident das Schauspielhaus erreichte, und mit seiner Gemahlin, mit einer befreundeten Dame Fräulein Harris und deren Stiefbruder Major Rathburn seine Privatloge betrat, war das Haus bereits dicht gefüllt. Während einer dem Eintritte eines der Schauspieler vorangehenden Pause im 3. Akte fiel ein Pistolenschuß, der aber im ersten Momente wenig beachtet ward, da das Publikum der Meinung war, er gehöre zum Stücke. Ein Aufschrei der Frau Lincoln erst lenkte die Aufmerksamkeit auf die Loge des Präsidenten und brachte das Publikum zu dem schrecklichen Bewußtsein, was der Knall zu bedeuten gehabt. Im gleichen Momente erschien an der Vorderseite der Loge, welche im zweiten Range war, ein Mensch, der, einen langen Dolch in der Rechten schwingend, den Ausruf that: „Sic semper tyrannis!“ und mit einem Satze auf die Bühne herabsprang. Ein Herr folgte ihm aus einem Orchestersitze, um ihn zu fassen; doch gelang es dem Mörder, welcher offenbar mit der Oertlichkeit vertraut war, durch eine Thüre im Hintergrunde zu entwischen. Der Schrecken, die Aufregung im Theater waren furchtbar; von einer Weiterführung des Stückes konnte natürlich keine Rede sein. Die Menge stürzte nach des Präsidenten Loge hin, wurde aber von dem Rufe abgehalten: „Zurück, zurück! Laßt ihm Luft! Hat Jemand Reizmittel?“ Eine in Hast angestellte Untersuchung ergab, daß der Präsident einen Schuß in den Kopf erhalten hatte, oberhalb und unterhalb des Schläfenbeines, und daß Gehirnmasse hervorgedrungen war. Der Bewußtlose ward in ein dem Theater gegenüber liegendes Privathaus gebracht, wohin der General-Chirurg der Armee und andere Aerzte berufen wurden. Bei angestellter Nachforschung fand man in der Loge auf dem Teppich ein einläufiges Taschenpistol und einen Hut. Die Kunde des schrecklichen Ereignisses verbreitete sich in der Stadt mit Windesschnelle. Eine unzählige Volksmenge sammelte sich vor dem Hause, in welchem der verwundete Präsident lag. Um Mitternacht hatten sich eines nach dem andern die Mitglieder des Kabinets eingefunden, und neben ihnen umstanden Farnsworth, Colfax und einige persönliche Freunde das Lager des Sterbenden, die Minister in Thränen gebadet, Herr Stanton neben dem Bette knieend und wie ein Kind weinend, Hr. Charles Sumner in tiefer Bewegung die rechte Hand Lincoln's haltend. Die Aerzte boten ihre ganze Kunst auf, doch vergeblich. Die Blutung des Hinterkopfes war nicht zu stillen; der Präsident lag da, völlig ohne Besinnung und langsam athmend. Hoffnung war unmöglich. Der Abschied der Familie von dem hingemordeten Gatten und Vater läßt sich nicht beschreiben. Morgens kurz vor halb acht Uhr hörte das edelste Herz der Republik zu schlagen auf. Die Straßen der Stadt boten einen wilden Anblick dar; der Schrecken war kurz nach der Erschießung des Präsidenten noch erhöht worden durch die Nachricht, daß auch Hr. Seward von Mörderhand angefallen worden war. Tiefer Schmerz und heftige Entrüstung gaben sich in den Ausrufen der Volksmassen kund.

Verantwortlicher Redakteur: A. Hartmann.
Druck und Verlag der Stabel'schen Buch- und Kunsthandlung in Würzburg

Schuldverschreibungen von Standesherren und Privaten.

Frankfurter Börse.

4	pCt.	Herz. Lucca, alte b. Rothsch.	G.—	P.74
4	„	„ do. neue b. „	—	90
$3\frac{1}{2}$	„	Landgräfl. H.-Homb. b. „	—	94
$3\frac{1}{2}$	„	Fürstl. Löwenst.-Werth. (bad.)	—	94
$3\frac{1}{2}$	„	do. (bayer.)	—	—
$3\frac{1}{2}$	„	„ Fürstenberg b. Rothsch.	92	—
$3\frac{1}{2}$	„	„ „ „	—	—
$3\frac{1}{2}$	„	„ Leiningen P. N. Schm.	$95\frac{1}{2}$	—
3	„	„ „ „	84	—
4	„	„ Oettingen-Wallerstein	—	99
4	„	„ Esterhazy P. Galantha	$61\frac{1}{2}$	62
$3\frac{1}{2}$	„	„ Isenburg-Birstein b. R.	—	$98\frac{1}{2}$
4	„	„ Schwarzenberg	71	—
4	„	„ Palffy b. Arnst. u. Eskel.	—	$71\frac{1}{2}$
4	„	Gräfl. Erbach-Fürstenau b. S.	—	99
4	„	„ Palffy, Ferd. Leop., b. S.	61	—

4	pCt.	Gräflich St. Genois b. Schm.	G.—	P.70
4	„	„ Szapary b. Rothsch.	—	50
4	„	„ Schönborn b. Schm.	61	—
4	„	„ Sandor b. Rothsch.	60	—
4	„	„ Strachwitz b. Schm.	—	50
4	„	„ Hugo Eltz	—	85
4	„	„ Viczay b. Rothsch.	60	—
4	„	„ Nizky b. Rothsch.	—	—
4	„	„ Hunyady b. Rothsch.	—	—
$4\frac{1}{2}$	„	„ Batthyany Joh. Bapt.	72	—
$4\frac{1}{2}$	„	„ Batthyany Gustav	—	71
$4\frac{1}{2}$	„	„ Orczy b. Schmidt	71	—
$4\frac{1}{2}$	„	„ Sztaray „	—	74
$4\frac{1}{2}$	„	„ Karoly bei Biedermann	—	70
$4\frac{1}{2}$	„	„ Pejacsevich b. Schuller & Co.	68	—

Anlehens-Loose.

Fürstl. Esterhazy 40 fl. Loose	—.——.—
„ Windischgrätz 20 fl. Loose	17.75—18.25
„ Salm-Reifferscheid 40 fl. L.	31.——31.50
„ Palffy 40 fl. Loose	27.——27.50
„ Clary 40 fl. Loose	26.75—27.25
Gräflich Keglevich 10 fl. Loose	14.50—15.—
„ Waldstein-Wartenb. 20 fl. L.	19.50—20.—
„ St. Genois 40 fl. Loose	27.——27.50
Stadt Triester 100 fl. Loose	115.——116.—
Donau-Dampfschifff. 100 fl. L.	85.75—86.25
Dessauer 100 Thlr.-Loose	———

An die
k. Hof- und Staatsbibliothek
N. Würzb. Ztg. München.

Neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht!

№ 121. | Vorausbezahlung: Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 1 fl. 30 kr. Bei Inseraten wird die dreispaltige Zeile in gewöhnlicher kleiner Schrift oder deren Raum im Hauptblatte mit 6 kr., im Anzeiger mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franco. | 62. Jahrgang. | Dinstag, 2. Mai 1865.

München, 29. April. In der heutigen Sitzung des zweiten und ersten Ausschusses der Kammer der Reichsräthe erstattete nach dem soeben erschienenen Protokoll der Referent Frhr. von Thüngen Vortrag über den Gesetzentwurf bez. der Abkürzung der Finanzperioden, dessen Annahme er beantragte. Bei der allgemeinen Diskussion ergriff zuerst der Reichsrath Frhr. v. Aretin das Wort und äußerte: Niemand (?) habe eine Abkürzung der Finanzperioden auf 2 Jahre erwartet, und er sehe auch in den Motiven der k. Staatsregierung keinen genügenden Grund, warum dieselbe in dem vorliegenden Entwurf nicht den bisherigen Verfassungstermin für die Berufung der Landtage von 3 Jahren festgehalten habe; auch die Aufhebung des bisherigen Etatsjahres und Einführung des Kalenderjahres scheine ihm namentlich bezüglich der Brau- und Oekonomie-Rechnungen des Staates Schwierigkeiten zu bereiten. Der Redner brachte amendementsweise einen Gesetzentwurf in Vorschlag, welcher in lediglich drei Artikeln die Einführung dreijähriger Budgetperioden, beginnend mit der IX. Finanzperiode, und mit Beibehaltung des 9monatlichen Termins zur Vorlage des Budgets bestimmt. Reichsrath v. Bayer bemerkt, er habe vor 2 Jahren gegen den Antrag der Kammer der Abgeordneten auf Abkürzung der Finanzperioden gestimmt, nicht deßwegen, weil er von der Kammer der Abgeordneten gebracht worden, sondern aus objektiven Gründen, weil er in der Vermehrung der Landtage eine Schwächung der Regierungsgewalt erblicken müsse. Weder die Motive des Gesetzentwurfes noch die Bemerkungen des Herrn Referenten hätten dieses Bedenken gehoben. Man könne ihm nur vorwerfen, daß er zu ängstlich sei, die Zukunft allein könne hierüber entscheiden. Graf Arco-Valley äußert: Er habe vor zwei Jahren in der Diskussion über den damaligen Antrag erklärt, die königliche Staatsregierung sei am Besten in der Lage, zu entscheiden, ob eine Abkürzung der Finanzperioden Bedürfniß sei oder nicht, und er würde daher deßfalls die Initiative der königlichen Staatsregierung abwarten. Dieselbe sei jetzt erfolgt, daher werde er auch jetzt für den Gesetzentwurf stimmen. Nachdem hierauf die Staatsminister des Aeußern und der Finanzen den Standpunkt der Staatsregierung bezeichnet und in politischer wie in finanzieller Beziehung die Gründe angeführt hatten, welche die Abkürzung der Finanzperioden auf zwei Jahre nicht nur für das Land als sehr zweckmäßig, sondern auch für die Regierungsgewalt als kräftigend und nützlich erscheinen ließen, äußerten sich noch die Reichsräthe Fürst v. Hohenlohe, Graf v. Lerchenfeld, v. Niethammer und v. Maurer im Sinne des Regierungs-Entwurfes, worauf zu der speziellen Diskussion übergegangen wurde. Zuerst wurde der Antrag des Reichsrathes v. Aretin zur Abstimmung gebracht und nachdem derselbe einstimmig abgelehnt worden, erfolgte die spezielle Diskussion und Abstimmung über die einzelnen Artikel des Gesetz-Entwurfes mit den von der Kammer der Abgeordneten beschlossenen Modifikationen, mit welchen die Staatsminister sich einverstanden erklärten. Die Einleitung zum Gesetzentwurf wurde mit allen Stimmen gegen die des Reichsrathes v. Bayer angenommen, ebenso Artikel 1 und 2 des Gesetzentwurfes. Bei Artikel 3 wiederholte Freiherr v. Aretin sein Bedenken gegen Einführung des Kalenderjahres in das Rechnungswesen des Staates, worauf der Staatsminister der Finanzen bemerkte, daß diese Abänderung nicht erst durch den vorliegenden Gesetzentwurf in Frage gekommen, sondern schon früher im Finanzministerium Gegenstand der Erwägung gewesen und man zur Ueberzeugung gelangt sei, daß dieselbe sich als sehr zweckmäßig und wünschenswerth empfehle. Hierauf wurden auch die Artikel 3 und 4 des Gesetzentwurfes mit allen Stimmen gegen die des Reichsrathes v. Bayer zum Gutachten der vereinigten Ausschüsse erhoben.

Aus **München**, 28. April, schreibt man der „A. Ztg.“: „Die Oper „Tristan und Isolde“ soll nun ganz bestimmt am 10. Mai zur Aufführung kommen, wenn nicht irgend ein unerwartetes Hinderniß dazwischen tritt. Ueber den musikalischen Werth der Partitur werden jetzt schon von wirklichen oder sogenannten „Kennern,“ welche entweder den Proben beiwohnten oder doch den Bülow'schen Klavierauszug kennen, die widersprechendsten Urtheile laut, und zwar mehr noch als bei allen früheren Opern Richard Wagners. Sehr dafür eingenommen sind vor allem die bei der Aufführung betheiligten fremden Sänger, sie glauben sich eines großen Erfolgs des „genialen Tonwerkes“ sicher. Dagegen hören wir freilich vom andern Lager der „Kenner“ die Aeußerung: „die dramatische Tondichtung „Tristan und Isolde,“ die sich mit keiner der früheren Opern R. Wagners vergleichen lasse, übertreffe alle an Bizarrerie gesuchter Klangwirkungen, und bilde den Höhepunkt einer verirrten Kunstrichtung.“

München, 30. April. Die mehrfach besprochene Indexangelegenheit des Dr. Pichler dahier hat noch immer ihren Abschluß nicht gefunden. Sicherem Vernehmen nach hat nun Dr

Feuilleton.

William Henry Seward,

einer der bedeutendsten Staatsmänner und Redner der Vereinigten Staaten, wurde in Orange, einer der südöstlichen Grafschaften des Staates New York, am 16. Mai 1801 geboren und in dem 1795 gegründeten Union College in Schenectady, in der Grafschaft gleichen Namens, erzogen. Im Jahre 1820 erwarb sich Seward an diesem College den Grad eines Bachelor of Arts, 1824 die Würde eines Master of Arts. Schon im einundzwanzigsten Lebensjahr ließ er sich in Auburn, einer Stadt seines engeren Vaterlandes, als Advokat nieder, und fand in dieser Eigenschaft zahlreiche und vermögende Kunden. Während seiner juristischen Praxis hatte er Gelegenheit, eine Reise durch die südlichen Staaten zu machen, und lernte dabei die Verhältnisse der Sklaverei und des Sklavenhandels gründlich aus eigener Anschauung kennen und verabscheuen. Wenn seine der Sklaverei und besonders der Ausbreitung derselben feindlichen Ansichten sich auch auf dieser Reise nicht erst bildeten, so mußte dieselbe doch seiner sich später so glänzend entwickelnden Beredtsamkeit eine Fülle von Stoff liefern und wesentlich dazu beitragen, seinem politischen Glaubensbekenntnisse jene zweifellose Gewißheit und überzeugende Entschiedenheit zu geben, die später den Mann von festem Charakter in ihm auf den ersten Blick erkennen ließen, und durch die er sich in seiner ehemaligen Laufbahn den Ehrennamen des „besten und klarsten Kopfes in Amerika“ verdiente, eine Benennung, deren Berechtigung auch seine erbittertsten Feinde, ohne es zu wollen, dadurch anerkannten, daß sie auf ihn ihren glühendsten Haß konzentrirten, in ihm Alles personifizirt sahen, was ihren Bestrebungen feindlich und verderblich gedacht werden konnte. Im Jahre 1830 hatte Seward schon solchen Einfluß gewonnen, daß er zum Mitgliede des Senates des Staates New-York gewählt wurde. Im Jahre 1835, als die Zeit seiner Senatorwürde zu Ende war, wurde er zum Kandidaten für die Gouverneurswürde des Staates New York vorgeschlagen, in Opposition gegen William L. Marcy, der damals Gouverneur von New York war und später unter Pierce's Präsidentschaft Staatssekretär wurde. Bei dieser Gelegenheit erlitt jedoch Seward eine Niederlage. Erst im Jahr 1839, nachdem seine Partei kühner und stärker geworden, erfolgte seine Erwählung zum Gouverneur von New York, gegen Marcy. Seine Prinzipien und Politik bezüglich der Sklavenfrage traten jetzt so entschieden hervor und wurden so allgemein bekannt, daß man dieselben sogar nach seinem Namen „Sewardism“ taufte. Da er einmal in einer Rede ausgesprochen hatte, daß es „ein höheres Gesetz“ gäbe, als das Gesetz der Vereinigten Staaten, nämlich das Gesetz der Natur und das Evangelium, und dieses höhere Gesetz die Sklaverei ver-

Pichler, nachdem das Ordinariat seine Erklärung als unzenügend zurückgewiesen, dieselbe an den Papst selbst eingeschickt. — Die „Bayer. Ztg.“ schreibt: „Se. Maj. der König hat allerdings eine Kommission niedergesetzt, welche über die künftige Gestaltung des kgl. Musik-Konservatoriums in Berathung tritt; unrichtig aber ist die von der „Allg. Ztg.“ gebrachte Nachricht, daß die Herren v. Perfall und v. Bülow zu Sr. Majestät beschieden worden seien, um über das Ergebniß der ersten Sitzung zu berichten.“

Ein offiziöser Korrespondent der „Köln. Ztg.“ aus **Wien** sagt: „Es kann eine Sprache, wie sie eben wieder die „Prov.-Korrespondenz“ (in Betreff der Kieler Angelegenheit) führe, nur die Wirkung haben, die Verständigung zu verzögern. Es macht hier eine peinliche Wirkung, daß die preußische offiziöse Presse die Miene annimmt, als sei ein österreichischer Protest völlig bedeutungslos, während es doch eine Thatsache ist, daß man offiziell zugegeben hat, in der Behandlung der Angelegenheit sich geirrt zu haben, und daß das Condominat auch, abgesehen von früheren Uebereinkünften, nicht gestattet, auch nur in der Besetzungsfrage einseitig vorzugehen.“ Die offizielle „Wiener Abendpost“ schreibt: „Es mehrt sich in Preußen die Zahl derjenigen, die vom „praktischen Standpunkte“ hervorheben, Preußen müsse jetzt auf eine billige Entschädigung Oesterreichs bedacht sein. Bezüglich des materiellen Werthes, den das Mitbesitzrecht für Oesterreich hat, und bezüglich der Konsequenzen dieses Rechtes für die thatsächliche Lage der Verhältnisse ist man von der früheren, etwas vornehmen Auffassung, wie es scheint, entschieden zurückgekommen.“

Arbeitgeber und Arbeiter in **Burg** haben sich endlich geeinigt, und so hat denn am 27. April die Arbeitseinstellung nach sehr langer Dauer ihr Ende genommen und sind am Morgen dieses Tages sämmtliche Tuchfabriken wieder in Betrieb gesetzt worden.

Frankfurt, 30. April. In Folge eines Beschlusses, den unsere Handelskammer vor einigen Tagen gefaßt, wird der deutsche Handelstag seine diesjährige Versammlung, die in Braunschweig stattfinden sollte, nun, da das dortige für seine Sitzungen bestimmt gewesene herzogliche Schloß durch Brand zerstört worden, hier abhalten, und zwar im September.

Kopenhagen, 26. April. Die national-liberalen Blätter ehren allerdings die Betrübniß der königlichen Familie, doch sagt „Dagbladet“: „In politischer Beziehung ist die Verbindung der dänischen Prinzessin mit dem russischen Thronfolger niemals populär gewesen; sie hat niemals die Sympathie erzeugt, noch erzeugen können, wie die Vermählung der Prinzessin Alexandra mit dem Erben der Krone Englands. Es mag wohl wahr sein, daß alle Schlußfolgerungen von dynastischen Verbindungen auf politische Allianzen jetzt mehr als früher ihren Werth verloren haben. Wir haben ja gesehen, wie das mächtige England, welches mit großem Jubel die „liebliche dänische Rose“ begrüßt hatte, Dänemark und das dänische Königshaus in einem Kampfe in Stich ließ, welcher ohne die Einmischung der englischen Staatsmänner niemals so ungeheure Dimensionen angenommen hätte. Ebenso spielte Rußland den gleichgiltigen Zuschauer, obwohl dessen eigenes Werk, die Erbfolgeordnung von Warschau und London, auf dem Spiele stand, und es ist sicher, daß der russische Einfluß, mag nun der Grund in absolutistischen Tendenzen oder in der Bekämpfung einer Annäherung der skandinavischen Völkerschaften an einander zu suchen sein, der freien und nationalen Entwicklung in unserem Vaterlande feindselig ist. Man konnte in Folge dessen nicht ohne Besorgniß diesen Einfluß sich auf den Kreis der Dynastie verpflanzen sehen, wo Tendenzen in gleicher Richtung dadurch gekräftigt und befestigt werden konnten.“

Belgien. Die Deputirtenkammer hat am 29., nachdem der Minister Rogier mitgetheilt hatte, daß die Regierung dem amerikanischen Gesandten ihr tiefes Beileid über Lincoln's Ermordung bereits amtlich ausgesprochen habe, durch Erhebung von den Sitzen ihre Theilnahme kundgegeben.

London, 27. April. Der „Index“, das Organ der Südstaaten, veröffentlicht einen Brief des Hrn. Mason, Agent der Südstaaten in London, worin er die Beschuldigungen des Hrn. Stanton, als falle die Schuld der Ermordung Lincolns auf die Südstaaten, mit Entrüstung zurückweist. In der kurzen Zeit zwischen dem Vollzug des Mordes und der Abfassung des Briefes von Hrn. Stanton an die amerikanische Gesandtschaft in London habe man unmöglich eine genaue Untersuchung feststellen können.

London, 27. April. Von nah und fern treffen Berichte ein, welche den Schrecken und die Bestürzung schildern, die allwärts auf die Bekanntwerdung der Trauerkunde aus Amerika folgten. Liverpool, Manchester, Birmingham und andere bedeutende Handelsplätze waren es vor Allen, auf welche die Nachricht von dem scheußlichen Verbrechen den betäubendsten Eindruck machte. Eine Zeit lang kam der Zustand der Geschäftsleute fast der Besinnungslosigkeit gleich. Hier in der Hauptstadt ward die erste, in nackten Ausdrücken die bloße Thatsache der Ermordung mittheilende telegraphische Depesche gegen Mittag bekannt und verbreitete sich mit ungeheurer Geschwindigkeit von Mund zu Mund. Die Aufregung gab sich zumal vor den Zeitungsläden kund; die Pressen waren nicht schnell genug, um mit der Nachfrage gleichen Schritt zu halten. Für die dritte Ausgabe der „Times“ wurde auf der Straße 2½ Schilling per Nummer bezahlt. Auf der Börse, auf den Waarenmärkten äußerte sich die Bestürzung in evidentester Weise. Das Geschäft stockte sofort; nach den ersten Ausrufen des Entsetzens oder des Staunens lenkte sich die Aufmerksamkeit ausschließlich auf die wahrscheinlichen Folgen der Blutthat; man fürchtete, der Nachfolger des ermordeten Präsidenten werde nicht die versöhnliche Haltung Lincoln's annehmen. Als die Fondsbörse ihre Thätigkeit wieder aufnahm, trat eine gewaltige Veränderung zu Tage. Englische Konsols fielen um 1 pCt., auswärtige Fonds ½—1 pCt.; doch erholten sich beide nach und nach wieder um etwa die Hälfte. Amerikanische Sicherheiten erlitten natürlich die stärksten Schwankungen, einzelne derselben büßten von 5 bis 8 pCt. ein. Die konföderirte Baumwoll-Anleihe schnellte um mehrere Prozent in die Höhe, drückte sich jedoch später wieder auf den anfänglichen Kurs (13—15).

---

damme, so zog er sich von Seiten seiner Gegner den Spottnamen „Höheres-Gesetz-Seward“ zu.

Unter Seward's Verwaltung des Staates New-York und auf seine Veranlassung geschah es, daß man 1840 den Engländern die Auslieferung Alexander M'Leod's, eines canadischen Beamten, der auf nordamerikanischem Gebiete betroffen und verhaftet war, verweigerte. Bei dem Aufstande in Canada 1837 nämlich war jener M'Leod in Verdacht gerathen, sich sehr lebhaft bei der Vernichtung eines amerikanischen Dampfschiffes betheiligt zu haben, welches den Aufständischen auf dem Niagaraflusse Waffen und Schießbedarf zuführte. M'Leod wurde trotz des Widerspruchs Englands 1841 in New-York vor Gericht gestellt, aber von den Geschwornen freigesprochen, worauf England für gerathen fand, die Sache zu ignoriren.

Im Jahre 1843 zog sich Seward freiwillig von seinem Amte zurück, um sich seinen Privatangelegenheiten widmen zu können. Sechs Jahre hindurch hielt er sich von dem Kampfe der politischen Parteien fern. Im Jahre 1849 aber wurde er in den Senat der Vereinigten Staaten gewählt, und hier wirkte er zu solcher Befriedigung seiner Wähler, daß er aufs Neue gewählt wurde.

Im Jahre 1859 machte Seward eine Reise nach England und dem europäischen Kontinent. Besonders in England wurde er mit Auszeichnung aufgenommen, um so mehr, als man annehmen konnte, daß er der Nachfolger Buchanan's in der Präsidentschaft werden würde. In der That erwartete man auch in den Vereinigten Staaten, daß die republikanische Konvention, die sich im Mai 1860 in Chicago zur Wahl eines Präsidentschafts-Kandidaten vereinigte, Seward ihre Stimmen geben würde, da er als der hervorragendste Mann der republikanischen Partei galt und unbestritten der erste Redner im Kongresse war.

(Schluß folgt.)

Vermischtes.

Die Pariser Damen werden auch in diesem Frühjahr wieder Westen tragen, die Einen in Weiß, die Anderen in Plüsch, hochzug knöpft, einreihig und mit breiteren oder schmäleren quer über die Brust laufenden Tressen (Brandebourgs). Der im vorigen Jahre über die Weste getragene sammtene Frack, oben ausgeschnitten, unten mit langen, spitzen Schößchen, scheint aber definitiv beseitigt zu sein; an seiner Stelle sieht man „Paletots François I.“ „Raglans“ oder „Gardes françaises,“ welche auf den Schultern Epaulettes von Passementerie tragen; dagegen hat die Kravatte nebst aufrechtstehendem Faux-Col (Vatermörder) glorreich das Terrain behauptet. Der Stiefel, der hochgeschäftete Rittersstiefel, umfranst und glanzlackirt, hat bei den Damen bereits Bürgerrecht erworben, während die Herren sich mit Halbstiefeln begnügen, und es kann nicht fehlen, daß die fortschreitende weibliche Emanzipation eines Tages auch auf Sporen und Schnurbart verfallen wird. Den Filzhut haben die Damen ohnehin schon annektirt, den hohen schwarzen die Amazonen, den kleinen runden, grauen mit schmacker Agraffe und Fasanenfeder die Unberittenen. Die allerneueste Form der Damenhüte — denn vollständig wollen sich diese noch immer nicht recht verdrängen lassen — muß ein

Digitized by Google

Paris, 29. April. Die Abgeordneten der Kammeropposition haben sich heute über die Abfassung einer für den Vizepräsidenten Johnson bestimmten Adresse geeinigt. Der „Avenir National" macht den Vorschlag, Lincoln ein Denkmal zu errichten, will jedoch die Initiative, wie sich gebührt, den Vereinigten Staaten überlassen. Sobald dies geschehen, beabsichtigt das französische Blatt, eine Subskription zu veranstalten, an der sich, wie es hofft, das ganze demokratische Frankreich betheiligen werde.

Paris, 29. April. Der südstaatliche Agent Slidell war von dem protestantischen Pfarrer Garney zu einem Trauergottesdienst für Lincoln eingeladen worden; darauf erwiderte er, Niemand habe mit größerer Entrüstung die entsetzlichen Verbrechen von Washington und die sich daran knüpfende Verdächtigung der Konföderirten aufgenommen als er, Lincoln und Seward seien gerade die Staatsmänner, welche weder persönliche Feindschaft noch Nachgier gezeigt; allein seine Anwesenheit beim Trauergottesdienst könnte als Heuchelei oder als Bekenntniß, daß er einer ungerechten Sache gedient, betrachtet werden u. s. w.

Rom, 23. April. Ueber den Brief, welchen der Papst an Viktor Emanuel geschrieben hat, erfährt man aus der Correspondenz des „Monde", daß er bereits voriges Jahr, gegen das Ende der päpstlichen Villegiatur zu San Gandolfo geschrieben worden war. Der Brief enthielt keinerlei politische Anspielung, sondern die dringende Aufforderung, für die geistlichen Bedürfnisse der von der Regierung ihrer Seelenhirten beraubten Unterthanen zu sorgen. Der Papst erließ einen feierlichen Aufruf an das Gewissen des Königs und erinnerte an die für Herrscher wie für Völker unerläßliche Nothwendigkeit, für das Heil der Seele zu sorgen. Der Brief sollte damals schon durch Vermittlung des Grafen Sartiges dem Könige zugehen. Aber die Sache zog sich hinaus, namentlich durch das Dazwischentreten der Konvention vom 15. September, und kam jetzt erst in Vollzug.

Rom, 24. April. Hr. v. Persigny ist nach Neapel abgereist, noch ehe die Sendung Vegezzi's zu einem sichern Erfolg gediehen ist, so daß die Vermuthung, als ob der Herzog die Aufgabe gehabt habe, den italienischen Senator in seinen Verhandlungen zu unterstützen, sich nicht zu bestätigen scheint. Wenn man die Thätigkeit des Herzogs während seines hiesigen Aufenthaltes betrachtet, so bleiben nur die Audienz beim Papst und zwei Unterredungen mit Antonelli als die wenigen Stunden, in denen der Herzog seine politische Thätigkeit hätte entfalten können. Nun scheint aber die Unterredung mit dem Papst in jener Audienz, aus welcher die Herzogin mit einem prächtigen Rosenkranze beschenkt und mit Thränen der Rührung zurückkam, durchaus der Politik fern geblieben zu sein; bei dem Diner des Hrn. v. Sartiges, wo Kardinal Antonelli zwischen Hrn. v. Persigny und dessen Gemahlin saß, wurde zwar über die römische Frage gesprochen, aber in einer Weise, welche Hrn. v. Persigny der päpstlichen Sache viel ergebener zeigte, als es die Politik seines Herrn und Kaisers vermuthen ließ. Außerdem wurde die Unterhaltung bei dieser Gelegenheit großentheils von der Frau Herzogin geführt, so daß dem Ergebniß dieser Konversation wohl kaum eine politische Bedeutung zuzuschreiben ist. Das Resultat einer eigenen Besprechung mit Kardinal Antonelli ist zwar nicht bekannt, dürfte aber dem ganzen Verhalten Persigny's zufolge die Politik nicht weiter berührt haben, als es im Privatgespräch solcher Persönlichkeiten vorzukommen pflegt. — Endlich soll es der mexikanischen Deputation unter dem Vorsitze des Herrn Velasquez de Leon doch gelungen sein, eine Audienz zu erwirken. Der Papst wollte lange nichts davon wissen wegen der schon erwähnten Theilnahme eines mißliebigen Bischofs und namentlich, weil auch nach der Abreise der Deputation der Kaiser von Mexiko noch „kirchenfeindliche" Dekrete erlassen hatte. Da es in Rom so leicht ist, Audienzen zu erlangen, so mußte die Verweigerung einer solchen für die Gesandtschaft des Kaisers um so mehr auffallen und ließ auf eine große Erbitterung von Seite des Papstes schließen. (A. Z.)

In **Neapel** und **Sizilien** spielt sich gegenwärtig ein wahrhafter, mörderischer Kampf zwischen den Elementen des Barbarismus und der modernen Gesellschaft ab. Dort sind es nicht mehr vereinzelte Anfälle auf Personen und Mordthaten, welche Entsetzen und Schrecken unter der Bevölkerung verbreiten, sondern es hat sich aus dem wüsten Treiben der Camorra, der Briganti und aller schlechten Elemente, von denen der Süden leider noch angefüllt ist, ein förmliches System des Mords herausgebildet, das sich in Anfällen auf Postwagen, auf ruhige, der Straße entlang gehende Personen, in Hinwegführung von ganzen Familien, in Verstümmelungen einzelner Familienglieder darthut und die Niederdrückung äußerst schwierig macht. Das Treiben der Räuber ist außerdem ganz maßlos geworden, und während man im Parlament die Abschaffung der Todesstrafe votirt, fielen in Neapel und Sizilien mehr als 100 Personen binnen 14 Tagen durch Mörderhände. Vor einigen Tagen wurde ein Gutsbesitzer Calabriens seiner Familie wieder zurückgestellt, die die ganze für dessen Auslösung geforderte Summe nicht aufbringen konnte. Dem armen Manne fehlten Nase und Ohren und die linke Hand. (Die Briganten haben nämlich die Gewohnheit, jedem Gefangenen jedesmal ein Glied abzuschneiden und dasselbe dessen Freunden und Verwandten zuzusenden, so oft die von ihnen geforderte Summe des Lösegeldes nicht eintrifft.) Ein gewisser De Marco wußte sich durch einen Sprung von einer hohen Felsenspitze zu retten und blieb unversehrt, da der Schnee den Sturz milderte.

New-York, 15. April. Wie die „New York Times" wissen will, hat Lee versprochen, er werde sich bemühen, eine völlige Einstellung der Feindseligkeiten zu Wege zu bringen. Der Gouverneur von Nordcarolina wird, wie es heißt, in den nächsten Tagen die Legislatur zusammenberufen, um die Sezessionserklärung zu annulliren und den Staat zur Union zurückzuführen. Die Belagerung von Mobile dauert fort; ein Magazin in Spanish Fort ist explodirt. Thomas wird mit starker Truppenzahl auf der Nordseite erwartet, und Wilson's Kavallerie, welche Alabama durch-

---

besonderes Interesse für Wagenbauer haben, denn sie haben die Gestalt eines Kabriolets. — In der Bijouterie scheint ein Metall zu Ehren kommen zu wollen, welches man bisher nicht zu den edlen gerechnet hat. Dieses Metall ist der Stahl. Stahlguirlanden werden in den Haaren, Stahlreifen mit Stahlbrochen um die Stirn, glitzernde Stahlgarnituren an Kleidern und Mänteln getragen; es ist eine wahre Stahlrüstung, welche die stählernen Herzen einschließt und denken wir daran, daß es seit lange Mode ist — allen Polizeivorschriften über das Führen unerlaubter Waffen zum Trotz — in der Gürtel-Berloque einen zierlichen Dolch zu tragen, so wird es ersichtlich, daß zur Belagerung oder Eroberung eines Weiberherzens fürder nur noch gezogene Kanonen verwendet werden können. Damit man aber nicht wähne, daß die Wahl dieses unscheinbaren Metalls die Folge nothwendig gewordener Sparsamkeit sei, werden zum Ersatz die Krinolinen von Silber getragen und die goldenen werden gleichfalls nicht lange auf sich warten lassen. Die Ohrgeschmeide nehmen die seltsamsten Formen an. Gegenwärtig werden namentlich Pendeloques mit „römischen" Medaillen getragen, und auf der Medaille findet sich fast immer das Bildniß Julius Cäsars. Man bewundert ferner, an den durchbohrten Ohrläppchen balancirend, Miniaturlaternen, klingende Glöckchen, Hufeisen, sogar liliputische Kronleuchter mit zwölf Wachskerzen, an deren Spitzen je ein Diamäntchen flammt. — Noch will ich der Taschentücher erwähnen, welche diesmal in Longchamps Furore gemacht hat. Man hat jetzt photographirte Taschentücher. In den Ecken des Mousselinequadrats, mit welchem man die Ausbrüche des Schnupfens zu beschwichtigen pflegt, befinden sich die Porträts berühmter Männer und Frauen, geliebter Angehöriger, Verwandter, Freunde u. s. w. Was kann zärtlicheres ersonnen werden, als der Ehemann, der sich in das Bild seiner geliebten Gattin, der Liebhaber, welcher sich in das Porträt seines Ideals schneuzt?

(**Ein Strafsäbel mit Diamanten.**) Die Japanesen fangen an, den Gebrauch, sich den Leib mit einem Säbel aufzuschlitzen, den ihnen der Kaiser zu diesem Zwecke sendet, nicht mehr für ergötzlich zu halten, im Gegentheil, sie finden ihn jetzt sehr unangenehm, sollte selbst der Säbel ein Wunder von Pracht und Kunst sein. Wir erzählen zum Beweise einen interessanten Vorfall. Der Kaiser von Japan hatte Grund, mit einem seiner Offiziere sehr unzufrieden zu sein, und sandte ihm das fatale Selbstmord-Instrument. Da der Offizier einen hohen Rang bekleidete, so sandte ihm der Kaiser, um die Wirkung des unangenehmen Befehls zu mildern, durch seinen ersten Minister einen seiner eigenen mit Diamanten geschmückten Säbel. Der Offizier wußte, was er zu thun und wie er ihn zu gebrauchen habe. Nachdem er das Instrument seiner Selbstbestrafung ehrfurchtsvoll geküßt, verläßt er ruhig sein Haus, geht zum Hafen, besteigt ein soeben absegelndes französisches Schiff, kommt schließlich in Paris an und verkauft seinen Strafsäbel an einen Händler für 250 000 Frcs. Es gibt sehr Viele, die gern einen solchen Säbel empfingen, um ihre alten Tage fern von den Ehren des höheren Beamtenlebens in stiller Muße zuzubringen.

streift, rückt gleichfalls gegen Mobile an (welches seitdem gefallen ist). —

New-York, 19. April. Die Ermordung des Präsidenten, der Mordversuch gegen Herrn Seward und seine Folgen und die Spannung, mit welcher die Verhaftung der Verbrecher erwartet wird, beschäftigen die Gemüther fast ausschließlich. Von Geschäft und Verkehr ist fast keine Rede. Häuser, Kaufläden, Magazine sind mit Trauerflören umhangen. Der Mayor von New-York hat den heutigen Tag als den Begräbnißtag Lincoln's, und den morgenden, auf welchen ehedem ein Dankfest für die Siege der Union angesetzt war, zum Tage der Nationaltrauer, der Buße und des Gebetes erklärt. Des Präsidenten Leiche soll in Illinois zur Erde bestattet werden. Die Trauerfeierlichkeiten in Washington gehen heute vor sich, und von der Hauptstadt ab wird der Transport in Philadelphia, New-York und allen bedeutenderen Städten der Route anhalten, damit die Leiche daselbst ausgestellt werde. Herr Seward und sein Sohn Friedrich, dessen Tod voreilig gemeldet worden war, befinden sich besser; man glaubt, daß beide genesen werden. In einer Ansprache an eine Deputation aus Illinois erklärte Präsident Johnson, daß er Verrath stets für das größte aller Verbrechen angesehen habe und daß die Strafe auch dem entsprechend zugemessen werden müsse. Es sind zahlreiche Verhaftungen vorgenommen worden, in Washington zumal unter dem Personal des Fordschen Theaters, ferner in Baltimore und in Monroe. Einer der Gefangenen hat sich als Mitglied eines Komplottes angegeben, dessen Zweck nicht die Ermordung, sondern die Aufhebung des Präsidenten gewesen sei, um ihn als Geißel nach dem Süden zu schaffen. In Richmond sollen der Exmayor Mayo, Richter Campbell und alle auf Parole daselbst verweilenden konföderirten Offiziere in Arrest gebracht worden sein, um während der gerichtlichen Untersuchung, die wegen des Mordes angestellt worden, in Gewahrsam gehalten zu werden. Wie angegeben wird, hat es sich herausgestellt, daß die Charfreitagsverschwörung nicht nur gegen Lincoln und Seward, sondern auch gegen den Vizepräsidenten, den General Grant und alle Mitglieder des Kabinets gerichtet war. Der Mensch, welcher den Mordversuch gegen Seward ausgeführt hat, ist eingebracht worden. Als sein Name wird Suratt angegeben. Er soll in seinem eigenen Hause in Washington gerade in Verkleidung und mit Koth bespritzt, heimkehrend, verhaftet worden sein. Mit Major Seward und den Dienern konfrontirt, wurde er sofort als der Verbrecher identifizirt. Den Behörden von Rochester und Ogdensburg ist von General Peck die Anzeige zugegangen, daß Banden Konföderirter von canadischem Gebiet aus einen Raubzug gegen diese Städte im Schilde führten.

Frankfurter Börse (vom 22. bis 29. April).

Samstag. Die abgelaufene Woche war eine ereignissreiche, namentlich für unsere Börse, an welcher amerikanische Fonds wieder mehr als je die Hauptrolle spielten. Wir verliessen vor 8 Tagen diesen Effekt, begriffen in rapidem Aufschwung, in Folge der Nachrichten von den Siegen der Union. 1882er Bonds, welche die verflossene Woche zu 70 schlossen, gingen im sonntäglichen Verkehr bis 73. Dieser hohe Kurs konnte nicht verfehlen, dass grosse Posten von allerwärts zur Realisation zuströmten, der Effekt ging in Folge dessen in den ersten Tagen bis auf 70 zurück. Da brachte am Mittwoch während der Börsenzeit der Telegraph die trostlose Nachricht von der Ermordung des Präsidenten Lincoln. Man kann sich den Schrecken denken, welchen diese Botschaft, deren Ursache und Tragweite Niemand zu ermessen im Stande war, in den Reihen der Anwesenden hervorbrachte. 1882er, welche die Mittwochsbörse zu 70 1/8 eröffneten, fielen rasch auf 64 3/4; nach Schluss der Börse wurden sie sogar momentan bis 61 geworfen, um sich schnell wieder bis 65 zu erholen. Am Donnerstag zu 62 1/2 eröffnend, verfolgten sie bis zum Schlusse der Woche wieder eine steigende Tendenz, welche sie heute bei beruhigenderen Nachrichten aus New-York und namentlich auf günstigere Kurse für amerikanische Fonds in London bis auf 69 1/2 brachte.

Oesterr. Fonds haben in der vergangenen Woche keine weiteren Fortschritte gemacht, sondern verlassen dieselbe grösstentheils mit einiger Kurseinbusse, die für 1860er Loose, welche, zu 87 5/8 schliessend, circa 1 pCt. einbüssten. 1864er Loose bleiben 96 3/4, um fl. 1/2 schlechter, neue engl. Metalliques werden fortdauernd in ansehnlichen Posten zur Kapitalanlage vom Markte genommen.

Vom Geschäft in süddeutschen Fonds ist nichts von Erheblichkeit zu berichten. Von auswärtigen Fonds finden fortwährend Umsätze in finnländischer Hypotheken-Anleihe zum festbehaupteten Kurse von 84 statt. — Am 2. Mai wird die Subscription auf eine neue 5pCt. türkische Staatsanleihe eröffnet.

Oesterr. Kreditaktien, in welchen sich für die bevorstehende Liquidation grosser Stückmangel zeigt, schliessen die Woche zu 202 1/4, um fl. 3 besser als vor acht Tagen; in Wien wird wieder tüchtig ins Haussehorn geblasen. Von Zettelbank-Aktien Frankfurter fortwährend gesucht und bis über 150 gestiegen; österr. Nationalbank ohne erhebliche Variationen.

Von Eisenbahn-Aktien wurden Taunus im Laufe der Woche bis 350 gehandelt, sie blieben 346, um fl. 1 höher als vor 8 Tagen. Bayer. Ostbahnen behauptet, der Märzausweis ist wieder sehr günstig. — Von E.-B.-Prioritäten lebhafteres Geschäft in Livornesern, Staatsbahnen, österr. Westbahn, für deren 2. Emission viel Nachfrage bei fehlenden Abgebern war. Auch Galizische in fortdauernder Gunst bis 88 1/2 gestiegen.

Der Geldstand bleibt leicht und gute Diskonten um 1/4 unter Banksatz willig anzubringen. Von fremden Wechseln London gesucht und bis 119 5/8 bezahlt, auch Paris zu 94 3/4. Wien im Laufe der Woche bis 109 bezahlt, schliesst 108 1/2 wie vor 8 Tagen. (Akt.)

Hiezu die Beilage: „Würzburger Anzeiger“.

Verantwortlicher Redakteur: A. Hartmann.
Druck und Verlag der Stahel'schen Buch- und Kunsthandlung in Würzburg.

Cours der Staatspapiere.

Oesterr.	5 pCt. Mrt. (Cp. i. S. b. R.)	—
„	5 pCt. Lomb. ditto. à 24	—
„	5 pCt. Engl. Met. v. 1852	80 1/2 G.
„	5 pCt. Engl. Met. v. 1859	78 7/8 P.
„	5 pCt. Venet. Coupon b. R.	87 1/4 P.
„	5 pCt. Nationalanl. v. 1854	68 5/8 P. 3/8 G.
„	5 pCt. Metall. Obligation.	64 P.
„	4 1/2 pCt.	67 5/8 G.
Preussen	3 1/2 pCt. Staatsschuldsch.	—
Bayern .	4 1/2 pCt. Obl. 1jähr. dto.	101 1/8 P.
„	4 1/2 pCt. Obl. 1/2jähr. dto.	102 G.
„	4 pCt. Obl. 1jähr. dto.	98 3/4 P.
„	4 pCt. Obl. 1/2 jähr. dto.	99 1/8 G.
„	4 pCt. Obl. Ab.-R. dto.	98 3/8 G.
„	3 1/2 pCt. Obl. dto.	—
Württemb.	4 1/2 pCt. Obl. b. Rothsch.	104 1/8 G.
„	3 1/2 pCt. Obl. dto.	94 3/4 G.
Baden	4 1/2 pCt. Obl.	—
„	3 1/2 pCt. Obl. v. 1842	91 G.
Gr. Hess.	4 1/2 pCt. Obl.	—
„	4 pCt. Obl. b. Rothsch.	101 1/8 P.
„	3 1/2 pCt. Obl. dto.	97 1/4 P.
Nassau	4 1/2 pCt. Obl. dto.	101 7/8 G.
„	4 pCt. Obl. dto.	99 1/4 P.
„	3 1/2 pCt. Obl. dto.	92 P.
Frankfurt	3 1/2 pCt. Obl.	94 P.
„	3 pCt. Obl.	91 1/2 P.
Spanien	3 pCt. inl. Sch P. à fl. 2. 30	—
„	2 1/2 pCt. „ „ „	—
Schweden	4 1/2 pCt. Obl. à 105 Thlr.	91 P.
N.-Amerika	6 pCt. à 100Dr. 1881 D. 2 1/2	69 1/2 — 7/8 G.
„	6 pCt. ditto r. 1882 „	69 5/8 — 3/4 G.

Diverse Aktien.

Frankfurter Bank à fl. 500	150 1/4 G.
K. K. Oesterr. National-Bankaktien	872—73 G.
Oesterr. Kreditbank-Aktien à fl. 200	202 1/8 G.
Bayer. Hypothekenb. Pfandbriefe 4 pCt.	97 3/4 P.
Darmst. Bank 1. u. 2. Serie à fl. 250	229 P.
Weimarische Bank à Thlr. 100 . .	101 G.
Mitteldeutsche Kreditaktien . . .	101 1/2 P.
Intern. Bank in Lux. à 250 Frs. à 28 kr.	—
Taunus-Eisenbahn à fl. 250 . . .	346 G.
Frankfurt-Hanauer-Eisenbahn . . .	102 P.
Oest. F.St.Eisb. 5pCt. 500 Fr. à 28 kr.	—
„ Elisab.-Eisenbahn 5 pCt. . .	123 1/4 P.
Böhm. Westbahn-Aktien à fl. 200 6/7	—
Rhein-Nahe-Bahn 200 Thl. à 105 4pCt. Z.	31 P.
Ludwigshafen-Bexbacher à 4 pCt. .	148 3/4 G.
dto. dto. Prior. à 4 pCt.	—
Pfälz. Maxb. b. Rothschild à 4 1/2 pCt.	107 1/4 P.
Oest. St.-Eisenb. Prior.-Oblig. à 3 pCt.	52 1/2 P. 51 7/8 G.
Elisab.-Bahn Prior. 5 pCt. 6/7	79 P.
Südd. Bank-Akt., 40 pCt. Einz.	258 1/2 P.
Span. Handels- und Industrie . . .	—
Bayr. Ostbahn à 4 1/2 pCt. volleinbez.	113 5/8 P.
Bayer. Ostbahn mit 50 pCt. Einz.	113 P.

Wechsel in süddeutscher Währung.

Amst. fl. 100 k. S.	100 7/8 P.
Antwerp. Frs. 200 k.S.	94 5/8 G.
Augsb. fl. 100 k. S.	99 3/4 G.
Berlin Th. 60 k. S.	104 7/8 P.
Brem. 50 Th. Ld. k. S.	97 1/2 P.
Brüssel Frs. 200 k. S.	94 5/8 G.
Cöln Thlr. 60 k. S.	104 3/8 P.
Hamb. MB. 100 k. S.	88 5/8 P.
Leipzig Th. 60 k. S.	105 P.
London Lst. 10 k. S.	119 5/8 G.
Lyon Frs. 200 k. S.	—
Mail. Frs. 200 . .	94 5/8 G.
München fl. 100 k. S.	99 3/4 P.
Paris Frs. 200 k. S.	94 7/8 P.
Petersburg 60 S.-R.	—
Triest fl. 100 k. S.	—
Wien fl. 100 ö. W.	—
do. in öst. W. k. S.	108 5/8 P. 3/8 G.
Disconto	3 1/2 pCt. [illegible]

Anlehens-Loose.

Oesterr. fl. 250 v. 1839	146 1/2 P.
„ fl. 250 v. 1854 mit 4pCt.	79 1/4 P.
„ fl. 500 v. 1860 6/7	—
„ fl. 100 Eisb. L. v. 1858.	136 1/4 P.
„ do. v. 1864.	97 3/4 P.
Schwed. 10 Thlr. Loose	9 3/4 P.
Badische fl. 50	—
Badische fl. 35	53 1/2 P.
Kurhess. Thlr. 40 b. R.	56 1/8 G.
Gr. Hessen fl. 50 b. R.	140 3/4 P.
„ fl. 25 do.	—
Nassau fl. 25 bei Rothsch.	38 3/8 G.
Sardinische Fr. 36 b. B.	—
Neuchateler 10 Frs.-Loose	—
Freiburger 15 Frs.-Loose	—
Mailänder 45 Frs. L. b. R.	38 1/4 P.
St. Lüttich mit 2 1/2 pCt. &	84 3/8 P.
Ansb.-Gunzenh. fl. 7-L.	1[illegible] P. — G.

Frankfurt, 1. Mai. Die Börse war vorzugsweise mit der Ultimoliquidation beschäftigt, die gut von Statten ging. Für österreichische Fonds waren die Reports normal, für amerikanische ziemlich hoch. Nur für österreich. Kreditaktien wurde ein sehr hoher Deport bezahlt. Das Geschäft hatte vom Anfange bis zum Schlusse einen sehr ruhigen Charakter und es sind erhebliche Kursvariationen im Laufe desselben nicht vorgekommen. (Synd.)

An die
k. Hof- und Staatsbibliothek
1.N. Würzb. Ztg.
München.

Neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht!

№ 122.	Vorausbezahlung: Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 1 fl. 30 kr. Bei Inseraten wird die dreispaltige Zeile in gewöhnlicher kleiner	62. Jahrgang.	Schrift oder deren Raum im Hauptblatte mit 6 kr., im Anzeiger mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franco.	Mittwoch, 3. Mai 1865.

Lincoln's letzte Rede (12. April)

und

Johnson's Rede an's Volk (3. April.)

Am 14. April Abends mordete ein Sendling der Rebellion den biedern Abraham Lincoln; zwei Tage vorher hatte er in einer ausführlichen Rede seine Ansichten über die Mittel zur gänzlichen Herstellung des inneren Friedens dargelegt. Die Bedeutung, die diese Rede nicht nur als Schlüssel zu Lincoln's eigener Politik, sondern auch als zweifellose Richtschnur für das Verhalten seines Nachfolgers gewinnen muß, veranlaßt uns, sie in ihrer Vollständigkeit unsern Lesern mitzutheilen. Es rechtfertigt sich von selbst, daß wir ihr die Anrede, die Johnson am 3. April aus dem Stegreif hielt, folgen lassen. Lincoln's Rede lautet folgendermaßen:

„Wir sind heute Abend hier versammelt, nicht aus einem schmerzlichen Anlaß, sondern in der Freude unseres Herzens. Die Räumung von Petersburg und von Richmond und die Waffenstreckung des Hauptheeres der Empörer berechtigen zu der Hoffnung eines gerechten Friedens, worüber wir unser Gefühl der Genugthuung nicht zurückzudrängen brauchen. Aber bei diesem Anlaß dürfen wir Dessen nicht vergessen, von dem alle Segnungen ausfließen. Ein Dekret, welches ein nationales Dankfest anordnet, wird pflichtschuldigst veröffentlicht werden. Vergessen wir auch derer nicht, die, indem sie den schwersten Theil der Aufgabe auf sich genommen, uns diesen Anlaß zur Freude verschafft und sich dadurch ein Anrecht auf unsere ehrenvolle Anerkennung verdient haben. Ich habe mich im Hauptquartier der Armee befunden und oft das Vergnügen gehabt, Ihnen einen guten Theil der glücklichen Nachrichten selbst übermitteln zu können, aber weder im Plane noch in der Ausführung kommt mir irgend ein Verdienst zu. Die ganze Ehre gebührt dem General Grant, dem Talent seiner Offiziere, dem Muth seiner Soldaten. Unsere brave Marine war bereit, aber sie befand sich außerhalb der Aktionssphäre, und vermochte deshalb nicht, sich an dem Entscheidungskampfe zu betheiligen.

„Durch diese neuesten Erfolge ist die Wiederherstellung der nationalen Autorität, welche das beständige Ziel unserer Fürsorge gewesen, Ihrer Aufmerksamkeit wieder näher gerückt. Sie bietet große Schwierigkeiten dar. Es ist dies kein Krieg zwischen zwei unabhängigen Nationen; es steht uns kein berechtigtes Organ gegenüber, welches mit uns unterhandeln könnte, kein einziger Insurgent ist ermächtigt, im Namen eines anderen auf die Empörung zu verzichten. Wir haben es mit unorganisirten und zwieträchtigen Elementen zu thun. Und es ist kein gering anzuschlagender Zuwachs von Schwierigkeiten, daß wir, der loyale Theil des Volks, in Bezug auf die Art, die Mittel und Wege der Wiederherstellung nicht einhelliger Ansicht sind. Ich habe es mir zur allgemeinen Regel gemacht, die gegen mich gerichteten Angriffe nicht zu lesen, da ich mich nicht von denen herausgefordert zu sehen wünsche, welchen zu antworten ich mich nicht in der geziemenden Lage befinde. Aber trotz dieser Vorsicht muß ich mich des lebhaften Tadels erinnern, dem ich wegen einer angeblichen Einmischung im Interesse der Aufrechthaltung der neuen Regierung von Louisiana ausgesetzt war. In dieser Angelegenheit habe ich nicht mehr und nicht weniger gethan, als was dem Publikum bekannt ist. In meiner Botschaft vom Dezember 1863 habe ich einen Plan der Wiederherstellung in Vorschlag gebracht, dem ich, wenn er von irgend einem Staat angenommen werden sollte, die Unterstützung der ausübenden Gewalt der Nation in Aussicht stellte. Aber ich habe mich mit aller Klarheit darüber ausgesprochen, daß ich diesen Plan nicht für den einzig annehmbaren halte, und ich habe zu gleicher Zeit erklärt, daß die ausübende Gewalt nicht unbedingt darauf bestehen würde, wenn und wann solche Staaten zum Eintritt in den Kongreß zugelassen werden sollten. Dieser Plan war vorher den Mitgliedern des Kabinets unterbreitet und von jedem einzelnen genehmigt worden. Ein Minister war der Ansicht, daß ich bei dieser Gelegenheit die Emancipations-Proklamation auf die von Virginien und Louisiana ausgenommenen Gebietstheile anwenden, den Gedanken des Noviciats der Freigelassenen an die Hand geben und bezüglich der Zulassung der Staaten des Kongresses keinen Vorbehalt gegen meine eigene Gewalt machen solle; aber er billigte nichtsdestoweniger in allen seinen Theilen den Plan, der seitdem in Louisiana zur Durchführung gelangt ist. Meine Botschaft kam in den Kongreß und mancherlei Einwürfe wurden, auf mündlichem und schriftlichem Wege, gegen meinen Plan erhoben. Kein irgend namhafter Emancipationist hat aber früher einen Einwand dagegen gemacht, als bis man in Washington in Erfahrung gebracht, daß das Volk von Louisiana anfing, sich denselben anzueignen. Als meine Botschaft vom Jahre 1863 nach New-Orleans gelangte, sprach der General Banks mir gegenüber die volle Zuversicht aus, die Rekonstituirung des Staates meinen Planen gemäß unter seiner militärischen Beihilfe durchführen zu können. Ich schrieb ihm: er solle es versuchen; er that dies, und das Resultat ist bekannt.

„Hierauf beschränkt sich meine Einmischung in die Reorganisation der Regierung von Louisiana. Was mein Versprechen anlangt, diese Regierung aufrecht zu erhalten, so habe ich ein solches, wie gesagt, allerdings gegeben; aber da es besser ist, die schlechten Versprechen zu brechen als sie zu halten, so werde ich es als ein schlechtes Versprechen betrachten, sobald man mir nachgewiesen haben wird, daß ich durch Beobachtung desselben dem öffentlichen Interesse zuwiderhandle. Bis jetzt ist mir dieser Nachweis noch nicht geliefert worden.

„Man hat mir einen, angeblich sehr geschickten, Brief gezeigt, dessen Verfasser bedauert, daß ich noch nicht einmal eine bestimmte Ansicht darüber zu haben scheine, ob die secessionistischen Staaten sich innerhalb oder außerhalb des Unionsverbandes befinden. Sein Bedauern wird sich in Erstaunen verwandeln, wenn er erfährt, daß diese Frage für mich nicht die mindeste praktische Bedeutung hat, und mir nur auf die Entzweiung unserer Freunde angelegt zu sein scheint. Wir wissen, daß die sogenannten secessionistischen Staaten sich außerhalb ihrer praktischen Beziehungen zur Union befinden, und daß alle Bemühungen der Militär- und Zivilgewalt darauf abzielen, sie zur Wiederanknüpfung dieser praktischen Beziehungen zu zwingen. Ich halte dies nicht nur für möglich, sondern sogar für leicht, wenn wir nur die theoretische Frage, ob diese Staaten sich gegenwärtig in- oder außerhalb der Union befinden, beiseite lassen. Bieten wir alle Kräfte auf, um die praktischen Beziehungen zwischen diesen Staaten und der Union wieder herzustellen und lassen wir einem jeden die volle Unbeschränktheit seiner theoretischen Meinungen.

„Was Louisiana betrifft, so wäre es sicherlich besser, daß die konstituirende Gewalt, auf welcher seine Regierung beruht, 50,000, 30,000, selbst 20,000 Menschen, statt deren 12,000 zählte. Manche beklagen es, daß man den Farbigen nicht die Wahlfreiheit bewilligt habe. Ich selbst sähe gern dieses Recht an den intelligenten Theil der farbigen Bevölkerung übertragen, sowie an diejenigen, welcher unserer Sache als Soldaten gedient haben. Aber es handelt sich nicht darum, zu wissen, ob die dermalige Verfassung Louisiana's Alles sei, was man wünschen kann. Es handelt sich darum, zu wissen, was vernünftiger ist — sie zu nehmen wie sie ist und zu ihrer Vervollkommnung beizutragen, oder sie zu verwerfen. Werden wir leichter durch Unterstützung oder durch Auflösung seiner neuen Regierung Louisiana wieder in ein praktisches Verhältniß zur Union setzen? Beinahe 12,000 Wähler in dem ehemaligen Sklavenstaat haben der Union gehuldigt und geschworen, haben sich der gesetzlichen Staatsgewalt gefügt, Wahlen veranstaltet, die Regierung organisirt, eine freie Verfassung angenommen, Schwarzen und Weißen die gleichen Wohlthaten der öffentlichen Schulen geschenkt, und dem Gesetzgeber die Vollmacht ertheilt, den Farbigen das Wahlrecht zu verleihen. Bereits hat die Gesetzgebung das konstitutionelle Amendement für Aufhebung der Sklaverei im ganzen Umfang

der Union ratifizirt. Jene 12,000 Menschen sind also vollständig der Union gewonnen, verpflichtet, der Freiheit in dem Staat Dauer zu verleihen, und sie verlangen den Dank und die Unterstützung der Nation. Dagegen, wenn wir sie zurückweisen, sie verschmähen, so ist dies das beste Mittel, sie zu desorganisiren und zu zersplittern. Es ist, als sagten wir zu dem Weißen: „Du bist Nichts oder weniger als Nichts; wir verweigern dir unsere Unterstützung, und wollen Nichts von der deinigen.“ Es ist, als sagten wir zu dem Schwarzen: „Den Becher der Freiheit, den euch eure einstigen Herren an die Lippen hielten, wollen wir euch mit Gewalt vom Mund reißen, und euch die Möglichkeit lassen, den verschütteten Inhalt tropfenweise wieder zu sammeln, unbestimmt, wann und wie und wo und wie viel.“ Wenn dieses entmuthigende Verfahren, das die Weißen wie die Schwarzen gleicherweise lahmlegt, geeignet ist, Louisiana in ein wahrhaft praktisches Verhältniß zu den Vereinigten Staaten zu bringen, so war mir das bis jetzt unmöglich zu bemerken. Wenn wir dagegen die neue Regierung Louisiana's anerkennen und unterstützen, so ist von alledem das Gegentheil wahr. Wir ermuthigen die Herzen und wir stärken die Arme von 12,000 Männern; wir eifern sie an, ihr Werk zu verfolgen, es durch die Diskussion zu vertheidigen, Proselyten dafür zu gewinnen, dafür zu kämpfen, es zu halten, auszubilden, reifen zu lassen bis zum definitiven Erfolg. Auch der Farbige, wenn er alle Welt zu seinen Gunsten vereint sieht, waffnet sich mit Energie, mit Kühnheit und Wachsamkeit, um demselben Erfolg zuzustreben. Wenn er das Wahlrecht wünscht, wird er es nicht schneller erreichen, indem er die schon gemachten Schritte zu diesem Ziel benützt, als wenn er sie wieder rückwärts macht? Wenn die neue Regierung Louisiana's im Verhältniß zu dem, was sie sein sollte, das wäre, was das Ei ist im Verhältniß zum Huhn, kommen wir dann schneller zum Huhn, wenn wir das Ei zerbrechen, oder wenn wir es ausbrüten? (Gelächter.) Noch mehr: verwerfen wir Louisiana, so verwerfen wir auch unser Votum zu Gunsten der vorgeschlagenen Verbesserung der nationalen Verfassung.

„Man hat behauptet, daß, um diesen Vorschlag zu gutem Ende zu führen, der Zutritt von drei Vierteln der Staaten, welche die Secession verworfen haben, zur Gültigkeit des Amendements genügen werde. Ich habe gegen diese Meinung nur den einen Einwand zu machen, daß eine solche Ratifikation nicht nur anfechtbar erscheint, sondern ganz gewiß in einer sehr beharrlichen Weise angefochten werden würde, während die Ratifikation durch die drei Viertel der Gesammtheit der Staaten weder bestreitbar ist, noch bestritten werden wird. Ich wiederhole meine Frage: welches ist das wirksamste Mittel, um Louisiana wieder in praktische Beziehungen zu den Vereinigten Staaten zu bringen? Ist die neue Regierung des Staates zu unterstützen oder zurückzuweisen? Was mit Bezug auf Louisiana gesagt worden ist, findet auch seine Anwendung auf die anderen Staaten. Und dennoch gibt es in einem jeden Staat so viele besondere Bedingungen, können in einem und demselben Staat so wichtige und plötzliche Veränderungen eintreten, und ist überdies die gegenwärtige Lage so neu und so ohne alles Beispiel in der Vergangenheit, daß man nicht leicht einen ausschließlichen und unwandelbaren Plan, zum mindesten nicht für die Einzelheiten und Nebenumstände, festzustellen vermag. Jeder ausschließliche und unwandelbare Plan würde unfehlbar ein Hinderniß werden. Die allgemeinen Prinzipien allein können und müssen unwandelbar sein. Bei der gegenwärtigen Lage der Dinge wird sich mir die Pflicht darbieten können, an die Bevölkerung des Südens eine neue Proklamation zu erlassen. Ich denke daran, und werde nicht verfehlen, dieser Pflicht gemäß zu handeln, sobald ich glaube, daß der geeignete Augenblick dafür gekommen ist.“

Die Rede, welche der jetzige Präsident Andrew Johnson am 3. April in Washington hielt, als die Siegesnachrichten aus Virginien dort eintrafen, ist bisher nur kurz berührt worden. Johnson wurde damals von der begeisterten Volksmenge, die in den Straßen auf- und abwogte, erkannt und zum Sprechen aufgefordert. Die Rede trägt zwar zahlreiche Spuren einer Improvisation in der Erregung des Augenblicks, ist aber doch bezeichnend für Johnson's Charakter und das von ihm zu erwartende Programm der inneren und auswärtigen Politik. Wenn das Zornfeuer gegen die südstaatliche Aristokratie auch in einer Heftigkeit hervorbrach, an welcher die Gelegenheit und Umgebung unzweifelhaft ihren Antheil hatten, so ist doch zu beachten, daß es sich bei einem Manne von Johnson's Vergangenheit nicht um ein plötzliches Auflodern verfliegender Leidenschaft, sondern um die langgenährten Eindrücke einer Reihe der bittersten Erfahrungen in dem eigenen Heimathstaate handelt. Nach einigen einleitenden Worten, worin Johnson den Dank für den begeisterten Empfang aussprach, fuhr er in folgender Weise fort: „Wir sind jetzt daran, eine Rebellion zu Ende zu bringen, die von schlechten Männern angezettelt wurde, um die Regierung der Vereinigten Staaten, welche auf den Prinzipien der Freiheit gegründet wurde, zu stürzen. Sie müssen mir eine einzige Bemerkung in Beziehung auf meine eigene Person erlauben. Zur Zeit, als die Verräther im Senate ihre Verschwörung, abscheulicher und häßlicher als jene Catilina's gegen Rom, begannen, war auch ich Mitglied jener Versammlung, und ich stand mit meiner Loyalität einsam und verlassen mitten in der Menge der Senatoren aus dem Süden. Damals wurde ich da und dort gefragt, was ich mit solchen Verräthern anfangen würde, und ich will heute meine Antwort von damals wiederholen. Ich sagte, wenn wir noch einen Andrew Jackson hätten, würde er sie so hoch als Haman hängen (Cheers); aber da Jackson nicht mehr lebt, da er in seinem geliebten Vaterlande im Sarg schlummert, wo Verrath und Verräther sein Grab und selbst die Erde, welche seine Ueberreste deckt, beschimpft haben, so muß ich, wenn Sie mich fragen, was ich thun würde, in aller Demuth antworten, daß ich die Verräther gefangen nehmen, daß ich sie verhören, daß ich sie überweisen, und daß ich sie dann henken würde. (Andauernde Cheers.) Demüthig, wie ich bin und stets war, habe ich immer unabwendbar nur ein Ziel verfolgt. Alles, was ich habe, Leben, Glieder und Eigenthum, war im großen Kampfe zur Verfügung des Landes. Ich war im Lager, ich war im Felde, ich war überall, wo die Rebellion war. Ich habe sie verfolgt, bis ich heute, allem Vermuthen nach, ihr Ende sehen kann. Seit die Welt steht, hat sie keine derartige Rebellion, von so riesigen Verhältnissen, so schändlich in ihrem Charakter, so teuflisch in ihren Motiven und so rücksichtslos gegen die Gesetze civilisirter Nationen gesehen. Sie hat die barbarischste Kriegführung eingeführt, die jemals auf der Erde gesehen wurde... Worin bestand die Stärke unserer Regierung? Bestand sie in der Alleinherrschaft eines Mannes, bestand sie in

Feuilleton.

William Henry Seward.

(Schluß.)

Alle entschiedeneren Charaktere wünschten, daß nun das Ende aller Kompromisse und Konzessionen zu Gunsten des Südens eintreten möge, und hielten Seward, ungeachtet seiner maßvollen Formen, für den Mann, der dies bewirken werde. Außerdem waren, wenn man sich für Seward einigte, der republikanischen Partei die 35 Stimmen des Staates New-York gesichert, in welchem seine Popularität jeden Gedanken an einen andern Kandidaten auszuschließen schien. Man glaubte also, daß, wenn Seward auf der Konvention zu Chicago auch bei der ersten Abstimmung nicht die Majorität gewinnen würde, da die meisten Staaten gewöhnlich einen ihrer Mitbürger vorzuschlagen pflegen, sich doch bei den folgenden Abstimmungen die Stimmen auf ihn einigen und seiner Kandidatur den Sieg verschaffen würden. Dennoch sollte Seward trotz seiner Begabung, seiner patriotischen Aufopferung und seiner unbezweifelten Verdienste die höchste Würde des Staates nicht zufallen, und zwar nicht deßhalb, weil man die erforderlichen Eigenschaften an ihm vermißte, sondern im Grunde deßhalb, weil er deren zu viele hatte, insbesondere weil man wußte, daß er den Südländern der gefürchtetste und verhaßteste Gegner war. Man hatte im Süden auch seine unbedeutendsten Aeußerungen gesammelt und böswillig ausgelegt. In einer in Rochester gehaltenen Versammlung hatte Seward von dem Antagonismus der Sklaverei und der Freiheit als von einem Kampfe, der sich unmöglich hemmen lasse, gesprochen. Was der Redner von den zwei streitenden Prinzipien bemerkte, hatte man auf die zwei streitenden Parteien bezogen und daraus die Beschuldigung abgeleitet, daß Seward den Bürgerkrieg heraufbeschwören wolle. Daß man also von der Wahl Seward's abstand, war eine Klugheitsmaßregel. Man wollte nicht eine direkte Kriegserklärung; man zog es vor, sich in der Defensive zu halten und die Ereignisse an sich herankommen zu lassen.

Neben dem Wunsche, den Frieden zu erhalten, kam es einem Theile der republikanischen Partei auch darauf an, Pennsylvanien, das durch manche gemeinsame Interessen mit den benachbarten Sklavenstaaten zusammenhing, zu schonen und zu gewinnen. Man zog es demnach vor, Lincoln als Präsidentschaftskandidaten aufzustellen. Mochte auch Lincoln im Wesentlichen die Ansichten Seward's theilen, so ließ er sich doch als der Gemäßigtere von beiden an, da die demokratische Partei weniger Veranlassung gefunden hatte, auf ihn die Geschosse ihres Hasses zu richten als auf Seward. Lincoln, der bei der zweiten Abstimmung gleich viele Stimmen mit Seward für sich hatte, erhielt bei der dritten Ab-

der Autokratie oder in irgend einem Mann, der die absolute Macht in seinen Händen hielt? Nein. Gott sei Dank, ich bin im Stande, hier die Wahrheit zu verkünden, daß diese Regierung ihre Stärke aus dem Volke Amerika's geschöpft hat. Das Volk hat die Edikte erlassen, das Volk hat jene Macht ausgeübt, welche zur Niederwerfung der Rebellion geführt hat, und auf der ganzen Erdoberfläche gibt es keine zweite Regierung, die einem solchen Stoße widerstanden hätte. Wir können uns jetzt Glück wünschen, daß wir die stärkste, die freieste und beste Regierung besitzen, welche die Welt jemals gesehen. (Großer Beifall.) Dank sei Gott, wir haben die große Prüfung überstanden, und in Ihre intelligenten Gesichter blickend, kann ich Ihnen heute die große Thatsache verkünden, daß Petersburg, die Außenschanze der starken feindlichen Citadelle, von unseren braven Offizieren und von unseren unüberwindlichen Soldaten besetzt ist. Und damit nicht zufrieden, haben sie die Citadelle selbst, die starke Feste der Verräther, genommen. Richmond ist unser und ist von unserer Armee besetzt. (Donnernde Cheers.) Die Thore der Stadt wurden erschlossen und die glorreichen Streifen und Sterne, das Symbol der Stärke und der Herrschaft der Union, flattern über dem Kapitol des Feindes. (Großer Beifall.) Möge die Flagge nach den Worten des Dichters immer höher und höher steigen, bis sie der Sonne und ihrem Aufgang begegnet; möge diese beim Scheiden zögernd in ihren weiten Falten verweilen. (Cheers.) Es ist die Flagge Ihres Landes, es ist Ihre Flagge, es ist meine Flagge, und sie bietet Trotz allen Nationen der Erde und allen Komplotten aller Mächte zusammen. (Erneuerte Cheers.) Es ist nicht meine Absicht, irgend eine unüberlegte Bemerkung oder Anspielung zu machen; aber die Stunde wird kommen, wo jene Nationen, die wider uns ihre Keckheit herausgekehrt, die während unserer Unfälle und während unserer vermeintlichen Schwäche eine ungeziemende Einmischung gewagt haben, erfahren werden, daß unsere Regierung eine Regierung des Volkes ist, und daß sie Macht genug besitzt, um sich Achtung und Beachtung zu erzwingen. (Cheers.)... Noch ein Wort, dann bin ich fertig. Es ist dieses: Ich bin ein Freund der Milde, aber meiner Meinung nach sollen Uebelthäter bestraft werden. Verrath ist aber das Höchste in der Liste der Verbrechen, und für Jenen, der dieses Verbrechens schuldig ist, für Jenen, der es wagt, seine frevlerische Hand gegen die Souveränität der Nation zu erheben, für ihn, möchte ich behaupten, ist der Tod eine zu leichte Strafe. (Laute Cheers.) Meiner Meinung nach muß der Verrath abschreckend gemacht werden, die Verräther müssen die Folgen ihrer Thaten ernten; sie sollen verarmen, ihre soziale Macht muß gebrochen werden. Jene Männer im Felde sind nicht die größten Verräther. Diejenigen sind es, von denen sie ermuntert wurden, ihr Leben zu wagen, während sie selbst zu Hause blieben, das Geld verschwendeten und alle ihre Kräfte anstrengten, unsere Regierung zu stürzen. Darum sage ich: „Den Strick den intelligenten einflußreichen Verräthern.“ (Laute Cheers.) Aber den ehrlichen Burschen, den verirrten Mann, der in die Reihen der Rebellen gelockt wurde, möchte ich milde behandeln. Ich würde ihm sagen: Kehre zu deiner Pflicht zurück, sei wieder eine Stütze der Regierung und werde ein guter Bürger. Ich halte auch dafür, daß aus den Mitteln der reichen Verräther Jene entschädigt werden sollten, die in Folge der Verbrechen Jener Schaden gelitten, daß die getreuen Unionsmänner entschädigt werden, welche ihr Vermögen verloren, aus ihrer Heimath vertrieben wurden und als Bettler und Flüchtlinge in der Fremde umherirren. Wir haben die Verräther mit den Waffen vernichtet, vernichten wir sie jetzt im Gesetz, in der öffentlichen Meinung und in der Achtung der Welt.“ (Laute Cheers.)

(Amtliche Nachrichten.) **München**, 1. Mai. Se. Majestät der König hat dem k. Kämmerer, Landwehr-Generalmajor und Kreis-Kommandanten der Landwehr von Niederbayern, M. Frhrn. v. Grainger, in Rücksicht auf seine 5jährigen treu geleisteten Dienste das Ehrenkreuz des kgl. Ludwigordens verliehen.

Wien, 1. Mai. Die „Generalcorrespondenz“ bemerkt über die obschwebenden Verhandlungen bezüglich der Kieler Hafenangelegenheit: Insofern eine zeitweilige Stationirung der preuß. Kriegsschiffe im Kieler Hafen blos als Ausfluß des von den deutschen Großmächten während des Interims gemeinschaftlich zu übenden Besatzungsrechtes erscheint, ist die kaiserl. Regierung gerne bereit, die innerhalb jener Gränzen sich bewegenden Wünsche Preußens zu erfüllen. Gewiß wird Preußen es als gerechtfertigt anerkennen, daß, wenn seine Seestreitkräfte in den Bereich der Herzogthümer gezogen werden, eine beträchtliche Verminderung des Effektivbestandes seiner dortigen Landtruppen eintrete, welcher schon gegenwärtig das Bedürfniß des Friedensstandes weit übersteigt. Anders verhält es sich mit dem Anspruch auf bleibende maritime Festsetzung Preußens in Kiel. Derselbe bildet einen Theil jener preußischen Forderungen, welche von der kais. Regierung abgelehnt werden mußten, und wenn gleichzeitig Oesterreich der verbündeten Macht in einzelnen der von ihr beanspruchten Punkten, darunter namentlich in dem auf Kiel bezüglichen, für den Fall einer bundesgemäßen Lösung der Souveränitätsfrage mit der Föderativverfassung Deutschlands sich in Einklang bringen lassende Zugeständnisse in Aussicht stellt, so waren damit diese Zugeständnisse nicht schon in dem Sinne für Preußen erworben, daß nun deren praktische Verwerthung sofort selbstständig in Angriff genommen werden konnte. Wenn die kais. Regierung einer solchen stückweisen Verwirklichung jenes Programms preußischer Spezialvortheile während der Dauer des Provisoriums ihre Gutheißung vorenthalten zu sollen glaubt, so hat sie dazu um so triftigere Beweggründe, als auch den übrigen bei der Entscheidung der Geschicke der Herzogthümerfrage stimmberechtigten Faktoren der ihnen gebührende Einfluß auf die Lösung von Fragen zu wahren ist, welche so tief in die Lebensbedingungen des neu zu bildenden Staates eingreifen. Hierin liegt ein gewichtiges Motiv für Preußen, der endlichen Einsetzung einer definitiven Staatsgewalt in den Herzogthümern nicht länger zu widerstehen, da hierdurch die Erreichung des von Preußen angestrebten Zieles bedingt werde, während nach den bereits erfolgten Aeußerungen aller Betheiligten, Preußen voran, kein Zweifel bestehen kann, daß bei einer selbstständigen Konstituirung des Landes jeder billige, mit den deutschen Föderativverhältnissen irgend vereinbarliche Anspruch Preußens jene bereitwillige Berücksichtigung finden werde, welche den gemeinschaftlich mit Oesterreich gebrachten Opfern sowie Deutschlands neuer Aufgabe und der geographischen Lage des großen norddeutschen Bundesstaates entspricht.

Wien, 1. Mai. (Unterhaus.) Der Sektionschef v.

---

stimmung eine beträchtliche Majorität. Die Wahl Lincoln's zum Präsidenten erfolgte, hinderte indeß den Abfall der südlichen Staaten nicht.

Seward besitzt übrigens bei aller Entschiedenheit seiner politischen Ueberzeugung jene staatsmännische Weisheit, die ihre Herzenswünsche und Ideale nicht durch einen Sprung in's Leere zu erreichen sucht, sondern die nur das zu erstreben sucht, was erreichbar scheint in Berücksichtigung der vorhandenen eigenen Mittel, der Macht der Gegner und der Entwickelungsstufe derjenigen, denen seine politische Wirksamkeit gilt. Hiernach verschmähte er es auch nicht, am 24. Jänner 1861 im Senat ein politisches Programm aufzustellen, in dem man nichts weniger als einen entsprechenden Ausdruck seiner Privatwünsche suchen muß, das aber Konzessionen enthielt, welche die Demokraten des Südens hätten befriedigen müssen, wenn ihr Ziel nicht durchaus die Sprengung der Union gewesen wäre.

Die südlichen Pflanzer sahen jedoch in allen Anerbietungen nur Zeichen der Schwäche und hielten sich für stark genug, um auf eigenen Füßen stehen zu können. Der Norden aber hätte an seiner eigenen Existenz, an den Fortschritten der Humanität und Civilisation verzweifeln müssen, wenn er nicht den vom Süden heraufbeschworenen Kampf aufgenommen hätte. In vollem Bewußtsein der Unvermeidlichkeit des Bürgerkriegs trat denn Seward als Staatssekretär in das Kabinet Lincoln's ein, nachdem dieser am 4. März 1861 die Verwaltung übernommen hatte.

Im Jahre 1853 erschien unter dem Titel: „Speeches, state papers and miscellaneous workes“ (3 Bde., New York) eine Sammlung von Seward's bedeutendsten Reden, politischen Korrespondenzen und anderen Schriftstücken, die ihn als einen Mann von Geist und Bildung erkennen lassen. Auch eine interessante Studie über den Fortschritt der Wissenschaften, Künste und Literatur im Staate New York, die Seward als Einleitung zu einer auf Staatskosten erschienenen Naturgeschichte des Landes geschrieben, ist in der von fremder Hand veranstalteten Sammlung enthalten.

(Nr. 11.) **Homonyme.**

Es schützt vor Ermüdung,
Ist Krankheitsverhütung,
Wird heilig gesprochen,
Hat oft bös gerochen.

Auflösung der Charade Nr. 10: **Feldscheer.**

Hock motivirt in zweistündiger Rede den Handelsvertrag mit dem Zollverein. Dieser Vertrag sei so vortheilhaft als ein zwischen zwei gleichmächtigen Staaten abgeschlossener Handelsvertrag überhaupt sein könne. Er hebt die Nothwendigkeit und Wichtigkeit desselben hervor und empfiehlt dringend dessen Annahme. Der Vertrag wird dem für den neuen Zolltarif eingesetzten Ausschuß zugewiesen.

Wien, 2. Mai. Der Ausschuß für den Zolltarif verhandelte gestern Abend über den Handelsvertrag mit dem Zollverein. Herr v. Hock beschwichtigte die erhobenen Bedenken. Die Annahme des Vertrages durch die Mehrheit des Ausschusses ist wahrscheinlich.

Berlin, 2. Mai. Heute ist Herr v. Scheel-Plessen aus Holstein hier eingetroffen und hatte Mittags eine längere Unterredung mit Hrn. v. Bismark.

Wiesbaden, 1. Mai. In heutiger Sitzung der vereinigten Kammern erschienen die 11 Mitglieder der zweiten Kammer, welche dort ihre Thätigkeit eingestellt haben. Die Liberalen aus beiden Kammern erklärten darauf, daß sie nunmehr genöthigt seien, ihre Mitwirkung zu den Geschäften der vereinigten Kammern zu weigern, bis jene zu ihrer Pflicht in zweiter Kammer zurückgekehrt seien. Dadurch wurde die zur Steuerbewilligung berufene Ständeversammlung beschlußunfähig. Die Liberalen verließen unter Beifallrufen der Zuhörer die Sitzung. Große Sensation.

Hamburg, 2. Mai. Von Mitgliedern der holsteinischen Ritterschaft inspirirt, welche im April v. J. ein Memorandum an den Grafen Rechberg übersandten, worin deducirt war, daß die Einsetzung des Herzogs von Augustenburg der Ehre, dem Recht und den Interessen des Landes widerstreite, publiziren die heutigen „Hamb. Nachrichten" das vom 30. April 1864 datirte Antwortsschreiben des Grafen Rechberg. In demselben kommt folgende Stelle vor: „Diese vortreffliche, mit unserer eigenen Rechtsanschauung vollkommen im Einklang stehende Staatsschrift ist völlig geeignet, die bezüglich des Herzogs von Augustenburg bei der Mehrzahl der deutschen Regierungen leider vorhandenen irrigen Ansichten zu berichtigen."

Amerika. Die Wiener „N. fr. Pr." bringt von einem Freunde Lincoln's mehrere Artikel, welche eine treffliche Charakteristik des ermordeten Präsidenten enthalten. Wir heben aus dem dritten Artikel Nachstehendes hervor. Am 4. Juli 1858 feierten die deutschen Republikaner Chicagos den Tag der Unabhängigkeits-Erklärung der Vereinigten Staaten in ganz besonders feierlicher Weise, da ihnen von einer Anzahl Damen eine prachtvoll gestickte Fahne überreicht wurde. Lincoln wurde von dem Komite eingeladen, dem Feste beizuwohnen; da ihn aber anderweitige Engagements abhielten, der Einladung Folge zu leisten, so schrieb er dem Komite den folgenden Brief, der den ehrlichen und kosmopolitischen Charakter Lincoln's kennzeichnet, der sich durch keinen Amerikanismus abhalten ließ, an Anderen zu loben und anzuerkennen, was sie an Vorzügen darbieten, und der in der Charakterisirung dieser Vorzüge eine Delikatesse und einen Geschmack an den Tag legte, wie sie den Mann von Genie und Gefühl von dem gewerbsmäßigen Politiker unterscheiden und auszeichnen. Folgendes ist der Brief, wie die meisten Lincoln'schen Briefe, kurz und gedrängten Inhalts:

„Springfield, 30. Juni 1858.

Meine Herren! Ihr gütiger Brief, der mich einladet, Ihrer Feier des Jahrestages der amerikanischen Unabhängigkeit beizuwohnen, die am 4. stattfindet, und bei welcher Gelegenheit den deutschen Republikanern der siebenten Word Ihrer Stadt ein Banner überreicht werden soll, ist mir zugekommen. Ich bedauere, erklären zu müssen, daß meine Engagements derart sind, daß ich nicht bei Ihnen sein kann. Ich habe mehrere Einladungen vorher erhalten, die ich alle abzulehnen gezwungen war, bis auf eine, die mir einen einzigen Tag von meiner Zeit fortnehmen wird. Dem Ihrigen beizuwohnen, würde wenigstens vier erfordern. Ich sende Ihnen einen Toast: „„Unsere deutschen Mitbürger — stets der Freiheit, der Union und der Konstitution treu — treu der Freiheit, nicht aus Selbstsucht, sondern aus Prinzip — nicht für spezielle Klassen von Menschen, sondern für alle Menschen; treu der Union und der Konstitution, als die besten Mittel, jene Freiheit zu fördern — Hoch!""

Ihr gehorsamer Diener A. Lincoln."

Der neue Präsident Andrew Johnson war in der europäischen Presse als Trunkenbold verschrieen, weil er am 4. März in Washington betrunken erschien. Ein New Yorker Blatt erklärt diesen Skandal in folgender Weise: „Andrew Johnson war ernstlich krank gewesen, und als er Tennessee verließ, war er nicht stark genug, die Mühsal der Reise nach Washington zu ertragen. Er kam dort sehr angegriffen an und hatte mehrere Nächte nicht geschlafen, so daß sein Arzt und seine Freunde am Morgen des 4. ihm den Rath gaben, sich durch ein Glas Brandy zu stärken. Da er nicht zu trinken gewöhnt ist, stieg es ihm zu Kopfe; aber man gab ihm ein zweites Glas ein; und dies brachte ihn ganz um die Besinnung. Er ist ein nüchterner, zuverlässiger Mann, und verdient in jeder Beziehung die Achtung des amerikanischen Volkes.

Hiezu die Beilage: „Würzburger Anzeiger".

Verantwortlicher Redakteur: A. Hartmann.
Druck und Verlag der Stahel'schen Buch- und Kunsthandlung in Würzburg

Cours der Staatspapiere.

Oesterr.	5 pCt. Met. (Cp. i. S. b. R.)	—
„	5 pCt. Lomb. ditto. à 24	—
„	5 pCt. Engl. Met. v. 1852	$80\frac{1}{2}$ G.
„	5 pCt. Engl. Met. v. 1859	$78\frac{5}{8}$ P. $\frac{3}{8}$ G.
„	5 pCt. Venet. Coupon b. R.	$87\frac{1}{4}$ P.
„	5 pCt. Nationalanl. v. 1854	$68\frac{5}{8}$ P. $\frac{3}{8}$ G.
„	5 pCt. Metall. Obligation.	64 P.
„	$4\frac{1}{2}$ pCt.	$57\frac{3}{8}$ G.
Preussen	$3\frac{1}{2}$ pCt. Staatsschuldsch.	—
Bayern	$4\frac{1}{2}$ pCt. Obl. 1jähr. dto.	$101\frac{3}{8}$ P.
„	$4\frac{1}{2}$ pCt. Obl. $\frac{1}{2}$jähr. dto.	102 G.
„	4 pCt. Obl. 1jähr. dto.	$98\frac{3}{4}$ P.
„	4 pCt. Obl. $\frac{1}{2}$jähr. dto.	$99\frac{1}{4}$ G.
„	4 pCt. Obl. Ab.-R. dto.	$98\frac{3}{8}$ G.
„	$3\frac{1}{2}$ pCt. Obl. dto.	—
Württemb.	$4\frac{1}{2}$ pCt. Obl. b. Rothsch.	$104\frac{1}{8}$ G.
„	$3\frac{1}{2}$ pCt. Obl. dto.	$94\frac{3}{4}$ G.
Baden	$4\frac{1}{2}$ pCt. Obl.	—
„	$3\frac{1}{2}$ pCt. Obl. v. 1842	$91\frac{1}{4}$ G.
Gr. Hess.	$4\frac{1}{2}$ pCt. Obl.	—
„	4 pCt. Obl. b. Rothsch.	$100\frac{7}{8}$ P.
„	$3\frac{1}{2}$ pCt. Obl. dto.	$97\frac{1}{4}$ P.
Nassau	$4\frac{1}{2}$ pCt. Obl. dto.	$101\frac{7}{8}$ G.
„	4 pCt. Obl. dto.	$98\frac{3}{8}$ P.
„	$3\frac{1}{2}$ pCt. Obl. dto.	92 P.
Frankfurt	$3\frac{1}{2}$ pCt. Obl.	$94\frac{1}{2}$ P.
„	3 pCt. Obl.	$91\frac{1}{2}$ P.
Spanien	3 pCt. inl. Sch. F. à fl. 2. 30	—
„	$2\frac{1}{4}$ pCt. „ „ „	—
Schweden	$4\frac{1}{2}$ pCt. Obl. à 105 Thlr.	91 P.
N.Amerika	6 pCt. à 100Or. 1881 D. $2\frac{1}{2}$	—
„	6 pCt. ditto r. 1882 „	$69\frac{7}{8}$—$\frac{5}{8}$ G.

Diverse Aktien.

Frankfurter Bank à fl. 500 . . .	$150\frac{1}{2}$ G.
K. K. Oesterr. National-Bankaktien	874—76 G.
Oesterr. Kreditbank-Aktien à fl. 200	$202\frac{1}{2}$—202 G.
Bayer. Hypothekenb. Pfandbriefe 4 pCt.	$97\frac{3}{4}$ P.
Darmst. Bank 1. u. 2. Serie à fl. 250	229 G.
Weimarische Bank à Thlr. 100 .	101 G.
Mitteldeutsche Kreditaktien . . .	$101\frac{1}{2}$ P.
Intern. Bank in Lux. à 250 Frs. à 28 kr.	—
Taunus-Eisenbahn à fl. 250 . . .	350 P.
Frankfurt-Hanauer-Eisenbahn . . .	102 P.
Oest. F.St.Eisb. 5pCt. 500 Fr. à 28 kr.	—
„ Elisab.-Eisenbahn 5 pCt. . .	$123\frac{1}{4}$ P.
Böhm. Westbahn-Aktien à fl. 200 6/7	—
Rhein-Nahe-Bahn 200 Thl. à 105 4pCt. Z.	$31\frac{1}{8}$ G.
Ludwigshafen-Bexbacher à 4 pCt. .	$149\frac{3}{4}$ P.
dto. dto. Prior. à 4 pCt.	—
Pfälz. Maxb. b. Rothschild à $4\frac{1}{2}$ pCt.	$107\frac{1}{8}$ P.
Oest. St.-Eisenb. Prior.-Oblig. à 3 pCt.	$52\frac{3}{8}$ G.
Elisab.-Bahn Prior. 5 pCt. 6/7	$78\frac{3}{4}$ G.
Südd. Bank-Akt., 40 pCt. Einz.	$256\frac{1}{2}$ P.
Span. Handels- und Industrie .	—
Bayr. Ostbahn à $4\frac{1}{2}$ pCt. volleinbez.	$113\frac{1}{2}$ P.
Bayer. Ostbahn mit 50 pCt. Einz.	113 P.

Wechsel
in süddeutscher Währung.

Amst. fl. 100 k. S.	101 P.
Antwerp. Frs. 200 k. S.	$94\frac{5}{8}$ G.
Augsb. fl. 100 k. S.	$99\frac{3}{4}$ G.
Berlin Th. 60 k. S.	$104\frac{7}{8}$ P.
Brem. 50 Th. Lsd. k. S.	$97\frac{1}{8}$ P.
Brüssel Frs. 200 k. S.	$94\frac{5}{8}$ G.
Cöln Thlr. 60 k. S.	$104\frac{7}{8}$ P.
Hamb. MB. 100 k. S.	$88\frac{5}{8}$ P.
Leipzig Th. 60 k. S.	105 P.
London Lst. 10 k. S.	$119\frac{1}{8}$ G.
Lyon Frs. 200 k. S.	—
Mail. Frs. 200 . .	$94\frac{3}{8}$ G.
München fl. 100 k. S.	$99\frac{3}{4}$ P.
Paris Frs. 200 k. S.	$94\frac{7}{8}$ P.
Petersburg 60 S.-R.	—
Triest fl. 100 k. S.	—
Wien fl. 100 ö. W.	—
do. in öst. W. l. S.	$106\frac{3}{8}$ P.
Disconto	$3\frac{1}{2}$ pCt. G.

Anlehens-Loose.

Oesterr. fl. 250 v. 1839	$146\frac{1}{2}$ P.
„ fl. 250 v. 1854 mit 4pCt.	$79\frac{5}{8}$ G.
„ fl. 500 v. 1860 6/7	—
„ fl. 100 Eisb. L. v. 1858.	136 G.
„ do. v. 1864.	$97\frac{3}{4}$ P.
Schwed. 10 Thlr. Loose	—
Badische fl. 50	—
Badische fl. 35	$53\frac{1}{2}$ P.
Kurhess. Thlr. 40 b. R.	$56\frac{1}{2}$ P.
Gr. Hessen fl. 50 b. R.	$140\frac{1}{4}$ P.
„ fl. 25 do.	—
Nassau fl. 25 bei Rothsch.	$35\frac{5}{8}$ G.
Sardinische Fr. 36 b. R.	—
Neuchateler 10 Frs.-Loose	—
Freiburger 15 Frs.-Loose	—
Mailänder 45 Frs. L. b. R.	$33\frac{1}{4}$ P.
St. Lüttich mit $2\frac{1}{2}$ pCt. Z.	$34\frac{3}{8}$ P.
Ansb.-Gunzenh. fl. 7-L.	11 P. — fl.

Frankfurt, 2. Mai. Die Börse war sehr ruhig und Notirungen wenig verändert. Amerikanische eröffneten etwas höher konnten sich aber nicht behaupten und schließen wie gestern. (Synd.)

Digitized by Google

An die
k. Hof- und Staatsbibliothek
München.
1 N. Würzb. Ztg.

Neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht!

№ 123. | Vorausbezahlung: Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 1 fl. 30 kr. Bei Inseraten wird die dreispaltige Zeile in gewöhnlicher kleiner Schrift oder deren Raum im Hauptblatte mit 6 kr., im Anzeiger mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franco. | 62. Jahrgang. | Donnerstag, 4. Mai 1865.

(Amtliche Nachrichten.) **München**, 2. Mai. Se. Majestät der König hat genehmigt, daß der zum kaiserl. merikan. Konsul in München ernannte Kaufmann J. v. Hirsch in dieser Eigenschaft anerkannt werde; zum 2. Staatsanwalt am Bezirksg. Windsheim den Assessor des Bezirksg. Bayreuth, G. Kober, und zum 2. Staatsanwalt am Bezirksg. Memmingen den Assessor des Bezirksg. Landshut, A. Frhrn. v. Lupin, befördert; den Rath am Handelsgerichte zu Bamberg, Bezirksg.-Rath K. J. Böttiger, wegen Krankheit von ersterer Stelle enthoben und zum Rath am Handelsgerichte zu Bamberg den dortigen Bezirksg.-Assessor A. v. Haupt ernannt; die am Bezirksg. Traunstein erledigte Assessorsstelle dem funkt. Substituten des Staatsanwalts am Bezirksg. Memmingen, K. Brügel, verliehen; den zum 2. Staatsanwalte am Bezirksg. Straubing ernannten Bezirksg.-Assessor M. Seeholzer in Deggendorf von dem Antritte dieser Stelle enthoben und in seiner bisherigen Eigenschaft belassen; dagegen zum 2. Staatsanwalte am Bezirksg. Straubing den Assessor des Stadtg. München l/J., Dr. W. Mayer, befördert; auf die am Bezirksg. Bayreuth erledigte Assessorstelle den Assessor des Stadtg. Augsburg, K. F. Chr. Rohmer, versetzt und dessen Stelle dem quiesc. Landg.-Assessor Fr. S. Schmid von Landau a/J. verliehen; auf die am Bezirksg. Landshut erledigte Assessorstelle den Assessor des Landg. Freising, A. Seibert, berufen und dessen Stelle dem Accessisten des Appellationsgerichts von Oberbayern, Dr. K. A. Tretter, verliehen; auf die erledigte Landrichterstelle in Nürnberg den Landrichter Fr. Kirschner in Kulmbach versetzt; auf dessen Stelle den dortigen Assessor L. Landgraf befördert und die Stelle eines Assessors am Landg. Kulmbach dem Accessisten des Appellationsg. von Oberfranken und dermaligen Vertreter der Staatsanwaltschaft am Ldg. Staffelstein, H. Meyer, verliehen;

Durch den Tod des k. Forstwarts V. Pörtner wurde die Forstwartei Harlach, Revier Schwand, erledigt.

München. Aus der Diskussion gelegentlich der Berathung über den Antrag, die gesetzliche Regelung des Genossenschaftswesens betreffend, in der Sitzung des Abgeordnetenhauses vom 1. d. (s. Nr. 122 des Anz.) tragen wir noch auszugsweise die Rede des Abg. Crämer nach. Hr. Crämer bemerkte: „Wir stehen an der Schwelle einer neuen sozialen Gesetzgebung und nicht der leichteste Punkt derselben wird die Behandlung unseres Armenwesens sein. Ich bin der letzte, der die Bedenken, die hin und wieder im Lande laut werden, als ungegründet erscheinen läßt, aber wir sollten und dürfen uns nicht darauf verlassen, daß durch Gesetzesparagraphen auch in dieser Richtung das Richtige getroffen wird und daß man den Gemeinden die große Last, die man jetzt noch im Auge hat, durch Gesetze und sei es auch noch so gute Gesetze, abwenden könne. Hier muß auf andere Weise geholfen werden, hier müssen Kräfte geweckt werden, die aus sich selbst auch ohne Staatshilfe die Mittel schaffen können, ihre Zukunft zu sichern und deßhalb dürfen wir nicht warten, bis wir nach langer Zeit endlich das Material zum Gesetze bekommen. Es ist richtig, daß in Bayern derartige Genossenschaften bestehen und sich einer sehr großen Blüthe zu erfreuen haben. Wir haben in Nürnberg einen sog. Kreditverein mit einem monatlichen Umsatz von 50—60,000fl., und die Sache geht so ruhig und still vorüber, daß, wenn Sie heute nach Nürnberg kommen, Sie erst viele Leute fragen müssen, wo der Verein besteht und wie er seine Wirksamkeit entfaltet. Sie werden mir vielleicht entgegnen: gut! wenn das jetzt schon geschehen kann, so liegt ein Grund vor, daß eine gesetzliche Umänderung des Genossenschaftswesens jetzt nicht absolut nothwendig ist. M. H.! Gerade daraus nehme ich meinen Grund, daß sie nothwendig ist. Mit der größten Anstrengung und Aufopferung gehen die Leute zu Werke. Sie glauben nicht, welche Hindernisse zu bekämpfen sind, um ihr Ziel zu erreichen. Nicht überall im Lande ist das Material vorhanden, aber überall im Lande werden am Ende dieselben Erscheinungen hervortreten und wird die Bildung solcher Vereine zur Nothwendigkeit werden, und nun warten, bis die soziale Gesetzgebung fertig, bis in dem Obligationenrecht irgend einmal in der zweiten Lesung eine derartige Bestimmung getroffen wird, die hier eine Erleichterung schafft —, das hieße von unserer Seite diesen Bestrebungen gegenüber so viel, als zu sagen: Wir nehmen eigentlich doch keine Notiz davon. Das würde ich für sehr gefährlich halten, deßhalb, weil hier von dem Staate nichts verlangt wird, als was seine Pflicht und Schuldigkeit ist. Ich muß im Namen aller Betheiligten, so weit ich sie kenne, Verwahrung einlegen, daß sie sich je dazu herbeilassen werden, aus Staatsmitteln Zuschüsse zu nehmen. Unser Arbeiterstand und derjenige kleine Gewerbestand, der hier in Mitleidenschaft kommt, verschmäht es, sich dem Prinzip unterordnen zu sollen, Hilfe von dem Staate in Anspruch zu nehmen. Sie wollen aus sich selbst heraus Hilfe schaffen mit Aufopferung der äußersten Mittel, um dieses Ziel zu erreichen und dem gegenüber wird jetzt nichts weiter verlangt, als daß Sie aussprechen, daß es ein dringendes Bedürfniß ist, die beschwerenden gesetzlichen Bestimmungen zu beseitigen. Wenn Sie diesen Antrag

Feuilleton.

Eine Audienz beim Papste.

M. Klapp, der Feuilletonist der „Ostd. P.“, welcher den Wiener Vergnügungszug nach Rom begleitete, schreibt dem genannten Blatt aus der ewigen Stadt vom 16. April:

Am 15. April Nachmittags 4 Uhr bot der Vatikan wiederum ein Bild der Bewegung. Equipagen und Droschken fuhren in großer Anzahl vor und hielten an der großen alten Treppe des Palastes der Päpste. Herren in schwarzem Frack und gelben Glacés, Herren in großer Uniform oder in Nationaltracht, Damen ganz in Schwarz gekleidet, mit dem üblichen schwarzen Schleier auf dem Kopfe, stiegen aus und eilten sichtlich erregt die monumentalen Treppen hinauf. Es war Charsamstag und der Papst gab seine große Audienz, zu der sich eine bedeutende Anzahl der in Rom anwesenden Fremden herangedrängt hatte. Wie viele wohl zurückgewiesen worden sein mögen! Der Papst empfängt die Kinder der großen und kleinen Nationen Europa's, sobald sie ihm nur durch ihre betreffenden Gesandten oder Botschafter angemeldet sind; für die Italiener stehen die Thüren der päpstlichen Appartements im Vatikan auch an anderen Tagen offen, am Charsamstag haben die fremden Gläubigen und auch Ungläubigen den Vorrang. Die deutschen Gesandtschaften, die französische und englische Botschaft sind während der Charwoche buchstäblich belagert von Herren und Damen ihrer Heimath, die in allernächster Nähe von den Lippen des heiligen Vaters einige Worte erhalten wollen. In Rom gewesen zu sein und den Papst gesehen zu haben, ist ihnen noch lange nicht genug, sie wollen ihn auch Alle gesprochen haben. Am hartnäckigsten, wie bei Besichtigung alles Denkwürdigen, sind auch da wieder die Engländer. Wie doch in den Augen der Kinder Albions alles Merkwürdige in der Welt nur um ihretwillen da ist, so glauben sie, ist es auch der Papst. Acht Tage, und zwar volle Tage, wären zu wenig, wenn der Papst all' die Engländer empfangen wollte, die in der Osterwoche empfangen sein wollen.

Daß nun bei den Anlagen der Engländer manches urkomische Stückchen sich abspielt, können Sie sich leicht denken; die Römer erzählen sich nicht wenige von diesen. Unsere „Caravan“ — überall in Italien hat man uns Gesellschaftsreisende aus Wien so genannt — hatte mit außerordentlicher freudiger Aufregung die Nachricht vernommen, daß der Papst sie in besonderer Audienz in corpore empfangen wolle. Die Bemühungen des Herren Neumeyer brachten eine Vermittlung unseres Botschafters, des Freiherrn v. Bach, und diese die Audienz zu Stande. Für Viele aus der Gesellschaft hatte die italienische Reise erst jetzt einen Vollwerth, da wir dem Vatikan in großer Wagenreihe zufuhren. Nicht vom alten und nicht vom neuen Rom, das sie durch acht Tage bereits mit aller Hast eines Vergnügungsreisenden genossen hatten, wollten sie zu Hause den Ihrigen so schwärmerisch erzählen, wie von der Audienz bei Sr. Heiligkeit. All' die Herrlichkeit des köstlichen Lebens in der Lonzara war vergessen mit dem Augenblicke, da wir zur Audienz fuhren; die sollte der Höhepunkt der ganzen Reise werden und mit dieser sollte auch Herrn Neumeyer für mancherlei

annehmen, so thun Sie damit nichts anders, als daß Sie diesen Bestrebungen die Anerkennung zu Theil werden lassen, die sie verdienen. Ich freue mich, daß die Staatsregierung ausgesprochen hat, daß man diesen Gegenstand reiflich überlege und sich damit beschäftige. Früher, wenn man sich damit beschäftigte, war es, um einen Arbeiterbildungsverein unter die politischen Vereine zu zählen und ihm einen Polizeikommissär auf den Hals zu schicken! Wenn jetzt, wo wir in Bahnen vorwärts gehen, wo selbst bei der Staatsregierung der Gedanke durchdringt, daß es hier anders werden müsse, dieses dankbar hinzunehmen ist, so darf ich Sie wohl bitten, dem Ausschußantrag, wie er liegt, zuzustimmen."

Aus **Wien**, 1. Mai, schreibt man der „N. Fr. Ztg.": „Kaum ist die Reklamation wegen des abermaligen einseitigen Vorgehens des Herrn v. Zedlitz, welcher ein Reskript seines Kabinets in der Flaggenfrage der schleswig-holsteinischen Landesregierung ohne vorgängige Rücksprache mit Hrn. v. Halbhuber zumittelte, erfolgt, und schon ist wieder eine solche nöthig geworden, weil Frhr. v. Zedlitz soeben auf eigene Faust Vermessungsarbeiten an der schleswig'schen Westküste angeordnet hat."

Wien, 2. Mai. Heute haben im Abgeordnetenhause die Verhandlungen über das Militärbudget begonnen. Die Regierung verlangt heuer als Ordinarium $91._3$, als Extraordinarium $14._4$, zusammen $105._7$ Mill. Gulden, die Bedeckung durch eigene Einnahmen ist veranschlagt auf 9 Mill.; als Zuschuß aus den Finanzen erscheinen hiernach erforderlich $96._8$ Mill. Gulden. Der Berichterstatter D. Giskra beantragt bedeutende Abstriche und beklagt, daß bei dem horrenden Aufwande für das Militär und dem hohen Truppenstande auf die höchst bedenkliche Lage der Finanzen durchaus nicht die geringste Rücksicht genommen sei, und beleuchtet dann zunächst durch überraschende statistische Daten die Ueberfülle an Generalen und Stabs-Offizieren, und die ganz ungerechtfertigte Kostspieligkeit des Apparates der Militär-Verwaltung. Dabei wird erwähnt, daß vor dem Jahre 1830 der Heeresaufwand sich auf 40 bis 45 Millionen belief; von 1831 bis 1848 betrug der durchschnittliche Heeresaufwand 58 Millionen Gulden österr. Währung. Von 1849 bis 1861 nahm der Aufwand für die Armee die kolossalle Summe von 2000 Mill. in Anspruch. Die Ersparungskommission, welche durch eine kaiserl. Verordnung vom 12. November 1859 niedergesetzt wurde, setzte in den Sr. Majestät unterbreiteten Anträgen das Ordinarium des Heeresaufwandes für die nächste Zukunft auf $85._7$ Mill. Gulden, und für die fernere Zukunft auf $83._5$ Millionen Gulden fest, und bezeichnete diesen Aufwand als den höchsten, der von den Finanzen erschwungen werden könne. In Bezug auf das Jahr 1862, in welchem 135 Millionen bewilligt worden, zeige der vorgelegte Rechnungsabschluß, daß um $16._8$ Millionen Gulden mehr gefordert als später verausgabt wurden. Gleiche Resultate ergaben auch die Jahre 1863 und 1864. Der Militärverwaltung, folgert Redner aus alledem, ist Jahr für Jahr mehr bewilligt worden, als die Nothwendigkeit erfordert hat.

Wien, 3. Mai. Die „Neue Fr. Presse" vernimmt, daß am 26. April eine Depesche des Grafen Mensdorff nach Berlin gegangen als Antwort auf die preußische Depesche, worin eine Verständigung über die Kieler Hafenfrage angeregt war. Des Grafen v. Mensdorff Depesche gestehe Preußen eine Art Festsetzung im Kieler Hafen zu, mache jedoch zur Bedingung der Verständigung hierüber, daß Preußen seine Okkupationstruppen in den Herzogthümern vermindere.

Berlin. In der Sitzung des Abgeordnetenhauses vom 28. April begannen die wichtigen Debatten über das Militärgesetz. Die beiden ersten Tage der großen Debatte haben die Hoffnungen auf eine mögliche Verständigung zwischen der Regierung und der Landesvertretung schon so vollständig zu nichte gemacht, daß man das endliche Resultat mit Sicherheit voraussehen kann. (Vielleicht verständigt man sich doch einer tel. Nachricht zufolge. S. Anz.) Der Gegenstand ist so gründlich durchgesprochen, daß es weder der Kammer, noch der Regierung gelang, neue Gesichtspunkte zu entwickeln. Wir halten es daher für überflüssig, die bekannten Argumente von Neuem vorzuführen. Die Regierung hält an ihren Standpunkten bezüglich der dreijährigen Dienstzeit &c. fest, und will nicht einmal die Friedensstärke der Armee in der Weise fixirt sehen, welche den Abgeordneten mit Rücksicht auf die Steuerkräfte des Landes nothwendig erscheint. Der Wunsch, welchen der Präsident Grabow beim Beginn der Diskussion aussprach, der Konflikt möge durch gegenseitige Verständigung, aber ohne Gefährdung der Verfassung, beseitigt werden, wird sich daher wohl nicht erfüllen. Im Gegentheil könnte sich der Konflikt leicht verschärfen, und man hört auch schon wieder jene schrillen Töne, welche aus den früheren Sessionen bekannt sind. Der Kriegsminister nannte die Versammlung eine „berathende", und Twesten warf dem Ministerium absolutistische Tendenzen vor. Da der Kriegsminister mit einiger Gereiztheit sprach, bemerkte v. Hoverbeck, er begreife die Empfindlichkeit eines Ministeriums nicht, welches seit drei Jahren das Geld des Landes ohne Berechtigung ausgibt. Hr. von Roon entgegnete, er lege auf die Aeußerungen des Vorredners keinen Werth, wogegen Hoverbeck wieder bemerkte, er rechne sich das zur Ehre an.

Im **Königsberger** „Schulblatt" warnt der dortige Regierungsvizepräsident Kamptz vor der Theilnahme an einem unter dem Namen Pestalozziverein bestehenden Privatvereine, welcher sich die Sorge für Erziehung von Lehrerwaisen und Unterstützung ihrer Mütter zur Aufgabe gestellt hat, aus keinem anderen Grunde, als weil die Fortschrittspartei sich dieses Vereines bemächtigt habe und ein loyaler Preuße aus solchen Händen selbst das Gute nicht annehmen dürfe. Der die Lilien auf dem Felde wachsen läßt und die Vöglein unter dem Himmel speist, wird auch für die Waisen eines verhungerten Lehrers sorgen, ohne daß sie dem Fortschrittsteufel in die Hände fallen!

Köln, 2. Mai. Die „Köln. Ztg." schreibt: „Der Widerstand, den die Reise des Kaisers nach Algier bei den Ministern fand, beruht weniger auf politischen Gründen, als auf der vagen Kenntniß eines Komplottes, das in Lyon zum Ausbruch kommen sollte. Die Verschworenen (Italiener und einige Polen, wie man

---

Einquartierungs- und Verköstigungssünden, die im Auge dieses und jenes allzustrengen Richters aus der Gesellschaft schwer wogen, vollständiger Pardon gegeben werden. Wir fuhren also zum Vatikan.

Man geleitete uns über die neue Marmortreppe des Vatikans in den ersten Hof. Welche Pracht das Stiegenhaus entfaltet, durch das wir kamen! Vom großen Hofe aus rechts führt eine Treppe zu den Appartements Sr. Heiligkeit. Wir gelangten über dieselbe durch päpstliche Gemächer, die des ganzen Vatikans und seiner sonstigen historischen Herrlichkeit würdig waren. Die Kunst der großen italienischen Meister hat sich auch da ihre Denkmäler gesetzt; große Wandgemälde, monumentale Skulpturen, Gobelins und Mosaiken überall, wo man nur hinsieht; es ist fast kein Fleckchen an den hohen Mauer- und Deckenwänden, auf dem sich nicht irgend ein Liebling der Musen und Päpste verewigt hätte. Rafael, Michel Angelo, Domenichino, Andrea del Sarto u. A. verherrlichten da im Heiligenschein der Kunst das Leben kunstsinniger Päpste. In einem hohen Saale ward uns Warten geboten. Er war mit den kostbarsten Gobelinbildern dekorirt und an der einen Wand bemerkte ich auch jenes merkwürdige Kunststück, welches „das Abendmahl" Paolo Veronese's in Gobelinarbeit so charakteristisch und fein bis in's Kleinste wiedergibt und welches ich am Tage der Fußwaschung in St. Peter ausgehängt gesehen. Nach Verlauf einer halben Stunde, in der wir päpstliche Kämmerer in reichen Trachten und andere Diener in karmoisinrothen Wämmsen und engen Hosen von gleicher Farbe an uns vorbeieilen sahen, wurden wir hinaus auf jenen Korridor geführt, der unter dem Namen der „Loggien" seine alte Weltberühmtheit neben anderen Berühmtheiten des Vatikans weiter fort behauptet. Wir standen hier vor den so überaus feinen Kompositionen Rafael's, die Giovanni da Udine so ganz im milden und frommen Geiste seines Meisters an die Decken gemalt. An den beiden Ecken der Loggien führen Eingänge in die Zimmer, die Pius IX. bewohnt.

Hier in den Loggien, auf der kunstgeweihten Stätte, die Papst Leo X. mit den Arabesken der reichen Phantasie seines Lieblings Rafael schmücken ließ, sollte uns die Audienz Pius' IX. zu Theil werden. Ein päpstlicher Gardist organisirte uns zu einer langen Kette, die sich die Wand der Loggien entlang zog. Die Frauen der Gesellschaft bildeten die ersten Glieder dieser Kette, dann folgten wir Männer. Gegen 5 Uhr, Alles stand schon längst in feierlicher Sammlung neben einander gereiht, ward der Papst angekündigt. Ein Zug von Schweizergardisten entwickelte sich aus den Gemächern zu unserer Linken heraus, dann kamen einige Kämmerer, hierauf erschien die Gestalt des Papstes, umgeben von zwei Männern in einfachen, aber reichen Ornaten, an der Schwelle. In weißem Talar, der von goldgestickter Schärpe umschlossen ist, das seidene Käppchen auf dem grauen Scheitel, schritt er ziemlich rüstig und wohl aussehend auf uns zu. Die Gesellschaft beugte ihre Kniee, aber eine leichte Handbewegung Sr. Heiligkeit hieß sie wiederum aufstehen. Der Papst trat an das erste Glied der Kette heran und begrüßte es in sichtbar freundlicher Weise. Fragen nach dem Zweck der Reise, nach Begünstigung des Wetters, nach der Art, wie sie angetreten und ausgeführt worden u. s. w. folgten. Einzelne Damen frug Se. Heiligkeit in französischer Sprache nach

sagt) wollten sich am engen Eingange der Rue Bourbon aufstellen und dort etwa 60 an der Zahl, über den kaiserlichen Wagen herfallen. Vor einigen Tagen (Mittwoch und Donnerstag) sind eine Menge der Verschworenen verhaftet worden, und darauf hin wurden die Hindernisse, die der kaiserlichen Reise im Wege standen, als gehoben betrachtet. Während der Anwesenheit des Kaisers Napoleon in Lyon trug sich aber dennoch ein eigenthümlicher Vorfall zu. In der Nacht vom Samstag auf den Sonntag, welche der Kaiser bekanntlich in Lyon zubrachte, ertönte plötzlich in der Rue Madame eine furchtbare Explosion, und ein ganz mit Blut bedeckter Mann stürzte aus dem Hause heraus, wo die Explosion stattgefunden. Obgleich er schwer verwundet war, konnte er doch Erklärungen abgeben. Er behauptet, er sei ein ehemaliger Feuerwerker; er fabrizire unschuldige Kunstfeuerwerke, welche er an die Kinder auf der Straße verkaufe. Bei der Fabrikation habe er sich nicht in Acht genommen, und Alles sei in die Luft geflogen. Man drang in's Innere der Wohnung des Mannes. Alles war dort zertrümmert. Die Ursachen, welche der Mann der Polizei über dieses Ereigniß abgab, schienen ihr nicht befriedigend, und er wurde verhaftet.

Hannover, 2. Mai. Die zweite Kammer beschließt mit 44 gegen 36 Stimmen, die Regierung um Wiederherstellung der wesentlichen Bestimmungen der Verfassung und organisatorischen Gesetze von 1848 zu ersuchen.

Kassel, 2. Mai. Das Appellationsgericht hat das Urtheil des Obergerichts bestätigt, wonach Obergerichtsanwalt Henkel wegen einer durch Eingaben an den Kurfürsten begangenen Majestätsbeleidigung zu einer achtwöchentlichen Festungsstrafe verurtheilt wurde.

Die Landes-Versammlung in **Braunschweig** ist zu einem außerordentlichen Landtag auf den 8. Mai berufen, um eine Vorlage in Betreff der Geldbewilligung zum Wiederaufbau eines neuen Residenzschlosses entgegenzunehmen.

Kiel, 30. April. Prinz Otto von Bayern traf vorgestern Vormittag in Begleitung des Adjutanten des Prinzen Adalbert von Preußen, Kapitänlieutenants v. St. Paul, in hiesiger Stadt ein und stieg im Bahnhofs-Hotel ab. Gegen Mittag unternahm der Prinz auf dem preußischen Schiff „Vineta," welches demselben von Berlin aus durch den Telegraphen zur Verfügung gestellt war, eine Vergnügungsfahrt in die Ostsee. In See führte die Schiffsmannschaft vor Sr. königlichen Hoheit Uebungen im Blind- und Scharfschießen aus. Der Prinz begab sich bereits mit dem Abendzuge nach Berlin zurück.

Stockholm, 27. April. Der Gesundheitszustand der infolge zu schnellen Wachsthums bettlägerigen Prinzessin Luise, der einzigen Tochter des regierenden Königspaares, ist keineswegs beruhigend. Freilich werden keine Bulletins veröffentlicht, allein in skandinavistischen Kreisen, in denen man auf die Vermählung der Prinzessin mit dem dänischen Kronprinzen und infolge dessen auf die Vereinigung der drei nordischen Königreiche unter dem spätern Dänenkönige hoffte, hegt man außerordentliche Besorgniß, und dieß sagt Alles. — Die Königin verletzte sich gestern, als sie von der täglichen Spazierfahrt nach dem königlichen Residenzschlosse zurückkehrte, das Schienbein, und zwar dadurch, daß das rechte Bein in demselben Augenblick in der Crinoline fest gerieth, indem sie den Wagenschlag betreten wollte, wodurch dann der Sturz vom Wagen veranlaßt wurde. Es ist inzwischen nach der Stockholmer Staatszeitung für das Leben der Königin keine Gefahr vorhanden. — Die königliche Regierung hat sich für eine im Laufe des nächstjährigen Sommers in Stockholm abzuhaltende allgemeine Industrieausstellung entschieden.

Haag, 2. Mai. Die zweite Kammer hat den Vorschlag des Grafen v. Zuylen van Nyevelt, die Regierung möge den Vereinigten Staaten von Nordamerika ihr Beileid ausdrücken, einstimmig genehmigt.

London. Admiral Fitzroy, der bekannte Witterungsbeobachter und Sturmprophet, hat sich am 30. April in einem Anfalle von Trübsinn den Hals mit einem Rasirmesser durchschnitten. Schon seit mehreren Tagen hatte man bei ihm eine schwermüthige Stimmung bemerkt. Der Tod des verdienten Mannes wird in England allgemein beklagt.

Paris, 30. April. Aus New-York wird berichtet: Es soll eine große Anzahl Südstaatlicher beabsichtigen, sich nach Mexiko zu begeben. Es geht das Gerücht, daß mehrere unter ihnen über den Rio Grande gegangen seien und viertausend Ballen auf mexikanischem Boden lagernde Baumwolle dort verbrannt hätten. — Das Dekret, durch welches der Kaiserin der Titel Regentin beigelegt wird, beginnt: „Um unserer vielgeliebten Gemahlin, der Kaiserin, Beweise des hohen Vertrauens zu geben, das wir in sie setzen; in Erwägung, daß wir im Begriffe stehen, uns nach Algier zu begeben, und daß es nothwendig ist, daß die Staatsgeschäfte während unserer Abwesenheit keinen Verzug erleiden, übertragen wir durch Gegenwärtiges unserer vielgeliebten Gemahlin den Titel Regentin, damit sie die Funktionen einer solchen während unserer Abwesenheit im Einklange mit unseren Weisungen und Befehlen ausübe ꝛc." Die Beschränkungen in der Ausführung ihres Mandats sind derart, daß die Regentin im Grunde genommen nur einfach Präsidentin des Ministerraths ist. — Wie das bei der gegenwärtigen Stimmung nicht anders zu erwarten, verbreitet man alarmirende Gerüchte, die wahrscheinlich insgesammt auf Erfindungen beruhen. So heißt es, in Lyon seien Orsini'sche Bomben entdeckt worden, und zwar dadurch, daß das Haus, in dem sie angefertigt wurden, in die Luft flog. (Vergl. unter Köln.)

Ueber die Feierlichkeiten bei der Einsargung des Großfürsten-Thronfolgers zu **Nizza** entnehmen wir Folgendes einem Berichte der „Allg. Ztg.": „Am 26. April nach 7 Uhr Abends begab sich der Kaiser Alexander sammt Gefolge in das Sterbehaus des Cäsarewitsch, dessen Leiche er selbst in den Sarg schaffte. Der Todte trug die Uniform eines Generalmajors, Adjutanten des Kaisers. Die Gesänge des von Gold strotzenden russischen Klerus brachten einen mächtigen Eindruck auf die in Massen sich herbei drängende Bevölkerung von Nizza und auf die zahlreichen aus Paris gekommenen Russen hervor. Der Kaiser, seine Söhne und

---

ihrer Heimath, von den Herren interessirten den Papst sehr sichtlich die in Nationaltracht gekleideten Ungarn und Polen. Ein Gebetbuch mit einer in Gold gravirten Ansicht von Maria Zell, das in der Hand einer Dame ruhte, veranlaßte Se. Heiligkeit zu einigen einschlägigen Worten an eine hübsche, junge Wienerin. Jeder und jede aus der Gesellschaft erhielt, nachdem der Papst an sie einige Worte gerichtet oder sie blos mit liebenswürdigem, milden Gruße angesehen, eine Medaille (zum Andenken an diese Begegnung) vom Papste selbst eingehändigt. Nachdem der Papst den Letzten aus der Gesellschaft mit einer solchen Denkmünze beschenkt, sprach er den Segen über die ganze Gesellschaft. Er segnete jeden Einzelnen, dessen Angehörige, dessen Vaterland, dessen Thun und Schaffen und rief den Schutz der Gottheit über Alle an. Es geschah dies Alles in so schlichtem, herzlich erregten Tone, in so milder, väterlicher Weise, die Alles entzücken mußte. Auf den „schöneren" oder „schwächeren" Theil unserer Gesellschaft namentlich machte die Anrede Sr. Heiligkeit den größten Eindruck. Es war auch in der That ein Stück von Poesie in der Anrede des Papstes, Poesie des Tones, Poesie des Ausdruckes, Poesie der Sprache. Das Latein, das er sprach (er setzte in seiner Galanterie viel Gelehrte wahrscheinlich unter uns voraus und sah so zu sagen einige Lateiner, die nicht da waren) und das er unwillkürlich mit Italienischem versetzte, athmete in seinem Munde eine Weichheit, eine Grazie und einen Wohllaut sonder Gleichen. Der Geist der Arabesken und Bilder Rafael's schien von der Decke der Loggien in die so poetisch weichen, milden Töne des Papstes niedergestiegen zu sein und seine Flügel um die vielen, ganz gleich ob rechtgläubigen oder nicht rechtgläubigen Seelen in gleich eindrucksvoller Weise zu schlagen. Es gab keinerlei Meinungsverschiedenheit über die päpstliche Ansprache unter den Freidenkern und Nichtfreidenkern der Gesellschaft, allen war sie gleich väterlich-zärtlich erschienen und alle hat sie wie die Poesie des Herzens unbeschreiblich berührt, diese Sprache des Papstes. Zur Sprache und Ausdrucksweise stimmt auch das ganze übrige Wesen des Papstes, es war geradezu anmuthig, graziös, in seltenstem Grade liebenswürdig. Man begreift den Enthusiasmus von Rom, den die Römer Anno 1846, als Graf Mastai-Ferretti als Pius IX. den Stuhl Petri bestieg, entwickelten, man begreift, daß er noch heute ein Liebling der ganzen römischen Damenwelt ist. Wie mögen vor neunzehn Jahren diese Augen Pius' IX., die heute noch einen Himmel von Milde bergen, die Menge begrüßend angezogen haben! Heute freilich sind die Einwirkungen des Alters über den Scheitel hereingebrochen, der einst zu dem Beinamen des „schönen Papstes" berechtigte, und die Last kirchlicher Sorgen hat den Zügen des Gesichtes ihre Kraft und Energie genommen, aber nicht ihre Feinheit, ihren Adel und das, was die Regungen einer allem Guten und Schönen zugethanen Seele verräth. Aus den Blicken Pius IX. spricht Einen so viel Milde und Herzensgüte und zugleich so viel heitere, humanistische Lebensanschauung an, daß Räthsel über Räthsel sich Einem in der Seele aufdrängen, vergleicht man diese Züge Pius IX. mit einem andern Porträt desselben Mannes, das man auch (und zwar mit geistigem Auge) vor sich hat. Und diese Augen sollten auch so finster sehen können, wie die Encyklika?

---

die Großwürdenträger der Krone hoben den Sarg in den Leichenwagen. Der ganz mit echtem Gold eingereifte Sarg trug den Degen und das Käpi des Verstorbenen. Eine Abtheilung berittener Gendarmerie eröffnete den Zug, welchen General Corréard anführte. Hinter dem Kaiser gingen: der Thronfolger Alexander, die Großfürsten Wladimir und Alexis, der Herzog von Leuchtenberg &c. Dann kamen die Großwürdenträger. Hierauf folgte der Wagen der Kaiserin Marie, welche die Großfürstinnen Alexandrowna und Nikolajewna neben sich hatte. Sämmtliche französischen Behörden folgten. Von Minute zu Minute wurden Geschützsalven gegeben. Am russischen Tempel wurde der Sarg vom Kaiser und von seinen Söhnen aus dem Wagen gehoben. Ein monumentaler Katafalk empfing ihn. Während des Gottesdienstes bewältigten Vater und Mutter den Schmerz. Aber dann stieg Alexander mit vom Gram verstörten Zügen den Katafalk hinan, um den verlorenen Sohn noch einmal auf die Stirn und die Hand zu küssen. Die Kaiserin Marie raffte ihre letzten Kräfte zusammen, und mit übermenschlicher Willenskraft stieg sie zum Katafalk hinan. Ihr unbeschreiblicher Blick brachte alle Anwesenden außer Fassung. Sie gab den letzten Kuß und immer wieder den letzten Kuß dem entrissenen Kind, bis Alexander sie mit liebevoller Gewalt dem sie fesselnden Anblick der Leiche entriß. Lautes Schluchzen erfüllte den Tempel. Um zehn Uhr Abends kehrte der Hof in seine Residenz zurück.

Der Sektion der Leiche des Großfürsten wohnte auch Dr. Oppolzer von Wien bei. Der Befund konstatirte vollkommen die Erkenntniß des Leidens von den behandelnden russischen Aerzten. Außer der „meningitis cerebro-spinalis" fand sich auch ein ganz frischer Nachschub von Gehirn- und Lungentuberkeln vor; ein neuer Beweis, daß der Aufenthalt in Nizza weder den Fortschritt, noch die Neubildung von Tuberkeln verhindert. Gewiß ist, daß dem Leiden des Kronprinzen eine seit langer Zeit bestehende materielle Veränderung des Rückenmarkes zu Grunde lag, und daß die französischen Autoritäten, die Herren Rayer und Nélaton, welche die Krankheit für einen Rheumatismus der Rückenmuskel hielten, und alle Andern, die ihnen diese Diagnose nachgebetet, sich, wie nun durch den untrüglichen Beweis der Sektion dargethan ist, arg geirrt haben. Wie weit dies ging, wird am besten dadurch einleuchtend, daß man dem armen Kronprinzen noch vor wenig Wochen die Schwefelquellen von Luchon als Heilbad anempfahl! — Hofrath Oppolzer mußte auf Wunsch des tief ergriffenen Monarchen von Rußland die ganze kaiserliche Familie ärztlich untersuchen. Von diesen vielseitigen Konsultationen dürfte zumeist interessiren, daß sich die Gerüchte, welche über den Gesundheitszustand des nunmehrigen Thronfolgers kursiren, nicht bestätigen.

New York, 19. April. Von den wenigen Kriegsschauplätzen, welche noch übrig geblieben sind, treffen günstige Nachrichten ein. Das lange belagerte Mobile ist in der Gewalt der Unionstruppen. In der Nacht des 8. eroberte Canby das sogenannte spanische Fort mit 30 Geschützen und die Fortifikationen von Blakeley, gegenüber der Stadt, mit 20 Kanonen und 2400 Gefangenen. Bald darauf zogen die Konföderirten sich aus Mobile zurück, und am 12. marschirten die Bundestruppen ein. In Nordkarolina hat General Stoneman ein Korps Konföderirter, 3000 Mann stark, unter Gardiner und Pemberton geschlagen und gesprengt, er machte 1364 Gefangene, eroberte 14 Geschütze und besetzte darauf am 13. die Stadt Salisbury.

Die neuesten **New Yorker** Blätter berichten, man sei nun völlig sicher, daß der im Haus der Frau Suratt gefangen Genommene der Mörder Seward's ist; alle Zeugen haben ihn erkannt. Er soll aber nicht Suratt, sondern Thomas heißen, und der Nämliche sein, welcher in Verkleidung als Reisender sich des Dampfers St. Nicholas bemächtigte, dann gefangen genommen und verurtheilt, aber wieder freigelassen ward. Booth soll sich nebst zwanzig Mitverschworenen in der Grafschaft St. Marys aufhalten. St. Marys County ist die südliche Spitze von Maryland, eine Halbinsel, östlich vom Flusse Paturent und der Chesapeake-Bay, westlich und südwestlich vom Potomak eingeschlossen. Booth und die Seinigen sind wohl bewaffnet; ihre Absicht ist, über den Potomak nach dem Süden zu entkommen. Der Fluß ist aber gut bewacht, die Ueberfahrt ist Keinem gestattet, und die Verschworenen sind von Unionsreiterei umringt. Diese Nachrichten entbehren indessen noch der vollständigen Sicherheit; nach anderen Mittheilungen soll Booth mit seinen Genossen nach Virginien entkommen sein. Die Stadt Baltimore (Maryland) hat die auf die Einbringung von Booth gesetzte Summe um 10,000 Dollars erhöht; Booth ist zu Baltimore geboren und die Stadt möchte diesen Schandfleck gern von sich abwaschen. Zahlreiche Verhaftungen werden noch immer vorgenommen, und man will einer Verschwörung auf der Spur sein, die nicht nur Mord, sondern auch Brandstiftung in großartigem Maßstab bezweckte. — Jefferson Davis soll beabsichtigen nach der Habana zu flüchten. Er hat schon seit längerer Zeit dort für eine bequeme Zufluchtsstätte gesorgt, indem er einem Bankhause in jener Stadt 100,000 Dollars zur Aufbewahrung übergab. Die Erinnerung an das vergossene Blut und die Opfer seiner Ehrsucht werden ihm dort nicht viel ruhige Stunden lassen; aber wenigstens wird er den Genuß haben, eine Stadt zu bewohnen, wo es noch schwarze Sklaven gibt. — Lafayette Forster ist der Nachfolger Johnson's als Vizepräsident der Vereinigten Staaten geworden.

Verantwortlicher Redakteur: A. Hartmann.
Druck und Verlag der Stahel'schen Buch- und Kunsthandlung in Würzburg

Cours der Staatspapiere.

Oesterr.	5 pCt. Met. (Cp. i. S. b. R.)	—
„	5 pCt. Lomb. ditto. à 24	—
„	5 pCt. Engl. Met. v. 1852	80 1/8 G.
„	5 pCt. Engl. Met. v. 1859	78 7/8 P.
„	5 pCt. Venet. Coupon b. R.	86 1/8 G.
„	5 pCt. Nationalanl. v. 1854	68 3/4 G.
„	5 pCt. Metall. Obligation.	64 1/8 G.
„	4 1/2 pCt.	57 7/8 G.
Preussen	3 1/2 pCt. Staatsschuldsch.	—
Bayern	4 1/2 pCt. Obl. 1jähr. dto.	101 3/8 P.
„	4 1/2 pCt. Obl. 1/2jähr. dto.	102 G.
„	4 pCt. Obl. 1jähr. dto.	98 3/4 P.
„	4 pCt. Obl. 1/2 jähr. dto.	99 1/4 G.
„	4 pCt. Obl. Ab.-R. dto.	98 3/4 P. 5/8 G.
„	3 1/2 pCt. Obl. dto.	—
Württemb.	4 1/2 pCt. Obl. b. Rothsch.	104 1/8 G.
„	3 1/2 pCt. Obl. dto.	95 P. 94 3/4 G.
Baden	4 1/2 pCt. Obl.	—
„	3 1/2 pCt. Obl. v. 1842	91 7/8 P.
Gr. Hess.	4 1/2 pCt. Obl.	—
„	4 pCt. Obl. b. Rothsch.	100 5/8 G.
„	3 1/2 pCt. Obl. dto.	97 1/4 P.
Nassau	4 1/2 pCt. Obl. dto.	102 1/2 P.
„	4 pCt. Obl. dto.	99 3/8 P.
„	3 1/2 pCt. Obl. dto.	92 1/2 P.
Frankfurt	3 1/2 pCt. Obl.	94 3/4 P.
„	3 pCt. Obl.	91 1/2 P.
Spanien	3 pCt. inl. Sch P. à fl. 2. 30	—
„	2 1/4 pCt. „ „ „	—
Schweden	4 1/2 pCt. Obl. à 105 Thlr.	91 1/8 P.
N.Amerika	6 pCt. à 1000r. 1881 D. 2 1/2	—
„	6 pCt. ditto r. 1882 „	68—68 1/4 G.

Diverse Aktien.

Frankfurter Bank à fl. 500 . . .	150 1/4 G.
K. K. Oesterr. National-Bankaktien	872—71 G.
Oesterr. Kreditbank-Aktien à fl. 200	201 1/2—201 G.
Bayer. Hypothekenb. Pfandbriefe 4 pCt.	97 3/4 P.
Darmst. Bank 1. u. 2. Serie à fl. 250	229 P. 228 G.
Weimarische Bank à Thlr. 100 . .	101 G.
Mitteldeutsche Kreditaktien . . .	101 1/2 P.
Intern. Bank in Lux. à 250 Frs. à 28 kr.	—
Taunus-Eisenbahn à fl. 250 . . .	350 P.
Frankfurt-Hanauer-Eisenbahn . . .	103 P.
Oest. F.St.Eisb. 5pCt. 500 Fr. à 28 kr.	—
„ Elisab.-Eisenbahn 5 pCt. . .	123 1/2 P.
Böhm. Westbahn-Aktien à fl. 200 6/7	—
Rhein-Nahe-Bahn 200 Thl. à 105 4pCt. Z.	31 1/4 G.
Ludwigshafen-Bexbacher à 4 pCt.	149 3/8 G.
dto. dto. Prior. à 4 pCt	—
Pfälz. Maxb. b. Rothschild à 4 1/2 pCt.	106 7/8 G.
Oest. St.-Eisenb. Prior.-Oblig. à 3 pCt.	52 1/2 G.
Elisab.-Bahn Prior. 5 pCt. 6/7	79 5/8 P.
Südd. Bank-Akt., 40 pCt. Eins.	256 1/2 P.
Span. Handels- und Industrie .	—
Bayr. Ostbahn à 4 1/2 pCt. volleinbez.	113 3/4 P.
Bayer. Ostbahn mit 50 pCt. Einz.	113 1/4 P.

Wechsel
in süddeutscher Währung.

Amst. fl. 100 k. S.	101 P.
Antwerp. Frs. 200 k.S.	94 5/8 G.
Augsb. fl. 100 k. S.	99 3/4 G.
Berlin Th. 60 k. S.	104 7/8 P.
Brem. 50 Th. Lsd. k. S.	97 3/8 P.
Brüssel Frs. 200 k. S.	94 5/8 G.
Cöln Thlr. 60 k. S.	104 7/8 P.
Hamb. MB. 100 k. S.	88 5/8 P.
Leipzig Th. 60 k. S.	105 P.
London Lst. 10 k. S.	119 1/8 G.
Lyon Frs. 200 k. S.	—
Mail. Frs. 200 . .	94 7/8 G.
München fl. 100 k. S.	99 3/4 G.
Paris Frs. 200 k. S.	94 7/8 P.
Petersburg 60 S.-R.	—
Triest fl. 100 k. S.	—
Wien fl. 100 ö. W.	—
do. in öst. W. l. S.	108 3/8 G.
Disconto	3 1/2 pCt. G.

Anlehens-Loose.

Oesterr. fl. 250 v. 1839	146 P.
„ fl. 250 v. 1854 mit 4pCt.	79 G.
„ fl. 500 v. 1860 6/7	—
„ fl. 100 Eisb. L. v. 1858.	136 G.
„ do. v. 1864.	97 1/4 P.
Schwed. 10 Thlr. Loose	—
Badische fl. 50	—
Badische fl. 35 . . .	53 1/2 P.
[illegible] Thlr. 40 b. R.	56 1/2 P.
Gr. Hessen fl. 50 b. R.	140 1/4 P.
„ fl. 25 do.	36 7/8 P.
Nassau fl. 25 bei Rothsch.	35 3/8 G.
Sardinische Fr. 36 b. R.	—
Neuchateler 10 Frs.-Loose	—
Freiburger 15 Frs.-Loose	—
Mailänder 45 Frs. L. b. R.	33 1/4 P.
St. Lüttich mit 2 1/2 pCt. Z.	34 3/8 P.
Ansb.-Gunzenh. fl. 7-L.	1. 1/4 P. — G.

Frankfurt, 3. Mai. Amerikanische Fonds eröffneten in Folge der schlechteren New Yorker Notirungen vom 22. April (Gold 150 1/2) bedeutend niedriger, befestigten sich im Laufe des Geschäftes etwas und schließen dann 1 pCt. niedriger als gestern. Oesterr. Sachen waren still und wenig verändert. (Spen.)

An die
k. Hof- und Staatsbibliothek
München.
1 N. Würzb. Ztg.

Neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht!

№ 124. | Vorausbezahlung: Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 1 fl. 30 kr. Bei Inseraten wird die dreispaltige Zeile in gewöhnlicher kleiner | 62. Jahrgang. | Schrift oder deren Raum im Hauptblatte mit 6 kr., im Anzeiger mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franco. | Freitag, 5. Mai 1865.

Zur Militärfrage in Preußen.

In der großen Militärdebatte des preußischen Abgeordnetenhauses, welche am 28. April begonnen und am folgenden Tage fortgesetzt wurde, ist, wie schon gestern bemerkt, nur wiederholt worden, was schon 5 und zehnmal in der Streitfrage gesagt worden ist. Indem wir daher von der Debatte Umgang nehmen, führen wir nur aus der 4stündigen Rede des Kriegsministers folgende Sätze an: Die Regierung — sagte der Minister — hat ihre Bereitwilligkeit zum Entgegenkommen vor Allem dadurch bewiesen, daß sie sich nun zum vierten Male zur Einbringung eines Gesetzentwurfes entschlossen hat, obwohl sie eine eigentliche Rechtsverbindlichkeit dazu niemals anerkannt hat. Wenn Sie sagen: nein, wir bewilligen der Regierung den Gesetzentwurf nicht, weil unser Budgetrecht bei den Verhandlungen über diese ganze Sache zu Schaden gekommen ist, so bin ich durchaus außer Stande, einzusehen, wie man bei solcher Logik jemals diesen Zustand beseitigen kann? In der That, wenn die Regierung der Meinung ist, daß sie von der neuen Heereseinrichtung nicht lassen kann, und wenn so fort und fort eine Röthigung an dieselbe herantritt, das Recht, welches Sie mit Recht festhalten (!), nicht zu achten in der Weise, wie Sie es wollen, wie kann die Regierung dann jemals aus dieser leidigen Situation herauskommen? Man spricht so viel von Preußens Mission in Deutschland. Zwar ist von dieser Seite (links) der Ausspruch gethan worden, Deutschland wolle gar nicht beschützt sein von Preußen. Ich glaube, man könnte mit einigem preußischen Fanatismus dagegen äußern: „Es soll aber beschützt sein von Preußen, es mag wollen oder nicht!" Es liegt in den Verhältnissen unseres weiteren Vaterlandes, wenn wir von Preußen absehen, in Wahrheit gar keine Garantie für die Erhaltung unserer nationalen Macht. Wem fällt diese Rolle zu? Doch nur Preußen. Sind denn die Mittelstaaten befähigt, irgend einen ernsthaften Stoß auszuhalten? Organisirte Militärkräfte von irgend welcher Ueberlegenheit werden nicht so leicht überwältigt, auch nicht durch den brennendsten und heißesten Volksenthusiasmus. Die Geschichte bestätigt das auf jede Weise. Wenn nun also eine solche Nothwendigkeit an Preußen herantritt, Deutschland zu schirmen, auch um seiner selbst willen, so liegt doch auch die Verpflichtung nahe, daß es dazu im Stande sein muß, und darin liegt ein neuer Grund für die Bewilligung dieses Minimums (!), das die Regierung für die Heeresstärke beansprucht. Wer Preußen dazu unfähig macht, diesen seinen deutschen Beruf zu erfüllen, versündigt sich damit nicht nur an Preußen, sondern stellt auch die Unabhängigkeit des weiteren deutschen Vaterlandes in Frage. Man sagt, Deutschland bedürfe Preußens nicht nur, sondern auch umgekehrt, Preußen Deutschlands. Vollkommen wahr. Gewiß bedarf Preußen Deutschlands, aber eines Deutschlands, welches sich militärisch, wenn es gilt, Schulter an Schulter mit ihm stellen kann, und ist Das der Fall? Die preußische Regierung hat seit langen Jahren vergebens sich bemüht, durch Verhandlungen am Bunde eine Verbesserung dieser Verhältnisse herbeizuführen. Der jetzt regierende König hat sich persönlich für diese Frage eingesetzt, bis jetzt ohne sichtbaren Erfolg. Preußen hat versucht, durch Separatverträge im Einzelnen zu helfen, es hat Militärkonventionen abgeschlossen, in der Hoffnung, Nachfolger zu finden, Preußen hat es nicht fehlen lassen an bereitwilliger Mittheilung aller seiner Fortschritte in den militärischen und technischen Gebieten. Brüderlich haben wir Alles an unsere deutschen Bundesgenossen gebracht, was durch preußische Erfindungen auf diesem Gebiet errungen worden ist, ohne Rücksicht auf Vorgänge, die etwa am Bundestage spielen. So lange die Supplemente fehlen für Preußens Wehrkraft, muß an Preußens Wehrkraft ergänzt werden, was den Bundesgenossen mangelt.

In der Sitzung des Abgeordnetenhauses vom 2. Mai, in welcher die Debatte weiter geführt wurde, äußerte sich der Kriegsminister über das (gestern im Anzeiger näher bezeichnete) Bonin'sche Amendement in folgender Weise: „Ich erkenne nicht bloß das Verdienst der versöhnlichen Absicht des Antrags, sondern dieser Absicht gegenüber auch die Verpflichtungen der Regierung an, ohne um deßwillen näher zu treten. Ich habe mir eine Ansicht gebildet über die verschiedenen Bestimmungen und Prinzipien, die diesem Vorschlag zu Grunde liegen, ich bin jedoch darüber zweifelhaft, ob man diese Prinzipien und Grundsätze des Entwurfs in der Weise herauslesen wird, als es mir, wie ich glaube, gelungen ist. Ich

Feuilleton.

Der Mörder des Präsidenten Lincoln.

(Aus der New-Yorker Handels-Zeitung.)

John Wilkes Booth ist der dritte Sohn des berühmten englischen Schauspielers Junius Brutus Booth, des Zeitgenossen und Nebenbuhlers von Edmund Kean, welcher nach Amerika auswanderte und sich auf einem Landgute, unweit Baltimore, in Maryland niederließ. Seine excentrischen Gewohnheiten, seltsamen Geniestreiche und Ausschweifungen sind sehr bekannt. Aus verschiedenen Ehen hatte derselbe vier Söhne, die in ihrem Alter also auf einander folgen: Junius Brutus, Edwin, John Wilkes und Joseph. Die drei ältesten Brüder wählten die Bühne als ihr Berufsgeschäft. Der jüngste studirte Medizin und befand sich nach den letzten Nachrichten, die man von ihm empfangen, irgendwo in Georgia.

James Wilkes Booth wurde auf dem gedachten Gute in Hartford County, Maryland, unweit Baltimore, im Jahre 1841 oder 1842, nach einer anderen Angabe 1838 geboren. Er erhielt seine Vornamen nach einem bekannten englischen Tragödienspieler John Wilkes (wir wissen nichts von einem Schauspieler dieses Namens, sondern kennen nur den Agitator John Wilkes, dessen politische Thätigkeit in die Regierungszeit Georg's III. fällt) und wird als ein Bild männlicher Schönheit geschildert. Nicht sehr groß, aber von anmuthiger Körperbildung, mit großen, glänzenden, schwarzen Augen, welche die Bewunderung Aller, die ihn sahen, erregten, mit regelmäßigen Gesichtszügen und dunkelbraunem Haare — soll er die Reize eines Adonis und fast die Stärke eines Athleten besitzen. Er kleidet sich mit ausgezeichnetem Geschmacke und sein Benehmen ist gewöhnlich ruhig, zurückhaltend, würdevoll und einem gebildeten Manne geziemend. Dagegen, wenn er aufgeregt oder durch geistige Getränke in Leidenschaft versetzt wurde, was sehr häufig der Fall war, konnte er in seinem Benehmen gegen Andere sehr heftig und beleidigend werden. Er ist unverheirathet und hatte viele Liebschaften. Es heißt, er sei ein Opiumesser, aber gewiß ist nur so viel, daß er häufig geistige Getränke im Uebermaße genoß. Er ist ein trefflicher Schütze, ein Meister in der Fechtkunst, ein tüchtiger Reiter und versteht den Dolch oder das Bowiemesser mit Geschick zu führen. Seine persönliche Tapferkeit ist unzweifelhaft und viele seiner Freunde haben sich gewundert, daß er nicht in die Rebellenarmee trat, welcher seine Sympathieen angehörten. In seinem Charakter vereinigt er mehrere der fehlerhaften Züge seines Vaters; er ist, wie jener, oft unbesonnen in seinen Handlungen, sehr reizbar und zu seltsamen Einfällen und Streichen geneigt. Wenn er der Mörder des Präsidenten Lincoln war, worüber fast kein Zweifel mehr obwaltet, so besaß er die zur Erreichung seiner höllischen Absichten nöthige Thatkraft, Geschicklichkeit in der Waffenführung und die erforderliche Bekanntschaft mit den Aus- und Eingängen des Theaters, sowie mit den Oertlichkeiten in der Umgegend von Washington. Doch dachten seine Freunde und Bekannten niemals, daß er die Mordsucht, die moralische Feigheit und die unaussprechliche Niederträchtigkeit besitze, die

meine, daß ich den Herrn Antragsteller richtig verstehe, weiß aber in der That nicht, ob ich darin irre. Wenn die Diskussion über diesen Vorschlag im Hause eine breitere Basis gewonnen haben wird, dann werde ich erkennen, ob meine Lektüre dieses Vorschlages mit dem richtigen Verständniß stattgefunden habe." Auf eine Bemerkung des Abg. v. Vincke äußerte sich Herr v. Roon noch weiter wie folgt: „Die Regierung kann auch ihrerseits aus dem Bonin'schen Amendement die Möglichkeit einer Verständigung ableiten, wenn es von der Mehrheit dieses Hauses so verstanden wird, wie von ihr; auch die Regierung, festhaltend an den Tendenzen ihres eigenen Gesetzesvorschlages, glaubt in dem des Abg. v. Bonin mehrere Punkte zu finden, über welche sich in diesem Sinne verhandeln ließe. Ein Mehreres — aber auch nicht weniger — habe ich nicht sagen wollen. In diese Verhandlungen selbst einzutreten, muß ich mir für jetzt versagen." Aus den Erklärungen des Ministers, der sich, wie man sieht, mit großer Zurückhaltung äußerte, ist noch nicht ersichtlich, ob das Ministerium wirklich, wie ein Gerücht wissen will, eine Art Unter-Amendement zu dem des Abg. v. Bonin einbringen will. Die Sprache der ministeriellen Blätter läßt auf die Absicht ernstlich gemeinter und wirklich annehmbarer Konzessionen noch nicht schließen.

Aus der Sitzung vom 2. ds. heben wir noch hervor, daß Herr v. Blankenburg mit Ausfällen nach allen Seiten den nacktesten Absolutismus in Militärfragen vertrat und den Anspruch des Hauses auf ein maßgebendes Veto gegen Verstärkungen des Friedensstandes und Erhöhungen des Militärbudgets mittels bloßer Regierungs-Verfügungen zu verspotten suchte. Der Abg. Michaelis antwortete ihm: „Wir meinen mit unserem Budgetrecht das Budgetrecht der preußischen Verfassung, und das ist das große eiserne Band, das uns fest zusammenhält. Wir sind auf Grund der Verfassung von unseren Wählern berufen worden, durch Ausübung unseres Rechtes, wie es die Verfassung vorschreibt, solche Abnormitäten in Zukunft unmöglich zu machen, wie sie bereits in diesem Falle vorgekommen." Und dann erklärte derselbe sich für den Versuch einer Verständigung auf Grund des v. Bonin'schen Antrages. Daß aber in Betreff der wesentlichen Forderungen: Ermäßigung des Präsenzstandes, faktische zweijährige Dienstzeit der Infanterie und vor Allem Herstellung des Budgetrechts, das Haus bis an die feudale Rechte heran ziemlich einig ist, bewies auch die Rede des Abg. Reichensperger. „Ich bin", erklärte Hr. Reichensperger, „materiell mit dem Wesen der Reorganisation einverstanden, halte es aber für nothwendig, daß die Landesvertretung das ihr zustehende Verweigerungsrecht so lange ausübe, bis ihr das verfassungsmäßig zustehende Recht der Budgetbewilligung von der Regierung zugestanden ist."

München, 2. Mai. Der Bau der neuen Königsgruft an der Theatiner-Hofkirche ist so weit vorgeschritten, daß bereits der marmorne Sarkophag, in welchem die Leiche weiland Sr. Maj. des Königs Max wird beigesetzt werden, aufgestellt werden konnte. Gegenwärtig werden die Umfassungsmauern der Grabkapelle aufgeführt, in welcher einstmals die irdischen Ueberreste der Königin-Mutter, die Gott uns lange noch erhalten möge, ihre Ruhestätte finden sollen. (A. Z.)

Wie die „Bayer. Zeitung" unter dem 3. Mai berichtet, hat der k. Staatsminister des k. Hauses und des Aeußern im allerhöchsten Auftrage Sr. Maj. des Königs bereits vor einigen Tagen eine Depesche an den k. Generalkonsul Hagedorn in Philadelphia gerichtet, mit der Weisung, der Regierung der Vereinigten Staaten den wärmsten Ausdruck des Beileids an ihrem Verluste darzubringen.

München, 3. Mai. Von heute an wurde die ärztliche Ordination sistirt und dem Könige die Wahl der Speisen überlassen. Schon gestern hatte der König seinen Großonkel, den Prinzen Karl, empfangen; von morgen an werden die Audienzen wie gewöhnlich wieder gewährt werden können. — Für die Abgebrannten in Schattenstein hat Se. Majestät der König ein Geschenk von 1000 fl. bewilligt. — Die nächste Sitzung der Kammer der Abgeordneten findet am künftigen Freitag statt. Abg. Brandenburg wird eine Interpellation, die Berggesetzgebung betr., verlesen. Hierauf folgt Berathung über die Anträge, die Interpretation des Art. 5 Abs. 1 des Gesetzes vom 10. November 1861 über die Aufbringung des Bedarfs für die deutschen Schulen betreffend. Eventuell werden auch die Salinenrechnungen von 1861/63 und über Neuffers Antrag, die Differentialfrachten auf den Eisenbahnen betr., berathen. Den Schluß bildet der Vortrag des V. Ausschusses über geprüfte Anträge.

Aus **München,** 2. Mai, schreibt man dem „Pfälzer Kurier": Der statistische Scharfsinn des Abgeordneten Kolb hat gelegenheitlich der vorläufigen Begründung seines Antrages auf Umbildung der Wehrverfassung auf eine Entdeckung geführt, welche nicht nur in der Kammer, sondern auch am Ministertische eine angenehme Ueberraschung wahrnehmen ließ. Aus dem Zusammenhalte mit der seit der Begründung des Bundes feststehenden und ursprünglich schon ungenauen Matrikel mit dem wirklichen Zahlenverhältniß und dem Wachsthum der Bevölkerung in den verschiedenen Bundesgebieten ergibt sich die Thatsache, daß Bayern im Verhältniß zu Preußen 16,490 und im Verhältniß zu Sachsen 18,885 Mann am Bundeskontingent zu viel stellt, so daß die Erhöhung dieses Kontingents von 1 pCt. auf $1^{5}/_{6}$ pCt. auf eine gleiche Bevölkerungszahl, in den preußischen deutschen Provinzen nur 4 pCt., in Sachsen sogar eine Minderung um $1^{1}/_{10}$ pCt., in Bayern aber eine Steigerung um $39^{1}/_{10}$ pCt. beträgt, nachdem die Bevölkerung bei der letzten Zollvereinszählung im Jahre 1861 in den zum Bunde gehörenden Provinzen Preußen um 76 pCt., in Sachsen um $85^{1}/_{2}$ pCt., in Bayern nur um $31^{73}/_{100}$ pCt. zugenommen hat. Nebenbei gesagt, weist die

---

den Meuchelmörder zum verworfensten aller Geschöpfe Gottes machen.

Als der gegenwärtige Krieg ausbrach, erklärte sich John Wilkes Booth für einen entschiedenen Secessionisten und beharrte seit jener Zeit fortwährend auf seiner Unloyalität. Dagegen waren und sind seine Brüder Junius Brutus und Edwin die entschiedensten Unionisten, und wegen dieser Meinungsverschiedenheiten sind unter den Brüdern mehrmals Streitigkeiten ausgebrochen. Ja, sein Bruder Edwin soll ihn wegen seiner secessionistischen Gesinnungen in New York aus seiner Wohnung gewiesen haben. (Edwin rettete unlängst, nach einem Berichte in der New-Yorker „Times," dem ältesten Sohne des Präsidenten Lincoln, Kapt. Robert Lincoln, das Leben, indem er ihn in Jersey City vor dem Ausgleiten und Fallen unter die Räder des bereits in Bewegung befindlichen Bahnzuges bewahrte.)

Nach einem Gerüchte soll J. Wilkes Booth ein Offizier in der Rebellenarmee gewesen und mehreren Schlachten beigewohnt haben; aber von anderer Seite wird diesem Gerüchte entschieden widersprochen. Gewiß ist, daß er einen unversöhnlichen Haß gegen den Präsidenten Lincoln hegte. Er soll unlängst erklärt haben, er führe eine gezeichnete Kugel bei sich, womit er den Präsidenten Lincoln eines Tages zu erschießen gedenke. Er hat angeblich früher einmal gegen eine Geliebte, eine Schauspielerin im hiesigen Olympic-Theater, ein Pistol gezogen.

Er wohnte dem Inaugurations-Balle in Washington bei und benahm sich dabei sehr auffallend; er folgte mit teuflischen Blicken den Bewegungen Lincoln's, murmelte dumpf in sich hinein und ballte seine Faust, so daß seine Freunde ihm riethen, den Ballsaal zu verlassen, damit er nicht hinausgeworfen würde, was ihm bei längerem Bleiben widerfahren wäre. Neuerdings soll er dem Becher noch stärker zugesprochen haben, als früher, und Manche glauben, daß er sich auch zu der entsetzlichen Mordthat durch starkes Trinken entflammt habe.

Von J. W. Booth's theatralischer Laufbahn wollen wir nur kurz erwähnen, daß er in manchen Rollen Ausgezeichnetes leistete, namentlich in derjenigen des blutgierigen Richard III., worin er nach dem Urtheile Mancher seinen berühmten Vater übertroffen haben soll. Indeß übertrieb er seine Rolle bisweilen selbst für eine amerikanische Bühne zu stark; so warf er einmal als Richard III. in dem Kampfe, worin er gegen Richmond (nachmaligen König Heinrich VII.) unterliegen sollte, seinen Gegner von der Bühne in das Orchester hinein. Besonders übertrieb er seine Rolle, wenn er etwas berauscht war. Nur einmal spielte er mit seinen beiden Brüdern zusammen, und zwar am 23. Nov. v. J. in Shakespeare's „Julius Cäsar", worin Edwin Booth den Brutus, Junius Booth den Cassius und John Wilkes Booth den Marcus Antonius spielte.

Vor einigen Monaten sagte John Wilkes Booth in Folge einer starken Angegriffenheit seiner Luftröhre (Bronchitis) der Bühne Lebewohl und soll seither durch Spekulationen in Oelland in West-Virginia und Pennsylvania (ein ansehnliches Vermögen erworben haben. Noch am vorigen Dinstag (11. April) begegnete er im Broadway in der Stadt New York einem Freunde, der ihm Oelland zu verkaufen wünschte. Booth sprach sich über das Anerbieten günstig aus, aber erklärte, daß er nicht eher in der Sache etwas thun könne, als bis er von Washington zurückkomme. Sein Freund äußerte über seine Reise nach der Bundes-Hauptstadt einiges Erstaunen, aber Booth sagte, es sei eine sehr dringende Angelegenheit. Man weiß jetzt, welches der Zweck seiner Reise war.

Nach der Korrespondenz eines hiesigen Blattes aus Washington sagen diejenigen, welche in den letzten Tagen vor dem Morde

geringe Volkszunahme in [Bayern] auf Zustände hin, welche endlich eine gründliche Aenderung nicht mehr länger hinausschieben lassen. Es wird nun hoffentlich die Aufdeckung dieses Thatverhältnisses, auf welches bisher kein Minister, kein Staatsbeamter gekommen war, dazu führen, daß Bayern am Bunde seine Kontingentspflicht auf die richtige Stufe bringe. Die eintretende Ersparniß, wie das bisher in traumhafter Unschuld gebrachte Opfer wird nach den jetzigen Verwendungsgrößen etwa drei Millionen jährlich betragen, abgesehen von den ungleich bedeutenden Opfern an jugendlicher Manneskraft, die sich selber, den Familien, der Gesellschaft in dem Militärwesen, wie es heute gestaltet ist, verloren geht.

Der „Frankf. Postztg." wird von einem offiziösen Korrespondenten aus **Wien** geschrieben: „Es ist jetzt Aussicht vorhanden, daß der Papst in die Uebertragung eines Theiles der römischen Staatsschuld auf das „subalpinische Königreich", wie man sich in Rom offiziell ausdrückt, einwillige. Der österr. Botschafter in Rom, welcher in dieser Sache vermittelte, hat dieser Hoffnung in einem hierher gelangten Berichte Ausdruck verliehen. Bezüglich der Besetzung der vakanten Bischofssitze soll eine Verständigung mit dem piemontesischen Agenten (Begezzi) erzielt worden sein. Dagegen scheint der Papst sich nicht entschließen zu können, in die Bildung einer neuen Armee unter irgend welchen Modalitäten zu willigen. Er hat v. Persigny wiederholt und in der herzlichsten Weise erklärt, daß er mit vollster Beruhigung sich und den Staat dem Schutze des Kaisers der Franzosen anheimgebe. Daran ist nicht zu denken, daß, wie die Dinge sich auch gestalten mögen, Pius IX., der übrigens die Ueberzeugung hegen soll, daß seine Tage gezählt seien, Rom verlasse. Mit Festigkeit erklärt er, er werde sterben auf der Schwelle der Apostel."

Berlin, 3. Mai. Bei Ueberreichung der Beileidsadresse der Mitglieder des preußischen Abgeordnetenhauses an den amerikanischen Gesandten, dankte dieser im Namen der Regierung und des Volkes der Union für die Theilnahme der Mitglieder einer so hochstehenden, in jeder Weise so ausgezeichneten Versammlung. Er beklagte den durch Lincoln's Tod erlittenen großen Verlust, und hob das große Verdienst der Deutschen in Amerika um die Sache der Union hervor; Amerika werde nie vergessen, was Deutsche für seine Sache gethan haben. Seward's Befinden sei besser, dessen Tod wäre fast ein so großer Verlust, wie jener Lincoln's. Durch Lincoln's Tod werde die Politik keine Veränderung erfahren. Lincoln's größtes Verdienst ist, daß er der treue Vollstrecker des Volkswillens gewesen sei. Der Volkswille sei derselbe geblieben. Eine Veränderung sei nicht zu befürchten, da Johnson, ein im langen öffentlichen Leben wohlgeprüfter Staatsmann, mit Lincoln zugleich gewählt worden ist.

Berlin, 3. Mai. Die „Kreuzzeitung" sagt: „Eh' Preußen auf den Vorschlag Oesterreichs eingeht, daß die Stellung Preußens zu den Herzogthümern erst nach Einsetzung der definitiven Staatsgewalt regulirt werden solle, muß es unserer Meinung nach a l l e s A n d e r e v e r s u c h e n."

Die „Rh. Ztg." schreibt: „Die Feudalen haben immer offene Partei genommen für die Sklavenzüchter in Nordamerika. Gleichwohl ist der Protest des Abg. Wagener gegen den Erlaß einer Beileidsadresse an den nordamerikanischen Gesandten mehr wie eine Taktlosigkeit, als wie eine überlegte Demonstration aufgefaßt worden. Wie dem nun auch sei, die Ansichten der Feudalen über den Mord hat der Abg. Graf Wartensleben für Jeden, der es hören wollte, laut genug ausgesprochen. Als die erste Nachricht von der Unthat in das Abgeordnetenhaus gelangt war, bedauerte Graf v. Wartensleben, d a ß d e r M o r d n i c h t v i e r W o c h e n f r ü h e r g e s c h e h e n s e i."

Hannover, 1. Mai. Die Reden des Königs bei der Feier in Göttingen werden durch die „D. Nordseeztg." veröffentlicht. Aus der Rede am Auditoriengebäude entnehmen wir folgenden Satz: „Wenn die Georgia Augusta einen ehrenvollen Platz einnahm unter den deutschen Hochschulen zu einer Zeit, in welcher sie von den Herrschern des Landes durch das Meer getrennt war, so wird sie nun, da die Könige des Welfenhauses in ihren uralten Erb- und Stammlanden ihren dauernden Sitz wieder genommen haben und, so Gott will, b i s z u m E n d e a l l e r D i n g e mit ihren Unterthanen verbunden bleiben werden, es anderen deutschen Universitäten nicht nur gleich thun, sondern wie ein Meteor voranleuchten. Das walte Gott!" — Bei Eröffnung der Festtafel schloß der König seinen Toast: „Die Sonne der Georgia Augusta leuchte am Himmelsbogen ob den hannöverischen Gauen zum Preise des dreieinigen Gottes, zum Ruhm des welfischen Königshauses und seines Reiches, zum Heile der Menschheit und des Weltalls, b i s z u m E n d e a l l e r D i n g e! Sie lebe hoch!"

Paris, 2. Mai. Der „Messager francoaméricain" theilt den Bericht eines Augenzeugen über die Zusammenkunft mit, in der Grant und Lee die Kapitulation unterzeichneten. „Am 9. April um $2^1/_2$ Uhr Nachmittags kam General Lee in Begleitung eines einzigen Stabsoffiziers zu Appomatox Court House an und begab sich zu General Grant, der bereits im Hause eines dortigen Bürgers, Namens W. Melane, abgestiegen war. In einem der Zimmer dieses Hauses einigten sich die beiden Generäle über die Kapitulation. Grant empfing seinen Gegner mit der ihm eigenen militärischen Offenheit. Lee war kalt und gemessen und einfach höflich, ohne den herzlichen Empfang Grants in derselben Weise zu erwiedern. Nachdem sich beide Generäle die Hand gedrückt, ließen sie sich an einem Tische nieder und debattirten über die einzelnen Bedingungen der Kapitulation. Lee beschränkte sich darauf, Alles, was Grant ihm vorschlug, anzunehmen, und verlangte seinerseits am Ende nur die Uebersendung von Lebensmitteln an seine Leute, die, wie er sagte, seit 36 Stunden noch nichts gegessen hätten. Grant bewilligte dieß sofort, worauf ihm

---

mit Booth zusammenkamen, daß er an sehr großer geistiger Aufregung in Folge des Genusses starker Getränke gelitten habe, sowie aus dem weiteren Grunde, weil eine junge Dame seine Liebesanträge wegen seiner starken secessionistischen Gesinnungen zurückgewiesen habe. Er kam vor wenigen Tagen von seinem Landgute bei Dudd's Ferry am untern Potomac und bezog in Washington sein altes Logis im National-Hotel.

Am Morgen des unheilvollen 14. April (Charfreitag) schlenderte er in das Logenbureau von Ford's Theater und erfuhr dort zufällig, daß Grant und Präsident Lincoln am Abend jenes Tages der Vorstellung beiwohnen wollten. Aus dem Billetbureau hat man seine Spur nach dem Pferdeleihstalle hinter dem National-Hotel verfolgt, wo er um die Mittagszeit ein rasches Pferd miethete. Um 4 Uhr kam er in das National-Hotel, nahm zwei Visitenkarten, die von verdächtig aussehenden Personen dort hinterlassen worden waren, von dem Buchhalter in Empfang, ließ sich Papier geben, trat an das Pult und begann zu schreiben.

Man bemerkte an ihm, daß er einen wilden Blick hatte, und er war so geistesabwesend, daß er den Buchhalter beim Datiren seiner Zuschrift fragte, welches Jahr man schreibe. Um 6 Uhr spazirte er gemächlich in der Pennsylvania Avenue, in seiner gewöhnlichen feinen Manier gekleidet. Um $7^1/_2$ Uhr sah man ihn abermals in der an Ford's Theater stoßenden Restauration, wo er ein Glas Brandy trank. Von dort begab er sich in das Theater, wo man ihn gewöhnlich gegen 8 Uhr fand. Bald nach 9 Uhr ging er hinaus und brachte sein Pferd vorn vor das Theater und bewog William Spangler, den Zimmermann des Theaters, der gegenwärtig in Haft gebracht ist, das Thier zu halten.

Booth wurde dann bemerkt, wie er im Theater die Treppe hinauf in den sogenannten „Dreß-Cirkle" ging, nach der Seite, wo der Präsident saß. Der Gang zunächst an der Wand war mit Menschen überfüllt, so daß es Booth ziemliche Mühe kostete, sich bis zur Loge des Präsidenten einen Weg zu bahnen. Als er vor derselben ankam, wurde er von dem Bedienten, der dort stand, um Zudringliche vom Präsidenten abzuwehren, angehalten. Dem Bedienten nannte er den Namen eines hochstehenden Herrn, der den Präsidenten zu sprechen wünsche, und da er sehr fein gekleidet war, so wurde ihm ohne Argwohn gestattet, in die Loge zu treten. Darauf erfolgte die Mordthat und Flucht.

Außer den bereits in Obigem angegebenen Verdachtsgründen gegen John Wilkes Booth ist zu erwähnen, daß man in der Präsidenten-Loge einen Hut fand, welchen Bekannte Booth's als den seinigen erkannten; ferner wurde auf der Bühne, auf welche der Mörder hinabgesprungen war, ein Sporn gefunden, den man ebenfalls als Eigenthum Booth's erkannte.

Am Donnerstag (13. April) sprach Booth bei dem Schatzmeister von Grover's Theater (Hrn. Heß) vor und fragte ihn, ob er Abends sein Haus illuminiren werde. Hr. Heß versetzte, er werde dies erst am Freitag Abend thun. „Gut," sagte Booth, „warum kündigen Sie denn nicht ein neues und aufregendes Stück für Freitag Abend an und laden den Präsidenten und andere hohe Beamte dazu ein, um ein rechtes Furore zu machen?"

Ferner wurde Booth von wohl einem Dutzend Personen (namentlich von Fräulein Keene) erkannt, die ihn auf der Bühne sahen, wohin er gesprungen war. In Booth's Koffer fand man gravirende Briefe.

Booth's Maitresse, Ella Turner, versuchte am 15. April, in Washington Selbstmord zu begehen, wurde aber daran verhindert und mit ihrem ganzen Haushalt in Haft genommen.

Lee die Hand schüttelte [und bald darnach zu seinen Truppen zurückkehrte.

... Ueber den Stand der Epidemie in **Petersburg** (heißt es in einer Mittheilung der „Bayer. Z." vom 3. d.) erfährt man nur wenig Erfreuliches. Die täglichen Erkrankungsfälle sind nach wie vor beträchtlich; dagegen werden bereits minder heftige Erscheinungen in den ersten Stadien der Erkrankung wahrgenommen. Die offiziellen Ausweise bestätigen, daß in den Spitälern ein täglicher Krankenzuwachs von 260—300 Personen stattfindet. Man kann nicht annehmen, daß diese Ausweise übertreiben; eher ist zu vermuthen, daß die Zahl im Interesse der Beruhigung niedriger gegriffen ist, als es in der That der Fall ist. Die bisherigen Meldungen bestritten das Auftreten der Epidemie im Süden Rußlands; man liest jedoch in der russischen Zeitung „Odessener Wjestnik", daß in Odessa und Umgegend das wiederkehrende Fieber Goroncza in epidemischer Form seit einiger Zeit mit zahlreichen tödtlichen Folgen grassire.

Amerika. Die Beeidigung Johnsons als Präsident erfolgte am 15. April, 10 Uhr Vormittags, in Kirkwood-House, seiner Wohnung in Washington, durch Herrn Salmon P. Chase, Vorsitzer des obersten Tribunals der Vereinigten Staaten. In einer kurzen Anrede nach diesem Akt sagte er: „... Die einzige Versicherung, die ich jetzt in Bezug auf die Zukunft geben kann, ist eine Verweisung auf die Vergangenheit. Mein bisheriges Verfahren, bezüglich der Rebellion, muß als eine Bürgschaft für künftighin gelten. Mein politisches Leben, das ein langes und mühsames gewesen, war, wie ich mit gutem Gewissen glaube, auf ein großes Rechtsprinzip gegründet, das zur Grundlage aller Dinge dient. Alle meine Kraft war der immer größeren Befestigung einer freien Regierung gewidmet, und ich glaube, daß unsere Republik aus ihren jetzigen Prüfungen nur um so stärker in der Volksfreiheit hervorgehen wird u. s. w." — Wichtiger, sowie länger, war die Rede, womit am 17. April Hr. Johnson die Adresse einer Deputation aus Illinois beantwortete. Er verweilte darin mit bewegter Stimme bei den Verbrechen, sagte: diese teuflischen Unthaten, dieses schwerste Verbrechen des Hochverraths, müßten nicht bloß an den unmittelbaren Verübern, sondern an ihrer Quelle heimgesucht werden, welche zugleich die Quelle aller amerikanischen Uebel sei. Die amerikanische Regierung werde nicht immer Geduld haben (bear, mit ihren Feinden; sie sei stark genug, nicht bloß zu schützen, sondern auch zu strafen. (Wie die „Brooklyn Union" die Betrunkenheit Hrn. Johnson's am 4. März entschuldigt, haben wir vorgestern gesehen. Ein anderes Blatt geht noch weiter, und macht ihn gar zu einem Teetotaller, der in 25 Jahren keinen Tropfen geistigen Getränks über seine Lippen gebracht bis zu jenem Unglückstage, wo ihm zwei Gläser Branntwein als Stomachale eingeflößt worden, die in Folge der Ungewohntheit um so drastischer wirkten. Unmittelbar nach dem Inaugurationstag soll ein Methodistenprediger vor seiner Gemeinde gebetet haben: O Herr! möge die Unmäßigkeit aufhören in unserem Lande! Möge sie namentlich aufhören unter unsern Beamten und Regierern! Aber, o Herr, wenn sie trotz aller Warnungen sich zu betrinken entschlossen sind, so gestatte Du wenigstens nicht, daß sie sich zu gleicher Zeit betrinken!")

Sehr guten Eindruck machte es in **New-York**, daß, unmittelbar auf die traurige Kunde aus Washington, das brittisch-nordamerikanische Volk in Canada, Neu-Braunschweig und Neu-Schottland in Versammlungen seinen Schmerz und sein Bedauern aussprach.

Hiezu die Beilage: „Würzburger Anzeiger".

Verantwortlicher Redakteur: A. Hartmann.
Druck und Verlag der Stabel'schen Buch- und Kunsthandlung in Würzburg

Amortisations-Erkenntniß.

Vom k. Landgericht Werneck.

Hypothekenbereinigung für Kützberg betr.

Nachdem innerhalb der durch Edikt vom 20. Oktober 1864 — Neue Würzb. Ztg. Nr. 301, 352 und 57 festgesetzten Frist auf die dortselbst sub Ziff. 1 mit 83 aufgeführten Hypothekenforderungen keinerlei Ansprüche erhoben wurden, wird nunmehr unter Verwirklichung des angedrohten Präjudizes nach Ablauf dieser Frist erkannt:

„es seien in Anwendung des § 82 des Hypothekengesetzes die fraglichen Forderungen für erloschen zu erklären und die Löschungen im Hypothekenbuche zu vollziehen."

Werneck, den 30. April 1865.

Königliches Landgericht.

Huber.

Meisner, Funktionär.

Cours der Staatspapiere.

Oesterr.	5 pCt. Met. (Cp. i. S. b. R.)	—
„	5 pCt. Lomb. ditto. à 24	—
„	5 pCt. Engl. Met. v. 1862	80¾ P.
„	5 pCt. Engl. Met. v. 1859	78⅞ P.
„	5 pCt. Venet. Coupon b. R.	86½ G.
„	5 pCt. Nationalanl. v. 1854	68⅜ G.
„	5 pCt. Metall. Obligation.	64½ G.
„	4½ pCt.	58½ P.
Preussen	3½ pCt. Staatsschuldsch.	—
Bayern	4½ pCt. Obl. 1jähr. dto.	101⅝ P.
„	4½ pCt. Obl. ½jähr. dto.	102¾ P.
„	4 pCt. Obl. 1jähr. dto.	98⅜ P.
„	4 pCt. Obl. ½jähr. dto.	99⅜ G.
„	4 pCt. Obl. Ab.-R. dto.	98⅜ P. ⅜ G.
„	3½ pCt. Obl. dto.	—
Württemb.	4½ pCt. Obl. b. Rothsch.	104⅛ G.
„	3½ pCt. Obl. dto.	94¾ P.
Baden	4½ pCt. Obl.	—
„	3½ pCt. Obl. v. 1842	91⅞ P.
Gr. Hess.	4½ pCt. Obl.	—
„	4 pCt. Obl. b. Rothsch.	100⅜ G.
„	3½ pCt. Obl. dto.	97½ P.
Nassau	4½ pCt. Obl. dto.	102⅞ P.
„	4 pCt. Obl. dto.	99 G.
„	3½ pCt. Obl. dto.	—
Frankfurt	3½ pCt. Obl.	95 P.
„	3 pCt. Obl.	91½ P.
Spanien	3 pCt. inl. Sch P. à fl. 2. 30	—
„	2¼ pCt. „ „ „	—
Schweden	4½ pCt. Obl. à 105 Thlr.	91⅝ P.
N.Amerika	6 pCt. à 1000r. 1881 B. 2½	68⅜ P.
„	6 pCt. ditto r. 1882 „	68⅜—⅝ G.

Diverse Aktien.

Frankfurter Bank à fl. 500 . . .	150½ G.
K. K. Oesterr. National-Bankaktien	872 P.
Oesterr. Kreditbank-Aktien à fl. 200	201 P. 199½ G.
Bayer. Hypothekenb. Pfandbriefe 4 pCt.	97¾ P.
Darmst. Bank 1. u. 2. Serie à fl. 250	230 P.
Weimarische Bank à Thlr. 100 . .	104 G.
Mitteldeutsche Kreditaktien . . .	101½ G.
Intern. Bank in Lux. à 250 Frs. à 28 kr.	—
Taunus-Eisenbahn à fl. 250 . . .	350 P.
Frankfurt-Hanauer-Eisenbahn . . .	101⅝ P. ¾ G.
Oest. F.St.Eisb. 5pCt. 500 Fr. à 28 kr.	—
„ Elisab.-Eisenbahn 5 pCt. . .	121½ P.
Böhm. Westbahn-Aktien à fl. 200 6/7	77⅞ G.
Rhein-Nahe-Bahn 200 Thl. à 105 4pCt. Z.	31¼ G.
Ludwigshafen-Bexbacher à 4 pCt. .	149¾ P.
dto. dto. Prior. à 4 pCt.	—
Pfälz. Maxb. b. Rothschild à 4½ pCt.	107½ G.
Oest. St.-Eisenb. Prior.-Oblig. à 3 pCt.	53 P.
Elisab.-Bahn Prior. 5 pCt. 6/7	79⅞ P.
Südd. Bank-Akt., 40 pCt. Einz.	256½ P.
Span. Handels- und Industrie . .	—
Bayr. Ostbahn à 4½ pCt. volleinbez.	113¾ P.
Bayer. Ostbahn mit 50 pCt. Einz.	113½ G.

Wechsel in süddeutscher Währung.

Amst. fl. 100 k. S.	100⅞ G.
Antwerp. Frs. 200 k. S.	94⅝ G.
Augsb. fl. 100 k. S.	99¾ G.
Berlin Th. 60 k. S.	104⅞ P.
Brem. 50 Th. Lsd. k. S.	97½ P.
Brüssel Frs. 200 k. S.	94⅝ G.
Cöln Thlr. 60 k. S.	104⅞ P.
Hamb. MB. 100 k. S.	88⅝ P. ⅝ G.
Leipzig Th. 60 k. S.	105 P.
London Lst. 10 k. S.	119⅛ G.
Lyon Frs. 200 k. S.	—
Mail. Frs. 200 . .	94⅜ G.
München fl. 100 k. S.	99¾ G.
Paris Frs. 200 k. S.	94¾—⅞ G.
Petersburg 60 S.-R.	—
Triest fl. 100 k. S.	—
Wien fl. 100 ö. W.	—
do. in öst. W. l. S.	108⅜ G.
Disconto	3½ pCt. G.

Anlehens-Loose.

Oesterr. fl. 250 v. 1839	146½ P.
„ fl. 250 v. 1854 mit 4pCt.	79 G.
„ fl. 500 v. 1860 6/7	88 P. 87¾ G.
„ fl. 100 Eisb. L. v. 1858.	135⅛ G.
„ do. v. 1864.	97 P.
Schwed. 10 Thlr. Loose	—
Badische fl. 50	—
Badische fl. 35	53⅞ P.
Kurhess. Thlr. 40 b. R.	56½ P.
Gr. Hessen fl. 50 b. R.	140¼ P.
„ fl. 25 do.	36⅞ P.
Nassau fl. 25 bei Rothsch.	35⅛ P.
Sardinische Fr. 36 b. B.	—
Neuchateler 10 Frs.-Loose	—
Freiburger 15 Frs.-Loose	—
Mailänder 45 Frs. L. b. R.	33¼ P.
St. Lüttich mit 2½ pCt. Z.	33½ P.
Anah.-Gunzenh. fl. 7-L.	11 P. 10⅞ G.

Frankfurt, 4. Mai. Das Geschäft an der heutigen Börse war unbedeutend, die Kurse wenig verändert. In Amerikanern ging mehreres zu 68¾—½—¾ um. Oesterr. Fonds waren etwas matter, namentlich Kreditaktien, die für fixe Lieferung per Medio billiger als komptant zu haben waren. (Synd.)

Digitized by Google

An die
k. Hof- und Staatsbibliothek
1 N. Würzb. Ztg. München.

Neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht!

№ 125. | Vorausbezahlung: Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 1 fl. 80 kr. Bei Inseraten wird die dreispaltige Zeile in gewöhnlicher kleiner | 62. Jahrgang. | Schrift oder deren Raum im Hauptblatte mit 6 kr., im Anzeiger mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franco. | Samstag, 6. Mai 1865.

Zur schleswig-holsteinischen Sache.

Die ministerielle Berliner „Provinzial-Korrespondenz" gibt in ihrer neuesten Nummer über die Ansichten der preußischen Regierung in Bezug auf die Aufgabe der einzuberufenden schleswig-holsteinischen Landesvertretung folgende Aufschlüsse: „Die Regierung geht davon aus, daß die Versammlung sich über alle Fragen äußern soll, welche auf die Zukunft der Herzogthümer überhaupt Bezug haben. Es ist die Vermuthung geäußert worden, daß die Herzogthümer zunächst nur über wichtige Finanzfragen, nicht aber in Betreff der künftigen Stellung des schleswig-holsteinischen Staates überhaupt und zumal über die Fragen der Erbansprüche und der künftigen Herrschaft befragt werden sollten. Eine solche Einschränkung hat jedoch den Absichten unserer Regierung fern gelegen; dieselbe war vielmehr von jeher der Ueberzeugung, daß die Wünsche der Bevölkerung, obwohl denselben eine allein entscheidende Bedeutung nicht beizumessen ist, doch in allen jenen Beziehungen zu hören seien. Es liegt ja überdies auf der Hand, daß jene Fragen sich gar nicht absolut trennen und auseinanderhalten lassen; denn die künftigen finanziellen Verhältnisse der Herzogthümer hängen ja mit der politischen Einrichtung derselben und mit der Gestaltung ihrer Beziehungen zu Preußen und Deutschland auf's Engste zusammen, und über diese Beziehungen lassen sich wieder bestimmte Wünsche und Verlangen nicht aussprechen, ohne zugleich auf die Frage der künftigen Herrschaft einzugehen. Indem die preußische Regierung wünscht, daß die Stimme der Herzogthümer in allen diesen Beziehungen zum Ausdruck gelange, darf sie sich zugleich der begründeten Zuversicht hingeben, daß die unerläßlichen Forderungen, die sie ihrerseits als Vorbedingungen jeder Lösung der Herzogthümerfrage festhält, in ihrer Berechtigung und Nothwendigkeit im Interesse der Herzogthümer auch von der Vertretung derselben bereitwillig anerkannt werden."

Nach einer Wiener Korrespondenz der „Nat.-Ztg." wird eine Zusammenkunft des Kaisers Franz Joseph mit dem Könige Wilhelm als wahrscheinlich betrachtet, und glaubt man, daß sich die obschwebenden Differenzen im Wege des persönlichen Meinungsaustausches ohne viele Schwierigkeiten werden beheben lassen, wenn auch nicht in der von der „Köln. Ztg." vorgeschlagenen Weise, daß Oesterreich gegen Erwerb der Fürstenthümer Hohenzollern die Annexion der Elbherzogthümer von Preußen zugeben wird. Auch dieser neueste Vorschlag des rheinischen Blattes hat in Wien keine bessere Aufnahme gefunden, als der frühere, welcher von der Abtretung der Wasserpolakei handelte. Mit ihren Kompensations-Vorschlägen hat die „Köln. Ztg." entschieden Unglück. Wir sind gespannt, auf was die „K. Z." nun verfällt.

Ueber den erwähnten Vorschlag der „Köln. Ztg.", daß an Oesterreich allenfalls die hohenzollern'schen Lande als Entschädigung abgetreten werden könnten, bemerkt die „Kreuzzeitung": „Wir gehen auf diesen Gedanken nicht näher ein, da wir die Ansicht der „K. Ztg." nicht theilen, daß Preußen auch für die Befestigung seiner Stellung im Norden eine Garantie des österreichischen Besitzstandes doch keinesfalls übernehmen könnte. So kurzab läßt sich diese Frage nicht beseitigen; eben so wenig die ähnliche Frage, ob es unter den gegebenen Umständen nicht angemessen wäre, daß Oesterreich mit seinem Gesammtbesitz in den Bund träte, was gewiß auch eine Kompensation wäre. Doch diese Verhältnisse sind so schwierig, daß sie der genauesten Prüfung bedürfen, die nur bei Kenntniß aller Umstände zu einem richtigen Resultat führen kann. Uns kam es zunächst nur darauf an, zu zeigen, wie auch andere — und liberale — Blätter es zugeben, daß Oesterreich nicht kurzweg verabschiedet werden kann aus den Herzogthümern zum bloßen Nachsehen." Bei der Stellung, welche die „Kreuzzeitung" zur Regierung einnimmt, sind solche Aeußerungen immerhin beachtenswerth und jedenfalls ein Symptom, daß man in Berlin für gut findet, gegenüber dem Mitbesitzer etwas gelindere Saiten aufzuspannen.

In einer Wiener Correspondenz der „Karlsr. Ztg." taucht eine Nachricht auf, nach welcher die Mittelstaaten ihre Aktion am Bunde wieder aufzunehmen beabsichtigen. Es wird dem genannten Blatte unterm 2. ds. geschrieben: „Die Mittelstaaten warten nur das Ende der Verhandlungen (zwischen Oesterreich und Preußen) ab, um für den Fall, daß über die Einberufung der Stände keine Vereinbarung erzielt werden sollte, entweder ihrerseits diese

Feuilleton.

Amerikanische Literatur.

Von Prof. Dr. L.

Die Amerikaner haben kein Alterthum und keine Denkmale, keine Jugend und keine Poesie, keine Literatur und keine Kunst, ist bei uns eine gewöhnliche Redensart, sobald man von Kunst und Literatur spricht — und hiemit glaubt man einen unbedingt wahren und zugleich den bittersten Tadel, ja die gerechteste Verdammung ausgesprochen zu haben. Könnte denn aber ein unparteilicher Beobachter nicht antworten: Das Alterthum und die Denkmale Englands gehören auch den Amerikanern, sie dürfen Chaucer und Shakespeare mit Recht zu den Ihrigen zählen. Will man dies aber läugnen und den ersten Tag der Unabhängigkeit Amerika's als den rechten Geburtstag betrachten, nun so tritt es sogleich auf wie Adam, der aus Gottes Hand kam und nie Kinderschuhe trug; oder wie Minerva, die aus Jovis Haupt sprang und keiner Bonne zum Erziehen übergeben wurde. — Jeder, sagt man, arbeitet in Amerika, um zu leben, Keiner, um zu denken. Welch' einseitiger unwahrer Gegensatz! Die Arbeit ist nie ohne alle Gedanken; nur die Faulen (von manchem Majoratsherrn bis zu den Lazaroni) sind gedankenlos!

Andere behaupten: der mittlere Durchschnitt der Bildung sei zwar in Amerika höher als anderwärts, aber es fehle an hervorragenden Spitzen großer Geister. Das letzte folgt wenigstens nicht aus dem Ersten; vielmehr steigen, sobald sich die breite gesammte Grundlage erhebt, auch über kurz oder lang die Spitzen in reinere Lüfte. Alles hat seine Zeit. Mädchen von 8 Jahren und Frauen von 80 kommen nicht in Wochen; aber die Amerikaner sollen (das verlangen jene Tadler) Alles auf einmal, Alles zu gleicher Zeit, d. h. zur unrechten Zeit thun! Wie viel Dichter hat denn Frankreich in tausend Jahren erzeugt, und welche darf Deutschland nennen zwischen dem (obendrein geleugneten oder bescholtenen) Verfasser der Nibelungen und Klopstock?

Die Amerikaner sind mehr als achtbar in der Literaturerzeugung. Als Literaturverbraucher stehen sie aber jedem anderen Volke auf Erden voran. Wenn wir nämlich von der Literatur eines Landes sprechen, so sind wir, glaube ich, nur zu sehr geneigt, die Sache so anzusehen, als betreffe sie ausschließlich die Schriftsteller, ohne dabei zu beachten, daß der literarische Charakter eines Volkes weit mehr von dem abhängt, was es liest, als von dem, was es schreibt.

Man kann in Amerika unmöglich von Literatur sprechen, ohne mehr an die Lesenden als an die Schreibenden zu denken. In dieser Beziehung ist freilich auch die Lage der Amerikaner eine günstigere, als die irgend eines andern großen Volkes, weil sie die Vortheile der englischen Sprache mitgenießen. Ein Yankee wird sich so wenig einem Engländer gleich betrachten, als er einem Franzosen gleich ist. Aber er liest Shakespeare in seiner eigenen Muttersprache und muß dagegen erst eine fremde Sprache mühsam erlernen, um Molière verstehen zu können. Er trennt sich von England in der Politik und vielleicht auch in der Zuneigung; in geistiger Bildung aber kann er sich von England nicht losmachen.

Einberufung anzuregen oder, was noch wahrscheinlicher ist, sofort mit einem Antrag auf alsbaldige Reaktivirung der holsteinischen Stimme, d. h. auf Zulassung eines holsteinischen Bundestagsgesandten, vorzugehen. Dem Vernehmen nach würden abermals Bayern und Sachsen die dahin gerichteten Schritte einleiten."

(Amtliche Nachrichten.) **München**, 4. Mai. Se. M. der König hat auf das Forstamt Tölz den Revierförster zu Dießen, A. Frhr. v. Lobkowitz, zum Forstmeister ernannt; auf das Forstamt Feuchtwangen den derm. Revierförster zu Feucht, W. Zahn, zum Forstmeister ernannt; zum Hpt.-Zoll-A.-Verwalter in Simbach den Hauptzollamts-Kontroleur X. Zehbauer in Lindau, zum Kontroleur am Hauptzollamte Lindau den dortigen Gränz-Ober-Kontroleur J. A Putz befördert, zu dessen Stelle den Gränz-Ober-Kontroleur K. Eisenhofer in Aeschach versetzt und zum Gränz-Ober-Kontroleur zu Aeschach den Gränz-Oberaufseher zu Pferd, J Fürtder, zu Wertach ernannt, sodann zum Zollverwalter bei dem k. Nebenzollamte I Mähring im Hauptzollamts-Bezirke Waldsassen den Gränz-Ober-Kontroleur A. Frhrn. Schirndinger von Schirnding zu Reichenhall berufen und an dessen Stelle den Zollpraktikanten J. Frhrn. v. Karg-Bebenburg ernannt; den Advokaten A. Schuler von Frankenthal zum Staatsprokurator-Substituten am Bez.-Ger. Zweibrücken ernannt; dem Landrichter J. Chr. Kellein in Hersbruck den erbetenen Ruhestand bewilligt; auf dessen Stelle den Landrichter G. Löw in Altdorf versetzt; zum Landrichter in Altdorf den Landgerichts-Assessor A. Püls in Forchheim befördert, und zum Assessor des Landgerichts Forchheim den dermaligen Vertreter der Staatsanwaltschaft am Landgerichte Münchberg, K. Schlegler, ernannt; die am Stadtgerichte München l/J. erled. Assessors-Stelle dem Accessisten des Appellationsgerichts von Oberbayern, Th. Rothmund, verliehen.

Der königl. Forstgehilfe F Nehmann zu Goldkronach, Forstamts Wunsiedel, wurde zum provisorischen Forstwart in Birnstengel im Revier Bischofsgrün ernannt.

Die kathol. Pfarrei Altmühlmünster, kgl. Bezirksamts Hemau, ist mit einem Reinertrage von 923 fl. 58 kr. und die kathol. Pfarrei Unterauerbach, kgl. Bezirksamts Neunburg v/W., mit einem solchen von 700 fl. in Erledigung gekommen.

München. Die Vorlage der Regierung an die Kammern zur Aufbesserung der Offizierslöhnungen ist so kläglich und mager ausgefallen, daß sie fast ebenso gut hätte unterbleiben können. Während es unmöglich ist, daß die niederen Offizierschargen bei den heutigen Preisen aller Lebensbedürfnisse mit ihren im Jahre 1822 normirten Löhnungen bestehen können, soll nach dem Regierungspostulat die allerbedürftigste Charge der Unterlieutenants in den ersten 6 Jahren gar keiner Erhöhung, die der Oberlieutenants und Hauptleute II. Klasse einer solchen von täglich nur $9^{6}/_{7}$ kr. theilhaftig werden, den ersteren endlich nach 6 Hungerjahren, den letzten beiden Kategorien nach 6, resp. 4 Dienstjahren in derselben Charge eine tägliche Zulage von $16^{1}/_{2}$ kr. werden; und in diesem Verhältnisse hinauf bis zum Obersten, dem eine fixe Gageerhöhung von 33 kr. täglicher Quote in Aussicht steht!!

Wien, 30. April. Herr v. Bismark hat eine von der „Nordd. Ztg." in Flensburg veröffentlichte Zirkularverfügung an die preußischen Konsularagenten in den Herzogthümern erlassen, worin den Schiffen der Herzogthümer der Beistand der preußischen Konsulate zugesichert wird, auch wenn sie unter der österreichischen oder unter der provisorischen Flagge der Herzogthümer fahren. Es scheint, daß diese Cirkularverfügung nebenbei darauf berechnet ist, die Interimsflagge, welche nun diesseits und jenseits des Oceans allgemein anerkannt ist, einzuführen. Die österreichische Regierung wünscht, daß mehr geschehe, daß nämlich eine gemeinsame Veröffentlichung den schleswig-holsteinischen Rhedern die Anerkennung der Interimsflagge seitens aller Seemächte offiziell zur Kenntniß bringe. Hiezu war aber das preußische Kabinet bis jetzt nicht zu bewegen. Frhr. v. Halbhuber wurde daher angewiesen, jede Gelegenheit zu ergreifen, um die dortigen Rheder zu verständigen, daß der Führung der Interimsflagge nichts mehr im Wege stehe. Der Eingangs erwähnte Erlaß ist vielleicht hierdurch hervorgerufen worden. (Frkf. Postz.)

Wien, 4. Mai. (Unterhaussitzung.) Der Justizminister übermittelt einen Protest der Präsidenten des obersten Gerichtshofes und des Wiener Oberlandesgerichts, Landesgerichts und Handelsgerichts gegen die Angriffe, welche in der vom Abgeordneten Schindler bei der Debatte des Justizbudgets gehaltenen Rede auf den Richterstand gemacht seien. Der Präsident erklärt, diese Regierungsmittheilung vorlegen zu müssen, ohne der Unabhängigkeit des Hauses präjudiziren zu wollen. Schindler erklärt: er habe den Richterstand nicht beleidigt und sei bereit, für seine Worte einzustehen. Berger beantragt, die Zuschrift des Justizministers als Regierungsvorlage einem Ausschuß zur Vorberathung zuzuweisen. Der Antrag Bergers findet Unterstützung und wird gedruckt werden. Hierauf Fortsetzung der Debatte übers Kriegsbudget. Der Kriegsminister vertheidigt den von der Regierung vorgelegten Abstrich und erklärt: er sei vom Kaiser beauftragt, in den Abstrichen bis an die Grenze des äußerst Möglichen zu gehen; diese Grenze sei aber erreicht und könne nicht überschritten werden. Hierauf Schluß der Sitzung. Fortsetzung morgen.

Berlin, 3. Mai, Abends. Die „Nationalzeitung" erfährt, es sei in der hier tagenden Versammlung der Bevollmächtigten des Zollvereins die Frage wegen Abschlusses eines Handelsvertrages mit Italien angeregt worden. Die Hindernisse liegen in der Nichtanerkennung des Königreichs Italien durch eine große Zahl der Zollvereins-Regierungen. Für Herbeiführung eines Handelsvertrages mit Italien durch Preußen allein wäre alles vorbereitet.

Berlin, 4. Mai. In der heutigen Sitzung des Abgeordnetenhauses sagte Hr. v. Forkenbeck: Gegenüber den zurückhaltenden Erklärungen des Kriegsministers in der vorigen Sitzung über den Bonin'schen Vermittlungsantrag werde ich, dem Kriegsminister zuvorkommend, erklären, daß wir dieses Amendement, weil

---

Freilich genießt England dieselben Vortheile in Bezug auf Amerika. Irving, der Historiker Prescott, der Novellist Longfellow gehören England so gut an, als wären sie dort geboren. Allein die Waage senkt sich doch sehr zu Gunsten Amerika's. Die Engländer lieferten ihm die Arbeit von 400 Jahren und empfingen dafür die von fünfzig.

Diesen Vortheil haben sich die Amerikaner mit staunenswerthem Eifer und Raschheit zu Nutzen gemacht; denn als Literaturverbraucher stehen sie, wie gesagt, unstreitig allen Völkern auf Erden voran. Wo ein deutscher oder englischer Verleger sich mit Tausenden von Exemplaren begnügt, rechnet ein amerikanischer nach Zehntausenden. Der Absatz eines neuen Buches, das bei uns in einzelnen Nummern oder Heften einen ansehnlichen Erfolg hatte, würde in Amerika für eine verfehlte Spekulation gelten. Dies erklärt sich in Bezug auf den Verfasser und Verleger durch die Verschiedenheit des Preises, zu dem das Buch hergestellt wird. Ein Tausend bei uns gibt vielleicht so viel Ertrag, als die Zehntausend in Amerika. Was freilich die Zahl der Leser betrifft, so gibt es keine Gleichheit. Das eine Buch für einen Thaler kann sich nicht vervielfältigen, was auch eine große Leihbibliothek thun mag, wie es zehn Bücher für einen Thaler thun. Schließlich bleiben die zehn Bücher gegen das eine und wenn auch nicht gerade zehn Leser gegen einen zu rechnen sind, so doch gewiß fünf, vier oder drei.

Dies erklärt sich leicht daraus, daß in den Staaten Jeder lesen und schreiben kann, daß Jedermann Bücher besitzt. Bei uns gibt es viele Bibliotheken, Bücherzimmer, Bücherschränke, aber schwerlich Büchersammlungen bei Fiacrekutschern, Zettelträgern oder Feldarbeitern. Wer in Amerika das Haus eines Bürgers betritt, findet dort sicherlich Bücher oder Monatshefte. Die Leser Tennyson's, Thackeray's, Dicken's, Bulwer's, Collin's und Martin Tüpper's zählt man in den Staaten nach Zehntausenden im Verhältniß zu den Tausenden, die sie in England haben mögen. Aber der Geschmack beschränkt sich keineswegs auf die Literatur Englands. Die Amerikaner sind sehr stolz darauf, daß sie eine eigene Literatur haben. Unter den literarischen Namen, die sie hochhalten, wie Longfellow, Curtis, Holmes, Hawthorne, Lowell, Emerson, ist keiner, glaube ich, geehrter, als Irving und Cooper. Sie hören es gern und wissen recht wohl, daß ihre neueren Geschichtschreiber — besonders Prescott — für große Schriftsteller, namentlich in England gelten, und fordern nicht ganz mit Unrecht Bewunderung für ihre Dichter.

In Bezug auf die Menge von Werken, die in Leipzig und London verlegt und gedruckt werden, können sich die drei großen Produktionsstätten der Literatur der westlichen Hemisphäre, Boston, New-York und Philadelphia, mit den genannten Städten nicht messen. Allein die Zahl der von den amerikanischen Verlegern gedruckten Exemplare ist weit größer, als die aus London und Leipzig hervorgehenden, so daß ihnen unbedingt die größere Literaturmasse zukommt. Der Grund dafür ist ein sehr einfacher. Fast Alles wird nachgedruckt, sicherlich aber Alles, was in England irgend eine Bedeutung oder Popularität erreicht hat. Ich weiß nicht, ob diese Thatsache den meisten deutschen oder englischen Schriftstellern bekannt ist. Jedenfalls aber ist es eine Thatsache, daß der Einfluß vieler von ihnen, namentlich der Engländer, auf der anderen Seite des Ozeans größer ist, als auf der diesseitigen. Drüben haben sie die größte Anzahl ihrer Verehrer und Schüler. Drüben werden sie als Lehrer von Hunderten und Tausenden anerkannt. An diese dreißig Millionen sollten sie doch ein wenig denken, wenn sie die Frage bei sich überlegen, welche alle Schriftsteller bedenken sollen, ob das, was sie schreiben, an sich gut oder schlecht, wahr oder falsch ist. Ein deutscher Schriftsteller legt vielleicht keinen großen Werth darauf, wenn ihm sein Verleger mittheilt, daß etwa 70 bis 80 Exemplare seines Werkes nach Amerika abgesetzt wurden. Gewiß aber fängt er an einzusehen, daß er

es einer thatsächlichen Anerkennung der Reorganisation gleichkommt, nicht annehmen können, wenn wir nicht unsere ganze politische Vergangenheit desavouiren, uns vernichten wollen. Hr. v. Roon: Ich habe keine Veranlassung, das nur mit 8 Unterschriften versehene und wenig unterstützte Amendement zu diskutiren. Die Regierung kann so aussichtslose Vorschläge nicht in Berathung ziehen.

Kassel, 4. Mai. In der heutigen Sitzung der Ständeversammlung stand das Rekrutirungsgesetz auf der Tagesordnung. Der Ausschuß hatte beantragt, mit Rücksicht auf die anderweitigen bedeutenden Vortheile des Gesetzesentwurfes die von der Regierung geforderte vierjährige Dienstzeit in der Aktive gutzuheißen; die Ständeversammlung genehmigte aber bloß dreijährige Dienstzeit, worauf der Kriegsminister die Zurückziehung des ganzen Gesetzes erklärte.

Karlsruhe, 3. Mai. Die heutige Sitzung der zweiten Kammer eröffnete Präsident Hildebrandt mit einer Ansprache, in welcher er den Gefühlen der Kammer bei dem Tode Lincoln's Ausdruck gab. Zum Andenken an den Gemordeten und zu Ehren der Union erhoben die Mitglieder sich von ihren Sitzen. Ministerpräsident Frhr. v. Roggenbach erklärte: Die übereinstimmende Empfindung, welche bei der Nachricht von dieser frevelhaften That, der ein großer Mann, der Präsident der nordamerikanischen Union, zum Opfer gefallen, ganz Europa bewegte, habe auch die großh. Regierung tief ergriffen. Kein Land aber empfinde mehr Theilnahme, als Deutschland, das durch so viel tausend Fäden mit Nordamerika verbunden sei, und das mit so viel guten Wünschen die schweren Kämpfe begleitet habe, welche dort jetzt für die Humanität ausgefochten würden. Baden habe eine ganz besondere Ursache zur Theilnahme, lebten doch etwa 200,000 ehemalige Angehörige dieses Staates in der Union. Die Regierung habe deshalb nach der ersten Nachricht von der That dem Gouvernement der Vereinigten Staaten ihr Beileid durch den großh. Generalkonsul in New-York aussprechen lassen. — Die mit der würtembergischen und der preußischen Regierung abgeschlossenen Staatsverträge über verschiedene Eisenbahnanschlüsse im Schwarzwald und Seekreis wurden darauf in namentlicher Abstimmung einstimmig (50 St.) angenommen.

Bern, 1. Mai. Prof. Lübke am Polytechnikum in Zürich hat einen ehrenvollen Ruf von Württemberg an das Polytechnikum in Stuttgart abgelehnt. — Das Schwurgericht von Zürich hat einen Vater, der sein letztes neugeborenes Kind mit Salpetersäure vergiftete und im Verdacht steht, fünf andere seiner Kinder ebenfalls gleich nach der Geburt getödtet zu haben (was er inzwischen eingestanden hat), zum Tode verurtheilt. Hier wird es sich zeigen, ob die Gegner der Todesstrafe fest seien, denn der Fall gehört zu den schwersten. — Aller Orten werden Versammlungen und Adressen vorbereitet, um den Abscheu gegen die Ermordung Lincoln's auszusprechen.

Brüssel, 3. Mai. Aus einer nicht offiziellen und deßhalb glaubhaften Quelle geht mir die Versicherung zu, daß die Anfälle von Beklemmung seit zwei Tagen beim Könige nachgelassen haben und der Patient gestern eine sehr ruhige Nacht gehabt hat. Gestern und heute hat derselbe mit Erlaubniß der Aerzte ein paar Stunden in freier Luft auf der Terrasse des laekener Schlosses zugebracht. Doch braucht wohl kaum bemerkt zu werden, daß die zugestandene Besserung vor Allem relativ ist, denn das Leiden des Königs Leopold hat seinen Hauptsitz im Herzen, und was dies bei dem vorgerückten Alter des hohen Kranken zu bedeuten hat, liegt auf der Hand. — In Lüttich haben die Studenten dem Rektor der Universität die Fenster eingeworfen, weil derselbe sich geweigert, ihnen die vor zwei Jahren vom Könige geschenkte Fahne auszuliefern, um damit dem Begräbnisse eines liberalen Professors an der dortigen polytechnischen Schule beizuwohnen.

Paris, 3. Mai. Bei der Revue, welche der Kaiser vor Marseille über die Flotte abhielt, ereignete sich ein Vorfall, der viele Menschenleben hätte kosten können. Anlaß dazu gab ein von dem Kaiser gegebenes Signal, das den Aviso „Daim“ im Augenblicke, wo sich die ganze Flotte zur Ausführung der Manöver in Bewegung setzte, in die Nähe des „Aigle“ berief. Ungeachtet der augenscheinlichen Gefahr befolgte der Kommandant des „Daim“ den gegebenen Befehl, konnte aber nicht verhindern, daß die gepanzerte Fregatte „Couronne“ gegen ihn anfuhr. Der „Daim“ litt großen Schaden. Ein Theil des Schiffes und seine drei Boote wurden zertrümmert, und es gelang ihm nur mit Mühe und vermittels eines Privat-Dampfschiffes, den Hafen zu erreichen. Auf dem Daim befanden sich eine große Anzahl Marseiller Damen, der Divisions-General dieser Stadt mit seinem Stabe, der Marine-Kommissär und der Maire von Marseille mit seiner ältesten Tochter, welche im Gesicht verwundet wurde. Der Tumult auf dem Daim war ein fürchterlicher. Der Lieutenant des Daim erhielt einige Kontusionen, ein Matrose wurde verwundet und ein anderer getödtet. Vier Personen, darunter der Divisions-General, sprangen vom Bort des Daim auf die Couronne, ohne Schaden zu nehmen.

Amerika. Ueber die Vorgänge bei der Ermordung Lincoln's theilt die New Yorker Handelszeitung folgende Einzelnheiten mit: „Im Theater angekommen, nahm die Gesellschaft (Herr und Frau Lincoln, Fräulein Harris und Major Rathbon) in der linken Prosceniums-Loge Platz. Der Präsident wurde vom Publikum herzlich begrüßt. Er schien das Lustspiel, welches gegeben wurde, von ganzem Herzen zu genießen. Wenige Augenblicke vor der

---

wohl daran hätte denken sollen, wenn er hört, daß zwanzig- oder dreißigtausend Exemplare desselben Buches über die Vereinigten Staaten verbreitet worden sind. Der mächtigste Hebel nun für diesen immensen Bücherkonsum sind die merkwürdigen Veranstaltungen zur Verbreitung von nützlichen Büchern und zur Begründung öffentlicher, unentgeltlich zu benutzender Bibliotheken. Entsteht in irgend einem Schulbezirk oder einer Gemeinde eines Staates das Bedürfniß nach dem Besitz einer öffentlichen Büchersammlung, namentlich für Erwachsene, so wendet man sich an die Zentralbibliothek des betreffenden Staates, und dies Institut bietet sich mit seinem reichlich versehenen Depositorium von als gut und nützlich anerkannten populären Werken über Astronomie, Erdkunde, Geschichte, Naturkunde, alte und neue Literatur, als der billigste und großmüthigste Buchhändler dar. Auf diese Weise entstehen die sogenannten Kreisbüchereien, über die ein Schulbeamter die Aufsicht führt, um etwa auf Entfernung schlecht gewählter Bücher anzutragen. Von diesen Büchereien sind ausgeschlossen alle Schriften, die theologische oder politische Streitigkeiten berühren, sowie alle Romane. Ungeachtet dieser Bestimmung ist die Auswahl schwierig, und da es an gleichartig gedruckten Werken für billige Preise fehlte, so sind in New-York und Boston nach zweckmäßiger Entscheidung wohlgesinnter und sachverständiger Männer ganze Reihen von Büchern für jüngere und erwachsene Personen gedruckt, ja manche Werke ganz eigens für diesen Zweck geschrieben worden. Unter den nachgedruckten Werken erwähne ich Washington's Leben, Homer, Plutarch, Herodot, Müller's und Becker's Weltgeschichte, Goldsmith's Geschichte von Griechenland und Rom, Lehrbücher der Physiologie, Handbücher für Ackerbau, Gewerbe u. s. w.

Im Jahre 1863 enthielten diese neuen Büchersammlungen im Staate New York mit 2 Millionen Einwohnern 1,800,000 Bände und die Regierung gab dazu 120,000 Dollars. Im Jahre 1864 war die Zahl der Bände bereits auf 2 Millionen gestiegen. Da nun die Gemeinden mindestens ebensoviel aufbringen müssen, so wurden in einem Jahre freiwillig für die geistige Bildung der Einwohner durch Bücherlesen verausgabt 240,000 Dollars. Ganz ähnlich sind die Einrichtungen und Fortschritte in Pennsylvanien, Massachusetts und den anderen amerikanischen Staaten.

Der deutsche eingewanderte Bauer, der in der Nähe von Göttingen, Wien, Berlin u. s. w., unseren großen Bildungsstätten, Abends auf der Ofenbank hockte, mit der Frau zankte, die Kinder prügelte und dann in's Bier-, Wein- und Branntweinhaus ging, um das patriarchalische Gleichgewicht des angeblich durch Bücherweisheit noch nicht verdorbenen, unschuldigen Gemüthes herzustellen, sitzt dagegen im Staate Jowa im fernsten Westen und studirt den Agrikulturist, ein Handbuch der Astronomie oder wohl gar den Thucydides. Nur auf diesem Wege läßt sich die geistige Erziehung über den beschränkten Kreis der Schule ausdehnen, über das ganze Leben verbreiten und ein ganzes Volk auf eine höhere Stufe echter Erkenntniß erheben.

Nro. 12. **Logogryph.**

Stehst Du auf hoher Alpenwand
Und schaust hinab in's schöne, welsche Land,
Siehst Du vorbei an wilden Bergesschlünden,
Durch sanfte Thäler sich mein Ganzes winden.
Zwei Zeichen weg, Eins bei, dann trittst Du in ein Haus,
Da geht es lustig zu in Saus und Braus,
Da siehst Du bei Gesang und Gläserklingen
Sich traute Brüder froh umschlingen.

Auflösung der Homonyme Nr. 11: Stuhl.

schaudervollen That lehnte er, in seiner gewöhnlichen achtlosen Weise, den Kopf auf seine Hand gestützt, in seinem Stuhle vor, und seine ganze Aufmerksamkeit schien von den Vorgängen auf der Bühne gefesselt zu sein, die er herzlich belachte. Da wurde ein Knall gehört, und ein Mann kam aus dem Hintergrunde der vom Präsidenten besetzten Loge. Mit einem Sprunge schwang er sich über die Brüstung auf die Bühne, nahm eine theatralische Stellung ein, schwang einen Dolch und rief mit gegen die Zuhörer gerichtetem Gesichte: „Sic semper Tyrannis!“ mit so lauter und fester Stimme, daß die Worte im ganzen Hause gehört werden konnten. Dann verschwand er schnell wie ein Blitz im Hintergrunde. Das Auditorium war wie vom Donner gerührt. Die theatralische Art und Weise, in der der Mörder seine Bewegungen machte, veranlaßte Viele zu dem Glauben, daß der ganze Vorgang eine Szene des Stückes, das gespielt wurde, sei, bis ihnen durch die Jammerrufe der Frau Lincoln eine Ahnung der Wirklichkeit aufdämmerte. Nur Ein Mann im Auditorium durchblickte sogleich die Bedeutung der Vorgänge. Es war dies Herr J. B. Stewart, ein Advokat von New-York, der einen der Orchestersitze inne hatte und sofort, als der Mörder sich gegen den Hintergrund wandte, auf die Bühne sprang und ihm folgte. Er war nur einige Schritte hinter dem Flüchtling, als Letzterer die Ausgangsthür passirte und hinter sich zuschlug. Das Wiederöffnen der Thüre nahm einige Minuten in Anspruch, so daß der Mörder Zeit gewann, sich auf sein auf der Straße bereit gehaltenes Pferd zu schwingen und davon zu galopiren. Im Theater herrschte natürlich, sobald man wußte, was vorgefallen war, die grenzenloseste Verwirrung, die Frauen weinten, die Männer schrieen. Ueber die den Meuchelmord in der Loge begleitenden Umstände liegen zwei Angaben vor, die eine des Fräulein Harris, die andere die der Frau Lincoln. Fräulein Harris sagt: Nahezu eine Stunde vor dem Morde erschien ein Mann an der Thüre der Loge und blickte hinein, als wenn er sich die Position der darin befindlichen Personen betrachten wolle. In der Loge glaubte man, daß der Mann sich entweder geirrt, oder daß ihn unverschämte Neugier zu diesem Benehmen verleitet habe. Der Vorfall erregte kein Aufsehen. Als der Mörder zum zweiten Male in die Loge trat, stand Major Rathbon auf, ging ihm entgegen und fragte ihn, was er wolle. Er eilte an dem Major, ohne eine Antwort zu geben, vorüber, stürzte auf den Präsidenten zu, hielt ein Pistol gegen den Hinterkopf desselben, drückte los und sprang im nächsten Augenblick auf die gepolsterte Barriere der Loge. Dabei führte er noch einen Streich mit dem Dolche nach rückwärts, der gegen das Gesicht oder die Brust des Präsidenten gerichtet war. Major Rathbon, der herbeigesprungen war, fing den Stoß auf, und er traf dessen Arm. In demselben Augenblicke sprang der Mörder auf die Bühne. Frau Lincoln hatte die Vorgänge in der Loge kaum bemerkt. Sie scheint den Pistolenschuß sonderbarer Weise nicht gehört zu haben; das Erste, was ihre Aufmerksamkeit erregte, war, daß ein Mann über die Brüstung auf die Bühne sprang. Sie blickte hinab, und als sie sich umwandte, sah sie, daß der Kopf des Herrn Lincoln auf seine Brust herabgesunken war. Jetzt erkannte sie die schreckliche Wirklichkeit und machte ihrem Schmerz in lauten Jammerrufen Luft.“

Des Präsidenten Johnson Familie wohnt gegenwärtig in Nashville, Tennessee. Sein Sohn Robert ist 29, sein Sohn Andrew 12 Jahre alt, sein Sohn Charles fand als Militärarzt im Jahre 1863 seinen Tod durch einen Sturz vom Pferde. Einer seiner Schwiegersöhne, Oberst Stover, fiel an der Spitze seines Regiments in der Schlacht bei Nashville am 18. Dezember vor. Js., sein zweiter Schwiegersohn ist Richter Patterson in Nashville. Die vielen Drangsale und Verfolgungen, von denen der unionstreue Johnson und seine Familie während der südstaatlichen Militärherrschaft in Tennessee heimgesucht worden sind, haben die Gesundheit der Frau Johnson so sehr erschüttert, daß an ihrer Stelle wahrscheinlich die Tochter, die Wittwe des Obersten Stover, dem Haushalte des Präsidenten vorstehen wird. — Folgende Worte eines Correspondenten, welcher Herrn Johnson vor dessen Wahl zum Vize-Präsidenten in Nashville besuchte, haben, im Juli vorigen Jahres geschrieben, jetzt ein doppeltes Interesse gewonnen. „Ich fand in Andrew Johnson einen ruhigen, einfachen, nichts weniger als anmaßenden Mann, von mittlerer Größe, mit breiter, wohlgebauter Stirn und intelligenten Zügen. In der Unterhaltung war er bedachtsam und gemessen. Er beklagte die Lage des Volkes, den Druck, den die Aristokratie ausübte, den Mangel einer Mittelklasse. Aus allem, was er sagte, sprach Scharfsinn und ein praktischer Blick. Wenn die Wahl auf ihn fällt, so wird Lincoln eine tüchtige, verläßliche Stütze an ihm haben, und sollte Lincoln durch den Tod seinem Wirkungskreise entrissen werden, einen tüchtigen und weisen Nachfolger.“

Der „Globe“ erzählt aus **Mexiko**, die österreichischen und belgischen Truppen seien dort beim Volke im höchsten Grade mißliebig; die Oesterreicher seien jüngst in Puebla von der Menge ausgepfiffen und mit Steinen beworfen worden, und hätten Feuer geben müssen, um sich zu wehren. Hingegen die Franzosen seien dem Volke nicht so zuwider, weil sie die mexikanische Eigenliebe zu schonen verstanden.

Hiezu die Beilage: „Würzburger Anzeiger“.

Verantwortlicher Redakteur: A. Hartmann.
Druck und Verlag der Stabel'schen Buch- und Kunsthandlung in Würzburg

Cours der Staatspapiere.

Oesterr.	5 pCt. Met. (Cp. i. S. b. R.)	—
„	5 pCt. Lomb. ditto. à 24	—
„	5 pCt. Engl. Met. v. 1852	60 3/8 P.
„	5 pCt. Engl. Met. v. 1859	73 3/4 P.
„	5 pCt. Venet. Coupon b. R.	86 1/8 G.
„	5 pCt. Nationalanl. v. 1854	68 5/8—1/8 G.
„	5 pCt. Metall. Obligation.	64 P.
„	4 1/2 pCt.	57 1/8 G.
Preussen	3 1/2 pCt. Staatsschuldsch.	—
Bayern	4 1/2 pCt. Obl. 1jähr. dto.	101 2/3 P.
„	4 1/2 pCt. Obl. 1/2jähr. dto.	102 1/4 P.
„	4 pCt. Obl. 1jähr. dto.	98 3/4 P.
„	4 pCt. Obl. 1/2 jähr. dto.	99 3/8 P.
„	4 pCt. Obl. Ab.-Z. dto.	98 3/4 P. 3/8 G.
„	3 1/2 pCt. Obl. dto.	—
Württemb.	4 1/2 pCt. Obl. b. Rothsch.	104 1/8 G.
„	3 1/2 pCt. Obl. dto.	94 3/8 P.
Baden	4 1/2 pCt. Obl.	—
„	3 1/2 pCt. Obl. v. 1842	91 7/8 P.
Gr. Hess.	4 1/2 pCt. Obl.	—
„	4 pCt. Obl. b. Rothsch.	100 3/8 G.
„	3 1/2 pCt. Obl. dto.	97 1/2 P.
Nassau	4 1/2 pCt. Obl. dto.	102 1/2 P.
„	4 pCt. Obl. dto.	99 1/2 P.
„	3 1/2 pCt. Obl. dto.	—
Frankfurt	3 1/2 pCt. Obl.	94 1/2 G.
„	3 pCt. Obl.	91 1/2 P.
Spanien	3 pCt. inl. Sch. P. à fl. 2. 30	—
„	2 1/4 pCt. „ „ „	—
Schweden	4 1/2 pCt. Obl. à 105 Thlr.	91 1/4 P.
N.Amerika	6 pCt. à 1000r. 1881 D. 2 1/2	—
„	6 pCt. ditto r. 1882 „	67 3/4—67 7/8 G.

Diverse Aktien.

Frankfurter Bank à fl. 500 . . .	151 P. 150 3/4 G.
K. K. Oesterr. National-Bankaktien	865 G.
Oesterr. Kreditbank-Aktien à fl. 200	200 P. 199 G.
Bayer. Hypothekenb. Pfandbriefe 4 pCt.	97 1/2 G.
Darmst. Bank 1. u. 2. Serie à fl. 250	224 1/2 P.
Weimarische Bank à Thlr. 100 .	101 G.
Mitteldeutsche Kreditaktien . . .	101 1/2 G.
Intern. Bank in Lux. à 250 Frs. à 25 kr.	—
Taunus-Eisenbahn à fl. 250 . . .	349 G.
Frankfurt-Hanauer-Eisenbahn . .	101 7/8 P. 3/4 G.
Oest. F.St.Eisb. 5pCt. 500 Fr. à 2. k.	—
„ Elisab.-Eisenbahn 5 pCt.	—
Böhm. Westbahn-Aktien à fl. 200 6/7	77 7/8 G.
Rhein-Nahe-Bahn 200 Thl. à 105 4pCt. Z.	31 P.
Ludwigshafen-Bexbacher à 4 pCt.	149 3/4 P.
dto. dto. Prior. à 4 pCt	—
Pfälz. Maxb. i. Rothschild à 4 1/2 pCt.	107 1/4 P.
Oest. St.-Eisenb. Prior.-Oblig. à 3 pCt.	63 P.
Elisab.-Bahn Prior. 5 pCt. 6/7	79 P.
Südd. Bank-Akt., 40 pCt. Einz.	256 1/2 P.
Span. Handels- und Industrie	—
Bayr. Ostbahn à 4 1/2 pCt. volleinbez.	113 3/8—1/2 G.
Bayer. Ostbahn mit 50 pCt. Einz.	112 7/8 G.

Wechsel in süddeutscher Währung.

Amst. fl. 100 k. S.	100 3/8 G.
Antwerp. Frs. 200 k. S.	94 5/8 G.
Augsb. fl. 100 k. S.	99 3/4 G.
Berlin Th. 60 k. S.	104 7/8 P.
Brem. 50 Th. Lsd. k. S.	97 3/8—1/8 G.
Brüssel Frs. 200 k. S.	94 5/8 G.
Cöln Thlr. 60 k. S.	104 7/8 P.
Hamb. MB. 100 k. S.	88 5/8 P. 3/8 G.
Leipzig Th. 60 k. S.	105 P.
London Lst. 10 k. S.	119 1/8 G.
Lyon Frs. 200 k. S.	—
Mail. Frs. 200 . .	94 7/8 G.
München fl. 100 k. S.	99 5/8 G.
Paris Frs. 200 k. S.	94 3/4 G.
Petersburg 60 S.-R.	—
Triest fl. 100 k. S.	—
Wien fl. 100 ö. W.	—
do. in öst. W. l. S.	108 3/4 P.
Disconto	3 1/2 pCt. G.

Anlehens-Loose.

Oesterr. fl. 250 v. 1839	144 3/8 G.
„ fl. 250 v. 1854 mit 4pCt.	75 1/4 P.
„ fl. 500 v. 1860 6/7	87—86 7/8 G.
„ fl. 100 Eisb. L. v. 1858.	135 7/8 G.
„ do. v. 1864.	97 P.
Schwed. 10 Thlr. Loose	—
Badische fl. 50	—
Badische fl. 35	53 7/8 P.
Kurhess. Thlr. 40 b. R.	54 1/2 P.
Gr. Hessen fl. 50 b. R.	140 1/4 P.
„ fl. 25 do.	36 7/8 P.
Nassau fl. 25 bei Rothsch.	35 1/2 P. 3/8 G.
Sardinische Fr. 36 b. B.	—
Neuchateler 10 Frs.-Loose	—
Freiburger 15 Frs.-Loose	—
Mailänder 45 Frs. b. b. R.	33 1/4 P.
St. Lüttich mit 2 1/2 pCt. Z.	33 1/2 P.
Ansb.-Gunzenh. fl. 7-[illegible]	10 3/4 G.

Frankfurt, 5. Mai. Die Börse war matt und verstimmt. Auf österr. Fonds, besonders Loose von 1860, wirkten die ungünstigen Wiener und Berliner Notirungen. Amerikanische wurden durch die seit einigen Tagen anhaltende Mattigkeit der Londoner Börse nachtheilig influirt. Der Umsatz war nicht sehr beträchtlich. (Synd.)

An die
k. Hof- und Staatsbibliothek
München.
1 N. Würzb. Ztg.

Neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht!

№ 126-27. | Vorausbezahlung: Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 1 fl. 30 kr. Bei Inseraten wird die dreispaltige Zeile in gewöhnlicher kleiner | 62. Jahrgang. | Schrift oder deren Raum im Hauptblatte mit 6 kr., im Anzeiger mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franco. | Montag, 8. Mai 1865.

(Amtliche Nachrichten.) **München** 6. Mai. Se. Maj. der König hat die kath. Pfarrei Machtlfing dem Priester S. Miehler, Pfarrvikar in Stätzling übertragen; dem Gymnasialprofessor an dem Maximilians-Gymnasium in München, A. Linsmayer, die Lehrstelle der 4. Gymnasialklasse und die Funktion als Rektor daselbst übertragen; den Gerichts- und Hausarzt Dr. L. E. Bauer bei dem Zuchthause Kaisheim zum Bezirksarzte I. Kl. ernannt; den Bezirksarzt I. Kl. Dr. Th. G. Morgenroth zu Bamberg von der Funktion eines amtlichen Arztes für Bamberg enthoben und diese Funktion dem Bezirksgerichtsarzte Dr. J. A. Rapp zu Bamberg übertragen.

Vom k. Staatsministerium der Justiz wurde als Vertreter der Staatsanwaltschaft am k. Landgerichte Staffelstein der Bezirksgerichts-Accessist Jos. Witt zu Weiden aufgestellt.

München, 5. Mai. Abgeordneter Kolb motivirte seinen Antrag in Betreff Schleswig-Holsteins am Schluß der heutigen Kammersitzung in folgender Weise: „Seit langen Jahren sind die Herzogthümer Gegenstand ernster Sorge, besonders seitdem sie durch die deutschen Großmächte entwaffnet und wehrlos ihren Feinden übergeben worden. Mit dem Tode des letzten Königs von Dänemark, Friedrich VII., mußte dieser Zustand enden. Deutsche Bundestruppen besetzten Holstein und Lauenburg, preußische und österreichische Truppen aber vertrieben die Dänen aus Schleswig. Bei einem Kampfe, wobei die deutschen Armeen ihre alte Tapferkeit bewährten, und bei einer so großen Uebermacht war der Ausgang keinen Augenblick zweifelhaft. Ein Jahr und mehr ist verflossen; man hat die deutschen Bundestruppen in verletzender Weise entfernt, in den Herzogthümern ist aber ein geordneter Zustand noch immer nicht hergestellt, ja im Gegentheile, diejenigen, die sich als Befreier angekündigt, haben einen Zustand der staatlichen Rechtlosigkeit geschaffen, der in allen deutschen Landen als ein empörender empfunden wird. Dabei zu schweigen, wäre nach meiner Ueberzeugung eine Pflichtverletzung der Volksvertretung des größten rein deutschen Staates. Sie haben unterm 17. August 1863 ausdrücklich erklärt, daß den Herzogthümern das Recht staatlicher Selbstständigkeit und das Recht der Selbstverwaltung zustehe. Sie haben beigefügt, daß es für Deutschland durch Pflicht und Ehre geboten sei, diese Herzogthümer gegen die Gefährdung staatlicher Selbstständigkeit zu schützen und dem ihnen zugefügten Rechtsbruch ein Ende zu machen. Die Sache ist sich gleich geblieben, wenn der Rechtsbruch auch jetzt anderswoher kommt. Durch die Bundesakte ist jedem Bundesstaat Unabhängigkeit und Selbstständigkeit garantirt; diese soll und darf nur im Interesse des gesammten Deutschland im Einzelstaate beschränkt werden. Zur Beschönigung des selbstständigen (selbstsüchtigen?) partikularen Treibens hat man Erbfolgestreitigkeiten hereingeworfen. Es ist mir etwas Neues, daß ein Erbfolgestreit die Souveränetät eines Staates aufheben kann. Und wenn Erbfolgestreitigkeiten entstehen, wem gebührt die Entscheidung? Etwa einem fremden Staate? Wahrlich, wenn solche bestehen, so ist das Land und Volk da, welche darüber zu entscheiden haben, wem die Erbfolge gebührt. Es handelt sich um eine staatsrechtliche Sache, die nicht nach dem Rechte eines andern Staates oder nach der Laune, die dort waltet, entschieden werden kann. Die Entscheidung steht einzig den Vertretern des Landes zu und nicht fremden Landen, auch nicht dem Bundestage, der nur anzuerkennen hat oder nicht. So wurde es seit Jahrhunderten gehalten überall, in Bayern und in Schleswig-Holstein selbst, und Preußen verdankte den Besitz Neuenburg's nur der Vertretung jenes Landes. Ich weiß sehr wohl, daß Bayern im Augenblicke, aber auch nur im Augenblicke, thatsächlich wenig thun kann. Dessenungeachtet glaube ich, daß der Ausspruch der Volksvertretung nicht bedeutungslos sein wird. Er wird nicht bedeutungslos sein für die eigene Regierung, die, das Volk zur Seite, das Recht der Herzogthümer mitvertheidigen kann. Wenn Schleswig-Holstein Zugeständnisse abgenöthigt werden sollten, so wäre es Pflicht unserer Regierung, diesen Zugeständnissen ihre Zustimmung zu versagen. Ich glaube auch, daß unser Ausspruch nicht gleichgiltig für den deutschen Bund, für die Großmächte und am Wenigsten für die Herzogthümer selbst sein wird. Diese haben einen neuen Kampf zu bestehen; getragen von den Sympathien des deutschen Volkes, werden sie auch in diesem Kampfe ausharren. Es ist möglich, daß Gewalt über sie ergeht; aber sie werden diese Gewalt niemals sanktioniren, sondern darauf rechnen, daß diejenige abenteuerliche Politik, durch die sie jetzt gedrängt sind, isolirt und in die Unmöglichkeit versetzt sein wird, ihre Anforderungen durchzusetzen".

Die „Bayer. Z." schreibt: „Das k. Ministerium des Innern hat in Folge der Agitation, welche in der jüngsten Zeit im Gange

Feuilleton.

Seltsame Erfindungen.

Das Erste, was auffällt, wenn man die Verzeichnisse der Erfindungspatente durchblättert, ist die ungeheure Anzahl von Patenten, die alljährlich genommen werden. Sobald jemand eine neue Erfindung oder irgend eine Vervollkommnung einer alten Erfindung ersonnen hat, läuft er geschwind in's Patentbureau, verschafft sich „offene Briefe Sr. Majestät" und knüpft, gehe es, wie es wolle, sein Geschick an das seiner Erfindung.

Ehe wir die Verzeichnisse der patentirten Erfindungen näher in's Auge fassen und Einzelnes daraus anführen, glauben wir den Leser in Kenntniß setzen zu müssen, daß er den festen Entschluß zu fassen habe, über nichts zu erstaunen. Er darf z. B. nicht laut aufschreien, wenn er plötzlich auf ein Patent stößt, um Börsen aus einem sehr feinen Schweinsborsten-Gewebe, dessen Haare vom Ende des Ohrs des Thieres genommen werden, zu verfertigen; oder um die Kieselsteine ihrer rauhen Umhüllung zu entkleiden, oder aber um die Wiesel während ihres Schlafes zu fangen. Auf jeder Seite wird er auf noch wunderbarere Erfindungen stoßen. Der sparsame Familienvater, der mehrere heirathsfähige Töchter hat, wird ein Patent finden, „um die weiblichen Toiletten dauerhafter zu machen", ein anderes, „um hygienische Hüte zu verfertigen, die nicht Gefahr laufen, sich zu entstellen"; hat euer Schuhmacher die schlimme Gewohnheit, allzulange Rechnungen zu machen, so könnt ihr euch darüber trösten, denn da ist ein Patent für „unabnützbares Schuhwerk".

Der Familienvater wird auch zu seinem persönlichen Gebrauch manche nützliche Erfindungen bemerken; z. B. eine Vervollkommnung in den Männerkleidern, mittelst welcher die Kleiderkrägen und die den Knöpfen nahen Theile eine exceptionelle Solidität erlangen". Er wird ebenfalls den Muth seiner kleinen Tochter aufrichten können, indem er ihr die Entdeckung einer „Methode zur Erleichterung des Studiums des Pianoforte" ankündigt.

Man kann sich keinen Begriff machen von der Zahl der Patente, die zur Vervollkommnung ganz unbedeutender Gegenstände genommen werden, wie z. B. Zündhölzchen-Schachteln, Briefcouverte, Börsen, Wachsstockleuchter ꝛc. Endlich, wenn der Leser je das Bedürfniß nach solchen Artikeln fühlt, so möge er sich erinnern, daß es Patente für die Betten und für die Bleistiftschachteln, für die Weingeistlampen und die Hufeisen, für die Schneider- und die Blechscheeren, für die Schornsteinhauben und die Kataplasmen, für die Cylinder und die Pianos, für die Fähren und für die eisernen Schiffe, für die Eisenbahnwagen und die Hodometer, für die Anker und die Todten-Denkmäler gibt; vervollkommnete Maschinen um die Stöpsel abzuschneiden, die Flaschen zu stöpseln, Spitzen zu machen, Metalltaue zu spinnen; endlich mechanische Vorrichtungen, um nahebei jede Art Gegenstand, so unbedeutend er scheinen mag, zu verfertigen. Was sage ich! selbst der Stein der Weisen hat seinerzeit Anlaß zu einem Patent gegeben.

Ein alter Chronist berichtet, daß unter der Regierung

ist, um eine Aufhebung der Landwehr oder Versetzung derselben in ruhende Aktivität zu bewirken, unterm 4. d. an die Kreisregierungen und die Landwehr-Kreiskommando's diesseits des Rheins den folgenden Erlaß, „die Adressen und Petitionen von Landwehrmännern zur Bewirkung der Auflösung oder Ruhestands-Versetzung der Landwehr betr.", ergehen lassen: „Dem unterfertigten k. Staatsministerium ist zur Kenntniß gekommen, daß durch Landwehr-Angehörige die Fertigung von Adressen und Petitionen von Landwehrmännern eingeleitet, daß selbst Versammlungen von Landwehrmännern veranstaltet werden, welche den Zweck haben, die Auflösung der Landwehr oder die Versetzung derselben in den Stand der ruhenden Aktivität zu bewirken. Die bayerische Landwehr ist ein bewaffnetes, militärisch organisirtes Korps. Ihre Bestimmung ist verfassungsgemäß die entsprechende militärische Thätigkeit im Kriege; im Frieden wirkt sie mit für die innere Sicherheit durch Aufrechthaltung der gesetzlichen Ordnung, der öffentlichen Ruhe, sie schützt Personen und Eigenthum, wenn diese durch offene Gewalt bedroht sind. Die Landwehr ist also nach ihrer Organisation, wie nach ihrer verfassungsmäßigen Bestimmung ein vollziehendes, kein berathendes Organ; sie hat die Staatsverfassung und die Gesetze zu beobachten, nicht aber über deren Aenderung abzustimmen. Es bedarf keiner weiteren Ausführung, daß die bezeichneten Versuche, das Gewicht der Massen in die Wagschale der Entscheidung zu werfen, ganz und gar unstatthaft sind, und daß denselben zunächst durch ernste Abmahnungen, und wenn diese fruchtlos bleiben, durch disziplinare Einschreitung entgegenzutreten sei. Fallen diesbezügliche Handlungen in den Bereich des Art. 115 des Strafgesetzbuches, dann ist die strafrechtliche Beahndung zu veranlassen. Die Landwehr Bayerns hat stets und in bewegtester Zeit als eine feste Säule der Gesetzlichkeit sich bewährt und Proben von Muth und Aufopferung gegeben, welche ihr den Dank und die Anerkennung aller Vaterlandsfreunde sichern. Sie ist es zunächst, welche an den Orten, die mit Garnisonen nicht versehen sind, durch rechtzeitiges kräftiges Einschreiten bei Aufläufen die gewaltsame Beschädigung von Personen und Eigenthum verhindern und dadurch von den Gemeindeangehörigen nach Umständen die schwere Last abwenden kann, die ihnen nach dem Gesetze vom 12. März 1850 obliegende Schadloshaltung der Verletzten zu leisten. Die Staatsregierung ist nicht gemeint, aus dem Systeme der bayerischen Wehrkräfte die Landwehr herauszunehmen und hiemit auch der so rühmlich bewährten Beihilfe eines Heeres von 55,000 bewaffneten ansässigen Staatsbürgern zur Aufrechthaltung der inneren Ruhe und Ordnung sich zu entäußern. Vereinfachungen und Erleichterungen der Ausrüstung und des Dienstes der Landwehr werden und sollen in gebührendem Maße den Landwehrangehörigen zu Theil werden, wie sie bisher schon gewährt wurden. Waffenübungen aber sind unentbehrlich, wenn die Landwehr militärisch verwendbar bleiben und für ihre verfassungsgemäße Bestimmung tüchtig erhalten werden soll. Sonst sinkt die Landwehr zur regellosen Masse des Landsturms herab. Das unterzeichnete k. Staatsministerium erwartet jedoch von der Umsicht und dem richtigen Takte der Landwehr-Abtheilungs-Kommandanten, daß sie bei der Vornahme der Waffenübungen sowohl bezüglich der verschiedenen Theile der Exerzitien, als der hierauf zu verwendenden Zeit das richtige Maß halten und demzufolge die Uebungen auf die Bewirkung der Verwendbarkeit der Landwehr für ihren nächsten Zweck beschränken und hinsichtlich der Dauer derselben zwischen den Exerzitien der neu zugegangenen und jenen der schon seit Jahren eingeübten Landwehrmänner unterschieden werden. Zu dem gesetzlichen Sinne und dem Pflichtgefühle der Landwehr-Angehörigen aber vertraut das unterzeichnete königliche Staatsministerium, daß sie eingedenk des Vorbildes jener mannhaften Städtebürger früherer Jahrhunderte, die mit tapferer Hand den heimathlichen Herd gegen äußere und innere Feinde schirmten, unbeirrt von den wechselnden Strömungen der Tagesmeinung auch fernerhin dem so ehrenhaften Landwehrdienste mit Treue und Hingebung sich widmen und zur Erfüllung ihrer Bestimmung tüchtig sich erhalten werden. Tritt längere Zeit kein Anlaß ein, diese Bestimmung thatsächlich zu erfüllen, so ist Dieß ein Glück für das Vaterland, denn es erfreut sich dann des Friedens nach außen, wie im Innern. Ein an sich werthvolles und zweckmäßiges Institut, sohin auch jenes der Landwehr, ist aber deßhalb nicht unnütz, weil es zeitweise keine Gelegenheit hat, werkthätig zu nützen. Vorstehende mit Beistimmung des k. Kriegsministeriums ergehende Entschließung ist sofort sämmtlichen Landwehrangehörigen geeignet kund zu geben und ist hienach sich zu achten und das Weitere zu verfügen."

Berlin, 5. Mai. Die „Zeidler'sche Korrespondenz" schreibt: „Wenn, wie gesagt wird, die schleswig-holsteinische Landesvertretung in der ersten Sitzung den Erbprinzen von Augustenburg als Herzog proklamiren und die Diskussion der preußischen Forderungen bis zu dessen Einsetzung vertagen sollte, so muß dieselbe darauf gefaßt sein, daß ihr Ausspruch unter die vielen effektlosen Beschlüsse geworfen wird, an welchen die Gegenwart so reich ist." Dieselbe Korrespondenz schreibt: „Der Protest des Frhrn. v. Halbhuber gegen die durch preußische Offiziere vorgenommenen Vermessungen in den Herzogthümern hat die betreffenden Arbeiten nicht gestört."

Berlin, 5. Mai. Bei Fortsetzung der Debatte über das Militärgesetz im Abgeordnetenhaus vertheidigt der Abg. Gneist als Referent der Kommission deren Antrag in einer vierstündigen Rede. Er schließt damit, daß die Frage bei Beginn der Debatte verwickelter gewesen sei; jetzt sei sie vereinfacht. Es handle sich jetzt nur noch um Annahme oder Ablehnung. Er rathe zur Ablehnung. Kriegsminister v. Roon will seine Erwiderung bis zur Spezialdiskussion aufsparen. Gneist habe ihn aber persönlich angegriffen, wenn er behauptete, er (der Kriegsminister) habe ein Werk in Angriff genommen, das das Kainszeichen und den Eidbruch an der Stirn trage. Er (der Minister) sage: die Rede des Referenten trage an der Stirn den Stempel der Ueberhebung und der Unverschämtheit. (Furchtbarer

---

Eduard's III. Alchymisten dem König den Glauben beibrachten: man könne den Stein der Weisen verfertigen; daß der König zwei Mönche und zwei Aldermen beauftragte, sich von der Möglichkeit der Thatsache zu überzeugen, und daß Se. Majestät auf den bejahenden Bericht dieser Leute den beiden Aldermen ein Patent bewilligte und ihnen das ausschließliche Privilegium zur Verfertigung des berühmten Steins ertheilte.

Im vereinigten Königreich Großbritannien und Irland werden jährlich ungefähr 3500 Patente genommen. Indeß läßt sich mit Grund annehmen, daß eine sehr große Anzahl Artikel, die man mit „patentirt" bezeichnet und als solche verkauft, dies niemals gewesen, oder daß, wenn sie es gewesen, die Patente schon seit langer Zeit erloschen sind.

In Frankreich ist die Zahl der genommenen Patente noch viel größer als in England, und wie in diesem letztern Land findet man, neben einer Menge wahrhaft nützlicher und gelehrter Erfindungen, eine lange Reihe von Patenten des unbedeutendsten Charakters: patentirte Unterröcke, patentirte Kosmetika, Liqueure, Spielzeuge, Billard-Queues, Gamaschenknöpfe, Cigarren-Etuis, Portemonnaies ꝛc. Gewisse Erfindungen haben wahrhaft merkwürdige Hülfsquellen der Einbildungskraft erfordert, so z. B. die Rechnungsmaschinen, die Apparate zur Kontrolirung der Einnahmen.

Kann man ebenso viel von dem „atmosphärischen Federhalter (porte-plume atmosphérique) und dem „federführenden Federhalter" (porte-plume conduit-plume) sagen, welcher wahrscheinlich der Nothwendigkeit überhebt, einen Sekretär oder Abschreiber zu haben? Nicht ohne eine mit einigem Erstaunen gemischte Bewunderung stößt man auf ein Patent für ein „unterirdisches Bewässerungssystem mittelst feuchtigkeitgeschwängerter Luft"; allein das Erstaunen nimmt zu, wenn man einem Patent begegnet für eine „Methode zu Reklamen und Annoncen". Dies muß eine sehr merkwürdige Erfindung sein. In London nimmt die Annonce, da sie dort gewissermaßen in den Zustand der Kunst übergegangen ist, jeden Tag tausend neue Formen an, um die Aufmerksamkeit anzuziehen. Es gibt zuvörderst die Annoncen der Tagesblätter, Rippenstöße in Vers und in Prosa, geistreiche oder alles gesunden Menschenverstandes bare; dann die Literatur der Mauern, ungeheure Anschlagzettel, welche den Vorübergehenden in Buchstaben, die ebenso breit als hoch sind, die exceptionellen Verdienste dieses oder jenes Artikels kundthun; dann jenen Allerweltsaufbringling, den Annoncen-Vertheiler jeder Straßenecke; endlich hat man dort die „ambulante Annonce", zu Fuß oder zu Wagen, und die zertheilte Affiche, in vereinzelten Buchstaben auf den Rücken und die Brust von Personen geklebt, die prozessionsartig in solcher Ordnung einhermarschiren, daß sie das Stichwort der Reklame bilden: allein was mag die neue patentirte französische Reklamen- und Annoncen-Methode sein?

Es gibt ohne allen Zweifel in Frankreich eine beträchtliche Anzahl verdienstlicher Erfindungen in Bezug auf die Industrie, auf die Fabrikation z. B. der Seiden-, Wollen-, Baumwollzeuge ꝛc.; auf die Industrie des Runkelrübenzuckers, auf die der Weine und anderer Bodenerzeugnisse; allein man muß gestehen, daß man bisweilen sehr sonderbare Dinge patentirt. So findet man unter den französischen Patenten das eines „Apparats, um die Steine zu werfen"; dies wird den Schulbuben viel Mühe ersparen und ihnen ohne Zweifel einen großen Dienst leisten; dennoch dürfte von an-

Lärm.) Nach der Erklärung Gneist's, Roon habe ihn falsch verstanden, nimmt Roon seine Aeußerung zurück. Das Haus tritt in die Specialdiskussion ein. Abg. v. Bonin vertheidigt sein Amendement. Bei der Abstimmung über die §§. 1 und 2 hat der Antrag Bonins nur 8 Stimmen für sich, worauf Bonin den ganzen Verbesserungsantrag zurückzieht. **Paragraph 2 der Regierungsvorlage wird mit 258 gegen 31 Stimmen abgelehnt**, und der Regierungskommissär erklärt: die Regierung habe nach Verwerfung des §. 2 kein Interesse mehr, sich an der weitern Diskussion zu betheiligen. Die §§. 1, 3 und 4 werden verworfen. Der Abg. v. Hennig beantragt, über die übrigen Vorlagen in Bausch und Bogen abzustimmen. **Sämmtliche Vorlagen werden darauf abgelehnt.**

Berlin, 6. Mai. (Abgeordnetenhaus.) Der Abg. Chlapowski stellt eine Interpellation wegen Nichtanstellung der polnischen Assessoren in Posen. Der Justizminister erklärt sich bereit, dieselbe sofort zu beantworten. Eine schriftliche Verfügung der Art habe er nicht erlassen, allerdings aber solche Anstellungen nicht vorgenommen. Sein Verfahren beruhe auf praktischen Gründen und werde wieder fortfallen, nachdem die Provinz Posen beruhigt sein werde. Ein Antrag von Kantak auf Diskussion des Gegenstandes wird angenommen. Abg. Löwe erklärt das Verfahren der Regierung für inkorrekt; Germanisirungsversuche durch Polizeimaßregeln seien mehr als gefährlich. Abg. Hahn vertheidigt den Justizminister. Abg. Lent gibt eine Charakteristik des Polenprozesses. Der Justizminister bedauert, daß Beschuldigungen gegen die Richter vorgekommen seien. Abg. Immermann beklagt die Versuche der Regierung, die Richter zu maßregeln, dieselben werden zur Corruption führen. Nachdem der Justizminister hiergegen Verwahrung eingelegt, wird die Diskussion geschlossen und der Gegenstand ist erledigt.

In Berlin scharrt man zur Abwechslung neuestens wieder die Mumien der — Oldenburgischen Ansprüche aus dem Grabe, um damit gegen den verhaßten Augustenburger zu agitiren. Die „Kreuzztg." bringt folgende höchst charakteristische Mittheilungen: „Die Pariser Korrespondenz des „Nord" brachte die Mittheilung, daß in den letzten Tagen vor dem in Wien gestellten preußischen Antrage wegen Berufung einer Volksrepräsentation der Herzogthümer Herr v. Bismarck der österreichischen Regierung den Vorschlag gemacht hätte, es Preußen zu überlassen, mit den Prätendenten über die maritimen und sonstigen Vergünstigungen, die es in dem neuen Staate zu erlangen wünscht, direkt zu verhandeln. Sobald diese Verhandlungen ihren Zweck erreicht haben würden, sollten, nach dem Vorschlage des preußischen Kabinets, die verbündeten Höfe ihre von Christian IX. überkommenen Rechte auf denjenigen Prätendenten übertragen, der die Zustimmung Preußens erlangt hätte. Diese Nachrichten werden, wie der „Sp. Ztg." so auch uns von unterrichteter Seite als begründet mit der Ergänzung bestätigt, daß Preußen bei dieser Gelegenheit bemerkt hätte, eine Verständigung mit dem Großherzoge von Oldenburg auch ohne Mitwirkung der Stände der Herzogthümer anstreben zu können, weil der Großherzog in der Lage sei, sich durch Staatsverträge zu binden. Mit dem Erbprinzen von Augustenburg sei aber eine ähnliche Verständigung nur unter Beiziehung der Landstände möglich, weil der Erbprinz nur unter Mitwirkung derselben sich in hinreichend bindender Weise verpflichten könne. Oesterreich hat indessen, wie wir erfahren, den preußischen Vorschlag im Prinzip abgelehnt und erklärt, daß es nicht in der Lage sein würde, demjenigen Kandidaten, mit welchem Preußen sich verständigt haben würde, die von beiden Mächten aus dem Wiener Frieden erworbenen Rechte zu übertragen, sondern daß es sich die Beurtheilung der Bedingungen, unter welchen dies geschehen, vorbehalten müsse. Aus diesen glaubwürdigen Mittheilungen ersehen wir also, daß der Weg der Verständigung, von welchem der „Nord" aus Paris sich schreiben läßt, von Preußen in der That versucht, von Oesterreich aber abgelehnt wurde."

Aus **Schleswig-Holstein,** 5. Mai. Nach Angabe der „Kiel. Ztg." beläuft sich der numerische Bestand der gegenwärtig in den Herzogthümern stehenden preußischen Truppen auf 12,000 Mann und 1500 Pferde, der der österreichischen auf 5090 Mann und 400 Pferde, der Gesammtbestand also auf 17,150 Mann und 1900 Pferde.

Paris, 5. Mai. Die Nachrichten aus Madrid melden fortwährend Beunruhigendes über die Stimmung des Publikums, der Bürgerklassen wie der Volksmassen, und sie schildern zugleich die Lage des Ministeriums als eine verzweifelte, indem dieses in sich selber zerfallen, im Palaste (wo Narvaez bloß auf das Wohlwollen der Königin zählen kann) weder der Neocatolicos sicher ist, noch sich der Gunst des immer noch einflußreichen Königs erfreuen kann. Von General Prim heißt es, er wolle eine Reise nach Portugal unternehmen, was wohl in diesem Augenblicke sehr unwahrscheinlich ist und als ein herausfordernder Schritt zu betrachten wäre. Herr Benavides, an dessen Stelle Gonzalez Bravo zum Staatsminister ernannt wurde, ist gar nicht krank. — Gegen-Admiral La Grandière, Gouverneur von Cochinchina, ist gestern von der Kaiserin in Privataudienz empfangen worden. Diese hat den Bericht des genannten Seemannes mit lebhaftem Interesse angehört und ihm seine bevorstehende Ernennung zum Vize-Admiral angezeigt. (K. Z.)

Turin, 6. Mai. Vegezzi ist gestern hier angekommen, um über die mit Rom abgeschlossenen Stipulationen, welche sich vorläufig nur auf die Ernennung der Bischöfe und die Verminderung der Diözesen beziehen, zu referiren.

Von der polnischen Grenze, 1. Mai. Der „Ostf.-Ztg." wird geschrieben: „Die polnische Aristokratie wendet sich immer offener der russischen Partei zu und ist als der Kern einer in der Bildung begriffenen russischen Partei zu betrachten. Sie gibt ihre loyalen Sympathien nicht blos durch Loyalitäts-Adressen, in denen sie sogar um Beibehaltung des Kriegszustandes bittet, sondern auch durch häufigen innigen Verkehr in den höheren rus-

---

deren Gesichtspunkten aus, die Einführung dieser scharfsinnigen Maschine nicht sehr politisch sein. Weiterhin findet sich „eine Espagnolette von neuem Muster", dann ein „doppelter Spiegel mit Feder und Reflector für die Lerchenjagd". Die „patentirte Brille (binocle, wahrscheinlich ein über beide Augen zu ziehendes Scheuleder), um die Pferde aufzuhalten", und der Sicherheitszügel, „um ungestüme Pferd zu bemeistern", desgleichen die „Geschirre, um die Pferde am Scheuwerden zu verhindern", sind glücklicherweise von neuerer Erfindung, sonst hätte Cowper seinen John Gilpin nicht hinterlassen.

Ein bemerkenswerther Umstand ist, daß die Erfindungen, welche die Bestimmung haben, Unglücksfälle durch Pferde oder Fuhrwerke zu verhindern, in allen Ländern nicht sehr zahlreich sind. Der Erfindungsgeist der Franzosen scheint sich vorzugsweise zarten und wunderlichen Dingen zuzuwenden. Es gibt keinen Engländer, der das „Pulver zur Erleichterung des Marsches" erfunden hätte.

Dennoch ist es nicht wahrscheinlich, daß man dieses Pulver auf dieselbe Weise nimmt, wie, Walter Scott zufolge, dasjenige, welches Sir Henry Lee, von Ditchley, den Pferden eingab, um ihre Geschwindigkeit zu befördern. Nach der Angabe des großen Romanschriftstellers verdankte Karl II. in Woodstock sein Heil der günstigen Wirkung von „sechs Kügelchen, die, zusammengesetzt aus ungemein starken, mit äußerst kräftigen medizinischen Ingredientien gemischten Gewürzen und von Stunde zu Stunde, eingewickelt in ein Stück guten Rindfleisches oder Wildpreits, eingegeben, die Eigenschaft besitzen, ein Pferd so feurig zu machen, daß es fünf Stunden lang, im Verhältniß von 15 englischen Meilen auf die Stunde, zu galoppiren vermag."

Um auf die französischen Erfindungen zurückzukommen, so trifft man unter denselben einen „Apparat, um die Tafelflüssigkeiten abzuklären;" dann „Schuhe ohne Naht," ein kostbares Schuhwerk, das wahrscheinlich aus Kautschuk, Guttapercha oder Gußeisen gemacht ist. Ferner stößt man auf eine Erfindung, deren Erklärung uns der Kommentarien bedürftig scheint: es ist dies eine „Art transatlantischen Transports, welcher von der Nothwendigkeit des Auf- und Abladens befreit." Würden also die Waaren, Dank diesem System, nach Art jenes persischen Prinzen der „Tausend und Eine Nacht" befördert werden, welcher, Abends vor seiner Thüre in Damaskus sitzend, am Morgen des folgenden Tags sich in Bagdad befand, ohne Zweifel mit seinem Reise-Necessaire und seinem Mantelsack? Die Franzosen zeichnen sich in der Kunst des Zahneinsetzens aus — es wird also wohl Jemand unter ihnen die künstlichen Gebisse vervollkommnen. Sollte der Grund darin liegen, daß die unermeßlichen Arten von Bonbons, welche sie verfertigen, ihnen endlich die Zähne mehr angreifen als Andern?

Die Amerikaner zeichnen sich dadurch aus, daß bei ihnen das Vervollkommnungs-Patent mehr vorkommt, als das Erfindungs-Patent. Vielleicht ist der Grund hiefür darin zu suchen, daß das Wort „vervollkommnet" bei ihnen zu Lande auf jede Art Erfindung angewendet wird. Jedenfalls ist unter 67 in der letzten Woche des Oktobers 1862 eingeschriebenen Patenten nur Eines, welches nicht als Vervollkommnungs-Patent bezeichnet ist; auch befindet sich nur Eines dieser Art unter den 57 Patenten, die in der

stischen Beamtensphären und durch Unterstützung der Intentionen der russischen Regierung kund. Die in Warschau ansässige Aristokratie besucht mit besonderer Vorliebe die Predigten des entschieden russisch gesinnten Geistlichen Golion, die stets voller Anspielungen auf den letzten Aufstand sind, den sie als das Werk einer aller religiösen und moralischen Gefühle baren und ledigen Räuber- und Mörderbande charakterisiren. Am grünen Donnerstag verglich Herr Golion die polnische Nation in ihrem Kampfe gegen Rußland mit Judas, welcher Christus durch den Kuß verräth. Die Kirche war mit Andächtigen aus den ersten Ständen überfüllt und alle schienen durch diesen Vergleich ganz befriedigt zu sein.

New-York, 22. April. Herrn Lincoln's Wittwe ist noch sehr schwach. Seit dem Morgen des 15. April hat sie das Bett nicht verlassen können, indem der Schlag, den sie durch die Ermordung ihres Gatten erlitten, sie völlig niedergeschmettert hat. Präsident Johnson hat sie gebeten, bis zu ihrer Herstellung und Entscheidung über ihren künftigen Aufenthaltsort das weiße Haus als ihre Wohnung zu betrachten. — Auf die Beibringung eines gewissen George Andreas Atzerot, welcher im Verdacht steht, ein Spießgeselle Booth's zu sein, hatte der Kriegsminister einen Preis von 25,000 Dollars gesetzt. Der Genannte ist am 20. April auf der Maierei seines Oheims bei Germantown in Maryland verhaftet worden; mit ihm sein Vetter Ernst Hartmann Richter. Letzterer sagt aus, daß Atzerot am 15. von Washington abgereist und am 16. auf der Maierei Richters angekommen sei. Atzerot scheint ein durchtriebener Mensch zu sein; er ist sehr zurückhaltend in seinen Antworten. Richter will ihn, außer in den letzten Tagen, seit einem Vierteljahr nicht gesehen haben. — Von dem Mörder des Präsidenten scheint jede Spur verloren zu sein. Den Behörden ist unterdeß von einem Schwager desselben (Hrn. J. S. Clarke in Philadelphia — die Verwandten Booths sollen sämmtlich eifrige Anhänger der Sache der Union sein) ein Brief eingereicht worden, den J. Wilkes Booth ihm im Januar zur Aufbewahrung übergeben hatte, und zwar in einem versiegelten Packet, welches nach Booths Aussage Staatspapiere und Petroleum-Aktien enthalten sollte. Als der Verdacht des Mords auf Booth fiel, glaubte Hr. Clarke sich berechtigt, das Packet zu eröffnen, und fand darin freilich einige Staatspapiere, dazu aber auch ein langes Schriftstück, welches die Unterschrift trug: „Ein Konföderirter der auf eigene Verantwortlichkeit seine Pflicht thut. J. Wilkes Booth." Das Schreiben trägt, wenn man vom politischen Fanatismus absehen will, durchaus keine Spuren eines gestörten Geistes. Es deduzirt von exaltirt südstaatlichem Gesichtspunkt aus ein Recht der Rebellion, vertheidigt die Sklaverei als eine der größten Segnungen, welche Gott je einer begünstigten Nation verliehen habe, erzählt von der Mitwirkung des Schreibers bei der Hinrichtung des bekannten Abolitionisten John Brown, denuncirt die Gegner der Sklaverei als die einzigen Verräther im Land, als eine Partei, die sammt und sonders das Schicksal John Browns verdiene, und spricht zuletzt von dem Entschluß, den Präsidenten Lincoln, den Ruin des Landes, aufzufangen und in das Lager der Konföderation zu bringen. Von dem Plan einer Ermordung ist in dem Brief noch nichts erwähnt.

Schuldverschreibungen von Standesherren und Privaten.

Frankfurter Börse.

4	pCt.	Herz.	Lucca, alte b. Rothsch.	G.—	P.74
4	"	"	do. neue b. "	—	90
3½	"	Landgräfl. H.-Homb. b. "		—	94
3½	"	Fürstl.	Löwenst.-Werth. (bad.)	—	94
3½	"		do. (bayer.)	—	—
3½	"	"	Fürstenberg b. Rothsch.	92	—
3½	"	"	" "	—	—
3½	"	"	Leiningen P. N. Schm.	95½	—
3	"	"	" "	84	—
4	"	"	Oettingen-Wallerstein	—	99
4	"	"	Esterhazy P. Galantha	61½	62
3½	"	"	Isenburg-Birstein b. R.	—	95½
4	"	"	Schwarzenberg	71	—
4	"	"	Palffy b. Arnst. u. Eskel.	—	71½
4	"	Gräfl.	Erbach-Fürstenau b. S.	—	99
4	"	"	Palffy, Ferd. Leop., b. S.	61	—

4	pCt.	Gräflich	St. Genois b. Schm.	G.—	P.70
4	"	"	Szapary b. Rothsch.	—	50
4	"	"	Schönborn b. Schm.	61	—
4	"	"	Sandor b. Rothsch.	60	—
4	"	"	Strachwitz b. Schm.	—	50
4	"	"	Hugo Eltz	—	85
4	"	"	Viczay b. Rothsch.	60	—
4	"	"	Nizky b. Rothsch.	—	—
4	"	"	Hunyady b. Rothsch.	—	—
4½	"	"	Batthyany Joh. Bapt.	72	—
4½	"	"	Batthyany Gustav	—	71
4½	"	"	Orczy b. Schmidt	71	—
4½	"	"	Sztaray "	—	74
4½	"	"	Karoly bei Biedermann	—	70
4½	"	"	Pejacsevich b. Schuller & Co.	68	—

Anlehens-Loose.

Fürstl.	Esterhazy 40 fl. Loose	—.——.——
"	Windischgrätz 20 fl. Loose	17.75—18.25
"	Salm-Reifferscheid 40 fl. L.	31.——31.50
"	Palffy 40 fl. Loose	27.——27.50
"	Clary 40 fl. Loose	26.75—27.25
Gräflich	Keglevich 10 fl. Loose	14.60—15.—
"	Waldstein-Wartenb. 20 fl. L.	19.50—20.—
"	St. Genois 40 fl. Loose	27.——27.50
Stadt	Triester 100 fl. Loose	115.——116.—
	Donau-Dampfschiff. 100 fl. L.	85.75—86.25
	Dessauer 100 Thlr.-Loose	——.——

zweiten Woche des November eingeschrieben wurden, und unter den 64 der ersten Woche Dezembers sind alle als für Vervollkommnungen aufgeführt.

Während die meisten englischen Patente sich auf Erfindungen von Maschinen beziehen, die auf die Industrie anwendbar sind, haben die meisten amerikanischen Patente die Bedürfnisse der Landwirthschaft im Auge. Man sieht unter diesen nur Dresch-, Säe-, Pflug-, Ernte-, Bracharbeit-Maschinen, sodann Pflüge, Bewässerungs-Pumpen, Bienenkörbe, Eggen, Hufeisen und eine ungeheure Menge Werkzeuge für das Mahlen der Körner. Natürlicherweise sind seit dem Ausbruche des Krieges die Feuerwaffen aller Art, Kapseln, Kugelmühlen, Büchsen, Granaten rc. jetzt die vorwiegenden. Bei einer so sprichwörtlich scharfsinnigen Nation wie die amerikanische sollte man erwarten, daß man in den Verzeichnissen der amerikanischen Patente Beweise dieser so sehr gerühmten Eigenschaft finde. Dennoch haben wir darin die berühmte Maschine, die Grätenfische zu essen, nicht angeführt gesehen — eine Maschine, mittelst welcher alles Fleisch des Fisches in die Speiseröhre hinabgeht, während die Gräten auf die Seite geschoben werden; eine Maschine, die zwar sehr wundervoll ist, aber sehr gefährlich werden kann, wenn man sich täuscht, und sie auf die unrechte Seite stellt.

Trotz dem Fehlen dieser scharfsinnigen Erfindung, sind andere vorhanden, die fast ebenso viel Scharfsinn zeigen. Dergleichen sind die „Leben-Erhaltungs-Matratze"; der „unumwerfbare Wagen für Kinder im zartesten Alter"; die „zum Aufziehen der Uhren vervollkommnete Methode" (sehr nützlich, ohne Zweifel, nach den gastronomischen Vereinigungen); die „vervollkommneten Scalpelle (Zergliederungsmesser);" die „vervollkommneten Metallohren, für die von Taubheit befallenen Personen;" das „vervollkommnete Boot, das man in einen Wagen verwandeln kann;" „der vervollkommnete Apparat zum Braten der Schweine;" die „vervollkommnete Methode zur Beseitigung der den Eisenbahnwagen auf der Durchfahrt durch die Städte im Wege liegenden Hindernisse;" ferner ein scharfsinniges „transportables Schloß," mittelst dessen man, ohne Zweifel, nachdem man seine Thüre geschlossen, nicht nur den Schlüssel, sondern auch ebenso das Schloß mitnehmen kann!

Viele dieser scharfsinnigen Erfindungen haben zum Zweck, die Muskelkraft selbst bei geringfügigen Arbeiten zu schonen. Ebenso kann auch die Mechanik fast eure ganze Toilette machen. Unter den Erfindungen dieser Kategorie kann man anführen die „Maschine zum Wichsen des Schuhwerks," die „vervollkommnete Schärpe zum Tragen der Ueberzieher und der Paletots"; die „Straßenkehr-Maschine;" der „vervollkommnete Teppich zum Abtrocknen der Füße."

Ferner wollen wir anführen „die Maschine zum Beschlagen der Pferde;" die „vervollkommneten Abkühler für glacirte Crêmen;" die „Maschine zum Drucken der Zeitungsstreifen;" dann die vervollkommneten Federabwischer, die Butterfässer, die Kaffeekannen, die Bratspieße, die vervollkommneten Besen. Es ist auf der andern Seite des atlantischen Ozeans nicht nöthig, die Kniekehlen mit dem Erklettern der Stockwerke abzumatten, um sich schlafen zu legen; Maschinen, die stets vervollkommnet werden, heben euch nach Belieben von einem Treppenabsatz zum andern, ohne daß ihr nöthig habt, die Stiege hinaufzusteigen. Dieses System hat man in gewissen großen Fabriken Englands, wo nicht in den Privathäusern, eingeführt. Mittelst einer derartigen Maschine besuchte der Prinz Ludwig Lucian Bonaparte, als er sich vor zehn Jahren bei der Versammlung der British Association in Belfast befand, die oberen Stockwerke der Flachsspinnerei von Durham Street. Man erzählt sich, daß hiebei der Prinz mit ganz französischer Galanterie zu den mit ihm hinaufsteigenden jungen irischen Schönheiten sagte: „So von Engeln geleitet, dünke es ihm, als steige er in den Himmel."

(Revue Britannique.)

Hiezu die Beilage: „Würzburger Anzeiger".

Verantwortlicher Redakteur: A. Hartmann.
Druck und Verlag der Stahel'schen Buch- und Kunsthandlung in Würzburg.

An die
k. Hof- und Staatsbibliothek
1 N. Würzb. Ztg. München.

Neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht!

№ 128. | Vorausbezahlung: Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 1 fl. 30 kr. Bei Inseraten wird die dreispaltige Zeile in gewöhnlicher kleiner Schrift oder deren Raum im Hauptblatte mit 6 kr., im Anzeiger mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franco. | 62. Jahrgang. | Dinstag, 9. Mai 1865.

Militärdebatten.

Die vergangene Woche war die Woche der Militärdebatten. Die Festsetzung des Militärbudgets war in dreien der größten Staaten Gegenstand der Berathung, nämlich in Berlin, Wien und Paris. In Preußen ist man aus dem alten Konflikte nicht herausgekommen. Die dortigen Debatten haben wir mehrfach in Kürze berührt; wir unterlassen, auf dieselben zurückzukommen, da zur Charakterisirung der alten Gegensätze nichts Neues mehr vorgebracht wurde. Neu war nur der Austritt zwischen dem Kriegsminister und Hrn. Gneist; derselbe dürfte überhaupt in der parlamentarischen Geschichte fast einzig dastehen. — In den Berathungen zu Paris wurde die Sache rasch und in gewohnter Weise abgemacht. In Wien herrschte ein großer Geist der Versöhnung und machen die Verhandlungen im Ganzen einen sehr würdigen Eindruck. Aus den Debatten, welche zu Wien und Paris statthatten, heben wir nachträglich einige interessante Momente hervor.

Wir haben bereits mitgetheilt, daß das österreichische Abgeordnetenhaus nach fünftägiger Diskussion den Antrag des Finanzausschusses angenommen hat, wonach am Etat des Kriegsministeriums 4.700,000 mehr abzustreichen beschlossen worden ist, als die Regierung höchstens in Ersparung bringen zu können erklärte. Aus der Sitzung vom 4. dieses Monats, in welcher der Kriegsminister zu einer längeren Erörterung das Wort ergriff, theilen wir Folgendes mit: In der vorausgegangenen Debatte hatten Taschek, welcher auf Grund des von Giskra mitgetheilten Votums der Budgetkommission von 1859 beantragt, nur 80 Mill. zu bewilligen, und Tschabuschnigg gesprochen, welcher gegen das System des bewaffneten Friedens zu Felde zog. Am 4. ds. unterstützte Demel den Antrag Taschek's. Er kritisirt besonders das Avancementssystem, verlangte, daß die Ernennung zum Offizier nur auf Grund eines Examens erfolgen könne, und glaubt, daß durch eine Reform auf diesem Gebiete gleichzeitig eine große Ersparung erzielt und der österreichische Offizierstand werde gehoben werden. Rechbauer spricht für den Taschek'schen Antrag, Tschupe für den Ausschuß. Dem Abgeordneten Skene, welcher bei einer früheren Gelegenheit behauptet hatte, die Arbeit der kleinen Lieferanten sei unzuverlässig, hält er vor, daß die „Firma Skene“ behufs ihrer Lieferungen auch bei den kleinen Tuchmachern einkaufe. Bethmann gibt als Großgrund- und Fabrikbesitzer dem Hause die Versicherung, daß neuerdings mit der größten Sorgfalt bei Einkäufen vorgegangen werde. Der Kriegs-Minister macht sich nicht die Illusion, daß es ihm gelingen werde, seine Positionen durchzubringen, wohl aber hoffe er, dieselben zu rechtfertigen. Der wohlverdienten Anerkennung seines Amtsvorgängers könne er sich nur von Herzen anschließen; es sei sein Streben, in dessen Fußstapfen zu treten (Bravo! Bravo!); aber auch Graf Degenfeld mußte in einer Sitzung dieses Hauses erklären, daß eine weitere Herabsetzung des Erfordernisses unmöglich sei. Die nachtheilige geographische Lage und die schwierige politische Stellung Oesterreichs haben es ihm fast unmöglich gemacht, zu dem eigentlichen Friedensstande des Heeres zurückzukehren, wie der Minister des Weiteren auseinandersetzt. Daß unter den von der Regierung angenommenen Friedensstand nicht herabgegangen werden könne, sei durch wiederholte gründliche Erörterungen festgestellt. Jede Frage der Organisation werde einer aus mannigfaltigen Elementen zusammengesetzten, von Sr. Majestät berufenen Kommission zur Beurtheilung vorgelegt. Zwei besondere Schwierigkeiten beständen darin, daß wegen der Sprachverschiedenheit nicht, wie in Frankreich, für die Rekruten ein einziges großes Depot angenommen werden könne, und daß politischer Verhältnisse wegen die Truppen nicht in ihren Werbebezirken stationirt würden. Letzteres habe allerdings den Vortheil, daß der Fall, wo „der Sohn als Exekutionsmann zu seinem eigenen Vater komme“, nicht so leicht eintreten könne. (Heiterkeit.) Der Minister, welcher in Begleitung zweier Generale und vier anderer Stabsoffiziere erschienen ist, geht nun an die Widerlegung des von Giskra vorgebrachten Details, bleibt jedoch auf der Gallerie fast ganz unverständlich. Er erinnert im Vorübergehen daran, daß neue Organisationen nur in so fern, als sie einen höheren Kostenaufwand verlangten, der Beurtheilung des Reichsrathes zu unterziehen sind. Der Kaiser habe ihm befohlen, bis an die Gränze des Möglichen in den Ersparungen zu gehen, und dem Befehle werde nachgekommen (Beifall), er aus eigenem Antriebe würde nicht so weit gegangen sein. (Große Heiterkeit.) Frankreich halte permanente Lager, wir können dieses Jahr kein Lager halten, weil wir kein Geld haben! (Heiterkeit.) Es könne doch nicht das Kriterium einer guten Regierung sein, daß sie von Jahr zu Jahr weniger für das Militärwesen verlange und darüber die Wehrkraft des Staates zu Grunde gehen lasse; also begründe der Umstand, daß das Budget von 1865 nur um wenig geringer als das 1864er sei, nicht den Vorwurf, die Regierung nehme auf die Finanzlage nicht die gebührende Rücksicht. Mit Entschiedenheit protestirt er gegen den Antrag, welcher auf die Regelung der Avancements-Verhältnisse Einfluß gewinnen soll. Zum Schlusse liest der Minister eine Stelle einer Rede des belgischen Kriegsministers über die Armee vor; da er so viele Citate habe anhören müssen, habe er sich auch dieselbe Freiheit nehmen wollen. (Große Heiterkeit.) Am folgenden Tage folgten die Auseinandersetzungen der anderen Offiziere, die aber von keiner solchen materiellen Bedeutung waren, daß wir dieselben zu berühren brauchten.

In der Sitzung des französischen Gesetzgebenden Körpers vom 4. d. wurde nach einer längeren Diskussion zwischen Gen. Allard, Vct. Lanjuinais und Glais-Bizoin die Vorlage wegen des Kontingents von 1866 in namentlicher Abstimmung mit 219 gegen 12 Stimmen angenommen. Von der Opposition enthielten sich dieser Abstimmung: Berryer, Darimon, Guéroult, Havin, Marie, Ollivier und Thiers. Eine stärkere Opposition gab sich bei der Abstimmung über den 1. Artikel, der das Kontingent auf 100,000 Mann festsetzt, kund. Es stimmten 64 Deputirte dagegen. Aus der langen Debatte über diesen Gegenstand heben wir noch die Rede des Glais-Bizoin aus der Spezialdebatte heraus, welcher die Einführung des preußischen Landwehrsystems befürwortet. Der Redner beruft sich dabei auf Napoleon III. und zwar auf ein Werk, welches der jetzige Kaiser als Gefangener im Schlosse Ham über die Ideen Napoleons I. schrieb. — Ein General — bemerkt Glais-Bizoin, — der ein großer Organitor und ein ebenso großer Patriot war, dessen Ideen aber in vollkommenem Widerspruch mit den in den höheren Regionen des Kaiserreichs standen, hat einmal gesagt: „In einem wohlorganisirten Lande darf man nicht wissen, wo der Soldat anfängt und der Bürger aufhört.“ In Bezug darauf drückt sich ein gekrönter Schriftsteller, der Verfasser der Idées napoléoniennes, dessen Werke in seiner Bibliothek zu besitzen Jeder von uns als eine Ehre ansieht, folgendermaßen aus: „Diese Worte schildern ein Militärsystem, das unfehlbar von allen Mächten des Kontinents angenommen werden wird, weil es den neuen Anforderungen der europäischen Völker entspricht... Die Armee muß als die große Schule angesehen werden, in der alle Bürger das Waffenhandwerk lernen. Die wichtige Frage ist die, eine Organisation ausfindig zu machen, welche im Augenblicke der Gefahr Tausende von waffengeübten Männern aufstellt und in Friedenszeit eine schwache Belastung für das Budget ist und dem Landbau so wenig als möglich Arbeitskräfte entzieht. Das preußische System löst diese Aufgabe materiell und moralisch; materiell, weil in militärischer Beziehung diese Organisation eine vortheilhafte ist, und moralisch, weil sie in philosophischer Beziehung Bewunderung verdient, denn sie zerstört jede Schranke zwischen dem Bürger und dem Soldaten, sie erhebt das Bewußtsein des einzelnen Mannes und verschafft ihm die Erkenntniß, daß die Vertheidigung des Vaterlandes seine erste Pflicht ist. So dachte auch Napoleon I.; er ließ wenigstens zwanzig Vorschläge dem Staatsrathe vorlesen, und sprach sich über die Organisation der National-

garde in folgenden Worten aus: „Organisiren Sie die Aufgebote der Nationalgarde; Jeder soll mit dem Gewehr umzugehen wissen und an seinem Posten sein. Auch Sie, Cambacérès, müssen die Flinte handhaben können. Eine auf diese Weise organisirte Nation wäre mit festem Mörtel aufgemauert und würde Menschen und Jahrhunderten trotzen. Unerbittlich würde ich gegen alle Befreiung von der Wehrpflicht sein, denn sie wäre ein Verbrechen. Wie würde man sein Gewissen beschweren, wenn man den Einen statt des Andern umkommen ließe? Ich weiß nicht einmal, ob ich meinem Sohne Befreiung vom Dienste bewilligen würde." Der Verfasser der Idées Napoléoniennes (Napoleon III.) fährt nun fort: „Wir für unsern Theil wünschten, daß solche Worte eine Verwirklichung fänden; wir wünschten die Nationalgarde zum Range der Armee erhoben, damit sie während des Friedens das heilige Feuer unterhalte und im Krieg die Hoffnung und die Stütze des Vaterlandes sei. Die Armee würde in Friedenszeiten nicht mehr als 200,000 Mann unter Waffen zählen." — Was hat man doch nicht, schaltet Glais-Bizoin hier ein, hinter den Riegeln (in Ham) für gerechte, erleuchtete und freisinnige Ideen! (Mehrfache Unruhe.) Der Verfasser der „Ideen" fährt fort: „Die Armee würde aus jungen Leuten zwischen 20 und 26 Jahren bestehen. . . . Das erste Aufgebot der Nationalgarde hätte ständige Cadres und würde nur zu Kriegszeiten marschiren. Das zweite Aufgebot würde aus den Männern zwischen 30 und 40, das dritte aus den Männern zwischen 40 und 60 bestehen. Letzteres wäre aber nur auf dem Papier organisirt. Frankreich könnte auf diese Weise auf ein Heer von 1,200,000 Mann zählen; die Nation wäre organisirt und es würde diese Organisation folgende Vortheile darbieten in staatswirthschaftlicher, moralischer und gouvernementaler Beziehung. . . . Sie würde Frankreich gegen jede Invasion sicherstellen und der ganzen Welt Trotz bieten lassen." Also lauten, schließt Glais-Bizoin, die Ideen Napoleons I., welche der Schriftsteller in Ham adoptirte. Und ich füge noch bei, daß, wie dies eine „Utopie" ist, diese „Utopie" dem Gefangenen von St. Helena und dem Gefangenen des Schlosses Ham angehört, und diese „Utopie", ich erlaube mir es Ihnen, der Majorität, und dem ehrenwerthen Regierungskommissär General Allard vorherzusagen, wird, — wir werden es hoffentlich noch Alle erleben —, in Frankreich ihre Verwirklichung finden. Denn wir haben es mit einem Souverän zu thun, der nur das fortbestehen läßt, was den Prinzipien der allseitig waltenden Gerechtigkeit entspricht. Sie werden gewiß meiner Ansicht sein, wenn ich Ihnen sage, daß dieser Souverän — das allgemeine Stimmrecht ist."

(Amtliche Nachrichten.) **München** 7. Mai. Se. Maj. der König hat den Bezirksrichter Fr. A. Lorenz zu Landau von der Funktion eines Untersuchungsrichters an dem dortigen Bezirksgerichte enthoben und die hiedurch sich erledigende Stelle dem Bezirksrichter Jos. Wolf daselbst übertragen; den im zeitlichen Ruhestande befindlichen Rath des Bezirksgerichts Fürth, Dr. Fr. Wiedeking, für immer in den Ruhestand versetzt.

Vom k. Staatsministerium der Justiz wurde als Vertreter der Staatsanwaltschaft am k. Landg. Münchberg der geprüfte Rechtspraktikant Adolph Meister, z. Z. Advokaten-Konzipient in Nürnberg, aufgestellt.

Aus **Berlin** schreibt man der „Presse": „Der König soll durch die Resultate der gepflogenen Unterhandlungen des Minister-Präsidenten mit der Marine-Kommission empfindlich berührt worden sein. In der Umgebung des Hofes versichert man, daß die Popularität der Marine im Lande den Monarchen in den Glauben versetzte, daß die Abgeordneten den Kredit für dieselbe bewilligen würden. Die Enttäuschung hierüber soll sich in lebhaften Aeußerungen kundgegeben haben.

Berlin, 6. Mai. In der heutigen Sitzung des Abgeordnetenhauses wurde nach einer kurzen Befürwortung durch den Referenten Abg. Reichenheim auf Antrag der Budgetkommission beschlossen, der Staatsschulden-Verwaltung für das Jahr 1862 (das erste Jahr der budgetlosen Verwaltung) die nachgesuchte Decharge nicht zu ertheilen. — Die heutige Nummer des „Kladderadatsch" ist polizeilich mit Beschlag belegt worden. Diese Konfiskation ist als Zeichen der immer strenger werdenden Preßmaßregelungen von Bedeutung; der kluge „Kladderadatsch" weiß sonst die gefährlichen Fallen des Preßgesetzes vorsichtig und geschickt zu umgehen.

Ueber den Stand der Verhandlungen mit dem Submarine-Ingenieur Bauer berichtet eine Leipziger Korrespondenz der „Magdeb. Pr.", daß „Herr Bauer auf sein Ansuchen die von ihm dem Marineministerium eingelieferten Zeichnungen und Beschreibungen in diesen Tagen zurückerhalten hat und für's Erste darauf verzichtet, bei der preußischen Regierung weitere persönliche Schritte zur Ausführung seines Unternehmens zu thun."

Wie die „National-Zeitung" bemerkt, wird „den bekannten Ansichten der französischen Regierung über die Volksbefragung mehrfach ein wesentlicher Einfluß auf die Entstehung des preußischen Antrags wegen Berufung einer schleswig-holsteinischen Landesvertretung zugeschrieben," wie denn auch die erste Kunde von demselben aus Paris gekommen sei.

Mannheim, 7. Mai. Die heutige „Freib. Ztg." meldet, Friedrich Hecker, zum nordamerikanischen Konsul in Zürich ernannt, soll mit seiner Gattin in Baden eingetroffen sein.

Frankfurt, 7. Mai. Der Kaiser von Rußland hat vorgestern der Königin von Dänemark in dem Schlosse Rumpenheim einen Besuch abgestattet und ist Abends wieder nach Jugenheim zurückgekehrt. — Die Königin von Württemberg, Großfürstin Olga, ist gestern Abend von Stuttgart in Jugenheim zum Besuche der russischen Kaiserfamilie eingetroffen. Der König von Württemberg

---

Feuilleton.

Baron Haußmann.

Der große englische Humorist beweist einmal, daß er wichtigste Mensch der ganzen Welt sei. Die Erde, sagt er, ist der wichtigste Theil der Welt, Großbritannien der wichtigste Theil der Erde und so fort durch Irland, Dublin, das Kirchspiel von St. Patrick, das Pfarrhaus bis zu ihm selbst, dem Dechanten. Was Swift im Scherze von seiner Person behauptete, kann Georges Eugene Baron Haußmann beinahe im Ernste von sich sagen; denn er ist seit Jahren und in diesem Augenblicke noch die rechte Hand Napoleon's III. Am 27. März 1809 in Paris geboren, im Konservatorium der Musik erzogen, wurde Haußmann späterhin Advokat, durchlief die Präfekturen-Carrière und wurde endlich (23. Juni 1853) zum Präfekten des Seine-Departements ernannt, nachdem der Kaiser seine persönliche Bekanntschaft gemacht auf jener Reise nach dem Süden, auf welcher das vielerwähnte Wort: „l'Empire c'est la paix!" zum erstenmal ausgesprochen wurde. Wie mit der Errichtung des Kaiserthums eine neue Aera für das Land begonnen hatte, so trat für die Hauptstadt eine neue Epoche ein durch den Uebergang der Verwaltung auf Baron Haußmann. Die Regierung, welche auf das allgemeine Stimmrecht sich stützt, ist völlig im Klaren über die politische Bedeutung von Paris, das mit seinen mehr als anderthalb Millionen Einwohnern noch jedesmal bestimmend auf die Geschicke Frankreichs eingewirkt hatte.

Mehr als jeder andere Souverän vor ihm mußte Napoleon III. darauf bedacht sein, diesen für sein Gouvernement verderblichen Einfluß zu unterjochen oder zu brechen, und er betrachtete als das geeignetste Mittel dazu die Einwirkung auf die Arbeitermassen, als das Material, ohne welches keine ernste Revolution sich durchführen läßt. Auch die Republik von 1848 hatte dieser Stütze sich versichern wollen, aber die von Louis Blanc eingerichteten Nationalwerkstätten machten schmählich Fiasko und ihre Auflösung erzeugte zum großen Theil den Juniaufstand. Es konnte überdies dem Erwählten vom 2. Dezember nicht in den Sinn kommen, mit den gefürchteten Theorien des Sozialismus zu liebäugeln, die in dem Kaiser einen erbitterten Feind gefunden hatten, sondern es handelte sich darum, gleichzeitig die Arbeiter lohnend zu beschäftigen und die Bourgeoisie zu beruhigen. Napoleon III. griff zu den „öffentlichen Arbeiten" und Baron Haußmann wurde sein Prophet.

Der detaillirte Plan der Stadt Paris, welcher in dem Arbeitszimmer des Kaisers hängt, wurde mit rothen Linien durchzogen, welche nichts anderes bedeuteten, als breite Heerstraßen, Boulevards genannt, mitten durch die dichtesten Arbeiterquartiere, bequeme Wege zu den die Stadt beherrschenden Forts und Kasernen an jedem militärisch wichtigen Punkt. Das war Rhodus, hier sollte der Präfekt tanzen. Dergleichen Tänze kosten Geld, viel Geld und Herr Haußmann wußte es herbeizuschaffen. Zunächst wurde der Stadt Paris die Selbstverwaltung genommen; an Stelle der kontrolirenden Munizipalräthe traten gehorsame Diener der Regierung, die sogenannten „Ja-Herren," weil sie zu den Vorschlägen des Präfekten nur Ja zu sagen haben. Dergleichen ist nicht neu, das trifft man auch anderwärts: die erste glänzende Erfindung war die Bäckerkasse (1854). Ihr doppelter Zweck ging dahin, den Preis des Brodes nie über eine bestimmte Höhe steigen zu lassen und dem Präfekten ein Kapital von etwa 60 bis 80 Millionen zur Benutzung zu verschaffen. Sämmtliche Pariser Bäcker wurden gezwungen, stets für sechs Monate Mehl vorräthig zu halten und zur Sicherung der Ausführung dieser Maßregel eine beträchtliche Summe bei der überwachenden Behörde, Syndikat

ist demnächst dort erwartet. — Morgen Abend wird hier im Saale des „Holländischen Hofs“ eine „Trauerversammlung“ stattfinden, bei welcher sich Amerikaner, Engländer und Deutsche vereinigen werden, um dem Volke der Vereinigten Staaten ihre Sympathie aus Anlaß der Ermordung Lincoln's auszusprechen. — Der Senat hat in seiner vorgestrigen Sitzung beschlossen, eine Summe von 500 Gulden zur Anschaffung einer Ehrengabe für das deutsche Schützenfest in Bremen zu bewilligen. — Der allgemeine deutsche Arbeiterverein wird am 22. ds. in unserer Stadt die Zentralfeier seiner vor zwei Jahren erfolgten Stiftung abhalten. Fast sämmtliche Zweigvereine desselben werden durch Deputationen vertreten sein. (R. K.)

Kiel. Wie die „Kieler Ztg.“ vernimmt, wird von schleswig-holsteinischen Aerzten eine Beschwerde gegen die Verfügung der obersten Zivilbehörde, die Zulassung der österreichischen und preußischen Militärärzte zur Ausübung der Zivilpraxis in den Herzogthümern betreffend, vorbereitet.

Bern, 8. Mai. Die Landesgemeinde des Kantons Glarus hat gestern in feierlich-ernstem Akt eine Sympathie- und Beileids-Adresse an die Vereinigten Staaten von Nordamerika votirt. Aus dem Kanton Neuenburg wird ein großer Wahlsieg der radikalen Partei gemeldet.

Brüssel, 6. Mai. Der Herzog von Brabant ist diesen Morgen, von Marseille kommend, hier angelangt und begab sich stehenden Fußes mit seinem Bruder, dem Grafen von Flandern, zu seinem Königs-Vater nach Laeken. Der Herzog war sehr erschüttert und bleich, als er die Gemächer seines königlichen Vaters verließ. Sonst soll der Herzog weit besser aussehen und sich einer besseren Gesundheit erfreuen als vor seiner Abreise. — Der König ist heute wieder sehr leidend, obgleich die verflossene Nacht etwas leidlicher war. — Die belgischen Fonds sind heute wieder um 50 Centimes gefallen.

London, 5. Mai. Der Bericht vom Sonderausschuß des Oberhauses über das „Edmunds-Scandal“ ist jetzt veröffentlicht. Das wichtigste Ergebniß desselben ist die gänzliche Freisprechung Lord Broughams in seinen damaligen Beziehungen als Lordkanzler zu dem amtsungetreuen Clerk des Patentamts. Edmund selbst ist bezüglich der unerlaubten Verwendung von Staatsgeldern seiner Schuld überwiesen, und ein Theil der Schuld trifft die HH. James und William Brougham. Der Mann aber, auf dem das Ergebniß der Untersuchung moralisch am schwersten lastet, ist der jetzige Lordkanzler Lord Westbury, der es unterließ, dem Oberhaus die Umstände anzugeben, unter denen Edmunds seine Entlassung genommen, und sogar die Ansprüche des untreuen Beamten auf eine Pension befürwortete. Sr. Lordschaft war es, nach allem, nur darum zu thun, Edmunds in seinem Amt Platz machen zu sehen, damit er seinen eigenen Sohn hineinschieben konnte; wie denn Lord Westbury in der kurzen Zeit seiner Amtsführung den Nepotismus so ungescheut geübt hat, daß er bereits nicht weniger als vier Verwandte in einträgliche Stellen placirt, darunter einen Sohn, der sich noch auf der Universität befand. (So daß hier das berühmte Wort jenes Müncheners keine Anwendung findet: „Ja, ja! das Studieren, das hält auf.“) Da in dem Sonderausschuß mehrere Minister und Ministerialbeamte saßen, Lord Westbury also von seinen Freunden schuldig gefunden ist, in diesem Fall den Diebeshehler gemacht zu haben, so ist, gibt die „Times“ zu verstehen, schwer abzusehen, wie der oberste Justizbeamte des Landes (der Lordkanzler entspricht ungefähr unserem Justizminister) sich auf dem Wollsack behaupten will. Indessen auch im Fall seines Rücktritts bliebe ihm wahrscheinlich der Trost einer lebenslänglichen Pension von 5000—6000 Pfd. St.

Paris, 6. Mai. Die französischen Abgeordneten Carnot, Guéroult, Havin, Jules Simon und Planat haben den Antrag gestellt, es solle ein Anlehen von 140 Millionen aufgenommen werden, um dem Elementarunterricht zu Hülfe zu kommen.

Die Blätter von Algier zeigen an, daß sämmtliche Maires und Munizipalräthe der Provinz Algerien's aufgefordert worden sind, sich während der Anwesenheit des Kaisers in der Hauptstadt einzufinden. Der Zufluß von Reisenden ist ungeheuer; alle ankommenden Dampfer sind mit Passagieren beladen, alle Hotels von Algier überfüllt. Die Reiseroute des Kaisers ist noch nicht festgestellt. Nach einer neuesten Version soll Napoleon auch die Königin Isabella von Spanien besuchen, was bei den gegenwärtigen Zuständen in Madrid sehr unwahrscheinlich klingt. Den spanischen Boden hat er auf der Hinreise schon betreten. Laut dem „Moniteur“ ist der Kaiser nämlich, während des Anhaltens in der Bai von Palma, „auf das dringende Ersuchen der Civil- und Militärbehörden“ an's Land gestiegen und dort „auf das Freundschaftlichste“ empfangen worden. Palma, die Hauptstadt der Balearen, ist bei der römischen Frage neuerdings häufig als der Punkt bezeichnet worden, auf den Pius IX. nach dem Abmarsch der Franzosen aus Rom sich zurückziehen werde.

Madrid. Unter der Ueberschrift: „Ist's möglich, so zu leben?“ ruft der „Pueblo“ vom 3. Mai aus: Die Aufregung, die Unruhe und die Entmuthigung, welche seit den unglückseligen Ereignissen vom 10. April in den Gemüthern herrschen, sind derartig geworden, daß es unmöglich ist, abzusehen, was geschehen kann, und die Gefahren, denen wir ausgesetzt sein werden, wenn wir noch viel länger unter der Regierung des Generals Narvaez stehen sollen. — Die „Bolsa“ vom 8. Mai erschien mit schwarzem Rande und veröffentlichte an der Spitze ihrer Spalten Folgendes: „2. Mai. Unsere Väter und unsere Voreltern kämpften,

---

genannt, zu deponiren. Sie hatten ferner nur auf einen gewissen Verdienst Anspruch; überstieg der amtliche Verkaufspreis jenen Satz, so mußte der Ueberschuß in die Bäckerkasse gezahlt werden, die in theueren Zeiten die Bäcker mit deren eigenem Gelde für die Verluste entschädigte, welche der Verkauf zu niedrigen Preisen veranlaßte.

Eine ähnliche Einrichtung wurde für die Schlächter getroffen und schließlich dies Finanzgebäude gekrönt (das der Freiheit wartet noch immer auf das Couronnement) durch die Errichtung der „Kasse für die öffentlichen Arbeiten der Stadt Paris“ mit der Befugniß, Bons mit ein-, ja zweijähriger Verfallzeit auszugeben. So gelang es, mit Hinzunahme großartig gesteigerter Budgets und mehrerer Anleihen, dem Präfekten die Disposition über Hunderte von Millionen zu sichern. Die Expropriationen begannen in nie erhöhtem Maßstabe, und zwar wurde dabei die Rücksicht beobachtet, die in ihrem Besitz Gestörten auf's Reichlichste zu entschädigen, und da gleichzeitig der Arbeitslohn im Verhältniß zur Nachfrage stieg, wurde die Bourgeoisie und die Arbeiterklasse dem herrschenden Systeme gewonnen. Dank dem Seinepräfekten, der durch die Angriffe der Presse und der Kammeropposition nicht im mindesten sich beirren ließ, nahm Paris eine neue Gestalt an, und nichts blieb unversucht, um der Hauptstadt eine lachende, prächtige Physiognomie zu geben.

So ist z. B. Grundsatz der Verwaltung, möglichst viele Cafés zu konzessioniren, weil die des Abends hell erleuchteten Räume den Schein regster Lebendigkeit verbreiten; bestehen doch auf den sogenannten alten Boulevards, von der Madeleine bis zum Bastillenplatze, über 800 Cafés! Doch die Erdoberfläche genügte dem kühnen Unternehmungsgeiste Haußmann's nicht: Er schuf auch die Egouts, die unter ganz Paris sich hinziehend den gesammten Straßenknäuel und Häuserkomplexus unten darstellen. Ebenso wurde darauf Bedacht genommen, das nöthige Trinkwasser herbeizuschaffen, welches die Somme-Soude und die D'huis in einer langen Leitung nach der Anhöhe von Menilmontant (108 Meter über der Meereshöhe) sendet, um von dort überall hingeführt zu werden. Zahlreiche neue Theater wurden als „nothwendig für das öffentliche Wohl“ erkannt, herrliche Parkanlagen im Boulogner Gehölz, Park von Vincennes, von Monceaux und auf den Höhen des Buttes Chaumont geschaffen, Squares angelegt, die Straßen mit Baumreihen bepflanzt.

Das alles gereicht der Hauptstadt Frankreichs zum Vortheil und zu hoher Zierde, und würde eben den Dank der Mit- und Nachwelt verdienen, aber — man merkt die Absicht und man wird verstimmt. Der Mensch lebt nicht vom Brode allein, auch die reine Luft und das Wasser allein thun es nicht: etwas weniger Pracht und etwas mehr Freiheit wäre besser! Angeregt durch das hohe Beispiel bildeten sich einige Gesellschaften zur Ausführung großer öffentlicher Bauten, die den Plänen des Präfekten wesentlich fördernd zur Hand gehen. Infolge dessen ist die Bäcker- und die Schlächterkasse aufgehoben, und wenigstens für das Gewerbe der ersteren Freiheit eingeführt worden. Aber, fragt man, welchen Lohn hat ein für das Allgemeine so thätig wirkender Mann? Erstens den Lohn des — schönen Bewußtseins, ferner als Präfekt, Senator u. s. w. ein jährliches Einkommen von 240.000 Fr. Und als vor etwa zwei Jahren einmal die Rede ging, Baron Haußmann werde nächstens ersetzt werden, äußerte seine Gemahlin wörtlich: „Man fürchtet sich nicht vor der Ungnade, wenn man 10 Millionen besitzt!“

Der Vater des Seinepräfekten war Kriegskommissarius und 1830 Redakteur des „Temps“. Von seinen Vermögensverhältnissen weiß Niemand etwas zu berichten.

damit Spanien eine unabhängige Nation sei. Seit 1808 bis auf's heutige Datum hat sich Spanien verkleinert und jährlich 800 Millionen Realen verloren, die wir als Interessen der Schuld in Paris und London bezahlen. Wir müßten vor Scham sterben."

Es ist ein Ordensgeistlicher aus **Rom** in Neapel angekommen, um die Versöhnung des Kardinals d'Andrea mit der Kurie zu betreiben. Die Sr. Eminenz gemachten Vorschläge sollen sehr annehmbar sein und die Ausbezahlung des Gehaltes sammt Erstattung der bisherigen Abzüge in sich fassen.

Aus **Turin**, 4. Mai, schreibt man der „Köln. Z.": „Die Unterhandlungen mit Rom drängen hier jeden anderen Gegenstand in den Hintergrund. Der von Rom ausgegangene Annäherungsversuch hat übrigens die Wirkung gehabt, daß die spanische Regierung sich nicht abgeneigt zeigt, das Königreich Italien anzuerkennen. Wenigstens erklärt man sich die Reise Cialdini's nach Madrid auf diese Weise, und glaubt, der genannte General, der seine militärische Carriere in der spanischen Armee begonnen hat, habe eine auf die Aussöhnung der beiden Länder abzielende Sendung. — Die Gesundheit des Prinzen Humbert flößt seit einiger Zeit Besorgniß ein."

Amerika. Der Präsident Johnson hat eine bedeutsame Anrede an eine Abordnung aus dem Staate Ohio gehalten; der Schluß derselben ist besonders wichtig: „Wenn der Augenblick des Gerichts gekommen ist, wird eine großartige Milde und Gnade Alle die beschützen, welche verlockt und getäuscht, nur der Gewalt oder dem Irrthum nachgaben. Allein eine strenge Züchtigung wartet Derjenigen, die das Verbrecherische ihres Unternehmens sehr wohl einsahen und dennoch nicht davor zurückscheuten, das Leben der Nation anzutasten. Stets habe ich den großen Gedanken verfochten, daß die Regierung für die Menschen da ist, und nicht die Menschen für die Regierung. Stets habe ich mich bemüht, die Lage der großen Masse zu verbessern, und mit Gottes Hilfe soll dies die Hauptaufgabe meiner Regierung sein."

Frankfurter Börse (vom 1. bis 6. April).

Samstag. Unsere Berichtswoche eröffnete mit der Ultimo-Liquidation, die im Ganzen gut von Statten ging. Für österr. Fonds stellte sich der Report normal, dagegen für Amerikaner etwas hoch zu 5 bis $5\frac{1}{2}$ pCt. Für österr. Kreditaktien musste ein ziemlich starker Deport gezahlt werden, was seit dem Erscheinen dieses Effekts noch nicht da war, und man vergütete fl. $\frac{1}{4}$—$\frac{1}{2}$ Deport. Nach Abwicklung des Ultimo's bewegte sich das Geschäft in sehr bescheidenen Gränzen. Von österr. Fonds bleiben National ziemlich unverändert. In neuen engl. Metalliques mehren sich täglich die Umsätze und dieses Papier, das seit Jahren mit zu den beliebtesten Anlagen unseres Rayons gehört, bürgert sich immer mehr in den weiteren Kreisen unserer Kapitalisten ein. Von österr. Staatsloosen schliessen 1860er die Woche mit einer Einbusse von $\frac{3}{4}$ pCt. zu $87\frac{1}{2}$, auch 1864er büssten nahezu fl. 1 ein.

Das Geschäft in süddeutschen Fonds blieb in den Grenzen des gewöhnlichen Verkehrs. Von Pfandbriefen war lebhaftes Geschäft in bayerischen, zu deren Ankauf die jüngste starke Verloosung erheblich beigetragen hat; — lebhaft waren auch 5pCt. sächsische Pfandbriefe. — Für die oldenburgische Regierung hat das Bankhaus v. Erlanger & Söhne hierselbst in Verbindung mit der oldenburgischen Spar- und Leihbank die Emission eines 4pCt. Eisenbahn-Anlehens im Betrage von Thlr. 1,750,000 übernommen. Zins- und Kapitalzahlung, welch' letztere innerhalb 60 Jahren durch Pariverloosung erfolgt, finden sowohl in Oldenburg als bei dem genannten hiesigen Bankhause statt. Bei der ausgezeichneten Finanzlage Oldenburgs, das zum ersten Mal an den grösseren Geldmarkt tritt, darf die neue Anleihe einer guten Aufnahme Seitens der Kapitalisten entgegensehen.

In amerikanischen Fonds war das Geschäft weniger belebt als in letzter Zeit; das solide Publikum, das sich in transitorischer Weise bei denselben betheiligte, scheint solche bei dem jetzigen Kursstand nicht länger behalten zu wollen und es fanden bedeutende Realisationen für Rechnung von Kapitalisten statt, und zwar zu nicht geringem Theil in Umtausch gegen neue engl. Metalliques. 1882er Bonds, die im Anfang der Woche den 70er streiften, gingen am Mittwoch auf schlechtere Valutanotirungen aus New-York auf 68 zurück und bleiben $68\frac{3}{8}$.

Oesterr. Kreditaktien, die im Beginn der Woche bis 203 gegangen waren, bewegten sich im weiteren Verlauf in weichender Tendenz und schliessen, nachdem sie gestern bereits den 200er eingebüsst, heute zu 200, um fl. $2\frac{1}{2}$ schlechter als vor acht Tagen. — Von Zettelbankaktien bleiben österreichische fast ganz so, wie zum Schluss der Vorwoche zu 869.

Von Eisenbahn-Aktien wurden in den letzten Tagen bedeutende Posten bayer. Ostbahnen, wohl in Hinblick auf die ausgeschriebene Einzahlung von 10 pCt., an den Markt gebracht, ohne jedoch den Kurs wesentlich zu alteriren. Das Effekt findet in den soliden Kreisen der Kapitalisten stets willig Aufnahme. Ludwigshafen-Bexbacher um 1 pCt. auf 160 gestiegen, auch Neustadt-Weissenburger gesucht; in den ersten Tagen der kommenden Woche soll die Eisenbahn-Schiffbrücke bei Maxau dem Verkehr übergeben werden. Der Aprilausweis der Taunusbahn ist wieder recht günstig. Von E.-B.-Prioritäten werden Livorneser fortwährend stark gekauft; Staatbahnen etwas niedriger auf 52 gegangen, während Südbahn ihren Kurs eher etwas erhöhten; galizische zu $68\frac{1}{4}$ gefragt.

Geld ist noch immer flüssig und erste Diskonten finden zu $2\frac{3}{4}$ willige Abnehmer; ob aber dieser Zustand im Hinblick auf den Bedarf für die vielen Eisenbahnbauten und den zu erwartenden Aufschwung der Industrie und des Handels bei Beendigung des amerikanischen Bürgerkrieges sich noch lange zu halten vermöge, möchten wir dahin gestellt sein lassen. Auch der Ausweis der hiesigen Bank vom 30. April zeigt eine starke Zunahme der Geldnachfrage. — Auf dem Gebiete des Wechselmarktes war Amsterdam und London, so wie Paris in kurzen Sichten sehr gesucht. Berlin flauer. Wien schliesst etwas niedriger zu $108\frac{1}{2}$—$\frac{5}{8}$. (Akt.)

Hiezu die Beilage: „Würzburger Anzeiger".

Verantwortlicher Redakteur: A. Hartmann.
Druck und Verlag der Stabel'schen Buch- und Kunsthandlung in Würzburg

Cours der Staatspapiere.

Oesterr.	5 pCt. Met. (Cp. i. S. b. R.)	—
„	5 pCt. Lomb. ditto. à 24	—
„	5 pCt. Engl. Met. v. 1852	$80\frac{1}{8}$ P.
„	5 pCt. Engl. Met. v. 1859	$78\frac{7}{8}$ P.
„	5 pCt. Venet. Coupon b. R.	86 G.
„	5 pCt. Nationalanl. v. 1854	$68\frac{5}{8}$—$\frac{1}{2}$ G.
„	5 pCt. Metall. Obligation.	$63\frac{3}{4}$ G.
„	$4\frac{1}{2}$ pCt.	$57\frac{1}{4}$ G.
Preussen	$3\frac{1}{2}$ pCt. Staatsschuldsch.	—
Bayern	$4\frac{1}{2}$ pCt. Obl. ½jähr. dto.	$101\frac{1}{8}$ G.
„	$4\frac{1}{2}$ pCt. Obl. $\frac{1}{2}$jähr. dto.	$102\frac{1}{4}$ P.
„	4 pCt. Obl. ½jähr. dto.	$99\frac{1}{2}$ P.
„	4 pCt. Obl. $\frac{1}{2}$jähr. dto.	$99\frac{3}{4}$ G.
„	4 pCt. Obl. Ab.-R. dto.	$98\frac{3}{4}$ P.
„	$3\frac{1}{2}$ pCt. Obl. dto.	—
Württemb.	$4\frac{1}{2}$ pCt. Obl. b. Rothsch.	$103\frac{7}{8}$ G.
„	$3\frac{1}{2}$ pCt. Obl. dto.	$94\frac{5}{8}$ G.
Baden	$4\frac{1}{2}$ pCt. Obl.	—
„	$3\frac{1}{2}$ pCt. Obl. v. 1842	$91\frac{7}{8}$ P.
Gr. Hess.	$4\frac{1}{2}$ pCt. Obl.	—
„	4 pCt. Obl. b. Rothsch.	$101\frac{1}{2}$ P. $\frac{1}{4}$G.
„	$3\frac{1}{2}$ pCt. Obl. dto.	$97\frac{1}{2}$ P.
Nassau	$4\frac{1}{2}$ pCt. Obl. dto.	$102\frac{1}{2}$ P.
„	4 pCt. Obl. dto.	$99\frac{1}{2}$ P.
„	$3\frac{1}{2}$ pCt. Obl. dto.	92 G.
Frankfurt	$3\frac{1}{2}$ pCt. Obl.	$94\frac{5}{8}$ G.
„	3 pCt. Obl.	$91\frac{1}{2}$ P.
Spanien	3 pCt. inl. Sch. P. à fl. 2. 30	—
„	$3\frac{1}{2}$ pCt. . . .	—
Schweden	$4\frac{1}{2}$ pCt. Obl. à 105 Thlr.	$91\frac{1}{4}$ P.
N.Amerika	6 pCt. à 1000r. 1881 D. $2\frac{1}{2}$	—
„	6 pCt. ditto r. 1882 „	$69\frac{1}{4}$—$69\frac{3}{8}$ G.

Diverse Aktien.

Frankfurter Bank à fl. 500 . . .	$150\frac{5}{8}$ G.
K. K. Oesterr. National-Bankaktien	868 G.
Oesterr. Kreditbank-Aktien à fl. 200	200 P. $199\frac{1}{2}$G.
Bayer. Hypothekenb. Pfandbriefe 4 pCt.	$97\frac{3}{8}$ P.
Darmst. Bank 1. u. 2. Serie à fl. 250	$229\frac{1}{2}$ P.
Weimarische Bank à Thlr. 100 . .	101 G.
Mitteldeutsche Kreditaktien . . .	$101\frac{1}{2}$ G.
Intern. Bank in Lux. à 250 Frs. à 28 kr.	—
Taunus-Eisenbahn à fl. 250 . . .	340 G.
Frankfurt-Hanauer-Eisenbahn . . .	102 P. — G.
Oest. F.St.Eisb. 5pCt. 500 Fr. à 28 kr.	—
„ Elisab.-Eisenbahn 5 pCt. . .	121 G.
Böhm. Westbahn-Aktien à fl. 200 6/7	—
Rhein-Nahe-Bahn 200 Thl. à 105 4pCt. Z.	$80\frac{3}{4}$ P.
Ludwigshafen-Bexbacher à 4 pCt.	$148\frac{7}{8}$ G.
dto. dto. Prior. à 4 pCt.	$97\frac{1}{2}$ P.
Pfälz. Maxb. b. Rothschild à $4\frac{1}{2}$ pCt.	$107\frac{1}{8}$ P. 107G.
Oest. St.-Eisenb. Prior.-Oblig. à 3 pCt.	52 P.
Elisab.-Bahn Prior. 5 pCt. 6/7	$79\frac{3}{8}$ P.
Südd. Bank-Akt., 40 pCt. Einz.	255 P.
Span. Handels- und Industrie . .	—
Bayr. Ostbahn à $4\frac{1}{2}$ pCt. volleinbez.	113 G.
Bayer. Ostbahn mit 50 pCt. Einz.	$113\frac{1}{2}$ P.

Wechsel in süddeutscher Währung.

Amst. fl. 100 k. S.	$100\frac{3}{4}$ G.
Antwerp. Frs. 200 k. S.	$94\frac{5}{8}$ G.
Augsb. fl. 100 k. S.	$99\frac{3}{4}$ G.
Berlin Th. 60 k. S.	105 P.
Brem. 50 Th. Ld. k. S.	$97\frac{5}{8}$ P.
Brüssel Frs. 200 k. S.	$94\frac{5}{8}$ G.
Cöln Thlr. 60 k. S.	105 P.
Hamb. MB. 100 k. S.	$88\frac{5}{8}$ P. $\frac{3}{8}$ G.
Leipzig Th. 60 k. S.	105 P.
London Lst. 10 k. S.	$119\frac{1}{4}$ G.
Lyon Frs. 200 k. S.	—
Mail. Frs. 200 . .	$94\frac{5}{8}$ G.
München fl. 100 k. S.	$99\frac{3}{4}$ G.
Paris Frs. 200 k. S.	$94\frac{5}{8}$ G.
Petersburg 60 S.-R.	—
Triest fl. 100 k. S.	—
Wien fl. 100 ö. W.	—
do. in öst. W. l. S.	$108\frac{1}{2}$ P.
Disconto	$3\frac{1}{2}$ pCt. G.

Anlehens-Loose.

Oesterr. fl. 250 v. 1839	$144\frac{3}{4}$ P.
„ fl. 250 v. 1854 mit 4pCt.	$79\frac{1}{4}$ G.
„ fl. 500 v. 1860 6/7	$87\frac{1}{2}$ P.
„ fl. 100 Eisb. L. v. 1858.	$136\frac{1}{2}$ P.
„ do. v. 1864.	$97\frac{1}{4}$ P.
Schwed. 10 Thlr. Loose	—
Badische fl. 50	124 G.
Badische fl. 35	$53\frac{1}{2}$ G.
Kurhess. Thlr. 40 b. R.	$56\frac{3}{4}$ P.
Gr. Hessen fl. 50 b. R.	$139\frac{7}{8}$ G.
„ fl. 25 do.	$36\frac{1}{2}$ G.
Nassau fl. 25 bei Rothsch.	$35\frac{1}{2}$ G.
Sardinische Fr. 36 b. B.	—
Neuchateler 10 Frs.-Loose	—
Freiburger 15 Frs.-Loose	—
Mailänder 45 Frs. L. b. R.	$33\frac{1}{2}$ P.
St. Lüttich mit $2\frac{1}{2}$ pCt. Z.	$33\frac{1}{2}$ P.
Ansb.-Gunzenh. fl. 7-L.	$10\frac{3}{4}$ P.

Frankfurt, 8. Mai. Amerikanische Fonds waren mit Rücksicht auf die besseren New-Yorker Notirungen etwas höher; die Steigerung entsprach jedoch keineswegs der gleichzeitigen Besserung von Fonds und Valuta in New-York. In österr. Sachen war das Geschäft äußerst geringfügig, die Notirungen meist nominell. (Synd.)

An die
k. Hof- und Staatsbibliothek
München.
1 N. Würzb. Zig.

Neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht!

№ 129. | Vorausbezahlung: Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 1 fl. 30 kr. Bei Inseraten wird die dreispaltige Zeile in gewöhnlicher kleiner | 62. Jahrgang. | Schrift oder deren Raum im Hauptblatte mit 6 kr., im Anzeiger mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franco. | Mittwoch, 10. Mai 1865.

S. Der Süden Europa's

dürfte uns bald wieder ein Schauspiel bieten, das einen der Marksteine in der Geschichte unseres Jahrhunderts bilden wird. Die Einheitsbewegung auf der pyrenäischen Halbinsel scheint so kräftig in Fluß gerathen zu sein, daß ein Endresultat derselben nicht mehr in weiter Ferne steht. Das theilweise Gelingen der Einheitsbestrebungen in Italien war, wie man schon seiner Zeit bemerken konnte, von bedeutendem Einflusse auf die parallelen Bestrebungen der Unionisten in Spanien und Portugal.

Dieselben erhielten durch die Verbindung des portugiesischen mit dem italienischen Königshause einen erneuerten Anstoß und würde man den Vorgängen in jenem Theile Europa's mehr Aufmerksamkeit geschenkt haben, so hätte man wiederholt in den letzten Jahren Nachrichten in französischen und englischen Blättern begegnen können, die eine gewisse Einflußnahme auf jene Bewegung von Seite Frankreichs herauslehrten.

Diese Bestrebungen datiren natürlich nicht von heute und erhielten in der letzten Zeit eine sehr nachhaltige Unterstützung durch die trostlosen Experimente der spanischen Regierung, welche derselben jeden Halt in der Nation selbst raubten! Der finanzielle Ruin des Landes macht es der Camarilla immer schwerer, ihre absoluten Gelüste dem Widerstande des Volkes gegenüber zur Durchführung zu bringen, während gerade zu derselben Zeit Portugal durch eine entgegengesetzte Politik die Augen und die Sympathien des Volkes auf sich zu lenken wußte.

Ob die Dinge schon so weit gediehen, daß sie demnächst zu einem Abschlusse führen werden, möchten wir nicht geradezu behaupten; — aber so viel scheint festzustehen, daß diese Frage durch irgend ein Ereigniß auf die Tagesordnung gesetzt werden wird, von der sie kaum mehr verschwinden wird, bis sie gelöst erscheint.

Die Lage des gegenwärtigen spanischen Ministeriums ist eine sehr bedenkliche, die durch seine innere Zerfahrenheit noch bedenklicher gemacht wird. In der Kammer hat die Regierung eine gefährliche Partei gegen sich. Die Stadt Madrid, die deputacion provincial und vor Allem die Plaza de Toros sind von heftigster Feindseligkeit gegen Narvaez beseelt. Wie sich die Lage jetzt gestaltet hat, muß das Ministerium seiner Auflösung entgegen gehen oder die Kammer auflösen, aber auch zugleich den Belagerungszustand über das Land verhängen, um die noch gefährlichere Presse zum Schweigen zu bringen. Das ist das einzige Mittel und die Regierung nimmt auch zuweilen einen Anlauf, als sollte das Aeußerste geschehen. Narvaez, der 50,000 Mann in der Nähe von Madrid zusammengebracht, hat behauptet, er dürfe auf die Armee zählen und diese würde marschiren wie Ein Mann. Diese gute Meinung wird aber durchaus nicht von allen Mitgliedern des Kabinets getheilt.

Was bisher einer Bewegung in Madrid ungünstig entgegentrat, war das schlechte Wetter und die damit zusammenhängende Einstellung der Stiergefechte. Aber mit dem dauernden Sommerwetter, das denn doch bald eintreten muß, kommt Leben in die Plaza de Toros, und, steigt die Politik auf die Straße herab, dann kann es losgehen.

Allerdings darf nicht verschwiegen werden, wie die Spanier in neuester Zeit gar viel reden, und daß dort, wo so viel gesprochen wird, in der Regel energische Handlungen auf sich warten lassen. Die Verhältnisse aber bleiben doch stärker als die Menschen.

Unmittelbar werden die Umwälzungen auf der iberischen Halbinsel freilich von keinem Einfluß auf unsere Verhältnisse sein, aber mittelbar werden sie ihre Einwirkung auf den Gang der politischen Ereignisse in Europa und somit auch für uns nicht verfehlen.

(Amtliche Nachrichten.) **München** 8. Mai. Se. Maj. der König hat dem kais. österr. Konsul A. Schaeck in Genf das Ritterkreuz 1. Kl. des Verdienstordens vom h. Michael verliehen; genehmigt, daß die Gemeinden Waltrams, Weitenau und Wilhams vom k. Rentamte Lindau abgetrennt werden, — unter Zutheilung der Gemeinde Wilhams zum k. Rentamte Immenstadt und der Gemeinden Waltrams und Weitenau zum k. Rentamte Kempten; den in den zeitlichen Ruhestand versetzten ordentl. Professor der Philosophie an der k. Universität Erlangen, Dr. K. Ph. Fischer, reaktivirt; dem quiesc. k. Ministerialrathe, Geh. Rath K. v. Kleinschrod die Bewilligung ertheilt, das von dem Herzoge von Nassau ihm verliehene Kommandeurkreuz 1. Kl. des herzogl. nass. Militär- und Civil-Verdienstordens tragen zu dürfen; den Stadt- und Landg.-Diener B. Klee zu Freising in den Ruhe-

Feuilleton.

Wiener Briefe.

Raubmörder, Meuchelmörder, politische Mörder waren die Sujets der letzten vierzehn Tage. Ein allgemeiner Mordgeruch erfüllte die Luft und verbreitete sich über den Ocean nach Europa. Man sprach hier faktisch durch 14 Tage von nichts Anderem, als von Mördern. Die Journale warfen die sonst beliebtesten Themata zu den Todten, wohl einsehend, daß die eigentlich lebensfähigen Topiks nur von Todtenbahren und Schauplätzen gräulicher Mordthaten zu holen seien. Die Schreckensthaten zu Washington, das Attentat im russischen Gesandtschaftshotel in Paris, der Tod des russischen Thronfolgers in Nizza, der Mord im Freihause auf der Wieden, die Auffindung der Leiche des unglücklichen Publizisten Hildebrand, das war ein Quodlibet von Thematen, auf welches man, man mochte den Blick in welches Journal immer werfen, überall stieß. Die beiden letztgenannten Themata waren allerdings nur von mehr oder minder lokalem Interesse, allein wir erinnern uns nicht, daß seit Jahren ein ähnliches Ereigniß ein lebhafteres Interesse erregt hätte. Das grausame Attentat, das auf die junge Frau im Freihause verübt wurde, hat in unserer Stadt eine allgemeine Panique sonder Gleichen hervorgerufen, die erst bemeistert wurde, als man des frechen Raubmörders habhaft geworden. Hausväter, die sonst vor einem Degen zurückgeschreckt sind, aus Furcht, er könnte losgehen, machten in unseren Waffenfabriken Einkäufe und brachten ihren Frauen Revolver als passende Geschenke nach Hause. Unsere Schlosser waren beschäftigt, wie die Glaser nach einem Hagelwetter, und die Werthheim-Wiese'sche Batrachomyomachia, dieser Frosch-Mäusekrieg unserer beiden feuerfesten Kassenfabrikanten, die, um sich gegenseitige Reklame zu machen, seit Wochen unsere Journal-Eigenthümer durch eine Inseratenfehde bereicherten, verstummte plötzlich. Der Raubmörder Bieringer hat jede Reklame für ihre Fabrikate überflüssig gemacht. Auch die in unserer Stadt so arg maltraitirten Hunde sind durch Bieringer zu Ehren gebracht worden. Das Schoßhündchen der Frau Obrist, so heißt bekanntlich das Opfer Bieringers, hat dem Letztern das Zugeständniß seiner That entlockt, und den Vätern unserer Stadt, die nun einmal das Mißgeschick haben, mit ihren Maßregeln immer zur unrechten Zeit zu kommen, mußte wieder das Malheur widerfahren, gerade an diesem Ehrentage der Pintscher, Möpse und Pudel, die wirklich drakonischen Maßregeln gegen maulkorblose Hunde verschärft und dem Schinder die Diktatur in der Hunderepublik mit erweiterten Vollmachten ertheilt zu haben.

Das zweite lokale Ereigniß war die endliche Auffindung der Leiche Hildebrands. Man fand sie bei Karlsburg in der Nähe Preßburgs, wo die Donau, nachdem sie ihm vier Monate als Grabesstätte gedient, den Leichnam ausgeworfen. Das einzige, was man bei ihm fand, war die Beitragsquittung des Schriftsteller- und Journalistenvereins „Concordia", für den er seit dessen Begründung als Vorstandsmitglied treu und wacker gewirkt. „Concordia" war der Ausdruck seines ganzen Wesens, durch die „Concordia" mußte — eine seltsame Fügung — seine Leiche erkannt werden. Hildebrand liebte die Eintracht und lebte für sie. Er

stand versetzt und dessen Stelle dem Gerichtsdienersgehilfen Joh. Hackenbuchner zu Wasserburg verliehen; auf das Forstamt Regensburg den Forstmeister bei der k. Regierung der Oberpfalz, Fr. Pausch, versetzt und auf dessen Stelle den Revierförster Aug. Landgraf von Anzing, ernannt; die erledigte Stelle eines Assessors bei der Steuerkataster-Kommission dem Obergeometer der k. Regierung von Niederbayern, M. Gerstl, verliehen.

Ueber den im Jahre 1863 in der Kammer der Abgeordneten eingebrachten Antrag des Abg. Brater und Genossen wegen der **Rechte der Religionsgenossenschaften** (Dissidenten) hat der damals gewählte Referent Dr. Ruland jetzt im III. Ausschuß Bericht erstattet. Ueber diesen Bericht theilt die „Wochenschrift der Fortschrittspartei" mit, daß derselbe nicht blos den Antrag in allen seinen Theilen verwirft, sondern dessen Fassung auch, „so viel man hört, alles bisher Dagewesene übertrifft". Da die Mehrzahl der Mitglieder des III. Ausschusses dem linken Centrum (Langlois-Fraktion?) und der Linken angehöre, hält es die „Wochenschrift" für unmöglich, daß derselbe sich das Ruland'sche Gutachten aneigne. — Der **Kolb'sche Antrag in Betreff Schleswig-Holstein's** soll demselben Blatte zufolge durch einen von dem Abg. v. Hofmann eingebrachten Zusatz ergänzt werden, welcher die Staatsregierung auffordert, jeder Verfügung, die über die Zukunft der Herzogthümer ohne oder wider deren Willen getroffen werden sollte, die Anerkennung zu versagen (wie dies der Abg. Kolb bei der Motivirung seines Antrags selbst schon als Konsequenz desselben begehrt hat).

Tagesordnung für die XXXV., auf den 11. Mai angesetzte Sitzung der Kammer der Abgeordneten: Berathung und Beschlußfassung über den Antrag auf Bildung und Wahl eines besonderen Ausschusses für den Kolb'schen Antrag, die „schleswig-holsteinische Angelegenheit betr."; Berathung und Beschlußfassung über die Regierungsvorlage, „die Verwendung von Ersparungen und admassirten Fonds zur Herstellung der neuen polytechnischen Schule betreffend".

Aus **Wien**, 7. Mai, schreibt man dem „Schw. M.": Die Mittelstaaten haben allerdings die Absicht gehabt, die Frage wegen der Einberufung der Stände vor den Bund zu bringen. Oesterreich hat jedoch davon dringend abgerathen, indem es darauf hinwies, daß der Bund eventuell über die Zulassung eines schleswig-holsteinischen Bundestagsgesandten Beschluß fassen könne, nicht aber über die Einberufung der schleswig-holsteinischen Stände, was als eine innere Angelegenheit außer seiner Kompetenz liege.

Wien, 9. Mai. Die „Neue Fr. Presse" schreibt: „Die preußische Rückäußerung auf die österreichische Depesche wegen der Kieler Hafenfrage ist eingetroffen. Preußen nimmt den österreichischen Vorschlag an, wonach es für die Verlegung eines Theils seiner Marine nach Kiel eine entsprechende Verminderung seiner Landestruppen in den Herzogthümern vornimmt."

Berlin. Ein offiziöser Korresp. der „Hamb. B.-H." betont, daß die preußische Regierung schon in ihrer Depesche vom 17. vorigen Monats sich bereit erklärt habe, für den Fall, daß durch die nach Kiel verlegten Marinetruppen die verabredete Zahl der preußischen Besatzungstruppen überschritten werden sollte, dafür in der Zahl der letzteren eine Ausgleichung herbeizuführen. Da aber die große Mehrzahl der Marinetruppen sich auf den in Dienst gestellten Schiffen befinde, so werde der vorgesehene Fall im Laufe des Sommers noch nicht eintreten; von einer Reduktion der Besatzungstruppen sei also zunächst noch nicht die Rede.

In einer Sitzung des Abgeordnetenhauses wurden unlängst in bittern Worten wieder grobe Mißbräuche der Regierung aufgedeckt. Es wurden nämlich einige Fälle aufgeführt, wo die Regierung bei Verpachtungen von Domänen nicht Rücksicht auf das Angebot der Bewerber, sondern auf deren **politische** Gesinnung Rücksicht genommen habe, so daß der Fiskus um mehrere Tausend Thaler beschädigt worden war. In **Kolno** (Posen) verdankte der bei der Pachtung Vorgezogene diesen Vortheil lediglich dem Umstande, daß er seinen mehrbietenden Konkurrenten denunzirte, daß dessen Mutter die „Nationalzeitung" halte und sich für die Wahl des Abg. Lette interessirt habe. Ein Redner bemerkte, man könne keine Domäne mehr pachten, wenn man nicht mit 1000 Thalern in der Tasche nach Berlin komme. Der Finanzminister wies zwar diesen Vorwurf der Korruption des preußischen Beamtenthums zurück, räumte aber ein, daß bei der Prüfung der Verhältnisse der Bewerber um Domänenpachtung auch deren politische Gesinnung beachtet werde, worauf der Abg. Haacke unter Zustimmung der Liberalen erwiderte: „Wenn die Lizitanten auch nicht mit 1000 Rubel in der Tasche nach Berlin reisen müssen, sondern um politische Gesinnungen zu erheucheln, so ist das eine nicht weniger verwerfliche Korruption."

Leipzig, 7. Mai. Die „Illustr. Ztg." bringt in ihrer heutigen Nummer das Porträt Abraham Lincolns. Wir haben dasselbe bereits vor einigen Jahren im Gothaischen Hofkalender gesehen und beide Bilder zeigen, wenn auch etwas von einander abweichend, einen charaktervollen Kopf mit hoher Stirn und geistvollem Auge. Zugleich liefert die „Illustrirte Ztg." ein Porträt des Mörders Wilkie Booth, das an sich ebenso wenig unbedeutend wie bös erscheint. Nur der Mund deutet auf große Kälte.

Großh. Hessen. Die Vorfälle am Osterdienstag in **Neckarsteinach** gelegentlich der Abhaltung eines wandernden Kasino's auf dem Schlosse des Frhrn v. Dorth werden, wie die „Hess. Volksblätter" berichten, der Gegenstand gerichtlicher Verhandlungen werden. Frhr. v. Dorth, ein Einwohner von Neckarsteinach und zwei Badener, sämmtlich Theilnehmer an der Versammlung, haben einen Anwalt beauftragt, wegen Gewaltthätigkeit, Körperverletzung und Eigenthumsbeschädigung Anklage zu erheben. Angeklagt erscheinen hauptsächlich junge Leute von Neckarsteinach-

---

hatte nicht einen einzigen Feind, und war doch durch und durch ein Charakter! Wer die persönlichen Beziehungen kennt, in welchen die meisten hiesigen Publizisten zu einander stehen, wird begreifen, daß wir mit diesen wenigen Worten dem Menschen Hildebrand kein geringes Verdienst nachgerühmt. Als Publizist zeichnete er sich durch seine Bildung und tiefe Kenntnisse aus, die er berufstreu dem Organe widmete, welchem er als Redaktionsmitglied angehörte. Der Herausgeber desselben, der Eigenthümer der „Ostdeutschen Post", Herr **Kuranda**, hat seinem Mitarbeiter in Karlsburg, wo seine Reste ihre letzte Ruhestätte gefunden, ein würdiges Grabdenkmal setzen lassen.

Auch die beiden Trauerbotschaften aus Nizza und Washington haben unsere Bevölkerung tief berührt. Einen Augenblick glaubte man hier, unser **Oppolzer**, den der Czar an das Krankenbett seines Sohnes berufen hatte, werde den Thronfolger noch retten können. — Wenn ein Arzt einmal zu einer Berühmtheit gelangt ist, wie Oppolzer, traut man ihm Wunderdinge zu — allein er wurde zum **Krankenbett** des russischen Prinzen berufen, und traf bei dessen **Todtenbette** ein. Man erzählt sich, daß Oppolzer vor der Section seine Diagnose zu Protokoll gegeben habe, um sich vor etwaigen Intriguen der andern Aerzte zu schützen.

Das tragische Ende **Lincoln's** ist selbstverständlich hier nicht minder tief empfunden, als anderwärts, allein eigenthümlich waren denn doch die Betrachtungen, die bei dieser Gelegenheit in gewissen Kreisen, für welche der Tod des edlen Präsidenten nicht ohne Folgen bleiben wird, angestellt wurden. So hörten wir aus dem Munde eines hochgestellten Herrn, als er die allerdings aus Frankfurt datirte und, wie es schien, in **Ziffern** ausgedrückte Schreckensnachricht in einer direkten Privatdepesche erhielt, den Ausruf thun: „In allem, was Papier heißt, steckt der Teufel!" Sollte man nicht meinen, er hätte das Papier nur deßhalb verwünscht, weil auf demselben eine solche Hiobspost zu lesen war? Wir wären versucht gewesen, dieß zu glauben, wenn uns die Ziffer 61 in der Depesche nicht stutzig gemacht hätte. Der gute Mann sah in dem Fall **des** großen Amerikaners nur den Fall **der** Amerikaner. Diese haben in der letzten Zeit hier eine große Rolle gespielt, und nicht ohne Grund hat man das Banquierviertel der neuen Ringstraße das „Quartier der Amerikaner" getauft.

Auch das „Quartier der Mexikaner" hat in der letzten Zeit hier viel von sich reden gemacht. Um jedem Mißverständnisse vorzubeugen und unsere Börsenmatadore im vorhinein vor dem Verdachte zu retten, als hätten sie auch die Mexikaner (mög sie kaner) zum Gegenstande ihrer Spekulation gemacht, müssen wir bemerken, daß wir die Worte „Quartier der Mexikaner" nicht figürlich genommen, sondern mit ihnen wirklich die Logik der Mexikaner, oder, um uns präziser zu fassen, die Wohnung des mexikanischen Gesandten verstanden wissen wollten. Herr Murphy mochte sich, als er sein Abberufungsschreiben erhielt, noch nicht recht heimisch in seiner prächtigen Wohnung gefühlt haben, und doch — oder besser gesagt eben deßhalb — steht seine Abberufung mit dieser Wohnung und ihrer Einrichtung in engem Zusammenhange. Man brachte die Abberufung des Herrn Murphy mit der hohen Politik mit Protesten, ja mit den Beziehungen unseres Hofes zum mexikanischen in Verbindung, und doch war der wahre Grund der Abberufung nur in Herrn Murphy's eigener **Schuld** zu suchen. Die mexikanische Regierung hatte eben die bekannte große **Anleihe** gemacht, und Herr Murphy scheint in dem Bestreben, sein Kabinet angemessen zu vertreten, zu weit gegangen zu sein. Das Gesandtschaftshotel wurde auf das prächtigste eingerichtet, allein gerade dieser Luxus veranlaßte den Botschafter**wechsel**. Im Publikum erzählt man sich manches pikante Histörchen über die **Versetzung** des Herrn

welche gewaltsam in den verschlossenen Schloßhof einzudringen gesucht und Fenster des Schlosses durch Steinwürfe zertrümmert hätten. Der andere Neckarsteinacher, der klagend auftritt, will in seinem eigenen Zimmer, die zwei Badenser wollen auf dem Nachhausewege erheblich verletzt worden sein.

Paris, 7. Mai. Das „Memorial Diplomatique" gibt über die Ergebnisse der Mission Vegezzi's Aufschlüsse, wonach man vorläufig und mündlich sich über folgende Punkte geeinigt hätte: Rückkehr aller gefangenen oder verbannten Bischöfe in ihre Sprengel; Anerkennung aller päpstlichen Ernennungen italienischer Bischöfe seit vier Jahren; vorgängige Verständigung beider Regierungen bei Präsentirung und Ernennung italienischer Bischöfe bei Neubesetzungen. Letzterer Punkt sei mit den größten Schwierigkeiten auch noch nach den beiderseits gemachten Zugeständnissen verbunden. Der heilige Stuhl würde sich zu folgender Kombination verstehen: Die Ernennungen von Bischöfen für Piemont und die Lombardei würden nach den Bestimmungen des piemontesischen Konkordates stattfinden. In den ehemals päpstlichen Provinzen werden diese Ernennungen ausschließlich durch den Papst erfolgen. In den ehemaligen Herzogthümern und in Neapel anerkennt der Papst die vollzogene Thatsache der stattgehabten politischen Veränderungen. Die Metropolitan-Kapitel üben dort das Präsentationsrecht für die erledigten Bischofssitze aus, die kanonischen Präsentationen ausgenommen, bezüglich welcher beide Regierungen sich die Genehmigung vorbehalten.

Die Proklamation, welche Napoleon am 6. ds. an das arabische Volk richtete, lautet: „Als vor 35 Jahren Frankreich den Fuß auf den Boden Afrika's setzte, erschien es nicht hier, um die Nationalität eines Volkeszu zerstören, sondern um dieses aus hundertjährigem Drucke zu befreien. Dessenungeachtet habt ihr in stolzer Auflehnung gegen eine auswärtige Herrschaft, gegen eure Befreier gekämpft. Ich ehre dieses Gefühl der Kriegerwürde, aber Gott hat entschieden. Erkennet die Gebote der Vorsehung. Wie ihr, widerstanden muthig eure Vorfahren, und doch stammt gerade eure Wiedergeburt von ihrer Niederlage her. Euer Prophet hat gesagt: „Gott verleiht die Macht, wem er will." Ich komme, um diese Macht zu eurem Besten auszuüben. Ich habe euch unwiderruflich das Eigenthum des Bodens, den ihr inne habt, zugesichert. Ich will eure Wohlfahrt mehren. Sagt euren Brüdern, die sich zu neuen unseligen Aufständen fortreißen ließen, daß zwei Millionen Araber vierzig Millionen Franzosen zu widerstehen unvermögend sind. Ich sage meinen Dank der großen Mehrzahl, deren Treue den Rathschlägen des Fanatismus widerstand. Bereits einigen euch große Erinnerungen und mächtige Interessen mit dem Mutterlande. Ein militärischer Bruderstan hat sich in der Krim, in Italien, China und Mexiko ausgebildet. Habt also Vertrauen. Eure Geschicke sind mit den Geschicken Frankreichs beinahe völlig vereint. Erkennet mit dem Koran an, daß Der, welchen Gott leitet, wohlgeleitet ist."

Die Kaiserin Charlotte, schreibt man aus **Paris**, ist so eben einer großen Gefahr entgangen, welche von den Zuständen Mexiko's kein sehr erfreuliches Bild gibt. Ihre Majestät hatte Mexiko mit einer kleinen Eskorte verlassen, um sich nach Notre-Dame de la Guadalupe zu begeben, welches ungefähr fünf Lieues von der Hauptstadt entfernt ist, als sie mitten am Wege einen jungen Bettler bemerkte, der ihr durch Zeichen verständlich machte, daß er ihr etwas zu sagen habe. Die Kaiserin ließ ihren Wagen halten und den jungen Bettler herankommen, der ihr rieth, nicht weiter zu reisen, weil die Plateros — Landleute der Umgebung, — beschlossen hätten, sie aufzuheben. Ihre Majestät wollte Anfangs von diesem Rathe keine Notiz nehmen und die Reise fortsetzen, als man wirklich in der Entfernung Gruppen von Plateros bemerkte, die sich sehr verdächtig geberdeten. Hierauf gab sie den Befehl zur Umkehr, und wohl that sie daran; denn bald darauf hörte man Flintenschüsse. Die Kugeln drangen bis zum kaiserlichen Wagen, und Ihre Majestät hatte kaum Zeit, Mexiko wohlbehalten und in Sicherheit zu erreichen.

Rom, 2. Mai. Se. Majestät König Ludwig I. von Bayern verließ Rom gestern in der Frühe, um sich über Terni zunächst nach Toskana zu begeben. Beim Einsteigen fand der königliche Herr unsere Künstler in großer Zahl um den Reisewagen versammelt. Er richtete an sie freundliche Abschiedsworte, die mit lauten Wünschen für ihn und für eine glückliche Ankunft in der Heimath von allen erwiedert wurden. (A. Z.)

Aus **Rom**, 2. Mai, schreibt man der „K. Z.": „Seit wenigen Tagen wendet sich hier wirklich die Stimmung über manches, was Vegezzi's Mission wesentlich berührt, in einer Weise, welche bei den gleich mit seinem Erscheinen sich aufthürmenden Schwierigkeiten von Niemandem gehofft ward. So steht ein friedlicher Austrag seiner Unterhandlungen wegen der Wiederbesetzung der vakanten italienischen Bisthümer in Aussicht. (Vergl. dagegen unten Turin.) Die guten Dienste von Paris her machen sich übrigens dabei bemerklich. Der Kaiser Napoleon will auch diese Angelegenheit in Händen behalten. Die September-Konvention ist für den Modus ihrer Regulirung nichts weniger als maßgebend, sondern hat zunächst nur die Bedeutung einer offiziellen Thatsache. In Vegezzi's Unterhandlungen ist der Punkt über die Mensa vescovile, d. h. über das bischöfliche Einkommen schwieriger, da man hier den Vorschlag, es nach Art der französischen Administration liquidiren zu lassen, zurückgewiesen hat. Nicht so geneigt zeigt man sich gegen die mexikanische Gesandtschaft. Was Herr Valesquez de Leon als entgegenkommende Schritte des Kaisers bezeichnet, hält man im Vatikan für „weniger als Pflichterfüllung",

---

Murphy, allein wir müssen wider Willen diskret sein, denn um das zu wissen, was in dieser Gesandtschaftswohnung hinter den Coulissen und Tapetenthüren vorgegangen, müßten wir zum mindesten mit dem — Tapezierer auf vertrauterem Fuße stehen. Da loben wir uns das „Amerikaner-Quartier", denn die Wechsel, die dort vorkommen, sind doch ganz anderer Natur.

Freilich hört man auch diese Krösusse der Ringstraße oft klagen, aber diese Herren sind zu reich, um noch Flausen mit ihrem täglich wachsenden Vermögen zu machen, da aber einmal Flausen gemacht sein müssen, ergehen sie sich in Jeremiaden über den schlechten Geschäftsgang. Das sind eben nur Flausen à la baisse. Ich treffe neulich zwei Herren aus dieser Gesellschaft in solch' rührend-elegischer klagenreicher Konversation. „Wenn die Geschäfte so fort gehen", klagte der Krösus, „a so gehe wir noch alle schnorren (betteln)." „Aber um Gotteswillen zu wem?" gab der Krösus B. zur Antwort. Man braucht indessen kein Mitleid mit diesen Herren zu haben, an ihnen bewährt sich die Erfahrung: wenn nur einmal die erste Million beisammen ist, die anderen kommen schon nach.

Seit dem 1. Mai sind die Paläste dieser Börsenfürsten an Werth gestiegen, denn mit diesem Tage ist die Ringstraße eigentlich erst dem Verkehr übergeben worden, und schon jetzt läßt sich mit Bestimmtheit sagen, daß dieser bald ein sehr bewegter sein und die Bevölkerung sich bald gewöhnen werde, diesen Weg zu wählen. Die Eröffnungsfeier, deren Glanz durch die persönliche Theilnahme des Hofes ein erhöhter war, bot nach Jahren wieder zu einer prächtigen Maifahrt Gelegenheit und rief unsere Erinnerungen an die alten Praterfahrten wach, bei welchen der österreichische Adel seinen Sportluxus entfaltete. Diesmal erschien der Adel zwar auch ziemlich vollzählig, allein im Vergleiche zu jenen alten Tagen war der Pomp ein sehr mäßiger und die Fahrt eigentlich nur durch die Menge der Equipagen imposant. Wagen, die sich gegen 5 Uhr dem Zuge angeschlossen hatten, gelangten erst nach 7 Uhr zum Prater-Rondo, dem Zielpunkte des Zuges. Man sah eben multa, sed non multum!

Der Kaiser benutzte seine Antwort auf die Ansprache, welche der Bürgermeister an ihn gehalten, um der Cummune den Kaiserbrunnen zu schenken. Es ist dies die Hauptquelle unter jenen, auf welche bei dem neuen Wasserversorgungsprojekte Rücksicht genommen wird, den langen Disputen, die sich seit Jahr und Tag über diese Frage entsponnen, dürfte nun durch das großmüthige Geschenk des Kaisers, der hierdurch selbst die Initiative ergriffen, ein Ende gemacht und die Wasserfrage als erledigt zu betrachten sein. Der Kaiserbrunnen ist auch historisch nicht uninteressant. Er wurde von Kaiser Karl VI. auf einer Jagd im Höllenthal entdeckt; der Kaiser fand das Wasser so gut, daß er es als Trinkwasser für seine Hoftafel bestimmte, welcher es täglich auf Saumrossen von eigens hierzu bestimmten Knechten, die den Namen „Wasserreiter" erhielten, zugeführt wurde, bis er unter Kaiser Joseph in den Ruhestand versetzt und durch das Wasser aus der Schönbrunner Quelle ersetzt wurde. Auch im Innern der Stadt sind wir um einen Brunnen, und zwar um einen monumentalen, bereichert worden. Unser Gemeinderath hatte indessen Recht, wenn er das „Gänsemädchen" auf die ziemlich versteckte „Brandstätte" internirte, und die aus Fernkorns Atelier stammende Statue ohne Sang und Klang enthüllen ließ, denn um als monumentale Zierde der Stadt zu gelten, ist diese plastische Nipptischarbeit aus Bronce denn doch zu unbedeutend, und bei aller Anspruchslosigkeit doch zu sehr die Kritik herausfordernd. Wien hat mit seiner monumentalen Ausschmückung kein besonderes Glück! Dr. Th. P.

---

und Monsignor Ramirez hat an einem hohen Orte die Bemerkung hören müssen: „Deus non irridetur.“

Turin, 4. Mai. Die Abnahme im Verkehre ist schon sehr bemerkbar, und nach und nach zeigt es sich, wie natürlich es war, daß bei der ersten Nachricht von der Verlegung der Hauptstadt die hiesige Bevölkerung in so große Angst versetzt wurde. Das Bauhandwerk ist hier auf lange Zeiten ruinirt. Seit einem halben Jahre sind über 8000 Wohnungen gekündigt worden, und der Häuserwerth hat sich bereits um ein Drittel, in einzelnen Stadttheilen um die Hälfte vermindert. Dagegen erwartet man auch im Allgemeinen billigere Lebensmittel, wodurch man viele Rentner aus den Provinzen hieher zu locken hofft.

Der „Köln. Zeitung“ schreibt man aus **Turin,** 5. Mai: „Vegezzi ist hier angekommen, um sich mit der Regierung zu berathen. Es ist noch gar nichts abgemacht worden und die Unterhandlungen dürften allem Anscheine nach vorläufig unterbrochen werden, so sehr auch der König zu wünschen scheint, daß man sich nicht ohne Ergebniß trenne. Die Regierung weigert sich, irgend ein Zugeständniß zu machen, das ihre freie Hand für die Zukunft beeinträchtigen könnte. Vegezzi hat der Regierung alle Fallen aufgedeckt, die man ihr zu legen sucht. Er berichtet übrigens viel Günstiges über die Stimmung, die in manchen geistlichen Kreisen Roms für Italien herrscht.“

Petersburg, 9. Mai. Durch kaiserliches Dekret ist der General Murawieff seines Postens in den Westprovinzen enthoben und zum Reichsgrafen ernannt; ersetzt wird er durch den General v. Kaufmann, bisherigen Kanzleidirektor im Kriegsministerium. Das „Journal de St. Petersburg“ dementirt das Gerücht über einen Systemwechsel in Betreff der Verwaltung der Westprovinzen.

Die Einnahme von **Mobile**, welche so häufig als Tartarenbotschaft gemeldet worden, ist endlich eine Thatsache. Die Eroberung der so lange und mit Glück vertheidigten Hafenfestung hat den Siegern verhältnißmäßig geringe Opfer gekostet. Die Geschichte dieser Eroberung beginnt freilich schon mit der Besetzung der den Eingang der Bucht von Mobile vertheidigenden Forts Granger und Gaines; die neuesten Operationen hatten sich noch gegen das sogenannte spanische Fort und gegen die Forts Alexandria, Tracy, Huger und Blakely zu richten. Am Sonnabend den 8. April wurden die Vorbereitungen zum Angriffe auf das spanische Fort getroffen; 22 schwere Parrotkanonen wurden in einer Entfernung von einer halben Meile aufgepflanzt, drei Batterien bis auf eine Drittel-Meile an die feindlichen Werke hinangeschoben. Nach gegebenem Zeichen fing die gesammte Artillerie, unterstützt von zwei Kanonenbooten, an, ihr Feuer gegen das Fort zu speien, und zu gleicher Zeit rückten die Sappeure und Tirailleure vor, die jeden feindlichen Artilleristen, der nur seinen Kopf zeigte, unschädlich machten. Die Nacht hindurch raste das Feuer mit ungeschwächter Heftigkeit fort; gegen Mitternacht wurde die Antwort des Forts schwächer und schwächer, hörte endlich ganz auf. Vor Aufgang der Sonne ergab sich das Fort, und die Bundestruppen besetzten es zugleich mit Fort Alexandria, welches dem gegen es gerichteten Angriffe nur kurze Zeit hatte Stand halten können. Die Eroberer erbeuteten 20—25 Geschütze, eine Masse Munition und machten 1000 Gefangene. Die Kanonen der beiden genommenen Plätze wurden sofort gegen die Forts Tracy und Huger (an der Mündung der Flüsse Blakely und Apalachee) gerichtet; doch fand sich bald, daß diese letzteren schon geräumt waren. Um diese Zeit traf die Kunde von dem Falle Richmond's ein; sie wurde den Truppen zugleich mit dem Befehl, Fort Blakely anzugreifen, verlesen. Jubelrufe aus Tausenden kräftiger Männerkehlen begrüßten die frohe Nachricht und die Kampflust der Mannschaften stieg auf den höchsten Gipfel. Unter Triumphgeschrei marschirten sie dem Bomben- und Kugelhagel entgegen, der sie von dem Fort Blakely her überschüttete; aber Kartätschen, um die Köpfe sausend, Höllenmaschinen, unter ihren Füßen explodirend, konnten den stürmischen Vormarsch nicht einhalten. Mit dem Bajonnette ward die ganze feindliche Linie erobert. Mehrere Batterien Artillerie, große Massen Munition, nahe an 4000 Gefangene, darunter die Generale Gibson und Liddell, waren der Lohn des Kampfes. Der Verlust der Bundestruppen betrug jedoch in der ganzen Affaire auch nicht unter 2000 Mann. Der feindliche Verlust an Todten und Verwundeten wurde auf 1500 Mann angeschlagen. Mit dem Falle Fort Blakely's war das Schicksal Mobile's besiegelt. Die Besatzung wußte wohl, daß die Stadt nun nicht mehr zu halten war, und suchte nur noch sich selbst in Sicherheit zu bringen, so daß die Bundestruppen ungehindert in die geräumte Festung einziehen konnten.

Verantwortlicher Redakteur: A. Hartmann.
Druck und Verlag der Stahel'schen Buch- und Kunsthandlung in Würzburg

Cours der Staatspapiere.

Oesterr.	5 pCt. Met. (Cp. i. S. b. R.)	—
„	5 pCt. Lomb. ditto. à 24	—
„	5 pCt. Engl. Met. v. 1852	$60\frac{1}{8}$ P.
„	5 pCt. Engl. Met. v. 1859	$78\frac{5}{8}$ P.
„	5 pCt. Venet. Coupon b. R.	$86\frac{3}{8}$ G.
„	5 pCt. Nationalanl. v. 1854	$68\frac{3}{8}$ G.
„	5 pCt. Metall. Obligation.	64 G.
„	$4\frac{1}{2}$ pCt.	57 G.
Preussen	$3\frac{1}{2}$ pCt. Staatsschuldsch.	—
Bayern	$4\frac{1}{2}$ pCt. Obl. 1jähr. dto.	$101\frac{3}{8}$ P.
„	$4\frac{1}{2}$ pCt. Obl. $\frac{1}{2}$jähr. dto.	$102\frac{1}{4}$ P.
„	4 pCt. Obl. 1jähr. dto.	99 G.
„	4 pCt. Obl. $\frac{1}{2}$jähr. dto.	$99\frac{3}{8}$ G.
„	4 pCt. Obl. Ab.-R. dto.	$98\frac{3}{4}$ P.
„	$3\frac{1}{2}$ pCt. Obl. dto.	—
Württemb.	$4\frac{1}{2}$ pCt. Obl. b. Rothsch.	$104\frac{7}{8}$ P. $\frac{1}{8}$ G.
„	$3\frac{1}{2}$ pCt. Obl. dto.	$94\frac{3}{4}$ G.
Baden	$4\frac{1}{2}$ pCt. Obl.	—
„	$3\frac{1}{2}$ pCt. Obl. v. 1842	$91\frac{5}{8}$ G.
Gr. Hess.	$4\frac{1}{2}$ pCt. Obl.	—
„	4 pCt. Obl. b. Rothsch.	$101\frac{3}{8}$ P.
„	$3\frac{1}{2}$ pCt. Obl. dto.	$97\frac{1}{4}$ P.
Nassau	$4\frac{1}{2}$ pCt. Obl. dto.	$102\frac{1}{2}$ P.
„	4 pCt. Obl. dto.	$99\frac{1}{2}$ P.
„	$3\frac{1}{2}$ pCt. Obl. dto.	92 G.
Frankfurt	$3\frac{1}{2}$ pCt. Obl.	95 P.
„	3 pCt. Obl.	91 P.
Spanien	3 pCt. inl. Sch. P. à fl. 2. 30	—
„	$2\frac{1}{4}$ pCt. „ „ „	—
Schweden	$4\frac{1}{2}$ pCt. Obl. à 105 Thlr.	$91\frac{1}{4}$ P.
N.Amerika	6 pCt. à 100fr. 1881 D. $2\frac{1}{2}$	$68\frac{7}{8}$—69 G.
„	6 pCt. ditto r. 1882 „	$68\frac{3}{4}$—$68\frac{5}{8}$ G.

Diverse Aktien.

Frankfurter Bank à fl. 500 . . .	$150\frac{1}{4}$ P. $\frac{1}{8}$ G.
K. K. Oesterr. National-Bankaktien	868 G.
Oesterr. Kreditbank-Aktien à fl. 250	$200\frac{1}{2}$-$199\frac{1}{2}$ G.
Bayer. Hypothekenb. Pfandbriefe 4 pCt.	$97\frac{1}{2}$ P.
Darmst. Bank 1. u. 2. Serie à fl. 250	$228\frac{1}{2}$ P. 228G.
Weimarische Bank à Thlr. 100 . .	101 G.
Mitteldeutsche Kreditaktien . .	$101\frac{1}{2}$ G.
Intern. Bank in Lux. à 250 Frs. à 28 kr.	—
Taunus-Eisenbahn à fl. 250 . . .	350 P.
Frankfurt-Hanauer-Eisenbahn . .	102 P. — G.
Oest. F.St.Eisb. 5pCt. 500 Fr. à 28 kr.	—
„ Elisab.-Eisenbahn 5 pCt. . .	122 P. 221 G.
Böhm. Westbahn-Aktien à fl. 200 6/7	—
Rhein-Nahe-Bahn 200 Thl. à 105 4pCt. Z.	$30\frac{3}{4}$ P.
Ludwigshafen-Bexbacher à 4 pCt.	$145\frac{1}{2}$ G.
dto. dto. Prior. à 4 pCt.	$97\frac{3}{4}$ P.
Pfälz. Maxb. b. Rothschild à $4\frac{1}{2}$ pCt.	107 G.
Oest. St.-Eisenb. Prior.-Oblig. à 3 pCt.	$62\frac{1}{2}$ P.
Elisab.-Bahn Prior. 5 pCt. 6/7	$79\frac{1}{2}$ P.
Südd. Bank-Akt., 40 pCt. Einz.	256 P.
Span. Handels- und Industrie . .	—
Bayr. Ostbahn à $4\frac{1}{2}$ pCt. volleinbez.	113 G.
Bayer. Ostbahn mit 60 pCt. Einz.	$113\frac{1}{2}$ P.

Wechsel
in süddeutscher Währung.

Amst. fl. 100 k. S.	$100\frac{3}{4}$ G.
Antwerp. Frs. 200 k. S.	$94\frac{5}{8}$ G.
Augsb. fl. 100 k. S.	$99\frac{3}{4}$ G.
Berlin Th. 60 k. S	105 P.
Brem. 50 Th. Ld. k. S.	$97\frac{5}{8}$ P.
Brüssel Frs. 200 k. S.	$94\frac{5}{8}$ G.
Cöln Thlr. 60 k. S.	105 P.
Hamb. MB. 100 k. S.	$88\frac{3}{8}$ P. $\frac{2}{8}$ G.
Leipzig Th. 60 k. S.	105 P.
London Lst. 10 k. S.	$119\frac{1}{4}$ G.
Lyon Frs. 200 k. S.	—
Mail. Frs. 200 . .	$94\frac{5}{8}$ G.
München fl. 100 k. S.	$99\frac{3}{4}$ G.
Paris Frs. 200 k. S.	$94\frac{5}{8}$ G.
Petersburg 60 S.-R.	—
Triest fl. 100 k. S.	—
Wien fl. 100 ö. W.	—
do. in öst. W. l. S.	$105\frac{5}{8}$ P.
Disconto	$3\frac{1}{2}$ pCt. G.

Anlehens-Loose.

Oesterr. fl. 250 v. 1839	$144\frac{1}{2}$ G.
„ fl. 250 v. 1854 mit 4pCt.	$78\frac{7}{8}$ G.
„ fl. 500 v. 1860 6/7	$87\frac{1}{2}$ P.
„ fl. 100 Kreb. L. v. 1858.	137 P.
„ do v. 1864.	$97\frac{1}{4}$ P.
Schwed. 10 Thlr. Loose	—
Badische fl. 50	—
Badische fl. 35	$53\frac{5}{8}$ P.
Kurhess. Thlr. 40 b. R.	$56\frac{1}{2}$ P.
Gr. Hessen fl. 50 b. R.	$139\frac{1}{2}$ G.
„ fl. 25 do.	$36\frac{3}{8}$ G.
Nassau fl. 25 bei Rothsch.	$35\frac{1}{8}$ G.
Sardinische Fr. 36 b. B.	—
Neuchateler 10 Frs.-Loose	—
Freiburger 15 Frs.-Loose	—
Mailänder 45 Frs. L. b. R.	$33\frac{1}{4}$ P.
St. Lüttich mit $2\frac{1}{2}$ pCt. Z.	$33\frac{1}{2}$ P.
Ansb.-Gunzenh. fl. 7-L.	$10\frac{1}{4}$ P.

Frankfurt, 9. Mai. Die Börse war sehr geschäftslos und die Notirungen der meisten Fonds unverändert. Amerikanische verloren den größten Theil der gestern erzielten Avance wieder; das Privatpublikum fährt fort zu realisiren. Die seit einigen Tagen in Paris eingetretene Steigerung der Spekulationspapiere blieb ohne Einfluß auf unsere Börse, da man weiß, daß sich im Augenblicke die verschiedenen finanziellen Lager die Hände reichen, um auf ihre Unternehmungen einzuwirken. Das Haus Rothschild sucht die Börse auf die italienische Anleihe vorzubereiten, die um das Comptoir d'Escompte gruppirten Häuser bearbeiten die Umwandlung der 6pCt. mexikanischen Anleihe von 1864 in ein zweites Lotterie-Anlehen und die türkische Conversion; der Credit-Mobilier endlich sucht diese günstige Konstellation auch für sich zu verwerthen, um der am 25. Mai stattfindenden Generalversammlung statt großer Dividenden wenigstens einige Hoffnungen auftischen zu können. Unser Geldstand bleibt gut gestimmt; auch aus London lauten die Berichte heute günstiger. (Synd.)

An die
k. Hof- und Staatsbibliothek
1 N. Würzb. Ztg. München.

Neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht!

№ 130. | Vorausbezahlung: Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 1 fl. 30 kr. Bei Inseraten wird die dreispaltige Zeile in gewöhnlicher kleiner Schrift oder deren Raum im Hauptblatte mit 6 kr., im Anzeiger mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franco. | 62. Jahrgang. | Donnerstag, 11. Mai 1865.

Zur Landwehrfrage.

Wenn in bayerischen Städten unbewaffnete Landwehrmänner zusammentreten und über die besten Mittel und Wege berathschlagen, eine Reform der Landwehr oder die Versetzung derselben in „ruhende Aktivität" herbeizuführen, so machen sie Gebrauch von ihrem unantastbaren gesetzlichen Recht; denn alle Staatsangehörigen sind nach Art. 1 des Gesetzes vom 26. Febr. 1850 befugt, sich „friedlich und ohne Waffen" zu versammeln. Wenn dann die versammelten Landwehrmänner ihre Wünsche in einer Petition an die Regierung oder den Landtag darlegen, so üben sie abermals ein gesetzlich anerkanntes und nur in der äußern Form seiner Anwendung nach Art. 6 des erwähnten Gesetzes an gewisse Vorschriften gebundenes Recht aus. Eine Ausnahme von der Grundregel des Art. 1 kann nur für die Angehörigen des „stehenden Heeres" eintreten (Art. 27); allein die Landwehr bildet, wie schon Tit. IX der Verf.-Urkunde erklärt hat, keinen Theil des stehenden Heeres und der angeführte Art. 27 hat seine gegenwärtige Fassung in der ausgesprochenen Absicht erhalten, jeder Anwendung desselben auf die Angehörigen der Landwehr vorzubeugen. Es ist daher unbegreiflich, wie ein Ministerialerlaß vom 4. Mai jene Versammlungen der Landwehrmänner untersagen und mit disziplinärer Einschreitung bedrohen kann. Doppelt unbegreiflich, weil solche Versammlungen schon im Jahre 1863 und neuerdings in großer Zahl stattgefunden haben, ohne daß man darauf verfallen wäre, sie für unstatthaft zu erklären und zu verbieten; dreifach unbegreiflich, weil der Erlaß vom 4. Mai ganz wirkungslos bleiben muß; denn nichts ist leichter, als ihn dadurch zu umgehen, daß nicht die Landwehrmänner, sondern die Bürger der Städte sich versammeln, um ihre Berathschlagung zu pflegen und ihre Petitionen zu unterzeichnen. Ein Mitglied der Abgeordnetenkammer hat beantragt, man möge die Landwehr der Märkte und kleineren Städte in „ruhende Aktivität" versetzen und viele der jetzt verpönten Versammlungen und Adressen haben die Unterstützung dieses Antrags zum Zwecke gehabt. Indem nun der ministerielle Erlaß, um die Landwehrmänner von solchen Schritten zurückzuhalten, an ihren „gesetzlichen Sinn" und ihr „Pflichtgefühl" appellirt, erhebt er somit die öffentliche Anklage, daß jener Antrag aus einer ungesetzlichen Gesinnung entsprungen sei. Es wird dem Ministerium eben so schwer werden, einen solchen Vorwurf zu rechtfertigen, als von sich selbst den Vorwurf abzuwenden, daß sein Erlaß dem Versammlungs- und Petitionsrecht der Staatsangehörigen eine gesetzwidrige Beschränkung auflege. Das Ministerium behauptet, die bayerische Bürgerwehr, wie sie ist, sei eine gute, der Erhaltung würdige Staatseinrichtung. Im Lande und unverkennbar auch in der Landesvertretung ist die entgegengesetzte Ansicht weit verbreitet. Das Ministerium erinnert an „jene mannhaften Städtebürger früherer Jahrhunderte, die mit tapferer Hand den häuslichen Herd gegen äußere und innere Feinde schirmten;" im Lande aber glaubt man, daß jene mannhaften Städtebürger sich mit tiefer Geringschätzung von der modernen Bürgerwehr abwenden würden. Man sieht in ihr einen richtigen Gedanken zur Karrikatur verunstaltet und man ist es satt geworden, an das unfruchtbare Spiel noch länger Zeit und Geld zu vergeuden. Diese Stimmung und das ihr entspringende Bestreben mag der Regierung mißfallen, weil es an der bestehenden Ordnung der Dinge rüttelt und die Aussicht auf eine Reihe neuer reformatorischer Aufgaben eröffnet. Die Regierung mag entschlossen sein, sich den geforderten Umgestaltungen schroff zu widersetzen — dazu hat sie das formelle Recht und die Macht. Allein sie hat nicht das Recht und wird nicht die Macht haben, jene Bestrebungen, die ihr mißfällig sind, zu unterdrücken. Sie muß es gestatten, daß die öffentliche Meinung in jeder gesetzlichen Form sich kundgibt und muß es ruhig hinnehmen, wenn diese Kundgebungen so allgemein und so nachhaltig auftreten, daß die Schwierigkeit, sie mit einer schroffen Weigerung abzufertigen, in wachsendem Maße empfunden wird. Am wenigsten darf die Regierung den Staatsangehörigen, die ihre Wünsche zur

Feuilleton.

Das Attentat in Washington.

Von einem Augenzeugen.

New-York, 19. April.

Wir befanden uns auf dem Wege von Westen nach Osten und wählten unsere Straße über Washington, nicht allein, um die Landes-Hauptstadt kennen zu lernen, sondern weil man uns versichert hatte, daß die direkte Verbindung mit New-York über Erie durch Dammbrüche unterbrochen sei. Diese rein zufällige Reise machte uns zum Augenzeugen eines der gräßlichsten Meuchelmorde, welche die Geschichte aufzuweisen hat; wir waren am 14. April in Ford's Theater gegenwärtig, als Abraham Lincoln, der Präsident der Vereinigten Staaten von Amerika, erschossen wurde.

In der Nacht vom grünen Donnerstag auf Charfreitag in Washington angekommen, hatten wir einen deutschen Gasthof zum Aufenthalte gewählt und beschlossen, nur einen Tag in der Stadt zu bleiben, da 24 Stunden genügen mußten, uns mit derselben bekannt zu machen. Wir besuchten am Charfreitage einige Bekannte von der Presse, besahen das Weiße Haus und vertrieben uns die Zeit bis zum Abend auf die bestmögliche Art; von dem Abend aber war zu befürchten, daß er langweilig werden würde, da die deutsche Oper unter Anschütz' Direktion bereits ihren Cyklus von Gastvorstellungen geschlossen hatte und kein leidliches deutsches Theater in der Bundes-Hauptstadt vorhanden ist.

Mein Wirth wußte Rath: „Wenn Sie Lincoln und eine leidliche englische Vorstellung sehen wollen, so besuchen Sie Ford's Theater, sagte er, der Präsident hat versprochen, „The american cousin" aufführen zu sehen, und „old Abe" pflegt Wort zu halten."

Ich gestehe zu, daß ich die geheime Hoffnung hegte, Abraham Lincoln, den ich seiner großen Eigenschaften wegen aufrichtig verehrte, in Washington zu sehen, und deßhalb bildete er die einzige Anziehungskraft, die mich veranlaßte, Ford's Theater zu besuchen. Ich liebe die Uebertreibungen der amerikanischen Schauspieler nicht und mag vor Allem jene traurigen Sammelsuria nicht, welche man amerikanische Lustspiele nennt.

Als ich ins Theater kam, war das Lokal bereits übervoll, ich konnte kaum einen Stehplatz an den Seiten im ersten Range finden, wählte aber aus leicht begreiflicher Neugierde jene Seite, welche der Präsidenten-Loge gegenüber liegt.

Die Präsidenten-Loge befand sich vom Zuschauer links im ersten Range, war anständig mit den Flaggen Amerika's und des Staates New-York dekorirt und liegt mit der einen Hälfte über dem Proscenium, mit der anderen Hälfte vor den Rampen. Sie besteht, wie man mir später erklärte, aus zwei Logen, die durch ein Herausheben der Mittelwand zu einer gemacht werden; diese Mittelwand fehlte am Charfreitag-Abend.

Es mochte 30 Minuten nach 8 Uhr sein, als ich in's Theater kam, das Stück hatte bereits begonnen und ich bemerkte in der Präsidentenloge mehrere Herren und Damen, erstere zumeist in Uniform, letztere modisch, aber nicht auffällig gekleidet. Lincoln war in schwarzem Anzuge und lehnte leicht mit dem Arme auf der gepolsterten Brüstung über dem Proscenium, von wo aus er mit großer Aufmerksamkeit das Stück zu verfolgen schien. Wenn man im Publikum heftig lachte, blickte er zeitweise freundlich herunter; selten machte er kurze Bemerkungen zu den Damen hinüber, die zerstreuter schienen, als der Präsident.

Wir beobachteten das alles deßhalb so genau, weil uns das ernste Gesicht Lincoln's, dieser verkörperten Freiheits-Idee mehr

Kenntniß der Landesvertretung bringen wollen, irgend ein gesetzwidriges Hinderniß bereiten. Das Reskript vom 4. Mai, das mit diesen Pflichten in offenem Widerspruche steht, ist nicht zu rechtfertigen und nicht aufrecht zu halten. E. L. C.

(Amtliche Nachrichten.) **München** 9. Mai. Se. Maj. der König hat die kath. Pfarrei Balderschwang dem Priester H. M. Zimmerer, Kurat- und Schulbenefiziat in Gabelbachergreuth, übertragen; die protest. Pfarrei Buch am Wald dem bisherigen Pfarrer in Herrnneuses, Fr. W. Laible, die protest. Pfarrei Dambach dem bisherigen Pfarrer in Gleißenberg, G. U. Spiegel, verliehen.

Zu dem gestern im „Anzeiger" gebrachten Berichte über die **Sitzung der Reichsräthe** vom 9. d. tragen wir noch Folgendes nach: Von einigen Anträgen in Betreff Telegraphenstationen, Unterstützungsverein rc. wurde Umgang genommen, nachdem, seit die Kammer der Abgeordneten vor der Vertagung die betreffenden Beschlüsse gefaßt, die Staatsregierung ihnen bereits entsprochen hat. Auf Vortrag des Reichsraths v. Niethammer wurde hierauf dem Beschlusse der Kammer der Abgeordneten in Betreff eines Postulats von 50,000 fl. für das Aufsetzen eines Stockwerkes auf das Gebäude des Ministeriums des Aeußern beigestimmt, so daß auch hierüber Gesammtbeschluß erzielt ist.

Durch eine Extrabeilage zu den stenographischen Berichten der Abgeordneten-Kammer erfahren wir Näheres über den gestern im „Anzeiger" erwähnten Antrag des Staatsministeriums der Finanzen, die Gründung eines **Unterstützungsvereins für die Hinterlassenen der Staatsdiener** betr. Der fragliche Antrag lautet: „Se. Maj. der König haben die Gründung eines allgemeinen Unterstützungsvereines für die Hinterlassenen der k. bayerischen Staatsdiener und einer hiemit verbundenen Töchterkasse, sowie die hiefür entworfenen Satzungen allergnädigst zu genehmigen geruht. Zur nachhaltigen Begründung dieses — schon längst als ein dringendes Bedürfniß anerkannten — Institutes ist jedoch nothwendig, daß demselben außer den satzungsmäßigen Beiträgen der Mitglieder weitere Einnahmsquellen zugewendet werden. Se. Maj. der König haben daher weiter allergnädigst zu genehmigen geruht, daß bei dem Landtage und zwar zuerst bei der Kammer der Abgeordneten der Antrag gestellt werde auf Ueberlassung des aus den Ueberschüssen an Wittwen- und Waisenfonds-Beiträgen der Jahre 1825/27 gebildeten Fonds zur Begründung einer Pensionsanstalt für staatsdienerschaftliche Wittwen und Waisen von circa 280,000 fl., dann beginnend vom Jahre 1865/66 der anfallenden Geheimenraths- und Kanzlei-Taxen und der Wittwen- und Waisenfonds-Beiträge an den allgemeinen Unterstützungsverein für die Hinterlassenen der königlichen bayerischen Staatsdiener und an die hiemit verbundenen Töchterkasse. Indem das ergebenst unterfertigte königliche Staatsministerium der Finanzen" rc. rc. Aus den dem Schreiben des Finanzministeriums beigefügten Satzungen des neu zu begründenden Instituts heben wir im Folgenden die Hauptbestimmungen hervor: Zweck des Vereins ist, den Hinterbliebenen seiner Mitglieder Unterstützungen zu gewähren unbeschadet der Ansprüche jeder Art, welche denselben auf den Bezug von Pensionen oder Alimentationen aus der Staatskasse zustehen mögen. Der allgemeine Unterstützungsverein bildet sich aus den im Zivilstaatsdienst mit vollen pragmatischen Rechten angestellten Staatsdienern, mit Ausnahme derjenigen, welche bereits einem besondern zur Unterstützung der Hinterlassenen von Staatsdienern gegründeten, mit Staatszuschüssen versehenen und zugleich unter Aufsicht des Staates stehenden Vereine angehören. Der Verein steht unter Oberaufsicht der Staatsregierung, und es stehen ihm Korporationsrechte zu. Der Beitritt der dazu Berechtigten ist ein freiwilliger. Die Vereinsmitglieder theilen sich in 3 Klassen: Staatsdiener mit einem ständigen Gehalt von 2400 fl. und darüber (1. Kl.), mit 1200—2400 fl. (2. Klasse), mit weniger als 1200 fl. (3. Klasse). Die zu leistenden Beiträge betragen in 1. Klasse 36 fl., in 2. 24 fl., in 3. 12 fl. jährlich. (Bei bereits überschrittenem 50sten Lebensjahre werden 10, bei überschrittenem 60. Jahre 20 Prozent mehr bezahlt.) Die Vertheilung der Unterstützungen für Wittwen und für Waisen bis zu vollendetem 20sten Lebensjahr erfolgt nach Kopftheilen. Vorläufig war die Größe eines solchen auf 60 fl. jährlich bestimmt. Die Wittwen der Vereinsmitglieder 1. Klasse erhalten 3 Kopftheile, die Wittwen 2. Klasse 2 und die Wittwen 3. Klasse 1 Kopftheil; eine einfache Waise erhält $^1/_5$, eine Doppelwaise $^3/_{10}$ des Unterstützungsbetrages der Mutter. Neben und in Verbindung mit dem allgemeinen Unterstützungsverein wird eine Töchterkasse gebildet, aus welcher die doppeltverwaisten unversorgten Töchter der Mitglieder nach zurückgelegtem 20. Lebensjahr jährliche Unterstützung erhalten. Die Beiträge der Mitglieder für diese Kasse betragen 12 fl. jährlich von jedem Vereinsmitglied (neben den Beiträgen für den allgemeinen Unterstützungsverein). Der Beitritt ist freiwillig, steht jedoch nur Mitgliedern des allgemeinen Unterstützungsvereins zu. Die jährliche Präbende wird nach gleichen Kopftheilen berechnet, und diese werden vorerst auf jährlich 60 fl. bestimmt. (Zwei Schwestern zusammen erhalten 90, 3 erhalten 120, 4 und mehr Schwestern 150 fl.) An der Spitze der beiden Vereine steht ein Verwaltungsrath mit dem Sitze in München, bestehend aus einem

---

interessirte, als das amerikanische Englisch auf der Bühne. Wenn wir heute sagen sollten, was wir vom „Vetter aus Amerika" an jenem Abende gesehen haben, so müssen wir gestehen: „wenig, oder nichts"! Lincoln's Loge hatte fast eine dämonische Anziehungskraft für uns.

Die ersten beiden Akte gingen so ruhig vorüber, wie das in einem amerikanischen Theater nur immer möglich ist, d. h. es wurde nicht lauter gepfiffen, getrommelt und gelacht, als wenn der Präsident nicht anwesend gewesen wäre. Im zweiten Zwischenakte war eine heftige Bewegung auf der linken Seite des Theaters; eine Person suchte sich augenscheinlich zur Loge des Präsidenten vorzudrängen, was ihr sehr schwer wurde, da dort die Zuschauer Kopf an Kopf gedrängt standen. Uns fiel dieser Umstand eben so wenig auf, wie irgend Jemandem anders, weil, besonders in den Zwischenakten, ein fortwährendes Drängen, Stoßen und Hin- und Herwogen im Theater Statt fand.

Als der Vorhang beim Beginn des dritten Aktes aufging, herrschte die Unruhe auf der linken Seite des Theaters noch einige Minuten fort, dann wurde es in Folge einiger Interjektionen unter den sitzenden Zuschauern, stiller.

Es mochte in der Mitte des dritten Aktes sein, als man den kurzen, scharfen Krach einer Pistole hörte. Ich zuckte unwillkürlich zusammen, obgleich ich sonst nicht gerade nervös bin, und wandte den Kopf nach der Bühne, da ich vermuthete, daß dort ein Knalleffekt losgelassen worden sei. Die Bühne war leer, blieb es aber nicht lange.

Wenige Sekunden, nachdem der Schuß gefallen war, sprang ein kräftig gebauter Mann, der einen glänzenden Gegenstand in der Rechten hielt, über die Brüstung der Präsidenten-Loge auf die Bühne, fiel auf's Knie, erhob sich wieder, gestikulirte wie ein halb Rasender und schrie mit einer widerlich scharfen Stimme und amerikanischem Accent „sic semper tyrannis", „der Süden ist gerächt!", dann verschwand er in der ersten Coulisse rechts.

Während dieses in kürzerer Zeit geschah, als der Leser braucht, davon unterrichtet zu werden, herrschte eine lautlose Stille im Theater. Jedermann glaubte, die Episode gehöre zum Stücke und sei eine neue Art, Effekt zu machen.

Da gellte plötzlich ein markirter, scharfer, nervendurchdringender Schrei durch's Theater, ein Schrei, der das Blut erstarren machte und der ein ganz anderer war, als ihn allenfalls eine amerikanische Schauspielerin auf der Bühne hätte ausstoßen können. Gleich darauf hallte der Ruf durch das Haus: „Der Präsident ist erschossen!"

Es entstand eine Scene der furchtbarsten Aufregung: kreischende Frauenstimmen und brüllende Rufe wurden vernehmbar. „Haltet den Mörder!", „Hängt ihn!", „Nieder mit der Bestie!", „Stürmt das Theater!", „Hülfe für den Präsidenten!" rc., hörte man rufen.

Messer und Revolver sah ich in zehn Händen und Alles drängte gegen die Bühne und gegen die Präsidentenloge. Als der Tumult seinen Kulminationspunkt erreicht hatte, trat eine Schauspielerin vor die Rampen und theilte dem Publikum mit, daß der Mörder entkommen sei. Vor der Präsidentenloge hatte sich indessen ein undurchdringlicher Damm von Leibern gebildet und man hörte besonnene Leute rufen: „Ruhig, Männer, laßt dem Präsidenten Luft!" „Die Sache wird nicht so schlimm sein!" „Ist ein Arzt unter Euch?" „Hat Jemand ein belebendes Mittel bei sich?" u. s. w.

Daß indessen der Vorhang gefallen war, versteht sich von selbst. Man schaffte eine Tragbahre herbei, auf welche der Präsident gelegt wurde, das Publikum machte ehrerbietig Platz, als man den verwundeten Mann durch das Theater nach dem gegenüberliegenden Hause des Herrn Ulke trachte. Es war mir nur vergönnt, einen Blick auf Lincoln zu werfen; derselbe sah bleich, aber ruhig aus und hatte die Augen ermattet geschlossen. In dem Augenblick, wo Frau Lincoln ohnmächtig aus dem Theater fortgebracht werden sollte, ertönte der Schreckensruf: „Sekretär Seward ist ermordet!" Die Umstehenden erbleichten und es entstand eine tumultuarische Bewegung gegen den Ausgang des Theaters, der ich folgen mußte.

königl. Staatsrath, welchen der König bestimmt, als Vorstand, aus dem jeweiligen Präsidenten des obersten Rechnungshofes als stellvertretenden Vorstand und aus 12 in München wohnenden Vereinsmitgliedern, welche von der Generalversammlung gewählt werden.

In **Lindau** eingetroffene Nachrichten bringen die Kunde von einem verheerenden Brande, welcher am 5. das Dorf Nuziders bei Bludenz heimsuchte. Das ganze aus mehr als einhundert Firsten bestehende Dorf soll bis auf die Kirche und das Gasthaus, beide auf Anhöhen gelegen, von den Flammen zerstört worden sein. Die rasch von allen Seiten, namentlich aus Feldkirch, herbeigeeilte Hilfe konnte des Brandes, welcher durch den unglücklicherweise seit zwei Tagen wehenden Föhn heftig angefacht wurde, nicht Herr werden.

Berlin, 9. Mai. Zur Ergänzung der in der gestrigen Rundschau des „Anzigers" gebrachten Angaben sei bemerkt, daß die dem Abgeordnetenhause heute vorgelegte Denkschrift eine Totalsumme von $22^1/_2$ Mill. Thaler nachweist. Die in der Militärverwaltung aufgewendeten Kosten betragen im Ganzen $18^1/_2$ Mill. ($14^1/_4$ Millionen für Mobilmachung und Unterhalt der Truppen, $4^1/_3$ Mill. für Verstärkung der Artillerie und für Befestigungsausrüstung); außerdem wurden in der Marine-, Post- und Telegraphenverwaltung $3^3/_4$ Mill. aufgewendet. Davon sind rechnungsgemäß $13^1/_2$ Millionen für das Jahr 1864 als verausgabt nachgewiesen, wogegen $8^9/_{10}$ Mill. noch zu verrechnen blieben; die Deckung der $13^1/_2$ Mill. ist größtentheils aus den disponiblen Ueberschüssen der Jahre 1863 und 1864 und im Betrag von $1^1/_3$ Mill. aus dem Staatsschatz entnommen. Die übrigen $8^9/_{10}$ Mill. sind eventuell ebenfalls aus dem Staatsschatze zu entnehmen. Die Denkschrift weist nach, daß der Staatsschatz die Summe zu decken im Stande ist.

Berlin, 9. Mai. Die „Provinzialcorrespondenz" gibt eine Analyse der die Kriegskostenvorlage begleitenden Denkschrift. Die Regierung spricht in der letzteren die Zuversicht aus, daß ihr Verfahren in der schleswig-holsteinischen Angelegenheit mit der Meinung des Landes übereinstimme. Sie ist überzeugt, daß die Einverleibung der Herzogthümer an sich am zweckmäßigsten für Preußen, Deutschland und die Herzogthümer selbst wäre, hält dieselbe jedoch in Erwägung der großen Finanzopfer, die sie erfordern würde, durch das Staatsinteresse nicht für so geboten, daß ihre Durchführung unter allen Umständen und ohne Rücksicht auf die Erhaltung des Friedens erstrebt werden müßte. Dagegen glaubt die Regierung an den in der Depesche vom 22. Februar entwickelten Forderungen unter allen Umständen festhalten zu sollen. Bis zur zweifellosen Sicherstellung derselben muß das Provisorium fortdauern. Die Regierung wird in den Wünschen der Bevölkerung der Herzogthümer, sobald dieselben durch eine geeignete Vertretung zum Ausdruck gebracht sind, ein wichtiges Moment für ihre eigene Entschließung finden.

In **Hanau** fand am 4. ds. bei Gelegenheit eines Brandes ein arger Militärexceß statt. Einem näheren Bericht, welchen die „N. Fr. Ztg." bringt, entnehmen wir: Ein Tambour, welcher hinter einigen unbewaffneten Soldaten durch den militärischen Cordon gehen wollte, wurde von einem der wachehaltenden Soldaten zurückgewiesen und nach einigem Wortwechsel von diesem unsanft gepackt und auf die ganz in der Nähe befindliche Hauptwache gebracht. Letzteres wurde nun von einigen dicht dabeistehenden Arbeitern als persönliche Gehässigkeit ausgelegt; einige Betrunkene (Arbeiter) fingen an, etwas laut zu diskutiren und wurden von anwesenden Bürgern ermahnt, sich zurückzuziehen; sie würden dieser Mahnung vielleicht gefolgt sein, wenn nicht ein Kolbenstoß sie in Erbitterung gesetzt hätte. Ehe es indeß zu weiteren Thätlichkeiten gekommen war, erschien plötzlich ein in der Nähe wohnender Hauptmann, zog den Degen und forderte die Soldaten auf, „draufzuschlagen was sie könnten", worauf diese einschließlich der dabei befindlichen Offiziere so plötzlich auf die Leute einhieben, daß viele Personen, Frauen und Kinder, theils rückwärts zur Erde stürzten, theils nach der Gymnasiumsstraße bis hinter das Theater &c. flüchteten, wohin sie verfolgt wurden. Es wurden Leute überfallen und zu Boden geworfen und mit Kolbenstößen traktirt, die keine Ahnung von dem ganzen Vorgang hatten. Ein bei der Arbeit befindlicher Zimmermann erhielt einen scharfen Hieb ins Gesicht, der ihm fast die halbe Nase abschlug und den ganzen Backen durchschnitt. Herr Dr. Osius, welcher ruhig dastand, erhielt von einem der Soldaten einen Kolbenschlag auf den Kopf, welcher eine etwa 3" lange klaffende Wunde hervorbrachte, so daß er blutüberströmt und halb besinnungslos nach Hause gefahren werden mußte.

Frankfurt, 8. Mai. Dem „Frkf. Journ." schreibt man: „Zu den wichtigsten Folgen, welche die demnächst in Kraft tretenden Handelsverträge und ermäßigten Einfuhrzölle des Zollvereins für unser soziales und Erwerbsleben haben werden, darf man wohl auch einen besseren Maßstab für den Werth der Zeit rechnen. Es läßt sich zwar nicht ziffernmäßig nachweisen, ist aber doch gewiß, daß dieser Artikel in England, Frankreich, Belgien, in der Schweiz durchschnittlich viel billiger ist, als in Deutschland, denn in keinem jener Länder entziehen Theater, Jagd, Karten, Würfel, Kegelbahn, Bier- und Weinschenke der gewerblichen Pro-

---

Lassen Sie Sich erzählen, was ich draußen über diesen zweiten Mordanfall, der fast zu derselben Stunde und Minute stattfand, als der auf den Präsidenten, erfuhr.

Staatssekretär Seward hatte wenige Tage vorher einen Unfall mit dem Wagen gehabt und dabei einen Arm- und zwei Kinnbackenbrüche erlitten; er befand sich also schwer krank im Bett und war von mehreren Personen aus seiner Familie umgeben. Sein Hausarzt war Doktor Verdi, dieser hatte ihm die Verbände angelegt und die Kinnbacken mittels Draht so künstlich befestigt, daß der Staatssekretär im Stande war, zu essen und Briefe zu diktiren. Wir sprechen davon, weil die Verbände und der Draht Herrn Seward das Leben retteten.

Gegen 10 Uhr, am Charfreitag Abend, klingelte es im Hause des Staatssekretärs, und ein farbiger Diener ging hinab, um nachzusehen, wer an der Thür sei. Es fand sich ein Mann vor derselben, der später als ein gewisser Payne identifizirt wurde und gegenwärtig in sicherem Gewahrsam ist.

„Was wünschen Sie?" fragte der Mulatte. — „Ich möchte den Staatssekretär sehen und sprechen!" — „Herr Seward ist krank, ich habe Weisung, Niemanden vorzulassen." — „Ich weiß, daß Herr Seward krank ist und komme eben deßhalb. Doktor Verdi hat mir ein Rezept für ihn gegeben!" — „Geben Sie mir das Rezept!" — „Nein, der Doktor hat angeordnet, daß ich dem Staatssekretär selbst Weisung geben soll, wie die Medizin zu gebrauchen ist." — „Ich kann Sie auf keinen Fall eintreten lassen." — „Nicht? Nun, so gehe es mit Gewalt!"

Den Farbigen bei Seite stoßend, eilte Payne mit schweren Schritten die Treppe hinauf, wurde jedoch von Friedrich Seward, dem Sohne des Ministers, aufgehalten, ehe er das Krankenzimmer betrat.

Zwischen beiden soll ein kurzer Wortwechsel stattgefunden haben, doch weiß man bis heute noch nicht, was der Inhalt desselben war. Friedrich Seward wurde mit einem schweren, stumpfen Gegenstande niedergeschlagen und so arg am Schädel verletzt, daß er gestern noch nicht wieder bei Besinnung war.

Der Mörder führte heftige Stöße gegen Seward's Gesicht und Hals, brachte dem Staatssekretär aber nur leichte Wunden bei, weil die Bettdecken, der Kinnverband und die Drähte den kranken Mann schützten. Seward wurde von dem Mörder aus dem Bett gerissen, dann aber durch einen herbeieilenden Soldaten, der nicht genannt ist, befreit; dieser Soldat wurde am Bein verwundet. Payne ließ ein langes Bowiemesser und das zerbrochene Pistol in Seward's Hause, als corpora delicti, zurück. Heute ist Herr Seward außer Gefahr.

Ein farbiger Krankenwärter des Ministers stürzte sich nun auf den Meuchelmörder, brachte ihn zum Falle und kniete auf seine Brust nieder, erhielt aber einen Stich in das Bein und konnte nicht mehr verhindern, daß sich der Mordbube aufraffte und entfloh; vor Seward's Hause befand sich ein Pferd, das ihn davon trug, noch ehe die Rufe nach Hülfe aus den Fenstern des Minister-Hotels drangen.

Wir können uns den sonderbaren Umstand, daß es den beiden anwesenden Krankenwärtern und dem Herrn Pansell nicht gelang, Seward zu beschützen und den Mörder zu entwaffnen, nur mit der Ueberraschung der Anwesenden und der Schnelligkeit selbst, womit Payne seinen Plan ausführte, erklären.

Daß der ganze Mordanschlag wohl überlegt und das Resultat einer verzweigten Verschwörung war, beweisen verschiedene Umstände, unter andern der, daß beide Anfälle zu derselben Stunde an einem und demselben Abend ausgeführt wurden.

(Fortsetzung folgt.)

(Nr. 13.) Dreisylbige Charade.

Die ersten Zwei hat Jeder oben,
Die Dritt' läßt Manchen seh'n und geh'n,
Das Ganze kann man zwar nicht seh'n;
Wohl aber, was es treibt im Toben.

Auflösung des Logogryph Nr. 12: Commersee — Commers.

duktion so viel Zeit, wie bei uns, wo die letztere scheinbar weniger Werth hat und doch viel theurer zu stehen kommt, weil davon so viel verschwätzt, verträumt, vertändelt, vermusizirt, mit Einem Wort todtgeschlagen wird. Die erleichterte Konkurrenz des Auslandes wird uns die billigere Zeit desselben in Form von tausend greifbaren, käuflichen Dingen zugänglicher machen und die Deutschen zwingen, mit dem Preise ihrer Zeit herunterzugehen, d. h. besser hauszuhalten, dem Erwerbsleben mehr Zeit zu widmen und weniger Allotria zu treiben. Wie viel Geschäftsleute an den letzteren jährlich zu Grunde gehen, darüber fehlt es noch an statistischen Nachweisungen, gering aber ist die Zahl dieser Opfer nicht; die Handelsverträge und der neue Tarif werden sie vermindern helfen."

Schleswig-Holstein. Herr Raphael v. Erlanger zu Frankfurt a/M. hat die schleswig'schen Bahnen gekauft. Jetzt, wo bekannt wird, wem er das Direktorium über dieselben anvertraut, bemerkt der „Hamb. Korr.", daß dies angeblich sämmtlich Beamte aus preußischen Eisenbahndirektionen, ja sogar aus dem Ministerium seien. In dieser Thatsache, sagt das Blatt, sieht man hier allgemein einen Beweis für die Wahrheit des Gerüchtes, welches Hrn. v. Erlanger bei Betreibung dieses ganzen Geschäfts einfach als einen Zwischenhändler der preußischen Regierung bezeichnete. Wäre dies der Fall, so hätte es ja auch keine Noth um die an die Genehmigung der Marinevorlage geknüpften Bauten in Kiel. Man macht Herrn von Erlanger einfach zum „Mitbesitzer" und läßt ihn einstweilen die deutsche Flotte auf Vorschuß gründen.

Paris, 8. Mai. Heute fand das Leichenbegängniß des Groß-Rabbiners aller Juden in Frankreich, des Herrn Ulmann, statt. Der Leichenzug bestand ungefähr aus 2000 Personen; es waren jedoch nur Juden, und weder die Behörden noch die Nationalgarde vertreten. Die Zipfel des Leichentuches wurden von dem Baron v. Rothschild, Gustav Halphen, Cerf Beer und Anspach getragen. Die Zahl der Rabbiner im Ornate belief sich auf achtzehn. Alle Pariser Israeliten von Bedeutung waren anwesend. Die portugiesischen Juden, wie Mires, Pereire u. A., wohnten dem Leichenbegängnisse nicht an. Auch Cremieux fehlte. Am Pont au Change angekommen, fuhren die Geistlichen nach dem Kirchhofe voraus, um dort die Leiche in Empfang zu nehmen. Auf dem Kirchhofe angekommen, wurden die religiösen Feierlichkeiten wieder aufgenommen und über eine Stunde gesungen, Reden gehalten und Klagelieder vorgetragen. Vor dem Kirchhofe standen viele Israeliten, Frauen und Männer, welche lasen und beteten. Von den Frauen betrat jedoch keine einzige den Kirchhof. Cohen (von der „France") hielt eine Rede, worin er das fromme Leben des Verstorbenen pries, und die hohe Stellung, welche die Israeliten in Frankreich einnehmen, hervorhob. Die Polizei trat sehr scharf auf.

Madrid, 9. Mai. Durch königliches Dekret werden der König von Hannover und der Prinz Friedrich Karl von Preußen zu Rittern des Goldenen Vließes ernannt.

New-York, 25. April. Gestern und heute standen die Geschäfte wegen des Leichenbegängnisses Lincoln's, welches zu großen Trauerdemonstrationen Anlaß gab, ganz still. — General Sherman hatte ein Arrangement aufgestellt, welches am 18. (?) mit Johnstone abgeschlossen werden sollte. Aber General Grant und die unionistische Regierung haben einstimmig das Verfahren Sherman's mißbilligt, und dieser hat Befehl erhalten, die Feindseligkeiten wieder aufzunehmen. Sherman kannte die Weisungen, die Lincoln dem General Grant gegeben hatte, und kraft welcher Grant durchaus keine Unterredung mit Lee haben durfte, den Fall ausgenommen, daß es sich um die Präliminarien einer Uebergabe handle. Diese Instruktionen sind vom Präsidenten Johnson erneuert worden. Die unionistische Regierung betrachtet das Verfahren Sherman's als einen nicht gerechtfertigten Anspruch auf die Autorität, welcher eine Anerkennung der Rebellenregierung de facto konstituiren und die Bestrafung der Empörer, die Einziehung ihrer Güter hindern und zugeben würde, daß die Regierung dieser Staaten mit der Sklaverei wieder hergestellt würde. Die Ermordung Abraham Lincoln's hat in der Armee Sherman's eine ungemeine Erbitterung hervorgerufen. Man nahm die Nachricht von einer bevorstehenden Amnestie mit großer Kälte auf. Halleck beorderte die Generäle Meade, Sheridan und Wright zum Vorrücken, um Johnstone den Rückzug abzuschneiden. Sherman hatte die Nachricht von der Ermordung Lincoln's vor Abschluß seines Waffenstillstandes erhalten. Einige Blätter klagen ihn des Verrathes an. Andere tadeln Stanton wegen der strengen Sprache, die er gegen diesen General geführt. Mehrere Mitglieder der gesetzgebenden Versammlung von Südkarolina sind auf dem Wege nach Raleigh, um daselbst über Wiederherstellung der Union zu unterhandeln. Eine Rede des Präsidenten Johnson besagt wiederholt, die Häupter der Verschwörung müßten bestraft und materiell ruinirt werden; ihre soziale Stellung soll vollständig vernichtet werden. Kriegsminister Stanton zeigt an, daß ihm Mittheilungen zugekommen seien, denen zufolge die Ermordung Lincoln's in Canada verabredet und in Richmond gutgeheißen worden war. Der Mörder, der Seward überfallen hat, ist im Gefängniß, man glaubt, daß es einer der Plünderer von St. Albans ist. Nach der Aussage eines Bankiers von Richmond hat Jefferson Davis 6 bis 13 Millionen in klingender Münze von Goldsborough nach einem unbekannten Orte wegschaffen lassen.

Verantwortlicher Redakteur: A. Hartmann.
Druck und Verlag der Stahel'schen Buch- und Kunsthandlung in Würzburg

Cours der Staatspapiere.

Oesterr.	5 pCt. Met. (Cp. i. S. b. R.)	—
"	5 pCt. Lomb. ditto. à 24	—
"	5 pCt. Engl. Met. v. 1852	60⅛ P.
"	5 pCt. Engl. Met. v. 1859	78¾ P.
"	5 pCt. Venet. Coupon b. R.	86⅜ G.
"	5 pCt. Nationalanl. v. 1854	68¾ P. ⅛ G.
"	5 pCt. Metall. Obligation.	64 G.
"	4½ pCt.	57⅝ P.
Preussen	3½ pCt. Staatsschuldsch.	—
Bayern	4½ pCt. Obl. 1jähr. dto.	101⅜ P.
"	4½ pCt. Obl. ½jähr. dto.	102 G.
"	4 pCt. Obl. 1jähr. dto.	99 G.
"	4 pCt. Obl. ½jähr. dto.	99½ P. ⅜ G.
"	4 pCt. Obl. Ab.-R. dto.	98⅝–¾ G.
"	3½ pCt. Obl. dto.	—
Württemb.	4½ pCt. Obl. b. Rothsch.	104⅞ G.
"	3½ pCt. Obl. dto.	96 P.
Baden	4½ pCt. Obl.	—
"	3½ pCt. Obl. v. 1842	91⅝ G.
Gr. Hess.	4½ pCt. Obl.	—
"	4 pCt. Obl. b. Rothsch.	101 P.
"	3½ pCt. Obl. dto.	97¼ P.
Nassau	4½ pCt. Obl. dto.	102⅜ P.
"	4 pCt. Obl. dto.	99¼ G.
"	3½ pCt. Obl. dto.	92 G.
Frankfurt	3½ pCt. Obl.	86¼ P.
"	3 pCt. Obl.	91 P.
Spanien	3 pCt. inl. Sch. P. à fl. 2. 30	—
"	2¼ pCt.	—
Schweden	4½ pCt. Obl. à 105 Thlr.	80¾ G.
N.Amerika	6 pCt. à 1000r. 1881 D. 2½	69 G.
"	6 pCt. ditto r. 1882 "	69¼–⅛ G.

Diverse Aktien.

Frankfurter Bank à fl. 500 . . .	150⅛ P. 150 G.
K. K. Oesterr. National-Bankaktien	870 P. 868 G.
Oesterr. Kreditbank-Aktien à fl. 200	201–200½ G.
Bayer. Hypothekenb. Pfandbriefe 4 pCt.	97¾ P.
Darmst. Bank 1. u. 2. Serie à fl. 250	228½ G.
Weimarische Bank à Thlr. 100 . .	101 G.
Mitteldeutsche Kreditaktien . . .	101½ G.
Intern. Bank in Lux. à 250 Frs. à 28 kr.	—
Taunus-Eisenbahn à fl. 250 . . .	350 P.
Frankfurt-Hanauer-Eisenbahn . . .	102¾ P. ¼ G.
Oest. F.St.Eisb. 5pCt. 500 Fr. à 28 kr.	—
" Elisab.-Eisenbahn 5 pCt. . .	121½ G.
Böhm. Westbahn-Aktien à fl. 200 6/7	—
Rhein-Nahe-Bahn 200 Thl. à 105 4pCt. Z.	30¾ P.
Ludwigshafen-Bexbacher à 4 pCt. .	145¾ P.
dto. dto. Prior. à 4 pCt.	97⅞ P.
Pfälz. Maxb. b. Rothschild à 4½ pCt.	107 G.
Oest. St.-Eisenb. Prior.-Oblig. à 3 pCt.	52¾ P.
Elisab.-Bahn Prior. 5 pCt. 6/7	78⅞ G.
Südd. Bank-Akt., 40 pCt. Einz. .	256 P.
Span. Handels- und Industrie . .	—
Bayr. Ostbahn à 4½ pCt. volleinbez.	113½ G.
Bayer. Ostbahn mit 50 pCt. Einz.	113½ P.

Wechsel in süddeutscher Währung.

Amst. fl. 100 k. S.	101 P.
Antwerp. Frs. 200 k. S.	94⅝ G.
Augsb. fl. 100 k. S.	99⅜ G.
Berlin Th. 60 k. S.	105 P.
Brem. 50 Th. Lsd. k. S.	97⅜ P.
Brüssel Frs. 200 k. S.	94⅝ G.
Cöln Thlr. 60 k. S.	105 P.
Hamb. MB. 100 k. S.	88⅜ P. ⅜ G.
Leipzig Th. 60 k. S.	105 P.
London Lst. 10 k. S.	119⅜ G.
Lyon Frs. 200 k. S.	—
Mail. Frs. 200 . .	94½ G.
München fl. 100 k. S.	99¾ G.
Paris Frs. 200 k. S.	94¾ G.
Petersburg 60 S.-R.	—
Triest fl. 100 k. S.	—
Wien fl. 100 ö. W.	—
do. in öst. W. l. S.	108½ P.
Disconto	3½ pCt. G.

Anlehens-Loose.

Oesterr. fl. 250 v. 1839	144½ G.
" fl. 250 v. 1854 mit 4pCt.	79⅛ G.
" fl. 500 v. 1860 6/7	87½–⅝ G.
" fl. 100 Kreditb. L. v. 1858.	136⅜ G.
" do. v. 1864.	97¼ P.
Schwed. 10 Thlr. Loose	—
Badische fl. 50	—
Badische fl. 35	63⅝ P.
Kurhess. Thlr. 40 b. R.	55½ P.
Gr. Hessen fl. 50 b. R.	139⅞ G.
" fl. 25 do.	36½ G.
Nassau fl. 25 bei Rothsch.	35⅜ P.
Sardinische Fr. 36 b. R.	—
Neuchateler 10 Frs.-Loose	—
Freiburger 15 Frs.-Loose	—
Mailänder 45 Frs. L. b. R.	33¼ P.
St. Lüttich mit 2½ pCt. Z.	33½ P.
Ansb.-Gunzenh. fl. 7-L.	10⅞ P.

Frankfurt, 10. Mai. Die Börse war im Allgemeinen still und geschäftslos. Amerikaner setzten in Folge des besseren New-Yorker Goldkurses höher ein, blieben aber ohne großen Verkehr und gingen im Laufe der Börse etwas zurück. Auf bessere Wiener Notirung hob sich der Kurs für Loose und Kreditaktien; doch fanden auch in diesen Effektengattungen größere Umsätze nicht statt. (Synd.)

An die
k. Hof- und Staatsbibliothek
I N. Würzb. Ztg. München.

Neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht!

№ 131. | Vorausbezahlung: Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 1 fl. 30 kr. Bei Inseraten wird die dreispaltige Zeile in gewöhnlicher kleiner | 62. Jahrgang. | Schrift oder deren Raum im Hauptblatte mit 6 kr., im Anzeiger mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franco. | Freitag, 12. Mai 1865.

Die preußische Denkschrift.

Ueber den Inhalt der zur Kriegskostenvorlage gehörigen preußischen Denkschrift liegt nun Genaueres vor. Der politische Theil gibt, ausgehend von den Verhandlungen seit 1851, namentlich aber seit der Bekanntmachung der dänischen Regierung vom 30. März 1863, eine Uebersicht über den Entwickelungsgang der Herzogthümerfrage, besonders über die in Betreff ihrer schließlichen Lösung mit Oesterreich geführten Verhandlungen. Als Aufgabe der preußischen Politik wird bezeichnet: zuerst die Befestigung des Friedens durch einen gerechten und haltbaren Zustand, der dauernde Schutz der Herzogthümer gegen fremde Bedrückung und die Sicherung der deutschen Nordgrenze; sodann die Wahrung des preußischen Interesses in seinem ganzen Umfange, soweit dasselbe mit den deutschen Interessen zusammenhängt und durch besondere Verhältnisse des preußischen Staats bedingt ist. Die Denkschrift geht sodann auf diejenigen Verhältnisse über, durch welche eine schließliche Regelung bisher verhindert worden. Es wird darauf hingewiesen, daß eine Lösung der Frage nach rein juridischen Gesichtspunkten sich nicht denken lasse, da nach der bisherigen Würdigung der vorliegenden Ansprüche kein Erbanspruch auf das gesammte Schleswig-Holstein stichhaltig erscheine, und es könne daher nur eine solche Lösung in Aussicht genommen werden, durch welche die Rechtsfrage mit dem politischen Bedürfniß in Einklang gesetzt wird. Es werden dann die Vorschläge Oesterreichs vom 12. Nov. v. J. wegen vorläufiger Einsetzung des Erbprinzen von Augustenburg erwähnt und in der weitern Darstellung der Verhandlungen besonders die Depesche vom 22. Febr. d. J. hervorgehoben, in welcher die Grundsätze und Bedingungen aufgestellt seien, bei deren Annahme die Errichtung eines schleswig-holsteinischen Staats mit dem preußischen Interesse vereinbar sein würde. Der Wortlaut der Depesche ist der Denkschrift beigefügt. Ueber den übrigen Inhalt der letztern referire ich wohl am besten mit den Worten der heutigen „Provinzial-Korrespondenz.“ Dieselbe sagt:

„Die Regierung spricht schließlich die Zuversicht aus, daß der Gang, welchen sie in den Verhandlungen verfolgt, mit der öffentlichen Meinung des Landes übereinstimmt. Ein enger Anschluß der Herzogthümer an Preußen wird im Volke allseitig gefordert und erwartet, die wirkliche Einverleibung lebhaft gewünscht. Die Regierung ist der Ueberzeugung, daß die letztere Lösung an sich die zweckmäßigste wäre, nicht nur für Preußen, sondern auch für Deutschland und für die Herzogthümer selbst: aber sie verkennt nicht, daß sie für Preußen mit großen finanziellen Opfern in Betreff der Kriegskosten und der Staatsschulden verbunden sein würde, und sie hält dieselbe nicht in dem Maße durch das Staatsinteresse für geboten, daß ihre Durchführung unter allen Umständen und ohne Rücksicht auf die Erhaltung des Friedens erstrebt werden müßte. Dagegen glaubt die Regierung an denjenigen Bedingungen unter allen Umständen festhalten zu sollen, zu deren Aufstellung Preußen aus der Pflicht zum militärischen Schutz der Herzogthümer, wie des eigenen Landes und zur Entwickelung der deutschen Wehrkraft zur See die Berechtigung schöpft. So lange bis die auf diesem Gebiete für Preußen nothwendigen Einrichtungen zweifellos sichergestellt sind, muß der einstweilige Zustand in den Herzogthümern und mit demselben die militärische Besetzung fortdauern, und die Regierung ist der Zustimmung des Landes gewiß, wenn sie ihren Besitz in den Herzogthümern bis dahin aufrecht erhält. Die Regierung wartet die Prüfung und Klärung der Rechtsfrage ab, sie ist zu Verständigungen bereit, welche, diese Frage mit dem politischen Bedürfniß versöhnend, den Interessen Preußens, der Herzogthümer und Deutschlands genügen, und sie wird in den Wünschen und Ueberzeugungen der Bevölkerung der Herzogthümer, sobald es ihr gelungen sein wird, diese durch eine geeignete Vertretung zum Ausdruck zu bringen, ein wichtiges Moment für ihre eigenen Entschließungen finden.“

Der finanzielle Theil der Denkschrift weist zunächst die in der Militärverwaltung, für die Marine, für das Post- und Telegraphenwesen aufgewandten Kosten und deren Deckung nach:

Feuilleton.

Zum Attentat in Washington.

(Schluß.)

Ich erfuhr noch am Charfreitag Abend oder besser in der Nacht auf Samstag, wie es dem Mörder des Präsidenten, einem gewissen J. Wilkes Booth (Bruder des berühmten Tragöden Erwin Booth) gelungen war, in die Präsidenten-Loge zu gelangen und durch das Theater zu entkommen.

Booth hatte der Wache, die sich außerhalb vor der Loge befand, gesagt, er komme von General Grant und müsse den Präsidenten jedenfalls sehen, es hänge Leben und Tod davon ab. Die Wache wußte, daß Lincoln stets zu sprechen war, wenn es sich um Geschäfte handle, und ließ Booth eintreten. In der Loge zog er nun seinen Revolver, hielt die Waffe dem Präsidenten in der Gegend des rechten Ohres nahe an den Kopf und feuerte. Wache wie Publikum glaubten, der Pistolenschuß gehöre zum Stück; Booth sprang hierauf über die Brüstung und enteilte durch einen Gang, der rechter Hand aus dem Theater in eine Allee führte, wo ein Miethpferd stand, das der Theatermeister hielt.

Die Kugel, ein gewöhnliches konisches Revolverprojektil, war dem Präsidenten über und hinter dem rechten Schläfenbein in das Gehirn gedrungen; der Geschossene war in den gepolsterten Schaukelstuhl zurückgefallen, es drang Blut und ein wenig Gehirn aus der Wunde, welches die Stelle kennzeichnete, auf welcher Lincoln mit dem Kopfe lag.

Die Aufregung in Washington war in jener Nacht eine furchtbare. Das Privathaus, in welchem der Präsident lag, Seward's Haus, das Hauptquartier des Vize-Präsidenten Johnson, das Theater und andere Gebäude wurden mit Wachen besetzt. Patrouillen zogen durch die Straßen, Stafetten jagten hin und her. Die ganze Bevölkerung der Stadt war auf den Beinen, Polizei und Privatpersonen machten sich daran, die Mordbuben zu suchen, und noch vor Anbruch des 15. April waren mehrere Verhaftungen verdächtiger Personen vorgenommen.

Wir sahen in dieser Schreckensnacht, wie sehr Lincoln, der vielgeschmähte Ehrenmann, mit dem Volke verwachsen war.

Wir haben nie eine größere Zahl starker, ernster Männer weinen sehen, nie mehr Verwünschungen gegen einen Mörder ausstoßen hören, als in dieser Nacht vor den Häusern Seward's und Lincoln's. Mit ängstlicher Spannung, mit angehaltenem Athem lauschte man den zeitweiligen Nachrichten vom Befinden des Präsidenten, und als Jemand herauskam und die Versammelten bat, etwas ruhig zu sein, um den Verwundeten nicht aufzuregen, da hörte man nur noch leises Flüstern und unterdrücktes Schluchzen. Ein Betrunkener, der singend vorbeiziehen wollte, wurde niedergeschlagen, und wir glauben, daß in dieser Nacht in Washington kein Mensch geschlafen hat.

Nach dem Attentate blieb der Präsident bis zu seinem Tode bewußtlos. Um 12 Uhr Nachts zählte der Puls 40 Schläge in der Sekunde, um 2 Uhr Morgens 95, um 6 Uhr 28. Der Athem war unregelmäßig, abwechselnd frei oder schwer, ruhig oder röchelnd. Um 6 Uhr Morgens schwoll das rechte Auge stark auf und war gebrochen. Um 7 Uhr traten die Zeichen der Auflösung ein und 22 Minuten später erfolgte der Tod.

An dem Bette des Präsidenten standen Herr R. J. Andrews und außer mehreren Aerzten und Kabinetsmitgliedern auch Kriegsminister Stanton; Frau Lincoln, die halb rasend war vor Schmerz und häufig schrie: „Warum bin ich nicht erschossen worden?!“

„Die Militärverwaltung hat im ganzen 18,522,459 Thlr. gebraucht, davon 14,265,559 Thlr. für die eigentlichen Kosten der Mobilmachung und der Truppenunterhaltung und 4,256,900 Thlr. an einmaligen Ausgaben für die Verstärkung der artilleristischen und fortifikatorischen (Befestigungs-) Ausrüstung. Die Marine hat 3,670,704 Thlr., die Postverwaltung 222,380 Thlr., die Telegraphenverwaltung 66,232 Thlr. in Anspruch genommen. Der Gesammtbetrag der Kosten ist daher 22,481,776 Thlr. Davon sind 13,517,526 Thlr. bereits rechnungsmäßig für das Jahr 1864 als verausgabt nachgewiesen, wogegen 8,964,250 Thlr. noch zu verrechnen bleiben. Zur Deckung jener bereits verrechneten $13^1/_2$ Millionen konnten größtentheils die disponibeln Ueberschüsse der Jahre 1863 und 1864 und zwar mit 5,351,608 Thlrn. und 6,861,828 Thlrn. verwandt werden, so daß bisher nur 1,304,089 Thaler aus dem Staatsschatze zu entnehmen waren. Zur Deckung des noch zu verrechnenden Restes von 8,964,250 Thlr. wird nach eintretendem Bedürfnisse gleichfalls der Staatsschatz in Anspruch zu nehmen sein. Daß der Bestand des Staatsschatzes für diesen Zweck ausreicht, ist in der Denkschrift nachgewiesen."

(Amtliche Nachrichten.) **München** 10. Mai. Se. Maj. der König hat die prot. Pfarrei Oppau, Dek. Frankenthal, dem bish. Pfarrer und Distrikts-Schulinspektor in Edenkoben, F. G. Fertsch, verliehen; die protest. Pfarrei Riedheim, Dek. Leipheim, dem bisherigen zweiten Pfarrer in Kirchenlamitz, J. K. Enk, verliehen.

(Militärdienstesnachrichten.) **München**, 9. Mai. Se. Maj. der König hat dem charakt. Oberstlieutenant K. Gemming, Platzstabsoffizier von der Stadtkommandantschaft Nürnberg, für ehrenvoll zurückgelegte 50 Dienstjahre das Ehrenkreuz des Ludwigordens verliehen; den temporär pens. Rittmeister Th. Dichtel auf weitere zwei Jahre vorbehaltlich früherer Wiederverwendung, dann den temp. pens. Unterlieut. W. Hamm bleibend und den temp. pens. Bat.-Quartiermeister J. Altmann auf weitere zwei Jahre im Ruhestande belassen; die Dienstestauschgesuche der Oberlieut. M. Dillmann vom 2. Inf.-Reg. und G. Krauß vom 1. Inf.-Reg., dann der Unterlieut. O. Frhrn. v. Roman vom 1. Uhl.-Reg. und M. Grafen v. Montgelas vom 2. Chev.-Reg. genehmigt; dem Unterlieut. K. Fritsch vom Inf.-Leib-Reg. die nachgesuchte Entlassung aus dem Heere bewilligt; den temp. pens. Unterquartiermeister M. Gapp auf weitere zwei Jahre im Ruhestande belassen; Allerhöchstihren General-Adjutanten, charakt. Generalmajor L. Grafen v. Rechberg und Rothenlöwen zum wirklichen Generalmajor befördert; den temp. pens. Bataillonsarzt Dr. Fr. Martin bleibend im Ruhestande belassen.

Se. Maj. der König hat durch allerhöchste Entschließung vom 4. d. bestimmt, daß das 1. Uhlanenregiment fortan die Benennung: „1. Uhlanen-Regiment vacant Großfürst-Thronfolger Nikolaus von Rußland" zu führen habe.

München. Se. Maj. der König haben zu bestimmen geruht, daß von allen Generalen, Stabs- und Oberoffizieren, Junkern und Militärbeamten der Armee, dann von Unteroffizieren und Mannschaften der berittenen Heeresabtheilungen die Säbelkuppel nur in Galla und bei Parade-Ausrückungen — bei der leichten Kavalerie insbesondere zu den Klappen (Revers) — über, in allen übrigen Diensten unter dem Waffenrocke getragen werden soll, außer Dienst dagegen sowohl die eine wie die andere Tragweise gestattet sei.

München, 10. Mai. In den jüngsten Tagen sind an die Kammer neue Eingaben in Betreff der Landwehr gelangt. Die Zahl dieser Eingaben und Vorstellungen aus fast allen Theilen des Landes ist bereits eine sehr große und wird sich der III. Ausschuß der Kammer, dem diese Angelegenheit übrigens schon vor der Vertagung im September 1863 zugewiesen wurde, doch endlich einmal veranlaßt sehen müssen, der Kammer hierüber Vortrag zu erstatten. (A. Abdztg.) **B**

Am 8. Mai hat bekanntlich an den Sitzen der sämmtlichen Kreisregierungen die diesjährige Konkursprüfung für die zum Staatsdienst adspirirenden Rechtskandidaten begonnen. In Ansbach haben sich 22, in Bayreuth 14, in Speyer 11 Prüfungskandidaten eingefunden.

München, 8. Mai. Wie der „Volksbote" berichtet, hat sich unter Frhrn. v. Lerchenfeld eine 15 Mitglieder zählende Kammer-Fraktion, die der sogenannten Altliberalen, gebildet.

Vom bayerischen Mainufer, 8. Mai, klagt man im „Frankf. Journal": „Das bayerische Prozeßverfahren vor den Bezirksgerichten ist im Vergleich zu dem badischen vor den Kreisgerichten ein noch höchst mangelhaftes und schleppendes. Während im Badischen mündlich verhandelt wird und die wichtigsten Prozesse in einer oder zwei Tagfahrten zu Ende geführt werden, dauert im Bayerischen ein gleicher Prozeß mehrere Jahre lang. Alles wird in langen Schriftsätzen mit Fristen von 30 Tagen verhandelt, und wenn ein Anwalt eine schlechte Sache vertritt und seinen Gegner bei dem besten Recht hinhalten und denselben der vielen Kosten wegen mürbe machen will, ist es ihm ein Leichtes, dieses durch verschiedene Fristbitten mit weiteren 30tägigen Fristen oder durch Tagfahrtsverlegungen, wenn eine solche ausnahmsweise durch Urkundenproduktion oder Zeugenvernehmung erforderlich wird, zu

---

„Rettet meinen Mann!" u. s. w., ist nicht vor dem Ableben des Präsidenten in das Krankenzimmer gelassen worden.

Die letzten Stunden des Märtyrers der schönen Freiheitsidee waren ruhig. Sein Hinscheiden war ein leichtes, er zeigte nicht das geringste Zeichen von Todeskampf, und sein Tod war weiter nichts als ein Aufhören des Athmens. Die Augen waren nicht geschlossen, das rechte stand sogar vollständig offen, und Hr. Maurice Field drückte sie erst zu.

Frau Lincoln mußte mit Gewalt von der Leiche entfernt werden; als man sie in einen Wagen gebracht hatte und dieser bei Fords Theater vorüberfuhr, rief sie: „O, das schreckliche Haus, das fürchterliche Haus!"

Die Untersuchung des Kopfes wurde nach dem Tode Lincoln's sofort vorgenommen und die Kugel im vorderen Theile des Gehirnes, drei Zoll von der Oeffnung im Schädel, gefunden.

Die Leiche wurde in die Bundesflagge gehüllt und um 9 Uhr Morgens nach dem weißen Hause geschafft, wo man sie einbalsamirte, mit dem Anzuge bekleidete, den Lincoln bei seiner Inauguration trug, und sie ausstellte.

Als die Leiche nach dem weißen Hause gebracht wurde, läutete man mit allen Glocken, ungeheure Menschenmassen folgten mit entblößten Häuptern dem vom Militär eskortirten Zuge und die ganze Stadt hatte sich wie mit einem Zauberschlage in Trauer gehüllt.

Dem Kriegssekretär Stanton wurde die traurige Pflicht, der Frau Lincoln den Tod ihres Gemahls mitzutheilen. Sie brach in heftiges Weinen aus und sagte: „O, ich wußte es, warum haben Sie mich nicht rufen lassen!?" Robert Lincoln war gefaßter, doch übermannte ihn öfters ein heftiger Schmerz.

Es bliebe uns jetzt noch übrig, von dem Mordbuben selbst zu reden und das wollen wir, so weit es uns bis jetzt möglich ist. J. Wilkes Booth, der Sohn des vormals vielgenannten englischen Schauspielers Junius Brutus Booth, ist ein Komödiant in der schlimmsten Bedeutung des Wortes und nebenbei ein Säufer und Spieler. Er ist 5' 8" hoch, ein schöner Mann, wiegt 160 Pfd., ist stark gebaut; besitzt schwarzes, mittelmäßig langes, gekräuseltes Haar, das er hinten gescheitelt trägt; hat schwarze, unstäte Augen und schwere Augenbraunen; wenn er spricht, neigt er seinen Kopf vor und besieht gewöhnlich einen großen Siegelring, den er am kleinen Finger der rechten Hand zu tragen pflegte.

Es ist ein desperater Charakter, der im Hause einer berüchtigten Prostituirten, Namens Ella Turner, wohnte, und leidenschaftlich dem Sport zugethan war. Das Bordell ist sogleich von der Polizei ausgehoben worden und in Booth's Zimmer sollen sich Briefe gefunden haben, deren Inhalt auf einen verzweigten Plan zur Ermordung des Präsidenten, des Vice-Präsidenten, des General Grant, mehrerer Mitglieder schließen läßt.

John Wilkes Booth ist im Jahre 1838 in der Nähe von Baltimore in Maryland geboren und der drittälteste Bruder des hier beliebten Schauspielers Edwin Booth; sein anderer Bruder heißt, wie der Vater, Junius Brutus und ist ebenfalls ein, besonders im Westen bekannter Schauspieler. Der Mörder selbst ist sehr heftiger Natur und zeichnete sich auch in seiner dramatischen Laufbahn durch Excentricität aus. Er soll nicht nur Branntwein getrunken, sondern auch häufig Opium gegessen haben, um sich zu berauschen.

Er war seit seinem 16. Lebensjahre auf der Bühne thätig und schwärmte für Shakespeare's Richard III. Seit mehr als einem Jahre hatte Booth der theatralischen Laufbahn entsagt und spekulirte in Petroleum, letzteres wie man glaubt nur pro forma, um die Aufmerksamkeit von seinem geheimen Treiben abzulenken.

Booth hatte sich in Washington gegenüber dem Parker House in den letzten Wochen vor seiner Schandthat im Pistolenschießen geübt und darin eine gewisse Fertigkeit erlangt; Leute, die ihn auf dem Schießstande sahen, schrieben es seiner Exzentrizität zu, daß er sich übte, durch die Beine hindurch und über die Schulter hinweg nach der Scheibe zu schießen.

Sein Wohnort war Boston und hier befindet sich auch, Nro. 62 Ohio Avenue, das Prostitutionshaus, welches von Ella Turner's Schwester gehalten wurde. Das Mädchen selbst scheint Booth wirklich geliebt zu haben, der überhaupt Glück bei den Damen machte; sie versuchte am Samstag, sich mittels Chloroforms zu vergiften, wurde aber wieder zu sich gebracht. Gleich nach ihrem Erwachen verlangte sie Booth's Bildniß zu sehen, das sie unterm Bett versteckt hatte, und bemerkte: sie wisse es dem Arzte nicht Dank, daß er sie gerettet habe.

Acht Tage vor Ausführung seiner That befand sich der Mörder in Boston und erschien tiefsinnig und menschenfeindlich.

bewirken, namentlich aber den Ausländer wegen Kautionsleistung zu chikaniren und hinzuhalten."

Wien, 10. Mai. In hiesigen offiziellen Kreisen wird aufs Entschiedenste dementirt, daß die Haltung des Frhrn. v. Halbhuber, welche man hier für durchaus korrekt erklärt, Anlaß zu einem Ausdruck der Unzufriedenheit gegeben habe. (Die „Zeidl. Corr." und die „Kreuzztg." warfen Hrn. v. Halbhuber „Grobheit und Unhöflichkeit" vor.)

Berlin, 9. Mai. Auf dem hiesigen Auswärtigen Amte sind am heutigen Tage die Ratifikationen der zwischen Frankreich und den Zollvereinsstaaten abgeschlossenen Verträge ausgewechselt worden — im Ganzen 61 Urkunden von jeder Seite. Es hat nämlich der Zollverein durch Preußens Vermittlung drei Verträge mit Frankreich abgeschlossen: einen Handels-, einen Schifffahrts- und einen Eisenbahnvertrag. Nun sind mit 20 Staaten, resp. Staatengruppen, die Ratifikationen ausgetauscht — macht 60; außerdem der Vertrag über das literarische Eigenthum zwischen Preußen und Frankreich allein.

Dresden. Das „Dresd. J." kommt au den Bundesbeschluß vom 6. April zurück, den es als „einen Wendepunkt im Gange der schleswig-holsteinischen Angelegenheit" bezeichnet. Oesterreich habe durch denselben in seinen ferneren Verhandlungen als „Mitbesitzer" mit Preußen einen Stützpunkt erhalten, dessen Stärke bereits fühlbar geworden sei. Die Herzogthümer selbst zeigten „neues, festes Vertrauen" in ihre Zukunft. Vom Auslande her wurde bekräftigt, „daß Europa in einer dem Bundesbeschlusse entsprechenden Lösung die beste Garantie des Friedens erblicken würde". Und endlich sei die Wirkung auch nicht gering anzuschlagen, welche der Bundesbeschluß auf die deutschen Regierungen selbst und die öffentliche Meinung in Deutschland ausübte. Die erstern fühlten sich in dem Bewußtsein, daß dem Rechte am Bunde der verfassungsmäßige Sieg gesichert sei, zum festen, wenn auch von „Ueberstürzung" fernen Aushalten auf der eingeschlagenen Bahn gestärkt, und die deutsche Nation habe mit Genugthuung einen Beschluß vernommen, der ihr, bei so raschem Wechsel mancher Dinge und Personen, die Beharrlichkeit und Treue vor Augen führe, mit der deutsche Fürsten und Regierungen dem Gegenstande nationaler Begeisterung und patriotischer Erhebung zugethan blieben. Speziell stellt das „Dresdner Journal" sodann den „Widerstand in der Kieler Hafenfrage" und die „Einleitungen zur Berufung der schleswig-holsteinischen Stände" als Folgen jenes Beschlusses dar und spricht schließlich die Hoffnung aus, „daß durch die mehr und mehr hervortretende Unmöglichkeit, auf einseitigem, die Rechtsfaktoren ignorirendem Wege seine Wünsche zu erreichen, sowie durch die Vernehmlassung der Herzogthümer selbst die Entwicklung der Herzogthümerfrage einem Gange zugeführt wird, auf den auch der Bund mit seinem regelnden Einfluß einwirken wird."

Schleswig-Holstein. Die „Schleswig-Holstein'sche Zeitung" veröffentlicht, zum Beweise jener dunkeln Schleichwege, die in ihrer Landessache betreten werden, folgendes Schreiben: „Hamburg, den 18. April 1865. Herrn Detlessen in Wedel! Sie werden hiemit ersucht, nachstehende Mittheilungen als vertrauliche entgegen zu nehmen. Die königl. preußische Regierung bedarf in den Herzogthümern einsichtsvoller Männer, um in der Bevölkerung, resp. in den Kreisen, die Ihnen zugänglich sind, Propaganda zu machen. Da nun Ihre Antecedentien wohl bekannt sind, so werden Sie hiedurch privatim ersucht, Ihren ganzen Einfluß im Interesse d. O. geltend zu machen. Man wird stets von Ihrer Thätigkeit informirt sein und kann Ihnen gleichzeitig die Zusicherung gegeben werden, daß Ihr event. Wirken im obigen Sinne Ihnen selbstverständlich baldigst entsprechende Vortheile bieten würde. Fr. von Rener."

Dänemark. Eine der wichtigeren Regierungsvorlagen an den neuen Reichsrath dürfte die Reorganisation der Armee und Flotte betreffen. Die Flotte soll wesentlich verkleinert werden, die Armee dagegen in Zukunft 24 Infanterie-Bataillone zählen, also zwei Abtheilungen mehr, als dieselbe vor dem Abschlusse des Wiener Friedensvertrages umfaßte [auch in gleicher Stärke?], trotzdem damals noch die drei deutschen Herzogthümer dem dänischen Szepter untergeordnet waren. Jedem Infanterie-Bataillon in 4 Kompagnien würden 12 Offiziere zugetheilt werden. Andererseits heißt es, daß die Kavallerie in 5 Regimenter umgebildet werden würde, indeß Artillerie-Mannschaften und Genietruppen nur je eine Abtheilung bilden sollen. Der Urheber des vorbereiteten Armee-Reorganisationsplanes soll der jetzige Kriegsminister General-Lieutenant Hansen sein.

Aus **Paris**, 8. Mai, schreibt man der „A. Z.": „Es widerfährt der algerischen Proklamation des Kaisers die Ehre, daß sie auf den Ministerien des Kriegs und der Marine ebensowenig gefällt, als einst den Kolonisten das arabische Königreich, und

---

Er hatte schon vierzehn Tage früher seiner Mutter sein ganzes Eigenthum gerichtlich verschrieben und erklärt, sich der Konföderation anschließen zu wollen.

Booth hatte augenscheinlich die Absicht, Andrew Johnson, Lincoln und General Grant an ein und demselben Tage zu ermorden. Der Vizepräsident entging ihm nur durch einen Zufall.

Der Mörder schickte ihm in sein Zimmer im Kirkwood-House eine Karte, welche folgende Worte enthielt:

„Ich möchte Sie nicht gern stören, aber wünschte eine Unterredung. J. Wilkes Booth."

Das war am Nachmittage. Johnson war nicht zu Hause und entging so der Ermordung.

Booth gehörte zu den „Rittern vom goldenen Zirkel" und war Mitverschworner einer Verrätherbande, deren Mitglieder theilweise bereits verhaftet, theilweise der Polizei bekannt sind.

Die Spuren, welche man von den flüchtigen Mördern fand, führten alle nach einer und derselben Richtung: über die Brücke der Navy Yard. Ein blutiger Sattel, ein todtgehetztes Pferd, endlich in der Nähe von Fort Bunker Hill, hinter dem Greenwood Kirchhof, ein grauer, mit Menschenblut getränkter Ueberrock und in dessen Taschen ein falscher Schnauzbart, ein Paar Reithandschuhe und ein blutiges Stück Papier mit diesen Worten: „Mary E. Gardner, 419". Dieses Prostitutionshaus frequentirte der so genannte „Tyrannentödter Booth", wenn er in Washington war.

Die letzten Nachrichten, welche man bis heute am 19. April von dem Mörder des Präsidenten hatte, kamen telegraphisch vom Potomac.

„Booth ist hier mit 30 desperaten Gesellen, die wohl bewaffnet sind und wüthend fechten, gesehen worden", hieß es in der Depesche. „Er versuchte, mit seiner Bande den Potomac zu überschreiten und schlug den Angriff einer berittenen Streifpatrouille energisch zurück. Der Potomac ist gut besetzt, wir schicken stärkere Korps aus und bringen ihn todt oder lebendig zurück."

Da haben sie nun den ganzen blutigen Roman in den kürzesten und schlichtesten Worten; es ist kein Sensations-Roman, den die überschwängliche Phantasie eines Schriftstellers erfand, sondern nichts als die nackte, schreckliche Wahrheit, und wir müssen uns wieder einmal gestehen, daß die Wirklichkeit oft furchtbarer und romanhafter spielt, als das „brodelnde Hirn" des Dichters.

Ganz Amerika hat das schreckliche Ereigniß wie ein lähmender Blitzstrahl getroffen. Niemand ist von Lincoln's tragischem Schicksal ungerührt geblieben, und heute hat der so viel angefeindete Spaßmacher keinen ehrlichen Menschen mehr zum Feinde. Eine großartigere Landestrauer, als die gegenwärtige, hat es noch nie und nirgends gegeben. Die Zeitungen berichten aus allen Landestheilen von ungemeinen Anstrengungen der Bürger beim festlichen Begehen der Trauertage, und besonders New York, obgleich sonst äußerst antilincolnisch gesinnt, gleicht einem riesigen Trauerhause. Schon seit zwei Tagen rollt alle zehn Minuten ein dumpfer Kanonenschuß über die melancholische Stadt. Seit dem Mordtage sind alle Vergnügungen freiwillig suspendirt; jedes Theater ist geschlossen, jede Zeitung erscheint mit schwarzem Rande, von allen Dächern weht die mit Flor bedeckte Tricolore halbmast und es gibt in dem riesigen New-York keine tausend Häuser, die nicht Trauerzeichen tragen. Der Broadway ist prachtvoll dekorirt; jedes Gewölbe zeigt eine Büste oder ein Bild Lincoln's mit passenden Inschriften; am häufigsten liest man: „Wir betrauern unseren Verlust!" „Das Vaterland beweint seinen großen Todten!" „Lincoln dem Ehrenmanne!" „Süß ist es, für das Vaterland sterben!" „Er lebt fort unter uns!" und dann Lincoln's großes, unsterbliches Wort der Liebe: „With charity to all, with malice for none!" („Allen Liebe, Keinem Groll!)

Hier tragen viele Leute aufrichtige Trauer im Herzen, viele nur auf den Gesichtern und Röcken; herzlose Bemerkungen über den Vorfall selbst werden gar nicht geduldet, und es haben schon mehr rohe Patrone wegen des Todes des alten Präsidenten Prügel bekommen, als sonst bei der Wahl eines neuen. Eine traurige Folge des Todes Lincoln's sind noch eine Menge wässeriger Jammerlieder, mit denen die Zeitungen überschwemmt sind und die das einzige Komische bei dem ganzen schrecklichen Unglück bilden.

Auf Union Square wird, dem Standbilde Washington's gegenüber, bereits ein Platz abgesteckt, auf dem ein großartiges Monument zum Andenken Lincoln's errichtet werden soll. Das Denkmal wird 150,000 Dollars kosten, welche Summe durch Subskriptionen, die nicht 1 Dollar überschreiten dürfen, aufgebracht werden soll.

ebenso sehr wie dieses als eine Phantasmagorie gilt, welche die Abreise des Kaisers nicht überdauert. Die Finanzkreise hingegen legen ihr eine entscheidende und günstige Wichtigkeit bei, und insofern thut der abwesende Kaiser mehr für die Börse als er es in den Tuilerien vermochte. Der Crédit mobilier mit der Immobiliengesellschaft wird auch schon als die zweite Vorsehung Algeriens genannt, doch hatte der Kaiser zuverlässig die Schneider'sche General-Societät im Auge, zu welcher vielleicht noch die Marseiller kaiserlichen Messagerien kommen werden. Gleich hinter der Proklamation des Kaisers taucht ein Arbeiten-Programm für Algerien auf, für welches die Persigny'sche Milliarde nicht zu viel wäre. Man verspürt den Einfluß der afrikanischen Sonne. — In Hofkreisen weiß man, daß Viktor Emmanuel hieher geschrieben hat: er habe bei seinen römischen Konkordatsbestrebungen Lamarmora und Vegezzi für sich, alle seine übrigen Minister und Rathgeber gegen sich; er behalte sich jedoch die ausschließliche Leitung und Entscheidung in den Unterhandlungen mit dem Papst vor, und er werde sich von der Versöhnung ebensowenig abhalten lassen, als der Kaiser sich von seinen sämmtlichen Ministern nicht von der algerischen Reise abreden ließ.

Paris, 9. Mai. Die Franzosen sind außer sich vor Staunen, daß die Civilgewalt in Nordamerika es gewagt habe, dem siegreichen General Sherman einen so scharfen Verweis zu ertheilen. Das ist nach französischen Begriffen etwas ganz Unerhörtes und wird mit unter die seltsamen Lehren gezählt, welche die französische Nation aus der Geschichte des jüngsten Krieges in Amerika sich zu Nutzen macht.

Paris, 11. Mai. Rothschild legte einen Theil der italienischen Anleihe zur Subskription auf.

Rom, 3. Mai. Bei den Festlichkeiten, die am 19. April in Sant' Agnese stattfanden, erregte ein zwischen dem Knaben- und Jünglingsalter stehender junger Mensch Aufmerksamkeit, welcher in Gegenwart des heil. Vaters ein Gedicht religiösen Inhalts deklamirte. Es war dies der einst vielbesprochene Edgar Mortara. — Die Räuber von Cisterna haben sich eine Zeitlang in die Wälder am Ostabhang des Albanergebirges bei Citta Lavinia, also ziemlich in unsere Nähe, geworfen, dort drei Menschen aufgehoben und einem Boten 60 Scudi abgenommen. Man hat dann drei von ihnen aufgefangen, und bei ihnen einen Brief an eine Persönlichkeit in Rom gefunden mit der Bitte, ihnen Pässe in's Königreich Neapel zu verschaffen. Ein charakteristischer Zug aus dem italienischen Brigantenwesen ist, daß eine Bande bei Carini in Sizilien einen Menschen aufhob, und ihn an eine andere Bande für 400 Unzen verhandelte, welche letztere dann 600 für seine Befreiung erpreßte.

Die „Unità cattolica" führt eine Liste aller seit 1850 vorgekommenen politischen Mordthaten oder Mordversuche auf; dabei zählt die Königin von England mit vier Besuchen, Napoleon III. mit sechs, die Königin von Spanien mit zwei, die Könige von Preußen, Neapel, Sardinien mit je einem, der Kaiser von Oesterreich mit einem, der Kardinal Antonelli mit einem.

Konstantinopel, 9. Mai. Die vorbereitete Expedition gegen die aufständischen Stämme des Taurusgebirges unterbleibt, weil letztere ihre Unterwerfung angezeigt haben. — Der hiesige Patriarch der Griechen und die Synode beantragten die Exkommunikation Kusa's, weil derselbe die Klostergüter in Rumänien eingezogen hat.

New-York, 29. April. General Potter operirt in Süd-Carolina gegen die organisirte Macht, die noch im Innern dieses Staates existirt. Der „Herald" versichert, daß seit der Unterwerfung Lee's die Ausgaben des Staates täglich um eine Million verringert seien. Nachrichten aus Newbern melden, daß Johnston für Davis und die andern konföderirten Häupter zu einer Amnestie und der Erlaubniß, das Land zu verlassen, gelangen wollte, daß aber Grant mit einer Weigerung geantwortet habe. Die von Johnston übergebene Truppenmacht begreift die konföderirten Armeen von Tennessee, Nord-Carolina, Georgien, Florida mit 28 Divisionsgeneralen und 38 Brigadegeneralen. Die einzige konföderirte Truppenmacht, die noch unter den Waffen sich befindet, sind die Armeen Kirby-Smith's und Dick Taylor's. Man versichert, Letzterer habe dem General Canby angeboten, sich zu ergeben, wenn man ihm günstige Bedingungen stellte

Chicago, 29. April. Die Aufregung über die Ermordung des Präsidenten ist furchtbar. In Washington äußerte ein Sezessionist Freude über den Tod Lincoln's, sofort jagte ihm eine Schildwache eine Kugel durch den Kopf. In New-York wurden mehrere Personen auf 6 Monate ins Zuchthaus geschickt, weil sie unloyale Reden geführt. In Indianopolis hängte das Volk 3 Männer aus demselben Grunde auf und schnitt sie erst wieder ab, als sie nahezu todt waren. In Cincinnati demolirten die Deutschen die Wohnungen der Doktoren Fries und Homburg, hervorragender Demokraten. Das ganze Land trauert. Ohne Anordnung von oben erscheinen alle Häuser schwarz-weiß behängt, die Glocken läuten, die Geschäfte schweigen. Es zeigt sich, daß Lincoln's Persönlichkeit bei den Massen einer Liebe und eines Vertrauens sich erfreute, wie kein anderer Mann, und daß man ihn schwerer als je in dem Augenblick entbehren zu können glaubt, wo das Werk des Soldaten zu Ende ist und die Arbeit des Staatsmannes beginnt.

Hiezu die Beilage: „Würzburger Anzeiger".

Verantwortlicher Redakteur: A. Hartmann.
Druck und Verlag der Stahel'schen Buch- und Kunsthandlung in Würzburg

Cours der Staatspapiere.

Oesterr.	5 pCt. Met. (Cp. 1. 8. b. R.)	—
„	5 pCt. Lomb. ditto. à 24	—
„	5 pCt. Engl. Met. v. 1852	80 5/8 P.
„	5 pCt. Engl. Met. v. 1859	78 3/4 P.
„	5 pCt. Venet. Coupon b. R.	87 P.
„	5 pCt. Nationalanl. v. 1854	68 3/8—1/2 G.
„	5 pCt. Metall Obligation.	64 G.
„	4 1/2 pCt.	57 1/4 G.
Preussen	3 1/2 pCt. Staatsschuldsch.	—
Bayern	4 1/2 pCt. Obl. 1jähr. dto.	101 3/8 P.
„	4 1/2 pCt. Obl. 1/2jähr. dto.	102 1/4 P.
„	4 pCt. Obl. 1jähr. dto.	99 G.
„	4 pCt. Obl. 1/2 jähr. dto.	99 1/2 P. 3/8 G.
„	4 pCt. Obl. Ab.-R. dto.	98 7/8 P.
„	3 1/2 pCt. Obl. dto.	—
Württemb.	4 1/2 pCt. Obl. b. Rothsch.	104 1/2 P.
„	3 1/2 pCt. Obl. dto.	94 3/4 P.
Baden	4 1/2 pCt. Obl.	—
„	3 1/2 pCt. Obl. v. 1842	91 3/4 P.
Gr. Hess.	4 1/2 pCt. Obl.	—
„	4 pCt. Obl. b. Rothsch.	101 P.
„	3 1/2 pCt. Obl. dto.	97 1/4 P.
Nassau	4 1/2 pCt. Obl. dto.	102 1/2 P.
„	4 pCt. Obl. dto.	99 1/2 P.
„	3 1/2 pCt. Obl. dto.	92 G.
Frankfurt	3 1/2 pCt. Obl.	95 P.
„	3 pCt. Obl.	91 P.
Spanien	3 pCt. inl. Sch. P. à fl. 2. 30	—
„	2 1/4 pCt. „ „ „	—
Schweden	4 1/2 pCt. Obl. à 105 Thlr.	91 1/2 P. 1/4 G.
N.Amerika	6 pCt. à 100Dr. 1881 D. 2 1/2	68 5/8 G.
„	6 pCt. ditto r. 1882 „	68 3/4 G.

Diverse Aktien.

Frankfurter Bank à fl. 500 . . .	150 1/2 P.
k. k. Oesterr. National-Bankaktien	868 P. 866 G.
Oesterr. Kreditbank-Aktien à fl. 200	200 G.
Bayer. Hypothekenb. Pfandbriefe 4 pCt.	97 3/8 P.
Darmst. Bank 1. u. 2. Serie à fl. 250	229 G.
Weimarische Bank à Thlr. 100 . .	101 G.
Mitteldeutsche Kreditaktien . . .	101 1/2 G.
Intern. Bank in Lux. à 250 Frs. à 28 kr.	—
Taunus-Eisenbahn à fl. 250 . . .	350 P.
Frankfurt-Hanauer-Eisenbahn . . .	102 P.
Oest. F.St.Eisb. 5pCt. 500 Fr. à 28 kr.	—
„ Elisab.-Eisenbahn 5 pCt. . .	121 3/4 G.
Böhm. Westbahn-Aktien à fl. 200 6/7	77 G.
Rhein-Nahe-Bahn 200 Thl. à 105 4pCt. Z.	80 3/4 P.
Ludwigshafen-Bexbacher à 4 pCt.	149 3/4 P.
dto. dto. Prior. à 4 pCt.	97 1/2 P.
Pfälz. Maxb. b. Rothschild à 4 1/2 pCt.	107 G.
Oest. St.-Eisenb. Prior.-Oblig. à 3 pCt.	52 5/8—1/4 G.
Elisab.-Bahn Prior. 5 pCt. 6/7	79 G.
Südd. Bank-Akt., 40 pCt. Einz.	256 P.
Span. Handels- und Industrie .	—
Bayr. Ostbahn à 4 1/2 pCt. volleinbez.	113 5/8 P.
Bayer. Ostbahn mit 50 pCt. Einz.	113 G.

Wechsel
in süddeutscher Währung.

Amst. fl. 100 k. S.	101 P.
Antwerp. Frs. 200 k. S.	94 5/8 G.
Augsb. fl. 100 k. S.	99 3/4 G.
Berlin Th. 60 k. S.	105 P.
Brem. 50 Th. Ld. k. S.	97 5/8 P.
Brüssel Frs. 200 k. S.	94 5/8 G.
Cöln Thlr. 60 k. S.	105 P.
Hamb. MB. 100 k. S.	88 5/8 P. 3/8 G.
Leipzig Th. 60 k. S.	105 P.
London Lst. 10 k. S.	119 3/8 G.
Lyon Frs. 200 k. S.	—
Mail. Frs. 200 . .	94 1/2 G.
München fl. 100 k. S.	99 3/4 G.
Paris Frs. 200 k. S.	94 3/4 G.
Petersburg 30 S.-R.	—
Triest fl. 100 k. S.	—
Wien fl. 100 ö. W.	—
do. in öst. W. l. S.	106 3/8 P.
Disconto	3 1/2 pCt. G.

Anlehens-Loose.

Oesterr. fl. 250 v. 1839	145 P.
„ fl. 250 v. 1854 mit 4pCt.	79 3/4 P.
„ fl. 500 v. 1860 6/7	87 1/2 G.
„ fl. 100 Eisb. L. v. 1858.	136 1/2 P. 136 G.
„ do. v. 1864.	97 1/8 P.
Schwed. 10 Thlr. Loose	—
Badische fl. 50	—
Badische fl. 35	53 1/2 P.
Kurhess. Thlr. 40 b. R.	56 1/2 P.
Gr. Hessen fl. 50 b. R.	140 P.
„ fl. 25 do.	36 3/4 P.
Nassau fl. 25 bei Rothsch.	36 3/4 P.
Sardinische Fr. 36 b. B.	—
Neuchateler 10 Frs.-Loose	—
Freiburger 15 Frs.-Loose	—
Mailänder 45 Frs. L. b. B.	33 1/4 P.
St. Lüttich mit 2 1/2 pCt. Z.	33 1/2 P.
Ansb.-Gunzenh. fl. 7-L.	10 7/8 P.

Frankfurt, 11. Mai. Die Börse war sehr still und im Ganzen matt. Amerikanische verloren die gestern erzielte Avance wieder vollständig, Oesterreichische waren ebenfalls eher niedriger. (Synd.)

Digitized by Google

An die
k. Hof- und Staatsbibliothek
München.
1 N. Würzb. Ztg.

Neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht!

№ 132. | Vorausbezahlung: Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 1 fl. 30 kr. Bei Inseraten wird die dreispaltige Zeile in gewöhnlicher kleiner | 62. Jahrgang. | Schrift oder deren Raum im Hauptblatte mit 6 kr., im Anzeiger mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franco. | Samstag, 13. Mai 1865.

Allah und sein neuester Prophet.

Napoleon III. hat in der Vorrede zu seiner Geschichte Julius Cäsars die Deutschen abgekanzelt wegen ihrer sündhaften Empörung gegen den Völkermessias Napoleon I. Nach seiner Theorie erstehen von Zeit zu Zeit „providentielle“ Männer zur Rettung der Gesellschaft und zur Bildung neuer Staatsformen. Der Leitung solcher Halbgötter muß sich die gewöhnliche Menschheit blindlings unterwerfen; jede Auflehnung gegen diese außerordentlichen Wesen ist ein frevelhaftes Beginnen, sie selbst aber sind kraft ihrer höheren Vollmacht an die bestehenden Gesetze gar nicht gebunden; sie dürfen sich selbst über einen Eid hinwegsetzen, wenn er ihrer „Mission“ im Wege steht.

Dieselbe Sprache führt Napoleon III. jetzt auf afrikanischem Boden. Er hat von Algier aus eine Proklamation an die Araber und Kabylen erlassen, von der wir bereits einen kurzen (durch den Telegraphen aber, wie gewöhnlich, stark verballhornten) Auszug gegeben haben. Wir lassen das interessante Aktenstück, welches heute vorliegt, hier vollständig folgen:

„Als vor 35 Jahren Frankreich den afrikanischen Boden betrat, war es nicht erschienen, um die Nationalität eines Volkes zu vernichten, sondern, im Gegentheil, um dieses Volk von Jahrhunderte langer Unterdrückung zu befreien; es hat die türkische Herrschaft durch eine mildere, gerechtere und aufgeklärtere Regierung ersetzt. Nichtsdestoweniger habt ihr, jeder fremden Botmäßigkeit abhold, während der ersten Jahre eure Befreier bekämpft.

„Fern sei von Mir der Gedanke, euch daraus ein Verbrechen zu machen; Ich ehre im Gegentheil das Gefühl kriegerischer Würde, das euch vor eurer Unterwerfung antrieb, das Urtheil Gottes durch die Waffen anzurufen. Aber Gott hat gesprochen; erkennt darum die Gebote der Vorsehung, die in ihren unerforschlichen Rathschlüssen uns oft zum Heil führt, indem sie unsere Hoffnungen täuscht und unsere Anstrengungen vereitelt.

„Wie ihr, haben vor 20 Jahrhunderten auch unsere Vorfahren einem fremden Einfall muthig widerstanden, und doch schreibt sich von ihrer Niederlage ihre Wiedergeburt her. Die besiegten Gallier sind in den siegenden Römern aufgegangen, und aus dem nothgedrungenen Bunde der widerstrebenden Kräfte zweier sich feindlich gegenüberstehenden Zivilisationen ist mit der Zeit jenes französische Volksthum hervorgewachsen, das seinerseits über die ganze Welt seine Ideen ausgebreitet hat. Wer weiß, ob nicht ein Tag anbricht, wo die arabische Race, nachdem sie sich verjüngt, und mit der französischen Race verschmolzen, eine mächtige Eigenart wieder erlangt, ähnlich derjenigen, die sie während Jahrhunderten zur Herrin der südlichen Gestade des Mittelmeeres gemacht hat?

„Erkennet also die vollendeten Thatsachen an. Euer Prophet hat gesagt: „Gott verleiht die Gewalt, wem er will“ (Sure II Von der Kuh, Vers 248). Diese Gewalt nun, die Ich von ihm besitze, will Ich ausüben in eurem Interesse und zu eurem Wohl.

„Ihr kennt Meine Absichten. Ich habe das Eigenthum der Ländereien, die ihr besitzt, unwiderruflich sicher in eure Hände gelegt; Ich habe eure Häuptlinge geehrt, eure Religion geachtet; Ich will eure Wohlfahrt noch erhöhen, euch einen immer größern Antheil gewähren an der Verwaltung eures Landes, wie an den Wohlthaten der Civilisation; aber unter der Bedingung, daß ihr auch eurerseits diejenigen achtet, die Meine Autorität vertreten. Saget euren verirrten Brüdern, daß der Versuch, neue Empörung anzuzetteln, für sie verhängnißvoll sein würde. Zwei Millionen Araber vermögen vierzig Millionen Franzosen nicht zu widerstehen. Ein Kampf, in dem ein Mann gegen zwanzig steht, ist ein unsinniger Kampf. **Ueberdies habt ihr Mir den Eid geleistet, und euer Gewissen wie euer heiliges Buch legen euch die Pflicht auf, euer gegebenes Versprechen heilig zu halten.** (Sure VIII; Von der Reue, Vers 4.)

„Ich danke der großen Mehrzahl von euch, deren Treue durch die perfiden Rathschläge des Fanatismus und der Unwissenheit nicht erschüttert worden ist. Ihr habt begriffen, daß Ich als euer Herrscher auch euer Beschützer bin. Alle, die unter dem Schutz unserer Gesetze stehen, haben ein gleiches Recht auf Meine Fürsorge. Schon verknüpfen euch große Erinnerungen und mächtige Interessen mit dem Mutterland; seit zehn Jahren habt ihr den Ruhm unserer Armeen getheilt, und eure Söhne haben an der Seite der unsrigen würdig gekämpft in der Krim, in Italien, in China, in Mexiko. Die Bande, die auf dem Schlachtfeld geknüpft werden, sind un-

Feuilleton.

Richard Wagner's Bericht über eine deutsche Musikschule in München

an Se. Majestät König Ludwig II.

(**München**, 7. Mai.) In einer Schule, als „Konservatorium“ benannt, soll der klassische Styl einer reifen Kunstentwicklung und insbesondere dessen Vortragsweise erhalten werden. Die Konservatorien in Italien bewirkten, daß dort die Oper wie die italienische Gesangsmusik selbst in ihrer heutigen Entartung doch wesentlich unverändert blieb. Auch das Pariser Konservatorium erhielt die dem französischen Geschmack als klassisch geltende Vortragsweise für die Werke ihrer großen Meister. Die Konservatorien standen mit den großen Kunstinstituten, wo die bedeutendsten Meister wirkten, in Verbindung: so die Konservatorien von Neapel, Mailand und Paris mit den Theatern von San Carlo, della Scala und der Academie de Musique. In Deutschland fehlt aber jedes Kunstinstitut, welches für uns die Bedeutung jener großen Theater hätte. Der klassische Styl ist in unseren Kunstinstituten unvertreten, fast unbekannt, und die Deutschen sind bis heute aus einer Nachbildung und Nachahmung der fremden Nationen nicht herausgekommen. Der Deutsche wird, sobald er sich mit italienischer Musik befaßt, Italiener; ebenso drückt der Franzose den Leistungen des Auslandes den Stempel seines Geschmacks auf, so daß dieser Geschmack wieder maßgebend für die Leistungen aller Länder wird. Auf was sollen wir in Deutschland unsere konservativen Sorgen richten: auf Gluck, auf Mozart? Dieser Meister Werke sind wir nie im Stande mit stylistischer Korrektheit aufzuführen. Die Gesangs- und Vortragskunst aus Gluck's und Mozart's Zeiten ist in Deutschland nirgends mehr gepflegt worden und so verloren gegangen. Ihre Werke hören wir nur in den entstellenden, französischen und italienischen Styleigenthümlichkeiten. Die deutschen Theater blieben eben so von Paris abhängig, wie die französischen Provinzialtheater. Wurde auch manchmal vom Konzertsaale aus eine edlere, ernstere Richtung angegeben, so wurde diese wieder von der Oper, diesem täglichen Unterhaltungswerkzeug, durchkreuzt und verwirrt. Die Nöthigung für tägliche Unterhaltung zu sorgen, hat eben all das Unreife, Ungebildete und Inkorrekte zur Folge gehabt. Weil das Münchener Hof- und Nationaltheater täglich vom Publikum in Beschlag genommen worden ist, soll provisorisch ein besonderes Lokal für vorzubereitende, periodische Musteraufführungen hergerichtet und die Herstellung zugleich zur Lösung wichtiger Aufgaben in Betreff der ästhetischen Zweckmäßigkeit der Erbauung eines szenisch und akustisch mustergiltigen Theaters angewendet werden. Dißhalb hat Se. Majestät einem berühmten Architekten (Professor Semper in Zürich) die Aufgabe gestellt, einen Theaterraum zu konstruiren, wo, bei Steigerung der Klangwirkung die unschöne und störende Sichtbarkeit des Orchesters vermieden wird. Der Architekt schlug einen Flügel des Industrie-Ausstellungsgebäudes vor. Hier soll auch auf Wunsch des Königs zuerst der Dramencyklus „der Ring der Nibelungen“ aufgeführt und zu dieser Aufführung vorzüglich begabte Darsteller eingeladen werden, während die Musikschule vorbereitend daran Theil zu nehmen hat. Der

lösbar und ihr habt erfahren, was es werth ist, uns zu Freunden oder zu Feinden zu haben.

„Habt darum Vertrauen in euer Geschick, es ist ja verknüpft mit dem Geschick Frankreichs! Und erkennet an mit dem Koran, daß „derjenige, den Gott leitet, wohlgeleitet ist“ (Sure VII, El Araf, Vers 177).“

Algier, 5. Mai 1865. Napoleon.

In Afrika kann eine solche Sprache angemessener erscheinen, als in Europa. Dort kann man einem besiegten Volke zurufen: „Gott hat entschieden. Erkennt die Gebote der Vorsehung. Gott verleiht die Macht, wem er will!“ Im freier denkenden Europa gelten die Siege auf dem Schlachtfelde, und wären es selbst die eines Napoleon I., keineswegs als definitive Urtheilssprüche der Vorsehung; solche Siege sind nur Thatsachen, die durch andere wieder aufgehoben werden können.

Dürften die Araber und Kabylen ihre Meinung aussprechen, ohne Furcht vor französischen Kriegsgerichten, wie würde ihre Antwort lauten auf die napoleonische Behauptung, daß die Franzosen ihre „Befreier“ seien? Eine Armee von achtzigtausend Mann ist nach 35jähriger Okkupation noch heute in Algerien nothwendig, um die Eingebornen zu verhindern, diese merkwürdige, von Frankreich importirte „Freiheit“ abzuschütteln. Man nennt sie anderwärts Militärdespotismus.

(Amtliche Nachrichten.) **München** 11. Mai. Se. Maj. der König hat die erledigte Stelle eines k. Konsuls in Paris dem Kaufmann Friedr. Schwab daselbst übertragen; dem prakt. Arzte und herzogl. nass. geh. Hofrath Dr. Stiebel in Frankfurt a/M. das Ritterkreuz 1. Kl. des Verdienstordens vom h. Michael verliehen; auf das Frühmeßbenefizium in Weißenhorn, Bezirksamts Illertissen, den Priester Fr. Permanne, Benefiziat und Kapitelskaplan daselbst, nominirt; die prot. Pfarrei Ervolzheim, Dek. Dürkheim, dem bish. Pfarrer in Freimersheim, J. Fr. Hoffmann, verliehen; die prot. Pfarrstelle in Oberotterbach, Dek. Bergzabern, dem bish. Pfarrer und Distrikts-Schulinspektor in Münchweiler, Fr. J. Matthias, verliehen; der von dem freiherrlich v. Dobeneck'schen Kirchenpatronate für den Pfarramts-Kandidaten E. Brachmann aus Amerbach ausgestellten Präsentation auf die prot. Pfarrei Jodiz die Bestätigung ertheilt.

Der Entwurf eines Gesetzes: „die Ertheilung einer Amnestie wegen der im Jahre 1849 verübten politischen Verbrechen und Vergehen betr.“, lautet: „Se. Maj. der König hat ꝛc. ꝛc. Art. 1. Die wegen Betheiligung an den im Jahre 1849 verübten politischen Verbrechen und Vergehen erkannten noch nicht vollzogenen Strafen sammt den noch nicht eingebrachten Kosten werden erlassen und die wegen solcher strafbarer Handlungen eingeleiteten noch nicht rechtskräftig erledigten strafgerichtlichen Untersuchungen werden niedergeschlagen. Art. 2. Die wegen eines Verbrechens oder Vergehens von der in Art. 1 bezeichneten Art Verurtheilten werden in die bürgerlichen und politischen Rechte, welche sie in Folge ihrer Verurtheilung verloren haben, wieder eingesetzt. Art. 3. Die Bestimmungen der Art. 1 und 2 finden nur auf solche Personen Anwendung, welche zur Zeit der Verübung der in diesen Artikeln erwähnten strafbaren Handlungen Angehörige des bayerischen Staates waren. Art. 4. Gegenwärtiges Gesetz tritt mit der Verkündung im Gesetzblatte und im Amtsblatte der Pfalz in Wirksamkeit.“

Aus der Sitzung der Kammer der Abgeordneten vom 11. d. berichten wir nachträglich, daß der Präsident, nachdem er, bezüglich der Zwischenwahlen in der Pfalz, bekannt gegeben, daß nach den eingelangten Mittheilungen die HH. v. Soyer und Vogt als legitimirt zu erachten seien, bemerkte, in beiden Fällen und bei einem früheren Falle in der Pfalz (bei dem des Dr. Groß) habe die dortige Regierung auch immer die Wahl eines Ersatzmannes angeordnet, was im Wahlbezirk Speyer-Frankenthal diesmal nur unter dem Protest der Mehrheit der Wahlmänner vollzogen worden sei. Das Direktorium der Kammer sei hier anderer Ansicht, daß nämlich bei bloßen Zwischenwahlen eine Ersatzmannswahl nicht nothwendig sei; dies wolle er (der Präsident) hiemit konstatiren. — Staatsminister Frhr. v. d. Pfordten bemerkt, er erfahre von der Sache erst jetzt und bitte, aus dem Schweigen des Staatsministeriums nicht den Schluß ziehen zu wollen, als ob dasselbe sich schon für die eine oder die andere Ansicht entschieden habe; ohnehin gehöre die Sache, da sie die Auslegung des Wahlgesetzes betreffe, vor den Gesammtministerrath.

Aus **Wien**, 9. Mai, wird der „D. A. Ztg.“ geschrieben: „Gutem Vernehmen nach hat Hr. v. Wydenbrugk hier ein vertrauliches Promemoria überreicht, in welchem der Herzog von Augustenburg die von Preußen an die Herzogthümer gestellten Forderungen im Einzelnen prüft und sich schließlich zu dem Entschluß bekennt, ihre Bewilligung, soweit seines Erachtens dieselbe überhaupt mit der Würde und Selbstständigkeit des künftigen Souveräns vereinbar, in keinem Fall anders als in vollem Einvernehmen mit der gesetzlichen Vertretung der Herzogthümer aussprechen zu wollen. Hinzugefügt ist der Ausdruck der Hoffnung, daß Oesterreich nicht verfehlen werde, seinen in dieser Beziehung direkt an die Krone Preußen gerichteten Appell mit dem ganzen Einfluß zu unterstützen, den geltend zu machen Art. 3 des Friedensvertrags dem Mitbefreier des Landes das Recht verleihe und das deutsche Bundesrecht der ersten Bundesmacht die Pflicht auferlege.

Wien, 11. Mai. Unterhaus. Berger's Antrag, die Proteste der Wiener Gerichtshöfe gegen die vom Abgeordneten Schindler bei der Debatte über das Justizbudget wider die Justizpflege erhobenen Vorwürfe zur Berichterstattung an einen besondern Ausschuß zu verweisen, wurde abgelehnt.

---

uns angemessene höhere Styl aber ist vorzubereiten durch die geeignete Ausbildung der mit dramatischem Talent begabten Sänger. Da aber kein Zweig der musikalischen Ausbildung in Deutschland so vernachlässigt ist wie die Gesangs-Kunst, so kann die Wahl zu mustergiltigen Aufführungen nur auf Wenige fallen. Die Schwierigkeit liegt zum Theil in klimatischen Einflüssen, zum Theil aber und besonders in den Eigenthümlichkeiten der Sprache. Während die italienische Sprache an ihren dehnbaren Vokalen und der anmuthigen Energie ihrer Konsonanten wirksame Klangkörper besitzt, während selbst der Franzose seinen Vokalismus fließend erhält und seine Konsonanten sogar bis zur begrifflichen Mißverständlichkeit dem Euphonismus unterordnet, hat die deutsche Sprache nach ihrem tiefen Verfall am Ende des Mittelalters trotz der großen Anstrengung der Dichter der deutschen Renaissance sich nicht so weit wieder entwickelt, daß sie mit den romanischen, ja selbst slavischen Nachbarn wetteifern könnte. Eine Sprache mit kurzen tonlosen Vokalen, eingeengt zwischen höchst ausdrucksvollen, aber gegen den Wohlklang gehäuften Konsonanten muß sich zum Gesange anders verhalten, als die eben angeführten. Da nun auch das Modell des italienischen Gesanges auf unsere Sprache nicht anwendbar ist, indem Sprache und Gesang zugleich entstellt wird, muß eine deutsche Gesangsschule die Aufgabe lösen, den Gesang mit der Eigenthümlichkeit der Sprache ins richtige Verhältniß zu setzen. Hat so die Natur dem Deutschen die Ausbildung seiner Kunstorgane erschwert, so hat sie ihn dagegen anderntheils mit Ausdauer und Kraft in der Anwendung der Reflexion auf seine Bildung ausgestattet. Dessenungeachtet muß in der deutschen Musikschule der italienische Gesang mit Anwendung der italienischen Sprache mitbegriffen werden. Der künftige Sänger muß auch guter Musiker sein; bisher eignete sich der Sänger nur das Treffen der Noten, nicht aber deren Vortrag und Gehalt an; er muß in der Musikschule auch Harmonie und Kompositionslehre lernen. Dazu tritt ein Sprachunterricht, der von der rein physischen Ausbildung des Sprachorgans bis zur Lehre über Vers und Reim und bis zur Belehrung über den rhetorischen und poetischen Gehalt des dem Gesange zu Grunde liegenden Gedichtes vorschreitet. Mit der bisherigen Gleichgültigkeit gegen den Text wurde auch die mimische und plastische Aktion nur eine sinnlose Nachahmung von Gewohnheiten. Jeder Musiker muß überhaupt vom Anfange der Ausbildung in seinem Spezialfache an Gesangesunterricht erhalten; denn jeder Instrumentalist hat am Gesanglichen das Gesetz seiner Leistungen wieder aufzufinden. Die eigentliche Instrumentaltechnik mag dann jeder Schüler auf dem Privatwege suchen. Erst wenn der Schüler zur Beherrschung der Technik gereift, wird die höhere Musikschule zur Bildung seines Geschmackes und Vortrages eintreten. Wir haben für unsere klassischen Werke keinen klassischen Vortrag. Gluck's und Mozart's Werke beeinflussen das Publikum mehr durch die Autorität, als durch wirklichen Eindruck. Wo ist die Schule, in der der giltige Vortrag der Mozart'schen Musik festgestellt und gepflegt worden? die spärlich vorkommenden Zeichen in den Partituren können nicht genügen. Man muß zusammenhalten, wie flüchtig Mozart seine Partituren schrieb, und wie anspruchsvoll bei den Proben er für den Vortrag der darin enthaltenen sanglichen Motive war. Alles war auf den unmittelbaren Verkehr des Meisters mit dem Orchester berechnet. Wie läßt sich die Vortragsweise des tauben Beethoven oder des wunderbarsten Meisters, Bach, wiederherstellen? Ganz besondere Sorgfalt wird auf den richtigen Klavierunterricht zu verwenden sein. Nur durch den sinnreich kombinirten Mechanismus des Klaviers kann man sich Inhalt und Form des Tonstückes vergegenwärtigen und einigermaßen die Vortragskunst mittheilen. Außerdem ist das Klavier der eigentliche Vermittler zwischen Musik und Publikum. Die Musikschule muß also die Heranbildung tüchtiger Klavierlehrer bezwecken. Mit der Gesangschule ist aber auch eine Schule für das rezitirende Schau-

Wien, 11. Mai. Frhr. Jo. Halbhuber wird, in Anerkennung seiner Haltung als diesseitiger Civilkommissär in den Herzogthümern, das Großkreuz des Leopoldordens erhalten.

Wien, 11. Mai. Der Großfürst Michael Nikolajewitsch mit Gemahlin und Familie sind heute Morgen eingetroffen und wohnen in der Hofburg. Der Großfürst geht sodann nach Darmstadt zum Kaiser von Rußland, die Großfürstin nach Karlsruhe.

Berlin, 11. Mai. Der „Köln. Ztg." wird von hier geschrieben: In Folge der sogenannten geheimen Uebereinkunft in der Zollkonferenz wegen der bedingten und beschränkten Anwendung des Zollvereins-Tarifs auf andere Staaten werden, wie man glaubt, auch nach dem Abschlusse des Handelsvertrages mit Frankreich die Ursprungs-Zeugnisse aufrecht erhalten werden. — Die Reise des Königs nach Karlsbad soll gegen den 10. Juni zu erwarten sein. Eine abermalige Begegnung mit dem Kaiser von Oesterreich wird nicht als unwahrscheinlich angesehen, wenn auch noch nichts darüber bestimmt sein mag. Es wird dann vielleicht der Versuch einer Verständigung über die schwebenden Fragen unternommen werden, falls die bis dahin zu treffenden Vorbereitungen genügende Anhaltspunkte dazu darbieten.

Ueber die Vorgänge in der Sitzung des Abgeordnetenhauses vom 5. d. spricht sich die „Prov.-Korresp." dahin aus, daß bei dem laxen Verhalten des Präsidiums gegenüber den Ausschreitungen der Abgeordneten Aeußerungen und Verleumdungen „straflos" blieben, die unter andern Verhältnissen mit den schwersten Strafen bedroht seien, und daß „selbst die Ehrfurcht vor der Krone" nicht gesichert sei. „Dieser Zustand, fährt die Korrespondenz fort, ist unerträglich, er ist für das Land und die öffentliche Sitte verderblich, — er ist zugleich dem Willen und Geist der Verfassung zuwider. Wenn das parlamentarische Leben in Preußen nicht durch seine eigenen Ausschreitungen gefährdet und zu Grunde gerichtet werden soll, so ist es jetzt hohe Zeit, daß jenem schreienden Mißbrauche ein Ziel gesetzt werde. Man darf der Regierung vertrauen, daß sie dieser Aufgabe ihre ernste Fürsorge zuwende."

Leipzig, 9. Mai. Die heurige Ostermesse ist im Wesentlichen als beendigt anzusehen, obschon sie offiziell noch die nächste Woche dauert. Das Geschäft litt im Allgemeinen unter dem Einflusse einer Reihe widerlicher Umstände, namentlich im Hinblick auf den Umschwung in Nordamerika und die bevorstehenden Veränderungen in dem Verkehr mit Frankreich und Oesterreich. Aeußerlich ließ der Besuch nichts zu wünschen übrig, aber im Grunde wurden wenig Geschäfte gemacht. Die Bedeutung der Messe sinkt von Jahr zu Jahr. In Wahrheit wird nur noch in Leder, Tuch- und Rauchwaaren ein wirkliches Meßgeschäft erzielt.

— Am 19—23. August ds. Js. soll hier, nach Beschluß der 1862 zu Augsburg gehaltenen fünften deutschen Feuerwehrversammlung, der sechste allgemeine deutsche Feuerwehrtag gehalten werden. Das hier gebildete Lokalkomite hat beschlossen, mit dem Feuerwehrtage eine Ausstellung von Feuerwehr-, Rettungs- und Löschgeräthschaften, sowie von Wasserleitungsgegenständen zu verbinden. Dieselbe wird vom 17—24. August geöffnet bleiben, und man hofft auf eine rege Betheiligung derer, welche sich mit Anfertigung jener Gegenstände befassen. (Schw. M.)

Leipzig, 11. Mai. Soeben erhalten wir, schreibt die „D. A. Z." zu unserer freudigen Ueberraschung folgende Ankündigung des Verwaltungsraths der Deutschen Schillerstiftung: Weimar, 2. Mai. Da eine Verständigung über die bekannten und beklagenswerthen Zerwürfnisse in der Deutschen Schillerstiftung bisher trotz fortgesetzter Bemühungen ihres Vororts und Verwaltungsraths nicht zu erzielen gewesen ist, so macht sich eine neue Generalversammlung nöthig, behufs Beschlußnahme darüber: ob zu den alten Satzungen zurückzukehren oder über die neuen weiter zu verhandeln sei? Der Unterzeichnete beehrt sich, zu dieser Generalversammlung hieher auf Mittwoch, 7. Juni, 10 Uhr Vormittags ganz ergebenst einzuladen, mit dem Ersuchen, daß sämmtliche Zweigstiftungen, unter Wahrung der einschlägigen Vorschriften der Geschäftsordnung, an dieser Generalversammlung sich betheiligen und über diese Betheiligung baldmöglichste Nachricht anher gelangen lassen wollen. Hochachtungsvoll für den Verwaltungsrath der Deutschen Schillerstiftung der Vorsitzende: (gez.) Franz Dingelstedt.

Schleswig-Holstein. Die „Schlesw.-Holst. Ztg." gibt einen Bericht über die Kosten, welche den Schleswig-Holsteinern durch die Fortdauer der Einquartierung während des Provisoriums erwachsen. Es sind jetzt in den Herzogthümern noch 500 preußische Offiziere und 11,590 Mann nebst 1500 Pferden, ebenso 180 österreichische Offiziere, 5090 Mann mit 400 Pferden. Die „Schlesw.-Holst. Ztg." sagt: „Man kann mit Recht fragen: Wozu diese Truppenmasse im Lande? Die Schleswig-Holsteiner können mit 1000 Mann regiert werden, zumal wenn man ihnen nicht mit Gewalt ihr Recht nehmen will, was von Gottes- und Rechtswegen ihnen gehört. Man muß nicht glauben, daß man durch eine solche Behandlung die Liebe des schleswig-holsteinischen Volkes gewinne, im Gegentheil, die Abneigung steigert sich von Tage zu Tage. Daher strebe Jeder nach Kräften, daß das so verhaßte Provisorium endlich aufhöre."

Brüssel, 11. Mai. Wie man hört, wird sich ein Kommissär von hier nach Berlin begeben, um an den Verhandlungen wegen des belgisch-preußischen Handelsvertrages Theil zu nehmen.

---

spiel zu verbinden. Seit Schiller's und Göthe's Erscheinen datirt sich der jähe Verfall der Schauspielkunst. In der sog. Natürlichkeitsschule aufgezogen, lösten die Schauspieler die Verse in Prosa auf und übten sie nach einer banalen Melodie ein. Unfähig, Schiller und Göthe und einen giltigen musterhaften Styl sich anzueignen, ist das deutsche Schauspiel auf das Experimentiren mit den Werken aller Zeiten und Nationen verfallen. Musik und Poesie müssen sich bei der höheren Ausbildung die Hand geben. Den rein sprachlichen und deklamatorischen Studien muß für die höheren Anforderungen der plastischen und mimischen Ausbildung ein wirklich gebildeter Balletmeister beigegeben werden. Die letzte Phase der Erweiterung der Musikschule wäre die Heranbildung eines von gleichem Geiste beseelten Privatlehrerstandes und eines Orchester-Instituts, aus allen musikalischen Lehr- und Ausführungskräften der ganzen Stadt bestehend. Zur Lehre des richtigen Geschmackes müssen die Hauptlehrer der Musikschule eine Zeitschrift herausgeben, um Stylerweiterungen zwischen Künstler und Publikum zu ermitteln. Daran würden sich Volkstheater und Volkskonzerte und Preiswerke in einem Festtheater reihen. (Nürnb. Korr.)

Vermischtes.

(Ein Opfer von 800,000 Menschen.) Doktor Chenu hat im Auftrage der Regierung einen Bericht über die Ambulance in der Krim und die französischen Militärspitäler in der Türkei während des orientalischen Krieges von 1854—1856 ausgearbeitet. Nach demselben hat der Krimkrieg nicht weniger als 800,000 Menschen gekostet, auf den Schlachtfeldern oder in den Spitälern verlor die französische Armee 95,615, die englische 22,182, die piemontesische 2194 (von letzteren nur 12 gefallen!), die türkische 35,000, die russische 630,000 Mann. Chenu erwähnt auch die Thatsache, daß die Kriege in der jüngsten Zeit blutiger geworden sind, als sie je vorher waren. Wellington hatte an den furchtbaren Schlachttagen des 16., 17. und 18. Juni 1815 nur 8000 Verwundete, während bei Solferino die Franzosen und Piemontesen 16,000, die Oesterreicher 21,000 zählten. Auch sind die Verwundungen in Folge der neuen Geschosse weit gefährlicher.

Glasbrenners „Montags-Zeitung" bringt folgende scherzhafte Telegramme: „Berlin, 8. Mai. Das Vernehmen zwischen Preußen und Oesterreich scheint sich wieder freundlicher zu gestalten; der preußische Balletmeister Taglioni reist in diesen Tagen nach Wien, um daselbst ein Ballet in Scene zu setzen. — Wiesbaden, 8. Mai. Der Konflikt zwischen Volk und Regierung wird täglich tiefer, das moralische und materielle Wohl des Staates untergrabender. — Die Minister sind von der lustigen Auerhahnjagd glücklich heimgekehrt. Heute ist Parade, morgen Ballet, übermorgen Parade und Ballet, täglich Hazard. — Karlsruhe, 9. Mai. Volk und Fürst sind hier Ein Herz und Eine Seele. Diesem beleidigenden Zustande müßte endlich ein Ende gemacht werden. (Der „Nordd. A. Z." entlehnt.) — Schwerin, 10. Mai. Mecklenburg ist nach Amerika ausgewandert. Die zurückgelassenen Junker müssen sich selbst jetzt prügeln."

(Nr. 14.) **Dreisylbige Charade.**

Das Erste ruft die Mutter der Tochter zu,
Sitzt diese am Winterabend in Ruh'.
Damit ich zu dem Nachbarsmann
Die zweite und dritte sagen kann.
Dann gibts ein Produkt, wie das Ganze so fein,
Allein es wird viel stärker sein.

Auflösung der Charade Nr. 13: Wirbelwind.

Paris, 10. Mai. Die Arbeitseinstellungen verschiedener Handwerker haben einen Umfang erreicht, der gewiß einigermaßen zu ernstem Nachdenken auffordert. Außer den Schustern, Färbern, Webern und Hutmachern haben nun auch die Wagner- und Schmiedegesellen zu feiern angefangen und auch die Kutscher stehen im Begriff, ihren Herren den Dienst zu kündigen, wenn keine Erhöhung des Lohnes erfolgt. Die Hutnoth ist in Paris aufs Aeußerste getrieben; wer einen neuen Hut will, muß sich 14 Tage vorher melden, dabei aber noch zu den Kunden gehören, damit er überhaupt bedient wird. Die Fabrikanten sind bisher noch immer genöthigt, ihre Hüte aus England und Belgien zu beziehen.

Der „Temps“ erzählt von einer neuen Erfindung, welche ein algerischer Kolonist gemacht habe: es handle sich um eine Erscheinung, die man wohl am besten „portativen Enthusiasmus“ nennen könne. Der Mann spekulirt auf die Ernennung des kaiserlichen Prinzen zum Könige von Algerien und verspricht sich davon einen fetten Brocken. Um seine Idee nun durchzusetzen, erscheint er, natürlich nicht ohne Nachsicht der Polizei, überall, wo der Kaiser sich blicken läßt, mit Weib und Kindern, nebst zwei Arabern, welche Vivat schreien und sich um ein großes Rouleaux von Leinwand gruppiren, das die Inschrift in großen Buchstaben führt: „Vive l'Empereur! Vive l'Impératrice! Vive le prince impérial, roi d'Algérie!“ Der Erfinder ist laut dem „Temps“ gesonnen, dem Kaiser auf der Runde durch Algerien zu folgen.

Paris, 11. Mai. Der „Moniteur“ schreibt: „Nachrichten vom 15. März melden, daß in Panama eine Militärrevolution ausgebrochen ist.“

Turin, 11. Mai. General Cialdini hat für den Fall, daß Spanien Italien anerkennt, den Auftrag erhalten, eine Verbindung zwischen dem Prinzen Humbert mit einer Tochter der Königin Isabella anzubahnen. (Fr. J.)

Aus **New York**, 25. April, schreibt man der „K. Z.“: „Der neue Präsident denkt für's Erste nicht daran, die Politik oder die Minister seines Vorgängers zu ändern. Johnson hat, selbst wenn er wollte, zur Ausführung derartiger durchgreifender Veränderungen kaum noch die Zeit gehabt. Von Morgen bis Abend mußte er sich gefallen lassen, die Beileids- und Unterstützungs-Betheuerungen von Privaten, öffentlichen Behörden und selbst konstituirten Korporationen in Empfang zu nehmen und die an ihn gerichteten Adressen zu beantworten. Er hat sich dieser Aufgabe bis jetzt mit großem Takt und Geschick erledigt; seine Bemerkungen, wenn auch kurz, waren sachgemäß und schlagend, ja, seine Antwort auf die Antrittsrede des neuen englischen Gesandten sogar diplomatisch fein, spitzig und voll Geist. Der alte demokratische Schneidergeselle hat durch dieses Auftreten mit Recht bedeutend in den Augen seiner Landsleute gewonnen und den üblen Eindruck, den seine Amtseinsetzung gemacht hatte, ziemlich wieder verwischt.“

Eine Hauptfrage, deren baldige Lösung für die amerikanische Republik nicht entbehrt werden kann, ist wenigstens im Geiste des Präsidenten Johnson entschieden. Nämlich diese: hatte die Rebellion zur Folge, daß die politische Existenz der Südstaaten von selber aufhörte, so daß sie einfach „Territorien“ unter der Vormundschaft der Bundesregierung geworden wären? Der Senator Sumner hat die Frage bejaht; der Präsident hingegen hat sich dahin ausgesprochen, daß die Rebellion eine Wirkung nicht auf die einzelnen Staaten, sondern nur auf die Personen der Rebellen üben kann; Rebellion ist ein persönliches Verbrechen, welches Folgen für die Verbrecher hat, aber die Regierung und Verfassung des einzelnen Staates nicht berührt. Die Staaten, wo die Rebellion ausbrach, behalten also ihre politischen Rechte, d. h. wenn nur eine zur Ausübung solcher Rechte genügende Anzahl von Personen der Union treu geblieben ist. Auf eine Anfrage des Kriegsministers Stanton hat der Attorney General (Generalstaatsanwalt) Speed mit folgenden Entscheidungen geantwortet: 1. Die konföderirten Offiziere, die sich dem General Grant ergeben haben, sind in den treugebliebenen Staaten nicht heimathberechtigt, selbst wenn sie es in denselben früher waren. 2. Die Personen, die im Dienst des Aufstandes befindlich waren oder ihm irgendwie Hülfe geleistet, haben durch den Vertrag zwischen Grant und Lee nicht das Recht erlangt, nach Washington zurückzukehren. 3. Die Rebellenoffiziere haben nicht das Recht, ihre Uniform in den treugebliebenen Staaten zu tragen. — Präsident Johnson hat auf den 25. Mai einen allgemeinen Trauer- und Bußtag ausgeschrieben. (N. Fr. Ztg.)

Die „Augsb. Allg. Ztg.“ enthält ein Schreiben aus **New-York** über den Frieden in Amerika und was er kostet. Die Rechnung stellt sich darnach wie folgt: Erspart an Ausgaben für eine stehende Armee und Flotte während des Friedens 5000 Mill.; an Arbeitskraft 1500 Millionen; an Ablösung der Sklaven 2000 Mill., Summa: 8500 Millionen. Ausgaben: für die Umwandlung des Staatenbundes in einen Bundesstaat, die Zerstörung der Sklavenhalterdynastie und die Abschaffung der Sklaverei 2500 Mill. Bleibt Reingewinn an Geld 6000 Mill. Dollars.

Hiezu die Beilage: „Würzb. Anzeiger“ und eine Extra-Beilage.

Verantwortlicher Redakteur: A. Hartmann.
Druck und Verlag der Stahel'schen Buch- und Kunsthandlung in Würzburg

Cours der Staatspapiere.

Oesterr.	5 pCt. Met. (Cp. i. S. b. R.)	—
„	5 pCt. Lomb. ditto. à 24	—
„	5 pCt. Engl. Met. v. 1852	$60\frac{1}{2}$ G.
„	5 pCt. Engl. Met. v. 1859	$78\frac{1}{2}$ P.
	5 pCt. Venet. Coupon b. R.	87 P.
	5 pCt. Nationalanl. v. 1854	$68\frac{5}{8}$ P. $\frac{1}{2}$ G.
„	5 pCt. Metall. Obligation	64
„	$4\frac{1}{2}$ pCt.	$57\frac{1}{4}$ G.
Preussen	$3\frac{1}{2}$ pCt. Staatsschuldsch.	—
Bayern	$4\frac{1}{2}$ pCt. Obl. 1jähr. dto.	$101\frac{3}{8}$ P.
„	$4\frac{1}{2}$ pCt. Obl. $\frac{1}{2}$jähr. dto.	$102\frac{1}{4}$ P.
„	4 pCt. Obl. 1jähr. dto.	99 G.
„	4 pCt. Obl. $\frac{1}{2}$jähr. dto.	$99\frac{1}{2}$ P. $\frac{3}{8}$ G.
„	4 pCt. Obl. Ab.-R. dto.	$98\frac{7}{8}$ P.
„	$3\frac{1}{2}$ pCt. Obl. dto.	—
Württemb.	$4\frac{1}{2}$ pCt. Obl. b. Rothsch.	$104\frac{1}{2}$ P.
„	$3\frac{1}{2}$ pCt. Obl. dto.	$94\frac{1}{2}$ P.
Baden	$4\frac{1}{2}$ pCt. Obl.	—
„	$3\frac{1}{2}$ pCt. Obl. v. 1842	$91\frac{5}{8}$ P.
Gr. Hess.	$4\frac{1}{2}$ pCt. Obl.	—
„	4 pCt. Obl. b. Rothsch.	$100\frac{3}{4}$ G.
„	$3\frac{1}{2}$ pCt. Obl. dto.	$97\frac{1}{4}$ P.
Nassau	$4\frac{1}{2}$ pCt. Obl. dto.	$102\frac{1}{2}$ P.
„	4 pCt. Obl. dto.	$99\frac{1}{4}$—$\frac{3}{8}$ G.
„	$3\frac{1}{2}$ pCt. Obl. dto.	92 G.
Frankfurt	$3\frac{1}{2}$ pCt. Obl.	96 P.
„	3 pCt. Obl.	91 P.
Spanien	3 pCt. inl. Sch. P. à fl. 2. 30	—
„	$2\frac{1}{4}$ pCt. . . .	—
Schweden	$4\frac{1}{2}$ pCt. Obl. à 105 Thlr.	$91\frac{3}{4}$ P.
N.Amerika	6 pCt. à 100r. 1881 D. $2\frac{1}{2}$	—
„	6 pCt. ditto r. 1882	$68\frac{7}{8}$—$\frac{3}{4}$ G.

Diverse Aktien.

Frankfurter Bank à fl. 500 . . .	$150\frac{1}{2}$ P.
K. K. Oesterr. National-Bankaktien	869—70 G.
Oesterr. Kreditbank-Aktien à fl. 200	$201\frac{1}{2}$P. $200\frac{1}{2}$G.
Bayer. Hypothekenb. Pfandbriefe 4 pCt.	$97\frac{3}{8}$ P.
Darmst. Bank 1. u. 2. Serie à fl. 250	$228\frac{1}{2}$ G.
Weimarische Bank à Thlr. 100 .	101 G.
Mitteldeutsche Kreditaktien . . .	$101\frac{1}{4}$ G.
Intern. Bank in Lux. à 250 Frs. à 25 kr.	—
Taunus-Eisenbahn à fl. 250 . . .	350 P.
Frankfurt-Hanauer-Eisenbahn . . .	102 G.
Oest. F.St.Eisb. 5pCt. 500 Fr. à 28 kr.	210 P.
„ Elisab.-Eisenbahn 5 pCt. . .	$12\frac{3}{4}$ G.
Böhm. Westbahn-Aktien à fl. 200 6/7	78 G.
Rhein-Nahe-Bahn 200 Thl. à 105 4pCt. 6/7	$30\frac{1}{2}$ P.
Ludwigshafen-Bexbacher à 4 pCt.	$14\frac{3}{4}$ P.
dto. dto. Prior. à 4 pCt.	$97\frac{1}{8}$ P.
Pfälz. Maxb. L. Rothschild à $4\frac{1}{2}$ pCt.	107 P. $106\frac{3}{4}$G.
Oest. St.-Eisenb. Prior.-Oblig. à 3 pCt.	$52\frac{1}{2}$ P.
Elisab.-Bahn Prior. 5 pCt. 6/7	$79\frac{7}{8}$ P.
Südd. Bank-Akt., 40 pCt. Einz.	$255\frac{1}{2}$P. $254\frac{1}{2}$G.
Span. Handels- und Industrie . .	—
Bayr. Ostbahn à $4\frac{1}{2}$ pCt. volleinbez.	113 P.
Bayer. Ostbahn mit 50 pCt. Einz.	$113\frac{1}{2}$ P.

Wechsel
in süddeutscher Währung.

Amst. fl. 100 k. S.	$100\frac{7}{8}$ P. $\frac{3}{4}$ G.
Antwerp. Frs. 200 k. S.	$94\frac{5}{8}$ G.
Augsb. fl. 100 k. S.	$99\frac{3}{4}$ G.
Berlin Th. 60 k. S.	105 P.
Brem. 50 Th. Ld. k. S.	$97\frac{5}{8}$ P.
Brüssel Frs. 200 k. S.	$94\frac{5}{8}$ G.
Cöln Thlr. 60 k. S.	105 P.
Hamb. MB. 100 k. S	$88\frac{1}{2}$ G.
Leipzig Th. 60 k. S.	105 P.
London Lst. 10 k. S.	$119\frac{3}{8}$ G.
Lyon Frs. 200 k. S.	—
Mail. Frs. 200 . .	$94\frac{1}{2}$ G.
München fl. 100 k. S.	$99\frac{3}{4}$ G.
Paris Frs. 200 k. S.	95 P.
Petersburg 60 S.-R.	—
Triest fl. 100 k. S.	—
Wien fl. 100 ö. W.	—
do. in öst. W. l. S.	$108\frac{3}{8}$ P.
Disconto	$3\frac{1}{2}$ pCt. G.

Anlehens-Loose.

Oesterr. fl. 250 v. 1839	145 P.
„ fl. 250 v. 1854 Lit. 4pCt.	$79\frac{1}{2}$ G.
„ fl. 500 v. 1860 6/7	87 G.
„ fl. 100 Eisb. L. v. 1858.	$186\frac{1}{2}$ P.
„ do. v. 1864.	$97\frac{1}{2}$ P.
Schwed. 10 Thlr. Loose	—
Badische fl. 50	—
Badische fl. 35	$53\frac{1}{2}$ P.
Kurhess. Thlr. 40 b. R.	$55\frac{1}{2}$ P.
Gr. Hessen fl. 50 b. R.	140 P.
„ fl. 25 do.	37 P.
Nassau fl. 25 bei Rothsch.	$35\frac{1}{2}$ G.
Sardinische Fr. 36 b. R.	—
Neuchateler 10 Frs.-Loose	—
Freiburger 15 Frs.-Loose	—
Mailänder 45 Frs. L. b. R.	$33\frac{1}{4}$ P.
St. Lüttich mit $2\frac{1}{2}$ pCt. Z.	83 G.
Ansb.-Gunzenh. fl. 7-L.	11 P.

Frankfurt, 12. Mai. Die Börse war äußerst still und geschäftslos und die Notirungen ohne Veränderung. (Synd.)

An die
k. Hof- und Staatsbibliothek
München.
1 N. Würzb. Ztg.

Neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht!

№ 133-34. | Vorausbezahlung: Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 1 fl. 30 kr. Bei Inseraten wird die dreispaltige Zeile in gewöhnlicher kleiner | 62. Jahrgang. | Schrift oder deren Raum im Hauptblatte mit 6 kr., im Anzeiger mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franco. | Montag, 15. Mai 1865.

(Amtliche Nachrichten.) **München** 12. Mai. Se. Maj. der König hat dem k. Bezirksarzte 1. Klasse, Dr. J. Obernderfer zu Kelheim, den Titel eines k. Hofrathes verliehen; dem Bergmeister Fr. Sievert zu St. Ingbert den Titel und Rang eines Bergrathes tax- und stempelfrei verliehen; den Obereinfahrer E. Müller in Mittelberbach zum Regierungs-Assessor und Bergwerks-Referenten bei der Regierungs-Finanzkammer der Pfalz und den Markscheider A. Bockart in St. Ingbert zum Obereinfahrer und Vorstand der Grubenverwaltung Mittelberbach befördert; den Berg- und Salinen-Praktikanten E. Günther in Speyer zum Markscheider bei dem Bergamte St. Ingbert in prov. Eigenschaft ernannt; genehmigt, daß das neubegründete Anwesen des Jos. Fendl in der Gemeinde Moosbach, Bezirksamts Viechtach, „Moosbacherau“ benannt und dieser Name öffentlich gebraucht werde.

Se. Maj. der König hat dem Bezirksarzt 1. Klasse Dr. P. Speth zu Günzburg den nachgesuchten Ruhestand bewilligt; die am Bezirksgerichte Wasserburg erledigte Botenstelle dem bisherigen Botengehilfen an diesem Gerichte, Chr Niederreitber, verliehen; die kath. Pfarrei Ehrenberg, Bezirksamts Pfaffenhofen, dem Priester Fr. X. Reinauer, Kurat- und Schulbenefiziat in Margarethausen, Bezirksamts Augsburg, übertragen.

München, 13. Mai. Herr Abgeordneter Dr. Völk und 59 weitere Abgeordnete haben eine an das k. Staatsministerium des Innern gerichtete Interpellation dem Kammerpräsidium übergeben; dieselbe bezieht sich auf die Entschließung des Ministeriums des Innern vom 4. Mai, „die Adressen und Petitionen von Landwehrmännern zur Bewirkung der Auflösung oder Ruhestandsversetzung der Landwehr betr.“, und lautet: „Das kgl. Staatsministerium des Innern hat am 4. Mai l. Js. an die k. Kreisregierungen und Landwehrkreiskommandos diesseits des Rheins eine Entschließung obigen Betreffs erlassen. In dieser Entschließung finden sich folgende Sätze: (Es werden nun die ersten Sätze des in Nr. 126 mitgetheilten Reskripts zitirt bis zur Stelle: „Es bedarf keiner weiteren Ausführung, daß die bezeichneten Versuche, das Gewicht der Massen in die Waagschale der Entscheidung zu werfen, ganz und gar unstatthaft sind, und daß denselben zunächst durch ernste Abmahnungen und, wenn diese fruchtlos bleiben, durch disziplinarische Einschreitung entgegenzutreten sei“; dann wird noch die Schlußstelle des Reskripts zitirt, worauf die Interpellation fortfährt:) Diese Anordnung des königlichen Staatsministeriums ist ihrem Wortlaute nach geeignet, bei allen Betheiligten die gerechte Besorgniß zu erregen, daß für sie das gesetzlich garantirte Versammlungs- und Petitionsrecht gefährdet, und daß sie sonach in der Ausübung wesentlicher, staatsbürgerlicher Rechte beeinträchtigt werden. In der That erscheint der Wortlaut des Erlasses vom 4. Mai d. Js. kaum vereinbar mit den Bestimmungen des Gesetzes vom 26. Februar 1850, „die Versammlungen und Vereine betreffend,“ sowie sogar mit den einschlägigen Bestimmungen der Verfassungsurkunde selbst, wie aus folgender Darstellung hervorgeht: 1) Alle Staatsangehörigen haben das Recht, sich friedlich und ohne Waffen zu versammeln. Dieser Fundamentalsatz des Gesetzes vom 26. Februar 1850, „die Versammlungen und Vereine betr.“ (Art. 1) erleidet nach Art. 27 gewisse Beschränkungen hinsichtlich der Angehörigen des stehenden Heeres, nicht auch hinsichtlich der Landwehr, die keinen Bestandtheil des ersteren bildet. (Verf.-Urk. Tit. IX. § 2, vergl. mit § 3. Verhandl. der Kammer der Abgeordneten 1849/60, Beilagen-Bd. III S. 35, Stenogr. Ber. Bd. III. S. 289). Die Angehörigen der Landwehr sind hienach in gleichem Maße wie alle anderen Staatsangehörigen berechtigt, sich friedlich und ohne Waffen zu versammeln, öffentliche Angelegenheiten zu besprechen und gemeinsame Maßregeln zu verabreden, durch welche eine Aenderung bestehender Staatseinrichtungen, sowie die Aufhebung oder Reorganisation der Landwehr auf gesetzlichem Wege erstrebt werden soll. Soferne der Ministerialerlaß vom 4. Mai solche Versammlungen für „ganz und gar unstatthaft“ erklärt und die Behörden anweist, denselben „durch ernste Abmahnungen und, wenn diese fruchtlos bleiben, durch disziplinäre Einschreitung entgegenzutreten,“ beschränkt er in ungesetzlicher Weise das Versammlungsrecht einer zahlreichen Klasse von Staatsangehörigen. 2) Alle Staatsangehörigen haben das Recht, sich einzeln oder gemeinsam in Petitionen an die Staatsbehörden oder die Kammern des Landtags zu wenden und insbesondere den letzteren ihre auf Aenderungen gerichteten Wünsche zur Kenntniß zu bringen. Ohne durch eine ausdrückliche Bestimmung sanktionirt zu sein, ist dieses selbstverständliche Recht in Bayern von jeher geübt und in zahllosen Fällen von der Staatsregierung sowohl als vom Landtag anerkannt worden. Dasselbe wird auch in Art. 6 des zitirten Gesetzes vom 26. Febr. 1850 und in der Geschäftsordnung der Abgeordnetenkammer Art. 53 Abs. 1 als ein Bestand-

Feuilleton.

Die Generalprobe von Wagners „Tristan und Isolde“.

München, 11. Mai. Diesen Vormittag hatte sich im k. Hoftheater zur Hauptprobe von Richard Wagner's „Tristan und Isolde“ ein zahlreiches Publikum, meist eingeladene Personen aus den gebildetsten Ständen, versammelt, so daß das Parkett und der erste Rang dicht besetzt waren. Der Komponisteur hielt eine eindringliche Ansprache: er dankte zuvörderst dem Orchester für die ausdauernde Mühe und ausgezeichneten Leistungen, denen allein es zu verdanken sei, daß sein Werk hier zur Aufführung gebracht werden könne. Man möge ihn entschuldigen, daß er die Leitung nicht übernehmen könne; er sei aber leidend; die Anstrengungen bei den Proben seien daran Schuld. Er vertraue sein Werk getrost dem Orchester und seinem Freunde Hrn. v. Bülow an. Der Künstler sei nur dann glücklich, wenn seine Person vergessen wird, wenn man nur das Werk, nicht die Person vor Augen hat. Vergessen sei überhaupt eine schöne Pflicht; möge dies auch in Bezug auf seinen Freund Hrn. v. Bülow der Fall sein. (Zum Verständniß dieser Bemerkung müssen wir auf einen Vorgang zurückkommen, der in München Reminiscenzen aus Lolazeiten ins Gedächtniß rief, und worüber sich noch jetzt die Aufregung in der Hauptstadt nicht gelegt hat. Wir beschränken uns darauf, das Thatsächliche zu referiren. Hans v. Bülow hatte sich bei einer der Proben von „Tristan und Isolde“, als es sich um Belassung oder Entfernung der ersten Sperrsitzreihe im Hoftheater handelte, auf eine Bemerkung des Maschinisten die Bemerkung erlaubt, was denn wäre, ob 30 „Schweinhunde“ mehr oder weniger ins Theater gingen. In einer Erklärung in den „N. N.“ wollte Hr. v. Bülow die Aeußerung nur mit Beziehung auf Intriguanten gegen das Wagner'sche Stück gethan haben. Se. Maj. der König ließ seinem Vorspieler sein allerhöchstes Mißfallen ausdrücken.) Er hoffe, daß es Manchem im Publikum gehen werde, wie Isolde, die einen Gifttrank zu erhalten wähnt, aber einen Liebestrank empfängt. Redner nimmt nun Abschied vom Orchester und vom Publikum, indem er sich in der Eigenschaft eines einfachen Zuhörers zurückziehe. — Lebhafter Beifall von allen Seiten folgte dieser Rede. — Hierauf richtet auch Hr. v. Bülow einige Dankes-Worte an das Orchester, das während der Probe die gute Meinung, die er stets von demselben hegte, noch vergrößert habe; er bittet, in ihm weiter nichts zu sehen, als einen Dirigentenstab und die Person von der Sache zu trennen, da ihm sein Freund die Ehre erwies, dieß hohe Meisterwerk dirigiren zu dürfen. — Auch diesen Worten folgte von einigen Seiten Beifall. — Nach Beendigung dieser Reden begann die Probe und es erschienen bald Se. Maj. der König, welcher bis zum Schlusse anwesend war und alsdann lauten Beifall äußerte. Die Aufführung — eine solche war eigentlich diese Hauptprobe, sie fand bei voller Beleuchtung mit allen Dekorationen und Kostümen statt — währte von 10 Uhr bis nach 3¼ Uhr. Die Musik hat nichts mit den jetzt existirenden Opern gemein; es ist vollständig das, was Wagner eigentlich will, ein mit Musik gesprochenes Drama; nirgends

theil des bayerischen Staatsrechts vorausgesetzt. Soferne nun der Ministerialerlaß vom 4. Mai es für „ganz und gar unstatthaft“ erklärt, daß durch Landwehrangehörige die Fertigung von Adressen und Petitionen der Landwehrmänner eingeleitet wird und die Behörden anweist, einem solchen Unternehmen durch „ernste Abmahnung“, erforderlichen Falls „durch disziplinäre Einschreitung“ entgegenzutreten, beschränkt er in ungesetzlicher Weise zugleich das Petitionsrecht einer zahlreichen Klasse von Staatsangehörigen. 3) Das Versammlungs- und Petitionsrecht gehören im Vereine mit der Preßfreiheit zu den Grundlagen einer freien Staatsordnung, denn wo sie fehlen, ist dem Volke die Möglichkeit genommen, seine Gesinnungen und Bedürfnisse unmittelbar auszusprechen, ist der Zusammenhang des Volkes mit seiner Vertretung unterbrochen und auch die letztere zur Ohnmacht verurtheilt. Daraus folgt die Pflicht der Volksvertretung, über die ungeschmälerte Bewahrung jener Rechte zu wachen und jeden Eingriff der Staatsgewalt von ihnen abzuwehren. Sie darf sich dieser Pflicht um so weniger entziehen, wenn sie wahrzunehmen glaubt, daß ein solcher Eingriff in der Absicht erfolgt, Kundgebungen zu unterdrücken, durch welche das Land die Bestrebungen seiner Vertreter gutheißen und unterstützen will, und daß unter ihren Augen der Versuch gemacht wird, 55,000 ansäßigen Staatsbürgern — so lautet die Berechnung des Ministerialerlasses selbst — in einer sie so nahe berührenden Angelegenheit den Mund zu verschließen. Sie wird vielmehr mit allen Mitteln, über welche sie gebietet, für ein gefährdet erscheinendes Recht einstehen müssen. Solche Mittel gewährt uns unzweifelhaft die Verfassung. Da wir jedoch, ohne dazu geradezu gezwungen zu sein, vorerst nicht glauben wollen, daß es in der Absicht des oben berührten Erlasses vom 4 Mai gelegen sei, das gesetzlich nicht anzugreifende Versammlungs- und Petitionsrecht einer großen Klasse von Staatsbürgern zu beeinträchtigen oder in gewisser Beziehung geradezu aufzuheben, so stellen wir an das k. Staatsministerium die Anfrage: „Liegt es wirklich in der Absicht des Erlasses vom 4. Mai 1865, denjenigen bayerischen Staatsbürgern, welche zugleich Angehörige der Landwehr sind, zu verbieten, daß sie zu Berathungen über ihre Landwehrangelegenheiten sich versammeln, und daß sie mit Bitten Beschwerden und Vorschlägen sich an die königlichen Behörden oder an die Landesvertretung wenden.“ (Unterzeichnet ist diese Interpellation von folgenden 60 Abgeordneten: Dr. Völk, Geigel, Tillmann, Gelbert, v. Hoffmann, Kolb, Riendl, Benzino, Förg, Aot, Behringer, Liebl, Spiegel, Mederer, Eckart, Tafel, Dr. Groß, Hensolt, Hartmann, Fischer, Pöhlmann, Hack, Langguth, v. Paur, Dr. Mayer, Louis, Föckerer, Waldbauer, Böcking, Dingler, Lehmeier, Streit, Schobert, Windisch, Bischof, Beer, Wiedmann, Münch, Strobel, Hohenadel, Feustel, Rother, A. Schmid, Franz Th. Wagner, Mandel, Urban, Dandl, Späth, Dasinger, Thürmaier, Dr. K. Barth, Krumbach, v. Grafenstein, Bierling, Pfaff, Schwab, Umbscheiden, Kirschner, Schmidmaier.)

München, 13. Mai. Der besondere Ausschuß der Kammer der Abgeordneten zur Vorberathung des die schleswig-holsteinische Frage betreffenden Antrages wählte den Abg. Feustl zu seinem Vorstand, den Abg. Dr. K. Barth zu seinem Sekretär und Abg. Professor v. Hofmann zum Referenten. Es fand hierauf eine Vorbesprechung im Ausschusse statt, aus welcher sich in Betreff des an die Kammer zu bringenden Antrags vollständige Uebereinstimmung kund gab.

Die Motive zu dem am Samstag mitgetheilten Amnestiegesetzentwurfe lauten: Ein großer Theil der im Jahre 1849 wegen der damals verübten politischen Verbrechen und Vergehen eingeleiteten Untersuchungen wurde schon durch das Amnestiegesetz vom 22. Dezember 1849 niedergeschlagen. In den Landestheilen diesseits des Rheins wurde in Folge dessen nur eine einzige Person, ein Ausländer, verurtheilt. Auch beim Appellationsgerichte der Pfalz wurde auf Grund des angeführten Gesetzes das Verfahren gegen 572 Personen eingestellt, allein trotzdem wurden daselbst noch 333 Personen wegen Hoch- und Staatsverraths, beziehungsweise bewaffneter Rebellion theils vor das Assisen-, theils vor das Spezialgericht verwiesen, abgesehen von solchen, welche wegen Handlungen verfolgt wurden, die nur im Vergehensgrade strafbar waren. Von den vor das Assisen- und Spezialgericht Verwiesenen wurden, und zwar größtentheils zur Todesstrafe verurtheilt: 1) Inländer: a) kontradiktorisch (18), b) in contumaciam (105)=123. 2) Ausländer: a) kontradiktorisch (1), b) in contumaciam (110)=111, im Ganzen 234. Außerdem wurden von den Militärstrafgerichten 273 dem Militärstande angehörige Personen, und zwar: 259 wegen Verbrechen theils zur Todes-, theils zu Zuchthaus- oder Arbeitshausstrafe, 14 wegen Vergehen zu Gefängnißstrafe, verurtheilt. Gegen 16 dieser Personen wurde in contumaciam erkannt, und zwar wurden von diesen 3 zur Todes- und 13 zu Zuchthausstrafe verurtheilt. Schon seit längerer Zeit befindet sich keiner dieser Verurtheilten mehr in Strafhaft, indem die anwesenden Verurtheilten ihre größtentheils sofort durch allerhöchste Gnade wesentlich gemilderten Strafen theils erstanden, theils Nachlaß der Strafreste erlangt haben. Auch von den in contumaciam Verurtheilten sind bis jetzt 23 Inländer und 9 Ausländer vollständig begnadigt worden, und es ist in dieser Beziehung zu bemerken, daß seit mehreren Jahren die allerhöchste Gnade Jedem zu Theil wurde, der darum nachgesucht hat. Nach Vorstehendem würden dermalen noch 98 gegen bayerische Staatsangehörige und 102 gegen Ausländer erlassene Kontumazialurtheile in Wirksamkeit bestehen, in Wirklichkeit ist die Zahl jedoch geringer, da mehrere dieser Verurtheilten inzwischen gestorben sind. Aus obiger Darstellung ergibt sich zwar, daß die vielfach ausgesprochene Ansicht, das Amnestiegesetz vom 22. Dez. 1849 habe fast keine Wirkung gehabt, irrig ist, allein trotzdem muß anerkannt werden, daß der Zweck dieses Gesetzes, die minder schuldigen Theilnehmer außer Verfolgung zu setzen, nicht vollständig erreicht wurde und auch nicht wohl vollständig erreicht werden konnte, weil bei Aufstellung von Kategorien, insbesondere bei umfangreichen und noch nicht weit gediehenen, deßhalb genaue Anhaltspunkte nicht darbietenden Untersuchungen, weite Rahmen gezogen werden müssen, bei denen das oft sehr verschiedene persönliche Verschulden der einzelnen in die betreffende Kategorie fallenden Personen nicht berücksichtigt werden kann. Hiezu kommen

---

findet sich eine Melodie; wenn je ein melodisches Motiv aufzutauchen droht, so wird es von der Wucht des Orchesters sofort übertönt und geht unter in einem Chaos von Harmonien in allen möglichen Tonarten. Einige Takte ausgenommen, hat die Oper auch keinen Chor. Die Aufführung konnte in der That in keine besseren Hände gelegt werden, als in die des Künstlerpaares Schnorr, das mit unsäglichem Fleiß, echt künstlerischer Hingebung, Ausdauer und dramatischer Kraft die beiden Titelrollen ausführt. Auch Frl. Deinet führte ihre Partie zur vollen Zufriedenheit. Der höchste Preis aber gebührt dem Orchester, das Unglaubliches leistet. Die Kostüme sind höchst originell und wurde hiefür wie für die Dekorationen nichts gespart. Der erste Akt spielt auf einem Schiff, der zweite in einem reizenden Garten, der dritte in einem Burghofe. (Augsb. Abdz.)

Ein Korrespondent der „A. Z.“, der, wie er sagt, nicht zu den prinzipiellen Gegnern der „Zukunftsmusik“ gehört, bemerkt, daß fast alle Urtheile bewährter Kenner, die er gehört, nicht nur ungünstig, sondern geradezu verdammend über das Wagner'sche Werk lauten. Richard Wagner hat hier, fährt der Korrespondent fort, seine Tendenz: auf jede Melodie zu verzichten und die rein deklamatorische Musik mit entsprechender Instrumentirung dem Sinn und Wortlaut des dramatischen Vorgangs vollständig anzupassen, auf die äußerste Spitze getrieben. Von Gesang ist in dieser sogenannten Oper wirklich nicht die Rede. Die Stimmen der Sänger und das stark eingreifende Orchester sind einfach verurtheilt, mit dem oft ganz sinnlosen Libretto zu seufzen und zu klagen, zu jubeln und zu jauchzen, zu wüthen und fast zu brüllen. Die Musik ist nur der Begleiter gefühlvoller oder leidenschaftlicher Worte. Mit Recht gilt diese Oper als der Gipfel der „Zukunftsmusik“, und sie wird, je nachdem sie bleibende Anerkennung oder Verdammung findet, auch mit ihr stehen oder fallen.

Der Tod des Mörders J. Wilkes Booth.

Alle Spuren, welche von dem flüchtigen Meuchelmörder aufzufinden waren, wiesen die Verfolger nach Maryland hin, und die südlichen Bezirke dieses Staates wurden 8 Tage lang von 1600 Mann Kavallerie und 500 geheimen Polizisten durchsucht, doch vergebens. Am Sonntag den 23. April erfuhr Oberst L. C. Baker von einem kleinen Knaben einige Thatsachen, welche ihn hinreichend überzeugten, daß Booth mit seinem Spießgesellen Harrold kurz vorher über den Fluß nach Virginien gegangen war. Mit 28 Mann Reiterei schlug der Oberst die gleiche Richtung ein, und jenseits der virginischen Gränze wußte er die Flüchtenden bis zu Port Royal aufzuspüren. Den Rappahannock bei Fredericksburg überschreitend, bewegte sich der Trupp den Fluß entlang nach Port Royal hin und fand in des letzteren Nähe frische Pferdespuren, welche zu einer alten Scheune leiteten. Der Eigenthümer derselben, welcher nahe bei ihr sein Pachthaus hatte, leugnete, die 2 Männer gesehen zu haben, sein Sohn aber sagte aus, daß die Gesuchten in der Scheune seien. Oberst Baker ließ dieselbe sofort umzingeln; es war unterdeß Mittwoch (26. April) Morgens 2 Uhr geworden. Der Oberst klopfte dann an das Thor, und Booth

folgende Betrachtungen. Seit der Bewegung, welche zu den in Rede stehenden Untersuchungen Veranlassung gegeben hat, sind 16 Jahre verstrichen. In dieser Zeit haben sich die Verhältnisse wesentlich geändert. Die Staatsordnung ist auf sicherer Grundlage befestigt. Es herrscht Zufriedenheit mit den innern Zuständen Bayerns und besteht unbedingtes Vertrauen zwischen Fürst und Volk. Niemand denkt daran, Verbesserungen anders, als auf dem Wege des Gesetzes zu erreichen. Frühere Verirrungen können darum milder beurtheilt und der Vergessenheit übergeben werden. Es kann deßhalb nun auch eine alle bayerischen Staatsangehörigen ohne Unterschied umfassende Amnestie ohne Gefährdung der Staatssicherheit und ohne Verletzung des öffentlichen Rechtsgefühls ertheilt werden. Sie kann heute nicht als Zeichen der Schwäche gedeutet werden, denn sie entspringt dem sichern Bewußtsein der Stärke als reiner Akt der Gnade und der Versöhnung. Selbst die Schwerstgravirten können jetzt in die Amnestie aufgenommen werden. Sie werden, insbesondere in Folge der Erfahrungen, welche sie in der Fremde gemacht haben, mit anderen Anschauungen und Gesinnungen zurückkehren, als sie die Heimath verlassen haben, und sollte selbst einer oder der andere von ihnen noch auf seinem alten Standpunkte stehen, so wird er die Verhältnisse anders finden, als er sie verlassen hat, und wohl bald die Unmöglichkeit erkennen, seinen Anschauungen Geltung zu verschaffen. Alle diese Momente sprechen aber nur zu Gunsten der bayerischen Staatsangehörigen. Die an der Bewegung des Jahres 1849 betheiligten Ausländer sind durch keinerlei Bande mit Bayern verknüpft, sie gehören weder dem bayerischen Staatsverbande an, noch haben sie sich zur Zeit, wo die Bewegung begann, ihres Berufes halber oder aus ähnlichen Gründen in Bayern befunden. Sie haben sich nur wegen dieser Bewegung und um sich an derselben zu betheiligen, nach Bayern begeben und sind wieder verschwunden, als sie sich von der Erfolglosigkeit des Unternehmens überzeugten. Die Meisten von ihnen haben an der Amnestie kein Interesse und werden dieselbe jedenfalls nicht als einen sie zu Dank verpflichtenden Akt der allerhöchsten Gnade anerkennen. Einzelne mögen allerdings eine Ausnahme machen, diesen bleibt es unbenommen, sich unter Darlegung ihrer Verhältnisse an die allerhöchste Gnade zu wenden, die ihnen auch zu Theil werden wird, wenn genügende Gründe dafür sprechen, wie denn auch schon bis jetzt mehrere Ausländer begnadigt worden sind. In Kategorien lassen sich diese Ausnahmsfälle nicht bringen und deßwegen die Amnestie auf alle Ausländer auszudehnen, erscheint nicht wohl gerechtfertigt. Auf diesen Erwägungen beruht der vorliegende Gesetzentwurf. Bezüglich seiner einzelnen Bestimmungen werden wenige Bemerkungen genügen. Art. 1 findet gleiche Anwendung sowohl auf die von den Zivil- als auch auf die von den Militärstrafgerichten abgeurtheilten Personen. Die Bestimmung wegen Niederschlagung der noch nicht rechtskräftig erledigten Untersuchungen ist nothwendig wegen derjenigen Untersuchungen, in denen das Assisen- und das Spezialgericht der Pfalz Verbrechensstrafen blos in contumaciam ausgesprochen haben. Art. 2 findet sowohl auf diejenigen, welche unter Art. 1 fallen, als auch auf jene Anwendung, welche ihre Strafe bereits erstanden haben oder früher schon begnadigt worden sind. Nach Art. 3 werden der zu ertheilenden Amnestie alle diejenigen, welche zur Zeit der Verübung der in Rede stehenden strafbaren Handlungen Angehörige des bayerischen Staates waren, also auch jene theilhaftig, welche seitdem Bürger eines anderen Staates gewesen sind, dagegen von der Amnestie alle diejenigen ausgeschlossen, welche sich als Ausländer der bezeichneten strafbaren Handlungen schuldig gemacht haben.

Wien, 11. Mai. Das Abgeordnetenhaus beschäftigte sich gestern zum Zweitenmale mit der Regierungsvorlage über Ausdehnung des Muster- und Markenschutzes auf Ausländer, welche vor vier Monaten an den Ausschuß zurückgewiesen worden war. Der Ausschuß beantragte aber wieder den Uebergang zur Tagesordnung, den Antrag damit motivirend: es sei staatsrechtlich nicht zuläßig, der Regierung allein das Recht der Gesetzgebung zu überlassen, und das würde durch Annahme des Gesetzes geschehen, in welchem nicht gesagt wird, ob es auf alle, oder auf welche fremde Staaten Anwendung finden solle; es sei ferner nicht im Interesse der heimischen Industrie, den in der industriellen Entwicklung am meisten vorgeschrittenen Ländern jenen Schutz zu gewähren. Der Ausschuß ist der Ansicht, daß dem Hause spezielle Gesetzesvorlagen über derartige Verträge mit einzelnen Staaten zu machen seien. Die Abgg. **Winterstein**, **Skene**, **Toman**, sprechen in demselben Sinn; ersterer meinte: die Vorlage sei im bayerischen, nicht im österreichischen Interesse; Skene plaidirte für die Freiheit der Industrie, sich fremde Muster anzueignen u. s. w. Frhr. v. **Kalchberg** bestritt, daß die Anwendung des Gesetzes innerhalb eines gewissen Spielraums ein gesetzgeberischer Akt sei, sonst würde z. B. der Richter sehr häufig zum Gesetzgeber werden; daß industriell vorgeschrittene Völker solche Vereinbarungen suchen, verstehe sich von selbst; die Bosniaken und Macedonier hätten freilich kein Interesse daran, aber er könne der österreichischen Industrie nicht ein so schlechtes Zeugniß ausstellen, daß sie keine Konkurrenz zu bestehen vermöge. Der Berichterstatter **Kaiser** fand in dem Gesetz nicht den reciproken Schutz, und berief sich auf die Meinungsäußerungen österreichischer Industriellen, z. B. der Sensenfabrikanten, welche vor allem um eine Revision des Gesetzes von 1858 petitioniren. Frhr. v. **Kalchberg** erinnerte noch daran, erstens, daß Bayern sich ausdrücklich für eine Reciprocität erklärt hat, zweitens, daß die bayerische Regierung, auch eine konstitutionelle, befugt ist, derartige Verträge abzuschließen, ohne daß dortzuland darin etwas staatsrechtlich Unzuläßiges erkannt werde. Das Haus verwarf auch mit bedeutender Majorität den Ausschußantrag, und nahm die Regierungsvorlage unverändert in zweiter und dritter Lesung an.

Wien, 13. Mai. Das „Vaterland“ veröffentlicht die Grundlagen der römisch-italienischen Vereinbarung. Hiernach besetzt der Papst unmittelbar und mit aller Freiheit die erledigten Bischofssitze Italiens. Die exilirten Bischöfe nehmen ihre Bisthümer wieder in Besitz. Vom Papste neuernannte Bischöfe sind nicht verpflichtet, der weltlichen Autorität den Eid zu leisten. Die Bischöfe treten wieder in den Besitz ihrer bischöflichen Mensa. Ernennungs-Bullen des Papstes werden den Mißbräuchen des

---

fragte von innen: „Wer seid ihr, Freund oder Feind? Seid ihr Konföderirte? Ich habe 5 Leute bei mir, und wir können uns unserer Haut wehren.“ Oberst Baker antwortete ihm: Ich habe 50 Mann hier; ihr seid umzingelt und thätet am Besten, herauszukommen und euch zu ergeben.“ Booth darauf: „Ich werde mich nie und nimmer ergeben. Ich will nicht lebendig in eure Hände fallen.“ Da die Instruktionen dahin lauteten, daß Alles aufzubieten sei, Booth lebendig gefangen zu nehmen, hielt Oberst Baker mit seinen 2 Lieutenants eine Berathung. Inzwischen hörte man, wie in der Scheune Booth seinen Gefährden Harrold verwünschte und eine feige Memme schalt, die sich erbärmlich ergeben wolle. Eine Stunde und mehr wurde darauf in Hin- und Herreden zwischen dem Obersten und Booth verloren; und da Booth hartnäckig blieb, Jeden zu erschießen drohend, der sich ihm nahe, ließen die Offiziere einige Bündel Reisig bei der Scheune in Brand stecken, um ihn so aus seinem Versteck hervorzubringen. Booth suchte im Innern der Scheune die Flammen zu löschen, doch ohne Erfolg. Sein Genosse Harrold hatte sich bereits den Händen der Verfolger überliefert. In der Mitte der Scheune stehend, weigerte Booth sich noch standhaft, herauszutreten; da richtete Sergeant Corbett seine Büchse auf ihn durch eine Oeffnung in dem Thor und schoß ihn nieder. Oberst Baker, nicht bemerkend, aus welcher Richtung der Schuß kam, rief aus: „Er hat sich erschossen!“ eilte in die Scheune und fand Booth noch aufrecht stehend, einen Karabiner in der Hand. Baker umschloß ihn mit den Armen und die Uebrigen folgten in die Scheune, Corbett ausrufend: „Ich habe ihn erschossen!“ Wasser ward herbeigeholt und die Wunde gewaschen; die Kugel war durch Hals und Rückgrat gegangen. Von Zeit zu Zeit kam Booth zum Bewußtsein und drückte seine Zufriedenheit mit Allem, was er gethan, aus. Einmal erhob er, aus einer Ohnmacht erwachend, seine Hände vor die Augen und rief in unzusammenhängenden Lauten: „Nutzlos! nutzlos! Blut! Blut!“ Seine letzten Worte waren: „Sagt meiner Mutter, ich sei für mein Land gestorben!“ Um 7½ Uhr, drei Stunden, nachdem die Kugel ihn getroffen, verschied er. Sein Leichnam ward nach Washington gebracht und dort der Form halber amtlich identifizirt. Man fand bei ihm ein Tagebuch, in welchem er die Erlebnisse eines jeden Tages seit der Ermordung des Präsidenten aufgezeichnet hatte; ferner zwei Revolver und einen Dolch. Das linke Bein war gebrochen, und zwar war Dieß — wie er während des Parlamentirens mit den Offizieren gesagt hatte — geschehen, als er von des Präsidenten Loge auf die Bühne herabsprang. Zu dem Zwangsmittel, welches Oberst Baker anwandte, der Anzündung der Scheune, sah die Truppe sich genöthigt, da sie erfahren hatte, daß mehrere ihr überlegene Abtheilungen feindlicher Reiterei in der Nähe sie umschwärmten, daß also keine Zeit zu verlieren war. Sergeant Corbett versicherte, es sei seine Absicht gewesen, Booth nur in der Schulter zu verwunden, nicht, ihn tödtlich zu treffen. — In Washington ist der Vorschlag gemacht worden, das Ford'sche Theater, in welchem Präsident Lincoln von der Hand des Mörders fiel, abzureißen und auf der Stätte ein Monument zum Andenken an den Märtyrer-Präsidenten zu errichten.

Exequatur nicht unterzogen. Die Seminarien bleiben unter der Leitung der Bischöfe, ohne jede Einmischung der weltlichen Gewalt. (Diese Angaben, wenn sie überhaupt richtig sind, enthalten wohl die päpstlichen Vorlagen, bezüglich deren aber noch dahinsteht, ob sie die Zustimmung Viktor Emmanuels und seines Ministeriums erhalten werden.)

Berlin, 13. Mai. Die „Nordd. Allg. Ztg." meldet: „Preußen hat den Vorschlag Oesterreichs, zur Festhaltung der Rechtskontinuität zunächst die Provinzialstände von 1854 in beiden Herzogthümern einzuberufen, angenommen. Dieser Schritt war nothwendig, da die Provinzialstände berechtigt sind, über den Erlaß eines neuen Wahlgesetzes gehört zu werden. Preußen schlug deshalb vor, diese bestehenden Ständeversammlungen unverzüglich durch Ausschreibung von Neuwahlen für die inzwischen eingetretenen Veränderungen zu vervollständigen, die Stände schleunigst einzuberufen und denselben ein Wahlgesetz für eine gemeinschaftliche Vertretung beider Herzogthümer vorzulegen, entweder nach Muster der Verfassung von 1848 oder auf dem Prinzip allgemeiner und direkter Wahlen; wenn Oesterreich einverstanden ist, so sind die Neuwahlen sofort vorzunehmen."

In **Stuttgart** kam am 13. Mai in der Kammer der Abgeordneten der Entwurf der Regierung in Betreff eines revidirten Kreditgesetzes für die Studierenden der Landesuniversität zur Berathung. Der Entwurf stellte ein gemischtes System auf, sofern er einzelne Forderungen ausdrücklich als gesetzmäßige anerkennt, hiemit aber das Bereich der rechtsgiltigen nicht abschließt, vielmehr als solche auch diejenigen annimmt, welche dieses nach allgemeinen Rechtsgrundsätzen sein können. Die Mehrheit der vorberathenden Kommission dagegen will das Rechtsverhältniß der Studierenden nach den Grundsätzen des allgemeinen Rechts beurtheilt wissen und stellt den Antrag auf Annahme des einzigen Artikels: „Das Rechtsverhältniß der Studirenden und ihrer Eltern oder anderer Personen, von welchen Jene ihren Unterhalt ansprechen können, zu Dritten ist nach den Grundsätzen des allgemeinen Rechts zu beurtheilen." Nach langer Debatte ward diese Bestimmung angenommen.

Koburg. Wie das „Koburger Tagblatt" mittheilt, wird sowohl auf dem Koburger, als auf dem Gothaer Spezial-Landtag der Antrag an die Regierung gebracht werden, das Monopol des Thurn und Taxisschen Postwesens aufzuheben, resp. abzulösen. Der Antrag wird durch Aufzählung einer großen Anzahl von Uebelständen, die durch jenes Monopol herbeigeführt worden sind, motivirt und gewünscht werden, daß das Herzogthum Koburg sein Postwesen Preußen oder Bayern, welches dafür das Ablösungskapital zu zahlen hätte, übertragen möge.

Paris, 11. Mai. Der „Moniteur" enthält Nachrichten bis zum 15. März über die Revolution, welche in Panama ausgebrochen ist. Seit mehreren Tagen liefen beunruhigende Gerüchte um, und die Regierung hatte Maßregeln zur Aufrechthaltung der Ordnung ergreifen zu müssen geglaubt. Inzwischen hatte man sich wieder zu beruhigen angefangen, als am 9. März Abends das Bataillon von Bogota sich in Masse erhob und im Laufschritt gegen die Milizenwache am Haus des Präsidenten Calancha vordrang. Dieselbe wurde mit leichter Mühe entwaffnet und der kommandirende Oberst festgenommen. Der Präsident und einer seiner Staatssekretäre konnten entrinnen, und flüchteten zu dem Konsul der Vereinigten Staaten, der sie noch in derselben Nacht an Bord eines Kriegsschiffs bringen ließ. Dr. Colunje wurde zum provisorischen Präsidenten durch Zuruf ernannt und trat sofort sein Amt an. Die HH. S. Ballarino und Bermudez sind Staatssekretäre geworden. Die erste Schwierigkeit, mit welcher die neue Verwaltung zu kämpfen hat, ist der Geldmangel. Man unterhandelt gegenwärtig über ein Anlehen. Die Stadt ist ruhig.

Paris, 13. Mai. Der „Moniteur" bringt ein Dekret der Kaiserin, durch welches die Session der Kammern vom 15. Mai bis zum 18. Juni verlängert wird.

Turin, 13. Mai. Ein Rundschreiben des Großsiegelbewahrers ordnet an, daß ungeachtet der Zurückziehung des Gesetzes über Unterdrückung der religiösen Genossenschaften das Exequatur für die geistlichen Benefizien suspendirt bleibe. Der Minister sagt, die Verzögerung der Reform der Genossenschaften werde nur einige Monate dauern.

Amerika. Eine Deputation loyaler Bewohner der Südstaaten hatte am 24. April eine Audienz bei dem Präsidenten Johnson. Richter Underwood aus Virginien hielt eine Ansprache, auf welche der Präsident in längerer Rede erwiderte. Er theile, sagte er u. A., völlig die Ansicht der Deputation, daß mit den Häuptern der verbrecherischen Rebellion nach Gerechtigkeit verfahren werden müsse. Unter den eigenthümlichen Umständen, welche seinen Amtsantritt begleitet hätten, sei seine, des Präsidenten Stellung eine schwierige, und er danke daher der Deputation aufs herzlichste für die Aufmunterung, welche sie ihm geboten habe. Er könne nur wiederholen, was er schon früher ausgesprochen. Er glaube zu wissen, was Schonung sei, was unter dem Begnadigungsrechte zu verstehen sei; denn er habe zuvor schon eine Exekutivgewalt in Händen gehabt und sei zu großer Milde angeklagt worden. Von dem Rechte der Gnade müsse man mit Vorsicht Gebrauch machen. Schonung ohne Gerechtigkeit sei ein Verbrechen. Die Zeit sei gekommen, wo das amerikanische Volk den wahren Charakter des Verbrechens des Hochverraths erkennen sollte. Die Idee habe Verbreitung gefunden, und besonders durch die Reden der Führer der Rebellion, daß Verrath achtbar werde, wenn die Verräther sich nur berühmt genug zu machen wüßten. Solche Leute bildeten die Aristokratie des Südens. Vor einer solchen Aristokratie möge die Vorsehung das Land bewahren. Von der Ermordung seines Vorgängers sprechend, bemerkte der Präsident, daß diese scheußliche That ihren Urquell habe in dem unmenschlichen Geiste, der die Rebellion durchwehe. Präsident Lincoln sei an sich nur ein einzelner Mann gewesen, und Niemand werde leugnen wollen, daß derjenige, der das Leben des einen Mannes genommen, das eigene Leben verwirkt habe. Um wie viel mehr müßten die bestraft werden, welche ihre ruchlose und meuchelmörderische Hand gegen das Leben einer Nation erhoben hätten. Den Massen, welche zur Rebellion gezwungen worden, möge man wohl Amnestie gewähren und sie milde behandeln; nicht so denjenigen, welche mit Berechnung die Rebellion hervorgerufen und geleitet hätten. Diesen müsse strenge Gerechtigkeit zugemessen werden. Zum Schlusse sprach der Präsident die Hoffnung aus, daß bald die Zeit da sein werde, wo der Verrath aus dem Lande verbannt sei. Er wolle Alles thun, was in seinen Kräften stehe, um bald den Frieden herzustellen.

Aus **New-York,** 3. Mai, wird der „Köln. Z." telegraphirt: „Die Stärke der Armee Johnston's, welche kapitulirt hat, beträgt einschließlich der Korps von Beauregard, Hardee und Breckinridge 27,000 Mann. Stoneman's Kavallerie hat dem flüchtigen Jefferson Davis nachzusetzen. Der Expräsident soll nur 300,000 Doll. mit sich führen. In Mobile haben sich 30,000 Ballen Baumwolle vorgefunden, welche, wie behauptet wird, englisches Eigenthum sind. Seit Mobile's Fall ergaben sich 10,000 Versprengte. Payne soll das Attentat auf Seward eingestanden haben."

Hiezu die Beilage: „Würzburger Anzeiger".

Verantwortlicher Redakteur: A. Hartmann.
Druck und Verlag der Stabel'schen Buch- und Kunsthandlung in Würzburg

Schuldverschreibungen von Standesherren und Privaten.

Frankfurter Börse.

				G.	P.
4	pCt.	Herz.	Lucca, alte b. Rothsch.	—	74
4	„	„	do. neue b. „	—	90
3½	„	Landgräfl.	H.-Homb. b. „	—	91
3½	„	Fürstl.	Löwenst.-Werth. (bad.)	—	94
3½	„		do. (bayer.)	—	—
3½	„	„	Fürstenberg b. Rothsch.	92	—
3½	„	„	„ „	—	—
3½	„	„	Leiningen P. N. Schm.	95½	—
3	„	„	„ „	84	—
4	„	„	Oettingen-Wallerstein	—	99
4	„	„	Esterhazy P. Galantha	61½	62
3½	„	„	Isenburg-Birstein b. R.	—	98½
4	„	„	Schwarzenberg	71	—
4	„	„	Palffy b. Arnst. u. Kahel.	—	79½
4	„	Gräfl.	Erbach-Fürstenau b. S.	—	99
4	„	„	Palffy, Ferd. Leop., b. S.	61	—

				G.	P.
4	pCt.	Gräflich	St. Genois b. Schm.	—	70
4	„	„	Szapary b. Rothsch.	—	50
4	„	„	Schönborn b. Schm.	61	--
4	„	„	Sandor b. Rothsch.	60	—
4	„	„	Strachwitz b. Schm.	—	50
4	„	„	Hugo Eltz	—	85
4	„	„	Viczay b. Rothsch.	60	—
4	„	„	Nizky b. Rothsch.	—	—
4	„	„	Hunyady b. Rothsch.	—	—
4½	„	„	Batthyany Joh. Bapt.	72	—
4½	„	„	Batthyany Gustav	—	71
4½	„	„	Orczy b. Schmidt	71	—
4½	„	„	Sztaray „	—	74
4½	„	„	Karoly bei Biedermann	—	70
4½	„	„	Pejacsevich b. Schuller & Co.	68	—

Anlehens-Loose.

Fürstl.	Esterhazy 40 fl. Loose	—.——.——
„	Windischgrätz 20 fl. Loose	17.25—17.75
„	Salm-Reifferscheid 40 fl. L.	31.——31.50
„	Palffy 40 fl. Loose	27.——27.50
„	Clary 40 fl. Loose	26.75—27.25
Gräflich	Keglevich 10 fl. Loose	12.75—13.25
„	Waldstein-Wartenb. 20 fl. L.	19.50—20 —
„	St. Genois 40 fl. Loose	27.——27.50
Stadt	Triester 100 fl. Loose	115.——116.—
	Donau-Dampfschiff. 100 fl. L.	85.75—86.25
	Dessauer 100 Thlr.-Loose	———

k. Hof- und Staatsbibl. München
N. Würzb. Ztg.

Neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht!

№ 135. | Vorausbezahlung: Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 1 fl. 30 kr. Bei Inseraten wird die dreispaltige Zeile in gewöhnlicher kleiner Schrift oder deren Raum im Hauptblatte mit 6 kr., im Anzeiger mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franco. | **62. Jahrgang.** | Dinstag, 16. Mai 1865.

Zur Landwehrangelegenheit.

Wie die Landwehrordonnanz vom 4. Mai, welche im Widerspruch mit den klarsten gesetzlichen Vorschriften 55,000 Staatsbürgern das Versammlungs- und Petitionsrecht verkürzt, in Abgeordnetenkreisen aufgenommen wurde, und wie die von der Kammer dagegen zu thuenden Schritte eingeleitet worden sind, gibt die „Wochenschrift der Fortschrittspartei" Aufschluß. Dieselbe schreibt:

„Die Linke der Abgeordnetenkammer hat sich alsbald nach dem Bekanntwerden des ominösen Reskripts sehr eingehend mit der Frage beschäftigt, was in diesem Falle zu thun sei (es hat dies auch das linke Centrum gethan, bezüglich dessen wir nicht wissen, ob die Wochenschrift unter dem Ausdruck der „Linken" dies einbegriffen hat). Als ein gesetzwidriger Eingriff in das Versammlungs- und Petitionsrecht wurde die ministerielle Anordnung allgemein erkannt. Ihr Inhalt berechtigt sowohl die Angehörigen der Landwehr, wegen Verletzung konstitutioneller Rechte beim Landtag Beschwerde zu führen, als auch die Kammern selbst, sich mit einer Beschwerde nach Tit. X. § 5 der Verfassungs-Urkunde an den König zu wenden. Das erstere ist Sache der Einzelnen im Land, deren Rechtsgefühl und Freiheitssinn sich gegen die geduldige Hinnahme des ministeriellen Verbotes sträubt. Was aber die der Volksvertretung unmittelbar obliegenden Schritte betrifft, so war die Mehrheit im Klub der Linken geneigt, dem Hrn. Minister noch den Weg zu einem ehrenvollen Rückzug offen zu halten und man beschränkte sich demnach für's erste auf eine Interpellation, die nach kurzer Ausführung des Thatbestandes und der rechtlichen Erwägungen mit der Anfrage schließt: „Liegt es wirklich in der Absicht des Erlasses vom 4. Mai 1865, denjenigen bayerischen Staatsbürgern, welche zugleich Angehörige der Landwehr sind, zu verbieten, daß sie zu Berathungen über Landwehrangelegenheiten sich versammeln und daß sie mit Bitten, Beschwerden und Vorschlägen sich an die k. Behörden oder an die Landesvertretung wenden?" Erfolgt auf diese Anfrage, die auch von Mitgliedern anderer Fraktionen unterzeichnet wurde, ein Bescheid, welcher in beliebigen Wendungen den ungesetzlichen Inhalt des Reskriptes zurücknimmt, so ist der Zweck erreicht; erfolgt ein ausweichender oder ein die Verfügung aufrechthaltender Bescheid, so wird der Weg der Beschwerdeführung eingeschlagen werden." (wobei die angeführte Wochenschrift mit Bedauern eine Auflösung der bis jetzt in dieser Frage vorhandenen Majorität besorgt.)

Ein Artikel im „Fränk. Kur." über das Neumayr'sche Landwehr-Reskript beschäftigt sich mit den Schritten, welche namentlich den Bürgern und Landwehrangehörigen dem Erlasse gegenüber obliegen. Indem der Artikel darauf hinweist, wie der Erlaß stark an Bismarck preußische Muster erinnere, spricht er die Erwartung aus, daß bei dem gesunden Sinne der landwehrpflichtigen Bürger die beabsichtigte Einschüchterung nicht erzielt werde. Es heißt dann weiter:

„Gerade Angesichts dieses Erlasses und der hiedurch ausgesprochenen Anschauung des dermaligen Leiters des k. Staatsministeriums des Innern ist es jetzt doppelt dringende Pflicht, daß nicht bloß der gegenwärtig versammelte Landtag, sondern auch alle Bayern, welche die in den fraglichen Petitionen dargelegten Ansichten theilen, diese Ansichten auch fernerhin immer lauter und öfter aussprechen und, wenn von Seite des Herrn Staatsministers des Innern allerhöchsten Orts eine Bevorwortung ihrer wohlberechtigten Wünsche nicht zu hoffen ist, schließlich ihre deßfallsige Bitte unmittelbar vor die Stufen des Thrones niederlegen.

„So lange diese Kundgebungen, wie es bisher geschehen und auch in Zukunft mit Sicherheit zu erwarten ist, auf durchaus gesetzlichem Boden sich bewegen, wird deren Statthaftigkeit von Niemand bestritten werden können. Am wenigsten schreckend aber ist das Gespenst der im Erlasse empfohlenen Disziplinar-Einschreitung, deren gesetzliche Begründung nachzuweisen dem Herrn Staatsminister des Innern schwer werden dürfte, wenn er sich nicht etwa Rechtsgelehrte aus Preußen verschreiben will.

„In Preußen ist es allerdings unter dem dermaligen Regime fast so weit gekommen, daß über der Eigenschaft des Landwehrmannes, auch wenn sich derselbe nicht in Dienst, sondern beispielsweise vor der Wahlurne befindet, dessen staatsbürgerliche Eigenschaft völlig vergessen werden soll.

„In Bayern werden aber die Gerichte, wenn es dazu kommen sollte, recht wohl zu unterscheiden wissen, was der Landwehrmann

Feuilleton.

Eisenbahnfahrt in Afrika.

Der Bahnhof von Algier befindet sich eine kleine halbe Stunde von der Stadt. Die Frage warum? weiß ich ebensowenig zu beantworten, wie die Frage, weßhalb die Bahnhöfe von Boufarik und Blidah, den beiden größeren Orten, welche die algerische Eisenbahn berührt, ebenso belegen sind. Afrika hat bis jetzt nur zwei Eisenbahnen: die Eisenbahn, welche Alexandrien mit Cairo und Suez verbindet, und die Eisenbahn von Algier nach Blidah, deren Verlängerung bis Oran projektirt wird.

Es ist 7 Uhr Morgens. Die Messagerie-Omnibus, welche von dem Regierungsplatz in Algier, auf dem die Statue des Herzogs von Orleans steht, die Reisenden zum Bahnhofe führen, sind bereits vorgefahren; ein Araber mit nackten Armen und Beinen, in ein sackartiges Hemde gekleidet, den Fez oder den Turban auf dem kurz geschorenen Kopfe, der während der Fahrt auf dem hintern Tritt des Wagens stand, hat sich von jedem Passagier vier Sous zahlen lassen. Die Billette sind genommen und die Thüren der Wartesäle, welche ganz in der bekannten französischen Manier eingerichtet sind, werden nach dem Perron geöffnet. Der Bahnzug steht zur Abfahrt bereit. Steigen wir ein, aber diesmal nicht in ein Koupé erster oder zweiter Klasse, sondern in ein Koupé dritter Klasse. Die Eisenbahnreisenden, welche in den Koupé's erster oder zweiter Klasse fahren, sehen fast überall in der Welt Einer wie der Andere aus. Von Algerien nach Blidah fährt in den Koupé's dritter Klasse der Araber, der Kabyle, der Neger im geflickten Burnuß, das Maurenweib, von Kopf bis zum Fuß in weiße Wollenschleier gehüllt, das Gesicht bis zu den Augen mit einem weißen Tuche bedeckt, die Turcos, die Spahi, welche aus ihrer Garnisons-Station in Blidah, Milianah oder Medeah einen Besuch in Algier gemacht haben, der Zuave, der aus Mexiko zu seinem in Afrika stationirten Regimente heimgekehrt ist — hier ist es in einem Wagen dritter Klasse, der in schweizerischer oder amerikanischer Manier gebaut ist, interessanter; ich bin nach Afrika gereist, um Land und Leute kennen zu lernen. „Eh bien!" Steigen wir ein! Der Kondukteur ruft: „En voiture Messieurs!" Es ist Zeit. Die dampfende, pustende Lokomotive befindet sich bereits an der Spitze des Zuges.

Eine Glocke wird geläutet. Der Zug bewegt sich vorwärts. „Brauft vorwärts!" kann ich nicht schreiben, denn durch Schnelligkeit zeichnet sich der Eisenbahntrain, der täglich zweimal von Algier nach Blidah und zweimal von Blidah nach Algier fährt, gerade nicht aus. Rund um mich sitzen Araber im Burnuß, und Turcos und Spahis in ihrer malerischen Tracht. Die Konversation wird meist in arabischer Sprache geführt, wovon ich kein Wort verstehe. Rechts fliegen die beiden Dörfer Mustapha und die Landhäuser des Gouverneurs, des bekannten Generals Jussuff, und die Gebäude des katholischen Mädchen-Waisenhauses, welche sich durch die Harmonie und Eleganz ihrer maurischen Architektur auszeichnen, vorüber, links die Brandung des Meeres, welches Afrika von Europa trennt. Dann rechts die Palmenkronen und Platanengipfel des wunderbaren jardin d'essai, wo sich die

Digitized by Google

als solcher und im Dienste zu leisten schuldig, und um was der Bayer, wenn er sich durch eine seine Interessen benachtheiligende staatliche Einrichtung beschwert erachtet, allerunterthänigst zu petitioniren berechtigt ist.

„Von einem Ungehorsam im Landwehrdienste wird bei jenen Bürgern, welche die fraglichen Petitionen unterschrieben haben, niemals die Rede sein; denn der Sinn für Gesetzmäßigkeit und Ordnung ist bei den Bürgern Gottlob ebenso im vollsten Maße vorhanden, wie dies der Herr Staatsminister des Innern seinerseits in Anspruch nimmt.“

München, 13. Mai. Die in der letzten Versammlung des Münchener Juristenvereins behandelte Frage über die Wechselpräsentation zur Zahlung ist für den Wechselverkehr von tief eingreifender Bedeutung, welche den handeltreibenden und industriellen Kreisen von der Tagespresse mehr als bisher vor Augen gestellt werden sollte. Abgesehen von den im großen Wechselverkehr verschwindenden Ausnahmen an abgelegenen Nebenplätzen, ist es thatsächliche Regel, daß Wechsel, bevor sie gegen den Acceptanten eines gezogenen oder den Aussteller eines eigenen Wechsels eingeklagt werden, denselben zur Zahlung vorgezeigt zu werden pflegen. Zahlungssäumige Schuldner aber beuten den gegenwärtigen Gerichtsgebrauch des Handelsappellationsgerichts für Bayern, wonach die Wechselvorzeigung zur Zahlung als ein Erforderniß zur Entstehung des Klagrechts betrachtet wird, dadurch aus, daß sie die geschehene Wechselvorzeigung abläugnen. Da nun der Wechselinhaber ohne eine Protesturkunde den Nachweis nicht zu liefern vermag, so wird der Wechselschuldner von der Klage auf Zahlung der Wechselsumme entbunden, obwohl es nach Vorschrift der allgemeinen deutschen Wechselordnung, Art. 44 und dem Zusatz zu Art. 99, einer Präsentation und Protesterhebung zur Erhaltung des Wechselrechts nicht bedarf. Ist ein Wechsel der Verjährung nahe, so kann bis zur neuerlichen Vorzeigung und zur Protesterhebung die Verjährungszeit vollständig ablaufen, und der Inhaber auf diese Weise seines Wechselrechtes für immer verlustig werden. Denn nach der Wechselordnung beginnt die Verjährung nicht erst mit der Wechselpräsentation, sondern sofort mit dem Eintritt des Verfalltags. Nach jenem Gerichtsgebrauch beginnt also die Erlöschung des Klagrechts vor seiner Entstehung! (Allg. Ztg.)

München, 14. Mai. In der Sitzung des kombinirten I. und III. Ausschusses der Kammer der Reichsräthe vom 11. gelangte der den Ausschußmitgliedern bereits gedruckt zugestellte Vortrag des mit der Berichterstattung über den Antrag des anderen Hauses, die zeitgemäße Erweiterung der Kammer der Reichsräthe betreffend, beauftragten Herrn Reichsrathes Dr. v. Bayer zur Verhandlung. Von den Herren Ministern war keiner in der Sitzung anwesend. Der Herr Referent — ausgehend von der Erwägung, daß nur aus dem Initiativgesetz vom 4. Juni 1848 allein die Berechtigung einer der beiden Kammern zu einem Antrag auf Aenderung der Verfassungsbestimmungen über die Zusammensetzung der Ständeversammlung hergeleitet werden könne, daß aber dieses Gesetz im Art. 1 vorschreibe, daß, wenn der Aenderungsvorschlag die Kammer der Reichsräthe betreffen sollte, das Recht der Initiative nur dieser; wenn er das andere Haus betreffen sollte, nur der Kammer der Abgeordneten zustehen solle — sprach die Ueberzeugung aus, daß die Kammer der Abgeordneten zur Stellung des vorliegenden Antrags verfassungsmäßig nicht kompetent gewesen, daß der Antrag daher abzulehnen sei; daß es sich übrigens von selbst verstehe, daß die Kammer der Reichsräthe nach formeller Ablehnung des Antrags des anderen Hauses selbst in dieser Sache die Initiative ergreifen könne, und zwar in jeder Form und zu jeder Zeit. An der Debatte betheiligten sich die Herren Fürst v. Hohenlohe und v. Harleß, die den Anschauungen des Herrn Referenten entgegentraten und die Herren v. Aretin, Graf v. Lerchenfeld und Frhr. Schenk v. Stauffenberg, welche denselben beistimmten. Bei der Abstimmung wurde der Antrag des Herrn Referenten mit allen gegen die zwei Stimmen des Herrn Fürsten v. Hohenlohe und Präsidenten v. Harleß angenommen.

Wie der offiziöse Korrespondent der „Allg. Ztg.“ meldet, wird dem Landtag demnächst auch ein neues Nachdruckgesetz, eine Konsequenz des jüngst zwischen Bayern und Frankreich abgeschlossenen Vertrags dieses Betreffs, vorgelegt werden, nachdem in der Sitzung des k. Staatsraths vom 10. die 65 Artikel des Entwurfs diskutirt worden sind. Das Gesetz soll bereits am 1. Juli, gleichzeitig mit den neuen Zollvereinsverträgen und dem französischen Handelsvertrag, in Kraft treten.

Von Beilngries ist vor einigen Tagen eine Adresse mit 94 Unterschriften dortiger Bürger um Reorganisation der Landwehr an die Kammer der Abgeordneten abgegangen.

Berlin, 13. Mai. Abgeordnetenhaus: Präsident Grabow empfiehlt die Ueberweisung der Kriegskosten-Vorlage und Denkschrift an eine besondere Kommission. Das Haus tritt dem Antrage Waldeck's bei, dieselbe an die Budget-Kommission zu überweisen. Der Finanzminister überreicht einen Gesetzentwurf über Abänderung des Zollvereinsvertrages, welcher der vereinigten Kommission für Handel und Finanzen überwiesen wird. Minister v. Selchow bringt für den Handelsminister einen Staatsvertrag ein wegen des Eisenbahnbaues von Gotha nach Leinefelde mit Zinsgarantie und einen Entwurf wegen Baues einer Eisenbahn von Köslin nach Stolp mit Zinsgarantie. Beide werden der Kommission für Handel überwiesen. Das Haus beschließt bei Verhandlung des Etats mit 160 gegen 88 Stimmen in namentlicher Abstimmung, die Erhebung der Grundsteuer zu genehmigen.

Pflanzen und Bäume aller Tropen begegnen. Die erste Station auf der algerischen Eisenbahn! „Jardin d'essai, jardin d'essai“ wird zwanzigmal auf dem Perron ausgerufen. Wir haben Zeit, einen Blick über die Mauer in diesen Wundergarten zu werfen, denn er liegt gerade unter uns. Welche unzählbare Menge von Gewächsen aus allen Zonen der Erde, und welche geschmackvolle Gruppirung! Orangen-, Citronen- und Feigenbaumwälder, Rebenlauben dazwischen. Und dort ein Kiefernwäldchen. Ich denke an die Mark Brandenburg. Aber dort die Wüste! Eine lange Allee der verschiedensten Palmenarten zieht sich an der ganzen Westseite des Gartens hin. Alle Palmenbäume, welche in Afrika wachsen, erheben hier ihre schönen Häupter, und riesenhafte Kaktus und Aloën umschlingen den Fuß ihrer Stämme. Und neben der Palmenallee Bananen, Zuckerrohr, Cochenille, und in der Mitte des Gartens Ziergewächse aus allen Zonen der Erde — aber der Zug braust davon. „Hussein Dey“ heißt die nächste Station; nur eine Häusergruppe, eine körperliche Erinnerung, wenigstens dem Namen nach, an den letzten Dey von Algier, der den französischen Konsul mit dem Fliegenwedel ins Gesicht schlug. Hier beginnt die Metidscha, die große Ebene, welche sich zwischen dem Meer, zwischen der alten Piratenstadt und dem Atlasgebirge in einer Länge von fünfundzwanzig und in einer Breite von mehreren Stunden ausdehnt. Ich hätte von dem Anbau derselben nach den Schilderungen anderer Reisenden mehr erwartet, als was ich gefunden habe. Weizenfelder, Gerstenfelder, Tabakspflanzungen, Waideland, nur vereinzelte Häusergruppen. Ein gelber Fluß windet sich durch die Äcker und Wiesen; es ist der Harrach, der vom Atlas kommt; in der Ferne erscheinen bereits die blaudüsteren Höhenzüge des Gebirges, welches die Griechen sich in ihrer Götterlehre in einem Riesen verkörperten, die hier die Erdkugel auf seinen Schultern trüge. Ein Fort erscheint auf grünem Hügel, Häusergruppen um seinen Fuß. „Maison carrée“ rufen die Kondukteure; der Zug hält. Das Dorf führt von dort seinen Namen; das Fort stammt schon aus der Türkenzeit. An dem Namen „Maison carrée“ klebt eine blutige und düstere Erinnerung. Mit Schaudern gedenke ich der Würgeszene, als der alte Savary, der blutige Herzog von Rovigo, den Stamm El-Uffia niedermetzeln ließ, und der blutigen Razzias, welche die Araber, aus dem Atlas herabsteigend, dafür jahrelang in der Umgegend von Maison carrée ausübten.

Weiter dehnt sich von hier die Ebene der Metidscha nach rechts aus. Zur linken Hand verschwindet der Blick auf das Meer; die Höhenzüge des Atlas treten näher heran, und die Contouren seiner Kuppen und Vorberge gestalten sich zu bestimmteren Formen und Linien. Aber die Zeichen des Anbaues der Ebene schwinden mehr und mehr, große Strecken sind mit Riedgräsern und Binsen überwuchert. Eine Dattelpalme erhebt hie und da über der weiten Ebene ihr Haupt. Sonst ist die Ebene ganz baumlos. Häusergruppen treten noch weit vereinzelter auf wie früher; weit und breit erblicke ich kein Haus. In Boufarik, welches der Bahnzug nach einer halben Stunde erreicht, und seiner Umgegend, starben vor Zeiten die Kolonisten massenweise. Den Soldaten galt der Quartierzettel in Boufarik für eine Mahnung an den Tod; zehn Gefechte mit den Arabern wären ihnen lieber gewesen, als ein Monat in der Militärstation Boufarik. Bis zum Jahre 1838 war der Ort der äußerste Lagerposten der Franzosen. Heute ist Boufarik eines der blühendsten Dörfer der Ebene.

Der Zug hält. Der größte Theil der Araber verläßt den Wagen; in Boufarik ist heute Viehmarkt. Der Ort ist in großem Maßstab angelegt, auf den Zuwachs berechnet. Häuser,

Wie die „Nordd. Allg. Ztg." hört, ist das Referat des Kronsyndikus, Obertribunalraths Dr. Heffter, über die schleswig-holsteinischen Erbansprüche gegenwärtig dem Kronsyndikat vorgelegt. Dasselbe umfaßt ohne die Anlagen circa 500 Folioseiten. Da auch das Referat des Geh. Obertribunalraths Dr. Homeyer vorliegt, so ist nunmehr das Material für die Plenarberathung des Kronsyndikats vollständig beisammen, und es wird dieselbe vom 8. künftigen Monats an beginnen.

Berlin. In der Marinekommission hat Schulze-Delitzsch folgenden Antrag eingebracht: Das Haus wolle folgende Erklärungen beschließen: 1) das Haus der Abgeordneten, trotzdem es die Ueberzeugung hegt, daß das Land keine Opfer scheut, um die Kriegsmarine auf eine der Machtstellung wie den Interessen Preußens entsprechende Stärke zu bringen, befindet sich nicht in der Lage, der k. Staatsregierung, so lange dieselbe das verfassungsmäßige Budgetrecht der Volksvertretung thatsächlich mißachtet, Anleihen zu bewilligen, noch überhaupt ein Vertrauensvotum zu ertheilen, wie es der vielfach unbestimmte, die wichtigsten Punkte der Entschließung der Staatsregierung vorbehaltende, von ihr vorgelegte Marine-Organisationsplan auf Jahre hinaus beansprucht. 2) Das Haus überläßt es daher der k. Staatsregierung, die Bewilligung der für die in dem Marine-Organisationsplan und dessen späteren Erläuterungen angegebenen Zwecke erforderlichen Geldmittel unter Vertheilung der Ausgaben auf die einzelnen Jahre durch Aufnahme der für jedes Jahr erforderlichen Raten in das Extraordinarium des jedesmaligen Etats zu beantragen, und damit rücksichtlich der im laufenden Jahre zur Verwendung bestimmten Summen durch Nachtrag zu dem diesjährigen Etat den Anfang zu machen. 3) Das Haus erkennt die Erwerbung des Kieler Hafens durch Preußen, sowie die Betheiligung der Elb-Herzogthümer an Kosten und Bemannung der preußischen Flotte als berechtigte Forderungen der preußischen Politik an und wird über die Bewilligung der zur Befestigung und Einrichtung des Hafens erforderlichen Mittel mit der k. Staatsregierung in Verhandlung treten, sobald jene Erwerbung durch Verträge mit den Herzogthümern festgestellt ist.

Leipzig, 13. Mai. Die „Illustrirte Zeitung" läßt dem Porträt des edlen Abraham Lincoln alsbald das des gegenwärtigen Präsidenten der Vereinigten Staaten, Andrew Johnson, folgen. Der Kopf zeigt neben der Intelligenz große Kraft und Festigkeit, deren die Union, trotz ihrer bisherigen glücklichen Erfolge, wie das die Uebereilung des tapfern Sherman beweist, noch immer sehr bedarf. Auch von den bedeutenden Köpfen Shermans, Sheridans und Grants gibt uns die „Illustrirte Zeitung" eine Idee.

Brüssel, 13. Mai. Wohlbegründete Nachrichten über das Befinden des Königs erklären einigermaßen die überaus günstigen offiziösen Versicherungen der letzten Tage. Es hat sich, wie gewöhnlich bei Krankheiten dieser Natur, seit der Operation des Abzapfens eine große Erleichterung eingestellt, welche dem Könige ruhige Tage und nächtlichen Schlaf verschafft. Eine unmittelbare oder auch nur für die nächste Zeit drohende Gefahr ist nicht vorhanden, eine Versicherung, welche Dr. Jenner kurz vor seiner Abreise selbst ertheilt hat.

Aus **Paris,** 12. Mai, schreibt man der „A. Z.": „Seit einem von mir erwähnten Schreiben des Königs Viktor Emmanuel und der Rückkehr des Herzogs v. Persigny, hat die Reichsregentin einen wichtigen Schritt vorwärts gethan. Auf ihren ausdrücklichen Befehl expedirte gestern Hr. Drouyn de Lhuys an den Gesandten am Florentiner Hof eine Depesche, welche den doppelten Zweck hat, dem König zu dem Gedeihen der kirchlichen Unterhandlungen mit dem Papst, von dem zuverlässig das erste Schreiben ausgegangen war, Glück zu wünschen, und den König gegen die stille Opposition mehrerer seiner Minister und Räthe zu bestärken. Die Unterhandlungen mit Rom gehen nämlich über den kirchlichen Bereich schon hinaus, und erstrecken sich auf alle Bedingungen des Vollzugs der September-Konvention."

Das „Mémorial Diplomatique" wird durch eine „Wiener" Korrespondenz in den Stand gesetzt, über die gegenwärtige Lage der schleswig-holsteinischen Frage Mittheilungen machen zu können: „Eine österreichische Depesche, sagt der Korrespondent, nimmt, wohl weit über die Erwartungen des Hrn. v. Bismarck hinaus, Alles an, was preußischer Seits in Bezug auf die Einberufung der schleswig-holsteinischen Stände vorgeschlagen worden war. Nur hat Oesterreich die einzige aber unerläßliche Bedingung beigefügt, daß es, kraft seines Mitbesitzrechts, gemeinschaftlich mit Preußen die den Ständen zu machenden Vorlagen aufstelle. Selbstverständlich will Oesterreich die Erbfolgefrage an die Spitze gestellt wissen. Die am 9. (?) Mai von Wien nach Berlin abgegangene Depesche besteht mehr als je auf diesem Punkt, damit Preußen auf die Ständeversammlung der Herzogthümer keinen ungesetzlichen Druck ausübe. Die österreichische Antwort treibt Preußen aus seinen letzten Verschanzungen, da es nun nicht mehr die Einberufung der gesetzlichen Landesvertreter von Schleswig-Holstein abweisen kann. Wenn selbst Herr v. Bismarck auf die Bedingung eines gemeinschaftlich aufzustellenden Programms nicht eingehen sollte, würde die Volksvertretung der Herzogthümer, einmal zusammengetreten, sicherlich aus eigenem Antrieb sich zu Gunsten des Herzogs von Augustenburg aussprechen, und Preußen würde alsdann auf weit größere Schwierigkeiten in Bezug auf Erfüllung seiner Forderungen stoßen, als wenn es sich vorher mit Oesterreich über die Leitung der Debatten, welche ihm billige Kompensationen zusichern sollen, auf gütlichem Wege verständigt hätte. Wie dem auch sei," von einer Annexion der Herzogthümer an Preußen kann keine Rede mehr sein. Herr v. Bismarck hat eingesehen, daß ein solches Wag-

---

Cafés, Hotels, Plätze, Straßen, Alles ganz französisch. Wenn man durch die breiten Straßen wandert, wo oft Gärten und Felder die Stelle der fehlenden Häuser vertreten müssen, so glaubt man sich in einem südfranzösischen Dorfe zu befinden. Die größte Besitzung gehört den Jesuiten, welche in einer früheren Kaserne eine Erziehungsanstalt eingerichtet haben. Auf einem freien Platze, am Ende des Orts, erhebt sich in einem Hain von Orangen-, Citronenbäumen und Dattelpalmen eine hübsche und geräumige Kirche. Nicht weit davon steht zwischen Disteln und Dornen ein verlassenes Marabut. Die früher so ungesunde Umgegend von Bouffarik gehört jetzt zu der bestangebautesten Strecke der Metidscha. Jede nördliche und südliche Bodenkultur wird nebeneinander betrieben. Die Baumwollenstaude wächst neben Obstbäumen; die Tabakspflanze gedeiht neben Gerstenfeldern und Waizenäckern. Der Boden des nördlichen Afrika ist vermöge seiner starken Humusschichte außerordentlich ergiebig.

Und weiter braust der Zug. Immer näher tritt die Atlaskette an die Schienen heran. „Beni-Mered" heißt die folgende Station. Ein französisches Dorf aus wenig Häusergruppen bestehend; aber an die Stelle, wo die Häuser stehen, knüpft sich die Erinnerung an den Todeskampf einer kleinen Heldenschaar. Zweiundzwanzig französische Soldaten, welche einen Transport eskortirten, wurden hier von dreihundert Arabern angegriffen. Blandau hieß der Sergeant, der sie kommandirte. Er wollte trotz der ungeheuren Uebermacht nichts von Ergebung wissen. Tapfer kämpfend fielen Alle bis auf den letzten Mann, und sterbend verschluckte der Sergeant die ihm anvertraute Depesche. Ein Obelisk erhebt sich auf der Todesstätte als Erinnerung an den Kampf und an den Tod der Helden. Ich kannte die Geschichte von Beni-Mered; aber ich fragte die Soldaten, um sie nochmals zu hören. Jeder von ihnen kannte sie, und jeder wollte mir von dem Sergeanten Blandau und seinen Tapfern zuerst erzählen. Mit Enthusiasmus schilderten sie die Einzelheiten des Kampfes; nur darüber waren sie nicht einig, ob es dreihundert, fünfhundert oder siebenhundert Araber gewesen waren, mit denen die Zweiundzwanzig stritten. Zum Ruhme der französischen Waffen wurden sie schließlich einig, daß es siebenhundert gewesen seien. „Es können auch wohl tausend gewesen sein," rief schließlich ein Husaren-Korporal aus. Wäre das Gespräch noch weiter fortgesetzt worden, ich glaube, die Tausend wären noch weiter gewachsen. Der Ruf „Blidah" machte der Konversation ein Ende. Blidah ist die letzte Station der südlichen Eisenbahn in Algerien, welche, wie schon erwähnt, über Milianah bis nach Oran fortgesetzt werden soll. Blidah liegt am Südrande der Metidscha, hart am Fuße des Atlas, ein altmaurisches Städtchen, jetzt ein sehr hübscher maurisch-französischer Ort. Wunderlich nehmen sich die einstöckigen, kleinen Araberwohnungen neben den hohen französischen Häusern, neben den breiten Straßen und den geschmackvollen Plätzen aus. Blidah ist der schönste und angenehmste Ort, den ich in Algerien gesehen habe. Rund um die Stadt bilden Orangen- und Citronengärten einen kreisförmigen Zauberhain von stundenlanger Ausdehnung. Orangen-, Citronenbäume, die an Höhe unsern größten Apfelbäumen gleichkommen, Granaten-, Mandel- und Feigenbäume, die Stämme von der Weinrebe umschlungen, wie in Italien unter dem weiten kühlen Blätterdach Rosen und Verbenen, dazwischen hohe, dunkle Cypressen, Cedern vom Berge Libanon, Dattelpalmen, Oelbäume, die einzelnen Gärten von aus riesigen Cactus und Aloën gebildeten Hecken umschlungen, von Orangenblüthenduft umweht, umklungen von Nachtigallensang und Lerchenjubel. Die „Rose des Atlas" nennt der arabische Dichter Blidah. G. Rasch.

nicht nur unter der Bedingung versucht werden könnte, daß man Nordschleswig an die Dänen zurückgäbe. Nur um diesen Preis haben England, Frankreich und Rußland erklärt, eine eventuelle Annexion zulassen zu wollen, vorausgesetzt, daß Preußen vorher von Oesterreich und Deutschland eine Zustimmung erlangt hat, die, wie man wohl weiß, beinahe unmöglich zu erlangen ist. Es bleibt also Hrn. v. Bismarck nur ein Kompromiß mit Oesterreich übrig, um für die Verzichtleistung auf seine Mitbesitzrechte zu Gunsten des Augustenburgers eine billige Kompensation zu erlangen. Seinerseits ist Oesterreich völlig bereit, gegen einfache Rückerstattung seiner Kriegskosten seine Rechte abzutreten."

Aus Metz vom 13. ds. wird gemeldet, daß Marschall Forey den Auftrag erhalten habe, den König von Preußen gelegentlich seiner Anwesenheit in der Rheinprovinz, wohin er am Abend des 13. gemeinschaftlich mit dem Kronprinzen abreisen wollte, im Namen des Kaisers der Franzosen zu begrüßen.

Amerika. Das letzte Bulletin, welches die Aerzte Herrn Seward's ausgegeben haben, vom 28. April, lautet: „In Gegenwart mehrerer Chirurgen ist heute Nachmittag mit bestem Erfolge eine Operation an der Kinnlade des Herrn Ministers Seward vorgenommen worden. Der Minister erholt sich rasch von seinen Wunden und fährt jeden Tag in Gesellschaft seines Hausarztes aus. In Herrn Friedrich Seward's Befinden ist in den letzten Tagen eine große Besserung eingetreten."

Frankfurter Börse (vom 7. bis 14. Mai).

Samstag. Die vergangene Woche gehört zu den interesselosesten, die wir lange gehabt, das Geschäft schleppt sich in handwerksmässigem Gange fort, der Spekulation fehlt jeglicher etwas längerer als ephemerer Impuls. Bestimmende politische Momente bleiben gleichfalls aus und so ist bei dem schnell herannahenden Sommer keine redenswerthe Erholung zu gewärtigen. Schwäche und Erschlaffung scheinen zum chronischen Uebel werden zu wollen, das Kapital ist wählerischer als je in seinen Geldanlagen und harthörig gegen den Lockruf von 10 und mehr Prozent Zinsen, worauf neue Emissionen verschiedener Gattung und Lokalität ihm zusetzen. Auch hat man sich über das Missverhältniss, in welchem die kürzliche Schaffung neuer Werthe zu der quantitativen Vermehrung der Kapitalkräfte dermalen steht, noch keinen klaren Begriff gemacht. Dies wird klar werden, je mehr sich die Spekulation beschränkt sieht und je schwerer es in Folge davon wird, das schwimmende Material durch Zeitgeschäft und Arbitrage oben auf zu halten. Mit Agio ist heutzutage für Gründer und Unternehmer wenig oder nichts zu verdienen, sie müssen ihren Nutzen in der Provision und in Emissionsmodalitäten suchen, wobei aber auch nicht alles Gold ist, was glänzt. Man ist genügsamer geworden und schöpft mit kleinern Löffeln als vor 9 Jahren.

Das Geschäft in österr. Fonds war wenig belebt, doch waren Kurse, wegen deren Spezialitäten wir auf die Kurstabellen verweisen, im Ganzen ziemlich behauptet. Für neue engl. Metalliques dauert die Nachfrage des soliden Kapitals fort und werden darin namentlich die mit amerikanischen Fonds realisirten Gelder angelegt.

Von süddeutschen Fonds 4pCt. Bayern, Württemberger und Darmstädter gefragt und um ein Bruchtheil im Kurse erhöht. Von fremden Fonds neue 5pCt. Russen gesucht und bis $85^{5}/_{8}$ bezahlt. In amerikanischen Staatspapieren zeigte auch in der abgelaufenen Woche, gegenüber dem Treiben der jüngsten Zeit, das Geschäft ein sehr geringes Leben. Die Realisationen seitens der Kapitalisten dauern fort und es ist ihnen Glück zu wünschen, dass sich die Gelegenheit bietet, von dem immerhin gefährlichen Effekt loszukommen. Der 70er scheint die Schranke zu sein, welche die 1882er nicht überschreiten können, denn obgleich heute der Telegraph aus New-York vom 3. d. günstigen Kurs meldete, Agio $141^{1}/_{2}$, Bonds $105^{1}/_{2}$ ex Coup., so brachte man es doch nicht über 70, indem dafür sehr beträchtliche Verkaufslimiten vorlagen. Die realisirten Bonds strömen zum guten Theil nach der Heimath zurück, wohin in letzter Zeit schon bedeutende Summen reexportirt worden sein sollen.

Von Kreditaktien hatten Oesterreichische im Anfang der Woche den 200er verloren, holten sich jedoch denselben wieder und bleiben 201; für die bevorstehende Medio-Liquidation zeigte sich noch immer Mangel an Stücken, wenn schon sich die Contremine in Folge des hohen Deports bei dem letzten Ultimo theilweis gedeckt zu haben scheint. In kleindeutschen Kreditaktien wenig Geschäft. Von Zettelbank-Aktien Frankfurter fest auf 150, ebenso österr. Nationalbank um 870.

In Eisenbahn-Aktien kamen im Laufe der verflossenen Woche, in Hinblick auf die ausgeschriebene Einzahlung, wiederum nicht unbedeutende Posten bayer. Ostbahnen an den Markt — zum grössten Theil aus dem Heimathlande selbst, wo sich auch das kleinere Kapital in nicht geringem Umfange und wohl mitunter über Gebühr in amerikanischen Fonds engagirt hat, fanden jedoch zu behaupteten Kursen willige Unterkunft. Pfälzische Linien behauptet; die Neustadt-Dürkheimer Zweigbahn ist nunmehr dem Verkehr übergeben, ebenso die Eisenbahn-Schiffbrücke bei Maxau. — Oesterr. Westbahn folgten der besseren Tendenz in Wien und schliessen um fl. $2^{1}/_{2}$ höher zu $122^{1}/_{2}$; die Ergebnisse des laufenden Jahres sind sehr günstig. — Die Aktien der Böhmischen Westbahn sind auf 78 gestiegen, ein selbständiges Geschäft hat sich jedoch bis jetzt in diesem Effekt am hiesigen Platz noch nicht entwickelt, man folgt bei schwachem Verkehr den Notirungen aus Berlin und Wien. Jedoch verdient die Aktie jedenfalls Beachtung für spekulative Anlagen. Es unterliegt keinem Zweifel, dass dieser Bahn, abgesehen von der sonstigen Verkehrs-Entwickelung, die bevorstehende Eröffnung der Nürnberg-Würzburger Linie jedenfalls grosse Vortheile bringen wird. — Eisenbahn-Prioritäten im Umsatz für den laufenden Bedarf, Livorneser haben ihren Kurs um $^{1}/_{2}$ pCt. erhöht, ebenso toskanische, galizische zu $88^{1}/_{2}$ gefragt.

Geldstand sehr flüssig und ist für erste Diskonten bis zu $2^{1}/_{2}$ pCt. willig anzukommen. Von fremden Devisen London und Paris höher gegangen, ersteres bis $119^{1}/_{2}$, letzteres $94^{1}/_{8}$ bezahlt. (Akt.)

Hiezu die Beilage: „Würzburger Anzeiger"!

Verantwortlicher Redakteur: A. Hartmann.
Druck und Verlag der Stabel'schen Buch- und Kunsthandlung in Würzburg

Cours der Staatspapiere.

Oesterr.	5 pCt. Met. (Cp. i. S. b. R.)	—
"	5 pCt. Lomb. ditto. à 24	—
"	5 pCt. Engl. Met. v. 1852	$60^{1}/_{2}$ P.
"	5 pCt. Engl. Met. v. 1859	$78^{3}/_{4}$ P.
"	5 pCt. Venet. Coupon b. R.	$86^{1}/_{2}$ G.
"	5 pCt. Nationalanl. v. 1854	$68^{5}/_{8}$—$^{1}/_{2}$ G.
"	5 pCt. Metall. Obligation.	$63^{3}/_{4}$ G.
"	$4^{1}/_{2}$ pCt.	$57^{3}/_{4}$ P.
Preussen	$3^{1}/_{2}$ pCt. Staatsschuldsch.	—
Bayern	$4^{1}/_{2}$ pCt. Obl. 1jähr. dto.	$101^{3}/_{8}$ P.
"	$4^{1}/_{2}$ pCt. Obl. $^{1}/_{2}$jähr. dto.	$102^{1}/_{8}$ P.
"	4 pCt. Obl. 1jähr. dto.	$99^{1}/_{4}$ G.
"	4 pCt. Obl. $^{1}/_{2}$jähr. dto.	$99^{3}/_{4}$ P.
"	4 pCt. Obl. Ab.-R. dto.	$98^{3}/_{4}$ P.
"	$3^{1}/_{2}$ pCt. Obl. dto.	—
Württemb.	$4^{1}/_{2}$ pCt. Obl. b. Rothsch.	$104^{1}/_{2}$ P.
"	$3^{1}/_{2}$ pCt. Obl. dto.	$94^{1}/_{2}$ P.
Baden	$4^{1}/_{2}$ pCt. Obl.	100 G.
"	$3^{1}/_{2}$ pCt. Obl. v. 1842	$91^{3}/_{4}$ P.
Gr. Hess.	$4^{1}/_{2}$ pCt. Obl.	—
"	4 pCt. Obl. b. Rothsch.	$100^{5}/_{8}$ G.
"	$3^{1}/_{2}$ pCt. Obl. dto.	$97^{1}/_{4}$ P.
Nassau	$4^{1}/_{2}$ pCt. Obl. dto.	102 G.
"	4 pCt. Obl. dto.	$98^{5}/_{8}$ P.
"	$3^{1}/_{2}$ pCt. Obl. dto.	92 G.
Frankfurt	$3^{1}/_{2}$ pCt. Obl.	95 P.
"	3 pCt. Obl.	91 P.
Spanien	3 pCt. inl. Sch. P. à fl. 2. 30	—
"	$5^{1}/_{4}$ pCt. " " "	—
Schweden	$4^{1}/_{2}$ pCt. Obl. à 105 Thlr.	91 P.
N.Amerika	6 pCt. à 100Dr. 1881 D. $2^{1}/_{2}$	$64^{1}/_{8}$ G.
"	6 pCt. ditto r. 1882 "	$69^{7}/_{8}$—70 G.

Diverse Aktien.

Frankfurter Bank à fl. 500 . . .	$150^{1}/_{2}$ P.
K. K. Oesterr. National-Bankaktien	870 P. 869 G.
Oesterr. Kreditbank-Aktien à fl. 200	201—$199^{1}/_{2}$ G.
Bayer. Hypothekenb. Pfandbriefe 4 pCt.	$97^{1}/_{2}$ P.
Darmst. Bank 1. u. 2. Serie à fl. 250	$223^{1}/_{2}$ P.
Weimarische Bank à Thlr. 100 . .	101 G.
Mitteldeutsche Kreditaktien . . .	101 G.
Intern. Bank in Lux. à 250 Frs. à 28 kr.	—
Taunus-Eisenbahn à fl. 250 . . .	348 P. 347 G.
Frankfurt-Hanauer-Eisenbahn . . .	102 G.
Oest. F.St.Eisb. 5pCt. 500 Fr. à 28 kr.	—
" Elisab.-Eisenbahn 5 pCt. . .	$123^{1}/_{2}$ P.
Böhm. Westbahn-Aktien à fl. 200 6/7	78 G.
Rhein-Nahe-Bahn 200 Thl. à 105 4pCt. Z.	$30^{1}/_{2}$ P.
Ludwigshafen-Bexbacher à 4 pCt. .	$143^{3}/_{4}$ G.
dto. dto. Prior. à 4 pCt.	$97^{3}/_{4}$ G.
Pfälz. Maxb. b. Rothschild à $4^{1}/_{2}$ pCt.	$107^{1}/_{4}$ P.
Oest. St.-Eisenb. Prior.-Oblig. à 3 pCt.	$62^{3}/_{8}$ P.
Elisab.-Bahn Prior. 5 pCt. 6/7	$79^{3}/_{4}$ P.
Südd. Bank-Akt., 40 pCt. Einz.	$255^{1}/_{2}$ P. $254^{1}/_{2}$ G.
Span. Handels- und Industrie . .	—
Bayr. Ostbahn à $4^{1}/_{2}$ pCt. volleinbez.	$118^{1}/_{2}$ P $^{3}/_{8}$ G.
Bayer. Ostbahn mit 50 pCt. Einz.	$113^{1}/_{2}$ P.

Wechsel
in süddeutscher Währung.

Amst. fl. 100 k. S.	101 P. — G.
Antwerp. Frs. 200 k. S.	$94^{5}/_{8}$ G.
Augsb. fl. 100 k. S.	$99^{3}/_{4}$ G.
Berlin Th. 60 k. S.	105 P.
Brem. 50 Th. Ld. k. S.	$97^{5}/_{8}$ P.
Brüssel Frs. 200 k. S.	$94^{5}/_{8}$ G.
Cöln Thlr. 60 k. S.	106 P.
Hamb. MB. 100 k. S.	$88^{3}/_{4}$ P.
Leipzig Th. 60 k. S.	105 P.
London Lst. 10 k. S.	$119^{3}/_{8}$ G.
Lyon Frs. 200 k. S.	—
Mail. Frs. 200 . .	$94^{1}/_{2}$ G.
München fl. 100 k. S.	$99^{3}/_{4}$ G.
Paris Frs. 200 k. S.	95 P.
Petersburg 60 S.-R.	—
Triest fl. 100 k. S.	—
Wien fl. 100 ö. W.	—
do. in öst. W. l. S.	108 G.
Disconto	$3^{1}/_{2}$ pCt. G.

Anlehens-Loose.

Oesterr. fl. 250 v. 1839	145 P.	Kurhess. Thlr. 40 b. R.	$56^{1}/_{2}$ P.
" fl. 250 v. 1854 mit 4pCt.	$79^{3}/_{8}$ G.	Gr. Hessen fl. 50 b. R.	140 P.
" fl. 500 v. 1860 6/7	87 G.	" fl. 25 do.	37 P.
" fl. 100 Eisb. L. v. 1858.	$136^{1}/_{2}$ G.	Nassau fl. 25 bei Rothsch.	$35^{1}/_{2}$ G.
" do. v. 1864.	$95^{5}/_{8}$ P.	Sardinische Fr. 36 b. B.	—
Schwed. 10 Thlr. Loose	—	Neuchateler 10 Frs.-Loose	—
Badische fl. 50	—	Freiburger 15 Frs.-Loose	—
Badische fl. 35	$53^{1}/_{2}$ P.	Mailänder 45 Frs. L. b. R.	$32^{1}/_{2}$ P.
		St. Lüttich mit $2^{1}/_{2}$ pCt. Z.	33 G.
		Ansb.-Gunzenh. fl. 7-L.	11 P.

Frankfurt, 15. Mai. Die Börse war vorzugsweise mit der Liquidation beschäftigt und die Notirungen nur wenig verändert. In Amerikanischen war das Geschäft von einiger Bedeutung, im Uebrigen unerheblich. (Spap.)

An die
k. Hof- und Staatsbibliothek
München.
1 N. Würzb. Ztg.

Neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht!

№ 136.	Vorausbezahlung: Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 1 fl. 30 kr. Bei Inseraten wird die dreispaltige Zeile in gewöhnlicher kleiner	62. Jahrgang.	Schrift oder deren Raum im Hauptblatte mit 6 kr., im Anzeiger mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franco.	Mittwoch, 17. Mai 1865.

Die preußische Forderungs-Depesche.

Der dem Abgeordnetenhause vorgelegten Denkschrift ist das unter dem Namen: preußische Forderungsdepesche oft erwähnte Aktenstück beigefügt, welches Hr. v. Bismark unter dem 22. Februar an den preußischen Gesandten in Wien hat ergehen lassen. Dasselbe besteht aus drei Theilen: aus der eigentlichen Depesche, welche die Motivirung der preußischen Forderungen enthält, und aus zwei Beilagen, in deren erster diese Forderungen formulirt, in deren zweiter, in Form einer Denkschrift gehaltener, die Nothwendigkeit einer Verschmelzung des schleswig holsteinischen mit dem preußischen Wehrwesen darzuthun unternommen ist. Die Depesche lautet: „Eue. Exzellenz bin ich nunmehr in der Lage, in näherer Formulirung die Bedingungen anzugeben, unter welchen wir die Bildung eines neuen Staates Schleswig-Holstein nicht als eine Gefahr für die Interessen Preußens und Deutschlands ansehen dürften und deren gesicherte Verbürgung das k. Staatsministerium daher berechtigen würde, Sr. M. dem König die Uebertragung seiner durch den Friedensschluß vom 30. Oktober erworbenen oder sonst ihm zustehenden Rechte auf einen Anderen vorzuschlagen. Sie finden dieselben in der Anlage 1 zusammengestellt. Zur Begründung und Erläuterung füge ich Folgendes hinzu: Daß Preußen bei der Konstituirung des neuen Staates an denselben die Forderung eines festen und unauflöslichen Bündnisses stellen muß, ist selbstverständlich; es kann sich nicht einen eventuellen Gegner selbst schaffen wollen. Eben so sehr und noch mehr bedarf der neue Staat selbst eines solchen Bündnisses zu seiner eigenen Sicherheit, welche zugleich die Sicherung Deutschlands gegen Norden in sich begreift. Die allgemeinen Verhältnisse sind in dieser Beziehung so klar, daß es hier keiner weiteren Ausführung bedarf. Die Herzogthümer bilden einerseits vermöge ihrer geographischen Lage und der politischen Verhältnisse einen sehr exponirten Angriffs- und Vertheidigungspunkt für das gesammte Norddeutschland und für Preußen insbesondere; andererseits würden sie in einer isolirten militärischen Stellung nicht im Stande sein, sich selbst zu schützen. Preußen wird daher immer ihren Schutz und ihre Vertheidigung übernehmen müssen, und wenn es so weitgehende Verpflichtungen und die dafür erforderlichen Opfer auf sich nehmen soll, so muß es auch die Mittel erhalten, diese Verpflichtungen in wirksamer Weise jederzeit erfüllen zu können. Daß die Herzogthümer nicht im Stande sind, dem ersten mit nachhaltiger Kraft geführten Stoße einer fremden Macht zu widerstehen, haben die Erfahrungen zu Anfang des Jahres 1848 und 1850 gezeigt. In ähnlicher Weise wird für Schleswig-Holstein, wenn es nur auf seine eigenen Kräfte angewiesen ist, immer die Gefahr bestehen, daß das Herzogthum Schleswig im ersten Anlauf verloren gehe. Die Folge davon würde sein, daß der Feind dort sofort eine feste und sehr gefährliche Operationsbasis gewönne, und daß Preußen genöthigt wäre, das Land mit großen Opfern wieder zu erobern, wie Dieß im Jahre 1848, namentlich aber im vorigen Jahre geschehen ist. Dieser Gefahr, der wir uns nicht aussetzen dürfen, kann nur vorgebeugt werden, wenn die in Schleswig vorhandenen Streitkräfte und militärischen Einrichtungen in einem organischen Zusammenhang mit den preußischen sich befinden; wenn dieses Herzogthum, in militärischer Beziehung, einen integrirenden Theil unseres eigenen Vertheidigungssystems bildet und wir daher in der Lage sind, einem ersten Angriff schon dort nachhaltig zu widerstehen und ein Festsetzen des Feindes daselbst zu verhindern. Der deutsche Bund kann seinen Schutz nicht auf das Herzogthum Schleswig ausdehnen, welches nicht zu ihm gehört. Auch hier können wir uns auf die Erfahrung berufen, welche gezeigt hat, wie der Schutz des Bundes auf Holstein nur in so weit Anwendung fand, als er auf unsere und Oesterreichs Reserven gestützt war, an der Eider aber ganz aufhörte. Von der Sicherheit Schleswigs hängt die Sicherheit Holsteins ab. Letzteres ist Bundesland, und der neue Souverän muß in den Stand gesetzt werden, seine Verpflichtungen gegen den Bund in militärischer wie in jeder andern Hinsicht zu erfüllen. Holstein aber eine andere Militär-Organisation zu geben als Schleswig, würde zu einer neuen Schwächung des staatlichen Zusammenhanges führen und das Einschreiten Preußens in Kriegszeiten lähmen. Es muß also ein Modus gefunden werden, um dem neuen Staate eine einheitliche Militär-Organisation und zugleich die unumgängliche Verbindung mit dem preußischen Militärsystem zu geben. In Betreff des Bundeslandes Holstein bietet hierzu der Art. VIII. der Grundzüge der Bundeskriegsverfassung das Mittel dar. Derselbe lautet: „Bei der Organisation der Kriegsmacht des Bundes ist auf die aus besonderen Verhältnissen der einzelnen Staaten hervorgehenden Interessen derselben insoweit Rücksicht zu nehmen, als es mit den allgemeinen Zwecken vereinbar anerkannt wird." Der

Feuilleton.

S. Z. Pariser Briefe.

Paris, 10. Mai.

Wer das dreiaktige Schauspiel „Supplice d'une femme," um dessen Vaterschaft sich jetzt Dumas II. und Émile de Girardin streiten, nicht gesehen hat, der könnte glauben, daß hier die Verfasser den Stoff, welchen Jules Favre so beredt in der Kammer behandelt, auf die Bühne verpflanzt haben. Dem ist nicht so. Das Stück zeichnet ein soziales Gebrechen, das in Frankreich nur allzuoft angetroffen wird. Es ist wahrlich nicht der Autorenstreit, welcher dem Schauspiel einen solchen Zulauf verschafft, sondern das tiefe Mitgefühl, welches die unglücklichen Helden erwecken. Die Thränen, welche hier eben so reichlich fließen als in einem Lustspiel der Birch-Pfeiffer, gelten oft den eigenen Leiden.

In Deutschland, wo man ideal liebt und verliebt heirathet, wo jede Jungfrau ein paarmal unglücklich geliebt hat, da wird es immer höchst rührend sein, zu sehen, wie ein steinharter Onkel, eine adelsstolze Tante so lange mit Greisinn gekerzt und ihren Herzen thränenbefeuchtete Taschentücher umgeschlagen werden, bis sie endlich weich sind und die kleine Mesalliance zu Stande kommt.

In Frankreich werden die Mädchen fast in klösterlicher Einsamkeit erzogen. Aus dem Institut tritt man an den Traualtar. Und die Zurückgezogenheit und Abgeschlossenheit wird auf einmal mit der größten Freiheit, welche die Frauen hier zu genießen pflegen, vertauscht. Der Wechsel ist etwas stark. Früher waren sie durch einen Wall von strengen Geboten und Verboten eingeschränkt, und nebenbei von der Unmöglichkeit, zu fehlen. Jetzt liegt plötzlich die Welt mit allen ihren verführerischen Reizen vor ihren Augen offen. Statt des Zwanges die freieste Wahl, statt der Abgeschlossenheit die verlockende Gelegenheit. Wo findet aber ein solches junges Wesen Rath und Stütze. Bei den Eltern? — Sie hat wenig in ihrer Nähe gelebt, da fehlt das Vertrauen. Sie sagt „Ma chère mama, mon cher papa!" und küßt sie auch, aber selten mehr. Und die Freundinnen, o diese sind in derselben Lage, vielleicht auch in einer übleren, wie sie selbst. Unter solchen Umständen ist ein Fehltritt leicht, um so leichter, wo leichter der Sinn ist und rascher das Blut pulsirt, — in Frankreich.

Die deutschen Aglajas, Lotten, Käthchen und Gretchen mögen einstweilen Steine aufheben, um die Frau zu steinigen, die ich ihnen vorführen will!

„Supplice d'une femme" — was heißt das? — Die Todesstrafe einer Frau? — So könnte es heißen, aber es gibt für eine Frau noch Schlimmeres als der Tod, das sind Martern, welche sie mit lächelndem Antlitz ertragen muß, weil ein einziges

allgemeine Zweck ist die Wehrhaftigkeit im Kriege. Diese erfordert, daß die holsteinische Wehrkraft ebenso wie die schleswig'sche in organischen Zusammenhang mit der preußischen gesetzt und ihre Ausbildung in derselben Tüchtigkeit und Vollzähligkeit wie die der preußischen Armee sichergestellt werde. Um nicht ohne Noth eine Aenderung der Bundeskriegsverfassung zu beantragen, sind wir bemüht, die erforderlichen Garantien in Uebereinstimmung mit derselben in's Leben zu führen. Art. 5 der Bundeskriegsverfassung bestimmt: „Kein Bundesstaat, dessen Kontingent ein oder mehrere Armeekorps für sich allein bildet, darf Kontingente anderer Bundesstaaten mit dem seinigen in eine Abtheilung vereinigen." Das holsteinische Bundes-Kontingent soll daher nicht mit dem preußischen Bundes-Kontingent in eine Abtheilung verbunden werden, sondern fortfahren, einen Theil des 10. Bundesarmeekorps zu bilden. Für die Kriegs-Marine der beiden Herzogthümer wird dieselbe organische Verschmelzung mit der preußischen beabsichtigt. Da keine Marine des deutschen Bundes existirt, und die Streitkräfte Holsteins zur See für eine solche also vertragsmäßig nicht in Anspruch genommen sind, so findet auf diesem Gebiete keine Berührung mit der Bundeskriegsverfassung statt. Die Bildung einer selbstständigen Marine Schleswig-Holsteins würde nach den Kräften dieses Staates schwer zu verwirklichen und unzulänglich bleiben, um die Kräfte, welche die Herzogthümer auf diesem Gebiete darbieten, für Deutschlands Wehrkraft zur See thätig zu machen. Das sind die Grundsätze, welche uns bei der Entwerfung der anliegenden Formulirung geleitet haben: vollständige Wehrhaftmachung und Vertheidigung des neuen Staates und Erfüllung der Pflichten Holsteins gegen den deutschen Bund. (Schluß folgt.)

(Amtliche Nachrichten.) **München** 15. Mai. Se. Maj. der König hat dem k. Gymnasialprofessor M. Heumann in München das Ritterkreuz I. Klasse des Verdienstordens vom heiligen Michael verliehen; das Frühmeß-Benefizium in Türkheim, Bezirksamts Mindelheim, dem Priester A. Prestel, Pfarrer in Asch, Bezirksamts Kaufbeuern, übertragen; genehmigt, daß das Benefizium in Sandharlanden, Bezirksamts Kelheim, von dem Bischofe von Regensburg dem derzeitigen Verweser desselben, Priester P. Knill, verliehen werde; die kathol. Pfarrei Fischbachau, Bezirksamts Miesbach, dem Priester F. X. Quitzmann, Pfarrer in Flintsbach, Bezirksamts Rosenheim, übertragen; dem Landgerichte Neustadt a/A. auf die Dauer der daselbst begonnenen Hypotheken-Bereinigungs-Arbeiten einen zweiten Assessor beigegeben und auf die Stelle desselben den Assessor F. Hurt berufen; die Funktion eines kgl. Kommissärs bei dem Pensions-Vereine für das Amts- und Kanzleipersonal dem kgl. Regierungsassessor K. Zeillmann übertragen.

Durch die Beförderung des kgl. Revierförsters Frhrn. v. Lobkowitz zum Forstmeister in Tölz ist das kgl. Forstrevier Diessen II — früher Utting — im kgl. Forstamte Weilheim erledigt.

Ueber das Referat des Hrn. Prof. Dr. Edel über den Amnestie-Gesetzentwurf hört man, daß sich der Hr. Referent über die Regierungsvorlage insofern ungünstig ausspricht, als er die allzugroße Beschränkung derselben ausdrücklich beklagt, und deßhalb auch eine Erweiterung des Gesetzes in verschiedener Richtung beantragt. Wie ein Münchner Korrespondent der „Allg. Zeitung" versichert, hat das Verfahren des Staatsministeriums der Justiz in der Amnestie-Angelegenheit schon viele Verstimmung und Mißmuth hervorgerufen. Man nimmt, und das gewiß mit Recht, an, daß es den Intentionen Sr. Maj. des Königs mehr entsprochen hätte, wenn gleich bei Beginn des Landtags das erste Wort, das vom Thron an die Volksvertretung gelangte, die Gewährung der Amnestie, resp. die Vorlage eines bezüglichen Gesetzentwurfs gewesen wäre. Hierüber gibt es sicher nur eine Meinung. Die Mißstimmung über das Ausbleiben der Vorlagen trat etwas zurück, als bekannt wurde, daß Se. Maj. der König die Amnestie gewähre, wie sie auf Vorschlag des Abg. Edel vom Ausschuß der Kammer einstimmig begutachtet war, und die Presse diese Nachricht nicht nur unwidersprochen weiter verbreitete, sondern auch die schönen Worte bekannt wurden, welche Se. Maj. der König auf den Dank eines Abgeordneten der Pfalz erwiderte. Als nun aber wieder vier Wochen verflossen und die Vorlage abermals unterblieb, und als endlich gar diese Vorlage erfolgte, welche so sehr von den Vorschlägen des Ausschusses und seines Referenten abweicht, ist die Mißstimmung über das Ministerium der Justiz um so mehr hervorgetreten, als in der Sitzung der Kammer, in welcher die Vorlage erfolgte, wohl des unbedingten Generalpardons Erwähnung geschah, und hierauf der laute Beifall des Hauses erfolgte, der Gesetzentwurf selbst aber wie gewöhnlich einfach übergeben wurde, so daß man annahm, daß die in demselben enthaltene Amnestie eine ebenso unbedingte sei. Hr. Referent Abg. Edel spricht dafür auch in seinem bezüglichen Bericht unverhohlen sein Bedauern über das Vorgehen des Ministeriums in dieser Sache aus, und es dürfte kaum einem Zweifel unterliegen, daß die Anträge desselben vom Ausschuß, und dann wohl auch in der Kammer, auf einstimmige Annahme rechnen dürfen. Die Staatsregierung und beziehungsweise das Staatsministerium der Justiz, kommt dann aber in eine Lage, welche leicht vorauszusehen ist; sie verweigert entweder ihre Zustimmung, und dann endet einer der gepriesensten Akte mit einem Konflikt, welcher die schlimmsten Wirkungen weit über Bayerns Grenzen hinaus hervorbringen muß, oder sie gibt ihre Zustimmung nachträglich, muß aber dann auf den Ruhm der Freiwilligkeit und auf den Dank verzichten, den das Land dem „Gernegebenden" so gern entgegengebracht hätte.

Wien, 15. Mai. Im Schooße der ungarischen Hofkanzlei bildet gegenwärtig ein Gegenstand delikatester und skandalösester Natur das Substrat einer geheimen Untersuchung. Auch dem ausländischen Publikum dürfte noch erinnerlich sein, daß aus Anlaß des im Jahre 1863 in Ungarn ausgebrochenen Nothstandes vom Reichsrathe ein Nothstandsdarlehen von 20 Millionen bewilligt wurde. Die Verwaltung und Vertheilung dieses Fonds, so wie die übrigen von auswärtigen und inländischen Wohlthätern eingelaufenen Unterstützungsgelder war ausschließlich dem ungarischen Statthalter Grafen Palffy überlassen, welcher sich in dieses Ge-

---

kleines Wort sie und ihr Kind und ihren Mann mit Schmach bedecken möchte, weil sie durch dieses kleine Wort Alles verlieren würde, was sie liebt. Die junge blonde Dame in jener Loge, welche verstohlen heiße Thränen weint, vielleicht könnte sie uns sagen, was dies für Leiden sind. Doch wir wollen diskret sein; richten wir unseren Blick auf die Bühne und sehen wir, was sich hier abspielt.

Die erste Szene ist eine rührende Unterhaltung zwischen Vater und Töchterchen. Das Kind ist etwa 6 oder 7 Jahr. Ich wünschte nicht, daß die kleine Jeanne im Institut erzogen würde, sondern lieber daheim bei der Mutter. Aber wo ist diese? Da tritt sie ein: eine hübsche, junge Frau, nur ein wenig melancholisch, nicht ungezwungen genug gegen ihren Gatten, nicht zärtlich genug gegen das Kind.

Was mag der Grund ihres Kummers sein? Ist ihr Mann ein Haustyrann, ein Trunkenbold, ein Spieler? . . . Im Gegentheil, sie liebt seinen Charakter. Oder befinden sie sich in übler Vermögenslage? — Weit entfernt! Herrn Dumonts Bankgeschäft stand zwar einmal auf etwas schwanken Füßen, — es mögen etwa 7 Jahre her sein — allein da bot ihm ein alter Freund, Spanier von Geburt, Millionär von Profession, hilfreich seine Hand und sein Gold, sie wurden Associés. Alvarez, so hieß der Freund, war täglicher Gast im Hause; und wie ein Glück selten allein kommt, wurde auch bald darauf sein heißester Wunsch erfüllt und seine Ehe mit einem Kinde gesegnet. Das ist die kleine Jeanne, die kleine Jeanne, welche heut ihren Geburtstag feiert. Von allen Seiten werden Geschenke gebracht, wie es die Sitte erfordert, und der Tag soll durch ein häusliches Kinderfest, bei welchem Jeanne die Königin, gefeiert werden. In Frankreich nennt man dies une matinée d'enfants.

Es versteht sich, daß auch der Hausfreund Alvarez seine Geschenke bringt, Jeannette ist ja sein Abgott. . . . Sie haben vielleicht die Traurigkeit der jungen Frau schon begriffen und das fatale Geheimniß errathen. War wirklich dieser Freund so falsch, dieser Millionär so ordinär, daß er sich für seine Hilfe so theuer bezahlt gemacht? Und wenn dem so ist, warum freut sich Mad. Dumont, als ihr Mann ihr den Vorschlag macht, mit ihrem Kinde auf einige Zeit eine Vergnügungsreise zu unternehmen, wodurch sie doch von Alvarez getrennt wird. Es soll uns bald klar werden. „Madame," sagt der Hausfreund zu ihr, als sie allein sind, „Sie wollen verreisen, während ich, der ich Sie anbete, mich hier todt langweilen müßte. Nein, das geht nicht!" Und es geht wirklich nicht, die junge Frau bittet, beschwört ihn, vergeblich. Der eine Fehltritt, den sie stündlich bereut, hat sie gänzlich abhängig gemacht von diesem Manne, der sie tyrannisirt. Begreifen Sie jetzt den Titel des Stückes: „Supplice d'une femme."

Man müßte Scene für Scene erzählen, sie sind oft ergreifend durch ihre Wahrheit und Aehnlichkeit mit dem, was uns in den Familien begegnet, es liegt darin ein Stück Kulturleben, und man darf sich nicht wundern, daß dies Schauspiel eine solche Zugkraft übt und trotz des afrikanischen Frühlings, der uns drückt — das Afrikanische kommt sehr en vogue bei uns — die Massen in das Théâtre Français lockt.

Doch mein Raum ist bemessen, und ich will kurz resumiren. Während das Kinderfest in aller Fröhlichkeit sich abspielt, erhält Frau Dumont ein Billet, in welchem ihr Alvarez meldet, daß eine entlassene Kammerfrau geplaudert hat.

schäft mit dem ersten Vizepräsidenten der Statthalterei, Herrn v. Pechy, theilte. Zu welcher Zufriedenheit seines Chefs Letzterer seinem Amte oblag, geht daraus hervor, daß Graf Palffy demselben eine hohe Ordensdekoration verschaffte, ja ihn sogar wiederholt dem Kaiser als geeigneten Kandidaten für den Hofkanzlerposten in Vorschlag brachte. Der edle Graf hatte sich aber der Leitung dieser Geschäfte nicht ganz entzogen, vielmehr mit einem reichen ungarischen Kaufmann Namens Jakob Haas einen Vertrag abgeschlossen, wodurch Letzterem die Pachtung der Nothstandsarbeiten übertragen wurde. Dieser Tage nun wurde der in Pesth lebende Haas plötzlich von der Polizei aufgehoben und in eine Kaserne gesteckt, woselbst eine Untersuchung wider ihn geführt wird. Gleichzeitig wurde der obengenannte Vizepräsident beurlaubt, ohne darum nachgesucht zu haben, und erhielt die Weisung, Pesth nicht zu verlassen. Endlich wurde noch gegen einen Statthaltereirath eine Untersuchung eingeleitet. Zu beklagen bleibt es immer, daß über die Verwendung der Nothstandsgelder der Oeffentlichkeit keinerlei Darlegung geboten wird.

Ein offiziöser **Wiener** Korrespondent der „Allg. Ztg." schreibt unterm 14.: „Einer meiner Herren Mitkorrespondenten erklärt es als „völlig unwahr", daß Preußen hier die Abberufung des Hrn. v. Halbhuber insinuirt habe. Ich behaupte meinerseits — und ich besorge nicht, dementirt zu werden —, daß das gerade Gegentheil die Wahrheit ist, und daß Preußen in aller Form über das Auftreten des Hrn. v. Halbhuber Beschwerde geführt und ihn durch eine Persönlichkeit ersetzt zu sehen gewünscht hat, welche in demselben Geiste des guten Einvernehmens wie zu den Zeiten des Herrn v. Lederer mit Herrn v. Zedlitz Hand in Hand gehe, d. h. Herrn v. Zedlitz in allen Stücken gewähren lasse. Der Herr Korrespondent meldet weiter, abermals „auf das Bestimmteste", daß der Kompensationsgedanke seit Monaten nicht mehr angeregt worden. Gestatten Sie mir, abermals noch weit bestimmter zu erklären, daß Preußen fast in jeder einzelnen Aeußerung und bis in die neueste Zeit hinein das Kompensationsthema variirt, und daß Oesterreich alle Mühe hat, der Diskutirung desselben aus dem Wege zu gehen. Der Herr Korrespondent weiß endlich: die Mittelstaaten hätten ihre Absicht, am Bund einen Antrag auf Zulassung eines holsteinischen Bundestagsgesandten zu stellen, auf Andringen Oesterreichs wieder aufgegeben. Ich glaube meinerseits, sehr genau zu wissen, daß die Ausführung der Absicht vielleicht vorderhand vertagt ist, daß die Absicht aber als nichts weniger als aufgegeben betrachtet werden darf."

Die „Presse" schreibt unter dem 15.: „Es könnte nach den bisherigen Mittheilungen scheinen, als wenn von österreichischer Seite die ungetrennte Gemeinsamkeit der beiden Okkupationsmächte gegenüber der künftigen Ständeversammlung in den Elbe-Herzogthümern als feststehende Bedingung des Zusammentretens der Stände überhaupt hingestellt worden wäre. Das ist indeß, wie wir hören, nicht der Fall, sondern die letzte österreichische Depesche hat nur auf die ernsten Inkonvenienzen einer eventuellen Sonderverhandlung hingewiesen und die Verantwortlichkeit für die möglichen Folgen ausdrücklich von Oesterreich ablehnen zu müssen geglaubt. Sollte also Preußen darauf beharren, daß es jeder der beiden Mächte unbenommen bleiben müsse, mit selbstständigen Vorlagen vor die Stände zu treten, so würde Oesterreich, wiewohl gegen seine bessere Ueberzeugung, sehr wahrscheinlich darin nachgeben."

Berlin, 15. Mai. Das Gutachten des Kronsyndikus Obertribunalrath Dr. Heffter betont einer Privatdepesche des „Fr. J." zufolge den gegen das Erbrecht des Herzogs von Augustenburg sprechenden Umstand, daß unter der gesetzlich erforderlichen thatsächlichen Zustimmung des Erbprinzen Friedrich seiner Zeit mit der von der dänischen Krone bewilligten Abfindungssumme ein Familienfideikommiß begründet worden. Die erste Plenarsitzung des Kronsyndikats wird am 8. Juni stattfinden.

Aachen, 15. Mai. Bei der soeben stattgefundenen Feier der fünfzigjährigen Verbindung der Rheinprovinz mit Preußen vor dem Rathhause erwiederte der König auf die Ansprache des Landtags-Marschalls ungefähr Folgendes: Es ist ein erhebendes Gefühl, der Vorsehung Dank bringen zu können für eine glückliche Vergangenheit, die seit einem halben Jahrhundert für die Rheinlande bestand. Die Vereinigung dieser Provinz mit Preußen hat große Vortheile nach allen Richtungen gebracht, der Dank dafür gebührt meinem königlichen Vorgänger. Ich aber danke der Provinz für alles, was Sie bei dem heutigen Feste ausgesprochen hat und darbringt. Meine Königliche Aufgabe wird sein, die glücklichen Zustände der Rheinlande zu fördern, und ich hege das Vertrauen, daß dieses uns im verfassungsmäßigen Zusammenwirken gelingen werde. Gott schütze Preußen!

Dresden, 11. Mai. In der gestrigen Sitzung des Stadtverordnetenkollegiums kam eine eigenthümliche Frage zur Verhandlung, das hiesige „Kindertheater." Scharfe und berechtigte Worte fielen gegen diese jüngste Mißgeburt moderner Erziehung, diese Schule der Eitelkeit, Heuchelei und Verstellung. Die Verfassungsdeputation glaubte, durch eine an das Kultusministerium zu richtende Petition, in welcher gebeten wird, den Geist des § 79 der Ausführungsverordnung des Schulgesetzes (den Ausschluß der Schulkinder von Tanzböden betreffend) auch auf das Kindertheater in Anwendung zu bringen, den erwünschten Zweck zu erreichen, und stellte deßhalb den Antrag auf Absendung einer im Entwurf vorliegenden Petition. Dieser Antrag ward mit allen gegen 12 Stimmen angenommen, und einstimmig wurde beschlossen, den Stadtrath zum Beitritt zu der Petition aufzufordern.

Von der **Eider,** 13. Mai, wird der „Schlesw.-Holst. Z." geschrieben: „Die preußische Kabinetsordre, in der es uns Schleswig-Holsteinern freigestellt ward, in die preußische Armee einzutreten, scheint bisher durchaus ohne Erfolg geblieben zu sein, wenn man nicht die in letzterer Zeit starke Auswanderung junger Leute nach Amerika als einen Erfolg der erwähnten Maßregel,

---

Wer auf der schiefen Ebene sich befindet, ist von der Gnade jedes Wichtes abhängig. Der Verrath hängt über ihm, wie ein Damoklesschwert; eine elende Ratte kann das Haar, an dem es befestigt ist, zerreißen. Alles ist verloren, schreibt ihr Alvarez, wenn es zu den Ohren des Mannes kommt, sie möge darum schleunigst mit ihm fliehen. Die Frau ist in Todesangst. Was thun? Sie liebt ihr Kind, mehr fast ihren Gatten, aber sie fürchtet ihn auch. Da kommt er selbst. Der große Entschluß ist gefaßt, ihr besseres Selbst hat gesiegt, sie reicht ihm das schreckliche Billet und sagt ihm: „Lies!"

Man erwartet jetzt Mord und Todtschlag, wenigstens ein blutiges Duell, bei welchem der Schurke seine Strafe erhält. Aber das Merkwürdige geschieht, in einem Lande, wo die studentische Klopffechterei in allen Kreisen beliebt ist, wagt man es, ein Stück auf die Bühne zu bringen, welches sich zu modernen Anschauungen über Ehrenrettung erhebt. Das ist allerdings viel Muth. Ein Duell, sagt sich Dumont, gibt mir die verletzte Hausehre nicht wieder, aber es offenbart aller Welt meine Schmach, vernichtet die unglückliche Frau und drückt diesem unschuldigen Kinde ein Brandmal auf. Der Schurke aber gewinnt dadurch, er rehabilitirt sich gleichsam wieder, ja bei Manchen gewinnt er wohl gar eine Art von Heldennimbus. Was daher Dumont thut, ist weiter nichts, als die augenblickliche Auflösung ihrer Geschäftsverbindung zu verlangen, freilich, er wird dann arm sein, aber er wird arbeiten, arbeiten mit einem guten Gewissen. Daß Alvarez nicht durch ein äußerlich sichtbares Mittel gestraft wird, sondern nur mit dem Gewissensbiß, das Glück einer Familie zerstört zu haben, macht die Sache matt. Das mag im Leben und im Roman angehen, aber ein Schauspiel sollte damit nicht schließen, denn da verlangen wir eine drastische Strafe, die versöhnt.

Seine Frau sendet Dumont zu ihren Eltern zurück. Das Kind, welches ihn innig liebt, bleibt bei ihm. Die kleine Jeanne fragt: „Wird Mama nicht wiederkommen?" „Vielleicht!" sagt der Vater. Das Wort klingt wie ein Versprechen einstiger Verzeihung und wirkt tröstend auf alle die nassen Augen im Theater.

Emile de Girardin, der das von Dumas verfaßte Stück in bedeutender Umarbeitung auf die Bühne gebracht, verlangte ein bedeutendes Honorar. Der höchste Preis, welchen sonst Verleger für dramatische Werke zahlen, ist pro Akt 1000 Frs. Girardin verlangte von Michel Levy 10 000 Frs. für die dreiaktige Komödie, fünf Tausend bald, die anderen nach der 60sten Vorstellung. Mit den erhaltenen 5000 Frs. hat Girardin der ausgezeichneten Darstellerin der unglücklichen Frau, nämlich Frl. Favart, ein Geschenk gemacht. Nicht in jedem Lande können Schriftsteller so freigebig sein.

(Nr. 15.) **Homonyme.**

Du siehst es an dem Himmel,
Du siehst es an der Uhr,
Du siehst's im Weltgetümmel,
Am Werke der Natur,
Du siehst es bei dem Wind,
Du siehst es an der Zeit,
Doch siehst Du's an dem Finger,
Da hat Dich's nie gefreut.

Auflösung der Charade Nr. 14: **Spinnwebe.**

die fernere „Kabinetsordres“ erwarten lassen konnte, betrachten will.“

Brüssel, 16. Mai. Der zum Abschluß eines Handelsvertrages mit dem Zollverein ernannte Kommissär Vanderstraeten ist nach der ersten Konferenz in Berlin hierher zurückgekehrt, um wegen Abänderung der Eingangszölle auf preußische Tuche in Belgien Instruktionen einzuholen. Er wird wahrscheinlich im Laufe dieser Woche nach Berlin zurückkehren.

Paris, 14. Mai. Der „Moniteur“ zeigt an, daß die französische Regierung, ebenso wie mit Preußen, so auch mit Bayern, Würtemberg, Baden und Frankfurt in neuerer Zeit eine literarische Konvention (gegen Nachdruck ꝛc.) abgeschlossen hat. Aehnliche Konventionen werden mit Sachsen, Hannover, Großherzogthum Hessen, Nassau und Sachsen-Koburg abgeschlossen werden, während man sich mit den übrigen deutschen Staaten, Oesterreich und einige ganz kleine Bundesländer ausgenommen, bereits früher geeinigt hat.

Spanien. Spanischen Blättern zufolge ist jüngst auf Cuba eine Negerverschwörung von der Regierung entdeckt worden. Letzterer sollen bei dieser Gelegenheit große Waffenvorräthe in die Hände gefallen und viele Verhaftungen unter den Negern von ihr vorgenommen worden sein. Der Plan der Verschwörer, dem übrigens keine große Bedeutung zugeschrieben wird, wäre hiernach völlig gescheitert.

Aus **Lissabon**, 11. Mai, wird berichtet: „Die Deputirtenkammer hat mit 98 gegen 15 Stimmen ein Mißtrauensvotum gegen das Ministerium ausgesprochen. In Folge davon hat das Ministerium dem König die Auflösung der Kammer vorgeschlagen und der König hat seine Zustimmung zu diesem Schritte gegeben. Die Portugiesen scheinen danach vorläufig auch noch andere Sorgen zu haben, als sich Spanien zu annektiren.

Venedig, 16. Mai. Der englische Prinz Arthur ist heute über Botzen nach Innsbruck abgereist.

Aus **Turin**, 9. Mai, wird der „A. Z.“ berichtet: „Man versichert mir heute, daß der König entschlossen ist, eine Zeitlang den Kronprinzen Humbert in seiner Nähe zu behalten, und daß er sich lebhaft gegen diejenigen ausgesprochen, welche ihn in Neapel residiren sehen möchten. Der Kronprinz ist Verlockungen und Vergnügungen aller Art äußerst zugänglich, und seine Umgebung ist entweder zu schwach oder zu leichtsinnig, um sich gewissen Zerstreuungen des Prinzen zu widersetzen, die dessen ohnehin schwächliche Gesundheit nur noch mehr angreifen. Der Prinz wird während der kurzen Anwesenheit Viktor Emanuels in Florenz hier verweilen, und alsdann mit dem König den Sommer in Piemont zubringen. Die Reisen nach Sizilien und Rußland sind vorerst als gänzlich aufgegeben zu betrachten.

Turin, 14. Mai. Florenz hat heute sein Nationalfest gefeiert. Das Dante-Denkmal wurde, wie ein Telegramm meldet, am Vormittage unter dem Zudrange einer ungeheuern Volksmenge, die den größten Enthusiasmus zeigte, inaugurirt; der König Viktor Emanuel wurde mit allgemeinen stürmischen Beifallrufen begrüßt; die ganze Stadt prangte im Fahnenschmuck.

Bukarest, 15. Mai. Die außerordentliche Session des Senats und der Kammer wurde gestern durch den Ministerpräsidenten eröffnet. Nur wenige Deputirte und Senatoren waren erschienen, so daß es zweifelhaft ist, ob die Kammer beschlußfähig werden wird.

Aus einem dem „Moniteur“ zugegangenen Brief von **Mexiko**, vom 11. April, ersieht man, daß am 10., als am Jahrestag der Annahme der Kaiserkrone zu Miramar, das organische Reichsstatut veröffentlicht worden ist. Die darin von der Nation proklamirte und vom Kaiser angenommene Regierungsform ist die der erblichen Monarchie mit einem katholischen Souverän. Beim Ableben oder in Verhinderung des Kaisers fällt der Kaiserin de facto die Regentschaft zu. Bis eine definitive Organisation hergestellt ist, repräsentirt der Kaiser die nationale Souveränetät. Außerdem sind noch andere Dekrete erlassen worden, so über die Preßordnung und die Einführung eines Zeitungsstempels und über die Einführung des Damenordens von St. Karl, dessen Großmeisterin die Kaiserin ist. Ferner erschienen Ordonnanzen über Abänderungen in den Statuten des Ordens der lieben Frau von Guadalupe, über ein neues Reglement für den mexikanischen Adlerorden, über ein unter der Kaiserin stehendes Wohlthätigkeitskomite, eine Junta zum Schutz der nothleidenden Klassen, über die Stiftung einer Militär- und Zivilverdienstmedaille und endlich über die Gründung einer Akademie der Wissenschaften. Am 8. April gab Marschall Bazaine ein Abschiedsdiner zu Ehren von Hrn. und Frau v. Montholon. Der französische Diplomat hatte am 16. seine Abschiedsaudienz bei Hof, und schiffte sich am 20. auf der Dampfkorvette „Forfait“ nach den Vereinigten Staaten ein. Man glaubt noch immer, daß Marschall Bazaine persönlich den Oberbefehl über die Expedition gegen die letzten juaristischen Banden übernehmen werde. Während dieser Zeit wird der Kaiser sich nach Orizaba und den südlichen Provinzen verfügen. Ehe er die Hauptstadt verläßt, wird er eine Generalamnestie, zu Gunsten der durch die Kriegs- und Standgerichte verurtheilten Journalisten und anderer Personen, erlassen.

Hiezu die Beilage: „Würzburger Anzeiger“.

Verantwortlicher Redakteur: A. Hartmann.
Druck und Verlag der Stahel'schen Buch- und Kunsthandlung in Würzburg

Cours der Staatspapiere.

Oesterr.	5 pCt. Met. (Cp. i. S. b. R.)	—
„	5 pCt. Lomb. ditto. à 24	—
„	5 pCt. Engl. Met. v. 1852	60 1/8 P.
„	5 pCt. Engl. Met. v. 1859	78 3/4 P.
„	5 pCt. Venet. Coupon b. R.	86 1/2 G.
„	5 pCt. Nationalanl. v. 1854	65 5/8—7/8 G.
„	5 pCt. Metall. Obligation.	61 1/8 P.
„	4 1/2 pCt.	57 3/8—1/2 G.
Preussen	3 1/2 pCt. Staatsschuldsch.	—
Bayern	4 1/2 pCt. Obl. 1jähr. dto.	101 3/8 P.
„	4 1/2 pCt. Obl. 1/2jähr. dto.	102 2/8 P.
„	4 pCt. Obl. 1jähr. dto.	99 G.
„	4 pCt. Obl. 1/2 jähr. dto.	99 3/4 P.
„	4 pCt. Obl. Ab.-R. dto.	98 3/4 P.
„	3 1/2 pCt. Obl. dto.	—
Württemb.	4 1/2 pCt. Obl. b. Rothsch.	104 1/2 P. 1/4 G.
„	3 1/2 pCt. Obl. dto.	94 1/2 P.
Baden	4 1/2 pCt. Obl.	—
„	3 1/2 pCt. Obl. v. 1842	91 1/2 G.
Gr. Hess.	4 1/2 pCt. Obl.	—
„	4 pCt. Obl. b. Rothsch.	100 7/8 P.
„	3 1/2 pCt. Obl. dto.	97 1/4 P.
Nassau	4 1/2 pCt. Obl. dto.	102 5/8 P.
„	4 pCt. Obl. dto.	99 1/2 G.
„	3 1/2 pCt. Obl. dto.	92 G.
Frankfurt	3 1/2 pCt. Obl.	95 P.
„	3 pCt. Obl.	91 P.
Spanien	3 pCt. inl. Sch P. à fl. 2. 30	—
„	2 1/4 pCt. „ „ „	—
Schweden	4 1/2 pCt. Obl. à 100 Thlr.	91 P.
N.Amerika	6 pCt. à 100Dr. 1881 D.2 1/2	70 69 7/8 G.
„	6 pCt. ditto r. 1882 „	69 7/8—70 G.

Diverse Aktien.

Frankfurter Bank à fl. 500 . . .	150 1/2 P. 150 G.
K. K. Oesterr. National-Bankaktien	873 P.
Oesterr. Kreditbank-Aktien à fl. 200	201 G.
Bayer. Hypothekenb. Pfandbriefe 4 pCt.	97 1/2 P.
Darmst. Bank 1. u. 2. Serie à fl. 250	231 P.
Weimarische Bank à Thlr. 100 . .	101 G.
Mitteldeutsche Kreditaktien . . .	101 3/4 G.
Intern. Bank in Lux. à 250 Frs. à 28 kr.	—
Taunus-Eisenbahn à fl. 250 . . .	348 P. 347 G.
Frankfurt-Hanauer-Eisenbahn . . .	102 1/2 P.
Oest. F.St.Eisb. 5pCt. 500 Fr. à 28 kr.	—
„ Elisab.-Eisenbahn 5 pCt. . .	122 G.
Böhm. Westbahn-Aktien à fl. 200 6/7	78 5/8—1/2 G.
Rhein-Nahe-Bahn 200 Thl. à 105 4pCt. Z.	30 1/2 G.
Ludwigshafen-Bexbacher à 4 pCt. .	—
dto. dto. Prior. à 4 pCt.	97 P.
Pfälz. Maxb. b. Rothschild à 4 1/2 pCt.	107 P.
Oest. St.-Eisenb. Prior.-Oblig. à 3 pCt.	52 3/8 P.
Elisab.-Bahn Prior. 5 pCt. 6/7	79 5/8 P.
Südd. Bank-Akt., 40 pCt. Einz.	255 1/2 P. 254 1/2 G.
Span. Handels- und Industrie . .	—
Bayr. Ostbahn à 4 1/2 pCt. volleinbez.	113 1/2 P. 3/8 G.
Bayer. Ostbahn mit 50 pCt. Einz.	113 1/2 P.

Anlehens-Loose.

Oesterr. fl. 250 v. 1839	144 3/4 P.
„ fl. 250 v. 1854 mit 4pCt.	79 3/8 G.
„ fl. 500 v. 1860 6/7	87 7/8 P.
„ fl. 100 Eisb. L. v. 1858.	136 3/4 P.
„ do. v. 1864.	95 5/8 P.
Schwed. 10 Thlr. Loose	—
Badische fl. 50	—
Badische fl. 35	52 1/2 P.

Wechsel in süddeutscher Währung.

Amst. fl. 100 k. S.	101 P. — G.
Antwerp. Frs. 200 k. S.	94 5/8 G.
Augsb. fl. 100 k. S.	99 3/4 G.
Berlin Th. 60 k. S.	105 P.
Brem. 50 Th. Ld. k. S.	97 5/8 P.
Brüssel Frs. 200 k. S.	94 5/8 G.
Cöln Thlr. 60 k. S.	105 P.
Hamb. MB. 100 k. S.	88 3/8 P.
Leipzig Th. 60 k. S.	105 P.
London Lst. 10 k. S.	119 3/8 G.
Lyon Frs. 200 k. S.	—
Mail. Frs. 200 . .	94 1/2 G.
München fl. 100 k. S.	99 3/4 G.
Paris Frs. 200 k. S.	95 P.
Petersburg 60 S.-R.	—
Triest fl. 100 k. S.	—
Wien fl. 100 ö. W.	—
do. in öst. W. l. S.	108 1/4 P.
Disconto	3 1/2 pCt. G.
Kurhess. Thlr. 40 b. R.	56 1/2 P.
Gr. Hessen fl. 50 b. R.	140 P.
„ fl. 25 do.	37 P.
Nassau fl. 25 bei Rothsch.	35 3/4 P.
Sardinische Fr. 36 b. B.	—
Neuchateler 10 Frs.-Loose	—
Freiburger 15 Frs.-Loose	—
Mailänder 45 Frs. L. b. R.	59 1/2 P.
St. Lüttich mit 2 1/2 pCt. Z.	33 G.
Ansb.-Gunzenh. fl. 7-L.	11 P.

Frankfurt, 16. Mai. Die Börse war sehr still und geschäftslos und die Notirungen der Spekulationspapiere gänzlich unverändert. (Epsb.)

Digitized by Google

An die
k. Hof- und Staatsbibliothek
München.
1 N. Würzb. Ztg.

Neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht!

№ 137.	Vorausbezahlung: Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 1 fl. 30 kr. Bei Inseraten wird die dreispaltige Zeile in gewöhnlicher kleiner	62. Jahrgang.	Schrift oder deren Raum im Hauptblatte mit 6 kr., im Anzeiger mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franco.	Donnerstag, 18. Mai 1865.

Die preußische Forderungs-Depesche.

(Schluß.)

Ich erwähne nur flüchtig der in dem Entwurf ebenfalls ausgesprochenen Territorial-Abtretungen. Sie sind nach dem dringendsten Bedürfniß für die Befestigungen des Landes und die Erfordernisse der preußischen Marine möglichst eng abgemessen und enthalten keinen erheblichen Gebietszuwachs für Preußen. Sie können nicht einmal als ein Aequivalent für die von Preußen durch die Anlegung und Unterhaltung der erforderlichen Befestigungen, welche wesentlich der Sicherheit der Herzogthümer selbst zu Gute kommen, zu übernehmenden Lasten angesehen werden, sondern nur als die nothwendige Vorbedingung für die wirksame Vertheidigung des Landes; sie sind daher von Seiten des neuen Staates weniger ein Opfer, als eine in seinem eigenen Interesse liegende Zweckmäßigkeitsmaßregel. Die Berechtigung zu solcher Abtretung ist für Holstein eben so wie für Schleswig außer Zweifel, da nach Art. 6 der Wiener Schlußakte die Abtretung der auf einem Bundesgebiet haftenden Souveränetätsrechte zu Gunsten eines Mitverbündeten nicht einmal der besonderen Zustimmung des Bundes bedarf. Selbstverständlich tritt Preußen, insofern dadurch die matrikularmäßige Stellung Holsteins berührt werden sollte, in die betreffenden Verpflichtungen ein. Für die übrigen, außerhalb der militärischen Verhältnisse liegenden Bedingungen habe ich nur wenige Bemerkungen zu machen. Die Bildung eines neuen isolirten Zollgebietes zwischen Norddeutschland und dem skandinavischen Norden würde unnatürlich sein, auf alle materiellen Interessen lähmend einwirken und die bisherigen Verkehrsbeziehungen Preußens zu Dänemark und Schweden wesentlich verschlechtern. Die innere Selbstständigkeit des neuen Staates und seiner Verwaltung bleibt unbeschränkt. Nur so weit die Einrichtungen für die Aushebung des Militärs u. s. w. dabei in Betracht kommen, werden die inneren Verhältnisse den preußischen Einrichtungen angepaßt und den preußischen Militärbehörden die erforderliche Mitwirkung gesichert. Außerdem muß die königliche Regierung sich in zwei Punkten einen bestimmenden Einfluß vorbehalten. Der eine betrifft den Nord-Ostsee-Kanal, über welchen, da er die Verbindungslinie für die preußische Marine in der Nord- und Ostsee bildet, Preußen ein Oberaufsichtsrecht nach den in dem Entwurf entwickelten Grundsätzen in Anspruch nimmt. Der zweite bezieht sich auf das Post- und Telegraphen-Wesen in den Herzogthümern. In der Anlage II. finden Ew. ꝛc. eine kurze Denkschrift, welche die Gründe entwickelt, aus denen eine Verschmelzung desselben mit dem preußischen Post- und Telegraphenwesen im Interesse des allgemeinen Verkehrs wie der Herzogthümer selbst geboten erscheint. Sie legt die Nachtheile klar und bündig dar, welche für den ganzen Verkehr Deutschlands mit dem Norden aus der Bildung eines neuen isolirten Zwischengebiets der Verkehrsmittel entstehen würden. Ich mache noch besonders auf den Nachweis aufmerksam, daß Preußen durch letzteres geradezu eine Benachtheiligung gegen den früheren Zustand erfahren würde. Die Gesammtheit dieser Forderungen, wie sie in der Anlage I entwickelt sind, stehen auch für Holstein mit den Bundesverträgen laut Art. VI der Wiener Schlußakte nicht in Widerspruch. Ohne eine vorgängige und bindende Regelung der Verhältnisse zu Preußen nach diesen Grundsätzen würden wir in der Bildung eines neuen Staates — wie ich im Eingang bereits angedeutet — eine positive Gefahr für Preußen erkennen. Wir müssen wenigstens in dieser Beziehung sichergestellt sein, wenn wir auf die von einem großen Theil des preußischen Volkes gehegten weitergehenden Wünsche und auf die Vortheile verzichten sollen, welche der Mitbesitz der Herzogthümer für uns enthält, ja welche in demselben für beide Mächte und dadurch für Deutschland liegen. Sollen die Herzogthümer aus dem jetzt über ihnen waltenden Schutz Preußens und Oesterreichs entlassen werden, so müssen sie in eine Lage gebracht werden, welche diesen Schutz für sie selbst, für Deutschland und für uns ersetzt. Nur unter dieser Voraussetzung können wir auch größeren Vortheilen, zu welchen uns die gebrachten Opfer berechtigen würden, entsagen und Rechte aufgeben, welche wir nach allen völkerrechtlichen Grundsätzen durch den Krieg erworben haben, und welche dadurch, daß wir sie mit Oesterreich theilen, nicht minder werthvoll für uns sind. Ehe daher diese Verhältnisse nicht vollständig und in bindender Weise geregelt sind, können wir zu keiner Veränderung des status quo und namentlich zu keiner Einsetzung eines der Prätendenten als Regenten eines neuen selbstständigen Staates unsere Einwilligung geben. Unter der Voraussetzung der geeigneten Bürgschaften für die Erfüllung dieser Bedingungen wird die Person des eventuell einzusetzenden Souveräns Gegenstand weiterer Verständigung mit dem kaiserlichen Hofe sein. Es würde den Gesinnungen Sr. Maj. des Königs nicht entsprechen, hierüber eine Entscheidung zu treffen, ehe er die auf gründlicher Prüfung beruhende Ansicht seiner juristischen Räthe, der Kronsyndici, welche er zu einem Gutachten über die Rechtsfrage aufgefordert hat, gehört haben wird. Die materiellen Bedingungen bleiben aber dieselben, wie diese Entscheidung auch ausfallen möge, indem die Lebensbedingungen des eventuellen Staates und seine Beziehungen zu Preußen von der Person seines Regenten unabhängig sind. Sie beruhen auf der Natur der Dinge und auf den Pflichten, welche Preußen zu übernehmen haben wird. Es ist daher auch selbstverständlich, daß die gegenwärtige Besetzung der Herzogthümer fortdauert, bis die neuen Einrichtungen in allen wesentlichen Stücken ausgeführt worden sind; da wir die Erfüllung unserer Forderungen nicht von der Willkür oder von zufälligen Hindernissen, auf welche sie nachträglich stoßen könnten, abhängig machen können. Eine spätere Nichterfüllung würde alle unsere Rechte, welche wir nur unter dieser Bedingung und mit dem bestimmten Vorbehalt des Rückfalles, aufgeben können, wieder in's Leben treten lassen. Ew. Excellenz ersuche ich ergebenst, unsere Vorschläge dem Herrn Grafen Mensdorff vorzulegen, und ermächtige Sie auch, demselben den gegenwärtigen Erlaß vollständig mitzutheilen. Sollten unsere Vorschläge auf Schwierigkeiten stoßen, so müssen wir uns weitere Entschließung vorbehalten. Bismarck."

(Amtliche Nachrichten.) **München**, 16. Mai. Se. Maj. der König hat die kathol. Pfarrei Pemfling, Bez.-Amts Cham, dem Priester G. Wagner, Benefiziat in Waldbrunn, übertragen; die prot. Pfarrei Lehengütingen, Dekanats Dinkelsbühl, dem bisher. Pfarrer in Sondheim, J. H. Grün, verliehen; die bei dem Handelsgerichte Landshut erledigte Rathsstelle dem dortigen Bez.-Ger.-Assessor W. Hale verliehen; auf Ableben des Wechselmäklers J. Ansbacher in Fürth einen zweiten Handelsmäkler zur Vermittlung aller Arten von Handelsgeschäften daselbst aufgestellt und diese Stelle dem Handlungsgehilfen S. Kitzinger aus Ansbach, dermalen zu Fürth, verliehen; den Grenz-Oberkontroleur F. Burkhardt in Schweigen in den zeitl. Ruhestand treten lassen, auf dessen Stelle in Schweigen den Grenz-Oberkontroleur F. Heilig zu Rambach, ferner auf die Grenz-Oberkontroleurs-Stelle in Rumbach den Grenz-Oberkontroleur L. Schmitt zu Hornbach, und auf die Grenz-Oberkontroleur-Stelle in Hornbach den Grenz-Oberkontroleur F. Weiß zu Binningen versetzt, endlich zum Oberkontroleur zu Binningen den Assistenten bei dem Hauptzollamte Nürnberg J. Scheingraber ernannt.

Die kathol. Pfarrei Eckbling, Bezirksamts Rosenheim, ist mit einem fassionsmäßigen Reinertrage von 700 fl. 54⅔ kr. in Erledigung gekommen.

△ **München**, 16. Mai. Se. Maj. König Ludwig I. ist, von der Reise nach Rom zurückkehrend, diesen Nachmittag wieder hier eingetroffen und im Bahnhof von den Prinzen Luitpold, Leopold und Adalbert, in herzlichster Weise empfangen worden. Der hochbejahrte Fürst erfreut sich sichtbar des besten Wohlseins. Se. Majestät der regierende König begrüßte den königl. Großvater unmittelbar nach dessen Ankunft im Wittelsbacher Palais. — Wegen fortdauernden Unwohlseins der Frau v. Schnorr kann die Oper „Tristan und Isolde" auch heute Abends nicht gegeben werden.

Von dem Nachtragspostulat des Justizministeriums zum Budget der achten Finanzperiode im Betrage von

600,000 fl. treffen 138,000 fl. auf Herstellung eines Schuldgefängnisses in München. Dasselbe soll, um den Anforderungen der Zukunft ein für allemal zu genügen, mindestens für die Aufnahme von 80 Schuldgefangenen hergestellt werden. Die Zahl derselben bei dem Bezirks-, Handels- und Stadtgericht l. d. J. allein (es kommen nun auch noch die Gerichte r. d. J. dazu) bewegte sich in der letzten Zeit immer zwischen 20 bis 30. Bei der allgemeinen Wechselfähigkeit, bei der Zunahme des Verkehrs wird, bemerken die Motive, die Zahl der Schuldgefangenen schon unter gewöhnlichen Verhältnissen eine erhebliche stetige Steigerung erfahren, während auch für außerordentliche Ereignisse, für Geldklemmen und Erschütterungen des Handels, welche der Schuldhaft ungewöhnlich viele Personen zuführen, Vorsorge getroffen werden muß. Der „Neuthurm“ mit seinen engen dumpfen Haftzimmern kann, ohne daß die Rücksichten der Humanität verletzt werden, als Schuldgefängniß ferner nicht beibehalten werden. Schuldgefangene in der bezirksgerichtlichen Frohnfeste unterzubringen, scheint nicht geeignet. Für Herstellung neuer Räumlichkeiten zur Aufbewahrung und Versteigerung von Pfand-Gegenständen bei dem Bezirks-, Handels- und Stadtgericht München l. d. J. werden 15,000 fl.; für Erweiterung der Geschäftsräumlichkeiten des Stadtgerichts München l. d. J. Abtheil. für Strafsachen und Vermehrung der Polizei-Gefängnisse daselbst 144,700 fl. verlangt. Es sollen die Kellerarreste, worin Polizeigefangene in Absicht auf Gesundheit und Reinlichkeit eine viel härtere Freiheitsstrafe erdulden, als bei der jetzigen Beschaffenheit der Strafanstalten über die größten Verbrecher verhängt ist, ganz vermieden und die Arreste über der Erde so ausreichend vervielfältigt werden, daß beim Strafvollzug auch auf die Standesunterschiede und den bisherigen Leumund Rücksicht genommen und der Ueberfüllung vorgebeugt werden kann. Für Erwerbung der katholischen Maximilianskirche zu Zweibrücken und Verwendung derselben zu den Zwecken der dortselbst befindlichen Gerichte werden 114,000 fl., für Herstellung eines Bezirksgerichtsgefängnisses zu Kaiserslautern 50,000 fl., für Herstellung eines Landgerichtsgebäudes dortselbst 30,000 fl., für den Neubau eines Polizeigerichtsgefängnisses zu Neuulm und Heilsbronn 27,000 fl. verlangt. Endlich ist noch ein Postulat für Ergänzung der inneren Einrichtung der Gerichte von 54,000 fl. gestellt.

In bayerischen Blättern wird das Programm der bei Schlicker, nun bei Schatz tagenden Abgeordnetenfraktion mitgetheilt. Es besteht aus 15 Paragraphen, von denen die 5 letzten sich auf die innere Parteidisziplin beziehen; die ersten 10 Paragraphen lauten: „§ 1. Wir halten fest an der konföderativen Form der deutschen Bundesverfassung. Wir erstreben aber auch innerhalb der gesetzlichen Schranken die Reform der Bundesverfassung im Sinne einer rascheren und thatkräftigeren Exekutivgewalt. Wir wollen ihr zur Seite eine ständige, in regelmäßigen Perioden tagende Vertretung des gesammten deutschen Volkes. § 2. Für die inneren Verhältnisse unseres engeren Vaterlandes gehen wir von dem Grundsatze aus, zu erhalten, was sich bewährt, durch Neugestaltung im Sinne des Gesammtwohls zu ersetzen, was sich überlebt hat. § 3. Wir erstreben die Autonomie der Gemeinden als Regel. Wir wollen, daß für die Erringung bürgerlicher Selbstständigkeit der Schwerpunkt in die persönliche Tüchtigkeit der Einzelnen gelegt werde. Nicht formelle — Veto —, aber materielle Garantien erstreben wir gegen Ueberlastung der Gemeinde durch ihre Mitglieder. § 4. Wir wollen, daß der Uebergangszustand, in welchem sich das Gewerbewesen befindet, ungehemmter Verwerthung persönlicher Kraft und Fähigkeit weiche. Wir wollen bei Einführung voller Gewerbefreiheit billige Berücksichtigung bestehender Rechte. § 5. Wir wollen den Ausbau des Rechtsstaates auf der in der Verwirklichung begriffenen Grundlage. Wir erstreben für das ganze Land ein und dasselbe bürgerliche Gesetzbuch; wir erstreben ein Gleiches für die gesammte bürgerliche und Strafrechtspflege. Wir wollen, daß auch alle dem Heerverband angehörigen Bürger, soweit nicht der Dienst selbst in Frage, regelmäßig vor den ordentlichen Gerichten zu Recht stehen. Wir wollen die gerichtliche Entscheidung streitiger Fragen des öffentlichen und des Verwaltungsrechts. § 6. Wir erstreben die Reform der Steuergesetzgebung, insoweit sie, wie z. B. im Taxgesetze, dem Postulate gleichmäßiger Vertheilung der öffentlichen Lasten nicht entspricht. §. 7. Wir wollen eine Revision der Heergesetze. Wir wollen, daß die Berücksichtigung der finanziellen und wirthschaftlichen Kräfte des Volkes gleichen Schritt halte mit der Sicherstellung der Wehrkraft des Staates. Wir wollen eine diesen Postulaten entsprechende Minderung der Dauer der Heerpflicht. Wir wollen, daß die der Gleichheit vor dem Gesetz widersprechende Befreiung von der Heerpflicht durch Zufall aufhöre. §. 8. Wir halten eine gesetzliche Gestaltung des öffentlichen Unterrichts nach Maßgabe unserer Verfassungsnormen für ein Bedürfniß. Wir wollen keine Trennung von Schule und Kirche. Aber wir wollen die Rechte der natürlichen Interessenten der Schule — der Gemeinden, des Staates und der Kirche — gleichmäßig berücksichtigt wissen. §. 9. Wir erkennen die Verfassungsnormen über die kirchlichen Verhältnisse so, wie sie publizirt sind, als maßgebend. Wir wollen für alle Angehörigen der im Staate aufgenommenen Religionsgesellschaften volle Gleichheit der bürgerlichen und politischen Rechte. §. 10. Wir erstreben eine zeitgemäße Erweiterung der Kammer der Reichsräthe.“

Aus **München**, 16. Mai, schreibt man der „A. Postztg.“: „Auf Anregung mehrerer Herren von der „Linken“ und der Langlois-Fraktion wird unter den Abgeordneten, ohne Unterschied der politischen Richtung, sich eine „freie Vereinigung zur gemeinsamen Besprechung verschiedener Fragen“ bilden.

Feuilleton.

Die Revierbereisung.

(Humoreske.*)

Die wichtigsten Tage des Jahres für den Oberförster sind die der jährlichen Haupt-Herbst-Revierbereisung durch den Oberforstmeister, in manchen Departements Generalrevision genannt, wo dem Oberförster nach allen Richtungen auf den Zahn gefühlt wird.

Wie der Soldat sein Manöver, so hat der Forstmann seine Bereisung, und wie auf dem Manöverplatz manchem Stabsoffizier die Manschetten wackeln, so bebt manchem Oberförster bei der Bereisung das Herz. In der Bereisung gipfeln alle Resultate der oberförsterlichen Thätigkeit während des Jahres; es ist der Gerichtstag, im Walde abgehalten, der Abschluß, der Endpunkt seines jährlichen Wirkens und Schaffens; auf die Tage der Bereisung bezieht er alle Thaten seiner Verwaltung. Sein ganzes Denken, Dichten und Trachten prüft er mit Rücksicht auf die Bereisung. Wie der elektrische Strom bis in die weitesten Entfernungen des Drahtes getragen wird, so sind auch die untersten Organe der Forstverwaltung, Förster und Waldwärter, in den Tagen der Bereisung in erregter Stimmung und in Erwartung der Dinge, die da kommen sollen; hängt doch auch von diesen Tagen die Höhe und überhaupt die Gewährung der eventuell zu erwartenden Gratifikation ab. Da die oberförsterlichen Seelen mit verschiedenen Temperamenten gestimmt und besaitet sind, so wirkt auch die Anzeige der bevorstehenden Bereisung auf die verschiedenen Temperamente in verschiedener Art.

Den Melancholiker haben wir bereits geschildert, in der Art und Weise, wie er die Bereisung aufnimmt.*) Am Tage ihres Beginnens geht er tiefsinnend umher und brummt leise die Melodie des Liedes: „Ich wünscht', es wäre Schlafenszeit und Alles wär' vorüber“. Der Sanguinische hofft das Beste und rüstet sich als Sicherheitscommissarius gegen die Angriffe wegen hie und da mangelhafter Kulturen, mit allerhand Entschuldigungsgründen, wie Wetter, Arbeitermangel ꝛc.; die Vorarbeiten, wie Kultur und Bauplan nebst Anlagen werden erst spät und oft erst dann fertig, wenn der Oberforstmeister schon auf dem halben Wege nach der Oberförsterei ist. Der phlegmatische Oberförster hat gewiß, wir möchten die höchste Wette eingehen, einen Theil der Arbeiten noch nicht fertig.

Der Cholerische hat zu der Bereisung im Herbst schon im Juli alle Vorarbeiten im Pulte liegen; er geht schon stundenlang vor Ankunft der hohen Vorgesetzten dutzende Male an das Hofthor, um den Schimmel und Braunen und die grüne Jagdkalesche schon aus der Ferne zu erspähen. Aber auch die Gattin unseres Waldmenschen wird von der Bereisung tangirt. Schon acht Tage vorher nimmt sie das Aufmachen der Gardinen in Anspruch. Küche, Keller, Boden und Treppe wird unter Wasser gesetzt, so daß Gänse und Enten nicht allein schwimmen, sondern in den Fluthen untertauchen können und überall wird gefegt und gesäubert. Der Küchenzettel wird ausnahmsweise mit dem Gatten berathen, der das erforderliche Wild zu beschaffen und auch die Ordre erhält, pünktlich mit dem hohen Begleiter um 5 Uhr aus dem Walde zurück zu sein, da sonst die Mehlspeise zusammenfällt.

Manche Oberförster haben heilige Scheu, dagegen zu handeln und verlassen lieber eine Position des Kulturplans oder der Rechnung, um nur rechtzeitig zu Hause zu sein und der Kochkunst der Gattin am Tage der Bereisung kein Fiasko zu bereiten. Man

* Aus der „Jagdzeitung“.

* S. Nr. 77 dieses Blattes.

** **München,** 17. Mai. Die Interpellation, welche Herr Abg. Späth in Betreff der Errichtung von Filialen der k. Bank Nürnberg in der morgigen Sitzung der Kammer der Abgeordneten verlesen wird, lautet: „Es ist eine unläugbare Thatsache, daß mit der Annahme des französischen Handelsvertrags für die vaterländische Industrie eine Zeit herannaht, in der sie alle Kraft zusammennehmen darf, um den gegen sie hereinbrechenden Kampf mit Erfolg aufnehmen zu können. Es dürfte deshalb auch an der Zeit sein, derselben alle diejenigen Hilfsmittel zu Gebote zu stellen, die ihr nach Lage der Verhältnisse geboten werden können. Zu diesen Hilfsmitteln zählt neben Anderen unzweifelhaft das Vorhandensein von Geldinstituten, die dem strebsamen, fleißigen Gewerbsmanne die zum Betrieb seines Geschäfts nothwendigen Geldmittel auf eine möglichst schnelle und billige Weise gewähren. Die Vortheile, welche durch die k. Bank in Nürnberg dem Handel und der Industrie in dieser Beziehung gewährt werden, erfreuten sich gewiß der allgemeinsten Anerkennung. In allen größeren Städten des Königreichs sind deßwegen auch Filialen der k. Bank Nürnberg, die dem Bedürfnisse der Industriellen nach Möglichkeit gebührende Rechnung tragen, entstanden. Eine Ausnahme hievon machen lediglich die Städte München und Augsburg. Ob der Grund hievon in Rücksichten der k. Hypotheken- und Wechselbank oder in andern Rücksichten liegt, ist dem ergebenst Unterzeichneten nicht bekannt. All in Thatsache ist, daß die Hypotheken- und Wechselbank, ohne ihrem sonstigen lobens- und anerkennungswerthen Wirken auch nur von ferne nahe treten zu wollen, — dem Handel und der Industrie diejenigen Vortheile, wie sie die Nürnberger Bank bietet, nicht gewähret, wie dies schon bei den Verhandlungen der Kammer der Abgeordneten im Landtage des Jahres 1856 hervorgehoben worden ist. Thatsache ist, daß die Vermehrung der Filial-Banken der k. Bank Nürnberg insbesondere zu München und Augsburg, für den Handel und die Industrie dringendes Bedürfniß ist. — Thatsache ist ferner, daß von mehreren Handelskammern bereits Wünsche um Errichtung von derlei Filialen, namentlich für München, laut geworden sind. Deßhalb erlaubt sich der gehorsamst Unterzeichnete, die ergebenste Anfrage zu stellen: „Ist ein k. Staatsministerium der Finanzen, dann des Handels und der öffentlichen Arbeiten geneigt, eine Vermehrung der Filialen der k. Bank Nürnberg in Städten, in denen sich ein Bedürfniß hiefür zeigt, insbesondere in München und Augsburg, eintreten und die hienach erforderlichen Anordnungen treffen zu lassen."

In der **Berliner** Abgeordnetenhaus-Sitzung vom 15. d. ereignete sich folgender interessante Zwischenfall: Abg. v. Bonin machte gegen den Abg. Frenzel die persönliche Bemerkung, daß sein (Bonin's) Adel schon sehr alter Natur sei, die Familie Frenzel's aber erst seit zwei Generationen geadelt sei. Frenzel behauptet, er sei nicht adelig, worauf v. Bonin replizirt, daß nach ihm auf Privatwegen zugegangenen Mittheilungen der Vater Frenzel's geadelt sei. Frenzel erklärt hierauf, daß er allerdings zugeben müsse, daß sein Vater von Rußland geadelt sei, er aber habe sich nicht veranlaßt finden können, den seinem Vater verliehenen Adel anzunehmen, da er zu dieser Kategorie von Personen nicht gehören möge. (Dieser Zwischenfall verursachte große andauernde Heiterkeit.)

Kassel, 14. Mai. Wie ernstlich es mit der kurhessischen Erklärung am Bundestag gemeint gewesen, daß man diesseits bereit sei, einem Antrag zuzustimmen, welcher die Unterdrückung der Spiele in den Bädern zum Zweck habe, ging schon daraus hervor, daß in Wilhelmsbad bereits seit dem Monat März d. J., wo der Pachtvertrag abgelaufen, die Spielbank ihr Geschäft hat einstellen müssen. Deßgleichen steht es jetzt fest, daß auch für Nenndorf und Hofgeismar mit Ende dieses Jahrs das betreffende Pachtverhältniß, trotz aller gemachten Anstrengungen, keine Erneuerung finden wird. Es bleibt also einstweilen nur noch Nauheim übrig, wo die Regierung bis zum Jahr 1875 keine freie Hand hat, und wo nur ein Bundesbeschluß dieselbe von einer Einhaltung des Vertrags entbinden könnte. Die Klassenlotterie ist schon seit einer Reihe von Jahren in Kurhessen zum Wegfall gekommen, was, setzt die „Fr. Postztg." hinzu, deßwegen erwähnt werden soll, weil die Regierung wegen Duldung des Spiels in den Bädern nicht selten von einer Seite angegriffen worden ist, wo das nicht minder verderbliche Spiel der Klassenlotterie in voller Blüthe steht.

Paris, 15. Mai. Die Madrider Blätter behaupten fast sämmtlich mit großer Bestimmtheit, daß der Kaiser auf seiner Rückkehr von Algier am 25. oder 30. d. Mts. seinen Plan ausführen werde, der Königin von Spanien einen Besuch abzustatten. — Das italienische Geschwader ist nach Sizilien abgegangen, um dem Kaiser Napoleon auf seiner Rückreise von Algier dieselben Ehren zu erweisen, die seiner Zeit das französische Geschwader vor Nizza Viktor Emanuel erwiesen hat. — Großes Aufsehen macht eine eben erschienene Flugschrift: „Theresa und ihr Zeitalter", in welcher in der Gestalt eines Luzianischen Zwiegespräches in der Unterwelt zwischen dem Pater Lacordaire und der berüchtigten Volkssängerin Theresa die Geschmacksverirrungen und die Sittenlosigkeit der Pariser mit viel Geist und Witz gegeißelt werden.

Madrid. Im Abgeordnetenhause der spanischen Cortes kam jüngst ein eigenthümlicher Fall vor. Der Abgeordnete Alonso Martinez beantragte unversehens und unerwartet eine tadelnde Erklärung gegen das Ministerium, weil dasselbe irgend eine Verletzung des Gesetzes begangen habe. Die ministeriellen Abgeordneten waren zum großen Theile abwesend. Da ergriff der Minister Gonzalez Bravo das Wort, und während seine Kollegen alle Kutschen, deren sie habhaft werden konnten, dazu verwendeten, um ihre Getreuen in allen Winkeln der Stadt aufzusuchen und herbeizuschaffen, sprach Gonzalez Bravo beständig weiter und weiter.

---

langt pünktlich an. Getragen ist des ersten Tages Last und Hitze und die Perlen des Schweißes tröpfeln reichlich von der Stirn des ermatteten Forstmannes, der inwendig zu sich sagt: Gottlob ein Drittel wäre vorbei, es ging ja Alles ziemlich glatt. Die Oberförsterin ist schon im Staat. Mit grünbebänderter Haube und dito Kleid tritt sie den Herren an den Wagen entgegen. Das grüne halbwollenseidene Kleid war wegen der Geschäfte in der Küche heraufgenommen, in der Eile vergaß sie es herabzulassen und auch die Küchenschürze abzubinden.

Sie prüft mit forschender Miene das Gesicht des Gatten und liest mit unfehlbarer Sicherheit auf demselben die Resultate der Bereisung ab, da Frauen viel Scharfsinn und Divinationsgabe besitzen. Auch die Kinder der Oberförsterei empfangen den hohen Vorgesetzten. Sie sind, obschon es Wochentag ist, heute von der Schule dispensirt, im Sonntagsputz und für die erforderliche Begrüßung instruirt. Die Bereisung dauert gewöhnlich drei Tage. Am dritten Tage wird zum Rückzug geblasen; der hohe Vorgesetzte dampft ab, die große Bratenschüssel, Saucieren, Teller von Fayence werden gewaschen und in den Schrein gestellt, wohin auch die silbernen Messer, Gabeln und die plattirten Leuchter folgen, und am Tage nach der Bereisung kann man 100 gegen 1 wetten, findet die Glocke 8½ Uhr den Oberförster noch im süßen Schlummer im Bett.

Die Gattin aber geht auf dem knisternden Sand des Flurs auf den Zehen, räumt Alles bei Seite, zieht die Ueberzüge auf Sopha und Sessel der guten Stube, ordnet für die nächsten Tage große Tischwäsche an und gönnt dem Manne Ruhe. Ich gehe, einen langen Schlaf zu thun, denn dieser Tage Qual war groß, sorgt, daß man nicht zu zeitig mich erwecke, hätte er ihr am Abend des dritten Bereisungstages gesagt. Fiat. Ende gut, Alles gut.

Vermischtes.

Eine bemerkenswerthe Erscheinung ist es, daß in diesem Jahre die Schwalben vergleichsweise selten sind. Man will beobachtet haben, daß auch von den übrigen Vögeln nicht so viele als sonst aus dem Süden zurückgekehrt sind. Die verminderte Zahl der Schwalben wird auch in dem Elsaß und in der Picardie wahrgenommen, wo man diesem Umstande die ungeheuren Mengen Maikäfer, welche sich im Frühjahre gezeigt haben, beimißt. Die Vögel nehmen überall ab mit den Wäldern.

(Eine Hinrichtung in Griechenland.) Aus Athen, 7. Mai, schreibt man der „Ostd. Post": „Die Hinrichtung des Mörders Romeos, der während des Interregnums den Polizeidirektor Litros ums Leben gebracht hatte, ist von schaudervollen Zwischenfällen begleitet gewesen. Der Verurtheilte, welchem nach hiesigem Brauch die Hände nicht gebunden waren, wollte sich im letzten Augenblick zur Wehre setzen und schlug einen der Henker zu Boden; der zweite Henker zog sogleich einen Dolch (!) aus seinem Gürtel und stieß ihn dem Delinquenten in die Brust — dieser leistete nichtsdestoweniger bluttriefend Widerstand. Es kostete viele Mühe, ihm die Hände zu binden, und erst nachdem man ihm noch mehrere Stiche versetzt hatte, gelang es, den vom Blutverlust Erschöpften auf das Schaffot zu schleppen und unter das Fallbeil zu legen. Aber auch hier erreichte die gräuliche Scene nicht sobald ihr Ende, denn das Beil fiel das erste Mal auf die Schulter des Unglücklichen und erst beim zweiten Versuche gelang es, sein Haupt vom Rumpfe zu trennen! Das furchtbare Geheul des Publikums gegen die Henker vermehrte noch das Entsetzliche dieser blutigen Scene. Wo kommt es noch in der civilisirten Welt vor, daß Henker mit Dolchen bewaffnet ihr trauriges Amt verrichten!"

bis er endlich eine genügsame Anzahl Ministerieller auf den Bänken sah. Jetzt schwieg er, es kam zur Abstimmung, und der Antrag ward mit 140 gegen 111 Stimmen verworfen.

Turin, 15. Mai. Die öffentliche Subskription auf die Anleihe ist auf den 17., 18., 19. und 20. Mai festgesetzt. Ein Zehntel wird bei der Unterzeichnung eingezahlt. Der Emissionsfuß ist 66 Franken.

Turin, 16. Mai. Ein Rundschreiben des Justizministers Vacca hält die Suspension des Exequatur formell aufrecht. Eine Milderung tritt dadurch ein, daß das Exequatur allen Benefizien mit aktivem und passivem Laienpatronat gewährt wird, während es bisher nur bei passivem Familienpatronat gestattet war. Die Ausführung der schwebenden und künftigen Gesuche soll unverzüglich erfolgen.

New-York, 3. Mai. Schofield's Korps wird in Nordkarolina bleiben, um die Ordnung nöthigenfalls aufrecht zu erhalten, der übrige Theil der Sherman'schen Armee, die Korps Howard's und Slocum's, marschiren unverzüglich über Weldon nach Richmond, um von dort in die Heimath entlassen zu werden. Daß der Krieg an seinem Ziel angekommen, ist die allgemeine Ansicht; und die noch im Felde stehenden feindlichen Truppenführer machen sämmtlich Miene, dem Beispiele Lee's und Johnston's zu folgen; so Dick Taylor und Kirby Smith. Die Abtheilungen unter Mosby, Rosser und Imboden haben sich bereits ergeben, wenn auch ohne ihre Anführer, welche noch auf freiem Fuße sind; in Kentucky kapitulirten 2200 Mann. Das Kommando der Bundestruppen in Memphis hat die Ankündigung erlassen, daß konföderirte Soldaten, die sich bis zum 25. ds. nicht ergeben, als Rebellen und nicht als Kriegsgefangene anzusehen seien. Bei Mobile sind ein Kanonenboot und zwei Schleppdampfer noch durch Höllenmaschinen zerstört worden. Seit dem Falle der Stadt haben sich über 10,000 Mann versprengter südstaatlicher Soldaten ergeben, doch schwärmen in der Nähe noch Guerillabanden, deren eine einen Streifzug in die Festung machte, um den General Granger zu erschießen; aber den Zweck verfehlte. Der Präsident hat in einer Proklamation vom 29. die dem Handelsverkehr mit den ausländischen Staaten bisher auferlegten Beschränkungen für alle diesseits des Mississippi gelegenen Gebietstheile aufgehoben, die einzige Ausnahme bildet Kriegskontrebande. Es steht eine andere Proklamation zu erwarten, welche alle nach einer bestimmten Frist noch unter konföderirter Flagge segelnden Schiffe für Piratenschiffe erklären und deren Mannschaften als Seeräuber zu behandeln befehlen wird. Es sind Gerüchte in Umlauf, daß Seward, Stanton und Welles den Wunsch ausgesprochen hätten, sich am 1. Juli definitiv aus dem Kabinette zurückzuziehen, und daß an deren Stelle Francis Adams (der Londoner Gesandte), Preston und T. W. Ferney treten würden. Die Verhaftungen, in Folge der Ermordung Lincoln's, dauern noch zahlreich fort; das zu diesem speziellen Zweck eingeräumte Gebäude soll bereits 300 Gefangene aufgenommen haben. Die Behörden der Stadt Philadelphia sind vor einem Brandstiftungskomplotte gewarnt worden, dessen Existenz durch die Entdeckung eines sorgfältig ausgearbeiteten Planes bekannt geworden ist. Die Regierung, heißt es, habe in Erfahrung gebracht, daß eine Bande von 800 Verschworenen auf die Einäscherung der bedeutenderen Städte im Norden ausgehe. Geld flott, Fonds flau, Baumwolle matt.

Der „schwäbische Merkur" berichtet als Kuriosum, daß während der großen Prozession bei der Todtenfeier Lincolns die Irländer in langen gedehnten Tönen die deutschen Melodien: „Es gibt kein schöner Leben, als" rc. und: „Krambambuli, das ist der Titel," als Trauermärsche spielten.

Hiezu die Beilage: „Würzburger Anzeiger".

Verantwortlicher Redakteur: A. Hartmann.
Druck und Verlag der Stahel'schen Buch- und Kunsthandlung in Würzburg.

Amortisations-Erkenntniß.

Vom k. Landgericht Werneck.

Hypothekenbereinigung für Schwanfeld betr.

Nachdem innerhalb der im diesseitigen Edikte für Schwanfeld vom 1. November 1864 vorgesetzten Frist keinerlei Ansprüche auf die dortselbst sub Ziff. 1 mit 270 aufgeführten Hypothekenforderungen gemacht wurden, wird erkannt:

„es seien in Verwirklichung des angedrohten Präjudizes und in Anwendung des § 82 des Hypothekengesetzes die vorausgeführten Forderungen für erloschen zu erklären und im Hypothekenbuche zu löschen."

Werneck, den 15. Mai 1865.

Königliches Landgericht.

Huler. Meissner, Funktionär.

Cours der Staatspapiere.

Oesterr.	5 pCt. Met. (Cp. i. S. b. R.)	—
„	5 pCt. Lomb. ditto. à 24	—
„	5 pCt. Engl. Met. v. 1852	80½ P.
„	5 pCt. Engl. Met. v. 1859	78¾ P.
„	5 pCt. Veget. Coupon b. R.	86½ G.
„	5 pCt. Nationalanl. v. 1854	68⅜—⅝ G.
„	5 pCt. Metall. Obligation.	6[illegible]⅛
„	4½ pCt.	57⅝ P.
Preussen	3½ pCt. Staatsschuldsch.	—
Bayern	4½ pCt. Obl. ½jähr. dto.	10[illegible]⅞ G.
„	4½ pCt. Obl. ½jähr. dto.	101⅞ P.
„	4 pCt. Obl. ½jähr. dto.	9[illegible] G.
„	4 pCt. Obl. ½ jähr. dto.	99¾ P.
„	4 pCt. Obl. Ab.-R. dto.	98⅞ P.
„	3½ pCt. Obl. dto.	—
Württemb.	3½ pCt. Obl. b. Rothsch.	104⅜ P.
„	3½ pCt. Obl. dto.	94½ P.
Baden	4½ pCt. Obl.	—
„	3½ pCt. Obl. v. 1842	91½ P.
Gr. Hess.	4½ pCt. Obl.	—
„	4 pCt. Obl. b. Rothsch.	101⅜ G.
„	3½ pCt. Obl. dto.	97¼ P.
Nassau	4½ pCt. Obl. dto.	102½ G.
„	4 pCt. Obl. dto.	99½ G.
„	3½ pCt. Obl. dto.	92 G.
Frankfurt	3½ pCt. Obl.	95 P.
„	3 pCt. Obl.	91 P.
Spanien	3 pCt. inl. Sch. P. à fl. 2. 30	—
„	2½ pCt.	—
Schweden	4½ pCt. Obl. à 105 Thlr.	91 P.
N.Amerika	6 pCt. à 100Dr. 1881 D. 2½	6[illegible]—½ G.
„	6 pCt. ditto r. 1882	69⅝—¾ G.

Diverse Aktien.

Frankfurter Bank à fl. 500 . . .	150½ P. 150 G.
K. K. Oesterr. National-Bankaktien	873 P.
Oesterr. Kreditbank-Aktien à fl. 200	200 P. 199 G.
Bayer. Hypothekenb. Pfandbriefe 4 pCt.	97½ P.
Darmst. Bank I. u. 2. Serie à fl. 250	239 P.
Weimarische Bank à Thlr. 100 . .	101 G.
Mitteldeutsche Kreditaktien . . .	101½ G.
Intern. Bank in Lux. à 250 Frs. à 28 kr.	—
Taunus-Eisenbahn à fl. 250	348 P. 347 G.
Frankfurt-Hanauer-Eisenbahn . . .	102½ P.
Oest. F.St.Eisb. 5pCt. 500 Fr. à 28 kr.	—
„ Elisab.-Eisenbahn 5 pCt. . .	123 P. 122½ G.
Böhm. Westbahn-Aktien à fl. 200 6/7	78½ P.
Rhein-Nahe-Bahn 200 Thl. à 105 4pCt. Z.	30⅛ G.
Ludwigshafen-Bexbacher à 4 pCt.	—
dto. dto. Prior. à 4 pCt.	97 P.
Pfälz. Maxb. b. Rothschild à 4½ pCt.	107 P.
Oest. St.-Eisenb. Prior.-Oblig. à 3 pCt.	52⅝ P.
Elisab.-Bahn Prior. 5 pCt. 6/7	79⅝ P.
Südd. Bank-Akt., 40 pCt. Einz.	253½ P. 254½ G.
Span. Handels- und Industrie .	—
Bayr. Ostbahn à 4½ pCt. volleinbez.	113½ G.
Bayer. Ostbahn mit 60 pCt. Einz.	113⅜ P.

Wechsel in süddeutscher Währung.

Amst. fl. 100 k. S.	101 P. — G.
Antwerp. Frs. 200 k. S.	94⅝ G.
Augsb. fl. 100 k. S.	99⅜ G.
Berlin Th. 60 k. S.	105 P.
Brem. 50 Th. Ld. k. S.	97⅝ P.
Brüssel Frs. 200 k. S.	94⅝ G.
Cöln Thlr. 60 k. S.	105 P.
Hamb. MB. 100 k. S.	88½ G.
Leipzig Th. 60 k. S.	105 P.
London Lst. 10 k. S.	118⅜ G.
Lyon Frs. 200 k. S.	—
Mail. Frs. 200 . .	94½ G.
München fl. 100 k. S.	99⅜ G.
Paris Frs. 200 k. S.	95 P.
Petersburg 60 S.-R.	—
Triest fl. 100 k. S.	—
Wien fl. 100 ö. W.	—
do. in öst. W. l. S.	108 G.
Disconto	3½ pCt. G.

Anlehens-Loose.

Oesterr. fl. 250 v. 1839	144½ P.
„ fl. 250 v. 1854 mit 4pCt.	79½ P.
„ fl. 500 v. 1860 6/7	87 G.
„ fl. 100 Kreb. L. v. 1858.	136¾ P.
„ do. v. 1864.	90⅞ P.
Schwed. 10 Thlr. Loose	—
Badische fl. 50	—
Badische fl. 35	53½ P.
Kurhess. Thlr. 40 b. R.	56½ P.
Gr. Hessen fl. 50 b. R.	140 P.
„ fl. 25 do.	37 P.
Nassau fl. 25 bei Rothsch.	35⅞ P.
Sardinische Fr. 36 b. B.	—
Neuchateler 10 Frs.-Loose	—
Freiburger 15 Frs.-Loose	—
Mailänder 45 Frs. L. b. R.	32½ P.
St. Lüttich mit 2½ pCt. Z.	33 G.
Ansb.-Gunzenh. fl. 7-L.	—

Frankfurt, 17. Mai. Die Börse war in Folge der Nachricht von der Vorbereitung einer Freischaaren-Expedition nach Mexiko für amerikanische Fonds flau gestimmt. Auch die übrigen Spekulationspapiere blieben von einem Rückgange nicht verschont. Besonders matt waren österr. Kreditaktien. Der Umsatz war lebhafter als in den letzten Tagen. (Sppo.)

An die k. Hof- und Staatsbibliothek München. N. Würzb. Ztg.

Neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht!

№ 138. | Vorausbezahlung: Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 1 fl. 30 kr. Bei Inseraten wird die dreispaltige Zeile in gewöhnlicher kleiner Schrift oder deren Raum im Hauptblatte mit 6 kr., im Anzeiger mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franco. | 62. Jahrgang. | Freitag, 19. Mai 1865.

Die Revision des Gemeinde-Edikts in Bayern.

(A. Z.) Die lange gewünschte und lange verheißene Revision des Gemeinde-Edikts scheint endlich zur Wahrheit zu werden. Es handelt sich dabei nicht um graue Theorien, sondern um den grünen Baum des Lebens. Es handelt sich um die Wohlfahrt, und das gedeihliche zufriedene Zusammenleben der Gemeinden, um billige Ausgleichung von Recht und Last. Es käme deßhalb der Regierungsvorlage gewiß sehr zu gut, wenn unsere Gemeindezustände öffentlich und gründlich besprochen würden. Dies ist aber bisher nicht im Verhältniß zu ihrer Wichtigkeit geschehen, und ich möchte nun gern versuchen, das Urtheil der öffentlichen Meinung über einige besondere Nöthen aufzurufen.

Die Art und Weise, wie unsere Gemeinde-Umlagen aufgebracht werden, sollte man eher für das Resultat einer Revolution halten, für einen mißbrauchten Sieg des Proletariats über den Besitz — als für das Werk einer friedlichen wohlerwägenden Gesetzgebung.

Jedenfalls müssen bei den einschlägigen Bestimmungen nur große Gemeinden mit ziemlich gleichvertheiltem Besitz, welche aber sicherlich die Minderzahl bilden, vorausgesetzt worden sein. An die unselige Lage, worin die großen Güter in kleinen Gemeinden nothwendig dadurch kommen mußten, kann man unmöglich gedacht haben. Wenn dieß ein halbes Säculum geduldig hingenommen wurde, so erklärt es sich aus den sonstigen einfachen Verhältnissen und Bedürfnissen des Gemeindelebens. Auch wurden die Kleingüter ihrer Macht erst nach und nach sich bewußt, oder mochten sie aus mannichfachen Abhängigkeitsrücksichten nicht gebrauchen. Die Bedürfnisse der Gemeinden, die Zumuthungen, welche an sie gestellt werden, sind aber seit lange in fortwährendem Steigen begriffen; seit der Vereinfachung des Geschäftsganges haben z. B. Vorstand, Gemeindeschreiber, Pfleger ꝛc. das doppelte zu thun, und verlangen deßhalb auch doppelte Entschädigung; das zunehmende Proletariat ist durch Gesetz und Umstände weit unabhängiger geworden, und stellt sich immer mehr auf seine eigenen Beine, und so werden die Zustände für den großen Grundbesitz nach und nach geradezu unerträglich.

Es gibt gewiß in der ganzen zivilisirten Welt keine Gesellschaft, in welcher der Einfluß des Einzelnen auf die allgemeinen Angelegenheiten nicht nach dem Maße geregelt wäre, in der er betheiligt ist. Man würde es z. B. ohne Zweifel sehr verkehrt finden, wenn bei einer Aktienunternehmung derjenige, welcher eine einzige Aktie hat, gerade so viel in die Verwaltung zu reden hätte, als der Besitzer von hundert Aktien. In unsern Gemeinden aber ist kein Unterschied zwischen dem von hundert Gulden und dem, der einen Groschen beizutragen hat; ihre Stimmen gelten ganz gleich viel. Es bestehen in der Wirklichkeit Verhältnisse, wo das höchst besteuerte Gemeindeglied neun Zehntheile des Betrags zu zahlen hat und alle seine übrigen Genossen nur ein Zehntheil. Der Geldbeutel des Großgütlers ist also ganz zur Verfügung seiner Nachbarn gestellt und es liegt rein in deren Willkür, ihn zu Grunde zu richten; da sie ja Bauten, Anstellungen, Besoldungen ganz nach Belieben und mit dem Wagniß eines unbedeutenden Zuschusses, geradezu auf seine Kosten, dekretiren können, ohne daß er sich dem entziehen kann.

Die Gemeinde beschließt z. B., ein Armenhaus zu bauen, welches zweitausend Gulden kostet. Der Höchstbesteuerte zahlt also dazu achtzehnhundert Gulden, während die übrigen zweihundert Gulden unter die dreißig oder vierzig übrigen Gemeindeglieder vertheilt werden. Der Tripshäusler, dessen Stimme dabei den Ausschlag gibt, zahlt vielleicht wenige Groschen! Wenn nicht so viele solcher Attentate vorkommen, als man glauben sollte, so unterbleiben sie nur in der Erwägung, daß die Kleinen meist von den Großen leben, und es doch — vor förmlicher Einführung des Kommunismus — räthlich erscheint, die Äpfel mit einiger Mühe zu pflücken, als wie jener Wilde den ganzen Baum, zur Erleichterung der Ernte, ohne weiteres umzuhauen! Die leidige Manier, „jedes Gemeindebedürfniß durch Umlage nach dem Steuergulden

Feuilleton.

Die Tinne'sche Expedition im westlichen Nilquellgebiet.

Das neueste Ergänzungs-Heft der Petermann'schen „Mittheilungen“ enthält den Schlußbericht über die Tinne'sche Expedition im westlichen Nilquellgebiet aus dem Tagebuch Th. v. Heuglin's. Obgleich diese Expedition sofort am Eingange der Terra incognita, welche sie der Wissenschaft erobern sollte, erlag, so verdankt die Geographie ihr dennoch eine sehr erhebliche Erweiterung der Kenntniß von jenem westlichen Quellgebiet, welches gegenwärtig nach der Speke'schen Entdeckung des östlichen Quellgebiets unsere besondere Aufmerksamkeit um so mehr in Anspruch nimmt, als im Grunde erst nach Entdeckung der Westquelle die Ostquelle als entdeckt gelten kann, da sich erst dann ihre relative Bedeutung positiv feststellen läßt. Jedenfalls steht das westliche Quellgebiet dem östlichen in keiner Beziehung an Wichtigkeit nach.

Die Alten, deren genaues Verständniß des Nilsystems wir nur um so mehr würdigen lernen, jemehr unsere eigene Kenntniß von demselben vorschreitet, bezeichneten die gleiche Bedeutung beider Quellarme dadurch, daß sie weder dem einen noch dem andern, sondern nur dem aus der Vereinigung beider erwachsenen Stamm des Flusses den Namen Nil beilegten. Nach Ptolemäus entspringen beide Quellarme aus großen Seen, und da sich durch Speke der östliche See gefunden hat, so ist wahrscheinlich, daß auch der westliche Quellsee entdeckt werden wird; auch haben wir bereits von einem großen See Kunde, der in der entsprechenden südwestlichen Richtung liegt. Doch haben wir bis jetzt nur von dem untern Theil des westlichen Quellarmes, von dem in südwestlicher Richtung fließenden Gasal, nähere Kenntniß. Dieser Gasal aber erscheint in seinem meilenweiten, jedoch von seinen gewaltigen Anschwemmungen überfüllten Bett als ein so großartiges Gewässer, wir haben bereits durch Erkundigungen bei den Eingebornen Nachricht von so bedeutenden Zuflüssen desselben, daß aller Anschein vorhanden ist, es werde sich die Angabe des ältesten Berichterstatters, Herodot's („Euterpe“, 28, 31), bestätigen, nach welcher der westliche Arm (der jetzige Gasal) der Hauptquellfluß ist. Die Zuflüsse des Gasal erstrecken sich nordwestlich bis Wadai und südwestlich bis unmittelbar an die Quelle des Binue (Nebenfluß des Niger).

Allein nicht blos die Flüsse sind höchst interessant, sondern auch Land und Leute an denselben. Das so reichlich bewässerte Land ist im höchsten Grade fruchtbar. Durrah und Dochen geben einen erstaunlichen Ertrag. Die Knollen der Batate werden 1½ Fuß lang und 4 Zoll dick. Es finden sich vielerlei Fruchtbäume, namentlich der Butterbaum, aus dessen Fruchtkernen man in reichlicher Menge ein wohlschmeckendes Oel gewinnt, das bereits bei + 20° R. fest wird. Die Angabe, daß die Viehzucht durch die Zeze (Fliege) behindert werde, scheint sich wenigstens im allgemeinen nicht zu bestätigen. Der Elephant ist überaus häufig. Bemerkenswerth ist auch der „Waldmensch“, M'ban (eine Troglodytenart des Gorilla.) Unter den Anwohnern des Gasal zeichnen sich die Dôr (Neger) durch ihren Fortschritt in einigen Industriezweigen aus; namentlich liefern sie Pfeifen und sonstige Töpferarbeit, eiserne Waffen und Messer, Holzarbeit ꝛc. von bewundernswürdiger Eleganz. Besonders interessant sind aber die von den Arabern so genannten Njamnjam, welche, früher nach den Angaben der Neger als Anthropophagen, ja als geschwänzte Menschen verschrien, sich jetzt als eine hochstehende, licht olivenfarbige, nicht negerartige,

zu decken," was auch bei Reluirung von persönlichen Gemeindediensten stattgegeben ist, führt zu den schreiendsten Ungerechtigkeiten.

Es fällt z. B. einer Gemeinde ein, den Wachtspieß nicht mehr im Turnus von Haus zu Haus gehen zu lassen, sondern auf gemeinschaftliche Kosten einen Nachtwächter aufzustellen. Diesem wird ein beliebiges Honorar ausgesprochen, und wenn die Gemeinde recht pfiffig ist, so läßt sie den Theil, der sie trifft, nur im Bestallungsprotokoll figuriren, und den Großgütler allein die ganze Besoldung bezahlen.

Dieser muß also das ganze Dorf auf seine Kosten jahraus und ein bewachen lassen, insofern der angebliche Nachtwächter dies nicht dem allgütigen Gott und seinen Engeln allein überläßt, und als praktischer Fatalist den Schlaf des Gerechten schläft. Zuweilen hat die Gemeinde auch, auf allerhöchste Anordnung, einen Flurwächter zu bestellen. Natürlich wird dazu der größte Lump des Dorfes ausgesucht, den man bei dieser Gelegenheit aus der Zeche bringt, und von dem man sich wohl versehen kann, daß „leben und leben lassen" der leitende Grundsatz seiner Amtsführung sein wird. Er beschränkt deshalb auch, kluger Weise, seine Thätigkeit darauf, daß er von dem günstigst gelegenen Punkt der Flur in ruhender Aktivität die Gegend betrachtet, um gelegentlich einen verirrten Wanderer, der, äußerer Sicht nach, eine Maß Bier opfern kann, auf irgend einem alten Rain oder Fußsteig abzufassen. Dafür muß ihn der Großbegüterte natürlich wieder allein bezahlen, ohne daß er, so wenig als bei dem Nachtwächter, auf die Wahl der Persönlichkeit und auf die Gehaltsregulirung einen bestimmenden Einfluß zu üben vermag, und sich beide einfach oktroyiren lassen muß. Das Maß macht vollends unser möglichst unpraktisch eingerichtetes Armenwesen voll. Einige Beispiele mögen es erklären.

(Schluß folgt.)

(Amtliche Nachrichten.) **München**, 17. Mai. Se. Maj. der König hat genehmigt, daß der k. Rechnungskommissär Fr. Grandpair in Speyer von der Funktion als Rendant der Kreishilfskasse der Pfalz enthoben und diese Funktion dem Funktionär beim Rechnungskommissariate der Regierungskammer des Innern, K. Trautmann, zu Speyer übertragen werde.

München, 16. Mai. Der Abg. C. Barth hat eine authentische Interpretation des Art. 83 des Strafgesetzbuches, die Anrechnung der Untersuchungshaft betreffend, dahin beantragt, daß Se. Maj. der König gebeten werden soll, verfassungsmäßig auszusprechen: „Die Untersuchungshaft eines Angeklagten erscheint nicht nur dann als eine im Sinne des Art. 83 ohne eigenes Verschulden erduldete, wenn und so weit ein Verschulden des Untersuchungsrichters konkurrirt oder die Untersuchung durch Verschulden von Komplizen oder zufällige äußere Umstände verzögert worden ist, sondern insbesondere auch dann, wenn sich bei der Aburtheilung herausstellt, daß das Verbrechen, welches ursprünglich die Untersuchungshaft rechtfertigte, entweder aus objektiven Gründen oder auch aus subjektiven Ursachen der Zurechnung u. dgl. zu einer geringen strafbaren That herabsinkt, welche, wäre diese von vorneherein zu erkennen gewesen, die Untersuchungshaft nicht gerechtfertigt hätte." Um die übermäßige Belastung der Schwurgerichte abzuwenden, beantragt derselbe Abg. eine Milderung des Art. 276 des Straf-Gesetzbuches über die Bestrafung des Rückfalles, indem er die Vorlage eines Gesetzes erbittet, wodurch bestimmt würde: „Wer wegen Diebstahls, Raubes oder Hehlerei bereits einmal zu einer Verbrechens- oder zweimal zu Gefängnißstrafe, jedesmal von wenigstens 1 Jahr verurtheilt worden ist und sich neuerdings eines Diebstahls schuldig macht, wird, wenn der neuerdings verübte Diebstahl nach Art. 282, Ziff. 1 und 2 als Vergehen mit oder ohne Auszeichnung strafbar wäre, mit Gefängniß nicht unter drei Jahren bestraft, wenn er aber nach Art. 274 oder 275 (Verbrechen des Diebstahls) strafbar wäre, mit Zuchthaus von acht bis zwanzig Jahren." Auf Antrag des Referenten Abgeordneten Behringer hat der Ausschuß nun beschlossen, der Kammer vorzuschlagen, zu beschließen: 1. Es sei den beiden Anträgen des Abgeordneten Dr. Karl Barth, wie sie vorliegen, eine Folge nicht zu geben, dagegen sei: II. an Se. Maj. den König die allerehrfurchtsvollste Bitte zu richten, dem nächsten Landtage einen Gesetzentwurf vorlegen zu lassen, worin diejenigen Bestimmungen des Strafgesetzbuches vom 10. November 1861 einer Revision unterstellt werden, bezüglich deren sich in der Anwendung erhebliche Mißstände ergeben haben.

Berlin, 17. Mai. Die „Provinzial-Korrespondenz" schreibt: „Bezüglich der Berufung der Stände der Herzogthümer ist Preußen einverstanden; es erklärt, daß zuförderst die Provinzialstände nach dem Gesetz vom Jahr 1854 zusammenzurufen und über die Einberufung einer allgemeinen Ständeversammlung zu hören seien. Hierzu sind vorher Ergänzungswahlen vorzunehmen. Für die Zusammensetzung der späteren allgemeinen Versammlung geht der Vorschlag Preußens auf das Wahlgesetz von 1848 oder auf ein neues Gesetz auf Grund des allgemeinen Wahlrechts. Oesterreich hat ersterem Vorschlag zugestimmt. Bezüglich der Vorlagen würde Preußen einen großen Werth darauf legen, gemeinsam mit Oesterreich vorzugehen; Verpflichtungen kann es aber nur eingehen, wenn Oesterreich die Forderungen, die Preußen als unerläßliche Grundlage jeder Lösung der schleswig-holsteinischen Frage aufgestellt hat, unterstützt. Da dies aber schwerlich zu erwarten ist, wird Preußen auf die besondere Geltendmachung seines Stand-

---

kultivirte und friedliche Rasse erweisen. Dieselben beherrschen das gesammte weite Quellgebiet des obern Congo, Binue und westlichen Nil. Alle diese eingeborenen Stämme verhalten sich freundlich und zuvorkommend gegen europäische Reisende.

Doch wird dem Vordringen des nichtacclimatisirten Europäers in jene Region durch die fieberschwangere Atmosphäre der tropischen Alluviallande ein fast unüberwindliches Hinderniß entgegengestellt, so lange die Medizin nicht ein sicheres Mittel dagegen zu finden und so lange der Reisende sich nicht der erforderlichen Diät zu bequemen weiß. Soll also die Bereisung des innern Afrika nicht ganz aufgegeben werden, so sollte man, dem Wink der Natur gehorchend, welche das ganze Becken von Südafrika mit einem Kranze von Hochlanden umzogen hat, wo auch der eingeborene Mensch am besten gedeiht — wie ja auch im tropischen Amerika der Fall —, vor allen Dingen diese Hochlande in Angriff nehmen und sich hier erst acclimatisiren. Nach dem westlichen Nilquelllande würde man demnach wohl am leichtesten von der Bai von Biafara aus über das Hochland von Adamana, das Quellland des Binue, gelangen.

Neben dem mörderischen Klima besteht gegenwärtig für den europäischen Reisenden am Gasal ein sehr wesentliches Hinderniß in der dortigen Seriba der Chartumer Kaufleute (Sklavenhändler). Diese Seriba sind befestigte Gehöfte — Forts, wie man in den Hudsonbailändern sagen würde — deren Eigenthümer eine starke Mannschaft von Elephantenjägern, Soldaten (hauptsächlich Berberinern oder Nubiern) und Sklaven halten. Dieselben haben das gesammte umliegende Land mit souveräner Macht unter sich vertheilt und beuten es nun auf die unverantwortlichste Weise aus. Ihre Gasua (Sklavenjagden) durchziehen weit und breit das Land und plündern oft ganze Strecken rein aus, indem sie nicht nur Menschen in großer Anzahl in die Sklaverei treiben, sondern auch die Zurückbleibenden ihres Viehs und ihrer sonstigen Lebensmittel berauben. Zwar sind diese Gasua in den dortigen Ländern keineswegs eine neue Einrichtung, wie Heuglin anzunehmen scheint, indem sie schon von Alters her regelmäßig von Wadai und Darfur aus betrieben wurden; doch schrieben die Gesetze von Wadai und Darfur ausdrücklich die möglichste Schonung der Eingeborenen vor, während die Chartumer Raubritter die frevelhafteste Gewaltthätigkeit ausüben. Die ägyptische Regierung und die europäischen Konsulate in Chartum haben in dieser Beziehung jedenfalls viel Saumseligkeit bewiesen; denn da die Seribaherren in Chartum ansässige Kaufleute sind, hätte man ihrer wohl leicht habhaft werden können. Gibt es doch selbst auf dem Weißen Nil derartige große organisirte Raubanstalten, welche unmittelbar unter den Augen der ägyptischen Behörden in den Ländern der Dinka und Schilluk Vieh- und Menschenraub treiben! Jetzt scheint dies freilich mit einem Mal anders werden zu sollen. Die ägyptische Flußpolizei hat neuerdings mehrere Sklavenfrachten aufgebracht. Dabei ist jedoch das Verfahren der Regierung ein eigenthümliches: die Regierung gibt die Sklaven nicht frei, sondern behält sie selbst und steckt sie größtentheils in die Armee. Da den Seriba am Gasal der Besuch europäischer Reisender keineswegs genehm ist, so suchen sie demselben alle erdenklichen Schwierigkeiten entgegenzustellen.

Die ägyptische Regierung hat inzwischen ihr Gebiet bis unmittelbar an den Gasal vorgerückt. Die ägyptische Südgrenze zog sich bisher bekanntlich von Kordofan bis südlich von Elaïs und dann bis Fesogl. Nunmehr ist aber das ganze große Land der Schilluk am linken Nilufer bis zum Nosee, der Confluenz des Gasal und des östlichen Nilquellarms, des Bahr el Dschebel (oder obern Abiad), annektirt und zu einer ägyptischen Mudirieh (Provinz) mit der Hauptstadt Danab (oder Faschodah) erklärt worden. Die armen Neger scheinen dadurch aus dem Regen in die Traufe gekommen zu sein, indem sie jetzt zum Behufe des Schutzes gegen die Raubanfälle ein starkes Kontingent zur Armee stellen und die starke Besatzung ernähren müssen. Auch ist bereits alle Vorkehrung getroffen, um Dar Fertit, im Süden des bereits ägyptischen Kordofan, einzuverleiben. Es soll augenscheinlich das sämmtliche Land

punktes nicht verzichten, da sonst die Berathungen der einzuberufenden Versammlung möglicherweise zwecklos wären. — Die „Nordd. Allg. Ztg." schreibt: „Die Monarchen von Oesterreich und Preußen berufen die Stände und Vertreter „ihrer" Herzogthümer, um über deren „Zukunft zu verhandeln." Jeder Versuch, eine Entscheidung entgegen dem Willen der Souveräne herbeizuführen, müßte natürlich einen Abbruch der Verhandlungen und die Fortdauer des Condominiums herbeiführen. Sollte Preußen sich überzeugen, daß die offiziöse augustenburgische Mitregierung eine Verständigung über die preußischen Interessen unmöglich machen würde, so müßte Preußen als Souverän das Aufhören dieses Mißstandes fordern was unzweifelhaft jedem Mitbesitzer für sich allein zusteht." (Das in vorstehendem Auszuge des Artikels der „Nordd. A. Ztg." in Parenthese gestellte Wörtchen „ihrer" (Herzogthümer) bringt das genannte Blatt in fetter Schrift. Dem bemerkenswerthen Artikel entnehmen wir noch nachstehende Sätze. Nachdem das Blatt mit der Fortdauer des Kondominatsverhältnisses in seiner jetzigen Gestalt gedroht hat, fährt es fort: „Wenn bisher dem Aufenthalte des Erbprinzen von Augustenburg in den Herzogthümern, — wenn dem Versuche, den Einfluß der legitimen Souveräne durch eine offiziöse Nebenregierung daselbst zu paralysiren, — wenn der Haltung der Mehrzahl der dortigen Beamten den jetzigen Landesherrn gegenüber Duldung gewährt wurde, so ist dieselbe ohne Zweifel ein Ausfluß der persönlichen Sympathien, welche die Sache des Erbprinzen in den maßgebenden Kreisen Preußens von Anbeginn her und in Oesterreich von dem Zeitpunkte an gefunden hat, wo zu besorgen war, daß mit der Lostrennung der Herzogthümer von Dänemark spezielle Vortheile für Preußen verknüpft sein könnten. Eine Pflicht, die oben bezeichneten Zustände auf die Dauer zu dulden, liegt keinem der beiden Souveräne der Herzogthümer ob. Sollte daher Preußen sich überzeugen, daß unter fernerer Duldung einer offiziösen Augustenburgischen Mitregierung neben der legitimen preußisch-österreichischen eine Verständigung über seine Interessen nicht möglich sei, so wird Preußen, davon sind wir überzeugt, das Aufhören dieser Mißstände als Souverän des Landes zu fordern haben. Daß zu dieser Forderung, die ungesetzliche Mitregierung eines Dritten zu beseitigen, das Recht einem jeden der beiden interessirten Souveräne für sich allein zusteht, wird keines Beweises bedürfen. . . . . . Wäre es dem Erbprinzen Ernst mit den Zusagen, welche derselbe nach den Berichten der ihm befreundeten Blätter an Preußen gemacht haben soll, so würde er mit einer unumwundenen Erklärung darüber unter seiner Namensunterschrift vor die Oeffentlichkeit getreten sein. Er würde keinen Zweifel darüber lassen, daß er nur unter diesen Bedingungen die Regierung anzutreten entschlossen sei, nachdem ihm hinreichend bekannt ist, daß auch Preußen nicht anders als unter bestimmten Bedingungen seine eigenen wohlerworbenen Rechte weiter zu übertragen Willens ist. Von der preußischen Regierung zu verlangen, daß sie sich mit außeramtlichen Andeutungen und Versicherungen über Absichten begnügen und dafür die dem Staate erworbenen Rechte in der Hoffnung hingeben solle, daß der neue Fürst mit seinen Ständen die preußischen Rechte „wohlwollend in Erwägung ziehen werde", heißt der Regierung ein leichtfertiges Preisgeben der Landesinteressen zumuthen u. s. w.")

Die Marine-Kommission des Abgeordnetenhauses hat, nach einer gestern Nachts abgehaltenen Sitzung heute in vierstündiger Sitzung die Berathungen über den Gesetzentwurf einstimmig abgelehnt. Es sind sämmtliche Amendements abgelehnt worden.

Aus **Leipzig**, 15. Mai, schreibt man dem „Schw. M.": „Die gegenwärtig stattfindende große deutsche Buchhändler-Versammlung, die sog. Kantate-Versammlung des Börsenvereins deutscher Buchhändler, erhält durch den Umstand eine besondere historische Wichtigkeit, daß es heuer zu Ostern gerade hundert Jahre sind, daß Leipzig statt Frankfurt a/M. der Vorort des deutschen Buchhandels wurde. Es geschah dies auf Veranstaltung des Leipziger Buchhändlers Reich, der 1764 auf der Frankfurter Messe Leipzig als nächsten Versammlungsort vorschlug und in der That damit den Buchhandel, trotz der vielen Versuche, das Centrum nach anderen Orten, namentlich nach Berlin, zu verlegen, hieher konzentrirte. Er war es auch, der den ersten deutschen Buchhändlerverein gründete als Vorläufer des jetzigen mächtig über alle deutschen Lande verbreiteten, ja über die deutsche Gränzmark hinaus sich erstreckenden Börsenvereins deutscher Buchhändler. Von jener Zeit datirt auch die allmälige Reorganisation des ganzen buchhändlerischen Geschäfts aus einem primitiven Tauschhandel mit Büchermessen in einen geregelten Umsatz in Geldrechnung in Form des Konditions- oder bedingten Kaufgeschäfts. Wie viel Leipzig dem Buchhandel verdankt, ist bekannt."

Aus **Weimar**, 15. Mai, wird der „A. Z." berichtet: „Ein Schurkenstreich erbärmlichster Art beschäftigt unsere Stadt. In den letzten Tagen des Monats März traf hierselbst eine junge Französin ein, welche der Polizei die Anzeige machte, daß sie in Folge eines von ihr in der „Köln. Ztg." veröffentlichten Gesuchs um eine Stelle als Erzieherin Briefe, aus Mellingen bei Weimar adressirt und in letztgenannter Stadt zur Post gegeben, in ihrem letzten Wohnort Bristol erhalten habe, in welchen Briefen ein Hr. Siegfried Riemer ihr eine Stellung in seinem Haus in Mellingen angeboten habe; sie sei auf den Vorschlag eingegangen, und habe sich von Bristol nach Mellingen begeben, dort aber keine Spur von einem Hrn. Siegfried Riemer entdecken können. Aus den

---

östlich von Darfur annektirt werden, worauf denn wohl dieses Reich sich eines ägyptischen Angriffs zu gewärtigen hat.

Der Gasal, der westliche Quellfluß des Nil, wurde zuerst von Brun-Rollet im Jahre 1855 eröffnet, welcher damals bereits bis zum Nosee, ungefähr 30 Meilen von der Mündung, vordrang, welcher See auch seitdem das Schlußziel der Gasalschifffahrt verblieben ist. Seitdem ist unsere Kenntniß von dieser Gegend, besonders durch Malzac, Poncet und Lejean, dann auch durch Petherik, Bolognesi, Antinori, Ali Amuri gefördert worden. Abgesehen von den Chartumer Gasua, ist jedoch in der geographisch zunächst wichtigen Richtung nach Westen Niemand weit vorgedrungen, außer Heuglin bei der Tinne'schen Expedition, welcher westlich bis zum Flusse Dschur, 20 Meilen vom Nosee, und dann bis zum Flusse Kosanga, 10 Meilen weiter, also 30 Meilen über Brun-Rollet hinaus, gelangt ist.

Es ist dieses für die Wissenschaft erhebliche Ergebniß bei der furchtbaren Größe der Opfer, welche die Expedition erheischt hat, sehr, sehr theuer erkauft worden. Frau Tinne, eine reiche Holländerin, begleitet von ihrer Tochter, Frl. Alexine Tinne, und ihrer Schwester, Frl. v. Capellen, hatte bereits im Jahre 1862 eine Fahrt von Alexandria über Chartum nach Gondokoro am oberen Bahr-el-Dschebel (östlicher Quellfluß des Nil) ausgeführt, von dort aus jedoch eine größere Reise nicht unternommen, da die benachbarten Negerstämme auch hier durch die Räubereien und Grausamkeiten der Sklavenhändler auf's äußerste gereizt, gegen Weiße große Erbitterung hegten. Nach Chartum zurückgekehrt, entschlossen sich Frau Tinne und ihre Tochter zu einer Fahrt nach dem obern Gasal, von wo aus man das Hochland an den südwestlichen Quellen des Nil zu erreichen gedachte. Während Frl. v. Capellen in Chartum zurückblieb, erbielten die damals daselbst anwesenden Afrikareisenden, Baron d'Ablaing, Dr. Steudner und v. Heuglin Erlaubniß, die Damen zu begleiten. Die Expedition, bestehend aus einem Dampfer und fünf Segelbooten mit 200 Personen, einer großen Anzahl von Lastthieren und Munition und Proviant auf zehn Monate an Bord, gingen Anfang Februar 1863 von Chartum ab und erreichte den Nosee, das Ende der Schifffahrt, Anfang März. Hier stellte sich nun zuvörderst die große Schwierigkeit, ja Unmöglichkeit heraus, die gewaltige Masse des Gepäcks, bei welchem unter anderm 1½ Tonnen Glasperlen und 12,000 Kaurimuscheln sich befanden, zu befördern, da man sich die nöthigen Lastträger nicht verschaffen konnte und die mitgenommenen Packthiere lange nicht ausreichten. Die chartumer Kaufleute legten alle möglichen Schwierigkeiten in den Weg. Bis Mitte Mai gelang es jedoch, für die enorme Summe von 1000 Thlrn. Trägerlohn einen Theil der Habseligkeiten bis Kulanda am Kosanga vorzuschieben. Unterwegs hatte man in Wau, westlich vom Dschur, Dr Steudner zu begraben.

In Kulanda durch den geschwollenen Zustand des Flusses bis August zurückgehalten, erhielt Heuglin am Nosee, wo die Damen geblieben waren, Kunde von dem plötzlichen Tode der Frau Tinne. Zugleich erhielt Heuglin die Nachricht von dem Tode des Herrn Schubert, der den Kaufmann Klancznik nach dem Kosanga begleitet hatte. Ungeachtet dieses schweren Unglücks gedachte Heuglin anfänglich die Reise in's Innere fortzusetzen, da Frl. Tinne sich erbot, ihm, was sie an Glasperlen, Kupfer &c. besitze, sowie einen Theil ihrer Soldaten für die Weiterreise abzutreten. Allein die fortgesetzten Plackereien der Sklavenhändler nöthigten Heuglin, sein Gepäck nach dem Nosee zurückbringen zu lassen, und da sich schließlich die Unmöglichkeit herausstellte, hinreichenden Proviant zu kaufen, Heuglin's eigene Gesundheit auch auf's äußerste angegriffen war, so mußte auch er sich endlich — gewiß mit schwerem Herzen — zur Rückkehr entschließen. Man fuhr am 14. Febr. 1864 vom Nosee ab und erreichte Ende März Chartum nach vierzehnmonatlicher Abwesenheit. Unterwegs waren noch beide Kammerfrauen auch der Frau Tinne gestorben und bald darauf verstarb in Chartum Frln. v. Capellen. Nec licuit populis parvum te, Nile, videre.

von der jungen Pariserin vorgelegten Briefen, in welchen die Antworten nach Weimar und Gotha poste restante erbeten waren, ergab sich die Wahrheit dieser Angaben; Es wurde alsbald von den Behörden eine Untersuchung eingeleitet. In der That gelang es die Briefe zweier andern Damen an denselben Siegfried Riemer festzuhalten, in welchen ebenfalls in Folge von Inseraten in den öffentlichen Blättern eine Erzieherin aus Innsbruck, und eine andere aus Hamburg mit ihm über einen Eintritt in obiger Eigenschaft in sein Haus bei Meiningen verhandelten. Aus den Angaben der Postbeamten sowohl in Weimar als in Gotha ging hervor, daß eine Persönlichkeit auf beiden Postämtern erschienen sei, welche dort, nachdem sie sich durch Briefe an ihre Adresse, sowie durch eine Karte, auf welcher „Siegfried Riemer aus Bristol“ stand, legitimirt, Briefe poste restante in Empfang genommen habe. Nach den Angaben der Beamten war dieser „Siegfried Riemer aus Bristol“ ein ziemlich großer noch junger Mann mit auffallend schwarzen Haaren und schwarzem Bart, der in seinem ganzen Aeußern den Eindruck eines wohlhabenden, dem Kaufmannsstand angehörigen Mannes machte. Die junge Pariserin ist, nachdem die französische Regierung durch die dortigen Verwandten derselben von dem Vorgang in Kenntniß gesetzt worden, in ihre Heimath zurückgekehrt. Hoffentlich wird es der Untersuchung gelingen, dem oder den elenden Gesellen auf die Spur zu kommen.

Aus Baden, 11. Mai. Heute Mittag 12 Uhr ist der Landtag von dem Großherzog durch eine Rede vom Thron unter den üblichen Feierlichkeiten geschlossen worden. In einfachen Worten spricht sie den Ständen den Dank aus für ihre Mitwirkung zu den großen gesetzgeberischen Arbeiten, die ihr vorlagen, und für die Bewilligung der zu Ausführung derselben erforderlichen Mittel. Die Schulfrage ist kurz berührt, und die Hoffnung ausgesprochen, daß es der Regierung gelingen werde, auch die noch obwaltenden Bedenken gegen das Gesetz zu überwinden.

Darmstadt, 17. Mai. Wie wir vernehmen, steht der Abschluß eines Staatsvertrags mit Hessen, Bayern und Kurhessen wegen Erbauung einer Eisenbahn von Gießen über Büdingen nach Gemünd in nicht allzu ferner Zukunft zu erwarten.

Die Noth der beschäftigungslosen Arbeiter in **Lyon** wird als wahrhaft entsetzlich geschildert. Seit zwei bis drei Monaten befinden sich in dieser Stadt nicht weniger als 64 000 Einwohner ohne allen Verdienst. Die Zeichnungen zu ihrer Unterstützung betragen bis jetzt nicht ganz 170 000 Fr., also für ungefähr drei Monate etwa 3 Fr. auf den Kopf. Und Angesichts dieser traurigen Zustände im eigenen Land amüsiren sich die Pariser, in falsch verstandener Humanität mit öffentlichen Sammlungen zu Gunsten der zwei Millionen Schwarzen, die durch den amerikanischen Krieg brodlos geworden sind! Da sollte es doch mit Recht heißen: Das Hemd ist uns näher als der Rock.

New-York, 6. Mai. Ewell und andere Generale der Konföderirten haben ein Schreiben an Grant gesandt, worin sie den Schrecken und das Entsetzen aussprechen, welches ihnen der Mord Lincoln's verursacht hat. Hr. Jefferson Davis, Hr. Benjamin und General Breckenridge mit 2000 Reitern und 11 Wagen sind am 28. April durch Yorktown (Südkaroline) gekommen. Die unionistische Kavallerie traf erst am nächsten Tage in Yorktown ein. Der Präsident Johnson hat eine Rede gehalten, in welcher er wiederholte, daß es nothwendig sei, auf die Führer der Empörung die größte Strenge des Gesetzes anzuwenden. Die gesammte Armee Shermans ist in Washington angekommen. Die konföderirten Armeekorps fahren fort, ihre Unterwerfung zu erklären. — Man versichert, es sei ein formeller Antrag an die canadische Regierung ergangen, alle Mitschuldigen Booth's, die sich in Canada befinden, auszuliefern.

Aus **Washington,** 2. Mai, schreibt man der „A. Z.“: „Der Krieg ist zu Ende; General Johnston hat sich mit seiner ganzen Armee, etwa 30 000 Mann, an Sherman unter denselben Bedingungen ergeben, die Grant dem General Lee bewilligt hatte; er erwartete nie, daß unsere Regierung den Vertrag mit Sherman billigen werde. Grant handelte rücksichtsvoll und angemessen, und Sherman fügte sich mit militärischer Kürze. Er entschuldigte sich nicht und zeigte auch keine Empfindlichkeit, sondern fünf Minuten nach erhaltener Nachricht, daß die Regierung den Vertrag nicht ratifizirt habe, sandte er Notiz an Johnston, daß der Waffenstillstand aufhören müsse. Grant mischte sich in die Kapitulation nicht weiter, als daß er sie einfach mitunterschrieb, worauf er nach Washington zurückkehrte. — Einzelne eingefleischte Südländer sind noch nicht von ihrem Irrthum überzeugt, und wollen nicht einräumen, daß der Süden vollständig besiegt sei. Zu ihnen gehört der Rebellen-Kavallerie General Wade Hampton, ein südlicher Feuerfresser von der heftigsten Art. Er soll nach der Aussage eines Dieners zu Johnston gekommen sein, diesen einen Feigling, Verräther ꝛc. genannt und so wüthend gemacht haben, daß derselbe einen Revolver zog und ihn todtschoß. Johnston war nach Uebergabe Lee's so vollkommen von der Nutzlosigkeit der Fortsetzung eines Kampfs überzeugt, daß er eine solche für verbrecherisch erklärte. Zur Zeit, als die Kapitulation geschlossen wurde, war seine Armee von der Shermans 60 englische Meilen entfernt.“

Hiezu die Beilage: „Würzburger Anzeiger“.

Verantwortlicher Redakteur: A. Hartmann.
Druck und Verlag der Stahel'schen Buch- und Kunsthandlung in Würzburg.

Cours der Staatspapiere.

Oestr.	5 pCt. Met. (Cp. l. S. b. R.)	—
"	5 pCt. Lomb. ditto. à 24	—
"	5 pCt. Engl. Met. v. 1852	60½ P.
"	5 pCt. Engl. Met. v. 1859	73¾ P.
"	5 pCt. Venet. Coupon b. R.	86½ G.
"	5 pCt. Nationalanl. v. 1854	68⅞ P.
"	5 pCt. Metall. Obligation.	61⅝ G.
"	4½ pCt.	57 G.
Preussen	3½ pCt. Staatsschuldsch.	—
Bayern	4½ pCt. Obl. 1jähr. dto.	101⅜ P.
"	4½ pCt. Obl. ½jähr. dto.	101¾ G.
"	4 pCt. Obl. 1jähr. dto.	99 G.
"	4 pCt. Obl. ½ jähr. dto.	99⅜ G.
"	4 pCt. Obl. Ab.-B. dto.	98⅜ P.
"	3½ pCt. Obl. dto.	—
Württemb.	4½ pCt. Obl. b. Rothsch.	101¾ P.
"	3½ pCt. Obl. dto.	94½ P.
Baden	4½ pCt. Obl.	—
"	3½ pCt. Obl. v. 1842	91½ P.
Gr. Hess.	4½ pCt. Obl.	—
"	4 pCt. Obl. b. Rothsch.	100¾ P.
"	3½ pCt. Obl. dto.	97¼ P.
Nassau	4½ pCt. Obl. dto.	102⅛ G.
"	4 pCt. Obl. dto.	99½ P. ⅜ G.
"	3½ pCt. Obl. dto.	92 G.
Frankfurt	3½ pCt. Obl.	96 P.
"	3 pCt. Obl.	91 P.
Spanien	3 pCt. inl. Sch. P. à fl. 2. 30	—
"	2¼ pCt. " " "	—
Schweden	4½ pCt. Obl. à 105 Thlr.	91½ P. 91 G.
N.Amerika	6 pCt. à 100Dr. 1881 D.2½	68⅜ G.
"	6 pCt. ditto r. 1882 "	68⅝ G.

Diverse Aktien.

Frankfurter Bank à fl. 500 . . .	160½ P.
K. K. Oesterr. National-Bankaktien	870 P. 869 G.
Oesterr. Kreditbank-Aktien à fl. 200	197¼–199 G.
Bayer. Hypothekenb. Pfandbriefe 4 pCt.	97½ P.
Darmst. Bank 1. u. 2. Serie à fl. 250	231 G.
Weimarische Bank à Thlr. 100 . .	101 G.
Mitteldeutsche Kreditaktien . . .	102 G.
Intern. Bank in Lux. à 250 Frs. à 28 kr.	—
Taunus-Eisenbahn à fl. 250 . . .	348 P. 347 G.
Frankfurt-Hanauer-Eisenbahn . . .	10[illegible]⅞ G.
Oest. F.St.Eisb. 5pCt. 500 Fr. à 28 kr.	—
" Elisab.-Eisenbahn 5 pCt. . .	128 P.
Böhm. Westbahn-Aktien à fl. 200 6/7	75½–¾ G.
Rhein-Nahe-Bahn 200 Thl. à 105 4pCt. Z.	—
Ludwigshafen-Bexbacher à 4 pCt. .	—
dto. dto. Prior. à 4 pCt	97 P.
Pfälz. Maxb. b. Rothschild à 4½ pCt.	108½ G.
Oest. St.-Eisenb. Prior.-Oblig. à 3 pCt.	52⅝ P.
Elisab.-Bahn Prior. 5 pCt. 6/7	79⅝ P.
Südd. Bank-Akt., 40 pCt. Einz.	254½ P.
Span. Handels- und Industrie . .	—
Bayr. Ostbahn à 4½ pCt. volleinbez.	118½ P 118⅜ G.
Bayer. Ostbahn mit 50 pCt. Einz.	118⅜ P.

Anlehens-Loose.

Oesterr. fl. 250 v. 1839	143½ P.
" fl. 250 v. 1854 mit 4pCt.	79½ P.
" fl. 500 v. 1860 6/7	86⅜–⅝ G.
" fl. 100 Kisb. L. v. 1858.	136 G.
" do. v. 1864.	96¾ P.
Schwed. 10 Thlr. Loose	—
Badische fl. 50	123½ P. 123 G.
Badische fl. 35	53½ P.
Kurhess. Thlr. 40 b. R.	5[illegible] G.
Gr. Hessen fl. 50 b. R.	131 G.
" fl. 25 do.	37 P.
Nassau fl. 25 bei Rothsch.	35¾ P.
Sardinische Fr. 36 b. B.	—
Neuchateler 10 Frs.-Loose	—
Freiburger 15 Frs.-Loose	—
Mailänder 45 Frs. L. b. R.	32½ P.
St. Lüttich mit 2⅔ pCt. Z.	33 G.
Ansb.-Gunzenh. fl. 7-L.	—

Wechsel in süddeutscher Währung.

Amst. fl. 100 k. S.	101 P. — G.
Antwerp. Frs. 200 k.S.	94⅝ G.
Augsb. fl. 100 k. S.	99¾ G.
Berlin Th. 60 k. S.	105 P.
Brem. 50 Th. Ld. k. S.	97½ P.
Brüssel Frs. 200 k. S.	94⅝ G.
Cöln Thlr. 60 k. S.	105 [illegible]
Hamb. MB. 100 k. S.	88½ G.
Leipzig Th. 60 k. S.	105 P.
London l.st. 10 k. S.	119⅜ G.
Lyon Frs. 200 k. S.	—
Mail. Frs. 200 . .	94½ G.
München fl. 100 k. S.	99⅝ G.
Paris Frs. 200 k. S.	95 [illegible]
Petersburg 50 S.-R.	—
Triest fl. 100 k. S.	—
Wien fl. 100 ö. W.	—
do. in öst. W. l. S.	108⅛ P.
Disconto	3½ pCt. G.

Frankfurt, 18. Mai. Die heutige Börse trug bei beschränktem Geschäft einen äußerst matten Charakter. Obwohl die New-Yorker Valutanotirungen günstiger lauteten, schlossen Amerikaner unter dem gestrigen Kurse, was zumeist den bedeutenden Verkaufsordres, die vorlagen, zuzuschreiben ist. Oesterr. Papiere zeigten im Anfang eine flaue Haltung, schlossen jedoch auf bessere Wiener Notirung fester. (Synd.)

An die k. Hof- und Staatsbibliothek München. 1 N. Würzb. Ztg.

Neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht!

№ 139. | Vorausbezahlung: Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 1 fl. 30 kr. Bei Inseraten wird die dreispaltige Zeile in gewöhnlicher kleiner Schrift oder deren Raum im Hauptblatte mit 6 kr., im Anzeiger mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franco. | 62. Jahrgang. | Samstag, 20. Mai 1865.

Die Revision des Gemeinde-Edikts in Bayern.

(Schluß.)

Zur Erklärung, wie möglichst unpraktisch unser Armenwesen eingerichtet ist, mögen folgende Beispiele dienen.

Aus der übervölkerten Oberpfalz wandern jährlich viele Mädchen in reichere Gegenden nach Arbeit. Viele kehren nicht wieder, wie sie gegangen, sondern in Umständen, interessant für den Statistiker und hoffnungsvoll für den Nationalökonomen, der darin für die nächste Volkszählung eine Aufbesserung der Zollvereinsquote voraussieht, aber äußerst betrübt für den großen Grundbesitzer, dem die Erziehung dieses Zuwachses fast allein anheimfällt! Am schlechtesten fahren die Gemeinden, deren Strolchen keiner dauerhaften Gesundheit sich erfreuen, oder auf ihren Geschäftsreisen erkranken. Es kommen dann aus fernen Kommunen und Spitälern oft haarsträubende Rechnungen! Curen von liederlichen Krankheiten kosten oft ein Sündengeld, und ein halbes Dutzend Taugenichtse können eine arme Gemeinde geradezu dem Bettelstab nahe bringen. Daß dies alles an dem Großbegüterten ausgeht, ist nicht schwer zu begreifen! Es sind dies übrigens keine Phantasiestücke, sondern vera exempla odiosa. Man hat es seiner Zeit sehr widernatürlich gefunden, sehr ungerecht, ganz unvereinbar mit dem Fortschritt, daß ein ganzes Dorf zu Gunsten eines Einzelnen mit Frohnen und anderen Diensten belastet sein soll; mich dünkt aber eben so unnatürlich, mindestens ebenso ungerecht und unvereinbar mit Freiheit und Gleichheit, daß ein Einzelner für ein ganzes Dorf zahlen, wachen und bauen soll; und willenlos der Majorität zur beliebigen Ausbeutung gesetzlich überantwortet wird! Allerdings wird man vielleicht mit Wilhelm Tell dagegen sagen: „Ein Jeder wird besteuert nach Vermögen!“ Dieser Grundsatz ist aber nur bis zu einer gewissen Grenze wahr und ausführbar; darüber hinaus geht er in's Absurde.

Die Folgen der Bedrückungen des größeren Grundbesitzes durch Gemeindelasten sind weit verderblicher für das Ganze, als wohl bedacht werden mag. Gar vielen werden dadurch ihre Güter verleidet, und sie entschließen sich zu deren leider immer mehr überhandnehmende Zertrümmerung. So vergeht der größere Grundbesitz und der freie unabhängige Stand der Gutsbesitzer immer mehr, und verwandelt sich in müßige Korponsschneider und Schwindler.

Mir dünkt der große Grundbesitz der Kern und der Halt eines jeden Staats. Nur er ist's, der große Krisen überwinden läßt, und der einem Volke eine ewige, unverwüstliche, immer frisch treibende, verjüngende Kraft verleiht. Jedenfalls gebührt ihm gleiches Recht und gleiche Rücksicht von Seiten der Regierung wie allen übrigen Schichten des Volks, und es ist zu hoffen, daß den Bedrückungen, die ihm der Gemeindeverband auflegt, dadurch ein Ende gemacht wird, daß man das Stimmenverhältniß in der Gemeinde nach der Beitragsquote regelt, dem Großbegüterten ein wirksames Widerspruchsrecht, in Fällen, wo es sich um namhafte und unverhältnißmäßige Summen handelt, zugesteht, und persönliche Leistungen nicht nach der Steuer ausschlägt. Eine Aenderung unseres Armenwesens versteht sich von selbst. In den neueren Gesetzen des Landraths, des Distriktsraths, der Benützung des Wassers, über Kulturunternehmungen, Zusammenlegung der Grundstücke u. s. w. ist überall dem Großbegüterten eine eigene angemessene Vertretung eingeräumt, und es wäre nur die höchste Inkonsequenz, ihm dies in Gemeindeangelegenheiten zu versagen.

In vorstehendem Aufsatze werden vielfache Mißstände berührt, deren Beseitigung im allgemeinen Interesse liegt. Für den geringsten der angeführten Uebelstände halten wir aber die so nachdrücklich betonte, übermäßige Bedrückung des größeren Grundbesitzes durch Gemeindelasten. Der Verfasser würde seiner Sache besser dienen, wenn er sich nicht zu sehr als Cicero pro domo erwiese. Einer ungerechten Bedrückung ist möglichst vorgebeugt durch den Umstand (auf welchen der Verfasser selbst hinweist), daß „die Kleinen meist von den Großen leben“ und daß Erstere in Erwägung dieses Umstandes kaum oder selten soweit gehen, Attentate auf die Großgrundbesitzer zu verüben. Anderseits besteht ja ein Erinnerungsrecht, demzufolge die Kuratelbehörde Gemeindebeschlüssen, welche den großen Grundbesitz übermäßig beschweren, die Genehmigung versagen kann. Das Erinnerungsrecht und die Befugniß

Feuilleton.

Dante.

In Florenz, der Stadt der Blumen, haben am 15. ds. die Festlichkeiten begonnen, mit denen Italien nach sechshundert Jahren die Wiederkehr des Tages ehrt, an dem in der neuen Hauptstadt des neuen Königreichs der Mann geboren wurde, welcher mit dichterischer Gluth und patriotischer Begeisterung sein ganzes Leben der Einigung Italiens widmete, für sie lebte, stritt und sang. Drei Tage haben diese Feste gedauert, und Alles, was in Italien in Kunst und Wissenschaft, in Politik und im geselligen Leben einen bedeutungsvollen Namen trägt, strömte nach der Stadt, wo Dante's Wiege stand. Im Jahre 1265 hatte er daselbst das Licht der Welt erblickt, zu einer Zeit, wo Italien durch die Kämpfe der Welfen und Ghibellinen zerrissen, das große gewaltige Geschlecht der Hohenstaufen seinem vollen blutigen Untergange anheimgefallen und über Deutschland und Italien „die schreckliche, die kaiserlose Zeit“ hereingebrochen war. Dante war Ghibelline, d. h. Anhänger der ursprünglich kaiserlichen Partei, welche eine festgefügte, weltliche Gewalt und Oberhoheit als für Italien nothwendig erkannte. Er nahm Theil an den Kämpfen seiner Partei, nicht nur mit Wort und Schrift, sondern auch thatsächlich zeichnete er sich durch persönliche Tapferkeit in der Schlacht von Capaldina aus. Später wurde er zu einem der Prioren von Florenz, einer hohen munizipalen Würde, ernannt. Doch genoß er nicht lange diese Ehre. Vom curulischen Stuhl des Magistrats mußte er in's Exil wandern, dessen bitteres Brod er bis an das Ende seines Lebens essen mußte.

Wenn man von Dante spricht, so denkt man unwillkührlich ebenso an Beatrice, wie man sich Dante's Landsmann Petrarca nicht ohne seine Laura zu denken vermag. Dante, oder eigentlich Durante, sah seine Freundin zum ersten Male, als er 9 Jahre und sie noch etwas jünger war. Von jenem Augenblicke an prägte sich ihr Bild unverlöschlich in seinem Herzen ein und er trug es mit sich herum bis an den Tod. In seinem Hauptwerke gedenkt er ihrer häufig immer mit der größten Liebe und Verehrung und hat ihr aus seinen wohlklingenden Versen ein Denkmal gesetzt, das unvergänglicher als Erz und Marmor dauern wird in Ewigkeit. Welche Königin kann sich eines solchen Monumentes rühmen?

Dante starb im Jahre 1321, fern von seiner heißgeliebten, vom Parteihader zerfleischten Vaterstadt. Er war von mittlerer Statur, und seine Züge, so häufig von Pinsel und Meißel reproduzirt, waren scharf und ausdrucksvoll.

Die göttliche Comödie besteht aus drei Abtheilungen: Hölle, Fegfeuer und Paradies. Sie umfaßt die ganze Wissenschaft, die Mystik und Scholastik des Mittelalters, und war so schwer zu verstehen, daß schon wenige Jahre nach dem Tode des Dichters zwei Lehrkanzeln in Florenz gegründet werden mußten, behufs der Erläuterung und Erklärung des tiefsinnigen Werkes.

Die Hölle und das Fegfeuer sind die zwei Theile, die am häufigsten erklärt und gelesen werden; das Paradies seltsamer Weise genießt diese Gunst nicht. Das menschliche Gemüth findet größeren Reiz an der Schilderung des Furchtbaren und des Schreck-

der Kuratelbehörde sind nicht zu gering anzuschlagen, indem nicht anzunehmen ist, daß die Kuratel unbillig gehandhabt werde. Alles hat seine zwei Seiten; so auch diese Frage. Dem Großgrundbesitzer werde die wahre Bedeutung zu Theil, doch nicht in der Weise, daß dieselbe Unbilligkeiten gegen die Kleinbegüterten in sich schlösse, was auf dem vom Verfasser angedeuteten Wege kaum zu vermeiden wäre. Was von dem Ueberwuchern des Proletariats und dem schlimmen Zustand des Armenwesens gesagt wird, so ist hieran sehr viel Wahres. Diese Mißstände lassen sich aber durch die angedeuteten Begünstigungen des Großgrundbesitzes nicht beseitigen. Wenn man ein Roß leiten will, muß man es nicht beim Schwanze aufzäumen. Den beregten Mißständen liegen namentlich zu Grunde die Verehelichungsbeschränkungen, die Ansässigmachungserschwerungen u. s. w. Bekanntlich üben viele Gemeinden, in denen immerhin die Stimmen der Großgrundbesitzer bedeutsam zählen, ihr Widerspruchsrecht mit ganz ungerechtfertigter Härte, was dann die überall schwer empfundenen, traurigen Folgen hat. In diesen Dingen können nur gute, soziale Gesetze helfen. Es kann mit Befriedigung erfüllen, daß die für Bayern längst ersehnten Gesetzesvorlagen über Gemeinde-, Ansässigmachungs-, Heimath-, Gewerbe- und Armenwesen ihrer Vollendung jetzt nahegerückt sind. Was der Minister am 5. April über die Grundgedanken mittheilte, auf welchen die neue Gesetzgebung beruhen soll, klang sehr befriedigend. Namentlich in einigen Hauptpunkten (Freiheit der Ansässigmachung, Freiheit des Gewerbebetriebs) ist eine durchgreifende Reform zu erwarten. Die neue Gesetzgebung wird uns großen volkswirthschaftlichen Segen bringen und mit Hebung der Mißstände auch die Klagen verstummen.

⁒ (Amtliche Nachrichten.) **München**, 18. Mai. Se. Maj. der König hat die protest. Pfarrei Treuchtlingen, dem bisher. Pfarrer in Feucht, W. Chr. A. Ulmer, verliehen; die am Appell.-Ger. der Oberpfalz erled. Botenstelle dem Korporal der Garn.-Komp. Nymphenburg, J. Heidingsfelder, verliehen; die kathol. Pfarrei Endlhausen dem Priester F. Krammetsvogel, Kooperator in Ober-Taufkirchen, Bez.-Amts Wasserburg, übertragen; genehmigt, daß die kathol. Pfarrei Schlüsselau, Bez.-Amts Bamberg II, von dem Erzbischofe von Bamberg dem Priester M. Müller, Pfarrer in Schnaid, verliehen werde.

* Die Wochenschrift der bayerischen Fortschrittspartei bringt in ihrer letzten Nummer ganz treffende Bemerkungen über das v. Neumayr'sche Landwehrreskript oder „Landwehrordonnanz", wie sie es nennt. Dabei ergeht sie sich in Betrachtungen, welche sehr ernst zu stimmen geeignet sind. Unter Anderem sagt sie: „Das Recht wird geachtet, so lange seine Mißachtung bedenklich erscheint; die Freiheit wird behandelt, wie ein verdächtiger Gast, dem man heute Zutritt gestattet und morgen, wenn er sich unbequem gemacht hat, die Thüre weist. Im Genuß einer liberalen Maßregel schlafen wir ein, unter dem Druck einer reaktionären wachen wir auf." Diese Worte machen den Eindruck aufrichtigster Empfindung, welche einen empfänglichen Leser derart einnehmen muß, daß er sich gewiß nicht mehr schlafen legen wird aus Furcht vor einem schrecklichen Erwachen. Eigenthümlich ist die melancholische Resignation, welche bei folgender Stelle durchklingt: „So ist das öffentliche Leben in ganz Deutschland beschaffen. An einem Ort kommen die Bismark und Reigersberg, am andern gehen sie; überall sind sie in Bereitschaft und erwarten den günstigen Augenblick." Diese Worte gewinnen insofern eine eclatante Bestätigung, als es eben überall Konflikte regnet, in Hannover, Hessen, Nassau u. s. w. In Preußen hat der Konflikt bereits ein historisches Recht gewonnen. Nach den Worten der Wochenschrift möchte es als die Folge eines Naturgesetzes erscheinen, wenn wir nun auch in Bayern unsern Konflikt haben. Es ist jedoch erfreulich, daß der Konflikt bereits beseitigt erscheint, so ernstlich er auch gedroht hat. Es steht außer aller Frage, daß das v. Neumayr'sche Reskript in eminent antikonstitutioneller Weise abgefaßt ist. Es ist jedoch ohne jede praktische Folge geblieben und nicht einmal an allen betreffenden Stellen zur amtlichen Mittheilung gekommen, wie sie in dem Reskripte vorgesehen war. Die Landwehrangehörigen haben nach wie vor ihr verfassungsmäßiges Versammlungs- und Petitionsrecht ausgeübt. In der allgemeinen Bewegung im Lande fand der in jenem Reskripte gemachte Versuch, verfassungsmäßige Rechte einzuschränken, ein nachdrückliches Noli me tangere. Dies und wohl noch mehr bessere Erwägung hatten zur Folge, daß das Reskript gar nicht zur praktischen Bedeutung gelangte, die ministerielle Entschließung ist todt zur Welt gekommen; ihre Bedeutung ist bis jetzt nur eine akademische. In der ganzen Natur gibt es nirgends Sprünge. Unser Verfassungsminister, an dessen Wirken sich schöne Momente unseres konstitutionellen Lebens, unserer inneren freiheitlichen Entwicklung knüpfen, ist, wie jetzt feststehen dürfte, nicht über Nacht in einen Vergewaltiger der Verfassung umgeschlagen. In momentaner Empfindlichkeit stützte er sich auf eine scheinbare Kollision von Rechten und Pflichten und setzte über die Grenzen beider hinweg. Allerdings geschah dies glücklicherweise nur auf dem Papier. Es war ein bismarckeulenburgischer Geist, der Hrn. v. Neumayr zur bösen Stunde überschattete und dann wieder von ihm gewichen ist. Zu wünschen bleibt, daß derartige Inspirationen, sollten sie sich je wiederholen, nicht über die vier Wände des Heiligthums, in welchen sie empfangen werden, hinauskommen mögen. Wie wir gestern gemeldet, wird der Hr. Minister die Völk'sche Interpellation in einer der nächsten Sitzungen beantworten. Der einfache Hinweis, daß seit dem Erlaß der Entschließung in Wirklichkeit kein verfassungsmäßiges

---

lichen, als an der Beschreibung des sanften, ewig sich gleich bleibenden Friedens, dessen sich die Seligen in den Gefilden des Paradieses erfreuen. Dante's Paradies besteht aus neun concentrischen Sphären, deren Mittelpunkt die Erde bildet und die sich um so schneller bewegen, je entfernter sie vom Mittelpunkte liegen. Ueber diesen neun Himmeln ist das Empyreum, die Wohnung Gottes. Die ersten sieben Kreise sind die sieben Planeten von damals. Der Mond, der Himmel der Keuschheit; Merkur, der Himmel der Thätigkeit; die Sonne, Aufenthalt der für den Glauben wirkenden Theologen; Mars, Wohnung der gottesfürchtigen Krieger; Jupiter, Residenz der gerechten Könige; Saturn, Aufenthalt der beschaulichen Tugendhaften. Im achten Himmel, dem der Fixsterne, wohnen die anderen Seligen, die keiner bestimmten Klasse angehören. Darüber breitet sich das erste Bewegliche aus, und dann kommt der Palast Gottes. Er durchfliegt alle diese Kreise und findet im letzten zu Füßen der heiligen Jungfrau Mutter seine Beatrice. Er darf auf Fürbitte der heiligen Maria bis in den allerletzten Raum, wo sich die göttliche Essenz aufhält, blicken, und ein gütiger Strahl von Gott gesendet, erleuchtet ihm das Dunkel, welches um das Mysterium der Dreieinigkeit schwebt. Ueberwältigt von der erhabenen Erscheinung sinkt er bewußtlos hin und wird in diesem Zustande auf die Erde zurückgebracht.

Sechs Jahrhunderte sind dahingegangen, seitdem sich dieser muthige Kämpe in's Grab gelegt hat. Welche Stürme sind seitdem über sein Vaterland hinweggebraust! Was der große Florentiner so heiß gewünscht und begehrt hat, die Einheit seines Vaterlandes, wird es je in Erfüllung gehen?!

Vermischtes.

Das „Fr. Journ." bringt folgenden Auszug aus dem Buche von R. Wagner's „Tristan und Isolde". (Wagner selbst verschmäht es, seinem Werke den Titel einer „Oper" beizulegen.) Die Handlung beginnt auf einem Schiffe. Der Neffe und Heerführer des Königs Marke von Cornwallis, Tristan, führt die irische Prinzessin Isolde seinem Oheim als Braut zu. Er hält sich auf der Fahrt fern von ihr, während ihr Herz in Liebe zu ihm entbrennt. Eben im Begriff, an Cornwallis Küste zu landen, faßt sie den verzweiflungsvollen Entschluß, sich an dem stolzen Mann zu rächen und mit ihm sich zu verderben. Sie gebietet ihrer Begleiterin Brangäne, ihr aus dem Kästchen einen Gifttrank zu reichen, den sie dem Geliebten kredenzt und dann auch selbst trinkt. Brangäne jedoch statt des gewünschten Giftes reicht ihnen einen Liebestrank. „Beide von Schauer erfaßt — so schreibt der Text den Darstellern vor — blicken sich mit höchster Aufregung unverwandt in die Augen, in deren Ausdruck der Todestrotz bald der Liebesglut weicht. Zittern ergreift sie; sie fassen sich krampfhaft an das Herz und führen die Hand wieder an die Stirn, dann suchen sie sich wieder mit dem Blicke, senken ihn verwirrt und heften ihn von Neuem mit steigender Sehnsucht auf einander".

Isolde (mit bebender Stimme).
„Tristan!"
(Tristan (überströmend).
„Isolde!"
Isolde (an seine Brust sinkend).
„Treuloser Holder!"
Tristan (mit Gluth sie umfassend).
„Seligste Frau!"
(Sie verbleiben in stummer Umarmung.)

Der Trank hat seine Wirkung gethan; während des Landens schließt der erste Akt. Der zweite Akt spielt im Garten, vom Mond beleuchtet, vor dem Gemach Isoldens. Der König und sein Gefolge sind zur Jagd, man hört aus der Ferne die Jagdhörner. Isolde erwartet mit Sehnsucht ihren Geliebten, dem sie trotz Brangänen's Mahnen ein Zeichen durch Auslöschen der Fackel gibt. Tristan erscheint. Glühende Umarmung. Langer Liebesjammer, mit folgenden Worten endend:

Recht verkürzt ist, wird ihm die Antwort sehr erleichtern." Inzwischen unterliegt unser „bürgerliches Lustspiel", wie man unsere Landwehr kürzlich in der „K. Z." zum Unterschiede von „Kabale und Liebe" zu nennen beliebte, einer neuen Bearbeitung; wie wir gestern ebenfalls noch mitzutheilen in der Lage waren, wird der betreffende Referent des III. Ausschusses, Hr. Abg. Mandel, sein Referat über die Landwehrreform noch vor Pfingsten zur Vorlage bringen. Je eher, desto besser! Vielleicht würden die Betheiligten auch wenig dagegen haben, wenn das Referat erst nach Pfingsten vorgetragen würde, jedenfalls hätte man dann mehr Garantie für eine vorausgegangene Erleuchtung. — Um noch einmal auf das v. Neumayr'sche Reskript zurückzukommen, so scheint es uns allen Anzeichen nach nur ein Schatten, der sich vorübergehend über unser Verfassungsleben gelegt hat; möge es nicht ein Schatten gewesen sein, der kommenden Dingen vorauseilt. Bedenklich erscheinen uns die eigenthümlichen Accente, welche Hr. v. d. Pfordten schon einigemal angeschlagen hat, und die etwas auffällige retrograde Bewegung unseres Gesammtministeriums. Der Sprung des Hrn. v. d. Pfordten in den Liberalismus war zwar durch eine mehrjährige Zwischenzeit vermittelt. So beherzt und glücklich ihn der Hr. Minister gemacht, so scheint er uns doch zu frühe an der Grenze seines Liberalismus angekommen. Möge er Anwandlungen aus verklungenen Zeiten nicht über sich Macht gewinnen lassen, und sorgen, daß nicht die, welche seine Erhebung in dem Gedanken gewünscht haben, daß in die Stagnation eines lahmen Regiments ein frischerer Fluß komme, ihre früheren Wünsche bereuen. Erwägen wir einzelne Deduktionen, welche von ministerieller Seite während der diesjährigen Kammersitzungen gemacht worden sind und übel vermerkt werden mußten, so sehen wir, daß dieselben meist ganz überflüssig gemacht worden waren; oder sehen wir auf Einschränkungen, welche die Regierung bei einzelnen Vorlagen gemacht, so müssen dieselben deßhalb auffallen, weil die Regierung hiedurch nicht den mindesten, auch nicht einen momentanen Gewinn, wohl aber viel von dem Gegentheil erlangte. Das Regieren ist leicht, wenn man es sich nur nicht selbst erschweren wollte!

In dem den Mitgliedern des 1. Ausschusses lithographirt zugestellten Vortrag des Abg. Dr. Edel über den Amnestie-Gesetzentwurf wird die Einstellung eines weiteren Artikels, wonach „die Bestimmungen des Art. 1 auch dann Anwendung finden, wenn durch eine unter diesen Artikel fallende Handlung oder bei Gelegenheit derselben zugleich eine Verletzung der Person oder des Eigenthums begangen worden ist", und die Streichung des Art. 3 des Entwurfes (Beschränkung der Wirksamkeit des Gesetzes auf Angehörige des bayerischen Staates) beantragt. Schließlich wird von Hrn. Dr. Edel „bemerkt, daß der Ausschußbeschluß vom 4. April l. Js. den Einschluß jener Militär-Personen, welche von dem Generalpardon vom 16. Juni 1849 wegen nicht rechtzeitiger Anmeldung ausgeschlossen worden sind, in die zu ertheilende Amnestie befürwortet hatte. Diesem Wunsche ist nach der von dem k. Staatsminister der Justiz in der Sitzung vom 11. Mai l. Js. abgegebenen Erklärung durch einen von Sr. Majestät vollzogenen Generalpardon Rechnung getragen worden. Nach dem Wortlaute jener Erklärung beschränkt sich der in Frage stehende Generalpardon auf Militärpersonen, welche sich von Garnisonsorten oder Festungen der Pfalz aus in der kritischen Zeit der Desertion schuldig gemacht haben. Ob unter dem Einfluß der Ereignisse jener Zeit nicht auch in andern Landestheilen ähnliche Desertionsfälle vorgekommen sind, welche zur Zeit noch der Verzeihung bedürfen, läßt sich aus Mangel an Materialien nicht ermessen, jedoch steht zu erwarten, daß bei sich ergebendem Bedürfnisse die Gleichstellung dieser Desertionsfälle mit den auf dem Boden der Pfalz stattgefundenen als ein unerläßlicher Akt der Gerechtigkeit erkannt und behandelt werde."

München, 18. Mai. Die erste Aufführung von „Tristan und Isolde" ist nun auf Mittwoch den 24. Mai anberaumt. — Seit längerer Zeit bestanden zwischen den Corps unserer Universität Zwistigkeiten, die Veranlassung zu dem Ausscheiden der Corps „Suevia", „Bavaria" und „Palatia" aus dem Seniorkonvente zur Folge hatten. Die neuesten Verhandlungen nun erreichten eine Wiedervereinigung der streitenden Theile und es besteht nun der alte S. C. wieder, wie er vor Jahren bestanden hat.

Wien, 16. Mai. Gutem Vernehmen nach ist auf eine sehr dringende und eindringliche Anfrage — wenn ich recht berichtet bin: Bayerns —, welche Aussichten hier mit gutem Gewissen für das Zustandekommen einer Ständeversammlung in den Herzogthümern und für die dieser Versammlung in der staatsrechtlichen Frage zuzutheilende Rolle eröffnet werden könnten, die bestimmte Antwort ertheilt worden, daß Preußen in dieser Angelegenheit nicht mehr zurück könne, Oesterreich aber nicht zurück wolle, und daß es (Oesterreich) so fest überzeugt sei, die Stände würden dasjenige Definitivum fördern helfen, welches die überwiegende Mehrzahl der Bundesregierungen jederzeit befürwortet, daß es nichts besorgen zu dürfen glaube, wenn es Preußen eventuell einseitig mit den Ständen verhandeln lasse. (D. A. Z.)

Wien, 17. Mai. Das Triester Prisengericht hat die bei Wyk aufgebrachte und vom Kapitänlieutenant Hammer befehligte Flotille als gute Prise erklärt.

Wien, 18. Mai. Die Debatte über den Handelsvertrag mit dem Zollverein hat begonnen. 13 Redner gegen die Annahme des Vertrags sind eingeschrieben. Winterstein beantragt

---

„Wie es fassen? — Wie sie lassen — Diese Wonne, — Fern der Sonne, — Fern der Tage — Trennungsklage? — Ohne Wähnen — Sanftes Sehnen, — Ohne Bangen — Süß Verlangen, — Ohne Wehen — Hehr Vergehen, — Ohne Schmachten — Hold Umnachten, — Ohne Scheiden, — Ohne Meiden, — Traut allein, — Ewig heim, — In ungemessenen Räumen — Ueberseliges Träumen, — Du Isolde, — Tristan ich, — Nicht mehr Tristan, — Nicht Isolde; — Ohne Nennen, — Ohne Trennen, — Neu Erkennen, — Endlos ewig — Ein-Bewußt: — Heiß erglühte Brust, — Höchste Liebeslust." —

Melot hat inzwischen den König zurückgebracht, die Liebenden werden überrascht und König Marke macht dem beschämt dastehenden Tristan in einem langen Recitativ die bittersten Vorwürfe über seinen Verrath. Da dringt Tristan mit dem Schwert auf den verrätherischen Freund Melot ein und wird verwundet. Damit schließt der zweite Akt. Im dritten liegt Tristan vor seinem Schloß verwundet, den Blick nach der offenen See gewendet, von seinem treuen Knappen Kurwenal gepflegt. Der Liebes- und Leidenskranke ergeht sich in langem, sehnsuchtsvollen Jammern nach der geliebten „Aerztin", die endlich, von einem Boten herbeigerufen, erscheint. In einer letzten Anstrengung wankt er ihr entgegen und stirbt in ihren Armen. Isolde wirft sich über den Leichnam. Da erscheint König Marke, um den Liebenden seine Verzeihung zu bringen, nachdem ihm Brangäne die Geschichte mit dem Liebestrank mitgetheilt hatte. Kurwenal, wüthend, sucht dem König und seinen Begleitern den Eingang streitig zu machen, streckt den Verräther Melot nieder, wird jedoch tödtlich verwundet und stirbt auf der Leiche seines Herrn. Des Königs Verzeihung kommt zu spät. Isolde erholt sich wieder, um nach einem langen, klagenden Recitativ ebenfalls auf Tristans Leiche niederzusinken. „Große Rührung und Entrücktheit unter den Umstehenden: Marke segnet die Leichen, der Vorhang fällt langsam". — So glücklich Richard Wagner in der Wahl seiner der Sagenwelt entnommenen Sujets ist und so geschickt im Ganzen die Anlage und der dramatische Bau genannt werden kann, so bizarr erscheint der Versbau und schwulstig die Diktion, die, wie seine Musik, von dem Bestreben ausgeht, gewöhnliche Gedanken in neue Formen zu kleiden, zu welchem Zwecke der Text mit ganz neuen Wörtern ausstaffirt ist, z. B. „sehren", (statt verzehren), oder (statt Fackel) „scheuchende Zünde", oder „der Tag, der dich umgliß". Die „Lyrik" kulminirt in folgendem, von Tristan und Isolde zugleich recitirten Duett:

„Bist du mein? — Hab' ich Dich wieder? — Darf ich Dich fassen? — Kann ich mir trauen? — Endlich! endlich! — An meiner Brust! — Fühl' ich Dich wirklich? — Bist Du es selbst? — Dies Deine Augen? — Dies Dein Mund? — Hier Deine Hand? — Hier Dein Herz? — Bin ich's, bist Du's? — Halt ich Dich fest? — Ist es kein Trug? — Ist es kein Traum? — O Wonne der Seele! — O süße, hehr'ste, — Kühnste, schönste, — Seligste Lust! — Ohne Gleichen! — Ueberreiche! — Ueberselig! — Ewig! ewig! — Ungeahnte, — Nie gekannte, — Ueberschwänglich — Hocherhabene! — Freude-jauchzend! — Lust-Entzücken! — Himmel-höchstes — Welt-Entrücken! — Mein Tristan! — Mein Isolde! — Tristan! — Isolde! — Mein und Dein! — Immer ein! — Ewig, ewig ein!"

Aus diesen Stellen des Libretto's, das mit der Musik ein unzertrennliches Ganzes bildet, kann man sich eine Vorstellung von dem ganzen Opus machen.

(Nro. 16.) **Logogryph.**

Ist die zweite der ersten entsprossen,
Wird es Ganzes wohl gerne genossen,
Setzet man aber die zweite voraus,
Dann wird schnell das Gegentheil d'raus.

(Würzburg.) (F. L.)

Auflösung der Homonyme Nr. 15: Umlauf.

Vertagung der Verhandlung, bis der vom 1. Juli ab interimistisch in Wirksamkeit tretende Zolltarif zur verfassungsmäßigen Behandlung vorgelegt sein wird.

Leipzig, 18. Mai. Von dem hiesigen Wohnungsausschuß für die 15. Allg. Deutsche Lehrerversammlung erhält die „D. A. Z." folgende Mittheilung mit der Bitte um schleunige Veröffentlichung: „An Deutschlands Lehrer. Da vielfache Klagen darüber an uns gelangt sind, daß unser Aufruf vom 29. April nicht überall rechtzeitig bekannt geworden ist, so sehen wir uns hierdurch zu der Anzeige veranlaßt, daß wir bereit sind, noch bis zum 22. Mai Anmeldungen zur Theilnahme an der 15. Allgem. Deutschen Lehrerversammlung entgegenzunehmen (zu adressiren an den Direktor der ersten Armenschule, R. Krauß, Glockenstraße 7 b, Vorsitzenden des Wohnungsausschusses.) Gleichzeitig erlauben wir uns, die Besucher der 15. Allgemeinen Deutschen Lehrerversammlung darauf aufmerksam zu machen, daß auf der Rückseite des Ausweises, den wir den angemeldeten Lehrern in der nächsten Zeit zuzusenden gedenken, diejenigen Bahndirektionen namhaft gemacht sein werden, von denen Fahrpreisermäßigungen nicht gewährt würden."

Lauenburg, 18. Mai. Die „Lauenb. Ztg." veröffentlicht eine Bekanntmachung des Präsidiums der Ritter- und Landschaft Lauenburg, nach welcher der diesjährige ordentliche Landtag am 9. Juni in Ratzeburg eröffnet wird.

Die Universität **Zürich** hat an die Stadt Florenz zur Dante-Feier eine Adresse erlassen. Sie ist von Prof Fr. Vischer verfaßt. Dante wird darin u. A. mit folgenden Worten gefeiert: Das Ausland, das ganze gebildete Europa wird sich am 14. Mai mit verdoppelter Wärme sagen, was Italien, was die fortschreitende Menschheit dem Geiste verdankt, der mit wunderbarer Spannkraft Leben, Sitte, Zustände, Geschicke seiner Nation, Glauben, Wissenschaft, Kunst, das ganze Universum, wie nur je eine menschliche, durch die Zeit bedingte Fähigkeit es zu umfassen vermag, in seinem ewigen Gedichte spiegelt, um diesen unendlichen Inhalt in himmlischem Lichte zu verklären; der aus der Angst des Irdischen, aus der Welt des Hasses und Kampfes und der Schuld, aus den Qualen der Hölle zu den Höhen einer seligen Liebeswelt aufsteigt; der durch die Tiefe und Weite seiner Gedanken und Gesichte, durch die reformatorische Strenge seines Charakters unzählbare Samenkörner der Erkenntniß, der Sittigung in alle Welt und Zukunft ausgestreut hat und daher unter den Geistern, deren Sendung zivilisatorisches Wirken ist, eine der vordersten Stellen einnimmt.

Paris, 17. Mai. Nach den letzten Depeschen befand sich der Kaiser noch immer in Oran. In Algier wurde jetzt auch eine Gesandtschaft des Bey's von Tunis erwartet. Die französische Fregatte „Eldorado" war nach der Hauptstadt der Regentschaft abgegangen, um dieselbe abzuholen. Wie es scheint, wünschte man, daß Marokko sowohl als Tunis dem Kaiser diese Ehrenbezeugung darbringen, weil man sich davon einen guten Eindruck auf die Eingeborenen in Algerien verspricht. Durch die Absendung der beiden französischen Fregatten (nach Marokko und Tunis) wollte man allen Ausreden zuvorkommen. — Die Schuldgefangenen in Clichy, die von dem Widerstande, auf den das sie betreffende Gesetz im gesetzgebenden Körper stößt, Kenntniß erhalten, haben vor zwei Tagen eine an den Kaiser gerichtete Depesche, worin ihre Sache plaidirt wird, absenden wollen. Merkwürdiger Weise wurde aber die Annahme derselben vom Telegraphenamte verweigert. Da sich gerade viele Spanier in Clichy befinden, so haben sich dieselben nun direkt in einer in spanischer Sprache abgefaßten Bittschrift an die Kaiserin gewandt.

Madrid, 19. Mai. Die „Correspondencia" schreibt: „Wenn Kaiser Napoleon auf der Rückreise von Algier Madrid besuchen werde, so werde er in strengem Incognito kommen. (S. M.)

Aus **Rom,** 12. Mai, schreibt man der „A. Z.": Das Gerücht, daß Migr. Bonella auf ein Erzbisthum in Piemont berufen werden soll, erhält sich, und man fügt bei, daß derselbe bei dieser Gelegenheit den Kardinalshut erhalten werde. Als seine Nachfolger werden verschiedene Namen genannt, ohne daß sich in dieser Beziehung bis jetzt etwas positives ermitteln ließe.

Rom, 19. Mai. Revel ist aus Turin hier angelangt; man glaubt, er sei beauftragt, die Verhandlungen fortzusetzen. (Schw. M.)

Amerika. An heimlicher Stelle ist der Leichnam des Mörders Wilkes Booth beerdigt worden. Außer einigen Mitgliedern der Regierung und den unmittelbar zu dem Begräbnisse hinzugezogenen Arbeitern weiß Niemand in Washington, wird wohl Niemand in der ganzen Welt je wissen, wo der fanatische Meuchler seine Ruhestätte gefunden hat. Ein New-Yorker Blatt nennt es mit Recht den besten Wunsch, den die Angehörigen Booth's hegen können, daß sein Name und sein Andenken so viel wie möglich verwischt werde.

Hiezu die Beilage: „Würzburger Anzeiger".

Verantwortlicher Redakteur: A. Hartmann.
Druck und Verlag der Stabel'schen Buch- und Kunsthandlung in Würzburg

Cours der Staatspapiere.

Oesterr.	5 pCt. Met. (Cp. l. S. b. R.)	—
"	5 pCt. Lomb. ditto. à 24	—
"	5 pCt. Engl. Met. v. 1852	60 3/8 P.
"	5 pCt. Engl. Met. v. 1859	78 3/8 P.
"	5 pCt. Venet. Coupon b. R.	86 2/8 G.
"	5 pCt. Nationalanl. v. 1854	68 5/8 P. 1/2 G.
"	5 pCt. Metall Obligation.	64 5/8 G.
"	4 1/2 pCt.	57 G.
Preussen	3 1/2 pCt. Staatsschuldsch.	—
Bayern	4 1/2 pCt. Obl. 1jähr. dto.	101 1/4 P. 1/2 G.
"	4 1/2 pCt. Obl. 1/2jähr. dto.	101 7/8 G.
"	4 pCt. Obl. 1jähr. dto.	95 1/4 G.
"	4 pCt. Obl. 1/2jähr. dto.	95 3/8 G.
"	4 pCt. Obl. Ab.-R. dto.	95 5/8 P.
"	3 1/2 pCt. Obl. dto.	—
Württemb.	4 1/2 pCt. Obl. b. Rothsch.	105 P.
"	3 1/2 pCt. Obl. dto.	94 1/2 P.
Baden	4 1/2 pCt. Obl.	—
"	3 1/2 pCt. Obl. v. 1842	91 3/4 P.
Gr. Hess.	4 1/2 pCt. Obl.	—
"	4 pCt. Obl. b. Rothsch.	100 3/4 P.
"	3 1/2 pCt. Obl. dto.	97 1/4 P.
Nassau	4 1/2 pCt. Obl. dto.	102 1/8 G.
"	4 pCt. Obl. dto.	99 1/2 P.
"	3 1/2 pCt. Obl. dto.	92 G.
Frankfurt	3 1/2 pCt. Obl.	94 5/8 G.
"	3 pCt. Obl.	91 P.
Spanien	3 pCt. inl. Sch. P. à fl. 2. 30	—
"	2 1/4 pCt. " "	—
Schweden	4 1/2 pCt. Obl. à 105 Thlr.	91 1/2 P. 1/4 G.
N.Amerika	6 pCt. à 100fr. 1881 D. 2 1/2	—
"	6 pCt. ditto r. 1882 "	68 1/4 G.

Diverse Aktien.

Frankfurter Bank à fl. 500 . . .	150 1/4 P. 150 G.
K. K. Oesterr. National-Bankaktien	870 P. 868 G.
Oesterr. Kreditbank-Aktien à fl. 200	200 P. 199 1/2 G.
Bayer. Hypothekenb. Pfandbriefe 4 pCt.	97 1/2 P.
Darmst. Bank I. u. 2. Serie à fl. 250	229 1/2 P. 229 G.
Weimarische Bank à Thlr. 100 . .	101 G.
Mitteldeutsche Kreditaktien . . .	101 3/8 G.
Intern. Bank in Lux. à 250 Frs. à 28 kr.	—
Taunus-Eisenbahn à fl. 250 . . .	243 G.
Frankfurt-Hanauer-Eisenbahn . . .	101 7/8 G.
Oest. F.St.Eisb. 5pCt. 500 Fr. à 28 kr.	—
" Elisab.-Eisenbahn 5 pCt. . .	121 P.
Böhm. Westbahn-Aktien à fl. 200 6/7	79 P.
Rhein-Nahe-Bahn 200 Thl. à 105 4pCt. Z.	—
Ludwigshafen-Bexbacher à 4 pCt. .	—
dto. dto. Prior. à 4 pCt.	96 7/8 P.
Pfälz. Maxb. b. Rothschild à 4 1/2 pCt.	100 1/2 P.
Oest. St.-Eisenb. Prior.-Oblig. à 3 pCt.	52 3/8 P.
Elisab.-Bahn Prior. 5 pCt. 6/7	79 3/8 P.
Südd. Bank-Akt., 40 pCt. Einz.	234 P.
Span. Handels- und Industrie . .	—
Bayr. Ostbahn à 4 1/2 pCt. volleinbez.	113 1/2 P. 3/8 G.
Bayer. Ostbahn mit 50 pCt. Einz.	113 1/4 G.

Wechsel in süddeutscher Währung.

Amst. fl. 100 k. S.	101 P. — G.
Antwerp. Frs. 200 k. S.	94 5/8 G.
Augsb. fl. 100 k. S.	99 3/4 G.
Berlin Th. 60 k. S.	105 P.
Brem. 50 Th. Ld. k. S.	97 7/8 P.
Brüssel Frs. 200 k. S.	94 5/8 G.
Cöln Thlr. 60 k. S.	105 P.
Hamb. MB. 100 k. S.	88 1/2 G.
Leipzig Th. 60 k. S.	105 P.
London Lst. 10 k. S.	119 3/8 G.
Lyon Frs. 200 k. S.	—
Mail. Frs. 200 . .	94 1/2 G.
München fl. 100 k. S.	99 3/4 G.
Paris Frs. 200 k. S.	95 P. 94 5/8 G.
Petersburg 60 S.-R.	—
Triest fl. 100 k. S.	—
Wien fl. 100 ö. W.	—
do. in öst. W. l. S.	108 1/8 P.
Disconto	3 1/2 pCt. G.

Anlehens-Loose.

Oesterr. fl. 250 v. 1839	143 P.
" fl. 250 v. 1854 mit 4pCt.	—
" fl. 500 v. 1860 6/7	87 P. 86 3/4 G.
" fl. 100 Eisb. L. v. 1858.	135 G.
" do. v. 1864.	96 3/8 P.
Schwed. 10 Thlr. Loose	—
Badische fl. 50	123 1/2 P. 123 G.
Badische fl. 35	53 1/2 P.
Kurhess. Thlr. 40 b. R.	56 G.
Gr. Hessen fl. 50 b. R.	133 G.
" fl. 25 do.	37 P.
Nassau fl. 25 bei Rothsch.	36 3/4 P.
Sardinische Fr. 36 b. B.	—
Neuchateler 10 Frs.-Loose	—
Freiburger 15 Frs.-Loose	—
Mailänder 45 Frs. L. b. R.	32 1/4 P.
St. Lüttich mit 2 1/2 pCt. Z.	33 G.
Ansb.-Gunzenh. fl. 7-L.	—

Frankfurt, 19. Mai. Die Börse war durchgehends matt gestimmt. Auf amerikanische Fonds fahren die Befürchtungen in Betreff Mexiko's fort, ihren nachtheiligen Einfluß geltend zu machen. Auf österr. Sachen wirkte das Gerücht von einer neuen Anleihe ungünstig ein. Der Umsatz war im Anfang der Börse nicht unbedeutend, ließ jedoch bald nach. Die zweite Börsenhälfte war nahezu geschäftslos. (Synd.)

An die k. Hof- und Staatsbibliothek München. 1 N. Würzb. Ztg.

Neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht!

№ 140-41. | Vorausbezahlung: Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 1 fl. 30 kr. Bei Inseraten wird die dreispaltige Zeile in gewöhnlicher kleiner Schrift oder deren Raum im Hauptblatte mit 6 kr., im Anzeiger mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franco. | 62. Jahrgang. | Montag, 22. Mai 1865.

Auf die „Neue Würzburger Zeitung" kann für den Monat Juni sowohl in der Expedition, wie bei allen königl. Postämtern abonnirt werden.

(Amtliche Nachrichten.) **München**, 19. Mai. Se. Maj. der König hat dem k. Forstwart X. Frühholz in Hohenwart in Rücksicht auf seine fünfzigjährigen treu geleisteten Dienste die Ehrenmünze des k. b. Ludwigs-Ordens verliehen, genehmigt, daß das Bschorn-Polzer'sche Frühmeß-Benefizium in Straubing von dem Bischofe von Regensburg dem Priester S. Buchner, Beichtvater in dem Frauenkloster Azlburg bei Straubing verliehen werde; den Bezirksarzt II Kl. Dr. A. Lindemann zu Hengersberg auf die Bezirks-Arztensstelle I. Klasse zu Grafenau versetzt und den prakt. Arzt Dr. K. Schobacher zu Deggendorf zum Bezirksarzte 1. Klasse in Hengersberg ernannt.

Das Kurat- und Schulbenefizium Gabelbacherzreuth, k. Bezirksamts Zusmarshausen, ist mit einem fassionsmäßigen Reinertrage von 511 fl. 16 kr. in Erledigung gekommen.

Der Münchener „Volksbote" will wissen, vor Beginn der Kammersitzung vom 18. habe Hr. Dr. Völk den Minister v. Neumayr gefragt, ob er heute Antwort auf seine Interpellation wegen des Landwehrerlasses erhalten würde, worauf der Minister erwidert habe: Die Interpellanten hätten sich Zeit genommen, Beschuldigungen gegen ihn zu erheben, man werde ihm also auch erlauben, sich entsprechende Zeit zu deren Beantwortung zu lassen. Seit den fünf Jahren seiner Verwaltung habe er stets und bis auf's Aeußerste sein treues Festhalten an der Verfassung bewiesen, aber nichts desto weniger habe man, als eigenthümliche Anerkennung dafür, ihn jetzt des verfassungswidrigen Eingriffs in das Versammlungs- und Petitionsrecht bezichtigt und ihm sogar öffentlich Ministeranklage in Aussicht gestellt. Dem gegenüber habe er Ursache, sich seine Antwort gehörig zu überlegen, doch könne er Hrn. Dr. Völk beiläufig sagen, daß er seine Entlassung bereit habe. Er habe seine deßfällige Bitte gestellt und die Gewährung derselben so erlangt, daß er eintretenden Falls davon Gebrauch machen könne. Nach dieser Eröffnung habe Dr. Völk sich und seine Partei auf's Feierlichste dagegen verwahrt, daß sie so etwas im Sinne gehabt; Solches zu beabsichtigen, sei ihnen auch nicht im Entferntesten eingefallen, man möge ihnen nur eine beruhigende Erklärung geben, weiter wollten sie ja nichts. Die „Autogr. Landtags-Corresp." bemerkt zu dieser Mittheilung: „Wir sind in den Stand gesetzt, zu erklären, daß dieser Bericht die Aeußerungen Dr. Völk's zum Theile wesentlich entstellt, zum Theil vollkommen falsch wiedergibt."

Die „Bayer. Z." veröffentlicht die Ansprache, mit welcher der Präsident Frhr. v. Zu-Rhein die Landrathsversammlung des Kreises Oberbayern zu München eröffnet hat. Wir entnehmen dieser Rede folgende Stelle, bei der man sich, sagt der „N. C.", freilich erstaunt fragen muß, ob denn etwa Altbayern am Vorabend einer Revolution sei: „Sie werden sich mit mir in dem Wunsche vereinen, daß die aus diesem Saale hervorgehenden Beschlüsse stets von dem segenreichsten Erfolge für unseren Regierungsbezirk begleitet sein, daß sie aber auch stets Zeugniß dafür geben mögen, daß die durch die Männer ihres Vertrauens vertretene oberbayerische Bevölkerung, unbeirrt durch die Einflüsterungen jener nie rastenden Partei, welche Altar und Thron umzustürzen bemüht ist, zu allen Zeiten an dem heiligen Glauben ihrer Väter festhält und des dreifachen Eides: Treue dem Könige, Gehorsam dem Gesetze und Beobachtung der Staatsverfassung, stets eingedenk ist. Die Kreisregierung wird in gewohnter Weise die Rechte des Landrathes auf das Gewissenhafteste ehren und sich niemals dazu herbeilassen, dieselben — sei es auf direktem, sei es auf indirektem Wege — anzutasten; sie wird aber auch die ihr zustehenden Rechte*) auf das Genaueste zu wahren wissen und, was jedoch von Seite des oberbayerischen Landrathes bei seiner bekannten Loyalität nicht wohl zu fürchten ist, allen Bestrebungen, ihren Rechten nahe zu treten, sollten sie sich auch unter dem prunkenden und verführerischen Aushängeschilde des Fortschrittes Eingang zu verschaffen suchen, fern von dem unwürdigen Haschen nach Popularität und Buhlen um Gunst, mit aller Entschiedenheit und mit offenem Visiere entgegentreten."

Wien, 18. Mai. Das sogenannte Memorandum des Herzogs Friedrich wurde vor der am 6. April abgehaltenen Bundes-

*) Eine Kreisregierung als Verwaltungsstelle hat gar keine eigenen Rechte. Ihr Recht besteht bloß in ihrer Pflicht, die Befehle zu vollziehen, die ihr der König durch sein Staatsministerium zukommen läßt.

Feuilleton.

Musikalische Charakterköpfe

zeichnet in sehr anziehender Weise Adolf B. Marx in seinen eben in Berlin bei Otto Janke erschienenen „Erinnerungen aus meinem Leben". Der Verfasser ist bekanntlich ein tüchtiger Musiker, dessen Kompositionslehre einen klassischen Ruf genießt. Ursprünglich für die juristische Laufbahn sich bestimmend, wurde Marx durch Neigung und Talent zur Kunst geführt. Er kam zu einer Zeit nach Berlin, wo diese und besonders das Theater noch die allgemeine Theilnahme fast ausschließlich in Anspruch nahm. In der Oper herrschte Spontini, mit dem Marx bald genauer bekannt und auch befreundet wurde. Er entwirft von dem berühmten Komponisten der „Vestalin" ein höchst anziehendes Charakter-Bild.

„Wenn bei überfülltem Hause", heißt es von Spontini, „seine feine, nicht große Gestalt in durchaus hofmännisch-vornehmer, fast spröder Haltung, mit dem schmalen, hohen Kopf, das Haar wellig auf das sorgfältigste gelegt, den dunkelmoosgrünen Frack mit einem Kranze von ganz kleinen Orden, auf die er viel hielt, geziert, rasch und leise in das Orchester trat, dann stand die Kapelle regungslos, alle Bogen über den Saiten, alle Mundstücke an den Lippen, des Winkes gewärtig. Wenn dann unmittelbar nach dem Aufschritt zum Direktionsplatze sein dunkelblitzendes Auge in rascher Wendung von links nach rechts den Blick Aller gefangen nahm, sein Arm mit dem Stabe sich hob und streckte, und eine Weile ruhend, sich zu verzerren schien: dann fühlte Jeder, daß sein Wille hier unbedingt und ganz ausschließlich alle Mitwirkenden zu seinen Organen gemacht; alle zusammen waren Ein Körper und er das beseelende Prinzip desselben. Man hat neben und nach ihm feinere, freiere, vielleicht geistreichere Direktionen kennen gelernt, entschiedener aus einem Guß gestaltende nicht."

Als Komponist war Spontini der Repräsentant der Napoleonischen Aera; seine Märsche, seine Kriegerchöre hatten welteroberischen Tritt und gingen damals in alle Armeen über ohne Welteroberung; seine Ballete schimmerten und wogten endlos, gleich den Napoleonischen Hoffesten, in koketter Verlockung und militärischen Bravaden. In Paris war er von Josephine begünstigt, von Napoleon mit der Komposition des „Ferdinand Cortez" beauftragt worden. Als Josephine der neuen Kaiserin weichen und sich nach Malmaison zurückziehen mußte, wagte es Spontini, gegen den Willen des Kaisers, ihr in treuer Anhänglichkeit seine Aufwartung zu machen. Plötzlich, so hat er selbst wiederholt erzählt, tritt Napoleon aus einer Seitenthür: „Que faites-vous ici?" herrscht er ihn an; „Sire", erwiederte der unerschrockene Komponist: „que faites-vous ici?" Napoleon wandte sich, übermannt von seinem Gefühle, ab und verzieh dem treuen Musiker seine indiskrete Frage. Später, nach dem Sturze des Kaisers, wurde Spontini von Friedrich Wilhelm III., dem größten Bewunderer seiner heroischen Opern, nach Berlin berufen, wo er eine Zeit lang absoluter Herrscher im Reich der Töne war und sich eben so entschiedene Bewunderer als erbitterte Gegner erwarb. Von seinem Selbstgefühl erzählt Richard Wagner, der als junger Anfänger ihm einen

tagssitzung in Wien wie in Berlin übergeben. Daß man in Wien mit dem Inhalt dieser Eröffnung nicht einverstanden war, ist durchaus falsch. Graf Mensdorf hat im Gegentheil dem Hrn. v. Wydenbrugk mündlich erklärt, daß er mit diesem Schritt des Herzogs ganz einverstanden sei und die Haltung nur billigen könne, welche er den preußischen Anschlußforderungen gegenüber beobachte. Später hat Dieß der Graf in einer an den Bevollmächtigten des Herzogs Friedrich gerichteten Zuschrift wiederholt.

— Nachdem jetzt die preußische „Forderungsdepesche" vom 22. Februar sammt Beilagen veröffentlicht worden ist, theilt jetzt ein offiziöser Wiener Korrespondent der „Köln. Ztg." auch eine genauere Analyse der von Oesterreich darauf in einer „Weisung" an den Grafen Karolyi unterm 5. März ertheilten Antwort mit. Die Zugeständnisse, zu welchen sich Oesterreich darin bereit erklärte, bestehen in Folgendem: daß Preußen die freie Benutzung des Kieler Hafens zu gestatten, daß Rendsburg zu einer Bundesfestung zu erheben, daß Preußen die Oberaufsicht über den Nord-Ostsee-Kanal zu übertragen sei; endlich, daß Schleswig-Holstein dem Zollverein beitreten müsse. Diese Forderungen zuzugestehen, sei Oesterreich bereit, aber nur unter der Voraussetzung, daß Schleswig-Holstein im Uebrigen als selbstständiger unabhängiger Bundesstaat unter souveränem Herrscher anerkannt werde. Deßhalb könne Oesterreich weder in die Forderung Betreffs der Verschmelzung der beiderseitigen Heeres- und Flotten-Einrichtungen, noch in die verlangten territorialen Abtretungen, noch in die Verschmelzung des Verkehrswesens durch Uebergabe der Post- und Telegraphenverwaltung an Preußen willigen.

Aus **Berlin**, 19. Mai, ist in Paris die telegr. Nachricht eingegangen, Preußen habe Oesterreich vorgeschlagen, die wegen der Petition an Napoleon verurtheilten Bewohner von Schleswig zu amnestiren.

Aus **Mitteldeutschland**, 19. Mai, schreibt man dem „Schw. M.": Gutem Vernehmen nach soll von einigen Mittelstaaten folgender Antrag etwa nach Pfingsten der Bundesversammlung vorgelegt werden. Doch verlautet auch, derselbe werde noch einigen Abänderungen unterliegen; namentlich soll von einigen Staaten eine präzisere Fassung mit Bezug auf einen „Gesandten des Herzogs von Augustenburg" gewünscht werden. Ob der Antrag die Billigung Oesterreichs erhält, steht dahin. Derselbe lautet: „Hohe Bundesversammlung wolle mit Bezug darauf, daß nach den Bestimmungen der Bundesakte die Bundesversammlung aus den Bevollmächtigten sämmtlicher Bundesglieder gebildet wird, sowie mit Bezug darauf, daß die Bundesversammlung ihrer hohen Bestimmung nach berufen ist, zur Aufrechthaltung des wahren Sinnes der Bundesakte die darin enthaltenen Bestimmungen, über deren Auslegung Zweifel entstehen sollten, dem Bundeszwecke gemäß zu erklären und in allen vorkommenden Fällen den Vorschriften dieser Urkunde ihre richtige Anwendung zu sichern; da überdies derzeit kein Grund mehr vorhanden ist, den Bundesbeschluß vom 28. Nov. 1863, die Suspendirung der holsteinischen Stimme betr., weiter aufrecht zu halten: beschließen, daß ein Gesandter für Holstein und Lauenburg in die Bundesversammlung wieder zuzulassen sei und gegen die höchsten Regierungen von Oesterreich und Preußen die Erwartung auszusprechen, daß sie der Bundesversammlung baldigst Eröffnungen darüber zugehen lassen, was in dieser Beziehung unter ihnen vereinbart worden, um den Bundeszwecken Genüge zu leisten. Da die h. Versammlung ferner darüber zu wachen hat, daß die Bestimmung des Art. 13, die landständischen Verfassungen betr., in keinem Bundesstaate unerfüllt bleibe, so ersucht sie zugleich die h. Regierungen von Oesterreich und Preußen, ihr baldigst auch darüber Eröffnungen zugehen zu lassen, welche Vereinbarungen neuerdings unter ihnen zur sofortigen Einberufung der holsteinischen Stände getroffen worden seien."

Wiesbaden, 18. Mai. Im vorigen Herbst brachte die „Gartenlaube" eine Schilderung jenes in Nassau und Hessen betriebenen Menschenhandels, durch welchen gewissenlose Unternehmer Minderjährige und Kinder nach London, Petersburg, Kalifornien etc. führen, um sie dort als Bettelmusikanten, Fliegenwedelhändler, Tanzmamsells und zu Schlimmerem zu verwenden. Hiergegen erließ die hiesige Polizeidirektion eine Berichtigung, zu deren Aufnahme die Gartenlaube unter Androhung sofortigen Verbots gezwungen wurde. Die Polizei behauptete, jener Menschenhandel habe aufgehört und gehöre einer seit Jahrzehnten hinter uns liegenden Vergangenheit an. Nun publizirt aber die neueste Gartenlaube den Bericht eines Hrn. Theodor Kirchhoff in Dalles im Staate Oregon, wonach auch heute noch ganze Schiffsladungen junger Mädchen nach Kalifornien, Oregon und Nevada importirt werden, um dort bei den Orgien der Goldsucher als „Tanzmamsells" oder „Hurdy-Gurdy's" zu dienen, die meisten derselben seien aus Nassau „from the Rhine" durch Menschenhändler aufgekauft. Man ist begierig, zu erfahren, was unsere Polizeidirektion zu diesen Angaben sagen wird.

Von der Elbe, 18. Mai. Wie man aus Hannover mittheilt, ist man augenblicklich in den dortigen Regierungskreisen mit einer gründlichen Erörterung der schleswig-holsteinischen Streitfrage, namentlich vom Standpunkte des Bundesrechts, beschäftigt, und es soll in den nächsten Tagen eine ausführliche Denkschrift darüber an die deutschen Regierungen versandt werden. Zu Gunsten des Herzogs von Augustenburg wird dieselbe schwerlich ausfallen. (Schw. M.)

Die „Köln. Z." veröffentlicht einen Auszug aus der vielbesprochenen Instruktion des Herzogs Friedrich von Augustenburg an seinen Vertreter in Berlin, Hrn. v. Ahlefeldt, vom 21. März d. J. Folgendes ist der Inhalt der Erklärungen des Herzogs über die einzelnen Abschnitte der preußischen Note vom 22. Febr. d. J. Ueber die unter C. Bundesfestung, D. Territorialabtretun-

---

Besuch machte. Spontini nahm ihn wohlwollend auf und fragte ihn: „aber was wollen Sie eigentlich schreiben? welchen Schauplatz sich für ihre Opern wählen? Rom? Da ist meine Vestalin; Griechenland? Da stehen Sie vor meiner Olympia. Schauen sie nach Indien aus? Da ist meine Nurmahal. Träumen Sie vom Morgenlande mit seinen Zaubern und Genien? Da finden Sie schon meinen Alcidor! Das Mittelalter ist in Agnes von Hohenstaufen gezeichnet."

Die beste Sängerin und Darstellerin für die Opern Spontini's war die berühmte Milder. Ihre Jugend hatte sie in Wien zugebracht und dort schon ihren Ruf gegründet. Sie war groß, voll und dazu äußerst ruhig, ja langsam und träge in ihren Bewegungen. „Ich sprech nit", mußte Mancher hören, der sie am Tage einer Aufführung besuchte. Sie saß dann im Lehnstuhl, oder ruhte auch unbeweglich auf dem bequem geschweiften Sopha, ohne den Mund aufzuthun. Wenn junge Damen vom Theater in mädchenhafter Geschwätzigkeit sich ihrer Anbeter rühmten, konnte sie lange schweigend zuhören. Endlich aber brach der Ausruf hervor: „Schweigt, ihr Gäns'! was wißt ihr von Anbetern? Mich hat der Napoleon geliebt."

Eine noch imposantere Erscheinung war die große Catalani, die erste Sängerin jener Zeit. Bei ihrem ersten Auftreten, das Marx schildert, krönte ein breites Diadem von großen Diamanten, die wunderhell vor dem dunklen Wellenhaar leuchteten, das fürstliche Haupt, ein gleicher Gürtel umschloß den edlen Leib. Auf der Stelle angelangt, wo sie singen sollte, gewahrte sie, daß man versäumt, einen Teppich zu legen. Mit unmerklicher Bewegung ließ sie den kostbaren indischen Shawl von ihren Schultern zu Boden gleiten und trat darauf. Und dann schwangen sich die Glockentöne einer Stimme, wie sie noch Niemand und Niemand wieder gehört, über die athemlos lauschende Menge. Im überfüllten Opernhause trat sie mit der Hoheit einer Priesterin vor und stimmte zu Friedrich Wilhelm III., in seiner Seitenloge halb verborgen, gewendet, das „Heil dir im Siegerkranz" an. Das volle Orchester, der volle Theaterchor und die Tausende von sich erhebenden Zuhörern spielten und sangen die Melodie im Vollklang der Stimme mit. Ueber allen Stimmen schwebte die ihrige, in der einfachen Melodie und den Coloraturen der nachfolgenden Variationen unberührt und ungestört, wie der klare Himmel sich wölbt über der Erde.

Als die dritte unter den großen Sängerinnen jener Periode erscheint Henriette Sonntag, über die jedoch Marx kein so günstiges Urtheil fällt. Interessant ist die Mittheilung eines Artikels über sie aus der Feder des berühmten Professor Gans, der die Sonntag als das Ergebniß einer Zeit auffaßt, welche in der Kunst nicht mehr das Große und Erhabene, sondern nur noch das Gefällige und Anmuthige schauen mag. Die Sonntag ist ihm deßhalb nicht bloß ein Individuum, sondern eine Begebenheit, sie ist wesentlich eklektisch, weil der Eklekticismus der Geschmack der Zeit überhaupt ist.

Im Jahre 1829 kam Paganini nach Berlin, dem ein abenteuerlicher Ruf vorangegangen. Er sollte ein entsprungener Galeerensklave sein, bald wegen einer politischen Verschwörung, bald wegen eines Mordes an seiner untreuen Geliebten verurtheilt. Als er endlich auftrat, war das Opernhaus überfüllt. Alles harrte voll Spannung. Irgend eine Ouverture war gespielt worden. Unhörbaren Schrittes, unvorgesehen, einer Erscheinung gleich, war er an seine Stelle gelangt, und schon tönte, sprach seine Geige zu der Menge, die noch athemlos hinstarrte nach dem todtenbleichen Manne mit den tief eingesunkenen, wie schwarze Diamanten aus

gen, E. Nordostsee-Kanal und F. Zutritt zum Zollverein aufgestellten Forderungen äußert der Herzog sich nur im Allgemeinen und unter Vorbehalt näherer Aufklärungen über Einzelheiten vollkommen zustimmend. In Betreff der Forderung unter G. (Post und Telegraphen) spricht der Herzog sich für Konformität des Verkehrswesens, aber gegen die völlige Verschmelzung desselben aus. Der Schwerpunkt liege offenbar in den in Bezug auf Bündniß, Heer und Flotte gemachten Vorschlägen. Auf Grund eines Bündnisses müßten allerdings sich die militärischen Beziehungen beider Länder so entwickeln, daß eine einheitliche militärische Aktion der schleswig-holsteinischen und der preußischen Armee ohne Schwierigkeiten herbeigeführt werden könnte. Ein nach Analogie der koburgischen Konvention zu begründendes Verhältniß würde dem angegebenen Zwecke vollkommen genügen können. Eine Einigung aller Betheiligten werde auf dieser Grundlage unschwer zu erreichen sein; nicht allein liege bei Oesterreich der Haupt-Grund des Widerspruchs gegen die preußischen Forderungen ohne Zweifel in den das Heerwesen betreffenden Bedingungen, auch das Land werde für eine Verschmelzung der beiderseitigen Streitkräfte nicht zu gewinnen sein. Die Nichtexistenz des Begriffs einer schleswig-holsteinischen Armee, an welche sich aus dem letzten Kriege die theuersten Erinnerungen knüpfen, die Verlegung der Truppen außerhalb des Landes in Friedenszeiten und der dem Könige von Preußen zu leistende Fahneneid seien besonders die Punkte, mit denen das Land sich nicht zu versöhnen vermöge. Durch Zugrundelegung des Prinzips der koburgischen Konvention werden übrigens etwaige, durch die besonderen Verhältnisse motivirte Abweichungen nicht ausgeschlossen. Gegen eine Verschmelzung der maritimen Kräfte Preußens und Schleswig-Holsteins wird nichts eingewandt und das beiderseitige Interesse daran konstatirt. Einzelne, gegen das unmittelbare preuß. Aushebungsrecht und gegen die sofortige Einführung der preuß. Marine-Rekrutirungs-Gesetzgebung aus den seemännischen Gewohnheiten des Landes sich ergebende Schwierigkeiten würden leicht zu beseitigen sein. Der Herzog nimmt es als selbstverständlich an, daß den Herzogthümern aus dem abzuschließenden Verhältniß in Bezug auf Zollverein und Verkehrswesen finanzielle Einbußen nicht erwachsen dürften, und hält eine Verminderung der Kriegskosten nach dem Maße der Preußen zukommenden Vortheile für in der Billigkeit begründet. Endlich wird hervorgehoben, daß die definitive Ordnung der schleswig-holsteinischen Angelegenheit durch die Regierungsübernahme Seitens des Herzogs selbstverständliche Bedingung der zu gewährenden Zugeständnisse sei, keiner Landesvertretung könne die Zustimmung zu denselben zugemuthet werden, wenn damit nur das Provisorium in eine neue Phase trete. Etwa gewünschte Garantieen zur Sicherstellung der preußischen Interessen würden sich leicht finden lassen, da der Herzog mit voller Aufrichtigkeit die zur Erledigung der Angelegenheit führende Einigung durchzuführen bereit sei.

Aus **Holstein**, 17. Mai, wird der „Allg. Ztg." geschrieben: „Die Rede des Abg. Kolb, mit welcher er in der bayerischen Kammer der Abgeordneten seinen Antrag in der schleswig-holsteinischen Frage befürwortete, hat hier einen guten Eindruck hervorgebracht. Freilich fehlte es nicht an Stimmen, welche ironisch fragten: „Was nützen uns Worte?" Können denn die Vertretungen der Mittelstaaten überhaupt etwas anderes für uns thun als reden? Wenn sie den ernstlichen Willen haben, gewiß. Als ein Hauptgrund für die Annexion der Herzogthümer wird angeführt die finanzielle Ueberbürdung derselben durch Uebernahme des einen Drittheils der dänischen Schuld nicht minder als durch Auferlegung der preußischen und der österreichischen Kriegskosten. Daß Oesterreich und Preußen diese Kosten auf den Säckel ihrer Unterthanen vertheilen sollen, ohne dafür eine entsprechende Entschädigung zu erhalten, ist gewiß eine unbillige Forderung. Ebenso ungerecht aber ist es, den Herzogthümern solch' immense Schuldenlast aufzubürden. Die Trennung der Herzogthümer von Dänemark bringt ganz Deutschland Vortheil, sie war eine deutschnationale Nothwendigkeit. Darnach ist es billig, daß das gesammte deutsche Volk theilnehme an den Kosten des Kriegs, der, so sonderbar auch seine Anfänge und Wendungen waren, zu diesem Zwecke geführt ist. Eine Erklärung der bayerischen Kammer, für den Fall, daß ganz Schleswig-Holstein unter Friedrich VIII. zum deutschen Bund träte, willig einen Theil der Kriegskosten übernehmen zu wollen, würde gerade bei den in Berlin bevorstehenden Verhandlungen über die Kriegskosten einen großen, nicht blos moralischen Eindruck machen. Solch' eine Erklärung würde in Wahrheit eine That sein."

Kopenhagen, 16. Mai. Die „Fyhnepost" erfährt, daß die Prinzessin Dagmar auf dem Schlosse Rumpenheim eine Einladung des Kaisers Alexander zu einem Besuche in Petersburg erhielt und annahm; die Abreise der Prinzessin von hier wird alsbald erfolgen.

Aus **Paris** schreibt man: Eine gebührende Nemesis hat ein spanisches Sklavenschiff ereilt, welches aus dem Ponga-Flusse entschlüpft war. Nachdem es zwei Tage auf hoher See gewesen, bemächtigten sich die Sklaven des Schiffes und ermordeten die ganze Mannschaft bis auf zwei Personen, welche Sierra Leone erreichten.

Ueber die Ergebnisse der Untersuchung über die **Washingtoner** Bluthat schreibt man der „N. Fr. Pr." Folgendes: „Immer enger schließt sich die Kette des Beweises, welcher das Mordkomplott auf die in Canada befindlichen Agenten der ehemaligen Rebellen-Regierung und auf Richmond selbst zurückführt. Aus den bisher angestellten Nachforschungen hat sich klar ergeben, und der vollkommene Beweis dafür wird in dem offiziellen Bericht geliefert werden, daß die Booth'sche Verschwörung allerdings ihre Verzweigungen nach Montreal (in Canada) und nach der Hauptstadt von Virginien hin hatte. Der ursprüng-

---

dem bläulichen Weiß hervorfunkelnden Augen, mit der überkühn gezeichneten römischen Nase, mit der hochgewölbten Stirn, die sich aus dem schwarzen, wild durcheinander geworfenen Lockengewirr des Haupthaares hervorhob. „Nun stand er da, hastiger Anfang des Ritornells, in dem er mit einzelnen Tonfunken das Orchester leitet und durchblitzt — ohne Vollendung einer Phrase, ja ohne Auflösung einer etwa ergriffenen Dissonanz; und nun der schwelgendste und kühnste Gesang, wie er nie auf einer Geige gedacht worden ist, der unbekümmert, unbewußt über alle Schwierigkeiten hinwegschreitet, in dem sich die kühnsten Blitze eines höhnisch zerstörenden Humors werfen; bis sich das Auge zu tieferer, schwärzerer Gluth entzündet, die Töne schneidender, stürzender rollen, daß man meint, er schlüge das Instrument wie in wahnsinniger Liebespein jener unglückliche Jüngling das Bild der Treulosen, Gemordeten zart formt und grimmig zertrümmert und wieder unter Thränen zart formt."

Vermischtes.

Dieser Tage ist der Scharfrichter von Wien (Hoffmann) gestorben, der seit dem Jahre 1839 sein furchtbares Amt versehen und während dieser Zeit 87 Personen „justifizirt" hat. Er war es, der im Jahre 1849 die Mörder des Kriegsministers Grafen Latour, und der im Jahre 1853 zuerst den Schneider Libenyi, den Urheber des Attentats auf den Kaiser, und dann den wegen Hochverraths verurtheilten Cäsar v. Bezart durch den Strang vom Leben zum Tode brachte. Mit allen kirchlichen Ehren ist der Mann zur Ruhe bestattet. — Unter den Kandidaten, welche sich um die Stelle eines Scharfrichters für Wien bewerben, befindet sich, wie eine dasige Lokalkorrespondenz erfährt, auch der Wasenmeister von Ober-St.-Veit, Franz Both. Die Leistungen dieses Mannes in seinem Fache während seiner ganzen Dienstzeit sollen die Hoffmann's um das Dreifache übertreffen. Both ist gleichsam ein geborener Scharfrichter, denn auch sein Vater war Scharfrichter. Seine Gattin ist die Tochter des gewesenen Scharfrichters in Brünn. Von seiner Hand starben die 13 hervorragenden Führer der ungarischen Armee, deren Hinrichtung in Arad die Tragödie der ungarischen Revolution abschloß. Die meisten Hinrichtungen aber vollzog Both nach der Revolution an ungarischen Räubern. Er besitzt nicht weniger als 239 Zeugnisse über vollzogene Justifizirungsakte. Von allen bedeutendern Persönlichkeiten, an denen er den traurigsten Akt der Gerechtigkeit übte, besitzt er Porträts, von den meisten aber mindestens irgend ein Andenken.

(Bestes Ersatzmittel für Mutter- und Ammenmilch.) Der berühmte Chemiker Liebig gibt folgendes Rezept: 1 Eßlöffel Weizenmehl, 1 Theelöffel Malzmehl, 7 Gran doppelkohlensauren Natrons und 2 Eßlöffel Wasser werden innig gemengt, 10 Eßlöffel Kuhmilch hinzugegossen und das Ganze an ein mäßiges Feuer gebracht. Fängt die Mischung an dick zu werden, so nimmt man sie vom Feuer weg, rührt sie 5 Minuten lang um, bringt sie darauf wieder an's Feuer, rührt so lange, bis es ganz flüssig wird und läßt sie endlich kochen. Dann wird sie durch ein Sieb gegossen und ist fertig zum Gebrauch. Die Mischung ist so süß, daß man keinen Zucker zuzusetzen braucht. Sie hält sich 24 Stunden lang unverändert. Liebig hat gute Erfahrungen damit bei seinen Enkeln gemacht. Die Mischung enthält alle Bestandtheile der Muttermilch in dem natürlichen Verhältniß. In München haben sie auch die Aerzte bewährt gefunden.

liche Plan scheint der einer Entführung des Präsidenten und der anderen hervorragenden Mitglieder der Regierung gewesen zu sein; für den Nothfall war jedoch auch damals schon die Ermordung festgesetzt. Lincoln, der damalige Vizepräsident Hamlin, General Grant, der Sprecher des Repräsentantenhauses u. s. w. u. s. w., waren Alle zur Abfangung oder Hinschlachtung ausersehen. Die Verschwörer waren dabei mit einer umfassenden Klugheit und zugleich mit einer Teufelei zu Werke gegangen, wie man sie sonst nur in Schauderromanen geschildert findet. So unglaublich es scheint, so ist es, den oben erwähnten Angaben zufolge, doch vollkommen wahr, daß in der Stadt Washington selbst bereits ein Haus aufgefunden wurde, in dessen Kellerräumen man ein förmliches Gefängniß, mit dickstem Mauerwerk, eingerichtet fand — ein Gefängniß, in welchem auch Ketten, Handschellen, kurz alle Erfordernisse eines Kerkers nicht fehlen. Dieser unterirdische, noch dazu minirte Raum, der jeden Augenblick in die Luft gesprengt werden konnte, war allen Anzeichen nach dazu bestimmt, im Falle der Noth die heimlich überfallenen, geknebelten und weggeführten Regierungsmitglieder zu beherbergen, bis zu dem Augenblick, wo man sie „nach dem Süden hinunter" schaffen könne! Die Eigenthümerin des Hauses ist eine gewisse Mrs. Greene.... Und man vermuthet, daß es in Washington noch mehr solcher Häuser gebe!... Dahin war die Chevalerie der Sklavenhalter-Partei gekommen, daß sie heimliche Verließe für ihre politischen Gegner hatte errichten lassen. Aus der Untersuchung geht ferner hervor, daß die Namen der Secessions-Agenten, mit denen Booth in Canada in Verbindung stand, die er persönlich dort sah, und von denen er ohne Zweifel Geld zog, die folgenden sind: Jakob Thompson, Larry Mac Donald und Clement Clary. Es sind dieselben, welche seiner Zeit die Mordbrennereien und die Raubeinfälle in den nördlichen Grenzstädten organisirt hatten — dieselben, die Kennedy und Beale zu solchen Zwecken besoldeten, und zwar aus Mitteln, die ihnen von Jefferson Davis geliefert waren, wie sie auch von Jefferson Davis ihre politische Vollmacht hatten. Die grauenvoll dramatische Artistik, mit welcher dies Komplott in allen seinen Einzelheiten angelegt war, ergibt sich unter anderem aus dem jetzt erwiesenen Umstand, daß etwa eine Viertelstunde vor der Hinschlachtung Lincoln's eine Stimme im Theater gehört wurde, die mit vernehmlichem Tone sagte: „Neun Uhr fünfundvierzig Minuten!" Dies Wort wurde weitergetragen, und es entstand eine Bewegung. „Neun Uhr fünfzig Minuten!" sagte eine Stimme bald nachher, und wieder ging das Wort weiter. Wenige Augenblicke darauf ertönte ein Schuß — der Mörder sprang auf die Bühne, schwang das Messer unter dem Ruf: „Sic semper tyrannis!" und verschwand hinter den Koulissen. . . . Festgestellt ist jetzt auch, daß die Koulissen, durch welche Booth zum Ausgang gelangte, wo er sein Pferd bestieg, an jenem Abende so arrangirt waren, daß er leicht hinauseilen konnte, während sonst auf jener Seite die Bühnenwände so ineinander verschoben sind, daß sie kaum einen Durchgang gestatten. Fünfzehn Minuten nach der Mordthat im Ford'schen Theater fand man alle Telegraphendrähte um Washington durchschnitten! Ein einziger, nur der Regierung zur Verfügung stehender geheimer Draht blieb unversehrt; mit Hilfe dieses konnte die Nachricht nach den Forts in der Nähe von Washington telegraphirt werden. Mit einem Worte die Vorbereitungen waren so komplet, als sie nur sein konnten. Auch wäre Booth selbst ohne Zweifel nach dem Süden entkommen, wenn er nicht durch Zufall sich mit dem Sporn in die vor der Präsidenten-Loge hängende Unionsflagge, in das Symbol der Freiheit, verwickelt und durch den Sturz den Fuß verletzt hätte, was ihn auf der Flucht zum Anhalten zwang. An die dreihundert Personen sind bereits, als der Mitschuld verdächtig, verhaftet. Jeder Tag bringt neue Enthüllungen, und auf die erwiesene Schuld wird die gebührende Strafe nicht ausbleiben. Im Uebrigen möchte man wünschen, daß Jefferson Davis eingebracht würde. — Die Behörden von Tennessee haben einen Preis von 5000 Dollars auf die Ergreifung des Isham G. Harris gesetzt, der in der Zeit, wo der Staat sich von der Union losriß, Gouverneur war.

Die „New-York-World" gibt folgende Liste der Mitschuldigen Booth's und zugleich die Strafen, welche dieselben wahrscheinlich erleiden werden. Für die Verhältnisse und Gebräuche unseres östlichen Kontinents liegt in dieser Mittheilung manches Fremdartige. Die Reihe eröffnet 1) Spangler, Maschinist des Ford-Theaters, der wahrscheinlich zum Tode verurtheilt werden wird. 2) Sam Arnold, dem nur der Muth fehlte, um thätig beim Verbrechen mitzuwirken; auch er wird zum Tode verurtheilt werden. 3) Kapitän Willie Jett, der Booth hinter sich auf's Pferd genommen und so dessen Flucht erleichtert hatte. Er wird wohl gefangen werden. Es kommt hiebei darauf an, daß er den Beweis liefern kann, er habe Booth nicht gekannt. 4) Atzerodt. Er wird ganz sicher gehangen. Er ist ein Mörder aus Instinkt und Temperament. Sein Gesicht reicht hin, um von der Wahrheit des Gesagten zu überzeugen. 5) Frau Suratt. Wie Booth Lenker der Verschwörung war, so war sie die Lenkerin derselben. Sie besitzt Kaltblütigkeit, ist grausam und verdient den Tod. 6) Mac Laughlin, ein Freund und Verbündeter Booths, wird muthlos sterben, der Verschwörung überwiesen. 7) Dr. Mudd, wohnhaft in Bryantown, wird wegen seiner Furchtsamkeit zum Tode verurtheilt werden können. Nachdem er Booth's Bein am Samstag früh verbunden, hat er dies erst am Sonntag Abend zur Anzeige gebracht. Er konnte Booth nicht gekannt haben, er konnte, wie er sagte, selbst keine Kenntniß vom Morde gehabt haben, aber er war ein offener Secessionist, und eine Versicherung auf sein Leben würde jetzt die ganzen Einkünfte der Grafschaft kosten (d. h. man hält sein Todesurtheil für sicher). 8) John Lloyd; er wird sicher sterben müssen. Er hatte mit Frau Suratt in Surattsville ein Hotel. Er hatte die beiden Mörder versteckt gehalten, ihnen Gewehre geliefert und obgleich er Kenntniß von dem Komplott hatte, es nicht rechtzeitig und vor dessen Ausführung angezeigt, sowie er auch nach derselben im Schweigen verharrte. 9) Der junge Herold oder Harold, der bei Booth in Garretts Farm war und ihn auf seiner Flucht begleitet hatte, der dessen Wächter und Diener war, wird trotz aller Vertheidigungsreden, die ihn zu einem Verrückten oder Monomanen machen wollen, zum Tode verurtheilt werden. 10) John Suratt, wird, wenn man seiner habhaft wird, den Tod erleiden. Er theilte das entsetzliche Geheimniß des im Voraus überlegten Verbrechens, und es kann nicht fehlen, daß er nebst seiner Mutter auch dessen Strafe erleiden wird. 11) Payne oder Wood, Mörder des Herrn Seward, Mörder für Geld, verhaftet bei Frau Suratt, wird ebenfalls sterben. 12) Adams und dessen Frau, von New-York: man glaubt, daß sie Booth kannten und ihn unterstützten. 13) Wilson von ebendaher; er hat bis jetzt noch kein Geständniß gemacht, obwohl er Kenntniß von dem beabsichtigten Verbrechen hatte.

Hiezu die Beilage: „Würzburger Anzeiger".

Verantwortlicher Redakteur: A. Hartmann.
Druck und Verlag der Stahel'schen Buch- und Kunsthandlung in Würzburg

Schuldverschreibungen von Standesherren und Privaten.

Frankfurter Börse.

4	pCt.	Herz.	Lucca, alte b. Rothsch.	G.—	P.74
4	„	„	do. neue b. „	—	90
3½	„	Landgräfl. H.-Homb. b. „		—	94
3½	„	Fürstl.	Löwenst.-Werth. (bad.)	—	94
3½	„		do. (bayer.)	—	—
3½	„	„	Fürstenberg b. Rothsch.	92	—
3½	„	„	„ „	—	—
3½	„	„	Loiningen P. N. Schm.	95½	—
3	„	„	„ „	84	—
4	„	„	Oettingen-Wallerstein	—	99
4	„	„	Esterhazy P. Galantha	61½	62
3½	„	„	Isenburg-Birstein b. R.	—	93½
4	„	„	Schwarzenberg	71	—
4	„	„	Palffy b. Arnst. u. Eskel.	—	79½
4	„	Gräfl.	Erbach-Fürstenau b. S.	—	99
4	„	„	Palffy, Ferd. Leop., b. S.	61	—

4	pCt.	Gräflich	St. Genois b. Schm.	G.—	P.70
4	„	„	Szapary b. Rothsch.	—	50
4	„	„	Schönborn b. Schm.	61	—
4	„	„	Sandor b. Rothsch.	60	—
4	„	„	Strachwitz b. Schm.	—	50
4	„	„	Hugo Eltz	—	86
4	„	„	Viczay b. Rothsch.	60	—
4	„	„	Nizky b. Rothsch.	—	—
4	„	„	Hunyady b. Rothsch.	—	—
4½	„	„	Batthyany Joh. Bapt.	72	—
4½	„	„	Batthyany Gustav	—	71
4½	„	„	Orczy b. Schmidt	71	—
4½	„	„	Sztaray „	—	74
4½	„	„	Karoly bei Biedermann	—	70
4½	„	„	Pejacsevich b. Schuller & Co.	63	—

Anlehens-Loose.

Fürstl.	Esterhazy 40 fl. Loose	—.——.—
„	Windischgrätz 20 fl. Loose	17.25—17.75
„	Salm-Reifferscheid 40 fl. L.	31.——31.50
„	Palffy 40 fl. Loose	27.——27.50
„	Clary 40 fl. Loose	26.75—27.25
Gräflich	Keglevich 10 fl. Loose	12.75—13.25
„	Waldstein-Wartenb. 20 fl. L.	19.50—20.—
„	St. Genois 40 fl. Loose	27.——27.50
Stadt	Triester 100 fl. Loose	115.——116.—
Donau-Dampfschiff.	100 fl. L.	85.75—86.25
Dessauer	100 Thlr.-Loose	—.——.—

An die
k. Hof- und Staatsbibliothek
1 N. Würzb. Ztg. München.

Neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht!

№ 142. | Vorausbezahlung: Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 1 fl. 30 kr. Bei Inseraten wird die dreispaltige Zeile in gewöhnlicher kleiner Schrift oder deren Raum im Hauptblatte mit 6 kr., im Anzeiger mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franco. | 62. Jahrgang. | Dinstag, 23. Mai 1865.

Aus dem preußischen Abgeordnetenhause.

Das Abgeordnetenhaus berieth in seiner Sitzung vom 20. den Etat der Justizverwaltung. Für die Absetzung von 600 Thaler Zulagen der Oberstaatsanwälte beim Obertribunal, welche die Kommission beantragt hat, sprach zuerst der Abg. v. Hennig: Die Staatsanwaltschaft habe sich so entwickelt, daß sie heute nicht das öffentliche Recht, sondern eine Partei vertrete, täglich lese man von Preßprozessen; das Abgeordnetenhaus schütze Niemand gegen die schnödesten Beleidigungen. Die Stellung der Staatsanwälte als abhängiger Verwaltungsbeamten sei von Hause aus eine falsche. In der Voruntersuchung sei heute der Staatsanwalt günstiger gestellt, als der Vertheidiger; daß jener dem Range nach den Räthen des Gerichts gleich stehe, sei ebenfalls ein Grundfehler, da der Staatsanwalt dadurch der Disziplin des Gerichtspräsidenten enthoben werde. Man möge die Stellung der Staatsanwälte nicht noch angenehmer machen, um nicht noch mehr Streber zu diesem Amte zu ziehen. Der Regierungskommissär Geh. Rath v. Sydow: Die Oberstaatsanwälte beim Obertribunal hätten mit der Initiative zur Verfolgung nichts zu thun. Justizminister: Er habe öfter Verfolgung wegen Beleidigung des Hauses beantragt; das Haus habe stets abgelehnt, weil es erhaben über solche Beleidigungen sei. Bei dieser Praxis des Hauses habe er keine Veranlassung zu unnützem Schreibewerk. Der Präsident: Es sei ihm nur ein einziger Fall vorgekommen, wo der Justizminister die Verfolgung wegen Beleidigung des Hauses beantragte, bei einem Witzblatte (dem „kleinen Reaktionär",) wo es unter der Würde des Hauses gewesen, die Verfolgung eintreten zu lassen. Wegen der Beleidigung Seitens offiziöser Blätter sei der Justizminister mit Anträgen nicht gekommen. Abg. v. Hennig: Der Justizminister habe selbst zugestanden, daß er nicht weiter seine Pflicht gethan, weil das Haus einmal seine Pflicht gethan.

Abg. Twesten: Der alte Ruhm der Unabhängigkeit der Gerichte sei vergangen. Die Praxis der Besetzung der Stellung des Obertribunals nach politischen Rücksichten, von Simons begonnen, sei von dem jetzigen Minister auf die Appellationsgerichte ausgedehnt worden. Wo ein Interesse der Regierung in Frage komme, werde vom Obertribunal nicht mehr nach dem Gesetze, sondern nach den Interessen der regierenden Partei erkannt. Redner führt mehrere Fälle an, namentlich in Betreff der Handhabung des Preßgesetzes. Ein Verwaltungsbeamter habe erklärt, „das Obertribunal übertrifft unsere kühnsten Erwartungen". Soweit also sei es gekommen, daß diesem Gerichtshof gegenüber, auf dessen Unabhängigkeit man früher stolz gewesen, ein reaktionärer Beamter mit Hohn auf dessen Servilität hinweisen könne. Auch von andern Gerichtshöfen führt Redner mehrere Beispiele von Gesetzesauslegung in Preßprozessen an. In ganz Frankreich hätten 1864 24 Verwarnungen von Blättern stattgefunden, 4 Suspensionen, 40 Verurtheilungen in Preßprozessen, in Berlin allein 175 Preßprozesse! Gegen die „N. Allg. Ztg." habe der Magistrat von Gumbinnen kein Recht gefunden. Das Monopol der Staatsanwaltschaft werde auf der einen Seite ein Instrument zur Unterdrückung der Gegner, auf der andern ein Instrument, um die Straflosigkeit der Anhänger der Regierung zu sichern. Vorwiegende Schuld an diesen Zuständen trage der Justizminister. Redner führt an, wie Richter wegen ihrer Erkenntnisse in Sachen der Stellvertretungskosten befördert worden seien; die Schnelligkeit dieser Belohnungen widerstreite dem öffentlichen Anstand. Den einzigen Halt für die persönliche Sicherheit bilde das Schwurgericht. In den Erkenntnissen des Disziplinarhofes, wo Mitglieder des Herrenhauses über Mitglieder dieses Hauses und deren Wähler zu Gericht sitzen, würden nie Rechtssprüche zu achten, sondern nur Verfolgungen der einen politischen Partei durch die andere zu erblicken sein.

Der Justizminister: Der Richter dürfe sich nicht durch die schwankende öffentliche Meinung leiten lassen, er müsse mit Charakterfestigkeit stets gegen Ausschreitungen das Gesetz zur Anwendung bringen. Dieß und nichts Anderes habe er stets von

Feuilleton.

Ueber die Materie der Sonne.

Eine englische Zeitschrift bringt einen Aufsatz, der die neuen Ansichten des französischen Astronomen Herrn Taye über die Sonne wiedergibt. Kirchhof und Bunsen hatten aus dem Nachweis einer gewissen Anzahl von Metallen mittelst der Spektral-Analyse, die das Dasein eines brennenden Gases und dahinter eines glühenden nicht gasförmigen Körpers in sich schloß, gefolgert, daß die Sonne eine feste oder flüssige glühende Kugel, eingehüllt von dichten, leuchtenden Gasen sei; während Arago namentlich aus den tiefen Höhlungen der Sonnenflecken geschlossen hatte, daß sich die ganze Sonne noch in einem gasförmigen Zustande befinde, und die Flecken durch die auf- und niedersteigenden Strömungen zwischen der kühleren Oberfläche und dem heißen Innern entständen. Da beide Ansichten auf richtigen Beobachtungen und Schlüssen beruhen, muß sich der scheinbare Widerspruch zwischen ihnen lösen, und Herr Taye sucht uns eine solche Lösung durch die Annahme zu geben, daß zwar die Sonne sich noch in einem gasförmigen Zustande befinde, aber feste Partikelchen in den Gasen herumschweben. Taye zeigt dann die verschiedenen Phasen eines jeden Sternes; die erste, wo der Stern noch eine weit ausgedehnte Nebelmasse darstellt; die zweite, in der sich unsere Sonne und alle Fixsterne befinden, ist der Zustand der Glühhitze, unterhalten durch die auf- und niedersteigenden Ströme, die vorher erwähnt sind. Die dritte Phase beginnt, wenn in Folge der Abkühlung die Strömungen langsamer werden, wenn bei allmäliger Zusammenziehung der ganzen Masse die leuchtende Oberfläche nach einander eine flüssige, eine breiige, eine feste Konsistenz gewinnt, und endlich die Leuchtkraft verschwindet. Obgleich das Innere fortglüht, ist es doch bedeckt mit einer kühlen und bewohnbaren Rinde. Dies ist die geologische Phase. Beispiele sind in der Geschichte verzeichnet. Der siebente Stern der Plejaden erlosch bei Troja's Fall. Hevelius erwähnt fünf Sterne, die er den Ruhm und Kummer auslöschen zu sehen hatte. Herschel hatte ebenfalls die Ehre, den letzten Augenblicken eines leuchtenden Sternes zuzuschauen und sein Ableben zu registriren; es war Nr. 50 des Herkules. Er war schon einige Zeit blasser geworden, dann ward sein Licht roth, und noch einige Dutzend Jahre flackernd, verschwand er in den Schatten der Nacht am 24. März 1791. Mond und Erde sind Beispiele dieser successiven Entwicklung. Es ist evident, daß einst die Erde eine rechte Sonne für den Mond war. Letzterer als der kleinere Körper kühlte zuerst ab, und wahrscheinlich war auf ihm das Leben schon weit entwickelt, als sich die ersten Spuren davon auf der Erde zeigten. So stellt denn der Mond der Erde Zukunft, die Sonne ihre Vergangenheit dar.

Vermischtes.

Aus der soeben in Berlin bei Hirschwald erschienenen Schrift des berühmten Pathologen, Prof. Dr. F. Niemeyer über den „Genickkrampf" — Meningitis cerebro-spinalis — nach Beobachtungen im Großherzogthum Baden, erscheint diese Krankheit mit der Ruhr und der asiatischen Cholera in eine Kategorie zu fallen, unterscheidet sich ganz wesentlich von einer typhösen Erkrankung, und machen nicht nur die Symptome und der Verlauf, sondern auch der Sektionsbefund diese Auffassung unabweislich. Das Gesammtresultat der Sektionen von frischen Fällen ist folgendes: 1) Konstant findet sich eine Gehirnentzündung mit eitriger Exsudation in die subarachnoidalen Räume; 2) zuweilen findet sich

den Richtern verlangt, aber er müsse sich vorbehalten, bei Vorschlägen zu Ernennungen auf solche Charakterfestigkeit zu sehen. Gegen den Vorwurf des bösen Willens müsse er den Richterstand verwahren. Was die Beförderungen angehe, die man ihm vorgeworfen, so müsse er sich gegen das Zusammenbringen der Beförderungen mit den Erkenntnissen in den Stellvertretungskosten verwahren; er habe auch einen Richter befördert, der gegen die Ansicht der Regierung erkannt. Abg. Graf Bethusy-Huc ersucht den Präsidenten, den Ordnungsruf gegen Twesten wegen dessen Ausfälle gegen das Obertribunal auszusprechen. Präsident: Er habe keine Veranlassung zum Ordnungsruf gefunden, da der Abg. Twesten nur Schäden habe aufdecken wollen, die in allen andern Verwaltungszweigen in dieser Session schon aufgedeckt worden seien; er begreife nicht, weßhalb die Justizverwaltung davon ausgenommen sein sollte. Twesten habe in einzelnen Fällen mildere Ausdrücke wählen können, aber zu einem Widerruf sehe er keine Veranlassung. Abg. Graf Eulenburg: Solche heftige Angriffe gegen die preußischen Institutionen erschütterten das Vertrauen im Lande. Die Rechtspflege erfordere besondere Rücksichten, wenn er auch im Allgemeinen nicht zu Denen gehöre, welche Schäden zudecken wollten. Die Kritik der Anwendung der Gesetze gehöre nicht diesem Hause, sondern der Wissenschaft. Wenn viele Verurtheilungen, so seien auch viele Ausschreitungen vorgekommen. Der Vorwurf der Servilität sei unbegründet. Schließlich wurde der Antrag auf Streichung der Zulagen angenommen.

:4 (Amtliche Nachrichten.) **München**, 21. Mai. Se. Maj. der König hat den bisherigen Major und Kommandanten des Landwehr-Bataillons Dillingen, A. Wolf zu Dillingen, der bezeichneten Landwehr-Majors- und Bataillons-Kommandantenstelle enthoben; das Frühmeß-Benefizium in Obergünzburg dem Priester L. Andra, Commerant in Neuburg a/D, übertragen.

Die kathol. Pfarrei Asch, Bezirksamts Kaufbeuern, ist mit einem fassionsmäßigen Reinertrage von 1075 fl. 55⅞ kr. in Erledigung gekommen.

:4 **München**, 22. Mai. Die bayerischen Künstler haben an die Kammer der Abgeordneten ein Bittgesuch um die Bewilligung einer jährlichen Summe von 30,000 Gulden zur Pflege der vaterländischen Kunst eingereicht. Dasselbe ist mit 72 Unterschriften der namhaftesten Künstler Bayerns bedeckt und begründet sich folgendermaßen: Obgleich vom Staat errichtete Unterrichtsanstalten bestehen, welche die Aufgabe haben, Künstler zu erziehen und heranzubilden, so ist doch für bereits selbstständige Künstler zur Ausübung ihrer Kunst von unserem Staate noch nichts geschehen. Allerdings haben unsere kunstsinnigen Monarchen die Pflege der Kunst vielfach gefördert, aber derselben fehlt immer noch jene wirksame Gunstbezeugung, welche sie in Staaten wie Belgien, Preußen, Sachsen u. s. w. durch Aufnahme von bedeutenden Summen in's Budget erfährt. Auch wünscht die Eingabe, daß vorzugsweise die bayerischen, von schon bestehenden Kunstinstituten unabhängigen Künstler bedacht werden, und daß nicht alle Kunstwerke in der Hauptstadt selbst sich konzentrirten, sondern auch die Provinz Berücksichtigung erfahre in der Weise, daß man die dortigen Kirchen, öffentlichen Gebäude und Plätze abwechslungsweise mit Kunstwerken bereichere oder Sammlungen von solchen anlege.

Im „Dresd. Journal" vom 17. Mai sind die bei Herrn Meyer in **Dresden** als Kassirer des Komite für den Gutzkow-Fonds bis dahin eingelaufenen Beiträge verzeichnet; sie belaufen sich auf die Höhe von 2485 Thlr. An Beiträgen von Theatern und Theaterdirektoren befinden sich darunter aufgeführt: 203 Thlr. von dem Hoftheater zu Gotha; 57 Thlr. vom Hoftheaterkomite in Mannheim; 27 Thaler vom Direktor Reßmüller in Dresden; 45 Thlr. vom Direktor F. Feldmann in Bremen; 80 Thlr. vom Direktor Hahn in Würzburg; 40 Thlr. vom Direktor Widmann in Heidelberg; 10 Thlr. vom Direktor des Stadttheaters in Posen.

Frankfurt, 21. Mai. Aus Darmstadt ist von zuverlässiger Seite die Mittheilung eingegangen, daß der Reiseplan des russischen Kaiserpaares wieder eine Abänderung erfahren hat. Der Kaiser wird schon heute Jugenheim verlassen, um direkt nach Petersburg zurückzukehren. Die Kaiserin wird ihren Aufenthalt in Jugenheim noch um einige Zeit verlängern. Es ist neuerdings die Rede davon, daß sie noch einen süddeutschen Badeort zum Gebrauch einer Kur besuchen und erst nach deren Beendigung die Rückreise nach Petersburg antreten werde.

Frankfurt, 20. Mai. In hiesigen diplomatischen Kreisen erzählt man als zuverlässig, daß dem Gerücht: Bayern und Sachsen beabsichtigten nächstens am Bunde mit einem neuen Antrag in der schleswig-holsteinischen Frage vorzugehen, in Berlin nicht nur voller Glaube geschenkt werde, sondern daß es Hrn. v. Bismark auch gelungen sei, sich in Besitz des vollständigen Textes dieses Antrages zu setzen, welcher die Einberufung der Stände der Elbherzogthümer auf Grund des Wahlgesetzes von 1848 und die Einberufung eines Bevollmächtigten des Herzogs Friedrich zur Führung der holsteinischen Stimme am Bunde verlange. Herr von Bismark soll der Ansicht sein, daß der Urheber dieses Antrages nur Herr von Beust sein könne.

---

der Entzündungsprozeß und die eitrige Exsudation auf das Ependym der Ventrikel und die Plexus chorioidei verbreitet; 3) in der Regel ist mit der Entzündung des Gehirns jene des Rückenmarkes verbunden; 4) auf der Haut finden sich sehr häufig Herpesbläschen, zuweilen zerstreute Petechien; 5) die übrigen Organe bieten keine besonderen Veränderungen dar; 6) das Blut enthält nur lockere, dunkel gefärbte Gerinnsel. — Die wichtigsten Symptome sind folgende: 1) heftiger Kopfschmerz, am konstantesten; 2) Nacken- und Rückenschmerzen; 3) schmerzhafte Empfindungen in den Gliedmaßen; 4) tetanische Krämpfe der Nacken- und Rückenmuskeln; 5) epileptiforme Konvulsionen; 6) Lähmungen verschiedenster Art; 7) psychische Störungen; 8) Schwerhörigkeit bis Taubheit; 9) Fiebererscheinungen u. s. w. Im Allgemeinen lassen sich nach Verfasser folgende Sätze aufstellen: a) Sämmtliche Symptome erklären sich ungezwungen aus der eiterigen Entzündung der weichen Haut des Gehirns und Rückenmarks. b) Die Modifikationen des einzelnen Krankheitsbildes hängen von der verschiedenen Intensität, besonders von der verschiedenen Verbreitung der Gehirnentzündung und vielleicht zum Theil von Komplikationen derselben mit Entzündungen anderer Organe ab. — Die Prognose ist nicht so ungünstig wie bei der sporadischen und der tuberkulösen Gehirnentzündung; denn die Zahl der Genesungen überwiegt bedeutend die der Sterbefälle.

(Selbstmord aus Liebe.) In Berlin fühlte ein junger Buchbinder, so schreibt das „N. A. Z.", eine heftige Leidenschaft für eine der renommirtesten Sängerinnen von dort. Kaum hatte er sie sich aus dem Sinn geschlagen, so wurde seine Liebe durch den Anblick ihres Bildes, das aus vielen photographischen Rahmen in allen nur zu veröffentlichenden Stellungen ihm entgegenlächelte, stets stärker auf's neue wachgerufen. Da er in seinen beschriebenen Verhältnissen nicht auf Erhörung rechnen durfte, beschloß er, seiner Qual durch den Tod ein Ende zu machen. Ein ihm befreundeter Apotheker wurde um ein schnell wirkendes Gift ersucht, er erhielt es, und um in seinem Entschluß nicht wankend zu werden, verschloß er Abends seine Stube und warf den Schlüssel zum Fenster hinaus. In der einen Hand das Bildniß der Gefeierten, wie sie als Gretchen am Spinnrocken sitzt, in der andern den Giftbecher, fand er Muth, diesen bis auf die Neige zu leeren. Die Wirkung des Giftes stellte sich bald ein — sie war fürchterlich. — An Stelle des Todes erschien jedoch am andern Morgen der Schlosser, der ihm die Thüre zu neuen Lebenswegen öffnete. Der Apotheker hatte nämlich an Stelle des Giftes dem Lebensmüden nur ein unschädliches, wenngleich sehr stark wirkendes Abführungsmittel gegeben.

Die Memoiren des Fürsten Talleyrand werden noch nicht so bald erscheinen, wiewohl der Termin, den ihr Verfasser selber für deren Veröffentlichung anberaumt hat, i. J. 1868 abgelaufen sein wird. Diese interessanten Papiere waren aus den Händen der Nichte Talleyrand's, der Herzogin v. Dino, in die des Hrn. v. Bacourt übergegangen, der wiederum bei seinem Ableben wie bekannt, sie den Herren Paul Andral und Chatelain übermacht hat, aber dabei, ob nun auf eigene Faust oder in berechtigter Vollmacht, ausdrücklich ausbedungen hat, daß sie erst in 20 Jahren, also im Jahre 1888 das Tageslicht erblicken dürfen. Die Papiere des Fürsten Talleyrand füllen drei riesige Kisten, und bestehen aus seinen eigentlichen Memoiren, aus einer großen Menge von Belegstücken und aus einer unermeßlichen Korrespondenz.

Zur Charakteristik des Expräsidenten der Sklavenstaaten, Jefferson Davis, und des berühmten Rebellengenerals Lee entnehmen wir einer New-Yorker Korrespondenz der „A. Z." folgende Stellen: „Von der Richmonder Regierung, bei welcher seiner Zeit der Gesandte Louis Napoleons antichambrirte, ist nichts mehr übrig als — ein steckbrieflich verfolgter Meuchelmörder, der irgendwo im südlichen Georgia oder Florida eine Schiffsgelegenheit nach Habana sucht, weil zwischen den Vereinigten Staaten und Spanien kein Auslieferungsvertrag besteht. Manche Zeitungen sträuben sich gegen den Glauben, daß Davis, welchen sie immerhin wenigstens für einen „Gentleman" gehalten haben, einer solchen Schandthat fähig sei, wie diejenige, deren er durch den Präsidenten Johnson beschuldigt wird. Möglich ist nun zwar, daß den vielleicht aus Hoffnung auf Begnadigung gemachten Aussagen der verhafteten Mitverschwörer Booths zu große Bedeutung beigelegt worden ist.

und deshalb nach Dresden habe erklären lassen, daß es zu einem Bruch am Bunde führen werde, (diese Drohung, schon so oft gefallen, wird immer abgeschmackter!) falls dieser Antrag dort wirklich eingebracht würde. In der That soll auch der preußische Gesandte in Dresden sich dieser Tage zu Herrn v. Beust begeben und in Erledigung seines Auftrags diesem jenen Antrag, dem eine sehr komplizirte Motivirung vorangeschickt sei, vorgetragen haben. Zur Ueberraschung des preußischen Diplomaten hätte jedoch der sächsische Premier erklärt, daß dieses Schriftstück ihm völlig neu sei; indessen danke er für die Mittheilung desselben, da aus dem materiellen Inhalt vielleicht einzelnes gelegentlich zu benutzen sei, wenn er in formeller Beziehung auch bedauern müsse, daß man ihn (Hrn. v. Beust) in Berlin eines so stümperhaften Styls fähig halte, wie die Fassung dieses sogenannten Antrags und seiner Motivirung dokumentire. Man will hier wissen, daß auch der preußische Gesandte in München dort zur Abgabe einer ähnlichen Erklärung angewiesen gewesen sei, wie der in Dresden, und sich derselben ebenfalls gegen Hrn. v. d. Pfordten in den letzten Tagen entledigt habe. Ist das alles richtig, wie wir Grund zu glauben haben, so wäre wohl der Schluß gerechtfertigt, daß man in Berlin mit einem „bundesbrüchigen“ Antrag mystifizirt worden ist, und die Mittelstaaten erst durch Hrn. von Bismarck von dessen Inhalt Kenntniß erhalten haben. (Allg. Z.)

Nach Mittheilungen aus **Kopenhagen** in den „Hamb. Nachr.“ hat sich die Kommission für die Angelegenheiten der aufgebrachten Schiffe nicht einigen können und will Dänemark den im Friedensvertrag vorgesehenen Schiedsrichterspruch einer neutralen Macht anrufen.

Paris, 19. Mai. In der französischen Presse werden die Stimmen immer lauter und dringlicher, welche einen möglichst schnellen und ehrenvollen, wenn auch kostspieligen Abschlaß der mexikanischen Expedition anrathen. „Opinion nationale,“ „Avenir national“ und „Presse,“ die in so vielen Fragen weit auseinandergehen, wie auch der in Frankreich sehr angesehene „Progrès“ von Lyon sind einig hierüber. In der „Presse“ sagt Clement Duvernois, der sich in neuester Zeit die Sachlage in Mexiko mit eignen Augen angeschaut: „Die beste Vertheidigung für Mexiko besteht darin, daß es eine rein amerikanische Regierung und kein Verstoß gegen die Monroe-Doktrin sei. Auf diese Weise kann es vielleicht hingenommen werden, wie das Kaiserreich Brasilien; in jedem andern Falle wird es die Zielscheibe aller Angriffe sein.“ Auch das „Siècle“ schaut mit besorgtem Blick nach dem Gewitter, das von Norden gegen Mexiko heranzieht, und fordert eindringlich das ungesäumte Zurückziehen der französischen Fahne aus Mexiko. „Es ist — äußert dieses Blatt — keineswegs eine Ehrensache für uns, in diesem fernen Lande zu verweilen, und es ist unser dringendstes Interesse, es zu verlassen. Rufen wir unsre Truppen zurück! Die Zeit drängt, sehr ernste Ereignisse bereiten sich vor, lassen wir uns in keinen Krieg ein, der verderblicher wäre, als der erste. Die Angelegenheiten Mexiko's gehen uns nichts an, was man auch sagen möge, und selbst, wenn nach dem Abgang unsrer Armee die mexikanische Regierung gestürzt würde, käme unsre nationale Ehre nicht in's Spiel. Es regiert kein Franzose in Mexiko, sondern ein österreichischer Prinz. Möge sein Bruder, der Kaiser von Oesterreich, ihm zu Hilfe kommen.“

Paris, 19. Mai. Die französischen Nachbarn am Rheinufer fühlen sich durch die patriotischen Feste der preußischen „Rheindepartements“ sonderbar verletzt. Der „Courrier de la Moselle“ bringt über die „feindlichen“ Kundgebungen einen Artikel voll Kränkung. „Doch, tröstet er sich, gibt es hoffentlich im Saarlande noch eine Stadt, nämlich Saarlouis, welche zu den Freunden Frankreichs gezählt werden will. Wenn auch Saarlouis seine preußische Annexion feiert, vergessen doch wir nicht, daß seine 4000—5000 Einwohner den französischen Heeren der Republik und des Kaiserthums 1 Marschall, 5 Divisionsgenerale, 11 Brigadegenerale, 8 Obersten, 10 Bataillonschefs, 81 Kapitäne und 100 Offiziere gegeben haben. Gewiß sind diese Männer nicht ganz gestorben und haben sie auf unserem Saarufer einige Keime der Achtung und Liebe für Frankreich zurückgelassen.“

Paris, 20. Mai. In der gestrigen Sitzung des Senats kam u. a. eine Petition gegen die Anstellung nicht naturalisirter Fremder zur Berathung. Marquis Boissy benützte den Anlaß, zu bemerken, wenn er zuweilen tadle, was man zu Gunsten der Fremden in Frankreich thue, so geschehe es nur dann, wenn er glaube, daß sie, wie z. B. die Polen, eine Ursache der Unordnung seien. Er fuhr dann fort: „Die Polen, sie werden sicher jubeln über die bedauerliche, anti-religiöse, revolutionäre Rede (Bewegung), die wir heute mit so großer Betrübniß gelesen (Lärm). Es ist nöthig, daß die Regierung sich über diese Rede erkläre; denn der Prinz, welcher sie gehalten, war der Mandatar, der Repräsentant des Kaisers. Das Land muß wissen, ob er, ja oder nein, im Namen der Regierung gesprochen. Man muß wissen, ob die Regierung revolutionäre Theorien annimmt, welche nichts Anderes sein würden, als die von einem Prinzen des kaiserlichen Hauses emporgehobene

---

Aber daß schon in dem persönlichen Charakter des Davis eine Entkräftung des Verdachts liege, ist nicht wahr. Der Ruf von staatsmännischer Gemessenheit, Würde, Leidenschaftslosigkeit, Großmuth, ritterlichem Edelsinn rc., in welchem Davis steht, ist ein durchaus künstlich gemachter, ein englisches Phantasiestück. Seine gewandten und affektirt würdevollen „Botschaften“, auf welche dieser Ruf vorzugsweise begründet wird, waren nicht sein, sondern seines sogenannten Staatssekretärs Benjamin (ein Israelit aus Louisiana) Werk. Wenn er einmal in eigener Person vor das Volk trat, und sich gab wie er war, zitterten seine Freunde vor der Blamage. Als er im vorigen Jahre eine Reise nach Georgia machte, hielt er dort im Rausch — denn wie alle Heroen der Konföderation trinkt er Branntwein — eine Rede, die so voll von Dummheiten und pöbelhaften Rohheiten war, daß Richmonder Blätter sich bitter über seine „Wärter“ beschwerten, die ihn so unvorsichtiger Weise frei haben umherlaufen lassen. Durch und durch eine despotische Natur, bis zum Exceß eigensinnig in seinen Gunstbezeugungen, nachtragend und rachgierig gegen Alle, die ihm je als politische Widersacher gegenüber getreten sind, grausam gegen seine Sklaven und ein unleidlicher Tyrann in seiner Familie, ist Jefferson Davis in Wirklichkeit so ziemlich das gerade Gegentheil von dem Bilde, das man in Europa mit seinem Namen verknüpft. Wie gesagt, nichts in seinem Charakter spricht gegen die Wahrscheinlichkeit seiner Mitschuld an dem Mord. Es wird überhaupt nun, da die Tendenzlügen englischer Zeitungen ihren Gegenstand verloren haben, an der Zeit sein, das wahre Charakterbild der Rebellion und ihrer Führer von dem glänzenden Firniß zu befreien, der mit so verschwenderischem Pinsel darauf gestrichen worden ist. Die Zahl der seit dem Beginn des Frühjahrsfeldzugs von 1864 durch Hunger, Nässe und Kälte zu Tode gemarterten Bundessoldaten beläuft sich nach amtlichen Ermittelungen auf einige 50,000. Die direkte Schuld an diesen namenlosen Gräueln vertheilt sich unter Jefferson Davis und Lee. Den letztern bewundert selbst hier die gedankenlose Menge als einen Heros. Was unbetheiligte Beurtheiler von seiner militärischen Begabung denken, weiß ich nicht, aber daß er nur in Defensivkämpfen, und auch da nur über Generäle gesiegt hat, deren Fähigkeit unter dem Grad der Mittelmäßigkeit war, endlich, daß er in jedem Fall, wo er zur Offensive schritt, geschlagen wurde, ist Thatsache. Der sachkundige Militär wird wahrscheinlich zu dem Schluß kommen, daß Lee nur gegenüber sehr kleinen Gegnern ein großer General, der einäugige König unter Blinden war. Allein dieser Punkt soll hier nicht urgirt werden. Im Grunde genommen kann es uns ganz recht sein, wenn man Lee's Talente ungebührlich hoch ansetzt, denn um so größer muß dadurch der Mann erscheinen, der ihm in einem zehntägigen Feldzug seine ganze Armee vernichtete. Dagegen soll auf's nachdrücklichste betont werden, daß Lee als Mensch gar nichts werth ist. Die eine Thatsache, daß er, nachdem er von seinem reichen Schwiegervater für fast eine halbe Million Grundeigenthum geerbt hatte, die testamentarisch für frei erklärten 130 Neger desselben durch Umstoßung des Testaments wieder zu Sklaven machen ließ, sagt genug. Wie Davis, war Lee einer der grausamsten und brutalsten Sklavenhalter, der es nicht verschmähte, gelegentlich selbst seine unglücklichen Leibeigenen zu peitschen. Zur Würdigung seiner ritterlichen Ehre diene die eine Thatsache, daß er noch nach Lincolns Regierungsantritt unter Betheuerung seiner Loyalität längere Zeit in seiner Stellung als Chef des Generalstabs blieb, um dann erst, als er sich aller Plane, Karten, Armeelisten rc. des Generals Scott bemächtigt hatte, nach Richmond zu desertiren. Als Spion und Verräther im engsten technischen Sinne des Wortes ist er zum Süden übergetreten. Und mit derselben ehrlosen Perfidie erließ er zwei Tage, nachdem er durch Ehrenwort gelobt, sich jeder Feindseligkeit gegen den Bund enthalten zu wollen, einen Tagesbefehl, worin er seine Armee wegen ihrer der „guten Sache“ und ihrem „Vaterland“ geleisteten Dienste belobte, ihr sehr deutlich Hoffnung auf eine spätere Erneuerung des Krieges machend. Thatsachen, wie diese, mögen als Gegengift gegen die ungesunde Sentimentalität dienen, welche aus den endlich unschädlich gemachten Mördern und Barbaren des Südens Gegenstände einer Bewunderung zu machen sucht, die ebensowohl einem Schinderhannes oder Fra Diavolo — dem geschichtlichen, nicht dem Auber'schen — gezollt werden könnte.

Fahne der Insurrektion und des Bürgerkrieges." (Lärm.) Der Präsident Hr. Troplong: „Hr. v. Boissy, zur Sache! Sie schweifen offenbar ab." Marquis Boissy: „Ich habe gesagt, was ich hierüber zu sagen hatte (Gelächter), und wende mich nun wieder zur Petition." Es wurde diese vom Senate schließlich durch Uebergang zur Tagesordnung beseitigt.

Aus **Rom**, 14. Mai, schreibt man der „Allg. Ztg.": „Das Gerücht, daß Napoleon III. auf seiner Rückreise von Algier mit dem Papst zusammentreffen werde, gründet sich vorzugsweise auf eine Anekdote, welche nicht ganz aus der Luft gegriffen scheint. Am Anfang seiner Regierung trug sich Napoleon bekanntlich mit dem Gedanken, sich vom Papst salben und krönen zu lassen. Als Pius IX. von diesem Wunsch erfuhr, äußerte er: „Wenn der Kaiser der Franzosen gesalbt werden will, möge er nur nach Rom kommen." Man vermuthet nun, daß der Kaiser, der sich so eben durch Citate aus dem Koran den Muselmanen gegenüber einen religiösen Anstrich gegeben hat, noch immer diesen Wunsch hege, um auch vor den frommen Seelen Europa's eine gewisse religiöse Weihe zu gewinnen. — Vorigen Sonntag feierten die akademischen Künstler des Pantheons das Patrocinium des heil. Joseph, ihres Schutzpatrons, bei welcher Gelegenheit eine Kirchenmusik aufgeführt wurde, für welche das Beiwort „profan" noch allzu wenig bezeichnend ist. Auf den reservirten Plätzen bemerkte man auch den Hrn. Liszt, der nun ganz das Aussehen eines alten Abbate hat, wobei jedoch an ihm noch immer eine gewisse Eleganz zu bemerken ist. Wie sehr muß er schon an religiöse Bußübungen gewöhnt sein, um durch solche Kirchenmusik nicht in seinem neuen Beruf wankend gemacht zu werden! (In italienischen Kirchen baare Opernmusik zu hören, ist nichts seltenes.)

Ueber die Unterhandlungen zwischen Rom und Turin war die letzte positive Nachricht die, daß Graf Revel, der Mann der äußersten Rechten, von Viktor Emanuel nach Rom entsendet und dort am 18. angekommen sei. Das klerikale „Journal de Bruxelles" meldet „nach besonderer Mittheilung", „das Einverständniß zwischen Rom und Italien in der Bisthümerfrage sei als erzielt zu betrachten und eine Konvention, welche sämmtliche sechs Punkte zur Befriedigung des heiligen Stuhles erledige, stehe auf dem Punkte, unterzeichnet zu werden". Dem gegenüber müssen die neuesten Depeschen vom 19. aus Wien, wo sich gegenwärtig eine der renommirtesten Brutanstalten für politische Enten befindet, mindestens mit großer Vorsicht aufgenommen werden.

Aus **New-York**, 5. Mai, schreibt man der „A. Z.": „Die Befürchtungen vor einem Guerillakrieg schwinden ganz. In Virginien und Nord-Carolina, wo noch vor wenigen Wochen die wilde Kriegsfurie tobte, reisen Korrespondenten hiesiger Zeitungen durch die abgelegensten Gegenden unter geringeren Gefahren als vor dem Krieg. Auf allen Wegen und Stegen begegnen sie den heimkehrenden Rebellensoldaten, finden auch manche derselben schon mit der Bestellung ihrer Aecker beschäftigt. Aeußerungen des Hasses und Grolls gegen den Norden hören sie freilich noch, aber selbst die grimmigsten Secessionisten geben zwei Dinge unumwunden zu: 1) daß der Süden vollständig und gründlich geschlagen; 2) daß die Sklaverei todt ist. Wo die ehemaligen Sklavenhalter ihre gewesenen Sklaven als freie Menschen behandeln, finden sie in ihnen sehr willige und fleißige Arbeiter gegen mäßigen Lohn. Manche der stolzesten Landjunker von ehemals sind durch die bittern Erfahrungen der letzten vier Jahre so heruntergekommen, daß sie mit Dank die — Unterstützung ihrer ehemaligen Leibeigenen annehmen, sich von ihnen ernähren lassen.

In Betreff des wegen seiner Scheußlichkeit kaum glaublichen Anschlages, den ein gewisser Dr. Blackburn gegen die Bevölkerung des Nordens geschmiedet haben soll, findet sich in New-Yorker Blättern folgende ausführliche Angabe: „Zeitungen von den Bermudas-Inseln enthalten lange Berichte über die gerichtliche Untersuchung, welche jetzt in St. George's gegen Dr. Blackburn geführt wird, der des Versuches angeklagt ist, nach New-York, Philadelphia und anderen Städten des Nordens das gelbe Fieber zu verbreiten. Blackburn besuchte Bermuda unter dem Vorwande einer philanthropischen Mission, die auf das gelbe Fieber Bezug habe. Es ist bewiesen, daß er Bettzeug und Kleidungsstücke, die von Fieberkranken benutzt worden, gesammelt, neue Kleidungsstücke angekauft und, mit dem Krankheitsstoff infizirt, in Koffer verpackt und letztere Leuten mit der Anweisung übergeben hat, sie im Frühjahr nach New-York zu senden. Einer der Zeugen sagte aus, Blackburn habe sich als konföderirten Agenten dargestellt, dessen Aufgabe die Vernichtung der Volksmasse des Nordens sei. Es wurde fernerhin dargethan, daß mehrere zu den Agenten der konföderirten Staaten in Beziehung stehende Personen Kenntniß von den Thatsachen gehabt haben. Der Koffer sollen zehn gewesen sein; drei sind aufgefunden und auf Befehl der Sanitätspolizei in die Erde vergraben worden. Blackburn ist wohlbekannt als ein fanatischer Rebell."

Hiezu die Beilage: „Würzburger Anzeiger".

Verantwortlicher Redakteur: A. Hartmann.
Druck und Verlag der Stahel'schen Buch- und Kunsthandlung in Würzburg

Cours der Staatspapiere.

Oesterr.	5 pCt. Met. (Cp. i. S. b. R.)	—
"	5 pCt. Lomb. ditto. à 24	—
"	5 pCt. Engl. Met. v. 1852	$60\frac{7}{8}$ P.
"	5 pCt. Engl. Met. v. 1859	$78\frac{5}{8}$ P.
"	5 pCt. Venet. Coupon b. R.	$86\frac{1}{4}$ P.
"	5 pCt. Nationalanl. v. 1854	$67\frac{3}{8}$—$\frac{7}{8}$ G.
"	5 pCt. Metall. Obligation.	$64\frac{1}{4}$ [illegible]
"	$4\frac{1}{2}$ pCt.	$56\frac{1}{2}$—$\frac{5}{8}$ G.
Preussen	$3\frac{1}{2}$ pCt. Staatsschuldsch.	—
Bayern	$4\frac{1}{2}$ pCt. Obl. 1jähr. dto.	$101\frac{3}{8}$ P.
"	$4\frac{1}{2}$ pCt. Obl. $\frac{1}{2}$jähr. dto.	102 G.
"	4 pCt. Obl. 1jähr. dto.	$99\frac{1}{8}$ G.
"	4 pCt. Obl. $\frac{1}{2}$ jähr. dto.	$99\frac{5}{8}$ P.
"	4 pCt. Obl. Ab.-R. dto.	$98\frac{1}{2}$ P.
"	$3\frac{1}{2}$ pCt. Obl. dto.	—
Württemb.	$4\frac{1}{2}$ pCt. Obl. b. Rothsch.	105 P.
"	$3\frac{1}{2}$ pCt. Obl. dto.	$94\frac{1}{4}$ P.
Baden	$4\frac{1}{2}$ pCt. Obl.	—
"	$3\frac{1}{2}$ pCt. Obl. v. 1842	$91\frac{7}{8}$ P.
Gr. Hess.	$4\frac{1}{2}$ pCt. Obl.	—
"	4 pCt. Obl. b. Rothsch.	$100\frac{3}{4}$ P.
"	$3\frac{1}{2}$ pCt. Obl. dto.	$97\frac{1}{4}$ P.
Nassau	$4\frac{1}{2}$ pCt. Obl. dto.	$102\frac{3}{8}$ P.
"	4 pCt. Obl. dto.	$99\frac{1}{2}$ P.
"	$3\frac{1}{2}$ pCt. Obl. dto.	$92\frac{1}{2}$ G.
Frankfurt	$3\frac{1}{2}$ pCt. Obl.	$94\frac{1}{2}$ G.
"	3 pCt. Obl.	91 P.
Spanien	3 pCt. inl. Sch. P. à fl. 2. 30	—
"	$2\frac{1}{4}$ pCt. " "	—
Schweden	$4\frac{1}{2}$ pCt. Obl. à 105 Thlr.	$91\frac{3}{4}$ P. $\frac{1}{4}$ G.
N.Amerika	6 pCt. à 1000r. 1881 D. $2\frac{1}{2}$	70—$\frac{1}{8}$ G.
"	6 pCt. ditto r. 1882 "	$70\frac{3}{8}$—$\frac{1}{4}$ G.

Diverse Aktien.

Frankfurter Bank à fl. 500 . . .	150 G.
K. K. Oesterr. National-Bankaktien	863—64 P.
Oesterr. Kreditbank-Aktien à fl. 200	196—$97\frac{1}{2}$ G.
Bayer. Hypothekenb. Pfandbriefe 4 pCt.	$97\frac{1}{2}$ P.
Darmst. Bank 1. u. 2. Serie à fl. 250	$227\frac{1}{2}$ G.
Weimarische Bank à Thlr. 100 . .	101 G.
Mitteldeutsche Kreditaktien . . .	$101\frac{3}{4}$ G.
Intern. Bank in Lux. à 250 Frs. à 28 kr.	—
Taunus-Eisenbahn à fl. 250 . . .	348 P.
Frankfurt-Hanauer-Eisenbahn . . .	$102\frac{1}{4}$ P.
Oest. F.St.Eisb. 5pCt. 500 Fr. à 28 kr.	—
" Elisab.-Eisenbahn 5 pCt. . . .	121 P.
Böhm. Westbahn-Aktien à fl. 200 5/7	79 P.
Rhein-Nahe-Bahn 200 Thl. à 105 4pCt. Z	—
Ludwigshafen-Bexbacher à 4 pCt. .	150 P.
dto. dto. Prior. à 4 pCt.	—
Pfälz. Maxb. b. Rothschild à $4\frac{1}{2}$ pCt.	$107\frac{1}{4}$ P.
Oest. St.-Eisenb. Prior.-Oblig. à 3 pCt.	52—$51\frac{7}{8}$ G.
Elisab.-Bahn Prior. 5 pCt. 5/7	$74\frac{1}{2}$ P.
Südd. Bank-Akt., 40 pCt. Einz.	254 P.
Span. Handels- und Industrie . .	—
Bayr. Ostbahn à $4\frac{1}{2}$ pCt. volleinbez.	$113\frac{3}{4}$ P — G.
Bayer. Ostbahn mit 60 pCt. Einz.	$113\frac{1}{2}$ P.

Wechsel
in süddeutscher Währung.

Amst. fl. 100 k. S.	101 P. — G.
Antwerp. Frs. 200 k.S.	$94\frac{5}{8}$ G.
Augsb. fl. 100 k. S.	$99\frac{3}{4}$ G.
Berlin Th. 60 k. S.	105 P.
Brem. 50 Th. Ld. k. S.	$97\frac{5}{8}$ P.
Brüssel Frs. 200 k. S.	$94\frac{5}{8}$ G.
Cöln Thlr. 60 k. S.	105 P.
Hamb. MB. 100 k. S.	$88\frac{1}{2}$ G.
Leipzig Th. 60 k. S.	105 P.
London Lst. 10 k. S.	$119\frac{1}{2}$ G.
Lyon Frs. 200 k. S.	—
Mail. Frs. 200 . .	$94\frac{1}{2}$ G.
München fl. 100 k. S.	$99\frac{3}{4}$ G.
Paris Frs. 200 k. S.	95 P. $94\frac{5}{8}$ G.
Petersburg 50 S.-R.	—
Triest fl. 100 k. S.	—
Wien fl. 100 ö. W.	—
do. in öst. W. l. S.	$108\frac{1}{2}$ P.
Disconto	$3\frac{1}{2}$ pCt. G.

Anlehens-Loose.

Oesterr. fl. 250 v. 1839	$142\frac{1}{2}$ P.
" fl. 250 v.1854 mit 4pCt.	—
" fl. 500 v. 1860 5/7	$85\frac{3}{4}$—$\frac{5}{8}$ G.
" fl. 100 Eisb.L. v. 1858.	$135\frac{1}{2}$ P.
" do. v. 1864.	$95\frac{3}{4}$ P.
Schwed. 10 Thlr. Loose	—
Badische fl. 50	$128\frac{1}{2}$ P. 128 G.
Badische fl. 35	$53\frac{1}{2}$ P.
Kurhess. Thlr. 40 b. R.	$58\frac{1}{2}$ P.
Gr. Hessen fl. 50 b. R.	13[illegible] G.
" fl. 25 do.	37 P.
Nassau fl. 25 bei Rothsch.	$35\frac{3}{4}$ P.
Sardinische Fr. 36 b. S.	—
Neuchateler 10 Frs.-Loose	—
Freiburger 15 Frs.-Loose	—
Mailänder 45 Frs. L. b. R.	$32\frac{1}{2}$ P.
St. Lüttich mit $2\frac{1}{2}$ pCt. Z.	33 G.
Ansb.-Gunzenh. fl. 7-L.	—

Frankfurt, 22. Mai. Im Allgemeinen zeigte die heutige Börse eine sehr matte Stimmung, deren Grund man wohl meistentheils in den Befürchtungen zu suchen hat, welche durch die im Moniteur angedeutete Haltung der französischen Regierung hinsichtlich der mexikanischen Angelegenheiten rege gemacht wurden. Amerikaner waren gestern in Folge günstiger Goldnotirungen aus New-York bedeutend gestiegen, konnten jedoch bei den vielfachen Realisationen den höheren Kurs nicht durchweg behaupten und schlossen zu $79\frac{1}{2}$. Neue 5proz. Türken wurden in vollgezahlten Stücken zu $46\frac{3}{4}$ gehandelt. (Spnd.)

An die k. Hof- und Staatsbibliothek München. 1 N. Würzb. Ztg.

Neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht!

№ 143. | Vorausbezahlung: Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 1 fl. 30 kr. Bei Inseraten wird die dreispaltige Zeile in gewöhnlicher kleiner | 62. Jahrgang. | Schrift oder deren Raum im Hauptblatte mit 6 kr., im Anzeiger mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franco. | Mittwoch, 24. Mai 1865.

Auf die „Neue Würzburger Zeitung" kann für den Monat Juni sowohl in der Expedition, wie bei allen königl. Postämtern abonnirt werden.

(Amtliche Nachrichten.) **München**, 22. Mai. Se. Maj. der König hat zum zweiten Buchhalter der k. Central-Staatskasse den Offizianten derselben Kasse, F. A. Stutz, befördert, dessen Stelle dem Funktionär in der geheimen Kanzlei des Finanzministeriums, A. Günthner, verliehen; den Bez.-Ger.-Rath G. K. Schwab in Eichstätt in den nachgesuchten Ruhestand versetzt; auf dessen Stelle den dortigen Assessor F. Arnold befördert; auf des Letztern Stelle den Ldg.-Assessor F. X. Schmidt von Beilngries versetzt, zum Assessor des Ldg. Beilngries den Bezirksg.-Accessisten in Altötting, G. Mussinan, ernannt; den zweiten Staatsanwalt am Bezirksg. Neunburg v/W., F. Holle, auf ein Jahr in Ruhestand versetzt; zum zweiten Staatsanwalt am Bezirksg. Neunburg v/W. den Assessor dieses Gerichts, G. Ch. H. Filberich, befördert; auf dessen Stelle den Ldg.-Assessor H. Mayer in Neustadt a. W.-N. berufen und des Letztern Stelle dem Vertreter der Staatsanwaltschaft am Landg. Furth, M. Schnurrer, verliehen.

Aus dem innern Leben des **Klubs der Linken** macht die „Wochenschr." verschiedene Mittheilungen, aus welchen wir hervorheben, daß bedeutende prinzipielle Fragen als Parteifragen in dem Sinne behandelt werden, daß die Ansicht der Mehrheit für alle Mitglieder bindend ist, so daß diejenigen, die ihre persönliche Ueberzeugung mit dieser Ansicht nicht in Einklang zu bringen vermöchten, aus dem Klub ausschreiten müßten. Die Frage, ob die Angelegenheit wegen des Landwehr-Erlasses vom 4. Mai im Wege der Interpellation oder der Beschwerde anzugreifen sei, kann, wie sich hieraus ergibt, nicht als solche Prinzipienfrage behandelt worden sein, weil mehrere hervorragende Mitglieder des Klubs von dem schließlich gewählten Wege in dem Maße dissentirten, daß sie der Interpellation ihre Unterschrift versagten. Das mildere Verfahren, für das sich die Mehrheit entschied, soll übrigens deßhalb eingeschlagen worden sein, weil es „für wahrscheinlich oder doch sehr möglich" galt, daß der Minister des Innern sich schon durch den bloßen Antrag auf Beschwerdeführung veranlaßt sehen würde, seine Entlassung zu nehmen.

Die Interpellation des Abg. Dr. G. **Schmitt**, deren Verlesung auf die Tagesordnung der Sitzung der Abgeordnetenkammer vom 24. gesetzt ist, lautet: „Der Artikel 2 des Schuldotationsgesetzes vom 10. Nov. 1861 schreibt vor, daß eine deutsche Schule, an welcher sich nur eine Lehrstelle befindet, mit einem Schullehrer besetzt werden muß, wenn die Zahl der Schüler nach fünfjährigem Durchschnitt fünfzig erreicht. Diese Vorschrift gestattet aber keineswegs, solche definitive Lehrstellen, welche dieses bei Erlassung des Schuldotationsgesetzes bereits waren, auf Grund eben dieses Gesetzes, in Verweserstellen umzuwandeln, wenn die betreffende Schule weniger als 50 Kinder hat. Eine neuestens ergangene Entschließung des königlichen Staatsministeriums des Innern für Kirchen- und Schulangelegenheiten vom 31. März 1865 geht von der gleichen Anschauung aus und macht es den Kreisstellen zur besonderen Pflicht: „schon bestehende definitive Lehrstellen, auch wenn sie weniger als 50 Schüler zählen, ungeschmälert als solche zu erhalten und die Aufstellung von Verwesern nur in seltenen Ausnahmsfällen bei sehr geringer Schülerzahl und sehr geringer Leistungsfähigkeit der betheiligten Gemeinden und auch hier nur als zeitweilige Maßregel eintreten zu lassen." Nun sind aber in der Zeit von Erlaß des Schuldotationsgesetzes bis zum Erscheinen der erwähnten Ministerial-Entschließung namentlich in einem Regierungsbezirke eine ganze Reihe vormals definitiver Lehrstellen in ständige Verwesereien auch da umgewandelt worden, wo sich an der betreffenden Schule nur eine Lehrerstelle befindet. Hiemit ist die Bestimmung über den Minimalgehalt der definitiven Lehrer theilweise illusorisch geworden und überdies für die Betheiligten die Gelegenheit, eine definitive Lehrerstelle zu erhalten, wesentlich beschränkt. Demgemäß erlaubt sich der ergebenst Unterzeichnete an das kgl. Staatsministerium des Innern für Kirchen- und Schulangelegenheiten die Frage: „Gedenkt die k. Staatsregierung, es bei dieser Umwandlung definitiver Lehrstellen in ständige

---

Feuilleton.

Ueber die Pariser Hundeausstellung,

welche in voriger Woche in Paris statt hatte, liegt uns ein Bericht vor, dem wir Folgendes entnehmen:

In den Champs-Elysées rivalisiren zwei Ausstellungen zu gleicher Zeit um die Besucher, der Salon für 1865 im Industriepalast und die Hundeausstellung am Quais du Cours la Reine, und es läßt sich schwer entscheiden, welche die besuchtere ist. Absolut ist es vielleicht der Salon, relativ aber jedenfalls die Hundeausstellung; da nun in dem einen Lokale beiläufig viertausend Bilder und in dem anderen etwa zwölfhundert Hunde die Besucher herbeilocken, so ergibt sich daraus die lehrreiche Nutzanwendung, daß etwa dreiunddreißig diverse Kunstwerke zusammen den Anwerth finden, dessen sich ein einziger Hund schmeicheln kann. Zu dieser Erkenntniß müssen denn auch viele der hiesigen Künstler gekommen sein, denn unter den ausgestellten Hunden sind die Malerhunde auffallend stark vertreten, und es wäre gewiß sehr interessant, wenn in dem Kataloge eigene Subklassen geführt würden, in denen man die Malerpintsche, Malerspitze und Malerpudel eigens verzeichnete.

Der Salon ist stabiler Natur, er behauptet volle drei Monate das Feld, der kläffende, heulende und winselnde Hundekongreß läßt sich eben nicht länger als acht Tage zusammenhalten. Dies mag wie für viele Andere auch für uns zur Entschuldigung dienen, wenn wir früher unsern Besuch bei den lebendigen Jagdmeuten machen, als bei den hunderten gemalten Sonnenauf- und Untergängen, den pathetischen Historien und den mehr oder minder langweiligen Natürlichkeiten und Ungezogenheiten des modernen Genres. Das Palais der Hundeausstellung ist nicht von Eisen und nicht von Glas, man wird nicht in Verlegenheit kommen, was mit dem Bau, nachdem er seine erste Bestimmung erfüllt, weiter zu geschehen habe, ob man ihn als Nationaldenkmal stehen lassen, oder zum Besten der Aktionäre auf den Abbruch verkaufen solle. Die Baulichkeiten der Hundeausstellung bestehen aus Latten und Leinwand, und diese beiden primitiven Materialien sind so geschmackvoll zusammengestellt, als es die Hunde nur immer wünschen konnten. In drei Gassen sind sechs lange Reihen von Barraken aufgestellt, welche nach der Gasse zu offen und mit farbiger Leinwand bedacht sind; in diesen Barraken ist in einer Entfernung von je drei Metern je ein Hund auf einer breiten Estrade angekettet, hat seinen Wasserkübel und Freßtrog vor sich, etwas Stroh zu seiner Bequemlichkeit und ist auf seinen eigenen Witz angewiesen, sich die Langeweile einer achttägigen Schaustellung bestens zu vertreiben.

Diese sechs Reihen von Barraken in einer Linie aufgestellt, würden die ganze respektable Länge einer vollen Wegstunde geben, das Besehen der Ausstellung ist demnach selbst für den flüchtigsten Besucher ein ziemlich zeitraubendes und anstrengendes Unternehmen, mit Rücksicht hierauf wurde eine Restauration und ein Buffet in dem Ausstellungsraum untergebracht, deren gebotene Genüsse an und für sich gewiß vollkommen tadellos sind, aber in dem Dunstkreise von zwölfhundert gesund funktionirenden Hunden doch etwas von ihrem anregenden Reize verlieren. Ferner befindet sich dort ein kleiner Lesegarten, in welchem die Tagesblätter verliehen werden, ein photographisches Atelier, welches Bestellungen auf Conterfeis aller Ausgestellten vom zottigsten Köter bis zum seidenhaarigen King Charles übernimmt und ein Album sämmtlicher Zwölfhundert ankündigt; ein Bazar, in welchem sich Alles vorfindet, was für Hunde jemals fabrizirt und für Geld verkauft wurde, alle Sorten

Google

Schulverwesereien, soweit solche vom Erlaß des Schuldotationsgesetzes bis zum Erscheinen der Ministerialentschließung vom 31. März 1865 bereits stattgefunden hatten, zu belassen, oder dieselbe vielmehr blos als zeitweilige Maßregel zu betrachten und demgemäß den k. Kreisstellen die Verpflichtung aufzuerlegen, die erwähnten Stellen wieder mit definitiven Lehrern zu besetzen."

Nach dem Protokolle über die am 19. stattgehabten Verhandlungen im 1. Ausschuß der Kammer der Abgeordneten über den Amnestiegesetzentwurf gab der Staatsminister der Justiz in Bezug auf den vom Referenten Dr. Edel vorgeschlagenen Art. 2*) folgende Erklärung ab: „Die Staatsregierung sei von der Ansicht ausgegangen, daß die durch Art. 2 in der vom Herrn Referenten vorgeschlagenen Fassung betroffenen Personen ohnehin unter die Amnestie fielen, und halte es zur richtigen Interpretation des Gesetzes für genügend, wenn diese Erklärung in den Verhandlungen niedergelegt und als Interpretationsmittel durch die Gerichte benützt werde." Nachdem Herr Abg. Streit für Aufnahme des Art. 2, als zur Erzielung einer sicheren Garantie nothwendig, gesprochen hatte, wurde Art. 1 und der neue Art. 2 einstimmig angenommen. Ueber die Verhandlungen, welche sich an den Vorschlag des Herrn Referenten auf Streichung des die Nichtangehörigen des bayerischen Staates von den Wohlthaten des Amnestiegesetzes ausschließenden Artikels knüpften, besagt das Protokoll, was folgt; „Der Herr Staatsminister der Justiz erklärte, das Zustandekommen des Gesetzes werde gefährdet, wenn die Ausdehnung desselben auf Ausländer beschlossen werden sollte, und erläuterte die hiefür maßgebenden Gründe. Abg. Umbscheiden sprach sich hierauf für Ausdehnung der Amnestie auf Ausländer und für die Hoffnung aus, daß die Staatsregierung auf Grund weiterer Erwägungen dahin komme, dieser Ausdehnung nachträglich noch zuzustimmen. Abg. Stenglein sprach den Wunsch aus, die Staatsregierung möge sich wenigstens entschließen, eine Ausdehnung der Amnestie auf alle betheiligten deutschen Staatsangehörigen zu bewilligen. Abg. Dr. Barth erklärte sich für den vom Referenten begutachteten Abstrich. Nach weiteren Erklärungen der Herren Staatsminister der Justiz und des Aeußern nahmen noch an der Diskussion Theil die Herren Abgeordneten Dr. Völk, Umbscheiden, I. Präsident Hr. Dr. Pözl, II. Präsident Hr. Dr. Schlör, Hohenadl, Dr. Edel, Streit, Dr. Barth, welche sämmtlich sich für Ausdehnung der Amnestie aussprachen. Die Abgg. v. Neumayr und Stenglein erklärten, daß sie wegen der kategorischen Erklärung der Staatsregierung, um das Zustandekommen des Gesetzes für die Inländer zu sichern, gegen den Abstrich des Artikels stimmen würden; derselbe wurde hierauf mit sieben gegen zwei Stimmen beschlossen."

*) „Die Bestimmungen des Art. 1 finden auch dann Anwendung, wenn durch eine unter Art. 1 fallende Handlung oder zum Zwecke derselben zugleich eine Verletzung der Person oder des Eigenthums begangen worden ist."

Der „N. Pr." entnehmen wir folgende auffallende Mittheilung aus **Wien**: „Bei Gelegenheit der Debatte über das Kriegsbudget waren die Galerien des Abgeordnetenhauses sehr zahlreich von Offizieren besucht; seitdem waren verschiedene Gerüchte über angebliche Maßnahmen laut, welche die Anwesenheit der Offiziere bei den Parlamentsverhandlungen beschränken oder gar verbieten sollten. Solche sind in der That, wenn auch nur in Form einer mündlichen Aeußerung, erfolgt, indem der Landes-Kommandirende von Nieder-Oesterreich an die zur Entgegennahme von dienstlichen Instruktionen versammelten Stabsoffiziere eine bezügliche Ermahnung gerichtet hat. FML. Graf Thun sagte, es sei übel vermerkt worden, daß Offiziere so zahlreich bei den Verhandlungen des Abgeordnetenhauses über das Kriegsbudget anwesend waren, wo sie manche unbegründete Angriffe gegen Vorgesetzte anhören mußten, was wohl die Gefühle der Standesehre unangenehm zu berühren geeignet war. Ferner wurde hervorgehoben, wie es sich leicht ereignen könnte, daß die Galerien in Folge unstatthafter Beifalls- oder Mißfallensbezeigungen auf Anordnung des Präsidenten geräumt würden und so auch die Offiziere unfreiwillig den Saal verlassen müßten, woraus eine mit dem Stande eines Offiziers schwerlich verträgliche peinliche Situation erwachsen würde."

Berlin, 22. Mai. Die Budgetkommission des Abgeordneten-Hauses hat bei Berathung über die Verwaltung des Staatsschatzes einstimmig die Anträge des Referenten Reichenheim angenommen, folgenden Inhalts: die Entnahme von Geldern aus dem Staatsschatz ohne gesetzliche Ermächtigung der Landesvertretung für verfassungswidrig und das Staatsministerium für verantwortlich für die entnommenen Beträge zu erklären; die Decharge für die Verwaltung des Staatsschatzes von 1860—62 nicht zu ertheilen. Die Budgetkommission hat bereits die Berathung der Kriegskostenvorlage begonnen. Der Regierungskommissär erklärte: die preußischen Forderungen in der schleswig-holsteinischen Frage würden vollständig festgehalten. Die Einberufung der Stände bezwecke Verhandlungen über die Forderungen, welche der Herzog Friedrich von Augustenburg kenne, jedoch nicht erfülle. Nur mit den Ständen, nicht mit dem Augustenburger, der sein Recht nicht nachgewiesen habe und kein Souverän de facto sei, könne Preußen verhandeln. Bis zur Erfüllung der preußischen Forderungen werde das Provisorium fortdauern. Referent Twesten empfahl Verhandlungen mit dem Augustenburger.

Berlin, 22. Mai. Der Eisenbahn-Vertrag zwischen Preußen und Mecklenburg-Schwerin ist am 20. ds. Mts. hier von den beiderseitigen Bevollmächtigten unterzeichnet worden. — Trotz wiederholter Wiener Angaben wird der neue Antrag der Mittelstaaten in Frankfurt unausgesetzt bezweifelt. Der Zusammentritt der (schleswig-holsteinischen) Stände soll übrigens keineswegs nahe bevorstehen. — Die Nachricht von Unterhandlungen wegen eines

von Maulkörben, Halsbändern, Peitschen, Ketten, Schabraken und Wolltrikots für rheumatische oder sonst gegen Kälte empfindliche elegante Hunde, mehrere Pavillons, in welchen Ausstellungskataloge und allerlei in die Literatur der Canina einschlägige Bücher feilgeboten werden, und schließlich die unentbehrlichen Anstalten zur Sicherheit und Bequemlichkeit des Publikums, Polizeiposten, Feuerspritzen u. s. w.

So umständlich, als nach dem soeben Aufgezählten für das Publikum Sorge getragen wurde, hat man doch noch auf zwei wichtige Vorkehrungen vergessen: man verkauft keine Riechfläschchen für Leute, welche dergleichen nicht für gewöhnlich mit sich herumtragen, aber hier gerne manchmal ihre Zuflucht dazu nehmen würden, und man offerirt den Besuchern nicht das Zacherl'sche Wunderkraut aus Persien, um sie vor der Aufdringlichkeit der Hunde zu bewahren.

Die Anordnung ist eine ausgezeichnete. Man hat die verschiedenen Hunderacen und ihre Abarten in dreiundvierzig Klassen eingetheilt, welche mit den ordinärsten und nützlichsten Hundegattungen beginnen und mit den geschätztesten und unbrauchbarsten schließen. (Schluß f.)

Vergnügungszug nach Rom.

Wie unsern Lesern bereits bekannt, wird am 19. Juni von Wien aus über München, Lindau u. s. w. ein Vergnügungszug nach Rom abgehen. Dem Programme liegt eine kurze Reisebeschreibung bei, der wir, soweit sie unsere zur Theilnahme etwa Lust tragenden Leser interessiren dürfte, Nachstehendes entnehmen: Auf der Fahrt erreichen wir Augsburg, eine bedeutende Stadt mit 45.389 Einwohnern, an der Vereinigung der Wertach und des Lech. Im 15. und 16. Jahrhunderte erreichte sie als freie Reichsstadt ihre höchste Blüthe, als Stammplatz des Handels zwischen dem nördlichen Europa, Italien und der Levante; damals standen einzelne Bürger manchem Fürsten gleich. Zu Augsburg hielt Kaiser Karl V. seine berühmten Reichstage.

Die Lindauer Bahn zweigt sich hier gegen Süden ab, durchschneidet die Ebene zwischen Wertach und Lech. Lechfeld, Schauplatz der großen Schlacht, in welcher Otto I. im Jahre 995 die große Schlacht gegen die Hunnen schlug. Jenseits der Wertach das fürstlich Fugger'sche Schloß Wellenburg, sodann die Stadt Inningen, Bobingen, Großaitingen, der gewerbreiche Ort Schwabmünchen, Westerdingen, geht in Moosboden zweimal über die Gennach, und tritt in das Algäu, die Thalsohle der Wertach. Jenseits des Flusses Kloster Irrsee, ist jetzt Irrenanstalt. Großartig schließt hier das Gebirge den Hintergrund der Landschaft.

Bei der alten Stadt Kaufbeuern überschreitet die Bahn den Fluß, und schlängelt sich zwischen dicht bewaldeten Hügeln hin. Sodann folgen die Stationen Biessenhofen, Ruderatshofen und Aitrang. — Günzach mit einem alten Kloster, der höchste Punkt an der Bahn (2601') gewährt eine schöne Aussicht in's Günzthal. Nun tritt die Bahn in eine enge Thalschlucht, und führt durch ein mächtiges Torflager in das Leibasthal; auf der Höhe sieht man die Ruinen des Schlosses Walbegg, sodann folgen die Stationen Wilpoldsried, Betzigau und über die Iller nach Kempten, einer ansehnlichen Stadt in hübscher Lage an der Iller. Bemerkenswerth sind hier die Römerburg, erbaut vor Christi Geburt, Burg Hilarmont, Burg Halde. Die Aussicht auf das romantisch schöne Gebirge ist sehr lohnend, man erblickt im Vordergrund den Grünthen 5364' — nebenan im Hintergrunde den langen Rücken des Daumen (6994') und die abgestumpfte Pyramide des Hochvogl 7948', endlich rechts die kahlen zerrissenen Algäuer Alpen, deren höchste Spitze die Mädle-Gabl 8107' hoch

Handelsvertrages mit Italien, dessen Unterzeichnung bald zu erwarten sei, scheint unrichtig.

Nassau. In der „Mittelrh. Ztg." war ein vom Bürgermeister in Schwalbach ausgestelltes Leumundszeugniß, dahin lautend: „Herr Klinz sei ein eifriges Mitglied der Fortschrittspartei; sonst sei nichts Nachtheiliges von ihm bekannt," ein „von politischem Parteihaß zeugendes" genannt worden. Vom Justizamt in Wiesbaden deshalb der Dienstehrenkränkung schuldig befunden und zu dreitägigem Arrest verurtheilt, hat der Redakteur der genannten Zeitung, nach Bestätigung des erstinstanzlichen Urtheiles durch das Hofgericht, am 17. seine Strafe angetreten.

** **Jena**, 13. Mai. Gestern hielt das Komité für die Feier des Jubiläums der deutschen Burschenschaften eine längere Sitzung, um sich über die Quelle zu entscheiden, aus welcher der Festwein bezogen werden soll. Nach eingehender Prüfung der verschiedenen eingegangenen Proben entschied man sich dahin, die Lieferungen ausschließlich dem Hause Eduard Witter in Neustadt a. d. H. zu übergeben, und steht zu erwarten, daß die höchst achtbaren Pfalzweine dieser Firma zu der gehobenen Stimmung, in welcher das Fest zweifelsohne verlaufen wird, ihr redliches Theil beitragen werden.

Schleswig-Holstein. Die bereits erwähnte Denkschrift des Herzogs Friedrich von Augustenburg vom 31. März (Instruktion an Hrn. v. Ahlefeldt) beginnt n. d. „Köln. Ztg." damit, daß Hr. v. Ahlefeldt nach gewährter Kenntnißnahme der preußischen Forderungen und noch vor dem damals schwebenden Bundesbeschluß beauftragt wird, der preußischen Regierung die volle Bereitwilligkeit zu einer Verständigung unumwunden zu konstatiren. Der Herzog erinnert daran, daß er von je her und schon zur Zeit, als Preußen noch an dem Londoner Protokoll festgehalten, der Ueberzeugung gewesen sei, daß eine glückliche Lösung der schleswig-holsteinischen Angelegenheit nur mit dem guten Willen der preußischen Regierung erfolgen könne, und daß er dieser Ueberzeugung Ausdruck gegeben habe. Dieses Entgegenkommen sei sowohl vom König als von Hrn. v. Bismarck wiederholt anerkannt worden. Im September und Oktober vor. Js. ferner äußerte Hr. v. Bismarck solche Ansichten über das Verhältniß Preußens zu den Herzogthümern, daß Hr. v. Ahlefeldt aussprechen konnte, alles von Preußen Gewünschte werde sich leicht ordnen lassen, und Hr. v. Bismarck dagegen eine Verwendung für die Interessen oder Rechte des Herzogs in Aussicht stellte. Nach der Rückkehr des Hrn. v. Bismarck von seiner Badreise aus Frankreich, als der Herzog sein volles Einverständniß mit den von dem Minister-Präsidenten entwickelten Ansichten aussprechen ließ, nahm letzterer einen nahen Abschluß der Angelegenheiten nicht in Aussicht, aber er wollte die nähere Formulirung der preußischen Forderungen durch die Fachminister bewirken und Herrn v. Ahlefeldt mittheilen lassen. Indessen eröffnete der Minister-Präsident im Dezember, daß er zuvor über die preußischen Forderungen mit Oesterreich verhandeln wolle, was ja auch dem Herzog angenehmer sein werde. Der Herzog bedauert, daß die Einigung mit Oesterreich auch jetzt noch nicht erreicht sei. Die Hoffnung einer baldigen Herbeiführung dieser Einigung glaubt der Herzog darauf stützen zu können, daß die Forderungen der preuß. Note vom 22. Febr. d. Js. von den früher an ihn selbst gestellten wesentlich abwichen, und er bezweifelt nicht, daß diese letzteren von Oesterreich annehmbar befunden worden wären. Der Herzog würde sich glücklich schätzen, die Einigung der beiden Regierungen herbeiführen zu können, wenn nicht auf Basis der früheren Auffassungen der preuß. Regierung, so doch auf einer solchen Basis, welche zwischen dieser und der am 22. Febr. formulirten liege, um so mehr, als einerseits in der Mitte zwischen diesen Auffassungen die äußerste Grenze desjenigen Verhältnisses liege, welches von den Herzogthümern angenommen und ertragen werden könnte, und als andererseits nach Lage der Dinge die Zukunft der Herzogthümer ohne eine tiefgehende Erschütterung Deutschlands einseitig nicht entschieden werden könne. Indem der Herzog an der früher gewonnenen Basis festzuhalten wünscht, ermächtigt er doch Hrn. v. Ahlefeldt, die an Oesterreich gerichteten Vorschläge zum Ausgangspunkt der Erörterungen zu nehmen. Als Hauptgesichtspunkt wird die Frage hingestellt, in wie weit das Land die zuzugestehenden Leistungen an Preußen bereitwillig übernehmen wird, oder wie weit es dieselben ohne Gefährdung seiner staatlichen Existenz würde acceptiren können. Hierauf folgen die schon mitgetheilten Erklärungen über die einzelnen preußischen Forderungen.

Aus **Paris**, 20. Mai, schreibt man dem „Schwäb. M.": „Die Unterhandlungen zwischen Rom und Florenz werden zu einem befriedigenden Erfolg führen; die hiesige Regierung ist hierüber vollkommen beruhigt. Sie glaubt auch zu wissen, daß unmittelbar nach dem Abschluß einer Konvention zwischen Pius IX. und Viktor Emanuel die Königin von Spanien sich zur Anerkennung des Königreichs Italien verstehen werde. — Das Gerücht von einem Abstecher des Kaisers nach Spanien scheint ganz unbegründet zu sein. — Die jüngsten Berichte des französ. Geschäftsträgers in Washington scheinen die Regierung einigermaßen zu beunruhigen. Sie traut dem Frieden mit den „Auswanderungsbureaus" nicht, und sie hat erfahren, daß der bekannte General Fremont die Seele eines Projekts sei, demzufolge Anwerbungen für die Sache des Präsidenten Juarez in den Vereinigten Staaten organisirt werden sollen. — In London ersieht man die Möglichkeit eines Konflikts mit den Vereinigten Staaten wegen Kanada, da der Präsident Johnson große Lust verräth, die Auslieferung der dort befindlichen Südlichen zu verlangen.

---

sich erheben. Von Kempten ab werden kühne und großartige Bahnbauten, wie nicht minder ein reicher Wechsel an schönen und reizenden Landschaftsbildern das Auge des Reisenden ergötzen. Die Bahn schlängelt sich vielfach auf hohen Dämmen und Viadukten durch grüne fichtenbewachsene Alpenthäler und die Vorberge des Algäus.

Vor Immenstadt tritt die Bahn dicht an die Iller. Immenstadt liegt sehr malerisch in einem grünen, von hohen Kuppen umrahmten Thale, deren höchste die Mädle-Gabl 8107'.

Hier nimmt die Bahn in scharfer Wendung eine westliche Richtung, und erreicht, plötzlich das Auge überraschend, den 3/4 Stunden schmalen Alpensee, läuft auf dessen nördlichem Ufer auf einem Damm bis Oberstaufen, von hier senkt sich dieselbe in die Wasserscheide der Donau und des Rhein bis zum Bodensee. Vor der Station und hinter einem kleinen Tunnel gewahrt der überraschte Blick das tiefe, grüne Weissachthal, das Bregenzer Waldgebirge und die schneebedeckten Appenzeller Berge. Die Bahn durchzieht das mitunter waldige Land. Nach Eseratsweiler ist eine treffliche Aussicht über den ganzen Bodensee, links Bregenz, vorne Lindau und drüben die St. Galler und Appenzeller Vorberge, — darüber die Schneefelder des Sentis. Ein langer Damm führt über einen Arm des Sees, die Bahn nach dem Bahnhofe von Lindau, wegen seiner Lage das deutsche Venedig genannt. Im Mittelalter war sie eine bedeutende Handelsstadt, auf einer Insel des Bodensees durch den neuen Eisenbahndamm, und eine 1000' lange hölzerne Brücke mit dem Ufer verbunden. Der Bodensee hat 30 Stunden im Umfange, ist 14 Stunden lang und 3 Stunden breit; an der tiefsten Stelle 856 Fuß.

Wer sich auf diesem Wege zum ersten Male der Schweiz nähert, auf den mag wohl der überaus reizende und überraschende Anblick der ganzen Gruppe einen erhebenden Eindruck machen. Der weite Wasserspiegel und die mit zahlreichen Ortschaften geschmückten Ufer, die sich erhebenden stattlich belaubten Berge, in der Ferne die Appenzeller Alpenkette und vorsonderlich der schneebedeckte Sentis sind von der Natur geschaffen, um das staunende Auge zu fesseln. — Dieser Genuß wird unsern Reisenden in der Empfindung eines angenehmen Fahrwechsels, wie nicht minder durch einen zweistündigen Aufenthalt, umsomehr zu Theil, da wir von Lindau über den Bodensee mittelst Dampfschiff nach Romanshorn fahren, wo wir den besten und zweckmäßigsten neuen Hafen des Bodensees erblicken. Seit der Erbauung der Eisenbahn ist die Stadt im Aufblühen begriffen, von hier steigt die Bahn über Frauenfeld, der Hauptstadt Thurgau's an der Murg mit einem aus unbehauenen Steinen erbauten uralten Thurme, nach Winterthur nächst Zürich, der größten und reichsten Stadt dieses Kantons, umgeben von Weinbergen und schönen Promenaden. Die Bahn läuft in das Tößthal ein, erreicht die Stadt Walisellen, wo von die Uster kommende Eisenbahn mündet.

Durch einen 3200 Fuß langen Tunnel fahrend, genießt man den ersten Anblick der über die Anhöhe weit zerstreuten Stadt Zürich. Bemerkenswerth das Polytechnikum, ein imposantes Gebäude, und die Brücke über die Limat. Der Zürcher See ist eine liebliche Erscheinung der Voralpen und konkurrirt in dieser Hinsicht mit allen andern Seen der Schweiz. Seine Ufer bieten eine überreiche Fülle malerischer Studien. Eine Perlenschnur von reizenden und aufeinanderfolgenden Dörfern, Villen, Landgütern umfaßt das Gestade und kein Schweizer See ist so belebt, wie dieser. In Zürich wird Nachtstation gehalten und sowohl der schöne Abend als der schöne Morgen des darauffolgenden Tages wird den nunmehr in der Schweiz weilenden Reisenden die angenehmsten Eindrücke und Rückerinnerungen zurücklassen.

(Fortsetzung folgt.)

Der Prinz Napoleon hat bei der Enthüllung einer Napoleonsstatue in Ajaccio eine Rede über seinen großen Oheim gehalten, welche viel von sich reden macht. Wir heben daraus nur einige Stellen hervor. Einmal sagte der Prinz: „In den Kulminationspunkt seiner Macht fällt die Verheirathung Napoleon's mit einer österreichischen Prinzessin, welche ihm einen Sohn schenkt, welche aber ihre neuen Pflichten nicht begreift, welche ihn im Unglück verläßt und ihn eine Allianz aufsuchen läßt, die unseren Interessen seit Heinrich IV, und Richelieu feindlich ist; — feindlich unseren Interessen, feindlich unserem Streben, weil sie dem Genius Frankreichs widerstrebt. Niemals wird die österreichische Allianz eine französische Politik sein." Nicht besser als Oesterreich kömmt das Papstthum weg. In Bezug auf dieses äußerte der Prinz: „Hat das Kommende nicht die Voraussetzungen Napoleon's I. bestätigt? Fühlen Sie es nicht heraus in diesen Kämpfen, die in der weltlichen Macht der Päpste ihren Ursprung haben, daß es sich heut für alle Freunde der Freiheit und des neuzeitlichen Geistes darum handelt, diese letzte Festung des Mittelalters mit Sturm zu nehmen? Rom, in den Händen des Papstes, ist der Herd der Reaktion gegen Frankreich, gegen Italien, gegen die heutige Gesellschaft; und es sind Katholiken ganz eigener Art, welche die Zukunft der Religion von einer in Rom durch die Gewalt behaupteten weltlichen Macht abhängig machen wollen."

Paris, 23. Mai. Der „Constitutionnel" enthält einen Limayrac'schen Artikel, welcher bezüglich der letzten amerikanischen Nachrichten beruhigen soll. Es ist darin gesagt, daß die Maßregeln, welche aus der Neutralität der franzöſischen Regierung hervorgingen, mit dem Kriege aufhören müssen; und es sei nicht anzunehmen, daß die wenigen Rebellenschiffe, welche noch die See halten, Schwierigkeiten veranlassen könnten. Es wird bezweifelt, daß die von Ortega unternommenen Werbungsversuche gelingen. Uebrigens bürgt die Sprache der Unionsregierung dafür, daß dieselbe im Nothfall das Gesetz zur Anwendung bringen wird, welches die Werbungen verbietet. Eine andere Politik würde übrigens den bisher von Seite der amerikanischen Regierung kundgegebenen Gefühlen widersprechen. Noch kurz vor seinem Tode versicherte Lincoln Frankreich, daß er vollkommen neutral bleiben werde. Wir dürfen hinzufügen, daß die Rede Johnsons an den englischen Gesandten und die Sprache der Diplomaten der Union eher geeignet sind, die friedlichen Dispositionen gegenüber den fremden Mächten zu bestätigen, als ihnen ein Dementi zu geben.

Aus **Turin**, 17. Mai, schreibt man dem „Schw. M.": „Von Rom gehen uns gar sonderbare Gerüchte zu. Da soll es nach Einigen im Kardinalskollegium fast zum offenen Bruch gekommen sein, da ein Theil der Kardinäle sich den Unterhandlungen des Papstes mit der italienischen Regierung entschieden widersetzt. Der Papst hingegen dringt ebenso entschieden auf eine Verständigung und, wie es den Anschein hat, auf eine sehr weit gehende, tief in die politische Seite der Frage eingehende. Viele sprechen von einem abgeschlossenen oder wenigstens doch abschlußreifen Konkordate, ja man nennt schon den Nuntius, der am italienischen Hof zu figuriren hätte, und der kein anderer wäre, als der widerhaarige zu Neapel lebende Kardinal de Andrea. Noch andere legen dem Papste die Worte in den Mund: „Bis zum Feste der Christihimmelfahrt des künftigen Jahres wird Rom ein Fest erleben, wie es seit den Zeiten Karls des Großen keines mehr gesehen," und sehen darin die unfehlbare Deutung einer Krönung Viktor Emanuels durch Pius IX. Die sonst gut unterrichtete „Unita cattolica" erklärt diese Wundermähren für ebenso viele Erdichtungen, doch spricht sie von in Rom angekommenen Noten von Seite Oesterreichs und Preußens, worin diese Regierungen den päpstlichen Hof ermahnen, sich nicht zu überstürzen. Es muß also dennoch rasch vorwärts gegangen sein. So viel ist gewiß, Vegezzi weilt noch in Turin; dagegen ist Buoncompagni plötzlich von Palermo, wo derselbe weilte, nach Rom abgegangen und auch bereits daselbst angekommen. Die nächsten Wochen dürften uns noch manches Neue aus der Siebenhügelstadt bringen, woran noch vor einem Monat kein Mensch zu denken wagte."

Rußland. Der Nachfolger Murawieff's, General v. Kaufmann, ist am 14. Mai in Wilna angekommen. Gleichzeitig hat auch der neuernannte General-Gouverneur von Kiew, Podolien und Volhynien, General Bezak, sein Amt angetreten. Bei der Vorstellung der Gouverneure und anderer höherer Beamten äußerte Bezak: „Dieses Land ist wirklich russisch, daher bitte ich die Herren Gouverneure, daß bei allen Behörden keine andere als die russische Sprache in Anwendung komme, und ich gestatte, daß auf die Entlassung jener Beamten angetragen werde, welche von dieser Vorschrift abweichen. Für meine Person muß ich im Voraus erklären, daß ich auf kein Gesuch, auf keinen Brief antworten werde, der nicht russisch ist." Diese Ansprache veröffentlicht der offizielle „Kiewlanin" und bemerkt, daß man darnach beurtheilen könne, nach welchen Grundsätzen der neue General-Gouverneur vorgehen werde.

Hiezu die Beilage: „Würzburger Anzeiger".

Verantwortlicher Redakteur: A. Hartmann.
Druck und Verlag der Stabel'schen Buch- und Kunsthandlung in Würzburg

Cours der Staatspapiere.

Oesterr.	5 pCt. Met. (Cp. 1. S. b. R.)	—
„	5 pCt. Lomb. ditto. à 24	—
„	5 pCt. Engl. Met. v. 1852	$80\frac{7}{8}$ P.
„	5 pCt. Engl. Met. v. 1859	$78\frac{3}{4}$ P.
„	5 pCt. Venet. Coupon b. R.	$86\frac{3}{8}$ G.
„	5 pCt. Nationalanl. v. 1854	$67\frac{7}{8}$ G.
„	5 pCt. Metall. Obligation.	$61\frac{1}{8}$ P.
„	$4\frac{1}{2}$ pCt.	$56\frac{3}{8}$ G.
Preussen	$3\frac{1}{2}$ pCt. Staatsschuldsch.	—
Bayern	$4\frac{1}{2}$ pCt. Obl. 1jähr. dto.	$101\frac{1}{2}$ P.
„	$4\frac{1}{2}$ pCt. Obl. $\frac{1}{2}$jähr. dto.	—
„	4 pCt. Obl. 1jähr. dto.	$99\frac{1}{8}$ G.
„	4 pCt. Obl. $\frac{1}{2}$jähr. dto.	$99\frac{5}{8}$ P.
„	4 pCt. Obl. Ab.-R. dto.	$98\frac{1}{2}$ P.
„	$3\frac{1}{2}$ pCt. Obl. dto.	—
Württemb.	$4\frac{1}{2}$ pCt. Obl. b. Rothsch.	105 P.
„	$3\frac{1}{2}$ pCt. Obl. dto.	94 G.
Baden	$4\frac{1}{2}$ pCt. Obl.	—
„	$3\frac{1}{2}$ pCt. Obl. v. 1842	$91\frac{3}{8}$ P.
Gr. Hess.	$4\frac{1}{2}$ pCt. Obl.	—
„	4 pCt. Obl. b. Rothsch.	$100\frac{3}{4}$ P.
„	$3\frac{1}{2}$ pCt. Obl. dto.	$97\frac{1}{2}$ P.
Nassau	$4\frac{1}{2}$ pCt. Obl. dto.	102 G.
„	4 pCt. Obl. dto.	$99\frac{3}{8}$ P.
„	$3\frac{1}{2}$ pCt. Obl. dto.	92 P. $91\frac{3}{4}$ G.
Frankfurt	$3\frac{1}{2}$ pCt. Obl.	$94\frac{1}{2}$ G.
„	3 pCt. Obl.	81 P.
Spanien	3 pCt. inl. Sch. P. à fl. 2. 30	—
„	$2\frac{1}{2}$ pCt. „ „ „	—
Schweden	$4\frac{1}{2}$ pCt. Obl. à 105 Thlr.	$91\frac{5}{8}$ P.
N.Amerika	6 pCt. à 1000r. 1881 D. $2\frac{1}{2}$	$70\frac{1}{2}$ G.
„	6 pCt. ditto r. 1882 „	$70\frac{1}{2}$–71 G.

Diverse Aktien.

Frankfurter Bank à fl. 500 . . .	$1601\frac{1}{2}$ G.
K. K. Oesterr. National-Bankaktien	863 G.
Oesterr. Kreditbank-Aktien à fl. 200	$196\frac{1}{2}$ P. 198 G.
Bayer. Hypothekenb. Pfandbriefe 4 pCt.	$97\frac{1}{2}$ P.
Darmst. Bank 1. u. 2. Serie à fl. 250	229 G.
Weimarische Bank à Thlr. 100 . .	101 G.
Mitteldeutsche Kreditaktien . . .	$101\frac{3}{4}$ P.
Intern. Bank in Lux. à 250 Frs. à 28 kr.	—
Taunus-Eisenbahn à fl. 250 . . .	348 P.
Frankfurt-Hanauer-Eisenbahn . . .	$102\frac{1}{4}$ P.
Oest. F.St.Eisb. 5pCt. 500 Fr. à 28 kr.	—
„ Elisab.-Eisenbahn 5 pCt. . .	121 P.
Böhm. Westbahn-Aktien à fl. 200 6/7	79 P.
Rhein-Nahe-Bahn 200 Thl. à 105 4pCt. Z.	—
Ludwigshafen-Bexbacher à 4 pCt. .	$150\frac{3}{8}$ P.
dto. dto. Prior. à 4 pCt.	—
Pfälz. Maxb. b. Rothschild à $4\frac{1}{2}$ pCt.	$106\frac{3}{4}$ G.
Oest. St.-Eisenb. Prior.-Oblig. à 3 pCt.	$51\frac{3}{4}$ G.
Elisab.-Bahn Prior. 5 pCt. 6/7	$79\frac{3}{8}$ P.
Südd. Bank-Akt., 40 pCt. Einz.	254 P.
Span. Handels- und Industrie . .	—
Bayr. Ostbahn à $4\frac{1}{2}$ pCt. volleinbez.	$113\frac{3}{4}$ P. — G.
Bayer. Ostbahn mit 50 pCt. Einz.	$113\frac{1}{2}$ P. $\frac{1}{4}$ G.

Wechsel
in süddeutscher Währung.

Amst. fl. 100 k. S.	101 P. — G.
Antwerp. Frs. 200 k.S.	$94\frac{5}{8}$ G.
Augsb. fl. 100 k. S.	$99\frac{3}{4}$ G.
Berlin Th. 60 k. S.	105 P.
Brem. 50 Th. Lsd. k. S.	$97\frac{5}{8}$ P.
Brüssel Frs. 200 k. S.	$94\frac{5}{8}$ G.
Cöln Thlr. 60 k. S.	105 P.
Hamb. MB. 100 k. S.	$88\frac{3}{4}$ P.
Leipzig Th. 60 k. S.	105 P.
London Lst. 10 k. S.	$119\frac{3}{4}$ P.
Lyon Frs. 200 k. S.	—
Mail. Frs. 200 . .	$94\frac{5}{8}$ G.
München fl. 100 k. S.	$99\frac{3}{4}$ G.
Paris Frs. 200 k. S.	95 P. $94\frac{5}{8}$ G.
Petersburg 60 S.-R.	—
Triest fl. 100 k. S.	—
Wien fl. 100 ö. W.	—
do. in öst. W. l. S.	108 G.
Disconto	$3\frac{1}{2}$ pCt. G.

Anlehens-Loose.

Oesterr. fl. 250 v. 1839	142 G.
„ fl. 250 v. 1854 mit 4pCt.	$78\frac{1}{2}$ G.
„ fl. 500 v. 1860 6/7	86 G.
„ fl. 100 Eisb. L. v. 1858.	136 G.
„ do. v. 1864.	—
Schwed. 10 Thlr. Loose	—
Badische fl. 50	—
Badische fl. 35	$53\frac{1}{4}$ P.
Kurhess. Thlr. 40 b. R.	$55\frac{5}{8}$ P.
Gr. Hessen fl. 50 b. R.	$13\frac{1}{2}$ G.
„ fl. 25 do.	$37\frac{1}{4}$ P.
Nassau fl. 25 bei Rothsch.	$35\frac{3}{8}$ G.
Sardinische Fr. 36 b. R.	—
Neuchateler 10 Frs.-Loose	—
Freiburger 15 Frs.-Loose	—
Mailänder 45 Frs. L. b. R.	$32\frac{1}{2}$ P.
St. Lüttich mit $2\frac{1}{2}$ pCt. Z.	33 G.
Ansb.-Gunzenh. fl. 7-L.	—

Frankfurt, 23. Mai. Die Börse war für amerikanische Fonds recht fest. Die Arbitrage war Käufer, da nach den neuesten New-Yorker Notirungen Bonds sich in New York auf $77\frac{1}{2}$ stellten. Indessen fahren Besitzer mit ihren Realisationen fort. Die New-Yorker Börse scheint in der mexikanischen Frage von der Ansicht auszugehen, daß die Regierung jedenfalls neutral bleiben werde, und daß ein etwaiger Freischaarenkrieg die Vereinigten Staaten nicht direkt berühren würde. In österr. Fonds war das Geschäft geringfügig und die Notirungen ziemlich fest. (Spnd.)

An die
k. Hof- und Staatsbibliothek
München.
N. Würzb. Ztg.

Neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht!

№ 144. | Vorausbezahlung: Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 1 fl. 30 kr. Bei Inseraten wird die dreispaltige Zeile in gewöhnlicher kleiner | **62. Jahrgang.** | Schrift oder deren Raum im Hauptblatte mit 6 kr., im Anzeiger mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franco. | Donnerstag, 25. Mai 1865.

Zur schleswig-holsteinischen Sache.

Die „Allg. Ztg." theilt jetzt den Wortlaut der Denkschrift des Herzogs Friedrich vom 31. März, welche durch Herrn v. Ahlefeldt in Berlin überbracht worden ist, mit. Der Text stimmt vollkommen mit dem vor wenigen Tagen in der „Köln. Ztg." veröffentlichten Auszug überein (s. Nr. 141 und 143); doch wollen wir, als bezeichnend, die Einleitung im Wortlaut wiedergeben. Nachdem der Herzog zunächst die dem Herrn v. Ahlefeldt „durch die Geneigtheit des preußischen Herrn Ministerpräsidenten am 20. d. M. (März) gewährte Kenntnißnahme der von der preußischen Regierung an Oesterreich gestellten Forderungen" erwähnt hat, fährt er fort: „Der Hr. Ministerpräsident hat freilich, als er Ihnen die Mittheilung der preußischen Forderungen in Aussicht stellte, nicht zugleich den Wunsch ausgesprochen, mit Ihnen nunmehr in definitive Verhandlungen über das Verhältniß, welches zwischen den Herzogthümern und Preußen begründet werden soll, zu treten; indessen liegt mir daran, gerade unter den jetzigen Umständen auf's Neue festzustellen, daß meinerseits keine Schwierigkeiten obwalten, um über die obschwebenden Fragen eine endliche Verständigung im Interesse Deutschlands und der Herzogthümer herbeizuführen. Der jetzt schwebende Antrag am Bunde legt mir diesen Wunsch nahe. Denn obwohl ich denselben in keiner Weise beeinflußt habe, so wäre es doch möglich, daß sich in Berlin die Ansicht bilde, als ob ich auf diesen Antrag rechnete, um, wenn derselbe zum Beschluß erhoben werden sollte, den Wünschen Preußens entgegenzutreten. Sie wissen zu gut, daß ich von jeher und schon zu einer Zeit, als Preußen noch an dem Londoner Vertrag festhielt, der Ueberzeugung gewesen bin, daß eine glückliche Beilegung der schleswig-holsteinischen Angelegenheit nur mit dem guten Willen der königlich preußischen Regierung erfolgen kann, und daß ich dieser Ueberzeugung Ausdruck gegeben habe. Sowohl Se. Majestät der König als der Herr Ministerpräsident haben es im frühern Verlauf dieser Angelegenheit wiederholt anerkannt, daß ich es weder an Entgegenkommen noch an Bereitwilligkeit habe fehlen lassen, um zu der glücklichen Lösung beizutragen, von welcher die Zukunft der schwer geprüften Herzogthümer und vielleicht der Friede Deutschlands abhängt. Und so wünsche ich auch jetzt, und noch bevor eine Entscheidung über den am Bunde gestellten Antrag erfolgt ist, dem Herrn Ministerpräsidenten dieselbe Bereitwilligkeit zu erkennen zu geben, und ersuche ich Sie daher, Dieß in förmlicher und unzweideutiger Weise zu thun. Sie werden sich dabei vor Allem klar zu machen haben, wie die Lage war, als die Verhandlungen von dem Hrn. Ministerpräsidenten vor jetzt länger als einem Vierteljahr ausgesetzt wurden. Als Sie sich, nachdem der Hr. Ministerpräsident nach einer mehrmonatlichen Abwesenheit nach Berlin zurückgekehrt war, in Anlaß der damals schwebenden Friedensverhandlungen dorthin begeben hatten, äußerte sich derselbe in den Unterredungen vom 28. September und 1. Oktober über das künftige Verhältniß der Herzogthümer zu Preußen in einer Weise, daß Sie es sofort aussprachen: es werde sich alles Dieß ohne Schwierigkeiten ordnen lassen. Derselbe erklärte sich, und zwar nach genommener Rücksprache mit seinen HH. Kollegen, auf Grund Ihrer Aeußerungen bereit, mit Ihnen über die Formulirung der preußischen Forderungen in Verhandlung zu treten, sobald er von seiner damals bevorstehenden Badreise zurückgekehrt sein werde. Gegen die Gewährung der gewünschten Vortheile würde nach der Ihnen gewordenen Erklärung des Herrn Ministerpräsidenten Preußen mit seiner Politik meine Interessen oder Rechte zur Geltung zu bringen suchen. Als Sie sich dann nach der Rückkehr des Herrn Ministerpräsidenten von Biarritz wieder nach Berlin begaben und sich in der ersten Unterredung, welche Sie mit demselben am 10 Nov. hatten, zu der in Aussicht genommenen Verhandlung bereit erklärten, schien die Lage eine andere geworden zu sein. Obwohl Sie auf Grund des Vorausgegangenen mein volles Einverständniß mit den von dem Herrn Ministerpräsidenten aufgestellten Gesichtspunkten aussprechen konnten, schien derselbe damals den Abschluß der Angelegenheit nicht in nahe Aussicht zu nehmen, war indessen

Feuilleton.

Ueber die Pariser Hundeausstellung.

(Schluß.)

Die Schäferhunde bilden die erste Klasse, jene Hunde, welche wohl am längsten im Verein mit dem Menschen leben und ihm dienen. Diese biederen, ehrlichen, zottigen Schnauzen, der struppige Kamm, und das ohne jedes, noch so geringe Schwänzchen gänzlich abgeschlossene Hintertheil ist allerdings nicht dazu geschaffen, sich mit Glück in Salons zu bewegen. Man geht an ihnen vorbei, wie vor einem Biedermann, den man recht sehr schätzt, aber dessen grobkörnige, widerhaarige Natur keine vertrauliche Annäherung gestattet. Die zweite Klasse ist die der Fleischerhunde, nicht minder respektabel als die ersten, aber noch etwas brutaler.

Dann folgen in der dritten bis sechsten Klasse die Wach- und Kettenhunde aller Völker und aller Welttheile, Hunde aus Kamtschatka, Grönland, Island, Lappland, Cuba, Thibet, St. Domingo, Mexiko, die berühmten Racen der Pyrenäen und Abruzzen und dann die vielgenannten Lebensretter vom St. Bernhard. Die siebente und achte Klasse enthält lauter grimmige, mißmuthige Bulldogs, die ewig die Zähne fletschen und Niemandem ins Auge sehen können. Sämmtliche Klassen von der neunten bis einschließlich fünfunddreißigsten gehören den verschiedenen Jagdhunden an. Der Reihenfolge nach enthalten sie die Kaninchenfänger, die dänische Rüde, den Bluthund, den Hasenhund, die Vorsteh- und Leithunde, die Jagdbastarde, die Dachshunde, die Spür- und Fanghunde.

Unter denselben sind sehr noble Exemplare, welche ihren Diener in Livrée, rothseidener Weste und goldbordirtem Hut bei sich haben, der ihnen jeden Wunsch aus den Augen ablesen muß, ihnen Wasser und Futter präsentirt und täglich eine kleine Promenade mit ihnen macht, während die anderen minder begünstigten Hunde sich mit der Dienstleistung des Blaukittels, den die Unternehmung hiezu bestellt hat, begnügen und sich dem Ausstellungsreglement fügen müssen. Klasse 36 enthält die Pudel, jene liebenswürdige Race, welche leider immer mehr aus der Mode zu kommen scheint, wahre Renaissancehunde, die erst hübsch werden, wenn man sie ihrer Ursprünglichkeit beraubt und sie zustutzt, wie die Alleen zu Versailles und die Blätterwände in Schönbrunn. Klasse 37 bis 39 enthalten alle Arten und Abarten von Windspielen, glatt und behaart, einfärbig und bunt; 40 und 41 Bastarde, Doppelkreuzungen und ganz raceloſe Individualitäten. In der Klasse 42 sind ein Paar Koppeln englischer Rattenfänger ausgestellt, und der Wärter derselben erzählt Wunder von Geschicklichkeit und Behendigkeit; einzelne Exemplare sollen bis 30 Ratten in der Minute zu erwürgen im Stande sein.

Die letzte Klasse ist die der Zimmer- und Luxushunde. Schon die äußere Ausstattung ihres Platzes zeugt von dem besonderen Werthe, den man ihnen beimißt; man läßt sie nicht mehr auf offenen Estraden und im Stroh liegen, sondern man gibt jedem derselben eine besondere wohlverwahrte Zelle, in welcher über das Stroh ein weiches Fell oder ein dicker Teppich gebreitet ist; nebstbei hat jeder der Hunde noch ein Seidenpolster zu seiner Bequemlichkeit, Wasser in vergoldeten Porzellanschalen, und in allen Ecken liegen zahlreiche Brocken von Zuckerbrod, welche den kleinen Appetitanwandlungen zwischen den Hauptmahlzeiten bestimmt sind. Die Hunde dieser Klasse bleiben auch nicht über Nacht in dem Ausstellungsgebäude, sie erscheinen erst gegen 11 Uhr Vormittags, werden vor dem Portale aus dem Wagen gehoben und bekommen

doch, an seinem früheren Versprechen festhaltend, bereit, die nähere Formulirung der preußischen Forderungen durch die Fachminister bewirken zu lassen und sie Ihnen in einiger Zeit mitzutheilen. Am 14. Dez. v. Js. indessen eröffnete Ihnen der Herr Ministerpräsident, daß er gegenwärtig mit Oesterreich über Konzessionen unterhandle und sich vorher mit demselben zu einigen wünsche, was auch mir angenehmer sein werde. Er sagte Ihnen, sobald diese Einigung erreicht sei, Mittheilung darüber zu. Diese Einigung ist leider bis jetzt noch nicht erreicht."

Aus Wien berichtet man der „Allg. Ztg." vom 22. ds.: „Die Forderung, daß Herzog Friedrich VIII. während der Dauer der Verhandlungen der Stände das Land verlassen soll, ist in Berlin fallen gelassen worden, nachdem man sich dort überzeugt hatte, daß Oesterreich darauf nicht eingehen werde, da, wie Graf Mensdorff sich geäußert, es selbstverständlich sei, daß sich der Herzog jedweder Agitation enthalten werde. Ueber diese letztere soll Hr. v. Zedlitz seiner Regierung Data geliefert haben, welche dem diesseitigen Kabinet mitgetheilt wurden. Graf Mensdorff hat darauf den Frhrn. v. Halbhuber beauftragt, Erhebungen zu pflegen und sich auf Grundlage derselben zu äußern. Der österr. Civilkommissär hat nun seinen Bericht nach Wien gesendet, der jedoch nicht geeignet sein soll, die Mittheilungen des preuß. Civilkommissärs zu bestätigen."

In Blankenese haben die Schiffsrheder sich entschlossen, die österr. Flagge anzunehmen. Der „Altonaer" Korrespondent schreibt diesen dem Schwarzgeld vor dem Schwarzweiß ertheilten Vorzug theils „den Bemühungen der Anhänger des Prinzen von Augustenburg und den antipreußischen Blättern und Vereinen", theils aber dem „rein äußerlichen Umstande" zu, „daß das Schwarzweiße für den nichtpreußischen Seemann in den Farben wenig Ansprechendes, ja etwas Tristes hat, im Vergleich mit allen andern Flaggen." Irren wir nicht, so hat das Schwarzweiße auch für den nichtpreußischen Landmann wenig Ansprechendes.

Bei einer in Frankfurt vor einigen Tagen stattgehabten Besprechung der Vorstände des Nationalvereinsausschusses ist, mehreren Blättern zufolge, die Einberufung des Gesammtausschusses des Nationalvereins auf den 8. Juni nach Frankfurt beschlossen worden. Ein Frankfurter Korrespondent der „Allg. Z." glaubt „aus guter Quelle" versichern zu können, daß zu Gunsten der Erbfolge des Herzogs von Augustenburg einer Generalversammlung des Nationalvereins einige von dem Gesammtausschuß zu formulirende Resolutionen unterbreitet werden sollen.

München. Die Beschlüsse, die in der Versammlung der Delegirten der Kreis- und Städtekomite's zum Behuf der endgiltigen Feststellung einer Stiftung zum Andenken an König Max II. am 20. d. gefaßt worden sind, gehen nach einer genauen Mittheilung der „N. B." dahin: 1) es sollen aus den Zinsen des verfügbaren Kapitals von 110,000 fl. Stipendien für das Kunstgewerbe begründet werden; 2) diese Stipendien für die Beflissenen des Kunstgewerbes sollen im Minimum 300 fl., im Maximum 500 fl. betragen; 3) es werden zuerst acht Stipendien gegründet, für jeden Kreis von Bayern eines; 4) die Verleihung des Stipendiums steht der Kreis-Gewerbe- und Handelskammer des betreffenden Kreises zu; 5) die Verwaltung des Kapitals soll dem Staat zustehen; 6) Die Dechargirung der Rechnungen, dann die Ueberwachung der Einhaltung des zu entwerfenden Status soll den jeweiligen ständischen Staatsschuldentilgungskommissären, resp. ihren Stellvertretern, eventuell den beiden Kammerpräsidenten, übertragen werden; 7) ein Ausschuß wird das Statut ausarbeiten. In diesen Ausschuß wurden gewählt die HH. Graf Hegnenberg-Dux, Feustel, Hänle, v. Schab, Nar und Stenglein. In Fällen der Stimmengleichheit in diesem Ausschuß entscheidet die Stimme des Vorsitzenden.

Der Gesetzentwurf, die Bodenzinskapitalien der Grundrenten-Ablösungskasse, der Stiftungen, Gemeinden und Privaten betreffend, besteht aus 18 Artikeln folgenden wesentlichen Inhalts: I. Bodenzinskapitalien der Grundrentenablösungskasse. Art. 1. Die in Gemäßheit des Grundentlastungsgesetzes vom 4. Juni 1848 und des Gesetzes über Ausübung und Ablösung des Weiderechtes auf fremdem Grund und Boden vom 23. Mai 1852 der Grundrentenablösungskasse zustehenden Bodenzinskapitalien sind zu Gunsten dieser Kasse kündbar und kraft des gegenwärtigen Gesetzes gekündigt. Art. 2. Bis spätestens zum 31. Oktober 1865 hat sich der Pflichtige bei dem einschlägigen Rentamte protokollarisch darüber zu erklären, ob er das Bodenzinskapital in Annuitäten oder mittels successiver Baarablösung tilgen wolle. Diese Erklärung ist auch für die Grundrentenablösungskasse bindend. Unterbleibt die im Absatz 1 angegebene Erklärung innerhalb der dort festgesetzten Frist, so wird angenommen, daß der Pflichtige in Annuitäten tilgen wolle. Art. 3. Die annuitätenweise Tilgung hat vom 1. Januar 1866 an zu beginnen und innerhalb 43 Jahre in der Art zu geschehen, daß der Pflichtige außer dem bereits bestehenden 4prozentigen Bodenzinse ein weiteres Prozent jährlich zu entrichten hat. Die Verlängerung der in Absatz 1 bestimmten Tilgungsfrist ist unzulässig. Art. 5. Beabsichtigt der Pflichtige die gänzliche Beseitigung der Annuitätenzahlung, so kann er dies ohne Rücksicht auf frühere oder neuere Errichtung nur durch volle Zahlung seiner ganzen Schuldigkeit bewirken. Doch bleibt ihm unbenommen, die Tilgung durch Ent-

---

zärtliche Abschiedsküsse in den Käfig mit und zwar oft von so schönen Lippen, daß mancher zweibeinige ehrliche Junge sie darum beneiden möchte. Abends zur fashionablen Dinerstunde werden sie wieder mit der Equipage abgeholt, und die verschiedenen Herrinnen geben sich alle Mühe, dem armen Thiere die ausgestandene peinliche Situation in so indiskreter und ignobler Gesellschaft vergessen zu machen.

Unter diesen enfants gatés sind die berühmtesten die drei Möpse, welche, vielleicht die letzten ihres Geschlechtes, aus England herübergeschickt wurden, um die hiesigen Hundeliebhaber zur Verzweiflung zu bringen. Es sind dies echte unzweifelhafte Möpse, semmelfarben, mit pechschwarzer Schnauze, Stülpnase und dem Ausdrucke des ewigen Erstaunens in dem runden Gesichte, das kurze Ringelschwänzchen vorschriftsmäßig an die Seite gedreht.

Das schönste Exemplar der Luxushunde ist aber die kleine „Pepita" der Madame Nerdi, ein zartes, kaum faustgroßes Wesen, welches von Weitem wie ein kleines Röllchen Schwanenflaum aussieht, schneeweiß, die Haare von der Nase bis zum winzigen Schwänzchen gescheitelt, so daß es genau so aussieht, wie man ehemals in den Pfennigmagazinen die thibetanischen Schafe zeichnete. Dieses Hündchen bellt nicht, ächzt nur so melancholisch, wie ein Papagei vor dem Einschlafen, und sieht mit seinen schwärmerischen schwarzen Augen so müde, so träumerisch in die Welt. Die kleine „Pepita" hat die große goldene Medaille bekommen. Was ist das für so viel Anmuth, so viel Schönheit, die mindestens des Schicksales des berühmten Hundes Barkouf werth wäre, der irgendwo in Indien auf den Thron und in Paris in die große Oper gelangte? — „Pepita" kokettirt zuweilen mit „Kiki" — o glücklicher „Kiki!"

So hätten wir denn in den weitesten Umrissen das genannt, was von den ausgestellten Hunden nennenswerth ist. Trotz der ansehnlichen Menge der ausgestellten, ist doch die Zahl der Hunde fortan noch lange nicht vollständig; vor Allem fehlt jene Gattung ganz, welche zu kriegen und zu wedeln versteht, ohne dazu von der Natur eigens mit einem Schwänzchen bedacht worden zu sein, welche knurrt, heult und bellt auf Geheiß, welche wohl auch zu beißen versucht, wenn es ohne Gefahr geschehen kann, und mit ungemeiner Befriedigung und großem Selbstbewußtsein seinem Herrn den Stock oder die Peitsche nachträgt.

Vergnügungszug nach Rom.

(Fortsetzung.)

Von Zürich geht die Bahn über den mit Häusern bedeckten Züriberg, um mit einem Rückblicke noch einmal das ganze wunderherrliche Panorama unseres anmuthvollen Sees zu genießen. Wir kommen auf die Bergkette des Utli mit dem freundlichen Berghause, fahren über die steile Lehne bergab an die Station Altstädten, Schlieren, Dietikon und Killwangen. Eine herrliche Aussicht gewährt uns der langgestreckte Höhenzug des Lägern nordöstlich der Bahn, welche bald durch einen Tunnel unter dem Schloßberge des „Steins von Baden" nach der Stadt Baden gelangt. Von Baden über Turgi, wo sich die Bahn nördlich nach Coblenz abzweigt, erreichen wir Brugg an der Aar, genannt „das Philosophen- oder Propheten-Städtchen", weil mehrere literarische Notabilitäten hier geboren wurden.

In dieser romantisch schönen Gegend erblicken wir südlich auf dem bewaldeten Wülpelsberge das Schloß Habsburg, die Wiege und das Ahnenschloß des österreichischen Kaiserhauses, im Jahre 1020 erbaut. Das Ganze ist mehr Ruine wiewohl noch im mittleren Theile einige alte Zimmer sich vorfinden, deren eines Kaiser Rudolf I. als Graf von Habsburg bewohnt haben soll. Bald darauf erreicht man die Station Schinznach; die Bahn tritt in ein engeres Thal und macht einen großen Bogen, um nach der Stadt Aarau zu gelangen. In dem Hause jenseits der Aare, „zur Blumenhalde," lebte und starb 1848 Heinrich Zschokke. Von

richtung höherer als der bedungenen Jahresraten zu beschleunigen. Art. 6. Wählt der Pflichtige zur Heimzahlung die successive Baarablösung, so ist er, vorbehaltlich des Rechtes, auch früher größere Zahlungen zu leisten, gehalten, das Bodenzinskapital innerhalb 40 Jahren vom 1. Januar 1866 an in der Art zu tilgen, daß er jährlich den vierzigsten Theil entrichtet. Art. 8. Von dem auf die Leistung der Theilzahlung folgenden Verwaltungsjahre an mindert sich der jährliche Bodenzins um den dem Zinse der geleisteten Zahlung entsprechenden Betrag. Art. 10. In Ansehung der Gefälle von Stiftungen, Gemeinden oder Privaten, welche nach §. 7 Nr. 5 Abs. 2 des Finanzgesetzes vom 10. November 1861 rechtzeitig, d. i. bis 1. Oktober 1861 nicht angemeldet worden sind, ist diese und die frühere Bestimmung des Finanzgesetzes vom 1. Juli 1856 § 5 Nr. 5 im letzten Absatze maßgebend. Sind die Gefälle rechtzeitig zwar angemeldet, bei dem Erscheinen des gegenwärtigen Gesetzes aber gleichwohl zur Ueberweisung an die Grundrenten-Ablösungskasse noch nicht gelangt, so kann solche Ueberweisung noch bis zum 31. Dezember 1870 einschließlich stattfinden. Ist bis zu diesem Zeitpunkte die Ueberweisung des Gefälles nicht erfolgt, so darf dasselbe von der Grundrenten-Ablösungskasse nicht mehr übernommen werden. Gleiches gilt bezüglich der Weiderechtsabgaben und der darauf bezüglichen Bodenzinse. Bezüglich der Tilgung der in solcher Weise nach dem 31. Oktober 1865 auf die Grundrenten-Ablösungskasse übergehenden Bodenzinse finden die Bestimmungen der Art. 2—8 in der Art Anwendung, daß die Tilgungsperiode mit dem auf die Ueberweisung folgenden Verwaltungsjahre beginnt. Art. 11. Vom 1. Januar 1866 an ist die Errichtung von Bodenzinsen bei dem Anfalle von Handlohns-Aequivalenten der Ablösungskasse ausgeschlossen, dieselben sind vielmehr von diesem Zeitpunkte an im ganzen Anfallsbetrage zu entrichten. Will der Pflichtige von der Bestimmung des Art. 15 Abs. 4 des Grundentlastungsgesetzes bezüglich eines noch nicht angefallenen Handlohns-Aequivalentes Gebrauch machen, so ist ihm Dieß gestattet, wenn er spätestens bis zum 31. Dezember 1865 den einfachen Handlohn baar entrichtet und für den Rest ein nach Maßgabe des gegenwärtigen Gesetzes heimzuzahlendes Bodenzinskapital bestellt. Im Uebrigen finden die Art. 2 bis 8 Anwendung. II. Bodenzinskapitalien der Stiftungen, Gemeinden und Privaten. Art. 12. Die Stiftungen, Gemeinden und Privaten, welche ihre Renten an die Ablösungskasse nicht überwiesen haben, sind befugt, die nach Art. 15 Abs. 4 und Art. 29 des Grundentlastungsgesetzes vom 4. Juni 1848, dann nach Art. 17 und 18 des Gesetzes über die Ausübung und Ablösung des Weiderechts auf fremdem Grund und Boden vom 28. Mai 1852 zu ihren Gunsten bestellten Bodenzinskapitalien den Pflichtigen zur Heimzahlung zu kündigen. Art. 13. Machen die Berechtigten von der im Art. 12 bezeichneten Befugniß Gebrauch, so finden für den Pflichtigen, falls nicht eine andere Uebereinkunft unter den Betheiligten getroffen wird, die Heimzahlungsmodalitäten des Abschnitts 1 analoge Anwendung. Der Pflichtige ist berechtigt, den nach Abzug der bereits bezahlten Annuitäten und der hieraus zu 4 pCt. zu berechnenden Zinseszinsen, beziehungsweise nach Abzug der geleisteten Theilzahlungen noch verbleibenden Rest des Bodenzinskapitales zu jeder Zeit durch baare Zahlung zu tilgen. Art. 14. Vom 1. Januar 1866 an findet die Bestimmung des Art. 11 Abs. 1 auch auf die den Stiftungen, Gemeinden und Privaten zustehenden Handlohns-Aequivalente Anwendung, wenn unter den Betheiligten nicht besondere Uebereinkunft getroffen wird. Art. 15. Streitigkeiten, welche die vor den Verwaltungsbehörden stattgehabten Verhandlungen, die hiebei festgestellten Verbindlichkeiten oder den Vollzug des Gesetzes an sich betreffen, sind von der einschlägigen Distrikts-Verwaltungsbehörde zu entscheiden. Gegen deren Entscheidung ist innerhalb einer Präklusivfrist von 14 Tagen Rekurs an die Kreisregierung, Kammer des Innern, zulässig, welche darüber nach kollegialer Berathung in zweiter und letzter Instanz entscheidet. III. Allgemeine Bestimmungen. Art. 16. Die zum Vollzuge des gegenwärtigen Gesetzes stattfindenden Verhandlungen, sowie die über die Art der Tilgung abgeschlossen werdenden Verträge sind tax- und stempelfrei. Art. 17. In allen Fällen, in welchen bisher die Hinterlegung von Ablösungsschuldbriefen stattzufinden hatte oder stattfinden konnte, können auch andere zu vier vom Hundert oder höher verzinsliche bayerische Staatspapiere, und zwar mit den nämlichen Wirkungen, welche bisher die Hinterlegung von Ablösungsschuldbriefen hatte, hinterlegt werden.

München, 23. Mai. Abg. v. Paur erstattet Namens des III. Ausschusses Vortrag in Betreff des Antrags des Abg. Frhrn. v. Guttenberg um Erbittung einer Gesetzesvorlage über Regulirung der Feldwege und Beseitigung der Trepprechte. Der Ausschuß beschloß einstimmig: „Es sei an Se. Maj. den König die allerunterthänigste Bitte zu richten, wenn möglich dem nächsten Landtage einen Gesetzentwurf über die Regelung der Feldwege und der Trepprechte vorlegen zu lassen“ — nachdem sich Ministerialdirektor v. Wolfanger in folgendem Sinne geäußert hatte: Das k. Staatsministerium des Handels und der öffentlichen Arbeiten habe die Vorbereitung eines Gesetzes zur Regelung der Feldwegeverhältnisse, dann der Ueberfahrts- und sogenannten Trepprechte — als den Schlußstein (?) der bayerischen Kulturgesetzgebung — schon seit mehreren Jahren in's Auge gefaßt. Derselbe fügte bei, daß die Materialien zur Ausarbeitung eines derartigen Gesetzentwurfes vollständig vorliegen, so daß auch

---

Aarau gelangen wir zum Städtchen Olten mit dem Zentralbahnhofe für die Linien Basel, Zürich, Luzern, Bern und Genf, und deßhalb während der Reisesaison zur Zeit der ankommenden und abgehenden Züge durch Tausende von Menschen belebt.

Mittelst prächtiger Brücke über die Aare fahren wir in großen Bogen bergauf und erreichen den Hauenstein-Tunnel, welcher 770 Fuß unter dem höchsten Gipfel des Hauenstein hinführt, sodann bergab mit prächtiger Fernsicht gelangen wir nach Aarburg. Auf hohen Felsen erblicken wir in malerischer Pracht das Schloß gleichen Namens. Hier wendet sich ein Zweig der Bahn von Luzern, während die Bernerlinie eine Zeitlang freundlich neben der Aar im Thalgrunde läuft, und nach einigen unbedeutenden Stationen die Stadt Herzogenbuchsee erreicht. Die Bahn gabelt hier nach Solothurn ab. Unsere Reisenden fahren weiter über die kleinen Stationen Riedwyl und Winnigen nach der malerischen Stadt Burgdorf, mit einem im 7. Jahrhunderte auf einem Felsen erbauten Schlosse. Die Stationen Lyssak, Hindlbank und Schönbühl sind von minderem Interesse, während uns der folgende Ort Grauholz das Schlachtfeld der Kämpfe im Jahre 1798 zwischen den Franzosen und den Bernertruppen zeigt. Zollikofen, Schloß im modernen Geschmack; — ebenso ist die schöne Tiefenaubrücke sichtbar. Die Bahn läuft neben der Aare und bald über die Aar-Brücke, mit eisernem Oberbau nach dem Gittersystem auf 12 steinernen Unterpfeilern und 135' über dem Wasserspiegel. Sie ist 650 Fuß lang und zeichnet sich noch dadurch aus, daß unter ihr eine Passage für Fußgeher und kleine Fuhrwerke angebracht ist. Wir erreichen die Stadt Bern mit 29 000 Einwohnern. Von Bern beim Ausfahren einen Blick auf das Wetterhorn, Finsteraarhorn und die Jungfrau; — dann gelangen wir über die Sense-Brücke an die Freiburger Gränze zur Stadt Flammatt, wo wir durch einen Tunnel in das Waldthal des Tafernabaches gelangen, um abermals in einen Tunnel zu münden. Bei der Station Schmitten erblicken wir rechts die Jura-Kette und gelangen zur Station Guin-Ballisrwyl. Hier eine großartige Brücke über die Saane, welche durchaus aus Eisen konstruirt ist, 1107 Fuß lang und auf 4 aus Eisenröhren zusammengesetzten Pfeilern ruht. Beim Anblick eines imposanten Gebirgspanoramas erreichen wir Freiburg, die Hauptstadt des Kantons mit 10,000 Einwohnern. Bern hat einen düstern ernsten Charakter. Die Stadt liegt auf einem senkrechten Felsen von der Saane umspült, über welche die weltberühmte Drahtbrücke (Pont suspendu) wie das Gewebe eines Spinnennetzes, 163 Fuß über dem Spiegel der Sarine frei in der Luft schwebt; ihre Länge beträgt 941 Fuß. Vier 1200 Fuß lange Drahtseile, jedes aus 1056 Drähten geflochten, tragen die Brücke, deren Stärke auf das Dreifache des Gewichtes berechnet ist. Die Drahtseile sind tief in den Felsen hinein versenkt und und werden von 128 Ankern gehalten. Die Bahnlinie geht hier in Schlangenwindungen auf einem hohen Damm durch prächtige Landschaften und großartige Alpenansicht, nach Romont, wo man die Aussicht bis zum Mont-Blanc genießt. Ferner Orou la ville, ein Pfarrdorf; hier entfaltet sich der Blick auf das savoyische Gebirge ausgedehnter; — großer Viadukt. Es folgt die Station Palezieux (Granges) und weiter Chexbres. Hier wird die Aufmerksamkeit des Reisenden besonders in Anspruch genommen, indem man aus dem Tunnel mündend einen der prächtigsten Blicke über den ganzen Genfersee genießt. Dieser Moment ist der überraschendste im großen Eisenbahn-System der Schweiz, welchen man fortwährend bis zur Ankunft nach Lausanne mit bewunderndem Entzücken betrachten kann. Von Lausanne weicht die Bahn nordwestlich gegen den Ort Renens, wo sich selbe nach Genf und Neuschatel abzweigt. Bei Renens bewegt sich der Zug gegen Morges, einem wohlhabenden Städtchen. — Sichtbar ein Schloß aus dem 12. Jahrhundert, bastilleähnlich, mit vier runden Thürmen.

(Fortsetzung folgt.)

die Möglichkeit, diesen Entwurf dem Landtage bei seinem nächsten Zusammentritte gegebenen Falles vorzulegen, nicht blos bezweifelt werden könne.

Berlin, 22. Mai. Den politischen Theil der Kriegskostenvorlage hat die Budgetkommission des Abgeordnetenhauses heute erledigt. Twesten leitete mit einer längeren Ausführung die Verhandlungen ein und unterzog dabei die preußische Politik in der Herzogthümerfrage einer scharfen Kritik. Geh. Legationsrath Abeken, der das auswärtige Ministerium vertrat, bedauerte, nicht ausreichende Erklärungen geben zu können, da die Unterhandlungen mit Oesterreich schwebten und ihr guter Fortgang durch vorzeitige Mittheilungen gestört werden könnte. Die Idee der Einberufung der schleswig-holsteinischen Landesvertretung gehöre Preußen an. Es sei nothwendig, auf den bekannten „Forderungen" zu bestehen, wenn auch Modifikationen derselben nicht ausgeschlossen wären. Aus dem Schooße der Kommission wurde hervorgehoben, wie die Erfolge der Waffen in Schleswig verringert wären durch die innere Politik des Ministeriums, die den Anschluß der Herzogthümer an Preußen, ja jede Verständigung mit ihnen im äußersten Maße erschwere. Das Mißtrauen der Schleswig-Holsteiner beruhe leider auf Gründen, die nicht zu entkräften wären. Der auswärtige Minister habe einen Stolz darin gefunden, die Rathschläge der Kammer im vorigen Jahre nicht zu beachten; jetzt laste auf Preußen die Allianz mit Oesterreich, und nichts habe das Land durch seine Vertreter so sehr widerrathen, als gerade dieses Bündniß. Auf eine Anfrage, wie es mit den Verhandlungen zwischen Preußen und dem Herzog Friedrich stehe, wurde der ausweichende Bescheid gegeben, der Herzog sei Prätendent, kein souveräner und anerkannter Fürst; darum wären auch Verhandlungen mit ihm im eigentlichen Sinne nicht zu führen. Die Kommission war von den ihr gewordenen Aufschlüssen wenig erbaut. In der nächsten Sitzung soll die finanzielle Seite der Vorlage durchberathen werden.

Berlin, 23. Mai. Im Abgeordnetenhaus steht der Handelsvertrag mit Oesterreich auf der Tagesordnung. Der Abg. Löwe von Bochum erklärte sich gegen den Vertrag, weil derselbe ein Schutzzollinteresse vertritt. Abg. Becker von Dortmund wird für den Vertrag stimmen, mit Rücksicht auf die Nothwendigkeit der Zollerleichterungen. Abg. Schulze von Berlin ist gegen den Vertrag und glaubt, Oesterreich werde ohne denselben genöthigt sein, andere Konzessionen als gegenwärtig zu machen. Der Regierungskommissär Philipsborn erklärt: die Haupteinwände seien gegen den die Zolleinigung anbahnenden Paragraphen 25 gerichtet; in demselben sei aber keine Verpflichtung für Preußen enthalten; er verbürge blos die Diskussion zwischen beiden Theilen. Graf Itzenplitz: durch Ablehnung des Vertrages stärken Sie überall den Schutzzoll. Wir stehen in Unterhandlungen mit der Schweiz, mit England, Italien und bald auch mit Rußland; warum sollten wir keinen Vertrag mit Oesterreich schließen? Nachdem der Zollverein neuerdings verlängert ist, steht er so fest, daß keine Regierung sich davon losmachen kann. Darum bin ich unbesorgt, Sie gewiß auch. Die Generaldiskussion wird geschlossen. Referent Michaelis empfiehlt die Annahme des Vertrags. In namentlicher Abstimmung wurde der Handelsvertrag mit 170 gegen 99 Stimmen angenommen.

(Deutsches Schützenfest.) Am 17. Mai wurde in Frankfurt a. M. beschlossen, daß die dortigen Festbesucher gemeinsam mit den Mitgliedern des mittelrheinischen Schützenbundes, den Schützen aus Baden, Würtemberg, Bayern und der Schweiz am 14. Juli Abends zwischen 7 und 8 Uhr von dort mittelst Extrazuges nach Bremen fahren. Auf recht zahlreiche Betheiligung wird gerechnet, denn es handelt sich nicht allein um die gemeinsame Fahrt, sondern auch darum, der in Aufbewahrung der Stadt Frankfurt sich befindenden Fahne des deutschen Schützenbundes, welche zum Feste nach Bremen wandert, ein ehrenvolles Geleit aus der Stadt zu geben. Dieselbe wird am 14 Juli im Laufe des Nachmittags aus dem Kaisersaal nach der Eisenbahn feierlich gebracht werden. Von Frankfurt allein werden über Hundert Schützen nach Bremen ziehen. Diejenigen, welche sich anschließen wollen, sind ersucht, sich schleunigst bei Hrn. Franz Fabricius in Frankfurt a. M. zu melden. Wegen Erhalt von Fest- und Wohnungs-Karten für Bremen ist sich nicht nach Frankfurt, sondern, unter Einsendung des Festbeitrages, direkt nach Bremen an das Fest-Komite zu wenden, und zwar spätestens bis zum 15. Juni. Das Frankfurter Komite wird bemüht sein, für die Theilnehmer an der Fahrt Begünstigungen, als Preisermäßigung ꝛc. zu erwirken.

London, 13. Mai. Unterhaus. Herr Maguire beantragt, zum Schutz der englischen Papierfabrikation einen Ausfuhrzoll auf englische Lumpen einzuführen. Der Handelsminister opponirt und erwähnt, daß der Ausfuhrzoll auf Lumpen in den meisten Kontinentalstaaten bereits herabgesetzt sei; ein Gleiches werde hoffentlich in Dänemark und Oesterreich geschehen. Der Antrag wird mit 45 Stimmen Mehrheit verworfen.

Mostaganem, 22. Mai. Kaiser Napoleon hat sich nach Algier eingeschifft. Er besucht Relizane. Den Stämmen der Flittads, welche Begnadigung für ihre am letzten Aufstand betheiligten Angehörigen verlangten, hat er die Begnadigung bewilligt.

Hiezu die Beilage: „Würzburger Anzeiger".

Verantwortlicher Redakteur: A. Hartmann.
Druck und Verlag der Stahel'schen Buch- und Kunsthandlung in Würzburg

Cours der Staatspapiere.

Oesterr.	5 pCt. Met. (Op. L. S. b. R.)	—
"	5 pCt. Lomb. ditto. à 24	—
"	5 pCt. Engl. Met. v. 1852	80 5/8 P.
"	5 pCt. Engl. Met. v. 1859	78 1/2 – 3/8 G.
"	5 pCt. Venet. Coupon b. R.	86 1/2 G.
"	5 pCt. Nationalanl. v. 1854	68 – 1/8 G.
"	5 pCt. Metall. Obligation.	63 7/8 G.
"	4 1/2 pCt.	57 7/8 P.
Preussen	3 1/2 pCt. Staatsschuldsch.	—
Bayern	4 1/2 pCt. Obl. 1jähr. dto.	101 3/4 P.
"	4 1/2 pCt. Obl. 1/2jähr. dto.	102 G.
"	4 pCt. Obl. 1jähr. dto.	99 1/4 G.
"	4 pCt. Obl. 1/2 jähr. dto.	99 3/8 G.
"	4 pCt. Obl. Ab.-R. dto.	98 1/2 G.
"	3 1/2 pCt. Obl. dto.	—
Württemb.	4 1/2 pCt. Obl. b. Rothsch.	104 3/4 P.
"	3 1/2 pCt. Obl. dto.	94 [illegible]
Baden	4 1/2 pCt. Obl.	—
"	3 1/2 pCt. Obl. v. 1842	91 5/8 P.
Gr. Hess.	4 1/2 pCt. Obl.	—
"	4 pCt. Obl. b. Rothsch.	100 3/8 P.
"	3 1/2 pCt. Obl. dto.	97 3/8 P.
Nassau	4 1/2 pCt. Obl. dto.	102 G.
"	4 pCt. Obl. dto.	99 3/8 P.
"	3 1/2 pCt. Obl. dto.	92 P. 91 3/8 G.
Frankfurt	3 1/2 pCt. Obl.	95 3/8 P.
"	3 pCt. Obl.	91 P.
Spanien	3 pCt. inl. Sch P. à fl. 2. 30	—
"	2 1/2 pCt.	—
Schweden	4 1/2 pCt. Obl. à 105 Thlr.	91 1/2 P.
N.-Amerika	6 pCt. à 1000r. 1881 D. 2 1/2	—
"	6 pCt. ditto r. 1882	51 – 5/8 G.

Diverse Aktien.

Frankfurter Bank à fl. 500	160 3/8 G.
K. K. Oesterr. National-Bankaktien	866 – 67 G.
Oesterr. Kreditbank-Aktien à fl. 200	185 1/2 G.
Bayer. Hypothekenb. Pfandbriefe 4 pCt.	97 1/2 P.
Darmst. Bank 1. u. 2. Serie à fl. 250	25[illegible] 1/2 P.
Weimarische Bank à Thlr. 100	[illegible]
Mitteldeutsche Kreditaktien	101 3/4 P.
Intern. Bank in Lux. à 250 Frs. à 28 kr.	—
Taunus-Eisenbahn à fl. 250	348 P.
Frankfurt-Hanauer-Eisenbahn	102 3/8 G.
Oest. F.St.Eisb. 5pCt. 500 Fr. à 28 kr.	—
" Elisab.-Eisenbahn 5 pCt.	122 P.
Böhm. Westbahn-Aktien à fl. 200 6/7	79 1/2 P.
Rhein-Nahe-Bahn 200 Thl. à 105 4pCt. Z.	—
Ludwigshafen-Bexbacher à 4 pCt.	150 G.
dto. dto. Prior. à 4 pCt.	—
Pfälz. Maxb. b. Rothschild à 4 1/2 pCt.	106 7/8 G.
Oest. St.-Eisenb. Prior.-Oblig. à 3 pCt.	5[illegible] 1/2 – 3/8 G.
Elisab.-Bahn Prior. 5 pCt. 6/7	7[illegible] P. 1/4 G.
Südd. Bank-Akt., 40 pCt. Einz.	254 P.
Span. Handels- und Industrie	—
Bayr. Ostbahn à 4 1/2 pCt. volleinbez.	113 3/4 G.
Bayer. Ostbahn mit 50 pCt. Einz.	113 1/2 P. 1/4 G.

Anlehens-Loose.

Oesterr. fl. 250 v. 1839		142 1/4 G.
" fl. 250 v. 1854 mit 4pCt.		79 3/4 P. 1/4 G.
" fl. 500 v. 1860 6/7		86 1/4 – 3/8 G.
" fl. 100 Eisb. L. v. 1858.		136 [illegible]
" do. v. 1864.		95 1/4 P.
Schwed. 10 Thlr. Loose		[illegible]
Badische fl. 50		—
Badische fl. 35		53 1/4 P.

[illegible] 1[illegible] 40 [illegible]	5[illegible] 1/2 [illegible]
Gr. Hessen fl. 50 b. R.	18 3/4 G.
" fl. 25 do.	37 1/4 P.
Nassau fl. 25 bei Rothsch.	35 3/8 [illegible]
Sardinische Fr. 36 b. R.	[illegible]
Neuchateler 10 Frs.-Loose	—
Freiburger 15 Frs.-Loose	—
Mailänder 45 Frs. L. b. R.	39 1/2 P.
[illegible] mit 3 1/2 pCt. Z.	33 G.
Ansb.-Gunzenh. [illegible]	[illegible]

Wechsel
in süddeutscher Währung.

Amst. fl. 100 k. S.	101 P. — G.
Antwerp. Frs 200 k.S.	94 3/8 G.
Augsb. fl. 100 k. S.	99 3/4 G.
Berlin Th. 60 k. S.	105 P.
Brem. 50 Th. Lsd. k. S.	97 5/8 P.
Brüssel Frs. 200 k. S.	94 3/8 G.
Köln Thlr. 60 k. S.	105 P.
Hamb. Mk. 100 k. S.	88 1/2 G.
Leipzig Th. 60 k. S.	105 P.
London Lst. 10 k. S.	119 3/4 P.
Lyon Frs. 200 k S.	—
Mail. Frs. 200	94 5/8 G.
München fl. 100 k. S.	99 3/4 G.
Paris Frs. 200 k. S.	95 [illegible]
Petersburg 50 S.-R.	—
Triest fl. 100 k. S.	—
Wien fl. 100 ö. W.	—
do. in öst. W. l. S.	108 1/8 – 1/4 G.
Disconto	3 1/2 pCt. G.

Frankfurt, 24. Mai. Die Börse war recht fest gestimmt und der Umsatz in amerikanischen Fonds sehr bedeutend. Die Arbitrage bleibt fortwährend Käufer für amerikanische Rechnung. In übrigen Sachen war das Geschäft weniger bedeutend, die Notirungen jedoch etwas besser. (Schluß.)

Digitized by Google

An die
k. Hof- und Staatsbibliothek
1 N. Würzb. Ztg. München.

Neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht!

№ 145. | Vorausbezahlung: Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 1 fl. 30 kr. Bei Inseraten wird die dreispaltige Zeile in gewöhnlicher kleiner | 62. Jahrgang. | Schrift oder deren Raum im Hauptblatte mit 6 kr., im Anzeiger mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franco. | Freitag, 26. Mai 1865.

8. Die Dinge in Mexiko.

Es wird bedenklich schwül um den jungen Kaiser, welcher drüben in Amerika einen Thron bestiegen hat, um auf demselben ein politisch und social verwahrlostes Reich wieder herzustellen. Nachdem fast ein Jahr verflossen ist, seitdem das Kaiserpaar den Thron innehat, stehen die Dinge nicht nur nicht besser, sondern sogar viel schlimmer. Die Partei, welche gegen das Kaiserreich kämpft, gewinnt mit jedem Tage mehr an Muth und Zuversicht, nachdem dem benachbarten Amerika die Hände frei geworden sind und massenhafte Kräfte zur Verfügung stehen, um die bekannte Monroe-Doktrin: „Amerika für die Amerikaner" aus der Theorie in das Thatsächliche zu übertragen. Die französische Armee selbst ist so in's Gedränge gekommen, daß General Bazaine Verstärkungen verlangt.

Zwar hat, wie die jüngsten Nachrichten wissen, Präsident Johnson, als er den General Ortega und einen Abgesandten des Juarez empfing, jede direkte Einmischung abgelehnt. Allein sein gleichzeitiges Versprechen, er werde Alles gestatten, was Private für die Republik in Mexiko thun wollen und gesetzlich dürfen, sowie die gleichzeitige Errichtung von Werbebureaux in Washington und New-York wiegen eine solche Ablehnung vollkommen auf. Die Vereinigten Staaten sind so reich an verfügbarem, gegenwärtig müßigem Kriegsvolk, daß ein unter der Hand hinübergeschmuggelter Theil vollkommen genügt, die Republikaner in Mexiko ansehnlich zu verstärken. Und die Amerikaner hinwiederum sind so unternehmende Leute, daß es sie blutwenig ansicht, ob sie unter dem Sternenbanner und unter offiziellem Namen oder als bloße Freischärler die Franzosen angreifen.

Unter diesen Umständen ist das jüngst veröffentlichte Statut, welches den staatsrechtlichen Zustand Mexiko's regeln soll, geradezu als ein Unglück anzusehen. Es ist tief zu bedauern, daß die mexikanischen Minister nichts Besseres zu machen wußten, als ein Statut, welches mit dem erwarteten Verfassungsgesetze gerade soweit übereinstimmt, daß es von allem dem nichts enthält, was erwartet wurde. Die liberale Partei Mexiko's, welche sich mit einer gemäßigten Monarchie begnügt hätte und Willens gewesen wäre, für dieselbe gegen die Republikaner einzustehen, sieht sich in ihren Wünschen und Hoffnungen gründlich enttäuscht. Die Folge dieses Schrittes ist die, daß das neue Kaiserreich gar keine Partei im Lande hat. Die Republikaner sind ihm Feind von jeher, die Klerikalen sind es geworden, seitdem ihre Forderungen keine Erfüllung fanden, und nun hat man auch die Liberalen mißvergnügt und theilnahmslos gemacht. Was bleibt da übrig?

Man wird wohl nicht irre gehen, wenn man hinter diesem Schritte den französischen Einfluß sucht. Ein Zustand, der nicht Fisch und nicht Fleisch, nicht liberal und nicht reaktionär ist, der keine Partei befriedigt, dagegen alle an die kurze Schnur hängt, ist so recht nach dem Herzen des Empereur. Wozu auch sollte er Mexiko bekämpft und erobert haben, wenn er nicht daraus ein Reich ganz nach seinem Sinne machen kann? Beispiele sind lockend und es wäre für die Franzosen zu gefährlich, wenn sie den Anblick genössen, daß mit französischen Soldaten ein Reich gegründet wurde, welches wahrhaft frei ist, während sie daheim unter dem Drucke des Absolutismus und des Militärregiments seufzen. Schon diese Rücksicht, abgesehen von persönlichen Liebhabereien, mag den Franzosenkaiser angespornt haben, das Stück Musterverfassung für Mexiko zu empfehlen.

Aber leider scheint man dabei den Unterschied zwischen Frankreich, welches das ihm auferlegte Joch trägt, weil es nicht anders kann, und dem halbbezwungenen Mexiko, dem von allen Seiten mächtige Hilfsquellen zu Gebote stehen, vergessen zu haben. Frankreich ist ein wohlorganisirter, imposanter, zur Zeit wenigstens der mächtigste Militärstaat, den Niemand aus freien Stücken angreift. Mexiko hingegen, kaum aus der Republik zur Monarchie gemacht, ringsum an Republiken grenzend, die ihm dienstbereit zur Seite stehen, wird unter ganz anderen Bedingungen regiert.

Das Nichtbeachten dieses Unterschiedes wird für den Thron von Mexiko verhängnißvolle Konsequenzen nach sich ziehen.

(Amtliche Nachrichten.) **München**, 24. Mai. Se. Maj. der König hat die protest. Pfarrei Großkarlbach, Dekanats Frankenthal, dem bisher. Pfarrer in Barbelroth, Dekanats Bergzabern, G. Augustin, verliehen; genehmigt, daß die kathol. Pfarrei Trudering, Bezirksamts München r/J., von dem Erzbischofe von München-Freising dem Priester F. X. Samweber, Expositus in Ransheim, Bezirksamts Ebersberg, verliehen werde.

Der kgl. Forstwart H. Schmidtlein zu Helmbacherforsthaus wurde auf die Wartei Berg, Forstamts Langenberg, versetzt und an dessen Stelle der Forstgehilfe M. Gottschall zu Ahornberg, Forstamts Kemnath, zum Forstwart nach Helmbacherforsthaus, Forstamts Elmstein, ernannt.

Feuilleton.

Vergnügungszug nach Rom.

(Fortsetzung.)

Längs des Sees erreichen wir das Dorf St. Prez; Allamann mit dem alten Schloß Merathon, in welchem Napoleon I. einigemal verweilte. Nun gelangen wir nach Rolle und von hier fortwährend längs dem Ufer des reizenden See's über Nyon, Coppet und Versoix nach Genf, der Hauptstadt des Kantons gleichen Namens, mit 42,000 Einwohnern, die bevölkertste und zugleich reichste Stadt der Schweiz. Sie ist eine der am reizendsten situirten Städte Europas und durch ihre günstige Lage der Mittelpunkt zwischen Deutschland, Frankreich und Italien, der ewige Stappelplatz einer Unzahl von Fremden aller Nationen. Schon Julius Cäsar erwähnt der Stadt als der ältesten im Allobrogenlande.

Und nun verlassen wir die romantische Schweiz, fahren bei Bellegard über die Grenze nach Frankreich, sodann weiter über Culoz, Amberieux nach Lyon, die zweite Stadt Frankreichs, liegt an zwei breiten Strömen der Rhone und der Saone und zählt gegen 200,000 Einwohner. Zwischen Lyon und Valence ist nur die Station Vienne von Interesse. Hier findet man noch viele römische Alterthümer, auch ist diese Stadt als die Wiege des Christenthums im Westen zu betrachten. Valence ist eine alterthümliche, mit mittelalterlichen Wällen umgebene Stadt, mit 1400 Einwohnern. Die hängende Eisendrahtbrücke ist die schönste, welche man der ganzen Rhone entlang findet. Die Eisenbahn passirt das reizende Dörfchen Etoile und die durch seine schöne Brücke über die Drome verbundenen Städte Livron und Loriol. — Montelimart, diese Stadt ist ebenfalls von Wällen und Thürmen umringt. Jenseits Montelimart beginnt eine reizende Scenerie. Die Klarheit der südlichen Atmosphäre läßt die fernen Hügel im tiefsten Blau erscheinen. — In der Ferne zeigt sich der majestätische Mont Ventoux, der letzte Vorberg der französischen Alpen. — Die nächsten Orte sind Orange und Avignon; der letztere, Hauptort des Departements, liegt am linken Ufer der Rhone. Die Bahn läuft weiter bis Arles in kurzer Entfernung vom linken Rhone-Ufer und ist in einem Viadukte über die reizende Durance geführt. Noch haben wir die bedeutenderen Orte Tarascon in einer anmuthigen Gegend. Durch flaches Marschland fahrend, erreicht der Zug zunächst Sigonneau, dann Arles, eine alte, schon unter den Römern bekannte, jetzt aber sehr gesunkene Seehafenstadt. Es liegt 7 Meilen vom Meere am linken Rhoneufer, und ist wegen der Schönheit seiner alten Monumente und seiner jungen Frauen berühmt.

Die weite Ebene, welche sich südlich und östlich von Arles bis zum Meere und beinahe bis Marseille hin erstreckt, besteht aus

≠ **München.** Die (gestern erwähnte) Antwort des Finanzministers auf die Späth'sche Interpellation, die Nürnberger Bank betr., lautet, wie folgt: „Die Staatsregierung war stets bestrebt, die Wirksamkeit der Bank in Nürnberg zum Nutzen des Handels und der Industrie auszubreiten, soweit ein Bedürfniß durch die berechtigten Organe ausgesprochen wurde und die gegebenen Mittel die Befriedigung zuließen. Die k. Bank, welche zu Anfang des Jahres 1844 noch auf eine einzige Filiale zu Ansbach außer der Hauptbank zu Nürnberg beschränkt war, zählt dermalen neben der Hauptbank noch elf Filialen, sie hat, wie die HH. Interpellanten selbst erwähnen, in allen größeren Städten, mit Ausnahme der Städte München und Augsburg, Filialen gegründet. Wenn die kgl. Bank seither Domicile nicht auch in München und Augsburg genommen hat, so liegt der Grund in der Thatsache, daß ein Wunsch von Seite Augsburgs zum ersten Male erst im Jahr 1862, von Seite Münchens erst im laufenden Jahre laut wurde. Eine andere große und blühende Kreditanstalt des Vaterlandes, die bayerische Hypotheken- und Wechselbank, hat in München ihren Sitz und in Augsburg eine Filiale. Das Schweigen des Handels- und Fabrikstandes dieser Städte in der früheren Zeit mußte die Annahme nahe legen, daß seinen Bedürfnissen durch die bayerische Hypotheken- und Wechselbank vollständig genügt werde, und daß die k. Bank somit in der Lage sei, ihre Mittel dem Handel und der Industrie in den sechs Regierungsbezirken, welche ihre Unterstützung bisher fast ausschließlich in Anspruch genommen hatten, um so reichlicher zu erschließen. Neuerlich wird der Wunsch lebhafter geäußert, daß die k. Bank auch in den übrigen Regierungsbezirken Filialen errichte, weil die Entwicklung des Handels, der Industrie und des Verkehres auch in fortschreitender Entwicklung die Hilfe der inländischen Kreditanstalten erfordere. Die Staatsregierung verkennt die Berechtigung dieser Anschauung nicht, ein gesetzliches oder vertragsmäßiges Hinderniß steht der gleichzeitigen Wirksamkeit der königlichen Bank und der bayerischen Wechselbank an einem und demselben Platze nicht entgegen. Eine solche gleichzeitige Wirksamkeit der benannten beiden Kreditanstalten, welche schon nach dem Zwecke ihrer Gründung in erster Linie auf verschiedene Gebiete, die eine auf Unterstützung des Handels und der Industrie, die andere auf die Unterstützung des Realkredits hingewiesen sind, dürfte auch keineswegs eine nachtheilige Konkurrenz erzeugen. Beide Institute dürften hinreichende Beschäftigung und zeitweise Gelegenheit finden, auch gegenseitig sich selbst zu dienen. Die Staatsregierung kann somit nicht gemeint sein, den Wunsch nach Gründung von neuen Niederlassungen der königl. Bank in Augsburg und München im Allgemeinen abzulehnen. Wird jedoch in Erwägung gezogen, welch bedeutender Mittel es bedarf, um diese Niederlassungen für eine entsprechende Wirksamkeit zu dotiren, welche Stockungen und Hemmnisse das letzte Jahr den Geschäften und insbesondere auch dem Geldverkehr gebracht hat; welch erhebliche Summen ferner die jüngst erfolgte Emission der Pfandbriefe der bayer. Hypotheken- und Wechselbank absorbirt hat; will man endlich nicht aus den Augen verlieren, daß die erforderlichen Mittel für die Gründung der gewünschten Niederlassungen gleichwohl ohne störende Beschränkung des Geschäftes bei den schon bestehenden Bankbureaus gefunden werden sollen, so wird nicht verkannt werden können, daß die augenblickliche Zeit- und Sachlage der sofortigen Errichtung neuer sehr beträchtliche Dotationen erfordernder Niederlassungen sich gerade nicht günstig erweist. Die Staatsregierung wird sich übrigens der reiflichsten Erwägung des Gegenstandes wie seither auch für die Folge nicht entziehen und kein Bedenken tragen, auch bei dem Eintritte günstiger Zeitverhältnisse mit der Gründung weiterer Niederlassungen der k. Bank nach Maßgabe der hiefür verfügbaren Mittel sowie der unerläßlichen Bedingungen für einen ungestörten und geregelten Geschäftsbetrieb der k. Bank voranzugehen, wobei den Städten Augsburg, München jene Berücksichtigung, welche ihre hervorragende Bedeutung in Anspruch zu nehmen berechtigt ist, nach aller Thunlichkeit zu Theil werden wird."

München, 24. Mai. Das kgl. Staatsministerium der Justiz hat unterm 17. d. folgendes Reskript erlassen: „Die Vorschrift des Art. 93 des Notariatsgesetzes hat in einzelnen Fällen die Auslegung gefunden, daß auch den Untersuchungsrichtern die zur Durchführung einer strafrechtlichen Untersuchung nöthige Einsicht von Urkunden, welche sich in Verwahrung der Notare befinden, oder beglaubigte Abschrift solcher Urkunden nur nach vorgängiger Erlaubniß des Bezirksgerichtsdirektors gewährt werden dürfe. In Folge dieser Ansicht wurden mehrfach die betreffenden Ersuchschreiben der Untersuchungsrichter von den Notaren ablehnend beantwortet oder von diesen selbst bei dem Bezirksgerichtsdirektor um Ermächtigung nachgesucht, denselben Folge geben zu dürfen. Das unterfertigte k. Staatsministerium vermag diese Auffassung, in Folge deren sich in einzelnen Fällen nachtheilige Verzögerungen des Untersuchungsverfahrens ergeben könnten, nicht für richtig zu erachten, und nimmt daher Veranlassung, unter Bezugnahme auf Ziffer 2 der am 21. Oktober 1860 über die zeugschaftliche Vernehmung der Staatsdiener in Strafsachen erlassenen Entschließung (Zeitschrift für Gesetzgebung und Rechtspflege, Bd. VII, S. 398) darauf aufmerksam zu machen, daß 1) die Notare öffentliche Diener und bezüglich eines großen Theiles der nichtstreitigen Rechtspflege in den frühern Wirkungskreis der Gerichte eingetreten sind, daher gleich diesen für verpflichtet angesehen werden müssen, die in Strafrechtssachen von ihnen verlangten Aufschlüsse über Verhandlungen, welche vor ihnen gepflogen wurden, zu ertheilen, ohne daß es hiezu einer besonderen Entbindung von der Pflicht der Amtsverschwiegenheit bedürfte, 2) daß das im Artikel 93 des Notariatsgesetzes ausgesprochene Verbot der Einsichtgestattung und Abschriftertheilung von Notariatsurkunden an Nichtbetheiligte nur als eine spezielle Folge der im Art. 46 dieses Gesetzes ausgesprochenen Pflicht des Notars zu Bewahrung des Amtsgeheimnisses zu betrachten ist, daß demnach jenes Verbot nicht auf die Benützung der Notariatsurkunden in Strafrechtssachen bezogen werden kann, in welchen die Pflicht des Notars zur Amtsverschwiegenheit dem Untersuchungsrichter und Strafgerichte gegenüber hinwegfällt, 3) daß es auch an jedem Grunde für die Annahme fehlt, das Notariatsgesetz habe die amtliche Befugniß der Untersuchungsrichter zur Erholung von Aufschlüssen und Benützung der Akten anderer Staatsbehörden durch die Bestimmung des Art. 93 einer Be-

---

Sumpf- oder Sandboden. In ihrer Formation, wie in ihren Thierarten und Luftspiegelungen (Mirage oder fata morgana), gleicht sie mehr einer afrikanischen Ebene als einer französischen. Um den kleinen See von Berre kommen wir nach St. Chamas, die Stadt liegt auf einem Hügel und enthält bewohnte Höhlen. Unweit Chamas steht eine römische Brücke, Pont Flavien, mit eleganten Triumphbögen an beiden Enden. Von St. Chamas ab durchschneidet die Bahn die dreifache Bergkette, welche Marseille von dieser Seite umgibt. Von den vielen Tunnels sind die bedeutendsten der unter den Höhen de la Nerthe fortlaufende $^1/_2$ Meile, und der bei St. Louis 500 Fuß lang. Der schöne Bahnhof in Marseille liegt bei St. Charles 160 Fuß über dem Meeresspiegel und gewährt eine großartige Aussicht.

Marseille, Hauptort des Departements der Rhonemündungen, mit 200,000 Einwohnern, ist eine blühende und lebendige Stadt und der wichtigste Seehafen Frankreichs.

Von hier aus wird die Gesellschaft mittelst Dampfschiffen nach Civitavechia eine kleine, aber angenehme Seeroute machen. Ist der Himmel schön, so haben die das erste Mal zur See Reisenden, wenn der Morgen heranbricht, das großartige Schauspiel der aufgehenden Sonne zu gewärtigen. Der Tag zur See ist das schönste Leben — ein grauenhaftes Räthsel die Nacht in sich birgt — und dennoch sehnsuchtsvolles Streben nach vor- und nicht nach heimwärts erwacht. Der kommende Tag vergeht, ohne daß dem jungen Seefahrer, und wäre er auch ein Mann im Greisesalter, die wonnevollen Augenblicke zu entschwinden vermögen, der ersten Nacht, und des ersten Tages zur See — es wird ihm klar, daß auch der greise Seemann nach vielen Gefahren und Drangsalen des Schiffslebens — dieses, dem auf dem festen Lande vorzieht — kommt nun aber der Abend heran, so entfaltet sich vor den Augen des Reisenden ein noch nie gesehenes Naturspiel, „die untergehende Sonne zur See". Wer noch nie am Meere die untergehende Sonne bewundert, der freue sich des erhabenen Momentes, denn nie dürfte der mächtige Eindruck seiner bewegten Seele schwinden. Wie von Feenhand getragen, scheint sie bald hoch oben, bald tief an dem Meeresspiegel zu stehen, gleich schmelzendem Edelmetalle, als wenn sie von einer unterseeischen Macht beherrscht würde, zerrinnt sie im Meere und, welcher Kontrast, plötzlich erscheint die See ihrem Fremdling als ein Etwas, dem man Geheimnisse abzulauschen versucht wird, er sieht hinaus in sie, Minuten, ja Stunden lang, ohne getrübten Gedanken zu verfallen — die Heimath spiegelt sich im Fluthenreichthum seiner Phantasie — die Sehnsucht umrahmt das Gebilde und dennoch ist er nicht dahin zu ziehen gewillt.

Die wonnevollen Augenblicke eines ersten Sonnenunterganges zur See prägen sich unverwüstlich in die Seele des Menschen.

Eine 30stündige Meeresfahrt läßt uns Civitavechia erreichen, um dann nach einer kurzen Strecke mittelst Bahn an das Ziel unserer Reise nach Rom zu gelangen. Der Aufenthalt daselbst währt acht Tage, während welcher Zeit am zweiten Tage schon

schränkung zu unterwerfen beabsichtigt und das Ermessen des Untersuchungsrichters darüber, ob die Einsichtsnahme oder Abschriftsertheilung von einer Notarialsurkunde für den Untersuchungszweck nothwendig sei, einer weitern Prüfung des Bezirksgerichtsdirektors unterstellen und von der Genehmigung des Letzteren die Ausübung jener amtlichen Befugniß abhängig machen wollen. Dies Letztere würde auch eine Abweichung von der Vorschrift des Art. 9 des Strafprozeßgesetzes vom 10. November 1848 bedingen, zufolge welcher Anfragen des Untersuchungsrichters nicht von dem Direktor, sondern von dem Bezirksgerichte zu verbescheiden sind.

Berlin, 23. Mai. Die Regierung hat den Behörden verschärfte Weisungen ertheilt, um die Presse bei Benutzung der Kammerverhandlungen in den durch den bekannten Beschluß des Obertribunals bezeichneten Grenzen zu halten. Die Meinung, daß die Regierung die Absicht, Schritte wegen stärkerer Handhabung der Kammerdisziplin vorzubereiten, aufgegeben habe, ist nicht begründet.

Berlin, 23. Mai. Eine mit besonderem Anspruch auf Bedeutung auftretende Wiener Korrespondenz der „Kreuzzeitung“ plaidirt dafür, daß Österreich Preußen in seinen Forderungen als Schutzherr der nördlichen Marken und Meere unterstütze; Preußen habe sich für den gleichen Beruf Österreichs im Süden zu erklären. — Nach dem Volksblatte dauern die Verhandlungen der Regierung über eine Kundgebung rücksichtlich der Disziplin im Abgeordnetenhause fort. — Nach der Zeidler'schen Correspondenz (einer unlautere Quelle) haben sich die preuß.-französischen Beziehungen hinsichtlich Schleswigs (s. d. Folg.) darauf beschränkt, daß Preußen mitgetheilt habe, es betreibe die Einberufung der Stände. — Nach dem Volksblatt ist der Befehl ergangen, die Verlegung der Flottenstation zu beschleunigen.

Nach Mittheilungen der „Weser-Zeitung“ soll das französische Kabinet in Folge einer preußischen Anfrage, auf welche Seite dasselbe bei einem Bruche zwischen den Höfen von Berlin und Wien in der schleswig-holsteinischen Angelegenheit treten würde, die Antwort gegeben haben: „Frankreich werde eintretendenfalls für diejenige der deutschen Großmächte Partei nehmen, welche für die Rechte des Bundes auftreten werde.“ Die „N. A. Z.“ bezeichnet diese Mittheilung als „vollständig erfunden“. Dazu bemerkt nun die „Nat. Ztg.“: „Das sehr kategorisch auftretende Dementi mag insofern Recht haben, als die Erklärung Frankreichs schwerlich in einer förmlichen Depesche vorliegt, und sich auch wohl nicht mit solcher Entschiedenheit ausspricht, wie in der „Weser-Zeitung“ versichert wird. In dieser Beziehung wird sich wohl Frankreich je nach den Umständen auch für die Zukunft verschiedene Wege offen halten. Daß aber eine Sondirung Frankreichs über dessen etwaige Neutralität stattgefunden hat, ist der ganzen Lage nach sehr wahrscheinlich, und wird auch in der Berichtigung nicht in Abrede gestellt. Hierüber scheint nun keineswegs eine hinreichend beruhigende Zusicherung gegeben, sondern vielmehr der dringende Wunsch wiederholt zu sein, die Dinge mit der Bevölkerung der Herzogthümer und unter schließlicher Zustimmung des Bundestages zu ordnen.“ Es ist von besonderem Interesse, daß Preußen, welches immer seinen deutschen Beruf voranstellt, und in der Elbe-Herzogthümer-Frage Alles nur für Deutschland thun will, schon wieder einen Versuch gemacht hat, mit Frankreich über deutsche Angelegenheiten gegen den „Alliirten“, Österreich, zu konspiriren, und daß dieser Versuch abermals gescheitert ist. Es wirft das auf die Ehrenhaftigkeit und Zweckmäßigkeit der Mittel, welche angewendet werden, ein gleich bezeichnendes Licht. Höchst vortheilhaft ist, wenn dergleichen Missionen für Deutschlands Einigung und Macht hie und da die Maske abgerissen wird.

Der Landesausschuß in **Karlsruhe,** welcher seit Dezember 1863 den Sammlungen für Schleswig-Holstein oblag, macht unterm 18. Mai bekannt, daß er nunmehr seine Thätigkeit eingestellt habe. Das Erträgniß für Baden entziffert 93,217 fl. In dem betreffenden Berichte heißt es u. A.: „Was noch zu thun ist, wird, wie wir hoffen, bald seine Erledigung finden und zwar im Einklang mit den Rechten und Wünschen der Herzogthümer selbst. Sollte es nothwendig sein, neue thätige Hilfe zu fordern, so zweifeln wir nicht, daß eine Anregung dazu den gleichen Erfolg haben wird, wie vor anderthalb Jahren.“

Paris, 23. Mai. Man unterhält sich wieder einmal mit Gerüchten von Ministerwechseln, Zerwürfnissen im Schooß der Regierung u. s. w. Die Rede des Prinzen Napoleon soll auf mehrere hochgestellte Staatsmänner entscheidend eingewirkt haben. Natürlich ist an Allem kein wahres Wort. Die prinzliche Rede ist erst durch das Verhalten der Regierungsblätter zu einer Art politischen Ereignisses hinaufgeschraubt worden. Im Publikum hat man, was entschieden als ein gutes Zeichen begrüßt werden kann, dieselbe mit großer Gemüthsruhe aufgenommen. Kein Mensch glaubt ernstlich, daß dieselbe ein Programm einer neuen liberalen Politik sei. Nur dreierlei hat man sich aus der Rede des Prinzen gemerkt: den Widerwillen der Regierung gegen den sogenannten Parlamentarismus, die nach allgemeiner Annahme durch die unmittelbaren Verhandlungen zwischen dem Papst und Viktor Emanuel erzeugte Mißstimmung gegen Rom, und das Streben, ein besseres Verhältniß zu den Vereinigten Staaten anzubahnen. — Man ist bei der Regierung nicht wenig gespannt auf die in den nächsten Tagen aus Washington eintreffenden Berichte des französischen Vertreters Montholon über seinen Verkehr mit dem Präsidenten. Je weniger wohl es der Regierung zu Muthe ist, desto mehr sucht sie Anderen Muth zuzusprechen. Man glaubt, die Regierung der Vereinigten Staaten bezaubern zu können durch die Aufhebung der Vorschrift, daß Schiffe aus den Vereinigten Staaten nicht länger als 24 Stunden in den französischen Häfen bleiben dürfen. Da die Zahl der Schiffe aus den Südstaaten, welche noch das Meer halten können, eine verschwindend kleine geworden ist, so hofft man, auch die Flaggenfrage werde keinen Anlaß zu Schwierigkeiten zwischen Frankreich und den Vereinigten Staaten geben. Auch stellt man sich an, als zweifle man keinen Augenblick, daß die Regierung der Vereinigten Staaten die Werbungen für Mexiko verbieten werde, weil durch dieselben die Neutralität gefährdet würde. — Man sagt, das diplomatische Korps berathe über die Frage, ob nicht mit dem Prinzen Napoleon aller Verkehr wegen seiner Rede abzubrechen sei. Der Prinz ist heute nach Paris zurückgekommen.

Paris, 23. Mai. In der hiesigen deutschen Kolonie gibt sich in der letzten Zeit eine ganz ungewohnte Rührigkeit in

---

das Frohnleichnamsfest, an welchem die ganze Bevölkerung Roms Theil nimmt, gefeiert wird. Diese Feierlichkeit in ihrer Großartigkeit verbindet sich würdig mit dem weltbeherrschenden Charakter Roms. Die Prozession beginnt unter dem Geläute der 300 Kirchen Roms; sie steigt aus dem Portale von St. Peter auf den Platz hernieder. Dort werden wir Pius nicht als priesterlichen König, sondern als königlichen Hohepriester sehen — umgeben von den Kardinalen der römischen Kirche, Ihm folgend und vorausziehend die Patriarchen, Bischöfe, Kapitel, alle religiösen Orden u. s. w. im reichen Wechsel ihrer mannigfaltigen Ordenstrachten.

Dort die Jünglinge der Propaganda, jenes Institut der Weltphilologie, deren Streifzüge bis in das Hottentotische und Karaibische reichen — sie bezeugen die Macht Roms, die sich bis zu den Wendekreisen und zu den Erdpolen erstreckt.

Dieser endlosen Avantgarde folgt nun ihr weitleuchtender Kern — die Prälaten, Beherrscher der Christenheit; die spitze Mitra kündet die Bischöfe an, das rothe Kreuz strahlt von ihren Pallien! Mit würdevollem Schritte ziehen sie den Höheren voraus — eine Purpurwolke von Kardinälen kündet den Aufgang der päpstlichen Sonne an. In ihrem Abglanz strahlend, wandern die Männer, die Greise des heiligen Kollegiums.

Getragen unter dem Thronhimmel, von Weihrauchwolken umhüllt, erscheint nun der Herr der Christenheit selbst, knieend mit dem Sanktissimum; seine Züge sind edel, sanft und wohlwollend.

Hinter Seinem Throne klirrt die weltliche Wehr, die buntscheckigen Schweizer mit ihren Hellebarden und die prächtigen Guiden, seine Ehrentrabanten.

Roms hoher Adel trägt die Uniform, die Brust mit Orden bedeckt, die stattlichen Rosse wiehern und schnauben, Fürsten vor und hinter dem Baldachin, unter dem die dreifache Krone glänzt. Die symbolische Sonne, welche die Kehrseite des päpstlichen Gewandes schmückt, ist der weltlich-militärischen Machtentfaltung zugewendet, während die Sonne seines Angesichtes mit Wohlgefallen auf seinen geistlichen Kindern ruht.

Die Prozession bewegt sich um den Petersplatz und verschwindet wieder in Berninis Säulenhallen.

Roms Alterthümer, Denk- und Merkwürdigkeiten aufzuzählen, ist eine Unmöglichkeit, ihre Zahl ist unendlich, wie es ihr Alter bedingt. Bei jedem Schritte erinnern Ruinen und Monumente an die Geschichte der alten Römer, an ihre bewunderungswürdige Größe und Unvergänglichkeit.

Wir heben die bemerkenswerthesten hervor, mit dem Zufügen, daß der Aufenthalt daselbst gewiß derart benützt werden wird, um den Wünschen der Mitreisenden entsprochen zu haben. (Es folgt nun eine Beschreibung der zu besuchenden Plätze, Paläste, Baudenkmäler, Kirchen, Katakomben u. s. w.)

(Schluß folgt.)

Erwartung des am 25. d. hier stattfindenden ersten deutschen Turnfestes kund. Der hiesige Turnverein hat sich der von ihm unternommenen Aufgabe mit einem Eifer und einer Aufopferung hingegeben, die durch einen glänzenden Verlauf der mehrere Tage hindurch währenden Festlichkeiten belohnt zu werden verdienen. Die zu überwindenden Schwierigkeiten sind viel bedeutender, als Jemand, der mit den hiesigen Verhältnissen nicht bekannt ist, voraussetzen dürfte; allein ebenso bedeutend, so hofft man, wird auch die wohlthätige Einwirkung sein, welche dieses durchweg vom deutschen Geiste getragene Fest auf die hiesigen Deutschen und selbst auf das französische Publikum ausüben wird. — Der „Temps“, welcher seinen Landsleuten das Nähere über dieses Fest der deutschen Turner mittheilt, fügt in Hinblick auf die hiesigen Zustände mit einer gewissen wehmüthigen Ironie bei, daß, wenn die französische Turnerei Theil nehmen sollte, dies nur durch die Sapeurs-Pompiers geschehen könnte.

Paris, 23. Mai. Das Trauerspiel von Ajaccio hat noch ein heiteres Nachspiel. Die Frau Regentin empfand die Rede des Prinzen Napoleon als „ein Unglück für die Dynastie“ und würde dieselbe, wenn möglich, in den Strom der Vergessenheit getaucht haben. Der Kaiser findet die Sache nicht so erschrecklich und soll zurücktelegraphirt haben, er sei durchaus nicht von dem Inhalte der Festrede überrascht worden, weil er ihn schon vor seiner Abreise gekannt habe. Wie wenig ängstlich der Kaiser ist, beweist auch die Verlängerung seiner Reise um siebenzehn Tage, so daß er erst am 10. Juni wieder in Paris erwartet wird. Als der Kaiser in Relizana einzog, ward er plötzlich von den gesammten Stammhäuptern der Flittas umringt, welche um Freilassung ihrer, wegen des letzten Aufstandes im vorigen Herbste in Frankreich internirten Verwandten flehten und Treue versprachen. Der Kaiser versprach ihnen, Gnade für Recht ergehen lassen zu wollen, und erregte großen Jubel unter den tapferen Eingebornen. (K. Z.)

Turin, 18. Mai. Am hiesigen Hof herrscht eine entschieden ausgeprägte Feindseligkeit gegen Florenz, und mit Ausnahme des Königs selbst, den die Umstände ganz gegen seinen Willen dazu zwingen, seinen Sitz am Arno aufzuschlagen, will kein Mitglied der Familie etwas von einer Uebersiedelung nach Florenz wissen. — Der General der Gesellschaft Jesu bemüht sich gegenwärtig vermittelst geschickter Unterhändler bei der päpstlichen Regierung sowohl als bei der hiesigen, um die Wiederherstellung des Ordens in jenen Gegenden, wo derselbe aufgehoben wurde.

Die politische Haltung des Publikums bei der Enthüllung des Dante-Standbildes am 14. Mai war so entschieden, wie sie nur sein konnte, und der Bürgermeister der neuen Hauptstadt sprach das große Wort gelassen aus: „Die Welt möge wissen, daß diese Feier des Dichters nichts Anderes sei, als eine Bestätigung des Plebiscits, womit sich die italienischen Stämme zur Nation zusammengethan haben.“ Als nach der Enthüllung des Denkmals Prof. Giuliani noch ausdrücklich auf die noch nicht vollführte Erwerbung von Venetig und Rom in seiner ebenfalls scharf-politischen Rede hingewiesen hatte, beglückwünschte ihn der König lebhaft für seine Liebe zu Dante und Italien. Der Benediktiner antwortete gerührt, seine Liebe zu Italien erfülle ihn mit Dankbarkeit und Bewunderung für das, was der erwählte König für die nationale Sache gethan habe. Der König erwiderte: „Ich habe gethan, was ich thun konnte, und bin bereit, was übrig bleibt, zu vollführen.“ Der Professor fügte hinzu: „Majestät, Gott segne Ihr Schwert!“ Und der König schloß: „Ich habe es für die Sache der Gerechtigkeit und für die Sache Italiens erfaßt.“

New-York, 11. Mai. Es hat sich hier eine mexikanische Auswanderungs-Gesellschaft gebildet, welche Agenturen im ganzen Gebiete der Vereinigten Staaten eröffnet, um Soldaten und Matrosen zur Emigration nach Mexiko zu werben. Der „New York Herald“ bringt, ohne dafür einstehen zu wollen, folgende nähere Angaben: Die Direktoren der Gesellschaft werden einer Verletzung der Neutralitätsgesetze auszuweichen suchen. Die Auswanderer werden aufgefordert, sich unter Autorität einer speziellen Einladung von Seiten des Präsidenten Juarez in Sonora niederzulassen; sie werden bewaffnet, um sich vertheidigen zu können. Gemeine Emigranten werden 1000 Dollars und 100 Acker Landes erhalten, Hauptleute und Obersten ihrem Range entsprechend mehr. Aus dem Westen berichtet man von großen Summen, die zur Anwerbung von 25,000 Emigranten gezeichnet worden sind. Im Oktober v. J. hatte der republikanisch-mexikanische Gesandte Romero dem General Grant einen Besuch gemacht und versichert, daß derselbe die eifrigste Sympathie für die Befreiung Mexiko's vom ausländischen Joche an den Tag gelegt habe. Eine gleiche Stimmung habe die ganze Potomac-Armee beseelt. — Der Finanzminister M'Culloch hat betreffs des Handelsverkehrs im Süden bekannt gemacht, daß Baumwolle, die das Produkt von Sklavenarbeit sei, mit 25 pCt. des Werthes zu versteuern sei; als Erzeugniß freier Arbeit habe Baumwolle 3 P. per Pfd. als Verschiffungszoll zu entrichten. — Der neue französische Gesandte Hr. v. Montholon ist in Washington eingetroffen.

New-York, 13. Mai. Wie der „New-York Herald“ meldet, soll demnächst eine mexikanische (republikanische) Anleihe an die New-Yorker Börse gebracht werden. Der „Herald“ bemerkt dabei, daß mexikanische Staatspapiere ohne Verletzung der Neutralität ebensogut in New-York gehandelt werden können, als konföderirte in Paris oder London. Nach demselben Blatte sind die in New-York errichteten Werbebureaux vom Morgen bis zum Abend förmlich belagert. Nicht nur Gemeine, sondern Offiziere aller Grade, bis zum Obersten hinauf, zeichnen sich in die Listen ein. An der Spitze der ganzen Unternehmung steht General Ortega, der von den liberalen Mexikanern zum Präsidentschaftskandidaten designirt sein soll, da Juarez bereits erklärt hat, daß er bei der im Nov. d. J. stattfindenden Neuwahl auf seine Wiederernennung verzichte. Der „Courrier des Etats Unis,“ das Organ der französischen Regierung in New-York, erklärt, die Bewegung für die Auswanderung nach Mexiko sei im Abnehmen begriffen (?). General Rosenkranz hat öffentlich erklärt, daß er an dem mexikanischen Flibustierzug unbetheiligt sei und hat den Soldaten von jeder Betheiligung abgerathen. Es bestätigt sich, daß die Juaristen Monterey und Saltillo besetzt haben. Diese Erfolge haben den Muth der republikanischen Partei sehr gehoben. Das Ausfuhrverbot von Waffen, Munition, Pferden und Maulthieren ist Seitens der Bundesregierung nun definitiv aufgehoben worden. Gegen den Verkauf dieser Gegenstände nach Mexiko wird die Regierung nichts einzuwenden haben.

In den Vereinigten Staaten existiren 53 religiöse Sekten, darunter 10 verschiedene Arten von Baptisten. Die zehn Untersekten der Baptisten führen merkwürdige Namen: die regelrechten B., die Antimissions-B., die B. vom siebenten Tage, die B. von den sechs Prinzipien, die Uferbrüder, die Weinbrennerianer, die Mennoniten, Cambelliten und Dunker. (In solcher kirchlicher Atomistik, bemerkt die „A. Z.“, eine erfreuliche Frucht der menschlichen Geistesfreiheit zu sehen, das ist Geschmackssache. Bekanntlich kommt es in Amerika nicht ganz selten vor, daß irgendein abgehauster oder bankerotter Abenteurer, wenn alle andern Stricke gerissen sind, sich als Gründer eines neuen Religiönchens aufthut, und er müßte es recht ungeschickt anfangen, wenn es ihm nicht gelänge, eine kleine Gemeinde um sich zu sammeln.)

Algier, 23. Mai. Der Kaiser ist heute hier in guter Gesundheit angekommen, und wird morgen das Fort Napoleon in Kabylien besuchen.

Literarisches.

Nürnberg, 18. Mai. Die Literatur über den neuen **Vereins-Zoll-Tarif** wird laut einer Anzeige des Carl Junge'schen Verlags in Ansbach demnächst durch ein hervorragendes Werk aus der Feder eines bewährten Praktikers bereichert werden. Herr C. G. Löhr beabsichtigt nämlich, den erwähnten, vom 1. Juli d. J. an in Wirkung tretenden Tarif zu einem für Zollbehörden des Zollvereins, den Handelsstand und die Industriellen praktisch brauchbaren Handbuch zu verarbeiten, in dem alles einschlägige Material in größtmöglichster Vollständigkeit und Uebersichtlichkeit — u. A. der Tarif mit Frankreich in alphabetischer vollständiger Durchführung jedes einzelnen zollbaren wie zollfreien Gegenstandes bei der Ein- und Ausfuhr mit Berufung auf die Nummern und Positionen des Tarifs — vorgeführt wird. Bekanntlich erfreute sich des Verfassers früherer, in zwei starken Auflagen verbreiteter Vereins-Zoll-Tarif der beifälligsten Aufnahme, und ruht somit die Herstellung des neuen gewiß in den zuverlässigsten Händen.

Hiezu die Beilage: „Würzburger Anzeiger“.

Verantwortlicher Redakteur: A. Hartmann.
Druck und Verlag der Stahel'schen Buch- und Kunsthandlung in Würzburg

An die
k. Hof- und Staatsbibliothek
München.
1 N. Würzb. Zig.

Neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht!

№ 146. | Vorausbezahlung: Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 1 fl. 30 kr. Bei Inseraten wird die dreispaltige Zeile in gewöhnlicher kleiner Schrift oder deren Raum im Hauptblatte mit 6 kr., im Anzeiger mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franco. | 62. Jahrgang. | Samstag, 27. Mai 1865.

(Amtliche Nachrichten.) **München**, 25. Mai. Se. Maj. der König hat genehmigt, daß die kathol. Pfarrei Neunstetten von dem Bischofe von Eichstätt dem Priester M. Lang, Pfarrer in Gießenried, verliehen werde.

Vom k. Staatsministerium der Justiz wurde der Accessist des Bezirksgerichts Amberg, Fr. Uicholb, als Vertreter der Staatsanwaltschaft am kgl. Landgerichte Furth aufgestellt.

München, 25. Mai. Nach der Tagesordnung für die auf nächsten Samstag anberaumte Sitzung der Kammer der Abgeordneten sollen in derselben folgende Gegenstände zur Berathung gelangen: das Amnestie-Gesetz; die Zollvereinsverträge mit China, Chili, Siam und der Türkei; die Anträge in Betreff Aufhebung, eventuell Ermäßigung der Gebühren auf dem Main und dem Ludwigskanal; die Vorstellung der Tuchfabrikanten in St. Lambrecht um Gewerb-Steuer-Ermäßigung; dann der Antrag der Staatsregierung bez. der Stellung der Studienlehrer an den isolirten Lateinschulen und ein gleicher Antrag des Abg. Gelbert, der sich auch noch auf die Lehrer an den Gewerbsschulen bezieht. Schließlich soll Vortrag des 5. Ausschusses über weiter geprüfte Anträge der Abgeordneten erfolgen. — In Betreff des Gesetzentwurfs bez. der Amnestie hat gestern Abends noch eine besondere Sitzung des ersten Ausschusses der Kammer der Abgeordneten stattgefunden, über welche das Protokoll Folgendes mittheilt: Der Staatsminister des Aeußern erklärte, die Regierung habe die Frage in das Auge gefaßt, ob die bei der Ausschußsitzung vom 19. Mai 1865 bezüglich des Art. III. des Gesetzentwurfs hervorgetretene Differenz nicht in einer dem Charakter der Amnestie entsprechenden Weise ausgeglichen werden könne, und schlage deßhalb vor, die Bestimmung des Art. III. auf alle Angehörigen deutscher Bundesstaaten auszudehnen. Der Referent glaubt, daß auf dieser Basis eine allseitige Einigung erfolgen könne, und beantragt, Art. III. dahin zu fassen: „Die Bestimmungen der vorstehenden Artikel finden nur auf solche Personen Anwendung, welche zur Zeit der Verübung der in diesen Artikeln erwähnten strafbaren Handlungen Angehörige eines deutschen Bundesstaates waren." Dr. Barth schließt sich dieser Erklärung an. Hierauf erklärte Abg. Dr. Völk, ohne von seinen früheren Ansichten abzugehen, werde er aus Rücksicht auf die bestimmte Erklärung der Regierung: der Gesetzentwurf werde bei weiterer Ausdehnung gefährdet, für den Vorschlag stimmen. Nach weiteren Aeußerungen der Abgg. Umbscheiden und Dr. Edel wurde der Art. III nun Art. IV in obiger Fassung einstimmig angenommen.
(N. Korr.)

** **München**, 26. Mai. Abg. Prof. Edel hat folgende Interpellation „das Turnen als Bestandtheil des öffentlichen Unterrichts betr." an das Kultusministerium eingereicht: „Auf einen gemeinschaftlichen Antrag beider Kammern des Landtags von 1861 wurde durch Absch. III. §. 21 des Landtagsabschiedes vom 10. Nov. 1861 erwiedert wie folgt: dem Antrage der beiden Kammern: es möge die körperliche Ausbildung der Jugend im Turnen in entsprechender Weise in das System des öffentlichen Unterrichts eingereiht und das Bedürfniß dieses Unterrichtszweiges, soweit nöthig durch Gewährung budgetmäßiger Mittel berücksichtigt werden, willfahrend, beauftragen Wir Unser Staatsministerium des Innern für Kirchen- und Schulangelegenheiten, die zur Durchführung nach Maßgabe der gebotenen Mittel erforderlichen Einleitungen sofort zu treffen und die deßfallsigen Verfügungen Unserer Allerhöchsten Genehmigung zu unterstellen. Die von der Staatsregierung geforderten und von den Kammern bereitwillig gewährten Mittel betragen: für ein Jahr der VIII. Finanzperiode 14,000 fl. Zum Vollzuge dieser Anordnung zunächst bei den Lateinschulen, Gymnasien und Schullehrer-Seminarien erging weiter am 17. November 1861 ein Normativerlaß des Staatsministeriums des Innern für Kirchen- und Schulangelegenheiten an die k. Kreisregierungen, Kammern des Innern, dessen wesentlicher Inhalt anordnet, daß künftig nicht blos an freien Tagen, sondern häufiger wo möglich täglich geturnt werden soll, unter pflichtmäßiger Theilnahme aller Schüler, welche sich nicht durch ärztliche Zeugnisse über körperliche Unfähigkeit ausweisen; daß die Funktionen des Turnlehrers in der Regel von einem Mitglied des Lehrer-Kollegiums gegen angemessene Entschädigung übernommen werden sollen, daß zum Zwecke des Turnens in der Winterzeit und bei ungünstiger Witterung geeignete, in angemessener Nähe von den Schulhäusern gelegenen Lokalitäten vorhanden sein sollen, welche jedoch nur durch die Mittel der betreffenden Unterrichtsanstalten oder aus örtlichen Mitteln herzustellen seien, da hiefür die budgetmäßigen Mittel nicht verfügbar seien, daß endlich bezüglich der Unterrichtsmethode das Spieß'sche System in Anwendung zu kommen habe. Wiewohl diese Anordnung des Guten und Gutgemeinten Manches enthält, läßt sie gleichwohl in vielen Punkten der wünschenswerthen Bestimmtheit und Vollständigkeit vermissen und würde dieselbe auch dann kaum als eine genügende Basis für Erreichung des im Landtagsabschied Abs. III §. 21 angestrebten Zieles angesehen werden können, wenn der Vollzug nicht weit hinter den Resultaten der getroffenen Anordnungen geblieben wäre. Nach den in verschiedenen Landestheilen eingezogenen Erkundigungen stellt sich folgende nicht sehr erfreuliche Uebersicht der dermaligen Zustände heraus: 1) Von der Aufnahme des Turnens in die Gegenstände des Unterrichts in der Volksschule war bisher auch nicht einmal bei den höheren Klassen der Knabenschule die Rede, mit Ausnahme einiger weniger Gemeinden, die aus eigenem Antriebe und aus eigenen Mitteln dafür sorgten. 2) Sehr verschieden ist das Verhalten der Behörden gegen die Bestrebungen der Turnvereine, für den Mangel eines öffentlichen Turnunterrichtes an der Schule dadurch einen Ersatz zu geben, daß sie Elementar-Schüler als Turnzöglinge annehmen und denselben durch ihre Turnlehrer oder Vorturner in einigen Wochenstunden Unterricht ertheilen lassen. Während dies an vielen Orten geduldet ist, wird es an anderen Orten von Polizeiobrigkeiten und Schulbehörden geradezu verboten, an anderen Orten durch Widerstreben der Schulbehörden oder der Geistlichkeit verhindert. Oft müssen sich die

Feuilleton.

Vergnügungszug nach Rom.

(Schluß.)

Im eifrigen Streben, die weitere Wißbegierde unserer Mitreisenden zu befriedigen, verlassen wir die ewige Stadt, mit ewiger Erinnerung im Herzen und mit dem ewigen Abglanz ihres erhabenen Bildes vor der Seele! Um nicht so plötzlich den Kontrast der köstlichsten Eindrücke Roms zu empfinden, wenden wir uns über Capua nach Neapel; schon nach Humbold's Aussage eine der fünf reizendsten Städte unserer Erde.

Die profane Dampfsäule der Lokomotive läßt uns einen Abbruch in der Poesie einer italienischen Reise empfinden.

Der Bahnhof Roms entspricht nur einem Provisorium; aus diesem braust der Zug an der Minerva medica, an der Porta maggiore vorüber; durch die Campagna an den Trümmern der Aquädukte aus antiker und späterer Zeit sich hinziehend, dem Lateiner Gebirge zu, dessen Hauptstationen sich dem Auge in anmuthiger Reihenfolge darbieten.

Wo sich der Blick hinwendet, dort sieht man auch eine prachtvolle Villa, ein Kastell, oder eine Ruine. Mit Velletri schlägt der Zug die Richtung der Hauptstraße nach Neapel über Monte Cassino, mitten durch das Volskergebirge ein. Velletri selbst ist eine unbedeutende Stadt. Von hier braust der Zug aus einem romantischen Thalkessel in den andern. Zur Rechten und Linken Berggestalten von sonderbaren Profilen, „schnarchende und blasende Felsenmassen", die jeden Augenblick dem Landschaftsmaler eine neue Ansicht bieten. Die Naturverwandlungen folgen Schlag auf Schlag, weßhalb wir die größte Aufmerksamkeit den Fahrenden empfehlen. Bei Ceprano, das im weiten Thalkessel liegt, hält der Zug. Von da fährt er weiter durch die anmuthig wechselnde Berglandschaft, durch engere Schluchten und weite Kessel, bis das auf hohem Rücken eines Berggipfels liegende Kloster Monte Cassino den Blick auf sich zieht. Am Fuße des Berges liegt St. Germano im pittoresken Thale.

Bei der Weiterfahrt öffnet sich allmälig die Gebirgslandschaft zur fruchtbaren Campagna felice. Bald sehen wir zur linken Seite die Thürme von Capua. Hier lagerte Hannibal mit seinen Karthagern, der das ewige Rom nicht zu erobern vermochte. Der steinerne Sarkophag der bourbonischen Herrschaft in Neapel, dieser Riesenpalazzo von Caserta, steht mitten in der Campagna felice. Durch die Campagna felice, deren Vegetation, funkelnd im Schimmer des Abendrothes, einen warmfeuchten Hauch ausathmet, geht es nun Neapel zu; es ist eine der volkreichsten Städte Europa's, liegt an dem schönen Golf gleichen Namens, den im Norden das Vorgebirg Miseno, im Süden das Vorgebirg Campanella und die Inseln Capri, Ischia und Procida umschließen,

turnlustigen Knaben mit dem behelfen, was sie den Mitgliedern der Turnvereine bei deren Uebungen absehen und auf eigene Faust verwerthen. 3) Die erste Dämmerung eines besseren Zustandes für die Volksschule besteht in der obligatorischen Einführung des Turnens, jedoch in Beschränkung auf Freiübungen bei den Schullehrer-Seminarien. 4) Bei den meisten Gewerbschulen ist das Turnen gar nicht, bei anderen fakultativ als Unterrichtsgegenstand eingeführt. 5) Mannigfaltiger ist das Bild der Zustände auf Lateinschulen und Gymnasien. Zwar ist bei den meisten derselben das Turnen als obligatorischer Lehrgegenstand erklärt, dem 2, 3 bis 4 Wochenstunden gewidmet werden sollen, allein die wenigsten befinden sich im Besitze geeigneter Lokalitäten für das Winterturnen, so daß sich die Turnzeit nach Abrechnung der Ferienzeit und der Tage mit absolut schlechter Witterung auf höchstens 3 Monate beschränkt. Bei anderen Anstalten ist die Theilnahme blos fakultativ, — selbst in den Anstalten der Landeshauptstadt soll bis jetzt das Turnen noch nicht obligatorisch sein; und bei einer Reihe isolirter Lateinschulen wird gar nicht geturnt; von einer der letzteren wird sogar behauptet, daß deren Vorstand den Schülern selbst den Besuch des städtischen Turnplatzes verboten habe. Geeignete Turnhallen sind nur da vorhanden, wo solche aus der besonderen Dotation der Anstalt oder aus Gemeindemitteln beschafft werden konnten, an einigen Orten wird jedoch die ganze Miethe oder ein Theil der Miethe für die Winterlokalität aus Centralfonds bestritten. An den meisten Orten sind für Ertheilung des Turnunterrichts Lehrer aus dem Professoren-Personal der Anstalt, deren Qualifikation hiefür sehr verschieden ist, an anderen Orten sind besondere Turnlehrer verwendet. 6) In dem Lehrplane der Realgymnasien ist das Turnen ganz übergangen. 7) An den Universitäten Erlangen und Würzburg wurden besondere auf die Dauer von 6—8 Wochen bemessene theoretisch-praktische Curse für Philologen, Lehramts-Candidaten unter Studirende, die sich für das Turnwesen interessiren, abgehalten, in Würzburg einmal, in Erlangen wohl auch nicht viel öfter. Ein im Jahre 1863 in München zu veranstaltender Curs für Ausbildung von Turnlehrern wurde unter Vorwänden, die wenig Ernst für diese Sache verriethen, wieder rückgängig gemacht. Vergleicht man die in Frage ergangene Normativ-Anordnung mit dem, was in anderen Staaten theils gesetzlich, theils im Verordnungswege für die körperliche Jugendbildung angeordnet wurde und sieht man hiebei auf die Ausführung und auf die für den Zweck gebotenen Mittel, insbesondere auf die für Ausbildung von Turnlehrern errichteten Anstalten, so gelangt man zu dem Resultate, daß Bayern in dieser wichtigen Volksangelegenheit hinter fast allen deutschen Staaten zurücksteht und daß sich die bisherigen Leistungen mit weniger Ausnahme noch im Urstande befinden. Es fehlt vielfach an Lehrkräften, oder andern Mitteln zu deren Aufmunterung und Ausbildung, an Lokalitäten und Geräthen, an Mitteln zur Belebung des Erforderns der Schüler, an vielen Orten an Sinn und Verständniß für die Bedeutung der Sache und nicht weniger an einem guten Willen. Da nun wohl anzunehmen ist, daß die Unsicherheit und Ungleichheit der bisher zur Ausführung des Landtagsabschiedes von 1861 gemachten Schritte zum großen Theile an der Beschränktheit der verfügbaren Mittel ihren Grund habe, da es von hoher Wichtigkeit zu sein scheint, nicht blos zum Ablaufe der gegenwärtigen Finanzperiode ferner 3 Jahre zu verlieren, ohne in einer so wichtigen Sache voran zu kommen, so erlaube ich mir an das k. Staatsministerium des Innern für Kirchen- und Schul-Angelegenheiten die Anfrage: 1) Glaubt das kgl. Staatsministerium für Ausführung des Abschnittes III. § 21 des Landtagsabschiedes vom 10. Nov. 1861 auf dem Standpunkte der Entschließung vom 17. Nov. 1861 und auf der bisherigen Vollzugsweise beharren zu dürfen, oder glaubt sich dasselbe veranlaßt, im Sinne der anderen deutschen Staaten, namentlich in den Königreichen Sachsen und Württemberg gemachten Fortschritte und Erfahrungen nach dem Vorbilde der dortselbst getroffenen Anordnungen zu einer Revision und Vervollständigung seiner Normativverordnung schreiten zu sollen und für den möglichst gleichförmigen Vollzug derselben mindestens an sämmtlichen Lateinschulen, Gymnasien, Gewerbsschulen, Realgymnasien und Schullehrer-Seminarien Sorge tragen zu müssen? 2) Hält dasselbe es noch nicht für zulässig, an solchen Orten, wo die Bedingungen dafür gegeben sind, das Turnen auch in den höheren Klassen der Knabenschulen zu berücksichtigen? 3) Glaubt dasselbe seine Aufgabe mit den budgetmäßig bewilligten Mitteln erfüllen zu können, oder erfordert die wirksame Erstrebung des zu erreichenden Zieles, weher vor allem die Ausbildung, die Gewinnung geeigneter Turnlehrer und die Herstellung der für die Fortsetzung des Unterrichtes in jeder Jahreszeit unentbehrlichen Lokalitäten unerläßlich ist, die Inanspruchnahme weiterer Zuschüsse aus Staatsmitteln?

„Von zuverläßigster Seite“ wird der „Pfälzer Zeitung“ aus **München** berichtet, daß das neue Polytechnikum in der Nähe der alten Pinakothek zu stehen kömmt. Es wird eine Fronte von 1100 bayerischen Fuß erhalten, von welchen auf das mittlere Hauptgebäude 800 und auf die gebrochenen Seitenflügel je 150 Fuß kommen. Die neue polytechnische Schule soll nicht nur eine der großartigsten Bauten Münchens werden, sondern auch, was Ausdehnung und zweckmäßige innere Einrichtung betrifft, alles Derartige, was bis jetzt vorhanden, übertreffen.

Frhr. v. Lerchenfeld beantragt Namens des Finanzausschusses, 80,000 fl. für ständige Unterhaltungsbeiträge an wirkliche Studienlehrer derjenigen isolirten Lateinschulen, welche dermalen 4 Klassen und 4 Klassenlehrer haben, wenn sie zur Zufriedenheit gedient haben und durch Alter oder Unglück dienstuntauglich geworden sind, dann deren Wittwen und Waisen, welche kein zu ihrem Unterhalte hinreichendes Vermögen besitzen, zur Verfügung zu stellen. Diese 80,000 fl. werden den Ueberschüssen entnommen aus dem im Jahre 1863 mit 30,000 fl. zur Verfügung gestellten Nachtragskredite für Pensionirung und Unterstützung von Schullehrern, welche vor 1861 pensionirt wurden.

Wien, 24. Mai. Eine Deputation des ungarischen Landes-Kulturvereins, welche den Kaiser nach Buda-Pesth einladet, wird am 26. ds. Mts. hier erwartet. Der Kaiser wird muthmaßlich vom 6. bis 11. Juni in Pesth verweilen, wo großartige Vorbereitungen zu seinem Empfange getroffen werden. Außerdem wird eine andere ungarische Deputation, an welcher Deak Theil nimmt, der sich die Enthaltung von politischen Diskussionen in Wien ausbedungen hat, erwartet. Sie hat den Zweck, dem Kaiser für das der ungarischen Akademie gemachte Geschenk von 15,000 Gulden zu danken. Ausgleichungs-Ideen werden lebhaft ventilirt. Mehrere durch den Staatsrath vorbereitete Oktroyirungs-Akte bezüglich des Preß-Strafgesetzes in Ungarn sind von Allerhöchster Seite abgelehnt worden. Die Eröffnung des kroatischen Landtages findet definitiv Mitte Juli statt; bis dahin wird vermuthlich der Schluß der Reichsraths-Session erfolgt sein.

Berlin, 25. Mai. Die Berathung über die Marine-Anleihe wird, wie man glaubt, erst nach der Erledigung der Kriegskosten-Vorlage in der Budget-Kommission stattfinden. Der vorgestern, Dinstag Nachmittag, unterzeichnete, aber von Montag, 22. Mai, vordatirte belgische Handelsvertrag enthält neun Artikel und wird bald nach seiner Annahme in den Häusern ratifizirt werden. Hannovers Widerstand gegen Art. 6 des englischen Vertrages bezieht sich auf Dritten gewährte Schifffahrtsvortheile, für welche Hannover laut alten Verträgen Aequivalente beansprucht.

Man schreibt der „Karlsr. Ztg.“ aus **Berlin**: „Dem Vernehmen nach ist zwischen Preußen und Oesterreich eine Vereinbarung getroffen über provisorische Marine-Einrichtungen am Kieler Hafen. Gemäß dieser Vereinbarung steht es frei, zur einstweiligen Unterbringung von Marine-Mannschaften und Schiffsmaterialien bei Friedrichsort und Holtenau Bauten aufzuführen. Dabei soll

---

und ist hinsichtlich seiner paradiesischen Lage nur etwa mit Konstantinopel, Genua und Lissabon zu vergleichen. Vedi Napoli e poi muori! ruft der entzückte Neapolitaner aus, und Göthe meint, wer Neapel gesehen habe, könne nie ganz unglücklich werden. Die Stadt hat fünf Meilen im Umfange und über 50,000 Häuser, die das ganze amphitheatralisch absteigende Ufer ausfüllen. Den untern Theil durchströmt das Flüßchen Sebeto. Am prachtvollsten ist die Nordseite des Golfufers, wo hinter den Gärten eine lange Reihe von Palästen sich im Meere spiegelt. Die Südseite dehnt sich weit länger aus, ist aber mit kleinen Häusern der Handwerker und Fischer besetzt, unter denen nur einzelne Kasernen, Villen und Fabriksgebäude hervorragen. Eine ununterbrochene Reihe von Häusern zieht sich hier unter verschiedenen Namen, wie Resina, Portici, Torre del Greco, bis weit unter den Vesuv fort, ehemalige Dörfer, die jetzt mit der Stadt ohne Zwischenraum in einer langen Ufergasse zusammenhängen. Alle Höhen um die Stadt sind mit den prächtigsten Landhäusern und mit Gärten bedeckt, in denen Pomeranzen, Citronen und Apfelsinen neben der majestätischen Palme und Purpurblüthe des Cactus prangen. Bis an die fernsten Küsten des Meerbusens schmücken freundliche Wohnungen und tiefgrüne Haine die Gestade und über alle diese Herrlichkeiten erhebt sich im Osten das rauchende Haupt des Vesuv.

Addio Napoli, moriro, in seno l'idol tuo!

Die von Neapel erfolgende direkte Rückreise nach Marseille bietet uns den erneuerten Reiz einer Seefahrt und während wir im Spiegel der Wellen unsere Bilder tanzend wieder finden — wird uns der herrliche Anblick Marseilles vom Traume erwecken!

Die günstige Lage Marseilles führt alle Küstenvölker des mittelländischen Meeres hier zusammen. Besonders bemerkenswerth ist in der Nähe des alten Hafens die älteste Kirche Marseilles, St. Victor, von kastellartigem Aussehen. Papst Urban erbaute sie. Hinter ihr erhebt sich der Felsen, „Notre Dame de la Garde“, von einer, auf seiner höchsten Kuppe erbauten Kapelle so genannt, in welcher ein altes, aus Olivenholz geschnitztes Muttergottesbild von allen christlichen Schiffern und Fischern des mittelländischen Meeres als besonders gnadenreich und wunderthätig verehrt wird. Vom Gipfel dieses Felsens hat man die schönste Aussicht über die umliegenden Weinberge, Olivenwälder, eine Unzahl von Landhäusern, den Busen von Lyon, das blaue Meer und das durch Alexander Dumas bekannte Schloß Monte Christo, wie auf das Schloß von If. Von Marseille ist die Rückfahrt über Lyon Amberieux, Culoz, Genf, welche Städte wir bereits bezeichnet haben. Nachdem wir in Genf verweilen, um uns an seinen Naturreizen zu ergötzen und für die weitere Reise zu erquicken, fahren wir längs dem Genfer See nach Morges und von da nach Yverdon an den Neuenburger See, um am Ausflusse der Orbe in das südwestliche Ende des genannten Sees zu gelangen. Die

aber ausdrücklich verabredet sein, daß durch diese provisorischen Einrichtungen der künftigen Entscheidung der Hafenangelegenheit nicht vorgegriffen werde. Zur Ausführung der projektirten Bauten wird sich demnächst der Baumeister König von der k. Marinewerfte zu Danzig nach Friedrichsort begeben."

Berlin, 24. Mai. Die „Kreuzzeitung", die sich aus Holstein schreiben läßt, die Oppositionsreden der preuß. Kammer würden dort zu Tausenden verbreitet, um gegen Preußen einzunehmen, agitirt für den Schluß der Session, indem sie sagt, das Haus wolle seine schlimme moralische Lage durch leidenschaftliche Expektorationen verhüllen, die Regierung solle der für alle Theile traurigen Existenz des Hauses ein baldiges Ziel setzen. — Auf die letzte österreichische Depesche ist noch keine Antwort nach Wien gegangen.

Daß die preußischen Junker für ihre transatlantischen Vettern, die Baumwollen-Barone des Südens, eine gewisse Zärtlichkeit empfinden, glaubt man leicht, auch ohne daß sie es auf Taille beschwören. Aber wunderlich ist es, zu welchen Phantasien sie sich durch ihre Vorliebe verleiten lassen. Die „Zeidler'sche Correspondenz" schreibt: „Die Situation hat sich so sehr zu Gunsten der Kaiser Maximilian und Napoleon geändert, daß nicht mehr eine Eroberung Mexiko's durch die Kämpfer der Union, sondern eine Erwerbung des Südens der Union durch das mexikanische Kaiserthum wahrscheinlich ist."

Ein offiziöser Berliner Korrespondent schreibt in der „Frkf. Postz.": „Bekanntlich hat Kaiser Napoleon sich für die Nordschleswiger verwendet, welche im Interesse ihrer dänischen Nationalität eine Adresse an ihn haben richten wollen. Nachdem die Erkenntnisse ergangen sind, hat jetzt Preußen bei der österreichischen Regierung die Amnestirung der Verurtheilten befürwortet. — In den Dispositionen, betreffend die Ernennung des Hrn. v. Manteuffel und des Hrn. v. Moltke zu Chefs von Armeekorps, welche man bisher für so gut wie zweifellos ansah, sind in neuerer Zeit Veränderungen beabsichtigt, wobei namentlich auch der Tod des Generals v. Neumann, der in der Nähe des Königs die wichtige Stelle eines der drei besoldeten Generaladjutanten einnahm, von Einfluß gewesen sein dürfte.

In einer Petition an das Haus der Abgeordneten zu Berlin appelliren die Elementarschullehrer der Provinz Sachsen an die Macht der Oeffentlichkeit gegen die Willkür der preußischen Regierung, nach Beseitigung der stiftsberechtigten alten Adelsfamilien die Einkünfte der Dom- und Kollegialstifter zu Naumburg, Merseburg und Zeitz (zusammen wohl gegen 50,000 Thlr. jährlich) zu Sinekuren für adelige Herren, statt nach Friedrich Wilhelms III. Zusicherungen für kirchliche und Schulzwecke zu verwenden. Mit dem dritten Theil des Geldes könnte man 536 Schullehrerstellen auf jährlich 190 Thlr. bringen durch Zulagen von 10—40 Thlr. aus jedem Fonds. Es heißt in der Bittschrift: „Die ersten so begünstigten Herren vom Kleinadel haben aus Staatskassen bereits eine Einnahme (v. Witzleben) von 6000 Thlr., (v. Manteuffel) 5200 Thlr. und (v. Münchhausen) 4000 Thlr.; einer ganzen Menge von Elementarlehrern ist aber ihre Jahreseinnahme amtlich zugerechnet mit 150 Thlr.... Von den Provinzialbehörden ist kaum Abhilfe zu erwarten, da der Oberpräsident selbst ministerieller Gnaden Domherr geworden ist."

Mecklenburg. Das Ministerium hat die Stadt Rostock, weil der Magistrat (Rath) sein freisprechendes Erkenntniß über die 43 dortigen Nationalvereinsmitglieder zurückzunehmen sich weigert, mit Exekution bedroht. Am Donnerstag voriger Woche fand in dieser Sache eine außerordentliche Sitzung des Magistrats statt, in welcher eine außerordentliche Konvokation der Bürgervertretung auf Freitag beschlossen ward. Die letztere, aus 50 Kaufleuten und 50 Mitgliedern der Handwerkszünfte bestehend, hat einstimmig der Zurückweisung der ministeriellen Zumuthung ihren Beifall gegeben, sich bereit erklärt, alle Folgen auf sich zu nehmen, und damit die Aufforderung verbunden, zunächst die Exekution abzuwarten, dann aber den Weg Rechtens gegen das Ministerium zu beschreiten und eventuell an den Bundestag zu rekurriren. (B. Z.)

Frankfurt, 24. Mai. Vor dem Hotel der französischen Gesandtschaft war gestern den ganzen Vormittag über ein starkes Gedränge; eine große Anzahl von Arbeitern, Hufschmieden und Schlossern fand sich ein, um nach Paris visiren zu lassen. Ein großer Theil ihrer Berufsgenossen in Paris hat zur Erzwingung höheren Lohns die Arbeit eingestellt; die Meister schickten aber Agenten nach Deutschland, wo die Löhne für diese Beschäftigung weit niedriger sind, und es ist denselben schon gelungen, in unseren Gegenden sowohl, wie auch in Hessen, Nassau, Württemberg u. s. w. Arbeiter in Menge zur Wanderung nach der französischen Hauptstadt zu werben. (N. K.)

Paris, 24. Mai. Heute begann vor dem Zivil-Tribunal der Prozeß zwischen den Erben der Frau von Pauw und der Hinterlassenschaftsmasse des Giftmischers Couty de la Pommerais. Erstere begehren die Nichtigkeitserklärung der von Madame de Pauw ihrem Mörder ausgestellten Endossements auf den verschiedenen Policen, mit denen dieser auf ihren Tod spekulirte. Von den Lebensversicherungs-Anstalten, welche in diese Angelegenheit verwickelt sind, haben sich zwei, die Compagnie Générale und die Compagnie Impériale, mit dem Vormunde der Töchter der Gemordeten auf gütlichem Wege abgefunden. Die übrigen sechs beantragen Annullirung der betreffenden Policen. Senard und Larnac vertreten die Interessen der Familie de Pauw, Lachaud, der auch der Vertheidiger de la Pommerais' gewesen, ist der Advokat des Kurators von dessen Hinterlassenschaft. Dufaure, Allou und Picard plaidiren für die Assekuranz-Gesellschaften. Die Verhandlungen werden in acht Tagen wieder aufgenommen.

Bukarest, 25. Mai. Der „Monitorul official" meldet, daß der Fürst Cusa mit Genehmigung seiner Frau Gemahlin ein auf den Namen Alexander getauftes Kind als Sohn adoptirte, und bringt ein fürstliches Dekret, welches dem Engländer Ward wegen Nichterfüllung der von demselben eingegangenen Bedingungen die Konzession für die walachische Eisenbahn entzieht und die erlegte Kaution von 300,000 Franken für den Staatsschatz verfallen erklärt.

Der Tod des Zarewitsch, so wird der „Köln. Ztg." mitgetheilt, hat in **Rußland** ein allgemeines Gefühl der Trauer hervorgerufen, um so aufrichtiger, als es mit Befürchtungen für die Zukunft verbunden ist. Man hatte große Hoffnungen in die zukünftige Regierungsweise des präsumtiven Zaren gesetzt. Er hatte eine sorgfältigere und höhere Bildung genossen, als je ein

---

Strecke bis dahin bietet den Anblick des Juragebirges. Von Yverdon fahren wir an dem reizenden Ufer des Neuenburger Sees über Granson nach Neuchatel oder Neuenburg, eine herrlich gelegene Stadt, mit 10,000 Einwohnern.

Der Neuenburger See ist unter den am Fuße des Juragebirges liegenden Binnengewässern der größte. Das nordwestliche Ufer des Jura ist lebensvoll in wohlhabenden Ortschaften, die viel Weinbau treiben. Zwei Dampfboote befahren täglich seine ganze Strecke.

Um den Theilnehmern Gelegenheit zu bieten, die reizenden und sehr anziehenden Umgebungen Neuenburgs sowie überhaupt der Schweiz zu besuchen, haben wir diesen Ort als jenen der Trennung bestimmt, wiewohl es Jedem unbenommen bleibt, die Rückfahrt direkt fortzusetzen.

Wir erlauben uns daher die fernere Aufmerksamkeit der in Neuchatel Zurückbleibenden auf die interessantesten Punkte hinzulenken.

Ueber Biel, Solothurn, Olten und Aarau gelangt man nach Waldshut, von wo aus man den Abstecher zum Rheinfall macht.

Der größte und vielbesuchteste Ausflug ist der auf den Chaumont (3600 Fuß) zur Villa la Rochette, zum Hause Bellvaux.

Wir könnten zwar hoffen, daß dem Vergnügungssinne die Würze geistiger Umstimmung geworden wäre, schon durch die Großartigkeit der Naturschönheiten, ihrer so vielfältig abwechselnden Gebilde, durch das Zusammentreffen vieler, vielleicht allen Nationen angehöriger, von ein und demselben Geiste beseelter Persönlichkeiten, die in der schönsten Jahreszeit für Reisen in der Schweiz, in diesem durch die Charakterstärke seiner Inwohner geschichtlich berühmten Lande zugebrachten Stunden, so wie durch den Besuch von Neapel; wenn wir aber auch der Momente gedenken, welche wir in der Stadt der Christenheit, in Rom, in der Nähe des edelsten, des hervorragendsten aller unserer Mitmenschen, beglückt durch seine Ansprache, welche gewiß als Korrektiv so mancher Anschauungen und Meinungen auf unsern Geist und unser Herz wirken dürfte, so sprechen wir unumwunden die Ueberzeugung aus:

„Jeder Theilnehmer am Vergnügungszuge zu Pius IX. wird mit einem großen Stücke an Erfahrung reicher in sein Vaterland zurückkehren."

(Nr. 17.) **Zweisylbige Charade.**

Wer die Erste macht zur Zweiten
Für das theure Vaterland,
Thut am Ganzen tapfer streiten,
Dieser wird mit Ruhm genannt.

Auflösung des Logogryph Nr. 16: Steinwein — Weinstein.

Thronfolger zuvor. Die besten Lehrer der Petersburger und Moskauer Hochschule hatten ihn unterrichtet, und ihn namentlich auch mit Rechts- und politischen Wissenschaften bekannt gemacht. Je mehr Sorgfalt man auf die Erziehung des ältesten der Söhne des Kaisers Alexander verwendet hatte, desto weniger kann man dasselbe von den jüngeren Brüdern sagen; obwohl der Großfürst Alexander bereits 20 Jahre und der nächste, Wladimir, 19 Jahre zählt, so reichen ihre Kenntnisse doch nicht viel über das militärische Exercitium und etwas französische Konversation hinaus. Der nunmehr als Großfürst-Thronfolger ausgerufene Prinz Alexander ist zwar von guten Herzensanlagen, aber von schwachen Verstandeskräften, und obendrein eine träge, lymphatische Natur. Für öffentliche Angelegenheiten hat er wenig Neigung gezeigt. So ist es denn erklärlich, daß man in Petersburg vielseitig in der Erwartung lebte, es werde die Thronfolge zu Gunsten des Großfürsten Wladimir, dessen natürliche Energie und Scharfblick von Bedeutung sein sollen, geändert werden. Und in der That, es ist diese Frage im Schooße des kaiserlichen Familienraths einer ernsten Erwägung unterzogen worden. Die großen Gefahren jedoch, welche leicht, wie es bereits mehre Male in der russischen Geschichte vorgekommen ist, aus einer Umgehung des Großfürsten Alexander für die Dynastie entstehen möchten, gaben den Ausschlag für die Beibehaltung der natürlichen Erbfolge, und dieses ist der Grund, weswegen man in Rußland mit bangem Herzen in die Zukunft blickt.

Madrid, 25. Mai. In der Deputirtenkammer erklärte der Minister des Auswärtigen: Das Budget bestimme Turin als Domizil des spanischen Gesandten beim italienischen Hofe, weil König Viktor Emanuel zu Turin residirte, als das Budget festgestellt wurde; im Ministerrath jedoch sei über eine anderweitige Residenz des Gesandten noch nichts beschlossen. Der Minister fügte hinzu, der Gehalt des Gesandten beim König Franz II. sei unterdrückt; aber aus Hochachtung für diesen werde ein Mitglied der spanischen Gesandtschaft in Rom die Rolle eines Vertreters Spaniens bei dem Könige übernehmen.

Amerika. Die Proklamation, welche der Kommandirende in Nordkarolina über die Stellung der Sklaven erlassen hat, lautet vollständig: „Zur Beseitigung eines Zweifels, welcher bei einigen Bewohnern Nordkarolina's noch vorzuwalten scheint, wird hiemit die Erklärung gegeben, daß kraft der vom 1. Januar 1863 datirten Proklamation des Präsidenten der Vereinigten Staaten alle Personen in diesem Staate, welche bisher als Sklaven betrachtet worden, jetzt frei sind, und daß es die Pflicht der Armee ist, die Freiheit solcher Personen in Schutz zu nehmen. Den früheren Herren der Befreiten wird anempfohlen, sie als gemiethete Diener gegen angemessenen Lohn in Arbeit zu halten; und den Befreiten wird anempfohlen, falls es ihnen gestattet wird, bei ihren früheren Herrn zu verbleiben und getreulich zu arbeiten, so lange sie gütig behandelt und angemessen bezahlt werden; oder daß sie sich unverzüglich anderswo Beschäftigung suchen in der Art von Arbeit, an die sie gewöhnt gewesen. Es ist nicht gut für sie, sich bei und in Städten oder militärischen Lagern zusammenzuschaaren. Den Unthätigen wird keine Unterstützung zu Theil werden."

Nachrichten aus **Vera-Cruz** vom 2. d. (über Havannah) bestätigen die Besetzung von Monterey, was Juarez zum vorläufigen Regierungssitz auserkoren habe, und außerdem von Saltillo durch die republikanischen Truppen. Den Franzosen und den Kaiserlichen war eine Kontribution von 150,000 Doll. auferlegt worden. Denselben Nachrichten zufolge hat der Kaiser Maximilian die Jecker'schen Ansprüche anerkannt und Befehl gegeben, sie in fünf jährlichen Raten abzutragen.

Australien. In Betreff des Krieges in Neuseeland veröffentlicht der „Star" einen Brief eines englischen Offiziers, worin dieser unter Anderem schreibt: „Wir stehen wieder im Felde. Jedem widert es herzlich an vom General abwärts. Unsere Sympathie ist ganz auf Seiten der Maoris. Ich behaupte, was eine bereits Tausenden bekannte Thatsache, daß die Armee desorganisirt ist. Wir lachen über die Versicherung der Kolonisten, welche von einem Kriege der „Wiedervergeltung" reden; und haben kein Herz für das „Schlachten". Wir helfen nur habsüchtigen Kolonisten, die Eingeborenen ihres Landes zu berauben, um es denen zu übergeben, denen ihr eigener großer Weinberg nicht genügt, und welche des Schwächeren Nächsten kleines Grundstück dazu haben wollen, des Nächsten einziges Schaf zur eigenen großen Heerde."

Hiezu die Beilage: „Würzburger Anzeiger".

Verantwortlicher Redakteur: A. Hartmann.
Druck und Verlag der Stahel'schen Buch- und Kunsthandlung in Würzburg

Cours der Staatspapiere.

Oesterr.	5 pCt. Met. (Cp. 1. S. b. R.)	—
"	5 pCt. Lomb. ditto. à 24	—
"	5 pCt. Engl. Met. v. 1852	80 3/8 P.
"	5 pCt. Engl. Met. v. 1859	78 1/8—1/8 G.
"	5 pCt. Venet. Coupon b. R.	86 1/2 G.
"	5 pCt. Nationalanl. v. 1854	68 3/4 P. 1/2 G.
"	5 pCt. Metall. Obligation.	64 1/4 G.
"	4 1/2 pCt.	57 5/8 P.
Preussen	3 1/2 pCt. Staatsschuldsch.	—
Bayern	4 1/2 pCt. Obl. 1jähr. dto.	101 1/2 P.
"	4 1/2 pCt. Obl. 1/2jähr. dto.	102 G.
"	4 pCt. Obl. 1jähr. dto.	99 1/4 G.
"	4 pCt. Obl. 1/2 jähr. dto.	99 3/8 G.
"	4 pCt. Obl. Ab.-B. dto.	98 5/8 G.
"	3 1/2 pCt. Obl. dto.	—
Württemb.	4 1/2 pCt. Obl. b. Rothsch.	104 3/4 P.
"	3 1/2 pCt. Obl. dto.	94 G.
Baden	4 1/2 pCt. Obl.	—
"	3 1/2 pCt. Obl. v. 1842	91 3/8 P.
Gr. Hess.	4 1/2 pCt. Obl.	—
"	4 pCt. Obl. b. Rothsch.	100 3/4 P.
"	3 1/2 pCt. Obl. dto.	97 3/4 P.
Nassau	4 1/2 pCt. Obl. dto.	102 5/8 P.
"	4 pCt. Obl. dto.	99 5/8 P.
"	3 1/2 pCt. Obl. dto.	92 P. 91 3/4 G.
Frankfurt	3 1/2 pCt. Obl.	95 1/8 P.
"	4 pCt. Obl.	91 P.
Spanien	3 pCt. inl. Sch. P. à fl. 2. 30	—
"	3 1/4 pCt. " " "	—
Schweden	4 1/2 pCt. Obl. à 105 Thlr.	91 3/4 P. 1/2 G
N.Amerika	6 pCt. à 100fl. 1881 D. 2 1/2	—
"	6 pCt. ditto r. 1882 "	72 1/4 P. 1/8 G.

Diverse Aktien.

Frankfurter Bank à fl. 500 . . .	150 3/8 P.
K. K. Oesterr. National-Bankaktien	871 P. 869 G.
Oesterr. Kreditbank-Aktien à fl. 200	199 1/2 G.
Bayer. Hypothekenb. Pfandbriefe 4 pCt.	97 1/2 P.
Darmst. Bank 1. u. 2. Serie à fl. 250	230 1/2 P.
Weimarische Bank à Thlr. 100 . .	101 G.
Mitteldeutsche Kreditaktien . . .	101 1/2 P.
Intern. Bank in Lux. à 250 Frs. à 28 kr.	—
Taunus-Eisenbahn à fl. 250 . . .	348 P.
Frankfurt-Hanauer-Eisenbahn . . .	102 P.
Oest. F.St.Eisb. 5pCt. 500 Fr. à 28 kr.	—
" Elisab.-Eisenbahn 5 pCt. . .	122 P.
Böhm. Westbahn-Aktien à fl. 200 6/7	79 1/2 P.
Rhein-Nahe-Bahn 200 Thl. à 105 4pCt. Z.	—
Ludwigshafen-Bexbacher à 4 pCt. .	150 G.
dto. dto. Prior. à 4 pCt	—
Pfälz. Maxb. b. Rothschild à 4 1/2 pCt.	107 1/8 P.
Oest. St.-Eisenb. Prior.-Oblig. à 3 pCt.	51 3/8—1/4 G.
Elisab.-Bahn Prior. 5 pCt. 6/7	79 1/2 P.
Südd. Bank-Akt., 40 pCt. Einz.	254 P.
Span. Handels- und Industrie . .	—
Bayr. Ostbahn à 4 1/2 pCt. volleinbez.	113 3/4 P. 1/2 G.
Bayer. Ostbahn mit 50 pCt. Einz.	113 1/2 P. 1/4 G.

Wechsel in süddeutscher Währung.

Amst. fl. 100 k. S.	101 P. — G.
Antwerp. Frs. 200 k.S.	94 5/8 G.
Augsb. fl. 100 k. S.	99 3/4 G.
Berlin Th. 60 k. S.	105 P.
Brem. 50 Th. Lsd. k. S.	97 1/2 P.
Brüssel Frs. 200 k. S.	94 5/8 G.
Cöln Thlr. 60 k. S.	105 P.
Hamb. MB. 100 k. S.	88 1/8 G.
Leipzig Th. 60 k. S.	105 P.
London Lst. 10 k. S.	119 3/4 P.
Lyon Frs. 200 k. S.	—
Mail. Frs. 200 . .	94 5/8 G.
München fl. 100 k. S.	99 3/4 G.
Paris Frs. 200 k. S.	94 3/4 G.
Petersburg 60 S.-R.	—
Triest fl. 100 k. S.	—
Wien fl. 100 ö. W.	—
do. in öst. W. l. S.	108 1/4—3/8 G.
Disconto	3 1/2 pCt. G.

Anlehens-Loose.

Oesterr. fl. 250 v. 1839	143 1/2 P. 143 G.
" fl. 250 v. 1854 mit 4pCt.	79 3/4 P. 1/4 G.
" fl. 500 v. 1860 6/7	87 1/8 P.
" fl. 100 Eisb. L. v. 1858.	136 G.
" do. v. 1864.	95 1/8 P.
Schwed. 10 Thlr. Loose	—
Badische fl. 50	—
Badische fl. 35	53 1/2 P.
Kurhess Thlr. 40 b. R.	56 5/8 P.
Gr. Hessen fl. 50 b. R.	131 3/4 G.
" fl. 25 do.	37 P.
Nassau fl. 25 bei Rothsch.	35 5/8 G.
Sardinische Fr. 36 b. B.	—
Neuchateler 10 Frs.-Loose	—
Freiburger 15 Frs.-Loose	—
Mailänder 45 Frs. L. b. R.	32 1/2 P.
St. Lüttich mit 2 1/2 pCt. Z.	33 G.
Ansb.-Gunzenh. fl. 7-L.	—

Frankfurt, 26. Mai. Die Börse war in Folge der günstigen finanziellen und politischen Nachrichten aus Amerika günstig gestimmt. Es fanden jedoch wieder bedeutende Realisirungen statt, welche einem nachhaltigen Aufschwung entgegenstanden. Auch mag die Nähe des Ultimo hemmend auf den Verkehr eingewirkt haben, da man allgemein erwartet, daß die Prolongation schwieriger sein wird, als in den letzten Liquidationsterminen. Auf österr. Sachen wirkte die Nachricht von dem bevorstehenden Abschluß des Domänengeschäfts mit dem durch die Kreditanstalt vertretenen Consortium fördernd ein. Kreditaktien und Loose von 1860 wurden entsprechend höher bezahlt. Das Geschäft war recht belebt und der Umsatz einzelner Gattungen bedeutend. (Synd.)

Digitized by Google

N[illegible]ürzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht!

№ 147-48.	Vorausbezahlung: Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 1 fl. 30 kr. Bei Inseraten wird die dreispaltige Zeile in gewöhnlicher kleiner	62. Jahrgang.	Schrift oder deren Raum im Hauptblatte mit 6 kr., im Anzeiger mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franco.	Montag, 29. Mai 1865.

An die k. Hof- und Staatsbibliothek München.
1 N. Würzb. Ztg.

I. Das korsikanische Evangelium.

„Durch den Napoleonismus zur Freiheit!" So lautet die Botschaft, welche Prinz Napoleon, gewöhnlich der „rothe Prinz" genannt, am 15. d. M. in Ajaccio bei der Enthüllung des Standbildes seines großen Oheims verkündet hat.

Die beiden Neffen des großen Imperators haben geglaubt, daß sie der Welt die Resultate ihrer geschichtlichen Studien nicht vorenthalten dürfen. Der Eine schreibt eine Geschichte Julius Cäsars, um die Nothwendigkeit und den Segen der Staatsstreiche darzuthun und beklagt in der Vorrede die Verblendung der Völker, welche in frevelhafter Empörung gegen den korsikanischen Messias die Wiedergeburt Europa's vereitelt haben. Der zweite Neffe spinnt dieses Thema weiter aus, indem er die Herrlichkeiten schildert, welche noch aus dem wahren, d. h. dem demokratischen Napoleonismus erblühen sollen. Was Louis Napoleon mit schwerfälligen Linien nur angedeutet, das malt der phantasiereichere Jerome Napoleon mit den lebhaftesten Farben aus. Nur Schade, daß Alles weiter nichts, als ein Phantasiebild ist.

Der von dem rothen Prinzen demokratisch ausgelegte Napoleonismus findet selbst bei den Franzosen, die doch durch allgemeine Phrasen leicht zu bestechen sind, keinen Anklang mehr. Die Theorie, daß ein Volk durch die Diktatur eines genialen Herrschers zur Freiheit gelangen könne, wird allenthalben zurückgewiesen. Eines der tüchtigsten Pariser Blätter, der „Avenir", sagt, der Despotismus vergifte den Geist der Völker und nur durch die Freiheit könne eine Nation zur Freiheit erzogen werden. Interessant sind folgende Bemerkungen der „Times" über die neuesten napoleonischen Geschichtsfälschungen:

„Daß Napoleon I. ein auf dieselbe Stufe mit Alexander, Cäsar und Karl dem Großen zu stellender großer Mann gewesen sei, konnte füglich vor jeder Zuhörerschaft in der Welt behauptet werden; wenn man aber sagt, er sei ein Demokrat, ein Volksmann, ein Philanthrop mit Leib und Seele, ein Freund der Nationalitäten und ein Radikal-Reformer gewesen, so ist das doch wohl etwas stark, selbst wenn es vor einer Zuhörerschaft von Franzosen behauptet wird. Und doch hat alles das und nichts weniger der Prinz Napoleon von dem Gründer der Dynastie behauptet, und zwar nicht ohne Erfolg. Wenn der Leser wissen will, wie dieses Wunder zu Stande gekommen ist, so können wir es ihm leicht sagen. Einfach dadurch, daß der Kaiser so gemalt wurde, wie er hätte sein können, statt, wie er wirklich war, und dadurch, daß man seinen Charakter in den Betrachtungen des Verbannten nicht in den Handlungen des Herrschers suchte. Napoleon I. brachte sechs Jahre auf St. Helena zu, und in diesem letzten Stadium seines Lebens kritisirte er seine Irrthümer, ließ seine Weisheit reifen und brachte es durch das Licht der Erfahrung dahin, sein ursprüngliches Wesen umzugestalten. Vielleicht waren einige der damals aufgezeichneten Ideen eben nur bloße Ideen; allein es ist immerhin denkbar, daß er, wäre ihm die Gelegenheit geboten worden, in mancher Beziehung nach ganz anderen Grundsätzen gehandelt und regiert haben würde, als nach denen, welche seine wirkliche Verwaltung und politische Laufbahn charakterisirten. Prinz Napoleon muthet uns jetzt zu, den wahren Napoleon in diesem Phantasie-Herrscher zu erblicken. Napoleon bekannte sich in den Tagen seiner Verbannung zu gewissen demokratischen und philanthropischen Prinzipien, und zwar, wie wir behaupten möchten, mit voller Ehrlichkeit; allein diese Ansichten waren ihm großentheils durch die Erfahrung früherer Irrthümer aufgezwungen worden. Der Kaiser hatte seine Freude daran, zu beschreiben, was er für Frankreich und Europa gethan haben würde, wenn Europa ihn im Jahre 1815 in Ruhe gelassen hätte. Napoleon I. war ein großer Eroberer und in mancher Beziehung ein großer Herrscher; von Freiheit aber in der englischen Bedeutung des Wortes hatte er niemals eine Idee. Er träumte von einem Kaiserreiche und verwirklichte diesen Traum. Er gründete in der That ein zweites Kaiserreich des Westens, verletzte aber dabei alle die Prinzipien welche ihm jetzt nachgerühmt werden. Nie hat es auf der Wel[t]

Feuilleton.

Die Musik und die Leute.

Der geistreiche Schriftsteller **Bogumil Goltz** brachte in seinem höchst interessanten Buche: „Der Mensch und die Leute" einen kleinen Aufsatz, der viel Wahres enthält und manche Aufklärung gewährt über Verhältnisse und Vorgänge, die gerade die Gegenwart interessiren.

„Musiker, sagt Goltz, die zugleich sittliche und tiefere Naturen sind, fühlen die ideale Einseitigkeit ihres Treibens, die widernatürliche Isolirung ihres Lebens von der wirklichen Welt auf die Dauer so sehr, daß sie nicht selten noch in späteren Jahren eine Stellung und Beschäftigung suchen, die mit reeller Werkthätigkeit und mit der materiellen Welt zusammenhängt. Sie werden Gärtner, Landwirthe und Gemeinde-Mitglieder, um nur ordentliche positiv beschäftigte Menschen, wie andere ehrliche Arbeiter zu sein. Ueber die ordinären Fiedler und Musik Macher, über ihre Depravation ist kein Wort weiter zu verlieren. Aber auch die **echte** Musik bildet, trägt und veredelt durchaus nicht so unbedingt und nachhaltig, als es Arbeit, Sitte, Religion und Wissenschaften thun.

Die echte Musik ist ein Spiegelbild der sublimsten Mysterien der Seele, eine Symbolik aller Gesetze und Geschichten Himmels und der Erde; aber doch nur für **den Sinn** und Geist, welcher die Gesetze dieser idealen Welt selbst in sich trägt, sie zu deuten versteht, sie nicht durch Ausschweifungen und Welteitelkeiten verdunkelt hat, und dem **musikalischen** „Idealismus" den ergänzenden Faktor durch eine werkthätige Lebensart herzubringt. Die Halbirung der Menschennatur durch ein ausschließlich ideales Leben muß nothwendig so corrumpirend sein, wie ein Materialismus, der sich von der idealen Welt losprüparirt hat.

Die Musik kann eine himmlische und bildende Macht: nur für seelenvolle **Menschen** und nicht für gemeine, närrische, im Materialismus versunkene Leute sein. — Oder was zeugt denn die Musik für die Nationen, denen eine ganz besondere musikalische Anlage und Liebhaberei zuerkannt wird; was hat sie denn aus den Polen und Böhmen gemacht; was hat sie bei den Italienern ungeachtet dessen bewirkt, daß bei ihnen die Musik nicht blos Naturanlage geblieben, sondern Kultur-Objekt geworden ist? — Was äußert denn die ordinäre Musikmacherei auf die Masse der Hautboisten, Stadtmusikanten und Prager Studenten für einen bildenden Einfluß: was kommt durch sie den jungen Herren und Damen zu gut, falls sie sonst nicht gebildete und noble Personen sind?

Wie hat sich denn die erziehende Macht der Musik an den bereits vorgebildeten Mitgliedern von Sing-Vereinen und an den gründlich musikalisch unterrichteten Vorständen dieser Musik Vereine bewährt? Sind die Herren Musik- und Kapell-Meister, die Herren Musik-Direktoren, die großen und kleinen Komponisten, die genialen Dilettanten und Liebhaber der Musik: vorzugsweise delikate und liebenswürdige, sittlich rhythmische und taktfeste Menschen? Veredeln die Liedertafeln und Sing-Vereine, die Konzerte und die noch so großartig aufgeführten Oratorien: in der That den Charakter derjenigen Leute, denen bei diesen musikalischen Ostentationen und Geschäftigkeiten aktive oder passive Rollen zugetheilt sind? — Bleibt die Primadonna einer Oper oder eines Oratoriums: nicht eben so ein eitles, kaprizidses und elementares Frauenzimmer als die Choristin? Treibt denn nicht eben die Eitelkeit und innere Leere die Mode und die Nachäfferei: den großen Haufen dieser Musikbeflissenen zur ästhetischen Schaustellung? ist denn bei diesen musi-

einen Mann gegeben, der sich weniger um das Prinzip der „Nationalitäten“ kümmerte, wenn überhaupt die Idee zu seiner Zeit vorhanden war. Er scheiterte zuletzt, weil er auch nicht einmal das allgemeinste und klarste Prinzip der Nationalität zu verstehen vermochte, weil er keinen Unterschied zwischen den Strebungen großer Volksstämme zu machen wußte, weil er nicht nur den ganzen romanischen, sondern auch den germanischen Stamm in Frankreich einzuverleiben versuchte und auf diese Weise Deutschland und Spanien zugleich gegen sich in die Schranken rief. Wenn in jenen Tagen irgendwo der Ruf der Nationalität im modernen Sinne des Wortes erscholl, so war es in Polen und wir wissen, was der große Eroberer dort that. Napoleon war ein Eroberer, und als Eroberer machte er sein eigenes Land zu seinem Werkzeuge und andere Völker zu seinen Sklaven. Er führte Krieg, als er den Frieden hätte erhalten können, und entwarf Eroberungspläne um des Eroberns willen. Zuletzt überstürzte er sich in seinem Ehrgeize und überschritt die Grenzen selbst seiner eigenen gewaltigen Macht. Für diese Unbesonnenheit büßte er, und da gingen ihm die Augen auf und er erkannte die früher von ihm begangenen Fehler. Der Napoleon von 1820 war ein ganz anderer, als der von 1810. Wir haben durchaus nichts dagegen, wenn man uns jenen zur Bewunderung hinstellt; nur dagegen protestiren wir, daß man den einen Charakter für den andern ausgibt oder beide mit einander vermengt.“

Als wir vorstehende Zusammenstellung machten (es liegt nur der Sonntag dazwischen), dachten wir nicht daran, welche interessanten Fortsetzungen wir noch in dieser Nr. liefern konnten. Das neue Material, das sich inzwischen ergeben hat, veranlaßt uns, noch etwas auf den Inhalt des erwähnten Evangeliums und auf dessen Geschichte kurz zurückzukommen. Der Prinz, welcher nie besessen hat, was man Takt nennt, hat in seiner Rede auch Oesterreich und den Papst in schärfster Weise angegriffen; dieß und die entschiedene Betonung des Prinzen, daß die Endziele der kaiserlichen Politik die Entwicklung der demokratischen Freiheiten, die Allianz mit allen liberalen Völkern, Preßfreiheit und Vereinsrecht wären, paßte doch nicht in den Kram des Kaisers, der zwar auch gern mit der Zukunftsfreiheit kokettirt, aber sich wohl hütet, in der Nation zu starke Hoffnungen und hiedurch zu starke Gelüste zu erregen. Die Kaiserin Regentin, welche, obwohl sie Beherrscherin der Mode und Erfinderin der Krinoline ist, doch auch nicht ein Uebermaß von Takt besitzt, hat der prinzlichen Rede durch ihre etwas damenhaftige Censur*) ein Relief gegeben, ohne welches die Franzosen durch dieselbe vielleicht weniger aufgeregt worden wären. Es war allerdings, wenn man die Grundlagen betrachtet, auf welchen das Kaiserthum errichtet ist, und die absolutistischen Plane, mit deren Durchführung oder strenger Aufrechthaltung man dem Kaiserreich eine längere Dauer zu geben vermeint, ein ganz entsprechender Instinkt, welcher die Kaiserin bei ihrem Verfahren leitete, und der ihr die Klage auspreßte: „Die Rede ist ein Unglück für die Dynastie!“ Anfangs hieß es, der Kaiser sei durch die Rede des Prinzen weder überrascht gewesen, noch habe er deren Inhalt besonders erschrecklich gefunden; doch ist der Kaiser ein zu feiner Diplomat, als daß er dem Prinzen seine Taktlosigkeiten hätte hingehen lassen. Wie schon gestern im Anzeiger gemeldet, ertheilte der Kaiser dem Prinzen eine sehr ernste Rüge. Auf das Schreiben des Kaisers brachte der Telegraph in kurzer Folge die Replik des Prinzen. Den Inhalt beider Schriftstücke bringen wir in beiden folgenden Kapiteln.

*) Der „Moniteur“ brachte die Rede gar nicht; und die übrigen, mit der Regierung in Verbindung stehenden Blätter ließen die pikantesten Stellen hinweg (bekanntlich kann der Prinz oft sehr pikant sein!)

II. Auch eine Auslegung des korsikanischen Evangeliums oder wie Einem der Text gelesen wird.

Paris, 27. Mai. Der „Moniteur“ veröffentlicht folgenden Brief des Kaisers an den Prinzen Napoleon: „Mein Herr und sehr werther Vetter! Ich kann nicht umhin, Ihnen den peinlichen Eindruck kund zu geben, den Ihre in Ajaccio gehaltene Rede bei mir hervorgerufen hat. Indem ich Sie, in Ihrer Eigenschaft als Vicepräsident des Geheimraths, während meiner Abwesenheit bei der Kaiserin und meinem Sohn zurückließ, habe ich Ihnen einen Beweis meiner Freundschaft und meines Vertrauens geben wollen, indem mich dabei die Hoffnung leitete, daß Ihre Gegenwart, Ihr Verhalten und Ihre Reden Zeugniß von der in unserer Familie herrschenden Eintracht ablegen würden. Das politische Programm, das Sie unter die Aegide des Kaisers Napoleon I. stellen, ist nur dazu geeignet, den Feinden meiner Regierung in die Hände zu arbeiten. Zu Auffassungen, die ich nicht billigen kann, fügen Sie Gefühle des Hasses und des Grolles, die sich überlebt haben. Um es zu verstehen, die Ideen des Kaisers Napoleon I. auf die Gegenwart anzuwenden, muß man durch harte Prüfungen der verantwortlichen Gewalt hindurchgegangen sein. Und sind wir Pygmäen etwa wirklich im Stande, die große historische Figur Napoleons in ihrer wahren Bedeutung zu erfassen? Wir stehen vor ihr, wie vor einem kolossalen Standbild, dessen Gesammtheit wir nicht mit einem Blick zu umspannen vermögen. Wir sehen eben immer nur die Seite, die uns zunächst in die Augen fällt. Daher die ungenügende Wiedergabe und das Auseinandergehen der Meinungen. Aber was aller Welt klar vor Augen liegt, ist das eine: daß der Kaiser, um der Ungebundenheit der Geister, dieser furchtbaren Feindin der wahren Freiheit, entgegenzutreten, in seiner Familie nicht minder als in seiner Regierung jene strenge Zucht eingeführt hatte, welche nur einen Willen und nur ein Handeln zuließ. Von

---

kalischen Geschäftigkeiten und Schönthuereien und Beethoven-Begeisterungen: ein innerer Trieb, ein Kultus des Göttlichen im Spiel? veredelt sich denn dieser ursprünglich profane und sinnliche Impuls: zur musikalischen Lebensart, durch eine andere Macht, als eben durch dieselbe Gewohnheit, welche jede Beschäftigung und selbst die sinnlichste, zu einer Herzenssache und sittlichen Lebensart verwandeln kann?

Ich bin, ungeachtet meiner Liebe zur Musik, heute noch der uralten Behauptung zugeneigt, daß sie den Menschen, wenn er sich ihr ausschließlich und ohne ein Charaktergegengewicht hingibt, leicht verweichlichen, und daß die Musik, wo sie eine Profession und das tägliche Brod abgibt, gewöhnliche Männer weibisch, verletzbar, eitel und kapriziös zu machen pflegt.

So viel ist gewiß, daß wir überall: musikalisch-talentvolle und musikalisch-gebildete Menschen finden, die sich viel nichtsbedeutender und unpraktischer, als die unmusikalischen Leute darstellen; und daß es umgekehrt Personen gibt, denen Musik ein bloßer Ohrenkitzel ist, die aber gleichwohl höchst ehrenwerthe, gewissenhafte, herzliche und tiefsinnige Charakter-Menschen sind. — Nachhaltig und bildend wirkt Musik nur auf sehr wenige Menschen ein.

Dies Klavierspielen, dieses harmonische „Rabasteln“ auf einem Musik renommirenden Zimmermöbel, auf dem Tasten-Zahn-Gebiß eines hölzernen Ungeheuers, welches die Töne wie ein musikalischer Truthahn hervorkollert, und welchem Tischlerhände aus ganzen Planken den Corpus bauen müssen, der gleichwohl nicht so viel Athem als die kleine Violine besitzt. — Diese Musikspektakelwirthschaft und Fingerverrenkungs-Gymnastik, die doch zu keinem an- und abschwellenden, beseelten Tone verhilft, charakterisirt so recht den modernen Mechanismus und Materialismus, auch in dem Seelenvollsten was es gibt: in der Musik! — Auch die „Menschwerdung“ dieses verdammten, drahtklingenden Tastenkastens unter den Händen der Virtuosen, die sich unter dem Spiel vier rechte Hände zu beschaffen wissen, hilft nichts zur Musik; — sie ist an die menschliche Stimme, an die Streich- und Blasinstrumente gewiesen und auch diese bleiben resonirendes Blech und Holz, wenn nicht Seele im Spiele ist. — Die Leute haben aber kaum so viel von dem Artikel, daß sie die Lebens-Nothdurft bestreiten, wie können da ihre Instrumente beseelt sein? —

Die Musik soll, wie alle Kunst: Sinnlichkeit und Vernunft, sie soll Schönheit und Wahrheit, Natur und Convenienz, Gesetz und Freiheit, Persönlichkeit und Sitte, Materie und Geist vermitteln; — die Musik soll das tönende Ebenbild Gottes, die tönende Harmonie der Schöpfung im Menschen sein; die Musik ist bei der Tyrannei, welche heute die Konvenienz über allen Naturalismus ausübt, die einzige Gelegenheit, mit Anstand natürlich und seelenvoll zu sein und seinen edlen Leidenschaften zum Ausdruck zu verhelfen, und auch dieses Mittel ist der allgemeinen Nüchternheit, Säkularisation und Affectation dienstbar gemacht. Man produzirt auch in der Musik: Technik, formale Erudition, modernen Geschmack, musikalische Phraseologie und Dialektik und accommodirt solcher Gestalt die seelenvollste Kunst: dem Tagesgötzen Verstand, der Alles beherrschenden Lüge, Unnatur und Konvenienz! —“

(Wie schon bemerkt, enthalten die vorstehenden Sätze viel Wahres. Dieselben sind jedoch nicht so gar tragisch aufzufassen; Wir sind auch überzeugt, daß keiner unserer musikalischen Leser sich durch obige Betrachtungen, wenn er auch das Beherzigenswerthe in denselben nicht von sich weist, sich wird abhalten lassen, auch fernerhin wacker darauf los zu singen oder zu musiziren. In-

dieser Richtschnur des Verhaltens kann auch ich mich für die Zukunft nicht entfernen. Und hiermit, mein Herr und werther Vetter, bitte ich Gott, daß er Sie in seinen heiligen Schutz nehme. Napoleon."

III. Wie der „rothe" Evangelist merkt, daß er unmöglich geworden.

Paris, 27. Mai. Die „Presse" veröffentlicht folgenden Brief des Prinzen Napoleon: „Sire! In Folge des Briefes Ew. Maj. vom 23. Mai und seiner Veröffentlichung durch den „Moniteur" reiche ich hiermit meine Entlassung als Vicepräsident des Geheimraths und als Präsident der Kommission für die Ausstellung von 1867 ein. Genehmigen Sie, Sire, den Ausdruck der tiefen und achtungsvollen Anhänglichkeit, mit welcher ich verharre als Ew. Maj. sehr ergebener Vetter Napoleon."

München, 26. Mai. Bei dem zur Feier des Geburtstags der Verfassung heute Nachmittags veranstalteten Festmahle der Abgeordneten wurden drei Toaste ausgebracht und mit Jubel begleitet: vom ersten Kammerpräsidenten Prof. Pözl auf Se. Maj. den König; vom zweiten Präsidenten Herrn Schlör auf die Verfassung und die durch sie geeinigten Volksstämme, und von Professor Dr. Edel in einer ausgezeichneten Rede auf das deutsche Vaterland.

Der Wochenschrift der bayerischen Fortschrittspartei schreibt man: Einem Blatt wird berichtet, die Mittheilungen des Hrn. v. d. Pfordten im schleswig-holsteinischen Ausschuß hätten „allseitig befriedigt." Dies ist eine Angabe, die man mit Vorsicht aufnehmen muß. Der Minister hat mancherlei mitgetheilt und ich glaube, daß ein Theil seiner Eröffnungen in der That alle Anwesenden befriedigt hat, während andere, nach verschiedenen Richtungen hin, vielleicht weniger unbedingten Beifall fänden. Großen Werth legte der Minister auf die nachfolgende Stelle des bekanntlich vom Abg. v. Hofmann entworfenen Ausschußberichtes: „. . . . Dennoch könnte sich's ereignen, daß eben das, was wir erzielt sehen wollen, die Ermöglichung einer freien Selbstbestimmung der Herzogthümer, ohne Opfer nicht zu erreichen wäre. Wenn sich die Landesvertretung Schleswig-Holsteins weigert, den Forderungen der preußischen Regierung über das ihr selbst richtig scheinende Maß hinaus nachzugeben; wenn dann äußerer Zwang anzuwenden, oder das Land durch unabsehbare Fortdauer eines unleidlichen Zwischenzustandes zu ermüden verwehrt ist: dann wird man dem hartnäckigen Volke eine Kriegskostenrechnung machen, vor der ihm der Muth entfallen soll. Abgesehen von der eigenen Landesschuld und von der beträchtlichen Last, welche der auf die Herzogthümer treffende Theil der dänischen Staatsschuld bildet, wird man ihnen die Kosten der Bundesexekution, durch welche Holstein, und des Kriegs, durch welchen Schleswig von Dänemark losgekommen ist, aufrechnen, die letzteren allein im Betrage von 50 bis 60 Millionen Gulden. Wird derjenige Theil von Deutschland, der, wenn auch ohne seine Schuld, von der Blutarbeit des befreienden Krieges ausgeschlossen geblieben ist, einer solchen Ueberbürdung des ohne sein Zuthun befreiten Volkes unthätig zusehen? zusehen etwa auch, wie man sie dadurch zu Dingen nöthigt, welche ihm den Werth seiner Befreiung sehr wesentlich mindern? Ist es nicht eine nahe liegende und mäßige Forderung an diejenigen Bundesstaaten, welche das Recht in Anspruch nehmen, in der schleswig-holsteinischen Angelegenheit mitzusprechen, daß sie auch an ihrem Theile den Preis mitbezahlen, den es gekostet hat, sie zu gutem Ende zu bringen? Diese Erwägungen jetzt schon anzustellen, dürfte nach Lage der Dinge keineswegs zu frühe sein, wenn es auch nicht an der Zeit ist, dasjenige, was sich aus ihnen ergibt, schlußweise auszusprechen." *)

** **München**, 29. Mai. Bei dem Festmahle unserer Abgeordneten zur Feier des Geburtstages unserer Verfassung hielt Abg. Prof. Edel die folgende von der Versammlung mit so großem Beifall aufgenommene Tischrede: „Sie haben vorhin den schönen Trinkspruch auf das bayerische Volk und den Segen seiner unversehrten Verfassung mit Jubel begrüßt. Aber Bayern ist nur ein Theil eines großen Ganzen. Wie mit dem Rebstabe die Rebe ist es erwachsen mit dem Stamme der deutschen Eiche. Sowie die einzelnen Zweige und Triebe kein gesundes Leben entwickeln und bei überwucherndem Reichthum an Blättern und Blüthen nicht die guten Früchte reifen können, wenn der Stamm im Marke und in den Wurzeln krank ist, so kann Bayern nicht sein rechtes Wohl erreichen, so lange dem Gesammtvaterland nicht sein volles Recht geworden ist. Die deutschen Hoffnungen haben Enttäuschungen auf Enttäuschungen erfahren, viele Wege haben sich als Irrwege erwiesen, das Hochgefühl bei den Siegen des tapfern und kriegstüchtigen deutschen Heeres ist verbittert worden durch die Ohnmacht und Rechtslosigkeit, indem Deutschlands politisches Organ die schwersten Kränkungen hinnehmen mußte. Und doch ist nicht Zeit und Grund, muthlos zu verzagen. Wir haben in unserem Verfassungsleben mehrfach erlebt, daß lange Angestrebtes, fast unerreichbar Scheinendes erreicht wurde, daß es wie die reife Frucht fast wehrlos vom Baume zu fallen schien, sobald die Idee sich erkräftigt, und in unwiderstehlicher Macht nach allen Richtungen sich verbreitet hatte, so bald das Licht durch alle Ritzen durchgedrungen war. Hat der deutsche Volksgeist den Partikularismus mit Einschluß des eigennützigen Großmachts-Partikularismus erst geistig

*) Ob Herr v. d. Pfordten wirklich Werth auf diese Stelle legt, lassen wir dahin gestellt; die „Wochenschrift" versichert es allerdings, wir müssen jedoch unsere Leser darauf aufmerksam machen, daß das genannte Blatt aus taktischen Gründen manchmal Nachrichten bringt, welche einer thatsächlichen Unterlage entbehren. D. R.

dem wir dies aussprechen, entgehen wir sicherlich jedem Verdachte, als hätten wir bei Mittheilung des Obigen irgend eine Tendenz gehabt. Was die einseitige Hingabe an das Ideale betrifft, so hat sie in allen Kunstrichtungen ihr Mißliches und die oben geschilderten Nachtheile, wenn derselben nicht durch einen tüchtigen Willen oder eine entsprechende Seite des Charakters ein Gegengewicht gegeben ist. Welches Gegengewicht fand nicht unser größter Dichter, Göthe, dessen Idealismus allerdings auf gut realistischen Grundlagen emporrankte, der poetischen Seite seiner Natur gegenüber in der pedantischen Philisterhaftigkeit, die ihm bis zu gewissem Grade eigen war! Die Lehre von dem Gegengewicht hat in allen Lebensbeziehungen mehr oder minder Geltung. In Folgendem sei ein Beispiel angeführt. Wir haben eben Züge aus dem Leben Lincoln's gelesen, auf den wir immer und immer wieder so gern zurückkommen. Dieser Mann, der gern die lustigsten Schnurren erzählte, hatte das traurigste Gesicht von der Welt. Ein bekannter Maler Amerika's, B. F. Carpenter, erzählt: Es war die Beschäftigung meines Lebens, das menschliche Antlitz zu studiren, und ich muß jetzt sagen, wie ich es meinen Freunden schon oft gesagt, Lincoln hatte das traurigste Gesicht, das ich je gemalt habe. Während der dunkeln Tage des letzten Frühlings und Sommers sah ich ihn oft und sah, wie seine sorgenverzehrte, geängstigte Gestalt seinen bittersten Feinden Thränen des Mitleids zu entlocken im Stande war. Ich erinnere mich besonders eines Tages, als ich durch die Haupthalle seiner Privatwohnung ging; ich fand ihn allein, einen engen Gang auf- und niedergehend, die Hände auf dem Rücken, das Haupt vorwärts auf die Brust gebeugt, schwere dunkle Ringe unter den Augen, die Zeugen schlafloser Nächte — zusammen solch ein Bild der Wirkung schwerer Sorge und Verantwortlichkeit, wie ich es nie gesehen. Und doch hatte er stets ein freundliches Wort bereit, und fast immer ein launiges Lächeln; und es war seine Art, oft in solchen Zeiten sich durch einen harmlosen Scherz zu erleichtern. Ich erinnere mich eines Beispiels, das mir eines der radikalsten Mitglieder des Kongresses mittheilte. Es war während der dunkelsten Tage von 1862. Er kam sehr früh am Morgen zum Präsidenten, direkt nach der Nachricht von einer Niederlage. Es war eine Zeit großer Angst, wenn nicht Verzweiflung. Lincoln begann einige unbedeutende Geschichten zu erzählen, die der Kongreßmann keine Lust hatte zu hören. Er stand auf und sagte: „Herr Präsident, ich bin heute Morgen nicht hergekommen, um Geschichten zu hören. Die Zeit ist zu ernst." Sogleich verschwand das Lächeln aus Lincoln's Gesicht, er rief aus: „Oh — setzen Sie sich nieder. Ich achte Sie als einen ernsten, aufrichtigen Mann. Sie können nicht trauriger sein, als ich beständig bin, und ich muß Ihnen jetzt sagen, machte ich mir nicht gelegentlich auf diese Weise Luft, ich würde sterben.")

Virchow über die Frauen.

Der preußische Abgeordnete Virchow, dessen vielseitige Thätigkeit an das Wunderbare grenzt und an das ausgestorbene Geschlecht der alten Polyhistoren erinnert, hat soeben eine vor Kurzem gehaltene Vorlesung: „Ueber die Erziehung des Weibes für seinen Beruf", veröffentlicht. Der berühmte Gelehrte erklärt für den höchsten Beruf der Frau die Erziehung der Kinder und die Sorge für die geistige und körperliche Gesundheit derselben. Indem er im Verlauf seiner Abhandlung diesen Gedanken weiter ausführt, berührt er auch die Emancipationsfrage, über die er sich ungefähr folgendermaßen äußert: „Die Sorge für den Mann steht der für die Kinder nach. Denn zunächst soll der Mann für sich selbst sor-

überwunden, so wird er ihn auch praktisch überwinden und auf seine berechtigte Gränzlinie zurückführen. Der Geist der Nation ist auf dem Wege zu diesem Siege: Es ist ein Gemeingefühl erwacht, das Bedürfniß der Nothwendigkeit, vor Allem eine Nation zu sein, das Gefühl der Einheit und Zusammengehörigkeit ist mit nie geahnter Stärke im Volksbewußtsein lebendig geworden, alle Deutschen erkennen sich als Zweige eines Stammes, als Glieder einer Familie; was in den entlegensten Marken des Vaterlandes geschieht, ist keinem Volksstamme gleichgiltig; was das Herz der niedersächsischen Männer Schleswig-Holsteins bewegt, wird von den Bayern mitempfunden, wie ihr eigenes Wohl und Weh, und freudig sind wir bereit, für die norddeutschen Brüder zu handeln und zu opfern, als wenn es Bayerns Sache gälte. Die geistige Bewegung kann nicht mehr stille stehen, sie kann nicht mehr aufgehalten werden, sie wird sich mächtig entfalten und mit lawinenartiger Gewalt im Fortschritt sich vergrößern und Alles mit sich fortreißen, was ihr im Wege steht. Das deutsche Volk wird sich kein Blendwerk, sei es auch noch so täuschend und verlockend, statt des erstrebten Gutes aufdrängen lassen. Schon einmal hat der nationale Geist einen unschätzbaren moralischen Triumph gefeiert, indem er die widerstrebenden Kräfte der mächtigsten Bundesglieder gezwungen hat, den nationalen Willen statt des ihren zu erfüllen; er wird noch größeres leisten. Die deutsche Frage kann nicht mehr von der Tagesordnung versch inden, bis sie gelöst ist. Das deutsche Volk wird sie im deutschen Sinne lösen, ohne Rechtsgefühl und Ehrlichkeit zu verleugnen und ohne dem Moloch der Gewalt seine Freiheit zu opfern. Das Wann und Wie weiß ich nicht, aber dessen bin ich im Herzen sicher, einst wird Deutschland seine Verfassung haben, das deutsche Parlament wird tagen und das deutsche Recht wird unter dem Schutze der Bürgerwehr des deutschen Volkes stehen. Auf des großen theueren Vaterlandes Wohl, auf Deutschlands Ehre und Herrlichkeit bring ich ein Hoch! Die ganze Versammlung stimmte mit Begeisterung ein.

Aus **Paris**, 26. Mai, schreibt man der „K. Z.“: „Das Turnfest ist sehr glänzend ausgefallen und die Leistungen der deutschen Turner haben sich des entschiedenen Beifalls der Franzosen erfreut. Anfänglich, als die Freiübungen mit dem Armstoßen begannen, spotteten die Pariser Herren und Damen ein wenig, als ihnen jedoch der Sinn dieser Uebungen klar wurde und sie die Fertigkeit und Genauigkeit wahrnahmen, mit welchen diese Uebungen ausgeführt wurden, zollten sie diesen wie den nachfolgenden ungetheilten Beifall. Heute findet das Bankett im Elysée Montmartre statt, bei welchem L. Simon von Trier eine Rede halten wird. Morgen ist ein Konzert im Saale des Grand-Credit anberaumt und Herr Kinkel wird die Festrede halten und Ludwig Bamberger ihm antworten.“

Demselben Blatt schreibt man von dort: Außer dem „Temps“ und dem „Petit Journal“ übergehen die übrigen französischen Blätter das gestrige deutsche Fest mit Stillschweigen. Der „Temps“ widmet demselben einige sehr schmeichelhafte Worte, und das „Petit Journal“ einen seiner Premier Paris, die „Timothée Trimm“ (Leo Lespez) schreibt. Sein Artikel ist sehr freundschaftlich abgefaßt, macht aber natürlich doch einen komischen Effekt, weil er Alles miteinander verwechselt; er hält die Teutonia (hiesigen Männergesang-Verein) für den Turnverein, bildet sich ein, daß alle deutschen Turner Sänger, und alle deutschen Sänger Turner sind; er nimmt die deutschen Farben für die des deutschen Bundestages und dergleichen mehr. Besonderes Staunen erregte „Timothée Trimm“, das ungeheure Horn, aus welchem alle Turner und Sänger Bier tranken, um ihren Durst zu stillen, und das Bild des Vaters Jahn, welches neben der Germania auf der Sänger-Estrade angebracht war, erregte sein besonderes Interesse; Jahn hielt er nämlich für den Flußgott Rhein, und die Germania dünkte ihm Freia.

New-York, 17. Mai. Herr v. Montholon sprach, indem er dem Präsidenten seine Creditive überreichte, den Wunsch des Kaisers aus für vollkommene Wiederherstellung des Friedens auf dem amerikanischen Kontinent. Er sagte, Frankreich werde stets mit Genugthuung die Befestigung des Wohlergehens und der Größe der Vereinigten Staaten sehen. Hr. v. Montholon fügte hinzu: „Von einem tiefen Gefühle der Sympathie für die amerikanische Union beseelt, nehmen Ihre Majestäten und Frankreich, in Gemeinschaft mit den andern Nationen, Antheil am Schmerz, den ein abscheuliches Verbrechen der Regierung und dem Volke der Vereinigten Staaten bereitet hat.“ Hr. Johnson antwortete: „Das Vertrauen, das Sie bei dem Oberhaupt Ihrer Regierung genießen, kann nicht verfehlen, Zutrauen zu Ihren Worten bezüglich der Politik zu erwecken, welche der Kaiser beabsichtigt, den Vereinigten Staaten gegenüber zu verfolgen. Die Vereinigten Staaten hegen für Frankreich eine traditionelle Sympathie, die nur fortfahren kann, sich zu verbessern und mehr auszudehnen, denn es könnte ihr nicht anders Einhalt gethan werden, als durch außergewöhnliche Zufälle, die außerhalb der gewöhnlichen Berechnung liegen.“ — Herr Johnson sprach schließlich seine Hoffnungen aus, die Mission des Hrn. v. Montholon werde das gute Einvernehmen, welches zwischen den beiden Regierungen besteht, stärken und dauerhafter machen.

---

gen, und die Hilfe des Weibes kann für ihn in der Regel eben nur eine Hilfe sein. Auch in dem gemeinschaftlichen Hauswesen wird dem Mann natürlicher Weise immer die äußere, der Frau die innere Sorge übertragen sein. Das Umgekehrte wird niemals die allgemeine Regel sein können, wenn es auch in die einzelnen Fällen vorkommen und richtig sein mag. Würde es jemals die Regel, ja würde die „Emancipation des Weibes“, wie sie seit der französischen Revolution hie und da angestrebt wird, durchzuführen gesucht, so würde es nur geschehen können auf Kosten der Familie. Das haben auch die konsequenten Denker, welche dieses Problem verfolgten, nie geleugnet. Emancipation des Weibes, Auflösung der Familie, Massenerziehung der Kinder von den frühesten Anfängen an — das gehört nothwendig zu einander. Sonderbarer Weise hat man das für eine konsequente Durchführung des Freiheitsbegriffes ausgegeben. Aber man vergesse nur nicht, daß dasjenige, was das Weib nicht so sehr an Freiheit als an Willkühr gewinnen würde, dem Kinde verloren gehen müßte. Die ganze Zukunft des Menschengeschlechts würde in Frage gestellt, um die willkührlich ersonnene und doch nur „scheinbare“ Freiheit des Weibes zu verwirklichen. Nun und nimmermehr wird man aber behaupten können, daß es der natürliche Beruf des Weibes überhaupt sei, auf den Markt des öffentlichen Lebens zu treten, und in die Streitigkeiten des Tages handelnd einzugreifen. Der natürliche Beruf folgt aus der natürlichen Organisation und von dieser wissen wir, daß sie bei dem Weibe im Allgemeinen der kindlichen näher steht, als beim Manne. Daher wird auch die leichtere, einfachere und feinere Beschäftigung dem Weibe natürlicher sein, und das ist die Beschäftigung des Hauses, sollte es auch nicht das eigene sein. Mag das Weib auch ehe- und kinderlos sein, immer ist sie die berufene Bewahrerin häuslichen Herdes und aller der Sorgen, welche sich zunächst daran knüpfen; mag sie auch die höchsten und schwersten Aufgaben der Menschheit in die Hand nehmen, immer wird sie ihr weibliches Wesen verleugnen, wenn sie die Beziehung zu dem Hauswesen und der Familie aufgibt. Mag sie noch so lebhaften Antheil nehmen an den Kämpfen des öffentlichen Lebens, an der Zwietracht der Männer, immer sollte sie das Haus als eine Stätte der Versöhnung, als einen geweihten Zufluchtsort zu hüten wissen, wo die Gefühle des Friedens wenigstens dem kommenden Geschlecht bewahrt werden. Das war ja der schöne Sinn, in dem die römische Staatsreligion den vestalischen Jungfrauen die höchsten Ehren zugestand.“

Im Uebrigen verlangt Virchow, daß das weibliche Geschlecht „für das Leben“ erzogen werden soll. Unsere höheren Töchterschulen genügen nicht dieser Aufgabe; sie mögen in anerkennenswerther Weise den Geist für Kunst und Wissenschaft erschließen, sie mögen reiches Wissen, künstlerische Fähigkeiten, Geschicklichkeit in weiblichen Handarbeiten bieten, sie mögen sogar Lehrerinnen ausbilden, aber sie bilden — keine Hausfrauen. Wie manche Ehe würde glücklicher sein, wenn die Zeit des ersten Lernens vor der Hochzeit abgemacht wäre; wie oft würde die Stellung der Hausfrau würdiger sein, wenn sie als Mädchen besser zur Ehe vorbereitet würde. Zu diesen nothwendigen Kenntnissen rechnet der gelehrte Verfasser die körperliche und geistige Gesundheitspflege und verlangt zu diesem Behufe einen praktischen Unterricht in den Naturwissenschaften, um deren Resultate einst auf Küche, Keller und Garten anwenden zu können. Ebenso sehr empfiehlt er den heranwachsenden Jungfrauen den Besuch der Kleinkinderbewahranstalten, Krippen und Kindergärten, um daselbst die geistige und körperliche Pflege der Kinder zu studiren und genau kennen zu lernen. Außerdem gibt er noch in seiner lesenswerthen Schrift manchen beherzigenswerthen Wink über die Erziehung der Frauen, die allerdings bei uns mehr theoretisch glänzend als praktisch nützlich ist.

Hiezu die Beilage: „Würzburger Anzeiger“.

Verantwortlicher Redakteur: A. Hartmann.
Druck und Verlag der Stahel'schen Buch- und Kunsthandlung in Würzburg

An die k. Hof- und Staatsbibliothek München. 1 N. Würzb. Ztg.

Neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht!

№ 149. | Vorausbezahlung: Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 1 fl. 30 kr. Bei Inseraten wird die dreispaltige Zeile in gewöhnlicher kleiner | 62. Jahrgang. | Schrift oder deren Raum im Hauptblatte mit 6 kr., im Anzeiger mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franco. | Dinstag, 30. Mai 1865.

München. Der Landrath von Oberbayern hat in seiner Sitzung vom 26. beschlossen, bei der Kammer der Abgeordneten zu beantragen, dieselbe möge noch in dieser Sitzungsperiode eine Regierungsvorlage wegen Entschädigung der Besitzer von Realrechten anstreben, damit nicht eine längere Verschiebung dieser Frage ganz identisch mit einer völligen Abweisung derselben werde. In derselben Sitzung erfolgte die Annahme eines von Hrn. v. Perfall gestellten Antrages, wornach jeder Militärpflichtige durch Erlegung einer bestimmten, von der Regierung alljährlich festzusetzenden Summe sich vom persönlichen Militärdienste soll loskaufen können.

Der „A. Abdz." berichtet man aus **München** vom 27. d.: „Als Richard Wagner den famosen Brief an seinen Freund Uhl in den Wiener „Beobachter" schrieb und ihm alle die Schwierigkeiten vorerzählte, welche er zu überwinden hatte, bis es ihm endlich gelang, seine Oper „Tristan und Isolde" zur Aufführung zu bringen, hielt er diese Aufführung wohl schon für eine vollendete Thatsache. Hätte er noch eine Weile gewartet, so hätte er das Register der Schwierigkeiten noch um einige bedeutende Kapitel vermehren können; denn jetzt ist sogar schon die Frage aufgeworfen, ob die Oper überhaupt noch gegeben wird. Keinenfalls aber gelangt sie vor einigen Monaten zur Aufführung, da die Stimme der Frau Schnorr so übermüdet und angegriffen ist, daß sie die größte Vorsicht anwenden und auf die möglichste Schonung derselben bedacht sein muß. Demnach scheint die Oper doch eigentlich außer der Leistungsfähigkeit einer Menschenkehle zu liegen." (Aus **München** schreibt man der Berliner „Nat.-Ztg.", daß die vielbesprochene Oper „Tristan und Isolde" definitiv beseitigt sei. Mit Sr. Maj. dem Könige, der auf unbestimmte Zeit nach Berg am Starnberger See sich begeben, habe Wagner vor der Hand keinen Verkehr; v. Bülow habe mit dem Theater nichts mehr zu thun; Herr und Frau v. Schnorr seien abgereist. Nicht die Bülow'sche Affaire aber sei die Ursache hievon, sondern der Inhalt der Oper. Die höchst übertriebenen und in einem Akt fast eine Stunde währenden Liebeleien wurden als undarstellbar bezeichnet.)

München, 28. Mai. Zu den im nächsten September bei Augsburg stattfindenden gemeinschaftlichen Uebungen werden nebst den zu Augsburg garnisonirenden Truppen noch das 1. Bat. des 3. Inf.-Reg. von Kempten, das 2. Bat. des 12. Inf.-Reg. von Lindau und das 7. Jäg.-Bat. von Landshut beigezogen; letztere haben Zeltlager zu beziehen. — Zu gleichem Zwecke haben bei Würzburg sich einzufinden das 3. Bat. des 4. Inf.-Reg., das 8. Jäg.-Bat. und eine Division des 6. Chev.-Reg. — Zu den gemeinschaftlichen Uebungen in Ingolstadt sind die Garnisonen Neuburg und Eichstädt, zu jenen in Germersheim, Speyer und Landau zu vereinigen. — Der heurige Garnisonswechsel findet in folgender Zeit statt: Das 1. Bat. des Inf.-Leib-Reg. am 28. Sept. von Germersheim nach Speyer; das 1. Bat. des 1. Inf.-Reg. am 3. Okt. von Germersheim nach Landau; das 1. Bat. des 2. Inf.-Reg. am 5. Okt. von München nach Germersheim; das 1. Bat. des 4. Inf.-Reg. am 28. September von Speyer nach Germersheim; das 2. Bat. des 6. Inf.-Reg. am 3. Okt. von Landau nach Germersheim; das 3. Bat. des 7. Inf.-Reg. am 8. Okt. von Landau nach München; das 2. Bat. des 10. Inf.-Reg. am 7. Okt. von Ingolstadt nach Germersheim; das 3. Bat. des 10. Inf.-Reg. am 9. Okt. von Germersheim nach Ingolstadt; das 1. Bat. des 13. Inf.-Reg. am 29. Sept. von Bayreuth nach Landau; das 3. Bat. des 13. Inf.-Reg. am 30. Sept. von Landau nach Bayreuth; das 2. Bat. des 15. Inf.-Reg. am 7. Okt. von Neuburg nach Landau; das 3. Bat. des 15. Inf.-Reg. am 6. Okt. von Germersheim nach Neuburg. Die Regimentsmusiken vom 13. und 15. Inf.-Reg. haben hiebei wieder in ihre Garnisonen einzurücken, wogegen in Landau und Germersheim Garnisonsmusiken errichtet werden.

Wien, 27. Mai. Der „Botschafter" schreibt: „Wie wir vernehmen, ist die preußische Antwort auf die österreichische Depesche vom 11. Mai, betreffend die Einberufung der Stände der Elbe-Herzogthümer, hier eingetroffen und gestern dem Grafen Mensdorff durch den preußischen Gesandten überreicht worden. So viel man vernimmt, lehnt Preußen in derselben den österreichischen Vorschlag einer unmittelbaren Einberufung der schleswig-holsteinischen Landesversammlung auf Grund des Wahlgesetzes von 1848 ab und beharrt zur Wahrung der Rechtskontinuität auf der Einberufung der schleswig'schen und holsteinischen Stände von 1854. Natürlich läßt sich noch nicht bestimmen, welche Entschließung Oesterreich fassen wird. Wenn schließlich doch der preußische Vorschlag zur Ausführung kommen sollte, so muß darauf hingewiesen werden, daß für die schleswig'sche Ständeversammlung nicht weniger als 21 Neuwahlen, für die holsteinische auch wenigstens fünf bis sechs stattfinden müßten, sowie daß nach dem zur Anwendung kommenden Wahlgesetze ein Zeitraum von nicht weniger als etwa drei

Feuilleton.

Nekrolog.

Am 26. Mai starb in Alexandersbad bei Wunsiedel in Folge eines Schlagflusses der k. Revierförster **Heinrich Stahel**, Inhaber der goldenen Civilverdienstmedaille und zweier militärischen Kriegsdienst-Ehrenzeichen, in einem Alter von 68 Jahren 5 Monaten, wovon er 33 Jahre im glücklichsten Ehestande und 3 Jahre als Wittwer verlebte.

Derselbe trat im Jahre 1812 nach Beendigung der Gymnasial- und philosophischen Studien als Lieutenant in großherzogl. würzburgische und darauf in kgl. bayerische Kriegsdienste, focht in zwei Feldzügen des großen Befreiungskampfes und widmete sich nach dem Abschlusse des allgemeinen Weltfriedens dem Studium der Forstwissenschaft. Im Jahre 1828 zum k. Revierförster befördert, entwickelte derselbe in dieser Stellung bis zu seinem Ende eine rastlose Thätigkeit und große Geschäftsgewandtheit, gepaart mit unerschütterlichem Rechts- und Ehrgefühle. Stets in seiner Wissenschaft fortschreitend, ausgestattet mit den glücklichsten Gaben des Geistes und Herzens, war er ein ebenso trefflicher Familienvater als biederer Freund.

Zwei Söhne und fünf Töchter trauern am Grabe des geliebten Vaters.

Tagebücher.

Artikel 71 des allgemeinen deutschen Handelsgesetzes vom 17. Dezember 1862 lautet:

> „Der Handelsmäkler muß neben seinem Handbuche ein Tagebuch führen, in welches letztere alle abgeschlossenen Geschäfte täglich einzutragen sind."

Also ein Paragraph über Tagebücher! Wahrlich es dürfte nicht leicht eine stärkere Probe des nivellirenden Materialismus unserer Zeit gefunden werden, eine Probe, die wie diese um so schreckenerregender ist, als die Autorität des Gesetzgebers ihr eine höhere Bedeutung verleiht. Welche schön empfindende Seele denkt nicht unwillkürlich bei dem Worte „Tagebuch" an ein Blumenbeet, darauf die Blüthen des Gedankens farbenprächtig emporschießen, an eine Wertheim'sche Gefühlskassa, in der die Perlen, welche im Herzen auftauchen, jedem Auge verborgen ruhen, an einen selbstgeschaffenen Zauberspiegel, der dem Greis die längstvergessenen Jugendsüße treu und lebendig zurückwirft? Und das rastrirte und rubrizirte Heft, in das der Mäkler einträgt, was er Tags über kalt zusammengemäkelt, soll diesen erhabenen Namen führen dürfen! Es gab Zeiten, wo ein großer Gesetzgeber seine Mitbürger durch den automimischen Vortrag eines homerischen Gesanges zur Wiedereroberung von Salamis begeisterte, unsere Solone schicken

Monaten zwischen der Wahlausschreibung und dem wirklichen Zusammentritte der Stände durch Wahlformalitäten mehr oder minder wesentlicher Natur in Anspruch genommen werden. Es ist eben abzuwarten, ob sich Oesterreich lieber dieser Zeitzersplitterung oder jener durch fortgesetztes Verhandeln über die Vorfrage unterziehen wird. Wie auch der Beschluß Oesterreichs ausfallen mag, Preußen wird die Verantwortung für den Verzug zu tragen haben. (Vor Verantwortungen hat Preußen keine Scheu!)

Der „Botschafter" macht in einer Korrespondenz, die er sich aus „Mitteldeutschland" schreiben läßt oder schreibt, Andeutungen, daß „auch wieder die algierische Reise Napoleons von der preußischen Politik nicht unbenützt geblieben ist, um Frankreichs Konnivenz für ihre Praxis in der Herzogthümerfrage zu erringen, daß jedoch auch jetzt alle Schritte, um die Ersprießlichkeit der Annexions- oder Mediatisirungstendenzen in Paris annehmbar zu machen, wirkungslos geblieben sind."

Aus **Berlin**, 27. Mai, schreibt man der „Köln. Ztg.": „General v. Manteuffel, bisheriger Chef des Militärkabinets, soll als Nachfolger des Generals Herwarth v. Bitterfeld im Oberkommando in den Herzogthümern bezeichnet sein. Vorher soll sich General v. Manteuffel nach Wien begeben wollen, um seine bevorstehende Ernennung anzuzeigen." (Nach andern Berliner Berichten ist es ganz richtig, daß die erwähnte Veränderung im militärischen Oberkommando bevorsteht. Hr. v. Manteuffel ist der Repräsentant der preußisch-österreichischen Allianz und soll in Wien persona gratissima sein. Es liegt daher die Annahme nahe, daß dieser Wechsel aus besonderer Rücksicht gegen Oesterreich geschieht und daß man diesseits Gegenkonzessionen erwartet, nämlich die Abberufung des Hrn. v. Halbhuber, die bekanntlich seit längerer Zeit von Berlin aus sehr eifrig betrieben wird.)

Der Angriff oder die Demonstration gegen die **Immunität der Abgeordneten**, welche offiziöse Stimmen abseiten der Regierung in Folge des „Kainzeichens des Eidbruchs" des Hrn. Professors Gneist angekündigt hatten, ist vom Herrenhause antezipirt worden, indem 20 Mitglieder desselben, die Blüthe des Ultrajunkerthums, einen Antrag auf Beschränkung der parlamentarischen Redefreiheit gestellt haben. Wir werden auf den Wortlaut zurückkommen.

Die „Nordd. Ztg." schreibt: „In **Langensalza** ist am vergangenen Sonntag Abend ein Militär-Exzeß vorgefallen, der die traurigsten Folgen gehabt hat. Ein Civilist wurde, als er am Abend zwischen 10 und 11 Uhr von einer Hochzeit zurückkehrte, von Soldaten überfallen und dermaßen zugerichtet, daß er auf dem Platze todt geblieben ist. Ein anderer Civilist, der ihm zu Hilfe kam, wurde so schwer verwundet, daß er Tags darauf starb. Auch die Frau des Ersteren ist stark verwundet. 18 Soldaten sind arretirt und die Untersuchung im Gange. Das Motiv soll Rache wegen Liebschafts-Angelegenheiten gewesen sein, und soll dabei noch der Umstand sein, daß eine Verwechselung in der Person stattgefunden hat, indem die Soldaten es auf einen Anderen, als der wirklich überfallen ist, abgesehen hatten. Dieser hinterläßt eine — wie erwähnt, verwundete — Frau und sechs Kinder.

Dresden. Dem sächsischen Königshause ist ein hocherfreuliches Familienereigniß beschieden worden. Prinzessin Georg ist am 25. ds. Abends von einem Sohne entbunden worden. Dieser ist der erste und bisher einzige Stammhalter des sächsischen Königshauses, da der König weder Brüder noch sonstige Agnaten hat und von dessen beiden Söhnen der ältere, der Kronprinz, seit 1853 in kinderloser Ehe lebt, der jüngere aber, Prinz Georg, aus seiner vor 6 Jahren geschlossenen Ehe mit der Prinzessin Maria Anna von Portugal bisher nur eine Tochter hatte. Wäre die regierende Familie ohne männliche Nachkommenschaft geblieben, so würde mit ihr die albertinische Linie des sächsischen Hauses ausgestorben und das Königreich Sachsen an den ältesten Zweig der ernestinischen Linie, d. h. an den Herzog von Meiningen, gefallen sein. Jetzt ist, soweit ein Säugling in der Wiege solche Bürgschaft geben kann, die Thronfolge in direkter Linie und die Fortdauer der albertinischen Linie gesichert: „der Fink' hat wieder Samen." Daß die königliche Familie darüber glücklich ist, mag leicht ermessen werden; im Lande wird, wie sich annehmen läßt, die Freude kaum geringer sein. Kurz nach dem Geschehniß wurde dasselbe in Dresden vom Balkon des festlich beleuchteten Rathhauses der versammelten Volksmenge verkündet, während im kgl. Hoftheater der Generaldirektor v. Könneritz dasselbe von der Loge herab dem Publikum mittheilte — wie einst Maria Theresia ein gleiches Familienereigniß des österreichischen Kaiserhauses in Wien („der Leopold hat ein' Buben"). Der König war derweile von seinem Landsitz hereingekommen und brachte mit der Königin die Nacht im Palast des Prinzen Georg zu. Am Sonntage sollte in den Kirchen der Residenz, am ersten Pfingstfeiertage soll in den übrigen Kirchen des Landes feierliches Tedeum abgehalten werden. Am Vormittag des 26. Mai brachten Abordnungen des Magistrats und der Stadtverordneten von Dresden dem König ihre Glückwünsche dar. Dieser selbst hat seiner Empfindung des ihm, fast schon gegen Verhoffen, zu Theil gewordenen Familienglückes dadurch Ausdruck gegeben, daß er sofort **allen politischen Kompromittirten von 1849 volle Amnestie gewährte.** Das „Dresdener Journal" vom 27. veröffentlicht folgendes Schreiben des Königs an den Justizminister: „Lieber Staatsminister v. Behr! Wenn uns die Milde des Höchsten mit Wohlthaten segnet, dann fühlt der Mensch sich doppelt verpflichtet, auch nach seinen Kräften den Mitmenschen wohl zu thun und Milde gegen dieselben zu üben. Dieses Gefühl bestimmt mich, die große Gnade, welche Gott in diesen Tagen mir und meinem Hause und Lande hat zu Theil werden lassen, durch einen umfassenden Gnadenakt zu feiern. Habe ich auch bereits in vielen einzelnen Fällen denjenigen Personen, welche in die aufrührerischen Bewegungen des Mai 1849 verwickelt waren, Gnade angedeihen lassen, so will ich doch diese Begnadigung jetzt auf alle dabei Betheiligten ausdehnen und sowohl Denjenigen, welche noch als Flüchtlinge im Auslande weilen, straffreie Rückkehr gestatten, als Denen, welche wegen erlittener Strafe oder noch anhängiger Untersuchung der bürgerlichen Ehrenrechte verlustig gegangen sind, Wiederherstellung in dieselben gewähren. Ich beauftrage Sie daher, durch das Ju-

---

sich an, mit zweischneidigen Textirungen die Poesie aus ihren letzten Zufluchtsorten zu vertreiben.

Noch ist es aber ihnen und dem Geist der Zeit, der an ihrer Seite kämpft, nicht gelungen, diese innersten Schanzen der „holden Täuschung" zu erstürmen.

Noch ist das Tagebuch eine Macht, aber der Charakter derselben ist kein einheitlicher, kein abgeschlossener mehr. Eine Menge der verschiedenartigsten Ableger und Spielarten wurde von der alten Riesenpflanze aus gezogen und eines neuen Linné wartet die Aufgabe, alle diese mannigfachen Spezies richtig zu klassifiziren. Einen kleinen Versuch wenigstens in dieser linnéalen Richtung wollen wir hier dem Leser vorlegen, und sollte er zu viel der Lücken und Mängel entdecken, so möge er bedenken, daß Viele berufen, aber nur Wenige auserwählt sind, nicht blos zum Dienst des Dionysos, sondern auch in der Botanik.

Tief in den Tagen der Vorzeit hat der Forscher die Wurzeln dieses herrlichen Gewächses zu suchen. Wo, wie und wann aber die Keime zuerst an's Licht historischer Sonne hervortreten, das zu entscheiden fühlen wir uns nicht befähigt und es möge sich der Leser mit der Wahrheit begnügen, die er ja auf den Gebieten religiöser und philosophischer Spekulation so oft als das Resultat mühsamster Geistesarbeit erhält, mit dem berühmten Satze: „Nichts Gewisses weiß man nicht!" Will man jedoch gerade ein Beispiel aus der Geschichte des Alterthums, so erinnere man sich nur an des Titus gepriesenes und mißverstandenes Wort: Nulla dies sine linea, das sicher nicht anders zu übersetzen ist, als: kein Tag ohne — Zeile, d. h. kein Tag ohne die regelmäßige Eintragung in's allerhöchste Tagebuch.

Von den untersten Spezies ausgehend, treffen wir als das allergewöhnlichste das **gemeine Haus- und Wirthschafts-Tagebuch** (Diarium practicum matrimoniale comm)

Eigentlich ist es nur die Autorität des Handelsgesetzes, die uns gleichsam moralisch zwingt, eine Gattin aufzunehmen, die bei dem Mangel an jedem idealen Gehalt sich unserm System streng genommen nicht anpassen würde. Denn ihr Zweck ist einfach der, auf dem nicht mehr ungewöhnlichen Wege der Addition und Subtraktion zur Konstatirung jenes finanziellen Ueberschusses zu gelangen, von dem der biblische Denker so treffend sagt: „Weisheit ist gut mit einem **Erbgut**, auf daß der Mensch sich der Sonne freue," letzteres offenbar mit Bezug auf die dadurch ermöglichte Acquisition eines komfortablen Landhauses.

Zunächst an diese Gruppe schließt sich das **politische Allerlei-Tagebuch** an (Diarium politico-mixtum) Eine bunte Menge von Formationen tritt hier dem Auge des Betrachters entgegen. Von der ehren- und einbandfesten Chronik, die eines hohen Rathes längstvermoderter Stadtschreiber einst niederschrieb, bis zu der Fülle pikanter Notizen, die Varnhagen mit freundlicher Rücksicht auf die spätere pekuniäre Versorgung seiner Nichte Ludmilla Assing aufzeichnete — welche Masse von Erscheinungen! Allein bei dem Umstande, daß die Grenzen zwischen dieser Gruppe und dem genus der „Memoiren" sich zu oft verwischen, wollen wir hier ein näheres Eingehen vermeiden, das bei dieser einen Spielart

stizministerium in Vernehmung mit dem Ministerium des Innern die erforderliche Verfügung mir zur Genehmigung vorlegen zu lassen und dieses Handschreiben zur öffentlichen Kenntniß zu bringen. Dresden, den 27. Mai 1865. Ihr wohlgeneigter Johann." — In Folge hievon veröffentlicht das „Dr. Journ." ferner folgende ebenfalls vom 27. datirte Verordnung der Ministerien des Innern und der Justiz: In Folge allerhöchster Entschließung Seiner Majestät des Königs wird hierdurch verordnet: 1) Wegen aller im Monat Mai des Jahres 1849 begangenen, nach den bestehenden Strafgesetzen zu ahndenden politischen Verbrechen soll im Königreiche Sachsen ein strafgerichtliches Verfahren nicht mehr stattfinden. 2) Strafen, welche deßhalb bereits zuerkannt, aber noch nicht verbüßt sind, sollen nicht weiter verbüßt; Unkosten jeder Art, welche deßhalb bereits zuerkannt, aber noch nicht bezahlt sind, sollen abgeschrieben, beziehentlich aus der Staatskasse übertragen werden. 3) Alle Diejenigen, welche wegen irgend einer Betheiligung an jenen Ereignissen ihrer bürgerlichen Ehrenrechte verlustig geworden sind, werden in dieselben wieder eingesetzt. Freiherr v. Beust. Dr. v. Behr." (N. K.)

Stuttgart. Die Abgeordnetenkammer hat am 26. Mai nach längeren Debatten die von der Regierung postulirte Exigenz von 8000 fl. jährlich für den neu zu kreirenden Posten eines württembergischen Geschäftsträgers in der Schweiz mit 58 gegen 25 Stimmen bewilligt. Minister v. Varnbühler befürwortete die Anforderung mit einer, auf eigene Wahrnehmungen gestützten, warmen Lobrede der Einrichtungen der Schweiz und des dortigen Volkscharakters.

Wiesbaden, 29. Mai. Die HH. Doktoren Braun und Leisler sind von der Anklage, den Hrn. Regierungsdirektor Werren durch den beantragten Ausschluß von der Wahlversammlung in Wiesbaden unter der Beschuldigung, daß er wegen Zinswucher in Untersuchung gestanden habe, beleidigt und verleumdet zu haben, freigesprochen worden.

Mecklenburg. Nach einer Mittheilung in der „Volkszeitung" hat der Minister des Innern die Exekutionsordre gegen den Rostocker Rath einstweilen zurückgezogen.

London, 26. Mai. Auf eine Interpellation Walsh' erwidert Lord Palmerston: Die Korrespondenz mit Amerika in Betreff der konföderirten Kreuzer dauert fort; eine neue, hierauf bezügliche Depesche lief kürzlich ein. Die Korrespondenz trage beiderseitig den freundlichsten Charakter. Auf eine Interpellation Baxter's erwidert Lord Palmerston, das Zusammenwirken Englands und Amerkas gegen den Sklavenhandel war durch den Bürgerkrieg gehindert; dasselbe werde hoffentlich ehestens stattfinden.

Paris, 25. Mai. Ueber die jetzige Stellung des Prinzen Napoleon zu der Regentin wird der „Independance" geschrieben: „Prinz Napoleon kommt sehr erbittert gegen den Minister des Innern und die Regentschaft von seiner Reise zurück. Die Stimmung in den Tuilerieen gegen den Prinzen ist freilich nicht angenehmer. Unter den Allerunterthänigsten der Majorität soll die Erbitterung unbeschreiblich sein, und Einer derselben hat, wie man erzählt, bei einem Diner, zu dem die Kaiserin einige Deputirte befohlen, in Bezug auf das Schweigen des „Moniteur" über den Prinzen geäußert, er wage, der Ansicht Ihrer Majestät zu widersprechen; denn wenn man einem bellenden Hunde in den Weg komme, so müsse man ihm zwar einen Kuchen hinwerfen, wenn man wehrlos sei; habe man aber einen Stock, so schlage man ihn zu Boden. Wenn solche Tischreden wirklich an der Tafel der Regentin geführt werden, so ist das ein bedenkliches Symptom für Frankreichs Zukunft."

Aus **Paris,** 27. Mai, schreibt man dem „Pf. K.": „Nachdem vorgestern die Kaiserin den Prinzen Napoleon empfangen und mit ihm über seine Rede von Ajaccio sich unterhalten hatte, kamen gestern Morgen noch besondere auf denselben Gegenstand bezügliche Depeschen vom Kaiser an. Die verschiedenen Regierungen, die ihre Interessen durch des Prinzen Programm gefährdet sahen, baten in zu entschiedener Weise um Aufklärung über die Stellung der kaiserlichen Regierung zu jener Rede, als daß man es bei dem bequemen Stillschweigen der Regierungsblätter noch länger hätte bewenden lassen können. So mußte man sich denn zu dem saueren Schritt entschließen, vor aller Welt die Uneinigkeit der Häupter der Dynastie urkundlich zu bestätigen. Das Schreiben des Kaisers ist wohl geeignet, allen Freunden des Stillstandes, des Friedens und der Ordnung um jeden Preis die freundlichsten Aussichten zu eröffnen. (?) Auf der anderen Seite kann die nunmehr nicht abzuleugnende Thatsache wohl ernste Betrachtungen erwecken, daß die Spaltung der Parteien selbst bis zum kaiserl. Throne hinaufreicht. Man wird immer wieder an das Wirrsal gemahnt, das nach Voyssis düsterer Weissagung unfehlbar, im Fall das Staatsoberhaupt stürbe, eintreten würde. Man glaubt, daß Prinz Napoleon sich nach Italien begeben werde."

Kein französisches Blatt hat sich zu dem Wagniß verstiegen, den Brief des Kaisers an seinen „lieben Vetter" kritisirend zu besprechen. Die „France" sagt, es sei weder möglich noch schicklich, zu diskutiren, nachdem der Kaiser sich ausgesprochen habe. Der „Temps" legt dar, daß dieser Zusammenstoß „über den Häuptern" der Presse vorgehe, und nur berichtet, nicht beurtheilt werden könne. Das „Avenir nationale" spricht folgende, bei der entschieden demokratischen Stellung des Blattes doppelt bemerkenswerthe Worte, die allerdings wie die Ironie einer erzwungenen Unterthänigkeit aussehen: „Selbst in der Geschichte des ersten Kaiserreichs würde man vergeblich eine solche Strafpredigt, an eine so bedeutende Persönlichkeit im Staate gerichtet, suchen. Man hat nie im höheren Ton als Herr gesprochen, nie in selbstherrlicherer Weise einen Unterthan in die Linie der Pflicht und der Unterordnung zurückverwiesen. Indessen wenn der Brief auch streng ernst ist, so ist er doch gerecht, und der Logik des kaiserlichen Regiments durchaus gemäß. Unter diesem Regiment gibt es nur „Einen Willen und Eine Thätigkeit", die des Kaisers; neben diesem Willen ist jeder andre Willen unzulässig. Dies hat der Prinz Napoleon vergessen, als er in seiner Rede von den Napoleonischen Ueberlieferungen sprach. Diese Ueberlieferungen kennt, versteht und handhabt der Kaiser besser als er, ruft sie ihm ins Gedächtniß, führt ihn zu denselben zurück, und bedeutet ihn, sich künftig von

---

schon die uns gesteckten Grenzen weit überschreiten müßte. Um aber dem Leser einen Begriff zu geben von der Schwierigkeit der Klassifikation bei dieser Sorte, so erwähnen wir blos die Tagebücher des seligen Hofrathes Gentz. Ihrem allgemeinen Charakter nach müßten sie unter die politischen Diarien eingereiht werden, insofern sie aber zum größten Theile in der Aufzählung der Remmunerationen und Geschenke bestehen, deren sich dieser Staatsmann von Seite der allerverschiedensten Potentaten zu erfreuen hatte, wären wir geneigt, sie in die Klasse der praktischen Wirthschaftsbücher zu versetzen. Allein da unsere sanfte Gemüthsart eine gewisse Scheu vor den Hörnern solcher Dilemmas hat, so wollen wir dies Exemplar ganz einfach als spezielle Gentzianenbildung abgesondert figuriren lassen.

Als nächste Gruppe kämen diejenigen Arten von Tagebüchern, die nur einzelnen speziellen Erlebnissen ihr Dasein verdanken.

Vor Allem das wilde Kriegstagebuch (Diarium castrense horrendum). Es wird mit Vorliebe auf einer Trommel oder einem Protzkasten geschrieben. In dringenden Fällen vertritt ein in Blut getauchter Ladstock Tinte und Feder. Als Streusand wird ausschließlich Schießpulver gebraucht. „Unter den Waffen schweigen die Gesetze", leider aber auch oft die des — Styles.

Sodann das minder furchtbare Reisetagebuch (Diarium viatorium curiosum), deren ältestes unstreitig der Feder des verdienstvollen Reisenden Moses (eines Israeliten) entstammt. Man mag auch diesem Reisewerke wie so vielen anderen einige bedeutende Ungenauigkeiten vorwerfen, so muß doch zugestanden werden, daß die Glaubwürdigkeit dieser Erzeugnisse in erfreulichem Maße steigt, je mehr sie unserer gegenwärtigen Periode sich nähern, denn die immer größere Möglichkeit der Kontrole übt wahrscheinlich eine immer stärkere Pression auf die Phantasie der kühnen Verfasser. Demungeachtet werden in manchen dieser Berichte die Hähne der Revolver noch ungleich höher gespannt, als die Erwartungen der Leser. Fast alle aber charakterisirt jenes rastlos unruhige Vorwärtsstreben, jener unersättliche Reisedrang, dem jeder noch unbefahrene Strom ein kühler Vorwurf, jeder noch unbestiegene Berg eine höhnende Mahnung ist, jene nie völlig befriedigte Wanderlust, die dem deutschen Volkslied die bittere Klage auspreßt: „In dem Lande der Chinesen bin ich leider nicht gewesen, aber" — und hier klingt wenigstens ein versöhnender Akkord durch — „aber ich hab' ein' gekannt, der hat ein' gekannt, der wär' beinah' dort gewesen."

Ein Werk sei aber hier dem geneigten Leser empfohlen, das an allen diesen Mängeln nicht im Mindesten laborirt; es sind dies die Tagebücher der Reisen, die Herr Graf mit seinem Sohn Fritze und dem talentvollen Maler Kohle vor einigen Jahren unternommen, von denen aber leider außer einem Abdruck in den „fliegenden Blättern" noch keine Separat-Ausgabe erschienen ist. Hier ist ruhiges Behagen, sinniges Vertiefen im Einklang mit einer erhabenen Weltanschauung, hier ist Klarheit, Schönheit, Klassik.

(Schluß folgt.)

ihnen nicht mehr zu entfernen. Vor dem Briefe des Kaisers hatte der Prinz Napoleon, zwischen seine sehr genau bestimmte Pflicht und seine sehr unklaren Ideale gestellt, ein seltsames Benehmen, eine unerklärliche Sprache, eine falsche Stellung. Der Brief des Kaisers bringt Einfachheit in das ganze Verhältniß; die moralische Stellung des Prinzen Napoleon ist geändert: seine Haltung und seine Sprache werden sich gleichfalls ändern. Indem der Kaiser den Spruch erläßt, daß es in seiner Familie nur Einen Willen und eine Thätigkeit gibt, zeichnet er Allen ihre Verhaltungsregel vor, und als erster Prinz des Reiches muß Prinz Napoleon Allen das Beispiel der Unterwerfung geben. — Man sieht, daß auch das „Avenir national“ nicht wagt, über den Kaiserbrief selbst irgend ein Urtheil hören zu lassen. Das „Avenir“ hat übrigens, wenn sein Artikel ernst gemeint ist, sich gründlich geirrt mit der Voraussetzung, Prinz Napoleon werde sich demüthig unterwerfen; denn des Prinzen Zurücktritt von seinen Aemtern ist nichts anders als eine Auflehnung und Kriegserklärung.“

New-York, 16. Mai. Der Verschwörungsprozeß nimmt ununterbrochenen Fortgang; Berichterstatter werden frei zugelassen und die Verhandlungen des Gerichtshofes täglich veröffentlicht. Auch die am ersten Tage, den 12. ds., gemachten Aussagen sind nachträglich publizirt worden. Alle vor Gericht gebrachten Angeklagten sind gefesselt. Die Anklage lautet im Allgemeinen auf Verschwörung mit John Surratt, Wilkes Booth, Jefferson Davis, Georg Saunders, Beverley Tucker, Jakob Thompson, W. Cleary, C. C. Clay, George Young und anderen unbekannten Individuen zur Ermordung des Präsidenten Lincoln, Johnson's, Seward's und Grant's behufs Unterstützung der Rebellion. Speziell ist Harrold angeklagt, Booth in der Begehung eines Mordes unterstützt und seine Flucht befördert zu haben; Payne ist beschuldigt des Mordversuches gegen Herrn Seward; Atzerodt steht unter Anklage, auf der Lauer gewesen zu sein, um den Vizepräsidenten Johnson und den General Grant zu ermorden. Mudd, Arnold und Frau Surratt sind der Hilfeleistung bei den Verbrechen beschuldigt. Sämmtliche Angeklagte werden durch die bisher aufgenommenen Zeugenaussagen schon inkriminirt. Einer der Zeugen sagte aus, Surratt habe im Laufe des März in Begleitung einer Dame eine Reise nach Richmond gemacht und, nach Washington zurückgekehrt, etwa 200 Doll. Gold in seinem Besitze gehabt; Surratt habe erklärt, daß er Jefferson Davis und dessen Staatssekretär Benjamin gesehen habe und daß Richmond nicht geräumt werden solle. Nach seiner Rückkunft von Richmond habe er sich nach Montreal begeben und sei an dem Tage vor des Präsidenten Ermordung wieder in Washington eingetroffen. Positive Beweise für Jefferson Davis' Mitschuld liegen noch nicht vor.

Es gehen der Pariser „Patrie“ vom 27. ds. Nachrichten aus **Mexiko** vom 28. April (via New-York) zu. Oberst de Potier hat die „Armee der Insurgenten“, die 3500 Mann stark war, bei Ponicuco vollständig in die Flucht geschlagen. Die Aufständischen haben 500 Mann verloren. Die Verluste der Franzosen waren geringfügig. Die Husaren trugen wesentlich zum Erfolge des Tages bei. Auch das 81. Linienregiment und eine belgische Kompagnie, die sich bei dem französischen Korps befand, schlugen sich vorzüglich.

Frankfurter Börse (vom 21. bis 26. Mai).

Samstag. Die Stimmung der Börse war in den ersten Tagen der Woche eine matte und befestigte sich erst gegen Mitte auf günstigere Berichte aus New-York und das aus Wien gemeldete Gerücht von dem nahe bevorstehenden Abschluss des Domänengeschäfts mit der österr. Kreditanstalt und dem mit ihr assozirten Konsortium. Oesterr. Papiere, sowohl Staatsfonds, namentlich 1860er Loose, sowie auch Kreditaktien, schliessen mit einer Kursbesserung, letztere mit einer Avance von fl. 3, welche sie wieder auf den verlorenen 200er brachte.

Süddeutsche Fonds wenig verändert, 4pCt. Bayern und Badische gesucht, erhöhten ihre Notiz um einen Bruchtheil. Das schon im vorwöchentlichen Bericht erwähnte neue 4½pCt. Anlehen des Kantons Bern kam in dieser Woche zur Emission. Bei der relativen Billigkeit des Effekts und den soliden Finanzen des genannten Kantons wird dasselbe schnell placirt sein. Von fremden Fonds neue finnländische Pfandbriefe auf 85 gestiegen. — Amerikanische Staatspapiere hielten mit der Besserung der Valuta keinen gleichen Schritt und bleiben fortwährend erheblich unter New-Yorker Notiz, so dass die Arbitrage viel zum Rückexport aufkauft. — Unter den Looseffekten verdienen kurhessische die Vernachlässigung nicht, worin sie verharren. Der allerdings eben nicht vortheilhafte Ziehungsplan erfährt vom nächsten Jahr an eine wesentliche Besserung. Am bevorstehenden 1. Juni werden zum letzten Mal nur 80 Serien gezogen, die Zahl derselben hebt sich alsdann von 5 zu 5 Jahren um 20 und der kleinste Gewinn in gleichen Fristen um Thlr. 5.

Von E.-B.-Aktien Taunus fest behauptet; sie haben die abgelöste Dividende nahezu eingeholt. Sehr wichtig ist für die Bahn die immer näher herantretende Realisirung einer rechtsrheinischen Schienenverbindung mit Köln und darf mit Sicherheit erwartet werden, dass diese brennende Frage binnen Kurzem zum Austrag gelangt. Bayer. Ostbahnen fest zu 113½; der Aprilausweis ist wiederum sehr günstig. — Von E.-B.-Prioritäten schliessen österr. Staatsbahnen und Südbahn ½ pCt. niedriger, beiderseits in Folge der durch die neue Emission von 400,000 Stück Obligationen der letzteren Bahn eingetretenen Konkurrenz; die neue Emission fand gute Aufnahme, in Anbetracht des billigen Kurses und des Vortheils, dass die neuen Stücke ebenfalls sofort an den Chancen einer den doppelten Kapitalwerth gewährenden Ausloosung Theil nehmen.

Der Geldstand bleibt andauernd flüssig; gute Diskonten, von denen es bei dem schwachen Handels- und industriellen Verkehr an Material fehlt, zu 2½ pCt im Privatverkehr willig zu plaziren. Von fremden Devisen London in Folge der Diskontoherabsetzung daselbst etwas zurückgegangen; Paris und Amsterdam behaupteten sich auf ihrem hohen Stand. Napoleons, deren hoher Kurs mit eine Folge starker Ankäufe eines ersten Hauses für die Schweiz war, dürften, nachdem dieselben aufgehört, eher etwas nachgeben. (Akt.)

Verantwortlicher Redakteur: A. Hartmann.
Druck und Verlag der Stabel'schen Buch- und Kunsthandlung in Würzburg

Cours der Staatspapiere.

Oesterr.	5 pCt. Met. (Cp. i. S. b. R.)	—
"	5 pCt. Lomb. ditto. à 24	—
"	5 pCt. Engl. Met. v. 1852	60½ P.
"	5 pCt. Engl. Met. v. 1859	78⅛—⅜ G.
"	5 pCt. Venet. Coupon b. R.	86⅛ G.
"	5 pCt. Nationalanl. v. 1854	68⅛—⅜ G.
"	5 pCt. Metall. Obligation.	64½ P.
"	4½ pCt.	56¾ P. ½ G.
Preussen	3½ pCt. Staatsschuldsch.	—
Bayern	4½ pCt. Obl. 1jähr. dto.	101½ P.
"	4½ pCt. Obl. ½jähr. dto.	102 G.
"	4 pCt. Obl. 1jähr. dto.	99¼ G.
"	4 pCt. Obl. ½ jähr. dto.	99½ G.
"	4 pCt. Obl. Ab.-R. dto.	98⅝ G.
"	3½ pCt. Obl. dto.	—
Württemb.	4½ pCt. Obl. b. Rothsch.	101½ P.
"	3½ pCt. Obl. dto.	94 G.
Baden	3½ pCt. Obl.	—
"	3½ pCt. Obl. v. 1842	91¼ P.
Gr. Hess.	4½ pCt. Obl.	—
"	4 pCt. Obl. b. Rothsch.	100¾ P.
"	3½ pCt. Obl. dto.	97½ P. 97 G.
Nassau	4½ pCt. Obl. dto.	102⅛ P.
"	4 pCt. Obl. dto.	99⅜ P.
"	3½ pCt. Obl. dto.	91⅝ P.
Frankfurt	3½ pCt. Obl.	95¼ P.
"	3 pCt. Obl.	91 P.
Spanien	3 pCt. inl. Sch. P. à fl. 2. 30	—
"	4½ pCt. . . .	—
Schweden	4½ pCt. Obl. à 105 Thlr.	92—⅛ G.
N.Amerika	6 pCt. à 100Dr. 1881 D.2½	—
"	6 pCt. ditto r. 1882 "	72⅝—⅛ G.

Diverse Aktien.

Frankfurter Bank à fl. 500 . . .	160½ G.
K. K. Oesterr. National-Bankaktien	864 G.
Oesterr. Kreditbank-Aktien à fl. 200	200—199½ G.
Bayer. Hypothekenb., Pfandbriefe 4 pCt.	97⅞ G.
Darmst. Bank 1. u. 2. Serie à fl. 250	229 P. 228 G.
Weimarische Bank à Thlr. 100 . .	101 G.
Mitteldeutsche Kreditaktien . . .	101⅝ G.
Intern. Bank in Lux. à 250 Frs. à 28 kr.	—
Taunus-Eisenbahn à fl. 250 . . .	344 G.
Frankfurt-Hanauer-Eisenbahn . . .	102¼ P.
Oest. F.St.Eisb. 5pCt. 500 Fr. à 28 kr.	—
" Elisab.-Eisenbahn 5 pCt. . .	122 P.
Böhm. Westbahn-Aktien à fl. 200 6/7	78¼ P.
Rhein-Nahe-Bahn 200 Thl. à 105 4pCt. Z.	—
Ludwigshafen-Bexbacher à 4 pCt. .	150½P. 150 G.
dto. dto. Prior. à 4 pCt.	—
Pfälz. Maxb. b. Rothschild à 4½ pCt.	107¼ P.
Oest. St.-Eisenb. Prior.-Oblig. à 3 pCt.	51⅞ P.
Elisab.-Bahn Prior. 5 pCt. 6/7	78½ P. ⅛ G.
Südd. Bank-Akt., 40 pCt. Einz.	254 P.
Span. Handels- und Industrie . .	—
Bayr. Ostbahn à 4½ pCt. volleinbez.	113¾P. ½ G.
Bayer. Ostbahn mit 50 pCt. Einz.	113¾ P.

Wechsel
in süddeutscher Währung.

Amst. fl. 100 k. S.	101 P. — G.
Antwerp. Frs. 200 k.S.	94⅝ G.
Augsb. fl. 100 k. S.	99¾ G.
Berlin Th. 60 k. S.	104⅞ P.
Brem. 50 Th. Ld. k. S.	97¼ P.
Brüssel Frs. 200 k. S.	94⅝ G.
Cöln Thlr. 60 k. S.	105 P.
Hamb. MB. 100 k. S.	88½ G.
Leipzig Th. 60 k. S.	105 P.
London Lst. 10 k. S.	119¾ P.
Lyon Frs. 200 k. S.	—
Mail. Frs. 200 . .	94⅝ G.
München fl. 100 k. S.	99¾ G.
Paris Frs. 200 k. S.	94⅞—95 G.
Petersburg 60 S.-R.	—
Triest fl. 100 k. S.	—
Wien fl. 100 ö. W.	—
do. in öst. W. l. S.	108⅝ G.
Disconto	3½ pCt. G.

Anlehens-Loose.

Oesterr. fl. 250 v. 1839	143½P. 143 G.
" fl. 250 v. 1854 mit 4pCt.	79⅝ P.
" fl. 500 v. 1860 6/7	86⅛—⅛ G.
" fl. 100 Eisb. L. v. 1858.	188¼ P.
" do. v. 1864.	95⅜ P.
Schwed. 10 Thlr. Loose	—
Badische fl. 50	—
Badische fl. 35	53¼ P.
Kurhess. Thlr. 40 b. R.	56½ P.
Gr. Hessen fl. 50 b. R.	140½ G.
" fl. 25 do.	36¼ G.
Nassau fl. 25 bei Rothsch.	35½ G.
Sardinische Fr. 30 b. B.	—
Neuchateler 10 Frs.-Loose	—
Freiburger 15 Frs.-Loose	—
Mailänder 45 Frs. L. b. R.	32½ P.
St. Lüttich mit 2⅗ pCt. Z.	34¼ P.
Ansb.-Gunzenh. fl. 7-L.	10 G.

Frankfurt, 29. Mai. Die Börse war für amerikanische Fonds sehr fest gestimmt, obwohl die Liquidation nicht ohne Schwierigkeiten von Statten ging. Oesterr. Fonds waren dagegen durchgehends etwas matter, bei nicht sehr bedeutendem Umsatz. Für Wechsel und Diskonto bleibt der Geldmarkt in williger Haltung. (Spub.)

An die
k. Hof- und Staatsbibliothek
München.
1 N. Würzb. Ztg.

Neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht!

№ 150. | Vorausbezahlung: Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 1 fl. 30 kr. Bei Inseraten wird die dreispaltige Zeile in gewöhnlicher kleiner | 62. Jahrgang. | Schrift oder deren Raum im Hauptblatte mit 6 kr., im Anzeiger mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franco. | Mittwoch, 31. Mai 1865.

Auf die **„Neue Würzburger Zeitung"** kann für den Monat **Juni** sowohl in der Expedition, wie bei allen königl. Postämtern abonnirt werden.

Der Vortrag des Abg. Dr. v. Hofmann über den Kolb'schen Antrag in der schleswig-holsteinischen Angelegenheit

nebst dem Protokoll über die Sitzung des besonderen Ausschusses vom 23. Mai in Betreff dieser Frage ist erschienen. Dem Protokoll zufolge ging der Antrag des Berichterstatters v. Hofmann ursprünglich dahin: „Es sei an Se. Maj. den König die ehrfurchtsvollste Bitte zu richten, auf jede der Lage der Dinge entsprechende Weise dahin zu wirken, daß in den deutschen Bundesländern Holstein und Lauenburg und dem mit ersterem untrennbar verbundenen Schleswig endlich wieder ein staatlicher Rechtszustand hergestellt und diesen Ländern ohne Verzug der volle Genuß ihrer Unabhängigkeit und Selbständigkeit zurückgegeben, demzufolge namentlich die Versammlung der gesetzlichen Landesvertretung nicht länger verzögert werde; jedenfalls aber einer ohne die freie Zustimmung der gesetzlichen Landesvertretung oder im Widerspruch mit ihr erfolgenden Entscheidung über die Zukunft dieser Länder die Anerkennung zu verweigern." Der Minister des Aeußern legte, wie das Protokoll mittheilt, im Allgemeinen den Standpunkt der Regierung in dieser Sache dar, wonach von ihr unter den einzuberufenden Ständen die nach der Landesverfassung von 1848 zu berufenden verstanden werden und dahin gewirkt wird, diese Auffassung zur Geltung zu bringen. An diese Darlegung knüpfte sich die Besprechung der im Referate angeregten Kriegskostenrechnungsfrage, wobei von den Ausschußmitgliedern für den Fall Bedürfens die Geneigtheit und Bereitwilligkeit zu pekuniären Bewilligungen unter der Voraussetzung ausgedrückt wurde, daß die Aufnahme Schleswigs in den deutschen Bund erfolge. Den nach einer hierauf gepflogenen speziellen und eingehenden Diskussion über das Referat an welcher sämmtliche Ausschußmitglieder sich betheiligten, einstimmig angenommenen Antrag haben wir in Nr. 143 des „Anzeigers" mitgetheilt.

Der Vortrag des Abg. Hofmann lautet: „Es kann keinem Zweifel unterliegen, daß die hohe Kammer alle Ursache hat, eine derartige Bitte zu stellen. Nachdem ihr während der anderthalb Jahre seit Beginn der in jenen Ländern vorgegangenen Veränderung, der wichtigsten, die sich jemals innerhalb des deutschen Bundes zugetragen hat, keine Gelegenheit gegeben worden war, sich über sie zu äußern, steht jetzt ein schließlicher Ausgang derselben bevor, dessen Beschaffenheit für die Frage, ob zwischen den Gliedern des deutschen Bundes Recht oder Gewalt maßgebend sein soll, und also für die äußere und innere Zukunft eines jeden deutschen Landes von der größten Bedeutung sein wird." Nach kurzer Darlegung, daß das Geschick Lauenburgs von geringerer Wichtigkeit sei als das Holsteins und bei dem Ausgang der schleswig-holsteinischen Angelegenheiten mitentschieden werde, daß dagegen ohne Aufnahme Schleswig's in den Bund kein ersprießlicher Ausgang der mit dem Tod Friedrichs VII. erfolgten Veränderung möglich sei, fährt der Bericht fort: „Für Schleswig-Holstein also gilt es zur Zeit vor Allem einzutreten, für sein Volk das Recht freier Selbstbestimmung, für seinen gebornen und erkornen Fürsten, Herzog Friedrich VIII., das Recht der Thronfolge in Anspruch zu nehmen. Hiegegen wird nun freilich eingewendet, die Herzogthümer seien erobertes Land, Christian IX. habe im Wiener Frieden seine Rechte auf sie an Oesterreich und Preußen abgetreten; und der deutsche Bund selbst hat verschuldet, daß Dieß eingewendet werden kann. Er hat es verschuldet, als er auf die Unterlassungssünde seines Beschlusses vom 9. Juli 1863 die Begehungs-Sünde seines Beschlusses vom 7. Dezember desselben Jahres folgen ließ. Hätte er sich an jenem 9. Juli, dem damaligen Antrage der oldenburgischen Regierung entsprechend, von den unglückseligen Vereinbarungen mit Dänemark losgemacht, auf die man sich eingelassen hatte, als man Schleswig-Holstein der dänischen Rache überlieferte: wäre er damals auf den Standpunkt zurückgetreten, den er nach dem offenen Briefe Christians VIII. einnahm, so wäre, als vier Monate danach Friedrich VII. starb, die Geltendmachung desjenigen Thronfolgerechts, nach welchem die Stimme für Holstein zu führen dem Erbprinzen Friedrich von Augustenburg zukam, vorbereitet und eingeleitet gewesen, statt daß nun das Höchste, was sich erreichen ließ, die vorläufige Zurückweisung des Bundestagsgesandten Christian's IX. war. Als nun aber vollends am 7. Dezember 1863 statt der Okkupation Holstein's, die man seinem Volke wie seinem erbberechtigten Fürsten schuldig war, die gegen Friedrich VII. eingeleitete Exekution gegen Den zu vollziehen beschlossen wurde, welchem man doch soeben die Anerkenntniß seines Thronfolgerechts in den Herzogthümern verweigert hatte; da war es entschieden und besiegelt, daß vom Bunde eine angemessene und folgerichtige, eine zum Ziele führende Behandlung dieser hochwichtigen Angelegenheit nicht zu erwarten sei. Der Selbstwiderspruch, in den er sich durch diesen Beschluß versetzt hatte, hielt ihn von da an gebunden, und unthätig mußte er zusehen, wie die größte Aufgabe, welche je an ihn herangetreten war, ohne ihn gelöst wurde. Während er sich durch das Verdienst unseres hochseligen Königs Maximilians II. in der glücklichen Lage befand, mit dem Londoner Vertrage unverworren zu sein, und also für die allein richtige, für die vollständige Lösung dieser Aufgabe freie Hand gehabt hätte, fiel dieselbe nun denjenigen deutschen Regierungen anheim, welche in ihrer Eigenschaft als europäische Mächte jenen Vertrag unterzeichnet und also Den für den berechtigten Thronerben des dänischen Gesammtstaates anerkannt hatten, ohne dessen Ausschluß von der Thronfolge in Schleswig-Holstein weder dem Rechte dieses Landes Genüge geschehen, noch die verheißungsvolle Aussicht, die sich dort für Deutschlands Zukunft eröffnete, zur Verwirklichung kommen konnte. Und so wäre denn dieser hochwichtige Augenblick unausgenützt vorübergegangen, wenn nicht die zornmüthige Begeisterung des deutschen Volkes jenen beiden Regierungen rathsamer hätte erscheinen lassen, den Unwillen der übrigen Mächte herauszufordern, als gegen den Strom dieser Begeisterung anzugehen. Dem verdanken wir ihren Krieg gegen Dänemark, welcher begonnen wurde, um Christian IX. zur Erfüllung Dessen zu nöthigen, was sie nach ihrer schmachvollen Niederzwingung des schleswig-holsteinischen Volkes in den Jahren 1851 und 1852 mit seinem Vorgänger Unausführbares abgeredet hatten, und dessen Ausgang die gänzliche Abtrennung der drei transalbingischen Herzogthümer von Dänemark war. Soweit hat es mit Gottes Hilfe und begünstigt durch die Uneinigkeit der europäischen Mächte und durch die blinde Hartnäckigkeit der Dänen die nachhaltige Entschiedenheit, mit welcher das deutsche Volk sein Rechtsbewußtsein geltend machte, und die Tapferkeit und überlegene Kriegstüchtigkeit des österreichischen und preußischen Heeres gebracht. Die Herzogthümer waren los von Dänemark. Aber eben damit begann nun derjenige Zustand der Dinge, welcher den vorliegenden Antrag hervorgerufen hat. In den Augen der beiden Regierungen, welche dieses Ergebniß als das Verdienst ihrer Waffen ansehen durften, waren die Herzogthümer erobertes, dem dänischen Könige abgewonnenes und ihnen zugefallenes Land. Von Christian IX. ließen sie sich seine Rechte darauf abtreten. In soferne entsprach der Ausgang ihres Kriegs seinem Anfange. Der deutsche Bund aber, welcher letzteren sich hatte gefallen lassen, konnte nun zu ersterem nicht Nein sagen. (Fortsetzung folgt.)

(Amtliche Nachrichten.) **München**, 29. Mai. Se. Maj. der König hat dem Bezirksg. Bamberg noch einen Rath extra statum beigegeben und auf die Stelle desselben den Assessor des Appellationsgerichts von Mittelfranken, K. H. Fr. Lammers, unter gleichzeitiger Einziehung dieser Assessorsstelle, versetzt; auf die erledigte Stelle des k. Staatsanwalts am Bezirksg. Kronach den Bezirksg.-Assessor K. A. Lampel in Hof befördert und die sich erledigende Assessorsstelle am Bezirksg. Hof dem funkt. Substituten des Staatsanwalts am genannten Gerichte, M. Sand, verliehen; als funkt. Substituten des Staatsanwalts am Bezirksg. Hof den Bezirksg.-Accessisten und Vertreter der Staatsanwaltschaft am Stadtgerichte Passau, K. Wölfl, aufgestellt.

Das Benefizium Wassenbrunn, k. Bezirksamts Cham, ist mit einem Reinertrage von 493 fl. 6 kr. in Erledigung gekommen.

München, 30. Mai. Die Kammer der Reichsräthe hat abermals den Verlust eines ihrer Mitglieder zu beklagen. Im Schloß Arnstorf in Niederbayern ist am 27. ds. Abends der erbliche Reichsrath Otto Graf v. Deym in Folge eines eingetretenen Schlagflusses gestorben. Der Verewigte hat ein Alter von nur 49 Jahren erreicht.

Auf der Tagesordnung für die auf den 31. Mai angesetzte 41. Sitzung der Kammer der Abgeordneten steht die Berathung und Beschlußfassung 1) über die Vorlage der k. Staatsregierung: „die Erhöhung der Bezüge der Pfarrgeistlichkeit und den Antrag der katholischen Pfarrgeistlichkeit der Pfalz, Gehaltsverbesserung betreffend; 2) über die Rechnungen der kgl. General-Bergwerks- und Salinen-Administration in specie das Bergwesen für 1861/3 betreffend; 3) über die von dem Abg. Umbscheiden sich angeeignete Vorstellung der pfälzischen Volksschullehrer: die Erlassung eines Schulgesetzes betreffend."

*** **Bamberg**, 29. Mai. In feierlichstem Gepränge sahen wir heute Morgens zu dem Residenzplatze, auf welchem durch königliche Munificenz das Standbild des weisen Fürstbischofs Franz Ludwig sich befindet, den Festzug nahen, sämmtliche Beamte in großer Uniform, sämmtliche Gewerbe und Schulen, einen großen Reichthum an Fahnen entfaltend, gespannt, der Enthüllung jenes hehren Denkmales anzuwohnen. Der große Platz bot einen mannigfach belebten, bunten Anblick: es war ein Wogen und Treiben, ein Ab- und Zuströmen von Bewohnern aus allen Gauen unserer Provinz, Alles in sonntäglichem Kleide und in festlichster Stimmung. Alle Blicke hingen voll Erwartung an dem blau und weiß verhüllten Bilde; nicht minder richtete sich das Auge manchmal ängstlich noch höher gegen die Wolken, die sich immer tiefer und schwerer senkten und das schöne reine Blau des Himmels, wie wir es zur Erhöhung des feierlichen Monumentes so gerne wünschten, stets mehr mit Grau und Nebel umhüllten. Um 9 Uhr begann im Dom die Predigt, gehalten von Herrn Domkapitular Rothlauf; darauf folgte das erzbischöfliche Hochamt, wozu der Domchor eine schöne Messe von Lindpaintner sang, und schloß mit einem Te Deum. Nun sollte in festlichem Zuge hinausgeschritten werden, um die feierliche Enthüllung zu begehen; allein der Regen floß in Strömen und nöthigte, sich in Geduld zu fassen und Besseres zu erwarten. Zur allgemeinen Freude war der Regen nicht anhaltend, sondern nach viertelstündigem Harren konnte das Programm weiter ausgeführt werden. Es war ein tief ergreifender Moment, als unter dem Donner der Kanonen, den rauschenden Fanfaren der Musik, dem Schwingen der Fahnen, dem Geläute der Glocken jene Hülle fiel, als das Bild des edlen Fürsten in ernster Größe, mit edelstem Ausdrucke vor uns stand, weithin glänzte und strahlte, und den anwesenden vielen Hunderten von Menschen einen Ruf der Begeisterung, der freudigsten Ueberraschung entlockte. Jubel und Hochrufen währte lange, doch maßvoll, denn Alles athmete Ernst und Würde, wie die Bedeutung des Augenblickes gebot. Nun folgte eine kurze Ansprache des k. Kommissärs, des Hrn. Domdechants Reindl, die Herr Rechtsrath Schneider erwiderte. Hierauf sang der Liederkranz ein deutsches Gloria, und ein Hoch auf König Ludwig I., den Geber, und König Ludwig II. mit der bayerischen Volkshymne bildete den Schluß dieser erhebenden Feier. Weiß gekleidete Mädchen bekränzten noch das Standbild mit Blumen und streuten Rosenblätter auf die Stufen des Postamentes; ein frischer Lorbeerkranz umwand die linke Hand des Gefeierten. Der Festzug bewegte sich unter klingendem Spiele um das Monument und kehrte dann in das Innere der Stadt zurück. Das herrliche Bild fesselte aber fortan noch Viele; Kenner rühmen dasselbe als eines der edelsten derartigen Kunstwerke, das nun Bamberg zur größten Zierde gereicht. Heute Abend wird ein festlicher Fakelzug, Beleuchtung des Domes durch bengalisches Feuer, Serenade des Liederkranzes und der hiesigen Musikkorps stattfinden. In dem Hospitale, welches Franz Ludwig hier gegründet, ist heute eine besondere Feier. Das ganze Haus ist festlich geschmückt; die Bewohner desselben sind mit Freuden bedacht; Abends ist Musik und Beleuchtung in den Gartenräumen der wahrhaft landesväterlichen Stiftung.

Wien, 29. Mai. Die Errichtung einer eigenen schleswig-holsteinischen Kanzlei ist dahier, ähnlich der einstigen niederländischen, wegen der Länge des Provisoriums beabsichtigt. — In Pesth hofft man auf die kaiserliche Zusage einer persönlichen Eröffnung des Landtags.

Die auf den 27. festgesetzt gewesene Abreise der Kaiserin mit

Feuilleton.

Tagebücher.

(Schluß.)

Nun aber kommen wir zu der duftigsten Blüthe der ganzen Gruppe, zu jener idealen Entwicklungsform, die eigentlich allein würdig wäre, den erhabenen Namen des Geschlechtes zu führen. Es ist das Diarium subiime s. mulierum, das Mädchen-Tagebuch oder genauer gesagt Nachtbuch, denn ein hervorragender Germanist, den wir über diesen Gegenstand interpellirten, bezeichnete uns als den wahrscheinlichen Entstehungsgrund des Wortes „Tagebuch" den Umstand, daß es — nie am Tage geschrieben wird, wie ja auch bekanntlich scharfe Beobachter den Namen „Student" vom Nichtstudiren ableiten wollen.

Wenn irgendwo das Generalisiren gefährlich ist, so wäre es hier, wo die äußere Gestalt des Buches von der Zwergform, das Baronesse Rothsattel in „Soll und Haben" dem bergenden Mieder anvertraut, bis zu jenem Maßstabe aufsteigt, der dem Saldo-Conto eines größeren Komptoirs nur um ein Geringes nachsteht und wo die Fülle der Gedanken so schwankend ist wie die Zahl der kleinen orthographischen faux-pas. Doch können wir im Großen und Ganzen drei Perioden annehmen, durch welche hindurch sich die Entwicklung des Diarium muliebre mit ziemlicher Regelmäßigkeit verfolgen läßt.

Selten ist die Idee des Tagebuches spontan in dem kleinen Mädchenkopfe entstanden. Kindliche Nachahmung einer älteren Schwester oder wohlgemeinter Rath der Gouvernante geben gewöhnlich den ersten Anstoß zur Zusammenheftung einiger Bogen Papier, in welche die Ereignisse des wechselnden Lebens eingetragen werden sollen. Lakonische Kürze und eine gewisse Unsicherheit im Gebrauch der großen und kleinen Anfangsbuchstaben charakterisiren diese Periode. Das naive Geständniß, daß „heute gar nichts geschehen ist", wechselt mit Betrachtungen über die Güte von „Indianerkrapfen" und streng thatsächlichen Berichten vom letzten Spaziergang. Hie und da wird über Gelesenes weniger poetisch als praktisch referirt und wir erinnern uns eines solchen Tagebuchs erster Periode, in dem die kleine Schreiberin sich über die Schottenkönigin moquirt, die mit den „eilenden Wolken" zu „wandern" und gar zu „schiffen" wünscht, da das unmöglich und „ganz dumm" sei.

Langsam aber verändert sich der Charakter des Tagebuches. Die sachliche Kürze der Notizen, macht einer bedenklichen Weitschweifigkeit Platz. An die Stelle der unbefangenen klaren Beobachtung tritt nach und nach eine unruhig tastende Reflexion — das Tagebuch tritt in die zweite Periode. Bündnisse mit gleichgestimmten Seelen werden geschlossen und in dithyrambischer Weise gefeiert. Es werden Freundinnen erster, zweiter und dritter Klasse, selbstverständlich mit Nachsicht der Taxen, kreirt und neben langen, melancholischen Citaten spricht sich häufig eine unbestimmte Sehnsucht nach schöneren Planeten in rührenden Tönen aus.

Allmälig treten zwar diese etwas schwer realisirbaren Wünsche in den Hintergrund. Desto rastloser schwirrt aber dies ungewisse Wollen um alle Gegenstände der Außenwelt, desto trüber und unbehaglicher wird die Stimmung — das Tagebuch steht an der Grenze der dritten Periode.

Jetzt endlich richtet sich das bisher unklare Sehnen nach einem bestimmten Objekt, nach einem Herzen und zwar nach einem solchen, das unter einer — Weste schlägt. Und es ist gefunden. Schon ist man über das Wagniß des ersten Händedrucks hinaus, schon werden gegenseitig kleine Gefühlswechsel auf Sicht ausgestellt und gierig acceptirt. Das ist der Höhepunkt im Leben des Tagebuches. Wie vom Sturmwind gepeitscht, entflattern ihm alle düsteren Gedanken, es sind wilde berauschende Düfte, die es durchwehen; es sind endlose Variationen des einen Thema's, die sich untrennbar ineinander verschlingen würden, wenn nicht Gott der Herr die Gedankenstriche geschaffen, um sie wenigstens äußerlich auseinander zu halten. Bald aber trübt sich der Himmel. Das Herz, das andere nämlich, nimmt eine Audienz bei dem ihm beigeordneten Kopfe und ein entschiedenes „Vordringen nach Rück-

den kaiserlichen Kindern nach Ischl ist erst am Montag, den 29., erfolgt. Der Kaiser, der seine Gemahlin nach Ischl begleitete, wird am Mittwoch wieder in Wien eintreffen. Seine Abreise zu dem Wettrennen in Peßth und Ofen soll auf den 6. Juni, die Dauer seines Aufenthaltes in Ungarn auf beiläufig 8 Tage festgesetzt sein.

Wien, 30. Mai. Der Besuch des Kaisers in Pesth ist definitiv beschlossen. — Deak schließt sich der ungarischen Deputation, welche hier erwartet wird, um dem Kaiser für das der ungarischen Akademie gemachte Geldgeschenk von 15,000 fl. zu danken, nicht an. — Der preußische General von Manteuffel wird im Laufe der Woche hier erwartet.

Berlin. Ueber die identische Note Oldenburgs an die deutschen Großmächte wird der „Köln. Ztg." noch weiter mitgetheilt: „Die Note soll hervorheben, daß der Großherzog sich jeder Agitation zur Förderung seiner eigenen Ansprüche enthalten habe, und behaupten, jede unter den gegenwärtigen Einwirkungen berufene Versammlung werde es an Manifestationen zu Gunsten des anderen Prätendenten nicht fehlen lassen." (Daß weder den Provinzialständen noch der definitiven Versammlung ein entscheidendes Votum von den Großmächten zugesprochen wird, ist bekannt.)

Wie man der „Pf. Ztg." aus **Karlsruhe** aus „glaubwürdiger Quelle" meldet, sind die Unterhandlungen, die zwischen der Regierung und dem von der Kurie abgesandten Seminardirektor Kübel seit fast acht Tagen zum Zwecke einer Verständigung über die Schulfrage geführt werden, als völlig gescheitert zu betrachten. — Der „Allg. Z." wird aus Karlsruhe über dieselbe Angelegenheit geschrieben: „Der Unterhändler der Kurie begibt sich heute nach Freiburg zurück, da die amtlichen Verhandlungen einstweilen sistirt sind. Es scheint, daß das Staatsministerium sich über das Maß etwaiger Zugeständnisse noch nicht geeinigt hat. Staatsrath Lamey geht auf einige Zeit in Urlaub. Beide Theile haben keinerlei Verpflichtungen über das einstweilige Verhalten übernommen und es steht dahin, ob der Erzbischof sich nunmehr beschwerend an den deutschen Bund wenden wird.

Paris, 27. Mai. Die politische Exekution des Prinzen Napoleon ist das Ereigniß des Tages. Aus dem Umstande, daß der Kaiser eine direkte Desavouirung der bekannten Rede durch die Regierung verhinderte, hatte man mit Unrecht geschlossen, daß die Sache abgemacht sei, während die Absicht des Kaisers war, persönlich das Wort zu ergreifen. Sind wir gut unterrichtet, so war das Schreiben des Kaisers schon vor mehreren Tagen hier eingetroffen; es wäre aber höchst wahrscheinlich nicht veröffentlicht, sondern als ein intimer Akt des Kaisers behandelt worden, wenn der Prinz nicht sofort nach seiner Ankunft in Paris die Publikation seiner Rede in der Form einer Broschüre angeordnet hätte, was um so herausfordernder erscheinen mußte, als er das Schreiben des Kaisers schon vor seiner Rückkehr erhalten hatte. Dem sei, wie ihm wolle, die Züchtigung ist so vollkommen als möglich. Das Auftreten des Prinzen war eine Art von Mißbrauch des Vertrauens des Kaisers, welcher in seinem Schreiben auch auf diesen Punkt hindeutet. Die Regierung hatte übrigens ihren diplomatischen Agenten im Ausland den Auftrag gegeben, den Prinzen zu desavouiren. Es war dies viel weniger überflüssig, als man glauben sollte, ja es war vielleicht nicht einmal hinreichend, überall den Verdacht, der Kaiser sei mehr oder weniger mit seinem Vetter einverstanden gewesen, auszurotten, und schon deßhalb ist es gut, daß das kaiserliche Sendschreiben kein Familien- und Staatsgeheimniß blieb, sondern veröffentlicht wurde. (Schw. M.)

Paris, 30. Mai. Aus Anlaß des kaiserlichen Briefes an den Prinzen Napoleon haben 152 Deputirte ihre Karten in den Tuilerien abgegeben. — Macmahon soll Oberbefehlshaber von Paris, Fleury Gouverneur von Algerien werden.

Venedig, 25. Mai. In der Provinz Padua, und zwar in einer Grotte der Euganeischen Berge, wurde eine vollständige geheime Pulverfabrik mit nicht unbedeutenden Vorräthen bereits verfertigten Schießpulvers aufgefunden, welche wahrscheinlich für Rechnung der Aktionspartei arbeitete. Die Fabrik war sehr gut geleitet und das darin verfertigte Pulver vortrefflich. Mehrere Arbeiter, sowie auch der Leiter dieser Fabrik wurden verhaftet, und da anzunehmen ist, daß dieselben seit längerer Zeit arbeiten, so hofft man, durch ihre Geständnisse auch die Entdeckung der allenfalls verborgenen Pulvervorräthe zu ermöglichen.

Aus **Florenz,** 25. Mai, schreibt man der „K. Z.": „Die Berichte aus Rom melden von der günstigen Stimmung, die sich daselbst für Italien ausspricht. Der Papst macht Aeußerungen, die alle Welt in Erstaunen setzen. Graf Sartiges spielt den Entzückten; im Grunde ist er jedoch wenig erbaut davon, daß Pius IX. direkt mit Italien unterhandelt, und aus verschiedenen Anspielungen, die Herr v. Malaret hier macht, hat die italienische Regierung die Ueberzeugung geschöpft, daß man sich in Paris nicht ganz behaglich fühle. In einem Briefe aus Rom, den ich selber gelesen, wird gesagt, daß Vegezzi mehr in Rom durchsetzen werde, als seine Regierung gehofft haben möge. Der päpstliche Hof sei auch

---

wärts" wird in diesem Kriegsrathe als das einzig richtige Manöver bezeichnet. Oeffne uns jetzt, unglückliches Tagebuch, einen Augenblick deine Spalten. „ — Ein schrecklicher Brief — er will brechen — seine Armuth — omnia mea mecum porto, schreibt er — der Unglückliche, er hatte nicht einmal Geld auf's Porto — O, wie mein Kopf brennt, meine Pulse fliegen — Fieberschauer überströmen mich — meine Kniee brechen. Aber was ist das? — es wird dunkel, die Lampe verlischt — und ich habe sie doch aufgezogen, sie ist gerichtet —"

— Ist gerettet! Aber nicht die Lampe, sondern unsere arme kleine Tagebüchlerin. Denn wenn dieser Beleuchtungsapparat nicht so klug gewesen wäre, die Gedanken unserer sentimentalen Freundin rechtzeitig auf sich, respektive auf den Unterschied von Brennöl und Pinolin zu richten, so hätten sich am Ende jene pathologischen Zustände wirklich einstellen können, die, zum Troste unserer Leser sei es gesagt, so lange sie im Tagebuch genau spezifizirt sind, selten eine größere Gefahr mit sich bringen.

Jahre vergehen. Die Eintragungen werden immer spärlicher, aber ruhig, inniger und klarer, hie und da nur zittern Anklänge an vergangene Zeiten hindurch, und eines schönen Morgens prangen auf der letzten Seite die inhaltsschweren Worte: „Heute den so und so vielten schließe ich den Bund der heiligen Ehe und zugleich dieses Tagebuch."

— — Das wären die drei großen Perioden, die sich, natürlich in mehr oder minder hervortretender Weise, in den meisten Tagebüchern von der Sorte Diarium muliebre, deutlich nachweisen lassen.

Eines aber müssen wir der Vollständigkeit halber hinzufügen, daß die Anlage und Pflege dieser Spiclart heutzutage eine unbedingt weniger häufige ist wie früher, und wir wären, aufrichtig gesagt, die Letzten, darüber zu trauern. Mag der nützliche Einfluß des Tagebuches auf eine gewisse äußerliche Ordnung anerkannt werden, für schwächere Naturen bleibt es doch unserer Ansicht nach ein gefährliches Spiel. Gefährlich, weil schon die Existenz des Buches, in dem alle Phasen des Lebens ihren Abglanz finden sollten, leicht zu dem Wunsche führt, mehr zu leben und mehr zu empfinden, als man wirklich lebt und empfindet. Daher dann oft ein Zerzupfen jedes Gedankens in seine kleinsten Bestandtheile, ein schwärmerisches Liebäugeln mit jeder mikroskopischen Herzensregung, ein geistiges Dekolletiren, dem der moralische Schnupfen nicht ausbleibt, daher mit einem Wort jenes gewisse „viel z'viel G'fühl," das von dem wahren Gefühle so entfernt ist, wie die Krankheit von der Gesundheit. Und wenn unsere trinkkundigen Vorfahren, die kleine Leitern in ihre Humpen stellten, von einem Manne sagten: Er hat einen Sparren zu viel — nämlich hinabgetrunken, so könnten wir in manchen Fällen sagen: Sie hat eine Feder zu viel — nämlich an ihrem Tagebuche stumpfgeschrieben.

Wo mit strenger Treue und Selbstkontrole ans Werk gegangen wird, dort allerdings haben auch wir nur Worte der Billigung und sollte auch einmal die Grenze der Wahrheit nicht ganz genau eingehalten werden; so möchte man auch dann noch eine Entschuldigung finden, wenn nur die Art und Weise dieser Grenzverletzung eine wirklich bewußt poetische, wenn nur die schuldige Feder eine von Gottes Gnaden ist.

Wie im Leben, so im Liede
Ist das höchste Gut die Gnade.
Wer sie hat, der kann nicht sünd'gen,
Nicht in Versen noch in Prosa.

Du, freundliche Le in, gehörst zu diesen Glücklichen, Du hast die Gnade — wenigstens die, diese Zeilen zu Ende gelesen zu haben.

E. S.

(Nr. 18.) **Geschlechts-Homonyme.**

Mit „Der" zum Schutz.
Mit „Die" zum Mord und Trutz.

Auflösung der Charade Nr. 17: Brustwehr.

geneigt, den Eid der Bischöfe in den ehemaligen päpstlichen Provinzen zu gewähren. Das klingt aber nicht sehr glaublich."

Aus **Turin**, 24. Mai, schreibt man der „A. Z.": „Hier bemüht man sich, am Sonntag eine Volksversammlung als Demonstration gegen die Mission Vegezzi's abhalten zu können, und man hofft, daß die Polizei nicht dagegen einschreiten wird. Bezeichnend ist es, daß auch in Florenz eine große Demonstration in demselben Sinn veranstaltet werden soll. — Der Magistrat von Sestri, unweit Genua, hat vorgestern unter eigenthümlichen an amerikanische Zustände erinnernden Verhältnissen seine Entlassung eingereicht. Eine Rotte wilder Individuen war nämlich, ohne Dazwischenkunft der Polizei, mehreremal in den Sitzungssaal des Magistrats gedrungen, und hatte, unter dem Vorwand der Erhöhung der Mahlpreise, mehrere der ehrenwerthen Väter der Stadt beim Kragen ergriffen und weidlich durchgeprügelt. Dieß geschah zweimal, und trotzdem hat der Unterpräfekt von Chiavari keine Maßregeln getroffen. Vorgestern fand nun zum Drittenmal eine Invasion des Rathhauses statt, und der ganze Magistrat wurde durchgeprügelt, worauf derselbe abdankte. Dieß geschieht auf 3 Meilen Entfernung von Genua."

Aus **Warschau** berichtet man der „Danziger Ztg." wiederum von zwei kriegsgerichtlichen Hinrichtungen, die am 24. Mai in Sokolow vorgenommen wurden: Der Geistliche Brzosko und dessen Gefährte W.lc.ynski endeten an diesem Tage ihr Leben am Galgen. Beide leisteten bei ihrer Gefangennahme einer Militärabtheilung von 30 Mann noch im letzten Augenblicke bewaffneten Widerstand.

Amerika. Nach genaueren Nachrichten, die nunmehr über die Gefangennahme Jefferson Davis' einlaufen, fand dieses Ereigniß bei Irwinsville, etwa 75 (englische) Meilen von Macon, am 13. Mai Morgens um 3½ Uhr statt. Es waren zwei Reiter-Regimenter, das 4. Michigan- und das 1. Wisconsin-Regiment, die dem flüchtigen Feinde hart auf der Ferse nachfolgten, und ihn endlich erreichten. Aus den Berichten der beiden Oberstlieutenants Harden und Pritchard entnimmt man, daß dieser Fang schon früher stattgefunden hätte und noch ergiebiger ausgefallen wäre, wenn nicht die beiden unionistischen Reiterschaaren sich gegenseitig im Dunkel für Feinde gehalten und einander beschossen hätten. Dieses Gewehrfeuer in unmittelbarer Nähe des Lagers gab in demselben den ersten Allarm. Jefferson Davis warf schnell einige Kleider seiner Frau über und eilte in das nahe gelegene Holz, und vielleicht wäre es ihm geglückt, Dank dieser Verkleidung, zu entkommen, wenn die Nordsoldaten nicht durch die Stiefel, welche beim Laufen unter dem Weiberrocke zum Vorschein kamen, auf ihn aufmerksam geworden wären. In wenigen Minuten war er eingeholt und von allen Seiten umzingelt. Noch versuchte er sich mit einem Bowie-Knife zur Wehr zu setzen, allein die Revolvers, welche ringsum ihm entgegenstarrten, brachten ihn bald auf andere Gedanken. Er ergab sich, jedoch unter Ausdrücken der tiefsten Entrüstung darüber, daß man ihn mit solcher Wuth verfolgt habe; er hätte geglaubt, die Regierung von Washington sei zu großmüthig, um eine solche Hetzjagd auf Weiber und Kinder anzustellen. Auch seine Gemahlin scheint noch nicht zur richtigen Erkenntniß der Sachlage gekommen zu sein, denn, nachdem ihre erste Aufregung vorüber war, sagte sie zu Oberstlieutenant Harden, seine Leute würden gut daran thun, den Präsidenten nicht zu reizen, denn er würde sonst einigen davon eine scharfe Züchtigung zu Theil werden lassen. Mit Jefferson Davis wurden gefangen seine Frau, seine Schwestern, sein Bruder, der Generalpostdirektor des Südens, Regan, der Privatsekretär von Davis, Oberst Harrison, sein Adjutant Oberst Johnson, ferner Oberst Morris Sublick und Lieutenant Hathaway, sowie noch verschiedene andere Persönlichkeiten von Belang. Endlich fielen noch fünf Packwagen und drei Ambulanzwagen den Unionisten in die Hände. Der unglückliche Zusammenstoß der beiden Regimenter des Nordens hat diesen zwei Todte und vier Verwundete gekostet.

Aus **New-York**, 16. Mai, schreibt man der „Köln. Z.": „Der Schlußakt der bewaffneten Rebellion hat mit einer Farce geendet. Der „Schöpfer einer neuen Nation", wie Earl Russell Hrn. Jefferson Davis nannte, „der Beherrscher eines Volkes von acht Millionen", der größte Staatsmann Amerika's, als welchen die Londoner „Times" ihn vier Jahre lang pries, ist, statt im „letzten Graben" zu sterben und all die ritterlichen Vorsätze auszuführen, mit denen er seinen europäischen Freunden im voraus so sehr zu imponiren gewußt hatte, er ist im Unterrock seiner Frau und mit einem Messer in der Hand gefangen genommen worden! Der Konföderirten-Präsident wagte aber keinen Gebrauch davon zu machen, als man ihn trotz seiner Verkleidung an seinen Stiefeln erkannte, und statt den Ruin seiner Sache auch physisch nicht zu überleben und den Tod der moralischen Demüthigung vorzuziehen, ergibt er sich einem mit dem Revolver drohenden Soldaten. Was wird mit Davis geschehen? Das ist die Frage, welche jetzt alle Gemüther beschäftigt. Sie ist aus dem Grunde so wichtig für die Politik des Tages, weil sie das Uebergangsstadium, in welchem sich diese befindet, am unverfälschtesten wiederspiegelt und die Befürchtungen der Einen oder die Hoffnungen der Anderen offen darlegt. Ich persönlich bin der Ansicht, daß es ein Glück gewesen sein würde, wenn Davis bei dem Zusammentreffen mit den Soldaten gefallen wäre. Er hätte dann seinen Lohn dahin gehabt und jedenfalls dem Lande keine Verlegenheit mehr bereitet. Jetzt streiten sich die Parteien um ihn, und es ist möglich genug, daß er dem Galgen entgeht.

Verantwortlicher Redakteur: A. Hartmann.
Druck und Verlag der Stabel'schen Buch- und Kunsthandlung in Würzburg

Cours der Staatspapiere.

Oesterr.	5 pCt. Met. (Cp. i. S. b. R.)	—
"	5 pCt. Lomb. ditto. à 24	—
"	5 pCt. Engl. Met. v. 1862	60½ P.
"	5 pCt. Engl. Met. v. 1859	78⅝ P.
"	5 pCt. Venet. Coupon b. R.	86½ G.
"	5 pCt. Nationalanl. v. 1854	68¾ P.
"	5 pCt. Metall. Obligation.	64½ P.
"	4½ pCt.	57⅛ P.
Preussen	3½ pCt. Staatsschuldsch.	—
Bayern	4½ pCt. Obl. 1jähr. dto.	101½ P.
"	4½ pCt. Obl. ½jähr. dto.	101⅞ G.
"	4 pCt. Obl. 1jähr. dto.	99¼ G.
"	4 pCt. Obl. ½jähr. dto.	99½ G.
"	4 pCt. Obl. Ab.-R. dto.	99 G.
"	3½ pCt. Obl. dto.	—
Württemb.	4½ pCt. Obl. b. Rothsch.	101½ P.
"	3½ pCt. Obl. dto.	94¼ P. ⅛ G.
Baden	4½ pCt. Obl.	—
"	3½ pCt. Obl. v. 1842	91 P.
Gr. Hess.	4½ pCt. Obl.	—
"	4 pCt. Obl. b. Rothsch.	100¾ P.
"	3½ pCt. Obl. dto.	97¼ P. 97 G.
Nassau	4½ pCt. Obl. dto.	102 P.
"	4 pCt. Obl. dto.	99⅝ P.
"	3½ pCt. Obl. dto.	91 G.
Frankfurt	3½ pCt. Obl.	95¼ P.
"	3 pCt. Obl.	91 P.
Spanien	3 pCt. inl. Sch. P. à fl. 2. 30	—
"	2½ pCt. . . .	—
Schweden	4½ pCt. Obl. à 105 Thlr.	92¾ P. ½ G.
N.Amerika	6 pCt. à 1000r. 1881 D. 2½	—
"	6 pCt. ditto r. 1882	72⅞—½ G.

Diverse Aktien.

Frankfurter Bank à fl. 500 . . .	151 G.
K. K. Oesterr. National-Bankaktien	870 P. 868 G.
Oesterr. Kreditbank-Aktien à fl. 200	200 P. 198½ G.
Bayer. Hypothekenb. Pfandbriefe 4 pCt.	97⅝ P
Darmst. Bank 1. u. 2. Serie à fl. 250	230 P. 229 G.
Weimarische Bank à Thlr. 100 . .	101 G.
Mitteldeutsche Kreditaktien . . .	101⅝ G.
Intern. Bank in Lux. à 250 Frs. à 28 kr.	—
Taunus-Eisenbahn à fl. 250 . . .	348 P. 347 G.
Frankfurt-Hanauer-Eisenbahn . . .	102¼ P.
Oest. F.St.Eisb. 5pCt. 500 Fr. à 28 kr.	—
" Elisab.-Eisenbahn 5 pCt. . .	121 P.
Böhm. Westbahn-Aktien à fl. 200 6/7	79¼ P.
Rhein-Nahe-Bahn 200 Thl. à 105 4pCt. Z	—
Ludwigshafen-Bexbacher à 4 pCt. .	149¾ P.
dto. dto. Prior. à 4 pCt.	—
Pfälz. Maxb. b. Rothschild à 4½ pCt.	107⅛ P.
Oest. St.-Eisenb. Prior.-Oblig. à 3 pCt.	61½ ⅝ G.
Elisab.-Bahn Prior. 5 pCt. 6/7	74¼ P.
Südd. Bank-Akt., 40 pCt. Einz.	254 P.
Span. Handels- und Industrie . .	—
Bayr. Ostbahn à 4½ pCt. volleinbez.	113¾ P.
Bayer. Ostbahn mit 60 pCt. Einz.	113¾ P.

Wechsel
in süddeutscher Währung.

Amst. fl. 100 k. S.	101 P. — G.
Antwerp. Frs. 200 k.S.	94⅝ G.
Augsb. fl. 100 k. S.	99¾ G.
Berlin Th. 60 k. S.	104⅞ P.
Brem. 50 Th. Ld. k. S.	97¼ P.
Brüssel Frs. 200 k. S.	94⅝ G.
Cöln Thlr. 60 k. S.	105 P.
Hamb. MB. 100 k. S.	88⅛ G.
Leipzig Th. 60 k. S.	105 P.
London Lst. 10 k. S.	119¾ P.
Lyon Frs. 200 k. S.	—
Mail. Frs. 200 . .	94⅝ G.
München fl. 100 k. S.	99¾ G.
Paris Frs. 200 k. S.	94⅞ G.
Petersburg 50 S.-R.	—
Triest fl. 100 k. S.	—
Wien fl. 100 ö. W.	—
do. in öst. W. l. S.	108½ G.
Disconto	3½ pCt. G.

Anlehens-Loose.

Oesterr. fl. 250 v. 1839	148⅝ P.
" fl. 250 v. 1854 mit 4pCt.	79⅝ P.
" fl. 500 v. 1860 6/7	88⅛ – ½ G.
" fl. 100 Kreditb. L. v. 1858.	136¼ P.
" do. v. 1864.	95⅜ P.
Schwed. 10 Thlr. Loose	—
Badische fl. 50	—
Badische fl. 35	53 P.
Kurhess. Thlr. 40 b. R.	56⅛ P.
Gr. Hessen fl. 50 b. R.	140¼ P.
" fl. 25 do.	36⅛ P.
Nassau fl. 25 bei Rothsch.	35½ G.
Sardinische Fr. 36 b. B.	—
Neuchateler 10 Frs.-Loose	—
Freiburger 15 Frs.-Loose	—
Mailänder 45 Frs. L. b. R.	32½ P.
St. Lüttich mit 2½ pCt. Z.	84¼ P.
Ansb.-Gunzenh. fl. 7-L.	10 P.

Frankfurt, 30. Mai. In Amerikanern fanden heute ziemlich bedeutende Umsätze statt. Die Kurse waren Anfangs in Folge zahlreich effektuirter Rückläufe für Privatrechnung fest, gingen jedoch auf die während der Börsenzeit eintreffenden New-Yorker Notirungen, die Gold 30¼, Bonds 103 meldeten, etwas zurück. Oesterr. Papiere waren durchgehends matter, besonders 1864er Loose. (Synd.)

An die
k. Hof- und Staatsbibliothek
1 N. Würzb. Ztg. München.

Neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht!

№ 151. | Vorausbezahlung: Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 1 fl. 30 kr. Bei Inseraten wird die dreispaltige Zeile in gewöhnlicher kleiner | 62. Jahrgang. | Schrift oder deren Raum im Hauptblatte mit 6 kr., im Anzeiger mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franco. | Donnerstag, 1. Juni 1865.

Der Vortrag des Abg. Dr. v. Hofmann über den Kolb'schen Antrag in der schleswig-holsteinischen Angelegenheit.

(Fortsetzung.)

Es gibt also zur Zeit in den Herzogthümern keine andere Ordnung der Dinge, als welche die Gewalt des Kriegs geschaffen hat. Dem Volke des deutschen Bundeslandes Holstein und des damit untrennbar verbundenen Schleswig ist das Recht vorenthalten, seine Angelegenheiten selbst zu ordnen und ist sein Fürst, der rechtmäßige und vom Lande auf alle Weise anerkannte Fürst vorenthalten, unter welchem es die ihm zustehende Selbstständigkeit und Unabhängigkeit genießen sollte. Als erobertes Land stehen die Herzogthümer Denen zur Verfügung, welche den Krieg, der sie in ihre Hände gab, nicht als Bundesglieder, sondern als europäische Mächte begonnen, geführt und geendigt haben. So kann und darf es nicht bleiben. Hat auch der Bund den Wiener Frieden ebenso, wie alle die Demüthigungen und Kränkungen, die der Krieg ihm gebracht hatte, über sich ergehen lassen und ergehen lassen müssen: Eines kann er nicht — er kann nicht zugeben, daß die Herzogthümer erobertes Land sind, über welches die Eroberer zu verfügen haben. Er hat am 28. Nov. 1863 dem Gesandten Christians IX. um deßwillen Sitz und Stimme in der Bundesversammlung verweigert, weil dieser Fürst kein erwiesenes, für den Bund giltiges Recht auf Nachfolge in den Herzogthümern besaß. Er hat am 2. Juni 1864 die auf der Londoner Konferenz von seinem Gesandten abgegebene Erklärung, daß der Erbprinz Friedrich von Augustenburg der bestberechtigte Thronerbe in Schleswig-Holstein sei, ausdrücklich gutgeheißen und bestätigt. Er kann jetzt, ohne sich tödtlich zu beschädigen, nicht zugeben, daß eine Abtretung eben jenes Christian IX. den Regierungen Oesterreichs und Preußens das Recht gibt, die Herzogthümer als erobertes Land sei es für sich zu behalten oder zu vergeben, an wen sie wollen. In den Augen des Bundes dürfen die Herzogthümer nur ein befreites Land sein, und kein erobertes, und darf die dermalige Unterstellung Schleswig-Holsteins unter jene beiden Regierungen nur das Mittel sein, um es demjenigen Thronerben zu übergeben, welchen er für den bestberechtigten erklärt hat. Man sollte denken, Angesichts dieser Sachlage müßte keine sonstige Meinungsverschiedenheit, keine Rücksicht auf anderweitigen Vortheil oder Nachtheil, geschweige irgend welche Eifersüchtelei oder zufällige Laune, die neben Oesterreich und Preußen im Bunde befindlichen Regierungen abhalten können, sei es auch nur um ihrer eigenen Ehre und Zukunft willen, gegen die Vergewaltigung der Herzogthümer einmüthig zusammen zu stehen. Dieß ist aber weder bisher geschehen, noch ist irgend welche Aussicht, daß es geschehen werde. Auch wenn der Großherzog von Oldenburg sich nicht für verpflichtet erachtet hätte, dem Anspruche des Herzogs Friedrich einen eigenen entgegenzusetzen, wäre an eine Einhelligkeit der Bundesregierungen Oesterreich und Preußen gegenüber nicht entfernt zu denken. Unter diesen Umständen könnte man nun freilich die Frage aufwerfen, ob ein Antrag, wie der vorliegende, zu etwas diene. Wenn diese Frage dennoch getrost bejaht werden kann, so verdanken wir dieß dem schleswig-holstein'schen Volke. Denn hätten die Schleswig-Holsteiner den Drohungen und Lockungen, durch welche man ihnen die Einverleibung in Preußen als den einzigen Weg ihres Heils aufnöthigen wollte, hinreichend Gehör und Raum gegeben, um Recht, Ehre und Treue darüber zu vergessen, so würde kein Widerstand der im Verlaufe dieser Sache so haltlos befundenen österr. Regierung und keine Einsprache einer großen oder kleinen, immer aber ohnmächtigen Mehrheit von Bundesgliedern verhindert haben, daß die preußische Regierung den hohen Preis gewann, für dessen Behauptung ihr dann die volle Kraft ihres ganzen Volks zu Gebote gestanden hätte. An der Gewissenhaftigkeit und daraus entspringenden zähen Ausdauer des schleswig-holstein'schen Volks, welches den Eid freiwilliger Huldigung, den es seinem Herzoge geschworen hatte, sich weder wegspotten, noch wegvernünfteln, noch abhandeln ließ, ist der Plan gescheitert, dessen Gelingen Preußen einen gewaltigen Machtzuwachs gebracht hätte, ohne daß derselbe durch eine gleich große Steigerung des Unwillens aufgewogen worden wäre, dessen Gegenstand die preußische Regierung wegen jenes Plans und wegen ihrer Mittel zur Verwirklichung desselben im übrigen Deutschland ist. Denn dieser Unwille würde sich dann weit mehr nach einer andern Seite gekehrt, der Unmuth über die Schwäche des deutschen Bundes, ohne welche ein solcher Ausgang einer solchen Sache nicht möglich gewesen wäre, würde sich in eine noch bedenklichere und verhängnißvollere Stimmung umgesetzt haben. Ist es aber die Sinnesart und das Verhalten des schleswig-holsteinischen Volkes, wodurch ein anderer, der Ehre Deutschlands günstigerer Ausgang offen blieb, so ist damit auch angezeigt, auf welche Weise eine deutsche Regierung auch jetzt noch, nach allen den Fehlern, welche in dieser Sache begangen worden sind, mit Hoffnung auf Erfolg dahin wirken kann, daß ein staatlicher Rechtszustand in den Herzogthümern wieder hergestellt und ihnen der volle Genuß ihrer Unabhängigkeit und Selbständigkeit wiedergegeben werde. Gesetzt, es wäre wirklich nicht zu wissen — obwohl man es nur da nicht weiß, wo man es nicht wissen will —, wer Schleswig-Holsteins Fürst zu sein berechtigt ist, so wäre ja darum doch Schleswig-Holsteins Volk kein herrenloses Gut. Es ist sein eigen und hat über sich selbst und seine Zukunft zu sagen und zu entscheiden. Und es hat sich entschieden. Nicht nach Laune oder Zufall, nicht in augenblicklicher Aufwallung, noch unter fremdem Einflusse, nach bestem Wissen und Gewissen hat dieses ruhige und besonnene Volk, in Uebereinstimmung mit der Rechtskenntniß fast aller Derer, welche in solchen Dingen und sonderlich in dieser Sache von Berufs wegen eine Stimme haben, sich entschieden und auf alle erdenkliche Weise und immer aufs Neue sich ausgesprochen, in welcher Verfassung und unter welchem Fürsten und Fürstenhause es sein unabhängiges und selbständiges Dasein haben will: in der Verfassung nämlich, die es sich 1848 selbst gegeben und die der deutsche Bund anerkannt und mit den Waffen vertheidigt hat, und unter dem Fürsten und Fürstenhause, dessen wohlbegründetes Recht mit seinem eigenen in Eins zusammentrifft und ihm eben so theuer ist, wie sein eigenes. Nur Eines fehlt noch, daß ihm auch ermöglicht und zugelassen werde, den gleichen Ausspruch durch den Mund seiner gesetzlichen Landesvertretung zu thun, damit seiner innerlich vollberechtigten Selbstbestimmung auch das Siegel der äußern Rechtmäßigkeit nicht entgehe. Darauf nun, daß sie versammelt, daß von den zur Zeit im Besitze des Landes befindlichen Regierungen ihr Zusammentritt nicht gehindert, sondern eingeleitet, nicht verzögert, sondern beschleunigt werde, muß jede Bestrebung deutscher Regierungen sich richten, welchen es in dieser hochwichtigen Sache um denjenigen Erfolg und Ausgang zu thun ist, den unsere Regierung vom Anfang an im Auge gehabt, wenn auch schwerlich immer auf zweckmäßige Weise erstrebt hat, und es rechtfertigt sich also vollkommen, wenn die Bitte an die k. Staatsregierung beantragt wird, dahin zu wirken, daß die verfassungsmäßige Vertretung des schleswig-holsteinischen Volkes zur Ausübung ihrer vollen gesetzlichen Wirksamkeit einberufen werde. Hier ist Aussicht auf Erfolg. Nachdem die preußische Regierung keinen andern Weg mehr vor sich hat, um zu einem für sie selbst irgend gedeihlichen Ziele zu gelangen, und die österreichische gegen die Betretung desselben nichts einzuwenden findet, scheint es die standhafte Ausdauer der Schleswig-Holsteiner wirklich erreicht zu haben, daß sich ihr Geschick inmitten ihrer Landesvertretung entscheiden soll. Es gilt nur noch, zu erwirken, daß diese Entscheidung, daß die Versammlung der verfassungsmäßigen Volksvertretung nicht länger mehr hinausgezögert werde. Welches diese verfassungsmäßige Volksvertretung sei, kann für Den keinem Zweifel unterliegen, in dessen Augen die 1848 vom deutschen Bunde anerkannte

Verfassung des Landes, die einzige beide Herzogthümer als ein einheitliches Ganzes umschließende, zu Recht besteht. Auf eine Einrichtung, welche aus der traurigen Zeit nach 1850 stammt, auf die nur den einzelnen Herzogthümern angehörigen, zum Theil auch thatsächlich aufgelösten Provinzialstände von 1854 zurückzugreifen, wie die österreichische Regierung um der Rechtskontinuität willen einen Augenblick irrthümlich für nöthig erachtet hat, besteht nicht der mindeste Grund. (Schluß folgt.)

München, 29. Mai. In der Sitzung des 1. Ausschusses der Kammer der Abgeordneten vom 27. Mai erstattete Abg. v. Neumayr Vortrag über die an den Ausschuß zurückverwiesenen Anträge der Abg. Dr. Arnheim und Dr. Völk, die Gesetzgebung in militärischen Strafsachen betr. Er beantragte, der Kammer vorzuschlagen: „in Anbetracht der in der Sitzung vom 13. Mai von dem k. Kriegsminister abgegebenen Erklärung und unter Acceptation dieser Erklärung, soweit sie eine gesetzliche Regelung der Militärstrafrechtspflege zusichert, vor der Hand über die diesen Gegenstand betreffenden Anträge der Abgg. Dr. Völk und Dr. Arnheim zur Tagesordnung überzugehen.“ Hiegegen beantragte nach eingehender Motivirung Abg. Dr. Völk, der Kammer vorzuschlagen, sie wolle beschließen: „1) Es sei den Anträgen der Abgg. Dr. Völk und Dr. Arnheim auf gesetzliche Regelung der Militärstrafrechtspflege im Hinblick auf die bestimmte Zusage der k. Staatsregierung, eine diese Regelung bezielende Gesetzesvorlage an den Landtag gelangen zu lassen, eine weitere Folge nicht zu geben; 2) Es sei an Se. Maj. den König die Bitte zu bringen, den Kammern des Landtages den Entwurf eines Gesetzes vorlegen zu lassen, durch welches die Uebertragung der Untersuchung und Aburtheilung der von Militärpersonen verübten nicht militärischen Verbrechen, Vergehen und Uebertretungen an die allgemeinen bürgerlichen Strafgerichte herbeigeführt wird.“ Die Ziffer 1 dieses Antrages wurde einstimmig, die Ziffer 2 desselben mit fünf gegen vier Stimmen (v. Neumayr, Hohenadel, Stenglein, Edel) angenommen. Ueber den Verlauf der Debatte, an welcher die HH. Dr. Barth, Dr. Völk, v. Neumayr, Stenglein, Umbscheiden, dann die Minister des Kriegs und der Justiz sich betheiligt hatten, gibt das Sitzungsprotokoll keinen näheren Aufschluß; aus dem, ebenfalls bereits gedruckt vorliegenden, Vortrage, welchen auf Grund dieser Debatte der Berichterstatter Abg. v. Neumayr Namens des 1. Ausschusses erstattet hat, sind jedoch die Gründe ersichtlich, die zur Annahme des Völk'schen Antrags geführt haben. Wir entnehmen diesem Vortrage, was folgt: „Die Völk-Arnheim'schen Anträge verfolgen zwei gesonderte, nach Bedeutung und Tragweite wesentlich verschiedene Richtungen. Nach ihrer ersten Richtung bezielen sie die Beseitigung eines illegalen und verfassungswidrigen Zustandes, welchen die Antragsteller und mit ihnen der I. Ausschuß darin erblicken zu müssen glauben, daß die Strafbestimmungen über militärische Delikte, dann die Bestimmungen über Organisation und Verfahren der Militärgerichte nicht durch Gesetz — wie Dieß nach dem Geiste und Wortlaute der Verfassungsurkunde geboten wäre —, sondern lediglich durch Verordnung normirt sind. Nach ihrer zweiten Richtung haben sie den Zweck, eine Abänderung derjenigen gesetzlichen Bestimmungen, welche dermalen bezüglich der Zuständigkeit der Militärgerichte bestehen, in der Art herbeizuführen, daß diese Zuständigkeit, deren Umfang sich gegenwärtig auf alle Verbrechen, Vergehen und Uebertretungen der Militärpersonen erstreckt, künftig nur auf die militärischen Delikte dieser Personen beschränkt, dagegen die Untersuchung und Aburtheilung über alle von Militärpersonen verübten sogenannten gemeinen Verbrechen, Vergehen und Uebertretungen den gewöhnlichen bürgerlichen Strafgerichten zugewiesen werden soll. . . In der Sitzung vom 13. Mai hat der kgl. Kriegsminister die bestimmte und förmliche Zusicherung gegeben, daß dem Landtage Vorlagen gemacht werden sollen, um die bei den Militärgerichten zur Anwendung kommenden Vorschriften über Strafrecht und Strafverfahren für die Folge durch Gesetz festzustellen. Mehr als eine solche bestimmte und bindende Zusicherung zu erlangen, konnte im gegenwärtigen Augenblicke weder in der Intention der Antragsteller und des Ausschusses, noch kann es in der Intention der hohen Kammer liegen. Denn daß nicht die betreffenden Vorlagen selbst schon jetzt gleich erfolgen können, liegt in der Natur der Sache, da diese Vorlagen selbstverständlich sehr umfassend sein müssen und eine gründliche Bearbeitung erfordern. Es ist also Alles, was in dieser Richtung zur Zeit erreicht werden konnte und wollte, durch die von Seite der Staatsregierung erklärte Zusicherung wirklich erreicht. . . . Daraus ergibt sich, daß die Anträge der Abgg. Dr. Völk und Dr. Arnheim in der ersten Richtung — also bezüglich des wichtigeren Theiles der angeregten Frage — als durch die Erklärung des k. Kriegsministers vor der Hand erledigt betrachtet werden können. Anders steht die Sache hinsichtlich desjenigen Verhältnisses, auf welches sich die Völk-Arnheim'schen Anträge in ihrer oben bezeichneten zweiten Richtung beziehen. In dieser Hinsicht ist nämlich diesen Anträgen durch die Erklärung des k. Kriegsministers, „daß an dem in Tit. IX §. 7 der Verfassungs-Urkunde ausgesprochenen Grundsatz, wonach Militärpersonen in Dienstsachen, dann wegen Verbrechen oder Vergehen unter der Militärgerichtsbarkeit stehen, auch fernerhin festgehalten werde,“ — eine entschiedene Ablehnung entgegen gestellt worden. Es mußte sich daher die Frage ergeben, ob nicht bezüglich dieses Punktes auch bei der gegenwärtigen Sachlage noch Veranlassung für die Kammer gegeben sei, auf eine sofortige Berathung und Beschlußfassung über die gestellten Anträge und das frühere Ausschußreferat einzugehen. Der Ausschuß glaubt sich für Bejahung dieser Frage aussprechen zu sollen. In dem Umstande, daß die k. Staatsregierung sich von vorneherein und im Allgemeinen gegen diese Richtung der Anträge erklärt hat, kann natürlich an und für sich kein zwingender Grund für die Kammern liegen, dieselben sofort fallen zu lassen. Vielmehr wird es Aufgabe der Volksvertretung sein, wenn sie die mehrerwähnten Anträge auch in dieser Beziehung für gegründet erachtet, Dieß durch eine eingehende Diskussion und einen darauf gebauten Beschluß darzulegen, um auf solche Weise den Standpunkt, welchen sie in der Sache einnimmt, kundzugeben. Daß Dieß jetzt geschehen und nicht bis zur seinerzeitigen Berathung

---

Feuilleton.

Die neue Nürnberg-Würzburger Bahnlinie.

So Gott will — und die Emskirchner Brücke! — wird die Nürnberg-Würzburger Bahnlinie im nächsten Monat versuchsweise befahren und am 1. Juli definitiv dem Verkehr übergeben werden. Es ist vielleicht nicht unpassend, schon jetzt einiges über diese zweite direkte Verbindung zwischen der Ludwigssüdnordbahn und der Ludwigswestbahn mitzutheilen; die erste Verbindung bildet bekanntlich die im vorigen Jahre eröffnete Linie Gunzenhausen-Ansbach-Würzburg. Die Nürnberg-Würzburger Linie benützt von Nürnberg ab den bereits vorhandenen Bahnkörper bis Station Fürther-Kreuzung, und jenen von Rottendorf ab bis Würzburg, so daß also nur die Zwischenstrecke von der Fürther-Kreuzung bis Rottendorf neu zu erbauen war; diese Strecke ist 23,9 Stunden lang, während die ganze Linie Nürnberg-Würzburg 27,5 Stunden mißt. Dieses neue Bahnglied kürzt die Linie Wien-Passau-Nürnberg-Frankfurt-Köln um mehrere Stunden ab und berührt folgende Orte: Fürth, Burgfarrnbach, Langenzenn, Hagenbüchach, Emskirchen, Neustadt, Langenfeld, Marktbibart, Markt-Einersheim, Iphofen, Mainbernheim, Kitzingen, Dettelbach, Rottendorf und Würzburg. Auf dieser Bahnlinie mußten u. a. auch mehrere bedeutende Dämme und Einschnitte, 45 Bahn- und Wegbrücken, 240 Bahn- und Wegdurchlässe rc. ausgeführt werden. Die längsten Dämme und Einschnitte sind folgende:

Dämme:	Länge: bayer.	größte Höhe: Fuß.	Einschnitte:	Länge: bayer.	größte Tiefe: Fuß.
bei Kitzingen	3200	62	bei Rottendorf	5000	62
„ Rottendorf	3000	44	„ Neustadt	2840	62
„ Emskirchen (zwei Dämme)	2050	129	„ Emskirchen	2200	52
	1650	98			

Von besonderer Bedeutung sind die neun Bahnbrücken, die sich hinsichtlich ihrer Länge in nachstehender Weise an einander reihen:

Namen der Brücken.	Gesammtlänge: bayer.	Höhe: Fuß	Zahl der Oeffnungen:	Lichtweite jeder derselben bayer. Fuß
1) Mainbrücke bei Kitzingen	870	60	5	120
2) Rednitzbrücke bei Fürth	532	35	7	70
3) Aurachbrücke bei Emskirchen	422	146	3	120
4) Aischbrücke bei Neustadt	310	27	4	60
5) Seewiesbachbrücke bei Kitzingen	234	40	7	27
6) Morsenbachbrücke bei M. Einersheim	220	88	1	120
7) Zennflußbrücke bei Langenzenn	220	40	8	50
8) Farnbachbrücke bei Burgfarrnbach	214	45	5	30
9) Eheflußbrücke bei Marktbibart	175	20	3	40

Bei der ersten, dritten und sechsten Brücke ist das Pauli'sche System in Anwendung gebracht, die zweite, fünfte, siebente und achte Brücke ist gewölbt; die Oeffnungen der Brücke über die Aisch sind mit eisernen Fachwerksträgern (mit geraden Gurten überspannt, während jene der Eheflußbrücke mit einfachen Blechträgern überdeckt sind.

über die von der Staatsregierung zugesicherten Gesetzesvorlagen verschoben werde, wurde deßhalb für zweckmäßig erachtet, weil Hoffnung gegeben sein dürfte, es werde die Staatsregierung, wenn die Gründe, welche für die angestrebte Beschränkung des Umfangs der militärgerichtlichen Kompetenz sprechen, in ausführlicher Berathung entwickelt und durch Beschluß der Kammer als durchschlagend anerkannt werden, hieraus Veranlassung nehmen, diese Gründe einer nochmaligen Würdigung zu unterstellen und ihnen bei Ausarbeitung der zugesicherten Gesetzesentwürfe eine größere Berücksichtigung zuzuwenden, als Dieß inhaltlich der von dem k. Kriegsminister am 13. ds. abgegebenen Erklärung bis jetzt der Fall war. Je weiter gehend aber diese Berücksichtigung sein wird, um so näher ist die Aussicht gerückt, daß eine befriedigende Vereinbarung über die in Aussicht gestellte Gesetzesvorlage gelingen werde."

Ueber die Villeggiatur des Königs wird der „Allg. Ztg." geschrieben: Auf Schloß Berg am Starnberger See verweilt bereits seit dem 17. Mai zu längerem — wie man sagt zweimonatlichem — Aufenthalt Se. Maj. der König mit seiner prunklosen einfachen Hofhaltung. Die Aerzte haben dem jugendlichen Fürsten, der den Winter über viel von Bronchialkatarrhen heimgesucht war, zur Stärkung der Athmungsorgane eine möglichst lange ruhige Villeggiatur und Enthaltung von vielem Reden dringend empfohlen. In Folge dessen lebt Se. Maj. hier in großer Zurückgezogenheit, nur den Regierungsgeschäften und der Ausbildung in den entsprechenden theoretischen Studien sich widmend. Täglich um 8 oder 9 Uhr Morgens pflegt der hohe Herr in dem idyllisch gelegenen Kirchlein zu Oberberg mitten unter den übrigen Kirchenbesuchern, die regelmäßig aus den Bewohnern des Dörfchens bestehen, die Messe zu hören. Nach Erledigung der Geschäfte wird ein Ausflug in die nähere oder entferntere Umgegend unternommen, und bei günstigem Wetter zumeist auf der „Roseninsel" dinirt, wohin der König auf seinem zierlichen, nunmehr „Tristan" getauften, kleinen Dampfboot — nicht zu verwechseln mit dem einer Privatgesellschaft angehörigen Dampfer „Maximilian" — sich zu begeben gewohnt ist. Die auf diesem schönen Landsitz herrschende Ruhe, in Verbindung mit der erfrischenden und erquickenden See- und Waldluft hat, wie ich mich überzeugte, auf das Wohlbefinden und das Aussehen des Monarchen bereits jenen erprobten wohlthätigen Einfluß geübt, der den Gestaden des Würmsee's aus Nah und Fern mit Recht einen stets wachsenden Zuspruch sichert.

Wien, 30. Mai. In der heutigen Sitzung des Unterhauses legte der Handelsminister einen Gesetzentwurf vor über den Bau einer Eisenbahn von Kaschau nach Oderberg. Hr. v. Kalchberg beantwortete die Interpellation: ob eine Gesetzesvorlage für eine Eisenbahn Wien-Budweis-Prag noch in dieser Session erfolgen werde, bejahend. Der Gesetzentwurf, betreffend die Neumarkt-Braunauer-Eisenbahn, ward nach dem Ausschuß-Antrag angenommen. Hierauf wurde das Punctirungsgesetz mit Zugrundelegung imperativer Kontrole angenommen.

Pesth, 31. Mai. Die offiziellen Blätter melden, daß die Ankunft des Kaisers am 6. Juni Vormittags erfolgen wird. Offizielle Empfangsfeierlichkeiten sollen auf Befehl des Kaisers unterbleiben. Der Aufenthalt des Kaisers wird wahrscheinlich bis zum 9. Juni dauern.

Berlin. Der von den 20 Herrenhausmitgliedern eingebrachte Antrag in Betreff der Beschränkung der parlamentarischen Redefreiheit lautet in seinen Haupttheilen: „In Erwägung . . . 2) daß aus dem Art. 84 der Verfassung irrthümlich gefolgert wird, nicht allein in den parlamentarischen Verhandlungen ausgesprochenen Meinungen, sondern auch die dabei vorgefallenen Personal-Injurien, Verleumdungen und andere verbrecherische Aeußerungen müßten straflos bleiben; 3) In Erwägung des hieraus entstehenden öffentlichen Aergernisses, der Schädigung hoher und höchster Obrigkeiten zum Nachtheil der allgemeinen Wohlfahrt des Landes und des mangelnden Schutzes gegen Rechtskränkung für den Einzelnen; 4) in Betracht der berechtigten Besorgniß, daß durch ein mehrfaches Vorkommen solcher straflos bleibender Ausschreitungen das Ansehen der Landesvertretung in der öffentlichen Meinung herabgesetzt wird und damit die konstitutionelle Verfassung schließlich für Preußen unmöglich gemacht werden könnte; 5) endlich in Erwägung, daß es geboten ist, der im Lande herrschenden Mißbilligung der wiederholten parlamentarischen Ausschreitungen einen Ausdruck zu geben, und daß es für das Herrenhaus ein wohlberechtigtes Verlangen im eigenen und im Landes-Interesse ist, die Verfassung durch Aufrechthaltung der Achtung vor der königl. Autorität zu sichern, die königl. Staatsregierung zu ersuchen: im Wege der Gesetzgebung Vorsorge zu treffen, damit durch eine Deklaration des Artikels 84 der Verfassungs-Urkunde künftig auch für Vorgänge innerhalb des Landtages die Geltung von Recht und Gesetz aufrecht erhalten werde."

Berlin, 30. Mai. Die Unterzeichnung des Handelsvertrages mit England wird heute Nachmittag erwartet und zwar, wie versichert wird, mit Weglassung des bisherigen sechsten, die Schifffahrt betreffenden Artikels, welchen Hannover beanstandet hatte.

Wiesbaden, 31. Mai. Die von hier telegraphirte Nachricht über den Ausgang des Werren'schen Prozesses ist falsch. Die Angeklagten sind nicht freigesprochen, sondern die Untersuchung ist wegen Mangel an hinlänglichem Beweise böswilliger Absicht eingestellt.

Kopenhagen, 30. Mai. In Kopenhagen wurden sämmtliche Mitglieder des früheren Reichsraths-Folkethings wiedergewählt. In zwei Kreisen war die Opposition sehr stürmisch.

London, 30. Mai. Im Unterhaus erwidert Lord Palmerston auf eine Anfrage des Hrn. George Lefevre: Die eingelaufene amerikanische Depesche beanspruche Schadenersatz wie die vorhergehende; sie sei nach Lincoln's Tode, möglicher Weise nach Lincoln'schen Instruktionen abgefaßt. Der Unterstaatssekretär Layard erklärt, neue Forderungen seien nicht gestellt worden.

Paris, 29. Mai. Marschall Magnan, Senator und Oberbefehlshaber der Armee von Paris, ist gestorben. Mit ihm geht wieder einer der Tafelrunde zu Grabe, welche Frankreich mit dem zweiten Kaiserthume beschenkten. Magnan war ein echtes Pariser Kind, geboren den 7. Dez. 1791, hatte schon die Feldzüge auf

Aus Andrew Johnson's Leben.

Vor sieben Jahren erzählte man sich in Tennessee Anekdoten von Johnson's kaltblütigem Muthe. Ein Augenzeuge erzählt, daß er eines Morgens einen Anschlag in der Stadt sah, in dem wohlbekannten Style von Alt-Tennessee, daß Andy Johnson „bei Ansichtigwerden" erschossen werden müsse.

Freunde des Gouverneurs versammelten sich in seinem Hause, um ihn nach dem State-House zu begleiten. „Nein", sagte er, „meine Herren, wenn auf mich geschossen werden soll, so wünsche ich, daß Niemand der Kugel im Wege ist." Er ging allein und ungewöhnlich sich Zeit nehmend, nach seinem Amtszimmer auf dem Capitol-Hill.

Ein anderes Mal war er als Redner über eine der aufregenden Tagesfragen angekündigt, und laute Drohungen wurden hörbar, daß, wenn er wage, zu erscheinen, er den Saal nicht lebendig verlassen solle. Zur angesetzten Zeit bestieg er die Plattform und zum Tische vortretend, legte er seine Pistole auf diesen und redete dann die Versammlung ungefähr folgendermaßen an:

„Mitbürger! Es schickt sich, daß, wenn freie Männer sich zur Berathung wichtiger öffentlicher Interessen versammeln, Alles mit Anstand und Ordnung hergeht. Man hat mich unterrichtet, daß ein Theil der hier abzumachenden Geschäfte in der Ermordung des Individuums bestehe, das die Ehre hat, zu Euch zu sprechen. Ich beantrage ergebenst, daß dies zum ersten Geschäft der Tagesordnung gemacht werde; wenn daher Jemand heute Abend zu diesem Zwecke hieher gekommen ist, so sage ich zu ihm nicht: laßt ihn sprechen, sondern laßt ihn schießen."

Hier hielt er inne, die Rechte an der Pistole, mit der Anderen seinen Rock aufhaltend, während sein Auge wild über die Versammlung lief. Nach einer Pause von einer halben Minute fuhr er fort:

„Meine Herren, es scheint, man hat mich falsch berichtet. Ich will jetzt zu dem Gegenstande übergehen, der uns hier zusammengeführt hat." Und dies that er mit aller seiner gewohnten Kühnheit und Lebhaftigkeit, seine Gegner nicht schonend, sondern es ihnen auf gut Tennesseeisch gebend.

Obgleich früher Schneider, ist er kein eingebildeter Emporkömmling (Snob.) Bald nach seiner Inauguration als Governor von Tennessee beschenkte ihn ein hoher Beamter des Staats, der als Schmied aufgewachsen war, mit einem Gehölz eleganter Feuerutensilien, die er selbst gemacht hatte. „Ich werde mich in gleicher Weise bei ihm abfinden," bemerkte der Governor. Er kaufte vom feinsten schwarzen Tuche, das in Nashville zu haben war, verschaffte sich Schneiderwerkzeug, erhielt vom Schneider des Richters dessen Maaß und machte ihm einen vollständigen Anzug zum Geschenke, an dem er jeden Stich selber gethan. Die ganze Arbeit, erzählt man, wurde im Governor-Zimmer des State-Houses gemacht. Und der glückliche Empfänger erklärte, daß ihm der Anzug trefflich säße, und hatte ihn im Jahre 1850 noch.

(Hermann.)

der pyrenäischen Halbinsel von 1809 bis 1813 mitgemacht. 1815 trat er in die königliche Garde ein. Bei der Expedition nach Spanien im Jahre 1823 zeichnete er sich aus. 1830 befand er sich an der Spitze eines Regiments in Afrika. Ein Jahr später wurde er, weil er sich bei einem Lyoner Arbeiteraufstande nicht zur Zufriedenheit der Regierung benommen, in Disponibilität versetzt und trat in belgische Dienste. In den französischen Dienst zurückgekehrt, diente er sieben Jahre als Kommandant der Subdivision des Nord-Departements. Unter der Republik ward er Befehlshaber der dritten Division der Alpenarmee und trat in Unterhandlungen mit Karl Albert wegen Eintritts in das piemontesische Heer. Die Verhandlungen schleppten sich bis 1849 hin und zerschlugen sich dann. Indeß zeichnete er sich am 13. Juni bei dem Lyoner Aufstande aus; er ließ die Arbeiter der Croix-Rousse sich erst vollständig organisiren, um sie dann zwischen zwei Feuer zu nehmen und gründlich zusammenzuschießen. Für diese Haltung wurde er Großoffizier der Ehrenlegion. Am 2. und 4. Dezember war er Saint-Arnaud's rechte Hand, wurde am 22. Januar 1852 Senator, und 1854 Saint-Arnaud's Nachfolger als Grand-Veneur. Während des italienischen Krieges ward er, 23. April 1859, zum Befehlshaber der Armee von Paris ernannt. Schon aus diesen Andeutungen erhellt die Gewandtheit seines Ehrgeizes und die Leichtigkeit der Gesinnung; er focht so tapfer für den Oheim, wie später für den Neffen, er zeichnete sich in dem spanischen Reaktionskriege so gut, wie in den Straßenkämpfen in Lyon und Paris aus; er wußte um Boulogne, obgleich er damals noch seinen späteren Kaiser verleugnete, er diente Belgien gegen Holland, und er würde Sardinien gegen Oesterreich gedient haben, wenn Karl Albert schneller zugegriffen hätte. Magnan war ein tapferer Glückssoldat und hat es als solcher so weit gebracht, wie er es nur bringen konnte.

Die „Florentiner Blätter" veröffentlichen folgende wichtige Depesche aus **Rom**: „Die offiziöse Sendung des Grafen Revel hat einen vollständigen Erfolg gehabt. Die politischen Verhandlungen werden fortgesetzt. Der Entwurf eines Konkordats zwischen dem Papst und dem König enthält 25 Artikel, außer den geheimen Artikeln. Alle kathol. Mächte werden eingeladen werden, dem Akte beizutreten; Spanien ist demselben bereits großentheils beigetreten; gegenwärtig verhandelt man mit Portugal, Oesterreich und den deutschen Staaten. (!) Es ist in Rom gestattet worden, in den Schaufenstern der Buchhandlungen das Bildniß Viktor Emanuel's auszustellen."

Aus **Washington**, 16. Mai, schreibt man der „A. Z": „Wir wissen wirklich nicht wohin mit unserm Geld. Am vorigen Sonnabend wurden von dem neuen Anlehen nicht weniger als 30,451,000 Dollars verkauft! Diese Begierde, der Regierung Geld zu geben, hat den Finanzminister veranlaßt, auch den Rest des autorisirten Anlehens von 600 Mill. Doll., der sich auf 230 Mill. beläuft, auszugeben. Nur behält sich die Regierung in Bezug auf diesen Rest die Wahl vor, ob sie 6 Proz. in Gold oder $7^{30}/_{100}$ Prozent in Papier Zinsen zahlen will. Dieser Vorbehalt ist für den Fall gemacht, daß man zu Spezie-Zahlungen zurückkehrt."

Am 11. Mai empfing Johnson eine Deputation farbiger Männer, zum großen Theil aus Predigern und Lehrern der Neger-Bevölkerung bestehend, welcher er für ihre Sympathie-Bezeugungen dankte und sodann seine Ansicht über die Lösung der Sklavenfrage entwickelte. Jedermann, sagte er, könne wissen, wie er über die Sklaverei denke. Er habe seine Ansichten oft genug kundgegeben und sei dafür verfolgt und verhöhnt worden. Er sei zwar in einem Sklavenstaat (Tennessee) geboren und erzogen worden und Sklavenbesitzer gewesen, aber er habe nie einen Sklaven verkauft, und alle freigegeben. Für jene, welche keine Sklaven besessen, sei es leicht gewesen, Abolitionisten-Gesinnungen zu bekennen. Er aber beanspruche für sich das Verdienst, einer der Ersten gewesen zu sein, welche erklärten, daß die Neger eben solches Recht auf Freiheit haben, wie ihre Herren. Es sei dies die nothwendige Konsequenz seines Grundsatzes gewesen, daß ein Mensch nicht Eigenthum eines andern Menschen sein könne. Der Uebergang von der Sklaverei zur Freiheit biete jedoch einige Hindernisse. Es sei Gefahr vorhanden, daß die befreiten Neger der Faulheit fröhnen und dem Staate zur Last fallen könnten. Daher sei es die wichtigste Aufgabe der Mitglieder der Deputation, ihren Mitbrüdern einzuschärfen, daß Freiheit nichts anderes bedeute, als die Freiheit, zu arbeiten und sich der Früchte des eigenen Fleißes zu erfreuen. Sie (die Neger) müßten auch das Konkubinat und die anderen Mißbräuche abschaffen. Er selbst werde sich nach Kräften bestreben, ihre Lage zu verbessern, und wenn es sich herausstellen sollte, daß die schwarze Bevölkerung im Verkehr mit der weißen nicht prosperiren könne, dann hoffe er zu Gott, daß ein Tag kommen würde, in welchem alle Schwarzen vereinigt in ein ihrer Lage am besten entsprechendes Land übersiedeln werden können. Mittlerweile hoffe er, daß die Bemühungen zur Verbesserung ihrer sozialen und moralischen Stellung sich erfolgreich erweisen werden, und verspreche hiezu seine energische Mitwirkung.

Hiezu die Beilage: „Würzburger Anzeiger".

Verantwortlicher Redakteur: A. Hartmann.
Druck und Verlag der Stahel'schen Buch- und Kunsthandlung in Würzburg

Cours der Staatspapiere.

Oesterr.	5 pCt. Met. (Cp. I. S. b. R.)	—
"	5 pCt. Lomb. ditto. à 24	—
"	5 pCt. Engl. Met. v. 1852	—
"	5 pCt. Engl. Met. v. 1859	$78\frac{5}{8}$ P.
"	5 pCt. Venet. Coupon b. R.	$86\frac{1}{2}$ G.
"	5 pCt. Nationalanl. v. 1854	$68\frac{1}{2}$ G.
"	5 pCt. Metall. Obligation.	$64\frac{1}{4}$ P.
"	$4\frac{1}{2}$ pCt.	$57\frac{1}{8}$ P.
Preussen	$3\frac{1}{2}$ pCt. Staatsschuldsch.	—
Bayern	$4\frac{1}{2}$ pCt. Obl. 1jähr. dto.	$101\frac{1}{2}$ P.
"	$4\frac{1}{2}$ pCt. Obl. $\frac{1}{2}$jähr. dto.	$101\frac{7}{8}$ G.
"	4 pCt. Obl. 1jähr. dto.	$99\frac{1}{4}$ G.
"	4 pCt. Obl. $\frac{1}{2}$ jähr. dto.	$99\frac{1}{2}$ G.
"	4 pCt. Obl. Ab.-R. dto.	$99\frac{1}{4}$ P.
"	$3\frac{1}{2}$ pCt. Obl. dto.	—
Württemb.	$4\frac{1}{2}$ pCt. Obl. b. Rothsch.	$101\frac{1}{2}$ P.
"	$3\frac{1}{2}$ pCt. Obl. dto.	$94\frac{7}{8}$ G.
Baden	$4\frac{1}{2}$ pCt. Obl.	—
"	$3\frac{1}{2}$ pCt. Obl. v. 1842	91 P.
Gr. Hess.	$4\frac{1}{2}$ pCt. Obl.	—
"	4 pCt. Obl. b. Rothsch.	$100\frac{3}{4}$ P.
"	$3\frac{1}{2}$ pCt. Obl. dto.	$97\frac{1}{4}$ P.
Nassau	$4\frac{1}{2}$ pCt. Obl. dto.	102 P.
"	4 pCt. Obl. dto.	$99\frac{3}{8}$ P.
"	$3\frac{1}{2}$ pCt. Obl. dto.	91 G.
Frankfurt	$3\frac{1}{2}$ pCt. Obl.	$95\frac{1}{4}$ P.
"	3 pCt. Obl.	91 P.
Spanien	3 pCt. inl. Sch. P. à fl. 2. 30	—
"	$2\frac{1}{2}$ pCt. " " "	—
Schweden	$4\frac{1}{2}$ pCt. Obl. à 105 Thlr.	93 P.
N.Amerika	6 pCt. à 1000r. 1881 D. $2\frac{1}{2}$	—
"	6 pCt. ditto r. 1882 "	$72\frac{5}{8}-\frac{1}{8}$ G.

Diverse Aktien.

Frankfurter Bank à fl. 500	151 G.
K. K. Oesterr. National-Bankaktien	871—872 G.
Oesterr. Kreditbank-Aktien à fl. 200	200 P. 199 G.
Bayer. Hypothekenb. Pfandbriefe 4 pCt.	$97\frac{5}{8}$ P.
Darmst. Bank 1. u. 2. Serie à fl. 250	$230\frac{1}{2}$ P.
Weimarische Bank à Thlr. 100 .	101 G.
Mitteldeutsche Kreditaktien . . .	$101\frac{5}{8}$ G.
Intern. Bank in Ldx. à 250 Frs. à 28 kr.	—
Taunus-Eisenbahn à fl. 250 . . .	348 P. 347 G.
Frankfurt-Hanauer-Eisenbahn . . .	$102\frac{1}{4}$ P.
Oest. F.St.Eisb. 5pCt. 500 Fr. à 28 kr.	—
" Elisab.-Eisenbahn 5 pCt. . .	$121\frac{1}{2}$ P.
Böhm. Westbahn-Aktien à fl. 200 6/7	78 P.
Rhein-Nahe-Bahn 200 Thl. à 105 4pCt. Z.	—
Ludwigshafen-Bexbacher à 4 pCt. .	150 P.
dto. dto. Prior. à 4 pCt.	$96\frac{1}{2}$ P.
Pfälz. Maxb. b. Rothschild à $4\frac{1}{2}$ pCt.	$107\frac{5}{8}$ P.
Oest. St.-Eisenb. Prior.-Oblig. à 3 pCt.	$51\frac{3}{4}$ P.
Elisab.-Bahn Prior. 5 pCt. 6/7	$79\frac{1}{2}$ P. 79 G.
Südd. Bank-Akt., 40 pCt. Einz.	254 P.
Span. Handels- und Industrie . .	—
Bayr. Ostbahn à $4\frac{1}{2}$ pCt. volleinbez.	$113\frac{3}{4}$ P.
Bayer. Ostbahn mit 50 pCt. Einz.	$113\frac{5}{8}$ P.

Wechsel in süddeutscher Währung.

Amst. fl. 100 k. S.	$100\frac{3}{4}$ G.
Antwerp. Frs. 200 k. S.	$94\frac{5}{8}$ G.
Augsb. fl. 100 k. S.	$99\frac{3}{4}$ G.
Berlin Th. 60 k. S	$104\frac{7}{8}$ P.
Brem. 60 Th. Ld. k. S.	$97\frac{3}{8}$ P.
Brüssel Frs. 200 k. S.	$94\frac{5}{8}$ G.
Cöln Thlr. 60 k. S.	105 P.
Hamb. MB. 100 k. S.	$88\frac{1}{2}$ G.
Leipzig Th. 60 k. S.	105 P.
London Lst. 10 k. S.	$119\frac{1}{2}$ G.
Lyon Frs. 200 k. S.	—
Mail. Frs. 200 . .	$94\frac{5}{8}$ G.
München fl. 100 k. S.	$99\frac{5}{8}$ G.
Paris Frs. 200 k. S.	$94\frac{7}{8}$ G.
Petersburg 60 S.-R.	—
Triest fl. 100 k. S.	—
Wien fl. 100 ö. W.	—
do. in öst. W. l. S.	$108\frac{5}{8}$ G.
Disconto	$3\frac{1}{2}$ pCt. G.

Anlehens-Loose.

Oesterr. fl. 250 v. 1839	$143\frac{3}{4}$ P.
" fl. 250 v. 1854 à 4pCt.	$78\frac{3}{4}$ G.
" fl. 500 v. 1860 6/7	$86\frac{1}{2}-\frac{1}{4}$ G.
" fl. 100 Eisb. L. v. 1858.	$136\frac{1}{4}$ P.
" do. v. 1864.	$96\frac{3}{4}$ P.
Schwed. 10 Thlr. Loose	—
Badische fl. 50	—
Badische fl. 35	53 P.
Kurhess. Thlr. 40 b. R.	$56\frac{3}{4}$ P.
Gr. Hessen fl. 50 b. R.	$140\frac{1}{4}$ P.
" fl. 25 do.	$36\frac{5}{8}$ P.
Nassau fl. 25 bei Rothsch.	$35\frac{1}{8}$ G.
Sardinische Fr. 36 b. R.	[illegible]
Neuchateler 10 Frs.-Loose	—
Freiburger 15 Frs.-Loose	—
Mailänder 45 Frs. L. b. R.	$32\frac{1}{2}$ P.
St. Lüttich mit $2\frac{1}{2}$ pCt. Z.	$84\frac{1}{4}$ P.
Ansb.-Gunzenh. fl. 7-L.	10 G.

Frankfurt, 31. Mai. Die Börse war sehr still und die Notirungen wenig verändert. Amerikanische Fonds blieben etwas matter, österr. Kreditaktien ziemlich fest, dagegen Loose von 1860 angeboten. (Synd.)

Digitized by Google

An die
k. Hof- und Staatsbibliothek
1 N. Würzb. Ztg. München.

Neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht!

№ 152.	Vorausbezahlung: Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 1 fl. 30 kr. Bei Inseraten wird die dreispaltige Zeile in gewöhnlicher kleiner	62. Jahrgang.	Schrift oder deren Raum im Hauptblatte mit 6 kr., im Anzeiger mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franco.	Freitag, 2. Juni 1865.

Der Vortrag des Abg. Dr. v. Hofmann über den Kolb'schen Antrag in der schleswig-holsteinischen Angelegenheit.

(Schluß.)

„Doch die Versammlung der verfassungsmäßigen Volksvertretung ist ja freilich nur der erste Schritt zur Herstellung einer rechtlichen Ordnung der Herzogthümer, hinter welchem eine Vergewaltigung derselben noch immer möglich bleibt. Die Volksvertretung wird sich voraussichtlich gar mancher Forderung weigern müssen, welche an sie kommt; und ob ihr die wesentlichste Entscheidung, die Entscheidung über den Landesherrn, nicht vorenthalten wird und ohne sie geschieht, läßt sich nicht wissen. Es steht zur Zeit noch dahin, ob nur gemeinsame Vorlagen der beiden Regierungen, oder auch besondere der einzelnen, an sie gebracht werden sollen. Im ersteren Falle würden die Anforderungen, welche die preußische Regierung von dem künftigen Fürsten Schleswig-Holstein's erfüllt wissen will, allerdings im Voraus ermäßigt sein. Aber wer mag dafür gutstehen, daß sich die österreichische Regierung, welche im Verlaufe der schleswig-holsteinischen Angelegenheit die Welt so oft durch ihre Nachgiebigkeit gegen die preußische in Erstaunen gesetzt hat, nicht auch in die andere Möglichkeit fügt, preußische Vorlagen gesondert zuzulassen? Ja wer weiß, ob sie unter Umständen nicht auch zu solchen preußischen Forderungen ihre Zustimmung gibt, welche weder mit Schleswig-Holstein's noch mit Deutschlands Recht und Wohl vereinbar sind, und von der Landesvertretung des ersteren nur gezwungen oder gar nicht gutgeheißen werden können? Allerdings ist Alles, was für Deutschland zuträglich ist, es auch für Schleswig-Holstein und umgekehrt. Aber Vortheile, welche hier oder dort um den Preis der Ehre und Treue erkauft werden müßten, wären ein Unglück für beide Theile. Wie nun, wenn der Landesvertretung Schleswig-Holstein's Zumuthungen gemacht werden, zu denen sie ebenso um Deutschlands als um ihres engeren Vaterlands willen Nein sagen muß? wenn ihr angesonnen wird, sich unter eine Regierung zu fügen, welche sie nicht anerkennen kann, ohne ihr Land mit sich selbst in schimpflichen Widerspruch zu setzen und Verrath an dem erkorenen, vom deutschen Bunde für berechtigt erklärten Fürsten zu begehen? Oder wenn man sich, sei es in diesem wesentlichsten Stücke oder in anderen gewichtigen Fragen, über das Ja oder Nein der Landesvertretung hinwegsetzt und ohne ihre Zustimmung oder wider ihre ausgesprochene Willensmeinung die Dinge nach eigenem Belieben und Vortheil ordnet? Angesichts dieser Möglichkeiten erscheint es zweckmäßig, daß die hohe Kammer auch noch die zweite Bitte an Seine Majestät den König richte, jeder ohne die freie Zustimmung der schleswig-holsteinischen Volksvertretung oder in Widerspruch mit den Grundgesetzen des Bundes erfolgenden Entscheidung über die Zukunft der Herzogthümer die Anerkennung zu versagen und dahin zu wirken, daß sie auch vom deutschen Bunde versagt werde. Auch was diese Bitte begehrt, ermangelt keineswegs der Aussicht auf Erfolg. Denn zu Ende kommen können die Regierungen Oesterreichs und Preußens schließlich doch nicht ohne den Bund, und zu Ende kommen müssen sie doch. Möchte ihre Willkühr einen Stand der Dinge schaffen, welchen sie wollte, immer müßte ihnen daran liegen, ihm eine rechtliche Geltung zu verschaffen, um ihn gegen künftige Gefährdung sicher zu stellen. Und wie gleichgiltig man sich für den Augenblick geberden mag, wenn diese oder jene Bundesregierung ihre Anerkennung verweigert, es könnte doch ein Zeitpunkt kommen, wo durch veränderte Gestalt der Verhältnisse solcher Weigerung ein unerwartetes Gewicht zuwüchse. Die Geschichte des Londoner Vertrags ist hiefür lehrreich genug. Wie seiner Zeit der hochselige König Maximilian II., ohne daß eine wirksame Folge dieser Weigerung zu verhoffen war, geschweige eine Folge von so weltgeschichtlicher Wichtigkeit, wie die mit dem Tode Friedrichs VII. wirklich eingetretene, aus gewissenhafter Achtung vor gekränktem Rechte dem Londoner Vertrage seine Anerkennung verweigert hat, so geschehe Gleiches auch jetzt, wenn über die Zukunft der Herzogthümer ohne freie Zustimmung ihrer Landesvertretung oder in Widerspruch mit ihnen entschieden werden sollte, und, so Gott will, wird auch dieser Weigerung ihre segensreiche Folge nicht fehlen. Im vorliegenden Falle dürfte schon eine darauf gerichtete Bitte der hohen Kammer, je nach der Aufnahme, welche sie höchsten Orts findet, auf den Gang der Dinge nicht ohne Einfluß sein. Sie wird der Landesvertretung Schleswig-Holsteins, wenn sie zusammentritt, den Muth stärken, an dem geheiligten Rechte ihres Landes und ihres Fürsten festzuhalten und auf nichts einzugehen, was sie nicht aus eigener freier Ueberzeugung für annehmbar erkennt. Zwingen aber, zwingen mit Gewalt, wie der Däne gezwungen hat, wird man nicht und kann man nicht. Etwas Unersprießliches oder Aussichtsloses wird also die hohe Kammer wahrscheinlich nicht thun, etwas Unmögliches oder Zweckloses nicht begehren, wenn sie die beantragte zwiefache Bitte an Se. Majestät den König richtet. Man könnte nur fragen, ob sie es bei dieser Bitte bewenden lassen soll. In dem Beschlusse, welchen die hohe Kammer am 17. Aug. 1863 in Sachen Schleswig-Holsteins gefaßt, heißt es am Ende der Erwägungen, auf Grund derer dem damals vorliegenden Antrage keine Folge gegeben wurde, die Kammer erkläre ihre Bereitwilligkeit, die Opfer, welche zur Erfüllung der Bundespflicht gegen Schleswig-Holstein erforderlich sein würden, freudig zu bewilligen. Sollte nicht, so möchte man fragen, eine ähnliche Erklärung jetzt ebensowohl am Orte sein? . . . Die Antwort ist nicht schwer, wenn es auch schwer fällt, sie zu geben. Die Zeit ist lange vorbei, die Möglichkeit völlig verschwunden, durch eine Kraftäußerung dem zu wehren, was geschieht. Fehler aller Art, Fehler von allen Seiten haben eine Bundesthätigkeit solcher Art zur Unmöglichkeit gemacht. Zur Zeit sind es nur die einzelnen Regierungen, welche in der Sache Schleswig-Holsteins etwas thun können; und zu dem, was wir von der unsern gethan wissen wollen, bedarf es zunächst keiner Opfer: es ist eine Wirksamkeit, welche Gewaltmittel nicht einschließt, sondern vielmehr ausschließt. Dennoch könnte sich's ereignen, daß eben das, was wir erzielt sehen wollen, die Ermöglichung einer freien Selbstbestimmung der Herzogthümer, ohne Opfer nicht zu erreichen wäre. Wenn sich die Landesvertretung Schleswig-Holsteins weigert, den Forderungen der preußischen Regierung über das ihr selbst richtig scheinende Maß hinaus nachzugeben; wenn dann äußern Zwang anzuwenden oder das Land durch unabsehbare Fortdauer eines unleidlichen Zwischenzustandes zu ermüden verwehrt ist: dann wird man dem hartnäckigen Volke eine Kriegskostenrechnung machen, vor der ihm der Muth entfallen soll. Abgesehen von der eigenen Landesschuld und der beträchtlichen Last, welche der auf die Herzogthümer treffende Theil der dänischen Staatsschuld bildet, wird man ihnen die Kosten der Bundesexekution, durch welche Holstein, und des Kriegs, durch welchen Schleswig von Dänemark losgekommen ist, aufrechnen, die letzteren allein im Betrage von 50 bis 60 Millionen Gulden. Werden diejenigen Theile von Deutschland, welche, wenn auch ohne ihre Schuld, von der Blutarbeit des befreienden Krieges ausgeschlossen geblieben sind, einer solchen Ueberbürdung des ohne ihr Zuthun befreiten Volkes unthätig zusehen? zusehen etwa auch, wie man es dadurch zu Dingen nöthigt, welche ihm den Werth seiner Befreiung sehr wesentlich mindern? Ist es nicht eine nahe liegende und mäßige Forderung an diejenigen Bundesstaaten, welche das Recht in Anspruch nehmen, in der schleswig-holsteinischen Angelegenheit mitzusprechen, daß sie auch an ihrem Theile den Preis mitbezahlen, den es gekostet hat, sie zu gutem Ende zu bringen? — Diese Erwägungen jetzt schon anzustellen, dürfte nach Lage der Dinge keineswegs zu frühe sein, wenn es auch noch nicht an der Zeit ist, dasjenige, was sich aus ihnen ergibt, beschlußweise auszusprechen. Eines aber wird Niemand verkennen: den

schweren Ernst der Entscheidung, die in Schleswig-Holstein bevorsteht. Vor zwei Jahren konnte man meinen, sich der Beschäftigung mit der Sache dieses Landes bis nach der gedeihlichen Lösung der deutschen Reformfrage entschlagen zu sollen. Wie anders ist es gekommen! Jetzt wird davon, ob jene Sache durch Gewalt oder nach Recht entschieden wird, die künftige Gestaltung Deutschlands abhängen. Die einzige rechtliche Entscheidung aber, welche noch zu hoffen steht, ist die durch des rechtliebenden und standhaften schleswig-holsteinischen Volkes freieigene Selbstbestimmung."

Die glückseligen Zustände in dem Rechtsstaate Preußen,

beleuchtet von den preußischen Volksvertretern.

In der Sitzung des preußischen Abgeordnetenhauses vom 30. v. M. erfolgte der Bericht der Justizkommission über Petitionen. Bevor zur Verhandlung geschritten wird, beantragt der Abg. Möller die Vertagung der Sitzung auf eine Stunde, weil kein Minister im Hause anwesend sei. Der Antrag wird nicht vom Hause angenommen, das Präsidium sendet aber einen Boten an den Justizminister, um denselben zum Erscheinen im Hause aufzufordern. Es liegt eine Petition der Redakteure Dumas und Sack in Königsberg vor, betreffend die Rückgabe der politischen und Preßprozesse an die Geschwornen und die Aufhebung der vorläufigen Beschlagnahme von Druckschriften. Der Antrag der Justizkommission geht dahin: Das Haus wolle beschließen, zu erklären: „Es ist dringend geboten, 1) das die verfassungsmäßige Preßfreiheit gefährdende Gesetz vom 12. Mai 1851 einer durchgreifenden Revision zu unterziehen; 2) Die Entscheidung über die Schuld der Angeklagten bei politischen, sowie bei den durch die Presse verübten Vergehen und Verbrechen den Schwurgerichten wieder zu überweisen".

Abg. Dr. Becker: Kürzlich habe die Regierung versucht, die maßlosen Strafurtheile auf eine steigende Rücksichtslosigkeit der Presse zurückzuführen, aber ein Blick in die Zeitungen beweise Jedem, daß die Tagespresse in der That jetzt nicht mehr die öffentlichen Zustände in die öffentliche Meinung spiegele, wie sie es früher, unter dem Ministerium Schwerin, wohl gethan; Niemand dürfe mehr wagen, die Wahrheit zu sprechen. Der Redner führt nun einzelne Erkenntnisse der Gerichtshöfe näher an, z. B. eines, in welchem dem Verleger die Konzession entzogen worden, weil der Redakteur des Blattes mehrmals verurtheilt worden. Dem Verleger seien, während ihn zum ersten Male eine Strafe traf, zwei Bestrafungen des Redakteurs angerechnet, indem ausgeführt worden, daß er für den Redakteur einstehen müsse. Dieses merkwürdige Urtheil, das für Juristen ein unlösliches Räthsel, sei in Dortmund gesprochen. Das Konfiskationsrecht sei in den Händen der Polizei eine nach Belieben gebrauchte und Rechtsunsicherheit wie Rechtsungleichheit schaffende Waffe. Nur durch die Einrichtung von Schwurgerichten für politische und Preßsachen, deren Verdikte alsbald das Rechtsgefühl wiederherstellen und die Berufsrichter auf eine gesunde Bahn zurückführen würde, sei zu helfen. (Bravo!)

Der Justizminister zeigt seine Vertretung durch Kommissäre an. Es erscheint auch ein Regierungskommissär, sodann der Landwirthschaftsminister v. Selchow.

Abg. Möller: Derselbe konservative Herr, welcher schon im Herrenhause einen Antrag eingebracht habe, in dem sich die Beschwerde über die gegen den Richterstand hier erhobenen Anklagen ausspreche, Herr v. Below, habe früher gegen den preußischen Richterstand Beschuldigungen öffentlich ausgesprochen, welche viel härter und rücksichtsloser waren. (Der Redner verliest die betreffenden Aeußerungen v. Belows.) Freilich habe sich jener Angriff von der Twesten'schen Kritik dadurch unterschieden, daß er den Richtern es zum Vorwurfe gemacht, sich parteilos gehalten zu haben, während die Majorität des Abgeordnetenhauses es eben beklage, daß die früheren Below'schen Wünsche sich erfüllt hätten, daß die Gerichtshöfe nicht mehr allgemein nach Recht und Gesetz urtheilen. Nirgend sei in Preßsachen eine härtere Praxis als in Königsberg. Der Redner führt darauf einige spezielle Fälle aus jener Stadt an. „Leider, so schließt der Redner diese Ausführungen, können wir es nicht mehr verhehlen, daß bei uns im Lande die Themis ihre Binde von den Augen verloren hat, daß ihre Waage falsch ist, wie die des Betrügers auf dem Markte! Die Namen Derer aber, welche sich mitschuldig gemacht haben, an diesen beklagenswerthen Verhältnissen, werden geschrieben stehen auf den schimpflichsten Blättern der deutschen Geschichte! Aus der schwülen Unreinheit solcher Zustände wird wohl nur eines jener Gewitter befreien können, welche mitunter den politischen Horizont reinigen! (Lebhafter Beifall.)

Abgeordneter Waldeck beklagt es, daß er als Mitglied des höchsten Gerichtshofes die von dem Abgeordneten Twesten gegen den Kriminalsenat dieses Gerichtshofes erhobene Anklage nicht für unbegründet erklären könne. Er wolle nicht dem einzelnen Manne dolus zur Last legen, aber die sachliche Begründung der erhobenen Beschwerden sei unbestreitbar. Der Redner geht zu einer ausführlichen Kritik des Verfahrens in Disziplinarsachen über und begründet eindringlich die Nothwendigkeit der Wiedereinführung von Schwurgerichten für politische und Preßprozesse. Speziell berührt er die gegen den Abgeordneten Jacobi erhobene Anklage wegen Majestätsbeleidigung und das gegen den Abgeordneten Kreisgerichtsdirektor Kalow (Sorau) geführte Disziplinarverfahren. In dem Jacobi'schen Prozesse habe der Oberstaatsanwalt, nicht zufrieden mit der in erster Instanz dem Angeklagten auferlegten Gefängnißstrafe von sechs Monaten, in der Appellationsschrift den Antrag auf höhere Strafe damit motivirt, daß der Abgeordnete Jacobi notorisch eine antiroyalistische Gesinnung habe. Ein solcher Vorwurf gegen einen Mann, dessen ganzes Denken und Trachten jederzeit vor aller Welt offen dargelegen, sei eine rohe Gewaltthat gegen das öffentliche Leben eines rein dastehenden Mannes. (Bravo!) Der Abgeordnete Kalow sei, weil er gegen den Angriff eines politischen Gegners sich abwehrend geäußert, zur Strafversetzung verurtheilt und ein Mitglied des Gerichtshofs, dessen Dirigent er gewesen, sei damit betraut worden, dem Direktor zu erklären, daß er wegen „Unwürdigkeit" versetzt sei. (Hört!) Einer solchen Behandlung gegenüber könne weder die Selbstachtung der Richter, noch die öffentliche Achtung vor dem Richterstande erhalten werden. Es sei dringend erforderlich, dem Richter seine Unabhängigkeit, dem Volke die Beurtheilung, ob ein politisches oder Preßvergehen begangen, zurückzugeben.

Der Regierungskommissär Geheimer Oberjustizrath Meier beginnt mit der Bemerkung, daß der Justizminister leider nicht erscheinen könne. (Heiterkeit.) Er müsse bitten, seine Bemerkungen nicht mit solchem Geräusche zu begleiten, dasselbe berühre ihn sehr unangenehm. Er wiederhole also, daß der Justizminister leider — (große Heiterkeit.) Er könne wirklich es sehr schlecht vertragen, abermals sich so ausgelacht zu sehen, er sei das nicht gewohnt. Zur Sache wolle er nur auf zwei spezielle Anführungen des Vorredners eingehen. Die in der Jacobi'schen Sache ergangene Appellationsschrift habe der Justizminister auf die Beschwerde des Abgeordneten Jacobi ernstlich in Erwägung genommen, was er aber darauf dekretirt habe, das zu sagen, könne er, der Regierungskommissar, sich nicht veranlaßt sehen. (Heiterkeit.) Daß in dem Kalow'schen Falle so verfahren sei, wie hier angegeben, könne er nicht glauben; bestimmt wisse er es nicht, wie die Sache liege.

Abgeordneter v. Blankenburg: Er bedauere es sehr lebhaft, den Justizminister heute nicht anwesend zu sehen, der doch starken Anlaß gehabt, zu erscheinen. Es müsse in Preußen doch weit gekommen sein, wenn solche Anklagen gegen die preußischen höchsten Gerichtshöfe erhoben würden, wie sie seit mehreren Tagen hier zur Sprache gebracht werden. Er wolle es hier nicht näher prüfen, inwiefern die gegen das Obertribunal erhobenen Vorwürfe begründet seien oder nicht, aber seien nicht von der andern Seite mit demselben Rechte Vorwürfe gegen die Kreisgerichte zu erheben? (Widerspruch.) Er könnte die schwersten Anklagen gegen dieselben begründen (Ruf: Thatsachen!), aber er wolle davon Abstand nehmen, weil er sich scheue, das Vertrauen des Volkes zu seinen Richtern noch mehr zu erschüttern. (Wiederholter Ruf: Thatsachen!) Die Bauern hätten Furcht, daß die Kreisgerichte ihre Prozesse zu ihren Ungunsten entscheiden, in Vormundschaftssachen ihnen schaden würden, u. s. w., wenn sie anders bei den Wahlen abstimmten, wie der Gerichtsdirektor. Es sei ihm ein Fall bekannt (Ruf: Namen!), wo Jemand dem Landrathe gesagt habe, er könne nicht mit ihm stimmen, weil ihn dann das Kreisgericht zu viel schade. Darauf habe der Landrath gesagt: „Glauben Sie denn nicht, daß auch ich Ihnen schaden könnte?" Die Antwort sei gewesen: Nein, Herr Landrath, das thun Sie nicht! (Große Heiterkeit.) Der Redner fährt fort, einen derartigen Einfluß der Kreisgerichte zu behaupten, und wird wiederholt, jedoch ohne Erfolg aufgefordert, bestimmte Thatsachen und Namen zu nennen. Er führt dann aus, daß Geschworne der Abhängigkeit mehr ausgesetzt seien, als Richter; sie ständen unter dem Einflusse der sogenannten öffentlichen Meinung und der Straßen-Emeuten. Wenn der Abgeordnete Möller mit einer Revolution drohe, so habe er von einer solchen am wenigsten gute und unabhängige Rechtspflege zu erwarten. In Frankreich habe man in Folge der großen Revolution seine unliebsame politische Ansicht mit dem Kopfe gebüßt.

Abg. Wachsmuth: Nur zu wahr sei es, was der Vorredner geäußert: es müsse in Preußen weit gekommen sein. In

der That sei es weit gekommen. Der Redner schildert insbesondere das Verfahren in Disziplinarsachen, und nachdem er auf die wegen Majestätsbeleidigungen ergangenen Urtheile hingewiesen, schließt er mit den Worten, daß ein gesunder und entwicklungsfähiger Staat andere Richter haben müsse, als solche, welche dem jeweiligen Machthaber ihr Votum auf dem Präsentirteller entgegenbrächten.

Der Schluß der Debatte wird beantragt, aber abgelehnt. Abgeordneter Hahn (Ratibor): Meine Herren! Ich will gleich an den letzten Fall anknüpfen, den auch schon der Abgeordnete Twesten in seiner berüchtigten Rede — (Stürmische Unterbrechung. Ruf: Zur Ordnung.) Präsident Grabow bemerkt, daß der Abgeordnete Hahn in der That einen höchst unangemessenen Ausdruck gewählt habe. Er müsse den Redner ernstlich auffordern, in seinen Ausdrücken sich zu mäßigen. Abgeordneter Hahn protestirt hierauf gegen die Verdächtigung der Mitglieder des Ober-Tribunals und bezeichnet die von dem Abgeordneten Müller hervorgehobenen Thatsachen als ungenau.

Abgeordneter Jacoby: Der Herr Regierungs-Kommissär hat mich persönlich und namentlich aufgefordert, die Angaben unseres verehrten Kollegen Waldeck in Betreff der gegen mich eingeleiteten Untersuchung zu „berichtigen." Ich sehe mich dadurch sehr gegen meinen Willen und meine Neigung zu einer persönlichen Bemerkung genöthigt. Die Sache verhält sich so. Die Worte, die Kollege Waldeck angeführt hat, sind vom Staatsanwalt v. Moers gebraucht worden und zwar in seiner Appellations-Rechtfertigungsschrift. Als diese Schrift mir vom Gericht zur Verantwortung zugefertigt wurde, wendete ich mich, Beschwerde führend, an den Justizminister Grafen zur Lippe. Ich erhielt die Antwort, der Instanzenzug sei von mir nicht inne gehalten worden. Darauf richtete ich meine Beschwerde an den Ober-Staatsanwalt Adelung. Dieser erklärte, er sehe sich nicht veranlaßt, den Staatsanwalt v. Moers wegen seiner Aeußerung zu rectifiziren. (Hört! Hört!) Nunmehr wendete ich mich auf's Neue an den Hrn. Justizminister und erhielt von demselben ein Schreiben folgenden Inhalts: Sie haben meinerseits eine Antwort nicht zu erwarten, da Ihre Beschwerde in den Zeitungen veröffentlicht worden, ehe sie noch in meine Hände gelangt ist. (Hört! hört!) Nun haben aber die Zeitungen meine Beschwerde keineswegs veröffentlicht, sondern nur besprochen, außerdem hatte ich glücklicherweise das an den Herrn Justizminister gerichtete Schreiben rekommandirt, und so konnte ich durch den Postschein, der in meinen Händen war, Jedermann überzeugen, daß die Behauptung des Herrn Justizministers unrichtig ist (hört! hört!). Ich ließ die Sache dabei bewenden, in der Ueberzeugung, daß Angriffe der Art, wie der Herr Staatsanwalt v. Moers sie sich in diesem Fall erlaubt hat, Pfeile sind, die auf den Schützen zurückprallen. (Bravo!) Nachdem noch die Abgg. Möller und Eberty gesprochen, wurde zur Abstimmung geschritten.

(Amtliche Nachrichten.) **München**, 31. Mai. Se. Maj. der König hat die kathol. Pfarrei Wollomoos, Bezirksamts Aichach, dem Priester Jos. Friedlsperger, Benefiziat in Pasenbach, Bezirksamts Dachau, übertragen; den Bierbrauer J. Müller in Bamberg als Mitglied der Kirchenverwaltung der kathol. Pfarrei zu Unser Lieben Frau daselbst bestätigt; dem Hausarzte im St. Josephs-Spitale in München, Prof. Dr. J. Braun, den Titel eines k. Hofrathes tax- und stempelfrei verliehen; den Landwehr-Oberstlieutenant Ferd. Degmaier zu Augsburg auf sein Ansuchen der Landwehr-Oberstlieutenantsstelle enthoben; den Landwehr-Hauptmann J. P. W. Dietz zu Nürnberg zum Major im Landwehr-Regimente Nürnberg und den Landwehr-Hauptmann König zu Augsburg zum Major im Landwehr-Regimente Augsburg ernannt; den k. Rentbeamten von Gunzenhausen, J. A. Besold, in den erbetenen Ruhestand treten lassen, und den k. Rentbeamten von Scheßlitz, K. Fr. Worsch, auf das Rentamt Gunzenhausen, versetzt; dann den Rechnungskommissär der k. Rechnungsfinanzkammer von Oberfranken, J. B. Nießler, zum Rentbeamten von Scheßlitz befördert, und die Stelle eines Rechnungskommissärs der k. Regierungsfinanzkammer von Oberfranken dem Rathsaccessisten derselben Regierungsfinanzkammer, K. Buchheit, verliehen.

Aus **München**, 30. Mai, schreibt man der „Pf. Ztg.": „Frau Schnorr v. Carolsfeld befindet sich noch immer in der Behandlung des Obermedizinalraths v. Pfeufer, und es sollen die Aussichten zur Wiederherstellung ihrer Stimme, wenn nicht ganz geschwunden, so doch sehr gering sein. Die Aufführung von „Tristan und Isolde" ist nunmehr vorläufig bis zum Herbst verschoben; wahrscheinlich aber findet sie gar nicht statt, da Frau Schnorr, selbst wenn sie bis dahin wieder im Stande sein sollte, ihre Stimme zu gebrauchen, doch schwerlich geneigt sein dürfte, derselben nochmals eine Anstrengung zuzumuthen, die sie dann leicht ganz ruiniren könnte. — Der Schluß der Kammern ist bis zum 26. l. M. mit Bestimmtheit zu erwarten."

Der „Frkf. Postztg." wird von einem offiziösen Korrespondenten aus **Wien** geschrieben: „Die jetzt ihrem Wortlaut nach veröffentlichte Denkschrift des Herzogs von Augustenburg, welche die seiner Ansicht nach Preußen zu gewährenden Zugeständnisse formulirt, wurde in Berlin durch Hrn. v. Ahlefeld Hrn. v. Bismark in den ersten Tagen des April vorgelesen und auf dessen Wunsch in Abschrift hinterlassen, und sie verfolgte augenscheinlich den Zweck — auf den 6. April war die Abstimmung am Bunde über den mittelstaatlichen Antrag angesetzt —, Preußen von einem entscheidenden Schritt abzuhalten, mit dem es möglicher Weise jede Brücke hinter sich abgebrochen hätte. Aber darüber vergaß man die unerläßlichen Rücksichten auf Oesterreich, welches von der Existenz jener Denkschrift nicht die mindeste Kenntniß hatte, und erst hinterher versuchte man diesen Fehler einigermaßen dadurch wieder gut zu machen, daß man sie wenigstens nachträglich nach Wien beförderte. Dr. Karl Lorentzen war der Kurier, der sie Hrn. v. Wydenbrugk hierher überbrachte. Am Charfreitag den 14. April traf derselbe ein, und da Graf Mensdorff damals unwohl war, so ist die Denkschrift, so viel bekannt, sogar erst nach den Ostertagen in dessen Hände gelangt, also volle 14 Tage nach ihrer Ueberreichung in Berlin. Dr. Lorentzen war gleichzeitig beauftragt, das Aktenstück in Dresden und München zur Kenntniß zu bringen.

Der „Frkf. Pstztg." schreibt ein Wiener Offiziöser unter dem 28. Mai: Da Oesterreich keinen Grund zu einer besonderen Vorliebe für die 1848er Wahlordnung für die schleswig-holsteinische Vertretung hat, so wird es um derentwillen nicht die Sache auf die Spitze treiben, so daß die Betheiligung der Herzogthümer an der staatsrechtlichen Verhandlung überhaupt in Frage gestellt wäre. Die preußische Depesche deutet bereits an, daß Letzteres der Fall sein würde, bestände Oesterreich auf dem Widerspruch gegen den von Preußen beantragten modus procedendi, der allerdings für die preußischen Bestrebungen die meiste Chance darbietet. Das Prinzip, ob zunächst Berufung von Provinzialversammlungen auf Grund des Gesetzes von 1854, oder ob sofort Berufung einer Gesammtvertretung der Herzogthümer nach der Wahlordnung von 1848, dürfte daher kein Hinderniß der Verständigung zwischen Oesterreich und Preußen sein. Dagegen bestehen hier noch große und schwerwiegende Bedenken gegen die Wiedereinberufung der schleswig'schen Rumpfvertretung unter Vervollständigung derselben durch Ergänzungswahlen, und um Dieß zu vermeiden, wird man hier wohl noch den Versuch machen, Preußen zur Zulassung durchgängiger Neuwahlen in Schleswig nach dem Wahlgesetz von 1854 zu bewegen.

Wien, 1. Juni. Die amtliche „Wiener Ztg." veröffentlicht ein kaiserliches Reskript vom 27. Mai an den Banus von Kroatien, durch das der kroatische Landtag für den 17. Juli einberufen wird. Ein zweites Reskript des Kaisers genehmigt für diesen Landtag die Wahlordnung von 1861.

Die „Kreuzzeitung" kündigt für einen der nächsten Tage das Eintreffen des Großherzogs von Oldenburg in **Berlin** an, von wo er „nach kurzem Verweilen" auf seine schlesischen Besitzungen weiterreisen werde. Fast unmittelbar daran reiht das genannte Blatt die Nachricht, daß der oldenburgische Ministerresident v. Beaulieu-Marconnay im Laufe der verflossenen Woche mit Hrn. v. Bismark längere Unterredungen hatte.

Der „Staatsanzeiger" meldet in seinem nichtamtlichen Theil: „Der Handelsvertrag zwischen dem Zollverein und Großbritannien ist am 30. Mai von den beiderseitigen Bevollmächtigten hier unterzeichnet worden. Da der Vertrag bereits mit dem 1. Juli d. Js. in Kraft treten soll, so ist für die Ratifikation desselben eine Frist von drei Wochen verabredet."

Paris, 30. Mai. Die Provinzblätter ahmen die Blätter in Paris nach, indem sie über den Vorgang zwischen dem Kaiser und seinem Vetter nur die urkundlichen Dinge berichten, sich sonst aber eigener Bemerkungen enthalten. — Von E. Seinguerlet ist ein Buch in französischer Sprache über die Volksbanken in Deutschland erschienen. Der Verfasser, welcher der Entwickelung des Volksbankenwesens in Deutschland, wie seine Berichte im „Temps" stets bezeugten, mit großer Theilnahme und nicht geringerem Verständniß gefolgt ist, legt seinen französischen Landsleuten hier die Ergebnisse seiner Untersuchungen vor, um auch unter ihnen den öffentlichen Unternehmungsgeist zu wecken. In einem Briefe von Schulze-Delitzsch an der Spitze des Buchs heißt es u. A.: „Seit dem Ende des letzten Jahrhunderts haben wir von Euch oft den politischen Anstoß erhalten; empfangt dafür von uns den Anstoß in der sozialen Frage, welche in so unheilvoller Weise Euerer politischen Entwicklung hemmend entgegen getreten ist."

Turin, 27. Mai. Der „Conte Cavour" stellt die Kreditoperationen, welche von unserer Regierung in weniger als einem Jahr gemacht worden sind, folgendermaßen zusammen: Verkauf von 5 Millionen Rente, welche einem Kapital von 65 Millionen entsprechen. Ertrag der Steuervorschüsse 127 Millionen, Verkauf der Staatsdomänen 150 Millionen und der Staatsbahnen 200 Millionen. Dazu kommt das neue Anlehen von 425 Millionen, welches nach dem Ausspruch eines ministeriellen Blattes „nicht besser hätte ausfallen können." Die Blätter sind wirklich außer sich vor Freude über das glänzende Ergebniß der Subskription auf 8 Millionen Rente, von denen Rothschild allein 3 Millionen und andere Bankhäuser ebensoviel subskribirten. Der große Zudrang läßt sich aber erklären, wenn man erwägt, daß die neue Rente zu 60.75 Prozent negocirt wurde, während die alte auf 65.50 steht. Ein Gewinn von 39 Prozent mag schon anziehen; ob aber das Interesse des Staats dabei so gewahrt ist, daß unsern Finanzen mit nahezu einer Milliarde außerordentlicher Zuschüsse gründlich geholfen werden könne? (A. Z.)

New-York, 17. Mai. Zum Lincoln'schen Mordprozeß werden, wie gemeldet, jetzt Zeitungs-Berichterstatter zugelassen. Einer derselben (in der „New-Yorker Times") gibt eine Schilderung der Mitbetheiligten, der wir Folgendes entnehmen: Die Offiziere, welche das Kriegsgericht bilden, sitzen in Gala-Uniform im Halbkreise um einen runden Tisch. Auf beiden Seiten des General-Auditeurs Holt haben seine Assistenten, Oberst Burnett und Richter Bingham, Platz genommen, und den Vorsitzenden gegenüber sitzt der Hon. Reverdy Johnson mit den anderen Vertheidigern der Angeklagten. Letztere sind es begreiflicher Weise, die das Auge der Eintretenden zuerst sucht. Sie sind durch Soldaten von einander getrennt und gefesselt. Auf der äußersten linken Seite des für sie abgegrenzten Raumes bemerken wir einen Mann von ungefähr 42 Jahren, hochgewachsen, mager, mit spärlichem, in's Röthliche spielendem Kopfhaare, blassem Gesicht und intelligenter Haltung. Das ist Dr. Mudd, der dem flüchtigen Booth den Verband angelegt hatte, er ist schwarz gekleidet, Hände und Beine sind gefesselt. Weiter nach rechts sitzt eine schmächtige Gestalt, mehr Junge als Mann, in einem abgeschabten blauen Anzuge. Seine Lippen sind dick, Augen und Haare dunkel, er scheint höchstens 19 Jahre alt zu sein, sieht weder intelligent noch boshaft aus. Das ist der oft genannte Harrold, der als Hauptmitverschworener von Booth angeklagt ist. Noch mehr gegen rechts bleibt unser Auge an einer Figur haften, die sich nicht leicht wieder vergessen läßt. Es ist ein Mann in Hemdärmeln, seine Beinkleider sind von ordinärem blauen Stoffe, das Hemd ist vorn offen, er ist mindestens sechs Fuß hoch, starkknochig, von breiter Brust; sein ungekämmtes schwarzes glattes Haar bedeckt zum Theil die niedrige Stirn; seine blauen Augen haben einen stieren, zuweilen einen geradezu wilden Ausdruck, der ganze Mensch sieht wie ein verstockter Bösewicht aus. Das ist Lewis Payne. Der Vierte ist Spangler, der Theater-Zimmermann, welcher im Verdachte steht, die Flucht des Mörders von der Bühne begünstigt zu haben. Der arme Mann sieht dick und versoffen aus und fühlt sich offenbar etwas unbehaglich. Von O'Laughlin, gegen den noch nichts Gravirendes vorliegt, läßt sich nur sagen, daß er eine ausgesprochen spanische Physiognomie hat. Atzerot ist ein kleiner Mann, er sieht wie ein Holländer aus, seine Gesichtsfarbe fahl, Haar blond, Auge blau, sein Aeußeres phlegmatisch, als ginge ihn die ganze Sache weiter nicht an. Die einzige Frau unter den Angeklagten ist Frau Suratt; sie sitzt getrennt von den Anderen, in tiefe Trauer gekleidet und verschleiert — ein großes Weib von etwa 51 Jahren, starknochig, von entschiedener, intelligenter Haltung. Ihre Arme sind frei, an den Beinen ist sie gefesselt. Am leichtesten sind die Hand- und Fußketten des Dr. Mudd. An den sechs Fuß langen schweren Ketten der übrigen männlichen Gefangenen hängt eine Kugel von 50 Pfd., welche von Gefangenwärtern nachgetragen wird, wenn die Angeklagten nach dem Gerichtssaale kommen, oder sich aus diesem entfernen. Außerdem haben sie noch zehnzöllige Eisenstangen zwischen den Beinen hangen, und jeder von ihnen trägt eine dickwattirte, die Hälfte des Kopfes einschließende Baumwollmütze, damit es keinem gelinge, sich durch Anrennen des Schädels an der Wand das Leben zu nehmen.

New-York, 20. Mai (mit dem „Hibernian"). Herr Seward hat gestern seinen ersten Besuch in den Bureaux des Staatsministeriums gemacht. Es ist so eben ein Befehl veröffentlicht worden, kraft dessen alle Generäle und Offiziere, deren Dienst nicht durchaus unentbehrlich ist, sofort unter ehrenvollen Bedingungen entlassen werden sollen. 50,000 Beamte des Kommissariats sind gestern in ihre Heimath gesandt worden. — Der Dr. Blackburn, der des Versuches angeschuldigt war, das gelbe Fieber in New-York hereinzubringen, ist in Montreal (Canada) verhaftet worden. — Die „Tribune" versichert, die Regierung habe beschlossen, den Herrn Davis vor ein Zivilgericht zu stellen, wahrscheinlich vor dem Gerichtshof von Baltimore. Herr Chase würde der Vorsitzer dieses Gerichtshofs sein. — Der Gouverneur von Mississippi hat die Legislatur dieses Staates einberufen, um die Mittel zu prüfen, welche mit Bezug auf die Wiederherstellung der gesetzlichen Ordnung zu ergreifen wären. General Sheridan ist abgegangen, um die Empörung zu bekämpfen, die noch in Texas besteht.

Hiezu die Beilage: „Würzburger Anzeiger".

Verantwortlicher Redakteur: A. Hartmann.
Druck und Verlag der Stahel'schen Buch- und Kunsthandlung in Würzburg

Cours der Staatspapiere.

Oesterr.	5 pCt. Met. (Cp. l. S. b. R.)	—
„	5 pCt. Lomb. ditto. à 24	—
„	5 pCt. Engl. Met. v. 1852	—
„	5 pCt. Engl. Met. v. 1859	78⅝ P.
„	5 pCt. Venet. Coupon b. R.	86½ G.
„	5 pCt. Nationalanl. v. 1854	68⅞ P.
„	5 pCt. Metall. Obligation.	64¼ P.
„	4½ pCt.	57 P.
Preussen	3½ pCt. Staatsschuldsch.	—
Bayern	4½ pCt. Obl. 1jähr. dto.	101½ P.
„	4½ pCt. Obl. ½jähr. dto.	101⅞ G.
„	4 pCt. Obl. 1jähr. dto.	99⅜ P. ⅛ G.
„	4 pCt. Obl. ½ jähr. dto.	99½ G.
„	4 pCt. Obl. Ab.-R. dto.	96¾ G.
„	3½ pCt. Obl. dto.	—
Württemb.	4½ pCt. Obl. b. Rothsch.	104½ P.
„	3½ pCt. Obl. dto.	94¼ G.
Baden	4½ pCt. Obl.	—
„	3½ pCt. Obl. v. 1842	91 P.
Gr. Hess.	4½ pCt. Obl.	—
„	4 pCt. Obl. b. Rothsch.	100¾ P.
„	3½ pCt. Obl. dto.	97¼ P.
Nassau	4½ pCt. Obl. dto.	102 P.
„	4 pCt. Obl. dto.	99½ P. 99 G.
„	3½ pCt. Obl. dto.	91 G.
Frankfurt	3½ pCt. Obl.	95½ P.
„	3 pCt. Obl.	91 P.
Spanien	3 pCt. inl. Sch. P. à fl. 2. 30	—
„	2¼ pCt.	—
Schweden	4½ pCt. Obl. à 105 Thlr.	93 P.
N.Amerika	6 pCt. à 1000r. 1881 D. 2½	—
„	6 pCt. ditto r. 1882 „	71⅞—71⅝ G.

Diverse Aktien.

Frankfurter Bank à fl. 500	151½ G.
K. K. Oesterr. National-Bankaktien	872 G.
Oesterr. Kreditbank-Aktien à fl. 200	200 P. 199 G.
Bayer. Hypothekenb. Pfandbriefe 4 pCt.	97⅝ P.
Darmst. Bank 1. u. 2. Serie à fl. 250	229½ P. 229 G.
Weimarische Bank à Thlr. 100	101 G.
Mitteldeutsche Kreditaktien	101⅛ G.
Intern. Bank in Lux. à 250 Frs. à 28 kr.	—
Taunus-Eisenbahn à fl. 250	349 P.
Frankfurt-Hanauer-Eisenbahn	100¼ G.
Oest. F.St.Eisb. 5pCt. 500 Fr. à 28 kr.	—
„ Elisab.-Eisenbahn 5 pCt.	122 P.
Böhm. Westbahn-Aktien à fl. 200 6/7	78 P.
Rhein-Nahe-Bahn 200 Thl. à 105 4pCt. Z.	—
Ludwigshafen-Bexbacher à 4 pCt.	149⅝ G.
dto. dto. Prior. à 4 pCt.	—
Pfälz. Maxb. b. Rothschild à 4½ pCt.	107⅝ P.
Oest. St.-Eisenb. Prior.-Oblig. à 3 pCt.	51½ P.
Elisab.-Bahn Prior. 5 pCt. 6/7	79⅛ P. 79 G.
Südd. Bank-Akt., 40 pCt. Einz.	254 P.
Span. Handels- und Industrie	—
Bayr. Ostbahn à 4½ pCt. volleinbez.	113¾ P.
Bayer. Ostbahn mit 50 pCt. Einz.	113½ P. ⅜ G.

Wechsel in süddeutscher Währung.

Amst. fl. 100 k. S.	100¼ G.
Antwerp. Frs. 200 k.S.	94⅝ G.
Augsb. fl. 100 k. S.	99¾ G.
Berlin Th. 60 k. S.	104⅞ P.
Brem. 50 Th. Lsd. k. S.	97⅝ P.
Brüssel Frs. 200 k. S.	94⅝ G.
Cöln Thlr. 60 k. S.	105 P.
Hamb. MB. 100 k. S.	88½ G.
Leipzig Th. 60 k. S.	105 P.
London Lst. 10 k. S.	119½ G.
Lyon Frs. 200 k. S.	—
Mail. Frs. 200	94⅝ G.
München fl. 100 k. S.	99¾ G.
Paris Frs. 200 k. S.	94⅞ G.
Petersburg 60 S.-R.	—
Triest fl. 100 k. S.	—
Wien fl. 100 ö. W.	—
do. in öst. W. l. S.	108⅝ G.
Disconto	3½ pCt. G.

Anlehens-Loose.

Oesterr. fl. 250 v. 1839	—
„ fl. 250 v. 1854 mit 4pCt.	78¾ G.
„ fl. 500 v. 1860 6/7	86⅝—½ G.
„ fl. 100 Eisb. L. v. 1858.	136¼ P.
„ do. v. 1864.	—
Schwed. 10 Thlr. Loose	10 P.
Badische fl. 50	—
Badische fl. 35	—
Kurhess. Thlr. 40 b. R.	—
Gr. Hessen fl. 50 b. R.	140¼ P.
fl. 25 do.	36⅝ P.
Nassau fl. 25 bei Rothsch.	35½ G.
Sardinische Fr. 36 b. B.	[illegible]
Neuchateler 10 Frs.-Loose	—
Freiburger 15 Frs.-Loose	—
Mailänder 45 Frs. L. b. R.	33 P.
St. Lüttich mit 2½ pCt. Z.	34½ P.
Ansb.-Gunzenh. fl. 7-L.	10⅝ P.

Frankfurt, 1. Juni. Während österr. Fonds etwas fester waren, gingen amerikanische auf mattere Londoner Notirungen etwas zurück. Der Umsatz war sehr unbedeutend. (Synd.)

An die
k. Hof- und Staatsbibliothek
1 N. Wirzb. Ztg. München.

Neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht!

№ 153. | Vorausbezahlung: Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 1 fl. 30 kr. Bei Inseraten wird die dreispaltige Zeile in gewöhnlicher kleiner | 62. Jahrgang. | Schrift oder deren Raum im Hauptblatte mit 6 kr., im Anzeiger mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franco. | Samstag, 3. Juni 1865.

Eine diplomatische Schmachschrift.

Die bereits erwähnte identische Note Oldenburg's an die oldenburgischen Vertreter in Wien und Berlin lautet mit Weglassung einer minder interessanten Einleitung, wie folgt: „Die diesseitige Regierung ist weit entfernt, in ihrem Bedenken gegen die Einberufung einer schleswig-holsteinischen Volksrepräsentation von der Meinung auszugehen, daß es etwa der Wille der deutschen Großmächte sei, Beschlüsse geradezu herbeizuführen oder zu begünstigen, welche den Rechten Sr. königl. Hoheit des Großherzogs auf die Erbfolge zu nahe treten. Sie darf im Gegentheil voraussetzen, daß der Wille besteht, anmaßliche Beschlüsse dieser Art abzuwehren und überhaupt in den ständischen Berathungen für des Großherzogs k. Hoh. alle diejenigen Rücksichten walten zu lassen, die gegenüber einem anderen Erbprätendenten die einfache Gerechtigkeit fordert. Daß es aber möglich sein werde, den Erbansprüchen der streitenden Theile von vorne herein eine gleiche Achtung zu sichern, muß dem begründetsten Zweifel unterliegen, wenn man erwägt, wie vollständig in den Herzogthümern die Herrschaft einer Partei gegenwärtig etablirt ist, welche durch die Anwesenheit des Prinzen Friedrich von Augustenburg seit langer Zeit schon einen festen Mittelpunkt ihrer über das ganze Land ausgedehnten Agitation gefunden hat. Es ist bekannt genug, daß die persönliche Umgebung des Prinzen sogar in der Gestalt dienstlicher Behörden organisirt ist, und ebenso bekannt ist auch der wirksame Einfluß, welcher auf alle Landesangelegenheiten von dort aus öffentlich geübt wird, konkurrirend mit demjenigen der gesetzlichen Behörden des Landes. Se. kgl. Hoheit der Großherzog glaubt die Beseitigung so anormaler Zustände als sein Recht fordern zu dürfen, und sieht sich jetzt um so mehr genöthigt, auf dieselbe zu dringen, als bei der Fortdauer dieser Verhältnisse offenbar jedes Wahlgesetz, welches von den deutschen Großmächten in den Herzogthümern erlassen wird, nothwendig eine Volksrepräsentation ergeben muß, wie sie der Parteiregierung in Kiel beliebt. Eine solche Volksrepräsentation würde aber voraussichtlich nicht verhindert werden können, sich die Befugniß zu Beschlußfassungen beizulegen, welche, wenn gleich ihre rechtliche Nichtigkeit auf der Hand liegt, sich doch leicht zu politischer Bedeutung erheben und der weiteren Entwickelung der schleswig-holsteinischen Erbfolgefrage eine Richtung geben könnte, die zu einer ernstlichen Bedrohung der Rechte Sr. K. H. des Großherzogs, welcher sich seinerseits jeder Parteiorganisation in den Herzogthümern grundsätzlich und gewissenhaft enthalten hat, führen würde. Die großherzogliche Regierung bezweifelt nicht, daß die erleuchteten Großmächte die geeigneten Mittel finden werden, der in einer solchen Wendung liegenden Gefahr für eine dem Recht entsprechende Lösung der Erbfolgefrage wirksam vorzubeugen und auch in diesem Stadium des schleswig-holsteinischen Konflikts den beiden Erbprätendenten die Parität, welche jeder von ihnen zu fordern den unbestreitbarsten Anspruch hat, zu sichern. In dieser Hoffnung stellen Se. Kgl. Hoh. der Großherzog die Erbansprüche Ihres fürstl. Hauses auf die Herzogthümer Schleswig und Holstein vertrauensvoll unter den Schutz der allerhöchsten Regierungen der beiden deutschen Großmächte. Sie werden beauftragt, sich in diesem Sinne gegen Se. Exz. den . . . auszusprechen und demselben Abschrift dieses Erlasses zu übergeben. Ich benutze zugleich ꝛc. Oldenburg den 22. Mai 1865. v. Rössing."

(Militärdienstesnachrichten.) **München**, 31. Mai. Se. Maj. der König hat den Oberlieutenant R. Binder vom 1. Inf.-Reg. in Folge Erkenntnisses des General-Auditoriats als Revisionsgerichts der Armee zur Strafe entlassen; den temporär pens. Bataillonsarzt Dr. L. Steichele auf weitere zwei Jahre im Ruhestande belassen; den Junker K. Frhrn. v. Bethmann vom 3. Kür.-Reg. zum 4. Chev.-Reg. versetzt; den temporär pens. Bataillonsarzt Dr. R. Beyer auf weitere zwei Jahre im Ruhestande belassen; dem Oberlieutenant A. Schunck vom Geniestab die Entlassung aus dem Heere bewilligt; den temp. pens. Hauptmann Fr. Seekirchner auf weitere 2 Jahre im Ruhestande belassen; den Regimentsquartiermeister L. Wolfschmitt von der Stadt- und Festungs-Kommandantschaft Ingolstadt auf 3 Jahre in den Ruhestand versetzt; dem Hauptmann Cl. Grafen v. Törring-Minucci vom 3. Inf.-Reg. die nachgesuchte Entlassung aus dem Heere bewilligt; dem Oberlieutenant O. Pithan von der Garn.-Komp. Nymphenburg den Charakter als Hauptmann verliehen; den Hauptmann K. Schulze vom 3. Inf.-Reg. auf zwei Jahre in den Ruhestand versetzt; den temporär pens. Unterveterinärarzt L. Lehr auf weitere zwei Jahre im Ruhestande belassen; dem Hauptmann G. Grafen zu Castell vom 3. reit. Art.-Reg. wegen dessen Ernennung zu Allerhöchstihrem Oberhofmeister die Entlassung aus den militärischen Dienst- und Standesverhältnissen ertheilt.

Feuilleton.

Die Pflege der Zähne und des Mundes.

Niemand kann es bestreiten, daß das lieblichste und reizendste Aeußere, ja eine Fülle hoher Schönheit unendlich beeinträchtigt, wohl gar völlig verwischt werden kann — durch den Eindruck schlechter, fehlerhafter, häßlicher Zähne. Und andererseits — selbst ein minder schönes Gesicht, selbst minder regelmäßige Züge werden unendlich gehoben und verschönt durch zwei tadellose Reihen schneeiger Perlenzähne. Zählen wir hierzu die Wichtigkeit guter Zähne für die ganze körperliche — und somit auch für die geistige — Gesundheit, bedenken wir andererseits das Zahnweh als eine der allerärgsten Plagen des Menschengeschlechts — — — dann wird wohl Niemand die Nothwendigkeit der Pflege und Erhaltung seiner Zähne mehr verkennen.

Vielfache Klagen haben es ja genugsam gezeigt, welches Interesse diese Seite der Gesundheitspflege für alle Lebenskreise hat — und darum ergreifen wir mit Freuden die Gelegenheit, darauf recht umfassend eingehen zu können.

In der Einsicht, daß die Klagen des Publikums über immerfort zunehmende Verderbniß der Zähne täglich lauter werden und der Ruf nach Hilfe immer dringender sich hören läßt, hatte der Centralverein deutscher Zahnärzte auf der im Jahre 1861 zu Dresden abgehaltenen Jahresversammlung beschlossen, einen Preis auszuschreiben für die beste populäre Darstellung über die Pflege der Zähne und des Mundes. Den hauptsächlichsten Beweggrund hiezu bildete die Ueberzeugung dieses Centralvereins: daß ein großer Theil des Publikums von der Wichtigkeit der Organe des Kauapparates für die Gesundheit im Allgemeinen nicht gehörig unterrichtet ist und die Mittel zur Pflege und Erhaltung derselben zum Theil nicht kennt, zum Theil nicht gehörig beobachtet, und daß diese Unkenntniß einen großen, wenn nicht den größten Theil der Schuld an der so schnell um sich greifenden Verderbniß der Zähne trägt.

Unter den um diesen Preis werbenden Schriften wurden im Laufe der Zeit mehrere durch anerkennende Zuschriften geehrt, allein wirklich gekrönt mit dem Preise wurde erst auf der Münchener Versammlung im August 1864 das Buch des Zahnarztes Dr. W. Süersen in Berlin, welches der Centralverein deutscher Zahnärzte in Leipzig bei Ernst Keil unter dem Titel herausgegeben hat: Anleitung zur Pflege der Zähne und des Mundes.

Diese Schrift legt das alles ganz umfassend und erschöpfend dar, was für den Mund und die Zähne, deren Pflege, Erhaltung, Heilung und Entfernung, Erneuerung u. s. w. überhaupt wichtig und von Interesse ist. Mit gar nicht genug anzuerkennender Einsicht hat der Verfasser zum Schluß ein Resumé gegeben, ein „Nota bene für diejenigen, welche nur die ersten und letzten Seiten einer Schrift zu lesen pflegen", welches so wichtig ist, daß wir dasselbe den Lesern möglichst vollständig mittheilen wollen:

Der Nutzen der Zähne besteht weder allein darin, daß sie dem Gesicht ein jugendliches und ebenmäßiges Aussehen verleihen, noch auch bloß in dem Einfluß, den sie auf die Tonbildung üben

München, 31. Mai. Die Konferenzen, das Zustandekommen einer Bodensee-Gürtelbahn betreffend, sind zum erwünschten Schlusse gelangt, und die Bestimmungen der getroffenen Vereinbarung sind nun von den Bevollmächtigten der drei Uferstaaten ihren betreffenden Regierungen zur Schlußerklärung darüber vorgelegt worden, um dann, wenn diese eingelangt sein werden, zum förmlichen Vertragsabschluß schreiten zu können. Die Frage der Bodensee-Gürtelbahn wird sonach in Bälde ihre Entscheidung erhalten. (Allg. Z.) (Eine ähnliche Mittheilung veröffentlicht die „Bayer. Z.")

München, 1. Juni. Das erste Buch des Entwurfs einer Prozeßordnung in bürgerlichen Rechtsstreitigkeiten für das Königreich Bayern, wie es sich nach den Beschlüssen des Gesetzgebungs-Ausschusses der Kammer der Abgeordneten in erster Lesung gestaltet hat, ist nunmehr im Druck erschienen.

Am Schlusse eines polemischen Artikels gegen die „Hessische Landeszeitung", welche der „Neuen Frankfurter Zeitung" eine allzugroße Vorliebe und Verehrung für Bayern zum Vorwurfe gemacht hatte, sagt letzteres demokratische Journal: „Es ist uns keineswegs verborgen, daß in Deutschland die Herrschaft eines freiwilligen Systems zu Berlin ganz andere „weitgreifende" Erfolge als die zu München feiern würde. Trotzdem wagen wir die Prophezeiung: wenn im Jahre 1865 ein deutsches Parlament die Kaiserkrone zu vergeben hätte, so möchte König Ludwig II. selbst neben König Wilh:lm I. sich einige Stimmen verdient haben. Natürlich werden wir der „Hessischen Landeszeitung" zugeben müssen, daß die Wahl des Herzens dennoch auf den Herrscher fiele, der Herrn v. Bismarck zum „weitgreif.nden" Oberminister zu besitzen das Glück hätte."

Berlin, 29. Mai. Der jetzt vorliegende Bericht über den Gesetzesentwurf, betreffend den außerordentlichen Bedarf der Marine, beleuchtet die verschieden.n in Frage kommenden technischen Seiten der Flottenerweiterung 2c. in sehr ausführlicher Weise, und er findet auch schon in dieser Beziehung die Grundlagen der Regierungsvorlage so ungenügend, daß auch schon aus diesem Grunde Anstand genommen werden müßte, unter solchen Verhältnissen den geforderten Kredit zu bewilligen. Auf die betreffenden Erörterungen näher zurückzukommen, würde zu weit führen, dagegen ist es zur Kennzeichnung der Stellung des Abgeordnetenhauses zur schleswig-holsteinischen Frage geboten, den interessanten politischen Theil des Berichts wörtlich mitzutheilen. Derselbe lautet wie folgt: „Gegenwärtig steht das Ministerium vor der ungelösten Schwierigkeit der schleswig-holsteinischen Frage. Preußen ist durch den Wiener Frieden in einen Mitbesitz gelangt, den es nicht zu verwerthen vermag. Eine Form der Lösung ist in der gegenwärtigen Vorlage versucht, welche davon ausgeht, daß Preußen im Besitz des Kieler Hafens sei und ihn nicht aufzugeben gedenke, und welche darauf berechnet erscheint, nach Außen hin das Gewicht der preußischen Landesvertretung für die Absichten der Regierung mit in die Wagschale zu werfen. In der Kommission war man allerseits der Ansicht, daß der Besitz des Kieler Hafens für Preußen von höchster Bedeutung, ja für die Entwickelung seiner Marine eine Existenzfrage sei. Man stimmte darin mit der Regierung überein, daß es eine Aufgabe der preußischen Politik sei, mit allen Kräften dahin zu streben, den wirklichen Territorialbesitz des zu dem Kriegshafen und seiner Befestigung nothwendigen Terrains zu erwerben und außerdem Beiträge der Herzogthümer zu den Kosten und der Bemannung der Flotte zu stipuliren. Aber nur Ein Mitglied war der Ansicht, daß die Zustimmung Oesterreichs als Mitbesitzers zunächst genüge. Alle andern Mitglieder kamen darin überein, daß ein rechtlicher Abschluß nur mit den Herzogthümern selbst herzustellen sei, und daß man diese Länder nicht als eroberte und zu vergebende, sondern vielmehr als wieder gewonnene deutsche und zu freier Mitbestimmung über ihr Geschick berechtigte anzusehen habe. Es wurde betont, daß nicht einmal der Wiener Friede, obgleich er schon gegenwärtig dem Lande Kosten auferlege und der Kredit des Staates dadurch in Anspruch genommen werde, der Landesvertretung vorgelegt sei, wie es Art. 48 der Verfassung zu fordern scheine. Aber auch der durch diesen Frieden gewonnene Mitbesitz gebe der Landesvertretung kein Recht, über das preußische Staatsgebiet hinaus Staatsanlagen zu bewilligen, welche ihrer Natur nach eben nur auf preußischem Territorium errichtet werden könnten. Jede Beschlußfassung über solche Dinge liege außerhalb der Kompetenz des Hauses, und dieses letztere könne daher in eine weitere Berathung überhaupt nicht eintreten, bevor nicht ein mit den Herzogthümern selbst abgeschlossener Vertrag vorliege. Der Ministerpräsident betonte, daß die Regierung die feste Absicht habe, den Kieler Hafen zu erwerben und allein zu besitzen. Sie habe auch die Hoffnung, dieß zu erreichen, könne es aber nur im Einverständniß mit der österreichischen Regierung erstreben. Letztere habe unzweideutig zu erkennen gegeben, gegen die ausschließliche Benützung und Erwerbung des Hafens durch Preußen keinen Widerspruch erheben zu wollen. Dasselbe sei bei einer großen Zahl deutscher Regierungen der Fall; einigen gehe sogar Preußen in seinen Forderungen nicht weit genug. Andere freilich betrachten dieß als die äußerste Gränze der vom Standpunkte des Bundesrechts zuzulassenden Konzessionen. Keine deutsche Regierung setze aber einen Widerstand entgegen. Wenn nun die Regierung den Besitz der Kieler Bucht als Bedingung für jede Verständigung betrachte, in welche Preußen eingehen

---

sondern vielmehr noch in ihrer Unentbehrlichkeit beim Kauen, das für die Verdauung so unendlich wichtig ist. Schon mancher Hypochonder und anderer Unterleibskranker ist von seinen Leiden lediglich dadurch geheilt worden, daß er sich seine Zähne hat in Ordnung bringen oder die verlorenen durch künstliche ersetzen lassen. Der Verlust von Zähnen der einen Kinnlade zieht mit der Zeit unabweislich auch den Verlust der gegenüberstehenden Zähne nach sich.

Die Hauptmasse des Zahnes wird durch das „Zahnbein" gebildet, welches an der Krone von dem „Schmelz", an der Wurzel von dem „Cement" umgeben ist. Im Innern des Zahnes befindet sich die „Pulpahöhle" (Pulpa, das Fleisch oder Mark), in welche von jeder Wurzel aus durch den „Wurzelkanal" ein Nerv, von einem kleinen Blutgefäß (Aederchen) begleitet, eintritt. Jede Wurzel wird von der „Alveole" (Zahnhöhle oder Zahnfach) umschlossen, welche durch eine „Beinhaut" (Periost) ausgekleidet ist. Der Schmelz ist härter als das Zahnbein. Jener enthält nur gegen zwölf, dieses dagegen fast vierzig Prozent organischer (leimgebender) Masse. Die übrigen 88, beziehungsweise 60 Prozent sind basische (alkalische) Salze, d. h. solche Stoffe, welche durch Säuren aufgelöst (zerstört) werden.

Man unterscheidet Milchzähne und Bleibezähne. Der Durchbruch der ersteren ist in der Regel gegen Ablauf des zweiten Lebensjahres beendet. Man zählt ihrer 20, und zwar 8 Schneidezähne, 4 Eckzähne, 8 Backenzähne. Gegen das sechste Lebensjahr kommen noch vier neue Zähne (die ersten großen Backenzähne) hinten im Munde zum Vorschein. Sie sind die ersten bleibenden Zähne, die sichtbar werden. Gegen das siebente Jahr beginnt der Zahnwechsel, d. h. das Ausfallen der Milchzähne und ihr Ersatz durch bleibende. Dieser Umtausch (auch die zweite Dentition genannt) ist gewöhnlich um das elfte Lebensjahr beendigt. Etwa im zwölften Jahre kommen wieder vier neue Zähne, die zweiten großen Backenzähne, und noch später — meist zwischen dem sechzehnten und vierundzwanzigsten Jahre — die dritten großen Backenzähne, auch Weisheitszähne genannt. Sie vervollständigen die Zahl 32.

Die Milchzähne sollen der Regel nach durch ihre Stellvertreter selbst gelockert und ausgestoßen werden. Einen noch festsitzenden Milchzahn soll man nur in ganz bestimmten und dringenden Fällen künstlich entfernen. Dem Schiefstande der bleibenden Zähne läßt sich durch rechtzeitige kunstgemäße Hilfe beinahe in allen Fällen vorbeugen oder abhelfen. Zu keiner Zeit des Lebens ist eine so häufige sachverständige Untersuchung des Kau-Apparats nöthig, als während des Zahnwechsels. Je fester ein Zahn ist und je freier von Bildungsfehlern, desto länger widersteht er äußeren Einflüssen. Beim Hohlwerden der Zähne (der natürlichen wie der künstlichen) machen sich chemische Gesetze geltend. Säuren und Fäulniß sind die beiden unmittelbaren Ursachen desselben. Ursprünglich mangelhafte Bildung des Schmelzes und mechanische Gewalt, die den Schmelz verletzt, sind vorbereitende (prädisponirende) Ursachen für das Hohlwerden der Zähne. In jedem hohlen Zahn bilden sich pflanzliche und thierische Schmarotzer (lebende Algen oder Pilze und Vibrionen), die auch ihrerseits den cariösen Prozeß bedeutend fördern. Die den Zähnen verderbliche Säure kommt entweder schon fertig gebildet als Säure in den Mund, oder sie bildet sich dort erst durch Substanzen, welche längere Zeit daselbst verweilen, oder sie ist in den natürlichen Absonderungen der Mundhöhle enthalten, wenn diese krankhaft verändert oder regelwidrig gemischt sind.

(Schluß folgt.)

Vermischtes.

Ein nicht häufig anzutreffendes Buch: „Dictionnaire d'anecdotes" (Amsterdam 1767) bringt folgende Mittheilungen,

Digitized by Google

könnte, so müsse sie einen großen Werth darauf legen, daß auch der Landtag sich in diesem Sinne ausspreche. Der Beschluß des Landtags könne der Regierung helfen, er könne sie hemmen in ihren Bestrebungen. Wünschenswerth sei es daher, daß ein einstimmiges Votum des Landtags den festen Entschluß dokumentire, daß Kiel für Preußen erhalten werden müsse. Ohne Zustimmung der Landesvertretung wäre es ein schlechter Besitz, da es nicht eingerichtet und befestigt werden könnte. Möge man daher den Feldherrnstab über die Mauer werfen! Die Regierung müsse wissen, ehe sie mit aller Entschlossenheit, welche keine Umkehr kenne, auf Kiel losgehe, ob der Landtag hinter der Regierung stehe. Auf die Frage, ob man diese Forderung auch im Wege des Zwanges durchzusetzen gewillt sei, antwortete der Ministerpräsident, er müsse die Frage in der Allgemeinheit, wie sie gestellt sei, verneinen. Man wolle die Erwerbung nicht unter dem Protest der Bevölkerung, aber unter allen Umständen werde man gewisse, für die Sicherung, Machtstellung und maritime Bedeutung Deutschlands nothwendige Bedingungen festhalten. Man habe jetzt von Neuem und bestimmt die Einberufung der Vertreter der Herzogthümer in Wien beantragt und glaube, daß die österreichische Regierung sich dem nicht entziehen könne; man bedürfe aber der rechtlichen Zustimmung Oesterreichs; die Zustimmung der Bevölkerung sei rathsam. Den Besitzstand werde man auch gegen den Willen der Bevölkerung festhalten. Ein Bruchtheil der deutschen Nation dürfe über sich nicht in der Art verfügen, daß die Sicherheit der Gesammtheit dadurch beeinträchtigt werde. Bis jetzt habe Oesterreich sich willfährig gezeigt, die preußische Forderung in Beziehung auf Kiel anzuerkennen; die gegenwärtige Vorlage greife seiner Entscheidung nicht vor, da es sich nur um Kommunikationen zwischen zwei preußischen Behörden handle, die sich der internationalen Erörterung entziehen. Kompensationen seien bis jetzt nicht gefordert; ob sie in der Zukunft hervortreten würden, sei abzuwarten. (Schl. f.)

Aus **Langensalza** unterm 23. Mai geht der „Nordhäuser Zeitung" über den dort vorgekommenen Militärexzeß folgende weitere Mittheilung zu: „Am Sonntag, Nachts zwischen 12 und 1 Uhr, ist ein Taglöhner, Namens Schmidt, im Blauen Hause, einem Tanzlokal, wo gewöhnlich Arbeiter und Soldaten verkehren, von einem der letztern erstochen worden. Der Mann verläßt an der Seite seiner Frau den Saal, um nach Hause zu gehen, und in dem Augenblick wird er von Soldaten überfallen, gehauen und gestochen, so daß er in den Saal zurücktaumelt und todt niederstürzt. Die Frau, hochschwanger, welche ihrem Manne zur Seite steht, wird niedergeworfen, mit Fußtritten traktirt und hat ebenfalls zwei Stiche erhalten; außerdem hat ein junger Mann zwei Hiebe über den Kopf erhalten und neun Stiche, von denen sieben nur durch die Kleider gegangen, zwei jedoch, der eine in die Brust, der andere in den Unterleib gedrungen sind. Die Untersuchung ist eingeleitet; zwölf Ulanen wurden gestern, als sie vom Exerziren nach Hause zurückkehrten, sogleich in Arrest geführt.

Baden. Ueber den Stand der Verhandlungen zwischen Regierung und Kurie, welche bekanntlich durch die Abreise des erzbischöflichen Bevollmächtigten einen vorläufigen Abschluß erhalten haben, läßt sich eine ministerielle, vielleicht offiziöse, Stimme im „Schw. M." wie folgt vernehmen: „Wie man hört, ist für's Erste das Ziel einer Verständigung nicht erreicht, ja es scheint sogar der Gegensatz der einander gegenüber stehenden Auffassungsweise durch die Besprechungen sehr bestimmt hervorgetreten zu sein. Die Kurie wünscht Garantie für den konfessionellen Charakter der Volksschulen dadurch zu erhalten, daß sie bei Besetzung der nach ihrer Ansicht nothwendig konfessionellen Schulbehörde in irgend einer Weise mitzuwirken hätte, während die Regierung nach ihren politischen Maximen, die durch das Kirchen- und Schulaufsichtsgesetz zu staatsrechtlich verpflichtenden Grundsätzen erhoben worden sind, ein irgendwie geartetes Eingreifen der Kirche in den staatlichen Schulorganismus nicht zugeben kann. Gleichwohl dürfte die Aussicht auf eine Verständigung näher gerückt sein. Die Kurie wird erkannt haben, daß sie auf dem von ihr gewünschten Wege keine Erfolge zu erwarten hat, daß dagegen die Absicht der Regierung wirklich und ohne Hintergedanken auf die Erhaltung der konfessionellen Volksschulen in dem historisch gegebenen Sinne gerichtet ist, und daß es demnach keine Schwierigkeiten bieten kann, den Kirchenbehörden zu den staatlichen Schulbehörden eine Stellung einzuräumen, nach welcher die ersteren in den Stand gesetzt sind, die kirchlich religiösen Interessen in der Volksschule wirksam zu vertreten. Nach klarer Erkenntniß der Sachlage wird es nicht ausbleiben, daß die Macht der Thatsachen im Bunde mit beiderseitigem guten Willen zu dem Ziele einer Verständigung führe."

Kiel, 30. Mai. Die Dorfschaft Laboe, am östlichen Ufer unserer Hafenbucht, nahe der Mündung gelegen, hat gegen die von preußischen Ingenieuren ohne Weiteres auf ihren Feldern in Angriff genommenen Vermessungsarbeiten protestirt, eine Beschwerdeschrift aufgesetzt und diese durch eine Deputation an die oberste Zivilbehörde entsendet. Dem Vernehmen nach ist die Deputation von Hrn. v. Halbhuber empfangen worden. (H. C.)

Nordschleswig. Nach einem in unterrichteten nordschleswig'schen Kreisen verbreiteten Gerücht soll der kaiserl. österreichische Civilkommissär Frhr. v. Halbhuber in neuerer Zeit einigen Nordschleswigern in Beziehung auf die Nationalitätsfrage erklärt haben, daß von einer Abtretung Nordschleswigs nicht die Rede sein könne, so lange das Kaiserreich Oesterreich existire.

---

welche in neuester Zeit besonderes Interesse gewinnen dürften. Im Jahre 1714 kamen zwei Engländerinnen nach Versailles. Sie erschienen im Juni, um König Ludwig XIV. zu Abend speisen zu sehen. Kaum waren sie eingetreten, als alle am Souper anwesenden Personen über die kleinen Frisuren dieser Damen erstaunt, so großes Geräusch machten, daß der König darauf aufmerksam wurde. Man erwiderte ihm auf seine Frage, es wären zwei außerordentlich frisirte Damen da, welche den König zu sehen sich beehrten, und als nun dieser die Fremden betrachtet hatte, sagte er zu den anwesenden Herzoginnen, so sei es recht, und wenn alle Damen vernünftig wären, würden sie sich alle so frisiren lassen. Er sprach dieses in einem Tone, daß man daraus schließen mußte, die Frisur gefalle ihm ausnehmend, und was da nun zu thun? Die Damen ließen die ganze Nacht durch an ihren Kopfputzen arbeiten, welche damals dreistöckig waren und durch Drähte zusammengehalten wurden. Es blieb nur ein Stockwerk, und auch dieses rasirten sie zur Hälfte. So begaben sie sich zur Messe mit einem Ernst, der ihnen sehr schwer ankam. Als der König die Kapelle verließ, sprach er seine Befriedigung darüber aus, und daß sie niemals besser frisirt gewesen wären. So ging diese Mode vom Hofe auf die Stadt, von da auf die Provinz über. Gleichzeitig kamen auch die Vertugadins auf, allein man gab ihnen den neuen Namen Panier (Korb), was um so mehr beliebt wurde, als ein vor einigen Jahren gestorbener Jurist denselben Namen führte. Man pflegte darnach zu sagen: „Bringt mir meinen Raquetenmeister." Die schon erwähnten Engländerinnen erschienen zwei Tage später in solchen Unterkleidern. Sie gingen in der großen Allee der Tuilerien spazieren, und bei dem gewaltigen Umfange ihrer Unterröcke, welche durch Fischbeinreife gehalten wurden, erregten sie das Aufsehen so sehr, daß sie fast erdrückt wurden. Zu jener Zeit standen auf beiden Seiten der großen Allee Palisaden von Bäumen, und ein Offizier der Musketiere wußte ihnen nicht anders zu helfen, als daß er sie durch diese in die Orangerie der Tuilerien brachte, wo er wohnte. Man hielt dieses Kostüm für allzu unsittlich, als daß man die Reifröcke wieder hätte einführen mögen, im Winter 1714 wagten es die Schauspielerinnen auf den Theatern, die eleganten Damen trugen dann piquirte Crinolinen und dann entstanden daraus die „Criardes", von grober Leinwand, mit Falten um die Hüften. Im Sommer 1716 herrschte eine gewaltige Hitze, und von da ab wurde die Mode allgemein. Zwei Damen trugen die Reifröcke erst im Hause, dann Abends in den Tuilerien, in die sie sich durch die Orangerie begaben, und allmählig machte es eine Dame der andern nach. Zur Zeit der französischen Revolution nannte man diese Röcke wieder Paniers, wie aus dem Faublas erhellt, und jetzt sind es wieder Crinolinen.

(Nr. 19.) **Zweisylbige Charade.**

Das Erste ist in Deutschland ein Mann,
In Paris und Rom zieht's den Weiberrock an;
Auch wechselt es oft seine Körpergestalt,
Schlank ist es als jung, dick ist es als alt.
Das Zweite, eine junge Person,
Wird getödtet oft in der Kindheit schon.
Sein zartes Fleisch thut man sehr gutiren,
Wird's älter, muß es seinen Namen mutiren.
Das Ganze sollte was Vorzügliches werden,
Doch verdarb es, ehe es kam auf Erden.

Auflösung der Homonyme Nr. 18: Der Patron
Die Patrone.

---

verlangen, daß ich in dieser Frage mich ergehe; ich begnüge mich, eine Erinnerung hervorzurufen. Wir haben ein deutsches Parlament gesehen; haben sich etwa die Gegensätze, an denen die bisherigen Versuche zur Lösung der deutschen Frage gescheitert sind, nicht vorgefunden? und wenn wir die Entwicklung der Volksvertretung in den einzelnen Staaten seit jener Zeit in's Auge fassen, finden wir, daß in dem Augenblicke eine so große Macht sich bilden würde, daß alle jene in den objektiven Verhältnissen liegenden Hindernisse verschwinden würden? Herr Antragsteller ging ferner von der Besorgniß aus, daß wir auf anderem Wege nicht zum Ziele kommen, ja Gefahr laufen würden, gedemüthigt zu werden und eine Niederlage zu erleiden. Aber ich theile diese Besorgniß nicht, wenigstens nicht in dem hohen Grade, und ich traue auch auf die Kräfte, die uns zu Gebote stehen, um auf dem im Ausschußantrage bezeichneten Wege nach dem Ziele zu wirken. Wir sind allerdings, wenn man blos zählt, in der Minorität; aber unserer Minderzahl steht eine Macht zur Seite, auf die ich mein ganzes Vertrauen habe, das ist die Macht des Rechtes. Sie ist von großer Bedeutung, Gottlob, wenigstens im deutschen Lande. Dieses Vertrauen ist auch auf praktische Vorgänge und zwar in der Geschichte dieser Frage selbst begründet. Hat sich nicht die Macht des Rechtes in ihr eben dann wieder erprobt und bewiesen, als fast alle daran zu verzweifeln sich genöthigt fühlten? Nachdem im Dezember vor. Jrs. die Majorität des Bundes sich dahin ausgesprochen hatte, daß der Bund in Holstein und Lauenburg Nichts mehr zu thun habe, wer hätte geglaubt, daß 4 Monate nachher die Majorität ihre Ueberzeugung aussprechen werde, daß Holstein dem rechtmäßigen Herzog Friedrich von Augustenburg gehöre? Angesichts eines solchen Sieges des Rechts gerade in dem Augenblicke, wo aller Anschein dagegen war, begründet sich mein Vertrauen, daß das Recht zum Siege gelangen wird, wenn wir auch nur dieses für sich haben werden. Was die Wege anlangt, die zunächst einzuschlagen sein werden, so stimmt die Regierung mit den Ansichten Ihres Ausschusses vollkommen überein. Gegenüber den verschiedenen Anschauungen über das Recht, gegenüber den Streitigkeiten, die man erhoben hat, ist bisher eine Stimme noch nicht gehört worden, eine wesentlich berechtigte, ohne deren Mitwirkung die definitive Lösung der Frage nicht möglich ist, die Stimme des Landes selbst, seiner Vertreter, seines Fürsten. Nun ist ja von allen Seiten anerkannt, daß man die Vertreter berufen und hören muß. Es besteht allerdings noch Ungewißheit, in welcher Form, auf welchem Wege die Landesvertretung zu berufen ist; dem Hauptgedanken gegenüber hat diese Frage eine untergeordnete Bedeutung. Wenn wahr ist, wovon wir Zeugniß geben können, daß das Rechtsbewußtsein so tief begründet ist, wie wir es gesehen haben, so wird es für den praktischen Erfolg ganz gleich sein, in welcher Form die Vertreter berufen werden. Glauben Sie nicht, daß wir mit Unterschätzung der Schwierigkeiten an die Lösung dieser Fragen gehen; wir unterschätzen diese nicht und überschätzen auch unsere eigenen Kräfte nicht, wir haben den Erfolg nicht so in der Hand, daß darüber kein Zweifel mehr besteht. Aber über Eines sind wir klar und gewiß: „Wir wollen das Recht, aber auf einem Wege, welcher den Frieden, die Eintracht, die Einigkeit Deutschlands im Innern und darum seine Kraft nach Außen nicht gefährdet, sondern fördert und das beste Mittel dazu wird eine allseitig befriedigende Lösung der schleswig-holsteinischen Frage sein."

Wien, 3. Juni. Ein Artikel der offiziösen „Oesterr. Ztg." konstatirt, daß Oesterreich zunächst noch als Bundespräsidialmacht eine Lösung der *Herzogthümerfrage* im deutschen Gesammtinteresse anstrebe und deshalb auf eine rasche Entscheidung verzichten müsse. Sollte von dieser Stellung aus für Oesterreich die Lösung unerreichbar sein, dann müßte es nunmehr vom speziellen Großmachtsstandpunkte aus eine seinen Rechten, Pflichten und Interessen entsprechende Lösung anstreben, wo dann die Bestimmtheit und Schnelligkeit der Entschlüsse der kaiserlichen Regierung nichts zu wünschen übrig lassen würden.

Wien, 3. Juni. Der „Botschafter" weist die von einer Berliner Korrespondenz vom 30. Mai in der „Weserzeitung" gebrachte Nachricht, wonach in nächster Zeit über die Gesammtbeziehungen zwischen Oesterreich und Preußen umfassende Verhandlungen, insbesondere gemeinsame Maßregeln gegen den Parlamentarismus, stattfinden sollen, als gänzlich grundlos zurück.

Berlin, 2. Juni. Der Großherzog von Oldenburg hat den gegenwärtigen Augenblick wahrgenommen, um in Berlin seine Kandidatur mündlich zu empfehlen. Nach einer mehrstündigen Konferenz mit Hrn. v. Bismark wohnte derselbe gestern der Sitzung des Abgeordnetenhauses bei und begab sich dann nach Schloß Babelsberg zur königlichen Tafel. Inwieweit seine Hoffnungen auf dem schleswig-holsteinischen Thron bei dieser Gelegenheit gestärkt worden sind, ist vorläufig noch zweifelhaft.

(Schluß des politischen Theils des Berichtes über den Gesetzentwurf, betr. den außerordentlichen Bedarf der Marine.) In den späteren Sitzungen hielt der Kommissär des Ministeriums der auswärtigen Angelegenheiten diesen Standpunkt immer noch aufrecht, ohne etwas wesentlich Neues hinzuzufügen. Preußen bestehe nach wie vor auf seinen Forderungen, welche kein Gegenstand des Marktens und Handelns seien. Eine unbestimmte Anweisung auf die Zukunft, ob die Herzogthümer auch nach ihrer Konstituirung guten Willen und Dankbarkeit besitzen werden, könne man nicht annehmen. Ehe die Regierung ihre Zustimmung gebe, müsse sie Bürgschaften haben. Sie habe ihr Recht von Christian IX. überkommen, der unzweifelhaft im Besitz war, und dessen Recht sich auf das Thronfolgegesetz vom 31. Juli 1853, insofern es in den Herzogthümern publizirt ist, stützte. Bis ein besseres Recht nachgewiesen wird, sei die Regierung entschlossen, nicht zu weichen; bis jetzt sei ein besseres Recht nicht nachgewiesen. Wenn man die Stände berufe, so geschehe es, um sich vorher mit ihnen zu verständigen und bei ihnen eine Ueberzeugung von der Nothwendigkeit einer nach allen Seiten hin befriedigenden Einigung hervorzurufen. Die Verhandlungen mit Oesterreich sind inzwischen nicht wesentlich vorgerückt. Ein Mitglied der Kommission schloß sich der

---

sogenanntem nervösen Zahn- oder Gesichtsschmerz, Zahnreißen, Ohrenreißen, Kopfrheumatismus, und wie man immer das Uebel nennen mag, ist irgend ein kranker Zahn die Ursache des Leidens. Dieß verschwindet vollständig, sobald der Zahn ausgezogen oder in anderer, dem Befunde entsprechender Weise einer Behandlung unterworfen ist. Hier ist jedesmal eine recht genaue Untersuchung der Zähne das erste Erforderniß.

Die Angst vor dem Ausziehen der sogenannten Augenzähne, „weil das Auge dadurch beschädigt werden könnte", *ist durchaus unbegründet*. Die Augenzähne stehen mit dem Auge in keiner näheren Verbindung, als jeder andere Zahn. *Zahnfisteln* haben ihren Ursprung nicht allein in den unteren, sondern auch in den oberen Zähnen. Durch *rechtzeitiges*, kunstgerechtes Einschreiten verhütet man ihre Bildung ganz sicher. Dauernde Heilung jeder Zahnfistel ist durchaus unmöglich, so lange nicht der sie veranlassende Zahn (oder die Wurzel, „Stubben" genannt) ausgezogen worden. Die soweit verbreitete Ansicht, daß ein Zahn bei noch bestehender Geschwulst nicht ausgenommen werden dürfe, entbehrt jeglichen Grundes. Ein Zahn, dessen Entfernung überhaupt geboten ist, soll stets, je eher je lieber, ausgezogen werden, mag sich Geschwulst eingestellt haben oder nicht.

Um die Zähne gesund zu erhalten, sind erstens die oben bezeichneten prädisponirenden Ursachen so viel als thunlich zu vermeiden. Ferner läßt sich als erste Generalregel für die Zahnpflege der Satz aufstellen: „Sorge stets für die gründlichste Reinlichkeit des Mundes und bediene Dich zum Reinigen solcher Mittel, welche Säuren unschädlich machen (Alkalien, z. B. gebrannte und präparirte Austernschalen). Auch Kinder soll man schon früh an den Gebrauch der Zahnbürste gewöhnen. Das Bürsten soll nicht quer über die Zähne hin, sondern in der Richtung der Zähne selbst geschehen, so daß die oberen Zähne von oben nach unten, die unteren von unten nach oben gebürstet werden. Man soll sich ferner nicht damit begnügen, nur die Außenseite zu bürsten. Auch den Kauflächen und der inneren, dem Munde zugekehrten Seite der Zähne gebührt dieselbe Aufmerksamkeit. Ebenso wichtig, wie das Reinigen der Zähne nach dem Aufstehen, ist dasselbe vor dem Schlafengehen. Nach der Mittagsmahlzeit soll man, wenn Zeit und Gelegenheit zum Bürsten fehlt, wenigstens den Zahnstocher gebrauchen und den Mund gründlich ausspülen.

Als Zahnreinigungsmittel ist jede reine Seife zu empfehlen. Solcher Art ist die „medizinische Seife", die jede Apotheke unter diesem Namen verkauft. Den verschiedenen als Zahnseifen und Zahnpasten empfohlenen Präparaten sind zur Verbesserung des Geschmackes gewöhnlich ätherische Oele beigemischt, die im Uebrigen indeß keinen Werth haben. *Ein zweckmäßiges Zahnpulver* ist u. A. *reine Schlemmkreide*. Man kann ihr Substanzen zusetzen, die das Zahnfleisch festigen, außerdem durch beliedige ätherische Oele, um dem Zahnpulver guten Geschmack und Geruch zu verleihen. *Schwarzes Zahnpulver* (Kohle), so angemessen es bei seiner fäulnißwidrigen Wirkung sein würde, ist doch wegen anderer Eigenschaften *nicht zu empfehlen*. Durch leicht blutendes Zahnfleisch soll man sich von dem tüchtigen Gebrauch der Bürste nicht abhalten lassen. Die sogenannten Zahntinkturen bestehen gewöhnlich aus zusammenziehenden

Auffassung der Regierung insofern an, als es die Vereinbarung mit dem Kondominus Oesterreich für ausreichend erachtete. Sei der Kondominus einverstanden, und wollten die Herzogthümer dann dasjenige nicht, was im nationalen Sinne durchaus nöthig sei, so müsse man ihnen das Recht über dem Kopf wegnehmen. Das Recht müsse man an sich wohl respektiren, aber der Berechtigte dürfe sich auch nicht zu sehr auf den formell juristischen Standpunkt stellen. Die preußischen Forderungen seien durchweg berechtigt; neben Kiel sei Sonderburg dringend wichtig, damit nicht die Ereignisse von Düppel und Alsen sich gelegentlich wiederholten. Gehe die Regierung in diesem Sinne fest vor, so sei er bereit, hinter ihr zu stehen, und er wolle daher schon jetzt erklären, daß er eine erste Rate für die Kieler Hafenanlage bewilligen wolle, um der Regierung für den Fall des Erwerbes sofort den Bau möglich zu machen. Gegen eine Anleihe erklärte auch er sich. Alle übrigen Mitglieder sprachen sich gegen die Auffassung der Regierung aus. Es sei eine seltsame Zumuthung, sich gleichsam durch einen Annektirungsbeschluß im Voraus einverstanden zu erklären nicht blos mit den Zwecken, sondern auch mit den Mitteln, welche es der Regierung etwa gefallen würde, in Anwendung zu bringen. In einen solchen Gesetzesentwurf könne man keine völkerrechtlichen Beziehungen hineintragen. Erkenne man auch die relative Nothwendigkeit des Erwerbes von Kiel an, so frage es sich noch, wie derselbe zu erreichen sei. Gegenüber einem deutschen Lande und einer deutschen Bevölkerung könne man sich nicht auf das nackte Recht der Eroberung stellen. Im gegenwärtigen Augenblick könne die Landesvertretung der Regierung gegenüber höchstens so weit gehen, daß sie ihre Zustimmung in gewissen Zielen der preußischen Politik zu erkennen gebe; aber es sei ein wesentlicher Unterschied zwischen einem solchen Ausdruck der Sympathie und der Betheiligung an dem Bestreben, das gewünschte Objekt möglicherweise durch Zwang oder Gewalt zu erwerben. Wie groß der Werth einer Zustimmung der preußischen Landesvertretung auch für die auswärtige Politik der Regierung sei, das habe die Geschichte der Zollvereinsverträge deutlich gezeigt, wo die Regierung sicher nicht zu dem gewünschten Abschlusse gekommen wäre, wenn nicht die ganze liberale Meinung Deutschlands und das einstimmige Votum des preußischen Landtags die Regierung vorwärts getrieben hätte. Auch in der schleswig-holsteinischen Frage habe die Regierung, was sie erreicht, nur der Richtung des öffentlichen Geistes und der Zustimmung des Landtags für die Loslösung der Herzogthümer zu danken; in allen Punkten, wo sie ihre eigenen Plane verfolgt habe, komme sie nicht vorwärts. Eines Zwanges der schleswig-holsteinischen Bevölkerung für alle guten und rechten Forderungen Preußens bedürfe es gar nicht. Die Einwirkung des Sechsunddreißiger-Ausschusses und einiger Mitglieder des preußischen Abgeordnetenhauses hätte alle nöthigen Konzessionen von der bis jetzt einzig möglichen Vertretung der öffentlichen Stimme der Herzogthümer, den Delegirten der schleswig-holsteinischen Vereine, erreicht, und es sei bekannt, daß auch der Herzog einer billigen Vereinbarung ganz geneigt sei. Aber man müsse endlich ein festes Programm festhalten und Alles daran setzen, dem Provisorium in den Herzogthümern ein schnelles Ende zu machen. Das sei eine Pflicht gegen die Herzogthümer, die doch nicht deßhalb von Dänemark abgelöst seien, um nunmehr ein Spielball der diplomatischen Willkürlichkeiten preußischer und österreichischer Staatsmänner zu sein. Zu einem rechtlichen Abschluß könne man nicht gelangen, bevor man die Konstituirung des Landes habe vor sich gehen lassen; um Verträge zu schließen, bedürfe es legitimer Kontrahenten. Als solche seien Preußen und Oesterreich nicht zu betrachten, da sie ihr Recht von einem Nichtberechtigten herleiteten. Insbesondere wurde aber hervorgehoben, daß die Bewilligung von Geldern für den Kieler Hafen nicht eher Gegenstand der Beschlußfassung des preußischen Landtags werden könne, ehe nicht das betreffende Territorium im Sinne des Artikels 2 unserer Verfassung für Pr. Preußen gewonnen sei, und daß im gegenwärtigen Augenblick gar keine Berechtigung für die preußische Landesvertretung existire, für derartige Anlagen auf fremdem Gebiet Verpflichtungen zu übernehmen. Wolle man schon gegenwärtig der Regierung Geld für den Kieler Hafen bewilligen, so begäbe man sich auf eine höchst gefährliche Bahn. Das sei nicht der Weg, den Se. Majestät durch die Worte bezeichnet habe: Die Welt solle wissen, daß Preußen überall für das Recht eintrete. Ebenso starke Gründe, wie Preußen jetzt für etwaige Annexirung in Schleswig-Holstein anführen könne, habe Frankreich bei der Losreißung Savoyen's und Nizza's gehabt. Wohin eine solche Politik führen könne, sei unabsehbar. Wolle man aus gewissen Zweckmäßigkeitsgründen die Herzogthümer zwingen, so würde es konsequent sein, auch Oesterreich zu zwingen, aber hier scheine es fast, als wolle man vor dem Starken zurückweichen. Wären unsere inneren Zustände mehr verlockender Art, so würden wir längst am Ziele sein; von dem gegenwärtigen Ministerium sei vielmehr zu besorgen, daß es die Stimmung in den Herzogthümern mehr und mehr gegen uns kehren werde. Soweit der politische Theil des Berichts. Die Abstimmung in der Kommission ergab sodann die Ablehnung des Amendements und zuletzt die einstimmige Ablehnung der Regierungsvorlage.

In der Sitzung des Abgeordnetenhauses vom 1. Juni kam die Marinevorlage zur Verhandlung. Für den Gesetzentwurf sind fünf Redner eingezeichnet (v. Gablenz und v. Vincke und 3 Feudale), gegen denselben 13 Redner. Ein eventueller Antrag von Wagener und Genossen will Gewährung der Mittel für Befestigung und Einrichtung des Hafens von Kiel und der Jahde-Etablissements, sowie für Erweiterung der Marine, in jährlichen Raten, und demgemäß Bewilligung der treffenden Rate für 1865. Abg. **Wagener** als erster Redner erblickt in der Verweigerung des Geldes ein Heranstreifen an einen parlamentarischen Staatsstreich, eine Gefährdung Preußens in den Elbherzogthümern, ja in Europa. Preußen **müsse** Kiel behalten, daher seien alle Einreden unberechtigt. Die Regierung habe in dieser Frage das Land hinter sich, das Land werde genehmigen, daß die Regierung die hier etwa verweigerten Mittel sich selbst verschaffe. („Ich nehme die

---

und aromatischen Mitteln; sie leisten sämmtlich, sobald sie zweckmäßig zusammengesetzt sind, ziemlich dasselbe, wenn auch in Beziehung auf Farbe und Geschmack ein Unterschied stattfindet. Derartige Anpreisungen, unter außergewöhnlichen Versprechungen, sollte man, um der Charlatanerie nicht Vorschub zu leisten, grundsätzlich unbeachtet lassen!

Das beste bis jetzt bekannte Mittel gegen üblen Geruch aus dem Munde ist das übermangansaure Kali. Die zweite Generalvorschrift für eine vernünftige Zahnpflege ist die periodisch wiederkehrende recht gründliche Untersuchung des gesammten Zahnapparates durch den Zahnarzt. Je eher ein kranker Zahn in Behandlung kommt, desto besser für den Patienten! Gegen beginnende Caries vermag die Zahnheilkunde auf zweierlei Art Hülfe zu schaffen, nämlich durch Feilen und Ausfüllen. Die zuerst erwähnte Operation ist eines dauernden Erfolges weniger sicher, als die zweite. Feilen, ohne fortgesetzte Sorgfalt bei der späteren Reinigung von Seiten der Patienten selbst, würde sicher mehr schaden, als nützen können. Gedrängt stehende gesunde Zähne zu feilen, um ihr Hohlwerden zu verhüten, ist eine durchaus verwerfliche Maßregel.

Die Operation des Ausfüllens hohler Zähne ist, wenn sie ihren Zweck erreichen soll, an zwei Bedingungen gebunden. Erstens muß alle kranke Zahnsubstanz entfernt werden, zweitens muß die Füllung einen vollkommen luft- und wasserdichten Verschluß gewähren. So lange es der Chemie nicht gelingt, eine im Munde unveränderliche plastische Masse darzustellen, die sich der Zahnfarbe nähert, kann man das Gold als Ausfüllungsmaterial für hohle Zähne nicht entbehren. Alle anderen zeither gebräuchlichen Stoffe, die ihm an Dauerhaftigkeit einigermaßen nahestehen (namentlich die sogenannten Amalgame) nehmen mehr oder weniger im Munde eine so dunkle Farbe an, daß sie höchstens für Oeffnungen in den Backzähnen zu empfehlen sind. Das Ausfüllen hohler Zähne ist nur dann schmerzhaft, wenn der cariöse Prozeß bereits bis zum Nerv gedrungen. Je eher der Zahn ausgefüllt wird, desto besser! Wenn der Nerv schon bloßliegt und nicht mehr zu erhalten ist, so kann man ihn durch eine Aetzpaste tödten und muß ihn dann vor dem Füllen der Höhle aus dem Zahne entfernen. Bei irgend welchen regelwidrigen Erscheinungen, die etwa nach dem Ausfüllen von schon sehr schlechten Zähnen auftreten, soll man den Zahnarzt sofort wieder zu Rathe ziehen

Es ist durchaus nicht unwichtig, auch Milchzähne rechtzeitig auszufüllen. Aus mehrfachen Gründen wird man hierzu jedoch kein Gold nehmen. Ein gut ausgefüllter Zahn ist einem gesunden völlig gleich zu achten. Ebenso, wie jener hohl wird, kann auch dieser natürlich von Neuem hohl werden. Um das neue Uebel zu rechter Zeit zu entdecken, ist auch hier die periodisch wiederkehrende Untersuchung der Zähne durch den Zahnarzt nicht zu vernachlässigen. Ausgefüllte Zähne haben sorgfältiges Reinhalten eben so nöthig (wenn nicht nöthiger), als gesunde Zähne. Ein hohler Zahn, der sich in keiner Weise mehr ausfüllen läßt, soll stets so schleunig als möglich ausgezogen werden!

In diesen obigen Regeln und Bemerkungen haben wir eine vollständige Uebersicht alles dessen vor uns, was für die Zähne, Zahnpflege u. s. w. überhaupt von Bedeutung und Wichtigkeit ist.

Mittel, wo ich sie finde", wie Herr von Bismark im vorigen Jahre sagte.) Abg. v. Carlowitz (der ausgeprägteste Repräsentant des Gothaerthums im Hause) bringt eine Resolution ein, wonach das Haus dem gegenwärtigen Ministerium, weil es das Budgetrecht des Abgeordnetenhauses mißachtet, zwar keine Anlehen bewilligen kann, jedoch die Erwerbung des Kieler Hafens sammt Betheiligung der Herzogthümer an Kosten und Bemannung der preußischen Flotte 2c. als berechtigte Forderungen anerkennt und, „sobald jene Erwerbung durch schleunigst herbeizuführende Verständigung mit den Herzogthümern festgestellt ist", den weiter entsprechenden Vorlagen der Regierung entgegensieht. Abg. Michaelis: So lange das Ausgaberecht nicht faktisch werde, so lange sei auch das Haus nicht kompetent, Kredite zu bewillegen. Die auswärtige Politik könne nur kräftig sein, wenn innerer Frieden bestehe. Die jetzige schiefe Lage in den Herzogthümern sei die natürliche Folge des Verfassungskonflikts. Die Aufgabe einer gesunden preußischen Politik sei es, daß vor Konstituirung der Elbherzogthümer eine unlösliche Verbindung Preußens mit ihnen in maritimer, militärischer und finanzieller Beziehung festgestellt und gesichert werde. Abg. Löwe: Die Anleihe sei zu verweigern, ganz abgesehen von dem Verfassungskonflikt, von der allgemeinen Politik der Regierung, rein in Betracht des vorliegenden speziellen Planes, mit preuß. Mitteln deutsche Zwecke zu verfolgen und die preuß. Kräfte auf das höchste Maß auch in maritimen Sachen anzuspannen, nachdem man sie schon beim Landesheer überspannt habe. Redner ging hierauf auf eine ausführliche Kritik der auswärtigen Politik des Herrn v. Bismark ein. Es sei schwer, nachdem man das innere Staatsleben unterbunden, die Früchte eines Krieges, die der Staat verdient, zu pflücken. So lange die Wege der Regierung unklar seien, so lange müsse das Haus mit jedem Ausspruch, der es direkt oder indirekt mit der Politik dieses Ministeriums associire, äußerst zurückhaltend sein. Hierauf ergriff das Wort Herr v. Bismark, dessen Rede wir vorgestern in der Rundschau des „Anz." auszugsweise mitgetheilt haben. Auf den Minister folgte Herr v. Vincke, der sich für Genehmigung der Vorlage erklärte, aber den Weg der Anleihe nicht für thunlich hielt. Abg. v. Benda: Für die Bewilligung der Anleihe fehlten alle Bedingungen; weder sei Gefahr im Verzug, noch lägen positive Angaben für die Verwendung der Anleihe vor. Der hierauf folgende konservative Abgeordnete v. Nitsche-Kollande zog sich durch die Aeußerung, es werde der Mehrheit des Hauses nicht mehr lang gelingen, das Volk zu täuschen, einen Ordnungsruf zu. Nachdem noch Harkort gegen und Graf Wartensleben für die Vorlage gesprochen, — Letzterer mit der Versicherung, die Ablehnung derselben werde einen Schrei der Entrüstung durch Europa über das Haus hervorrufen, während dieses, wenn es durch Annahme derselben Großmuth übe, auch leicht das Budgetrecht erlangen könnte — wurde die Debatte auf Freitag vertagt.

Baden. Der Rechtsanwalt Brummel (welcher in Folge seines Auftretens in der vorjährigen Katholikenversammlung zu Würzburg in eine Untersuchung wegen Majestätsbeleidigung verwickelt worden war, die jedoch keinen Erfolg hatte), ist jetzt in einer Ehrenkränkungsklage, angestellt auf Grund einer Beschwerdeschrift desselben in der Schulsache, von dem Kreisgericht in Karlsruhe freigesprochen worden. Von wem die Klage angestellt war, sagt der Bericht des „Schwäb. M.", dem wir dieß entnehmen, nicht; wie es scheint, geschah es von Bezirksbeamten, welche Brummel in seiner Eingabe angegriffen hatte. Der Berichterstatter des „Schwäb. M." betrachtet dieses freisprechende Urtheil „in einer juristisch so zweifelhaften Frage" als einen Gegenstand gerechten Stolzes für das Land.

Hiezu die Beilage: „Würzburger Anzeiger".

Verantwortlicher Redakteur: A. Hartmann.
Druck und Verlag der Stahel'schen Buch- und Kunsthandlung in Würzburg.


In einem Flecken Unterfrankens ist ein an der Hauptstraße gelegenes, gut gebautes **Gasthaus**, das sich eines lebhaften Zuspruchs erfreut, aus freier Hand zu verkaufen.
Dasselbe besteht außer dem Wohnhause in Hof, Scheune, Stallung für 20 Pferde, Garten mit Kegelbahn 2c., und können nach Wunsch 14 Morgen Wiesen und Acker dazu gegeben werden. Nähere Auskunft ertheilt die Expedition dieses Blattes.

Kurs der Geldsorten.

Vom 2. Juni.

Pistolen 9 fl. 44—45 kr.
Pistolen preußische 9 fl. 56—57 kr.
Holländ. 10 fl.-Stücke 9 fl. 50 kr.
Rand-Dukaten 5 fl. 35—36 kr.
20-Frankenstücke 9 fl. 29 1/2—30 1/2 kr.
Engl. Sovereigns 11 fl. 54—56 kr.

Cours der Staatspapiere.

Oesterr.	5 pCt. Met. (Cp. l. S. b. R.)	—
„	5 pCt. Lomb. ditto. à 24	—
„	5 pCt. Engl. Met. v. 1852	—
„	5 pCt. Engl. Met. v. 1859	78 1/2 P.
„	5 pCt. Venet. Coupon b. R.	87 1/8 P.
„	5 pCt. Nationalanl. v. 1854	68 1/8 G.
„	5 pCt. Metall. Obligation.	64 1/4 P.
„	4 1/2 pCt.	57 1/4 P.
Preussen	3 1/2 pCt. Staatsschuldsch.	—
Bayern	4 1/2 pCt. Obl. 1jähr. dto.	101 5/8 P.
„	4 1/2 pCt. Obl. 1/2jähr. dto.	102 G.
„	4 pCt. Obl. 1jähr. dto.	99 1/4 G.
„	4 pCt. Obl. 1/2 jähr. dto.	99 3/8 G.
„	4 pCt. Obl. Ab.-R. dto.	98 5/8 P.
„	3 1/2 pCt. Obl. dto.	—
Württemb.	4 1/2 pCt. Obl. b. Rothsch.	103 3/4 G.
„	3 1/2 pCt. Obl. dto.	94 5/8 P.
Baden	4 1/2 pCt. Obl.	—
„	3 1/2 pCt. Obl. v. 1842	91 5/8 P.
Gr. Hess.	4 1/2 pCt. Obl.	—
„	4 pCt. Obl. b. Rothsch.	100 3/4 P.
„	3 1/2 pCt. Obl. dto.	97 1/4 P.
Nassau	4 1/2 pCt. Obl. dto.	102 1/8 P.
„	4 pCt. Obl. dto.	99 3/8 P.
„	3 1/2 pCt. Obl. dto.	91 G.
Frankfurt	3 1/2 pCt. Obl.	95 1/4 P.
„	3 pCt. Obl.	90 G.
Spanien	3 pCt. inl. Sch P. à fl. 2. 30	—
„	2 1/2 pCt. „ „ „	—
Schweden	4 1/2 pCt. Obl. à 105 Thlr.	93 P.
N.Amerika	6 pCt. à 100Or. 1881 D. 2 1/2	—
„	6 pCt. ditto r. 1882 „	72 3/4—72 1/2 G.

Diverse Aktien.

Frankfurter Bank à fl. 500 . . .	151 5/8 P.
K. K. Oesterr. National-Bankaktien	870 G.
Oesterr. Kreditbank-Aktien à fl. 200	199 1/2 P.
Bayer. Hypothekenb. Pfandbriefe 4 pCt.	97 1/2 P.
Darmst. Bank 1. u. 2. Serie à fl. 250	229 P.
Weimarische Bank à Thlr. 100 . .	101 G.
Mitteldeutsche Kreditaktien . . .	101 3/8 G.
Intern. Bank in Lux. à 250 Frs. à 28 kr.	—
Taunus-Eisenbahn à fl. 250 . . .	351 P.
Frankfurt-Hanauer-Eisenbahn . . .	100 3/8 P.
Oest. F.St.Eisb. 5pCt. 500 Fr. à 28 kr.	—
„ Elisab.-Eisenbahn 5 pCt. . .	120 1/2 G.
Böhm. Westbahn-Aktien à fl. 200 6/7	78 P.
Rhein-Nahe-Bahn 200 Thl. à 105 4pCt. Z.	31 7/8 G.
Ludwigshafen-Bexbacher à 4 pCt. .	150 3/8 P. 150G.
dto. dto. Prior. à 4 pCt.	—
Pfälz. Maxb. b. Rothschild à 4 1/2 pCt.	107 1/4 P. 106 3/4 G.
Oest. St.-Eisenb. Prior.-Oblig. à 3 pCt.	51 5/8 P.
Elisab.-Bahn Prior. 5 pCt. 6/7	78 3/4 G.
Südd. Bank-Akt., 40 pCt. Einz.	254 P.
Span. Handels- und Industrie . .	—
Bayr. Ostbahn à 4 1/2 pCt. volleinbez.	113 1/2 P.
Bayer. Ostbahn mit 50 pCt. Einz.	113 1/2 P. 3/8 G.

Anlehens-Loose.

Oesterr. fl. 250 v. 1839	—
„ fl. 250 v. 1854 mit 4pCt.	79 3/4 P.
„ fl. 500 v. 1860 6/7	85 7/8 G.
„ fl. 100 Eisb. L. v. 1858.	136 G
„ do. v. 1864.	92 3/4
Schwed. 10 Thlr. Loose	9 1/2 P.
Badische fl. 50	—
Badische fl. 35	53 1/4 P.
Kurhess. Thlr. 40 b. R.	—
Gr. Hessen fl. 50 b. R.	140 1/4 P.
„ fl. 25 do.	36 5/8 P.
Nassau fl. 25 bei Rothsch.	35 1/2 P.
Sardinische Fr. 36 b. R.	72 P. 71 G.
Neuchateler 10 Frs.-Loose	—
Freiburger 15 Frs.-Loose	—
Mailänder 45 Frs. L. b. R.	83 P.
St. Lüttich mit 2 1/2 p. Z.	34 1/4 P.
Ansb.-Gunzenh. fl. 7-L.	10 5/8 P.

Wechsel
in süddeutscher Währung.

Amst. fl. 100 k. S.	100 3/4 G.
Antwerp. Frs. 200 k.S.	94 5/8 G.
Augsb. fl. 100 k. S.	99 3/4 G.
Berlin Th. 60 k. S.	105 P.
Brem. 50 Th. Ld. k. S.	97 5/8 P.
Brüssel Frs. 200 k. S.	94 5/8 G.
Cöln Thlr. 60 k. S.	104 P.
Hamb. MB. 100 k. S.	88 1/2 G.
Leipzig Th. 60 k. S.	105 P.
London Lst. 10 k. S.	119 1/2 G.
Lyon Frs. 200 k. S.	—
Mail. Frs. 200 . .	94 5/8 G.
München fl. 100 k. S.	99 3/4 G.
Paris Frs. 200 k. S.	95 1/8 G.
Petersburg 60 S.-R.	—
Triest fl. 100 k. S.	—
Wien fl. 100 ö. W.	—
do. in öst. W. k. S.	108 3/4 G.
Disconto	3 1/2 pCt. G.

Frankfurt, 3. Juni. Das Hauptgeschäft war in amerikanischen Fonds, die bis 1 Uhr in ziemlich unveränderter Haltung verkehrten, nachher aber rasch und plötzlich um 1 pCt. zurückgingen. Ungünstigere Berichte per „Asia" müssen einzelnen Arbitrageuren bekannt gewesen sein. Man sprach von niedrigeren Bondskursen und höherer Valuta; zuverlässige Ziffern wurden uns jedoch bis zu diesem Augenblicke (1 1/2 Uhr) nicht bekannt. Für österreichische Fonds war die Stimmung durchgehends flau und die Notirungen, namentlich die verschiedenen Loosgattungen, wesentlich herabgesetzt. Gold wurde beim Schlusse der Börse wirklich 37 1/2 und die Notirung für Bonds mit 103 3/4 gemeldet. (Synd.)

Digitized by Google

An die
k. Hof- und Staatsbibliothek
N. Würzb. Ztg. München.

Neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht!

№ 155.	Vorausbezahlung: Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 1 fl. 30 kr. Bei Inseraten wird die dreispaltige Zeile in gewöhnlicher kleiner	62. Jahrgang.	Schrift oder deren Raum im Hauptblatte mit 6 kr., im Anzeiger mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franco.	Dinstag, 6. Juni 1865.

Ein Handelsvertrag zwischen dem Zollverein und Italien.

Unter dieser Ueberschrift bringt die „A. Z." einen Artikel, welcher schließt, wie folgt: „Wir denken uns, die Entwicklung wird wieder die sein, daß Herr v. Bismark den Handelsvertrag mit Italien fertig bringt. Die politisch unbefangenen und ihre Industrie ohne Seitenblick auf die große Politik berücksichtigenden Zollvereinsregierungen werden ohne weiteres zustimmen. Diejenigen, welche nicht zugeben wollen, daß der Großherzog von Toskana und der König Franz II. nationalen Interessen geopfert sind, wie einst gewisse Reichsstädte und Reichsunmittelbare, werden zaudern und zögern, und der Zollverein wird den Schaden dieser Politik tragen; die Zollvereinsverfassung gestattet ja, wie von München aus richtig bemerkt wurde, solchen Widerstand; aber, wenn auch spät, werden dieselben schließlich nicht umhin können, Wünsche fahren zu lassen und Bedürfnissen nachzugeben. Sollte es da nicht wirklich besser sein, sich zeitiger zur Anerkennung Italiens zu entschließen, um den Schutz und die Erleichterung des Verkehrs durch Konsuln zu ermöglichen und billige Behandlung beim Grenzüberschreiten zu bedingen? Präjudizirt wird damit gar nichts. Sobald Italien sich durch die Anerkennung und die einzugehenden Verträge nicht abhalten läßt, Oesterreich auf's Neue anzugreifen, so bleibt es den deutschen Regierungen mit oder ohne Handelsvertrag ganz unbenommen, sich sofort auf Oesterreichs Seite zu stellen. Soll es, was weder im österreichischen noch im europäischen Interesse liegt, wieder zum Krieg kommen, so wird der Handelsvertrag es nicht hindern. Und sollte es das Waffenglück alsdann mit sich bringen, den König Franz II., den Großherzog von Toskana, den Herzog von Modena wieder in ihr „Gebiet" einzusetzen, den Kirchenstaat in seinem früheren Umfang herzustellen, die Italiener zu der Ueberzeugung zu bekehren, daß die Zentralisation Italiens unzweckmäßig sei, daß die weltliche Macht des Papstes sich nicht überlebt habe, so mögen dann mit den Partikularfürsten der apenninischen Halbinsel neue Handelsverträge geschlossen werden. Man sollte meinen, Bayern thäte wohl daran, seine Handelsbeziehungen zu Italien genauer, als es in dem Bericht der einen Pfälzer Handelskammer geschehen konnte, zu untersuchen, für dieselben alsbald einzutreten und die vortheilhaftesten Bedingungen zu erzielen, da die Italiener sich offenbar gern „coulant" beweisen wollen. Allem Anschein nach sind die Beziehungen Nürnbergs, Augsburgs, Münchens zu Italien nicht unbedeutend, und sicher sind sie entwicklungsfähig. Läßt man die Sache aber wieder in Berlin für den Zollverein fertig machen, läßt man sich selbst dann isoliren und durch Isolirung nöthigen, so kann Preußen sich abermals rühmen, eine Vormachtsorge getragen und die übrigen Zollvereinsstaaten zu ihrem eigenen Besten gezwungen zu haben.

München, 3. Juni. Der von den betreffenden Ministerien an die Kammer der Abgeordneten gelangte zwischen den Staaten des deutschen Zoll- und Handelsvereins und Oesterreich am 11. April d. J. zu Berlin abgeschlossene Handels- und Zollvertrag schließt sich in Form und Inhalt dem Handels- und Zollvertrage mit Oesterreich vom 19. Februar 1853 an und enthält gleich letzterm 27 Artikel. Die wesentlichste Verschiedenheit von materieller Bedeutung enthält Art. 3, welcher die gegenseitigen Zollbefreiungen und Zollermäßigungen festsetzt. Durch den Februarvertrag hatten lediglich die beiden kontrahirenden Theile Theilnahme am Genuß des verabredeten Zwischenzolltarifs. Eine derartige exceptionelle Begünstigung zu erneuern, wurde dem Zollverein durch den Art. 31 des preußisch-französischen Handelsvertrags unmöglich; es hatte also einen wesentlich verschiedenen Ausgangspunkt, die Tarifskonzeissionen zu verfolgen. Da die von der österr. Regierung beabsichtigte Einführung eines neuen Zolltarifs, der Erleichterung des Verkehrs mit dem Ausland abzweckt, noch nicht verwirklicht ist, so war es in erster Linie einerseits für den Zollverein von Wichtigkeit, sich den Genuß der ermäßigten Sätze dieses Entwurfs für alle jene Gegenstände, für welche dies in seinem Verkehrs-Interesse nothwendig erschien, vertragsmäßig sicher zu stellen, und andererseits mußte es auch Oesterreich daran liegen, sich den Genuß des mit dem 1. Juli dieses Jahres in Wirksamkeit tretenden neuen Vereins-Zolltarifs für diejenigen Gegenstände, für welche es auf Erleichterung des Verkehrs nach dem Zollverein Werth zu legen hatte, vertragsmäßig gesichert zu erhalten. Vertragsmäßig dürfen namentlich die betreffenden Zollsätze nicht zu Ungunsten des Andern erhöht werden. Außerdem ist es aber auch gelungen, für mehrere Gegenstände, natürlich unter entsprechender Begünstigung, theils die Zollbefreiung, theils eine weitere Zollermäßigung unter die bezüglichen Sätze des österreichischen

---

Feuilleton.

Prinz Napoleon.

Man spricht in Paris davon, daß der Prinz Napoleon gesonnen sei, nach Amerika zu gehen (?). Verödet würde dann sein goldener Palast stehen, der in seinen prachtvollen Räumen die mißvergnügten Häupter der europäischen Gesellschaft versammelt sah. Wie viele eitle Hoffnungen sahen diese Räume aufkeimen, wie viele wiederhallten an diesen Wänden von dem Tage an, da der Kaisermörder Orsini hier zu Gaste war bis zur verhängnißvollen Stunde, da man Polens letzte Hoffnung hier begrub!

An gutem echten Champagner ließ es der gastfreundliche Prinz nie fehlen; wie alle Genies gefiel er sich in kühnen Hazardspielen und brachte dadurch seine Kassa in eine arge Verwirrung. Der kaiserliche Mäcen fand sich wiederholt bereit, die verpfändete Ehre seines Vetters auszulösen, denn es wurde ihm gesagt, diese Opfer seien der Sache der allgemeinen Freiheit gebracht worden; auf dem Altar der unterdrückten Nationalitäten wurde um Hunderttausende gewürfelt. Die Welt erfuhr dieß, sie beschuldigte den Kaiser der Schwäche seinem Anverwandten gegenüber, Andere der Mitschuld an dem Intriguenspiele. Solange der Prinz der Nächste dem Throne war, war die Nachsicht Napoleons III. begreiflich: wer Völker zu regieren bestimmt ist, muß frühzeitig den Blicken vom Nimbus umstrahlt erscheinen, denn man wird kein Halbgott, wenn man nicht von Anderen dazu gemacht wird; als aber durch die Geburt des Kindes von Frankreich der Thron der Napoleoniden eventuell einer anderen Persönlichkeit bestimmt war, da war es Sache des Prinzen, in den allgemeinen Jubel, den die 101 Kanonenschüsse der Invaliden erregten, vor Allen mit einzustimmen. Der demokratische Prinz trug seinen Mißmuth vor aller Welt zur Schau und was schlimmer war als das, er war der Stimmführer jener Mißvergnügten, welche eine hohe Frau anfeindeten. Kaiser Napoleon suchte seinen Vetter durch alle erdenklichen Schmeicheleien mit seinem Geschicke zu versöhnen; er wollte der Welt nicht das Schauspiel der Zerklüftung in seinem engeren Familienkreise sehen lassen, er beschloß, seinen Vetter durch eine glänzende Carrière zu versöhnen, es war beschlossene Thatsache, er sollte einen Thron erhalten. Im Krimkriege sollte sich der Vetter seine Lorbeeren erwerben und als Held einen neuen Thron besteigen.

Aber der Krimkrieg ging zu Ende, ohne daß er einen neuen Thron erschuf, und Prinz Napoleon wird jetzt ein Freund der Magie und studirt das Tischrücken. Napoleon III. vergaß nie, daß es sein Vetter ist, den alle Welt mit Mißtrauen behandelte, er ging nach Plombières, um für ihn eine vornehme Braut und vielleicht auch eine neue Krone zu erwerben. Weinend zog die schmucke Braut in das Palais Royal, öffentlich erschien sie stets mit roth geweinten Augen. Es ist wahrscheinlich bittere Verleum-

Tarifentwurfs hinaus zu gelangen. Der Anfang für die Wirksamkeit des Vertrags ist auf den 1. Juli festgesetzt. Die übrigen Bestimmungen des Vertrags halten nicht nur alle Verkehrserleichterungen des Februar-Vertrages aufrecht, sondern erweitern dieselben auch und verbessern die Mängel, welche die Erfahrung an einzelnen Bestimmungen jenes Vertrags (Meß-, Markt- und Veredlungsverkehr) erwiesen hat. Der Zollkartell ist im Wesentlichen unverändert geblieben. Dasselbe gereicht zwar mehr Oesterreich zum Vortheil, da dasselbe wegen seiner höhern Zollsätze und namentlich wegen des Tabakmonopols eines größern Schutzes gegen den Schleichhandel bedarf; indeß ist auch von Seite des Zollvereins und insbesondere Bayerns im Interesse der Moralität der Grenzbewohner auf die Fortdauer desselben Werth zu legen gewesen. Trotz manchen Wunsches kann nicht verkannt werden, daß in dem vorliegenden Vertrage immerhin mit Oesterreich ein Abkommen getroffen wurde, das für den Zollverein nicht als unbefriedigend angenommen werden kann. Die k. Staatsregierung stellt hiernach an die Kammer der Abgeordneten den Antrag, daß: 1) die durch diesen Vertrag für den unmittelbaren Uebergang von Waaren aus dem freien Verkehr Oesterreichs in das Gebiet des Zollvereins vereinbarten Zollbefreiungen und Zollermäßigungen für den Waareneingang über die Grenze gegen alle andern Staaten in Anwendung gebracht werden und daß 2) bezüglich der hiedurch veranlaßten Abänderungen des am 1. Juli l. Irs. in Wirksamkeit tretenden Zollvereinstarifs von der im § 13 des Zollgesetzes vom 17. November 1837 vorgeschriebenen Publikationsfrist Umgang genommen werde.

Abg. Feustel und Genossen haben der Kammer der Abgeordneten folgenden, die Ausgabe von Papiergeld betreffenden Antrag eingereicht: „Hohe Kammer wolle beschließen, an Se. Maj. den König die ehrerbietigste Bitte zu stellen, Allerhöchstdieselben mögen geruhen, im Landtagsabschied mit Gesetzeskraft auszusprechen: 1) der k. Staatsminister der Finanzen ist ermächtigt, eine Summe von 15 Millionen Gulden süddeutscher Währung unverzinsliches Papiergeld in bayerischen Kassenanweisungen zu emittiren, und zwar in Beträgen nicht unter 7 fl. süddeutscher Währung; 2) diese Kassenanweisungen werden in der Art auf die Eisenbahnen des Staats fundirt, daß ein der emittirten Summe genau entsprechender Betrag in bayerischen Staats-Eisenbahnobligationen zur Sicherstellung derselben hinterlegt wird. Die aus diesen Schuldbriefen anfallenden Zinsen werden alljährlich zur Einziehung der entsprechenden Summe von Kassenanweisungen verwendet; 3) die Wiederausgabe der eingezogenen Kassenanweisungen kann nur auf dem Wege der Gesetzgebung geregelt werden; 4) die Kassenanweisungen gelten in Bayern als gesetzliches Zahlungsmittel, und werden daher von allen Staatskassen nach ihrem vollen Nennwerth an Zahlungsstatt angenommen; 5) der k. Staatsminister der Finanzen ist ermächtigt, bei allen Zahlungen an die Staatskassen, welche 100 fl. erreichen, für den vierten Theil derselben die Erlage von Kassenanweisungen anzuordnen; 6) die Ausgabe der Kassenanweisungen steht unter der Kontrole der Schuldentilgungskommissäre der Kammern des Landtags, und kann die Behandlung derselben der k. Staatsschuldentilgungsanstalt übertragen werden; 7) der für die Kosten der Emission der Kassenanweisungen zu bildende Fonds ist als ein besonderer Fonds zur Sicherstellung der vom Staate ausgegebenen unverzinslichen Papiere zu behandeln, und die Nachweisungen über denselben sind unter die im Budget nicht enthaltenen Fonds einzureihen."

Wien. Der gestern erwähnte Artikel der (offiziösen) „Konstitutionellen Oesterreichischen Zeitung" über den gegenwärtigen Stand der schleswig-holsteinischen Angelegenheit lautet wie folgt: . . . „Die langmüthige Art, mit welcher Oesterreich dem Treiben zuschaut, scheint in Berlin die Ueberzeugung zu erwecken, daß entweder die kaiserliche Regierung die schleswig-holsteinische Frage für zu wenig bedeutend halte, um einen großen Kraftaufwand für die von ihr gewünschte Lösung zu machen, oder daß sie unklar über die dabei engagirten Interessen und darum unentschieden über den Weg sei, den sie einzuschlagen habe. Wir glauben zu der Annahme berechtigt zu sein, daß sowohl die eine wie die andere Ansicht auf einem Irrthume beruht. Die österreichische Regierung dürfte sich über die ungeheuere Tragweite der schleswig-holsteinischen Frage eben so klar sein, wie über die großen Interessen, welche speziell für Oesterreich dabei auf dem Spiele stehen. Aber gerade weil Oesterreich deshalb keine einseitige Lösung will und wollen kann, weil es von höchstem Werth für dasselbe ist, daß alle berechtigten Faktoren an der Entscheidung theilnehmen, darum ist es seine Pflicht, zu warten, bis alle jene Faktoren zur klaren Erkenntniß und zu einem festen Entschluß gekommen sind, wenn sie überhaupt dazu zu bringen sind. In Berlin scheint man zu verkennen, daß die kaiserliche Regierung in der schleswig-holsteinischen Frage zu einer doppelten Stellung gleichberechtigt ist, zu einer **über** und zu einer **in** der Frage, kraft ihrer doppelten Stellung als Präsidialmacht des deutschen Bundes und als deutsche und europäische Großmacht. Die Theilnahme an der Befreiung der Herzogthümer hat der Großmacht Oesterreich das absolut gleiche Anrecht auf die Herzogthümer gegeben, wie Preußen und den vollen Mitbesitz. Kraft dieses Rechtes und kraft der Gewalt, über welche sie gebietet, kann daher die Präsidialmacht des deutschen Bundes jede Lösung der schleswig-holsteinischen Frage verhindern, welcher sie nicht zustimmt, sei es, daß die Lösung den Bundesinteressen oder den eigenen entgegenläuft. Dieser Stellung, der daraus entspringenden Rechte und Pflichten ist sich Oesterreich, wie Herr Graf v. Mensdorff persönlich im Hause der Abgeordneten bekannt gegeben, vollkommen bewußt. Im Besitz dieser Garantie gegen falsche Lösungen kann Oesterreich die äußerste Vorsicht beobachten, zumal die Opfer, welche ihm dadurch auferlegt werden, weder seine Opferbereitwilligkeit, noch sein Opfervermögen überschreiten. Von diesem Standpunkte ist also für die Lösung der Frage über den Besitz der Herzogthümer mit der ganzen Summe der Kräfte, welche sie repräsentiren, zunächst das Gesammtinteresse entscheidend. Was dieses unbedingt fordert, muß vor Allem berücksichtigt werden; bedingt dieses, daß Preußen einen Zuwachs an Macht aus dem Vermögen der Herzogthümer erhalte, so ist es Pflicht, Dieses herbeizuführen; kann dieser Zuwachs überwiesen

---

dung, wenn man erzählt, daß Viktor Emanuel mit seinem Schwiegersohn nicht sehr zufrieden war, aber Thatsache ist, daß der Prinz in Florenz als Kommandant jener Truppen, welche die Aufgabe hatten, die Oesterreicher im Rücken ihrer Stellung zu bedrohen, die Organisation der Volkswehr, die Rekrutirungen und Verproviantirungen minder eifrig betrieb, als das Arrangement von Bällen, den Besuch von Konzerten. Angesichts der Mündungen österreichischer Kanonen hielt er demokratische Reden, ließ sich von Jungfrauen bekränzen und Blumen streuen und küßte die weiblichen Deputirten, wenn sie schön waren, vor aller Welt nach Herzenslust.

Als Napoleon III. aus dem italienischen Kriege als Triumphator in Paris einzog, war die Welt um die Erfahrung reicher, daß sein Vetter wohl ein feuriger Redner, aber zum Soldaten durchaus nicht geeignet sei. Nun begann die Zeit der wissenschaftlichen Expeditionen nach dem Nordpol, von deren Resultaten leider die Welt bisher nichts erfahren. Der Prinz hatte seine Austrophobie auch in dieser Zeit nicht aufgegeben, seine Politik gipfelte in dem Satze: „Caeterum censeo Austriam esse delendam;" er kokettirte mit dessen Feinden, sei es, daß diese am Balkan, in den schwarzen Bergen, an der Adria oder der Weichsel sich regten; er gab diesen Anschauungen in seinem Leibjournale Ausdruck, er ließ keine Gelegenheit vorübergehen, ohne in einer langathmigen bombastischen Rede sich zu dieser zu bekennen. Der Brief Napoleons III. an seinen Vetter manifestirt vor aller Welt, daß diese Hetzereien nicht der Ausdruck einer berechnenden Staatspolitik sind; indem Napoleon III. jede Solidarität mit seines Vetters Austro-Manie zurückweist, hat er diesen zu einem prinzlichen Schatten gemacht.

Vermischtes.

Der General-Major Wilson, der tüchtige Reiter-Offizier, welchem die Gefangennahme von Jefferson Davis durch seine trefflichen Dispositionen gelungen, ist erst 25 Jahre alt. Er ist 1840 in Illinois geboren und war vor weniger als fünf Jahren noch Kadet in Westpoint.

Die in Indianopolis, Hauptstadt des nordamerikanischen Staates Indiana, erscheinende „Freie Presse" bringt folgenden Bericht über einen aus politischen Motiven hervorgegangenen Zweikampf: „Vor einigen Tagen erlaubte sich eine Marylânderin, ein hübsches 16jähriges Mädchen, in dem Indianapolis Baptisten-Seminar die Freiheit, ein Hoch auf den landesflüchtigen Jefferson Davis auszubringen. Von einem anderen Mädchen gewarnt, wiederholte sie den Frevel, worauf die Andere auf sie losging und sie zum Kampfe aufforderte. Beide Mädchen rauften sich nun eine Zeit lang, daß Hut, Haare, Kopfputz, Bänder, Blumen und andere Toilettenstücke davon flogen und beide heftig bluteten, bis endlich das Unionsmädchen den zerzausten Kopf der Rebellion unter den Arm packte und nun so lange auf sie loshämmerte, bis diese versprach, zu widerrufen und den Eid der Treue zu schwören. Die Rebellin mußte mit blaugeschlagenen Augen ihr Bündel schnüren und mit dem ersten Zuge nach ihrem Maryland abreisen."

werden, ohne daß das Gesammtinteresse oder das Wohl der Herzogthümer selbst geschädigt wird, so denkt die Präsidialmacht des Bundes gewiß viel zu unegoistisch, um nicht auch Dieses zu fördern oder der freien Entscheidung der Herzogthümer anheim zu stellen. Was nach der Befriedigung des Gesammtinteresses das Wohl der Herzogthümer fordert, wird Oesterreich selbst mit voller Verzichtung auf seine erworbenen Rechte unterstützen, wie es Das bereits erklärt hat, und es wird sogar bereitwillig darüber den Herzogthümern die volle Disposition überlassen. Zeigt sich aber mit der Zeit und im Laufe der Unterhandlungen, daß von dieser Stellung aus die kaiserliche Regierung keine Lösung herbeiführen kann, dann freilich muß die andere Position eingenommen werden, in welcher Oesterreich seine Rechte, seine Pflichten und seine Interessen lediglich mehr von seinem Standpunkte als deutsche und europäische Großmacht auffassen und vertreten wird. In dieser Stellung, wo die Verhältnisse weit leichter zu übersehen sind, würde gewiß dann die Bestimmtheit und Schnelligkeit der Entschlüsse der kaiserlichen Regierung nichts zu wünschen übrig lassen." (Welche eventuellen Schritte und Maßregeln durch diese Schlußstellen angedeutet werden sollen, ist unklar. Die Kundgebung lautet drohend gegen Preußen, aber nicht beruhigend nach anderer Seite hin.)

Berlin. In der Sitzung des Abgeordnetenhauses vom 2. Juni brachte vor Fortsetzung der Debatte über die Marinevorlage der Abg. v. Bonin ein Amendement zum Carlowitz'schen Antrag ein, das den ersten Theil desselben, welcher die Verweigerung eines Anlehens dem das Budgetrecht mißachtenden Ministerium gegenüber ausspricht, ganz beseitigt, im Uebrigen aber den Wagener'schen Antrag mit dem zweiten Theil der Carlowitz'schen Resolution vereinigt, nur mit der Modifikation, daß das Haus zur Bewilligung der Mittel für die Erweiterung der Kriegsmarine, die Erwerbung des Kieler Hafens, unter Betheiligung der Elbherzogthümer an Kosten und Bemannung der preußischen Kriegsflotte sich bereit erklären soll, „sobald jene Erwerbung zur Ausführung gekommen" sei. (Das Carlowitz'sche Amendement hatte die Erwerbung und die daran geknüpfte Aussicht auf Bewilligung der Mittel noch von einer „schleunigst herbeizuführenden Verständigung mit den Herzogthümern" abhängig gemacht.) Duncker beantragt, im Carlowitz'schen Amendement statt „Verständigung" zu setzen: „Verträge". Die Abg. Jacoby und Frese bringen eine Resolution ein, durch welche die Nothwendigkeit ausgesprochen wird, daß den Elbherzogthümern baldmöglichst Gelegenheit geboten werde, sich durch Einberufung der gesetzlichen Landesvertretung staatlich zu konstituiren. Es sprachen noch Blankenburg für die Vorlage, Abg. Bunsen gegen dieselbe im Sinne einer schleunigen Erledigung des Provisoriums in den Herzogthümern, worauf Herr v. Bismarck wieder das Wort ergriff. Er erklärte die Nachrichten von Unterhandlungen seinerseits mit Dänemark als „Kehricht und Anekdotenkram dänischer Lügenblätter". Namentlich sei vollständig erlogen, daß er jemals gesagt hätte, Flensburg sei eine dänische Stadt. Er halte Flensburg für eine deutsche Stadt, und selbst wenn es eine dänische Stadt wäre, würde er sie nicht herausgeben. Ein Herr Hansen habe ihn im vorigen Herbst vor Ratifikation des Friedensvertrags in Biaritz aufgesucht und den Vorschlag gemacht, einen Theil des dänischen Nordschleswig — es sei nicht zur Erörterung gekommen, wie viel — an Dänemark zurückzugeben und dafür die dänischen Kolonien zu nehmen. Er (Bismark) habe diesen Vorschlag abgelehnt theils aus sachlichen Gründen, theils weil der Unterhändler zu Unterhandlungen nicht legitimirt gewesen. (So!) Der Vorredner sage, man möge dem Hangen und Bangen in der Erledigung des letzten Zehntels der holsteinischen Frage ein Ende machen. Das Bangen sei wenigstens nicht auf preußischer Seite. Aber das letzte Zehntel stehe für Preußen ungefähr in dem Verhältniß, wie die Ernte zu der Zeit, welche das Getreide brauche von der Saat bis zur Reife. Das seien die anderen neun Zehntel. Vom schleswig-holsteinischen Standpunkt, den der Vorredner mehr als den preußischen zu vertreten scheine, habe er gewiß Recht, wenn er die neun Zehntel, die Preußen nur Opfer für Holstein auferlegt hätten, gleich leicht, gleich schwer in's Gewicht fallen lasse, wie das letzte Zehntel, das Preußen für diese Opfer entschädigen solle. Warum diese Ernte nicht einzubringen sei, das sage der Brief des Erbprinzen von Augustenburg an Hrn. v. Ahlefeld auf's Klarste. Wenn man den Brief mit Aufmerksamkeit lese, werde man finden, daß keine der preußischen Bedingungen mit Entschiedenheit und rückhaltlos angenommen sei; bei jeder sei eine kleine resolutive Bedingung, eine Hoffnung, daß man sich darüber werde verständigen können, für das Ganze aber sei die resolutive Bedingung, daß die Stände es zukünftig genehmigen würden. Es könne sein, daß sie es thun; es könne aber auch sein, daß sie den Versprechungen des Erbprinzen gegenüber die Schlüssel des Bindens und Lösens anwenden möchten, daß also, wenn die Stände sagen: „wir stimmen nicht zu", der Erbprinz von Augustenburg dann sage: „Ich bedauere, ich bin zwar Herzog, aber da die Stände nicht einwilligen, so bin ich in der traurigen Lage, mein Wort nicht halten zu können." Dem solle doch Preußen nicht ausgesetzt werden! Was der Vorredner angeführt habe über eine angebliche Abneigung, die er (Bismark) gegen die Umgebung des Erbprinzen habe, müsse er vollständig in Abrede stellen. Er kenne keinen von den Herren, überhaupt existirten für ihn Persönlichkeiten nicht, die Frage sei für ihn nur eine sachliche. Es sei ihm gleichgiltig, ob die Herren etwas mehr oder weniger demokratisch seien; wenn die Regierung nur ihre Bedingungen den Herzogthümern gegenüber gesichert habe, so möchten diese ihre Vereine behalten und eine Verfassung haben, wie sie wollten, und sie möchten ihren Herzog haben — das interessire ihn wenig. Kriegsminister v. Roon: Sachliche Gründe seien gegen die Vorlage nicht angeführt, die politischen Bedenken seien durch den Ministerpräsidenten widerlegt worden. Die meisten Reden gegen die Vorlage seien Entschuldigungen wegen der Abstimmung; das Land werde dieselben nicht gelten lassen, das Haus möge daher den Antrag der Kommission reformiren. Nachdem der Abg. v. d. Heydt für Annahme der Vorlage gesprochen, wurde die Debatte geschlossen, und nach einer Reihe von persönlichen Bemerkungen folgte der Schlußvortrag des Referenten Virchow: Die Art, sagte er, wie die Regierung die Vorlage motivirt habe, sei unerhört in der parlamentarischen Geschichte. Es habe sich um keine ernste Vorlage gehandelt, sie sei nur ein Scheinmanöver gewesen. Wenn die Kommission darauf eingegangen sei, so sei es nur um der Marine und des Vaterlandes willen geschehen; die Regierung verlange stets, daß die Gelder ihr genau so gegeben werden, wie sie es gerade wolle, und gelinge das nicht, dann komme kein Etat zu Stande, dann nehme sie, wo sie könne. Die Mittel der etatslosen Verwaltung gingen aus, die Anleihe solle einen kleinen Nachschub leisten, damit die budgetlose Verwaltung länger dauere. Die Vorlage wäre eine Auflösung des Budgets. Der vorgelegte Plan sei kein Plan, er sei noch weniger ausgearbeitet, als die vor zwei Jahren vorgelegten „Grundzüge." Es sei nicht einmal ein Nachweis der Deckungsmittel darin enthalten.

Frankfurter Börse (vom 28. Mai bis 3. Juni).

Samstag. Die Börsen sind in einer eigenthümlichen Verfassung — sie können nicht rückwärts und nicht vorwärts, weil sonderbarer Weise nach beiden Seiten hin Ursachen genug vorhanden sind, die sich die Wage halten.

Die Liquidation (U. v. M.) verlief ohne absonderliche Bewegung. Während einige Tage vor ultimo Kredit in Prolongation gesucht wurden für die ganzen Zinsen, waren am ultimo Tage Stücke mit $1/2$ Zinsen zu haben, da sich mehr Bedarf für Geld zeigte; indem die Arbitrage die für Amerika gekauften Stücke beziehen musste. Für 1860er Loose war die Prolongation $1/4$ Zins und für Amerikaner 5—$5\frac{1}{2}$ pCt. Es liefen diesen Ultimo viele auf neue englische Metalliques zu $78\frac{1}{2}$ gezogene Prämien ab, die sämmtlich verloren wurden, da das Effekt in den letzten Tagen nur $78\frac{3}{8}$ stand, einen kleinen Rückgang erfahren hatte

In Amerikanern ist es stiller geworden und wartete die Spekulation die Antwort ab, welche auf die von Europa nach dorten zum Verkauf gesendeten Stücke uns werden sollte, dieselbe ist heute eingetroffen und erweist sich gerade nicht als günstig, denn Bonds sind gewichen und Gold ist gestiegen. Die Folge war hier ein sofortiger Rückgang auf $70\frac{3}{4}$, d. i. $1\frac{1}{2}$ pCt. Verlust im Laufe der Woche. Uebrigens bleibt das Kapital fortdauernd zur Realisation geneigt und neue Anlagen erscheinen ihm dermalen nicht opportun. Wir können ihm nur Recht geben. Noch beschäftigte man sich in letzter Zeit viel mit gefälschten und gestohlenen amerikanischen Obligationen und ihren Coupons. Nachdem über erstere eine beruhigende Erklärung abgegeben, wird auch für letztere ein Bescheid des Finanzsekretärs angeführt, wonach ein Amortisationsverfahren nicht eingeleitet werden könne und Privatklagen gegen die bona fide Erwerber gestohlener Bonds keine Aussicht auf Erfolg haben. Immerhin bleiben solche Incidenzfälle störender Natur.

Von süddeutschen Fonds waren einige Kategorien bayerische gefragt und besser bezahlt, wogegen Württemberger und $3\frac{1}{2}$ pCt. Nassauer etwas verloren haben. Unter den ausländischen Fonds ist der neuen Russen zu gedenken, die wieder $1/2$ pCt. gewonnen haben und zu 90 bez. und G. schliessen.

In E.-B.-Aktien geringfügiges Geschäft, Bexbacher $1/4$ pCt. herabgesetzt, wogegen Taunus in Frage und auf 349 gehalten. Rhein-Nahe nach langer Pause gehandelt und 31 bezahlt. Die Vermuthung, dass die preussische Regierung zeitweilig und unbemerkt als Käufer dafür auftritt, hat Manches für sich. Sie riskirt zum jetzigen Kurs nicht viel und macht sich durch einen starken Aktienbesitz noch mehr zur Herrin der Situation, als sie es schon ist. Die nächste Generalversammlung wird über einige sehr zweckdienliche Statutenänderungen zu berathen haben, von denen nur zu bedauern, dass sie nicht schon lange eingeführt worden. — Prioritäten vernachlässigt und eher matt. Es ist zuviel davon am Markt.

Die Jahresberichte der deutschen Kreditanstalten sind jetzt sämmtlich erstattet; die Aktionäre haben im besten Fall 7, meist nur 4 und 5, auch wohl keine Dividende eingestrichen und die erneuerten Versicherungen der

Verwaltungen erhalten, dass Alles in bester Ordnung und die Zukunft der Institute eine vollkommen gesicherte sei (?)

Wie sehr sich die besten Rechenkünstler und National-Oekonomen irren können, dafür liefert nicht nur der Stand des Geldes, sondern auch der Kurs der Devisen den untrüglichsten Beweis. Mit der Beendigung des amerikanischen Kriegs sollte eine furchtbare Krisis hereinbrechen und es wurde der höchste Diskonto für England gefürchtet. Der Krieg ist zu Ende, die Geschäfte gehen allerdings unter einigen tüchtigen Ohrfeigen ihren regelmässigen Gang und der Diskonto in London wird auf 3½ pCt. reduzirt. Noch sonderbarer sind für Deutschland die Kurse der Wechsel, man glaubte, der enorme Bezug von amerikanischen Fonds sei die Ursache der hohen Preise, aber jetzt befördert die Arbitrage Millionen zurück nach New-York und Paris steht hier 95 und London 119⅝, also weit höher wie vorher.

Im Mai-Ausweis der Frankfurter Bank kennzeichnet sich die allgemeine Lage des Geldmarktes. Der Baarvorrath hat um fl. 261,000 zu-, der Notenumlauf um fl. 620,000 abgenommen. Gestiegen ist das Frankfurter Portefeuille. Dagegen musste sich das auswärtige Portefeuille bei dem abnormen Stand der Wechselkurse ansehnlich reduziren (fl. 872,000). Auf diesem Kapital wird im laufenden Jahre schwerlich viel verdient werden. Die Giro's sind um fl. 1,345,000 bis auf fl. 7,800,000 gestiegen. (Akt)

Hiezu die Beilage: „Würzburger Anzeiger".

Verantwortlicher Redakteur: A. Hartmann.
Druck und Verlag der Stahel'schen Buch- und Kunsthandlung in Würzburg

Nr. 3812.

Amortisations-Edikt.

Vom k. Landgericht Werneck.

Hypothekenvereinigung von Basbühl und Schraubenbach betr.

In den Hypothekenbüchern für Basbühl und Schraubenbach sind die nachbezeichneten Güterkaufschillinge nebst Eigenthumsvorbehalte eingetragen, bezüglich welcher die Nachforschungen nach den rechtmäßigen Inhabern fruchtlos geblieben und von dem Tage der letzten auf diese Forderungen sich beziehenden Handlungen an gerechnet mehr als 30 Jahre verflossen sind.

Auf Antrag der jetzigen Besitzer werden alle Diejenigen, welche noch Rechte auf diese Forderungen zu haben glauben, zur gerichtlichen Geltendmachung

binnen 6 Monaten

aufgefordert, widrigenfalls diese Forderungen für erloschen erklärt und die Löschungen im Hypothekenbuche vollzogen würden.

Werneck, den 1. April 1864.

Der königliche Landrichter.

[3b] **Huler.** Meisner, Funktionär.

Fortl. Nr.	Name des eingetragenen Schuldners.	Name des eingetragenen Gläubigers.	der Hypothek Betrag fl.	kr.	der Hypothek Rechtstitel rc.	Hyp.-Buch Bd.	Seite.
					I. Hypothekenbezirk Basbühl.		
1	Christ Adam von Basbühl,	Die Debitmasse des Anton Zeisner von Basbühl.	38		mit 5% verzinsl. Martini 1828 mit 1832 zahlbarer Güterkaufschilling laut Hyp.-Eintr. v. 7. Jan. 1828.	II.	433.
2	Derselbe	„	55		„	„	437.
3	Zeisner Sebastian alda,	„	40		„	III.	47.
4	Derselbe „	„	15		„	„	51.
5	Seubert Michael „	„	28		„	„	67.
6	Zeisner Sebastian „	„	221		„	„	75.
7	Bay Georg „	„	16		„	„	87.
8	Walter Kaspar „	„	8		„	„	91.
9	Bey Georg „	„	3		„	„	95.
10	Weiß Karl „	„	45		„	„	105.
11	Seubert Michael „	„	24		„	„	109.
12	Göpfert Andreas „	„	88		„	„	133.
13	Seubert Michael „	„	18		„	„	137.
14	Krückel Michael „	„	27		„	„	139.
15	Bey Georg „	Nikolaus Metzger in Rundelshausen.	36		Güterkaufschillingsrest laut Kaufprotokoll v. 21. Okt. 1821 und Hyp.-Eintr. vom 23. April 1825.	I.	[illegible]
16	Lehmann Johann „	Johann Bey in Basbühl.	45		ditto laut Kaufprotokoll v. 1. April 1824 und Hyp.-Eintr. vom 23. April 1825.	„	377.
17	Walter Kaspar „	„	63		„	I.	583, 585.
18	Seubert Michael „	„	21		„	„	591 u. 593.
19	Metzger Georg „	Adam Weth ledig in Basbühl.	58		Desgl. laut Kaufprotokoll v. 3. Januar 1816 und Hyp.-Eintr. vom 23. April 1825.	„	613 u. 615.
20	Popp Nikolaus „	„	36		„	I.	631.
21	Zeisner Sebastian „	Die Debitmasse des Jakob Metzger in Basbühl.	39		mit 5% verzinsl. Martini 1828 mit 1833 zahlb. Güterkaufschilling laut Strichsprotokoll v. 27. März 1828	III.	201.
			31		und Hyp.-Eintr. vom 4. September 1828.		
22	Seubert Michael „	„			„	„	203.
23	Zeisner Sebastian „	„	59	30	„	„	207.
24	Derselbe „	„	111	30	„	„	211.
25	Christ Adam „	„	59	30	„	„	225.
26	Zeisner Carl „	„	45		„	„	237.
27	Walter Johann „	„	100		„	„	247.
28	Zeisner Sebastian „	„	55		„	III.	233 u. 259.
29	Heuler Adam „	„	22		„	III.	265.
30	Pfister Michael „	„	47		„		267.
31	Walter Kaspar „	Die Debitmasse des Georg Metzger in Basbühl.	21		Güterkaufschilling laut Strichsprotokoll v. 15. März 1830 mit 5% verzinsl. Hyp.-Eintr. v. 13. Aug. 1830.	„	355.
32	Pfister Michael „	„	55		„	„	361.
33	Derselbe „	„	91		„	„	375.
34	Bey Georg „	„	23		„	„	377.
35	Zeisner Sebastian „	„	173		„	„	381.
36	Seubert Michael „	„	57		„	„	387.
37	Walter Kaspar „	Die Debitmasse des Andreas Bey in Basbühl.	61	30	mit 5% verzinsl. Martini 1828 mit 1832 zahlbarer Güterkaufschilling laut Strichsprotokoll v. 21. Febr. 1828 und Hyp.-Eintr. vom 21. März 1831.	„	549.
38	Göpfert Margaretha Wtb. „	„	60		„	„	355.
39	Zeisner Sebastian „	„	108	30	„		
40	Derselbe „	Die Gläubigerschaft des Adam Popp in Basbühl.	82		mit 5% verzinsl. Martini 1831 und 1832 zahlbarer Güterkaufschilling laut Strichsprotokoll v. 9. Febr. 1831 und Hyp.-Eintr. vom 13. August 1831.	„	583.
41	Michael Seubert „	Die Debitmasse des Nikolaus Willacker in Basbühl.	14	30	mit 5% verzinsl. Martini 1829 mit 1833 zahlbarer Güterkaufschilling lt. Zahlungsanweisung v. 25. Sept. 1829 u. Hyp.-Eintr. v. 20. September 1831.	„	591.
42	Willacker Adam „	„	22	30	„	„	601.
43	Reppenbacher Andreas „	„	40		„	„	603.
44	Pfister Michael „	„	76		„	„	607.
45	Zeisner Sebastian „	„	38		„	„	611.
46	Seubert Michael „	„	4		„	„	613.

(Fortsetzung folgt.)

Digitized by Google

An die k. Hof- und Staatsbibliothek München. 1 N. Würzb. Ztg.

Neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht!

№ 156. | Vorausbezahlung: Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 1 fl. 30 kr. Bei Inseraten wird die dreispaltige Zeile in gewöhnlicher kleiner Schrift oder deren Raum im Hauptblatte mit 6 kr., im Anzeiger mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franco. | 62. Jahrgang. | Mittwoch, 7. Juni 1865.

München. Der Reichsrath Fürst von Thurn und Taxis, General der Kavallerie, hat gegen den Kolb'schen Antrag auf „Verbesserung der Wehrverfassung" „Bedenken" drucken lassen, worin er jenen Antrag in formeller und materieller Beziehung verwirft und ausführlich zu widerlegen sucht. Namentlich erklärt er die Behauptung des Herrn Kolb, daß Bayern 16,000 bis 18,000 Mann zum Bundeskontingent zuviel stelle, als auf unrichtiger Berechnung beruhend und sucht im Gegentheil zu zeigen, daß Bayern im Grunde ein um 4000 Mann zu geringes (!) Bundeskontingent stelle.

Wie zur Zeit bestimmt, wird Se. Maj. der König am Vorabend des Fronleichnamsfestes aus Berg nach München kommen, und an dem Festtage der Prozession beiwohnen; bald nach Beendigung der Feier wird Se. Majestät sich nach Berg zurückbegeben.

Die „Bayerische Zeitung" schreibt: „Der bayerische Justizministerialrath Dr. Kolb ist zu der am 5. d. Mts. in Braunschweig stattfindenden Sitzung der ständigen Deputation des deutschen Juristentages, zu deren Mitglied er bei dem fünften Juristentage mit dem Oberstaatsanwalte v. Schab, der dienstlich verhindert ist, an jener Deputationssitzung Theil zu nehmen, erwählt wurde, abgereist. Bei dieser Zusammenkunft wird erst die Zeit und der Ort des nächsten Juristentages bestimmt; alle hierüber bereits verbreiteten Gerüchte sind daher unbegründet.

Pesth, 5. Juni. Die Abreise des Kaisers von Wien erfolgt morgen früh nach 3 Uhr, die Ankunft hier in Pesth um halb 10 Uhr. An der Landesgränze wird derselbe empfangen durch den Statthalter und den Höchstkommandirenden des Landes. Der Fremdenzufluß aus allen Theilen Ungarns ist sehr bedeutend. Auf die Ansprache des Führers der Deputation der ungarischen landwirthschaftlichen Gesellschaft hat der Kaiser mit huldvollster Annahme der Einladung geantwortet, und dabei seine Freude ausgedrückt über die sich ihm bietende Gelegenheit, nach langer Abwesenheit die Landeshauptstadt wieder besuchen und den Beweis geben zu können von seiner väterlichen Zuneigung und seinen aufrichtigen Intentionen für alle Bewohner seines getreuen Ungarns, deren Zufriedenheit ihm so sehr am Herzen liege.

Pesth, 6. Juni. Der Kaiser ist heute Morgen nach 8 Uhr im besten Wohlsein im hiesigen Bahnhofe eingetroffen und verfügte sich unter begeisterten Akklamationen der dichtgedrängten Volksmenge durch die festlich geschmückten Straßen der Stadt nach der Kaiserburg.

Berlin. Ueber den Schluß der Sitzung vom 2. Juni entnehmen wir dem ausführlichen Bericht folgendes Nähere: Berichterstatter v. Virchow fuhr in seiner Schlußerklärung folgendermaßen fort: Nach dem Studium der Dokumente müsse man die Politik der Regierung nicht als eine bewußte, überlegte, sondern als das Resultat von Episoden, Zufällen des Augenblicks und wechselnden äußeren Einflüssen betrachten, als das Resultat seltsamer staatsmännischer Sprünge. Bei jeder Position habe die Regierung Halt machen wollen, der Appetit sei im Essen gewachsen und habe sich schließlich zu der Lust gesteigert, das ganze Land zu verschlingen. Bei jeder Veränderung des Windes sei das Steuer anders gelenkt worden. Vielleicht beweise ein zur Einsicht niedergelegtes Dokument, daß von Anfang an Das als Plan aufgestellt war, was schließlich nur der zufällige Ausgang sei. Hätte der Minister mit Plan gehandelt, so würde daraus nur folgen, daß es mit dessen Wahrheitsliebe eigen stehen müsse; denn er würde da ja allen Gesandten, mit denen er verkehrt, die Unwahrheit gesagt haben. Vollends wisse er nicht, was er von der Wahrheitsliebe des Ministers halten solle, wenn dieser den Bericht gelesen. Das sei eine punische Politik, eine Politik der Täuschungen. Minister-Präsident: Ich bin der Anerkennung in sehr geringem Maße bedürftig und gegen Kritik ziemlich unempfindlich. Nehmen Sie immerhin an, daß Alles, was geschehen ist, rein zufällig geschah; daß die preußische Regierung daran vollständig unschuldig, daß wir der Spielball fremder Intriguen und äußerer Einflüsse gewesen sind, die uns zu unserer eigenen Ueberraschung an der Küste von Kiel ans Land geworfen haben. Nehmen Sie

Feuilleton.

S. Z. Pariser Briefe.

Paris, 2. Juni.

Es war nicht die Regentschaft der Kaiserin, welche mich auf einige Wochen aus Paris verbannte, sondern die Herrschaft eines ungewöhnlich heißen Wonnemonds, des mois de supplice (wie ihn Jemand taufte), welcher durch die endlose Unterhaltung über „Supplice d'une femme" noch martervoller wurde.

Leider konnte ich die Regentschaft dieser Feder, welche die Ehre hat, Ihnen das ewig bewegliche, reizende, schauervolle, leichtlebige, ernst schaffende Paris zu schildern, nicht „Unserer Gemahlin" übertragen, eben so wenig wie Adam, so lange er noch die Vollzahl der Rippen besaß, seine Herrschaft über das Reich der Thiere einer Regentin anvertrauen konnte, sondern vielmehr alle Regierungsgeschäfte selbst besorgen mußte. Wie mag er nur so ohne unverantwortliche Minister, ohne Senatoren, Präfekten, Constabler und andere unverantwortliche Institute die „Anarchie der Geister" verhindert haben. Mit einer wohl dressirten Armee von 500,000 Mann, mit übereifrigen Verwaltungsbeamten, mit einer Kammermehrheit, welche tanzwüthig nur immer auf die Pfeife hört, um sich stets noch etwas absurder zu bewegen, als der Rattenfänger bläst — mit all' diesem Apparat von Staatsgefängnissen, Cayenne-Instituten, Verbannungsurtheilen, Strafverfügungen, Kanonen und Bajonnetten fand man schon eine Zeit lang „cette discipline sévère qui n'admettait qu'une volonté et qu'une action" aufrechtzuhalten. Aber lange geht das nicht, denn die gefesselten Geister befreien sich eines Tages und sind anarchischer als vorher, aus zwei Gründen, weil sie nie in Freiheit und darum nur gewohnt waren, sich beherrschen zu lassen, aber nicht gelernt haben, sich selbst zu beherrschen; dann aber, weil sie durch das lange, vergewaltigende Regiment depravirt, Milde, Maß, Sitte und Menschlichkeit vergessen haben.

Es ist bekannt, daß die in der Freiheit gezähmten Löwen weit ruhiger und ungefährlicher sind, als die durch Schrecken und Quälereien von Mr. Batty gebändigten im Käfig, welche sich eines Tages gegen ihren eigenen Vergewaltiger auflehnten und ihn zerrissen.

Das heutige Regiment von Frankreich ist nicht geeignet, das Volk an eine freiheitliche Ordnung oder ordnungsvolle Freiheit, in welcher eine Nation nur allein ihre hohen ethischen Zwecke verfolgen kann, zu gewöhnen. Zum Glück für eine solche Regierung leben wir heut in einer Zeit, da der Kampf um die politische Freiheit zwar eine hervorragende aber nicht die erste Stelle im Leben der civilisirten Nationen ausmacht.

Das wird allerdings von Vielen bestritten werden; zugegeben auch, daß es nicht auf alle Staaten anwendbar ist, für Frankreich aber gilt dies bestimmt. Denn schwerlich hätte das bewegliche Volk 15 Jahre lang ein lästiges Regime getragen, wenn es sich vor Allem mit politischen Fragen beschäftigt.

Die Fragen, mit denen die Gegenwart sich in erster Reihe beschäftigt, sind materielle und sociale. Staatliche Revolutionen schaffen meist einen nationalen Aufschwung, wie das Gewitter trotz seiner Schrecken neu belebend auf die Natur wirkt. Veraltete, beengende Schranken, welche das nationale Leben einschnürten, wie chinesische Frauenschuhe die Füße, und jegliche, gesunde Weiterentwicklung hemmten, wurden durch die Umwälzung beseitigt, wenn auch vielleicht mittelst schmerzlicher Operation. Da sind neue Errungenschaften zu verwerthen, neue Freiheiten, erst theoretisch anerkannt, ...

Das immerhin an; mir genügt es, daß wir da sind, und ob Sie uns dabei ein Verdienst zuschreiben oder nicht, Das ist mir dabei vollständig gleichgiltig. Der Vorredner hat uns vorgeworfen, wir hätten, je nachdem der Wind gewechselt hätte, auch das Steuerruder gedreht. Nun frage ich: was soll man denn, wenn man zu Schiffe fährt, anders thun, als das Ruder nach dem Winde zu drehen, wenn man nicht selbst Wind machen will? Das überlassen wir Anderen. Der Referent bemerkt, wenn ich den Bericht wirklich gelesen hätte, so wisse er nicht, was er von meiner Wahrheitsliebe denken solle. Der Herr Referent hat lange genug in der Welt gelebt, um zu wissen, daß er sich damit der technischen und speziellen Wendung gegen mich bedient hat, vermöge deren man einen Streit auf das rein persönliche Gebiet zu werfen pflegt, um Denjenigen, gegen den man Zweifel an seiner Wahrheitsliebe gerichtet hat, zu zwingen, daß er sich persönliche Genugthuung fordere. Ich frage Sie, meine Herren, wohin soll man in diesem Punkte kommen? Wollen Sie den politischen Streit mit uns auf dem Wege der Horatier und Kuratier erledigen? (Heiterkeit. Widerspruch.) Es ließe sich davon reden, wenn es Ihnen erwünscht ist. (Heiterkeit.) Wenn das aber nicht, meine Herren, was bleibt mir dann anders übrig, als gegen einen solchen starken Ausdruck meinerseits einen noch stärkeren wiederzugebrauchen? Es ist dies der einzige Weg, auf dem wir uns Genugthuung verschaffen können. Ich wünsche aber nicht, daß Sie uns in die Nothwendigkeit versetzen, ihn zu betreten. Und wie weist der Herr Berichterstatter mir Mangel an Wahrheit nach? Wenn ich mich der langen Rede recht erinnere, so warf er mir als nicht übereinstimmend mit dem Berichte diejenigen meiner Aeußerungen vor, durch die ich die liberale Partei beschuldigte, ihre Sympathien für die Flotte hätten sich vermindert. Um zu begreifen, daß dies unrichtig war, liest er mir alle die schönen Worte vor, die die Kommission in dem Berichte für die Flotte gemacht hat, während doch der Schluß lautet: Geld geben sie nicht. Ja, meine Herren, wenn Worte Geld wären, dann hätten wir der Freigebigkeit, mit der Sie die Regierung behandeln, unsere dankbare Bewunderung zu zollen. (Heiterkeit.) Vizepräsident von Unruh: Ich habe in dem Vortrage des Herrn Referenten nichts gehört, was zu einer Entgegnung, wie die des Herrn Ministerpräsidenten, Veranlassung gegeben hätte. Abg. Virchow: Welches Motiv den Hrn. Ministerpräsidenten zu einer Betrachtung über die Horatier und Kuratier veranlaßt hat, vermag ich nicht abzusehen. Ich kann zu dem, was ich gesagt habe, nichts hinzufügen, als daß ich, gegenüber dem Vorwurf, der Bericht sei eine Apologie Hannibal Fischer's, widerlegende Stellen aus dem Bericht verlesen und diese Behauptung als eine unzutreffende bezeichnet habe. Ministerpräsident: Der Referent hat meine Aeußerung auf einen andern Theil seiner Rede bezogen, als auf welchen sie eigentlich ging. Er sagte, ich scheine den Bericht nicht gelesen zu haben, wenn ich ihn aber gelesen hätte, so wüßte er nicht, was er von meiner Wahrheitsliebe halten sollte. Die Vergleichung des Wortlautes im stenographischen Bericht wird Das ergeben, es wird mir lieb sein, wenn ich darin diese Beleidigung nicht wiederfinde. Abg. Virchow: Ich kann hier auch nur wiederholen, was ich bereits gesagt habe. Ministerpräsident: Ich werde abwarten, ob ich jene Worte im stenographischen Bericht wieder finde und behalte mir für diesen Fall das Weitere vor. (Sensation; der Ministerpräsident entfernt sich.) Es wird nun abgestimmt. Die Regierungsvorlage wird fast einstimmig abgelehnt, nur die Konservativen stimmen dafür. Die Resolutionen werden ebenfalls sämmtlich abgelehnt. Abg. Prince-Smith wünscht, daß das Präsidium aus dem stenographischen Bericht konstatiren möge, ob der Abg. Virchow den Ministerpräsidenten wirklich beleidigt habe oder nicht. v. Hennig: Das Präsidium habe bereits mit Nein entschieden.

Leipzig, 3. Juni. Der Buchdruckerkonflikt darf als beigelegt betrachtet werden. Die Gehülfen haben sich unter Aufgabe des Dreißigpfennigtarifs zur Annahme des Achtundzwanzigpfennigtarifs erboten; dies ist von den Prinzipalen angenommen worden unter der Bedingung, daß mit dem 6. Juni die Arbeit wieder aufgenommen werde. Die Teubner'schen Gehülfen haben sämmtlich das Abkommen acceptirt; bei den übrigen Druckereien ist die Annahme in sicherer Aussicht, da die Tarifkommission, ein Mitglied ausgenommen, dieselbe befürwortet.

Aus **Karlsruhe**, 3. Juni, wird der „Pfälz. Z." berichtet, daß dort die Frage eines Ministerwechsels erwogen werde, aber nicht in der Richtung nach rechts, sondern weiter nach links. (?)

Dem „H. C." schreibt man aus **Nordschleswig** vom 30. Mai: „Die Kopenhagener Zeitungen und größeren dänischen Provinzialblätter veröffentlichen die nachstehende Flensburger Korrespondenz: „Der zu sechsmonatlicher Gefängnißstrafe (wegen Betheiligung an der Adresse an den Kaiser der Franzosen) verurtheilte junge Schlachtermeister Partsch ist vor einigen Tagen aus Berlin zurückgekehrt, wo er bei Herrn v. Bismark Audienz gehabt hat. Der königlich preußische Ministerpräsident ersuchte Herrn Partsch, ruhig und unbekümmert nach Hause zu reisen; „die Sache werden wir sicher ordnen," äußerte er. Der Minister drückte mehrere Male die Hand des treuen und biederen Schlachters und wünschte, „daß der König von Preußen manche ebenso treue Unterthanen hätte, als Partsch seinem (?!) König treu wäre."

N. **Bremen**, Anfang Juni. Die Arbeiten auf dem Festplatze sind jetzt hinreichend vorgerückt, um erkennen zu lassen, daß wir nach Vollendung derselben einer sinnreichen und interessanten baulichen Schöpfung gegenüberstehen werden. Die Festhalle, der Gabentempel, die Nebengebäude, obwohl durchweg aus Holz aufgeführt, sind auf das Strengste im Styl antiker Steinbauten

---

kannt, praktisch zu machen. Das öffnet dem Verkehr weitere Bahnen und der Arbeit bisher unbekannte Gebiete. Mit einem Worte: Handel und Gewerbe erlangen einen frischen Impuls und nehmen einen größeren Umfang an. Die Entwicklung aber, die weitere Ausbreitung, die freiere Bewegung bringen manches Unbequeme mit, der freiere Handel erregt den Existenzkampf, eine erbarmungslose Concurrenz, die Spekulation, den Schwindel. Die durch den erweiterten Handel erhöhte Fabrikation droht den Arbeiter in die kaum entronnene oder in eine schlimmere Leibeigenschaft zurückzuschleudern, in die Knechtschaft des Kapitals.

Da wickeln sich denn eine Menge materielle und soziale Fragen zusammen, so brennend und bedeutungsvoll, so alle Kreise und Schichten der bürgerlichen Gesellschaft berührend, daß alles Volk daran Theil nimmt, dieser passiv, jener aktiv — je nach seiner Gemüthsart, mit klugen und verdrehten Rathschlägen auftretend — je nach Erfahrung und Denkkraft. Die Einen — es sind theils Narren, theils Spekulanten — stellen Utopien auf, daß der gesunde Menschenverstand nicht weiß, ob er lachen oder weinen soll, die Anderen, patriarchalische Phantasten, meist nicht so bös als sie thun, aber erschreckend naiv, rufen: „Kommt, kehren wir um, leben wir kindlich wie früher!" Sie können nämlich nicht Muttern's Schürze vergessen, wenn sie auch schon Männer sind, sie möchten sich gern noch daran festhalten und dahinter verbergen. Dabei übersehen sie, daß Erwachsene nicht mehr Kinder werden können und daß „Muttern" — ich meine die alte Institution, welche sie groß zog, nährte und schützte, — unterdeß alt und wackelig geworden ist und sich selbst nur durch fremde Stütze noch erhält.

Die großen Fragen der Gegenwart aber können weder durch Rückwärtsschreiten noch durch Haschen nach einer vor uns schwebenden Fata Morgana — beides sind Absurditäten — gelöst werden, sondern allein durch ein aufmerksames Beobachten der gegebenen Verhältnisse, durch Nutzanwendung jeder Erfahrung und einen klaren Blick für die Bedürfnisse der Zeit, d. h. das, was man oft ohne Verständniß, aber weil es eine hübsche Phrase ist, — den „Geist der Zeit" nennt.

Wer aber soll diese gewaltigen Fragen lösen? . . .

Vielleicht die napoleonischen „Genies, welche die Vorsehung den Völkern erweckt"? Diese dürften vor Staatsstreichen, Blutvergießen und Völker-Unterjochen kaum für so umfangreiche Arbeit des Friedens Muße haben. Nein, Alles was groß und erhaben, bewährt und von langer Dauer ist, das haben nicht einzelne Regierungsgenies, sondern das Genie der Regierten, das Genie der Nationen, geschaffen. Kunst und Wissenschaft, Handel und Gewerbe, wo sie immer blühten, sie waren das Werk des ganzen Volkes.

Die Regierungen dürfen allerdings bei diesem Schaffen der Nationen keineswegs nur die unbekümmerten Zuschauer abgeben. Etwas müssen sie auch thun, ob willig oder widerwillig, ob mit oder ohne Verständniß der Zeit. Wenn also die Völker jetzt mit der Lösung materieller und socialer Probleme beschäftigt sind, wird keine Regierung, ob Republik oder Empire, ob demokratisch oder feudal, diese brennenden Zeitfragen ignoriren dürfen, sie muß an der Lösung mitarbeiten aus — Selbsterhaltung!

Man kann es dem Cäsar von Frankreich nicht zum Vorwurf machen, daß er die Bedürfnisse der Gegenwart übersieht, seine Zeit nicht versteht. Im Gegentheil, er erblickt in der socialen und materiellen Konsolidirung der bürgerlichen Verhältnisse eines der wichtigsten Mittel zur Befestigung seines Thrones. Die verschiedenen Handelsverträge, die vielen Millionen, auf öffentliche Arbeiten verwendet, wie das von Deutschland her aufgenommene, hier freilich echt imperialistisch karikirte Genossenschaftswesen setzen dies außer Zweifel.

gehalten. — Die Marine- und Produkten-Ausstellung, welche auf dem Festplatze veranstaltet wird, ist ein für Deutschland neues Unternehmen, welches viel Interesse verheißt. — Die Zahl der Ehrengaben ist auf etwas über 300 gestiegen im Werthe von mehr als 14,000 Thalern.

Bern, 3. Juni. Am letzten Mittwoch hat die Anklagekammer die gegen Hrn. Dr. Demme gestellte Anklage wegen Diebstahls zweier Ringe fallen gelassen, „aus Grund des Todes". Die Diebstähle selber sind konstatirt. Ferner beschloß die Kammer, es seien die Leichentheile des Hrn. Dr. Demme und der Flora Trümpy zur Beerdigung herauszugeben; ebenso die Aktenstücke von Hrn. Demme, welche von der Familie verlangt werden, von denen aber eine amtliche Copie genommen wurde.

Paris, 3. Juni. Die bekannte Schuld Jecker's soll jetzt geregelt worden sein: die mexikanische Regierung will 40 Prozent bezahlen und Jecker hat diesen Antrag angenommen. Diese Schuld war die Ursache zum Krieg gegen Mexiko. Manche meinen, Juarez würde sich wahrscheinlich auch auf ein solches Abkommen eingelassen haben, wenn ihm dieser Vorschlag gemacht worden wäre.

Paris, 3. Juni. Man spricht viel von einem zweiten Brief des Kaisers an den Prinzen Napoleon, der in viel freundlicherem Tone abgefaßt sein soll, als der durch den „Moniteur" veröffentlichte. Auch die Kaiserin läßt es sich eifrigst angelegen sein, den lieben Frieden wieder in der Familie herzustellen. — In der gestrigen Sitzung nahm Thiers das Wort, um zunächst das System, nach dem die verschiedenen Budgets (es sind deren fünf, die er auf eines zurückgeführt sehen möchte) fungiren, anzugreifen. Er will ferner Beschränkung, nicht völlige Einstellung der außerordentlich öffentlichen Arbeiten, Abberufung der Truppen aus Mexiko. Mit folgenden Worten geißelte Thiers einen von der Opposition viel und seither umsonst gerügten Uebelstand: Man hat uns wissen lassen, daß zwischen der Regierung und den Ausschüssen so vertrauliche Mittheilungen stattfanden, daß man dieselben sogar uns nicht wieder sagen kann. Wahrhaftig, rief Thiers an einer anderen Stelle aus, in keinem anderen Lande würde man eine solche Art, die Ausgaben zu entstellen, begreifen.

New-York, 25. Mai. Präsident Johnson hat verfügt, daß sämmtliche Südhäfen, mit Ausnahme derer in Texas, vom 1. Juli an dem Fremdenverkehr geöffnet sein werden. Davis wurde erst am Montag nach Fort Monroe gebracht, woselbst er in einer auf's Stärkste verwahrten Kasematte des 2. Stockwerks untergebracht ist. Seine und Clay's Familie werden nach Georgia zurückgeschickt, da Herr Stanton sie nicht im Norden dulden will. Herr Clay sitzt ebenfalls im Fort Monroe, nicht, wie früher berichtet, im Fort Delaware, gefangen. Die Wittwe Lincoln ist gestern nach Chicago abgereist, woselbst sie ihren bleibenden Wohnsitz nehmen will. Die konföderirte Besatzung von Talahassee und St. Mark's in Florida hat sich am 9. ergeben. Die förmliche Uebergabe der früher vor Mobile stationirten konföderirten Flotille ging ebenfalls am 9. vor sich. Der südstaatliche Kreuzer Stonewall ergab sich dem Generalgouverneur von Kuba am 18., damit dieser die Ablieferung an die Unionsbehörden übernehme. Der Gouverneur streckte 25,000 Doll. behufs Lohnauszahlung an die Matrosen vor.

Die Verhältnisse des Staatsbaudienstes in Bayern.

(Eingesandt.)

Viele Eltern haben ihre Hoffnungen den neu errichteten Realgymnasien zugewendet, in welchen sie den Weg für ihre Kinder sehen, um rasch zum Studium der technischen Fächer und zur Versorgung zu gelangen. Wie nahe und wie hart ist die Täuschung! Während der Jüngling, der ein humanistisches Gymnasium besucht, im Laufe der 4 Jahre seiner Gymnasialstudien und noch während der Zeit seines Philosophicums sich mit der Wahl seines künftigen Berufes beschäftigen, sich aufklären und belehren lassen kann, ehe er die Fachstudien beginnt, ist für den Zögling des Realgymnasiums schon beim Eintritt in diese Anstalt die Brücke zur Rückkehr gleichsam abgebrochen, wenn er nicht die ganze auf der Anstalt zugebrachte Zeit nutzlos verlieren will. Der Jüngling, der diese Anstalt betreten, muß einem technischen Fache angehören. Es gibt keinen Uebertritt an eine Universität nach dem Absolutorium des Realgymnasiums, während Jeder, der ein humanistisches Gymnasium absolvirt hat, unbehindert in die polytechnische Hochschule eintreten kann. Und nun die Frage: vermag ein Vater oder Vormünder, der nicht selbst Techniker ist, bei einem Lateinschüler von 10—15 Jahren zu bestimmen, ob der junge Mensch zu einem, und ob er sich zu diesem oder jenem technischen Zweige eignet? Wie häufig bringt eine leichte Anlage zum Zeichnen, einige Gewandtheit im Kopfrechnen &c. den Vater oder Vormünder zu dem Glauben, der Knabe habe Anlagen zum Baufache; er wird auf das Realgymnasium gebracht und geht auch gerne dahin, weil ihm viele der Sache Unkundige vorreden, dort habe er weniger zu studiren und eine rasche Versorgung zu gewärtigen. Findet dann der junge Mensch, daß die Mathematik ihm ein weit schwierigeres Feld bietet, als das gefürchtete Griechisch und Latein; findet man, wenn der Ernst des Zeichnens statt der früheren Spielereien eintritt, daß wenig künstlerischer oder mathematisch technischer Boden vorhanden ist: dann ist die auf dem Realgymnasium zurückgelegte Zeit verloren, und eine Verkümmerung des Individuums ist nicht zu verhindern, wenn Verhältnisse es unmöglich machen, sich einem andern Fache zuzuwenden.

Gewöhnlich ist es das Baufach, welches unerfahrenen Jünglingen und unkundigen Eltern als das Eldorado bezeichnet wird,

---

Vielleicht möchte daraus Jemand schließen: Da also das Volk seine öffentliche Freiheit jetzt leicht verschmerzt und Napoleon dessen materielle und sociale Bedürfnisse stillt, so ist Er sicher und die Nation glücklich, wenigstens glücklicher als je. Prüfen wir, ob dies ganz logisch ist! — „Soyons logiques et nous serons justes!" sagte Er.

Zunächst verschmerzt das Volk seine Freiheit durchaus nicht so leicht, wie man von oben her uns so gern glauben macht, noch weniger ohne sittliche Schädigung und ohne Störung auf dem Gebiete der Wissenschaft. Denn ihre höchsten ethischen Aufgaben vermag eine große Nation ebenso wenig wie der Einzelne im Zustande der Unfreiheit zu erfüllen. Das Volk fühlt auch diese Beeinträchtigung, diese Gebundenheit der Geister wie ein großes moralisches Uebel. Eine fulminante Rede gegen die Regierung, eine neue Blamage derselben, einige scharfe Propos, ein Witzwort, ein Lied, welches die Männer des herrschenden Systems geißelt, gibt dem Volk eine unendliche Satisfaktion, und die rapideste Verbreitung solcher Dinge gewährt Allen eine moralische Befriedigung. Und zwar nicht blos denen, welche als Opponenten der Regierung auftreten, sondern auch denen, welche sie in der Oeffentlichkeit zu vertheidigen, zu verherrlichen pflegen. Ich könnte sogar manches „loyale", d. h. imperiale Kammermitglied hierfür als Beleg nennen. Dies Benehmen der „Gesinnungstüchtigen" streift allerdings schon etwas an Demoralisation; forscht nur: woher das kommt! Ein Volk gibt seine politischen Rechte nicht so muthwillig auf, aber nicht immer pflegt es mit Energie dafür zu kämpfen, sondern flüchtet sich mit denselben. So rettet sich jetzt die verfolgte politische Meinung überall hin, sie schaut hinter jedem Blatt hervor, das harmloseste Ding muß zu einer politischen Anspielung dienen.

Ein kleines Beispiel von heute! Vor einigen Tagen wurde die große Hundeausstellung geschlossen, welche seit mehreren Wochen in Paris stattgefunden. Eine Menge der Ausgestellten waren wegen ihrer hündischen Schönheit mit Medaillen geschmückt worden. Diese Gloire aber hinderte nicht, daß, als sie die Ausstellung verließen, ihnen alsbald der Maulkorb wieder angelegt wurde. „Tröste dich!" sagte wehmüthig lächelnd ein alter Epicier zu seinem decorirten Hunde, „Gloire und Maulkorb — das ist in Frankreich das allgemeine Loos!"

Und trotzdem rührt sich das Volk nicht! Wie erklärt man das? . . . Wahrlich nicht deshalb, weil, wie die Regierung meint, es dem Kaiserthum ergeben ist, sondern weil es mit anderen Fragen, mit Fragen der Existenz, die immer zunächst auf materiellen Grundlagen ruht, hauptsächlich beschäftigt, den politischen Angelegenheiten nur eine untergeordnete Aufmerksamkeit und Thätigkeit widmen kann. Werden erst die materiellen Bedürfnisse befriedigt sein, dann wird es mit der dieser heißblütigen Nation eigenthümlichen Energie und Leidenschaftlichkeit auch die ganze Thätigkeit der Wahrung seiner ethischen Güter weihen. Daß dann ein Regent auf dem Thron säße, der den Geist der Zeit versteht, sonst könnte dies leicht mit einem blutigen Rauchopfer verknüpft sein!

Diese Phase, wo das Volk von den materiellen Gütern ab sich wieder den ethischen zuwendet, wird sicher eintreten, wie sie meist nach „materialistischen" Zeitaltern — so nennt man ja auch unsere Zeit — zu erscheinen pflegt. Das ist (ich möchte sagen) ein Naturprozeß, den die Geschichte täglich im Großen und Kleinen verhandelt. So lange Jemand — sei es ein Einzelner oder ein Volk — mit materiellen Sorgen zu kämpfen hat, hat er für höhere Wünsche, wie Selbstbestimmung, öffentliche Rechte, Lehrfreiheit u. s. w. wenig Sinn, jedoch nach Befriedigung jener niederen Bedürfnisse verlangt der Mensch nach Höherem, nach Genugthuung für seine sittlichen und wissenschaftlichen Triebe. Heut

und hier ist es Pflicht für Jeden, der die Verhältnisse kennt, den ernstesten Warnungsruf zu erheben. Die reglementären Bestimmungen für den Staatsbaudienst fordern zum theoretischen Examen eine Studienzeit von 12 Jahren; auf ein Biennium von 2 Jahren folgt das Staatsexamen, welches durchschnittlich 2 Monate andauert. Somit wird eine gleiche Studien- und Vorbereitungszeit von dem Adspiranten des Staatsbaudienstes verlangt, wie von jenem der Justiz, des Verwaltungs-, des Sanitäts-Dienstes, der Theologie und des höhern Lehramts. Ein Blick auf die nachfolgenden Zahlen wird zu der Ueberzeugung führen, daß dieses so vielfach beneidete und gepriesene Baufach allen übrigen Fächern gegenüber am Ungünstigsten gestellt ist. Gewöhnlich trifft den Beamten in der Justiz, in der Verwaltung und im Finanzdienst die erste Anstellung mit 800 fl. nach Umfluß einer Zeit von 5 bis 7 Jahren nach bestandenem Staatsexamen. Nach Umfluß eines gleichen Zeitraums, also nach 10 bis 14 Jahren ist die Stufe des Nebenbeamten überstiegen und jene des Landrichters, Stadtrichters, Bezirksamtmannes, Bezirksgerichtsrathes, Rentbeamten erreicht. Gleiches gilt für das höhere Lehramt u. s. w. Die Baupraktikanten vom Konkurse 1848 sind noch nicht alle angestellt, ihre Studiengenossen aus den gleichen Jahren sind meistens Bezirksamtmänner, Stadtrichter, Landrichter, Bezirksgerichtsräthe, Rentbeamte, Regierungsassessoren ꝛc. und stehen in einer Besoldung von 1400 bis 2000 fl. Diese Baupraktikanten, Männer von 40 bis 45 Jahren, erlangen bei ihrer dereinstigen Anstellung eine Besoldung von 800 fl. Es treffen jährlich im Baufache 3 bis 4 Neuanstellungen. Wird das günstigste Verhältniß angenommen, nämlich 4 per Jahr, so werden die Praktikanten, welche das Staatsexamen 1850 abgelegt, vollends zur Anstellung kommen

im Jahre		1868.
Die Praktikanten vom Jahre	1852	1872.
" " " "	1854	1879.
" " " "	1856	1887.
" " " "	1858	1890.
" " " "	1860	1895.
" " " "	1862	1902.

Nur eine ungewöhnlich große Sterblichkeit nicht blos unter den Beamten, sondern auch unter den Praktikanten selbst kann diese Ziffer zu Gunsten der Ueberlebenden kürzen. (Schluß folgt.)

Cours der Staatspapiere.

Oesterr.	5 pCt. Met. (Op. i. S. b. R.)	—
"	5 pCt. Lomb. ditto. à 24	—
"	5 pCt. Engl. Met. v. 1852	—
"	5 pCt. Engl. Met. v. 1859	78⅝—¼ G.
"	5 pCt. Venet. Coupon b. R.	87⅛ P.
"	5 pCt. Nationalanl. v. 1854	68⅝ P. ½ G.
"	5 pCt. Metall. Obligation.	64¾ P.
"	4½ pCt.	57⅛ P.
Preussen	3½ pCt. Staatsschuldsch.	—
Bayern	4½ pCt. Obl. 1jähr. dto.	101⅝ G.
"	4½ pCt. Obl. ½jähr. dto.	102¾ G.
"	4 pCt. Obl. 1jähr. dto.	99¾—⅝ G.
"	4 pCt. Obl. ½ jähr. dto.	99⅛ G.
"	4 pCt. Obl. Ab.-R. dto.	98⅝ P.
"	3½ pCt. Obl. dto.	—
Württemb.	4½ pCt. Obl. b. Rothsch.	103¾ G.
"	3½ pCt. Obl. dto.	94⅝ P.
Baden	4½ pCt. Obl.	—
"	3½ pCt. Obl. v. 1842	91⅝ P.
Gr. Hess.	4½ pCt. Obl.	—
"	4 pCt. Obl. b. Rothsch.	100¾ P.
"	3½ pCt. Obl. dto.	97¼ P.
Nassau	4½ pCt. Obl. dto.	102½ P.
"	4 pCt. Obl. dto.	99⅜ P.
"	3½ pCt. Obl. dto.	91 G.
Frankfurt	3½ pCt. Obl.	95¼ P.
"	3 pCt. Obl.	90 G.
Spanien	3 pCt. inl. Sch. P. à 3. 2. 30	—
"	2¼ pCt. " " "	—
Schweden	4½ pCt. Obl. à 105 Thlr.	92½ G.
N.Amerika	6 pCt. à 1000f. 1881 D. 2½	71¾ G.
"	6 pCt. ditto v. 1882	71¼—71⅛ G.

Diverse Aktien.

Frankfurter Bank à fl. 500 . . .	161½ G.
K. K. Oesterr. National-Bankaktien	873—72 G.
Oesterr. Kreditbank-Aktien à fl. 200	200 P. 199½ G.
Bayer. Hypothekenb. Pfandbriefe 4 pCt.	97⅜ P. ¼ G.
Darmst. Bank 1. u. 2. Serie à fl. 250	228½ G.
Weimarische Bank à Thlr. 100 . .	101 G.
Mitteldeutsche Kreditaktien . . .	101⅝ G.
Intern. Bank in Lux. à 250 Frs. à 28 kr.	—
Taunus-Eisenbahn à fl. 250 . . .	351 P.
Frankfurt-Hanauer-Eisenbahn . . .	100⅝ P.
Oest. F.St.Eisb. 5pCt. 500 Fr. à 28 kr.	—
" Elisab.-Eisenbahn 5 pCt. . .	120 G.
Böhm. Westbahn-Aktien à fl. 200 6/7	78 P.
Rhein-Nahe-Bahn 200 Thl. à 105 4pCt. Z.	32 G.
Ludwigshafen-Bexbacher à 4 pCt. .	150⅜ P. 150 G.
dto. dto. Prior. à 4 pCt.	—
Pfälz. Maxb. b. Rothschild à 4½ pCt.	107⅛ P. 106⅝ G.
Oest. St.-Eisenb. Prior.-Oblig. à 3 pCt.	51⅞ P.
Elisab.-Bahn Prior. 5 pCt. 6/7	78¾ G.
Südd. Bank-Akt., 40 pCt. Einz.	254 P.
Span. Handels- und Industrie . .	—
Bayr. Ostbahn à 4½ pCt. volleinbez.	113¾ G.
Bayer. Ostbahn mit 50 pCt. Einz.	113½ G.

Wechsel in süddeutscher Währung.

Amst. fl. 100 k. S.	101 P.
Antwerp. Frs. 200 k. S.	94⅝ G.
Augsb. fl. 100 k. S.	99⅜ G.
Berlin Th. 60 k. S.	105 P.
Brem. 50 Th. Ld. k. S.	97¼ P.
Brüssel Frs. 200 k. S.	94⅝ G.
Cöln Thlr. 60 k. S.	105 P.
Hamb. MB. 100 k. S.	88½ G.
Leipzig Th. 60 k. S.	105 P.
London Lst. 10 k. S.	119⅜ G.
Lyon Frs. 200 k. S.	—
Mail. Frs. 200 . .	94⅝ G.
München fl. 100 k. S.	99⅜ G.
Paris Frs. 200 k. S.	95 P.
Petersburg 60 S.-R.	—
Triest fl. 100 k. S.	—
Wien fl. 100 ö. W.	—
do. in öst. W. l. S.	—
Disconto	3½ pCt. G.

Anlehens-Loose.

Oesterr. fl. 250 v. 1839	136 P.
" fl. 250 v. 1854 mit 4 pCt.	79¾ P.
" fl. 500 v. 1860 6/7	86⅝ P.
" fl. 100 Eisb.-L. v. 1858.	136 G.
" do. v. 1864.	92½ P. 91⅞ G.
Schwed. 10 Thlr. Loose	9½ G.
Badische fl. 50	—
Badische fl. 35	53½ P.
Kurhess. Thlr. 40 b. R.	—
Gr. Hessen fl. 50 b. R.	140¼ P.
" fl. 25 do.	37¼ P.
Nassau fl. 25 bei Rothsch.	35½ G.
Sardinische Fr. 36 b. B.	72 P. 71 G.
Neuchateler 10 Frs.-Loose	—
Freiburger 15 Frs.-Loose	—
Mailänder 45 Frs. L. b. R.	39½ P.
St. Lüttich mit 2½ pCt. Z.	84¼ P.
Anab.-Gunzenh. fl. 7-L.	10½ P.

Frankfurt, 6. Juni. Die Börse war sehr wenig belebt, amerikanische Fonds waren den New-Yorker Notirungen entsprechend etwas höher, von österr. Sachen waren Bankaktien fester, dagegen Kreditaktien anhaltend matt. (Sydr.)

kann allerdings, abgestumpft für politische Selbstbestimmung, Jemand befriedigt ausrufen: „In Frankreich ist es gut sein, hier ernährt man sich doch!“ Wenn das Einer von den Besseren thut und noch obendrein ein Deutscher, wie Ludwig Simon bei dem internationalen Turnfest, so muß das jedem Hörer ein schmerzliches Gefühl erwecken. Was muß ein freier Geist gelitten haben, ehe er auf diesen Standpunkt herabsank! . . . .

Sehen wir nun, wie es sich mit dem verhält, was man die Befriedigung der Zeitbedürfnisse nennt! Ich habe beigestimmt, daß Napoleon seine Zeit versteht. „Mais il n'admet qu'une volonté et qu'une action“, und ich zweifle, daß sein alleiniger Wille und sein Vorgehen allein die riesengroßen Aufgaben der Zeit wird lösen können. Wenn er dies glaubt, so ist dies ein Irrthum, durch welchen er einbüßen kann, was er durch sein Verständniß der Zeit gewann. Zugeben muß man, daß Napoleon auf den materiellen Gebieten manchen Erfolg errungen, auch bin ich nicht so verblendet von Deutschthum, um nicht einzusehen, daß die materiellen Verhältnisse hier vielfach besser sind, als jenseits des Rheins in den deutschen Vaterländern, besonders finden diejenigen, welche mit ihrem Geiste schaffen, hier ungleich besseren Lohn als in Deutschland, wo die Begabtesten schutz- und brodlos sind, allein der Cäsarismus, weil er die freie Betheiligung des Volkes unterdrückte, hat vieles Gekünstelte geschaffen, das nicht gewachsen, sondern oktroyirt, nicht lebendig, sondern von mächtiger Hand gestützt, zusammenbrechen muß, wenn diese Hand einst schwach wird. Das Gute aber, was wirklich geschaffen ist, wird die Nation nicht zur Dankbarkeit stimmen, denn sie wird sich stets schmerzlich bewußt sein, mit welchen ungeheueren Opfern an politischen Rechten und sittlichen Gütern sie die materielle Wohlfahrt bezahlt hat. Darum müssen absolutistische Regierungen mehr als andere, wo Wille und Aktion getheilt ist, für die leiblichen Bedürfnisse des Volkes sorgen, und Wehe! wenn dieser eine Wille einmal einen Mißgriff begeht oder einen Mißerfolg erntet, was doch in allen menschlichen Verhältnissen möglich. Dann trifft ihn die ganze Verantwortung, das ganze Odium; dann bemächtigen sich die politisch Gekränkten der materiell Unbefriedigten und Unzufriedenen, und statt des Einen Willen und der Einen Aktion erheben sich jetzt zahllose Souveräne — das ist die „Anarchie der Geister.“

Man hat darin, daß der Kaiser das Reich verließ und nach Afrika ging, eine Befestigung seiner Dynastie erblicken wollen. Dies beweist gar nichts, als höchstens, daß der Werkmeister wohldressirte Handlanger hat. Die Festigkeit der Regierung wird sich nur zeigen, wenn Mißerfolge eintreten, wenn z. B. das französische Heer in Mexiko aufgerieben oder von dort vertrieben wird, oder wenn der mit dem Zollverein abgeschlossene Handelsvertrag bei seiner Inkraftretung viele Produzenten und Händler für den Augenblick gefährdet. Bleibt man dann noch ruhig und ruft: „Vive l'empereur!“ dann mögt Ihr sagen, die napoleonische Dynastie ist im Volke befestigt.

Verantwortlicher Redakteur: A. Hartmann.
Druck und Verlag der Stahel'schen Buch- und Kunsthandlung in Würzburg

K. Hof- und Staatsbibliothek München

Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht!

№ 157. | Vorausbezahlung: Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 1 fl. 30 kr. Bei Inseraten wird die dreispaltige Zeile in gewöhnlicher kleiner | 62. Jahrgang. | Schrift oder deren Raum im Hauptblatte mit 6 kr., im Anzeiger mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franco. | Donnerstag, 8. Juni 1865.

(Amtliche Nachrichten.) **München**, 6. Juni. Se. Maj. der König hat die erledigte Stelle eines Rechnungskommissärs der kgl. Regierungs-Finanzkammer von Mittelfranken dem geprüften Rechtspraktikanten und funktionirenden Rechnungs-Revisor der k. Regierungs-Finanzkammer der Oberpfalz, A. Zoeich, verliehen; die kathol. Pfarrei Auerbach, k. Bezirksamts Deggendorf, dem Priester J. Klämpfl, Pfarrer in Dommelstadel, Bezirksamts Passau, übertragen; auf die im Staatsministerium der Justiz erledigte Stelle eines geheimen Sekretärs den Ministerialsekretär daselbst, Dr. Julius Staudinger, befördert.

Die in der Sitzung der Abgeordneten-Kammer vom 2. ds. vom Kultusminister ertheilte Antwort auf die Interpellation des Abg. Dr. Edel über das Turnwesen lautet in ihren Hauptzügen wie folgt: Das kgl. Staatsministerium des Innern für Kirchen- und Schulangelegenheiten hat durch die Ministerialverfügung vom 17. Dezember 1861 jene allgemeinen Anordnungen getroffen, welche nach der damaligen Sachlage geeignet erschienen, dem Landtagsabschiede vom 10. Nov. 1861 den zunächst den Kreisregierungen obliegenden Vollzug zu sichern. Dasselbe hat aber seine Thätigkeit keineswegs auf diese allgemeine Anordnung beschränkt, vielmehr durch eine Reihe besonderer Weisungen bis auf die jüngste Zeit herab in die Durchführung des Turnunterrichts bei den einzelnen Anstalten ordnend und maßgebend eingegriffen. Die auf diesem Wege zur Geltung gebrachten Hauptgrundzüge lassen sich in Folgendem zusammenfassen: Einfügung des Turnunterrichts unter die ordentlichen Lehrgegenstände bei allen Gymnasien und mit denselben verbundenen Lateinschulen, sowie bei den Schullehrer-Seminarien; Aufstellung eigener Lehrer hiefür; obligatorische Theilnahme der Schüler am Turnunterrichte; Festsetzung der Zahl der Lehrstunden; Ausdehnung der Turnübungen auf das Wintersemester, wo geeignete Lokalitäten gewonnen werden konnten; Vermittlung der Einheit des Unterrichts durch einen im Druck veröffentlichten Leitfaden; schließlich wurden die erforderlichen Fonds etatsmäßig zur Verfügung gestellt und die dem Lehrstande entnommenen Inspektionskommissäre sowohl als auch die Vorstände der Anstalten angewiesen, den Betrieb und Fortgang des Turnunterrichts zu überwachen und die Ergebnisse zur Kenntniß zu bringen. Das k. Staatsministerium des Innern für Kirchen- und Schulangelegenheiten glaubt den Postulaten in dem Rahmen der Kammerverhandlungen von 1861 entsprochen und unter den gegebenen Umständen das Mögliche geleistet zu haben. In Ansehung des Turnunterrichts bei den Volksschulen darf auf die bis heute noch nicht zurückgenommenen Lehrpläne von 1806 und 1811, in welchen die Pflege der Gymnastik ausdrücklich vorgesehen ist, Bezug genommen und erwartet werden, daß die königl. Kreisregierungen auch in diesem Punkte der ihnen obliegenden Beaufsichtigung des Volksschulwesens nachgekommen sind. Inzwischen ist bei der bevorstehenden neuen Einrichtung der Präparandenschulen und in den der Revision unterliegenden Lehrplänen der Schullehrerseminarien für den Turnunterricht und das Turnen eine so bestimmte und ausreichende Vorsorge getroffen, daß hieran sich die Erwartung knüpft, es werde fortan auch in das Turnwesen bei den Volksschulen ein frischer Antrieb gebracht und das Bedürfniß von Lehrkräften durch die Volksschullehrer selbst befriedigt werden. Daß an den „meisten Gewerbeschulen“ nicht geturnt werde, muß dahin berichtigt werden, daß an 20 von den zur Zeit bestehenden 30 Anstalten wöchentlich zweimal des Nachmittags Turnunterricht in fakultativer Weise ertheilt wird. Mit Ausnahme der Stadt München ist an allen Gymnasien und mit denselben verbundenen lateinischen Schulen der Turnunterricht als obligatorisch erklärt. An 17 Studienanstalten wird derselbe auch während des Winters betrieben. An 8 Studienanstalten fehlen noch geeignete Winterlokale, deren Ermittlung zum Theil in nächster Aussicht steht. Die Schwierigkeiten in der Gewinnung entsprechender Räumlichkeiten findet nicht selten ihren Grund in dem Widerstreben der Gemeinden, Mitwirkung zu leisten. In München bestehen zwei für den Turnunterricht der Studienschulen eingerichtete öffentliche Lokalitäten, welche jedoch nicht entsprechen. Auf die isolirten lateinischen Schulen werden die für die vollständigen Studienanstalten bestehenden Normen analog angewendet. Aus dem Kredit von 14,000 fl. fing Zuschüsse zur Herstellung von Turnhallen gewährt worden, und noch jetzt bestehen Zusicherungen von solchen in einem Betrage von 17,000 fl. In den Lehrplan der Realgymnasien ist das Turnen nicht aufgenommen, weil die Zeit der technischen Schüler so vielseitig durch obligate Lehrstunden in Anspruch genommen ist.*) Die hierauf folgende artikulirte Beantwortung der Interpellation entspricht den vorausgehenden Prämissen und schließt mit der Erklärung, daß „auf die Dauer der laufenden Finanzperiode das k. Staatsministerium ꝛc. dem sich ergebenden Bedürfnisse für Bildung von Turnlehrern und für weitere Beschaffung von Turnlokalen zu jeder Jahreszeit mit den verfügbaren Mitteln genügen zu können und hiefür neue Zuschüsse aus Staatsfonds nicht in Anspruch nehmen zu sollen“ glaubt.

Pesth, 6. Juni. Der Kaiser ist hier um 8 Uhr angekommen; begeisterter Empfang; die Straßen sind im Festschmuck. Nach der Ankunft fand in der Kaiserburg in Ofen Empfang der [illegible]

*) Dürfte kaum ein genügender Grund sein.

Feuilleton.

Das atlantische Kabel.

Unter dieser Ueberschrift wird der „Weser-Zeitung“ aus London Folgendes mitgetheilt: „Wenn alles gut geht, werden England und Amerika spätestens in Vierteljahresfrist telegraphisch verbunden sein. Ende Juni ist das neue transatlantische Kabel fertig und an Bord des Great Eastern geschafft; Anfang Juni wird die Legung beginnen. Die drei Bedingungen für den Erfolg sind selbstverständlich größtmögliche Festigkeit, Leitungsfähigkeit und Isolirung des Kabels. In allen diesen Beziehungen weist das neue Kabel außerordentliche Fortschritte gegen seinen Vorgänger auf, und gewährt bei weitem größere Bürgschaften. Die Leitungsfähigkeit des vorigen Kabels war von Anfang an sehr schwach, und hörte bald ganz auf. Die Hauptursache davon ward in seiner mangelhaften Isolirung erkannt. Es scheint, daß man damals in dieser Hinsicht die Sache sehr leicht genommen hatte. Um so gewissenhafter ist man jetzt. Die Construktion des Kabels und seiner Leitdrähte läßt denn auch in Bezug hierauf kaum etwas zu wünschen übrig, wie die sorgfältigen Proben beweisen, die nicht allein in der Fabrik, sondern auch noch an Bord des Great Easter selbst angestellt werden. Die Hauptprüfung geschieht, sobald eine neue starke Portion des Kabels an das Schiff geschafft ist und zu dem bereits an Bord desselben in den dazu eingerichteten Wasserbehälter befindlichen Theil hinaufgewunden wird. Sie wird mit den empfindlichsten Instrumenten angestellt, die auch die kleinste Abweichung von völliger Isolirung anzeigen. Und hier hat sich denn ergeben, daß das Kabel in seiner ganzen Länge, soweit es jetzt an Bord ist, auch den schwachen galvanischen Strom von einem einzigen Batteriepaar fortleitet. Der submarine Telegraph von London nach Amsterdam arbeitet in der Regel mit einer Batterie von 50 Zellen (Elementen) und ebenso starke Batterien dürften bei den übrigen unterseeischen Apparaten Europas angewandt werden; bei dem vorigen transatlantischen Kabel wurde zuletzt eine Batterie von 240 Zellen gebraucht, und auch mit ihr konnte man nur noch einmal ein paar Worte durch den Ocean telegraphiren. An dem jetzigen Kabel hat man dagegen längs einer Strecke, die der Entfernung von London nach Petersburg gleichkommt, mittels einer einzigen Zelle teleeraphische Signale geben können. Der gewöhnliche Nadelapparat ist nicht mehr im Stande, das Vorhandensein einer so schwachen Strömung zu kon-

Würdenträger, des Adels und der Korporationen statt. Der Kardinal-Primas hielt eine Ansprache, in welcher er seine Freude über die Anwesenheit des Monarchen ausdrückte. Der Kaiser antwortete: „Mit Freuden begrüße ich von der Burg meiner Ahnen die treuen Söhne meines Königreichs Ungarn. Es ist mein entschiedener Wille, die Völker der ungarischen Krone möglichst zu befriedigen. Schon in der nächsten Zeit werde ich dem Lande einen Raum öffnen, wo einerseits die berechtigten Wünsche der Bevölkerung durch die legale Vertretung zu meiner Kenntniß gelangen können, andererseits jene meiner Wünsche, welche die Machtstellung der Monarchie bedingen, berechtigte Würdigung finden werden, so daß wir bei entsprechender Würdigung der wechselseitigen Rechte und Pflichten, bei richtiger Erkenntniß der inzwischen eingetretenen Verhältnisse uns jenem Ziele nähern können, welches wir alle erstreben, und das die Wohlfahrt und Kräftigung der Gesammtmonarchie sichern wird. Mit doppelter Freude werde ich dann wieder in Ihrer Mitte erscheinen, um bei jener feierlichen Gelegenheit, wofür die Vorsehung das Leben Eurer Eminenz erhalten möge, dasjenige zu sanktioniren, was bereits gegenwärtig das Hauptziel meiner landesväterlichen Wünsche ist." Stürmische Eljens folgten dieser Rede. Hernach fand die Vorstellung der einzelnen Korporationen statt.

Berlin, 4. Juni. Der Großherzog von Oldenburg, der seit mehreren Tagen hier verweilt und wiederholt mit Herrn v. Bismarck konferirt hat, wird sich von hier nach Wien begeben, um dort für seine vermeintlichen Ansprüche in der schleswig-holsteinischen Frage zu wirken. Hier am Hof soll sich der Großherzog einer sehr zuvorkommenden Aufnahme erfreut haben. Man versichert, daß man fest entschlossen sei, seine Kandidatur für den schleswig-holsteinischen Thron in den Vordergrund zu schieben. Der Großherzog soll zur Annahme der preußischen Forderungen mehr geneigt sein, als der Augustenburger. Endlich heißt es auch, daß Rußland erklärt habe, seinen Verzicht zu Gunsten des Großherzogs von Oldenburg jetzt ausstellen zu wollen, falls dadurch die Hindernisse beseitigt werden könnten, die der Besteigung des schleswig-holsteinischen Throns durch den Großherzog von Oldenburg entgegenstünden.

Die „N. A. Z." erwartet, daß die Regierung nicht bei dem Antrage des Herrenhauses in Betreff der parlamentarischen Redefreiheit stehen bleiben, sondern sich das Recht der Bestätigung der Präsidentenwahl zulegen werde. — Vielleicht werden wir auch den Vorschlag erleben, daß zur cavaliermäßigen Ausgleichung persönlicher Konflikte ein Lieutenant in das Abgeordnetenhaus kommandirt wird.

Die Aeußerung des Ministerpräsidenten im Abgeordnetenhause: „Herzog von Holstein, Lauenburg und Schleswig ist Seine Majestät der König von Preußen und Seine Majestät der Kaiser von Oesterreich," wird in Abgeordnetenkreisen mit Rücksicht auf den Art. 58 der Verfassungsurkunde viel besprochen, welcher lautet: „Ohne Einwilligung beider Kammern kann der König nicht zugleich Herrscher fremder Reiche sein." Wahrscheinlich wird diese Frage noch im Hause zur Sprache kommen.

Der diplomatische Berliner Korrespondent der „Köln. Ztg." schreibt vom 6. Juni: „Oesterreich soll in allen wesentlichen Momenten der letzten Verhandlungen den preußischen Vorschlägen zugestimmt haben. Wegen der Kompetenz der Provinzialstände scheint eine Meinungsverschiedenheit keineswegs zu erwarten, da der Vorschlag von vorn herein dahin ging, daß die Stände über das Wahlgesetz gehört werden sollten. Nur wegen der von Preußen, wie es allgemein heißt, vertraulich angeregten Frage wegen der Vereidigung der Beamten in den Herzogthümern scheinen noch, so weit es sich um Oesterreichs Betheiligung daben handelt, einige Schwierigkeiten in Aussicht zu stehen. Dies alles abgesehen von dem preußischen Februar-Programme, bezüglich dessen Oesterreichs Widerstand unverändert bleibt. Die Beziehungen zwischen Berlin und Wien sollen im Uebrigen noch immer gespannt sein."

Berlin. Der Minister für Handel, Gewerbe und öffentliche Arbeiten theilt den Handelskammern folgende Zusammenstellung der Veränderungen mit, denen der Zollvereinstarif in Folge des mit Oesterreich abgeschlossenen Handelsvertrages unterliegt, weil die offizielle Verkündigung erst kurze Zeit vor dem Inkrafttreten werde erfolgen können. I. Vom Eingangszolle befreit werden folgende Gegenstände: 1) Zündwaaren; 2) Getreide, auch gemalzt, und Hülsenfrüchte; 3) Anis, Koriander, Fenchel und Kümmel; 4) Bettfedern und unzubereitete Schmuckfedern; 5) rohes Garn von Flachs oder Hanf, Handgespinnst; 6) die unter Nr. 25 p. 2 des Tarifs begriffenen Gegenstände, mit Ausschluß von Cichorien, getrocknete, und Fische nicht anderweit genannt; 7) Mühlenfabrikate aus Getreide und Hülsenfrüchten, nämlich: geschrotene oder geschälte Körner, Graupe, Gries, Grütze, Mehl, Backwerk, gewöhnliches (Bäckerwaare); Stärke-Gummi; 8) grobe Steinmetzarbeiten, mit Ausnahme der Arbeiten aus Alabaster und Marmor; Schusser (Knicker) aus Marmor und dergleichen; 9) Kälber; 10) Schafvieh (mit Ausnahme der Hammel) und Ziegen. II. Von nachstehenden Gegenständen werden statt der im Tarif bestimmten die nebenbezeichneten Zollsätze erhoben: 1) Von Schmucksachen aus Eisen oder Stahl, so weit sie nicht unter 20 fallen, vom Centner 4 Thlr.; 2) von gepreßtem, geschliffenem, abgeriebenem, geschnittenem, gemustertem, massivem weißen Glase; auch Behängen zu Kronleuchtern von Glas; Glasknöpfen, Glasperlen, Glasschmelz vom Centner 2 Thlr. 20 Sgr.; 3) von farbigem, bemaltem oder vergoldetem Glase, ohne Unterschied der Form; von Glaswaaren in Verbindung mit anderen Materialien, soweit sie dadurch nicht unter Nr. 20 fallen, vom Centner 4 Thlr.; 4) von Brüsseler und dänischem Handschuhleder; Korduan, Marokin, Saffian und allem gefärbten und lackirten Leder vom Centner 6 Thlr. 20 Sgr.; 5) von Butter vom Centner 1 Thlr. 10 Sgr.; 6) von Käse vom Ctr. 1 Thlr. 20 Sgr.; 7) von Matten und Fußdecken von Bast, Stroh und Schilf, anderen Schilfwaaren, ordinären, gefärbt vom Ctr. 1 Thlr.; 8) von anderen als den unter Nr. 38 a des Tarifs genannten Thonwaaren (mit Ausnahme von Porzellan) einfarbigen oder weißen vom Centner 1 Thlr. 20 Sgr.; 9) von weißem Porzellan vom Ctr. 1 Thlr. 20 Sgr.

Schleswig-Holstein. Schiffer Matthiessen aus Arnis, dessen Insultirung durch Kopenhagener Pöbel und Zollbeamte dänischerseits in Abrede gestellt wurde, gibt jetzt in den „Itzeh. Nachr." eine Darstellung des Hergangs, woraus hervorgeht, daß er allerdings vom Pöbel und von einem Zollbeamten schmählicher Weise verhöhnt und bedroht wurde, doch ohne daß es zu Thätlichkeiten kam.

Kiel, 31. Mai. Dem Vernehmen nach hat die preußische Regierung einen fast unmittelbar am Hafen und in der Nähe des Schlosses belegenen großen Bauplatz für einen mäßigen Preis käuflich erworben, um daselbst ein großartiges Marinestationsgebäude aufzuführen.

Paris, 4. Juni. Die hiesigen Arbeiter-Strikes nähern sich

stationen; es muß dazu das überaus empfindliche Thompson'sche Spiegelgalvanometer angewandt werden. Gegenwärtig befinden sich auf und bei dem Great Eastern 1970 Miles Kabel und bis jetzt ist noch kein Fehler entdeckt. Für die Verbindung der Enden der einzelnen großen Kabelstücke ist ebenfalls bestens gesorgt, und es werden rücksichtlich der Leitungsfähigkeit und Isolirung dieser Einfügungen besonders genaue Prüfungen vorgenommen. Die Legung des diesseitigen Kabelendes oder richtiger Anfangs an der britischen Küste wird durch ein kleines Schiff besorgt; erst einige 30 Miles von der irischen Küste wird der Great Eastern seine Thätigkeit beginnen."

Vermischtes.

Aus **Petersburg** schreibt man: Ein zweiter betrübender Fall, welcher dermal die kaiserl. Familie betrifft, ist die am 31. v. M. im „Invaliden" veröffentlichte Streichung des Prinzen Eugen von Leuchtenberg, achtzehnjährigen Sohnes der Großfürstin Marie, aus den Reihen der Armee. Der junge Mann unterhielt seit Beginn des Winters hier eine Liebschaft mit einer französischen Schauspielerin, Namens Letissier, die eigentlich schon seit zwei Jahren die Bühne verlassen hat und nur vom „Produkt ihrer Schönheit" hier lebte. Kurz bevor die Großfürstin Marie, etwa im April, von hier nach Florenz reiste, hatte der junge Mann, nachdem seine Mutter alle seine Schulden gezahlt, versprochen, von der Letissier zu lassen; hielt jedoch dies Versprechen nicht und befand sich nun, unter irgend einem militärischen Vorwande, in Hausarrest. Die Mutter mochte ihn, als sie abreiste, wohl nur in Petersburg gelassen haben in der Meinung, seine Ueberwachung sei dort sicherer als im Auslande. Indeß zwei Tage nach dem Tode des Thronfolgers, als alle Welt in Petersburg nur mit diesem Ereignisse beschäftigt war, wußte der Prinz die dortigen Eisenbahnbeamten zu täuschen und entkam über die Grenze in Begleitung gedachter Schauspielerin. In einer preußischen Station (Magdeburg?) wurde er von einem Adjutanten des Königs gebeten, auf einen Augenblick aus dem Waggon zu steigen, worauf der Zug sich schnell in Bewegung setzte und Mlle. L. allein — jedoch mit der ihr anvertrauten Reisekasse — nach Paris weiterreiste. Der Prinz wurde nach Petersburg gebracht; seine erzürnte Mutter wollte ihn der ganzen Strenge des Militärgesetzes verfallen sehen.

ihrem Ende. Die Kutschenmacher, Schmiede, Tischler und Anstreicher haben sich schon mit ihren Meistern verglichen; die Zimmerleute und Hufschmiede folgen nach; die Hutmacher sind schon an der Arbeit; die anderen Handwerker, die noch feiern, sind nahe daran, sich zu vergleichen. (K. Z.)

Turin, 2. Juni. Prinz Napoleon hat seinem Schwiegervater, dem König Viktor Emanuel, den Text der von ihm zu Ajaccio gehaltenen Rede sammt einem Schreiben übersandt, worin die Stelle betont sein soll: „Ihre Unterhandlungen mit Rom werden Ihnen Unglück bringen.“ Auch über die Zukunft seines Vetters, des Kaisers, äußere sich der Prinz in sehr düsteren Farben, wenn derselbe sich nicht noch entschließe, der Strömung der Geister, die nach Lösung von weltlichem wie geistlichem Druck lechzen, bei Zeiten Rechnung zu tragen. Was ihn selbst betreffe, meint der Prinz, so seien seine Grundsätze in ihm so fest gewurzelt, daß er bereit sei, für dieselben jegliche Verfolgung zu erdulden. (Schw. M.)

Neapel, 31. Mai. Dem von der Bande Giardullo gefangenen Engländer sollte gestern gegen Auszahlung der Summe von 25,000 Dukaten die Freiheit wieder gegeben werden. Die Briganten hatten anfänglich geglaubt, einen reichen Lord in Händen zu haben, und verlangten nichts weniger als 50,000 Dukaten. Der englische Konsul, der sich das Schicksal seines Schutzbefohlenen recht angelegen sein ließ, soll von der englischen Regierung den Auftrag erhalten haben, die zur Befreiung des Gefangenen nöthige Summe auszuzahlen. Dieser wandte sich, wie mir erzählt wird, an die italienischen Behörden, die auf Anweisung des Ministeriums nicht allein die Auszahlung des Lösegeldes gestatteten, sondern auch sich selbst zur Zurückerstattung desselben bereit erboten. Die englische Regierung soll jedoch das Anerbieten nicht angenommen haben. Ein englisches Kriegsschiff kreuzt während dieser Zeit in den Gewässern von Salerno.

Florenz, 5. Juni. Herr Vegezzi ist gestern Abend in Livorno eingetroffen und sofort nach Rom weitergereist. Es heißt, er begebe sich diesmal in offizieller Mission dorthin und sei mit den nöthigen Vollmachten zum Abschlusse eines Arrangements versehen; der offizielle Theil seiner Mission beschränke sich indeß auf das Arrangement bezüglich der Bischöfe und insbesondere auf die Frage von dem Eide, welchen die Bischöfe dem Staate zu leisten hätten; der Vatikan verlange, daß blos in den Erbländern des Königs Viktor Emanuel und in den von demselben in Kraft des Vertrages von Villafranca erworbenen Gebieten die Bischöfe zu einer Eidesleistung verpflichtet würden. Man glaubt, die Regierung von Florenz werde die Schwierigkeiten der Eidesfrage dadurch zu beseitigen suchen, daß die Bischöfe aller Theile der Halbinsel jener illusorischen Formalität enthoben würden.

Petersburg, 29. Mai. Seit Kurzem mehren sich die Feuersbrünste im Innern wieder in bedenklicher Weise. Außer wiederholten Bränden in Simbirsk, welche Stadt erst im vorigen Jahre so stark vom Feuer heimgesucht worden ist, brachen in Moskau im Mai zu gleicher Zeit zwei Brände und am folgenden Tage ein dritter aus, welche über 60 Häuser zerstörten. Von ungleich größerer Bedeutung war jedoch eine Feuersbrunst, welche am 21. d. in der Stadt Kozlow (Gouv. Tambow) ausbrach. Diese legte, der „Mosk. Ztg.“ zufolge, in wenigen Stunden 1500 Häuser, 900 Läden und 4 Kirchen, in Asche. Auch sollen ein Geistlicher und über 20 Frauen und Kinder in den Flammen umgekommen sein. — Die seit längerer Zeit hier herrschende Epidemie hat in den letzten Tagen merklich zugenommen; am 24. erkrankten 351 und starben 103, am 25. erkrankten 354 und kamen 113 Sterbefälle vor. (H. N.)

General Franz Sigel ist seit Kurzem Redakteur und Miteigenthümer eines in **Baltimore** erscheinenden Blattes, des „Baltimore Wecker“. In einer vom 15. Mai datirten Anzeige sagt er: „Man kann von mir nicht erwarten, daß ich meine persönlichen Angelegenheiten während des letzten Krieges zum Gegenstand der Besprechung in einem Tagesblatte mache; diese Dinge werden vielleicht später in gehöriger Form an die Oeffentlichkeit gelangen. Meine Pflicht wird es sein, im Interesse der Republik und speziell der Deutschen zu wirken, und werde mich dabei bestreben, ohne Vorurtheil und ohne Bitterkeit zu Werke zu gehen. Den Kollegen der Presse und dem Publikum überhaupt biete ich meinen freundlichen Gruß und hoffe auf ihre Unterstützung, insoferne es sich mit ihrer Unparteilichkeit verträgt.“

Die Verhältnisse des Staatsbaudienstes in Bayern.

(Schluß.)

Es sind jetzt nahe an 200 Praktikanten in Verwendung. Will man die im Gemeindedienste oder in technischen Etablissements verwendeten abziehen, so bleiben circa 180 für den Staatsdienst, mithin wird, wenn jährlich 4 angestellt werden, ein Zeitraum von 40—45 Jahren dazu gehören, bis der jüngste vom Konkurse 1864 zur Anstellung kommt. Diese unglücklichen Verhältnisse gehen nicht etwa daraus hervor, daß ein großer Zudrang zum Baufache besteht, also zu viele Praktikanten vorhanden sind, sondern aus der wohl in keinem andern Lande bestehenden eigenthümlichen Verwendung der letztern. Allen Aemtern in Bayern (Rentämter ausgenommen) sind Nebenbeamte gegeben. Diese Stellen müssen im Baufache die Praktikanten versehen. Es sind der letzteren darum nicht zu viele, aber sie werden alt, nur nicht als Beamte, sondern als für Beamte funktionirende Praktikanten. Man könnte ebenso den Land- und Stadtgerichten, Bezirksämtern rc. die Assessoren nehmen und die Rechtspraktikanten zwingen, den Dienst dieser Beamten so lange fortzuführen, bis sie als Bezirksgerichtsräthe, Landrichter, Amtmänner angestellt würden — dann würden die Juristen auch 40—46 Jahre alt werden, ehe sie zur Anstellung kommen. Ein noch auffallenderes Verhältniß besteht beim Bau der Staatseisenbahnen. In Baden, Württemberg, Sachsen rc. wurden als Vorstände der Eisenbahnbauämter die befähigtsten, tüchtigsten energischen Bauinspektoren verwendet — in Bayern die mit solchen Eigenschaften begabten Praktikanten. Diese dienen dann als Amtsvorstände 6—10 Jahre, es ist ihnen ein großes Personal unterstellt, sie verwalten Summen, die oft mehrere Millionen betragen, sie besitzen die Reife in Praxis und Wissen gleich den befähigtsten Bauinspektoren, sie erfüllen ihre Aufgabe glänzend — aber sie sind und bleiben Praktikanten, die Ingenieure heißen, haben ein Taggeld, das jenem der ihnen untergeordneten Geometer gleich ist und werden nach langjährigem aufreibenden Dienst, nach so schwerer Verantwortlichkeit wieder Praktikanten, aber alte, fast müde gewordene Praktikanten — und warten auf wirkliche Anstellung.

Ist endlich der ergraute Praktikant im Alter zwischen 40 bis 50 Jahren zur Anstellung gekommen als Bauamtsvorstand, dann erhält er nicht die Besoldung der Vorstände der übrigen äußeren Aemter, sondern er muß mit jener anfangen, welche die Nebenbeamten dieser Aemter beziehen, die um 10—15 Jahre früher angestellt wurden. Letztere rücken nach 3—4 Jahren in der Besoldung vor und erlangen nach 6—8 Jahren 1000—1200 fl. Sie rücken nach dieser Zeit, oder sie nicht weit überschreitend, vor in die Stellung eines Bezirksgerichtsraths, Landrichters, Stadtrichters, Bezirksamtmannes, Rentamtmannes mit 1400—2000 fl. und haben meist die Gehaltsklasse von 1600 fl. erreicht, wenn der Baubeamte jene von 800—900 fl. besitzt, denn der Baubeamte rückt erst nach 5—6 Jahren vor und erhält dann 900 fl. in einem Lebensalter von 45—50 Jahren; nach Umfluß von weiteren 5 Jahren wächst bei günstigem Verhältnisse, resp. wenn die Sterblichkeit größer wird, die Besoldung auf 1000 fl., und der Mann ist 50—55 Jahre alt.

Es wird die Hoffnungslosigkeit dieser Zustände kennzeichnen, wenn angeführt wird, daß nur 11 Baubeamte des Königreichs eine Besoldung haben von 1600 fl. — meist hochbetagte Greise von 60—74 Jahren; — nur 12 Baubeamte haben 1400 fl. — betagte Männer zwischen 55—65 Jahren; — nur 11 Baubeamte in einem Alter von 52 bis 57 Jahren haben 1200 fl.; — alle übrigen haben nur 10 0—900—800 fl. Eine Beförderung ist nicht abzusehen. Die Regierungsbaubeamten sind eben so schlecht bezahlt, wie die äußern. Es sind also nur 4 Oberbauräthe und 10 Bauräthe, sohin 14 höhere Baubeamte, die einer Anzahl von 114 Regierungsbaubeamten und äußern Bauamtsvorständen gegenüberstehen, und es können daher nur etwa 12 Prozent eine Verbesserung ihrer Lage durch Beförderung erlangen. Diese Uebersicht ist unerbittlich wahr — sie ist in richtigen Ziffern gegeben, und es sind dabei günstige Voraussetzungen angenommen.

Verantwortlicher Redakteur: A. Hartmann.

Literarisches.

Nächster Tage wird bei Thomann in Landshut ein Buch erscheinen, mit dem Titel: **Der Schulzwang, ein Stück moderner Tyrannei.** Von Jos. Lukas. Die Schrift wird sich das wünschenswerthe Aufsehen selber verschaffen, daher geben wir statt einer Anpreisung eine Analyse ihres Inhaltes. Sie betrachtet den Schulzwang vom rechts-philosophischen und sozialpolitischen Standpunkte aus und findet, daß er eine Beleidigung der Familie und ein Nachtheil für die Nation sei. Sie vergleicht ferner unsere Schulzustände mit denen aller übrigen Kulturvölker der Gegenwart und kommt zu dem Resultate, daß kein Volk, außer dem deutschen, den Schulzwang erträgt, noch ertragen würde. Aeußerst interessant sind die Reflexionen über die Urheber des Schulzwanges

und die Ausartungen der emanzipirten Schule. Die neuesten Streitigkeiten in Bayern, Baden ꝛc. kennt die Schrift gar nicht, denn sie ist prinzipieller Natur und sucht ihren Leserkreis in den Reihen des Klerus und der Gebildeten. Wir irren uns kaum, wenn wir sagen, daß dieses Buch die betreffende Literatur in eine neue Richtung drängen wird. Bestellungen hierauf effektuirt jede solide Buchhandlung.

Druck und Verlag der Stahel'schen Buch- und Kunsthandlung in Würzburg

Hypothekenbereinigung von Basbühl und Schraudenbach. (Fortsetz.)

Fortl. Nr.	Name des eingetragenen Schuldners.	Name des eingetragenen Gläubigers.	der Hypotheke Betrag fl.	kr.	der Hypotheke Rechtstitel ꝛc.	Hyp.-Buch Bd.	Seite.
	II. Hypothekenbezirk Schraudenbach.						
47	Rumpel Michael jg. in Schraudenbach.	Die Gläubigerschaft des Georg Warmuth von Schraudenbach	70		Kaufschillingsrest laut Strichspr. vom 19. März 1826 und Hypothekeneintrag vom 29. März 1826.	III.	519.
48	Pfeuffer Johann jg. allda,		25			„	529.
49	Meister Johann „	„	24	22½	„	„	531.
50	Gerber Michael „	„	45		„	„	543.
51	Warmuth Josef „	„	18	45	„	„	549.
52	Fenn Andreas „	Die Gläubigerschaft des Andreas Fischer ledig in Schraudenbach.	1		mit 4% verzinsl. Martini 1829 mit 1834 zahlbarer Güterkaufschilling laut Strichspr. vom 18. März 1829 und Hyp.-Eintrag vom 18. August 1830.	„	575.
53	Fischer Nikolaus „	Die Gläubigerschaft des Valentin Schmitt jg. in Schraudenbach.	16	30	mit 5% verzinsl. Martini 1828 mit 1832 zahlbarer Güterkaufschilling laut Strichsprot. vom 5. Februar 1828 und Hypothekeneintrag vom 8. Mai. 1828.	IV.	389.
54	Derselbe „	„	41		„	„	391.
55	Derselbe „	„	31		„	„	394.
56	Derselbe „	„	23	30	„	„	395.
57	Derselbe „	„	30	30	„	„	397.
58	Derselbe „	„	20	30	„	„	399.
59	Fischer Georg „	„	38	30	„	„	401.
60	König Nikolaus „	„	40		„	„	415.
61	Strohmenger Michael „	„	46		„	„	417.
62	Lenart Nikolaus „	„	51		„	„	423.
63	Rumpel Sebastian „	„	39	15	„	„	425.
64	Rumpel Andreas „	Die Concursmasse des Christian Fenn von Schraudenbach.	14	30	mit 4% verzinsl. Güterkaufschilling laut gerichtlicher Zahlungsanweisung vom 4. Aug. 1831 und Hypoth.-Eintrag vom 6. September 1831.	V.	11.
65	Rumpel Michael „	„	25		„	„	15.
66	Kleen Andreas „	„	43		„	„	17.
67	Fenn Andreas „	„	5		„	„	21.
68	Walter Jakob „	„	19	30	„	„	23.
69	Kleen Andreas „	„	20	30	„	„	27.
70	Hofmann Andreas „	„	1		„	„	167.
71	Rumpel Michael jg. „	„	13		„	„	165.
72	Meister Johann „	„	70		„	„	169.
73	Fischer Johann jg. „	Die Gläubigerschaft des Andreas Fischer ledig in Schraudenbach.	34	30	mit 4% verzinsl. Martini 1839 mit 1834 zahlbarer Güterkaufschilling laut Strichsprotok. vom 18. März 1829 und Hyp.-Eintrag vom 18. August 1830.	„	31.
74	Derselbe „	„	28		„	„	33.
75	Rumpel Nikolaus „	„	57		„	„	43.
76	Rumpel Johann alt „	Die Gläubigerschaft der Eva Meister Wittwe in Schraudenbach.	7		mit 5% verzinsl. Martini 1830 mit 1834 zahlbarer Güterkaufschilling laut Strichsprot. vom 24. März 1830 und Hyp.-Eintrag vom 21. Mai 1832.	„	183.
77	Maier Andreas „	„	4		„	„	185.
78	Rumpel Nikolaus alt „	„	30 30		„	„	187. 189.
79	Rumpel Georg „	„	20		„	„	185.
80	Maier Andreas „	„	8		„	„	191.
81	Maier Carl „	„	13	15	„	„	193.

Cours der Staatspapiere.

Oesterr.	5 pCt. Met. (Cp. i. S. b. R.)	—
„	5 pCt. Lomb. ditto. à 24	—
„	5 pCt. Engl. Met. v. 1852	—
„	5 pCt. Engl. Met. v. 1859	78$^5/_8$ P.
„	5 pCt. Venet. Coupon b. R.	86$^3/_4$ G.
„	5 pCt. Nationalanl. v. 1854	68$^5/_8$ G.
„	5 pCt. Metall. Obligation.	64$^1/_2$ P.
„	4$^1/_2$ pCt.	56$^7/_8$ G.
Preussen	3$^1/_2$ pCt. Staatsschuldsch.	90$^3/_4$ G.
Bayern	4$^1/_2$ pCt. Obl. 1jähr. dto.	101$^1/_2$ P. $^1/_4$ G.
„	4$^1/_2$ pCt. Obl. $^1/_2$jähr. dto.	101$^3/_4$ G.
„	4 pCt. Obl. 1jähr. dto.	99$^1/_2$ P.
„	4 pCt. Obl. $^1/_2$ jähr. dto.	99$^1/_2$ G.
„	4 pCt. Obl. Ab.-R. dto.	96$^7/_8$ G.
„	3$^1/_2$ pCt. Obl. dto.	—
Württemb.	4$^1/_2$ pCt. Obl. b. Rothsch.	103$^3/_4$ G.
„	3$^1/_2$ pCt. Obl. dto.	94$^3/_8$ P.
Baden	4$^1/_2$ pCt. Obl.	—
„	3$^1/_2$ pCt. Obl. v. 1842	91$^1/_2$ P.
Gr. Hess.	4$^1/_2$ pCt. Obl.	—
„	4 pCt. Obl. b. Rothsch.	101 P.
„	3$^1/_2$ pCt. Obl. dto.	97$^1/_4$ P.
Nassau	4$^1/_2$ pCt. Obl. dto.	101$^5/_8$ G.
„	4 pCt. Obl. dto.	99$^3/_8$ P.
„	3$^1/_2$ pCt. Obl. dto.	91 G.
Frankfurt	3$^1/_2$ pCt. Obl.	95$^1/_4$ P.
„	3 pCt. Obl.	90 G.
Spanien	3 pCt. inl. Sch. F. à fl. 2. 30	—
„	2$^1/_4$ pCt. „ „	—
Schweden	4$^1/_2$ pCt. Obl. à 105 Thlr.	91$^7/_8$ P.
N.Amerika	6 pCt. à 100Dr. 1881 D. 2$^1/_2$	72$^5/_8$ G.
„	6 pCt. ditto r. 1882 „	71$^3/_4$—$^1/_2$ G.

Diverse Aktien.

Frankfurter Bank à fl. 500 . . .	151$^1/_8$ G.
K. K. Oesterr. National-Bankaktien	874 P.
Oesterr. Kreditbank-Aktien à fl. 200	199$^1/_2$ P. 199G.
Bayer. Hypothekenb. Pfandbriefe 4 pCt.	97$^3/_8$ P.
Darmst. Bank 1. u. 2. Serie à fl. 250	228$^1/_2$ G.
Weimarische Bank à Thlr. 100 . .	100$^1/_2$ G.
Mitteldeutsche Kreditaktien . . .	101$^5/_8$ G.
Intern. Bank in Lux. à 250 Frs. à 28 kr.	—
Taunus-Eisenbahn à fl. 250 . . .	449 P.
Frankfurt-Hanauer-Eisenbahn . . .	100$^5/_8$ P.
Oest. F.St.Eisb. 5pCt. 500 Fr. à 28 kr.	—
„ Elisab.-Eisenbahn 5 pCt. . .	120 G.
Böhm. Westbahn-Aktien à fl. 200 6/7	78$^1/_8$ P.
Rhein-Nahe-Bahn 200 Thl. à 105 4pCt. Z.	32 G.
Ludwigshafen-Bexbacher à 4 pCt. .	150$^3/_8$ P. 150G
dto. dto. Prior. à 4 pCt.	—
Pfälz. Maxb. b. Rothschild à 4$^1/_2$ pCt.	107$^1/_8$P. 106$^3/_4$G.
Oest. St.-Eisenb. Prior.-Oblig. à 3 pCt.	5[illegible]$^3/_8$ P.
Elisab.-Bahn Prior. 5 pCt. 6/7	78$^3/_8$ G.
Südd. Bank-Akt., 40 pCt. Einz.	254 P.
Span. Handels- und Industrie . .	—
Bayr. Ostbahn à 4$^1/_2$ pCt. volleinbez.	118$^7/_8$ P. $^5/_8$ G.
Bayer. Ostbahn mit 50 pCt. Einz.	118$^1/_2$ G.

Wechsel
in süddeutscher Währung.

Amst. fl. 100 k. S.	100$^5/_8$ G.
Antwerp. Frs. 200 k.S.	94$^3/_8$ G.
Augsb. fl. 100 k. S.	99$^3/_4$ G.
Berlin Th. 60 k. S.	104$^7/_8$ P.
Brem. 50 Th. Lsd. k. S.	97$^1/_4$ P.
Brüssel Frs. 200 k. S.	94$^3/_8$ G.
Cöln Thlr. 60 k. S.	105$^7/_8$ P.
Hamb. MB. 100 k. S.	88$^1/_2$ G.
Leipzig Th. 60 k. S.	105 P.
London l.st. 10 k. S.	119$^5/_8$ P.
Lyon Frs. 200 k. S.	—
Mail. Frs. 200 . .	94$^5/_8$ G.
München fl. 100 k. S.	99$^3/_4$ G.
Paris Frs. 200 k. S.	95 P.
Petersburg 69 S.-R.	—
Triest fl. 100 k. S.	—
Wien fl. 100 ö. W.	—
do. in öst. W. l. S.	103$^1/_8$ P. $^1/_8$ G.
Disconto	3$^1/_2$ pCt. G.

Anlehens-Loose.

Oesterr. fl. 250 v. 1839	134 P.
„ fl. 250 v. 1854 mit 4pCt.	79$^3/_4$ P.
„ fl. 500 v. 1860 6/7	86$^5/_8$ P.
„ fl. 100 Elisb. L. v. 1858.	136$^3/_4$ P.
„ do. v. 1864.	92$^1/_4$ P.
Schwed. 10 Thlr. Loose	9$^1/_2$ G.
Badische fl. 50	—
Badische fl. 35	53$^1/_2$ P.
Kurhess. Thlr. 40 b. R.	54$^1/_8$ P.
Gr. Hessen fl. 50 b. R.	1[illegible]0$^1/_4$ P.
„ fl. 25 do.	37$^1/_4$ P.
Nassau fl. 25 bei Rothsch.	35$^1/_2$ P.
Sardinische Fr. 36 b. R.	72 P. 71 G.
Neuchateler 10 Frs.-Loose	—
Freiburger 15 Frs.-Loose	—
Mailänder 45 Frs. L. b. R.	32$^1/_8$ P.
St. Lüttich mit 2$^1/_2$ pCt. Z.	34$^1/_4$ P.
Ansb.-Gunzenh. fl. 7-L.	10$^5/_8$ P.

Frankfurt, 7. Juni. Die Börse verkehrte in ziemlich fester Haltung für amerikanische und österreichische Fonds. Das Geschäft war jedoch nicht sonderlich belebt. (Synd.)

Digitized by Google

Ne[illegible]zburger Zeitung.

An die k. Hof- und Staatsbibliothek München. 1 N. Würzb. Ztg.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht!

№ 158. | Vorausbezahlung: Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 1 fl. 30 kr. Bei Inseraten wird die dreispaltige Zeile in gewöhnlicher kleiner | 62. Jahrgang. | Schrift oder deren Raum im Hauptblatte mit 6 kr., im Anzeiger mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franco. | Freitag, 9. Juni 1865.

Allgemeine deutsche Lehrerversammlung.

In Leipzig wurde am 6. d. die 15. deutsche Lehrerversammlung eröffnet. Sächsischen Blättern entnehmen wir Folgendes:

Im Laufe des Nachmittags am 5. d. langte der größte Theil der auswärtigen Mitglieder an. Die städtischen Gebäude, sowie viele Privatgebäude empfingen die Gäste mit Fahnenschmuck und Laubgewinden. Von 6 Uhr Abends an fand eine gesellige Zusammenkunft der fremden, wie der Leipziger Theilnehmer im Schützenhause statt, welche durch Musik und Liedervorträge unserer Männerchöre verschönt ward.

Von namhaften fremden Vertretern waren anwesend die HH. Wander aus Hirschberg, Riecke aus Neuffen, Schulz aus Ohrdruff, Lüben aus Bremen, Meyer aus Lübeck, Schnell aus Prenzlau, Kaiser, Schreiber, Dr. Georgens aus Wien, Stein und Sperck aus Prag, Wichard Lange aus Hamburg, Dittes aus Gotha, Berthelt aus Dresden. — Diesterweg ist am Erscheinen verhindert.

Die Vorversammlung ward bald nach 8 Uhr von dem Vorsitzenden des Ortsausschusses, Direktor Dr. Bornemann, eröffnet. Derselbe übergab den Vorsitz an den Vorsitzenden des Ausschusses der Lehrerversammlung, Superintendent Dr. Schulz. Dieser drückte seine Freude über das zahlreiche Erscheinen so vieler Kollegen aus ganz Deutschland aus, welche alle dem einen Ziele, dem Fortschritt in der Pädagogik und der Besserung des Schulwesens zustreben. Er zeigte an, daß der Ausschuß für die Tagesordnung des Dinstag gewählt habe: 1) Vortrag des Dr. Wichard Lange aus Hamburg über die Bedeutung der allgemeinen deutschen Lehrerversammlung; 2) Vortrag des Rektors Fröhlich aus Rastenberg (im Weimarschen): „die Volksschule der Zukunft"; 3) Vortrag des Oberlehrers Theodor Hoffmann aus Hamburg: „Prinzipien der Schulgesetzgebung der Jetztzeit"; eventuell 4) Vortrag des Dr. Panitz aus Leipzig: „Die Realschule als Vorbereitungsschule für das Seminar der Zukunft."

Nachdem die Versammlung diesen Vorschlägen für die Tagesordnung des ersten Tages zugestimmt, geschah Gleiches bezüglich der Vorschläge zur Besetzung des Präsidiums: erster Vorsitzender Theodor Hoffmann aus Hamburg; zweiter Vorsitzender Direktor Dr. Bornemann von hier, dritter Direktor Kaiser aus Wien. — Noch vor Schluß der Vorversammlung konnte den Theilnehmern ein telegraphischer Gruß des bayerischen Lehrervereins mitgetheilt werden.

In der ersten Hauptversammlung, welche am 6. ds. früh 9 Uhr in der von der Behörde dazu noch bewilligten Neukirche stattfand, ward die Versammlung vom Bürgermeister Dr. Koch im Namen der Stadt mit einer Anrede begrüßt, der wir Folgendes entnehmen:

„Wir begrüßen in Ihnen die Abgesandten aller deutschen Volksstämme, die, wenn sie auch nur Einem Berufe angehören, doch den vollsten Anspruch auf die wärmste Sympathie aller wahren Vaterlandsfreunde haben, um so mehr, da gerade Ihr Beruf vorzugsweise bestimmt ist, auf die Geschicke unserer nationalen Zukunft einen maßgebenden Einfluß auszuüben. Gestatten Sie mir, daß ich die Gewinnung eben dieses Einflusses als das Endziel Ihres Berufs, Ihrer Aufgabe betrachte. Sie werden aber dieses Ziel erringen, wenn Sie nimmer müde werden, in die Herzen der Ihnen anvertrauten Jugend das Samenkorn der rechten Gotteserkenntniß und Gottesfurcht, in voller Demuth und Aufrichtigkeit, frei von aller Kopfhängerei, aller Frömmelei, aller Heuchelei, so fest einzupflanzen, daß es darin zum starken Baume aufgehe, der auch den heftigsten Stürmen Widerstand zu leisten vermag, wenn Sie weiter, meine Herren, unserer Jugend das Gebot unseres Herrn und Heilandes: „Liebe deinen Nächsten wie dich selbst", einzuprägen verstehen auf Nimmerwiedervergessen, wenn Sie niemals unterlassen, der gleichmäßigen Ausbildung des Geistes, des Herzens und des Körpers Ihrer Zöglinge Ihre treueste Hingebung und wachsamste Fürsorge zu widmen, und wenn Sie zu dem Wissen und Können, das Sie ihnen bereiten, auch noch die Bescheidenheit hinzuzufügen wissen, ohne welche weder Besonnenheit des Urtheils, noch Stetigkeit des Handelns gedacht werden kann. — Wenn Sie dies durch Ihre Lehren und Ihr Beispiel unablässig anstreben, werden Sie der Lösung Ihrer großen Aufgabe nahe treten, so nahe, wie es überhaupt dem Menschenwerke möglich ist, das Höchste zu erreichen. Aber die Wege dieser Lösung sind so mannigfach, daß es der angestrengtesten und ernstesten Arbeit bedarf, sie aufzufinden und richtig zu betreten. Und darin gerade unterscheidet sich Ihr Zusammenkommen wesentlich von den nationalen Festen, die wir hier gefeiert haben und die das Vaterland auch künftig noch feiern wird. Und doch ist auch diese Versammlung ein nationales Fest, aber ein Fest nationaler Arbeit, und die Ergebnisse derselben sind Ihre Festfreunde. Zu solchen Ergebnissen werden Sie, ja müssen Sie gelangen, wenn Sie im offenen und rückhaltlosen Austausch Ihrer reichen Erfahrungen das Gute, das Sie gefunden, bereitwillig mittheilen und anerkennen, die Mängel aber, die Sie wahrgenommen, unnachsichtlich bloßlegen, damit sie da, wo sie bestehen, abgestellt werden. So, meine Herren, werden Sie nicht nur für Ihre engeren Heimathsstätten segensreiche Erfolge erzielen, sondern auch für unser gesammtes Vaterland. Dafür aber, daß Sie mit so ernsten Bestrebungen zu uns gekommen sind, bringe ich Ihnen zunächst den Dank der Stadt Leipzig entgegen. Gott segne Ihre Arbeit!"

Die Hauptversammlung nahm von Vorträgen zuerst den des Dr. Lange aus Hamburg entgegen, welcher die Bedeutung der Allgemeinen Lehrerversammlung zu würdigen unternommen hatte und seiner Aufgabe in anregender Weise durch Betonung und Deutung des Namens der Versammlung selbst gerecht wurde; es sei eben dieser Name sehr sinnig, einmal sei es eine Versammlung überhaupt, dann aber eine Lehrerversammlung insbesondere, weiter eine deutsche Lehrerversammlung, und ganz insbesondere eine allgemeine deutsche Lehrerversammlung. Eine Debatte entspann sich über diesen Vortrag nicht, eine desto längere aber über die lange Rede des Rektors Fröhlich aus Rastenberg im Weimarschen, welcher freilich auch ein gar zu reichhaltiges Material bot, so daß die Versammlung anfangs schwankte, ob sie auf die sämmtlichen sieben vom Sprecher berührten Punkte sich einlassen sollte oder nicht, und so daß schließlich, nach 2 Uhr Mittags, eine Vertagung der weitern Verhandlung beschlossen ward. Rektor Fröhlich sprach nämlich über die Volksschule der Zukunft, als deren Hauptaufgabe er die fortschreitende Verbreitung von Kultur und Civilisation bezeichnete, deren Oberleitung dem Staat gebühre, wie auch der Kirche ein ansehnlicher Einfluß einzuräumen sei, und deren Lehrer wissenschaftlich gebildete Männer unter Inspektion pädagogisch gebildeter Fachmänner sein sollen. Rektor Schiek aus Grimma machte diesem Vortrage in einer Weise Opposition, daß der Vortragende sich beschwerte, sein Gegner habe Dinge vorgebracht, welche der Vortragende gar nicht oder doch ganz anders gesagt habe. Herr Schiek sagte, daß bei der jetzigen Sachlage der Dinge es Aufgabe der Kirche sei, nicht die des Staates sein könne, das ideale Interesse bei der Schule zu vertreten. Direktor Stern aus Frankfurt, der Redner, verwahrte sich gegen die ausschließliche Kontrole des Staats über die Schule, welche vielmehr zunächst der Gemeinde zustehe. Wander aus Schlesien schilderte die Freiheit der Entwickelung des Schulwesens in Amerika gegenüber unserm doch so wenig vermögenden Schulzwange. Professor Reclam aus Leipzig fügte dem Bilde einer bessern Volksschule noch einige Züge bei, namentlich in Bezug auf die Einführung der Gesundheitslehre. Pfarrer Riecke aus Württemberg spricht sich entschieden gegen Trennung der Kirche von der Schule aus, weil beider Grundlage die Religion sei. Bei dem Antrage auf Schluß der Debatte machte Direktor Berthelt aus Dresden darauf aufmerksam, daß noch kein

einziger Redner sich für die Staatsschule ausgesprochen habe, so daß es den Schein gewinnen könne, als habe diese durchaus keine Verfechter. (Die Debatte wurde am 8. ds. fortgesetzt, worüber wir das Interessantere morgen mittheilen werden.)

Am 6. fanden Festmähler im Schützenhause und im Hotel de Pologne statt, bei welchen alter deutscher Sitte gemäß außerordentlich viel getoastet wurde. Zur Bezeichnung der Stimmung, welche die Festtheilnehmer erfüllte, erwähnen wir einiger Trinksprüche.

Roderich **Benedix** feierte das Vaterland und die Vaterlandsliebe, als deren Wurzeln er den deutschen Fleiß, die deutsche Gedankentiefe, den Erfindungsgeist, die deutsche Zucht und Sittlichkeit bezeichnete. Dr. **Zestermann** aus Leipzig sprach über die deutsche Lehrerschaft, die er als Trägerin verschiedener Grundzüge des deutschen Wesens schilderte, als eine Vertreterin der Civilisation überhaupt, als sprechendes Zeugniß der Nächstenliebe und des frommen Sinnes der deutschen Nation. Seine eigene, durch bittere Erfahrungen erzeugte ernste Stimmung betonend, sprach Dr. **Meyer** aus Lübeck von der in Leipzig gelieferten Schlacht gegen die Fremdherrschaft und der jetzigen Schlacht des Geistes und forderte die Anwesenden auf, durch Erhebung von den Sitzen diejenigen still zu ehren, die sie in diese Stimmung versetzt und namentlich dreien in der letzten Zeit verstorbenen bedeutenden Lehrern (Vogel in Leipzig, Schmidt in Gotha und Scholze in Breslau) ein stilles Andenken zu weihen. In einfachen, aber ihres Eindrucks nicht verfehlenden Worten erklärte Lehrer **Schlettenbach** aus Wismar, wie er und noch ein Standesgenosse die einzigen Anwesenden aus Mecklenburg seien, freilich nicht von der Regierung geschickt (große Heiterkeit!), wie aber trotz Junkerherrschaft daselbst noch viele Lehrer in gleichem Geiste wirkten, und daß sie das Panier der Wahrheit nicht hochhalten dürften, auf welche stille Schaar er dann ein Hoch brachte. Prof. **Roßmäßler**, der hierauf das Wort ergriff und sich den Lehrern als Berufsgenosse vorstellte, da er Jünglinge und später das Volk belehrt habe, erklärte es als den treibenden Gedanken der Versammlung, der Volksschule zu Freiheit und Selbständigkeit zu verhelfen; das Volk lasse es am Sekundiren hierbei leider fehlen, weil es die ganze Bedeutung der Schule und ihrer Leistungen nicht kenne, es müsse den Kampf der Schule und der Lehrer deutlich zu sehen bekommen; sein Hoch galt dem Volke als Sekundanten.

Am Morgen des 7. d. um 7 Uhr fand unter zahlreicher Betheiligung fremder Festgenossen die Feier am Gellertstandbilde im Rosenthale statt. Nachdem das Thomanerchor das Gellert'sche Lied: „Du bist's, dem Ruhm und Ehr' gebührt," vorgetragen, bestieg Prof. Dr. Fricke die Stufen des Denkmals und entwickelte in längerer, schwungvoller Rede Gellert's Wesen, seine Stellung in seiner Zeit und seine Bedeutung für die unsrige. Am Schlusse wandte sich der Redner speziell an die deutschen Lehrer und legte ihnen eine fünffache Mahnung an's Herz, welche für sie aus dem Angedenken an Gellert fließe. Er erinnerte daran, wie Gellert durch seine Persönlichkeit gewirkt habe und wie auch der Lehrer vor allem durch das Gewicht seiner Persönlichkeit wirken müsse; er gedachte der lautern, aber nicht dem Leben abgewendeten Frömmigkeit Gellert's; er hob hervor, wie Gellert das klar Gedachte und warm Gefühlte auch in schöner, klarer Form auszuprägen gewußt, und wie gerade dies auch der Lehrer lernen und lehren müsse; Gellert's Bestreben, immer im Einzelnen auch ein Ganzes, Allgemeines mit zu umfassen, gab ihm Veranlassung, an die nationale Aufgabe der deutschen Volksschule zu mahnen; endlich betonte er den tiefsittlichen Geist der Gellert'schen Schriften, der dieselben, sogar nach Goethe's Zeugniß, zu einem Fundament der sittlichen Bildung des deutschen Volks gemacht habe, und schloß mit den auf die deutschen Lehrer angewendeten schönen Versen Gellert's:

O Gott, wie muß das Glück erfreu'n,
Der Retter einer Seele sein.

Mit dem Gellert'schen Liede:

Nach einer Prüfung kurzer Tage
Erwartet uns die Ewigkeit,

welches die ganze Versammlung sang, schloß die schöne und würdige Feier.

(Amtliche Nachrichten.) **München**, 7. Juni. Vom k. Staatsministerium der Justiz wurden der Accessist des Bezirksg. Bamberg, Otto Greiner, als Vertreter der Staatsanwaltschaft am k. Landg. Stadtsteinach und der geprüfte Rechtspraktikant und dermalige Notariatsgehilfe K. Kaltz von München als Vertreter der Staatsanwaltschaft am k. Landg. Dorfen angestellt.

Aus **München**, 6. Juni, schreibt man der „Pf. Ztg.": „Der Landtag ist nach der Vertagung zehn volle Wochen versammelt und die Abgeordnetenkammer hat in dieser Zeit 17 Sitzungen, so daß auf die Woche keine zwei kommen. Geht es in der bisherigen Weise fort, so ist an Erledigung der Geschäfte bis zum 26. d. M. kaum zu denken. Da wir künftighin alle zwei Jahre einen Budgetlandtag haben werden, so dürften die Sessionen, wenn die Kammern in ähnlicher Weise arbeiten, fast ohne Unterbrechung auf einander folgen. Die Sache ist für das Land von solcher Wichtigkeit, daß es wohl der Mühe werth wäre, die Ursachen dieser langsamen Thätigkeit näher zu untersuchen und thunlichst zu beseitigen. Ein, jedoch nicht der einzige Grund liegt in der Geschäftsordnung; aber eine zweite Ursache liegt ohne Zweifel auch in dem langjährigen Herkommen, allzu ausführliche Ausschußreferate zu schreiben, statt, daß die Berichterstatter sich darin auf

---

Feuilleton.

Aus dem Londoner Gerichtssaale.

Es war vor einigen Wochen, da stand an einem Montag Morgens ein junges Paar vor dem Friedensrichter, das nicht in den friedlichsten Absichten gekommen zu sein schien. Freunde und Freundinnen bildeten für die Beiden, die in einiger Entfernung sich gegenüber saßen, gleichsam die nöthige Staffage ihres Falles. Endlich trat die junge Dame als Klägerin auf.

Miß Betty Harriot ist eine volle Blondine von zartestem Teint; aber seltsam kontrastirt mit diesen Attributen der Sanftmuth und der Schwärmerei ihr entschiedenes, sicheres Wesen, das sie im Verlaufe der Verhandlung an den Tag legt. Miß Betty hatte in Coventgarden einen jungen Mann kennen gelernt, dessen Erscheinung sie gleich beim ersten Anblicke entzündet hatte. Es ist derselbe Mann, welcher mit bleichem Antlitz und unter dem Eindruck einer tiefen Aufregung der Erzählung Miß Betty's von ihrem ersten Zusammentreffen lauscht. Sie hatten sich später bei einem Spaziergange wieder gesehen und bald sich gegenseitig ihre Neigung verrathen. Mr. Manning — so war der Name ihres Ideals — fand leicht Gelegenheit, Zutritt in das Haus der Angebeteten zu erhalten, denn deren Eltern trugen kein Bedenken, den soliden Verehrer in den Kreis ihrer Freundschaften zu ziehen, als sie hörten, Manning sei der Neffe eines reichen Fabrikanten in Liverpool, der ein großartiges Cravattengeschäft besitze, und seinen jungen Anverwandten zur höheren gesellschaftlichen Ausbildung nach London geschickt habe. Wie elegant und fast adelig war auch sein Erscheinen! Die hohe Denkerstirn, über welche ein rabenschwarzes, seidenweiches Haar fiel, der feine Mund mit dem beständig etwas leidenden, fast resignirten Zuge, seine schwärmerischen Augen, die aristokratischen weißen Hände und dabei die tadellose Haltung in Toilette und Manieren, endlich seine klare, sanfte, von einem poetischen Zauber angehauchte Rede — wer hätte an ihm zweifeln können!

Der Einfluß des verführerischen jungen Mannes auf das Mädchen war bald ein mächtiger. Betty hatte eine einfache, praktische Erziehung genossen und ihre Denk- und Handlungsweise sich diesen Anleitungen entsprechend ausgebildet. Im Punkte der Sentimentalität und der Schwärmerei war sie das gerade Gegentheil ihres sanften George. Liebte er es, weiche lyrische Gedichte zu deklamiren und dem Mondschein nebst den „mondbeglänzten Zaubernächten" seinen Enthusiasmus zu zollen, so empfand Betty lebhaft für drastische Schauer-Romane und blutgetränkte Räubergeschichten, und wenn er ihr Bulwers „Nacht und Morgen" oder die melancholischsten unter den schwermüthigsten Liedern Byrons empfahl, so gab sie nur dem Angebeteten zu Liebe nach und las dieselben ohne Genuß.

Da kam die Affaire mit Franz Müller, dem deutschen Schneidergesellen, und Betty hatte kein sehnlicheres Verlangen, als der Hinrichtung dieses verruchten Foreigner beizuwohnen. Die Kundgebung dieses Verlangens brachte ihren George in ungewöhnliche Aufregung, und er entfaltete die ganze Kraft seiner Beredtsamkeit, um sie von dem Unpassenden ihres Vorhabens zu überzeugen. Betty gab endlich auch nach. Inzwischen wurden die gegenseitigen Beziehungen immer inniger und fester, und es stellten sich die bekannten Folgen ein, nur — wie gewöhnlich — für die nächste Umgebung noch in Dunkel gehüllt. Ein seltsames Ereigniß sollte zur schrecklichen Katastrophe führen.

Eigenthümlicher Weise glaubte Betty bei der erwähnten Hinrichtung ihrem Stolze etwas vergeben zu haben, als sie schließlich den Gefühlen ihres Geliebten Rechnung getragen und zu Hause geblieben war. Bei einer ähnlichen Veranlassung, die sich vor wenigen Wochen darbot, nahm sie sich vor, standhafter zu sein.

das Wesentliche beschränken. Um deutsche Gründlichkeit ist es eine schöne Sache, aber sie hat doch auch, wie Alles, ihr Maß und Ziel.

München, 7. Juni. Am Montag Abends ist, von seinen Gütern in Böhmen kommend, der Großherzog Ferdinand von Toskana hier eingetroffen und im Palais seines Schwagers, des Prinzen Luitpold, abgestiegen. Mit dem heutigen Morgenzug der Eisenbahn begab sich der Großherzog nach Starnberg, um von dort aus Sr. Maj. dem König im Schloß Berg und heute in Possenhofen der Frau Herzogin Max und Familie Besuch abzustatten. Mit dem morgigen Mittagszug der Eisenbahn begibt sich der Großherzog nach Lindau, um für die Sommermonate seine Villa am Bodensee zu beziehen.

München, 7. Juni. Das k. Staatsministerium der Finanzen bestimmt bezüglich der Stempelanwendung zu den Pensions-Katasterauszügen und den Taxirungen bei Pensionstransferirung, daß nach Ziffer 6 des Reskriptes vom 10. März 1861 bei Pensionstransferirungen die Kassaatteste, welche nicht gesondert ausgestellt, sondern mit den Pensionskataster-Auszügen vereinigt werden, tax- und stempelfrei auszufertigen sind.

Wien, 8. Juni. Die amtliche „Wiener Zeitung" bringt einen Erlaß des Finanzministers, durch welchen die bisher bestandenen Verbote der Ausfuhr von Waffen und Munition gegen Italien, die Schweiz und die See sowie gegen die Moldau, die Wallachei, Serbien und Bosnien aufgehoben werden.

Berlin, 5. Juni. Zwischen Mitgliedern der liberalen Fraktion war für die Marine-Debatte folgende Resolution zur Sprache gekommen, die vielleicht noch bei Gelegenheit der Kriegskostenvorlage eingebracht wird: „Das Interesse Preußens und Deutschlands erfordert, daß die definitive Regelung der Verhältnisse Schleswig-Holsteins schleunigst herbeigeführt werde, daß jedoch vor einer staatlichen Konstituirung der Elbherzogthümer eine unlösliche Verbindung zwischen denselben und Preußen gesichert werde, welche den Schutz der Nordgrenzen Deutschlands und die Entwicklung einer Achtung gebietenden Marine unter Mitwirkung der Elbherzogthümer in Preußens Hände lege und die zu diesem Zwecke nöthigen territorialen, finanziellen und militärischen Vorbedingungen gewährleiste."

Berlin, 8. Juni. Die Budgetkommission stellte gestern Abend ihren Bericht über die Kriegskostenvorlage fest. Derselbe schließt mit einfacher Ablehnung der Vorlage. Die Absicht, Resolutionen zu stellen, ist aufgegeben. Die Regierungskommissäre gaben keine Erklärung über die Zurückziehung des Gesetzentwurfs ab. Die vereinigte Handels- und Finanzkommission genehmigte ohne Debatte und einstimmig den Vertrag vom 16. Mai 1865 über Erneuerung des Zollvereins nebst Schlußprotokoll, und ernannte Hrn. Michaelis zum Referenten. (Tel. N.)

Eisenach, 5. Juni. Von 16 deutschen Universitäten haben 22 Burschenschaften zur Abhaltung eines deutschen Burschentags in hiesiger Stadt sich geeinigt. Die Verhandlungen werden morgen eröffnet und bezwecken die Verschmelzung der bestehenden Burschenschaften zu einer deutschen Burschenschaft.

Aus Mecklenburg-Schwerin, 6. Juni. Die dem Rathe wegen des die 43 Nationalvereinsmitglieder freisprechenden Erkenntnisses angedrohte Exekution wird, wie gemeldet, einstweilen sistirt. Nunmehr ist ein ministerielles Reskript nachstehenden Inhalts an den Magistrat gelangt: Es solle von der Forderung, daß der Rath sein eigenes Erkenntniß kassire und ein neues Erkenntniß auf Grund der die Theilnahme am Nationalverein verbietenden ministeriellen Verordnung von 1859 — welche vom Rath für rechtsungiltig erklärt worden ist — fälle, abgesehen und die eingeleitete Exekution wieder aufgehoben werden. Der Großherzog habe aber das Erkenntniß des Raths kassirt und das die Mitglieder des Nationalvereins verurtheilende Erkenntniß des Polizeidirektors Blanck wiederhergestellt, und werde dem Rath bei Strafe einer neuen Exekution aufgegeben, diese Entscheidung des Großherzogs den Betheiligten binnen acht Tagen zu insinuiren. Der Magistrat zu Rostock hat das an ihn gerichtete Ansinnen des Ministers von Oertzen, das kabinetsjustizliche Straferkenntniß den Betheiligten zu insinuiren, abgelehnt, und man sieht daher in den nächsten Tagen militärischer Exekution entgegen.

Hamburg, 8. Juni. In der gestrigen Sitzung der Bürgerschaft wurde der Senatsantrag auf Genehmigung des Vertrags mit Oldenburg wegen Uebernahme des Kavalleriekontingents abgelehnt, nachdem vorher auch die Ueberweisung des Vertrags an einen Prüfungsausschuß verworfen worden war.

Genf, 8. Juni. Gestern wurde Ducommun, ehemaliger Chef des Fremdenbureau, von den Geschwornen freigesprochen. Großer Jubel unter den Radikalen.

London, 5. Juni. Zu der eben erfolgten Vermehrung der k. Familie um einen kleinen Prinzen bringen selbstverständlich die Zeitungen aller Farben ihren Salam dar. Der „Expreß" versichert bei der Gelegenheit, daß in der hohen Familie die herzlichste und schönste Eintracht walte, wodurch gewisse finstere Gerüchte der letzten Zeit widerlegt wären. Die Prinzessin v. Wales habe sich längst in den Herzen aller Engländer eingebürgert. Der Prinz v. Wales hatte bei seinem Besuch in Epsom am Derby-Tag viel durch die allzu ungestüme Loyalität der untern Klassen zu leiden. Er wurde förmlich „gemobbt", d. h. von einer, wenn auch gutgemeinten, Pöbelzudringlichkeit mißhandelt; man verfolgte ihn, wohin er sich auch wandte, mit betäubendem Geschrei auf den Fersen, und als er sich auf den „Paddock", ein für die höhern Stände eingehegtes Stück Grasland, wo Eintrittsgeld bezahlt wird, flüch-

---

Es sollte vor nicht langer Zeit ein jugendlicher Verbrecher wegen eines gemeinen Mordes durch den Strick vom Leben zum Tode gebracht werden. George hatte behauptet, daß jedes edlere Gefühl, jede sanfte Regung bei einer solchen Scene erstickt werden müßte, und jede weibliche Zuschauerin durch ihre Anwesenheit bei einem derartigen Schauspiele gleichsam eine Hinrichtung an sich selbst in moralischer und geistiger Hinsicht vollziehe .... Betty wollte beweisen, daß sie Morgens einer Exekution ruhig zusehen und Abends dennoch seelenvoll und heiter mit ihrem empfindsamen George plaudern und scherzen könnte.

Sie verrieth also ihrem theueren George kein Sterbenswörtchen von ihrem Plane und war am Morgen der Hinrichtung eine der ersten auf dem engen Schauplatze in den düsteren Räumen des Gefängnisses. Wie gewöhnlich bei solchen Anlässen hatte sich auch dießmal eine sehr gemischte Gesellschaft eingefunden; hier leises und ängstliches Flüstern, dort wildes Pfeifen und Johlen, um sich die Zeit bis zur Ankunft des Delinquenten zu vertreiben. Er erschien endlich, es war noch ein blutjunger, kleiner Bursche, und Betty empfand wie alle Anwesenden unwillkürlich eine Regung tiefen Mitleids für den armen Verbrecher. Dieser wurde von dem Geistlichen jetzt zur Plattform geleitet, der Scharfrichter mit seinem Gehilfen erschien, und Betty — sank mit einem schrillen Angstschrei ohnmächtig zu Boden. Sie hatte als ersten Gehilfen des hangman ihren sanften elegischen George in gemeiner Henkerstracht erkannt .... Man brachte Betty nach Hause, wo sie in Folge der schmerzlichen Aufregung ein todtes Kind zur Welt brachte....

Abends zur gewohnten Stunde trat der elegant gekleidete George in gewohnter sanfter Weise in das Zimmer seines treuen Mädchens. „Zurück, Mörder!" schrie sie ihm entsetzt entgegen .... Er wollte erstaunt ihre Hand fassen. — „Berühre mich nicht, Entsetzlicher, deine Hände sind blutbefleckt, willst du auch mich dem Henkertode überliefern? ... Greif doch zu, lege mir doch den Strick an ... Du hast ja Stricke genug im Vorrath, dafür hast du dir gewiß den Onkel in Liverpool mit einem Cravattenmagazin angeschafft ... Ha ha ha! sehr elegante Cravatten pflegst du zu benutzen." So tobte Betty fort im Delirium und in Fieberhitze, sie war dem Wahnsinne nahe, und George wurde von den tiefentrüsteten Eltern aus dem Hause gewiesen ....

Was sie vor dem Friedensrichter zu thun hatten? Kostbare Schmucksachen und Ringe, welche er nach und nach von Betty erhalten, während er seinen verachteten Stand verläugnete, wollte er nicht zurückgeben. Er liebte das Mädchen noch tief, das ihn nur mit dem entsetzlichsten Abscheu betrachten konnte. Vor Gericht mußte er sich zur schmerzlichen Herausgabe der ihm so theueren Erinnerungen entschließen. Er that dies nicht, ohne eine leidenschaftlich erregte Ansprache an die Richter zu halten, welche in dem Satze gipfelte: Nicht ich, sondern der Richter, auch nicht der Richter, sondern das starre, harte Gesetz ist der wahre Henker ...

George Manning stammte aus einem vornehmen Hause Schottlands und war durch eine verzweiflungsvolle Kette von Umständen zu diesem schauervollen Berufe gekommen. Seine Liebe zu Betty war wie ein freundlicher Lichtblick in seinem Leben, das er, wie er vor Gericht andeutete, einst zu beschreiben gedenkt.

Betty Harriot liegt seit der erschütternden Scene vor dem Friedensrichter, wo sie die ganze entsetzliche Katastrophe in Newgate nochmals vor ihr geistiges Auge rufen mußte, gefährlich erkrankt darnieder. Sie hat eine kurze Befriedigung weiblicher Neugierde mit dem Glücke ihres Lebens bezahlt. ...

Ist es nicht ein ganzer Roman mit reichen Effekten und psychologischen Zügen, der sich im Zimmer des Friedensrichters während einer Vormittagsstunde abspielte?

tete, riß die „Volksliebe" die Einfassung nieder, so daß für Se. k. Hoh. zuletzt eine Polizei-Schutzwache requirirt werden mußte. Durch diese Rohheit des englischen Mob ist die steife Haltung, die der Hof dem Publikum gegenüber zu beobachten pflegt, einigermaßen entschuldigt. Der letzte Tag des Epsom-Rennens heißt „the Oakes", und da pflegt es am anständigsten herzugehen. Baron v. Rothschild, in die „nobeln Passionen" seit lange standesgemäß eingelebt, hätte mit seinem „Zephyr" fast den ersten Preis gewonnen, aber „Wild Agnes" kam ihm doch zuvor. Uebrigens besitzt der edle Sport des „Rasens" seine besondere Kunstsprache, deren Verständniß ein eigenes Studium erfordert.

Paris, 6. Juni. Ein Entwurf, den die Regierung schon mehrfach in Berathung gezogen hat, wird in nächster Zeit dem Staatsrath zur nochmaligen Prüfung unterbreitet werden. Es handelt sich nämlich darum, die Strafkolonie von Cayenne endlich aufzuheben. Jenem neuen Entwurf zufolge soll dieselbe nach Neu-Caledonien verlegt werden. — Gegenwärtig werden auf Befehl des Kaisers Versuche angestellt mit einer neuen viereckigen Kanone, die ein Offizier der kaiserl. Marine erfunden hat.

Aus **Corfu** vom 1. ds. wird berichtet, daß auf den jonischen Inseln die Wahlen ohne Störung von statten gegangen. Trotz der Anstrengungen der Opposition setzte die konservative Partei die Wahl ihrer meisten Kandidaten durch. Der Prinz Alfred von England ist in Korfu angelangt.

Aus **Chicago**, 20. Mai, schreibt man dem „Schw. M.": Der gegen Jefferson Davis demnächst zu eröffnende Prozeß wird sich wahrscheinlich auf die Hochverrathsanklage beschränken, da er ohne Zweifel Sorge getragen hat, seinen Antheil an dem Mordkomplott, wenn dergleichen überhaupt vorliegt, vollkommen im Dunkeln zu halten. Wenn sich jedoch genügende Beweise der Mitschuld finden lassen, wird dem Hochverrathsprozeß ein weiterer folgen. Der erstere wird in der That eine großartige Rekapitulation der Rebellionssünden selbst sein, und der Süden, d. h. seine ehemaligen politischen Führer in ihrem Repräsentanten, Jeff. Davis, auf der Anklagebank sitzen. Persönlich hat Davis sehr an Achtung verloren, seitdem er unter dem Kleide seiner Frau, oder vielmehr in demselben zu entkommen gesucht. Barnum stellte sofort in seinem Museum in New-York eine Wachsfigur im Mousselinkleid aus, deren gestiefelte Beine den Expräsidenten andeuteten. Die Ansicht, daß man Jeff. Davis und die übrigen Führer ohne Weiteres laufen lassen werde, eine Ansicht, die vor der Ermordung Lincolns häufiger, ist jetzt ganz verschwunden, so sehr auch über die Art der Strafe verschiedene Ansichten herrschen. Bei dieser Klasse von Prozessen ist das Endresultat und Urtheil weniger wichtig, als die Verhandlungen; die Personen und ihr Schicksal verschwinden vor der Größe der Sache, die sie repräsentirten und repräsentiren. Die legale Berechtigung, alle hervorragenden Hochverräther zu hängen, ist natürlich unbestreitbar; sie haben sämmtlich gerade das Verbrechen gegen die Union begangen, das die Konstitution ausschließlich als Hochverrath definirt, sie haben mit den Waffen gegen die Republik gekämpft. Selbst Lee ist nicht sicher und die Stimmung gegen ihn als den für das langsame Morden der gefangenen Bundessoldaten verantwortlichen Mann, ist im Wachsen. Die Uebergabe der Armee sichert demselben keineswegs Straflosigkeit, und wenn auch die Masse durch die Amnestieproklamation Hochverrathsprozessen entronnen ist, so kann gegen die Führer im Militär- wie im Civildienst jeden Augenblick vorgegangen werden.

Hiezu die Beilage: „Würzburger Anzeiger".

Verantwortlicher Redakteur: A. Hartmann.
Druck und Verlag der Stahel'schen Buch- und Kunsthandlung in Würzburg

Amortisations-Erkenntniß.

Vom k. Landgericht Werneck.

Hypothekenbereinigung für Pasbühl betr.

Nachdem innerhalb der mit Edikt vom 10. November 1864 — N. Würzb. Ztg. Nr. 326, 328 pro 1864 und Nr. 11, 12, 74 und 76 pro 1865 — vorgesetzten Frist keinerlei Ansprüche gegen die allda sub Ziff. 1 mit 72 aufgeführten Forderungen geltend gemacht wurden, wird erkannt:

„es seien in Anwendung des § 82 des Hypothekengesetzes unter Verwirklichung des angedrohten Präjudizes die Forderungen für erloschen zu erklären und die Einträge im Hypothekenbuche zu löschen."

Werneck, den 29. Mai 1865.

Königliches Landgericht.

Huler. Meisner, Funktionär.

Cours der Staatspapiere.

Oesterr.	5 pCt. Met. (Cp. i. S. b. R.)	—
„	5 pCt. Lomb. ditto. à 24	—
„	5 pCt. Engl. Met. v. 1852	—
„	5 pCt. Engl. Met. v. 1859	78 5/8 P.
„	5 pCt. Venet. Coupon b. R.	86 3/4 G.
„	5 pCt. Nationalanl. v. 1854	68 3/4 G.
„	5 pCt. Metall. Obligation.	64 1/2 P.
„	4 1/2 pCt.	57 P.
Preussen	3 1/2 pCt. Staatsschuldsch.	90 3/4 G.
Bayern	4 1/2 pCt. Obl. 1jähr. dto.	101 1/2 P. 1/4 G.
„	4 1/2 pCt. Obl. 1/2jähr. dto.	102 G.
„	4 pCt. Obl. 1jähr. dto.	99 1/4 P.
„	4 pCt. Obl. 1/2jähr. dto.	99 4/8 P.
„	4 pCt. Obl. Ab.-R. dto.	98 7/8 P.
„	3 1/2 pCt. Obl. dto.	—
Württemb.	4 1/2 pCt. Obl. b. Rothsch.	103 3/4 G.
„	3 1/2 pCt. Obl. dto.	94 3/8 P.
Baden	4 1/2 pCt. Obl.	—
„	3 1/2 pCt. Obl. v. 1842	91 3/8 P.
Gr. Hess.	4 1/2 pCt. Obl.	—
„	4 pCt. Obl. b. Rothsch.	101 P.
„	3 1/2 pCt. Obl. dto.	97 1/4 P.
Nassau	4 1/2 pCt. Obl. dto.	101 5/8 P.
„	4 pCt. Obl. dto.	99 3/8 P.
„	3 1/2 pCt. Obl. dto.	90 7/8 P.
Frankfurt	3 1/2 pCt. Obl.	95 P.
„	3 pCt. Obl.	90 G.
Spanien	3 pCt. inl. Sch P. à fl. 2. 30	—
„	2 1/2 pCt. „ „ „	—
Schweden	4 1/2 pCt. Obl. à 105 Thlr.	92 1/4 P.
N.Amerika	6 pCt. à 100Dr. 1881 D. 2 1/2	72 7/8—73 G.
„	6 pCt. ditto r. 1882 „	71 3/8—5/8 G.

Diverse Aktien.

Frankfurter Bank à fl. 500 . . .	151 1/2 G.
K. K. Oesterr. National-Bankaktien	872 G.
Oesterr. Kreditbank-Aktien à fl. 200	199 P. 198 G.
Bayer. Hypothekenb. Pfandbriefe 4 pCt.	97 1/4 G.
Darmst. Bank 1. u. 2. Serie à fl. 250	230 P.
Weimarische Bank à Thlr. 100 . .	100 1/2 G.
Mitteldeutsche Kreditaktien . . .	101 3/8 G.
Intern. Bank in Lux. à 250 Frs. à 28 kr.	—
Taunus-Eisenbahn à fl. 250 . . .	349 P.
Frankfurt-Hanauer-Eisenbahn . . .	100 5/8 P.
Oest. F.St.Eisb. 5pCt. 500 Fr. à 28 kr.	—
„ Elisab.-Eisenbahn 5 pCt. . .	120 1/2 G.
Böhm. Westbahn-Aktien à fl. 200 6/7	78 1/4 P.
Rhein-Nahe-Bahn 200 Thl. à 105 4pCt. Z.	31 3/4 P. 1/2 G.
Ludwigshafen-Bexbacher à 4 pCt. .	150 1/8 G.
dto. dto. Prior. à 4 pCt.	—
Pfälz. Maxb. b. Rothschild à 4 1/2 pCt.	107 1/8 P.
Oest. St.-Eisenb. Prior.-Oblig. à 3 pCt.	51 1/2 P. 1/4 G.
Elisab.-Bahn Prior. 5 pCt. 6/7	78 1/4 P.
Südd. Bank-Akt., 40 pCt. Einz.	254 P
Span. Handels- und Industrie . .	—
Bayr. Ostbahn à 4 1/2 pCt. volleinbez.	119 3/4 G.
Bayer. Ostbahn mit 50 pCt. Einz.	113 1/2 G.

Anlehens-Loose.

Oesterr. fl. 250 v. 1839	130 1/2 G.
„ fl. 250 v. 1854 mit 4 pCt.	79 3/4 P.
„ fl. 500 v. 1860 6/7	86 5/8 G.
„ fl. 100 Eisb. L. v. 1858.	136 7/8 P.
[illegible] do. v. 1864.	92 1/4 P.
Schwed. 10 Thlr. Loose	9 1/2 G.
Badische fl. 50	124 1/2 G.
Badische fl. 35	59 5/8 G.
Kurhess. Thlr. 40 b. R.	64 1/2 P.
Gr. Hessen fl. 50 b. R.	139 2/4 G.
„ fl. 25 do	36 1/4 G.
Nassau fl. 25 bei Rothsch.	36 3/4 P.
Sardinische Fr. 36 b. B.	72 P. 71 G.
Neuchateler 10 Frs.-Loose	—
Freiburger 15 Frs.-Loose	—
Mailänder 45 Frs. L. b. R.	32 1/2 P.
St. Lüttich mit 2 1/2 pCt. Z.	34 1/4 P.
Ansb.-Gunzenh. fl. 7-L.	10 P.

Wechsel
in süddeutscher Währung.

Amst. fl. 100 k. S.	100 7/8 P.
Antwerp. Frs. 200 k. S.	94 5/8 G.
Augsb. fl. 100 k. S.	99 3/4 G.
Berlin Th. 60 k. S.	105 P.
Brem. 50 Th. Lsd. k. S.	97 1/4 P.
Brüssel Frs. 200 k. S.	94 5/8 G.
Cöln Thlr. 60 k. S.	105 7/8 P.
Hamb. MB. 100 k. S.	88 1/2 G.
Leipzig Th. 60 k. S.	105 P.
London Lst. 10 k. S.	119 5/8 P.
Lyon Frs. 200 k. S.	—
Mail. Frs. 200 . .	94 3/4 G.
München fl. 100 k. S.	99 3/4 G.
Paris Frs. 200 k. S.	95 P.
Petersburg 60 S.-R.	—
Triest fl. 100 k. S.	—
Wien fl. 100 ö. W.	—
do. in öst. W. l. S.	109 3/4 P. 1/2 G.
Disconto	3 1/2 pCt. G.

Frankfurt, 8. Juni. Die Börse war auch heute durchgehends geschäftslos, namentlich verkehrten Amerikaner auf höhere New-Yorker Geldnotirungen in matterer Haltung. Oesterr. Papiere zeigten sich dagegen bei geringen Umsätzen fest. (Sptr.)

An die
Hof- und Staatsbibliothek
Würzb. Ztg. München.

Neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht!

№ 159.	Vorausbezahlung: Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 1 fl. 30 kr. Bei Inseraten wird die dreispaltige Zeile in gewöhnlicher kleiner	62. Jahrgang.	Schrift oder deren Raum im Hauptblatte mit 6 kr., im Anzeiger mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franco.	Samstag, 10. Juni 1865.

Die Allgemeine deutsche Lehrerversammlung in Leipzig.

In der am 7. ds. begonnenen zweiten Hauptverhandlung der Lehrerversammlung wurden zuförderst einige geschäftliche Mittheilungen gegeben. Ein Mitglied der Versammlung, welches nicht genannt sein will, hat einen Preis von 25 Thlrn. für Lösung einer vom Ausschuß zu stellenden Preisfrage gespendet.

Man setzte nun die Debatte über die vom Rektor Fröhlich aufgestellten Thesen fort.

Hr. Gerbing aus Weimar betonte die Mitwirkung des Hauses am Werke der Erziehung. Direktor Berthelt aus Dresden befürwortete die Leitung der Schule durch den Staat, nicht durch die bloße Gemeinde, weil der Gesammtheit größere Intelligenz zu Gebote stehe als der Einzelgemeinde: es sei deshalb genauere Bestimmung, als Fröhlich sie gegeben, über Mitwirkung des Staats, der Kirche und der Gemeinde zu wünschen, wobei größtmögliche Freiheit der Gemeinden allerdings ganz zweckmäßig erscheine. Was Amerika anbetreffe, so könne es wohl sein, daß dort der Staat die Schule mehr in die Hand nehme, sobald man dort erst zu Zuständen gelangt sei, „die wir für schön und herrlich erkennen." Jetzt gebühre die Schule dem Staat, die Schule der Zukunft dem Staat der Zukunft. Hr. Keferstein aus Dresden verbreitet sich über das Zusammenwirken der oft erwähnten drei Faktoren nach praktischen Ergebnissen, nicht nach Theorien, und spricht für engen Verband für Kirche und Schule. Professor Schröder aus Mannheim bemerkt, der deutsche Schulzwang dürfe nicht in Frage gestellt werden, die Debatte habe sich zu sehr vom Boden der Wirklichkeit entfernt. Hr. Radestock aus Meißen hebt, ähnlich wie Keferstein, hervor, daß die Schule der Zukunft sich kaum wesentlich von der Bahn der jetzigen entfernen dürfe. Im Schlußvortrage sprach Referent Rektor Fröhlich gegen mehrere Einwürfe, namentlich wollte er zwischen Kirche und Schule zwar ein Band, aber keine Fessel; Staatsschulen seien den Gemeindeschulen weit vorzuziehen, was das Beispiel Englands zeige, wobei er sich freilich durchweg auf die Schulen der ärmern Stände zu beziehen schien.

Präsident Hoffmann erläuterte hierauf kurz seine Thesen über Gesetzgebung bezüglich der Schulen, während er sich eine eingehende Behandlung derselben für eine spätere Versammlung vorbehielt. Seine Thesen betreffen: A. die Stellung der Schule; B. die Bildung und Anstellung der Lehrer; C. die Gehalte der Lehrer; D. die Schulpflicht; E. den Unterricht und die Erziehung.

Die Versammlung beschließt, über die Thesis „Bildung der Lehrer" in die Debatte zu treten. Vorher ward der bisherige allgemeine Ausschuß für das nächste Jahr bestätigt und ihm das Recht der Ergänzung zugestanden. Zum Ort der nächstjährigen Versammlung wird Hildesheim erwählt, dessen Stadtrath, Bürgervertreter und Lehrer ihre Bereitwilligkeit zur Aufnahme schon im voraus erklärt haben.

Nach der Pause ergreift Herr Schiek aus Grimma nochmals das Wort; er spricht für Fachvorbildung der Lehrer. Seine Abstufung der Seminarien für Lehrer auf dem Lande und in großen und kleinen Städten bekämpfen Riecke und Thomas (aus Leipzig) unter großem Beifall; letzterer bevorwortet die Reorganisirung der Proseminarien. Kaiser aus Wien bezeichnet die Seminarien als die Probiranstalten des wirklichen innern Berufs. Professor Roßmäßler stellt als obersten Gesichtspunkt der Lehrerbildung die Umkehr von der übernatürlichen zur natürlichen Weltanschauung hin, nach welcher letztern die Natur nicht ferner ein Betschemel sein solle, sondern die gemeinsame, mütterliche Heimath. Lübben aus Bremen: Jeder bilde sich aus, wo er wolle, lerne aber dabei namentlich auch selbst denken, zu welchem vor allem das Erlernen und Betreiben der Muttersprache und der Realien beitragen können.

Die Versammlung erklärt sich schließlich für die Thesen, welche Hoffmann in Betreff der Bildung und Anstellung der Lehrer aufgestellt hat. Dieselben lauten: 1) Die Lehrer müssen außer der besonderen technischen oder beruflichen Bildung das volle Maß der Kenntnisse besitzen, dessen die gebildeten Stände sich im Allgemeinen erfreuen. Dazu gehören auch ganz besonders Realien und Sprachkenntnisse. 2) Eine gesonderte Vorbildung der Lehrer für die verschiedenen Arten der Schulen, abgesehen von Gelehrten- und Fachschulen, ist verwerflich. 3) Die Lehrer müssen nach dem Maß ihrer Kenntnisse und erprobten Tüchtigkeit in bessere Stellen aufrücken.

(Amtliche Nachrichten.) **München**, 8. Juni. Se. Maj der König hat die kathol. Pfarrei Wallenhausen, Bezirksamts Illertissen, dem Priester Jos. Bachschmid, Pfarrer in Zell, Bezirksamts Memmingen, über-

Feuilleton.

Ueber das Zeitungswesen im 16. und 17. Jahrhundert.

Mit der Erfindung der Buchdruckerkunst begann eine neue Aera für die Menschheit, und wir können in dem täglich wachsenden Stoff der Geschichte, diesem unendlichen Gewühl von bildenden und zerstörenden Kräften, den Faden erkennen und verfolgen, wie die größten Gewalten, mochten sie auf das Schwert gestützt oder durch die Maske der Frömmelei geschützt sein, nie zu verhindern vermochten, daß von Jahrhundert zu Jahrhundert mehr die Nebel der Unwissenheit und Unmündigkeit von den Nationen wichen, und sich aus den innersten Bedürfnissen derselben, namentlich der germanischen Völkerschaften, zwei unermüdliche Kämpfer gegen politische und religiöse Stagnationen erhoben — die Flugschrift und die Tagespresse.

Die Flugschrift spielte ihre erste bedeutende Rolle in dem durch die Reformation hervorgerufenen Kampfe geistiger Interessen; indem sie sich in der bisher unbekannten Art als religiöse Flugschrift entwickelte, wurde sie durch die Feder Luther's, der in der Sprache der unteren Stände schrieb und es nie an hinreichender Derbheit fehlen ließ, ein mächtiges Hilfsmittel zur Verbreitung der jungen Lehre. Um aber dem Leser einen Begriff von der Rohheit der damaligen Zeit zu verschaffen, seien als Probe die Titel von Libellen, welche zwei fürstliche Schriftsteller gegen einander schleuderten, hier angeführt. Die kurfürstlich sächsische lautet: „Wahrhaftige beständige ergründete christliche und aufrichtige Verantwortung wider den verstockten gottlosen vermaledeiten und verfluchten Eheschänder, bösartigen Barnabas, H—nsüchtigen Holofernes, der sich Heinrich von Braunschweig nennt und sein unverschämt kophurnisch Lügenbuch." Entsprechend war die Antwort des Herzogs: „Erhebliche gründliche wahrhaftige göttliche und christliche Quadruplik wider des gottlosen verfluchten verstockten und abtrünnigen Kirchenräubers, vermaledeiten und boshaften Serviani H....wirth von Sachsen erdichtet erlogen unverschämt Lügenbuch." Die großen Drangsale der nun folgenden Kriege machten den Flugschriften ein Ende; die Massen, durch Noth und Unglück aufgerieben, konnten sich weniger mit Lesen befassen, während die Gelehrten ihre dogmatischen Spitzfindigkeiten in jener der Scholastik jener Zeit entsprechenden Form, in umfangreichen Folianten verfochten. Ein ganzes Jahrhundert lang spielte die Flugschrift eine höchst unbedeutende Rolle, namentlich verschwand die religiöse, und machte der Darstellung von Hinrichtungen, Hexenprozessen, Geistergeschichten Platz, und bemächtigte sich zugleich bei der vollkommenen Unkenntniß der Naturwissenschaften und Medizin der Mittheilung von Wunderkuren und untrüglichen Heilmitteln.

tragen; das Wagner'sche Benefizium in Bichl, Bezirksamts Tölz, dem Priester A. Wunderle, Commorant in Rommelsried, Bezirksamts Zusmarshausen, übertragen; genehmigt, daß die kath. Pfarrei Alteglofsheim, Bezirksamts Regensburg, von dem Bischofe von Regensburg dem Domvikar daselbst, Priester J. B. Grillenberger, und die kath. Pfarrei Schnaid, Bezirksamts Forchheim, von dem Erzbischofe von Bamberg dem Priester Heinrich Schneider, Pfarrer und Dekan in Schillingsfürst, Bezirksamts Rothenburg a/T., verliehen werde; den 2. Pfarrer in Wilhermsdorf, Chr. Fr. Hecht, von dem Antritte der prot. Pfarrei Uttenreuth, Dek. Erlangen, entbunden und die hienach wieder erledigte Pfarrei Uttenreuth dem bisherigen Pfarrer in Lichtenstein, Dek. Mennmelsdorf, J. Th. Baumann, verliehen; den Dekonomen M. Rattenhuber in Haidhausen als Mitglied der Kirchenverwaltung der kath. Stadtpfarrei daselbst bestätigt.

Aus München, 8. Juni, schreibt man der „A. Abdztg.“: „Heute fand die Probe des ersten und zweiten Aktes von „Tristan und Isolde“, morgen die des dritten statt. Die Direktion lag in den Händen des Hrn. v. Bülow. Frau Schnorr's Stimme klang wunderbar gekräftigt und auch das Orchester spielte in einer Weise, daß sich Richard Wagner am Schlusse der Probe bemüßigt fand, ihm seine beste Zufriedenheit und wärmste Anerkennung auszusprechen. Somit also wird die Oper am nächsten Samstag vom Stapel laufen können. Die ewige Spannung hat das Interesse unserer Bevölkerung um die Novität wesentlich herabgestimmt.“

Wien, 8. Juni. Der vom Finanzminister in der heutigen Unterhaussitzung eingebrachte Gesetzentwurf in Betreff der Tilgung der Bankschuld und der Bedeckung der Staatserfordernisse für 1865 und 1866 verlangt: 1) Die Ermächtigung, 11 Mill. im Kreditwege aufzunehmen, um die im Februar 1865 an die Bank gezahlte Rate der Staatsgüterschuld zu bedecken; 2) zur rechtzeitigen und vollständigen Tilgung der Bankschuld, im Fall die als Hypothek dienenden Staatsgüter nicht veräußert würden, einen Kredit bis zu 45 Millionen; 3) zur Deckung der Staatsbedürfnisse für 1865 und 1866, falls die hierzu bestimmten Staatsdomänen nicht veräußert würden, einen Kredit bis zu 18 Mill.; 4) zur Verminderung der Partial-Hypothekenanweisungen einen Kredit von 16,860,000 fl; 5) die Bestimmungen wegen Aufrechthaltung des Kassenbestandes mit 25 Millionen und der ausnahmsweisen Hinausgabe von 20 Millionen Hypotheken-Anweisungen werden auf 1865 und 1866 ausgedehnt; 6) die schleswig-holstein'sche Kriegskosten-Entschädigung wird mit 16,860,000 fl. zur Verminderung der Hypotheken-Anweisungen verwendet werden; 7) zur gänzlichen Einziehung der Münzscheine einen Kredit von 4 Millionen; 8) zur Deckung eines Abgangs in den Einnahmen von 1864 7 Millionen und auf Abschlag der zu bedeckenden Abgänge an den Staatseinnahmen von 1865 und 1866 10 Mill., endlich zur Bestreitung der kontraktlichen Zahlungen an der Pardubitzer, der Theiß- und der Elisabethwestbahn 3,369,700 fl. auf dem Kreditwege aufzunehmen.

(Die österreichische Antwortdepesche vom 1. Juni.) Ein Wiener Korr. der „Schles. Ztg.“ veröffentlicht folgende „authentische“ Analyse der österreichischen Depesche vom 1. Juni in Betreff der Ständeeinberufungsfrage: „Die österreichische Depesche vom 1. Juni kommt, den bisherigen der Ständeberufungsfrage gewidmeten diplomatischen Verkehr rekapitulirend, gleich im Eingange auf die vorletzte Depesche des Herrn v. Bismark zurück. In dieser wird ausdrücklich, in Anbetracht des seitdem in den Herzogthümern eingetretenen „Herrschaftswechsels,“ die Berufung der noch unter dem dänischen Regime zusammengetretenen Provinzialstände von 1854 als „unstatthaft“ erklärt. Allerdings hat Oesterreich in seiner damaligen Antwort es dem preußischen Kabinet als der Erwägung werth empfohlen, ob es nicht angezeigt sei, die Provinzialstände ohne Neuwahlen für eine außerordentliche Sitzung ad hoc zusammenzuberufen, um von ihnen die Einberufung der gemeinsamen Landesvertretung beschließen zu lassen. Preußen hat diesen Gedanken adoptirt und nachdem es früher die Berufung der 1848er Stände empfohlen, nunmehr die Berufung der durch Ergänzungswahlen zu vervollständigenden Provinzialstände von 1854 verlangt. Unterdessen sind Oesterreich in Folge genauerer Prüfung der Verhältnisse Bedenken gegen diesen Vorgang erwachsen und es hat sich deßhalb veranlaßt gesehen, sich für die zweite Alternative zu entschließen, nämlich die Berufung der 1848er Stände vorzuschlagen. Den erwähnten Bedenken lagen folgende Motive zu Grunde: Da die Majorität der schleswig'schen Stände, nämlich 24, ihre Mandate niedergelegt und nur die Minorität von 19 übrig geblieben, so hätte man es mit einer Rumpfvertretung zu thun, die um so mehr als aufgelöst betrachtet werden könne, als seitdem die Herzogthümer in die Hände anderer Besitzer gerathen, und in der That mehrere Ständemitglieder aus Bezirken gewählt erscheinen, die jetzt zu Jütland gehören, es aber auch, abgesehen davon, ungerecht wäre, von den Mitgliedern der ausgetretenen Majorität zu verlangen, daß sie sich neu wählen lassen, während die dänischgesinnten Mitglieder der Minorität im Besitz ihrer Mandate bleiben sollen. Da indessen Preußen die Auflösung der Ständeversammlung als ein Souveränetätsrecht betrachtet und auf seiner Forderung, die Provinzialstände einzuberufen, beharrt, so glaubt Oesterreich, um zu einer definitiven Feststellung zu gelangen — dies wird besonders betont — der sofortigen Berufung kein Hinderniß mehr in den Weg legen zu sollen, jedoch nicht ohne die Verantwortlichkeit für die aus diesem modus procedendi erwachsenden Konsequenzen von sich abzuwälzen.“

Berlin, 8. Juni. Abgeordnetenhaus. Abg. v. Forckenbeck konstatirt die Vorgänge zwischen Hrn. v. Bismarck und dem Abg. Virchow und fügt hinzu, die Nachricht der „Köln. Zeitung“ sei ihm anderweitig bestätigt. Er wolle nicht entscheiden, wie weit ein Mann zum Duell gezwungen werden könne, das müsse jeder mit sich selbst abmachen. Wer ins Abgeordnetenhaus eintrete, um über das Landesrecht und die Freiheit zu verhandeln, müsse Vorurtheile draußen lassen. Nähme der Abg. Virchow die Duellforderung an, so würde er sich den schweren Vorwurf des Landes zuziehen und der Ministerpräsident sich desselben Vorwurfs schuldig machen. Das Präsidium habe die Ordnung im Hause aufrecht zu erhalten und für seine Ehre einzutreten; ein Duell könne und dürfe nicht stattfinden; er erwarte daher, daß der Präsident in dieser Beziehung seine Pflicht thun werde. Präs. Grabow theilt in jeder Beziehung die Aeußerung des Abg. v. Forckenbeck und hofft, der ab-

---

Während so die Flugschriften die vorerwähnten Gegenstände behandelten, welche die niederen Klassen am meisten interessirten, finden wir in dieser Zeitperiode keine Spur von politischen Mittheilungen; nur die größeren Kaufleute, welche mit dem Hause Fugger in Verbindung standen, erhielten durch dieses von Zeit zu Zeit Nachrichten über politische Ereignisse der ganzen damals bekannten Welt, insoferne sie nämlich den Handel berührten. Auch finden wir schon bedeutende Aufzeichnungen von Zeitereignissen, welche theils als chronologische Werke, theils als Kalender, Türkenspiegel ꝛc. unter dem Volke verbreitet wurden. Der älteste und berühmteste dieser Kalender ist der „Postreuter“, welcher alljährlich die verschiedenen Ereignisse und Vorgänge in Knittelversen besang. In jener Zeit, als Reisende und Kaufleute aus Deutschland in Italien mit dem dort eben entstandenen Zeitungswesen bekannt wurden und dieses in die Heimath zu verpflanzen bestrebt waren, fielen ihre Bemühungen auf fruchtbaren Boden, denn die Beschreibung der Zeitereignisse und die Flugschriften waren mächtige Vorläufer gewesen, aus denen sich das deutsche Zeitungswesen entwickelte und so geräuschlos eine große Umwandlung vollziehen half, die von mächtiger Bedeutung auf die Entwicklung der Literatur sein sollte. Schon im Jahre 1612 stoßen wir auf eine in fortlaufenden Nummern erscheinende Zeitung unter dem Titel: „Aviso, Relation oder Zeitung, was sich begeben oder zugetragen hat in Deutsch- und Wälschland, Spanien und Frankreich, Ost- und Westindien“, und bereits fünfzig Jahre später treffen wir nicht weniger als zweiundfünfzig Zeitschriften an. Aber diese rohen Anfänge des Journalismus erfreuten sich schon damals keines sorgenfreien Daseins, und es lohnt sich der Mühe, zu studiren, wie die kleinen Fürsten und Städte sich schwer bewegen ließen, ein Privilegium zur Herausgabe einer Zeitung zu ertheilen. Mancher unternehmende Geist im heiligen römischen Reich ging zu Grunde, ehe ein unterthäniges Promemoria um Bewilligung des Druckereirechtes im amtlichen Schneckengang das Labyrinth reichsherrlicher und landesfürstlicher Kanzleien und auf einander eifersüchtiger Instanzen durchlaufen hatte. Dazu noch die Hindernisse und Plackereien, welche der Buchhandel durch die Zensur erfahren mußte, die mit der schrankenlosesten Willkür nach einem ganz und gar unvollkommenen Gesetze gehandhabt wurde.

Im Jahre 1577 nahm der eben auseinander gehende Reichstag das Gesetz an: „daß hinführo im ganzen römischen Reich Buchdruckereien an keine andere Oerter, dann in denen Städten, da Kurfürsten und Fürsten ihre gewöhnliche Hofhaltung hätten, oder da universitates studiorum gehalten, oder in ansehnlichen Reichsstädten verstattet, aber sonsten alle Winkeldruckereien stracks abgeschafft werden sollen.“ Dieses Gesetz war der Grundstock aller deutschen Preßgesetze, der Stützpfeiler des schnöden Unterdrückungs-Systems, welches sich binnen Kurzem über ganz Deutschland ausdehnte, und das jeder Duodezstaat zum Schaden der Wissenschaft nach den jeweiligen Launen des Regierenden durchzuführen bestrebt war.

Als in der zweiten Hälfte des siebzehnten Jahrhunderts schon alle bedeutenden Städte Zeitungen besaßen, da waren diese be-

wesende Abg. Virchow werde sich, was die Wahrung seiner Redefreiheit anbelange, den Gesetzen des Hauses unterwerfen. Kriegsminister v. Roon: Der Fall entzieht sich den Beurtheilungen des Ministeriums. Ich kann nicht zugeben, daß die Minister der Ordnung des Hauses unbedingt unterworfen sind. Obgleich Soldat, bin ich kein Anhänger des Duells; allein bei Beleidigung und Verletzung der Mannesehre kann keine Macht, auch die höchste nicht, erklären, Satisfaktion sei gegeben. Nach meinem Ermessen ist die Sache durch die Erklärung des Präsidenten nicht beigelegt. Will der Abg. Virchow, was jeder Ehrenmann kann und muß, den in der Uebereilung ausgesprochenen Ausdruck nicht zurücknehmen, so muß ich das Weitere dem Ministerpräsidenten überlassen. Abg. v. Blanckenburg: Er könne sich mit dem Ausspruche des Präsidenten nicht einverstanden erklären; ein Ordnungsruf könne eine Beleidigung nicht beilegen. Abg. Twesten: Die im Abgeordnetenhause gesprochenen Worte seien anders zu behandeln, als anderswo gefallene Ausdrücke. Kein Abgeordneter dürfe sich auf Genugthuung außerhalb des Hauses einlassen. Im englischen Parlamente sei es unverbrüchliches Gesetz, keine Genugthuung für Aeußerungen im Hause zu fordern. Im Hause ist der Präsident höchster Richter über Beleidigungen. Durch die Erklärung des Präsidenten ist die höchste Genugthuung gegeben, sonst ist es aus mit der parlamentarischen Redefreiheit. Abg. Waldeck tritt den Aeußerungen des Abg. Twesten bei. Kriegsminister v. Roon: Die Abgeordneten können Alles sagen, die Minister sind für Alles, was sie sagen, Sr. Maj. dem Könige und dem Strafgesetze verantwortlich. Was kann bei solchen Verletzungen der Minister thun? Der Rechtsweg ist verschlossen. Der Präsident theilt vielleicht die Meinung des Redners. Was dann erübrigt, weiß ich nicht. Verbietet das Haus dem Abg. Virchow, Satisfaktion zu geben, so überschreitet es seine Befugniß. Abg. v. Hennig erklärt, weder durch Virchow's, noch durch seine Schuld sei die Sache in die Oeffentlichkeit gekommen. Abg. v. Stavenhagen konstatirt, er unterwerfe nicht die Wahrung seiner persönlichen Ehre dem Urtheile des Hauses. Abg. Gneist: Die Ansicht Stavenhagen's ist nicht die meine, nicht die meiner politischen Freunde. Er tritt der Ansicht des Präsidenten bei. Abg. Löwe: Die Sache sei durch den Ausspruch des Präsidenten erledigt. Die Heftigkeiten wären nie vorgefallen, hätten wir ein Minister-Verantwortlichkeitsgesetz. Die Minister mögen einen Rechtsboden schaffen, dann brauchen sie ihn nicht extra muros erst zu suchen. Wir wollen nichts, als das. — Die Wahlen des Grafen Sierstorpff und des Pfarrers Mader werden genehmigt. — Bei der darauf folgenden Berathung des Militär-Etats leitet Referent v. Baerst die Debatte ein. Abg. v. Bonin erklärt, er und seine politischen Freunde würden sich der Abstimmung über die Streichung der Reorganisations-Kosten enthalten. Sie billigten nicht Alles, was die Reorganisation umfasse, wollten sich aber auch nicht rein negativ verhalten. — Ohne erhebliche Debatte werden alle Kommissions-Anträge (Streichung der Reorganisations-Kosten) angenommen.

Berlin, 8. Juni. Die „Nordd. Allg. Ztg." theilt eine Adresse hiesiger „konservativer Vereine" an das Abgeordnetenhaus mit, nach welcher die Art, „wie dem Ministerio Opposition gemacht wird", den Interessen des Vaterlandes nicht entspricht, und „auch den letzten Rest des Glaubens im Volke zerstören muß", daß die Verfassung, deren wir uns erfreuen, eine Wohlfahrt (?) und nicht vielmehr eine Strafe sei." — Nach eingegangenem Telegramm ist das zur Verbindung der preußischen mit der schwedischen Küste bestimmte Telegraphen-Kabel in den Tagen vom 4. und 5. Juni d. J. durch die Ostsee gelegt worden und die Ausführung gut von Statten gegangen.

In der Sitzung des Abgeordnetenhauses vom 7. d. suchte der Justizminister die Genehmigung nach zur strafrechtlichen Verfolgung eines polnischen Bauern, wegen Beleidigung des Abgeordnetenhauses, der in einer Gemeindeversammlung, wo von den Grundsteuergesetzen die Rede war, ausrief: warum machen solche Esel solche Gesetze? (!) Nach einiger Diskussion über die geschäftliche Behandlung der Sache, bei der mehrfach die Meinung geäußert wurde, daß die fragliche Ermächtigung abgelehnt werden müsse, weil sie in so unbedeutender Sache nachgesucht werde, in bedeutenderen nicht, — wurde die Angelegenheit der Justizkommission überwiesen.

Eisenach, 7. Juni. Der deutsche Protestantentag wurde heute Morgen mit einem feierlichen Gottesdienst in der Nikolaikirche eröffnet, bei welchem Generalsuperintendent Meyer aus Koburg die Predigt hielt. Bei den hierauf folgenden Verhandlungen wurde das von dem Ausschuß vorgelegte neue Statut einstimmig angenommen, ebenso die von Kirchenrath Dr. Rothe aus Heidelberg gestellten Thesen über die Frage: „Durch welche Mittel können die der Kirche entfremdeten Glieder ihr wieder gewonnen werden?" und endlich die Thesen des Prof. Dr. v. Holzendorff aus Berlin über die gemischten Ehen, letztere jedoch mit der Modifikation, daß die Frage, ob obligatorische oder fakultative Civilehe zunächst der Berathung des engeren Ausschusses zu überweisen sei. Die Zahl der Theilnehmer überstieg heute 400.

London, 6. Juni. Die ärztlichen Bulletins über das Befinden der Prinzessin von Wales und ihres Söhnchens lauten fortwährend auf das günstigste. Der „Observer" hat auch bereits observirt, daß der kleine Prinz auffallend kräftig ist, und kein Zeichen einer Frühgeburt zeigt. Der erstgeborne Knabe der Kronprinzessin soll bekanntlich ein Siebenmonatskind sein. Τοῖς εὐτυχοῦσιν ἑπτάμηνα παιδία.

Cobdens Wittwe hat auf die Anfrage der Regierung, ob es ihr genehm sei, wenn ihr das Parlament eine Ehrenpension votire „als Dank für Cobdens unsterbliche Verdienste für das Land", verneinend geantwortet. Ihre eigenen Vermögensverhältnisse seien für ihre und ihrer Kinder Existenz genügend.

New-York, 26. Mai. Der Graf von Paris, dermalen Chef des Hauses Orleans, hat ein sehr schön gehaltenes Beileidsschreiben über den Tod Lincoln's, mit dem er persönlich befreundet war, an den amerikanischen Senator Sumner gerichtet. Der Enkel Louis Philippe's gedenkt mit Rührung des herzlichen Empfangs beim Präsidenten, als er und sein Bruder in die Dienste

---

treue Spiegel der jeweiligen Hofzustände; so begegnen wir hinter den in schleppendem Amtston gehaltenen, reich mit lateinischen Brocken gewürzten Kabinets-Erlässen, ein Stück chronique scandaleuse in artigen Reimchen. Ein wegen seiner bizarren Einfälle bekannter protestantischer Fürst ließ alle Predigten, die er gehört, in die Staatszeitung aufnehmen, wollte aber auch sein Menu darin gedruckt sehen, sowie die Liste der den Dienst habenden Hofleute. Auch von geistlicher Seite wurde den Zeitungen schon in den ersten Jahren ihres Daseins gar gewaltig mit dem Zaunpfahl gewinkt; lange Zeit brauchte es, bis in die Erzbisthümer Zeitschriften eindrangen. Schon in den Sechzigerjahren des siebzehnten Jahrhunderts grollte es von den Kanzeln herab gewaltig gegen die Tagesschriftsteller.

In England, wo die Presse die größte Rolle im staatlichen Leben zu spielen bestimmt war, bürgerte sich das Zeitungswesen erst später ein, als bei uns. Die große Revolution hatte einen ungeheuren Einfluß auf die sich eben gestaltende Tagespresse. Die Puritaner waren derselben nicht günstig gesinnt, obwohl sie sich öfter ihrer bedienten; das später wieder eingesetzte Königthum brachte die Censur, die in späterer Zeit wahrhaft drakonisch gehandhabt wurde. Selbst das Parlament war lange feindselig gegen die Presse, welche sich demungeachtet, alle Hindernisse überwindend, zur höchsten Stufe der freiheitlichen Entfaltung emporschwang. Welche Perspektive eröffnet sich vor uns, wenn wir den Entwicklungsgang dieser mächtigen Presse verfolgen, von dem Tage an, da Nathaniel Butter seine geschriebene Zeitung ihren Abonnenten durch Boten schickte, bis auf die „Times" von heute, die ihre Blätter sendet von Quebec bis Cap Camorin!

M. H.

Vermischtes.

Berlin. Die hiesige k. Gesundheitsgeschirr-Manufaktur hat die Anfertigung einer sehr großen Anzahl von Töpfen mit hermetisch verschließbarem Deckel übernommen, welche die Reise über den Ocean nach Südamerika zu machen bestimmt sind, um dann, mit Liebig'schem Fleisch-Extrakt gefüllt, nach Europa zurückzukehren.

Neuwied, 2. Juni. Seit einigen Tagen kursiren falsche nassauische Fünfguldenscheine vom Jahre 1854 in hiesiger Stadt. Dieselben sind dadurch kenntlich, daß sie die Unterschrift „Rößler" tragen, während die echten mit „v. Rößler" unterzeichnet sind. Außerdem ist das Papier dicker und der Druck etwas verwischt, und sind die Ziffern in der Ecke ungleich.

(Nr. 20.) **Dreisylbige Charade.**

Das Erste eine Waffe, zwei, drei ein Dichter,
Das Ganze macht Hosen und Schuh und zieht Lichter,
Handelt mit Schwefelholz und Papier,
Und trinkt am Abend sein Näschen Bier.

Auflösung der Charade Nr. 19: Mondkalb.

der Union traten, „an die sie die Traditionen ihrer Familie, ihre Sympathien als Franzosen und ihre politische Ueberzeugung binden."

New-York, 27. Mai. Die von der großen Jury des Bezirkes Columbia, in welchem bekanntlich die Bundeshauptstadt Washington liegt, ausgesprochene Begründung der Hochverrathsanklage gegen Jefferson Davis und Breckinridge lautet dem Vernehmen nach dahin, daß beide treubrüchig im vergangenen Juli in Columbia eingefallen seien, um daselbst die Regierung zu stürzen, die Vertheidigungswerke zu zerstören und eine Anzahl Soldaten zu tödten und zu verwunden, General Breckinridge in eigener Person und Davis als Auftraggeber. Dem vielverbreiteten Gerüchte, daß letzterer in Fesseln gelegt worden sei, wird von Seiten des „New-York Herald" widersprochen. Diesem Blatte zufolge sind dem Gefangenen zwei Zimmer einer Casematte angewiesen, innerhalb welcher beiden Räume er sich frei bewegen kann. Doch ist beständig eine Wache in seiner Gegenwart. — Clement Clay ist nicht gefangen genommen worden, sondern hat sich freiwillig in Macon gestellt. Ein Preis von 100,000 Dollars war auf seine Habhaftwerdung gesetzt, auf die Anklage hin, daß er mit noch anderen namentlich Angeführten die Ermordung des Präsidenten geplant und angestiftet habe. Seine Frau, welche ihn in die Gefangenschaft begleitete, äußerte scherzhaft gegen die Unions-Offiziere, sie werde den auf die Einfangung ihres Mannes ausgesetzten Preis beanspruchen.

Literarisches.

*** Von der elften Auflage des Brockhaus'schen „Konversations-Lexikon" ist soeben mit dem 40. Hefte der vierte Band vollständig geworden. Derselbe umfaßt beinahe den ganzen Buchstaben C und den Anfang von D (Cabral—Dampfschifffahrt) und enthält wiederum eine große Anzahl trefflicher Artikel aus den verschiedensten Gebieten des menschlichen Wissens. Aus der Geschichte verweisen wir in Betreff der neueren Zeit auf die Artikel Chile und China, sowie auf die Biographien der Staatsmänner Cavour und Cobden; aus der Geschichte des Alterthums auf die Artikel über Cäsar, Catilina und Cicero. Anziehende Schilderungen aus dem Gebiete der Geographie findet man über Californien, Canada, die Capcolonie, Centralamerika, Ceylon und Cuba; sorgfältige Topographien von Chemnitz, Cherbourg, Christiania u. a. Die Völkerkunde ist unter anderem durch die Artikel Celten, Cimbern, Chaldäa vertreten. Aus der Literaturgeschichte sind außer dem, was über die Sprache, Schrift und Literatur der Chinesen gesagt wird, eine große Anzahl biographischer Artikel über Dichter und Schriftsteller aller Culturvölker hervorzuheben. Dahin gehören z. B. die Artikel über die Spanier Calderon und Cervantes, die Portugiesen Camões und Castilho, die Franzosen Châteaubriand und Cousin, die Italiener Cantu und Cibrario, die Engländer Chambers, Coleridge, Collier, die Schweden Carlén und Creusenstolpe, den Vlämen Conscience ꝛc. Das Gebiet der Naturwissenschaft zählt ebenfalls viele vorzügliche Artikel, wie z. B. über Centralsonne, über Chemie, Chlor, Cyan, über Camera-obscura, ferner über eine große Anzahl Nutz-, Handels- und Zierpflanzen (Cacao, Cacteen, Ceder, Citrone, Cocospalme ꝛc.). Auf technischem Gebiet nennen wir: Conservirung der Lebensmittel, ferner die Artikel Calorische Maschine, Cilchiren, Dampfmaschine, Dampfheizung, Dampfkochapparate, Dampfschiff. Aus dem Gebiet der Theologie sind von besonderem Interesse: Christenthum, Christus, Cölibat, Concilien, Concordat, Cultus. Den Staatswissenschaften gehören an: Centralisation, Colonien, Constitution, Credit, Creditanstalten, Crédit mobilier ꝛc. Der Verehrer der Künste findet Artikel über Christliche Kunst, Colorit, Costüm, Caricatur, sowie zahlreiche Biographien von Künstlern, z. B. der Maler Calame, Cornelius, Cranach, der Zeichner Callot, Chodowiecki. Den Musiker werden unter andern die Artikel über Chelard, Cherubini, Chopin, Clementi interessiren, den Freund der Bühne die Biographie der kürzlich verstorbenen Schauspielerin Crelinger.

Der vielbesprochene Buchdruckerstrike in Leipzig hat, wie man sieht, das regelmäßige Fortschreiten des Werks so gut wie nicht berührt und wie wir hören, ist ein solches für künftig ganz gesichert. Das Werk erscheint bekanntlich in Heften (von 6 Bogen) zu 5 Ngr., kann aber auch in Bänden (60 Bogen stark) zu 1 Thlr. 20 Ngr. (gebunden in zwei verschiedenen Einbänden zu 1 Thlr. 28 Ngr. und 2 Thlr.) bezogen werden. Für diejenigen, welche das Werk in Heften beziehen, hat die Verlagshandlung Einbanddecken in zwei verschiedenen Arten (in Leinwand zu 6 Ngr., in Halbfranz zu 8 Ngr. für den Band), herstellen lassen.

Hiezu die Beilage: „Würzburger Anzeiger".

Verantwortlicher Redakteur: A. Hartmann.
Druck und Verlag der Stahel'schen Buch- und Kunsthandlung in Würzburg

Cours der Staatspapiere.

Oesterr.	5 pCt. Met. (Cp. L. S. b. R.)	—
„	5 pCt. Lomb. ditto. à 24	—
„	5 pCt. Engl. Met. v. 1852	$80^{5}/_{8}$ P.
„	5 pCt. Engl. Met. v. 1859	$78^{5}/_{8}$ P.
„	5 pCt. Venet. Coupon b. R.	$86^{5}/_{8}$ G.
„	5 pCt. Nationalanl. v. 1854	$68^{3}/_{8}$ P. $^{2}/_{8}$ G.
„	5 pCt. Metall. Obligation.	$64^{1}/_{2}$ P.
„	$4^{1}/_{2}$ pCt.	57 P.
Preussen	$3^{1}/_{2}$ pCt. Staatsschuldsch.	$90^{3}/_{4}$ G.
Bayern	$4^{1}/_{2}$ pCt. Obl. 1jähr. dto.	$101^{5}/_{8}$ P.
„	$4^{1}/_{2}$ pCt. Obl. $^{1}/_{2}$jähr. dto.	102 P. $101^{7}/_{8}$ G.
„	4 pCt. Obl. 1jähr. dto.	$99^{1}/_{4}$ P.
„	4 pCt. Obl. $^{1}/_{2}$jähr. dto.	$99^{1}/_{4}$ G.
„	4 pCt. Obl. Ab.-B. dto.	$95^{7}/_{8}$ P.
„	$3^{1}/_{2}$ pCt. Obl. dto.	—
Württemb.	$4^{1}/_{2}$ pCt. Obl. b. Rothsch.	$103^{3}/_{4}$ G.
„	$3^{1}/_{2}$ pCt. Obl. dto.	$94^{3}/_{8}$ P.
Baden	$4^{1}/_{2}$ pCt. Obl.	—
„	$3^{1}/_{2}$ pCt. Obl. v. 1842	$91^{3}/_{8}$ P. $^{1}/_{4}$ G.
Gr. Hess.	$4^{1}/_{2}$ pCt. Obl.	—
„	4 pCt. Obl. b. Rothsch.	101 P.
„	$3^{1}/_{2}$ pCt. Obl. dto.	$97^{1}/_{4}$ P.
Nassau	$4^{1}/_{2}$ pCt. Obl. dto.	$102^{3}/_{8}$ P.
„	4 pCt. Obl. dto.	$99^{1}/_{2}$ P.
„	$3^{1}/_{2}$ pCt. Obl. dto.	$90^{7}/_{8}$ P.
Frankfurt	$3^{1}/_{2}$ pCt. Obl.	$94^{7}/_{8}$ G.
„	3 pCt. Obl.	—
Spanien	3 pCt. inl. Sch. P. à fl. 2. 30	—
„	$2^{1}/_{4}$ pCt. „ „ „	—
Schweden	$4^{1}/_{2}$ pCt. Obl. à 105 Thlr.	$92^{1}/_{8}$ P.
N.Amerika	6 pCt. à 100Dr. 1881 D. $2^{1}/_{2}$	$72^{1}/_{2}$ G.
„	6 pCt. ditto f. 1882 „	$71^{1}/_{2}$—$71^{3}/_{4}$ G.

Diverse Aktien.

Frankfurter Bank à fl. 500 . . .	$151^{1}/_{2}$ G.
K. K. Oesterr. National-Bankaktien	874 P.
Oesterr. Kreditbank-Aktien à fl. 200	—
Bayer. Hypothekenb. Pfandbriefe 4 pCt.	$97^{1}/_{4}$—$^{3}/_{8}$ G.
Darmst. Bank 1. u. 2. Serie à fl. 250	$229^{1}/_{2}$ P. 228 G.
Weimarische Bank à Thlr. 100 . .	$100^{1}/_{2}$ P.
Mitteldeutsche Kreditaktien . . .	$101^{3}/_{8}$ G.
Intern. Bank in Lux. à 250 Frs. à 28 kr.	—
Taunus-Eisenbahn à fl. 250 . . .	349 P.
Frankfurt-Hanauer-Eisenbahn . . .	100 P.
Oest. F.St.Eisb. 5pCt. 500 Fr. à 28 kr.	—
„ Elisab.-Eisenbahn 5 pCt. . .	$120^{3}/_{4}$ G.
Böhm. Westbahn-Aktien à fl. 200 6/7	$77^{1}/_{2}$ P.
Rhein-Nahe-Bahn 200 Thl. à 105 4pCt. Z.	$31^{3}/_{4}$ P.
Ludwigshafen-Bexbacher à 4 pCt. .	$150^{1}/_{2}$ G.
dto. dto. Prior. à 4 pCt.	—
Pfälz. Maxb. b. Rothschild à $4^{1}/_{2}$ pCt.	$107^{1}/_{4}$ P.
Oest. St.-Eisenb. Prior.-Oblig. à 3 pCt.	$51^{3}/_{8}$—$^{1}/_{2}$ G.
Elisab.-Bahn Prior. 5 pCt. 6/7	$79^{1}/_{8}$ P.
Südd. Bank-Akt., 40 pCt. Einz.	252 P.
Span. Handels- und Industrie . .	—
Bayr. Ostbahn à $4^{1}/_{2}$ pCt. volleinbez.	$113^{5}/_{8}$ G.
Bayer. Ostbahn mit 50 pCt. Einz.	$113^{1}/_{2}$ G.

Wechsel
in süddeutscher Währung.

Amst. fl. 100 k. S.	$100^{7}/_{8}$ P.
Antwerp. Frs. 200 k. S.	$94^{1}/_{2}$ G.
Augsb. fl. 100 k. S.	$99^{3}/_{4}$ G.
Berlin Th. 60 k. S.	105 P.
Brem. 60 Th. Ld. k. S.	$97^{1}/_{4}$ P.
Brüssel Frs. 200 k. S.	$94^{1}/_{2}$ G.
Cöln Thlr. 60 k. S.	105 P.
Hamb. MB. 100 k. S.	$88^{3}/_{8}$ G.
Leipzig Th. 60 k. S.	105 P.
London Lst. 10 k. S.	$119^{5}/_{8}$ P.
Lyon Frs. 200 k. S.	—
Mail. Frs. 200 . .	$94^{2}/_{4}$ G.
München fl. 100 k. S.	$99^{3}/_{4}$ G.
Paris Frs. 200 k. S.	$94^{5}/_{8}$ G.
Petersburg 60 S.-R.	—
Triest fl. 100 k. S.	—
Wien fl. 100 ö. W.	—
do. in öst. W. l. S.	$103^{5}/_{8}$ G.
Disconto	$3^{1}/_{2}$ pCt. G.

Anlehens-Loose.

Oesterr. fl. 250 v. 1839	131 G.
„ fl. 250 v. 1854 mit 4pCt.	$79^{3}/_{4}$ P.
„ fl. 500 v. 1860 6/7	$86^{1}/_{4}$ P.
„ fl. 100 Elsb. L. v. 1858.	$186^{3}/_{4}$ P.
„ do. v. 1864.	$91^{1}/_{4}$—$^{1}/_{8}$ G.
Schwed. 10 Thlr. Loose	$9^{1}/_{2}$ G.
Badische fl. 50	$124^{1}/_{2}$ G.
Badische fl. 35	$52^{5}/_{8}$ G.
Kurhess. Thlr. 40 b. R.	$55^{1}/_{2}$ P.
Gr. Hessen fl. 50 b. R.	$139^{2}/_{4}$ G.
„ fl. 25 do.	$36^{1}/_{4}$ G.
Nassau fl. 25 bei Rothsch.	$35^{2}/_{4}$ P.
Sardinische Fr. 36 b. B.	72 P. 71 G.
Neuchateler 10 Frs.-Loose	—
Freiburger 15 Frs.-Loose	—
Mailänder 45 Frs. L. b. R.	$32^{1}/_{8}$ P.
St. Lüttich mit $2^{1}/_{2}$ pCt. Z.	$34^{1}/_{4}$ P.
Ansb.-Gunzenh. fl. 7-L.	10 G.

Frankfurt, 9. Juni. Die Börse war heute belebter als an den vorhergehenden Tagen. Amerikaner, in denen ziemlich bedeutende Umsätze stattfanden, verkehrten auf etwas bessere (wie man sagt per „Cuba" übermittelte) New-Yorker Notirungen (Gold $36^{3}/_{4}$, Bonds $102^{7}/_{8}$) in steigender Tendenz, schlossen jedoch mit $71^{7}/_{8}$ unter dem höchsten Kurse der heutigen Börsenzeit. Oesterr. Papiere eröffneten in Folge der Nachricht von der Vorlage des Finanzministers im Reichsrathe flauer, befestigten sich jedoch während der Börsendauer. 4pCt. Berner waren zu 30 offerirt. Die per 1. Juli bei M. A. v. Rothschild u. Söhne fälligen Coupons werden bereits von heute ab eingelöst. (Synd.)

An die
k. Hof- und Staatsbibliothek
1 N. Würzb. Ztg.
München.

Neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht!

№ 160-61. | Vorausbezahlung: Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 1 fl. 30 kr. Bei Inseraten wird die dreispaltige Zeile in gewöhnlicher kleiner Schrift oder deren Raum im Hauptblatte mit 6 kr., im Anzeiger mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franco. | 62. Jahrgang. | Montag, 12. Juni 1865.

Zur Finanzlage Oesterreichs.

Der Finanzminister Herr v. Plener hat am 8. d., wie schon gemeldet, im österreichischen Abgeordnetenhause eine Kreditforderung eingebracht, welche nicht geringes Aufsehen erregte, da der Finanzminister zugleich durch eine sehr umfangreiche Auseinandersetzung darthat, welche große Anstrengungen und unermeßliche Opfer dazu gehören, um die Valuta und das Gleichgewicht zwischen Einnahme und Ausgabe im Staatshaushalte herzustellen. Die Kreditforderung des Herrn Finanzministers, oder die Forderung eines neuen Anlehens „zur Tilgung der Bankschuld und zur Bedeckung der Staatserfordernisse in den Jahren 1865 und 1866" ist von einer so hohen Ziffer und die Verhältnisse der österreichischen Finanzwirthschaft sind so vielfach unerfreulich, daß Herr v. Plener selbst sagte, sie seien „niederschlagender Natur", aber es sei besser, klar und richtig zu schauen und kalten Blutes zu erwägen, wie solchen ungünstigen Verhältnissen abzuhelfen sei. Besonders frappirte in den Eröffnungen des Finanzministers das Bekenntniß, daß das Verwaltungsjahr 1864 mit einem Defizit von 7 Mill. schließe. Allgemein fragte man sich, wie es komme, daß Hr. v. Plener dies nicht bei dem Budget für das Jahr 1865 dargelegt habe. Daß die Erntekalamität vom Jahre 1863 Einfluß auf die Steuerverminderung hatte, war bekannt; aber daß die Ziffer des Ausfalls in den Einnahmen die Höhe von 19 Millionen erreichte, ist erst durch das Geständniß des Hrn. v. Plener offiziell zur Kenntniß gelangt.

Die Hauptziffern über die von Hrn. v. Plener beabsichtigte neue Anlage haben wir nach einem Wiener Telegramm des Wag. Bur. in der vorausgehenden Nr. der „Würzb. Ztg." mitgetheilt; wir wiederholen dieselben nach den genaueren Mittheilungen der heute vorliegenden Wiener Blätter. Der Reichsrath soll den Finanzminister ermächtigen, 11,146,671 fl. im Wege der Benützung des öffentlichen Kredits aufzunehmen, um die am 14. Februar l. Js. fällig gewesene Rate der Staatsgüterschuld an die Nationalbank, welche aus den allgemeinen Staatsfinanzen getilgt wurde, zu bedecken. Um die durch die Staatsgüter bedeckte Staatsschuld an die Nationalbank rechtzeitig und vollständig zu tilgen, werden 44,955,896 fl. verlangt, und überdies die Summe von 1,484,000 fl., welche bis Ende Dezember 1866 an die Nationalbank in Folge des Staatsgüterverkaufes zu bezahlen ist. Zur Deckung der Staatsbedürfnisse in den Jahren 1865 und 1866 sind Staatsdomänen, Forste und Montanwerke zu veräußern und für den Fall, als dies nicht alsogleich oder nur mit Nachtheil für den Staat geschehen könnte, wären durch Kredit-Operationen 18 Millionen aufzunehmen. Ebenso begehrt der Finanzminister die Ermächtigung zur Aufnahme von 16,860,010 fl. zur Verminderung der Partial-Hypothekar-Anweisungen. Es wird aber auch beantragt, die schleswig-holsteinische Kriegskosten-Entschädigung zur Verminderung der Hypothekar-Anweisungen im Betrage von 16,860,010 fl. zu verwenden. Um den Rest der noch im Umlaufe befindlichen Münzscheine gänzlich einzuziehen, werden 4 Millionen im Wege des Kredites zu beschaffen sein. Zur Bedeckung der Staatserfordernisse in den Jahren 1865 und 1866 müssen 20,369,700 fl. ausgeliehen werden, und zwar 7 Millionen zur Bedeckung des Gebarungsdefizits im Verwaltungsjahre 1864. 10 Millionen auf Abschlag der Abgänge an den Staatseinnahmen 1865 und 1866 und 3,369,700 fl. zur Bestreitung der Subvention der Eisenbahnen.

Aus diesen Rubriken, die sonderbarer Weise in keine Gesammtziffer zusammengefaßt sind, ergibt sich folgendes Resultat: Die Regierung verlangt in einer Reihe von Ansätzen die Gesammtsumme von 53,860,381 fl. als unbedeckten Kredit, ferner die Ermächtigung, für 62,995,896 fl. Domänen (die theils der Bank verpfändet, theils noch frei sind) veräußern zu dürfen, und für den Fall, als die Veräußerung ohne Nachtheil nicht durchführbar wäre, Vorschüsse auf den seinerzeit zu erzielenden Erlös aufzunehmen oder eine andere auf diese Realitäten gegründete Kreditoperation zu machen. Rechnet man diese beiden Hauptziffern zusammen, so ergibt sich die Summe von nahezu 117 Millionen Gulden, welche der Finanzminister effektiv vom Geldmarkte zu erlangen wünscht.

Ein Anlehen von fast 117 Millionen mußte in der That überraschen, da man ein solches nicht erwartet hatte und der Ansicht war, die Finanzverwaltung werde sich bis auf einige wenige Millionen helfen können. Allerdings muß man anerkennen, daß

Feuilleton.

Banting.

Wie lange ist es her, Hank, daß du dein eigenes Knie nicht gesehen hast?
Prinz Heinrich.

(Aus der „Wiener N. freien Presse.")

Zum Erstenmal in meinem Leben habe ich das Wort „Banting" am 27. April laufenden Jahres, Vormittags um $^3/_4$ auf 12 Uhr, nennen hören. Auf einem Gang durch die Singerstraße war ich durch zufällige Zerstreutheit in die Schankstube der „Stadt Breslau" gerathen und ging bei einem Glase Rothwein meinen Gedanken nach, als ein Mann in mittleren Jahren durch die Thür trat und sichtlich befremdet auf einen im gleichen Alter stehenden Gast, den er zu kennen und doch wieder nicht zu kennen schien, zuging. Auch dieser stutzte einen Augenblick, indem er sich von seinem Sitze erhob; hierauf, nachdem sie sich gegenseitig vom Wirbel bis zur Zehe aufmerksam gemustert hatten, flog ein verständnißinniges Lächeln über ihr Antlitz und unter herzlichem Händeschütteln entfuhr dem Munde beider Männer fast gleichzeitig der räthselhafte Ausruf: „Banting!" Banting, dachte ich, was ist das? Ich konnte nicht umhin, die beiden Zecher, mit ihrem verdächtigen Schiboleth, für Freimaurer zu halten, deren Gegenwart in den Räumen des deutschen Ordenshauses mir natürlich doppelt ärgerlich war. In der Bedrängniß meines Herzens wandte ich mich an den Herbergsvater — jenen klugen Mann, der mit einer dem schlesischen Naturell eigenen Anmuth die Feder mit dem Weinheber vertauscht hatte — und dieser wußte meine Zweifel rasch zu beschwichtigen. Ob ich denn außerhalb der Welt lebe, meinte er, da ich nichts wisse von William Banting, diesem nach dem seligen Cobden und dem sterbenden Palmerston ohne Frage berühmtesten aller jetzt lebenden Männer Großbritanniens? Das nehme ihn billig Wunder, fügte er hinzu, und ließ einen fragwürdigen Blick an meiner Leiblichkeit herabgleiten. Dabei holte er aus einer Lade eine Druckschrift von mäßigem Umfang und reichte sie mir dar. In fettester Schrift leuchtete mir ihr Titel entgegen, der da lautete: „Korpulenz. Ihre Ursachen, Verhütung und Heilung durch einfache diätetische Mittel. Auf Grundlage des Banting-Systems von Dr. Julius Vogel, Professor der Heilkunde in Halle." Mir fiel es wie Schuppen von den Augen, und es bedurfte nur eines leisen Winkes, um mir begreiflich zu machen, welcher Sorte von Freimaurerei die beiden oben geschilderten Männer angehörten. Noch vor drei Wochen stöhnten sie unter einer unmäßigen Ueberfrachtung des Körpers, und heute waren sie, Dank den Erfolgen der Banting-Kur, „um den Leib nicht so dick wie eine Adlersklaue", und hätten mit dem jugendlichen Sir John „durch eines Aldermans Daumenring kriechen können."

Nur Menschen, deren Brust mit dreifachem Erze gepanzert ist, können fühllos bleiben, wenn sie die an ergreifenden Momenten reiche Lebensgeschichte Banting's vernehmen. Dieser Mann, der bestimmt war, der Heiland der Fettleibigkeit zu werden, war jahrelang ihr Märtyrer, und hatte den Kelch ihrer Qualen bis auf die

der Nothstand in Ungarn auf die Verminderung der Steuern wesentlich einwirkte, daß die Kreditforderungen des Finanzministers sich auf zwei Verwaltungsjahre 1865 und 1866 beziehen und endlich, daß die Aufnahme eines Theils des neuen Anlehens für gewisse Fälle, wenn z. B. die Staatsdomänen nicht veräußert werden können, erfolgen soll. Auch muß berücksichtigt werden, daß durch das neue Anlehen frühere Schulden bezahlt werden, und daß der Finanzminister nicht alsogleich den ganzen Betrag zur Verwendung haben muß; aber demungeachtet wird die Staatsschuld wieder beträchtlich vermehrt.

Die „N. Fr. Pr." schreibt: „Das Dunkel ist mit einemmale verscheucht, welches seit vielen Monaten unsere staatliche Finanzgebahrung umgab. Der Schleier ist gefallen. Nackt und klar, auch ohne die malerische Gruppirung, welche bisher noch jede der Vorlagen unseres Schatzkanzlers auszeichnete, tritt uns das Resultat jener Gebahrung entgegen in Gestalt einer abgerundeten neuen Anleihe von 116 Millionen Gulden! Wir begreifen die gedrückte Stimmung des Hauses, an welches solch' eine Forderung herantritt, wir begreifen auch die Verstimmung des Ministers, der den Beruf hat, sie zu stellen. Was heute dem Abgeordnetenhause passirte, das passiret auch im alltäglichen Leben gar Manchem. Gar Mancher hat das Bewußtsein, daß in seinem Geschäfte, das er für den Moment nicht kontroliren kann, nicht alles ganz geheuer ist, und daß unliebsame Ueberraschungen ihm bevorstehen; endlich tritt der Moment ein, in dem das Dunkel sich erhellen muß, da schrickt er zurück: so arg hat er sich's doch nicht gedacht! In einer analogen Situation befindet sich heute das Haus; das Gefühl war seit Langem vorherrschend, daß ein finanzielles Ungewitter im Anzuge sei; darauf jedoch waren die Wenigsten vorbereitet, daß es solche Dimensionen annehmen werde. Herr v. Plener hat freilich, trotzdem die Wucht des Momentes ihn heute sichtlich drückte, doch einen kleinen Trost in Bereitschaft; er meinte, nur ein oberflächliches Urtheil könne in der heutigen Vorlage neue Forderungen erblicken — und wer setzt sich solchem Vorwurfe gerne aus! Daß Herr v. Plener selbst es war, der auf wiederholte, im Finanzausschusse an ihn gerichtete Interpellationen, ob für dieses Jahr noch eine größere Kreditoperation bevorstehe, mit Nein antwortete, das hat er wohl bereits vergessen."

☞ (Amtliche Nachrichten.) **München**, 9. Juni. Der Adels-Matrikel wurde einverleibt: der k. Hauptmann und Flügel-Adjutant Sr. Maj. des Königs, Karl Theodor v. Sauer sammt Abkömmlingen bei der Adelsklasse Lit. S. fol. 182 act. Num. 4827.

Se. Maj der König hat auf die eröffnete Rathsstelle bei der Regierung, K. d. J., von Mittelfranken den Regierungsrath F. Frhrn. v. Crailsheim bei der Regierung der Oberpfalz. K. d. J., auf Ansuchen versetzt; auf die am Bezirksamte Freising eröffnete Bezirksamts-Assessorsstelle den Bezirksamts-Assessor G. Scheibenpflug von Viechtach versetzt und zum Assessor des Bezirksamts Viechtach den Rechtspr. J. Singer von Gaishof ernannt; die kath. Pfarrei Wildsteig, Bezirksamts Schongau, dem Priester L. Hemmert, Kooperator in Zukofen, Bezirksamts Freising, und die kath. Kurat- und Schulstelle zu St. Salvator, Bezirksamts Griesbach, dem Priester Martin Schabenirob, Kooperator in Mittern, bezs. Bezirksamts, übertragen; die prot. Pfarrei St. Jobst dem bish. Pfarrer in Altenbann, E. Holtze, verliehen; den Privatdocenten Dr. G. Bauer dahier zum außerordentl. Professor in der philos. Fakultät der k. Universität München ernannt; auf das im Forstamte Laurenzi in Erledigung gekommene Revier Feucht den Revierförster E. Eugerer zu Dannenfels im Regierungsbezirk der Pfalz in gleicher Dienstes-eigenschaft versetzt und an dessen Stelle zum provis. Revierförster nach Dannenfels den verm. Aktuar des Forstamts Eichstätt, H. Kieshaber, ernannt; auf das im Forstamte Weilheim in Erledigung gekommene Revier Dießen II den Revierförster Fr. X. Schreyer zu Schöngeising in gl. Dienstes-eigenschaft versetzt; auf das im Forstamte Ebersberg in Erledigung gekommene Revier Anzing den Revierförster K. v. Krempelhuber zu Rottach, Forstamts Tegernsee im Salinen-Forstbezirke in gl. Dienstes-eigenschaft versetzt und an dessen Stelle zum provis. Revierförster nach Rottach den verm. Aktuar des Forstamtes Schongau, J. Leimbach, ernannt.

Das Benefizium zu Maria-Thaun, k. Bezirksamts Lindau, ist mit einem fassionsmäßigen Reinertrage von 367 fl. 44 kr. in Erledigung gekommen.

Se. Maj. der König hat dem kathol. Pfarrer Adam Schlappinger zu Arnstorf, Bezirksamts Eggenfelden, den Titel und Rang eines geistlichen Rathes kostenfrei verliehen.

Zum Forstamtsaktuar und Funktionär im Regierungsforstbureau in Speyer ist der k. Forstgehilfe A. Ritter zu Reißlerhof, Forstamts Dahn, befördert worden. Der k. Forstwart K. Issrich von Kapsweiler, Forstamts Langenberg, wurde in Ruhestand versetzt und der k. Forstgehilfe K. Schreiblöcker von Kreut, Forstamts Tegernsee, zum Forstwart in Kapsweiler ernannt.

München, 10. Juni. Die erste Aufführung von „Tristan und Isolde" im kgl. Hoftheater hat nun diesen Abend wirklich stattgefunden. Se. Majestät der König, welcher der Vorstellung von Anfang bis zum Schlusse beiwohnte, ward beim Eintritt in die Loge von der überaus zahlreichen Versammlung mit den herzlichsten Zurufen empfangen. Obwohl es in unserem Hoftheater Sitte ist, daß an den Abenden, an welchen die königlichen Majestäten empfangen werden, dem Kunstpersonal keine Beifallsbezeugungen zu Theil werden, konnte sich der größte Theil der Versammlung doch nicht versagen, schon nach dem ersten Akt das Schnorr'sche Künstlerpaar stürmisch hervorzurufen. Wenn hiebei einzelne Zischlaute ertönten, so waren sie wohl nur, wie das früher schon öfter in ähnlichen Fällen vorkam, gegen das Zuwiderhandeln gegen die erwähnte Sitte gerichtet. Nach dem zweiten und dritten Akt wurden alle Mitwirkenden stürmisch gerufen, und mit denselben dann auch Hr. Richard Wagner, der erst auf der Bühne erschien, nachdem das Rufen und der Applaus immer stärker wurden. An dem reichlichen Beifall betheiligte sich insbesondere Se. Majestät der König.

Pesth, 9. Juni. Der Kaiser hat die Aufhebung der Wirksamkeit der Militärgerichte angeordnet. Bei der Abreise des Kaisers, welche heute Abend erfolgt, wird dem Publikum Zutritt zum Bahnhofe gestattet werden. Die Regierung wird den Parteien gegenüber an der Landesintegrität, der Parität mit den deutschen Provinzen und der Rechtskontinuität festhalten. Ein kaiserliches Handschreiben an den Statthalter Grafen Palffy spricht den Dank des Monarchen für die ihm gewordene Aufnahme aus und verheißt baldige Wiederkehr Behufs Realisirung der in der Königs-

---

Hefe ausgetrunken. Man muß unwillkürlich an den gleichfalls fetten und kurzathmigen Hamlet denken, wenn man die Schilderung der leiblichen Pein und der tiefen Gemüthsleiden liest, die unserem Engländer aus einer krankhaften Anschwellung des Körpers erwuchsen. Es ist das eine wahrhafte Tragik der Fettsucht. Leider hat William Banting die berechtigte Neugierde der Menschheit nicht gänzlich befriedigt, da er uns über seine Herkunft, Jugend und über Alles, was hinter der Periode seiner Fettleibigkeit liegt, im Dunkel läßt. Er nennt uns nicht den Vater, der ihn gezeugt, nicht die Mutter, die ihn gestillt, noch den Schulmeister, der seine ersten Schritte auf geistigem Boden geleitet — lauter Dinge, die man von einem hervorragenden Manne doch so gerne wissen möchte. Er gewährt uns nur die kurze Notiz von einer 50jährigen Geschäftslaufbahn, und datirt sein Evangelium von der richtigen, leiblichen Proportion aus Kensington. Aus diesen beiden Angaben mag man indeß mit ziemlicher Sicherheit schließen, daß Banting einer jener zahlreichen Ladenhalter in der City gewesen, die nach einer angestrengten Geschäftsthätigkeit ihr Erübrigtes nach dem Westende Londons zu tragen pflegen, um hier von den Renten desselben in aller Behaglichkeit zu leben. So nämlich versteht man in England den Sinn der Arbeit. William Banting jedoch konnte seiner Unabhängigkeit nicht froh werden, denn sie brachte die Fettsucht mit sich, jenen „schrecklichen, peinigenden Wurm," wie sich der Arme ergreifend genug ausdrückt, „der an Gesundheit und Wohlbehagen nagt." Dreißig Jahre bereits hatte er mit allen Mitteln der List und Gewalt gegen das Ungethüm gekämpft, aber dieses unablässige Streben nach dem menschlichen Durchschnittsgewichte war von keinerlei günstigem Erfolge gekrönt. Wie viele Aerzte hatte er nicht um Rath gefragt, was Alles hatte er nicht versucht! Er arbeitete auf der Themse wie ein Ruderknecht, er geht wie wahnsinnig zu Fuß, er reitet, schlägt Purzelbäume, stellt sich auf den Kopf — und er bleibt fett wie zuvor; er läßt sich im Bade abreiben, peitschen, kneten, er verschlingt Kübel voll Arzneien, er säuft aufgelöste Potasche eimerweise, er arbeitet wie ein Taglöhner und begnügt sich mit der Kost desselben — aber das Fett trieft nicht ab, der Körper wird nicht schlanker. Wenn ein alter Autor meint, das erschütterndste Schauspiel von der Welt sei dies, wenn ein tugendhafter Mann gegen ein widriges Geschick unglücklich kämpfe, so muß man an tragischer Gewalt gleich den Fall unseres Banting danebenstellen, wo ein Mann, der kaum seine fünf Fuß fünf Zoll mißt, gegen eine Ueberfracht von 50 Pfund Fett heldenhaft aber vergeblich angekämpft. Leute, die sich einer mageren Leiblichkeit erfreuen, sind nicht im Stande, die moralischen Demüthigungen nachzuempfinden, denen sich Banting, der ein zugleich lebenslustiges und zart besaitetes Gemüth besitzt, in Folge seiner Fettleibigkeit ausgesetzt sah. Da kann man wohl von einer stillen Schwehrmuth reden. Bei Banting, welcher keine heftige Natur zu sein scheint, fraß der Weltschmerz nach innen, und er gab sich zuletzt einem trübsinnig beschaulichen Anachoretenleben hin. Er zog sich mit seiner übertriebenen „Sichtbarkeit des Willens" von der zischelnden und stichelnden Welt wehmüthig zurück, und obgleich er sich in seinem reinen Gewissen um die Bosheit der Leute wenig kümmerte, so fühlte er doch lebhaft, daß Niemand, der an großer Korpulenz leidet, ganz unempfindlich sein kann gegen die Bemerkungen roher und unverständiger Menschen bei öffentlichen Versammlungen, in Eisenbahnwagen, Postkutschen,

burg gesprochenen Worte. Die Stadt bereitet dem Kaiser einen festlichen Abschied. Man hofft auf einen Systemwechsel und das Zustandekommen einer befriedigenden Ausgleichung.

Berlin, 10. Juni. Von dem Abg. Frhrn. v. d. Heydt, unterstützt durch die Mitglieder der konservativen Fraktion, ist der nachstehende Antrag auf Abänderung der Geschäftsordnung in Bezug auf die Polizei während der Sitzung eingebracht worden: „Das Haus der Abgeordneten wolle folgenden Zusatz zu §. 60 der Geschäftsordnung beschließen: Erachtet der Präsident die Ordnung nicht für verletzt, so entscheidet auf den Antrag von fünfzehn Mitgliedern das Haus in der nächstfolgenden Sitzung ohne Diskussion, ob der Ordnungsruf durch den Präsidenten nachträglich auszusprechen ist." Der Antrag hat seinen Schwerpunkt in den Motiven, welche das Verfahren des Präsidenten in der letzten Session einer scharfen Kritik unterziehen, d. h. dieselben einfach der Parteilichkeit zeihen. Es heißt in denselben u. A.: Das Präsidium hat die parlamentarische Ordnung nicht mit derjenigen Schärfe gehandhabt, welche der Würde des Hauses entspricht. Wenn aber diesen Fällen gegenüber, welche sämmtlich Redner der linken Seite betreffen, ein Mitglied der rechten Seite, welches von einer „berüchtigten" Rede eines seiner Gegner sprach, in der allerentschiedensten Weise ratifizirt wurde, so gewinnt es den Anschein, als ob die politischen Gegner des Präsidenten in ihren Reden einer schärferen Kontrole unterworfen wären als die Freunde desselben. — Der Schein der Befangenheit wird auf das Erheblichste gesteigert durch die Entscheidung in dem ersten zitirten Falle. Der Präsident erklärte sich außer Stande, den Ordnungsruf wegen des Wortes Eidbruch ergehen zu lassen, weil er gleichfalls die Aufrechthaltung der Reorganisation mit dem Eide auf die Verfassung nicht in Uebereinstimmung setzen könne. Er verweigerte den Ordnungsruf, weil er dem Redner in der Sache zustimme. Dient dem Präsidenten aber nicht mehr objektiv der gesellschaftliche und parlamentarische Anstand, sondern sein subjektives Gefallen oder Mißfallen an den Worten der Redner zum Maßstabe, dann ist parlamentarische Ordnung überhaupt nicht mehr vorhanden. Es ist nothwendig, die unumschränkte, der Kritik entzogene Gewalt des Präsidenten durch Einführung eines Rekurses von seiner Entscheidung an die des Hauses zu beschränken.

Berlin, 10. Juni. Im Abgeordnetenhaus erhob sich zuvörderst eine Debatte über die geschäftsordnungsmäßige Behandlung des Antrages von v. d. Heydt und Genossen. Der Antragsteller v. d. Heydt schlägt Schlußberathung vor, Abg. Virchow Ueberweisung an den Geschäftsordnungs-Ausschuß, Abg. Aßmann Ueberweisung an den durch sieben Mitglieder zu verstärkenden Geschäftsordnungs-Ausschuß. Letzteres wird einstimmig beschlossen. (K.Z.)

Aus **Berlin,** 10. Juni, schreibt man der „N. Fr. Ztg.": Heute ist die erste Adresse in der Virchow'schen Angelegenheit, von einem Berliner Bezirksverein angenommen, bei dem Abgeordnetenhause eingegangen. Bei der Berathung derselben zeigte sich deutlich die tiefe Erregung, welche der Versuch, die Abgeordneten ihrer freimüthigen Rede wegen unter die Pistole zu stellen, hervorgerufen hat; man trägt sich mit allerlei Plänen, wie ähnliche Vorkommnisse künftig verhindert werden können. Eine andere Adresse, welche gedruckt von Hand zu Hand geht und von den Einzelnen unterzeichnet wird, hatte gestern schon massenhafte Unterschriften erhalten. Männer aller Klassen, und selbst sehr verschiedener politischer Richtungen betheiligen sich an ihr und vielleicht haben die Vorurtheile der Aristokratie nie einen so kräftigen Schlag empfangen als jetzt. Die heutige Erklärung Virchow's im Abgeordnetenhause: die „Kreuzzeitung" halte zwar die Angelegenheit als erledigt, seinerseits betrachte er sie aber noch nicht als beendigt, hat nur Bezug auf Virchow's Erbieten, eine Erklärung abzugeben, falls vorher Hr. v. Bismarck erkläre, daß er die Marine-Kommission nicht habe beleidigen wollen. Auf das Erbieten hat Virchow eine Antwort noch nicht erhalten und der Termin, bis zu welchem er sie erwarten kann, ist noch nicht abgelaufen. Erfolgt aber auch in den nächsten Tagen keine Antwort, so wird auch Virchow die völlige Erledigung der Sache annehmen. Die Duellfrage ist gänzlich beseitigt.

Man schreibt aus **London,** 8. Juni: Ein großer Theil der eleganten englischen Gesellschaft war am 7. bei Baron Lionel Rothschild zu Gaste, in dessen neuem, mit ungeheurem Luxus ausgestatteten Hause die Vermählung seiner Tochter mit deren Cousin, dem Baron Ferdinand Rothschild, gefeiert wurde; denn die Dynastie Rothschild hat auch das mit andern Potentaten gemein, daß sie, ohne Rücksicht auf die Warnungen der Physiologen, gern in der Verwandtschaft heirathet. Solche Pracht ist in England bei Jud und Christ lange nicht gesehen worden. In der That sollen die Vermögensverhältnisse der Familie recht befriedigend sein, und es zeugt unstreitig von Takt und Selbstbewußtsein, daß sie, obwohl in den ersten Gesellschaftskreisen des Landes lebend, ihre Kinder nach dem alttestamentarischen Ritus trauen läßt. Der Oberrabiner Dr. Adler vollzog die Trauung unter der Chuppe (einem Zelte) in Gegenwart der Familienglieder, des österreichischen und französischen Gesandten, mehrerer unserer Minister, zahlloser Herzoge, Grafen und Lords. Hierauf war Tafel von 126 Gedecken und schließlich großer Ball, zu dem sich fast das gesammte diplomatische Korps, der Herzog von Cambridge, Prinz Eduard von Sachsen-Weimar, der Herzog von Chartres und die Herzogin von Aumale eingefunden hatten. Die verschiedenen Toaste beim Mahle waren von Disraeli, dem Herzog von Somerset, dem Lord Oberrichter und dem (sonst nie sprechenden) Sprecher des Unterhauses ausgebracht worden. Daraus läßt sich der Charakter des Festes und der geladenen Gesellschaft erkennen. Die hiesigen Rothschilde sind aber auch in der That sehr beliebt, namentlich die Frauen, die wahrhaft fürstliche Wohlthätigkeit ohne Ostentation üben.

Paris, 9. Juni. Herr Fould hat eine kleine Schlappe erlitten in dem Ausschuß, welcher mit der Frage beschäftigt war, ob in Zukunft die Oberleitung der Telegraphenlinien mit dem Finanzministerium verbunden werden solle. Trotz aller Befürwortung

---

Omnibus oder auf der Straße, ebensowenig gegen den Aerger, wenn er sich an einem öffentlichen Orte nicht des nöthigen Raumes zu erfreuen hat, den er besucht, um Zerstreuung oder Erfrischung zu finden. Er hält sich daher so viel als möglich fern von Gelegenheiten, wo er voraussichtlich zum Stichblatt armseliger Witzbolde gemacht wird. Banting kümmerte sich zwar um solche Bemerkungen an öffentlichen Orten nicht mehr als die meisten Menschen, doch hat er diesen Uebelstand schwer empfunden und deßhalb Orte gemieden, wo er fürchten mußte, Aufmerksamkeit zu erregen oder sich mit zu wenig Platz begnügen zu müssen. Er ging dadurch mancher Annehmlichkeiten und Genüsse, ja mancher Vortheile für seine Gesundheit verlustig. Obwohl Banting, wie bereits gemeldet, nicht sehr groß ist und seine Dicke selbst zur Zeit der üppigsten Fettblüthe nicht das äußerste Maß erreichte, konnte er sich doch nicht so tief bücken, um seine Schuhriemen aufzulösen, und mancherlei kleine Dienste, welche Menschlichkeit und Galanterie verlangen, konnte er nur mit großer Beschwerde und solcher Anstrengung verrichten, wie sie kaum Jemand anderer als eine korpulente Person zu würdigen weiß. Er war genöthigt, die Treppen langsam und rückwärts gekehrt herabzusteigen, um den schwankenden Druck seines Körpergewichts auf die Knöchel- und Kniegelenke zu vermindern, und mußte bei jeder geringen Anstrengung, namentlich beim Hinaufsteigen von Treppen, keuchen und schwitzen, wiewohl er keine Mühe sparte, diesen Uebelständen durch „schlechtes Leben" entgegenzuwirken. Mäßigkeit und leichte Nahrung war ihm nämlich von allen Aerzten vorgeschrieben worden, und er lebte diesen allgemein gehaltenen Vorschriften nach den weitläufigen Ansichten von diesen Dingen gewissenhaft nach. Aber trotzdem fühlte er seinen Körper immer schwächer werden, ohne daß die Korpulenz abnahm, und zuletzt stellten sich bedenkliche Krankheitserscheinungen ein. Einem an Leib und Seele also bedrängten Manne, in dessen Selbstschilderung mancher gute Deutsche sein wohlgetroffenes eigenes Bildniß erblicken wird, gebe man nun plötzlich ein Mittel an die Hand, welches seine Zustände lindert und gänzlich zu heben verspricht — muß sich ein solcher nicht körperlich und geistig wie neugeboren vorkommen? Und dieses Mittels wurde William Banting, nach dreißigjährigem schmerzlichen Suchen, in der That habhaft. Da ist es auch kein Wunder, daß Banting's Schrift über die Hebung der Fettleibigkeit stellenweise einem begeisterten Hymnus gleicht, und daß er „für die erlangte Gnade voll Dank ist gegen die allmächtige Vorsehung." Neue Lebenslust ist über den erlösten Banting gekommen, und die Beobachtung seines Körpers, die ihm so viele trübe Jahre bereitet hatte, ist ihm nun eine Quelle des reinsten Vergnügens geworden. Wie ein schwärmerischer Jüngling die Fortschritte seiner Liebe notirt — „heute habe ich sie zum Erstenmal geküßt", „gestern hat mir Emma aus freien Stücken einen Kuß gegeben" — so führt Banting mit großer Zärtlichkeit Buch über die stetig fortschreitende Gewichtsabnahme seines Leibes. Nach den ersten zwölf Tagen hat er blos zwei Pfund Abnahme einzutragen und hier mögen noch bange Zweifel die Feder geführt haben; aber das nimmt regelmäßig ab, und nach kaum vierzehn Monaten hat der schwer Geprüfte den prächtigen Gewichtsabgang von 46 Pfund zu verzeichnen. Gewiß hat nie ein Kaufmann den größten Gewinn mit innigerer Freude gebucht, als William Banting diesen enormen Verlust an baarem Fett. Wenn man nun an der Banting'schen

Foulds hat der Ausschuß den Plan verworfen. — Der Verwaltung der Eisenbahnlinie des mittelländischen Meeres ist die amtliche Mittheilung gemacht worden, daß vom Oktober an die indische Post nicht mehr durch Frankreich, sondern durch Italien gehen werde. — J. Favre hat gestern ausführlich über die mexikanische Frage, besonders über die neue mexikanische Anleihe gesprochen. Er glaubt, daß die ungünstigen Bedingungen der letzteren dem Kaiser Maximilian es unmöglich machen, seine Verpflichtungen gegen Frankreich zu erfüllen. Die finanziellen Nachtheile seien aber nicht einmal das Schlimmste für Frankreich: die größten Gefahren drohen vielmehr von den politischen Verwicklungen, in die das Land leicht durch diese Angelegenheit hineingezogen werden könnte. Der Vertreter der Regierung, Chaix-d'Est-Ange, hat keinen leichten Stand mit dem Nachweis, daß die neue Anleihe Mexiko's unter keinen schwierigeren Bedingungen übernommen worden sei, als die Anleihen mancher schon lange bestehenden Regierungen. Das heitere Bild, das er von den mexikanischen Zuständen, von der Besserung in der finanziellen Lage dieses Landes entrollte, vermochte die ziemlich trübe Stimmung der Kammer nicht aufzuheitern. — Aufgefallen ist die Abwesenheit von Thiers bei dieser Sitzung. Man wollte wissen, er sei durch einen Besuch des päpstlichen Nuntius in Anspruch genommen, der ihm ein päpstliches Geschenk, Gravirungen der schönsten Meisterstücke religiöser Malerei, zum Dank für seine Rede zu Gunsten der zeitlichen Gewalt des Papstes, überbringe. — Der Bankerott eines großen deutschen Spekulanten, Werner, macht ungeheures Aufsehen. Man glaubt, der Fall eines anderen, gleichfalls deutschen Spekulanten werde nachfolgen. Fould hat sich nach dem genauen Stand der Passiva erkundigen lassen.

Das „Siècle" stellt Betrachtungen über den gewaltigen Verkehr an, den der neue Handelsvertrag zwischen Frankreich und dem Zollvereine hervorrufen wird. „Dieser Vertrag", sagt Léon Plée, „ist für uns eben so wichtig, als der Handelsvertrag mit England. Der Arbeitslohn steht in Deutschland sehr niedrig, und wir werden in kurzer Zeit gegen den ausnehmend billigen Preis der deutschen Artikel zu kämpfen haben. Auf der anderen Seite wird unseren Luxusartikeln ein bedeutender Absatz eröffnet. Man sieht in den Journalen nur Anfragen um Vertretung unserer Handelshäuser auf den deutschen Plätzen. Einen Augenblick lang fürchtete man, es würden einige dieser Plätze Widerstand leisten. Dem ist aber nicht so. Selbst Bremen, die Stadt der alten Bräuche und Innungen, ist dem Vertrage beigetreten, und darin liegt etwas Ungeheures. Denn in vielen deutschen Städten bestehen noch die Zünfte und schließen sich sorgfältig nach Außen ab. Der Handelsvertrag, der nun den Deutschen gestattet, sich unter den gewöhnlichen Bedingungen in Frankreich niederzulassen, gibt umgekehrt auch den Franzosen dasselbe Recht für Deutschland, und damit sind die Zünfte gesprengt. Deutschland, das uns schon so viele bürgerliche Reformen verdankt, wird uns auch diese verdanken."

Warschau, 5. Juni. Vor vier Tagen sind 40 politische Verurtheilte nach Sibirien abgeschickt worden; einige darunter in Eisen geschmiedet. Es befand sich dabei der Advokat Kobylanski, der von hier nach Paris geflüchtet war und dann die Unvorsichtigkeit beging, von Paris aus einen Ausflug nach Wien zu machen, wo er von der österreichischen Polizei verhaftet und hieher ausgeliefert wurde. Das Kriegsgericht hat den Mann, als Mitglied der Nationalregierung, zum Tode verurtheilt, welches Urtheil in 15jährige schwere Festungsarbeit umgewandelt wurde. Kobylanski ist in die Sträflingsjacke gekleidet, mit geschorenem Kopfe, und wie ein gemeiner Verbrecher zum Bahnhofe gebracht und weiter transportirt worden.

New-York, 27. Mai. Präsident Johnson scheint entschlossen, keinerlei Geschenke anzunehmen. Einigen Bürgern, die ihm eine schöne Equipage verehrt hatten, schickte er dieselbe mit einem verbindlichen Dankschreiben zurück, in dem er sagte: „Obwohl ich die Reinheit Ihrer Absicht, die diesem gehaltvollen Beweise Ihrer Achtung und Werthschätzung zu Grunde liegt, vollkommen zu würdigen weiß, sehe ich mich doch gezwungen, Geschenke gütiger und loyaler Freunde abzulehnen, lediglich, weil ich von jeher die Ueberzeugung hatte, daß Personen, die eine hohe amtliche Stellung bekleiden, keinerlei Geschenke annehmen sollten." Er erbat sich blos die Zuschrift, welche das Geschenk begleitet hatte, als Andenken behalten zu dürfen.

Schuldverschreibungen von Standesherren und Privaten.

Frankfurter Börse.

			G.	P.
4	pCt.	Herz. Lucca, alte b. Rothsch.	—	74
4	"	do. neue b. "	—	90
3½	"	Landgräfl. H.-Homb. b. "	—	94
3½	"	Fürstl. Löwenst.-Werth. (bad.)	—	94
3½	"	do. (bayer.)	—	—
3½	"	" Fürstenberg b. Rothsch.	92	—
3½	"	" " "	—	—
3½	"	" Leiningen P. N. Schm.	95½	—
3	"	" " "	84	—
4	"	" Oettingen-Wallerstein	—	99
4	"	" Esterhazy P. Galantha	61½	62½
3½	"	" Isenburg-Birstein b. R.	—	98½
4	"	" Schwarzenberg	71	72
4	"	" Palffy b. Arnst. u. Eskel.	—	79½
4	"	Gräfl. Erbach-Fürstenau b. S.	—	99
4	"	" Palffy, Ferd. Leop., b. S.	61	—

			G.	P.
4	pCt.	Gräflich St. Genois b. Schm.	—	70
4	"	" Szapary b. Rothsch.	—	50
4	"	" Schönborn b. Schm.	—	65
4	"	" Sandor b. Rothsch.	60	—
4	"	" Strachwitz b. Schm.	—	50
4	"	" Hugo Ritz	—	85
4	"	" Viczay b. Rothsch.	60	—
4	"	" Nizky b. Rothsch.	—	—
4	"	" Hunyady b. Rothsch.	—	—
4½	"	" Batthyany Joh. Bapt.	72	—
4½	"	" Batthyany Gustav	—	71
4½	"	" Orczy b. Schmidt	71	—
4½	"	" Sztaray "	—	74
4½	"	" Karoly bei Biedermann	—	70
4½	"	" Pejacsevich b. Schuller & Co.	68	—

Anlehens-Loose.

Fürstl. Esterhazy 40 fl. Loose	—.——.——
" Windischgrätz 20 fl. Loose	17.——17.50
" Salm-Reifferscheid 40 fl. L.	30.50—31.—
" Palffy 40 fl. Loose	26.50—27.—
" Clary 40 fl. Loose	26.50—27.—
Gräflich Keglevich 10 fl. Loose	12.50—13.—
" Waldstein-Wartenb. 20 fl. L.	19.——19.50
" St. Genois 40 fl. Loose	26.50—27.—
Stadt Triester 100 fl. Loose	107.——103.—
Donau-Dampfschiff. 100 fl. L.	84.——85.—
Dessauer 100 Thlr.-Loose	——.——

„Gnade der allmächtigen Vorsehung," als einer nicht weiter zu begreifenden Endursache, ins Gebiet der minder erbaulichen, aber zugänglicheren Mittelursachen herabsteigt und sich die Frage stellt: Womit ist dem ehemaligen Fettleiber Banting geholfen worden? so muß man zunächst antworten: durch eine nahrhaftere Kost, als welche er früher genoß. Das ist so wahr als es paradox klingt. Er gab vor allen Dingen die Mehlspeisen, die Kartoffeln und das Bier auf, und hielt sich dafür an Fleisch und Wein. Das ist, in groben Zügen gezeichnet, die veränderte Diät Banting's. In wissenschaftlichen Kreisen weiß man, daß diese ganze Ernährungsweise nichts Anderes ist, als eine praktische Folgerung aus jenem von Liebig aufgestellten Unterschiede zwischen Respirations-Mitteln und plastischen Nahrungsstoffen. Jene sind die eigentlichen Fettbildner und daher von Allen, die Anlage zur Korpulenz haben, wie Gift zu meiden. Auf die feineren Nuancen dieser Lehre können wir uns hier nicht einlassen, wir verweisen vielmehr den wißbegierigen Leser auf das schlicht und anziehend geschriebene Büchlein von Banting, welchem Dr. Vogel eine wissenschaftliche Begründung nach Liebig'schen Grundsätzen beigegeben hat. Vogel schlägt auch noch andere Mittel, Magerkeit zu erzielen, vor, die unbedenklich wären, falls sie sich immer erschwingen ließen. So fordert er beispielsweise, „man solle eine erhöhte Thätigkeit des Geistes eintreten lassen," eine Zumuthung, die viel Anzügliches hat. Nicht Jeder hat eine „Göttliche Komödie" zu dichten, die den Dante, wie er selbst gesteht, mager gemacht hat.

Wir möchten von William Banting nicht Abschied nehmen, ohne seinem Ernährungssystem eine weltgeschichtliche Perspektive zu eröffnen. Homer's Behauptung, daß Mehl das Mark der Männer sei, hat auf ewig ihre Autorität verloren. Politisch stark und frei sind nur die Völker, welche sich vorzugsweise von Fleisch nähren, während die Mehlspeisnationen politisch stets unmündig bleiben werden. Vielfach hat man in Oesterreich die böhmischen Beamten als die Hemmschuhe eines freiheitlichen Fortschrittes bezeichnet. Man hat sich in der Kategorie vergriffen. Nicht die böhmischen Beamten, nein, die böhmischen Köchinnen sind es, welche der Reaktion in die Hände arbeiten, indem sie uns in einschmeichelnder Zubereitung das süße Gift der Mehlspeisen einflößen. Fleischessen wird hinfür eine politische That sein, überhaupt eine, wenn nicht geistige, so doch auf den Geist abzielende Verrichtung. Alle politische, wissenschaftliche und künstlerische Reform muß bei uns von einer Umgestaltung der Speisekarte ausgehen. Manches ist schon in diesem Sinne geschehen und mehr wird allem Anschein nach gethan werden. Schon Viele, die auf dieses Vergnügen auf ewig resignirt hatten, leben wieder im Anblick ihrer Knie, denn sie haben das untrügliche Mittel in der Hand, aus einem fetten Falstaff innerhalb kurzer Frist einen schlanken Heinz zu machen.

Hiezu die Beilage: „Würzburger Anzeiger".

Verantwortlicher Redakteur: A. Hartmann.
Druck und Verlag der Stahel'schen Buch- und Kunsthandlung in Würzburg

Neue Würzburger Zeitung.

An die k. Hof- und Staatsbibliothek München.
1 N. Würzb. Ztg.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht!

№ 162. | Vorausbezahlung: Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 1 fl. 30 kr. Bei Inseraten wird die dreispaltige Zeile in gewöhnlicher kleiner | 62. Jahrgang. | Schrift oder deren Raum im Hauptblatte mit 6 kr., im Anzeiger mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franco. | Dinstag, 13. Juni 1865.

München. Der in der Sitzung der Kammer der Abgeordneten vom 5. April eingebrachte Gesetzentwurf über Verlängerung der Wirksamkeit des provisorischen Festungsreglements und Baurayon-Regulativs für die Bundesfestungen Ulm und Rastatt, dessen Berathung auf die Tagesordnung der Sitzung der Kammer der Abgg. vom 12. ds. gestellt ist, hat den I. Ausschuß in 4 Sitzungen beschäftigt. Den Sitzungsprotokollen und dem in Namen des Ausschusses unterm 29. Mai an die Kammer erstatteten Vortrage des Abg. Streit entnehmen wir über Verlauf und Ergebniß der dabei stattgefundenen Verhandlungen, was folgt: Darüber, daß das fragliche Baureglement und Festungsregulativ eine Reihe von Anordnungen enthält, wodurch Bestimmungen der bayerischen Verfassungs-Urkunde alterirt, von dieser gewährleistete Rechte der Staatsangehörigen beseitigt, oder doch mindestens erheblich beschränkt und beeinträchtigt, bestimmte Landesgesetze und durch solche geregelte Rechtsverhältnisse abgeändert werden, war der Ausschuß eben so einig, wie im Jahre 1861 die Kammer der Abgeordneten es gewesen war, die deßhalb, nachdem einestheils eine Regelung der hier in Betracht kommenden Verhältnisse in der Bundesfestung Ulm nothwendig erschien, anderentheils aber zu einer gründlichen Berathung der, wenige Tage vor dem Schlusse einer 10monatlichen Sitzung eingebrachten Vorlage die Zeit mangelte, der Einführung des Festungsreglements und Baurayon-Regulativs zwar beistimmte, die Wirksamkeit derselben aber auf die Zeit bis zum letzten Dezember 1864 beschränkte. Bei Eingehen in die Berathung drängte sich dem Ausschuß zuerst der Umstand auf, daß bis zur Stunde in Würtemberg, dessen Staatsgebiete der größere Theil der Bundesfestung Ulm angehört, das fragliche Reglement und Regulativ noch nicht zur gesetzlichen Geltung gelangt sind. Von diesem Punkte wendete sich, nachdem der Minister des Aeußern erklärt hatte, „über die Motive, aus welchen die würtembergische Regierung mit Publikation des Reglements oder Vorlage eines Gesetzentwurfes an den Landtag bis jetzt nicht vorgegangen sei, keinen Aufschluß geben zu können," der Ausschuß zu der maßgebenden Frage, in Bezug auf welche, in Freiheit und Eigenthum der Staatsangehörigen eingreifende, Abweichungen von den allgemeinen Landesgesetzen statuirende Bestimmungen des Reglements und des Regulativs die Rücksicht auf die Erreichung der Bundesfestungszwecke so überwiegend sei, daß die Genehmigung derselben nothwendig erscheine, und in Bezug auf welche Bestimmungen dieser Fall nicht eintrete. Als Bestimmungen letzterer Art erkannte der Ausschuß die in den §§ 47; 53, Absatz 1, 4 und 5; im Schlußsatz des Absatzes 2 von § 54; in den §§ 55; 57, Absatz 1, 2 und 4; 58 und 71, Absatz 3 des Reglements enthaltenen, über welche der Ausschußbericht sich im Wesentlichen folgendermaßen ausspricht: „Der § 47 soll das Verhältniß der Bürgerbewaffnung, Gendarmerie und Feuerwehr regeln und bestimmt, daß in den Bundesfestungen keine Nationalgarden, Bürgerwehren oder dergleichen bestehen, Schützengilden nur mit besonderer Gouvernements-Bewilligung sich bilden, vom Gouvernement jeder Zeit wieder aufgelöst. Feuerwehren endlich nur mit besonderer, stets widerruflicher Genehmigung des Festungs-Gouvernements sollen bestehen können. Es läßt sich, mit Grund wenigstens, nicht bestreiten, daß für die Erreichung des Zweckes, für welchen die deutschen Bundesfestungen errichtet worden sind, und welchen Oesterreich in dem Protokolle der Bundesversammlung vom 19. Januar 1818 § 9. VIII. dahin definirte, „daß die deutschen Bundesfestungen feste Plätze seien, welche zur gemeinschaftlichen Vertheidigung Deutschlands bestimmt seien," das Bestehen von Nationalgarden, Bürgerwehren, Schützengilden und Feuerwehren nicht nur kein Hinderniß, sondern daß es vielmehr ein sehr wirksames Mittel zur Erhöhung und Kräftigung der Vertheidigungsfähigkeit sei; zumal es nach den bestehenden Gesetzen auch nicht dem mindesten Bedenken unterliegen kann, daß im Augenblicke der Noth dem Befehlshaber der Festung die volle und unbedingte Verfügung über die in einer Festung des Bundes bestehende Landwehr zusteht und ihm in einem solchen Momente die Unterstützung einer zahlreichen und wohlgeübten Feuerwehr von der größten Wichtigkeit sein müsse und sicherlich auch nicht fehlen wird. (Schluß folgt.)

Der „A. Abdz." schreibt man aus **München** vom 11. d.: „Gestern wurde im Finanzausschusse der Abgeordnetenkammer die Berathung wegen des außerordentlichen Militärkredites bis auf die detaillirte Feststellung einiger Ziffern, welche einer weitern Sitzung am kommenden Montage vorbehalten bleibt, vollendet. Der Ausschuß hat sich hiebei vollkommen auf den Standpunkt des koinzidirenden Kammerbeschlusses vom Jahre 1861 gestellt, und alle jene Positionen, welche diesem Standpunkte nicht zu entsprechen schienen, zum Abstriche begutachtet. Auf die Auseinandersetzung des Kriegsministeriums hin, daß es bei dem, in Folge dieser Abstriche noch geringer als bisher werdenden Präsenzstande kaum möglich sein werde, die für die Strafanstalten nöthigen Detachements in der

Feuilleton.

Die Lazzaroni in Neapel.

Machen Sie sich auf ein lärmendes Schauspiel gefaßt, das Ihnen aus dem wildbewegten, neapolitanischen Leben heraus entrollt werden soll, denn wir sind auf dem Mercato. Wüßte ich nicht Ihre Ohren schon längst durch den häufigen Genuß neuitalienischer Opern gehörig präparirt, ich müßte mich scheuen, die freundlichen Leser auf den Mercato von Neapel zu führen. Ich habe die Original-Chöre der Damen der Halle in Paris gehört, mein Trommelfell ist heute noch halbwund von der so wohllautenden merkantilischen Umgangssprache der armen Ghettobewohner von Rom, die so viel Lärm um — eine alte Hose zu machen verstehen; was ist aber das Alles gegen das Spektakelstück des Mercato! Warum kann man die Ohren nicht zu Hause lassen, und blos mit den Augen auf dem Largo de Mercato, dem größten der neapolitanischen Marktplätze, erscheinen? Hier wird der eine Sinn erfreut durch Saft und Glanz der Farben; während er da schwelgt in den interessantesten Gruppirungen und Zusammenstellungen, wird der andere Sinn beleidigt. Welch ein Schreien, Lärmen, Toben! Wie das untereinander, durcheinander, Mißtöne um Mißtöne ans Ohr schwemmend, wogt und braust! Ein Höllenbreughel von Sprache scheint hier losgelassen — aus dem Munde von Männern, Weibern und Kindern. Repräsentirt doch der Neapolitanerdialekt an und für sich den Dämon der italienischen Sprache, und nun erst in dem Munde dieser wilden Gesellen, deren Mimik und Gestikulation ihn wahrlich nicht zu mildern geeignet sind. Aber was schreit denn nicht an diesen Gestalten des Mercato? Die phrygische Mütze des Lazzarone, mit jenem republikanisch verwegenen Zipfel, schreit sie etwa nicht? Das brennendgelbe, zerrissene Busentuch der Weiber des Mercato, schreit es nicht? Ihre Kleidung schreit, ihre Geberde schreit, und sie sollten nicht schreien? In diesen Menschen macht sich nebst der italienischen Sonne auch schon etwas afrikanische Sonne geltend. Seht sie nur an, diese scharfgeschnittenen, der italienischen Schönheitslinien entbehrenden Köpfe, in deren Augenhöhlen Blicke lauern, die wilden Thieren zu eigen sein könnten. Es sind nur ein paar Tröpfchen Sarazenenblut, die in den Adern dieser Neapolitaner mit anderem Blute sich vermischt, aber sie sind genug, um dieses Blut wild rollen zu machen. Ein fremdartiger, tropischer Zug ist in dieser neapolitanischen Volksphysiognomie, der um so mehr auffällt, wenn man direkt von dem Florentiner- und Römervölklein kommt, und bei ersterem den Adel und die Grazie der Race, bei letzterem die klassische Vornehmheit des ganzen Wesens bewundert hat. O, interessant ist aber auch diese afrikanisch angehauchte neapolitanische Volksphysiognomie, wenn sie auch mit der Schönheitslinie nicht viel zu thun hat. Leidenschaft, Fanatismus mögen in diesen Gemüthern ihren Sitz haben, kochen mag

Stärke von 500 Mann abzugeben, wurden zur Präsenzhaltung dieses Mehrbedarfes die Kosten für die zwei noch übrigen Jahre der gegenwärtigen Finanzperiode mit beiläufig 100,000 fl. begutachtet. Namentlich aber wurde in Form eines Nachtragspostulates von Seite des Kriegsministeriums, abweichend von dem ursprünglichen Voranschlage im außerordentlichen Kredite, begutachtet, die Gehaltserhöhungen für die Oberlieutenants und Hauptleute 2. Klasse nicht auf sechzig, sondern auf hundert Gulden festzusetzen, so daß der Betrag des außerordentlichen Militärkredits nach den Ausschußbeschlüssen um beiläufig 550,000 fl. abgemindert wird."

Berlin. Die „Nordd. Allg. Ztg." vom 10. meldet: „Im Verfolg der allerhöchsten Ordre vom 2. März d. J. wegen Verlegung der Marine-Station der Ostsee von Danzig nach Kiel ist von Sr. Majestät neuerdings verfügt worden, daß die 2. See-Artillerie-Kompagnie nach Beendigung der diesjährigen Schießübungen von Stralsund nach Friedrichsort verlegt werden soll. Ferner sollen die Korvetten „Viktoria" und „Augusta" nicht in Danzig, sondern in der Kieler Bucht außer Dienst gestellt und das Kasernenschiff „Barbarossa" so bald als thunlich im Hafen von Kiel stationirt werden." Gleichzeitig wird telegraphisch aus Kiel in preußischen Blättern berichtet: „Die Korvette „Vineta" wird morgen (9.) nach Danzig abgehen, um von dort das Kasernenschiff „Barbarossa" nebst 100 Seesoldaten, sowie das Bureau des Stationskommando's nach Kiel überzuführen."

Anläßlich des bekannten Vergleiches, welchen Hr. v. Bismark zwischen der Marinekommission des Abgeordnetenhauses und dem Auktionator der deutschen Flotte, Hrn. Hannibal Fischer, gezogen hat, wird in norddeutschen Blättern daran erinnert, daß Hr. v. Bodelschwingh, der damals, wie jetzt wieder, preußischer Finanzminister war, einen von Hrn. Fischer vorgelegten Plan zur Erhaltung der deutschen Flotte und Verwerthung derselben in preußischem Interesse schriftlich zurückgewiesen und dabei u. A. erklärt hat: „Er sei Hrn. Fischer höchlich verbunden für das interessante Nessushemd, mit dem derselbe den preußischen Staat zu beschenken gedächte. Er werde sich aber berufen finden, ein solches die Finanzen wie mit einem unersättlichen Vampyr bedrohendes Geschenk sich mit allen Kräften vom Leibe zu halten. Preußens politische Macht finde er in der Aufrechterhaltung eines tüchtigen Finanzstandes weit sicherer begründet, als in der Ausdehnung seiner militärischen Kräfte und deren Zersplitterung auf eine der Situation des Staates in keinem Bezug entsprechende Kriegsmarine."

Der offiziöse Berliner Korrespondent der „A. Z." schreibt vom 10. d.: „Die Auswechslung der Ratifikationen des zwischen dem Zollverein und Oesterreich abgeschlossenen Handelsvertrags ist zwischen Preußen, Sachsen und Bayern, als den Vertretern des Zollvereins, und Oesterreich erfolgt. Preußischerseits ist die österr. Depesche vom 1. d. M. noch nicht beantwortet worden. Die nächste Aufgabe ist, die Anweisung an die oberste Civilbehörde der Herzogthümer zu erlassen: die Vorbereitungen zu den Ergänzungswahlen in Schleswig zu treffen, da nicht nur eine Anzahl Deputirter, sondern auch deren Stellvertreter ihre Mandate niedergelegt haben. Die Angabe, daß in der österr. Depesche vom 1. Juni eine Verwahrung eingelegt worden ist, daß die berufenen Stände von 1854 sich auch mit andern Gegenständen als mit der Prüfung des Wahlgesetzes von 1848 beschäftigen könnten, ist, wie wir hören, nicht begründet. Graf Mensdorff hat diesen Punkt gar nicht berührt."

Kassel, 6. Juni. Die lang in Aussicht gestandene Verlobung des Prinzen Wilhelm von Hanau (dritten Sohns des Kurfürsten) mit Prinzessin Elisabeth von Schaumburg-Lippe ist endlich mit Einwilligung der beiden Höfe erfolgt. Der Kurfürst hat den Prinzen Wilhelm von Hanau mit Uebergehung der beiden ältern Prinzen zum künftigen Majoratsherrn designirt. (A. Z.)

Darmstadt, 10. Juni. Im Gasthof „zur Traube" fand gestern aus Veranlassung des Geburtstages des Großherzogs ein Festmahl statt, bei welchem Hr. v. Dalwigk einen Toast ausbrachte, aus dem wir folgende Stellen mittheilen: „Nicht zum ersten Male spreche ich an diesem Platze von der Stellung der Regierung Sr. k. Hoh. des Großherzogs zur deutschen Frage. Lassen Sie mich heute diese Stellung durch ein Beispiel erläutern. Ein wackerer deutscher Volksstamm im Norden, für dessen Recht auch die großherzogliche Regierung seit 17 Jahren eingetreten ist, ist von der Fremdherrschaft befreit und fordert seine Unabhängigkeit. Er verlangt, unter seinem legitimen Herzog einzutreten in die große deutsche Staatenfamilie, nicht zerrissen, sondern als ein Ganzes, nicht als ein Vasallenstaat, sondern als ein gleichberechtigtes Mitglied. Er ist bereit, für das gemeinsame Vaterland gemeinsame Opfer zu bringen, nicht aber für einen einzelnen Bundesstaat. Man hat dieses Streben partikularistisch genannt. Nun, meine Herren, wenn ein so gutes und treues Volk, für welches in Hessen viele tausend Herzen schlagen, wenn Schleswig-Holstein partikularistisch ist, dann darf die hessische Regierung sich den Vorwurf des Partikularismus mit Stolz gefallen lassen. Mißklänge in den inneren Zuständen des Großherzogthums sind mit verfassungsmäßigen Mitteln auf verfassungsmäßigem Wege beseitigt worden. Se. k. Hoheit der Großherzog, hoch über den Parteien stehend, seien dieselben politische oder religiöse, hatte nur das Glück dieses schönen Landes, die gesetzmäßige Freiheit und das Recht aller seiner Unterthanen im Auge. Er wird auf die Mittel dazu, auf die Rechte, welche ihm Geburt und Verfassung verleihen, niemals verzichten, um dieselben in die Hände schwankender Majoritäten übergehen zu lassen." (Fr. J.)

In **Gotha** hat am 7. d. die dritte Bundesversammlung der freireligiösen Gemeinden stattgefunden, zu welcher sich 47 Deputirte aus den verschiedensten Gegenden Deutschlands eingefunden hatten. Die bestehende Bundesversammlungsurkunde wurde, laut einem Berichte der „Kobl. Ztg.", nach längeren Verhandlungen bestätigt. Ueber einen Antrag der Kölner Gemeinde: „den Begriff der Worte Religion und der bewußten Gottheit von Bundeswegen zu fixiren," wurde insofern zur Tagesordnung überge-

---

es in ihnen, wie es im Innern ihres rauchenden Nachbarn am Golf, des Vesuvs, kocht. Es sind echte Kinder des Vesuvius, diese braunen Gestalten mit den feuerspeienden Augen, Kinder jenes unruhigen, mystischen Gesellen, der da am Golf mit seinem Fuße in dem wunderblauen Meere drin steht und sein majestätisches Haupt in dem silberhellen Aether badet. Unruhe ist ihr, Unruhe ist sein Element. Wie der Vesuv heute seinen Rauch graziös in die Lüfte kräuselt und morgen wieder furchtbar mit feurigen Zungen über alles Land umher den Fluch der Verwüstung sprüht, so ist dieses Volk, dessen Beginnen heute friedlich und morgen wieder zerstörungbringend sein kann. Verlangt euch keine Eruption dieser Helden und Heldinnen vom Mercato anzuschauen, die Geschichte der Lazzaroni-Aufstände von 1799, 1806, 1848 schildert diese Eruptionen als eben so furchtbare, wie die des Vesuvs. Heute freilich ist ein heiterer Zug in all' ihrem Lärmen und Schreien, um all' ihren Humor hat sie die piemontesische Regierung noch nicht gebracht. Sie treiben ihre Kurzweil in verschiedener Weise. Auf das Pflaster hingestreckt, belächeln sie den Ernst des Bürgers oder der Bürgersfrau, die auf dem Mercato ihre Einkäufe machen. Kaufen! Unsinn! Was ist dem Lazzarone Geld? Den schönsten Himmel der Welt hat er umsonst, sein Bett macht er sich an dem Gesteine des Posylypp oder an der meerumrauschten Hafenbrüstung, für einige Gran hat er Maccaroni und Orangen in Hülle und Fülle, neapolitanisches Herz, was willst du mehr? In dem Gebote „ora et labora!" hat er das „labora!" (arbeite!) längst gestrichen, und bloß in neuester Zeit einige, einem Bischen „Arbeit" ähnlich sehende Konzessionen gemacht. Probire und rufe einen der ersten etwas adamitisch kostümirten oder vielmehr nicht kostümirten Kerle, die, als ob sie bloß für die Malerwelt existirten, auf dem Mercato herumliegen, zu dir heran; er soll dir deine gefüllten Körbe nach Hause tragen. Ich wette, er beeilt sich nicht, dies zu thun, eine Minute lang wird er sich besinnen, ob er die Stellung oder vielmehr Lage eines Beobachters, die er da einnimmt, aufgeben soll, um dir zu dienen; dann wird er mit einer Miene, die den Grad des Opfers, das er dir bringt, kennzeichnet, deine Körbe nehmen und sie dir nachtragen, weil's schon so sein muß und ein paar Grani dabei herausschauen, für die dann desto länger wieder gefaullenzt werden kann. Auf dem Mercato blüht fast ausschließlich noch das alte Lazzaronithum Neapels. Am Hafen ist der eigentliche Begriff des Lazzarone fast ganz verloren gegangen. Die Gestalten, die Einem dort begegnen, geben den alten Begriff des beglückten Nichtsthuers in seiner Reinheit nicht wieder. Ein thätiges Völklein von Fischern, Schiffern, Fachinis, Austern- und Früchtenhändlern thut sich da umher, es schwelgt auch in den Wonnen des Golfes und lümmelt, mit den Augen der Verzückung in das herrliche Meer hineinschauend, lang hingestreckt auf Damm und Hafentreppen, aber es ist zur Arbeit immer zu haben, sobald man es verlangt. Es ist nicht das richtige Lazzaronithum, das das Wesen der Arbeit nicht begreifen kann und das sich immer fragt: „Soll ich dieses beglückende dolce far niente aufgeben und menschlichen Befehlen nachlaufen, d. h. mir eine schöne Stunde am wunderherrlichen Golf stehlen?

(Schluß folgt.)

gangen, als die Feststellung einer solchen Definition, unter Bezugnahme auf § 3 der Verfassung, dem Grundprinzip der freien Gemeinden, der Denk- und Glaubensfreiheit geradezu für widersprechend erachtet wurde.

London. Das Witzblatt „the Owl", welches sich in den höheren Gesellschaftsklassen rasch eingebürgert hat, bringt in seiner neuesten Nummer eine „Comédie incomplète", betitelt: „La Prusse dans les duchés", mit dem Ausspruche König Wilhelm's I.: „die Welt soll wissen, daß Preußen überall das Recht zu schützen bereit ist", als Motto. 1. Akt. Christian IX. ist der alleinige legitime Souverän der Herzogthümer" (Rede des Hrn. v. Bismark in der Kammer am 12. Dez. 1863). 2. Akt. „Christian IX. hat nie Rechte auf die Herzogthümer besessen" (Erklärung der preußischen Bevollmächtigten auf den Londoner Konferenzen, 12. Mai 1864. Depesche Hrn. v. Bismark's vom 15. Mai). 3. Akt. „Der Erbprinz von Augustenburg ist der Prinz, der die meisten Rechte auf die Succession in den Herzogthümern in sich vereinigt". (Erklärung des preuß. Bevollmächtigten, 28. Mai 1864). 4. Akt. „Der Großherzog von Oldenburg besitzt vielleicht mehr Rechte". (Cirkularnote vom Juli 1864). 5. Akt. „König Christian IX. hat, wenn auch nicht Souveränetätsrechte, wenigstens Besitzrechte besessen" (Noten an Oesterreich vom Novbr. und Dezbr. 1864). 6. Akt. „Preußen selbst besitzt vielleicht Rechte auf die Herzogthümer, begründet durch Titel vom 16. Jahrhundert" (Depesche vom 13. Oktober 1864). 7. Akt. „In der Herzogthümerfrage wird Alles dunkel bleiben, bis die Kronsyndici ihr Gutachten abgegeben haben. Früher wird sich die Regierung nicht aussprechen" (Thronrede des Königs, Januar 1865). 8. Akt. „Preußen hat Souveränetätsrechte auf die Herzogthümer" (Erklärung des preuß. Bevollmächtigten in der Bundestagssitzung vom 6. April 1865). 9. Akt. „Christian IX. war vor dem Wiener Frieden der einzige legitime Souverän der Herzogthümer. Preußen und Oesterreich haben heute seine gesammten Rechte erlangt" (Denkschrift über die Kriegskosten, vorgelegt der Kammer am 13. Mai 1865). (Diese 9aktige Komödie, sagt der „N. K.", steht keineswegs im Widerspruch mit dem Ausspruche des Königs Wilhelm. Sie beweist nur, daß Preußen, welches überall das Recht schützt, niemals weiß, was Rechtens ist, bis es — seine eigene Hand auf den Streitgegenstand legen kann. Suum cuique.)

Paris, 10. Juni. Das Zerwürfniß zwischen dem Kaiser und seinem Vetter ist durch ein zweites Handbillet des Kaisers an den Prinzen befestigt worden; am Mittwoch traf dieses Schreiben ein; es soll in noch viel schärferen Ausdrücken, als das durch den „Moniteur" veröffentlichte, abgefaßt sein und dem Prinzen besonders darüber zu Leibe gehen, daß er sein Demissionsschreiben schon der Oeffentlichkeit übergeben, als es noch gar nicht in des Kaisers Hände gelangt gewesen sei. Als der Prinz dieses Schreiben gelesen, zog er die Fahne auf dem Palais Royal ein und zog sich nach Meudon zurück. Die Yacht des Prinzen liegt in Havre bereits zur Fahrt ins Exil bereit. Dennoch ist es nicht unwahrscheinlich, daß man sich zu einem äußerlichen Abkommen schließlich wieder die Hand reichen wird. (K. Z.)

New-York, 31. Mai. Die Nachricht von der Ergebung Kirby Smith's war die erste, welche der wiederhergestellte Telegraph seit vier Jahren direkt von New-Orleans nach Washington brachte; besser hätte der große Vernichter von Zeit und Raum seine friedliche Thätigkeit nicht wieder eröffnen können. Also die unangefochtene Herrschaft der Union dehnt sich wieder über ihr ganzes ehemaliges Gebiet aus, und kaum sechs Wochen seit der Uebergabe Lee's sind verflossen, daß auch den rabiatesten Konföderirten die Einsicht klar wurde, daß ihre Kraft ein für alle Mal gebrochen und daß ihnen nichts übrig blieb, als sich der Gewalt der Thatsachen zu fügen. Ein amtlicher Akt, durch welchen das Aufhören des Krieges feierlich ausgesprochen ist, war die Parade, welche am 23. und 24. ds. Mts. über die Potomac- und die Sherman'sche Armee in Washington abgehalten wurde; 150,000 siegesgekrönte Veteranen zogen zwei Tage lang von Morgens bis zum Abend durch die Hauptstraßen der Bundeshauptstadt an den Würdenträgern der Republik und den fremden Diplomaten vorbei. Washington gleicht wieder einem Feldlager wie vor vier Jahren beim Ausbruch des Krieges; aber das Friedensfest war doch schöner und erhebender, da die Truppen nach vollbrachter Arbeit am Vorabende der Rückkehr in ihre Heimath standen. Den Zuschauern fiel vor Allem der Unterschied zwischen den östlichen und westlichen Soldaten auf. Diese, lauter wettergebräunte, kräftige Gestalten mit vorwiegend germanischem Typus, schritten zuversichtlich, leicht und ungenirt daher und machten den Eindruck der Zusammengehörigkeit. Die östlichen Korps dagegen hatten meist ein zusammengewürfeltes Aussehen, einen weniger soliden, aber eleganteren Zuschnitt und boten einen starken Unterschied zwischen Gemeinen und Offizieren, während diese in den westlichen Regimentern nur durch ihre äußeren Abzeichen von einander kenntlich waren. Das militärische Schauspiel war übrigens großartiger durch das, was es dem Auge nicht bot, als durch das, was es dem Zuschauer erzählte. Dieselben Veteranen, welche in fünf blutigen Feldzügen gestählt und erprobt sind, kehren morgen am Tage nach der Parade freudig und friedlich nach Hause zurück. Diese gewaltigen, siegesgewohnten Massen gehen, die Generale mit eingeschlossen, fast spurlos im Volke wieder auf; die Hand, die heute noch das Schwert hält, arbeitet nach ein paar Tagen wieder in den Werkstätten oder am Pfluge und hilft die vom Kriege geschaffene Möglichkeit der freien Arbeit und eines ausschließlich auf sie gestützten nationalen Lebens zur Wirklichkeit machen. Die Republik bedarf ihrer ruhmbedeckten, zerstörenden Söhne nicht mehr auf den blutgetränkten Schlachtfeldern: sie ruft sie an den häuslichen Herd zurück, um sie als die friedlichen Pioniere bürgerlicher Gesittung, als Schöpfer neuer Werke an Stelle der zerstörten über das Land zu verbreiten, sicher, daß, wenn ihr wider Erwarten eine neue Gefahr drohen sollte, eben so schnell und so eifrig eine halbe Million neuer Freiwilliger zu ihrer Vertheidigung herbeieilen würde. Es ist wahr:

Thierärztliche Versammlung in Wien.

Vom 21. bis 26. August ds. Js. wird in Wien die zweite internationale thierärztliche Versammlung im Akademiegebäude stattfinden.

Wie als bekannt vorausgesetzt werden darf, ist es der Zweck, welchen diese Versammlungen verfolgen: Gegenstände der Veterinär-Wissenschaft, welche eine internationale Bedeutung haben, zu besprechen, dahin einschlägige Anträge in Berathung zu ziehen, und die hierüber gefaßten Beschlüsse den hohen Regierungen zu unterbreiten. Es werden demnach, so wie dies bei der im Jahre 1863 stattgefundenen ersten Versammlung in Hamburg der Fall war, hauptsächlich Mittheilungen über die Verbreitung und den Gang der Thierseuchen in den einzelnen Ländern; Anträge über gemeinsame, zu deren Hintanhaltung und Bekämpfung, so wie über die, bezüglich des Handels mit Thieren im internationalen Verkehre als wünschenswerth erscheinenden Maßregeln; überhaupt veterinär-wissenschaftliche Fragen, namentlich in so weit sie ein sanitäts- oder veterinär-polizeiliches Interesse bieten, den Gegenstand zu Verhandlungen bilden.

Bei der verschiedenen Bedeutung und Wichtigkeit, welche gewisse Thierseuchen in den einzelnen Ländern Europa's erlangt haben, wird es von den einzelnen Herren Theilnehmern abhängen, über die ihnen besonders wichtig erscheinenden Gegenstände Mittheilung zu machen und sie der Diskussion der Versammlung zu unterziehen.

Dem uns vorliegenden Programm zufolge werden der Versammlung folgende Punkte zur Besprechung vorgelegt werden:

1. Bezüglich der Rinderpest: Fortsetzung der in Hamburg eingeleiteten Verhandlung, und, wenn möglich, endgiltige Schlußfassung über die Zahl der Tage, auf welche die bisher gebräuchliche 21-tägige Quarantainezeit zur Verhütung der Einschleppung der Rinderpest herabgesetzt werden kann, so wie über ein gleichartiges Verfahren in Rücksicht auf die Behandlung von Thieren und thierischen Produkten im internationalen Handel zur Zeit des Herrschens der Rinderpest in einem Lande.

2. Besprechung der gegenwärtig in mehreren Staaten vorgeschriebenen Modalitäten der Desinfektion der zum Viehtransport benützten Eisenbahnwaggons, um, wenn möglich, zur Feststellung eines gleichartigen, dem Interesse des Viehhandels, der Veterinär-Polizei und des Eisenbahnbetriebes entsprechenden Reinigungsverfahrens zu gelangen.

3. Die Hundswuth hat in den letzten Jahren nicht nur in Wien sondern auch in andern großen Städten und selbst in einigen Landstrichen verbreiteter als gewöhnlicher geherrscht. Eine Diskussion über die diese Krankheit möglicherweise bedingenden Momente, über die Erfolge der zu ihrer Hintanhaltung ergriffenen Maßregeln, wie: Hundesteuer, periodische Hundevisitationen, Verpflichtung zum Anlegen von Maulkörben u. s. w., dürfte vielleicht zu einer Vereinbarung über eine rationelle Hundeordnung führen.

4. In mehreren Staaten sind in den letzten Jahren entweder Währschaftsgesetze erflossen oder wenigstens jene Fehler und krankhaften Zustände in Berathung genommen worden, welchen die Eigenschaft sogenannter Hauptfehler zukommen soll. Bezüglich des internationalen Handels mit Thieren wäre ein gemeinsames Währschaftsgesetz von großem Belang und eine Einigung der Versammlung über jene Fehler und Gebrechen, welche sie allgemein als sogenannte Gewährsmängel anerkannt wissen will, dürfte der Gesetzgebung ein willkommenes Substrat bieten.

Zur Theilnahme an den Berathungen sind insbesondere die Professoren der Veterinärwissenschaft, die Mitglieder der thierärztlichen Vereine und die Thierärzte aller Theile Europa's, so wie jene Landwirthe eingeladen, welche an derlei Verhandlungen Interesse nehmen.

Das bereits zur Leitung der Geschäfte zusammengetretene Komite, bestehend aus den HH. Professoren des Thierarznei-Institutes zu Wien, Dr. Pillwax Dr. Röll und Dr. Müller, gibt auf schriftliche Anfragen weitere Auskünfte.

Die Fahrpreise sind für die Theilnehmer an dieser Versammlung bei Benützung der k. k. österr. Eisenbahn-Gesellschaften und der k. k. österr. Donau-Dampfschifffahrts-Gesellschaft auf die Hälfte für die Hin- und Rückreise gegen Vorweisung einer von dem Komite ausgestellten Legitimationskarte ermäßigt, ebenso sind Begünstigungen bezüglich der zollamtlichen Abfertigung zugestanden.

Die wissenschaftlichen und Kunstsammlungen der Residenz werden mit passender Abwechslung an den Tagen der Versammlung ausschließlich den Theilnehmern gegen Vorweisung der Legitimationskarte geöffnet sein, ebenso ist für den Schluß der Versammlung ein Besuch der k. k. höheren landwirthschaftlichen Lehranstalt zu Ungarisch-Altenburg in Aussicht genommen.

der Krieg hat an 3000 Millionen Dollars gekostet; allein trotzdem war er verhältnißmäßig billig und leicht zu tragen. Die Vereinigten Staaten haben kein halbes Jahrhundert lang eine kostspielige stehende Armee unterhalten und ihre besten Produktivkräfte nicht muthwillig vergeudet; sie sind darum jetzt auch doppelt leicht im Stande, die außerordentlichen, aber nur einmaligen Kosten zu bestreiten und abzutragen.

Das Zerwürfniß zwischen Sherman und Stanton ist so weit gediehen, daß sie einander nicht grüßen, und daß Sherman jenen öffentlich in den Zeitungen anklagt, seine Depeschen geheim gehalten zu haben, um ihn zu verdächtigen. In einem dieser Briefe sagt er: „Es ist amüsant zu sehen, wie fest und tapfer manche Leute werden, so wie nur erst die Gefahr vorüber ist. Tapfere Männer, das habe ich im Kriege immer gefunden, schänden nie die Gefallenen, insultiren nie die Gefangenen, aber Feiglinge und Nachzügler thun es.

Frankfurter Börse (vom 4. bis 10. Juni).

Samstag. Influirt von der Wiener Börse, bei welcher noch lokale Ursachen mitwirkten, schliessen österr. Fonds matt und rückgängig. Ueberhaupt bewegte sich das Geschäft die Woche über nur in sehr engen Grenzen.

In süddeutschen Fonds geringer Umsatz, der Kapitalzufluss ist auch darin dermalen etwas schwach, Kurse meist in Brief. Neue Russen konnten sich auf ihrer Steigerung nicht ganz behaupten und haben wieder $^1/_2$ pCt. nachgegeben, dagegen sind Finnländische Pfandbriefe, deren erste Ziehung bereits stattgefunden, auf 86 gegangen und haben den Kurs der finnländischen Staatsobligationen erreicht. Auch $4^1/_2$pCt. neue Berner zu $99^3/_4$ in reger Nachfrage und werden gegen die alten nicht lange mehr zurückbleiben. Amerikaner haben sich von ihrem Rückgang erholt und schliessen die Woche mit 1 pCt. Avance gegen vor 8 Tagen ($71^7/_8$). Das Privatpublikum bleibt in überwiegender Mehrheit Verkäufer, immerhin mögen es noch grosse Summen sein, die s. Z. zu höheren Kursen als die jetzigen eingethan wurden. Hier zu sagen, ob es gerathen, mit kleinem Verlust loszuschlagen, bleibt misslich und hängt von der politischen Anschauung des Einzelnen ab.

Von E.-B.-Aktien waren Bexbacher recht fest und nicht unter 151 erhältlich; desgleichen bayer. Ostbahnen beliebt und bis $113^3/_4$ bezahlt; das Inland trat wieder als Käufer hervor. Der Betrieb entwickelt sich aber auch über alle Erwartung und eine Dividende von 6 pCt. steht in sicherer Aussicht und dabei wird der Bau der neuen Linien wieder unter dem Voranschlag bleiben. Oesterr. Westbahn tritt wieder etwas mehr in den Vordergrund und dürfte bei sich bessernden Einnahmen Beachtung verdienen, noch mehr aber böhmische Westbahn, die, wenn sie so fortschreitet, wie in den ersten 5 Monaten, sich schon für dieses Jahr von der staatlichen Subvention freizumachen Aussicht hat. Von Prioritäten wurden nur österr. Südbahn in Posten zu 49 – $^1/_4$ vom Markt genommen. Die Emission ist freilich gewaltig, aber dem Effekt stehen auch alle Hauptbörsen Europas und die starke Hand seines Patrons hilfreich zur Seite. Galizische gedrückt, da eine neue Serie im Anzug und der erste Vorrath wohl noch nicht gänzlich untergebracht ist, wenigstens figuriren noch ansehnliche Beträge auf Effektenkonto der Darmstädter und Leipziger Kreditanstalt.

Von Bankaktien Frankfurter behauptet und österreichische höher gegangen, dürften es in nächster Zeit noch weiter bringen, sie verdienten auch, dass sich ihnen ein Theil der früheren Gunst wieder zuwendete. Oesterr. Kredit hatten eine schlechte Woche und verloren 2 fl. Das Effekt hat bleierne Flügel, die beim kleinsten Versuch zum Aufschwung nach abwärts ziehen, von Wien geschieht nicht das Geringste, um dieser Stagnation ein Ende zu machen.

Die Geldabundanz dauert fort und der niedere Diskonto bleibt bei uns Regel. Von Wechseln Paris billiger, London unverändert, dagegen Amsterdam, Hamburg und Wien höher. Thalerdevisen verharren in Stagnation. Französisches Gold dürfte seinen Höhepunkt erreicht haben und langsam weichen. (Akt.)

Literarisches.

Seit wir die in Dresden erscheinende Kinderlaube zum letzten Male erwähnten, liegen uns jetzt die Hefte 3, 4 und 5 des III. Bandes vor, welche uns veranlassen, dieser mit außerordentlichem Geschicke redigirten und vorzüglich ausgestatteten Jugendzeitung wieder zu gedenken. Es freut uns, daß wir auch über diese neuesten Hefte das gleiche anerkennende Urtheil fällen können, welches wir früher aussprachen. Was wir von jeher an dieser Jugendzeitung hervorhoben und erwähnten: der wache, helle Blick der Redaktion für das Zeitgemäße und die sachverständige Hinlenkung der Jugend auf das, was die Gegenwart an hervorragendem historischen, wissenschaftlichen und künstlerischen Interesse bietet, bekundet sich auch hier wieder aufs Sinnigste und Beste. Die Ausschmückung durch zahlreiche und vorzügliche Illustrationen, sogar durch reizende Bilder aus dem Kinderleben in Sepia- und Farbendruck, ist besonders zu rühmen und dürfte auch Groß und Klein entzücken. — Wer sich von dem Gesagten überzeugen will, möge irgend ein Heft sich von seinem Buchhändler zur Einsicht senden lassen und wird dann nicht säumen, die Kinderlaube auch ferner zu bestellen, so daß sie seiner Familie zur Fundgrube für Geist und Herz werden muß. Inhalt, äußere Ausstattung und der billige Preis (pro Monatsheft 12 kr.), nebenbei auch noch Bücher- und Weihnachtsprämien, Alles vereinigt sich hier, um diese Jugendzeitung überall als willkommenen Gast einführen zu lassen.

Hiezu die Beilage: „Würzburger Anzeiger“.

Verantwortlicher Redakteur: A. Hartmann.
Druck und Verlag der Stahel'schen Buch- und Kunsthandlung in Würzburg

Cours der Staatspapiere.

Oesterr.	5 pCt. Met. (Cp. i. S. b. R.)	—
„	5 pCt. Lomb. ditto. à 24	—
„	5 pCt. Engl. Met. v. 1852	—
„	5 pCt. Engl. Met. v. 1859	$78^3/_8$ P.
„	5 pCt. Venet. Coupon b. R.	$86^3/_4$ G.
„	5 pCt. Nationalanl. v. 1854	$68^1/_4$—$^3/_8$ G.
„	5 pCt. Metall. Obligation.	$63^1/_4$ G.
„	$4^1/_2$ pCt.	$56^1/_8$ P.
Preussen	$3^1/_2$ pCt. Staatsschuldsch.	—
Bayern	$4^1/_2$ pCt. Obl. 1jähr. dto.	$101^1/_2$ P.
„	$4^1/_2$ pCt. Obl. $^1/_2$jähr. dto.	102P. $101^7/_8$ G.
„	4 pCt. Obl. 1jähr. dto.	$98^7/_8$ P.
„	4 pCt. Obl. $^1/_2$ jähr. dto.	$99^1/_8$ G.
„	4 pCt. Obl. Ab.-R. dto.	$98^3/_4$ P.
„	$3^1/_2$ pCt. Obl. dto.	—
Württemb.	$4^1/_2$ pCt. Obl. b. Rothsch.	$104^1/_2$ P.
„	$3^1/_2$ pCt. Obl. dto.	$94^3/_8$ P.
Baden	$4^1/_2$ pCt. Obl.	—
„	$3^1/_2$ pCt. Obl. v. 1842	$91^5/_8$ P.
Gr. Hess.	$4^1/_2$ pCt. Obl.	—
„	4 pCt. Obl. b. Rothsch.	$100^1/_8$ P.
„	$3^1/_2$ pCt. Obl. dto.	$97^1/_4$ P.
Nassau	$4^1/_2$ pCt. Obl. dto.	$102^1/_8$ P.
„	4 pCt. Obl. dto.	$99^3/_4$ P.
„	$3^1/_2$ pCt. Obl. dto.	$91^1/_2$ G.
Frankfurt	$3^1/_2$ pCt. Obl.	$94^7/_8$ P.
„	3 pCt. Obl.	—
Spanien	3 pCt. inl. Sch. P. à fl. 2. 30	—
„	$2^1/_4$ pCt. „ „ „	—
Schweden	$4^1/_2$ pCt. Obl. à 105 Thlr.	90 P.
N.Amerika	6 pCt. à 1000r. 1881 D. $2^1/_2$	$72^1/_2$ G.
„	6 pCt. ditto r. 1882 „	$72^1/_4$—$71^7/_8$ G.

Diverse Aktien.

Frankfurter Bank à fl. 500 . . .	$151^1/_2$ G.
K. K. Oesterr. National-Bankaktien	871 G.
Oesterr. Kreditbank-Aktien à fl. 200	$197^1/_2$—98 G.
Bayer. Hypothekenb. Pfandbriefe 4 pCt.	$97^1/_2$ P. $^3/_8$ G
Darmst. Bank 1. u. 2. Serie à fl. 250	$229^1/_2$ P. 229 G.
Weimarische Bank à Thlr. 100 . .	$100^1/_2$ G.
Mitteldeutsche Kreditaktien . . .	$101^5/_8$ G.
Intern. Bank in Lux. à 250 Frs. à 28 kr.	—
Taunus-Eisenbahn à fl. 250 . . .	349 P.
Frankfurt-Hanauer-Eisenbahn . . .	$100^1/_4$ P.
Oest. F.St.Eisb. 5pCt. 500 Fr. à 28 kr.	—
„ Elisab.-Eisenbahn 5 pCt. . .	121 G.
Böhm. Westbahn-Aktien à fl. 200 6/7	$77^1/_2$ P.
Rhein-Nahe-Bahn 200 Thl. à 105 4pCt. Z.	$31^5/_8$ P.
Ludwigshafen-Bexbacher à 4 pCt. .	$150^1/_2$ G.
dto. dto. Prior. à 4 pCt.	—
Pfälz. Maxb. b. Rothschild à $4^1/_2$ pCt.	$106^7/_8$ P.
Oest. St.-Eisenb. Prior.-Oblig. à 3 pCt.	$51^1/_4$—$^1/_8$ G.
Elisab.-Bahn Prior. 5 pCt. 6/7	$78^3/_8$ P.
Südd. Bank-Akt., 40 pCt. Einz.	252 P.
Span. Handels- und Industrie . .	—
Bayr. Ostbahn à $4^1/_2$ pCt. volleinbez.	114P. $113^3/_4$ G.
Bayer. Ostbahn mit 50 pCt. Einz.	$113^5/_8$ G.

Anlehens-Loose.

Oesterr. fl. 250 v. 1839	$131^1/_8$ P.
„ fl. 250 v. 1854 mit 4pCt.	$79^3/_4$ P.
„ fl. 500 v. 1860 6/7	$85^7/_8$ G.
„ fl. 100 Elsb. L. v. 1858.	$136^3/_8$ G.
„ do. v. 1864.	$91^1/_8$—$^3/_8$ G.
Schwed. 10 Thlr. Loose	$9^7/_8$ P.
Badische fl. 50	—
Badische fl. 35	$52^7/_8$ G.
Kurhess. Thlr. 40 b. R.	55 P.
Gr. Hessen fl. 50 b. R.	140 G.
„ fl. 25 do.	$36^3/_8$ G.
Nassau fl. 25 bei Rothsch.	$35^1/_2$ G.
Sardinische Fr. 36 b. B.	$70^1/_2$ P.
Neuchateler 10 Frs.-Loose	—
Freiburger 15 Frs.-Loose	—
Mailänder 45 Frs. L. b. R.	$32^3/_8$ P.
St. Lüttich mit $2^1/_2$ pCt. Z.	$34^1/_4$ P.
Ansb.-Gunzenh. fl. 7-L.	10 G.

Wechsel
in süddeutscher Währung.

Amst. fl. 100 k. S.	$100^1/_8$—$^3/_8$ G.
Antwerp. Frs. 200 k. S.	95 P.
Augsb. fl. 100 k. S.	$99^3/_4$ G.
Berlin Th. 60 k. S.	105 P.
Brem. 50 Th. Ld. k. S.	$97^1/_4$ P.
Brüssel Frs. 200 k. S.	95 P.
Cöln Thlr. 60 k. S.	105 P.
Hamb. MB. 100 k. S.	$88^3/_4$ G.
Leipzig Th. 60 k. S.	105 P.
London Lst. 10 k. S.	$119^5/_8$ P.
Lyon Frs. 200 k. S.	—
Mail. Frs. 200 . .	$94^3/_4$ G.
München fl. 100 k. S.	$99^3/_4$ G.
Paris Frs. 200 k. S.	$94^3/_8$ G.
Petersburg 60 S.-R.	—
Triest fl. 100 k. S.	—
Wien fl. 100 ö. W.	—
do. in öst. W. l. S.	109 G.
Disconto	$3^1/_2$ pCt. G.

Frankfurt, 12. Juni. Die Börse eröffnete zu den gestrigen Kursen und nahm erst später eine etwas mattere Haltung an. Das Geschäft beschränkte sich meist auf Abwicklung für den morgenden Medio. (Spnd.)

Digitized by Google

An die
k. Hof- und Staatsbibliothek
München.
1 N. Würzb. Ztg.

Neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht!

№ 163. | Vorausbezahlung: Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 1 fl. 30 kr. Bei Inseraten wird die dreispaltige Zeile in gewöhnlicher kleiner | 62. Jahrgang. | Schrift oder deren Raum im Hauptblatte mit 6 kr., im Anzeiger mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franco. | Mittwoch, 14. Juni 1865.

Zur Lage in Preußen.

Die Verhandlungen des preußischen Abgeordnetenhauses über den dießjährigen Staatshaushalts-Etat sind zum Schluß gelangt. Am 12. d. erfolgte noch die Annahme des Budgetgesetzes, nachdem es in der Finanzkommission bereits im Sinne der bisherigen Beschlüsse des Plenums angenommen worden war. Aus einer Berechnung der einzelnen Posten, wie sie dem Abgeordnetenhause von der Kommission mitgetheilt worden sind, läßt sich das Resultat des Budgetgesetzes übersehen: die Bilanz schließt mit Ueberschüssen der Einnahmen über die Ausgaben im Betrage von mehr als sieben Millionen ab. Auf den ersten Blick erscheint ein solches Resultat bestechend und man sollte glauben, daß ein solches Facit in Preußen die vollste Befriedigung hervorrufen müßte. Dem ist aber nicht so. Die „Nat. Ztg." schreibt: „Es ist gewiß in den Annalen der parlamentarischen Geschichte fast ohne Beispiel, daß ein so bedeutender Ueberschuß gänzlich ohne eine vorausbestimmte Verwendung bleibt; aber wer sich blos an die Ziffern halten wollte, würde sich über die Finanzlage Preußens gewaltig täuschen. Der Generalbericht der Budgetkommission hat nachgewiesen und die Beschlüsse des Hauses haben es sanktionirt, wie viele und dringende Bedürfnisse gegenwärtig noch unbefriedigt sind; produktive Anlagen verschiedener Art werden durch die Knappheit der Mittel verhindert; die Beamtengehalte sind weit unter dem normalen Erwerb, welchen Personen von gleicher Bildung und gleichen Fähigkeiten in anderen Lebensberufen leicht erreichen; die große Zahl der Schullehrer ist nach dem übereinstimmenden Zugeständniß Aller nicht mit dem nothdürftigen Auskommen versorgt; die Löhne der Soldaten sind karg, die der Unteroffiziere unzulänglich. Also unbefriedigtes Bedürfniß und vielfacher Mangel, und dennoch Ueberschüsse, wie sie der Etat des finanziell bestsituirten Landes niemals aufzuweisen hat: zu solchen Abnormitäten führt der Verfassungskonflikt, in welchem wir uns befinden, und so ungewöhnlich wie die Erscheinung, ist auch ihre Ursache."

(Aus dem Referat des Abg. Streit, den Gesetzentwurf, die Verlängerung der Wirksamkeit des provisorischen Festungsreglements und Bauranon-Regulativs für die Bundesfestungen Ulm und Rastatt betreffend. — Schluß.) § 53 vindizirt dem Festungsgouvernement auch in Friedenszeiten eine Aufsicht und Mitwirkung über die Ortspolizei. . . gibt demselben sogar das Recht, falls es für nöthige Verordnungen und Vorkehrungen in dieser Richtung keine bereitwillige Unterstützung fände, Maßregeln auszuführen, welche die Abhilfe oder Verhütung nachtheiliger Ereignisse bezwecken, und behält, bei motivirter Einsprache der Zivilkommissäre gegen solche Maßregeln, lediglich die Entscheidung des Bundestags bevor. Der § 54 bestimmt in seinem Schlußsatz, daß polizeiliche Verfügungen, welche die allgemeine Sicherheit und Ordnung betreffen, ohne Zustimmung des Gouvernements weder erlassen, noch abgeändert, oder erneuert werden können. Daß diese Vorschriften große und tiefgehende Beschränkungen der Staatsgewalt involviren, daß hiedurch dem Festungsgouvernement Befugnisse eingeräumt werden sollen, die theilweise die gesetzgebende und vollziehende Gewalt des Landes beschränken und aufheben würden, ist klar. . . Die Zwecke einer Bundesfestung können aber vollständig erreicht werden, ohne daß dem Gouvernement derselben so weitgehende Befugnisse unter Beschränkung der Gesetzgebungs- und Regierungsgewalt des eigenen Landes eingeräumt werden; . . . im Gegentheile wird die Behauptung nicht ungerechtfertigt sein, daß die Schaffung eines solchen Ausnahmezustandes die Erreichung der hiedurch erstrebten Erfolge eher gefährde als fördere. . . § 55 räumt dem Festungsgouvernement das Recht ein, verdächtige oder durch ihr Betragen zu Beschwerden Anlaß gebende Personen unter direkte Aufsicht stellen, sogar unter Umständen arretiren und, falls sie im Bereiche der Festung nicht heimathberechtiget, ausweisen zu lassen. § 57 bestimmt u. A., daß in außerordentlichen Fällen dem Festungsgouvernement die Befugniß zustehe, die Festung auch im Frieden in Belagerungszustand zu erklären. Der § 58 (über das Verfahren bei Arretirungen) enthält wesentliche Abweichungen von den Vorschriften der Art. 38—52 des Einführungsgesetzes vom 10. Nov. 1861. Die erwähnten Bestimmungen dieser drei Paragraphen sowie die des § 71 über die Regelung des Thorschlusses erachtet der Ausschuß als nicht nothwendig, ja theilweise nicht einmal als besonders förderlich für die Erfüllung der Festungswerke. Im Bauregulativ sind dem Ausschuß wohl manche Vorschriften als belästigend erschienen, doch hat er diesem Umstand weniger Gewicht einräumen zu dürfen geglaubt, als den Rücksichten auf den Zweck. Nachdem der Ausschuß so die zu beanstandenden §§ festgestellt hatte, entstand für ihn die Frage, ob die Regierungs-

---

Feuilleton.

Tristan und Isolde.

Einem Berichte der „A. Abdz." über das genannte Wagner'sche Werk, welches am Samstag, wie schon gemeldet, in München zur erstmaligen Aufführung kam, entnehmen wir:

Herr v. Bülow trat ans Dirigentenpult und seine Battuta gab das Zeichen zum Anfang. Da erhoben die Saiteninstrumente ein süßes Gesäusel, durch das nur selten der kräftige Ton eines Blasinstrumentes drang und erweckten eine unklar dämmernde Stimmung. Der Vorhang hebt sich: Irlands Königstochter „Isolde" (Frau Schnorr) liegt auf einer Polsterbank, mit aufgelöstem Haar, wallendem Gewande, das Haupt in den Kissen begrabend. „Brangäne", ihre Magd, betrachtet sie theilnahmsvoll. Sie sind auf dem Schiffe, das nach Kornwall, König Marke's Land, segelt. Isolde soll ihm angetraut werden: Brautführer aber ist Tristan (Herr Schnorr), der Held ohne Gleichen, der einst Isoldes Geliebten, Herrn Morold, welcher, um Zins zu fordern, nach Kornwall fuhr, erschlagen; Tristan aber war dann später einmal krank und siech an Irlands Küste gekommen, Isolde's Zaubertränke hatten ihn dort geheilt. Seitdem sie ihn gepflegt, liebt sie ihn heiß und heimlich und jetzt holt sie der kräftige Mann als Braut für seinen Ohm, den „müden" König. Während der Fahrt wagt es Tristan nicht, sich der hohen Frau zu nahen, und als sie ihn das erste Mal zu sich bitten läßt, erhält sie eine ausweichende Antwort, das Schiffsvolk aber höhnt die Frau, da es den Tod Morolds erzählt. Nun faßt Isolde den Plan, sich und Tristan zu verderben; von der Heimath her hat sie den Schrein mit Tränken mitgebracht, die für verschiedene Lagen des Lebens ersprießliche Wirkung üben — den Todestrank will sie trinken und Tristan soll ihr darin Bescheid thun. Da ertönt der Ruf des Schiffsvolkes. Unter diesen Leuten zeichnet sich vor allen Kurwenal durch sein robustes Wesen und seine Anhänglichkeit an Tristan aus. Das Land ist nahe, die Gefahr drängt, gerade recht noch kommt Tristan nun zum Besuche. Brangäne, die Magd, wird von Isolde geheißen, den Todestrank bereit zu halten, diese aber stellt das verlangte Glas zurück und holt aus dem Schrein den Liebestrank; sie dauerte ja ihre Gebieterin zu sehr. Tristan und Isolde leeren den Becher, gefüllt mit diesem Tranke, der Trank macht seine Wirkung, er fährt ihnen im Leib umher, was die Musik ganz genau malt, das unselige Verhältniß ist fertig und Tristan und Isolde — lieben sich. In fester Umarmung findet sie der Ruf, daß das Schiff gelandet sei und herrlich geschmückt steigt Isolde, die Braut des Ohms, die Geliebte des Neffen, an's Ufer. Damit schließt der erste Akt.

Was uns in „Tannhäuser" und „Lohengrin" angenehm erschienen, was uns diese Opern erträglich und genießbar gemacht, das ist hier über Bord geworfen. Ohne Schranken, ohne Form

vorlage zur Zeit, d. h. bis nach einer entsprechenden Abänderung der beanstandeten §§ durch die Bundesversammlung abzulehnen, oder ob ihr mit Ausnahme der beanstandeten Punkte zuzustimmen sei. Nachdem der Minister des Aeußern in der Ausschußsitzung vom 29. Mai erklärt hatte, „er könne ohne vorausgehende Beschlußfassung des Ministerrathes sich nicht darüber äußern, welchen Weg die k. Staatsregierung mit Publikation des modifizirten Gesetzentwurfes einschlagen könne, allein jedenfalls würde die kgl. Staatsregierung durch Annahme des so modifizirten Gesetzentwurfs gegenüber der deutschen Bundesversammlung in eine bessere Lage kommen, als durch vollständige Ablehnung," entschied sich der Ausschuß für letzteren Vorschlag. Er beantragt demnach, dem Gesetzentwurf folgende Fassung zu geben: „Art. 1. Die k. Staatsregierung wird ermächtigt, das Festungsreglement und das Baurayonregulativ für die Bundesfestungen Ulm und Rastatt, welche durch den Beschluß der deutschen Bundesversammlung vom 26. Juli 1860 provisorisch genehmigt und auf Grund des Gesetzes vom 10. November 1861 mittelst k. Verordnung vom 28. Jan. 1863 verkündet worden sind, durch k. Verordnung auch in denjenigen Bestimmungen, welche Abweichungen von den Bestimmungen der Verfassungsurkunde und anderen Gesetzen enthalten, mit Ausnahme der in Art. II. bezeichneten Bestimmungen des Festungsreglements für den auf bayerischem Gebiet gelegenen Theil der Bundesfestung Ulm und dessen Rayonbezirk wieder in Wirksamkeit treten zu lassen. Art. II. Von der Wirksamkeit bleiben ausgeschlossen: die §§ 47, 53, Absatz 1, 4 und 5, von § 54 der Schlußsatz des Absatz 2; ferner die §§ 55, 57, Abs. 1, 2 und 4, § 58, 71, Abs. 3 des provisorischen Festungsreglements. Anstatt der in Absatz 1 bezeichneten, von der Wirksamkeit ausgenommenen Paragraphen des Festungsreglements bleiben die entsprechenden Bestimmungen der bayerischen Gesetze in Kraft. Art. III.: Der k. Staatsregierung bleibt vorbehalten, das provisorische Festungsreglement und Baurayonregulativ durch k. Verordnung ganz oder theilweise wieder außer Wirksamkeit zu setzen. In diesem Falle treten die einschlägigen Bestimmungen der Landesgesetze wieder in Kraft."

Wien, 10 Juni. Das Abgeordnetenhaus hat heute den Gesetzentwurf, betreffend die Erneuerung des Vertrages mit dem österreichischen Lloyd, in Uebereinstimmung mit den Anträgen der Majorität angenommen. Der Vertrag mit dem Lloyd wird sonach für die Dauer weiterer sieben Jahre erneuert und für die Besorgung des Seepostdienstes wird ihm ein Entgelt in der Maximalhöhe von 2 Millionen Gulden jährlich gewährt.

Laut Mittheilung der Wiener „Presse" ist die englisch-österreichische Enquete-Kommission als aufgelöst zu betrachten. Sie soll in Folge von Differenzen, die sich in ihrem Schooße ergeben haben, bis zum September vertagt werden; dem Namen nach, um inzwischen die Fragregister für die verschiedenen Gruppen von Sachverständigen festzustellen — in Wirklichkeit, wie die „Presse" glaubt, auf Nimmerwiedersehen.

Berlin, 12. Juni. Abgeordnetenhaus. Das Haus tritt ein in die Schlußberathung über den Antrag Wachsmuth's für Sistirung des Strafverfahrens gegen Jakoby am Ober-Tribunal während der Dauer der Sitzungs-Periode. Der Antrag wird einstimmig angenommen. Es folgt der Bericht der Budgetkommission in Betreff der schließlichen Feststellung des Gesammtetats für 1865. Der Abg. Reichenheim vertritt den Kommissionsbericht; zur allgemeinen Debatte sind für die Kommissionsanträge eingeschrieben die Abgeordneten: Twesten, Schulze, Waldeck, Frese, Gneist, Reibauer und v. Forckenbeck; gegen: die Abgeordneten Jakoby, Mitschke-Collande, Blankenburg, Wagener, v. Saucken-Tarputschen, Krieger, v. Hoverbeck, Hübner und Lasker. Abgeord. Jakoby: Er werde für die Verwerfung des Etats stimmen, weil er den Ministern nicht die Verwaltung der Staatsgelder anvertrauen könne. Man sage, der Budgetablehnung würde im Lande die Steuerverweigerung folgen. Das möge Jeder mit seinem Gewissen abmachen. Abg. Twesten: Die Budgetablehnung würde ein politischer Fehler sein. Abg. Mitschke: Der Etat sei ein Ganzes und könne nur als solches angenommen oder verworfen werden. Abg. Waldeck: Durch Verwerfung des Budgetgesetzes würde das Haus nur der Reaktion in die Hände arbeiten. Unsere Verfassung hat Oktroyirungs-Artikel, deren Anwendung unabsehbar ist; das nöthigt uns zur Vorsicht. Streichen wir deßhalb nur die Militär-Reorganisation, nichts weiter. v. Blankenburg: Das Budget sei zu schlecht komponirt für das jetzige und für jedes Ministerium, um damit regieren zu können; deshalb verwerfe seine Partei dasselbe. Die Frage sei eine Machtfrage, es handle sich um einen Kampf zwischen den Hohenzollern und dem Landtage; er trete auf die Seite der Hohenzollern. Gneist: Der der Minderheit der Kommission bei ihrem Antrage vorschwebende Zweck sei nur zu erreichen im Wege der Ministeranklage, für die das Organ noch fehle. Der juristisch richtige Weg wäre, in einer Adresse an die Krone Bestellung eines Anklägers, der die Anklage gegen die Minister vor den vereinigten Senaten des Obertribunals erhebe, zu verlangen und, wenn dies abgelehnt werde, das Mandat niederzulegen. Daß es rathsam sei, dies jetzt zu thun, wolle er damit nicht gesagt haben. Er und seine Freunde sähen in der Ablehnung des Budgets eine Inkonsequenz und stimmten dagegen. Die Debatte wurde hierauf geschlossen. §. 1. des Regierungsentwurfs (Feststellung der Einnahme- und Ausgabesummen im Ganzen) wurde abgelehnt, §. 1 des Kommissionsantrags in namentlicher Abstimmung mit 212 gegen 50 Stimmen angenommen.

Ueber den Stand der Bismarck-Virchow'schen Duell-Angelegenheit ist Einiges nachzutragen. Der Berliner Korrespondent der „Köln. Ztg." berichtet unterm 10.: „Mit der Vertretung des Hrn. v. Bismarck war in dem letzten Stadium der Kriegsminister v. Roon beauftragt. Dieser soll Hrn. Virchow am Donnerstag zweimal in des Letztern Hause verfehlt und ihn dann schriftlich gefragt haben, ob die Angelegenheit nicht zu einem ersprießlichen Ende zu bringen sei, oder ob Hr. Virchow dieselbe durch die Verhandlung des

---

eine endlose Kette von Phrasen, tönt das Klingen und Schmettern fort, bald leise klagend, bald wahnsinnig wüthend; die Situation ist stets mit einer Uebertreibung und Ueberreizung geschildert, daß wir nie zur Ruhe, nie zum Genusse kommen, die ergriffenen überschwänglichen Mittel regen nur auf, die Komposition befriedigt nicht und versäumt somit die erste und höchste Pflicht eines Kunstwerkes. Die Singstimme ist in den meisten Fällen vollständig gleichgiltig, sie ist nicht verwoben mit den Orchesterstimmen, diese sind nicht durch sie bedingt; würde sie weggelassen — kein Mensch würde sie vermissen. In den abnormsten Intervallen bewegt sich der Gesang. Eine schillernde Instrumentation führt über die Inhaltslosigkeit hinweg und nur wer es vermag, der mitunter wahrhaft geistreichen Führung einzelner Instrumente zu folgen, hat noch einigen Genuß von dem tollen Treiben. Diese musikalische Parforcejagd ermüdet die Zuhörer unendlich und doch ist der erste Akt noch derjenige, welcher uns in musikalischer Beziehung als der empfehlenswertheste erscheint. — Nach einer Zwischenpause beginnt der zweite Akt. Die Scene stellt einen Garten an Marke's Königsburg vor, Nacht deckt das Land, durch die großen alten Bäume fällt zweifelhaftes Mondlicht. Eine Fackel brennt an der Pforte der Burg: Isolde erwartet Tristan. Brangäne bittet ihre Gebieterin, nur heute das Stelldichein aufzugeben, nur heute nicht „die scheuchende Zünde" zu löschen, ihr ahne Schlimmes; sie habe den tückisch lauernden Blick Melot's beachtet, der den letzten Theil der Umarmung auf dem Schiffe noch gesehen; die heute angesetzte Jagd des Königs gelte wohl einem edlen Wilde. Doch Isolde hört nicht auf die mahnenden Worte der treuen Dienerin, sie verlöscht die Fackel und Tristan kommt. Volle drei Viertelstunden sind wir die Zeugen von einem Liebesduett, das sich lange nur um die Erklärung des Tages und der Nacht dreht, bis es endlich zu etwas Reellerem übergeht: da zieht er sie an sich, sie ihn an sich, ganz müde, in seliger Allvergessenheit legen sie sich dann auf die Gartenbank und in süßem Dusel haben sie den berühmten „Niewiedererwachens wahnlos hold bewußten Wunsch." — Nur selten unterbricht diese gräßlich lange Scene der Ruf Brangäne's, der den Tag kündet und zur Vorsicht mahnt. Da plötzlich stürzt der treue Kurwenal herein, weckt die beiden aus ihrer nimmer endenden Umarmung und meldet die plötzliche Heimkehr Marke's. Dieser erscheint auch, von Melot, dem Verräther geführt und von seinem Jagdgefolge begleitet auf der Bühne; nach kurzem Kampfe schlägt Melot dem Tristan eine tiefe Wunde und der Vorhang fällt. Das lange Liebesduett wird nur durch die naive gedehnte Rede des Königs, der immer wissen will, warum ihm Tristan das gethan habe, an Langweiligkeit überboten. Die Musik zu dem Duett ist gegen den Schluß hin ein roher berauschender Trank, mit allem Raffinement ersonnen, aus derbem Materialismus bereitet, mit einer Portion Poesie gemischt und von betrunkenen Bachantinnen kredenzt; er wirkt nimmer auf die zarten Fühlfäden des Gemüthes, er wirkt allein auf das Rückenmark und daher ist es kein Wunder, daß seine Wirkung zunächst die Jugend verspürt.

Im dritten Akt finden wir Tristan an der erhaltenen Wunde krank in seiner Burg Kareol, den treuen Kurwenal ihm zur Seite. Dieser hatte nach der „Aerztin" geschickt, und als Tristan erfährt, daß Isolde kommen werde, durchrieselt ihn die ganze Seligkeit der genossenen Stunden; von einem Extrem zum andern springend, wie es einem Fieberkranken zukommt, erwartet er wilderregt die

Hauses als erledigt ansehe. In dem letztern Falle wurde Hr. Virchow ersucht, Dieß schriftlich mitzutheilen oder wissen zu lassen, wann der General eine Zusammenkunft mit ihm haben könne. Hierauf soll Virchow die Antwort gegeben haben, daß er, so weit immer möglich, entgegengekommen sei, ein Duell wegen dieser Sache als Mitglied des Abgeordnetenhauses unbedingt ablehnen müsse, im Uebrigen noch immer bereit sei, die gewünschte Erklärung zu geben, unter der Bedingung, daß Hr. v. Bismarck die erwähnte Gegenerklärung geben wolle. So weit war die Angelegenheit gestern gediehen. Heute früh soll darauf Hr. Virchow Hrn. v. Bismark oder dessen Vertreter geschrieben haben, er erwarte eine Antwort auf sein letztes Schreiben und werde seine Bereitwilligkeit, die geforderte Erklärung zu geben, unter der Bedingung, daß Hr. v. Bismark die bezeichnete Gegenerklärung gebe, bis Montag Abend aufrecht halten." Unterm Datum vom 11. Mittags meldet dann der nämliche Korrespondent telegraphisch: „Wie versichert wird, hat General v. Roon auf den letzten Brief Virchow's geantwortet, es werde keine Erklärung in dem von Hrn. Virchow bezeichneten Sinne mehr von diesem erwartet. Hiernach kann die Angelegenheit jetzt als wirklich erledigt angesehen werden. Näheren Nachrichten zufolge wird eine Darlegung der Sache im Abgeordnetenhause seitens Virchow's oder seiner Vertreter, falls sie nicht von anderer Seite veranlaßt wird, keineswegs erwartet."

In Bezug auf die Bismarck-Virchow'sche Duellsache zirkulirt in **Berlin** folgende Adresse: „An den Abgeordneten Dr. Virchow. Hochgeehrter Herr! Die Unterzeichneten sagen Ihnen den wärmsten Dank dafür, daß Sie durch Ablehnung des Ihnen zugemutheten Duells den Muth gezeigt haben, einem widersinnigen Vorurtheile mit Entschiedenheit entgegen zu treten. Wie wir Sie seit jeher kennen, so haben Sie auch durch diese Handlungsweise sich wieder als freien und unerschrockenen Mann bewährt. Berlin, den 9. Juni 1865." Die Adresse, welche in allen Theilen der Stadt cirkulirt, wird mit Unterschriften förmlich bedeckt.

Kassel, 12. Juni. Die eigenthümlichen Hindernisse, welche bisher dem Bau der Halle-Nordhäuser-Kasseler Bahn auf kurhessischem Gebiete entgegengestanden haben, scheinen durch stärkeren Einfluß, als die Interessen des Landes ihn ausüben konnten, gehoben worden zu sein; denn die Genehmigung des Kurfürsten ist nunmehr, wie die „Kasseler Ztg." meldet, erfolgt. Am Schlimmsten kommen freilich hierbei die kurfürstlichen Fasanen weg, die nunmehr ihr Eichenwäldchen verlassen müssen. (N. Fr. Z.)

Bremen, 10. Juni. Die Zahl der Schützen, welche aus Oesterreich erwartet werden, kann sich unter Umständen bis auf 600 steigern. — Von einem Theil der deutschen Bevölkerung San Francisco's wurde ein Silberbarren im Werth von 600 D. als Ehrengabe für das zweite deutsche Bundesschießen abgesandt.

Brüssel, 11. Juni. Die Studenten von Lüttich erlassen als Vorort der belgischen Studentenschaften die Einladung zu dem allgemeinen europäischen Studenten-Kongreß.

Der venetianische Zentralausschuß in **Florenz** hat eine Proklamation zur Verfassungsfeier erlassen, in welcher er jede Vereinbarung mit Oesterreich abweist und daran erinnert, daß Viktor Emanuel beim Dante-Fest sein Versprechen erneuert habe, Italien seinem Ziel zuzuführen. — In **Rom** ist allgemein das Gerücht verbreitet, der Papst werde zum Feste Peter und Paul eine allgemeine Amnestie für alle politischen Verurtheilten erlassen.

Noch ein Wort zur Lage der Staatsbaubediensteten in Bayern.

Es kann natürlich nicht in der Absicht gelegen sein, zu erforschen, woher es kommt, daß die Verhältnisse der Bediensteten des inneren Staatsbaudienstes sich in einem so hohen Grade der Hilfsbedürftigkeit befinden: Diejenigen, welche vor Jahren dieses Fach als Beruf gewählt, können nur aus tiefstem Grunde der Seele beklagen, ihre Liebe, ihr Sorgen, Wirken und Mühen einer Sparte zugewendet zu haben, in welcher Fleiß und Verdienst bis jetzt nur wenig verlohnt worden sind.

Mag auch das Publikum hie und da noch geneigt sein, das Fach um deßwillen als ein freundliches und verlockendes anzusehen, weil oft jüngere Baupraktikanten Verwendung für Bauführungen haben, während welcher Zeit sich dieselben einer verhältnißmäßig guten Bezahlung erfreuen: so wird doch bei genauerer Kenntniß der Verhältnisse Niemanden einfallen wollen, einen solchen Bediensteten nach 17—18- oder 25—30jährigem Wirken zu beneiden; denn nach Verlauf des erstgenannten Zeitabschnitts ist er noch nicht angestellt und nach Verlauf des letzteren hat er einen geringeren Gehalt, als alle Beamte seines Alters und Grades.

Die unter dem Titel „Assistent" bis in das graue Alter als Nebenbeamten bei den k. Baubehörden figurirenden und auf den Administrations Etat verrechneten Baupraktikanten in Vermischung mit ehemaligen Wegmeistern haben — wiewohl fortgesetzt Amtshandlungen durch sie vollzogen, Millionen durch sie ohne ihre Verantwortlichkeit verausgabt werden, sich seit der Reorganisation außer ihrer Pensionsberechtigung (für den Fall besonderen Wohlverhaltens) keiner wesentlichen Verbesserung zu erfreuen gehabt.

Wenn auch der Eine oder Andere durch Privatarbeit seine Existenz zu verbessern vermag, so kommt ein solcher Vortheil, der meist von Zufällen abhängt, nur Einzelnen zu gut und sollte von der Gesammtheit nicht verbüßt werden müssen.

Unbegreiflich ist, daß der getrübte Zustand der Staatsbaubediensteten auf so lange verharren konnte und trotz vielfacher Bittgesuche derselben noch keine Hilfe gewährt worden ist, nachdem in maßgebenden Kreisen die Hilfsbedürftigkeit der Interessenten unzweifelhaft schon längst erkannt worden sein möchte.

Weit entfernt, vor einer anderen Diensteskathegorie etwas voraushaben zu wollen, wird man den Wunsch aber wohl für begründet erachten, daß die Bausparte ohne weitere Verzögerung in das Niveau der andern Fächer gehoben werden möchte, für welche gleiche Studienzeit besteht, — weil die hohe k. Staatsregierung

---

Ankunft der Süßholden, und als er endlich die sichere Kunde von dem Nahen ihres Schiffes erhält und Kurwenal an den Strand zu Isolden eilt, da schreit Tristan auf in wonnigem Entzücken, da greift er „im freudigen Rasen" nach seinem Verband, reiß ihn ab, das Blut strömt durch die neugeöffneten Thore, eine Musik ertönt in niegehörtem Lärm; was der Sänger noch an Stimme vorräthig hat, wird jetzt losgelegt, sein Hals schwillt an, wir sehen das krampfhafte Spiel seiner Gesichtsmuskeln, wir sehen das gewaltsame Oeffnen und Schließen des Mundes, das ängstliche Rollen des Auges, doch wir hören keine Stimme, noch wilder tobt der Lärm, noch wüthender brüllt der Sänger, nachher braucht er ja keine Stimme mehr, das Spiel der Muskeln wird noch lebendiger, noch grausamer arbeitet der Dirigent, da schlägt er todt hin, der wahnsinnige Tristan und unter diesem Höllenspektakel tritt Isolde auf. Sie ruft ihrem Tristan bekümmert zu: „Auf! Noch einmal! Nur eine Stunde bleibe bei mir wach!" — umsonst — Tristan liegt verendet und weinend sinkt sie auf seine Leiche. Oben auf der Warte steht Kurwenal, er bemerkt ein zweites Schiff, er kennt es, es gehört Tristans königlichem Ohm. In flüchtiger Eile, von einem Hirten unterstützt, verrammelt er mit Steinen den Eingang der Burg; er glaubt nicht an Marke's friedliches Erscheinen, die Burg aber ist bald erstiegen, jedoch nicht eher als Melot von Kurwenal getödtet ist. Marke kommt, um den Liebenden seine Verzeihung zu bringen, er kommt auch diesesmal zu spät; Tristan liegt ohne Leben und auch Isolde legt sich zu seligem Liebestod nieder. „Soll ich athmen, soll ich lauschen? Soll ich schlürfen, untertauchen, süß in Düften mich verhauchen? In des Wonnemeeres wogendem Schwall, in der Duft-Wellen tönendem Schall, in des Welt-Athems wehendem All — ertrinken — versinken — unbewußt — höchste Lust!" Das sind ihre und der Oper letzte Worte und unter dem Schein der untergehenden Sonne endet und verduftet sie. Unterdessen zeigt die Theateruhr 5 Minuten auf 11. Also 5 Stunden weniger eine Viertelstunde dauert diese Anstrengung. Da entsteht ein wüthender Kampf, Applaus und Zischen ringt um den Sieg, die Unparteiischen harren gespannt des Ausgangs, der König steht in seiner Loge, er klatscht Beifall, es ist entschieden, Richard Wagner, geführt von dem Schnorr'schen Ehepaar, erscheint, ihn grüßt der Beifallssturm der Getreuen, ihn empfängt das Zischen der Andersgesinnten. Der Vorhang fällt über eine große That: das Experiment, die Oper, welche stets für unaufführbar gegolten, aufzuführen, ist an der Münchner Bühne gelungen, und wenn auch für die Musik selbst an diesem Tag kein freundlicher Stern aufgegangen ist — in der Geschichte der Oper wird diese Aufführung doch immer eine bedeutende Wichtigkeit haben: sie zeigte, was Sänger und Orchester zu leisten vermögen und — was das Publikum vertragen kann.

Ein anderer Berichterstatter der „A. Abdztg." äußert sich in enthusiastischster Weise über die Oper; er erklärt Eingangs, daß er „von der Macht der Töne (weg?) genommen" und an einer weiteren Stelle, daß er „in das schöne Geistes-Reich des Ideals vollendeter Tonkunst" geführt worden sei. Da wir ihm füglich so weit nicht folgen können, müssen wir von seinem Berichte Umgang nehmen. Von beachtenswerthen Urtheilen, denen wir fernerhin begegnen, werden wir in unserem Feuilleton Notiz nehmen.

seiner Zeit durch Ausschreibung außerordentlicher Konkurse selbst zum Zutritte und Studium des Staatsbaudienstes aufgemuntert hat, und die darauf harrenden Interessenten sich bereits in vorgeschrittenem Lebensalter befinden, so daß baldige Abhülfe für sie eine sehr dringende Lebensfrage ist.

In welchem anderen Fache gleich geistiger Vorbildung des großen weiten Vaterlandes, das so körperliche und geistige Rührigkeit heischt, wird es vorkommen, daß Kandidaten nach unausgesetzter Staatspraxis unter sehr geringen Funktionsbezügen die erste provisorische Ernennung zum wirklichen Beamten mit einem Gehalte zu 800 fl. im 47., das Definitivum für diese Stellen im 50. Lebensjahre erreichen?

Wahrlich, die Verhältnisse sind dazu angethan, daß dem Fache endlich' die geneigteste Berücksichtigung zugewendet werden dürfte, wenn Muth und Dienstesfreudigkeit des Betreffenden nicht auf die härteste Probe gestellt werden wollen.

Cours der Staatspapiere.

Oesterr.	5 pCt. Met. (Cp. i. S. b. R.)	—
"	5 pCt. Lomb. ditto. à 24	—
"	5 pCt. Engl. Met. v. 1852	80¼ G.
"	5 pCt. Engl. Met. v. 1859	78⅝ P.
"	5 pCt. Venet. Coupon b. R.	86¾ G.
"	5 pCt. Nationalanl. v. 1854	68 P.
"	5 pCt. Metall. Obligation.	68⅛ P.
"	4½ pCt.	55⅜ P.
Preussen	3½ pCt. Staatsschuldsch.	—
Bayern	4½ pCt. Obl. 1jähr. dto.	101½ P. ⅛ G.
"	4½ pCt. Obl. ½jähr. dto.	102 P. 101⅞ G.
"	4 pCt. Obl. 1jähr. dto.	98⅞ P.
"	4 pCt. Obl. ½ jähr. dto.	99⅛ G.
"	4 pCt. Obl. Ab.-R. dto.	98⅛ P.
"	3½ pCt. Obl. dto.	—
Württemb.	4½ pCt. Obl. b. Rothsch.	104⅛ P.
"	3½ pCt. Obl. dto.	94⅜ P.
Baden	4½ pCt. Obl.	—
"	3½ pCt. Obl. v. 1842	91⅛ P.
Gr. Hess.	4½ pCt. Obl.	—
"	4 pCt. Obl. b. Rothsch.	100⅜ P. ¼ G.
"	3½ pCt. Obl. dto.	97⅛ P.
Nassau	4½ pCt. Obl. dto.	102⅛ P.
"	4 pCt. Obl. dto.	98⅞ G.
"	3½ pCt. Obl. dto.	91⅛ G.
Frankfurt	3½ pCt. Obl.	94⅜ P.
"	3 pCt. Obl.	—
Spanien	3 pCt. inl. Sch. P. à fl. 2. 30	—
"	2½ pCt. " "	—
Schweden	4½ pCt. Obl. à 105 Thlr.	10 P.
N.Amerika	6 pCt. à 1000r. 1881 D. 2½	79⅜—⅝ G.
"	6 pCt. ditto r. 1882 "	72⅛—4/8 G.

Diverse Aktien.

Frankfurter Bank à fl. 500 . . .	151½ G.
K. K. Oesterr. National-Bankaktien	870 G.
Oesterr. Kreditbank-Aktien à fl. 200	197½—95½ G.
Bayer. Hypothekenb. Pfandbriefe 4 pCt.	97½ G.
Darmst. Bank 1. u. 2. Serie à fl. 250	230 P.
Weimarische Bank à Thlr. 100 . .	100½ G.
Mitteldeutsche Kreditaktien . . .	101⅝ G.
Intern. Bank in Lux. à 250 Frs. à 28 kr.	—
Taunus-Eisenbahn à fl. 250 . . .	349 P.
Frankfurt-Hanauer-Eisenbahn . . .	100½ P.
Oest. F.St.Eisb. 5pCt. 500 Fr. à 28 kr.	—
" Elisab.-Eisenbahn 5 pCt. . .	121 P. 120¾ G.
Böhm. Westbahn-Aktien à fl. 200 6/7	77½ G.
Rhein-Nahe-Bahn 200 Thl. à 106 4pCt. Z.	31⅝ P.
Ludwigshafen-Bexbacher à 4 pCt. .	150½ G.
dto. dto. Prior. à 4 pCt.	—
Pfälz. Maxb. b. Rothschild à 4½ pCt.	106⅞ P.
Oest. St.-Eisenb. Prior.-Oblig. à 3 pCt.	51½ P.
Elisab.-Bahn Prior. 5 pCt. 6/7	78⅝ P.
Südd. Bank-Akt., 40 pCt. Einz.	252 P.
Span. Handels- und Industrie . .	—
Bayr. Ostbahn à 4½ pCt. volleinbez.	114¼ P. ⅜ G.
Bayer. Ostbahn mit 50 pCt. Einz.	114⅛ G.

Wechsel
in süddeutscher Währung.

Amst. fl. 100 k. S.	100⅝ P.
Antwerp. Frs. 200 k.S.	94⅞ P.
Augsb. fl. 100 k. S.	99¾ G.
Berlin Th. 60 k. S.	105 P.
Brem. 50 Th. Ld. k. S.	97⅜ P.
Brüssel Frs. 200 k. S.	94⅞ P.
Cöln Thlr. 60 k. S.	105 P.
Hamb. MB. 100 k. S.	88⅝ G.
Leipzig Th. 60 k. S.	105 P.
London Lst. 10 k. S.	119⅝ P.
Lyon Frs. 200 k. S.	—
Mail. Frs. 200 . .	94¾ G.
München fl. 100 k. S.	99¾ G.
Paris Frs. 200 k. S.	94⅝ G.
Petersburg 60 S.-R.	—
Triest fl. 100 k. S.	—
Wien fl. 100 ö. W.	—
do. in öst. W. l. S.	108¾ G.
Disconto	3½ pCt. G.

Anlehens-Loose.

Oesterr. fl. 250 v. 1839	131½ P.
" fl. 250 v. 1854 mit 4pCt.	79⅜ P.
" fl. 500 v. 1860 6/7	85¾ P.
" fl. 100 Eisb. L. v. 1858.	136¾ P.
" do. v. 1864.	91¼ P.
Schwed. 10 Thlr. Loose	9⅞ P.
Badische fl. 50	—
Badische fl. 35	53⅛ P.
Kurhess. Thlr. 40 b. R.	54¼ G.
Gr. Hessen fl. 50 b. R.	140 G.
" fl. 25 do.	36¾ G.
Nassau fl. 25 bei Rothsch.	36 P.
Sardinische Fr. 36 b. B.	70½ P.
Neuchateler 10 Frs.-Loose	—
Freiburger 15 Frs.-Loose	—
Mailänder 45 Frs. L. b. R.	32⅜ P.
St. Lüttich mit 2½ pCt. Z.	34¼ P.
Ansb.-Gunzenh. fl. 7-L.	10¼ G.

Frankfurt, 13. Juni. Die Börse war vorzugsweise mit der Medio-Liquidation beschäftigt. Amerikaner blieben auf die per „Moravian" überbrachten New-Yorker Goldnotirungen sehr gesucht. Oesterr. Papiere waren dagegen in Folge der äußerst ungünstigen Wiener Notirungen für jetzt flau und wurden fast sämmtlich bedeutend niedriger notirt, besonders Kreditaktien, die zu 195½ schlossen.

Die Lazzaroni in Neapel.

(Fortsetzung.)

Der richtige Lazzarone lebt noch unter den Gestalten des Mercato, und behauptet sich daselbst in den auserlesensten Exemplaren trotz aller Kulturbestrebungen, die das neue Regiment in Neapel macht. Aller Lärm des Marktes bringt ihn aus seiner Beschaulichkeit nicht heraus, den Lärm vermehren und die Marktszene beleben helfen, o, er ist dabei. Er schreit euch unaufgefordert mit hinein in das übrige Gewirre von Stimmen, er singt sein „Santa Lucia" mit weithin klingender Stimme, und macht seine Possen und Schnurren, sich und den Vorübergehenden zum Vergnügen, aber euch um eine Arbeit angehen, bewahre, das ist fern von ihm. Er belächelt und bespöttelt seine herumliegenden Kameraden, die solchen momentanen Arbeitsgelüsten nachgehen, und ärgert sich so lange darüber, bis er aus purem Aerger dasselbe thut. Doch, je i n Ereigniß ruft sein Interesse von Zeit zu Zeit schon wach. Wenn da drüben an der Ecke in einer der Straßenküchen des Mercato aus dem brodelnden Kessel die langen Maccaronischnüre herausgezogen werden, und er das langgewundene Gericht von ferne so einladend glänzen sieht, dann ist das werth, daß er seinen Körper vom Boden aufhebt und ihn gegen den ersehnten Punkt hin in Bewegung setzt. Die Maccaroni und der Himmel Neapels sind ja heute einzig und allein nur noch die Freude des echten Lazzarone. Die neue Zeit mit der neuen nationalen Regierung wollen einen arbeitsamen Menschen aus ihm machen, wollen ihn zum Fachino, Hafen- oder Eisenbahn-Arbeiter herabwürdigen (denn „arbeiten" ist unter der Würde der „Kinder des Lazarus!"), sie nehmen ihm das freie Himmelszelt seiner Wohnung und pressen ihn unter Dach und Fach ein. Er soll arbeiten, ein Handwerk treiben, Steuern davon zahlen und den Staat mitmachen helfen; ja das sind Alles dem Lazzarone unerhörte Dinge! Ein Theil bequemt sich schon zu solchen kühnen Neuerungen, und beschränkt seine Lazzarone-Gewohnheiten. In der That ist die Schaar kleiner geworden und hat ihre frühere Gefährlichkeit verloren. Die aber noch Lazzarone sind, können natürlich nicht anders als rufen: „Gebt uns die Bourbonen wieder!" Die Bourbonen waren die Pfleger und Heger des Lazzaronithums, sie streichelten diese wilden Gestalten und ließen sich von ihnen streicheln. Regierung und Lazzaroni waren so zu sagen befreundet, sie rechneten auf einander in den Zeiten des Mißgeschickes, und beide konnten auch aufeinander rechnen. Bewegte die Lazzaroni irgend ein Herzenswunsch, dann brauchten sie nur, ihr „Capo" an der Spitze, in Massen einen Besuch beim König im Palazzo Reale oder auf Schloß Caserta zu machen und ihren Wunsch auszusprechen. Ferdinand I. und Ferdinand II. haben die Lazzaronischaaren immer huldvoll empfangen, ihre Wünsche gehört, und gewöhnlich auch erfüllt. Freilich thaten ihnen auch die Lazzaroni wiederum manche Gefälligkeit. Die Geschichte erzählt ja, wie heroisch sie sich im Jahre 1799 für den Thron der Bourbonen schlugen, sie erzählt auch, wie sie so gefällig waren, im Mai 1848 das Blutbad der Reaktion hübsch einzugießen und die Verfassung darin zu ersäufen. Dienst will Gegendienst, und so weiß man auch, daß den Lazzaronis am 15. Mai 1848 für ihre freundliche, blutige Befestigung der Verfassung so mancher Uebergriff vergönnt wurde. Das Alles ist heute freilich anders, es reitet kein König mehr über den Molo, der den jubelnd herbeieilenden Lazzaronis die Hand reicht und seinem Pferde von ihnen schmeicheln läßt. In dem von Ausstattungs-Reichthümern strotzenden Palazzo Reale wohnt kein Bourbone mehr, sondern Prinz Humbert, Emanuel's erstgeborner Sohn residirt daselbst, und mit dem wollen die Lazzaroni nicht viel zu thun haben, also eben so viel wie er mit den Lazzaronis. Ehedem war die schöne große Treppe im Palazzo Reale, die zu der Etage des Königs Ferdinand geführt, wie man erzählt, der Lieblingsaufenthalt der Lazzaroni, die da am liebsten lagerten, und den König, wenn er ab- und zufuhr zu dem Palaste, mit freundlichen Zurufen begrüßten, Ovationen, die Niemand zu stören oder zu verhindern wagte; es verstand sich gleichsam von selbst, daß König und Lazzaroni zusammengehörten, und gegen diese Gemeinschaft ward auch keinerlei Schritt gethan.

(Schluß folgt.)

Verantwortlicher Redakteur: A. Hartmann.
Druck und Verlag der Stahel'schen Buch- und Kunsthandlung in Würzburg

Morgen, als am h. Frohnleichnamstage, erscheint keine Zeitung.

Digitized by Google

An die
k. Hof- und Staatsbibliothek
1 N. Würzb. Ztg. München

Neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht!

№ 164.	Vorausbezahlung: Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 1 fl. 30 kr. Bei Inseraten wird die dreispaltige Zeile in gewöhnlicher kleiner	62. Jahrgang.	Schrift oder deren Raum im Hauptblatte mit 6 kr., im Anzeiger mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franco.	Freitag, 16. Juni 1865.

Abonnements-Einladung.

Bestellungen auf die mit dem Unterhaltungsblatte **Mnemosyne** und dem Beiblatte **Würzburger Anzeiger** verbundene

Neue Würzburger Zeitung

für das mit dem 1. Juli beginnende III. Quartal nehmen alle Postämter an, und werden solche **rechtzeitig** erbeten. Der Abonnementspreis beträgt in ganz Bayern künftighin

vierteljährlich nur fl. 1. 30 kr.

(Bei außerbayerischen Postämtern findet eine geringe Preiserhöhung statt.)

Es kömmt somit jede Nummer der Zeitung nebst Anzeiger (welcher selbst an Sonntagen erscheint, was im Jahre anderen Blättern gegenüber ein Mehr von über 50 Nummern entziffert) sowie mit dem Unterhaltungsblatt Mnemosyne **zusammen** auf den außerordentlich billigen Preis von

täglich einem Kreuzer

im Abonnement zu stehen.

Die „Neue Würzburger Zeitung" bringt nach wie vor Leitartikel über jede bedeutende politische oder handelspolitische Zeitfrage, ferner Original-Korrespondenzen und telegraphische Depeschen aus den größeren Städten Europa's.

Außer dem im Hauptblatte enthaltenen Feuilleton bringt das belletristische Beiblatt „Mnemosyne" Originalnovellen u. s. w. aus der Feder bekannter Schriftsteller, und hofft mit denselben neben dem übrigen Neuesten und Interessantesten aus dem Gebiete der Unterhaltungslekture, sowie ausgewählten Erzählungen, Gedichten, Miscellen, Aphorismen, Nekrologen, literarischen und Kunst-Kritiken u. s. w. ihre Leser nach jeder Richtung hin angenehm und lehrreich zu unterhalten.

Das täglich zur Zeitung erscheinende Gratis-Beiblatt **„Würzburger Anzeiger"** (welcher auch separat um 42 kr. vierteljährlich bezogen werden kann) liefert alle lokalen Neuigkeiten, sowie eine kurzgefaßte Uebersicht der politischen Ereignisse, Markt-, Cours- und Sitzungsberichte u. s. w.

Die Expedition der „N. Würzb. Ztg."

Die schleswig-holsteinische Politik der preußischen Regierung.

In der Mittagssitzung des preußischen Abgeordnetenhauses vom 13. d., in welcher die Kriegskostenvorlage Gegenstand der Berathung war, hat Hr. v. Bismarck einen Vortrag gehalten, welcher für die Politik der preußischen Regierung in der Herzogthümerfrage sehr bezeichnend ist. Eingangs deckte sich der Herr Minister wieder einmal mit der Person des Königs, indem er auf das im Kommissionsbericht hervorgehobene Motiv der Ablehnung, daß dem Hause das Vertrauen zu den Personen gefehlt habe, bemerkte, man würde wohl das Vertrauen gehabt haben, wenn man sich vergegenwärtigt hätte, daß der König die auswärtige Politik leite. Das thatsächliche Verhältniß ist aber, daß der König sich von seinen Ministern, wenn sie nur seinen Ideen über Heeresorganisation und seinen absolutistischen Neigungen dienen, vollständig leiten läßt. Die Annexion erklärte der Herr Minister nicht für Preußen, sondern für die Schleswig-Holsteiner für das Vortheilhafteste; über das Wunderbare, daß die Schleswig-Holsteiner ihren Vortheil so verkennen und nicht annexirt sein wollen, gab er keine Auflösung. Im Weiteren erlaubte er sich, den alten schlechten Witz vorzubringen, die Annexion sei für Preußen ein Opfer, denn Schleswig-Holstein habe sehr viel Schulden zu berichtigen. Es ist dies die alte und doch ewig neue Geschichte vom Fuchse und den sauren Trauben. Ferner spricht er von der Bescheidenheit Preußens und dessen mäßigen Ansprüchen. Diese Ansprüche sind bekanntlich so mäßig, daß schwer zu finden wäre, was den Schleswig-Holsteinern nach Erfüllung derselben denn noch übrig bliebe. In seiner Forderungs-Depesche vom 22. Februar erklärt nämlich Preußen, sich Heer, Flotte, Matrosen, Rekruten, Häfen, Posten, Festungen u. s. w. aneignen zu müssen. Bemerkenswerth ist noch die Schlußerklärung, daß, je länger das nordelbische Volk anstehe, den preußischen Anforderungen nachzugeben, desto höher die Begehrlichkeit Preußens schwellen werde. Welche weitergehende Forderungen Preußen mit der Zeit noch stellen wolle und könne, können wir uns nicht denken, Herr v. Bismarck müßte denn gerade mit der Absicht umgehen, wenn man ihm länger und länger nicht nachgibt, die Herzogthümer in Plantagenbesitzungen für pommerische Junker einzutheilen, auf welchen die Schleswig-Holsteiner weiße Sklaven abzugeben hätten. Von Oesterreich und dessen Recht ist in dem ganzen Vortrag keine Rede.

Ueber die Debatte in der erwähnten Sitzung berichten wir kurz in der Rundschau des „Anzeigers"; aus dem Vortrage des Hrn. v. Bismarck lassen wir das Wichtigste folgen:

Das Abgeordnetenhaus hat hier Gelegenheit, über die Lösung harrende Frage der Konstituirung Schleswig-Holsteins sich zu äußern. Die Regierung wünscht den Ausspruch des Hauses darüber zu hören, das Land hat das Recht, einen solchen Ausspruch von seinen Vertretern zu fordern. Wenn das Abgeordnetenhaus sich eines solchen Ausspruches weigere, wenn es gar tendenziös die Regierung in der äußeren Politik bekämpfen würde, um nicht das ihm mißliebige Ministerium zu stärken, so würde es, im Bunde mit dem Auslande, gegen das Interesse des Vaterlandes handeln. Das Amendement des Abgeordneten Michaelis ist in seinen Zwecken zu billigen, es ist aber in seiner Fassung zu unklar. Das Programm der Regierung ist klar dargelegt in der Depesche vom 22. Februar. Es ist wünschenswerth, daß das Haus sich darüber ausspreche, ob es unter allen Umständen für dieses Programm einstehen, ob es die Regierung, wenn dieselbe mit allen Kräften dieses Programm durchzuführen gewillt ist, hierbei unterstützen will. Das Haus möge, wenn es an den in dieser Depesche aufgestellten Punkten etwas zu mindern, oder zu ihnen etwas hinzuzuthun wünscht, sich darüber aussprechen. Was nun noch die Stellung der Regierung zu dem Wagener'schen Amendement angeht, so würde gewiß die Einverleibung der Herzogthümer in den Preußischen Staat für dieselben das Vortheilhafteste sein, sowohl in politischer als in finanzieller Hinsicht. Allein diese Einverleibung würde nothwendig zur Folge haben, daß die finanziellen Lasten der Herzogthümer auf Preußen übergingen. Dieselben sind bedeutend. Sie zu übernehmen, würde die Staatsregierung nur dann sich entschließen können, wenn sie vorher der Zustimmung der Landesvertretung dazu sicher wäre. Die Eventualität der Annexion hat übrigens bereits Früchte getragen, denn die vormalige starre Abgeneigtheit der Herzogthümer, die im Interesse Preußens und des ganzen Deutschlands nöthigen Einräumungen zu machen, ist unter dem Einflusse der drohenden Annexion wesentlich gewichen. Im vorigen Sommer habe ich dem Erbprinzen von Augustenburg die Forderungen Preußens in ihrem allerbescheidensten Maße entwickelt; seine Antwort war: „Warum wir denn nach den Herzogthümern gekommen seien; man habe uns ja nicht gerufen. Ohne uns wäre es vielleicht besser gegangen." Daß die Idee der Annexion mitunter wieder auftaucht, liegt in der Natur der Dinge, und wenn unseren mäßigen Ansprüchen nicht genügt wird, so kann man immer noch nicht wissen, wozu diese Weigerung führt und was unter dem Eintritte neuer politischer Ereignisse sich für Preußen empfiehlt. Günstige Chancen können die Begehrlichkeit schwellen machen, wo jetzt Bescheidenheit weilt.

(Amtliche Nachrichten.) München, 13. Juni. Se. Maj. der König hat die erledigte Stelle des 1. Direktors am Appellationsgerichte von Schwaben dem Oberstaatsanwalte bei diesem Gerichtshofe, Dr. H. v. Wirschinger, verliehen und auf die hiedurch sich erledigende Stelle des Oberstaatsanwalts am Appellationsgerichte von Schwaben den Oberappellationsgerichtsrath Lang befördert; den Bezirksg.-Accessisten und derm. Vertreter der Staatsanwaltschaft am k. Landg. Waldmünchen, J. B. Bergler, zum Sekretär am Bezirksg. Amberg in prov. Eigenschaft ernannt.

Der k. Forstamtsaktuar L. Wunderer zu Ruhpolding wurde auf Ansuchen an das Forstamt Eichstätt I versetzt. Der k. Forstamtsaktuar J. Knüttel zu Friedberg wurde an das Forstamt Schongau versetzt und an dessen Stelle zum Forstamtsaktuar in Friedberg der k. Forstgehilfe Th. Karl zu Tennenlohe, Forstamts Sebaldi, befördert.

Die kath. Pfarrei Flintsbach, k. Bezirksamts Rosenheim, ist mit einem fassionsmäßigen Reinertrage von 792 fl. 50³/₈ kr. in Erledigung gekommen. — Se. Maj. der König hat die protest. Pfarrei Freckenfelden, Dek. Germersheim, dem bisherigen Pfarrer in Otterberg, Dek. Kaiserslautern, W. Fr. D'Alleux, verliehen; die erste protest. Pfarrstelle in Pirmasenz dem bisherigen Pfarrer in Obertäheim, Dek. Dürkheim, G. Chr. Fr. Dissiné, verliehen und demselben zugleich die mit dieser Pfarrstelle bisher verbundene Dekanatsfunktion übertragen; den Postverwalter August Ritter in Zweibrücken, seiner Bitte willfahrend, für immer in den Ruhestand treten lassen.

München. In der Sitzung des II. Ausschusses der Kammer der Abgeordneten vom 8. erstattete Abg. Feustel Vortrag über die Nachweisungen über die Erträgnisse der Staatseisenbahnen in den Jahren 1861/62 und 1862/63 und stellte schließlich den Antrag: „Es sei der hohen Kammer zu empfehlen: 1) den Rechnungsnachweisungen der Eisenbahnerträgnisse der Jahre 1861/62 und 1862/63 die Anerkennung zu ertheilen, dagegen 2) für die Zukunft Verwahrung einzulegen gegen jede einseitige über den genehmigten Etat hinausgehende Erhöhung von Beamtengehalten; 3) über das Gesuch der Lokomotivheizer zur Tagesordnung überzugehen; sowie folgende Wünsche anzufügen: die Staatsregierung möge a. auf eine erhöhte Verzinsung des Baukapitals der Bahnstrecke Aschaffenburg-Landesgrenze baldthunlichst Bedacht nehmen, b. die Torffeuerung der Lokomotiven mehr und mehr einschränken, c. den zur Prüfung kommenden Rechnungsnachweisungen künftig einen Ausweis über die Jahresabschlüsse des Betriebsinventares und der Materialbestände beigeben lassen." Die Ziffern 1 und 3 sowie die angefügten Wünsche wurden einstimmig, die Ziffer 2 mit 6 Stimmen gegen 2 (Freiherr v. Pfetten und Neuffer) angenommen.

Der III. Ausschuß der Kammer der Abgeordneten hat am 29. Mai in Bezug auf den Antrag von Brater und Genossen, die Rechte der nicht anerkannten Religionsgesellschaften und ihrer einzelnen Mitglieder betreffend, folgende Anträge an die Kammer beschlossen: „I. In der Erwägung, daß die Ziffer 1 des Antrages der Abgeordneten Brater und Kons. jeder Religionsgenossenschaft — sei sie zur Zeit bekannt oder unbekannt — einen gesetzlichen Anspruch auf die Rechte einer Privatkirchengesellschaft einräumen würde, ohne daß der Staat in ihrer Verfassung oder ihrem Glaubensbekenntnisse einen Grund finden dürfte, diese zu verweigern; der Staat aber der Befugniß, solche Rechte zu bewilligen oder zu verweigern, sich nicht begeben kann, ohne auf das ihm nach der Staatsverfassung gebührende Oberaufsichtsrecht zu verzichten oder dasselbe zu beschränken, wolle beschlossen werden, „„daß der Ziffer 1 des Antrages eine Folge nicht zu geben sei."" II. In der Erwägung ferner, daß schon jetzt die aktive und passive Wahlfähigkeit zum Landtage nach Art. 8 des Landtagswahlgesetzes vom 4. Juni 1848 nicht an ein bestimmtes Glaubensbekenntniß gebunden ist, dann, daß das Gesetz vom 10. November 1848, die Abänderung des II. Theiles des Strafgesetzbuches vom Jahre 1813 betreffend, in den Artikeln 75 und 76 die Befähigung zum Geschwornen eben so wenig von einem bestimmten Glaubensbekenntnisse abhängig macht, demzufolge die zur Zeit noch bestehenden Beschränkungen der bürgerlichen und politischen Rechte nur in Beziehung auf die Gemeindewahlen und in Folge dessen auf die Wahlfähigkeit für den Distriktsrath und den Landrath bestehen, — und in der Voraussetzung, daß auch diese letzten Beschränkungen bei der bevorstehenden neuen sozialen Gesetzgebung aufgehoben werden, „„wolle die hohe Kammer über die Ziffer 2 des genannten Antrags zur Tagesordnung übergehen."" III. „An Se. Maj. den König sei die Bitte zu richten, „„es wolle dem Landtage ein Gesetzentwurf vorgelegt werden, wodurch denjenigen Staatsangehörigen, welche keiner der vom Staate anerkannten Religionsgesellschaften angehören, die Eingehung einer rechtsgiltigen Ehe ermöglicht und die sachgemäße Behandlung der mit dieser Maßregel im nächsten Zusammenhange stehenden Gegenstände geregelt wird." Die Anträge I und II waren vom Abgeordneten Münch im Verein mit den Abgeordneten Bischoff, Förg und Mandel; der Antrag III vom Abgeordneten Förg vorgeschlagen worden; der erste Antrag ist mit allen gegen die eine Stimme Gelbert's; der zweite mit 7 gegen die zwei Stimmen Ruland's und Gelbert's; der dritte mit 6 gegen die drei Stimmen Ruland's, Sedlmayer's und v. Steinsdorf's zur Annahme gelangt. Wie in dem Sitzungsprotokoll vom 12. Mai, an welchem Tage der Ausschuß über diesen Gegenstand die erste Berathung pflog, angegeben ist, hatte der Berichterstatter Ruland vorgeschlagen, den Antrag der Herren Brater und Genossen in seinen drei Gliedern als mit dem Grundbestande der Verfassungsurkunde unvereinbar abzulehnen; für vollständige und unveränderte Annahme des Antrags war nur der Abg. Gelbert eingetreten. Ueber die Stellung der Regierung zu dem Brater'schen Antrag war in dieser Sitzung vom Hrn. Kultusminister folgende Erklärung abgegeben worden: „Die Staatsregierung stehe der Ziffer I des fraglichen Antrages aus prinzipiellen Gründen und weil auch ein praktisches Bedürfniß nicht

---

Feuilleton.

Die Lazzaroni in Neapel.

(Schluß.)

Seit der letzte König von Neapel dem Palast seiner Väter, den sie mit den schönsten irdischen Schätzen angefüllt, mit dem Lande zugleich verlassen mußte, hat man keinen Lazzarone an der großen Treppe des königlichen Palastes seine unaufhörliche Siesta halten gesehen. Im Munde des Lazzarone lebt auch nicht der Name des neuen Königs von Italien, wie der des Bourbonen Ferdinand II. darin gelebt hat. Ward doch der neue Stand der politischen Dinge in Neapel anno 1860 nicht nach dem Sinne der Lazzaroni eingeweiht, nicht einmal zum Plündern kam es zur Feier des Regierungswechsels! Diese höchst charakteristische Bemerkung habe ich aus dem Munde eines Lazzarone, mit dem sich ein neapolitanischer Freund auf dem Mercato in ein Gespräch einließ, vernommen. Und als ihn mein Freund auf diese etwas eigenthümliche Auffassung der Eigenthumsbegriffe humoristisch-freundlich aufmerksam machte, was meinen Sie, sagte unser Lazzarone? Er sagte: „Excellenza! Ist denn das recht, daß sich Viktor Emanuel und sein Sohn so ohne weiteres in dem Palast niederlassen, der dem alten König Ferdinand I. und seinem Sohne Ferdinand II. so viel Geld gekostet?" — Die Antwort war eben so originell und schlagend, und sie wurde mit einer gewissen Entrüstung von dem Manne mit der phrygischen Mütze vorgebracht, die dem Hasse der Lazzaroni gegen das neue nationale Regime ein kräftiges Licht aufsetzte. Ich erinnerte mich unwillkührlich dabei des Umstandes, wie an allen Kostbarkeiten des Palazzo Reale, deren er so viele enthält, der Name der Bourbonen fleißig herausgravirt and der Viktor Emanuels ebenso fleißig hineingravirt erscheint. Ganz getrennt von der neuen Ordnung der Dinge faßt der Lazzarone die Erscheinung — Garibaldi's auf. Es scheint, als ob sie dem allein es vergeben würden, wenn er heute den Palazzo Reale bezöge. Garibaldi ist auch den Lazzaronis die geheiligte Person des Landes. „Santo Giuseppe" — „heiliger Joseph" — nennen ihn die Lazzaroni Neapels, ganz so, wie ich Garibaldi vom Volke auf den verschiedensten Punkten Italiens nennen hörte. Der „Santo Giuseppe" ist den Neapolitanern überhaupt geläufiger, als der „re galantuomo". Die Neapolitaner, die von ihren „Heiligen" Alles zu erwarten und zu erhoffen gewohnt sind, erwarten auch vom „heiligen Joseph", von diesem ihrem jüngsten Heiligen, noch Vieles für ihre Zukunft. So erklärte mir ein Neapolitaner, mit dem ich mich über politische Zustände unterhielt, er glaube fest und wahrhaft an eine Herrschaft Garibaldi's, die nicht lange auf sich werde warten lassen. Er sah schon im Geiste die Gestalt des „heiligen Joseph" nochmals auf dem Mercato auftauchen und an die Spitze des Volkes von Fischern, Schiffern, Fachinis und Lazzaronis treten, er sah . . . . doch, was sah dieser flammenäugige Neapolitaner nicht noch Alles, was ich nicht wiedergeben mag! Freilich, der Mercato, der Hauptplatz der Lazzaroni, hat schon merkwürdige Zeiten genug gesehen und merkwürdige Handlungen obendrein. Auf dem Mercato mußten Conradin von Schwaben und Friedrich von Oesterreich einst eines unverschuldeten Todes durch das Richtschwert sterben. Da durch das kleine „Seufzergäßchen" („vico di sospiri") machten sie, fern von der Heimath, den letzten Gang. Und dort das Häuschen auf dem Mercato, das ziemlich unansehnlich und düster dreinschaut, erinnert an eine Gestalt der neapolitanischen Geschichte, ganz ähnlich der des Giuseppe Garibaldi, an die Gestalt des Volksmannes Masaniello, der auf dem Mercato eine Revolution in Szene setzte. Das Haus des Masaniello steht noch, die Fischer Neapels singen heute noch wie damals ihre Barcarole (wenn auch nicht die Auber's), aber Masaniello sitzt ruhig und einsam auf — Caprera.

vorliege, durchaus verneinend gegenüber. Die Ziffer II und III ferner kompetirten zwar nicht zu dem unter seiner Leitung stehenden Staatsministerium, doch sei er ermächtigt, zu erklären, daß die in Ziffer II angeregte Frage jedenfalls bei der zu erwartenden sozialen Gesetzgebung ihre Erledigung finden und die Ziffer III der künftigen Zivilgesetzgebung vorzubehalten sein werde."

Wien, 11. Juni. Als Thatsache meldet der offiziöse Korrespondent der „H. B. H.", daß Kaiser Maximilian 300.000 Frs. hieher zu dem Zwecke übersandt hat, sein bei Triest gelegenes Lustschloß Miramar in Stand zu setzen.

Wien, 11. Juni. Der Finanzausschuß für 1866 hat gestern Abend in Anwesenheit des Finanzministers eine dreistündige Sitzung gehalten, welche der Verhandlung über die neueste Kreditforderung der Regierung gewidmet war. Das mit den Vorberathungen betraute Subkomite brachte bereits (Berichterstatter Dr. Herbst) einen Bericht ein, der in die Konklusion auslief: es dürfe dem Abgeordnetenhaus überhaupt keine Kreditbewilligung empfohlen werden, solange das Finanzgesetz für 1865 nicht verfassungsmäßig aufgestellt worden; es habe aber das Komite schon jetzt in die materielle Würdigung der Vorlage einzutreten und dieselbe durch die Aufnahme derjenigen Garantien zu ergänzen, welche geeignet seien, die Unregelmäßigkeiten der Jahre 1863, 1864 und 1865 für die Zukunft unmöglich und den Grundsatz der Verfassung: daß die Staatsschuld unter der Kontrole des Reichsraths stehe und daß Staatsschulden nicht anders denn nach vorausgegangener Zustimmung des Reichsraths kontrahirt werden können, zur Wahrheit zu machen. Sofort nahm der Abg. Skene das Wort. Ihm genügte der Antrag des Subkomite's um so weniger, als er zu wissen glaubte, daß der wirkliche Geldbedarf sich nicht blos auf 117, sondern auf 200 Millionen belaufe. Er beantragte die Uebernahme der Banknoten von 1 und 5 fl. für Rechnung des Staats, die Sistirung mit Ausnahme der Lottoanlehen, jeder weitern Amortisirung und endlich die Erlassung einer Adresse an den Kaiser mit der Erklärung, daß von der bestehenden Verwaltung die Regenerirung Oesterreichs nicht zu erwarten sei. Graf Kinsky war gleichfalls der Ansicht, daß der vorliegende Antrag nicht weit genug gehe, aber er glaubte denselben durch eine Weisung an das Subkomite ersetzen zu sollen, sich darüber zu äußern, wie im Wege der Gesetzgebung und als Vorbedingung für die Bewilligung des geforderten Kredits Garantien dafür zu erlangen seien, daß dem Mißbrauch des Oktroyirungsparagraphen der Verfassung in Zukunft vorgebeugt, durch eine entsprechende Reduktion der Flotte und der Armee die dauernde Regulirung des Staatshaushalts ermöglicht und die rechtsgiltige Kontrahirung jeder Art von Staatsschulden von der Bewilligung des Reichsraths abhängig gemacht werde. Bei der Motivirung und Beleuchtung dieser verschiedenen Anträge fielen harte Worte. Frhr. v. Ingram erklärte: wenn die Regierung nach ihrer Interpretation der Verfassung noch fortoktroyire, so thue man am Besten, der Regierung allein die Verantwortlichkeit dem Land gegenüber zu überlassen. Dr. Berger glaubte zu erkennen, daß man eben jetzt einfach beim finanziellen Solferino angelangt sei. Dr. Schindler sah keinen anderen Ausweg als den Rücktritt des gegenwärtigen Ministeriums. Brestl schleuderte der Regierung die Anklage in's Gesicht: sie habe die Sachlage längst gekannt, sei aber erst im letzten Augenblick mit ihrer Vorlage gekommen, um unter dem Druck der unabweislichen Nothwendigkeit das Haus nachgiebig zu stimmen. Die Entgegnung des Finanzministers, für den sich keine einzige Stimme erhob, war der Lage der Dinge entsprechend. Er wies den Vorwurf der Verfassungsverletzung entschieden zurück, erklärte die Verzögerung der Vorlage damit, daß er einestheils nicht ein Stückwerk, sondern einen Gesammtplan habe bringen wollen, und daß anderntheils das Zustandekommen des Finanzgesetzes sich jetzt schon in den achten Monat hinein verschleppe, gab endlich zu, daß der nachgesuchte Kredit die volle Höhe des Erfordernisses nicht erreiche, erinnerte aber daran, daß er auf ein noch nicht beziffertes Mehrbedürfniß schon ausdrücklich hingewiesen. Damit schloß die Debatte für diesmal. Der Antrag des Subkomite's wurde in seinem ersten Theile (vor jeder Kreditbewilligung Feststellung des Finanzgesetzes für 1865) mit 21 gegen 5 Stimmen, in seinem zweiten Theil (Garantien gegen verfassungswidriges Vorgehen des Finanzministeriums) einstimmig angenommen. Es wurde ferner beschlossen, zu allen weiteren Berathungen des Ausschusses das Gesammtministerium einzuladen. (A. Z.)

Wien, 14. Juni. Die „Generalkorrespondenz" erklärt die Berner Nachricht, nach welcher Oesterreich die Gleichstellung der Schweiz mit den meistbegünstigten Nationen bezüglich des neuen Zolltarifs als annoch unthunlich bezeichnet, für verfrüht. Bei den noch wenig geförderten Verhandlungen des Reichsraths dürfte die kaiserliche Regierung nicht sobald in der Lage sein, auf die erst vor wenigen Tagen eidgenössischerseits hier erfolgte Anfrage in Betreff dieses Gegenstandes eine Antwort zu ertheilen.

Berlin, 13. Juni. Abgeordnetenhaus. Anwesend die Minister v. Roon, v. Bismarck und v. Selchow. Der Kommissionsbericht über die Nachweisung des Staatsschatz-Vermögens von 1863 und 1864 wird erstattet. Referent ist der Abgeordnete Reichenheim. Die Kommission beantragt: 1) Die von der Regierung fortgesetzt verweigerte Vorlegung spezieller Nachweise über die Aktivbestände des Staatsschatzes ist mit den Rechten der Landesvertretung unvereinbar. 2) Bis zur Vorlegung spezieller Nachweise der ultimo 1862 im Staatsschatze verbliebenen Aktivforderungen die Ertheilung der Entlastung rücksichtlich der Rechnungen von 1850—1862 der Staatsschatz-Rendantur vorzuenthalten. Abg. Graf Eulenburg ist gegen den Kommissionsantrag und beantragt, den Gegenstand erst nach Berathung der Kriegskosten-Vorlage zu berathen. Minister v. Bodelschwingh: Die Regierung glaubte, der vorgeschriebenen vorschußweißen Bestreitung der Grundsteuer-Regulirungskosten nicht anders genügen zu können, als durch Entnahme aus dem Staatsschatze. Er bestreite eine anderweite Geldverwendung, ob die Verwendung erfolgt sei aus den Ueberschüssen oder aus dem Staatsschatze, sei gleich, da die ersteren dem Staatsschatze angehörten. Die Regierung hätte schon der Kommission erklärt, daß nach dem Wiedereingange der Vorschüsse die Gelder wieder dahin flößen, woher sie entnommen seien. Abg. v. Hoverbeck bestreitet, daß die Regierung zu einer Entnahme aus dem Staatsschatze gezwungen gewesen wäre und sie bleibe für die Entnahme der Kriegsmittel aus dem Staatsschatze verantwortlich, zumal da sie auf Indemnität nicht rechnen konnte. Die Wiedererstattung durch Eingehen der Vorschüsse sei ganz illusorisch. Abg. Graf Eulenburg: Es handle sich um Verwendung für den Krieg, welcher bezweckt hätte, die deutschen Lande vom dänischen Joche zu befreien; dazu die Zustimmung verweigern, sei unmöglich. Abg. Lasker für den Kommissionsantrag. Abg. v. Forckenbeck: Der Staatsschatz beruhe auf einem Gesetze, die Staatskasse könne damit keinesfalls in Verbindung gebracht werden, wie dies der Finanz-Minister gethan habe; die Entnahme sei jedenfalls nicht verfassungsmäßig; er könne in so fern der Kommission nur beitreten. Abg. v. Bockum-Dolffs: Die Verfügung über den Staatsschatz habe nach dem Gesetze von 1820 nur der Gesetzgeber; nach Emanation der Verfassung seien dies die drei Faktoren; die Regierung habe also bei Entnahme nicht verfassungsmäßig gehandelt. Die allgemeine Debatte wird geschlossen. Abg. Reichenheim resumirt und bittet um einstimmige Annahme der Kommissionsanträge. — Das Haus lehnt den Antrag des Abg. Grafen Eulenburg auf Vertagung der Berathung ab und nimmt folgenden Kommissions-Antrag mit großer Majorität an: Die geschehene Entnahme der Geldmittel ohne gesetzliche Ermächtigung durch die Landesvertretung ist verfassungswidrig; das Staatsministerium bleibt für die so entnommenen Beträge verantwortlich. Die Debatte geht zu den Schlußanträgen der Kommission (oben unter 1 und 2 angeführt) über. Abg. Graf Eulenburg: Die Regierung habe die Auskunftertheilungen nicht verweigert, sondern solche nur vertraulich zweien Mitgliedern der Budgetkommission machen wollen. Abg. v. Hennig: Die Budgetkommission sei zur Entgegennahme vertraulicher Mittheilungen nicht bevollmächtigt. Regierungskommissär Romeier: Wäre man auf das Angebot vertraulicher Mittheilungen eingegangen, so würde man volle Befriedigung über den Thatbestand gefunden haben. Abg. v. Mitschke-Collande: Die Budgetkommission habe früher stets zwei Mitglieder zur Entgegennahme von Mittheilungen über den Staatsschatz abgeordnet. Abg. v. Hennig bleibt dabei, daß nicht geheime, sondern nur offene Regierungsmittheilungen erforderlich seien. Die Debatte wird geschlossen, und die Kommissionsanträge 1 und 2 werden mit großer Majorität angenommen.

Die „National-Ztg." berichtet: „Die Abreise des Königs nach Karlsbad ist auf den 20. d. Mts. angeordnet. Außer dem Ministerpräsidenten v. Bismark werden sich u. A. in der Begleitung befinden: die Generaladjutanten v. Manteuffel und v. Alvensleben, der Oberst v. Treskow. Dem Vernehmen nach werden sich auch die Minister v. Roon und Graf Eulenburg nach Karlsbad begeben. — Am Sonntag überreichte der Vorstand des Bezirksvereins „Alt-Cölln" dem Abg. Virchow eine auf die bekannte Duell-Angelegenheit bezügliche Anerkennungs-Adresse, welche im Laufe des Sonnabends seitens der Bürgerschaft des betreffenden Stadttheils mit ungefähr 700 Unterschriften bedeckt worden war. Auf eine Ansprache des Herrn A. Salomon erwiderte Prof. Virchow, es habe nicht in seiner Absicht gelegen, diese Angelegenheit so auf den offenen Markt zu tragen; nachdem dies jedoch geschehen, könne

er sich nur freuen, daß richtige Verständniß für sie im Volke zu finden. Er fühle sich jedoch verpflichtet, auszusprechen, daß, wenn er auch nicht in seiner dem Volke verantwortlichen Stellung als Abgeordneter sich befunden hätte, er doch niemals auf ein Duell eingegangen sein würde, weil er es endlich an der Zeit halte, daß Jedermann sich verpflichtet finde, zur Unterdrückung dieses alten Vorurtheils beizutragen. Im Uebrigen wiederhole er, daß die betreff. Angelegenheit für ihn jetzt (seit der Sonnabendsitzung im Abgeordnetenhause) erledigt sei.

Berlin, 14. Juni. Die „Prov.-Korresp." sagt: „Die neueste österreichische Depesche führte eine Verständigung über den wichtigsten Punkt herbei. Demzufolge steht eine weitere Verständigung und gemeinsame Anordnung wegen Ausschreibung der Ergänzungswahlen für die Stände der Herzogthümer baldigst zu erwarten." — Der Schluß der Berathung des preußischen Kronsyndikats dürfte in den nächsten Tagen zu erwarten sein. — Der Landtag wird seine Arbeiten noch im Laufe dieser Woche beendigen.

Aus **Minden,** 12. Juni, berichtet die „Westph. Ztg.": „Gestern Abend und die Nacht hindurch hat eine entsetzliche Schlägerei zwischen Militär- und Zivilpersonen stattgefunden in dem nahe gelegenen Dorfe Dützen bei Gelegenheit eines „Kranzreitens", eines etwas tollen Volksfestes, das die Stelle eines Schützenfestes vertritt. Ein Familienvater ist erschlagen, bei zweien ist der Tod ziemlich gewiß, und viele Andere sind lebensgefährlich verwundet. Bei Tagesanbruch wurde eine Abtheilung Soldaten hingesandt; zahlreiche Verhaftungen sollen vorgenommen worden sein. Nach allen Ermittelungen scheint die Schuld die Bauern zu treffen. Die Untersuchung wird den Thatbestand wohl feststellen."

Sächs. Herzogthümer. Nach einer Mittheilung in der „Fränk. Zeitung" wird die vierte Versammlung von Verwaltungsbeamten aus Thüringen, Hessen und den drei Franken am 1. und 2. Juli in Koburg abgehalten werden. Die Ausführung des auf der vorjährigen Versammlung in Bamberg gefaßten Beschlusses, Einladungen zur Theilnahme an die Verwaltungsbeamten aus allen Gauen Deutschlands ergehen zu lassen, ist an der Erkrankung des nun in den Ruhestand getretenen Bürgermeisters von Koburg, Herrn Oberländer, dem die Leitung der Vorbereitungen übertragen war, gescheitert und soll nun im künftigen Jahre erfolgen.

Altona, 14. Juni. Es wurde hier ein Erlaß des Herrn v. Bismark vom 10. Juni eröffnet, nach welchem die schleswig-holstein'schen Schiffe, welche die Befugniß zur Führung der preußischen Flagge erworben haben, beim Besuch preußischer Häfen den preußischen Schiffen vollkommen gleichzustellen sind.

Frankfurt, 13. Juni. Die geschäftsleitende Kommission des 36er-Ausschusses hat in ihrer Sitzung vom 10. d. auf Verlangen eine weitere Unterstützung von fünfundzwanzigtausend Gulden (25,000 fl.) an die Kriegsbeschädigten von Sonderburg verwilligt. Der letzte Aufruf zu Gunsten der Alsener und Sonderburger ergab einen Betrag von ungefähr 21,000 fl. Die Kommission hat jetzt für Nothleidende über 50,000 fl. mehr bezahlt, als die für Unterstützung speziell ihr verwilligten Gelder insgesammt betrugen. Sie hat überhaupt von den ursprünglich vereinnahmten mehr als 600,000 fl. jetzt nur noch einen Restbetrag von etwa 50,000 fl. in Kasse.

So groß ist die Konkurrenz unter den **Londoner** Photographen geworden, daß man in einzelnen — allerdings nicht sehr eleganten — Stadttheilen oft photographische Ateliers mit folgenden Inschriften findet: „Ein photographisches Porträt um 6 d. (5 Sgr.) und eine Cigarre als Zugabe," oder auch „und eine Tasse Kaffee als Zugabe", oder auch „und eine Scheibe guten Specks als Zugabe".

Paris, 12. Juni. Dem gesetzgebenden Körper wurde heute ein kaiserliches Dekret mitgetheilt, welches die legislative Session bis zum 30. Juni ausschließlich prorogirt. Die Diskussion drehte sich heute um das Budget des Auswärtigen und des Innern. Herr Carnot benützte die Gelegenheit, um auch die polnische Frage wieder vorzubringen und die russische Macht anzugreifen und vor ihren Zukunftsplänen zu warnen. J. Favre plaidirt die Sache von zwei Franzosen, von denen der eine in Konstantinopel, der andere in Rußland Verfolgungen zu erleiden hatte, und verlangt für die Staatsangehörigen Schutz und Genugthuung. Staatsminister Rouher antwortete kurz, die Regierung werde stets und überall das Recht und die Würde ihrer Staatsangehörigen zu schützen und zu vertreten wissen. Das Budget des Auswärtigen wird angenommen.

Paris, 14. Juni. Der Kaiser empfängt heute Abend das diplomatische Korps auf dessen Bitte vor dem Empfang anderer Personen. Die Forderungen der Kinder der Madame de Pauw an die Versicherungsgesellschaften ist vom Tribunal verworfen worden. — Der „Moniteur" dementirt die Nachricht, wonach zwischen den Generalen Deligny und Legrand ein Duell stattgefunden hätte.

Rom, 13. Juni. Der „Osservatore" dementirt die Nachricht, welcher zufolge Herr v. Hübner im Auftrag der gewesenen Fürsten von Toskana, Parma und Modena nach Rom gekommen wäre.

Hiezu die Beilage: „Würzburger Anzeiger".

Verantwortlicher Redakteur: A. Hartmann.
Druck und Verlag der Stahel'schen Buch- und Kunsthandlung in Würzburg

Cours der Staatspapiere.

Oesterr.	5 pCt. Met. (Cp. 1. S. b. R.)	—
„	5 pCt. Lomb. ditto. à 24	—
„	5 pCt. Engl. Met. v. 1852	80 P.
„	5 pCt. Engl. Met. v. 1859	$77\frac{7}{8}$ G.
„	5 pCt. Venet. Coupon b. R.	87 P.
„	5 pCt. Nationalanl. v. 1854	68 P.
„	5 pCt. Metall. Obligation.	—
„	$4\frac{1}{2}$ pCt.	$56\frac{1}{4}$P. $55\frac{7}{8}$G.
Preussen	$3\frac{1}{2}$ pCt. Staatsschuldsch.	—
Bayern	$4\frac{1}{2}$ pCt. Obl. 1jähr. dto.	$101\frac{3}{8}$ P.
„	$4\frac{1}{2}$ pCt. Obl. ½jähr. dto.	$101\frac{7}{8}$ G.
„	4 pCt. Obl. 1jähr. dto.	$98\frac{7}{8}$ P.
„	4 pCt. Obl. ½ jähr. dto.	$99\frac{1}{8}$ G.
„	4 pCt. Obl. Ab.-R. dto.	$98\frac{3}{4}$ P.
„	$3\frac{1}{2}$ pCt. Obl. dto.	—
Württemb.	$4\frac{1}{2}$ pCt. Obl. b. Rothsch.	$101\frac{1}{2}$ P.
„	$3\frac{1}{2}$ pCt. Obl. dto.	94 G.
Baden	$3\frac{1}{2}$ pCt. Obl.	—
„	$3\frac{1}{2}$ pCt. Obl. v. 1842	$91\frac{5}{8}$ P.
Gr. Hess.	$4\frac{1}{2}$ pCt. Obl.	—
„	4 pCt. Obl. b. Rothsch.	$100\frac{3}{8}$ P. $\frac{1}{4}$ G.
„	$3\frac{1}{2}$ pCt. Obl. dto.	$97\frac{1}{4}$ P.
Nassau	$4\frac{1}{2}$ pCt. Obl. dto.	$101\frac{7}{8}$—102 G.
„	4 pCt. Obl. dto.	$99\frac{3}{8}$ P.
„	$3\frac{1}{2}$ pCt. Obl. dto.	$91\frac{1}{2}$ P.
Frankfurt	$3\frac{1}{2}$ pCt. Obl.	$94\frac{1}{2}$ G.
„	3 pCt. Obl.	—
Spanien	3 pCt. inl. Sch. P. à fl. 2. 30	—
„	$2\frac{1}{4}$ pCt. „ „ „	—
Schweden	$4\frac{1}{2}$ pCt. Obl. à 105 Thlr.	$91\frac{3}{4}$ P.
N.Amerika	6 pCt. à 100Dr. 1881 D. $2\frac{1}{2}$	$74\frac{1}{2}$ P. $\frac{1}{4}$ G.
„	6 pCt. ditto r. 1882 „	$72\frac{7}{8}$—73 G.

Diverse Aktien.

Frankfurter Bank à fl. 500 . . .	$151\frac{7}{8}$ G.
K. K. Oesterr. National-Bankaktien	870 G.
Oesterr. Kreditbank-Aktien à fl. 200	$195\frac{1}{2}$—96 G.
Bayer. Hypothekenb. Pfandbriefe 4 pCt.	$97\frac{3}{4}$ P.
Darmst. Bank 1. u. 2. Serie à fl. 250	$229\frac{1}{2}$ P. 229G.
Weimarische Bank à Thlr. 100 . .	$100\frac{1}{2}$ G.
Mitteldeutsche Kreditaktien . . .	$101\frac{5}{8}$ G.
Intern. Bank in Lux. à 250 Frs. à 28 kr.	—
Taunus-Eisenbahn à fl. 250	449 P.
Frankfurt-Hanauer-Eisenbahn . . .	—
Oest. F.St.Eisb. 5pCt. 500 Fr. à 28 kr.	—
„ Elisab.-Eisenbahn 5 pCt. . .	121P. $120\frac{3}{4}$ G.
Böhm. Westbahn-Aktien à fl. 200 6/7	$76\frac{3}{8}$ G.
Rhein-Nahe-Bahn 200 Thl. à 105 4pCt. Z.	31 P.
Ludwigshafen-Bexbacher à 4 pCt. .	150 P.
dto. dto. Prior. à 4 pCt.	—
Pfälz. Maxb. b. Rothschild à $4\frac{1}{2}$ pCt.	$106\frac{3}{4}$ P.
Oest. St.-Eisenb. Prior.-Oblig. à 3 pCt.	$51\frac{1}{8}$ P.
Elisab.-Bahn Prior. 5 pCt. 6/7	$78\frac{5}{8}$ P.
Südd. Bank-Akt., 40 pCt. Einz.	252 P.
Span. Handels- und Industrie . .	—
Bayr. Ostbahn à $4\frac{1}{2}$ pCt. volleinbez.	$114\frac{3}{4}$ G.
Bayer. Ostbahn mit 50 pCt. Einz.	$114\frac{5}{8}$ G.

Wechsel
in süddeutscher Währung.

Amst. fl. 100 k. S.	$100\frac{3}{4}$ P.
Antwerp. Frs. 200 k.S.	$94\frac{7}{8}$ P.
Augsb. fl. 100 k. S.	$99\frac{3}{4}$ G.
Berlin Th. 60 k. S.	105 P.
Brem. 50 Th. Ld. k. S.	$97\frac{1}{4}$ P.
Brüssel Frs. 200 k. S.	$94\frac{7}{8}$ P.
Cöln Thlr. 60 k. S.	105 P.
Hamb. MB. 100 k. S.	$88\frac{3}{4}$ P.
Leipzig Th. 60 k. S.	105 P.
London Lst. 10 k. S.	$119\frac{1}{2}$—$\frac{5}{8}$ G.
Lyon Frs. 200 k. S.	—
Mail. Frs. 200 . .	$94\frac{5}{8}$ G.
München fl. 100 k. S	$99\frac{3}{4}$ G.
Paris Frs. 200 k. S.	$94\frac{5}{8}$ G.
Petersburg 60 S.-R.	—
Triest fl. 100 k. S.	—
Wien fl. 100 ö. W.	—
do. in öst. W. k. S.	$108\frac{7}{8}$ P.
Disconto	$3\frac{1}{2}$ pCt. G.

Anlehens-Loose.

Oesterr. fl. 250 v. 1839	132 P.
„ fl. 250 v. 1854 mit 4pCt.	$79\frac{1}{2}$ P.
„ fl. 500 v. 1860 6/7	$85\frac{1}{4}$ P.
„ fl. 100 Eisb. L. v. 1858.	$136\frac{1}{2}$ P.
„ do. v. 1864.	$90\frac{5}{8}$—$\frac{1}{2}$ G.
Schwed. 10 Thlr. Loose	$\frac{5}{8}$ P.
Badische fl. 50	—
Badische fl. 35	$53\frac{1}{8}$ P.
Kurhess. Thlr. 40 b. R.	$54\frac{4}{8}$ G.
Gr. Hessen fl. 50 b. R.	140 G.
„ fl. 25 do.	$36\frac{1}{2}$ G.
Nassau fl. 25 bei Rothsch.	36 P.
Sardinische Fr. 36 b. R.	$70\frac{1}{2}$ P.
Neuchateler 10 Frs.-Loose	—
Freiburger 15 Frs.-Loose	—
Mailänder 45 Frs. L. b. R.	$32\frac{3}{8}$ P.
St. Lüttich mit $2\frac{1}{2}$ pCt. Z.	$34\frac{1}{4}$ P.
Ansb.-Gunzenh. fl. 7-L.	$10\frac{1}{4}$ G.

Frankfurt, 15. Juni. Die Herabsetzung des Londoner Bankdiskonto's wirkte nur auf amerikanische Fonds, die von London höher gemeldet wurden, günstig. Für Privatrechnung wurden vielfache Ankäufe in 1882er ausgeführt. Oesterr. Sachen waren etwas fester, besonders für 1860er Loose, die in den letzten Tagen nicht unbedeutend gefallen, herrschte ziemliche Kauflust. (Synd.)

Digitized by Google

An die
k. Hof- und Staatsbibliothek
1 N. Würzb. Ztg.
München.

Neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht!

№ 165. | Vorausbezahlung: Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 1 fl. 30 kr. Bei Inseraten wird die dreispaltige Zeile in gewöhnlicher kleiner Schrift oder deren Raum im Hauptblatte mit 6 kr., im Anzeiger mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franco. | 62. Jahrgang. | Samstag, 17. Juni 1865.

Die schleswig-holsteinische Frage in dem preußischen Abgeordnetenhaus.

In der Sitzung des Abgeordnetenhauses vom 13. war der Bericht der Budgetkommission über das Vermögen des Staatsschatzes der erste Gegenstand der Tagesordnung. Die beiden Anträge der Kommission: 1) auszusprechen, daß „die geschehene Entnahme von Geldmitteln aus dem Staatsschatze ohne gesetzliche Ermächtigung durch die Landesvertretung verfassungswidrig sei und das Staatsministerium für die so entnommenen Beträge verantwortlich bleibe"; 2) zu erklären, daß die verweigerte Vorlegung der Nachweisung der Aktivbestände des Staatsschatzes mit den Rechten des Landes unvereinbar, daß deßhalb die Anerkennung der Rechnungen für die Jahre 1860—62 vorzuenthalten sei, wurden mit großer Mehrheit angenommen. Das Haus trat sodann in die Berathung der Kriegskostenvorlage. Die Kommission beantragt, ohne irgend welche Resolutionen vorzuschlagen, einfach Ablehnung der Vorlage. Vom Abg. Michaelis und 42 Genossen (darunter Mommsen, Prince Smith, Stavenhagen, v. Bockum-Dolffs, Bunsen, Lette) wird beantragt, zu erklären: „Das Interesse Preußens und Deutschlands fordert, daß die definitive Regelung der Verhältnisse Schleswig-Holstein's schleunigst herbeigeführt werde, daß jedoch eine staatliche Konstituirung der Elbherzogthümer nur unter solchen Maßgaben stattfinde, welche eine unlösliche Verbindung zwischen denselben und Preußen feststellen, die den Schutz der Nordgränze Deutschlands und die Entwickelung einer Achtung gebietenden Marine unter der dem Verhältniß der beiderseitigen Kräfte entsprechenden Mitwirkung der Elbherzogthümer in Preußens Hände legt und die zu diesem Zwecke nöthigen territorialen, finanziellen, maritimen und militärischen Vorbedingungen gewährleistet." Abg. **Wagener** in Verbindung mit 28 Genossen beantragen: das Haus der Abgeordneten wolle beschließen: „1) der stattgefundenen Verwendung der zur Bestreitung der Kosten des Krieges gegen Dänemark verausgabten Summen, vorbehaltlich der demnächstigen etatsmäßigen Behandlung und bez. des rechnungsmäßigen Nachweises unter Anerkennung der erzielten Resultate, nachträglich seine Zustimmung zu ertheilen; 2) die Erwartung auszusprechen, daß die Staatsregierung anstreben werde, nöthigenfalls unter Abfindung etwa berechtigter Erbprätendenten, die Elbherzogthümer der preußischen Monarchie zu erwerben." Der Berichterstatter **Twesten** empfiehlt den Kommissionsantrag, spricht sich sodann mehr für seine eigene Person, als im Namen des Ausschusses, für die Resolution des Abg. Michaelis aus und bekämpft die des Abg. Wagener: Es sei nicht das Interesse Preußens, daß man über das Recht der Herzogthümer so ohne Weiteres hinweggehe. Der Ministerpräsident habe gezeigt, daß Preußen unabhängig von anderen Mächten seine Meinung zu verfechten und durchzuführen wisse. Das sei nach einer langjährigen schwächlichen Politik ein Erfolg, der gewiß nicht verwischt werden könne, aber eine Regierung, die das Recht des Volkes im eigenen Lande nicht achte, könne trotz solcher Erfolge keine Sympathien im Volke sich erwerben. Preußen sei nicht in der Lage, gegen den Widerspruch der Großmächte den Besitz eines Gebietes, wie das in Rede stehende, zu behaupten, Preußen sei durch seine Geschichte der neueren Zeit auf Aufhebung des Partikularismus hingewiesen worden, und diesen Weg dürfte es nicht verlassen. Es sei nicht zuzugeben, daß die Herzogthümer als ein bloßer Mittelstaat in Deutschland eingereiht würden; Preußen habe durch sein Eintreten und seine Erfolge für die Befreiung der Herzogthümer vom dänischen Joche das Recht erlangt, in Betreff der Konstituirung und der Bedingungen, unter welchen diese geschehen soll, mitzusprechen. Preußen habe das Recht, zu verlangen, daß die Herzogthümer Das, was sie früher für Dänemark gethan, nun für Deutschland thun; aber er glaube, daß das nicht durch Verständigung mit Oesterreich allein zu erlangen sei, wenn Preußen nicht zuvor mit dem Herzog von Augustenburg, dem scheinbar am Meisten preußisch gesinnten Erbprätendenten, und den schleswig-holsteinischen Ständen verständige. Abg. **Wagener**: Das bekannte Gothaer Feldgeschrei ist deutsches Parlament und deutscher Bundesstaat, und das wollen wir hier nicht wieder gelten lassen. Die preußischen Erfolge verlangen andere Vergünstigungen, als nur die Gothaer verlangen. Sie täuschen sich über die Stimmung des Volkes und die Erfolge der preußischen Politik. Sie sagen: weil wir die Politik dieser Regierung nicht kennen und sie auch nicht kennen lernen sollen, darum wollen wir der Regierung auch die verwendeten Mittel nicht genehmigen und etwa noch hierzu nothwendig werdende Mittel nicht bewilligen. Die Erfolge der preußischen Politik liegen aber vor Ihnen, und wenn Sie dennoch die Bewilligung der Kriegskosten verweigern, so heißt das nichts Anderes, als über das in den Herzogthümern vergossene preußische Blut zur Tagesordnung übergehen. (Bravo! rechts, Oho! links.) Von der großen Preußenfreundlichkeit des Herzogs ist mir nichts bekannt, dagegen ist die Zahl der Bewohner der Herzogthümer, welche sich an Preußen anschließen wollen, doch bedeutender, als Sie meinen. Verwerfen Sie die Vorlage, so werden Sie sich selbst bei Ihren Wählern schaden und das Ministerium in den Stand setzen, die ganze Opposition aus den Angeln zu heben: Sie werden das ganze innere Düppel weit eher erobern helfen. Wenn Sie aber die Vorlage auch ablehnen, so versichere ich Sie, daß die Geschichte sich darum sehr wenig kümmern wird. Die Regierung aber wäre ganz außer Stande, ihrem Beschlusse Folge geben zu können. Abg. **Duncker**: Wir bedürfen der freien Zustimmung der Schleswig-Holsteiner, ein Zwang gegen sie ist unstatthaft. Es muß Aufgabe der Regierung sein, diese freie Zustimmung zu erlangen zu suchen, aber sie vermag es nicht. Abg. **Schulz** (Bocken): Ich hoffe, daß das Haus dem Kommissionsantrage nicht zustimmen wird, eingedenk der Opfer des Vaterlandes und seiner gefallenen Söhne, um dadurch einen Kranz auf den Gräbern der gefallenen Brüder niederzulegen. Dr. **Waldeck**: Der Wagener'sche Antrag enthält eine so unendliche Menge von Lasten und Kosten für die Zukunft, daß man sie noch gar nicht absehen könnte. Der Antrag Michaelis ist so unklar, daß Die, die dafür stimmen, gar nicht wissen, wofür sie gestimmt haben. Er will noch einen neuen Fürsten schaffen, als ob wir noch nicht genug hätten an den vorhandenen. Einen neuen Fürsten — wenn es nur noch ein wahrer Fürst wäre; aber Das ist er ja nicht einmal. Man will ihm Land, Leute und Meer geben, also einen neuen Standesherrn schaffen. Sie sehen also, es würde sehr schwer sein, eine Resolution zu formuliren. (Folgt nun der gestern im Leitartikel ausführlich berührte Vortrag des Hrn. v. Bismarck.) Nach Hrn. v. Bismarck sprach **Michaelis** zur Begründung seiner Resolutionen: Das preußische Volk habe ein Recht, von seinen Vertretern zu verlangen, daß sie eine nicht wiederkehrende Gelegenheit benutzen, um auf die auswärtige Politik Einfluß zu erlangen. Der zu gründende neue Staat hänge mit den Bedingungen seiner Existenz von Preußen ab; dieses solle die Last seines Schutzes übernehmen; da müsse gesagt werden, daß er Dem entsprechende Pflichten übernehme, woraus für Preußen eine Erleichterung der eigenen Lasten entstehen müsse. Die Erfüllung jener Pflichten dürfe nicht von der Willkühr abhängen. Nach dem geschriebenen Recht seien solche Fragen nicht zu lösen; nach diesem bestände noch das Reich der Assyrer. Präsident **Grabow** vertagte die Sitzung und bedauerte, daß die Regierung ihn ohne Information über den Schluß der Session gelassen habe. Der **Ministerpräsident** erwiderte, daß die Regierung darüber noch keinen Beschluß gefaßt habe.

In der Abendsitzung eröffnete die Debatte Abg. Dr. **Löwe** (Bochum): Bei aller Anerkennung für diplomatisches Geschick und militärische Erfolge frage ich: wo sind denn die Erfolge? Wie ich von gutunterrichteter Seite weiß, war die Aufnahme des Treffens bei Helgoland im englischen Parlament die Veranlassung für

Oesterreich, definitiv die Trennung der Herzogthümer von Dänemark zu betreiben und zu bewirken. Warum die Herzogthümer erwerben? Der Menschen wegen? Die Bevölkerung Preußens wächst jährlich um 1 Million. Des Territoriums wegen? Es kommt nur auf die werthvollen Positionen an. Die Idee der Staatenbildung, die hier vorgetragen wird, ist nicht mehr lebenskräftig. Es ist unmöglich, ohne die freie Zustimmung der Herzogthümer vorzugehen; hier ist der Hebel anzusetzen. Ich sage das in aller Unbefangenheit, denn die Grundsätze meiner Partei werden noch lange nicht im Volk der Herzogthümer herrschen. Auf Häfen und Festungen kommt es an, nicht unmittelbar auf den Besitz des Landes. Auf dem Wege stiller Reformen ist die große deutsche Frage zu lösen, nicht durch Gewalt, durch Revolution, nicht mit Blut und Eisen. Wir wollen nicht die Einheit um jeden Preis. Wir hätten manchen Grund zur Intervention in Mecklenburg, aber die Bundesverfassung gestattet das nicht. Was dem Einen recht ist, ist dem Andern billig; was erlaubt uns, in den Herzogthümern anders vorzugehen? In Betreff des Erbprinzen muß ich sagen: Audiatur et altera pars! Ich stehe und falle mit dem Prinzip des Bundesstaates, wenn auch nur einer guten Bundeskriegsverfassung, nicht auf dem der Annexions-Revolution. Soll schon einmal Gewalt und Revolution gebraucht werden, so will ich sie andern Händen anvertrauen. Das Amendement Michaelis kann zu Mißverständnissen führen und als Vertrauensvotum ausgelegt werden. Dem Bonmot „Kein Kiel, kein Geld" hat der Kondominus das andere entgegengesetzt: „Ohne Oesterreich kein Kiel!" Der Ministerpräsident deckt mit der Person des Königs seine auswärtige Politik, wie der Herr Kriegsminister von Roon die Reorganisation. Vielleicht wird Herr Finanzminister nächstens mit dem König als Finanz-Autorität kommen. (In diesem Augenblick treten die Minister v. Bismark und v. Roon ein. Der Redner wiederholt seine Aeußerung.) Noch nie hat ein König so viel für ein Ministerium gethan, wie unser König, so viel für ein vorübergehendes Kabinet eingesetzt: was hat das Ministerium geleistet? Es hat keine Resultate, sondern nur „Ziele" aufzuweisen. (Murren rechts.) Hätte es Resultate, so würde es andere Lieder mit uns anstimmen. Abg. v. **Blankenburg** (gegen den Kommissionsantrag): An der Uneinigkeit der Landesvertretung wird es liegen, wenn ein großer Moment in unserer Geschichte durch schwächliche Politik versäumt wird. Jetzt müßte Regierung und Vertretung einig sein. (Laute Zustimmung Seitens der Majorität.) Es geht Ihnen wie den schlafenden Jägern, die den weißen Hirsch nicht schießen konnten. Meine Herren! Schießen Sie! (Große Heiterkeit.) Ihre heutige Ablehnung wird Jubel erregen in Wien, in Paris. Nehmen Sie den Antrag Wagener's an, und Sie haben das ganze Volk hinter sich! Im v. J. erklärte Waldeck nur Preußen fähig, die Elb- und Weser-Mündung zu behaupten, und doch stimmt er heute gegen Michaelis, aber nicht für Wagener, wie man denken sollte, sondern er sagt: „Budgetrecht, kein Vertrauen zu den Ministern u. dgl." (Große Heiterkeit.) Natürlich ist die Annexion etwas Anderes, als die italienische Räuberpolitik. (?) Wir wollen Abfindung des Kondominus und der Erbprätendenten. Der Staat des Abgeordneten Michaelis wird erstickt von Schulden. Wir aber wollen die Herzogthümer für Preußen, dessen König sie mit vorbedächtiger Weisheit erworben, behaupten und sie für Deutschland ausnutzen, d. h. nicht etwa Oberpräsidenten und Kreisrichter hinschicken. (Heiterkeit.) Wissen Sie denn nicht, was Personalunion ist? (Aha!) Die freie Abstimmung ist gefährlich; glauben Sie denn, daß die Sachsen gern Preußen würden? Im Jahre 1815 sagte ein sächsisch-preußischer Postillon auf diese Frage: „Ich hätte es den Leipzigern gern gewünscht!" (Stürmische Heiterkeit.) Aber der preußische Adler wird seine Bahn über die Gestade des Meeres nehmen, unbekümmert um die Dohlen aus Würzburg, Frankfurt und Krähwinkel. (Bravo rechts.) Abg. **Schulze** (Berlin) führt für den Kommissionsantrag aus, daß er weder zu den Fähigkeiten, noch zu den Absichten der Regierung Vertrauen haben könne. Der Ministerpräsident habe das aus Deutschland zu drängende Oesterreich selbst in die Herzogthümer eingeführt. Der Redner kritisirt sehr ausführlich die innere und äußere Politik, sodann die Amendements. Im Jahre 1815 sei zu Wien wohl zum letzten Mal mit Land und Leuten gehandelt worden. Lehne das Haus nicht ab, so fühle Deutschland sich jeder Gewalt preisgegeben, gegen welche die preußische Vertretung auch in den Herzogthümern der einzige Schutz sei. Die dortige Bevölkerung baue auf das Volk, nicht auf die preußische Regierung. Das Vertrauen könne man nicht theilen, es nicht in der auswärtigen Politik gewähren und in der inneren versagen. Auf Antrag des Abg. **Reibauer** wurde die Diskussion geschlossen. Abg. **Twesten** resumirt (als Berichterstatter) die Debatte. Ein besonderer Verehrer des Herrn Minister-Präsidenten habe geäußert: Das könne man doch von ihm erwarten, daß er wenigstens Oesterreich betrügen werde. (Heiterkeit.) In der Kieler Frage habe Oesterreich bereits einmal sehr nachdrücklich Einspruch gethan. Der Widerstand des Augustenburgers habe sich dem Vernehmen nach nicht auf die preußischen Bedingungen bezogen. Der Minister-Präsident verstehe sich auf Diplomatie sehr gut, auf die öffentliche Meinung und die Stimmung verstehe sich die Reaktion nicht so gut. Das verstünden die Liberalen besser. Die Berufung auf die Krone könne dieser nur zum Schaden gereichen: der König könne sich nicht zurückziehen, wie seine verantwortlichen Räthe. So weit geht der ausführliche Bericht der „Nat.-Ztg." Nach einer kurzen Skizze des weiteren Verlaufs replizirte noch v. **Bismark** in Bezug auf die Aeußerung des Augustenburgers und in Bezug auf seine Stellung zum König: „Der König regiert, und ich freue mich darüber. Wäre ich nicht so vollständig im Einklange mit ihm, so würde ich meinen Abschied nehmen." Bei der Abstimmung wurde die Vorlage der Regierung, sowie die von Wagener und Michaelis beantragten Resolutionen abgelehnt.

≠ **München**, 14. Juni. In der Kammer der **Reichsräthe** wurde das **Amnestiegesetz** berathen; es waren 30

Feuilleton.

Die Nürnberger Bahn und ihre Vergnügungs-Partien für Würzburg.

N **Würzburg**, 13. Juni.

Durch die Eröffnung der Nürnberger Bahn wird uns eine neue Kette herrlicher Landpartien erschlossen und der größeren Masse der Bevölkerung leichter zugänglich gemacht. Diese so lang ersehnte und immer wieder verzögerte Eröffnung kommt gerade noch zu rechter Zeit, um eine der schönsten, lieblichsten Landschaften Frankens in ihrem vollen Flore genießen zu können, nämlich die reizenden Partien um Kitzingen. Von der nach Rottendorf folgenden Station Dettelbach oder eigentlich Effeldorf (denn der Ort Dettelbach ist $1\frac{1}{4}$ Stunde von seiner Station entlegen, gar nicht einmal sichtbar) führt die Bahn auf dem Rücken der Mainberge, an dem idyllisch gelegenen Mainstockheim und Albertshofen vorüber, uns ein Panorama vor Augen, wie man es wohl selten von einem Waggon aus so mannigfaltig und wahrhaft entzückend finden dürfte. — Wir sehen die blaue Gebirgskette des Steigerwalds mit seinem Haupte, dem Schwamberge und der alten Burg, an dessen Abhängen die Reben Rödelsee's reifen; wir sehen in einem weiten Kessel vor uns in einem köstlichen Rahmen von Wäldern, Wiesen, Gärten und Getreidefeldern über 1 Dutzend der freundlichsten Ortschaften, tief unter uns den Main sein silbernes Band um die mit Weinbergen und Gärten gezierte Gegend schlingend, welche von dem malerisch gelegenen Dettelbach an bis gegen Mainbernheim hin dem für Naturschönheiten empfänglichen Reisenden reiche Abwechslung gewähret.

Aber nicht blos die Romantik, sondern auch der Materialismus wird dort seine Befriedigung finden, dafür bürgen uns die Bierquellen Kitzingens und Reppendorfs, sowie auch die nicht zu verachtenden, zahlreichen Gastwirthschaften Kitzingens und seiner Umgegend, wo in gastronomischer Beziehung nichts zu wünschen übrig bleibt.

Von Kitzingen aus ist wohl die lohnendste Partie zum **Schwamberg** (oder Schwabenberg, wie ihn Manche nennen); man benutzt die Bahn bis zur Station Iphofen, von wo man den Berg bequem in 1 Stunde besteigt; **wohl** thut man aber, sich mit Viktualien zu versehen, da auf der Burg (jetziger Oekonomie-Hof des Herrn v. Hirsch hier) nichts als trockenes Brod zu haben ist. — Iphofens gastliche Wirthschaften sorgen für den Magen wie für den Durst durch vorzügliche Küche wie Keller.

Auf diesem Berge, dem man neuerdings von Castell aus den Rang streitig macht, genießt man eine Aussicht, wie sie nicht leicht anderwärts so mannigfach zu finden sein dürfte; die Rhön im Norden mit dem Kreuzberg, die Höhen um Würzburg, die Spitzen des Odenwalds und Spessarts im Westen, die Berge des badischen und württembergischen Grenzlandes im Südwesten, bilden den Rahmen eines weiten Gesichtskreises, in dem wir von Schweinfurt bis Kitzingen den Main mit seinen zahlreichen, freundlichen Uferstädtchen und Dörfern verfolgen können, wo wir Flußlandschaft mit Weinbergen, Wäldern und Wiesen in so angenehmer Harmonie finden, daß keine Monotonie entstehen kann.

Reichsräthe anwesend, darunter die k. Prinzen Luitpold und Ludwig und der noch nicht stimmberechtigte Prinz Leopold. Referent v. Maurer beantragt, den Beschlüssen der Abgeordnetenkammer zuzustimmen; wenn man denn einmal eine Amnestie ertheile, so müsse man sie im ausgedehntesten Sinne ertheilen. v. Bayer erklärt, dem Entwurfe nur in der Fassung zustimmen zu können, wie er ursprünglich von der Regierung eingebracht worden sei; gemeine Verbrecher und Ausländer gehörten nicht unter die Amnestie; da viele andere Regierungen noch nicht Amnestie ertheilt haben, so bestehe sogar Gefahr, daß manches Individuum, welches von seiner eigenen Regierung nicht amnestirt wird, sein Asyl in Bayern suche. Nachdem v. Kleinschrod sich im Allgemeinen für den Gesetzentwurf erklärt hat, da man dem königl. Gnadenakt keine Grenzen setzen solle, spricht Fürst Hohenlohe seine Ueberzeugung aus, daß es sich hier nicht um Gnade, um die Aussöhnung des starren Rechtes mit der Humanität, sondern um einen Akt der Politik, gewissermaßen um einen historischen Akt handle. Nicht als Richter hätten sie heute zu urtheilen, sondern als Historiker über ein Stück Zeitgeschichte, wo nichts aus dem Zusammenhange gerissen, sondern das Ganze ins Auge gefaßt und von einem höheren Gesichtspunkt aufgefaßt werden müsse. Redner gibt nun einen geschichtlichen Ueberblick über die Ereignisse des Jahres 1848, über die Begriffsverwirrung, die damals von oben bis unten geherrscht, und zeigt, daß der größere Theil zu den Verführten gehört, welche nun büßen müßten, während sich die eigentlich Schuldigen noch zur rechten Zeit zurückzogen. Referent v. Maurer ersucht die Kammer wiederholt, sie solle den Beschlüssen der Abgeordnetenkammer zustimmen, mit welchen sich ja auch das Ministerium einverstanden erklärt habe, die Reichsräthe werden doch nicht königlicher sein wollen, als der König selbst. v. Kleinschrod glaubt, die Gerechtigkeit erfordere es, daß ganz schwere Verbrecher (er bezeichnet damit die Führer des Steinthalerzuges, den Kaufmann Haas von Mainz) von der Amnestie ausgeschlossen werden und beantragt demnach, daß nicht alle Angriffe, Verletzungen der Person und des Eigenthums, die bei der Revolution vorfielen, unter die Amnestie fallen sollen, sondern daß das Ministerium ermächtigt werde, in den ihm geeignet scheinenden Fällen Amnestie eintreten zu lassen und die Untersuchungen niederzuschlagen. Dieser Antrag findet warme Unterstützung von Seite der HH. Frankenstein, v. Bayer und v. Ringelmann. Der Justizminister erklärt, daß nur wenige Fälle vorliegen, bei denen es sich um schwere gemeine Verbrechen handelt, die Aktenlage sei ihm übrigens zur Zeit nicht bekannt. Nachdem v. Maurer und Fürst Hohenlohe der Kammer zu Gemüth gesprochen, sie solle doch nicht durch ihren Beschluß die Gnade der Krone abschwächen, und nachdem v. Heintz auseinandergesetzt hatte, daß ja gemeine Verbrecher, die außerhalb des Zusammenhangs mit dem politischen Delikt stehen, ohnehin nicht unter die Amnestie fallen, wurde abgestimmt und der Modifikation des Hrn. v. Kleinschrod mit 21 gegen 9 Stimmen beigetreten; unter den mit Nein Stimmenden befand sich auch Prinz Ludwig. Die in der Sitzung anwesenden Minister Frhr. v. d. Pfordten und Bomhard unterließen, den Beschluß der Abgeordnetenkammer aufrecht zu erhalten. Schließlich wurde das Gesetz mit allen gegen 1 Stimme (Prinz Ludwig) angenommen. Die nächste Sitzung findet künftigen Samstag statt.

München, 14. Juni. Durch Beschluß des Kultusministeriums werden aus der bisherigen philosophischen Fakultät unserer Hochschule zwei selbständige Fakultäten gebildet, deren eine Philosophie, Philologie und Geschichte und deren Abzweigungen und Hilfswissenschaften, die andere die sämmtlichen naturwissenschaftlichen und mathematischen Fächer umfassen soll. Am kommenden Stiftungstage der Universität wird diese Trennung in das Leben treten. (N. Nachr.)

München, 15. Juni. Se. Maj. der König, welcher heute an der Frohnleichnamsprozession Theil nahm, wurde von der Bevölkerung bei der Rückfahrt von der Kirche zur Residenz durch die freudigsten Zurufe begrüßt, ebenso als er bald hierauf zum Bahnhofe fuhr, um sich wieder nach Schloß Berg zu begeben. Man war höchst erfreut über das sehr gute Aussehen des Königs. Se. Maj. der König Otto von Griechenland ist gestern Abends hier eingetroffen und im Bahnhofe von unserm König empfangen und nach der Residenz begleitet worden. König Otto wird einige Tage hier verweilen.

Einer Mittheilung in der **Wiener** „Presse“ zufolge sind auf die preußischen Depeschen in Betreff eines Handelsvertrags mit Italien „definitive Antworten noch nicht erfolgt. Wohl aber haben fast alle betheiligten Regierungen einstweilen mündliche Erklärungen in Berlin abgeben lassen über den Standpunkt, den sie in dieser Sache einzuhalten gedenken. Die Meisten haben im Allgemeinen erklärt, daß die Frage der Anerkennung des Königreichs Italien vor den Bundestag gehöre und von dieser Behörde zu entscheiden sei. Im Einzelnen über ihre Gesinnung und Anschauung befragt, haben sich mehrere ausdrücklich auf ihre Beziehungen zu Oesterreich berufen, die ihnen nicht erlaubten, einseitig vorzugehen. Bayern und Sachsen glaubten ihre Abneigung gegen die Anerkennung Italiens noch besonders auf dynastische Gründe, auf die Bedenken ihrer königlichen Familie, stützen zu können. Hessen-Darmstadt und Nassau erklärten, sich nach dem Vorgang Münchens richten zu wollen. Das Großherzogthum Sachsen-Weimar hat Bedenkzeit erbeten. Die Stadt Frankfurt überläßt die Sache gänzlich dem Bundestag.“

Berlin, 14. Juni. Der auf Beschränkung der parlamentarischen Redefreiheit gerichtete Antrag der Herren v. Below und Genossen ist heute im Herrenhause gegen nur sechs Stimmen, welche der einen Uebergang zur Tagesordnung vorschlagende und motivirende Antrag des Herrn v. Gruner erhielt, angenommen worden. Es ist charakteristisch für das Herrenhaus, daß ein Antrag, der das konstitutionelle Leben in seinem Nerv zu treffen beabsichtigt, mit einer so überwältigenden Mehrheit zum Beschlusse erhoben wurde, und daß der Gegenantrag, welcher sich auf die ganz unveräußerlichen Grundsätze stützte, ohne deren Wahrung unsere Verfassung noch tief unter das Niveau der Institutien des kaiserlichen

---

Als nähere Partie bei Kitzingen sind die dicht an der schönen Eisenbahnbrücke auf der Höhe gelegenen, eine herrliche Fernsicht gewährenden Felsenkeller, welche jeden Sonn- und Feiertag geöffnet sind, zu empfehlen, wo in der Regel ein ausgezeichneter Stoff geboten wird.

Von hier aus gelangt man in $1\frac{1}{2}$ Stunde über die freundlichen Orte Hohenfeld und Marktsteft nach Marktbreit zur Ansbacher Bahn, die man zur Rückkehr hieher benützen kann; eine Rundreise, eigentlich allen Jenen empfehlenswerth, welche sich einmal ein Bild der weiteren Umgebungen von Würzburg verschaffen möchten.

Uebrigens hat uns auch die Ansbacher Bahn viele neue Partien zugänglich gemacht; vor Allem erfreuen sich die Orte Winterhausen und Sommerhausen, Ochsenfurt und Marktbreit zahlreicher Besucher (letzterer Ort wird jedoch in gastronomischer Beziehung sich etwas bessern müssen!). Als weiterer sehr lohnender Ausflug gilt der Frankenberg mit seiner herrlichen Fernsicht über eine der schönsten Landschaften Mittelfrankens; die alte Burg mit ihren prächtigen, schattigen Anlagen, die Wirthschaft daneben mit ihrer guten Bedienung, machen einen äußerst günstigen Eindruck, und entschädigen den Naturfreund reichlich für die kleine Strapaze und die geringen Fahrkosten; möchten Würzburgs Bewohner aus ihrer schwülen, staubigen Atmosphäre sich nur recht häufig hinaus zu den Bergen flüchten, die wohlthätigen Einwirkungen dürften sie gar bald spüren!*)

*) Die Redaktion dieses Blattes pflichtet der Schilderung dieser herrlichen Partien aus eigener Erfahrung vollkommen bei, erlaubt sich aber bei dieser Gelegenheit, auf einen nicht minder schönen, aber näher gelegenen Punkt aufmerksam zu machen, welcher sogar die Konkurrenz mit dem Feldberg im Taunusgebirge nicht zu scheuen braucht; es ist dies die höchste Spitze des Nikolaus- (Käppeles-) Berges bei Würzburg, welche in dreiviertel Stunden erreicht werden kann. Das Panorama von dort umfaßt den Spessart, die Rhön, die Kette der Berge von Schweinfurt bis gegen Staffelstein, den Steigerwald und die badischen und württembergischen Berge. Unter den hervorragendsten Höhen bemerken wir den Sodenberg, Dreistelz, Kreuzberg, Zabelstein, Schwamberg, die Frankenberge; tief unter uns liegt die Festung Marienberg, mit Würzburg innig verwachsen erscheinend. Das herrliche Mainthal ist dem Auge von Ochsenfurt bis Gemünden entrollt und in den Thälern und auf den Hochebenen erblickt man zahllose Ortschaften. Wenn dieser Punkt, der würdig ist, von Fremden aus weiterer Ferne besucht zu werden, so wenig gekannt ist, so mag die Schuld allein daran liegen, daß die Wege dahin von Würzburg aus ungemein schlecht und beschwerlich zu gehen sind; nur von Höchberg aus führt ein angenehmer Fußpfad dahin durch üppige Getreidefelder. Es wäre wünschenswerth, daß auch hier, wie es in anderen Städten der Fall, nach solchen Punkten, die eine reizende Aussicht bieten, bequeme Wege geführt würden.

(Nr. 21.) **Homonyme.**

Durch's Wasser kommt's gezogen,
Kommt durch die Luft geflogen,
Und ist doch wohlbekannt
Als Stadt am Meeresstrand.

Auflösung der Charade Nr. 20: Spiesbürger.

Frankreich herabsinken müßte, außer dem Antragsteller nur noch fünf Stimmen für sich vereinigte.

Berlin, 14. Juni. Heute war Sitzung des Herrenhauses. Der Antrag v. Below's nebst dem Verbesserungsantrag v. Waldow's: Die Staatsregierung wolle innerhalb der Grenzen der bestehenden Gesetzgebung Vorsorge tragen, daß die von Kammermitgliedern während der Landtagsberathungen ausgesprochenen Injurien, Verleumdungen und andere verbrecherische Aeußerungen den allgemeinen Strafgesetzen unterworfen bleiben, wurde nach lebhafter Debatte, wie schon gemeldet, mit großer Mehrheit angenommen. Hr. v. Bismark sagte: Ein Privilegium, zu beleidigen und zu verleumden, sollte in Preußen nicht oder doch nur so lange bestehen, als das Sittengesetz stark genug ist, es zu verhindern. Das Letztere ist nicht mehr der Fall. Die Gerichte haben sich bis jetzt noch nicht oft genug darüber ausgesprochen, wie sie in dieser Beziehung die Verfassung auslegen. Der Antrag des Hrn. v. Waldaw will dies weiter vermitteln. Sollte sich ergeben, daß die Gerichte der Ansicht sind, daß dieses privilegium odiosum noch besteht, so wird die Regierung, so viel an ihr ist, thun, um die entsprechende Abhilfe herbeizuführen, und sie rechnet dann auf die Hilfe dieses Hauses. — Im Uebrigen ist es weder nöthig, noch wäre es im gegenwärtigen Augenblick möglich, auf die Debatten ausführlich einzugehen. Nur eine pikante Aeußerung des Antragstellers von Below sei noch angeführt. „Als noch das Faustrecht galt — rief er aus — setzten wenigstens die Raubritter noch ihr Leben ein, wenn sie auf Raub ausgingen. Der unverantwortliche Abgeordnete kann das Kostbarste nehmen und schützt sich dann hinter der Toga, um straflos auszugehen."

Berlin, 15. Juni. Der Bericht der Budgetkommission des Herrenhauses beantragt hinsichtlich des Staatshaushaltsetats für 1865: 1) den Budgetgesetzentwurf, wie er aus den Beschlüssen des Abgeordnetenhauses hervorgegangen, abzulehnen; 2) als erfolglos davon abzusehen, Verhandlungen zur Vereinbarung über die Differenzpunkte zwischen beiden Häusern, beziehentlich zwischen dem Abgeordnetenhause und der Staatsregierung herbeizuführen; 3) weil sonach ein Etatsgesetz gemäß dem Art. 99 der Verfassung nicht vereinbart worden, die Staatsregierung zu ersuchen, die zur heilsamen und den Aufgaben Preußens entsprechenden Fortführung der Staatsverwaltung erforderlichen Ausgaben als Verwaltungsnorm festzustellen und nebst den Staatseinnahmen für das Jahr 1865 bekannt zu machen.

New-York, 8. Juni. Die Bevölkerung von Alabama hat Abgesandte nach Washington geschickt, welche dort die Erlaubniß erwirken sollen, eine Konvention Behufs der Wiedereinverleibung des Staates in die Union einzuberufen. — Der Zusammentritt der gesetzgebenden Versammlungen von Georgia und Mississippi ist vom Präsidenten bis auf Weiteres verboten worden. Der Gouverneur von Georgia befindet sich gegen sein Ehrenwort auf freiem Fuße. — Fähndrich Neill, der eine offizielle Mission nach dem Süden unternommen hatte, berichtet, daß die Pflanzer von Süd-Carolina gern bereit sind, sich der neuen Ordnung zu fügen. Die Ernte, berichtet er, werde in diesem Jahre nicht ergiebig ausfallen. — Berichten aus der Havannah zufolge hätte der amerikanische Konsul von den cubanischen Behörden die Auslieferung des Stonewall gefordert, wäre aber abschlägig beschieden und bedeutet worden, daß man das Eintreffen von Verhaltungsbefehlen aus Spanien abwarten müsse.

Der „Deutsche Telegraph" in Köln schreibt:

Concordia, Kölnische Lebens-Versicherungs-Gesellschaft.

†† Köln, 3. Mai 1865. Nachdem in einer gestern stattgehabten Sitzung der Gesellschaftsvorstände die Auszahlung der Dividende von 20 Thlr. pro Aktie für das Jahr 1864 beschlossen worden war, wurde heute die Generalversammlung der Aktionäre abgehalten. Aus dem interessanten Berichte über das abgelaufene Geschäftsjahr entnehmen wir folgende Notizen: Im Jahre 1864 waren bei der Concordia nicht weniger als 50,311 Personen betheiligt, als Ergebniß einer 11jährigen Geschäftsthätigkeit, welches bei Gründung der Gesellschaft wohl Niemand erwartet haben mag. Kapital- und Renten-Versicherungen bestanden am Jahresschluß für 10014 Personen mit 16,371,576 Thlr. Kapital und 72,252 Thlr. jährlicher Rente. An den Kinder-Versorgungs-Kassen sind bis jetzt 31,638 Kinder betheiligt und 8262 Personen hatten die Reise-Versicherung benutzt. Das Grund-Kapital der Gesellschaft von 10 Mill. Thlr. wurde im Jahre 1864 vollständig begeben; an den emittirten neuen Aktien wurde allein ein Gewinn von 610,080 Thlr. erzielt, welcher unverkürzt in die statutenmäßige Kapitalreserve geflossen ist, wodurch diese eine noch über die festgestellte Summe gehende Höhe erreicht hat. Der ganze Rechnungsabschluß macht den Eindruck einer nicht nur umsichtigen und soliden, sondern auch das Interesse der Versicherten, wie der Aktionäre gleichmäßig wahrenden Verwaltung. Den Versicherten sind bei der Concordia die ausgedehntesten Garantien geboten, ein Umstand, der bei der immer mehr zunehmenden, theilweise nicht sehr soliden Konkurrenz, von dem versicherten Publikum nicht hoch genug angeschlagen werden kann. Den Aktionären aber darf man zu den bisherigen Erfolgen und zu den glänzenden Aussichten für die Zukunft nur Glück wünschen, denn die bisher fast jährlich gesteigerten Erträgnisse werden auch ferner um so sicherer wachsen, als eine weitere Dotation der Reserven, die nunmehr nahe an $\frac{3}{4}$ Millionen betragen, als ganz überflüssig angesehen werden darf. Aus den Ueberschüssen des abgelaufenen Jahres erhielt die Dombaukasse ein Geschenk von 1500 Thlr. Die aus der Direktion ausscheidenden Herren v. Wittgenstein, Mevissen und Seydlitz, so wie die aus dem Verwaltungsrathe austretenden Herren Königs, Mallinkrodt, Mayer, Mussard und Pell wurden sämmtlich wieder gewählt.

Verantwortlicher Redakteur: A. Hartmann.
Druck und Verlag der Stahel'schen Buch- und Kunsthandlung in Würzburg

Cours der Staatspapiere.

Oesterr.	5 pCt. Met. (Cp. l. S. b. R.)	—
"	5 pCt. Lomb. ditto. à 24	—
"	5 pCt. Engl. Met. v. 1852	$80\frac{4}{8}$ P.
"	5 pCt. Engl. Met. v. 1859	$78\frac{3}{8}$ P.
"	5 pCt. Venet. Coupon b. R.	$86\frac{3}{4}$ P.
"	5 pCt. Nationalanl. v. 1854	68 P. $67\frac{3}{4}$ G.
"	5 pCt. Metall. Obligation.	—
"	$4\frac{1}{2}$ pCt.	$56\frac{1}{8}$P. $55\frac{7}{8}$G.
Preussen	$3\frac{1}{2}$ pCt. Staatsschuldsch.	—
Bayern	$4\frac{1}{2}$ pCt. Obl. 1jähr. dto.	$101\frac{1}{4}$—$\frac{3}{8}$ G.
"	$4\frac{1}{2}$ pCt. Obl. $\frac{1}{2}$jähr. dto.	102P. $101\frac{7}{8}$ G.
"	4 pCt. Obl. 1jähr. dto.	$98\frac{7}{8}$ P.
"	4 pCt. Obl. $\frac{1}{2}$jähr. dto.	$99\frac{1}{8}$ G.
"	4 pCt. Obl. Ab.-R. dto.	$95\frac{7}{8}$ P.
"	$3\frac{1}{2}$ pCt. Obl. dto.	—
Württemb.	$4\frac{1}{2}$ pCt. Obl. b. Rothsch.	104 G.
"	$3\frac{1}{2}$ pCt. Obl. dto.	94 G.
Baden	$4\frac{1}{2}$ pCt. Obl.	—
"	$3\frac{1}{2}$ pCt. Obl. v. 1842	$91\frac{1}{2}$ P.
Gr. Hess.	$4\frac{1}{2}$ pCt. Obl.	—
"	4 pCt. Obl. b. Rothsch.	$100\frac{3}{8}$ P.
"	$3\frac{1}{2}$ pCt. Obl. dto.	$97\frac{1}{2}$ P.
Nassau	$4\frac{1}{2}$ pCt. Obl. dto.	$101\frac{3}{4}$ G.
"	4 pCt. Obl. dto.	$99\frac{3}{8}$ P.
"	$3\frac{1}{2}$ pCt. Obl. dto.	92 P.
Frankfurt	$3\frac{1}{2}$ pCt. Obl.	$94\frac{1}{2}$ G.
"	3 pCt. Obl.	—
Spanien	3 pCt. inl. Sch. P. à fl. 2. 30	—
"	$2\frac{1}{2}$ pCt. " " "	—
Schweden	$4\frac{1}{2}$ pCt. Obl. à 105 Thlr.	$91\frac{5}{8}$ P.
N.Amerika	6 pCt. à 100Dr. 1881 D. $2\frac{1}{2}$	$74\frac{1}{4}$ G.
"	6 pCt. ditto v. 1882 "	73—$73\frac{3}{8}$ G.

Diverse Aktien.

Frankfurter Bank à fl. 500 . . .	152 P.
K. K. Oesterr. National-Bankaktien	870 G.
Oesterr. Kreditbank-Aktien à fl. 200	197 P.
Bayer. Hypothekenb. Pfandbriefe 4 pCt.	$97\frac{5}{8}$ P.
Darmst. Bank 1. u. 2. Serie à fl. 250	$229\frac{1}{2}$ P. 229G.
Weimarische Bank à Thlr. 100 . .	$100\frac{1}{2}$ G.
Mitteldeutsche Kreditaktien . . .	$101\frac{5}{8}$ G.
Intern. Bank in Lux. à 250 Frs. à 28 kr.	—
Taunus-Eisenbahn à fl. 250 . . .	347 P.
Frankfurt-Hanauer-Eisenbahn . . .	—
Oest. F.St.Eisb. 5pCt. 500 Fr. à 28 kr.	—
" Elisab.-Eisenbahn 5 pCt. . .	$119\frac{3}{4}$ G.
Böhm. Westbahn-Aktien à fl. 200 6/7	$76\frac{3}{4}$ G.
Rhein-Nahe-Bahn 200 Thl. à 105 4pCt. Z.	—
Ludwigshafen-Bexbacher à 4 pCt. .	150 P.
dto. dto. Prior. à 4 pCt.	—
Pfälz. Maxb. b. Rothschild à $4\frac{1}{2}$ pCt.	107 P.
Oest. St.-Eisenb. Prior.-Oblig. à 3 pCt.	$51\frac{1}{2}$ G.
Elisab.-Bahn Prior. 5 pCt. 6/7	$78\frac{1}{2}$ P.
Südd. Bank-Akt., 40 pCt. Einz.	252 G.
Span. Handels- und Industrie . .	—
Bayr. Ostbahn à $4\frac{1}{2}$ pCt. volleinbez.	$115\frac{1}{4}$ P. 115G.
Bayer. Ostbahn mit 50 pCt. Einz.	115 G.

Wechsel
in süddeutscher Währung.

Amst. fl. 100 k. S.	$100\frac{1}{2}$ G.
Antwerp. Frs. 200 k.S.	$94\frac{7}{8}$ P.
Augsb. fl. 100 k. S.	$99\frac{3}{4}$ G.
Berlin Th. 60 k. S.	105 P.
Brem. 50 Th. Ld. k. S.	$97\frac{1}{4}$ P.
Brüssel Frs. 200 k. S.	$94\frac{7}{8}$ P.
Cöln Thlr. 60 k. S.	105 P.
Hamb. MB. 100 k. S.	$88\frac{3}{4}$ P.
Leipzig Th. 60 k. S.	105 P.
London Lst. 10 k. S.	$119\frac{3}{4}$ P.
Lyon Frs. 200 k. S.	—
Mail. Frs. 200 . . .	$94\frac{5}{8}$ G.
München fl. 100 k. S.	$99\frac{3}{4}$ G.
Paris Frs. 200 k. S.	$94\frac{3}{4}$—$\frac{7}{8}$ G.
Petersburg 60 S.-R.	—
Triest fl. 100 k. S.	—
Wien fl. 100 ö. W.	—
do. in öst. W. l. S.	105 P.
Disconto	$3\frac{1}{2}$ pCt. G.

Anlehens-Loose.

Oesterr. fl. 250 v. 1839	132 G.
" fl. 250 v. 1854 mit 4pCt.	$79\frac{1}{2}$ P.
" fl. 500 v. 1860 5/7	85—$\frac{1}{4}$ G.
" fl. 100 Eisb.-L. v. 1858.	$136\frac{1}{2}$ P.
" do. v. 1864.	91 P.
Schwed. 10 Thlr. Loose	$9\frac{5}{8}$ P.
Badische fl. 50	—
Badische fl. 35	$52\frac{7}{8}$ G.
Kurhess. Thlr. 40 b. R.	$54\frac{3}{8}$ G.
Gr. Hessen fl. 50 b. R.	140 G.
" fl. 25 do.	$36\frac{1}{2}$ G.
Nassau fl. 25 bei Rothsch.	36 P.
Sardinische Fr. 36 b. B.	$70\frac{1}{8}$ P.
Neuchateler 10 Frs.-Loose	—
Freiburger 15 Frs.-Loose	—
Mailänder 45 Frs. L. b. R.	$82\frac{5}{8}$ P.
St. Lüttich mit $2\frac{1}{2}$ pCt. Z.	$34\frac{1}{4}$ P.
Ansb.-Gunzenh. fl. 7-L.	$10\frac{1}{4}$ G.

Frankfurt, 16. Juni. Ungeachtet der im Allgemeinen ungünstigeren Notirungen, die pr. „China" überbracht wurden, verkehrten Amerikaner, in denen ein sehr lebhaftes Geschäft stattfand, in steigender Tendenz, was zumeist dem Umstande beizumessen ist, daß bedeutende Käufe von Seiten der Arbitrage für New-Yorker Rechnung ausgeführt wurden. In österr. Effekten war der Umsatz gering, doch zeigten die Notirungen größere Festigkeit wie an den vorhergehenden Tagen, was man mit den Gerüchten von dem bevorstehenden Wechsel in der österr. Finanzleitung in Zusammenhang bringen wollte. (Synd.)

An die
und Staatsbibliothek
Zig. München.

Neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht!

№ 166-67. | Vorausbezahlung: Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 1 fl. 30 kr. Bei Inseraten wird die dreispaltige Zeile in gewöhnlicher Kleiner | 62. Jahrgang. | Schrift oder deren Raum im Hauptblatte mit 6 kr., im Anzeiger mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franco. | Montag, 19. Juni 1865.

Der Schluß des preußischen Landtags.

Am 17. d. wurde der preußische Landtag geschlossen; die „Thronrede" wurde von Hrn. v. Bismarck verlesen. Zur Erhöhung des Effekts hat sich der Hr. Ministerpräsident wirklich „vor den Thron" gestellt und von diesem Standpunkte aus die Rede verlesen. Eingangs werden die Resultate aufgezählt, welche aus dem Zusammenwirken des Landtages mit der Regierung hervorgegangen sind. Es wird dann bemerkt, daß es zu vollen und durchgreifenden Resultaten nicht hätte kommen können, weil den politischen Meinungskämpfen gegenüber nicht das Wohl des Vaterlandes oberstes Gesetz geblieben wäre. Wir wissen keinen parlamentarischen Ausdruck, um die Vermessenheit zu bezeichnen, mit welcher Hr. v. Bismarck dem Abgeordnetenhause rundweg abspricht, daß es das Wohl des Vaterlandes als höchste Richtschnur betrachte. Eine arge Schmälerung der Wahrheit ist es auch, wenn Hr. v. Bismarck nur von „politischem Meinungskampf" spricht, während es ein Kampf um die Existenz der Verfassung und Volksvertretung ist. Und in diesem Kampfe, von dessen Ausgang es abhängt, ob Preußen ein Verfassungsstaat oder Militär- und Polizeistaat wird, blieb dem Abgeordnetenhause keine andere Wahl, als daß es dem Ministerium alle Mittel verweigerte, durch welche es sein Volksunterdrückungssystem hätte befestigen können. Die Thronrede sagt, die Regierung werde, unbeirrt durch feindseligen und maßlosen Widerstand, den geordneten Gang der öffentlichen Angelegenheiten aufrecht erhalten und die Interessen des Landes kräftigst vertreten, d. h. die Regierung wird nach wie vor in ihrer verfassungswidrigen Regierungsweise fortfahren und thun, was ihr beliebt, so lange es eben geht und bis sich auch hier das Sprüchwort von dem Kruge bewährt, der auch nicht ewig zum Brunnen gegangen ist. Schließlich spricht die Thronrede die Hoffnung aus, daß künftig eine Mehrheit des Hauses der Regierungspolitik Dank und Anerkennung aussprechen werde. Ernstlich wird wohl das Ministerium diese Hoffnung nicht hegen. Das Ministerium Bismark wird nie eine Majorität im Volke gewinnen, selbst nicht wenn König Wilhelm so gefällig sein würde, im ganzen Lande umherzureisen und Wahlreden zu halten. Das famose Schriftstück, welches als Ankündigung der allerneuesten Aera in dem Rechtsstaate Preußen gelten kann, lautet wie folgt:

„Erlauchte, edle und geehrte Herren von beiden Häusern des Landtags! Des Königs Majestät haben mir den Auftrag zu ertheilen geruht, die Sitzungen der beiden Häuser des Landtages der Monarchie in Allerhöchstihrem Namen zu schließen. In der abgelaufenen Sitzungsperiode verdankt das Land dem Zusammenwirken des Landtags mit der Regierung die Erneuerung des deutschen Zollvereins, den Abschluß der Zollverträge mit Frankreich und Oesterreich, mit England und Belgien, das neue Berggesetz, die Regulirung der schlesischen Zehntverfassung, die bessere Versorgung der Militär-Invaliden, die Eisenbahn-Anlagen an der Jahde, in der Eifel und in Thüringen, sowie eine Anzahl anderer nützlicher und heilsamer Gesetze. Aber zu vollen und durchgreifenden Resultaten hätte das Zusammenwirken der Volksvertretung mit der Regierung nur dann führen können, wenn, auch den politischen Meinungskämpfen gegenüber, das Wohl des Vaterlandes oberstes Gesetz und höchste Richtschnur für alle Parteien geblieben wäre. So ist es nicht gewesen. Die deutlich ausgesprochene Absicht der Mehrheit des Abgeordnetenhauses, den gegenwärtigen Rathgebern der Krone Schwierigkeiten zu bereiten, hat zur Verwerfung der Wege-Ordnung, des Bankgesetzes, der Eisenbahnanlagen in Ostpreußen und dadurch zur Schädigung des materiellen Wohls des Landes geführt. Durch die Verwerfung des Militärgesetzes hat die unter der Mitwirkung früherer Landtage in das Leben gerufene und durch die kriegerischen Ereignisse des vorigen Jahres bewährte neue Heereseinrichtung, unter Gefährdung der äußeren Sicherheit des Landes, auf's Neue in Frage gestellt werden sollen. Das Haus der Abgeordneten versagt der Regierung die Mittel zu Herstellung einer den gegenwärtigen Verhältnissen und Bedürfnissen entsprechenden Kriegsflotte; es versagt ihr den von ihm verlangten Bei-

Feuilleton.

Tristan und Isolde.

Ueber dieses Wagner'sche Werk entnehmen wir einer größeren Münchener Correspondenz der „N. Fr. Presse" das Folgende: Zunächst einige Worte über die Erwartungen, die das Libretto in mir erweckt. In ihm spielen Licht und Schatten grell durcheinander. Die Handlung ist in ihrer Anlage von ungewöhnlicher Einfachheit, regelrechtem Fortschritt und kunstgemäßer Gliederung, und diese Eigenschaften verfehlen nicht, den Bau des Ganzen in günstigem Lichte erscheinen zu lassen und der Schönheit einzelner Partien eine gesteigerte Wirkung zu versprechen. Dagegen macht sich der Mangel an Wechsel und Mannichfaltigkeit in hohem Grade fühlbar. In mehreren Momenten ist der Mangel an drastischen Konflikten wenigstens durch geschickt angelegte und musikalisch ausbeutsame Situationen von rein lyrischem Charakter ersetzt. Die in den Reden sich aussprechenden Gedanken sind zum Theil ursprünglich und treffend, aber ihre sprachliche Einkleidung fast durchwegs hart und geschraubt, zuweilen bis zur Unverständlichkeit dunkel, nicht selten flach und im banalsten Librettostyl. Im Rhythmus regt sich der Pulsschlag der Leidenschaft, aber in so nachlässiger Form und in so unterschiedsloser Anwendung auch für Mittheilungen der gewöhnlichen Prosa, daß er auf die Dauer mehr ermüdend als belebend wirkt. Indem man den Text liest, fühlt man durchwegs heraus, daß auch für Richard Wagner die sprachliche Einkleidung nicht mehr ist als ein Vehikel für musikalische Motive. Wäre er ein Komponist wie die Anderen, würden wir darüber kein Wort verlieren; aber da er sich selbst als den Begründer des Gesammtkunstwerks betrachtet wissen will, läßt sich darüber nicht schweigen. Wir gestehen, daß wir nach Lesung des Textes von der dramatischen Wirkung der Handlung als solcher nur wenig erwartet haben, und da es geradezu im Wesen und Prinzip der Wagner'schen Opern liegt, einen selbstständigen, von der Handlung abgetrennten musikalischen Genuß nicht zu gewähren, so waren überhaupt die Hoffnungen, mit denen wir der Aufführung entgegengingen, keine hochgespannten. Ebenso aufrichtig, wie wir dieß gestanden haben, müssen wir nun aber bekennen, daß der Eindruck, den wir wirklich empfangen haben, weit über unsere Erwartungen hinausgegangen ist, dergestalt, daß wir, nach ihm zu urtheilen, diese neueste Arbeit Wagner's trotz vieler und großer Mängel, die sie unstreitig besitzt, für ein in seiner Art sehr bedeutendes und mit hoher künstlerischer Begabung durchgeführtes Werk betrachten müssen. Indem sie sich in Bildern und Tonmaßen vor uns abspielt, erhält sie uns von Anfang bis zu Ende in dem Gefühl, daß sich darin ein zwar vielfach absonderlicher und irrewandelnder, aber mächtiger, mit den Gipfeln und Abgründen des Lebens innigst vertrauter und seine Licht- und Nachtpartien mit glühenden Farben und kühnem Pinsel nachzeichnender Geist ausspricht, ja dies Gefühl verläßt uns selbst in denjenigen Stellen nicht, die uns abstoßen und ermüden. Wir fühlen uns mehrmals über alle Maßen gelangweilt, aber es ist insofern eine Art erhabener Langeweile, als sie das sich dagegen auflehnen wollende Gefühl auf ähnliche Weise in Schach erhält, wie es ungewöhnlich große Erscheinungen zu thun pflegen. Fragen wir uns, durch was für Mittel dieser allgemeine Effekt erzielt wird, so müssen wir zwar einen bedeutenden Antheil der poetischen Gestaltungsgabe Wagner's, seiner glücklichen Vorausberechnung wirksamer Situationen, seiner Inscenesetzung sinnentzückender Dekorationen und ganz besonders dem ausgezeichneten Spiel und Gesang des die beiden Hauptrollen agirenden Schnorr'schen

stand zur Gewinnung der Früchte der mit so vielem theuren Blute errungenen Siege des verflossenen Jahres. Ja, es hat sich von den glänzenden Thaten und Erfolgen der Armee losgesagt, indem es, wie früher die geforderte Anleihe, so jetzt die nachträgliche Genehmigung der verausgabten Kriegskosten verweigert hat. Das Staatshaushaltsgesetz, dessen Zustandekommen nach Art. 62 und 99 der Verfassungsurkunde von dem Zusammenwirken aller bei der Gesetzgebung betheiligten Faktoren erwartet wird, ist auch in diesem Jahre an der Weigerung des Abgeordnetenhauses, die zur Aufrechthaltung des Heerwesens unerläßlichen Mittel zu bewilligen, gescheitert. Das Abgeordnetenhaus hat Forderungen verweigert, welche die Staatsregierung stellen mußte; es hat Beschlüsse gefaßt, welche die Regierung nicht ausführen kann. Statt mit der ersehnten Verständigung schließt die Sitzung abermals unter dem Eindruck gegenseitiger Entfremdung der zum Zusammenwirken berufenen Kräfte. Sr. Maj. Regierung hat nur Ein Ziel im Auge: die Wahrung der Rechte und der Ehre des Königs und des Landes so, wie sie verbrieft sind, und wie sie neben einander bestehen können und müssen. Dem Bunde ist nicht damit gedient, wenn seine gewählten Vertreter die Hand nach Rechten ausstrecken, die ihre gesetzliche Stellung im Verfassungsleben ihnen versagt. Nur wenn sie diese Stellung dazu benützen, mitzuarbeiten an dem von unseren Fürsten begonnenen und bisher durchgeführten Werke, Preußen unter starken Königen groß und glücklich zu machen, nur dann werden sie das Mandat erfüllen, welches des Königs Unterthanen in ihre Hände legen. Die Regierung Seiner Majestät ist bestrebt, das im gleichen Sinn ihr ertheilte Mandat ihres königlichen Herrn nach Kräften auszuführen. Sie wird, unbeirrt durch feindseligen und maßlosen Widerstand in Rede und Schrift, stark im Bewußtsein ihres guten Rechtes und ihres guten Willens, den geordneten Gang der öffentlichen Angelegenheiten aufrecht erhalten und die Interessen des Landes nach Außen wie nach Innen kräftigst vertreten. Sie lebt der Zuversicht, daß der Weg, den sie bisher inne gehalten, ein gerechter und heilsamer gewesen ist, und daß der Tag nicht mehr fern sein kann, an welchem die Nation, wie bereits durch Tausende aus freier Bewegung kund gewordene Stimmen geschehen, so auch durch den Mund ihrer geordneten Vertreter ihrem königlichen Herrn Dank und Anerkennung aussprechen werde. Dem Herrenhause habe ich im Namen Sr. Majestät Allerhöchstdessen Dank für die auch in dieser Session bewiesene Treue und Hingebung zu sagen. Im Allerhöchsten Auftrag Sr. Majestät erkläre ich hiermit die Sitzung der beiden Häuser des Landtags für geschlossen."

Nach erfolgtem Schluß der Session resumirte der Präsident Grabow die Thätigkeit des Hauses und fuhr dann fort: Die Verhandlungen haben ein düsteres Bild der inneren Situation gegeben und bestätigen die Wahrheit meiner Eingangsworte. Von Verständigung wurde geredet, Unterwerfung wurde verlangt. Die Versuche, den Verfassungsstaat in den absoluten Polizei- und Militärstaat umzuwandeln, sind bis zur äußersten Gränze gediehen, werden aber an dem verfassungstreuen Sinn des Volkes, der sich durch dreimalige Wiederwahl bewährt, scheitern. Die Session war nicht vergeblich: die Handelsverträge sind genehmigt, das Eisenbahnnetz ist erweitert. Schaaren wir uns um die Verfassung und um den König, der geschworen hat, sie zu schützen. — Dreimaliges Hoch auf den König. — Der Abg. Taddel dankt dem Präsidenten Namens des Hauses. — Hr. Grabow schließt mit einem Hoch auf die Verfassung und das Volk!

(Amtliche Nachrichten.) **München**, 16. Juni. Se. Maj. der König hat das Grafenegg'- und Schneller'sche Benefizium zu Günzburg dem Priester B. Schmid, Pfarrer in Inchenhofen übertragen; genehmigt, daß die kath. Pfarrei Büchelberg von dem Bischofe von Speyer dem Priester Christian Gumbinger, und die kath. Pfarrei Blickweiler dem Priester K. Hofherr, und die kath. Pfarrei Kriegsfeld dem Priester H. Haar, verliehen werde; auf die erledigte Landrichterstelle in Hilpoltstein den Landrichter P. K. Küffner in Kronach versetzt; auf die hiedurch in Erledigung kommende Landrichterstelle in Kronach den Landg.-Assessor N. J. Hoffmeister in Pottenstein befördert und dessen Stelle dem App.-Ger.-Accessisten und dermaligen Vertreter der Staatsanwaltschaft am Landg. Burgebrach, U. Pfäffinger, verliehen; auf die erledigte Landrichterstelle in Neunburg v/W. den Landg.-Assessor F. Winkler in Waldmünchen befördert und dessen Stelle dem Accessisten des Appellationsgerichts der Oberpfalz, W. Heß, verliehen; den Notar J. Kugler von Straubing nach Wörth und den Notar G. Ehrlicher von Wörth nach Straubing versetzt; die im Staatsministerium der Justiz erledigte Assessorstelle eingezogen, dagegen demselben noch einen geheimen Sekretär beigegeben und auf die Stelle desselben den Ministerial-Sekretär M. H. Fuchs befördert.

Die kath. Pfarrei Oberdiessen, k. Bezirksamts Kaufbeuern, ist mit einem fassionsmäßigen Reinertrage von 702 fl. 5 kr. und die kath. Pfarrei Zell, k. Bezirksamts Memmingen, mit einem solchen von 765 fl. 46 kr. 5 hl. in Erledigung gekommen.

Die Forstwartei Schorlenberg im Reviere Fischbach, Forstamts Kaiserslautern, ist in Erledigung gekommen.

Se. Maj. der König hat dem Professor Dr. H. Brunn aus Wörlitz im Herzogthum Anhalt das Indigenat verliehen; den Gärtner S. Demuth in Bamberg als Verwaltungsmitglied des allgemeinen kathol. Stadtpfarrfonds dortselbst bestätigt.

Aus **München**, 17. Juni, berichtet die „B. Ztg.": „Wie wir vernehmen, hatte Seine Majestät der König die bestimmte Absicht gehegt und auch öfters ausgesprochen, während dieses Sommers noch eine Rundreise im Lande zu unternehmen. Diese Absicht ist jedoch zu des Königs lebhaftem Bedauern vereitelt worden durch die Nachwirkung des Bronchial-Katarrhes, von welchem derselbe im verflossenen Winter längere Zeit heimgesucht worden war. In Folge Dessen haben die Aerzte dem Könige zwar viele Bewegung in der freien Luft, aber Enthaltung von andauerndem

---

Ehrpaares aus Dresden zuschreiben; aber das Hauptagens scheint uns doch in dem eigenthümlichen Charakter der Musik zu liegen, und zwar ganz besonders in der elementarischen Wildheit und Leidenschaftlichkeit, in der sie wie vom Sturm gepeitschte Meereswogen in jäh wechselndem Auf und Nieder an uns vorüberrauscht und uns, wir mögen wollen oder nicht, in jene tief tragische Stimmung hineinreißt, die der Mensch dem Kosen und Tosen der unentrinnbaren Natur- und Schicksalsmächte gegenüber empfindet. Im Verlauf der zwar nur dreiaktigen, aber mit Einrechnung der Pausen volle fünf Stunden spielenden Handlung kann sich natürlich die Führung der Musik nicht immer auf gleicher Höhe halten, aber dem Totalcharakter wird sie nie untreu. Von selbstständig heraustretenden, kunstgemäß durchgeführten und sich abschließenden Melodien und Tonsätzen ist natürlich keine Rede, vielleicht noch weniger als in Wagners früheren Arbeiten. Aber darum möchten wir die Musik nicht schlechthin unmelodiös nennen. Ansätze zu Melodien sind sogar ungewöhnlich viele darin, und in der Art und Weise, wie das in Individualisation begriffene Motiv rasch wieder in die elementarische Urbewegung zurücksinkt oder in ein anders gestaltetes Motiv übergeht, liegt jedenfalls auch eine bedeutende Kunst melodischer, harmonischer und besonders rhythmischer Gestaltung. Was von Wagner nur als Symbol eines Gedankeninhalts geboten wird, ist ebenfalls eine Art Formenspiel und somit gerade in dem, wodurch es wirkt, derjenigen Musik, die er verdrängen will, am ähnlichsten. Wenn wir im Bisherigen die Macht und Bedeutung der diese Oper charakterisirenden Musik treu dem empfangenen Eindruck gemäß anerkannt haben, dürfen wir daneben auch eine uns fort und fort begleitende Empfindung unbehaglicher Art nicht verschweigen. Dieselbe war doppelter Art. Einerseits empfanden wir es übel, daß sich neben dem chaotisch elementarischen keine fest ausgeprägten individuellen, und neben den zermalmenden und tragischen keine erhebenden und wahrhaft erfreuenden Elemente in der musikalischen Zeichnung bemerklich machen; andererseits hatten wir stets das Gefühl, daß die in Scene gesetzte Tragik für den behandelten Stoff eine viel zu bedeutende sei, daß Handlung und Personen eigentlich nicht werth seien, uns um ihretwillen so lange und gewaltsam erschüttern zu lassen. Sujet und Aufwand der Mittel scheinen uns daher in keinem proportionalen Verhältniß zu stehen, und daher macht das Pathos inmitten seiner ergreifenden Wirkung zugleich den Eindruck einer dem Schönheitsgefühl widerstrebenden Ueberladung. Maßhaltung und Selbstbeschränkung dürfte also dem Komponisten vor Allem auch in dem, worin er stark ist, zu empfehlen sein.

In einem Bericht der Berliner „National-Zeitung" lesen wir: „Während man in „Tannhäuser", im „Lohengrin", in den „Meistersängern" doch noch abgerundeten melodischen Sätzen, wenn auch nur sporadisch, begegnet — während in dem großen Instrumentalsatze Wagners „Der Ritt der Walküren" die Aufthürmung eines großartigen Figurenbaues immer noch mit vollem Recht Anspruch auf Geist und Genialität macht — bietet „Tristan und Isolde" von Alledem nichts oder nur sehr wenig. Von Anfang bis Ende ist die Musik nichts als eine fortwährende chromatische Anhäufung von einigen, an sich schon möglichst abstrusen Figuren, von musikalischen Trugschlüssen und, was die Hauptsache ist, von verminderten Septimenaccorden. Nicht eine in sich abgeschlossene Melodie, nicht 16 Takte ruhiger Entwicklung eines festgehaltenen Gedankens. Glaubt man wirklich ein- oder das andere Mal bei einem melodischen Halt angekommen zu sein, gleich wieder verläßt ihn der Komponist durch irgend eine in die Harmonie gelegte Trugwendung, um dem Gefühle der Nichtbefriedigung neue Nahrung zu geben. Es würde zu weit führen, wollte ich zum Nachweise dieser Behauptungen nur einigermaßen näher auf die Sache eingehen. Bei der Tonmalerei nach dem Worte, die sich Wagner zum Vorwurf genommen, bei der großen und zugleich

Sprechen empfohlen, und da Letzteres mit einer festlichen Rundreise unzertrennlich verbunden wäre, so muß in diesem Jahre leider ein Vorhaben unausgeführt bleiben, dessen Verwirklichung wohl dem König wie dem Volke gleich willkommen gewesen wäre."

München, 17. Juni. Freiherr von Lerchenfeld hat sein Referat über die Staatsausgaben pro 1861/63 fertig. Bei dem Kapitel „Wohlthätigkeit" zeigt uns der Herr Berichterstatter einen sehr wunden Fleck unserer sozialen Zustände. Es sind dieß die „Heimathlosen". Für sie betrug die Ausgabe auf Verpflegung 1855/56 nur 58,536 fl. Von da ab stieg sie von Jahr zu Jahr bis 1862/63 auf 71,391 fl. Freiherr von Lerchenfeld bemerkt hierüber: Diese Zunahme sei dem Bestehen und der fortwährenden Vermehrung jener Bettler- und Landstreicher-Bevölkerung zuzuschreiben, welche zumal in Ober- und in einem Theile von Niederbayern nicht nur ohne alle Arbeit blos von dem lebt, was sie der Gutmüthigkeit einer oft selbst auf den Erwerb der eigenen Hände hingewiesenen Bevölkerung abbettelt, oft abtrotzt, sondern auch nebenbei die öffentliche Sicherheit in der bedenklichsten Weise gefährdet. Die Frage — heißt es ferner — ob und wie diese Heimathlosen, die in fast beständigem Konflikt mit den Gesetzen leben, welche sie sehr selten erreichen und deren Strafen sie nicht bessern, in eine arbeitsame, ansäßige und heimathberechtigte Bevölkerung umgewandelt, wenigstens ihrer Vermehrung und endlosen Fortdauer entgegengewirkt werden könnte, fordert dringend die Vorsorge der Verwaltung, nöthigenfalls der Gesetzgebung!

München, 18. Juni. Bei der gestern stattgehabten Wahl eines Ausschusses der Kammer der Reichsräthe für soziale Gesetzgebung wurden in geheimer Sitzung gewählt: 1) Fürst v. Hohenlohe, 2) v. Faber, 3) v. Niethammer, 4) Graf v. Montgelas, 5) Graf v. Lerchenfeld, 6) Frhr. v. Frankenstein, 7) Karl Frhr. v. Aretin, 8) Frhr. v. Thüngen, 9) Frhr. v. Kleinschrod. Als Ersatzmänner: 1) Graf v. Maldegem, 2) Graf v. Sandizell, 3) v. Maffei.

≠ In der Sitzung der Kammer der Abgeordneten wurde, wie wir zu unserm gestrigen Berichte im „Anzeiger" nachtragen, über das Regierungspostulat von 95,300 fl. zur Herstellung neuer Wohn- und Stallgebäude für die Bezirks-Gestüts-Inspektion München in Schwabing berathen. Abg. Urban hat bekanntlich beantragt, daß die Gebäulichkeiten in Schleißheim, welche viel billiger zu stehen kämen, zu diesem Zwecke genommen werden sollen, von Seite des Ministerial-Raths v. Wolfanger und des Referenten Vermühler wurde jedoch unter Berufung auf den Ausspruch Sachverständiger, daß die dortigen Lokalitäten, falls sie zweckgemäß hergerichtet werden sollten, noch bedeutend mehr kosten würden, als der Neubau in Schwabing und Minister v. Pfretschner glaubte schließlich noch besonders aufmerksam machen zu sollen, daß Sparen am unrechten Orte nicht selten zum Nachtheile ausfällt. Es wurde von Seite des Ministeriums wiederholt erklärt, daß es sich, falls das Postulat nicht genehmigt würde, in arger Verlegenheit befände, indem das Bedürfniß nach neuen Räumlichkeiten ein äußerst dringendes sei. Bei der Abstimmung wurde das Regierungspostulat mit 72 gegen 51 Stimmen genehmigt.

Berlin, 16. Juni. Die „Zeidler'sche Korresp." bemerkt in Bezug auf die Gerüchte von einem zu erwartenden neuen Wahlgesetze, daß die Regierung zwar die Zweckmäßigkeit einer neuen Wahlordnung in Erwägung ziehe, indessen damit sich nicht übereilen werde; das Land bedürfe der Ruhe „von der parlamentarischen Hetze". „Wir werden daher", schließt die „Zeidler'sche Korr." ihre Ausführungen, „im Laufe des Jahres 1865 weder eine Auflösung noch eine Neuwahl haben."

Der Bismarck'sche Berliner Korr. der „A. Z." schreibt vom 16. ds.: „Das preußische Kabinet hat die österreichische Depesche vom 1. d. unterm 13. d. beantwortet, und darin seine Genugthuung ausgesprochen, daß beide Höfe über die Frage wegen Berufung der Stände zu einem Einverständniß gelangt sind. Zugleich ist dem Wiener Kabinet die Mittheilung gemacht worden, daß Hr. v. Zedlitz die Anweisung erhalten habe, sich mit Hrn. v. Halbhuber über die schleunige Anordnung der Einleitungen zu den Ergänzungswahlen zu verständigen. Man hofft in den preußischen Regierungskreisen, daß bis zum Zeitpunkt der Beendigung der Ergänzungswahlen auch über die Entfernung des Erbprinzen von Augustenburg aus Holstein eine Verständigung (!) mit Oesterreich erzielt sein wird. Ohne diese steht freilich eine weitere Verzögerung des Zusammentritts der Stände zu besorgen.

Nach der „Köln. Ztg." hat die großherz. badische Regierung den Beschluß gefaßt, dem preußischen Antrage wegen Abschlusses eines Handelsvertrages mit Italien ihre Zustimmung zu ertheilen. Die preußische Regierung wird von diesem Beschlusse bereits in Kenntniß gesetzt sein.

Gutem Vernehmen nach ist in **Hannover,** wie der „Köln. Ztg." berichtet wird, eine preußische Depesche eingetroffen, in welcher die Beschwerde der oldenburgischen Regierung vom 22. v. M. (in Betreff der Anwesenheit des Erbprinzen von Augustenburg in Holstein) zum Gegenstande einer ausführlichen und zustimmenden Erörterung gemacht worden ist.

Frankfurt. Die hiesige Postztg. plaidirt energisch für das Selbstbestimmungsrecht der Herzogthümer. Sie sagt ganz richtig: „Wenn das ganze Gebäude der preußischen Ansprüche auf dem Satze wurzelt: Auf beide Herzogthümer hat kein Prätendent ein Recht, weil der Neustaat erst neu geschaffen werden soll, so folgt daraus, daß man das betheiligte Volk selbst zu befragen hat, wen es zur

---

melodielosen Unruhe, die durch das Ganze geht, kommt der Komponist in den Momenten, in welchen er einen wirklich gesteigerten Effekt schildern will, zu einem Spektakel und zu einer Potenzirung der Septimengänge, die den Zuhörer zunächst förmlich betäuben, um sodann bei ihm das Gefühl des äußersten Mißbehagens zurückzulassen.

Nach meinem Dafürhalten hat Wagner sich und seiner Richtung den härtesten Schlag durch „Tristan und Isolde" gegeben! Der Erfolg von gestern ist ein durch mancherlei Umstände mit veranlaßter succès d'estime; er war Wagner zu gönnen. Vom Standpunkt der wirklich belebenden, bildenden, humanistischen Kunst aber sind solche Erzeugnisse strengstens zu verurtheilen."

S. Z. Pariser Briefe.

Paris, 11. Juni.

Die Nasen haben bekanntlich sehr verschiedene Längen, was jedoch den Werth anlangt, so gilt eine „Nasenlänge" so viel als die andere. Nur durch einen besondern Umstand, der noch hinzukommen muß, pflegen sie sich zu unterscheiden. Es gibt nämlich in dieser Beziehung dreierlei Nasenlängen, und zwar Nasenlängen „voran", Nasenlängen „nach" und Nasenlängen „Allen voran" oder „Siegesnasenlängen". Dasselbe gilt von den „Pferdelängen", und um eine solche ganze Pferdelänge haben jetzt die französischen Sportsmen über die englischen gesiegt.

Wer denkt nun noch an den Redner von Ajaccio und den freundschaftlich vetterlichen Briefwechsel, was scheert uns Algier, Rom oder Mexiko, was kümmert uns Thiers' dreistündige Standrede über den Staatsbankerott, wir debattiren jetzt die kulturhistorische und staatsrechtliche Bedeutung der Nasen- und Pferdelängen! Dies „wir" bezieht sich freilich nur auf den Jockeyclub und Alles, was mit ihm durch die Bande pferdefreundlicher Gesinnung verbunden ist. Wer am 1. Juni über den Boulevard schritt, sah dort zwei prächtige Gebäude illuminirt: das Versammlungshaus des Jockeyclubs und das Hotel des Grafen Lagrange. Er ist der hochgefeierte Eigenthümer des noch gefeierteren „Gladiateur", welcher auf der Arena von Epsom den Stolz Englands niederwarf. Das war ein grandioser Sieg und eine ungeheuere Satisfaktion!

Hatten nicht noch im Vorjahre die Engländer spöttisch gemeint, daß Frankreich ein Land sei, das von Pferden nichts versteht, keine erziehen und keine reiten kann und es nie lernen wird? Bereits im vorigen Jahre aber gewann Fille de l'air den Preis von Oak, und in diesem Jahre wird England abermals auf eigener Erde von Frankreich geschlagen. Der Oakpreis ist der zweite im Range des Turf, der Derbypreis der erste. Wer hätte nie von den Derbyrennen gehört? Ganz England pflegte sich daran zu betheiligen, es sind die olympischen Spiele Britanniens, und an diesem Tage wird es von seinem verschmähten Nachbar geschlagen. Old England, wie weit bist Du gesunken!

Außer dem kolossalsten Ruhme soll Graf Lagrange auch noch circa 2 Millionen Franken Gewinn an Wetten mitgebracht haben. Das Glück liegt, wie die Araber sagen, auf dem Rücken der Pferde.

Schade, daß diesen Siegestag der Herzog von Morny nicht erlebt, er, den man den ersten Sportsman von Frankreich nannte. Unterdeß wurden seine Kunstschätze verauktionirt. Das war ebenfalls ein gar heißes Derbyrennen, und wer das Glück hatte, eine Nasenlänge voran zu sein, der gewann vielleicht einen Hobbema, Greuze, Watteau, Bronzino ꝛc. — für 100,000 Franken, oder einen Delaroche, Meissonier und wie die Künstler von heute heißen — für 50,000 Frs., welchen Preis der Sieger natürlich selbst zahlen mußte.

Mit dieser Versteigerung schließt das große Auktionenrennen,

Gründung der neuen Dynastie berufen will. Das ist, wie wir wiederholt ausführten, nicht napoleonistisch, sondern konservativ und urältesten Rechtens."

London, 17. Juni. In der Freitagssitzung des englischen Unterhauses stellte Herr H. Berkeley, der langjährige und unermüdliche Vertheidiger der geheimen Abstimmung, den Antrag: — „daß, da eine allgemeine Wahl bevorsteht, und wir kein Gesetz haben, welches die Einschüchterung der Wähler oder deren Bestechung verhindert, so ist es zweckmäßig, daß ein Versuch mit der geheimen Abstimmung (vot by ballot) gemacht werde." Der Antrag wurde jedoch mit 118 gegen 74 Stimmen abgelehnt. — Nachrichten aus Indien vom 23. Mai melden, daß die aktiven Operationen der englischen Truppen in Bhutan aufgehört haben. Die beabsichtigte internationale Ausstellung in Bombay ist aufgegeben worden. — Aus Shanghai vom 22. April wird mitgetheilt, daß die Degradation des Prinzen Kong für die internationalen Beziehungen ohne Bedeutung ist. Sein Nachfolger Wen-siang, ein geborner Tatar, ist den Fremden wohl geneigt. — Auf Umwegen ist es den Engländern gelungen, alle chinesischen Häfen thatsächlich dem europäischen Handel zu öffnen. Sie haben die chinesischen Behörden veranlaßt, zu bewilligen, daß Chinesen Besitzer fremder Schiffe werden und diese unter chinesischer Flagge fahren dürfen. Da nun die Chinesen schlechte Schiffbauer und ebenso schlechte Seeleute sind, so werden europäische Schiffe und europäische Matrosen den Küstenhandel — unter chinesischer Flagge — ausüben.

Brüssel. Die „Indep. Belge" bringt Näheres über die Veranlassung von Eloin's Reise nach Europa. Anfangs April traf in Mexiko eine Depesche der französischen Regierung ein, worin dem Kaiser Max erklärt ward, vom 1. Juli ab könne der französische Schatz nicht mehr die Vorschüsse für die mexikanische Fremdenlegion leisten. Der Kaiser Max schickte seinen Sekretär Eloin nach Europa mit einem eigenhändigen Schreiben, worin es hieß, daß der Kaiser Max Thron und Land verlassen werde, wenn Frankreich die Zahlungen einstelle. Dieser Brief wurde dem Kaiser nach Algier nachgeschickt, während Eloin nach Brüssel eilte, um König Leopold's Vermittlung anzurufen. Dieser hat nun Eloin mit einem Schreiben an Napoleon III. ausgerüstet, das am Montage übergeben wurde. Man hofft, der Kaiser werde sich vorläufig bis zu Ende dieses Jahres verpflichten, zu dem vielen Andern auch den Sold für die geworbenen Oesterreicher und Belgier zu zahlen. Bazaine verlangt natürlich, daß die Fremden-Legion, die Frankreichs Brod ißt, auch ganz allein zu seiner Verfügung stehe, während die mexikanische Regierung und deren Ober-Befehlshaber darüber sehr erbittert sind. Auch über die Ernennung mexikanischer Generale zu den Kommando's in den Provinzen ist Bazaine unzufrieden, namentlich mit dem Indianer Mejia, der schon auf das bloße Gerücht, daß Negrete komme, mit 3500 Mann Michoacan verließ und sich ins Innere zurückzog; nur das Eintreffen des 3. Bataillons der Fremden-Legion machte ihm wieder Muth zur Umkehr in die Stadt. Bazaine beansprucht, daß überall, wo Franzosen, selbst wenn es auch nur Turcos sind, wie in Jalisco, erscheinen, die mexikanischen Militärbehörden ohne Weiteres den französischen Corpskommandanten als ihren Vorgesetzten betrachten und ihm Gehorsam leisten. Die Turcos haben in Mexiko sich aus Fußvolk auf eigene Verantwortlichkeit in Reiterschwärme umgewandelt. Der Mann erhält 40 Piaster im Monat, wofür er sich Alles zu stellen hat; der Turco zieht die 210 Frcs. ein und versorgt sich bei den Eingebornen in der Weise, daß alle ihm in den Wurf kommenden Pferde juaristisch, alle Ochsen wild und folglich gute Beute sind. Daß die Besitzer von großen Estancias über diese französische Art, ihre Turcos für Alles sorgen zu lassen, nicht gerade entzückt sind, läßt sich denken. Uebrigens sind laut der „Independance" die deutschen Truppen, d. h. die braven Oesterreicher, noch schlechter bei den Mexikanern angeschrieben; selbst ihr edler Wiener Dialekt ist den Creolen zuwider; eben so ihre Gemüthlichkeit. Auch der Umstand, daß diese Leute als arme Teufel nur von französischer Gefälligkeit leben, dient nicht, sie in Ansehen zu bringen.

Petersburg, 17. Juni. Der Kaiser empfing heute eine Polendeputation, welche aus Anlaß des Todes des Thronfolgers eine Beileidsadresse überreichte. In seiner Antwort bemerkte der Kaiser, er glaube gern an die Aufrichtigkeit der in der Adresse ausgedrückten Gefühle und wünsche, die Mehrheit der Polen möge dieselben theilen; dieß würde die beste Garantie sein gegen die Wiederkehr der jüngsten Prüfungen. „Uebermitteln Sie meine Worte Ihren verirrten Landsleuten; wiederholen Sie denselben, was ich auf ihr erstes Gesuch von 1856 sagte: „Keine Träumereien!" Wäre dieser Rath befolgt worden, so würde viel Unglück erspart worden sein. Ich liebe gleichmäßig alle meine Unterthanen: Russen, Polen, Finnländer, Liefländer, werde aber niemals die Idee einer Abtrennung des Königreichs dulden. Ich hoffe, daß der zu meiner Erbschaft berufene Thronfolger meiner würdig regieren und nicht dulden wird, was ich nicht duldete."

Tiflis. Es wird über eine Schlappe berichtet, welche die Russen in Binnenasien erlitten haben. Nach einem beinahe 21tägigen Marsche war General Tschernajew bis vor die Thore von Tschimkend in Khanate von Khokand gelangt und hatte versucht, sich des Platzes zu bemächtigen, um von dort aus gegen Taschkend zu operiren. Statt eines Angriffes auf den Platz kam es zu einer blutigen offenen Feldschlacht, in welcher die Russen unterlagen und in deren Folge sie sich zum eiligen Rückzuge nach Hodscha Ahmed genöthigt sahen.

---

welches durch die Galerien des Grafen Pourtalès, der Herzogin von Berry, des Barons Van Brienen, des Prinzen von Radziwill ꝛc. einen so großartigen Kunstmarkt hier hervorgerufen hat. Die modernen Gemälde sind alle fabelhaft bezahlt worden.

Noch eine „Galerie" will ich erwähnen. Haben Sie schon einmal etwas von einer „Galerie des députés au Corps legislatif" gehört? Der glückliche Erfinder derselben heißt Etienne David, ein Lithograph, welcher die Porträts der Abgeordneten gesammelt hat, sowohl derer, welche es einmal waren, als auch derjenigen, welche gegenwärtig im Palais Bourbon tagen. Jedem Bilde ist eine kurze Biographie und ein Autograph beigefügt. Der Gedanke ist nicht übel und empfiehlt sich zur Nachahmung. Ein interessanter Theil der modernen Geschichte liegt in diesen Porträts. Die meisten der gegenwärtigen Deputirten tragen unbekannte, unberühmte Namen. Es sind aus der großen Masse emporgeschnellte Maires, Präfekten oder feistgemachte Hoflieferanten und andere ehrenwerthe Männer. Man könnte Heines Worte als charakterisirendes Motto unter ihre werthen Abbilder stellen: „Zwölf von ihnen machen ein Dutzend, und greift man sie an, rufen sie nach der Polizei."

Desto mehr Interesse erregen die Blätter, welche der Opposition gewidmet sind. Das sind Namen, welche man nicht nur in Frankreich kennt, sondern in ganz Europa, vor allem aber der kurze Herr Thiers mit dem dunkeln, vollen Gesicht und den kurzgeschorenen weißen Haaren. Man sieht dem Exminister seine achtzig Jahre nicht an, ebensowenig wie man sie seinen Reden anhört, denn er spricht meist lange und am schnellsten von allen Abgeordneten. Er ist der Prüfstein eines guten Stenographen. Dann der drohende Kopf von Jules Favre, mähnenartig hängt ihm das lange Haar um das Haupt, ein weißer Bart bedeckt das Kinn. Ernest Picard darf nicht zu den Schönheiten gerechnet werden, er sieht kaum bedeutend aus, nur die kleinen grauen Augen verrathen neben Heiterkeit und Gutmüthigkeit jenen fern treffenden Witz, welchen die Gegner an ihm fürchten.

Aber hier ist Emil Ollivier, der ehrgeizige Mann, der Renegat, welcher sich jetzt auf Seite der Regierung geschlagen, angeblich eine Mittelpartei gründen wollend, der hier aller Boden fehlt. Es ist eine hagere Gestalt mit ungekämmtem Kopfhaar. Die „France", eines der abgerichtetsten Blätter der Regierung, welche trefflich apportirt und auf den Wink folgt, hat diesen Herrn jetzt in ihren besondern Schutz genommen. Sie erwähnt auch lobend das Autograph, welches unter seinem Porträt steht; es lautet:

„Wenn man mich fragte, welches die seltenste und zugleich nothwendigste Eigenschaft ist, die ein Staatsmann haben kann, so würde ich antworten, sich in gewissen Momenten mit Gleichmuth einen Einfältigen oder Ehrgeizigen von gemeiner Sorte nennen zu lassen, wenn dieß zur Verfolgung eines lang überlegten Planes dienlich ist. Es nicht ängstlich haben, seine Tüchtigkeit auf dem Markte auszupacken und hinzustellen, — welch' ein Beweis von Stärke und Ehrenhaftigkeit! Man bereitet so der Geschichte, welche meist von magerer Kost lebt, das Fest eines Charakters, und diesen wird sie immer mehr einem Talent vorziehen, besonders einem Rednertalente, allzuwenig schätzbar bei einem Volke, das eine so feine Sprache besitzt."

Wie schlau! Wir wollen uns den Mann zum unverantwortlichen Minister aufheben. Was aber die Geschichte anbelangt, so fürchte ich, wird sie sich auch bei Ollivier mit einem mageren Talent-Braten begnügen müssen und vergebens auf die derbe Kost eines Charakter-Steaks warten.

Hiezu die Beilage: „Würzburger Anzeiger".

Verantwortlicher Redakteur: A. Hartmann.
Druck und Verlag der Stahel'schen Buch- und Kunsthandlung in Würzburg

An die
k. Hof- und Staatsbibliothek
1 N. Würzb. Ztg. München.

Neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht!

№ 168. | Vorausbezahlung: Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 1 fl. 30 kr. Bei Inseraten wird die dreispaltige Zeile in gewöhnlicher kleiner Schrift oder deren Raum im Hauptblatte mit 6 kr., im Anzeiger mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franco. | 62. Jahrgang. | Dinstag, 20. Juni 1865.

Die letzten Verhandlungen des preuß. Landtags.

In der letzten Sitzung des preußischen Abgeordnetenhauses am 17. ds. Mts. theilte der Präsident zunächst eine Anzeige des Präsidenten des Herrenhauses darüber mit, daß dieses Haus den Etat für 1865 abgelehnt und der Regierung für die allgemeine Rechnung Decharge ertheilt habe, hierauf äußerte Abgeordneter v. Forckenbeck: Da das Herrenhaus nicht, wie früher, den Regierungsetat wiederhergestellt, so habe es, vermöge der zweimal vom Abgeordnetenhause empfangenen Belehrung, einen Fortschritt gemacht, mit dem man vorläufig zufrieden sein könne. Abg. Virchow glaubte, vielmehr gerade einen Rückschritt des Herrenhauses konstatiren zu müssen. Die Ertheilung der Entlastung durch das Herrenhaus, nachdem das Haus der Abgeordneten sie versagt, sei ein Bruch der Privilegien dieses Hauses. Das Herrenhaus habe ferner Resolutionen gefaßt, die dritte unter Zustimmung des Finanzministers, welche bewiesen, daß die Staatsregierung offen beabsichtige, ihr verfassungswidriges Verfahren fortzusetzen, und zwar mit Hilfe des Herrenhauses. Er habe die Ueberzeugung, wie sie auch das Land habe, daß Se. Maj. der König ein Ansinnen, an Stelle des Etats eine königliche Verordnung treten zu lassen, mit Entrüstung zurückweisen werde. In dem Augenblicke, wo die Regierung dies Verfahren einschlagen würde, würde es nicht mehr möglich sein, daß ein Abgeordnetenhaus überhaupt noch in regelmäßiger Weise mit einer solchen Regierung verkehren könne. (Bravo!) Der Präsident bemerkte, daß das Herrenhaus bei Ablehnung des Etats in seinem verfassungsmäßigen Rechte gewesen sei, stimmt den Ausführungen der beiden Vorredner bei, konstatirt jedoch aus den Akten, daß er dem Herrenhause von der verweigerten Decharge keine Mittheilung gemacht habe. Nach einer Aeußerung des Grafen Wartensleben erledigt der Präsident die Angelegenheit mit der Erklärung, daß nach seiner Ansicht das Haus keine Veranlassung habe, einen besondern Beschluß zu fassen. Das Haus genehmigt hierauf die Handelsverträge mit Belgien und mit England und beschließt auf Antrag des Abg. v. Denzin, den Gesetzentwurf wegen Uebernahme einer Zinsgarantie für eine Eisenbahn von Köslin nach Stolb von der Tagesordnung abzusetzen. (Der Berichterstatter hatte Ablehnung beantragt.) Ebenso wird der Gesetzentwurf über Aufbringung der Kosten für Regulirung der Grundsteuer von der Tagesordnung entfernt. Die Ermächtigung zur strafrechtlichen Verfolgung des polnischen Bauern, welcher dem Abgeordnetenhause einen „Esel“ oktroyirt hatte, wird versagt. Dem Jahresbericht der Schuldentilgungskommission für 1863 wird die Entlastung verweigert. Darauf ergreift Präsident Grabow zu einem kurzen Rückblicke auf die Thätigkeit des Landtags das Wort und sagt am Schlusse: Es zeigt sich nur zu sehr, wie sich die Wahrheit derjenigen Worte, welche ich bei Antritt meines Amtes an Sie richtete, bestätigt hat. — Es ist zwar viel von Verständigung gesprochen worden, im Laufe der Verhandlungen aber hat man Unterwerfung von uns verlangt. Das Andrängen der Reaktion in dem, mit äußerster Schärfe geführten Kampfe gegen unser verfassungsmäßiges Recht ist darauf gerichtet, den Verfassungsstaat in einen Polizei- und Militärstaat zu verwandeln. Die bisherigen Versuche sind aber an der Festigkeit des verfassungstreuen liberalen Volkes gescheitert, denn dieses Volk hat den Werth der Verfassung würdigen gelernt. Das Resultat dieser Session ist nicht gering anzuschlagen; wir haben die Staats- und Handelsverträge, das Berggesetz und andere wichtige Vorlagen erledigt und wir haben die feste Hoffnung, daß sich auch jene Grundsätze Bahn brechen werden, deren Resultat es sein wird, die Lasten des Volkes zu erleichtern. Darum, meine Herren, lassen Sie uns fester und treuer als je um die Verfassung schaaren; die Verfassung, welche Se. Maj. der König beschworen, hoch und heilig zu halten. Der König, dessen Prärogative in irgend welcher Weise zu beeinträchtigen dieses Haus niemals auch nur den geringsten Versuch gemacht hat, dem schirmenden Dache der von uns beschworenen Verfassung wollen wir das felsenfeste Vertrauen aufbauen. Erlauben Sie mir, meine Herren, den Herren Vizepräsidenten, Schriftführern und Quästoren den Dank auszusprechen für ihre gütige Unterstützung in Ausübung meines schweren Amtes während 5monatlicher Session, die ich nun ihrem Ende entgegenführe, mit dem Rufe: „Hoch lebe S. M. der König Wilhelm I.“ Abg. Virchow (zur Geschäftsordnung). Nachdem meine persönliche Angelegenheit durch eine amtliche Bekanntmachung in der „Provinzial-Correspondenz“ einen allgemeinen Charakter erlangt

Feuilleton.

Der König der Weine.

Die gute alte Stadt Rheims mit ihrer herrlichen Kathedrale, in welcher einst die Könige Frankreichs gekrönt wurden, ist die Hauptstadt der Champagne, des bekanntesten Weingebietes der Welt, dessen moussirende Erzeugnisse nach allen Ländern der Erde wandern. Außerdem liegen hier die Städte Chalons und Epernay, und schwerlich wird es in der Welt Plätze gleicher Größe mit solcher Anhäufung von Reichthum und Wohlstand geben, wie diese sie dem Champagner verdanken. (Nur das kleine Cognac überflügelt sie noch durch die ungeheueren Erträge seiner Fabrikaten. Der Bezirk bildet eine weite, wellenförmige Ebene, durchschnitten von Hügelzügen, gerade hoch genug, um die vollkommenste Exposition gegen die Sonnenstrahlen zu gestatten, und überall, wohin das Auge sich wendet, sind sie bekleidet, übersponnen mit dem tiefen Grün des Rebenlaubes.

Echter, guter Champagner ist unbestreitbar der Herrscher aller Weine; mit seinem Wohlgeschmack, seinem köstlichen Parfüm, seiner raschen Wirkung auf Geist und Gemüth kann kein anderer Wein sich vergleichen. Leider aber besitzt auch der echteste Champagner nicht immer alle die Eigenschaften, welche er haben könnte und sollte. Zuerst geräth er vollkommen nur nach einer jener Weinlesen, wie sie gar selten sich einstellen — in dem ganzen Zeitraum von 1847 bis 1857 war z. B. keine einzige! — und sodann muß er wenigstens fünf Jahre alt sein; in diesem Zeitraume verdoppelt er zum mindesten seine Qualität. Zwar ist gegenwärtig der junge Wein beliebter, und man wirft dem älteren vor, er verliere; allein dies ist nur der Fall, wenn er allzu alt wird. Der gemüthliche Trinker will „Schaum“ auf dem Glase und ist dann zufrieden; ein solcher darf allerdings alten Champagner nicht wählen, weil derselbe mit den Jahren immer mehr von seiner Effervescenz verliert. Daher trinkt man ihn für gewöhnlich am besten zwei oder drei Jahre alt, es sei denn aus Jahrgängen wie 1834, 46, 57, 58, 61 oder 62; von solchen ist es gerathen, ihn ruhig fünf und sechs Jahre auf Flaschen zu lassen und ihn dann erst in Gebrauch zu nehmen. Wer Etwas davon versteht, der wird ein solches edles Getränk mit seinem stehenden, rahmigen Schaum zu würdigen wissen. Es gehören aber gute kühle Keller zu solcher Aufbewahrung, wie man sie nicht allenthalben trifft. Champagner soll aber nicht blos kühl, sondern kalt gehalten werden und muß daher, wenn auf andere Weise die Temperatur nicht zu erniedrigen ist, auf Eis gelegt werden. Im warmen Raum ist auch im Winter die Kühle sehr angenehm; bleibt aber die Flasche im Eiskühler, bis der Wein die nämliche Temperatur bekommt, wie das Eis selber, so schadet man damit der Feinheit des Champagners, dessen Geschmack und Blume dadurch „absterben.“ Zehn Minuten lang im Eise gedreht ist genügend, um den Zustand hervorzubringen, welchen die Franzosen „frappé“ nennen. Uebrigens wird schon die Wärme der Hand beim Einschenken einem guten Champagner schädlich; es ist daher wohlgethan, sich des bekannten Flaschenhalters oder Schenkgriffs zu bedienen.

Früher hieß aller Champagner „Sillery,“ von dem berühmten

hat, nachdem diese Angelegenheit in einer Weise behandelt worden, welche das ganze Haus berührt, sehe ich mich gezwungen, einige Aufklärungen zu geben. Redner verliest den Artikel und widerlegt resp. berichtigt die darin enthaltenen Angaben, aus denen u. A. hervorgeht, daß der Ministerpräsident nicht eine Erklärung, sondern eine Rücknahme der Worte „Mangel an Wahrhaftigkeit“ gefordert habe. Daß die Ablehnung des Duells durchaus nicht ein Resultat der Verhandlungen im Hause gewesen sei, und daß Hr. Virchow von dem Ministerpräsidenten keineswegs eine Erklärung im Abgeordnetenhause verlangt, sondern nur um die Zusicherung in einer, dem Belieben des Ministers anheimgegebenen Fassung ersucht hatte, daß der Minister mit dem Hinweis auf Hrn. Fischer keine Beleidigung des Referenten und der Mitglieder der Marine-Kommission intendirt habe. Er habe von einem Duell kein Wort gewußt und es erst in Elberfeld erfahren. Redner bestätigt alle anderweitig mitgetheilten Angaben über Vorgänge im diplomatischen Korps und die Aeußerungen des Hrn. v. Keudel — über die polizeiliche Ueberwachung, über den anonymen Brief an seine Frau, und bedauert, daß die Sache in die Oeffentlichkeit gelangt sei, was sonst bei solchen Händeln unter Ehrenmännern nicht zu geschehen pflegt. — Außerdem erinnerte Herr Virchow noch Herrn Wagener an dessen Aeußerungen über den unterschriebenen Revers, worauf auch noch keine Ehrenerklärung erfolgt sei. Der Präsident Grabow dankt für diese Mittheilungen in einer Angelegenheit, wo so viele Verdächtigungen aufgehäuft worden sind. Wagener: Ich finde mich verpflichtet, in Folge der Provocation des Herrn Vorredners zu erklären, daß ich geglaubt, mein Betragen von der Art und Weise, wie Herr Virchow den Zwischenfall mit dem Herrn Ministerpräsidenten erledigen werde, abhängig machen zu sollen. Zur Sache selbst habe ich auf zwei Gewährsmänner recurrirt; sobald ich die Ueberzeugung gewonnen haben werde, daß ich falsch unterrichtet bin, so werde ich keinen Anstand nehmen, dies öffentlich zu erklären; ein Aktenstück zur Bestätigung meiner Angabe steht mir noch nicht zur Verfügung (wir wollen nachträglich bemerken, daß nach Hrn. Virchow Herr v. Hennig ergänzende Mittheilungen über seine Unterredung mit Herrn v. Keudel gemacht hatte). — Abg. Taddel: In Abwesenheit des Seniors glaube ich als Consenior die Pflicht zu haben, dem Präsidenten den Dank des Hauses abzustatten. Das Haus thut dies durch Aufstehen von den Sitzen. — Präs. Grabow dankt hierauf dem Hause und bringt ein Hoch auf die Verfassung aus, in welches Alle begeistert einstimmen.

Das Herrenhaus hat am 17. ds. noch in aller Eile diejenigen Vorlagen, denen das Abgeordnetenhaus eine Stunde vorher zugestimmt hatte, ebenfalls angenommen; von den gewöhnlichen Bestimmungen hinsichtlich der Geschäftsordnung wurde auf Wunsch der Regierung abgesehen. Natürlich konnte es der Präsident Graf Stolberg-Werningerode nicht unterlassen, in seiner Abschiedsrede das Abgeordnetenhaus anzugreifen; nach den Reden bei Gelegenheit des v. Below'schen Antrags und bei der Budgetberathung erscheinen indeß seine an sich scharfen Bemerkungen fast als mild. In seinem Vortrage heißt es: „Wie nützlich und segensreich, wie wir hoffen, die meisten der von uns angenommenen Gesetze wirken werden, der bei Weitem wichtigere Theil der Erwartungen und Hoffnungen, mit denen in diese Sitzungsperiode eingetreten wurde, ist unerfüllt geblieben. Die Festigkeit und Hingebung, mit welcher unser hochherziger Monarch für den Schutz und die Geltung deutschen Rechts in den Nordmarken unseres deutschen Vaterlandes eingetreten ist, hat bei einem Theile der Landesvertretung keine Anerkennung; die Opferfreudigkeit und Tapferkeit unseres Heeres keinen Dank, die Reorganisation der Armee, welche in blutiger Probe sich bewährt und es ermöglicht hat, ohne tiefgreifende Störungen in den Verkehrs- und Erwerbsverhältnissen den Krieg zu führen und gleichzeitig eine so achtunggebietende Stellung zu behaupten, hat keine Würdigung gefunden. Meine Herren, ich will die letzten Augenblicke, welche wir zusammen sind, nicht trüben, indem ich Ihre Gefühle durch Erinnerung an Ereignisse schmerzlich berühre, die zwar an einem andern Orte vorgekommen sind, die aber überall da verletzen müssen, wo die Ehrfurcht vor Gott, die Treue gegen den König, die Liebe zum Vaterlande aus den Herzen noch nicht geschwunden ist. Ich will lieber auf den Umstand hinweisen, der unsere Zuversicht stärkt. Das ist der, daß Se. Maj. der König, unser allergnädigster Herr, nach wie vor mit fester Hand das Panier hochhält, dem Sein Wille, Sein Streben für die Macht und Ehre Preußens, Seine Treue in dem königlichen Amte, zu dem Er von Gott berufen, die Inschrift gegeben hat, und daß ferner der Gehorsam, die Standhaftigkeit und die Hingebung der Männer noch keine Ermüdung zeigt, welche Er zu Seinen Ministern gemacht hat. So lange Dieß der Fall ist, dürfen wir mit Zuversicht hoffen, daß das Königthum nicht geschädigt, die Macht, die Ehre und das Ansehen Preußens nicht beeinträchtigt, die Erfolge einer glücklichen und besonnenen Politik nicht verkümmert und die Opfer einer in Tapferkeit und Zucht bewunderten Armee nicht vergeblich gebracht sein werden.“

(Amtliche Nachrichten.) **München**, 18. Juni. Vom k. Staatsministerium der Justiz wurden als Vertreter der Staatsanwaltschaft aufgestellt: am k. Landgerichte Waldmünchen der geprüfte Rechtspraktikant Georg Geißler aus Neumarkt, z. Z. in Hemau, und am k. Landgerichte Burgebrach der Accessist des Bezirksgerichts Ansbach, Karl Kellein.

In der Sitzung des 2. Ausschusses vom 13. ds. gelangte das Spezialreferat des Abg. Bermühler über die Nachweisungen des effektiven Aufwandes auf das Staatsbauwesen in den Jahren 1861/63 zur Verhandlung, die mit der einstimmigen Annahme des

---

Dorfe dieses Namens, das am Fuße der vorzugsweise „La Montagne“ genannten Hügelreihen ganz nahe bei Rheims liegt. Die daselbst befindlichen Weinberge, nicht mehr als ungefähr 150—160 Morgen, ergeben ein vorzügliches Produkt, da sie höchst sorgsam kultivirt werden; außerdem gibt es keine prachtvolleren Keller als die des Schlosses Sillery. Die Montagne hat noch ein Dutzend andere berühmte oder wenigstens gute Lagen; ihr etwas nachstehend im Produkt sind die Hügel der Marne-Ufer und die von ihnen geschützten Thalflächen, welche die große Straße nach Paris durchschneidet.

Der Weinhandel hat in Rheims und Epernay einzelnen Häusern ein Vermögen gebracht, von dem man anderwärts keinen Begriff hat; es sind diejenigen, welche lange Jahre hindurch gewissermaßen das Monopol besaßen, allein guten Champagner zu fabriziren. Endlich aber erwachte die Konkurrenz, und Andere kamen zu der Erkenntniß, daß diese Firmen, anstatt besondere Geheimnisse und Mittel zur Erzeugung feiner Weine, nur den Vortheil für sich hatten, gleich im Großen einkaufen zu können. Vielleicht gibt es in der ganzen Welt nicht eine solche Straße von Palästen wie die Rue de commerce — unter dem Namen La Folie (die Tollheit) übrigens weit bekannter — in Epernay. Noch vor Kurzem baute sich in derselben ein Weinhändler ein Häuschen, welches blos zwei Millionen Franks kostete, und es scheint eine ordentliche Nebenbuhlerei in der Verwendung des Champagnerprofits auf prachtvolle Gebäude zu herrschen.

Nicht weit von Epernay an der Straße nach Paris steht ein Schloß, auf dessen Thorwege die Inschrift prangt: Mater Filiae. Die Mutter ist eine Dame von Weltruf; ihr Name ist hingedrungen, wo diejenigen der berühmtesten Frauen, welche je gelebt haben, unbekannt sind; sie ist unermeßlich reich, lebt aber nach wie vor in dem kleinen Hause in Rheims, in welchem sie vor vielen Jahren ihr Geschäft begonnen hat. Und obgleich sie jetzt weit über 80 Jahre alt ist, so wird doch keine Cuvée gemacht ohne ihre Beurtheilung, und kein einigermaßen wichtiges Geschäft, welches nicht durch ihre Hand geht. Das ist die Wittwe Cliquot, deren Champagner der allgemeinen Meinung nach der beste in der Welt sein soll. Er ist nicht überall zu haben; die Wittwe hat ihre bestimmten Kunden und verabfolgt mit strenger Konsequenz an Niemand sonst eine Flasche. Doch macht sie Ausnahmen, wie folgende Anekdote beweist. In Leipzig kam an der „Magnatentafel“ der Weinstube von Fr. Dähne das Gespräch auf diese Eigenheit der berühmten Wittwe; ein Anwesender, K. Sch. (Träger eines literar-historischen Namens), ging die Wette ein, daß es ihm gelingen werde, die stolze Frau von ihrem Prinzip abzubringen. Zu dem Ende sandte er ihr eine große Schachtel der exquisitesten Leipziger Lerchen und bat zugleich um einen Korb Champagner gegen baar. Die Wittwe schrieb sehr höflich zurück, bedankte sich, bedauerte jedoch, den erhaltenen Auftrag nicht ausführen zu können, da ihre Geschäftsgrundsätze dieß nicht erlaubten; dagegen machte sie sich ein Vergnügen daraus, dem artigen Besteller sechs Flaschen Sect aus ihrem eigenen Hauskeller als Gegengabe zu übersenden.

Gewiß können Andere ebenso gute Weine haben, und haben sie auch, wie die „Wittwe“ (la Veuve heißt die ehrwürdige Dame vorzugsweise, und jeder Zecher kennt sie unter diesem Namen), denn es stehen ihnen dieselben Vortheile im Einkaufen der Trauben oder Weine bei den Produzenten zu Gebote, während die Darstellung ihres Liqueurs kein Geheimniß ist, und sie die Gährung ebenfalls nicht aus ihrem natürlichen Verlaufe zu lenken vermag. Das Haus Veuve Cliquot ist aber durchaus nicht bestrebt, seinen Wein in einem Jahre besser als im anderen zu machen, sondern ihn im Gegentheile Jahr für Jahr völlig gleichmäßig und so ge-

Antrages des Referenten auf Anerkennung schloß. Auch der weitere Vortrag des Herrn Vermühler, die Eingaben mehrerer Wegmacher um Lohnerhöhung dem Ministerium einfach hinüberzugeben, fand einstimmige Genehmigung. Aus dem Ausschußbericht ist außer einer Klage über die Bauführung bei dem neuen Regierungsgebäude in München noch hervorzuheben, daß die Frage angeregt wird, ob es nicht zweckmäßiger sei, die Unterhaltung der Straßen und die Ausführung der Flußbauten, statt durch Wegmacher und ständige Arbeiter, durch Akkordanten vornehmen zu lassen.

Nürnberg, 19. Juni. In einer am Samstag Abend abgehaltenen Versammlung hat sich für die hier am 28. August und an den folgenden Tagen stattfindende Versammlung des deutschen volkswirthschaftlichen Vereins ein Komite gebildet, welches aus 75 Mitgliedern besteht. Es wurden außer einem geschäftsleitenden Ausschuß drei Sonderausschüsse niedergesetzt: ein Finanz-, ein Fest- und ein Wohnungsausschuß.

Aus **Wien,** 18. Juni, schreibt man dem „N. K.“: „In Betreff der neuen Kreditforderung von 116 Millionen, welche allenthalben einen so niederschlagenden Eindruck hervorgebracht hat, scheint man in parlamentarischen Kreisen noch unschlüssig über die Behandlung des Gegenstandes zu sein. Wie es heißt, wäre die Regierung entschlossen, falls diese Kreditforderung gar nicht oder nur theilweise bewilligt werden würde, die Bankakte zu suspendiren. Dies könnte aber, wenn ein Vertragsbruch vermieden werden sollte, nur mit Einverständniß der Bank geschehen. Die Bank würde dann gegen eine angemessene Vergütung die Termine zur Abtragung der Schuld des Staates verlängern, dabei jedoch ihrer Verpflichtung, mit dem Jahr 1867 die Noten gegen Metallmünze einzuwechseln, pünktlich nachkommen. Eine solche Maßnahme will man sogar in gewisser Hinsicht für wünschenswerth halten und empfehlen.“

— Die Wiener „Presse“ meldet als bestimmt, daß die Einberufung des ungarischen Landtages in den nächsten Wochen, vielleicht noch vor Schluß dieses Monats, erfolgen werde. Zwischen Einberufung und Zusammentritt hat ein dreimonatlicher Zeitraum zu liegen.

Berlin. Die „Spener'sche Zeitung“ theilt eine Depesche mit, welche Hr. v. Bismark unterm 9. Juni an den Fürsten von Ysenburg, preußischen Gesandten bei den Höfen von Hannover und Oldenburg, erlassen hat, in Beantwortung der Verwahrung, welche der Großherzog von Oldenburg gegen die Berufung einer schleswig-holsteinischen Landesvertretung sub dato 22. Mai in Wien und Berlin durch seine Ministerresidenten hat übergeben lassen. Hr. v. Bismark versichert darin, daß „die Regierung Sr. Maj. des Königs, unseres allergnädigsten Herrn, diesem Aktenstücke die volle Würdigung zu Theil werden läßt, welche einem solchen Schritte eines befreundeten Bundesfürsten gebührt,“ und erklärt dann in Bezug auf die Seitens des Großherzogs beinzichtigten „Parteiagitationen“ in den Herzogthümern und auf die, von der „Unparteilichkeit der beiden im Besitz befindlichen Regierungen“ in Anspruch genommene „Parität der im Konflikt befindlichen Erbprätendenten“: „Die Regierung Sr. Maj. des Königs ist immer bemüht gewesen, diese Unparteilichkeit in vollem Maße zu wahren. Sie wird dasselbe, wie in jedem weiteren Stadium dieser schwierigen und verwickelten Frage, so auch bei der bevorstehenden Verhandlung mit der Landesvertretung thun und es sich zur Aufgabe machen, eine unparteiische und eingehende Würdigung und Beachtung aller Rechte, ohne Benachtheiligung eines der Prätendenten, zu vermitteln. Es ist auch ihre ernste Absicht, den Partei-Agitationen in den Herzogthümern, über welche die Depesche des großherz. Hrn. Ministers sich beschwert, mit Entschiedenheit entgegenzutreten und den Einfluß derselben auf die Wahlen und die Versammlung selbst, so viel an ihr ist, zu verhüten. Wenn die in der Depesche ausgedrückten Besorgnisse sich verwirklichen sollten, daß diese Einflüsse zu unberechtigten Akten einseitiger Verfügung über die Rechte Dritter oder zu Demonstrationen, welche eine rechtliche und politische Bedeutung in Anspruch nehmen und der definitiven Entscheidung vorgreifen wollten, führen möchten — was die kgl. Regierung indeß von dem rechtlichen und loyalen Sinn der Bevölkerung nicht glaubt erwarten zu sollen: so ist sie des Einverständnisses der kaiserl. österreichischen Regierung sicher dafür, daß die beiden Regierungen gemeinsam allen unberechtigten Akten entgegentreten werden. Die bekannte Gesinnung Sr. Maj. des Königs unseres allergnädigsten Herrn, darf Sr. k. Hoh. dem Großherzoge Bürge dafür sein, daß sein Vertrauen auf den angerufenen Schutz seiner Rechte, soweit dieselben bestehen und sich nachweisen lassen, nicht werde getäuscht werden.

Schleswig-Holstein. Die „Kieler Zeitung“ (das offiziöse Organ des Herzogs von Augustenburg) veröffentlicht folgende Erklärung: „Wir glauben gut unterrichtet zu sein, wenn wir behaupten, daß der Herzog auch dann nicht zum Verlassen des Landes sich bereit erklärt hat, wenn Oesterreich den gleichen Wunsch wie Preußen aussprechen würde. Der Herzog hat durch sein Erscheinen im Lande sein Schicksal an das unsrige geknüpft, und er kann unserer Ansicht nach dieses Band nicht lösen.“

Paris, 16. Juni. Die Kutscher derjenigen Remisewagen, die der „kaiserlichen Kompagnie“ angehören (es existirt außerdem noch eine Anzahl Remisefuhrwerke, die Privatleuten gehören), haben nun auch die Arbeit eingestellt, und es ist stark die Rede davon, daß auch die Omnibuskutscher dem Beispiel zu folgen gedenken. Inzwischen bleiben, wie der „Siecle“ sich ausdrückt, „die Auskunftsmittel übrig, welche die Freiheit überhaupt darbietet, und diese Freiheit hat bereits Wunder gewirkt.“ . . . „Von Stunde zu Stunde wächst die Zahl der improvisirten Fuhrwerke, welche der bedrängten Kommunikation zu Hilfe eilen. Sie sind allerdings nicht sehr ele-

---

nau wie möglich in seiner altbekannten Eigenthümlichkeit herzustellen. Wären alle Jahrgänge gleich, so wäre dieß verhältnißmäßig leicht, öfters aber fallen sie so schlecht aus, daß in Keller von Ruf nicht eine einzige Traube kommen darf; und da nicht selten zwei, drei und mehr solcher Jahrgänge auf einander folgen, so ist dieses Haus, wie jedes andere, gezwungen, immer auf einen bestimmten Vorrath zu halten, so gut es eben geht. Dies vermag nur durch den Ankauf der besten Weine des ganzen Bezirks zu geschehen und in der Vorbereitung derselben für den eigenen Brand. Das Haus Veuve Cliquôt und einige andere machen nach einer guten Weinlese verschiedene Cuvées von 50,000 und 100,000 Dutzend. Nach dem köstlichen Weinjahr 1861 waren die Keller der Wittwe mehr gefüllt als je zuvor und erinnerten mit ihren grandiosen Fässermassen an die Quais der Londoner Docks.

Was zur Leitung eines derartigen Geschäftes an Kapital, Kenntniß, Umsicht, Uebung, Berechnung gehört, ist kaum zu ermessen. Es ist ein Zoll der Gerechtigkeit, zu bestätigen, daß das Haus Veuve Cliquôt, obgleich es weder das Monopol der besten Trauben noch größerer Kenntniß der Gährung und Weinbereitung besitzt, nur Champagner von erster Qualität und von keiner anderen liefert: wer daher eine Flasche mit seiner echten Marke vorgesetzt bekommt, kann überzeugt sein, daß er den feinsten Wein vor sich hat, den es gibt. Uebrigens preßt die Wittwe auch ihre Trauben minder stark aus und verkauft die Trester, während andere Fabrikanten sie erst nochmals durchpressen und dann erst weggeben.

Es gibt eine sehr große Anzahl von Champagner-Firmen, und in jedem Lande sind andere beliebt und bekannt, nur der Name der Wittwe ist universell. Alle diese Firmen bezeichnen ihre Weine mit verschiedenen Etiquetten, welche entweder blos die Adresse des Hauses oder noch nebenbei eine bestimmte Qualität des Weines nach der Güte desselben, nach der Farbe, dem Orte, der Karte oder auch nach willkührlicher Wahl angeben. Zu Ehren der französischen Champagner-Fabrikation muß gesagt werden, daß Fälschungen der Etiquetten und Nachahmungen der Brände in ihren Kreisen äußerst selten vorkommen; sie werden aber auch im Ueberführungsfalle außerordentlich streng bestraft. Die falsche Führung der Marke „Cliquot Ponsardin“ wurde an zwei Personen, Cazin und Co. in Avize, mit Konfiskation von 300 Kisten Wein, 30,000 Franks Strafe, je 18 Monaten Zuchthaus, Veröffentlichung des Urtheils in allen Blättern auf Kosten der Fälscher, und außerdem an den Gehilfen, vom Kellermeister mit vier Monaten Gefängniß bis herab zum Korkmarker, unbarmherzig bestraft.

Die Zunahme des Verkehrs in Champagner ist bedeutend. Nach einer von der Handelskammer zu Rheims veröffentlichten Tabelle ist die Fabrikation vom Jahr 1845 bis zum Jahre 1861 von 365,017 Dutzend auf 732,352 Dutzend Flaschen gestiegen. Im Jahre 1845 betrug die Zahl der Flaschen auf Lager bei den Großhändlern 23,285,818, davon wurden 4,380,214 Flaschen exportirt, 2,255,438 in Frankreich konsumirt. Im Jahre 1848/49 stieg der Export plötzlich um mehr als 800,000 Flaschen gegen das Vorjahr, sank im Jahre 1849/50 wieder um fast 700,000, erhob sich aber im folgenden Jahre wieder um mehr als 800,000 Flaschen, während in den beiden erstgenannten Jahren der Verbrauch in Frankreich ziemlich bedeutend sank und erst im dritten Jahre wieder die frühere Höhe erreichte. Seitdem ist die Ausfuhr ins Ausland wie der Verbrauch in Frankreich stetig gestiegen. Erstere erreichte ihre höchste Höhe in den Jahren 1856/57 und 1860/61 mit resp. 8,790,000 und 8,788,000 Flaschen; der Verbrauch in Frankreich war am höchsten in den Jahren 1854/55 mit $5\frac{1}{2}$ Millionen und 1859/60 mit mehr als 3 Mill. Flaschen.

gant, auch nicht sehr reinlich, nicht einmal sehr solid, allein inmitten einer so schweren Krisis nimmt man es nicht so genau."

Ueber die gegenwärtige Lage in **Spanien** geht der „Allg. Ztg." folgende aus „verlässiger Quelle" geschöpfte Mittheilung zu: „Eine telegraphische Depesche von der französischen Grenze, wo der General Prim von einer Gruppe Ultra-Radikaler erwartet werden soll, und andere Enthüllungen lassen der Madrider Regierung keinen Zweifel, daß sich eine Revolution vorbereitet. Es wird jedoch derselben nicht der Wahnwitz anti-dynastischer oder koburgischer (portugiesischer) oder gar republikanischer Tendenzen zugeschrieben. Die koalisirten Führer der Opposition wollen um jeden Preis an die Leitung der Regierungsgeschäfte gelangen, und für ein solches Pronunciamiento scheinen sie auf einen Volksaufstand rechnen zu können. Eine Erhebung gegen die Dynastie mag von einer kleinen Gruppe Fanatiker versucht werden, würde jedoch die ungeheuere Mehrheit des spanischen Volks gegen sich haben. Ein republikanischer Krawall wäre geradezu lächerlich; denn das Volk ist tief monarchisch und der Königin, trotz aller Verunglimpfungen, sehr anhänglich." Das Ministerium rüstet sich mit Entschlossenheit auf alle Ereignisse. Schließlich wird übrigens bemerkt, man könne nicht verschweigen, „daß nach derselben Quelle doch auch das allerdings noch nicht vorauszusehende Ereigniß eintreten könnte, daß die Nation sich von einigen verwegenen Führern einschüchtern läßt und die königliche Familie den Weg in's Exil einschlägt."

Frankfurter Börse (vom 11. bis 17. Juni).

Samstag. Die Medioliquidation (8. d.) gab ziemlich zu schaffen, Kredit waren mit $^{1}/_{2}$ pCt. Zins zu plaziren. Geld abundant; für Amerika 5 pCt. Prolongation und für Loose $^{1}/_{4}$ à $^{1}/_{2}$ Zins.

Der Rückgang in österr. Fonds beträgt seit 8 Tagen bei National und 1864er Loosen 1 pCt., bei Metalliques und 60er Loosen $^{1}/_{2}$ pCt. National notiten mit $67^{3}/_{4}$ den tiefsten Stand des Jahres, auch 1859er engl. Metalliques gewichen, weil Stücke theilweise in schwachen Händen, die am Ultimo dieses zu beziehen. In 64er Loosen war der Umsatz zu dem herabgesetzten Kurs ziemlich bedeutend. Süddeutsche Staatspapiere stationär. Von auswärtigen $4^{1}/_{2}$pCt Schweden billiger abgegeben, Pfandbriefe werden mit Gewinn gegen finnländische getauscht. Die Ehre der Woche haben allein Amerikaner, sie setzten bereits am Montag fest ein mit $71^{7}/_{8}$, stiegen am Donnerstag auf die Herabsetzung des Londoner Diskonts bis 73, um heute bei nambaften Umsätzen zu 75 à $74^{3}/_{4}$ zu schliessen. Da die New-Yorker Börse die von Europa zur Arbitrage gesendeten Stücke so willig aufgenommen hat, so erwartet man, zumal Stücke zum Verkauf nach dort nicht mehr rentiren, wir sogar $1^{1}/_{2}$ pCt. über New-York stehen, einen neuen Aufschwung des New-Yorker Marktes, wesshalb die Börse hier ziemlich stark à la hausse engagirt ist. Private tauschen noch ansehnlich gegen österr. Sachen und da das Glück ihnen bis jetzt beigestanden, so glauben sie an die Untrüglichkeit ihres Urtheils. Die Zukunft wird lehren, ob und in wie weit sie Recht behalten.

Oesterr. Kredit fielen am Mittwoch bis 194, hoben sich dann wieder und schliessen heute 196 à $195^{1}/_{2}$, noch immer fl. $1^{1}/_{2}$ schlechter als vor acht Tagen. Es bleibt die Veröffentlichung der halbjährigen Bilanz abzuwarten, um sich über die Geschäftsgebarung ein positives Urtheil zu erlauben.

Von E.-B.-Aktien sind bayer. Ostbahnen unserer Empfehlung von vor 8 Tagen schnell gerecht geworden und um $1^{1}/_{2}$ pCt. gestiegen, sie bleiben bei lebhafter Nachfrage $115^{1}/_{8}$ Geld und bez. unter Anwartschaft auf weiteres Steigen. Auch in österr. Westbahn einiger Umsatz zu besserem Kurs, dagegen verharren böhmische noch in unverdienter Zurücksetzung. Wir verweisen desshalb wiederholt auf bereits an dieser Stelle und im Berliner Bericht Gesagtes. Die Maieinnahme der pfälzischen Bahnen zeigt wieder das gewohnte Plus und ist die Differenz eingebracht. Die seit dem 12. d. eingeführte direkte Abfertigung von badischen Stationen via Maxau nach der Pfalz wird dem Güter- und Kohlenverkehr der Windener Zweigbahn sehr zu Statten kommen.

Der Verw.-Bericht der Rhein-Nahebahn ergibt eine ganz leidliche Verkehrs-Entwicklung, aber er befriedigt die gehegten sanguinen Erwartungen durchaus nicht, denn der in 1864 noch nothwendig gewesene Staatszuschuss zur Verzinsung der Prioritäten von ca. Thlr. 79,000 ist noch immer so gross, dass gegenüber der Mehreinnahme von Thlr. 31,963 bis Ende Mai d. J. die Deckung der Prior.-Zinsen für 1865 noch nicht vorausgesetzt werden kann. Prioritäten flau und einzelne Kategorien, wie toskan. Centralbahn, österr. Westbahn und Galizische im Kurs herabgesetzt.

Vom Geldstand das alte Lied der Abundanz und Willigkeit, Wechsel ohne wesentliche Veränderung, nur Amsterdam matter, dagegen Wien und Hamburg fortwährend begehrt. (Akt.)

Hiezu die Beilage: „Würzburger Anzeiger".

Verantwortlicher Redakteur: A. Hartmann.
Druck und Verlag der Stahel'schen Buch- und Kunsthandlung in Würzburg

Amortisations-Erkenntniß.

Vom k. Landgericht Werneck.

Hypothekenbereinigung für Schraudenbach betr.

Nachdem innerhalb der im Edikte vom 2. Dezember 1864 — cf. N. Würzb. Ztg. Nr. 313 pro 1864 Nr. 45 und 105 pro 1865 — vorgesteckten Frist keinerlei Ansprüche auf die dortselbst sub Ziff. 1 mit 19 aufgeführten Forderungen geltend gemacht wurden, wird erkannt:

„es seien in Anwendung des § 82 des Hypothekengesetzes unter Verwirklichung des angedrohten Präjudizes diese sämmtlichen Forderungen für erloschen zu erklären und die Löschung im Hypothekenbuche vorzunehmen."

Werneck, den 8. Juni 1865.

Königliches Landgericht.

Huler. Meisner, Funktionär.

Cours der Staatspapiere.

Oesterr.	5 pCt. Met. (Cp. f. S. b. R.)	—
"	5 pCt. Lomb. ditto. à 24	—
"	5 pCt. Engl. Met. v. 1852	$60^{1}/_{2}$ P.
"	5 pCt. Engl. Met. v. 1859	78 P.
"	5 pCt. Venet. Coupon b. R.	$86^{3}/_{4}$ P.
"	5 pCt. Nationalanl. v. 1854	$67^{3}/_{8}$ G.
"	5 pCt. Metall. Obligation.	—
"	$4^{1}/_{2}$ pCt.	$55^{3}/_{8}$ P.
Preussen	$3^{1}/_{2}$ pCt. Staatsschuldsch.	—
Bayern	$4^{1}/_{2}$ pCt. Obl. 1jähr. dto.	$100^{7}/_{8}$ G.
"	$4^{1}/_{2}$ pCt. Obl. $^{1}/_{2}$jähr. dto.	102 P. $101^{7}/_{8}$ G.
"	4 pCt. Obl. 1jähr. dto.	$99^{1}/_{8}$ P.
"	4 pCt. Obl. $^{1}/_{2}$jähr. dto.	$99^{1}/_{8}$ G.
"	4 pCt. Obl. Ab.-R. dto.	98 P.
"	$3^{1}/_{2}$ pCt. Obl. dto.	—
Württemb.	$4^{1}/_{2}$ pCt. Obl. b. Rothsch.	$104^{1}/_{4}$ G.
"	$3^{1}/_{2}$ pCt. Obl. dto.	94 G.
Baden	$4^{1}/_{2}$ pCt. Obl.	—
"	$3^{1}/_{2}$ pCt. Obl. v. 1842	$91^{1}/_{2}$ P. $^{3}/_{8}$ G.
Gr. Hess.	$4^{1}/_{2}$ pCt. Obl.	—
"	4 pCt. Obl. b. Rothsch.	$100^{3}/_{8}$ P.
"	$3^{1}/_{2}$ pCt. Obl. dto.	$97^{1}/_{2}$ G.
Nassau	$4^{1}/_{2}$ pCt. Obl. dto.	$101^{7}/_{8}$ G.
"	5 pCt. Obl. dto.	$96^{1}/_{2}$ P.
"	$3^{1}/_{2}$ pCt. Obl. dto.	92 P.
Frankfurt	$3^{1}/_{2}$ pCt. Obl.	$94^{5}/_{8}$ G.
"	3 pCt. Obl.	90 G.
Spanien	3 pCt. inl. Sch. P. à fl. 2. 30	—
"	$2^{1}/_{4}$ pCt.	—
Schweden	$4^{1}/_{2}$ pCt. Obl. à 105 Thlr.	$91^{3}/_{4}$ P.
N.Amerika	6 pCt. à 1000r. 1881 D. $2^{1}/_{2}$	$76 - ^{1}/_{4}$ G.
"	6 pCt. ditto r. 1882	$75^{3}/_{8} - ^{5}/_{8}$ G.

Diverse Aktien.

Frankfurter Bank à fl. 500	$151^{1}/_{4}$ G.
K. K. Oesterr. National-Bankaktien	86[illegible]—87 G.
Oesterr. Kreditbank-Aktien à fl. 200	$195^{1}/_{2}$—95 G.
Bayer. Hypothekenb. Pfandbriefe 4 pCt.	$97^{3}/_{8}$ G.
Darmst. Bank 1. u. 2. Serie à fl. 250	228 G.
Meiningische Bank à Thlr. 100	$100^{1}/_{2}$ G.
Mitteldeutsche Kreditaktien	$101^{5}/_{8}$ G.
Intern. Bank in Lux. à 250 Frs. 128 kr.	—
Taunus-Eisenbahn à fl. 250	346 G.
Frankfurt-Hanauer-Eisenbahn	—
Oest. F.St.Eisb. 5pCt. 500 Fr. à 28 kr.	—
" Elisab.-Eisenbahn 5 pCt.	121 P.
Böhm. Westbahn-Aktien à fl. 200 6/7	79 P. $78^{1}/_{2}$ G.
Rhein-Nahe-Bahn 200 Thl. à 105 4 pCt. Z.	$31^{1}/_{2}$ G.
Ludwigshafen-Bexbacher à 4 pCt.	150 G.
" dto. Prior. à 4 pCt.	—
Pfälz. Maxb. b. Rothschild à $4^{1}/_{2}$ pCt.	$107^{1}/_{4}$ P.
Oest. St.-Eisenb. Prior.-Oblig. à 3 pCt.	$57^{3}/_{8}$ P.
Elisab.-Bahn Prior. 5 pCt. 6/7	$78^{1}/_{2}$ P. $^{1}/_{4}$ G.
Südd. Bank-Akt., 40 pCt. Einz.	254 G.
Span. Handels- und Industrie	—
Bayr. Ostbahn à $4^{1}/_{2}$ pCt. volleinbez.	$114^{7}/_{8}$ G.
Bayer. Ostbahn mit 50 pCt. Einz.	115[illegible] P.

Anlehens-Loose.

Oesterr. fl. 250 v. 1839	[illegible] P.
" fl. 250 v. 1854 zu 4 pCt.	$79^{1}/_{2}$ P.
" fl. 500 v. 1860 6/7	$85^{1}/_{4}$ P.
" fl. 100 Kreditb. L. v. 1858	$135^{3}/_{8}$ G.
" [illegible] dto. v. 1864	$91^{7}/_{8}$ P.
Schwed. 10 Thlr. Loose	$9^{7}/_{8}$ P.
Badische fl. 50	—
Badische fl. 35	$52^{3}/_{8}$ G.
Kurhess. Thlr. 40 b. R.	$54^{7}/_{8}$ G.
Gr. Hessen fl. 50 b. R.	116 G.
" fl. 25 dto.	$36^{1}/_{8}$ G.
Nassau fl. 25 bei Rothsch.	$36^{1}/_{2}$ G.
Sardinische Fr. 36 b. R.	$70^{1}/_{4}$ P.
Neuchateler 10 Frs.-Loose	—
Freiburger 15 Frs.-Loose	$11^{1}/_{2}$ G.
Mailänder 45 Frs. Lit. R.	$33^{3}/_{4}$ P.
St. Lüttich mit $2^{1}/_{2}$ pCt. Z.	$86^{1}/_{4}$ P.
Ansb.-Gunzenh. fl. 7	$10^{1}/_{4}$ G.

Wechsel
in süddeutscher Währung.

Amst. fl. 100 k. S.	$100^{1}/_{2}$ G.
Antwerp. Frs. 200 k. S.	$94^{5}/_{8}$ G.
Augsb. fl. 100 k. S.	$99^{3}/_{4}$ G.
Berlin Th. 60 k. S.	105 P.
Brem. 50 Th. Ld'r. k. S.	$97^{1}/_{4}$ P.
Brüssel Frs. 200 k. S.	$94^{5}/_{8}$ G.
Cöln Thlr. 60 k. S.	105 P.
Hamb. Mk. 100 k. S.	$88^{3}/_{4}$ P.
Leipzig Th. 60 k. S.	105 P.
London Lst. 10 k. S.	$119^{3}/_{4}$ P. $^{1}/_{2}$ G.
Lyon Frs. 200 k. S.	—
Mail. Frs. 200	$94^{5}/_{8}$ G.
München fl. 100 k. S.	$99^{3}/_{4}$ G.
Paris Frs. 200 k. S.	$94^{5}/_{8}$ G.
Petersburg 50 S.-R.	—
Triest fl. 100 k. S.	[illegible]
Wien fl. 100 ö. W.	$109^{3}/_{4}$ G.
do. in öst. W. l. S.	$108^{3}/_{4}$—$^{5}/_{8}$ G.
Disconto	$3^{1}/_{2}$ pCt. G.

Frankfurt, 19. Juni. Die Börse war wieder ausschließlich mit Amerikanischen beschäftigt, welche bei sehr bedeutendem Umsatz abermals entschieden höher bezahlt wurden. In österr. Effekten war so gut wie kein Geschäft. (Synd.)

An die
k. Hof- und Staatsbibliothek
1 N. Wurzb. Ztg. München.

Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht!

№ 169. | Vorausbezahlung: Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 1 fl. 30 kr. Bei Inseraten wird die dreispaltige Zeile in gewöhnlicher kleiner | **62. Jahrgang.** | Schrift oder deren Raum im Hauptblatte mit 6 kr., im Anzeiger mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franco. | **Mittwoch, 21. Juni 1865.**

(Amtliche Nachrichten.) **München**, 19. Juni. Se. Maj der König hat die kath. Pfarrei Röthenbach dem Priester Fr. J. Ostler, Pfarrer in Steibis, übertragen; die kath. Pfarrei Gerbach dem derzeitigen Verweser derselben, Priester P. Zipp, und die kath. Pfarrei Rackenhausen dem derzeitigen Verweser derselben, Priester J. Johann, übertragen.

Der k. Forstwart K. Kühlwein von Oberransbach, Forstamts Feuchtwangen, wurde auf Ansuchen nach Weinberg im Revier Aurach versetzt und an dessen Posten der Forstgehilfe J. Bisani in Burgebrach zum provisorischen Forstwart in Oberransbach ernannt.

München, 19. Juni. Den in einigen Journalen ausgesprochenen Vermuthungen gegenüber, es werde auch dießmal nur eine Vertagung, nicht Schließung des Landtages erfolgen, kann ich auf eingezogene Erkundigung hin mittheilen, daß allerdings eine feierliche Schließung beabsichtigt ist und die Vorbereitungen zu einem Landtagsabschiede bereits in allen Ministerien getroffen sind. In der Kammer der Abgeordneten werden wahrscheinlich noch in diesem Monate alle Vorlagen durchberathen sein können; vor Mitte Juli kann aber dieß in der ersten Kammer nicht der Fall sein, daher ein kgl. Dekret wegen Verlängerung des Landtags bis dahin demnächst erfolgen wird. (A. Abdz.)

Wien. Wie die „N. Fr. Pr." mittheilt, hat das hiesige Kabinet auf die identische Note vom 22. Mai, welche die oldenburgische Regierung in Berlin und Wien überreichen ließ, bereits geantwortet. In Betreff der in jener Note enthaltenen Verwahrung gegen etwaige Rechtsprüfung vorgreifende und den Erbansprüchen des Großherzogs präjudizirliche Beschlüsse der zu berufenden schleswig-holsteinischen Volksvertretung weist die österreichische Rück-Aeußerung darauf hin, daß überhaupt nicht beabsichtigt sei, an jene Versammlung die absolute Entscheidung über die staatsrechtliche Frage zu übertragen, sondern daß die Berufung, gemäß den zwischen den beiden Condomini getroffenen Uebereinkommen, lediglich zu dem Zweck geschehe, um die Stimme der Herzogthümer durch das Organ ihrer legalen Vertreter bezüglich der zukünftigen staatsrechtlichen Gestaltung des Landes zu hören. Hinsichtlich des zweiten Punktes in der oldenburg'schen Note, die Parität unter den beiden Erbprätendenten betreffend, welche angeblich durch die Anwesenheit des Erbprinzen von Augustenburg im Lande beeinträchtigt sei, spricht sich das österreichische Kabinet der oldenburgischen Regierung gegenüber ganz in demselben Sinne aus, wie es dies wiederholt, und erst vor wenigen Tagen wieder, Preußen gegenüber gethan. Das in die Unparteilichkeit Oesterreichs gesetzte Vertrauen werde sicherlich nicht getäuscht werden. Aber weder im Prinzip noch im gegebenen Rechte sei die Voraussetzung begründet, daß die Anwesenheit des Erbprätendenten im Lande die Rechtsansprüche des andern beeinträchtige; überdem sei die Berechtigung des Erbprinzen von Augustenburg, in jedem deutschen Bundeslande nach freiem Ermessen seinen Wohnsitz zu nehmen, ganz unzweifelhaft, so unzweifelhaft, wie das bezügliche Recht jedes andern Mitglieds regierender oder mediatisirter deutscher Fürstenhäuser.

Wien, 20. Juni. Der „Botschafter" vernimmt, daß vorgestern eine Depesche nach Berlin abgegangen ist, durch welche die letzte preußische Mittheilung vom 13. Juni beantwortet wird. Oesterreich erklärt sich darin mit der von Hrn. v. Zedlitz bezüglich der Einleitung der Wahlen ertheilten Instruktion einverstanden und verspricht, Hr. v. Haldhuber solle Weisung erhalten, sich darüber mit Hrn. v. Zedlitz in's Einvernehmen zu setzen. Bezüglich der neuerlichen preußischen Anregung wegen Entfernung des Erbprinzen von Augustenburg verweist Oesterreich auf seine früheren ablehnenden Aeußerungen, indem nirgends wahrzunehmen sei, daß der Erbprinz eine ungesetzliche Einwirkung auf die Bevölkerung ausübe. Bezüglich der preußischerseits verlangten Parität zwischen den Prätendenten von Oldenburg und Augustenburg wird darauf hingewiesen, daß eine solche Parität nicht herzustellen sei, indem Preußen gleichfalls Prätendent sei und nicht blos Truppen im Lande habe, sondern sogar an der Landesregierung participire. Von einer Rechtsparität könne nicht die Rede sein, indem keine Instanz für die Austragung allseitiger Rechte bestehe.

In Betreff der Sendung des Prinzen Hohenlohe nach Nord-

Feuilleton.

Zur Geschichte der Perrücken.

Einer kulturgeschichtlichen Skizze von W. Müller, die vorstehende Aufschrift führt, entnehmen wir den Schluß:

Die „Erfindung des Zopfes" durch König Friedrich Wilhelm I. von Preußen verursachte eine Revolution in der Perrückenmode. Bis auf diesen König hatten die Perrücken das vorgestellt, was das Wort ursprünglich bedeutet: „ein hohes, dickes Haar, das um den Kopf wallt." Aber wenige Jahre, nachdem der König von Preußen das Hinterhaar von dem Seitenhaar durch den militärischen Zopf getrennt hatte, führte der Regent von Frankreich, Philipp von Orleans, die große Neuerung bei der französischen Armee ein. Nur machte er die Abänderung, daß die Hinterhaare nicht in einen Zopf gebunden, sondern in einen „Haarbeutel" gesteckt wurden. Das ist der erste Schritt zur Verkleinerung der großen Perrücken gewesen. Die reduzirten und mit einem Beutel versehenen Perrücken hießen Perruques à la Regence oder „Beutelperrücken." Sie wurden für „Soldaten" erfunden, ebenso wie der Zopf, wenn sie gleich bald ein wesentliches Stück der Hoftracht an allen Höfen Europas geworden sind. Indessen führten alle Armeen, die französische ausgenommen, den preußischen Zopf ein. „Es ist grausam schwer, einen guten Zopf zu machen," lautete der berühmte stereotype Ausdruck eines unberühmten Churfürsten von Hessen.

Die Guillotine, womit Robespierre den Despotisme de la liberté gegründet hat, schnitt mit den Köpfen auch die Haarbeutel und Zöpfe ab. Die Perrücke war, wenn nicht das Sinnbild philosophischer Systeme, doch ein Merkmal des friedfertigen Unterthanen. Kein einziger von den berühmtesten Revolutionären — weder Masaniello, noch Thomas Münzer, noch Martin Luther, noch Bonaparte trugen Perrücken. Wallenstein, der sich gegen den Kaiser empörte, und der Kaiser, welcher ihn deßhalb ermorden ließ — beide hatten schlichtes Haar. Die Wolkenperrücken flohen vor den kurzverschnittenen emporstehenden Haaren der Jakobiner, und als die französischen Armeen Europa eroberten, vertilgten sie auch die Zöpfe, wenigstens die materiellen. Aber nun wurden zur Abwechslung die Frauenzimmer perrückensüchtig. Vielleicht aus Sentimentalität. Die bekümmerte Geliebte suchte die Haare des unter der Henkershand gefallenen Geliebten zu erhalten und trug sie auf dem eigenen Haupte. Die deutschen Schönen ahmten nach, schnitten ihre langen natürlichen Haare der Mode zu Gefallen unbarmherzig ab und stülpten sich runde Haarbüsche auf, bald blonde und bald braune, so daß sie oft des Tages in zweierlei und dreierlei Gestalt erschienen. Die Engländerinnen verbrauchten am meisten Haare. Im Jahre 1801 berichteten die Zeitungen, daß in „einer" Ladung „11 Zentner deutscher Haare" von Hamburg nach London verfrachtet worden seien — zu Perrücken für die englischen Damen, welche die deutschen Haare ebenso bevorzugten, wie einst die galanten Römerinnen zu den Zeiten Martials. Es scheint also wohl ein Schicksalsbeschluß gewesen zu sein, daß die Deutschen für andere Völker stets Haare lassen müssen.

Es ist einleuchtend, daß bei dem ungeheuren Verbrauch von Perrücken außerordentliche Bezugsquellen des Rohmaterials, d. h. der Haare, eröffnet werden mußten. In der That sind in der Blüthe der Perrückenzeit die „Zuchthäuser und „Särge" durchsucht und deren Bewohner geschoren worden. Diese abgeschnittenen Haare aber kommen gereinigt in den Handel, und manche der

schleswig bringt die offiziöse Wiener „General-Corr." vom 19. ds. einen Artikel, der zunächst gegen eine völlig unrichtige Darstellung des Sachverhalts in einer schleswig'schen Korrespondenz der „Köln. Ztg." hinsichtlich des Verhaltens des Hrn. v. Halbhuber zur Entsendung des genannten Prinzen gerichtet ist. In dem erwähnten Artikel heißt es: „Die kaiserliche Regierung erhob zwar gegen die von Herrn Zedlitz veranlaßte Entsendung des Prinzen v. Hohenlohe keinen Einwand, konstatirte jedoch dabei, daß dieser Agent, weil ohne Kommissorium der obersten Zivilbehörde entsendet, keine amtliche Autorität zu üben, sondern auf eine bloße Informationsreise sich zu beschränken habe. Herr v. Halbhuber ist weder angewiesen worden, einen Kommissär abzuordnen, noch habe derselbe geheime Weisung erhalten, dies zu unterlassen. So entschlossen die kaiserliche Regierung ist, die Rechte der dänischen Nationalität in Schleswig in ihrem vollen Umfang zu achten, und so sehr gegründete Beschwerden der Nordschleswiger bei Hrn. v. Halbhuber stets offenes Gehör finden würden, so wäre dieser doch keinesfalls berufen gewesen, an der Vornahme einer Art von Generalenquete sich zu betheiligen, welcher eine ganz ungerechtfertigte Verdächtigung der Gesammtheit der deutschen Beamten in Nordschleswig zu Grunde gelegen hätte. (S. u. Schleswig-Holstein.)

Karlsbad, 17. Juni. Der König von Preußen beobachtet auf seiner Hierherreise das strengste Incognito als Graf v. Hohenzollern, und bat dringend in Wien, daß ihm zu Ehren gar keine außergewöhnlichen Anstalten getroffen werden möchten. Ob besondere diplomatische Konferenzen in Karlsbad erfolgen werden, ist nach den neuesten Nachrichten zweifelhaft geworden.

Eine von **Berlin** datirte Korrespondenz in der „Allg. Z." sagt über Preußens gegenwärtige Stellung zur schleswig-holsteinische Angelegenheit: „Die Vorgänge in dem Ministerkonseil vom 23. vor. Monats dringen mehr und mehr durch. Ich glaube mit Bestimmtheit behaupten zu können, daß sich in demselben der König offen für die Annexion ausgesprochen hat und daß sämmtliche Minister, sowie die beiden hinzugezogenen Generale v. Manteuffel und v. Alvensleben Dem ohne Weiteres zustimmten. In Folge dessen wird man Oesterreich ansinnen, die Forderungen vom 22. unbedingt anzunehmen, mag dies geschehen in Form einer besonders hierauf gerichteten Anforderung, oder in der Form der gemeinschaftlichen Vorlage an die Stände der Herzogthümer. Hierüber herrscht in den leitenden Kreisen wohl noch einige Unsicherheit darum, weil man selbst den Ständen von 1854 nicht traut und, falls die Berichte und Agitationen des Prinzen Hohenlohe in Schleswig nicht günstig ausfallen, auch diese Stände nicht berufen sehen will. Den Vorwand dazu wird die Anwesenheit des Herzogs von Augustenburg in Holstein abgeben. Im Zusammenhang mit diesem Anlauf der preußischen Politik standen die Verhandlungen mit dem Großherzog von Oldenburg. Der Gegenstand dieser Verhandlungen war die Abfindung des Großherzogs durch eine Geldsumme. Ich kann nicht mit Bestimmtheit angeben, ob diese Verhandlungen noch fortgesetzt werden, aber ich weiß mit Bestimmtheit, daß es zunächst zu einer Einigung nicht kam lediglich wegen der Höhe der Abfindung. Vollkommen unklar bleibt dabei die Stellung Rußlands, die man sich nur durch die Projekte einer Wiedererwerbung Nordschleswigs durch Dänemark erklären kann."

Köln, 18. Juni. Nachdem in der gestrigen Versammlung der Wahlmänner und Urwähler eine Adresse an den Abg. Virchow einstimmig angenommen war, brachte, wie die „Elb. Ztg." mittheilt, der Vorsitzende die Idee zur Sprache, die Mitglieder der Fortschrittspartei des Abgeordnetenhauses und die Fraktion von Bockum-Dolffs im nächsten Monat nach Köln einzuladen und ihnen ein ähnliches, aber durch die Vergrößerung des Rahmens erweitertes Fest, wie es 1863 für die rheinisch-westphälischen Abgeordneten stattgefunden, zu veranstalten. Kaum war das Wort ausgesprochen, als sich ein stürmischer Beifall durch die ganze Versammlung kundgab. Das Komite, welches vor zwei Jahren die Einleitungen zum Feste getroffen, wurde einstimmig wiedergewählt und zwar mit der Befugniß, sich nach eigenem Ermessen zu vervollständigen. Herr Classen-Kappelmann schloß die Versammlung darauf mit einem Hoch auf das Haus der Abgeordneten, die Anwesenden erhoben sich von ihren Sitzen und stimmten allgemein mit dreifachem Zuruf ein.

Aus **Mecklenburg-Schwerin** schreibt man der „Volks-Zeitung": „Der Magistrat der Stadt Rostock hat in der Nationalvereins-Angelegenheit nachgegeben. Gestern Nachmittag gelangte hier die militärische Exekution an, postirte sich mit geladenen Gewehren vor das Haus des Bürgermeisters und drang darauf in dasselbe ein. Der wohlweise Magistrat hatte sich aber schon im voraus wohlweise auf alle Eventualitäten eingerichtet. Während die Mannschaft mit Wein und Butterbrod regalirt ward, wurden die beiden betreffenden, schon im Voraus abgeschriebenen großherzoglichen Reskripte mittelst 42 im Voraus ausgefertigter Dekrete den 42 betheiligten Nationalvereinsmitgliedern durch die Rathsdiener zur Nachricht und Nachachtung mitgetheilt. Damit war der Wille des Herrn von Oertzen vollständig erfüllt und die Exekution konnte bereits nach zwei Stunden aus dem Hause des Bürgermeisters abziehen und sich den augenblicklichen Rostocker Pfingstmarktsfreuden hingeben.

---

nehme Dame mag sich mit dem Schmuck der Verbrecher und Todten geziert haben.

In unseren Tagen, seit länger als einem halben Säculum, ist man zu dem einzig vernünftigen Gebrauche des falschen Haares zurückgekehrt. Man trägt es, um die Lücken in der natürlichen Behaarung zu ergänzen. Aber die jetzigen Perrücken („Touren") sind nicht größer als nothwendig, um die Glatze zu bedecken. Für kleine lichte Stellen gibt es „Atzeln", „Platten", „Toupets", u. s. w. Der Verbrauch an falschen Zöpfen und Locken bei den Damen ist aber größer, als man denken mag, und er wird noch sehr begünstigt durch die jetzige Mode, die Haare in Netzen zu tragen. Ueberdieß ist die Perrückenmacherkunst auf hoher Vollendungsstufe und Paris ihre Metropole. Nur die englischen Richter, wenn sie zu Gericht sitzen, und die Advokaten (Barristers), wenn sie plaidiren, tragen zur Stunde noch Wolkenperrücken.

Den „Orientalen" scheinen unsere Perrücken fremd zu sein. Es ist jedoch nicht selten, daß die Weiber in Persien an ihre Haarflechten, um sie zu verlängern, „seidene Flechten" anknüpfen.

Wir haben noch von „Bartperrücken" zu erzählen. In Spanien sind sie Anfangs des 14. Jahrhunderts aufgekommen. Man trug sie am Kinn. Ein Spanier soll so kunstvolle falsche Bärte verfertigt haben, daß man sie von natürlichen nicht habe unterscheiden können. Wie zunächst der Geschmack für langes Haar die Perrücken verbreitet hat, so ist es auch bei den falschen Bärten gewesen. Die Bewohner der pyrenäischen Halbinsel begeisterten sich für lange Bärte, rasirten sich das sterile Kinn und trugen falsche Bärte von beliebiger Länge. Dadurch entstanden tausend Mißbräuche, so daß der König Don Pedro von Arragonien 1351 das Verbot erließ: „daß Niemand einen falschen oder erkünstelten Bart zu tragen oder zu verfertigen wage." — Man findet keine Spur, daß diese Mode auch nur in Frankreich Eingang gefunden hat. Nur waren falsche Bärte bei feierlichen Aufzügen hoher Personen und auf dem Theater gebräuchlich. So erschien Herzog Renatus von Lothringen 1477 bei dem Leichenbegängniß Karls des Kühnen von Burgund mit einem bis an das Knie reichenden Barte von Goldfäden.

Endlich gibt es sogar „Perrückenbauern". Spottweise werden so in einigen Gegenden Bayerns von den Bauern solche Gutsbesitzer genannt, welche aus den Städten heraus sich angekauft haben, und gemäß ihres Zeichens nichts von der Landwirthschaft verstehen. Und im Gegensatz zu den Städtern, welche im Allgemeinen langes Haar tragen, nennen sich die Bauern selbst die „Gescheerten".

Vermischtes.

Ueber die Oper Tristan und Isolde von Richard Wagner entnehmen wir einer Korresp. der „Allg. Ztg." folgendes Urtheil: „Es läßt sich nicht läugnen, neu und noch nie dagewesen ist das Wagnersche Opus in mehr als einer Beziehung. Es ist ein vollständiger Bruch mit dem, was man bisher unter einer Oper, ja ich darf sagen unter Musik, verstanden hat. Daß dasselbe seiner Zeitdauer nach über das gewöhnliche Maß hinausgeht, wäre das Wenigste; Meyerbeers Opern nehmen, ganz aufgeführt, ungefähr eben so viel Zeit in Anspruch. Aber von den traditionellen, durch unsere großen Meister geschaffenen Formen findet sich in Tristan und Isolde auch nicht eine Spur mehr; von einer bestimmten Tonart, die noch in Tannhäuser und Lohengrin für jede Scene der Hauptsache nach festgehalten wird, kann hier auch bei keiner Nummer mehr die Rede sein, und auch was Melodie heißt, ist hier ein bereits vollständig überwundener Standpunkt. Die Sänger haben durchweg ihre Rollen in recitativischen Phrasen zu deklamiren, und das Orchester spielt dazu fast beständig mit betäubendem Lärm einen Satz, der meist in zahllosen Wiederholungen eines kurzen, wenig neuen und auf alle Tonstufen gebrachten Motivs besteht. Das also wäre die so vielfach gepriesene Steigerung der alten Oper zu dem zukünftigen musikalischen Drama? Das wäre die neue musikalische Kunstform, welche die dramatischen Werke

Aus Schleswig, 16. Juni. Es droht ein neuer ernsthafter Konflikt zwischen den beiden Zivilkommissären. Veranlassung dazu ist eine heute von den Mitgliedern der schleswig-holsteinischen Landesregierung eingereichte Adresse, in welcher dieselben um ihre Entlassung bitten, falls das Auftreten des Prinzen v. Hohenlohe in Hadersleben Seitens des Zivilkommissariats keine Desavouierung erfahre. Der Prinz hat nämlich, trotzdem seine Reise keinen offiziellen Charakter haben soll, gegen die Haderslebener Beamten einen Ton angeschlagen, als seien alle Beschwerden der eiderdänischen Parteiführer berechtigt, und er der kompetente Richter, um hierüber zu entscheiden! Die Landesregierung erblickt darin mit Recht einen Eingriff in ihre Rechte und spricht dieß in der erwähnten Adresse auf's Entschiedenste aus, indem es vor Allem ihr, als der über jenen Beamten stehenden Behörde, zugekommen wäre, die Untersuchung zu führen. Da Herr Halbhuber sich privatim bereits dahin ausgesprochen, daß die Beschwerde durchaus berechtigt sei, er auch nichts von einer offiziellen Sendung des gedachten Prinzen wisse, Herr v. Zedlitz aber durch höhere Rücksichten geleitet wird, ist ein Konflikt nicht wohl zu vermeiden.

Wie im Norden Schleswigs, schreibt das „Rendsb. Wochenblatt“, so beginnen auch in dem südlichen Theil dieses Herzogthums die Dänischgesinnten eine gewisse Regsamkeit zu entfalten. So wurde in der letzten Zeit bemerkt, wie ein seiner zweifelhaften Gesinnung wegen hinlänglich bekannter und seines Amtes nunmehr entbundener Sandmann mehrfach Zusammenkünfte mit entlassenen ehemaligen dänischen Beamten gehalten hat, und man hegt wohl nicht ohne Grund die Vermuthung, daß diese Besprechungen zu den in Aussicht stehenden Ständewahlen in Beziehung stehen.

Frankfurt, 17. Juni. Bei dem hiesigen Zugkomite für die über Frankfurt nach Bremen ziehenden Schützen sind bis jetzt 171 Anmeldungen eingelaufen; doch sind diejenigen aus Baden, Würtemberg, Bayern und Oesterreich noch zurück. Von Frankfurt begeben sich 102 Schützen nach Bremen.

Frankfurt, 19. Juni. Gutem Vernehmen nach wird der handelspolitische Ausschuß in der nächsten Bundestagsitzung (am 22. d.) einen Vortrag erstatten, worin er beantragt, daß die Sachverständigen-Kommission für gleiches Maß und Gewicht am 24. Juli in Frankfurt zusammentreten soll. — Es ist gegenwärtig die Rede von einer Vertagung der Bundestagsitzungen während der Monate Juli und August.

Paris. Nach dem „Mem. Dipl.“ hat der Kaiser beim Empfang des diplomatischen Korps, welches ihn zu seiner Rückkehr aus Afrika beglückwünschte, geäußert: „Er habe die Reise nach Algerien in der festen Hoffnung unternommen, daß im Lande selbst während der Abwesenheit des Staatsoberhauptes kein Interesse zu leiden haben werde. Die Weisheit der Kabinette und die Geschicklichkeit der Mitglieder des diplomatischen Korps hätten wesentlich zur Befestigung dieses Vertrauens beigetragen, und es gereiche ihm dies zur aufrichtigen Freude, denn er sehe darin eine neue Bürgschaft für die Aufrechthaltung des Friedens und der freundschaftlichen Beziehungen zwischen allen Mächten, was das stete Ziel der Bestrebungen seiner Regierung sei.“

Ueber den Stand der Unterhandlungen zwischen Rom und Florenz meldet das „Mém. dipl.“ als „ganz genaue Auskunft“: „Ueber die Rückkehr der verbannten oder internirten Bischöfe besteht keine eigentliche Meinungsverschiedenheit mehr. Die italienische Regierung gestattet die Rückkehr dieser Prälaten, mit Ausnahme weniger sehr feindlich gesinnter, die einstweilen noch entfernt bleiben sollen. In Bezug auf die Verminderung der Zahl der Bischöfe herrscht prinzipiell keine Differenz mehr. Hinsichtlich der Ernennung der Bischöfe hat die römische Kurie folgendes System vorgeschlagen: Der Papst nimmt direkt die Ernennung für die erledigten Bischofsitze im ganzen Königreich vor, aber die Namen der zu ernennenden Prälaten werden vorher dem König zur Genehmigung unterbreitet. Man ist in Florenz darauf eingegangen, und es handelt sich jetzt nur noch um das Exequatur, das die Kurie für überflüssig hält und das italienische beibehalten will. Doch ist auch über diesen Punkt eine Verständigung zu hoffen. Endlich ist noch der Eid übrig, was allerdings der delikateste Punkt ist. Gegen die Eidesleistung der Bischöfe in Sardinien und in der Lombardei hat der Papst nicht das Geringste einzuwenden. Auch würde er noch die Eidesleistung der Bischöfe in den Ländern der ehemaligen Souveräne hingehen lassen; allein er will dies unter keiner Bedingung für die Bischöfe in den ehemaligen Kirchenprovinzen gelten lassen. Auf der andern Seite kann aber die italienische Regierung nicht einzelnen Bischöfen einen Eid erlassen, den andere leisten müssen. Man hat deshalb an andere Auswege gedacht, den Eid durch eine Erklärung, den Landesgesetzen gehorchen zu wollen, zu ersetzen.

Florenz, 17. Juni. Ein Rundschreiben des Ministers des öffentlichen Unterrichts zeigt an, daß die Regierung dem Parlamente im Laufe der nächsten Session die Gesetzentwürfe, betreffend die Aufhebung der religiösen Körperschaften und die Umgestaltung des Schulwesens, von Neuem vorlegen werde. Das Rundschreiben wahrt schließlich das Recht der Regierung, die zu den bischöflichen Seminarien gehörigen Elementar-Schulen zu überwachen.

---

unserer Klassiker überbieten und steigern, die Opern unsers Gluck, Mozart, Beethoven, Weber u. A., den Stolz der ganzen deutschen Nation, die Wonne aller zivilisirten Völker, verdunkeln und in den Hintergrund drängen soll? Das kann ich nicht glauben, das kann ich niemals zugeben. Worin besteht denn der Vorzug dieses Werkes vor dem der alten Meister? Daß Wagner auch auf den dichterischen Werth der Oper Gewicht legt und solchen energisch fordert, soll ihm ja gerne als ein ächtes und um so höheres Verdienst eingeräumt werden, als er seine Opernbücher selbst gedichtet hat, obschon ich nicht anstehe, die Dichtung zu Tristan und Isolde als weitaus die schwächste von allen Wagner'schen Opern zu bezeichnen. Allein der Schwerpunkt der Oper (das kann kein Unbefangener in Abrede stellen) liegt gleichwohl immer im musikalischen Theil, und was hat nun unser erstes bahnbrechendes musikalisches Drama der Zukunft in dieser wesentlichsten Beziehung vor den alten Opern voraus? Gar nichts, es steht unendlich tief unter ihnen! Oder soll etwa darin der musikalische Fortschritt bestehen, daß uns jeder Takt neue Dissonanzen bringt; daß beinahe mit jedem Taktstrich drei bis vier Vorhalte eintreten, die immer nur aufgelöst werden, um wieder zu solchen zu werden; daß wir Viertelstunden lang keine volle Kadenz, sondern nur lauter Trugschlüsse zu hören bekommen, die immer wieder in neue Harmonieenfolgen ausweichen; daß enharmonische Verwechslungen, die, sparsam gebraucht, allerdings zu den überraschendsten Effekten benützt werden können, hier beinahe in jedem dritten Takt angewandt werden: daß man hier von keinem einzigen Satz sagen kann, er bewege sich in dieser oder jener Tonart, weil Alles nur in einem unaufhörlichen plan- und regellosen Wechsel von Akkorden sich dreht, der keinen andern Eindruck, als nur eine tödtliche Abspannung, hinterlassen kann? Nimm den Klavierauszug zur Hand, geehrter Leser und prüfe selbst, ob ich auch nur um ein Jota zu viel gesagt. Und wer von diesen Dingen nichts versteht, der erinnere sich nur, wie er förmlich aufgeathmet hat, wenn endlich einmal nur ein konsonirender Akkord angeschlagen, nur eine natürliche Harmoniefolge, sei es auch noch so kurz, eingehalten ward, und er wird begreifen, daß auch das menschliche Ohr seine natürlichen Rechte habe, die nie ungestraft verletzt werden. Alles, was Tannhäuser, Lohengrin und der fliegende Holländer von diesem neuen Evangelium stellenweise enthalten, ist Kinderspiel gegen das, was hier nahezu fünfthalb Stunden dem Ohr ununterbrochen geboten wird!“

Aus **München** schreibt ein Franzose an den „Progrès de Lyon“: „Ich bezweifle, daß Wagner's „Tristan“ je populär wird; denn er zeichnet sich nicht durch Klarheit und Einfachheit aus. Hingegen werden Musiker Schätze darin finden, und ich glaube nicht, daß je die Kenntniß aller Kräfte, worüber die Musik verfügt, so weit gegangen ist. Ich habe nie einer Oper beigewohnt, welche die Aufmerksamkeit so schnell ermüdet und erschöpft, welche eine so ungeheure Geistesanspannung erheischt; ich kenne aber keine andere mit so erhabenen und hinreißenden Schönheiten. Man muß dem jungen König Gerechtigkeit widerfahren lassen. Ohne ihn wäre die Aufführung nie zu Stande gekommen; er hat mit aller Energie dazu gedrängt, und Wagner's Triumpf ist wahrhaft der seinige. Die Haltung des Königs während der fünf Opernstunden war ebenfalls eine Merkwürdigkeit des Schauspiels. Seien Sie überzeugt, dieser junge Fürst wird von sich reden machen. Ein zwanzigjähriger König, freisinniger als seine Opposition, welche er anspornt, und vor den höchsten Problemen der Kunst nicht zurückscheuend, ist eine seltene Erscheinung in der Geschichte.“

(Nr. 22.) **Homonyme.**

Ich sing auf Wiese, Flur und Feld,
Werd' auf der Bühne dargestellt,
Bin auch in manchem Kopf zu Haus,
Wo nur Zerstreuung treibt mich aus.

Würzburg. F. L.

Auflösung der Homonyme Nr. 21: Kiel.

Turin, 11. Juni. Seit einigen Abenden wiederholen sich die beim sonntägigen Meeting ausgestoßenen Rufe: „Es lebe Garibaldi!“ „Nieder mit dem französischen Einfluß! „Nieder mit den religiösen Genossenschaften!“ „Rom Hauptstadt oder der Tod!“ Gruppen von acht bis zehn Individuen stoßen dieselben auf der Hauptstraße aus, ohne daß die Polizei sich im Mindesten darum kümmert.

Von der polnischen Grenze, 16. Juni. Im Königreich Polen tauchen noch immer hier und da bewaffnete Banden auf, welche im Namen der Nationalregierung ihr Räuberhandwerk treiben. So erschien in der Nacht zum 22. v. M. in der Oberförsterei bei Wladislawoff, im Kreise Miriampol im Gouvernement Augustowo, eine Bande von 6 bewaffneten Männern und verlangte vom Forstverwalter unter Androhung des Todes die Summe von 1000 Silberrubel als den auf ihn fallenden Nationalsteuerbetrag. Der Forstverwalter hatte noch nicht volle 300 Silberrubel in der Kasse, die er den Räubern mit der Versicherung aufzählte, daß er nicht mehr Geld im Hause habe. Nachdem die Räuber alle Zimmer und Schränke durchsucht und kein Geld weiter gefunden hatten, begnügten sie sich mit der erhaltenen Summe, gaben dem Forstverwalter eine mit dem Stempel der Nationalregierung versehene Quittung, datirt vom 4. Dez. 1864 und zogen in der Richtung nach der preußischen Grenze weiter.

Amerika. General Grant hat am 2. d. eine Adresse an die Armeen der Vereinigten Staaten erlassen, in welcher er den Kriegern für die bewiesene Tapferkeit und die muthige Ausdauer dankt. Die Heereszüge, die Belagerungen und die Schlachten, die gewaltigen Entfernungen, die Zähigkeit in der Ausführung kühner Entschlüsse und die glänzenden Erfolge, welche der ausgefochtene Kampf aufzuweisen habe, hätten die größten Kriege, die ruhmreichsten Waffenthaten der Vergangenheit in Schatten gestellt, würden den zukünftigen Vertheidigern des Vaterlandes, den Vorkämpfern der Freiheit und des Rechtes auf ewig zu Leitsternen dienen.

New-York, 8. Juni. Aus San Francisco sind Depeschen vom 30. v. Mts. eingetroffen, laut deren Williams und andere Leiter der Auswanderung nach Mexiko wegen versuchten Bruches der Neutralitätsgesetze vor Gericht gestellt worden sind. Der Emigrationsplan wurde mit diesem Vorfalle als beendigt angesehen; doch war noch auf den 1. ds. eine Massenversammlung anberaumt, welche ihre Sympathien mit der Sache der mexikanischen Republik kundgeben sollte. Aus Mexiko über Vera-Cruz wird gemeldet: Die Republikaner unter Regules sind von den Franzosen geschlagen und versprengt worden. General Aymard hatte Chihuahua besetzt, Juarez sich nach Neu-Mexiko geflüchtet.

In einem **New-Yorker** Berichte der „A. Z.“ vom 2. dieses Monats wird eine Stelle aus einem Privatbrief Fr. Heckers angeführt, aus welcher zu ersehen ist, wie derselbe über die gegenwärtige Lage denkt. In dem Schreiben sagt der „Alte“, wie er sich gern von seinen Freunden nennen läßt: „Unsere Armee wird nun entlassen, und der Produktion die so nöthige Anzahl Hände zurückgegeben. Freilich wird's den Jungen Anfangs etwas sauer werden, in der Werkstatt oder auf dem Lande den soldat laboureur zu spielen. Dieser Krieg war in jeder Beziehung eine Wohlthat. Er hat die Nation aus dem engkrämerischen Treiben nach allen Richtungen entwickelt. Eigenthümlich war es, und ist ganz charakteristisch für den genius americanus, daß alle Erfindungen, welche die Urproduzenten angingen, dahin gerichtet waren, die Arbeit so leicht zu machen, daß Knaben und ältere Männer dieselben Arbeiten verrichten konnten, welche von Jahren nervige, starke, jugendliche Fäuste und Kraft erforderten. Die Wirkung unseres Siegs über die Sklavokratie auf die alte Welt ist nach allen Nachrichten eine immense . . . Der Philister, der seine Coupons abschneidet, ist jahraus jahrein genöthigt, „Amerika zu studieren;“ selbst ohne seinen Willen, oder gegen denselben, wird er in den republikanischen Ideenkreis gezogen, und muß vergleichen, wie Hamlet in der bekannten Porträtscene. (!) Das frißt ein. Es liegt was 48erisches am Horizont, und Bonaparte bereitet durch seine Reise offenbar die Regentschaft „nach seinem Tode“ vor; er legt sich probeweise in den Sarg, wie Karl V.; er fühlt sein Ende herannahen, und wird sich Mexiko fünfmal überlegen, ehe er mit uns krakehlt. Aber so wie so wird sein Sohn kein Kaiser. Ein Weib und ein Kind können das genus mobile ac seditostum nicht regieren, und die Orleans, welche, wie Bonaparte zu seinem großen Verdruß entdeckte, viele Maulwurfsgänge in la belle France gegraben haben, sind darüber eben so zuversichtlich wie die Republikaner. Nun, wenn die Gallier wieder carmagnolen, wird der Michel doch auch ernsthafte Courage kriechen. (!) Ihm thäte ein gesunder Krieg mehr noth, als er hier gerathen war — er würde die Groschen- und Schoppensorglichkeit, die Knauserei und Ruhewuth umstürzen, und ein neues Geschlecht erzeugen. Hoffen wir, daß wir's erleben, und noch Kraft genug verspüren mitzuhalten. Mit herzlichem Gruß Ihr Fr. Hecker.“

Hiezu die Beilage: „Würzburger Anzeiger“.

Verantwortlicher Redakteur: A. Hartmann.
Druck und Verlag der Stahel'schen Buch- und Kunsthandlung in Würzburg

Cours der Staatspapiere.

Oesterr.	5 pCt. Met. (Cp. 1. S. b. R.)	—
„	5 pCt. Lomb. ditto. à 24	—
„	5 pCt. Engl. Met. v. 1852	79 3/8 G.
„	5 pCt. Engl. Met. v. 1859	76 1/8 P.
„	5 pCt. Venet. Coupon b. R.	87 1/4 P.
„	5 pCt. Nationalanl. v. 1854	67 3/4 - 6/8 G.
„	5 pCt. Metall. Obligation.	—
„	4 1/2 pCt.	65 3/4 P.
Preussen	3 1/2 pCt. Staatsschuldsch.	—
Bayern	4 1/2 pCt. Obl. 1jähr. dto.	101 G.
„	4 1/2 pCt. Obl. 1/2jähr. dto.	101 1/8 G.
„	4 pCt. Obl. 1jähr. dto.	99 1/8 P.
„	4 pCt. Obl. 1/2 jähr. dto.	99 1/8 G.
„	4 pCt. Obl. Ab.-E. dto.	99 P.
„	3 1/2 pCt. Obl. dto.	—
Württemb.	4 1/2 pCt. Obl. b. Rothsch.	104 3/8 P.
„	3 1/2 pCt. Obl. dto.	94 G.
Baden	4 1/2 pCt. Obl.	—
„	3 1/2 pCt. Obl. v. 1842	91 1/4 P. 1/8 G.
Gr. Hess.	4 1/2 pCt. Obl.	—
„	4 pCt. Obl. b. Rothsch.	100 3/8 P.
„	3 1/2 pCt. Obl. dto.	97 1/2 G.
Nassau	4 1/2 pCt. Obl. dto.	102 P.
„	4 pCt. Obl. dto.	99 1/2 P.
„	3 1/2 pCt. Obl. dto.	92 1/4 P.
Frankfurt	3 1/2 pCt. Obl.	95 P.
„	3 pCt. Obl.	—
Spanien	3 pCt. inl. Sch P. à fl. 2. 20	—
„	2 1/4 pCt.	—
Schweden	4 1/2 pCt. Obl. à 105 Thlr.	91 3/4 P.
N.Amerika	6 pCt. à 100fr. 1831 D. 2 1/2	76 5/8 – 7/8 G.
„	6 pCt. ditto r. 1882 „	75 3/4—76 G.

Diverse Aktien.

Frankfurter Bank à fl. 500 . . .	151 1/4 P.
K. K. Oesterr. National-Bankaktien	868 P. 866 G.
Oesterr. Kreditbank-Aktien à fl. 200	195 P. 194 G.
Bayer. Hypothekenb. Pfandbriefe 4 pCt.	97 1/2 P.
Darmst. Bank 1. u. 2. Serie à fl. 250	228 1/2 G.
Weimarische Bank à Thlr. 100 . .	101 G.
Mitteldeutsche Kreditaktien . . .	102 5/8 G.
Intern. Bank in Lux. à 250 Frs. à 28 kr.	—
Taunus-Eisenbahn à fl. 250 . . .	347 G.
Frankfurt-Hanauer-Eisenbahn . . .	—
Oest. F.St.Eisb. 5pCt. 500 Fr. à 28 kr.	—
„ Elisab.-Eisenbahn 5 pCt. . .	121 P.
Böhm. Westbahn-Aktien à fl. 200 6/7	77 P. 76 1/2 G.
Rhein-Nahe-Bahn 200 Thl. à 105 4pCt. Z.	3 1/4 G.
Ludwigshafen-Bexbacher à 4 pCt. .	150 5/8 G.
dto. dto. Prior. à 4 pCt.	—
Pfälz. Maxb. b. Rothschild à 4 1/2 pCt.	107 1/8 P.
Oest. St.-Eisenb. Prior.-Oblig. à 3 pCt.	51 1/4 G.
Elisab.-Bahn Prior. 5 pCt. 6/7	78 1/2 P. 1/4 G.
Südd. Bank-Akt., 40 pCt. Einz.	254 P.
Span. Handels- und Industrie . .	—
Bayr. Ostbahn à 4 1/2 pCt. volleinbez.	115—1/8 G.
Bayer. Ostbahn mit 50 pCt. Einz.	115 1/4 P.

Wechsel
in süddeutscher Währung.

Amst. fl. 100 k. S.	100 3/8 P. 1/8 G.
Antwerp. Frs. 200 k.S.	94 5/8 G.
Augsb. fl. 100 k. S.	100 P.
Berlin Th. 60 k. S.	105 P.
Brem. 50 Th. Ld. k. S.	97 1/4 P.
Brüssel Frs. 200 k. S.	94 5/8 G.
Cöln Thlr. 60 k. S.	105 P.
Hamb. MB. 100 k. S.	88 1/2 G.
Leipzig Th. 60 k. S.	105 P.
London Lst. 10 k. S.	119 3/8 P. 1/8 G.
Lyon Frs. 200 k. S.	—
Mail. Frs. 200 . .	94 5/8 G.
München fl. 100 k. S.	99 3/4 G.
Paris Frs. 200 k. S.	94 3/4 G.
Petersburg 60 S.-R.	—
Triest fl. 100 k. S.	—
Wien fl. 100 ö. W.	108 5/8 P.
do. in öst. W. l. S.	108 1/4 P.
Disconto	3 1/2 pCt. G.

Anlehens-Loose.

Oesterr. fl. 250 v. 1839	182 1/4 P.
„ fl. 250 v. 1854 zu 4 pCt.	79 1/4 P.
„ fl. 500 v. 1860 6/7	84 3/4—5/8 G.
„ fl. 100 Elsb. L. v. 1858.	136 3/8 P.
„ do. v. 1864.	90 3/4 P.
Schwed. 10 Thlr. Loose	9 5/8 P.
Badische fl. 50	—
Badische fl. 35	52 5/8 P.
Kurhess. Thlr. 40 b. R.	54 5/8 G.
Gr. Hessen fl. 50 b. R.	141 G.
„ fl. 25 do.	38 3/4 G.
Nassau fl. 25 bei Rothsch.	36 P.
Sardinische Fr. 36 b. B.	70 1/8 P.
Neuchateler 10 Frs.-Loose	—
Freiburger 15 Frs.-Loose	—
Mailänder 45 Frs. L. b. R.	32 3/8 P.
St. Lüttich mit 2 1/2 pCt. Z.	34 1/4 P.
Ansb.-Gunzenh. fl. 7-L.	10 3/8 G.

Frankfurt, 20. Juni. Amerikanische Fonds gaben zu mehrfachen Schwankungen Anlaß, schließen jedoch etwas über dem Abendschlußkurs. Für österr. Effekten war die Stimmung in Folge der Wiener Notirungen flauer. (Synd.)

Neue Würzburger Zeitung.

An die k. Hof- und Staatsbibliothek 1 N. Würzb. Ztg. München.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht!

№ 170.	Vorausbezahlung: Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 1 fl. 30 kr. Bei Inseraten wird die dreispaltige Zeile in gewöhnlicher kleiner	62. Jahrgang.	Schrift oder deren Raum im Hauptblatte mit 6 kr., im Anzeiger mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franco.	Donnerstag, 22. Juni 1865.

Johnson's Amnestie-Dekret.

Die Berliner „Volkszeitung" schreibt: „Von Seiten der Reaktion, welche mit stillem Ingrimm die wunderbar schnell sich herstellende Ordnung der Verhältnisse in Amerika nicht fortleugnen kann, wird das Amnestiedekret des Präsidenten Johnson wegen der darin enthaltenen Ausnahmen heftig angegriffen (ist auch von manchen liberalen Seiten aus geschehen), theils um den Beweis zu führen, daß daselbst der Terrorismus herrsche, theils um die Hoffnung daran zu knüpfen, daß die Strenge die geliebten Sklavenhalter zu neuen Revolutionen anstacheln würde.

Der Beweis des Terrorismus ist indessen ebenso verkehrt, wie die gehegte Hoffnung thöricht ist.

Die Südstaaten waren nicht etwa in einer gerechtfertigten Revolution gegen eine Regierung begriffen, welche irgend Eines ihrer Rechte, irgend Eine ihrer Freiheiten angetastet, sondern haben sich zu einer Rebellion erhoben, zu der sie nicht den geringsten Anlaß hatten. Die Regierung der Vereinigten Staaten hatte sich keine Maßregel, keine Ungesetzlichkeit gegen sie zu Schulden kommen lassen. Die Südstaaten bildeten für sich völlig freie unabhängige Glieder eines Bundesstaates, von welchem jeder einzelne Staat in seinen inneren Angelegenheiten völlig selbstständig war. Selbst das Sklavenhalterwesen innerhalb der Grenzen der Südstaaten blieb von der Centralregierung unangefochten. Gewaltsame Versuche der Sklavenemanzipation, wie sie der Märtyrer John Brown und seine Söhne unternommen, wurden in den Südstaaten mit dem Tode bestraft, ohne daß die Centralregierung irgend welchen Einspruch dagegen erhoben hätte. Die Südstaaten blieben auch in der Union, so lange sie bei der Wahl des Präsidenten ihre Kandidaten durchsetzen konnten, welche die Ausbreitung des Sklavenhalter-Wesens in Gebieten begünstigten, wo es laut geltenden Gesetzen nicht geduldet werden sollte. Sie erhoben sich zur offenen Rebellion, als die Wahl auf Abraham Lincoln fiel, der zwar prinzipiell ein Feind der Sklaverei war, aber nicht im entferntesten daran dachte, sie gewaltsam abzuschaffen, da sie laut der Verfassung der Union einmal gestattet war.

Diese Schandthat mit irgend einer Revolution zu vergleichen, welche Völker gegen Regierungen zum Aufstand bringt, wo an der Stelle des Rechtes und Gesetzes Gewalt und Willkür herrscht, ist durchweg verkehrt. Wir haben den letzten Aufstand der Polen gegen Rußland stets als einen politischen Fehler betrachtet, weil die russische Regierung auf dem Wege einer Reform den Polen sehr viel zur Befriedigung nationaler Forderungen geboten. Allein vom rechtlichen Gesichtspunkte aus hatten die Polen die europäischen Verträge für sich, welche ihnen ein selbstständiges Königreich verbürgen. Die Südstaaten Amerika's dagegen haben gegen Recht und Verfassung, gegen Gesetz und Menschlichkeit einen Kampf begonnen, getrieben von Herrschsucht, vom Haß der Freiheit und unter vollständig vorbereiteten Kriegsmaßregeln, die einen Zweifel gegen ihre bösen Absichten nicht aufkommen ließen.

Nach einem vierjährigen Kriege, so blutig und kostspielig, daß ihm kein Krieg der Weltgeschichte, selbst der dreißigjährige Krieg nicht in dieser Beziehung gleich kommt, hat endlich Recht und Gesetz, Freiheit und Humanität den Sieg davongetragen. Noch sind kaum wenige Wochen vergangen, daß dieser schwere Triumph der Gerechtigkeit die alte und die neue Welt durchhallt. Was aber erblicken wir bereits?

Man vergleiche einmal die vielbejubelten Amnestieen in europäischen Staaten, die gegenwärtig die wenigen Führer der Revolution aus den Jahren 1848 und 1849 betreffen, mit der Forderung der Amnestie, die man den siegenden Nordstaaten Amerikas zumuthet und man wird finden, daß sie eben so unvergleichlich zu einander stehen, wie die Tumulte jener Jahre zu den Schlachten der neuen Welt. In Ungarn lebt man in der Hoffnung, daß die Kriegsgerichte am 1. Juli aufhören werden; in Polen finden noch fortwährend Hinrichtungen statt; in Preußen haben wir vor wenig Monden erst einen Nachtrag zum Polenprozeß erlebt, wo im Kontumacialerkenntniß Todesstrafen ausgesprochen wurden und in den anderen Erkenntnissen Freiheitsstrafen verhängt worden sind, obwohl nach richterlichem Ausspruch ein Aufstand gegen die preußische Regierung nicht stattgefunden hat und nur unter „mildernden Umständen" vorbereitende Handlungen zu einem hochverrätherischen Unternehmen erkannt worden sind. Verglichen mit der Rebellion in Amerika, welche geleitet von den schwärzesten Ab-

Feuilleton.

Louis Napoleon's Einzug in Toulon.

(Korresp. des „Berner Bund" aus Nizza vom 9. Juni.)

Seit mehreren Tagen heißt es im Rhonethal: „Heute kommt er." — „Nein, er kommt erst in 8 Tagen." — „Er kommt schon übermorgen." — „Er geht incognito durch." — „Nein, in Toulon läßt er das gepanzerte Widderschiff, den „Stier," vom Stapel laufen" — kurz, nichts Gewisses weiß man nicht, und so kehren sich harmlose, der Kaisergeschichte wenig nachfragende Touristen nicht an die Gerüchte, sondern bummeln gemüthlich, und, was das Beste ist, ungenirt von Lyon nach Marseille, von Marseille nach Toulon, und sind im Begriffe, von da nach Nizza abzufahren, als Madame Fama wie der im Bleikessel eingeschlossene Geisterriese aus 1001 Nacht Form gewinnt und die Differenzen nur noch von 2 Uhr Nachts auf 9 Uhr Morgens variiren, aber er kommt gewiß, und gewiß besucht er den Stier, wenn auch besagter Stier Frau Europa noch nicht aus der Salzwelle angletzen wird.

Ueber all' dem legen sich unsere bewußten Touristen in Toulon zu Bette, und „gedenken einen guten Schlaf zu thun, denn dieser letzten Tage Müh' war groß." So geschieht es auch; allein heute früh um 4 Uhr werden die, welche keinen allzu schweren Schlaf haben, aufgejagt durch Kanonensignale, die, von den äußersten Forts dem Hafen sich nähernd, von da von den Schiffen wiederholt werden. Man springt auf, wirft sich in die Kleider: Heraus, ihr Schläfer, jetzt kommen wir zu rechter Zeit zum Hauptspaß! An den Hafen, in den Nachen, nicht lange gemarktet, car aujourd'hui si l'on ne gagne pas dix francs, au diable le métier! Richtig, da stehen auch die Kanoniere schon auf den Wällen an den Stücken, und kaum erreichen wir die Einfahrt in den innern Hafen, als weit draußen auf der Rhede der Dreidecker „Montebello" zu salutiren beginnt; darauf donnern die Forts, alle Schiffe auf der Rhede antworten, und das Admiralschiff, die Raddampffregatte „L'Aigle", fährt, mit der personifizirten Vorsehung Frankreichs beladen, in die Rhede. Nah' und fern sind alle Masten und Taue bewimpelt; da auf einmal steigt überall alles Schiffsvolk an den Tauen hinauf, macht Front auf den Raaen; von ferne sieht sich das an, als wenn Ameisen plötzlich einen Tannenbaum lebendig machten; die Hochbootsleute schwingen die Mützen, und auf Signal dröhnt ein tausendstimmiges „Vive l'empereur!" durch die Luft, dazu bearbeitet eine Regimentsmusik ihre Paukenfelle und Blechklappen.

Nach und nach wird auf dem Verdeck des mit Land- und See-Oberoffizieren gedrängt vollen „Aigle" die Gestalt eines Generals sichtbar, der allein die Feldmütze auf hat, während die Andern baarhäuptig sich um ihn herum bewegen, und man sieht, wie gnädig der Mächtige den schreienden Seeleuten dankt. Sein Schiff hält, wirft Anker mitten auf der Rhede und plötzlich ist es wie ein aufgeschnittener Apfel vom Mückenschwarm der neugierigen Zivilisten in geringeren und besseren Booten umschwärmt; unter andern fährt ein bewimpelter Miniaturdampfer, auf welchem sich Militärs in kleiner Tenue und Geistliche besonders bemerklich machen, heran, umkreist das kaiserliche Fahrzeug und wie seine Leute der

fichten einer Sklavenhalter-Partei, Blutbäder ohne Gleichen in der Weltgeschichte angerichtet, ist die Forderung einer vollen Amnestie kaum einige Wochen nach der Besiegung ein so abenteuerlicher Gedanke, daß er in der That nur in Köpfen aufsteigen kann, welche erfüllt sind von finsterer Wuth über die Niederlage der Sklavenhalter und ihren Ingrimm nur auslassen können durch jene scheinheilige Menschenliebe, die nur das Blut der Gesinnungsgenossen geschont wissen will, während sie nach dem Blute der Gegner lechzt.

Wir achten sicherlich jene Menschenliebe sehr hoch, welche Vergebung ausruft, wenn der Feind der Menschlichkeit niedergeworfen ist. Auch wir geben der Hoffnung Raum, daß Jefferson Davis nicht hingerichtet, sondern durch Kerkerhaft unschädlich gemacht wird, bis auch dieser Urheber des blutigsten Dramas der Geschichte einmal amnestirt werden kann. Wir finden aber das Amnestie-Dekret des Präsidenten Johnson gegen die Führer der Rebellion in den Südstaaten von so überwiegender Milde, daß wir es unter den gegebenen Verhältnissen als Vorbedeutung tiefer Humanität betrachten, die den Sieg über jedes Rachegefühl davon tragen wird.

Die Ausnahmen, die in der Amnestie gemacht sind, überlassen keineswegs Diejenigen, welche sie betreffen, der Strenge des Rechtes, sondern stellen auch ihnen eine Vergebung in Aussicht, wenn sie darum ernstlich nachsuchen. Ein solches Verlangen eine „Unmenschlichkeit“ zu nennen, ist ein schneidendes Urtheil gegen andere Amnestie-Dekrete, die ganz dieselbe Formel enthalten wegen geringfügiger, durch Jahrzehnte verjährter Vergehen.

Im Kern der Sache aber stehen die Verhältnisse in Amerika folgendermaßen.

Wollte man die Führer der Rebellion ganz ausnahmslos amnestiren, so wäre die Union genöthigt, in den Südstaaten eine große militärische Besatzung zu halten und die Freiheit der rebellischen Staaten durch eine Zentralisation zu unterdrücken. Dieß in Europa so sehr beliebte Experiment, wo man die Theorie aufstellt, daß Völker durch Revolution ihre Freiheit und ihr Recht, wie ihre Verfassungen einbüßen, verschmäht die Union. Sie will den Staaten des Südens die volle Freiheit in der inneren Verwaltung wiedergeben. Da ist sie denn genöthigt, über die Führer der Rebellion so lange noch ihre Macht walten zu lassen, bis die Freiheit der von ihnen mißleiteten Staaten durch innere Organisation gesichert sein wird. Und solch ein Gebrauch der Siegermacht im Dienste der Freiheit ist nicht blos eine weise Maßregel, die vom staatsrechtlichen Standpunkt aus gerechtfertigt dasteht, sondern auch vom humanen Standpunkt aus auf's Höchste gebilligt werden muß.

(Amtliche Nachrichten.) **München**, 20. Juni. Se. Maj. der König hat den Buchhalter der k. Staatsschuldentilgungs-Spezialkasse Nürnberg, J. Mayer, aus administrativen Erwägungen, unter Belassung des Standesgehaltes und des Titels, des Dienstes entlassen; die Bezirksgerichtsschreiber A. Gillitzer und J. Rielländer zu Augsburg, und den zeitlich quiesz. Landgerichts-Assessor von Dinkelsbühl, Th. v. Reth, zur Zeit in Nürnberg, in den Ruhestand treten lassen.

Die kathol. Pfarrei Arlt, k. Bezirksamts Wasserburg, ist mit einem fassionsmäßigen Reinertrage von 923 fl. 47¾ kr. in Erledigung gekommen.

München, 20. Juni. Das heute ausgegebene Regierungsblatt publizirt die zwischen Bayern und Frankreich abgeschlossene Uebereinkunft wegen gegenseitigen Schutzes der Rechte an literarischen Erzeugnissen und Werken der Kunst. Nach einer unter sämmtlichen Rheinuferstaaten getroffenen Verabredung wird der Transport größerer Mengen von Arsenik und anderer animalischen Gifte, welcher bisher nur in besondern Schiffen auf dem Rhein geschehen durfte, künftig auch in besonderen wasserdicht abgeschlossenen Abtheilungen eines Schiffes unter der Voraussetzung gestattet, daß die Polizeibehörde des Absendungshafens die Wasserdichtigkeit dieser Abtheilungen auf Grund einer genaueren, nöthigenfalls unter Zuziehung Sachverständiger vorzunehmenden Untersuchung im Manifest bestätigt hat.

Der zweite Ausschuß der Kammer der Abgeordneten hat am 17. Juni auf Vortrag des Abg. Hänle als Referenten die Zustimmung zu dem Handels- und Zollvertrag zwischen dem Zollverein und Oesterreich begutachtet. Dem Referate des Hrn. Hänle entnehmen wir folgende Auseinandersetzungen: „Der vorliegende Vertrag bringt uns die Erstlingsfrucht der neuen Handelspolitik, in welche der Zollverein durch Annahme des französischen Handelsvertrags eingetreten ist. Von dem Augenblicke an, in welchem Frankreich das Recht der meist begünstigten Nation zugestanden wurde, hatte derselbe dem Differentialzollsystem für immer entsagt und damit selbstverständlich darauf Verzicht geleistet, Oesterreich eine bevorzugte Stellung, wie ihm solche durch den Vertrag vom Februar 1853 eingeräumt war, auch für die Zukunft zu gewähren, indem jeder Vortheil, der von nun an diesem Staate gestattet werden wollte, auch an Frankreich zugestanden werden müßte. Mit einem Worte, mit Oesterreich ist künftig keine innigere handelspolitische Verbindung mehr möglich, als mit allen übrigen Nationen, mit welchen Handelsverträge bestehen. Es ist nicht mehr an der Zeit, sich in Betrachtungen über das Geschehene, nun zur Thatsache Gewordene zu ergehen, es kann sich vielmehr jetzt nur darum handeln, sich die Situation, wie sich diese nunmehr gestaltet hat, klar zu machen und darnach den vorliegenden Vertrag zu beurtheilen. Bei den deßfalls gepflogenen Verhandlungen war die Stellung Oesterreichs offenbar eine viel günstigere, als jene des Zollvereins, da dem ersteren wohl bekannt war, daß man die in Folge des Vertrags mit Frankreich am 1. Juli eintretenden billigeren Eingangszölle zu generalisiren gedenke und ihm daher der Mitgenuß derselben auch ohne besondere Zugeständnisse seinerseits nicht wohl entzogen werden könne. Dem Zollverein kam einzig der Umstand zu Statten, daß Oesterreich großen Werth darauf zu legen hatte, auch unter den veränderten Verhältnissen den Fortbestand des Zollkartels gesichert zu sehen.“ Im weiteren Verlaufe legt der Referent dar, daß bei einer Vergleichung der dermal bestehenden Zwi-

---

Majestät von fern ansichtig werden, rufen sie, Mützen und Hüte schwenkend, auch ihr pflichtschuldiges „Vive l'empereur!“, das auf den übrigen Zivilnachen ein beinahe höhnisches Kichern als Echo findet. Auch die prächtigen Staatskanots der in Toulon residirenden Zivil- und Militär-Größen fahren in Eile mit 8, 10, 12 bis 16 Rudern heran; diese sonnen sich eine Weile im Glanz der Zentralsonne, der sie Rapporte und Karten unterbreiten, und erläuternd auf die malerische Umgegend umherweisen.

Es ist aber wirklich ein prächtiger Morgen. Die Sonne gießt ihren hellen Schein aus über den schönen Binnensee, der beinahe an Genf erinnert; kein Lüftchen kräuselt die trägen Wellen. Uns wird es zu heiß in der kaiserlichen, nach und nach etwas langweiligen Nähe; wir fahren hinüber nach Mourillon, wo der submarine Widder, „der Stier“, der Erlösung aus seinem Pfahlgefängniß harrt. In der Querdimension sieht das Ungeheuer aus wie ein Schwamm: die obere Hälfte halbkugelförmig breit, die untere von beiden Seiten in einen scharfen Kiel zugehend. Schon werden einige Stützpfähle weggeschlagen und wir vermuthen, die Feier des Lanzirens werde vor sich gehen, als ein mit 10 Rudern schnell heran- und herausfahrender Schiffslieutenant beim Wenden Zeit findet, auf unsere Anfrage aufs Höflichste uns mitzutheilen, daß morgen Abend erst der „Stier“ in See gelassen wird.

Wir fahren also nach dem kaiserlichen Schiffe zurück, wo mittlerweile des Kaisers eigenes Canot herabgelassen, flott gemacht und mit Teppichen versehen worden war. Siehe, die kaiserliche Flagge wird abgenommen, die Schildwache auf dem Schiffe salutirte etwas nachlässig (ein Preuße bekäme wenigstens 8 Tage scharfen Arrest, wenn er sich so respektlos gehen lassen zu wollen die mögliche Neigung verrathen würde) und Louis Napoleon steigt mit einem glänzenden Gefolge in sein Canot herab, wo sofort die kaiserliche Flagge aufgehißt wird. Auf dem „Aigle“ rufen ihm die Matrosen „Vive l'empereur!“ nach, die Civilschiffchen aber bleiben stumm. Er fährt hart an unserem Boot vorbei, sieht viel gesunder, aber viel älter (wir möchten sagen papamäßig) aus, als im April 1859, wo wir ihn auf der Rue Rivoli ausfahren sahen. In den fünf mächtigen Docks von Mourillon wird er von den gedrängt herbeilaufenden Arbeitern begrüßt, er besieht den Widder, durchgeht einige Docks und kehrt, nachdem ein Admiral sich heiser gerufen, die Civilschiffchen sollten dem kaiserlichen Canot freie Bahn lassen, auf dasselbe zurück und fährt durch unsere dichtgedrängten Reihen, am ersten Nachen vorbei — kein Laut; — am zweiten — Alles still; am dritten, vierten, fünften u. s. f. ebenso. Die Bemannung des kleinen Dampfers endlich läßt einen schwachen Vivatruf hören, der nur dazu vorhanden zu sein scheint, die wahrhaft herausfordernde Stummheit der übrigen Schiffe noch recht herauszuheben. Marseille liebt den Kaiser nicht, trotz der vielen Bauten, denn die Franzosen, die weder freie Kammer, noch freie Presse haben, also buchstäblich nur das hören, was ihnen der Kaiser zu hören erlaubt, legen ihm die Kriege und in ihrer Unwissenheit sogar den amerikanischen Krieg zur Last, aber auch in Toulon, dem Kriegshafen, ist namentlich unter den geringen Schiffsleuten große Abneigung gegen die Regierung vorhanden, wohl wegen der Seekonskription, welche die tüchtigsten Männer bis zum 50. Altersjahr zum Dienst auf den Kriegsschiffen verpflichtet, wobei sie noch für Ausübung ihres armseligen Schifferei- und Fischerei-Gewerbes bis über 30 Fr. Steuern zahlen müssen.

schen-Zölle mit dem neuvereinbarten Tarif für die Einfuhr aus dem Zollverein von Oesterreich sich bei einer Anzahl von Positionen namhafte Erhöhungen ergeben, welche er tabellarisch zusammenstellt. Wir heben daraus die folgenden hervor:

		Zwischenzoll. 1853.		Neuer Vertragstarif. 1865.	
		fl.	kr.	fl.	kr.
Eisen, gefrischtes, Stabeisen,	Ctr.				
Rohstahl	„	1	—	1	50
Eisen, façonirtes rohes Blech	„	1	50	2	50
Eisen, polirtes Blech, Draht	„	2	50	4	—
Eisenwaaren, grobe	„	3	—	4	50
„ feine	„	4	50	12	—
Baumwollengarn, rohes, ein- und zweidrähtig	„	2	50	4	—
Baumwollengarn, gebleicht, mehrdrähtig	„	2	50	6	—
Leinengarn, Maschinengespinnst	„	—	75	4	50
Papier, geleimtes	„	1	50	4	—
Goldpapier, Papierwaaren	„	4	50	12	—
Leder, feines	„	2	50	10	—
Lederwaaren, gemeine	„	7	50	12	—
Handschuhe, lederne	„	30	—	45	—
Korbflechterwaaren, Schnitz- und Drechslerwaaren	„	4	50	12	—
Glas- u. Emailwaaren	„	4	50	12	—
Porzellan, farbiges, bemaltes	„	7	30	12	—
Metallwaaren	„	4	50	12	—
Blei- und Rothstifte	„	4	50	12	—

„Es ist dies — fährt der Bericht fort — um so mehr zu beklagen, da sich darunter eine Anzahl von Artikeln befindet, welche gerade für die bayerische Industrie von Wichtigkeit sind und worin bisher, wie die Ausfuhrlisten erweisen, ein namhafter Export nach Oesterreich stattgefunden hat. Es wird dies in den betreffenden industriellen Kreisen schmerzlich empfunden werden und die nachtheiligen Rückwirkungen hievon sich zweifellos fühlbar machen.“ Gegen die Bestimmungen des Vertrags selbst wird im Ausschußbericht ein Bedenken nicht erhoben, vielmehr in Bezug auf manche derselben eine durch sie herbeigeführte wesentliche Verbesserung anerkannt. Schließlich wird bemerkt: „Eine Bestimmung über eine Verlängerung oder Erneuerung des Vertrags (derselbe dauert vom 1. Juli 1865 bis 31. Dez. 1877) ist darin nicht enthalten, was wohl mit der auch diesmal darin sich vorfindenden Zolleinigungsklausel im Zusammenhange stehen dürfte, über deren Werth, oder besser Unwerth, uns die jüngste Vergangenheit zur Genüge belehrt hat. Als bemerkenswerth möchte hierbei nur zu erwähnen sein, daß man selbst diese nichtssagende Klausel von Seite Preußens noch als zu bedenklich erachtet haben muß, indem man deren Wortlaut dahin änderte, daß während nach dem früheren Vertrage die späteren Verhandlungen über die Zolleinigung sich auch auf die dem Zollverbande der beiden kontrahirenden Theile angehörenden Staaten erstrecken sollten, jetzt nur noch von einer allgemeinen deutschen Zolleinigung die Rede ist... Ob Oesterreich nicht besser gethan haben würde, auf ein solches nichtssagendes Zugeständniß lieber ganz zu verzichten, ist zu untersuchen nicht unsere Sache. Das aber glaubt der Berichterstatter seiner Ueberzeugung gemäß aussprechen zu sollen, daß, wenn einmal die wirthschaftlichen Verhältnisse Oesterreichs, wozu es allerdings noch einer Reihe von Jahren bedürfen wird, sich so gestaltet haben werden, daß eine Zolleinigung sich als naturgemäß darstellen wird, solche mit oder ohne Klausel und trotz aller Machinationen und Sondergelüste Preußens dennoch sicher zu Stande kommen wird.“

Wien, 20. Juni. Im Unterhaus wurde der Gesetzentwurf, betreffend die dreimonatliche Verlängerung der bisherigen Steuererhöhungen, angenommen. Die Resolutionen, daß die den Bodenkreditanstalten gewährten Begünstigungen dem Reichsrath rechtzeitig zur verfassungsmäßigen Behandlung vorzulegen gewesen wären, und daß die Regierung bei diesen Begünstigungen selbst die Formen und Bedingungen des §. 13 nicht beobachtet habe, wurden angenommen. Die Einsetzung von Prisengerichten wurde für gerechtfertigt anerkannt.

Der offiziöse Berliner Korrespondent der „A. Z.“ schreibt: „Die Verhandlungen Preußens mit dem Kabinet von Florenz wegen Abschluß eines Handelsvertrages zwischen Italien und dem Zollverein haben zu dem Ergebniß geführt, daß die italienische Regierung ihre Bereitwilligkeit ausgesprochen hat, mit dem Zollverein einen Vertrag auf der Basis des zwischen England und dem Zollverein vereinbarten Handelsvertrags abzuschließen. Außer Baden haben auch mehrere andere Regierungen jetzt ihre Genehmigung zu Verhandlungen wegen eines Handelsvertrags mit Italien ertheilt.“

Quedlinburg, 18. Juni. Von hier wird der „Magd. Presse“ folgender neue Offiziersexceß gemeldet: „Am 15. d., Abends, befand sich der Assistent Becher, dem die Leitung des Betriebes auf dem hiesigen Bahnhofe zugefallen war, in Gesellschaft seiner Frau unter der Veranda am Bahnhofsgebäude. Zu ihnen gesellte sich der Kaufmann Eilers, der nach Leipzig reisen wollte, den Zug aber verpaßt hatte. Plötzlich trat aus der Thüre des Wartezimmers für die zweite Klasse der Hauptmann Herrgaß vom 67. Inf.-Reg., welcher als Gast an einer im Restaurationslokale des Bahnhofes gefeierten Hochzeit Theil genommen hatte, on den Perron. Kaufmann Eilers stand auf, ging mit dem 2c. Herrgaß den Perron auf und ab und unterhielt sich mit ihm. Beide Herren trennten sich bald darauf, sie mußten irgendwie in Streit gerathen sein, denn Herrgaß ging, wie es schien sehr aufgeregt, in das Wartezimmer zurück. Eilers hatte sich auf seinen alten Platz gesetzt, wünschte nach einigen Minuten der Gesellschaft gute Nacht, ergriff seinen Seidel mit der linken Hand und wollte mit der rechten Hand die Thüre zum Wartezimmer zweiter Klasse öffnen, als ihn der von Innen kommende Herrgaß, der sich mittlerweile bewaffnet hatte, mit

---

Der Franzose hat alles Andenken an 1851 verloren, ist aber dem Kaiser nicht dankbar dafür, die Städte mit Prachtgebäuden, mit Luft und Licht, seinen Binnenhandel mit großartigen Bahnlinien dotirt und den Verkehr in einem Maße, wie keine frühere Regierung geahnt, von Fesseln befreit zu haben: Alles noch abgesehen von der achtunggebietenden Stellung, die Frankreich unter seiner Regierung einnimmt. Wäre ein bestimmtes Verlangen nach politischer Freiheit und öffentlichem Recht vorhanden, so könnte man dieses unbestimmte Malaise begreifen, so aber — — kehren wir zu Toulon zurück. Während sich der Kaiser im Arsenal von Mourillon befand, war noch einmal von Schiffen, Forts und Batterieen salutirt worden. Nochmals hatten sich die Raaen bemannt und war der im Munde der Regierungsleute auf Signale erschallende nichtssagende Ruf ausgestoßen worden. Der Kaiser betrat nochmals den „Aigle“, nahm noch einige Meldungen entgegen, bestieg dann wieder sein Kanot und fuhr mit Windeseile nach dem Hauptarsenal in der Stadt, und als wir ihm, so schnell unser Bootsmann es vermochte, nachfolgten, da war in Toulon nichts mehr von Sr. Maj. zu sehen. Einige offizielle Fahnen auf der Straße nach dem Bahnhofe und hier einer der Offiziere vom kaiserlichen Hofe waren die einzigen Spuren, die noch von der Durchreise Louis Napoleon's zeugten.

Vermischtes.

Für eine Nordpolfahrt wird gegenwärtig in Deutschland sehr eifrig agitirt. Es soll von der Insel Spitzbergen aus wo möglich bis an den Nordpol vorgedrungen werden. Bekanntlich haben viele Nordpolfahrer die Vermuthung ausgesprochen, daß in der Nähe des Nordpols keine feste Eisdecke, sondern offenes Meer zu finden sei. Zur Unterstützung des Unternehmens wird angeführt: „Jetzt ist das Vorkommen der Wallfische diesseits von Spitzbergen so gering, daß ihr Fang fast ganz aufgehört hat. Ohne Zweifel werden sie jedoch im Norden von Spitzbergen noch in Menge vorhanden sein. Die amerikanischen Wallfischfänger im stillen Ocean erschöpften nach und nach den Wallfischfang; als sie aber nördlicher vordrangen und in die Beringstraße gelangten, wurden sie hier durch einen so enormen Reichthum von Walen und anderen thranproduzirenden Seethieren belohnt, daß sie anfänglich binnen 2 Jahren einen Reingewinn von 8 Mill. Dollars aus dem Eismeer zogen. Außerdem befinden sich im arktischen Meere die reichsten, allem Anscheine nach unerschöpflichen fossilen Elfenbeinlager der Welt. Bekanntlich wird in Nordsibirien und besonders auf der neusibirischen Inselgruppe eine ganz erstaunliche Masse von Ueberresten vorweltlicher Mammuth- und anderer Riesenthiere gefunden. Manche Oertlichkeiten scheinen ganz aus Knochen und Elfenbein zu bestehen. Seit zwei Jahrhunderten bildet dies fossile Elfenbein einen bedeutenden Industrie- und Handelszweig; ein Theil bleibt im Lande als Hausgeräthe oder geht nach China, derjenige Theil aber, der exportirt wird und in den europäischen Handel gelangt, wird auf 40,000 Pfund jährlich angegeben und noch scheint keine Abnahme bemerkbar. Ein einziger Elfenbeinsucher soll in einem Jahre 20,000 Pfund Elfenbein gesammelt haben.

der linken Hand bei der Kehle faßte, rücklings zu Boden warf und mit geballter Faust mißhandelte. Inzwischen erhob sich der Assistent Becher von seinem Sitze, legitimirte sich als Bahnpolizeibeamter und gebot dem Hauptmann Herrgaß Ruhe. Herrgaß ließ Becher nicht ausreden, schrie: „Wer mir zu nahe kommt, den spieß ich auf, wie eine Lerche", faßte den Becher an der Brust, stieß ihn zu Boden und hieb mit seinem Säbel auf Eilers und Becher, die beide am Boden lagen, wobei er dem Ersteren drei Finger an der linken Hand zerschlug. Hierauf verfolgte Herrgaß die nach Hilfe schreiende Frau des Becher, bis endlich der Bahnhofswächter zu Hilfe eilte. Herrgaß schlug fortwährend mit dem Säbel um sich, ließ Keinen an sich heran und rief fortwährend: „Wer mich angreift, den spieß ich auf, wie eine Lerche". Erst als Becher dem Herrgaß erklärte, wenn er sich nicht ruhig verhielte, werde er ihn verhaften lassen, entfernte sich Herrgaß.

Frankfurt, 21. Juni. Die diplomatischen Agenten der Nordamerikanischen Union in Deutschland haben, dem „N. C." zufolge, von dem Kabinet von Washington den Auftrag erhalten, mit den Regierungen, bei welchen sie beglaubigt sind, Unterhandlungen wegen eines Vertrages einzuleiten, in dessen Folge Angehörige deutscher Staaten, welche vor Erfüllung ihrer militärischen Dienstpflicht nach Nordamerika auswandern und Vereinigten-Staaten-Bürger werden, bei etwaiger Rückkehr in ihr Geburtsland nicht wegen der Nichterfüllung jener Pflicht irgend wie behelligt werden sollen.

Bremen, 18. Juni. Heute ist die erste Nummer des auf Veranlassung des Gesammt-Komite's für das zweite deutsche Bundesschießen herausgegebenen Festblattes erschienen. Die Redaktion desselben hat Hr. Dr. Emminghaus, Redakteur des Bremer Handelsblattes, übernommen. Die vorliegende Nummer enthält in ihrem ersten Artikel „Zum 18. Juni" Betrachtungen über das bevorstehende Fest, die an den Erinnerungstag der Entscheidung von Belle-Alliance anknüpfen. Darauf folgt ein Aufruf des Central-Komite's, der erneut zu eifrigem Besuch einladet. Berichte aus der Feststadt und vom Festplatze, die fortgesetzt werden sollen, treten insbesondere dem hier und da laut gewordenen Vorurtheil entgegen, als mangle es an Raum für die Gäste: Bremen ist wie wenig andere Städte befähigt und beeifert, Gastfreiheit zu üben. Das Feuilleton bringt, an Vischers bekannten Aufsatz anknüpfend, Erinnerungen an das Frankfurter Schützenfest. Es folgen Mittheilungen aus einzelnen Komite's. Der Inhalt des Blattes ist nicht allein geeignet, die Besucher des Festes in allen Verhältnissen zu orientiren, sondern auch die Bedeutung des letztern in das Licht zu setzen.

New-York, 8. Juni. Der Kriegsminister hat die unverzügliche Entlassung aller Kriegsgefangenen unter dem Majorsgrade in dem Landheere und unter dem Range eines Kommandeurs in der Marine angeordnet, welche den Eid der Treue zu leisten bereit sind. Ausgenommen sind solche Kriegsgefangene, welche auf den Militär- oder Marineakademien der Vereinigten Staaten ausgebildet, vor Ausbruch des Krieges im Dienste der Union standen. Für die Freilassung höherer Offiziere sollen die nöthigen Bestimmungen getroffen werden, sobald diese erste Anordnung zur Ausführung gekommen ist. Ein Erlaß des Marine-Ministeriums reducirt die beiden atlantischen Geschwader, welche bisher 600 Schiffe zählten, auf 90, das Mississippi-Geschwader auf 15, das Blokadegeschwader im westlichen Golf auf 20 Schiffe. Einer Ankündigung des Finanzsekretärs M'Culloch zufolge belief sich die Staatsschuld am 1. d. auf 2,635,205,753 Doll. 50 C., deren jährliche Verzinsung 64 1/2 Mill. in klingender Münze und 60 Mill. in Schatznoten erfordert. Die Notenzirkulation gesetzlicher Währung beträgt 659 Millionen Dollars. — Der bisher noch zurückgehaltene Theil der in dem Verschwörungsprozesse gemachten Zeugenaussagen ist jetzt veröffentlicht worden; er enthält überaus wichtige Depositionen, über deren Werth sich freilich noch kein Urtheil bilden läßt. Connover, ein Korrespondent der New-Yorker „Tribune", Merritt, ein Arzt aus Montgomery und ein geheimer Polizist sagten im Verhör aus, daß sie mit den südstaatlichen Agenten in Kanada in genauer Bekanntschaft gestanden und, um in ihre Geheimnisse einzudringen, sich als Mitverschworene dargestellt hätten. Scunders, Thompson und Clay hätten häufig in ihrer Anwesenheit mit Booth verkehrt. Connover deponirte, er sei zugegen gewesen, als Surratt an Thompson Depeschen von Davis und Benjamin überbracht habe, in denen Lincoln, Johnson, Stanton, Grant, Seward und Chase als zur Ermordung auserlesen bezeichnet gewesen seien; von Thompson sei darauf Booth mit der Ausführung des Anschlages beauftragt worden. Ferner machte Connover Angaben über einen von den Konföderirten in Canada geschmiedeten Plan, die Wasserbehälter und die Baumwollvorräthe in New-York zu vergiften, das gelbe Fieber in dem Norden zu verbreiten und New-York, sowie andere Städte des Nordens in Brand zu stecken.

Verantwortlicher Redakteur: A. Hartmann.
Druck und Verlag der Stahel'schen Buch- und Kunsthandlung in Würzburg

Cours der Staatspapiere.

Oesterr.	5 pCt. Met. (Cp. i. S. b. R.)	—
„	5 pCt. Lomb. ditto. 1/24	—
„	5 pCt. Engl. Met. v. 1862	80 1/4 P.
„	5 pCt. Engl. Met. v. 1859	78 P.
„	5 pCt. Venet. Coupon b. R.	87 1/4 P.
„	5 pCt. Nationalanl. v. 1854	67 1/2 – 3/8 G.
„	5 pCt. Metall. Obligation.	—
„	4 1/2 pCt.	54 3/8 G.
Preussen	3 1/2 pCt. Staatsschuldsch.	—
Bayern	4 1/2 pCt. Obl. 1jähr. dto.	101 1/2 P.
„	4 1/2 pCt. Obl. 1/2jähr. dto.	101 3/4 P.
„	4 pCt. Obl. 1jähr. dto.	98 3/4 P.
„	4 pCt. Obl. 1/2 jähr. dto.	99 1/8 G.
„	4 pCt. Obl. Ab.-R. dto.	98 5/8 P.
„	3 1/2 pCt. Obl. dto.	—
Württemb.	4 1/2 pCt. Obl. b. Rothsch.	104 P.
„	3 1/2 pCt. Obl. dto.	94 1/2 P.
Baden	4 1/2 pCt. Obl.	—
„	3 1/2 pCt. Obl. v. 1842	91 3/4 P.
Gr. Hess.	4 1/2 pCt. Obl.	—
„	4 pCt. Obl. b. Rothsch.	100 3/8 P.
„	3 1/2 pCt. Obl. dto.	97 1/2 G.
Nassau	4 1/2 pCt. Obl. dto.	101 5/8 G.
„	4 pCt. Obl. dto.	99 G.
„	3 1/2 pCt. Obl. dto.	92 P.
Frankfurt	3 1/2 pCt. Obl.	95 P.
„	3 pCt. Obl.	83 1/2 G.
Spanien	3 pCt. inl. Sch. P. à fl. 2. 30	—
„	2 1/4 pCt. „ „ „	—
Schweden	4 1/2 pCt. Obl. à 105 Thlr.	91 1/2 P.
N.Amerika	6 pCt. à 1000r. 1881 D. 2 1/2	76 5/8 – 7/8 G.
„	6 pCt. ditto r. 1882 „	77 1/4 – 3/4 G.

Diverse Aktien.

Frankfurter Bank à fl. 500 . . .	151 1/4 P.
K. K. Oesterr. National-Bankaktien	831 P.
Oesterr. Kreditbank-Aktien à fl. 200	194 1/2 P. 193 1/2 G.
Bayer. Hypothekenb. Pfandbriefe 4 pCt.	97 1/2 P.
Darmst. Bank 1. u. 2. Serie à fl. 250	228 1/2 G.
Weimarische Bank à Thlr. 100 . .	101 G.
Mitteldeutsche Kreditaktien . . .	101 5/8 G.
Intern. Bank in Lux. à 250 Frs. à 28 kr.	—
Taunus-Eisenbahn à fl. 250 . . .	345 1/2 G.
Frankfurt-Hanauer-Eisenbahn . . .	—
Oest. F.St.Eisb. 5pCt. 500 Fr. à 28 kr.	—
„ Elisab.-Eisenbahn 5 pCt. . .	121 P.
Böhm. Westbahn-Aktien à fl. 200 6/7	79 P. 78 1/2 G.
Rhein-Nahe-Bahn 200 Thl. à 105 4pCt. Z.	30 3/4 G.
Ludwigshafen-Bexbacher à 4 pCt. .	151 G.
dto. dto. Prior. à 4 pCt.	—
Pfälz. Maxb. b. Rothschild à 4 1/2 pCt.	107 1/4 P.
Oest. St.-Eisenb. Prior.-Oblig. à 3 pCt.	51 1/8 G.
Elisab.-Bahn Prior. 5 pCt. 6/7	78 1/2 P. 1/4 G.
Südd. Bank-Akt., 40 pCt. Einz.	254 P.
Span. Handels- und Industrie . .	—
Bayr. Ostbahn à 4 1/2 pCt. volleinbez.	115 3/8 P.
Bayer. Ostbahn mit 50 pCt. Einz.	114 3/8 G.

Wechsel
in süddeutscher Wahrung.

Amst. fl. 100 k. S.	100 3/8 P.
Antwerp. Frs. 200 k.S.	94 5/8 G.
Augsb. fl. 100 k. S.	100 P.
Berlin Th. 60 k. S.	104 7/8 P.
Brem. 50 Th. Ld. k. S.	97 3/4 P.
Brüssel Frs. 200 k. S.	94 5/8 G.
Cöln Thlr. 60 k. S.	105 P.
Hamb. MB. 100 k. S.	88 3/4 P.
Leipzig Th. 60 k. S.	105 P.
London Lst. 10 k. S.	119 5/8 P.
Lyon Frs. 200 k. S.	—
Mail. Frs. 200 . .	94 5/8 G.
München fl. 100 k. S.	99 3/4 G.
Paris Frs. 200 k. S.	94 3/4 G.
Petersburg 60 S.-R.	—
Triest fl. 100 k. S.	—
Wien fl. 100 ö. W.	108 1/4 P.
do. in öst. W. L. S.	108 1/8 P.
Disconto	3 1/2 pCt. G.

Anlehens-Loose.

Oesterr. fl. 250 v. 1839	131 1/4 G.
„ fl. 250 v. 1854 mit 4pCt.	78 3/4 P.
„ fl. 500 v. 1860 6/7	84 1/8 G.
„ fl. 100 Elsb. L. v. 1858.	136 3/8 P.
„ do. v. 1864.	90 1/4 – 89 1/4 G.
Schwed. 10 Thlr. Loose	9 3/4 P.
Badische fl. 50	—
Badische fl. 35	52 7/8 G.
Kurhess. Thlr. 40 b. R.	55 1/8 P.
Gr. Hessen fl. 50 b. R.	141 G.
„ fl. 25 do	36 3/4 G.
Nassau fl. 25 bei Rothsch.	36 P.
Sardinische Fr. 36 b. B.	70 1/8 P.
Neuchateler 10 Frs.-Loose	—
Freiburger 15 Frs.-Loose	—
Mailänder 45 Frs. L. b. B.	33 P.
St. Lüttich mit 2 1/2 pCt. Z.	34 1/4 P.
Ansb.-Gunzenh. fl. 7-L.	10 1/2 P.

Frankfurt, 21. Juni. Die Börse verharrt in ihrer bisherigen Richtung. Im Parkett und in der Coulisse beschäftigt man sich fast ausschließlich mit Amerikanern, die wiederum sehr bedeutend höher bezahlt wurden, obwohl die New-Yorker Notirungen eher eine Kleinigkeit ungünstiger kamen. Die Hauptkäufe erfolgen für englische Rechnung; indessen ist auch die lokale Spekulation nicht unbetheiligt. Oesterr. Sachen wiederum matter bei sehr geringem Geschäft. Glücklicherweise erfolgen keine umfangreichen Angebote, denn wie die Dinge jetzt liegen, würden dieselben wenig Widerstand begegnen. In verschiedenen Gattungen von Eisenbahnaktien und Prioritäten waren die Umsätze bedeutender als in den letzten Tagen. (Synd.)

An die
k. Hof- und Staatsbibliothek
1 N. Würzb. Ztg.
München.

[illegible] [illegible]irzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht!

№ 171. | Vorausbezahlung: Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 1 fl. 30 kr. Bei Inseraten wird die dreispaltige Zeile in gewöhnlicher kleiner | 62. Jahrgang. | Schrift oder deren Raum im Hauptblatte mit 6 kr., im Anzeiger mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franco. | Freitag, 23. Juni 1865.

Zur schleswig-holsteinischen Sache.

Ueber die Verhandlungen der beiden deutschen Großmächte in
Betreff der Herzogthümerfrage bringt die „Köln. Z.“ einen
offiziösen Bericht aus Berlin, wonach die letzten Erklärungen des
Wiener Kabinets dahin gehen, daß Preußen für immer in den
Besitz des Kieler Hafens treten, daß die Herzogthümer ein Kon-
tingent, dessen Aushebung jedoch ihren Beamten zu überlassen sei,
zur preußischen Marine stellen, daß endlich Rendsburg zur Bun-
desfestung mit nur preußischer Besatzung erklärt werden solle; wo-
gegen jedoch Oesterreich fortan die alleinige Besetzung Rastatts
zu gewähren sei. Ebenso sollen die an den Endpunkten des pro-
jektirten Nord-Ostsee-Kanals anzulegenden Befestigungen preußische
Besatzung erhalten. Was die Militärkonvention betrifft, so würde
Oesterreich es Preußen anheimstellen, eine solche mit dem künftigen
Herzog von Schleswig-Holstein abzuschließen, die aber dann nach
der Auffassung des Wiener Kabinets in Betreff ihrer Zulässigkeit
gegenüber dem Bundesrechte der Prüfung des Bundes zu unter-
werfen sein würde. Ueberhaupt sollen diese Anerbietungen Oester-
reichs im Ganzen von der Bedingung einer bundesgemäßen Lös-
ung der schleswig-holsteinischen Frage abhängig gemacht sein, was
mit anderen Worten heißt, von der Einsetzung des Erbprinzen von
Augustenburg. (Die zuletzt betonte „bundesgemäße Lösung“ würde
ziemlich alterirt, wenn Preußen aller vorausgenannten Zugeständ-
nisse theilhaftig würde.)

Aus Berlin, 20. Juni. [illegible]
Oldenburg ist ein Arrangement wegen der Cession seiner Erban-
sprüche an Preußen nicht zu Stande gekommen, sondern man soll
nur das Prinzip der etwaigen Cession erörtert und unter gewissen
Voraussetzungen zugelassen haben. So hatte in der politischen
Welt verlautet, und die Angabe ist bis jetzt in zuständiger Weise
weder von preußischer noch von oldenburgischer Seite in Abrede
gestellt worden. Alle Kombinationen, die sich an jene etwaige
Cession knüpfen, müssen dadurch, daß die Thatsache eines darauf
bezüglichen Arrangements vorerst mindestens zweifelhaft erscheint,
an Bedeutung verlieren. Die russische Rückfallsklausel andererseits
wurde bis in die letzte Zeit als glaubhaft angesehen, und es liegen
noch keine vollgültigen Zeugnisse vor, daß sie nicht existirt, von
andern angeblichen Mängeln der sogenannten russischen Cessionsakte
zu schweigen. Hat Rußland aber wirklich den Rückfall beim Aus-
sterben der jüngeren Linie vorbehalten, so wird auch ein künftiges
Arrangement wegen der Cession der oldenburgischen Rechte an
Preußen nicht zu Stande kommen, wenn es nicht gelingt, Rußland
zu der Rücknahme jener Klausel zu bewegen. Wirklich ernsthaft
wird das Ganze noch immer nicht behandelt. Es geht übrigens
auch ein pikantes Gerücht, daß der Großherzog von Oldenburg
erst von Preußen mit Zustimmung Oesterreichs eingesetzt werden
und dann Schleswig-Holstein an Preußen cediren könnte. Das
Bundesrecht hätte nichts dagegen einzuwenden. Es fragt sich nur,
welche Entschädigung der Großherzog erhalten sollte.“

Die „Schleswig-Holsteinische Zeitung“ erfährt aus „bestver-
bürgter Quelle“, die Reise des Prinzen Hohenlohe in Schleswig
habe auch den Zweck gehabt, eine Massenpetition zu Stande zu
bringen, welche die Entfernung des Herzogs von Augustenburg
erstrebe.

Die offiziöse Berliner „Prov.-K.“ vom 21. d. sagt: „Die
preuß. Regierung ist auf baldmöglichste Erledigung der Vorbereitungen
zur Einberufung der schlesw.-holst. Stände bedacht. Der Herzog v.
Augustenburg, dessen Aufenthalt in Kiel während der Ständeverhand-
lungen unzulässig erscheint, hindert den Zusammentritt der Stände.
Es ist anzunehmen [illegible]
nach Berlin zeigte sich das Wiener Kabinet nicht geneigt, die Hand
zur Entfernung des Augustenburgers zu bieten. Oesterreich kann
nicht wahrnehmen, daß der „Erbprinz“ eine ungesetzliche Einwirk-
ung auf die Bevölkerung ausübe und findet, daß die Anwesenheit
desselben die Gleichberechtigung der verschiedenen Prätendenten weit
weniger störe, als die Anwesenheit eines Armeekorps des „Präsi-
denten“ Preußen.)

(Amtliche Nachrichten.) München, 21. Juni. Se. Maj. der König hat dem Briefträger und Packer A. Graffinger in Lindau in Rück-

Feuilleton.

Deutsche Seebäder.

Seit Eisenbahnen und Dampfschiffe die alten Entfernungen aufgehoben haben, wird auch von Süddeutschland aus der Besuch der Seebäder ein immer allgemeinerer. Und in der That wird nicht blos der Arzt von seinem Standpunkte aus eine so kräftigende, abhärtende Kur wie ein Seebad empfehlen. Bekanntschaft mit der See, ein Leben von einigen Wochen an, in und auf diesem Elemente bietet in seiner Art für Binnenländer denselben mächtigen Reiz, wie ihn der Bewohner der Ebene im Gebirge aufsucht. Die reine stärkende Seeluft hält die Vergleichung aus mit der des Gebirges, Wasserfahrten ersetzen die Bergpartien, und die Kenntniß von Land und Leuten zieht hier wie dort denjenigen an, der ein offenes Auge und Herz mitbringt. Eintönig ist die Seelandschaft keineswegs. Der stete Wechsel von Ebbe und Fluth, von fast glatter Fläche bis zur bewegten See und dem tobenden Sturme, am Lande selbst die interessante Marschgegend, der ewig anziehende Strand, die reichgegliederten Dünenbildungen, der herrliche Ausblick auf die unendliche See, dann der Genuß des unerreichten Seebades, das alles sind Reize, welche Gesunde wie Kranke unwiderstehlich fesseln. Dazu kommt in unsern deutschen Seebädern ein gesunder, gemüthlicher Menschenschlag, der sich seine alte Frische und bis zu einem hohen Grad seine Ursprünglichkeit und Unverdorbenheit, gekräftigt von dem Elemente, auf dem er lebt, erhalten hat, welchen auch der Landsmann aus dem Süden kennen und liebgewinnen soll. Die Eigenthümlichkeiten der einzelnen Badeorte sind verschiedene, jeder hat seine Vorzüge und Beschwernisse. Der eine Besucher liebt Seefahrten, der andere meidet sie, der Müßige wünscht starken Wellenschlag und weite Spaziergänge, der minder Kräftige will Ruhe, Behaglichkeit oder Schatten; der eine will Komfort, der andere billiges Leben. Für Alle ist gesorgt, aber Jeder muß seinen Ort heraussuchen.

Zunächst möchten wir im Allgemeinen den Besuch unserer deutschen Nord- und Ostseebäder im Gegensatz zu dem von Süddeutschland aus am meisten besuchten Ostende oder der französischen Bäder warm empfehlen. Die Vorzüge beinahe aller deutschen Seebäder sind unverkennbar. Während z. B. in Ostende, der großen Stadt und Festung mit breiten gepflasterten Straßen, der Genuß der Seeluft erst auf dem von Menschengewühle erfüllten Damm aufgesucht werden muß, gewähren die Inseln der Nordsee, die Waldorte der Ostsee den reinsten Genuß der Seeluft und eine mehr ländliche Zurückgezogenheit. In Ostende muß im Badmantel gebadet werden, in den deutschen Bädern ist bei der Trennung der beiderseitigen Badeplätze das viel angenehmere Baden ohne Mantel allgemein. Die Gesellschaft in Ostende ist nach Art der rheinischen Bäder eine aus allen Nationen und Ständen gemischte, in den deutschen Seebädern finden sich sehr wenige Ausländer. Der Ton ist im allgemeinen ein freier, ungezwungener, die Preise sind meist mäßigere.

Nord- und Ostseebäder haben ihre sehr von einander abweichenden charakteristischen Eigenschaften. Die Nordsee zeichnet sich aus durch ihren starken Salzgehalt (3,^{28} %), ihren kräftigen

sicht auf seine fünfzigjährigen treu geleisteten Dienste die Ehrenmünze des kgl. bayer. Ludwigsordens verliehen; genehmigt, daß die kathol. Pfarrei Oberneukirchen, Bez.-Amts Mühldorf, von dem Erzbischofe von München-Freising dem Priester G. Wenning, Curatbeneficiat in Maria-Thalheim, und die kathol. Pfarrei Palling dem Priester A. Aufhauser, Schrat und Pfarrer in Sulzemoos, verliehen werde; den geh. Registrator im k. Staatsministerium des Handels, F. K. Schneider, aus administrativen Erwägungen in den zeitlichen Ruhestand versetzt.

Durch das Ableben des kgl. Revierförsters F. Pfreyberg zu Waldsisch-bach ist das dortige Kommunalrevier in Erledigung gekommen.

München, 21. Juni. Bezüglich der Modifikation, welche die Kammer der Reichsräthe in Betreff des Amnestiegesetzes beschlossen hat, wurden vom ersten Ausschusse der Kammer der Abgeordneten auf Veranlassung seines Referenten, Abg. Dr. Edel, Ausschlüsse, namentlich über die Ansichten der Staatsregierung zu der fraglichen Modifikation, vom Staatsministerium der Justiz erbeten. Die Antwort hierauf war bis heute noch nicht erfolgt und konnte deßhalb im Ausschusse die weitere Berathung nicht stattfinden. Es ist im höchsten Grade beklagenswerth, daß der edle Gnadenakt unseres jugendlichen Monarchen in dieser Weise verzögert wird und zu so weitläufigen Verhandlungen Veranlassung gibt: die Kammer der Abgeordneten aber trägt hieran jedenfalls nicht die Schuld — mögen die es verantworten, welche dieses beklagenswerthe Verhältniß veranlaßt haben. (A. Abdz.)

München, 22. Juni. Die „A. Abdzlg." hört aus gut unterrichteter Quelle, daß Herr Schnorr auf Wunsch unseres Königs seinen Kontrakt, der ihn an die Dresdener Hofbühne band, gelöst habe, um an dem reorganisirten Münchener Konservatorium für Musik die Leitung der Gesangsschule zu übernehmen. Ebenso sei man auf den Antrag Wagner's eingegangen, alle Jahre zwei Monate Mustervorstellungen in München zu veranstalten, bei welcher Gelegenheit Herr Schnorr dann vor das Publikum als Sänger tritt.

Berlin, 20. Juni. Die Berathungen des Kronsyndikats über die demselben vorgelegten Fragen in der schleswig-holsteinischen Angelegenheit sind am vergangenen Sonntag geschlossen worden, und ist gegenwärtig eine Kommission mit der Redaktion des aus den Berathungen hervorgegangenen Gutachtens beauftragt worden. Es ist der Lage der Sache nach natürlich unmöglich, bestimmte ... Das Gesammte ... Erbansprüche noch gehabt, dieser sei also vollkommen in der Lage gewesen, seinen Besitz abzutreten. (K. Z.)

Berlin, 21. Juni. Die „Provinzial-Korresp." schreibt: „Die Wirksamkeit des Landtages war geradezu verderblich. Der Landtag ist immer mehr eine Quelle von Gefahren für die öffentliche Wohlfahrt geworden. Die Regierung wird sich der schweren Verpflichtung nicht entziehen können, jenen Gefahren wirksam vorzubeugen. Man darf annehmen, daß die Erklärung des Finanzministers Bodelschwingh im Herrenhaus den Weg vorgezeichnet hat, welchen die Staatsregierung in der Staats-Haushaltsangelegenheit gehen wird. Neben der Ausführung der angekündigten Maßregeln (in Bezug auf Interpretation einzelner Paragraphen der Verfassung, auf Wahlgesetz, Wahlen und Presse) dürften weitere Berathungen und Entschließungen des Staatsministeriums bald erfolgen. Herr v. Bismark, dessen Anwesenheit zur Erledigung einiger wichtigen Angelegenheiten erforderlich ist, reist Sonnabends nach Karlsbad ab.

Der „N. Fr. Z." schreibt man aus **Berlin** vom 21. ds. (wie sie sagt, aus „sehr guter Quelle"): „Die Umgebung des Königs hält ihn so belagert, daß er von dem eigentlichen Zustand des Landes nichts erfährt. Darauf baut das Ministerium sein weiteres Verfahren. Es ist der Abgeordneten los, und wird die Zeit bis zum nächsten Zusammentritt des Landtags zu Maßregelungen schroffster Art benutzen, die Presse noch mehr als bisher knebeln, und unter dem Drucke der allgemeinen Einschüchterung neue Wahlen ausschreiben. Verfassung und Wahlgesetz werden nicht geändert, weil der König sich von seiner Abneigung gegen solche Eidbrüche nicht abbringen läßt. Aber eine Haus- und Geschäftsordnung will man oktroyiren, weil man es dahin gebracht hat, daß dieses nicht für Verfassungsbruch gehalten wird. Und zwar so: das Ministerium ernennt den Präsidenten des Hauses; die Oeffentlichkeit wird zwar nicht aufgehoben, aber bis auf's Aeußerste beschränkt, so daß sie in Wirklichkeit wegfällt; die Protokolle werden ausschließlich durch das Präsidium redigirt, und es darf über die Kammersitzungen kein Bericht außer diesen amtlichen Protokollen gedruckt werden."

Hannover, 19. Juni. Unsere Stadt, unser ganzes Land und Braunschweig haben gestern einen Festtag gefeiert, der schwerlich von einem früheren übertroffen ist, die 50jährige Wiederkehr der siegreichen Schlacht bei Waterloo, an der damals 23 000 Hannoveraner in hervorragender Weise Theil nahmen. Schon seit Wochen waren in den Städten Komite's zusammengetreten, das Fest zu feiern und dem noch an 3000 Mann starken Korps der Veteranen den Tag zu einem freundlichen zu machen. Die Armee, die „Waterloo" an ihren Fahnen trägt, hat nicht mitgefeiert ... Mißklang geblieben ist und abermals die ... In der letzten Stunde lud der König die Offiziere von Waterloo gestern zu Tafel, schmückte sie nach 50 Jahren mit Orden und Ehrenzeichen, und erschien mit der ganzen K. Familie unter den 500 von der Stadt bewirtheten Veteranen. Die Stadt war mit deutschen und hannoverschen Fahnen, mit Blumen und Guirlanden übersät, alle Fenster und Straßen waren angefüllt mit Einheimischen und Fremden, die in langen Eisenbahnzügen herankamen, um den über eine

---

Wellenschlag, welcher bekanntlich einen Hauptreiz des Bades bildet. Die Ostsee hat nur 0,48 % Salz; beim Mangel an Ebbe und Fluth ist überhaupt von einem Wellenschlage dort nur bei Nord- und Nordostwind zu reden. Weht kein kräftiger oder nur S.- und W.-Wind, so liegt die See ruhig und glatt, und das Bad ist im Grunde nicht anders als das in einem Fluß oder Landsee. In welchem Verhältniß dieß zutrifft, mögen z. B. folgende Zahlen darthun: wir zählten in Helgoland unter 31 Bädern etwa 25 mit einem lebhaften Wellenschlag, in Sylt unter 19 Bädern alle, während in Heringsdorf unter 26 Bädern kaum 6 die Kraft der See in ihren Wellen empfinden ließen. Allein die See ist nicht das einzige. Das Gestade der Nordsee ist beinahe durchaus kahl, Vegetation, also auch Schatten selten, von Schönheit der Landschaft nur wenig zu schauen; die Ufer der Ostsee aber gewähren Landschaftsbilder, z. B. in Kiel und Oliva bei Zoppot, wie sie kaum im ganzen Binnenlande schöner sich finden; überall ist herrlicher Baumwuchs, schattige Buchenhaine reichen bis dicht an die Wohnungen und die See. So gleicht die Natur, Vorzüge und Mängel aus.

Zu den bedeutendern Bädern zählen die westfriesischen Inseln von Burkum bis Wangerooge. Norderney ist hier am meisten besucht. Was der Badegast an Fürsorge für seine Bequemlichkeit sich wünschen mag, das findet er hier im reichsten Maße: gute Verbindungen von Bremen, Emden und Norden aus, einen guten, nahegelegenen Badestrand (je nach den Wohnungen im Durchschnitt etwa 10 Minuten entfernt), bequeme Badekarren, freundliche, reinliche Häuser mit guten Betten, überall die Bänke und Tische vor den Wohnungen im Freien, vortreffliche Kost, ein schönes, liberal der Benützung freistehendes Konversationshaus, dann mäßige Preise, Alles nach festen Taxen, deren Ueberschreitung Keinem der Norderneyer je einfällt. Die Dünen, der Badestrand bilden die Spaziergänge. Nicht nach Jedermanns Geschmack wird aber in Norderney, wenigstens im hohen Sommer, das Vorherrschen einer Klasse der Badegesellschaft sein; der hannöver'sche Hof, umgeben von zahlreichem hannöverischem Adel, pflegt in dieser Zeit in Norderney zu sein und den Ton der Badegesellschaft anzugeben. Familien, welche, wie die Bremer Kaufleute, zurückgezogen für sich leben, sind hiervon freilich weniger berührt; doch kann sich der Einzelne dem unliebsamen Zwange des Herkommens, und sei es auch in Kleinigkeiten, eben nicht ganz entziehen. Wer ohne alle Etikette für sich leben will, sucht sich eine der andern, ebenfalls von den Dampfschiffen berührten Inseln auf: so Spikeroog oder Borkum; hier ist das Leben ein ganz ungezwungenes und billigeres als in Norderney. Freundliche Fürsorge nach Kräften der Bewohner trifft der Badegast auch hier. Borkum ist im Aufblühen begriffen. Indessen erheischen die immerhin noch unfertigen Zustände manche Entbehrung. In Spikerooge ist die Entfernung vom Badestrand bedeutend, wohl 1/2 Stunde. Auf Borkum ist störend, daß je nach dem Stand von Ebbe und Fluth, also zu einer täglich wechselnden Tageszeit, gebadet werden muß, während auf allen andern Inseln den ganzen Vormittag über gebadet wird. Bis zur Mitte der fünfziger Jahre war die oldenburgische Insel Wangerooge die Krone aller deutschen Seebäder; unter dem milden Regiment der berühmten Badekommissärin, der Frau Geheimehofrath Westing, pflegte sich dort ein geselliges Leben der Badegesellschaft zu entwickeln, wie es nirgendwo in solche Blüthe kam, wie es heute noch das Ideal der früheren Gäste von Wangerooge ist. Aber Wangerooge war ein Seebad; wir sahen noch 1858 die schwindenden Reste seiner vortrefflichen Einrichtungen; seit 1855 die Winterstürme das Werk der Zerstörung begannen, hat fast jeder Winter weitere Opfer gefordert. Jetzt ist auch der Kirchthurm, das Wahrzeichen der Schiffer, gefallen, die wenigen

Stunde langen, mit Reitern, Emblemen aller Art versehenen Festzug anzusehen, der vom prachtvollsten Wetter begünstigt ward. 6 Musikkorps und die vereinigten Liedertafeln verherrlichten die Freude durch ihre Harmonieen; junge Mädchen legten Immortellenkränze an der Waterloosäule nieder, und nahe an 30.000 Menschen versuchten, die Festrede des Stadtsyndikus Albrecht zu hören. In dem Veteranensaale sprach Senator Schläger von dem Siege über den äußern Feind, der es aber noch nicht ermöglicht habe, daß unser Vaterland einig und frei geworden sei, dieser Kampf dauere schon 50 Jahre und müsse fortgesetzt werden, bis auch hier der Sieg erreicht sei, ebenso opferwillig wie vor 50 Jahren. Sein Hoch galt dem einigen freien deutschen Vaterlande, in das die alten Krieger laut einstimmten.

Brüssel, 21. Juni. Die Deputirtenkammer hat den preußischen Handelsvertrag mit 65 gegen 10 Stimmen angenommen; 3 Deputirte enthielten sich der Abstimmung. Der Generalprokurator verlangt die Ermächtigung zur Verfolgung der Theilnehmer am Ghazal'schen Duell. Die Angelegenheit wird einer Kommission von fünf Mitgliedern überwiesen. Die Duellzeugen werden nicht verfolgt werden.

Paris, 20. Juni. Der Kutscherstrike ist in ein neues Stadium getreten. Die Regierung ist, wie heute die „Gazette des Tribunaux" meldet, eingeschritten; sie hat „einige Rädelsführer" verhaften lassen, angeblich weil sie zur Einschüchterung jener, welche die Arbeiten fortsetzen wollten, Drohungen und Gewalt gebraucht hätten. — Heute ist an allen Straßenecken von Paris ein Zettel angeschlagen worden, worin Herr Ducoux, der Direktor der „Compagnie impériale" alle diejenigen, welche Paris kennen und zu fahren verstehen, auffordert, sich mit ihren Zeugnissen auf seinem Bureau einzufinden. Als Lohn verspricht er ihnen 3 Frcs. pro Tag und Trinkgeld, also das, was er bisher auch gab. Die Gesellschaft hat also die Absicht, nicht nachzugeben und sich ohne ihre bisherigen Kutscher zu behelfen. Bis jetzt gelang es Ducoux, ungefähr 500 aufzutreiben, alle seine Stallknechte und übrigen Beamte, die nur irgend etwas fahren können, mitgerechnet. Diese neuen Kutscher des Herrn Ducoux werden vom Publikum aber überall verhöhnt, und obgleich der Mangel an Wagen sehr stark ist, so bedient man sich derselben nur höchst selten. Was die Entrüstung der Pariser gegen die Gesellschaft noch besonders vermehrt hat, ist das gestrige Schreiben des Herrn Ducoux an die „Opinion Nationale", das nicht allein voll falscher Thatsachen ist, sondern auch die Unterschleife durch die Kutscher im Prinzip zuläßt und sagt, daß er diejenigen, welche ihn bestehlen, im Dienst behält, sowie auch die Surveillants der Kutscher, welche falsche Denunciation machen. Den gestrigen Brief dieses Herrn haben die Kutscher natürlich nicht ohne Antwort gelassen und strafen ihn darin indirekt Lügen. — Was die Regierung anbelangt, so scheint dieselbe trotz der energischen Kundgebung des Publikums das Monopol der Gesellschaft aufrechterhalten zu wollen.

Paris, 20. Juni. Es scheint, daß die Besprechung des Looses der Sträflinge im gesetzgebenden Körper auf die Kaiserin einen großen Eindruck gemacht hat. Sie stattete gestern den jungen Sträflingen im Gefängniß la Roquette einen Besuch ab. Nach dem Bericht des „Abendmoniteurs" hätte die Kaiserin alle Zellen besucht; bei der Zahl derselben und bei der ganzen Dauer des Aufenthaltes der Kaiserin im Gefängniß — zwei Zellen in der Minute, eine Kleinigkeit für den Abendmoniteur.

Paris, 23. Juni. Der „Moniteur" veröffentlicht in seinem Bulletin eine Depesche aus Madrid, wonach das Ministerium Narvaez entlassen und O'Donnell mit der Neubildung des Ministeriums beauftragt worden ist.

Madrid, 21. Juni. Offizielle Demission des Kabinets Narvaez. — Neues Ministerium: Marschall Odonnel, Präsidentschaft und Krieg; Bermudez-Castro, auswärtige Angelegenheiten; Calderon Collantes, Gnaden und Justiz; Zabala, Marine; Alonzo-Martinez, Finanzen; Posada-Herrera, Inneres; Vega-Armijo, öffentliche Arbeiten; Canovas, Kolonien.

Wie die „Correspondencia" von **Barcelona** meldet, wäre General Prim nach der Insel Caprera zu Garibaldi gegangen. Nach einem anderen Blatte wäre er nach Rom gegangen, um Omer Pascha, seinen alten Waffenbruder aus dem russ. Feldzuge, als die Türken sich noch allein mit den Russen an der Donau herumschlugen, zu begrüßen. Jedenfalls ist der Aufenthalt des Generals noch immer unbekannt, und es ist der Befehl ergangen, Nachsuchungen in seiner Wohnung anzustellen. — Die Räumung Santo Domingo's geht in größter Ordnung vor sich. Die im Innern der Insel stehenden Truppen rücken allmälig gegen die Küste vor, und in der Hauptstadt ist Alles auf eine schnelle Abreise vorbereitet.

Turin, 16. Juni. Seit dem völligen Abzug der obersten Behörden hat sich die Unsicherheit in hiesiger Stadt wieder bedeutend vermehrt, was indeß lediglich in der immer mehr versiegenden Erwerbsfähigkeit für die ärmeren Klassen seinen Grund hat. Die Schaar von Kommissionären, Eckenstehern, Lustrucci (Stiefelreiniger) ꝛc., die von den Beamten lebten, ist zum größten Theil brotlos geworden. Jeden Morgen sieht man vor dem Magistratsgebäude Massen dieser Leute, welche Arbeit verlangen. Mehrere sind auf Kosten der Gemeinde nach Florenz gesandt worden.

Florenz, 16. Juni. Der Großherzog von Toskana besitzt in verschiedenen Gemeinden des ehemaligen Großherzogthums Güter von bedeutendem Umfange, die von Administratoren verwaltet werden. In einer dieser Gemeinden glaubte nun der Gemeinde-

---

zurückgebliebenen Bewohner haben sich am geschützten Ostende der Insel angesiedelt. Als Seebad wird dieser letzte Rest kaum mehr in Betracht kommen.

Weitaus das interessanteste aller Nordseebäder ist Helgoland. Ein Fels von 200' Höhe, an Größe mehr nicht als 6000' lang und 2000' breit, mitten in der See gelegen, welche kaum dem bewaffneten Auge den Blick einer Insel oder der schleswig'schen Küste gestattet, bietet Helgoland ein Seeleben, wie kein zweites Bad. Hier ist die Seeluft nicht erst auf dem Damm zu athmen. Der Badestrand ist auf der Düne, einer etwa 3500' von Helgoland entfernten Sandinsel, gelegen; die tägliche Ueberfahrt dahin, der Aufenthalt mehrerer Stunden zum Bad ꝛc. daselbst fesselt zum Voraus an die See. Ein Hauptreiz Helgolands ist die Leichtigkeit der Seefahrten, die man außer hier eigentlich nur noch in Wyk so leicht genießen kann. In Norderney u. s. f. kann kein Schiff bis zum flachen Gestade dringen; man fährt dort in Wagen mit hohen Rädern zum Schiff, oder der Schiffer faßt seine Passagiere um den Leib und trägt sie zum Boot. Bei tiefster Ebbe fährt dort täglich ja selbst der Postwagen durch die Watten, den seichten Meeresarm zwischen den Inseln und dem Festland, zu letzterm hinüber. So ist dort die Seefahrt immer unbequem. In Helgoland aber laden ein tiefes Fahrwasser und zahlreiche, bereite Boote zu täglichen Fahrten um die Insel, auf die Klippen, auf den Fischfang ein. Und dann der Ausblick von der Höhe des Felsens: über die endlose, ewig neubelebte Fläche schweift der trunkene Blick hier von der Höhe, oft hundert von Segeln in der Mündung der Elbe zählend! Ein Leben von einigen Wochen auf diesem Felsen hat unendlichen Reiz. Auch die geselligen Verhältnisse sind angenehm; man schließt sich auf diesem kleinen Fleck Erde leicht aneinander, die tägliche Ueberfahrt zur Düne vermittelt die Bekanntschaften. Der Ton ist ungezwungen, kein Vorherrschen eines Standes stört, wie in Norderney; neben dem Hauptkontingent der Hamburger finden sich Deutsche aus allen Gauen. Fremde, namentlich Engländer, verirren sich nicht leicht hierher. Der alte Gouverneur mit seinem Bedienten und dem Kanonier, welcher die Signalschüsse gibt, sind die einzigen Britten. Allein Helgoland hat auch seine Schattenseiten. Die Zimmer in den kleinen Häusern sind zwar reinlich, aber enge, die Einrichtung etwas mangelhaft, die Betten meist schlecht. Mehr noch aber ist das, was Manchem ein Vorzug erscheint, Andern eine Plage: hier spielt die Seekrankheit ihre Rolle. Einzelne stört schon die Seereise von Cuxhaven herüber, eine Fahrt von nur 2—3 Stunden auf vortrefflichem Dampfer. Schwache Naturen fürchten sich dann vor der täglichen Ueberfahrt zur Düne; bläst der Wind in die Segel der Fährboote, so dauert sie wohl bloß 5 Minuten, ist dieser aber konträr und nöthigt zum Kreuzen, oder treibt Windstille die sechs Bootsleute zum Ruder, so kann die Ueberfahrt auch 1 Stunde und mehr dauern. Noch schlimmer ist wirklich stürmisches Wetter, dann wird gar nicht übergefahren, und man badet am Felsen selbst in dem sog. rothen Meer, was immerhin ein schlechter Nothbehelf ist. 1857 hatten wir in 4 Wochen kein einziges, 1860 in derselben Zeit 6 Bäder im rothen Meer! Wer eine schwache Brust hat, wohne nicht im Oberland; er hat dort hinauf eine eichene Treppe von 192 Stufen zu steigen. Spaziergänger finden ihre Rechnung nicht: der längste Spaziergang, zur Nordspitze, ist nur ¼ Stunde lang. Das sind einige der Kehrseiten — sie sind aber wahrlich von wenig Belang, sie verschwinden unter den glänzenden Eigenschaften Helgolands; wir haben noch keinen Besucher des Felsenlands gehört, der nicht von seinen unwiderstehlichen Reizen gefesselt wäre! (Schwäb. M.)

---

vorsteher, hier „Gonfaloniere" genannt, wegen jener Besitze den Großherzog als Wähler in die Wahlliste für die Provinzial- und Gemeinderäthe eintragen zu müssen; dagegen wurde indessen Einsprache erhoben und man zweifelt nicht daran, daß die Provinzial-Deputation auf Antrag des Präfekten den Namen des Großherzogs aus jenen Listen streichen wird, weil der ehemalige Großherzog nicht die vom Gesetze geforderte Bedingung der Staatsbürgerschaft erfüllt. Dieser an und für sich wenig interessante Vorfall hat die öffentliche Aufmerksamkeit auf den großen Privatbesitz des Großherzogs in liegenden Gütern gelenkt und es ist nicht unwahrscheinlich, daß im nächsten Parlament ein Gesetzentwurf eingebracht wird, welcher ihn nöthigt, jene Güter zu veräußern.

Warschau, 17. Juni. Die Aufhebung der Klöster wurde vielerseits unter Berufung auf den Passus des betreffenden Ukas, daß die Einkünfte der Klöster künftig den Kirchen und Schulen zu Gute kommen sollen, als eine liberale Maßregel begrüßt; der „Breslauer Ztg." zufolge scheinen nun diese Einkünfte auch zu Polizeizwecken verwendet zu werden. In derselben Zeitung lesen wir: „Seit einiger Zeit trägt die Polizei an der Eisenbahn die Pässe der Angekommenen nach einem ganz neuen Modus ein, nämlich nach der Religion. Die Christen kommen in ein besonderes Buch und das Ghettobuch der Juden befindet sich an einer anderen Tischecke."

New-York, 8. Juni. Die vorerst zurückgehaltenen, jetzt veröffentlichten Zeugenaussagen Conover's, Merritt's und Montgomery's enthalten freilich — wenn in Bezug auf einzelne Angaben und weniger mit Rücksicht auf den Charakter der Leute betrachtet — hinreichende Anhaltspunkte, um die Proklamation des Präsidenten gegen Jeff rson Davis, Thompson, Tucker, Sanders u. A. zu rechtfertigen; ob sich aus denselben jedoch ein stichhaltiger Beweis für eine Mitschuld des früheren Präsidenten der Konföderirten an den Mordplanen konstruiren läßt, erscheint als sehr zweifelhaft. Sanford Conover erklärte, im Richmonder Kriegs-Ministerium unter Seddon angestellt gewesen und später nach Kanada geflohen zu sein. Seit dem Oktober vorigen Jahres habe er dort zu Thompson in Beziehung gestanden und mit demselben mehrmals über einen Anschlag gegen des Präsidenten Lincoln Leben gesprochen. Er habe die unter dem Deckmantel eines Mitverschworenen erlangte Auskunft der „New-Yorker Tribune", deren Korrespondent er gewesen, mitgetheilt. Das Komplott sei gegen Lincoln, Johnson, Stanton, Seward, Chase und Grant gerichtet gewesen. Von dem Kriegsminister James A. Seddon aus Richmond habe Thompson amtlich unterzeichnete Formulare erhalten, um Patente auszufertigen; Clay habe diese Formulare ausgefüllt für Bennett H. Young und für Booth. Jefferson Davis und Benjamin hätten Depeschen an Thompson geschickt, bei deren Empfang letzterer geäußert habe, daß dadurch der Anschlag ins Reine gebracht sei. Mit Sanders habe er (Zeuge) auch über das Komplott gesprochen und derselbe habe bemerkt, Booth sei ein leichtsinniger Mensch und werde wahrscheinlich dumme Streiche machen. James B. Merritt, ein Arzt, sagte aus, er habe in Kanada mit Sanders in Verkehr gestanden, Sanders habe ihm einen Brief von Jefferson Davis vorgelesen und bemerkt, daß er nun alle Vollmacht habe, die Sache, d. h. den Mordanschlag, ins Werk zu setzen. Unter denjenigen, welche mit der Ausführung beauftragt seien, habe Sanders auch Booth, Randall, Harrold und Surratt genannt und hinzugefügt, wenn es gelänge, Lincoln aus dem Wege zu räumen, so würde es ein Leichtes sein, den betrunkenen Johnson zu beseitigen; und wenn dann noch Seward abgemacht sei, so würde der Norden daran genug haben und sich zum Friedensschlusse bequemen; Seward habe durch seine Energie ihre (der Rebellen) Anstrengungen, einen Krieg zwischen den Nordstaaten und England herbeizuführen, vereitelt und deshalb müsse er bei Seite geschafft werden. Mit Clay — fuhr der Zeuge fort — habe er im Februar eine Unterredung in Toronto gehabt; derselbe habe von dem Briefe Jefferson Davis', den Sanders erhalten, gesprochen und erklärt, daß der Zweck die Mittel heilige. Aehnliches Zeugniß legte Robert Montgomery ab, welcher als geheimer Polizist der Regierung sich in Canada aufgehalten zu haben erklärte. Mehrfach habe er nach Washington Anzeige von beabsichtigten Brandstiftungen gemacht. Clay habe die nöthigen Fonds zur Ausführung aller Art von Anschlägen, Raubzügen u. dgl. besessen und unumschränkte Vollmacht von der Richmonder Regierung gehabt. (K. Z.)

Verantwortlicher Redakteur: A. Hartmann.
Druck und Verlag der Stahel'schen Buch- und Kunsthandlung in Würzburg

Cours der Staatspapiere.

Oesterr.	5 pCt. Met. (Cp. i. S. b. R.)	—
„	5 pCt. Lomb. ditto. à 24	—
„	5 pCt. Engl. Met. v. 1852	—
„	5 pCt. Engl. Met. v. 1859	77 5/8 P.
„	5 pCt. Venet. Coupon b. R.	87 1/8 P.
„	5 pCt. Nationalanl. v. 1854	67 1/8—67 G.
„	5 pCt. Metall. Obligation.	—
„	4 1/2 pCt.	53 3/8 G.
Preussen	3 1/2 pCt. Staatsschuldsch.	—
Bayern	4 1/2 pCt. Obl. 1jähr. dto.	100 7/8 G.
„	4 1/2 pCt. Obl. 1/2jähr. dto.	101 3/4 P.
„	4 pCt. Obl. 1jähr. dto.	98 3/8 P.
„	4 pCt. Obl. 1/2 jähr. dto.	99 1/8 G.
„	4 pCt. Obl. Ab.-B. dto.	98 5/8 P.
„	3 1/2 pCt. Obl. dto.	—
Württemb.	4 1/2 pCt. Obl. b. Rothsch.	104 P.
„	3 1/2 pCt. Obl. dto.	94 1/8 P.
Baden	4 1/2 pCt. Obl.	—
„	3 1/2 pCt. Obl. v. 1842	91 1/2 P.
Gr. Hess.	4 1/2 pCt. Obl.	—
„	4 pCt. Obl. b. Rothsch.	100 3/8 P.
„	3 1/2 pCt. Obl. dto.	97 1/2 G.
Nassau	4 1/2 pCt. Obl. dto.	102 P.
„	4 pCt. Obl. dto.	99 P.
„	3 1/2 pCt. Obl. dto.	92 P.
Frankfurt	4 1/2 pCt. Obl.	95 P.
„	3 pCt. Obl.	—
Spanien	3 pCt. inl. Sch. P. à fl. 2. 30	—
„	2 1/2 pCt.	—
Schweden	4 1/2 pCt. Obl. à 105 Thlr.	92P, 91 1/2G.
N.Amerika	6 pCt. à 100Or. 1881 D.2 1/2	76 5/8 G.
„	6 pCt. ditto v. 1882	78 5/8—78 G.

Diverse Aktien.

Frankfurter Bank à fl. 500 . . .	151 1/2 P.
k. K. Oesterr. National-Bankaktien	861—60 G.
Oesterr. Kreditbank-Aktien à fl. 200	193—191 1/2 G.
Bayer. Hypothekenb. Pfandbriefe 4 pCt.	97 1/2 P.
Darmst. Bank 1. u. 2. Serie à fl. 250	229 1/2 P.
Weimarische Bank à Thlr. 100 . .	100 3/4 G.
Mitteldeutsche Kreditaktien . . .	101 5/8 G.
Intern. Bank in Lux. à 250 Frs. à 28 kr.	—
Taunus-Eisenbahn à fl. 250 . . .	358 P.
Frankfurt-Hanauer-Eisenbahn . . .	—
Oest. P.St.Eisb. 5pCt. 500 Fr. à 28 kr.	—
„ Elisab.-Eisenbahn 5 pCt. . .	121 P.
Böhm. Westbahn-Aktien à fl. 200 6/7	78 P.
Rhein-Nahe-Bahn 200 Thl. à 105 4pCt. Z.	31 1/4 G.
Ludwigshafen-Bexbacher à 4 pCt.	—
dto. dto. Prior. à 4 pCt.	—
Pfälz. Maxb. b. Rothschild à 4 1/2 pCt.	106 3/4 P.
Oest. St.-Eisenb. Prior.-Oblig. à 3 pCt.	51 1/8 P.
Elisab.-Bahn Prior. 5 pCt. 6/7	78 1/2 P. 1/4 G
Südd. Bank-Akt., 40 pCt. Einz.	254 G.
Span. Handels- und Industrie	—
Bayr. Ostbahn à 4 1/2 pCt. volleinbez.	115 7/8 G.
Bayer. Ostbahn mit 50 pCt. Einz.	116 P. 115 5/8 G.

Wechsel in süddeutscher Währung.

Amst. fl. 100 k. S.	100 3/8 P.
Antwerp. Frs. 200 k.S.	94 5/8 G.
Augsb. fl. 100 k. S.	100 P.
Berlin Th. 60 k. S.	104 7/8 P.
Brem. 50 Th. Ld. k. S.	97 1/4 P.
Brüssel Frs. 200 k. S.	94 5/8 G.
Cöln Thlr. 60 k. S.	105 P.
Hamb. MB. 100 k. S.	88 3/4 P.
Leipzig Th. 60 k. S.	104 7/8 P.
London Lst. 10 k. S.	119 5/8 P.
Lyon Frs. 200 k. S.	—
Mail. Frs. 200 . .	94 5/8 G.
München fl. 100 k. S.	99 3/4 G.
Paris Frs. 200 k. S.	94 3/4 G.
Petersburg 60 S.-R.	—
Triest fl. 100 k. S.	—
Wien fl. 100 ö. W.	108 1/4 G.
do. in öst. W. l. S.	—
Disconto	3 1/2 pCt. G.

Anlehens-Loose.

Oesterr. fl. 250 v. 1839	121 G.
„ fl. 250 v. 1854 mit 4pCt.	77 [illegible]
„ fl. 500 v. 1860 6/7	84 1/4—83 5/8 G.
„ fl. 100 Kreditl. v. 1858.	136 1/4 P.
„ do. v. 1864.	89 1/4 P.
Schwed. 10 Thlr. Loose	9 3/4 P.
Badische fl. 50	—
Badische fl. 35	52 3/4 P.
Kurhess. Thlr. 40 b. R.	55 1/4 P.
Gr. Hessen fl. 50 b. R.	141 1/4 G.
„ fl. 25 do.	36 3/4 G.
Nassau fl. 25 bei Rothsch.	35 3/4 P.
Sardinische Fr. 36 b. B.	70 1/8 P.
Neuchateler 10 Frs.-Loose	—
Freiburger 15 Frs.-Loose	—
Mailänder 45 Frs. L. b. R.	88 P.
St. Lüttich mit 2 1/2 pCt. Z.	34 1/4 P.
Ansb.-Gunzenh. fl. 7-1.	10 1/8 P.

Frankfurt, 22. Juni. Die Börse war heute durchgehends flauer gestimmt. In amerikanischen Fonds fanden sehr bedeutende Realisationen statt, da man allgemein glaubt, daß eine Reaktion nicht ausbleiben kann, sowie der Londoner Markt nicht mehr die bisherige Aufnahmefähigkeit bezeigen sollte. Wir sind mit 5/20r Bonds 5—6 pCt. höher als New-York. Die Hausse der letzten Tage hat selbst die kühnsten Erwartungen übertroffen, und ist sicher nur in Folge der starken Londoner Spekulation veranlaßt worden. Diese Thatsache gibt der heute von der Börse kundgegebenen Auffassung ihre Berechtigung. In österr. Sachen war das Geschäft lebhafter als in den letzten Tagen, die Notirungen durchgehends bedeutend niedriger. Es wurde viel, namentlich Kreditaktien für Wiener Rechnung verkauft. Nach dem unten gemeldeten Abschluß eines Vorschußgeschäftes, welches wenigstens den dringendsten Bedarf der Finanzverwaltung deckt, hätten wir nicht erwartet, daß gerade heute der Rückgang der österr. Werthe einen so intensiven Charakter annehmen würde. Allein es ist der Markt, wie gestern erwähnt, so schwach, daß Verkäufe, die zu anderer Zeit kaum beachtet worden wären, nicht ohne starke Herabsetzungen auszuführen sind. Am Schlusse war die Stimmung für österr. Fonds eine etwas bessere, da viele Rückkäufe stattfanden. (Spnd.)

k. Hof- und Staatsbibliothek
1 N. Würzb. Ztg. München.

Neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht!

№ 172. | Vorausbezahlung: Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 1 fl. 30 kr. Bei Inseraten wird die dreispaltige Zeile in gewöhnlicher kleiner | 62. Jahrgang. | Schrift oder deren Raum im Hauptblatte mit 6 kr., im Anzeiger mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franco. | Samstag, 24. Juni 1865.

Zu dem österreich.-preuß. Schriftenwechsel.

Trotz des warmen Fürwortes, welches Preußen für die bekannten Wünsche und Forderungen des Oldenburgers eingelegt hat, ist das österreichische Ministerium erfreulicherweise in keinem Punkte auf dieselben eingegangen. Man sieht den guten Mann mit Recht für einen vorgeschobenen Posten an und derselbe kann die Antwort auf seine Note in der österreichischen nach Berlin gerichteten Depesche vom 18. ds. erblicken, welche, wie schon gemeldet, die preußischen Wünsche auf Entfernung des Augustenburgers abweist. Die Note des Wiener Kabinets ist nach dem, was über dieselbe in die Oeffentlichkeit gedrungen ist, schneidiger ausgefallen, als man dies sonst vom Grafen Mensdorff gewohnt ist.

Sie erklärt bekanntlich die Angaben über eine geheime, in den Herzogthümern installirte Regierung des Erbprinzen von Augustenburg für nicht gerechtfertigt, und macht Herrn v. Bismark ganz ruhig darauf aufmerksam, daß ein weit gefährlicherer Prätendent und Nebenbuhler des Großherzogs von Oldenburg keine „occulte", sondern eine ganz öffentliche Regierungsmaschine in den Herzogthümern etablirt habe, welche mit allen ihr zu Gebote stehenden Mitteln für die Agitation arbeite und überdies von 18,000 ehrfurchtgebietenden Bayonneten unterstützt werde, nämlich Preußen selbst. Näheres über dieselbe haben wir in Nr. 169 d. Bl. unter Wien mitgetheilt. Weiteres über den österreichisch-preußischen Schriftenwechsel bringt eine offiziöse Wiener Korrespondenz der „A. Z." vom 21. d. Sie nennt dieselbe nicht nur vielfach pikant, sondern von preuß. Seite stellenweise selbst bitter, und zwar nicht blos in der Richtung gegen Oesterreich hin. Preußen lasse durchschimmern: die Duldung der Anwesenheit des Herzogs in Kiel habe sich schon damals nicht rechtfertigen lassen, als noch der König von Dänemark Souverän der Herzogthümer gewesen, denn sein Erscheinen habe den Charakter eines Protestes gegen das Recht des Königs gehabt; indeß habe man damals die Sache allenfalls „übersehen" dürfen, weil man sich einestheils im Krieg mit Dänemark befunden, und weil anderntheils zu derselben Zeit der Bund Holstein besetzt gehalten, und also zunächst der Bund die Verantwortung zu tragen gehabt habe. Nachdem aber König Christian im Wiener Frieden die Herzogthümer an Oesterreich und Preußen abgetreten, erscheine die fortgesetzte Anwesenheit des Herzogs als ein Protest gegen das Recht der beiden Großmächte. Preußen erinnere sodann daran, daß Oesterreich die auf die Herzogthümer erhobenen Erbansprüche nicht jederzeit mit gleichem Maß gemessen; Zeuge dafür sei seine April-Abstimmung am Bundestag. Um so mehr aber werde sich die österreichische Regierung verpflichtet fühlen müssen, gerade ihrerseits die „ernste Aufforderung" an den Herzog zu richten, daß er einen Aufenthalt nicht verlängere, welcher gleichzeitig als „anomal und unpassend" erscheine. Preußen übrigens, welches sich mit bewunderungswürdiger Mäßigung jeder Beeinflussung des Landes zu Gunsten seiner eigenen Erbansprüche enthalte, erachte jeden der beiden Mitbesitzer für ebenso berechtigt als verpflichtet, nöthigenfalls auch einseitig mit denjenigen Maßregeln vorzugehen, welche den angedeuteten Unzukömmlichkeiten ein Ziel setzten.

Die erwähnte Korresp. bestätigt ferner die Richtigkeit, was über die österreichische Antwort auf die preußische Note bereits im Allgemeinen bekannt ist, und fügt noch hinzu, daß Oesterreich sein „tiefes Bedauern" darüber ausgesprochen habe, daß Preußen sich zu der Theorie bekannt: es könne nöthigenfalls einseitig gegen den Herzog einschreiten. Jedes derartige Einschreiten setze vielmehr eine Anordnung der obersten Zivilbehörde, und mithin auch die Zustimmung Oesterreichs voraus, und jene Theorie müsse zu Konsequenzen führen, die ohne Zweifel gerade von der preußischen Regierung am allerwenigsten zugelassen werden würden.

Angesichts der Dringlichkeit der Lösung der Herzogthümerfrage macht das diplomatische Frag- und Antwortspiel einen widerwärtigen Eindruck. In unsern Tagen sind derlei Noten oft Marksteine für bestimmte Unterhandlungsphasen, öfter aber noch, was nie vergessen werden darf, für die Oeffentlichkeit bestimmte Paradestücke, welchen man zurufen möchte: „Schöne Maske, ich kenne dich!" Wir sehen uns zu diesem Hinweise veranlaßt, indem wir uns erinnern, daß hinter dem Notenwechsel vertrauliche Verhandlungen statthaben; und diese drehen sich in der Herzogthümerfrage bekanntlich schon sehr lange und noch immer um einen wünschenswerthen Machtzuwachs für Preußen und eine angemessene Entschädigung für Oesterreich. König Wilhelm von Preußen weilt bereits in Karlsbad, und Hr. v. Bismarck kommt nach. Oesterreich „werde hart!"

(Amtliche Nachrichten.) **München**, 22. Juni. Se. Maj. der König hat dem Kaufmann G. Gwinner die nachgesuchte Enthebung von der Stelle eines königlichen Konsuls in Triest gewährt.

München, 21. Juni. Aus dem Vortrag des Abgeordneten Hohenadel Namens des ersten Ausschusses über den Antrag des Abg. Dr. Karl Barth, Abänderung des Art. 75 des Gesetzes vom 10. November 1848, die Abänderung des zweiten Theiles des Strafgesetzbuches von 1813 betreffend, entnehmen wir, daß der Ausschuß den folgenden Antrag der hohen Kammer zur Annahme empfahl: „Es sei an Se. Majestät den König die allerehrfurchtsvollste Bitte zu richten, Allerhöchstdieselben wollen im Landtagsabschiede mit Gesetzeskraft auszusprechen geruhen: 1) Wer seinen Verrichtungen als Geschworner nachgekommen ist, soll weder in dem nämlichen, noch in den beiden nächstfolgenden Jahren noch einmal zu gleichen Verrichtungen angehalten werden, sofern er nicht ausdrücklich auf diese Befreiung verzichtet, worüber er am Schlusse der Schwurgerichtssitzung besonders zu befragen ist. Diese Bestimmung tritt mit dem Jahre 1866 in Kraft. 2) Vom Jahre 1866 an ist bei der nach Art. 87 der Strafprozeßnovelle vom 10. November 1848 und Art. 96 des Einführungsgesetzes zu den Strafgesetzbüchern vom 10. November 1861 vorzunehmenden Wahl in den der Kreisregierung unmittelbar untergeordneten Städten für je 700 Seelen, in den übrigen Bezirken für je 1400 Seelen der Zivilbevölkerung ein Geschworner zu wählen. 3) Die Hauptlisten der bei den Schwurgerichtssitzungen zu verwendenden Geschwornen sind von den Landräthen bei deren Zusammentritt im Jahre 1866 in der Art zu erhöhen, daß sich auf jeder Hauptliste ohne Einrechnung der nach Ziff. 1 vorübergehend vom Geschwornendienste befreiten Personen für je 700 Seelen der Zivilbevölkerung des betreffenden Regierungsbezirkes ein Geschworner befindet. Im Falle eines später eintretenden Steigens oder Sinkens der Bevölkerung ist die Hauptliste bei dem auf die Volkszählung folgenden Zusammentritte des Landrathes in der zur Herstellung des angegebenen Verhältnisses erforderlichen Weise weiter zu erhöhen oder zu mindern. 4) Die Bestimmung der Art. 80 Abs. 4 der Strafprozeßnovelle und Art. 90 Abs. 4 des angeführten Einführungsgesetzes findet auch bei den Vorschriften der Ziff. 2 und 3 Anwendung."

Der Vortrag des Abgeordneten Münch für den dritten Ausschuß der Kammer der Abgeordneten über den Antrag des Abgeordneten Dr. Völk, „Die Errichtung eines Verwaltungsgerichtshofes betr.", ist erschienen, und beantragt der Ausschuß: hohe Kammer wolle beschließen, es sei an Se. Maj. den König die allerunterthänigste Bitte zu richten: den Kammern des Landtages einen Gesetzentwurf über die Organisation der Verwaltungsrechtspflege vorlegen zu lassen, wonach das Verfahren in Verwaltungsrechtssachen in einer die Unparteilichkeit und Unabhängigkeit der Rechtspflege sichernden Weise geregelt und zur Entscheidung in letzter Instanz ein eigener selbstständiger Verwaltungsgerichtshof errichtet werde."

‡ **München**, 22. Juni. Zu unserm gestrigen Berichte über die Abgeordnetensitzung vom 22. haben wir aus der Debatte über die Nachweisungen des Aufwandes für das Staatsbauwesen Einiges nachzutragen: Bemerkenswerth ist, was Referent über das neue Regierungsgebäude in München sagt. Dieses Ge-

bäude hat leider trotz der vielen auf dasselbe verwendeten Mittel nicht jene Dauerhaftigkeit erlangt die an einem solchen Prachtbau nothwendig ist, denn bevor dasselbe vollendet war, mußten schon Hauptreparaturen an demselben vorgenommen werden, was um so bedauerlicher ist, als dadurch der Landesvertretung wahrhaft der Muth genommen werden dürfte, zu neuen Staatsbauten Kredite zu bewilligen. **Stenglein** beantragt, es mögen die Distrikts-straßen, welche die Verbindung mit der Eisenbahn vermitteln, zu Staatsstraßen erklärt und disponible Gebäude des Staates, wie z. B. die Mauthgebäude in München und Augsburg zu Justizzwecken verwendet werden. Nach einer längeren Debatte, in welcher verschiedene Wünsche, namentlich in Bezug auf Flußkorrektion (Donau, Inn) laut werden, welchen von Seite des Direktors v. **Pauly** alle mögliche Berücksichtigung versprochen wird, spricht sich Dr. M. **Barth** gegen die Stenglein'schen Anträge aus, man dürfe die Sache nicht so übers Knie abbrechen und es sei überhaupt sonderbar, daß man es mit Wünschen und Anträgen, die man den Nachweisungen anhänge, sehr leicht nehme, während doch Anträge, die sonst von Abgeordneten eingebracht worden, mit der strengsten Förmlichkeit behandelt werden. Hr. **Fäckerer** wünscht vom Referenten näheren Aufschluß über den baulichen Zustand des Regierungsgebäudes; in dem Augenblicke, wo es sich um die Willigung von 1 Mill. Gulden für das Polytechnikum handle, dürfte sich der Referent schon etwas umfassender über den Gegenstand aussprechen. Wenn vielleicht dem Regierungsgebäude etwas Außerordentliches passire, könnte man das Unglück wohl gar der Fortschrittspartei zuschreiben, die, wie man bei einer feierlichen Gelegenheit sich geäußert hat, darauf ausgehe, Alles zu untergraben; gegen eine solche Unterstellung möchte er sich und seine Freunde schon im Voraus verwahren. (Heiterkeit.) Referent **Bermühler** bemerkt hierauf, daß er lediglich die mangelhafte Fundamentirung des nördlichen Flügels des Regierungsgebäudes gemeint habe; von Seite des Ministerliches wird hierauf gar nichts erwähnt. Daß bei der Abstimmung nach Antrag des Ausschusses den Nachweisungen die Anerkennung ertheilt wurde, haben wir bereits erwähnt; die Anträge Stenglein's werden verworfen. Gelegentlich der Debatte über die Nachweisungen bezüglich der Staatsausgaben aus Centralfonds 1861/63 sprach Th. **Wagner** bei dem Etat der **Münzanstalt** den Wunsch aus, es möchten die alten abgeschliffenen Scheidemünzen eingeschmolzen und möchte durch Prägung von Viertelsgulden einem dringenden Bedürfniß der Handelswelt abgeholfen werden.

Karlsbad, 22. Juni. Der König von Preußen traf gestern Abend hier ein, wurde von den Spitzen der Zivil- und Militärbehörden sowie von den anwesenden Preußen festlich empfangen.

Berlin, 22. Juni. Die neueste handelspolitische Konzession Frankreichs besteht nicht allein in einem Verzicht auf die Ursprungszeugnisse für die nach Frankreich zu importirende Waare; die Note, welche die französische Regierung den interessirenden Staaten hat mittheilen lassen, erklärt zugleich, daß auch die Vorschrift, nach welcher die Fakturen über Waare, die ad valorem (dem Werthe nach) zu belasten ist, mit einem Certifikat versehen sein müssen, in Wegfall kommen soll.

Der diplomatische **Berliner** Korrespondent der „Allg. Z." schreibt vom 22. d.: „Es scheint sich zu bestätigen, daß eine um den 5. Juni erlassene, den 8. hier übergebene österreichische Depesche die preußischen Februar-Bedingungen, welche Oesterreich im März rundweg abgelehnt, wieder erörtert und namentlich 4 Punkte zu Ausgangspunkten der Unterhandlungen nehmen will: Marinestation in Kiel, maritime und kommerzielle Konvention, ausschließlich preußische Besatzung in der Bundesfestung Rendsburg gegen Aufgeben Rastatts, endlich eine vom Bunde zu genehmigende Militärkonvention. — Wie es heißt, sollen die Kronjuristen mit 11 gegen 7 Stimmen Oesterreich und Preußen kraft des Wiener Friedens Souveränetätsrechte, bis ein besseres Recht nachgewiesen, und nicht nur Besitzrecht zuerkannt haben. Die Stimmenzahl ist nicht ganz verbürgt. — Da am Montag noch sieben Ratifikationen gefehlt hatten, wurde zwischen Preußen und England ein Protokoll wegen Verlängerung der Ratifikationsfrist für den englischen Handelsvertrag unterzeichnet."

Leipzig, 21. Juni. Die Ankunft des Königs von Preußen auf seiner Durchreise nach Karlsbad erfolgte heute Vormittags um 11 Uhr 10 Minuten. Der Monarch wurde von dem Könige von Sachsen herzlichst und unter wiederholten Umarmungen begrüßt. Die beiden Monarchen verweilten kurze Zeit in den für dieselben bereit gehaltenen Gemächern des Bahnhofes und verabschiedeten sich dann in derselben herzlichen Weise, wie bei der Ankunft.

Weimar. Der „Nürnb. Korr." schreibt: „Der Ausschuß des Nationalvereins hat sich, wie aus dessen „Wochenblatt" zu ersehen, in einer neulichen Versammlung zu Eisenach bewogen gefühlt, eine Glückwunschadresse an den Präsidenten der Vereinigten Staaten zu erlassen, aus welcher nachfolgende Sätze hervorgehoben zu werden verdienen: „Die gewaltige Schutzmacht der neuen Welt gegen den abgelebten, aber noch nicht entwaffneten europäischen Despotismus ist wieder hergestellt. Mit einmüthigem Jubel hat Deutschland den Sieg begrüßt, welcher auch für Deutschland gewonnen ist, und der Ausschuß des deutschen Nationalvereins ergreift, bei seiner heutigen Zusammenkunft, mit lebhaftem Eifer die erste Gelegenheit, sich zum Dolmetscher der Gesinnungen und Empfindungen des Volkes zu machen, welchem das Beispiel der Vereinigten Staaten als glänzendes Vorbild auf dem Wege der Freiheit und Einheit voranleuchtet. Gestatten Sie uns, Herr Präsident, im Namen vieler Tausende von Gesinnungsgenossen, dem Lande und dem Volke, welches Sie an seine Spitze gestellt hat, aus der vollen Seele des deutschen Volkes die freudigsten Glückwünsche entgegenzubringen, und genehmigen Sie zugleich den Ausdruck der höchsten Achtung, mit welcher Deutschland gegen die Regierung der Vereinigten Staaten erfüllt ist." — Wer dem Ausschuß des Nationalvereins den Auftrag oder die Befugniß gegeben hat, zu dem Präsidenten der Vereinigten Staaten im Namen des deutschen Volks zu sprechen, wissen wir nicht; aus der bloßen Eigenschaft als Vereinsausschuß konnte Beides nicht abgeleitet werden, da sich bekanntlich mehr deutsches Volk außerhalb des Vereins als innerhalb desselben befindet. Indeß, da die deutsche Nation — vielleicht mit verschwindenden Ausnahmen im preußischen Junkerthum und in verwandten Kreisen — ohne Zweifel sich des Sieges der Nordstaaten und der dadurch gesicherten Erhaltung des großen Freistaats jenseits des Ozeans freut und dem-

Feuilleton.

S. Z. Pariser Briefe.

Paris, 20. Juni.

Sage mir, wie du fährst oder reitest, und ich werde dir sagen, wie du bist! — ein solches Sprüchwort gibt es zwar nicht, aber es wäre eben so berechtigt, wie manches andere. Auf die Temperamentsbildung sowie auf die Entwickelung mancher Fähigkeiten und Charaktereigenschaften ist es jedenfalls nicht ohne Einfluß, ob der Mensch einen Theil seines Lebens auf einem Pariser Fiaker oder einem arabischen Roß, auf dem Seeschiff oder auf dem Kameel und Elephanten verbringt, ob er sich von Rennthieren und schnellen Hunden oder von trägen Eseln schleppen läßt. Ein Matrose ist sicher entschlossener und umsichtiger als ein Frachtfuhrmann, und ein arabischer Rosselenker feuriger und geschickter als ein italienischer Eseltreiber.

Ich glaube daher, daß die deutsche Träumerei nur erzeugt wurde, weil wir seit der Entdeckung Amerikas auf der Thurn und Taxis'schen Schneckenpost so lange geschlafen haben. Wir saßen so süß und warm, da mußte uns plötzlich der schrille Pfiff der Lokomotive aufwecken. Eine unbequeme Erfindung, diese Eisenbahn mit ihrer Genauigkeit und Pünktlichkeit, welche unsere Wachsamkeit und eigene Pünktlichkeit oft auf die unnachsichtigste Probe stellt. Das schien einem deutschen Pädagogen jedenfalls das Hauptunterscheidungszeichen des neuen Fuhrwerks von dem alten, denn er definirte, wie ich schon einmal erzählte: „Eine Eisenbahn ist — wenn es pfeift und man kommt zu spät." An die **Gefährlichkeit** dieses dampfschnaubenden Ungethüms haben wir uns schon einigermaßen gewöhnt, weil wir sahen, wie viel durch **Vorsicht** vermieden werden kann. Früher war Vorsicht „die Mutter der Weisheit," jetzt ist sie die Schutzpatronin der **Eisenbahnbeamten** geworden. Wehe dem, welcher ihr nicht seinen ganzen Dienst widmet; eine kleine Vernachlässigung dieser Göttin kann Hunderte verderben, denn nicht immer läuft es so gut ab, wie in folgendem Falle.

Der Schauplatz des Ereignisses war die Bahnstrecke von **Marseille** nach **Lyon**. Der Zug hatte früh um 7 Uhr Marseille verlassen; gegen Mittag war in einem der letzten Waggons eine Frau mit einem Kinde eingestiegen. Abends erreichte man Estressin, eine kleine Station vor Lyon, und nach kurzem Aufenthalt brauste der Zug weiter. Plötzlich hörte man in dem letzten Waggon einen mark- und herzdurchdringenden Schrei. Die erschreckten Passagiere sahen, wie jene Frau vor der offenen Thüre des Coupé's stand und sich wie eine Verzweifelte geberdete. Man sprang herbei, um sie von dem Hinausspringen zurückzuhalten. Was

selben von Herzen Glück wünscht, so könnte man die arrogirte Stimmführung für das deutsche Volk nachträglich gutheißen, wenn die Stimme in einem des angeblichen Auftraggebers würdigen Style erhoben worden wäre. Es scheint aber des deutschen Volkes nicht würdig, so, wie es hier und leider auch sonst öfters geschieht, sich unter die Aegide fremder Nationen zu stellen, von deren Thaten und Errungenschaften für sich zu hoffen, sie als Vorbilder demüthiglich zu verehren, anstatt selbstbewußt auf die eigene Thatkraft und Thatenfähigkeit zu bauen und sich werth zu halten, wenn nicht den Andern ein Vorbild, doch ihnen ebenbürtig zu sein. Selbst ist der Mann! heißt ein deutsches Sprichwort. Die Herren vom Ausschuß des Nationalvereins glauben sich bei den Vereinigten Staaten bedanken zu müssen für den Sieg, den diese in ihrem Sieg auch für Deutschland gewonnen hätten; Andere, sogar solche, die nicht zum Nationalverein gehören, werden vertrauen, daß das deutsche Volk die Siege, deren es in irgend einer Richtung bedarf, durch seine eigene Kraft zu erringen wissen wird.

Aus Mecklenburg-Schwerin, 21. Juni. Die rostocker Bürgerschaft ist in großer Aufregung. In erster Linie richtet sich dieselbe natürlich gegen den begangenen Rechtsbruch, in zweiter aber auch gegen die Ausführung der Exekution und die übereilte Unterwerfung. Die Bürgerschaft hat auch in ihren beiden Quartieren einstimmig das Verhalten des Rathes in energischer Weise verurtheilt. In der Eingabe des aus den Deputirten der Zünfte bestehenden zweiten Quartiers wird das Bedauern ausgesprochen, daß der Rath der Zwangs-Exekution gewichen, daß er solchem Zwange und in der stattgehabten Weise sich gefügt habe. Der Rath hätte bedenken sollen, daß seine Pflicht, die Rechte der Stadt zu vertreten, ihm nicht gestattet hätte, anstatt beim Rechte auszuharren, dieses Recht mit einem Protest gegen das Unrecht zu vertauschen, und sich unter Protest bei diesem Unrecht zu betheiligen. Derselbe hätte zuvor die Bürgerschaft berufen und deren Meinung befragen und vernehmen sollen. Statt dessen hätte der Rath eigenmächtig und in einer Weise gehandelt, die von der Bürgerschaft stets beklagt werden würde und von Niemanden mehr zu ändern sei. Die Bürgerschaft würde vom Rathe niemals gefordert haben, daß er jener Zwangs-Exekution wegen seinem Gewissen Zwang anthun solle; sie würde es einmüthig vorgezogen haben, Unrecht zu leiden und alle zulässigen Mittel zur Aufhebung des Unrechts anzuwenden.

Schleswig-Holstein. Rücksichtlich der Beleidigungen der schleswig-holsteinischen Flagge in Randers wird den „Hamb. Nachr." aus Kopenhagen mitgetheilt, daß eine strenge Untersuchung eingeleitet ist und die Schuldigen zur Verantwortung gezogen werden. Das dortige Ministerium der auswärtigen Angelegenheiten hat schon im Interesse des dänischen Handels und der dänischen Schifffahrt, um eventuell Wiedervergeltung vorzubeugen, aus eigenem Antriebe das Nöthige beim Justizministerium veranlaßt, ehe noch Seitens der Vertreter auswärtiger Mächte Vorfragen geschehen waren, welche letztere sofort auf's Befriedigendste beantwortet werden konnten. Hoffentlich wird sich daher nichts in obiger Weise wiederholen.

Hadersleben, 18. Juni. Seit langer Zeit bot unser Marktag nicht ein solch belebtes Bild dar, wie gestern, seit langer Zeit herrschte aber auch nicht solche Aufregung und Erbitterung auf allen Seiten; von deutscher Seite wurden die bittersten Klagen laut über die Gefährdung der Ruhe und Ordnung auf dem Lande, die schärfsten Ausdrücke hörte man. Zu keiner Zeit haben wir Zustände gehabt, wie sie seit der Reise des Prinzen von Hohenlohe hier sich zeigen. Seit diesen acht Tagen lassen die Dänen ihrem ganzen Parteihaß die Zügel schießen; sie insultiren die ihnen mißliebigen vereinzelt wohnenden Deutschen auf alle erdenkliche Weise, so daß viele dieser Leute um persönlichen Schutz bei den Behörden haben nachsuchen müssen. In den Dörfern Sommerstedt, Djernel, Weibüll, Stübing, Moltrup, Aastrup, Soed sind Schlägereien und Skandale vorgekommen. In allen diesen Orten hat die aufgezogene Dannebrogsfahne das Signal dazu gegeben. Die Dänen behaupten, daß der Prinz gesagt: dieselbe sei ebenso wenig untersagt, als die schleswig-holsteinische Fahne erlaubt. In Sommerstedt haben die deutschen Eisenbahnarbeiter sich die höhnenden Frechheiten nicht gefallen lassen und es ist in dieser Veranlassung zu Konflikten gekommen. In Moltrup auf einer großen Hochzeit, wo der entlassene Physikus Madwig viele Reden gehalten, ein Hoch auf den König von Dänemark ausgebracht, ist eine Bande höhnend mit dem dänischen Siegesgesang den Gendarmen nachgezogen. In Aastrup hat bei einer gleichen Veranlassung der dortige Pastor Böllemose einen politischen Toast ausgebracht, dessen Schluß dahin ging, daß sie bald alles Das erreichen möchten, was sie Alle wünschten; darauf stimmte er den „Tapperen Landsoldat" an, und die Bande zog trunken vor das Haus des deutschen Küsters, den sie insultirte. Selbst in der Stadt Hadersleben sind an vier Orten in einer Nacht Prügeleien vorgekommen. Vorläufig mögen diese Thatsachen genügen, die Erfolge des Aufenthalts des Prinzen von Hohenlohe zu konstatiren. Wir dürfen wohl hoffen und gewärtigen, daß die Landesregierung uns gegen weitere Umtriebe Schutz gewähren werde.

Der „Schlesw.-H. Ztg." wird aus **Nordschleswig** geschrieben: „Aus einer Quelle, für deren Zuverlässigkeit ich ohne Anstand mich verbürgen kann, erfahre ich, daß das Auftreten des Prinzen Hohenlohe, nach den geheimen Informationen, die aus Kopenhagen kommen, einen ganz andern Zweck hat, als man gewöhnlich annimmt. Nicht um eine Ausnutzung der dänischen Stimmen in der schleswig'schen Ständeversammlung handelt es sich; nein, die Absichten laufen auf etwas Anderes hinaus. Die dänischen Führer sind von Kopenhagen aus vollständig über die Sachlage informirt und angewiesen, in allen Stücken den Weisungen der preußischen Emissäre Folge zu geben. Um eine diplomatische Intervention der europäischen Mächte herbeizuführen und die öffentliche Meinung in Deutschland allgemach auf den Gedanken einer Abtretung Nordschleswigs vorzubereiten, soll ein dänischer Schmerzensschrei in Scene gesetzt werden. Das ist es, was zunächst geschehen soll. Dann sollen Konflikte zwischen der dänischen Bevölkerung und den neuen Beamten herbeigeführt werden u. s. w. u. s. w. Natürlich ist die Abtretung Nordschleswigs der Preis für die Annexion. Die Kabinette von Petersburg, Paris (?) und London sind, wie die Kopenhagener Informationen besagen, für die Sache gewonnen. Die dänischen Führer haben ferner die Weisung erhalten, eine Massenpetition für die Entfernung des Herzogs zu Stande zu bringen. Prinz Hohenlohe hat 30.000 Unterschriften für dieselbe gefordert und für diesen Fall sicheren Er-

---

war geschehen? Ihre kleine dreijährige Tochter war durch die nicht geschlossene Thüre hinausgestürzt. Die Verzweiflung der Mutter, die allgemeine schmerzliche Theilnahme läßt sich besser vorstellen, als schildern.

Alle Anstrengungen, das Unglück zu signalisiren, sind erfolglos. Man muß warten, bis man in Lyon ankommt. Während dem braust der von Paris kommende Zug nach Marseille vorüber. Neuer Todesschrecken! Wenn er das etwa gerettete Kind nun doch zermalmt! Man ist in Lyon angekommen. Augenblickliche Meldung! Telegraphisch wird die Ordre nach Estressin gegeben, Nachsuchungen auf der Bahnstrecke zu halten. Nach einer halben Stunde ist endlich eine neue Lokomotive herbeigeschafft; man fährt zurück. — Die halbtodte Mutter hat neben dem Maschinisten Platz genommen, ihre Augen suchen die Dunkelheit zu durchbrechen, um das Kind zu sehen. Ihrer Ungeduld geht die Maschine zu langsam, — und je weiter sie fahren, je größer wird ihre Angst!

Endlich ist man in Estressin. Von weitem schon eilt der Locomotive ein Bahnwärter entgegen, in seinen Armen trägt er das gerettete Kind.... In Folge dieses Vorfalls wurde der Stations-Chef von Estressin, weil er das Signal zur Abfahrt gegeben, bevor er sich überzeugt, daß alle Waggonthüren sorgfältig verschlossen waren, zu 25 Franken Strafe verurtheilt. Dies geschah von dem Zuchtpolizeigericht zu Grenoble. Damit war die Geschichte jedoch noch nicht beendet. Sie sollte einen traurigen Schluß erhalten. Der Unfall hatte nämlich die Dame so sehr erschüttert, daß sie in eine Krankheit verfiel, die man Epilepsie nennt.

Darauf klagte ihr Gatte, ein Wein- und Speisewirth in Paris, Namens Goubert, gegen die Bahngesellschaft auf Entschädigung. Er verlangte 15.000 Franken. Das Civiltribunal der Seine hat nun entschieden und die Entschädigungssumme auf 4000 Frcs. festgesetzt. Als Gründe waren angeführt: Die Behandlungskosten der Kranken und die vermehrten Ausgaben für fremde Dienste, da jetzt die Dame nicht mehr so wie früher dem Mann in seinem Geschäfte zur Seite stehen, das Hauswesen leiten und ihr Kind erziehen könne, sondern selbst der Aufsicht bedürfe.... Die Bahnverwaltungen, welche es nicht lieben, die durch die Bahn Geschädigten entsprechend abzufinden, werden allerdings nicht ausrufen, wie der Kaufmann von Venedig: „O weiser und gerechter Richter!"

(Nr. 23.) **Homonyme.**

Oft malt es sich schrecklich auf manchem Gesicht,
Im Kriege ist's oft des Feldherrn Pflicht.

Auflösung der Homonyme Nr. 22: Grille.

folg in Aussicht gestellt. Wer auch immer diese Mittheilungen zu dementiren unternehmen sollte, lassen Sie sich davon nicht beirren. Ich stehe für die Richtigkeit meiner Meldungen. Verkünden Sie allen redlichen Schleswig-Holsteinern, verkünden Sie allen ehrlichen Deutschen die traurige Botschaft: Das Vaterland ist in Gefahr! Unheimliche Dinge sind im Werke!"

Kopenhagen, 19. Juni. Die Gerüchte von der bevorstehenden Verlobung des dänischen Kronprinzen mit einer russischen Großfürstin aus dem Hause Leuchtenberg sind im Wachsen begriffen.

Paris, 21. Juni. Die Unterredung des Prinzen Napoleon mit seinem kaiserlichen Vetter scheint zunächst erfolglos geblieben zu sein. Von Maßregeln, die auf Versöhnung hindeuten, ist noch keine Rede; eine Ausgleichung ist besonders deßhalb schwierig, weil sich Napoleon III. in seiner Lieblingsidee, nämlich in seinen dynastischen Bestrebungen, verletzt fühlt. Daß der Prinz in seiner Rede zu Ajaccio den ihm eigenthümlichen demokratisch-kaiserlichen Schellenklang hören ließ, das ist Napoleon III. schon von den prinzlichen Senatsreden her gewohnt, er weiß, wie er dies zu deuten hat, und es läßt ihn kalt. Was ihn aber empfindlich traf, war der Umstand, daß Prinz Napoleon in keiner Weise des kaiserlichen Kronprinzen Erwähnung that. Das machte fast den Eindruck einer Protestation, und doch konnte der Kaiser es ihm nicht öffentlich vorrücken. Napoleon III. ergoß daher seinen Tadel über die ungeheuerlichen Abirrungen des Prinzen auf das soziale und politische Feld; während er den wahren Grund seiner Entrüstung dem Papier nicht preisgeben konnte. Eine solche Art der Verletzung, die gewissermaßen eine Verläugnung der Thronfolgeordnung ist, kann der nicht leicht verzeihen, der sich für die von der Vorsehung gepflanzte Wurzel eines Stammbaums künftiger Kaiser hält. Prinz Napoleon hat daher für jetzt nichts weiter zu thun, als sich reisefertig zu machen und sich in der Schweiz nach Naturschönheiten umzusehen. Sein Miramar heißt Prangins und liegt am Genfer-See.

Florenz, 18. Juni. Verschiedene Anzeichen, worunter namentlich zwei außerordentliche Ministerräthe und die Angaben offiziöser Organe, stellen es außer Zweifel, daß die Unterhandlungen mit Rom von einem befriedigenden Abschluß weiter als je entfernt sind. Die Regierung sieht sich der öffentlichen Meinung gegenüber genöthigt, auf irgend einer Form der Anerkennung des Königs von Italien von Seite Rom's und des Episkopats zu bestehen, der Papst aber, dem man Konsequenz in seiner Vertheidigung der weltlichen Macht nicht absprechen kann, schlägt diese Forderung namentlich für die Bischöfe der ehemaligen päpstlichen Provinzen rund ab. Aus dieser Hartnäckigkeit in Bezug auf die Eidesleistung fand Hr. Vegezzi bei seiner Rückkehr nach Rom die Ansichten über die Verminderung der Diözesen und über die Ausschließung gewisser Persönlichkeiten von der bischöflichen Kandidatenliste sehr verändert. Hier wie dort haben sich in der Zwischenzeit die Einflüsse der Parteien geltend gemacht und die Verhandlungen aus der frühern, fast persönlichen Betreibung von Seite der beiden Souveräne in den gewöhnlichen diplomatischen Geschäftsgang übergeführt. So sind denn die Aussichten auf einen gütlichen Austrag sehr gering, wenn nicht die Souveräne und das Gebot Napoleon's, dessen Wünsche in Florenz und Rom sehr wohl beachtet werden, die beiderseitige Opposition zu überwinden wissen.

New-York, 10. Juni. Eine Negerdeputation aus Kentucky hat sich beim Präsidenten Johnson darüber beklagt, daß die Weißen den Schwarzen jedwede Arbeit verweigern, und um den Schutz der Regierung, so wie die Beibehaltung der Kriegsgerichte in Kentucky petitionirt. In Washington ist die Stimmung gegen die Schwarzen ebenfalls eine sehr gehässige. Die Negerschulen in Richmond mußten wegen grausamer Behandlung der Negerkinder geschlossen werden. Der Nothstand in Virginien ist groß und die Regierung speist daselbst 200,000 Nothleidende.

Mit merkwürdiger Lebhaftigkeit wird in der **New-Yorker** Presse die Diskussion über den Vorschlag fortgeführt, die nationale Schuld (2635 Millionen Dollars) durch eine allgemeine Subskription oder auch auf andere schnellwirkende Weise zu tilgen. Das „Journal of Commerce" ist einer der unermüdlichsten Fürsprecher für die rasche Liquidation der Schuld, hält aber von dem Wege der Subskription nicht eben viel. Der Rath sei zwar sehr populär und habe manche empfehlende Vorzüge. Während aber die Amerikaner zwar leicht erregbar seien und Pläne solcher Art mit wunderbarer Energie erfassen, fehle ihnen zugleich die Geduld, die nothwendige Begeisterung lange genug zu nähren, damit der ganze Betrag gezeichnet würde. Ein Geständniß, aus welchem man auf eine gute Beimischung deutschen Blutes in der amerikanischen Nation schließen möchte.

Hiezu die Beilage: „Würzburger Anzeiger".

Verantwortlicher Redakteur: A. Hartmann.
Druck und Verlag der Stahel'schen Buch- und Kunsthandlung in Würzburg.

Cours der Staatspapiere.

Oesterr.	5 pCt. Met. (Cp. l. S. b. R.)	—
"	5 pCt. Lomb. ditto. à 24	—
"	5 pCt. Engl. Met. v. 1852	—
"	5 pCt. Engl. Met. v. 1859	77½ P.
"	5 pCt. Venet. Coupon b. R.	86½ G.
"	5 pCt. Nationalanl. v. 1854	66⅞—67 G.
"	5 pCt. Metall. Obligation.	—
"	4½ pCt.	—
Preussen	3½ pCt. Staatsschuldsch.	—
Bayern	4½ pCt. Obl. ½jähr. dto.	100⅞ G.
"	4½ pCt. Obl. ½jähr. dto.	101¼ P.
"	4 pCt. Obl. ½jähr. dto.	98⅛ G.
"	4 pCt. Obl. ½jähr. dto.	99⅛ P.
"	4 pCt. Obl. Ab.-R. dto.	98⅜ P.
"	3½ pCt. Obl. dto.	—
Württemb.	4½ pCt. Obl. b. Rothsch.	104 P. 103⅞ G.
"	3½ pCt. Obl. dto.	94⅛ P.
Baden	4½ pCt. Obl.	—
"	3½ pCt. Obl. v. 1842	91¼ P.
Gr. Hess.	4½ pCt. Obl.	—
"	4 pCt. Obl. b. Rothsch.	100¼ G.
"	3½ pCt. Obl. dto.	97¼ P.
Nassau	4½ pCt. Obl. dto.	102 P. 101¾ G.
"	4 pCt. Obl. dto.	99 P.
"	3½ pCt. Obl. dto.	91¼ P.
Frankfurt	3½ pCt. Obl.	94¾ P.
"	3 pCt. Obl.	—
Spanien	3 pCt. inl. Sch. P. à fl. 2. 30	—
"	2¼ pCt. " "	—
Schweden	4½ pCt. Obl. à 105 Thlr.	92 P. 91½ G.
N.Amerika	6 pCt. à 100 Dr. 1831 D. 2½	75—77⅝ G.
"	6 pCt. ditto r. 1882 "	77¼—76¾ G.

Diverse Aktien.

Frankfurter Bank à fl. 500	151½ P.
K. K. Oesterr. National-Bankaktien	860 G.
Oesterr. Kreditbank-Aktien à fl. 200	189½—192 G.
Bayer. Hypothekenb. Pfandbriefe 4 pCt.	97½ P.
Darmst. Bank 1. u. 2. Serie à fl. 250	229 G.
Weimarische Bank à Thlr. 100 . .	100¾ G.
Mitteldeutsche Kreditaktien . . .	101⅝ G.
Intern. Bank in Lux. à 250 Frs. à 28 kr.	—
Taunus-Eisenbahn à fl. 250 . . .	348 P.
Frankfurt-Hanauer-Eisenbahn . . .	100 P. 99⅞ G.
Oest. F.St.Eisb. 5pCt. 500 Fr. à 28 kr.	—
" Elisab.-Eisenbahn 5 pCt. . .	118½ G.
Böhm. Westbahn-Aktien à fl. 200 6/7	76 P.
Rhein-Nahe-Bahn 200 Thl. à 105 4pCt. Z.	31½ P.
Ludwigshafen-Bexbacher à 4 pCt. .	—
dto. dto. Prior. à 4 pCt.	—
Pfälz. Maxb. b. Rothschild à 4½ pCt.	106¾ P.
Oest. St.-Eisenb. Prior.-Oblig. à 3 pCt.	51⅝ P.
Elisab.-Bahn Prior. 5 pCt. 6/7	78⅜ P.
Südd. Bank-Akt., 40 pCt. Einz.	254½ G.
Span. Handels- und Industrie . .	—
Bayr. Ostbahn à 4½ pCt. volleinbez.	115½ G.
Bayer. Ostbahn mit 50 pCt. Einz.	115½ G.

Wechsel in süddeutscher Währung.

Amst. fl. 100 k. S.	100⅝ P.
Antwerp. Frs. 200 k. S.	94⅝ G.
Augsb. fl. 100 k. S.	100 P.
Berlin Th. 60 k. S.	104⅞ P.
Brem. 50 Th. Lsd. k. S.	97¼ P.
Brüssel Frs. 200 k. S.	94⅝ G.
Cöln Thlr. 60 k. S.	105 P.
Hamb. M.B. 100 k. S.	88⅝ P.
Leipzig Th. 60 k. S.	104⅞ P.
London Lst. 10 k. S.	119⅝ G.
Lyon Frs. 200 k. S.	—
Mail. Frs. 200 . . .	94⅝ G.
München fl. 100 k. S.	99¾ G.
Paris Frs. 200 k. S.	94⅜ G.
Petersburg 60 S.-R.	—
Triest fl. 100 k. S.	—
Wien fl. 100 ö. W.	108¼ G.
do. in öst. W. k. S.	108 G.
Disconto . . .	3½ pCt. G.

Anlehens-Loose.

Oesterr. fl. 250 v. 1839 . .	129 G.
" fl. 250 v. 1854 mit 4pCt.	78½ P.
" fl. 500 v. 1860 6/7.	83⅜—83¾ G.
" fl. 100 Eisb. L. v. 1858.	135 G.
" do. v. 1864.	89½ P.
Schwed. 10 Thlr. Loose . .	9½ G.
Badische fl. 50 . .	[illegible]
Badische fl. 35 . .	52¾ P.
Kurhess. Thlr. 40 b. R.	55½ P.
Gr. Hessen fl. 50 b. R.	131½ G.
" fl. 25 do.	36¾ G.
Nassau fl. 25 bei Rothsch.	35⅜ P.
Sardinische Fr. 36 b. R.	50½ P.
Neuchateler 10 Frs.-Loose	—
Freiburger 15 Frs.-Loose	—
Mailänder 45 Frs. L. b. R.	38 P.
St. Lüttich mit 2½ pCt. Z.	34½ P.
Ansb.-Gunzenh. fl. 7-L.	10½ P.

Frankfurt, 23. Juni. Die Börse zeigte heute große Lebhaftigkeit. Amerikaner, die auf ungünstige Londoner Kurse im gestrigen Abendverkehr den hohen Mittagskurs nicht zu behaupten vermochten, verkehrten auch heute Anfangs in weichender Tendenz, befestigten sich jedoch im Laufe des Geschäftes ungeachtet der vielen Realisationsverkäufe wieder und schlossen zu 76⅞. Oesterr. Sachen, in denen ebenfalls viel Umsatz stattfand, waren auf die Nachricht von dem Rücktritte des Finanzministers v. Plener entschieden fester. (Synd.)

An die
k. Hof- und Staatsbibliothek
1 N. Würzb. Ztg. München.

Neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht!

№ 173-74.	Vorausbezahlung: Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 1 fl. 30 kr. Bei Inseraten wird die dreispaltige Zeile in gewöhnlicher kleiner	62. Jahrgang.	Schrift oder deren Raum im Hauptblatte mit 6 kr., im Anzeiger mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franco.	Montag, 26. Juni 1865.

Abonnements=Einladung.

Bestellungen auf die mit dem Unterhaltungsblatte **Mnemosyne** und dem Beiblatte **Würzburger Anzeiger** verbundene

Neue Würzburger Zeitung

für das mit dem 1. Juli beginnende III. Quartal nehmen alle Postämter an, und werden solche **rechtzeitig** erbeten. Der Abonnementspreis beträgt in ganz Bayern künftighin

vierteljährlich nur fl. 1. 30 kr.

(Bei außerbayerischen Postämtern findet eine geringe Preiserhöhung statt.)

Es kömmt somit jede Nummer der Zeitung nebst Anzeiger (welcher selbst an Sonntagen erscheint, was im Jahre anderen Blättern gegenüber ein Mehr von über 50 Nummern entziffert) sowie mit dem Unterhaltungsblatt Mnemosyne **zusammen** auf den außerordentlich billigen Preis von

täglich einem Kreuzer

im Abonnement zu stehen.

Die „Neue Würzburger Zeitung" bringt nach wie vor Leitartikel über jede bedeutende politische oder handelspolitische Zeitfrage, ferner Original-Korrespondenzen und telegraphische Depeschen aus den größeren Städten Europa's.

Außer dem im Hauptblatte enthaltenen Feuilleton bringt das belletristische Beiblatt „Mnemosyne" Originalnovellen u. s. w. aus der Feder bekannter Schriftsteller, und hofft mit denselben neben dem übrigen Neuesten und Interessantesten aus dem Gebiete der Unterhaltungslektüre, sowie ausgewählten Erzählungen, Gedichten, Miscellen, Aphorismen, Nekrologen, literarischen und Kunst-Kritiken u. s. w. ihre Leser nach jeder Richtung hin angenehm und lehrreich zu unterhalten.

Das täglich zur Zeitung erscheinende Gratis-Beiblatt **„Würzburger Anzeiger"** (welcher auch separat um 42 kr. vierteljährlich bezogen werden kann) liefert alle lokalen Neuigkeiten, sowie eine kurzgefaßte Uebersicht der politischen Ereignisse, Markt-, Cours- und Sitzungsberichte u. s. w.

Die Expedition der „N. Würzb. Ztg."

Aus **München**, 24. Juni, schreibt man der „A. Abdz.": „Nach einer in beiden Kammern angestellten Berechnung wird es möglich sein, bis zum 6. Juli alle Regierungs-Vorlagen und noch einige der wichtigeren Anträge von Abgeordneten, über welche die Ausschußberichte vollendet sind, zu erledigen, doch bedarf es hiezu von beiden Kammern einer sehr angestrengten Thätigkeit und — keine Zwischenfälle; selbstverständlich müssen fast jeden Tag Sitzungen von längerer Dauer stattfinden. Ueber die Wahl des Ausschusses für die soziale Gesetzgebung haben sich drei Fraktionen der Kammer der Abgeordneten im Wesentlichen geeinigt. Dabei vernimmt man, daß die Staatsregierung die Absicht hat, den Ausschuß für Anfangs Januar 1866 einzuberufen; früher wird es der Regierung nicht möglich sein, die umfassenden Gesetzentwürfe zur Vorlage zu bringen. Die Mitglieder des Gesetzgebungs-Ausschusses der Kammer der Abgeordneten für Berathung des Zivilprozesses wollen sich nach Beendigung des Landtags einige Erholung gönnen, jedoch gegen Ende August ihre Berathungen wieder aufnehmen und dann ununterbrochen fortsetzen.

Der II. Ausschuß der Kammer der Abgeordneten hat am 20. einstimmig beschlossen, der Kammer die Anerkennung der Rechnungsnachweisungen der Post für 1861/63 vorzuschlagen. Dem vom Abg. Feustel erstatteten Bericht entnehmen wir Folgendes. Die Rechnungen selbst boten dem Berichterstatter keinen Anlaß zu einer Bemerkung; wohl aber glaubte er die Ansicht aussprechen zu sollen, daß auf dem Gebiete des inneren Taxwesens und der Verkehrserleichterungen Bayern den übrigen Staaten nicht gefolgt sei. Als in dieser Hinsicht berechtigte Wünsche hebt er hervor, daß zugleich mit der hoffentlich vom nächsten Finanzjahr an eintretenden Einführung eines Briefportosatzes von 3 Kreuzer ohne Rücksicht auf die Entfernung auch die Gewichtstaxstufen auf etwa zwei Sätze beschränkt; daß das Bestellgeld für Briefe und Pakete vollständig aufgehoben; die Beförderung von Waarenproben und Mustern mit der Briefpost möglichst erleichtert; die Art der Posteinzahlungen verbessert und mit der Errichtung von Filialbureaus in verschiedenen Stadttheilen in Städten wie München, Nürnberg und Augsburg der Anfang gemacht werde. Die Eingabe verschiedener Konsortien von Postboten um Gehaltserhöhung empfiehlt der Berichterstatter, und mit ihm der Ausschuß, lediglich der Staatsregierung hinüberzugeben, damit nicht, wie der Bericht sagt, die Kammer „durch einseitige Empfehlung selbst Anlaß gebe, daß die Fluth der Petitionen bei

Feuilleton.

Beethoven's Briefe.

Das Lesen von Briefen berühmter und bedeutender Persönlichkeiten gehört zu den reizvollsten und interessantesten Genüssen des Gebildeten. Freilich darf man den Begriff Brief nicht so weit fassen, als es von mehreren Seiten z. B. innerhalb der Götheliteratur geschehen ist, wo ein jedes noch so inhaltsleere oder gleichgiltige Papierschnitzelchen, jede gelegentliche Bemerkung oder rein geschäftliche Notiz uns als wichtiger Theil der oder jener Korrespondenz aufgetischt ward. Wir verstehen unter Briefen Kundgebungen des inneren Menschen, Offenbarungen des Charakters, Aeußerungen von Zuständen der Seele, von Gedanken, Ansichten und Empfindungen.

Dies Alles nun findet sich reichlichst in den „Briefen Beethoven's", herausgegeben von Dr. Ludwig Nohl (Stuttgart, Cotta). Es wird uns in diesem ziemlich starken Bande eine erste Gesammtausgabe der noch vorhandenen und nicht gar zu schwer zugänglichen Korrespondenz des großen Tondichters geboten. Der Verehrung und Pietät, die den Manen Beethovens gebührt, angemessen schien es, besonders bei solchen Briefen zu verweilen, welche die freundlichen und liebenswürdigen Seiten seiner Individualität hervorheben. Nohl durfte selbstverständlich sich auch nicht von denen abwenden, worin der Zorn über die Gemeinheit der Welt dem Schreiber oft abstoßend herbe, hart an das Unästhetische oder sogar Widerliche anstreifende Aeußerungen eingegeben hat. Mit Trauer wird man daraus ersehen, wie gering der sittliche Werth oder vielmehr wie groß die Unwürdigkeit der nächsten Umgebung des Meisters war, und daß er genug zu thun hatte, sich nur seines edleren Theiles überhaupt zu wehren. Es ist eine gerechte moralische Entrüstung, die diesen Heroen zuweilen ergreift, und man läßt dergleichen grimmige Ausbrüche ruhig stehen, wie in der Natur, deren Größe uns auch über ihren nicht zu vermeidenden Erdenschmutz erhebt.

Aus den ersten dreiundzwanzig Lebensjahren Beethovens, d. h. der ganzen Zeit vor seiner Uebersiedlung nach Wien, enthält die Nohl'sche Sammlung nur drei Schreiben von seiner Hand, und eines darunter ist wohl nicht einmal von ihm selbst abgefaßt: die Dedication „dreier Sonaten für's Klavier" an den Kurfürsten Maximilian Friedrich von Köln. Denn kaum dürfte ein elfjähriger Knabe also sich äußern können: „Erhabenster! Seit meinem vierten Jahre begann die Musik die erste meiner jugendlichen Beschäftigungen zu werden. So frühe mit der holden Muse bekannt, die meine Seele zu reinen Harmonien stimmte, gewann ich sie, und wie mir's oft wohl däuchte, sie mich wieder lieb. Ich habe schon mein elftes Jahr erreicht; und seitdem flüsterte mir oft meine Muse in den Stunden der Weihe zu: Versuch's und schreib' einmal

der Kammersitzung sich mehre und eine Ungleichheit hervorgerufen werde, die zu gegründeten Beschwerden Anlaß gebe." In derselben Sitzung des 2. Ausschusses erstattete der Abg. Kolb Vortrag über verschiedene Vorstellungen und Anträge in Eisenbahnsachen. Es sind deren 6, von denen 4 den Bau neuer Bahnlinien auf Staatskosten (nämlich: einer Eisenbahn zwischen Augsburg und Regensburg, einer Donauthalbahn von Günzburg bis Regensburg, einer Eisenbahn von Aschaffenburg nach Miltenberg und einer Bahn von Eger nach Neuenmarkt durch das Fichtelgebirg) betreffen, während die zwei anderen nur um Aenderung einzelner Theile bereits beschlossener Bahnlinien, Errichtung von Haltstellen und dergleichen petitioniren. Bezüglich der vier ersterwähnten Vorstellungen beantragte der Berichterstatter Hinübergabe an die Staatsregierung zur näheren Prüfung, bezüglich der zwei letzten Uebergang zur Tagesordnung. Der Ausschuß stimmte bei.

München, 24. Juni. Für die Mitwirkung in „Tristan und Isolde" haben die k. Hofmusiker eine Gratifikation von 50 fl. erhalten. — Das Schnorr'sche Ehepaar soll mit einem Jahresgehal von 12,000 fl. im Hoftheater engagirt sein und Hr. Schnorr das Recht haben, sich die Rollen selbst auszuwählen. — Der König hat gestattet, daß auch heuer am Tag vor dem ersten Oktoberfest-Sonntag von den Endpunkten der Staatseisenbahnen aus nach München ein Extrazug befördert werde, dessen Theilnehmer in der Art nur die halbe Taxe zu bezahlen haben, daß sie das um den Betrag der ganzen Fahrtaxe gelöste Billet bis zum Schluß des Oktoberfestes jeden beliebigen Tag zur unentgeltlichen Rückfahrt benützen können.

Die „Bayer. Ztg." vom 24. veröffentlicht einen aus Schloß Berg vom 23. Juni datirten königlichen Erlaß, durch welchen der Landtag bis zum 6. Juli verlängert wird. — König Otto ist am 24. zu seinem kgl. Vater nach Berchtesgaden abgereist. — Im „Volksboten" erklärt der am 21. Juni „am Dekanatssitz versammelte Klerus des Dekanats Pfarrkirchen" (17 Geistliche), daß er die von Dr. Völk in der 41. Sitzung der Kammer der Abgeordneten gehaltene Rede gegen den Bischof von Passau und den Diözesanklerus „als unbegründet mit Entrüstung zurückweist."

Aus dem Zollverein den 21. Juni. Mit besonderer Rücksicht auf die Industrie des Zollvereins theile ich hierbei eine Anzahl von Positionen der Eingangszölle mit, welche im Königreich Italien per 100 Kil. gelten, wobei die erste Ziffer den allgemeinen, also auch für den Zollverein geltenden, die zweite Ziffer den vertragsmäßigen, also auch für Oesterreich, Großbritannien, Frankreich, Schweiz ꝛc. in Kraft stehenden Tarif bezeichnet. Chirurgische, mathematische, physik. und chemische Instrumente 20—10 Lire; Gewebe von Stahl- und Eisendraht 50—10 L., desgl. von Kupfer- und Messingdraht 50—13 L. 85 C.; Zinkwaaren 30—8 L.; Bleiwaaren 6—3 L.; lakirtes Leder (ein Hauptartikel!) 100—80 L.; Flachs und Hanf, roh, 50 Cent — frei; desgl. gehechelt 2½ L. — frei; desgl. in Geweben zu weniger als 6 Fäden in der Kette 100—38 L.; zu mehr als 6 Fäden in der Kette 100—90 L.; Gewebe aus reiner Seide jetzt 1000—600 L.; vom 1. Januar 1868 1000—300 L.; Jod 10—2 L.; Salpetersäure 4—1 L.; Benzoesäure 200 L. — frei; Kalisalpeter 10 L. — frei; Borax 10 L. — frei; feine Seife 60—6 L.; Spiegelgläser 15—8 L.; Krystall 15—12 L.; Tafelglas 8—5 L.; gegossenes Glas 15—5 L.; weißes Porzellan 16—12 L.; Strohhüte 25 L. — frei; Schreibfedern 50 L. — frei; Bleistifte 6—1 L.; Chocolade 50—35 L.; Bücher 15 L. — frei; Papier, bemaltes und vergoldetes, auch Papiertapeten 30—25 L., Kupfer- und Stahlstiche, Steindrücke, Holzschnitte, Etiketten 60 L. — frei; Landkarten 30 L. — frei. Zu bemerken ist, daß 15% Kriegssteuerzuschlag dem allgemeinen, nicht aber dem vertragsmäßigen Tarif zur Last fallen, wodurch das Mißverhältniß noch vermehrt wird.. (Schw. M.)

Wien. Die „Wiener Ztg." erklärt die Angabe der „Allg. Ztg.", daß der mexikanische Oberstlieutenant Schaffer sich in Werbungsangelegenheiten in Wien befinde, für gänzlich unwahr.

Berlin, 24. Juni. Der offizielle Berliner Korrespondent der „Elb. Ztg." berichtet über den Inhalt der österr. Depesche vom 5. Juni, welche sich mit den bekannten preußischen Forderungen beschäftigt, dieselbe sei in ganz allgemeinen Ausdrücken abgefaßt, welche durchaus nicht die Voraussetzung rechtfertigen, daß das Schriftstück die Anbahnung einer definitiven Verständigung in dieser Kardinalfrage zum Zwecke habe. Zugestanden werden Dinge, die Oesterreich ohnedies nicht hindern kann, wie der Abschluß einer (bekanntlich schlechterdings ungenügenden) Militärkonvention und die Aufnahme der Herzogthümer in den Zollverein; alle anderen Punkte berührt die Depesche in so unbestimmter Weise, daß die eigentliche Stellung Oesterreichs zu denselben gar nicht ersichtlich ist. Im Grunde ist das ganze Schriftstück nichts weiter, als eine Paraphrase der Depesche vom 15. März, durch welche Oesterreich bekanntlich die Februarforderung kurz ablehnte." — Eine neue Depesche Oesterreichs vom 17. ds. M. soll gleichfalls in demselben Sinne gehalten sein.

---

deiner Seele Harmonien nieder! Elf Jahre — dachte ich — und wie würde mir da die Autormiene lassen? und was würden dazu die Männer in der Kunst wohl sagen? Fast ward ich schüchtern. Doch meine Muse wollt's — ich gehorchte und schrieb." Wir glauben nicht zu irren, wenn wir annehmen, daß dem Knaben diese Zeilen in die Feder diktirt worden sind, dagegen hat er den zweiten Brief, 1787 an Dr. Schade in Augsburg gerichtet, jedenfalls aus seinem eigenen Innern herausgeschrieben. Der siebzehnjährige Jüngling meldet darin den Tod seiner Mutter in rührenden, durch ihre einfache Herzlichkeit wirkenden Ausdrücken: „Sie war mir eine so gute, liebenswürdige Mutter, meine beste Freundin. O! wer war glücklicher als ich, da ich noch den süßen Namen Mutter aussprechen konnte, und er wurde gehört, und wem kann ich ihn jetzt sagen? Den stummen, ihr ähnlichen Bildern, die mir meine Einbildungskraft zusammensetzt?" — Das dritte jener Schreiben richtet an den Kurfürsten Maximilian Franz die Bitte um Erneuerung eines — wie der Sohn leider gezwungen ist, einzugestehen — von dem Vater unterschlagenen Dekrets zu seinen Gunsten.

Der erste Brief aus Wien in der Sammlung ist vom 2. Nov. 1793 datirt und seine Empfängerin war Eleonore von Breuning, die Schülerin Beethovens, jenes „feingedaute, schlanke und elastische Kind Lorchen", das für die nächsten Jahre und noch lange Zeit nachher eine gewisse Rolle in des Künstlers Dasein spielte. Das Verhältniß mochte von ihrer Seite niemals etwas Anderes, als Freundschaft und Hochachtung sein; allein für Beethovens feuriges Herz und schwungvolle Phantasie genügte Freundschaft nicht. Sein Gefühl war schwärmerisch genug, um nahe an die Liebe zu streifen, und behielt auch dann, als das Mädchen selbst mit zarter Hand dem stürmischen Dränger gewehrt und sein Empfinden in die rechten Bahnen geleitet hatte, noch Kraft und Inhalt genug, ihn durch das ganze Leben zu begleiten. Klingt nicht Fidelio-Leonore lebhaft an das „Kind Lorchen" an? Jener hier in Rede stehende Brief ist ebenfalls ein Dedicationsschreiben. Beethoven sendet ihr die Variationen über Se vuol ballare und begleitet dieselben mit den Worten: „Wenn die Kleinigkeit Ihnen nur Vergnügen macht, so sind meine Wünsche ganz befriedigt. Es sei eine kleine Wiedererweckung jener Zeit, wo ich so viele und selige Stunden in Ihrem Hause zubrachte; vielleicht erhält es mich im Andenken bei Ihnen, bis ich einst wiederkomme, was nun freilich nicht so bald sein wird. O, wie wollen wir uns dann, meine liebe Freundin, freuen; Sie werden dann einen fröhlicheren Menschen an ihrem Freunde finden, dem die Zeit und sein besseres Schicksal die Furchen seines vorhergegangenen, widerwärtigen ausgeglichen hat." Zum Schluß des Briefes wagt er noch eine Bitte: „Sie ist, daß ich wieder so glücklich sein möchte, eine von Hasenhaaren gestrickte Weste von Ihrer Hand, meine liebe Freundin, zu besitzen. Verzeihen Sie die unbescheidene Bitte Ihrem Freunde. Sie entsteht aus großer Vorliebe für Alles, was von Ihren Händen ist, und heimlich kann ich Ihnen wohl sagen, eine kleine Eitelkeit liegt dabei mit zum Grunde, nämlich um sagen zu können, daß ich etwas von einem der besten, verehrungswürdigsten Mädchen in Bonn besitze."

In einem zweiten Schreiben an Leonore, etwa aus derselben Zeit, dankt er für eine „schöne Halsbinde von Ihrer Hand," die er zum Geschenk erhalten: „Sie erweckte in mir Gefühle der Wehmuth . . . Erinnerung an vorige Zeit war ihre Wirkung . . . wahrlich, ich dachte nicht, daß Sie mich noch eines Andenkens werth hielten . . . Sie und Ihre theure Mutter werde ich nie vergessen." Letzteres hat er treu erfüllt, denn noch im Jahre 1826 schrieb er an Wegeler, den Gatten Leonorens: „Von Deinem Lorchen habe ich noch die Silhouette, woraus zu ersehen, wie mir alles Liebe und Gute aus meiner Jugend noch theuer ist." Und dies durfte sein, denn jenes Mädchens Bild war es doch sicher gewesen, welches vor Allem in der ersten Zeit des Wiener Aufenthaltes, wo die Verführung jeder Art groß genug war, ihn wie ein lichter Schutzengel umschwebt und vor Verirrungen bewahrt hatte, die seinen Frieden leicht hätten trüben können. Ganz schön spricht hierüber Nohl: „Das ist ja der köstliche Gewinn dieser zarten Regungen, daß sie, selbst nicht erwiedert, sich zu einer Macht verkörpern, die uns unser eigenes Innere stets in seiner Reinheit wach erhält: Die erste Jugendliebe wird in Wahrheit unser besseres Selbst."

Ein Wiener Telegramm der „Fr. P. Ztg." vom 24. Juni berichtet über denselben Gegenstand Folgendes: „Oesterreich wiederholt die in der Depesche vom 5. März Preußen angebotenen Begünstigungen; erklärt sich jedoch bei Nichtannahme derselben nicht länger dadurch gebunden und wird in den Herzogthümern einen vollständig unbeschränkten souveränen Staat zu konstituiren suchen."

Laut einer Bekanntmachung im Kreisblatte soll denjenigen Lehrern des kalauer Kreises, deren Gesammteinkommen sich auf noch nicht 60 Thaler (!) beläuft, dasselbe auf diese Summe erhöht werden.

Der diplomatische Korrespondent der „Köln. Ztg." schreibt unterm 23.: „Näheren Nachrichten zufolge soll die österreichische Depesche vom 5. Juni sich hauptsächlich auf die Ständefrage beziehen und im Allgemeinen die Bereitwilligkeit, über die preußischen Februar-Bedingungen wieder zu unterhandeln, ausdrücken, dagegen bestimmte Vorschläge noch nicht enthalten. Ob diese in der angegebenen Form in einer gleichzeitigen Instruktion an den Gesandten für eventuelle spätere Mittheilung bezeichnet sind, steht dahin. Man glaubt, Preußen habe gegen eine Erörterung seiner Forderungen und den Versuch einer direkten Verständigung im Allgemeinen nichts eingewandt."

Derselbe Korrespondent der „Köln. Ztg." bemerkt: „Das Gutachten der Kronsyndici wird außerhalb des ministeriellen Lagers namentlich wegen seiner Einwirkung auf einflußreiche Kreise (König) ins Auge gefaßt. Schon in der Konseil-Sitzung vom 23. v. M., wo die Richtung des Kronsyndikats im Allgemeinen bereits konstatirt war, sollen von hoher Seite dem engeren Anschlusse günstigere Aeußerungen gefallen sein, welchen die Minister mit gewissen Modifikationen zugestimmt hätten. Was süddeutsche Blätter (Allg. Z.) darüber berichtet, ist nicht bestritten werden und scheint mit der bezeichneten Einschränkung richtig."

Aus **Rheinpreußen,** 19. Juni, schreibt man der „A. Ztg.": „Es zeigt sich immer mehr, wie unzufrieden der Handelsstand in Rheinland-Westphalen mit dem zwischen Oesterreich und dem Zollverein abgeschlossenen Handelsvertrag ist. Während der zweite deutsche Handelstag in München den Beschluß faßte: „die nach dem Vertrag vom 19. Febr. 1853 zwischen dem Zollverein und Oesterreich bestehenden Verkehrserleichterungen sind möglichst dahin auszudehnen, daß bei der Mehrzahl der beiderseitigen Erzeugnisse des Bodens und der Industrie ein zollfreier Verkehr eintrete;" ja während der Artikel 25 des Vertrags von 1853 bestimmte: daß, falls eine Einigung nicht zu Stande gebracht werden könne, über weitergehende Verkehrserleichterungen und über die möglichste Annäherung und Gleichstellung der beiderseitigen Tarife zu unterhandeln sei — sind in dem neuen österreichischen Vertragstarif wichtige Einfuhrgegenstände mit einem hohen Eingangszoll belegt, höher als in dem Tarif von 1853. So zahlen z. B. Stockeisen und Rohstahl in dem von 1853 per Zentner 1 fl. und im neuen Tarif $1\frac{1}{2}$ fl.; façonnirtes Eisen und rohes Blech 1853 pr. Ztr. $1\frac{1}{2}$ fl., 1865 $2\frac{1}{2}$ fl.; polirtes Blech und Draht 1853 $2\frac{1}{2}$ fl., 1865 4 fl.; grobe Eisenwaaren 1853 3 fl., 1865 $4\frac{1}{2}$ fl.; feine Eisenwaaren 1853 $4\frac{1}{2}$ fl., 1865 12 fl. Aehnliche Erhöhungen finden sich für Baumwollengarn, Leinengarn, Papier und Papierwaaren, Leder und Lederwaaren, Glaswaaren, Blei und Rothstifte &c. Die Klagen sind daher wohl begreiflich.

Baden. Die „Karlsr. Ztg." schreibt: „Der „Schwäb. Merkur" bringt die Nachricht, daß die Unterhandlungen der Kurie mit der Regierung zu keinem Resultat führen werden, obgleich die letztere bereit gewesen, hinsichtlich der Besetzung der Kreisschulrathsstellen mit Geistlichen und bei der Wahl der Persönlichkeiten, die das Schulwesen in oberster Instanz zu leiten haben, weitgehende Konzessionen zu machen. Die Sachlage ist gerade die umgekehrte. Die Regierung kann über die Personen, denen sie in wichtiger, verantwortungsvoller Stellung ihr volles Vertrauen zu schenken hat, mit Niemanden verhandeln. Obgleich aber die Kurie über diesen Punkt nicht im Zweifel sein kann, können die Verhandlungen dennoch nicht als abgebrochen bezeichnet werden."

Wiesbaden, 25. Juni. Die Urwahlen zur zweiten Kammer finden am 2. Juli, die Wahlen der Abgeordneten selbst am 11. Juli statt. — Die höchstbesteuerten Grundbesitzer wählen am 13. Juli zu Rennerod, Montabaur, Limburg, Naßtätten, Königstein und Wiesbaden, die höchstbesteuerten Gewerbetreibenden am 15. Juli zu Limburg zur ersten Kammer.

Paris, 23. Juni. Die „France" veröffentlicht folgendes Programm des neuen vom Marschall O'Donnell gebildeten span. Kabinets. Wiederherstellung des in Folge der Aprilereignisse aufgelösten Munizipalraths zu Madrid und Ernennung des Herzogs von Tamanès zum Maire von Madrid. Wiedereinsetzung des durch Narvaez abgesetzten Rektors der Universität zu Madrid, Montalban. Allgemeine Amnestie für die Presse. Ausdehnung des Stimmrechts. Die Wahl nach Provinzen wird der bisherigen Wahl nach Distrikten substituirt. Endlich Anerkennung des Königreichs Italien.

Paris, 23 Juni. Gestern stellte im Senate Hr. Thayer das Begehren, daß die Behörde mit größerer Strenge gegen die

---

An den erwähnten Freund, Wegeler, finden sich sehr viele Briefe in der Sammlung. Helles Licht auf Beethoven's Gutherzigkeit und aufopferungsfähigen Edelmuth wirft besonders einer vom 29. Juni 1800, worin u. A. die Worte stehen: „Du siehst, daß es eine hübsche Sache ist, z. B. ich sehe einen Freund in Noth und mein Beutel erlaubt eben nicht, ihm gleich zu helfen, so darf ich mich nur hinsetzen und in kurzer Zeit ist ihm geholfen." Vorher geht nämlich der Satz: „Auch habe ich auf jede Sache sechs, sieben Verleger und noch mehr, wenn ich mir's angelegen sein lassen will: man akkordirt nicht mehr mit mir, ich fordere und man zahlt." Nicht ohne innigstes Mitgefühl aber wird man lesen, daß derselbe Brief bereits des Gehörleidens Beethoven's schmerzliche Erwähnung thut. „Mein Gehör ist seit drei Jahren immer schlechter geworden; die Ohren sausen und brausen Tag und Nacht. Ich kann sagen, ich bringe mein Leben elend zu; seit zwei Jahren fast meide ich alle Gesellschaften, weil mir's nicht möglich ist, den Leuten zu sagen: ich bin taub. Hätte ich irgend ein anderes Fach, so ging's noch eher, aber in meinem Fache ist das ein schrecklicher Zustand; dabei meine Feinde, deren Zahl nicht gering ist, was würden diese hierzu sagen! Um Dir einen Begriff von dieser wunderbaren Taubheit zu geben, so sage ich Dir, daß ich mich im Theater ganz dicht an's Orchester anlehnen muß, um etwas zu verstehen. Resignation! welches elende Zufluchtsmittel, und mir bleibt es doch das einzig übrige!"

Die Briefe an Gräfin Giulietta Guicciardi, die „unsterbliche Geliebte", der die Cismollsonate gewidmet ist, erscheinen bei Nohl zum Erstenmal in einer diplomatisch genauen Wiedergabe nach dem in Schindler's Beethoven-Nachlaß befindlichen mit Bleistift auf feines Postpapier geschriebenen Original. Hören wir nun einige Sätze dieser leidenschaftlich schwärmerischen Gefühlsausbrüche: „Mein Engel, mein Alles, mein Ich, nur einige Worte heute, und zwar mit Bleistift (mit Deinem) — warum der tiefe Gram, wo die Nothwendigkeit spricht — kann unsere Liebe anders bestehen, als durch Aufopferungen, durch nicht alles verlangen, kannst Du es ändern, daß Du nicht ganz mein, ich nicht ganz Dein bin? — Ach Gott, blick' in die schöne Natur und beruhige Dein Gemüth über das Müssende — die Liebe fordert alles und ganz mit Recht, so ist es mir mit Dir, Dir mit mir — nur vergißt Du so leicht, daß ich für mich und für dich leben muß — wären wir ganz vereinigt, Du würdest dieses schmerzliche ebensowenig als ich empfinden. . . . Die Brust ist voll, Dir viel zu sagen — ach es gibt Momente, wo ich finde, daß die Sprache noch gar nichts ist — erheitere Dich, bleibe mein treuer, einziger Schatz, mein Alles, wie ich Dir; das Uebrige müssen die Götter schicken, was für uns sein muß und soll . . . . Wie Du mich auch liebst, stärker liebe ich dich doch — ach Gott, so nahe! so weit! ist es nicht ein wahres Himmelsgebäude, unsere Liebe — aber auch so fest, wie die Veste des Himmels. . . . Leben kann ich entweder nur ganz mit Dir oder gar nicht, ja ich habe beschlossen, in der Ferne so lange herumzuirren, bis ich in Deine Arme fliegen kann, und mich ganz heimathlich bei Dir nennen kann, meine Seele von Dir umgeben in's Reich der Geister schicken kann — ja leider muß es sein — Du wirst Dich fassen, um so mehr, da Du meine Treue gegen Dich kennst, nie eine Andere kann mein Herz besitzen, nie, nie — Deine Liebe macht mich zum Glücklichsten und Unglücklichsten zugleich — sei ruhig, nur durch ruhiges Beschauen unseres Daseins können wir unseren Zweck, zusammen zu leben, erreichen — ewig Dein, ewig mein, ewig uns!"

Ist das nicht überschwengliche Gluth des Empfindens? Und doch mußte die Flamme endlich niederbrennen: Giulietta wurde die Gattin eines Anderen! Auf sie bezieht sich übrigens wohl auch folgende Stelle aus einem Brief an Wegeler (16. Novbr. 1800): „Etwas angenehmer lebe ich jetzt wieder, indem ich mich mehr unter Menschen gemacht. Du kannst es kaum glauben, wie öde, wie traurig ich mein Leben seit zwei Jahren geführt; wie ein Gespenst ist mir mein schwaches Gehör überall erschienen, und ich floh die Menschen, mußte Misanthrop scheinen und bin's doch so wenig. Diese Veränderung hat ein liebes, zauberisches Mädchen hervorgebracht, das mich liebt — und das ich liebe; es sind seit zwei Jahren wieder einige selige Augenblicke, und es ist das Erstemal, daß ich fühle, daß Heirathen glücklich machen könnte; leider ist sie nicht von meinem Stande."

Unmoralität auftrete, welche sich in Schriften und Bildwerken sowohl, wie auch in Theatern und Cafés-Conzerts immer mehr breitmache. Der Regierungskommissär, Hr. Genteur, erwiderte, die Behörde wache über die genaue Anwendung des Gesetzes und könne mehr nicht thun. — Die gestrige Fahrt des Kaisers im einfachen Kabriolet mitten durch die lungernde Unzufriedenheit der Droschkenstationen der Boulevard hat auf die Arbeiterbevölkerung einen guten Eindruck gemacht und unbedingt imponirt.

Der Pariser „Monde" ist in der Lage, den Wortlaut der Rede mitzutheilen, mit welcher Papst Pius kürzlich am Jahrestage seiner Thronbesteigung die Beglückwünschung des Kardinalskollegiums beantwortete. „Die Bahn des Papstthums, sprach Pius IX., ist in der That sehr steil, und es hält schwer, denständigen Gefahren, mit denen sie besäet ist, zu entgehen. Die Unterstützung des heiligen Kollegiums, der Prälaten und aller guten Katholiken hilft mir, voranzukommen. Allerdings finden sich schwache und zaghafte Seelen, wie sie Jesus Christus seinen Jüngern in dem Gleichnisse von den Arbeitern schildert, die zur Arbeit bestellt waren, von denen aber der Eine abschlug, der Andere versprach und doch nicht kam. Ach! leider ist es nur zu gewiß, daß es Kleinmüthige, daß es Leute gibt, die Herz und Sinn anderwärts hingewandt haben. Getäuscht durch das Trugbild der Einheit und des Ruhmes verwerfen sie den Hohenpriester Samuel um des Königs Saul willen. Sie gewahren nicht, daß damit gerade die Spaltung, die Trübsal und das Elend beginnen, von denen die Bücher des alten Testamentes reden. Ihr aber, meine Brüder, einigt Euch zur Vertheidigung der heiligen Rechte dieses apostolischen Stuhles durch Eure Werke und Worte, und wenn Ihr es nicht anders vermögt, durch das Gebet, durch Euer Beispiel und Eure christlichen Tugenden. Die Prüfung, sage ich Euch, ist schwer, allein Gott verleiht seinen Dienern die Kraft, sie zu ertragen, und wird, nach diesem kurzen Leben, sie mit unsterblichem Ruhme krönen."

Am 22. d. erschien der erste Märtyrer der Kutscherstrike vor Gericht. Er hatte einen neuen Kutscher und dessen Passagier, der ebenfalls ein neuer war, ohne weitere Provokation, solid durchgeprügelt. Er wurde zu 4 Monaten Gefängniß verurtheilt.

Aus **New-York**, 10. Juni, schreibt man der „Köln. Zeitung": „Die Zeugenbeweis-Aufnahme in der Untersuchung gegen die Meuchelmörder des Präsidenten Lincoln ist beendet und bleiben nur noch die Plaidoyers auf beiden Seiten übrig, so daß die ganze Angelegenheit in der nächsten Woche erledigt sein wird. Das Interesse an den Verhandlungen hat sehr abgenommen, da die vor den Gerichtsschranken stehenden Individuen an sich sehr unbedeutend waren. Einen nachhaltigen und großen Eindruck machten dagegen diejenigen Aussagen, welche Anfangs der Veröffentlichung vorenthalten wurden und die Schuld von Jefferson Davis und seiner hervorragenden Rathgeber näher erweisen. Aus ihnen geht hervor, daß die Regierung vollständig in ihrem Rechte war, wenn sie ihren Steckbrief gegen Davis und Complicen erließ. Drei Zeugen, die einander nicht kannten und von denen einer allerdings als Geheimpolizist im Dienste der Washingtoner Behörde stand, sagen übereinstimmend aus, daß die Ermordung des Präsidenten, des Vizepräsidenten, Seward's, Stanton's, Chase's und Grant's von Thomson, Sanders und Clay in Montreal beschlossen und arrangirt wurde, daß Booth, Payne und Surratt seit vorigem Herbste dort vielfach verkehrten und Geld und Instruktionen erhielten, daß Thomson den zu Meuchelmord und Brandstiftung bestimmten Individuen Offizierspatente verlieh, welche vom Kriegsminister Seddon in Richmond in Blanco unterschrieben waren, damit die Inhaber im Falle der Verhaftung Anspruch auf Behandlung als Kriegsgefangene hätten und gegen Auslieferung Seitens Canada's gesichert wären, und daß erst verspätet Davis' amtliche Genehmigung des Mordanschlags aus Richmond eintraf. Dieses Schreiben liegt im Originale nicht vor; die beiden Zeugen aber, welche der Konferenz in Montreal beiwohnten, bekunden übereinstimmend, daß Davis darin sage: wenn Lincoln und sein Kabinet aus dem Wege geräumt werden könnten, so würde das Volk des Nordens die Ueberzeugung gewinnen, daß sie, die Rebellen, Freunde im Norden hätten, und es würde sich unter möglichst günstigen Bedingungen ein Friede erlangen lassen. So wenig sich nun auch voraussichtlich dieses wichtige Dokument beschaffen lassen wird, da es sicherlich längst vernichtet ist, so befestigt es doch die moralische Ueberzeugung von der Mitschuld Davis'. Andere Indizien sprechen zugleich dafür, daß Davis und seine Komplicen vor keiner Schandthat zurückschreckten, sobald sie zur Erhaltung der Rebellion dienen konnte. In dieser Beziehung erwähne ich außer dem bereits bekannt gewordenen Plane des Dr. Blackburn, das gelbe Fieber in die Hafenstädte des Nordens einzuführen, einen Plan zur Vergiftung der New-Yorker Wasserwerke mittels Arseniks und Blausäure, so wie zur Sprengung des hiesigen Aquaducts. Beide sollten zur selben Zeit erfolgen, als im vorigen Herbste unsere Haupthotels in Brand gesteckt wurden; dieses geschah, jenes unterblieb glücklicher Weise durch reinen Zufall. „In New-York" — hatte bei Besprechung des Planes einer der Rebellen-Verschworenen in Montreal gesagt — „in New-York soll in wenigen Wochen ein Trunk frischen Wassers so viel wie ein Glas Whiskey in Richmond kosten!" Gegen Davis endlich bezeugt ein gewisser Fraser aus St. Louis, daß er im vorigen Jahre verschiedene Konferenzen in Richmond mit ihm gehabt habe und daß der Gegenstand ihrer Unterredungen nie ein anderer gewesen sei, als das Verbrennen der Dampfboote und Hospitäler am oder auf dem Mississippi. So unglaublich diese Scheußlichkeiten einem europäischen Leser klingen mögen, sie sind erwiesene Thatsachen durch glaubwürdige Zeugen; sie sind die legitimen Früchte eines in seinem Ursprunge infamen und corrumpirenden Systems, der Sklaverei.

Verantwortlicher Redakteur: A. Hartmann.
Druck und Verlag der Stahel'schen Buch- und Kunsthandlung in Würzburg

Amortisations-Erkenntniß.

Vom k. Landgericht Werneck.

Hypothekenbereinigung für Sömmersdorf betr.

Nachdem innerhalb der mit Edikt vom 5. Dezember v. J. vorgesteckten Frist keinerlei Ansprüche auf die dortselbst sub Ziff. 1 mit 159 aufgeführten Forderungen geltend gemacht wurden, wird erkannt:

„es seien in Anwendung des § 82 des Hypothekengesetzes unter Verwirklichung des angedrohten Präjudizes die vorausgeführten Forderungen für erloschen zu erklären und die Einträge im Hypothekenbuche zu löschen."

Werneck, den 20. Juni 1865.

Königliches Landgericht.

Huler. Meisner, Funktionär.

Schuldverschreibungen von Standesherren und Privaten.

Frankfurter Börse.

				G.	P.
4	pCt.	Herz.	Lucca, alte b. Rothsch.	—	74
4	„	„	do. neue b. „	—	90
3½	„	Landgräfl. H.-Homb. b.	„	—	94
3½	„	Fürstl.	Löwenst.-Werth. (bad.)	—	94
3½	„		do. (bayer.)	—	—
3½	„	„	Fürstenberg b. Rothsch.	92	—
3½	„	„	„	—	—
3½	„	„	Leiningen P. N. Schm.	95½	—
3	„	„	„	84	—
4	„	„	Oettingen-Wallerstein	—	99
4	„	„	Esterhazy P. Galantha	61½	62½
3½	„	„	Isenburg-Birstein b. R.	—	98½
4	„	„	Schwarzenberg	71	72
4	„	„	Palffy b. Arnst. u. Kahel.	—	79½
4	„	Gräfl.	Erbach-Fürstenau b. S.	—	96
4	„	„	Palffy, Ferd. Leop., b. S.	61	[illegible]

				G.	P.
4	pCt.	Gräflich	St. Genois b. Schm.	—	70
4	„	„	Szapary b. Rothsch.	—	50
4	„	„	Schönborn b. Schm.	—	65
4	„	„	Sandor b. Rothsch.	60	—
4	„	„	Strachwitz b. Schm.	—	50
4	„	„	Hugo Eltz	—	85
4	„	„	Viczay b. Rothsch.	60	—
4	„	„	Nicky b. Rothsch.	—	—
4	„	„	Hunyady b. Rothsch.	—	—
4½	„	„	Batthyany Joh. Bapt.	72	—
4½	„	„	Batthyany Gustav	—	71
4½	„	„	Orczy b. Schmidt	71	—
4½	„	„	Sztaray	—	74
4½	„	„	Karoly bei Biedermann	—	70
4½	„	„	Pejacsevich b. Schuller & Co.	58	—

Anlehens-Loose.

Fürstl. Esterhazy 40 fl. Loose	[illegible]
„ Windischgrätz 20 fl. Loose	17.— — 17.50
„ Salm-Reifferscheid 40 fl. L.	30 60 — 31.—
„ Palffy 40 fl. Loose	26.50 — 27.—
„ Clary 40 fl. Loose	26.50 — 27.—
Gräflich Keglevich 10 fl. Loose	12.50 — 13.—
„ Waldstein-Wartenb. 20 fl. L.	19.— — 19.50
„ St. Genois 40 fl. Loose	26.50 — 27.—
Stadt Triester 100 fl. Loose	107.— — 108.—
Donau-Dampfschiff. 100 fl. L.	84.— — 85.—
Dessauer 100 Thlr.-Loose	[illegible]

An die
k. Hof- und Staatsbibliothek
1 N. Würzb. Ztg. München.

Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht!

№ 175. | Vorausbezahlung: Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 1 fl. 30 kr. Bei Inseraten wird die dreispaltige Zeile in gewöhnlicher kleiner | 62. Jahrgang. | Schrift oder deren Raum im Hauptblatte mit 6 kr., im Anzeiger mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franco. | Dinstag, 27. Juni 1865.

Zur schleswig-holsteinischen Sache.

Aus Wien schreibt man vom 22. d.: So thatsächlich es ist, daß von preußischer Seite in den letzten Tagen große Anstrengungen für das Zustandekommen einer Monarchenzusammenkunft in Karlsbad gemacht wurden und auch noch in diesem Augenblick fortgesetzt werden, ebenso positiv ist es, daß man hier der Nothwendigkeit auszuweichen bemüht ist, den diesfälligen preußischen Wünschen entsprechen zu müssen. Es heißt zwar, daß Graf Mensdorff baldigst sich allein zum Kurgebrauche nach Karlsbad begeben werde; zwischen seinem alleinigen dortigen Erscheinen und einem Besuche des Kaisers in Karlsbad besteht aber ein großer Unterschied. Wenn das Berliner Kabinet nunmehr, wo die letzte österreichische Depesche dort vorliegt, noch weiter auf der Entfernung des Herzogs von Augustenburg bestehen und von dieser die Einberufung der Stände abhängig machen wollte, so glauben wir ankündigen zu dürfen, daß die seither zwischen den deutschen Großmächten bestandene Spannung rasch in ein den förmlichen Bruch nunmehr zu einer Frage der Zeit gestaltendes Verhältniß überziehen würde. Man versichert in Kreisen, die es wissen können, daß der Kaiser von seinen ziemlich lange gewährten überaus günstigen Dispositionen für die preußische Allianz zurückgekommen sei und der Politik seines Kabinets in der Herzogthümerfrage bedeutend mehr freien Lauf lasse, als dies vor noch nicht langer Zeit der Fall war. — Wie von guter Seite versichert wird, haben die Minister v. Schmerling und Plener in Folge ihrer durch die Finanzlage veranlaßten schwierigen Stellung im Reichsrathe vorgestern durch den Ministerpräsidenten Erzherzog Rainer ihre Demission angeboten. Der Kaiser hat aber auf telegraphischem Wege von Ischl aus die Annahme abgelehnt. Seit gestern ist der Kaiser wieder hier, und es finden unter seinem persönlichen Vorsitze Ministerkonseils statt, die den innern Angelegenheiten gelten.

In einer Berliner Korrespondenz des „Botschafters" wird berichtet: „Oesterreich hat neuerdings entschieden auf eine Reduktion des preußischen Truppenstandes in den Herzogthümern gedrungen, unter Hinweis, daß die Ueberschüsse aus den Landeseinkünften gar nicht mehr für die Erhaltung dieses übermäßig großen und überflüssigen Truppenkörpers ausreichen und an eine Flüssigmachung der Kriegsentschädigungsquoten unter solchen Verhältnissen vollends nicht zu denken ist, während ein Garnisonsstand von etwa 10,000 Mann für beide Mitbesitzer vollkommen ausreichen würde. Oesterreich hatte diese Forderung schon früher einmal gestellt, Preußen dieselbe aber bis jetzt unberücksichtigt gelassen."

Eine Wiener Korrespondenz des „Fr. J." überrascht mit der Nachricht, daß sich das französische Kabinet in die Frage wegen Einberufung der Stände der Herzogthümer eingemischt und daß Hr. Drouyn de Lhuys dieser Tage lediglich in diesem Betreff mehrere Unterredungen mit dem österreichischen Gesandten, Fürsten Metternich, gehabt habe. Wir entnehmen dieser Korrespondenz, was folgt: „Als Thatsache hören wir es bezeichnen, daß man in Wien die Ständeeinberufung für eine unvermeidliche Eventualität erklärt, die alle möglichen Nergeleien, Vexationen und Verschleppungen Seitens des Berliner Kabinets nicht mehr zu hintertreiben vermögen. Die Einberufung kann sich wohl noch Wochen verzögern, dies gibt man hier gerne zu; ausweichen kann man ihr in Berlin nimmermehr. Zwischen den Kabinetten von Wien und Berlin mindestens bleibt jede, auf die endgültige Entscheidung in der Herzogthümerfrage maßgeblicheren Einfluß nehmende Verhandlung in so lange suspendirt, als nicht die schleswig-holsteinischen Stände beisammen sind. . . . . Uebrigens ist es Oesterreich nicht mehr allein, welches den Zusammentritt der schleswig-holsteinischen Landesvertretung von Preußen absolut nicht vereiteln lassen will. Das Verzögerungsspiel, welches Preußen diesfalls treibt, fängt nachgerade an, auch andere Kabinete zu ennuyiren und verdrießlich zu stimmen. Es ist wenigstens in den letzten Tagen hier sehr stark von mehreren Unterredungen des Herrn Drouyn de Lhuys mit dem Fürsten Metternich die Sprache, die sich vorzugsweise auf die durch die preußische Politik in der Herzogthümerfrage geschaffene Situation bezogen. Wir wissen nicht, was der französische Minister des Aeußern in dieser Beziehung vorbrachte; was wir aber als thatsächlich wissen, ist, daß das Tuilerienkabinet nicht genug Anerkennung für die Politik Oesterreichs in der Herzogthümerfrage hat, so wie, daß die Beziehungen zwischen Frankreich und Oesterreich lange keinen so

Feuilleton.

Sherman und Grant.

Der „Köln. Ztg." schreibt man aus New-York, 10. Juni. Den nach Hause zurückmarschirenden Soldaten folgen jetzt die heimkehrenden Generale. Sherman und Grant kamen vor diesen Tagen hier durch und sind glänzend empfangen worden. Der Enthusiasmus der Massen war ein durchaus spontaner und herzlicher. Bei Sherman suchten sich die politischen Cliquen den Rang abzulaufen; eine jede derselben belegte ihn als den Ihrigen mit Beschlag. Wenn es noch irgend eines Beweises dafür bedurft hätte, daß Sherman bei seinem ersten Uebereinkommen mit Johnston jede verrätherische Absicht fern lag, und daß er von den politisch geriebeneren Gegnern einfach dupirt war, so lieferte ihn seine eigene Vertheidigung und seine selbst erbitterte Beschwerde gegen den Kriegsminister Stanton, dem er übrigens fälschlich Schuld gab, daß er seinen Ruf im loyalen Norden zu untergraben gesucht habe. Shermann hat für einen Parteimann einen großen Fehler; er spricht zu viel und zu unbedacht, und wiederholt bis zur Ermüdung das ihm angeblich widerfahrene Unrecht. Selbst wenn der Kriegsminister einen Formfehler gemacht hätte, was ich durchaus nicht zugebe, so bezweifelt doch Niemand die patriotische Reinheit seiner Motive, was bekanntlich bei Sherman nicht der Fall war. Der siegreiche General wird darum auf die Dauer nie die Sympathieen der Massen haben, welche sich bei allen Gelegenheiten für Grant aussprechen. Er ist der populärste Held, der aus dem eben beendigten Kriege hervorging. Einfach und bescheiden in seinem öffentlichen Auftreten, geradeaus und sogar etwas unbeholfen in seinem Wesen, steht er dem Volke näher, welches die ihm verwandten Züge gleichsam instinktiv in seinem Charakter fühlt. Grant ist kaum von mittlerer Größe, seine Gestalt gedrungen und kräftig; aus seinem Gesichte spricht Gutmüthigkeit, Entschiedenheit und Energie; sein Kopf hat ein durchaus germanisches Gepräge, wie man es vielfach unter der Landbevölkerung des nördlichen Deutschlands findet. Es ist übrigens in den Vereinigten Staaten kein beneidenswerthes Loos, ein populärer Mann zu sein. Von Morgens bis Abends ist er belagert, und bis in die tiefe Nacht hinein wird er von seinen neugierigen Bewunderern verfolgt. Früh um 6 Uhr schon standen die dicht gedrängten Volksmassen vor Grant's und Sherman's Thür, und noch um Mitternacht schrie die Menge derartig nach ihren Lieblingen, daß sie sich nicht anders helfen konnten, als auf den Balkon des Hauses zu treten und dem souveränen Populus gute Nacht zu wünschen, der nur bei Grant nicht auf einer Rede bestand, während Sherman jede Nacht mit einer solchen aufwarten mußte. „Aber es ist ja so dunkel," rief bei einer dieser Gelegenheiten dem letzteren ein Mann aus der Menge zu, „man kann den Sieger nicht sehen." „Zum Teufel, was wollen Sie denn, kann ich vielleicht dem Monde befehlen, heller zu scheinen?" erwiederte Sherman unter dem tobenden Beifalle seiner Hörer und zog sich zurück. Außer diesen mehr allgemeinen Verpflichtungen haben aber die hiesigen populären Größen durch die Hölle des Händeschüttelns (nicht Handdruckes) und der Autographenschreiberei hindurch zu gehen. Grant meint, sein Arm sei

ausgesprochen freundschaftlichen Charakter hatten, als in diesem Augenblicke.

Ueber die Resultate der Berathungen des Kron-Syndikats gehen sehr verschiedene Versionen durch die Zeitungen. Im Wesentlichen dürfte, wie ein Berliner Korrespondent der „Köln. Zeitung“ versichern zu können glaubt, die Entscheidung dahin gehen, daß an erster Stelle nur das Recht Christians IX. in Betracht komme, welches durch den Wiener Frieden an Preußen und Oesterreich abgetreten worden, — so daß diese beiden Mächte jetzt in dem unbestreitbaren gemeinsamen Besitz des vollen Souveränetätsrechtes über die Herzogthümer sich befanden. Das alte Recht könnte, nach dem Gutachten der Kronsyndici, nur noch als subsidiäres betrachtet werden, auf das eventuell, nämlich wenn von dem Rechte des Königs Christian und seiner Uebertragung abgesehen werden sollte, zurückzugehen wäre. Für diesen blos hypothetischen Fall sind dann die weiteren, auf die verschiedenen Erbansprüche speziell eingehenden Gutachten abgegeben. (So viel ist unzweifelhaft, daß der Ausspruch am ungünstigsten für die augustenburgischen Ansprüche ausgefallen ist.)

München. Abg. Feustel erstattete im 2. Ausschuß Vortrag über die Erträgnisse der Postanstalt in den Jahren 1861/63. Wir entnehmen demselben: Pro 1861/62 wurden abgeliefert 491,288 fl., pro 1862/63 692,527 fl., zusammen 1,183 815 fl., gegen den Etat um 43,815 fl. mehr. Dieser Ueberschuß ist um so erfreulicher, als er lediglich der Steigerung des Verkehrs zu danken ist, und weil der durch die Einführung der Landpostboten in den Jahren 1860/62 herbeigeführte Ausfall nicht nur im Jahre 1862/63 vollständig ausgeglichen ist, sondern auch noch zu einer bedeutenden Mehreinnahme geführt hat. — Man wird nicht behaupten können, sagt der Referent ferner, daß Bayern auf dem Gebiete des Postwesens sich in gleicher Weise, wie die übrigen Staaten entwickelt hat. Noch ist das einfache Briefporto im internen Verkehr auf 3 kr. nicht reduzirt, wenn es auch nächstens erwartet werden darf. Aber auch andere Wünsche harren noch einer Erfüllung. Die Ermäßigung der Taxstufen für das Gewicht auf etwa zwei Sätze, so daß ein Brief bis zu 10 Loth höchstens dem zweifachen Porto unterliegt. Sodann die vollständige Aufhebung des Bestellgeldes für Briefe und Packete; ferner die Erleichterung in der Beförderung von Waarenproben und Mustern mit der Briefpost; auch unsere Art der Posteinzahlungen ist noch mangelhaft, und doch sie am ersten geeignet, eine Vereinfachung in der Uebermittlung herbeizuführen; endlich dürfte in Städten wie München, Nürnberg und Augsburg mit der Errichtung von Filialbureau's in verschiedenen Stadttheilen, welche die Annahme von Postsendungen vermitteln und Briefträgerstationen bilden können, wohl der Anfang werden. Diejenigen Postanstalten stehen sich immer auch finanziell am besten, welche dem Verkehr am meisten nachgehn. In dem Jahre 1861/62 wurden befördert 31,258,653 Briefe, 13,851 Eilwagenreisende, 5 603 864 Frachtstücke und 38,083 338 Zeitungen; im Jahre 1862/63 33,070,731 Briefe, 16,196 Eilwagenreisende, 6,325 093 Frachtstücke und 38,936,646 Zeitungen. Hierdurch ergab sich pro 1862/63 eine Vermehrung der Bruttoeinnahme um 288,331 fl. Auf jeden Einwohner des Königreichs treffen im Jahre 1861/62 je 6,65 Briefe und je 1,19 Frachtstück; im Jahre 1862/63 je 7,03 Briefe und je 1,34 Frachtstück; im ersten Jahre haben je 38, im zweiten Jahre je 37 Seelen ein Zeitungsjahresabonnement gehalten. Recht augenscheinlich zeigt den Fortschritt ein Vergleich mit dem Jahre 1850/53, damals kamen noch auf einen Einwohner je 3,7 Briefe und auf ein Zeitungsjahresabonnement je 58 Seelen; damals kam aber auch 1 Postanstalt auf 2,603 Quadrat-Meilen und 8,554 Seelen, während 1862/63 Bayern eine solche auf 1,445 Quadrat-Meilen und 4885 Seelen hatte. — Betreffs der Eingaben der Postboten von Ober- und Niederbayern, sowie der von Regensburg beantragt Referent, selbe der königlichen Staatsregierung hinüberzugeben. Wenn die Kammer auf dem Wege einseitiger Empfehlung an die Staatsregierung vorwärts geht, veranlaßt sie nur eine gemehrte Fluth von Petitionen bei jeder Kammersitzung und ruft eine Ungleichheit hervor, die zu gegründeten Beschwerden Anlaß gibt, zumal die k. Staatsregierung nie ermangelt, den Bedürfnissen aller Kathegorien Staatsbediensteter entgegenzukommen. Schließlich beantragt Referent: 1) Es seien die Anträge der Postboten von Ober- und Niederbayern, sowie der Postboten Roidl und Genossen von Regensburg der Staatsregierung hinüber zu geben; es sei den Rechnungsnachweisungen der Postanstalt pro 1861/63 die Anerkennung zu ertheilen. Der Ausschuß ist diesen Anträgen beigetreten.

Triest, 23. Juni. Amtlichen Nachrichten zufolge ist in Livorno, Genua und Ancona eine siebentägige Observationsquarantäne, in Malta eine achttägige, in Athen eine acht- bis zwölftägige, in Konstantinopel und allen türkischen Häfen eine fünftägige, in Marseille für jetzt eine 38stündige Quarantäne angeordnet.

Wie der „Volkszig.“ aus **Mecklenburg** geschrieben wird, werden die durch die ministeriellen Maßnahmen „verurtheilten“ zweiundvierzig Nationalvereinsmitglieder alle gesetzlichen Mittel erschöpfen, um dem Recht zur Geltung zu verhelfen. Es sind zu diesem Zwecke bereits bedeutende Geldmittel gezeichnet. Zunächst werden sie auf Grund des Art. 29 der Wiener Schlußakte, welcher

---

nach einem New-Yorker Empfangs-Abende müder gewesen, als nach einem dreitägigen Ritte. Die Neugierigen defiliren an dem armen Opfer ihrer Aufmerksamkeit vorbei, und nicht zufrieden, sich zu verbeugen oder die Hand des Gefeierten leise zu drücken, ergreifen sie mit beiden Armen und Händen seine Rechte und schütteln sie rechts und links, nach oben und unten, nach vorn und hinten. Da hilft auch kein Widerstreben; der öffentliche Dulder muß sich in sein Schicksal ergeben. Blücher ließ sich 1814 bekanntlich bei seinem Besuche in London eine lederne Hand machen und hing diese zum Wagen heraus, um in einzelnen Stunden von der Arbeit des Tages auszuruhen; die hiesigen Größen können aber das nicht, weil sie im Zimmer ihre Besucher annehmen müssen. Mitten in oder unmittelbar nach dieser Ceremonie fängt dann der Sturmlauf nach Autographen an. Grant und Sherman haben starke Festungen und ganze Staaten erobert, aber einem solchen kombinirten Angriffe alter Kuriositätenjäger, alter Jungfern, junger Backfische, ja, des ganzen schwächeren Geschlechts können die sonst so Starken nicht lange Widerstand leisten, sondern sie müssen sich auf Gnade und Ungnade ergeben. Nun denken Sie sich den Sieger von Vicksburg und Richmond, der in einem unbewachten Augenblicke so leichtsinnig war, einer jungen, mit süßer Stimme bittenden Schönen ein „U. S. Grant, Generallieutenant“ auf eine Karte zu schreiben, wie er von allen Seiten bestürmt wird, wie Karten und Bleistifte hervorgeholt werden, und wie er nolens volens sich hinsetzen und einige Hundert Mal dieselbe langweilige Arbeit verrichten muß! Besser kam der Generallieutenant in einer großen Volksversammlung weg, die vor einigen Tagen im hiesigen Cooper Institute gehalten wurde. Nachdem ihm zwölf handfeste Polizisten den Weg durch die Menge gebahnt hatten, sprach er nur ein paar Worte, ging aber 15 Minuten auf der Tribune auf und ab, damit die Versammlung ihn von allen Seiten besehen konnte, und verließ diese dann zur völligen Befriedigung der Betheiligten. Jetzt sind die beiden Generale wieder abgereist und New York hat Ruhe bis zu einem neuen „Excitement“; die nachfolgenden Feldherren werden sich mit der Gastfreundschaft der Stadt begnügen müssen und kein so großes Aufsehen erregen.

Die Ehen der Vögel.

Die „Natur“ in Wiesbaden bringt einen interessanten Aufsatz von Pfarrer Snell in Hohenstein (Nassau) über eine merkwürdige Erscheinung, welche erst in neuerer Zeit allgemeiner anerkannt worden ist. Danach leben alle Vögel mit wenigen Ausnahmen in fester, lebenslänglicher Ehe (Monogamie), wie man das an Raben, Elstern, Tauben, Spatzen ꝛc. leicht beobachten kann. Zu den ganz unzertrennlichen Vögeln gehören die Lerchenfalken trotz ihrer sonstigen Wildheit. Wenn man im Herbste, wo sie wandern, einen dieser Schnellsegler in den Lüften seine wundervollen Schwenkungen machen sieht, so wird man in der Regel auch bald den andern Gatten gewahr werden. Sehr viele Vögel schaaren sich regelmäßig im Herbste zu größeren oder kleineren Heerden zusammen. Aber auch hier hat man gefunden, daß die einzelnen Paare sich zusammenhalten. Doch gibt es auch Zugvögel, von welchen die Männchen wie die Weibchen im Herbste sich in besonderen Schaaren vereinigen, und so getrennt von einander ihre Wanderungen machen, dies ist z. B. bei den Buchfinken der Fall. Im Frühlinge aber finden sich dieselben Paare wieder zusammen. Das Nachtigallen-Männchen schlägt in den ersten Tagen seiner Ankunft im Frühlinge so lebhaft Tag und Nacht ohne Unterbrechung, um sein Weibchen, welches erst später ankommt, an sich zu locken, oder vielmehr, um demselben, das ja ohnehin seine Heimath kennt, seine Anwesenheit kundzuthun. Der Sperber findet sich, nachdem er den Winter über einsam mancherlei Kreuz- und Querzüge gemacht, und zur Abwechslung vielleicht auch einmal den Palmenhainen Afrika's einen Besuch abgestattet hatte, im Frühling mit seinem Weibchen

den Fall der verweigerten und gehemmten Rechtspflege seitens einer Bundesregierung vorgesehen hat, die Hilfe des Bundes wider die mecklenburg-schwerin'sche Landesregierung anrufen.

London, 24. Juni. Der Verein der Freunde nothleidender Ausländer hat unter dem Vorsitze Lord Cranworth's den 59. Jahrestag seiner Gründung durch eine festliche Versammlung gefeiert, welcher der preußische Gesandte, Graf Bernstorff, der schwedische Gesandte, Graf Wachtmeister, der Vertreter der Hansestädte, Dr. Schleiden, Herr W. Benecke, Hr. G. Göschen und andere Ausländer von Ruf beiwohnten. Die zur Hebung der Vereinskasse in der Gesellschaft aufgelegte Subskriptionsliste ergab die Summe von 2100 L. Die Unterstützung, welche bedürftigen Ausländern gewährt wird, hat die Form von Pensionen, von gelegentlicher Hülfeleistung, von Auszahlungen in Krankheitsfällen oder Aufnahme in das Armenhaus zu Norwood, oder besteht in einzelnen Fällen auch in Verschaffung freier Ueberfahrt nach dem Kontinent.

Innerhalb der letzten sechs Jahre ist die Besteuerung des vereinigten Königreichs um den Gesammtbetrag von 19,299,863 L. vermindert worden. Zählt man dagegen die auf 3,263,215 L. anzuschlagenden Steuererhöhungen, so bleibt die Summe von 16,036,648 L., um welche die jährliche Steuerlast der Bewohner von Großbritannien und Irland erleichtert worden ist. Die bedeutendste Reduktion findet sich natürlich unter der Rubrik Zölle: sie beträgt 9,159,863 L., von welcher Summe 2,840,931 L. als Folge des Handelsvertrages mit Frankreich anzusehen sind. In Accisegebühren beträgt die Steuerverminderung 1,720,000 L., wozu die Aufhebung der Papiersteuer den größten Beitrag gestellt hat; in Stempelgebühren 790,000 L., eine Erleichterung, welche, mit alleiniger Ausnahme von 50,000 L., den Feuerversicherungsgesellschaften und deren Clienten zu Gute kommt. Von der Einkommensteuer sind nicht weniger als 7,640,000 L. abgesetzt worden.

Mit dem Schiffe Delhi sind in Southampton 19 junge Japaner im Alter von 14 bis 20 Jahren gelandet, um in England medizinische und technische Studien zu machen. Die meisten verstehen die Landessprache hinlänglich, um sich hier verständlich zu machen. Die Extreme berühren sich: die östliche große Insel der alten Welt schickt ihre Söhne zu dem im fernsten Westen gelegenen Eilande, damit sie dort europäische Sitte und Kultur kennen lernen.

Paris, 23. Juni. Es ist nicht unwahrscheinlich, daß die nordamerikanische Flotte sich vor Marseille aufstellt, während die englische Flotte sich in Cherbourg feiern läßt. Der nordamerikanische Commodore „Goldsborough" hat an einen Freund in Marseille geschrieben, daß er in den dortigen Gewässern mehrere Monate zuzubringen gedenkt. Marseille ist der nordamerikanischen Flotte als Sammelort angewiesen, und sie soll im Marseiller Hafen selbst einige Zeit verweilen. Bekanntlich wird die Flotte am 4. Juli vom Fort Monroe auslaufen und aus vierzig Schiffen jeden Ranges, darunter zwei Monitors mit Thürmen, bestehen. Die Marseiller Bevölkerung und Behörden werden ihr keinen minder freundlichen Empfang bereiten, als die Cherbourger und die Pariser Vergnügungszügler der englischen. Es können sich daraus Thatsachen von größter politischer Wichtigkeit ergeben, und vielleicht gelingt es dem Kaiser, den zwei mit oder gegen Frankreich rivalisirenden Flotten gleichzeitig die eine und die andere Hand als Medium zu reichen. (A. Z.)

Paris, 24. Juni. Ungeachtet der Strenge, mit welcher die Polizei auftritt, ging es gestern an der Barrière au Combat noch lebhaft zu, wo eine große Anzahl neuer Kutscher und viele Polizeidiener nicht allein bedroht, sondern auch durchgeprügelt wurden. Viele der Ruhestörer wurden verhaftet. Auf anderen Punkten der Hauptstadt fanden ebenfalls Manifestationen statt, die jedoch friedlicherer Natur waren. An Verhaftungen fehlte es dort aber auch nicht, und in Montmartre wurden gestern wieder 17 Personen verhaftet. Die Zahl derer, welche bis jetzt verhaftet wurden, beläuft sich auf mehrere Hundert. Die Kutscher, die sich unter denselben befinden, und auch viele der übrigen Ruhestörer, sind sofort vor die Gerichte gestellt worden. Gestern wurden 24 und heute 45 zu Gefängnißstrafe von 3 bis 6 Monaten verurtheilt. Die Aufregung, die in Paris herrscht, ist natürlich groß. Man tadelt die Regierung allgemein, daß sie das Monopol nicht abgeschafft habe; der Seinepräfekt Haußmann widersetzte sich aber und es gelang ihm, zum wenigsten bis jetzt, die Aufrechterhaltung desselben durchzusetzen.

Der Kutscherstrike geht zur Neige. Die 600 Kutscher, die sich zuerst rallirt haben, erhielten als goldene Brücke das Patent als Kutscher erster Klasse mit einer Tagesprämie; der Rest wird nun folgen, und der „unbeugsame Charakter" sich auf die Ausweisung aus Paris gefaßt machen müssen, wenn er nicht sofort einen anderen Erwerbszweig erlangen kann. Die Gesellschaft bereitet Reformen vor; natürlich wird das Publikum, wenn das Monopol bleibt, zuletzt die Zeche bezahlen oder sich wieder mehr auf Schusters Rappen verlassen lernen müssen.

Es kann sich Jeder leicht denken — schreibt der Pariser Feuilletonist der „N. Fr. Pr." — daß der besonnene Mann in den Tuilerien, der sich viel mit Geschichte befaßt und welcher Menschen und Dinge in Frankreich, ihren Wechsel und ihre Wandlung zu erproben mannigfach Gelegenheit hatte, der Unsicherheit des Schicksals sich bewußt ist, das seiner Dynastie bevorsteht. Doch sind die Offenheit und Unumwundenheit schwer zu erklären, mit welcher der zurückhaltende Fürst über diese Zweifelhaftigkeit der

---

wieder auf demselben Baume ein, wo er im Jahre vorher von demselben Abschied genommen hatte, und bezieht wieder denselben Horst (wofern er noch vorhanden), den er vorher bewohnt hatte.

In Vielweiberei leben nur wenige Vögel, die Auerhühner, die Haushühner, die zahmen Enten und Gänse und einige andere. Die Ehen werden meistens im Frühjahr nach dem Geburtsjahr geschlossen, und es findet dabei eine ganz bestimmte Wahl statt, deren Gründe ebensowenig wie bei den Menschen zu enträthseln sind, wenn nicht die gewöhnlichen Rücksichten des Lebens obwalten. Oft entscheidet der bloße Zufall, oder wenn mehrere Bewerber sich um eine Braut drängen, das Recht des Stärkeren. Selbst wenn die Ueberzahl auf Seiten der Weibchen ist, was aber selten der Fall, da es bei den Vögeln mehr Männchen als Weibchen gibt, entstehen oft Kämpfe der Eifersucht. In der Ehe kommen Streitigkeiten nicht vor, das Weibchen fügt sich dem Willen des Männchens. Die Wahl des Nestes z. B. trifft immer das Männchen, und Herr Snell beobachtete bei Spatzen und Tauben Fälle, wo das Männchen aus Dummheit und Aengstlichkeit einen ganz unpassenden Platz wählte und das Weibchen sofort Material herbeischleppte, obwohl dasselbe gar nicht anzubringen war. Nur bei den Lerchenfalken kommen manchmal Streitigkeiten über eine Beute vor, die aber nie zu Thätlichkeiten führen. Die Tugend der ehelichen Treue muß man im Allgemeinen allen in Einweiberei oder Monogamie lebenden Vögeln zuerkennen. Doch ist ein Unterschied zwischen beiden Geschlechtern zu machen. Von Seiten des Weibchens habe ich, sagte Snell, so lange und sorgfältig ich auch die Vögel beobachtet habe, niemals einen Fall von Untreue erlebt, bei den Männchen hingegen kommen, wenn auch selten, solche Fälle vor. Wenn man erwägt, daß dem Weibchen von Natur eine größere Zurückhaltung und Schüchternheit eigen ist, so wird man diesen Unterschied erklärlich finden. Wohl zu unterscheiden ist die förmliche Auflösung der Ehe. Diese kommt bisweilen vor und wird auch manchmal von Seiten des weiblichen Theiles vollzogen. Bei den Tauben finden solche freiwillige Ehescheidungen nur dann statt, wenn sie sich von Anfang an nicht nach Neigung und freiwillig, sondern zufolge eines Zwanges miteinander verbunden hatten. In solchen Fällen war also von Anfang an eine „Mißehe" (eine wahre Mesalliance) vorhanden, und die Trennung derselben findet auch gerade deshalb statt, weil der eine der Gatten seinen früheren Ehegatten, von dem er durch die Laune seines Herrn gewaltsam getrennt worden, wieder aufsucht.

Bei den wilden Vögeln kommen wohl solche Ehescheidungen viel seltener vor, weil bei der Schließung ihrer Ehen aller Zwang wegfällt. In der Brütezeit werden die Weibchen von den Männchen treulich unterstützt; bei den meisten Vögeln brüten sie sogar mit und tragen Nahrung zu. Sobald die Jungen ausgebrütet sind, bekömmt das Männchen alle Hände voll Arbeit, denn bei allen Vögeln, deren Junge gefüttert werden müssen, nimmt dasselbe an dem Atzungsgeschäft Antheil, ja wenn die Jungen herangewachsen, liegt dieses sowie das Erziehungsgeschäft ihm vorzugsweise ob. Bei den Vögeln aber, deren Junge davonlaufen und allein fressen, wie z. B. die Rebhühner, hat sie das Männchen an die geeigneten Futterplätze zu führen und bei Gefahr zu warnen und zu schützen. Bei den Rebhühnern bleibt die ganze Familie den Winter über beisammen und erst im Frühjahr trennen sich die Gatten von den Kindern. Wer es beobachtet hat, wie so zwei Ehegatten stets beisammen sind, stets einander zurufen, Freude und Leid mit einander theilen, bei hartem Frost auf ihrer Schlafstätte sich dicht aneinander drängen, um sich gegenseitig warm zu halten, und dies Alles zu einer Zeit, wo die sinnlichen Triebe in der Vogelbrust so tief schlafen, wie die ganze Natur unter der Decke von Eis und Schnee schläft, der wird damit übereinstimmen, daß eine solche Ehe keine gewöhnliche, sondern eine echte, auf wahrer Freundschaft beruhende Ehe ist.

---

ihm nahegehenden Zukunft sich mit Personen unterhält, die schon vermöge ihrer Stellung nicht sein ganzes Vertrauen besitzen können. Ich weiß, daß mancher Gesandte einer fremden Macht durch Aeußerungen Louis Napoleons in diesem Sinne höchlich überrascht war und tagelang darüber nachgedacht hat, worauf es mit diesen seltsamen Bemerkungen abgesehen sein mag. Es sollte mich sehr wundern, wenn nicht der eine oder andere Diplomat derlei Worte, die er im Palaste erhascht, zum Gegenstand vertraulicher Noten macht, mit welchen er im Dienstreiser seine Regierung bedenkt. Das größte Aufsehen erregte die Ansprache, mit welcher der Kaiser dem kleinen Thronerben ein hochmüthiges Betragen verwies, und zwar vor allerlei Zeugen, auf deren Verschwiegenheit durchaus nicht zu rechnen war. „Seien Sie bescheiden und lassen Sie das hochfahrende Wesen, das Ihnen selbst dann schaden muß, wenn Sie wirklich zur Regierung gelangen," lautete die Mahnung, die der fürstliche Vater an den Sohn richtete, zum Erstaunen Mehrerer, die es gehört haben. Wenn ein französisches Zeitungsblatt oder ein Abgeordneter im gesetzgebenden Körper die leiseste Anspielung auf die mögliche Wendung der Dinge zu machen wagte, von welcher der Kaiser so klar und deutlich spricht, das Preßbureau und der Präsident hätten nicht Bannstrahlen genug für solche Uebertretung. Quod licet Jovi!

New-York, 14. Juni. Der durch das Auffliegen des Artilleriedepots in Chatanooga angerichtete Schaden wird auf 4 Mill. Dollars veranschlagt. Da die Explosion beinahe gleichzeitig mit einer Feuersbrunst in Nashville und einer andern in Gallatin stattfand, so glaubt man an eine absichtliche Brandstiftung. In Washington griffen dieser Tage ungefähr 200 Soldaten eine Art Neger-Kolonie an, vertrieben die Schwarzen aus ihren Häusern, prügelten sie durch, zerschlugen die Möbel und stahlen alles, was zu stehlen der Mühe werth war. Später schaarten sich die Neger zusammen und es kam zu einer Schlägerei, bei der aber nicht nur geschlagen, sondern auch geschossen wurde. Dem Crawalle ward durch Einschreiten des Militärs ein Ende gemacht. Auch hier und in Philadelphia kommt es täglich vor, daß Neger mißhandelt werden. Der Attorney-General Speed hat entschieden, daß die auf Ehrenwort entlassenen Kriegsgefangenen durch ihre Parolirung nicht davor geschützt sind, von den Civilgerichten wegen der während des Krieges begangenen Handlungen belangt zu werden. Er erklärt, daß die Mannschaften des Generals John Morgan von den Gerichtshöfen des Staates Kentucky unter der Anklage der Räuberei verhaftet und vor Gericht gestellt werden können und daß es nicht Sache der Unions-Regierung sei, gegen eine solche Procedur einzuschreiten.

Frankfurter Börse (vom 18. bis 24. Juni).

Samstag. Von politischen Sorgen war die Börse diese Woche über befreit, dagegen litt sie fortwährend unter der Verstimmung, in welche sie durch die ministerielle Generalbeichte der österr. Finanzzustände versetzt worden war.

Der Rückgang bei österr. Staatsfonds beträgt seit acht Tagen reichlich 1 pCt. und darüber. National mussten den lang behaupteten 67er verlieren und selbst die festgewurzelten engl. Metalliques wurden heute zu 76⅜ umgesetzt, d. i. 2 pCt. schlechter, als sie seither aus der ersten Hand abgegeben zu werden pflegten. Verhältnissmässig besser und in einiger Frage erhielten sich die am 1. Juli in den Zug kommenden Lotterie-Effekten, überhaupt schloss der heutige Tag etwas günstiger für österr. Sachen. Man weiss jetzt, dass vorderhand keine neue Anleihe kommt, sondern der Minister in der bereits mehrfach beliebten Weise eines Vorschussgeschäfts das augenblickliche Bedürfniss decken wird; ein hiesiges Konsortium und benachbarte Kreditbanken sollen dabei betheiligt sein.

Süddeutsche Fonds geben zu keiner Bemerkung Anlass. Von der neuen Oldenburger Anleihe wurden Posten zu pari umgesetzt. Von fremden Fonds holten 4½pCt. Finnländische Pfandbriefe 85⅜, die 5pCt. Anleihe der Stadt Marseille, von den Rothschild'schen Häusern hier und in Paris negozirt, fand als eine solide und billige Anlage gute Aufnahme. Amerikaner indess verdrängten das Interesse an allen andern Papieren, der Umsatz darin hat vielleicht noch in keiner Woche grössere Dimensionen angenommen. Sie schlossen vor 8 Tagen zu 74¼, hoben sich am Montag gleich auf 75⅝ und gipfelten sich bis zum Donnerstag auf den Kulminationspunkt, 76¾. Gestern sanken sie bis 76⅛, heute vorübergehend sogar bis 74½, um 75 zu schliessen. Nachstehende Tabelle zeigt ihre Kursbewegung seit 1863 bis heute:

Höchster Kurs	1863	77	Niederster Kurs	1863	62½
„ „	1864	68	„	„ 1864	38
„ „	1866	78¾	„	„ 1865	46¾

Wir sind also heute auf dem höchsten Stand mit dem Effect, denn einzelne Umsätze, die Anfang 1863 zu 80 Statt gefunden, kommen hier nicht in Betracht. Wir geben die Vergleichung aus der Zeit, wo sie börsengängiges, täglich verkehrendes Effekt wurden.

Oesterr. Kredit verfolgen den Weg nach abwärts und haben seit 8 Tagen weitere fl. 3 verloren.

Von E.-B.-Aktien erhalten sich bayerische Ostbahnen die Nachfrage und fest im Kurs von 115¼–½. Auch Bexbacher 1 Prozent höher. Die Rheinbrücke soll bis Herbst 1866 wenigstens für den Eisenbahnbetrieb fertig gestellt sein. Einen empfindlichen Rückgang von 2½ Prozent erlitten hessische Ludwigsbahn, sie wurden in Posten zu 126½ verkauft. Specifische Gründe dafür sind uns unbekannt.

Von Prioritäten besonders Livorneser zu ansehnlichen Beträgen à 43½ vom Markt genommen.

In Wechseln war anhaltendes reges Geschäft und trotz der vielen Coupons, welche hier in effektiven Franken zahlbar sind, hielt sich der Pariser Cours mit einer Festigkeit und Consequenz auf 94⅞, wie man es nicht hätte voraussehen können und sollen. Ebenso verhält es sich mit London, das ungeachtet der grossen Zufuhren gesucht bleibt. Dagegen ist Amsterdam bis auf 100½ zurückgegangen und auch Hamburg so wie die Thalerdevisen matt und stets angeboten. Wenn die Geldabundanz, welche einem allgemeinen Misstrauen und einer Stagnation in den Handelsverhältnissen ihre Existenz verdankt, in Folge der Herbstbedürfnisse und der bedeutenden Eisenbahnbauten wieder abgenommen haben wird, so ist es nicht möglich, dass die abnormen Courssätze für die Devise Paris und London sich auf ihrer gegenwärtigen Höhe behaupten, und ein Lichten der schweren Portefeuilles dürfte daher als ein Gebot der Vorsicht erscheinen.

Akt.

Verantwortlicher Redakteur: R. Hartmann.
Druck und Verlag der Stahel'schen Buch- und Kunsthandlung in Würzburg

Cours der Staatspapiere.

Oesterr.	5 pCt. Met. (Cp. i. S. b. R.)	—
„	5 pCt. Lomb. ditto. à 24	92¼ P.
„	5 pCt. Engl. Met. v. 1862	—
„	5 pCt. Engl. Met. v. 1859	76¼ G.
„	5 pCt. Venet. Coupon b. R.	86½ P.
„	5 pCt. Nationalanl. v. 1854	67⅛ G.
„	5 pCt. Metall. Obligation.	61⅜ G.
„	4½ pCt.	55⅝ G.
Preussen	3½ pCt. Staatsschuldsch.	—
Bayern	4½ pCt. Obl. 1jähr. dto.	101 G.
„	4½ pCt. Obl. ½jähr. dto.	101¼ P.
„	4 pCt. Obl. 1jähr. dto.	98⅛ P.
„	4 pCt. Obl. ½jähr. dto.	98⅞ G.
„	4 pCt. Obl. Ab.-R. dto.	98⅝ P.
„	3½ pCt. Obl. dto.	—
Württemb.	4½ pCt. Obl. b. Rothsch.	104¼ P.
„	3½ pCt. Obl. dto.	94¼ P.
Baden	4½ pCt. Obl.	—
„	3½ pCt. Obl. v. 1842	91¼ P.
Gr. Hess.	4½ pCt. Obl.	—
„	4 pCt. Obl. b. Rothsch.	100½ P.
„	3½ pCt. Obl. dto.	97¼ P.
Nassau	4½ pCt. Obl. dto.	102¼ P.
„	4 pCt. Obl. dto.	99 P.
„	3½ pCt. Obl. dto.	91¼ P.
Frankfurt	3½ pCt. Obl.	94 P.
„	3 pCt. Obl.	—
Spanien	3 pCt. inl. Sch P. à fl. 2. 30	42¼ P.
„	2½ pCt. „ „ „	—
Schweden	4½ pCt. Obl. à 105 Thlr.	91½ P.
N.Amerika	6 pCt. à 100Or. 1881 D. 2½	76⅞ G.
„	6 pCt. ditto r. 1882 „	75⅜–½ G.

Diverse Aktien.

[illegible] Bank à fl. 500	151⅝ P.
K. K. Oesterr. National-Bankaktien	800 G.
Oesterr. Kreditbank-Aktien à fl. 200	19[illegible] G.
Bayer. Hypothekenb. Pfandbriefe 4 pCt.	97⅜–¼ G
Darmst. Bank 1. u. 2. Serie à fl. 250	224½ P. 223 G.
Weimarische Bank à Thlr. 100 . . .	100¼ G.
Mitteldeutsche Kreditaktien . . .	101⅝ G.
Intern. Bank in Lux. à 250 Frs. à 28 kr.	—
Taunus-Eisenbahn à fl. 250 . . .	348 P.
Frankfurt-Hanauer-Eisenbahn . . .	99 P. ¾ G.
Oest. F.St.Eisb. 5pCt. 500 Fr. à 28 kr.	—
„ Elisab.-Eisenbahn 5 pCt. . .	118 G.
Böhm. Westbahn-Aktien à fl. 200 6/7	—
Rhein-Nahe-Bahn 200 Thl. à 105 4pCt. Z	31½ P.
Ludwigshafen-Bexbacher à 4 pCt. .	150 P.
dto. dto. Prior. à 4 pCt.	—
Pfälz. Maxb. b. Rothschild à 4½ pCt.	106 P.
Oest. St.-Eisenb. Prior.-Oblig. à 3 pCt.	5[illegible]⅞ P.
Elisab.-Bahn Prior. 5 pCt. 6/7	77¾ P.
Südd. Bank-Akt., 40 pCt. Einz.	254½ G.
Span. Handels- und Industrie . . .	—
Bayr. Ostbahn à 4½ pCt. volleinbez.	115½ P.
Bayer. Ostbahn mit 50 pCt. Einz.	115½ P.

Wechsel in süddeutscher Währung.

Amst. fl. 100 k. S.	100½ P.
Antwerp. Frs. 200 k. S.	94⅝ G.
Augsb. fl. 100 k. S.	99⅜ P.
Berlin Th. 60 k. S.	104⅞ P.
Brem. 60 Th. Ld. k. S.	97¼ P.
Brüssel Frs. 200 k. S.	94⅝ G.
Cöln Thlr. 60 k. S.	105 P.
Hamb. MB. 100 k. S.	88⅝ P.
Leipzig Th. 60 k. S.	105 P.
London Lst. 10 k. S.	119⅝ G.
Lyon Frs. 200 k. S.	—
Mail. Frs. 200 . .	94⅝ G.
München fl. 100 k. S.	99⅞ G.
Paris Frs. 200 k. S.	94⅞ G.
Petersburg 60 S.-R.	—
Triest fl. 100 k. S.	—
Wien fl. 100 ö. W.	108⅜ G.
do. in öst. W. l. S.	108¼ G.
Disconto	3½ pCt. G.

Anlehens-Loose.

Oesterr. fl. 250 v. 1839	131 G.
„ fl. 250 v. 1854 [illegible] 4pCt.	78⅞ P.
„ fl. 500 v. 1860 6/7	84⅝ P.
„ fl. 100 Einl. L. v. 1858.	137½ P.
„ do. v. 1864.	80 P.
Schwed. 10 Thlr. Loose	[illegible]¼ G.
Badische fl. 50 . . .	—
Badische fl. 35 . . .	52¼ G.
[illegible] Inf. 40 [illegible]	54¼ G.
Gr. Hessen fl. 50 b. R.	141 G.
„ fl. 25 do.	36¾ G.
Nassau fl. 25 bei Rothsch.	35⅝ P.
Sardinische Fr. 36 b. B.	69½ P.
Neuchateler 10 Frs.-Loose	—
Freiburger 15 Frs.-Loose	—
Mailänder 45 Frs. L. b. R.	38 P.
St. Lüttich mit 2½ pCt. Z.	34¼ P.
Ansb.-Gunzenh. fl. 7-L.	10¼ P.

Frankfurt, 26. Juni. Die Börse schien im Anfang ziemlich fest gestimmt, bleibt jedoch sowohl für österreichische als amerikanische Fonds matter. Der Umsatz war ziemlich bedeutend. (Span.)

An die
k. Hof- und Staatsbibliothek
1 N. Würzb. Ztg. München.

Neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht!

№ 176. | Vorausbezahlung: Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 1 fl. 30 kr. Bei Inseraten wird die dreispaltige Zeile in gewöhnlicher kleiner | 62. Jahrgang. | Schrift oder deren Raum im Hauptblatte mit 6 kr., im Anzeiger mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franco. | Mittwoch, 28. Juni 1865.

Das Budget von 1865 vor dem österreichischen Herrenhause.

Am 23. d. hat im österr. Herrenhause die Berathung des Finanzgesetzes für 1865 begonnen. Am Erheblichsten war die Debatte in der ersten Sitzung, aus welcher wir in Folgendem das Hauptsächlichste mittheilen. Vorausschicken wollen wir, daß die Budgetkommission des Herrenhauses das von dem Abgeordnetenhause vorgelegte Budget derart rectifizirt hat, daß es nur den bekannten ministeriellen Nachlaß von 20 Mill. um einige hunderttausend Gulden vermehrt; das Unterhaus will etwa achtzehn Mal mehr abgestrichen wissen, als die Herrenhauskommission und bei der jetzigen Stimmung der Geister ist es im höchsten Grade unwahrscheinlich, daß die Abgeordneten sich diesem Ansinnen fügen werden.

Der erste Redner vom 23. d. war der Finanzminister, aus dessen Vortrag, so umfangreich derselbe auch war, doch nur zwei Momente hervorzuheben sind: die Erklärung, daß die Regierung mit dem an ihrem ursprünglichen Postulate von ihr selbst vorgenommenen Abstriche von 20 Millionen „in den Ersparungen bis an die äußerste Grenze des Möglichen gegangen" sei, und die Vertröstung auf das Jahr 1867, von welchem an es gelingen werde, nach Abtragung der in den Jahren 1865 und 1866 im Gesammtbetrag von 122 Millionen fälligen Schuldraten an die Bank die Ausgaben mit den Einnahmen ins Gleichgewicht zu bringen. Der folgende Redner, Graf Ant. Auersperg kündigte an, daß er bei manchen jener Etatspositionen, bei denen der Ausschuß eine Erhöhung der vom anderen Hause eingesetzten Beträge vorschlage, sich Ansätzen, welche der Ziffer des Abgeordnetenhauses näher kommen, anschließen werde, und motivirte dies im Wesentlichen wie folgt: „Es ist, wenn auch nicht allgemein anerkannt, so doch angenommen worden, daß ein Motiv zur Ertheilung der Verfassung die Finanznoth gewesen sei. Jedenfalls steht fest, daß die Finanznoth eines jener Uebel war, welche in den neuen Institutionen die dringende Abhilfe erheischte. Nach dem Eintritte der sog. neuen Aera sind aber die alten Ziffern beibehalten worden, als Folge des alten und unverändert beibehaltenen Systems. Der Bericht unserer Finanzkommission erwähnt, daß Sprünge nicht gemacht werden können; allein in diesen 5 Jahren ist nicht einmal ein Anlauf zu einem Sprunge gemacht worden. Immer lauter dringen zu uns aus den überbürdeten Provinzen die Stimmen der Steuerträger um Entlastung von den kaum mehr zu ertragenden Steuern. Der Realkredit ist gesunken, Handel und Verkehr stocken. Landwirthschaft und Industrie bedürfen zur Fortführung ihrer Unternehmungen des Kapitals, des Kredits. Wenn sie auf den öffentlichen Markt treten und sich um Kredit bewerben, so ist dieser von der Finanzverwaltung in Beschlag gelegt. In dem Fahrwasser, welches eingeschlagen worden ist, treibt das Staatsschiff unwiderstehlich in die Wirbel einer finanziellen Katastrophe hinein. Ersparung ist ein unabweisliches Gebot. Die Regierung hat auf Andrängen der Volksvertretung ihr eigenes Budget um 20 Millionen herabgemindert. In den Kronländern hat man daraus geschlossen, und ich glaube kaum, daß es unbedingt ein Fehlschuß war, daß, wenn man jetzt 20 Millionen ersparen könnte, man es doch wohl mehr oder minder in den vorausgegangenen Jahren ebenfalls hätte thun können. Das Abgeordnetenhaus hat einen Abstrich von 26 Millionen vorgenommen; die Regierung hat ihre Ziffern aufrecht erhalten. Da droht nun wirklich ein Konflikt, welcher für das gesammte Staatswohl von den bedenklichsten Folgen sein kann. Würde das Herrenhaus blindlings und unbedingt mit den Regierungsanträgen übereinstimmen, so würde es der Regierung nicht nützen, sich selbst aber gewiß schaden. Die Lage drängt uns mehr als je gerade in diesem Momente näher an das Abgeordnetenhaus. Sind Differenzpunkte vorhanden, und sie bestehen, so mögen sie auf eine möglichst geringe Anzahl beschränkt werden und eben nur auf jene Positionen, die von der größten Wichtigkeit sind."

Graf Rechberg: Die Ausschußmajorität sei in den Ersparnissen so weit gegangen, als sie verantworten zu können glaubte. Sie habe nicht verkennen können, daß bereits die eine Hälfte des Jahres verstrichen sei, und daß die Regierung es nicht in ihrer Macht habe, die Beamten sofort zu entlassen, die Ausgaben so zu reduziren, wie sie es vielleicht wünschen würde. Uebergehend zu der Frage, durch welche Mittel bessere Zustände geschaffen werden können, glaubt der Redner, daß nicht nur im Kriegsdepartement, sondern auch in den übrigen Zweigen der Verwaltung bedeutende Ersparungen erzielt werden könnten, und „bittet und beschwört schließlich die Regierung, der Hebung des Volkswohlstandes und der Steuerkraft der Steuerpflichtigen das größte Augenmerk zu schenken." Graf Leo Thun: Nicht blos eine Verminderung, sondern die gänzliche Beseitigung des Defizits thut noth; nicht ein allmälicher Uebergang, sondern eine schleunige radikale Kur. Wenn es

Feuilleton.

Der Ofen in der Kultur- und Kunstgeschichte.

Aus einem Aufsatze: „Ueber alte Oefen in der Schweiz" von W. Lübke.

Die Feuerstätte, der Herd, ist der Mittelpunkt, von welchem seit den ältesten Zeiten alles Kulturleben ausgegangen ist. Das erste Zeichen menschlicher Niederlassung und Ruhe nach Jagd, Kampf und Wanderung in der Wüste, ist heute, wie damals, als für die ersten Menschen das Paradies verloren ging, die Einrichtung der Feuerstätte und die Erweckung der belebenden und erwärmenden, speisebereitenden Flamme. Durch alle Entwickelungsphasen der Gesellschaft bildet der Herd den heiligen Brennpunkt, um welchen das Ganze sich ordnet und gestaltet. Die Kulturbedeutung des Feuers spricht sich in der Verehrung der Flamme aus, welche seit den alten Ariern als gemeinsames religiöses Symbol alle Völker des indo-germanischen Stammes verbindet. Ihren poetischen Ausdruck hat sie bei den Griechen in der schönen Sage von Prometheus gefunden, welcher den Menschen das heilige Feuer vom Himmel holt und dafür als ältester Kultur-Martyrer büßen muß. Bei Griechen und Römern bildet der Herd den Mittelpunkt des Hauses und erhält bei jenen zur Beschützerin die Hestia, bei diesen die Vesta sammt den Penaten. Und selbst nachdem die ursprüngliche materielle Bestimmung dieses wichtigen Theiles des italischen Hauses sich verloren hatte, wurde die ideale Bedeutung desselben in der heiligen Flamme der Vesta mit religiösem Sinne gehegt, und es blieb das Atrium sammt dem Herde und den Bildern der Laren und Penaten das Familien-Heiligthum, in welchem alltäglich und bei festlichen Anlässen die gemeinsame Hausandacht verrichtet wurde.

Inzwischen war man bei fortgeschrittener Verfeinerung des Lebens auf künstlichere Mittel bedacht geworden, den Wohnräumen in der kälteren Jahreszeit oder in rauheren nordischen Himmelsstrichen die nöthige Wärme zuzuführen. Zuerst und zumeist fand dieß Anwendung beim Hypokaustum in den warmen Bädern, dessen unterhöhlter, auf kurzen Pfeilern ruhender Fußboden durch heiße Dämpfe erwärmt wurde, die man auch mittelst thönerner Röhren an den Wänden der Gemächer umher leitete. Als die Römer diesseits der Alpen weiter nordwärts drangen, mußten sie in ihren Wohngebäuden diesem Heizungssystem allgemeine Ausdehnung einräumen, was aus den zahlreichen, immer von Neuem ans Licht gezogenen Ueberresten römischer Villen in verschiedenen Gegenden Deutschlands und der Schweiz hervorgeht. Im eigentlichen Süden mochte man sich bei der Milde des Klimas auch ohne Heizvorrichtungen in den meisten Wohnungen durch den kurzen Winter helfen, indem man zu wärmerer Kleidung seine Zuflucht nahm. Auch kommen kleine tragbare, metallene Oefen, Feuerpfannen und bewegliche Herde mehrfach vor, wie die pompejanischen Ausgrab-

nicht sehr bald gelingt, das Gleichgewicht herzustellen, wird diese Aufgabe in Kurzem völlig unmöglich werden. Das Gleichgewicht im Staatshaushalte kann nur erreicht werden durch Herabminderung der Ausgaben mindestens bis zu der Ziffer, welche gegenwärtig für die Einnahmen veranschlagt ist. Selbst die Ziffer, zu der das Abgeordnetenhaus gekommen ist, erscheint mir nicht genügend. Andererseits scheint es mir, daß durch bloße Abstriche an den Kosten der bestehenden Einrichtungen das angestrebte Ziel nicht zu erreichen ist. Gegenüber dem bestehenden Organismus haben bloße Reduktionen der Kosten ihre selbstgebotene Grenze. Die Beantwortung der Frage, was in Bezug auf den Organismus zu geschehen habe, behalte ich mir für einen andern Zeitpunkt vor. Fürst Colloredo ist überzeugt, daß es nicht möglich sei, die Steuern noch mehr zu erhöhen. Das Bestreben müsse dahin gehen, durch Hebung der Produktion und Konsumtion zu bewirken, daß die indirekten Steuern, ohne die Ziffersätze zu erhöhen, mehr eintrügen. Bei der gesammten Administration, der Zivil- wie der Militäradministration, seien Ersparnisse möglich. Bei der politischen Verwaltung zu reduziren, dies wäre der sicherste Weg, die des Selbsthandelns ungewohnte Bevölkerung dahin zu führen, ihre Angelegenheiten selbst zu führen. Er beantrage daher, die Regierung dringend zu ersuchen, eine gründliche Vereinfachung des Systems der politischen Administration baldmöglichst zu berathen und anzubahnen.

Staatsminister v. Schmerling erinnert zuerst daran, daß die Erfordernisse für 1865 und 1866 denn doch viel niederer seien, als in den früheren Jahren; erklärt sodann die nachträglich von der Regierung vorgenommene Reduzirung ihres ursprünglichen Postulates aus der seit der Aufstellung des ersten Budgets eingetretenen Veränderung in den inneren und äußeren Zuständen des Reiches und schließt sodann wie folgt: „Unter den gegebenen gegenwärtigen Verhältnissen gehört eine noch ausgiebigere Reduktion der Ausgaben, als sie von Seite der Regierung zugestanden wird, unter die Unmöglichkeiten. Das schließt aber nicht aus, daß auf einem andern Wege das Resultat, welches wir alle im Auge haben, erstrebt werden könne. Sämmtliche Räthe der Krone sind von der Ueberzeugung geleitet, daß in allen Partien der Administration durchgreifende Reformen durchgeführt werden müssen. Die Regierung wird in der Lage sein, dem demnächst zusammentretenden engeren Reichsrathe, sowie auch den Landtagen in den Ländern der östlichen Hälfte des Reiches Regierungsvorlagen zu machen, die gerade in der angedeuteten Richtung die erwünschte Abhilfe gewähren sollen. Es handelt sich ferner darum, das Einkommen des Staates zu erhöhen, nicht dadurch, daß man die Steuern erhöht, sondern dadurch, daß man neue Mittel des Einkommens schafft. Die Regierung wendet auch diesem Zwecke ihre Aufmerksamkeit zu. Wenn es gelingen wird, in der doppelten Richtung zu wirken, daß einerseits durch eine gänzliche Reform der Administration das Erforderniß vermindert, andererseits aber neue Hilfsmittel des Wohlstandes geschaffen werden, dann wird Das erreicht werden, was wir alle erreichen wollen, das Defizit bleibend zu beseitigen." Damit schloß die Sitzung. In der vom nächsten Tage begann die Spezialdebatte, wobei die ersten 6 Kapitel durch Annahme der Ausschußanträge erledigt wurden. Bei den Kapiteln I., II., III. und V. hatte der Ausschuß Zustimmung zu den Beschlüssen des anderen Hauses; bei Kapitel IV. [Staatsrath] eine Erhöhung von 1000 fl., bei Kapitel VI [Ministerium des Aeußern] eine Verminderung von 9610 fl. vorgeschlagen. Die Debatten waren wenig erheblich.

(Amtliche Nachrichten.) München, 26. Juni. Se. Maj. der König hat den Bezirksamtsdiener V. Raba von Friedberg an das Bezirksamt Augsburg und den Bezirksamtsdiener F. J. Huber von Erbendorf an das Bezirksamt Friedberg versetzt und die erledigte Bezirksamtsdienerstelle zu Erbendorf dem sustentirten Speisemeister der Strafanstalt Kaisheim, X. Rahmer, verliehen.

München, 26. Juni. Der Abgeordnete Jörg als Referent des dritten Ausschusses über die vorliegenden Anträge der Herren Abgeordneten C. Crämer, C. Föckerer, C. Weiß und J. Bierling: „den baulichen Unterhalt und die sonstigen Verhältnisse der den allgemeinen Verkehr vermittelnden Straßen und Distriktsstraßen betreffend", hat hierüber in der Sitzung des dritten Ausschusses am 22. ds. Vortrag erstattet und sein Antrag: „es seien die Anträge der Abgeordneten Crämer, Föckerer, C. Weiß und Bierling, den baulichen Unterhalt und die sonstigen Verhältnisse der den allgemeinen Verkehr vermittelnden Straßen und Distriktsstraßen betreffend, dem königlichen Staatsministerium des Handels und der öffentlichen Arbeiten zur Kenntnißnahme und sachgemäßen Berücksichtigung bei Aufstellung des künftigen Budgets hinüberzugeben," wurde vom Ausschusse einstimmig angenommen. Der Bericht des Abgeordneten Vermühler im zweiten Ausschusse der Kammer der Abgeordneten über das Nachtragspostulat des königlichen Staatsministeriums des Handels und der öffentlichen Arbeiten, „die Herstellung eines Gebäudes zu dem Zwecke der neuen polytechnischen Schule in München betreffend," wurde in der Sitzung des zweiten Ausschusses vom 22. ds. berathen und der Ausschuß beschloß einstimmig, der hohen Kammer zu empfehlen: „es sei dem Nachtragspostulate des königlichen Staatsministeriums des Handels und der öffentlichen Arbeiten, zum Baue der neuen polytechnischen Schule zu München 1,000,000 fl. aus den Mehreinnahmen der achten Finanzperiode verwenden zu dürfen, die Zustimmung zu ertheilen." Dem Vortrag des Abg. Langguth im II. Ausschuß über die Vorlage der kgl. Staatsregierung, die Unterstützung der Veteranen betr., entnehmen wir den folgenden Antrag des Ausschusses: „1) Es sei dem Nachtragspostulate der kgl. Staatsregierung, für den Zweck der Unterstützung der Veteranen jährlich 200,000 fl., demnach auf die Zeit vom 1. Oktober 1864 bis 31. Dezember 1867 — 650,000 fl. zu verwenden, die Zustimmung zu ertheilen. 2) Es sei dieser Zustimmung der Wunsch anzufügen, die kgl. Staatsregierung möge bei eintretenden Erledigungen in den höheren Unterstützungsklassen die nachfolgenden Klassen einrücken lassen."

München, 26. Juni. Die Universität München beging heute die Feier des 393. Jahrestags ihrer Stiftung, und zwar zum ersten Mal in der großen Aula, nachdem die Mängel beseitigt worden, welche der Benützung der großen und prachtvollen Halle bisher im Wege standen. Der diesjährige Rektor Dr. Pettenkofer nahm auch den Ausgangspunkt seiner Rede von diesem Ereigniß, ging aber rasch zu ebenso wahren als wichtigen Bemerkungen über den akademischen Lehrkörper über. Nachdem er die Aufgabe des akademischen Lehrers als in Lehre und selbstständiger Fortbildung der Wissenschaft bestehend bezeichnet hatte, erging er sich über die für die Blüthe der Universitäten so bedeutende Frage: wie sich ihr Lehrkörper bei eintretenden Lücken zu ergänzen habe. Dies führte

---

ungen beweisen. Noch jetzt sind im Süden die Heizvorrichtungen spärlich, und die Römerin begnügt sich mit dem kupfernen Feuerstübchen, das sie auf den Schoß nimmt und in dankbarer Zärtlichkeit ihren marito nennt. Aehnlicher Art waren wohl bei den alten Hebräern jene Feuertöpfe, an welchen man sich zur Winterszeit wärmte. So sitzt bei Jeremias 36, 22 König Jojakim im Winterhause vor dem Feuer, dessen Flammen er die unliebsame Rede des Jeremias übergibt, welche Judi aus Baruch's Buche dem König vorzutragen wagte.

Das germanische Alterthum leitete vom göttlichen Feuer des Blitzes den ersten Ursprung der Herdflamme ab, die des Hauses heiligsten Schatz und Mittelpunkt ausmacht. Das heilige Herdfeuer, das die Himmelsflamme vergegenwärtigte, mußte die Braut dreimal umwandeln. Dreimal wurde neu anziehendes Gesinde, neu erworbene Hausthiere um dasselbe geführt. Sie traten dadurch sittlich und rechtlich in den geweihten Bann des Hauses, der Familie ein. Aus dem steinernen Herde entstand später der Ofen, wie die Etymologie des Wortes ergibt, und so wurde auf diesen manche Sitte übertragen, welche sich jener anfänglich zueignen durfte. Neue Mägde soll man zuerst in den Ofentopf schauen lassen. In der Neujahrsnacht, wenn die Thore der Zukunft sich öffnen, gucken die Jungfrauen in den Ofen und gewahren darin das Bild des zukünftigen Bräutigams. Fieberkranke Kinder endlich soll man in den Ofen legen, was wiederum auf uralten Feuerdienst zu deuten scheint. Häufig begegnet uns in Sagen und Märchen der Zug, daß dem Ofen gebeichtet wird. Was man keiner menschlichen Seele zu verrathen gelobt hat, das erzählt man dem Ofen; hinter ihm verstecken sich aber Menschen, und so kommt das Geheimniß an den Tag.

Geben diese Hinweisungen einen Begriff von der poetisch bedeutungsvollen Rolle, welche Herd und Ofen in den Vorstellungen der germanischen Völker spielen, so wird die Frage um so gerechtfertigter, welche historische Entwicklung dieses wichtige Moment neuerer Culturgeschichte durchgemacht hat. Der einfache, auf Steinplatten erhöhte Herd, wie er sich selbst in den Pfahlbauten schon nachweisen läßt, war wohl die ursprüngliche Form der Feuerstätte auch im gesammten germanischen Culturkreise. Daraus aber nahmen frühzeitig zwei verschiedene Arten von Heizvorrichtungen ihren Ursprung: der Kamin und der Ofen. Beide haben eine Zeit lang neben einander bestanden, wie dies schon in der Karolingischen Periode nachzuweisen ist. Im weiteren Verlaufe theilt sich Europa in beide Formen, so daß der gesammte Süden und Westen dem Kamin den Vorzug gibt, namentlich Italien, die pyrenäische Halbinsel, Frankreich und England, merkwürdigerweise auch Holland und

den Redner zunächst auf das Privatdocententhum, als den Keimboden künftiger Professoren, und er neigte sich hier mehr der Ansicht zu, daß die Habilitation zu erschweren sei. Daran schloß sich die Frage über die Beförderungen und Berufungen, und hier hielt der Redner dafür, daß bei ihnen das parteilos gewürdigte Verdienst der Wissenschaft allein den Ausschlag geben müßte, weshalb alle Vorschläge zu denselben vom Lehrkörper selbst, der doch hierüber das kompetenteste Urtheil habe, ausgehen sollten. Die Besetzung der Ordinariate erheische die größte Vorsicht und Umsicht, die höchste Stufe des akademischen Lehramts könne nicht durch bloßes Heranreifen im Dienstalter erreicht werden; der dasselbe Einnehmende könne in seinen Funktionen von niemand anderm abgelöst werden, er bleibe der Vertreter eines Fachs für eine Generation. Selbstverständlich sei es, daß bei einer Vaccinz jede Universität sich zunächst in ihrem Kreise nach dem Tüchtigsten umsehe, und erst dann, wenn sie da niemanden findet, welcher dem vollen Umfang der Aufgabe zuverlässig gewachsen sei, greife sie zu Berufungen. Aber, wie auch immer eine Fakultät zusammengesetzt sei, aus Einheimischen und Berufenen, das kollegiale Zusammenwirken gehöre unumgänglich dazu, wenn sie blühen und gedeihen soll. „Wo die erste Stelle nicht mehr die Wissenschaftlichkeit, sondern politische und konfessionelle Zwecke einnehmen, wo an die Stelle der Korporation persönliche Rücksichten treten und sich behaupten können, da flieht der gute Genius der Universität."

Aus **Karlsbad**, 24. Juni, schreibt man der „Köln. Z.": „Daß die Entente cordiale zwischen den Kabinetten in Wien und Berlin lange nicht mehr so innig ist, als dies noch im vorigen Jahre der Fall war, kann man aus vielfachen kleinen Anzeichen sehr deutlich bemerken. Im vorigen Sommer wimmelte es hier von Erzherzogen, vornehmen Standespersonen und höheren Generalen Oesterreichs, die eigens nach Karlsbad gekommen waren, um dem Könige von Preußen ihre Aufwartung zu machen; jetzt aber läßt sich von allen diesen Herren Niemand hier sehen. Der König von Preußen hat gestern der hier weilenden, augenblicklich leicht erkrankten Prinzessin von Augustenburg, Schwester des Prinzen Friedrich von Schleswig-Holstein, einen Besuch gemacht und über eine halbe Stunde bei ihr verweilt. Von Politik ist bei diesem ganzen Besuche kein Wort gesprochen worden."

Frankfurt, 24. Juni. Da jetzt die Spielsaison 1865 unserer benachbarten Badeorte in vollem Flor ist, so ist es wohl Zeit, nachzutragen, wie viel die saison morte, d. i. die Wintersaison 1864/65, resp. die Nachwirkung der Sommersaison 1864, Opfer gekostet hat. Hier die traurige Liste. Selbstmorde kommen auf Nauheim: 1, am 28. November vergiftete sich ein Engländer; auf Homburg, wo auch den ganzen Winter durch gespielt wird, acht, (am 30. Dezember vergiftete sich hier ein Fremder, am 18. März wurde ein Opfer der Homburger Spielbank todt aufgefunden, am 19. März stürzte sich ein solches hier in den Main und am 6. April erhängte sich in Darmstadt der Bediente eines Banquiers, weil er anvertraute Gelder in Homburg verspielt hatte.) Auf Wiesbaden kommen 4 und zwar am 15. Nov. einer im Rhein bei Biebrich, am 12. und 27. Dez. erschoß sich in Wiesbaden je ein Fremder und am 26. Dez. erhängte sich daselbst ein Russe. Ueberhaupt nehmen hier und in der Umgegend in der letzten Zeit die Selbstmorde und Selbstmordversuche in grauenerregender Weise zu; auch die Geistes- und Gemüthskrankheiten nehmen überhand, so haben wir in Frankfurt seit Jahresbeginn an 50 solcher Kranke, von denen 29 allein mittelst Gerichtserkenntniß als krank erklärt wurden. (Pfälz. Z.)

Aus **Altona**, 24. Juni, berichtet die „Schl.-Holst. Ztg.": „Gestern wurde eine Deputation, welche die Herzogin von Augustenburg im Namen des Altonaer Deputirtenkollegiums begrüßt hatte, sowie eine Deputation der Altonaer Kampfgenossen von dem herzoglichen Paar zur Tafel gezogen. Später unterhielt sich Herzog Friedrich länger mit den Herren. Im Laufe des Gespräches wurde auch die Aeußerung berührt, welche, wie Hr. v. Bismark in einer der letzten Sitzungen des Abgeordnetenhauses behauptete, der Herzog in dem Gespräch vom 1. Juni vorigen Jahres über den Werth der preußischen Hilfe gethan haben soll. Der Herzog sprach sich hierüber etwa in folgender Weise aus. Es sei doch nicht denkbar, daß er drei Tage, nachdem Preußen für sein und des Landes Recht ein feierliches Zeugniß vor Europa abgelegt und auf der Londoner Konferenz seine Einsetzung gefordert habe, die Intervention Preußens habe beklagen können. Es liege auf der Hand, daß er jene gegen die Erfolge Preußens gerichtete Aeußerung nicht gethan haben könne, da man ihm nicht die wohl thörichte Absicht zutrauen werde, den preußischen Ministerpräsidenten gegen seine Person einzunehmen. „Indeß," fuhr Se. Hoheit fort, „habe ich mich doch fragen müssen, wie denn Hr. v. Bismark zu dem Glauben gekommen sei, daß ich mich damals in der von ihm angegebenen Weise geäußert habe. Sie werden sich erinnern, daß man damals auf der Londoner Konferenz sich mit dem Vorschlag der Theilung Schleswig's beschäftigte, und daß man verschiedene Theilungslinien projektirte, welche sogar Distrikte, wie das friesische Festland, ganz oder theilweise würde abgeschnitten haben. Ich habe mich gefragt, ob etwa solche mir in Aussicht gestellte Theilungslinien in Verbindung mit der auch schon damals mir gemachten Andeutung, daß den Herzogthümern die Kosten eines von Dänemark verschuldeten Krieges würden aufgebürdet werden, mich zu einer Aeußerung des Mißmuths veranlaßt haben, welche dann, irrthümlich aufgefaßt und in einen andern Zusammenhang gebracht, einen Anhalt zu jener Behauptung mochte gegeben haben. Ich will die Möglichkeit, daß dem so sei, nicht unbedingt bestreiten. Ich habe damals erklärt, daß, wenn die Gestaltung der territorialen und finanziellen Verhältnisse, von der man zu jener Zeit sprach, zur Ausführung komme, ich mit einem solchen System nicht vor den Landtag und das Volk treten könne. Ich habe darauf hingewiesen, daß, wenn die Integrität der Herzogthümer gegen Dänemark erhalten bleibe, dann die Landesvertretung zu weitergehenden Zugeständnissen an Preußen bereit sein werde, als wenn dies nicht der Fall sei. Vielleicht dürfte mein Widerspruch nicht ohne Einfluß auf die Bewahrung der Integrität des Landes geblieben sein. Es ist möglich, daß ich meinen persönlichen Interessen mehr genützt haben würde, wenn ich den Gebietsumfang des Landes weniger bestimmt in erste Linie gestellt hätte. Vielleicht wäre ich persönlich dann weiter, aber das Land wäre kleiner, und die brave Bevölkerung Nordschleswig's wäre wieder der dänischen Gewaltherrschaft preisgegeben."

Bern, 26. Juni. Der Bundesrath autorisirte seine Bevollmächtigten, den Handelsvertrag mit Italien zu unterzeichnen, vorbehaltlich der Berücksichtigung einiger nachträglicher Forderungen, und schlägt schon für den 1. Juli die Gleichstellung mit den meist-

---

Ostfriesland, so wenig diese letzteren zu den wärmeren Ländern zu rechnen sein mögen; die nördlichen und östlichen Gebiete, vor allen die slavischen und germanischen Länder, welch letzteren sich die Schweiz sogar mit Einschluß ihrer französisch redenden Theile zugesellt, nehmen den Ofen in ihre Gunst, obwohl darum der Kamin nicht ganz ausgeschlossen ist. Will man der Wortabstammung nachgehen, so wäre der Kamin (camino, caminata) bei den romanischen, der Ofen bei den germanischen Völkern heimisch. Wesentlich sind es jedoch die kälteren Zonen des europäischen Völkergebiets, welche an die Stelle des flüchtig und ungenügend wirkenden Kaminfeuers einen soliden Wärmebewahrer in ihren Zimmern aufstellen, welcher geeignet ist, einen hohen Grad von Hitze in sich zu erzeugen, anzusammeln, lange festzuhalten und gleichmäßig nach allen Seiten auszuströmen. So wird der Ofen zum Repräsentanten des eigentlichen Familienherds in seiner warm anheimelnden Gemüthlichkeit und muß sowohl seinem Wesen als seiner künstlerischen Gestaltung nach als die höhere Kulturform von beiden bezeichnet werden.

Die primitivste Art germanischer Feuerstätten finden wir noch heute in dem westphälischen Bauernhause, in dessen ganzer Anlage uns die uralte Hauseinrichtung des echt deutschen sächsischen Stammes bewahrt ist. Menschen und Thiere sind hier noch unter demselben tief herabreichenden strohgedeckten Dache vereint. Zwischen den wohlgepflegten stattlichen Düngerhaufen hindurch, welche den Eingang flankiren, gelangt man durch das zweiflügelige Thor, welches Raum für den hochbeladenen Erntewagen bietet, auf die Tenne oder Diele, wo das Korn gedroschen wird. Zu beiden Seiten derselben ziehen sich Ställe für Pferde und Kühe hin, die über ihre Krippe hinweg friedlich hineinschauen. Im Hintergrunde der Diele erhebt sich der Herd mit seinen metallenen Feuerböcken für die Holzkloben und mit seinem Mantel für den Rauchfang. An diese Seite stoßen das Wohnzimmer und die Schlafkammern der Familie. Aber der Herd bildet den Mittelpunkt des Ganzen. An ihm ist der Platz der Hausfrau, die von hier das ganze Haus, die Wohnräume und die Diele mit ihren Ställen und ihrem Eingang überschauen kann.

Diese einfachste Form des Herdfeuers scheint im Mittelalter auf den Burgen noch lange im Gebrauch geblieben zu sein. Daneben kommen aber schon in karolingischer Zeit eigentliche Oefen vor. Unzweifelhaft geht dies aus dem berühmten Bauriß des Klosters St. Gallen hervor, welcher bekanntlich um 820 angefertigt wurde, und das Idealbild einer vollständigen Klosteranlage jener frühmittelalterlichen Zeit vor Augen stellt.

(Schluß folgt.)

Digitized by Google

begünstigten Nationen vor. Ferner ließ der Bundesrath den dänischen Gesandten in Paris in Kenntniß setzen, daß er dem Abschluß eines Handelsvertrags mit Dänemark alle Aufmerksamkeit widme und demnächst weitere darauf bezügliche Mittheilungen machen werde.

Paris, 24. Juni. Wie das „Mem. dipl." meldet, sind 600 Seeleute, welche kürzlich in aller Eile auf der Eisenbahn von Brest nach Toulon befördert wurden, zur Verstärkung des französischen Geschwaders im stillen Ocean bestimmt, das nunmehr zur Verhinderung des Einschleppens von Waffen und Munition eine weit strengere Aufsicht an der mexikanischen Westküste ausüben soll. Die „France" bestätigt ihrerseits, daß die französische Armee in Mexiko der Verstärkung bedarf und Verstärkungen erhält. „Unsere Armee", schreibt sie, „die auf 22,000 Kombattanten reduzirt ist, nämlich in Folge der Verminderung durch Abzug der Ausgedienten wie der Abberufung einiger Regimenter nach Afrika und Frankreich, wird alsbald wieder verstärkt sein durch die Kontingente der aus den Depots gezogenen Leute, wie das in Algerien, in Rom und selbst in Frankreich für die Corps geschieht, welche aus materiellen Ursachen zu bestimmten Epochen geschwächt werden."

Aus **Paris**, 25. Juni, schreibt man der „K. Z.": „Obgleich man aus Erfahrung wissen müßte, was von den liberalen Verheißungen der spanischen Staatsmänner zu halten sei, die nach der Reihe an's Ruder kamen, so bildet man sich hier doch wieder ein, daß mit O'Donnell's Ministerium ein gänzlicher Umschwung in der spanischen Politik erfolgen werde. Fabelhafte Gerüchte sind im Umlauf. Die Königin soll sich ausdrücklich verpflichtet haben, sich mit einer Stellung zu begnügen, wie die ist, welche die Königin von England einnimmt; außerdem wird von einem Schutz- und Trutzbündniß mit Frankreich gesprochen, und damit diesem die nöthige Sanktion ja nicht fehle, soll der kaiserliche Prinz mit einer spanischen Infantin verlobt werden und die Königin im Monat September eine Zusammenkunft mit dem Kaiser der Franzosen in St. Sebastian haben; auch die Anerkennung des Königreichs Italien wird als ganz bestimmt beschlossen dargestellt. Andere, eben so gut unterrichtete Leute, wollen wissen, O'Donnell wolle sich durch Annexionspolitik retten und er verhehle seine Sympathieen für die iberische Union nicht u. s. w. Ich theile Ihnen alle diese Gerüchte mit, nicht, weil ich daran glaube, sondern als Symptome, die beweisen, wie viel das spanische Kabinet thun mußte, wenn es dem Schicksale seiner Vorgänger entgehen wollte. General Prim, der noch in Paris ist, hält die politische Lage seines Vaterlandes noch wie vor für eine sehr bedenkliche; obgleich er kein unbefangenes Urtheil hat, so verdient sein Ausspruch einige Beachtung, zumal er mit direkten Berichten aus Madrid übereinstimmt, welche den Ausbruch einer Revolution als nahe bevorstehend betrachten. Die Zusammenkunft der Königin Isabella mit dem französischen Kaiserpaare ist wahrscheinlich; ob sie aber auch die politische Tragweite haben werde, die man sich von ihr verspricht, vermag ich nicht zu bestimmen. Man hat sich endlich über das Besuchsceremoniel zwischen den beiden Geschwadern von Frankreich und England geeinigt. Es wird eine französische Fregatte sich nach Plymouth begeben, um daselbst dem englischen gepanzerten Geschwader einen Besuch zu machen. Letzteres wird zur Feier des Kaiserfestes am 15. August irgend einem französischen Hafen seine Aufwartung machen. — Marschall Bazaine hat vom Kaiser Maximilian einen Palast zum Geschenke bekommen, den er verliert, wenn er das Land verläßt; die Regierung hat sich aber zugleich verpflichtet, ihm denselben für den Preis von 100,000 Dollars abzukaufen.

In der Sitzung des gesetzgebenden Körpers vom 24. kam die Frage über die 22 Millionen, die zur Deckung außerordentlicher Ausgaben aus der Armeedotationskasse genommen werden sollen, zur Verhandlung. Diese Kasse, aus welcher nach einem Gesetze von 1855 nur die Zuschüsse zu den Pensionen der Unteroffiziere und Soldaten der auf dem Wege der Konskription gebildeten Truppenkorps genommen werden dürfen, besitzt gegenwärtig einen Ueberschuß von 93,309,523 Fr. Magnin, Picard und selbst, zum Erstenmale in dieser Session, Berryer sprachen für Verwerfung des Regierungsansinnens. Der Reichthum der Kasse gebe weder einen Grund noch ein Recht ab, zu andern, als durch das Gesetz vorgesehenen Zwecken den Armeedotationsfonds in Anspruch zu nehmen; die Konskriptionspflichtigen dürften nicht gezwungen werden, mit ihren oft mühsam zusammengebrachten Geldern die Lücken des Budgets auszufüllen. Wenn die Armeedotationskasse einen solchen Ueberschuß ergeben, so möge man die Loskaufssumme, die jetzt 2300 Fr. beträgt, herabsetzen. Das Gesetz wurde natürlich dennoch, mit 190 gegen 50 Stimmen, angenommen. Nachdem noch einige weitere Artikel ohne Diskussion durchgegangen waren, wurde das gesammte ordentl. Budget für 1866 mit 238 gegen 11 Stimmen angenommen.

Petersburg, 25. Juni. Ein kaiserl. Dekret bestimmt folgende Zollsätze für die Thee-Einfuhr von der Westgränze des Reiches: Blumenthee, sowie grüner und gelber Thee pro Pfund einen halben Rubel; Handelsthee, schwarzer Thee und Ziegelthee 25 Kopeken. Das Dekret tritt mit der Publikation sofort in Kraft.

Verantwortlicher Redakteur: A. Hartmann.
Druck und Verlag der Stahel'schen Buch- und Kunsthandlung in Würzburg

Cours der Staatspapiere.

Oesterr.	5 pCt. Met. (Cp. i. S. b. R.)	—
„	5 pCt. Lomb. ditto. à 24	—
„	5 pCt. Engl. Met. v. 1852	—
„	5 pCt. Engl. Met. v. 1859	77 P.
„	5 pCt. Venet. Coupon b. R.	86[illegible] P.
„	5 pCt. Nationalanl. v. 1854	66 7/8 G.
„	5 pCt. Metall. Obligation.	—
„	4½ pCt.	65½ P.
Preussen	3½ pCt. Staatsschuldsch.	—
Bayern	4½ pCt. Obl. 1jähr. dto.	101 5/8 P.
„	4½ pCt. Obl. ½jähr. dto.	101 5/8 P.
„	4 pCt. Obl. 1jähr. dto.	98½ P.
„	4 pCt. Obl. ½jähr. dto.	98 [illegible]/8 G.
„	4 pCt. Obl. Ab.-R. dto.	98¼ P.
„	3½ pCt. Obl. dto.	—
Württemb.	4½ pCt. Obl. b. Rothsch.	101 G.
„	3½ pCt. Obl. dto.	94¼ P.
Baden	3½ pCt. Obl.	—
„	3½ pCt. Obl. v. 1842	91¾ P.
Gr. Hess.	3½ pCt. Obl.	—
„	4 pCt. Obl. b. Rothsch.	100½ P.
„	3½ pCt. Obl. dto.	97½ P.
Nassau	4½ pCt. Obl. dto.	102¼ P.
„	4 pCt. Obl. dto.	99 1/8 P.
„	3½ pCt. Obl. dto.	91¼ P.
Frankfurt	3½ pCt. Obl.	94 G.
„	3 pCt. Obl.	—
Spanien	3 pCt. inl. Sch. P. à fl. 2. 30	42 P.
„	2½ pCt.	—
Schweden	4½ pCt. Obl. à 105 Thlr.	91¼ P.
N.Amerika	6 pCt. à 100Dr. 1881 D. 2½	75 1/8—74 5/8 G.
„	6 pCt. ditto r. 1882	74 3/8—74 G.

Diverse Aktien.

Frankfurter Bank à fl. 500	151½ P.
K. K. Oesterr. National-Bankaktien	870 P. 865 G.
Oesterr. Kreditbank-Aktien à fl. 200	1[illegible]2½—93 G.
Bayer. Hypothekenb. Pfandbriefe 4 pCt.	97½ P.
Darmst. Bank 1. u. 2. Serie à fl. 250	229 G.
Weimarische Bank à Thlr. 100	100[illegible] G.
Mitteldeutsche Kreditaktien	101[illegible] G.
Intern. Bank in Lux. à 250 Frs. à 28 kr.	—
Taunus-Eisenbahn à fl. 250	348 [illegible]
Frankfurt-Hanauer-Eisenbahn	100 P. 99 7/8 G.
Oest. F.St.Eisb. 5pCt. 500 Fr. à 28 kr.	—
„ Elisab.-Eisenbahn 5 pCt.	120 P. 119¾ G.
Böhm. Westbahn-Aktien à fl. 200 6/7	—
Rhein-Nahe-Bahn 200 Thl. à 105 4pCt. Z.	31½ P. [illegible]¼ G.
Ludwigshafen-Bexbacher à 4 pCt.	160 G.
dto. dto. Prior. à 4 pCt.	—
Pfälz. Maxb. b. Rothschild à 4½ pCt.	1[illegible]6 P.
Oest. St.-Eisenb. Prior.-Oblig. à 3 pCt.	51½ P.
Elisab.-Bahn Prior. 5 pCt. 6/7	77½—⅝ G.
Südd. Bank-Akt., 40 pCt. Einz.	261½ G.
Span. Handels- und Industrie	
Bayr. Ostbahn à 4½ pCt. volleinbez.	11[illegible] 7/8 P.
Bayer. Ostbahn mit 60 pCt. Einz.	11[illegible]½ P.

Wechsel
in süddeutscher Währung.

Amst. fl. 100 k. S.	100½ P.
Antwerp. Frs. 200 k. S.	94[illegible] G.
Augsb. fl. 100 k. S.	99¾ P.
Berlin Th. 60 k. S.	104 7/8 P.
Brem. 50 Th. Ld. k. S.	97[illegible] P.
Brüssel Frs. 200 k. S.	94[illegible] G.
Cöln Thlr. 60 k. S.	105 P.
Hamb. MB. 100 k. S.	88½ P.
Leipzig Th. 60 k. S.	104 7/8 P.
London Lst. 10 k. S.	119 5/8 P.
Lyon Frs. 200 k. S.	—
Mail. Frs. 200	94 5/16 G.
München fl. 100 k. S.	99¾ G.
Paris Frs. 200 k. S.	94 3/8 G.
Petersburg 60 S.-R.	—
Triest fl. 100 k. S.	—
Wien fl. 100 ö. W.	108[illegible] G.
do. in öst. W. l. S.	
Disconto	3½ pCt. G.

Anlehens-Loose.

Oesterr. fl. 250 v. 1839	130½ P.
„ fl. 250 v. 1854 mit 4pCt.	[illegible] P.
„ fl. 500 v. 1860 6/7	84[illegible] P.
„ fl. 100 Eisb. L. v. 1858	13[illegible]¾ P.
„ do v. 1864	8[illegible] P.
Schwed. 10 Thlr. Loose	[illegible]½ P. ¼ G.
Badische fl. 50	—
Badische fl. 35	52½ G.
[illegible] Thlr. 40 b. R.	[illegible] P. [illegible] G.
Gr. Hessen fl. 60 b. R.	141 G.
„ fl. 25 do.	86¾ G.
Nassau fl. 25 bei Rothsch.	35[illegible] P.
Sardinische Fr. 36 b. R.	69[illegible] P.
Neuchateler 10 Frs.-Loose	—
Freiburger 15 Frs.-Loose	—
Mailänder 45 Frs. L. b. R.	38 P.
St. Ytalien mit 2½ pCt. Z.	34¼ P.
Ansb.-Gunzenh. fl. 7 L.	10¼ P.

Frankfurt, 27. Juni. Die Börse war auf die zeitig bekannt gewordenen abermals ungünstigeren Valuta-Notirungen aus New-York für amerikanische Fonds flau gestimmt. Der im Laufe des sehr bedeutenden Geschäfts eingetretene Preisrückgang beträgt ca. 1 3/8 pCt. Auch österr. Fonds waren matt, befestigten sich jedoch nach der Notirungszeit etwas. Von Wien meldete man gerüchtweise, das Gesammtministerium habe seine Entlassung eingereicht. Die Wiener Börse hat den gleichzeitig eingetroffenen Kursen nach zu urtheilen dieses Gerücht eher in günstigem Sinne aufgenommen. (Schwb.)

An die
k. Hof- und Staatsbibliothek
1 N. Würzb. Ztg. München.

Neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht!

№ 177. | Vorausbezahlung: Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 1 fl. 30 kr. Bei Inseraten wird die dreispaltige Zeile in gewöhnlicher kleiner Schrift oder deren Raum im Hauptblatte mit 6 kr., im Anzeiger mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franco. | 62. Jahrgang. | Donnerstag, 29. Juni 1865.

Zur deutschen Herzens- und Schmerzenssache

oder wie wir sonst zu überschreiben pflegen „zur schlesw.-holstein. Sache," welche nicht eher ruhen wird, als bis die Herzogthümer zum zweiten Male befreit sind, und zwar diesmal aus den Händen der deutschen Dänen, bringen wir in Folgendem einige Aeußerungen und Mittheilungen der heutigen Blätter. Dem deutschen Volke ist, wenn wir einen Virchow'schen Ausdruck gebrauchen wollen, der „ärgerliche Handel", wozu Preußen die Sache gemacht hat, in letzter Zeit bis an den Hals gestiegen und es ist, was zu beklagen, theilnahmsloser geworden. Auch die gutgesinnte Presse ist theilweise lässiger geworden; zu konstatiren ist jedoch, daß die Zähigkeit, mit welcher die Bevölkerung der Herzogthümer den preußischen Lock- und Gewaltmitteln widersteht, die Sympathien im deutschen Volke immer und immer wieder neu belebt. Was die deutsche Presse betrifft, so gehen die österreichischen Blätter für die Herzogthümer und gegen Preußen stark ins Zeug, doch hat ihr Patriotismus vielfach zu schwarzgelbe Färbung; es ist „draußen im Reiche", wie die Oesterreicher sagen würden, wo man am reinsten und entschiedensten deutsche Farbe bekennt. Von den Blättern, welche mannhaft fort und fort für die nationale Sache eintreten, unermüdlich den Verschlingungen der schleswig-holsteinischen Frage folgen und mit Ausdauer mahnend und aufmunternd ihre Stimme erheben, vor Allem der „Nürnb. K." zu nennen, welcher mit Recht einst in einer Versammlung des Erlanger Schleswig-Holstein-Vereins ein wahrer advocatus patriae genannt wurde. Mit unermüdlicher Ausdauer plaidirt auch die „Neue Frankf. Ztg." für das gute Recht der Herzogthümer. Das genannte Blatt ist demokratisch; doch so gut monarchisch wir gesinnt sind, stehen wir demselben tausendmal näher als den Zeitungen, welche sich gern „national" nennen, deren nationaler Gesichtskreis aber nicht über die schwarz-weißen Grenzpfähle hinausgeht.

Am Schlusse eines Leitartikels, welcher unter der Ueberschrift: „Bedenkliches" die Zustände im Rechtsstaate Preußen treu und wahr schildert, sagt der „Nürnb. Corr.": „Etwas sehr Bedenkliches finden wir endlich noch in dem Glauben an den deutschen Beruf Preußens. Aus diesem Glauben heraus meint Preußen ein großes Heer halten zu müssen und Schleswig-Holstein vergewaltigen zu dürfen. Der Glaube an einen göttlichen Beruf hat schon viel geherrscht bei den Herrschern und Völkern der Erde und viel Großes, aber auch schon viel Verderbniß gebracht. In der Zeit unserer Erfahrung ist Napoleon I. ein leuchtendes Beispiel. Er hielt sich für berufen und war es auch, in der europäischen Welt eine andere Ordnung zu schaffen; aber sein ehr- und herrschsüchtiges Herz machte ihn wähnen, er sei berufen zum Oberherrn von ganz Europa, und an diesem angemaßten, erträumten Beruf ist er zu Grunde gegangen. Ebenso hat sicherlich Preußen einen gewissen und schönen Beruf für Deutschland, der aber schwerlich darin besteht, über Deutschland zu herrschen, die Andern verächtlich und übermüthig zu behandeln, alle Seemacht an sich zu ziehen und Oesterreich am Narrenseil zu führen, bis es im Stande ist, einen tüchtigen Genickschlag gegen dasselbe zu thun. Läßt es sich von der Lust des trotzigen Herzens verführen, fort und fort von der Oberherrschaft zu träumen und in solchem Taumel Werke des Uebermuths und der Ungerechtigkeit, gleich Napoleon, zu üben, so möchte wohl ebenso wenig die Strafe ausbleiben. Niemand hat noch ungeahndet über das ihm bestimmte Maß sich erhoben; wer aber nicht bloß das Seine sucht, sondern auch das, was des Andern ist, der wird Ehre, Ansehen, Dank und Anerkennung finden."

Die „Kreuzztg." berichtet in einer „Wiener" Korrespondenz vom 25.: „das Berliner Kabinet habe bereits in Wien die Erklärung, daß es auf eine Verminderung der preußischen Truppen in den Herzogthümern bei den vorhandenen Partei-Organisationen im Interesse der Ruhe der Herzogthümer nicht eingehen könne, abgeben lassen und darauf hingewiesen, daß die Stärke der Truppenabtheilungen bereits das Minimum erreicht habe."

Feuilleton.

Der Ofen in der Kultur- und Kunstgeschichte.

(Schluß.)

Welcher Art die Oefen in St. Gallen gewesen, ob sie aus gebrannten Thonkacheln oder aus Stein gefertigt waren, muß dahingestellt bleiben. Ein Seitenstück zu jener Anlage des frühesten Mittelalters gibt aus der letzten Blüthenepoche jenes Zeitraums an der entgegengesetzten nordöstlichen deutschen Grenzmark das Schloß Marienburg, die glanzvolle Residenz des Hochmeisters der deutschen Ordensritter. Wie nun die Hochburg und das noch stattlichere Mittelschloß nach außen hoch über dem hohen Ufer des Nogatstromes in die fruchtbare Niederung schauen, so sind die Räume im Innern nicht blos mit allem Kunstsinn jener Zeit, sondern auch mit einer seltenen Vorliebe für behaglich verfeinerte Lebenszustände ausgerüstet. Dahin gehört vor allem die Heizeinrichtung. Unter dem großen Ordensremter, der durch seine schlanken Granitsäulen und palmenartig ausgebreiteten Fächergewölbe den Eindruck freien Behagens macht, liegt in dem mit mächtigen Gewölben versehenen oberen Kellergeschoß ein gewaltiger Ofen, zwölf Fuß lang und zehn Fuß breit. Das Innere desselben ist durch einen gemauerten Rost in zwei Abtheilungen geschieden: die untere war für die Feuerung bestimmt, die obere enthielt eine Menge lose nebeneinander liegender Feldsteine, welche von den durch den Rost spielenden Flammen glühend gemacht wurden. Im oberen Gewölbe des Ofens sieht man 36 Oeffnungen von $5^1/_2$ Zoll im Quadrat, aus denen Röhren durch den darüber befindlichen Fußboden des Remters gehen. Wo diese Röhren in den Saal ausmündeten, lagen in dem mit glasirten Fliesen gedeckten Fußboden Kalksteinplatten mit runden Löchern, welche durch kupferne Deckel geschlossen waren. Aus jenem Gewölbe des Ofens führt sodann ein weiter Rauchfang, der in einen Schornstein endigt, den Rauch hinaus. Sobald das Feuer ausgebrannt war, wurden die Kohlen aus dem Ofen herausgenommen, damit nicht Kohlendampf in den Remter dringe, und der im Schlot befindliche Rauchstein, welcher in der Mitte eine Oeffnung hat, mittelst eines eisernen Deckels geschlossen. Um den Rauchstein zu öffnen und zu schließen, war in der westlichen Wand des Remters eine kaminartige Vorrichtung angebracht. War der Rauchstein geschlossen, so ließ man die durch die glühenden Feldsteine erhitzte Luft durch die Heizröhren in den Saal, und je nachdem man einen höheren oder geringeren Wärmegrad hervorbringen wollte, öffnete man mehr oder weniger Heizlöcher. Aehnliche Luftheizungen liegen unter den übrigen Wohnräumen des Hochmeisterschlosses. Dieses mit aller Opulenz und selbst mit Raffinement durchgeführte Heizsystem hat sicherlich seinerzeit schon als etwas Außerordentliches dagestanden, denn soweit Ueberreste mittelalterlicher Burgen ein Urtheil gestatten, lassen sich nur einfache Kamine nachweisen. Daß dieselben gelegentlich schon in künstlerischer Form oder mit prächtigem Material ausgeführt waren, beweisen die Trümmer des Barbarossa-Schlosses zu Gelnhausen, so wie eine Stelle im Parcival, wo sogar drei Marmor-Kamine in einem Saale vorkommen. Daneben wird in den Dichtungen des Mittelalters mehrfach auch der Ofen genannt, aber ohne irgend welche Beschreibung. Das Wort Kamin selbst kommt gar nicht vor; dafür gilt durchgängig fiwerrame.

Gewähren jene Stellen auch keine Anschauung, so bezeugen sie dem Ofen doch neben dem Kamin eine allgemein verbreitete und bekannte Existenz. Welcher Art jene Oefen waren, ist zweifelhaft, doch spricht Manches für thongebrannte und glasirte Kacheln.

Die „Konstitutionelle Oesterreichische Zeitung", gegenwärtig das vorzugsweise offiziöse Organ in der Wiener Presse, bringt einen Artikel über die neuesten österreichischen Anerbietungen, dem wir entnehmen, „daß Oesterreich die Aufrechthaltung der Allianz mit Preußen wünscht, hat es klar und deutlich bewiesen, als es anerkannte, daß Preußen eine bevorzugte Stellung im Norden Deutschlands gegeben werden solle. Selbst jetzt, nachdem Preußen alles mögliche gethan hat, um den Glauben gründlich zu erschüttern, daß es ihm um die Fortdauer dieser Allianz ernstlich zu thun sei, selbst jetzt ist es Oesterreich, welches die Hand bieten will, um zu einer Verständigung zu gelangen, die den Ansprüchen Preußens vollkommen gerecht wird. Schleswig-Holstein soll in den Zollverein eintreten, Rendsburg soll Bundesfestung mit preußischer Besatzung werden. Preußen soll in den Besitz des Kieler Hafens gelangen, und seine Forderungen hinsichtlich der Flottenmannschaften und der Befestigungen an den Ausgängen des zu erbauenden Nordostseekanals sollen erfüllt werden. Auch gegen den Abschluß einer Militärkonvention mit dem zukünftigen Herzoge von Schleswig-Holstein hat Oesterreich nichts einzuwenden, wenn es auch verlangen muß, daß dieselbe mit den Bundesgesetzen in Einklang zu bringen sei. Voraussichtlich wird auch Herzog Friedrich diesen Punkten beistimmen. Es liegt demnach lediglich an Preußen, die Lösung der Herzogthümerfrage zur Wahrheit zu machen. Die Loyalität und Uneigennützigkeit seines Bundesgenossen zeigt ihm hierzu den Weg. Durch die österreichischen Propositionen werden die preußischen Februarforderungen dem Wesentlichen nach erfüllt. Weigert sich Preußen dessenungeachtet, darauf einzugehen, so würde hierdurch der Beweis geliefert, daß man nicht in Wien, sondern in Berlin die Allianz brechen will. Für Oesterreich ist es nicht möglich, weiter zu gehen."

Die Berliner „Spener'sche Ztg." wirft einen wehmüthigen Rückblick auf die schöne Zeit, wo Oesterreich und Preußen Hand in Hand gingen. „Als am 19. Juni 1864 die Minister Preußens und Oesterreichs, Hr. v. Bismark und Graf Rechberg, in Karlsbad zusammentrafen, und zwei Tage darauf, am 21. Juni, auch die Monarchen Preußens und Oesterreichs in dem Badeorte sich einfanden, da handelte es sich um die sehr ernste Frage, ob man unter den drohenden Aspekten sich mit den Anerbietungen der Konferenzmächte (Theilung Schleswigs) zufrieden geben, oder auf jede Gefahr den Krieg wieder aufnehmen und gemeinsam ausharren wolle. Das Kriegs-Bündniß zwischen den beiden deutschen Mächten bestand jetzt seine ernsteste Probe. Man kam in Karlsbad zu Verabredungen über die nächsten Zielpunkte und die Weiterführung des Feldzugs in Schleswig und Jütland. Die Karlsbader Verabredungen ließen die Berechnungen Englands scheitern; Dänemark blieb sich selbst überlassen; der kühne Zug nach Alsen schreckte die herrschende Partei in Kopenhagen, und das neue dänische Ministerium ließ sich Waffenstillstand und Friedensschluß gelegen sein; am 1. August wurden die Präliminarien unterzeichnet. Das war das Karlsbad von 1864." Im Juni 1865 ist Alles anders. Zwar befindet sich der König von Preußen wiederum in Karlsbad, aber der Kaiser von Oesterreich hat ihn noch nicht besucht. Graf Rechberg befindet sich in dem wohlverdienten Ruhestand, und Graf Mensdorff scheint durchaus keine Neigung zu haben, mit Herrn von Bismarck eine neue Allianz zu schließen.

München, 26. Juni. Das „Ministerialblatt für Kirchen- und Schulangelegenheiten" enthält in seiner neuesten Nummer ziffernmäßige Notizen über diejenigen Soldaten des diesjährigen Zugangs, welche erweislich einen mangelhaften Schulunterricht erhalten haben. Eine am Schluß angefügte interessante statistische Zusammenstellung macht das durchschnittliche Prozentverhältniß der mangelhaft unterrichteten Soldaten aus den letzten sechs Jahrgängen nach den einzelnen Provinzen ersichtlich, wie folgt: Oberbayern $9_{,2}$; Niederbayern 21_{8}; Pfalz $11_{,2}$; Oberpfalz 14_{0}; Oberfranken $7_{,5}$; Mittelfranken 6_{0}; Unterfranken 7_{2}; Schwaben 6_{8}; Durchschnitt $10_{,4}$ Prozent.

Die Kammer der Reichsräthe hat ihren in der geheimen Sitzung vom 26. d. gefaßten Beschluß noch am nämlichen Tage dem Präsidium der Kammer der Abgeordneten mitgetheilt. Die an der Novelle zum Art. 97 des Polizeistrafgesetzbuches von derselben vorgenommenen Aenderungen bestehen hiernach in Folgendem: Während nach dem Beschlusse der Kammer der Abgeordneten gegen Weibspersonen, welche mit ihrem Körper unzüchtiges Gewerbe treiben oder die Gelegenheit dazu auf Straßen oder an öffentlichen Plätzen aufsuchen, auf Arrest bis zu 30 Tagen mit zulässiger Schärfung erkannt werden soll und im Rückfalle zugleich die Zulässigkeit der Stellung unter Polizeiaufsicht, bei weiteren Rückfällen die Zulässigkeit der Verwahrung in einer Polizeianstalt ausgesprochen werden kann, hat die Kammer der Reichsräthe diese Bestimmung dahin verschärft, daß die Zulässigkeit der Polizeiaufsicht schon im ersten Strafurtheil, die Zulässigkeit der Verwahrung in einer Polizeianstalt schon beim ersten Rückfall soll ausgesprochen werden können. Außerdem hat die Kammer der Reichsräthe den Völk'schen Antrag wegen Beschränkung der Dauer der neuen Bestimmungen bis zum Schluß des nächsten Landtags, falls sie nicht vorher durch gesetzliche Bestimmung aufrecht erhalten werden, als letzten Absatz der

---

Denn während die ältesten bekannten eisernen Oefen schwerlich über das Jahr 1400 hinaufgehen, finden wir schon auf Darstellungen vom Ende des dreizehnten Jahrhunderts den Kachelofen. Die Anwendung glasirter Kacheln zu Zimmeröfen dürfte für die Epoche des vierzehnten Jahrhunderts unwidersprechlich festgestellt sein. Leider hat die neuere Zeit stark unter diesen Kunstwerken aufgeräumt; dennoch kommen Kachelöfen des Mittelalters im südlichen Deutschland noch mehrfach vor, wenn auch kaum einer derselben über das fünfzehnte Jahrhundert hinaufreichen mag. Alle noch vorhandenen Kachelöfen in der Schweiz tragen bereits das Gepräge der Renaissancekunst, welche übrigens erst spät über die Alpen gedrungen ist und in der Architektur und den verwandten Künsten erst in den letzten Decennien des sechszehnten Jahrhunderts dahin gelangt zu sein scheint. Die Gothik that ihren letzten Athemzug in der Schweiz erst sehr spät, und um so weniger darf man sich bei den Oefen wundern, wenn noch spät an früheren Stylformen festgehalten wird.

Die Glanzepoche der Schweizer Oefen umfaßt das siebzehnte Jahrhundert, eine Zeit, wo die Schweiz, im Genusse wohlerworbener Neutralität, sich eines Friedens und politischen Stillstandes erfreute, welcher inmitten der Kriege und Stürme, die fast das ganze Europa bewegten, um so auffallender erscheint.

Der Schweizer Kachelofen erhebt sich als selbständiges Gebäude meist von ansehnlichem Umfang in einer der inneren Ecken des Wohngemachs. Die enge Ecke zwischen Ofen und Wand wird nun fast immer zur Anlage eines erhöhten Sitzes benutzt, zu welchem man über zwei breite Stufen gelangt. Wie ein bequemer Sessel ist dieser Ofensitz mit halbrunder Rücken- und Armlehne eingefaßt, die oft einen eleganten architektonischen Aufbau zeigen. Bisweilen findet sich auf beiden Seiten des Ofens ein solcher Sitz; dann mochte in gemüthlicher Feierstunde Vater und Mutter, durch den warmen Hausfreund mehr verbunden als getrennt, auf den bequemen Sitzen um so behaglicher ausruhen, als der hohle Raum der letzteren mit erwärmt wurde oder gar ebenfalls seine Heizung hatte und, um das Angenehme mit dem Nützlichen zu verbinden, gelegentlich als Bratofen diente. Die Kinder mochten dann in belehrendem Spiel an den bunten Bildern des Ofens und seinen wackeren Sprüchen sich ergötzen und dabei einen erheiternden Kursus biblischer Historie, griechischer oder römischer Geschichte und Mythologie, oder, noch besser, vaterländischer Heldenthaten der Vorzeit absolviren, wobei die Größeren den Kleineren ihre gelehrten Erläuterungen geben und kindlicher Wetteifer seinen fördernden Einfluß geltend machen konnte. Was im traulichen Wohnzimmer des Vaterhauses sich der Phantasie in so anziehender Weise eingeprägt hatte, das mußte, mit der liebsten Erinnerung verschmolzen, unauslöschlich dem Gedächtniß eingeprägt bleiben. So war der Ofen wieder geworden, was der Herd einst gewesen war: der Mittelpunkt des Familienlebens, in dessen trauliche Nähe Jung und Alt sich zusammendrängte und dessen Wärme Alle zu innigerer Gemeinschaft verband. Welchen Einfluß vollends die kunst- und farbenreiche Gestalt des Ofens auf die Ausbildung des Sinnes der Schönheit und Anmuth gewinnen mußte, wo man seit den ersten Kinderjahren fortwährend von solchen Eindrücken umgeben war, das bedarf keiner weitern Erörterung. Dieser Bedeutung entsprechend, wurde der Ofen mit einer Sorgfalt ausgestattet, deren kein anderes Hausgeräth in gleichem Grade sich rühmen kann. Nicht bloß die Kacheln des ganzen Ofengebäudes wurden mit plastischem Schmuck oder farbiger Zier bedeckt, auch die Wandflächen des Zimmers in der Nähe des Ofens erhielten ihre prächtige Bekleidung mit gemalten Kacheln, und selbst dieser Theil des Fußbodens wurde mit glasirten Fließen belegt. Denkt man sich zu dieser heitern Pracht den gebräunten Ton der getäfelten Wände und der reich geschnitzten Decke, und über alles das den Farbenschimmer gemalter Wappen oder vaterländischer Geschichten in den Fenstern, so erhält man ein Bild gemüthlichen Behagens und künstlerischer Harmonie. Ehe jedoch der Ofen diesen Höhepunkt seines Glanzes erreicht hatte, mußte er verschiedene Stadien der Entwicklung durchlaufen, welche freilich nicht durchaus nach einander, sondern theilweise zu gleicher Zeit neben einander geherrscht haben.

Novelle angehängt. Der von der Kammer der Reichsräthe beschlossene Zusatz zu Art. 221 des Strafgesetzbuches lautet: „Die gerichtliche Verfolgung (wegen Kuppelei) findet, wenn keiner der im Absatz 2 bezeichneten Umstände vorliegt, nur auf Antrag der einschlägigen Polizeibehörde statt."

Der 2. Ausschuß der Kammer der Abgeordneten hat am 23. einstimmig beschlossen, der Kammer die Ertheilung der in der Regierungsvorlage, die Eisenbahnbau-Dotation für die VIII. Finanzperiode betr., nachgesuchten Ermächtigung zur Aufnahme eines Anlehens von 8,860,000 fl. vorzuschlagen.

Wie ein Münchner Korrespondent der „A. Abdztg." vernimmt, hat der Abg. Bürgermeister v. Steinsdorf noch einen Antrag in die Kammer gebracht, der die Ablösung der Realrechte bezweckt, gegen die vollständige Durchführung der Gewerbefreiheit gerichtet ist und strenge Handhabung der Bestimmungen über den Hausirhandel verlangt.

In Folgendem stellen wir die Nachrichten, welche der Telegraph neuerdings über die österreichische Ministerkrisis gebracht, zusammen:

Wien, 27. Juni. Die „Wiener Abendpost" berichtet: „Der Kaiser habe dem Erzherzog Rainer auf dessen Bitte einen längeren Urlaub ertheilt und den Grafen v. Mensdorff mit dem Präsidium des Ministerraths betraut, ferner den ungarischen Hofkanzler Zichy und den Minister Nadasdy auf ihre Bitte, den Ersteren unter Vorbehalt fernerer Verwendung im Staatsdienste, den Letzteren mit dem Ausdruck voller Anerkennung für die geleisteten ausgezeichneten Dienste, ihrer Posten enthoben und den Grafen v. Majlath zum ungarischen Hofkanzler ernannt, der heute bereits seinen Diensteid abgelegt hat.

Wien, 27. Juni. Die ganze Ministerkrisis ist durch die ungarischen Altkonservativen veranlaßt, welche einen Dualismus der Regierung anstreben. — Gerüchtweise wird von der Aufhebung der siebenbürgischen und kroatischen Hofkanzlei gesprochen, weil eine Wiedervereinigung Siebenbürgens und Kroatiens mit Ungarn in Aussicht stehe. Erzherzog Stephan wurde wegen Wiederübernahme des Palatinats hierherberufen. Sämmtliche abgetretene Minister, mit Ausnahme Schmerling's, sollen provisorisch bis zum Schluß der Reichsrathssession fortfunktioniren.

Wien, 28. Juni. Es wird versichert, die Demission des Hrn. v. Schmerling und der übrigen Minister sei angenommen.

Wien, 28. Juni. Zirkulirende Ministerliste: Aeußeres: Mensdorff; Staatsminister: Belcredi; Polizei: Hübner; Justiz: Wairele; Finanzen: Holzgethan; Krieg: Hauslab; Marine: Burger.

Die „Wiener Abendpost" sagt: „Die internationale Enquete-Kommission hat für jetzt ihre Arbeiten unterbrochen, wird aber ihre Thätigkeit in den Herbstmonaten wieder aufnehmen. Die Zwischenzeit soll zur Vervollständigung des Materials benutzt werden.

Triest, 26. Juni. Sämmtliche Passagiere, die seit ihrer Ankunft von Alexandrien hier im Lazarethe Quarantäne halten, erfreuen sich guter Gesundheit. In Alexandrien erlagen, wie die neuesten Berichte von dort melden, an einem Tage 184 Personen der Cholera.

Frankfurt, 27. Juni. Dem Vernehmen nach hat die preußische Regierung den von den drei süddeutschen Regierungen, Baden, Württemberg und Bayern, mit der Schweiz vorläufig abgeschlossenen und punktirten Handelsvertrag pure abgelehnt. Grund der Ablehnung ist die Herabsetzung des Zolls auf Absynth.

(Pfälzer Ztg.)

Aus **Schleswig-Holstein**, 24. Juni, schreibt man der „Allg. Ztg.": „Wäre die Sache nicht so traurig-ernst, man könnte es lustig finden, daß unter den Mitgliedern des schleswig'schen Rumpfparlaments von 1860, zu dessen Ergänzung Oesterreich leider seine Einwilligung ertheilt hat, sich nicht weniger als acht „Ritter des Danebrog-Ordens" und „Danebrogs-Männer" befinden, zu denen noch zwei königlich dänische „Kammerräthe" kommen. In der That recht unverdächtige Vertreter „des von Dänemark befreiten deutschen Schleswig-Holsteins," um so mehr, wenn man weiß, daß jene Dekorirten das dänische Ehrenzeichen wegen ihrer „patriotischen," d. h. fanatisch-dänischen Gesinnung erhalten haben!"

Aus **Paris**, 26. Juni, schreibt man der „K. Z.": „General Woll hat dem Kaiser die Lage Mexiko's der Wahrheit getreu geschildert und von ihm die Versicherung bekommen, daß im Herbste genug Truppen nach Mexiko befördert werden sollen, um einen entscheidenden Schlag zu führen. — Die Kaiserin soll, so geht das Gerücht, die Stelle des Prinzen Napoleon erhalten und zur Vize-Präsidentin des kaiserlichen Geheimen Rathes ernannt werden. Diese Ernennung würde gar nicht überraschen. Einem anderen Blatte zufolge soll die hohe Frau zur Präsidentin der Ausstellungs-Kommission ernannt werden. Auch das wäre nicht ganz unmöglich. — Der Prinz Napoleon hat fast alle seine Beamten entlassen; angeblich geschah es, weil er sich die bisherige Ueberwachung seiner Person nicht mehr gefallen lassen will. Von anderer Seite versichert man jedoch, daß er in Zukunft noch einfacher leben und noch mehr Ersparnisse machen will. Verschwenderisch war der Prinz bis jetzt übrigens nie.

In der ersten Epoche erscheint der Ofen als rein architektonisches Werk behandelt und mit plastischen Gliederungen ausgestattet. Seine Gesammtform ist meistens rund, doch kommen auch einfach viereckige vor. Seine farbige Erscheinung ist in der Regel monochrom, da die Kacheln fast durchgängig nur die grüne Bleiglasur zeigen. Das zweite Stadium macht den Ofen zu einem plastischen Kunstwerk. Gesammtform und einfarbige Glasur bleiben zumeist unverändert, aber die Kacheln erhalten in stark vortretendem Relief allerlei figürlichen Schmuck. Die dritte Entwicklungsstufe gibt den Ofen völlig in die Hände der Malerei. In demselben Maße, wie das plastische Element in Gliederungen und Verzierungen zurückgedrängt wird, nimmt die reiche Farbenpracht zu und gewinnt den Ausdruck einer heiteren Polychromie. So spiegelt sich der naturgemäße Fortschritt von der Architektur zur Plastik und von dieser zur Malerei auch in der Geschichte des Ofens.

In dem ersten Drittel des 18. Jahrhunderts wirkt auf die kunstvollen Oefen die bilder- und spruchreiche Weise des 17. Jahrhunderts noch eine Weile nach; um die Mitte des Jahrhunderts nehmen die Oefen die geschweiften Linien des Rococo an und gehen auf die viereckige Grundform zurück. Die spätesten Erzeugnisse künstlerischer Betheiligung bei der Ausschmückung von Oefen kommen im Jahre 1757 vor. Nachher folgte die Zeit der steif antikisirenden Oefen des Kaiserreichs, an denen nur einige graue Ornamente als dürftige Reminiscenzen der ehemaligen Pracht sich zeigen. Heute sind unsere Oefen bei verbesserter Konstruktion und bei vielfacher technischer Vervollkommnung der Hafnerei oder Töpferei doch im höhern Sinne styllos; die Kunst hat keinen Theil mehr an ihnen.

Rogeard.

Im Verlage von A. G. Steinhauser in Prag ist das erste Heft einer Schrift erschienen, betitelt: „Cäsariana, Aperçus eines Despoten, von A. Rogeard, Verfasser der „Propos de Labiénus," einzige, vom Verfasser autorisirte deutsche Ausgabe." Diesen Aperçus, wovon erst der Anfang mitgetheilt wird, geht eine Biographie Rogeard's voraus, dessen Pamphlet bekanntlich das System Napoleon's III. im Hohlspiegel zeigt, und nach dem großen Aufsehen, das es innerhalb wie außerhalb Frankreichs erregt hatte, fast allerorten auf den Index der verbotenen Bücher gesetzt wurde. Wir geben unseren Lesern, auf Grund der vorliegenden Mittheilungen, eine Lebensskizze des so rasch berühmt gewordenen Mannes:

Louis Auguste Rogeard, der Sohn eines Kapitäns, ist am 25. April 1820 zu Chartres, im Departement Eure et Loire, geboren. 1840 und 1841 bekleidete er den Lehrerposten einer Normalschule zu Obernay, und einige Zeit nachher den Posten eines Professors an verschiedenen Lehranstalten Frankreichs. Schon zu Obernay hatte Rogeard Reibungen mit seinen Vorgesetzten, denen ein religiöser Anlaß zu Grunde lag. Von 1846—48 war er Professor am Gymnasium zu Angoulême. Er erlaubte sich damals einige scharfe Bemerkungen gegen die Verwendung der Armengelder. Solche „unbefugte" Einmischung in fremde Angelegenheiten wurde gar übel vermerkt, und sofort der Regierung gemeldet.

1849 hatte Rogeard Urlaub auf ein Jahr genommen, um nach Paris zu gehen. Dort nahm er an der politischen Bewegung lebhaften Antheil, und sein Name stand auf allen freisinnigen Petitionen. Nun mehrten sich die Klagen gegen ihn erst recht in den Ministerien. Man kürzte seinen Urlaub und schickte ihn zur Strafe als Lehrer der Quarta in eine untergeordnete Stadt, wo er indeß in Folge der Protektion des Rektors Guillemin nur drei Monate blieb. Von 1849 bis 1851 lehrte er in Pau, und ward vier Monate nach dem Staatsstreiche, weil er den Eid zu leisten verweigerte, entlassen. Rogeard ging nach Paris, lebte dort kümmerlich und vertiefte sich in die klassischen Studien, wie denn seine „Propos de Labiénus" neben anderm auch von der Gelehrsamkeit des Autors vollgiltiges Zeugniß ablegen. Durch Freunde ward Rogeard nach England empfohlen. Er lebte fünf Monate lang in der Grafschaft Kent als Hauslehrer in einer

Paris, 27. Juni. Im Departement Puyde-Dôme ist an Stelle des verstorbenen Herzogs v. Morny der Oppositions-Kandidat Girod-Pouzol in den gesetzgebenden Körper gewählt worden.

Warschau, 22. Juni. Vor einigen Tagen sind 56 politische Verurtheilte, lauter junge Leute, mit der Eisenbahn nach Rußland transportirt worden. Noch sind die politischen Gefängnisse hier stark besetzt und die kriegsrechtlichen Untersuchungen in voller Thätigkeit.

Cours der Staatspapiere.

Oesterr.	5 pCt. Met. (Cp. i. S. b. R.)	—
"	5 pCt. Lomb. ditto. à 24	92 1/2 P.
"	5 pCt. Engl. Met. v. 1852	—
"	5 pCt. Engl. Met. v. 1859	77 P.
"	5 pCt. Venet. Coupon b. R.	86 1/2 G.
"	5 pCt. Nationalanl. v. 1854	66 3/4—1/2 G.
"	5 pCt. Metall. Obligation.	63 P.
"	4 1/2 pCt.	55 5/8 P.
Preussen	3 1/2 pCt. Staatsschuldsch.	—
Bayern	4 1/2 pCt. Obl. 1jähr. dto.	101 1/2 P.
"	4 1/2 pCt. Obl. 1/2jähr. dto.	101 1/2 P.
"	4 pCt. Obl. 1jähr. dto.	98 1/2 P.
"	4 pCt. Obl. 1/2 jähr. dto.	98 7/8 G.
"	4 pCt. Obl. Ab.-R. dto.	98 P.
"	3 1/2 pCt. Obl. dto.	—
Württemb.	4 1/2 pCt. Obl. b. Rothsch.	104 1/4 P. 104 G.
"	3 1/2 pCt. Obl. dto.	94 1/4 P.
Baden	4 1/2 pCt. Obl.	—
"	3 1/2 pCt. Obl. v. 1842	91 3/4 P.
Gr. Hess.	4 1/2 pCt. Obl.	—
"	4 pCt. Obl. b. Rothsch.	100 3/8 P.
"	3 1/2 pCt. Obl. dto.	97 3/4 P.
Nassau	4 1/2 pCt. Obl. dto.	101 1/2 G.
"	4 pCt. Obl. dto.	99 3/8 P.
"	3 1/2 pCt. Obl. dto.	91 1/4 P.
Frankfurt	3 1/2 pCt. Obl.	94 1/4 P.
"	3 pCt. Obl.	—
Spanien	3 pCt. inl. Sch P. à fl. 2. 30	—
"	2 1/4 pCt. . . .	—
Schweden	4 1/2 pCt. Obl. à 105 Thlr.	91 1/2 P.
N.Amerika	6 pCt. à 100Dr. 1881 D. 2 1/2	74 3/4 G.
"	6 pCt. ditto r. 1882 .	74 1/8—1/2 G.

Diverse Aktien.

Frankfurter Bank à fl. 500 . . .	151 1/2 P.
K. K. Oesterr. National-Bankaktien	871 P. 867 G.
Oesterr. Kreditbank-Aktien à fl. 200	190—1/2 G.
Bayer. Hypothekenb. Pfandbriefe 4 pCt.	97 1/2 P.
Darmst. Bank I. u. 2. Serie à fl. 250	229 1/2 P.
Weimarische Bank à Thlr. 100 . .	100 7/8 G.
Mitteldeutsche Kreditaktien . . .	101 5/8 G.
Intern. Bank in Lux. à 250 Frs. à 28 kr.	—
Taunus-Eisenbahn à fl. 250 . . .	346 G.
Frankfurt-Hanauer-Eisenbahn . . .	99 3/4 G.
Oest. F.St.Eisb. 5pCt. 500 Fr. à 28 kr.	—
" Elisab.-Eisenbahn 5 pCt. . .	116 1/2 P. 118G.
Böhm. Westbahn-Aktien à fl. 200 6/7	—
Rhein-Nahe-Bahn 200 Thl. à 105 4pCt. Z.	31 1/2 P. 1/4 G.
Ludwigshafen-Bexbacher à 4 pCt. .	150 7/8 G.
dto. dto. Prior. à 4 pCt.	—
Pfälz. Maxb. b. Rothschild à 4 1/2 pCt.	106 P.
Oest. St.-Eisenb. Prior.-Oblig. à 3 pCt.	51 5/8 P.
Elisab.-Bahn Prior. 5 pCt. 6/7	77 3/4 P. 1/4 G.
Südd. Bank-Akt., 40 pCt. Einz.	254 1/2 G.
Span. Handels- und Industrie . .	—
Bayr. Ostbahn à 4 1/2 pCt. volleinbez.	116 3/8 G.
Bayer. Ostbahn mit 50 pCt. Einz.	116 5/8 P.

Wechsel
in süddeutscher Währung.

Amst. fl. 100 k. S.	100 1/2 P.
Antwerp. Frs. 200 k.S.	94 3/4 G.
Augsb. fl. 100 k. S.	99 3/4 G.
Berlin Th. 60 k. S.	104 7/8 P.
Brem. 50 Th. Ld. k. S.	97 1/4 P.
Brüssel Frs. 200 k. S.	94 3/4 G.
Cöln Thlr. 60 k. S.	105 P.
Hamb. MB. 100 k. S.	88 1/8 P.
Leipzig Th. 60 k. S.	104 7/8 P.
London Lst. 10 k. S.	119 1/2 P.
Lyon Frs. 200 k. S.	—
Mail. Frs. 200 . .	94 5/8 G.
München fl. 100 k. S.	99 3/4 G.
Paris Frs. 200 k. S.	94 3/4 G.
Petersburg 60 S.-R.	—
Triest fl. 100 k. S.	—
Wien fl. 100 3. W.	108 1/2 G.
do. in öst. W. l. S.	—
Disconto	3 1/2 pCt. G.

Anlehens-Loose.

Oesterr. fl. 250 v. 1839	130 P. 129 1/2 G.	Kurh.-Loos. Thlr. 40 b. R.	56 7/8 P. 5/8 G.
" fl. 250 v.1854 mit 4pCt.	78 3/4 P.	Gr. Hessen fl. 50 b. R.	140 3/4 G.
" fl. 500 v. 1860 6/7	83 5/8—1/4 G.	" fl. 25 do.	86 3/4 G.
" fl. 100 Eisb. L. v. 1858.	136 1/8 P.	Nassau fl. 25 bei Rothsch.	35 1/8 G.
" do. v. 1864.	88 1/2 P.	Sardinische Fr. 36 b. B.	69 1/2 P.
Schwed. 10 Thlr. Loose	9 1/2 P. 3/8 G.	Neuchateler 10 Frs.-Loose	—
Badische fl. 50	—	Freiburger 15 Frs.-Loose	—
Badische fl. 35	52 7/8 P.	Mailänder 45 Frs. L. b. R.	35 P.
		St. Lüttich mit 2 1/2 pCt. Z.	33 1/4 P.
		Ansb.-Gunzenh. fl. 7-L.	10 1/4 P.

Frankfurt, 28. Juni. Amerikaner, für die bedeutende Kauforders vorlagen, verkehrten an der heutigen Börse in sehr fester Haltung, österr. Sachen waren dagegen auf ungünstige Wiener Notirungen sehr flau und wurden fast durchgängig bedeutend niedriger gehandelt. (Synd.)

Familie. Doch schien ihm das Klima in England nicht zu behagen, und, ohne London gesehen zu haben, kehrte er nach Paris zurück, wo er in ähnlicher Eigenschaft zwei Jahre verbrachte. Müde dieser Abhängigkeit, wählte er endlich den Stand eines „Professeur libre."

1853 erschien seine erste schriftstellerische Arbeit im „Avenir", eine Studie: „Du rôle de la littérature dans les sociétés."

1855 wurde er plötzlich verhaftet. Er hatte sich nämlich bei den Unruhen in der Sorbonne, welche durch die Vorlesungen des Akademikers Nisard hervorgerufen waren, wie die Anklage lautete, an einem Beamten thätlich vergriffen, und wurde zu einer sechsmonatlichen Kerkerstrafe verurtheilt. Das Appellationsgericht ermäßigte die Strafe auf vier Monate. Doch Rogeard setzte es durch, daß auch dieses Urtheil kassirt wurde. Sein Prozeß kam in letzter Instanz vor dem Gerichtshofe in Rouen zur Verhandlung, und dieser sprach den Angeklagten gänzlich frei. Seine Vertheidigung hatte zuletzt Emile Ollivier geführt. Aber im Februar 1856 wurde Rogeard wieder arretirt, und zwar des Nachts in seiner Wohnung, angeklagt, eine geheime Gesellschaft gebildet zu haben. Er saß 30 Tage in Mazas, ohne verhört zu werden, dann wurde er ebenso schweigend entlassen.

Rogeard war jetzt entschlossen, Rache zu üben. Mit Nahrungssorgen kämpfend, wendete er sich nun entschieden der Literatur zu. Auch scheint er mit dem Quartier latin in Verbindung getreten zu sein. In Journalen und als Broschüren veröffentlichte er seine Arbeiten; zuerst zwei Fragmente aus seinem größeren, bisher noch nicht veröffentlichten Werke: „Manuel pratique de composition oratoire", hierauf Artikel über die beiden Lexikons von Bouillet, eine Satyre: „La jeunesse d'esprit", welche gegen die revolutionär auftretende Jugend gerichtet ist, die im Alter reaktionär wird, und eine Satyre „L'esprit mystique" gegen die Frömmler, welche den Geist der Wissenschaft befehden. Nun erschienen zwei Broschüren — die eine, „Pauvre France" betitelt, enthielt Gedichte, die zweite, „L'abstention", forderte zur Enthaltung von den Wahlen für 1863 auf. 1863 arbeitete Rogeard viel für die „Réforme littéraire"; der wichtigste Beitrag für dieses Blatt war seine Abhandlung: „Projet d'un congrès universel des sciences morales", worin er verlangte, daß eine unabhängige Wissenschaft gegenüber der offiziellen geschaffen werde. 1864 veröffentlichte Hachette das erste selbständige, fachwissenschaftliche Werk Rogeard's, den „Cours des versions latines", welche Novität Saint Marc Girardin im Journal des öffentlichen Unterrichts besonders günstig besprach, ohne zu ahnen, wer der Verfasser sei.

Alle diese Arbeiten blieben in ihrem Einfluß so ziemlich auf den Kreis des Quartier latin beschränkt, und erst mit den „Propos" sollte Rogeard's Wirkung eine ebenso tiefgehende als verbreitete werden. Schon seine Artikel „Les mots de César", welche 1865 in dem von dem Studenten Longuet redigirten Wochenblättchen La rive gauche vor dem Erscheinen des „Leben Cäsar's" gedruckt wurden, hätten größere Aufmerksamkeit erweckt, wenn jene „Mots" nicht zufällig dem kaiserlichen Biographen Cäsar's entgangen wären. Sogar im Quartier latin wunderte man sich, daß die Artikel unbeanstandet blieben, und wurde desto kühner.

Als nun das kaiserliche Buch selbst vorlag, brachte Rogeard sein Manuscript „Les propos de Labiénus", das er in einer Nacht niedergeschrieben, der Redaktion, welche das Pamphlet als einen „recht guten" Beitrag zu drucken begann.

Die Vorgänge, die sich an das Erscheinen dieses Pamphlets knüpften, sind unseren Lesern bekannt: Als gegen Rogeard und den Drucker der Prozeß eingeleitet wurde, wollte Rogeard diesem die Stirn bieten. Aber seine Freunde packten ihn kurzweg wie ein Collo in den Waggon, nachdem sie ihn vorher betrunken gemacht, und beförderten ihn nach Brüssel. Schon mit dem nächsten Zuge gingen ihm in mehreren Kisten seine Bücher und Schriften nach, und die Polizei fand Rogeard's Wohnung — leer.

Kaum hatte sich in Brüssel die Nachricht verbreitet, daß Rogeard angekommen, als alle übrigen französischen Exilirten, sowie die belgischen Liberalen ihn aufsuchten. Man traf den Flüchtling in einem Stübchen in der Rue des Sols, und war nicht wenig von seinem leiblichen Aussehen überrascht. Rogeard ist ein stark angelegter, hochgewachsener Mann, ziemlich fleischig, mit kärglichem blonden Haar und graublauen Augen. Das ganze Gesicht ist bis zur Stirn und hinter die Ohren glühend roth und mit Finnen bedeckt. „Wie Mirabeau!" riefen die Ankömmlinge, nachdem sie sich von der ersten Ueberraschung erholt hatten.

Rogeard ist gegenwärtig mit drei neuen Broschüren beschäftigt; die eine soll die „Mots de César" gesammelt bringen, die zweite wird heißen: „La vie du second César", die dritte: „Histoire d'une brochure", nämlich die Geschichte des Pamphlets, das Rogeard über Nacht zu einer europ. Persönlichkeit gemacht hat.

Verantwortlicher Redakteur: A. Hartmann.
Druck und Verlag der Stahel'schen Buch- und Kunsthandlung in Würzburg

An die
k. Hof- und Staatsbibliothek
1 N. Würzb. Ztg. München.

Neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht!

№ 178. | Vorausbezahlung: Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 1 fl. 30 kr. Bei Inseraten wird die dreispaltige Zeile in gewöhnlicher kleiner | 62. Jahrgang. | Schrift oder deren Raum im Hauptblatte mit 6 kr., im Anzeiger mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franco. | Freitag, 30. Juni 1865.

Abonnements-Einladung.

Bestellungen auf die mit dem Unterhaltungsblatte **Mnemosyne** und dem Beiblatte **Würzburger** Anzeiger verbundene

Neue Würzburger Zeitung

für das mit dem 1. Juli beginnende III. Quartal nehmen alle Postämter an, und werden solche **rechtzeitig** erbeten. Der Abonnementspreis beträgt in ganz Bayern künftighin

vierteljährlich nur fl. 1. 30 kr.

(Bei außerbayerischen Postämtern findet eine geringe Preiserhöhung statt.)

Es kömmt somit jede Nummer der Zeitung nebst Anzeiger (welcher selbst an Sonntagen erscheint, was im Jahre anderen Blättern gegenüber ein Mehr von über 50 Nummern entziffert) sowie mit dem Unterhaltungsblatt Mnemosyne **zusammen** auf den außerordentlich billigen Preis von

täglich einem Kreuzer

im Abonnement zu stehen.

Die „Neue Würzburger Zeitung“ bringt nach wie vor Leitartikel über jede bedeutende politische [illegible] frage, ferner Original-Korrespondenzen und telegraphische Depeschen aus den größeren Städten Europa's.

Außer dem im Hauptblatte enthaltenen Feuilleton bringt das belletristische Beiblatt „Mnemosyne“ Originalnovellen u. s. w. aus der Feder bekannter Schriftsteller, und hofft mit denselben neben dem übrigen Neuesten und Interessantesten aus dem Gebiete der Unterhaltungslekture, sowie ausgewählten Erzählungen, Gedichten, Miscellen, Aphorismen, Nekrologen, literarischen und Kunst-Kritiken u. s. w. ihre Leser nach jeder Richtung hin angenehm und lehrreich zu unterhalten.

Das täglich zur Zeitung erscheinende Gratis-Beiblatt **„Würzburger Anzeiger“** (welcher auch separat um 42 kr. vierteljährlich bezogen werden kann) liefert alle lokalen Neuigkeiten, sowie eine kurzgefaßte Uebersicht der politischen Ereignisse, Markt-, Cours- und Sitzungsberichte u. s. w.

Die Expedition der „N. Würzb. Ztg.“

Die Ministerkrisis in Oesterreich,

welche ziemlich unerwartet eingetreten ist, wurde nicht durch Finanzangelegenheiten, von deren Wirkung man eine Aenderung in der Staatsleitung voraussetzte, herbeigeführt, sondern durch den Drang nach einem Ausgleich mit Ungarn. Aus den Einzelheiten, welche über die Krisis bis jetzt bekannt geworden sind, läßt sich auf die Bedeutung derselben schließen. Der Rücktritt Schmerling's, die Beseitigung der Minister Nadasdy und Zichy beweisen, daß der Kaiser bindende Zusagen in Pesth gegeben hat, und daß dieselben eine Aenderung im bisherigen System, und wohl auch im Wesen, wenn nicht im Wortlaut, der Februar-Verfassung bedingen, und daß die starre und stramme Einheit nicht in der von Herrn von Schmerling beabsichtigten Weise durchgeführt werden soll. Bezeichnend ist vor Allem der Name des Staatsmanns, welcher als neuer Staatsminister genannt wird, des Grafen Belcredi; denn dieser ist ein gemäßigter Anhänger der Partei der „historisch-politischen Individualitäten“, der föderalistischen im Gegensatz zur centralistischen Richtung, welche letztere die bisherigen Minister repräsentirten. Der Ministerwechsel bedeutet also [illegible] tralisationssystems und [illegible]

Ueber die äußere Geschichte der so rasch eingetretenen Aenderungen im Wiener Kabinet macht die „Ostd. Post“ nachstehende Angaben: „Nach Allem, was wir hören, erhielten der ungarische Hofkanzler, Graf Zichy, und der greise Hofkanzler Siebenbürgens, Graf Nadasdy, letzten Sonntag den Wink, ihre Entlassung anzusuchen, und da dieses selbstverständlich allsogleich geschah, wurde durch ein kaiserliches Handschreiben der ehemalige Tavernikus Georg v. Majlath zum ungarischen Hofkanzler ernannt. In Folge dessen richtete der Ministerpräsident, Erzherzog Rainer, das Ersuchen an Se. Maj., ihm einen Urlaub auf unbestimmte Zeit gewähren zu wollen, welcher Bitte auch Folge gegeben wurde. (Die im amtlichen Theile der „Wiener Zeitung“ vom 28. veröffentlichten kais. Handschreiben an die genannten drei Herren sind sämmtlich vom 26. datirt.) Eine weitere Folge dieses Ereignisses war, daß Staatsminister v. Schmerling und der Staatsrathspräsident Fhr. v. Lichtenfels ihre Entlassung einreichten, welchem Beispiele auch der Polizei-, der Verwaltungs-, der Finanz-, der Justiz- und der Kriegsminister folgten. Se. Maj. hat diese Entlassungsgesuche ge-

Feuilleton.

Eine großartige Schwindlerin.

Die 23 Jahre alte, ledige Kürschnerstochter Bertha Schuch von Augsburg, stand am 26. Juni vor dem Schwurgericht für Schwaben, wegen mehrerer Betrugsverhandlungen.

Die vermögenslose von sehr rechtschaffener Familie abstammende Bertha Schuch, schon früher wegen Betrugs in Untersuchung gewesen, kam im Januar 1863 nach Gablingen, wo sie bei dem dortigen Pfarrer, unter dem Vorwande, katholisch zu werden, Religionsunterricht nahm, der aber bald von diesem aufgegeben wurde, da er den üblen Ruf der Schuch erfuhr und an der Ernstlichkeit ihrer religiösen Ueberzeugung Grund zu zweifeln hatte. — Dort lernte sie die Lehrerswittwe Johanna Schuler kennen, eine allgemein als sehr brav und wohlthätig und zudem als gutmüthig und wenig weltläufig geschilderte Frau, daß sie leicht das Opfer einer schlauen Betrügerin werden konnte. — Bertha Schuch stand früher mit dem Vater ihres außerehelichen Kindes, dem pensionirten Divisionssekretär Frank in einem Verhältniß, das aber nach längerer Dauer doch nicht zur Heirath führte. Im Dezember 1862 will ihr Frank bestimmt die Lösung des Verhältnisses angekündigt haben und mit ihr später nur zu dem Zwecke zusammengekommen sein, um Mittel und Wege zur Bezahlung der gemeinschaftlich gemachten Schulden ausfindig zu machen. Im Januar 1863 gab ihr nun die Schuler 150 fl. nach längerem Bitten als Darlehen, ohne daß dabei von irgend einer Seite betrügerische Vorstellungen gebraucht worden wären. Im Februar und Anfang März 1863, als das Verhältniß mit Frank bestimmt schon gelöst war und weder sie noch Frank mehr an eine Heirath dachten, machte sie der Schuler die falsche Vorspiegelung, sie müsse sich ein Anwesen kaufen, um sich mit Frank darauf ansässig zu machen; zuerst nannte sie der Schuler das Schlößchen in Leitershofen als Kaufobjekt, später gab sie vor, ein Anwesen in Leitershofen gekauft und wieder verkauft, dafür aber um 30,000 fl. in München ein Haus gekauft zu haben, zu dessen vollständiger Bezahlung sie noch Geld brauche. — Die Schuler schenkte diesen Vorspiegelungen Glauben und gab der Schuch, da sie in deren erkauften Anwesen hinreichende Sicherheit zu haben vermeinte, im Februar 1863 eine österr. National-Obligation im Nennwerthe von 400 fl., im nämlichen Monate eine solche Obligation im Nennwerthe von 500 fl.; Anfangs März eine gleiche Obligation im Nennwerthe von 1000 fl. und endlich kurze Zeit später eine Aktie der mechanischen Spinnerei Augsburg im Nennwerthe von 2000 fl. — Im Februar 1863 lernte die Schuch in München den Rechtspraktikanten Theodor Frhrn. v. Crailsheim kennen, mit dem sie ebenfalls ein näheres Verhältniß anknüpfte, das sie auch sogleich benützte, um der Schuler weitere Geldsummen zu entlocken; sie gab ihr nämlich vor,

nehmigt, so daß von dem bisherigen Ministerium nur noch der Minister des Auswärtigen, Graf Mensdorff, und der Marineminister Frhr. v. Bürger, wirklich im Amte sich befinden. Sämmtliche ausscheidende Minister werden jedoch auf den Wunsch Sr. Maj. die Geschäfte so lange fortführen, bis ihre Nachfolger definitiv ernannt werden." Ihre Ansichten über die Bedeutung des Ereignisses für die Gesammtmonarchie, soweit dessen Tragweite und Folgen sich bis jetzt ermessen lassen, spricht die „Ostd. Post" aus, wie folgt: „Zunächst ist die Thatsache, daß der für die Februarverfassung engagirte Hofkanzler Graf Zichy entlassen und an seine Stelle einer der Führer der ungarischen Altkonservativen Hr. v. Majlath ernannt wurde, als ein Anzeichen aufzufassen, daß der Februarverfassung, gelinde gesagt, Modifikationen bevorstehen, und zwar unter den Auspizien der Altkonservativen. Die von einigen Seiten vermuthete Ernennung des Grafen Dessewffy zum Finanzminister würde diese Tendenz noch mehr illustriren. Vom Standpunkte des Ausgleiches kann die Wendung vielleicht zum Guten führen; vom Standpunkte der freiheitlichen Entwickelung ist jedoch dieselbe gewiß kein Fortschritt. Daß mit dem Eintritt des Chefs der ungarischen altkonservativen Partei in den Rath der Krone und mit der Besetzung des Staatsministeriums durch den Grafen Belcredi oder einen andern Herrn seiner Farbe das altkonservative Element auch in dem Staatsleben der Länder diesseits der Leitha in den Vordergrund tritt, darüber können wir uns keine Illusionen machen. Wenn selbst Männer von der Richtung des Frhrn. v. Lichtenfels es für angemessen erachten, ihre Entlassung zu geben, dann scheint uns mehr als ein Paragraph unserer Verfassung in Gefahr zu sein. Eine Frage ist es, ob das Abgeordnetenhaus noch lange Aussicht hat, in freiheitlichem Geiste zu wirken; ob der Dualismus, dem wir entschieden entgegentreiben, den Hauptcharakter der neuen Wendung bildet, oder ob der Altkonservatismus (wir müssen uns aus leicht begreiflichen Gründen an einem Tage wie dem heutigen vorsichtig ausdrücken) die eigentliche Seele derselben ist."

[illegible] schreibt: Es läßt sich nicht verkennen, daß in credi in die Periode des Grafen Goluchowski zurück[illegible] Zweifelsohne wird die czechische Partei bald ihr Haupt höher heben, und die polnische wird in mancher Beziehung ihr helfend zur Seite stehen. Der bisher fast ausschließlich germanische Charakter des engeren Reichsrathes und die fast ausschließliche germanische Nationalität seiner Führer wird einer Aenderung unterworfen werden. Der neue Staatsminister wird einen harten Stand haben, um sich der Zärtlichkeit seiner slavischen Freunde zu erwehren, um ihnen nicht diesseits der Leitha zu viel, um ihnen nicht jenseits der Leitha zu wenig gewähren zu müssen. Wir frohlocken nicht über den Eintritt des Herrn von Belcredi. Wir jammern nicht über den Rücktritt des Herrn von Schmerling. In dem Letztern sehen wir die Verkörperung eines Experiments, das fehlgeschlagen ist; in dem Andern das Inslebentreten eines neuen Versuchs, der vielleicht auch fehlschlagen wird, vielleicht aber gelingen kann. Wenn das Alte nicht entspricht, so muß eben das Neue versucht werden. Hinsichtlich der Finanzfrage sind wir soweit beruhigt, wie uns überhaupt in derselben das Walten eines Ministeriums beruhigen kann. Jede Aenderung in unserer Finanzleitung muß eine Besserung in sich schließen. In vieler Hinsicht entscheidend für die Staatsfinanzen wird das Abkommen sein, welches mit Ungarn getroffen wird."

Zum Schlusse stellen wir noch die telegraphischen Nachrichten, welche heute über die Ministerkrise vorliegen, zusammen:

Wien, 28. Juni. Bis zur Neugestaltung des Kabinets werden die bisherigen Minister die Geschäfte fortführen. Für die Justiz, die Finanzen, die Polizei und den Handel werden wieder die verschiedensten Namen auf Vermuthung hin genannt.

Wien, 28. Juni. Graf Mensdorff ist definitiv, unter Beibehaltung seines Portefeuille's, zum Minister-Präsidenten ernannt. Die Nachricht von der Hierherberufung des Hrn. v. Goluchowski war falsch.

Wien, 29. Juni. Die Bildung des neuen Kabinets ist wegen des von Majlath aufgestellten dualistischen Programms äußerst schwierig. Belcredi zögert deßhalb mit der Annahme des Postens als Staatsminister, und soll jetzt Hübner hierfür in Aussicht genommen sein. Wegen der voraussichtlich schwierigen Haltung des Unterhauses, welches wahrscheinlich das Zustandekommen des Budgets für 1865 vereiteln wird, erwartet man mit einiger Bestimmtheit auch dessen Auflösung.

München, 28. Juni. Se. Maj. der König hat zum Sekretär der kgl. [illegible] Kammer des Innern dieser Kreisstelle, W. Spöhrer, ernannt, die erledigte Stelle eines Registrators der königl. Regierungs-Finanzkammer von Oberfranken dem Registratur-Funktionär der kgl. Regierungs-Finanzkammer von Oberbayern, J. Liefinger, verliehen.

---

dieser Baron von Krailsheim, der später in den Besitz eines ungeheueren Vermögens komme, werde sie ehelichen, und wußte auf dieses Vorgeben hin der Schuler Darlehen im Betrage von circa 8000 fl. zu entlocken, um damit als Braut eines Barons standesgemäß leben zu können. — Da Baron v. Crailsheim die Möglichkeit zugab, daß er der Schuch in Momenten der Aufregung vom Heirathen gesprochen habe, nahm das k. Appellationsgericht von einer Verweisung dieser Betrügerei Umgang, obwohl Baron v. Crailsheim beigefügt hatte, daß er die Schuch nie als seine Braut behandelt habe; so viel ist sicher, daß, obwohl die Schuch mehrfach der Schuler Briefe vorgelesen hat, in welchen genannter Baron sie zu heirathen versprach, in sämmtlichen der Schuch abgenommenen Briefen desselben kein hierauf bezügliches Wort vorkommt. — Aber außer diesen Betrügereien hat Bertha Schuch noch zweimal den Namen des Barons v. Crailsheim mißbraucht, um der Schuler Geld abzulocken. — Anfang Juni 1863 sagte sie: Baron v. Crailsheim habe auf ein schwedisches Loos, das er verpfändet, 40,000 fl. gewonnen und brauche, um diesen Gewinnst nicht zu verlieren, 1000 fl. zur Auslösung des Looses. Die Schuler glaubte diesem unwahren Vorbringen und gab zu dem genannten Zwecke 600 fl.

Im Herbste 1863 endlich verlangte sie von der Schuler wiederum 1000 fl. für genannten Baron, welcher damit eine glückliche Spekulation machen und 25,000 fl. gewinnen werde. Die Schuler gab ihr wiederum eine National-Obligation im Nennwerthe von 1000 fl. Dieser Baron Crailsheim ist nun gestorben. Im Sommer 1863 begann die Schuler etwas mißtrauisch zu werden und die Schuch mußte zu neuen und wo möglich noch gesteigerten Vorspiegelungen greifen, um wiederum Geld zu erhalten. Sie erzählte nun zuerst im August 1863 der Schuler: im königl. Kabinet lägen für sie aus der Stiftung eines reichen verstorbenen Fräuleins 25,000 fl. zur Auszahlung bereit, wenn sie katholisch werde, was sie nunmehr auch geworden sei. — Herr Abt Haneberg und Herr v. Pfistermeister seien mit der Auszahlung dieses Geldes betraut. Diese Erzählung wurde der Schuler oft wiederholt und ihr besonders eingeschärft, Niemanden etwas davon zu sagen, weil sonst aus dieser Sache Nichts werde. Die verzögerte Auszahlung erklärte sie einmal damit, daß Se. Maj. der König nach Rom sei, ein andermal, daß Hr. v. Pfistermeister nach Holstein gereist sei, weil es dort zu unruhig hergehe, endlich daß Abt Haneberg eine Reise in's heilige Land gemacht habe, und es müßten immer Zwei dabei sein, wenn etwas aus der Kabinetskasse bezahlt werde. Zur Unterstützung dieser Vorspiegelung zeigte sie der Schuler auch einmal einen offenbar gefälschten Schein, worin ihr mit der Unterschrift des Hrn. Abtes Haneberg bezeugt wird, daß sie 25,000 fl. aus der Kabinetskasse bezahlt erhalte. Die Schuler, hiedurch getäuscht, gab der Schuch folgende Beträge: Ende 1863 eine österreichische National-Obligation im Nennwerthe von 2000 fl., im Februar 1864: 400 fl. baar, im März 1864: zwei bay. Staatsobligationen im Werthe von je 500 fl., am 13. Mai 1864: 200 fl. baar. Am 8. Juni 1864 endlich kam sie zum letzten Mal zur Schuler und verlangte von ihr 1900 fl., indem sie vorgab: „jetzt bekomme sie die 25,000 fl. von Hrn. Abt Haneberg ausbezahlt, allein sie müsse den Schein haben, dieser befände sich aber in einem ihr in München abgepfändeten Schreibtisch und diesen müsse sie mit 1900 fl. am Stadtgerichte auslösen; allein die Schuler war unterdessen gegen die Schuch gewarnt worden und verweigerte ihr das geforderte Darlehen; leider kam die Warnung zu spät und sie hatte bereits den weitaus größten Theil ihres Vermögens an die Betrügerin verloren.

Bertha Schuch gesteht im Allgemeinen zu, circa 14,000 fl. von der Schuler als Darlehen erhalten zu haben, leugnet aber, derselben je betrügerische Vorspiegelungen gemacht zu haben; insbesondere behauptet sie, daß sie noch 18,000 fl. zwar nicht aus der königl. Kabinetskasse, aber von einem „großen Herrn" erhalte; den Namen dieses Herrn zu nennen, verweigere sie aber beharrlich, „da sonst aus der ganzen Sache nichts werde." Zur vollständigen Beleuchtung des von der Schuch beliebten Ableugnens der Betrügereien dient aber die Aussage der Käuflersfrau Helena Hafner. Diese hat am 9. Juni die Schuler vor der Schuch gewarnt und der Schuch selbst, als diese sie in ihrem Laden aufsuchte, um nach Frau Schuler zu fragen, in das Gesicht versichert, daß sie eine Betrügerin sei. Am andern Tag reiste Frau Hafner nach München, um sich bei Herrn Abt Haneberg näher

Vom kgl. Staatsministerium der Justiz wurde der Appellationsgerichts-Accessist J. F. Zimmermann von der Funktion eines Vertreters der Staatsanwaltschaft am kgl. Landgerichte Feuchtwangen auf Ansuchen enthoben und als Vertreter der Staatsanwaltschaft an diesem Gerichte der Bezirksgerichts-Accessist Th. Hoffmann von Ansbach aufgestellt.

Wien, 26. Juni. In einer Schrift: „Oesterreich und der Freihandel“ (Wien 1865), führt Julius Fröbel aus, daß, nachdem nun einmal der preußisch-französische Handelsvertrag (gegen den er sich seinerzeit ausgesprochen) in's Leben getreten, „das deutsche Staatensystem als deutscher Finanzzollverein das Ziel der gesammten deutschen Handelspolitik mit Einschluß der österreichischen sein müsse“. Er sieht darin sogar „die materielle Grundlage einer deutschen Bundesreform.“

Wien, 27. Juni. Die Nachricht von der Sequestration des Fürst Esterhazy'schen Fideikommisses bestätigt sich. Septemvir Herr v. Fabry ist zum Sequester ernannt, konnte aber die Geschäfte, da er erkrankt ist, noch nicht übernehmen. Dieß soll hauptsächlich Ursache sein, daß die nöthigen Maßnahmen zur weiteren Auszahlung der fälligen Gewinnste noch nicht ergriffen werden konnten. Der fällige Haupttreffer ist übrigens bereits am ersten Zahlungstage von der fürstlichen Kasse ausgezahlt worden. Der Schuldenstand des Fürsten wird in gut unterrichteten Kreisen mit circa $24^1/_2$ Millionen Gulden, andererseits die Jahreseinnahme des Fürsten mit 1,700.000 Gulden beziffert.

Aus **Karlsbad**, 27. Juni, schreibt man der „Allg. Ztg.“: „Der Minister v. Bismark, der gestern Morgens von seiner Kanzlei begleitet hier eintraf, hat bereits eine längere Konferenz mit dem aus Wien hier angekommenen preußischen Gesandten am österreich. Hofe, Frhrn. v. Werther, gehabt. Auch mit dem hier anwesenden französischen Botschafter in Wien, Herzog v. Gramont, hatte Hr. v. Bismark eine längere Zusammenkunft. Im Allgemeinen glaubt man hier in gut unterrichteten Kreisen, daß Oesterreich sich den preußischen Planen hinsichtlich Schleswig-Holsteins nicht ernsthaft widersetzen und es zu keinem entschiedenen Bruch zwischen den Kabinetten von Wien und Berlin kommen wird. Was aber auch immerhin geschehen mag, so darf man doch fest davon überzeugt sein, daß Preußen die Erwerbung von Kiel als preußischen Kriegshafen nun und nimmermehr wieder aufgibt und daß, so lange der König von Preußen nur noch über zehn Regimenter zu gebieten hat, die preußische Flagge auch in Kiel wehen wird. (Letzteres soll der preußischen Flagge ja unter keinen Umständen benommen werden. Es fragt sich nur, ob sie dort bundesfreundlich weht oder deutsches Gebiet erobernd.) Man betrachtet dies allgemein als eine Lebensfrage für Preußens Zukunft als europäische Großmacht und ist sehr fest entschlossen, auch das Schwerste nicht zu scheuen, wenn ihre Lösung nicht — wie man dringend wünscht — auf friedlichem Weg geschehen kann. Diese meine Zeilen stammen zwar nicht im mindesten aus irgendeiner offiziösen Quelle, aber sie sind der einstimmige Ausdruck aller der hier sich jetzt aufhaltenden Preußen, deren Stimmen nicht ohne Einfluß auf die künftige Politik des preußischen Staats sein dürften.“

Dem „Wanderer“ wird aus **Triest** vom 25. mitgetheilt: „Depeschen aus Alexandrien melden 200 Todesfälle täglich an der epidemischen Krankheit; die Auswanderung nimmt zu. Die aus Südfrankreich gemeldete Importation der Cholera aus Afrika hat in hiesigen Kreisen die Furchtsamkeit noch erhöht.“

Oldenburg, 29. Juni. In Beantwortung der österreichischen Replik auf die oldenburgische Note vom 22. Mai bezeichnet eine neue Note unserer Regierung vom 16. d. die Beseitigung der Parteiregierung in den Herzogthümern als nothwendig.

Hamburg, 29. Juni. Der Chef des hiesigen Handlungshauses Salomon Heine, Karl Heine, ist vorgestern, den 27. ds., in einem Pyrenäenbade lebensgefährlich vom Schlage getroffen worden.

Brüssel, 28. Juni. Die Deputirtenkammer verwarf mi 47 gegen 37 Stimmen den Antrag, die van Humback'schen Amendements zum Fremdengesetz an die Zentralsektion zurückzuweisen. Somit steht die unveränderte Annahme des Gesetzes bevor.

Für die **Schweiz** wird unter dem Namen eines Stabsbureau's eine Anstalt gegründet werden, welche den gesammten in Schrift und Zeichnung niedergelegten Stoff in Beziehung auf das Land vorbereiten, ordnen und verwerthen soll. Das Institut ist nicht permanent, gleich den Generalstäben in Ländern mit stehenden Heeren.

London, 26. Juni. Der „Examiner“, der den Schluß des preußischen Landtags für ein Ereigniß von beispielloser Wichtigkeit hält, ist der Ueberzeugung, daß Herr v. Bismarck mit seiner inneren Politik scheitern müsse. Denn es sei bekannt, daß er Napoleon III. nachahmen und eine militärische Regierung mit Schein-Konstitutionalismus begründen möchte. Allein der Boden eigne sich nicht für eine solche Pflanzung. Die Deutschen seien mit dem Despotismus aus Erfahrung bekannt und hätten sich von ihm losgemacht; sie seien weder Kommunisten noch Anarchisten. Nur nach langer Zügellosigkeit, die in Deutschland nie geherrscht habe, befreunde sich ein Volk mit dem Bonapartismus. Herr v. Bismarck werde die Deutschen nie in Franzosen verwandeln.

Paris, 26. Juni. Die Kutschergeschichte ist im Wesentlichen noch glücklich abgelaufen. Drei Tage lang standen die Sachen so, daß es zu einer Bewegung in Paris gekommen wäre, wenn die Chefs der Association nicht gewußt hätten, daß die Militärautorität rücksichtslos eingreifen würde. In der Stille waren alle

nach der Sache zu erkundigen. Bertha Schuch, welche noch am Abend von der Schuler erfahren hatte, daß Frau Hafner nach München reise, kam anderen Tages ebenfalls in den Bahnhof und setzte sich zu der Frau Hafner in ein Coupé, nachdem sie sie vorher von Wagen zu Wagen gesucht hatte. Auf der Fahrt wiederholte sie dann auch der Frau Hafner die ganze der Schuler gemachte Erzählung über die 25,000 fl.; sie suchte Frau Hafner abzuhalten, zu Hrn. Abt Haneberg und Hrn. v. Pfistermeister zu gehen, weil diese ihr doch nichts von der Sache sagen würden; und als Frau Hafner trotzdem auf ihrem Vorsatze blieb, versprach sie ihr ein schönes Geschenk, wenn sie ablasse, zu diesen Herrn zu gehen. — In München angekommen, forderte Frau Hafner die Vorzeigung des oft besprochenen Scheins; Bertha Schuch sagte auch hier, der Schein sei im abgepfändeten Sekretär; als aber Frau Hafner sich auch bereit erklärte, mit in das Stadtgericht zu gehen, gestand sie ihr endlich ein, daß an der ganzen Sache kein wahres Wort sei. Sie gestand ihr ferner, daß sie die Schwäche der Schuler benutzte, um das Geld von ihr zu erhalten, weil sie gewußt habe, daß diese Frau etwas auf's Katholischwerden und auf Bekanntschaften mit hohen Persönlichkeiten gebe. Die Schuch stellt natürlich Alles dieses als unwahr in Abrede. — Nicht blos der Schuler, sondern auch anderen Personen wußte die Schuch in ähnlicher Weise Geld abzulocken. So erhielt sie von dem Schneider Leonhard Deininger in München, dem sie sich als eine reiche Person vorstellte und dem gegenüber sie auch wieder den Besitz des geheimnißvollen Scheins vorspiegelte, im Frühjahre 1864 mehrere Darlehen im Gesammtbetrage von 859 fl., eine fortgesetzte Betrügerei, von deren Verweisung das k. Appellationsgericht ebenfalls Umgang genommen hat. — Im Juni 1864 und im späteren Laufe des Sommers machte sie dann der Deininger die falsche Vorspiegelung, sie bekomme von einem Missionsverein in Turin 25,000 fl. und Herr Abt Haneberg habe ihr hierüber einen Schein ausgestellt, wodurch dieser bewogen wurde, ihr mehrere Darlehen im Gesammtbetrage von 90 fl. zu geben. Auch hier stellt Bertha Schuch jede betrügliche Vorspiegelung in Abrede. — Wohin die Beschuldigte die von ihr im Zeitraum von $1^1/_2$ Jahren erhaltenen bedeutenden Summen — es sind im Ganzen, wenn der geringste Courswerth angesetzt wird, über 17,000 fl. — gebracht hat, konnte nicht ermittelt werden. Daß sie auch bei der verschwenderischsten Lebensweise das Geld vollständig verlebt hat, scheint unmöglich. Sie wurde zu 7 Jahren Zuchthaus verurtheilt.

Vermischtes.

Aus London berichtet die „Wes.-Ztg.“: „Am 23. wurde ein pikanter Skandal-Prozeß vor dem Bail Court verhandelt. Der Kläger war ein angesehener Arzt Dr. Jervan und der Angeklagte der Sohn des General Cavendish und Mitglied dieser hocharistokratischen Familie. Mr. Cavendish führte Lady Eleanor, die Tochter des Earl Clare, zum Altar. Dr. Jervan war ihr Hausarzt. Im Dezember 1864 kam Lady Eleanor nach London und borgte 100 Pfd. Sterl. von Dr. Jervan. Unmittelbar darauf ging sie mit Lord Cecil Gordon durch, mit dem sie noch in einem deutschen Badeorte liebend schwärmt. Ihr Gatte weigerte sich, die 100 Pfd. Sterl. zu bezahlen, da das Geld geborgt worden sei, um seine Frau zum Durchgehen mit Lord C. Gordon zu befähigen. Die kitzliche Frage, die unter solchen Umständen der Richter zu entscheiden hatte, war: Hat der Gatte die Verpflichtung, die Kosten der Entführung seiner Frau zu tragen? Ja, antwortete die Jury und beschloß so einen Präcedenzfall, dessen Tragweite bei dem Umsichgreifen der romantischen Passionen nicht gering anzuschlagen ist. Sehr tröstlich kann dieser Rechtsgrundsatz für die unterdrückte Klasse der geprellten Ehemänner kaum sein.

Digitized by Google

Garderegimenter konsignirt. Etwa tausend Kutscher, die sich nicht wieder gemeldet haben, müssen ersetzt werden. Die Widerspenstigen sind solche, die nicht ausschließlich auf das Metier angewiesen sind. Die meisten sind aus der Provinz, besonders aus der Auvergne und der Normandie und bereits in ihre Heimath zurückgekehrt. Die Kutscher hatten, um nicht strafbar zu werden, ihre Agitation folgendermaßen organisirt. Da sie nicht in Masse zusammenkommen und Beschlüsse fassen durften, so wählte jedes der 144 Depots von Paris einen Delegirten. Diese 144 Delegirten vereinigten sich in gewöhnlicher bürgerlicher Tracht in dem Grand Café, setzten sich je 12 an einen Tisch und wählten wiederum je einen Vertreter. Aus diesen 12 Vertrauensmännern zweiten Grads ging nun das aus vier Mitgliedern bestehende Hauptkomite hervor.

Die Weltumsegelung, zu welcher, wie mitgetheilt wurde, Prinz Napoleon verurtheilt werden sollte, schrumpft nun nach einer Mittheilung der „France" zu einem einmonatlichen Aufenthalt in Havre und zu einer darauffolgenden See-Exkursion an der Küste der Bretagne zusammen. Der kaiserliche Vetter glaubt wohl, daß die erfrischende Seeluft die erregten Gehirnnerven des exaltirten Prinzen beruhigen und stärken wird.

Marschall Bazaine hat vom Kaiser Maximilian einen Palast zum Geschenk bekommen, den er verliert, wenn er das Land verläßt; die Regierung hat sich aber zugleich verpflichtet, ihm denselben für den Preis von 100,000 Dollars abzukaufen. Als Seitenstück zu dieser Liberalität erinnert man daran, daß Marschall Pelissier für die der Türkei geleisteten Dienste eine jährliche Pension von 200,000 Fr. vom Sultan bezog.

Seit geraumer Zeit hat kein Vorfall in Deutschland bei den Franzosen mehr Verwunderung über die deutsche Dickschädeligkeit eingeflößt, als die Geschichte mit den pommer'schen und brandenburgischen Landpastoren, welche wir neulich in der Rundschau des Anzeigers erwähnt haben. Die „France" widmet diesem Vorgange ihren heutigen Leitartikel, worin sie die Sache möglichst pikant nacherzählt und hinzufügt: „Da haben wir also den Protestantismus, die Lehre von der freien Forschung, das System der Trennung zwischen Staat und Kirche, wie er sich die himmlischen Dinge mit den Angelegenheiten dieser Welt durch einander mengt, wie er zwischen Regierenden und Regierten entscheidet und gegen die Vertreter des Landes eine wahre Exkommunikation schleudert. Wir wissen zwar nicht, woher den pommer'schen und brandenburgischen Pastoren dieses höhere Recht zufließt; aber unter den Widersprüchen und Inkonsequenzen unseres Zeitalters gehört es nicht zu den kleinsten Curiositäten, wie diejenigen, welche sich zu Luther's Lehren bekennen, einen solchen Schritt thun." Unter anderen Verhältnissen, schließt die France, würde dieser Vorfall nur die Lachmuskeln in Bewegung setzen, in unseren Tagen jedoch müsse derselbe als ein neuer Beleg von der Verwirrung, welche die Krisis der politischen und religiösen Ideen in den Köpfen angerichtet habe, bezeichnet werden.

General Prim, der sich fortwährend hier aufhält, ist durch einen Brief O'Donnell's vom 22. d. M. bevollmächtigt worden, weitern Gebrauch von seinem Urlaub zu machen. Der kgl. Befehl seiner Rückkehr ist ausdrücklich zurückgenommen. — In maßgebenden Kreisen hat man nachträglich große Bedenken erhoben wegen der Erhebung der Malerin Rosa Bonheur in den Ritterstand der Ehrenlegion. Man sah darin um so mehr einen gefährlichen Vorgang, als seitdem schon mehrere Bewerberinnen um diese Würde sich angemeldet haben. So muß man nun ernstlich daran denken, die Sache zu regeln, und es ist sehr wahrscheinlich, daß bald ein Dekret erlassen wird, durch welches Form und Bedingungen festgestellt werden, unter welchen in Zukunft Frauen Aufnahme in den Orden finden können.

Rom, 26. Juni. Herr Pepoli ist diesen Abend von hier abgereist, um nach Florenz zurückzukehren. Es heißt, dieser Diplomat habe einen dreimonatlichen Urlaub zur Wiederherstellung seiner gestörten Gesundheit erhalten. Man zweifelt daran, daß er wieder nach Rom kommen werde, da ihm das hiesige Klima nicht zusagt. — Das „Giorn. di Roma" theilt mit, daß auf der Eisenbahn zwei Züge, welche eine große Anzahl von Arbeitern beförderten, auf einander gestoßen sind. Zwei Arbeiter blieben auf der Stelle todt, elf wurden schwer verwundet; fünf Waggons und eine Lokomotive wurden zertrümmert. Die Regierung hat eine Untersuchung angeordnet.

Literarisches.

Korpulenz, ihre Ursachen, Verhütung und Heilung durch einfache diätetische Mittel von Prof. Dr. Vogel, auf Grundlage des Banting-Systems. 6te Aufl. Leipzig, 1865. Verlag von Ludwig Denicke.

Es ist dies ein für eine große, stetig sich mehrende Anzahl von Personen, welche an übermäßiger Körperfülle leiden, sehr zu empfehlendes Werkchen. Verfasser zeigt, auf wissenschaftlicher Basis fußend, jedem Laien völlig verständlich, wie er, fern von aller medicamentösen Behandlung, durch Diätetik allein von seinem größten Feinde, der Fettsucht, nebst allen ihren Folgeübeln sicher geheilt werden könne und müsse. Die sowohl wissenschaftlich begründete, wie praktisch bewährte, also mit vollem Recht vorgeschlagene diätetische Behandlung ist eine für Jeden eben so überaus angenehme, wie leicht und billig zu beschaffende.

Verantwortlicher Redakteur: A. Hartmann.
Druck und Verlag der Stahel'schen Buch- und Kunsthandlung in Würzburg

Cours der Staatspapiere.

Oesterr.	5 pCt. Met. (Cp. i. S. b. R.)	—
"	5 pCt. Lomb. ditto. à 24	$92\frac{1}{8}$ P.
"	5 pCt. Engl. Met. v. 1852	—
"	5 pCt. Engl. Met. v. 1859	$7?\frac{7}{8}$ P.
"	5 pCt. Venet. Coupon b. R.	$86\frac{3}{4}$ G.
"	5 pCt. Nationalanl. v. 1854	$66\frac{5}{8}$—$\frac{7}{8}$ G.
"	5 pCt. Metall. Obligation.	63 P.
"	$4\frac{1}{2}$ pCt.	$55\frac{5}{8}$ P.
Preussen	$3\frac{1}{2}$ pCt. Staatsschuldsch.	—
Bayern	$4\frac{1}{2}$ pCt. Obl. 1jähr. dto.	$101\frac{1}{2}$ P.
"	$4\frac{1}{2}$ pCt. Obl. $\frac{1}{2}$jähr. dto.	$101\frac{3}{4}$ P.
"	4 pCt. Obl. 1jähr. dto.	$98\frac{3}{4}$ P.
"	4 pCt. Obl. $\frac{1}{2}$jähr. dto.	$98\frac{7}{8}$ G.
"	4 pCt. Obl. Ab.-R. dto.	98 P.
"	$3\frac{1}{2}$ pCt. Obl. dto.	—
Württemb.	$4\frac{1}{2}$ pCt. Obl. b. Rothsch.	$104\frac{1}{4}$P. 104 G.
"	$3\frac{1}{2}$ pCt. Obl. dto.	$94\frac{1}{4}$ P.
Baden	$4\frac{1}{2}$ pCt. Obl.	—
"	$3\frac{1}{2}$ pCt. Obl. v. 1842	$91\frac{1}{2}$ G.
Gr. Hess.	$4\frac{1}{2}$ pCt. Obl.	—
"	4 pCt. Obl. b. Rothsch.	$100\frac{3}{8}$ P.
"	$3\frac{1}{2}$ pCt. Obl. dto.	$97\frac{3}{4}$ P.
Nassau	$4\frac{1}{2}$ pCt. Obl. dto.	$101\frac{7}{8}$ G.
"	4 pCt. Obl. dto.	99—$98\frac{3}{4}$ G.
"	$3\frac{1}{2}$ pCt. Obl. dto.	$91\frac{1}{4}$ P.
Frankfurt	$3\frac{1}{2}$ pCt. Obl.	$94\frac{1}{4}$ P.
"	3 pCt. Obl.	$89\frac{1}{2}$ P.
Spanien	3 pCt. inl. Sch. P. à fl. 2. 30	—
"	$2\frac{1}{4}$ pCt. " " "	—
Schweden	$4\frac{1}{2}$ pCt. Obl. à 105 Thlr.	$91\frac{1}{8}$ G.
N.Amerika	6 pCt. à 100 fr. 1881 D. $2\frac{1}{2}$	$76\frac{3}{4}$ P.
"	6 pCt. ditto v. 1882 "	$75\frac{7}{8}$ G.

Diverse Aktien.

Frankfurter Bank à fl. 500 . . .	$151\frac{1}{2}$ P.
K. K. Oesterr. National-Bankaktien	864 G.
Oesterr. Kreditbank-Aktien à fl. 200	193 P. $192\frac{1}{2}$ G.
Bayer. Hypothekenb. Pfandbriefe 4 pCt.	$97\frac{5}{8}$ P.
Darmst. Bank 1. u. 2. Serie à fl. 250	$229\frac{1}{2}$ P. 228 G.
Weimarische Bank à Thlr. 100 . .	$100\frac{7}{8}$ G.
Mitteldeutsche Kreditaktien . . .	$101\frac{1}{2}$ P.
Intern. Bank in Lux. à 250 Frs. à 28 kr.	—
Taunus-Eisenbahn à fl. 250 . . .	351 P.
Frankfurt-Hanauer-Eisenbahn . . .	100 P. $99\frac{3}{4}$ G.
Oest. F.St.Eisb. 5pCt. 500 Fr. à 28 kr.	—
" Elisab.-Eisenbahn 5 pCt. . .	$118\frac{1}{2}$ P. 118 G.
Böhm. Westbahn-Aktien à fl. 200 6/7	—
Rhein-Nahe-Bahn 200 Thl. à 105 4pCt. Z.	$31\frac{1}{4}$ P.
Ludwigshafen-Bexbacher à 4 pCt. .	151 P.
dto. dto. Prior. à 4 pCt.	—
Pfälz. Maxb. b. Rothschild à $4\frac{1}{2}$ pCt.	$105\frac{1}{2}$ P.
Oest. St.-Eisenb. Prior.-Oblig. à 3 pCt.	$51\frac{5}{8}$ P.
Elisab.-Bahn Prior. 5 pCt. 6/7	$77\frac{1}{2}$ G.
Südd. Bank-Akt., 40 pCt. Einz.	$254\frac{1}{2}$ G.
Span. Handels- und Industrie . .	—
Bayr. Ostbahn à $4\frac{1}{2}$ pCt. volleinbez.	$116\frac{1}{4}$P. 116 G.
Bayer. Ostbahn mit 50 pCt. Einz.	$115\frac{7}{8}$ G.

Wechsel
in süddeutscher Währung.

Amst. fl. 100 k. S.	$100\frac{1}{2}$ P.
Antwerp. Frs. 200 k. S.	$94\frac{3}{4}$ G.
Augsb. fl. 100 k. S.	$99\frac{3}{4}$ G.
Berlin Th. 60 k. S.	$104\frac{7}{8}$ P.
Brem. 50 Th. Ld. k. S.	$97\frac{1}{4}$ P.
Brüssel Frs. 200 k. S.	$94\frac{2}{4}$ G.
Cöln Thlr. 60 k. S.	105 P.
Hamb. MB. 100 k. S.	$88\frac{1}{8}$ P.
Leipzig Th. 60 k. S.	$104\frac{7}{8}$ P.
London Lst. 10 k. S.	$119\frac{1}{2}$ P.
Lyon Frs. 200 k. S.	—
Mail. Frs. 200 . .	$94\frac{5}{8}$ G.
München fl. 100 k. S.	$99\frac{3}{4}$ G.
Paris Frs. 200 k. S.	95 P.
Petersburg 60 S.-R.	—
Triest fl. 100 k. S.	—
Wien fl. 100 ö. W.	$108\frac{3}{8}$ P.
do. in öst. W. l. S.	—
Disconto	$3\frac{1}{2}$ pCt. G.

Anlehens-Loose.

Oesterr. fl. 250 v. 1839	130 P. $129\frac{1}{2}$ G.
" fl. 250 v. 1854 mit 4pCt.	—
" fl. 500 v. 1860 6/7	$84\frac{3}{8}$ P.
" fl. 100 Eisb.-L. v. 1858.	$136\frac{3}{4}$ P.
" do. v. 1864.	$89\frac{1}{2}$ P.
Schwed. 10 Thlr. Loose	$9\frac{3}{8}$ G.
Badische fl. 50	$121\frac{1}{2}$ P.
Badische fl. 35	$52\frac{7}{8}$ P.
Kurhess. Thlr. 40 b. R.	$54\frac{7}{8}$ P. $\frac{3}{8}$ G
Gr. Hessen fl. 50 b. R.	$140\frac{3}{4}$ G.
" fl. 25 do.	$36\frac{3}{4}$ G.
Nassau fl. 25 bei Rothsch.	$35\frac{1}{2}$ G.
Sardinische Fr. 36 b. R.	$69\frac{1}{2}$ P.
Neuchateler 10 Frs.-Loose	—
Freiburger 15 Frs.-Loose	—
Mailänder 45 Frs. L. b. R.	38 P.
St. Lüttich mit $2\frac{1}{2}$ pCt. Z.	$33\frac{1}{8}$ P.
Ansb.-Gunzenh. fl. 7-L.	$10\frac{1}{4}$ P.

Frankfurt, 29. Juni. Die Börse war für amerikanische Fonds in Folge der anhaltend guten Londoner Notirungen sehr fest gestimmt und die Notirungen wiederum höher. In österr. Sachen war wenig Geschäft. Die Nachrichten über die Ministerkrisis sind so schwankend, daß die Bildung eines Urtheils über die Lage im Augenblick außerordentlich schwierig ist. Die Liquidation ging sehr gut von Statten. In Amerikanern waren Stücke sogar knapp. (Synd.)

Bayerische Staatsbibliothek München
Digitized by Google

Digitized by Google
BUCHBINDE
HANS HU
Ottobrunn/M
Telefon 60 4

Digitized by Google